Protokoll des Kantonsrates

1. Sitzung: Donnerstag, 16. Dezember 2010
Konstituierung
Zeit: 8.30 – 12.00 Uhr

Vorsitz
Alterspräsident Werner Villiger, Zug (bis und mit Trakt. 5.3)
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

1 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 79 Mitgliedern.

Der Rat ist vollzählig, da ein Sitz der Gemeinde Baar noch vakant ist (siehe Ziffer 7).

Alterspräsident Werner **Villiger** stellt fest, dass das Quorum erreicht und der Rat beschlussfähig ist.

2 Mitteilungen

Der **Alterspräsident** begrüsst den Rat zur ersten Sitzung der 30. Legislaturperiode.

Bildungsdirektor Patrick Cotti, der bis zum 31. Dezember 2010 im Amt ist, hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Gemäss § 31bis der Geschäftsordnung des Kantonsrats bedürfen Ton- und Bildaufnahmen der Bewilligung des Rats. Aus aktuellem Anlass beantragt der Alterspräsident, dass diese Bewilligung für die ganze Dauer der Sitzung allen anwesenden Medienschaffenden erteilt wird. Diese Bewilligung gilt auch für den Vereidigungs- und für den Gelöbnisakt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Zudem stellt Armin Wolfarth mit Mail vom 9. Dezember 2010 das Gesuch für das Jahr 2011, wie bisher die Ratsversammlung zu filmen und unter zug-tv.ch ins Internet stellen zu dürfen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

3 Traktandenliste

1. Traktandenliste.
2. Eröffnung durch den Alterspräsidenten.
3. Ernennung von zwei provisorischen Stimmenzählerinnen oder Stimmenzählern.
4. Genehmigung der Kantonsratswahlen.
   Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nr. 1987.1 - 13602).
5. Wahl des Büros des Kantonsrates.

5.1. Wahl der Kantonsratspräsidentin oder des Kantonsratspräsidenten.

5.2. Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten.

5.3. Wahl der beiden Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler.

Mündliche Anträge

***

Vereidigung in der St. Oswaldkirche gemäss separatem Programm (Beilage).

***

6. Gelöbnis im Kantonsratssaal.
7. Genehmigung der Regierungsratswahlen.
   Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nr. 1987.1 - 13602).

8.1. Wahl der Frau Landammann oder des Landammannes.

8.2. Wahl der Statthalterin oder des Statthalters.

Mündliche Anträge

9.1. Genehmigung der Ersatzwahl in das Obergericht.
   Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nr. 1987.1 - 13602).

9.2. Wahl von des vom Volk gewählten Paul Kuhn als hauptamtlicher Oberrichter.
   Mündlicher Antrag

10. Wahl des amtierenden Landschreibers bis Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers.
   Mündlicher Antrag

11. Wahl der ständigen Kommissionen:

11.1. Staatswirtschaftskommission und erweiterte Staatswirtschaftskommission.

11.2. Justizprüfungskommission und erweiterte Justizprüfungskommission.

11.3. Redaktionskommission.

11.4. Konkordatskommission.

11.5. Begleitkommission Pragma.

12. Wahl der Kommissionen mit ständigem Auftrag:

12.1. Kommission für Hochbauten.

12.2. Kommission für Tiefbauten.

12.3. Raumplanungskommission.

12.4. Kommission für das Gesundheitswesen.

12.5. Kommission für den öffentlichen Verkehr.

13. Vervollständigung allfälliger Spezialkommissionen nach Vakanzen aufgrund von Austritten aus dem Kantonsrat.

13.1. Kommission betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Steuern im Strassenverkehr.

13.2. Allfällige weitere Kommissionen.

4 Protokoll

Der **Alterspräsident** gibt bekannt, dass kein Protokoll zur Genehmigung vorliegt. Die Protokolle der Sitzungen vom 25. November und vom 9. Dezember 2010 werden gemäss § 13 Abs. 4 der Geschäftsordnung vom Büro des abtretenden Kantonsrats an seiner Sitzung vom 27. Januar 2011 genehmigt. Selbstverständlich werden diese zur Prüfung noch den Mitgliedern des alten Kantonsrats zugestellt.

5 Eröffnungsansprache des Alterspräsidenten

Alterspräsident Werner **Villiger** gratuliert den gewählten Kantons- und Regierungsratsmitgliedern zu ihrer Wahl und dankt ihnen, dass sie bereits sind, sich zum Wohl und Nutzen unseres Kantons zur Verfügung zu stellen. Wie das Verzeichnis der hängigen Geschäfte zeigt, gibt es für das Parlament und die Regierung viel zu tun; packen wir es an! Eine der grössten Herausforderungen, der sich Regierungs- und Kantonsrat stellen müssen ist, wie das strategische Ziel, langsamer zu wachsen, umgesetzt werden kann. Hier müssen völlig gegensätzliche Interessen wie die Spitzenposition im Standortwettbewerb zu halten oder den Bevölkerungs- beziehungsweise Arbeitsplatzwachstum einzuschränken unter einen Hut gebracht werden. Hier eine intelligente Balance zu finden, wird sehr schwierig sein. Ich bin gespannt auf die Lösungsvorschläge des Regierungsrats.
Ein Dauerthema ist und bleibt das Anliegen des Kantons Zug, beim NFA endlich eine Belastungsobergrenze einzuführen. Ich hoffe, dass wir auch hier endlich einen Schritt weiter kommen. Als Stadtzuger Kantonsrat kann ich den systemwidrigen NFA-Beitrag an den ZFA nicht länger akzeptieren. Hier muss in den nächsten Monaten eine Korrektur zugunsten der Stadt Zug erfolgen. Für mich weiterhin oberste Priorität hat die Realisierung eines wirkungsvollen und kostengünstigeren Stadttunnels. Dieses Ziel hatte ich bereits vor zwölf Jahren vor Augen, als ich das erste Mal kandidierte. Und dieses Ziel war auch die Hauptmotivation meiner Kandidatur für eine vierte Legislatur. Ich hoffe und bin zuversichtlich, dass wir in einem oder zwei Jahren zu einer guten und mehrheitsfähigen Lösung kommen, denn auf eine fünfte Legislatur möchte ich eigentlich verzichten.
Abschliessend noch einige Tipps, wie nach meiner Meinung die Arbeit im Parlament etwas effizienter gestaltet werden könnte. Bitte sprechen Sie am Rednerpult kurz, direkt und klar und nicht länger, als was auf einer A4-Seite Platz hat. Sonst beginnt das grosse Rauschen im Blätterwald. Vermeiden Sie bei Ihren Voten vor allem, das zu wiederholen, was Ihr Vorredner, beispielsweise der Kommissionspräsident, bereits gesagt hat. Es müsste doch möglich sein, das Manuskript kurzfristig anzupassen. Bitte verzichten Sie bei Ihren Anreden auf die nicht enden wollende Begrüssungsformeln. Am Morgen kann ich das noch verstehen, nach der Kaffeepause habe ich dann schon mehr Mühe und am Nachmittag nervt es mich dann gewaltig.
Ich danke Ihnen im Voraus dafür, dass Sie einen aktiven Beitrag zu einer effektiven Parlamentsarbeit leisten, unsere Wählerinnen und Wähler würdig vertreten, sowie den Geist der Verbundenheit zwischen Volk und Regierung weiter pflegen.

6 Ernennung von zwei provisorischen Stimmenzählerinnen oder Stimmenzählern

Traktandum 3 – Der **Alterspräsident** ernennt gemäss § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung folgende beiden Personen zu provisorischen Stimmenzählern:

➔ Hanni **Schriber-Neiger** (AGF) und Thomas **Aeschi** (SVP)

Die beiden provisorischen Stimmenzähler bleiben nur bis und mit Ziff. 5.3 der Traktandenliste im Amt.

7 Genehmigung der Kantonsratswahlen

Traktandum 4 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1987.1 – 13602), der Auszug aus dem Amtsblatt des Kantons Zug, Nr. 40, vom 8. Oktober 2010 sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Kantonsrats.

Der **Alterspräsident** gibt noch folgende wichtige Ergänzung bekannt: Die wiedergewählte Kantonsrätin Bettina Egler, Baar, hat am letzten Donnerstag mitgeteilt, dass sie ihr Amt als Kantonsrätin für diese neue Amtsdauer aus persönlichen Gründen nicht antreten werde. Das Verfahren betreffend Nachrücken einer Ersatzperson wurde sofort eingeleitet und ist zurzeit beim Gemeinderat Baar noch hängig. Dieser Sitz der SP ist heute vakant.

➔ Der Rat genehmigt die Wahl des Kantonsrats gemäss Antrag des Regierungsrats.

8 Wahl des Büros des Kantonsrats

Traktandum 5

8.1 Wahl der Kantonsratspräsidentin oder des Kantonsratspräsidenten

Martin **Pfister** hält fest, dass die CVP-Fraktion dem Rat Vreni Wicky als Kantonsratspräsidentin vorschlägt. Sie hat grosse politische Erfahrung. Sie ist Kantonsrätin seit 1999, war lange Jahr Stadträtin der Stadt Zug und Mitglied der engeren Stawiko. Sie hat Führungserfahrung als Schulpräsidentin der Stadt Zug und als Präsidentin des Aufsichtsorgans der Polizeischule Hitzkirch. Vor zwei Jahren hat die Mehrheit des Rats sie als Vizepräsidentin gewählt. Wir empfehlen Ihnen, heute Vreni Wicky als Kantonsratspräsidentin zu wählen.

Der **Alterspräsident** macht darauf aufmerksam, dass gemäss § 40 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Kantonsrats für die Dauer von zwei Jahren zur Präsidentin oder zum Präsidenten gewählt werden kann. Wahlzettel mit anderen Personen sind gemäss § 69 Abs. 1 Ziff. 3 der Geschäftsordnung nicht gültig.

Die geheime Abstimmung ergibt folgendes Resultat: Ausgeteilte Wahlzettel 78, eingegangene Wahlzettel 78, leer 4, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 74, absolutes Mehr 38.

Stimmen haben erhalten: Vreni Wicky 60, Eugen Meienberg 12, Martin B. Lehmann 2.

➔ Vreni **Wicky** wird mit 60 Stimmen gewählt.

Vreni **Wicky** betritt unter Applaus des Rats den Saal, es wird ihr ein Blumenstrauss überreicht und der Alterspräsident gratuliert der Gewählten zu ihrer ehrenvollen Wahl.

Vreni **Wicky** dankt dem Rat ganz herzlich für sein Vertrauen und die ehrenvolle Wahl. Sie verspricht, dieses Amt mit dem nötigen Respekt, bestem Wissen und Gewissen in den nächsten zwei Jahren auszuüben. Lassen Sie uns die nächsten Jahre gemeinsam, in gegenseitiger Achtung, aber auch mit Freude angehen! Sie wünscht uns allen im politischen Alltag politische, tragfähige Lösungen zum Wohl unserer Zuger Bevölkerung. Und sie bedankt sich herzlich für die Wahl.

Dolfi **Müller**, Stadtpräsident von Zug, ist es eine grosse Ehre, im Namen des Stadtrats und der Stadtzuger Bevölkerung unserer Ex-Kollegin Vreni Wicky zur ehrenvolle Wahl ins höchste politische Amt des Kantons Zug gratulieren zu dürfen. Ein wenig geschockt war er natürlich schon, als er in der Neuen Zuger Zeitung von der pezzattinischen Wende im Kantonsrat lesen musste. Da hat offenbar der Katholik Bruno Pezzatti aus dem Klosterdorf Menzingen fast schon zwinglianische Sitten eingeführt. Und dies im katholisch lebenslustigen Zuger Kantonsrat! Im Stadtzuger GGR geht es dann schon um Einiges frivoler und lebenslustiger zu und her. Fragen Sie die Insider hier im Saal.
Gespann darf man sein, wie die neue Chefin und ehemalige Klosterschülerin Vreni Wicky auf die eindringlichen Notrufe aus dem Kantonsrat reagieren wird. Zieht sie die Schraube noch mehr an als Kollege Pezzatti? Hin zum eisernen Krawattenzwang und zur Deuxpièce-Pflicht? Oder erinnert sie sich an die guten alten Zeiten des laisser-faire aus dem GGR? Was auch geschehen mag, Vreni war schon im Stadtrat immer für eine Überraschung gut. Ein Müsterchen nur an dieser Stelle: Vor knapp acht Jahren verlangte die SP Stadt Zug mit ihrer Tagesschulinitiative den *massvollen* Ausbau der Tagesschule Maria Opferung. Wir haben uns in der SP gefragt, wie die Schulpräsidentin Vreni Wicky darauf reagieren würde. Die Linke freute sich bereits auf ein scharfes Njet. Aber sie hatte die Rechnung ohne die Wirtin gemacht und Vrenis Kampfgeist massiv unterschätzt. Diese holte unbeeindruckt zu einem klassischen Überholmanöver auf der äussersten linken Aussenspur aus. Statt ein wenig mehr Tagesschule führte Vreni diese gerade flächendeckend ein, und dann erst noch fast zum Nulltarif. Aus Luzern hatte sie sich vorher Fachunterstützung geholt, selbstverständlich von einer Genossin des Stadtpräsidenten. Fazit: Die Linke hatte in Zug ein Thema weniger und Vreni hatte mit ihrem Konter knallhart gepunktet. Was aber viel wichtiger ist: Das Resultat darf sich sehen lassen! Man könnte jetzt behaupten, die SP habe diese paradoxe Intervention bewusst geplant. Aber seien wir ehrlich: Die SP war nicht paradox, sondern schlicht und einfach perplex.

Nur nebenbei: Der heutige Wahlvorschlag der SP-Fraktion für das Vizepräsidium ist nach Wissen des Gratulanten keine paradoxe Intervention.
Liebe Vreni, ab jetzt hast du es in der Hand, wie die Kantonsrätinnen und -räte sich die nächsten vier Jahr fühlen werden. Die ausgezeichnete Kaderschulung im Kloster und im Zuger Stadtrat wird dir sicher den richtigen Weg weisen. Im Kloster Maria Opferung, so hat sich Dolfi Müller von Beat Dittli sagen lassen, herrschten bis zum Einzug der Kapuzinerinnen ziemlich lockere Sitten. Da wusste man auch nie, ob die Klosterleute nur Wasser predigen oder es auch trinken. Der Stadtpräsident jedenfalls plädiert für guten Wein. Sie wissen es ja alle: Das Leben ist definitiv zu kurz, geniessen Sie es, sowohl in der Politik wie auch im wirklichen Leben! Ganz herzliche Gratulation.

8.2 Wahl des Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentin

Der **Alterspräsident** macht den Rat darauf aufmerksam, dass gemäss § 40 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Kantonsrats für die Dauer von zwei Jahren in das Vizepräsidium gewählt werden kann. Wahlzettel mit anderen Namen sind ungültig.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion dem Rat für die Neubesetzung des Vizepräsidiums Hubert Schuler aus Hünenberg vorschlägt. Er weist alle Voraussetzungen auf, welche für das Amt des Vizepräsidenten notwendig sind. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dem Rat mit Hubert Schuler eine äusserst engagierte und offene Persönlichkeit für die Wahl des Vizepräsidenten vorzuschlagen. Sie dankt dem Rat für das Vertrauen und die Unterstützung.

Thomas **Lötscher** gratuliert vorab der neu gewählten Kantonsratspräsidentin ganz herzlich und wünscht ihr viel Erfolg und Freude im Amt. – Wer gegen eine offizielle Kandidatur einen Gegenkandidaten portiert und dies nicht leichtfertig oder gar aus einer Laune heraus tut, bedarf guter Gründe. Der Votant hat diese Gründe und er schlägt dem Rat zur Wahl als Vizepräsidenten Martin B. Lehmann vor.
Was die Eignung von Martin B. Lehmann angeht, so lässt der Votant gerne den Fraktionschef der SP, Markus Jans, zu Wort kommen, der uns am 21. Dezember 2006 erklärte: «Er kennt die Abläufe im Rat, weiss sich auf der politischen Bühne zu bewegen, ist sprachbegabt und wird unseren Kanton als Vizepräsidenten nach innen wie nach aussen bestens vertreten. Er zeichnet sich aus durch eine umfassende Dossierkenntnis. In der Sache selbst ist er klar und geradlinig und lässt sich nicht leicht von einem eingeschlagenen Weg abbringen. Trotz seiner sachlich klaren Standpunkte ist er immer bereit, lösungsorientierte Kompromisse zu suchen und diese auch zu finden. Seine freundliche und umgängliche Art wird von allen, welche mit ihm zu tun haben, sehr geschätzt. Parteiübergreifend findet Martin B. Lehmann eine grosse Akzeptanz. Auch politisch anders Denkende muten ihm das Vizepräsidium durchaus zu. Er wird als Partner und fairer Diskussionsteilnehmer geschätzt und ernst genommen. Martin B. Lehmann weist alle Voraussetzungen auf, welche für das Amt des Vizepräsidenten notwendig sind. Die SP-Fraktion ist überzeugt, mit Martin B. Lehmann eine äusserst engagierte und weltoffene Persönlichkeit für die Wahl des Vizepräsidenten vorzuschlagen.»
Für die neuen Ratsmitglieder, die Martin B. Lehmann noch nicht kennen, fasst Thomas Lötscher zusammen, nochmals mit den Worten von Markus Jans, diesmal

vom 11. Dezember 2008: «Er weist alle Voraussetzungen auf, welche für das Amt des Vizepräsidenten notwendig sind. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dem Rat mit Martin Lehmann eine äusserst engagierte und weltoffene Persönlichkeit für die Wahl des Vizepräsidenten vorzuschlagen.»
Der Votant teilt die Überzeugung der SP-Fraktion – was selten genug vorkommt. Umso mehr war er schockiert, als er las, dass jener Mann, der zweimal für die SP angetreten war im Kampf um das Vizepräsidium, der zweimal für seine Fraktion den Winkelried spielte, als deren Anspruch umstritten war, dass also dieser Mann, jetzt, wo der Anspruch der SP unbestritten und die Wahl ein Spaziergang wäre, von seinen eigenen Parteikollegen mit einer schallenden Ohrfeige abserviert wird. Jedem, der bei den Wahlen vor zwei und vier Jahren dabei war, muss klar sein, dass die seinerzeitige Nichtwahl Martin B. Lehmanns nichts mit seiner Person zu tun hatte, sondern im bestrittenen Anspruch seiner Partei auf das Amt begründet war.
Das weiss auch die SP. Während sich die Linken gerne als moralisch überlegene Gutmenschen darstellen und den Bürgerlichen ethisches Verhalten absprechen, legen sie gegenüber einem verdienten Mitglied dieses Rats aus den eigenen Reihen ein Verhalten an den Tag, das in den Augen Thomas Lötschers an Mobbing grenzt. Er ist beileibe keine Mimose, wenn es um den harten sachlichen Diskurs geht. Als Politiker muss man auch mal einstecken können. Aber was sich die SP jetzt gerade leistet, überschreitet eine Grenze, die Anstand und Fairness weit hinter sich lässt. So geht man nicht mit Menschen um! Zeigen Sie jetzt, was wir in diesem Rat unter Anstand, Fairness und Menschlichkeit verstehen. Geben Sie Ihre Stimme Martin B. Lehmann. Er verdient sie.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die ALG den offiziellen Kandidaten der SP unterstützt. Dieser Rat ist ebenso wenig wie vor zwei oder vier Jahren würdig, solche Spiele mitzumachen. Ebenso wie vorhin Vreni Wicky als Kantonsratspräsidentin als offizielle Kandidatin gewählt wurde, legt der Votant dem Rat auch hier nahe, dass er den offiziellen Kandidaten der SP unterstützt.

Manuel **Brandenberg** würde es interessieren, von den beiden Kandidaten der Sozialdemokraten zu hören, wie sie zum neuen Parteiprogramm ihrer Partei stehen, insbesondere zur Abschaffung des Kapitalismus und der schweizerischen Armee. Diese beiden Fragen interessieren den Votanten, damit er persönlich entscheiden kann, ob und wen er wählen kann.

Die beiden Kandidaten wollen sich nicht dazu äussern.

Die geheime Wahl ergibt folgendes Resultat: Ausgeteilte Wahlzettel 79, eingegangene Wahlzettel 79, leer 3, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 76, absolutes Mehr 39.

Stimmen haben erhalten: Martin B. Lehmann 43, Hubert Schuler 19, Moritz Schmid 9, Karl Nussbaumer 5.

➔ Martin B. Lehmann wird mit 43 Stimmen zum Vizepräsidenten des Kantonsrats gewählt.

Der neu gewählte Vizepräsident des Kantonsrats betritt unter Applaus des Rats den Saal und es wird ihm ein Blumenstrauss überreicht.

Der **Alterspräsident** gratuliert ihm zur ehrenvollen Wahl und wünscht ihm viel Erfolg.

Martin B. **Lehmann** möchte sich ganz herzlich bedanken für das Vertrauen, dass der Rat seiner Person und indirekt auch seiner Wohngemeinde Unterägeri entgegenbringt. Er hat in den vergangenen Wochen eine Abwägung der Chancen und Risiken vorgenommen, die er im Zusammenhang mit einer Wahlannahme indentifizieren konnte. Er hat seinen Entscheid seiner Fraktion vorgängig mitgeteilt und sich mit ihr ausgesprochen. Er richtet sich nun an seine Fraktion: Er ist und bleibt ein SP-Kantonsrat und will sich auch in Zukunft aktiv in der Fraktion einbringen. Aber bei dieser Abwägung musste er auch feststellen, dass sein Interesse an diesem ehrenvollen Amt genauso ausgeprägt ist. Vor diesem Hintergrund erklärt Martin B. Lehmann Annahme der Wahl.

8.3 Wahl der beiden Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler

Der **Alterspräsident** macht auch hier darauf aufmerksam, dass gemäss § 40 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Kantonsrats als Stimmenzählerin beziehungsweise als Stimmenzähler für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden kann. Er schlägt eine Einzelabstimmung gemäss § 67 Abs. 3 der Geschäftsordnung vor, somit keine Listenabstimmung. Die Wahl erfolgt auf zwei verschiedenen Wahlzetteln.
Die SVP-Fraktion beantragt als Stimmenzähler Nr. 1 Thomas Villiger. Die FDP-Fraktion beantragt als Stimmenzähler Nr. 2 Beat Sieber.

Moritz **Schmid** gratuliert der neu gewählten Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky zu ihrer glanz- und ehrenvollen Wahl. Möge sie viel Freude und Erfolg in ihrem neuen Amt haben. Er ist überzeugt, dass die Glocke nicht die ganze Zeit ruhen wird. Ebenso gratuliert Moritz Schmid Martin B. Lehmann zur Wahl als Vizepräsident.
Und nun zur Wahl des Stimmenzählers Nr. 1. Der Votant schlägt im Namen der SVP-Fraktion Thomas Villiger zum Stimmenzähler vor. Er übt dieses Amt seit mehreren Jahren aus und ist somit auch Mitglied des Büros des Kantonsrats. Er kennt die Abläufe als Stimmenzähler bestens sowie die zu lösenden Aufgaben im Büro des Kantonsrats. Darum bittet Moritz Schmid den Rat, Thomas Villiger als Stimmenzähler Nr. 1 des Kantonsrats im ersten Teil dieser Legislatur zu wählen.

Die geheime Abstimmung wird für beide gemeinsam vorgenommen und ergibt folgendes Resultat:

Für Stimmenzähler Nr. 1: Ausgeteilte Wahlzettel 79, eingegangene Wahlzettel 78, leer 8, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 70, absolutes Mehr 36.
Stimmen haben erhalten: Thomas Villiger 70.

Für Stimmenzähler Nr. 2: Ausgeteilte Wahlzettel 79, eingegangene Wahlzettel 78, leer 5, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 73, absolutes Mehr 37.

Stimmen haben erhalten: Beat Sieber 66, Thomas Lötscher 4, Peter Diehm 2, Maja Dübendorfer Christen 1.

➔ Thomas Villiger wird mit 70 Stimmen, Beat Sieber mit 66 Stimmen zum neuen Stimmenzähler gewählt.

Der **Alterspräsident** gratuliert den Beiden zur Wahl. – Er stellt fest, dass der Rat konstituiert ist und übergibt den Vorsitz der neu gewählten Präsidentin.

9 Vereidigung des Kantonsrats und des Regierungsrats

Die Mitglieder des Kantonsrats (in der historischen Reihenfolge der Gemeinden: Zug, Oberägeri, Unterägeri, Menzingen, Baar, Cham, Hünenberg, Steinhausen, Risch, Walchwil und Neuheim) und des Regierungsrats, angeführt vom Fähnrich mit der Kantonsfahne, der Tambourengruppe der Musikschulen Baar/Zug, dem Standesweibel und dem Büro des Kantonsrats begeben sich zur Vereidigung in die Kirche St. Oswald.

Den die Vereidigung einleitenden ökumenischen Wortgottesdienst gestalten der katholische Pfarrer Alfredo Sacchi, der evangelisch-reformierte Pfarrer Andreas Haas sowie Peter Meier an der Orgel.

Pfarrer Alfredo **Sacchi** begrüsst mit grosser Freude – auch im Namen seines Kollegen Andreas Haas – alle hier in der Kirche St. Oswald zum ernsten und festlichen Akt der Vereidigung. Wo Menschen bereit sind, mindestens zu einem grossen Teil ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten zum Wohl für unsere ganze menschliche Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen, da kommt mit Recht Freude auf und Hoffnung auf eine gute Zukunft unserer Stadt, unseres Kantons, unseres Landes und unserer Welt. Mit ihrem Amtseid hier in der Kirche bekennen Sie, dass Sie sich in Ihrem Reden und Entscheiden letztlich Gott verantwortlich wissen.
Was aber bedeutet ein solches Verantworten vor Gott im biblischen Sinn? Wir haben Ihnen für eine mögliche Antwort die Geschichte der Berufung des Mose mitgebracht. Diese spannende politische und religiöse Figur aus der Geschichte des Volkes Israel lädt in besonderer Weise ein, über das eigene Verständnis politischen Engagements nachzudenken. Lesen wir einige Verse aus dem Buch Exodus (Exodus 3, 7-12a):
Er sagte: «Ich habe das Elend meines Volkes in Ägypten sehr wohl bemerkt. Ich habe gehört, wie sie vor ihren Peinigern aufschrien. Ich kenne ihre Schmerzen.
Deshalb bin ich heruntergekommen. Ich will sie aus der Gewalt Ägyptens retten, ich will sie aus diesem Staat hier hinausbringen in ein gutes und weites Land, ein Land, das von Milch und Honig trieft, an einen Ort, wo kanaanäische, hetitische, amoritische, perisitische, hiwitische und jebusitische Stämme wohnen.
Jetzt pass auf: Das Geschrei der Israeliten und Israelitinnen ist zu mir gedrungen. Ich habe auch gemerkt, wie sehr Ägypten sie geschunden hat.
Aber jetzt ist Schluss. Auf, ich schicke dich zu Pharao; du wirst mein Volk Israel aus Ägypten hinausführen.»

Mose antwortete Gott: «Wer bin ich denn, dass ich so einfach zu Pharao gehen könnte? Und dass ich mir nichts dir nichts die Israelitinnen und Israeliten aus Ägypten hinausbringen könnte?
Gott sagte: «Ich stehe dir doch zur Seite!»
Da ist zunächst ein Mensch mit einer persönlichen Geschichte. Die religiöse Geschichtsschreibung erzählt, dass Gott von Anfang an einen besonderen Plan mit ihm hatte. Aber Mose verstrickt sich so in Schuld, indem er einen Menschen umbringt, dass er weit weg in die Wüste fliehen muss. Scheinbar aus der Plan! Aber Gott lässt ihn nicht fallen und nicht los. Er ruft ihn: «Auf, ich schicke dich zu Pharao; du wirst mein Volk aus Ägypten herausführen.» Mose windet sich. Wer bin ich? Wie soll ich das fertig bringen? Gottes Antwort: «Ich steh dir zur Seite!»
Für Pfarrer Alfredo Sacchi sind in dieser kurzen Sequenz aus der Bibel mindestens drei ganz wesentliche Punkte angesprochen:
1. Mose gibt sich Rechenschaft über sein politisches Handeln. Soll ich mich einmischen oder nicht? Soll ich mich engagieren, auch wenn ich wenig Chancen auf Erfolg sehe? Wir wissen es: Mose übernimmt Verantwortung. So, wie Sie alle Verantwortung übernommen haben oder heute neu übernehmen.
2. Mose übernimmt aber Verantwortung in einer bestimmten Richtung: Er lässt sich einspannen in eine Befreiungsgeschichte. Er will eine Hoffnungsgeschichte in die Tat umsetzen. Er will Zukunft ermöglichen, Leben ermöglichen. Sein Volk soll Möglichkeiten haben, Milch und Honig geniessen können – das ganze Volk!
Uns bleibt heute die Aufgabe, neu zu bestimmen, welche Kräfte uns unfrei machen, uns Lebensfreude und Lebensqualität wegnehmen, welche Lasten wir von allen oder von einzelnen Gruppen von Menschen wegzunehmen haben. Freiheit ist ja ein Qualitätsmerkmal unseres Landes, aber sie bleibt nicht automatisch erhalten, sie will immer neu definiert und dann erkämpft und umgesetzt werden. Ob Sie sich nicht in einer solchen Befreiungsgeschichte finden können?
Dabei ist bemerkenswert, dass Mose sich nicht von der eigenen Geschichte, von seiner eigenen Schuld, seinen eigenen Grenzen blockieren lässt. Er setzt einfach all seine Kräfte ein.
3. Mose rechnet mit Gottes Hilfe. Wir sind immer wieder eingeladen, nicht nur den eigenen Kräften zu vertrauen, sondern wirklich darauf zu bauen, dass Gott mit uns Geschichte schreiben will, dass er uns hilft, eigene Grenzen zu überschreiten und aus unserem Wenigen einen Mehrwert zu schaffen.
So wünsche ich dies uns allen: dass wir im gemeinsamen Ringen und Streiten befreiend zum Glück von Vielen wirken können und uns dazu berufen, gesandt und begleitet wissen.

Pfarrer Andreas **Haas** wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden: Wie tut Gott sich kund? Durch jede und jeden von Ihnen und durch Ihr gemeinsames Handeln für eine menschenfreundliche Gesellschaft. Wenn nun Sie als Politikerin, als Politiker zu einem Instrument werden, durch welches die unendliche Lebenskraft erklingt, welche wir Gott nennen, kann das auch Angst machen – Mose jedenfalls hat es bei seiner Berufung mit der Angst zu tun bekommen.
Angst ist allerdings keine beliebte Gefährtin der Politik. Da wird ja oft so getan, als hätte man keine Angst und keine Zweifel. Oder aber die Angst verhindert menschen- und sachgerechte Lösungen, weil man Angst hat, der politische Gegner könne für einmal populärer sein als die eigene Seite.
Zweifle nicht an dem / der dir sagt / er hat Angst // aber hab Angst / vor dem / der dir sagt / er kennt keine Zweifel dichtete Erich Fried.

Indem Sie wie Mose Ihre eignen Ängste und Zweifel ernst nehmen und auch die Ängste und Zweifel Ihrer Ratskolleginnen und Ratskollegen nicht triumphal ausnutzen, können Sie zu kreativen und menschenfreundlichen politischen Lösungen finden. Diese nehmen dann auch die Nöte und Ängste der Bevölkerung unseres Kantons ernst.
Wir feiern bald das Geheimnis, dass Gott Mensch wird. Von diesem Geheimnis wird da etwas sichtbar, wo wir Menschen Gott helfen, sich zu zeigen, als ein Gott der Gerechtigkeit und der Liebe zu Mensch und Natur. Auch Sie als Politikerinnen und Politiker sind herausgefordert, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unendlichen Lebenskraft zu sein – über jede Parteigrenze hinweg.

Die neu gewählte Kantonsratspräsidentin Vreni **Wicky** richtet folgende Worte an die Anwesenden:
Gut, dass wir jetzt hier sind! Für einen kurzen Augenblick weg vom rauen, hektischen Alltag, an diesem Ort der Stille, der Ruhe, der Besinnung. Diese spätgotische Kirche haben schon viele Generationen besucht, wurde doch der Grundstein bereits am 18. Mai 1478 gelegt. Wir fühlen uns erhoben und winzig zugleich. Man wächst ein Stück in diesen grossen Raum hinein und ist doch nur ein kleiner Mensch. Wir spüren das Überirdische oder das Transzendentale. Freud und Leid, Zuversicht und Verzweiflung führten die Menschen hier zusammen. Wir sind gekommen, um den Auftrag der Kantonsverfassung zu erfüllen. Er sieht in § 18 vor, dass die vom Volk gewählten Behörden bei Beginn jeder Amtsdauer durch Eid oder Gelöbnis auf die Verfassung und die Gesetze zu verpflichten sind. Das werden wir jetzt tun und dabei bedenken, dass unser Schaffen – so gut und so engagiert wir uns auch einsetzen werden – im Massstab der Geschichte nur Stückwerk sein wird. Bescheidenheit ist angesagt, besonders im politischen Tagesgeschäft. Helmut Schmidt, alt Bundeskanzler, gibt auf die Frage, wessen Politikerinnen und Politiker bedürfen, folgende Antwort:
«Man muss das, was man will, gut erklären können, damit möglichst viele Menschen es verstehen. Man muss gut zuhören können – auch die Sachen, die einem falsch vorkommen, muss man sich anhören! Und dann gibt es Tugenden, die eigentlich jeder Bürger haben sollte, aber ein Politiker ganz besonders: Man darf die Schuld nicht auf andere schieben. Man muss tapfer sein. Man muss wirklich sagen, was man meint, und nicht das, wovon man glaubt, die Leute wollten es gerne hören!»
Es gibt für uns viel zu tun, die Traktandenliste ist voll, die schriftlichen Unterlagen stapeln sich. Packen wir es also mit Elan und Optimismus an. Dabei wünsche ich uns die Kraft, das zu ändern, was wir ändern können, die Gelassenheit, das anzunehmen, was wir nicht ändern können, und die Weisheit, das Eine vom Andern zu unterscheiden. Was immer wir auch tun, wir wollen klug handeln und stets das Ende bedenken. Gut, dass wir jetzt hier sind!
Bevor wir nun zur Vereidigung schreiten, wünsche ich uns einen kurzen Augenblick der Ruhe und der Stille. Dies gibt uns Gelegenheit, unserer am 27. September 2001 jäh ums Leben gebrachten Kolleginnen und Kollegen zu gedenken.
Ich bitte den Landschreiber, die Eidesformel zu verlesen.

Landschreiber Tino **Jorio** verliest den in § 5bis Abs. 1 der Geschäftsordnung enthaltene Eidesformel, worauf die Rats- und Regierungsmitglieder, welche den Eid leisten wollen und sich von den Bänken erhoben haben, mit erhobenem Schwurfinger den von der Präsidentin vorgesprochenen Satz «Ich schwöre es» nachsprechen.

Nach einem von beiden Pfarrherren gesprochenen Gebet, einem gemeinsam gesprochenen Vaterunser, einem Segensgebet beider Pfarrherren und einem Ausgangsspiel des Organisten kehrt der neue Kantons- und Regierungsrat in den Ratsaal zurück.

Die neue Kantonsratspräsidentin Vreni **Wicky** wendet sich mit folgenden Worten an den Rat:
Durch die feierliche Vereidigung in der St. Oswaldkirche sind Sie rechtskräftig in Ihr Amt eingesetzt worden. Ich gratuliere Ihnen zur Wahl und wünsche Ihnen viel Kraft und Freude im Amt. Sie alle haben sich für eine ehrenvolle Tätigkeit zur Verfügung gestellt, sind von der Zuger Bevölkerung gewählt worden, und haben sich bereit erklärt, dieser zu dienen und ihren Willen umzusetzen. Wir sind dem Volkswohl verpflichtet und zwar nicht nur für ein Jahr, sondern mindestens für eine Legislatur. Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, miteinander engagiert und umsichtig die anfallenden Aufgaben zu lösen.
Herzlich danke ich Werner Villiger, unserem Alterspräsidenten, dass er die neue Legislaturperiode mit nachhaltigen Worten eröffnet hat. Ich wünsche dir, lieber Werner, Wohlergehen und Befriedigung in allen Belangen. Ein besonders herzlicher Willkommensgruss geht an die neuen Kantonsrätinnen und Kantonsräte. Mögen Sie sich gut einarbeiten und den Respekt und achtsamen Umgang, welchen wir in diesem Parlament pflegen, übernehmen. Dem neuen Regierungsrat, Stefan Schleiss, wünsche ich ebenfalls einen guten Start in der Zuger Regierung. Dem neuen Vizepräsidenten danke ich heute schon für seine Unterstützung, und ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit. Einen ganz besonderen Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. In den vergangen zwölf Jahren durfte ich Sie als kompetente und hilfsbereite Fachpersonen erleben, die äussert speditiv arbeiten. Ich verzichte darauf, einzelne Personen speziell zu erwähnen. Eine Ausnahme möchte ich beim Landschreiber machen. Er zeichnet sich durch sein umsichtiges Handeln und seine uneingeschränkte Loyalität in besonderem Mass aus.
Den Medienvertreterinnen und Vertretern danke ich für eine objektive Berichterstattung. Ich wünsche Ihnen viel «Sitzvermögen», falls die Debatten einmal länger als geplant dauern sollten.
Meine Damen und Herren, von uns wird Einiges erwartet. Oberstes Ziel unserer Überlegungen und Entscheidungen muss stets das Wohl der Bürgerinnen und Bürger sein. Interessenbindungen sollen klar deklariert werden. In einer Zeit, da auch der Kanton Zug Defizite budgetiert, ist es notwendig, mit den Finanzen unserer Steuerzahler behutsam umzugehen. Übertriebenen Begehrlichkeiten und «nice to have»-Forderungen ist entschieden eine Absage zu erteilen. Auch im Kanton Zug, der sich durch langjährige Prosperität auszeichnet, dürfen wir die Bodenhaftung nicht verlieren, was angesichts der Boniexzesse nicht immer einfach zu bewerkstelligen ist. Eine unanständige Bereicherungsmentalität verletzt das Gerechtigkeitsempfinden vielen Mitbürger und trägt zu sozialem Unfrieden in unserem Land bei. Nähme mit jeder Gehalts- oder Entschädigungserhöhung die Übernahme der ethischen Verantwortung zu, würde unsere Welt menschlicher aussehen!
Ein ganz wesentliches Anliegen ist es mir, dass die Mitglieder des Kantonsparlaments sich permanent Ihrer Rechte und Pflichten bewusst sind. In diesem Zusammenhang halte ich die zunehmende Interkantonalisierung in der Politik für nicht unproblematisch. Es besteht eine Tendenz, vermehrt Konkordate und interkantonale Verträge zu befürworten. Dieser Umstand schafft unter dem Schutzmantel des «kooperativen Föderalismus» eine eigentliche vierte Ebene, die für das Volk oft-

mals schwierig zu erfassen ist. Das zugrunde liegende Motiv liegt nicht selten darin, dass wir uns scheuen, Entscheidungen – insbesondere auch unpopuläre Entscheidungen – zu treffen und dafür einzustehen. Kein von uns in Auftrag gegebenes Gutachten kann uns jedoch von der politischen Verantwortung entbinden. Die in Mode gekommene Interkantonalisierung in der Politik hat häufig auch Demokratie-, Diskurs- und Informationsdefizite zur Folge, was die Gefahr mit einschliesst, dass wir einer direkten Einflussnahme beraubt werden. Ausstiege aus derartigen Verträgen sind oft während vielen Jahren nicht möglich. Es bleibt uns dann, Kenntnis von den Jahresberichten zu nehmen und kantonale Vertretungen in ständig wechselnde interparlamentarische Kommissionen zu delegieren, was der Gesamtsicht und dem Gesamtüberblick nicht unbedingt förderlich ist. Ich bin der klaren Auffassung, dass der Abschluss von Konkordaten und interkantonalen Verträgen auf das notwendige Minimum zu begrenzen ist, da jegliche zwangsgebundene Ausgabe unseren Handlungsspielraum einschränkt und unsere Standortvorteile in Frage stellen können. Unser Staatssystem, das auf Gemeinde, Kanton und Bund aufbaut, bietet mit dem Subsidiaritätsprinzip die geeigneten Strukturen, um anfallende Probleme auf der tiefstmöglichen Ebene effizient zu lösen. Nicht zuletzt aus diesem Grund sind wir grossen Ländern mit zentralistischen Strukturen in Einigem voraus.
Die Arbeitsweise in unserem Parlament entspricht unserer gewachsenen Kultur. Nur unter Bewahrung der Konkurrenzfähigkeit werden wir auch in Zukunft in der Lage sein, die anstehenden Ausgaben zu finanzieren. Tragen wir Sorge zu unserem wunderschönen Kanton und seinen Menschen, unserer wunderbaren Landschaft mit ihren einmaligen Naherholungsgebieten. Unser Kanton hat bewiesen, dass er innovativ und kreativ vorwärts strebt. Das Geheimnis unseres Erfolges liegt in einem ausbalancierten Verhältnis zwischen Alleingang und interkantonaler Zusammenarbeit im Spannungsfeld von Liberalismus und Föderalismus.
Meine Damen und Herren, freuen wir uns, zusammen die Legislatur und damit die nächsten vier Jahre anzugehen und die Zukunft unseres Kantons mit zu gestalten. Nehmen wir unsere Verantwortung respektvoll wahr, in dem wir im fairen Dialog zusammen nachhaltige Lösungen erarbeiten.

10 Gelöbnis

Traktandum 6 – Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 18 der Kantonsverfassung alle Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats entweder einen Eid oder ein Gelöbnis ablegen müssen. Sie bittet alle Ratsmitglieder, die den Eid nicht abgelegt haben, nach vorne zu treten und das Gelöbnis abzulegen.

Landschreiber Tino **Jorio** verliest die Gelöbnisformel gemäss § 5bis Abs. 2 der Geschäftsordnung, worauf die entsprechenden Rats- und Regierungsmitglieder den von der Präsidentin gesprochenen Satz «Ich gelobe es» nachsprechen.

11 Genehmigung der Regierungsratswahlen

Traktandum 7 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 16. November 2010 (Vorlage Nr. 1987.1 – 13602), Buchstabe B, sowie ein Auszug aus dem Amtsblatt des Kantons Zug, Nr. 40, vom 8. Oktober 2010 mit den detaillierten Wahlergebnissen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Erneuerungswahlen für den Regierungsrat zu genehmigen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag ohne Gegenantrag zu.

12 Wahl der Frau Landammann oder des Landammanns

Traktandum 8.1 – Daniel Thomas **Burch** schlägt dem Rat im Namen der FDP-Fraktion vor, Volkswirtschaftsdirektor und Statthalter Matthias **Michel** als Landammann für die nächsten zwei Jahre zu wählen. Vor acht Jahren wurde er in den Regierungsrat gewählt, und vor zwei Jahren haben Sie ihm als Statthalter das Vertrauen ausgesprochen. Bitte sprechen Sie ihm heute das Vertrauen aus und wählen Sie ihn als Landammann!

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass in diese Funktion gemäss § 46 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Regierungsrats für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden kann. Sofern Sie auf den Wahlzettel einen anderen Namen aufschreiben sollten, so ist dieser Wahlzettel gemäss § 69 Abs. 1 Ziff. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats ungültig.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Wahlzettel 78, eingegangene Wahlzettel 78, leer 0, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 78, absolutes Mehr 40.

Stimmen haben erhalten: Matthias Michel 77, Heinz Tännler 1.

➔ Matthias **Michel** wird mit 77 Stimmen zum Landammann gewählt.

Der neu gewählte **Landammann** betritt unter Applaus des Rats den Saal und es wird ihm einen Blumenstrauss überreicht. Die Ratspräsidentin gratuliert ihm herzlich im Namen des Rats.

Landammann Matthias **Michel**: Ich danke Ihnen für Ihre vertrauensvolle Wahl, die ja – entsprechend des Turnus – unvermeidlich und vorhersehbar war. Gleichwohl hoffe ich, dass dieser Turnus Ihren freien Wahlwillen nicht zur arg beeinträchtig hat und Sie ihre Stimme frei abgegeben haben.
In Anbetracht dieses Turnus und der ebenso unvermeidlichen Huldigungen, die sich in den nächsten Tagen über die Person des Landammanns ergiessen, frage ich mich schon, wer oder was denn hier genau gefeiert wird. Sicher ist es auch die Person, deren man ja auch – zusammen mit der Präsidentin des Kantonsrats – die

Repräsentanz unseres Standes, innen- und aussenpolitisch, anvertraut. Und ich freue mich, dass ich zusammen mit Vreni Wicky diese Repräsentationsaufgabe für die nächsten zwei Jahre wahrnehmen darf. Bei dieser Gelegenheit gratuliere ich Vreni Wicky bestens zu ihrer Wahl.
Doch es geht aus meiner Sicht noch um etwas Grundsätzlicheres, von einer bestimmten Person Unabhängiges. Ebenso, wohl noch stärker, so denke ich, nehmen wir die Neukonstituierung des Kantonsrates und die Bestellung seiner Organe sowie die Wahl des Landammanns und Statthalters zum Anlass, das Funktionieren unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen zu feiern. Wir feiern also, dass wir in der Schweiz eine grosse Tradition des Föderalismus, der Gewaltenteilung und der Demokratie haben. Und dass wir diese Tradition immer wieder neu leben.
Dass dies nicht so selbstverständlich ist, wurde mir bewusst, als ich den letzten vier Tagen in Äthiopien an der Internationalen Föderalismuskonferenz weilte als Vertreter der schweizerischen Kantone: Viele Staaten dieser Erde, viele davon im Osten und Süden, kämpfen noch um ihr Verständnis und ihre Form als Rechtsstaat. Viele dieser Staaten, gerade auch in Afrika, haben eine zuerst von Fremdherrschaft von aussen, dann von autoritären Regimes im Innern geprägte Geschichte hinter sich. Viele solcher Staaten schauen auf die Schweiz als Vorbild, wenn es um die Teilung von Gewalten und Aufgaben angesichts unterschiedlicher Kulturen geht. Schon deshalb sollten wir in unserem Tun als Behörden dieses Vorbildes würdig sein. Diese Würde im Umgang mit unseren rechtsstaatlichen Institutionen und miteinander wünsche ich uns allen. Und dafür möchte ich mich in meiner Zeit als Landammann einsetzen.
Und ich möchte mich auch dafür einsetzen, dass unsere staatlichen Gewalten je in ihren Rollen gestärkt werden. Das heisst auch, dass Kantonsrat und Regierungsrat sich je in ihren, ihnen von der Verfassung anvertrauten Rollen respektieren. Für uns als Regierung heisst dies z.B., dass wir den gesetzgeberischen Willen in der Umsetzung zum Beispiel beim Erlass von Verordnungen respektieren. Für Sie als Kantonsrat – das ist auch mein Wunsch – heisst das, dass Sie anerkennen, dass es Bereiche gibt, welche der Exekutive vorbehalten sind, und dass dies im Interesse der Handlungsfähigkeit unseres Kantons auch richtig ist. Es wird Gelegenheiten geben, wo wir uns – wohl auch gegenseitig – an diese klaren Rollen erinnern werden müssen. Es geht dabei wie gesagt nicht um eine Schwächung der jeweils anderen Gewalt, sondern um die Überzeugung, dass wir in dem stark sein sollen, was uns aufgetragen ist.
Und wenn es stimmt, dass man glücklich wird, wenn Erwartungen erfüllt werden, dann mache ich Sie nun noch glücklich. Indem ich Ihre Erwartung, die Sie mit Ihrer Wahl zum Ausdruck gebracht habe, erfülle, und – mit Freude und Motivation – die Annahme dieser Wahl erkläre.

Dolfi **Müller**, Stadtpräsident von Zug, ist es eine ebenso grosse Ehre, einer weiteren Persönlichkeit aus der Stadt Zug zur ehrenvollen Wahl für ein sehr wichtiges politisches Amt gratulieren zu dürfen. Sie wissen es: Mit Vreni Wicky war ich vier Jahr im Stadtrat, da hätte ich noch einige Müsterchen mehr auf Lager gehabt, aber keine Angst, die kommen dann am Samstag. Auch die Wege von Matthias Michel haben sich mehrmals mit meinen gekreuzt. Meistens nur kurz, vielfach geschäftlich. Zeit für ein ruhiges Gespräch hatten wir selten. Ein schönes spanisches Gedicht hat er mir einmal zukommen lassen in seiner Übersetzung. Er war auch mal mein höchster Vorgesetzter als Bildungsdirektor an der Kanti. Da trafen wir uns einige Male im Musiktrakt, er mit der feinen klassischen Querflöte, ich mit dem

leicht verstimmten Banjo unter dem Arm. Ein Duett wurde daraus nicht, mehr Dräck meets Klassik. Und siehe da, so kann man sich täuschen. Samstag, 4. Dezember 2010, Stadtbahnfeier im Bahnhof Oberwil. Ein trotz Kälte bestens gelaunter Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel montiert eine rote Baseball-Mütze, Krempe nach hinten, und setzt zu Beginn seiner Rede rhythmisch einwandfrei zu einem Rap an. Das hat mich umgehauen. Black music aus den Ghettos von New York im Bahnhöfli Oberwil. Interpretiert von Rapping Mad Michael von Oberwil. Nur eines hat nicht gestimmt, die Mütze mit dem roten Schweizerkreuz vom letzten Schwingfest. Aber das war ein echter Aha-Effekt. Offenbar ist nicht nur Vreni Wicky allemal für eine Überraschung gut.
Es gibt noch etwas anderes, das Euch beide ebenfalls verbindet. Bei Matthias ist es der New Yorker Rap, bei Vreni ist es ihr klares Bekenntnis zur modernen Architektur. Als damaliger Bauchef wusste ich immer, wer mich unterstützen würde, wenn es um moderne, gute Architektur ging. Vreni Wicky und Matthias Michel sind für mich eindeutig Vertreter des städtischen Elements im Kanton Zug. Dieses ist genau so wichtig wie das bodenständig Ländliche. Der abtretende Landammann wurde letzte Woche im Kantonsrat sehr treffend mit einem Nussbaum verglichen. Der neue Landammann beginnt seine Amtszeit mit einem Rap. Das will heissen: In Zug hat es Platz für Nussbäume *und* Rapper. Der Kanton Zug ist nur, was er ist, wenn Stadt *und* Land, beziehungsweise Land *und* Stadt gleichberechtigt nebeneinander stehen und einander respektieren. Gräben und Berührungsängste sind da fehl am Platz. Ich bin sicher: Vreni Wicky und Matthias Michel werden auf ihrer zweijährigen Tournee durch den Kanton dazu beitragen, dass dieses neben- oder besser miteinander tatsächlich gelebt wird. Wenn Ihr zwei zwischendurch mal in der Stadt Zug vorbeikommt, unterstütze ich Euch gerne dabei.
Lieber Matthias, falls du mal eine ganze Rede durchrappen willst, diese Mütze und diese Flasche Wein sollten dir dabei helfen. Diese Flasche soll dir dann mal helfen, falls du doch mal aus dem Rhythmus fällst. Dein aktueller Afrikabesuch als Aussenminister des Standes Zug wird das Seinige zum guten Rhythmus sicher auch beitragen. Ich gratuliere dir ganz herzlich im Namen des Stadtrats.

13 Wahl der Statthalterin oder des Statthalters

Traktandum 8.2 – Martin **Pfister** hält fest, dass die CVP-Fraktion dem Rat empfiehlt, Beat **Villiger** als Statthalter zu wählen. Die Qualitäten von Sicherheitsdirektor Villiger haben Sie in den letzten vier Jahren erlebt, seine politischen und menschlichen Qualitäten. Wir können ihn zur Wahl als Statthalter nur empfehlen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich auch hier nur ein Mitglied des Regierungsrats gewählt werden kann.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Wahlzettel 77, eingegangene Wahlzettel 77, leer 4, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 73, absolutes Mehr 37.

Stimmen haben erhalten: Beat Villiger 59, Heinz Tännler 8, Manuela Weichelt 3, Peter Hegglin 2, Joachim Eder 1.

➔ Beat **Villiger** wird mit 59 Stimmen gewählt.

Die **Vorsitzende** gratuliert dem neuen Statthalter unter dem Applaus des Rats herzlich zu seiner Wahl und es wird ihm ein Blumenstrauss überreicht.

Statthalter Beat **Villiger** bedankt sich ganz herzlich für das Vertrauen und die Wahl, die er sehr gern annimmt und die ihn auch sehr freut und ehrt. Matthias Michel hat es vorher schon gesagt, dass ja hier auch der Turnus gilt, das Anciennitätsprinzip. Und es kommt hinzu, dass dann die im passiven Wahlrecht stehenden Mitglieder des Regierungsrats nicht noch einen zusätzlichen Wahlkampf führen müssen. Ich habe in den letzten vier Jahren zwei hervorragende Landammänner erlebt. Und ich bin auch überzeugt, dass der neue Landammann Matthias Michel in den kommenden zwei Jahren die für den Regierungsrat und den Kanton zusätzlichen und wichtigen Aufgaben mit Bravour meistern wird. Lieber Matthias, solltest du hier mal Unterstützung brauchen, was ich bei deiner geistigen und körperlichen Fitness kaum annehme, so befehle mich dann trotzdem ungeniert an deine Statt, und ich werde mit Freude und Tatendrang zur Verfügung stehen. Besten Dank.

14 Genehmigung der Ersatzwahl in das Obergericht

Traktandum 9.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1987.1 – 13602), Buchstabe C, und der Auszug aus dem Amtsblatt des Kantons Zug Nr. 40 vom 8. Oktober 2010 mit den detaillierten Wahlergebnissen.

➔ Der Rat genehmigt gemäss Antrag des Regierungsrats die Ersatzwahl von Paul Kuhn, Baar, in das Obergericht für den Rest der Amtsdauer bis Ende 2012.

15 Wahl des vom Volk gewählten Paul Kuhn als hauptamtlicher Oberrichter

Traktandum 9.2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 41 Bst. I Ziff. 2 der Kantonsverfassung dem Kantonsrat die Festsetzung der Zahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter in jedem Gericht und deren Wahl aus den Mitgliedern des betreffenden Gerichts obliegt. Sie haben gemäss Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der hauptamtlichen Mitglieder im Obergericht für den Rest der Amtsperiode 2007-2012 vom 6. Mai 2010 die Zahl auf fünf festgesetzt. Zurzeit sind deren vier hauptamtlich tätig. Eine fünfte Person kann noch in das Hauptamt gewählt werden. Die CVP-Fraktion stellt den Antrag, den neuen Oberrichter Paul Kuhn als fünften hauptamtlichen Oberrichter zu wählen. Möchte die CVP-Fraktion diesen Antrag begründen?

Martin **Pfister** meint, die Kantonsratspräsidentin habe eigentlich schon alles gesagt. Es liegt an uns, aus den gewählten sieben Mitgliedern des Obergerichts die fünfte hauptamtliche Stelle neben den vier bisherigen hauptamtlichen und den zwei bisherigen nebenamtlichen Oberrichtern zu wählen. Paul Kuhn ist in den Wahlkampf gestiegen, um als hauptamtlicher Oberrichter anzutreten. Die beiden

anderen Oberrichter im Nebenamt, Erhard Lanz und Felix Horber, haben erklärt, dass sie sich nicht für dieses Vollamt bewerben.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass als hauptamtlicher Oberrichter gemäss § 41 Bst. I Ziff. 2 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Obergerichts gewählt werden kann, das nicht bereits im Hauptamt tätig ist. Andere Namensnennungen wären ungültig.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Wahlzettel 77, eingegangene Wahlzettel 77, leer 5, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 72, absolutes Mehr 37.

Stimmen haben erhalten: Paul Kuhn 72.

➔ Paul Kuhn wird mit 72 Stimmen zum neuen hauptamtlichen Oberrichter gewählt.

16 Wahl des amtierenden Landschreibers bis Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers

Traktandum 10 – Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Landschreiber Tino Jorio anfangs Juni 2010 per Ende September 2011 seinen Rücktritt eingereicht hat. Die Evaluation seiner Nachfolgerin beziehungsweise seines Nachfolgers dauert länger als angenommen. Aus diesem Grund kann heute die Nachfolgerin beziehungsweise der Nachfolger ab 1. Oktober 2011 noch nicht gewählt werden. Dieses Wahlgeschäft ist für die Kantonsratssitzung vom 27. Januar 2011 vorgesehen.
Der Regierungsrat stellt somit den Antrag, Tino Jorio bis Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers, wahrscheinlich bis Ende September 2011, als Landschreiber zu wählen.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Wahlzettel 77, eingegangene Wahlzettel 77, leer 0, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 77, absolutes Mehr 39.

➔ Tino **Jorio** wird mit 77 Stimmen gewählt.

Der wieder gewählte Landschreiber Tino **Jorio** betritt unter Applaus des Rats den Saal und es wird ihm ein Blumenstrauss überreicht.

Die **Vorsitzende** gratuliert ihm ganz herzlich im Namen aller Kantonsrätinnen und Kantonsräte und sicher auch der Regierung. Es freut uns, noch möglichst lang mit ihm zusammenarbeiten zu können.

17 Wahl der ständigen Kommissionen

Traktandum 11 – Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 67 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Kommissionswahlen offene Abstimmung erfolgt.

17.1 Staatswirtschaftskommission und erweiterte Staatswirtschaftskommission

➔ Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird die Staatswirtschaftskommission wie folgt gewählt:

CVP 2, FDP 2, SVP 2, AGF 1

Präsident: Gregor Kupper, Neuheim, CVP

1.	Thomas Aeschi, Albisblick 7, 6319 Allenwinden	SVP
2.	Karin Andenmatten, St. Wolfgangstrasse 9, 6331 Hünenberg	CVP
3.	Andreas Hürlimann, Blickensdorferstrasse 20, 6312 Steinhausen	AGF
4.	Gabriela Ingold, Ingold Treuhandpartner AG, Zugerstr. 40, 6314 U'ägeri	FDP
5.	Gregor Kupper, Windenboden 4, 6345 Neuheim	CVP
6.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
7.	Thomas Villiger, Schürmattstrasse 21, 6331 Hünenberg	SVP

Die Staatswirtschaftskommission wird zur Beratung von Voranschlag, Rechenschaftsbericht und Staatsrechnung um acht auf fünfzehn Mitglieder erweitert.

CVP 3, FDP 2, SVP 2, SP 1

8.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
9.	Andreas Hausheer, Unterfeldstrasse 8, 6312 Steinhausen	CVP
10.	Silvan Hotz, Schutzengelstrasse 43, 6340 Baar	CVP
11.	Martin B. Lehmann, Seestrasse 8, 6314 Unterägeri	SP
12.	Flavio Roos, Birkenmatt 5, 6343 Rotkreuz	SVP
13.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
14.	Leonie Winter, Chrüzacherstrasse 26, 6331 Hünenberg	FDP
15.	Thomas Wyss, Kalchrainstrasse 1, 6315 Oberägeri	SVP

17.2 Justizprüfungskommission und erweiterte Justizprüfungskommission

➔ Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird die Justizprüfungskommission wie folgt gewählt:

CVP 2, FDP 2, SVP 2, SP 1

Präsident: Werner Villiger, Zug, SVP

1.	Adrian Andermatt, Grundhof, 6340 Baar	FDP
2.	Kurt Balmer, Eichmatt 11, 6343 Rotkreuz	CVP
3.	Manuel Brandenberg, Schönegg 14, 6300 Zug	SVP
4.	Daniel Thomas Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
5.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
6.	Georg Helfenstein, Rebacker 1, 6330 Cham	CVP
7.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP

Die Justizprüfungskommission wird zur Behandlung von Geschäften der Justizgesetzgebung um acht auf fünfzehn Mitglieder erweitert.

CVP 3, FDP 2, SVP 2, AGF 1

8.	Christine Blättler-Müller, Hofmatt 28, 6332 Hagendorn	CVP
9.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP
10.	Esther Haas, Sonneggstrasse 11, 6330 Cham	AGF
11.	Silvan Hotz, Schutzengelstrasse 43, 6340 Baar	CVP
12.	Alice Landtwing, Löberenstrasse 20a, 6300 Zug	FDP
13.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
14.	Beat Sieber, St. Jakobstrasse 42, 6330 Cham	FDP
15.	Thomas Werner, Grossmattstrasse 1, 6314 Unterägeri	SVP

17.3 Redaktionskommission

➔ Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird die Redaktionskommission wie folgt gewählt:

CVP 1, FDP 1, SP 1

Präsident: Arthur Walker, Unterägeri, CVP

1.	Zari Dzaferi, Am Rainbach 30, 6340 Baar (Vorbehalt: Validierung und Vereidigung/Gelöbnis am 27. Januar 2011)	SP
2.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
3.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP

17.4 Konkordatskommission

➔ Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird die Konkordatskommission wie folgt gewählt:

CVP 2, FDP 2, SVP 2, SP 1

Präsident: Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP

1.	Maja Dübendorfer Christen, Himmelrichstrasse 48, 6340 Baar	FDP
2.	Barbara Gysel, Widenstrasse 47, 6317 Oberwil	SP
3.	Andreas Hausheer, Unterfeldstrasse 8, 6312 Steinhausen	CVP
4.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
5.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
6.	Monika Weber, Schlossbergstrasse 5, 6312 Steinhausen	FDP
7.	Matthias Werder, St. Wendelin 3, 6343 Holzhäusern	SVP

17.5 Begleitkommission «Pragma»

➔ Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird die Begleitkommission «Pragma» wie folgt gewählt:

CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1

Präsident: Werner Villiger, Zug, SVP

1.	Manuel Aeschbacher, Lerchenweg 5, 6343 Rotkreuz	SVP
2.	Karin Andenmatten, St. Wolfgangstrasse 9, 6331 Hünenberg	CVP
3.	Daniel Thomas Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
4.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
5.	Daniel Eichenberger, Deinikonerstrasse 35b, 6340 Baar	SVP
6.	Andreas Hürlimann, Blickensdorferstrasse 20, 6312 Steinhausen	AGF
7.	Markus Jans, Rebacker 9, 6330 Cham	SP
8.	Alice Landtwing, Löberenstrasse 20a, 6300 Zug	FDP
9.	Martin Pfister, Dorfring 15, 6319 Allenwinden	CVP
10.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
11.	Silvia Thalmann, Widenstrasse 26a, 6317 Oberwil	CVP
12.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
13.	Matthias Werder, St. Wendelin 3, 6343 Holzhäusern	SVP
14.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
15.	Leonie Winter, Chrüzacherstrasse 26, 6331 Hünenberg	FDP

18 Wahl der Kommissionen mit ständigem Auftrag

Traktandum 12

18.1 Kommission für Hochbauten

➔ Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird die Kommission für Hochbauten wie folgt gewählt:

CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1

Präsident: Eusebius Spescha, Zug, SP

1.	Daniel Abt, Oberbrüglenweg 10, 6340 Baar	FDP
2.	Frowin Betschart, Mühlestrasse 35, 6313 Edlibach	CVP
3.	Daniel Burch, Kirchmattstrasse 18, 6312 Steinhausen	SVP
4.	Maja Dübendorfer Christen, Himmelrichstrasse 48, 6340 Baar	FDP
5.	Thiemo Hächler, Morgartenstrasse 30, 6315 Oberägeri	CVP
6.	Franz Peter Iten, Mülireinweg 14, 6314 Unterägeri	CVP
7.	Alice Landtwing, Löberenstrasse 20a, 6300 Zug	FDP
8.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
9.	Beda Schlumpf, Höfenstrasse 35, 6312 Steinhausen	FDP
10.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
11.	Rupan Sivaganesan, St. Johannesstrasse 23, 6300 Zug	AGF
12.	Eusebius Spescha, Hertistrasse 49, 6300 Zug	SP

13.	Oliver Wandfluh, Parkstrasse 31, 6340 Baar	SVP
14.	Matthias Werder, St. Wendelin 3, 6343 Holzhäusern	SVP
15.	Beat Wyss, Im Hagen 1a, 6315 Oberägeri	CVP

18.2 Kommission für Tiefbauten

➔ Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird die Kommission für Tiefbauten wie folgt gewählt:

CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1

Präsident: Daniel Thomas Burch, Risch, FDP

1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Christoph Bruckbach, Hünenbergstrasse 19a, 6330 Cham	SP
3.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP
4.	Daniel Burch, Kirchmattstrasse 18, 6312 Steinhausen	SVP
5.	Daniel Thomas Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
6.	Peter Diehm, Dorfstrasse 74b, 6332 Hagendorn	FDP
7.	Thiemo Hächler, Morgartenstrasse 30, 6315 Oberägeri	CVP
8.	Andreas Hausheer, Unterfeldstrasse 8, 6312 Steinhausen	CVP
9.	Franz Hürlimann, Weidli, 6318 Walchwil	CVP
10.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AGF
11.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
12.	Cornelia Stocker, Ammannsmatt 2b, 6300 Zug	FDP
13.	Roland von Burg, Chamerstrasse 31, 6331 Hünenberg	SVP
14.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
15.	Florian Weber, Hintermettlen 18, 6318 Walchwil	FDP

18.3 Raumplanungskommission

➔ Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird die Raumplanungskommission wie folgt gewählt:

CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1

Präsidentin: Barbara Strub, Oberägeri, FDP

1.	Daniel Abt, Oberbrüglenweg 10, 6340 Baar	FDP
2.	Walter Birrer, Hofmatt 80, 6332 Hagendorn	SVP
3.	Georg Helfenstein, Rebacker 1, 6330 Cham	CVP
4.	Franz Peter Iten, Mülireinweg 14, 6314 Unterägeri	CVP
5.	Markus Jans, Rebacker 9, 6330 Cham	SP
6.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
7.	Martin Pfister, Dorfring 15, 6319 Allenwinden	CVP
8.	Josef Ribary, Birmihalde 12, 6314 Unterägeri	FDP
9.	Thomas Rickenbacher, Spiess, 6330 Cham	CVP
10.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
11.	Hanni Schriber-Neiger, Unterer Haldenweg 5, 6343 Rotkreuz	AGF
12.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP

13.	Oliver Wandfluh, Parkstrasse 31, 6340 Baar	SVP
14.	André Wicki, Stolzengraben 61, 6317	SVP
15.	Leonie Winter, Chrüzacherstrasse 26, 6331 Hünenberg	FDP

18.4 Kommission für den öffentlichen Verkehr

➔ Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird die Kommission für den öffentlichen Verkehr wie folgt gewählt:

CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1

Präsident: Manuel Aeschbacher, Cham, SVP

1.	Manuel Aeschbacher, Lerchenweg 5, 6343 Rotkreuz	SVP
2.	Adrian Andermatt, Grundhof, 6340 Baar	FDP
3.	Anna Bieri, Burgstrasse 6, 6331 Hünenberg	CVP
4.	Philippe Camenisch, Ringstrasse 13, 6300 Zug	FDP
5.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
6.	Zari Dzaferi, Am Rainbach 30, 6340 Baar (Vorbehalt: Validierung und Vereidigung/Gelöbnis am 27. Januar 2011	SP
7.	Daniel Eichenberger, Deinikonerstrasse 35b, 6340 Baar	SVP
8.	Pirmin Frei, FREI connect, Radgasse 3, Postfach 3377, 8021 Zürich	CVP
9.	Dominik Lehner, Berchtwilerstrasse 4, 6343 Rotkreuz	FDP
10.	Urs Raschle, St. Johannes-Strasse 19, 6300 Zug	CVP
11.	Thomas Rickenbacher, Spiess, 6330 Cham	CVP
12.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
13.	Martin Stuber, Göblistrasse 16, 6300 Zug	AGF
14.	Silvia Thalmann, Widenstrasse 26a, 6317 Oberwil	CVP
15.	Thomas Werner, Grossmattstrasse 1, 6314 Unterägeri	SVP

18.5 Kommission für das Gesundheitswesen

➔ Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird die Kommission für das Gesundheitswesen wie folgt gewählt:

CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1

Präsidentin: Vroni Straub-Müller, Zug, AGF

1.	Manuel Aeschbacher, Lerchenweg 5, 6343 Rotkreuz	SVP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
3.	Christine Blättler-Müller, Hofmatt 28, 6332 Hagendorn	CVP
4.	Manuel Brandenberg, Schönegg 14, 6300 Zug	SVP
5.	Irène Castell-Bachmann, Im Rötel 11, 6300 Zug	FDP
6.	Daniel Eichenberger, Deinikonerstrasse 35b, 6340 Baar	SVP
7.	Silvan Hotz, Schutzengelstrasse 43, 6340 Baar	CVP
8.	Dominik Lehner, Berchtwilerstrasse 4, 6343 Rotkreuz	FDP
9.	Martin Pfister, Dorfring 15, 6319 Allenwinden	CVP
10.	Beni Riedi, Schutzengelstrasse 5, 6340 Baar	SVP
11.	Hubert Schuler, Burgstrasse 10, 6331 Hünenberg	SP
12.	Vroni Straub-Müller, Stolzengrabenstrasse 59, 6317 Oberwil	AGF

13.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
14.	Silvia Thalmann, Widenstrasse 26a, 6317 Oberwil	CVP
15.	Monika Weber, Schlossbergstrasse 5, 6312 Steinhausen	FDP

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Traktandum 13 entfällt, weil die Kommission betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Steuern im Strassenverkehr ihre Arbeit mittlerweile abgeschlossen hat und es keine weiteren Kommissionen zu vervollständigen gibt.

19 Sport

➔ Auf Antrag der Staatskanzlei werden als Sportchef und Sportchefin des Kantonsrats gewählt:

1.	Manuel Aeschbacher, Lerchenweg 5, 6343 Rotkreuz	SVP
2.	Anna Bieri, Burgstrasse 6, 6331 Hünenberg	CVP

20 Nächste Sitzung

Donnerstag, 27. Januar 2011

Protokoll des Kantonsrates

2. Sitzung: Donnerstag, 27. Januar 2011
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 12.05 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

21 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Mitgliedern.

Abwesend sind: Andreas Hürlimann und Beda Schlumpf, beide Steinhausen; Flavio Roos, Risch.

22 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Neue Zuger Zeitung anfragt, ob sie zu Beginn der heutigen Sitzung Fotoaufnahmen machen darf.

➔ Der Rat ist einverstanden.

23 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16. Dezember 2010.
2.1. Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Baar.
2003.1 – 13646 Regierungsrat
2.2. Ablegung des Eides durch ein neues Mitglied des Kantonsrats.
2.3. Ablegung des Gelöbnisses oder des Eides durch ein Mitglied des Kantonsrats, das am 16. Dezember 2010 verhindert war.
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
4. Kommissionsbestellungen:
4.1. Gesetzesinitiative betreffend Wiedereinführung von Noten ab der 2. Klasse und Verfassungsinitiative für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten.
1999.1 – 13638 Regierungsrat

4.2.Änderung des Steuergesetzes – viertes Revisionspaket.
2002.1/.2 – 13644/45 Regierungsrat

4.3.Kantonsratsbeschluss über die Auflösung des Konkordats betreffend die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft.
1991.1/.2 – 13611/12 Regierungsrat

5. Wahl der Landschreiberin oder des Landschreibers (ab 1. Oktober 2011) für den Rest der Amtsdauer 2011-2014.
2000.1 – 13639 Büro des Kantonsrats und Regierungsrat

6. Gebührengesetz (GebG).
1918.5 – 13592 2. Lesung
1918.6 – 13640 Regierungsrat

7. Änderung des Einführungsgesetzes zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen (EG Berufsbildung).
1916.4 – 13593 2. Lesung

8. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EG ELG) – Anpassung an die Neuordnung der Pflegefinanzierung des Bundes.
1941.6 – 13627 2. Lesung

9.1.Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge an das Verkehrshaus der Schweiz.
1946.8 – 13629 2. Lesung

9.2.Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge an das an das Micro Center Central-Switzerland.
1946.9 – 13630 2. Lesung

10.Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine Lorzenaufweitung, Gemeinde Baar.
1948.6 – 13631 2. Lesung

11.Kantonsratsbeschluss betreffend Entwicklungshilfe nach der Erdbebenkatastrophe in Haiti vom Januar 2010.
1973.4 – 13634 2. Lesung

12.Kantonsratsbeschluss betreffend Darlehen des Kantons an die International School of Zug and Luzern für das Bauprojekt am neuen Standort in Hünenberg.
1950.1/.2 – 13460/61 Regierungsrat
1950.3 – 13642 Kommission
1950.4 – 13647 Staatswirtschaftskommission

13.Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit zur Beschaffung von Landreserven.
1992.1/.2 – 13613/14 Regierungsrat
1992.3 – 13648 Staatswirtschaftskommission

14.1.Motion der CVP-Fraktion betreffend Erarbeitung einer Bildungsstrategie.
Motion der CVP-Fraktion betreffend Wahl einer ständigen Bildungskommission.
Motion der SVP-Fraktion betreffend Abschaffung des Bildungsrats.
1841.1 – 13132 Motion
1840.1 – 13131 Motion
1920.1 – 13366 Motion
1841.2/1840.2/1920.2 – 13637 Regierungsrat

14.2.Postulat von Silvan Hotz und Daniel Grunder betreffend Zusammensetzung des Bildungsrats.
1996.1 – 13625 Postulat
1996.2 – 13643 Regierungsrat

15. Motion von Hanni Schriber-Neiger und Martin Stuber betreffend eine bessere Anbindung des Freiamts an den Kanton Zug – durchgehende S-Bahn-Verbindung von und in Richtung Freiamt.
    1971.1 – 13538 Motion
    1971.2 – 13633 Regierungsrat
16. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Zug als Paradies für steuerflüchtige Oligarchen?
    1939.1 – 13427 Interpellation
    1939.2 – 13528 Regierungsrat
17. Interpellation von Felix Häcki betreffend stark zunehmende Gesetzesübertretungen von Velofahrerinnen und Velofahrern, insbesondere das Befahren von Fussgängerstreifen und Wegen wo allgemeines Fahrverbot herrscht.
    1965.1 – 13529 Interpellation
    1965.2 – 13632 Regierungsrat
18. Interpellation von Hanni Schriber-Neiger betreffend bessere Anbindung des Raums Schwyz/Uri an Rotkreuz/Rontal (Ebikon).
    1972.1 – 13540 Interpellation
    1972.2 – 13607 Regierungsrat

24 Protokoll

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 16. Dezember 2010 wird genehmigt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Protokolle der Kantonsratssitzungen vom 25. November und vom 9. Dezember 2010 gemäss § 13 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vom abtretenden Büro des Kantonsrats heute Abend genehmigt werden.

25 Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Baar

Traktandum 2.1 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2003.1 – 13646).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, aufgrund von § 58 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen die Ersatzwahl von Zari Dzaferi, dies aufgrund der Ablehnung der Wahl für die nächste Amtsdauer durch Bettina Egler, zu genehmigen. – Zari Dzaferi tritt sein Amt per sofort an.

➔ Der Rat ist einverstanden, womit die Ersatzwahl genehmigt ist.

Die **Vorsitzende** heisst Zari Dzaferi im Namen aller Anwesenden ganz herzlich willkommen.

26 Ablegung des Eids durch ein neues Mitglied des Kantonsrats

Traktandum 2.2 – Die **Vorsitzende** bittet Zari Dzaferi, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Sie bittet Zari Dzaferi, nach Verlesen der Eidesformel durch den Landschreiber den Eid abzulegen.

Der **Landschreibe**r liest die in § 5bis Abs. 1 der Geschäftsordnung enthaltene Eidesformel, worauf das neue Ratsmitglied Zari Dzaferi mit erhobenem Schwurfinger sagt «Ich schwöre es».

27 Ablegung des Gelöbnisses durch ein Mitglied des Kantonsrats, das am 16. Dezember dazu verhindert war

Traktandum 2.3 – Die **Vorsitzende** bittet Martin Stuber, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Sie bittet Martin Stuber, nach Verlesen der Gelöbnisformel durch den Landschreiber das Gelöbnis abzulegen.

Der **Landschreiber** liest die in § 5bis Abs. 2 der Geschäftsordnung enthaltene Gelöbnisformel, worauf Martin Stuber sagt «Ich gelobe es».

28 Gesetzesinitiative betreffend Wiedereinführung von Noten ab der 2. Klasse und Verfassungsinitiative für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten

Traktandum 4.1 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1999.1 – 13638).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Anna Lustenberger-Seitz, Baar, ***Präsidentin***		*AGF*
1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Frowin Betschart, Mühlestrasse 35, 6313 Edlibach	CVP
3.	Christoph Bruckbach, Hünenbergstrasse 19a, 6330 Cham	SP
4.	Irène Castell-Bachmann, Im Rötel 11, 6300 Zug	FDP
5.	Daniel Eichenberger, Deinikonerstrasse 35b, 6340 Baar	SVP
6.	Andreas Hausheer, Unterfeldstrasse 8, 6312 Steinhausen	CVP
7.	Silvan Hotz, Schutzengelstrasse 43, 6340 Baar	CVP
8.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
9.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AGF
10.	Beni Riedi, Schutzengelstrasse 5, 6340 Baar	SVP
11.	Beat Sieber, St. Jakobstrasse 42, 6330 Cham	FDP
12.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
13.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
14.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
15.	Thomas Wyss, Kalchrainstrasse 1, 6315 Oberägeri	SVP

29 Änderung des Steuergesetzes – viertes Revisionspaket

Traktandum 4.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2002.1/.2 – 13644/45).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Gabriela Ingold, Unterägeri, ***Präsidentin*** *FDP*

1.	Thomas Aeschi, Albisblick 7, 6319 Allenwinden	SVP
2.	Karin Andenmatten, St. Wolfgangstrasse 9, 6331 Hünenberg	CVP
3.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP
4.	Philippe Camenisch, Ringstrasse 13, 6300 Zug	FDP
5.	Irène Castell-Bachmann, Im Rötel 11, 6300 Zug	FDP
6.	Stefan Gisler, Dorfstrasse 29, 6300 Zug	AGF
7.	Andreas Hausheer, Unterfeldstrasse 8, 6312 Steinhausen	CVP
8.	Silvan Hotz, Schutzengelstrasse 43, 6340 Baar	CVP
9.	Gabriela Ingold, Ingold Treuhandpartner AG, Zugerstr. 40, 6314 U'ägeri	FDP
10.	Martin B. Lehmann, Seestrasse 8, 6314 Unterägeri	SP
11.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
12.	Silvia Thalmann, Widenstrasse 26a, 6317 Oberwil	CVP
13.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
14.	Leonie Winter, Chrüzacherstrasse 26, 6331 Hünenberg	FDP
15.	Thomas Wyss, Kalchrainstrasse 1, 6315 Oberägeri	SVP

30 Kantonsratsbeschluss über die Auflösung des Konkordats betreffend die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft

Traktandum 4.3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1991.1/.2 – 13611/12).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass gemäss Bürobeschluss vom 9. März 1999 eine Direktüberweisung vom Regierungsrat an die ständige Konkordatskommission erfolgte.

31 Wahl der Landschreiberin oder des Landschreibers (ab 1. Oktober 2011) für den Rest der Amtsdauer 2011-2014

Traktandum 5 – Es liegt vor: Gemeinsamer Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrats und des Regierungsrats (Nr. 2000.1 – 13639).

Die **Vorsitzende** verweist auf den gemeinsamen Wahlantrag des Büros des Kantonsrats sowie des Regierungsrats.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass das Büro uns heute für die Landschreiberwahl eine Einerkandidatur vorlegt. Wo bleibt uns Kantonsrätinnen und Kantonsräten da die Wahl? Der Votant kann sich nicht vorstellen, dass es ausser Tobias Moser keine anderen Bewerbenden mit vergleichbaren Kompetenzen gegeben hat. Auch erwartet er, dass nur Personen ins Bewerbungsverfahren kamen, welche unabhängig, transparent und stark genug sind, sich einer offenen Wahl zu stellen, wie wir dies bei der Ombudsstelle auch erleben durften. Daran sollte es eigentlich nicht gescheitert sein. Darum kann Stefan Gisler den Büroentscheid im Namen seiner Fraktion, dem Kantonsrat bei einer so wichtigen Besetzung eines öffentlichen Amts keine Wahl zu lassen, nicht gutheissen. Wo es keine Auswahl gibt, gibt es nichts zu wählen. Die AGF stellt darum einen Rückweisungsantrag mit der Erwartung, dass uns das Büro mindestens eine Zweierkandidatur präsentiert. Gerne auch wieder mit Tobias Moser! Stimmen Sie der Rückweisung nicht zu, werden wir leer einlegen. Werden Sie Tobias Moser wählen, werden wir sehr gerne und mit Vertrauen mit ihm zusammenarbeiten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es für einen Rückweisungsantrag eine Zweidrittelmehrheit braucht. Anwesend sind 77, das ergibt ein Quorum von 52 Stimmen für den Rückweisungsantrag.

➔ Mit 67 Stimmen gegen den Rückweisungsantrag wird das nötige Quorum nicht erreicht.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Wahlzettel 77, eingegangene Wahlzettel 77, leer 8, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 69, absolutes Mehr 35.

Stimmen haben erhalten. Tobias Moser 69.

➔ Tobias Moser wird mit 69 Stimmen zum Landschreiber ab 1. Oktober 2011 gewählt.

Die **Vorsitzende** gratuliert Tobias Moser unter Applaus des Rates herzlich und wünscht ihm alles Gute und viel Erfolg in diesem nicht immer einfachen Amt.

Tobias **Moser** ist überwältigt und dankt herzlich für dieses Vertrauen. Er freut sich jetzt schon, in den Dienst von Kantons- und Regierungsrat zu treten. Es wird eine kurze lange Zeit bis Spätsommer, Frühherbst. Er freut sich darauf und wünscht allen einen guten Tag.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Vereidigung des neuen Landschreibers an der Kantonsratssitzung vom 29. September 2011 erfolgt.

32 Gebührengesetz (GebG)

Traktandum 6 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. Oktober 2010 (Ziff. 1144) ist in der Vorlage Nr. 1918.5 – 13592 enthalten. – Zusätzlich ist auf die 2. Lesung ein Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats (Nr. 1918.6 – 13640) eingegangen.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass anlässlich der Beratung des Gebührengesetzes in 1. Lesung im Kantonsrat eine gewisse Unsicherheit aufgekommen ist, ob § 9 Abs. 2 des Gebührengesetzes eine generelle Möglichkeit darstelle, Gebühren zu reduzieren, oder ob es sich um Einzelfälle handle. Der Finanzdirektor erklärte, zuhanden der 2. Lesung Abklärungen vorzunehmen (siehe Protokoll der KR-Sitzung vom 28. Oktober 2010, S. 2765).
Der Regierungsrat beantragt, am Ergebnis der 1. Lesung zu § 9 Abs. 2 Bst. a bis d festzuhalten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** verweist auf den Bericht.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Einigung

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 57:19 Stimmen zu.

33 Änderung des Einführungsgesetzes zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen (EG Berufsbildung)

Traktandum 7 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. Oktober 2010 (Ziff. 1145) ist in der Vorlage Nr. 1916.4 – 13593 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 76:0 Stimmen zu.

34 Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EG ELG) – Anpassungen an die Neuordnung der Pflegefinanzierung des Bundes

Traktandum 8 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 25. November 2010 (Ziff. 1168) ist in der Vorlage Nr. 1941.6 – 13627 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 75:0 Stimmen zu.

35 Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge an das Verkehrshaus der Schweiz

Traktandum 9.1 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 9. Dezember 2010 (Ziff. 1193) ist in der Vorlage Nr. 1946.8 – 13629 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 61:9 Stimmen zu.

36 Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge an das Micro Center Central-Switzerland

Traktandum 9.2 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 9. Dezember 2010 (Ziff. 1193) ist in der Vorlage Nr. 1946.9 – 13630 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 61:11 Stimmen zu.

37 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine Lorzenaufweitung, Gemeinde Baar

Traktandum 10 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 9. Dezember 2010 (Ziff. 1194) ist in der Vorlage Nr. 1948.6 – 13631 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 72:2 Stimmen zu.

38 Kantonsratsbeschluss betreffend Entwicklungshilfe nach der Erdbebenkatastrophe in Haiti vom Januar 2010

Traktandum 11 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 9. Dezember 2010 (Ziff. 1196) ist in der Vorlage Nr. 1973.4 – 13634 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 44:30 Stimmen zu.

39 Kantonsratsbeschluss betreffend Darlehen des Kantons an die International School of Zug and Luzern für das Bauprojekt am neuen Standort in Hünenberg

Traktandum 12 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1950.1/.2 – 13460/61), der Kommission (Nr. 1950.3 – 13642) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1950.4 – 13647).

Silvan **Hotz** verweist grundsätzlich auf den Bericht, er möchte nur kurz zu zwei, drei Punkten Stellung nehmen. – Ist es Aufgabe des Kantons eine private Schule zu finanzieren und wird dadurch ein Präjudiz geschaffen? Der Kanton Zug ist ein Wirtschaftsstandort mit sehr vielen internationalen Firmen und Hauptquartieren.

Dass dies überhaupt so ist, dazu helfen neben den tiefen Steuern die sehr hohe Lebensqualität mit unserer schönen Landschaft und vor allem die guten schulischen Möglichkeiten in unserem Kanton.
Viele bei uns ansässige internationale Firmen haben Kaderleute mit befristeten Arbeitsverträgen, welche für ein, zwei oder drei Jahre bei uns in Zug bleiben – mit ihren Familien und Kindern notabene. Dann ziehen sie weiter in ein anderes Land, wo sie wieder zwei bis drei Jahre bleiben. Und so weiter. Wir haben sie in unserer Kommission salopp als globale Nomaden bezeichnet. Dass diese Nomaden ihre Kinder auch adäquat schulen wollen, ist selbstverständlich. Alle zwei, drei Jahre die Kinder in ein neues Schulsystem einzubringen, würde nicht nur die Kinder und die Familien, sondern auch alle ansässigen Schulen eines internationalen Wirtschaftsstandortes überfordern. Und genau hier füllt die International School of Zug and Luzern eine wichtige Lücke. Sie schult die Kinder von Expats, welche für die Zuger Firmen enorm wichtig sind, so dass sie bei einem Wegzug auch in ihrer neuen Heimat wieder Anschluss finden in einer anderen internationalen Schule. Zudem wären unsere gemeindlichen Schulen mit den ständig wechselnden, fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler überfordert. Auch der Kanton Zug ist auf diese Schule angewiesen.
Schaffen wir ein Präjudiz? Nein, die International School of Zug and Luzern ist wie vorher ausgeführt in einer Nische tätig, sie ist gemeinnützig und nicht gewinnbringend organisiert. Zudem konkurrenziert sie die gemeindlichen Schulen nicht, sonder entlastet sie wesentlich.
Zur Sicherheit des Darlehens. Aufgrund der stetigen Zunahme der Schülerzahlen, welche in naher Zukunft bestimmt nicht abreissen werden, sehen wir eine gesicherte Ertragslage, welche Gewähr für die Rückzahlbarkeit bietet. Die vorberatende Kommission hat mit 12:2 Stimmen Eintreten beschlossen und ohne Änderung den Anträgen der Regierung zugestimmt.
Zum Änderungsantrag der Stawiko. Weder haben wir in der vorberatenden Kommission einen ähnlichen Antrag beraten, noch haben wir im Nachgang zum Stawiko-Bericht eine Sitzung abgehalten. Die Kommission hat noch in der alten Legislatur ihre Arbeit beendet, zudem sind in der neuen Legislatur nicht mehr alle Kommissionsmitglieder im Rat. Persönlich kann der Votant aber dem Antrag der Stawiko viel abgewinnen und weil er der vorberatenden Kommission nicht entgegen spricht, wird er ihn auch unterstützen. Auch die CVP-Fraktion ist ohne Gegenstimme für Eintreten und unterstützt einstimmig den Stawiko-Antrag. Vielen Dank, wenn Sie für den Wirtschaftsstandort Zug stimmen und Eintreten beschliessen.

Gregor **Kupper** hält fest, dass die Vorlage in der Stawiko zu angeregten und intensiven Diskussionen Anlass gegeben hat. Volkswirtschaftliche, bildungs und finanzpolitische Fragen und Argumente wurden bunt durcheinander gemischt. Schliesslich zeigte es sich aber, dass doch wirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund standen. Silvan Hotz hat diese eben erwähnt. Der Stawiko-Präsident verzichtet auf eine Wiederholung.
Der Regierungsrat hat also richtig getan, wenn er dieses Geschäft zur Vorbereitung der Volkswirtschaftsdirektion überwiesen hat. Immerhin war die Stawiko etwas erstaunt, dass die Bildungsdirektion die Gelegenheit nicht wahrgenommen hat, auch bildungspolitische Aspekte vermehrt in diese Vorlage einzubringen. Aber unser neuer Bildungsdirektor hat ja dann bei Traktandum 14 die Gelegenheit, seine Bildungsstrategie uns vielleicht ein wenig näher zu erläutern.
Die Stawiko hat sich mit den finanziellen Fragen der Vorlage intensiv auseinandergesetzt. Wir liessen uns Statuten, die Jahresrechnung und den Revisionsbericht

vorlegen. Dabei stellten wir fest, dass die Stiftung, welche diese Schule führt, angesichts der Grösse der Schule und der vorgesehenen Investitionen über eine relativ schmale Eigenkapitalbasis verfügt. Immerhin darf aber festgehalten werden, dass der Erfolg der Schule in den letzten Jahren unbestritten ist. Dass die Schule über eine gute und fachlich qualifizierte Führung verfügt. Auch wenn die schmale Eigenkapitalbasis für ein ungesichertes Darlehen dazu führt, dass es quasi den Charakter von Risikokapital hat, hält die Stawiko unter Berücksichtigung aller Vor- und Nachteile dieser Vorlage eine Gewährung doch grundsätzlich für vertretbar.
Immerhin sind wir der Meinung, dass es mit der Rückzahlung so nicht geht, wie das die Regierung vorschlägt. Dass nämlich einfach freiwillige Amortisationen möglich sind und das Darlehen dann eigentlich erst nach zehn Jahren zur Zahlung fällig wird. Wir haben gewisse Bedenken, dass das dazu führt, nachdem es ein sehr zinsgünstiges Darlehen ist, dass dann keine Rückzahlungen erfolgen und wir nach zehn Jahren über eine Verlängerung des Darlehens oder gar über eine teilweise oder ganze Abschreibung des Darlehens diskutieren müssen. Das kann nicht sein! Wir stellen deshalb zu § 2 diesen Änderungsantrag, wo wir meinen, dass ab dem sechsten Jahr Amortisationen zu leisten sind. Dass das Darlehen also nicht auf einen Chlapf am Ende der Laufzeit fällig wird, sondern ratenweise abzutragen ist. Wir sind der Meinung, dass dieses Vorgehen in einer langfristigen Finanzplanung der Schule Platz hat, dass es verträglich ist. Dass also die ersten fünf Jahre keine Amortisationen geleistet werden müssen, das aber nachher durchaus vertretbar ist. Deshalb bitten wir Sie, in der Detailberatung unserem Antrag zuzustimmen.
Das Darlehen wird gemäss Angaben der Finanzdirektion ins Verwaltungsvermögen verbucht, was aber nicht heisst – wie das sonst im Verwaltungsvermögen üblich ist – dass es abgeschrieben wird. Das Darlehen bleibt selbstverständlich in voller Höhe im Verwaltungsvermögen bestehen. – In Anbetracht der wirtschaftlichen Bedeutung der Schule für unsere Region beantragt die Stawiko mit 5:1 Stimmen, dem Geschäft zuzustimmen.

Leonie **Winter** weist darauf hin, dass neben einer attraktiven Finanz- und Steuerpolitik sowie einer gut funktionierenden Verkehrsinfrastruktur auch ein umfassendes Bildungsangebot für den Wirtschaftsplatz Zug eine bedeutende Rolle spielt. Die FDP-Fraktion schätzt das Angebot der International School of Zug and Luzern. Es wird anerkannt, dass diese Schule Leistungen erbringt, die unser Bildungsangebot im Kanton attraktiv ergänzen. Es wäre eine äusserst grosse Herausforderung für unsere öffentlichen Schulen, abgesehen von den zusätzlich anfallenden Kosten, all die Expatriatskinder verschiedenster Nationen meist nur für zwei oder drei Jahre aufzunehmen und zu integrieren. Die Ansiedlung von international tätigen Firmen, die nicht zuletzt auch in der Berufsbildung eine erhebliche Rolle spielen, und deren Angestellten, wird durch das Angebot der ISZL erleichtert. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und wird der Vorlage der Stawiko grossmehrheitlich zustimmen. Wir vertrauen darauf, dass das Darlehen zurückbezahlt wird und erwarten von der ISZL, dass eine Strategie für die jährliche Amortisation ab dem sechsten Jahr erarbeitet wird.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP-Fraktion das Nichteintreten auf diese Vorlage unterstützt, und zwar aus zwei Hauptgründen. Mit diesem Gesetz wird in unseren Augen ein Präjudiz geschaffen. Unter dem Argument der Förderung der Standortqualität wird einer privaten Institution ein Darlehen zu einem äusserst tiefen Zinssatz gewährt. Dies weckt mit Sicherheit weitere Begehrlichkeiten. Im gan-

zen Kanton gibt es viele Nonprofit-Institutionen, welche im weiteren Sinne die Standortqualität fördern. Hier werden mit Sicherheit weitere Begehrlichkeiten auf den Kanton Zug zukommen.
Zudem erhält der Kanton Zug keine Sicherheiten für dieses signifikante Darlehen. Die Immobilie ist bereits vollständig durch die Banken belehnt und im Fall eines Konkurses würde der Kanton leer ausgehen. Eine solche Politik darf von einer bürgerlichen Partei nicht unterstützt werden. Dies ist in den Augen der SVP fahrlässig und verantwortungslos. Zudem haben wir in der Stawiko gesehen, dass es keinen Businesscase gibt. Wir wissen nicht, was die Schule plant. Wo wollen die in vier, fünf Jahren stehen? Und wir haben auch keine Aufstellung erhalten, wie viel denn das Darlehen gekostet hätte, falls sie es bei den Banken geholt hätten.
Es gibt noch zahlreiche weitere Gründe, welche gegen das Darlehen sprechen. Das Gewähren von Darlehen ist keine Kantonsaufgabe, der Kanton Zug sollte nicht in ein Aufgabengebiet eindringen, wo heute private Institutionen sind. Bereits heute erhält die International School die Hälfte der kantonalen Lohnpauschale. Kinder von Schweizer Familien sind grösstenteils nicht in diese Schule zugelassen. Und die entgeltliche Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten würde in unseren Augen so oder so erfolgen.
Aus diesen Gründen stellt die SVP den Antrag, nicht auf diese Vorlage einzutreten. Sollte trotzdem auf sie eingetreten werden, unterstützt sie den Stawiko-Antrag.

Vroni **Straub-Müller** hält fest, dass die AGF mit einer hauchdünnen Mehrheit für Eintreten ist und dem Darlehensbegehren zustimmt. Die Votantin gehört dazu, obwohl es ihr eigentlich leichter fallen würde, ein Votum die Fraktionsminderheit zu halten. Ist es doch klar nicht die Kernaufgabe unseres Kantons, Darlehen an private Institutionen zu verteilen; wir sind keine Bank. Und mal abgesehen von der präjudizierenden Wirkung: Die ISZL erhält ja bereits einen sehr grosszügigen jährlich wiederkehrenden Betriebsbeitrag. Auch die regierungsrätliche Vorlage hat es der Votantin nicht leicht gemacht, ihren Fraktionskolleginnen und -kollegen ein Ja zur Vorlage abzugewinnen. Für uns wesentliche Punkte fehlen: Zum Beispiel Zahlen, wie viele Kinder nun tatsächlich von Nicht-Expat-Familien dort unterrichtet werden. Wir sind der Meinung, dass die International School kein Konkurrenzverhältnis zu den öffentlichen Schulen schaffen darf. Hier fehlt uns das klare Bekenntnis der Schule dazu.
Ja sagt ein Grossteil unserer Fraktion wegen der Kinder, den little expats. Niemand hat sie gefragt, ob sie diese Karriereentscheidung ihrer Eltern wünschen; sie tragen sie aber mit, werden kleine Nomaden und Weltenbürger. Ihnen wollen wir eine Heimat ermöglichen, einen geregelten Tagesablauf, hier sehen wir unsere Verantwortung. Diese Kinder durchlaufen eine ganze International School-Bildungskarriere. Der Übergang von der einen zur anderen Schule wird nahtlos ermöglicht, oft wohl eine der wenigen Konstanten in ihrem Leben. Für die little expats ist die Schulzeit, wie auch für unsere Schweizer Kinder, ein langer Prozess. Sie erleben Höhen und Tiefen und durchstehen Sorgen und Ängste. Nur immer noch mit dem gepackten Koffer im Rücken. Wichtig ist, dass sie auf diesem schwierigen Weg begleitet werden; wir können helfen, einen guten Rahmen dafür zu schaffen.

Barbara **Gysel** weist darauf hin, dass die Schule vielfältige Funktionen zu erfüllen hat. Grundlegend ist ihr Bildungsauftrag. Und Kinder aus Expat-Familien bringen für das Lernen besondere Bedürfnisse mit. Mal in Rio, dann Shanghai, jetzt in Zug, bald in Toronto: Die Schule soll auch bei Wechseln von Standorten das Lernen

während der obligatorischen Schulzeit angemessen fördern. Die internationale Schule bietet den «modernen Nomaden» ein Zuhause. Besondere Umgebungen sind also berechtigt, bleiben doch die Schülerinnen und Schüler an der International School in Zug gerade mal durchschnittlich drei Jahre bei uns.
In der vorberatenden Kommission wurde aufgezeigt, dass die Kinder und Jugendlichen eine eigentliche eigene Community bilden und unter sich bleiben. Die International School bildet keine Konkurrenz zu den öffentlichen Bildungseinrichtungen. Die „Expat-Inseln" sind also gewinnbringend und zudem nicht gewinnorientiert. Alles in Butter? Mitnichten. Diese Vorlage behandelt schliesslich nicht die Daseinsberechtigung von internationalen Schulen. Es geht hier darum, dass eine Bildungseinrichtung für ihr Investitionsvorhaben ein zinsvergünstigtes Darlehen erhält. Und hier liegt der Knackpunkt. Es lässt sich schlicht kein Grund finden, warum der Kanton einer Bildungseinrichtung eine Zinsvergünstigung zukommen lassen soll. Die Regierung argumentiert in der Vorlage mit der Standortattraktivität und dem Ausbau einer anerkannten, gemeinnützigen Einrichtung. Ohne prophetisch zu sein: Die Vorlage hätte reichlich Potenzial, auch bei anderen Akteuren Begehrlichkeiten zu wecken.
Der SP-Fraktion ist es nicht einsichtig, warum die internationale Schule einen Einzelfall darstellen soll. Mit welchem Recht unterstützt die öffentliche Hand eine Expat-Insel? Eine Expat-Insel, die zwar ihre Berechtigung hat, aber ausschliesslich von wohlhabenden Einwohnerinnen und Einwohnern genutzt wird. Im Hintergrund wirken zudem die grossen Headquarters der freien Wirtschaft, denen das Angebot direkt zu Nutzen kommt. Ist es eine staatspolitische Aufgabe, in einem solchen Umfeld spezielle Zinsvergünstigungen zu gewähren? Die SP-Fraktion verneint das einstimmig. Und wir folgern: Wir sind zwar für Eintreten. Die Zustimmung zur Vorlage in der Schlussabstimmung hängt aber davon ab, ob das Darlehen zu marktüblichen Zinssätzen gesprochen wird. Wir werden in der Detailberatung den entsprechenden Antrag stellen.
Wer hat, dem wird gegeben. Wir kennen das Bonmot und nutzen es ohne Neid. Seien wir aber staatspolitisch konsequent und schaffen keine Spezialregeln! Danke für die Zustimmung.

Eugen **Meienberg** weist darauf hin, dass mit der International School eine Absichtserklärung abgeschlossen wurde, und zwar mit einigen Bedingungen und Auflagen. Er hätte gerne von der Regierung Informationen zum Punkt der Mitfinanzierung anderer öffentlicher Träger. Wie ist hier der Stand? Ist die Regierung mit dem Ergebnis zufrieden und ist damit diese Bedingung erfüllt?

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** dankt den beiden Kommissionen und den Fraktionen für die intensive Diskussion dieser Materie. Es haben ja ganz viele Mitglieder der vorberatenden Kommission ihre anfängliche Skepsis offengelegt, sich dann aber eingelassen auf die Argumente, verantwortliche Personen der Schulen angehört, all die aufgekommenen Fragen stellen können und Antworten erhalten. Entsprechend ist dann ein klares Kommissionsergebnis entstanden. Das ist wichtig. Der Volkswirtschaftsdirektor versteht die Skepsis. Es ist eine Vorlage, die wir so noch nie hatten.
Zu zwei, drei Punkten, die hier zu sprechen gaben. Zuerst zu einem Punkt, der diese Woche auch in einem Zeitungsinterview mit einem CVP-Politiker und Inhaber einer Privatschule thematisiert wurde, die Einbettung in die Bildungspolitik. Es wurde ja die Kritik laut, es sei rein volkswirtschaftlich begründet. Vielleicht hätten

wir hier noch eine Seite mehr schreiben sollen, aber es sei daran erinnert, dass der Kanton Zug eine lange Tradition hat einmal generell für das Privatschulwesen. Die Errichtung von Privatschulen ist sogar in unserer Kantonsverfassung ganz vorne auf der ersten Seite garantiert. Im Schulgesetz befinden sich mehrere Bestimmungen über die Anerkennung von Privatschulen, die Mitfinanzierung und die Qualitätssicherung. Die Bildungsdirektion macht externe Evaluationen auch bei Privatschulen.
Zudem enthält die regierungsrätliche Strategie 2010-18 Elemente, welche auch die Unterstützung speziell internationaler Schulen zum Ausdruck bringen. Wir sagen, wir wollen ein hohes Bildungsniveau in unserem Kanton. Und das beschränkt sich nicht auf öffentliche Schulen. Auch richten wir unser Angebot in der Bildung auf die Wirtschaft der Region aus. Und wir fördern private Bestrebungen im Lebens- und Wirtschaftsraum. Konkret abgeleitet von solchen strategischen Grundsätzen haben wir dann in die Legislaturplanung konkret ein Element «Unterstützung internationaler Schulen» eingesetzt. Im Wissen darum, dass dieses Element nur zum Tragen kommt, wenn der Rat dem auch zustimmt.
Diese Hinweise zeigen auf, dass die finanzielle und qualitative Begleitung von Privatschulen seit jeher als Ergänzung des öffentlichen Bildungswesens im Kanton dient und der Kanton dies wünscht.
Diese internationale Schule ist geradezu ein Paradebeispiel einer solchen Ergänzung des öffentlichen Bildungswesens. Nicht nur, dass in Englisch unterrichtet wird, das machen einige andere Schulen auch. Aber dieses Schule bietet einen Lehrplan, der auf die anderen internationalen Schulen dieser Welt abgestimmt ist und deshalb eben gerade den erwähnten Kindern eine durchgehende Schulkarriere ermöglicht, wo auch immer sie wohnen. Sie bietet dann internationale Abschlüsse. Solche Angebote leistet die öffentliche Schule wirklich nicht, sie kann es nicht. Vor allem wird auch kein Gewinn ausgeschüttet, die Schule ist nicht gewinnorientiert.
Zur Abgrenzung zu anderen möglichen Gesuchstellenden. Wir haben hier viele Privatschulen. Aber es gibt heute keine andere Schule, welche alle diese Voraussetzungen so erfüllt. Wenn Sie diese Voraussetzungen und Auflagen als Kriterien in ein Gesetz schreiben würden, wäre das Nadelöhr sehr eng. Von daher sieht Matthias Michel kein Problem einer prädiziellen Wirkung. Eine andere Frage ist, ob man andere Kriterien findet oder eines weglässt, wenn ein anderes Gesuch kommt. Aber dann entscheidet man neu. Wir entscheiden hier wirklich einzelfallgerecht, gestützt auf diese Ausgangslage. Der Regierungsrat will klar nicht, dass eine Konkurrierung öffentlicher Schulen stattfindet oder dass Parallelangebote kommen, unter denen die öffentlichen Schulen leiden.
Noch ein Wort zur Absicherung der Rückzahlung. Es war immer klar die Meinung, dass wir keinen à-fonds-perdu-Beitrag leisten. Gegen den Vorwurf, wir seien keine Bank, wäre das vielleicht besser gewesen. Aber man kann uns jetzt nicht den Vorwurf machen, dass wir das Geld wieder zurück haben wollen, und uns deshalb das Label Bank anhängen. Banken wollen Sicherheiten und genau deshalb, weil die Schule in der Situation ist, dass sie zusätzlich Geld braucht, hauptsächlich von Privaten, leisten wir dieses Darlehen. Wir verstehen aber den Vorschlag der Stawiko, dass ab dem fünften Jahr sukzessive ein Rückzahlungsplan erfolgt. Wir stimmen ihm auch zu. Der Gesetzestext im KRB lässt ja auch offen, wie genau das zu erfolgen hat. Wir wären hier froh über eine gewisse Flexibilität. Wir werden uns also nicht an die Interpretation der Stawiko im Bericht halten, dass dies zwingend jährlich eine Million sein muss. Sondern wir werden mit der Schule einen Rückzahlungsplan erstellen und verbindlich vereinbaren, in welchem Rahmen das zurückbezahlt wird. In dieser Offenheit können wir dem zustimmen.

Abschliessend noch etwas zu den Argumenten, dass es eine Privatsache sei und der Staat hier überhaupt nichts zu unterstützen habe. Es wurde aufgezeigt, dass eben ein öffentliches Interesse daran besteht, dieses ergänzende Angebot zu haben. Sonst kommt der Druck auf den Kanton, wir sollten selber das Angebot einer solchen Schule bereitstellen. Dann möchte der Volkswirtschaftsdirektor diejenigen, die jetzt diese Vorlage ablehnen, hören, ob sie dann bereit sind, eine öffentliche internationale Schule mit allen Kosten zu erstellen. Er möchte sich das lieber nicht vorstellen. Im Gegenteil, wir haben im Kanton Zug in diesem und in anderen Bereichen eine schöne Tradition der Zusammenarbeit. Private Angebote, die gut laufen, sollten wir so laufen lassen. Wir beteiligen uns subsidiär, wenn wir ein öffentliches Interesse an diesen Angeboten haben. Das ist jetzt ein Paradebeispiel einer solchen Unterstützung. Damit ist auch die Zinsvergünstigung gemeint. Ein Bank würde ein solche vielleicht nicht geben. Aber wir sind keine Bank, wir haben ein öffentliches Interesse daran. Deshalb gibt es eine Zinsvergünstigung. Da sind wir ja in bester Gemeinschaft mit vielen anderen Kantonen. Kürzlich gab der Kanton Luzern 2 Millionen Darlehen für den Standort in Luzern für 200 Schüler. Wir haben hier eine andere Grössenordnung, auch zinsvergünstigt.
Matthias Michel möchte am Schluss noch dem Vorwurf widersprechen, dass hier zu wenige Unterlagen vorhanden gewesen seien. Die Kommission konnte sich versichern, wir haben diese Unterlagen dort auch gehabt und einsehen können. Sie verstehen, dass wir das nicht öffentlich als Beilage zu einer Kantonsratsvorlage verschicken. Das geht nicht. Aber die Einsicht war gewährt. – Vielen Dank für das Eintreten und die Zustimmung zur Vorlage.

➔ Der Rat beschliesst mit 59:15 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

§ 2 Abs. 2

Barbara **Gysel** stellt im Namen der SP-Fraktion im Hinblick auf die 2. Lesung folgenden Abklärungsantrag:
«Das Darlehen ist zu marktüblichen Zinsen zu verzinsen.»
Entweder ist der Kanton bereit, in begründeten Fällen bei Investitionsvorhaben auch andere Gesuche an die öffentliche Hand positiv zu beantworten. Oder es wird schlicht kein Unterschied zwischen öffentlicher Hand und freier Wirtschaft gemacht. Die Folgerung: Der Staat arbeitet für einmal gleich wie eine Bank, es gelten einfach marktübliche Zinssätze.
Zur vom Volkswirtschaftsdirektor angesprochene subsidiäre Unterstützung. Die International School erhält bereits reguläre Betriebsbeiträge von jährlich rund 1,5 Mio. Franken. Mehr dazu auf S. 7 des regierungsrätlichen Berichts. Hier geht es aber klar nur um ein Investitionsvorhaben. Für die SP-Fraktion ist es ebenso klar, dass dabei keine Sonderprivilegien geschaffen werden dürfen, die bei anderen nicht gelten. Es ist kaum im Interesse des Kantons, dass verschiedenste private Bildungseinrichtungen oder NGOs Zinsvergünstigungen erhalten, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt.

Thomas **Lötscher** kann diesen Antrag aus zwei Überlegungen nicht nachvollziehen und nicht unterstützen. Es wurde verschiedentlich diese Präjudizdiskussion geführt. Sie ist falsch. Wir hätten ein Problem, wenn wir jetzt eine Schule unterstützen wür-

den, welche die öffentliche Schule explizit konkurrenziert. In diesem konkreten Fall geht es aber um ein komplementäres Angebot. Die Schule bietet etwas an, was der Kanton selber nicht anbietet. Und wenn er es anbieten müsste, wären die Kosten sehr viel teurer. Somit greift dieser Vergleich nicht.
Und dann hat der Votant eine Frage an Barbara Gysel. Er schickt voraus, dass er auf einer Bank im Bereich Immobilienfinanzierung arbeitet. Ihn würde interessieren, was Barbara Gysel als marktüblichen Zins betrachtet bei einer Immobilienfinanzierung, die nicht grundpfandgedeckt ist und bei der dann eine spezielle Risikobetrachtung gemacht werden müsste. Also für ein Segment, wo eine Bank eigentlich gar keine Finanzierung macht.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** bittet den Rat, den Antrag abzulehnen. Es geht ja hier nicht um die Abklärung eines komplexen Sachverhalts. Sondern der Antrag geht in die Richtung, keine Zinsvergünstigung zu geben. Es wird von uns verlangt, im Rahmen einer Abklärung einen Antrag zu stellen, keine Zinsvergünstigung zu geben. Sinngemäss ist das eine Ablehnung der Zinsvergünstigung. Man soll den Antrag so stellen und einen anderen Zins verlangen. Aber Matthias Michel lehnt den Antrag namens der Regierung ab.
Zu Beginn beim Gesuch der Schule war es offen, ob wir einen à-fonds-perdu-Beitrag von einer gewissen Grösse geben oder ein Darlehen. Wir haben dann die mildere Form gewählt. Wir wollen das Geld zurück, helfen aber, zu überbrücken, bis die Schule das refinanziert hat durch Erträge. Aber einen kleinen Beitrag in Form einer Zinsvergünstigung leisten wir. Wie gesagt, wegen des öffentlichen Interesses und weil es fast schon landesüblich ist. Alle anderen Standorte haben auch einen Beitrag geleistet, sei es à-fonds-perdu oder durch Zinsvergünstigung. Damit geben wir der Schule auch einen gewissen finanziellen Spielraum. Der Volkswirtschaftsdirektor erinnert daran, dass in der Kommission kein Antrag gestellt wurde für marktübliche Zinsen. Wir haben das andiskutiert, es wurde aber dann kein Antrag gestellt. Man hätte das auch dort noch klären können. Man sollte jetzt nicht wieder mit solchen Aufträgen Kommissionsarbeit machen.
Nicht zuletzt ist auch daran zu erinnern, dass die Schule auch gewisse Auflagen eingeht. Es besteht ein gewisses Verhältnis zwischen Geben und Nehmen. Matthias Michel hätte jetzt Mühe, wesentliche Faktoren dieses Gleichgewichts zu verschieben und andererseits die Auflagen so stehen zu lassen, wie sie sind.
Es gab auch schon den Fall, dass der Kanton (es war in der Kompetenz des Regierungsrats unter einer Million) ein Darlehen gegeben hat. Damals war es die ZUWEBE, zinsvergünstigt. Das war auch in Ordnung. Wenn ein öffentliches Interesse ausgewiesen ist, soll das möglich sein. Von daher dankt der Volkswirtschaftsdirektor für die Ablehnung des Antrags.
Er nimmt die Gelegenheit noch wahr, die Frage von Eugen Meienberg zu beantworten. Ursprünglich haben wir in der Absichtserklärung unterschieden zwischen Geldern von Privaten und von der Öffentlichkeit. Das haben wir im Gesetzestext nicht mehr. Denn wir gehen davon aus, dass wenn der Kanton jetzt diesen Beitrag leistet, die Öffentliche Hand im Kanton Zug ihren Beitrag geleistet hat. Wir erwarten auch nicht von der Gemeinde Hünenberg, dass sie auch noch etwas leistet. Sondern wir wollen, dass das private Engagement hoch ist und so bleibt. Wir erwarten nicht von weiteren Gemeinden, dass sie hier auch noch einen Beitrag leisten.

➔ Der Abklärungsauftrag der SP-Fraktion wird mit 57:16 Stimmen abgelehnt.

§ 3 Ab. 3 und 4

Gregor **Kupper** hält fest, dass die Stawiko die beiden Abschnitte mit folgendem neu formulierten Absatz ersetzen will:
«Die Finanzdirektion wird beauftragt und ermächtigt, den entsprechenden Darlehensvertrag zu unterzeichnen, worin ab dem sechsten Jahr eine gestaffelte Amortisation vorzusehen ist.»
Wir wollen damit erreichen, dass bereits bei Abschluss des Vertrags die Rückzahlung geregelt wird und das Darlehen nicht einfach auf zehn Jahre fest gewährt wird, sondern bereits ab dem sechsten Jahr amortisiert wird. Wir haben in unserem Antrag bewusst nicht festgeschrieben, wie dieser Abzahlungsplan aussehen soll. Wir haben nur im Bericht erwähnt, dass wir darunter grundsätzlich verstehen, dass ab sechstem Jahr eine Million amortisiert wird jedes Jahr. Wenn sich dann aus der Finanzplanung zeigt, dass das irgendwo noch zu Verschiebungen innerhalb dieser fünf Jahre führen könnte, haben wir dagegen nichts einzuwenden, solange der Wille der Stawiko nicht dadurch untergraben wird, dass vom sechsten bis neunten Jahr nur quasi ideelle Amortisationen vorgesehen werden und der grosse Brocken doch erst im zehnten Jahr kommt. Der Stawiko bittet die Volkswirtschafts-, beziehungsweise die Finanzdirektion schon, dem Willen der Stawiko entsprechend Folge zu leisten, wenn diesem Antrag zugestimmt wird.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass die Regierung diesem Antrag materiell zustimmt.

➔ Einigung

§ 3 Bst. a

Barbara **Gysel** hält fest, dass die SP-Fraktion beantragt, diesen Buchstaben zu streichen. Sie stellt diesen Antrag aus rein formalen Gründen. Wir beabsichtigen nicht die inhaltliche Definition des Zielpublikums der Schülerinnen- und Schülerschaft. Wie im Stawiko-Bericht auf S. 3 vermerkt wird, ist es nicht naheliegend, dass die entsprechende Bestimmung eine Bedingung für das Gewähren des Darlehens ist. Hier geht es um eine Investition und nicht um den regulären Betrieb.

Silvan **Hotz** hält fest, dass in der Kommission auch diskutiert wurde, welches denn die Anspruchsgruppen sind, welche in diese Schule gehen sollten. Als erstes Kriterium sind es Kinder von in Zug wohnhaften Familien, zweitens Expats, drittens gemischte Familien mit einem Teil Schweizer und einem Teil Ausländer. Und dann noch, wenn es Platz hat, Kinder aus Schweizer Familien. Diese Meinung teilt auch die International School Zug and Luzern. Zurzeit handhabt sie es auch nicht anders, da es nicht mehr Plätze hat, um Schweizer Kinder aufnehmen zu können. Wir waren in der Kommission der Meinung, dass wir mit dem Buchstaben a genau das abbilden. Es ist auch nicht in Stein gemeisselt. Es heisst ja ausdrücklich «grundsätzlich». Falls die Schule Probleme hätte, die Schule mit Expat-Kindern zu füllen, wäre das eventuell auch für Schweizer Familien möglich. Wir können diesen Buchstaben so belassen, denn es ändert nichts an der Sache.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** weist darauf hin, dass dieser Absatz in der Kommission sehr genau unter die Lupe genommen wurde, und es wurden auch teilweise Streichungen vorgeschlagen. Irgendwann hat sich dann die Erkenntnis durchgesetzt, dass diese Fokussierung richtig sei, vor allem wegen der beim Eintretensvotum erwähnten Abgrenzung. Das ist für uns eine wichtige Sache und wir wollen an diesem Buchstaben festhalten.

Thomas **Wyss** nimmt den Antrag der SP-Fraktion auf, meint aber, es wäre besser, man würde nur den halben Buchstaben a streichen. Man könnte nach «Expatriatsfamilien» einen Punkt machen und den Rest streichen. Denn es ist nach allgemein gültiger Auffassung klar, was Expatriatsfamilien sind. Dann hat man die Ausländer und die Schweizer drin.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AGF den Unteränderungsantrag von Thomas Wyss unterstützt.

➔ Der Rat stellt sich mit 40:29 Stimmen hinter den Unteränderungsantrag von Thomas Wyss.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SP-Fraktion mit 63:9 Stimmen ab.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1950.5 – 13673 enthalten.

40 Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit zur Beschaffung von Landreserven

Traktandum 13 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1992.1/.2 – 13613/14) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1992.3 – 13648).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese Vorlage gemäss bisheriger Usanz direkt ohne Bildung einer Spezialkommission an die Stawiko überwiesen wurde.

Gregor **Kupper** erinnert daran, dass unser Kanton dieses Instrument des Rahmenkredits für den Landerwerb seit 1969 kennt. Es geht hier um vorsorglichen Landerwerb im Hinblick auf künftige Projekte, die der Kanton realisieren will. Oder im Hinblick auf die Schaffung von Realersatz für künftige Projekte. Dieses Instrument des Rahmenkredits hat sich in all den Jahren bestens bewährt. Es schafft dem Regierungsrat die Möglichkeit vorauszudenken, Verhandlungen zu führen und Verträge unter Vorbehalt abzuschliessen. Wenn solche Landverträge abgeschlossen werden, erfolgt das immer unter dem Vorbehalt, dass die Stawiko davon Kenntnis nehmen und der Regierungsrat die Geschäfte anschliessend definitiv absegnen muss. Wenn das Geschäfte sind, die den Rahmen von 5 Millionen überschreiten, kommen sie zwingendermassen aufgrund des Finanzhaushaltgesetzes hier in den

Rat. In der Regel werden solche Landkäufe anschliessend dem Finanzvermögen zugewiesen, weil ja eigentlich das Ganze in dieser Phase ein Tausch ist von Geld gegen Land. Das Land ist noch nicht zwingend zweckgebunden für etwas. Theoretisch könnte der Kanton solche Landstücke auch wieder verkaufen. Und erst mit der Realisierung eines Projekts wird das Land im Rahmen des Projektkredits, den wir hier im Rat jeweils vorgelegt bekommen, ins Verwaltungsvermögen überführt. Die Mitarbeit und der Mitentscheid des Kantonsrats sind also auch in diesen Fällen immer sichergestellt.
Der heute gültige Kredit wurde 2007 beschlossen. Er läuft jeweils fünf Jahre, also bis 2012. Es hätte also eigentlich kein Grund bestanden, diese Vorlage bereits heute zu bringen. Nun haben wir aber ein grösseres Landgeschäft in Rotkreuz im Hinblick auf die Ostumfahrung von Rotkreuz, die im Richtplan beschlossen wurde. Und der Betrag, welcher da eingesetzt werden muss, übersteigt die noch vorhandenen Mittel des Rahmenkredits. Deshalb hat die Regierung beschlossen, bereits jetzt den neuen Rahmenkredit vorzulegen und dann den alten, ohne dieses Rotkreuzer Geschäft, abzurechnen, zusammen mit der Rechnung 2011. Der alte Kredit wird dann folglich nur mit einer Grössenordnung von 5,9 Millionen abgerechnet. Er wurde also bei weitem nicht ausgeschöpft. Das Rotkreuzer Geschäft geht voll zulasten des neuen Kredits. Deshalb hat die Regierung jetzt nicht wie in den vergangenen Beschlüssen nur 10, sondern 14 Millionen beantragt, weil ja gerade die ersten 4 Millionen für dieses Geschäft weggehen. Der Rahmenkredit wird wieder auf fünf Jahre befristet. – Die Stawiko beantragt, auf das Geschäft einzutreten und ihm zuzustimmen. Diesem Antrag schliesst sich die CVP an.

Thomas **Villiger** hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig der Meinung ist, dass der Rahmenkredit zur Beschaffung von Landreserven in der Höhe von 14 Millionen nötig ist. Wir erachten es als sinnvoll, dass die Regierung rasch und unkompliziert in Landerwerbsverhandlungen eintreten und reagieren kann. Der Rahmenkredit dient als Steuerungsinstrument, wie es die Rahmenkredite für das Strassenbauprogramm auch darstellen.
Der Kanton Zug muss immer wieder Land erwerben, damit Räume freigehalten werden können. Sei dies für kantonale Strassen, Rad- und Fußwege, öffentliche Gebäulichkeiten oder gewässerbauliche Massnahmen; beispielsweise für Natur- und Landschaftsschutz. Es ist von Vorteil, wenn bei Projekten, welche im kantonalen Richtplan festgeschrieben sind, das Land vorsorglich erworben werden kann, damit nicht wertvolle Zeit verloren geht und deshalb mit höheren Ausgaben zu rechnen ist.
Ein weiterer Vorteil des vorsorglichen Landerwerbs besteht bei Bauvorhaben in der Landwirtschaftszone. Dort ist oft nicht Geld zur Abgeltung gefragt, sondern es sind vielmehr ein Tauschobjekt oder realer Ersatz. Ohne vorsorglichen Landerwerb könnten keine entsprechenden Angebote gemacht werden und Projekte müssten zurückgestellt oder könnten gar nie realisiert werden.
Bitte stimmen Sie dem Rahmenkredit von 14 Mio. Franken zu, damit wir im Kanton Zug die geplanten Massnahmen realisieren können.

Baudirektor Heinz **Tännler** meint, es sei bereits alles gesagt worden. Gregor Kupper hat die Sache erklärt, da gibt es nichts mehr zu ergänzen. Auch Thomas Villiger hat alles gesagt. Er hat auch gesagt, es sei ein Steuerungsinstrument. Das ist es eben gerade nicht! Der Baudirektor möchte das im Protokoll festgehalten haben. Wir haben über das Strassenbauprogramm lange diskutiert. Dort sind wir jetzt am

Abklären, ob es ein Steuerungsinstrument sei und in welcher Form. Wir sind an der Arbeit und werden auch nächstens wieder in diesem Rat vorstellig. Aber dieser Rahmenkredit ist eben gerade *kein* Steuerungsinstrument. Das soll hier ganz klar festgehalten werden.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1992.4 – 13674 festgehalten.

41 -Motion der CVP-Fraktion betreffend Erarbeitung einer Bildungsstrategie
-Motion der CVP-Fraktion betreffend Wahl einer ständigen Bildungskommission
-Motion der SVP-Fraktion betreffend Abschaffung des Bildungsrats

Traktandum 14.1 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1840.2/1841.2/1920.2 – 13637).

Die **Vorsitzende** begrüsst für dieses und die folgenden Geschäfte die stellvertretende Landschreiberin, Renée Spillmann Siegwart.
Sie können wegen des inneren materiellen Zusammenhangs zu allen drei Motionen im selben Votum sprechen. Zum Postulat betreffend Zusammensetzung des Bildungsrats mögen Sie bitte erst später das Wort ergreifen.

Martin **Pfister**: Erinnert man sich an die grandios gescheiterten kantonalen Bildungsprojekte des «Bildungskleeblatts» im Kanton Aargau oder der Bildungsreformen des ehemaligen Regierungsrats Buschor im Kanton Zürich, so ist durchaus verständlich, wenn sich der Zuger Regierungsrat scheut – wie der Teufel vor dem Weihwasser – grundsätzliche bildungspolitische Überlegungen anzustellen. Die politische Erfahrung lehrt: Bildungsprojekte haben Risiken und Nebenwirkungen. Selbstverständlich hinkt dieser Vergleich; während eine Bildungsstrategie für den Kanton Zug wirklich wie Weihwasser wirken könnte, lässt sich der Regierungsrat selbstverständlich nie und nimmer mit dem Teufel vergleichen. Der Votant kann dem Bildungsdirektor versichern, dass die meisten Kantonsrätinnen und Kantonsräte wohl nur wenig verstehen von Bildung und Bildungsalltag. Das wird uns aber nicht davon abhalten, jedes mögliche bildungspolitische Thema – von der Disziplin auf dem Pausenplatz über Kleidervorschriften für Lehrpersonen bis zu den Schulnoten auf der Unterstufe – auf das politische Tapet zu bringen. Offensichtlich besteht beim Regierungsrat die Absicht, sich in der Bildungspolitik lieber mit einer Unzahl operativer Kleinigkeiten zu beschäftigen als mit strategischen Fragen, die eigentlich zu den Kernaufgaben des Kantonsrats gehören.
Die CVP-Fraktion ist einstimmig für eine volle Erheblicherklärung der beiden Motionen für eine Bildungskommission und eine Bildungsstrategie. Wir finden, sie sind

eine Chance für eine Versachlichung der bildungspolitischen Diskussionen im Kanton Zug.
Die CVP-Fraktion ist auch der Meinung, dass die Beibehaltung des Bildungsrats angebracht ist, wenngleich die Rolle, die ihm der Regierungsrat zuweist – und der Kantonsrat selbst etwas unachtsam kürzlich gesetzlich festgelegt hat – überdacht werden muss. In welchem Politikbereich verzichtet die Politik sonst gänzlich auf die strategische Steuerung und weist sich selbst eine rein operative Rolle zu? Man stelle sich vor, der Regierungsrat würde im Ernst fordern, die Finanzstrategie des Kantons sei einzig die Aufgabe eines siebenköpfigen Gremiums, das sich aus von Parteien nominierten Bankern zusammensetzt. Der Regierungsrat habe in der Finanzpolitik nur operative Aufgaben und der Kantonsrat ausser in der Gesetzgebung gar keine.
Etwa gleich unverständlich wirkt die Zeitungsmeldung in der Neuen Zuger Zeitung von gestern, die SP werfe der SVP und der CVP vor, sie wollten die Bildung «verpolitisieren». Man stelle sich den gleichen Vorwurf in einem andern Politikbereich vor. Die Partei xy wolle mit umweltpolitischen Vorstössen den Umgang mit der Umwelt verpolitisieren, oder die Tiefbaukommission würde einzig dazu dienen, die Strassenbaupolitik des Kantons Zug zu verpolitisieren. Ist den nicht das Politisieren zum Wohl unserer Bevölkerung unsere eigentliche Aufgabe? Und wenn Verpolitisieren wirklich schädlich wäre, sollten wir nicht ganz damit aufhören?
Eine Bildungsstrategie ist nicht nur nötig, weil sie uns Kantonsrätinnen und Kantonsräte zwingt, uns mit dem Strategischen in der Bildung zu beschäftigen und nicht mit dem Operativen, von dem wir zwar mehr wissen und das uns emotional oft auch mehr berührt. Eine Bildungsstrategie ist auch nötig, weil wir systematischeres Handeln in der Bildung nötig haben – bitter nötig. Fast unglaublich ist die Aussage auf S. 7 des regierungsrätlichen Berichts, die Wirtschaft sei weniger an einer systematischen Bildungspolitik interessiert als an der Weiterentwicklung konkreter Themen. Man muss auch diese Aussage auf andere Politikbereiche übertragen, um deren Tragweite zu begreifen. Dürften wir zum Beispiel im Ernst sagen, die Bevölkerung sei weniger an einer Spitalplanung interessiert als an der Weiterentwicklung konkreter gesundheitspolitischer Themen und damit die Spitalplanung für unnötig erklären?
Eine Bildungsstrategie ist auch nötig, weil grundsätzliche Überlegungen in der Bildungspolitik im Kanton Zug weitgehend fehlen. Es gibt dazu viele Beispiele. Eines erlebten wir heute Morgen. Wir diskutieren den Antrag eines Kredits an die ISZL. Es geht um die kantonale Unterstützung einer englischsprachigen Privatschule, die zweifellos auch eine wichtige volkswirtschaftliche Rolle spielt. Die Federführung dieses Geschäfts hat die Volkswirtschaftsdirektion. Bildungspolitische Überlegungen fehlen in diesem Geschäft völlig – freiwillig. Die Direktion für Bildung und Kultur hat offensichtlich keine Haltung in dieser Frage. Es besuchen über 1'000 Kinder aus dem Kanton Zug eine internationale Schule, ohne dass dies für die DBK ein bildungspolitisches Thema wäre.
Ein zweites Beispiel: Zurzeit setzt der Kanton Zug mit den Schulhäusern für das KGM in Menzingen und die Wirtschaftsmittelschule an der Hofstrasse ein historisch grosses Bauprogramm um. Hinter diesen Schulhäusern steckt eine Unzahl bildungspolitischer Entscheide, angefangen beim Standort, über die Grösse bis zum Raumprogramm. Wer war in diesem Geschäft federführend? Die Baudirektion. Das ist grundsätzlich nicht falsch. Aber in der Raumplanungskommission wurden die Weichen für dieses Geschäft gelegt. Bildungspolitische Überlegungen fehlten damals aber völlig und waren von der DBK auch nicht in Erfahrung zu bringen. Wir fragten: Wie geht es weiter mit der gymnasialen Bildung? Welche bildungspolitischen Konzepte stecken hinter der Standortwahl, der Grösse der Schulhäuser

usw.? Fragen, die bis heute wohl niemanden interessieren, ausser jene lästigen Politiker, die Schulhausbauten auch als bildungspolitische Aufgaben verstehen. Diese Situation gab damals den Anstoss, diese beiden Motionen einzureichen.
Dem Regierungsrat ist zu seiner Gesamtstrategie für die Jahre 2010 bis 2018 zu gratulieren. Wenn er nun fünf Projekte aus dem Bildungsbereich, die darin aufgeführt sind, als Ersatz für eine Bildungsstrategie aufführt, hat das eine realsatirische Komponente. Martin Pfister erspart es dem Rat, diese Punkte vorzulesen. Sie finden Sie auf S. 4 der regierungsrätlichen Vorlage. Kann man diese fünf Punkte ernsthaft als Ersatz für eine Bildungsstrategie bezeichnen?
Die Hauptsorge des Regierungsrats scheint nun darin zu bestehen, der Kantonsrat würde bei einer Zustimmung zu einer Bildungsstrategie eine Unzahl weiterer Teilstrategien verlangen. Der Votant hält diese Befürchtung nicht für gerechtfertigt, ausser man würde der Bildungspolitik eine untergeordnete politische Rolle zumessen. Teilstrategien eignen sich nur für zentrale politische Fragen, sind aber dort höchst wichtig und effizient. Die Finanzstrategie, welche als Muster für die Bildungsstrategie dienen könnte, ist ein unentbehrliches Instrument für die Steuerung der Kantonsfinanzen geworden. Niemand würde behaupten, es sei besser auf einen Richtplan zu verzichten, weil er dazu verleite, auch in andern politischen Disziplinen einen solchen Plan zu verlangen, oder weil die Wirtschaft es bevorzuge, dass die Baudirektion konkrete Fragen löse, anstelle sich mit der langfristigen, strategischen Planung zu beschäftigen.
Die CVP-Fraktion bittet Sie, sowohl der Einführung einer Bildungskommission als auch einer Bildungsstrategie zuzustimmen. Dies würde für die Bildungspolitik im Kanton Zug einen grossen Schritt bedeuten. Sie dürfen für einmal über den parteipolitischen Schatten springen und auch Vorstössen zustimmen, wenn sie von der CVP eingereicht wurden. Denn eines ist klar, die Zeiten, als sich die Schule im Windschatten öffentlichen Interesses bewegte, sind definitiv vorbei. Es würde sich für die Schule und die Bildung generell lohnen, dem öffentlichen Interesse an ihr offen, positiv und kommunikativ zu begegnen. Die bildungspolitische Diskussion lässt sich nicht mit einer Ablehnung unserer Vorstösse beenden.

Thomas **Lötscher** hält fest, dass die Erwägungen und Begründungen im Bericht für die FDP-Fraktion nachvollziehbar sind. Wir unterstützen denn auch die Anträge der Regierung. Konkret heisst dies: Die FDP wünscht keine Teilstrategie für den Bildungsbereich. Die Bildung ist ein wichtiges Thema und eine Kernaufgabe staatlichen Handelns. Somit gehört sie in eine vernetzte Gesamtstrategie der Regierung. Was eigentlich auch die Ausführungen und Beispiele von Martin Pfister bestätigen. Das Parlament sollte sich zurückhalten, der Regierung Vorgaben für Teilstrategien zu machen. Beschränken wir uns auf wenige aber aussagekräftige Strategien – lesen diese dann aber auch und setzen sie um.
Wir unterstützen die Schaffung einer kantonsrätlichen Bildungskommission mit ständigem Auftrag und damit einen CVP-Antrag. Sie ermöglicht es, in den Fraktionen über die Bildungsberufe hinaus Know-how aufzubauen und weiterzuentwickeln. Bildungsfragen werden zunehmend komplexer. Dies verlangt Expertise, aber auch eine qualifizierte Aussensicht. Die Optik von Eltern, zukünftigen Arbeitgebern und der Gesellschaft generell soll in die politische Arbeit einfliessen. Von einer ständigen Kommission versprechen wir uns eine qualitative Entwicklung der politischen Diskussion.
Auch wenn der Bildungsrat mit schöner Regelmässigkeit in der öffentlichen Kritik steht, will ihn die FDP-Fraktion nicht abschaffen. Er leistet viel und meistens auch sehr gute Arbeit. Wenn aus politischer Sicht nicht immer alles optimal läuft, so

müssen wir uns dabei auch selber an der Nase nehmen: Der Bildungsrat wird von einem Mitglied der Regierung geführt. Hier ist denn auch Führungsarbeit gefragt, was zweifellos schwierig ist; denn es liegt in der Natur der Sache, dass der Präsident des Bildungsrats oftmals weniger von der Materie versteht als die übrigen Mitglieder. Die FDP traut dem neuen Bildungsdirektor allerdings zu, dass er dieser Herausforderung gewachsen ist – auch wenn er nicht aus unseren Reihen kommt. Wenn der Votant sagt, dass wir selbst in der Kritik stehen, dann deshalb, weil der Bildungsrat parteipolitisch zusammengesetzt ist. Es liegt also in der Verantwortung unserer Parteien, wie das Gremium zusammengesetzt ist und welche Anliegen vertreten werden.
Wenn sich nun die FDP zwei Motionsanliegen gegenüber negativ äussert, so möchte Thomas Lötscher trotzdem eine Türe zur CVP und zur SVP öffnen. Der offensichtliche Grund für diese Vorstösse, nämlich das unsägliche Theater um die Innovationsschule, ärgert auch uns. Tatsächlich könnte der Eindruck entstehen, der Regierungsrat handle konzept- und strategielos. Er wird uns entgegenhalten, der Prozess laufe formaljuristisch korrekt ab. Damit hat er sogar recht. Aber man muss des Kaffeesatzlesens nicht mächtig sein, sondern bedarf lediglich eines minimalen realpolitischen Verständnisses und einer Prise gesunden Menschenverstands, um zu erkennen, dass das Projekt der Innovationsschule weder im vormaligen noch im aktuellen Parlament eine Chance hat. Wenn trotzdem das ganze Rösslispiel mit viel Aufwand und Beübung der Gemeinden inszeniert wird, kann dies durchaus Ärger und Motionen provozieren. Für die Zukunft brauchen wir deshalb aber keine Strategiepapiere und auch keine Reorganisation der Institutionen, Menschenverstand und Fingerspitzengefühl in der politischen Führung dürften reichen.
Was die Gegenwart und insbesondere die Innovationsschule angeht, empfiehlt der Votant dem neuen Bildungsdirektor und Hauptmann der besten Armee der Welt, militärisch knapp Übungsabbruch.

Beat **Sieber** weist darauf hin, dass die Meinung der FDP-Fraktion von Thomas Lötscher jetzt schon ausführlich gezeichnet worden ist. Der Votant hatte ein Votum in Bezug auf den Bildungsrat in der letzten Sitzung. Die FDP-Fraktion hat ihre Meinung auch in der neuen Zusammensetzung nicht geändert und hält daran fest, auf die Erweiterung des Bildungsrats zu verzichten. Sie unterstützt damit den Antrag der Regierung.

Werner **Villiger** startet mit der Motion der CVP-Fraktion betreffend Erarbeitung einer Bildungsstrategie. Der Regierungsrat weist in seinem Bericht und Antrag auf seine Gesamtstrategie 2010-2018 und die Legislaturziele 2010-2014 hin. Mit einigen konkreten Legislaturzielen hat der Regierungsrat die Ausrichtung seiner Ausbildungspolitik klar formuliert. Weiter wird Pragma eingeführt; damit erhält der Kantonsrat ein weiteres Instrument für die Steuerung in der Bildungspolitik. Die SVP-Fraktion findet, das genüge. Mehr braucht es nicht. Sie stimmt mit 18:0 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats zu.
Zur Motion der CVP-Fraktion betreffend Wahl einer ständigen Bildungskommission. Hier sind wir einstimmig der Meinung, dass es sinnvoll ist, eine ständige Kommission im Bildungsbereich zu schaffen. Die Kommissionsmitglieder werden mittelfristig ein grosses Fachwissen aufweisen und damit die Kommissionsberatungen effektiver gestalten, wie das bei anderen ständigen Kommissionen auch der Fall ist.

Zur Motion der SVP-Fraktion betreffend Abschaffung des Bildungsrats. Es ist natürlich immer schwierig, die eigene Motion kritisch zu hinterfragen. Als wir diese Motion im März 2010 einreichten, war das eine richtige Frust-Motion. Wir waren mit den Entscheidungen des Bildungsrats immer weniger einverstanden, da diese öfters an der Praxis vorbeiliefen. Man denke an die Innovationsschule. Wir haben uns vorgestellt, dass mit der Abschaffung des Bildungsrats und der Verschiebung der Kompetenzen des Regierungsrats einige gewerbefreundlichere Bildungspolitik gewährleistet werden könnte. Die Wahlen vom 3. Oktober 2010 haben die Zusammensetzung des Bildungsrats nachhaltig beeinflusst. Wir stellen mit Stephan Schleiss den Präsidenten und mit Theo Biedermann sitzt ein ausgewiesen gewerbefreundliches Kommissionsmitglied im Bildungsrat. Ausserdem werden neu Herr Hostettler von der Firma Nussbaumer Elektro für die FDP und Herr Dubach, zuständig für die Lehrlinge bei der Siemens AG, für die CVP im Bildungsrat Einsitz nehmen.
Da der Bildungsrat zukünftig gewerbefreundlich zusammengesetzt ist, hat er mehr Möglichkeiten, wieder mehr Entscheidungen zu treffen, die in der Nähe der Praxis liegen. Die SVP-Fraktion ist nach eingehender Diskussion der Meinung, dass damit einige Anliegen erfüllt sind und unsere Motion doch Einiges bewirkt hat. Wir stützen deshalb mit 17:2 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF beantragt, alle drei Motionen nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.
Zur Motion Bildungsstrategie. Wir unterstützen die Haltung des Regierungsrats. In seinen Legislaturzielen wurden einige Projekte im Bildungsbereich erwähnt. Im Jahr 2006 leitete die Votantin die Kommission zur Teilrevision des Schulgesetzes. Ein sehr wesentlicher Punkt war die Trennung der operativen und strategischen Führung. Das war damals für die zuständigen Gremien wie Schulkommissionen und Bildungsrat mit einigem Aufwand verbunden. Jetzt hat es sich eingespielt – es braucht keine Änderung. Aus diesem Grund sind wir auch für die Beibehaltung des Bildungsrates.
Anna Lustenberger hat ein gewisses Verständnis für das Anliegen von Martin Pfister betreffend Bildungsstrategie. Aber auch wenn der Regierungsrat uns eine Strategie vorlegen würde, haben wir im Rat die Möglichkeit, mit Motionen, Postulaten, mit Initiativen einzugreifen und diese Strategien über den Haufen zu werfen, z.B. bei der Notendiskussion. Daher muss die Frage im Raum bleiben, ob eine solche Bildungsstrategie wirklich Ruhe in die ganze Bildungslandschaft bringt. Die Votantin glaubt das nicht. Sie hat das Gefühl, es könnten damit falsche Hoffnungen geweckt oder sogar Enttäuschungen bewirkt und schlussendlich noch mehr Unruhe in die ganze Bildungslandschaft gebracht werden.
Zum Bildungsrat. Anna Lustenberger staunt natürlich schon ein wenig über das Votum von Werner Villiger. Je nachdem ist man für den Bildungsrat und wenn einem etwas nicht passt, wie vor einem guten Jahr, dann ist man dagegen. Jetzt habt Ihr das Präsidium des Bildungsrats, und jetzt ist man wieder dafür.
Zur Motion ständige Kommission für Bildungsfragen. Es stimmt nicht, dass alle Parteien für diese ständige Kommission sind, wie das in der Zeitung geschrieben wurde. Wir sind dagegen! Über Kommissionen wurde in diesem Rat schon oft debattiert. Im Jahr 2001 bei der grossen Parlamentsreform sollten sogar die Kommissionen mit nichtständigem Auftrag – das sind heute die Kommissionen mit ständigem Auftrag – abgeschafft und in ad-hoc-Kommissionen umgewandelt werden. Ein paar Jahre später erfolgte bei der kleinen Parlamentsreform die Umwandlung der nichtständigen Kommissionen in Kommissionen mit ständigen Auftrag und man ernannte eine Hochbaukommission. Das hat sicher Sinn gemacht, sind doch

diese Kommissionen alle einer Direktion zugeordnet. Eine Bildungskommission würde aber drei Direktionen betreffen: Der frühkindliche Bereich und die ausserschulische Bildung gehören zur Direktion des Innern, die obligatorische Schulzeit in die Bildungsdirektion und die Berufsbildung in die Volkswirtschaftsdirektion.
Zudem sind die Bildungsfragen vom frühkindlichen Bereich bis ins Erwachsenenalter dermassen verschieden, dass hier die Möglichkeit bestehen sollte, je nach Geschäft eine Kommission zusammen zu stellen. Bildungsgeschäfte sind extrem sensibel. Erinnern Sie sich doch an die jeweils langen Debatten bei Bildungsgeschäften. Erinnern Sie sich doch an das Geschäft Konzept Sonderpädagogik. Da wurde nach der Konkordatskommission einfach nochmals eine Kommission eingesetzt, um die gleiche Vorlage zu beraten – es wollten noch mehr Leute mitdiskutieren, weil man bei einigen Punkten nicht mit der Konkordatskommission einverstanden war. Daher lassen wir es doch so wie es ist und setzen keine ständige Bildungskommission ein.

Eusebius **Spescha** hält fest, dass die SP-Fraktion die Anträge der Regierung unterstützt. – Auch die CVP hat die Bildungspolitik entdeckt. Dabei war ja die kantonale Bildungsdirektion während Jahrzehnten eine Domäne der CVP. Aber offenbar haben vier Jahre FDP-Führung und vier Jahre alternative Führung genügt, dass die CVP der Meinung ist, die Bildung sei auf Abwege geraten. Aber eigentlich war es ja auch in den letzen acht Jahren so, dass alle Grundsatzentscheidungen der Regierungsrat und der Kantonsrat gefällt haben. Im letzten Jahr haben wir hier ausführlich darüber diskutiert, wie die Kompetenzen zwischen Regierung und Parlament zu verteilen sind. Wir haben damals im Zusammenhang mit der Einführung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget nach längerer Diskussion beschlossen, dass die Zuständigkeit für die Strategie bei der Regierung sei, dass die Strategie aber dem Kantonsrat zur Kenntnis zu bringen sei. Damit müsste doch eigentlich alles klar sein. Was ist der Nutzen, wenn wir nun in jedem Bereichsgesetz reinschreiben, dass die Regierung eine Bereichsstrategie erarbeiten muss? Die Grundsatzentscheide fällt ja so der so der Kantonsrat!
Der Schaffung einer Bildungskommission mit ständigem Auftrag können wir zustimmen. Es macht sicher Sinn, wenn die jeweils gleiche Kommission sich mit den inhaltlichen Bildungsfragen beschäftigt. Ob sich diese Kommission aber dann auch tatsächlich auch mit den Schulausbauten beschäftigen soll, ist für uns eher fraglich. Stehen dort doch häufig eher Baufragen im Vordergrund.
Die SP befürwortet auch klar die Beibehaltung des Bildungsrats. Dieser ist eine sinnvolle strukturelle Möglichkeit, die Entwicklung der Bildung fachlich und politisch breit abzustützen. In diesem Sinn ersuchen wir Sie, die Anträge der Regierung zu unterstützen.

Bildungsdirektor Stephan **Schleiss** stellt fest, dass die Votanten in grosser Mehrheit die Anträge der Regierung und den Bericht positiv aufgenommen haben. Dafür bedankt er sich. Die Beibehaltung des Bildungsrats und die Bildungskommission sind weitestgehend unbestritten. Der Bildungsdirektor möchte daher nur kurz auf den Aspekt der Bildungsstrategie eingehen. Ausgangslage ist, dass Martin Pfister natürlich Recht hat: Die Bildung und die Schule sind in den letzen Jahren vermehrt in den politischen Fokus geraten. Das ist gut so, weil die Bildung und die Schule eben sehr wichtige und entscheidende Staatsaufgaben sind.
Nichtsdestotrotz lehnt es die Regierung ab, eine separate Bildungsstrategie zu verabschieden, und sie hat es im Bericht auch schlüssig begründet. Stephan Schleiss

könnte auf das Votum von Thomas Lötscher verweisen. Er hat unsere Argumente aufgenommen und noch einmal gewichtet. Die Gesamtstrategie des Regierungsrats nennt auch Teilziele im Bildungsbereich, hat klar überprüfbare und konkrete Aussagen dazu gemacht, und wir werden Sie auch regelmässig darüber informieren, wie der Fortschritt in diesen Belangen ist. Es handelt sich dabei nicht um operative Kleinigkeiten, und der Votant ist gespannt, wie sich die CVP-Fraktion zu den messbaren erreichten Zielen äussern wird, wenn es dann soweit ist.
Der Bildungsdirektor macht den Rat darüber hinaus darauf aufmerksam, dass der Kantonsrat natürlich heute bereits die Möglichkeit hat zur Steuerung über das Budget und neu ab dem Jahr 2012 – also noch diesen Herbst – erstmals unter Pragma-Regime die Leistungsaufträge genehmigen kann.

➔ Der Rat beschliesst mit 52:22 Stimmen, die Motion der CVP-Fraktion betreffend Erarbeitung einer Bildungsstrategie nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat beschliesst mit 65:7 Stimmen, die Motion der CVP-Fraktion betreffend Wahl einer ständigen Bildungskommission erheblich zu erklären.

➔ Die Motion der SVP-Fraktion betreffend Abschaffung des Bildungsrats wird nicht erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

42 Postulat von Silvan Hotz und Daniel Grunder betreffend Zusammensetzung des Bildungsrats

Traktandum 14.2 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1996.2 – 13643).

Silvan **Hotz** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist Präsident des Gewerbeverbands des Kantons Zug. – Er dankt dem Regierungsrat, dass er mit der Wahl des Bildungsrats von sich aus bis heute zugewartet hat. Das schätzt der Votant sehr, dann ansonsten würde die jetzige Diskussion obsolet. Mit dem Bericht und den Antworten ist er aber nicht zufrieden. Die Regierung sagt, dass sie grundsätzlich das Interesse der Wirtschaft und des Gewerbes begrüsst, und schreibt weiter, dass die Wirtschaft und das Gewerbe regelmässig von der DBK zu jährlichen Gesprächen eingeladen werden. Diese Aussage ist schon fast ein Hohn. Eingeladen wurden wird schon, angehört auch, aber die DBK hat daraus schlichtweg nichts gemacht.
Das Beste im Bericht kommt aber noch: Die Behauptung auf S 4, dritter Abschnitt, dass unser Begehren für eine Vertretung der Wirtschaft in die Projektgruppe Oberstufenreform aufgrund des diesjährigen Gesprächs aufgenommen und umgehend umgesetzt wurde. Das stimmt so schlicht nicht. Silvan Hotz weiss auch nicht, wie sich Patrick Cotti informiert hat. Aber nachdem unsere erste Forderung links liegen gelassen wurde, haben wir, die Wirtschaftskammer und der Gewerbeverband zusammen, beim Gesamtregierungsrat das Anliegen nochmals platziert. Aber auch dies nützte noch nichts. Es brauchte nochmals einen oder zwei Anläufe bei der DBK, bis es endlich klappte. Von umgehend kann keine Rede sein, eher von Spiessrutenlauf. Es ist doch sehr zu hoffen, dass es unter der neuen Führung in

der DBK anders laufen wird, ansonsten können wir uns die bis anhin nichts bringenden jährlichen Gespräche mit der DBK sparen.
Die regierungsrätliche Überzeugung, dass es keine Fehlentwicklung bei der Ausbildung der Kinder während der obligatorischen Schulzeit gibt, kann der Votant nicht nachvollziehen. Meine Damen und Herren Regierungsräte, erklären sie doch bitte mal, warum dann ein Projekt angestossen wurde, um vermehrt Asttestausbildungsplätze anzubieten und um die Gewerbler motivieren zu können, vermehrt Attestlehren abzuschliessen? Warum brauchen über zwei Drittel aller Lernenden in der Berufsschule Stützkurse? Bestimmt nicht, um besonders befähigte Lernende abzuholen, wie Sie es darlegen. Viele Gewerbetreibende sind nicht mehr bereit, schlechte Schülerinnen und Schüler einfach in die Lehre zu nehmen, nur damit sie nicht auf der Strasse landen. Attest hin oder her.
Dieses Postulat hat, auch wenn es nicht erheblich erklärt würde, doch wenigstens bewirkt, dass sich die Parteien vermehrt bewusst geworden sind, dass auch die Wirtschaft in den Bildungsrat gehört. Wurden doch die beiden Vakanzen der FDP und der CVP mit Gewerbe- und Wirtschaftspersonen besetzt. Eigentlich könnte Silvan Hotz ja zufrieden sein. Nur, das löst Daniel Grunders und sein Anliegen nicht. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass auch Vertreter der Wirtschaftsverbände in den Bildungsrat gehören, welche nicht von den Parteien, sondern von den Wirtschaftsverbänden nominiert werden. Jene grossen wirtschaftlich relevanten Verbände, welche Arbeitgebende vertreten, die Lehrstellen anbieten und damit zu den grössten Schulabnehmenden gehören. Nur diese können die Anliegen der Wirtschaft vertreten, ohne auf eine Partei Rücksicht nehmen zu müssen. Ansonsten besteht immer wieder die Gefahr, dass sie sich in einem Gewissenskonflikt zwischen Partei und Wirtschaft sehen.
Die Begründung des Regierungsrats, dass dann auch andere Gruppierungen wie Gewerkschaften, Lehrerschaft, gemeindliche Schulbehörden Einsitz nehmen wollen ist schon etwas an den Haaren herbeigezogen. Wenn denn diese Vereinigungen mit ihren Mitgliedern so viele Lehrstellen anbieten wie es die Wirtschaftskammer und der Gewerbeverband tun, dann können wir ja wieder darüber reden. Wovor hat der Regierungsrat Angst, wenn er die Wirtschaft mehr einbindet in die Entscheidungsfindung und in den Bildungsrat?
Eigentlich müsste der Votant dem Regierungsrat ja dankbar sein. Einfacher kann er das Politisieren nicht machen. Wir werden weiterhin aufzeigen können, was falsch läuft in der obligatorischen Schulbildung, ohne dabei Verantwortung übernehmen zu müssen. Das hilft uns aber auch nicht weiter. Wir wollen die Verantwortung ja mit übernehmen und nicht nur die Suppe auslöffeln. Deshalb hält der Votant an der Erheblicherklärung fest und dankt dem Rat, wenn er das auch tut, zum Wohle der Schule, der Schülerinnen und der Zuger Wirtschaft.

Esther **Haas** unterstützt im Namen der AGF die Antwort des Regierungsrats. Er kontert den Antrag der Postulanten nach verstärkter Einflussnahme von Wirtschaft und Gewerbe im Bildungsrat mit griffigen und nachvollziehbaren Argumenten, auf die hier nicht noch einmal eingegangen werden soll.
Einen Punkt aus der regierungsrätlichen Antwort will die Votantin aber noch etwas weiter ausführen, weil es ihre Arbeit als Lehrperson am Gewerblich Industriellen Bildungszentrum direkt tangiert. Es ist richtig, was Silvan Hotz vorhin gesagt hat, dass 60 % der neuen Lernenden an den Zuger Berufsschulen Stützkurse besuchen. Doch wie bei den Noten sagen Zahlen nicht alles. Diese 60 % sind aus zwei Gründen zu relativieren. Erstens werden viele der Stützkurse auf Verlangen der Lehrbetriebe und zum Teil der Eltern generiert mit dem ausgesprochenen Ziel,

dass die Lernenden nicht bloss durchschnittliche, sondern sehr gute Leistungen erzielen. Zweitens betreffen diese Stützkurse aber bei weitem nicht nur, wie man vermeintlich annehmen könnte, die Aufarbeitung von Defiziten. Die Hälfte aller Fördermassnahmen bezieht sich auf Stützkurse mit Coaching. Und die restlichen 30 % beziehen sich auf Fördermassnahmen für Lernstarke. Das GIBZ macht es sich seit längerem zur Aufgabe, lernstarke oder in einem bestimmten Bereich besonders begabte Jugendliche im Rahmen von Stützkursen zu fördern. So arbeitet die Schule seit Jahren mit der Stiftung «Schweizer Jugend forscht» zusammen. Die Lernenden werden bei der Erarbeitung ihrer Projekte von Fachexperten der Stiftung beraten und zu innovativem Arbeiten angeregt. Dadurch bekommen jedes Jahr Zuger Berufslernende die Möglichkeit, an diesem schweizerischen Wettbewerb mit guten bis sehr guten Leistungen zu brillieren. Weitere Beispiele der Begabtenförderung wären hier zu nennen, wie etwa das letzten Herbst gestartete Förderungsprojekt «Entrepreneurship» – schweizweit ein Novum notabene.
Sie sehen, die Nachfrage nach Stützkursen in den Berufsschulen lässt sich nicht als Begründung heranziehen für vermeintliche Fehlentwicklungen bei der Ausbildung von Zuger Schülerinnen und Schülern. Diesen Test zumindest besteht die Volksschule.

Werner **Villiger** hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig den Antrag des Regierungsrats unterstützt. Wir sind der Ansicht, dass mit der neuen Zusammensetzung des Bildungsrats die Anliegen der Postulanten zum grössten Teil erfüllt sind, denn auch das Gewerbe und die Wirtschaft sind nun ansprechend vertreten.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass das Postulat Hotz/Grunder auf eher unbeholfene Art die Frage der Interessenvertretung in der Bildungspolitik aufwirft. Selbstverständlich ist es auch in der Bildung so, dass die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen artikuliert und eingebunden werden sollen. Und selbstverständlich ist da die Wirtschaft ein wichtiger Teil davon. Wir wehren uns also nicht grundsätzlich dagegen, dass die Wirtschaft die Möglichkeit erhält, ihre Interessen einzubringen. Wir wehren uns aber entschieden gegen den Ausschliesslichkeitsanspruch der Wirtschaft. Es gibt ebenso berechtigte Arbeitnehmer- und Elterninteressen. Zudem gibt es *die* Wirtschaft nicht. Die verschiedenen Wirtschaftsbereiche haben häufig recht unterschiedliche Anliegen und Vorstellungen. In der Berufsbildung haben ja beispielsweise die Organisationen der Arbeitswelt ein gesetzlich verankertes Mitbestimmungsrecht, vertreten Arbeitgeber- und Gewerbeverband häufig aber häufig sehr unterschiedliche Ideen. Für uns Linke ist es sehr amüsant, wenn der bisher immer von den bürgerlichen Parteien dominierte Bildungsrat die Wirtschaft und das Gewerbe zu wenig vertritt. Wo um Himmels willen bleibt denn die so viel beschworene Verbundenheit der bürgerlichen Parteien mit der Wirtschaft?
Das Wehklagen über die ach so unfähige Jugend mag ja am Stammtisch ganz gut tönen. Mit der Wirklichkeit hat das wenig zu tun. Natürlich sind heutige Jugendliche anders als vor 30 Jahren. Sie sind z.B. etwas grösser, haben grössere Füsse, sind früher geschlechtsreif, etwas intelligenter – um nur einige erhärtete Fakten zu nennen. Dass sie weniger gut kopfrechnen können, wissen wir nicht so genau, aber das mag ja sein. Schliesslich rechnet ja heute auch fast niemand mehr im Kopf. Die sprachliche Ausdrucksfähigkeit ist tendenziell besser. Die meisten Jugendlichen sind heute sogar Ende der Schulzeit in der Lage, eine kleine Präsentation zu machen. Und das ist den meisten Jugendlichen vor 30 Jahren sehr schwer gefal-

len. Ob Orthografie und Grammatik tatsächlich schlechter sind, ist nicht so eindeutig. Der Votant weiss aber, dass er im Laufe seines Berufslebens zu allen Zeiten und an unterschiedlichsten Orten Leuten begegnet ist, welche in diesem Bereich ihre liebe Mühe hatten. Ob aber tatsächlich die Schule daran schuld ist, dass es schwieriger geworden sein soll, gute Lernende zu finden, wagt Eusebius Spescha sehr zu bezweifeln. Diese Rechnung ist ihm viel zu einfach.
Die SP lehnt das Postulat wegen seiner Einseitigkeit ab. Hingegen überlegen wir uns tatsächlich, ob wir nicht in einem Vorstoss die Frage der Interessenvertretung in der Bildungspolitik aufwerfen wollen, um dem Regierungsrat die Möglichkeit zu geben, hier eine umfassendere Auslegeordnung vorzunehmen.

Bildungsdirektor Stephan **Schleiss** fragt, um was es eigentlich geht. Das Anliegen von Silvan Hotz und Daniel Grunder ist, dass sie sich in der Bildungspolitik einbringen können. Der Votant ist sehr interessiert, die Gespräche mit den Wirtschaftsverbänden zu führen. Da hat Silvan Hotz sein Wort. Andererseits möchten die Wirtschaftsverbände direkten Einsitz im Bildungsrat haben. Dieser ist ein demokratisch legitimiertes Organ. Da ist ja eigentlich die entscheidende Frage: Wie ist das Verfahren, wie diese Mandate verteilt werden. Darüber gibt der Bericht Aufschluss. Dieses Verfahren ist klar geregelt und transparent. Es ist letztlich Aufgabe der Parteien, die Interessen, die sie vertreten, dort einzubringen. Und der Fokus ist – wie es auch schon die Postulanten erwähnte haben – vielleicht aufgrund der Diskussionen in den letzten Jahren auch darauf gerichtet worden, dass man sich explizit um Leute bemüht, die wirtschaftsnahe sind und Zugang zu Betrieben haben, die Lehrstellen anbieten. Da ist dem Bildungsdirektor eine Medienmitteilung der FDP in Erinnerung, die ihrer Nomination für den Bildungsrat explizit darauf hingewiesen hat, dass die betreffende Person in einem Betrieb mit vielen Lehrstellen arbeitet.
Etwas problematischer ist der Anspruch der Wirtschaftsverbände, direkt Sitze im Bildungsrat zu bekommen. Silvan Hotz hat das an der Anzahl der angebotenen Lehrstellen festgemacht. Stephan Schleiss könnte sich vorstellen, dass Elternorganisationen das ein wenig anders sehen, dass nur noch wer Lehrstellen anbietet, Anspruch auf einen Sitz im Bildungsrat haben soll. Die Problematik der Ausschliesslichkeit wurde auch von Eusebius Spescha nochmals angesprochen. Das Resultat ist dann eben wirklich so, wie der Regierungsrat in seinem Bericht schreibt, dass das Organ Bildungsrat am Schluss dann willkürlich zusammengesetzt wäre. Der Bildungsdirektor ist überzeugt, dass die momentanen Regeln gut sind, und er bittet den Rat, den Anträgen der Regierung zuzustimmen.

➔ Der Rat beschliesst mit 57:11 Stimmen, das Postulat nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

43 Motion von Hanni Schriber-Neiger und Martin Stuber betreffend eine bessere Anbindung des Freiamts an den Kanton Zug – durchgehende S-Bahn-Verbindung von und in Richtung Freiamt

Traktandum 15 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1971.2 – 13633).

Hanni **Schriber-Neiger** weist darauf hin, dass die Regierung in ihrer Antwort auf Zahlen einer Pendelstatistik aus dem Jahr 2000 zurückgreift. Diese Zahlen sind veraltet und wenn man die rasante Entwicklung im Oberfreiamt in den letzten zehn

Jahren berücksichtigt, stimmen diese Zahlen bei weitem nicht mehr. Leider profitieren im Regionalverkehr nur Sins und Muri von einem integralen Halbstundentakt. Die Bahnhöfe Oberrüti, Mühlau und Benzenschwil werden integral nur im Stundentakt bedient. Schon im Jahr 2000 konnte festgestellt werden, dass 83 % der Pendlerinnen und Pendler aus dem Freiamt nach Cham, Zug, Baar das Auto benützen. Mit einer integralen Bedienung aller Bahnhöfe im Oberfreiamt im Halbstundentakt und mit einer Direktverbindung Freiamt-Baar ohne Umsteigen in Rotkreuz könnte der hohen Zahl von Autopendlern eine Alternative auf der Schiene angeboten werden. Die Reisenden wollen eine Direktverbindung ohne Umsteigen, damit die Gefahr von Anschlussbrüchen eliminiert ist. Die grössere Attraktivität wird eine zusätzliche Nachfrage bewirken. Sie sehen also, dass hier noch ein grosses Potenzial vorhanden ist.

Anforderung von sogenannten Flügelzügen an Betrieb, Rollmaterial und Infrastruktur. Wir nehmen zur Kenntnis, dass ein mögliches Flügelkonzept schon im Jahre 2009 durch die Spezialisten der SBB im Auftrag des Kantons Aargau geprüft und aus Gründen der Fahrplanstabilität verworfen wurde. Demgegenüber stellen wir aber fest, dass ein Flügelkonzept andernorts umgesetzt wurde, zum Beispiel in Wolhusen mit Flügelung Richtung Langnau und Langenthal. Dazu wird Fraktionskollege Martin Stuber nachher noch weitere Informationen geben.

Doppelspurausbau Freudenberg-Rotkreuz. Wir freuen uns, dass die Zuger Regierung die Realisierung des durchgehenden Doppelspurausbaus Freudenberg-Rotkreuz realisiert sehen will. Eine Etappierung, wie sie bei der SBB diskutiert wird, wäre fatal und muss unbedingt verhindert werden. Es darf nicht passieren, dass für die Schliessung einer Gleis-Lücke von ca. 600 Metern die Bagger zweimal auffahren müssen. Gleichzeitig ist im Bahnhof Rotkreuz eine Weiche einzubauen, die es erlaubt, mit hoher Geschwindigkeit von ca. 90 km/h von Gleis 5 auf die Strecke Richtung Cham zu fahren. Diese schnelle Weichenverbindung wird so oder so während einer längeren Bauphase benötigt, wenn wegen Bauarbeiten auf der Strecke Zug-Walchwil die Fernverkehrszüge von Zürich Richtung Tessin/Mailand und umgekehrt via Rotkreuz umgeleitet werden müssen. Diese Bauarbeiten werden ca. 2015/16 auf der Strecke Zug-Walchwil stattfinden, da die Strecke einsatzfähig sein muss, wenn die Neat ihren Betrieb aufnimmt. Das ist auf Ende 2016 vorgesehen.

Zuständigkeit. Es ist uns sehr wohl bekannt, dass die Kantone für die Bestellung des Angebots im Regionalverkehr zuständig sind. Umso wichtiger ist es, dass mit den angrenzenden Kantonen die Angebotsplanung laufend abgestimmt und überprüft wird und die regionalen Entwicklungen berücksichtigt werden müssen.

Dazu einige Sätze aus einem Leserbrief, der in der Murianer Wochenzeitung «Der Freischütz» von Sascha Winterberg aus Waltenschwil (liegt bei Wohlen), Präsident Jungen CVP Aargau, am letzten Dienstag zu lesen war:

«Das Schwarzpeterspiel um bessere ÖV-Anbindung des Freiamts muss ein Ende haben. Dazu ist ein grosser Schritt vorwärts im Angebot nötig; Ein Interregio von Zug oder Arth-Goldau via Rotkreuz, Freiamt, Lenzburg, Aarau, Olten nach Bern oder Basel muss für die direkte Fernverkehrsanbindung sorgen. Diese Voraussetzung schafft die Möglichkeit, die S-Bahn im Freiamt zeitgemäss zu gestalten, mit durchgehendem Halbstundentakt und neuen möglichen Haltestellen in den Industriegebieten von Sins, Muri, Waltenschwil und Villmergen. Ein solches Angebot würde das hohe Bevölkerungspotential, das das Freiamt hat, ausschöpfen und brächte dem Freiamt einen Anschluss ans SBB-Netz, den vergleichbare Regionen schon lange haben.»

Wir Motionäre beantragen, die Motion in allen Punkten als erheblich zu erklären und bei Ziffer 1 und 3 in ein Postulat umzuwandeln. Nur so ist gewährleistet, dass

- die einspurige Strecke Freudenberg-Rotkreuz in einem Arbeitsgang auf Doppelspur ausgebaut wird;
- die Angebotsplanung im Regionalverkehr im Raum Zug-Luzern und Freiamt-Arth-Goldau mit den angrenzenden Kantonen Aargau, Luzern und Schwyz abgestimmt wird;
- die vor allem für den Regionalverkehr notwendigen Infrastrukturanpassungen im Bahnhof Rotkreuz gebaut werden.

Danke, wenn Sie alle unsere Anträge unterstützen.

Thomas **Rickenbacher** weist darauf hin, dass es längst bekannt ist, dass die CVP-Fraktion gegenüber dem öffentlichen Verkehr sehr positiv eingestellt ist. Diese Grundhaltung stellt der Votant auch immer wieder an den jeweiligen Kommissionssitzungen fest. Diese positive Einstellung lässt aber eine pauschale Gutheissung sämtlicher Vorstösse zum Thema ÖV nicht zu. So hat die CVP-Fraktion die vorliegende Motion von Hanni Schriber und Martin Stuber differenziert beurteilt und kam zum folgenden Schluss:
Im Gegensatz zum vorherigen Traktandum, wo die Bildungsfragen diskutiert wurden, unterstützt die CVP-Fraktion sämtliche Anträge der Regierung, ohne Gegenstimme. Nur kurz zu den ausschlaggebenden Hauptargumenten. Aus unserer Sicht stehen Aufwand und Ertrag in einem schlechten Verhältnis zu einander. Zumal der Hauptpendlerstrom nicht aus dem Freiamt, sondern von und nach Luzern führt und auch künftig führen wird. Es darf nicht vergessen werden, dass in den letzten Jahren das Regionalverkehrsangebot bis hin zum integralen Halbstundentakt zwischen dem Freiamt und Rotkreuz kontinuierlich ausgebaut wurde. Die Freiämtler Pendlerinnen und Pendler der S26 sind zudem in Rotkreuz ideal am Zuger ÖV-Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss» angebunden. Letztlich sichert auch der Richtplaneintrag die Prüfung einer besseren Anbindung, sobald der Ausbau des Streckenabschnitts Freudenberg-Rotkreuz auf Doppelspur und die Erstellung eines zusätzlichen Streckengeleises zwischen Zug und Chollermüli realisiert sind.
Abschliessend nochmals: Die CVP-Fraktion unterstützt sämtliche Anträge der Regierung.

Adrian **Andermatt** hält fest, dass die FDP-Fraktion empfiehlt, den Anträgen der Regierung vollumfänglich zu folgen. Sie begründet diese Haltung wie folgt:
Mit dem anlässlich dem Fahrplanwechsel vom 12. Dezember 2010 vorgenommenen Verbesserungen auf der S-Bahn-Linie S26 – insbesondere dem Einsatz von modernem Rollmaterial sowie der markanten Verbesserung der Anschlüsse zwischen der S26 und der Stadtbahnlinie S1 – wurde die Anbindung des Freiamts an den Kanton Zug bereits stark verbessert.
Der Inhalt der Motion – Stichwort «Prinzip der Flügelung» – weist stark betrieblich-technische Aspekte bzw. operative Fragen auf, welche schlussendlich vom Bahnunternehmen zu verantworten sind und daher weder auf Stufe Kantonsrat noch auf Stufe Regierungsrat festgelegt werden sollten. Gleichzeitig gilt es festzuhalten, dass dieses sogenannte Flügelkonzept – wie der Stellungnahme der Regierung entnommen werden kann – auch bereits von der SBB eingehend geprüft und aus diversen Gründen verworfen wurde. Wir sind klar der Meinung, dass wenn Experten dieses Konzept aus operativen Gründen bereits abgelehnt haben, es wenig Sinn macht, diese technische Frage in einer Motion verpackt wieder zur Diskussion zu stellen. Zudem ist die Koordination von allfälligen Infrastrukturmassnahmen

Aufgabe der Betreiber, welche auch sicherstellen müssen, dass der Betrieb während der Bauzeit einwandfrei gewährleistet werden kann.
Das Thema der direkten S-Bahn-Verbindung aus dem Freiamt in Richtung Zug und umgekehrt ist auf Antrag des Kantons Aargau ja auch bereits im Richtplan des Kantons Zug aufgenommen worden. Somit ist auch sichergestellt, dass in der strategischen Angebotsplanung das Anliegen der postulierten Direktverbindung auch einfliessen wird.
Mit dem Beschluss vom 26. November 2009 hat der Kantonsrat zudem die rechtliche Grundlage für eine Vorfinanzierung geschaffen. Da bereits Gespräche zwischen den involvierten Parteien im Gange sind, ist Ziffer 4 des Motionsbegehrens bereits erfüllt und kann abgeschrieben werden.

Zari **Dzaferi** weist darauf hin, dass im Jahr 2000 über 80 % der Pendlerinnen und Pendler aus dem Freiamt nach Cham, Zug und Baar den motorisierten Individualverkehr bevorzugt haben, wie in der Pendlerstatistik der SBB im Jahr 2000 aufgezeigt wurde. Dafür könnte es vielerlei Gründe geben.
Nach Meinung des Votanten liegt der Hauptgrund in der Qualität der Verbindung der öffentlichen Verkehrsmittel. Sei dies in den Verbindungen zwischen den einzelnen Dörfern und Gemeinden im Freiamt oder in den Verbindungen auf Zuger Boden. Was würden Sie bevorzugen, wenn sie die Wahl zwischen einer viertelstündigen Autofahrt oder einem doppelt so langem Weg mit den ÖV – sofern sie den Anschlusszug erwischen – hätten?
Die Rechnung im öffentlichen Verkehr ist recht einfach: Je besser die Verbindungen, desto höher die Nachfrage nach dem öffentlichen Verkehr. Unsere Stadtbahn ist ein gutes Beispiel dafür. Nach einem harzigen Start ist sie heute kaum mehr aus unserem Verkehrskonzept wegzudenken. Auch dort musste zuerst ein gutes Angebot geschaffen werden, bevor die Nachfragen gestiegen ist.
In den letzten zehn Jahren wurde die Verbindung ins Freiamt bereits ein wenig verbessert. Auch der letzte Fahrplanwechsel im vergangenen Dezember hat die Verbindung attraktiver gemacht. Wenn nun auch der Fahrplan der S26 im Jahr 2012 verbessert wird, dürfte die Attraktivität dieser Verbindung weiterhin gesteigert werden. Zari Dzaferi ist froh, dass wir Zuger den Aargauern zuvorgekommen sind und die Verbindung auf Zuger Boden bereits mit dem letzten Fahrplanwechsel verbessert haben. Somit können wir nun auch den Druck auf den Kanton Aargau erhöhen, damit dieser weitere Schritte in die Wege leitet.
Zum Flügelkonzept. Obschon es für die SP sehr spannend getönt hat, konnte der Regierungsrat nachvollziehbar darlegen, dass die Flügelzüge auf dieser Strecke auch gewichtige Nachteile mit sich bringen würden. Vor allem der Fakt, dass die Ankoppelung bzw. Abkoppelung der Züge in Rotkreuz mehrere Minuten in Anspruch nehmen würde, stimmte uns skeptisch.
Den Pendlern spielt es keine grosse Rolle, ob sie vier Minuten im Zug warten oder während dieser Zeit das Gleis wechseln und erst dann weiterfahren. Es sei denn, sie müssen beim Umsteigen in der eisernen Kälte lange auf den verspäteten Anschlusszug warten. Davon könnte der eine oder andere Pendler unter uns gewiss ein Liedchen singen. Die Verbindung Zug-Sins ist für uns insofern wichtig, weil sich immer mehr Zugerinnen und Zuger im angrenzenden Freiamt angesiedelt haben oder ansiedeln werden. Da diese Leute beruflich oft im Kanton Zug tätig sind, wird sich dies auch auf die Pendlerströme auswirken. Es kann nicht unser Ziel sein, dass in Zukunft weiterhin 80 % dieser Personen mit ihrem eigenen Fahrzeug unterwegs sind.

Die SP-Fraktion unterstützt alle Anträge der Motionierenden. Für uns ist es wichtig, dass die Umsetzung des Doppelspurausbaus Freudenberg-Rotkreuz sowie die Erstellung eines zusätzlichen Streckengleises zwischen Zug und Chollermüli vorangetrieben wird. Damit soll eine direkte Verbindung Zug-Sins ermöglicht werden. Investitionen in den öffentlichen Verkehr zahlen sich langfristig für unseren Kanton aus. Es liegt nun an uns, die nächsten Schritte in die Wege zu leiten. Mit einem solchen Engagement gehen wir letztendlich mit gutem Beispiel für andere Kantone voran.

Martin **Stuber** möchte kurz noch auf das Votum von Thomas Rickenbacher eingehen. Aufwand und Ertrag stünden in keinem Verhältnis. Zari Dzaferi hat den Modalsplit erwähnt. Wir müssen daran erinnern, dass diese 83 % eine Zahl aus dem Jahr 2000 ist. Der Votant ist überzeugt, dass dieser Modalsplit inzwischen schon ein wenig besser geworden ist für den öffentlichen Verkehr. Aber was wir uns vor allem vor Augen halten müssen: Zug ist ein extrem dynamischer Kanton. Das wissen wir alle. Zug wächst und im Sog dieser Dynamik wird auch das Freiamt mitgezogen. Mindestens zum Teil ist das rasante Wachstum im Freiamt auf Zug ausgerichtet. Der Aargauer Richtplan sieht ein Wachstum von 40 % vor im Freiamt. Man muss ÖV-Infrastrukturen zum Teil mittel- und langfristig und vorausschauend planen. Und es ist kaum ein Fehler, wenn wir davon ausgehen, dass das Freiamt ein enormes Wachstumspotenzial – auch eben genau für diesen dynamischen Kanton Zug – ausweisen wird. Und es ist sicher zukunftsgerichtet, wenn wir uns rechtzeitig auf eine massive Verbesserung der ÖV-Verbindungen mit dem Freiamt einrichten. «Gouverner c'est prévoir» heisst ja der Spruch und daran sollten wir uns orientieren.
Deshalb unser Anliegen, dass wir eine durchgehende Verbindung vom Freiamt nach Zug, respektive sogar bis nach Baar machen wollen. Wer selber pendelt, weiss umsteigefreie Beziehungen zu schätzen. Es ist ein wichtiger Faktor für die Bereitschaft umzusteigen. Das weiss man aus Untersuchungen. Die Leute steigen eher um vom Auto auf den ÖV, wenn sie auch umsteigefreie Beziehungen haben.
Und die Flügelung ist eben ein ganz eleganter Weg, teures Rollmaterial effizienter zu nutzen. Die SBB kann sich auch mal täuschen. Und in dieser Frage täuscht sie sich. Flügelungen sind absoluter Stand der Technik. Hanni Schriber hat es erwähnt: Vom Kanton Luzern verlangt ist das kürzlich eingeführt worden von Wolhusen Richtung Entlebuch und Huttwil. Verwendet werden dazu von Stadler diese GTW-Kompositionen. Nationalrat Spuhler, dem ja Stadler gehört, würde sich wohl bedanken, wenn jemand die Eignung seiner Flirts für die Flügelung bezweifeln wollte. Die BLS-Flügelzüge von Bern nach Kandersteg und Zweisimmen, nach Murten und Neuenburg, die Berner Oberlandbahn trennen, bei den Berner RBS werden Kompositionen geflügelt, das ist längstens der Stand der Technik. Der TGV wird schon längstens geflügelt von Paris nach Lausanne und Bern. In Fragnes wird der TGV geflügelt. Martin Stuber versteht nicht, wieso man das für die Linie ins Freiamt nicht machen kann. Von keinem dieser Einsätze sind Meldungen bekannt, wonach Reisende nicht damit zurechtkommen, wie es in der Vorlage geschrieben ist. Aargauer, Luzerner und Zuger Passagiere sind nicht ungeschickter als andere. Das Ziel der Züge wird aussen und innen angeschrieben und im Zug ausgerufen. Wenn nötig ist dann im Trennungsbahnhof der nächste Wagen in wenigen Metern erreicht. Die Flirts sind sogar konstruktiv darauf ausgerichtet, dass man sie flügelt. Den Flirt flügelt der Lokomotivführer von seinem Führerstand aus, inklusive Bremsprobe. Die sind dafür gebaut und das soll man doch auch ausnutzen!

Wie ein Konzept für diese durchgehende Verbindung aussehen könnte, haben wir erarbeitet. Der Votant wird das jetzt nicht vorlesen, wir werden das direkt bei der Volkswirtschaftsdirektion einbringen. Aber es gibt wirklich ein absolut machbares Konzept, wie man das mit relativ wenig Aufwand und grossem Ertrag tatsächlich durchführen könnte, eine durchgehende Verbindung vom Freiamt nach Baar.
Ein kurzes Wort noch zur Fahrplanstabilität. Dass diese im Freiamt ungenügend sein soll, ist wirklich absolut wenig wahrscheinlich. Es verkehren keine Schnellzüge auf der Südbahnlinie. Es ist eine durchgehende Doppelspur. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der Flirts und der Güterzüge – das ist für Kapazität und für die Fahrplanstabilität relativ wichtig – ist ungefähr gleich hoch. Das heisst, sie behindern sich gegenseitig nicht. Und wie Sie vielleicht gelesen haben, ist der Engpass in Lenzburg durch ein drittes Gleis entschärft worden. Dort können die Züge von Zürich her jetzt ohne Behinderung einfahren. Der relativ lange Laufweg Aarau-Rotkreuz ist ein Vorteil. Dann er erleichtert das Einfahren von Verspätungen.
Noch ein Wort zu den Perrons. Zari Dzaferi hat es gesagt: Die Stadtbahn ist ein unglaublicher Erfolg. Wir haben heute schon Zeiten, wo die S1 gerammelt voll ist. Wir haben heute schon die Situation, dass zu gewissen Spitzenzeiten die Flirts nicht nur in Doppeltraktion fahren könnten, sondern sogar in Tripeltraktion. Das kann der Flirt nämlich auch, es ist wirklich ein geniales Fahrzeug. Deshalb hat er auch so viel Erfolg auf dem Markt. Das Problem ist aber: Sie können heute keine Tripeltraktion fahren, weil die Perrons zu kurz sind. Sie sind nur 150 m lang, der Doppeltraktionsflirt ist 146 m lang. Das heisst, wir sind quasi Opfer des Erfolgs und werden so oder so Perrons für die Stadtbahn ausbauen müssen. Das ist die eine Möglichkeit, wie wir da die Kapazitäten erhöhen können. Die zweite sind Doppelstockflirts, die im Moment im Bau sind. Stadler hat angefangen damit. Das soll auch wieder ein sehr geniales Fahrzeug werden. Noch genialer ist, dass man den heutigen Flirt mit dem zukünftigen Doppelstockflirt auch paaren kann. Man könnte dann z.B. zwischen Zug und Rotkreuz einen Doppelstock und einen Flirt fahren, dort flügeln und der Doppelstock fährt nach Luzern weiter und Flirt fährt ins Freiamt. Sie sehen, wir denken wirklich voraus und es sind einige Möglichkeiten denkbar, wenn man sich intensiv damit beschäftigt und Mühe gibt.
Martin Stuber hätte eigentlich am liebsten vorgeschlagen, dass wir diese Vorlage aussetzen und an die Kommission für öffentlichen Verkehr übergeben. Denn es sind zum Teil wirklich Detaildiskussionen, die wir nicht hier im Rat führen können. Der Volkswirtschaftsdirektor hat ihn aber überzeugt, dass das aus formalen Gründen wenig praktikabel ist. Der Votant verzichtet deshalb auf diesen Antrag. Aber er möchte dem Rat wirklich beliebt machen, unsere Motion in den beiden Punkten in ein Postulat umzuwandeln und nicht abzuschreiben. Damit geben Sie der Regierung einfach den Auftrag, an diesem Thema wirklich dranzubleiben und das Optimum zu suchen. Das Thema verdient es. Danke für Ihre Unterstützung.

Manuel **Aeschbacher** legt zuerst seine frühere Interessenbindung offen. Er war einmal örtlicher Leiter des Rangierbahnhofs Rotkreuz und kennt die Situation dort aus eigener Erfahrung. – Wir jammern jetzt wirklich auf einem hohen Niveau! Das Umsteigen hat ja bekanntlich noch nie jemandem geschadet, das darf der Votant auch als Sportchef des Kantonsrats sagen. Es tut jedem gut, sich zwischendurch auch ein wenig zu bewegen, und wenn es nur ein paar Meter sind am Morgen früh zwischen zwei Zügen. Manuel Aeschbacher hat früher auch andere Zeiten erlebt. Es ist noch nicht so lange her, da verkehrte am Sonntag in Hagendorn kein Bus, respektive die Linie 7 ist zweimal am Tag von Sins über Hagendorn gekurvt und

man musste wirklich den richtigen Zeitpunkt erwischen, um mit dem ÖV nach Cham oder Zug zu kommen. Diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei.
Zur Flügelung der Züge in Rotkreuz. Es ist einfach etwas ganz anderes, wenn ein Flügelzugkonzept auf einem von zwei Transitgleisen des internationalen Nord-Süd-Güterverkehrs vollzogen werden muss. Oder wenn man das auf einer Wald-und-Wiesen-Linie im Entlebuch oder Emmental machen kann, wo im Tag zwei Güterzüge verkehren. Das sind betriebliche Aspekte und um die können wir uns hier nicht wirklich kümmern. Das müssen wir den Experten überlassen. Da gibt es auch andere Instrumente für den Kantonsrat, sei es ein Richtplan oder eine Angebotsdiskussion, bei der wir mitmachen können. Aber es gibt wirklich betriebliche Fragestellungen, die nicht so einfach zu diskutieren sind. Und die sollten wir am richtigen Ort diskutieren lassen.

Martin **Stuber** meint, das Gleis sei belegt, ob man flügelt oder nicht. Das ist wirklich kein Argument. Ob der Zug jetzt nur einfach oder geflügelt auf diesem Gleis steht, das Gleis ist belegt. Das ändert nichts. – Und hat jemand das Gefühl gehabt, Martin Stuber habe gejammert? Wir jammern nicht, wir schauen in die Zukunft.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** macht zwei Vorbemerkungen. – Es wurde vorhin – vor allem von den Motionären – über sehr viel gesprochen, auch über die Zukunft, aber nicht unbedingt über das Motionsbegehren. Das Hauptbegehren heisst, dass wir ab Dezember 2010 Direktverbindungen anbieten ins Freiamt, also Sofortmassnahmen. Der Votant ist für alle Planungen und Hinweise dankbar. Aber beim Hauptanliegen geht es um jetzt. Und es wäre ja schön, diese Geleise optimal zu nützen, wenn es ginge.
Das Verfahren ist nicht nur rein formal, wenn wir mit solchen Begehren, wenn sie keinen Zusammenhang mit Gesetzesänderungen gehen, nicht in die Kommissionen gehen. Vor allem auch, wenn sie Postulatscharakter haben. Wir würden dann in Kommissionen Themen behandeln, bei denen der Regierungsrat zuständig ist. Und gerade bei diesen zum Teil sehr technischen Fragen, mit welchem Konzept man jetzt am besten wie fährt, ist das wirklich eine Sache der Techniker. Es ist schwierig, solche Themen in einer politischen Debatte richtig abzuhandeln.
Zu den alten Zahlen. Wenn man die Vorlage genau liest, sieht man, dass wir einzig betreffend Modalsplit keine anderen Angaben haben als die Volkszählung 2000. Der Volkswirtschaftsdirektor hat keine Angaben, ob dieser Modalsplit heute viel besser ist. Aber wesentlich sind die effektiven Zahlen zwischen oberem Freiamt und Rotkreuz und Zug und Luzern. Die haben wir angegeben. Das sind topaktuelle Zahlen vom Mai 2010.
Selbst wenn man davon ausgeht, dass sich dieses Gebiet noch mehr entwickeln wird, ist darauf hinzuweisen, dass im Unterschied zum Rontal im oberen Freiamt die Siedlungen eben oft nicht geleise- oder bahnhofnah liegen. Sie werden auch bei Direktverbindungen oft schneller sein vom einen oder anderen Ort mit Individualverkehr. Das Umsteigen geht inzwischen sehr schnell, gerade jetzt auch mit dem neuen Fahrplan. Mehr Zeitgewinn gibt die Direktverbindung und auch die Flügelung nicht. Im Gegenteil: Mit der Flügelung verliert man noch Zeit.
Und plötzlich wurde heute nicht mehr von Direktverbindungen gesprochen, sondern vom Takt. Dass nicht jede Gemeinde im Aargau an einen Halbstundentakt gebunden ist, ist schade. Aber vielleicht sollte das eher der Kanton Aargau lösen.
Wir haben wirklich Ausführungen der SBB. Denn die gleiche Frage über Direktverbindungen hatte vor eineinhalb Jahren auch der Kanton Aargau. Wir haben drei

Seiten Ausführungen der SBB, weshalb das technisch bei dieser Infrastruktur nicht geht. Nicht wegen den Flirts, sondern aus betriebstechnischen Gründen. Matthias Michel masst sich nicht an, mit unseren Leuten gegen die Erkenntnisse der SBB anzugehen, die dann das System auch betreiben müssten. Wenn die SBB mehr fahren können, machen sie das sofort. Die SBB steht nicht im Verdacht, zu Lösungen nicht Hand zu bieten, wo sie ihre Leistungen verkaufen könnten.
Die Aussage der Motionärin hat den Volkswirtschaftsdirektor gestört, nur mit der Erheblicherklärung könne man dem Anliegen der Doppelspur Rotkreuz-Freudenberg zum Durchbruch verhelfen. Das stimmt nicht. Ganz im Gegenteil: Die durchgehende Doppelspur ist schon Gesetz des Bundes enthalten, es geht nur noch um die Umsetzung. Und hier haben wir in diesem Rat schon Vorfinanzierungsmöglichkeiten beraten. Wir haben also die Mittel, um dieses Projekt zu verwirklichen, da braucht es diese Motionen nicht.
Es liegt nicht am fehlenden Engagement unserer Leute, dass man hier keine anderen Lösungen hat. Wir haben das ernsthaft angeschaut, die SBB hat die gleiche Meinung, und wir setzen dort Ressourcen ein, wo es wirklich etwas bringt. Und beim langfristigen Ziel sind wir uns einig. Aber heute bringt das nichts und deshalb bitte Matthias Michel den Rat, den Anträgen der Regierung zu folgen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass über jede Ziffer einzeln abgestimmt wird.

➔ Der Rat beschliesst mit 57:15 Stimmen, bezüglich Ziffer 1 (Bildung von Flügelzügen) die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 55:15 Stimmen, bezüglich Ziffer 2 (Weichenumbau) die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 54:15 Stimmen, bezüglich Ziffer 3 (Koordination des Weichenumbaus mit dem Doppelspurausbau) die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Antrag der Regierung zu Ziffer 4 (Vorfinanzierung des Doppelspurausbaus) wird nicht bestritten; die Motion wird in diesem Punkt also erheblich erklärt und abgeschrieben.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrates

3. Sitzung: Donnerstag, 27. Januar 2011
(Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.05 – 14.50 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

44 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Abwesend sind: Manuel Aeschbacher, Cham; Andreas Hürlimann und Beda Schlumpf, beide Steinhausen; Flavio Roos, Risch; Franz Hürlimann, Walchwil.

45 Postulat von Rudolf Balsiger und Moritz Schmid betreffend Kantonsforstamt in die Baudirektion

Traktandum 3 – Rudolf **Balsiger**, Zug, und Moritz **Schmid**, Walchwil, haben am 14. Dezember 2010 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2001.1 – 13641 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

46 Aufsichtsbeschwerde von A.P., Zug, betreffend Probleme an einem geschützten Arbeitsplatz und mit der Zuger Justiz

Traktandum 3 – A.P., Zug, hat am 10. Januar 2011 eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht betreffend Probleme an einem geschützten Arbeitsplatz und mit der Zuger Justiz.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Aufsichtsbeschwerde direkt an die Justizprüfungskommission zu Bericht und Antrag überwiesen wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

47 Interpellation der SP-Fraktion betreffend Zug als Paradies für steuerflüchtige Oligarchen?

Traktandum 16 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1939.2 – 13528).

Barbara **Gysel** hält fest, dass die SP-Fraktion zum einen froh ist über die Antwort des Regierungsrats, zum anderen jedoch überrascht. Zufrieden sind wir deshalb, weil die Regierung einmal mehr betont, dass der Kanton keinen überbordenden Aktivismus praktiziert bei der Besteuerung nach Aufwand. Die Regierung hält auf S. 4 fest: «Dass die Kantonsverwaltung weiterhin eine bewusst zurückhaltende Praxis verfolgen soll, dass keine aktiven Anstrengungen zur Ansiedlung von Aufwandbesteuerten zu unternehmen und Ermessensspielräume tendenziell eher restriktiv zu nutzen sind.» Darüber sind wir froh. Die Steuerpolitik bleibt ja wichtiges sozialpolitisches Feld, gerade auch im Bereich der Pauschalbesteuerung. Wir behalten die Entwicklung also im Auge.
Kommen wir damit zum zweiten Teil: Gelinde gesagt überrascht sind wir doch bei der Antwort auf die Frage 1a in der Interpellation. Der Grundsatz des kantonalen Steuergesetzes besagt, dass die nach dem Aufwand besteuerten Personen «hier keine Erwerbstätigkeit ausüben» (Steuergesetz §14, Abs. 1). Bei dieser nicht ganz trivialen Frage stützt sich die Regierung nun auffällig auf die Antworten des Zürcher Nachbarn. Es werden die Debatten aus dem Zürcher Kantonsrat angeführt. Wir meinen: Wenn die Zuger Regierung schon so sehr nach Zürich schielt, dann richtig. Machen wir es dem Kanton Zürich nach und schaffen wir die Pauschalbesteuerung für privilegierte Ausländerinnen und Ausländer ab!

Silvia **Thalmann** weist darauf hin, dass wir alle zwei Jahre im Rat zur Pauschalbesteuerung die Klingen kreuzen dürfen. Gerne ergreift sie die Gelegenheit, dem Rat die Haltung der CVP darzulegen. Obwohl – dies nimmt sie vorneweg – sich diese in keiner Art und Weise geändert hat - vielmehr sind wir nach wie vor der Meinung, dass die Besteuerung nach Aufwand für einen eng begrenzten Personenkreis sinnvoll ist und dass der Kanton Zug dieses Instrument sehr zurückhaltend und korrekt einsetzt.
Pauschalbesteuerte sind auf der Weltbühne zu Hause. Sie sind (oder waren) international sehr erfolgreich tätig, haben oft Grundeigentum im Ausland und sind flexibel bei der Wahl ihres Wohnsitzes. Hier eine Steuerausscheidung vorzunehmen, ist mit grossem Aufwand verbunden. Für die Festlegung des Einkommens sieht der Bund deshalb eine einfache, pragmatische Lösung vor. Zur Berechnung des massgebenden Einkommens wird auf den Lebensaufwand abgestellt, welcher die besteuerte Person mit ihrer Familie ausweist.
Der Kanton Zug lässt diese Erhebungsart in seinem Steuergesetz ebenfalls zu. Nicht so der Kanton Zürich, was zum Kantonswechsel von Viktor Vekselberg geführt hat. Die Eintrittschwelle für die Pauschalbesteuerung ist im Kanton Zug bewusst hoch gehalten, damit der Kreis der Pauschalbesteuerten klein bleibt, was der Regierungsrat in seiner Interpellationsantwort nochmals bekräftigt. Die Besteuerung nach Aufwand ist also kein Steuerprivileg für die Reichen, sondern eine vereinfachte Art zur Ermittlung des steuerbaren Einkommens und Vermögens für einen kleinen, klar definierten Personenkreis.
Für diesen Personenkreis ist der Kanton Zug aus verschiedenen Gründen sehr attraktiv. Die tiefen Steuern sind dabei nur ein Aspekt. Ins Gewicht fallen ebenso die Nähe zu Zürich oder die gute Verkehrsanbindung. Wie anders präsentiert sich die

Situation im Kanton Waadt. Zwar kann die Waadt mit sehr attraktiven Wohnlagen aufwarten, doch die Steuerbelastung ist enorm und wirkt abschreckend. Die Veranlagung nach Aufwand wurde und wird hier ganz klar als Argument für eine Ansiedlung eingesetzt. Dies ist aus Sicht des prosperierenden und geographisch gut gelegenen Kanton Zug zu begrüssen. Es sind also – nicht wie die SP mit ihrer Interpellation suggeriert – die Kantone mit günstigen Steuertarifen, die primär vom Instrument der Pauschalbesteuerung profitieren, sondern jene mit einer hohen Steuerbelastung.
Mit der vierten Frage der Interpellation versuchen die Interpellanten einmal mehr, einen Zusammenhang zwischen den Besteuerten nach Aufwand und der Immobilienknappheit im Kanton Zug herzustellen. Dem Bericht des Regierungsrates können wir entnehmen, dass 2009 insgesamt 103 Haushalte nach Aufwand besteuert wurden. Und wie viele natürliche Personen weist die Zuger Steuerstatistik insgesamt aus? Es sind 68'799 natürliche Personen. Es leuchtet allen ein, dass die geringe Zahl an Pauschalbesteuerten nicht für den Wohnungsnotstand verantwortlich gemacht werden kann.
Fazit: Die CVP ist der Meinung, dass das Instrument der Pauschalbesteuerung seine Berechtigung hat. Sie begrüsst die zurückhaltende Praxis der Zuger Finanzverwaltung und erwartet, dass an dieser nichts geändert wird.

Philippe **Camenisch**: Immer wieder. Mit hoher Kadenz bringt die Ratslinke das Thema Steuern auf den Tisch. Stets geht es darum, die Zuger Steuerpolitik undifferenziert schlecht zu machen, um geflissentlich die eigenen Rezepte nachzuschieben. Diesmal gab der angekündigte Zuzug von Viktor Vekselberg den Aufhänger, um sich in Szene setzen zu können. Zunächst aber dankt der Votant der Regierung sehr für die umsichtige Beantwortung der Interpellation. Inhaltlich ist eigentlich alles gesagt. Die Regierung tut jedoch jm Sinne der Effizienz gut daran, die Antworten als Textbausteine zu speichern. Denn es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die SP oder die AGF wieder ihre Textbausteine in ein Word-Dokument kopiert und als Interpellation oder Motion in gleicher Sache erneut im Rat deponiert. Weitere Leerläufe sind somit sprichwörtlich programmiert, aber selbstverständlich nicht verboten.
Weshalb kommt Philippe Camenisch zu diesem Schluss? Selbst die in Wirtschaftsfragen auf dem rechten Auge manchmal schwachsichtige SP (Die Linke beschäftigt sich bekanntlich am liebsten mit der Mittelverwendung, sprich Geld ausgeben, und bei der Mittelherkunft nur damit, wie am effizientesten die Wohlhabenden gerupft werden können) weiss, dass ein Steuergeheimnis existiert. Es sind somit keine personifizierten Antworten möglich. Da liegt der Verdacht nicht fern, dass die Frage 1, aber auch die Frage 2, Marketingcharakter haben, um die üblichen Verunglimpfungen wie «Steuerdumping» und «Ansiedlung von Steuerflüchtlingen» auszustossen. Das Muster hat längst jeder erkannt. Das Vorgehen dient als Aufhänger, um auf des Pudels Kern zu kommen, nämlich die Wohnungssituation im Kanton Zug. Wenn das nicht populistisch ist, was dann?
Gene belegt der Votant seine Aussagen. Die SP hat sinngemäss die gleiche Interpellation im GGR der Stadt Zug deponiert und bereits diskutiert. Philippe Camenisch hat hier die Voten aus den verschiedenen Reihen durchgelesen. So wird Rupan Sivaganesan im Protokoll Nr. 45 auf Seite 2'512 wie folgt zitiert: «Statt nur aktiv um solche Superreiche zu werben, sollte die Stadt vielmehr eine zahlbare Wohnungspolitik betreiben.»Es fragt sich, wie Rupan Sivaganesan dazu kommt, diese Behauptung vorzutragen, wenn er doch zum Zeitpunkt der Interpellationsdebatte im GGR vom 26. Oktober 2010 die uns vorliegende Antwort des Regierungs-

rates schon kannte oder kennen musste. Der Regierungsrat beteuert nämlich, keine Ansiedlung von solchen Personengruppen wie Viktor Vekselberg zu betreiben. Urteilen Sie selbst. Weiter stellt sich die Frage, ob sich die Gruppierung um Rupan Sivaganesan schon überlegt hat, wer für den Wohnungsbau bezahlen soll, vor allem dann, wenn wir keine Reichen wollen. Was bzw. wen meint er mit «zahlbarer Wohnungspolitik»?
Es geht hier lediglich darum, den Widerspruch an einem konkreten Beispiel aufzuzeigen und nicht, die besonderen Herausforderungen eines erfolgreichen Wirtschaftskantons im Wohnungsmarkt zu negieren. Das richtige Leben ist halt etwas komplizierter, als wenn man nur plakative Forderungen stellt, um damit vorzumachen, dass die Welt besser würde, wenn man nur die Misere namens Steuerwettbewerb beseitigen würde und endlich staatlichen Wohnungsbau im Sinne eines sozialistischen Modells umsetzen würde. Ja, meine Kolleginnen und Kollegen aus der Ratslinken. Mit verbalen Prügeln auf sehr vermögende Personen befinden Sie sich bezüglich einer Lösungsfindung für anstehende Probleme auf dem Holzweg. Unser Baudirektor baut sehr gute Strassen. Benützen Sie lieber diese. Und vor allem, sägen Sie nicht am Ast, auf dem wir alle sitzen. Er trägt nämlich Früchte. Oder wer bezahlt alle unsere Annehmlichkeiten und den hohen Standard in unserem Kanton? Grob gesagt bezahlen 10 % der reichsten Bevölkerung 90 % der Steuern. Und nicht nur dies. Viele dieser Steuerzahler bieten mit ihren Firmen in Zug, aber auch anderorts, zahlreiche Arbeitsplätze. Das muss nicht weiter ausgeführt werden.
Was passiert, wenn man die Pauschalbesteuerung abschafft, zeigt die Analyse aus dem Kanton Zürich. 50 % der Pauschalbesteuerten sind inzwischen weggezogen. Sie sehen, eine undifferenzierte Politik, die sich gegen einen Standort einsetzt, lässt alle verlieren. Das ist nicht nur jenen gegenüber respektlos, die wir «vertreiben», sondern auch jenen gegenüber, die zurückbleiben und die Zeche des Steuerausfalls bezahlen müssen. Denn die Linke würde sich dagegen verwahren, dass jene Ausgaben im gleichen Umfang gekürzt werden, von denen jene profitieren, die aus finanziellen Gründen keine Steuern bezahlen müssen. Denn nur so wäre der Steuerausfall neutral zu verdauen. Aber eben auch nur auf dem Papier!

Thomas **Aeschi** weist darauf hin, dass die Interpellation der SP durchsetzt ist mit Ideologie. Es reiht sich ein ideologischer Kampfbegriff an den nächsten: Steuerflüchtlinge, Steuerparadies, ultrareiche Personen, horrende Zuger Immobilienpreise, Steuerdumpingpolitik etc. Zu dieser Aufzählung sind wohl auch die an und für sich unverdächtigen Begriffe «Grossinvestor» und «Grossaktionär» zu zählen. Zumindest wenn man sich vergegenwärtigt, dass die SP vor kurzem bei ihrer Programmdiskussion bekräftigte, tatsächlich den Kapitalismus überwinden zu wollen.
Vermutlich soll mit dieser Interpellation eine Vorkampagne zur Aufwandbesteuerung eingeläutet werden. Es ist zu vermuten, dass die von der SP im Mai 2009 lancierte Initiative zur Abschaffung der Aufwandbesteuerung im Kanton Zug unmittelbar vor der Einreichung steht.
Inhaltlich unterstützt die SVP-Fraktion die Haltung der Regierung vorbehaltlos. Wir begrüssen die zurückhaltende und kürzlich verschärfte Praxis der Zuger Behörden ausdrücklich. Wir sind aber klar gegen die Aufgabe der Möglichkeit zur Aufwandbesteuerung, weil dies den Standort Zug schwächen würde.

Martin **Stuber** erinnert daran, dass dieser Vorstoss viele Male verschoben wurde und es jetzt in die neue Legislaturperiode geschafft hat. Er wird deshalb das Votum

von Berty Zeiter vorlesen, die jetzt im Gemeinderat in Baar sitzt. Zuerst aber noch zwei, drei Bemerkungen zu den Vorrednern. – Zur CVP und Silvia Thalmann. Profitieren tun von diesem Regime vor allem die Pauschalbesteuerten. Niemand anders. Die sparen ganz massiv Steuergelder auf Kosten der Allgemeinheit.
Zur FDP. Wir könnten jetzt hier eine Kapitalismusdebatte anfangen, Philippe Camenisch. Wir leben in einem System mit der grössten Wirtschaftskrise seit den 30er-Jahren. Wir hier in Zug merken nicht viel davon. Das ist die grosse Ausnahme. Aber rund herum bröckelt es. Wir können schon eine Debatte führen. Der Votant ist kein Fan von China, aber dort haben sie eine gelenkte Wirtschaft mit einem Wachstum von etwa 10 %. Die Krise hat sich dort so ausgewirkt, dass das Wachstum für ein paar Monate zurückgegangen ist. Was Martin Stuber einfach auffällt: Immer wieder kommen die Bürgerlichen mit Steuersenkungen in diesen Rat. Das ist auch ein Immerwieder. Und bei Viktor Vekselberg wäre die Mittelherkunft sehr wohl eine interessante Frage. Der Votant kann Philippe Camenisch auch sagen, wer die Wohnungen hier bezahlt. Die Mieter und die Mieterinnen in erster Linie.
Nun also das Votum von Berty Zeiter. – Die Antwort der Regierung auf die SP-Interpellation überzeugt die AGF nicht. Vor Jahren noch gab die Regierung wenigstens gewisse Schwachstellen der Pauschalbesteuerung zu, als sie sagte: «In der Pauschalbesteuerung kann eine sachliche, nicht gerechtfertigte Privilegierung reicher Steuerpflichtiger gesehen werden.» In der Schweiz gelten zwei wichtige Prinzipien in Bezug auf die Erhebung von Steuern. Steuern dürfen nicht degressiv sein, das wäre verfassungswidrig. Und sie sind gemäss der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erheben. Auch das steht in der Verfassung. Die Besteuerung nach Aufwand widerspricht beiden Prinzipien, da damit Superreiche Steuern zahlen, die im Verhältnis zu ihrem Besitz und Einkommen lächerlich niedrig sind.
Bislang galt in der Schweiz ein weiteres Prinzip. In- und ausländische Personen sind vor dem Gesetzgeber gleich. Mit der Ausschaffungsinitiative ist dieses Prinzip nun allerdings durchbrochen worden. Genau gleich wie mit der Einrichtung der Pauschalbesteuerung. Hier einfach in die andere Richtung. Die Ausschaffungsinitiative setzt einfache und mittellose Ausländerinnen und Ausländer strengeren Massstäben aus, als bei Schweizerinnen und Schweizern angewendet werden. Die Pauschalbesteuerung privilegiert hingegen ausländische reiche Personen im Vergleich mit schweizerischen. Hier wird mit ungleichen Ellen gemessen. Das ist ein Schlag ins Gesicht von jeglichem Gerechtigkeitsempfinden. Im Moment scheint eine Mehrheit in der Schweiz es leider nicht mehr als ungerecht zu empfinden, wenn Superreiche im Verhältnis weniger zahlen als sie, wenn privilegierte Personen nicht mehr dort ihr Domizil einrichten, wo sie sich zuhause fühlen, sondern wo sie am meisten Steuern sparen können – auf dem Buckel der Allgemeinheit notabene. Hauptsache ist bloss, dass diese Superreichen ihre Almosen bei uns spenden und nicht in einem anderen Kanton oder in einem anderen Land. In Deutschland zum Beispiel oder sogar in südlichen oder östlichen Ländern, woher diese Flüchtlinge auch oft stammen. Das ist nicht zukunftsfähig.

Stefan **Gisler** kann Philippe Camenisch beruhigen, er bringt keinen Textbaustein, sondern eine Frage. Viktor Vekselberg sollte ja in der Erbmatt zu wohnen kommen, das hat dann nicht stattgefunden, wie Insider aus der Stadt Zug wissen. Kann der Sicherheitsdirektor als oberster Chef des Amts für Ausländerfragen hier bestätigen, dass Viktor Vekselberg seinen Lebensmittelpunkt, seinen realen Wohnsitz in Zug hat? Oder mit anderen Worten: Wurde dies so gewissenhaft überprüft, wie dies die Regierung erst kürzlich in ihrer Antwort zum Thema Scheinwohnsitze dargelegt

hat? Und wenn er dies hier nicht bestätigen kann: Ist er bereit, dies überprüfen zu lassen?

Manuel **Brandenberg** erachtet die Frage von Stefan Gisler als eine Anstiftung zu Amtsgeheimnisverletzung. Es ist sehr schlechter Stil, eine einzelne Person Gegenstand einer Parlamentsdebatte zu machen, ob es jetzt Fritz Meier ist, Heiri Müller oder Viktor Vekselberg. Das ist nicht in Ordnung. Es ist eines Rechtsstaates unwürdig.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** erinnert daran, dass Philippe Camenisch sagte, inhaltlich sei alles gesagt. Der Votant kann eigentlich nur daran anknüpfen und sagen: Inhaltlich haben wir alles geschrieben und aus Ihren Voten ist doch zu entnehmen, dass Sie grösstmehrheitlich unsere Steuerpolitik gerade auch bei der Aufwandbesteuerung unterstützen. Es wurde vorhin gesagt, dass wir früher Schwachstellen zugegeben hätten im Bereich der Aufwandbesteuerung. Es kann sein, dass wir dort Veränderungen und Verbesserungen vorgenommen haben. Das ist so. Denn früher war das Minimum, welches wir voraussetzten für eine Aufwandbesteuerung, viel tiefer angesetzt. Die war früher bei etwa 200'000 Franken Einkommen und 4 Millionen Vermögen. Und wir haben dieses Minimum schrittweise erhöht. Der Kanton Zug ist heute einer der Kantone, welche die Mindestvoraussetzung fast am höchsten angesetzt haben. Daher ist der Finanzdirektor überzeugt, dass wir in diesem Bereich kein Steuerdumping betreiben und unsere Ressourcen nicht verschenken, sondern dass eben eine Gegenleistung erwartet wird. Und die Aufwandbesteuerung widerspricht nicht allen Grundsätzen bei den Steuern, sondern sie ist ein Hilfsmittel für die Bemessung des Einkommens und Vermögens. Und wenn dieses mal festgesetzt und definiert ist, dann ist die Besteuerung der Einkommen und Vermögen dieser Person genau gleich wie bei allen, die hier im Rat sitzen. Da gelten die gleichen Grundsätze und Richtlinien.
Zur Frage der Aufenthaltsprüfung. Individuell darf man eine solche Antwort nicht geben. Es geht um eine klar identifizierbare Person, und da darf Peter Hegglin weder im Bereich der Steuern noch des Aufenthalts detaillierte Angaben machen. Er kann dem Rat nur versichern – auch im Namen des Sicherheitsdirektors – dass auch bei dieser Person die Voraussetzungen geprüft werden wie bei allen andern Personen.

➔ Kenntnisnahme

48 Interpellation von Felix Häcki betreffend stark zunehmende Gesetzesübertretungen von Velofahrerinnen und Velofahrern, insbesondere das Befahren von Fussgängerstreifen und Wegen, wo allgemeines Fahrverbot herrscht

Traktandum 17 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1965.2 – 13632).

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass die Zahlen des Sicherheitsdirektors eindeutig sind: Velofahrende sind zunehmend unfallgefährdet. Und sie sind immer weniger Unfallverursachende. Die Alternativen fordern darum die Regierung auf, weiterhin viel oder noch eher mehr für die Sicherheit der Schwächsten im Verkehr zu tun.

Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und besonders die Kinder auf ihren Schulwegen sind zu unterstützen. Mit Radwegen, mit autofreien und autoarmen Zonen in Dörfern und Städten, mit sicheren Verkehrsführungen.
Die vom geschätzten alt Kantonsratskollegen Häcki als besonders gefährlich eingestuften Orte sind laut Regierung unfallfrei oder fast unfallfrei. Und bei den fast unfallfreien Orten sinkt die Zahl der Unfälle gar. Eine Verluderung der Velositten, wie sich der Interpellant ausgedrückt hatte, scheint eher eine Diskrepanz zwischen Sein und Schein zu sein.
Verstehen sie den Votanten richtig. Die Verkehrsregeln gelten für alle – auch für Velofahrende, und sie sind zu respektieren. Wobei gerade das vom Interpellanten als gravierendster Gesetzesverstoss bezeichnete Befahren der Zebrastreifen erlaubt ist, wie die Regierung aufzeigt. Der Interpellant fordert mehr Kontrollen und da stimmt Stefan Gisler ihm zu, allerdings sollte die Polizei sich aus auf das wirklich gefährlichen Verkehrsverhalten konzentrieren: Autofahren mit Handy am Ohr, übersetzte Geschwindigkeit, Missachtung von Einbahnen oder natürlich Fahren unter Alkohol- und Drogeneinfluss.
Wichtig scheint abschliessend vor allem eines: Der gegenseitige Respekt aller Verkehrsteilnehmender. Ein langsamer Velofahrer am Siehbach gefährdet ebenso wenig andere, wie der langsam fahrende und verirrte Auto-Tourist, der Stefan Gisler letzthin am Lorze-Veloweg entgegen kam und verzweifelt die Autobahneinfahrt Zug Nord suchte.

Markus **Jans** fährt Auto und Fahrrad im Sommer und im Winter. Er kennt also die Verrohung der Sitten auf beiden Seiten. Die Interpellation von Felix Häcki nimmt sich einseitig dem Thema der Velofahrenden an und blendet dabei die übrigen Verkehrsteilnehmenden, insbesondere den motorisierten Individualverkehr, völlig aus. Der Votant dankt der Regierung, dass sie der Finte des Interpellanten nicht aufgesessen ist und das Thema in einem etwas breiteren Kontext beleuchtete.
Auch Markus Jans ist nicht mit allem einverstanden, was Velofahrende an Verfehlungen so alles bieten. Gerade jetzt ärgert er sich jeden Abend über Velofahrende, Jogger und zu Fuss Gehende ohne Licht. Die Velofahrenden werden von den Automobilisten fast nicht erkannt, und die Jogger riskieren von einem Velofahrer angefahren zu werden. Dabei sind Wege wie der Chamer Fussweg besondere Gefahrenzonen. Der Interpellant verkennt vollkommen, dass vom motorisierten Verkehrsteilnehmenden eine viel grössere Gefahr aus geht als vom Langsamverkehr. Die fortschreitende Aufrüstung mit übermotorisierten Fahrzeugen im Kanton Zug hat der Langsamverkehr rein gar nichts entgegen zu setzen. Wer da von Verrohung der Sitten spricht, hat wohl die Unfallstatistik kaum genauer studiert. Velofahrende gefährden andere Verkehrsteilnehmende deutlich weniger, als vom Interpellanten suggeriert wird.
Der Regierungsrat weist in seiner Beantwortung auch auf problematische Zonen hin, die baulich nicht optimal gelöst sind. Insbesondere die Unterbrechung der gelb markierten Radstreifen am rechten Strassenrand ist für Velofahrende ein Ärgernis. Das ist immer wieder bei Verkehrsinseln oder Strassenverengungen der Fall. Auch zu unschönen Nutzungskonflikten führt die gleichzeitige Nutzung der Verkehrsflächen von zu Fuss Gehenden und Radfahrenden. Als Beispiel seien nur der Chamer Fussweg oder die Strecke ab Schutzengel bis hier vor das Regierungsratgebäude genannt. Zudem wird der Langsamverkehr immer wieder zu Umwegen und Wartezeiten gezwungen, die einem Automobilisten nie zugemutet werden. Der Alpenblick in Cham oder die Überquerung der Nordzufahrt ab der Schochenmühlestrasse lassen da besonders grüssen.

Martin Jans ist wohl nicht der einzige Velofahrende, der sich wünscht, dass sich die Situation bei allen Verkehrsteilnehmenden verbessert. Nebst dringenden baulichen Verbesserungen braucht es bei zunehmender Verkehrsdichte aber auch eine rücksichtsvolle Fahrweise von allen Teilnehmenden sowie ab und zu eine klare Bevorzugung des Langsamverkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr.

➔ Kenntnisnahme

49 Interpellation von Hanni Schriber-Neiger betreffend bessere Anbindung des Raums Schwyz/Uri an Rotkreuz/Rontal (Ebikon)

Traktandum 18 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1972.2 – 13607).

Hanni **Schriber-Neiger** erinnert daran, dass es bis vor einigen Jahren möglich war, mit dem Zug von Rotkreuz direkt nach Arth-Goldau und weiter Richtung Schwyz zu reisen, ohne einen Umweg über Zug zu machen. Heute beträgt die Reisezeit mit diesem mühsamen Umweg eben über Zug 35 bis 40 Minuten, also fast dreimal so lang wie früher. Dies ist für Zugpendler und auch für Reisende in der Freizeit sehr unattraktiv, ja sogar unzumutbar.
Auf den letzten Fahrplanwechsel Mitte Dezember 2010 ist nun dieses «alte» Bahnangebot Montag bis Freitag am Morgen und am Abend mit je drei Verbindungen für die Pendler-Spitzenzeiten eingeführt worden. Dieses bescheidene Angebot soll nun versuchsweise für drei Jahre bestehen. Der Anfang ist gemacht, aber das reicht uns nicht. Es braucht einen integralen Stundentakt, damit von einem attraktiven Angebot für Pendler und übrige Reisende gesprochen werden kann, zumal flexible Arbeitszeiten im Aufwind sind. Dass für eine stündliche Direktverbindung vom Raum Rotkreuz in den Schwyzer Talkessel ein Bedürfnis besteht, zeigen die vielen positiven Rückmeldungen, die der Votantin als Reaktion auf ihre Interpellation zugekommen sind.
Wir fordern die Regierung auf, schon auf den nächsten Fahrplanwechsel im Dezember 2011 einen integralen Stundentakt von Rotkreuz in den Raum Schwyz-Brunnen zu prüfen und auch zu bestellen. Die Angebotsplanung ist mit den umliegenden Kantonen Schwyz, Luzern und auch Aargau zu koordinieren. Die Votantin könnte sich folgendes Angebot vorstellen:
- Die Regionalzüge Lenzburg-Rotkreuz nach Arth Goldau weiterführen
- Die Regionalzüge Aarau-Rotkreuz nach Baar weiterführen

Sollte eine Durchbindung Aarau-Baar wegen fehlender Infrastruktur noch nicht möglich sein, ist eine Weiterführung der SOB-Züge von Arth-Goldau bis nach Ebikon zu prüfen. Nur mit attraktiven Verbindungen können die zukünftigen Pendlerströme aus den benachbarten Kantonen mit dem ÖV aufgefangen werden.

Philip C. **Brunner** erinnert daran, dass Martin Stuber vorhin von «gouverner c'est prévoir» gesprochen hat. Der Votant kam sich zwar vor wie in einem Bahnseminar, wo man mit der Märklin-Eisenbahn einzelne Zugskompositionen möglichst intelligent zusammenführt. Und er hat ein neues Wort gelernt, das ihn in Zukunft auch beflügeln wird.

Die Interpellantin hat jetzt auch noch ein Beispiel abgeliefert von sogenannter Subito-Politik. Es ist nämlich bemerkenswert, wenn man am 20. September eine Interpellation einreicht, welche bereits am 12. Dezember des gleichen Jahres, 52 Tage später, umgesetzt ist, und die Regierung feststellt, die Interpellantin habe offene Türen eingerannt. Und dann hier nach vorne geht, sich nicht mal bedankt, sondern schnurstracks bereits den nächsten Schritt fordert, den nächsten Ausbau. Das ist bemerkenswert. Machen Sie sich dazu Ihre eigenen Gedanken.
Die SVP begrüsst diese Lösung und der Votant würde vorschlagen, dass man ein wenig schaut, wie das geht, wie die Frequenzen sind. Dann kann man dann wieder weiter schauen.

➔ Kenntnisnahme

50 Nächste Sitzung

Donnerstag, 24. Februar 2011

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass das Büro des Kantonsrats am 11. Juni 2010 für Donnerstag, den 14. April 2011 eine eventuelle ausserordentliche Kantonsratssitzung festgesetzt hat. Aufgrund der eher niedrigen Geschäftslast entscheidet sie, dass diese ausserordentliche Kantonsratssitzung *nicht* stattfindet.

Protokoll des Kantonsrates

4. Sitzung: Donnerstag, 24. Februar 2011
Zeit: 8.30 – 12.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

51 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 79 Mitgliedern.

Abwesend ist: Georg Helfenstein, Cham.

52 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich Finanzdirektor Peter Hegglin für diese Kantonsratssitzung entschuldigen lässt, weil er an der Anhörung der NFA-Geberkantone vor der nationalrätlichen Finanzkommission in Bern teilnimmt.

Zwei Gruppen besuchen die heutige Sitzung: Von 8.30 – 9.15 Uhr Brigitte Greiff-Arnold, Fachstelle Migration, mit den Teilnehmenden eines Integrationskurses; von 9.15 – 11.00 Uhr Claudia Fitz mit Lernenden des Kantons Zug.

53 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 27. Januar 2011.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Wahl der neuen Bildungskommission mit ständigem Auftrag (auf Antrag der Fraktionen).

3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag für Sicherheitseinrichtungen in der Eissporthalle Herti (Bossard-Arena) Zug.
2005.1/.2 – 13651/52 Regierungsrat

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons an Innovationsförderungsmassnahmen.
2007.1/.2 – 13658/59 Regierungsrat

3.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassungen des kantonalen Richtplanes (in den Kapiteln L 4, V 2/3, V 9, V 10 und V 12).
2014.1/.2 – 13676/77 Regierungsrat

4.1. Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung (bzw. Konkordat) über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten vom 2. April 2009 (ViCLAS-Konkordat).
1957.6 – 13635 2. Lesung

4.2. Anpassung kantonaler Gesetze im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung (bzw. Konkordat) über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten vom 2. April 2009 (ViCLAS-Konkordat).
1957.7 – 13636 2. Lesung

5. Kantonsratsbeschluss betreffend Darlehen des Kantons an die International School of Zug and Luzern für das Bauprojekt am neuen Standort in Hünenberg.
1950.5 – 13673 2. Lesung

6. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit zur Beschaffung von Landreserven.
1992.4 – 13674 2. Lesung

7. Wahlbestätigung der vom Kanton zu wählenden Mitglieder des Bankrates und der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank für die Amtsdauer 2011-2014 (bis Generalversammlung 2015).
2004.1 – 13650 Regierungsrat

8. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (EG USG).
1975.1/.2 – 13556/57 Regierungsrat
1975.3 – 13653 Kommission

9. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredite Planung und Projektierung Bahnprojekte und Bahnbau.
1977.1/1899.2/
1977.2 – 13559/60 Regierungsrat
1977.3/1899.3 – 13649 Kommission für den öffentlichen Verkehr
1977.4/1899.4 – 13656 Staatswirtschaftskommission

10. Motion von Franz Hürlimann betreffend Änderung des «Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug».
1905.1 – 13330 Motion
1905.2 – 13678 Regierungsrat

11. Interpellation von Markus Jans betreffend die Installation von Sound Systemen zur Vertreibung von Jugendlichen beim Gewerblich-industriellen Bildungszentrum Zug.
1751.1 – 12918 Interpellation
1751.2 – 13654 Regierungsrat

12. Interpellation von Stefan Gisler, Vroni Straub-Müller und Martin Stuber betreffend Integration des Velofahrens in den Lehrplan 21 Sport und Bewegung in der Schule: Klare Ziele fürs Velofahren.
1968.1 – 13533 Interpellation
1968.2 – 13675 Regierungsrat

54 Protokoll

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 27. Januar 2011 werden genehmigt.

55 Motion von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Daniel Burch und Thomas Wyss betreffend Änderung der Geschäftsordnung des Regierungsrats (BGS 151.1)

Traktandum 2 – Manuel **Brandenberg** und Philip C. **Brunner**, beide Zug, Daniel **Burch**, Steinhausen, und Thomas **Wyss**, Oberägeri, haben am 20. Januar 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2006.1 – 13655 enthalten sind.

Arthur **Walker** weist darauf hin, dass es gemäss § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Regierungsrats zur Aufhebung eines bereits gefassten Beschlusses in der nämlichen Sitzung mindestens vier, in einer späteren Sitzung mindestens fünf Stimmen bedarf. Demokratische Auseinandersetzungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sollen in erster Linie argumentativ geführt werden. Wo keine Einigung zustande kommt, soll darüber abgestimmt werden. Je nach Thema oder Verhandlungsstand unterscheidet man deshalb bei Abstimmungen und Wahlen ganz bewusst zwischen der relativen, einfachen, absoluten und qualifizierten Mehrheit.
Von den Motionären wird nun verlangt, dass Rückkommensanträge in jedem Fall mit einfachem Mehr möglich sein sollen. Konkret könnten demnach drei Mitglieder des Regierungsrats einen früheren Entscheid in einer nächsten Sitzung umstossen. Unter Demokratie versteht die CVP die sachliche Auseinandersetzung, das Ringen um Lösungen und Konsens und nicht die Macht der einfachen Mehrheit. Die Erfolgsgeschichte unseres Landes und unseres Kantons basiert auf diesem differenzierten Demokratieverständnis. Deshalb stellt der Votant im Namen der CVP-Fraktion den Antrag, die Motion sei nicht zu überweisen.

Manuel **Brandenberg** glaubt, dass es hier ein Missverständnis gibt. Die Motion möchte, dass auch spätere Rückkommensanträge im Regierungsrat mit vier Stimmen möglich sind, nicht mit drei. Mit einfachem Mehr meinen wir vier von sieben und nicht fünf von sieben. Denn nach geltender Regelung braucht es fünf von sieben Stimmen für einen späteren Rückkommensantrag. Und das haben wir als undemokratisch erachtet. Deshalb sagen wir: Es soll auch später möglich sein, auf einen bereits früher gefassten Beschluss mit vier von sieben Stimmen im Regierungsrat zurückzukommen. Das ist das absolute Mehr. Jetzt haben wir fünf, das ist ein qualifiziertes Mehr, das es eigentlich nirgends gibt. Wenn die Mehrheit etwas will, wird es normalerweise in der Demokratie dann auch so gemacht. So haben wir das verstanden. Bitte überweisen Sie das, es liegt hier wirklich ein Missverständnis vor.

Arthur **Walker** weist darauf hin, dass Motionäre im zweiten Abschnitt schreiben: «In jedem Fall mit einfachem Mehr». Das einfache Mehr ist nicht das absolute Mehr.

Manuel **Brandenberg** hält fest, dass mit einfachem Mehr das normale Mehr von vier von sieben gemeint ist. So ist es verstanden. Es ist nicht ein relatives Mehr. Es gibt hier ein Missverständnis zwischen einfachem Mehr und relativem Mehr. Drei von sieben ist auch kein relatives Mehr, es ist gar kein Mehr. Ein einfaches Mehr ist vier von sieben.

➔ Der Rat beschliesst mit 46:27 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

56 Motion der SVP-Fraktion betreffend Einrichtung einer elektronischen Abstimmungsanlage im Kantonsrat

Traktandum 2 – Die **SVP-Fraktion** hat am 27. Januar 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2011.1 – 13663 enthalten sind.

Franz Peter **Iten** stellt im Namen der CVP-Fraktion den Antrag, die Motion sei nicht zu überweisen. Begründung:
An den Kantonsratssitzungen vom 28. August und 25. September 2003 wurde im Zusammenhang mit dem Umbau des Regierungsgebäudes, insbesondere des Kantonsratssaals (Vorlagen Nr. 1117.1 bis 1117.8), intensiv über den Umbau und über die Möglichkeit der Einrichtung einer elektronischen Abstimmungsanlage für diesen Saal debattiert. An der 1. Lesung wurde durch Martin Stuber der Antrag gestellt, es seien zu Händen der 2. Lesung die Kosten für den Einbau einer elektronischen Abstimmungsanlage zu eruieren. Dies im Sinne, wenn schon etwas für diesen Saal gemacht wird, sollte auch etwas für einen rationelleren Ratsbetrieb gemacht werden. Der damalige Baudirektor Hans-Beat Uttinger hat dann versprochen, die Kosten einer kompletten elektronischen Abstimmungsanlage auf die 2. Lesung abzuklären.
Diese Abklärungen haben Kosten in der Grössenordnung von 500' bis 600'000 Franken ergeben, wobei hier die Anlage des Kantons Baselland als denkbarer Vergleich für den Kanton Zug zu Rate stand. Obwohl damals Martin Stuber die Meinung vertrat, dass eine elektronische Abstimmungsanlage wesentlich günstiger zu realisieren sei, hat sich der Kantonsrat auf die Kostenschätzung der Baudirektion in genannter Grösse verlassen, welche aber auch für die vorberatende Kommission relevant war. Der Kantonsrat hat dann mit 51:16 Stimmen den Antrag Stuber abgelehnt. Dies zur Geschichte.
Die Motionärin hält in der Begründung fest, dass die Einrichtung und Inbetriebnahme einer elektronischen Abstimmungsanlage mit vielen Vorteilen verbunden ist. Sie erwähnt die Sicherheit des Abstimmungsergebnisses, das gute Kosten-/Nutzenverhältnis, die Erhöhung der Transparenz, das Zeitersparnis des Abstimmungsverfahrens und zu guter Letzt, dass kein Eingriff in die historische Bausubstanz nötig sei, weil beim Umbau des Kantonsratssaales im Jahr 2001/2002 bereits bauliche Vorinvestitionen getätigt worden sind.
Der Votant könnte jetzt all die aufgeführten Punkte problemlos widerlegen. Dies würde aber das Zeitfenster unseres Antrags massiv überschreiten. Nur eines möchte er doch festhalten: Der Kantonsrat hat erst im August bzw. September 2003 über den Umbau des Kantonsratssaales Beschluss gefasst. Somit konnten ja im Jahre 2001/2002 noch gar keine Umbauarbeiten an die Hand genommen werden.
Die CVP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass das Kosten-/Nutzenverhältnis überhaupt nicht stimmt. Es ging im Jahre 2003 um die Frage, ob wir für ca. 20 Halbtagessitzungen im Jahr 250', 300' oder 500'000 Franken ausgeben wollen oder nicht oder ob wir bereit sind, nach wie vor die Hände hochzuhalten und dies auch dem Grossen Gemeinderat zuzumuten. Die SVP hat übrigens im Jahre 2003 den Antrag der vorberatenden Kommission unterstützt und war erfreut, dass die Kommission den Mut gehabt hat, entgegen dem Vorschlag der Regierung den Sparwillen am eigenen Tagungslokal zu zeigen. Fairerweise muss aber festgehalten werden, dass im Vorschlag der Regierung keine elektronische Abstimmungsanlage enthalten war.

Auch wenn in der Zwischenzeit über sechs Jahre seit dem Zurückkehren in den jetzigen Kantonsratssaal vergangen sind, hat sich an der Haltung unserer Fraktion nichts geändert. Unsere Fraktion befürchtet aber, dass sich mit der Einrichtung einer elektronischen Abstimmungsanlage das Abstimmungsverhalten hier im Rat negativ verändert und – was wir vor allem nicht wollen –, dass die gegenseitige Wertschätzung im Rat verloren geht und die Voten in diesem Rat schärfer und unproduktiver werden. Den Erfahrungen von Vorwürfen wegen dem Abstimmungsverhalten von Kolleginnen und Kollegen in andern Parlamenten sind dann auch bei uns Tür und Tor geöffnet. Wer wissen will, wer, wie und für oder gegen was gestimmt hat, dem steht jederzeit die Möglichkeit zu, die Verhandlungen im Kantonsrat aber auch im Grossen Gemeinderat live zu verfolgen, was ja auch durch die Medienschaffenden aktiv gelebt wird.
Die SVP steht unter anderem im Grundsatz ihres Leitbilds ein für Tradition und Werthaltung. Tradition im Zuger Kantonsrat ist, dass Abstimmungen mit offenem Handmehr, zwischendurch auch mal unter Namensaufruf und manchmal auch geheim durchgeführt werden. Daran wollen wir festhalten. Franz Peter Iten bittet den Rat deshalb im Namen der CVP-Fraktion, die Motion der SVP nicht zu überweisen. Vielen Dank für die Unterstützung von Tradition und Werthaltung.

Martin **Stuber** kann heute der SVP-Fraktion eine Freude machen. Denn die AGF wird diesen Vorstoss selbstverständlich überweisen. Er ist auch froh, dass die SVP wie jeder hier im Rat dazulernen kann. Es ist ja nicht verboten, sondern eigentlich sogar erwünscht. Es wäre falsch, wenn wir der Regierung hier nicht Gelegenheit geben würden, diese Frage zu beantworten und vielleicht auch die Frage der Kosten nochmals frisch zu beurteilen. Wir haben ja jetzt inzwischen auch einen neuen Baudirektor.
Warum geht es im Kern? Es geht nicht um das Geld. Ob es dann am Schluss noch 150'000 Franken kostet, denn diese Anzeigen sind ja wesentlich billiger geworden. Damals ist von 100'000 Franken die Rede gewesen nur schon für diese drei Anzeigetafeln. Die kosten heute wahrscheinlich noch 2 oder 3 % davon. Es geht um etwas viel Wichtigeres als um das Geld, nämlich um Transparenz den Wählerinnen und Wählern gegenüber. Und da hat der Votant wenig Verständnis für das Votum von Franz Peter Iten. Mit seiner Argumentation müsste man jetzt sofort einen Vorstoss machen im Bundesparlament, dass man diese Tafeln wieder demontiert. In all den kantonalen Parlamenten, die das inzwischen eingeführt haben müsste man das wieder demontieren. Aber das kann ja nicht im Ernst die Meinung sein.
Martin Stuber sieht auch nicht ein, wieso hier die Diskussionskultur im Rat verändert werden würde, wenn wir so eine Abstimmungsanlage hätten. Das hängt vor allem von der politischen Kultur im Allgemeinen ab und manchmal auch vom Thema oder von der Tagesform einzelner Leute. Im Sinne der Transparenz und eines effizienten Ratsbetriebs sollte man das jetzt wirklich an die Hand nehmen. Der Votant ist froh, dass sein damaliger Antrag wenigstens eine Folge hatte: Die Leerrohre sind damals eingezogen worden. Das heisst, es ist schon eine kleine Vorinvestition gemacht worden. Das schlimmste bauliche Übel, das jetzt gekommen wären, wenn wir diese neu einbauen müssten, haben wir nicht. Bitte überweisen Sie diesen Vorstoss!

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP überzeugt ist, dass die Einrichtung einer elektronischen Abstimmungsanlage im Interesse der Bevölkerung ist. Sie erhöht die Sicherheit des Abstimmungsergebnisses. Kein Zweifel, unsere Stimmenzähler

leisten ausgezeichnete Arbeit. Trotzdem kann es vorkommen, dass eine Hand nur zaghaft oder zu spät erhoben wird. Eine elektronische Abstimmungsanlage schafft klare Verhältnisse, indem für jede Abstimmung ein klar definiertes Zeitfenster von z.B. 30 Sekunden zum Abstimmen zur Verfügung steht. Eine elektronische Abstimmungsanlage ist fortschrittlich. Der Nationalrat arbeitet seit 1994 mit einer solchen Anlage und hat damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Heute wäre wohl kein Nationalrat mehr bereit, auf dieses fortschrittliche Hilfsmittel zu verzichten. Ähnlich haben bereits mehr als zehn Kantone, darunter grosse wie Zürich oder Bern, aber auch kleinere wie Appenzell Ausserrhoden eine elektronische Abstimmungsanlage eingeführt und damit ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. Auch hier gibt es kein Kantonsparlament, das diesen Entscheid rückgängig machen möchte. Eine elektronische Abstimmungsanlage schafft Transparenz. Heute hat der Stimmbürger keine Möglichkeit herauszufinden, wie ein Volksvertreter gestimmt hat, ausser er nimmt persönlich an der Kantonsratsitzung teil. Im heutigen Zeitalter von E-Mail, Facebook und E-Government sollte es natürlich sein, dass sich jeder Bürger direkt über das Internet über unsere Arbeit informieren kann und dafür nicht einen wertvollen Feiertag opfern muss, um an unserer Sitzung teilnehmen zu können. Unsere Vorgängerin, die Landsgemeinde, war schliesslich auch für alle offen und bot den Bürgern die Möglichkeit, direkt am politischen Geschehen teilzunehmen. Und schliesslich ist eine elektronische Abstimmungsanlage billig. Ein Teil der notwendigen Investitionen wurde bereits vor acht Jahren bei der Renovation des Kantonsratsaals getätigt.
Und noch ein wichtiger Punkt: Es geht hier nur um eine seriöse Abklärung durch den Regierungsrat, durch den Baudirektor, wie viel das Ganze kostet. Es geht hier noch nicht um die Entscheidung, ob wir das wollen oder nicht. Die Motion wird an die Regierung überwiesen und dann erhalten wir in ein paar Monaten oder etwas später die Möglichkeit, direkt darüber abzustimmen. Es geht hier nur um die Überweisung. Seien Sie mutig, stimmen Sie der Überweisung dieser Motion zu! Damit ermöglichen Sie unserer Regierung, dazu eine ausgewogene, kostengünstige und fortschrittliche Vorlage auszuarbeiten. Vielen Dank.

➔ Der Rat beschliesst mit 44:30 Stimmen, die Motion zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat zu überweisen.

57 Postulat von Kurt Balmer, Anna Bieri und Karin Andenmatten betreffend Halt der Interregio-Züge in Rotkreuz

Traktandum 2 – Kurt **Balmer**, Risch, Anna **Bieri** und Karin **Andenmatten**, beide Hünenberg, haben am 27. Januar 2011 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2012.1 – 13664 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

58 Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Zukunft der Greater Zurich Area (GZA)

Traktandum 2 – Die **CVP-Fraktion** hat am 26. Januar 2011 die in der Vorlage Nr. 2008.1 – 13660 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

59 Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Funktionsweise und Erfolge der Metropolitankonferenz Zürich

Traktandum 2 – Die **CVP-Fraktion** hat am 26. Januar 2011 die in der Vorlage Nr. 2009.1 – 13661 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat acht Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

60 Interpellation von Urs Raschle betreffend Nutzung «Neuer Medien»

Traktandum 2 – Urs **Raschle**, Zug, hat am 26. Januar 2011 die in der Vorlage Nr. 2010.1 – 13662 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat drei Fragen gestellt.

Landammann Matthias **Michel** beantwortet die Fragen wie folgt:
1. Ist sich der Regierungsrat bewusst, welche Bedeutung «Social Media» in der Öffentlichkeit haben und welche Möglichkeiten und Chance sie bieten?
Der Regierungsrat des Kantons Zug kennt die Bedeutung der «Social Media». Er ist sich bewusst, dass diese Art der Kommunikation immer stärker genutzt wird. Allein in der Schweiz hatte das Netzwerk Facebook Ende 2010 rund 2 Millionen Nutzerinnen und Nutzer. Der Regierungsrat ist sich auch im Klaren darüber, dass diese Medien Chancen bieten können, so zum Beispiel die Förderung des Dialogs zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit, die Stärkung der Partizipation der Bevölkerung oder der Aufbau einer Kommunikationsplattform mit spezifischen Zielpublika. Indes sind diese neuen Kommunikationskanäle für die öffentliche Verwaltung in der Schweiz noch nicht Standard. Sie werden erst punktuell und in der Regel ohne übergeordnete Strategie eingesetzt.
2. Hat sich die Regierung eventuell schon Gedanken darüber gemacht, mit «Social-Media-Plattformen» zu arbeiten und damit neue Kommunikationsmöglichkeiten aufzubauen?
Aufgrund der Bedeutung der «Social Media» ist es nach Meinung des Regierungsrats angebracht, die Möglichkeiten dieser neuen Medien für die Kommunikation der kantonalen Verwaltung zu prüfen und strategisch sowie konzeptionell festzulegen, ob und welche soziale Netzwerke als Kommunikationsmittel zu integrieren sind. Er hat deshalb bereits im Juli 2010 entschieden, sich für eine Studie der Università della Svizzera italiana über die «Social Media für den Kanton Zug» zu bewerben. Durchgeführt wird die Studie von Absolventinnen und Absolventen des Nachdip-

lomstudiums «Executive Master of Science in Communications Management» unter der Leitung von Professor Dr. Francesco Lurati.
Seit vergangenem Herbst laufen die Vorbereitungen dafür auf Hochtouren. Der eigentliche Startschuss erfolgt in diesen Tagen. Inhalt der Studie sind zum einen eine Analyse über den sinnvollen und nutzbringenden Einsatz der «Social Media» im Kanton Zug und zum anderen eine Umsetzungsplanung für eine allfällige Integration der «Social Media» in die bestehende Kommunikationsstruktur des Kantons Zug. Geprüft werden dabei für eine allfällige Umsetzung auch der Einsatz der personellen Ressourcen und Kosten sowie Aspekte des Datenschutzes und der Datensicherheit. Die Resultate der Studie werden diesen Herbst vorliegen. Ferner wurden anfangs dieses Jahres die Generalsekretärinnen, Generalsekretäre, die Amtsleiterinnen, Amtsleiter sowie die Kommunikationsbeauftragten der Zuger Verwaltung an einem Workshop in die Welt der «Social Media» eingeführt.
3. Wenn ja, wie? Gibt es eventuell schon Ideen für eine gesamtheitliche Strategie?
Zurzeit liegt noch keine Strategie vor. Wie unter Punkt 2. erwähnt, liegen die Resultate der Studie im Herbst vor. Gestützt darauf wird der Regierungsrat die Eckwerte für die Nutzung von «Social Media» durch die kantonale Verwaltung beraten und verabschieden.

➔ Kenntnisnahme

61 Interpellation von Hans Christen, Zari Dzaferi, Heini Schmid, Daniel Stadlin, Martin Stuber und Werner Villiger betreffend «Wie weiter mit der durchgehenden Doppelspur zwischen Thalwil und Zug?»

Traktandum 2 –Hans **Christen**, Zug, Zari **Dzaferi** und Heini **Schmid**, Baar, Daniel **Stadlin**, Martin **Stuber** und Werner **Villiger**, Zug, haben am 27. Januar 2011 die in der Vorlage Nr. 2013.1 – 13665 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

62 Interpellation von Karl Nussbaumer, Thomas Wyss und Manuel Brandenberg betreffend Vorfall beim Bahnhof Zug

Traktandum 2 – Karl **Nussbaumer**, Menzingen, Thomas **Wyss**, Oberägeri, und Manuel **Brandenberg**, Zug, haben am 2. Februar 2011 die in der Vorlage Nr. 2016.1 – 13681 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat 13 Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

63 Wahl der neuen Bildungskommission mit ständigem Auftrag (auf Antrag der Fraktionen)

Traktandum 3.1

Auf Antrag der Fraktionen wird eine neue 15-köpfige Bildungskommission mit ständigem Auftrag gebildet (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Martin Pfister, Baar, ***Präsident***		*CVP*
1.	Anna Bieri, Burgstrasse 6, 6331 Hünenberg	CVP
2.	Esther Haas, Sonneggstrasse 11, 6330 Cham	AGF
3.	Dominik Lehner, Berchtwilerstrasse 4, 6343 Rotkreuz	FDP
4.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
5.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
6.	Martin Pfister, Dorfring 15, 6319 Allenwinden	CVP
7.	Hubert Schuler, Burgstrasse 10, 6331 Hünenberg	SP
8.	Beat Sieber, St. Jakobstrasse 42, 6330 Cham	FDP
9.	Silvia Thalmann, Widenstrasse 26a, 6317 Oberwil	CVP
10.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
11.	Roland von Burg, Chamerstrasse 31, 6331 Hünenberg	SVP
12.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
13.	Oliver Wandfluh, Parkstrasse 31, 6340 Baar	SVP
14.	Monika Weber, Schlossbergstrasse 5, 6312 Steinhausen	FDP
15.	Thomas Wyss, Kalchrainstrasse 1, 6315 Oberägeri	SVP

64 Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag für Sicherheitseinrichtungen in der Eissporthalle Herti (Bossard-Arena) Zug

Traktandum 3.2 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2005.1/.2 – 13651/52).

➔ Das Geschäft wird zur Beratung an die ad-hoc-Kommission für Sicherheit unter dem Präsidium von Thomas Lötscher überwiesen.

65 Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons an Innovationsförderungsmassnahmen

Traktandum 3.3 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2007.1/.2 – 13658/59).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Alice Landtwing, Zug, ***Präsidentin*** *FDP*

1.	Karin Andenmatten, St. Wolfgangstrasse 9, 6331 Hünenberg	CVP
2.	Kurt Balmer, Eichmatt 11, 6343 Rotkreuz	CVP
3.	Christine Blättler-Müller, Hofmatt 28, 6332 Hagendorn	CVP
4.	Daniel Thomas Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
5.	Maja Dübendorfer Christen, Himmelrichstrasse 48, 6340 Baar	FDP
6.	Daniel Eichenberger, Deinikonerstrasse 35b, 6340 Baar	SVP
7.	Pirmin Frei, FREI connect, Radgasse 3, Postfach 3377, 8021 Zürich	CVP
8.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
9.	Andreas Hürlimann, Blickensdorferstrasse 20, 6312 Steinhausen	AGF
10.	Alice Landtwing, Löberenstrasse 20a, 6300 Zug	FDP
11.	Urs Raschle, St.-Johannes-Strasse 19, 6300 Zug	CVP
12.	Beni Riedi, Schutzengelstrasse 5, 6340 Baar	SVP
13.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
14.	Thomas Werner, Grossmattstrasse 1, 6314 Unterägeri	SVP
15.	Thomas Wyss, Kalchrainstrasse 1, 6315 Oberägeri	SVP

66 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (in den Kapiteln L 4, V 2/3, V 9, V 10 und V 12)

Traktandum 3.4 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2014.1/.2 – 13676/77).

➔ Das Geschäft wird zur Beratung an die Raumplanungskommission überwiesen.

67 Mutation bei der Kommission für öffentlichen Verkehr (KöV)

Traktandum 3.5

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Silvia Thalmann eben in die Bildungskommission mit ständigem Auftrag gewählt wurde. Deshalb stellt sie ihren Sitz in der Kommission für öffentlichen Verkehr zur Verfügung. Die CVP schlägt als neues Mitglied in der KöV Kurt **Balmer** vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

68 Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung (bzw. Konkordat) über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten vom 2. April 2009 (ViCLAS-Konkordat)

Traktandum 4.1 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 9. Dezember 2010 (Ziff. 1195) ist in der Vorlage Nr. 1957.6 – 13635 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 73:0 Stimmen zu.

69 Anpassung kantonaler Gesetze im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung (bzw. Konkordat) über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten vom 2. April 2009 (ViCLAS-Konkordat)

Traktandum 4.2 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 9. Dezember 2010 (Ziff. 1195) ist in der Vorlage Nr. 1957.7 – 13636 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 74:0 Stimmen zu.

70 Kantonsratsbeschluss betreffend Darlehen des Kantons an die International School of Zug and Luzern für das Bauprojekt am neuen Standort in Hünenberg

Traktandum 5 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. Januar 2011 (Ziff. 39) ist in der Vorlage Nr. 1950.5 – 13673 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 49:25 Stimmen zu.

71 Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit zur Beschaffung von Landreserven

Traktandum 6 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. Januar 2011 (Ziff. 40) ist in der Vorlage Nr. 1992.4 – 13674 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 71:4 Stimmen zu.

72 Wahlbestätigung der vom Kanton zu wählenden Mitglieder des Bankrats und der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank für die Amtsdauer 2011-2014 (bis Generalversammlung 2015)

Traktandum 7 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2004.1 – 13650).

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass bereits 2007 die AGF dem Rat beliebt machte, Gregor Kupper nicht für die Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank zu bestätigen.

An dieser Grundhaltung, mit good governance mögliche Interessenkonflikte oder Filz in der Politik zu vermeiden, hat sich nichts geändert. Der Regierungsrat soll nach dem Nein des Kantonsrats eine andere Person benennen oder vorschlagen. Wir betonen, dass weder die persönliche Integrität noch die Fachkompetenz des Kandidaten angezweifelt wird. Wir tun aber unsere Vorbehalte kund bezüglich der Vereinbarkeit der Funktion als ZKB-Revisor mit dem Amt als Präsident der Stawiko. Letztere ist das finanzielle Gewissen des Kantons. Es besteht zu Recht ein Anspruch der Zuger Bevölkerung an die grösstmögliche Unabhängigkeit und Unbefangenheit der Stawiko. Dabei ist an den Stawiko-Präsidenten ein erhöhter Anspruch zu stellen. Mit der Vermeidung von Ämterkumulationen kann ein Stawiko-Präsident die Glaubwürdigkeit seiner Kommission erhöhen. Denn bei allem Vertrauen in die Zuger Kantonalbank ist es nicht auszuschliessen, dass einmal in der ferneren Zukunft die Geschäftstätigkeit der ZKB inklusive ihrer Revisionsstelle einer kritischen Hinterfragung durch den Kantonsrat bedarf. Andere Kantone haben diesbezüglich ebenso leidvolle wie teure Erfahrungen gemacht. Und so wäre es ebenso vorausschauend wie politisch klug, im Fall der Fälle über zwei Aufsichtsorgane ohne grössere Verflechtung miteinander zu verfügen und besonders über einen Stawiko-Präsidenten ohne Interessenbindung. Gerade *weil* Gregor Kupper die Stawiko gut führt, wollen wir ihn in einer allfälligen kritischen Situation nicht verlieren, weil er in den Ausstand treten muss.

Philip C. **Brunner** spricht als Fraktionssprecher der SVP und legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist auch einer von den rund 8'000 Firmenkunden der ZKB. Seine persönlichen Beziehungen zu dieser Bank sind aber rein geschäftlicher Natur, verbunden mit einem kleinen Kontokorrent für seinen Hotelbetrieb.
Im Bericht des Regierungsrats vom 11. Januar 2011 steht, dass der Kanton 50,1 % des Aktienkapitals von 144,1 Mio. Franken, also rund im Wert von 72 Millionen, besitze und dass der Kanton mit der Staatgarantie für die Verbindlichkeiten der Bank hafte, soweit deren Mittel nicht reichen. Aufgrund dieser Tatsachen sei es wichtig und richtig, dass Landammann Matthias Michel Mitglied des Bankrats sei. Einverstanden – soweit so gut!
Es stimmt, aber das ist natürlich alles eine eher harmlose Umschreibung des Risikos und der tatsächlichen Grössenordnungen, um die es hier geht. Der heutige Marktwert der Hälfte der 288'288 Aktien, also diejenigen, die dem Kanton gehören, bedeutet zum Kurswert der Aktien von knapp 5'000 Franken Ende 2010 eine Börsenkapitalisierung von eindrücklichen 720 Millionen, also rund das 10fache des Nominalwerts. Die Wertsteigerung zum Vorjahr 2009 beträgt eindrückliche 17,4 %. Die Bilanzsumme der Zuger Kantonalbank beträgt heute 10,7 Milliarden. Davon sind rund 80 %, nämlich rund 8,566 Milliarden, an Hypotheken im Markt verteilt. Als Grössenvergleich seien hier die budgetierten jährlichen Ausgaben des Kantons Zug von 1,13 Milliarden angegeben.
(Die Vorsitzende unterbricht den Votanten und bittet ihn, zur Sache zu sprechen.)
Aus diesen Gründen haben wir Zuger Politiker gemeinsam also ein sehr hohes Interesse genau hinzusehen, wer genau für die nächsten vier Jahre als Vertreter des Kantons in den Bankrat beziehungsweise in die Revisionsstelle gewählt wird. Der Geschäftsbericht 2009 gibt auf den Seiten 92-94 transparent im Sinne der Corporate Governance über die Mitglieder des Bankrates Auskunft. Leider ist momentan erst der Geschäftsbericht 2009 erhältlich beziehungsweise im Internet aufgeschaltet, so dass vor allem über das seit einem Jahr gewählte Mitglied, dem früheren CEO von Odlo International, Patrick Wettstein, keine persönlichen Angaben oder ein Curriculum Vitae vorhanden sind. Auf persönliche Anfrage teilte Pat-

rick Wettstein dem Votanten telephonisch mit, dass er heute keiner Partei angehöre und zurzeit in führender Funktion in einem Startup-Unternehmen der Pharmabranche, der DAX Holding in Hagendorn, beschäftigt sei. Im Übrigen war er 1993/94 nach dem Studium persönlicher Assistent des damaligen Direktionspräsidenten der ZKB.
Damit kommt Philip C. Brunner zum zentralen Begehren der SVP-Fraktion. Der Bankrat muss die realen politischen Verhältnisse im Kanton einigermassen reflektieren. De facto haben wir hier im Kantonsrat vier grosse Parteienblöcke – drei bürgerliche und einen linken. Von diesen vier Blöcken sind im Bankrat deren zwei vertreten, der linke Block durch den abgewählten alt SP-Nationalrat Armin Jans, die FDP doppelt, mit Marianne Lüthi und dem freisinnigen Landammann, wobei hier noch objektiv festgestellt sei, dass Patrick Wettstein in einem zumindest FDP nahen Umfeld arbeitet. Bei der Revisionsstelle haben wir je drei bürgerliche Vertreter.
Die SVP-Fraktion erwartet im diesem Bereich vom Regierungsrat zukünftig viel ausgewogenere personelle Vorschläge. Mindestens ein Mitglied des Bankrats muss von der SVP des Kantons Zug vorgeschlagen werden können. Kommen Sie doch da auch nicht mit den fachlichen Voraussetzungen. Wir verfügen durchaus über vergleichbare Persönlichkeiten mit entsprechenden unternehmerischen, fachlichen oder akademischen Auszeichnungen. Und vor allem – das braucht es vermutlich, wenn man in diesen Grössenordnungen amtiert – auch ein wenig gesunden Menschenverstand. Damit sei hier lediglich der politisch äusserst merkwürdig einseitig zusammengesetzte Bankrat kritisiert und ausdrücklich nicht die vielfältigen und guten Qualifikationen der vorgeschlagenen Mitglieder. Wir werden aus diesem Grund dem Antrag des Regierungsrats grossmehrheitlich folgen und die vorgeschlagenen Personen wählen. Aber wir bitten den Regierungsrat, bei Rücktritten und allfälligen Neuwahlen auf dieses Votum zurückzukommen.

Martin **Pfister**: Es pflegen offensichtlich nicht nur deutsche Minister die copy/paste-Taste zu drücken, sondern auch Kantonsratsmitglieder in diesem Saal, wobei einzuschränken ist, dass er sich hier selbst plagiiert hat. Der Votant bezeiht sich auf das Votum von Stefan Gisler, nicht auf jenes des Vorredners, obwohl es dazu auch Einiges zu sagen gäbe. Plädiert doch der erste Redner für möglichst wenig Verflechtung, der zweite für möglichst viel. Wir sind der Meinung, dass es so, wie der Regierungsrat es vorschlägt, doch eher richtig ist.
Wenn Martin Pfister jetzt Stefan Gisler folgen würde, könnte er auf S. 85 des KR-Protokolls der letzten Legislatur hinweisen. Aber da das jetzt niemand vor sich hat, erinnert er an einige Argumente, die wir damals schon gebracht hatten, als Stefan Gisler das gleiche Votum vor vier Jahren hielt.
An der Fachkompetenz von Gregor Kupper hat auch Stefan Gisler nichts auszusetzen gehabt. Das ist auch gut so, weil die Fachkompetenz ja ein entscheidendes Kriterium ist, um in der Revisionsstelle der Kantonalbank tätig zu sein. Der Votant weist darauf hin, dass Gregor Kupper bereits vor seiner Wahl zum Stawiko-Präsidenten Mitglied der Revisionsstelle der Kantonalbank war und es damals kein Hinderungsgrund war. Die Stawiko ist wie die Revisionsstelle der ZKB ein Aufsichtsorgan. Beiden Funktionen kommen keine operationellen Entscheidungsbefugnisse zu. Interessenskonflikte kann es also hier in diesem Sinne nicht geben. Wir sind schliesslich alle Mitglieder eines Milizparlaments. Jeder von uns hat irgendwelche Beziehungen in unserem Kanton. Wenn wir dies nicht wollten, müssten wir ausserkantonale Parlamentarier wählen. Das wollen wir ja nicht und in diesem Sinn kann Martin Pfister dem Rat versichern, dass Gregor Kupper, falls es wirklich zu einem Interessenskonflikt kommen könnte, selbstverständlich in den

Ausstand treten würde. Der Votant ist überzeugt, dass die anderen Mitglieder dann genügend Fachkompetenz hätten, um diesen Fall zu beurteilen. Er empfiehlt dem Rat also, dem Wahlvorschlag der Wahlbehörde (Regierungsrat) zu folgen und die Wahl von Gregor Kupper zu bestätigen.

Joachim **Eder**, stellvertretender Finanzdirektor, möchte kurz zu den Bemerkungen von Philip C. Brunner Stellung nehmen. Eine Richtigstellung: Der Bankrat ist kein parteipolitisch zusammengesetztes Gremium. Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 23. September 2008 das Anforderungsprofil für die vom Kanton delegierten Mitglieder des Bankrats der Zuger Kantonalbank (BGS 651.31) definiert. Parteipolitik spielt keine Rolle und darf nach Ansicht des Regierungsrats hier auch keine Rolle spielen.
Zum Vertreter des Regierungsrats. Hier haben wir auch eine lange Tradition. Wir delegieren explizit nicht den Finanzdirektor in den Bankrat, sondern seit Jahren und Jahrzehnten den Volkswirtschaftsdirektor. Es war jahrelang Volkswirtschaftsdirektor Robert Bisig. Dann wäre Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter an der Reihe gewesen. Weil er aber wegen personellen Verknüpfungen mit seinem Bruder, der in der Geschäftsleitung war, nicht zur Verfügung stand, haben wir den stellvertretenden Volkswirtschaftsdirektor, SVP-Regierungsrat Hans-Beat Uttinger in den Bankrat gewählt. Und jetzt ist Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel im Bankrat – nicht in seiner Eigenschaft als Landammann, sondern als Volkswirtschaftsdirektor. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis und bestätigen Sie die Wahlen des Regierungsrats!

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat Wahlbehörde ist. Der Kantonsrat hat die Wahl lediglich zu bestätigen. Vreni Wicky verweist auf § 71 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats, der lautet: «Das dem Kantonsrat für Wahlen anderer Behörden zuständige Bestätigungsrecht wird in der Form ausgeübt, dass über die Bestätigung mit Stimmzettel durch einfaches Ja oder Nein abgestimmt wird.»
§ 71 Abs. 2 lautet: «Sofern das absolute Mehr im ersten Wahlgang nicht erreicht wird, kann auf Verlangen von einem Viertel der anwesenden Mitglieder ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden.»
Schreiben Sie somit auf die Stimmzettel nur Ja oder Nein, aber keine Namen. Andernfalls wäre der Stimmzettel ungültig.

Mitglieder des Bankrats

Die vom Regierungsrat für die mit der nächsten Generalversammlung der Aktionäre beginnende Amtsdauer 2011-2014 (bis Generalversammlung 2015) gewählten Mitglieder des Bankrats werden vom Kantonsrat wie folgt bestätigt:

- Armin Jans, Dr. rer. pol., Professor, Ägeristrasse 60, 6300 Zug

Ausgeteilte Stimmzettel 77, eingegangene Stimmzettel 77, leer 0, ungültig 0, in Betracht fallend 77, absolutes Mehr 39.

➔ Die Wahl von Armin Jans wird mit 66:11 Stimmen bestätigt. (Wahl infolge gesetzlicher Altersbeschränkung bis Generalversammlung 2014)

- Marianne Lüthi, dipl. Treuhandexpertin, Hörndlirain 18, 6318 Walchwil

Ausgeteilte Stimmzettel 77, eingegangene Stimmzettel 77, leer 0, ungültig 0, in Betracht fallend 77, absolutes Mehr 39.

➔ Die Wahl von Marianne Lüthi wird mit 65:12 Stimmen bestätigt.

- Matthias Michel, Regierungsrat, Widenstrasse 12, 6317 Oberwil

Ausgeteilte Stimmzettel 77, eingegangene Stimmzettel 77, leer 1, ungültig 0, in Betracht fallend 76, absolutes Mehr 39.

➔ Die Wahl von Matthias Michel wird mit 67:9 Stimmen bestätigt.

- Patrick Wettstein, Dr. rer. pol., Weinbergstrasse 16, 6300 Zug

Ausgeteilte Stimmzettel 77, eingegangene Stimmzettel 77, leer 0, ungültig 0, in Betracht fallend 77, absolutes Mehr 39.

➔ Die Wahl von Patrick Wettstein wird mit 65:12 Stimmen bestätigt.

Mitglieder der Revisionsstelle

Die vom Regierungsrat für die mit der nächsten Generalversammlung der Aktionäre beginnende Amtsdauer von 2011-2014 (bis Generalversammlung 2015) gewählten Mitglieder der Revisionsstelle werden vom Kantonsrat wie folgt bestätigt:

- Gregor Kupper, Bücherexperte, Windenboden 4, 6345 Neuheim

Ausgeteilte Stimmzettel 77, eingegangene Stimmzettel 77, leer 0, ungültig 0, in Betracht fallend 77, absolutes Mehr 39.

➔ Die Wahl von Gregor Kupper wird mit 59:18 Stimmen bestätigt. (Wahl infolge gesetzlicher Altersbeschränkung bis Generalversammlung 2013)

- Arthur G. Nick, Rechtsanwalt und Notar, Rebmatt 3, 6317 Oberwil

Ausgeteilte Stimmzettel 77, eingegangene Stimmzettel 77, leer 0, ungültig 0, in Betracht fallend 77, absolutes Mehr 39.

➔ Die Wahl von Arthur G. Nick wird mit 67:10 Stimmen bestätigt.

- Leonie Winter-Meier, Revisionsexpertin RAB, Chrüzacherstrasse 26, 6331 Hünenberg

Ausgeteilte Stimmzettel 76, eingegangene Stimmzettel 76, leer 1, ungültig 0, in Betracht fallend 75, absolutes Mehr 38.

➔ Die Wahl von Leonie Winter wird mit 64:11 Stimmen bestätigt.

73 Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (EG USG)

Traktandum 8 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1975.1/.2 – 13556/57) und der Kommission (Nr. 1975.3 – 13653).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese Gesetzesvorlage keine finanziellen Auswirkungen hat und deshalb von der Stawiko nicht vorberaten worden ist.

Gabriela **Ingold** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Vorlage am 13. Dezember 2010 in einer Halbtagessitzung beraten hat. Dabei wurden wir von Baudirektor Heinz Tännler, von Rainer Kistler, Leiter des Amts für Umweltschutz, und vom stellvertretenden Generalsekretär der Baudirektion, Arnold Brunner, unterstützt. Die Kommission dankt der Baudirektion dafür.
Die Teilrevision des EG USG, welches seit dem 1. Juli 1998 in Kraft ist, wurde notwendig, weil auf Bundesebene neue oder geänderte Regelungen eingeführt wurden. Gleichzeitig wurden im Gesetz die Massnahmenplanung der Luftreinhaltung verankert und bestehende Lücken, insbesondere bei Lichtimmissionen, geschlossen. Das Gesetz ist seitens der Regierung bewusst schlank gehalten. Sämtliche Kommissionsmitglieder erhielten vorgängig die entsprechenden Bundesgesetze, die Verordnung zum Bundesgesetz sowie die synoptischen Darstellung des EG USG von 1998 mit den vorgenommenen Änderungen des Regierungsrats. Weiter wurden sie mit dem Regierungsratsbeschluss in Sachen Massnahmenplan Luftreinhaltung gegen übermässige Immissionen im Kanton Zug vom 18. Dezember 2007, dem Faktenblatt vom 29. August 2007 des Zentralschweizer Massnahmenplans Luftreinhaltung II sowie der Auswertung der Vernehmlassungsantworten bedient, sodass sich die Mitglieder mit der Materie vertieft auseinandersetzen konnten.
In der Kommission wurde debattiert, ob das Gesetz auch auf Bereiche wie Lärm-, Geruchs- und Feuerwerksimmissionen ausgedehnt werden sollte. Anträge dazu wurden jedoch keine gestellt. Intensiv wurden auch die verschiedenen Kann-Formulierungen diskutiert. Die Kommission konnte sich davon überzeugen, dass diese Formulierungen eben auch einen gewissen Ermessensspielraum bieten, was bei dieser Materie zu begrüssen ist.
Äusserst kritisch wurden die neuen Gesetzesbestimmungen rund um die Sanierungs- und Nachrüstpflicht von Holzfeuerungen über 70 kW beziehungsweise Geräten mit mehr als 37 kW Leistungen hinterfragt.
Die Verbote von himmelwärts gerichteten Lichtquellen wurden sowohl für Einfamilienhäuser als auch für Gewerbeliegenschaften und historische Gebäude mittels verschiedensten Szenarien behandelt. Für weitere Details verweist die Votantin auf den ausführlichen Kommissionsbericht.
Gerne erläutert sie dem Rat kurz die Beweggründe für die Änderungen durch die Kommission.
Ein Mitglied der vorberatenden Kommission ist auch Mitglied der Redaktionskommission. Auf seine Anregung hin, wurde in § 9a Abs. 2 «in folgenden Fällen» gestrichen, da die Ausnahmen vom Verbrennungsverbot in § 9a Abs. 2 Bst. a bis c abschliessend aufgezählt sind. In § 9 Abs. 3 handelt es sich mehr oder weniger ebenfalls um redaktionelle Änderungen des Gesetzestextes und insbesondere auch um eine Angleichung der Formulierung, wie sie in § 39 verwendet wird. Inhaltlich ergeben sich dadurch keine materiellen Änderungen.

Wie schon erwähnt, haben wir die Frage der Nachrüstpflicht eingehend diskutiert. Da viele der heute bestehenden Geräte zurzeit technisch noch nicht nachrüstbar sind, sollte aber auch für diese Geräte – wenn später möglich – eine Nachrüstpflicht gelten. Entsprechend wurde der Artikel angepasst, indem neu ein Buchstabe a für bereits heute vorhandene Technologien und Buchstabe b für zukünftige Technologien eingefügt wurde. Weiter wurden die Bezeichnungen analog von § 9a Abs. 3 übernommen, sodass diese übereinstimmen.
Der Regierungsrat signalisierte bereits während der Detailberatung sein Einverständnis zu den Änderungen der Kommission.
Die Kommission beschloss in der Schlussabstimmung mit 11:3 Stimmen ohne Enthaltung, auf die Vorlage Nr. 1975.2 einzutreten und ihr mit den Änderungen in § 9a Abs. 2 und 3 sowie in § 39 Abs. 1 zuzustimmen, die Motion Vorlage Nr. 1882.1 als erledigt abzuschreiben sowie die Motion Vorlage Nr. 1881.1 nicht erheblich zu erklären.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion im Grundsatz den Änderungen des EG USG zustimmt. Insbesondere begrüssen wir die Reduzierung der Sanierungsfrist von grossen Holzfeuerungsanlagen von über 70 kW von zehn auf fünf Jahre. Auch wenn dies eine rein zugerische Massnahme ist, macht es Sinn, die 60 Holzfeuerungsanlagen früher zu sanieren. Die Feinstaubbelastung wird mit grosser Auswirkung auf die Umwelt gesenkt.
Auch das Verbot von himmelwärts gerichteten Lichtquellen, den sogenannten Skybeamern wird von der SP-Fraktion unterstützt. Diese sehen zwar in der Nacht interessant aus, haben aber negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt, weshalb ein Verbot richtig ist. Zudem wünscht sich die SP-Fraktion eine Bewilligungspflicht von Schockbeleuchtungen in den Quartieren. Diese führen immer wieder zu Konflikten mit den Nachbarn, die sich von der Installation gestört fühlen.
Die SP-Fraktion unterstützt das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung. Wir bedauern deshalb sehr, dass der Risikokataster des Bundes und die entsprechenden Erhebungen der Kantone, nicht mehr öffentlich einsehbar sind. Das ist für den Kanton Zug tatsächlich ein Rückschritt.
Mit den verschiedenen Kann-Formulierungen ist die SP Fraktion nicht überall einverstanden. Damit wird dieses Gesetz verwässert und Massnahmen können je nach Zusammensetzung des Regierungsrats oder der Verwaltung unterschiedlich ausgelegt werden. Die SP-Fraktion wird in der Detailberatung entsprechende Anträge stellen.
Zudem ist die SP-Fraktion klar der Meinung, dass die Sanierung und der weitere Betrieb von Abfallanlagen nicht wie in § 16 Abs. 3 festgehalten an die wirtschaftliche Tragbarkeit geknüpft werden darf. Eine solche Begründung kann immer vorgelegt werden und hängt vom Erfindergeist der Geschäftsleitung und des Buchhalters ab. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist keine qualifizierte Feststellung, um eine Sanierung zu verhindern. Einen entsprechenden Antrag werden wir in der Detailberatung stellen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF für Eintreten auf die Vorlage ist. Wir anerkennen die Bemühungen der Regierung, in unserem Kanton Sorge zur Unwelt zu tragen. Gerade das Verbot von Holzabfällen und Mottfeuern ist wichtig, da die dabei freigesetzten Feinstaubmengen auch für die Menschen sehr gesundheitsschädigend sind; das ist heutzutage der ganzen Bevölkerung bewusst.

Die AGF begrüsst, dass neu auch die Lichtemissionen geregelt werden. Grundsätzlich soll dort das Prinzip gelten, soviel Licht wie nötig, um das Sicherheitsgefühl für die Bevölkerung aufrecht zu halten. Aber auch so wenig wie möglich. Nicht nur Menschen leiden nachts an zuviel Licht oder Lichtverschmutzung, sondern auch Vögelschwärme, die hauptsächlich nachts unterwegs sind, können die Orientierung verlieren, und diese Stresssituationen führen für die Vögel oft zum Tod. Wir wünschen uns alle, dass der Nachthimmel oder schöner gesagt der Sternenhimmel wieder besser wahrgenommen werden kann.
Wir begrüssen die Partikelfilterpflicht bei Fahrzeugen und Maschinen und sind einverstanden mit der Übergangspflicht von fünf Jahren. Hier setzt die Zentralschweizer Umweltdirektoren-Konferenz ein Zeichen, in dem sie die als Maximum vorgeschlagenen zehn Jahre des Bundes um die Hälfte kürzt.
Auch Holzfeuerungen und Abfallanlagen sollen schnellstmöglich saniert und nachgerüstet werden, wenn der Stand der Technik dies ermöglicht.
Das Gesetz enthält das Notwendige. Wir hätten es aber begrüsst, wenn einzelne Paragraphen griffiger gemacht und sie aktiver formuliert worden wären. Da hätte die Regierung aus unserer Sicht noch ein klareres Signal setzen können.
Der Regierungsrat schreibt von einem schlanken Gesetz, das auf rasche Verfahren ausgerichtet ist. Was heisst das? Möchte die Regierung sich mit gewissen Kann-Formulierungen den Weg offen lassen, damit nicht alles von heute auf morgen umgesetzt werden muss? Die Bevölkerung und Umwelt haben Anrecht auf Schutz vor schädlichen Einflüssen durch Abgase, Abfälle, Schadstoffablagerungen etc. Ein sorgsamer Umgang mit der Umwelt ist doch direkte Gesundheitsprävention!
Wir danken Ihnen jetzt schon, wenn Sie die Anträge der AGF und der SP bei den §§ 12, 15 und 16 Abs. 3 unterstützen, zum Wohle der Umwelt und der Bevölkerung. Auf den Antrag bei § 12 betreffend Sofortmassnahmen bei Smogperioden wird die Votantin in der Detailberatung eingehen.

Flavio **Roos** weist darauf hin, dass in anderen Kantonen die Gesetze leider etwas übertrieben sind und sie unsere 40 Paragraphen drastisch überschritten haben. Die SVP begrüsst das sehr. Danke Heinz Tännler, es ist gut so, dass wir für unsere Umwelt Sorge tragen und dafür Regeln aufstellen. Die Nachhaltigkeit der Natur ist auch für uns sehr wichtig und sollte in Zukunft gewährleistet sein. Durch das schlanke Gesetz wurde auch die Wirtschaft berücksichtigt und sie wurde nicht zu stark eingeschränkt. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und stimmt der Vorlage grossmehrheitlich zu.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion einstimmig für Eintreten auf die Vorlage ist und auch den Vorschlägen der vorberatenden Kommission weitgehend zustimmt. Wir werden in der Detailberatung folgende zwei Änderungsanträge stellen: Die Sanierungsfrist von Holzfeuerungsanlagen von zehn auf fünf Jahre zu verkürzen und damit eine vielleicht schweizweite einzigartige Frist zu kreieren, lehnt eine Mehrheit der FDP-Fraktion ab. Die zum Teil hohen Folgeinvestitionen nach einer eher kurzen Betriebszeit für die Sanierung sind mit ein Grund, der gegen die Senkung der Frist spricht.
Innerhalb der Fraktion diskutierten wir auch über die Streichung von Abs. 2 bei § 39 ab, das landwirtschaftliche Fahrzeuge und Maschinen von der Nachrüstpflicht ausgenommen sein sollen. Die Fraktionsmehrheit ist für eine Streichung des ganzen Absatzes. Wie sie dem Kommissionsbericht entnehmen können, fehlt schlicht die Nachrüsttechnologie, um die erwähnten Maschinen anzupassen. Somit kann

ohne Konsequenz auf Abs. 2 verzichtet werden, ist dieser Passus doch in Abs. 1 mit dem Vermerk «soweit solche Systeme verfügbar sind» bereits enthalten.
Die FDP-Fraktion stimmt dem Einführungsgesetz USG zu und wird in der Detailberatung die erwähnten Anträge stellen und zwar nicht einstimmig, aber mehrheitlich unterstützen.
Der Votantin persönlich gehen die Vorschriften betreffend Lichtverschmutzung zu wenig weit. Es fehlt ihr leider das Verständnis, weshalb historische Gebäude bis tief in die Nacht hinein angestrahlt werden, Sträucher und Bäume beleuchtet oder ganze Bauten mit farbigem Licht an der Aussenwand kunstvoll gestaltet werden. Gerne hätte sie hier z.B. eine Zeitlimite für Lichtquellen, welche nicht der Sicherheit von Fussgängern und Verkehrsteilnehmern dienen, gesehen. Dies sei aber Aufgabe der Gemeinden; vielleicht sind einige etwas fortschrittlicher als der Kanton, Baar zählt hier leider nicht dazu.

Pirmin **Frei** meint, wir hätten die Gründe für diese Gesetzesrevision nun schon mehrfach gehört. Er wiederholt sie nicht mehr. Tatsache ist, dass die kantonale Gesetzgebung formal an das revidierte Bundesrecht angepasst werden muss und dass der Massnahmeplan Luftreinhaltung, der behördeverpflichtend ist, ebenfalls Anpassungen des EG USG bedingt. Würde der Rat auf die Vorlage nicht eintreten, so ist absehbar, dass wir uns schon bald wieder mit einer Vorlage, die sich kaum von der heutigen Vorlage unterscheiden würde, befassen müssten. Deshalb ist denn auch für die CVP-Fraktion das Eintreten auf die Vorlage mehrheitlich unbestritten.
Der Votant verschweigt nicht, dass gewisse Mitglieder unserer Fraktion den Aktivismus des Gesetzgebers in Umweltfragen – auf Kantons- wie auf Bundesebene – kritisch beobachten. Denn der staatliche Umweltschutz arbeitet ausgeprägt mit Geboten und Verboten. So setzt er vielfach Grenzwerte, um den Schutz der Umwelt polizeilich zu erzwingen. Mit solcher Politik werden Unternehmen, KMU-Betriebe, aber auch Private gezwungen, Mittel für das Erfüllen der Grenzwerte einzusetzen, deren Wünschbarkeit an sich nicht in Frage zu stellen ist, ohne zu bedenken, dass schon mit der Hälfte dieser Mittel das erwünschte Ziel vielleicht zu 90 % erreicht und die andere Hälfte in irgendeinem anderen Bereich viel wirksamer zur Schonung der Umwelt eingesetzt werden könnte. Pirmin Frei weiss in diesem Punkt die zugerische CVP hinter sich: Er steht ein für einen staatlichen Umweltschutz, der sich tendenziell abwendet von einseitiger Ausrichtung auf umweltpolizeiliche Gebote und Verbote und sich weitestmöglich marktwirtschaftlicher Instrumente bedient.
Damit hat er vorweg genommen, dass er namens der CVP-Fraktion in der Detailberatung Änderungsanträge stellen wird, nämlich überall dort, wo die Vorlage im materiellen Bereich Wirtschaftsfreundlichkeit und liberalen Geist vermissen lässt.

Baudirektor Heinz **Tännler** dankt vorab für die doch gute Aufnahme des EG USG. Auch nochmals Dank an die Kommissionspräsidentin, die ja in ihrem Votum eigentlich mehrheitlich schon alles gesagt hat, und auch den Mitgliedern der Kommission. Ganz allgemein zwei, drei Bemerkungen dazu. Das EG USG hat sich in den mehr als zehn Jahren seit dem Erlass wirklich bewährt. Einzelne Bestimmungen sind mittlerweile nicht mehr ganz aktuell, so dass der Erlass punktueller Anpassungen nötig ist. Der Kanton Zug ist bestrebt, seine kantonale Umweltschutzgesetzgebung weiterhin möglichst schlank zu halten. Es wird deshalb nur neues Recht geschaffen

und mehr nicht. Überholte Bestimmungen oder Wiederholungen – auch solche des Bundesrechts – werden weggelassen.
Da kann der Baudirektor einen Verweis machen auf andere Kantone. Zum Beispiel unser Lieblingsnachbarkanton, der Kanton Luzern, hat weit über 100 Paragraphen. Da wird episch ausgeführt. Aber auch Schaffhausen, der Kanton Zürich in verschiedensten Gesetzen, ja fast alle Kantone haben doppelt, dreifach so viele Paragraphen wie wir hier im Kanton Zug.
Nun noch etwas zu Argumenten, die genannt worden sind. Markus Jans hat das Öffentlichkeitsprinzip angesprochen. Heinz Tännler teilt seine Meinung vollumfänglich. Aber da gibt uns der Bund nun die Weisung durch. Einmal mehr ist hier der Datenschutz der Stolperstein. Da können wir auf kantonaler Ebene nichts machen.
Bei den von Markus Jans angesprochenen Kann-Formulierungen ist der Baudirektor hingegen anderer Meinung. Es ist eben gerade das Verhältnismässigkeitsprinzip, das eine veritable Rolle spielt. Es hat Verfassungsrang. Da geht es um das technisch Machbare und um das wirtschaftlich Tragbare. Das ist Ausfluss aus diesem Verfassungsgrundsatz, das Verhältnismässigkeitsprinzip muss spielen. Deshalb brauchen wir diesen Handlungsspielraum und diese Kann-Formulierungen. Auch Anna Lustenberger hat ja darauf hingewiesen.
Zu den Holzfeuerungen. Anna Lustenberger hat gesagt, diese Frist von fünf Jahren sei eine ZUDK-Lösung. Heinz Tännler möchte das zuhanden des Protokolls richtigstellen. Das ist eine rein zugerische Massnahme!
Zu Maja Dübendorfer wegen der Beleuchtung und zeitlichen Limiten. Das ist nicht ausgeschlossen. Die Bewilligungsbehörde kann ja Auflagen machen bei der Bewilligung. Man kann als Auflage beispielsweise zeitliche Limiten verordnen. Dies ist grundsätzlich möglich und nicht ausgeschlossen.
Zu Pirmin Frei und dem Aktivismus. Der Baudirektor möchte nochmals betonen: Der Bund mag sich in Aktivismus üben, aber der Kanton Zug nicht. Dort, wo wir Bundesrecht übernehmen müssen, sind uns die Hände gebunden. Das müssen wir machen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 9a (neu) Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier die Kommission beantragt, «in folgenden Fällen» zu streichen. Die Regierung ist damit einverstanden.

➔ Einigung

§ 9a (neu) Abs. 3

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier die Kommission beantragt, den Beginn des ersten Satzes wie folgt zu formulieren: «Soweit verfügbar müssen Geräte, Maschinen und Fahrzeuge im stationären Einsatz ab Baujahr 2012 …». Der Regierungsrat ist damit einverstanden.

➔ Einigung

§ 9a (neu) Abs. 4

Daniel **Abt** hat letztes Jahr eine Holzfeuerungsanlage mit 95 kW Leistung in Betrieb genommen und er geht davon aus, dass sie den gültigen Anforderungen entspricht und somit vom folgenden Antrag nicht betroffen ist. Soviel zu seiner Interessenbindung. Er stellt den Antrag, die Übergangsfrist gemäss Bundesgesetz zu übernehmen und auf zehn Jahre festzusetzen. Das Argument der vorberatenden Kommission, mit der Herabsetzung der Frist auf fünf Jahre einen aktiven Umweltschutzbeitrag leisten zu wollen, lässt er nicht gelten. Noch im September 2007 wurden in diesem Rat von allen Fraktionen Holzfeuerungen als sinnvolle Alternativen zu Ölheizungen hoch gelobt. Und nun sieht man diese als Bedrohung.
Der Votant ist überzeugt, manche in diesem Saal werfen in der Übergangszeit gerne ihr Cheminée oder den Schwedenofen an, um so, ineffizient und mit grosser Feinstaubbelastung, ihre Wohnung ein paar Grad zu erwärmen. Ehrlicher wäre es doch, diese Heizungen aufzurüsten. Hoffentlich sind Sie mit Daniel Abt einig, dass dies absolut übertrieben und unverhältnismässig wäre.
Für den Betreiber einer betroffenen Anlage spielt es eine grosse Rolle, ob er diese bereits in fünf Jahren aufgerüstet haben muss oder ob er sie noch fünf weitere Jahre Betreiben kann und anschliessend, da sie dann ihren Lebenszyklus eventuell erreicht hat, direkt durch eine neue, effizientere und umweltschonendere Anlage ersetzt. Vielen Dank für die Unterstützung dieses Antrags.

Pirmin **Frei** schliesst sich im Namen der CVP-Fraktion dem Antrag seines Vorredners an, die Sanierungsfrist für Holzfeuerungen grösser als 70 kW auf zehn Jahre festzusetzen. Er muss an dieser Stelle seine Interessenbindung offenlegen: Er ist Geschäftsführer von Holzfeuerung Schweiz (SFIH), dem Verband der Hersteller und Lieferanten von Holzheizungsanlagen, über die wir heute diskutieren.
Die CVP und der Votant sind nicht gegen Sanierungspflichten, auch nicht gegen Sanierungsfristen, und in Einzelfällen auch nicht gegen kurze Sanierungsfristen. Im vorliegenden Fall aber ist zu beachten, dass der Kanton Zug hier einen Extrazug fahren will. Die 5-jährige Sanierungsfrist ist eine spezifisch zugerische Massnahme. Sie weicht vom Zentralschweizer Massnahmeplan und auch von der eidgenössischen Luftreinhalteverordnung ab.
Massnahmepläne erlässt man, weil man die Umweltvorschriften und die Praxis harmonisieren will. Der Vorschlag der Regierung widerspricht diesem Harmonisierungsgedanken. Dagegen wäre allenfalls dann nichts einzuwenden, wenn wir im Kanton Zug besondere Verhältnisse beziehungsweise ein besonderes Problem mit Holzheizungen hätten. Dies lässt sich aber weder dem regierungsrätlichen Bericht entnehmen, noch hat dies in der Kommission der Leiter des Amts für Umweltschutz behauptet.
Extrazüge verursachen Verunsicherung beim Betreiber. Wann kommt die nächste Änderung und wie viel kostet diese? Wie umweltfreundlich ist meine relativ teure Holzheizung wirklich? Und wo weiter. Sonderlösungen, auch wenn sie gut gemeint sind, schaden dem Image einer an sich vernünftigen Heizart. Und bei den Unternehmen führen sie zu kostspieligen Anpassungen der Prozesse und zu zusätzlichem Kommunikationsaufwand. Der Geschäftsführer der Energieberatungszentrale Zentralschweiz, Jules Pikali, formulierte es Pirmin Frei gegenüber aus Sicht der Planungsbranche so: «Wir verrecken langsam ob all den kantonalen Uneinheitlichkeiten.»
Wem das egal ist, wird einwenden: Ja, mit dieser Massnahme kann man jährlich 1,8 Tonnen Feinstaub einsparen. Wohlan! Aber das ist vor dem Hintergrund der

Hunderten von Tonnen Feinstaub, die jährlich insgesamt die Umwelt belasten, eben vernachlässigbar. Erinnern Sie sich? X Millionen für 100 % Umweltwirkung, mit der Hälfte aber immer noch 90 %. Dazu noch einen Erfahrungswert aus der Holzfeuerungsbranche: Bei kurzen Sanierungsfristen wird in aller Regel nur das Nötigste gemacht, d.h. es wird ein Partikelfiltersystem montiert, aber eben auf eine alte Anlage. Bei längerer Frist hingegen wird meistens die ganze Anlage saniert. Dies ist aus ökologischer Sicht zu begrüssen.
Der Votant schliesst mit einem Appell an all jene, die im letzten Wahlherbst ihren Wählerinnen und Wählern versprochen hatten, wirtschafts- und KMU-freundlich zu politisieren. Es sind dies (Pirmin Frei hat es nachgeprüft) alle bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Heute können Sie Ihren Wählerinnen und Wählern beweisen, dass Sie das ernst gemeint haben.

Gabriela **Ingold** möchte etwas richtigstellen, was Daniel Abt gesagt hat. Die Frist von fünf Jahren ist kein Änderungsantrag der Kommission, sondern es ist so in der Vorlage des Regierungsrats vorgesehen. – Eine grosse Holzheizung gibt aber bis 1'000-mal mehr Feinstaub an die Umwelt ab als eine gut funktionierende Öl- oder Gasheizung. Der Kanton Zug soll mit einer zügigen Sanierung solcher Heizungen innerhalb einer Frist von fünf Jahren eine Vorreiterrolle übernehmen. Die Heizungen müssen ja so oder so saniert werden. Weshalb nicht zügig, hat sich die Kommission gefragt. Aus diesen Gründen lehnte sie mit 10:4 Stimmen einen Antrag für eine Frist von zehn Jahren ab. Die Kommission beantragt, aktiv etwas für den Umweltschutz zu tun. Bitte stimmen Sie dem Antrag des Regierungsrats zu!

Baudirektor Heinz **Tännler** meint, es sei nicht verwunderlich, dass zwei «Hölzige» diesen Antrag gestellt haben. – Zuerst einige allgemeine Bemerkungen und dann zu den Voten.
Die Reduzierung der Sanierungsfrist für grosse Holzfeuerungsanlagen über 70 kW von zehn auf generell fünf Jahre ist wirklich eine rein zugerische Massnahme. Hier geht es um eine Sanierung von *schlecht funktionierenden* grossen Holzfeuerungsanlagen. Die Anlage von Daniel Abt fällt nicht darunter. Da ist eben darauf hinzuweisen, dass der Bund nicht von zehn Jahren spricht. In der Luftreinhalteverordnung sagt der Bund: «In der Regel fünf Jahre.» Allenfalls je nach Einzelfall sogar weniger oder eben mehr. Der Regelfall des Bundes ist also fünf Jahre, und daran haben wir uns gehalten. Eine schlecht betriebene Holzfeuerung gibt etwa nicht nur 1'000-, sondern 2'000-mal mehr Feinstaub ab als eine gut betriebene Ölheizung oder Holzfeuerung. Und wir haben im Kanton Zug ca. 60 bis 70 solche Anlagen. Das macht schon etwas aus. Diese Frist von fünf Jahren gibt Rechtssicherheit, sie führt nicht zu Verunsicherung. Es ist legiferiert und im Gesetz festgehalten. Man weiss dann, dass es fünf Jahre sind. Wenn wir längere Sanierungsfristen hätten und die Bundesregel übernehmen würden, bedeutete dies, dass man einmal fünf Jahre macht, im nächsten Fall acht Jahre und dann wieder sieben. Das würde viel mehr zur Verunsicherung führen. Ihr schlägt jetzt zehn Jahre vor. Das ist fast eine Generation. Eine Richtplangeneration ist 15 Jahre. Auch fünf Jahre sind aus unserer Sicht sehr wohl angemessen. Nicht zuletzt auch für die Gewerbetreibenden. Das gibt ja auch Aufträge, wovon sie profitieren.
Natürlich sind jetzt die Interessenbindungen bekannt gegeben worden. Aber es geht ja gerade bei Fragen von Energie und Umwelt immer um Interessen. Alle, die ein Interesse haben, wollen einen Extrazug fahren. Auch dem von Pirmin Frei zitierten Jules Pikali gibt der Baudirektor Aufträge und dieser sollte ihm jetzt nicht

in den Rücken fallen. Und wenn Pirmin Frei sagt, es sei vernachlässigbar, so ist darauf hinzuweisen, dass viele heutige Massnahmen, nachdem wir die grossen Würfe gemacht haben, allesamt vernachlässigbar sind. Aber es ist letztlich das Zusammenspiel von vielen vernachlässigbaren Massnahmen, die eben doch eine entsprechende Wirkung haben. Der Baudirektor spricht hier nicht für sich selbst, sondern für unsere Umwelt. Bitte unterstützen Sie diese doch grosszügige Nachrüstungspflicht von fünf Jahren, die aus unserer Sicht ausreichend ist, und lehnen Sie den Antrag von Daniel Abt und der CVP-Fraktion ab.

➔ Der Rat unterstützt mit 49:28 Stimmen den Antrag von Daniel Abt und der CVP-Fraktion, wonach die Frist auf zehn Jahre festgesetzt wird.

§ 12 Abs. 2 Bst. c

Anna **Lustenberger-Seitz** stellt im Namen der AGF den Antrag für folgende Formulierung:
«Der Regierungsrat legt die Interventionsschwelle bei Smog fest und erlässt während Smogperioden allgemeinverbindliche befristete Sofortmassnahmen.»
Begründung: Es braucht hier keine Kann-Formulierung. Es ist allgemein bekannt, dass Smog die Gesundheit gefährdet und die körperliche Leistung einschränkt. Messwerte zeigen auf, dass auch in der Zentralschweiz die Grenzwerte immer wieder überschritten werden. Im Zentralschweizer Massnahmenplan II steht, dass weiterer Handlungsbedarf angezeigt ist und nicht nur die Fortsetzung der bisherigen Luftreinhaltemassnahmen.
Der Regierungsrat setzt dies zwar gesetzlich um, aber er lässt sich mit der Kann-Formulierung ein Hintertürchen offen. Die Begründung gegen diesen Antrag im Kommissionsbericht genügt nicht. Dort steht – und das hat der Baudirektor auch an der Kommissionssitzung gesagt – dass es bei Situationen von einer Überbelastung von nur wenigen Stunden keinen Sinn mache, Massnahmen zu ergreifen.
In § 12 wird aber von Smogperioden, also nicht nur von ein paar wenigen Stunden gesprochen. Warum soll eine Kann-Formulierung auf Grund von Sommer- und Wintersmog reichen? In beiden Jahreszeiten gibt es doch anhaltende Smogperioden, die jeweils Handlungsbedarf anzeigen.
Es gibt ein Papier mit dem Namen «Interkantonales Interventionskonzept» für ausserordentliche hohe Luftbelastung, erarbeitet von der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz. Dieses umfasst nicht nur den Winter-, sondern auch den Sommersmog. Denken Sie doch nur an den Hitze-Sommer 2003, als die ganze Bevölkerung hustete und über Unwohlsein klagte. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu, hier die Kann-Formulierung zu streichen!

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag der AGF unterstützt. Wird die Interventionsschwelle bei Smog überschritten, hat der Regierungsrat zu handeln. Wie und was er macht, liegt in seiner Kompetenz. Er kann die Bevölkerung informieren, dass noch keine Massnahmen zu treffen sind, oder er kann die notwendigen Massnahmen kommunizieren und treffen. Nur einfach nichts tun kann und darf der Regierungsrat nicht. Die SP-Fraktion wünscht sich in diesem Bereich einen klaren Auftrag an den Regierungsrat, der sich aus dem Gesetz ableiten lässt.

Oliver **Wandfluh** unterstützt den Antrag des Regierungsrats mit der Kann-Formulierung, und zwar aus folgendem Grund. Der Regierungsrat sollte die Möglichkeit

haben, wenn der Interventionswert überschritten ist, z.B. vorausschauend die Wetterprognose einzubeziehen. Sollten in ein, zwei Tagen Regenschauer angesagt sein, würde das den Wert wieder senken. Eine solche Abwägung sollte dem Regierungsrat möglich sein.

Gabriela **Ingold** hält fest, dass in der Kommission ebenfalls ein Streichungsantrag zur Kann-Formulierung gestellt wurde, da diese nicht aktiv genug sei. Die Interventionsmöglichkeit bei Smogperioden ist im Bericht und Antrag des Regierungsrats auf S. 6 umfassend dargestellt. Anna Lustenberger hat die Begründung, warum die Kommission den Regierungsantrag stützt, in ihrem Votum erwähnt. Es muss berücksichtigt werden, dass nicht der Regierungsrat die Massnahmen auslöst, sondern er hat ein Konzept für Smogperioden ausgearbeitet. Dieses Konzept mit Massnahmenplan lag der Kommission vor. Der Vollzug der Massnahmen ist an die Baudirektion delegiert. Die Kommission lies sich davon überzeugen, dass die Kann-Formulierung Sinn macht, da damit eine gewisse Flexibilität erreicht wird. Beim Überschreiten der Grenzwerte für nur wenige Stunden sollen nicht unnötig Massnahmen ergriffen werden müssen. Die Kommission hält deshalb am Vorschlag des Regierungsrats mit 11:3 Stimmen fest.

Baudirektor Heinz **Tännler** möchte Folgendes richtig stellen. Es gibt das Interkantonale Interventionskonzept. Das ist aber nicht irgendein Wunschkonzert, das der Baudirektion einfach Tür und Tor offen lässt, was sie wann macht, wann sie informiert etc. Wenn dieser Grenzwert um das 1½-fache überschritten ist, müssen wir informieren, und das tun wir auch. Selbst wenn es nur eine kurzfristige Periode ist. Informieren ist ja nicht schlecht. Beim doppelten respektive dreifachen Tagesgrenzwert haben wir die Interventionsstufe I oder II. Die Interventionsstufe I führte im Jahr 2006 zu Diskussionen, als man auf der Autobahn Tempo 80 einführte.
Warum also diese Kann-Vorschrift? Oliver Wandfluh hat es angetönt. Man hat z.B. eine Inversionslage, deren Entwicklung man aufgrund der Wetterprognose relativ genau sieht. Und jetzt muss man sich vorstellen, dass wir eine Inversionslage haben und der doppelte Grenzwert erreicht ist. Wir wissen aber, dass tags darauf sich diese Inversionslage verändert und möglicherweise innerhalb von 24 oder 48 Stunden die Situation komplett anders aussieht. Wenn wir nun verpflichtet sind, diese Massnahmen einzuleiten, braucht das eine Vorlaufzeit. Man kann nicht innert 30 Minuten auf der Autobahntafel 80 anbringen. Da muss man vorher informieren. Man kann diese Massnahmen nicht einfach innert einer Stunde umsetzen. Das braucht administrativen Aufwand und eine Vorlaufzeit. Und wenn dann diese Massnahmen greifen würden, ist die Inversionslage vorbei und wir haben vor allem eines erreicht: Wir haben die gesamte Bevölkerung verärgert. Und der Umwelt genützt hat es herzlich wenig. Deshalb appelliert der Baudirektor hier, diese Kann-Vorschrift zu belassen und nicht eine fixe Verpflichtung festzulegen. Das wäre der falsche Ansatz. Heinz Tännler kann betonen: Es liegt nicht am Baudirektor, welcher Couleur auch immer, ob er nun der SVP angehört oder der AGF, ein Spielchen zu machen. Wir haben eine Verpflichtung, aber man soll sie mit Augenmass ausführen können.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AGF mit 60:16 Stimmen ab.

§ 15

Markus **Jans** stellt im Namen von SP-Fraktion und AGF den Antrag, den Paragraphen wie folgt zu ändern:
«Sofern Lichtemissionen zu erwarten sind, nimmt die zuständige Behörde entsprechende Bedingung und Auflagen in ihre Bewilligung auf.»
Nicht nur Skybeamer sind störend, sondern auch die in letzter Zeit um sich greifende Luminierung von Liegenschaften und Plätzen. Insbesondere sind viele Schockbeleuchtungen ein Ärgernis. Bald ist kein Spaziergang in der näheren Umgebung mehr möglich, ohne dass über Bewegungssensoren unverhofft die Lichter angehen. Es ist davon auszugehen, dass viele Schockbeleuchtungen ohne Bewilligungen installiert wurden. Durch die Schockbeleuchtung gestörte Nachbarn haben dann eine entsprechende Beschwerde einzureichen. Mit der beantragten Formulierung soll aufgezeigt werden, dass eine Anlage, von der eine Lichtemission erwartet wird bewilligungspflichtig ist und diese der Grundeigentümer zu beantragen hat.

Pirmin **Frei** nimmt an, dass der Rat Verständnis dafür hat, dass er als ehemaliger Präsident der schweizerischen Beleuchtungsindustrie das Wort «Lichtverschmutzung» für ziemlich scheusslich hält. Doch es ist fairerweise festzustellen, dass Lichtverschmutzung ein Thema ist, das die Bevölkerung bewegt. Vor nicht allzu langer Zeit wurde darüber an der Baarer Gemeindeversammlung lange und emotional debattiert, nachdem die Gemeinde geplant hatte, sämtliche Pflanzen, welche ein Schulhausareal umfriedeten, von unten her, also himmelwärts, zu beleuchten.
Wir sollten nach Erachten des Votanten und gemäss der Meinung der CVP-Fraktion diese erhöhte Sensibilität innerhalb der Bevölkerung ernst nehmen, um nicht später mit viel Geld und grossem Tamtam Tierarten, die plötzlich verschwunden sind, wieder bei uns ansiedeln zu müssen.
Die CVP unterstützt in diesem Sinne das Ansinnen der Regierung in § 15a, Skybeamer, Laser-Scheinwerfern oder himmelwärts gerichteten Reklametafeln zu verbieten. Zu weit geht es einer klaren Mehrheit der Fraktion jedoch, wenn der Staat auch im privaten Bereich Einschränkungen machen und himmelwärts gerichtete Beleuchtungen auf privaten Grundstücken der Bewilligungspflicht unterstellen will. Zwar ist anzuerkennen, dass der Regierungsrat die vorsichtige Kann-Formulierung gewählt hat; Kann-Bestimmungen führen jedoch stets zu behördlichen Ermessensentscheiden, die aufwändig sind, die Verwaltung belasten und letztlich zu Kosten führen, über die wir uns in der Haushaltsdebatte – primär in den Gemeinden – dann wieder die Augen reiben können.
Der Votant fasst zusammen: Mit § 15 und teilweise auch mit § 15a geht die Regierung nach dem Gusto der CVP zu weit. Wir beantragen deshalb folgende Anpassungen:
§ 15 sei zu streichen und § 15a sei wie folgt zu formulieren:
«Der Einsatz von sogenannten Skybeamern, Laser-Scheinwerfern oder Reklametafeln ist verboten.»
Pirmin Frei möchte abschliessend all jenen, die im Wahlherbst 2010 die Fahne des Liberalismus gehisst und einen schlanken Staat gefordert hatten, an ihr Wahlversprechen erinnern. Er spricht hier vor allem die Vertreterinnen und Vertreter der FDP, Die Liberalen an. Heute können Sie beweisen, dass sie wirklich liberal im klassischen Sinn, mehr Freiheit, weniger Staat sind. Nutzen Sie die Chance!

Gabriela **Ingold** hält fest, dass ein Streichungsantrag von § 15 in der Kommission nicht gestellt wurde, weshalb sie dazu namens der Kommission nicht Stellung nehmen kann. Paragraph 15 wurde allerdings in der Kommission intensiv diskutiert. Insbesondere wurde die Kann-Formulierung in Frage gestellt. Ihr Weglassen hätte zur Folge, dass in sämtliche Baubewilligung Auflagen aufgenommen werden müssten, auch wenn gar keine Beleuchtungen vorgesehen wären. Sofern ein Beleuchtungskonzept mit einem Baugesuch eingegeben wird, kann die zuständige Baubewilligungsbehörde nach Ermessen Auflagen machen. In der Kommission wurde schlussendlich der Antrag gestellt dass die Formulierung heissen müsste: «Sofern Lichtemissionen zu erwarten sind, nimmt die zuständige Behörde entsprechende Bedingungen und Auflagen in ihre Bewilligungen auf.» Das ist der Antrag, den vorher Markus Jans gestellt hat Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 9:5 Stimmen abgelehnt. Die Kommission beantragt, die Version des Regierungsrates zu stützen.
Zu § 15a wurden in der Kommission keine Anträge gestellt, was bedeutet, dass dieser Artikel unbestritten war. Jedoch wurden Details rund um die optimale Beleuchtung von historischen Gebäuden besprochen. Die Votantin verweist auf die Ausführungen im Kommissionsbericht. Bei Notwendigkeit kann die bewilligende Behörde aufgrund des EG USG sowie des eidgenössischen USG Auflagen zur zeitlichen Beschränkung machen.

Matthias **Werder** hält fest, dass die SVP-Fraktion § 15 so stehen lassen will. Zu § 15a haben wir einen Änderungsantrag. (Die Vorsitzende unterbricht den Votant, zuerst müsse § 15 bereinigt werden und erst danach werde § 15a behandelt.)

Gregor **Kupper** ist selbstverständlich ebenfalls für die sinnvolle Einschränkung von unnötigen Lichtemissionen. Aber dieser § 15 ist jetzt tatsächlich viel zu offen formuliert. Gemäss regierungsrätlichem Bericht ist da als zuständige Behörde in erster Linie die Baubehörde angesprochen, ob Gemeinde oder Kanton ist egal. Und dann noch einige andere Behörden. Es geht also hier, wenn wir von Bewilligungen sprechen, in erster Linie um solche im Baubereich. Das alles ist aber so offen, dass unter diesem Paragraphen auch Haus- und Gartenbeleuchtungen abgehandelt werden können. Wir öffnen eine tolle Spielwiese für kreative Bauverwalter, die dann auf die Idee kommen könnten, bei jedem Baugesuch auch noch ein Beleuchtungskonzept einzufordern, weil sie ja sonst nicht beurteilen können, ob sie irgendwelche Bedingungen stellen müssten. Unser Baudirektor darf dann wahrscheinlich über Beschwerden entscheiden, bei denen es darum geht, ob jetzt eine 100-Watt-Birne tatsächlich nötig sei oder ob nicht vielleicht doch eine 60-Watt-Birne genügen würde. Gesetzesflut und Regulierungswut lassen grüssen. Der Votant empfiehlt dem Rat, diesen Paragraphen einstweilen zu streichen. Es steht dem Regierungsrat selbstverständlich frei, hier eine sinnvolle und praktikable Lösung für die 2. Lesung zu beantragen.

Baudirektor Heinz **Tännler** meint, es werde etwas dramatisiert. Gemäss Gregor Kupper sind die Baubehörden in den Gemeinden schon etwas Gefährliches, bei dem man nicht sicher ist, was getan wird. Wir sprechen hier davon, dass die zuständige Behörde in ihre Bewilligungen Auflagen und Bedingungen zur Begrenzung von Lichtemissionen aufnehmen kann. Dazu einige Beispiele. Wir haben im Kanton einige Liegenschaften, wo ein regelrechtes Beleuchtungskonzert stattfindet.

Wenn ein Vogel darüber fliegt, gehen alle Lampen an. Die Nachbarschaft regt sich auf, weil ihr Schlafzimmer beleuchtet wird, usw. Es ist also nicht so, dass dies kein Problem wäre. Es ist auch nicht so, dass man ein Beleuchtungskonzept einfordern kann. Entweder hat man ein Gesuch und es ist ein Beleuchtungskonzept dabei, dann kann man Bedingungen und Auflagen stellen. Wenn kein Beleuchtungskonzept dabei ist, sieht man bei der Bauabnahme, ob allenfalls eine Beleuchtung vorliegt und kann dann im Nachgang allenfalls noch Bedingungen und Auflagen machen. Aber der Baudirektor ist überzeugt, dass die Baubehörden gerade im Kanton Zug nicht so restriktiv handeln in diesem Bereich, wie jetzt hier angenommen wird. Deshalb sollte man diese Bestimmung so stehen lassen.
Denn Heinz Tännler ist sicher, dass selbst gestützt auf das Umweltschutzgesetz, das Bundesrecht, die Gemeinden sogar heute die Legitimation haben, Auflagen oder Bedingungen für Beleuchtungen zu machen. Er würde sogar behaupten, dass dies in allen Gemeinden auch schon geschehen ist und eigentlich diese Bestimmung nicht als so dramatisch angesehen werden kann. Was sicher ist: Aufgrund des Bundesrechts kann die Baudirektion heute schon Auflagen und Bedingungen machen, gestützt auf das USG. Und vor diesem Hintergrund ist diese Kann-Formulierung eine gute Lösung. Wenn sie verhältnismässig sind, können solche Bedingungen und Auflagen gemacht werden, damit wir nicht wie jetzt täglich Telefonate aus gewissen Gemeinden haben, die sich über Lichtemissionen streiten und aufregen. Das beschäftigt uns möglicherweise mehr, als wenn wir es hier richtig geregelt haben. Weil das eben nachbarrechtliche Probleme mit sich bringt.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst der Antrag der Regierung dem Antrag von SP-Fraktion und AGF gegenübergestellt wird. Den bereinigten Antrag stellen wir in einer zweiten Abstimmung dem Streichungsantrag gegenüber.

➔ Der Antrag von SP-Fraktion und AGF wird mit 57:15 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Streichungsantrag von Pirmin Frei wird mit 36:34 Stimmen abgelehnt.

§ 15a (neu)

Matthias **Werder** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Antrag stellt, den Paragraphen wie folgt zu formulieren:
«Der Einsatz von Skybeamern oder ähnlicher künstlicher himmelwärts gerichteter Lichtquellen mit Ausnahme der optimalen Beleuchtung von historischen Gebäuden ist verboten.»
Begründung: Wir möchten nicht Gewerbler sowie Eigentümer in ihrer Freiheit einschränken, Reklamescheinwerfer oder dergleichen aufzustellen. Zudem sind Gewerbegebäude meistens Stockwerkeigentümergemeinschaften, in denen solche Angelegenheiten bereits im Reglement festgehalten sind. Streitigkeiten in der Nachbarschaft kann es immer geben. Es kann nicht sein, dass der Kanton immer überall Regeln aufstellen muss.

Baudirektor Heinz **Tännler** erinnert daran, dass jetzt zwei Anträge dem Antrag des Regierungsrats gegenüberstehen. Und wenn er Pirmin Frei richtig verstanden hat, ist der Vorschlag der CVP-Fraktion: «Der Einsatz von so genannten Skybeamern, Laser-Scheinwerfern und Reklamescheinwerfern ist verboten.» Womit ja dann die optimale Beleuchtung von historischen Gebäuden zulässig wäre. Das ist möglich,

aber der Baudirektor glaubt, dass wir hier um Kaisers Bart streiten. Der Vorschlag von Pirmin Frei ist inhaltlich gesehen eigentlich nicht viel anders als das, was der Regierungsrat vorschlägt. Mit der Ausnahme, dass man die ähnlichen, künstlichen himmelwärts gerichteten Lichtquellen einfach streicht. Wir sprechen ja hier von Skybeamern, Lasern und Reklamescheinwerfern, und da ist die Meinung, dass man Reklame in die Luft, in die Nacht hineinsetzt, und darum muss Heinz Tännler Matthias Werder insofern berichtigen, dass Reklametafeln, die beleuchtet sind, nicht darunter fallen. Die sind hier nicht gemeint. Deshalb bittet der Votant, dass man Skybeamer, Laser- und Reklamescheinwerfer drin lässt, weil damit Reklame, die in die Nacht gebeamt wird, angesprochen ist. Und dann ist es fast gehüpft wie gesprungen, ob man jetzt den Antrag der CVP nimmt oder den Antrag des Regierungsrats. Wenn wir das genau betrachten, kann man in aller Ruhe dem Regierungsantrag zustimmen, der dann immerhin noch explizit die historischen Gebäude ausnimmt und hier nicht zu irgendwelchen Missverständnissen führt.

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass der Baudirektor nun versucht hat, den Gegensatz zwischen dem Antrag der CVP und jenem der Regierung abzumildern. Für uns ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir das Verbot von himmelwärts gerichteten Lichtquellen beschränken auf das, was wirklich notwendig ist. Skybeamer, Laser-Scheinwerfer und halt auch Scheinwerfer für Reklameeinrichtungen. Uns geht es um den privaten Bereich, insbesondere in Gärten, an Hausfassaden. Wenn man das genau liest, würde das bedeuten, dass für jeden Scheinwerfer, wie stark er auch ist, eine Bewilligung notwendig ist und er überhaupt nicht mehr bewilligt werden könnte. Darum braucht es ja die Ausnahme für die historischen Gebäude. Wir möchten erreichen, dass im privaten Bereich die Bewilligungspflicht reduziert wird und diese Beleuchtungen noch möglich sind. Denn wir glauben, dass es berechtigt ist, dass man für kommerzielle Zwecke Grossanlagen verbietet, aber im kleinen Bereich gehen wir da zu weit. Bitte stimmen Sie deshalb dem CVP-Antrag zu.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass nun eine Dreifachabstimmung stattfindet. Jede Kantonsrätin und jeder Kantonsrat kann nur einmal die Stimme abgeben. Wir stellen die drei Anträge einander gegenüber, den Antrag der Regierung, jener der SVP-Fraktion und jener der CVP-Fraktion. Und Sie können einem dieser Anträge ihre Stimme geben.

➔ Der Antrag von Regierung und Kommission erhält 36 Stimmen, der CVP-Antrag 23 Stimmen und der SVP-Antrag 18 Stimmen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass keiner der drei Anträge das absolute Mehr erreicht hat. Somit stellen wir den Antrag der SVP-Fraktion jenem der CVP gegenüber. Der obsiegende Antrag wird nachher dem Regierungsantrag gegenübergestellt.

➔ Der CVP-Antrag obsiegt über den SVP-Antrag mit 41:25 Stimmen.

➔ Der Antrag von Regierung und Kommission obsiegt über den CVP-Antrag mit 39:33 Stimmen.

§ 16a (neu) Abs. 3

Markus **Jans** hält fest, dass SP-Fraktion und AGF beantragen, den Absatz wie folgt zu ändern:
«Die Betriebsbewilligung ist befristet. Bei erneuter Erteilung wird verlangt, dass die Anlage innert angemessener Frist dem Stand der Technik angepasst wird, sofern dadurch die Umweltbelastung reduziert wird.»
Begründung: Wir wehren uns dagegen, dass Umweltschutzmassnahmen in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Betriebs gestellt werden. Umweltschutzmassnahmen kommen der ganzen Bevölkerung zugute und dürfen nicht in die Abhängigkeit von Einzelinteressen und finanzieller Substanz einer Firma gestellt werden. Eine solche Auslegung führt zwangsläufig zu unterschiedlichen Bestimmungen. Haben zwei Firmen mit den gleichen Schwierigkeiten betreffend der Umweltbelastung zu kämpfen, müsste die finanziell gesunde Firma, die sich eine Sanierung leisten kann, eine solche auch durchführen. Die andere Firma die sich finanziell eine gleiche Sanierung nicht leisten kann, würde davon befreit. Das führt zu Wettbewerb verzerrenden Lösungen, was nicht im Interesse eines wirtschaftsfreundlichen Kantons sein kann.

Wie Gabriela **Ingold** bereits im Eintretensvotum ausgeführt hat, wurde in der Kommission allgemein über den Sinn und Zweck der Kann-Formulierungen in diesem Gesetz diskutiert. Der Kommission ist es bewusst, dass diese Kann-Formulierungen einen Ermessensspielraum bieten, was im Grundsatz begrüsst wurde. Ein entsprechender Antrag, wie er jetzt vorliegt, wurde bei § 16 nicht gestellt, weshalb die Votantin die Kommissionsmeinung nicht konkret kundtun kann. Bei diesem Abschnitt wurden die Begriffe «technisch machbar» und «wirtschaftlich tragbar» jedoch intensiv besprochen. Der Kommission ist es ein Anliegen, dass im EG USG ein gesundes Mass an Verhältnismässigkeit waltet.

Baudirektor Heinz **Tännler** bittet den Rat, diesen Antrag abzulehnen. Die Kann-Formulierung gibt diesen Handlungs- und Ermessensspielraum. Die von der Regierung vorgeschlagene Formulierung ist letztlich Ausfluss des Verhältnismässigkeitsprinzips. Und diesem Prinzip kommt Verfassungsrang zu. Beim USG, dem Bundesrecht, wird von «technisch machbar» und «wirtschaftlich tragbar» gesprochen. Damit wird dann eben auch klar dokumentiert, dass das Verhältnis von Investitionen, Arbeitsplatz, Gefährdung und dem Resultat für die Umwelt im Gleichgewicht sein muss, und das ist auch richtig so. Wenn wir nun einen Automatismus machen, wie es von der SP-Fraktion vorgeschlagen wird, könnte diesem Verhältnismässigkeitsprinzip eben nicht mehr Rechnung getragen werden. Und das würde Bundesrecht widersprechen. Stimmen Sie also dem Regierungsantrag zu!

Markus **Jans**: Das bisherige Abstimmungsresultat hat gezeigt, dass die Beibehaltung der Kann-Formulierung in diesem Saal gewährleistet ist. Sollte die Kann-Formulierung auch weiterhin im Gesetz stehen bleiben, machen wir folgenden *Eventualantrag: Der letzte Passus «… und die Anpassung wirtschaftlich tragbar ist» soll gestrichen werden.*

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung an ihrem Antrag festhält. – Wir stellen zuerst den Antrag von Regierung und Kommission jenem von SP-Fraktion und AGF gegenüber. Allenfalls stimmen wir anschliessend dann über den Eventualantrag ab.

➔ Der Antrag von SP-Fraktion und AGF wird mit 59:16 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Eventualantrag der SP-Fraktion wird mit 56:17 Stimmen abgelehnt.

§ 39 (Titel)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Kommission hier eine Änderung beantragt. Die Regierung unterstützt diesen Antrag.

➔ Einigung

§ 39 Abs. 1

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Kommission hier ebenfalls eine Änderung beantragt. Auch hier ist die Regierung einverstanden.

➔ Einigung

§ 39 Abs. 2

Daniel **Abt** beantragt im Namen der FDP-Fraktion im Sinne einer schlanken Gesetzgebung, diesen Absatz ersatzlos zu streichen. Die Kommission argumentiert, dass bei landwirtschaftlichen Maschinen oft keine geeigneten Systeme erhältlich sind. Das ist sicher richtig, gilt aber auch für andere Berufsgattungen. Der Votant nimmt an, dass aus diesem Grund in Abs. 1 der Zusatz «soweit solche Systeme verfügbar sind» angefügt wurde. Folglich gilt das für alle Berufsstände und es ist keine Ausnahme für einzelne Berufe zu schaffen.

Thomas **Rickenbacher** ist es als Vertreter der Landwirtschaft ein Anliegen, einige Worte zur Nachrüstungsproblematik betreffend Partikelfilter bei Traktoren zu verlieren. Angesichts der wenigen Betriebsstunden wäre eine Nachrüstung nicht zweck- und finanziell verhältnismässig. Alte Traktoren stossen relativ grobe Partikel aus; diese sind zwar nicht gesund, können aber vom Menschen via Schleimhäute aufgenommen und wieder ausgeschieden werden. Dies im Gegensatz zu den Kleinstpartikel, welche bei neuen Motoren ausgeschieden werden. Das Nachrüsten von alten Traktoren (1970-2000) ist technisch sehr aufwändig und kostspielig. Die Kosten hierfür belaufen sich gemäss Aussagen eines ausgewiesenen Landmaschinenhändlers auf 12' bis 15'000 Franken. Kommt hinzu, dass die Motorenhersteller jegliche Garantie einer Nachrüstung an den betreffenden Motoren ablehnen. Ein weiters Problem ist die Motorenauslastung. Sehr häufig werden mit Traktoren relative kurze Einsätze gefahren. Dabei kommt der Motor nicht auf die gewünschte Betriebstemperatur, welche der Partikelfilter benötigt, um die Russpartikel zu verbrennen. Dies müsste mit anderen, wiederum Energie zehrenden Massnahmen getan werden. – Aus diesen Gründen unterstützt der Votant den Antrag der Regierung und der vorberatenden Kommission, diesen Absatz zu belassen. Bitte tun Sie das auch – insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion!

Gabriela **Ingold** hält fest, dass in der Kommission auch dieser Absatz zu reden gab, und es wurde ebenfalls ein Streichungsantrag gestellt, da Mitglieder der Kommission den Absatz als obsolet betrachteten, insbesondere nachdem § 39 Abs. 1 entsprechend korrigiert wurde. Der Regierungsrat vertrat jedoch die Meinung, dass insbesondere bei Landwirtschaftsfahrzeugen die Nachrüsttechnologie noch nicht so weit sei und es deshalb keinen Sinn mache, für Landwirtschaftsfahrzeuge entsprechende Vorschriften zu erlassen. Die Kommission sprach sich mit 9:5 Stimmen für die Version des Regierungsrats aus.

Baudirektor Heinz **Tännler** bittet den Rat, den Antrag der Regierung zu unterstützen. Die CVP und der Zuger Bauernverband begehrten die Befreiung von landwirtschaftlichen Traktoren von dieser Partikelfilterpflicht. Wir haben diesem Antrag aus Überzeugung Folge geleistet, so dass nur noch bei *neuen* landwirtschaftlichen Maschinen und Fahrzeugen die Filterpflicht verlangt wird, soweit solche Partikelfilter überhaupt verfügbar sind. Insbesondere bei landwirtschaftlichen Traktoren – und das ist schon eine Differenz zu Baumaschinen und dergleichen – gibt es noch fast keine Hersteller, welche ihre Fahrzeuge mit entsprechender Technik anbieten. Dieses Angebot wird sich möglicherweise mit steigender Nachfrage ausweiten, so dass dereinst wohl nur noch Partikelfilter ausgerüstete Fahrzeuge angeboten werden können.
Landwirtschaftliche Fahrzeuge und Maschinen sind jedoch von der generellen Nachrüstpflicht auszunehmen. Warum? Aufgrund der technischen Entwicklung werden über kurz oder lang sämtliche Maschinen und Fahrzeuge über Partikelfiltersysteme verfügen. Das ist richtig. Technisch ist vielleicht alles möglich, aber man muss sich dann wirklich fragen, ob es auch sinnvoll ist. Gerade bei alten landwirtschaftlichen Maschinen – Thomas Rickenbacher hat von 1970 bis 2000 gesprochen, Heinz Tännler kennt Bauern, die noch Maschinen von 1950 auf dem Hof haben – ist es nicht unbedingt sinnvoll, weil Traktoren ja verschiedene Einsatzmöglichkeiten haben. Das ist der Unterschied zum Baugewerbe. Die laufen in ganz verschiedenen Lastbereichen. Deshalb ist es so schwierig und letztlich auch so teuer, wenn man hier nachrüsten würde. Auch vor dem Hintergrund der Verhältnismässigkeit ist die Regierung der Überzeugung, dass man auf eine solche Pflicht zur Nachrüstung bei landwirtschaftlichen Maschinen verzichten soll. Bitte unterstützen Sie den Regierungsantrag!

➔ Der Streichungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 47:25 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1975.4 – 13693 enthalten.

74 Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredite Planung und Projektierung Bahnprojekte und Bahnausbau

Traktandum 9 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1977.1/1899.2/1977.2 – 13559/60), der Kommission für öffentlichen Verkehr (Nr. 1977.3/1899.3 – 13649) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1977.4/1899.4 – 13656).

Manuel **Aeschbacher** weist darauf hin, dass Anpassungen an Bahninfrastrukturen komplexe und langwierige Vorhaben sind, denen meist eine lange Planungsphase und Verhandlungen über Kostenteiler vorausgehen. Nicht immer – heute sogar meistens – ist es nicht klar, wer was zu planen, vorzufinanzieren und/oder schlussendlich sogar zu bezahlen hat. Um die Grundlagen für Kostenbeteiligungen von Bahnprojekten zu ergründen und Planung und Projektierung von vom Kanton dringend erwünschten Projekten zu beschleunigen, ist der Rahmenkredit von 5,5 Mio. Franken für die Kommission eine Notwendigkeit. Dem Kredit für den Bahnbau über 2,5 Millionen stimmt die Kommission ebenfalls zu. Es gilt aber, darauf zu achten, dass der Kanton hier nicht voreilig Aufgaben übernimmt, die eigentlich anderen Institutionen zufallen.
Zusammengefasst führen die beiden Kredite nach Ansicht der Kommission zur Möglichkeit der zeit- und bedürfnisgerechten Bereitstellung der notwendigen Bahninfrastruktur, welche die steigenden Mobilitätsbedürfnisse abzudecken vermag. Eintreten und die Detailberatung waren in der Kommission unumstritten.
Zu angeregten Diskussionen führte die Motion betreffend höhere Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern. Es ging primär um die Frage, ob die Volkswirtschaftsdirektion die Zuger Anliegen – vorab bei den SBB – genug stark vertreten hat. Für die Mehrheit der Kommission hat die Volkswirtschaftsdirektion glaubhaft dargelegt, dass der Kanton Zug am Zug ist und bei den zuständigen Gremien genügend Einfluss nimmt. Das soll er im Auftrag der Kommission auch weiterhin tun. Sie unterstützt grossmehrheitlich den Regierungsantrag, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben, und stimmt den beiden Krediten ebenfalls zu.
Die SVP-Fraktion schliesst sich den Anträgen von Regierung und Kommission an und bittet den Rat, dies ebenfalls zu tun.

Gregor **Kupper** verweist auf den Bericht. Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung zur Vorlage.

Wer wie Zari **Dzaferi** auf der Strecke Zug-Luzern unterwegs ist, dem fällt schnell einmal auf, dass die Kapazitäten im Zug wie auch auf den Schienen langsam aber sicher ausgeschöpft sind. Der Votant hat ein GA und er ist auf verschiedenen Strecken mit dem Zug unterwegs. Seiner Meinung nach sind die Züge selten so ausgelastet wie auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern. Damit spricht er vor allem die Rush-Hour-Zeiten an. Gestern Morgen um 7.28 Uhr herrschte beinahe ein Kampf um die Rangordnung vor dem haltenden Zug. Denn alle wollten sich einen Sitzplatz ergattern. Einige, denen keiner blieb, konnten sich noch einen Platz dritter Klasse auf der Treppe sichern. Dennoch blieb überdurchschnittlich vielen Personen im Abteil nur noch ein Stehplatz auf den Gängen. Natürlich lässt sich lange darüber diskutieren, ob jeder einen Sitzplatz haben sollte. Während ein Stehplatz auf der S-Bahn keine grosse Sache ist, scheint ein Sitzplatz auf dem Schnellzug nach Luzern oder

Zürich aufgrund des Rollmaterials schon sinnvoll. Wie dem auch sei, die Kapazitäten auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern sollten so oder so unbedingt erhöht werden, zumal der Platzmangel zugenommen hat und gewiss weiterhin zunehmen wird.
Für die SP ist daher klar, dass der Ausbau dieser Linie dringend nötig ist. Unser Kanton ist gut beraten, wenn er sich für eine Kapazitätserweiterung einsetzt. Auch die SBB dürften daran interessiert sein, zumal diese Linie überaus profitabel ist. Dementsprechend ist es aus unserer Sicht notwendig, dass man die Qualität dieser Verbindung aufrechterhält – respektive verbessert. Daher wird die SP-Fraktion beiden Anträgen der Regierung einstimmig folgen.

Martin **Stuber** hält fest, dass die AGF der Vorlage einstimmig zustimmt. Der Rahmenkredit ist sinnvoll und nötig, er gibt der Volkswirtschaftsdirektion und dem Amt für öffentlichen Verkehr den notwendigen Spielraum, um schnell zu reagieren und die notwendigen Schritte für kleinere Optimierungen und Projektierungen wahrzunehmen. Der Betrag ist im Vergleich zu anderen Bereichen bescheiden. Gemäss Aussagen des Chefs des Amts für öffentlichen Verkehr korrespondiert er aber mit den Möglichkeiten, welche das sicherlich nicht überdotierte Amt heute leisten kann, und sollte für die nächsten fünf Jahre reichen. Da die Vorlage an sich ja unbestritten ist, kann der Votant sich auf einen anderen Punkt konzentrieren.
Den Anstoss für den Kantonsratsbeschluss gab ja die Motion Stuber/Schmid/Lötscher betreffend höhere Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern. Der Vorredner hat eindrücklich geschildert, wieso diese Motion dringend nötig ist. Sie wurde denn auch von 42 Kantonsrätinnen und Kantonsräten unterzeichnet – noch im alten Rat. Das war ein unzweideutiger Auftrag an die Regierung.
Wir haben kein Problem damit, dass die Regierung die Gelegenheit beim Schopf gepackt und mit der Beantwortung der Motion gleich noch eine Pendenz erledigt hat. Ein wenig Mühe haben wir allerdings damit, dass die *eigentlichen* Anliegen der Motion, nämlich das Vorwärtstreiben von sinnvollen und innert relativ kurzer Zeit realisierbarer Massnahmen zur Kapazitätserhöhung auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern in der Vorlage eher stiefmütterlich behandelt werden, auf weniger als zwei Seiten. Der grosse Teil der Vorlage betrifft eigentlich andere Punkte.
Es gab in der KöV einige Diskussionen darüber, welchen Stellenwert die in der Motion vorgeschlagenen Massnahmen haben. Es bestand Einigkeit, dass die Regierung dafür sorgen soll, dass die Doppelspurlücke zwischen Freudenberg und Rotkreuz in *einem* Schritt geschlossen werden soll. Dieses Projekt ist Bestandteil von ZEB, aber weil ZEB zurzeit nicht voll finanziert ist und die SBB mit ihren sehr beschränkten Investitionsmitteln nur gerade das jeweilige Minimum bauen wollen, braucht es wohl die Intervention des Kantons, dass die Schliessung dieser Lücke nicht nochmals etappiert wird – das wäre dann wirklich ein Schildbürgerstreich. Wir möchten gerne von der Regierung auch hier im Saal das Commitment hören, dass diese Lücke in einem Rutsch geschlossen werden kann. Für eine wenn auch beschränkte Kapazitätserhöhung und vor allem für die Verbesserung der Fahrplanstabilität ist dies eine überfällige Massnahme.
Was nun die Perronverlängerungen betrifft, so sind zwei Punkte wichtig:
1. Die billigste und schnellste Massnahme zur Kapazitätserhöhung im schienengebundenen Personenverkehr ist das Anhängen von mehr Wagen an einen schon verkehrenden Zug. Das Maximum für die Lok 2000 sind 15 Doppelstockwagen. Die im Einsatz stehenden Doppelstockkompositionen zwischen Zürich-Zug-Luzern bestehen aus neun Doppelstockwagen mit zwei zusätzlichen Einheitswagen in den Spitzenstunden. Hier ist also noch Einiges an Luft drin. Natürlich brauchen die SBB dafür zusätzliches Rollmaterial; das wird aber frei, sobald im Fernverkehr die neu-

en Doppelstockkompositionen von Bombardier ausgeliefert werden. Und es sieht so aus, dass die ihren Zeitplan wirklich einhalten können. Das fängt 2013 schon an.
2. Voraussetzung für solche langen Kompositionen sind Perrons mit mindestens 400 Metern. Die haben wir in Zürich, in Thalwil, in Zug und in Luzern, nicht aber in Baar und Rotkreuz. Wir sind uns sicher einig, dass wir dort die Interregio-Halte nicht verlieren wollen. Siehe auch den jüngsten Vorstoss zu Rotkreuz aus den Reihen der CVP.
Auch wenn die SBB in dieser Frage zurzeit auf der Bremse stehen, sollte das nicht heissen, dass wir einfach sofort klein beigeben. Umso mehr, als der grosse Schritt zum Kapazitätsausbau mit den Bundesratsbeschlüssen vom Januar in weite Ferne gerückt ist. Der Zimmerberg kommt (und zwar unabhängig von der Variante) sicher nicht vor 2030! Und wenn Sie die Motion lesen, die ja ein Jahr alt ist, so waren wir da noch optimistisch. Wir haben geschrieben: «Die durchgehende Doppelspur zwischen Zürich und Ebikon wird auch im allerbesten Fall nicht vor 2020 realisiert. Es besteht das Risiko, dass es noch bis 2030 dauert.» Heute ist es leider so, dass die Wahrscheinlichkeit, dass es bis weit in die 30er-Jahre dauern wird, sehr gross ist.
Der Sprechende hatte gestern eine Sitzung mit dem Chef des BAV im Zusammenhang mit Zimmerberg Light. Peter Füglistaler machte klar, dass der Zimmerberg keine Priorität hat und frühestens in drei bis vier Jahren darüber entschieden wird, ob die Schienenkapazität auf der Strecke Thalwil-Zug in die Liste für den zweiten Ausbauschritt der Bahninfrastruktur aufgenommen wird. Gemäss heutigem Planungsstand ist diese Massnahme nicht auf dieser Shortlist. Wir müssten also bis weit in die 30er Jahre warten, bis das kommt.
Ebenso sicher brauchen wir aber erheblich mehr Kapazität auf dieser Strecke in den nächsten 20 Jahren! Neben längeren Kompositionen mit mehr Fahrgastkapazität bleibt nur noch eine Verringerung der Zugfolgezeiten als Massnahme. Wir werden also schon in absehbarer Zeit längere Züge auf dieser Strecke haben. Wir werden deshalb den Antrag stellen, dass wir diese Motion nicht abschreiben. Wir möchten ein Signal an die SBB senden, dass sie damit vorwärts machen sollen. Und wir möchten auch der Regierung den Auftrag weitergeben, dass wir diese Perronverlängerungen und längere Kompositionen brauchen.

Daniel Thomas **Burch** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Regierungsrat unterstützt.

Heini **Schmid** beantragt im Namen der fast einstimmigen CVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Die beiden Rahmenkredite ermöglichen es dem Regierungsrat, flexibel und schnell auf die sich laufend verändernden Verhältnisse im öffentlichen Verkehr im Kanton Zug reagieren zu können. Es ist Teil des Erfolgsmodells Zug, dass wir, wie die Stadtbahn, der Sechsspurausbau oder der Beitrag zum Agglomerationsprogramm zeigen, dank kurzer Wegen, flachen Hierarchien und der überschaubaren räumlichen Verhältnisse unsere Anliegen beim Bund erfolgreich und schnell umsetzen können. Da zunehmend im öffentlichen Verkehr die Zuständigkeiten zwischen dem Bund und den Kantonen fliessend werden, ist es von zentraler Bedeutung, dass auch wir die Mittel haben, Projekte die in unserem Interesse sind, zu initialisieren und voranzutreiben. Wie das Beispiel Zimmerberg zeigt, werden leider die Spielregeln laufend verändert. Nur wenn der Kanton Zug über die Instrumente und Mittel verfügt, sich laufend an diese Veränderungen anzupassen, wird es uns gelingen, bei der Verteilung des Kuchens

den uns zustehenden Teil zu bekommen. Mit einem Ja stellen wir der Regierung die notwendigen Instrumente zur Verfügung. Es bleibt zu hoffen, dass der Regierungsrat bei seinen Entscheiden die richtigen Weichen für unsere Zukunft stellt.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** dankt für die gute Aufnahme. Sie machen uns damit ja bereits geistig und planerisch mobil, um schneller handeln zu können.
Martin Stuber hat in der Vorlage zu wenig commitment erkannt für diese Doppelspur. Gerade das ist ja ein Grund, weshalb wir den Kredit beantragen. Damit wir, wenn der Bund nicht vorwärts macht, selber vorwärts machen können. Wir wollen lieber das Instrument als einfach viele emotionale Worte. Aber der Volkswirtschaftsdirektor bekräftigt hier nochmals das commitment der Regierung. Für uns kommt dort nur eine durchgehende Doppelspur in Frage und kein Stückwerk. Wir sind wirklich daran, die SBB zu bewegen, dieses Stück zu bauen. Es ist auch im Gesetz vorgesehen.
Die Motion wird heute noch nicht behandelt, erst bei der zweiten Lesung. Aber auch für Perronverlängerungen können wir mit diesem Rahmenkredit, wenn es nötig ist, eingreifen. Wir bitten einfach, uns nicht vorschnell zu beauftragen, jetzt punktuell Infrastrukturmassnahmen zu initiieren, hier und dort ein Perron. Das ist für uns ein Stückwerk und nicht gesamtkonzeptionell gedacht. Das Anliegen verstehen wir und Sie geben uns die Mittel. Unser Amt für öffentlichen Verkehr ist bekannt dafür, dass diese Mittel dann auch sinnvoll eingesetzt werden. Wir brauchen hier nicht noch ein Signal nach Bern. Das würde uns vielleicht eher behindern.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1977.5/1899.5 – 13692 enthalten.

75 Nächste Sitzung

Donnerstag, 31. März 2011

Protokoll des Kantonsrates

5. Sitzung: Donnerstag, 31. März 2011
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 12.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

76 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Mitgliedern.

Abwesend sind: Manuel Aeschbacher, Cham; Andreas Hürlimann, Steinhausen.

77 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** begrüsst eine Vertretung der FDP-Frauen des Kantons Zug, die den Rat bis zur Kaffeepause besuchen.

Angesichts der traurigen und tragischen Natur-, Kriegs- und Nuklearkatastrophen auf dieser Welt, beginnt Vreni Wicky die heutige Sitzung mit einem Stillehalten. Lassen Sie uns damit unsere Solidarität mit der betroffenen Bevölkerung ausdrücken. Die Kantonsratspräsidentin bittet den Rat, dazu aufzustehen.

Landammann Matthias Michel entschuldigt sich für die Vormittagssitzung. Grund: Es findet eine Konferenz des Exekutivgremiums der Metropolitankonferenz statt mit wichtigen Traktanden sowie eine Regierungskonferenz in Zürich. Als Zuger Vertreter muss er dort teilnehmen.

78 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. Februar 2011.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).

3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Änderung des Polizeigesetzes (Rechtsgrundlagen für die polizeiliche verdeckte Vorermittlung).
2020.1/.2 – 13699/700 Regierungsrat

3.2. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 – Umsetzung der Revision des Sachenrechts im Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 11. Dezember 2009 (Register-Schuldbrief und weitere Änderungen im Sachenrecht).
2025.1/.2 – 13706/07 Regierungsrat

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Sanierung und Ausbau der Hauptstrasse (KS 381), Abschnitt Knoten Alte Landstrasse/Lutisbachweg bis Knoten Mitteldorfstrasse einschliesslich bergseitigem Rad-/Fussweg, Gemeinde Oberägeri.
2018.1/.2 – 13686/87 Regierungsrat

3.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Austritt des Kantons Zug aus dem Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz vom 15. Dezember 2000 (PHZ-Konkordat).
2019.1/.2/.3 – 13696/97/98 Regierungsrat
(Direktüberweisung an die Konkordatskommission)

3.5. Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag zum Ausbau der Strecke Thalwil-Zug im Rahmen der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich.
1930.1/.2 – 13395/96 Regierungsrat

3.6. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für die Planung und den Bau der Umfahrung Cham-Hünenberg sowie für den Landerwerb.
2024.1/.2 – 13704/05 Regierungsrat

4. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredite Planung und Projektierung Bahnprojekte und Bahnbau.
1977.5 – 13692 2. Lesung

5. Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG).
1962.1/.2 – 13500/01 Regierungsrat
1962.3/.4 – 13682/83 Raumplanungskommission

6. Änderung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf.
1986.1/.2 – 13600/01 Regierungsrat
1986.3 – 13694 Kommission
1986.4 – 13695 Staatswirtschaftskommission

7.1. Motion der SP-Fraktion betreffend Verkauf des Areals des ehemaligen Kantonsspitals.
1731.1 – 12876 Motion
1731.2 – 13709 Regierungsrat

7.2. Motion der FDP-Fraktion betreffend mehr Wohnraum für den Mittelstand in Zug – betreutes Wohnen auf dem Areal des ehemaligen Kantonsspitals.
1824.1 – 13097 Motion
1824.2 – 13710 Regierungsrat

8. Motion von Franz Hürlimann betreffend Änderung des «Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug».
1905.1 – 13330 Motion
1905.2 – 13678 Regierungsrat

9. Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anpassung der Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation.
1863.1 – 13208 Postulat
1863.2 – 13685 Regierungsrat

10. Postulat der FDP-Fraktion betreffend zuviel bezahlter NFA-Beiträge.
    1949.1 – 13454 Postulat
    1949.2 – 13657 Regierungsrat

11. Interpellation von Markus Jans betreffend die Installation von Sound Systemen zur Vertreibung von Jugendlichen beim Gewerblich-industriellen Bildungszentrum Zug.
    1751.1 – 12918 Interpellation
    1751.2 – 13654 Regierungsrat
12. Interpellation von Stefan Gisler, Vroni Straub-Müller und Martin Stuber betreffend Integration des Velofahrens in den Lehrplan 21 Sport und Bewegung in der Schule: Klare Ziele fürs Velofahren.
    1968.1 – 13533 Interpellation
    1968.2 – 13675 Regierungsrat
13. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend weiteres Vorgehen bezüglich NFA.
    1970.1 – 13536 Interpellation
    1970.2 – 13680 Regierungsrat

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass Landammann Matthias Michel nicht an der Morgensitzung teilnehmen kann. Bei Ziffer 4 der Traktandenliste ist jedoch die Abschreibung der Motion von Martin Stuber und Weiteren betreffend höhere Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern wahrscheinlich ein Diskussionsthema. Ein Fraktionssprecher ist bereits gemeldet worden. Vreni Wicky bittet deshalb den Rat, Ziffer 4 auf den frühen Nachmittag zu verschieben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

79 Protokoll

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 24. Februar 2011 wird genehmigt.

80 Änderung des Polizeigesetzes (Rechtsgrundlage für die polizeilich verdeckte Vorermittlung)

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2020.1/.2 – 13699/700).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Vorlage zur Beratung an die Ad-hoc-Kommission für Sicherheit unter dem Präsidium von Thomas Lötscher überwiesen wird.

81 Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 – Umsetzung der Revision des Sachenrechts im Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 11. Dezember 2009 (Register-Schuldbrief und weitere Änderungen im Sachenrecht)

Traktandum 3.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2025.1/.2 – 13706/07).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Eugen Meienberg, Steinhausen, ***Präsident***		*CVP*
1.	Adrian Andermatt, Grundhof, 6340 Baar	FDP
2.	Kurt Balmer, Eichmatt 11, 6343 Rotkreuz	CVP
3.	Manuel Brandenberg, Schönegg 14, 6300 Zug	SVP
4.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP
5.	Irène Castell-Bachmann, Seepark / Gartenstrasse 4, 6304 Zug	FDP
6.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
7.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
8.	Georg Helfenstein, Rebacker 1, 6330 Cham	CVP
9.	Gabriela Ingold, Ingold Treuhandpartner AG, Zugerstr. 40, 6314 U'ägeri	FDP
10.	Franz Peter Iten, Mülireinweg 14, 6314 Unterägeri	CVP
11.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
12.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
13.	Hanni Schriber-Neiger, Unterer Haldenweg 15, 6312 Steinhausen	AGF
14.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
15.	Thomas Wyss, Kalchrainstrasse 1, 6315 Oberägeri	SVP

82 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung und Ausbau der Hauptstrasse (KS 381), Abschnitt Knoten Alte Landstrasse/Lutisbachweg bis Knoten Mitteldorfstrasse einschliesslich bergseitigem Rad-/Fussweg, Gemeinde Oberägeri

Traktandum 3.3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2018.1/.2 – 13686/87).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Vorlage zur Beratung an die Kommission für Tiefbauten überwiesen wird.

83 Kantonsratsbeschluss zum Austritt des Kantons Zug aus dem Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz vom 15. Dezember 2000 (PHZ-Konkordat)

Traktandum 3.4 – Es liegen vor: Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2019.1/.2/.3 – 13696/97/98).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss Bürobeschluss vom 27. November 2003 eine Direktüberweisung der Vorlage vom Regierungsrat an die ständige Konkordatskommission erfolgte.

84 Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag zum Ausbau der Strecke Thalwil-Zug im Rahmen der 4. Teilergänzung S-Bahn-Zürich

Traktandum 3.5 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1930.1/.2 – 13395/96).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Vorlage zur Beratung an die Kommission für den öffentlichen Verkehr überwiesen wird.

85 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für die Planung und den Bau der Umfahrung Cham-Hünenberg sowie für den Landerwerb

Traktandum 3.6 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2024.1/.2 – 13704/05).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Vorlage zur Beratung an die Kommission für Tiefbauten überwiesen wird.

86 Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG)

Traktandum 5 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1962.1/.2 – 13500/01) und der Raumplanungskommission (Nrn.1962.3/.4 – 13682/-83).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese Gesetzesvorlage keine finanziellen Auswirkungen hat und deshalb von der Stawiko nicht vorberaten wurde.

Barbara **Strub** weist darauf hin, dass sich unser Planungs- und Baugesetz aus dem Jahr 2000 grundsätzlich als zeitgemässes Instrument, welches klare und reibungslose Verfahren zulässt, bewährt hat. Es gibt aber nach zehn Jahren Optimierungsmöglichkeiten, welche mit den nun vorgeschlagenen Änderungen beantragt

werden. Die Kommissionspräsidentin verweist auf die Berichte und Anträge sowohl der Regierung wie auch der Raumplanungskommission.
Diese Gesetzesrevision ist ein komplexes Geschäft, welches seine Auswirkungen für Gemeinden, Bauherren, Behörden, Ämter und unsere Volkswirtschaft hat. Nach wie vor sollen die Vorschriften möglichst schlank gehalten werden.
Die Raumplanungskommission hat sich bereits letzten Sommer an einer Sitzung über diese Revision von der Baudirektion informieren lassen und im Spätherbst an drei Ganztagessitzungen die von der Regierung beantragten Änderungen beraten. An dieser Stelle vielen Dank an die Baudirektion, hat sie doch zwischen den Sitzungen einige Abklärungen für unsere Kommission erstellt, insbesondere über die Auswirkungen der neu formulierten Paragraphen. So waren unsere Kommissionsmitglieder stets gut über die Vor - und Nachteile informiert, um die entsprechenden Entscheide treffen zu können.
Die Schwerpunkte der Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes sind die Grundanliegen, dass das Planungs- und Baubewilligungsverfahren kundenfreundlicher wird und die Abläufe unbürokratisch und reibungslos abgewickelt werden können. Das soll unter anderem mit der Schaffung einer kantonalen Koordinationsstelle, welche alle kantonalen Entscheide optimal aufeinander abstimmt, erreicht werden. Diese Stelle ist im Amt für Raumplanung vorgesehen. Ziel ist es, die verschiedenen Bewilligungen in einem Entscheid zusammenzufassen. Die Gesuchstellenden, beziehungsweise die Gemeinden, erhalten somit nur noch einen einzigen Entscheid. Dieser sollte widerspruchsfrei sein. Ein einziger kantonaler Entscheid ist viel kundenfreundlicher als die heutige Usanz.
Lange hat sich unsere Kommission über den Beitritt zur Interkantonalem Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) und die Auswirkungen auf diesen Entscheid auseinander gesetzt. Um einer Bundeslösung zuvor zu kommen, wurde von den Kantonen die IVHB geschaffen. Mit einer Vereinheitlichung der Baubegriffe soll ein Anliegen nicht nur der Bauwirtschaft, sondern der schweizweiten Volkswirtschaft erfüllt werden. Auch im Kanton Zug besteht der Wunsch nach Vereinheitlichung und Harmonisierung.
Unsere Kommission konnte sich mit dem Beitritt zur IVHB einverstanden erklären, dies mit dem neu formulierten § 71, den wir als Ergänzung zum Beitritt zur IVHB wieder ins Gesetz aufnehmen möchten. Für die Anpassungen nach dem Beitritt sind die Gemeinden zuständig. Sie haben mit der Umsetzung genügend Zeit bis zu ihren neuen Ortsplanungsrevisionen. Mit ihren Kompetenzen zur Änderung der Bauvorschriften beachten sie, dass niemand nach dem Beitritt zur IVHB darum schlechter gestellt werden wird.
§ 6 und § 10 tangieren die Bewilligungen im Wald. Die Direktion des Innern soll für Bauten und Anlagen im Wald die alleinige Bewilligungsbehörde sein. Sie wird diese Aufgabe, welche bisher teilweise in den Gemeinden war, übernehmen, so z. B. das Wegverfügen von illegal erstellten Anlagen im Wald. Die Gemeinden sind mit dieser Änderung einverstanden. Sie sollen und wollen aber über Bewilligungen im Wald von der DI stets informiert werden.
Auf die gesetzlichen Bestimmungen für das behindertengerechte Bauen kann in unserem kantonalen Gesetz verzichtet werden. Eine Präzisierung im § 4 und der ganze § 13 sind nicht nötig. Die Bundesgesetzgebung über das behindertengerechte Bauen regelt dies bereits genügend.
Bei Arealbebauungen und Bebauungsplänen sollen die Regelungen optimiert werden. So sollen Änderungen von bestehenden Arealbebauungen präzisiert werden, denn das führte in der Vergangenheit immer wieder zu Rechtsunsicherheiten. Unsere Kommission möchte von der Arealbebauungsplanpflicht, wie sie sich in einigen Gemeinden eingebürgert hat, abweichen und dem Gesuchsteller überlassen,

ob er eine Arealbebauung oder die Einzelbauweise beantragt. Dies soll bereits wie bis anhin ab einer Grösse von 2000 m^2 möglich sein. Darauf wird die Kommissionspräsidentin bei der Detailberatung noch zurückkommen.
Die Energieeffizienz soll bei neuen Arealbebauungen auch verbessert werden. Hintergrund für diese Bestimmung ist der Massnahmenplan Luft der Zentralschweiz, welcher strengere Energiebestimmungen bei Arealbebauungen vorsieht.
Neu sind auch die Bestimmungen für die Bebauungsplanpflicht. Wenn diese mehrmals vom Souverän abgelehnt werden sollte, entfällt diese Pflicht und es muss eine Bebauung nach geltenden Vorschriften möglich sein.
Die Lücken im Erschliessungsrecht sollen mit dieser Gesetzesrevision geschlossen werden. Zu diesem Zweck soll ein Sondernutzungsplan, der Erschliessungsplan eingeführt werden. Die Gemeinden werden laut neuem Gesetz verpflichtet, eingezontes Bauland zu erschliessen.
Die Schätzungskommission nach § 61 soll neu vom Kantonsrat bestellt werden Dadurch soll deren Unabhängigkeit gestärkt werden. Unserer Kommission war es ein Anliegen, dass die Fachkompetenz in diesem Paragraphen aufgenommen wird.
Einig ist sich unsere Kommission, dass bei einer Sanierung mit einer äusseren Wärmedämmung nicht nur die Grenz- und Gebäudeabstände, sondern auch die Gebäudehöhe und -länge erwähnt werden sollen.
Nach den intensiven Beratungen dieser Gesetzesänderung beantragt unsere Kommission einstimmig, auf dieses Geschäft einzutreten und ihm mit den Änderungen, wie wir sie beantragen, einstimmig zu zustimmen.
Noch kurz etwas zu den Motionen, welche mit dieser Gesetzesänderung behandelt werden. – Unsere Kommission ist mit den Anträgen der Regierung grossmehrheitlich einverstanden. Das Anliegen der Motion Hächler sollte unserer Meinung nach jedoch grundsätzlich angeschaut werden. Die Ausnützungsziffer soll nicht nur punktuell verbessert, sondern generell überprüft werden. Da mit dem Beitritt zur IVHB sowieso mit der Ausnützungsziffer, respektive der Geschossflächenzahl, einiges geändert wird, hat sich die Raumplanungskommission entschieden, mit einem entsprechenden Postulat an die Regierung zu gelangen. Dies wird mit der neuen Kommissionszusammensetzung jedoch noch besprochen.

Heini **Schmid** hält fest, dass das Eintreten auf die Vorlage für die CVP-Fraktion unbestritten ist. In der Detailberatung wird der grössere Teil unserer Fraktion den Anträgen der Raumplanungskommission folgen.
Die CVP begrüsst die Umsetzung der zentralen Anliegen der Vorlage. Mit der kantonalen Koordinationsstelle kann das Baubewilligungsverfahren effizienter gestalten werden. Mit den Verbesserungen im Erschliessungsrecht kann Bauwilligen besser bei der Erschliessung ihrer Grundstücke geholfen werden. Eine schweizweite Harmonisierung der Baubegriffe wird die Effizienz der Baubranche steigern. Und durch die Präzisierungen bei den Areal- und Bebauungsplänen können Unsicherheiten in der Rechtsanwendung beseitigt werden.
Persönlich hätte es der Votant begrüsst, wenn wir mit dieser Vorlage auch die Arealbebauungen abgeschafft hätten. Er fände es auch richtig, dass Gemeinden auf ein eigenes Baubewilligungsverfahren zugunsten des Kantons verzichten könnten. Solche Vorhaben lassen sich aber gegen den Willen der Gemeinden im Kanton Zug nicht umsetzen, und der Regierungsrat war gut beraten, sich auf das zu beschränken, was realisierbar ist.
Zu den umstrittenen Paragraphen wird Heini Schmid in der Detailberatung Stellung nehmen, und Namens der CVP Fraktion beantragt er Eintreten auf die Vorlage.

Daniel **Abt** hält fest, dass die FDP die Vorlage begrüsst und – mit wenigen Ausnahmen – an der Kommissionsfassung festhält. Den Beitritt zur IVHB erachten wir im Rahmen einer gesetzlichen Vereinfachung als elementar. Nach unserer Ansicht ist es höchste Zeit, dass schweizweit einheitliche Begriffe und Berechnungsformeln angewendet werden. Es spielt eine untergeordnete Rolle, ob am Beispiel der Gebäudehöhe diese von der Bodenplatte oder vom gewachsenen Terrain aus gemessen wird. Wichtig ist uns jedoch, dass dies schweizweit vereinheitlicht und die vorgeschriebene Höhe falls nötig im Rahmen der nächsten Ortsplanungsrevisionen angepasst wird.
Wir betrachten die Einführung der Koordinationsstelle als willkommene Dienstleistung am Kunden und unterstützen diese.
Wir unterstützen auch den Vorschlag der vorberatenden Kommission, betreffend behindertengerechtem Bauen die Bundesgesetze anzuwenden und den § 13b zu streichen.
Die FDP unterstützt einstimmig den Vorschlag der Kommission, die Mindestfläche für Arealbebauungen auf 2'000 m^2 zu belassen und als Folge davon die Arealbebauungsplanpflicht aufzuheben. Die Strategie auf verdichtetes Bauen muss im Kanton Zug eingeschlagen werden. Insbesondere für Arealbebauungen in bebautem
Gebiet ist die Hürde von 2'000 m^2 bereits beachtlich. Der Votant weiss nicht, ob Sie wissen, welch grosser Kraftakt von Nöten ist, um drei Grundeigentümer an denselben Tisch zum bringen, die zusammen anstelle von drei Einfamilienhäusern ein Mehrfamilienhaus erstellen wollen. Die Vorteile für die Öffentlichkeit liegen dabei auf der Hand: Anstelle mehrerer Aussenabstellplätze vor jedem Haus entsteht eine Tiefgarage, es muss nur ein Grundstück an das Strassennetz angeschlossen werden, es entsteht mehr Freiraum auf der Parzelle, die Chancen auf eine bessere Architektur sind höher etc. Im Gegenzug erhalten die Bauwilligen für ihren erhöhten Planungsaufwand eine zusätzliche Ausnützung.
Im Gegensatz zur Kommission werden wir beim Verwaltungszwang an Bst. d, Bauten und Anlagen mit mangelhaftem Unterhalt, festhalten. Dies mit der Absicht, der zuständigen Behörde ein Rechtsinstrument zu geben, mit welchem öffentliche Ärgernisse, beispielsweise an der Baarer Langgasse, beseitigt werden können.

Karl **Nussbaumer** hält fest, dass die SVP-Fraktion an ihrer Fraktionssitzung intensiv über die Änderungen des PBG beraten hat. Dabei hat der Baudirektor die Fragen kompetent beantwortet.
Die SVP-Fraktion unterstützt den Vorschlag der RPK bezüglich Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB). Wir sind auch der Meinung, dass die Frist zur Umsetzung in den Gemeinden auf den spätestmöglichen Termin festgelegt werden soll, das heisst bis Ende 2025. Zu reden gaben auch die geplanten neuen Bestimmungen über Arealbebauungen. Der Gesetzesentwurf sieht vor, die Mindestfläche für Arealbebauungen neu auf 3'000 m^2 festzusetzen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass diese Mindestfläche, wie von der Raumplanungskommission vorgeschlagen, auf 2000 m^2 belassen werden soll. Auch die Bestimmungen und Anforderungen an eine Arealbebauung sollen gemäss Antrag der RPK definiert werden.
Was die zwingende kommunikationstechnische Erschliessung privater und öffentliche Gebäuden mit grossem Publikumsverkehr betrifft, so folgt die Fraktion der weniger restriktiven Formulierung der Regierung.
Mehr Transparenz! Bürgerfreundlicher will die SVP-Fraktion auch die Einsprachefristen gestalten. Erlasse, Änderungen oder Aufhebungen von kantonalen Zonen- und Sondernutzungsplänen sowie von gemeindlichen Erschliessungsplänen, Bauli-

nien und Strassenplänen sollen nicht nur wie von der Regierung vorgeschlagen 20, sondern 30 Tage öffentlich aufgelegt werden. Zudem regt die SVP im Sinne der grösseren Transparenz an, dass im Amtsblatt die Publikation im kantonalen und im gemeindlichen Teil zu erfolgen hat.
Wie von der RPK vorgeschlagen, soll auch ein weiterer Punkt weniger diktatorisch geregelt werden: Gemäss Gesetzesentwurf sollen Gemeindebehörden intervenieren können, wenn Bauten und Anlagen wegen mangelhaften Unterhalts das Orts- und Landschaftsbild verunstalten. Hier sollen nun nicht mehr ästhetische, sondern sicherheitstechnische Überlegungen im Vordergrund stehen.
Im weitern ist die SVP-Fraktion auch der Überzeugung, dass nicht einzig die Grenz- und Gebäudeabstände, die Längen- und Höhenvorschriften um die äussere Wärmedämmung korrigiert werden sollen. Gefolgt wird auch dem Antrag der RPK, den Artikel über das behindertengerechte Bauen aus dem Gesetzesentwurf zu streichen. Erstens werden heute aus kommerziellen Gründen alle neuen Überbauungen behinderten- und altersgerecht geplant, zweitens braucht es diese Bestimmung im PBG nicht, da das behindertengerechte Bauen bereits im Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes und der dazugehörenden Verordnung geregelt ist. Wir wollen kein Behördendiktat!
Nicht einverstanden ist die SVP-Fraktion schliesslich damit, dass im Zusammenhang mit der Änderung des PBG die Bestimmungen über die Duldungspflicht in Bezug auf Signale, Strassenbeleuchtungen etc. restriktiver und damit bürger- und eigentumsfeindlicher formuliert werden sollen. Das Gesetz über Strassen und Wege soll deshalb nicht um einen entsprechenden neuen Artikel ergänzt werden. Den entsprechenden Streichungsantrag werden wir bei der Detailberatung stellen.
Die SVP Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage, sie wird aber bei der Detailberatung Änderungs- und Streichungsanträge stellen oder unterstützen.

Martin **Stuber** weiss nicht, ob sich Karl Nussbaumer bewusst ist, dass er soeben indirekt den Baudirektor als Diktator betitelt hat. – Um es gleich vorweg zu nehmen: Die AGF stimmt dem teilrevidierten PBG zu; nicht mit grosser Begeisterung, aber dennoch mit einem soliden Ja.
Für unsere Beratungen hilfreich wäre eine Synopse gewesen mit dem alten Gesetz, dem neuen und den Anträgen der RPK. Es ist ja eine nicht ganz einfache Materie, wie sich auch in der RPK gezeigt hat, die drei Sitzungen benötigte, um das Gesetz durchzuberaten. Vielleicht geht es heute im Kantonsrat etwas schneller!
Das PBG setzt die Rahmenbedingungen und verteilt die Kompetenzen, wenn es um das Bauen geht. Es ist ein wichtiges Gesetz, umso mehr in einer Zeit, in welcher der Bau boomt. Dabei wirkt es aber eher in qualitativer Hinsicht und auch da nur beschränkt, denn der Richtplan ist das entscheidendere kantonale Instrument gegen die Zersiedelung, und wie konkret gebaut wird, liegt zum grossen Teil in den Händen der Gemeinden mit ihren Bauordnungen und Zonenplänen.
In den Beratungen der RPK war klar spürbar, dass unterschiedliche Interessen bei der Ausgestaltung dieses Gesetzes aufeinanderprallen. So sind die Interessen der Bauherrschaften nicht immer deckungsgleich mit denjenigen des Baugewerbes und diese nicht immer mit denjenigen der Menschen, welche in den gebauten Städten und Dörfern leben. Die RPK hat einige Male zugunsten der Bauherrschaft entschieden, zugunsten eines Partikularinteresses, und wir werden im Laufe der Debatte mit verschiedenen Anträgen versuchen, das zu korrigieren.
Klar zum Ausdruck kommt dies etwa bei der Diskussion um die Inkraftsetzung der IVHB. Es macht ja wirklich keinen Sinn, wenn z.B. die Gebäudehöhe in jedem Kan-

ton anders definiert ist. Der Regierungsrat hat die Kompetenz, dieser Vereinbarung beizutreten. Er wird das auch tun, wenn der Votant das in der Kommission richtig verstanden hat. Die Frage ist nur, ob er damit wartet bis 2015. Der Baudirektor schüttelt den Kopf. Aber die Frist für die Umsetzung der Vereinbarung wird mit dem Änderungsantrag der RPK in die Hände der Gemeinden gelegt und damit auf die lange Bank geschoben. Wir haben es gehört vom SVP-Votant, der am liebsten möchte, dass das erst 2025 in Kraft tritt. Was macht so eine Vereinbarung für einen Sinn, wenn wir dann 14 Jahre warten, bis sie umgesetzt wird? Das wäre wirklich Seldwyla pur. Und dass allein aus Angst, dass es irgendwelche Verschlechterungen für die Bauherrschaften bringen könnte. Das ist für uns unverständlich!
Dass die Schweiz in Bezug auf behindertengerechtes Bauen hinterherhinkt, ist bekannt und eigentlich beschämend. Behinderte haben es ja schon so schwer genug, da stünde es einem der reichsten Länder gut an, hier vorbildlich zu sein. Seit 2004 haben wir zwar nun ein eidgenössisches Gesetz, das Fortschritte gebracht hat, aber dass der Kanton Zug ein klein wenig weiter gehen möchte, wird von der RPK einfach rausgestrichen. So geht das nicht, da werden wir einen Antrag auf Beibehaltung stellen.
Unter dem Gebot der Beschleunigung von Bauvorhaben hat die Regierung die Fristen praktisch flächendeckend gekürzt. Da geht es auch um die Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Wir unterstützen selbstverständlich die RPK bei § 36 und werden noch weitere Anträge auf Verlängerung der Fristen stellen. Martin Stuber hat es gesagt: Die Gemeinden bestimmen im Einzelnen, was wo wie gebaut werden kann. Um quartierverträgliches Bauen durchzusetzen und städtebaulich gute Lösungen zu fördern, brauchen die Gemeinden Instrumente. Die RPK möchte ihnen nun eines aus den Händen nehmen: die Arealbebauungsplanpflicht. Das ist keine Optimierung, Frau Kommissionspräsidentin, sondern eine Verschlechterung. Dagegen wehren wir uns. Und es ist ein Widerspruch, wenn Sie beim IVHB unter dem Titel, dass die Gemeinden Zeit brauchen, bis sie ihre Ortplanungen anpassen, das auf die lange Bank schieben. Da zwingen Sie neun Gemeinden, ihre Bauordnung abzuändern, wenn Sie ihnen diese Arealbebauungsplanpflicht quasi verbieten.
In dieselbe Kategorie gehört leider das Ansinnen der Regierung, die Bebauungsplanpflicht für Einkaufszentren erst ab 7'500 m^2 festzulegen. Schon die bisher gültigen 5'000 m^2 sind viel, das sollte man so belassen.
Alles in allem hat uns die Regierung aber ein ordentliches Gesetz vorgelegt. Die AGF ist einstimmig für Eintreten und wird dem PBG zustimmen, falls es nicht doch noch zu einschneidenden Verschlechterungen kommen sollte.
Zum Schluss noch zwei Bemerkungen. Es hat uns schon ein wenig befremdet, dass der Regierungsrat in seiner Vorlage eine Motion schon integriert hat, bevor diese vom Rat überhaupt überwiesen worden ist.
Und ebenso befremdlich ist das Vorgehen der Gruppe Zuger Generalunternehmer, welche wie die alte Fastnacht ein paar Tage vor der heutigen 1. Lesung mit diversen ausformulierten Abänderungsanträgen den Lauf der Dinge beeinflussen will. Wozu haben wir Vernehmlassungen, wozu haben wir eine RPK? Hoffen wir, dass diese grossen Generalunternehmer ihr Timing beim Bauen besser im Griff haben.

Hubert **Schuler** hält fest, dass die SP die Teilrevision des PBG unterstützt. Es ist auch uns ein Anliegen, dass die kompakten Planungs- und Bauvorschriften möglichst reibungslos und in gegenseitigem Vertrauen abgewickelt werden können. Für eine gute Dienstleistung der Verwaltung gegenüber Bauwilligen braucht es die entsprechenden Gesetzesvorlagen.

Mehrheitlich unterstützt die SP die Änderungen der Kommission. Bei einzelnen Artikeln werden wir jedoch Anträge stellen. So sind wir überhaupt nicht einverstanden, dass die gute unkomplizierte Arbeit der Pro Infirmis, welche lediglich 15'00 Franken pro Jahr kostet, verkompliziert wird und den Gemeinden übertragen werden soll.
Bei der Grösse von Einkaufszentren, welche einen Bebauungsplan voraussetzen, wurde geklotzt. Wir werden den Antrag stellen, dass die ursprüngliche Grosse von 5'000 m^2 beibehalten wird.
Wir wehren uns auch dagegen, dass der § 13b gestrichen werden soll. Hier reicht die Bundeslösung in keiner Art und Weise. Dies hat der Regierungsrat realisiert und er hat einen entsprechenden Gesetzesvorschlag unterbreitet.
Bei der Grösse der Arealbebauung sieht es anders aus. Hier ist eine vernünftige Grösse notwendig, so dass eine Win-win-Situation entstehen kann. Die SP wird den Vorschlag der Regierung unterstützen.
Es scheint, dass die Regierung das Bauen sehr beschleunigen will. Anders können wir uns die teils sehr knappen Fristen, welche er vorgeschlagen hat, nicht erklären. Die SP unterstützt hier die Entscheide der Kommission.
Mit der Abschreibung unserer Motion sind wir mit der Regierung überhaupt nicht einig. Die Antwort der Regierung erstaunt ja auch, da die Meilensteine der Legislaturziele ganz andere Aussagen machen.

Heini **Schmid** zu Martin Stuber. Bei der IVHB haben wir lang und breit diskutiert, dass es eben Auswirkungen hat. Und es ist jetzt typisch: Für die AGF spielt es doch gar keine Rolle, was das kostet, wenn man etwas ändern muss. Darum ist es für sie klar: Wir ändern diese Bestimmung und dann können die Gemeinden alles revidieren und das kostet dann halt. Wir sind der Meinung: Wenn wir das machen, dann richtig, im Gesamtzusammenhang. Und das ist *dann*, wenn die Ortsplanungen generell revidiert werden. Und da wir erst kürzlich die Raumplanungen in den Gemeinden revidiert haben, geht es halt jetzt länger, bis dieser Zeitpunkt kommt.
Martin Stuber hat auch gesagt, dass wenn wir die Arealbebauungsplanpflicht abändern würden, dass sie nicht mehr besteht, die Gemeinden ihre Bauordnungen ändern müssten. Das ist eben nicht der Fall. Sie können gemäss § 71 ihre Bestimmungen weiter führen, bis eine generelle Revision kommt. Darum können sie im gleichen Moment, da sie die Anpassungen machen an die IVHB, auch die notwendigen Anpassungen machen, wenn es keine Arealbebauungsplanpflicht mehr gibt. Diese bleibt in den Gemeinden bis zur Gesamtrevision bestehen.

Martin **Stuber** bestätigt, dass in der RPK lange über das IVHB diskutiert wurde. Es ist auch klar zum Ausdruck gekommen, dass mit dem IVHB einer Bundesregelung zuvorgekommen werden soll. Aber wir sind uns doch einig, dass es keinen Sinn macht, mit dieser Harmonisierung 14 Jahre zu warten. Das ist eigentlich das Anliegen. Und es ist klar, wenn man solche Bauordnungen anpassen muss, dass das ein gewisser Aufwand ist. Es fragt sich, ob es einen Sinn hat, darüber zu streiten, wie sehr das dann einschneidend ist für die Bauherrschaften oder nicht. Das ist selbst für Baufachleute nicht so einfach zu beurteilen. Aber wenn man das Ziel hat, dass man in der Schweiz, in diesem kleinen Land, nicht 26 verschiedene Regelungen hat, eigentlich zugunsten des Baugewerbes, sollte man nicht 14 Jahre warten. Und es ist für den Votanten befremdlich: Die Gleichen, welche diese Arealbebauungsplanpflicht den Gemeinden wegnehmen wollen, wollen das Andere auf die lange Bank schieben. Bei der Arealbebauungsplanpflicht in der Kommission hat

Max Gisler klar die Aussage gemacht, dass die bestehenden Bewilligungen nicht tangiert sind. Aber nachher dürfen die Gemeinden, wenn das so im Gesetz steht, keine Arealbebauungen mehr vorschreiben. Der Votant ist kein Jurist, aber das war in der Kommission ganz klar die Aussage.

Baudirektor Heinz **Tännler** möchte vorerst all jenen seinen Dank aussprechen, die in dieser Phase von etwa zwei Jahren mitgearbeitet haben, vor allem natürlich der RPK. Wir haben ja auch Arbeitsgruppen eingesetzt, um breit abgestützt eine Lösung vorlegen zu können. Und die RPK hat dieses Gesetz an drei Sitzungstagen durchberaten. Das war eine sehr konstruktive und gute Diskussion. Der Baudirektor möchte aber auch seinen Mitarbeitenden den Dank aussprechen, denn es gab viel Abklärungsbedarf zwischen den Sitzungen, und das hat alles bestens geklappt.
Wieso haben wir diese Revision gemacht? Das heute bestehende, geltende Gesetz ist kein schlechtes Gesetz. Und trotzdem ist der Bedarf da, dass wir diese Revision an die Hand genommen haben. Es brauchte formelle Anpassungen, aber wir wollten auch die Effizienz steigern mit dieser Vorlage. Wir sind ja vom Verwaltungspflegegesetz verpflichtet, hier nachzuziehen. Die IVHB war auch ein Grund. Dann haben wir auch Rechtsunsicherheiten gehabt im Zusammenhang mit Arealbebauungen. Diese haben uns in den letzten Jahren sehr beschäftigt. Rechtsunsicherheit, Auslegungsfragen, viele Beschwerden. Fast jede Arealbebauung landete auf dem Tisch der Baudirektion, beziehungsweise nachher auf jenem der Regierung.
Der eigentliche Anstoss waren Erschliessungsfragen. Wir haben gesehen, dass wir hier eine wirkliche Lücke im Gesetz haben und nun nachziehen müssen. In der Detailberatung können wir uns dann hierüber allenfalls noch unterhalten. Aber mit dieser Vorlage können wir, was das Erschliessungsrecht anbelangt, allenfalls Lücken schliessen.
Die Fristen wurden auch genannt. Auf der einen Seite wird uns auch vom Parlament vorgeworfen, alles gehe zu lange, bis irgendeine Bewilligung oder ein Projekt realisiert werden könne. Auch Bauherrschaften reklamieren. Alles gehe zu lange. Wir haben verwaltungsintern – nicht im Gesetz abgebildet – schon Effizienzmassnahmen getroffen. Und jetzt wollen wir auch bei den Fristen noch etwas nachziehen. Und schon hört man, dass man diese Fristen nicht verkürzen soll. Wir können uns dann in der Detailberatung darüber unterhalten. Die Schätzungskommission, vor allem die Verschiebung der Kompetenz vom Regierungsrat zum Kantonsrat, war auch ein solcher Punkt.
Heinz Tännler möchte nicht jetzt schon auf einzelne Details eingehen. Nur zwei, drei Punkte. Karl Nussbaumer und das Behördendiktat. Es ist dem Baudirektor zwar nicht bewusst, dass er ein Diktator ist oder einer diktatorischen Verwaltung angehört. Wenn dem so wäre, so müsste man sagen, dass das alte Gesetz viel diktatorischer ist. Wir haben es doch mit dieser Revision auch liberalisiert. Das alte Gesetz ist viel apodiktischer.
Man solle die Arealbebauungen abschaffen. Heinz Tännler gibt hier Heini Schmid eigentlich recht. Sie sind ein Unding. Aber das ist politisch kaum durchsetzbar. Wenn man z.B. einen kleinen Sondernutzungsplan einführen möchte, wäre das zum voraus zum Scheitern verurteilt.
Zu dieser integralen Motion, die Martin Stuber angeführt hat. Der Baudirektor verweist hier auf § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung, wo es heisst: «Stehen Motionen oder Postulate mit einem beim Kantonsrat anhängigen Beratungsgegenstand im Zusammenhang, so sind sie in der Regel mit diesem zu erledigen und gleich gewöhnlichen Anträgen zu behandeln.» Das heisst also Direktüberweisung. Wir

haben uns hier nur an die gesetzliche Grundlage gehalten, die dieser Rat einmal erlassen hat. – Soviel zum Eintreten.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1962.4

§ 4

Hubert **Schuler** meint, dass die SP mit der sprachlichen Vereinfachung dieses Paragraphen noch leben könnte. Dass der Baudirektor der Pro Infirmis, welche bis anhin den Auftrag des Kantons, kantonale, gemeindliche und private Bauherren in Fragen des behinderten- respektive betagtengerechten Bauens beraten konnte, die zukünftige Entschädigung streichen will, kann als transparentes Verfahren angeschaut werden.
Ist es aber wirklich sinnvoll, wenn die Pro Infirmis für 15'000 Franken bei den einzelnen Gemeinden vorbei geht, um mit den verantwortlichen Personen Gespräche zu führen und dann eventuell der gesamte Gemeinderat einen Beschluss fällen muss. Hier kann unnötige Bürokratie vermieden und eine einfache Dienstleistung aufrechterhalten werden.
Die SP beantragt, § 4 um folgenden Abs. 2 zu erweitern:
Der Regierungsrat übernimmt die Aufgaben der Beratung im Bereich des behinderten- respektive betagtengerechten Bauens von kantonalen und gemeindlichen Behörden sowie von Besitzern und Eigentümern öffentlicher oder privater Liegenschaften oder übergibt sie einer privaten Beratungsstelle.

Vroni **Straub-Müller** hält fest, dass die AGF den Antrag der SP unterstützt. Die bisherige Beratungspraxis hat sich sehr bewährt, ist eingespielt und kostengünstig. Die Neufassung von § 4 hat zur Folge, dass die Rechtsgrundlage für die Vereinbarung zwischen dem Kanton und Pro Infirmis entfällt. Neu müsste jede einzelne Gemeinde Vereinbarungen aushandeln, das kann doch nicht im Sinne des Erfinders sein.
Pro Infirmis hat ein schweizweites Netzwerk und die Beratungsstelle in Zug ist eine von 28 kantonalen und regionalen Fachstellen für hindernisfreies Bauen.
Die beantragte Gesetzesänderung kann dazu fuhren, dass die Gemeinden keine Beratung mehr anbieten, weil sie frei sind in der Entscheidung, ob und in welcher Form sie überhaupt eine entsprechende Bauberatung anbieten wollen. Und das ist keine gute Perspektive für hindernisfreies Bauen. Oft sind es doch kleine Details, die bei der Planung eines Neubaus oder bei einem Umbau berücksichtigt werden müssen, um Behinderten und älteren Menschen oder aber auch Familien das Leben zu erleichtern.

Barbara **Strub** hält fest, dass der Regierungsrat mit diesem von ihm vorgeschlagenen Paragraphen private Beratungsstellen mit Leistungsvereinbarungen beauftragen kann. Der Paragraph ist nötig als gesetzliche Grundlage, um jemandem einen Auftrag zu geben. Es ist aber nicht nötig, im Gesetz zu erwähnen, an wen ein Leistungsauftrag erteilt werden soll. Diesen Zusatzantrag hat die Kommissionsmehrheit an zwei Sitzungen jeweils abgelehnt.

Heini **Schmid** hält fest, dass die CVP-Fraktion diesen Paragraphen nicht besprochen hat. Er spricht im eigenen Namen. Für ihn ist es wichtig, dass das Gesetz in dieser Frage sauber geregelt wird. Der Regierungsrat hat ausgeführt, dass es darum geht, dass die Beratung eine gemeindliche Angelegenheit ist. Wir haben dieses Problem im Kanton Zug sehr oft, dass eigentlich die Gemeinde zuständig wäre und eine Leistungsvereinbarung mit der Pro Infirmis machen könnte. Das ist völlig unbestritten, die machen einen Superjob, das soll auch so gemacht werden. Es geht aber hier nur um die Frage, ob der Kanton diesen Leistungsauftrag geben soll oder die Gemeinden. Und es kann ja nicht sein, dass wenn elf Gemeinden etwas zusammen machen sollten, es dann immer der Kanton macht. In der Endkonsequenz führt das dazu, dass wir keine Gemeinden mehr haben, sondern immer wenn Gemeinden übergreifend etwas regeln müssen in ihrer eigenen Kompetenz, es der Kanton machen muss. Wir müssen hier im Kantonsrat wirklich aufpassen, dass wir die Gemeinden nicht bevormunden und immer sagen: Elf zusammen können nicht irgendetwas tun. Die Beratung ist hier überhaupt nicht gefährdet. Die Gemeinden sind gefordert, in ihrer Zuständigkeit das Nötige zu tun.

Baudirektor Heinz **Tännler** weist darauf hin, dass die Kommissionspräsidentin und Heini Schmid das Wesentliche bereits gesagt haben. Es geht hier um die Zuständigkeitsfrage. Bei der Beratung zum behindertengerechten Bauen ist die Gemeinde zuständig und nicht der Kanton. Und das soll man nun nicht einfach ändern, nur weil es einem passt. Es tönt jetzt so, als wenn die Gemeinden das nicht könnten. Der Baudirektor muss Vroni Straub direkt fragen, ob sie kein Vertrauen ins Baudepartement der Stadt Zug habe. Dort haben wir kompetente Leute, die beraten können. Da besteht ein Riesendepartement mit Juristen und Baufachleuten, die schon x Liegenschaften im öffentlichen Interesse gebaut und betreut haben – auch behindertengerecht. Man tut nun so, als ob nur der Kanton und letztlich Pro Infirmis dies könnte. Dazu ist noch zu sagen, dass es nicht Pro Infirmis ist. Wir haben einen Leistungsauftrag über 15'000 Franken an Pro Infirmis. Und was macht sie? Sie delegiert es an einen Architekten. Dann können wir es auch gerade selber machen. Bitte überlegen Sie sich hier konsequent diese Zuständigkeitsfrage. Die Gemeinden sind zuständig, sie haben Fachleute, Bauverwalter, Spezialisten. Die können das sehr wohl tun.

➔ Der Antrag von SP-Fraktion und AGF wird mit 59:15 Stimmen abgelehnt.

§ 7 Abs. 2 und 2

Ivo **Hunn** hält fest, dass die GLP einen Abklärungsauftrag stellt auf die 2. Lesung. Dieser lautet wie folgt:
Der Regierungsrat sei auf die 2. Lesung hin zu beauftragen, sämtliche Begrifflichkeiten betreffend Gemeinde (insbesondere Gemeinderat, Einwohnergemeinde, gemeindliche Stelle, gemeindliche Dienststelle, Gemeindebehörde usw.) auf ihre Richtigkeit und Kohärenz abzuklären und dem Kantonsrat Bericht und Antrag zu unterbreiten.

Baudirektor Heinz **Tännler** ist mit diesem Abklärungsauftrag einverstanden.

§ 11 Abs. 1

Hubert **Schuler** weist darauf hin, dass Regierung und Kommission die Fläche für Einkaufszentren, welche unter den Bebauungsplan fallen, um 50 % erhöhen wollen. Neu braucht es bei wesentlichen Änderungen oder bei Neuerstellungen erst ab 7'500 m^2 einen Bebauungsplan. Stellen sie sich vor, dass erst ab der Hälfte der Verkaufsfläche im Metalli Zug ein Bebauungsplan eingereicht werden müsste. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit, dass im Kanton Zug noch viele neue Einkaufszentren entstehen werden, eher gering ist, würde mit der neuen Grössenbeschränkung überdimensionierte Bauprojekte ohne entsprechende Mitwirkung der Standortgemeinde umgesetzt. Die Regierung erklärt, dass die Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung geändert hat. Dort wurde die Fläche auf 7'500 m^2 erhöht. Es ist aber nicht logisch, weshalb nun auch die Vorgabe des Bebauungsplans ebenfalls ausgeweitet werden soll. Die SP ist der Meinung, dass diese Fläche zu gross ist. Aus diesem Grund *beantragen wir, die Fläche auf der ursprünglichen Grösse von 5'000 m^2 zu belassen.*

Hanni **Schriber-Neiger** hält fest, dass die AGF den Antrag der SP-Fraktion unterstützt. Die AGF will die bisherige Regelung mit der Flächengrenze von 5'000 m^2 für den Bebauungsplan beibehalten und nicht wie neu vorgeschlagen 7'500 m^2.
Es besteht kein sachlicher Zusammenhang mit der Umweltverträglichkeitspflicht. Auch nicht, wenn neu erst ab 7'500 m^2 eine UVP-Pflicht nötig ist. Einkaufszentren können bekanntlich erhebliche Auswirkungen haben auf den Verkehr, Lärm und die Luftqualität ein Quartiers oder Dorfes. Deshalb ist es wichtig, dass eine demokratische Mitwirkung zur Frage der Quartierverträglichkeit gewährleistet ist. Um Ihnen eine Vorstellung zu geben, dass auch 5'000 m^2 schon sehr viel sind: Das neue Ägerital Center hat 3'500 m^2 Verkaufsfläche!

Heini **Schmid** hält fest, dass die CVP-Fraktion damit einverstanden ist, dass neu erst ab 7'500 m^2 eine Bebauungsplanpflicht für Einkaufszentren besteht. Dies stellt eine sinnvolle Harmonisierung mit den UVP-Vorschriften des Bundes dar. Wirklich entscheidend für die Problematik der Einkaufszentren ist nicht die Frage der Bebauungsplanpflicht, sondern inwiefern die Gemeinden in ihren Zonenplänen ausserhalb der Zentren grössere Einkaufsformate zulassen oder eben nicht. Nicht zuletzt auf Betreiben des Kantons sind die Zuger Gemeinden in diesem Bereich sehr restriktiv. Eine Bewilligung für ein Einkaufszentrum in den Zuger Gemeinden ist eigentlich faktisch unmöglich. Die vorgeschlagene Änderung wird darum an der Zurückhaltung von Kanton und Gemeinden gegen Einkaufsschwerpunkte ausserhalb der gewachsenen Siedlungsstrukturen nichts ändern. Darum befürworten wir die vernünftige Erhöhung auf 7'500 m^2.

Baudirektor Heinz **Tännler** bestätigt die Ausführungen von Heini Schmid. Es ist faktisch fast nicht mehr möglich, solche Einkaufszentren im Kanton Zug zu erstellen. Diese Restriktion ist tatsächlich vorhanden.
Aber unabhängig davon stellt sich jetzt hier die Frage, ob 5'000 oder 7'500 m^2. Und da stimmt es natürlich nicht, dass kein Zusammenhang vorliegt zwischen einem UVP und einem Bebauungsplan. Bei einer Umweltverträglichkeitsprüfung prüft man die Auswirkungen auf die Umwelt. Und das hat sehr wohl einen gewissen Zusammenhang. Und der Bund hat nun, auch was die Parkplätze anbelangt, die UVP von

300 auf 500 verändert; auch bezüglich diesem Punkt hat er das von 5'000 auf 7'500 geändert. Wir sind der Meinung, dass hier eine Angleichung absolut logisch und richtig ist. Es ist dann der Gemeinde immer noch anheim gestellt, ob sie einen Bebauungsplan erstellt oder nicht. Das schliesst ja dieser Paragraph nicht aus. Hier geht nur um die Bebauungsplan*pflicht* und nicht um den Bebauungsplan an und für sich. In diesem Sinn bittet der Baudirektor den Rat, diesen Antrag nicht zu unterstützen.

➔ Der Antrag von SP-Fraktion und AGF wird mit 58:17 Stimmen abgelehnt.

§ 13b (neu) Abs. 1

Vroni **Straub-Müller** bittet den Rat, hier der Regierung zu folgen und nicht der Kommission. Es ist falsch, dass hier das Bundesgesetz bereits alles regelt. Das Behindertengleichstellungsgesetz fordert lediglich Mindestanforderungen in Bezug auf das behindertengerechte Wohnen. So sagt dieses Gesetz, dass einzig die Zugänge zu Wohngebäuden mit mehr als acht Wohneinheiten hindernisfrei sein müssen. Die Zuger Lösung geht weiter und verlangt behindertengerechte Zugänge bereits ab sechs Wohneinheiten – übrigens analog zum Planungs- und Baugesetz des Kantons Schwyz. Behindertengerechte Wohnungen oder viel besser gesagt hindernisfreie, Wohnungen sind für Jung und Alt attraktiv. Solche Wohnungen lassen sich besser vermieten und die Mehrkosten werden mehr als nur kompensiert.
Nochmals: §13b zu streichen, wäre ein schlechtes Signal aus unserem Kanton hinaus in die Schweiz.

Hubert **Schuler** erinnert daran, dass behindertengerechtes Bauen vom Bund vorgeschrieben wird. Deshalb will die Kommission § 13b neu streichen. Nur, wer den genauen Gesetzestext des Bundes liest, sieht, dass der Bund nur die Zugänglichkeit regelt. Das bedeutet, dass der Zugang zur Wohnung oder zum Gebäude hindernisfrei gestaltet sein muss. Die Wohnung oder die Räume müssten aber diese Auflage nicht erfüllen. Aus diesem Grund hat die Regierung § 13b neu ins Gesetz aufgenommen und explizit nebst der Zugänglichkeit auch die Benutzbarkeit erwähnt. Dieser ganze Paragraph wurde auch speziell auf Wunsch von verschiedenen Gemeinden eingefügt. Sie wünschten sich bei der Erarbeitung der Vorlage eine einheitliche Lösung für das behindertengerechte Bauen im Kanton Zug.
In Abs. 2 schlägt die Regierung eine leicht modifizierte Variante der Bundesvorgaben vor. Anstatt der acht Wohneinheiten soll im Kanton Zug bereits ab sechs Wohneinheiten auf die Bedürfnisse von Menschen mit einer Behinderung Rücksicht genommen werden. Mit dem Vorschlag der Regierung werden ja keine übertriebenen Forderungen gestellt. Mit der Ausnahme, dass bei offensichtlich unverhältnismässigen Mehrausgaben oder bei Überwiegen von anderen wichtigen Interesse auf die Vorkehrungen teilweise oder ganz verzichtet werden kann, sind wir einverstanden.
Wir denken, dass es dem Kanton Zug gut ansteht, wenn wir diesem Wunsch der Gemeinden nachkommen. Gegenüber Menschen mit Behinderung können wir zeigen, dass das Parlament nicht nur Lippenbekenntnisse macht, sondern dass auch Gesetze geschaffen werden, welche ihnen einen Mehrwert geben. Die SP beantragt, § 13b nicht zu streichen.

Barbara **Strub** weist darauf hin, dass es im Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes und in der dazu gehörenden Verordnung detaillierte Regelungen gibt über das behindertengerechte Bauen. Es ist daher nicht sinnvoll, im kantonalen Gesetz wieder andere Regelungen festzusetzen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass wir eine möglichst einheitliche, übersichtliche und klare Gesetzgebung wollen. Die RPK ist mit 12:2 Stimmen für die Streichung dieses Paragraphen und will damit keine Verschärfung des Bundesgesetzes in unserem Kanton.

Heini **Schmid** hält fest, dass die CVP-Fraktion hier einstimmig der Kommission folgt und für Streichung ist. Die Vorschriften für das behindertengerechte Bauen sind auf Bundesebene geregelt und eine Verschärfung, dass schon ab sechs Wohneinheiten behindertengerecht gebaut werden muss, lehnen wir ab. Die Bundesvorschriften sind genügend streng, und die Regierung hat keine überzeugende Begründung für eine Verschärfung geliefert.
Der Votant möchte auch daran erinnern, dass man immer an Neubauten denkt. Das ist heute aber nicht das eigentliche Problem. Heute werden Neubauten grundsätzlich schwellenlos gebaut. Die Türquerschnitte sind genügend gross, damit auch Leute in Rollstühlen in diese Wohnungen hineinkommen. Der Votant hat in mehreren Wohnungen Behinderte, die das zusammen mit der IV umgebaut haben. Bei den neueren Häusern gab es nie Probleme. Aber wir müssen immer daran denken, dass das Behindertengesetz auch bei umfassenden Sanierungen zur Anwendung kommt. Und da wird es sehr teuer. Darum sieht Heini Schmid nicht ein, warum wir jetzt, wenn der Bund das auf acht Wohneinheiten festgelegt hat, auf sechs runtergehen. Denn da geht es dann ins Tuch. Die anderen werden sagen: verhältnismässig und und und. Im Gesetz ist relativ ein hoher Schwellenwert angelegt in Prozent der Gebäudeversicherungssumme, wo es dann unverhältnismässig wird. Im jungen Kanton Zug, der einen sehr neuen Baubestand hat, ist davon auszugehen, dass es für Behinderte nicht wirklich so schwierig ist, eine neue Wohnung zu finden, die dann wirklich behindertengerecht ist. Man muss sich wirklich fragen, ob es notwendig ist, dass der ganze alte Baubestand, wenn er mehr als sechs oder acht Wohneinheiten hat, dann zwangsweise umgebaut werden muss. Denn das Problem ist nicht so gravierend, dass Behinderte im Kanton Zug keine passende Wohngelegenheit finden.

Eusebius **Spescha** ist der Meinung, dass die bisherigen Ausführungen zum Behindertengleichstellungsgesetz nicht ganz korrekt sind. Dieses Gesetz konzentriert sich auf die Frage der Zugänglichkeit und sagt zum behindertengerechten Bauen und Wohnen relativ wenig. Wieso? Es hat etwas mit Zuständigkeit zu tun, weil der Bundesgesetzgeber das gemacht hat, was vorher in anderen Paragraphen, wo es um behindertengerechtes Bauen geht, hier auch argumentiert wurde. Der Bundesgesetzgeber hat gesagt: Das Baurecht an sich ist eine kantonale Aufgabe, und da reden wir möglichst wenig drein. Wir regeln das, wofür wir zuständig sind. Von daher hat der Bundesgesetzgeber darauf vertraut, dass die Kantone ihre Pflicht wahrnehmen und in ihren Baugesetzen die entsprechenden Vorgaben machen. Das Entscheidende ist jetzt nicht die Reduktion von acht auf sechs Wohnungen, sondern die Formulierung, dass die Wohnungen selber so gestaltet sind, dass sie den speziellen Bedürfnissen behinderter Menschen genügen. Es macht ja relativ wenig Sinn, behindertengerechte Zugänge zu haben, und nachher in der Wohnung selber funktioniert das nicht. Der Optimismus, dass das heute tatsächlich kein

Problem mehr sei und sich nur auf alte Wohnungen beschränke, teilt der Votant nicht. Seine Erfahrung ist eine andere.

Hubert **Schuler** ist erstaunt über die Aussage von Heini Schmid. Wir haben eine Tochter im Rollstuhl, die eine Wohnung suchen musste. Erstens war es überhaupt nicht einfach, eine Wohnung zu finden. Und die Wohnung musste mehrfach angepasst werden. Es ist eine ganz neue Wohnung. Es stimmt, sie war schwellenlos. Aber alles andere war nicht behindertengerecht. Selbst die Eingangstüre musste angepasst werden, weil der Zugang zum Haus nicht möglich war für sie. Sie konnte keine grosse, schwere Türe öffnen. Es brauchte einen elektrischen Öffner, den niemand bezahlen wollte. Die Aussagen von Heini Schmid, dass im Kanton Zug die Neubauten sehr behindertengerecht gebaut seien, stimmt hinten und vorne nicht.

Baudirektor Heinz **Tännler** meint, hier zeige der Regierungsrat offenbar etwas mehr Herz als die CVP. Er gibt diesmal der Ratslinken Recht und appelliert für ein wenig mehr Verständnis und höhere Sensibilität. Heini Schmid hat auch die Baukosten angesprochen. Wenn man behindertengerecht baut, geht es ja nicht nur um Behinderte. Es geht auch um ältere und gehbehinderte Personen, nicht nur um solche, die im Rollstuhl sind. Und da ist die Bundeslösung wirklich eine Minimallösung. Es wurde mehrfach ausgeführt, dass es nur um die Frage der Zugänglichkeit geht. In der Wohnung stoppen wir. Die Türgrösse muss man offenbar später nachbessern. Auch die Nasszellen sind zu klein usw. Der Baudirektor sieht effektiv nicht ein, weshalb hier nicht diese zugerische Lösung, die nicht einfach bei der Zugänglichkeit Halt macht, sondern auch in den Wohnbereich hinein geht, entsprechend berücksichtigt werden kann. Man muss hier ein wenig mehr Verständnis haben gegenüber den Behinderten. Wir haben ja hier auch noch die Kostenfrage thematisiert, die Verhältnismässigkeit, die Interessenlage. Und die Ratslinke ist damit einverstanden, dass es kostenmässig nicht überbordet. Bitte taxieren Sie diese Bundeslösung als ungenügend und genehmigen Sie diesen Paragraphen.

➔ Der Rat stellt sich mit 49:20 Stimmen hinter den Streichungsantrag der Kommission.

§ 14

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Kommission hier einen neuen Titel beantragt. Die Regierung ist damit einverstanden.

➔ Einigung

§ 29 Abs. 1

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es hier um zwei kontroverse Themen geht.

1. Eine Landfläche von mindestens 3'000 m^2 (Regierungsrat) oder von mindesten 2'000 m^2 (Kommission).
2. Arealbebauungsplanpflicht ja oder nein? Der Regierungsrat befürwortet eine solche, die Kommission lehnt sie ab.

Wir bereinigen vorerst Abs. 1 und erst danach die folgenden Absätze.

Barbara **Strub** weist darauf hin, dass die Bestimmungen dieses Paragraphen über die Arealbebauungen von ihrer Bedeutung her wohl die wichtigste ist, die bei dieser PBG-Revision geändert werden soll. Der Hauptgrund für die Änderung ist, dass die bisherige Bestimmung bei der Anwendung zu Rechtsunsicherheiten führte, was zahlreiche Einsprache- und Beschwerdeverfahren gegen Arealbebauungsvorhaben auslöste. Die Folge davon ist, dass die Bewilligungsverfahren für Arealbebauungen nicht nur lange dauern, sondern auch die Unsicherheit gross ist, ob eine Arealbebauung letztlich bewilligt werden kann oder nicht.
Die Arealbebauungen sind von der Idee her als freiwilliger Anreiz an die Bauherrschaften gedacht, indem sie einen Ausnützungsbonus erhalten, wenn sie auf einer grösseren, zusammenhängenden Landfläche eine besonders gut gestaltete Überbauung mit Freiräumen realisieren. Die Arealbebauungen funktionieren damit auf dem Prinzip von Geben und Nehmen, oder anders ausgedrückt, die Bauherrschaft erhält einen Ausnützungszuschlag, wenn sie dafür für eine besonders gut gestaltete Überbauung realisiert. Es versteht sich von selbst, dass ein Arealbebauungszwang mit der ursprünglichen Idee der Arealbebauung nicht vereinbar ist. Die von der Baudirektion durchgeführten Abklärungen, welche im Auftrag unserer Kommission durchgeführt wurden, haben ergeben, dass es in neun von elf Zuger Gemeinden einen Arealbebauungszwang gibt. Die entsprechenden Regelungen in den Gemeinden unterscheiden sich zum Teil sehr stark. Der Arealbebauungszwang geht im Extremfall soweit, dass der Gemeinderat bereits ab einer Landfläche von 2'000 m^2 eine Arealbebauung verlangen kann. Das Unbehagen in unserer Kommission war gross, dass die Arealbebauungsplanpflicht in den Gemeinden so häufig verbreitet ist, obwohl eine solche Pflicht mit der ursprünglichen Idee der Arealbebauungen nicht vereinbar ist. Eine Kommissionsmehrheit sprach sich nach intensiver Diskussion gegen einen Arealbebauungszwang aus.
Der Grundsatz, dass bei Arealbebauungen das Prinzip der Freiwilligkeit gilt und es somit keinen Arealbebauungszwang mehr gibt, ist in Abs. 1 verankert. Bei dieser Bestimmung hat unsere Kommission eine weitere Änderung beschlossen, dass nämlich die minimale Arealfläche von 2'000 m^2 beibehalten werden soll. Wir lehnen die vom Regierungsrat beantragte Erhöhung der Arealfläche auf 3'000 m^2 ab. Der Hauptgrund dafür ist, dass Arealbebauungen eine geeignetes Instrument zur Verdichtung im bebauten Gebiet sind. Damit von diesem Instrument im bebauten Gebiet auch tatsächlich Gebrauch gemacht werden kann, ist es wichtig, dass an der bisherigen Arealfläche von 2000 m^2 festgehalten wird.

Hanni **Schriber-Neiger** hält fest, dass die AGF den Antrag der Regierung unterstützt, der neu eine zusammenhängende Landfläche von mindestens 3'000 m^2 für eine Arealbebauung fordert. Auch sehen wir Arealbebauungszwang bzw. Arealbebauungsplanpflicht als ein gangbares Instrument für die Gemeinden, die heute sogar in neun Gemeinden in der Bauordnung verankert ist. In der Vernehmlassung haben sich die Gemeinden auch nicht negativ über die Arealbebauung geäussert. Der Antrag der RPK, diese Bestimmung aus dem PBG zu streichen, findet bei der Alternativen Grünen Fraktion keine Zustimmung.
Wenn Sie das Recht der Gemeinden auf das Erheben der Arealbebauungsplanpflicht verbieten, müssen neun Gemeinden kurz nach der Revision ihrer Bauordnungen diese schon wieder anpassen, und dies ohne jede Not. Das macht nun wirklich keinen Sinn. Die Gemeinde erwartet, dass die Bauherrschaft auf einer grösseren Landfläche eine qualitativ besonders hochstehende Überbauung mit Freiräumen realisiert. Es gibt von den Gemeinden sogar einen Ausnützungsbonus, wenn die Überbauung den erhöhten Anforderungen entspricht, vor allem in gestal-

terischer Hinsicht. Somit ist es gegeben, dass eine grössere Fläche zugestanden werden muss.

Hubert **Schuler** weist darauf hin, dass Arealbebauungen Instrumente sind, welche für das städtebauliche Gesamtbild eine wichtige Rolle spielen. Die Gemeinden dürfen bei Arealbebauungen höhere Anforderungen stellen, als wenn die Fläche in Einzelbauweise überbaut würde. Dafür werden Abweichungen zur ursprünglichen Zone bewilligt. Diese Regelung nützt den Bauwilligen und den Gemeinden gleichermassen. Mit den Änderungsvorschlägen der Kommission wird dieser Artikel präziser gefasst. Mit der Grösse der Landfläche sind wir jedoch nicht einverstanden. Wir sind ebenfalls, wie die Regierung, der Meinung, dass mit 2'000 m^2 keine sinnvolle Arealbebauung umgesetzt werden kann. Wir werden nachher hören, dass es ganz schwierig sein wird, Bauwillige zu finden, die 3'000 m^2 zusammenbringen, um eine gemeinsame Bebauung zu machen. Wenn das so ein grosser Nutzen wäre, wären ja die Bauwilligen auch bereit, zusammenzuspannen. Der Nutzen und die höheren Anforderungen wären Makulatur, was sicher nicht im Interesse der Öffentlichkeit sein kann.
Die SP beantragt bei § 29 Abs. 1 die Landfläche 3'000 m^2 und die Bebauungsplanpflicht gemäss der Regierung zu übernehmen. Die restlichen Änderungen der Kommission zu diesem Artikel unterstützt die SP.

Daniel **Abt** erinnert daran, dass die Landvorräte im Kanton Zug endlich sind. Wir sprechen aber nicht nur von Arealbebauungen, die realisiert werden z.B. auf einer Fläche zwischen Zug und Baar, wo wir eine grüne Wiese haben, auf welche der Bauherr etwas realisieren kann. Wir sprechen heute auch von Flächen, die bereits überbaut sind. In Kernzonen in Quartieren, wo Einfamilienhäuser stehen, die baufällig sind und deren Grundeigentümer gerne etwas Neues realisieren möchten. Wenn wir nun mit bereits ab 2'000 m^2 die Arealbebauung ermöglichen, schaffen wir einen Anreiz, dass sich da zwei oder Grundeigentümer zusammenschliessen und gemeinsam etwas Schönes erstellen. Die Alternativen und die SP sind gegen die Beibehaltung dieser Grösse. Parallel dazu hören wir immer wieder: Wir benötigen mehr Wohnraum, wir haben zu wenig bezahlbare Wohnungen. Dies ist eine Möglichkeit, auf gleichviel Bauland mehr Wohnraum zu schaffen. Bitte folgen Sie der FDP-Fraktion und stimmen Sie diesem Vorschlag zu.

Heini **Schmid** hält fest, dass die CVP-Fraktion bei diesem Absatz den Anträgen der RPK folgt. Bei der Mindestfläche sehen wir zwar die Bedenken des Regierungsrats, wir wollen, wie die Gemeinden und auch Daniel Abt aber weiterhin einen Anreiz geben, dass Nachbarn einen Vorteil haben, wenn sie gemeinsam bauen. Dadurch werden oft bessere Lösungen erzielt, als wenn jeder alleine baut. Zudem kann so dem Bedürfnis des Verdichtens besser Rechnung getragen werden.
Was die Arealbebauungsplanpflicht betrifft, lehnt unsere Fraktion wie die Kommission eine solche einstimmig ab. Eine Pflicht widerspricht dem Grundgedanken der Arealbebauung, welche ein Anreiz sein soll. Kommt hinzu, dass wir uns heute der grundsätzlichen Problematik von Arealbebauungen bewusst sind und es darum nicht sinnvoll ist, dass wir Bauherren mit Zwang in ein Gefäss drängen, dass in Zukunft nur sehr schwer an neue Bedürfnisse angepasst werden kann. In problematischen Gebieten haben die Gemeinden die Möglichkeit, im Zonenplan eine Bebauungsplanpflicht zu statuieren. Dann ist es auch politisch legitimiert, dass die

Gemeindeversammlung sagt: Das ist ein kritischer Bereich, hier sollte zusammen gebaut werden. Dann gibt es eine Bebauungsplanpflicht und die Gemeindeversammlung ist nachher der Schiedsrichter, was gilt oder was nicht. Heute ist die Arealbebauungsplanpflicht so eine Drohgebärde: Entweder macht ihr das ein wenig so, wie das die Gemeinde möchte, oder sonst kommen wir und zeigen es dann mit der Arealbebauungsplanpflicht. Das ist ein Problem, dass dann zum Teil Bauherren zusammengezwungen werden, sie müssen gemeinsam erschliessen, zwei machen nicht mit etc. Sehr oft führt das dazu, dass in gewissen Gebieten gar nichts mehr passieren kann. Darum bitten wir Sie, dieser Arealbebauungsplanpflicht, die im Gesetz nie so vorgesehen war, jetzt den Garaus zu machen.

Baudirektor Heinz **Tännler** beginnt mit 2'000 versus 3'000 m^2. Die Überlegungen des Regierungsrats gehen auch in die Richtung, dass man gerade in Hanglagen mehr oder minder nur noch Arealüberbauungen hat. Zu was das führt, können wir wunderbar hier in Zug am Zugerberg sehen, wo man relativ stattlich bauen kann, ein zusätzliches Geschoss, mehr Volumen schaffen kann. Jetzt kann man sagen: gut, verdichtetes Bauen. Es fragt sich dann aber, ob man effektiv an Hanglagen verdichten muss oder nicht allenfalls in Zentrumslagen verdichten sollte. Wenn wir nun auf diesen Zugerberghang schauen, ist dort eine rege Bautätigkeit. Und wenn der Baudirektor da von Städtebau und Ästhetik spricht, dann sieht er davon nicht so viel. Wenn er das z.B. vergleicht mit dem Zürichberg, bestehen da doch frappante Differenzen, was die Bauqualität anbelangt. Beispielsweise auch in Walchwil an den Hanglagen haben wir mehr oder minder letztlich nur noch Arealbebauungen, weil das Niveau von 2'000 m^2 sehr tief ist und dann relativ stark und üppig und gross überbaut werden kann. Es kommt weiter dazu, dass viele Gemeinden in ihren Bauordnungen die Messlatte höher gesetzt haben. In der Stadt Zug – Irrtum vorbehalten – 4'000 m^2. Deshalb ist der Regierungsrat der Meinung, dass wir hier nachziehen und diese Messlatte auf ein vernünftiges Mass von 3'000 m^2 setzen sollten.
Zur Arealbebauungsplanpflicht. Jede Medaille hat zwei Seiten. Heini Schmid hat jetzt zwischen den Zeilen gesagt, dass die Gemeinden drohen könnten, dass man unter Druck gesetzt werden kann. Vielleicht ist das in Baar so der Fall, in anderen Gemeinden vielleicht nicht. Mag sein, dass die Überraschung gross ist, dass in neun Gemeinden diese Arealbebauungsplanpflicht gegeben ist. Jetzt muss man sich aber vorstellen, dass diese Arealbebauungsplanpflicht wirklich auch Vorteile haben kann. Die Gemeinden haben – auch aus städtebaulicher Sicht – eine Arealbebauung zu verlangen, weil damit auch die architektonische Seite berücksichtigt werden soll. Das ist per se nicht schlecht. Und den Gemeinden so zwischen den Zeilen zu unterstellen, dass sie das dann als Erpressungsmittel ausnützen würden, wagt der Baudirektor nicht zu behaupten. Wir sind in einer Demokratie und da könnte man sich ja auch anderweitig dagegen wehren.
Was passiert nun, wenn diese Arealbebauungsplanpflicht in neun Gemeinden fallen gelassen würde. Dann hat Heini Schmid gesagt, könne man das allenfalls in den Bebauungsplänen aufführen in gewissen Zonen. Aber es geht noch weiter. Die Gemeinden können per se eine Bebauungsplanung verlangen. Dann werden sie das wahrscheinlich machen. Dann schicken sie den Bauwilligen in einen viel schwierigeren Prozess. Er geht länger, die Öffentlichkeit spricht dann wirklich mit, man muss vor die Gemeindeversammlung. Und ob damit der Bauherrschaft gedient ist, bezweifelt Heinz Tännler. Das wird dann der Ausweg sein. Wenn wir hier in diesem Parlament nun die Arealbebauungsplanpflicht streichen, werden die Gemeinden das zur Kenntnis nehmen und im nächsten Fall einen Bebauungsplan

verlangen. Und dann hat man einen sehr schwierigen Prozess zu durchlaufen bis zur Gemeindeversammlung und ist ohne Not der öffentlichen Meinung ausgesetzt. Der Baudirektor bezweifelt, dass das der bessere Weg ist. Er appelliert dafür, dass man den Gemeinden dieses Instrument überlässt. Er bezweifelt, dass die Gemeinden das im negativen Sinn ausnützen, und bittet den Rat, die Gemeindeautonomie so stehen zu lassen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst über die Landfläche abgestimmt wird, anschliessend dann über die Arealbebauungsplanpflicht.

➔ Der Rat stellt sich mit 53:17 Stimmen hinter den Kommissionsantrag, womit die Landfläche auf mindestens 2'000 m^2 festgelegt wird.

➔ Der Rat stellt sich mit 51:23 Stimmen hinter den Kommissionsantrag, der keine Arealbebauungsplanpflicht festlegt.

§ 29 Abs. 4 Bst. b

Barbara **Strub** weist darauf hin, dass dieser Buchstabe identisch ist mit Abs. 4 Bst. a der Regierung. In dieser Bestimmung geht es um die Änderungen von bestehenden Arealbebauungen. Da es viele bestehende Arealbebauungen gibt, kommt dieser Bestimmung eine grosse Bedeutung zu. Bei den Änderungen muss zwischen den wesentlichen und den unwesentlichen Änderungen unterschieden werden. Die unwesentlichen Änderungen sind unproblematisch, da dafür keine Zustimmung von den Eigentümern der Arealfläche erforderlich ist. Anders ist die Situation bei einer wesentlichen Änderung an einer Arealbebauung. Als wesentliche Änderungen gilt zum Beispiel eine Änderung beim Grundkonzept der Überbauung. Für wesentliche Änderungen ist nach der geltenden Rechtsprechung die Zustimmung von *allen* Eigentümern der Arealfläche notwendig. Das heisst mit anderen Worten, dass eine wesentliche Änderung einer Arealbebauung an der Zustimmung eines einzelnen Eigentümers scheitern kann. Damit Letzteres verhindert werden kann und wesentliche Änderungen bei einer Arealbebauung möglich sind, schlägt die Kommission eine Präzisierung vor. Für eine wesentliche Änderung einer Arealbebauung soll nicht mehr das Prinzip der Einstimmigkeit gelten, sondern gemäss Vorschlag der Kommission genügt es, wenn mindestens eine Dreiviertelmehrheit der Eigentümer der anrechenbaren Geschossflächen der Arealbebauung mit der Änderung einverstanden ist.

Heini **Schmid** hält fest, dass die CVP-Fraktion hier sicherstellen will, dass nicht ein Einzelner oder Wenige sinnvolle Änderungen oder Neuerungen blockieren können. Darum unterstützen wir hier die Kommission. Wir hoffen, dass der Vorschlag der Kommission einfacher umzusetzen sein wird als derjenige der Regierung. Noch eine Bitte: Beim Regierungsvorschlag geht es ja darum, dass nur diejenigen zustimmen müssen, die wesentlich stärker belastet werden. Der Votant könnte sich auch vorstellen, dass wir das so machen, dass drei Viertel derjenigen, die wesentlich stärker belastet werden, zustimmen müssen. Das wäre besser. Heini Schmid weiss nämlich nicht genau, was definitiv erneuerungsfreundlicher ist, der Vorschlag der Regierung oder jener der Kommission. Es wäre sinnvoll, wenn man das mindestens auf die 2. Lesung hin abklären könnte.

Daniel **Abt** hält fest, dass die FDP-Fraktion der Ansicht ist, dass Bst. b der Regierung einfacher in der Handhabung ist als der Vorschlag der Kommission. Wir stellen deshalb den Antrag, anstelle von § 4b der Kommission den § 3b der Regierungsvorlage einzubauen.

Baudirektor Heinz **Tännler** meint, wenn Heini Schmid nicht sicher sei, so könne es sich hier um eine komplizierte Sache handeln. Es ist nämlich so, Arealbebauungen per se sind so eine Sache, und diese Bestimmung, sei es die des Regierungsrats oder der Kommission, hat ein Dafür und Dawider.
Der Baudirektor möchte einige Beispiele nennen, wo Sie sehen, weshalb dieser Kommissionsvorschlag ein Beinsteller ist. Nehmen wir mal an, wir hätten eine Arealbebauung mit beispielsweise drei Liegenschaften. In diesen Liegenschaften haben wir acht oder zehn Wohnungen. Und nun sagt die Kommission, wenn im hintersten Block jemand einen Wintergarten machen will, dieser mindestens drei Viertel der Eigentümerinnen und Eigentümer der anrechenbaren Geschossfläche der Arealbebauung hinter sich haben muss. Das heisst also, auch solche müssen die Genehmigung geben, die eigentlich gar nicht belastet sind. Somit ist die Kommissionslösung viel strenger als die regierungsrätliche, die sagt: «Bedürfen der Zustimmung jener Eigentümerinnen und Eigentümer des Areals, welche von den Änderungen wesentlich stärker belastet werden.» Mit anderen Worten: Es muss höchstens die Zustimmung jener in diesem Block vorliegen, wo der Eigentümer diese Änderung will. Sicher nicht in den anderen Liegenschaften.
Heinz Tännler könnte noch x andere Beispiele nennen, wo dieser Kommissionsantrag zwar klar ist, aber viel schlechter und strenger als der liberale Ansatz der Regierung. Ein anderes Beispiel zu diesem Kommissionsvorschlag. Nehmen wir an, ich kaufe eine Eigentumswohnung in einer Arealbebauung mit drei verschiedenen Liegenschaften, Mehrfamilienhäusern. Ich habe ein Stockwerkeigentumsreglement und dort steht: Für notwendige bauliche Massnahmen braucht diese Stockwerkgemeinschaft 51 % Zustimmung, dann kann man es machen. Ich verlasse mich zivilrechtlich auf das Stockwerkeigentumsreglement und nun sind alle Stockwerkeigentümer in meinem Haus einverstanden, dass ich das mache. Und dann kommt die Behörde und sagt: Ihnen fehlt die Zustimmung! Weil das öffentliche Recht dem Privatrecht vorgeht, brauchen Sie eine Dreiviertelmehrheit. Alle, auch in den Liegenschaften, die gar nicht betroffen sind, müssen zustimmen. Und schon geht der Krach los. Und deshalb ist diese Lösung der Kommission ein Beinsteller. Er mag klarer sein und in gewissen Fällen funktionieren, aber in vielen Fällen nicht. Der regierungsrätliche Vorschlag ist nicht so klar wie der Vorschlag der Kommission, weil es immer eine Einzelfallabwägung ist. Wer ist jetzt stärker belastet? Was ist wesentlich und was unwesentlich? Wer ist belastet und wer nicht? Da kann man dann lang diskutieren. Der Eine glaubt, er sei belastet, der andere nicht. Da muss dann das Gericht entscheiden, da wird sich eine Praxis ergeben.
Sie sehen, der regierungsrätliche Vorschlag ist klar liberaler, aber er ist halt nicht einfach sofort klar. Der Kommissionsvorschlag ist klar, aber in vielen Fällen nachteiliger und viel strenger. Der Vorschlag, den nun Heini Schmid noch eingebracht hat, dass man den Kommissionsvorschlag mit dem regierungsrätlichen verknüpfen solle (die Kommission bezieht sich auf Konzeptänderungen, der Regierungsrat spricht von Belastung) würde der Baudirektor gerne abklären und das mit der Kommission noch einmal kurz diskutieren. Natürlich vor dem Hintergrund, dass es dann noch liberaler wird, die Messlatte also noch tiefer herunterkommt. Wenn das das Parlament so will, so ist Heinz Tännler gerne bereits zuzustimmen, er muss aber natürlich den Regierungsrat noch anfragen. Vor diesem Hintergrund bittet er

den Rat, den Kommissionsantrag abzulehnen und der Regierung einen Abklärungsauftrag zu geben, damit man dann nachher den Regierungsantrag dieser Kombination, welche wir auf die 2. Lesung hin vorlegen, gegenüberstellt.

➔ Der Abklärungsantrag ist unbestritten und wird von der Regierung entgegengenommen.

➔ Der Rat stellt sich mit 59:5 Stimmen hinter den Regierungsantrag (§ 29 Abs. 3 Bst. b der Regierungsvorlage).

§ 32d (neu)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung hier mit dem Kommissionsantrag einverstanden ist.

➔ Einigung

§ 36

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es hier im Wesentlichen darum geht, dass die Kommission mit der vom Regierungsrat beantragten Verkürzung der Mitwirkungsfrist auf 30 Tage *bei Richtplananpassungen* nicht einverstanden ist. Die Kommission will die bisherige Mitwirkungsfrist von *generell* 60 Tagen beibehalten.

Barbara **Strub** weist darauf hin, dass die Regierung hier eine Verkürzung der Mitwirkungsfrist beantragt, um die Verfahren kürzer und effizienter abwickeln zu können. Das ist ja eigentlich auch in unserem Sinn. Eine Mitwirkungsfrist von nur 30 Tagen ist nach Meinung der RPK jedoch sehr knapp; vor allem, wenn sie noch in die Ferien fällt. Einerseits wäre es zu begrüssen, wenn weite Kreise ausserhalb des Parlaments von einer Mitwirkung Gebrauch machten, da die Auffassungen der Mitwirkenden für die Behörden wichtig sind. Für die gesamte Zeitdauer eines Verfahrens spielen aber 30 oder 60 Tage keine wesentliche Rolle. Darum ist unsere Kommission der Meinung, dass man hier bei 60 Tagen bleiben kann.
Als Folge dieses Entscheides braucht es unserer Auffassung nach auch keinen neuen § 36, und *wir beantragen deshalb, den ursprünglichen § 36 zu belassen*.

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass Anpassungen des Richtplans in den meisten Fällen nicht nur einzelne Themen umfassen, sondern oft sehr umfangreich und komplex sind. Und Richtplananpassungen betreffen oft sehr wichtige politische Fragen. Die Parteien müssen zuerst in ihren Arbeitsgruppen die Vernehmlassungen erarbeiten und diese dann in den jeweils zuständigen Gremien verabschieden. Dafür reichen in der Regel 30 Tage nicht aus. Die CVP-Fraktion ist deshalb klar der Meinung, dass 60 Tage notwendig sind, damit die sinnvolle politische Mitwirkung bei Richtplananpassungen nach wie vor gewährleistet ist.

Martin **Stuber** hält fest, dass die AGF den Kommissionsantrag unterstützt. Das ist auch kein Zufall, der Antrag kam nämlich vom Votanten. – Er möchte noch etwas zur Beschleunigung sagen. Wenn Sie das ganze Prozedere anschauen für Richt-

planänderungen, dann spielt ein Monat mehr kaum eine Rolle. Da wird vielleicht sogar der Baudirektor Martin Stuber insgeheim Recht geben.

Baudirektor Heinz **Tännler** darf jetzt nicht kapitulieren. Die Regierung hält an diesem Antrag fest. Sie ist bemüht, die Fristen so zu kürzen, dass sie noch ausreichend sind, aber dem Verfahren Schub und Tempo geben. Und es kommt eben auch auf einen Monat an. Das ist ja auch die Haltung in diesem Gesetz, dass wir die Fristen etwas kürzen wollen, ohne Rechte wegzunehmen. 30 Tage für eine Anpassung wollen wir in diesem Paket vorlegen. Diese Zeit reicht aus. Und es ist ein Grundsatz bei diesem Gesetz, dass wir hier Effizienz schaffen wollen. Effizienz versus Rechtstaatlichkeit ist eine Grundsatzfrage, die der Rat nun entscheiden muss. Der Regierungsrat bemüht sich, die Prozesse voranzutreiben. Wenn er aber nun hört, wie es in der CVP bei Vernehmlassungs- und Mitwirkungsfragen vor sich geht, so wäre es vielleicht auch mal angezeigt, dort den Prozess etwas zu verschlanken.

➔ Der Rat stellt sich mit 61:8 Stimmen hinter den Kommissionsantrag, womit die bisherige Fassung von § 36 beibehalten wird.

§ 38 Titel und Abs. 1

Karl **Nussbaumer** stellt im Namen der SVP-Fraktion den Antrag diesen Paragraphen wie folgt zu ändern:
Der bereinigt Entwurf soll während 30 Tagen öffentlich aufgelegt werden und nicht nur während 20 Tagen.
Der letzte Satz soll wie folgt geändert werden: «Für die Gewährleistung des rechtlichen Gehörs ist die Amtsblattpublikation *im kantonalen sowie beim betreffenden gemeindlichen Teil* massgebend.»
Begründung: Wir sind vor allem deshalb für 30 Tage, wenn die Frist in die Ferienzeit fällt. Besteht da noch die Chance, zu reagieren? Es gibt viele Personen, die lesen nur ihren gemeindlichen Teil und nicht den kantonalen. Betroffene können so noch reagieren. Aufwand entsteht keiner. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag!

Barbara **Strub** verweist auf den Kommissionsbericht. Die Kommission lehnt diesen Antrag mit 9:2 Stimmen ab.

Baudirektor Heinz **Tännler** weist darauf hin, dass die Regierung an 20 Tagen festhält. Es wird immer wieder gesagt, dass die Ferienzeit ein Problem sei. Er hofft und geht davon aus, dass die Gemeinwesen und die öffentliche Hand darauf Rücksicht nehmen und nicht zu Unzeit Fristen zu laufen beginnen.
Die Regierung hat Verständnis für den Antrag der SVP betreffend die Amtsblattpublikation. Wir werden das auch tun, im kantonalen wie auch im gemeindlichen Teil. Das kann man in die Materialien schreiben. Wir sind aber der Meinung, dass man es nicht ins Gesetz schreiben muss. Wir halten an diesem Antrag fest, aber der Baudirektor kann die Zusicherung geben, dass wir inskünftig bei den Amtsblattpublikationen diese im kantonalen Teil und im jeweils betroffenen gemeindlichen Teil machen werden. Hoffentlich können Sie damit leben!

Philip C. **Brunner** begreift das nicht ganz. Auf der einen Seite gibt uns der Baudirektor materiell Recht, dass das eine an sich gute Idee sei. Aber vielleicht ist Heinz Tännler einmal nicht mehr Baudirektor und der Nachfolger fragt dann: Wo steht das? Bitte stimmen Sie dem Antrag der SVP-Fraktion zu, dann ist es nämlich für alle Zeit festgehalten. Der Votant ist sehr für schlanke Gesetze. Aber das wäre jetzt wirklich ein Punkt, den man ohne irgendwelche Probleme hier einfügen könnte.

Heini **Schmid** betont, dass die CVP-Fraktion sich zu diesem Paragraphen nicht geäussert hat. Er spricht hier als Einzelsprecher. In Analogie zum Entscheid bei § 42 geht er davon aus, dass auch hier eher für 30 Tage gestimmt wird. Er hätte dazu generell eine Anregung. Er hat jetzt das Gesetz etwas durchgeschaut, wo es 20 und wo 30 Tage sind. Selbst als Baujurist wird es langsam schwierig. Verwaltungsbeschwerden sind 20 Tage, Verwaltungsgerichtsbeschwerden 30 Tage, Auflagefristen können 20 oder 30 Tage sein. Man sollte, wenn man es harmonisieren will, sagen: Grundsätzliche Fristen sind heute im Zivilrecht z.B. 30 Tage. Im Verwaltungsrechtspflegegesetz könnte man sagen: Grundsätzlich ist die Frist bei Beschwerden 30 Tage. Das Hin und Her zwischen 20 und 30 Tagen ist nicht sinnvoll, um einzelne Beschwerden zu beschleunigen. Das dient niemandem. Im Rechtswesen hat sich jetzt eingebürgert, dass man grundsätzlich sagt: Eine normale Beschwerdefrist ist 30 Tage. Einen Monat hat man Zeit. Darum würde Heini Schmid persönlich hier den SVP-Antrag unterstützen. Bei § 42 kommt er nicht nochmals: Dort unterstützen wir die Kommission mit 30 Tagen.
Aber nicht einverstanden ist der Votant mit dem anderen SVP-Antrag. So viel er weiss, ist es des Teufels, wenn Publikationen an zwei Orten erfolgen. Welche gilt dann? Ist es jetzt die im kantonalen Teil oder jene im Gemeindeteil? Wenn eine vergessen wird, was bedeutet das? Heini Schmid würde aus diesem Grund jedenfalls nicht empfehlen, das ins Gesetz aufzunehmen. Es sollte im Publikationsgesetz geregelt werden, wo wir das hintun müssen. Und wir sollten nicht hier im Baugesetz eine Solitärlösung festlegen. Das wäre nicht zielführend.

Baudirektor Heinz **Tännler** nimmt zu den Fristen nicht nochmals Stellung. Aber zu dieser Amtsblattpublikation nur soviel: Der Hinweis der SVP ist nicht falsch. Es gelten beide Publikationen, im kantonalen wie auch im gemeindlichen Teil. Aber es gibt offensichtlich Personen, die schauen den kantonalen Teil nicht an, nur den gemeindlichen. Dann verpassen sie möglicherweise eben diese Publikation. Deshalb kann man das in beiden Bereichen publizieren. Wir sagen einfach: Wir machen das, wir schreiben das in die Materialien, dass wir an beiden Orten publizieren, aber die Regierung ist der Auffassung, dass solche operativen Punkte nichts ins Gesetz geschrieben werden sollten und es bei der von uns vorgeschlagenen Formulierung bleiben soll.

Martin **Stuber** meint, auch die SVP sei froh, wenn es keine Gesetze für die Ewigkeit gibt und man sie hin und wieder abändern kann. Auch wenn es jetzt im Gesetz stehen würde, wäre das ja auch nicht für immer und ewig. Der Votant ist materiell einverstanden mit dem Anliegen der SVP, aber er glaubt, dass das in die Verordnung gehört. Wir haben ja diese Diskussion in der RPK auch gehabt bei diversen Punkten, ob das ins Gesetz oder in die Verordnung gehört. Die Regierung hat uns dann auch den Verordnungsentwurf präsentiert, um die Diskussion zu versachli-

chen und zu vereinfachen. Es gibt wahrscheinlich in diesem Rat einen Konsens, aber das gehört effektiv nicht in ein Gesetz.
Was die Fristen betrifft, so hat Heini Schmid Martin Stuber aus dem Herz gesprochen. Man sollte das wirklich vereinheitlichen und generell auf 30 Tage gehen. Der Votant weiss aber nicht, wie man das verfahrenstechnisch am besten macht. Ob man da bei jedem Paragraphen wieder einen Antrag stellen muss oder ob man einen Globalantrag stellen kann.

Baudirektor Heinz **Tännler** hält fest, dass ein Globalantrag nicht möglich ist. Man muss die Anträge bei den entsprechenden Paragraphen stellen. Aber der Baudirektor kommt in dieser Sache nicht mehr ans Rednerpult. Er sieht ein, dass die Regierung mit den Fristen offenbar falsch liegt.
Zur Amtsblattpublikation und dem Vorschlag, das in die Verordnung zu schreiben. Wir können das so tun, wenn die SVP-Fraktion damit einverstanden ist. Dann nehmen wir das verbindlich in die Verordnung auf. Aber wenn die SVP total sicher sein will: Die Verordnung kann natürlich der Regierungsrat wieder ändern. Aber es braucht dazu dann nicht nur einen Baudirektor, sondern noch sechs Kolleginnen und Kollegen.

Manuel **Brandenberg** meint, es gehe ja nicht nur um eine gesetzestechnische Frage, wo man das jetzt reinschreiben solle. Das ist ja für den Bürger sehr abstrakt. Es geht wirklich um die Frage, ob der Bürger die Sicherheit hat, dass er, wenn er nur seine Gemeinde anschaut im Amtsblatt, alles mitbekommt, was sein eigenes Grundstück und seine Rechte betreffen könnte. Der Votant hat schon solche Fälle erlebt, wo das tatsächlich ein Bürger verpasst hat. Dann hatte er Probleme, weil das nur im kantonalen Teil war. Wir können es jetzt ins Gesetz schreiben, wir sind ohnehin dran, dann haben wir Rechtssicherheit. Es spricht doch Einiges auch dafür, das jetzt gleich ins Gesetz zu nehmen. Es ist bürgerfreundlich und der Aufwand für die Regierung wird nicht viel grösser. Manuel Brandenberg möchte das dem Rat beliebt machen.

➔ Der Rat stellt sich mit 62:2 Stimmen hinter den SVP-Antrag, die Frist auf 30 Tage festzulegen.

➔ Der Rat lehnt den SVP-Antrag zur Amtsblattpublikation mit 53:20 Stimmen ab.

§ 42 Abs. 3

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier wieder eine Differenz bei den Fristen vorliegt: Die Regierung beantragt 20 Tage, die Kommission 30 Tage.

Heini **Schmid** hält fest, dass die CVP-Fraktion hier selbstverständlich für 30 Tage ist. Er ist nicht ganz sicher, ob wir jetzt der Regierung einen Abklärungsauftrag gegeben haben, generell die 30 Tage zu untersuchen. Wir haben vorher gerade die Planungszonen bewilligt, und das mit 20 Tagen. Wenn der Votant den Rat richtig gespürt hat, so wäre man eigentlich daran interessiert, generell die Frage zu stellen, ob es jetzt 20 oder 30 Tage sein sollen. Er würde den Antrag stellen, dass die Baudirektion für die 2. Lesung überprüft, ob wir jetzt überall 20 oder 30 Tage

haben. Die Regierung sollte einen generellen Vorschlag ausarbeiten, dass man alle entsprechenden Fristen im Baurecht auf 30 Tage anpasst.

Thomas **Lötscher** möchte einen Gegenantrag stellen, dass wir diesen Abklärungsauftrag nicht überweisen. Es führt etwas zu weit. Jeder hier drin hat sich seine Gedanken machen können, ob er grundsätzlich für 20 oder für 30 Tage ist. Und darüber sollten wir jetzt einfach abstimmen.

➔ Der Rat stellt sich mit 69:5 Stimmen hinter den Kommissionsantrag, der die Frist hier auf 30 Tage festlegt.

➔ Der Rat befürwortet mit 37:30 Stimmen den Abklärungsauftrag von Heini Schmid.

§ 45 Abs. 1

Martin **Stuber** weist darauf hin, dass es hier um die Auflage der Baugesuche in den Gemeinden geht. Das ist ein wichtiger Punkt. Wir beantragen, die Frist hier von 20 auf 30 Tage zu erhöhen. 20 Tage ist wenig, umso mehr, als es vor allem bei umstrittenen Bauten immer wieder vorkommt, dass die Auflage in die Ferien oder z.B. über Weihnacht gelegt wird, um Einsprachen zu erschweren. Wir haben in der Stadt Zug schon einige böse Praktiken gehabt. Das Ziel der Behörden ist immer klar: Man will die Einsprachen erschweren. Das geht natürlich nicht. Der Baudirektor hat uns versichert, dass der Kanton darauf achte, dass er solche Auflagen nicht in die Sommerferienzeit legt. Aber was die Gemeinden machen, ist ihre Sache. Hier braucht es klare Leitplanken. Eine Einschränkung der Auflagetermin auf ausserhalb der Sommerferienzeit erwies sich in der Kommission als wenig praktikabel im Gesetz. An dieser Stelle geht der Aufruf an die Gemeinden zum Fairplay und dafür, die Auflage von Baugesuchen nicht in die Ferienzeit zu legen.

Thiemo **Hächler** ist jetzt nicht wirklich vorbereitet auf dieses Votum. Aber er kann es bald nicht mehr hören, 20 oder 30 Tage? Tatsache ist: Auch wenn Heini Schmid als Jurist mit diesen Fristen seine liebe Mühe hat. Dem Votanten geht es manchmal so auf der Autobahn; er ist nicht sicher, ob es nun 80 oder 120 oder 100 ist. Das zeigt, dass es auch in anderen Rechtsbereichen 10-tägige Fristen gibt, 30-tägige usw. Oder dann gar keine Verjährung. Dieses Problem lässt sich aufgrund des PGB nicht so einfach aus der Welt schaffen. Nur ist es so, dass es ab jetzt, wenn es um das eigentliche Baueinspracheverfahren geht, Zeit kostet. Wenn wir bisher von Planungszonen oder von Gesetzesänderungen gesprochen haben, dann sind das Auflagen, die das öffentliche Recht betreffen. Jetzt kommt der Zeitpunkt, wo ein Bauwilliger sein Gesuch einreicht und in möglichst kurzer Zeit zu einer Bewilligung kommen möchte. Wenn Martin Stuber sagt, dass die Zeit kurz ist oder auf die Ferien fällt, um ein Projekt zu prüfen, dann ist es ja nur der Entscheid: Will ich mir das genauer anschauen, muss ich da vertieft in die Materien gehen? Wenn dieser Entscheid fällt, kann er eine vorsorgliche Einsprache machen und dann spricht er eigentlich schon beim Bauwilligen mit. Alles andere hat nachher mehr Zeit. Aber für den regulären Fall, der meistens eigentlich schlank laufen kann, sollte man unbedingt bei 20 Tagen bleiben. Alles andere ist gewerbefeindlich und nicht freundlich zu den Bauwilligen.

Heini **Schmid** möchte vom Baudirektor nicht hören, er habe die Büchse der Pandora geöffnet. Genau für solche Fälle müsste man jetzt diesen Abklärungsauftrag bearbeiten. Es gibt auch die Verwaltungsbeschwerde, die nur 20 Tage hat. Es ist nicht so einfach. Aber die gleiche Kategorie von Problemen sollte mindestens die gleiche Frist haben. Das haben wir jetzt bei dieser Revision aus den Augen verloren. Es geht sehr wild hin und her. Der Votant möchte beliebt machen, hier jetzt die 20 Tage mal zu belassen. Es geht um eine Einsprache- und nicht um eine Beschwerdefrist. Es ist klar gewerbefreundlich. Heini Schmid nimmt den Vorwurf entgegen, dass er hier wieder die Interessen von Gewerbe und Bauherren vertritt. Er *ist* Bauherr. Aber es ist ihm wichtig, dass man der Regierung die Möglichkeit gibt, mal sauber zu schauen, wie das im Baurecht aussieht und wie es sich verhält mit den übrigen Verwaltungsbeschwerdefristen. Wie verhält es sich mit den Verwaltungsgerichtsbeschwerdefristen? Und dann kommen wir zu einer sauberen Lösung, dass mindestens alle Auflagefristen z.B. 30 Tage sind. Deswegen sollte man jetzt nicht überall vorschnell, wo man 20 Tage sieht, einfach auf 30 Tage gehen.

Martin **Stuber** hält selbstverständlich an seinem Antrag fest. Er glaubt, materiell gesehen ist natürlich die Auflagefrist für Baugesuche eine der wichtigsten Fristen in diesem Gesetz. Das muss nicht näher erläutert werden. Und im Sinne von Transparenz und Mitwirkung für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger muss man da jetzt wirklich auf 30 Tage gehen. Wir haben leider nicht die Gewähr, dass die Gemeinden sich hier alle mit Fairplay verhalten. Die Erfahrung aus der Praxis lehrt uns, dass da doch hin und wieder Einiges passiert. Von daher möchte der Votant dem Rat wirklich nahe legen, auf 30 Tage zu gehen. Auf diese 10 Tage kommt es für den Bauherrn nur wirklich nicht an! Aber für jemanden, der betroffen ist durch diesen Bau, sind 20 oder 30 Tage ein grosser Unterschied, vor allem, wenn es in die Ferien fällt.

➔ Der Antrag von Martin Stuber wird mit 43:26 Stimmen abgelehnt.

§ 61 Abs. 1

Heini **Schmid** hält fest, dass die CVP-Fraktion hier den Vorschlag der Kommission unterstützen möchte. Wir hätten aber noch einen Verbesserungsvorschlag eher redaktioneller Art. Der Antrag der Kommission lautet: «… und acht Mitgliedern, welche über die fachliche Fähigkeiten verfügen.» Wir schlagen vor, dass es heisst: «… welche über die *entsprechenden Fachkenntnisse* verfügen.»

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass sowohl Regierung wie Rat mit dieser redaktionellen Änderung einverstanden sind.

➔ Einigung

§ 69 Abs. 1 Bst. c und d (neu)

Daniel **Abt** hält fest, dass die FDP-Fraktion im Gegensatz zur Kommission den Antrag stellt, an Bst. d festzuhalten. Dies mit der Absicht, der zuständigen Behörde ein Rechtsinstrument zu geben, mit welchem öffentliche Ärgernisse beseitigt werden können. Wir halten am ursprünglichen Antrag der Regierung fest.

Barbara **Strub** möchte zur Streichung von Bst. d und dem von der Kommission beantragten Bst. c Folgendes sagen: Ob Bauten und Anlagen das Orts- und Landschaftsbild verunstalten, ist nach Ansicht der RPK nicht definitiv zu klären und auch nicht vereinbar mit der Eigentumsgarantie. Es war uns jedoch ein Anliegen, den Sicherheitsaspekt in diesen Paragraphen aufzunehmen. Bitte stimmen Sie dem neuen Abs. 1 Bst. c zu und streichen sie Bst. d. Dieser Beschluss war in der RPK einstimmig. Die Regierung hält dies ja auch für eine sinnvolle Variante.

Baudirektor Heinz **Tännler** weist darauf hin, dass die Regierung dem Rat einen Vorschlag für einen neuen Bst. d unterbreitet hat. Nach der Kommissionssitzung mussten wir auch sagen, dass unser Vorschlag vielleicht etwas verunglückt ist. Denn dass Bauten und Anlagen wegen mangelhaften Unterhalts das Orts- und Landschaftsbild verunstalten, ist natürlich schon mit einem grossen Ermessensspielraum verbunden. Man könnte geradezu auch sagen, damit werde Tür und Tor für eine willkürliche Handhabung geöffnet. Deshalb finden wir auch, dass der Kommissionsvorschlag wirklich stringenter und konziser ist, weil er die Sicherheit von Personen oder Sachen in den Vordergrund stellt. Das kann man beurteilen. Und wenn Daniel Abt in seinem Eintretensvotum vom Beispiel in Baar Nähe Alte Spinnerei gesprochen hat, dann meinte der Baudirektor, allenfalls auch unter diesem Kommissionsvorschlag eingreifen zu können. Denn da sind Sicherheitsfragen natürlich auch tangiert. Andernfalls ist es wie gesagt ein wenig willkürlich, was dann darunter verstanden wird. Heinz Tännler empfiehlt dem Rat, den Kommissionsvorschlag zu unterstützen.

Daniel **Abt** zieht seinen Antrag zurück.

➔ Einigung

§ 71 Abs. 1

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Kommission beantragt, bei Abs. 1 wie auch der Regierungsrat, an der bisherigen Fassung festzuhalten, somit das geltende Recht beizubehalten; also keine Änderung.

➔ Einigung

§ 71 Abs. 2 und 3

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, den geltenden Abs. 2 ersatzlos aufzuheben. Die Kommission ist einverstanden mit der Streichung, beantragt aber neu formulierte Absätze 2 und 3.

Barbara **Strub** hält fest, dass die Kommission die neu formulierten Absätze 2 und 3 aus folgenden Gründen beantragt: Wenn der Kanton Zug der IVHB bis 2015 beitritt, heisst dies, dass die Gemeinden auch ihre Bauordnungen zu ändern haben. Dies braucht Zeit. Sie müssen ihre gemeindlichen Bauordnungen respektive die Ortsplanungen anpassen. Dies soll mit dem von der Kommission beantragten Abs. 2 (neu) gegeben werden. Abs. 3 hat die Kommission eingefügt, damit nach diesen Anpassungen der Besitzstand gewahrt werden kann.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Regierung damit einverstanden ist.

➔ Einigung

§ 72 Abs. 4 (neu)

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Regierung mit dem Kommissionsantrag einverstanden ist.

➔ Einigung

II. Ziff. 4 § 3 Abs. 2 Bst. j

Karl **Nussbaumer** stellt im Namen der SVP-Fraktion den Antrag, Bst. j wie folgt zu ergänzen:
«Er hält sich dabei an den Parteienproporz gemäss der Zusammensetzung des Regierungsrats.»
Begründung: Auch Fachgremien müssen politisch ausgewogen sein. Alle politischen Richtungen haben Fachleute, z.B. sind bei den Gerichten alles Fachpersonen, die politisch verteilt sind. Die Legitimation des Gremiums und dessen Glaubwürdigkeit sind besser bei breiter politischer und fachlicher Abstützung. Weiter bietet es Transparenz, dass niemand politisch bevorzugt wird im Kanton Zug. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag!

Martin **Stuber** möchte darauf hinweisen, dass wir heute nicht wissen, in welchem Wahlsystem der nächste Regierungsrat gewählt werden wird. Es könnte auch sein, dass er im Majorz gewählt werden wird. Das ist nicht ausgeschlossen. Und von daher ist das eine etwas unglückliche Formulierung.

Baudirektor Heinz **Tännler** weist darauf hin, dass es gesetzestechnisch etwas unglücklich ist, wenn man an einem Punkt eine solche Ergänzung aufnehmen würde. Wenn schon, müsste man dies in einer Geschäftsordnung flächendeckend anschauen, prüfen und diskutieren, z.B. in der Geschäftsordnung des Regierungsrats. Nicht einfach punktuell an einem Ort nun diesen Parteienproporz legiferieren. Wir haben noch viele andere Kommissionen oder Arbeitsgruppen, die auch fachliche Kompetenz benötigen, und wo man auch darüber diskutieren könnte. Und die lässt man jetzt weg. Das ist gesetzestechnisch unglücklich und deshalb bitten wir, hier diese Ergänzung nicht aufzunehmen.

Karl **Nussbaumer** möchte dem Baudirektor einen Auftrag für die 2. Lesung, das abzuklären und dem Rat zu präsentieren.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das nicht möglich ist.

Karl **Nussbaumer** betont, dass die SVP-Fraktion in diesem Fall an ihrem Antrag festhält.

➔ Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 48:17 Stimmen abgelehnt.

II. 6 § 18a (neu)

Karl **Nussbaumer** stellt im Namen der SVP-Fraktion den Antrag, diesen Paragraphen ersatzlos zu streichen.
Begründung: Es wird ein neues Duldungsrecht etabliert, das in dieser Form bisher überhaupt nicht existierte. Es droht schon eine Enteignung, wenn eine andere Lösung nicht zweckmässig ist. Die Position des Eigentümers wird einmal mehr geschwächt. Die neue Bestimmung ist ganz generell bürgerfeindlich und muss zu neuen Spannungen zwischen den Behörden und den Bürgern führen. Die bisherige Praxis hat sich offensichtlich bewährt: In der Öffentlichkeit ist nichts Gegenteiliges bekannt. Bislang musste im Dialog zwischen Behörden und Besitzer eine Lösung gefunden werden. Man spricht miteinander. Das ist immer besser als eine Enteignung, die immer böses Blut gibt. Zudem ist die Sache ja ansatzweise in § 19 bereits geregelt. Bitte unterstützen Sie diesen Streichungsantrag!

Baudirektor Heinz **Tännler** hat diesen Antrag erst heute im Detail vorbereitet und ist auf Folgendes gestossen. Die bisherige Lösung ist nicht so gut, wie man glauben könnte. Erster Punkt: Man spricht miteinander. Da sind wir uns einig, das machen wir auch. Von der Baudirektion her gehen wir nicht mit dem Vorschlaghammer auf Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer zu und befehlen, was zu tun oder wo ein Kandelaber zu setzen ist. Man spricht immer auch mit den Gemeinden und sucht Wege und Lösungen. Das ist mal die Grundlage.
Jetzt kann es aber natürlich Fälle geben, wo es schwierig wird, wo man miteinander nicht sprechen kann oder will oder sich auch nicht findet. Dann muss man ein Instrument haben. Die bisherige Lösung war ein formelles Enteignungsverfahren. Das war die Möglichkeit und das Recht und der Hebel der Öffentlichen Hand. Die hat dann, wenn man sich nicht geeinigt hat, den Grundeigentümer oder die Grundeigentümerin in ein formelles Enteignungsverfahren gerissen und dann ist die Maschinerie losgegangen. Nach dem Enteignungsverfahren kam das Entschädigungsverfahren, und das ist auch nicht unbedingt das Gelbe vom Ei. Und hier gehen wir gegenüber den bisherigen Möglichkeiten, welche die Öffentliche Hand hat, einen Schritt zurück und sprechen nur noch von der materiellen Enteignung. Das Enteignungsverfahren findet nicht mehr statt, sondern man muss allenfalls höchstens noch über die Entschädigung streiten. In diesem Sinn ist der von uns gemachte Vorschlag liberaler, nimmt der Öffentlichen Hand sogar etwas Rechte weg, schränkt ein, denn es muss die Voraussetzung gegeben sein, die Duldung nur dann vorzuschreiben, wenn der Standort wegen der Verkehrssicherheit zwingend oder eine andere Lösung für Kanton oder Gemeinde nicht zweckmässig ist. Also da hat die Öffentliche Hand gegenüber bisherigem Recht weniger Hebelwirkung.

Thomas **Wyss** weist darauf hin, dass die bisherige Lösung ein striktes Vorgehen letztlich diktierte. Dann ist man doch eher gewillt, eine friedliche Lösung zu finden. Mit der neuen Regelung hat der Besitzer dann letztlich gar keine Möglichkeiten mehr. Die Behörde wird sich dann viel schneller auf diesen Paragraphen berufen und die entsprechenden Massnahmen einleiten. Bitte unterstützen Sie deshalb unseren Antrag!

Heini **Schmid** glaubt, dieser Paragraph werde der Öffentlichen Hand erlauben, verhältnismässiger oder einfacher zum Benutzungsrecht beim Privaten zu kom-

men. Immissionsschutz heisst nämlich, Sie können eine Lärmschutzwand auf das Auge gedrückt bekommen, der Kanton oder die Gemeinde muss nicht einmal mehr das Land enteignen, sondern stellt einfach eine Lärmschutzwand in Ihren Garten. Und wenn der Richter dann überprüfen muss, was jetzt der schwerwiegendere Eingriff ist, die vollständige Enteignung oder nur das Duldungsrecht, würde der Votant rechtlich verstanden sagen: Das ist ja nur eine Duldung, es ist nicht der definitive Verlust des Eigentumsrechts, ergo ist diese Massnahme verhältnismässig. Das heisst also: Dieser Paragraph dient der Öffentlichen Hand dazu, leichter zu solchen Sachen zu kommen.
Heini Schmid ist völlig einverstanden, wenn es Strassenbeleuchtungen geht, Signale usw. Aber wir haben jetzt in Baar so ein Beispiel mit Lärmschutzwänden, wo es heisst: Wir haben jetzt halt keinen Platz mehr, jetzt machen wir das bei Ihnen. Wenn der Votant das richtig versteht, heisst «Immissionsschutz auf ihren Grundstücken oder ersatzweise an Gebäuden zu dulden», dass man den Eigentümer, wenn er renitent ist, verpflichten kann, die Schallschutzfenster gegen seinen Willen einzubauen. Er schlägt vor, dass man einfach diesen Teil wegnimmt, denn bei den anderen Sachen sollte die Öffentliche Hand wirklich das Recht haben, einen Beleuchtungspfosten irgendwo in einen Garten stellen zu können. *Er stellt den Antrag, «und die notwendigen Massnahmen für den Immissionsschutz auf ihren Grundstücken oder ersatzweise an Gebäuden zu dulden» zu streichen.* Dann gilt es nur für Signale, Strassenbeleuchtungen und andere Verkehrseinrichtungen. Heini Schmid geht davon aus, dass ein Blitzapparat normalerweise im Interesse des Grundeigentümers ist.

Baudirektor Heinz **Tännler** zu Thomas Wyss. Die Haltung der Öffentlichen Hand ist tatsächlich, dass man mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern spricht. Man sucht vernünftige Lösungen und beruft sich dann nicht in jedem Fall auf diesen Paragraphen. In der Regel findet man ja auch Lösungen. Es ist ja nicht so, dass man einen Kandelaber genau vor das Stubenfenster setzt. Sondern da sucht man irgendwo in der Grundstücksecke einen Platz für die entsprechenden Beleuchtungskörper. Die Enteignung ist natürlich des Teufels. Diese Möglichkeit hat formalrechtlich die Öffentliche Hand und damit geht man einen Schritt zurück, dass man nicht gerade mit Volldampf einfahren muss.
Heini Schmid hat natürlich nicht unrecht. Hier spielt die Verhältnismässigkeit eine Rolle. Die materielle Enteignung, beziehungsweise das Enteignungsverfahren entfällt. Es müssen die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sein. Und wenn es jetzt um den Immissionsschutz geht, so sind Fenster das eine und eine Lärmschutzwand ist das andere. Das begreift der Baudirektor. Er hat sich jetzt nicht abgesprochen mit dem Regierungsrat. Es ist wirklich so, dass man, wenn man eine Lärmschutzwand einfach in einen Garten setzt, das Eigentumsrecht doch stark beschneidet. Er würde diesen Antrag von Heini Schmid, dass man den Immissionsschutz aus dem Paragraphen rausnimmt, akzeptieren. Er stellt fest, dass der Regierungsrat ebenfalls einverstanden ist.
An dieser Stelle möchte er sich nochmals beim Kantonsrat bedanken für diese wirklich gute Diskussion und die guten Vorschläge, die wir geprüft und aufgenommen haben.

Martin **Stuber** findet es ein seltsames Vorgehen der Regierung. Er stellt den Antrag, bei der bisherigen Fassung der Regierung zu bleiben.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst der Unteränderungsantrag von Heini Schmid demjenigen von Martin Stuber gegenübergestellt wird. Der bereinigte Antrag wird dann dem Streichungsantrag der SVP gegenübergestellt.

➔ Der Rat gibt dem Unteränderungsantrag von Heini Schmid mit 60:13 Stimmen den Vorzug gegenüber jenem von Martin Stuber.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP-Fraktion mit 54:21 Stimmen ab.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1962.5 – 13723 enthalten.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrates

6. Sitzung: Donnerstag, 31. März 2011
(Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.15 – 17.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

87 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Eusebius Spescha, Zug; Silvan Hotz, Baar; Manuel Aeschbacher, Cham; Andreas Hürlimann, Steinhausen.

88 Motion von Beni Riedi betreffend Standesinitiative für die Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (Freiheit der Nutzerinnen und Nutzer in der Wahl des Empfangsgeräts für die digitalen Fernsehprogramme)

Traktandum 2 – Beni **Riedi**, Baar, hat am 17. März 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2027.1 – 13711 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

89 Interpellation von Georg Helfenstein betreffend Informatiksysteme der Kantonalen Verwaltung

Traktandum 2 – Georg **Helfenstein**, Cham, hat am 21. Februar 2011 die in der Vorlage Nr. 2017.1 – 13684 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zwölf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

90 Interpellation von Kurt Balmer betreffend Schwarzfahren

Traktandum 2 – Kurt **Balmer**, Risch, hat am 1. März 2011 die in der Vorlage Nr. 2021.1 – 13701 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat drei Fragen gestellt.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** möchte einleitend zu der in der Interpellation angesprochenen Problematik einige grundsätzlichen Bemerkungen machen. Die gestellten Fragen fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kantone als Besteller von Leistungen im öffentlichen Regionalverkehr, sondern allein in jenen der Transportunternehmen, denen in der Schweiz die Tarifhoheit zukommt. Zudem gibt es bei der Benützung des öffentlichen Verkehrs ohne gültigen Fahrausweis sowohl einen zivilrechtlichen als auch einen strafrechtlichen Aspekt.
Die Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs und ihre Fahrgäste stehen in einem zivilrechtlichen Verhältnis zueinander, auch wenn die Unternehmen im Auftrag der öffentlichen Hand tätig sind. Dazu haben sich die Transportunternehmen auf gemeinsame Vorschriften, so genannte Tarife geeinigt, wozu sie der Bund im Bundesgesetz über die Personenbeförderung (PBG; SR 745.1) ermächtigt hat. In einem dieser Tarife (Tarif 609) sind die Vorschriften über die Kontrolle der Fahrausweise und die Behandlung von Reisenden ohne gültigen Fahrausweis zusammengefasst. Bestandteil dieses Tarifs sind auch die Zuschläge, die von den Transportunternehmen erhoben werden, wenn jemand ohne gültigen Fahrausweis die öffentlichen Verkehrsmittel benützt. Fälschlicherweise werden diese Zuschläge immer wieder als Bussen bezeichnet, obwohl es keine strafrechtlichen Massnahmen sind. Bei Stichkontrollen in Zügen und Bussen des Regionalverkehrs geht das Kontrollpersonal wie folgt vor: Bei fehlendem oder ungültigem Fahrausweis ziehen die Stichkontrolleure entweder einen Zuschlag (gegenwärtig 80 Franken für den ersten Fall, 120 Franken für den zweiten Fall und 150 Franken ab dem dritten Fall) direkt beim fehlbaren Fahrgast ein oder händigen diesem einen Einzahlungsschein zur Begleichung des Zuschlags aus. Falls die Zahlung ausbleibt, erhält die säumige Person eine Mahnung. Führt auch das Mahnen nicht zum Ziel, kann das Transportunternehmen auf dem zivilrechtlichen Weg eine Betreibung einleiten. Dieses schweizweite Vorgehen wird vom erwähnten Bundesgerichtsentscheid nicht tangiert.
Falls die zivilrechtlichen Mittel ausgeschöpft sind, d.h. der Fahrgast trotz Mahnung den Zuschlag nicht bezahlt, kommt die strafrechtliche Seite zum Tragen: Die Transportunternehmen haben die Möglichkeit, den fehlbaren Fahrgast aufgrund von Art. 57 Abs. 1 Bst. a des Personenbeförderungsgesetzes (PBG) bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde des jeweiligen Kantons zu verzeigen. Die Gesetzesnorm spricht in diesem Zusammenhang von einer Übertretung, die mit einer Busse von bis zu 10'000 Franken bestraft werden kann. Die neuste Fassung dieser Norm ist aber unklar, was im Folgenden aufzuzeigen ist.
Wir beantworten die Fragen des Interpellanten wie folgt:
1. Welche Praxis existiert aktuell bei der ZVB; wird überhaupt noch gebüsst, respektive erfolgen noch Verzeigungen?
Die ZVB kann, wie alle anderen Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs, bei Fahrgästen, die ohne oder mit ungültigem Fahrausweis unterwegs sind, nur Zuschläge nach Tarif 609 erheben. Da der Entscheid des Bundesgerichts diese Praxis nicht in Frage stellt, wird sie weiterhin nach den Vorschriften des Tarifs 609 vorgehen. Gemäss Auskunft der ZVB wurden im Jahr 2010 bei den Stichkontrollen 1'819 Personen ohne Fahrausweis (so genannte «Schwarzfahrer») festgestellt.

Von diesen haben 1'276 oder rund 70 % den Zuschlag nach Tarif 609 entweder in bar oder mit Einzahlungsschein beglichen. Die restlichen 543 haben trotz Mahnung den Zuschlag nicht bezahlt. Sie wurden deshalb nach Ablauf der ersten Mahnung bei der Polizei zur Anzeige gebracht. In der Regel beglichen sie dann den Zuschlag. Hier (und nur hier) ändert sich wegen des Bundesgerichtsentscheids die Praxis: Im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft des Kantons Zug wird die ZVB vorläufig davon absehen müssen, «Schwarzfahrerinnen» und «Schwarzfahrer», die ohne Fahrausweis unterwegs sind und den Zuschlag nicht bezahlen, bei der Polizei anzuzeigen. Fahrgäste mit ungültigen, falschen oder nicht entwerteten Fahrausweisen werden weiterhin angezeigt, sofern sie den Zuschlag nicht bezahlen, da dies der Wortlaut des Bundesgesetzes zulässt.

2. Wie kann allenfalls alternativ sichergestellt werden, dass bei der ZVB noch Billette gekauft werden?

Der Umstand, dass die ZVB weiterhin konsequent Stichkontrollen auf dem ganzen Netz durchführt, ist ein deutliches Zeichen an die Adresse von «Schwarzfahrerinnen» und «Schwarzfahrern», die nun von der durch den Bundesgerichtsentscheid entstandenen Rechtslücke profitieren möchten. Zivilrechtlich wird die ZVB in allen Fällen die Verfahren durchziehen, damit die Zuschläge bezahlt werden. Zudem ist auf Bundesebene die Revision der vom Bundesgericht beanstandeten Rechtsgrundlage im Personenbeförderungsgesetz im Gang, so dass die durch den Entscheid entstandene Gesetzeslücke innert Monaten beseitigt werden kann und die Transportunternehmen alle «Schwarzfahrerinnen» und «Schwarzfahrer» wieder strafrechtlich anzeigen können, welche den Zuschlag nicht bezahlen.

3. Nimmt der Regierungsrat aktuell die eventuell günstige Gelegenheit wahr, um ein unentgeltliches System (versuchsweise) einzuführen oder gelten heute noch ohne Einschränkungen die Antworten des Regierungsrats vom 23. Juni 2009 (Vorlage Nr. 1799.2)?

Der Regierungsrat steht nach wie vor hinter den Aussagen, die er im Zusammenhang mit der Beantwortung der Interpellation der CVP-Fraktion betreffend kostenlosen öffentlichen Verkehr gemacht hat. Er sieht keine Veranlassung, von seiner Linie abzuweichen und den öffentlichen Verkehr unentgeltlich anzubieten – auch nicht versuchsweise. Kommt dazu, dass seit der Beantwortung der Interpellation der CVP-Fraktion im Juni 2009 die Diskussion um die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs weitergegangen ist und mittlerweile landesweit mehr oder weniger Konsens darüber besteht, dass die Mobilität tendenziell zu billig ist. So beginnt sich in diesem Zusammenhang auch die Erkenntnis durchzusetzen, dass die Nutzerinnen und Nutzer der Infrastruktur im Schienen- und Strassenverkehr im Sinne des Verursacherprinzips einen grösseren Beitrag an die ungedeckten Kosten zu leisten haben. Also eher mehr als weniger, geschweige denn gratis.

Kurt **Balmer** dankt der Regierung für die sehr zügige Beantwortung und hofft als politischer Neuling auch, dass zeitaktuelle Anliegen weiterhin derart beförderlich behandelt werden.

Er ist grösstenteils mit regierungsrätlichen Antwort einverstanden und kann auch bestätigen, dass die Angelegenheit nicht ganz so einfach ist, wie sie in den Zeitungen dargestellt wird. Weil die Sache doch eine gewisse Komplexität mit politischem Bezug aufweist, hat er schliesslich einen politischen Vorstoss eingereicht. Mit dem Regierungsrat ist er einig, dass in den Medien der Bundesgerichtsentscheid nicht ganz vollständig und korrekt wiedergegeben wurde. Das könnte aber auch daran liegen, dass der Entscheid in Französisch erging, weil der Fall aus dem Kanton Freiburg stammt.

Mit dem Regierungsrat sieht der Votant einerseits die aktuelle ungünstige strafrechtliche Komponente, indem nämlich tatsächlich mindestens Wiederholungstäter, welche ohne Fahrausweis fahren, einstweilen nicht mehr bestraft werden können, weil sie eigentlich keine Täter mehr sind. Wenn zudem sowieso eine Überschuldung existiert, dann kann im Moment aufgrund des Bundesgerichtsentscheids nichts gemacht werden und diese ÖV-Benützer fahren de facto im Moment – ohne jede strafrechtliche Konsequenz – definitiv gratis. Nach Informationen des Votanten wird eine Änderung kaum vor dem Jahre 2012 stattfinden.
Andererseits ist für ihn das von der Regierung betonte zivilrechtliche Verhältnis nicht ganz so klar, weil eben ein klassischer «Schwarzfahrer» kein Ticket hat und damit eigentlich auch keinen Vertrag (z.B. mit der ZVB) abgeschlossen hat. Gemäss Art. 20 des Personenbeförderungsgesetzes müssen Reisende ohne Fahrausweis einen Zuschlag (untechnisch Busse genannt) bezahlen. Jedoch kann man davon ausgehen, dass dabei implizit der eidgenössische Gesetzgeber davon ausgeht, dass das Fahren ohne Fahrausweis auch strafrechtlich nicht zulässig ist. Wenn nämlich kein Unrecht erfolgt ist, so gibt es auch keine Basis für einen solchen Zuschlag. Kurt Balmer ist übrigens auch nicht sehr überzeugt, dass in jedem Fall automatisch von einem öffentlichrechtlichen Vertrag mit zivilrechtlichen Auswirkungen gesprochen werden kann. Davon ist in der Antwort des Regierungsrats keine Rede und gemäss den klassischen Schuldtheorien erkennt der Votant auch keinen eindeutigen zivilrechtlichen Vertrag mit eventuell gültigen allgemeinen Geschäftsbedingungen und auch keine unerlaubte Handlung nach Art. 41 OR wegen des reinen Vermögensschadens. Gemäss der Antwort des Regierungsrats könnte schliesslich der Eindruck erweckt werden, dass bis anhin die strafrechtliche Komponente lediglich subsidiären Charakter hatte. Es handelte sich aber um eine echte strafrechtliche Alternative, wenn auch kaum davon Gebrauch gemacht wurde. Damit will Kurt Balmer nun aber die etwas sehr juristische Argumentation beenden.
Glücklicherweise existiert gemäss Darstellung des Regierungsrats im Kanton Zug für die Gebühren des ÖV eine grosse soziale Akzeptanz; dies in Anbetracht der Tatsache, dass offensichtlich täglich im Kanton Zug durchschnittlich nur vier bis fünf «Schwarzfahrer» festgestellt werden. Allerdings gilt es, dazu Sorge zu tragen und baldmöglichst wieder klare Kontrollmechanismen zu schaffen. Dies ist selbstverständlich kein Vorwurf an den zugerischen Regierungsrat.
Schliesslich dankt der Votant dem Regierungsrat für das klare Zeichen respektive die bisherige Bestätigung zur Unentgeltlichkeit des ÖV; diese Meinung mit der teilweisen Kostenüberwälzung teilt Kurt Balmer auch vollumfänglich.

Stefan **Gisler** ist Vorgesetzter Zugspersonal bei den SBB. Seine Mitarbeitenden von Zug und Luzern machen die Kontrollen auf den S-Bahnen. Er will hier keine juristischen Spitzfindigkeiten machen, kann dem Rat aber versichern, dass die Akzeptanz seines Personals gleich hoch ist wie vorher. Es gibt keine vermehrten Nachfragen durch die Reisenden. Vielleicht nach den heutigen Medienberichten nach dieser Interpellation. Da wissen es noch mehr Leute, dass eine Lücke besteht. Aber bis jetzt war das kein Problem in der Praxis. Der Votant kann dem Rat auch versichern, dass es bisher keine höhere Quote von Reisenden ohne gültigen Fahrausweis gibt auf den Stadtbahnen.
Stefan Gisler ist eigentlich froh über diesen Bundesgerichtsentscheid. Diese Lücke ist jetzt rechtzeitig ans Licht gekommen. Man kann das jetzt flicken und dann haben wir nachher kein Problem mehr. Soviel aus der Praxis.

➔ Kenntnisnahme

91 Interpellation von Beat Sieber, Daniel Thomas Burch, Barbara Strub, Dominik Lehner, Monika Weber und Thomas Lötscher betreffend die Pläne des Universitätsrats Luzern, an der Universität eine Wirtschaftsfakultät einzurichten

Traktandum 2 – Barbar **Strub**, Oberägeri, Monika **Weber**, Steinhausen, Beat **Sieber**, Cham, Daniel Thomas **Burch**, Steinhausen, Dominik **Lehner**, Risch und Thomas **Lötscher**, Neuheim, haben am 1. März 2011 die in der Vorlage Nr. 2022.1 – 13702 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

92 Interpellation der Fraktion Alternative – Die Grünen betreffend private Sicherheits- und Militärfirmen im Kanton Zug

Traktandum 2 – Die Fraktion Alternative – Die Grünen hat am 3. März 2011 die in der Vorlage Nr. 2023.1 – 13703 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sieben Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

93 Interpellation von Anna Bieri und Frowin Betschart betreffend Stand des Beitritts des Kantons Zug zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat) vom 18.6.2009

Traktandum 2 – Anna **Bieri**, Hünenberg, und Frowin **Betschart**, Menzingen, haben am 18. März 2011 eine in der Vorlage Nr. 2028.1 – 13712 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

94 Interpellation von Thomas Aeschi betreffend E-Government

Traktandum 2 – Thomas **Aeschi**, Baar, hat am 21. März 2011 eine in der Vorlage Nr. 2029.1 – 13713 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

95 Interpellation von Thomas Aeschi betreffend Illegale in Zug

Traktandum 2 – Thomas **Aeschi**, Baar, hat am 21. März 2011 eine in der Vorlage Nr. 2030.1 – 13714 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

96 Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredite Planung und Projektierung Bahnprojekte und Bahnbau

Traktandum 4 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 24. Februar 2011 (Ziff. 74) ist in der Vorlage Nr. 1977.5 – 13692 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 71:0 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion von Martin Stuber, Heini Schmid und Thomas Lötscher betreffend höhere Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern (Vorlage Nr. 1899.1 – 13317) sei erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Martin **Stuber** hat bei der 1. Lesung ausführlich erklärt, wieso der Zimmerberg sicher für mindestens 20 Jahre vom Tisch ist. Heute Morgen hat der Bundesrat an einer Pressekonferenz die Vernehmlassung zu Ausbau und Finanzierung der Bahninfrastruktur gehalten. Das bestätigt 1:1 alles, was der Votant bei der 1. Lesung schon gesagt hat. Da steht kein Wort von Zimmerberg.
Wir können also heute mit Sicherheit davon ausgehen, dass die einzige Möglichkeit, die Bahnkapazitäten zwischen Zürich, Zug und Luzern auszubauen, längere Züge sind. Das ist heute die einzige realpolitische Möglichkeit – und das für 20 Jahre. In der Medienmitteilung des Bundesrats heisst es: «Dank längeren Perrons soll auf den stark belasteten Abschnitten Genf-Lausanne und Bern-Zürich-Winterthur der Einsatz von 400 Meter langen Doppelstockzügen mit entsprechend mehr Sitzplätzen möglich werden. Auf den Strecken (hier folgen verschiedene Strecken) werden verschiedene kleinere Ausbauten realisiert, so dass auf diesen Strecken ein Viertel-, beziehungsweise Halbstundentakt oder längere Züge ermöglicht werden.» Der Abschnitt Zürich-Zug-Luzern ist hier nicht aufgeführt! Und weiter heisst es: «Die Massnahmen sollen bis 2025 umgesetzt werden. Sie ergänzen die bereits auf dem Programm zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur laufenden Ausbauten.»
Der zweite Ausbauschritt kommt also frühestens 2025. Deshalb ist Martin Stuber überzeugt, dass heute nur längere Züge etwas bringen würden. Für unsere Strecke sind aber nicht einmal längere Züge vorgesehen! Der Kanton ist vernehmlassungsberechtigt. Wenn Sie heute diese Motion abschreiben, dann sagen Sie im Prinzip dem Kanton, er solle nichts unternehmen. Es ist aber zwingend, dass der Kanton nur schon jetzt bei der Vernehmlassung klar und deutlich und laut sagt, dass wir auf dieser Strecke längere Züge brauchen. Und zwar nicht nur in Zürich, Zug und Luzern, denn da haben wir die langen Perrons bereits. Wir haben in Luzern drei über 400 Meter lange Perrons. Wir aber wollen ja die Schnellzughalte in Baar und in Rotkreuz nicht verlieren. Deshalb müssen wir da die Perrons verlängern. Und so wie die Lage heute ist, geht das nur, wenn der Kanton auf die Hinterbeine steht und sich einsetzt.
Folgendes ist bis jetzt passiert: Der Kanton hat angefragt bei den SBB, wir würden es begrüssen, dass in Baar und Rotkreuz längere Perrons gebaut werden. Die SBB haben die kalte Schulter gezeigt beim ersten Anlauf. Und wenn wir die Interpellation heute abschreiben, unternehmen wir nichts mehr. Wenn wir nicht abschreiben, so geben wir einen klaren Auftrag an die Regierung für die Vernehmlassung und zu schauen, wann der richtige Moment ist, bei den SBB anzuklopfen. Und zwar ein wenig lauter und mit mehr Nachdruck und vor allem mit einem Entscheid des Kan-

tonsrats im Rücken, der diese Motion nicht abgeschrieben hat. Eine Motion, die immerhin von der Mehrheit dieses Rats (des alten) unterschrieben worden ist. Der Votant möchte den Rat wirklich eindringlich bitten, diese Motion heute nicht abzuschreiben und das entsprechende Signal an die Regierung und auch nach Bern an die SBB zu geben.

Heini **Schmid** ist materiell völlig einig mit Martin Stuber, dass es absolut zentral ist, dass die Verlängerung der Züge sehr wahrscheinlich eine der wenigen relativ schnell umsetzbaren Optionen ist für die Verbesserung des ÖV-Angebots nach Zürich. Es geht ja eigentlich hier nur darum, welches Signal wir der Regierung senden. In der Kommission haben wir diskutiert und gesagt, dass die Kommission die Meinung von Martin Stuber teilt. Wir wünschen uns, dass die Regierung sich einsetzt dafür, dass Perronverlängerungen gemacht werden können. Die Regierung sagt aber auch mit einer gewissen Berechtigung: Wenn die ganze Angebotsplanung der SBB anders läuft, macht es ja keinen Sinn, wenn wir nur unsere Bahnhöfe verlängern. Denn wenn sie dann weiterfahren nach Schaffhausen und dort diese Perrons nicht verlängert werden, können sie halt trotzdem nicht mit den längeren Zügen fahren. Für den Votanten und sein Abstimmungsverhalten ist zentral, was Matthias Michel dazu sagen wird. Heini Schmid will ganz klar, dass sich der Regierungsrat vorurteilslos einsetzt für diese Perronverlängerungen, so wie es uns eigentlich versprochen wurde auch in der Kommission. Und es wäre fatal, wenn jetzt dieser Antrag nicht durchkommt. Das würde ja heissen, dass der Kantonsrat keine Perronverlängerungen will. Das kann es ja nicht sein! Die Regierung muss sich einsetzen, aber sie geht nicht auf eine mission impossible, wenn es ganz klar ist, dass wir keine Chancen haben, die Perrons zu verlängern. Darum ist es für den Votanten entscheidend, ob jetzt die Regierung klar zu diesen Perronverlängerungen als Idee steht oder nicht.

Martin **Stuber**: Was heisst abschreiben? Es heisst, dass der Motionsauftrag erfüllt ist. Wenn man die Motion erheblich erklärt und abschreibt, heisst das: Die Regierung hat es getan, die Sache ist erledigt, fertig. Nicht abschreiben kostet uns nichts. Es heisst, dass klar der Auftrag an die Regierung bestehen bleibt und indirekt dann auch ans Amt für Öffentlichen Verkehr, sich da einzusetzen. Martin Stuber versteht nicht ganz, wieso man jetzt unbedingt abschreiben will. Es geht wirklich darum, dass wir jetzt hier am Ball bleiben. Man soll sich einerseits schon auf die Aussagen der Regierung verlassen, aber anderseits sollten wir als Parlament auch einen eigenen Willen haben und zeigen, was wir wollen. Wenn man die Vorlage liest, spürt man, dass da nicht so ein wahnsinnig grosser Druck da ist, auf diesem Weg voranzugehen. Es wäre wirklich gut, wenn das Parlament dieses Signal geben würde.

Philip C. **Brunner** fallen einige Sprichwörter ein. Eines lautet «Steter Tropfen höhlt den Stein». Es ist tatsächlich so, wie Martin Stuber sagt: Wir müssen den Druck aufrecht erhalten. Der Regierungsrat soll sich für uns einsetzen. Den Votanten interessiert jetzt eigentlich die Antwort von Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel nicht genau. Wir sind da souverän und setzen jetzt Druck ein. Philip C. Brunner teilt die Meinung von Heini Schmid nicht. Dieses Parlament ist souverän und soll entsprechend entscheiden. Der Votant wird den Antrag Stuber, nicht abzuschrei-

ben, unterstützen, und dankt ihm für seinen Einsatz. Auch wenn wir natürlich auf verschiedenen Gebieten gar nicht die gleiche Meinung haben.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** geht jetzt nicht auf die heute in den Medien veröffentlichte Vernehmlassungsbotschaft «Bahnfinanzierung» ein. Es wird hier nur eine Tranche von 3,5 Milliarden vorgeschlagen. Hier hat kein einzelnes Tunnelprojekt Platz. Der Votant gibt Martin Stuber Recht: Wir müssen alles tun, um zu optimieren auf den Strecken, die wir haben. Das ist auch unsere Meinung. Sie haben nächstens im Juni eine Vorlage im Rat, wo das passiert auf der Strecke Zürich-Thalwil. Dort bringt das in Kürze etwas. Der Volkswirtschaftsdirektor erwartet dann dasselbe Engagement von Martin Stuber für die Optimierung bestehender Infrastrukturen.
Das Anliegen heisst ja, wir sollten mit den SBB diese Perronverlängerung initiieren. Wenn stimmt, was Martin Stuber gesagt hat, dass wir mit den SBB hier schon Gespräche führten und Schriften gewechselt haben, so haben wir ja eigentlich schon initiiert. In welchem Moment wollen Sie denn das abschreiben? Wollen Sie diese Forderung hängen lassen? Wenn wir dann in der Vernehmlassung diese Forderung aufnehmen, sollen wir dann abschreiben, ohne dass wir eine Vorlage haben? Oder sollen wir erst abschreiben, wenn diese Perrons stehen? Die Krux ist, dass hier ein einzelnes Projekt für zwei Bahnhöfe verlangt wird. Es gibt Dutzende von Projekten, die wir verfolgen, ohne dass wir zuerst auf Motionen und auf Aufträge warten. Die ganze Strecke von Zug nach Arth-Goldau hat ein Dutzend Bauprojekte, wo wir überall dran sind. Auch wenn wir von Ihnen keinen Auftrag haben. Ihre Abschreibung heute heisst überhaupt nicht, dass die Sache für uns erledigt ist. Die Führung und das Engagement hängen nicht davon ab.
Selbstverständlich sind wir für Perronverlängerungen, wenn sie im Rahmen eines Gesamtkonzepts Sinn machen. Aber es ist schwierig, den Bund oder die SBB zu Investitionen zu zwingen, wenn sie anderswo vielleicht fehlen, wo sie vordringlicher sind bei Projekten, die schon beschlossen sind, z.B. bei der Doppelspur bis nach Rotkreuz. Das war schon beschlossen und sollte auch kommen. Vielleicht müssen wir dort noch mit etwas Geld nachhelfen. Das können wir. Das ist dann wirksam mit dem Vorfinanzierungsbeschluss, den Sie hier vor zwei Jahren gefasst haben. Wirksam ist auch dieser Beschluss heute, wo wir wirklich die Planung beschleunigen können. Aber je punktueller Sie Forderungen stellen, die nicht in einem zeitlichen Gesamtkonzept mit einer Angebotsplanung Sinn machen, desto schwieriger ist das dann. Wie intensiv sollen wir hier punktuell etwas fordern und woanders vielleicht nicht? Es ist einfach nicht ausgewogen. Es kommt so keine ausgewogene Politik zustande, die wir zu vertreten haben.
Deshalb bittet Matthias Michel den Rat, das nun abzuschreiben. Wir nehmen den politischen Willen entgegen und danken für die Unterstützung. Wir werden in die Vernehmlassung aufnehmen, dass wir Verlängerungen wollen. Auch heute in der Zeitung steht: Ein Zug, der aber nicht hält bei diesen Stationen, soll schon jetzt verlängert werden. Wir bleiben hier wirklich dran. Auch verfahrenstechnisch bittet der Volkswirtschaftsdirektor, hier nicht eine Forderung im Raum stehen zu lassen, bei denen wir dann nicht wissen, in welchem Kontext wir sie dann abzuschreiben haben. Besten Dank, wenn Sie hier dem Regierungsrat, der Kommission, der Stawiko und offensichtlich auch den anderen beiden Motionären folgen.

Martin **Stuber** meint, es sei relativ einfach, zu bestimmen, wann abzuschreiben ist. Wenn Projekte für Perronverlängerungen in Baar und Rotkreuz vorliegen, dann

können wir abschreiben. Das ist wirklich keine Hexerei. Und es ist auch nicht so, dass das irgendwelche punktuellen Sachen sind von einem riesigen Strauss von Massnahmen. Es sind zwei ganz klare, präzise, wichtige Massnahmen mit einem klaren Nutzen. Wenn wir diese Perronverlängerungen in Baar und Rotkreuz nicht erhalten, verlieren wir dort garantiert die Schnellzugshalte. Da macht heute Martin Stuber mit jedem hier eine Wette.

➔ Der Rat beschliesst mit 42:33 Stimmen, die Motion erheblich zu erklären und *nicht* abzuschreiben.

97 Änderung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf

Traktandum 6 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1986.1/.2 – 13600/01), der Kommission (Nr. 1986.3 – 13694) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1986.4 – 13695).

Moritz **Schmid** hält fest, dass die Kommission die Vorlage an ihrer Halbtagessitzung vom 28. Februar 2011 beraten und ihr mit 15:0 Stimmen einstimmig zugestimmt hat. Baudirektor Heinz Tännler und der Generalsekretär der Baudirektion, Max Gisler standen für die Vorbereitung der Sitzung und während der Kommissionssitzung für Auskünfte zur Verfügung. Das Protokoll wurde von Cornelia Schneebeli, juristische Praktikantin der Baudirektion, erstellt. Ihnen allen gebührt unser Dank. Der Kommissionspräsident geht davon aus, da es lediglich eine Ergänzung zur Vorlage 1796 ist, dass alle den Kommissionsbericht studiert haben und er sich dementsprechend kurz halten kann.
Es geht in dieser Vorlage primär um die Erhöhung des Kredites um 2 Mio. Franken und um § 3, Steuerungs- und messtechnische Einrichtungen. Eintreten auf die Vorlage war in der Kommission unbestritten und erfolgte einstimmig mit 15:0 Stimmen ohne Enthaltung.
In der Detailberatung wurde § 1 einstimmig genehmigt. Die Erhöhung des Kredits um 2 Mio. Franken war unbestritten und ihr wurde von der Kommission mit 15:0 Stimmen zugestimmt. Mit dem Hinweis, dass wenn die Aufstockung um 2 Mio. Franken wiederum nicht reicht, um den Gesuchen Herr zu werden, sich der Regierungsrat bereit erklärte, eine weitere Erhöhung zu prüfen und gegebenenfalls eine neue Vorlage dem Kantonsrat zu unterbreiten.
Zu § 3, steuerungs- und messtechnische Einrichtung, konnten wir als Gast an der Kommissionssitzung Lothar Degenhardt von der Firma Siemens Schweiz AG begrüssen. Er führte uns in die Themen Smart Grid und Smart Metering ein. Er hat uns dargelegt was es damit auf sich hat und wie Smart Metering mit Smart Grid, steuerbaren Stromnetzen, zusammen hängt. In unserem Kanton gibt es Unternehmen, die sich auf solche Steuerungen verstehen und diese auf dem Weltmarkt anbieten. Smart Meters sind intelligente Elektrozähler. Sie sind die Voraussetzung des Smart Grid und übermitteln dem jeweiligen Elektrizitätsversorger im Viertelstundentakt, wie viel Strom einzelne Häuser nutzen.
§ 3 war dann mehr umstritten. Er wurde mit 9:6 Stimmen ohne Enthaltung von der Kommission genehmigt. An der Schlussabstimmung wurde der Vorlage einstimmig mit 15:0 Stimmen ohne Enthaltung zugestimmt. Die Kommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Die SVP-Fraktion sieht zum Teil Notwendigkeit dieser Vorlage und wird §1 zustimmen und § 3 grossmehrheitlich ablehnen.

Gregor **Kupper** erinnert daran, dass der Kantonsrat vor zwei Jahren offensichtlich ein für die Interessierten äusserst attraktives Programm zur Steigerung der Energieeffizienz beschlossen hat. Die gesprochenen Mittel sind bereits aufgebraucht, was ja schon damals zu erwarten war. Folgrichtig stellt uns heute der Regierungsrat den Antrag auf Erhöhung des Rahmenkredits von vier auf sechs Millionen, damit das Programm entsprechend weitergeführt werden kann.
Trotzdem wurde in der Stawiko ein Nichteintretensantrag gestellt; die ausführliche Begründung konnten Sie im Stawiko-Bericht lesen. Die Stawiko ist auf den Nichteintretensantrag nicht eingetreten. Wir haben Eintreten beschlossen, und dies vor allem aus Gründen der Rechtssicherheit für die laufenden Verfahren, für die Gesuchsteller ganz allgemein. In der Diskussion haben sich drei Hauptpunkte herauskristallisiert.

1. Es fehlt eine ganzheitliche regierungsrätliche Strategie zu diesem Thema. Der bis 2013 geltende Beschluss steht finanziell auf bald wieder wackligen Füssen. Vor allem wissen wir aber auch nicht, was nach 2013 passieren soll. Wir haben deshalb der Baudirektion entsprechende Fragen eingereicht. Die Antworten konnten Sie im Stawiko-Bericht lesen. Sie mögen nicht so richtig überzeugen und lassen vieles offen.
2. Die Höhe des Nachtragskredits gab wie in der vorberatenden Kommission auch in der Stawiko zu reden. Es erfolgte ein Antrag auf Erhöhung auf acht Millionen. Die Stawiko ist diesem Antrag nicht gefolgt, weil wir schlicht und einfach nicht wissen, ob denn sechs oder acht oder zehn Millionen richtig sind. Wir sind der Meinung, dass wir mit dem regierungsrätlichen Antrag die Möglichkeit schaffen, dass wir 2012 nochmals eine Vorlage erhalten, weil das Geld nicht reicht. Wir können aber damit den Druck auf die Regierung erhöhen, dass sie mit ihrer Strategie in diesem Bereich vorwärts macht. Dass vielleicht bis dann das Energieleitbild vorliegt. Wenn 2012 nochmals eine Krediterhöhung kommen würde ohne die entsprechenden Auskünfte, würde diese Vorlage es hier im Rat wohl schwer haben.
3. Die Erweiterung des Zwecks auf die messtechnischen Einrichtungen. Wir konnten den Unterlagen entnehmen, dass es hier um Geräte geht mit einem Anschaffungswert von 250 Franken. Wenn dem tatsächlich so ist, dann halten wir es für wenig sinnvoll, solche Geräte zu subventionieren, weil der kantonale Beitrag schlicht und einfach in einem krassen Missverhältnis zum administrativen Aufwand steht.

Die Stawiko ist schlussendlich auf die Vorlage grossmehrheitlich eingetreten. Wir sind der Meinung, dass wir schlecht gerade in diesem Bereich einen Kantonsratsbeschluss fassen können und dann die nötigen Mittel nicht zur Verfügung stellen. Das wären falsche Signale zu diesem Thema. Wir fordern die Regierung aber auf, möglichst schnell dieses Energieleitbild so zu überarbeiten, dass die Bevölkerung und wir alle wissen, woran wir sind. Und wenn nochmals eine Krediterhöhung erforderlich wäre, könnten wir das Geschäft dann materiell auch richtig diskutieren.

Franz Peter **Iten**: Kurz zur Erinnerung. Der Energiebedarf der Gebäude macht wie bekannt rund 40 % des gesamten Energiebedarfs aus. Um ihn zu senken, greift der Staat mit finanziellen Anreizen ein. Das landesweite Gebäudesanierungsprogramm wird von kantonalen und gemeindlichen Programmen ergänzt. Für die kantonalen

Massnahmen steht seit Anfang 2010 ein Rahmenkredit von 4 Mio. Franken zur Verfügung. Das Programm ist bis Ende 2013 befristet.
Der Kredit von 4 Mio. Franken wurde an den Kantonsratssitzungen vom September und Oktober 2009 im Kantonsrat behandelt. Der Kantonsrat stimmte damals dem Begehren mit 69:1 Stimmen zu. Der damalige Antrag der vorberatenden Kommission, den Kredit auf 4,5 Mio Franken zu erhöhen fand ebenso keine Zustimmung wie der Antrag von AGF und SP-Fraktion, die Kreditlimite auf 6 Mio. Franken zu erhöhen. Der Regierungsrat hat aber das Versprechen in Aussicht gestellt, dass sollte der Kredit von 4 Mio Franken nicht genügen, dem Kantonsrat eine Nachbesserung unterbreitet wird.
Die CVP wie auch andere Fraktionen haben damals Bedenken geäussert, dass dieser Kredit innert kürzester Zeit aufgebraucht ist. Wir haben deshalb 2009 verlangt, dass die Regierung frühzeitig reagiert und dem Kantonsrat ein erneutes Sonderpaket unterbreitet. Dies ist nun der Fall.
Auch wenn damals die CVP dem Anliegen der Regierung, unter anderem sicher auch wegen der erheblich erklärten Motion unserer Fraktion betreffend Förderung erneuerbaren Energien und der effizienteren Energienutzung bei Gebäuden, positiv und wohlgesinnt gegenüberstand, wurde die vorliegende Vorlage bei uns sehr kritisch behandelt. Ein Nichteintretensantrag wurde aber grossmehrheitlich abgelehnt. Es wurde vor allem moniert, dass von diesem Förderprogramm nicht alle profitieren können, sondern lediglich die finanziell ohnehin schon gut gestellten Besitzer von privatem Wohnraum.
Die CVP vermisst zudem eine Aussage über die erreichten Resultate. Der Regierungsrat hält zwar fest, dass er mit dem Verlauf des kantonalen Förderprogramms sehr zufrieden ist und dass die finanziellen Anreize gewirkt hätten, was aber erreicht wurde, kann der regierungsrätlichen Vorlage nicht entnommen werden. Hier wären wir froh, wenn uns der Baudirektor informieren könnte, eventuell wäre dies auch möglich auf die 2. Lesung.
Die Stawiko fordert den Regierungsrat auf, über die künftige Strategie des Kantons in der Energiefrage baldmöglichst Klarheit zu schaffen. Dies kann z.B. mit der Erneuerung des Leitbilds, der Leitsätze und der Massnahmen, wie es der Regierungsrat beabsichtigt, erfolgen. Dieser Meinung ist auch die CVP und wir erwarten baldmöglichst eine entsprechende klare Reaktion des Regierungsrats.
Die CVP hat trotzdem grossmehrheitlich Eintreten beschlossen und sie unterstützt diesmal noch den Antrag bei §1 in gleichem Ausmass. Sie stellt aber gleichzeitig den Antrag, dass bei §3 die bisherige Formulierung beibehalten wird und auf den Zusatz betreffend messtechnische Einrichtungen zu verzichten ist. Es geht der CVP insbesondere um die Subventionierung eines Geräts für das intelligente Messen des Stromverbrauchs, das für 250 Franken zu haben ist. Eine solche Anschaffung liegt nach Meinung der CVP – und da geht sie mit der Meinung der Stawiko einig – sowieso im Interesse der Privaten und muss nicht auch noch staatlich unterstützt werden. – Bitte stimmen Sie der Erhöhung des Rahmenkredits zu und belassen Sie § 3 in der bisherigen Formulierung.

Daniel **Abt** hält fest, dass die FDP-Fraktion der Krediterhöhung auf 6 Millionen zustimmen wird. Zusätzliche Kreditbegehren lehnen wir jedoch ab. Die über der Erwartung liegende grosse Nachfrage nach den in Aussicht gestellten Förderbeiträgen hat nicht nur uns freudig überrascht. Der Erfolg hat aber auch eine Kehrseite. Zum heutigen Zeitpunkt muss davon ausgegangen werden, dass die von der Regierung beantragte Erhöhung des Zusatzkredits auf 6 Mio. Franken nicht weit reicht, wenn er nicht gar durch zwischenzeitlich eingereichte Fördergesuche bereits

erschöpft ist. Auf nationaler Ebene sah man sich gemäss Medienmitteilung dazu gezwungen, Programmanpassungen vorzunehmen, um einen Liquiditätsengpass zu vermeiden und um gleichzeitig die CO2-Wirkung des Programms zu erhöhen. Auch uns fehlt die erkennbare, langfristig planbare Strategie. Vor dem Hintergrund, dass auch beim Gebäudeprogramm gemäss Medienmitteilung vom 24. März ein Marschhalt und eine Beitragskorrektur vorgenommen wurde, werden Beda Schlumpf und der Votant nächste Woche eine Motion einreichen, worin wir fordern, dass der vorliegende Kantonsratsbeschluss einer Teilrevision unterzogen wird, in der aufgrund der im vergangenen Jahr gewonnenen Erkenntnisse erstens der Rahmenkredit überprüft, zweitens die Laufzeit des Rahmenprogramms entsprechend überprüft, drittens die Berechnung der Förderbeiträge überprüft und allfällig angepasst und viertens die Höhe der Förderbeiträge falls nötig korrigiert wird. Wie auch das Förderprogramm streben wir nicht die Abschaffung der Förderung an, sondern ein ausgewogenes, attraktives Förderprogramm mit grosser CO2-Reduktion, das auch über einen längeren Zeitraum betrieben werden kann. Weiter werden wir bei § 3 den Antrag der CVP unterstützen.

Rupan **Sivaganesan** erinnert daran, dass am 24. September 2009 über diese Vorlage diskutiert wurde – es wurde bereits erwähnt. Damals stellte der ehemalige Kantonsrat Philipp Röllin im Namen von SP und AGF den Antrag, von 4 auf 6 Mio. Franken zu erhöhen. Wir glaubten, dass dieses Geld niemals bis 2013 reichen würde. Dies hat sich nun bewahrheitet – leider kam unser Antrag nicht durch.
Anderseits möchten wir uns beim Regierungsrat bedanken, weil er sein Versprechen eingehalten hat. Der Votant zitiert aus der gleichen Sitzung Baudirektor Heinz Tännler: «Wenn dieser Kredit ausgeschöpft würde vor der Ende der Laufzeit, werden wir nicht wieder auf die faule Haut sitzen, sondern dann kommen wir mit einem entsprechenden Antrag wieder in diesen Rat.»
Wir sind der Meinung, dass dieses Geld nicht bis 2013 reichen wird. Nach den tragischen Ereignissen in Japan, die uns nun seit über zwei Wochen täglich begleiten, wollen mehr und mehr Menschen aus der Atomenergie aussteigen. Wir müssen die Bevölkerung dabei unterstützen, damit wir endlich aus der Atomenergie herausfinden. Auch bei bürgerlichen Parteien finden solche Diskussionen statt.
Deshalb *stellt die AGF den Antrag, die 2 Millionen auf 4 Millionen zu erhöhen. Aber dieses Geld soll in zwei Tranchen ausgegeben werden. Wenn die erste Tranche von 2 Millionen ausgeschöpft ist, soll die zweite Tranche von 2 Millionen mit einfachem Regierungsratsbeschluss freigegeben werden.* Es soll also nicht wieder eine Vorlage kommen und eine Kommission gebildet werden müssen. Der Regierungsrat hat in der Kommission bestätigt, dass wenn diese 2 Millionen aufgebraucht sind, er nochmals mit einer Vorlage kommen wird.

Markus **Jans** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist ein Nutzer dieses Förderprogramms. Zurzeit wird seine Liegenschaft entsprechend energetisch saniert. Wir isolieren das Dach, machen neue Fenster, Fassade und Heizung. Wir brauchen später kein Heizöl mehr für unsere Heizung. Dafür brauchen wir etwas mehr Strom und entsprechend werden wir Solarpanels installieren auf dem Dach. Der CO2-Verbrauch unserer Liegenschaft wird praktisch auf Null reduziert.
Im Grundsatz war der Antrag des Regierungsrates zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf in der SP Fraktion unbestritten. Wir sind erfreut, dass das Förderprogramm des Kantons Zug bei den Hausbesitzenden auf solch gute Resonanz stösst und sie bereit sind, die notwendigen Investitionen zu tätigen. Dies

fördert auch das einheimische Gewerbe. Das Anreizsystem mit den Fördergeldern funktioniert und entsprechend kann der CO2-Ausstoss dank Einsparung von fossilem Brennstoff gesenkt werden. Anlässlich der ersten Debatte am 24. September 2009 zum gleichen Thema unterstützte die SP-Fraktion den Antrag um Erhöhung um 2 Mio. Franken. Dies vor allem aus der Sorge, dass der Kredit zu schnell aufgebraucht sein könnte. Der Baudirektor hat Wort gehalten, wir haben heute eine entsprechende neue Vorlage.
Aufgrund des aktuellen Weltgeschehens steigen die Preise für fossile Brennstoffe fast unbegrenzt. Um Heizkosten zu reduzieren, ist davon auszugehen, dass in Zukunft noch mehr Hauseigentümer ihr Haus wärmetechnisch sanieren werden. Aufgrund dieser Situation kann erwartet werden, dass der Kredit auch diesmal nicht ausreicht, um alle Gesuche bewilligen zu können und der Rat sich ein weiteres Mal mit einer Erhöhung befassen muss. So stellen sich die SP einen effizienten Ratsbetrieb nicht vor. Deshalb stellen wir den Antrag, den Kredit nicht nur um 2 Mio. Franken, sondern um 4 Mio. auf neu 8 Mio. Franken zu erhöhen. Einen entsprechenden Antrag stellen wir in der Detailberatung. Sollte am Ende der Laufzeit im Jahr 2013 ein Teil des Rahmenkredits übrig bleiben, schmerzt das niemanden. Der Betrag kann ganz einfach auf die allgemeine Staatsrechnung zurückgebucht werden.

Baudirektor Heinz **Tännler** sieht aus den Eintretensvoten, dass der Rat diese Vorlage im Grundsatz unterstützt. Er dankt dafür und auch der Kommission und ihrem Präsidenten für die konstruktive Zusammenarbeit.
Zu Gregor Kupper und der Stawiko. Der Baudirektor ist schon ein wenig überrascht, weil man nun eine Strategie fordert. Man will diese Aufstockung an Strategievorgaben und Überlegungen des Regierungsrats knüpfen. Sie mögen sich erinnern, 2009 haben wir über diese Vorlage debattiert, da war von Strategie überhaupt keine Rede. Im Gegenteil, Sie haben das ja auch gewollt und unterstützt. Und wir haben gesagt: Warum kommen wir mit diesem Programm? Es bringt im Energie- und Gebäudebereich etwa 40 % und es ist sinnvoll, CO2 und Energieverbrauch zu vermindern. Das ist eine stinkeinfache Strategie. Es ist ja keine Vor-Japan-Vorlage. Es ist nachher passiert. Wir sind uns alle einig, dass wir im Energiebereich etwas tun sollen, ob jetzt mit Subventionen oder nicht. Das haben wir auch dargelegt und es hat damals niemand gesagt: Wenn wir allenfalls wieder aufstocken, müssen wir das an die Bedingung knüpfen, eine Strategie vorzulegen. Heute tut man so, als wenn der Regierungsrat zuerst eine Strategie vorlegen müsste, bevor man eine Erhöhung diskutieren kann. Heinz Tännler wehrt sich dagegen. Aber er kann beruhigen. Wir sind diese zwei Jahre nicht mit der Schlafmütze gewandelt, sondern wir haben eine Vogelschau gemacht und abgeklärt, wie die ganze Energiesituation im Kanton Zug aussieht. Wir haben diesbezüglich auch eine Medienmitteilung gemacht, bezüglich Stromverbrauchs, bezüglich Wärmebereichs. Das haben wir letztes Jahr abgeschlossen und auch klar dargelegt, dass wir nun Mitte dieses Jahres dieses Energieleitbild (und zwar nur lokal der Kanton Zug) aufarbeiten und vorlegen werden. Letztlich ist es eine regierungsrätliche Kompetenz. Der Baudirektor muss das Energieleitbild dem Regierungsrat vorlegen und nicht dem Kantonsrat. Aber wir machen das. Wir sind da sehr ernsthaft am arbeiten. Mitte Jahr haben wir dieses Energieleitbild überarbeitet. Das haben wir auch immer gesagt 2008, dass wir Grössenordnung in zwei bis drei Jahren dieses Energieleitbild periodisch erarbeiten und überarbeiten werden. Es kann ja wohl nun niemand ernstlich behaupten, dass eine Aufstockung dieses Förderprogramms an eine bestimmte Strategie geknüpft werden muss. Wir sind uns wohl einig nach den

tragischen Vorfällen in Japan, dass wir im Bereich CO2 und Strom etwas tun wollen.
Jetzt kann man sich natürlich fragen, ob Förderprogramme richtig sind oder nicht. Jedes Förderprogramm bringt einen Mitnahmeeffekt. Ob das gut oder schlecht ist, bleibt offen. Warum haben wir aber damals dieses Förderprogramm vorgelegt? Weil wir refinanzieren können. Alle Kantone sind mit einem Förderprogramm gekommen, der Kanton Zug nicht. Der Baudirektor hat dann gesagt: Jetzt lassen wir das Geld nicht einfach in Bern liegen oder schicken es nach Bern, damit es in anderen Kantonen verteilt wird. Sondern wir refinanzieren nun vom Bund gegen 50 % von diesen 4 Millionen. Wenn wir kein Förderprogramm haben, kassieren andere Kantone. Das war auch eine Überlegung. Heinz Tännler lässt einfach nicht gern Geld in Bern liegen, sei das bei Agglomerations- oder solche Förderprogramme. – Wir werden diese Strategie oder dieses Energieleitbild nicht nur *vielleicht* erarbeiten, wir werden es *bestimmt* bis Mitte dieses Jahres überarbeiten.
Zur Messtechnik wurde von der Stawiko moniert, dass man darauf verzichten solle. Bitte überlegen Sie sich das gut. Der Baudirektor weiss gar nicht, woher diese 250 Franken kommen. Er hat das plötzlich irgendwo gelesen, dass diese Gerätchen 250 Franken kosten sollen. Er kann dazu nichts sagen und weist das zurück. Fakt ist, dass Steuerung und Messen nicht einfach nichts sind. Wenn man nicht misst, kann man nicht steuern und keine energieeffiziente Massnahmen durchführen. Man könnte es zwar auch anders machen und z.B. mehr in die Beratung investieren. Denn viele tummeln sich unter anderem in Minergiehäusern herum und wissen gar nicht genau, wie man es eigentlich bedienen und managen muss. Das ist wirklich ein Problem. Aber messen und steuern sind keine schlechte Sache, wenn man dann darauf abgestützt energieeffiziente Massnahmen trifft.
Zu Daniel Abt und seiner Motion. Wir haben vorhin darüber gesprochen. Heinz Tännler bittet hier um ein wenig Zurückhaltung. Da besteht ein Irrtum zwischen dem Gebäudeprogramm des Bundes und unserem Förderprogramm. Natürlich ist das aufeinander abgestimmt. Daniel Abt hat anscheinend Informationen, dass zu wenig Geld beim Gebäudeprogramm des Bundes in der Kasse ist. Da wäre der Baudirektor schon froh, wenn er das mit Daniel Abt absprechen könnte. In der Tat hat der Bund die Fensterbeiträge gekürzt und den Sockelbeitrag erhöht. Aber das hat nichts mit unserem Förderprogramm zu tun. Wir lösen es aus. Heinz Tännler unterschreibt alle Beträge und Unterstützungen über das Gebäudeprogramm, aber es hat mit unserem Förderprogramm nichts zu tun.
Zu Rupan Sivaganesan. Zu den Anträgen nimmt der Baudirektor später Stellung. Es ist symptomatisch, wenn man jetzt von Atomenergie spricht und sich sofort davon loseisen will. Das hat mit dieser Vorlage ja grundsätzlich nichts zu tun. Aber Heinz Tännler möchte zu bedenken geben, dass in der Schweiz 40 % Kernenergie produziert wird. Aber wissen Sie, wie viel der Verbrauch ist an Kernenergie schweizweit? Das Doppelte! Wir sind ein Importland und importieren von Frankreich extrem viel Kernenergie. In Spitzenzeiten sind über 90 % Kernenergie. Man muss deshalb ein wenig vorsichtig sein und überlegt handeln. Nicht einfach irgendetwas auf den Tisch werfen. Man muss sich überlegen, wie wir, ohne dass die Wirtschaft darunter leidet, uns auf andere Energiequellen fokussieren können.

Franz Peter **Iten** möchte die Frage betreffend die 250 Franken beantworten. Dieser Betrag ist nicht einfach aus der Luft gegriffen, sondern er wurde anlässlich der Kommissionssitzung vom Vertreter des Smart Meters erwähnt. Er hielt fest, dass ein Smart Meter zwischen 200 und 250 Franken koste.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 1

Georg **Helfenstein** unterstützt den Antrag von Markus Jans auf Erhöhung des Rahmenkredits auf 8 Mio. Franken. Er stellt folgende zwei Anträge zu § 2:
§ 2 Abs. 4 (neu)
Als spezielle Bedingung gilt der Einbau von neuen Fenstern; in einem solchen Fall beläuft sich der kantonale Beitrag auf Fr. 30/m², falls ein zusätzlicher Beitrag nach eidgenössischem Förderprogramm fliesst.
§2 Abs. 5 (neu)
Bei einer Minimalfördersumme zwischen 1'000 und 3'000 Franken wird ein kantonaler Beitrag von Fr. 70/m² auch dann geleistet, falls kein zusätzlicher Beitrag nach eidgenössischem Förderprogramm fliesst.
Begründung. Zuerst die Interessenbindung des Votanten. Er ist nicht Fassadenfensterbauer, sondern Dachfensterbauer. Es betrifft ihn also nur im weitesten Sinn. Steigende Energiekosten, aber auch steigende Emissionen veranlassen uns dazu, Gebäude nachhaltig zu sanieren. Der Kanton Zug ist in dieser Frage sehr vorbildlich. Georg Helfenstein plädiert daher natürlich dafür, den Betrag auf 8 Mio zu erhöhen, um die Nachfrage auch in Zukunft zu decken. Stellen wir uns vor, das sind 2 Mio. Franken mehr, als die Baudirektion es will. Ist das wirklich zu viel verlangt? Der Votant wehrt sich dagegen, wenn man in diesem Zusammenhang von Subventionen spricht. Natürlich haben wir im Moment im Baugewerbe viel zu tun, aber wir dürfen doch nicht Energiesparmöglichkeiten nur mit der Auslastung des Baugewerbes vergleichen und darum ablehnen. Vielmehr geht es doch um Emmissionsenkungen, um Energiesparen und nicht darum, ob nun Firma Müller, Meier oder wie sie alle heissen, im Moment genug Arbeit haben oder nicht.
Das Gebäudeprogramm Schweiz hat Mitte März entschieden, die Beitragssätze für Niedrigenergieglas von 70 auf 40 Franken zu senken, gleichzeitig mit einer Erhöhung der Minimalfördersumme von 1'000 auf neu 3'000 Franken. Dieser Entscheid gilt ab 1. April 2011. Da werden oder wurden viele kleine Liegenschaftsbesitzer wohl richtiggehend vor den Kopf gestossen.
Die Minimalfördersumme auf 3'000 Franken zu setzen, trifft praktisch 70 % der Einfamilienhausbesitzer. Bei dieser Summe müssen sie mindestens 42 m² Glasfläche haben oder im Schnitt vielleicht 30 Fenster mit einer Grosse von 1 x 1,4 Meter. Als Baupraktiker sagt Georg Helfenstein Folgendes: Das Ziel muss sein, dass möglichst ein gesamtes Gebäude saniert wird. Beim neuen Vorschlag des Gebäudeprogramms verlieren die Fenster den Anreiz und die Wichtigkeit. Sind doch vor allem auch die Schnittstellen Fenster/Fassaden und Dach sehr wichtig. Das kann nun bei einer Reduktion der Beiträge dazu führen, dass nur wieder Stückwerk gemacht wird. Technische Darlegung von Problemen mit Kondensat und Wärmebrücken bei Stückwerksanierungen seien Ihnen hier erspart.
Die Reduktion aber trifft vor allem die Einfamilienhausbesitzer und Kleingebäude. Und viel Kleinvieh gibt auch grosse Misthaufen. Die Reduktion des Gebäudeprogramms wird dadurch begründet, dass Ressourcen frei werden, somit tiefere Bearbeitungskosten entstehen und dadurch mehr Mittel zur Verfügung stehen. Von diesen zusätzlichen Mitteln aber profitieren nun also im Kanton Zug nur noch die Grossen: Generalunternehmer, Pensionskassen, Immobilienbesitzer mit Mehrfamilienhäuser usw.

Wollen wir das wirklich? Die Kantone Thurgau, Schaffhausen und Basel Land und Basel Stadt sind fortschrittlich und übernehmen die entstehende Finanzierungslücke, so wie der Votant das in seinen Anträgen formuliert. Er bittet deshalb den Rat, seine Anträge gutzuheissen und zu unterstützen. Setzen Sie dadurch ein Signal für einen modernen, fortschrittlichen und energiebewussten Kanton Zug. Das können und müssen wir uns wohl noch leisten dürfen.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag stellt, § 1 wie folgt zu ändern:
«… wird ein Rahmenkredit von 8 Mio. Franken beantragt …»
Begründung. Wie bereits beim Eintretensvotum festgehalten, stellt die SP-Fraktion den Antrag auch im Sinne eines effizienteren Ratsbetriebs. Weiter ist aber zu berücksichtigen, dass gemäss § 3 des Gesetzes neu auch messtechnische Einrichtungen gefördert werden können. Das wird den Kredit zusätzlich beanspruchen, weshalb der Antrag des Regierungsrats, den Kredit um 2 Mio. Franken zu erhöhen, nicht ausreichen wird. Vom beantragten Kredit von 2 Mio. Franken in der Vorlage wurden bereits 690'000 Franken unter Vorbehalt der Genehmigung des vorliegenden Antrags zugesichert. Der Votant geht davon aus, dass dieser Betrag in den letzten Monaten noch gestiegen ist. Damit stehen dem Regierungsrat bereits heute nur noch 1,4 Mio. Franken zur Verfügung. Dieser Betrag reicht nicht, um alle eingehenden Gesuche bis Ende 2013 unterstützen zu können. Aus den genannten Gründen ist für die SP-Fraktion die Erhöhung des Kredits um 2 auf neu 8 Mio. zwingend. Sollte nun der Antrag Helfenstein, auch die Fenster zukünftig zu fördern (was der Votant unterstützt) angenommen werden, würde dieser Betrag von 2 Millionen ganz bestimmt nicht ausreichen. Zudem ist dort zu sagen, dass die Fenster ein Anreiz sind, bei einer Sanierung zu überlegen, ob es nur die Fenster braucht oder nicht auch die Fassade und das Dach. Das wirkt zusammen. Fenster allein sind zwar durchaus auch sinnvoll zu sanieren, aber meistens braucht es eine Gesamtsanierung. In diesem Sinn bitten wir Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Pirmin **Frei** unterstützt den Antrag der Regierung, lediglich, aber immerhin zwei weitere Millionen Franken zur Verfügung zu stellen. Er macht das aus einem einzigen Grund, der Rechtssicherheit. Er ist sich bewusst, dass wir momentan in einer Zeit leben, in der man ohne viel Zutun Wahlen gewinnen kann, wenn man nur lautstark und ultimativ staatliche Massnahmen für die Umwelt und den schonenden Umgang mit Energie verlangt. Je mehr und ungestümer, desto besser. Wer sich kritisch dazu äussert, läuft Gefahr, für politisch lebensmüde gehalten zu werden. Der Votant ist nicht lebensmüde. Sein politisches Leben hat eben erst begonnen.
Auf die Gefahr hin, dass er den Rat langweilt, aber schon aus beruflichen Gründen, sind ihm Energieeffizienz und erneuerbare Energien grosse Anliegen. Als Geschäftsführer des Schweizerischen Fachverbands der Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik-Branche (GebäudeKlima Schweiz) und als ehemaliger Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Wärmepumpen befasst er sich täglich und sehr praktisch damit. Er ist so quasi mittendrin, nicht nur dabei!
Es geht hier um Subventionen. Diese sind meistens gut gemeint (mindestens von denen, die später in den Genuss davon kommen), haben aber mittel- und langfristig noch nie die Wirkung erzielt, die man politisch beabsichtigt hat. Bezeichnenderweise findet man im regierungsrätlichen Bericht denn auch keinen Hinweis darauf, was die bisherigen Förderungen *energetisch* gebracht haben. Es heisst sinngemäss einfach, die Gelder seien über Erwarten stark nachgefragt worden und sie

hätten gewirkt. Wir sind als Politiker den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber zu Effizienz verpflichtet. Dies gilt selbstverständlich für Energieeffizienz, aber ebenso selbstverständlich für Finanzeffizienz. Mit 2 bzw. 6 Mio. Franken können wir viel Gutes tun, beispielsweise Investitionen in die Weiterbildung des Installationsgewerbes. Denn an kompetentem Fachpersonal, welches das Gebäude als System versteht, das in der Lage ist, den Energiebedarf eines Gebäudes zu berechnen und energetisch sinnvolle (nicht einfach machbare) Massnahmen empfehlen kann, fehlt es auch im Kanton Zug an allen Ecken und Enden. Der in die Weiterbildung investierte Franken dient der Energieeffizienz mehr als der Franken, den wir jemandem geben, der sein Haus allein schon aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus, auch ohne dieses Geld, sanieren würde. Rechtssicherheit ist ein hohes Gut. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Aber auch der Gutmeinende, der auf dem falschen Dampfer ist, sollte eher Kohle aus dem Brenner holen, als noch ein Brikett einwerfen.

Moritz **Schmid** hält fest, dass ihn der Antrag Helfenstein so spät erreicht hat, dass er mit der Kommission keine Rücksprache mehr nehmen konnte. Er ist aber der Meinung, das klare Ergebnis der Kommissionssitzung von 15:0 Stimmen ohne Enthaltung solle Grund genug sein, die Anträge von Georg Helfenstein um die Erhöhung auf 8 Millionen und die Anträge von AGF und SP-Fraktion abzulehnen. An der Kommissionssitzung hat sich niemand geäussert über eine Erhöhung auf 8 Millionen. Im Gegenteil: Die SP rühmte Heinz Tännler dafür, dass er sofort eine neue Vorlage brachte. Darum empfiehlt der Kommissionspräsident, diese Anträge abzulehnen und jene von Regierung, Kommission und Stawiko zu unterstützen.

Markus **Jans** kann bestätigen, dass er in der Kommission ein Lob für Heinz Tännler ausgesprochen hat. Er hat das sogar in seinem Eintretensvotum wiederholt. Aber Moritz Schmid weiss genau wie der Votant, dass er nicht allein in der Fraktion ist und es dort eine Mehrheit gibt, an die er sich zu halten hat. Lieber einmal zu spät als zu früh.
Markus Jans betreibt hier weder Wahlkampf noch sonst irgendetwas. Solche Unterstellungen sind absolut unnötig, weil die SP dieses Anliegen schon seit Jahren vertritt und nicht erst seit heute, vielleicht im Gegensatz zur Partei von Moritz Schmid. Zudem vertritt der Votant hier keinen Verband, keinen Verein oder sonst eine Organisation, sondern wirklich unser persönliches Anliegen. Es ist nicht gerade anständig, wenn man uns hier dauernd vorwirft, wir würden Wahlkampf betreiben. Das kann man bei jedem Thema wieder sagen, aber das tönt einfach unglaubwürdig.
Wir unterstützen mit solchen Anträgen auch das einheimische Gewerbe, das sollte gerade auch im Interesse des Kommissionspräsidenten sein. Markus Jans kann Moritz Schmid gerne zeigen, wie viel das einheimische Gewerbe von seiner Sanierung profitiert. – Was brauchen wir noch für einen Energieeffizienznachweis? Jedes Gesuch wird auf Herz und Nieren geprüft. Es kostete den Votanten 1'500 Franken, damit er diesen Energieeffizienznachweis vorlegen konnte. – Hier sind also alle Grundlagen vorhanden, die Regierung wird laufend aufgefordert, das nachzuweisen. Es wird einfach sein, das zu belegen. Hier müssen wir die Latte nicht noch höher schrauben. Es genügt, wir haben diesen Energieeffizienznachweis bei jeder Sanierung vorzulegen.

Georg **Helfenstein** möchte sich noch zu einigen Voten äussern. Er ist mit Pirmin Frei zwar in derselben Partei, aber scheinbar haben sie bei gewissen Themen Differenzen. Dieser vertritt eine Branche, welche Solaranlagen baut. Das ist genau das Problem in diesem Zusammenhang. Der Votant könnte Häuser zeigen, die hätten mit dem Geld, mit denen sie Solar- und Warmwasseranlagen auf dem Dach gebaut haben, besser die Fenster oder die Gebäudehülle saniert. Dann wäre es CO2-emissionsfreier geworden, statt viel Geld für Schattenanlagen auf den Dächern auszugeben.
Georg Helfenstein ist für ein ganzheitliches Denken und damit kommt er zu Moritz Schmid. Die Anträge des Votanten haben auch bei einer Ablehnung von 8 Millionen durchaus Chancen, hier im Rat durchzukommen. Denn wenn diese 6 Millionen aufgebracht sind, sehen wir uns in einem halben Jahr wieder hier und diskutieren dasselbe. Aus diesem Grund würde Georg Helfenstein es begrüssen, wenn man wirklich auf die 8 Millionen gehen und konsequent und ganzheitlich denken würde in diesem Rat und nicht ewig Flickwerk betreiben.

Philip C. **Brunner** war in dieser Kommission. Er ist zwar nicht in der gleichen Partei wie Pirmin Frei, aber er teilt seine Meinung absolut. Das war genau auch der Grund, wieso Philip C. Brunner dem zugestimmt hat, diese Rechtssicherheit. Wir müssen ein wenig aufpassen, dass wir hier nicht eine Giesskanne aufbauen, die dann über den ganzen Kanton irgendwo diese Fördergelder verteilt. Der Votant wird im Sinne seiner Fraktion stimmen.

Rupan **Sivaganesan** hält fest, dass die AGF ihren Antrag zurückzieht. Wir unterstützen den Antrag der SP-Fraktion.

Baudirektor Heinz **Tännler** ist erfreut und überrascht über das Votum von Pirmin Frei. Er hätte vermutet, der Fenster-Antrag könnte von ihm kommen. Pirmin Frei hat ja darauf hingewiesen, wo er überall Geschäftsführer war oder ist. Aber offenbar ist er es bei den Fensterbauern noch nicht. Deshalb ist dieser Antrag von Georg Helfenstein gekommen.
Philip Brunner hat es gesagt. Der Baudirektor hat ein wenig das Gefühl, wir seien hier im Kasino. Jetzt wird da Geld verteilt hin und her. Zuerst wird aber von der Stawiko eine Strategie gefordert. Wir sollen mal aufzeigen, wie was wo wann. Und jetzt werde da einfach kasinomässig Geld verteilt. Da gibt Heinz Tännler Philip Brunner 110 % recht. Wir müssen wirklich ein wenig aufpassen.
Zum Antrag von Georg Helfenstein. Es ist ja super, dass das Gewerbe auch profitiert. Das ist ein wunderbarer Nebeneffekt. Aber da kommen jetzt zwei Anträge aufgrund des Gebäudeprogramms des Bundes. Die reduzieren von 70 auf 40 Franken. Und sie heben die Limite von 1'000 auf 3'000 Franken. Und jetzt soll der Kanton einspringen und diese Delle auffüllen. Deshalb will Georg Helfenstein ja die Erhöhung. Er will ja nicht Erhöhung auf 8 Millionen mit der Begründung der SP. Er will es wegen den Fenstern. Dann müsste man das ja mindestens zweckgebunden machen. Heinz Tännler ist nicht sicher, ob wir effektiv 2 Millionen für Fenster verbraten werden. Dann ist das faktisch vielleicht 3' oder 4'000 Franken für Fenster und der Rest für die Erhöhung des Programms. Das ist etwas gefährlich. Und wenn der Bund nicht zahlen will oder kann, soll der Kanton einspringen. Den Verweis auf andere Kantone lässt der Baudirektor so stehen. Aber Georg Helfenstein hat sich auch widersprochen. Er hat selbst darauf hingewiesen, dass eine ganzheitliche

Sanierung wichtig ist. Und hier ist es nur die Fenstersanierung. Wir wollen mit unserem Förderprogramm eine ganzheitliche Sanierung. Es ist physikalisch auch sinnvoll, nicht nur die Fenster zu sanieren und eine Fassade zu haben, die mehr oder minder alles durchlässt. Oder umgekehrt, nur die Fassade zu sanieren und Fenster zu haben, die rinnen; das wollen wir nicht. Das ist der Ansatz unseres Programms. Es ist ordnungspolitisch nicht unbedingt klug, nun in die Bresche des Bundes zu springen und diese Delle aufzufüllen. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag nicht!
Zu Markus Jans, der die Forderung stellt, auf 8 Millionen zu erhöhen aus Gründen der Ratseffizienz. Uns in der Baudirektion macht es nichts aus, noch eine weitere Vorlage zu bringen. Und Heinz Tännler hat nicht gesagt, dass wir das machen, sondern wir prüfen es dann wieder. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die Gesuche abnehmen. Anfänglich hatten wir exorbitant viele Gesuche, aber nun nimmt das tatsächlich ab. Deshalb müssen wir nicht überborden. Der Baudirektor kennt Kantone, die Förderprogramme von 12 und mehr Millionen gesprochen haben und sie nicht weggebracht haben. Seien wir also vorsichtig. Mit diesen 2 Millionen stehen wir nicht schlecht. Wir haben tatsächlich schon 700'000 mit Vorbehalt verpflichtet. Aber wir haben noch 1,4 Millionen in der Pipeline, warten wir mal ab. Und dann, Gregor Kupper, haben wir dann auch die Strategie mitte des Jahres und können dann auch diesbezüglich noch mehr Aussagen machen.
Zur Wirkung. Heinz Tännler versteht die Frage von Franz Peter Iten. Aber jedes Kind versteht, dass wenn wir sanieren, Fassade, Fenster, Wärmepumpen, dann haben wir eine Wirkung. Und Markus Jans hat es gesagt. Diese Unterlagen, die eingereicht werden, müssen über die Wirkung minutiös Aussagen machen. Dass das nicht in die Vorlage hineingenommen wurde und falls das ein Fehler ist, so entschuldigt sich der Baudirektor. Für ihn war das sonnenklar, dass die Wirkung vorhanden ist. Da müssen wir uns kein X für ein U vormachen.
Pirmin Frei hat Recht, Weiterbildung und Beratung sind tatsächlich ein Problem. Aber nicht nur das gehört dazu, sondern auch ein gewisses Umdenken.

Georg **Helfenstein** wehrt sich dagegen, wenn der Baudirektor von einem Kasino spricht. Unsere Kundschaft, unsere Steuerzahler, unsere Einfamilienhausbesitzer haben keinen Kasinobetrieb zu Hause. Den gibt es vielleicht in Baar oder irgendwo sonst, aber sicher nicht bei uns zu Hause. Der Votant wehrt sich dagegen, wenn man Energiepolitik mit Spielerei in Verbindung bringt. Das ist ein schlechter Vergleich.
Auch hat Georg Helfenstein nie gesagt, dass er die Erhöhung zweckgebunden haben möchte. Wenn der Betrag kommt, ist ihm das egal, wenn er aufgebraucht ist, ist er aufgebraucht. Ob er jetzt für das oder jenes gebraucht wird. Es spielt im Prinzip materiell keine Rolle. Es ist genau die Krux, wenn einer das ganzheitliche Denken hat und er möchte das Gebäude sanieren, erhält ein Einfamilienhausbesitzer heute für seine Fenster nichts mehr. Er erhält dann zwar für die Fassade ein wenig und für Dach, aber für das Fenster nichts. Da kann der Kanton mit dieser Minimalfördersumme zwischen 1'000 und 3'000 Franken in die Bresche springen. Vom Gebäudeprogramm erhält er unter 3'000 Franken keinen Subventionsbeitrag mehr.
Zur Effektivität des Parlaments. Der Votant hat vor zehn Tagen von dieser Meldung erfahren, ist jetzt heute mit seinem Antrag hier und aktueller kann man ein Gesetz nicht anpassen.

Baudirektor Heinz **Tännler** hat es nicht so gemeint mit dem Kasino, wie das Georg Helfenstein jetzt ausgeführt hat. Er nimmt das auch wieder zurück. Mit Kasino hat er gemeint, dass jetzt laufend Anträge kommen, einer nach dem anderen, und am Schluss das Geld einfach irgendwie verteilt wird. Aber es ist wirklich so, Kasino und Energiepolitik hat grundsätzlich nichts miteinander zu tun.
Aber zu den Ausführungen von Georg Helfenstein ist zu sagen: Es stimmt nicht. Die Fenster werden von uns subventioniert. Wo? Zitat aus dem Gesetz: «Wer die Aussenhülle seines Gebäudes mit neuer oder besserer Wärmedämmung und neuen Fenstern versieht und damit die Anforderungen für neue Gebäude erreicht, hat Anspruch …». Wir subventionieren das! Was wir jetzt gemacht haben in Abgleichung zum nationalen Programm ist, dass wenn jemand über das Gebäudeprogramm den Fensterbeitrag geholt hat, dann hat er diesen Fensterbeitrag nicht doppelt erhalten, über das Förderprogramm des Kantons, sondern nur noch die Fassade. Das war die Abgleichung. Jetzt finanzieren wir die Fenster. Das ist hier wortwörtlich abgebildet. Deshalb stimmt das nicht. Die Fenster und die Fassadensanierung werden über das Förderprogramm abgedeckt sein. Da geht nichts verloren. Deshalb bittet der Baudirektor den Rat wirklich, vorsichtig zu sein und diesen Antrag abzulehnen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass jetzt zuerst über 6 oder 8 Millionen abgestimmt wird.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion und von Georg Helfenstein wird mit 50:22 Stimmen abgelehnt, womit der Rahmenkredit auf 6 Millionen Franken festgelegt wird.

§ 2 Abs. 4 (neu)

➔ Der Antrag von Georg Helfenstein wird mit 55:22 Stimmen abgelehnt.

§ 2 Abs. 5 (neu)

➔ Der Antrag von Georg Helfenstein wird mit 43:21 Stimmen abgelehnt.

§ 3

Oliver **Wandfluh** wendet sich zuerst an Gregor Helfenstein und das mögliche Kasino in Baar. Wenn der Votant an die neuen Arbeitsplätze und die Steuereinnahmen denkt, wäre eine Motion in dieser Sache zu begrüssen.
Der Stawiko-Präsident hat die Gründe bereits erläutert. Die SVP-Fraktion ist grossmehrheitlich der Meinung, dass es bei der Selbstverantwortung der Bauherren liegt, diese messtechnischen Einrichtungen zu installieren und zu finanzieren. Deshalb *stellt die SVP-Fraktion den Antrag, § 3 zu streichen.*

Franz Peter **Iten** stellt im Namen der CVP-Fraktion den Antrag, dass bei diesem Paragraphen das Wort «messtechnisch» gestrichen wird und die bisherige Formulierung stehen bleibt. Der Titel würde dann lauten: *«Steuerungstechnische Einrichtungen in Gebäuden»*.
§ 3 würde dann lauten: *«Wer die steuerungstechnischen Einrichtungen seines Gebäudes insgesamt überprüft …».*
Die von der Regierung vorgeschlagene Formulierung bringt für diejenigen, die ihr Gesuch bereits gestellt haben, eine Rechtsungleichheit, weil diese Möglichkeit bis

anhin nicht bestanden hat. Der Votant hat in seinem Eintretensvotum darauf hingewiesen, dass gemäss Auskunft durch den Smart-Meter-Vertreter an der Kommissionssitzung ein solcher Smart-Meter 250 Franken kostet. Das kann sich jeder selber leisten. Und jeder kann auch mit dem bestehenden Zähler kontrollieren, wie viel Strom er verbraucht. Das war auch die Empfehlung des Vertreters. Unser Antrag ist nicht vergleichbar mit jenem der SVP, die den ganzen Paragraphen streichen möchte.

Oliver **Wandfluh** hält fest, dass sich die SVP-Fraktion dem Antrag von Franz Peter Iten anschliesst.

➔ Der Rat stellt sich mit 49:15 Stimmen hinter den Antrag von Franz Peter Iten.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1986.5 – 13724 enthalten.

98 Motion der SP-Fraktion betreffend Verkauf des Areals des ehemaligen Kantonsspitals

Traktandum 7.1 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1731.2 – 13709).

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion sich dem Antrag des Regierungsrats, die Motion teilerheblich zu erklären, problemlos anschliessen kann.
Zur Vorgeschichte: Der Regierungsrat wollte mit dem Verkauf des Areals des alten Kantonsspitals einen maximalen Verkaufspreis erzielen. Er nahm damit bewusst und gezielt in Kauf, dass es Überbauungen mit einer sehr hohen Wohndichte gegeben hätte und dass für Wohnungen im mittleren Preissegment wohl kein Platz gewesen wäre. Aus unserer Sicht kam die Ablehnung des Bebauungsplans durch den Stadtzuger Souverän zur rechten Zeit. Aus heutiger Sicht wäre es wegen dem in der Zwischenzeit revidierten Finanzhaushaltgesetzes nicht mehr möglich, Grundstücke aus dem Finanzvermögen mit einem Wert von mehr als 5 Mio. Franken ohne den Segen des Kantonsrats zu verkaufen.
Der Regierungsrat plant nun, nur noch einen kleinen Teil des Grundstückes für Wohnungen im oberen Preissegment zu verkaufen. Den Rest des Landes will er behalten und zum grossen Teil im Baurecht abgeben. So sollen Wohnungen für den Mittelstand ermöglicht werden wie auch für gewerbliche und kulturelle Angebote. Die Bedürfnisse der Stadt Zug, zum Beispiel der Bau von Alterswohnungen, sollen ebenfalls abgedeckt werden.
Kurz zusammengefasst: Der Regierungsrat ist in Sachen ehemaliges Kantonsspital gezwungenermassen lernfähig geworden und nun auf dem richtigen Weg. Er erarbeitet mit allen Beteiligten ein Konzept, sprich Masterplan, das die verschiedensten Bedürfnisse weitgehend befriedigt und auch auf breite Akzeptanz stösst. Der Masterplan scheint uns vernünftig und ausgewogen zu sein. Wir erachten es als sinnvoll, dass der Regierungsrat im finanziellen Bereich nur noch optimieren und nicht mehr maximieren will.

Kurz zur nachfolgenden FDP-Motion. Materiell unterstützen wir die Anträge des Regierungsrates; auch uns sind Alterswohnungen für betreutes Wohnen wichtig.

Silvia **Thalmann** weist darauf hin, dass der Regierungsrat nach dem negativen Entscheid des Stadtzuger Stimmvolks zum Bebauungsplan Belvedere das Heft in die Hand genommen und sich an die Arbeit gemacht hat, einen neuen Vorschlag für die Überbauung des Areals zu erarbeiten. Dabei hat er sich für ein Vorgehen entschieden, bei dem sowohl das Referendumskomitee wie auch der Stadtrat und interessierte Kreise ihre Ideen für die Neukonzeption einfliessen lassen können. Um einen überzeugenden Masterplan vorlegen zu können, wurde das Konzept im vergangenen Sommer nochmals überprüft und optimiert. Selbst der Neubau des Kunsthauses, der von den Vernehmlassern am liebsten auf dem ehemaligen Kantonsspitalareal gesehen wird, ist in die Planung eingeflossen.
Wie auch der Regierungsrat ist die CVP der Meinung, dass die Anliegen der Motionen in der aktuellen Planungsphase zu rigide sind und die Entwicklung einer optimalen Lösung verhindern. Natürlich ist es verständlich, dass die Partei auf dem Weg der Motion versucht, ihre Interessen einzubringen. So verlangt die SP den vollständigen Verkauf des Areals, während dem Regierungsrat eine Lösung vorschwebt, bei der er lediglich einen Teil des Grundstücks verkauft und den Rest im Baurecht abgibt. Dies ist ganz im Sinne der CVP, die sich im Rahmen des Wohnbauförderungsgesetzes dafür eingesetzt hat, dass Land im Besitz des Kantons und der Gemeinden bleibt, um es der Spekulation zu entziehen und darauf langfristig günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Auf dem Areal des ehemaligen Kantonsspitals sollen jedoch nicht nur Wohnungen entstehen, sondern ein guter Mix aus öffentlichen Einrichtungen, Wohn- und Arbeitsbereichen.
Die CPV sieht keinen Anlass, im laufenden Planungsverfahren einen anderen Schwerpunkt zu setzen und wird deshalb den Anträgen des Regierungsrats folgen.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Antwort der Regierung zur SP-Motion begrüsst und dem Regierungsantrag einstimmig folgen wird.

Philip C. **Brunner** kommt nur einmal nach vorne und behandelt dieses und das nächste Traktandum zusammen. Denn beide Vorlagen sind ja praktisch identisch, also kann man das auch in einem Aufwisch machen. – Die SVP-Fraktion teilt die Meinung der Regierung bei beiden Motionen und sie wird bei beiden den Regierungsanträgen zustimmen. Die Problematik ist ja, dass das ein laufender Prozess ist. Und da wurde zweimal der Fotoapparat hervorgezogen und geknipst und es wurden Fragen gestellt. Entscheidend wird sein bei diesem Masterplan, dass er in der Stadt Zug vor das Volk kommt. Es ist dem Projekt Kantonsspitalareal doch sehr zu wünschen, dass nach der Ablehnung durch das Volk im Herbst 2008 nun doch eine Lösung gefunden wird, welche möglichst grosse Kreise einbindet. Dazu ist unserem Baudirektor alles Gute zu wünschen.

Vroni **Straub-Müller** spricht auch zu beiden Motionen. Käme der vorliegende Masterplan heute zur Abstimmung, hätte er wohl – anders als das damalige Belvedere-Projekt – die Mehrheit hinter sich. Damals waren die Stadtzuger Alternativen und die CSP als einzige Parteien – zusammen mit 55 % der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – gegen das Projekt. Wir freuen uns, dass die FDP zumindest in Form

einer Motion einsichtig geworden ist und auch zahlbares Wohnen für den Mittelstand fordert. Es bleibt zu definieren, was Mittelstand heisst. Zur Erinnerung: Der Kanton übernahm das Spital und die Spitalliegenschaft 1979 für gerade mal 3 Mio. Franken von der Bürgergemeinde der Stadt Zug. Der Verkauf geschah im Sinne, dass dieses Areal massgeblich einen öffentlichen Nutzen für die Gesellschaft haben soll. Heute spricht die Regierung wenigstens nicht mehr von Gewinn*maximierung*, sondern von Gewinn*optimierung*. Besser würde der Votantin nur noch Nutzenmaximierung für die Bevölkerung gefallen. Die Stadt Zug ist glücklich, dass wir – wenn auch befristet – diese Liegenschaft nutzen können. Ein Sammelsurium an verschiedensten Zwischennutzungen bevölkert und belebt das Areal. Diese Vielfalt mit auch experimentellem Charakter würde sich Vroni Straub für die Zukunft sehr wünschen. Wohnen ist ja wichtig und gut und tipptopp, aber das belebt Zug Süd nur in geringem Masse. Raum für Kultur und vor allem für Kleingewerbe sind hier die Stichworte.
Grundsätzlich finden wir das Konzept gut; sollte es auch so umgesetzt werden, ist der Kanton wohl ein Kandidat für eine Rose der Schweizer Illustrierten. Aber vorher sind noch einige Fragen offen. Wie hoch ist der Mindestanteil von preisgünstigem Wohnungsbau? Was ist ein mittleres Einkommen? Haben wir eine Garantie für einen öffentlichen Zugang zur Seeterrasse? Gibt es eine fussgängerfreundliche Verbindung zum Uferbereich westlich der Artherstrasse?
Bei der SP-Motion *stellt die AGF den Antrag, die Motion sei wie folgt teilweise erheblich zu erklären: Im Sinne der Regierung nicht erheblich zu erklären sei die Motion bezüglich des vollständigen Verkaufs des Areals. Die anderen drei Punkte inklusive der quantifizierten Fixierung auf mindestens zwei Drittel Mietwohnungen mit Mietpreisen für mittlere Einkommen seien erheblich zu erklären.*

Gregor **Kupper** will diesmal keine Strategie. Aber dem Stawiko-Präsidenten ist nicht klar, was wir denn eigentlich hier erheblich erklären. Der Antrag des Regierungsrats lautet: Insbesondere der Verkauf der Liegenschaft solle nicht erheblich erklärt werden. Alles andere, was im Motionsbegehren formuliert ist, sind aber Bedingungen für diesen Verkauf, also fallen auch diese Bedingungen weg. Deshalb möchte Gregor Kupper schon zuhanden der Materialien genau wissen, was wir jetzt erheblich erklären, damit wir da nicht falsche Hoffnungen wecken.

Baudirektor Heinz **Tännler** beginnt vorne und kommt auf die Frage von Gregor Kupper anschliessend zu sprechen. – Zuerst besten Dank für die Aufnahme unseres Antrags. Er scheint grundsätzlich auf Zustimmung zu stossen. Wir haben nach dem Entscheid des Souveräns über das Belvedere-Projekt wirklich auf das Gaspedal gedrückt. Wir haben analysiert und abgeklärt in der Regierung, aber auch zusammen mit der Stadt Zug. Auch in Workshops zusammen mit drei Parteien, mit Organisationen, selbst mit dem Referendumskomitee haben wir breit abgestützte Abklärungen gemacht, wie wir mit diesem Areal weiter vorgehen wollen. Sie sehen das auch in der Motionsbeantwortung. Im Detail möchte der Baudirektor nicht darauf zurückkommen.
Zu Alois Gössi und der Gewinnmaximierung. Heinz Tännler muss richtigstellen: Dass man seinerzeit so viel wie möglich aus diesem Areal herauspressen wollte, stimmt nicht. Man hätte dieses Areal noch zu einem viel höheren Preis verkaufen können. Man hat aber darauf verzichtet und eine Hotelnutzung vorgesehen und eine Ausnützungsbeschränkung über ein Bebauungsplanverfahren. Man hat ein Wettbewerbsverfahren gemacht. Man hat also viele Auflagen in dieses Areal hin-

eingepfropft, was dazu geführt hat, dass eben gerade nicht das Maximum herausgepresst worden ist, sondern ein letztlich adäquater Verkaufspreis. Wenn man also jetzt so tut, als wenn der Kanton auf die falsche Fährte gegangen sei und Gewinn maximieren wollte, so war das damals wirklich nicht der Fall.
Lernfähigkeit nimmt der Baudirektor zur Kenntnis, aber nicht wegen den Sozialdemokraten, sondern wegen des Souveräns, der dieses Belvedere-Projekt abgelehnt hat.
Zu Vroni Straub. 3 Millionen hätten wir bezahlt. Es sei also günstig gewesen, halb geschenkt, und deshalb sollten wir es jetzt weiterschenken. Das ist schon eine verkürzte Sichtweise. Es ist richtig, man hat dieses damalige Bürgerspital für etwa 3 Millionen übernommen, aber dann hat man erklecklich bezahlt. Jahr für Jahr hat der Kanton hineingepulvert und dieses Bürgerspital finanziert, weiter ausgebaut, saniert usw. Am Schluss sind das nicht einfach netto diese 3 Millionen. Da müssen wir schon brutto rechnen und über den ganzen Leist schlagen von etwa 25 Jahren, und dann sehen wir, was der Kanton in dieses Areal und in diesen Spital hineingepulvert hat.
Sammelsurium und Zwischennutzung. Das ist gut und klappt auch hervorragend. Aber wir müssen aufpassen. Heinz Tännler hat in Gesprächen bezüglich dieses Areals gesehen, dass wir eine Flut von Interessentinnen und Interessenten haben. Alle wollen etwas auf diesem Areal. Irgendwo hat es Grenzen. Nicht jeden Furz können wir dort machen. Das geht nicht. Wir bemühen uns wirklich, diese Durchmischung hinzukriegen, die Anliegen der SP und der FDP wirklich zu realisieren. Aber alles hat nicht Platz. Deshalb muss der Baudirektor hier schon die Vernunft appellieren, dass wir dann nicht die Diskussion führen, dass man 10 oder 15 oder 20 Nutzungen hineinpfropfen muss, weil es auch irgendwo auf diesem Areal Platz haben könnte. Deshalb dieses Masterplanverfahren und jetzt auch dieser Studienwettbewerb. Das wird Ende dieses Jahres erledigt sein. Dann gehen wir ins Bebauungsplanverfahren, das sehr konkret sein wird.
Zu Gregor Kupper und dem Inhalt des Regierungsantrags. Die Motion der SP verlangt ja, von den zu erstellenden Wohnungen sollten zwei Drittel Mietwohnungen sein. Das wollen wir nicht. Wir können uns diese Mietwohnungen für mittlere Einkommen selbstverständlich vorstellen, aber wir wollen keine fixe Zahl. Der Investor solle auch Räume für die Quartierinfrastruktur, wie Treffpunkte, Kinderhorte usw. realisieren. Das wollen wir erheblich erklären. Was wir nicht wollen ist ein Totalverkauf und eine Fixierung bezüglich der Anzahl Mietwohnungen für mittlere Einkommen. Aber die übrigen Nutzungen können wir uns vorstellen. Die laufen ja auch in dieses Studienverfahren hinein. Und deshalb wollen wir nur die erwähnten beiden Punkte nicht erheblich erklären. Wir können dem Käufer die Nutzung über das Bebauungsplanverfahren vorschreiben. Das haben wir lange mit der Stadt diskutiert. Wir werden ein Bebauungsplanverfahren durchführen, das einen anderen Konkretisierungsgrad hat als ein 08/15-Bebauungsplanverfahren. Und hier können wir konkretisieren und vorschreiben und stark Einfluss nehmen auf die Nutzungen, die auf diesem Areal zugelassen werden sollen. Das ist keinesfalls nur Wunschdenken, sondern das wollen wir so realisieren.
In diesem Sinn bittet Heinz Tännler den Rat, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen und nicht jenen von Vroni Straub. Wir wollen hier flexibel sein. Lassen wir jetzt diese Studienverfahren noch durchlaufen. Die Stadt ist ja integriert in diesen Prozess, und deshalb ist der Regierungsantrag vernünftig.

➔ Der Antrag der AGF wird mit 53:7 Stimmen abgelehnt, womit die Motion gemäss Regierungsantrag teilweise erheblich erklärt wird.

99 Motion der FDP-Fraktion betreffend mehr Wohnraum für den Mittelstand in Zug – betreutes Wohnen auf dem Areal des ehemaligen Kantonsspitals

Traktandum 7.2 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1824.2 – 13710).

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion mit der Antwort des Regierungsrats im Grossen Ganzen einverstanden ist. Mit dem Verständnis, dass nicht alle Wünsche auf dem alten Kantonsspitalareal realisiert werden können, verstehen wir grundsätzlich, dass es nur eine Teilerheblicherklärung sein kann. Darum ist die FDP wirklich erfreut, dass unser Kernanliegen, das betreute Wohnen, erheblich erklärt werden soll.
Das betreute Wohnen erlaubt rüstigen Rentner – das Einzugsalter liegt im Durchschnitt bei 75 plus – selbständiges Wohnen bis hin zur individuellen Betreuung je nach Wunsch und Bedürfnis, in der eigenen Wohnung so eigenständig wie möglich und gewünscht. Es können zum Beispiel alle Mahlzeit selber zubereitet werden, aber auch einzelne Mahlzeiten via Restaurant-Service reserviert werden. Die Spitex ist im Hause und auch individuellere und intensivere Pflege kann zuhause beansprucht werden. Niemand verlässt gerne eine lieb gewonnene und vertraute Umgebung. Mit der Möglichkeit zum betreuten Wohnen fallen solche Schritte aber leichter, weil kein weiterer Schritt mehr nötig sein wird. In anderen Region der Schweiz ist das betreute Wohnen schon längst Realität, nur hier im Kanton Zug suchen wir diese zukunftsweisende Wohnform leider vergebens.
Wer die Votantin kennt, weiss, dass sie sich nicht Frauenthemen verschrieben hat. Doch dieses ist ein solches. Erstens organisieren meist wir Töchter und Schwiegertöchter die Pflege und Betreuung der Eltern und Schwiegereltern (dies sollte zwar auch ein Männerthema sein). Und zweitens ist es ganz einfach und statistisch bewiesen: Wir werden älter! Ein weiterer Aspekt: Zu grosse Wohnungen und Häuser könnten leichter an die jüngeren Generationen weiter gegeben werden, wenn dieser Schritt bewusster und selbstbestimmter gemacht werden darf.
Wichtig ist der FDP-Fraktion noch im Zusammenhang mit allen Projekten auf dem alten Kantonsspitalareal, dass wenn z.B. Land im Baurecht abgegeben wird, mögliche Spekulationen mit entsprechenden Steuerungsinstrumenten ausgeschlossen werden. – Die FDP Fraktion stimmt einstimmig für die Teilerheblicherklärung.

Silvia **Thalmann** kann es kurz machen. Auch diese Motion wird die CVP-Fraktion gemäss Regierungsantrag unterstützen. Die FDP verlangt, dass das Areal einer privaten Trägerschaft im Baurecht zur Verfügung gestellt wird, damit diese darauf eine Altersresidenz und einen Gastronomiebetrieb erstellen kann. Einer guten Durchmischung kommt dieses Anliegen nicht entgegen und einem Teilverkauf würde damit ein Riegel geschoben. Deshalb unterstützen wir die Teilerheblicherklärung.

Baudirektor Heinz **Tännler** hält fest, dass der Regierungsrat auch diese Motion unterstützt, nicht aber die Quantifizierung. Hier wird das ökonomische Element eine Herausforderung darstellen. Der Baudirektor ist aber zuversichtlich, dass wir einen Weg finden. Aber es muss ja dann irgendwo auch noch eine Rentabilität für die Betreiberschaft vorliegen. Wir werden daran arbeiten. Wir haben das in Gesprächen auch schon aufgegleist. Wir werden sicher eine Lösung finden. Ob sie dann aber

zu 100 % die Wünschen und Forderungen der FDP erfüllt, kann aber heute noch nicht beurteilt werden. Die Steuerung wurde noch angesprochen. Das werden wir über den Bebauungsplan tun und über Baurechtsverträge.

➔ Die Motion wird gemäss Regierungsantrag teilweise erheblich erklärt.

100 Motion von Franz Hürlimann betreffend Änderung des «Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug»

Traktandum 8 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1905.2 – 13678).

Franz **Hürlimann** hält fest, dass der Bericht der Regierung nicht nach seinem Willen ausgefallen ist. Er nimmt davon Kenntnis, dass seine Motion dem Wohlwollen unseres Parlaments nicht standhalten kann. Trotzdem versucht er, dem Rat seine Sicht der Dinge etwas näher zu bringen. Dazu muss er noch vorausschicken, dass er selber in keiner Weise davon betroffen ist und ihm wahrscheinlich noch lange niemand Bäume vor das Stubenfenster pflanzt.
Also hört zu! Sie besitzen ein Haus an bester Wohnlage. Vor Ihren Augen ist in den vergangenen Jahren ein stattlicher Tannenwald herangewachsen, weil auch die niedlichen kleinen Tännchen an dieser Lage gut gedeihen und nun mittlerweile 20 Meter hoch geworden sind. Sie wohnen an bester Lage. Ihr Garten und Ihr Vorplatz aber liegen das ganze Jahr über jeden Tag im Schatten. Denn die Einsprachefrist gegen den Wald war schon abgelaufen, als die Tännchen noch kaum einen halben Meter hoch waren. Es ist Sommer, ein herrlicher Grillabend. Doch das Grillen müssen Sie unterlassen aus Furcht davor, dass die Äste, die aus Nachbars Grundstück zu herüberreichen, Feuer fangen könnten. Sie sind eine ruhige, verwitwete Rentnerin. Tannnadeln und Reisig von den Bäumen des Nachbars verstopfen ständig Ihre Dachrinne.
Viele Liegenschaftsbesitzer leiden unter solchen und ähnlichen Einwirkungen aus des Nachbars Grundstück. Diese Leidenden sind allgegenwärtig. Wir alle kennen das Übel. Sie wollen aber dem Streit aus dem Wege gehen. Doch was sollen sie dagegen tun? Bedenken Sie: Das Recht steht wohl auf Ihrer Seite. Wenn Sie es aber einmal durchsetzen wollen, fruchten Gespräche unter Nachbarn längst nichts mehr. Ihnen stehen keine Mittel zur Verfügung, ihr Recht einfach und unbürokratisch durchzusetzen. Stattdessen müssen sie es vor dem Richter in jedem einzelnen Fall erkämpfen. Das kostet Sie Geld, viel Geduld und meistens noch mehr Nerven. Und bis das Urteil dann vielleicht einmal halbwegs umgesetzt ist, sind Sie alt und grau und müde geworden.
Der gesunde Menschenverstand sagt uns, dass hier etwas geschehen muss. Die geltende Rechtsauffassung stammt aus dem Jahre 1911. Nach 100 Jahren wäre es doch wirklich an der Zeit, notwendige Anpassungen vorzunehmen. So sieht das nämlich auch der Bürger. Das Echo aus der Bevölkerung auf diese Motion war dementsprechend riesig und bestätigt dem Votanten, dass das Problem überall besteht. Das Zusammenleben wird immer enger und verlangt nach schlankeren Regelungen!
Franz Hürlimann hat sich mit dem regierungsrätlichen Bericht hauptsächlich in drei Dingen belehren lassen:

1. Der Staat ist für die Durchsetzung persönlicher Interessen nicht zuständig.

2. Wo es sich bei der Beeinträchtigung um die Frage des Ermessens handelt, ist der Richter zuständig.
3. Wo die Beeinträchtigungen in Höhe und Breite messbar sind, wurde die Einsprache verpasst.

So ist der Votant halt wohl oder übel gezwungen, den Antrag der Regierung, der auch in der CVP-Fraktion Anklang findet, zu akzeptieren, aber nicht auch noch zu unterstützen. Über die juristischen Belehrungen im Bericht ist er dankbar, hält aber fest, dass er darüber auch nicht den Doktor gemacht hat. Schliesslich ist er Kantonsrat und kein Plagiat. Drum bleibt er dran.

Adrian **Andermatt** hält fest, dass die FDP-Fraktion empfiehlt, den Anträgen der Regierung zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären. Da das Wesentliche bereits gesagt wurde und auch der Bericht des Regierungsrates sehr detailliert und aufschlussreich ist, geht der Votant einzig auf die aus unserer Sicht zentralen Punkte ein, welche die Nichterheblicherklärung der Motion begründen:
Das Bundesgerichtsurteil aus dem Jahre 2009 hat unsere kantonalrechtlichen Vorschriften bezüglich Anpflanzungen (§102 EG ZGB), Einspruchsrecht (§103 EG ZGB) sowie Einfriedungen (§105 EG ZGB) nicht obsolet gemacht. Vielmehr ist es so, dass das Bundesgerichtsurteil aufzeigt, dass das Bundesrecht – nämlich die nachbarrechtliche Bestimmung von Art. 684 ZGB (Stichwort: Schutz vor übermässigen Immissionen) – einem Betroffenen in krassen Einzelfällen einen weitergehenden Schutz bieten kann als unser kantonales Recht. Und dies ist durchaus begrüssenswert.
Weiter ist es so, dass das Bundesrecht in diesem Bereich den Kantonen keinen Spielraum für den Erlass von Vorschriften bezüglich Maximalhöhen von Pflanzen und Bäumen einräumt. Entsprechende Vorschriften im EG ZGB würden somit gegen Bundesrecht verstossen.
Klar abzulehnen ist weiter das Ansinnen des Motionärs, den Gemeinden die Pflicht aufzuerlegen, säumige Grundstückbesitzer zu veranlassen, die Höhe von Bäumen und Sträuchern auf ihrem Grundstück der aktuellen Rechtslage anzupassen. Für solche zivilrechtlichen Angelegenheiten sind einzig die Zivilgerichte zuständig. Ohnehin können Gemeinden Nutzungsbeschränkungen einzig auf der Grundlage des öffentlichen Rechts verfügen und nicht gestützt auf Bestimmungen des EG ZGB, eines zivilrechtlichen Erlasses. Somit wäre eine Anpassung des EG ZGB diesbezüglich auch schlicht der falsche Weg.

Kurt **Balmer** möchte vorausschicken, dass man die Motion auch etwas besser hätte formulieren können. Dem Motionär muss aber entgegen Darstellungen der Vorredner zugestanden werden, dass er tatsächlich vor über einem Jahr ein Anliegen aufgenommen hat, welches heute je länger je mehr zu Diskussionen führt. Etwas allgemeiner und zurückhaltend formuliert sind die Nachbarrechtsbestimmungen im EG ZGB des Kantons nicht mehr auf dem neusten Stand. Dies ist auch kein Wunder bei einem Gesetz, das aus dem Jahre 1911 stammt und welches im Bereich Nachbarecht zwischenzeitlich kaum Änderungen erfuhr. Dabei müssen wir berücksichtigen, dass wir in den letzten 100 Jahren aufgrund der Platzverhältnisse etwas zusammenrücken mussten und auch neue Nachbarschaftsproblemfelder wie z.B. Licht- und Lärmemissionen geregelt sein wollen. In Berücksichtigung dieser Ausführungen ist der Votant – vielleicht auch als politischer Neuling in diesem geschätzten Rat – doch etwas erstaunt, dass der Regierungsrat die gute Gelegenheit nicht ergriff und dem Kantonsrat eine generelle Änderung der Nachbarrechtsbestimmungen vorschlug. Tatsache ist nämlich, dass das Bundesrecht respektive das Bundesgericht zwischenzeitlich de facto bestimmen, dass gewisse Vorschriften

(Einspruchrecht, Höhen- u. Abstandsvorschriften) so nicht mehr gelten und Art. 684 ZGB einen umfassenderen Schutz bietet. Ich weiss auch, dass die Direktorin des Innern diese Meinung so nicht teilt. Allerdings erkennt Kurt Balmer definitiv nicht, weshalb wir kantonale Einspruchs-, Höhen- und Abstandsvorschriften haben, welche jegliche Bedeutung mindestens teilweise verloren haben. Entgegen den Ausführungen in der Vorlage des Regierungsrats gilt Art. 684 ZGB nämlich generell. Der Walchwilerfall wird in der Vorlage quasi als Ausnahme bezeichnet. Dies trifft aber klar nicht zu.
Im Nachbarrecht sollte kantonales Recht das Bundesrecht ergänzen und lokale Usanzen berücksichtigen und nicht umgekehrt oder sogar überflüssig sein. Nichtanwendbare Gesetze sind nach Erachten des Votanten definitiv zu streichen.
Ein wichtiges Argument sind sodann die Merkblätter unserer Gemeinden. Verschiedene zugerische Gemeinden informieren auf Anfrage die Bewohner mit Merkblättern, welche sich natürlich grösstenteils auf die vorher kritisierten Bestimmungen stützen. Diese Informationspraxis bezüglich des kantonalen Rechts ist nicht ganz korrekt. Der Votant verzichtet aber an dieser Stelle, einen speziellen separaten Antrag zu stellen. Aufgrund der Anträge und der bisherigen Diskussion bittet er um Kenntnisnahme dieses Votums mit Blick auf einen neuen Vorstoss, der wahrscheinlich bald eingereicht wird.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, ist erfreut, dass alle Fraktionen und auch der Motionär den Regierungsantrag auf Nichterheblicherklärung unterstützen, bzw. keinen Gegenantrag stellen. Die Regierung ist klar der Meinung, dass man sich schon heute erfolgreich zur Wehr setzen kann, wenn es sich um übermässigen Aussichts- oder Lichtentzug handelt. Das hat nun auch das Bundesgericht wieder bestätigt. Der Regierungsrat möchte keine zusätzlichen Gesetzesbestimmungen, die nicht nötig sind. Zudem können solche nachbarschaftliche Streitigkeiten, wie sie vom Motionär beschrieben wurden, nicht durch den Gesetzgeber gelöst werden, sondern nur durch Richterinnen und Richter, die jeden Einzelfall abwägen müssen, sofern sich die Nachbarinnen und Nachbarn nicht einigen konnten.
Was muss denn abgewogen werden? Ein Beispiel. Frau Müller schützt durch Bepflanzung ihren Sitzplatz vor neugierigen Blicken. Nachbar Meier hat seine Liegenschaft in einem exklusiven Wohngebiet mit atemberaubendem Blick auf Zugersee und Rigi gekauft. Durch die Bepflanzung von Frau Meier wird diese freie Sicht durch einen Baum oder eine andere Pflanzung geraubt. Die Gerichte müssen nun diesen Einzelfall beurteilen. Welches Interesse ist nun schützenswerter? Streitigkeiten zwischen Nachbarinnen und Nachbarn können wir nicht durch noch mehr Eigentumseinschränkungen in einem Gesetz regeln. Der Kanton Zug gehört übrigens zu den Kantonen, die im Zusammenhang mit der Bepflanzung von Grundstücken am wenigsten liberal sind und am meisten einschränken. Die Votantin verweist z.B. auf den 8 m-Grenzabstand bei hochstämmigen Bäumen. Bezüglich der Merkblätter nimmt sie Anregungen von Kurt Balmer gern auf. Wir prüfen, welche Merkblätter die Gemeinden abgeben und ob dort eine Korrektur notwendig ist.

➔ Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

101 Nächste Sitzung

Donnerstag, 5. Mai 2011

Protokoll des Kantonsrates

7. Sitzung: Donnerstag, 5. Mai 2011
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 12.25 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

102 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: André Wicki, Zug; Franz Peter Iten, Unterägeri; Walter Birrer, Cham; Monika Weber, Steinhausen.

103 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** begrüsst Hanspeter Rosenberg, den neuen Standesweibel aus Baar, und Andreas Bühlmann, den stellvertretenden Standesweibel aus Unterägeri. Sie wünscht ihnen alles Gute. (Applaus des Rats)

Die Direktorin des Innern, Manuela Weichelt-Picard, entschuldigt sich für die heutige Sitzung. Sie nimmt an der Schweizerischen Forst-, Fischerei- und Jagddirektorenkonferenz teil.

Gesundheitsdirektor Joachim Eder nimmt am Vormittag am Hearing zum vorgesehenen Präventionsgesetz in Bern vor der zuständigen ständerätlichen Kommission teil. Er entschuldigt sich für die Vormittagssitzung.

104 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 31. März 2011.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).

3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1)
(Umsetzung der ZGB Revision vom 19. Dezember 2008 [Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht] im Kanton Zug).
2036.1/.2 – 13731/32 Regierungsrat

3.2. Neuordnung der Spitalplanung und -finanzierung (Änderung des Spitalgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung).
2037.1/.2 – 13733/34 Regierungsrat

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau und die Investitions-Folgekosten der S-Bahn-Haltestelle Steinhausen Rigiblick.
2038.1/.2 – 13735/36 Regierungsrat

3.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Festsetzung des Standortes für den Neubau des Kunsthauses Zug).
2031.1/.2 – 13715/16 Regierungsrat

4. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (EG USG).
1975.4 – 13693 2. Lesung
1975.5 – 13737 Regierungsrat

5. Änderung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf.
1986.5 – 13724 2. Lesung

6. Änderung des Polizeigesetzes (Rechtsgrundlagen für die polizeiliche verdeckte Vorermittlung).
2020.1/.2 – 13699/700 Regierungsrat
2020.3 – 13740 Kommission

7. Kantonsratsbeschluss über die Auflösung des Konkordats betreffend die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft.
1991.1/.2 – 13611/12 Regierungsrat
1991.3 – 13719 Konkordatskommission
1991.4 – 13720 Staatswirtschaftskommission

8. Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons an Innovationsförderungsmassnahmen.
2007.1/.2 – 13658/59 Regierungsrat
2007.3 – 13717 Kommission
2007.4 – 13726 Staatswirtschaftskommission

---

bereits an der letzten Sitzung traktandierte, aber nicht behandelte Geschäfte:

9. Postulat der FDP-Fraktion betreffend zuviel bezahlte NFA-Beiträge.
1949.1 – 13454 Postulat
1949.2 – 13657 Regierungsrat

10. Interpellation von Markus Jans betreffend die Installation von Sound Systemen zur Vertreibung von Jugendlichen beim Gewerblich-industriellen Bildungszentrum Zug.
1751.1 – 12918 Interpellation
1751.2 – 13654 Regierungsrat

11. Interpellation von Stefan Gisler, Vroni Straub-Müller und Martin Stuber betreffend Integration des Velofahrens in den Lehrplan 21 Sport und Bewegung in der Schule: Klare Ziele fürs Velofahren.
    1968.1 – 13533 Interpellation
    1968.2 – 13675 Regierungsrat
12. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend weiteres Vorgehen bezüglich NFA.
    1970.1 – 13536 Interpellation
    1970.2 – 13680 Regierungsrat

---

13. Motion von Thomas Lötscher, Philippe Camenisch, Daniel Abt und Daniel Thomas Burch betreffend mehr Rechtssicherheit in Baubewilligungsverfahren.
    1964.1 – 13506 Motion
    1964.2 – 13721 Regierungsrat
14. Interpellation von Barbara Gysel betreffend Steuerabzüge: Wer profitiert?
    1801.1 – 13044 Interpellation
    1801.2 – 13725 Regierungsrat
15. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend so genannter «Nahtstellendiskussion» auf der Oberstufe (Übergang von Sek I in die Berufsbildung).
    1969.1 – 13534 Interpellation
    1969.2 – 13741 Regierungsrat

Verabschiedung von Standesweibel Paul Langenegger.

105 Protokoll

➔ Die Protokolle der Sitzung vom 31. März 2011 werden genehmigt.

106 Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1) (Umsetzung der ZGB Revision vom 19. Dezember 2008 [Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht] im Kanton Zug)

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2036.1/.2 – 13731/32).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Markus Jans, Cham, ***Präsident***		*SP*
1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Christine Blättler-Müller, Hofmatt 28, 6332 Hagendorn	CVP
3.	Manuel Brandenberg, Schönegg 14, 6300 Zug	SVP
4.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP

5.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
6.	Maja Dübendorfer Christen, Himmelrichstrasse 48, 6340 Baar	FDP
7.	Pirmin Frei, FREI connect, Radgasse 3, Postfach 3377, 8021 Zürich	CVP
8.	Esther Haas, Sonneggstrasse 11, 6330 Cham	AGF
9.	Markus Jans, Rebacker 9, 6330 Cham	SP
10.	Alice Landtwing, Löberenstrasse 20a, 6300 Zug	FDP
11.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
12.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
13.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
14.	Monika Weber, Schlossbergstrasse 5, 6312 Steinhausen	FDP
15.	Thomas Werner, Grossmattstrasse 1, 6314 Unterägeri	SVP

Martin **Pfister** hält fest, dass es zweifellos ziemlich unorthodox ist und keineswegs als Präjudiz verstanden werden soll, wenn er sich heute zu einer Kommissionsbestellung zu Wort meldet. Aber es ist eben auch so, dass der Weg dieser Vorlage selbst bisher ziemlich unorthodox war und keineswegs selbst zum Präjudiz werden sollte. Dies ist auch der Grund, weshalb er sich im Auftrag der Fraktion an den Rat wendet. Sein Votum ist aber mit keinem Antrag verbunden.
Diese Vorlage zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht ist in dieser Form unserer Meinung nach im Kantonsrat chancenlos. Dies müsste die federführende Direktorin des Innern eigentlich wissen, denn sie lud in einer wohl erstmaligen Aktion diejenigen Parteien einzeln zu Gesprächen ein, die sich in der Vernehmlassung kritisch geäussert hatten. Sie tat dies mit Hinweis auf den engen Zeitplan, der durch die Bundesgesetzgebung vorgesehen sei. Gänzlich unverständlich ist es für die CVP-Fraktion deshalb, warum der Regierungsrat in seiner Vorlage dann aber auf die kritischen Bemerkungen der Vernehmlassungen praktisch nicht eingegangen ist und seine Vorlage nun weitgehend unverändert dem Kantonsrat vorlegt.
Selbstverständlich ist der Regierungsrat frei, so vorzugehen. Wenn die Direktorin des Innern den vom Bund vorgegebenen engen Zeitplan aber einhalten und ein Scheitern der Vorlage verhindern möchte, dann ist ihr dringend zu raten, bereits heute mit der Ausarbeitung von Varianten zu beginnen, die sie der Kommission vorlegen kann. Es wäre völlig falsch, sich darauf zu verlassen, dass die Kantonsratskommission allein deshalb auf eine kritische Hinterfragung des Vorschlags verzichten würde, weil es eilt. Der Ball liegt beim Regierungsrat und nicht bei der Kommission.

Stefan **Gisler** ist überrascht, dass der Fraktionschef der CVP die Kommissionsarbeit bereits hier im Rat beginnt und der Kommission sowie der zuständigen Direktion gute Ratschläge gibt. Er bittet doch, künftig auf solche Voten zu verzichten und die Kommissionsarbeit in den Kommissionen zu machen. Und auch zu respektieren, dass der *Gesamt*regierungsrat solche Vorlagen beschliesst in einer gemeinsamen Absprache im Kollegialprinzip.

107 Neuordnung der Spitalplanung und -finanzierung (Änderung des Spitalgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung)

Traktandum 3.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2037.1/.2 – 13733/34).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss Bürobeschluss vom 27. November 2003 und gemäss einstimmigem Fraktionsleiterbeschluss vom März 2011 eine Direktüberweisung vom Regierungsrat an die Kommission für das Gesundheitswesen erfolgte. Die Kommission hat am 2. Mai zum ersten Mal getagt.

108 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau und die Investitions-Folgekosten der S-Bahn-Haltestelle Steinhausen Rigiblick

Traktandum 3.3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2038.1/.2 – 13735/36).

➔ Das Geschäft wird zur Beratung an die Kommission für den öffentlichen Verkehr überwiesen.

109 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Festsetzung des Standorts für den Neubau des Kunsthauses Zug)

Traktandum 3.4 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2031.1/.2 – 13715/16).

➔ Das Geschäft wird zur Beratung an die Raumplanungskommission überwiesen.

110 Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (EG USG)

Traktandum 4 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 24. Februar 2011 (Ziff. 73) ist in der Vorlage Nr. 1975.4 – 13693 enthalten. – Zusätzlich sind auf die 2. Lesung Anträge des Regierungsrats (Nr. 1975.5 – 13737), von Pirmin Frei (Nr. 1975.6 – 13748) und der AGF (Nr. 1975.7 – 13751) eingegangen.

Die **Vorsitzende** hält fest, *dass zuerst § 9 Abs. 4 behandelt wird*. Sie können zu den drei Anträgen zu diesem Paragraphen gleichzeitig sprechen, weil sie materiell zusammenhängen. Sprechen Sie noch nicht zum Antrag von Pirmin Frei, der einen anderen Paragraphen betrifft.
Wir haben bei § 9 Abs. 4 drei Verfahrensschritte. Zuerst stellen wir die Unterändrungsanträge des Regierungsrats und der AGF einander gegenüber. Im zweiten Verfahrensschritt stellen wir das Ergebnis der Bereinigung dem Ergebnis der 1. Lesung gegenüber.

Den bereinigten § 9 Abs. 4 stellen wir dann einem allfälligen Streichungsantrag gegenüber. Eventuell erübrigt sich der Streichungsantrag des Regierungsrats, weil die von ihm beantragte Neuformulierung in den beiden vorherigen Verfahrensschritten allenfalls schon beschlossen wurde. Es steht jedem Ratsmitglied offen, selber einen Antrag auf ersatzlose Streichung des bereinigten § 9 Abs. 4 zu stellen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF beantragt, hier die ursprünglich Fassung der Regierung, welcher die Kommission mit 10:4 Stimmen zugestimmt hat, zu belassen. Das heisst also, bei unserem Antrag sind zwischen 60 und 70 Holzfeuerungen betroffen, die sanierungspflichtig würden, und nicht wie im neuen Antrag der Regierung nur noch 20.
Im Kantonsratsprotokoll vom 24. Februar zitiert Gabriela Ingold, die Präsidentin der vorberatenden Kommission z.B., dass mit diesem Belassen des ursprünglichen Antrages die Kommission aktiv etwas für den Umweltschutz tun möchte. Und der Kanton soll mit einer zügigen Sanierung solcher Heizungen eine Vorreiterrolle übernehmen, die Heizungen müssten ja so oder so einmal saniert werden. Der Baudirektor sprach von einer grosszügigen Nachrüstungspflicht von fünf Jahren, die ausreichen würde, und stellte dabei die Umwelt ins Zentrum.
Im unserem Antrag stellen wir vor allem die Gesundheit für uns Menschen ins Zentrum. Wir haben einige Gründe in unserem Antrag genannt, und auch die Regierung nennt noch andere sehr wichtige Gründe, welche die Gesundheit betreffen. Eindrücklich ist die hohe Zahl von 5,1 Milliarden Franken Gesundheitskosten pro Jahr. Bei einer erhöhten Feinstaubbelastung, vor allem im Winter, nehmen Spitaleinweisungen zu. Es sterben jährlich verhältnismässig viele Schweizer und Schweizerinnen frühzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung durch Feinstaubpartikel, darunter bereits einige Säuglinge.
Der neue Antrag des Regierungsrats ist sicher nicht einfach abwegig. Aber 20 schlechte Holzfeuerungen sind nun mehr als die Hälfte weniger, als die Fassung der ersten Lesung der Regierung beinhaltete. Bevölkerung und Umwelt haben Anrecht auf Schutz vor schädige Einflüssen, was die gefährlichen Feinstaubpartikel nun wirklich sind. Bitte folgen Sie daher unserem Antrag und lehnen Sie jenen der Regierung ab, der doch für einige Holzfeuerungen zehn Jahre ermöglicht.

Gabriela **Ingold** hält fest, dass die Kommission dieses Thema an ihrer ordentlichen Sitzung ausführlich diskutiert hat. Sie hat deshalb zwischen der 1. und 2. Lesung nicht mehr getagt. – Anna Lustenberger hat das Votum der Kommissionspräsidentin vorweg genommen. Eine grosse Mehrheit der Kommission lehnte einen Antrag für eine Sanierungsfrist von zehn Jahren mit 10:4 Stimmen ab. Wir waren der Ansicht, dass eine fünfjährige Übergangsfrist reicht, weil die Heizungen so oder so saniert werden müssen und weil grosse Holzheizungen bis zu 1000-mal mehr Feinstaub an die Umwelt abgeben als gut funktionierende Öl- oder Gasheizungen. Bitte stimmen Sie dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrates in der Vorlage 1975.1 sowie dem Antrag der AGF zu.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag der AGF zur Sanierung von grossen Holzfeuerungsanlagen über 70 kW innert fünf Jahren unterstützt. Diese Ausgangslage ist nicht neu, unterstützte die SP doch auch schon den gleichen Antrag der Regierung anlässlich der 1. Lesung. Leider aber wurde dieser Antrag

aufgrund von fehlendem Umweltbewusstsein und Interessenvertretungen auf zehn Jahre erhöht. Mit einem eher kleinen Aufwand lässt sich dadurch eine grosse Wirkung für die Umwelt erzielen. Wir würden es sehr begrüssen, wenn der Kanton Zug auch in Sachen Umweltschutz eine Vorreiterrolle übernehmen würde.
Sofern der Antrag der AGF nicht obsiegen sollte, wird die SP Fraktion in der zweiten Abstimmung der abgespeckten Antrag des Regierungsrats zu § 9 Abs. 4 EG USG unterstützen. Dabei geht um die Sanierung von besonders problematischen Anlagen, die Restholz verbrennen. Mit diesem viel kleineren Schritt zur Sanierungspflicht, als dies in der 1. Lesung vom Regierungsrat vorgeschlagen wurde, müssten auch nur noch ca. 20 Anlagen innert einer nützlichen Frist von fünf Jahren saniert werden. Mit dieser Massnahme tragen wir auch zu einer weniger mit Feinstaub verschmutzten Luft bei.

Flavio **Roos** erinnert daran, dass wir bei der 1. Lesung eine Variante beschlossen haben, welche nicht ganz dem Bundesgesetz entspricht. Der Antrag der Regierung korrigiert nun diese Diskrepanz. Die SVP-Fraktion steht voll hinter diesem Antrag. Den Antrag der AGF haben wir anlässlich der 1. Lesung schon intensiv besprochen. Er entspricht, soviel der Votant weiss, nicht ganz den Normen der Gesetze. Der Baudirektor wird das wohl noch näher ausführen.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP nach wie vor der Überzeugung ist, dass bei der Sanierungsfrist von grossen Holzfeuerungsanlagen keine eigene, nur in Zug gültige Frist kreiert werden soll. Die beim letzten Mal bereits genannten Gründe wie allfällige hohe Folgekosten nach einer eher kurzen Betriebszeit für die Sanierung oder die damit verbundene übertriebene, unnötige Bürokratie für Bauherren und Lieferanten haben sich nicht geändert und sprechen klar gegen eine Senkung der Sanierungsfrist.
Die FDP Fraktion wird darum dem Antrag der AGF nicht zustimmen, der den ursprünglichen Wortlaut der regierungsrätlichen Vorlage vorschlägt. Der Antrag der Regierung zum gleichen Paragrafen wurde von uns intensiver diskutiert. Das mit der Veränderung der Sanierungsfrist die Luftreinhalteverordnung tangiert werden könnte, wurde von uns nicht in Betracht gezogen. Dass das Anpassen einer Jahreszahl einen derart grossen Widerspruch auslösen kann, ist sicher nicht nur für die Votantin nicht nachvollziehbar. Die FDP Fraktion wird den Anträgen der Regierung zustimmen. Wir gehen davon aus, dass das fehlende *a* im Antrag nur ein kleiner Schreibfehler ist.
Der neue Abs. 4 von § 9a ist eine deutliche Abschwächung des ursprünglichen Vorschlags und kommt unserem Antrag sinnvoll und wirksam entgegen. Dass nun nicht mehr mit dem Giesskannenprinzip alle grossen Feuerungen quasi ungesehen saniert werden müssen, sondern nur noch die echten Dreckschleudern mit hohem Schädigungsfaktor, ist lobens- und unterstützenswert.

Pirmin **Frei** verzichtet heute darauf, seine Interessenbindungen nochmals offenzulegen. Er möchte jedoch, auch zu Handen des Protokolls, festhalten, dass es sein persönliches Interesse und auch das Interesse der Verbände, die er führen darf, ist, die Energieeffizienz bei Heizungsanlagen zu verbessern und die erneuerbaren Energien im Gebäudebereich zu stärken. Im Rahmen seiner Mandate arbeitet er eng und vielfältig mit dem Bundesamt für Energie und dem Programm Energie Schweiz zusammen. Er weiss, wovon er spricht.

Zur Sache: Bei unserem seinerzeitigen Antrag in der 1. Lesung, an der 10-jährigen Sanierungsfrist festzuhalten, ging es uns in erster Linie darum zu verhindern, dass der Kanton Zug im Verhältnis zu den Zentralschweizer Kantonen einen Extrazug fährt. Als überzeugter und solider Föderalist stellt der Votant fest, dass im Umwelt- und Energiebereich der schweizerische Föderalismus an Grenzen stösst. Der Nutzen solcher Alleingänge steht in keinem Verhältnis zu den Reibungsverlusten, die sich aus verschiedenen und unterschiedlichen Fristen, Grenzwerten und Verfahren ergeben. Sie bewirken nämlich genau das Gegenteil von dem, was man damit erreichen will: Unübersichtliche, stets ändernde Gesetzeslagen auf kleinem Raum verunsichern Planer, Lieferanten und das ausführende Gewerbe, vor allem aber auch Hauseigentümer und Investoren, so dass es nur allzu oft nach langer Abklärung über die beste Heizart dann am Schluss heisst: Ölheizung raus, Ölheizung rein! Sinnvolle, umweltverträgliche und Klima schonende Massnahmen im Gebäudebereich werden so nicht gefördert. Das kann nicht in unserem Interesse sein, auch nicht im Interesse der AGF, die gerne so tut, als hätten sie grüne Politik für sich gepachtet. Insofern ist der Antrag der Alternativen, die Sanierungsfrist auf fünf Jahre festzusetzen, schon vom Grundsatz her falsch und entsprechend abzulehnen. Die CVP-Fraktion empfiehlt dies dem Rat mit überwältigendem Mehr.
Wir sind froh, dass der Regierungsrat nun auch zum Schluss gekommen ist, dass wir in Zug keine Fristverkürzung, sondern weiterhin eine 10-jährige Sanierungsfrist wollen. Der Regierungsrat schlägt die bundesrechtliche Regelung gemäss LRV vor. Die CVP anerkennt die im Wesentlichen geltend gemachten rechtsstaatlichen Gründe dafür.
Zum zweiten Teil des regierungsrätlichen Antrags. Die Diskussion betreffend die Restholzheizungen wurde in der CVP-Fraktion kontrovers geführt. Eine knappe Mehrheit sprach sich *dafür* aus. Das Argument, dass solche Anlagen den Holzfeuerungen insgesamt einen Bärendienst erweisen, dürfte wohl entscheidend gewesen sein; jedenfalls entscheidender als die von der Regierung bemühte Studie über die Folgekosten von Feinstaubemissionen. Pirmin Frei jedenfalls kann sich nicht vorstellen, dass unser kritischer Baudirektor selber glaubt, dass von den total rund 60 Milliarden Franken, die das schweizerische Gesundheitswesen jährlich kostet, 5,1 Milliarden oder knapp 10 % durch Feinstaub ausgelöst werden.
Zusammengefasst: Die CVP wird dem Ergebnis des ersten Bereinigungsschrittes (der Votant geht davon aus, dass dies der Antrag des Regierungsrats ist) gegenüber dem Ergebnis der 1. Lesung knapp zustimmen.

Baudirektor Heinz **Tännler** weist darauf hin, dass ihm im Vorfeld zur heutigen Kantonsratsitzung zugetragen wurde, dass man den Überblick etwas verloren habe. Die bisherige Debatte weist allerdings nicht unbedingt darauf hin. Aber er möchte doch mit zwei, drei allgemeinen Bemerkungen beginnen.
Gemäss der Luftreinhalteverordnung ist eine 10-jährige Sanierungsfrist festgelegt. Das ist Bundesrecht und wir haben bei der 1. Lesung übersehen, dass es dort zwei Ausnahmen gibt. Zehn Jahre im Grundsatz und zwei Ausnahmen. Dreissig Tage, wenn die Sanierung ohne erhebliche Investitionen durchgeführt werden kann. Das sind beispielsweise Einstellungen oder Feinjustierungen einer Anlage oder wenn es eine sogenannte Dreckschleuder ist. Das sind die beiden Ausnahmen. Das Bundesrecht hält aber auch fest, dass man einen Massnahmeplan für eine gewisse Region (z.B. Zentralschweiz und eingeschlossen der Kanton Zürich) festlegen kann. Dem sind wir auch gefolgt und haben diesen Massnahmenplan erstellt. Und dort haben wir eben diese Sanierungsfrist auf fünf Jahre festgelegt. Man könnte sagen, das sei in vorauseilender Überzeugung geschehen.

Was ist das Ziel dieses Massnahmeplans? Er hat Koordinationsfunktion, also gerade das, was Pirmin Frei bemängelt hat. Man will verhindern, dass nicht von Kanton zu Kanton Einzelfälle geschaffen werden. In diesem Massnahmeplan haben wir diese fünf Jahre festgelegt. In der 1. Lesung wurde dieser § 9 Abs. 4 dahingehend geändert, dass man zehn Jahre Sanierungspflicht festgelegt hat. Und das ist bundesrechtswidrig, weil man die Ausnahmefälle ausgeschlossen hat. Die Genehmigung dieses § 9 Abs. 4 gemäss 1. Lesung würde das Bundesamt für Umweltschutz in Bern nicht genehmigen! Der Baudirektor hat dazu verlässliche Informationen. Soviel zur Ausgangslage.
Er möchte den Antrag des Regierungsrats nochmals kurz begründen. Pirmin Frei hat ihm den Glauben abgesprochen für diese 5 Milliarden Gesundheitskosten. Mag sein, dass vielleicht dieser Betrag etwas über das Ziel hinausschiesst. Wir können morgen eine Studie machen von einem anderen Experten, und der kommt vielleicht auf 1,5 Milliarden, wieder ein anderer auf 3 Milliarden. Aber es ist Faktum, dass die Gesundheitskosten auch deswegen in die Höhe steigen, weil die Luftbelastung mit Feinstaub ein Problem darstellt. Das ist wohl unbestritten. Es ist müssig, nun über die Höhe zu diskutieren.
Ein Problem sind die Restholzfeuerungen, vor allem in Schreinereien und anderen Holzbearbeitungsbetrieben, wo man behandeltes Restholz wie Spanplatten, Einweggebinde, vernageltes Holz usw. verfeuert. Das sind sogenannte Risiken für Dreckschleudern. Das sind nicht mehr diese über 70 Betriebe, sondern etwa 20. Hier sind wir nun der Meinung, dass man auf fünf Jahre hinunter gehen soll. Die übrigen Heizungen, die naturbelassenes Holz feuern, wollen wir hier nicht einschliessen. Deshalb der Antrag des Regierungsrats.
Vom Antrag der AGF, der unseren Antrag für die 1. Lesung aufnimmt, sind wir abgekommen, weil er damals keine Chance hatte. Der Rat hat entschieden und deshalb haben wir einen Kompromiss vorgelegt.
Wie funktioniert das Ganze jetzt? Alle Heizungen haben zehn Jahre Sanierungsfrist mit der Ausnahme von 30 Tagen, wenn es keine Kosten auslöst oder es eine Dreckschleuder ist. Und bei den fünf Jahren für die Restholzfeueranlagen gilt selbstverständlich auch die Ausnahme von 30 Tagen, wo es keine Kosten auslöst und wir eine Dreckschleuder haben. Die Ausnahmebestimmungen sind als sowohl bei fünf wie zehn Jahren Sanierungsfrist gültig.
Heinz Tännler stellt fest, dass die meisten Votanten – auch von der linken Seite – dem Antrag des Regierungsrats mindestens eventualiter zustimmen können. In diesem Sinn bittet er den Rat, den Kompromissantrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass nun zuerst die beiden für die 2. Lesung beantragten Unteränderungsanträge der Regierung und der AGF einander gegenübergestellt werden.

➔ Der Rat stimmt mit 56:18 Stimmen dem Regierungsantrag zu.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass nun der Regierungsantrag dem Ergebnis der 1. Lesung gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat stimmt mit 65:1 Stimmen dem Regierungsantrag zu.

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass kein Streichungsantrag gemacht wird und somit § 9 Abs. 4 so beschlossen ist.

§ 15 (Antrag von Pirmin Frei)

Pirmin **Frei** erinnert daran, dass der Kantonsrat in der 1. Lesung das Problem der Lichtverschmutzung in unserem Kanton anerkannt hat. Er sieht Handlungsbedarf. Dies ist anzuerkennen. Die damalige Diskussion im Rat liess allerdings ein deutliches Unbehagen dort erkennen, wo die Lichtverschmutzung von privaten Grundstücken zu Wohnzwecken, also etwa von kleinen Einfamilienhaus-Parzellen oder Parzellen mit einem einzelnen Mehrfamilienhaus ausgeht. Vordergründig trifft auch in diesen kleinen, überschaubaren Fällen in erster Linie das Interesse nach Vermeidung von Lichtverschmutzung auf dasjenige der Eigentumsfreiheit, also der Freiheit eines Eigentümers, einer Eigentümerin, innerhalb der Grenzen des Eigentums oder des Grundstücks mit seinem Eigentum zu tun und zu machen, was sie wollen.
In diese Interessenabwägung spielt nun jedoch – als Anwendungsfall des Verhältnismässigkeitsprinzips – auch das Interesse nach Verwaltungsökonomie hinein, also die Frage, wie gross der Aufwand der Behörde sein darf oder soll, die Abwägung der zentralen Interessen vorzunehmen. Wir wissen es doch alle: Wie rasch beschliessen wir in diesem Rat etwas, das ganz nebenbei von der Verwaltung zusätzlichen Aufwand verlangt (etwa in Form von Abklärungen, Prüfungen, Zwischenentscheiden etc.), selbstverständlich ohne dass wir ihr zusätzliche Kapazität zur Verfügung stellen, um dann später augenreibend und aufgebracht festzustellen, die Verwaltung arbeite langsam, weil man auf Entscheide zum Teil sehr lange warten muss.
Es ist zu anerkennen, dass die Regierung mit ihrer Kann-Vorschrift im neuen § 15 eine Lösung vorschlägt, die den Baubewilligungsbehörden einen Ermessensspielraum belässt. Das allein genügt nach Auffassung der klaren Mehrheit der CVP aber nicht. Denn wenn einer Behörde ein Ermessenspielraum eingeräumt ist, dann muss sie sich doch vorab ein Bild machen können, ob ein Ermessensentscheid überhaupt angezeigt ist. Soll die Baubewilligungsbehörde entscheiden können, ob im konkreten Fall Auflagen zu machen sind, so muss sie vorab wissen, wo die himmelwärts gerichteten Lichtkörper sind. Nach Auskunft des Bauamts Baar weiss dieses bei Einfamilien- oder kleinen Mehrfamilienhäusern in aller Regel nicht, weil die Architekten in den vorgeschriebenen Umgebungsplänen praxisgemäss keine Aussenleuchten einzeichnend. Die Baubewilligungsbehörde muss dies somit künftig von den Architekten verlangen (selbstverständlich mit Kostenfolgen), nach Vorliegen der Pläne beurteilen und dann das weitere Vorgehen beschliessen (Zusatz-Aufwand Nr. 1).
Gemäss Bauamt Baar fehlt den Baubewilligungsbehörden in aller Regel die Kompetenz, Beleuchtungskonzepte auf ihre Lichtverschmutzungs-Relevanz hin zu beurteilen. Sie muss es also fremd beurteilen lassen (Zusatz-Aufwand Nr. 2). Dann folgt das Baubewilligungsverfahren mit der Möglichkeit von Einsprachen. Sie wissen, was das heisst: Zusatz-Aufwand Nr. 3. Gemäss Antrag des Votanten rechtfertigt sich dieser Zusatzaufwand nur bei grösseren Überbauungen, also dort wo das Lichtverschmutzungspotenzial entsprechend gross ist. Die Baubewilligungsbehörde kann entsprechende Weisungen schon im Bauabklärungsverfahren verlangen. Oder die Planer in allgemeiner Weise vorab und generell darüber informieren. In diesen Fällen und nur in diesen Fällen, soll die Verwaltung nach eigenem Ermessen Auflagen machen können.
Wenn Sie den Grundsatz der Verhältnismässig ernst nehmen, wenn Sie wollen, dass sich unsere Beamtinnen und Beamten bei ihrer Arbeit auf das Wesentliche konzentrieren können, wenn Sie allenfalls Ihren Wählerinnen und Wählern im letzten Herbst versprochen haben, sich für eine schlanke, kostengünstige Verwaltung

einzusetzen, ja wenn Sie wenn Sie vielleicht sogar gedenken, die Bürokratie-Stopp-Volksinitiative, mit der die FDP die kommenden Wahlen gewinnen will, unterzeichnen zu wollen, dann stimmen Sie diesem Antrag zu.

Gabriela **Ingold** hält fest, dass die Kommission bei § 15 grundsätzlich der Meinung war, dass diese Vorschrift nicht zu einer unnötigen Bürokratie führen darf, weshalb auch weiter gehende Ansätze wie das Weglassen der Kann-Formulierung nicht in Frage kamen. Der vorliegende Antrag von Pirmin Frei wurde auch in der Kommission gestellt und mit 9:5 Stimmen abgelehnt. Die Kommission war der Meinung, dass die Formulierung gemäss Bericht und Antrag des Regierungsrats völlig ausreicht. Sie sieht vor, dass wenn der Baugesuchsteller kein Beleuchtungskonzept eingereicht hat, in der Baubewilligung dazu auch nichts vermerkt sein muss. Hat der Gesuchsteller mit dem Baugesuch jedoch ein Beleuchtungskonzept eingegeben, dann entscheidet die Gemeinde, ob sie dazu Auflagen machen muss. Die Baubewilligungsbehörde hat dabei einen gewissen Ermessensspielraum, und das ist gut so. Die Kommission beantragt, die Version des Regierungsrats beziehungsweise das Ergebnis der 1. Lesung zu stützen.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion keinen Grund sieht, hier vom Ergebnis der 1. Lesung abzuweichen. Licht kennt keine Grenzen. Wenn ein Nachbar sein Grundstück luminiert, kann das in der Nacht zu unschönen Szenen führen. Speziell bei windigem Wetter schaltet sich das Licht ein und aus. Das betrifft Schockbeleuchtungen oder wenn Bäume von unten her beleuchtet werden.
Zu Pirmin Frei. Wir haben seit längerem keine Beamten mehr im Kanton Zug. Es sind alles Angestellte. Er sagt auch, jeder könne tun und lassen auf seinem Grundstück, was er wolle. Das können wir schon lange nicht mehr. Da haben wir Einschränkungen. Und wenn es so wäre, müssten wir ja sämtliche Baubewilligungsgesuche ablehnen, weil jeder tun und lassen kann auf seinem Grundstück, was er will. Auch die Landwirtschaft könnte dann plötzlich bauen, was sie will, denn das Grundstück gehört ja einem Landwirt. Unnötige Gerichtskosten vorgängig einzudämmen, würde durchaus Sinn machen. Deshalb ist es auch sinnvoll, wenn eine Luminierung geplant ist, dies vorgängig zu klären und es nicht auf einen Nachbarsstreit ankommen zu lassen.
Die SP-Fraktion muss weder auf die Licht-, Stromlobby noch auf die Baulobby Rücksicht nehmen und kann sich somit ganz auf das Wohl der Bürgerinnen und Bürger konzentrieren. Nicht nur die im Antrag aufgeführte Begründung zur Aufweichung des Paragrafen ist sachlich falsch. Auch die Aussage, dass Baubewilligungsverfahren würde damit aufgebläht, entspricht eine falschen Wahrnehmung. Dies vor allem deshalb, weil nicht einfach ein Beleuchtungskonzept eingefordert werden kann, sondern der Bauherr verpflichtet ist, ein solches einzureichen, sofern er eine Luminierung – in welcher Art auch immer – plant. Damit übergeben wir ja dem Eigentümer die Verantwortung, das Notwendige einzureichen, damit es bei der Planung keine Schwierigkeiten gibt. Besser er macht das vorher als nachher. Was dabei so schwierig sein soll, ist für die SP-Fraktion ein Rätsel und sie lehnt deshalb den Antrag von Pirmin Frei auf Streichung des Paragraphen ab.

Flavio **Roos**: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Antrag von Pirmin Frei zu einem Mehraufwand für die Bauherrschaft, zu Mehrkosten, zu einer Verzögerung des Baubewilligungsverfahrens führt, und das aus folgenden Gründen.

Die Bauherrschaft ist verpflichtet, mit jedem Baugesuch einen Umgebungsgestaltungsplan einzureichen (§ 27 Abs. 2, Verordnung zum Planungs- und Baugesetz). Darin müssen die wesentlichen Elemente der Gestaltung des Aussenraums einer Liegenschaft offengelegt werden. Akzentbeleuchtungen, die Beleuchtung von Wegen und Vorplätzen sowie Eingängen und dergleichen müssen darin enthalten sein. Wenn nun jedoch ein solcher Umgebungsplan solche Beleuchtungsmittel ausweist, müsste nach Meinung von Pirmin Frei jeder Bauherr eine durch einen Fachmann, wenn möglich noch durch einen Beleuchtungsingenieur, ausgearbeitetes Konzept erstellen lassen. Das kann wohl nicht die Meinung sein. Das Begehren Frei führt also zu wesentlichem Mehraufwand, zu erheblichen Mehrkosten, und das Baubewilligungsverfahren würde durch das Beibringen eines Beleuchtungskonzepts verzögert werden. Das Bauen würde dadurch verteuert, was schliesslich wieder die Kunden berappen müssten. Dieser Antrag führt natürlich auch zu Begehrlichkeiten bei gewissen Ämtern. In den meisten Fällen reicht es bereits, wenn die Baubewilligungsbehörde Vorgaben zur richtigen Ausrichtung von Beleuchtungskörpern macht. Mehr braucht es bisweilen nicht. Das ist auch bisher mehr oder weniger die Praxis gewesen. – Die SVP-Fraktion ist einstimmig gegen den Antrag von Pirmin Frei.

Maja **Dübendorfer Christen** hoffte persönlich, dass der Antrag von Pirmin Frei eine Verschärfung für Lichtemissionen bedeutet. Sie ist noch nicht müde, immer wieder zu erwähnen, wie überflüssig viele Strom verbrauchende Lichtquellen sind und wie einfach es wäre, diese zu vermindern oder gar auszuschalten. Trotzdem gehört die Votantin zur grossen Mehrheit der FDP-Fraktion, die dem Antrag von Pirmin Frei nicht zustimmen wird. Denn wenn dann sofern weil eigentlich nicht zwingend kein Beleuchtungskonzept eingereicht wird, kann die Behörde auch keine Bedingungen stellen. In der Schlussabstimmung wird die FDP-Fraktion dem EG USG zustimmen.

Baudirektor Heinz **Tännler** nimmt Eines vorweg: Wir diskutieren beim Antrag von Pirmin Frei über ein Problem, das grundsätzlich nicht so schwerwiegend ist: Aufblähung, Bürokratie und administrativer Aufwand. Es ist schon blumig dargestellt worden, wie die Verwaltung funktioniert. Das müssen schon strube Angestellte sein, die gesetzliche Grundlagen suchen, um sich selber und die Kunden zu beschäftigen. So ist es in der Zuger Verwaltung nicht, hier wird effizient und gezielt gearbeitet, auch bei den Baubewilligungsbehörden. Es ist schon ein wenig ein intellektuelles Glasperlenspiel gewesen, das Pirmin Frei dargestellt hat, ein Gruselszenario.
Zur Sache. Der Antragsteller glaubt, dass mit dieser Kann-Vorschrift, die wir in der 1. Lesung verabschiedet haben, effektiv mehr Bürokratie entstehen könnte. Er stellt einen Antrag, der Folgendes festhält: «Sofern ein Beleuchtungskonzept Gegenstand oder Bestandteil eines Gesuches ist, kann die zuständige Behörde tätig werden.» Der Antrag ist ein Schuss ins eigene Knie oder ins Ofenrohr und führt gerade dazu, dass wir nun eine gesetzliche Grundlage haben, wo es heisst «sofern ein Beleuchtungskonzept vorliegt». Dann fragt jede Behörde: Wo ist das Beleuchtungskonzept? Das wird der Effekt sein dieses Antrags. Und was wir beim Antrag erster Lesung ins Gesetz geschrieben haben, ist nichts Anderes als die heutige Praxis. Das wurde auch von Flavio Roos dargestellt.
Das heisst also, wenn schon von Gewerbeseite immer auf die Baukosten hingewiesen wird und gesagt wird, dass durch Aufblähen, Bürokratie, mehr Beratung,

mehr Honorar die Kosten in die Höhe schnellen, wäre gerade dieser Antrag dazu geeignet, die Kosten in die Höhe zu treiben. Deshalb ist dieser Antrag aus unserer Sicht abzulehnen und es ist am Antrag der 1. Lesung festzuhalten.
Es kommt ein weiterer Punkt dazu. Der Baudirektor weiss eigentlich gar nicht, woher dieses Beleuchtungskonzept kommt. Von der Baudirektion her haben wir es nie in die Debatte eingebracht. Das ist gar kein baurechtlicher kantonaler Begriff. Wenn wir nun von Beleuchtungskonzept sprechen, dann ist das ein Begriff, der bundesrechtlich, raumplanerisch gesetzt ist. Dort sprechen wir in dem Sinne von Konzepten, dass Sachpläne Konzepte sind. Man müsste dann also auch darüber diskutieren, was unter einen Beleuchtungskonzept zu verstehen ist. Sicher nicht das, was von Pirmin Frei angesprochen worden ist, dass in den Umgebungsplänen, die eingereicht werden, ein Beleuchtungskonzept integraler Bestandteil ist. Dort werden nur Beleuchtungskörper dargestellt, wo sie hinkommen. Und was macht die gemeindliche Baubewilligungsbehörde? Sie sagt dem Bauwilligen nur: Wenn du dort und dort und dort solche Beleuchtungskörper hinstellen willst, dann schau, dass du von oben nach unten beleuchtest und nicht von unten nach oben. Das sind dann die Auflagen, die gemacht werden. Ein Satz und nicht mehr, der 30 Sekunden Zeit kostet für die Baubewilligungsbehörden. Über etwas, dass den Bauwilligen ohnehin per se klar ist. Auch von daher ist das also ein schlechter Antrag, weil wir damit einen Begriff in kantonales Recht einfügen, den es gar nicht gibt.
Jetzt könnte man natürlich sagen: Ja gut, in den beiden Anträgen der AGF, die wir ja noch zu beraten und hoffentlich abzuschreiben haben, spricht der Kanton von einem Beleuchtungskonzept. Da geht es aber um die Strassenbeleuchtung und nicht um ein Konzept im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens, sondern es ist eine Weisung der Baudirektion an das eigene Personal, damit sie das Konzept Strassenbeleuchtung entsprechend umsetzen.
Bitte stimmen Sie also dem Antrag von Pirmin Frei nicht zu, sondern unterstützen Sie den Antrag der 1. Lesung.

Heini **Schmid** sieht sich genötigt, entgegen der Usanz nochmals ans Rednerpult zu kommen. Denn die entscheidende Frage wird in dieser Ratsdebatte nicht benannt. Ab welcher Schwelle von Beleuchtungsmassnahmen ist eine Baubewilligung notwendig? Pirmin Frei will, dass diese Schwelle möglichst hoch ist. Dass dort, wo man tatsächlich in erheblichem Umfang beleuchtet, die Behörde auch die entsprechenden Massnahmen treffen kann. Und der Votant möchte hier zuhanden der Materialien jetzt klipp und klar wissen, ab welcher Beleuchtungsintensitätsmassnahme nach Ansicht der Regierung die Baubehörde, die Gemeinde berechtigt ist, Auflagen zu machen oder nicht. Ist es baubewilligungspflichtig oder nicht, wenn ich einen Scheinwerfer in meinen Garten aufstelle? Dazu hat Heini Schmid in dieser Beratung überhaupt noch nichts gehört. Er möchte sachlich darüber diskutieren und wissen, wann ein Einfamilienhausbesitzer bei der Behörde melden muss, wenn er eine Beleuchtung in seinem Garten installiert, und wann sie Auflagen machen kann.

Baudirektor Heinz **Tännler** kennt keine Grenzwerte. Und er geht davon aus, dass es diese nicht gibt. Aber das wissen wir auch heute nicht. Es ist heute schon ein Faktum, dass die Gemeinden Auflagen machen. Und wir wollen das nun nur noch im Gesetz verankern. Wann das genau der Fall, kann der Baudirektor nicht sagen. Er geht davon aus, dass ein Einfamilienhausbesitzer, der seine Umgebung beleuchten will, sicher im Anzeigeverfahren vorgehen muss. Bei einem kleinen

Lämpchen muss er das natürlich nicht. Aber wenn er seine Liegenschaft aus Sicherheitsgründen oder aus einem anderen Grund beleuchtet, muss er dies anzeigen. Es ist aber kein Konzept. Die Gemeinde wird das entgegennehmen und ihm die Mitteilung machen: Es ist gut so, aber bitte schauen Sie, dass nicht himmelwärts beleuchtet wird, sondern von oben nach unten. Heini Schmid hat schon viel gebaut und viele Bewilligungen eingeholt, aber die Beleuchtungsfrage war noch nie ein fundamentales Problem für die Bauherrschaft. Heinz Tännler hat auch schon gebaut – mit Beleuchtung – und das war überhaupt kein Thema. Wir stilisieren hier eine Frage hoch, die effektiv nicht diesen Wert hat, hier solange diskutiert zu werden.

➔ Der Antrag von Pirmin Frei wird mit 50:20 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 62:5 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt,

– die Motion der Alternativen Grünen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Berücksichtigung der so genannten Lichtverschmutzung in der Raumplanung (Vorlage Nr. 1882.1 – 13269) sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;

– die Motion von Eric Frischknecht, Hanni Schriber-Neiger und Andreas Hürlimann betreffend Reduzierung des Energieverbrauchs und der Lichtverschmutzung bei der Beleuchtung der Kantonsstrassen (Vorlage Nr. 1881.1 – 13268) sei nicht erheblich zu erklären.

➔ Die Motion der Alternativen Grünen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Berücksichtigung der so genannten Lichtverschmutzung in der Raumplanung wird erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

Hanni **Schriber-Neiger** weist darauf hin, dass die Motion betreffend Reduzierung des Energieverbrauchs und der Lichtverschmutzung bei der Beleuchtung der Kantonsstrassen nicht gross kommentiert wurde. Man zeigte sich sogar offen für ein Postulat. Die Votantin beantragt nun im Namen von Andreas Hürlimann und ihr selbst, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und es so erheblich zu erklären. Folgende Gründe sprechen dafür:
Stromsparen ist in der heutigen Zeit ein Gebot der Stunde. Die Bevölkerung will mehrheitlich keine AKW mehr. Die meisten Parteien haben den Ausstieg aus dem Atomstrom als klares Ziel formuliert oder zumindest ernsthaft in Erwägung gezogen. Die unabdingbare Folge der Umsetzung heisst Energiesparen! Erst in zweiter Linie geht es dann ums Erschliessen von neuen Quellen.
Die Strassenbeleuchtung bietet sich als gute Sparmöglichkeit an. Deshalb hat die CVP Schweiz in einem Pressekommuniqué vom 21. April 2011 auf die Notwendigkeit einer Verzichtplanung im Energiebereich hingewiesen. Die Partei erwartet vom Bundesrat einen sogenannten Masterplan zum Thema Energiesparen.
Seit Jahren weist die AGF konsequent auf verschiedenste Energiesparmöglichkeiten hin. Die vorliegende Motion, respektive das Postulat, verlangt lediglich, dass der Kanton Zug jetzt prüfen soll, ob der Stromverbrauch bei der Strassenbeleuchtung um 30 % herabgesetzt werden kann und welche Massnahmen dafür in Frage kämen.

Mit einer effizienten Strassenbeleuchtung können die Schweizer Gemeinden jährlich 300 GWh (Gigawattstunden) Strom oder etwa 50 Mio. Franken einsparen. Das sagt eine aktuelle Studie der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz (S.A.F.E.) Die Studie hat Gewicht, denn der Agentur gehören Mitglieder von massgebenden Fachgesellschaften an. So die Schweizerische Lichtgesellschaft, die Schweizer Energiestiftung, die Stiftung für Konsumentenschutz, Electrosuisse und WWF. Als Partner gehören der Agentur auch schweizerische Elektrizitätswerke wie die BKW, die ckw, enertTI, die Elektrizitätswerke des Kantons und der Stadt Zürich, die Industriellen Werke Basel, die Energie Romande oder die Städtischen Werke St. Gallen.
Die Strassenbeleuchtung bietet sich geradezu an, Energie zu sparen. Zweckmässig ist vor allem, die Leuchten zu optimieren und deren Leistung und Betriebszeiten zeitweilig zu reduzieren. Aber auch das Ausschalten des gesamten oder teilweisen Systems ist technisch jederzeit machbar. Eine Rundsteuerung ist meistens vorhanden. Mit dieser kann die Beleuchtung ohne weiteres an unproblematischen Orten zwischen beispielsweise 0.30 und 5 Uhr ausgeschaltet werden. Ob diese Massnahme erwägt wird, hängt vom politischen und sicherheitsrelevanten Fragen ab. Das Thema soll mit der Bevölkerung diskutiert werden. Dafür ist eine entsprechende und ausführliche Information der Gemeindebehörden und der Bevölkerung notwendig, welche auch die Hintergründe dieser Massnahme erklärt.
Bei der Strassenbeleuchtung ist ein grosses Sparpotenzial vorhanden. Das zeigt sich im Kanton Zürich. Die EKZ sind zuständig für die gesamte Beleuchtung des Kantons, abgesehen von der Stadt Zürich und der Stadt Winterthur. Sie betreibt rund 65'000 Leuchtstellen auf dem gesamten Kantonsgebiet. Interessant ist: Laut offizieller Statistik der EKZ sind zwischen 1 und 5 Uhr rund 55'000 ganz abgestellt. Es sind also nur noch 15 % der Lampen im Betrieb. An den Wochenenden werden weniger Lampen abgestellt und die Abschaltungszeit ist kürzer.
Die Halbnacht-Absenkung trägt wesentlich zum sinnvollen Energieeinsatz der öffentlichen Beleuchtung bei. Das heisst in verkehrsarmen Zeiten – zwischen 0.30 und 5 Uhr – wird das Beleuchtungsniveau reduziert, wo es sicherheitstechnisch unbedenklich ist. Die Steuerung der Halbnacht-Absenkung kann in unserem Kanton zentral durch die WWZ erfolgen. Es könnte also mit wenig Aufwand viel Strom gespart werden. Zudem tragen die Massnahmen zu weniger Lichtverschmutzung bei.
Die Energiestadt St. Gallen dient als leuchtendes Beispiel in Sachen Energieeffizienz bei der öffentlichen Beleuchtung. Sie verfügt seit eineinhalb Jahren über eine der effizientesten Strassenbeleuchtungen in der Schweiz. Dort ist eine der bisher grössten LED-Anlagen der Schweiz installiert. Der verantwortliche Mitarbeiter zeigt sich sehr zufrieden, wie er im Oktober 2010 am Podium in Cham verlauten liess.
Ein weiteres Beispiel: Ende 2009 wurde in einer Nebenstrasse von Lugano die alten Leuchten mit Plug-in-Lampen (auch Austauschlampen genannt) probeweise auf dimmbare LED umgerüstet. Dadurch reduzierte sich der Energieverbrauch um 55 %.
Die LED erwiesen sich grundsätzlich vorteilhaft für ihre gute Lichtqualität und die gleichmässige Beleuchtung der Strassen. Sie sind geeignete Alternativen zu alten, wenig wirkungsvollen Leuchten. Zudem werden sie von Jahr zu Jahr effizienter und ihre Kosten sinken kontinuierlich.
Die vorliegende Motion wurde im Dezember 2009 überwiesen. Die Technik ist inzwischen bereits wieder einige Schritte weiter. Nun ist es an uns, die nächsten Schritte in die Zukunft einzuleiten. – Vielen Dank, wenn Sie den Antrag auf Umwandlung dieser Motion in ein Postulat zustimmen.

Baudirektor Heinz **Tännler** meint, grundsätzlich sei diese Motion ja von der Regierung aufgenommen worden. Wir haben es in der Vorlage ausgeführt. Wir haben ein Beleuchtungskonzept für Kantonsstrassen. Und dort haben wir alle diese Punkte, unabhängig von 2'000 Watt und Atomausstieg, aufgenommen. Wir haben ausgeführt, dass wir nun effektiv Abschnitt für Abschnitt prüfen, ob und wann saniert werden soll. Entsprechende Reduktionsmassnahmen bei Energieverbrauch und Lichtverschmutzung wollen wir auch umsetzen. An dieses Beleuchtungskonzept werden wir uns halten und dort sind diese Anliegen abgeholt. Wenn wir ein Postulat haben, schleppen wir es mit und irgendwann kommt der Baudirektor mit einer Antwort, die dann nicht viel anders aussieht, als was wir in diesem Beleuchtungskonzept festgehalten haben, bei dem übrigen auch alle Gemeinden mitgearbeitet haben.
Wir haben auch schon Pilotprojekte gestartet und Licht abgeschaltet. Und dann haben wir genau aus gleichen Kreisen – Pro Velo usw. – unschöne E-Mails erhalten. Was uns eigentlich einfalle, das Licht auszulöschen, das gehe doch nicht, die Velofahrer sehen nichts mehr usw. Da sehen Sie wieder, was für Interessenskollisionen wir haben, wenn wir einfach flächendeckend das Licht ausschalten. Man muss da ein wenig vorsichtig vorgehen. Heinz Tännler will ja nicht bezweifeln, dass ein Sparpotenzial vorhanden ist. Wir werden jetzt auch einen Pilot mit LED machen an der Sinserstrasse. Wir kommen also diesen Forderungen effektiv nach aufgrund dieses Beleuchtungskonzepts. Das ist kein Lippenbekenntnis, sondern eine interne Weisung, die umgesetzt werden muss. Das sollte eigentlich genügen. Stimmen Sie deshalb der Umwandlung in ein Postulat nicht zu und unterstützen Sie den regierungsrätlichen Antrag.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass nun zuerst über die Umwandlung der Motion in ein Postulat abgestimmt wird.

➔ Der Rat stimmt mit 53:13 Stimmen gegen die Umwandlung der Motion in ein Postulat.

Die **Vorsitzende** fragt die Motionäre, ob sie bei dieser Motion an der Erheblicherklärung festhalten. Diese bejahen das.

➔ Der Rat beschliesst mit 59:12 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

111 Änderung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf

Traktandum 5 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 31. März 2011 (Ziff. 97) ist in der Vorlage Nr. 1986.5 – 13724 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69:0 Stimmen zu.

112 Änderung des Polizeigesetzes (Rechtsgrundlage für die polizeiliche verdeckte Vorermittlung)

Traktandum 6 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2020.1/.2 – 13699/700) und der Kommission (Nr. 2020.3 – 13740).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Stawiko diese Gesetzesvorlage nicht vorberaten hat, das sie keine finanziellen Auswirkungen hat.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass die Kommission dieses Geschäft am Geburtstag des Sicherheitsdirektors und des Kommissionspräsidenten behandelt hat – wenn das kein gutes Omen ist. Angesichts der reich befrachteten Traktandenliste und in der Hoffnung, dass der Rat den Kommissionsbericht gelesen hat, verzichtet er darauf, denselben zu wiederholen. Stattdessen versucht er, die aus seiner Sicht wichtigen Akzente zu setzen.
Es gab in der vorberatenden Kommission Diskussionen über die Dringlichkeit der Vorlage und über die Einwände des Datenschützers. In einem Punkt waren sich aber alle Kommissionsmitglieder einig: Die verdeckte Vorermittlung soll weiterhin und ohne Unterbruch möglich sein, um Pädophilen, die sich im Internet an Kinder heranmachen, das Handwerk zu legen. Dieses Ansinnen war absolut unbestritten.
Partielle Kritik wurde laut, weil die Gesetzeslücke durch den Wegfall der Bundesgesetzgebung per 1. Januar 2011 eigentlich absehbar gewesen wäre. Es mutet tatsächlich seltsam an, dass ein Grossteil der Kantone offensichtlich auf dem falschen Fuss erwischt wurde. Der Kanton Zug stellt damit keinen Einzelfall dar. Diesen Umstand kann man zwar kritisieren – aber er ist Fakt. Wir stehen nicht ganz so hilflos da wie der Kanton Zürich, der seine diesbezüglichen polizeilichen Tätigkeiten in Ermangelung einer rechtlichen Grundlage einstellen musste. Der Kanton Zug hat noch eine rechtliche Basis bis Ende Juli. Die Kommission erkannte, dass jetzt dringend gehandelt werden muss, um eine rechtliche Lücke zu vermeiden. Die Zeit vergeht im legislativen Prozess sehr schnell. Warten auf andere – insbesondere die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) – hilft uns deshalb nicht weiter, zumal diese weniger weit als der Kanton Zug ist und eine einheitliche Lösung unrealistisch ist, weil andere Kantone bereits legiferiert haben oder zumindest dabei sind. Die Kommission ist deshalb überzeugt, dass wir jetzt eine gesetzliche Grundlage schaffen müssen.
Ein Kommissionsmitglied kritisierte, dass die Einwände des Datenschutzbeauftragten, welche dieser im Vernehmlassungsverfahren eingebracht hatte, der Kommission nicht ausreichend dargelegt worden waren. Eine kurzfristige Einladung des Datenschutzbeauftragten an die Kommissionssitzung musste von diesem aufgrund Auslandsabwesenheit ausgeschlagen werden. Er legte seine zwei Hauptkritikpunkte aber schriftlich dar. Einerseits erachtete er die Formulierung im Rahmen des Polizeigesetzes als zu vage und forderte ein eigenes Gesetz. Andererseits forderte er ein institutionalisiertes Controlling für die verdeckte Vorermittlung.
Ob die gesetzliche Grundlage Teil eines bestehenden Gesetzes ist oder ob dafür ein neues Gesetz geschaffen wird, ist grundsätzlich zweitrangig. Hingegen ist die Befürchtung des Datenschutzbeauftragten, dass allfällige Ermittlungsergebnisse aufgrund zu vager gesetzlicher Formulierungen vor Gericht keine Beweiskraft entfalten könnten, sehr ernst zu nehmen. Aus der Kommission erging deshalb die Frage an die beiden anwesenden Juristen – den Generalsekretär der Sicherheitsdirektion und den Chef der Kriminalpolizei – ob die Einwände berechtigt seien oder

ob die vorgeschlagenen gesetzlichen Grundlagen genügen würden. Es wurde uns versichert, dass die Formulierungen rechtsgenüglich seien. Darauf stützte sich die Kommission ab und entschied, an der Fassung der Regierung festzuhalten.
Die Forderung nach einem Controlling ist grundsätzlich nachvollziehbar. Allerdings muss dieses im Gesamtzusammenhang der polizeilichen Arbeit gesehen werden und soll nach Meinung der Kommissionsmehrheit nicht für einen spezifischen Teilbereich der polizeilichen Arbeit gesondert eingeführt werden. Dennoch wird die verdeckte Vorermittlung eng geführt, um Missbräuche möglichst auszuschliessen. So wird sie durch den Polizeikommandanten persönlich angeordnet und muss zudem vorgängig vom Zwangsmassnahmengericht genehmigt werden. Ein Controlling, welches durch eine weitere staatliche Gewalt geführt wird. Die Kommission legt auch Wert darauf, dass durch die Polizei über die verdeckte Vorermittlung im Rechenschaftsbericht adäquat informiert wird.
Basierend auf dem Bericht der Regierung, der Kommissionsberatung unter Diskussion der Einwände des Datenschutzbeauftragten und unter Würdigung vorgenannter Erwägungen beantragt die vorberatende Kommission, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der regierungsrätlichen Fassung zuzustimmen. Ebenfalls beantragen wir, die Motion Stöckli/Schmid erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. – Die FDP-Fraktion schliesst sich der Argumentation der vorberatenden Kommission an unterstützt unsere Anträge.

Barbara **Gysel** weist darauf hin, dass viele pädophil oder pädosexuell handelnde Personen ein straffreies Leben führen, weil die strafrechtlich relevanten Tätigkeiten nicht entdeckt werden. Das gilt es zu verhindern und die SP-Fraktion ist daher einstimmig für Eintreten auf die Vorlage. Wir begrüssen den Schutz von Kindern vor Pädophilen im Internet ausdrücklich.
«Es gibt nicht nur gute Geheimnisse», titelt eine Kinderschutzgruppe. Kinder und Jugendliche, die in digitalen Netzwerken zu sexuellen Handlungen verleitet werden, sind wohl nicht selten. Da ist Blindheit fehl am Platz. Wenn es, respektive bevor es zu wirklich strafrechtlich relevanten Handlungen kommt, braucht die Polizei einen Handlungsspielraum, um gerade auch im Internet illegale Aktivitäten abzuwenden. Es sei an dieser Stelle daher Rolf Schweiger erwähnt, der bereits im Jahr 2006 im Ständerat eine Motion zur Bekämpfung der Cyberkriminalität zum Schutz der Kinder eingereicht hat. Ihm gebührt hierzu grosses Lob.
Gleichzeitig ist es der SP-Fraktion ein Anliegen, auf einige Aspekte näher einzugehen. Die sehr weitgehende Vollmacht an die verdeckt Ermittelnden ist rechtsstaatlich eine heikle Materie. Die verdeckte Vorermittlung greift erheblich in verfassungsmässige Grundrechte ein, was der regierungsrätliche Bericht auf S. 11 zu Recht erwähnt. Daher ist unseres Erachtens ein sorgfältiges Abwägen gerechtfertigt.
Die Gesetzesvorlage ist generell mit «Rechtsgrundlagen für die polizeiliche verdeckte Vorermittlung» betitelt. Der regierungsrätliche Bericht vermittelt aber den Eindruck, dass sich die Vorlage nahezu ausschliesslich der Prävention von pädosexuellen Straftaten im Internet verschreibt, Das möchten, wir gerne expliziter bestätigt oder widerlegt haben und zwar in Anbetracht folgender Überlegungen:
• Am ausführlichsten und sicher zu Recht wird im regierungsrätlichen Bericht die «präventive verdeckte Vorermittlung in Chatrooms zur Verhinderung pädosexueller Straftaten» behandelt (Zitat aus der Einleitung auf der allerersten Seite des regierungsrätlichen Berichts). Mit der Betonung auf die Chatrooms sind also die digitalen Netzwerke angesprochen. In der Gesetzesvorlage, § 10, Abs. 1, heisst es indes: «Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant kann zur Erkennung

und Verhinderung von Straftaten an allgemein zugänglichen Orten, insbesondere auch in öffentlichen elektronischen Datennetzen (Internet), eine verdeckte Vorermittlung anordnen.» Also nicht ausschliesslich in digitalen Räumen, sondern *auch* in diesen.
• Im regierungsrätlichen Bericht ist auf S. 10 zu lesen, dass private Räume wie etwa Wohnungen nicht betroffen seien.
• Zitat von S. 9 zur bisherigen Praxis: «Bis anhin war die Zuger Polizei nur in Kinder- und Jugendchatrooms des Internets verdeckt tätig.»
• Weiter ist im Bericht auf S. 11 das Beispiel «Kunsthandel» erwähnt.
Auf dem Hintergrund dieser Darstellungen stellen sich folgende Fragen:
• Soll diese Gesetzesvorlage die Handhabe für die Zuger Polizei bieten, ausschliesslich in digitalen Räumen verdeckt tätig zu sein? Und ausschliesslich in Kinder-und Jugendchatrooms?
• Welche konkreten anderen «allgemein zugänglichen Orte» gemäss § 10 Abs. 1 wären angesprochen ausser dem Worldwideweb?
• Entspricht es dem Wunsch der Regierung, dass an der bisherigen Praxis künftig nichts geändert werden soll? Oder doch?
• Wie erklärt es sich, dass im Kontext des Fachwissens, mit welchem auch der Einsatz ausländischer Polizeikorps begründet wird, ein ganz anderes Betätigungsfeld als der Kinderschutz, nämlich der Kunsthandel erwähnt wird?
• Ist die Annahme korrekt, dass die «weniger qualifizierten verdeckten Abklärungen» (RR-Bericht, S. 3), etwa Alkoholtesteinkäufe oder Drogenscheinkäufe etc. von dieser Gesetzesvorlage nicht tangiert sind?
Allenfalls wäre es möglich, anhand einzelner Beispiele die Handlungspalette etwas konkreter aufzuzeigen.
Abs. 2 der Gesetzesvorlage nennt zudem die bereits kurz erwähnten ausländischen Polizeikorps. Es ist zu vermuten, dass das nicht ohne Diskussion bleibt. Die SP-Fraktion erwägt hierzu einen Änderungsantrag in der Detailberatung, würde aber gerne zuerst einige Anwendungsbeispiele des Sicherheitsdirektors hören. Auf S. 11 ist im Bericht erwähnt, dass die Variante mit einer Reduktion auf ausschliesslich Mitarbeitende des Zuger Polizeikorps verworfen wurde. Warum? Inwiefern wäre es also grundsätzlich möglich, dass etwa amerikanische Polizeibeamte in einem Fall aus Neuheim verdeckt ermitteln?
Die SP-Fraktion nimmt insgesamt dankbar zur Kenntnis, dass der kantonale Datenschutzbeauftragte offenbar umfassend mitgearbeitet hat. Es ist bedauerlich, dass dessen Forderungen – etwa nach einem eigenen Gesetz analog des BVE oder eine Controlling-Stelle – nicht weiter Rechnung getragen werden konnte.
Namens der SP-Fraktion dankt die Votantin abschliessend der Regierung, dass der Schutz von Kindern eine hohe Priorität geniesst. Vergessen wir gleichzeitig nicht, dass wir das gesamte Problem von Kindsmissbrauch mit den verstärkten Fahndungsparagraphen alleine selbstverständlich nicht lösen. Schliesslich passiert leider die meiste sexuelle Gewalt über das nahe soziale Umfeld. Setzen wir also alles daran, auch mit anderen Gesetzesvorlagen und Kampagnen den Kindesschutz zu pflegen. Dazu gehörten etwa umfassende Aufklärungskampagnen in der Schule und im Elternhaus oder vielleicht national auch technische Möglichkeiten, um pädosexuellen Personen die Aktivitäten zu verunmöglichen. Die vorliegende Gesetzesvorlage erachtet die SP-Fraktion daher als gut und richtig. Sie sollte nur nicht die einzige bleiben, um den Schutz von Kindern tatsächlich zu umzusetzen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF für Eintreten ist. Sie findet es richtig, dass diese entstandene Lücke der verdeckten Vorermittlung nun auf kantonaler Ebene geschlossen wird.
Wir möchten aber Folgendes festhalten: Auch wenn hier nun «nur» die bis jetzt erfolgte Praxis gesetzlich ins kantonale Polizeigesetz aufgenommen wird, handelt es sich nach unserer Meinung um einen schweren Eingriff in die Privatsphäre von Menschen. Immerhin kann oder muss die Polizei Polizisten, Polizistinnen oder andere Personen unter falscher Identität allenfalls mit falschen Ausweisen, Dokumenten versehen, damit sie Personen ausfindig machen können, die möglicherweise zukünftig zur Begehung von Straftaten bereit sein könnten. Es ist im Grunde genommen eine Täuschungshandlung durch den Kanton – was wir als äusserst heikel empfinden. Aber – und das möchte die Votantin betonen – wir lehnen dies nicht ab, da es leider heutzutage ein gangbarer Weg ist, um Menschen, Erwachsene, Jugendliche und Kinder zu schützen. Ebenfalls ist es für uns wichtig anzumerken, dass das Gesetz nicht nur Chatrooms und Kinderpornografie betrifft, sondern eben auch im realen Leben zur Anwendung kommen kann, z.B. im Kunsthandel, Waffenhandel, in der Drogenszene usw. Umso wichtiger ist es für uns, dass die vorliegende Änderung im Polizeigesetz wirklich auch verfassungskonform ist.
Ihre Kritik betreffend zügige Vorgehensweise und betreffend nicht rechtzeitiges Einladen des Datenschutzbeauftragten hat Anna Lustenberger in der Kommission genügend angebracht, sie möchte sie nicht nochmals wiederholen. Trotzdem möchte sie die Regierung bitten, zukünftig bei Gesetzesänderungen, die Persönlichkeitsrechte, Menschenrechte, tangieren, sich zu überlegen, ob hier nicht der Datenschutzbeauftragte mindestens zur Anhörung in eine Kommission eingeladen werden soll.
Wir kritisieren aber, dass die Regierung diese Thematik – Regelung der verdeckten Vorermittlung auf kantonaler Ebene – nicht schon früher an die Hand genommen hat. Denn es war schon lange bekannt, dass auf Bundesebene die polizeiliche verdeckte Vorermittlung keine Rechtsgrundlage mehr haben wird, auf welche die Kantone zugreifen konnten. Einfach zuwarten, ob allenfalls der Bund doch noch selber mit einem Gesetz kommt, welches diese Lücke schliessen könnte, finden wir eine sehr einfache Ausrede, wissen wir ja alle, wie lange es auf Bundesebene diesbezüglich gehen kann. Wir kritisieren vor allem, dass nicht genügend Zeit einberechnet wurde, damit eine öffentliche Vernehmlassung hätte stattfinden können, schreibt doch die Regierung selber, um welche heikle Materie es hier sich handelt – es ist ja erst eine Vorermittlung, eine Straftat wurde noch gar nicht begangen.
Zum Gesetz selber: Es sind einige Anliegen aus der Stellungnahme des Datenschützes aufgenommen worden, die wir begrüssen. Erwähnen möchte die Votantin vor allem die Buchstaben a, b, und c; die drei Voraussetzungen, damit eine Vorermittlung angeordnet werden kann, müssen kumulativ erfüllt sein. Andererseits können wir uns einverstanden erklären, dass diese Regelung ins Polizeigesetz kommt, und nicht ein eigenes Gesetz über die verdeckte Vorermittlung ausserhalb von Strafverfahren geschaffen wird.
Uns ist zusätzlich auch wichtig, dass in diesem Gesetz Personen und Gruppierungen, gegen die vorermittelt wurde, informiert werden. Wir denken, in unserem liberalen Staat sei dies ein wichtiges Bürgerrecht. Anna Lustenberger verweist auf Abs. 5 im neuen § 10a. Dort sind viele Artikelnummern der Strafprozessordnung aufgeführt, die, wie der Regierungsrat schreibt, auch sinnesgemäss bei der verdeckten Vorermittlung angewendet werden müssen. Die Votantin verweist speziell auf den Artikel 298 der StPO, der die Informationspflicht aufnimmt mit speziellen Ausnahmen. Wenn der Artikel wirklich auch so angewendet wird, ist dies auch eine Art Controlling. Vielleicht kann der Sicherheitsdirektor noch etwas zu dieser Infor-

mationspflicht, die übrigens auch in unserem Polizeigesetz (§ 38) erwähnt wird, sagen und bestätigen, dass diese Informationspflicht so angewendet wird.
Das Controlling ist uns aber nach wie vor zu wenig. Die Regierung schreibt ja in ihrem Bericht selber, dass sich die Frage nach speziellem Controlling bei dieser doch recht heiklen Materie stellt. Es wird zwar das Zwangsgericht erwähnt, die Sicherheitsdirektion, gegenüber welcher die Polizei rechenschaftspflichtig ist, die Staatsanwaltschaft und die Strafgerichte, wenn Ermittlungsergebnisse vorliegen. Wir wünschen uns ein politisches Controlling, welches, wie der Datenschutzbeauftragte vorschlägt, die Justizprüfungskommission oder eine Delegation jährlich vornehmen könnte. Wir werden daher bei der Detailberatung einen zusätzlichen Abs. 7 vorschlagen. Betonen möchte Anna Lustenberger nochmals: Auch wenn die AGF gegenüber diesem Gesetz sehr kritisch eingestellt ist, erachtet sie es als notwendig, dass die entstandene Lücke geschlossen wird.

Thomas **Werner** weist darauf hin, dass wir von der Polizei erwarten, dass sie uns und unsere Kinder beschützt und konsequent gegen Verbrecher vorgeht. Also braucht die Polizei auch die nötigen gesetzlichen Grundlagen dafür. Dieses Gesetz ist nach Meinung des Votanten ein sehr gutes Gesetz. Wenn wir in der Schweiz auch nicht die beste Armee haben, haben wir hier in Zug sicher ein sehr gutes Gesetz ausgearbeitet. Die SVP-Fraktion empfiehlt einstimmig Eintreten auf die Vorlage. Wir haben nachher in der Detailberatung noch Anträge, vor allem im Bereich des Einsatzes von ausländischen Polizeibeamten.

Andreas **Hausheer** hält fest, dass die CVP-Fraktion mit der Regierung einig ist, dass die Gesetzeslücke im Bereich der verdeckten Vorermittlung schnellstmöglich zu schliessen ist. Entsprechend wird sie auf die Vorlage eintreten und in der Detailberatung den Anträgen des Regierungsrats zustimmen.
Eine gewisse zeitliche Verzögerung der Vorlage ist dem Vernehmen nach auch in den ausführlichen Einwänden des Datenschutzbeauftragten begründet. Diese werden von der CVP-Fraktion zur Kenntnis genommen, haben aber letztlich keinen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten. Dafür wird z.B. mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass für den Datenschutzbeauftragten die zeitliche Dringlichkeit nicht gegeben zu sein scheint. So dürfe die Polizei Veröffentlichungen im Internet, beziehungsweise Äusserungen und Aktivitäten in Chatrooms nach wie vor beobachten beziehungsweise observieren, sofern und soweit die Polizei nicht unter Vorgabe falscher Identitäten aktiv handle und eingreife. Da fragt sich nicht nur der Votant, was eine verdeckte Vorermittlung soll, bei der sich die Polizei schon zum vornherein als solche zu erkennen geben müsste. – Wie auch immer: Die CVP-Fraktion stimmt dem Geschäft gemäss dem regierungsrätlichen Vorschlag zu.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** weist darauf hin, dass bekanntlich für die verdeckte Ermittlung zur Verhinderung von Straftaten im Vorfeld eines Strafverfahrens seit dem 1. Januar 2011 für die Kantone keine Rechtsgrundlage mehr besteht. Der eidgenössische Gesetzgeber will diese Regelung bewusst den Kantonen überlassen. Dies mit der Argumentation, dass es hier um eine polizeiliche Prävention und nicht um ein Verfahren im Sinne der Strafprozessordnung geht. Und die Aufgaben der Polizei sind Sache der Kantone.
Die Sicherheitsdirektion hat umgehend nach dem Bundesentscheid die Ausarbeitung einer entsprechenden kantonalen Gesetzesvorlage an die Hand genommen.

Wir haben schon gewusst, dass es knapp wird beim Bund, denn der Nationalrat hat zwar zugestimmt, der Ständerat aber abgelehnt. Deshalb war dann plötzlich keine Regelung mehr vorhanden. Wir sind im Kanton Zug sofort daran gegangen und haben diese Vorlage ausgearbeitet. Dann kamen noch die Interpellation und die Motion von Moritz Schmid und Anton Stöckli hinzu. Und wenn der Sicherheitsdirektor mit der KKJPD Kontakt hatte, war es immer die Meinung, das sei Sache der Kantone. Die KKJPD hat dann auf eine Lösung gepocht, damit alle Kantone eine gleiche übernehmen sollen. Aber wir kennen ja den Föderalismus und gewisse Kantone sind damals noch nicht so weit gewesen wie wir. Insofern sind wir eben unseren eigenen Weg gegangen.
Es ist letztlich eine politische Frage, ob der Kanton Zug das Heft hier selber in die Hand nehmen oder auf eine andere Lösung warten will, z.B. auf jene des Bundes, die immer noch im Gespräch ist. Faktum aber ist: Vor den Weihnachtsferien hat ein verdeckter Ermittler der Zuger Polizei während ca. 3 Stunden im Internetchatroom gesurft. Er wurde dabei von vier Personen angesprochen, welche zweifelsfrei sexuelle Absichten hegten. Solche Vorkommnisse gab es in allen Kantonen, wo Polizisten so tätig sind. Wir sind hier mit sehr wenig Personal tätig, ca. mit einer 0,25-Stelle. Eigentlich müsste man das aber vermehrt machen.
Es stellt sich deshalb die Frage, ob der Schutz der Zuger Kinder zulasten der Versäumnis des Bundes vernachlässigt werden soll oder ob konstruktiv eine Lösung zu finden ist. Wir meinen Letzteres und legen Ihnen deshalb in einem stark beschleunigten Verfahren die wenigen, aber zwingend nötigen Bestimmungen zur verdeckten Ermittlung zur Beratung vor. Wesentlich ist dabei, dass nicht neues Recht geschaffen wird, sondern die bewährte Praxis auf Stufe Kanton rechtlich so abgestützt und verankert werden soll, dass sie mit dem neuen Bundesrecht kompatibel bleiben soll. In eigentlich allen Kantonen ist Handlungsbedarf vorhanden. Bereits beschlossen haben die Kantone Schwyz, Obwalden, Aargau und jetzt auch Bern. Bern hat diesem Verfahren einstimmig zugestimmt.
Es wird auch angesprochen, dass die Unterlagen des Datenschutzbeauftragten respektive der Meinungsaustausch, die Ergebnisse hätten mitgeliefert werden sollen. Beat Villiger hat rückgefragt bei der Staatskanzlei. Es ist so, dass man solche Unterlagen nicht mitgegeben hat. Der Sicherheitsdirektor nimmt aber diesen Aspekt auf und wird im Regierungsrat einbringen, ob in Zukunft hier eine Änderung gemacht werden soll. Aber die Unabhängigkeit unseres Datenschutzbeauftragten ermöglicht es ja auch, dass er sich selber bei der Kommission melden und ihr diese Unterlagen zustellen kann. Beat Villiger hat auch in anderen Kantonen nachgefragt, wie dort mit dem Datenschutzbeauftragten zusammengearbeitet worden ist. Wir haben seine Argumente nicht in den Wind geschlagen, im Gegenteil. Wir haben auch versucht, seine guten Überlegungen im Bericht und im Gesetz aufzunehmen. Und verglichen mit den anderen Kantonen sind wir in unserer Gesetzgebung sogar noch weiter gegangen. Und auch sie haben gute Datenschutzbeauftragte.
Zu einigen der Fragen. Barbara Gysel und der Eingriff in Grundrechte. Man spürte aus der Vorlage, dass Anfragen an das Zwangsmassnahmengericht sehr spärlich gestellt werden und dass es nur in Ausnahmefällen solche Bewilligungen gibt. Da muss schon eine gewisse Schwere vorhanden sein. Es ist natürlich auch so, dass wir in den letzten Jahren eigentlich nur in Chatrooms tätig waren. Andere Bereiche wurden nicht abgedeckt. Aber wenn wir das schon neu regeln – das hat auch das bisherige Bundesgesetz vorgesehen – sollen auch andere Bereiche abgedeckt werden. Im Gegensatz zur StPO kennen wir hier keinen Deliktekatalog. Es sind also andere Bereiche möglich wie z.B. der Drogenhandel. Der Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Räumen an einem Beispiel: Die Polizei hat Kenntnisse, dass in einem Restaurant Drogenhandel stattfindet. Dann kann die Polizei

für diesen Raum eingeschränkt einen Antrag an das Zwangsmassnahmengericht stellen. Dann ist eben dieser Raum für die verdeckte Vorermittlung gedacht. Es kann aber auch ein internationaler Autohandel sein, bei dem Verdacht auf kriminelle Handlungen besteht. Es können auch andere Bereiche sein wie Kunsthandel usw.
Der Alkoholscheinkauf wurde angesprochen. Hier besteht zugegebenermassen eine Rechtsunsicherheit. Die parlamentarische Initiative Jositsch greift dieses Thema auf. Da warten wir das Ergebnis ab.
Zur Frage, ob man auch Personen ausserhalb des Polizeikorps Zug mit verdeckten Vorermittlungen beauftragen kann. Das hat seinen Grund im Folgenden. Im Normalfall sind es eigene Leute. Aber wenn z.B. etwas in einem internationalen Zusammenhang steht, macht es auch Sinn, dass man ausländische Korpsangehörige damit beauftragen. Sonst würden die mit ihrem Schweizer Dialekt schon zum vornherein erkannt. Das kommt sehr selten vor. Aber wenn wir das schon regeln, möchten wir diesen Aspekt auch geregelt haben.
Anna Lustenberger und die Frage, wieso wir nicht schon früher reagiert haben. Dann wäre vermutlich der Vorwurf gekommen, wenn wir noch nicht sicher seien, ob der Bund das regle, müssten wir nicht jetzt schon mit einer Vorlage in den Rat kommen. Wir haben jetzt aber sofort gehandelt und insofern dürfte bei uns kaum eine Lücke entstehen.
Zu den Informationen. Es ist so, dass die Strafprozessordnung vorsieht, dass beim Abschluss eines Verfahrens die betroffene Person benachrichtigt wird. Genau gleich läuft es bei der verdeckten Vorermittlung. Da kann der Sicherheitsdirektor aus dem Polizeigesetz zitieren. In § 38 heisst es dort: «Ist die Datenbeschaffung für die betroffene Person nicht erkennbar, informiert sie die Polizei nachträglich, sobald der Zweck, wofür die Daten erhoben wurden, dies zulässt.» Es ist also doppelt geregelt.
Abschliessend möchte Beat Villiger dem Kommissionspräsidenten Thomas Lötscher und der Kommission für die speditive Arbeit ganz herzlich danken. Dank auch den Fraktionssprechenden für die Bereiterklärung, auf die Vorlage einzutreten.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 10a (neu) Abs. 2

Manuel **Brandenberg** hält fest, dass die SVP-Fraktion hier nur unter zwingenden Gründen ausländische Polizeiangehörige für die verdeckte Vorermittlung zulassen möchte. Wir sehen, dass es tatsächlich möglich ist, dass es ab und zu angesagt sein könnte, dass man auch einen ausländischen Polizisten bereits im Stadium der Vorermittlung einsetzen müsste. Deshalb schlagen wir Ihnen folgende einschränkende Formulierung für Abs. 2 vor:
«Als verdeckt Vorermittelnde können Angehörige eines schweizerischen Polizeikorps eingesetzt werden oder schweizerische Personen, die vorübergehend mit polizeilichen Aufgaben beauftragt werden. Falls für die Erreichung des Fahndungsziels zwingend notwendig, können auch Angehörige eines ausländischen Polizeikorps eingesetzt werden.»
Wir wollen einfach dem Grundsatz, dass bei der Polizei Schweizer den Dienst tun, nachleben, und auch bei der Vorermittlung im Grundsatz dabei bleiben. Wir sind uns auch bewusst, dass bei der Ermittlung selbst dann gemäss eidgenössischem

Recht auch heute schon Ausländer eingesetzt werden könne. Das Stadium der Vorermittlung unterscheidet sich ja dadurch, dass sie vom Polizeikommandanten in Auftrag gegeben wird und nicht vom Staatsanwalt. Deshalb wollen wir hier mit ausländischen Polizeikorps zurückhaltend sein. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu!

Thomas **Werner** möchte es nicht unterlassen, als SVP-Kantonsrat hier seine persönliche Meinung kundzutun, da er in diesem Bereich tätig ist. Der Wortlaut, dass ausländische Polizeibeamte eingesetzt werden dürfen, steht schon seit eh und je im nationalen Gesetz für die verdeckte Ermittlung, neu auch in der neuen Strafprozessordnung. Deshalb gibt es nach Meinung des Votanten keinen vernünftigen Grund, diesen Wortlaut im kantonalen Zuger Gesetz anders zu gestalten.
Zusätzlich zu den ausländischen Polizeibeamten gibt es zu sagen, dass es dringend notwendig ist für die Polizei, dieses Mittel einsetzen zu können. Beispielsweise sind pädophile Kreise geschlossene Kreise, da kann man keinen Schweizer, unter Umständen nicht mal einen Europäer nehmen zum Einschleusen. Bitte bedenken Sie dies und lehnen Sie den Antrag ab.

Manuel **Brandenberg** möchte nur kurz zu Thomas Werner etwas sagen. Selbstverständlich findet der Votant es unwürdig, wenn er gegen einen Fraktionskollegen im Namen der Fraktion etwas sagen muss. Wir haben hier einen Mehrheitsentscheid gehabt. Das Bundesgesetz über die verdeckte Ermittlung ist aufgehoben worden mit der neuen StPO per 1. Januar 2011. Und hier geht es ja um das Stadium der Vorermittlung, also um polizeiliches Ermittlungsverfahren. Deshalb wollen wir die Einschränkung hier machen. Es ist richtig, dass bei der StPO festgehalten ist, dass im Stadium der Ermittlung, also bei der Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft, schon heute auch Ausländer eingesetzt werden können. Aber nicht beim polizeilichen Ermittlungsverfahren.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** kann sich den Argumenten von Thomas Werner nur anschliessen. Er hat volles Verständnis für seinen Antrag. Die SVP-Fraktion hätte eigentlich auch auf ihn hören müssen. Er kommt ja aus diesem Bereich und hat tagtäglich damit zu tun. Wenn man den Gesetzestext liest, sieht man ja schon, dass es eine Ausnahme ist. Man würde ausländische Korpsangehörige wirklich nur im Ausnahmefall heranziehen.
Die verdeckte Vorermittlung erfolgt ja immer nur subsidiär zu anderen polizeilichen Massnahmen, also erst wenn eine Patrouille, vertrauliche Quellen oder eine Observation erfolglos verlaufen sind. Der Sicherheitsdirektor hat in seinem Eintretensvotum ausgeführt, wann z.B. ausländische Korpsangehörige hier eingesetzt werden müssten. Ein weiteres Beispiel: Es bestehen hinreichende Anhaltspunkte, dass vom Ausland her Straftaten bei uns vorbereitet werden könnten, und zwar auch durch ausländische Akteure. Um diese Anhaltspunkte verdichten zu können, muss es möglich sein, dass Landsleute aus diesem Bereich eingesetzt werden können, um die Anhaltspunkte zu verdichten. Solche Landsleute fallen in solchen Fällen viel weniger auf bei der verdeckten Vorermittlung. Stimmen Sie also dem Regierungsantrag zu!

Thomas **Wyss**: Sie sehen, wir haben uns in der SVP-Fraktion intensiv damit befasst, welche Variante wir nehmen wollen. Und es ist so, dass wir ja nicht einzig Manuel Brandenberg als Juristen haben, der an unserer Fraktionssitzung teilnimmt. Und dem Votanten als Laien wurde zugesichert, dass die Formulierung, die wir jetzt anstelle dieses Paragraphen haben, die bessere Variante aus juristischer Sicht ist, die klarere Variante. In diesem Sinne möchte Thomas Wyss dem Rat empfehlen, auf die SVP-Variante einzuschwenken.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 60:9 Stimmen ab.

§ 10a (neu) Abs. 7 (neu)

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF hier folgenden neuen Absatz beantragt:
«Die Justizprüfungskommission übernimmt das politische Controlling über die verdeckte Vorermittlung und verdeckte Registrierung.»
Begründung: Wie beim Eintretensvotum bereits erwähnt, finden gemäss Regierung und Kommission einige Kontrollmechanismen statt. Nach unserer Meinung kann man aber weder den Polizeikommandanten oder die -kommandantin noch das Zwangsgericht zu Kontrollinstanzen zählen – sie sind grundsätzlich Auftraggebende. Natürlich muss der Sicherheitsdirektion Rechenschaft abgelegt werden und im Rechenschaftsbericht wird der Bereich erwähnt. Aber wird zum Beispiel über verdeckte Vorermittlungen, die abgebrochen wurden, und zu keiner Straftag geführt haben, berichtet? Oder über Gesuche, die das Zwangsgericht verweigert hat?
Die Votantin verweist nochmals auf Artikel 298 der StPO, wo es um die Information an Bürgerinnen und Bürger geht, gegen die vorermittelt wurde. Es gibt nämlich dort den Passus, der beschreibt, dass in gewissen Bereichen diese Information nicht stattfinden muss. Und z.B. genau darüber könnte einer solchen Kommission auch berichtet werden, wenn aus irgendeinem Grund eine Person nicht informiert worden ist, vielleicht weil eine Gefährdung vorlag oder Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis zueinander standen. Die Justizprüfungskommission könnte über das alles informiert werden. Auch über die Anzahl Gesuche und wie lange eine verdeckte Vorermittlung dauerte, wie gross der polizeiliche Aufwand war, welche Erfolge zu verzeichnen waren usw. Es ist eine derart sensible Materie, dass sie nach unserer Meinung ein politisches Controlling verlangt, ohne dass danach in Vorstössen gefragt werden muss. – Bitte stimmen Sie deshalb unserem Antrag für einen neuen Abs. 7 zu!

Thomas **Lötscher** möchte im Anschluss an seine einleitenden Bemerkungen, bei denen er das Controlling auch thematisierte, das noch mit einem Beispiel veranschaulichen. Viel von der polizeilichen Arbeit in den verschiedensten Bereichen stellt jeweils einen Eingriff in die persönliche Freiheit dar. Das müssen wir uns vor Augen halten und deshalb wirklich den Gesamtzusammenhang des polizeilichen Handelns beachten. Was die verdeckte Vorermittlung bedeutet, haben wir gehört. Im Internet wird Kontakt aufgenommen zu virtuellen Identitäten. In der Regel sind die effektiven Identitäten, die dahinter stehen, gar nicht bekannt. Sie werden erst aufgedeckt, wenn es zu einem persönlichen Kontakt und zu einem Zugriff durch die Polizei kommt. Dann wird selbstverständlich informiert. Wenn man beispielsweise in einem Chat auf die Identität «Vanessa 97» stösst, weiss man nicht, ob das wirklich ein Mädchen ist, ob es Vanessa heisst und ob es 14 Jahre alt ist. Es kann auch ganz anders sein. Dieser Eingriff ist also relativ beschränkt.

Der Kommissionspräsident möchte demgegenüber einen anderen, sehr krassen Eingriff ins Gespräch bringen. Der finale Rettungsschuss, also die autorisierte Tötung einer Person ist wohl der krasseste Eingriff in die persönlichen Rechte, die wir kennen. Jetzt wollen wir also für einen Teilbereich ein separates Controlling aufbauen und die anderen, viel gravierenden Teilbereiche lassen wir ausser acht. Das ist nicht verhältnismässig. Deshalb bittet Thomas Lötscher den Rat, diesen Antrag abzulehnen.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** meint, es sei eigentlich vom Kommissionspräsidenten hierzu alles gesagt worden. Er kennt eigentlich auch keinen anderen Bereich in der Verwaltung, wo eine solche Spezialkontrolle per Gesetz eingebaut worden ist. Höchstens in der Geschäftsordnung des Kantonsrats, wo die Stawiko die Leistungsaufträge an die Pragma-Ämter genehmigt. Wen will man denn kontrollieren, die Polizei oder die Justiz? Die Justiz gibt ja hier die Bewilligung für die verdeckte Vorermittlung. Und im Rahmen der Justiz hat ja die JPK eh schon die Prüfung im Rahmen des äusseren Geschäftsgangs. Beat Villiger sieht hier auch rechtstaatlich ein grosses Fragezeichen und er bittet den Rat, den Antrag auch im Interesse der Verhinderung einer Aufblähung von Gesetzen und der Verwaltung abzulehnen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AGF mit 57:13 Stimmen ab.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2020.4 – 13772 enthalten.

113 Kantonsratsbeschluss über die Auflösung des Konkordats betreffend die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft

Traktandum 7 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1991.1/.2 – 13611/12), der Kommission (Nr. 1991.3 – 13719) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1991.4 – 13720).

Andreas **Hausheer** weist darauf hin, dass es beim vorliegenden Geschäft um die Auflösung eines Konkordats aus dem Jahr 1964 geht, welches zum Ziel hatte, die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft zu betreiben. Statt dem Konkordat soll neu der Kanton Bern als alleiniger Träger diese Schule weiterführen.
Die Schule wird also nicht aufgelöst, sie erhält im Kanton Bern einfach einen neuen alleinigen Träger. Faktisch wird sich aufgrund der vorliegenden Informationen nicht viel ändern. Die Schule bleibt wie bis anhin der Berner Fachhochschule angegliedert. Anlässlich der Kommissionsberatung wurde uns von Seiten der Volkswirtschaftsdirektion versichert, dass der Zugang für Zuger Studierende auch weiterhin gewährleistet sei und der Inhalt der Ausbildung keinerlei Einschränkungen oder Anpassungen aufgrund der Konkordatsauflösung erfahre.
Angestossen wurde die Diskussion um die Konkordatsauflösung im Frühsommer 2007 durch die grösseren Konkordatskantone Aargau, Basel-Stadt, Luzern, St. Gallen und Zürich. Hintergrund dieser Diskussionen war die allgemeine Kon-

zentration in der Fachhochschullandschaft hin zu grösseren Organisationen. Gewisse Kantone drohten gar damit, aus dem Konkordat auszutreten, falls keine Lösung für eine neue Trägerschaft gefunden worden wäre. Ein geplanter Erweiterungsbau bot schliesslich Anlass, die Konkordatsauflösung dann auch praktisch in die Tat umzusetzen.
Was sind die finanziellen Auswirkungen der Konkordatsauflösung für den Kanton Zug? Leider hüllt der Regierungsrat in seinem Bericht und Antrag über diese Frage schon beinahe den Mantel des Schweigens. Man könnte nach dem Lesen des regierungsrätlichen Berichts meinen, der Kanton Zug würde finanziell zu Lasten des Kantons Bern nur profitieren. Ganze 7½ Zeilen widmet der Regierungsrat diesem Thema. Das ruft ja geradezu nach kritischen Fragen, denn bekanntlich gibt es kaum etwas gratis. Und siehe da, am Ende kommt heraus, dass dem Kanton mit der Auflösung des Konkordats ein Anteil von 524'000 Franken an den Vermögenswerten der Schule entgeht. Details zu dieser Zahl können dem Kommissionsbericht entnommen werden. Die Konkordatskommission fordert den Regierungsrat auf, in Zukunft transparenter und ausführlicher zu informieren.
Abgesehen von den finanziellen Auswirkungen gab die Vorlage in der Kommission zu wenig kontroversen Diskussionen Anlass. Entsprechend war das Eintreten unbestritten, in der Detailberatung wurden keine Anträge gestellt und in der Schlussabstimmung wurde der regierungsrätlichen Vorlage mit 5:0 Stimmen ohne Enthaltung zugestimmt.
Erlauben Sie dem Kommissionspräsidenten nun noch einige Worte zum Anhang des Kommissionsberichts. Aufgrund der Tatsache, dass jüngst in kurzer Zeit aufgrund von extremen zeitlichen Vorgaben gleich zwei Mal die sonst schon beschränkten parlamentarischen Einflussmöglichkeiten auf Konkordate noch mehr eingeschränkt worden sind, hat sich die Kommission entschieden, dem vorliegenden ersten Kommissionsberichtes das sogenannte «Arbeitspapier für die kantonsrätliche Konkordatskommission vom 18. August 2004» beizulegen.
Das Arbeitspapier sieht bei rechtsetzenden Konkordaten das sogenannte zweistufige Verfahren vor. Im Rahmen dieses zweistufigen Verfahrens hat die Konkordatskommission die Möglichkeit, Empfehlungen zu einem Konkordatstext zu Handen des Regierungsrates zu formulieren. Faktisch ist dies die einzige parlamentarische Möglichkeit, auf einen Konkordatstext Einfluss zu nehmen.
Und genau dieses zweistufige Verfahren wurde jüngst gleich zwei Mal nicht eingehalten. Die Konkordatskommission wird dies in Zukunft nicht mehr akzeptieren und auf dem korrekten Verfahren bestehen. Der Votant bittet den Regierungsrat, sich dies zu merken.
Neben den rechtsetzenden Konkordaten gibt es auch noch die rechtsgeschäftlichen Konkordate, auch Verwaltungsvereinbarungen genannt. Hierfür ist grundsätzlich der Regierungsrat zuständig. Die Konkordatskommission ist hier im Rahmen des sogenannten Einspruchsverfahrens involviert. Details dazu entnehmen Sie bitte der Ziffer 2.4. des Arbeitspapiers. Im Sinne einer Verbesserung der Transparenz wird die Konkordatskommission im Rahmen ihrer Berichte in Zukunft über erfolgte Einspruchsverfahren informieren. Hoffentlich ist dies in Ihrem Sinne.
Zurückkommend auf die Vorlage beantragt Andreas Hausheer namens der Konkordatskommission Eintreten und Zustimmung.

Gregor **Kupper** verweist auf den Bericht; die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung.

Barbara **Gysel** weist darauf hin, dass der geplante Bau an der Berner Fachhochschule letztlich die bildungssystematische Diskussion ausgelöst, respektive zur Umsetzung gebracht hat. Die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft wird seit rund 50 Jahren im Rahmen eines Konkordats von allen Kantonen der Schweiz und vom Fürstentum Liechtenstein getragen und ist der Berner Fachhochschule angegliedert. Das schweizerische Bildungswesen hat indes in den letzten zwei Jahrzehnten einige markante Veränderungen erfahren. Wir werten diese als Fortschritte. Genannt sei etwa die grössere Durchlässigkeit zwischen einzelnen Bildungsgängen. Die Aufwertung des Zweigs Berufsbildung durch die Einführung von Berufsmatur und Fachhochschulen gehört ebenfalls dazu. Die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft *ist* eine Fachhochschule und soll nun eine Bereinigung der Trägerschaft erhalten. Die SP erachtet dies als richtigen, ja gar überfälligen Schritt. Wir sind daher einstimmig für Eintreten und Zustimmung.

Werner **Villiger** weist darauf hin, dass der Präsident der Konkordatskommission und seine Vorrednerin bereits ausführlich über das Vorhaben berichtet haben. Er verzichtet daher auf weitere Wiederholungen und hält sich kurz. Die Auflösung des Konkordats gab in der SVP-Fraktion zu keiner grossen Diskussion Anlass. Wichtig war die Feststellung oder die Zusicherung, dass der Zugang für Zuger Studierende aus dem landwirtschaftlichen Bereich auch weiterhin gewährleistet ist. Wie bei allen Konkordaten gibt es keinen grossen Entscheidungsspielraum, und wenn im Konkordatsrat grundsätzlich Einigkeit besteht, dass das Konkordat aufzulösen ist, ist eigentlich Widerstand zwecklos. Trotzdem: Eine Minderheit in der Fraktion hat ungutes Gefühl bei diesem Austritt, wird doch auf Vermögenswerte von 524'000 Franken verzichtet. – Die SVP-Fraktion stimmte schlussendlich grossmehrheitlich der Auflösung des Konkordats zu.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass auch die FDP-Fraktion den Anträgen der Regierung, der vorberatenden Kommission sowie der Stawiko zustimmt. Zu viele Köche verderben den Brei. Der Brei war hier noch nicht ungeniessbar, doch die Führung von 27 auf nur eine verantwortliche Partei zu reduzieren, ist in diesem Fall sicher wirtschaftlicher, denn Entscheide können schneller und effizienter gefällt werden. Mit den Berner Fachhochschulen und dem Kanton Bern als Standortkanton konnte eine weiterführende Lösung gefunden werden. Für die Studierenden aus dem Kanton Zug ändert sich nichts. Dank der Fachhochschulvereinigung sind die Studienplätze sowie die Gebühren geregelt. Und für den Kanton Zug ist diese Lösung zukünftig unter dem Strich sogar noch finanziell attraktiv. Geniessen wir den Moment und lösen für einmal ein Konkordat auf, wir haben noch genügend andere. Den Ausführungen betreffend die Abläufe zwischen Regierung und Konkordatskommission von Andreas Hausheer schliesst sich die FDP sehr gerne an.

Philip C. **Brunner** hält fest, dass er das ungute Gefühl ist. Er dankt Andreas Hausheer und den Mitgliedern seiner Kommission, dass sie das sozusagen aufgedeckt haben. Auch die Stawiko bestätigt. Ihm geht es einzig um diesen Punkt. Mit der Sache könnte er eigentlich gut leben. Es regt ihn einfach wirklich auf, dass der Kanton Bern als grösster NFA-Bezüger, der praktisch eine Milliarde abschleppt – wir Zuger zahlen das zähneknirschend, wir werden das ja heute noch gegenseitig austauschen – dann kommt, nach 50 Jahren ist das kein grosser Betrag mehr, wenn da einfach Werte sang- und klanglos Werte irgendwo übergehen in eine neue

Institution. Er wird dagegen stimmen, nicht weil er gegen die Auflösung von Konkordaten ist. Aber in diesem speziellen Fall hätte härter verhandelt werden müssen. Ein KMUler kann doch nicht irgendwie sagen, ja ja, da gebe ich das noch weg, und dort gebe ich noch weg. Der hat dann in kürzester Zeit gar nichts mehr. Irgendwo hat der Votant hier ein ungutes Gefühl und er bleibt dabei.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** hält sich kurz und hofft, damit das ungute Gefühl von Philip C. Brunner etwas zu erleichtern. Sie müssen die Gesamtrechnung machen. Der Kanton Bern musste dem Parlament erklären, weshalb er die Lasten, die erhöhten Betriebskosten, von den anderen Kantonen übernimmt. Dort tönte es gleich, einfach in die andere Richtung. Es hiess dort: Weshalb zahlen wir plötzlich Leistungen für andere Kantone, denn die Gebühren in der Vereinbarung sind nicht vollkostendeckend. Der Kanton Bern übernimmt hier 1,7 Millionen jährliche Mehrkosten und entlastet so die anderen Kantone. Er musste umgekehrt argumentieren und konnte dann ins Feld führen, dass er dafür diese Liegenschaften erhält. Es ist ein Geben und Nehmen, das Verhandlungsergebnis ist fair. Man kann jetzt ausrechnen, wie lange es dauert, bis der Kanton dann drauflegt.
Wir haben das vielleicht unterschätzt, noch mehr Ausführungen im regierungsrätlichen Bericht über die Auswirkungen zu machen. Aber wir haben das dann in der Kommission gemacht. Dieser Vermögensverzicht ist schon im Konkordat selber angelegt. Dort steht nämlich – die Stawiko hat es zitiert, dass einbezahltes Kapital nicht zurückgezahlt wird. Die Ursache für den Vermögensverzicht ist der damalige Beitritt zum Konkordat und nicht der Austritt. Wir wollen so etwas das nächste Mal klarer darlegen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1991.5 – 13768 enthalten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die 2. Lesung bereits am 26. Mai 2011 stattfinden wird.

114 Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons an Innovationsförderungsmassnahmen

Traktandum 8 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2007.1/.2 – 13658/59), der Kommission (Nr. 2007.3 – 13717) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2007.4 – 13726).

Alice **Landtwing** hält fest, dass die Kommission die Vorlage am 17. März eingehend beraten hat. Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel und Ivo Studer, Geschäftsführer des Technologie Forums Zug (tfz) gaben weitere Auskünfte zur Vorlage ab. Zudem erhielten die Kommissionsmitglieder den Geschäftsbericht des

Jahres 2009 des Vereins tfz. Da die Votantin davon ausgeht, dass Sie alle den Kommissionsbericht gelesen haben, kann sie ihr Votum kurz halten.
Der Kanton Zug ist bei der finanziellen Unterstützung von Initiativen zur Förderung des Wirtschaftsstandorts Zug sehr zurückhaltend. Bisher hat er sich auf wenige Impulsfinanzierungen beschränkt. Die einzige direkte Zahlung an ein Unternehmen für die wirtschaftliche Aktivitäten im Kanton Zug ist die Preissumme des Zuger Innovationspreises, wofür ein eigener Kantonsratsbeschluss bestand. Empfänger der kantonalen Beiträge war ab 2006 der Verein Technologie Forum Zug. Neben dem Technologie Forum gibt es zurzeit keinen anderen Empfänger von kantonalen Geldern unter dem Titel Innovationsförderung. Sie kamen schwergewichtig dem zweiten Sektor zugute und damit zur Erhaltung des Werkplatzes Zug. Mit diesem Kantonsratsbeschluss soll die unbefristete Möglichkeit geschaffen werden, damit sich der Kanton weiterhin jährlich mit maximal 100'000 Franken an Innovationsförderungsmassnahmen beteiligen kann. Mit der zusätzlichen Aufstockung des Maximalbetrages bis zum Betrage von 300'000 Franken pro Jahr, mit dem Zweck, für den Wirtschaftsplatz Zug Impulse für innovative Angebote zu geben oder in Einzelfällen Infrastrukturobjekte mit hohem Innovationspotential zu unterstützen. Diese zusätzlichen Gelder müssten zur gegebenen Zeit über das jeweilige Budget genehmigt werden.
Ende 2009 lief der befristete Kantonsratsbeschluss aus. Bedauerlicherweise wurden trotzdem die Beitragsverfügung an das Technologie Forum auch für 2010 ausbezahlt. Jedoch waren die Beiträge für 2010 und 201 in den jeweiligen Budgets aufgeführt und dadurch vom Kantonsrat bewilligt worden.
Hier ist eine Rüge anzubringen, offensichtlich haben alle Kontrollorgane, wie die Verwaltung, Finanzkontrolle, Stawiko, Parlament versagt, respektive nicht gesehen, dass dieser Kantonsratsbeschluss Ende 2009 ausgelaufen ist. Infolgedessen wird der heutige Beschluss rückwirkend auf den 1. Januar 2010 in Kraft treten.
Eintreten auf die Vorlage war unbestritten. In der Detailberatung wurden verschiedene Anträge gestellt, welche grossmehrheitlich abgelehnt wurden. In der Schlussabstimmung wurde der Vorlage mit 10:0 Stimmen bei zwei Enthaltungen zugestimmt.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass Innovationsförderung keine Kernaufgabe unseres Kantons ist, aber durchaus Sinn macht, wenn es um die Stärkung unseres Wirtschaftsplatzes und um die Schaffung oder den Erhalt von Arbeitsplätzen geht. Die Vorlage fand daher in der Stawiko die grundsätzliche Zustimmung. Dabei gilt es insbesondere auch zu beachten, dass Artikel 7 des Steuergesetzes für Ansiedlungen und dergleichen Steuererleichterungen zwar ermöglicht, davon aber – im Gegensatz zu anderen Kantonen – im Kanton Zug kein Gebrauch gemacht wird.
Unter diesem Gesichtspunkt handelt es sich beim beantragten Kredit also um einen bescheidenen Beitrag der öffentlichen Hand an die Wirtschaftsförderung. Wir konnten uns überzeugen, dass die bisher an das tfz geleisteten Beiträge effizient eingesetzt wurden. Der Verein verfügt über sehr schlanke Strukturen, ist gut organisiert und weist in seiner Jahresrechnung eine gesunde Finanzlage aus. Einer Weiterführung dieses kantonalen Engagements steht nichts im Wege, wobei es gemäss Vorlage der Regierung überlassen ist, ob sie den Kredit von 100'000 Franken ausschliesslich für das tfz oder auch für andere Zwecke verwenden will.
Wenig gehalten hat die Stawiko hingegen von einer möglichen Aufstockung des Betrags auf 300'000 Franken. Es geht hier sozusagen um einen Kredit auf Vorrat. Aus dem Bericht des Regierungsrats geht nicht – auch nicht andeutungsweise – hervor, wofür dieser Betrag verwendet werden soll. Gemäss Finanztabelle auf S. 7

des regierungsrätlichen Berichts geht die Regierung selbst davon aus, dass offensichtlich der Betrag bis 2013 nicht benötigt wird. Die Stawiko ist mit einer solchen Kreditgewährung nicht einverstanden und beantragt, Abs. 2 von § 1 ersatzlos zu streichen. Im Übrigen empfiehlt Ihnen die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit der erwähnten Streichung zuzustimmen.

Alois **Gössi** weist darauf hin, dass es bei der Beteiligung des Kantons an Innovationsförderungsmassnahmen um die Möglichkeit geht, dass der Kanton Zug eine der wenigen Möglichkeiten nutzt, punktuell Innovationsförderung für den Werkplatz Zug, bei dem rund 25 % aller Beschäftigten arbeiten, zu betreiben. Der Kanton Zug fördert den Werkplatz Zug jetzt schon auch via Steuerpolitik, mit unserer Bildungspolitik sowie den verfügbaren Infrastrukturen. Mit dem vorliegenden Kantonsratsbeschluss soll nun der per Ende 2009 ablaufende Kredit mit einer befristeten Laufzeit in der gleichen Höhe von 100'000 Franken unbefristet weiterlaufen. Die SP-Fraktion befürwortet die Verlängerung dieses Kredits ohne Zeitbeschränkung. Wir sind für die Unterstützung des Werkplatzes Zug mit den doch eher symbolträchtigen 100'000 Franken. Dies ermöglicht unter anderem
• den Unterhalt eines Expertentools im Bereich Innovationen und von Plattformen mit Ausbildungsangeboten im Bereich Innovation;
• die Vermittlung von Diplomarbeiten zwischen Studierenden der Höheren Fachhochschulen und der Zuger Wirtschaft;
• die Ausrichtung des Innovationspreises im Rahmen des Zuger Innovations- und Technologietags.
Wir finden, dass diese 100'000 Franken gut investiertes Geld des Kantons Zug für die Innovationsförderung sind. Umgesetzt werden diese Tätigkeit durch das Technologie Forum Zug, das eine sehr schlanke Organisation besitzt und effizient arbeitet.
Zu prüfen wäre allenfalls durch die Volkswirtschaftsdirektion, ob sie nicht einen kleinen Teil des Kredits für sich selber beanspruchen will. Mit irgendeiner Innovation sollte es dann ihr möglich sein, dass sie Probleme wie das Verschlafen eines abgelaufenen Kantonsratsbeschlusses in den Griff bekommt. – Die SP-Fraktion empfiehlt, auf diese Vorlage einzutreten und ihr gemäss den Anträgen der Regierung und der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Andreas **Hürlimann** hält fest, dass die AGF bereit ist, einen Beitrag zur Innovationsförderung zu leisten. Unterstützungs- und Impulsbeiträge können in diesem Bereich eine überaus wertvolle Starthilfe sein. Deshalb unterstützt die AGF jährlich maximal 100'000 Franken für Massnahmen zur Innovationsförderung. Für eine *echte* Innovationsförderung wäre die AGF sogar bereit, etwas mehr Geld zu sprechen. Mit knapper Mehrheit stimmt unsere Fraktion zudem dem Stawiko-Antrag zur Streichung von § 1 Abs. 2 zu. Es erscheint der Mehrheit der Fraktion in der Tat nicht logisch, dass der Kantonsrat zu 100'000, nicht aber zu 200'000 Franken etwas sagen kann.
Mehr als nur ein wenig sauer aufgestossen ist der AGF auch die fehlende Rechtsgrundlage für das Jahr 2010. Mit einem einigermassen vernünftigen Controlling hätte dies sicher auffallen müssen. Wir hoffen, dass ein solcher Vorfall in Zukunft nicht noch einmal vorkommt.
Zusammengefasst: Die AGF unterstützt einen Beitrag zur Innovationsförderung, solange der Kantonsrat mitentscheiden kann. Wir sind für Eintreten.

Daniel **Eichenberger** hält fest, dass sich die SVP-Fraktion in der positiven Beurteilung der Arbeit des Technologie Forums Zug den anderen Parteien durchaus anschliessen kann. Er verzichtet hier auf ein partielles Vorlesen des Geschäftsberichts – das wurde bereits getan. Dennoch haben wir grossmehrheitlich beschlossen, einen Nichteintretensantrag zu stellen. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und deren innovative Kraft sind im Kanton Zug hervorragend. Die Hauptgründe dafür sind steuerlich optimale Bedingungen, ausgezeichnete Infrastruktur, hohe Lebensqualität und eine effiziente wirtschafts- und eine bürgerorientierte Verwaltung. In einem solchen Umfeld sind zusätzliche Impulse durch den Kanton, finanziert aus Steuergeldern, grundsätzlich sehr fragwürdig. Es ist unbestritten, dass das tfz gute Arbeit leistet. Dennoch lässt sich daraus nicht automatisch ableiten, dass zwingend der Kanton die Finanzierung mittragen muss. Die Verhältnisse im Kanton Zug sind übersichtlich und die Unternehmen sind ohne Zweifel in der Lage, Kontakte und Austausch selbst zu organisieren. In solchen Situationen führen Aktivitäten des Staats typischerweise zu einer Verdrängung privatwirtschaftlicher Initiative. Deshalb beantragt die SVP Nichteintreten auf diese Vorlage.
Noch eine Randbemerkung. In der vorberatenden Kommission wurde die Frage gestellt, was geschehen würde, wenn der kantonale Beitrag von derzeit 100'000 Franken nicht mehr zur Verfügung stünde. Der Geschäftsführer des tfz, Peter Studer, antwortete: «Dann müsste man kreativ werden. » Wir denken, dass Innovation und Kreativität keine Widersprüche sind.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion einstimmig hinter dem Antrag der Regierung für eine Beteiligung des Kantons Zug am Verein Technologie Forum Zug steht. Das in den letzten Jahren aufgebaute Netzwerk und die daraus hervorgehenden Projekte, Meetings, Versammlungen etc, stehen dem Kanton Zug gut an. Die damit verbundenen Möglichkeiten, an einzelnen Innovationsprojekten mitzuwirken, mitzufinanzieren, passen zu unserem fortschrittlichen, zukunftsgerichteten Kanton. Die vom Regierungsrat beantragten 100'000 Franken für den Einkauf von Leistungen beim tfz werden von der FDP Fraktion einstimmig unterstützt. Grossmehrheitlich stimmt die FDP der Möglichkeit zu, für gezielte Projekte weitere 200'000 Franken budgetieren zu dürfen. Wiederum einstimmig ist die FDP der Meinung, dass dieser Kantonsratsbeschluss nach etlichen Befristungen nun ohne Ablaufdatum (dieses könnte ja vergessen gehen) in Kraft treten soll – inklusive Rückwirkung. Ein innovationsloser Kanton Zug widerspricht doch unserer Tradition.

Karin **Andenmatten** hält fest, dass sich die CVP einstimmig für Eintreten auf diese Vorlage ausgesprochen hat. Die Innovationsförderung, welche der Kanton seit 2002 finanziert, ist zwar keine genuine Staatsaufgabe. Trotzdem hat sich diese in den vergangenen bald zehn Jahren zur Stärkung der Zuger Wirtschaft bewährt. Die knapp 100'000 Franken pro Jahr werden effektiv eingesetzt, nämlich durch Beitragsverfügung mit ganz konkreten Aufträgen an das tfz, dessen schlanker und effizienter Betrieb hier hervorzuheben ist. Positiv zu werten ist im Übrigen auch die Offenheit der Vorlage und insbesondere der Volkswirtschaftsdirektion, die Beiträge anderen Organisationen zuzusprechen, falls eines Tages alternative Angebote zur Innovationsförderung bestehen werden.
Zu Diskussionen Anlass gegeben hat in unserer Fraktion allerdings die unseres Erachtens zu beliebig formulierte Aufstockung auf 300'000 Franken. Wir werden in der Detailberatung einen entsprechenden Änderungsantrag stellen. Bereits jetzt

kann die Votantin darauf hinweisen, dass die CVP allfällige Anträge auf eine abermalige Befristung mehrheitlich ablehnen wird.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** dankt für die mehrheitlich zustimmenden Voten. Zum Eintretensvotum der SVP doch noch Folgendes: Immerhin wurde in der Kommission kein Nichteintretensantrag gestellt. Es ist mit einer Enthaltung eingetreten worden, in der Stawiko auch. Alle Personen, die sich vertieft damit beschäftigten, sind also eingetreten. Alle, die sich um die Zukunft des Schweizer Werkplatzes kümmern, sollten hier eigentlich mit Freude eintreten. Wir haben ja gezeigt und es ist auch angedacht selbst für eine mögliche Aufstockung, dass dieser Beitrag eben einem Bereich zukommt, dem wir etwas mehr Sorge tragen müssen. Der Dritte Sektor, die Dienstleistungen, der Handel, wächst von selbst, da muss man wirklich keine punktuellen Inputs geben. Aber die Sorge gilt immer wieder, in allen Parteiprogrammen, dem Werkplatz Schweiz, der Industrie, dem schwindenden Zweiten Sektor. Und wenn man dann diese Sorge aufnimmt und in ihr mit kleiner Münze etwas investieren will, und eine grössere Wirkung dank mittragender Privatwirtschaft erreicht, dann ist das ein komisches Verständnis. Der Votant versteht dann die Parteiprogramme nicht mehr, die uns auch eine gewisse Mitverantwortung für den Industrieplatz Schweiz und Zug geben. Nicht zuletzt wegen des bekannten Kräftemessens auf dem Weltmarkt – Asien wird da immer wieder genannt – und weil wir als Nicht-EU-Land unsere eigenen Stärken pflegen, muss die Schweizer Industrie – und Zug ist Teil davon – eine besondere Beachtung finden.
Danke für den augenzwinkernden Hinweis auf die verpasste Frist. Es tut dem Volkswirtschaftsdirektor leid. Wir haben es immerhin noch selber gemerkt, wenn auch zu spät. Und es gilt der Spruch: Wo gearbeitet wird, fliegen Späne, und die fliegen offenbar auch dann, wenn der Motor – sprich die Rechtsgrundlage – schon längst abgestellt ist. Wir haben natürlich umgehend am gleichen Tag das Kontrollinstrument eingeführt, damit das nicht wieder passiert, in der Hoffnung, dass wir es dann nicht brauchen, indem wir uns nicht immer wieder damit beschäftigen, befristete Beschlüsse zu bewirtschaften.

➔ Der Rat beschliesst mit 56:14 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

§ 1 Abs. 1

Daniel **Eichenberger** hält fest, dass die SVP-Fraktion beantragt, hier eine Kann-Formulierung einzubauen. Der Absatz soll wie folgt lauten:
«Der Kanton kann sich an Massnahmen zur Innovationsförderung mit jährlich maximal 100'000 Franken beteiligen.»
Begründung: Neben den bereits im Nichteintretensantrag gestellten Bedenken ist hier anzufügen, dass nicht nachvollziehbar ist, warum der Kanton zur Ausrichtung dieses jährlichen Beitrages zu verpflichten ist. Regierung und Parlament sollten die Möglichkeit haben, die Innovationsförderung durch das Technologie Forum Zug jederzeit zu überprüfen und unter Umständen auf die Weiterführung der Finanzierung dieses Projektes zu verzichten. Eine Finanzierungsverpflichtung sollte durch den Kanton nur dann eingegangen werden, wenn ohne diese Leistung den Steuerzahlern oder der Allgemeinheit ein erheblicher Schaden entstehen würde. Dies ist aus Sicht der SVP hier klar nicht der Fall.

Ähnlich wie beim berühmten Satz von Montesquieu betreffend die Schaffung der Gesetze gilt auch, dass der Staat keine finanziellen Verpflichtungen eingehen soll, die nicht zwingend notwendig sind.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** betont, dass dieser Absatz die Regierung nicht verpflichtet, jährlich 100'000 Franken auszugeben. Es heisst auch «maximal». Man kann darüber diskutieren, ob wir verpflichtet sind, mindestens einen Franken auszugeben. Hier hat niemand einen Rechtsanspruch, umso weniger, als kein Adressat genannt ist. Wir fühlen uns hier nicht verpflichtet. Aber es eine Delegation, die wir wahrnehmen könne. Sie beschliessen heute eine Ausgabe und wir müssen nicht mehr in den Rat kommen.
Was passiert, wenn wir eine Kann-Bestimmung haben? Das haben wir in vielen anderen Gesetzen auch. Das erlaubt dem Regierungsrat nicht, diese Ausgabe zu tätigen. Es wäre nur eine Bereitschaftserklärung des Rats, dass wir Kantonsratsbeschlüsse darauf abstützen dürfen. Wir müssten dann, gestützt auf eine Kann-Formulierung, in einem halben Jahr kommen mit einem KRB zur Ausrichtung von 89'000 Franken ans Technologie Forum Zug. Sie haben dann wieder einen Beschluss zu fassen, einen einfachen KRB. Das ist dann der Ausgabebeschluss. Sie verkomplizieren das Verfahren, Sie schaffen keine Rechtssicherheit. Wir wollen aber in der Regel das Gegenteil, klare Ausgangslangen. Wie schon gesagt: Rechtsansprüche werden dadurch nicht kreiert. Vielen Dank, wenn Sie unserer bewährten Fassung – es ist die bisherige Fassung – zustimmen und den SVP-Antrag ablehnen.

➔ Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 55:16 Stimmen abgelehnt.

§ 1 Abs. 2

Gregor **Kupper** hält fest, dass die Stawiko wie schon erwähnt hier einen Streichungsantrag stellt.

Alice **Landtwing** hält fest, dass auch in der Kommission ein Antrag auf definitive Streichung gestellt wurde. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder wehrte sich gegen eine Streichung. Zudem wurde argumentiert, dass die Schaffung von jeweils separaten Rechtsgrundlagen durch das Parlament zu aufwendig und zeitintensiv wäre, um die Verhandlungen mit allfälligen Projektpartnern zu guten und tragfähigen Ergebnissen zu kommen. Auch habe der Kantonsrat mehrfach darauf hingewiesen, dass der Regierungsrat nicht dauernd neue Einzelgeschäfte von geringer finanzieller Tragweite unterbreiten solle. Die Mehrheit vertraut der Volkswirtschaftsdirektion, dass nur Projekte unterstützt werden, welche auch Mehrwert für den Werkplatz Zug schaffen. Der Streichungsantrag wurde mit 10:2 Stimmen abgelehnt.

Wie Karin **Andenmatten** es bereits in ihrem Eintretensvotum erwähnt hat, hat sich die CVP schwer getan mit diesem Absatz. Zum einen sind wir uns bewusst, dass für Ansiedlungs- und Investitionsentscheide in einem dynamischen internationalen Umfeld das Tempo der Verhandlungen nicht durch den Kantonsrat gebremst werden sollte. Und dass es durchaus hilfreich sein kann, über einen Joker von 200'000 Franken verfügen zu können, wenn damit innovationsfördernde Investitionen in der

Höhe eines Vielfachen ausgelöst werden können. Zum anderen hat die Unbestimmtheit des Gesetzesartikels Skepsis ausgelöst. Es wurden Stimmen laut, dass es wohl ehrlicher wäre, die 300'000 Franken gleich in den Abs. 1 aufzunehmen, weil zu befürchten sei, dass eine solche Blankovollmacht regelmässig voll ausgeschöpft würde. Insbesondere zu Zeiten von Pragma, wo 100' oder 200'000 Franken nicht mehr ohne weiteres auszumachen sein werden. Zumal ja heute – und das sagt die Votantin mit zumindest einem zwinkernden Auge – schon 100'000 Franken ohne gesetzliche Grundlage ausgegeben werden können.
Damit sichergestellt ist, dass diese mögliche Aufstockung nicht zur Gewohnheit wird, stellt Karin Andenmatten namens der CVP-Fraktion den Antrag, den Absatz wie folgt zu ändern:
„Der Regierungsrat kann *ausnahmsweise* eine Aufstockung des Maximalbetrags von Abs. 1 bis zum Betrag von 300'000 Franken pro Jahr beschliessen. (…).»
Erlauben Sie der Votantin noch eine persönliche Bemerkung zur Abstimmung über diesen Absatz, weil sie den Eindruck hat, dass sich in letzter Zeit in diesem Rat ein gewisses taktiererisches Abstimmungsverhalten breit gemacht hat. Zuerst wird nachher über den Unteränderungsantrag der CVP abgestimmt. Anschliessend über den Stawiko-Antrag zur Streichung dieses Absatzes. Auch wer bereits jetzt entschlossen ist, den Stawiko-Antrag zu unterstützen, tut gut daran, den Unteränderungsantrag anzunehmen. Ansonsten riskieren Sie nämlich, dass im Fall der Ablehnung des Stawiko-Streichungsantrags die Version der Regierung bestehen bleibt. Sie ersparen uns damit allen ein Rückkommen in der 2. Lesung.

Daniel **Eichenberger** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Streichungsantrag der Stawiko unterstützt. Wir sind der Meinung, dass die pauschale Möglichkeit zur Verdreifachung des Förderbeitrags absolut unverhältnismässig ist. Besonders förderungswürdige Gelegenheiten beziehungsweise Projekte treten in der Regel nicht derart plötzlich und dringend auf, dass der Regierungsrat ohne Konsultation des Parlaments sofort zusätzlich 200'000 Franken als Beitrag leisten können muss. Rasche Entscheide sind in diesem Fall ebenfalls der Privatwirtschaft vorbehalten; beim Einsatz von öffentlichen Geldern gelten andere Regeln. Da muss nicht dermassen auf Tempo gedrückt werden können. Das Technologieforum beziehungsweise der Regierungsrat sollen in Einzelfällen mit entsprechenden Anträgen an den Kantonsrat gelangen.
Noch eine Randbemerkung. Mit dem neuen Gebührengesetz werden Volk und Wirtschaft rund 300'000 Franken aus der Tasche gezogen. Dieses Geld würde dann hier investiert. Wir sind mit dieser Art von Umverteilung nicht einverstanden.

Alois **Gössi** stellt folgenden Antrag auf Änderung dieses Absatzes. Die jetzige Formulierung tönt sehr langatmig und schwerfällig. Sein Vorschlag lautet wie folgt:
«Der Regierungsrat kann zusätzlich 200'000 Franken pro Jahr beschliessen mit dem Zweck, (…)».
Diese Anpassung ist rein formaler Natur, materiell ändert sich nichts. Sie ist eine gute Möglichkeit, das Gesetz einfach und klar zu gestalten.
Zum Antrag der Stawiko und der SVP auf die Streichung dieses Absatzes. Wir von der SP-Fraktion lehnen diesen Antrag ab. Mit diesem Artikel ermöglichen wir es dem Regierungsrat, in Spezialfällen Infrastrukturobjekte mit hohem Innovationspotenzial, beispielsweise Labors für Startups und Spin-Off Unternehmen, zu unterstützen. Wir gehen davon aus, dass dies nicht jährlich, sondern nur sehr gezielt und vereinzelt eingesetzt wird. Bei der Sitzung der vorberatenden Kommission

wurde von der VD ausgeführt, dass dies sehr wahrscheinlich in den nächsten Jahren nicht der Fall sein wird. Eine Unschönheit ist, dass wir als gewöhnliche Kantonsräte nicht mehr erkennen können, ob ein solcher Posten im Budget für das nächste Jahr vorgesehen ist oder nicht, dies wegen der Einführung von Pragma. Hier wird dann die Stawiko gefordert sein, dies bei der Prüfung des Budgets zu berücksichtigen.

Thomas **Wyss** weist darauf hin, dass ein Argument nicht erwähnt wurde. Und es ist wirklich entscheidend für diese Streichung. In der vorberatenden Kommission hat Gianni Bomio erwähnt, dass da vielleicht irgendein Labor einmal anfinanziert werden soll. Und gerade das weist darauf hin, wie gefährlich solche Sachen sind. Denn niemand hier weiss, ob nicht schon ein solches Labor besteht im Kanton Zug. Da hat einer jahrelang selber ein wenig gemacht und jetzt kommt der Kanton und sagt: Ja, wir haben das Gefühl, in diesem Bereich wäre es sinnvoll, wenn wir da 200'000 Franken dem in die Hand legen würden, damit er das finanzieren kann oder damit beginnen kann. Darum ist es wichtig, dass wir das streichen. Wir können doch nicht die Eigeninitiative auf diese Art und Weise unterbinden. Da werden die Freunde von der Gewerbefraktion dem Votanten beistimmen.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** zum Änderungsantrag der CVP. «Ausnahmsweise» sollte man wirklich nur ausnahmsweise in ein Gesetz reinschreiben. Das Risiko ist wirklich beschränkt. Der Votant versteht das Misstrauen nicht ganz. Wenn Sie den Text lesen, so gibt es dort eine Zweckbindung, hohes Innovationspotenzial ist gefragt, Impulse, Einzelfälle, beschränkt auf diese zusätzliche 200'000 Franken. Es ist die Rechtsnatur eines generell abstrakten Beschlusses, dass wir eben eine gewisse Spannbreite offen lassen. Der Volkswirtschaftsdirektor muss zurückfragen: Wann ist dann die Ausnahmesituation gegeben? Wir hätten uns glücklich geschätzt, schon in der Vergangenheit solch innovative Projekte mit einer Impulsmassnahme mit unterstützt zu haben. Matthias Michel kommt dann nachher noch zu einem Beispiel. Dann ist es noch budgetabhängig. Das Wort «ausnahmsweise» verunsichert ihn jetzt viel stärker, als dass es ihm hilft. Haben Sie keine Angst, wir reisen nicht in der Welt herum mit Checks und fragen, wer jetzt da noch etwas will. Für das ist die Volkswirtschaftsdirektion nicht bekannt. Deshalb danke für die Ablehnung.
Der Votant macht dem Rat eine Freude. Der Regierungsrat kann sich vorstellen, dass wir dem redaktionellen Antrag von Alois Gössi zustimmen. Materiell ist das dasselbe.
Zum Streichungsantrag. Wichtig ist, dass wir zwei Zuger Prinzipien hochhalten. Zum ersten geben Sie uns immer wieder gewisse strategisch politische Eckwerte. Das wäre jetzt so einer, wenn Sie diesen Absatz drin lassen. Wenn wir diesen Eckwert nicht haben, weiss Matthias Michel nicht, was Sie wollen. Die einen wollen gar nichts tun, die anderen sagen, wenn dann etwas Sinnvolles kommt, machen wir trotzdem etwas. Er ist da völlig im offenen Raum. Es ermuntert dann nicht gerade, Initiativen von privater Seite aufzunehmen, in Verhandlungen zu treten. Sie wollen dann ja auch ein konkretes Resultat, wenn Sie einen KRB wollen über 90'000 Franken genau für das. Dann verhandeln wir, machen Vorverträge, Absichtserklärungen und Sie sagen uns dann: Nein, wir wollten ja gar nicht. Wir haben ja das damals abgelehnt, tönt es dann von der einen Seite. Und von der anderen: Je nachdem. Es ist eine grosse Verunsicherung, wenn Sie uns diese strategische Leitplanke nicht geben.

Zweitens gibt diese beschränkte Möglichkeit mindestens ein Signal, mit Privaten in Verhandlungen zu treten. Und hier hat der Volkswirtschaftsdirektor nun ein Beispiel. Es wäre schön gewesen, wenn wir es schon bei der Kommissionsarbeit gehabt hätten. Kurz vor Ostern im April wurde uns bekannt, dass eine Institution, die Helmut Fischer AG, eine Spezialistin für elektronische Schichtdickenmessmaterialanalysen, Werkstoffprüfgeräte, in Hünenberg, weltweit spezialisiert, ein neues Messlabor baut. Da haben wir den Ball aufgenommen und gefragt: Können das auch andere nutzen, Drittnutzer, Jungunternehmer? Sie haben gesagt: Nein, so haben wir es nicht gedacht. Wir haben gesagt: Wir hätten vielleicht einen Businesspartner, unsere Jungunternehmer, die könnten das managen. Sie sagten: Bezahlen können wir das Labor schon. Wir betonten, es gehe nicht darum, ihnen die Investition für das Labor zu bezahlen. Aber nachher die Türen zu öffnen für fremde Nutzer und ihnen das für einigermassen akzeptable Bedingungen offen zu halten, da könnten wir etwas mithelfen. Das wäre ja die Idee. Und wenn dieses Beispiel zum Tragen kommt, gibt es vielleicht ein anderes oder eine drittes Industrieunternehmen, welche diesem Beispiel auch folgt. Die Idee wäre, ein gewisses Netzwerk für Jungunternehmer zu schaffen, damit junge KMU den Zugang zu diesen Labors haben. Die bekommen sie sonst nicht, die sind viel zu teuer. Also Türöffnerfunktion.
Deshalb ist ja die Regel generell abstrakt. Wenn Sie dem heute zustimmen, können wir hier weiter verhandeln. Ein Betrag kommt ins Budget. Heute denkt der Volkswirtschaftsdirektor, einen Betrag von 100'000 Franken ins nächste Budget einzustellen, wenn Sie dem jetzt zustimmen. Wenn Sie jetzt nein sagen, wissen wirklich nicht mehr, wie vorgehen. Wir haben eine rote Karte, wir sind nicht mehr Verhandlungspartner. Oder was soll Matthias Michel denen sagen? Das ist die Situation, sie kann sehr schnell ändern und genau in diesen Wochen. Es wäre wirklich schade, wenn wir diesen Ball nicht aufnehmen könnten. Es ist überhaupt keine Bestimmung auf Vorrat. Es ist ja kein gebundenes Geld, das irgendwo liegt, es ist eine Rechtsgrundlage, und das Geld wird dann gebunden, wenn wir es mit dem Budget beschlossen haben.
Der Votant würde diese Gelegenheit jetzt gern wahrnehmen. Vielleicht ist es das erste Mal in der Schweiz, wo es gelingt, ein Labor eines technisch führenden Unternehmens zu öffnen für Jungunternehmer. Wir sind ehrlicherweise nicht so bekannt dafür im Kanton Zug, dass wir uns für Jungunternehmer gerade im Industriebereich ins Zeug legen. Zug ist ein teurer Platz, und gerade hier könnten wir eine Brücke bauen oder eine Schwelle abbauen. Matthias Michel würde gerne diesen Weg zusammen mit dem Rat weiter beschreiten. Er sieht ein, dass die Stawiko das nicht hat wissen können, diese Möglichkeit entstand erst vor Ostern. Er wäre froh, wenn der Rat ihn unterstützen könnte und diese beiden Anträge ablehnt.

Thomas **Wyss** meint, das Labor sei ein sinnvolles Argument. Aber selbstverständlich könnt Ihr auch die bestehenden Labors anfragen, ob sie willens sind, diese Jungforscher aufzunehmen. Da braucht es doch nicht einen Beitrag von 200'000 Franken vom Kanton dazu.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** betont, die Idee solche Labors zu öffnen, sei schon zehn Jahre alt. Sie kam von der Wirtschaft auf uns zu. In den letzten zehn Jahren war das nicht möglich. Sie können sich vorstellen, dass wir nicht einfach geschlafen haben. Es gab keine Möglichkeit, das zu tun und jetzt hätten wir mindestens eine Legitimation und auch eine Möglichkeit. Der Volkswirtschaftsdirek-

tor kann nicht erwarten, dass die Privaten dann noch Entwicklungshilfe für Jungunternehmer betreiben von sich aus. Aber wir können hier anstossen. Die Beträge sind ja wirklich sehr minim. Und deshalb würden Sie uns hier ein Instrument nehmen, das uns von der Wirtschaft, von den Jungunternehmern entgegengebracht worden ist. Wenn Sie das nicht wollen, ist die Jungunternehmerförderung gerade im industriellen Bereich, der uns so wichtig ist, beendet. Dann schliessen wir dieses Dossier hier in Zug.

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass der redaktionelle Antrag der SP-Fraktion unbestritten ist.

➔ Einigung

➔ Der Antrag der CVP-Fraktion für die Ergänzung mit «ausnahmsweise» wird mit 35:28 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Streichungsantrag der Stawiko wird mit 49:20 Stimmen abgelehnt.

§ 3

Daniel **Eichenberger** hält fest, dass die SVP-Fraktion wiederum eine Befristung für diese Innovationsförderungsmassnahmen haben möchte. Wir beantragen für diesen Paragraphen folgende Formulierung:
«Dieser Beschluss tritt nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist gemäss § 34 der Kantonsverfassung oder nach Annahme durch das Volk rückwirkend am 1. Januar 2010 in Kraft und ist befristet bis am 31. Dezember 2013.»
Begründung: Unter den gegebenen Umständen ist eine Befristung auf vier Jahre wie bisher sinnvoll. Der Kantonsrat soll sich zwingend in bestimmten Abständen mit der allfälligen Verlängerung dieser Massnahmen auseinandersetzen. Dies war auch in den bisherigen Debatten über die Innovationsförderungsmassnahmen mehrheitlich unbestritten. Das kann man auch in Protokollen beispielsweise aus dem Jahr 2005 nachlesen. Da war auch die FDP dafür, dass man diese Befristung beibehält im Rahmen von solchen Tätigkeiten. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Alice **Landtwing** hält fest, dass in der Kommission ein Antrag für eine Befristung auf sechs Jahre gestellt wurde. Der SVP-Antrag bedeutet vier Jahre. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder war der Auffassung, dass eine Befristung keinen Sinn macht. Zudem würde für Impulsfinanzierungen für Infrastrukturprojekte eine Befristung von einigen Jahren wenig Sinn machen, da solche Projekte eine lange Planungs- und Realisierungsdauer haben. Da im Bereich Innovationsförderung bereits zweimal eine befristete Vorlage erlassen wurde von 2002 bis 2005 für das Innovationsnetzwerk und beim Kantonsratsbeschluss Innovationsförderung von 2006 bis 2009, möchte die Mehrheit jetzt einen unbefristeten KRB. Der Antrag wurde mit 9:3 Stimmen abgelehnt.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AGF schon bei verschiedenen Vorlagen kein grosser Freund von Befristungen war. Grundsätzlich haben wir Vertrauen in die Regierung und möchten ihr auch den nötigen Spielraum geben, um auch langfristig aktiv

Politik und hier auch Wirtschaftsförderung gestalten zu können. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** spricht befristet eine Minute. Erstens kann er sich erinnern – der Antragsteller war noch nicht im Rat: MCCS-Beitrag, erste Befristung, zweite, dritte. Reaktion des Rats: Macht endlich eine richtige Rechtsgrundlage, wenn das was Gutes ist. Es ist unsäglich, immer wieder diese wiederholten Anträge. Zweitens kommt hier das berühmte Wort der «sunset legislation» zum Zug. Wenn die Sonne untergeht, tritt alles ausser Kraft. Die Sonne geht aber immer auch wieder auf. Drittens, die Befristung wäre ja wenn schon ein generelles Instrument, das Sie da einführen wollen für irgendwelche Kostenkontrolle oder so. Aber das ist eine generelle Debatte, wir haben andere Instrumente, um unseren Aufwand im Griff zu behalten, als Sie alle drei oder vier Jahre wieder zu fragen, ob Sie hier die 100'000 Franken jetzt wieder einsetzen wollen und dann das mit Evaluation und anderen Berichten wieder legitimieren müssen. Wir beschäftigen uns dann wirklich die Hälfte der Zeit damit, uns selber zu rechtfertigen. Dieses Geld setzen wir besser anders ein. Danke für die Zustimmung zum regierungsrätlichen Antrag.

➔ Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 52:17 Stimmen abgelehnt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2007.5 – 13769 enthalten.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrates

8. Sitzung: Donnerstag, 5. Mai 2011
(Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.35 – 17.10 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

115 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: André Wicki, Zug; Franz Peter Iten und Thomas Werner, beide Unterägeri; Manuel Aeschbacher und Walter Birrer, beide Cham; Monika Weber, Steinhausen; Franz Hürlimann, Walchwil.

116 Motion von Irène Castell-Bachmann und Martin Pfister betreffend Änderung von § 40 der Geschäftsordnung zur Überweisung von Interpellationen

Traktandum 2 –Irène **Castell-Bachmann**, Zug, und Martin **Pfister**, Baar, haben am 22. März 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2032.1 – 13718 enthalten sind.

Philip C. **Brunner** hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig beantragt, diese Motion nicht zu überweisen. Begründung: Unter anderem weisen die Interpellanten darauf hin, dass die Anzahl der eingereichten Interpellationen merklich zugenommen habe. Wenn wir in die jetzige Legislatur schauen, so hat sie am 16. Dezember 2010 begonnen mit dem Geschäft Nr. 2002, das war das vierte Revisionspaket Steuergesetz. Und die höchste Nummer, die wir jetzt haben, ist 2044. Es sind also insgesamt 43 Geschäfte bisher. Und das macht pro Monat 10,7. 15 dieser Geschäfte hat die Regierung eingebracht, 28 das Parlament. Davon sind 14 Interpellationen. Und das grosse Staunen geht los, wenn man schaut, welche Parteien die eingereicht haben: Sieben, nämlich die Hälfte, stammen von der CVP!
In der letzten Legislatur war es übrigens ganz ähnlich. Dort war die erste Nummer 1500, eingereicht von Silvan Hotz am 19. Dezember 2006. Und während 48 Monaten wurden insgesamt 501 Geschäfte eingebracht, 10,44 im Schnitt pro Monat. Der von Martin Pfister und Irène Castell beklagte Anstieg der Geschäftslast ist nicht zu beobachten, und zwar über eine Periode von mehr als vier Jahren.
Wenn man die Geschichte dieser Vorlage noch studiert, stellt man fest, dass es eine Vorlage Nr. 1873 gibt vom 27. Oktober 2009, da hat Martin Pfister zusammen

mit Daniel Grunder eine sehr ähnlich lautende Vorlage eingegeben. Und am 1. Juli 2010 (Laufnummer 1073) haben die Motionäre unter Traktandum 14 das Ganze wieder zurückgezogen. Zitat: «Martin Pfister hat zusammen mit Mitmotionär Daniel Grunder entschieden, ihren Vorstoss zurückzuziehen, damit verkürzen wir die Debatte um eine Forderung, die so nicht umsetzbar ist.»
Die Motion ist nicht zu überweisen, weil Martin Pfister und Irène Castell sich irren. Es gibt keinen merklichen Anstieg der Geschäftslast zu beobachten. Es wurden in der alten Legislatur 10,44 und in der neuen 10,75 pro Monat überwiesen. Es mag auch zutreffen, dass die eine oder andere CVP-Interpellation etwas gar weit gefasst ist oder auf einfachere Art und Weise hätte beantwortet werden können. Der Votant denkt da weltbewegende Themen wie Facebook und Twitter, Verkehrsunfälle auf Autobahnen oder Massnahmen gegen das Schwarzfahren, die alle von der CVP eingereicht wurden. Wenn sich die Interpellanten daran stören, hätten sie ja innerhalb ihrer Fraktion ein Machtwort sprechen und zur Ordnung aufrufen können. Das wäre nicht nur subsidiär, es ginge auch schneller als die Änderung der Geschäftsordnung.
Die SVP-Fraktion ist auf jeden Fall gegen den Abbau parlamentarischer Rechte. Bitte lehnen Sie den Vorstoss deshalb ab!

Martin **Stuber** und seine Fraktion können den letzten Satz von Philip Brunner voll unterschreiben. Normalerweise ist es so, dass wir grundsätzlich die Politik haben, dass wir Vorstösse überweisen. Das halten wir auch so im Prinzip. Hier geht es um einen Spezialfall. Der Vorstoss betrifft uns selber, wie wir uns selber regulieren als Parlament. Die Regierung kommt in eine knifflige Situation, wenn Sie quasi für uns selbst einen Vorschlag erarbeiten muss. Diese Frage können wir heute mit Überweisung oder Nichtüberweisung klären. Was das Inhaltliche betrifft, hat Philip Brunner mehr oder weniger alles gesagt. Martin Stuber bedankt sich noch für die aufschlussreiche Statistik. Das war wirklich sehr interessant und hilft sicher dem Einen oder Anderen bei der Beschlussfindung. Wir werden also diesen Vorstoss nicht überweisen.

Irène **Castell-Bachmann** betont, dass sie und Martin Pfister an der Überweisung festhalten. Ziel ist wirklich die Straffung der parlamentarischen Sitzungen. Es geht keineswegs um irgendeinen Abbau unserer parlamentarischen Rechte. Die Straffung der parlamentarischen Sitzungen ist im Interesse aller. Es geht auch nicht um Schuldzuweisungen bezüglich Vergangenheit, sondern wirklich um die speditive Zukunft. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.

Martin **Pfister** weist darauf hin, dass sich Irène Castell-Bachmann inhaltlich bereits genügend geäussert hat. Da nun aber die SVP-Fraktion die CVP-Fraktion ins Spiel bringt, ist der Votant als Fraktionschef gefordert, noch eine Antwort zu geben. Er geht davon aus, dass jedes Parlamentsmitglied einen Vorstoss als genügend wichtig erachtet, um ihn einzureichen. In diesem Sinn ist es Geschmacksache, ob ausgerechnet CVP-Interpellationen überflüssig sind oder nicht. Unser Vorstoss richtet sich nicht gegen eine Partei, sondern bemüht sich, das System zu straffen. Und wenn Philip Brunner unseren Vorstoss gelesen hätte, würde er auch sehen, dass es darum geht, einem Mangel in der Geschäftsordnung zu beheben. Dort heisst es nämlich unter § 40, dass der Inhalt von Interpellationen eingeschränkt ist. Aber es wird nichts darüber ausgesagt, was man machen soll als Parlament, wenn der

Inhalt sich nicht an diesen Paragrafen hält. Bei Motionen und Postulaten hat der Rat die Möglichkeit, sie nicht zu überweisen, bei Interpellationen fehlt ein solches Mittel. Wir erachten es als richtig, wenn man ein solches Mittel schafft. Es zu schaffen, haben wir uns bemüht, indem wir eben gerade nicht die Rechte der Parlamentarier einschränken, indem sie alle Fragen stellen dürfen und diese auch bei Nichtüberweisung beantwortet werden. Aber es setzt einen Anreiz für eine effizientere Ratsdebatte. Vielen Dank, wenn Sie das unterstützen.

Stefan **Gisler**: Was Sie hier jetzt eben erleben, ist eben keine Straffung des Parlamentsbetriebs. Denn was nachher passieren wird, ist dass wir zweimal über Interpellationen sprechen werden. Das erste Mal bei der Überweisung, wie wir es jetzt mit dieser Motion machen. Und das zweite Mal dann, wenn Sie überwiesen worden ist, noch in der Ratsdebatte. Damit man dann nicht zu kurz kommt, weil man zur nicht überwiesenen Interpellation nicht mehr Stellung nehmen kann, werden wir dann schon beim Überweisen eine inhaltliche Debatte führen. Das kann ja nicht der Sinn einer Straffung sein! Zudem hält der Votant daran fest: Die Interpellationen sind unser demokratisches Mittel zur Kontrolle der Regierung. Er verwendet sich dagegen, dass dieses Mittel den Parlamentariern aus der Hand genommen wird, dass eine Mehrheit bestimmt, ob nun eine Interpellation der CVP nützlich ist oder unnütz. Das kann nicht der Sinn des Parlaments sein. Jeder Einzelne soll das Recht haben, der Regierung Fragen zu stellen. Stefan Gisler appelliert dabei auch an ein gewisses Augenmass bei Interpellationen.

Philip C. **Brunner** dankt Stefan Gisler für sein Votum. Der Votant hat sich vielleicht etwas zu wenig klar ausgedrückt. Die Effizienz liegt in der Selbstverantwortung der Parlamentarier und eben auch der Fraktionschefs. Niemand ist gegen Effizienzsteigerung. Aber Philip C. Brunner wehrt sich gegen eine Kastrierung dieses Parlaments. A propos Effizienz: Der Regierungsrat hat am 16. März 2010 in der Vorlage Nr. 1873 – 13237 diese Frage eigentlich sehr klar beantwortet. Und wir sind seither zur Erkenntnis gekommen, dass vermutlich die Änderung von § 40 der entscheidende Punkt ist. Der Votant und seine Fraktion empfehlen dem Parlament, sich nicht selber zu kastrieren.

➔ Der Rat beschliesst mit 41:27 Stimmen, die Motion zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat zu überweisen.

117 Motion von Franz Hürlimann betreffend Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug

Traktandum 2 – Franz **Hürlimann**, Walchwil, hat am 5. April 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2033.1 – 13728 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

118 Motion von Manuel Brandenberg und Thomas Wyss betreffend Einreichung einer Standesinitiative

Traktandum 2 – Manuel **Brandenberg**, Zug, und Thomas **Wyss**, Oberägeri, haben am 19. April 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2042.1 – 13747 enthalten sind.

Daniel Thomas **Burch** stellt im Namen der FDP-Fraktion den Antrag, diese Motion nicht zu überweisen. Dies nicht, weil die FDP ihre Meinung bezüglich EU-Beitritt geändert hätte. Um es klar zu stellen: Die FDP ist für die Weiterführung und die Vertiefung der bilateralen Verträge und ist gegen einen EU- oder EWR-Beitritt. Warum sind wir gegen Überweisung dieser Motion?
1. Bei dieser Motion handelt es sich nicht um ein kantonsspezifisches Anliegen und auch nicht um ein besonderes Anliegen unseres Kantons. Wir sollten unsere Verwaltung nicht mit Motionen und Vorstössen unnötig beschäftigen, und gerade dann nicht, wenn diese Begehren aussichtslos sind.
2. Seit 2003 wurden im National- und Ständerat insgesamt acht analoge Vorstösse eingereicht. Der erste am 8. Mai 2003 von Christoph Blocher, der letzte am 7. März 2011 von Maximilian Reimann. Alle Vorstösse wurden abgelehnt, auch die analoge Standesinitiative des Kantons Schwyz vom 11. Mai 2006. (Der Mai macht offenbar nicht immer alles neu!)
Der Bundesrat hat das Beitrittsgesuch nach dem EWR-Nein von 1992 eingefroren. Das ruhende Beitrittsgesuch belastet die bilateralen Verhandlungen in keiner Weise. Ein Rückzug brächte der Schweiz auch keinen Nutzen, sondern würde unnötigen Erklärungsbedarf gegenüber dem Ausland erwirken.
3. Machen wir uns nicht lächerlich! Nachdem der Kanton Schwyz mit dem identischen Anliegen beim Bundesrat sowie im National- und Ständerat gescheitert ist, würden wir uns nur lächerlich machen. Das können wir uns ersparen.
Bitte überweisen Sie diese Motion nicht!

Thomas **Wyss** hält fest, dass es wirklich wichtig ist, dass diese Motion überwiesen wird. Er möchte das mit drei neuen Argumenten begründen. Wir haben in unserer Motion begründet, weshalb wir glauben, dass es sinnvoll ist, dass die Schweiz ihr Beitrittgesuch zurückzieht. Auch wer an den Bilateralen III ist interessiert ist, muss ein Interesse daran haben, dass die Schweiz das Beitrittsgesuch zurückzieht.
(Die Vorsitzende unterbricht den Votant und bittet ihn, nur zur Überweisung und nicht schon zur Standesinitiative selbst zu sprechen.)
Der Votant betont, auch Daniel Thomas Burch habe begründet, weshalb man nicht überweisen solle. Er muss ja auch inhaltlich begründen können, weshalb man überweisen soll. – Es ist wichtig, dass Zug sich mit dieser Initiative in Bern meldet, auch mit Blick auf die Problematik NFA, die wir alle kennen. Und es ist auch wichtig, dass Zug gegenüber den eigenen Firmen deutlich macht, dass klar ist, wie das weitergehen soll. Es trägt auch zur Rechtssicherheit bei, wenn man klar wissen würde, dass das Beitrittgesuch nicht vorhanden ist.

Manuel **Brandenberg** möchte vorausschicken, dass er nicht hofft, dass er eine Interpellation zu diesem Thema einreichen muss, wenn diese Motion nicht überwiesen wird. Denn momentan wird ja die Interpellation noch zu Bericht und Antrag überwiesen. Und er würde sich vorbehalten, das morgen zu tun.

Jetzt möchte er aber doch auch noch einige grundsätzliche Dinge zu dieser Standesinitiative sagen. Daniel Thomas Burch hat gesagt, die FDP wolle nicht beitreten, das sei völlig klar. Gleichzeitig sagt er aber, die FDP sei dafür, dass das Beitrittsgesuch in die EU dort bleibt, wo es ist, in Brüssel bei der EU. Jetzt soll dem Votanten einer erklären, warum da eine Logik bestehen könnte. Die Schweiz ist ja so auch als Verhandlungspartner nicht ernst zu nehmen. Wenn jemand in Brüssel verhandelt und sagt: Wir wollen nur Bilaterale. Gleichzeitig weiss Brüssel, dass man beitreten will. Da wird doch anders verhandelt, als wenn man weiss, die Schweiz will nicht beitreten. Es geht doch hier auch um die Glaubwürdigkeit. Man sollte doch auch das tun, was man schreibt und sagt, und deshalb auch diese Motion für eine Standesinitiative. Daniel Thomas Burch kommt dem Votanten vor wie jemand, der einen Heiratsantrag macht und dann diesen Antrag gutgeheissen erhält von der Braut und sich dann weigert, das Standesamt anzurufen, damit es einen Termin gibt. Irgendeinmal wird die Braut sehr wütend werden. Und wir wollen ja alle hier die Europäische Union nicht wütend machen, sondern als Verhandlungspartner ernsthaft sein. Und zu dieser Ernsthaftigkeit gehört es auch, dieses Gesuch zurückzuziehen. Dann weiss der Partner, woran er ist. Also bitte, überweisen Sie diesen Vorstoss, damit es morgen keine Interpellation in dieser Sache gibt.

Heini **Schmid** meint, die Ausführungen von Manuel Brandenberg zeigten auf, dass wir gut beraten sind, solche Motionen nicht zu überweisen. Wir diskutieren hier ein Bundesthema, ein internationales. Der Zuger Bezug ist dem Votanten völlig schleierhaft. Wir sind gut beraten, hier solche Sachen nicht zu überweisen. Er möchte sich hier nicht als Bundespolitiker gerieren.

Philip C. **Brunner** meint, es sei eine sehr ernsthafte Geschichte, was wir hier diskutieren. Es scheint, dass zumindest die Hälfte dieses Parlaments den Zusammenhang mit Zug nicht sieht. Wir profitieren ausserordentlich durch dieses Andersartigsein hier in Zug. Und was für Zug gilt, gilt für die Schweiz in Europa, und was für Europa gilt, gilt wiederum entsprechend gegenüber dem Rest der Welt. Deshalb ist es ein sehr zugerisches Thema. Diese Ernsthaftigkeit vermisst der Votant, indem man sagt, ja das ist Bundespolitik und es ist ja auf die Mühle der SVP. Hier geht es um eine zutiefst zugerische Frage. Deshalb muss der Kanton Zug diese Standesinitiative ergreifen und dieses Gesuch zurückholen. Und Philip C. Brunner ist nicht ganz einverstanden, wenn die Präsidentin jetzt versucht, hier die Diskussion einzudämmen. Wir haben vorher über 100'000 Franken über eine Pille in die zugerische Volkswirtschaft, eine Plazebopille, mindestens eine Stunde diskutiert. 100'000 Franken hin und her. Und da wurde auch nicht beklagt, dass das nicht ernsthaft sei. Wenn allein die Frankenabwertung in den letzten paar Monaten unsere Industrie Milliarden gekostet hat, sind diese 100'000 Franken ja wohl lächerlich. Also überlegen Sie sich bei einer Frage, bei der es um sehr viel geht für den Stand Zug und die sehr ernsthaft ist, sehr gut, wie Sie abstimmen!

Thomas **Lötscher**: Wir sind uns ja gewohnt, dass die SVP das Thema EU bewirtschaftet. Ausser der SVP interessiert sich hier kein Mensch für die EU, weil ein EU-Beitritt überhaupt nicht zur Diskussion steht. Aber es geht hier darum, und das hat Daniel Thomas Burch ganz klar und deutlich gemacht, dass eine Standesinitiative des Kantons Zug nicht *so* viel bewirkt. Weil das thematisch bereits abgehandelt wurde. Es bring also überhaupt gar nichts. Übrigens bedankt sich der Votant beim

Rat ganz herzlich, dass er beim vorherigen Traktandum die Motion von Martin Pfister und Irène Castell überwiesen hat. Denn wenn wir den Profilierungsneurotikern in diesem Rat irgendwann mal gewisse Grenzen setzen wollen, dann geht das nur damit.

Manuel **Brandenberg** möchte noch etwas zu Thomas Lötscher sagen. Das macht tatsächlich Sinn, diese Standesinitiative. Bitte nehmen Sie das etwas ernster! Das ist ein verfassungsmässiges Recht, dass ein Kanton eine Standesinitiative einreichen kann zuhanden der Bundesversammlung. Und Heini Schmid, insofern können Sie in diesem Kantonsrat immer auch Bundespolitik machen. Das ist das Instrument dazu. Und aus unserer Sicht ist es wichtig, dass diese Frage geklärt wird. Der Votant möchte den Rat bitten, doch wenigsten zu überweisen, damit es erstens keine neue Interpellation gibt, die diesen Ratbetrieb dann wieder belastet, und zweitens auch eine Äusserung des Regierungsrats gibt, wie er zu dieser Standesinitiative steht. Das ist doch interessant, schriftlich zu erfahren, was die Regierung von diesem Vorstoss hält. Bitte behandeln Sie das ernsthafter! Sie können auch, zumindest für vier Jahre, die Profilierungsneurotiker in diesem Rat nicht abstellen, wenn Sie jedes Mal diese Nichtüberweisung beschliessen. Sie können 20-mal einen Nichtüberweisungsantrag stellen, die Neurotiker werden 21-mal wieder einen Antrag einreichen.

➔ Der Rat beschliesst mit 46:16 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

119 Motion von Pirmin Frei betreffend kein Zuger Dach ohne Sonnenenergie-Nutzung

Traktandum 2 – Pirmin **Frei**, Baar, hat am 20. April 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2043.1 – 13749 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

120 Motion von Cornelia Stocker und Maja Dübendorfer Christen betreffend Änderung der Gebührenordnung des Kantons Zug

Traktandum 2 – Cornelia **Stocker**, Zug, und Maja **Dübendorfer Christen**, Baar, haben am 21. April 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2044.1 – 13752 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

121 Postulat der Alternativen Grünen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Ausstieg aus der Atomenergie jetzt!

Traktandum 2 – Die **Alternative Grüne Fraktion** und die **SP-Fraktion** haben am 11. April 2011 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2035.1 – 13730 enthalten sind.

Werner **Villiger** weist darauf hin, dass die Ereignisse im japanischen Kernkraftwerk Fukushima innenpolitisch zu einem veritablen Chaos geführt haben. Zahlreiche Politiker aus fast allen Parteien überbieten sich derzeit mit Ausstiegsszenarien aus der Kernenergie. Kaum jemand stellt indes neben der Frage der Sicherheit die Fragen nach der Versorgungssicherheit und den künftigen Energiekosten. Das Postulat der vereinigten Linken liegt genau auf dieser Linie. Die im Postulat aufgeführten Forderungen gehen der SVP-Fraktion daher viel zu weit. Denn ein politisch motiviertes Abschalten hätte schwer abschätzbare Auswirkungen auf den Strompreis – und das können wir so nicht akzeptieren. Selbstverständlich sind aus unserer Sicht alle Optionen zu prüfen, das heisst auch der Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke und die Ausstiegsszenarien. Beides jedoch mit den entsprechenden Konsequenzen. Die gleichen Kreise, welche jetzt vehement und unverzüglich aus der Kernenergie aussteigen möchten, propagieren die radikalsten CO2-Reduktionen. Die ambitiösen Ziele sind ohne die CO2-freie Kernenergieproduktion gemäss Meinung des Votanten nicht zu erreichen. Schon gar nicht vor dem Hintergrund fossiler Grosskraftwerke als Ersatz für die bestehenden Kernkraftwerke. Hier existiert also ein offensichtlicher Zielkonflikt. Werner Villiger ist der Meinung, wer sich von der Kernenergie verabschieden will, muss konsequenterweise auch die Diskussion über Klimamassnahmen im Inland auf Eis legen. Wir von der SVP-Fraktion sind einstimmig der Meinung, dass dieses Postulat viel zu weit geht und deshalb nicht zielführend ist. Der Votant stellt deshalb den Antrag, dieses Postulat sei nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Martin **Stuber** weist darauf hin, dass es keine Motion ist, sondern ein Postulat. Und es ist wahrscheinlich so, dass sich die Regierung auch ohne Postulat Gedanken macht über dieses Problem. Und dieses Parlament hat sicher ein Interesse daran zu wissen, wie sich die Regierung in der gegenwärtigen Situation zur ganzen Frage stellt.
Was thematisiert das Postulat? Es geht darum, dass die grossen Elektrizitätsversorger in der Schweiz eigentlich dem Volk gehören. Sie gehören alle mehr oder weniger den Kantonen. Zum Teil gibt es noch private Anteile. Die Axpo gehört vollumfänglich der Öffentlichkeit. Und Sie wissen, dass es relativ intransparent ist, was diese Firmen machen. Der Hebel, dort Einfluss zu nehmen, läuft über den Verwaltungsrat. Und die Kantone sind im Verwaltungsrat vertreten. Von daher ist das Postulat sicher die richtige Form und auch der richtige Ansatz, um diese Frage hier im Parlament zu diskutieren. Der Votant hat auch Signale aus der Regierung erhalten, dass das etwas ist, was die Zuger Regierung sehr wohl beschäftigt. Sich auseinanderzusetzen, was man als Mitbesitzer der Axpo für eine Energiepolitik möchte, ist sicher Sache sowohl der Regierung wie auch des Parlaments. Deshalb möchte Martin Stuber den Rat bitten, dieses Postulat zu überweisen. Es ist eine wichtige Grundsatzfrage, und der Votant kann sich nicht vorstellen, dass die Öffentlichkeit verstehen würde, wenn der Zuger Kantonsrat dieses Postulat angesichts der Lage nicht überweisen würde.

➔ Der Rat beschliesst mit 37:23 Stimmen, das Postulat nicht zu überweisen.

122 Postulat der Raumplanungskommission betreffend Überprüfung der Ausnützungsziffer bei der Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) im Kanton Zug

Traktandum 2 – Die **Raumplanungskommission** hat am 8. April 2011 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2039.1 – 13742 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

123 Postulat von Daniel Abt und Beda Schlumpf betreffend Förderung von energietechnischen Gebäudeerneuerungen im Kanton Zug

Traktandum 2 – Daniel **Abt**, Baar, und Beda **Schlumpf**, Steinhausen, haben am 18. April 2011 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2041.1 – 13746 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

124 Interpellation der SP-Fraktion betreffend Legislaturziel 31a: Anpassung Richtplan mit Zonen für preisgünstige Wohnungen

Traktandum 2 – Die **SP-Fraktion** hat am 1. April 2011 die in der Vorlage Nr. 2034.1 – 13729 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

Baudirektor Heinz **Tännler** möchte zuerst einige allgemeine Bemerkungen machen. Richtig ist der Hinweis der Interpellantin, dass der Regierungsrat in seiner Strategie 2010 bis 2018 betreffend das strategische Ziel der Erhaltung eines attraktiven Wohn- und Lebensraums ein Legislaturziel wie folgt formuliert hat: Um vielfältige Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten zu schaffen, ist unter anderem das Angebot von preisgünstigen Wohnungen mit einer Anpassung des Richtplans mit entsprechenden «Zonen» und einer Revision des Wohnraumförderungsgesetzes zu erzielen. Dieses Ziel soll bis Mitte 2014 erreicht sein. So steht es in der im März 2010 veröffentlichten Strategie. Daraus abgeleitet hat der Regierungsrat am 14. September 2010 die Meilensteinplanung genehmigt, unter anderem mit Ziffer 31a, «Anpassung Richtplan mit Zonen für preisgünstige Wohnungen» und Federführung durch die Baudirektion. Bereits am 10. November 2010 haben sich Bauchefinnen und Bauchefs der Zuger Einwohnergemeinden und Baudirektion mit dem Legislaturziel auseinander gesetzt. Die Baudirektion will bis Mitte 2011 eine Arbeitsgruppe zusammen stellen, um Grundlagen zu erarbeiten. Nachdem am 7. April 2011 in Zug eine schweizerische Tagung zum Thema stattgefunden hat, werden die Resultate in die weiteren Abklärungen einfliessen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe erwarten wir spätestens 2013 in Form einer Anpassung des kantonalen Richtplans.

Der Richtplan wird Impulse geben, handeln müssen in erster Linie jedoch die Gemeinden mit ihren Zonenplänen und Bauordnungen.
Ein Legislaturziel ist im Übrigen eine politische Handlungsanweisung an den Regierungsrat und an die Verwaltung, sich aktiv mit einem Thema auseinander zu setzen. Dazu wurde auch eine Meilensteinplanung gemacht, um die mögliche Umsetzung zu konkretisieren. Das Legislaturziel bedeutet aber nicht, dass das fragliche Thema genau in der im Legislaturziel formulierten Weise angegangen oder umgesetzt werden muss. Es steht dem Regierungsrat frei, bei neuen Erkenntnissen oder veränderten Verhältnissen im Einzelfall anders vorzugehen.
Das Legislaturziel Nr. 31 ist insofern bereits umgesetzt, als das Wohnraumförderungsgesetz (Ziel Nr. 31b) geändert und Kredite von über 50 Mio. Franken bereitgestellt worden sind. Teilweise offen ist die raumplanerische Umsetzung, wie dies Ziel Nr. 31a verlangt.
Präzisierend ist vorerst festzustellen, dass mit «Zonen» Gebiete im Sinne der Richtplanung gemeint sind. Der Kanton Zug kann selber in seinem Richtplan keine gemeindlichen Zonen ausscheiden, sondern es geht um behördenverbindliche Vorgaben des Kantons, in diesem Fall an die Gemeinden. Die Begriffe ergeben sich aus den Artikeln 6 Abs. 2 und 14 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG) vom 22. Juni 1979 (SR 700). Der kantonale Richtplan soll somit über Gebiete Auskunft geben, wo preisgünstiger Wohnraum am ehesten in Frage kommt. Die Gemeinden werden danach in ihren grundeigentümerverbindlichen Zonenplänen die Vorgabe des kantonalen Richtplans umzusetzen haben. Eine solche Vorgabe des kantonalen Richtplans ist nach § 8 Abs. 1 Bst. c PBG ohne weiteres möglich, weil es dort heisst, der kantonale Richtplan lege behördenverbindliche Ziele insbesondere «für eine ausgewogene Entwicklung der Besiedlungen» fest. Preisgünstiger Wohnraum ist in Anbetracht des kantonalen Wohnraumförderungsgesetzes eines der kantonalen Ziele.
Zu den Fragen der Interpellantin
a) Steht der Regierungsrat immer noch hinter dem Legislaturziel 31a, Anpassung Richtplan mit Zonen für preisgünstige Wohnungen, die per 21. Oktober 2010 vom Regierungsrat verkündet wurden?
Ja, der Regierungsrat steht hinter dieser aus der Strategie 2010 bis 2018 abgeleiteten Massnahme als Legislaturziel 31a. Das Ziel ist bis Mitte 2014 zu erreichen.
b) Sind schon Ansätze vorhanden, wie dies umgesetzt werden könnte und falls Ja, wie sind die Ansätze?
Das Amt für Raumplanung ist beauftragt, eine Anpassung des kantonalen Richtplans vorzubereiten.
c) Ist hierfür schon ein Zeithorizont absehbar?
Ja, das Ziel ist bis Mitte 2014 zu erreichen, wie es in der Strategie 2010 bis 2018 in Bezug auf das Legislaturziel heisst. Wir setzen alles daran, die Richtplananpassung früher schon dem Kantonsrat zuzuleiten.
d) Sieht der Regierungsrat keinen Widerspruch mit seinem Legislaturziel 31a und der Ablehnung der SP-Motion, da sowohl die Zielsetzung der SP-Motion wie auch dasjenige vom Legislaturziel 31a vom Regierungsrat quasi das gleiche verlangen?
Nein, darin liegt kein Widerspruch, weil das Legislaturziel 31a eine Anpassung des kantonalen Richtplans meint, um den Gemeinden danach Anpassungen ihrer Zonenpläne und Bauvorschriften aufzutragen. Andererseits geht die SP-Motion vom 23. September 2008 dahin, dass die Gemeinden freiwillig einzelne Wohnzonen ganz oder teilweise dem gemeinnützigen genossenschaftlichen Wohnungsbau widmen können. Um das Ziel der Motion zu erreichen, wären die Gemeinden verpflichtet, die Veräusserung von Land in einzelnen Wohnzonen von vornherein ganz oder wenigstens zum Teil nur an genossenschaftliche Wohnbauträger zuzulassen.

Auf der einen Seite steht ein partnerschaftliches Modell, wie es in der Stadt Zug nun auf die Probe gestellt ist, auf der anderen Seite stünde die verstärkte staatliche Lenkung. Diese lehnen wir ab, weil sie nicht nur der Verfassung widerspricht, sondern auch keine Aussicht auf Erfolg besteht, weil die Veräusserung von Bauland nicht erzwungen werden kann. Genossenschaften könnten nicht darauf vertrauen, dank einer Anpassung des Zonenplans zu Land für preisgünstigen Wohnungsbau zu gelangen.

Hubert **Schuler** weist darauf hin, dass die SP-Fraktion durch das Aufzeigen der verschiedensten Schritte und bereits erfolgten Arbeiten sieht, dass die Regierung ihren Legislativzielen die entsprechende Ernsthaftigkeit widmet. Inhaltlich sind wir mit den Ausführungen einverstanden. Ein Wermutstropfen ist die Art und Weise der Sprache. Selbstverständlich lässt sich auch die SP-Fraktion belehren. Aber so schulmeisterhaft, wie diese Antwort ist, ist aus unserer Sicht nicht notwendig. Wir werden auf jeden Fall die weitere Arbeit der Baudirektion und der Regierung mit Interesse verfolgen.

Martin **Stuber** glaubt, dass diese Interpellation sicher sinnvoll war, das hat die Antwort gezeigt. Sie hat auch die Informationen geliefert, die wir für die 2. Lesung des PBG brauchen. Es ist auch interessant zu wissen, wie die Regierung da vorzugehen gedenkt. Was die AGF allerdings möchte ist, dass der Fahrplan ein wenig ehrgeiziger geschrieben wird. Das Problem ist wirklich sehr dringend. Darüber besteht wahrscheinlich inzwischen ein Mehrheitskonsens. Die Frage des preisgünstigen Wohnungsbaus im Kanton Zug ist wirklich brennend. Und von daher wünschten wir uns wirklich, dass wir nicht bis ins Jahr 2014 warten müssen auf Ergebnisse, sondern dass das schneller geht. Das liegt durchaus drin, wenn man schaut, wie das skizziert ist. Gas geben, Herr Baudirektor!

Karl **Nussbaumer** weist darauf hin, dass das Bestreben der SP mit dem Wohnraumförderungsgesetz unterstützt wird. Eine vorgeschlagene Regelung würde so weit in die privaten Rechte der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer eingreifen, dass das Verfassungsrecht verletzt wäre. Aufgrund dieser Antwort im Rahmen der PBG-Revision hat die SP-Fraktion nunmehr diese Interpellation eingereicht. Wir von der SVP-Fraktion sind der Meinung, dass es diese nicht gebraucht hätte.
Denn zutreffend ist, dass der Regierungsrat in seiner Strategie unter anderem das Legislaturziel, das Angebot von preisgünstigen Wohnungen mit einer Anpassung des Richtplans mit entsprechenden Zonen und einer Revision des Wohnraumförderungsgesetzes vorgesehen hat. Das Legislaturziel geht aber nicht soweit, wie es die Motion verlangt, nämlich dass einzelne Wohnzonen ganz oder teilweise dem gemeinnützigen genossenschaftlichen Wohnungsbau zugeteilt werden; damit wird eben in die Privatsphäre der Eigentümer eingegriffen. Dies wiederum würde zu einer verstärkten staatlichen Lenkung führen!
Das Legislaturziel ist mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz zum Teil schon umgesetzt. Der Kanton Zug kann selber in seinem Richtplan keine gemeindlichen Zonen ausscheiden; dies tun die Gemeinden. Was der kantonale Richtplan kann ist nur soviel, dass er darüber Auskunft geben kann, wo preisgünstiger Wohnraum am ehesten in Frage kommt. Erst dann werden die Gemeinden in ihren Grundeigentümerverbindlichen Zonenplänen die Vorgabe des kantonalen Richtplanes umzusetzen haben.

Die SVP Fraktion ist der Meinung, dass ein Legislaturziel eine politische Handlungsanweisung an den Regierungsrat und die Verwaltung ist, sich aktiv mit einem Thema auseinanderzusetzen. Es bedeutet aber nicht, dass das fragliche Thema genau gemäss Legislaturziel umzusetzen ist. Es steht dem Regierungsrat frei, bei neuen Erkenntnissen Anpassungen vorzunehmen. – Die SVP Fraktion dankt der Regierung, insbesondere dem Baudirektor, für die kompetente und schnelle Beantwortung dieser Interpellation.

➔ Kenntnisnahme

125 Interpellation von Kurt Balmer und Franz Hürlimann betreffend Verkehrsunfall auf der Autobahn N4

Traktandum 2 – Kurt **Balmer**, Risch, und Franz **Hürlimann**, Walchwil, haben am 15. April 2011 die in der Vorlage Nr. 2040.1 – 13744 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat acht Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

126 Postulat der FDP-Fraktion betreffend zuviel bezahlter NFA-Beiträge

Traktandum 9 – Es lieg vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1949.2 – 13657).

Thomas **Lötscher** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Erwägungen der Regierung nachvollziehen und deshalb auch den regierungsrätlichen Antrag unterstützen kann. Nichtsdestotrotz bleibt die NFA ein kompliziertes, undurchsichtiges Konstrukt, bei welchem die maximale Bereicherung einzelner Kantone Vorrang hat vor einer pragmatischen Lösung mit Augenmass. Der Kanton Zug darf nicht nachlassen in seinen Bemühungen, den Finanzausgleich auf eine faire Basis zu stellen. Dazu dann mehr unter Traktandum 12.

Stefan **Gisler** beginnt mit seinem cetero censeo zur NFA; es hat ja auch neue Ratsmitglieder hier im Saal. Die wahre NFA-Ungerechtigkeit ist eine kantonsinterne. Zugs Tiefststeuern ziehen steuerlich privilegierte Firmen und Reiche an. Diese verteuern das Leben in Zug und erzeugen eine immer höhere Ressourcenstärke. Letzteres führt zu den steigenden NFA-Kosten. Stossend ist dabei, dass genau diese Hauptverursacher aufgrund der Zuger Steuerpolitik, gemessen an ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, zu wenig zu diesem NFA-Beitrag beisteuern.
Der Bund hat anerkannt, dass die Haushaltsneutralität im Rahmen der NFA nicht gewährleistet ist. Und darum wird er auf Wunsch der Kantone 112 Mio. Franken in Form eines erhöhten Ressourcen- und Lastenausgleichs an die Kantone zurückzahlen. Der Bund hortet also das Geld nicht. Die Zuger Regierung stellt klar, wieso der Bund die Haushaltsneutralität nicht mittels Rückzahlungen an die Geberkantone herstellen will. Der FDP-Vorschlag wird als doppelte Strafe für die schwächeren Kantone bezeichnet. Er wäre somit sicherlich kein konstruktiver Beitrag gewesen

für ein gut eidgenössisches Miteinander. Mit ihren unablässigen NFA-Vorstössen schadet die FDP zunehmend dem Ruf von Zug. Diese lassen Zug nämlich als reichen Rosinenpickerkanton erscheinen, der einen nationalen Volksentscheid einfach nicht respektiert. Diesen Eindruck wollen Sie doch sicher nicht erwecken!
Erfreulich, dass der Postulant letztlich nicht mehr an der Erheblicherklärung festhält. Vielleicht hat er ja sein eigenes Votum zur EU-Standesinitiative der SVP sich selbst zu Herzen genommen und sich gesagt: Chancenlose Vorstösse sind nicht weiter zu verfolgen.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP-Fraktion hier ein grundsätzliches Votum bezüglich des NFA abgeben möchte. Es ist sehr interessant zu sehen, wie sich besonders die FDP mit Postulaten und Interpellationen gegen den NFA hervortut. Auf der Webseite von FDP Ständerat Rolf Schweiger kann man noch heute seine Worte vom 9. Oktober 2002 lesen: «...wird sich für den Kanton [Zug] mit Sicherheit eine andere Mehrbelastung als 110 Millionen ergeben. Sehr viel spricht dafür, dass diese Mehrbelastung kleiner sein dürfte.» Wie wir alle wissen, ist für 2011 ein Zuger NFA Beitrag von knapp 240 Millionen vorgesehen – also mehr als doppelt soviel, wie Rolf Schweiger noch 2002 erwartete.
Ähnlich wie die Schweiz in der EU-Frage haben auch hier die Zuger Vertreter des kleinen, aber finanzstarken Kantons aus lauter Furcht vor einer materiellen Steuerharmonisierung schon zum vornherein kapituliert. Anstatt sich vehement gegen den NFA einzusetzen, hat man auf das Prinzip Hoffnung gesetzt und gehofft, dass der NFA nicht allzu hoch ausfallen würde. Nun hat man einen gültigen Volksentscheid zum NFA mit über 60 % Zustimmung, mit welchem der Kanton Zug noch über längere Zeit leben muss.
An diesem realen Beispiel zeigt sich, dass nur wer sich konsequent für die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit einsetzt, auch Erfolg haben wird. In diesem Sinne hofft der Votant, dass sowohl der Kanton Zug als auch die Schweiz – vor allem im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen über ein Steuerabkommen mit der EU – die entsprechenden Lehren gezogen haben.

Andreas **Hausheer** weist darauf hin, dass auch das dem FDP-Postulat zugrunde liegende Beispiel bestätigt, was der Votant hier schon im November 2008 gesagt hat. Dass nämlich der NFA eine Fehlkonstruktion ist, die so komplex ist, dass sie nur von einer Handvoll Leute durchschaut wird und darum nicht nur fehleranfällig, sondern tatsächlich auch fehlerhaft ist und eine Blackbox darstellt. Es müssen für die Finanzplanung Annahmen getroffen werden, die dann von einem Monat auf den anderen plötzlich über den Haufen geworfen werden müssen, weil beispielsweise entdeckt wird, dass in irgendeinem Kanton ennet dem Röstigraben mit den Nummernschildern VD anscheinend geschummelt worden sein könnte. Unser Finanzdirektor begibt sich entsprechend regelmässig auf einen finanzpolitischen Blindflug, der von aussen gesteuert wird und auf den er kaum Einfluss nehmen kann. Und nun sollen auch die 100 Millionen, welche die Geberkantone zuviel bezahlt haben, nicht an diese zurückfliessen, sondern nochmals an die Nehmerkantone. Wo ist da die Logik? Andreas Hausheer jedenfalls sieht sie nicht. Das Einzige, was wir letztlich tun können, ist es, dem Finanzdirektor verbale und psychologische Unterstützung zu geben, damit er und die anderen Geber nicht aufgeben und irgendeinmal in naher oder ferner Zukunft in Bern doch noch erhört werden.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte vorausschicken, dass es einen Ausgleich braucht. Wir haben auch im Kanton einen Finanzausgleich. Die Frage ist einfach das Ausmass. Wir haben mehrfach vorgebracht, dass der NFA falsch konstruiert sei. Das wurde in Bundesbern nicht aufgenommen. So bleibt uns heute nichts anderes übrig, als mit den verschiedenen Mechanismen, die im NFA bestehen, zu arbeiten und zu versuchen, die Parameter so zu stellen, dass sie für uns irgendwie vorteilhaft sind.
Der Finanzdirektor möchte aber gewissen Äusserungen widersprechen. Kapituliert hat niemand, seitens des Kantons nicht und auch nicht seitens unserer Bundesvertretung. Gerade aktuell, wenn man verfolgt, wie in der ständerätlichen Kommission jetzt der NFA debattiert wurde und welche Anträge gestellt wurden. Da sind ja eben gerade mehrere Anträge von unseren Zuger Vertretern eingebracht worden.
Der Kanton Zug ist ja nicht allein unterwegs, sondern wir haben immer versucht, über den Kanton Zug hinaus Allianzen zu bilden. Und diese bestehen ja im Bereich der Geberkonferenz. Der Kanton Zug hat das Präsidium und das Sekretariat dieser Geberkonferenz während sechs Jahren geführt und wir haben auf diesen Frühling hin das Präsidium und die Konferenz an den Kanton Zürich weitergegeben. Natürlich auch in der Absicht und der Meinung, dass ja der Kanton Zürich politisch und wirtschaftlich in der Schweiz eine grössere Bedeutung hat als der Kanton Zug. Von daher wird die Interessenvertretung im Bereich NFA sicher nicht nachlassen.
Weiter haben wir auch im Zusammenhang mit unseren Interessenvertretern in der national- und ständerätlichen vorberatenden Kommission vorgesprochen. Und um das Gewicht zu erhöhen, haben wir Delegationen bestimmt und sind jeweils in Vertretung der Zürcher Finanzdirektorin, des Genfer Finanzdirektors und des Zuger Finanzdirektors dort aufgetreten, um damit auch zu zeigen, dass alle eingebrachten Anliegen eben nicht nur Zuger Anliegen sind, sondern Anliegen vor allem der wirtschaftsstarken Kantone.
Zum Postulat muss der Finanzdirektor nichts mehr anfügen. Falls es gewünscht wird, kann er bei der Interpellationsbeantwortung noch weitere Ausführungen machen. Besten Dank für die Unterstützung unseres Antrags.

➔ Das Postulat wird bezüglich der Forderung der Einhaltung der Haushaltsneutralität teilerheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

127 Interpellation von Markus Jans betreffend die Installation von Sound Systemen zur Vertreibung von Jugendlichen beim Gewerblich-industriellen Bildungszentrum Zug

Traktandum 10 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1751.2 – 13654).

Markus **Jans** ist nicht unglücklich, dass diese Interpellation endlich beantwortet werden kann. Es sind doch jetzt schon beinahe 2½ Jahre verstrichen, und die Interpellation war schon lange traktandiert und immer wieder verschoben worden.
Auch für ihn ist es störend, wenn Vandalenakte geschehen und diese mit Drohungen, Verunreinigungen und Littering einhergehen. Kosten in der erwähnten Grössenordnung sind inakzeptabel und die Verursacher wenn immer möglich zu eruieren und entsprechend zu sanktionieren. Wir alle wissen, dass es dafür keine einfachen und schnellen Lösungen gibt. Das Gegenteil zu behaupten wäre nur populistisch.

Die spontane Idee eines Hauswarts der Berufsschule – so die Informationen des Votanten – ist einfach und gut und brachte den gesuchten Erfolg an diesem speziellen Ort. Seit der Einreichung der Interpellation scheint weder der Schulleitung noch dem Regierungsrat eine bessere Idee gekommen zu sein, als das Gerät weiterhin in Betrieb zu lassen. Dies erstaunt umso mehr, ist doch der Rektor der Berufsschule, Beat Wenger, bekannt dafür, dass mit viel Innovation und fortschrittlichem Denken Einiges erreicht werden kann und er dies im Alltag auch immer wieder unter Beweis stellt.
Zwischen den Zeilen ist deutlich zu lesen, dass die installierte Soundanlage auch den Regierungsrat nicht gänzlich überzeugt. Andere, vielleicht bessere Lösungen sind für ihn aber einfach zu teuer. Dabei setzt der Regierungsrat viel Geld in das Projekt «Zug zeigt Zivilcourage», und das ist auch gut so. Eine der Kernaussagen dieses Projekts ist, den öffentlichen Raum durch Präsenz sicherer (privater) zu machen, denn fehlende Präsenz führt zu Unordnung und letztlich zu rücksichtslosen Verhalten und zu Gewalt.
Mit der Installation von Soundsystemen auf öffentlichem Grund wird eine kurzfristige Lösung angestrebt. Aufgrund der fehlenden Präsenz ist dies aber keine nachhaltige Lösung. Die Stadt Zug ist sich seit Jahren den drängenden Problemen in diesem Quartier bewusst. Bereits vor zehn Jahren wurde deshalb eine Quartierentwicklung angestossen. Der Votant war daran mitbeteiligt. Quartierentwicklung ist kein Prozess, der sich innerhalb von wenigen Wochen oder Monaten realisieren lässt, sondern benötigt Jahre. Das Schulhaus Guthirt wurde zu einem Quartiertreffpunkt ausgebaut, ein Freizeitangebot für Kinder – die SPE – mit grossem Erfolg installiert, die schulergänzende Kinderbetreuung eingerichtet, ein Tagesheim eröffnet und viel in die die offene Jugendarbeit investiert. Die Stadt setzt also nicht auf Vertreibungspolitik, sondern auf Kooperation.
Der Erfolg ist langsam ersichtlich. Es braucht aber weitere Anstrengungen von allen. Hätte die Stadt Zug die gleichen Mittel wie die Gewerbeschule gewählt, könnte das Schulhaus Guthirt heute kaum mehr betreten werden, dann aus allen Richtungen würden die Schallwellen Menschen vertreiben. In diesem Sinne hat der Stadtrat bereits am 2. Dezember 2008 dem Regierungsrat eine Antwort auf die Installation der Soundanlage bei der Berufsschule zugestellt. Aus Sicht des Stadtrats von Zug sollen öffentliche Plätze und Anlagen für die Allgemeinheit in der Freizeit zugänglich bleiben. Würde das Beispiel bei öffentlichen Bauten Schule machen und sollten zusätzliche Gräte angebracht werden, würden die Jugendlichen aus weiteren öffentlichen Plätzen und Anlagen vertrieben. Dabei würde dann auch kein Unterschied mehr gemacht, ob sich die Jugendlichen auffällig verhalten oder nicht.
Weiter schreibt der Stadtrat: Es kann nicht sein, dass Jugendliche nach und nach vertrieben und ghettoisiert werden. Gegen Vandalismus, Littering und andere Ärgernisse in öffentlichen Anlagen sind andere Massnahmen zu ergreifen. Der Stadtrat kommt in erwähnten Schreiben zum Schluss, dass auf die Installation von Soundsystemen verzichtet werden soll. Es würde Markus Jans sehr freuen, wenn die Leitung der Gewerbeschule mit ihrem innovativen Rektor und der Regierungsrat betreffend die Installation von Soundanlagen eine ähnliche Sensibilität erreichen würde, wie das der Stadtrat von Zug skizzierte, und zukünftig auf die Installation von Soundsystemen verzichten würde.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass sich die Regierung in ihrer Haltung auf die bundesrätliche Antwort von 2007 auf eine Interpellation zum Thema Vertreibung von Jugendlichen durch Soundsysteme beruft. Diese Antwort zeigt aus Sicht des

Votanten ganz Anderes auf, als die Regierung nun aussagen will: Die Hochfrequenz-Beschallung im GIBZ wurde rechtswidrig angebracht und verletzt Grundrechte.
Zur Anbringung der Anlage. Die Regierung schreibt, es sei nicht nötig gewesen, sie über die Installation zu orientieren. Gemäss Bundesrat handelt es sich bei Soundsystemen um Anlagen im Sinne des Raumplanungsgesetzes, die nur mit behördlicher Bewilligung errichtet oder verändert werden dürfen. Erst im Nachhinein wurde jedoch eine Bauanzeige eingereicht. Stefan Gisler erwartet, dass dies künftig rechtsstaatlich abläuft.
Zur Vertreibung aus öffentlichem Grund. Die Regierung schreibt, es handle sich um keine Vertreibungspolitik, da nur ein Teil des Areals betroffen sei und eine Rechtsgüterabwägung ergebe, dass hier ein grösseres Interesse an einer Vertreibung bestehe. Doch der Radius ist nicht entscheidend. Tatsache ist, dass für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe pauschal der Zugang zu öffentlichem Raum eingeschränkt wird. Das ist eines Rechtsstaates unwürdig. Gemäss Bundesrat tangiert dies verfassungsmässig garantierte Grundrechte wie das Diskriminierungsverbot (Verfassungsartikel 8) sowie die Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit (Verfassungsartikel 10 und 11).
Auch sagt der Bundesrat, dass die kantonalen Behörden in ihrem Entscheid für eine Bewilligung berücksichtigen sollen, ob der Einsatz solcher Geräte aus jugendpolitischer Sicht Sinn mache. Und das tut es aus Sicht der AGF nicht. Der Votant will Schäden und Pöbeleien auf keinen Fall dulden und schon gar nicht herunterspielen – das geht nicht, das muss ein Ende haben. Doch eine pauschale Vertreibung *aller* Jugendlichen löst keine Probleme, sie verschiebt sie lediglich an andere Orte. Das ist nicht zielführend. Aus diesen Gründen fordert die AGF die Regierung auf, die Vertreibungsanlage zu demontieren, beziehungsweise darauf einzuwirken, dass dies die GIBZ macht. Sie soll ihr eigenes Konzept «Gemeinsam gegen Gewalt» ernst nehmen und auch in der GIBZ anwenden. Das ist der langwierigere und auch teurere Weg, mit echter Prävention und gezielter, statt nur flächendeckender Intervention die Probleme nachhaltig zu lösen. Aber es ist der richtige Weg. Die Stadt Zug fordert genau dies ein. Und wenn die Regierung schon beschallen will, dann vielleicht mit klassischer oder Ländlermusik – Letzteres wirkt garantiert. Ob zur Freude der Nachbarschaft, sei dann dahingestellt.

Werner **Villiger** hat jetzt sein Votum zum dritten Mal überarbeitet, aber es ist nicht besser geworden. Die Antwort des Regierungsrats ist sehr ausführlich ausgefallen und schildert im Detail die Ausgangslage und die Bemühungen der Schulleitung für andere Lösungen. Der Regierungsrat untersucht dann weiter in seinem Bericht und Antrag drei Varianten beziehungsweise Lösungsansätze. Die SVP-Fraktion ist nach längerer Diskussion um bessere Lösungen mit dem Fazit des Regierungsrats einverstanden und befürwortet einen weiteren, dosierten Einsatz des Geräts mit einem begrenzten Wirkungsbereich. Auch wir sind besorgt über die Intensität des Vandalismus und die hohe Gewaltbereitschaft der Jugendlichen. Wir haben diese Meinung auch immer kundgetan. Wir finden jedoch, aussergewöhnliche Situationen rufen nach aussergewöhnlichen Lösungen.

Thomas **Lötscher** hält fest, dass die FDP-Fraktion etwas irritiert war über diese Interpellation. Immerhin wurden die Fragen von der Regierung grundsätzlich gut beantwortet. Wir wünschten uns allerdings weniger vorauseilende Selbstbeschränkung beim Einsatz dieses unschädlichen Instruments gegenüber Störern, welche

notabene erst nach 23 Uhr zum Einsatz kommt. Bis hierher wäre somit alles in Ordnung und wir müssten uns gar nicht vernehmen lassen. Nun ignoriert aber Kantonsrat Jans die Fakten und schaltet auf stur. Dem ist entgegenzutreten.
Die Regierung legt dar, dass die Geräusche keineswegs gesundheitsschädlich sind. Sie sind lediglich störend. Markus Jans und Stefan Gisler wollen aber eine nicht näher spezifizierte sozialverträgliche Lösung – Ländlermusik ist dem Votanten etwas zu ungenau. Wen wollen sie denn schützen? Dem Bericht des Regierungsrats können wir es entnehmen: drohende, pöbelnde und fremdes Eigentum zerstörende Rüpel. Jugendliche, die in schulischer oder beruflicher Ausbildung stehen und am andern Morgen fit zur Arbeit oder Schule erscheinen sollten. Stattdessen lassen sie sich nach 23 Uhr noch volllaufen, lungern herum, bedrohen Passanten und richten für 60'000 Franken jährlich Schaden an. Damit treiben die linken Kantonsräte den Täterschutz zum Exzess. Das ärgert Thomas Lötscher umso mehr, als der Kanton in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Privaten im Rahmen des Projekts «Gemeinsam gegen Gewalt» grosse Anstrengungen zur Eindämmung der Jugendgewalt unternimmt. Für alle, die sich dafür engagieren, ist dies blanker Hohn.
Markus Jans wünscht eine sozialverträgliche Lösung. Dann soll er bei seiner Arbeitgeberin – der Stadt Zug – vorstellig werden. Sie ist für Ruhe und Ordnung zuständig. Würde sie diese Verpflichtung wahrnehmen, müsste nicht der Grundeigentümer die Passanten schützen. Oder noch besser: Als Leiter des städtischen Sozialamts könnte Markus Jans aktive Präventionsarbeit leisten.

Silvia **Thalmann** weist darauf hin, dass zwei Fragestellungen im Zentrum der Interpellation stehen. Ist die Installation des Soundsystems im GIBZ eine geeignete Massnahme? Hat der Kanton vor, weitere Soundsysteme zu installieren?
Die Verantwortlichen der GIBZ haben mit einer sehr zielgerichteten und äusserst effektiven Massnahme den Vandalenakten und Schmierereien auf ihrem Areal Einhalt geboten. Man stelle sich vor: Sieben Jahre lang wurde auf alle erdenkliche Weise versucht, von den Jugendlichen, die den Pausenplatz als Freizeittreffpunkt in Anspruch nehmen, ein anständiges Verhalten zu verlangen. Ohne Erfolg. Jährlich fielen Kosten für die Reinigungsarbeiten von 60'000 Franken an.
Gut, nicht alle Jugendlichen zeigen sich so resistent, Grenzen zu akzeptieren. Im Gegenteil: Die meisten Jugendlichen sind einsichtig, wenn man auf sie zugeht und ihnen im Gespräch die Folgen ihres Tuns aufzeigt. Was jedoch, wenn all dies zu nichts führt? Und das während Jahren?
Die Leitung der GIBZ hat es sich nicht leicht gemacht. Sie hat mit der nun getroffenen Lösung aufklare Weise signalisiert, dass sie die Zerstörungen und Verunreinigungen nicht mehr länger hinnehmen will. Zu Schaden kommt dabei niemand.
Die Darlegungen des Regierungsrats sind für die CVP nachvollziehbar. Einem Verbot von Soundsystemen können wir nichts Positives abgewinnen. Trotzdem möchten wir davor warnen, Soundsysteme als Allerheilmittel zu sehen, die jedes Problem, das wir in unserem Kanton mit Jugendlichen haben, zu lösen vermögen. Solche Anlagen dürfen deshalb nicht an jeder Hausecke montiert werden. Am Anfang muss immer das Gespräch stehen – dies gilt für die öffentliche Hand genau so wie für Private. Grenzen müssen gesetzt und anständiges Verhalten darf erwartet werden. In diesem Punkt sind wir alle gefordert. Die Kampagne «Gemeinsam gegen Gewalt» leistet dazu einen wertvollen Beitrag. Wir müssen uns vor Augen halten, dass es jeweils eine Minderheit ist, die unseren Unmut erzeugt und dass die grosse Mehrheit der Jugendlichen sich korrekt zu benehmen weiss.

Markus **Jans** kann mit allen Antworten sehr gut umgehen. Aber die persönlichen Angriffe von Thomas Lötscher haben hier nichts zu suchen. Es sind auch beleidigende Äusserungen, wenn er dem Votanten unterstellt, er stelle auf stur. Das ist sprachliche Gewalt und diese Form lehnt Markus Jans ebenso ab. Hier müsste man vielleicht auch überlegen, wie man etwas mitteilt. Wenn Thomas Lötscher tatsächlich den Äusserungen von Markus Jans zugehört hätte, hätte er gehört, dass er in diesem Votum sagte, dass sich die Stadt Zug seit längerer Zeit sehr einsetzt für eine Gewaltprävention und speziell auch im Quartier Guthirt grosse Anstrengungen unternommen hat, dass sich die Situation dort verbessert. In seiner Funktion war der Votant beteiligt an diesem Projekt und er leistet damit auch einen Beitrag, damit die Situation nicht weiter eskaliert. Es ist auch eine Aufgabe von uns allen, gegen die Gewalt klar Stellung zu beziehen. Das hat Markus Jans zu Beginn seines Votums sehr deutlich gesagt. Er wäre froh, wenn Thomas Lötscher solche Sachen in Zukunft unterlassen würde.

Philip C. **Brunner** fühlt sich durch die Debatte an diverse Diskussionen in Sachen Sicherheit im Zuger Gemeinderat erinnert. Er ist sicher weder politisch noch in anderer Beziehung mit Markus Jans in einem Boot, aber er muss schon sagen, dass man die Probleme in der Stadt Zug jetzt nicht einfach vom Berg runter ein wenig verniedlichen kann. Die sind konkret, und es sind auch Jugendliche aus anderen Gemeinden, die sich in der Stadt Zug aufhalten. Was wir uns als Stadtzuger wünschen, wären diverse Patrouillen der Polizei. Denn am Schluss können Sie Soundsysteme und Scheinwerfer installieren und die Leute mit Raketen erschrecken wie die Spatzen, aber schliesslich muss irgendjemand hinstehen. Markus Jans würde jetzt vielleicht sagen, man müsse Sozialarbeiter vorbeischicken. Da sind wir uns vermutlich nicht mehr ganz einig. Es muss Aufsicht sein, und man muss auch durchgreifen.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** ist für einmal Bildung-, Jugend-, Präventions- und Sicherheitsdirektor in einem. Ihm ist aufgefallen, dass Markus Jans eher die langfristige Optik, die Präventions- und Jugendarbeit erwähnte. Dagegen haben wir gar nichts, im Gegenteil. Gerade am GIBZ wird diesbezüglich gute Arbeit geleistet. Es ist aber nicht für alle Jugendlichen in der Stadt Zug verantwortlich. Primär für all jene, die dort zur Schule gehen. Und übrigens engagieren sich der Rektor und einige Lehrpersonen in den Respektpatrouillen im Rahmen dieser Gewalt-Präventionsarbeit. Man kann jetzt nicht das Eine gegen das Andere ausspielen. Dieses Gerät, das niemand eigentlich liebt, ist eine Sofort- und Schutzmassnahme, wenn es nicht mehr anders geht. Insofern ist es auch klar, dass es etwas schwer fällt, welche Variante man will von den drei, die wir aufgezählt haben. Dauernde Kameraüberwachung oder Securitas ständig vor Ort mit den entsprechenden Kosten oder das Akzeptieren von Schäden. Dazu mag sich niemand bekennen.
Zum Thema Sozialverträglichkeit. Sie müssen auch die andere Seite sehen! Wir suchen Lösungen, die für Lehrpersonen und Schüler, die dort zur Schule gehen, auch sozialverträglich sind. Und es gab halt Situationen mit Jugendlichen, die ausfällig geworden sind und wo wir eine Verantwortung für unser Personal und unsere Lernenden an der Schule haben.
Wenn diese Jugendarbeit in der Stadt Zug so gut wird, dass dieses Gerät nicht mehr nötig ist, dann ist der Volkswirtschaftsdirektor auch froh. Aber wir können diese Schäden nicht akzeptieren. Er ist froh, dass der Interpellant uns keine gene-

relle Strategie der Vertreibung unterstellt. Das ist ja wirklich das einzige Beispiel, das wir haben. Der Begriff Vertreibungspolitik stimmt hier nicht. Man fragt sich, wer dann nachts zwischen elf und morgens fünf Uhr dort vertrieben werden soll. Wenn es dann wirklich solche gibt, die sich dort unverdächtig aufhalten, so gibt es Räume rundherum, die Industrie 45, ein Jugendquartier, eine Jugendbeiz.

➔ Kenntnisnahme

128 Interpellation von Stefan Gisler, Vroni Straub-Müller und Martin Stuber betreffend Integration des Velofahrens in den Lehrplan 21 Sport und Bewegung in der Schule: Klare Ziele fürs Velofahren

Traktandum 11 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1968.2 – 13675).

Vroni **Straub-Müller** weiss, sämtliche anderen Fraktionen haben an der regierungsrätlichen Antwort keine Freude – macht nichts! Das Bundesamt für Strassen berichtet nämlich Alarmierendes: Innert nur zehn Jahren ist die Nutzung des Velos bei Kinder und Jugendlichen zwischen 6 und 20 Jahren um rund 50 % eingebrochen, bei Knaben und Mädchen, in allen Sprachregionen, auf dem Land wie in der Stadt und für alle Wegzwecke. Verkehrsinstruktoren berichten, dass Kinder immer schlechter Velofahren können, immer mehr Kinder werden zur Schule chauffiert, auch auf kurzen Strecken. Dadurch lernen die Kinder das Velofahren oftmals gar nicht mehr oder lernen es nicht sicher genug. Und Menschen, die als Kind nicht Velofahren, werden es auch als Erwachsene nicht tun. Deshalb soll die Sicherstellung der Kompetenz Velofahren im Lehrplan 21 verankert werden.
Und zwar im Verkehrskundeunterricht in der Regel durch die Polizei, als Anschauungsobjekt in diversen Fächern wie Physik, Ökologie, Mathematik, Gesundheit, als Fortbewegungsmittel auf dem Schulweg, als Integration, weil Kinder mit Migrationshintergrund das Velo möglicherweise erst in der Schule kennenlernen können.
An alle, die nachher in ihren Voten über diesen Vorstoss wettern: Es geht nicht darum, dass die Lehrpersonen den Kindern und Jugendlichen das Velofahren beibringen müssen, sonder darum, Velofahren in den Schulalltag zu integrieren, im Sinne einer Grundausbildung in Mobilität.

Zari **Dzaferi** hält fest, dass das Thema Velofahren bei der SP natürlich Unterstützung findet. Sie ist jedoch grundsätzlich dagegen, dass bereits jetzt jegliche Partikularinteressen in den Lehrplan 21 einfliessen. Das aktuelle Beispiel um die Integration des Velofahrens zeigt einmal mehr, wie sich die Schule in einem gesellschaftlichen Spannungsfeld befindet, auf welches die verschiedensten Wünsche, Hoffnungen und Erwartungen gerichtet werden.
Als Sekundarlehrer kennt der Votant die Debatte von der überforderten Schule, die sich jeglichen gesellschaftlichen Wünschen und Problemen zu widmen hat, nur zu gut. Auf der einen Seite fordert man eine Entschlackung des Bildungsauftrags, um Lernende, Lehrpersonen und Schulen zu entlasten. Auf der anderen Seite prasseln Woche für Woche neue Forderungen auf die Schule herab, die sie auch noch aufzunehmen habe. Wie z.B. den Umgang mit Pornografie im Internet, das Schulfach Glück oder aktuell eben das Velofahren. Hier stellt sich für Zari Dzaferi die Frage, welche Bereiche denn von den Eltern abgedeckt werden müssen.

Die Schule ist natürlich eine gesellschaftliche Institution, die für die Sozialisation des Individuums in die Gesellschaft geschaffen wurde. Daher sind solche Forderungen auch verständlich und immer wieder zu erwarten. Uns allen ist aber auch klar, dass nicht alle Anliegen umgesetzt werden können. Dafür reichen die Zeit, aber auch die Geduld und das Verständnis der Schülerinnen und Schüler nicht aus. Wo würde bei einer Integration des Velofahrens noch Platz für den Schwimmunterricht bleiben, der in einigen Gemeinden bereits heute nur mir Ach und Krach durchgeführt werden kann?
Die Debatte, die hier gerade geführt wird, ist absolut typisch für die Weiterentwicklung eines Lehrplans. Um den Lehrplan 21 jedoch im Gegensatz zu dem heutigen Lehrplan auch wirklich zu verbessern, müssen wir den Entwicklern zuerst einmal genügend Zeit lassen, um eine Grundlage zu erarbeiten – ohne ihnen dabei ständig neue Aufträge zu geben.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP der Meinung ist, dass die Wahl des Transportmittels grundsätzlich dem Bürger überlassen werden soll. Ob jemand von Zug nach Zürich mit dem Zug oder mit dem Auto fährt, sollte nicht durch den Staat bestimmt werden. Genauso ist es auch jeder Familie selbst überlassen, ob ihre Kinder mit dem Bus, mit dem Velo oder mit den Eltern im Auto zur Schule fahren.
Aus diesem Grund findet die SVP, dass die Integration des Velofahrens in den Lehrplan 21 nicht nötig ist. Das Erlernen und Praktizieren des Velofahrens liegt in der Verantwortung der Familie. Selbstverständlich sind wir weiterhin für die Verkehrsinstruktion durch die Polizei.
Besonders der starke Ausbau des öffentlichen Verkehrs hat dazu geführt, dass die Attraktivität des Velofahrens stark abgenommen hat. Es bewahrheitet sich also wieder einmal, dass ein neues Angebot auch ein neues Bedürfnis schafft. Hinzu kommt, dass der öffentliche Verkehr nicht nur direkt, sondern auch indirekt über die verbilligte Abgabe von ÖV-Abonnementen subventioniert wird. Auch hier müsste man sich überlegen, ob die Anreize, so wie sie heute gesetzt sind, wirklich die gewünschten Effekte erzielen.
Wie eingangs erwähnt, lehnt die SVP die Integration des Velofahrens in den Lehrplan 21 ab. Die Wahl der Transportmittel soll grundsätzlich dem Bürger überlassen werden.

Dominik **Lehner** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Sorge um die rückläufige Entwicklung der Velonutzung teilt. Als Schulleiter kämpft der Votant denn auch an vorderster Front gegen diese «Mama-Taxis» an. Doch wehren auch wir uns vehement dagegen, dass die Schule erneut zum Müllschlucker für gesellschaftliche Fehlentwicklungen wird. Oder haben Sie das Fahrradfahren erst im Sportunterricht erlernt? Man stelle sich ein Kind vor, das den Weg zwischen Spielkonsole und Schule nur mit dem «Mama-Taxi» zurücklegt und nun in einer Hand voll Lektionen das Fahrradfahren erlernen soll? Solche Kinder fit für den Zuger Strassenverkehr zu machen, ist eine Zumutung für Lehrpersonen und Polizisten. Es darf auch die Frage gestellt werden, wer die Fahrräder für diesen obligatorischen Unterrichtsteil bereitstellen wird? Wir brauchen keine weiteren Aufgaben für die Schule, sondern eine Rückbesinnung auf die schulischen Kernaufgaben und verantwortungsbewusste Mütter, Väter und Politiker, die mit gutem Beispiel voran fahren. Dominik Lehner windet an dieser Stelle unserem Landammann ein Kränzchen!

Bildungsdirektor Stephan **Schleiss** möchte für die grundsätzlich gute Aufnahme der Antwort danken. Zu den einzelnen Punkten nimmt er in aller Kürze Stellung. Vroni Straub beklagt den allgemeinen Rückgang des Velofahrens. Ausser Acht gelassen hat sie aber die Frage nach den Ursachen. Da haben die anderen Votanten die Regierung darin bekräftigt, dass der ÖV eine direkte Konkurrenz für das Velo ist.
Zari Dzaferi stellte die Frage nach dem Lehrplan. Die Regierung stützt seine Auffassung, dass Partikularinteressen in der Erarbeitung des Lehrplans nichts verloren haben. Der Bildungsdirektor möchte da auch kurz richtigstellen, wo wir uns da befinden. Letztes Jahr wurde die Vereinbarung unterzeichnet, dass wir bei der Erarbeitung mitmachen und auch mitbezahlen. Das ist jetzt am Laufen und wird im März 2014 abgeschlossen sein. Dann werden die kantonal zuständigen Stellen, im Kanton Zug der Bildungsrat, darüber befinden, welche Teile des Lehrplans integral oder teilweise übernommen werden. Diese Diskussion wird dann zu führen sein.
Zu Thomas Aeschi, der bekräftigt hat, die Verkehrsmittelwahl sei Sache der Erziehungsberechtigten. Das sehen wir auch so.
Insgesamt hat Stephan Schleiss den Eindruck gewonnen, dass wir in der Regierung auf dem richtigen Weg sind. Danke für die Unterstützung.

➔ Kenntnisnahme

129 Interpellation von Thomas Lötscher betreffend weiteres Vorgehen bezüglich NFA

Traktandum 12 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1970.2 – 13680).

Thomas **Lötscher** hat irgendwie erwartet, dass sich die Regierung der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet fühlt und keinerlei separatistische Ansinnen hegt oder unterstützt. Sie verhält sich damit sehr anständig. Vielleicht auch zu anständig. Die Bundesregierung nämlich unterstünde grundsätzlich auch der Rechtsstaatlichkeit und foutiert sich zuweilen recht schamlos darum. Der Votant erinnert an das leidige Zimmerberg-II-Thema. Trotz rechtsgültiger Volksentscheide werden wir von Bundesbern über Jahre am Laufmeter veräppelt. Vor diesem Hintergrund wäre es zumindest in Gedanken interessant, das Szenario des kollektiven Ungehorsams durchzuspielen, zumal mehr Geld von Zug nach Bern fliesst als umgekehrt. Thomas Lötscher bezweifelt, dass Ueli Maurer die Finanzdirektion mit einer Radfahrerkompanie belagern würde. Aber eben: Die Regierung bleibt ein staatspolitischer Musterschüler und hält es mit dem biblischen Gebot, auch die andere Wange hinzuhalten. Der Kanton Zug wird wohl bald die Hosen runterlassen müssen, weil ihm sonst die noch nicht verdroschenen Backen ausgehen.
Heute gebraucht der Votant sehr deutliche Worte, weil er sich als Zuger wie ein mittelalterlicher Reisender fühlt, der unter die Wegelagerer gerät: Wohl weiss dieser, dass nicht in Ordnung ist, was ihm widerfährt. Aber angesichts der Übermacht und der Waffengewalt kann er nur klein beigeben. Was bleibt, ist die Wut der Ohnmacht. Dass dies die Wegelagerer nicht interessiert, ist klar. Es bleibt zu hoffen, dass unsere Miteidgenossen eben nicht nur Neidgenossen sind und irgendwann eine andere Optik als jene der staatlich sanktionierten Wegelagerei einnehmen werden.

Die Interpellation hat aber noch eine weitere Komponente nebst dem aufrührerischen Element: In Frage 1 hat der Votant einen konkreten Vorschlag eingebracht, der auch unter Beachtung aller rechtsstaatlichen Regeln aktiv verfolgt werden könnte. Es geht darum, aus dem NFA-Ausgleich die gut situierten mittelständischen Kantone auszunehmen, sie finanziell zu neutralisieren. Sie würden weder zahlen noch erhalten. Sie bedürfen keiner finanziellen Solidarität. Die Zahlungen der Geberkantone könnten dadurch wesentlich reduziert und die Beträge für die reell bedürftigen Kantone vielleicht sogar erhöht werden. Auf diese Kernfrage ist die Regierung mit keinem Wort eingegangen. Hier erwartet Thomas Lötscher noch eine Antwort.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** bekräftigt, dass die Regierung nicht klein beigeben wird. Es ist manchmal bemühend, sich immer für die eigenen Interessen einzusetzen und dann doch keine grossen Erfolge einfahren zu können. Aber wenn man sich nicht einsetzen würde, wäre die Belastung des Kantons Zug wahrscheinlich noch grösser, als sie jetzt schon ist.
Der Regierungsrat hat sich in der Vernehmlassung und in verschiedenen Positions-Feststellungen immer wieder auch dahingehend geäussert, wie bei Frage 1 des Interpellanten ausgeführt ist. Dass man das Ausgleichssystem entsprechend korrigieren würde, dass man am unteren Pol stärker ausgleicht und dafür bei den Kantonen, die beim Ressourcenindex näher bei 100 sind, die Ausgleichssumme reduziert oder allenfalls ganz weglässt. Wir haben dies mehrfach vorgeschlagen und eingebracht, aber auch dies war nicht von Erfolg beschieden. Und wenn der Finanzdirektor an die ständerätliche Beratung in der vorberatenden Kommission erinnert, hat gerade Rolf Schweiger diesen Antrag eingebracht, indem er vorgeschlagen hat, dass man den horizontalen Finanzausgleich auf zwei Drittel des Bundesbeitrags festsetzen soll und dafür bei jenen Kantonen, die unter den 85 % Ressourcenindex sind, die finanzstarken Kantone die Differenz bezahlen, um auf diese 85 % zu kommen. Dieser Antrag ist auch abgelehnt worden. Es wird jetzt aber von Rolf Schweiger und der Minderheit auch im Plenum nochmals beantragt.
Gleich auch der Antrag von Ständerat Bieri, der beantragte, den vertikalen Finanzausgleich zum horizontalen auf 70 % festzusetzen. Der ist auch abgelehnt worden, wie auch ein Antrag von Ständerätin Anita Fetz, welche verlangte, dass Kantonen, die in der Steuerbelastung den Durchschnitt der finanzstarken Kantone unterbieten, der Ausgleichsbetrag gekürzt werden soll. Es waren mindestens drei Anträge gestellt worden, die alle abgelehnt wurden. Aber sie werden als Minderheitsantrag dann im Plenum nochmals gestellt. Das ist das Resultat der Beratungen zu Beginn dieser Woche. Der Ständerat ist in dieser Beratung einfach dem Bundesratsantrag gefolgt.
Wir haben uns immer schon positioniert. Wir haben ja ein Papier erarbeitet mit Positionen unserer Konferenz. Weil wir immer versuchen, das breit abzustützen. Wir haben mit diesem Papier *unsere* National- und Ständeräte und alle anderen finanzstarken Kantone *ihre* National- und Ständeräte bedient. Wir sind von der vorberatenden Kommission zu Hearings eingeladen worden. Aber der Grundtenor war überall, man habe den NFA jetzt eingeführt und sei nicht bereit, jetzt Änderungen vorzunehmen, sondern man wolle dran bleiben.
Wir sind aber auch noch in anderen Bereichen unterwegs, z.B. konnten auch Sie den Medien entnehmen, dass das vor allem Wasserzinsen und Konzessionen betrifft – da wurden in den Medien sehr grosse Beträge bis zu 20 Milliarden genannt, welche der Kanton Wallis erhalten solle für neue Konzessionsabgeltungen. Wir sind dem nachgegangen und haben über BAK Basel hier fundierte Berichte

und Stellungnahmen ausarbeiten lassen. Aber die Resultate sind immer so, dass es heisst, die Summen seien nicht so relevant, dass sie einen Einfluss hätten auf den Finanzausgleich. Wobei jetzt nach verlangter Aktualisierung doch scheinbar im Kanton Wallis die Summe, die im Jahr 2007 für Wasserzinsen auf 100 Millionen angenommen wurde, das Doppelte sei. Das sind grosse Summen. Bei der Gesamtsumme für die ganze Schweiz relativiert sich das aber wieder. Sie sehen, wir sind dran und versuchen zu schauen, wo es allenfalls noch Punkte geben könnte, um intervenieren zu können. Und entgegen dem vorherigen Votanten halten wir weder die zweite Wange hin noch lassen wir die Hosen runter.

Philip C. **Brunner** dankt Thomas Lötscher für seinen Mut, dass er diese Dinge mindestens bringt. Er macht sich überhaupt nicht lächerlich und der Votant wirft ihm auch nicht vor, dass er hier irgendeine neurotische Ader hat, um sich hier vorne mit dem NFA zu produzieren. Er würde ihm vorschlagen, dass wir das Mittel, das uns zur Verfügung steht als Kanton, einsetzen, und vielleicht gemeinsam eine Standesinitiative machen. Hoffentlich würde diese dann durchkommen. Denn die FDP und Thomas Lötscher haben völlig Recht, dieses Thema brennt der Bevölkerung unter den Nägeln. Und es wird jetzt auch auf die Wahlen hin interessant sein zu hören, was unsere Standesvertreter in Bern meinen. Die beiden genannten Herren waren ja beide für den NFA, im Gegensatz zur Zuger Bevölkerung, die das damals mit ungefähr 85 % Nein ablehnte.

Die **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass eine solche Standesinitiative bereits schon einmal gemacht wurde.

➔ Kenntnisnahme

130 Motion von Thomas Lötscher, Philippe Camenisch, Daniel Abt und Daniel Thomas Burch betreffend mehr Rechtssicherheit in Baubewilligungsverfahren

Traktandum 13 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1964.2 – 13721).

Thomas **Lötscher** hält fest, dass sich die Motionäre freuen, dass die Regierung den Bedarf für kantonal einheitliche Regelungen der Verfahrensfragen ebenfalls erkannt hat und in diesem Sinne aktiv werden will. Es entspricht einem zentralen Anliegen der FDP, bürokratischen Wildwuchs zurück zu stutzen. Dabei geht es nicht um die Schaffung rechtsfreier Räume sondern dank Vereinfachungen und Vereinheitlichungen um mehr Rechtssicherheit, effizientere und verständlichere Prozesse und letztlich günstigeres Bauen, was wir uns gerade im Kanton Zug über alle Parteien hinweg sehnlichst wünschen.
Andererseits sehen die Motionäre ein, dass ihre Forderung nach Einschränkungen der aufschiebenden Wirkung von Rechtsmitteln nicht realisierbar ist – aufgrund von übergeordnetem Bundesrecht. Wir können uns deshalb dem regierungsrätlichen Antrag anschliessen, diesen Teil unserer Motion nicht erheblich zu erklären.
Aufgrund des regierungsrätlichen Berichts wollten wir ursprünglich am dritten Anliegen, der Abschaffung der Baueinsprache, festhalten. Den Motionären geht es

mit dieser Forderung nicht um die Beschneidung demokratisch legitimierter rechtsstaatlicher Rechte, sondern um die Eindämmung missbräuchlicher und erpresserischer Einsprachen. Aus der ursprünglichen Antwort ging leider nicht hervor, dass die Abschaffung der Baueinsprache gegen Bundesverfassungsrecht verstossen würde. Ein zwischenzeitlich erfolgtes Gespräch mit dem Baudirektor hat hier Klarheit geschaffen und einen neuen Lösungsansatz aufgezeigt: Nebst der bereits zugesicherten Vereinheitlichung der Verfahren durch die Regierung könnten wir eine Motion einreichen, welche eine Gesetzesänderung verlangt, wonach in einem Beschwerdeverfahren gegen den Gemeinderatsentscheid nur jene Argumente und Einwände geltend gemacht werden können, die bereits im Baueinspracheverfahren formuliert wurden. Das Einbringen neuer Fakten wäre unzulässig. Damit kann gegen die verschleppende Salamitaktik vorgegangen werden. Dem Grundanliegen unserer Motion wird somit entsprochen.
Ergo werden wir an diesem Punkt nicht festhalten und stattdessen den Anträgen der Regierung vollumfänglich zustimmen. Die erwähnte und ergänzende Motion wird folgen.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass einmal mehr mit einem politischen Vorstoss suggeriert wird, dass jedes Baugesuch mit missbräuchlichen Einsprachen eingedeckt wird und die Baubewilligungsbehörden mutwillig und trölerisch die Verfahren in die Länge ziehen. Und einmal mehr wird ein untauglicher Vorschlag eingebracht, der viel Mehraufwand zur Folge hat, aber garantiert sicher zu keiner Beschleunigung führt.
Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die grosse Mehrheit der Baugesuche (geschätzte 80 %) erhält keine Einsprachen, die Baubewilligungsbehörden arbeiten sorgfältig und speditiv, und die Vorgabe von drei Monaten bis zur Bewilligung wird eingehalten. Bei den übrigen Baugesuchen sind die Gründe für die Verzögerung sehr unterschiedlich:
- Mängel beim Projekt, welche Überarbeitungen zur Folge haben
- Einsprachen mit und ohne Substanz
- komplexe baurechtliche Fragen

Welche dieser Ursachen welche Wirkungen zur Folge hat, weiss eigentlich niemand so genau. Wer also ernsthaft an einer Beschleunigung der Verfahren interessiert ist, sollte sich dafür einsetzen, dass diesbezüglich mal eine seriöse Untersuchung vorgenommen wird. Es ist nämlich nicht einmal seriös belegt, ob es tatsächlich mehr Einsprachen gibt als früher. Hier würde der Votant den Motionären anraten, vielleicht tatsächlich mal mit einem Postulat eine solche Untersuchung anzuregen. Das ist so ein typischer Fachhochschul-Forschungsauftrag, und da hätte man dann endlich mal Fakten, über die man nachher sprechen könnte.
Die Abtrennung des Einspracheverfahrens vom Baubewilligungsverfahren führt ganz sicher zu einer Verlängerung des Verfahrens. Das ganze Verfahren wird dann nämlich zweimal hintereinander durchgespielt, ein Effizienzgewinn ist dies sicher nicht. Wer dies nicht glaubt, kann sich ja nach den Erfahrungen im Nachbarkanton Zürich erkundigen.
Grundsätzlich stimmen wir dem Regierungsrat zu, diese Motion nicht erheblich zu erklären. Bedenken melden wir aber jetzt schon an gegenüber den Überlegungen zu neuen Regelungen des Verfahrensablaufs. Augenscheine werden heute schon nur sehr selten gemacht, aber hie und da sind sie zwingend und werden von den Gerichten auch eingefordert. Auch das Verbot eines doppelten Schriftenwechsels scheint uns unsinnig zu sein. Es gibt halt manchmal sehr komplexe Rechtsfragen, bei denen es durchaus sinnvoll sein kann, die Argumente nochmals auszutau-

schen. Übrigens: Die beste Möglichkeit, unnötige Einsprachen zu verhindern, wäre, dass Nachbarn rechtzeitig und konstruktiv miteinander sprechen würden.
Es hat in den letzten Jahren tatsächlich mehrere Bauprojekte gegeben, über welche in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert wurde und bei denen auf diesem Weg auf Bauherrschaft und Behörden Druck ausgeübt wurde. Solange wir in einem demokratischen Rechtsstaat leben, und Eusebius Spescha hofft, dass dies noch lange so sein wird, werden Sie mit noch so schönen Regelungen dies nicht verhindern können. Bauherren, welche rücksichtslos ihre Maximierungsinteressen durchsetzen wollen, sollen ruhig an den Pranger gestellt werden. Dies ist allemal leichter zu ertragen, als dass man als langjähriger Mieter mit bescheidenem Einkommen auf die Strasse gesetzt wird.

Heini **Schmid** beantragt im Namen der einstimmigen CVP-Fraktion, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen und die Motion im Sinne der Regierung teilweise erheblich zu erklären. Auch wenn unbestritten ist, dass mit dem Mittel der Baueinsprache viel Missbrauch betrieben wird, teilt die CVP die Ansicht der Regierung, dass falls weiterhin der Gemeinderat über Baueinsprachen zu entscheiden hat und somit nach der Erteilung der Baubewilligung noch ein zusätzliches Verfahren zu führen ist, es zu noch längeren und ineffizienteren Bauverfahren kommen wird – das haben ja auch die Motionäre eingesehen.
Falls aber die Einsprache von einer kantonalen Instanz zu beurteilen ist, würde dies die Entscheidkompetenz der Gemeinde sehr stark einschränken. Es wäre dann wohl gescheiter, gleich die ganze Baubewilligungskompetenz an den Kanton zu übertragen. Dazu fehlt aber der politische Wille. Somit bleibt nur der von der Regierung aufgezeigte Weg, nämlich durch einheitliche Verfahrensregeln ein straff geführtes Einspracheverfahren sicherzustellen.
Noch etwas zu Eusebius Spescha. Es hat den Votanten etwas komisch berührt, dass wenn ein Bauherr die ihm zustehende Baumasse oder Ausnützung konsumieren will, er als einseitiger Optimierer hingestellt wird. Grundsätzlich haben wir Baufreiheit und die in der Bauordnung und im Zonenplan zugewiesene Ausnützung steht dem Bauherrn zu. Klar ist ein Bauherr heutzutage gut beraten, nicht einseitig zu optimieren. Aber wenn er sein ihm zustehendes Recht ausnützen will, ist er noch nicht gleich moralisch abzuwerten.

Baudirektor Heinz **Tännler** möchte zuerst den Motionären und vor allem Thomas Lötscher danken, dass wir auch im Vorfeld dieser heutigen Sitzung das Gespräch führen konnten und auch betreffend Regierungsantrag Einigkeit haben. Er möchte deshalb auf die Differenzen zwischen Motionsbegehren und der Regierungsantwort nicht mehr weiter eingehen. Es wurde von Heini Schmid und anderen Votanten gesagt: Es geht um das formalisierte rechtliche Gehör und um seine Verletzung, um Zeitverzögerung usw. Es tut dem Baudirektor leid, wenn man mit der Antwort vielleicht nicht so ganz klar kam, aber er kam auch nicht so ganz klar mit dem Motionsbegehren, was eigentlich gewollt wird.
Zu Eusebius Spescha und der Regelung des Verfahrensablaufs. Das betrifft Buchstaben c der Antwort, wo der Regierungsrat sagt: Ja, das wollen wir machen, wir wollen den Verfahrensablauf in den Gemeinden stringent festlegen. Eusebius Spescha war Bauchef in Zug und hat seine Erfahrungen, aber da gibt es grosse Differenzen. Da muss man Zug vielleicht immer ein wenig ausnehmen. Hier ist man immer professionell gewesen und ist das heute noch, aber es gibt da in den Gemeinden schon allerhand. Das ist kein Vorwurf, sie haben diesen Spielraum

Aber es gibt solche, die nehmen ein Baugesuch entgegen, schauen es sich an und machen mal einen einfachen Schriftenwechsel. Dann stellen sie fest, man könnte noch einen zweifachen Schriftenwechsel machen, Replik Duplik. Und dann könnte man ja noch einen Augenschein machen, ob notwendig oder nicht notwendig. Das kommt immer mehr vor. Und am Schluss finden sie: Jetzt machen wir noch eine Einigungsverhandlung. Das gibt es und das verzögert natürlich das Ganze. Und für eine erste Instanz muss man noch nicht bis zum hinterletzten Detail gehen. Man muss die Akten zusammenhaben und einen Entscheid fällen. Hier gehört Stringenz hin, wir schränken hier nicht die Gemeindeautonomie ein. Sondern man muss sagen: Ihr nehmt das Baugesuch entgegen, es gibt einen einfachen Schriftenwechsel, Ende der Durchsage, Augenschein nur im äussersten Notfall, Einigungsverhandlungen allenfalls überhaupt nicht. Die kann man nämlich im Beschwerdeverfahren besser führen. Und dann wird entschieden. Wie auch immer das aussehen mag, aber hier ist das Begehren der Motionäre gerechtfertigt und man sollte das unterstützen.
Aussagen wie Maximierungsprojekte, missbräuchliche Erhebung von Einsprachen usw. sind auch nicht erhobene Äusserungen, dazu will Heinz Tännler nichts sagen. Aber eines hat Heini Schmid natürlich richtigerweise aufgeführt: Bewilligungsbehörde könnte der Kanton sein. Das muss man nicht belächeln. Wir haben ein wunderbares Anschauungsbeispiel in Baselland. Bewilligungsbehörde ist dort der Kanton und nicht mehr die Gemeinden. Das läuft alles elektronisch ab und ist natürlich sehr effizient. Supersache! Aber politisch zum heutigen Zeitpunkt kaum durchsetzbar.
Letzter Punkt: Eine Motion wird nachgeschoben. Der Baudirektor hat Verständnis dafür. Er wird sie gerne entgegennehmen. Das ist tatsächlich auch ein Punkt. Es gibt Fälle, da werden Akten, Argumente und Anträge zurückgehalten, das kann man. Und man sagt dann: Wenn wir das beim Regierungsrat nicht geltend gemacht haben, ist das ja eigentlich wurst, wir bringen es dann vor dem Verwaltungsgericht. Das sind eben Sachen, die zu Verzögerungen führen, zu weiteren Schriftenwechseln, Abklärungen und unnötigen Augenscheinen. Und was das Verfahren anbelangt, findet Heinz Tännler es richtig, dass eine solche Motion eingereicht wird und dieser Punkt auch geprüft wird.

➔ Die Motion wird teilweise erheblich erklärt, indem der Regierungsrat die Verfahrensfragen bei Einspracheverfahren ergänzend und einheitlich regelt; dies im Rahmen der bevorstehenden Änderung der Verordnung zum PBG. Im Übrigen wird die Motion nicht erheblich erklärt.

131 Verabschiedung des Standesweibels Paul Langenegger

Kantonsratspräsidentin Vreni **Wicky** weist darauf hin, dass der langjährige und allseits sehr geschätzte Standesweibel Paul Langenegger per Ende April 2011 aus dem Dienst des Kantons ausgetreten ist.
Lieber Paul und sehr geschätzte Doris Langenegger, heute bist du zum letzten Mal im Zuger Kantonsratssaal. Mir fällt die Ehre zu, dich wie folgt zu würdigen:
Der Regierungsrat hat dich ab 1. September 1977 als zweiten Hauswart der Liegenschaft Athene an der Hofstrasse gewählt. Der Regierungsrat hat dich dann am 25. Oktober 1983 unter 13 Bewerbenden ab 1. Januar 1984 zum Standesweibel erkoren. Da musstest du natürlich eine Uniform haben.

Eine ganz spektakuläre Laufbahn begann ganz unspektakulär. Erste prioritäre Bedeutung hatte die sofortige Anschaffung deines Ornats. Es liegt hier eine dreiseitige Offerte des Modehauses Schild vom 12. November 1983 vor, wonach der Uniformveston und die Uniformhose eine Einzel-Massanfertigung nach genauen Vorschriften ist, bestehend aus 55 % Trevira und 45 % Schnurwolle, mit dem ausdrücklichen Prädikat «pflegeleicht». Die Uniform musste eine Zigarettentasche enthalten, die Knöpfe das Kantonswappen. Jedes kleinste Teil war im Detail umschrieben: Die Taschen waren beispielsweise zwei Amerikanertaschen, 2 mm gesteppt, Beutel Nr. 12 mit Kniefutter – und so ging der Uniformbeschrieb seitenweise weiter. Ich überreiche dir dann dieses wertvolle Dokument zum Aufhängen in deinem Schlafzimmer.

Dann dein Pflichtenheft. Es liegt auch ein dein erstes, sehr detailliertes Pflichtenheft vor, das folgendermassen aussah:

- 7.00 Uhr Türen öffnen. Eingangsportal-Stiege wenn nötig wischen (im Winter Schnee wegräumen)
- 9.00 Uhr Füllarbeiten im Staatskeller
- 9.00 Uhr Pegelstand ablesen, «Wetterdienst»
- 14.-15.00 Uhr wieder Füllarbeiten
- 17.30 Uhr Gang auf die Hauptpost

und dann hörte der detaillierte Tagesablauf plötzlich auf.

Ein anderes Thema ist «Paul und die Medien». Nach dem Ornat und dem Pflichtenheft folgten die Medien auf dem Fuss. Deine mediale Präsenz erreichte im Kanton diejenige eines Federers international. Die Neue Zuger Zeitung schreibt am 24. Dezember 2004 in fetten Schlagzeilen: «Der meistfotografierte Mann in Zug». Er schaffte es am Weihnachtstag auf ein und derselben Seite: ein ganz grosses Foto mit ihm, vier mittlere Fotos mit ihm und 14 kleine Fotos – total auf einer einzigen Seite der Neuen Zuger Zeitung 19 strahlende Pauls.

Aus diesem Zeitungsartikel geht hervor, dass er über so viel Präsenz gelitten haben muss. So steht in der Zeitung: «Der Mann kann einfach nichts dafür – er muss zugegen sein.» Oder weiter: «Als sympathischere Form von Big Brother kommt er gar nicht darum herum, in unmittelbarer Nähe des Objekts der Begierde fotografiert zu werden.»

Eigentlich wolltest du alle diese Fotos entsorgen. Warum aber lagen sie dann dutzendweise in deinem Büro und bedeckten den ganzen Boden? Tut es weh, sie wegzustecken?

Zu deinem inhaltlichen Arbeiten im Kantonsrat. Du hast das Wesentliche deines beruflichen Wirkens selber in der Neuen Zuger Zeitung am 23. August 2006 umschrieben: «Ich benütze meine Ohren, um genau zuzuhören, meinen Mund, um mit den Menschen zu kommunizieren und mein Herz, um zu spüren, was sie bewegt.» So hast du im Kantonsrat gewirkt: Überall präsent, geistig hellwach, immer freundlich, alle Wünsche erfüllend. Kurz. Das Herz und die Seele dieses Rats. Das warst du während 27 Jahren. Du hast einen menschlichen und farbigen Kontrapunkt gesetzt. Eine junge Frau, die vor 33 Jahren neben deiner Tochter im Spital die ersten Lebenstage verbrachte, hat dich aufgrund der Medienfotos wie folgt charakterisiert: «Ein markanter kuscheliger Bär zum Gernhaben.»

Und dann 2001 das Attentat. Du hat dieses unfassbare Erlebnis knapp überlebt. Du bist sofort nach dem Attentat dagestanden. Du hast dich in der Begleitgruppe Attentat während Jahren mit übermenschlicher Kraft für viele beim Attentat Betroffenen eingesetzt. Du hast Wärme und Mitgefühl gezeigt und vielen unendlich Leidenden grossen Trost gespendet. Du bis zu einem Symbol gegen Gewalt geworden, ein Zeichen für Kraft und Zuversicht in die Zukunft oder wie eine Zeitung richtig schrieb: «Ein stiller Held von Zug».

Deine vielfältigen Tätigkeiten. Neben dem Beruf hast du dich als wahres Organisationsgenie bei bodenständigen, der Volkskultur nahen Anlässen gezeigt. Wer mag sich nicht an das unvergessliche Innerschweizer Schwing- und Älplerfest in Baar erinnern? Du hast als OK-Präsident wie ein Fels in der Brandung mit deinem herzlichen Lachen Hunderte von freiwilligen Mitarbeitenden zu einer perfekten Organisation zusammengeführt. Wer kann so viele Menschen freiwillig für eine so grosse Aufgabe mobilisieren ausser dir?

Kein Wunder, konnte der Zugerbieter am 3. Februar 2000 als ganz fette Schlagziele schreiben: «Angelangt am Ziel der Träume». Dann als halbfette Schlagzeile «Mit Glanz und Gloria wird Paul als Zunftmeister der Fröschenzunft regieren». Und ganz klein, aber fett: «Trotz Sünden für würdig befunden». Wer schafft es, in einer Zeitung drei verschieden fette Titel auf einer einzigen Seite zu erhalten, wobei die «Sünde» die kleinste Schlagzeile ist?

Dann wieder mit grossem Titel unter Lesebrief in derselben Ausgabe, um die politische Dimension auch deines Fasnachtswirkens aufzuzeigen: «Die CVP freut sich». Weiter: «Für vernünftig hält der Parteivorstand auch die Idee des Regierungsrats, zu Ehren der Wahl von Paul die Sitzungen der hohen Regierung während der Fasnacht nach Inwil zu verlegen, damit der Päuli länger schlafen kann. Zudem sind die Löwen vor dem Regierungsgebäude in Frösche umzuwandeln». Bei so viel Fröschenaufregung ist es verständlich, dass du bei dir zu Hause in den Fröschenteich gefallen bist und eine tüchtige Erkältung eingeholt hast. Was der genaue Grund dazu gewesen war, überlassen wir der Geschichtsschreibung und den Spekulationen.

Du warst auch Retter der neuen Bundesverfassung. Was gar niemand weiss, ist der Umstand, dass Paul Retter des Vaterlandes ist. 1999 fand die Volksabstimmung über die neue Bundesverfassung statt. Eine Gemeinde reichte bei der Staatskanzlei unzutreffende Resultate ein. Die Staatskanzlei versuchte krampfhaft, Mitglieder des Wahlbüros für eine Korrektur und Nachzählung zu erreichen. Zwecklos: Sie waren schon in den Sonntagsurlaub entschwunden. Pauli hingegen kannte zwei Frauen von Wahlbüromitgliedern. Er kontaktierte sie, das Wahlbüro wurde sofort reaktiviert und die neue Bundesverfassung gerettet.

Warum hat wohl die Staatskanzlei am 20. Juni 1992 beim 40. Geburtstag von Paul folgenden Sinnspruch kreiert?

2 x 20 Jöhrli jung
gsund und munter, enorm im Schwung
Hüener züchte, Chatze jage
als Fürwermaa gar nie verzage.

Paul, es trifft einfach zu! Aber unser aufrichtiger Dank geht nicht nur an dich. Er geht auch an deine liebe Gattin Doris. Wir können nur ahnen, wie oft sie auf Paul verzichten musste. Ohne ihre Unterstützung wäre Vieles nicht möglich gewesen. Wie heisst es doch so schön: «Hinter jedem erfolgreichen Mann steht eine starke Frau». Herzlichen Dank.

Zusammenfassend: Eine bewundernswerte Kultfigur verlässt die staatlichen Dienste. Der Alltag wird ein wenig grauer. Wir wünschen Euch lieber Paul und liebe Doris von Herzen alles Gute für das weitere berufliche und private Leben.

(Unter Applaus des Rats wird Paul Langenegger ein Blumenstrauss überreicht.)

Landammann Matthias **Michel** weist darauf hin, dass die Laudatio der Kantonsratspräsidentin, die im Namen von uns allen gesprochen hat, dein Wesen, deine Vielfalt, dein Wirken zeigt. All das nun würdig in einem Geschenk zum Ausdruck zu bringen, ist nicht ganz einfach. Es ist ein Geschenk des Kantonsrats und des Regierungsrats. Wir haben gesucht nach originellen Ideen und sind richtig standesgemäss geweibelt. Und zwar global. Wir haben das weltweite Netz www beansprucht und haben dann sinnigerweise unter dem Titel «Wunderbare Sachen» etwas Wunderbares gefunden. Es handelt sich um ein kleines Kunstwerk. Zum Ausdruck kommen sollen dein Ornat, deine Beweglichkeit. Wir haben den Tagesablauf gehört, der sich ja seither doch auch etwas geändert hat. Es ist kein staatliches, sondern ein explizit bewegliches und bewegendes Geschenk. Ausdruck davon, dass du immer in Bewegung warst und bist und uns auch immer bewegt hast mit deiner Gemütshaftigkeit.
Das Geschenk zeigt auch deine Dutzende von Verknüpfungen, Verwebungen. Du hast heute gesagt, du habest 350 Kantonsrätinnen und Kantonsräte erlebt und 1'000 Regierungsratssitzungen überlebt. Du hast Tausende von Fäden geknüpft und wir lassen jetzt dieses Geschenk einfach mal sachte nach vorne kommen. Du darfst ihm folgen.
(Eine grosse Marionette im Ornat des Standesweibels und mit den Zügen von Paul Langenegger wird nach vorne zum Rednerpult gebracht.)
Noch zwei, drei Worte der Künstlerin, welche die Marionette geschaffen hat. Wir haben ihr einige Fotos geschickt. Wir hatten ja einen grossen Fundus. Die Künstlerin hat der stellvertretenden Landschreiberin geschrieben: «Liebe Frau Spillmann, vor mir liegt Ihre umfangreiche Fotosendung. Der Kopf für die Marionette steht schon in den Anfangsstadien. Das ist ein noch ein ungeformter Klumpen aus spezieller Modelliermasse, Papier und Kleister. Gut schaut er aus, der Standesweibel, und eindrucksvoll. Mehr als ich zuvor vermutete, erwzingt er auch meine besondere Zuwendung. (Wenn Paul das von einer Frau hört, gefällt ihm das besonders. Zuerst natürlich von der eigenen.) Ich bin etwas im Zweifel, diese mit soviel Bedeutsamkeit im Inneren und im Äusseren behaftete Gestalt zur Zufriedenheit des Kantons Zug anfertigen zu können.»
Wir sind überzeugt, dass wir dem Anspruch der Künstlerin gerecht werden und ein würdiges Geschenk gefunden haben. Die Künstlerin hat dich erfasst, Paul, «eine mit so viel Bedeutsamkeit Inneren und im Äusseren behaftete Person». Das ist wunderbar, jemand, der dich nicht kennt und jetzt etwas für dich geschaffen hat. Unser Geschenk für dich.
(Unter Applaus des Rats nimmt Paul Langenegger die Marionette im Empfang.)

Paul **Langenegger**: Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin, liebe Vreni, ganz herzlichen Dank für deine Worte. Mir fehlen die Worte. Und wenn ich nichts mehr zu sagen habe, ist das schon etwas Besonderes. Sehr geehrter Herr Kantonsratsvizepräsident, lieber Martin. Hochgeachteter Herr Landammann, lieber Matthias, geschätzte Herren Regierungsräte, liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte, sehr geschätzter Herr Landschreiber, lieber Tino, geschätzte Stellvertreterin, liebe Renée, du machst das sehr gut. Geschätzter Protokollführer, lieber Guido, lieber Nachfolger Hanspeter, geschätzte Medienvertreter und – ganz speziell – liebe Doris. Vielen herzlichen Dank für die lobenden Worte.
Es ist mir fast peinlich, soviel Lorbeeren entgegen zu nehmen. Ich war gern Standesweibel. Ich glaube, man hat das auch gemerkt. Ich war mit Leib und Seele Euer Diener und habe die Wünsche von Euren Lippen gelesen. Es war mir nichts zuviel. Aber ihr habt mich – sei es die Regierung oder der Kantonsrat – immer unterstützt.

Ich habe eine einmalige wunderschöne Zeit während 27 Jahren und 4 Monaten erlebt. Es hat mich geprägt. Und diese Ehre, die Ihr mir in den letzten Minuten zukommen gelassen habt, hat mich sehr bewegt. Herzlichen Dank.
Ich möchte noch Eines sagen. Ihr dürft den Kanton als Politikerinnen und Politiker vertreten. Macht das, denn wir dürfen politisieren für den schönsten Kanton in der Schweiz – und ich für die schönste Gemeinde im Kanton Zug. Ich durfte an über 1'100 Sitzungen des Regierungsrats am Morgen die Regierung begrüssen, ihnen Mineralwasser und Kaffee servieren – am Schluss sogar Früchte, und es war immer ein sehr angenehmes, kollegiales Verhältnis. Ganz herzlichen Dank. Und über 320 Kantonsratssitzungen durfte ich Euch am Morgen die Türen öffnen, dass Ihr hier ordentlich politisieren konntet. Manchmal ist es auch Euch gelungen. Ich wünsche Euch zum Schluss alles Gute, vor allem meinem Nachfolger viel Glück für seine Aufgabe. Es ist eine interessante und wunderbare Tätigkeit. Herzlichen Dank für die grosse Ehre. Jetzt werde ich diesen Saal verlassen.
(Applaus des Rats)

Eine Delegation des Verbands der zugerischen Gemeindeweibel betritt den Saal und ihr Präsident Alex **Bieler** richtet folgende Worte an die Anwesenden:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Paul, der Verband der Zuger Gemeindeweibel und ihre Stellvertreter haben gestern in Unterägeri ihr 25-jähriges Bestehen gefeiert. Auch du hast an dieser Feier teilgenommen. Paul ist seit 25 Jahren in unserem Verband, er ist Gründungsmitglied und er war bei der Gründung in der vorbereitenden Kommission. Er hat massgebenden Anteil am guten Gelingen unseres Verbands. Leider musste uns Paul gestern vor der eigentlichen Generalversammlung verlassen, weil er in Baar an der Gemeinderatssitzung teilnehmen musste. Ich bin deshalb als Präsident des Weibelverbands in Begleitung meiner Amtskollegen, dem Zuger Amtsweibel Michel Duvaud und dem Baarer Gemeindeweibel Leo Truttmann hierher gekommen, um dir mitzuteilen, dass die Versammlung dich gestern mit grossem Applaus zum Ehrenmitglied ernannt hat. (Applaus des Rats)
Lieber Paul, ab sofort bist du Ehrenmitglied in unserem Verband. Das ist der Dank für deine langjährige Treue als Standesweibel und als Mitglied im Verband. Dank deiner vielen Auftritte im Ornat, die wir häufig auch in der Zeitung gesehen haben, hast du unserem Verband ein Gesicht gegeben. Dank dir wissen alle Zugerinnen und Zuger, was ein Weibel ist. Für dein Engagement möchten wir dir herzlich danken und dir ein kleines Präsent übergeben.
(Paul Langenegger dankt Alex Bieler unter Applaus des Rats.)

132 Nächste Sitzung

Donnerstag, 26. Mai 2011

Kanton Zug

Protokoll des Kantonsrates

9. Sitzung: Donnerstag, 26. Mai 2011
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 12.05 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

133 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Abwesend sind: Eusebius Spescha, Zug; Zari Dzaferi, Baar; Manuel Aeschbacher, Cham; Flavio Roos, Risch; Thomas Lötscher, Neuheim.

134 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Landammann Matthias Michel heute für die ganze Sitzung entschuldigt ist, weil er an der dritten nationalen Föderalismuskonferenz in Mendrisio teilnimmt.

135 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 5. Mai 2011.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
3. Kommissionsbestellung:

3.1 Übernahme von Forderungen aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung
(Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung, des Gesetzes betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung und des Steuergesetzes).
2047.1/.2 – 13763/64 Regierungsrat
(Mutmasslich Direktüberweisung an die Kommission für das Gesundheitswesen).

4. Kantonsratsbeschluss über die Auflösung des Konkordats betreffend die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft.
1991.5 – 13768 2. Lesung

5. Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons an Innovationsförderungsmassnahmen.
   2007.5 – 13769 2. Lesung
   2007.6 – 13774 Kurt Balmer
6. Änderung des Steuergesetzes – viertes Revisionspaket.
   2002.1/.2 – 13644/45 Regierungsrat
   2002.3 – 13750 Kommission
   2002.4 – 13754 Kommissionsminderheit
   2002.5 – 13755 Staatswirtschaftskommission
7. Kantonsratsbeschluss zum Austritt des Kantons Zug aus dem Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz vom 15. Dezember 2000 (PHZ-Konkordat).
   2019.1/.2/.3 – 13696/97/98 Regierungsrat
   2019.4 – 13745 Konkordatskommission
8. Gesetzesinitiative
   betreffend Wiedereinführung von Noten ab der 2. Klasse und
   Verfassungsinitiative
   für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten.
   1999.1 – 13638 Regierungsrat
   1999.2 – 13743 Kommission

Geschäfte, die an der Kantonsratssitzung vom 5. Mai 2011 traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten:

9. Interpellation von Barbara Gysel betreffend Steuerabzüge: Wer profitiert?
   1801.1 – 13044 Interpellation
   1801.2 – 13725 Regierungsrat

10. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend so genannter "Nahtstellendiskussion" auf der Oberstufe (Übergang von Sek I in die Berufsbildung).
    1969.1 – 13534 Interpellation
    1969.2 – 13741 Regierungsrat

---

11. Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anpassung der Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation.
    1863.1 – 13208 Postulat
    1863.2 – 13685 Regierungsrat

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Änderungsantrag zur Traktandenliste vorliegt. Barbara Gysel muss um 16.10 Uhr die Sitzung verlassen. Die Kantonsratspräsidentin beantragt, dass die Traktandenliste in dem Sinn umgestellt wird, dass Ziff. 9 der Traktandenliste mit der Beantwortung der Interpellation von Barbara Gysel an den Schluss genommen wird, somit hinter das Postulat von Franz Hürlimann. Dies hat faktisch zur Folge, dass das Geschäft heute nicht mehr behandelt werden kann. Ohne anders lautenden Antrag ist gemäss § 42, Satz 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats die Reihenfolge der zu behandelnden Geschäfte in diesem Sinn umgestellt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

136 Protokoll

➔ Das Protokoll der Vormittagssitzung vom 5. Mai 2011 wird genehmigt. – Das Nachmittagsprotokoll vom 5. Mai wird am 30. Juni 2011 genehmigt.

137 Übernahme von Forderungen aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung, des Gesetzes betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung und des Steuergesetzes)

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2047.1/.2 – 13763/64).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss Bürobeschluss vom 27. November 2003 aufgrund eines einstimmigen Entscheids der Fraktionsleiterkonferenz eine Direktüberweisung vom Regierungsrat an die Kommission für das Gesundheitswesen erfolgte.

138 Kantonsratsbeschluss über die Auflösung des Konkordats betreffend die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft

Traktandum 4 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 5. Mai 2011 (Ziff. 113) ist in der Vorlage Nr. 1991.5 – 13768 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 72:1 Stimmen zu.

139 Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons an Innovationsförderungsmassnahmen

Traktandum 5 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 5. Mai 2011 (Ziff. 114) ist in der Vorlage Nr. 2007.5 – 13769 enthalten. – Zusätzlich ist auf die 2. Lesung ein Antrag vom Kurt Balmer (Nr. 2007.6 – 13774) eingegangen.

Kurt **Balmer** weist darauf hin, dass für diesen Vorstoss zwecks Präzisierung in § 1 Abs 2 eigentlich folgende mündliche Zusicherung des heute leider abwesenden Volkswirtschaftsdirektors Matthias Michel ausschlaggebend war:
«Wenn Sie den Text lesen, so gibt es dort eine Zweckbindung, hohes Innovationspotential ist gefragt, Impulse, Einzelfälle, beschränkt auf diese zusätzlichen 200'000 Franken.»
Wohlgemerkt, wir reden hier nur über die zusätzlichen 200'000 Franken. Es liegt kein Antrag über den Grundbetrag von 100'000 Franken vor und es geht dem Votanten auch definitiv nicht um eine generelle zeitliche Beschränkung oder Ähnliches. Das erwähnte Zitat ist übrigens nicht aus dem Zusammenhang gerissen, sondern eine Stellungnahme zum Ergänzungsantrag mit dem Wort «ausnahmswei-

se» – und Kurt Balmer gibt der Regierung diesbezüglich völlig Recht. Die Formulierung «ausnahmsweise» sollte man als Gesetzes- oder Beschlusstext tunlichst unterlassen. Der Vorschlag ist aber eine Optimierung und erst noch eine Formulierung im Sinne des soeben erwähnten Zitats. Selbstverständlich – und in diesem Sinne präzisiert der Votant heute seinen Antrag – möchte er den ersten Teil des Satz von §1 Abs. 2 entgegen seiner schriftlichen Eingabe nicht ändern. Das lässt sich implizit auch aus der schriftlichen Begründung ableiten. Das heisst, es geht ihm lediglich um die Streichung von folgendem Passus: «Impulse für innovative Angebote zu geben oder (…)»
Der Vorschlag für die neue Bestimmung würde dann wie folgt lauten: *«Der Regierungsrat kann zusätzlich 200'000 Franken pro Jahr beschliessen mit dem Zweck, für den Wirtschaftplatz Zug in Einzelfällen Infrastrukturobjekte mit hohem Innovationspotential zu unterstützen.»* Genau im Sinne des regierungsrätlichen Votums.
Wenn man den Text des Beschlusses (Version 1. Lesung) genau prüft, stellt man fest, dass unnötigerweise zwei Auswahlvarianten präsentiert werden. Einerseits sind Impulse für innovative Angebote erwähnt und gleichwertig Infrastrukturobjekte mit hohem Innovationspotential. Wenn man die Bestimmung etwas grosszügiger auslegen will, so hätte man auch auf den zweiten Teil (Hohes Innovationspotential) verzichten können. Es bringt nichts, einfach in einem Beschluss einen zusätzlichen Einzelfall zu erwähnen, welcher schon durch den Grundtatbestand «innovative Angebote» abgedeckt ist. Wenn der Kantonsrat dieser Meinung war, so bringt die Formulierung nur unnötige Verwirrung. Selbstverständlich unterstellt Kurt Balmer der VD nicht, dass die Alternativformulierung «hohes Innovationspotential» lediglich aufgenommen wurde, um allfällige Gegner einer generellen Erhöhung der Innovationsförderung um 200'000 Franken zugunsten des Regierungsrats mit einem Lippenbekenntnis zu besänftigen. Jedoch stellt sich schon die Frage, wie der Kantonsrat bei Bestätigung des Textes 1. Lesung anlässlich einer Budgetdebatte gegebenenfalls Kürzungen vornehmen will. Wenn man jetzt quasi die volle uneingeschränkte Kompetenz überträgt, so ist es dann nicht sehr konsequent, überhaupt noch Kürzungen vorzunehmen. Der generelle Budgetvorbehalt ist mit der allgemeinen Formulierung nicht sehr viel wert. Dessen muss man sich einfach bewusst sein.
Aufgrund der Diskussion anlässlich der 1. Lesung über das Wort «ausnahmsweise» und des Votums des Regierungsrats ist der Votant überzeugt, dass sein Teilstreichungsantrag definitiv eine Klärung und Optimierung bringt. Zweite Lesungen existieren doch genau dafür, dass Unklarheiten bereinigt werden können. In Abrede stellen muss er sodann auch klar, dass durch die Kürzung des Textes plötzlich eine grundsätzliche Zweckänderung erfolgt; das Wort «Infrastrukturobjekte» deckt den vorgesehenen Bereich ab. Es geht Kurt Balmer sodann schliesslich auch nicht um ein Misstrauen gegenüber der VD; sondern um eine Bereinigung einer Unklarheit.
Zusammengefasst bleibt zu betonen, dass die Version 1. Lesung noch nicht der Weisheit letzter Schluss ist, auch nicht mit der Zusicherung des Regierungsrats übereinstimmt und im Vergleich zur allgemeinen Wirtschaftsförderung nach §1 Abs. 1 (100'000 Franken) die regierungsrätliche Kompetenz für weitere 200'000 Franken nachvollziehbar auf Einzelfälle mit grösserem Potential beschränkt werden soll. – Der Votant bittet den Rat um Zustimmung zu diesem klarstellenden Antrag und dankt für die Unterstützung zum Voraus.

Die **Vorsitzende** bittet Kurt Balmer, noch einmal kurz und prägnant zu erklären, was der Unterschied ist zwischen dem schriftlich eingereichten zum soeben mündlich gestellten Antrag.

Kurt **Balmer** hat es in seinem Votum bereits relativ klar gesagt. Wenn man den Text des Ergebnisses 1. Lesung nimmt, so will er die Formulierung «Impulse für innovative Angebote zu geben oder» schlichtweg streichen. Der Baudirektor hat es richtig verstanden, es geht dem Votanten darum, dass nur noch Infrastrukturobjekte mit hohem Innovationspotenzial in diesem Text integriert sind.

Alice **Landtwing** hält fest, dass über diesen Absatz und über mögliche Einschränkungen des Wortlauts bereits in der Kommission eingehend diskutiert wurde. Verschärfungen wurden als nicht sinnvoll erachtet und alle diesbezüglichen Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt. Zum Antrag unseres Kommissionsmitglieds Kurt Balmer auf die 2. Lesung hat die Kommissionspräsidentin eine E-Mail-Umfrage gemacht. Vier Kommissionsmitglieder unterstützen den Antrag Balmer, acht werden dem Ergebnis der 1. Lesung zustimmen und drei haben sich nicht gemeldet. Die Mehrheit der Kommission will also keine Verschärfung und lehnt eine weitere Einschränkung des Wortlauts ab. Sie vertraut der Regierung, dass Projekte, welche der Kanton unterstützt, den hohen Anforderungen gemäss 1. Lesung genügen. Wir beantragen deshalb, den Antrag Balmer abzulehnen.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion weiterhin deutlich hinter dem Antrag der Regierung steht und die Fassung der 1. Lesung unterstützen wird. In diesem Absatz wird klar definiert, wofür die zusätzlichen 200'000 Franken eingesetzt werden dürfen. Die erwähnten Zwecke sind klar voneinander zu trennen und nicht identisch. Entweder in Einzelfällen für Infrastrukturobjekte oder eben auch für Impulse in innovative Angebote. Somit würde der Vorschlag Balmer eine Einschränkung der Innovationsförderung bedeuten. Diese Einschränkung des Handlungsspielraums der Regierung wäre bedauerlich und kontraproduktiv. Dies passt nicht zu unserem traditionell innovativen Kanton und ist nicht im Sinne der FDP-Fraktion.

Alois **Gössi** weist darauf hin, dass Kurt Balmer in seiner Kurzzusammenfassung vergessen hat, was er im Votum erwähnte. Er möchte den ersten Teil des Satzes wieder so haben wie in der 1. Lesung: «Der Regierungsrat kann eine Aufstockung des Maximalbetrags von Abs. 1 bis zum Betrag von 300'000 Franken pro Jahr beschliessen mit dem Zweck, (…)» In der 1. Lesung beschlossen wir: «Der Regierungsrat kann zusätzlich 200'000 Franken pro Jahr beschliessen mit dem Zweck, (…)». Der Votant möchte hier einen Unteränderungsantrag stellen, dass das Formelle aus der 1. Lesung übernommen wird.

Baudirektor Heinz **Tännler**, Stellvertreter von Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel, meint, Kurt Balmer fordere mit seiner juristisch hohen Schule den Regierungsrat heraus. Heinz Tännler versucht, das wieder auf klare Bahnen zu bringen. Bei diesem Absatz handelt es sich um eine Kann-Vorschrift. Dies bedeutet ja eigentlich schon mal per se, dass Projekte, die vom Kanton unterstützt werden sol-

len, eigentlich zum Vornherein eine hohe Anforderungshürde aufweisen. Da kann man nicht einfach Geld verteilen, wie es einem passt. Deshalb will der Regierungsrat in Einzelfällen Infrastrukturobjekte unterstützen können. Aber mit dem Vorschlag von Kurt Balmer würde die Möglichkeit entfallen, Impulse für innovative, nicht auf Infrastruktur basierende Angebote zu unterstützen. Dies würde den Handlungsspielraum des Regierungsrats einschränken, und wir würden das sehr bedauern. Denn im Fokus einer kantonalen Wirtschaftspolitik ist eben gerade die *Impulsgebung* für innovative Angebote wichtig. Und in der Vergangenheit – das hat Matthias Michel ja in der 1. Lesung schon deutlich ausgeführt – haben der Kanton und die Volkswirtschaftsdirektion bewiesen, dass sie mit solchen Impulsen positive Entwicklungen mit einleiten konnten. Und ausserdem wurden nur wenige Projekte durch eine kantonale Mitfinanzierung angestossen. Es waren in den letzten 15 Jahren gerade deren fünf, nämlich das Technologieforum Zug, das Gründerzentrum, der Aufbau von Lehrlingsverbünden, die Impulsfinanzierung für das Institut für Finanzdienstleistungen und die Vorabklärungen für das WERZ. Das waren ja wahrlich keine schlechten Projekte.
Mit Ausnahme des Beitrags an das Zuger Gründerzentrum handelt es sich nicht um Impulsbeiträge für Infrastrukturobjekte. Also würde man nun diesem Antrag von Kurt Balmer zustimmen, wären alle anderen aufgezählten Projekte dahingefallen. Da sind wir anderer Meinung. Im Vordergrund stehen zurzeit – das wurde in der 1. Lesung auch ausgeführt – der Zugang zu Labors für Jungunternehmen, wobei im Kanton Zug ein Verbund von privaten Anbietern geschaffen werden soll; und zudem haben sich in den letzten Wochen Bestrebungen im Bereich Cleantech ergeben, wo allenfalls auch Impulsförderung angedacht ist. Und gerade bei Cleantech hat der Bundesrat ja gestern einen wegweisenden Beschluss gefasst. Bei einem Ausstieg aus der Kernenergie ist gerade Cleantech etwas, was unterstützungswürdig ist.
Wir beantragen wirklich, diesen Antrag Balmer abzulehnen und der Fassung des Regierungsrats zuzustimmen, damit die Verwirrung nicht vollends gross ist.

➔ Der Antrag Balmer wird mit 51:19 Stimmen abgelehnt.

Alois **Gössi** zieht seinen Antrag zurück, die Sache hat sich erledigt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 51:17 Stimmen zu.

140 Änderung des Steuergesetzes – viertes Revisionspaket

Traktandum 6 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2002.1/.2 – 13644/45), der Kommission (Nr. 2002.3 – 13750), der Kommissionsminderheit (Nr. 2002.4 – 13754) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2002.5 – 13755).

Gabriela **Ingold** weist darauf hin, dass eine Steuergesetzrevision im aktuellen wirtschaftlichen und politischen Umfeld kein einfaches Unterfangen ist. Einerseits ist die Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht vergessen, andererseits lassen die Zukunftsprognosen des BAK Basel eine durchaus optimistische Stimmung aufkommen. Unser Kanton bewegt sich in den Spannungsfeldern des nationalen und internationalen Steuerwettbewerbs aber auch hoher Lebenshaltungskosten und

Wirtschaftswachstum. Letztere Faktoren können jedoch nur indirekt gelenkt werden. Die Attraktivität des Kantons Zug ist nicht alleine auf das günstige Steuerklima zurückzuführen. Heute spielen Punkte wie Stabilität des Landes, gute Infrastruktur, zentrale Lage, vernünftige Gesetze aber auch intakte Lebensräume eine zunehmend wichtigere Rolle.
Das Zuger Steuergesetz muss aufgrund etlicher Änderungen auf Bundesebene angepasst werden. Zusätzlich zu den Anpassungen an die Bundesgesetzgebung hat der Regierungsrat mit der Vorlage insbesondere neu eine Erhöhung der Kinderabzüge ab dem 15. Altersjahr, die Ausweitung des Mieterabzugs sowie eine Reduktion des Gewinnsteuersatzes bei den juristischen Personen vorgenommen.
Eintreten auf die Vorlage war bei allen Kommissionsmitgliedern infolge des erwähnten zwingenden Handlungsbedarfs unbestritten. Wie Sie dem Kommissionsbericht entnehmen konnten, stellt Ihnen die Kommission verschiedenste Änderungsanträge. In der Detailberatung wird die Kommissionspräsidentin teilweise die einzelnen Anträge zusätzlich begründen. Sie möchte jedoch bereits im Eintretensvotum auf politisch relevante Punkte eingehen:
Die Kommission hat den Fremdbetreuungskostenabzug gegenüber dem Vorschlag der Regierung von 10'000 auf 6'000 Franken reduziert und im Gegenzug den Eigenbetreuungsabzug von 3'000 auf 6'000 erhöht. Der Kommission war bewusst, dass es sich steuersystematisch um zwei verschiedene Abzüge handelt. Dennoch wollte man politisch die Eigenbetreuung gegenüber der Fremdbetreuung gleichstellen. Insbesondere wollte die Kommission erreichen, dass alle Steuerpflichtigen, die mit Kindern zusammenleben, steuerlich entlastet werden. Dies ist ein klares Zeichen der Anerkennung der Eigenbetreuung. Es ist gerade in der heutigen Zeit nicht mehr selbstverständlich, dass sich ein Elternteil voll und ganz der Familie widmet. Oft übernehmen diese Personen, meist Frauen, auch andere Aufgaben zum Wohl unserer Gesellschaft. Und das in der Regel ohne Bezahlung. Der Mieterabzug wird gegenüber dem heutigen Gesetz weiter ausgebaut. Gemäss Meinung der Kommission nicht nach dem Giesskannenprinzip, wie es im Bericht und Antrag der Regierung steht, sondern begrenzt auf den Mittelstand.
Das Leben im Kanton Zug ist teuer. Die Anpassungen der erwähnten Abzüge tragen diesem Aspekt Rechnung. Der Kanton Zug ist sehr sozial. Wir haben bei den Steuern die höchsten Sozialabzüge, wir haben die höchsten Kinderzulagen und sehr hohe Krankenkassen-Prämienverbilligungsbeiträge.
Zum Thema Reduktion der Gewinnsteuern der juristischen Personen. Die Kommission hat sich mit vielen Fragen rund um die Besteuerung der juristischen Personen beschäftigt. Wir haben uns im Detail über die neuesten Entwicklungen im nationalen und internationalen Steuerwettbewerb informieren lassen und auch nicht ausgeblendet, wohin die Reise im Steuerstreit mit Europa führen wird. Beim Vorschlag des Regierungsrats würde der Kanton Zug im Ranking der attraktiven Kantone mittelfristig an Boden verlieren und schätzungsweise auf Platz 15 zurückfallen. Bei der Version der Kommission würden wir kurzfristig auf Platz 8 stehen, jedoch nach kurzer Zeit vermutlich wieder auf Platz 10 verbleiben, was notabene der heutigen Ausgangslage entspricht.
Am Ende der Beratungen hat die Kommission selbst nochmals einen Marschhalt eingelegt und das Resultat der Änderungen überprüft. Unsere Kommission war sich der finanziellen Verantwortung sehr wohl bewusst. Gegenüber der Vorlage des Regierungsrats ist die Variante der Kommission im Jahr 2012 quasi kostenneutral, im Jahr 2013 kostet die Variante 1,4 Mio. Franken mehr und ab dem Jahr 2014 rund 7,1 Mio. mehr. Schliesslich war die Kommission mit dem Bereinigungsergebnis zufrieden. Sie trat – mit einer Ausnahme – auf keinen der Rückkommensanträge ein. Aufgrund der finanziellen Verantwortung korrigierte die Kommission in der

Folge den zu Beginn der dritten Kommissionssitzung genehmigten § 75 Abs. 3 neu, welcher zum Zweck hatte, die Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer anzurechnen. Weil diese Bestimmung den Kanton zusätzliche 7,5 Mio. Franken Steuerausfälle pro Jahr gekostet hätte, verzichtete die Kommission darauf.
Noch einige Worte zum Minderheitsbericht. In einer schulmeisterlichen Manier spricht die Minderheit von einem Ungleichgewicht in der regierungsrätlichen Vorlage, welche durch die Kommission noch verstärkt werde. Mehrmals wird erwähnt, dass unseriöse Haushaltspolitik betrieben werde. Es ist jedoch unseriös, solche Aussagen zu machen. Immerhin ergeben die neuesten Berechnungen des BAK Basel, dass trotz der Mindereinnahmen der vorliegenden Steuergesetzrevision in der Version der vorberatenden Kommission und trotz zunehmender Belastung durch den NFA unser Kanton bis ins Jahr 2020 wieder Staatsrechnungen mit Millionenüberschüssen aufweisen wird. Es wäre auch unseriös, wenn ein Gemeinwesen laufend Überschüsse im zweistelligen Millionenbereich erzielen würde, d.h. zu hohe Steuern einziehen würde. Und es wäre unseriös, wenn den Staatsausgaben zu wenig Beachtung geschenkt würde und diese laufend den höheren Steuereinnahmen angepasst würden. Was dann passiert, wird uns zurzeit im Ausland vor Augen geführt. Deshalb hat die Kommission richtig entschieden.
Die Kommission genehmigte in der Schlussabstimmung mit 11:2 Stimmen ohne Enthaltung die Vorlage mit den Änderungen der Kommission gemäss Kommissionsbericht. Zum Schluss dankt Gabriela Ingold Peter Hegglin und der Finanzdirektion bestens für die hervorragende Unterstützung der Kommissionsarbeit.

Martin B. **Lehmann** weist darauf hin, dass der Durchschnittszuger von jedem zusätzlich verdienten Franken ganze 74 Rappen frei ausgeben kann. Das ist schweizweiter Rekord. Neuenburger, zum Beispiel, müssen sich mit bescheidenen 55 Rappen zufrieden geben. Dies widerspiegelt auf eindrückliche Weise die tiefe Steuerbelastung in unserem Kanton. Während die Zuger Haushalte zwar die mit Abstand tiefsten obligatorischen Abgaben entrichten müssen, schlagen sich aber die hohen Fixkosten, namentlich die Wohnkosten, gnadenlos in den Haushaltsbudgets nieder. So kommt die CS in einer noch druckfrischen Studie zum Schluss, dass sich die Situation für den Durchschnittszuger in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert hat. Im Jahre 2006 hatte unser Kanton in Bezug auf das frei verfügbare Einkommen, also nach Abzug von Steuern, Sozialversicherungen und Wohnkosten, noch einen Spitzenplatz unter den ersten fünf Kantonen inne. Zwei Jahre später fiel er auf den 18. Platz zurück und in der aktuellen Studie hat er noch einmal einen Platz eingebüsst. Konkret verbleiben einer vierköpfigen Stadtzuger Musterfamilie mit einem Haushaltseinkommen von 150'000 Franken etwa 41 '000 Franken für den freien Konsum übrig. Wenige Meter ennet der Kantonsgrenzen im zürcherischen Knonau bleibt einer gleich situierten Familie fast 20'000 Franken mehr im Portemonnaie. Im Luzernischen Ebikon sind es 25'000 Franken mehr, im Schwyzerischen Arth 27'000 Franken und in Sattel gar 32'000 Franken mehr.
Diese stossenden Ungleichheiten werden aber noch weiter akzentuiert durch den immer aggressiveren Steuerwettbewerb. Dieser Wettbewerb zielt ja explizit auf Personen mit hohen Einkommen und Vermögen. Derweil werden die untersten Einkommen aus sozialpolitischen Gründen stärker entlastet. Diese beiden Effekte sind beim breiten Mittelstand nicht relevant. So kommen das Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Basel, der schweizerische Gewerkschaftsbund wie auch die NZZ am Sonntag wenig überraschend zum Schluss, dass die verfügbaren Realeinkommen von 1998 bis 2008 am unteren Ende der Lohnskala gesunken sind, in der Mitte stagniert haben und am oberen Ende stark gestiegen sind. Egal, wo Sie politisch ste-

hen: Diese Entwicklung kann niemand ernsthaft begrüssen. Ein Land, in dem die Durchschnittsverdiener ihr Einkommen über die Jahre nicht steigern können, bietet der Mehrheit seiner Bürgerinnen und Bürger keine zufriedenstellende Perspektive. Anstatt, dass sich die Lebensverhältnisse verbessern, verschlechtern sich diese noch.
In rekordverdächtiger Kadenz steht uns also heute wieder eine Debatte um die Mutter aller Zuger Gesetze, die heiligste Kuh im Zugerland, unsere eigentliche Raison d'être, das Steuergesetz, bevor. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Anträge der Minderheit bei einer Mehrheit in diesem Hause auf fruchtbare Resonanz stossen werden, und das ist wohl schon aufgerundet. Lassen Sie den Votanten aber Eines klar und deutlich sagen: Er hat selbstverständlich keine Einwendungen gegen Steuersenkungen, sofern die für die Erfüllung der Staatsaufgaben notwendigen Mittel vorhanden sind. Dessen unbenommen, müssen die fiskalischen Früchte aber in einem ausgewogenen Masse allen Steuerpflichtigen zugute kommen. Es ist in seinen Augen nicht nur gesellschafts- und fiskalpolitisch falsch, sondern eigentlich sogar unanständig, beim Fremdbetreuungs - und Mieterabzug Erbsenzählerei zu betreiben und auf der anderen Seite bei den Gewinn- und allenfalls sogar bei den Vermögenssteuern regelrecht zu klotzen. Bevor Sie nun also wieder in den – leider schon zu oft erlebten – Steuersenkungsrausch verfallen, bleiben Sie bitte noch eine Weile nüchtern und bedenken Sie die Folgen Ihrer Entscheidungen für die Bevölkerungsmehrheit in unserem Kanton. Das Gros des Zuger Volkes, und damit auch Ihre eigenen Wählerinnen und Wähler, verdanken es Ihnen, aber auch die Kommissionsminderheit.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass das Zuger Steuergesetz auch nicht mehr ganz das ist, was es mal war. In früheren Jahren hielt es jeweils über Jahre, ja Jahrzehnte unverändert. Heute sind wir bei einem Revisionsrhythmus in Jahresfolge. Das hat allerdings auch eine gute Seite. Wir bleiben geistig immer in dieser Materie so richtig drin und dran. Insofern tut uns da die Regierung also auch etwas Gutes.
Die diesjährige Revision ist allerdings darauf zurückzuführen, dass wir in erster Linie übergeordnetes Bundesrecht nachzuvollziehen haben. Der Regierungsrat nutzt die Gelegenheit, auch gleich kantonale Anliegen in die Vorlage aufzunehmen. Er beantragt uns Änderungen sowohl für die natürlichen wie auch für juristische Personen. Die Auswirkungen der letzten Revisionen sehen Sie auf S. 1 des Stawiko-Berichts in der Übersicht. Es waren immer Entlastungen, sowohl für die natürlichen wie auch für die juristischen Personen. Mit einer Ausnahme 2010, als die Revision kurzfristig ja nur die natürlichen Personen, die Entlastung des Mittelstands, betraf.
Wenn es um Entlastungen geht, leuchten bei der Stawiko immer auch rote Lampen auf. Wir müssen die Auswirkungen auf die Staatsfinanzen anschauen. Und da werden Erinnerungen an den letzten Finanzplan, an die Diskussionen hier im Rat zu diesem Thema, wach. Sie können sich erinnern: Der Finanzplan spiegelte ein düsteres Bild, es ging darum, dass wir sahen, dass sich die Ergebnisse unserer Staatsrechnung laufend negativ in zunehmender Höhe entwickeln. Und dass wir keinen Weg sahen, wie wir aus dieser Entwicklung wieder rauskommen. Inzwischen haben wir von der Regierung die geforderte Finanzstrategie erhalten. Die Kommissionspräsidentin hat es erwähnt: Das BAK Basel beurteilt die Situation für unseren Kanton wesentlich positiver. Wir werden also mit Sicherheit in diesem Herbst eine Vorlage erhalten, bei welcher der Finanzplan ein anderes Bild zeigen wird als es der letzte tat.

Trotzdem müssen wir uns bewusst sein, dass gerade die Einnahmenseite unseres Kantons sehr viele Unsicherheiten offen lässt. Es gilt, nicht übermütig zu werden und das zu tun, was wir tun müssen, aber nicht übers Ziel hinaus zu schiessen. Es geht darum, dass die Kommissionen und der Rat immer auf der einen Seite die Sicht der Steuerpflichtigen, aber auf der anderen Seite auch die Sicht des Staates, der die Aufgaben für diese Steuerpflichtigen erfüllen muss, im Auge behalten sollen. Ziel der Revision muss letztendlich sein, ein ausgewogenes Verhältnis in der Belastung der natürlichen und juristischen Personen herzustellen. Da schräubeln wir immer wieder ein wenig, wir versuchen, irgendwo noch etwas ausgewogener zu werden. Dieses Ziel ist mit dieser Revision eigentlich weitgehend erreicht. Und wenn es erreicht ist, geht es nicht darum, auf dem Gesetzeswege wieder Anpassungen vorzunehmen, sondern wir haben ja auch unseren Steuerfuss. In der Höhe von 82 % ist er in den letzten Jahren sakrosankt gewesen. Wir haben daran nie etwas verändert. Das ist aber eigentlich das Mittel, dass wir allen Steuerpflichtigen entsprechende Vergünstigungen zukommen lassen können, wenn tatsächlich in der Staatsrechnung Überschüsse erzielt würden, die diesen Schritt rechtfertigen.
Die heutige Revision hat neben der Anpassung an das Bundesrecht drei Hauptthemen, die hier zu Diskussionen Anlass geben werden: Die Abzüge für Fremd- und Eigenbetreuung, der Mieterabzug und der Gewinnsteuersatz für die juristischen Personen. Die Anträge der Stawiko dazu konnten Sie im Bericht lesen. Der Stawiko-Präsident wird – soweit erforderlich – dazu in der Detailberatung Stellung nehmen. Die Stawiko beantragt Eintreten auf die Vorlage.

Andreas **Hausheer** hält fest, dass für die CVP-Fraktion Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist – nur schon, weil zwingende Anpassungen an Bundesrecht vorzunehmen sind. Wir unterstützen den Regierungsrat in seinem Bestreben, sich im Interesse der gesamten Bevölkerung auch weiterhin für konkurrenzfähige und vernünftige steuerliche Rahmenbedingungen einzusetzen. Wir erachten das vorliegende vierte Revisionspaket als eine sinnvolle Fortsetzung der vom Volk jeweils an der Urne gutgeheissenen Revisionen 2007, 2009 und 2010. Der Weg der kontinuierlichen Anpassungen hat sich bewährt und soll nicht grundlos verlassen werden. Im Interesse einer ausgewogenen, mehrheitsfähigen Vorlage wird die Mehrheit der CVP-Fraktion in der Detailberatung allen extremen Anträgen in die eine oder in die andere Richtung eine Absage erteilen.

Philippe **Camenisch** hält fest, dass die FDP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist. Zum einen müssen vom Bundesrecht vorgegebene Anpassungen vorgenommen werden, zum anderen werden gleich drei parlamentarische Vorstösse behandelt. Last but not least ermöglicht die Vorlage, das Ranking des Kantons Zug auf der Table League der Steuerbelastung für Unternehmen zu justieren.
Der FDP-Fraktion ging es in der Kommissionsarbeit beziehungsweise geht es in der in der heutigen Ratsdebatte darum, die Standortattraktivität insgesamt hochzuhalten. Dies gilt für Unternehmen wie für die Bevölkerung. Diese sollen weiterhin von einem attraktiven und nachhaltigen Steuerklima beziehungsweise Arbeitsplatzangebot profitieren können. Selbstsprechend sollen die Finanzen des Kantons langfristig gesund bleiben und Stabilität ausstrahlen. Schliesslich, und nicht minder wichtig, wollen wir, dass die Bevölkerung weiterhin von einem nachweislich in der Schweiz insgesamt einmaligen Angebot von sozialen Leistungen profitieren kann.
Wir sind uns bewusst, dass die Standortattraktivität nicht nur von der Steuerbelastung abhängt. Dennoch, die Steuerbelastung gehört als wichtiges Zahnrad zu

einem nicht rein objektiv erfassbaren Räderwerk. Mit anderen Worten: Unsere heutigen Entscheide können niemals nur statische Auswirkungen haben. Die Auswirkungen sind immer dynamisch, wobei sich die Dynamik niemals genau voraussagen lässt. Bitte behalten Sie dies vor Augen. Genau gleich verhält es sich mit den Prognosen. Während die Regierung das Wachstum eher vorsichtig einschätzt, kommt das BAK Basel zu einem wesentlich positiveren Schluss.
Der FDP geht es darum, heute keine finanziell nicht verantwortbaren Wagnisse einzugehen. Es geht somit heute nicht darum, die Steuerschraube soweit nach unten zu drehen, dass gleichzeitig auch ein Sparpaket beschlossen werden müsste. Auf der anderen Seite ist ein etwas mutigeres Drehen an der Steuerschraube aufgrund unserer Einschätzung der Wachstumsprognosen, wie in der vorberatenden Kommission beschlossen, absolut vertretbar. Mit anderen Worten: Es geht folglich darum, letztendlich asketisch mit dem Ausgabenwachstum umzugehen, ohne dass die Bevölkerung auch in Zukunft mit asketisch bemessenen Leistungen des Staates umgehen müsste. Das pure Gegenteil ist der Fall. Oder wo kommt die Bevölkerung z.B. in Genuss von so grosszügig bemessenen Leistungen wie Kinderzulagen, Krankenkassenzuschüssen oder Sozialabzügen? Dabei bleiben alle anderen Vorzüge, die dem Bürger zugute kommen, an dieser Stelle unerwähnt. Hier findet bereits heute eine sehr grosszügige Umverteilung statt.
Und dennoch, das Klagelied aus der Ratslinken wurde mit dem Minderheitsbericht bereits angestimmt. Leider enthält es eine Anreihung von falschen Tönen, die schier einen reflexartigen Griff zum Gehörschutz auslösen. Aussagen, wonach die Vorlage nicht ausgewogen sei, zeigen die unersättlichen Umverteilungsgelüste linker Politiker, welche ständige Upgrades an staatlichen Leistungen und Zuschüssen unlängst als Menschenrecht deklariert haben. Nun, das ist nichts Neues und gehört zur Meinungsfreiheit. Es macht den Votanten aber betroffen, wenn dem Regierungsrat und der Kommission Unseriosität vorgeworfen wird, weil solchen Upgrade-Wünschen nicht einfach stattgegeben wird. Deshalb folgende Anmerkung: Es wird einmal mehr auf höchstem Niveau gejammert. Das ist fragwürdig vor dem Hintergrund, dass nach der Revision niemand weniger hat als vor der Revision, unser Kanton sich aber insgesamt besser positionieren kann.
Philippe Camenisch möchte deshalb die vorliegende Steuergesetzrevision mit einem Marathonläufer vergleichen: Dieser muss seine Kräfte kennen und einteilen können und er muss das Geschehen um ihn herum berücksichtigen. Das heisst, wenn er bislang gut war, sein Umfeld sich hingegen verbessert hat, wird er relativ betrachtet schlechter. Unser Zuger Marathonläuferleider ins Mittelfeld zurückgefallen. Der nun einzulegende Zwischensprint soll ihn wieder ins vordere Feld führen. Für die Spitze reicht die Puste aber nicht. Die FDP ist hier ambitiöser als die Regierung. Wir wissen aber sehr wohl, dass ein Marathon als Sportdisziplin nach gut 41 km fertig ist. Unser Steuermarathon ist nie fertig. Das heisst, wir können uns keine extremen taktischen Krafteinsätze erlauben, um uns möglichst schnell hinter die Ziellinie zu retten, um uns dann zu erholen. Nein, wir müssen ständig daran arbeiten, trotz Zwischensprints (=Steuergesetzrevision) die Puste zu behalten, um den Anschluss an das vorderste Feld nicht zu verlieren. Das machen wir heute. Mehr dazu in der Detailberatung.
Im Übrigen kürzt der Votant ab und verweist vorläufig auf das Votum der Kommissionspräsidentin. Die FDP unterstützt praktisch einstimmig Fassung und Anträge der vorberatenden Kommission. Wir behalten uns je nach Verlauf der Detailberatung beziehungsweise der Anträge und der vom Rat gefassten Entscheide vor, punktuell anderslautende Anträge einzubringen.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP-Fraktion Eintreten auf die Vorlage beantragt. Wie bereits durch die Vorredner erwähnt, betreffen viele der in der Vorlage enthaltenen Änderungen den Nachvollzug von geänderten gesetzlichen Bestimmungen auf eidgenössischer Ebene. Grundsätzlich stimmt die SVP der Regierung zu, dass mit der regierungsrätlichen Vorlage ein ausgewogenes Paket geschnürt wurde. Trotzdem unterstützt die SVP zahlreiche Anträge der vorberatenden Kommission und sie wird auch einen Antrag zur Senkung der Vermögenssteuer stellen. Doch zu diesen Anträgen werden wir uns anschliessend in der Detailberatung äussern.
Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Regierungsrat bei der nächsten Revision des Zuger Steuergesetzes dem Kantonsrat einen mutigeren Vorschlag unterbreiten soll. Die anderen Innerschweizer Kantone, aber auch Kantone wie Zürich oder Aargau, haben in den letzten Jahren punkto Innovationskraft in der Steuergesetzgebung enorm aufgeholt: Man denke an die Lizenzbox im Kanton Nidwalden, an die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuern im Kanton Schwyz oder die Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer zum Beispiel im Aargau, aber auch in zahlreichen anderen Kantonen. Auch international ist die Steuergesetzgebung ein äusserst dynamisches Feld: So wurden in zahlreichen umliegenden Ländern die Vermögenssteuern abgeschafft und in der EU ist die Angleichung der Steuersysteme im Gang. In der Vergangenheit war der Kanton Zug einer der innovativsten Kantone in der Steuergesetzgebung, doch diese Innovationskraft scheint sich in den letzten Jahren etwas verflüchtigt zu haben.
Während seiner Tätigkeit in den letzten Monaten in der vorberatenden Kommission und der Stawiko hatte der Votant immer wieder den Eindruck, dass die Debatte zur Steuergesetzgebung von Angst und Bedenken geprägt war. Man fürchtet sich davor, dass sich das wirtschaftliche Klima verschlechtern könnte. Man hat Angst, dass der Kanton Zug, im Fall eines Steuerabkommens mit der EU bezüglich der Eliminierung der privilegierten Besteuerung von gemischten Gesellschaften plötzlich noch mehr an den innerkantonalen Finanzausgleich bezahlen müsste. Man sorgt sich darum, dass der Wohnraum in kleinen Kanton immer knapper wird. Natürlich kann es sein, dass der Kanton Zug in den kommenden Jahren einmal ein Defizit erwirtschaftet, doch bei einem Eigenkapital von 930 Millionen Franken ist dies geradezu erwünscht. Natürlich ist es möglich, dass im Falle eines neuen Steuerabkommens mit der EU sich für den Kanton Zug nochmals finanzielle Mehrbelastungen ergeben würden. Und natürlich stimmt es, dass Bauland im Kanton Zug nicht unbegrenzt verfügbar ist und dass vermehrt in die Höhe gebaut werden muss. Doch deswegen das Steuergesetz absichtlich unattraktiv zu gestalten, ist unserer Meinung nach ein gravierender Fehler. Nur schon die kleinsten steuerlichen Verschlechterungen werden von den Finanzberatern der finanzstarken Steuerzahler im Kanton mit Argusaugen verfolgt. Und wenn der Kanton einmal sein Image als finanziell attraktiver Kanton verloren hat, beginnt eine Wellenbewegung, welche sich dann kaum noch stoppen lässt.
In diesem Sinne hofft die SVP-Fraktion, dass die Zuger Regierung in Zukunft wieder den Mut für eine attraktive Steuerpolitik haben wird, und Thomas Aeschi dankt für die Unterstützung der Regierung während den vergangenen Monaten bei der Kommissionsarbeit.

Stefan **Gisler** fasst sich nicht kurz! Die AGF fordert höhere Abzüge für Familien, Mieterinnen und Mieter. Wir sind gegen die Senkung der Gewinnsteuern. Wir beantragen das Ende jeglicher Aktionärsrabatte. Die Revision in der Fassung von

Regierung und/oder Kommission lehnen wir ab und sind bereit, das Referendum zu ergreifen.
Der Vogel Strauss steckt den Kopf in den Sand – das ist der passende Vergleich zum finanz- und wirtschaftspolitischen Handeln von Regierung und Kommission, wie dies die vierte Steuergesetzrevision innert fünf Jahren zeigt. Auf Teufel komm raus – oder eben Strauss bleib drin – senkt Zug nun seit Jahren die Steuern. Um rund 140 Mio. Franken wurden in Zug allein seit 2007 vor allem die Reichsten, Aktionäre und Kapitalgesellschaften entlastet – jährlich! Und nun sollen gemäss Kommission erneut Steuersenkungen im Umfang von rund 64,5 Mio. Franken die Einnahmen von Kanton und Gemeinden schmälern. Der Votant versucht, mit seinen Argumenten Ihren Kopf ein wenig aus dem Sand zu ziehen.
Durch die Senkung der Gewinnsteuern werden Kapitalgesellschaften um fast 50 Mio. Franken entlastet. Familien und Mieterinnen/Mieter erhalten mit knapp über 10 Millionen die Brosamen, und das hat wohl schlicht den Zweck, die Vorlage dem Stimmvolk schmackhaft zu machen. Diese Steuergesetzrevision ist – wie schon alle bisherigen seit 2003 – völlig unausgewogen. Zudem sind die Gewinnsteuersenkungen unnötig und die Familien- und Mietentlastungen letztlich unwirksam. Dazu spricht Stefan Gisler dann bei § 66.
Zu den Miet- und Familienentlastungen. Was ist eigentlich die Aufgabe dieses Rats? Sollte nicht primär die Mehrheit der Bevölkerung sich das Wohnen und Leben in Zug leisten können? Doch wer profitiert von der Steuersenkungsorgie? Die Miet- und Familienentlastung in dieser Vorlage ist bestenfalls gut gemeint, aber letztlich ein Tropfen auf den heissen Stein, wenn durch Zugs Wachstumspolitik die Wohn- und Lebenskosten für die Bevölkerungsmehrheit immer mehr steigen und viele in andere Kantone umziehen. Die Unzufriedenheit und Verunsicherung dieser Entwicklung beschäftigt Menschen und statt mit neuen Gesetzen und staatlichen Eingriffen Privilegien für grosse Firmen und Reiche zu schaffen, wären die Mittel gescheiter für günstiges Wohnen einzusetzen.
Die Folgen einer solchen Politik sind fatal. Philippe Camenisch hat Recht. Es findet eine Umverteilung statt. Eine Studie des Gewerkschaftsbundes zeigt, dass in der Schweiz eine Umverteilung von unten nach oben stattfindet, die Schere zwischen arm und reich immer grösser wird. Diese Woche wurde die CS-Studie über das frei verfügbare Einkommen der Menschen in den Kantonen bekannt. Martin Lehmann hat bereits darauf hingewiesen. Diese Studie wurde entgegen allen Unkenrufen nicht von uns Linken bestellt. Zug fiel gegenüber 2008 um einen Platz auf Rang 19 zurück. Da nutzen alle von Philippe Camenisch vorhin erwähnten Zuschüsse nichts. In der CS-Studie steht, dass geringe Steuern noch keine finanzielle Wohnattraktivität bedeute. Zug wird als Negativbeispiel dargestellt. Zwar habe Zug dank tiefen Steuern die tiefsten Abgaben, doch weise Zug die zweithöchsten Fixkosten der Schweiz auf, was letztlich zur schlechten Gesamtplatzierung führe. Betroffen davon seien vor allem Wenigverdienende und der Mittelstand. Diese negative Entwicklung haben Sie zu verantworten!
Nun, nach dem Prinzip besser den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach, plädieren wir bei der Familienentlastung in der Detailberatung für höhere Abzüge bei der Kinderfremdbetreuung. Beim Mietabzug folgen wir der Kommission, welche eine Beschränkung auf Reineinkommen bis 90'000 respektive 180'000 Franken vorschlägt, und fordern zudem die Abzugshöhen auf 3'000 bis 6'000 Franken zu erhöhen.
Die Revision ist also unnötig und unwirksam. Sie ist zudem überholt und unverantwortlich. Wieso überholt? Das wirtschaftliche und politische Umfeld in Zug befindet sich im Wandel. Das hat die Kommissionspräsidentin schön ausgeführt. Erstaunlich nun, wie erkenntnis- und marktresistent die Mehrheit von CVP, FDP und SVP die-

sem Wandel entgegensieht und in ihrer Steuersenkungsideologie verhaftet bleibt als alleinigem Allerheilmittel zur Prosperität von Zug. Der Votant kann sich an Zeiten erinnern, da hat der Finanzdirektor Irland als leuchtendes Beispiel und Konkurrent dargestellt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Märkte in der ganzen Welt jedoch nachhaltig verändert. Es wird vermehrt zu Regulierungen und Absprachen kommen. Der in Zug starke Rohstoffhandel ist laut der Finanzstrategie der Regierung und BAK Basel ein Klumpenrisiko und Steuersenkungen alleine sind eine überholte Standortpolitik. Es braucht Investitionen und ergo Mittel für die anderen Standortfaktoren, wie das die Kommissionspräsidentin vorhin auch ausgeführt hat.
Wieso unverantwortlich? Als einige sich innovativ nennende politische Jungspunde in der Kommission den Antrag stellten, die Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer vorzunehmen, um Risikokapital zu entlasten, wurde selbst der Finanzdirektor bleich und warnte vor zu grossen Steuerausfällen, die den Haushalt destabilisieren. Doch eigentlich müssten wir jetzt schon bei dieser Vorlage bleich werden – und zwar aus drei aktuellen Gründen!
1) Die von bürgerlicher Seite gepushte Unternehmenssteuerreform II wurde vom Volk knapp angenommen. Nun stellt sich heraus, dass die Abstimmungsinfos falsch waren und die Steuerausfälle zugunsten weniger superreicher Aktionäre um Milliarden höher sein werden. Stefan Gisler will vom Finanzdirektor heute wissen, wie hoch er die Ertragsausfälle für Zug aufgrund der USR und der Senkung des Kantonsanteils bei der direkten Bundessteuer schätzt. Die bisherigen Schätzungen erscheinen alle zu optimistisch. Zudem fanden immer wieder Anpassungen gegen oben statt – auch während der Kommissionsarbeit.
2) Durch Zugs Steuersenkungs- und Wachstumspolitik steigen die NFA-Kosten. Dafür müssen wir mehr Reserven haben. Steuern senken und gleichzeitig über die NFA jammern – das passt nicht zusammen.
3) Das Ausbleiben der Nationalbankausschüttungen von rund 25 Mio. Franken wurde damals in der Zeitung vom Finanzdirektor bedauert, führt aber offenbar nicht dazu, Steuersenkungen zu hinterfragen.
Angesichts dieser Erragsausfälle hält die AGF die Revision für unverantwortlich und sie glaubt entgegen den Ausführungen von Gabriela Ingold nicht, dass die Kommission ihre Verantwortung wahrnimmt. Und sie ist mit dem Stawiko-Präsidenten nicht einverstanden, dass diese Vorlage wieder einmal massvoll und ausgewogen sei. Wohlgemerkt, die AGF hat in den letzten Jahren keine Steuererhöhungen gefordert, sondern moderat und kompromissorientiert keine weiteren Senkungen dulden wollen. Nun ist der Zeitpunkt, dass wir alle erkennen, dass Zug international und national auch steuerlich sehr gut positioniert ist und nicht auf ewig Steuern senken kann, sondern mit den vorhandenen Einkünften die anderen Standortfaktoren pflegen und gleichzeitig die Folgen des Wachstums für Bevölkerung und Umwelt mildern muss. Nur so sieht Stefan Gisler ein wirtschaftlich wie gesellschaftlich ausgeglichenes und langfristig erfolgreiches Zug.

Alois **Gössi**: Wieder einmal mehr eine Steuergesetzrevision, die aus Sicht der SP nur sehr bedingt befriedigt. Eine Kurzzusammenfassung dieser Steuergesetzrevision könnte heissen: «Brosamen für die Kleinen. Und das Währschafte für die Vermögenden respektive für die juristischen Personen». Im Kanton Zug haben wir im Vergleich zu den anderen Schweizer Kantonen wie auch zum Ausland ein sehr günstiges fiskalisches Umfeld mit unseren tiefen Steuern. Mit diversen weiteren Senkungen, gewünscht vom Regierungsrat in seiner Vorlage und dann noch zusätzlich massiv ausgeweitet durch die vorberatende Kommission, heizt der Kanton Zug den Steuerwettbewerb mit den anderen Kantonen wieder massiv an.

Wohin führt dies bei uns, wenn es mit den Steuern so weitergeht? Kurz zusammengefasst, heisst das doch:

- Anlockung von weiteren überdurchschnittlich verdienenden natürlichen Personen und juristischen Personen in den Kanton Zug.
- Dies bedingt eine weitere hohe Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt.
- Dies ergibt, dass die Preise auf dem Wohnungsmarkt seit Jahren nur eine Richtung kennen, und zwar nach oben
- Es bleiben immer weniger günstige, bezahlbare Wohnungen.
- Es bleibt für den Einzelnen, trotz Tiefsteuersätzen, wegen den sehr hohen Lebenshaltungskosten immer weniger im Portemonnaie.
- Zusätzlich ziehen immer mehr Personen wegen den hohen Preisen aus dem Kanton Zug, und zwar nicht die vermögenden.

Dass uns im Kanton Zug schlussendlich immer weniger im Portemonnaie bleibt beim verfügbaren Einkommen, hat die Credit Suisse am Montag mit ihrer Studie «Wohnen und Pendeln. Wo lebt es sich am günstigsten?» klar aufgezeigt. Bei ihrer ersten derartigen Studie 2006 war der Kanton Zug noch auf Platz 5, in der Zwischenzeit wurden wir auf den 19. Platz durchgereicht, dies nach dem 18. Platz im Jahr 2008. Der durchschnittliche Zuger Einwohner profitiert nicht sehr gross von unseren Tiefsteuersätzen. Er oder sie bezahlt wohl sehr wenig Steuern, hat auf der anderen Seite jedoch sehr hohe Kosten für die Lebenshaltung sowie für die Mieten. Das schlussendlich frei verfügbare Einkommen bei uns ist dann schweizweit gesehen doch relativ tief, 18 Kantone fahren hier besser.

Die Grundsatzfrage ist, wollen wir weiterhin mit unseren Tiefsteuersätzen vor allem überdurchschnittlich verdienende natürliche sowie juristische Personen zu uns in den Kanton Zug anziehen? Wollen wir, wie dies in den letzten Jahren immer vermehrt vorkam dank unserer Tiefsteuerpolitik, dass ein Teil unserer Bevölkerung, der sich die Zuger Preise nicht mehr leisten kann oder keine bezahlbaren Wohnungen zur Miete findet oder Wohnungseigentum zu vernünftigen Preisen kaufen kann, deshalb in Nachbarschaftskantone ausweicht? Falls wir dies wollen, senken wir doch einfach, wie vom Regierungsrat vorgeschlagen und massiv verstärkt durch die vorberatende Kommission und unterstützt durch die Stawiko unsere Steuern zusätzlich massiv und erhöhen so die Attraktivität des Kantons Zug im Bereich von Tiefststeuersätzen in der Breite. Wir von der SP wollen dies nicht. Wir sind nicht einverstanden mit einigen Anträgen und Beschlüssen des Regierungsrats und der der vorberatenden Kommission. Dies betrifft Folgendes:

- Mietzinsabzug; es soll eine Beschränkung auf das Einkommen geben, dafür höhere Abzüge.
- Der untere wie auch der obere Gewinnsteuersatz sollen nicht geändert werden, sondern bleiben wie er ist.
- Wir befürworten eine betragsmässige Unterscheidung zwischen dem Eigen- und Fremdbetreuungsabzug. Wir befürworten hier Abzüge von 10'000 beziehungsweise von 6'000 Franken.
- Wir wollen die Gewinnsteuer nicht an die Kapitalsteuer anrechnen lassen.

In der Detailberatung stellen wir dazu verschiedene Anträge. Und im Übrigen ist die SP-Fraktion für Eintreten auf diese Vorlage.

Daniel **Stadlin** möchte sich im Gegensatz zu seinen beiden Vorrednern recht kurz fassen. – Wir von der GLP sind uns bewusst, dass unser Kanton auch weiterhin ein günstiges fiskalisches Umfeld braucht. Das von der Regierung ausgearbeitete und nun vorliegende vierte Revisionspaket des Steuergesetztes ist unseres Erachtens über die ganze Vorlage hin recht ausgewogen ausgefallen. Es macht den

Anschein, man wolle keinesfalls den Steuerwettbewerb unter den Kantonen weiter verschärfen. Und dies, obwohl Luzern genau dies tut und ab 2012 mit einem Steuersatz von 1,5 % auf die Gewinne der Unternehmen diese Steuer faktisch abschafft. Unsere Regierung hat offensichtlich der Versuchung widerstanden, an dieser Abwärtsspirale weiterhin mit zu drehen. Sie hat staats- und sozialpolitische Weitsicht gezeigt. Klassenbester zu sein wird nicht mehr angestrebt. Und dies, obwohl in der regierungsrätlichen Strategie für 2010 bis 2018, neben der Wahrung des Gleichgewichts zwischen Wachstum und den natürlichen Ressourcen, die Erhaltung der Spitzenposition im Standortwettbewerb ein zentrales Thema ist.
Ein ausgeglichener Staatshaushalt ist für uns von erstrangiger Bedeutung. Mehr auszugeben als einzunehmen führt unweigerlich in eine Schuldenwirtschaft und muss letztendlich durch Sparmassnahmen oder Steuererhöhungen ausgeglichen werden. Die nun vorgesehene Senkung der Gewinnsteuersätze juristischer Personen generiert im vorliegenden Revisionspaket den mit Abstand grössten Ertragsausfall. Trotz der erwähnten Ausgewogenheit, fragen wir uns, ob die von der Regierung eingeplanten Mindereinnahmen verkraftbar sind, wenn man bedenkt,

- dass die Nationalbankgewinn-Ausschüttung an die Kantone zukünftig nicht gesichert ist,
- dass ab 2012 die neue Spitalfinanzierung die Staatskasse in unbekannter Grössenordnung zusätzlich belasten wird,
- dass der Ertragsausfall durch die Unternehmersteuerreform II nicht nur voraussichtlich, sondern ganz sicher sehr viel höher ausfallen wird, und
- dass die steigenden jährlichen NFA-Beiträge gemäss Finanzplan 2011-2014, auch wenn die neusten Berechnungen vom BAK Basel eine gewisse Entlastung prognostizieren, nicht mehr vollständig durch laufende Steuereinnahmen gedeckt werden können.

Diese Budgetposten werden unseren Staatshaushalt in Zukunft mit grosser Wahrscheinlichkeit zusätzlich stark belasten. «Gouverner, c'est prévoir». An diese Devise sollten auch wir uns möglichst halten. Um die erwähnten Zusatzbelastungen wenigstens etwas aufzufangen, unterstützen wir von der GLP bei den oberen Gewinnsteuersätzen den Antrag der Kommissionsminderheit, welche den Steuersatz ab 2013 auf 6 % belassen will.
Bei der Entlastung von Familien sind wir für die steuerliche Gleichstellung von Fremd- und Eigenbetreuung der Kinder und befürworten die Version der vorberatenden Kommission. Bei allem Anderen unterstützen wir die Anträge des Regierungsrats.

Philip C. **Brunner** hat in der Eintretensdebatte etwas vermisst. Es steht nämlich auf diesem Blatt: Auswirkungen auf die Gemeinden ca. 80 %. Er möchte diese Auswirkungen auf die Gemeinden ein wenig dramatisieren. Speziell dort, wo er es wirklich kennt, nämlich in der Stadt Zug. Sie wird mit 30 % an diesem Gesamtpaket partizipieren, und zwar im Sinne einer Einnahmenminderung. Alt Stadtrat Christen von der FDP weiss, worüber der Votant hier spricht. Man kann nicht gleichzeitig die Steuern senken und das andere Paket, den ZFA, dann einfach durchwinken. Der ZFA hat eine Dimension von 72 Millionen. Die Stadt Zug partizipiert mit 81,31 %; das ist ein Paket von 58 Millionen. Und sonst kommt noch ein wenig aus Baar und noch weniger aus Walchwil und Oberägeri. Aber die anderen greifen ganz schön zu. Die höchste Gemeinde bezieht 18,5 Millionen aus dem Finanzausgleich. Philip C. Brunner war in dieser Kommission, er hat das unterstützt, hat sich aber nachträglich im einen oder anderen Punkt als Kommissionsmitglied doch noch infor-

miert. Und er wird dieser Senkung beim Gewinnsteuersatz nicht zustimmen, er bleibt bei 4 %.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte sich vorab bedanken bei der Präsidentin der vorberatenden Kommission, den Kommissionsmitgliedern, aber auch bei der Stawiko für die zügige und fundierte Beratung unserer Vorlage. Die heute zu diskutierende Vorlage beinhaltet ja verschiedene Elemente: Einerseits Vorgaben des Bundes, andererseits Anpassungen aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichts, es gibt parlamentarische Vorstösse Ihrerseits, die wir aufgenommen haben, und es gibt natürlich auch Aussagen in der Strategie des Regierungsrats, die wir hier versucht haben, pragmatisch umzusetzen. Insofern pragmatisch, weil es eben bei uns nicht nur Programm ist, Steuersenkungen zu machen. Das ist bei uns keine Ideologie, sondern es besteht der Grundsatz: Steuern sind zu erheben, um die staatlichen Aufgaben zu erfüllen. Eigentlich nicht mehr. Der Staat ist ja auch keine Bank, das heisst wenn er mehr Steuern einnimmt, als er eigentlich unbedingt notwendig hat, sind die Steuern entsprechend anzupassen. Und wir haben in den letzten Jahren immer versucht, dort Anpassungen vorzunehmen, wo wir im Vergleich mit anderen Standorten, aber auch dort, wo der Zuger Schuh drückt, Handlungsbedarf sahen. Und wenn der Finanzdirektor an die letzte Steuergesetzrevision erinnert, da war es ja vor allem der Mittelstand, den wir massiv entlastet haben. In der Aufstellung der Stawiko auf S. 1 des Berichts sehen Sie das. Die dritte Steuergesetzrevision kommt vor allem dem Mittelstand zugute – das sind natürliche Personen – und das im Umfang von 30 Millionen. Das ist ein namhafter Beitrag, um mitzuhelfen, dass den Zugerinnen und Zugern am Schluss eben auch im Portemonnaie bleibt.
Und es ist natürlich nicht nur in Zug so, sondern in jedem Wirtschaftszentrum, dass die Lebenshaltungskosten steigen. Die Mieten sind teurer, andere Ausgaben sind teurer. Aber wo Arbeit ist, wo gute Infrastruktur besteht und Bildungsangebote, wo Kultur angeboten wird, ist es scheinbar halt attraktiv zu leben. Das ist eine Auswirkung unseres Prinzips, Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit. Scheinbar ist es hier wert zu leben, deshalb sind eben auch die Lebenshaltungskosten gestiegen.
Ein wichtiges Element ist tatsächlich die Rechtsicherheit. Der Stawiko-Präsident hat gesagt, dass wir jetzt beinahe jährlich die Steuergesetze angepasst haben, nachdem das früher über Jahrzehnte stabil war. Das ist so. Aber wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass wir das Steuer in der Hand behalten. Dass wir soviel anpassen, dass wir nicht durch Dritte gezwungen werden, etwas machen zu müssen. Sondern dass wir in Voraussicht dort anpassen können, wo wir wollen. Peter Hegglin ist überzeugt, dass wir auch mit dieser Vorlage das tun, was sinnvoll ist. Da möchte er den Rat daran erinnern, nicht weiter zu gehen, als der Regierungsrat vorschlägt. Zwei Finanzpläne der letzten Jahre sind über die ganze Finanzplanperiode negativ. Das gab uns den Anlass, BAK Basel mit einer Berechnung zu beauftragen, ein Finanzmodell für den Kanton Zug zu entwerfen. Und dieses Modell haben wir der Kommission und der Stawiko auch unterbreitet. Das können auch Sie im Internet konsultieren. Dieses Papier ist sehr positiv für den Kanton Zug, im Gegensatz zu unseren Finanzplanzahlen.
Die grösste Abweichung kommt daher, dass BAK Basel den NFA-Beitrag des Kantons Zug viel tiefer einschätzt, als wir ihn eingeschätzt haben, aufgrund unserer Angaben über die nationale Finanzchefenkonferenz. Der Votant möchte aber darauf hinweisen, dass es dort nach wie vor Unsicherheiten gibt. Er ist nicht sicher, ob die BAK-Basel-Zahlen stimmen, denn sie beruhen auf Falschmeldungen des Kantons Waadt. Und man ist am Bereinigen dieser Falschmeldung. Das Paradoxe daran ist, dass wenn man diese Falschmeldung korrigiert, wir wahrscheinlich mehr

zu zahlen haben, weil der Kanton Waadt dann eher finanzschwächer wird. Peter Hegglin hofft nur, dass das ihm nie passiert, denn es geht um mehrere zweistellige Millionenbeträge. Bei uns würde diese Belastung also eher steigen.
Und unser Anteil am Nationalbankgewinn beträgt 23 Millionen pro Jahr. Sie kennen die Situation. Die Nationalbank ist frei zu entscheiden. Es gibt ein Abkommen, aber die Nationalbank könnte sagen, sie zahle keine Beiträge an die Kantone mehr aus. Wir werden im nächsten Budget 40 % des bisherigen Betrags einstellen, um zu zeigen, dass wir nicht bereit sind, einen totalen Verzicht hinzunehmen. Sondern dass wir erwarten, dass wir nach wie vor mit diesem Beitrag rechnen können. Wobei natürlich diese 40 % irgendwo in der Schwebe sind. Seit unserer Beratung ist also nicht unbedingt mehr finanzieller Spielraum dazu gekommen. Aber es hat den Finanzdirektor doch dazu veranlasst, die damalige BAK-Basel-Studie zu aktualisieren mit den neuen Erkenntnissen (Waadt und Nationalbank). Und die neue Studie ist nach wie vor der Meinung, dass wir positive Ergebnisse haben werden bis ins Jahr 2020. Die Voraussetzung dafür ist, dass Zug nach wie vor ein starkes Wirtschaftswachstum hat, und momentan sieht es immer noch so aus.
Zum Steuerwettbewerb. Peter Hegglin möchte nochmals daran erinnern, dass er nicht dort passiert, wo wir die Anpassungen gerade bei den natürlichen Personen machen. Sondern im oberen Segment – und dort machen wir keine Anpassungen. Wir machen ja die Anpassungen bei den Abzügen, bei der Eigen- und Fremdbetreuung, bei den Mietkosten. Dort könnte man allenfalls sagen, wenn es unbegrenzt ist, es gebe auch sehr gut Verdienende, die diese 2' oder 4'000 Franken abziehen können. Aber das ist dann doch eher untergeordnet bei sehr hohen Einkommen. Der Steuerwettbewerb bei den natürlichen Personen passiert nicht in jenen Segmenten, in welchen wir Anpassungen vorschlagen.
Und der Steuerwettbewerb bei den juristischen Personen. Wenn wir mit allen Anpassungen, die jetzt der Regierungsrat vorschlägt, keine Rangverbesserung herbeiführen, kann man ja nicht sagen, dass wir den Steuerwettbewerb anheizen. Wir versuchen einfach, im Bereich, wo wir momentan sind, weiterhin attraktiv zu sein. Und wenn der Finanzdirektor in der Vergangenheit vielleicht manchmal Irland erwähnt hat, dann sicher nicht als Beispiel, sondern in dem Sinne, dass Irland damals ein Gradmesser war bei der Höhe der Steuerbelastung. Und dass wahrscheinlich 12,5 oder 14 % Gewinnbesteuerung bei den juristischen Personen auch langfristig die Grösse sein wird, welche wir anstreben müssen, wenn wir nach wie vor ein Wirtschaftstandort bleiben wollen, der mithalten kann.
Zur Innovationskraft, die sich verflüchtigt habe; Angst und Bedenken seien eingekehrt. Man muss natürlich schon schauen, wo wir heute stehen und wo man stand, als man mit der Zuger Steuerpolitik begann. Als man diesen Weg einschlug, war Zug eine sehr arme Region, wirtschaftlich nicht sehr prosperierend. Und da war es natürlich richtig, mit mutigen Schritten Signale zu setzen, Leuchttürme zu setzen, wie es gewisse Kantone auch heute tun. Aber Zug ist heute sehr prosperierend. Wir haben es nicht nötig, Leuchttürme zu setzen oder Experimente einzugehen. Sondern es ist doch besser, wenn Zug seine Arbeit gut und solid macht. Es ist besser, an diesem guten Ruf festzuhalten, als irgendwelche Übungen zu vollziehen.
Die Lizenzbox wurde erwähnt. Was hätten wir mit einer Lizenzbox mehr als mit den Steuerregimes? Es deckt ja eigentlich das Gleiche ab. Und solange das Box-System international nicht rechtlich anerkannt ist oder in Frage steht, macht es keinen Sinn, gesetzgeberisch diesen Weg zu beschreiten, um dann allenfalls doch wieder auf grauen oder schwarzen Listen zu erscheinen. Es ist sicher besser, mit unspektakulären Massnahmen vorwärts zu gehen.

Nichts zu tun, wie das von der Linken angestrebt wird, ist keine Lösung. Kein Unternehmen – das gilt auch für Volkswirtschaften – darf stillstehen, das ist ein Rückschritt. Denn rundherum bewegt sich alles. Und wenn man meint, man sei zu gut und müsse nichts mehr tun, so ist das der Beginn des Untergangs. Das haben auch Zuger Unternehmen erfahren müssen. Das wollen wir nicht. Wir wollen dort anpassen, wo es Sinn macht.
Die Auswirkungen auf die Gemeinden. Etwa 80 % der von Ihnen beschlossenen Massnahmen wirken auch bei den Gemeinden. In unserem Bericht haben wir die Liste angefügt, wie stark es die einzelnen Gemeinden betrifft. Es ist so, dass es die Stadt Zug stark betrifft. Aber der ZFA hat ja als Grundlage die steuerfussabhängigen Kantonssteuererträge. Und wenn wir jetzt die Steuererträge senken, hat natürlich die grosse Auswirkung auf die Stadt Zug einen Einfluss auf die Finanzausgleichsbeiträge der Gemeinden. Wir haben nicht alles durchgerechnet, was es schliesslich für die Gemeinden heisst, die heute vom Finanzausgleich profitieren. Aber natürlich trägt die Stadt Zug nicht alles, sondern weniger, weil sie weniger Finanzausgleich zahlen muss über die ZFA-Regelungen.
Zur Unternehmenssteuerreform II. In unserem Bericht haben wir das noch nicht aufgenommen. Es ist ja das Kapitaleinlageprinzip. Auf Bundesebene wurden Anpassungen gemacht, deren Auswirkungen man zu wenig abschätzen konnte. Als wir unseren Bericht machten, hatten wir auch noch keine Angaben vom Bund. Wir haben dann während den Kommissionsarbeiten versucht, uns zu informieren. Wir mussten uns da zum Teil auf Medienberichte abstützen, da wir keine konkreten Angaben des Bundes hatten. Wir haben versucht, das zu berechnen, und das ist eingeflossen in die Tabellen der Stawiko und der vorberatenden Kommission. Das macht rund 3 Millionen aus pro Jahr. Ob es dann mehr oder weniger sein wird, steht noch auf einem ungeschriebenen Blatt. Bekannt ist aber, dass die Finanzdirektorin des Bundes eine Anpassung dieser Bestimmungen vornehmen will im Dringlichkeitsverfahren. Das würde dazu führen, dass wahrscheinlich die Ausfälle geringer ausfallen, als es jetzt auf Bundesebene mal beziffert wurde. Es ist davon auszugehen, dass unsere Annahmen nicht übertroffen werden. Aber es ist eine Auswirkung vom Bund, die Sie bei Ihren Beschlüssen berücksichtigen sollten.
Zum Zusammenhang zwischen Fremd- und Eigenbetreuungskosten. Das ist der einzige Punkt, wo der Regierungsrat der Kommission gefolgt ist, indem er den Eigenbetreuungsabzug von 3' auf 6'000 Franken erhöhen möchte. Bitte belassen Sie aber alle anderen Bestimmungen so, wie wir es vorgeschlagen haben.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** macht auf die Verfahrensbestimmung gemäss § 50 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats aufmerksam: «Anträge, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, werden aus der Beratung ausgeschieden und im Motionsverfahren weiterbehandelt.» Diese Praxis wird wegen des Worts «unmittelbar» streng gehandhabt. Sofern jetzt aber ein Ratsmitglied mit dem Entscheid der Kantonsratspräsidentin nicht einverstanden sein sollte, erfolgt im Plenum eine Abstimmung über diese Verfahrensfrage – ob Zulassung oder nicht.

§ 18ter (neu) und § 19 Abs. 2

Stefan **Gisler** hält fest, dass *die AGF die Streichung der Steuerrabatte für Aktionäre beantragt, das heisst, Streichung von § 18ter und letztlich auch § 19 Abs. 2.*

Das Bundesgericht hat nun, wie es schon bei der Einführung dieser Rabatte abzusehen war, die Kantone zurückgepfiffen. Die Rabatte auf die Vermögensquote von Aktionären werden aufgehoben.
Aber die AGF hält auch die Aktionärsrabatte beim Einkommen für ungerechtfertigt. Denn Einkommen ist Einkommen. Die Alternativen – oder damals der Votant – hatten in diesem Rat hier bei allen vorhergehenden Steuergesetzrevisionen diese Haltung immer klar zum Ausdruck gebracht. Dieser Rabatt ist ungerecht, weil er Kapitaleinkommen gegenüber Erwerbseinkommen steuerlich bevorzugt. Sonst könnte man ja als natürliche Person auch geltend machen, dass man mit höherem Lohn wohl dann ein grösseres Vermögen haben werde und man darum einen Rabatt auf sein Einkommen möchte. Als vor einigen Jahren dieser Rabatt im Kanton Zürich eingeführt werden sollte, empfahl sogar die Neue Zürcher Zeitung ein Nein. Mit treffenden Begründungen: Dieser Discount-Tarif nütze nicht den KMU, sondern primär Grossaktionären. Auch schrieb die NZZ, dass damit keine Wachstumsimpulse generiert werden, da die Begünstigten wohl eher in den eigenen Luxus als in Unternehmen investieren. Und es werde ein Anreiz geschaffen, sich statt Lohn Dividenden auszuzahlen, was letztlich wieder die AHV schwächt. Auch sei die 10-Prozent-Hürde willkürlich. Wer 10 % der Aktien besitzt, sei einer sogenannten steuerlichen Doppelbelastung ausgesetzt. Wer 9 % Aktien hat, gilt nicht mehr als doppelbelastet und bleibt ohne Rabatt. Diese Logik entbehre jeder sachlichen und steuersystematischen Grundlage und könne auch nicht mit dem Argument des Standortwettbewerbs schöngeredet werden. Dies alles aus der Neuen Zürcher Zeitung. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Gabriela **Ingold** hält fest, dass diese beiden Paragraphen in der Kommission unbestritten waren.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass – obwohl die AGF klar dagegen ist – das Zuger Volk mehrmals klar dafür war. Bei Volksabstimmungen zu Steuergesetzrevisionen, erstes und zweites Paket, hat das Volk jeweils klar zum Ausdruck gebracht, dass es dem Grundsatz der Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung zustimmt. Und wir haben diese Gesetzesbestimmungen dann ja auch gelebt. Der Kanton Zug wurde nie vor Bundesgericht belangt. Das waren andere Kantone. Aber in Nachachtung der Bundesgerichtspraxis schlagen wir Ihnen jetzt diese Anpassungen vor. Heute ist es ja so, dass wir beim Einkommen und beim Vermögen je um 50 % eine Belastung gewähren. Und zwar nur dann, wenn der Aktionär mindestens 5 % Beteiligung oder einen Wert von 5 Millionen hat. Das gilt nur für Schweizer Beteiligungen. Was nicht mehr geht, ist die Entlastung beim Vermögen. Beim Einkommen ist es nach wie vor möglich, und wir beantragen ja, beim Einkommen aufgrund dieser Bundesgerichtspraxis die Anpassungen vorzunehmen, wie sie im Gesetzestext vorgeschlagen werden. Wir empfehlen Ihnen, das beim Vermögen nicht mehr zu tun. Dort sagen wir, dass wir diese Mehrerträge, die dem Kanton in der Grössenordnung 5 Millionen resultieren, bei den juristischen Personen mit einem Viertel Gewinnsteuersenkung kompensieren. Besten Dank, wenn Sie dem Antrag des Regierungsrats folgen.

Die **Vorsitzende** fragt den Antragsteller, ob er einverstanden ist, wenn wir beide Abstimmungen zusammenschliessen. Stefan Gisler bejaht das.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AGF mit 56:11 Stimmen ab.

§ 30 Bst. k

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag stellt, bei diesem Buchstaben eine neue Ziff. 4 mit folgendem Inhalt aufzunehmen:
«4. Sofern diese Parteispenden in der Parteirechnung offen gelegt werden.»
Die Offenlegung von Parteispenden in den Rechnungen der Parteien ist bei der SP auch national ein Thema. Sofern der Kantonsrat heute zu diesem Paragrafen ja sagt, was der Votant nicht bezweifelt, ist es aus Sicht der SP zwingend, dass die Parteien verpflichtet werden, diese Beträge offen zu legen. Bisher ist es in der Schweiz möglich, dass Grossunternehmen und Einzelpersonen mit grosszügigen geheimen Spenden, so oft sie wollen, dass Stimmverhalten bei Abstimmungen massiv beeinflussen.
Unlängst haben OSZE-Wahlbeobachter das intransparente System der Parteienfinanzierung in der Schweiz kritisiert. Die Offenlegung von Parteispenden hat auch einen direkten Zusammenhang mit dieser Steuergesetzrevision. In Ziff. 1 bis 3 gibt der Staat vor, unter welchen Bedingungen die Abzüge zugelassen werden. Damit unterstützt der Staat – in diesem Fall der Kanton Zug – die Parteispende zusätzlich, ohne aber Transparenz zu verlangen. Es ist demnach auch zulässig, dass eine weitere Ziff. 4 zur Offenlegung der Parteispenden in den Parteirechnungen eingefügt wird.

Die **Vorsitzende** macht Markus Jans auf § 50 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats aufmerksam. Danach sind Anträge, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, aus der Beratung auszuscheiden und im Motionsverfahren weiter zu behandeln. Sollte Markus Jans an der Beratung festhalten, werden wir diese Verfahrensfrage vorgängig dem Kantonsrat zum Entscheid unterbreiten.

Markus **Jans** hält an der Beratung fest.

Andreas **Hürlimann** hält fest, dass die AGF diesen Antrag bereits in der Vernehmlassung integriert hat. Wir fordern auch eine Offenlegung von Parteispenden und sehen hier einen direkten Zusammenhang mit dem vorliegenden Beratungsgeschäft. Stimmen Sie deshalb einer Beratung heute hier im Kantonsrat zu!

Heini **Schmid** würde gerne von der Kantonsratspräsidentin noch Ausführungen hören, weshalb der direkte Zusammenhang hier nicht gegeben ist. Wenn er richtig orientiert ist, wird ja die Parteispende neu eingeführt. Es ist eine Voraussetzung, wie diese Parteispende zu gewähren ist. Er sieht wirklich nicht ein, weshalb das nun nicht im Zusammenhang stehen soll. Er findet es gefährlich, wenn wir diese Praxis immer verschärfen würden. Wir dürfen den Zusammenhang nicht zu eng sehen, weil das unsere Möglichkeit, hier zu entscheiden und eine Debatte zu führen, zu stark einschränken würde.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass es nicht an ihr liegt, hier politische Ausführungen zu machen. Sie gibt dazu dem Finanzdirektor das Wort.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** versucht, es darzustellen. Wenn Sie § 30 des Steuergesetzes anschauen, so geht es dort um allgemeine Abzüge vom Einkommen, welche jeder Steuerpflichtige tätigen kann. Es ist das Verhältnis des Steuerpflichtigen zu seinen Steuern. Bei der Offenlegung geht es um eine juristische Person, eine Partei, und es müsste ja dort geregelt sein. Die Offenlegung der Parteienfinanzierung müsste doch separat geregelt werden. Das kann doch nicht hier unter Abzügen definiert werden. Das ist der falsche Ort, um dies festzuschreiben. Daher ist dieser Zusammenhang hier nicht gegeben.

Heini **Schmid**: Wenn es nur darum geht, *wo* das geregelt ist, kann es das ja wirklich nicht sein. Es muss doch der sachlogische Zusammenhang sein. Und die Bedingungen, aufgrund welcher nun ein Abzug gewährt werden soll, steht doch in einem so engen materiellen Zusammenhang mit dieser Bestimmung, dass der Votant nicht einverstanden ist, dass wir rein formalistisch sagen: Das müsste an einem anderen Ort geregelt sein. Denn materiell ist es doch ganz klar möglich zu sagen: Parteispenden werden nur abzugsfähig, wenn sie offen deklariert werden. Diesen Handlungsspielraum sollten wir uns als Parlament nicht einschränken lassen.

Die **Vorsitzende** betont, dass das Steuergesetz der falsche Ort ist. Es ist eine inhaltliche Frage. Wir sprechen hier von Spenden. Und die Transparenz bei Abzügen ist ja schon gegeben. Wir stimmen jetzt darüber ab, ob wir dieses Thema hier behandeln oder nicht.

➔ Der Rat beschliesst mit 50:16 Stimmen, dass ein inhaltlicher Zusammenhang besteht und jetzt darüber debattiert werden kann.

Gabriela **Ingold** hält fest, dass dieser Aspekt für die Kommission kein Thema war.

Gregor **Kupper** hält fest, dass dieser Aspekt für die Stawiko kein Thema war.

Martin **Pfister** gibt zu, dass das Thema, das AGF und SP-Fraktion hier aufwerfen, ein Thema ist und die Parteien beschäftigen muss. Da müssen zweifellos Lösungen gefunden werden, wie die Parteien finanziert werden. Nur warnt er den Rat davor: Wenn Sie das wirklich einführen wollen, bewirken Sie genau das Gegenteil. Denn wenn die Fraktionen wissen, wer sie unterstützt, werden sie erst recht abhängig von diesen Spenden. Heute weiss die CVP-Fraktion nicht – nur die Parteileitung – wer die Fraktion unterstützt. Das wird nämlich so gemacht, dass jene Leute, welche die Parteien unterstützen, das aufgrund des Stimmverhaltens in der Vergangenheit machen. Wenn man das offen legt, heisst das, dass nachher auch eine gewisse Verpflichtung gegenüber den Spendern besteht. Und daran können wir wirklich kein Interesse haben.

Andreas **Hürlimann** unterstützt den Antrag der SP-Fraktion, um nicht noch einen weiteren Antrag einzubringen. – Unsere Schweizer Demokratie lebt von einer umfassenden, offenen und transparenten Informationspolitik. So müssen wir Politi-

ker Interessenbindungen offen legen. Einzig im Bereich der finanziellen Zuwendungen an Politiker, Parteien oder Komitees fehlt diese Transparenz vollständig; es herrscht eine hysterische Geheimniskrämerei. Übrigens sind wir die einzige westliche Demokratie, welche dies so handhabt.
Dies hat zur Folge, dass bereits heute bei vielen Bürgern der Eindruck vorherrscht, Politiker und Parteien könnten mit grossen Summen beeinflusst, Abstimmungsergebnisse mit Millionenbeträgen gekauft werden. Und wenn man das Gerangel um die Abzockerinitiative in Bundesbern sieht, bestärkt das bei vielen Bürgern die Auffassung, dass da im Hintergrund massiv mit Geldern beeinflusst wird. Dies darf nicht sein!
Wie kann man dem entgegentreten? Nur mit einer transparenten Regelung kann das Vertrauen in die Schweizer Politik verbessert werden. Die Schweizer Bevölkerung hat ein Recht zu erfahren, welche Einzelpersonen, Unternehmen oder Organisationen sich im grossen Stile in Abstimmungskämpfen oder Wahlgängen engagieren oder gewissen Parteien oder Politikern grosse Spenden zukommen lassen.
Es geht hier ganz klar nicht um das Verbieten oder Verhindern von Spenden. Auch sollen Kleinstspender nicht unnötig ans Licht der Öffentlichkeit gebracht werden. Aber. Gerade die grösseren Zuwendungen sollen transparent und somit marktkonform gemacht werden. Der Bürger soll im Wettbewerb der Parteien sehen, wer wie wo was unterstützt.

Philip C. **Brunner** muss wirklich der Linken ein Kompliment machen. Sie politisieren gut, das ist ihr Thema, und sie bringen das hier in den Rat. Der Votant hat zugestimmt, dass hier diskutiert wird. Er ist fundamental dagegen. Warum? Das ist ein grosses Märchen. Uns von der SVP wird immer wieder unterschoben, dass irgendwelche mächtige Leute im Land uns Millionen hinten dranschieben. Es ist nicht der Fall! Unsere Spenden kommen zusammen 10- und 100-Franken-weise. Und Philip Brunner kann dem Votum von Martin Pfister auch folgen. Er sagt das als jemand, der Einblick gehabt hat auf lokaler wie auf kantonaler Ebene in die Finanzen. Es ist nicht so, wie behauptet wird. Es ist ein Märchen. Aber der Votant gratuliert. Wir werden ja sehen, wie es herauskommt. Er wird nein stimmen.

Markus **Jans** dankt für die Blumen, die wir selbstverständlich auch von der SVP gerne entgegennehmen. Die Pflicht gegenüber Spendern besteht so oder so, Martin Pfister. Nur wissen anscheinend seine Parteikollegen nicht, dass er im Rücken doch noch Spender hat. Das scheint dem Votanten noch viel gefährlicher zu sein, dass nur Martin Pfister anscheinend weiss, wer letztendlich seine Partei finanziert. Zumindest der Vizepräsident müsste auch noch orientiert werden, damit er auf der Dankeskarte mit unterzeichnen kann. Wir halten ausdrücklich fest, dass wir wünschen, dass die Parteispenden offengelegt werden aufgrund der Transparenz. Wenn Markus Jans irgendwo spendet, ist es ihm doch egal, wenn das die ganze Bevölkerung weiss. Man sagt ja: Tue Gutes und spreche darüber! Warum soll ich nicht die CVP unterstützen? Und warum soll nicht die CVP sagen: Herzlichen Dank, Sie haben uns wesentlich geholfen, diese Abstimmung zu gewinnen. Was steht dem im Weg? In diesem Sinn wünschen wir Transparenz.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass die Regierung das Thema sehr wohl als eines erachtet, das politisch zu diskutieren ist. Aber sicher nicht im Zusammenhang mit dieser Bestimmung im Steuergesetz. Stellen Sie sich vor: Wir veranlagen

eine natürliche Person, die macht einen Parteibeitrag an irgendeine Partei. Dann muss jedes Mal bei der Veranlagung die Parteirechnung noch konsultiert werden, wahrscheinlich dann von den einzelnen Gemeinden. Und diese Rechnung müsste nachgeführt und abgenommen sein. Das ist doch einfach nicht handhabbar. Es wäre vielleicht innovativ, aber es führt die Arbeit ad absurdum. Das geht nicht. Der Finanzdirektor beantragt wirklich dringend, diesen Antrag abzulehnen. Wenn Sie etwas gesetzlich verankern wollen, machen Sie das nicht im Steuergesetz, sondern beim Vereinsrecht. Sie haben dazu ja Möglichkeiten, können das Thema mit einem parlamentarischen Vorstoss einbringen, wobei der Votant das nicht als Aufforderung verstehen lassen will, das zu tun.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 53:16 Stimmen abgelehnt.

Gabriela **Ingold** verweist auf den Kommissionsantrag im Bericht.

Gregor **Kupper** hält fest, dass sich die Stawiko dem Kommissionsantrag anschliesst.

Thomas **Aeschi** weist darauf hin, dass der bisherige Abzug für politische Zuwendungen – zusammen mit Zuwendungen für öffentliche oder gemeinnützige Zwecke – 20 % des massgebenden Reineinkommens betrug. Die SVP ist mehrheitlich der Meinung, dass sich diese bisherige Regelung bewährt hat. Da jedoch neu politische Zuwendungen gemäss Artikel 9, Abs. 2 Bst. l des Steuerharmonisierungsgesetzes separat ausgewiesen werden müssen, unterstützt die SVP-Fraktion den Vorschlag der Kommission und der Stawiko eines Abzugs von 20'000 Franken, welcher nur für wenige Personen eine Schlechterstellung im Vergleich zum bisher geltenden Recht bedeutet.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass die Regierung beantragt, ihrem Antrag zu folgen. Wir schlagen 10'000 Franken vor. Wir denken, dass das gegenüber heute etwa gleich ist. Bis jetzt war es ja bei uns nicht direkt im Gesetz verankert. Sondern es war indirekt angewendet über § 57 Abs. 1 Bst. g. Dort sind es 20 % des Reineinkommens. Und jetzt kommt hier das für die politischen Parteien separat geregelt dazu. Neu ist ja auf Bundesebene die Abzugsfähigkeit bis 10'000 Franken. Das war früher nicht möglich. Wenn wir das jetzt ebenfalls auf 10'000 Franken festlegen, kommt das der bisherigen Regelung nahe, wenn jemand die 20 % voll ausschöpfen wollte. Auch aus verwaltungsökonomischen Gründen macht es Sinn, die Abzüge gleich festzulegen. Wann kommen überhaupt höhere Beiträge zur Geltung? Wahrscheinlich vor allem in Wahljahren, und da haben ja Steuerpflichtige die Möglichkeit, ihre Beiträge über die Jahre zu verteilen. Das wäre auch im Sinne der politischen Parteien. Folgen Sie hier bitte unserem Antrag!

➔ Der Rat folgt mit 48:22 Stimmen dem Antrag von Kommission und Stawiko, womit der Betrag auf 20'000 Franken festgelegt wird.

§ 30 Bst. I

Gabriela **Ingold** hält fest, dass in der Kommission mehr als zwei Stunden über die Kosten bei Fremd- und Eigenbetreuung diskutiert wurde. Der heutige Vorschlag der Kommission mit 6'000 Franken war in der Detailberatung äusserst knapp angenommen worden. Vor der Schlussabstimmung waren die Kommissionsmitglieder dann jedoch grossmehrheitlich zufrieden mit dem Entscheid. Ein entsprechender Rückkommensantrag wurde abgelehnt.
Wie die Kommissionspräsidentin im Eintretensvotum dargelegt hat und wie im Kommissionsbericht ausgeführt wurde, wollte die Kommission, obwohl steuersystematisch falsch, ein gesellschaftspolitisches Zeichen setzen und die Eigenbetreuung der Fremdbetreuung gleichstellen. Wenn Sie nun dem Antrag der Regierung sowie der Minderheit folgen, riskieren wir, dass wir am Ende der Beratungen 10'000 Franken Fremdbetreuungskostenabzug und 10'000 Franken Eigenbetreuungsabzug als Resultat haben, was wirklich den Rahmen sprengen würde. Im Kanton Zug haben wir bereits die höchsten Kinderabzüge. In der Kommission wurde deshalb als Kompromiss der Fremdbetreuungskostenabzug auf Fr. 6'000 festgesetzt. Bitte stimmen Sie der Version der vorberatenden Kommission zu!

Martin B. **Lehmann** weist ebenfalls darauf hin, dass in der Kommission weniger die Höhe des Fremdbetreuungsabzugs diskutiert wurde, sondern vielmehr die Differenz zum Eigenbetreuungsabzug. Angesichts der realen Kosten für ein fremd betreutes Kind ist dieser Abzug auch absolut angezeigt und ausgewiesen. Auch der Votant ist der Meinung, dass die Eigenbetreuung einen Wert darstellt, der im Steuergesetz entsprechend gewürdigt werden soll. Aber das meint Martin B. Lehmann effektiv schulmeisterlich an die Adresse der Kommission: Familienpolitik lässt sich nicht auf dem Buckel des Steuergesetze betreiben; und fiskalpolitisch können und dürfen diese beiden Abzüge nicht gleichgeschaltet werden. Einerseits ist der Fremdbetreuungsabzug – im Gegensatz zum Eigenbetreuungsabzug – kein Sozialabzug, er muss effektiv nachgewiesen werden und ist zudem untrennbar mit einer – notabene besteuerten – Erwerbstätigkeit verbunden.
Die Kommissionsminderheit hält daher am ursprünglich von der Regierung vorgeschlagenen Fremdbetreuungsabzug von 10'000 Franken fest, unterstützt aber gleichzeitig die von der Kommission beantragte Erhöhung des Eigenbetreuungsabzugs auf 6'000 Franken.

Gregor **Kupper** hält fest, dass die Stawiko den Kommissionsantrag unterstützt.

Andreas **Hausheer** hält fest, dass die CVP-Fraktion grossmehrheitlich den Kommissionsantrag unterstützt. Bei der Abwägung zwischen einer rein steuerrechtlichen Betrachtung versus einer gesellschafts- und familienpolitischen ist für uns Letzteres höher zu gewichten. Wir messen der Eigenbetreuung der Kinder mindestens den gleichen Stellenwert ein wie der Fremdbetreuung. Selbstverständlich kostet Fremdbetreuung etwas. Aber ob dieser Tatsache darf man nun nicht so tun, als ob Eigenbetreuung nichts kosten würde. Schliesslich wird dabei auf ein zweites Erwerbseinkommen verzichtet, was finanziell wohl mehr zu Buche schlagen dürfte als die Fremdbetreuungskosten. Schliesslich soll bei einer gesamtheitlichen Betrachtung auch nicht vergessen gehen, dass der Staat durch die Eigenbetreuung auch wesentliche Kosten spart, indem er selber weniger Infrastrukturen für die

externe Betreuung bereitstellen muss. Die CVP-Fraktion bleibt bei ihrer langjährigen Haltung und lehnt eine unterschiedliche Gewichtung zwischen Eigen- und Fremdbetreuung ab.

Philippe **Camenisch** hält fest, dass die FDP der Variante der Kommission grossmehrheitlich zustimmt. Wir sind uns bewusst, dass eine Gleichsetzung von Fremd- und Eigenbetreuungsabzug formell systemwidrig ist. Schliesslich handelt es sich bei den Fremdbetreuungskosten um sogenannte Gewinnungskosten, das heisst die Fremdbetreuung wird an eine Erwerbstätigkeit gekoppelt. Wir schliessen uns jedoch der Ansicht der Kommission an, wonach hier ein gesellschaftspolitisches Zeichen gesetzt werden soll, indem die Eigenbetreuung der Fremdbetreuung gleichgestellt wird. Es soll dabei die Rolle des klassischen Familienmodells gewürdigt werden, da gerade nichterwerbstätige Ehepartner nicht nur in der Familie, sondern in der für die Schweiz typischen und wichtigen unentgeltlichen Freiwilligenarbeit eine wichtige Rolle einnehmen. Ohne hier länger zu werden, erachten wir diese ordnungspolitische Systemabweichung als gesellschaftspolitisch erwünscht und damit vertretbar. Der Votant möchte die diesbezüglichen Argumente seines Vorredners nicht wiederholen.

Thomas **Aeschi** erinnert daran, dass die SVP bereits im Januar 2010 ihre Familieninitiative lanciert hat, welche die steuerliche Gleichbehandlung von Familien, welche ihre Kinder durch den Staat oder eine andere fremde Institution betreuen lassen, und Familien, welche ihre Kinder selbst betreuen, fordert. Die SVP ist klar der Meinung, dass die durch den Bundesrat indirekt geförderte Diskriminierung von Familien mit einer Hausfrau oder einem Hausmann, welche sich zu hundert Prozent um die eigenen Kinder kümmert, gegen die elementarsten Schweizer Werte wie Freiheit und Selbstbestimmung verstösst. Aus diesem Grund wird die SVP nur Anträge unterstützen, bei denen der Fremd- und der Eigenbetreuungsabzug gleich hoch sind. In erster Linie unterstützt die SVP somit den Antrag der Kommission und der Stawiko auf einen Fremd- respektive Eigenbetreuungsabzug von jeweils 6'000 Franken. Sollte jedoch in der nachfolgenden Abstimmung die Regierung mit einem Fremdbetreuungsabzug von 10'000 Franken gewinnen, so würde die SVP auch einen Eigenbetreuungsabzug von 10'000 Franken unterstützen.

Andreas **Hürlimann** hält fest, dass die AGF den Antrag der Regierung, den Drittbetreuungsabzug auf 10'000 Franken anzusetzen, als richtig und wichtig erachtet. Eine Gleichschaltung mit der Eigenbetreuung ist nur eine altmodische, politische Zwängerei.
Folgende Gründe sprechen für einen höheren Abzug bei einer Drittbetreuung:

- Wenn beide Eltern erwerbstätig sind, zahlen sie in der Regel aufgrund der stärkeren Progression mehr Steuern.
- Erwerbstätige Eltern haben in der Regel Kosten für die Fremdbetreuung aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit. Diese sollen bis zu 10'000 Franken abzugsfähig sein, sofern die Kosten belegt werden können.
- Wenn das gleiche Paar auf zwei Erwerbseinkommen verzichtet, dann zahlt es weniger Steuern (kleinere Progression) und auch die Kosten für die Fremdbetreuung fallen weg. Deshalb ist es auch sachlogisch, dass kein grösserer Abzug gemacht werden kann. Man kann nun aus politischen Gründen hier einem Abzug

zustimmen, aber dass dieser gleich hoch ist wie bei der Drittbetreuung, macht einfach keinen Sinn.
Zudem jammern Gewerbe und Wirtschaft überall, dass qualifizierte Arbeitskräfte fehlen. Diesem Mangel kann wie folgt begegnet werden:
1. Wir erhöhen das Rentenalter auf 70 Jahre.
2. Wir suchen nach Arbeitskräften im Ausland.
3. Wir unterstützen die Frauen, dass sie am Erwerbsprozess teilnehmen (dies unter anderem auch via Steuergesetz).
«Leistung muss sich wieder lohnen» und weitere Sprüche sind jeweils beliebte Wahlkampfschlager. Heute, bei der Regulierung der Abzüge der Eigen- und Fremdbetreuung, können Sie zeigen, dass sich eben diese zusätzliche Leistung der
Eltern wieder lohnt. Danke, wenn Sie dem höheren Fremdbetreuungsabzug zustimmen.

Markus **Jans** kann sich kurz halten, da das Wesentliche von Andreas Hürlimann und von Martin B. Lehmann bereits gesagt wurde. Wir unterstützen den Antrag der Kommissionsminderheit aus den genannten Gründen. Es ist klar, dass ein Unterschied richtig und angezeigt ist, da auch die Kosten in den Krippen wesentlich höher sind als eine Eigenbetreuung. Das sind Kosten zwischen 25' und 40'000 Franken jährlich für eine Kinderkrippe. Es kommt darauf an, wo der Standort ist und wie viel dort noch subventioniert wird. Aus diesen Gründen ist die SP-Fraktion klar der Meinung, dass der Drittbetreuungsabzug für jedes Kind 10'000 Franken betragen und der Eigenbetreuungsabzug bei 6'000 Franken festgelegt werden soll.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte sich zuerst nochmals kurz zur Ausgangslage äussern. Wir kennen ja heute einen Fremd- und einen Eigenbetreuungsabzug von je 3'000 Franken. Wir haben einen Kinderabzug von 11'000 Franken. Beides zusammen teuerungsbereinigt können Personen oder Familien mit Einkommen bis zu 76'000 Franken 15'300 Franken Kinderabzüge tätigen. Das ist die Regelung heute bei uns. Und für jene mit mehr als 76'000 Franken Einkommen gilt nur ein Kinderabzug von 12'000 Franken. Das Bundesrecht schreibt uns jetzt vor, dass wir zwingend einen Fremdbetreuungskostenabzug einführen müssen, und auf Bundesebene wurde dieser auf 10'000 Franken festgesetzt. Dieser Fremdbetreuungskostenabzug darf aber nur dann geltend gemacht werden, wenn beide Ehepartner arbeitstätig sind. Wenn frei gemacht wird oder man Ferien macht, darf dieser Abzug nicht geltend gemacht werden. Die Steuerverwaltung ist in diesem Zusammenhang noch gefordert, das genau vollziehen zu können und nachzuprüfen, wie der Sachverhalt zuhause tatsächlich ist. Wir gehen aber da nicht persönlich vorbei.
Wenn man betrachtet, was dann aber jetzt die Kosten sind für die Fremdbetreuung, so fängt das günstigste Angebot etwa bei 16'000 Franken an und die Kosten gehen bis zu 37'000 Franken pro Kind und Jahr, was die Fremdbetreuung kostet hier im Kanton Zug. Und von diesen Kosten von 37'000 Franken im Maximalfall schlagen wir Ihnen vor, 10'000 Franken steuerlich abziehen zu können.
Wir betonen, dass man jetzt diesen Fremdbetreuungskostenabzug nicht einfach vergleichen kann mit einem Eigenbetreuungsabzug. Wenn man jetzt sagt, man müsse Fremd- und Eigenbetreuung gleich behandeln, macht man das nicht, indem man einfach den Abzug bei beiden auf die gleiche Höhe setzt. Sondern es bestehen fundamental unterschiedliche Grundlagen. Während beim fremdbetreuten Kind ja ein Erwerbseinkommen ausserhäuslich zustande kommt und zum Einkommen

aufgerechnet wird, kommt bei einem eigenbetreuten Kind ja keine Lohnsumme zum Einkommen. Aber das eigenbetreute Kind ist trotzdem eine Leistung, aber eben halt nur eine fiktive. Diese wird beim Einkommen nicht aufgerechnet. Was im anderen Fall mit der Aufrechnung zu einem höheren Einkommen, einer höheren Progression und zu einer Steuerbelastung führt, ist beim eigenbetreuten Kind nicht der Fall. Und wenn es ja kein fiktives Einkommen gibt, was wollen Sie dann an Kosten abziehen? Wenn schon, müsste man zuerst das Einkommen aufrechnen und dann wieder abziehen. Das machen wir in diesem Fall nicht. Trotzdem haben wir Ihnen ursprünglich vorgeschlagen – weil auch für die Regierung die Familie, welche die Kinder selber betreut, auch wichtig ist – bei diesen 3'000 Franken zu bleiben. Nach der Beratung in der vorberatenden Kommission ist der Regierungsrat nochmals in sich gegangen und folgt nun dem Kommissionsantrag, bei den eigenbetreuten Kindern auch auf 6'000 Franken zu gehen. Aber bei der Fremdbetreuung beantragen wir, bei diesen 10'000 Franken zu bleiben. Und dann natürlich dann bei Beiden nicht mehr einkommensabhängig.
Die SVP hat den Antrag gestellt, wenn 10'000 Franken definiert werde bei der Fremdbetreuung, dann auch 10'000 bei der Eigenbetreuung. Das gäbe dann einen Kinderabzug von 22'000 Franken pro Kind. Und wenn Sie das multiplizieren, so ergäbe das bei vier Kindern einen Kinderabzug von gegen 100'000 Franken. Das erachten wir als zu hoch.

➔ Der Rat stellt sich mit 48:22 Stimmen hinter den Antrag von Kommission und Stawiko.

§ 33 Abs. 1 Ziff. 5 Bst. b

Gabriela **Ingold** verweist auf den Kommissionsbericht S. 5 und 6 sowie auf ihr Eintretensvotum. Die Kommission will (wie der Regierungsrat) gegenüber dem heutigen Gesetz den Mieterabzug ausweiten. Die Kommission wollte jedoch explizit nicht, dass jemand der 20'000 Franken pro Monat verdient und sich Mietkosten von 7'000 Franken pro Monat leisten kann, steuerlich entlastet werden soll. Mit der Schaffung der Obergrenze auf den Mittelstand gemäss Definition der Revision des Steuergesetz 2010 wollte man einen sinnvollen Schwellenwert einbauen. Der Antrag, wie er im Minderheitsbericht steht, wurde auch in der Kommission gestellt und mit 9:4 Stimmen abgelehnt. Die Votantin bittet den Rat deshalb, dem Änderungsantrag der Kommission zu folgen.

Martin B. **Lehmann** meint, das sei eine besonders unappetitliche Sache. Er unterstützt zwar vorbehaltslos den Ansatz, den Mieteabzug gemäss Bst. b nicht mehr nach dem Giesskannenprinzip zu gewähren – er hat den Antrag in der Kommission selbst eingebracht. Wie er aber im Minderheitsbericht und in seinem Eintretensvotum ausgeführt hat, gilt es, den Mittelstand substanziell zu entlasten. In diesem Sinn darf die Einschränkung des Begünstigtenkreises natürlich nicht zu einer Einsparung führen. Die damit eingesparten Steuersenkungen müssen den Anspruchsberechtigten zugute kommen. Daher beantragt der Votant eine Einschränkung gemäss Vorschlag, aber gleichzeitig eine Erhöhung der entsprechenden Abzüge auf 6'000 respektive 3'000 Franken.

Gregor **Kupper** hält fest, dass die Stawiko grossmehrheitlich den Kommissionsantrag unterstützt.

Philippe **Camenisch** hält fest, dass die FDP-Fraktion der Kommission folgt. Diese Ausweitung des Mieterabzugs kommt dem Mittelstand zugute und soll schliesslich den Einfluss von sogenannten Schwellenwerten nach oben verschieben. Dass dabei die Eigenmietwerte für weitere fünf Jahre nicht angepasst werden, ist zu begrüssen, kann doch ein weiterer Abfluss von Steuersubstrat via direkte Bundessteuer vermieden werden. Dennoch fällt damit nicht das wichtigste Anliegen, nämlich die Abschaffung des Eigenmietwerts, weg. Diese unsägliche Besteuerung gehört unlängst abgeschafft. Die gegenwärtige Tiefzinsphase wäre ohnehin für den Kanton günstig, um dies zu tun. Doch lassen wir das. Dies muss bekanntlich auf der Stufe Bund entschieden werden.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP den Vorschlag der Regierung begrüsst, aufgrund der bisherigen Nichtanpassung des Eigenmietwerts seit der letzten Anpassung im Jahr 2001/02, die Mieter durch einen Mieterabzug mit den Eigentümern gleichzustellen. Zudem ist die SVP mehrheitlich der Meinung, dass der Vorschlag der Kommission einer oberen Reineinkommensgrenze keinen Sinn macht, da dadurch ein neuer, willkürlicher Schwellwert im Steuerrecht geschaffen wird, und es keine rationale Begründung für diese Begrenzung gibt. Die SVP-Fraktion folgt somit mehrheitlich dem Antrag der Regierung.

Stefan **Gisler**: Die AGF macht beliebt, hier der Kommission in dem Punkt zu folgen, welche eine Beschränkung auf Reineinkommen bis 90'000 respektive 180'000 Franken vorschlägt. Diese Obergrenze ist rational durchaus nachvollziehbar, denn sie begünstigt dann nicht diejenigen Personen, welche auf solche Abzüge nicht angewiesen sind. Sie unterstützt – um bei der Sprache der SVP zu bleiben – den kleinen Mann – Frauen gäbe es dann auch noch.
Darüber hinaus beantragen wir – wie es auch im Minderheitsbericht steht – die Abzugshöhen auf 3'000 beziehungsweise 6'000 Franken zu erhöhen. Hören Sie sich um! Die hohen Wohnkosten sind die Hauptsorge der Zugerinnen und Zuger. Es ziehen mehr aus dem Kanton Zug in andere Kantone, als zuziehen, weil es hier zu teuer ist. Hier lohnen sich Entlastungen. Hier dürfen sie nicht knausrig sein. Setzen sie gegenüber der Bevölkerung ein Zeichen, dass die Politik erkannt hat, dass Wohnen wieder zahlbarer sein muss. Ziehen sie auch die richtigen Schlüsse aus der CS-Studie, die aufzeigt, dass die hohen Wohn- und Lebenskosten die Wohnattraktivität von Zug schmälern.

Alois **Gössi** weist darauf hin, dass der Regierungsrat einen Mietzinsabzug für Mieter mit einem Reineinkommen von über 76'000 Franken in der Höhe von 4'000 Franken für Verheiratete respektive 2'000 Franken für Ledige beantragt. Für uns ist dies in keiner Art und Weise ein sozial gerechtfertigter Abzug mehr für Personen mit einem Einkommen, die nicht mehr dem Mittelstand angehören. Die SP befürwortet deshalb die Einführung einer Obergrenze von 180'000 Franken für Verheiratete und die Hälfte für Ledige für den zusätzlichen Mieterabzug. In diesem Sinne unterstützten wir hier die vorberatende Kommission. So erlauben wir dem grosszügig nach oben definierten Mittelstand zusätzliche Abzüge. Auf der anderen Seite wollen wir jedoch, dass dafür diese Mietzinsabzüge ein bisschen grosszügiger ausfallen. Wir wollen, dass im Gesamten die Steuerausfälle in etwa gleich hoch sind wie beim Vorschlag des Regierungsrats, wir wollen im Gesamten gesehen keine Kürzung, wie es die vorberatende Kommission faktisch beschloss. Es sollen des-

halb neu 6'000 Franken für Verheiratete und 3'000 für Ledige als Mietzinsabzüge möglich sein.
Die SP-Fraktion unterstützt hier den Antrag der Kommissionsminderheit. Sollte dieser Antrag scheitern, so unterstützt die SP-Fraktion den Antrag der vorberatenden Kommission.

Gregor **Kupper** spricht als Einzelsprecher und nicht als Stawiko-Präsident. Er beantragt, diesen neuen Buchstaben b ersatzlos zu streichen, beziehungsweise nicht einzuführen. Und das aus prinzipiellen Gründen. Der Regierungsrat begründet diesen Abzug damit, dass er die Eigenmietwerte, die seit 2000/2001 unverändert sind, weitere fünf Jahre nicht anpassen will. Stattdessen will er jetzt einfach den Mietern ein Zückerchen geben in Form dieses Mieterabzugs. Dabei vergisst er schon mal eine dritte Kategorie von Steuerpflichtigen, die davon nicht profitieren, nämlich Konkubinatspaare, erwerbstätige Kinder, die im Haushalt der Eltern wohnen usw. Der Regierungsrat ruft dazu auf, gegen das vom Kantonsrat erlassene Gesetz und die vom Regierungsrat dazu geschaffene Vollziehungsverordnung zu verstossen. Der von Ihnen erlassene Artikel 20 des Steuergesetzes besagt: «Die Festsetzung des Eigenmietwerts erfolgt unter Berücksichtigung der ortsüblichen Verhältnisse.» Und die vom Regierungsrat erlassene Vollziehungsverordnung führt in § 6 zum Eigenmietwert aus: «Der Eigenmietwert ist unter Berücksichtigung der Förderung von Eigentumsbildung und Selbstvorsorge auf mindestens 60 % des Marktwerts festzulegen. Der Markmietwert entspricht einer Verzinsung des Verkehrswerts von 5 % usw.» Davon sind wir schon meilenweit entfernt.
Der Regierungsrat will also diese klaren gesetzlichen Bestimmungen auch weiterhin nicht umsetzen. Man muss sich das in der Praxis vorstellen. Er muss seine eigene Abteilung, nämlich die Steuerverwaltung, anweisen, ein Gesetz nicht zu vollziehen. Das stimmt den Votanten bedenklich. Wenn der Staat seine eigenen Gesetze nicht mehr einhält, wie soll er dann das von seinen Bürgern fordern? Gregor Kupper empfiehlt dem Rat, diesen unglückseligen Kompensationsartikel nicht einzuführen, also ersatzlos zu streichen. Der Regierungsrat soll, wenn er diese gesetzlichen Bestimmungen nicht leben will, diese ändern und entsprechend Gesetz und Vollziehungsverordnung anpassen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass Vollziehungsverordnungen ja dazu da sind, um Gesetze umzusetzen. Und Gregor Kupper hat zitiert aus der Verordnung, die besagt: «Der Eigenmietwert ist unter Berücksichtigung der Förderung von Eigentumsbildung und Selbstvorsorge auf mindestens 60 % des Marktwerts festzulegen.» Es wurde auch im Bericht ausgeführt und in der Kommission darauf hingewiesen, dass wir die letzte Anpassung der Eigenmietwerte in den Jahren 2001/03 vorgenommen haben. Seither ist auf dem Platz Zug Einiges geschehen. Die Mietpreise haben sich erhöht, und es wurde gesagt, dass eine Erhöhung der Eigenmietwerte eigentlich angezeigt wäre. Von daher ist der heutige Vorschlag kein Zückerchen an die Mieterinnen und Mieter. Auch Eigentümerinnen und Eigentümer haben in der Vergangenheit von tiefen Eigenmietwerten profitiert. Diese Balance ist zu halten zwischen Mietern und Eigentümern, und deshalb schlagen wir neu diesen Abzug vor. Wir erachten die Abzugshöhe, wie wir sie vorschlagen, angebracht, damit diese Balance wieder hergestellt wird. Deshalb beantragen wir, den höheren Abzügen nicht zu folgen. Ebenso bei den Schwellen, die neu eingeführt werden sollen. Wir haben keine Schwellen beantragt bei den Kinderabzügen

und deshalb wollen wir hier auch keine Schwelle. Folgen Sie also unverändert unserem Antrag!

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich hier um drei gleichwertige Hauptanträge handelt und um einen Streichungsantrag. Die drei Hauptanträge werden aufgrund von § 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats einander direkt gegenüber gestellt. Jedes Mitglied kann nur für einen der Anträge stimmen. Hat keiner das absolute Mehr der Stimmenden erhalten, wird darüber abgestimmt, welcher von den zwei Anträgen, der am wenigsten Stimmen erhalten hat, heraus fällt. Die beiden verbleibenden Anträge werden dann einander gegenübergestellt. Der Antrag auf Streichung wird gemäss Empfehlung 10 des Büros des Kantonsrats vom 25. August 2005 «die Anträge zu bereinigen, die eine Änderung des materiellen Rechts vorsehen. Es steht dann fest, wie die neue Regelung aussehen könnte. Diese bereinigte neue Regelung ist dem Antrag gegenüberzustellen, am geltenden Recht festzuhalten.»

➔ Der Regierungsantrag erhält 13 Stimmen, der Kommissionsantrag 43 Stimmen, und der Antrag der Kommissionsminderheit 12 Stimmen. Der Kommissionsantrag hat damit das absolute Mehr erreicht.

➔ Der Streichungsantrag von Gregor Kupper wird mit 52:16 Stimmen abgelehnt.

§ 33 Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich die Regierung hier der Kommission angeschlossen hat.

➔ Einigung

§ 44 Abs. 2

Thomas **Aeschi**: Die SVP-Fraktion *stellt den Antrag, hier den Höchstsatz der Vermögenssteuer auf 1,5 ‰ zu senken*.
Abs. 2 von § 44 würde gemäss dem Antrag der SVP Fraktion wie folgt enden:
«(…) 1,5 ‰ für Vermögensteile über 324'000 Franken»
Die SVP begründet diesen Antrag wie folgt. Grundsätzlich ist die Vermögenssteuer eine ungerechte Steuer, da der Staat auf bereits versteuerten Vermögenswerten ein zweites Mal eine Steuer erhebt. Die meisten Länder in Europa kennen diese Steuer nicht. Auch in der Schweiz geht der Trend klar Richtung einer Minimierung der Vermögenssteuer – eine Abschaffung ist nicht möglich, da dies StHG-widrig wäre. So haben viele der umliegenden Gemeinden in unseren Nachbarkantonen, wie zum Beispiel Wollerau, Freienbach, Hergiswil oder aber auch die Stadt Luzern, die Vermögenssteuern stark gesenkt. Im Gegensatz zu allen anderen Kantonen, wird im Kanton Zug der relativ geringste Anteil der Steuererträge durch die natürlichen Personen generiert, weshalb diese Steuersenkung bei weitem nicht so dramatisch ist, wie sie wohl im Anschluss durch den Finanzdirektor dargestellt werden wird. Der Votant bittet deshalb den Rat, den Antrag der SVP-Fraktion zu unterstützen.

Die **Vorsitzende** kommt wieder zum Verfahren. Dieser Antrag ist aufgrund von § 50 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats nicht möglich, weil es dort heisst: «Anträge, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, werden aus der Beratung ausgeschieden und im Motionsverfahren weiterbehandelt.» Sofern auf der Beratung beharrt wird, entscheidet der Rat. Sofern der Beratung zugestimmt wird, folgt dann eine zweite Abstimmung mit der materiellen Frage.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP auf dem Antrag beharrt. Er möchte das kurz begründen. Die SVP ist der Meinung, dass dieser Antrag gemäss § 50, Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung in «unmittelbarem Zusammenhang» zur Vorlage steht. So hat z.B. der Regierungsrat in seiner Vorlage auf S. 16 geschrieben: «Im Bereich Unternehmerinnen/Unternehmer und Gesellschaften führt die Neuregelung der Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung bei der Einkommenssteuer und deren Aufhebung bei der Vermögenssteuer zu Mehrerträgen von 4,2 Mio. Franken an Kantonssteuern.» Dass diese Steuererhöhung bei der Vermögenssteuer mit einer Senkung des Vermögenssteuersatzes kompensiert wird, ist in den Augen der SVP unmittelbar miteinander verbunden. Zudem wurde § 44 sowohl in der vorberatenden Kommission als auch in der Stawiko beraten, was nicht passiert wäre, hätte kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen diesem Paragraphen und der Vorlage bestanden.

Heini **Schmid** möchte beliebt machen, dass wir auch hier den sachlichen Zusammenhang nicht zu weit treiben. Hier ist wirklich nirgendwo ein Zusammenhang zu sehen. Aus das was zitiert wurde, aber diesen Zusammenhang gibt es immer bei einer Gesetzesvorlage. Der Votant möchte darum beliebt machen, dass gemäss Ansicht des Büros hier wirklich kein Sachzusammenhang besteht. Denn die Vermögenssteuer stand gar nicht zur Debatte. Es steht auch in der Vorlage des Regierungsrats kein Antrag. Darum ist der Zusammenhang hier ein wenig zu weit hergeholt.

Manuel **Brandenberg** möchte Heini Schmid widersprechen. Der Antrag des Regierungsrats lautet, dass die Vermögenssteuer unverändert bleibt. Und die SVP stellt nun einen Antrag, dass das verändert wird. Das ist ein inhaltlicher Antrag, der einen sachlichen Zusammenhang hat mit dem Regierungsantrag auf unveränderte Beibehaltung der Vermögenssteuer. Wir sollten hier schon aufpassen, dass wir am Schluss nicht gar nichts mehr diskutieren können. Der Votant möchte den Rat bitten, hier den Sachzusammenhang zu bejahen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** betont, dass die Regierung an den Ausführungen von Heini Schmid festhält. Wir betrachten es gleich. Wir haben in den Erwägungen schon geschrieben, wo wir den Mehrwertsteuer-Mehrertrag kompensieren wollen, und zwar bei den juristischen Personen, bei der Senkung der Gewinnsteuern und nicht in diesem Bereich. Daraus schliessen zu können, die Senkung des oberen Steuersatzes bei den Vermögen habe einen inneren Zusammenhang, ist zu weit hergeholt. Geben Sie deshalb dem Antrag nicht statt.

➔ Der Rat beschliesst mit 36:34 Stimmen, dass ein unmittelbarer Zusammenhang besteht und der Antrag deshalb beraten werden soll.

Gabriela **Ingold** weist darauf hin, dass auch in der Kommission der Antrag gestellt wurde, dass der obere Vermögenssteuersatz auf 1,5 ‰ zu reduzieren sei. Dieser Antrag wurde mit 7:4 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Die Kommission wollte den Fokus der Steuersenkungen nicht auf weitere Elemente ausbauen, sondern explizit wie der Regierungsrat bei der Revision des Steuerpakets 2012 mehrheitlich die juristischen Personen begünstigen. Bitte lehnen Sie deshalb den Antrag ab!

Gregor **Kupper** hält fest, dass der Antrag auch in der Stawiko gestellt wurde, und wir haben ihn diskutiert. Wir müssen feststellen, dass es Steuerausfälle von 14 Millionen für den Kanton und etwa 12 Millionen für die Gemeinden nach sich zieht. Das sind Ausfälle, die im Rahmen dieser Revision nicht verkraftbar sind. Das muss man sich sicher genauer anschauen im Hinblick auf unsere Staatsfinanzen. Die Stawiko hat deshalb den Antrag mit 5:2 Stimmen abgelehnt.

Stefan **Gisler**: Das Votum von Thomas Aeschi und der Antrag der SVP zeigen wie schon bei vorhergehenden Paragraphen klar auf, für wen eigentlich die SVP Politik macht: Ihre Klientel sind die Reichen. BAK Basel und die CS-Studie zeigen deutlichst, dass Zug bei natürlichen Personen der steuergünstigste Kanton in der Schweiz ist. Dieser Antrag ist ebenso unnötig wie auch unverantwortlich. Der Finanzdirektor wird hoffentlich nachher ausführen, was dieser Ausfall von 26 Mio. Franken für Kanton und Gemeinden bedeutet – es sei hier an das Votum von Philip C. Brunner erinnert, wonach wir eine Verantwortung für die Gemeinden haben. Diese Senkung ist unhaltbar. Darum empfiehlt der Votant die Ablehnung.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass in der Vorlage aufgezeigt ist, dass im Jahr 2013 die Auswirkung der vorliegenden Steuerrevision 16,4 Mio. Franken beträgt; plus ungefähr die 14 Mio. Franken, die jetzt beantragt werden, wäre dann mit Steuerausfällen von 30 Millionen zu rechnen. Dabei haben wir die Unternehmenssteuerreform des Bundes noch nicht eingerechnet. Wir können den Staat letztlich auch aushungern und keine Steuern mehr erheben. Wollen wir dann schauen, was besser ist. Wir beantragen auf jeden Fall, diesen Antrag der SVP-Fraktion nicht zu unterstützen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** beantragt ganz klar, diesen Antrag abzulehnen. Damit würde das Fuder massiv überladen. Es wurde schon auf die Finanzpläne und die BAK-Basel-Studie hingewiesen. Und jetzt einfach so mit einem Federstrich auf Einnahmen von 14 Millionen beim Kanton zu verzichten und bei den Gemeinden nochmals 80 % davon, also rund 11,5 Millionen, ohne Bericht des Regierungsrats, ohne materiellen Auseinandersetzungen mit dem Thema, ist tatsächlich unverantwortlich. Wenn man bei den Vermögen etwas machen möchte, hätte man das prüfen müssen. Es gibt nicht nur den oberen Satz, sondern auch den Verlauf der Kurve. Es gäbe Abzüge und Vieles mehr, das man in diesem Bereich diskutieren könnte. Das hat man alles nicht getan. Und jetzt einfach so rasch 14 Millionen zu streichen, spricht überhaupt nicht für eine langfristige Politik. In diesem Sinn empfiehlt der Finanzdirektor Ablehnung des Antrags.

➔ Der SVP-Antrag wird mit 54:18 Stimmen abgelehnt.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrates

10. Sitzung: Donnerstag, 26. Mai 2011
(Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.00 – 17.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

141 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Thomas Werner, Unterägeri; Zari Dzaferi, Baar; Manuel Aeschbacher, Cham; Andreas Hürlimann, Steinhausen; Flavio Roos, Risch; Thomas Lötscher, Neuheim.

142 Motion von Gregor Kupper betreffend Abkürzung der Frist zwischen der ersten und der zweiten Lesung bei der Beratung von Gesetzen

Traktandum 2 – Gregor **Kupper**, Neuheim, hat am 5. Mai 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2048.1 – 137733 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

143 Interpellation von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Thomas Wyss, Werner Villiger, André Wicki, Daniel Eichenberger, Beni Riedi, Manuel Aeschbacher, Thomas Werner und Matthias Weder betreffend Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs

Traktandum 2 – Manuel **Brandenberg** und Philip C. **Brunner**, beide Zug; Thomas **Wyss**, Oberägeri; Werner **Villiger** und André **Wicki**, beide Zug; Beni **Riedi**, Baar; Manuel **Aeschbacher**, Cham; Thomas **Werner**, Unterägeri; Daniel **Burch**, Steinhausen; und Matthias **Werder**, Risch, haben am 16. Mai 2011 die in der Vorlage Nr. 2049.1 – 13778 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

144 Änderung des Steuergesetzes – viertes Revisionspaket

Traktandum 6 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2002.1/.2 – 13644/45), der Kommission (Nr. 2002.3 – 13750), der Kommissionsminderheit (Nr. 2002.4 – 13754) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2002.5 – 13755).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziffer 140)

§ 66 Abs. 1 Bst. a

Gabriela **Ingold** hält fest, dass die Kommission beantragt, den unteren Gewinnsteuersatz von 4 auf 3 % zu senken. Die KMU sind das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Sie stellen die meisten Arbeitsplätze zur Verfügung und bieten Ausbildungsplätze für unsere Lehrlinge an. Sind wir doch ehrlich: In letzter Zeit wurden die KMU nicht entlastet, sondern *be*lastet. Die Bürokratie nimmt auf allen Ebenen zu. Weiter müssen insbesondere Inhaber von KMU-Betrieben, welche in Form einer GmbH oder AG organisiert sind und somit 10 % und mehr Anteile ihrer Firmen besitzen, in Zukunft aufgrund der vorliegenden Steuergesetzrevision infolge Wegfall der Entlastung der wirtschaftlichen Doppelbelastung beim Vermögen wieder mehr Steuern bezahlen. Der Regierungsrat wollte diesen Wegfall durch Reduktion des oberen Gewinnsteuersatzes kompensieren. Wir wissen jedoch, dass die meisten KMU-Betriebe in den seltensten Fällen über 100'000 Franken Gewinn ausweisen.
Zudem profitieren ja alle juristischen Personen von dieser Änderung. Zugegeben, es ist ein gewisser Streuverlust da, aber unsere KMU sollten uns das Wert sein. Mit dieser Regelung stehen wir übrigens im interkantonalen Vergleich nicht alleine da. Im Kanton Baselland zum Beispiel beträgt der untere Steuersatz 50 % des oberen Steuersatzes.
Der Regierungsrat sowie die Kommissionsminderheit wollen diese Entlastung nicht. Die Kommissionspräsidentin kann dies nicht nachvollziehen, denn sie kostet gerade mal 2 Mio. Franken pro Jahr. Bitte stimmen Sie pro Klein- und Mittelbetriebe und unterstützen Sie den Änderungsantrag der Kommission.

Martin B. **Lehmann** wiederholt sich. Hier handelt es sich um eine Steuerkategorie, wo es schlicht keinen Handlungsbedarf gibt. Zusätzlich würden namentlich grössere Firmen profitieren, weil KMU Gewinne in dieser Grössenordnung aus steuerpolitischen Überlegungen oft mit Rückstellungen oder Löhnen korrigieren. Und nebenbei wäre der Effekt mit einem sehr grossen Streuverlust verbunden. Die Kommissionsminderheit spricht sich daher für die Beibehaltung des geltenden Rechts aus.

Gregor **Kupper** hält fest, dass sich die Stawiko mit 4:3 Stimmen dem Kommissionsantrag anschliesst.

Philippe **Camenisch** hält fest, dass sich die FDP dem Kommissionsantrag anschliesst, den Gewinnsteuersatz von 4 auf 3 % zu reduzieren. Hier können wir uns dem Votum der Kommissionspräsidentin anschliessen. Ergänzend führen wir an, dass die KMU einen sehr bedeutenden Beitrag in der Lehrlingsausbildung leisten. Wenn auch Grossunternehmen heute grosse Anstrengungen im Bereich der

Lehrlingsausbildung unternehmen, sind gerade Berufsausbildungen im gewerblichen Bereich ohne KMU-Betriebe nicht denkbar. Diesen Beitrag an das duale Bildungssystem, der für die schweizerische und zugerische Volkswirtschaft unangefochtene Vorteile bringt und obendrein für die Allgemeinheit kostengünstig ausfällt, gilt es zu honorieren. Schliesslich soll auch ein Anreiz geschaffen werden, mit eigenem Geld unternehmerisch tätig zu werden. Am Ende des Tages sollen sich Einsatz, Risikobereitschaft und ein Beitrag für die Volkswirtschaft unter Inkaufnahme von vielen bürokratischen Hürden doch noch lohnen.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP den Antrag der Regierung unterstützt. Eine Senkung des Steuersatzes für die ersten 100'000 Franken hätte einen sehr grossen Streuverlust zur Folge, da nicht nur KUM, sondern alle Firmen davon profitieren würden. Das hier eingesparte Geld sollte besser bei der Senkung des Gewinnsteuersatzes auf 5,5 % verwendet werden.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AGF das Votum hinterfragt, dass es sich hier um eine KMU-Förderung handeln soll. Aufgrund des Streuverlustes werden vielmehr die gewinnstarken grossen Firmen primär bevorzugt. Darum wenden wir – wie die SVP – gegen diese unwirksame Giesskannenreduktion von 4 auf 3 %.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass die ersten 100'000 Franken Gewinn neu mit 3 statt 4 % besteuert werden. Dies beschloss die vorberatende Kommission. Die SP-Fraktion lehnt diesen Antrag klar ab. Die ersten 100'000 Franken Gewinn sollen weiterhin mit 4 % besteuert werden. Die Kommission argumentierte, dass durch den Wegfall der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung bei Vermögen vor allem bei den KMU wieder mehr Steuern bezahlt werden müssten. Hier hat die Kommission im Prinzip recht. Sie vergisst aber einfach, dass der Regierungsrat dazumal zu Unrecht diese Steuererleichterung beantragte und dass der Kantonsrat diese auch zu Unrecht genehmigte. Jetzt sollen einfach unrechtmässig gewährte Steuererleichterungen auf eine andere Art und Weise wiederum eingeführt werden. Da sind wir klar dagegen. Weil hier in keiner Art und Weise Handlungsbedarf besteht, empfehlen wir Ihnen, den Gewinnsteuersatz weiter beizubehalten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass die Leistungen des Gewerbes und der KMU unbestritten sind. Dem haben der Regierungsrat und das Parlament voraus schon stattgegeben, indem wir den unteren Gewinnsteuersatz mit diesen 4 % ja schon eingeführt haben. Als wir die Auslegeordnung gemacht haben für die jetzt vorliegende Steuergesetzrevision, haben wir dort einfach keinen Handlungsbedarf gesehen, weil dieser nicht beim unteren Gewinnsteuersatz besteht. Dort ist der Streuverlust tatsächlich gross. Wenige Gewerbe- und KMU-Betriebe generieren Gewinne zwischen 60' und 100'000 Franken. Die meisten korrigieren das ja auch, indem sie Löhne mit Rückstellungen korrigieren. Und wenn dem so ist, dann profitieren ja eben vor allem wieder grosse Firmen und Unternehmen. Dann ist es doch wirklich besser, man setzt oben beim normalen Gewinnsteuersatz an als beim unteren. Das waren unsere Überlegungen. Wir haben auch nach den Beratungen von Kommissionen und Fraktionen unsere Haltung nicht geändert. Deshalb empfehlen wir Ihnen, diesen Antrag abzulehnen.

➔ Der Rat unterstützt mit 38:32 Stimmen den Antrag von Kommission und Stawiko.

§ 66 Abs. 1 Bst. b

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass im Steuerjahr 2012 sowohl der Regierungsrat, die Kommission, die Stawiko und die Minderheit einen Steuertarif von 6,25 % vorsehen. Es gibt somit für 2012 keine Differenzen. Folglich gibt es auch keine Abstimmung, sofern für das Jahr 2012 kein weiterer Antrag gestellt wird.
Es gibt aber drei verschiedene, gleichgestellte Hauptanträge bei den Steuertarifen 2013.

Gabriela **Ingold** verweist auf den Kommissionsbericht sowie auf ihr Eintretensvotum. Einige Kommissionsmitglieder hätten es gerne gesehen, wenn der Regierungsrat ein mutigeres Vorangehen mit einer grösseren Senkung gewählt hätte. Sie beantragten in der Kommission eine Reduktion bis zu 5 %. Die Diskussionen wurden hitzig und kontrovers geführt. Die Kommission war der Meinung, dass die Steuersenkungen nachhaltig sein sollten. Sie fand sich schliesslich bei 5,5 % des einfachen Steuersatzes. Man war grundsätzlich auch der Meinung, dass eine Senkung auf ein halbes Prozent grosszügiger wirkt. Trotz dieser geplanten Steuersenkung sollte der Kanton Zug weiterhin auf gesunden Füssen stehen. Dies sagen immerhin die wissenschaftlich erstellten Prognosen des BAK Basel voraus. Die Kommission hat ihren Änderungsantrag im Sinne eines Kompromisses mit 11:1 Stimme gut geheissen. Die Kommissionspräsidentin bittet deshalb den Rat, der Empfehlung der vorberatenden Kommission zu folgen.

Auch Martin B. **Lehmann** verweist auf die Ausführungen im Minderheitsbericht. Angesichts der darin geschilderten Unwägbarkeiten und der Tatsache, dass der Kanton Zug immer noch auf der Shortlist figuriert, spricht sich die Kommissionsminderheit für eine moderatere Senkung des oberen Gewinnsteuersatzes aus und beantragt, die dritte Senkungsstufe ersatzlos zu streichen und den Steuersatz ab 2013 bei 6 % belassen.
Der Votant möchte an dieser Stelle noch zuhanden der Vertreterinnen und Vertreter der ZFA-Nehmergemeinden Eines festhalten: Die Stadt Zug wird einen überproportionalen Anteil an den Steuerausfällen dieses Paragraphen zu tragen haben. Und dies wird einen unmittelbaren Einfluss auf die Höhe der Transfer-Zahlungen an die Nehmergemeinden haben.

Gregor **Kupper** hält fest, dass die Stawiko mit 4:3 Stimmen empfiehlt, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen. Ein Viertelprozent Steuerermässigung bei den juristischen Personen bedeutet einen Betrag von 6 Millionen für den Kanton und ungefähr 5 Millionen für die Gemeinden. Wir sollten also hier nicht leichtfertig mit diesen Sätzen umspringen, sondern uns überlegen, was für Auswirkungen denn da auf den Kanton und die Gemeinden zukommen.
Drei Punkte dazu. Der Stawiko-Präsident hat am Vormittag schon erwähnt, dass wir bezüglich Finanzplan und diesen BAK-Prognosen zwar eine wahrscheinlich verbesserte Situation haben werden, als im letzten Finanzjahr prognostiziert war. Es gilt aber trotzdem, die Kantonsfinanzen im Auge zu behalten. Zu viele Unsicherheiten stehen im Raum, vor allem auf der Einnahmenseite. Handlungsbedarf ist erst gegeben, wenn wir wissen, dass wir da auf der sicheren Seite sind. Dann können wir – und das ist Punkt zwei – die ganze Sache kurzfristig via Gestaltung des Steuerfusses steuern. Der Steuerfuss von 82 % unseres Kantons ist schon seit

Jahren unverändert geblieben. Gregor Kupper persönlich ist der Meinung, dass das nicht unbedingt so sein muss. Vor allem, wenn wir die Möglichkeit haben, nach unten zu korrigieren, sollen wir das auch in Zukunft tun. Wenn wir da eine gewisse Flexibilität reinbringen, tun wir eigentlich das, was die Gemeinden schon längst tun. Sie spielen mit Steuersenkungen, mit ein- oder mehrjährigen Rabatten, und das kann unser Kanton ohne Weiteres auch. Er darf da zweifellos von den Gemeinden auch einmal etwas lernen.
Zum dritten Punkt. Gabriela Ingold hat es heute Morgen angesprochen. Wir sind mit unserer Steuerbelastung der juristischen Personen im Ranking schon längst im Mittelfeld gelandet. Wir können uns mit diesem Viertelprozent, das zur Diskussion steht, zwar ein wenig nach oben bewegen, bleiben aber in diesem Mittelfeld. Im unteren Bereich haben wir zwei Kantone (Appenzell und Nid- oder Obwalden), die sich so stark abheben, dass wir ohnehin nicht rankommen. Und dann gibt es eine grosse Gruppe von Kantonen, wo die Steuerbelastung relativ eng beieinander liegt. Wenn also um Standortvorteile oder -analysen geht, spielen nicht in erster Linie dieses Viertelprozent Steuern eine Rolle, sondern dann geht es um echte Standortvorteile wie internationale Schulen, Verkehrserschliessung und dergleichen. Deshalb empfiehlt Ihnen die Stawiko, dem Antrag des Regierungsrats stattzugeben. Die CVP-Fraktion schliesst sich grossmehrheitlich dieser Meinung an.

Philippe **Camenisch** verweist auch hier auf das Votum der Kommissionspräsidentin. Bislang wurde kein weitergehender Antrag gestellt. Für die FDP ist der Kommissionsantrag zugleich Minimalforderung. Wir gehen damit weiter als die Regierung. Zugegeben: Eine weitergehende Reduktion ist emotional attraktiv. Es gehört jedoch auch zum Realitätssinn, sich für machbare Lösungen einzusetzen, das heisst, dass keine unvernünftigen Wagnisse eingegangen werden sollen, die bei der politischen Nagelprobe dann durchfallen. Der Votant verweist auf sein Eintretensvotum von heute Morgen.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP den Antrag der Kommission unterstützt, die Gewinnsteuern bis ins Jahr 2014 auf 5,5 % zu senken. Die Steuersätze im Kanton Zug liegen heute im Vergleich mit umliegenden Kantonen nur noch im Mittelfeld. Durch eine Senkung des Satzes auf 5,5 % bis 2014 wird der Kanton Zug im internationalen Umfeld auch in Zukunft auf die Shortlist von Firmen kommen, welche sich eine Verlegung in die Schweiz überlegen. Wie bereits in unserem Eintretensvotum erwähnt, sollte der Kanton in der Steuergesetzgebung in Zukunft wieder proaktiver und innovativer agieren, und sich nicht durch externe Umstände treiben lassen. Diese Senkung auf 5.5% ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass der Finanzdirektor vorhin Bedenken geäussert hat. Er hat die steigenden NFA-Kosten, die Nationalbanknichtausschüttungen, die Spitalfinanzierung angesprochen, er hat Bedenken bezüglich der Haushaltsstabilität sowie eine gewisse Unsicherheit gezeigt bezüglich der Folgen der Ausfälle aufgrund der Unternehmenssteuerreform II. Dann versteht der Votant nun wirklich nicht, wie er uns diese Senkung der Gewinnsteuern noch beantragen kann.
Die Senkung der Gewinnsteuern ist beim internationalen Standortwettbewerb irrelevant und führt einzig zu einem ruinösen Steuerwettbewerb unter den Kantonen. Damit ist und bleibt Zug – entgegen den Beteuerungen des Finanzdirektors – eine treibende Kraft des schweizerischen Steuerdumpings. Dies führt letztlich dazu,

dass der öffentlichen Hand immer weniger Geld für Investitionen in Bildung, Gesundheit, Familie und Infrastruktur bleibt. Die Bevölkerung in Luzern oder Schwyz ist mit den Sparpaketen in sensiblen Bereichen bereits Opfer dieser Ideologie. Peinlich auch z.B. die Stadt Zug, welche gerade eben beschloss, bei der Jugendarbeit einzusparen.
Philip C. Brunner hat vorhin die Auswirkungen auf die Gemeinden betont, und er hat recht, dass wir hier auch eine Verantwortung für die Ertragssicherung in den Gemeinden haben. Der Stawiko-Präsident hat Sie diesbezüglich vorhin auch gewarnt, hier zu weit zu gehen. Es kommt hinzu, dass auch hier vor allem die grossen Unternehmen von der Massnahme profitieren. Die KMU, das heisst Ihr Metzger, Ihr Friseur, Ihre Bastelladenbesitzerin, das kleine Architekturbüro, die Malerin, der Gipser: Sie alle werden kaum profitieren. Der anhaltende Zuzug von Firmen zeigt, dass wir in Zug auch jetzt sehr attraktiv sind für juristische Personen. Und die kantonale Konkurrenz ist zu relativieren, wie auch der Stawiko-Präsident gesagt hat. Appenzell Innerrhoden ist wohl kaum der Hauptkonkurrent für den Kanton Zug. Darum wird die AGF die Beibehaltung des Status Quo bei den Gewinnsteuern beantragen, und sie lehnt die Senkungsvarianten von Regierung, Kommission und Kommissionsminderheit strikte ab.

Finanzdirektor Peter **Hegglin**: Vorhin wurde ausgeführt, der Regierungsrat hätte mutiger sein sollen bei seinen Senkungsanträgen. Wenn Sie sich aber die finanziellen Ausfälle vor Augen halten, so war unser Antrag 25,7 Millionen. Dazu kommen das Kapitaleinlageprinzip und dann noch Ihre Beschlüsse von heute Morgen. So sind wir jetzt bei Steuerausfällen von 30 Millionen für den Kanton. Und wenn Sie sich das Rechnungsergebnis der nächsten Kantonsratssitzung vor Augen halten, sehen Sie, dass wir mit diesen 30 Millionen schon sehr mutig sind. Und was heisst, jetzt einfach mutiger zu sein? Wahrscheinlich einfach noch mehr Steuerausfälle hinzunehmen in der Erwartung, dass dann diese höheren Steuerausfälle mit mehr Wachstum kompensiert werden. Das ist ja die innere Logik, die jetzt auch verschiedenste andere Kantone versuchen.
Sie kennen die Haltung des Regierungsrats. Wir haben gesagt, dass wir nach wie vor Wachstum wollen, aber nicht mehr auf so hohem Niveau, wie in den letzten Jahren. Und wenn Sie diese strategischen Eckpunkte umlegen auf ein Steuergesetz, kommen Sie dann dazu, dass wir in pragmatischen Schritten Senkungen machen sollen in jenem Umfang, den wir verantworten können. Wir haben unsere Vorschläge in die Vernehmlassung gegeben und es sie wurden ja mehrheitlich unterstützt. Von den Rückmeldungen sei nur die Stadt Zug erwähnt, die wohl den Weg auch unterstützt, aber gesagt hat, man solle auf eine letzte Stufe verzichten. Man solle die Senkung nur in zwei Stufen um ein halbes Prozent vornehmen. Die Stadt Zug hat das natürlich gesagt, weil sie ja gerade bei den juristischen Personen im Kanton Zug die Gemeinde ist, die am meisten hat. Fast die Hälfte der juristischen Personen sind in der Stadt Zug. Und natürlich sind dort dann die Ausfälle entsprechend hoch. Von daher geht der Antrag des Regierungsrats schon über Haltung der Stadtgemeinde Zug hinaus. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist unser Paket ausgewogen. Und es ist so, dass natürlich alle Änderungen, die Sie machen, gerade in diesem Bereich dazu führen, dass die Steuerkraft pro Einwohner sinkt. Die Stadt Zug ist massgeblich bei den juristischen Personen, und es fällt viel bei der Stadt Zug an. Dann wird die Steuerkraft pro natürliche Person in der Stadt Zug tiefer, und das hat dann einen Einfluss auf den innerkantonalen Finanzausgleich.
Der Finanzdirektor empfiehlt dem Rat dringend, weitergehende Anträge als jenen des Regierungsrats abzulehnen. Es wird jetzt wirklich langsam eng. Bis heute hatte

Peter Hegglin immer das Gefühl, dass wir noch Reserven hatten, als wir Steuersenkungen machten. Es ist falsch, wenn wir unseren Handlungsspielraum zu stark einschränken und am Schluss gar keine Korrigiermasse mehr haben. Dem Votanten gefällt da natürlich die Argumentation des Stawiko-Präsidenten viel besser, dass wir unseren Weg weitergehen. Und wenn wir dann wirklich noch Manövriermasse haben, dann korrigieren wir dann mit dem Steuerfuss. Den könnten wir ja von Jahr zu Jahr neu definieren. Das ist wirklich eine überlegte und weitsichtige Haltung. In diesem Sinn empfiehlt der Finanzdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nun ein Antrag vorliegt, den Status Quo beizubehalten. In diesem Fall ist wieder nach der Empfehlung Nr. 10 des Büros des Kantonsrats vom 25. August 2005 vorzugehen: «Es sind vorerst die Anträge zu bereinigen, die eine Änderung des materiellen Rechts vorsehen. Es steht dann fest, wie die neue Regelung aussehen könnte. Diese bereinigte neue Regelung ist dem Antrag gegenüberzustellen, am geltenden Recht festzuhalten.»
Es handelt sich also hier um drei gleichwertige Anträge, über die wir zuerst abstimmen müssen. Alle drei werden aufgrund von § 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung direkt einander gegenübergestellt. Wiederum hat jedes Mitglied nur eine Stimme. Hat keiner der Anträge die absolute Mehrheit der Stimmenden erhalten, wird darüber abgestimmt, welcher von den zwei Anträgen, die am wenigsten Stimmen erhalten haben, wegfällt. Die beiden verbleibenden Anträge werden dann einander gegenüber gestellt.

➔ Der Regierungsantrag erhält 29 Stimmen, der Kommissionsantrag 27 Stimmen und der Antrag der Kommissionsminderheit 16 Stimmen.

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass kein Antrag das absolute Mehr erreicht hat. Jetzt stellen wir den Kommissionsantrag jenem der Kommissionsminderheit gegenüber.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der Kommissionsminderheit mit 42:18 Stimmen ab.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass jetzt der Regierungsantrag jenem der Kommission gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat lehnt den Kommissionsantrag mit 41:27 Stimmen ab.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsantrag nun dem Antrag der AGF für eine Beibehaltung des Status quo gegenübergestellt wird.

➔ Der Antrag der AGF wird mit 58:13 Stimmen abgelehnt.

§ 75 Abs. 3 (neu)

Philippe **Camenisch** weist darauf hin, dass die FDP in der Kommission im Sinn der Priorisierung eines attraktiven Steuersatzes gegenüber der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung ihr Anliegen gemäss der Motion 1931 sistiert hat. Wir wollten das Fuder nicht überladen. Zudem scheint uns die Kommunikation des Steuersatzes

auf internationalem Parkett einfacher zu kommunizieren als die Anrechnung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung. Vor dem Hintergrund, dass der Kantonsrat anders als die Kommission gestimmt hat, geben wir unsere Sistierung auf und beantragen, folgenden Absatz neu aufzunehmen:
«Die Gewinnsteuer wird an der Kapitalsteuer angerechnet.»
Gemäss Motionstext ist es so, dass die Kapitalsteuer grundsätzlich substanzzehrend ist, da ertragsunabhängig. Sie belastet somit das Risikokapital und ist letztendlich investitionshemmend. Auf Stufe Bund ist diese Besteuerung seit 1997 aufgehoben. Es wird ein Anreiz geschaffen, den Gewinn auszuweisen. Verschiedene Kantone haben dies bereits eingeführt, so auch der Kanton Luzern, der uns ja besonders konkurrenziert.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP den Antrag der FDP einstimmig unterstützt. Die wichtigsten Punkte, mit welchen wir diesen Antrag begründen, sind folgende: Die Kapitalsteuer ist ein alter Zopf. Wie bei der Vermögenssteuer wird auch hier auf bereits versteuertes Eigenkapital ungerechterweise ein zweites Mal eine Abgabe erhoben. Gemäss Auskunft der Steuerverwaltung bezahlen nur ca. 40 % aller Gesellschaften im Kanton Zug Gewinnsteuern. Diese guten Steuerzahler können mit dieser Anrechnung entlastet werden, während die nur Verlust bringenden Gesellschaften dem Staat weiterhin die Kapitalsteuer schulden. Viele Kantone um uns herum kennen bereits die Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer. Wie im Eintretensvotum der SVP erwähnt, darf sich der Kanton Zug nicht zurücklehnen und nun die gesamte steuerliche Innovationskraft den Nachbarkantonen überlassen. Auch die Kantone Aargau, Glarus, Genf, Schwyz, Waadt, Thurgau und St. Gallen kennen die Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer und sind damit sehr erfolgreich gewesen. Das Gegenargument, dass die Vorlage mit diesem Artikel überladen werde, lässt die SVP nicht gelten. In den letzten drei Revisionen des Steuergesetzes haben die natürlichen Personen mit 61 Mio. Franken gegenüber 15 Mio. Franken bei den juristischen Personen überdurchschnittlich von Steuersenkungen profitiert. Wenn diese vierte Revision nun vermehrt juristische Personen berücksichtigt, so sind wir überzeugt, dass die Stimmbürger dies verstehen und auch unterstützen.

Gabriela **Ingold** verweist auf die Ausführungen von heute Morgen sowie auf den Kommissionsbericht auf S. 9. Zu Beginn der dritten Kommissionssitzung hatte die Kommission diesen Abschnitt eigentlich genehmigt, wie er von der FDP jetzt gestellt worden ist, und zwar mit 7:5 Stimmen und einer Enthaltung. Man ist dann aber am Schluss der Beratung wieder davon abgekommen aufgrund der Ausgewogenheit des ganzen Pakets. Das hätte das Fuder überladen.

Gregor **Kupper** hält fest, dass die Stawiko den Antrag der vorberatenden Kommission unterstützt, die Motion zwar erheblich zu erklären, aber dieses Thema heute nicht zu behandeln. Dazu zwei Bemerkungen. Wir müssen uns schon bewusst sein, dass wir hier auf die Schnelle irgendetwas beschliessen, über dessen Folgen wir uns nicht abschliessend ein Bild machen können. Überlegen Sie sich mal: Wenn wir diese Anrechnung der Kapitalsteuer an die Gewinnsteuer machen, wollen wir das z.B. bei den gemischten Personen? Wie viel kostet das bei den gemischten Personen, die ohnehin schon steuerlich privilegiert sind? Wollen wir das bei allen oder nur bei einzelnen? Wie verhält sich das bei Holdinggesellschaften, die doch

eine beschränkte Steuerpflicht haben? Und so weiter. Das ist eine ganze Reihe von Fragen, die da im Raum stehen. Und auf der anderen Seite ist es auch ein Punkt, der ganz erhebliche finanzielle Auswirkungen hat. Sie müssen sich schon bewusst sein, dass wir da tatsächlich das Fuder überladen. Wenn Thomas Aeschi argumentiert, dass ein Missverhältnis da sei zwischen der Entlastung bei der letzten Steuergesetzrevision und der Entlastung bei den natürlichen und bei den juristischen Personen, dürfen Sie das nicht einfach 1:1 vergleichen. Sie müssen sich auch bewusst sein, dass unser kantonales Steuersubstrat, das da zusammenkommt, in erster Linie von den natürlichen Personen erbracht wird, im Verhältnis von ungefähr zwei Drittel, ein Drittel oder fast schon drei Viertel, ein Viertel. Entsprechend ist es auch richtig, dass wir bei den natürlichen Personen frankenmässig mehr entlastet haben als bei den juristischen Personen. Der Stawiko-Präsident möchte dem Rat beliebt machen, diesen Punkt auf die nächste Steuergesetzrevision zu verschieben und vertieft abzuklären, welche finanziellen Auswirkungen das Ganze hat. Und dann fundiert entscheiden und nicht jetzt einfach schnell, schnell den Stab zu brechen.

Stefan **Gisler**: Jetzt wird es eng, hat der Finanzdirektor vorhin gesagt. Es sei nicht opportun, diese Vorlage zu strapazieren. Nur zu, sagt der Votant, setzen Sie mit weiteren 13 bis 14 Millionen Steuergeschenken für gewinnstarke Firmen dieser Revision die Krone auf! Legen sie den Grundstein dafür, dass wir mit unserem Referendum eine reale Chance haben. In der Kommission und in der Stawiko wurde dieser Antrag ja auch gestellt und es brauchte jeweils ein Rückkommen, um zu einem Nein zu kommen. Es wurde selbst erprobten finanzpolitischen Hardlinern gschmuch, als sie sich möglicher Auswirkungen auf die Haushalte von Gemeinden und Kantonen bewusst wurden. Regierung, vorberatende Kommission und Stawiko lehnen darum den Antrag wohlweislich ab. Ein Ja zu diesem Antrag ist tatsächlich unverantwortlich und gefährdet die Finanzstabilität Zugs definitiv. Wir als Volksvertreter haben die Verantwortung für gesunde Finanzen und dürfen nicht das Profitinteresse einzelner weniger über diese Verantwortung stellen. Es wäre eine Nach-der-Steuersenkung-die-Sintflut-Politik, die Kassen von Kanton und Gemeinden zu stark zu belasten

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion diesen Antrag entschieden ablehnt. Wir sehen hier für den Kanton Zug in keiner Art und Weise einen Handlungsbedarf. Zugegeben: Einige Kantone haben diese Abzugsmöglichkeit bereits. Argumentiert wurde von den FDP-Motionären, von denen diese Forderung ja ursprünglich kam, dass damit der Kanton Zug seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort und Finanzplatz sicherstellen und wettbewerbsfähig bleiben kann. Dies ist sehr vornehm ausgedrückt. Der Votant sieht es eher als einen weiteren Schritt zu einem race to the bottom in Sachen Steuersätzen, das wir vor allem früher sehr meisterhaft angewandt haben. Wir haben vorher neue Gewinnsteuern bei den juristischen Personen beschlossen mit degressiven Sätzen 6,25 %, 6 % und 5,75 % für 2014. Dies bringt schon massive Steuererleichterungen für die juristischen Personen, und der Kanton Zug und die Gemeinden haben einen Steuerausfall in grösserem Ausmass. Und nun sollen wir weitere Steuerentlastungen bei den juristischen Personen in der Grössenordnung von rund 13,5 Mio. Franken, davon rund 7,5 Millionen beim Kanton, sprechen. Da sagen wir klar nein! Wir sehen hier in keiner Art und Weise Handlungsbedarf. Wir sind schweizweit sehr weit vorne bei den Steuerbedingungen

für juristische Personen. Da braucht es diese Zusatzentlastung nicht. Wir empfehlen Ihnen, den Antrag von FDP und SVP abzulehnen.

Philippe **Camenisch** spricht nochmals im Namen der FDP. Wir haben festgestellt, dass der Rat offensichtlich nicht in vollem Umfang über die finanziellen Auswirkungen informiert ist. Wir in der Kommission hatten diese Informationen. Der Votant würde beliebt machen, die Abstimmung allenfalls auszusetzen auf die 2. Lesung hin, und der Regierungsrat den Kantonsrat noch über die Auswirkungen orientiert.

Thomas **Aeschi** betont, dass die SVP-Fraktion am Antrag festhält.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** meint, der Rat würde definitiv zu weit gehen, wenn er diesem Antrag zustimmen würde. Das ist ein Spiel mit dem Feuer; gerade wenn die Vorlage dann vor das Volk kommt, müssen wir Mehrheiten finden. Dass es nicht ganz einfach sein kann, haben jüngste Beispiele aus den Kantonen Zürich und Thurgau gezeigt. Bis jetzt hatten wir vor dem Volk immer satte Unterstützungen für unsere Steuergesetzrevisionen. Sollte dies nicht mehr der Fall sein, engen wir uns natürlich auch für zukünftige Steuergesetzrevisionen den Handlungsspielraum ein. Und diesen möchte der Finanzdirektor nicht aufs Spiel setzen.
Obwohl auch andere Kantone diese Anrechnung bereits vornehmen, beurteilen wir es nach interner Prüfung nicht als notwendig, dass wir diese Anrechnung zulassen. Gerade wenn es um die Ansiedlung geht, sind Steuern zentrale Fragen. Diese Frage steht aber nie im Vordergrund, sondern es ist eigentlich immer der Gewinnsteuersatz, der massgebend ist. Dort haben Sie ja vorhin die richtigen Korrekturen vorgenommen.
Zu den finanziellen Auswirkungen. Wir haben das in unserem Bericht auf S. 12 abgehandelt. Im Gesamten haben wir die finanziellen Auswirkungen umschrieben. Wir haben es aber natürlich nicht auf die einzelnen Gesellschaften heruntergebrochen. Sondern es ist die gesamte Summe, die als Steuerausfälle zu gewärtigen ist, beim Kanton in der Grössenordnung von 7,5 Millionen beziffert worden. Und 80 % davon bei den Gemeinden. 7,5 Millionen zu dem, was bis jetzt schon beschlossen ist, bedeutet, dass wir allein beim Kanton gegen 40 Millionen gehen. Und das sind wirklich sehr grosse Summen, die nicht zu verantworten sind. Der Finanzdirektor bittet den Rat dringend, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Alles, was Sie heute in diesem Zusammenhang beschliessen, kann nicht über eine Erheblicherklärung der Motion zu einer späteren Prüfung und Umsetzung hinausgehen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag der SVP zulässig ist, weil er dem Motionsbegehren betreffend Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer (Vorlage Nr. 1931.1 – 13402) entspricht. Diese Motion ist Gegenstand der jetzigen Vorlage. Der Antrag steht somit in direktem Zusammenhang mit dem Beratungsgegenstand.

➔ Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 43:26 Stimmen abgelehnt.

§ 231 Abs. 2

Manuel **Brandenberg** weist darauf hin, dass die kantonale Strafprozessordnung gar nicht mehr besteht. Es muss stattdessen heissen «*eidgenössische* Strafprozessordnung».

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2002.6 – 13792 enthalten.

145 Kantonsratsbeschluss zum Austritt des Kantons Zug aus dem Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz vom 15. Dezember 2000 (PHZ-Konkordat)

Traktandum 7 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2019.1/.2/.3 – 13696/97/98) und der Konkordatskommission (Nr. 2019.4 – 13745).

Die stellvertretende Landschreiberin, Renée Spillmann Siegwart, ersetzt bei der Behandlung dieses Geschäft Landschreiber Tino Jorio.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese Gesetzesvorlage von der Stawiko nicht vorberaten wurde, da sie keine finanziellen Auswirkungen hat.
Wir haben es hier mit folgender Spezialität zu tun: Wir behandeln die Vorlage Nr. 2010.2 mit der Aufhebung des Konkordats per 31. Juli 2013. Es handelt sich um eine einvernehmliche, vorzeitige Aufhebung des Konkordats. – Als Eventualvorlage, da wir ja nicht wissen, wie die anderen Kantone abstimmen werden, behandeln wir die Vorlage Nr. 2019.3 mit der Aufhebung des Konkordats ein Jahr später, per 31. Juli 2014. Diese kann nur dann rechtskräftig werden, wenn die Kündigung per 31. Juli 2013 nicht rechtsgültig zustande käme.
Sie können beim Eintreten selbstverständlich zu beiden Vorlagen sprechen, somit zur Hauptvorlage mit Kündigung per 31. Juli 2013 und zur Eventualvorlage mit Kündigung per 31. Juli 2014.

Andreas **Hausheer** erinnert daran, dass der hüftschussartige Auftritt des Kantons Luzern aus dem PHZ-Konkordat bekanntlich eine Menge politisches Geschirr zerschlagen und für Emotionen gesorgt hat. Das vorliegende Geschäft hat nun zum Ziel, das PHZ-Konkordat trotz dem zerschlagenen Porzellan einvernehmlich auf einen gemeinsamen Termin hin zu kündigen und danach gemeinsam und einvernehmlich aufzulösen.
Obwohl die Konsequenzen der Aufhebung des PHZ-Konkordats für die Zukunft der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung im Kanton Zug durchaus bedeutend sind, sind sie nicht direkt Gegenstand des vorliegenden Geschäfts, sondern werden bei der Schaffung der Rechtsgrundlagen für eine anfällige Zuger PH nach dem Konkordat abschliessend zu behandeln sein. Darum hat die Konkordatskommission ausschliesslich zur Frage «Austritt aus dem Konkordat ja oder nein» einen Beschluss gefasst. Diese Beschlussfassung ist keinesfalls als Zu- oder Absage an eine – in

welcher Form auch immer ausgestaltete – zukünftige Lehrpersonenausbildung im Kanton Zug zu verstehen.
Faktisch lässt sich die Frage der Konkordatsaufhebung aber selbstverständlich nicht so scharf von der Frage der künftigen Lehrpersonenausbildung trennen. Entsprechend hat die Kommission auch über die Zukunft diskutiert. Im Sinne einer Information sind im Kapitel 4 des Kommissionsberichts zusammenfassende Fragen und die dazugehörigen Antworten der Direktion für Bildung und Kultur wiedergegeben. Da es in der vorliegend zu behandelnden Vorlage aber nur um die enge Frage der Konkordatsaufhebung geht, wird der Votant in der Funktion als Kommissionspräsident zu diesem Kapitel 4 keine weiteren Kommentare abgeben.
Wir haben heute über zwei Vorlagen zu befinden, welche die unbefriedigende Situation nach der Kündigung durch den Kanton Luzern bereinigen sollen. Ohne diese Vorlagen käme es nach dem 31. Juli 2013 zur wenig sinnvollen Situation, dass das PHZ-Konkordat zwar weiterhin bestünde, der klar grösste Player aber nicht mehr dabei wäre und es innerhalb des verbleibenden Konkordates beispielsweise kein Angebot mehr für die Ausbildung zur Lehrperson der Sekundarstufe I gäbe.
Im Konkordatsrat hat man sich darum geeinigt, dass die fünf übrig gebliebenen Kantone Zug, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden das Konkordat einvernehmlich auf den gleichen Termin kündigen, wie das der Kanton Luzern schon im letzten Jahr gemacht hat, also auf den 31. Juli 2013. Diese Aufhebungsvereinbarung entspricht dem Anhang 1 der Vorlage 2019.2.
Damit nur ein einziger Auflösungsprozess nötig wird und komplizierte Teilauflösungen vermieden werden können, haben sich alle sechs Konkordatskantone (also auch der Kanton Luzern) auf eine Vereinbarung geeinigt, wie die Aufhebung konkret umgesetzt werden soll. Diese Vollzugsvereinbarung entspricht dem Anhang 2 der Vorlage 2019.2.
Sollte, aus was für Gründen auch immer, ein Kanton nein sagen zum vom Konkordat vorgeschlagenen Vorgehen, schlägt uns der Regierungsrat mit der Vorlage 2019.3 im Sinne einer «Fallschirmlösung» die selbständige Kündigung des Konkordats durch den Kanton Zug auf den nächstmöglichen Termin, sprich den 31. Juli 2014, vor. Diese Notfalllösung dürfte aber kaum Realität werden.
Das vom Konkordatsrat vorgeschlagene Vorgehen wurde in der Kommission als sinnvoll erachtet. Eine Weiterführung des Konkordats mit den verbliebenen fünf Kantonen macht wenig Sinn. Harsche Kritik wurde aber an der zeitlichen Planung des ganzen Prozesses bis heute geübt. Hier haben die zuständigen Stellen aus Sicht der Konkordatskommission völlig versagt. Erst am 16. Dezember 2010 wurde eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung der Vereinbarungen beauftragt, am 19. Januar 2011 waren erste Entwürfe verfügbar, am 1. Februar 2011 hat der Regierungsrat den Bildungsdirektor mit der Zustimmung mandatiert und schon am 10. Februar 2011 wurde das ganze Paket vom Konkordatsrat genehmigt.
Dieser ganze Termindruck hat dazu geführt, dass die für den Kanton Zug geltenden Regeln der parlamentarischen Arbeit nicht eingehalten werden konnten. Andreas Hausheer verweist hier auf seine diesbezüglichen Ausführungen an der letzten Kantonsratssitzung. Die Konkordatskommission wird dies ab sofort nicht mehr akzeptieren.
Vorbehalte einiger Kommissionsmitglieder, ob die Vereinbarungen in dieser kurzen Zeit mit der gebotenen Sorgfalt ausgearbeitet wurden, konnten bis heute nicht ausgeräumt werden. Nicht gerade vertrauensfördernd ist auch die Tatsache, dass der Regierungsrat in völliger Unkenntnis der Auflösungskosten den Bildungsdirektor am 1. Februar 2011 mandatiert hat, den Vereinbarungen zuzustimmen.
Ganz generell sind die regierungsrätlichen Ausführungen zu den Kostenfolgen für die Konkordatskommission ungenügend. Gemäss der Vollzugsvereinbarung sind

jene Auflösungskosten, die an den einzelnen heutigen Standorten entstehen, von den Standortkantonen zu übernehmen. Die Regierung geht hier nun einfach davon aus, dass in Zug keine Kosten anfallen, da sie sich auf den Standpunkt stellt, dass die hiesige Schule im bisherigen Rahmen weitergeführt wird. An andere Szenarien wird offensichtlich nicht gedacht, sonst wären entsprechende Kostenszenarien durchgerechnet worden.
Bei den Auflösungskosten, die bei der PHZ-Direktion anfallen, geht der Regierungsrat in seinem Bericht von insgesamt 1,3 Millionen aus. Diese Zahl beruht auf einer Schätzung der PHZ-Direktion selber, die erst am 21. Februar 2011 und erst auf äusseren Druck hin erstellt worden ist. Wie verlässlich diese Schätzung ist, konnte an der Kommissionssitzung nicht gesagt werden.
Auch über die Aufteilung und die Höhe der Kosten in solche, die über das Budget der Direktion laufen und in solche, die den Kantonen nach Massgabe ihrer Einwohner weiterverrechnet werden, konnten an der Kommissionssitzung keine genaueren Angaben gemacht werden. Es hat das Prinzip Hoffnung zu gelten. Dies umso mehr, als uns der Bildungsdirektor in der Zwischenzeit mitgeteilt hat, dass die maximalen Kosten der Auflösung nicht mehr auf 1,3 Millionen, sondern nun schon auf 2,2 Millionen geschätzt werden. Der Bildungsdirektor wird uns nun zu beruhigen versuchen, dass mit allen Mitteln versucht wird, diese geschätzten Maximumkosten nicht auszuschöpfen und dass für den Kanton Zug aufgrund von noch vorhandenen Rücklagenguthaben bei der PHZ-Direktion und aufgrund von Einsparungen bei den Konkordatsorganen für den Kanton Zug die ganze Auflösung am Ende plus/minus ein Nullsummenspiel sein wird. Trotz aller Beruhigungsversuche seitens der Regierung klammert sich die Konkordatskommission schlussendlich aber vor allem ans Prinzip Hoffnung, dass es dann tatsächlich auch so sein wird.
Fazit: Trotz aller Unzufriedenheit mit dem zeitlichen Ablauf und dem ungenügenden finanziellen Informationsgehalt der regierungsrätlichen Vorlage sowie den Vorbehalten bezüglich der Aufhebungskosten war die Eintretensfrage letztlich unbestritten, weil eine Weiterführung des Konkordats unter den aktuellen Rahmenbedingungen kaum mehr Sinn macht.
Eintreten wurde mit 7:0 Stimmen ohne Enthaltungen beschlossen. In der Detailberatung wurden keine Anträge gestellt. In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission mit 7:0 Stimmen ohne Enthaltungen den Vorlagen zu. Entsprechend beantragt der Votant namens der Konkordatskommission, auf die Vorlagen 2019.2 und 2019.3 einzutreten und ihnen zuzustimmen. – Und dem Regierungsrat legt die Kommission ans Herz, uns in Zukunft zeitlich besser abgestimmte und inhaltlich etwas gehaltvollere Vorlagen vorzulegen.

Martin **Pfister** nimmt vorweg, dass die Zustimmung zur vorzeitigen Auflösung des PHZ-Konkordats in der CVP-Fraktion völlig unbestritten ist. Alles andere liesse sich wohl auch kaum begründen.
Da diese von Luzern einseitig angekündigte Kündigung des Konkordats eine besondere Vorgeschichte hat, die mit der besonderen, auch emotionalen Bindung an die traditionellen und beliebten Lehrerinnen- und Lehrerseminare im Kanton Zug und der von aussen aufgezwungenen Einführung einer Pädagogischen Hochschule begann und zum Fanal einer belasteten Beziehung zwischen dem Kanton Luzern und anderen Zentralschweizer Kantonen wurde, lohnt es sich, einige kurze Überlegungen zur Lehrerbildung im Kanton Zug und der Zentralschweiz darzulegen. Der Prozess zu einer neuen Lehrerbildung im Kanton Zug und den andern Zentralschweizer Kantonen ist im Gang, und es bieten sich wohl nur wenige Gelegenheiten zur politischen Meinungsäusserung, bis uns dann voraussichtlich 2012 ein aus-

gehandeltes Projekt des Regierungsrats vorliegt, das wahrscheinlich trotz neu gebildeter kantonsrätlicher Bildungskommission nur noch wenig Spielraum für die politische Beteiligung bietet.
Dieses Kerninteresse, wie es mit der Ausbildung von Lehrpersonen im Kanton Zug weitergeht, drückt sich auch im Bericht der Konkordatskommission aus, der den Rahmen der eigentlichen Fragestellung doch deutlich weiter fasst.
Zunächst muss bei der Auflösung dieses Konkordats nochmals in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, dass das Vorgehen des Luzerner Regierungsrats ein Affront war, der unter Partnern nicht vorkommen darf. Selbstverständlich musste und muss die Leistungsfähigkeit dieses Konkordats, das nie richtig funktionierte und von Anfang an zu kompliziert konzipiert war, in Frage gestellt werden. Die Art und Weise drückte aber eine Haltung aus, die vielleicht im 19. Jahrhundert noch angemessen war. Es war deshalb richtig, neigten wir damals nicht einfach unser Haupt vor dem Regierungsrat von Luzern, als er mit einer staatsmännischen Geste die von ihm von Anfang an unbeliebten Lehrerbildungsstätten in den rückständigen und unterentwickelten Nachbarkantonen wegwischen wollte. Damit aber genug der Vergangenheitsbewältigung.
Die enge Verknüpfung von Bildungs- und Standortpolitik war bisher wohl das Hauptproblem der Zentralschweizer Bildungspolitik. Und leider bleibt dies die Hauptproblematik der Zentralschweizer Bildungszusammenarbeit. Es ist deshalb aus unserer Sicht höchst bedauerlich, kann die Zentralschweiz in der Hochschulpolitik nicht als ein Raum begriffen werden. Dies ist zweifellos ein Rückschritt. Wir fordern deshalb den Regierungsrat auf – und dies ist unsere erste Forderung – die Vision eines Zentralschweizer Hochschulbildungsraums nochmals ernsthaft in die Diskussion einzubringen. Es gibt durchaus unkomplizierte und leistungsfähige Modelle gemeinsamer Hochschulinstitutionen – zumindest für die Fachhochschule sollte ein solches Modell gefunden werden. Wir haben zwar Verständnis und gar leise Sympathien für den Schwyzer Alleingang. Dass man aber aus obrigkeitlicher Sturheit oder auch aus standortpolitischem Chauvinismus heraus damit auch noch die Zentralschweizer Fachhochschule gefährdet, ist doch ziemlich unverhältnismässig. Wir haben den Eindruck, dass mit dem Kanton Schwyz unbedingt nochmals das partnerschaftliche Gespräch gesucht werden sollte.
Zug sollte nun aber nicht selbst in die gleiche Falle tappen wie Luzern und die Frage der PHZ in erster Linie mit Standortpolitik verknüpfen. Dies wäre unsere dritte Forderung: Die neue Lehrerinnen- und Lehrerbildung muss sich hart an den Bedürfnissen der Schule orientieren. Das heisst, es ist nicht relevant, ob die Pädagogische Hochschule in Luzern, Schwyz oder Zug steht. Zentral ist, dass die bildungspolitischen Ansprüche an die Lehrerbildung von Kanton, Gemeinden und den Bildungsinstitutionen klar formuliert werden und anschliessend die richtige Institution dafür gebaut wird. Zweifellos muss dabei das Rad nicht neu erfunden werden.
Unsere vierte Forderung ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber keineswegs selbstverständlich: Die Haltung des Kantons Zug zur Lehrerbildung muss Bestandteil einer Hochschulstrategie sein, die alle Hochschulen umfasst. Selbstredend kann es sich nicht um mehrere Hochschulstrategien handeln. Die Hochschulstrategie der Volkswirtschaftsdirektion muss deshalb mit einer allenfalls vorhandenen Hochschulstrategie der Direktion für Bildung und Kultur harmonisiert sein. Ohne auf die Diskussion über eine Bildungsstrategie zurückzukommen, muss doch gesagt werden, dass dem Kantonsrat zuerst die grundlegenden Überlegungen vorliegen müssen, bevor er dann einst auf eine Vorlage über die PHZ eintreten kann. Basierend auf diesen strategischen Vorgaben kann eine Auslegeordnung vorgenommen werden, bevor dann kantonale Lösungen formuliert werden. Wie gesagt, vermutlich

fordert der Votant hier eine Selbstverständlichkeit, nach der bereits heute vorgegangen wird.
In dieser Umbruchphase ist auch an die Studierenden und Lehrpersonen an der PHZ in Zug zu denken, die ein Anrecht auf eine gewisse Sicherheit haben. Martin Pfister bittet den Bildungsdirektor, diesem Aspekt Bedeutung zuzumessen.
Die CVP-Fraktion stimmt der vorzeitigen Auflösung des PHZ-Konkordats zu. Wir haben uns erlaubt, hier ein paar weiterführende Überlegungen anzustellen. Viele weitere Gelegenheiten werden wir nicht erhalten. Und zudem wollen wir nicht einst den Vorwurf hören, man hätte uns im Kommissionsbericht ab S. 4 bereits über vieles informiert und sei davon ausgegangen, wir würden stillschweigend allem zustimmen, weil wir uns damals im Mai 2011 nicht dazu geäussert hätten.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion einstimmig für die Aufhebung des bestehenden PHZ-Konkordats ist. Mit dem Austritt des Kantons Luzern und der grössten Teilschule wäre die Führung der beiden kleineren Schulen in Goldau und Zug wirtschaftlich schwierig. Und der Kanton Schwyz denkt ja schon laut über einen Alleingang nach, was einen alleinigen Alleingang bedeuten könnte. Die Weiterführung des Konkordats macht also schlicht keinen Sinn.
Gleichzeitig mit dem Luzerner Ausstieg das gesamte Konkordat aufzulösen, ist effizient und bindet den Kanton Luzern an seine Verantwortung gegenüber den Konkordatspartnern. Eine Auflösung mit regulärem Kündigungstermin verkompliziert und verteuert die Angelegenheit. Und mit dem zügigen Auflösen des PHZ-Konkordats können auch frühzeitiger Ressourcen für die Zeit danach frei gemacht werden. Womit die Votantin aber nicht die Hauruckübung bei dieser Vorlage schönreden will.
Wie wahrscheinlich die meisten Fraktionen, diskutierte auch die FDP über mögliche Lösungen der weiteren Ausbildung unserer Lehrpersonen. Ob eine weitere Zusammenarbeit mit Luzern oder eine mit Zürich oder wie die Schwyzer Idee wieder als Generalist im Alleingang, ein Schritt zurück zum guten alten «Semi» mit einer ganzheitlichen Ausbildung …. Es gibt viele Möglichkeiten, hier sind zuerst noch vertiefte Abklärungen nötig, wir werden am Ball bleiben. Es geht hier und jetzt letztendlich nur um die Aufhebung des Konkordats auf den nächst- und bestmöglichen Termin. Und dem stimmt die FDP zu und tritt ohne Einwände auf die beiden Vorlagen ein.

Werner **Villiger**: Nachdem die Fakten auf dem Tisch lagen und die Vor- und Nachteile diskutiert wurden, war in der SVP-Fraktion schnell klar, dass dieses Konkordat aufgelöst werden muss. Sie unterstützt somit einstimmig den Bericht und Antrag des Regierungsrats und der Konkordatskommission.
Selbstverständlich sind wir nicht glücklich darüber, dass der Kanton Luzern das Konkordat gekündigt hat. Dadurch wird der Vorteil der Grösse massiv beschnitten, die Komplexität der Führungsstruktur bleibt jedoch erhalten. Diese Tatsachen können wir nicht ändern, eine Weiterführung des Konkordats macht somit keinen Sinn.
Die Frage, welche Kosten die Auflösung des PHZ-Konkordats für den Kanton Zug verursachen wird, hat natürlich auch die SVP beschäftigt. An der KOK-Sitzung vom 1. April konnte die Begründung der Kostenschätzung nicht befriedigen. Bildungsdirektor Stephan Schleiss konnte dann in der Fraktionssitzung auf der Basis neuer Unterlagen aus dem Konkordatsrat plausibel nachweisen, dass man von einem neutralen Saldo ausgehen kann. Da es heute einzig um die Auflösung des Konkordats geht, wurde die Zukunft der PH Zug in der Fraktion nicht gross thematisiert.

Wir warten gespannt auf den Bericht und Antrag des Regierungsrats in dieser Angelegenheit. Der Präsident der KOK hat es bereits gesagt, und da hat er Werner Villigers volle Unterstützung: Wir werden in der KOK keine Hauruckübungen mehr machen, falls die Fristen nicht eingehalten werden.

Hanni **Schriber-Neiger**: Es leuchtet der AGF ein, dass nach der Kündigung des Konkordats durch den Kanton Luzern die verbleibenden fünf Zentralschweizer Kantone die Weiterführung des PHZ-Konkordats als nicht sinnvoll erachten. Wir unterstützen deshalb eine geordnete Auflösung des PHZ-Konkordats. Für die AGF ist klar, dass eine kleine Pädagogische Hochschule wie die zugerische im Alleingang nicht zukunftsfähig ist. Sie ist auf eine Kooperationspartnerschaft mit einer grösseren Pädagogischen Hochschule angewiesen.
Die Vorteile, welche sich für den Kanton Zug aus der Führung einer eigenen Pädagogischen Hochschule ergeben, hat der Regierungsrat auf S. 6 seines Berichts aufgeführt. Sie müssen also nicht wiederholt werden.
Aus den Berichten der Regierung und der vorberatenden Konkordatskommission ist ersichtlich, dass sich wahrscheinlich wieder eine Kooperation mit Luzern abzeichnet. Unter dem Vorzeichen einer erneuerten Luzerner Regierung (zwei von fünf Personen sind neu) können wir uns gut vorstellen, dass eine Zusammenarbeit wieder in geordneten Bahnen funktionieren kann.
Die AGF sieht als mögliche neue Trägerform vor allem Szenario 2 (öffentlich-rechtliche Anstalt) und Szenario 3 (Amt innerhalb der DBK) als zukunftsweisend. Eine Weiterführung eines privatrechtlichen Konstrukts innerhalb einer Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen – dies hat sich in den vergangenen, komplizierten und mühsamen Jahren gezeigt – ist sicherlich nicht zielführend und vereinfacht weder die Prozesse noch die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern.
Eine gute Lehrerinnen- und Lehrerausbildung liegt uns sehr am Herzen und wir verfolgen die Entwicklungen genau. Wir sind gespannt, wie die Ausbildung in Zukunft organisiert sein wird. Hat die Regierung bereits ein Szenario näher in Betracht gezogen? Vielleicht kann der Bildungsdirektor schon heute etwas dazu sagen. – Wir sind für Eintreten auf die Vorlage.

Eusebius **Spescha** hält fest, dass die SP-Fraktion mit Bedauern davon Kenntnis nimmt, dass das PHZ-Konkordat gescheitert ist und somit aufgelöst werden muss. Allen Beteiligten war es bei der Schaffung des PHZ-Konkordats klar, dass es eine politische Kompromiss-Lösung war, welche nach einer gewissen Entwicklungszeit durch eine weniger komplizierte Organisation abzulösen sein würde. Aber anstatt sich auf den Kooperationsweg zu begeben, haben die drei Teilschulen auf der Führungsebene ihre Autonomie zelebriert. Die Führungsorgane und -personen der Gründerjahre (das sind nicht die heute zuständigen Personen) haben versagt. Insbesondere auch die Filiale Zug hat sich über mehrere Jahre in diesem Prozess ziemlich destruktiv verhalten und eine positive Entwicklung mit verhindert. Erfreulich ist, dass trotzdem auf der Ebene der Mitarbeitenden einige fruchtbare Kooperationen entstanden sind.
Nun. Die Sache ist gelaufen. Nach der Kündigung durch den Kanton Luzern ist eine Auflösung des Konkordats zwingend. Wir werden dieser deshalb auch zustimmen.
Zu der vom Regierungsrat aufgezeigten Skizze über die Zukunft der PH Zug möchten wir Folgendes anmerken (und der Votant macht dies vor dem Hintergrund, dass er sich schon zweimal mit Interpellationen an der Diskussion zur PHZ beteiligt hat):

1. Wie schon früher angemerkt, ist eine eigene PH zwar sympathisch (nice to have), aber nicht zwingend. Der Regierungsrat wird also gut beraten sein, bei der Vorlage für die neue Trägerschaft die Vor- und allenfalls auch Nachteile ausführlich und transparent aufzuzeigen. Die neue Lösung muss überzeugen.
2. Bezüglich Rechtsform und Trägerschaft bevorzugen wir das Szenario zwei: Die PH-Zug als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit dem Kanton als Träger.
3. Eusebius Spescha hat mit einer gewissen Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die Gespräche mit Zürich nichts gebracht haben. Er hat schon in seinem Votum im Herbst 2009 darauf hingewiesen, dass es nicht erstrebenswert sei, das fünfte Rad am Wagen einer Zürcher PH zu sein.
4. Die heutige Leitung und die Mitarbeitenden der PH Zug haben unser Vertrauen verdient. Sie machen unter schwierigen Rahmenbedingungen einen guten Job.

Zum Schluss möchte er nochmals zwei Punkte erwähnen, welche für die Gestaltung der Zukunft wichtig sind:
- Die enge Zusammenarbeit der Bildungsregion Zentralschweiz sollte, auch ohne PHZ-Konkordat, weitergeführt werden. Dafür lohnt es sich, auch Opfer zu bringen.
- Eine Auslegeordnung über alle drei Hochschulbereiche – Universität, Fachhochschule und Pädagogische Hochschule – drängt sich auf. Nur so kann das bisher Erreichte auch langfristig gesichert werden.

Ivo **Hunn** nimmt es vorweg: die GLP ist für die Aufhebung des PHZ-Konkordats. Wir sind mit dem Regierungsrat einig, dass es keinen Sinn macht, das Konkordat mit den verbleibenden Kantonen weiterzuführen, zumal der Hauptzweck eines starken zentralschweizerischen Kompetenzzentrums für die Grundausbildung der Lehrerinnen und Lehrer durch den Austritt von Luzern verloren geht.
Damit die PH Zug in Zukunft weiter existieren kann, braucht sie einen starken Partner, welcher in Zürich nicht gefunden wurde. Nun wird mit der PH Luzern versucht zu verhandeln, mit demselben Partner, der das Konkordat zur Auflösung zwingt. Die Gründe für den Austritt von Luzern sind ungenügende Führungsstrukturen und der bestehende Finanzierungsmodus. Luzern bleibt grösser, stärker und dominanter und wird ihre Position sicher weiter ins Feld führen. Wir gehen davon aus, dass es bei den Personen und ihren Vorstellungen keine Veränderungen gegeben hat und geben wird. Darum ist die GLP der Meinung, dass Luzern kein Partner für die Zukunft sein kann. Die Konsequenz ist somit, die PH Zug aufzulösen.
Wir sind überzeugt, dass dies keinen nachteiligen Einfluss auf die Qualität der Zuger Schulen haben wird. Die Fachpersonen können und werden in den Pädagogischen Hochschulen in Luzern oder Zürich ihr Wissen für die Weiterentwicklung des Berufsstandes einbringen können, und die ausgebildeten Lehrpersonen suchen nicht primär am Ausbildungsort eine neue Stelle, sondern werden die besten und fortschrittlichsten Arbeitsbedingungen suchen, welche im Kanton Zug weiterhin geboten werden können.

Bildungsdirektor Stephan **Schleiss** dankt vorab dafür, dass scheinbar ein Konsens zu bestehen scheint, dass man dieses Konkordat auflösen muss. Und er versteht vollkommen, dass es viel interessanter ist, von der Zukunft der Lehrerbildung im Kanton Zug zu sprechen als vom Konkordat, das jetzt aufgelöst wird.
Er versucht, die vielen Fragen abzuarbeiten und möchte mit Andreas Hausheer beginnen und seiner Kritik an der zeitlichen Durchführung der parlamentarischen Beratung. Werner Villiger hat sich in die gleiche Richtung geäussert. Die Regierung hat dieses Vorgehen nicht gesucht, und wir haben das ja auch schon im Bericht auf

den S. 2 und 3 ausgeführt. Die geäusserte Kritik haben wir auch an die regionalen Organe weitergeleitet, und wir sind dort sicher gehört worden.
Andreas Hausheer hat weiter gesagt, dass die Mandatierung des Bildungsdirektors im Regierungsrat zur Auflösung ohne Kenntnis der Kosten erfolgt. Das ist insofern zutreffend, dass es quantitativ noch nicht fassbar war. Aber der Regierungsrat wusste zu dieser Zeit natürlich, dass die Fortführung des Konkordats auf jeden Fall teurer ist als die Auflösung. Eine qualitative Kostenabschätzung war zu diesem Zeitpunkt schon vorhanden, nämlich dahingehend, dass die alternative Weiterführung eines nicht mehr sinnvollen Konkordats eben teurer ist als die Auflösung.
Die Berechnung des Szenarios Auflösung der PH Zug ist im Moment noch nicht Gegenstand der Debatte, weil es nicht abhängig davon ist, ob das Konkordat aufgelöst wird oder nicht. Aber selbstverständlich muss dieses Szenario gerechnet werden für den Fall, wo sie dann entscheiden müssen, ob eine eigene PH weitergeführt werden soll oder nicht. Die Berechnung dieses Szenarios kann der Bildungsdirektor dem Rat konkret in Aussicht stellen.
Die Kosten haben gegenüber der schriftlichen Berichterstattung, wo sie noch mit 1,2 Millionen beziffert wurden, tatsächlich auf 2,2 Millionen zugenommen. Aber diesen Kosten stehen ja auch immer Minderaufwendungen gegenüber. Vielleicht können Sie sich das wie ein Pragma-Amt vorstellen, wenn man die Personalkosten reduziert und dafür, um die Arbeit trotzdem zu machen, externe Berater anstellen muss. Genau das passiert im Konkordat auf der Direktion. Man fährt die Direktion, aggressiver als ursprünglich geplant, herunter, damit man für die Angestellten rascher Lösungen suchen kann und auch rascher Aufschluss darüber hat, wie sich dann die Abgangsentschädigungen – die allenfalls nach Luzerner Personalrecht noch fällig werden – niederschlagen. Da aber die Direktion schneller heruntergefahren werden kann, stehen den Mehraufwendungen auch entsprechende Minderaufwendungen gegenüber.
Zu den Kosten noch Folgendes: Der Konkordatsrat hat beschlossen, dass die Beratungsfirma Büro Hanser und Partner quartalsweise zu rapportieren hat. Nicht nur, wie der Liquidationsprozess voranschreitet, sondern auch, wie sich die Kosten der entwickelten Szenarien bewegen. Und dieses Reporting ist primär zur Information der Regierungsräte im ganzen Konkordatsraum gedacht. Aber selbstverständlich darf Stephan Schleiss das dann auch der Stawiko und der Konkordatskommission weiterleiten. Das ist in diesem Sinn kein Geheimwissen. Die nächste Sitzung des PHZ-Konkordatsrats wird am 1. Juli dieses Jahres stattfinden. Dann werden wir auch das erste Quartalsreporting haben, das der Votant dann weiterleiten kann.
Martin Pfister hat als erster die Zukunft der Lehrerbildung im Kanton Zug aufgeworfen. Viele Votanten haben in die gleiche Richtung argumentiert. Der Bildungsdirektor versteht, dass das interessanter ist als die Auflösung des Konkordats. Das ist nicht Gegenstand der Debatte. Aber selbstverständlich haben wir versucht, so viele Informationen, wie uns möglich war, mitzugeben. Mehr als die Hälfte des Berichts des Regierungsrats ist dieser Frage gewidmet. Und auch ein wesentlicher Teil des Berichts der Konkordatskommission setzt sich damit auseinander.
Sobald das Konkordat aufgelöst ist per 31. Juli 2013, wissen wir, dass am Standort Zug über keine gesetzliche Grundlage mehr verfügbar sein wird, eine eigene PH zu führen. Auf diesen Zeitpunkt hin müssen wir ein PH-Gesetz erarbeiten im Kanton Zug. Das ist schon vorangeschritten. Im späten Herbst dieses Jahres wird die externe Vernehmlassung starten und im Frühjahr/Sommer 2012 soll die Vorlage an den Kantonsrat überwiesen werden. Da können Sie sich alle, zuerst als Partei, dann als Kantonsräte, auch einbringen. Den Zeitplan finden Sie übrigens in der Vorlage des Regierungsrats auf S. 13.

Angesprochen wurden auch die Kooperationsformen und die strategische Ausrichtung. Das wird sich selbstverständlich im Bericht des PH-Gesetzes finden müssen. An die Adresse von Hanni Schriber-Neiger ist noch zu sagen, dass Kooperationen selbstverständlich nicht zu verwechseln sind mit einer Neuauflage des Konkordats. Diese Zusammenarbeitsform ist natürlich viel weniger formalisiert und eng als ein Konkordat. Es wird zum Beispiel keine gemeinsamen Organe geben, sondern ist dann maximal vertraglich geregelt.
Hanni Schriber-Neiger hat auch noch danach gefragt, ob bei der Wahl der Szenarien zur Trägerschaft schon Fortschritte gemacht wurden. In der Regierung war Stephan Schleiss schon aussprachehalber. Er verhandelt auf Basis dieses Aussprachergebnisses mit der Schulen St. Michael AG, und wir sind auf gutem Weg.
Auch Eusebius Spescha muss der Bildungsdirektor vertrösten auf den Bericht des Regierungsrats zum PH-Gesetz. Aber selbstverständlich wird eine ausführliche Darstellung der Vor- und Nachteile einer eigenen PH am Standort Zug zentraler Gegenstand dieser Vorlage sein.
Noch eine Bemerkung zu Ivo Hunn. Er hat gesagt, dass die Studenten erwiesenermassen nicht die Wahl des Berufsorts vom Ausbildungsort abhängig machen. Diese Auffassung kann Stephan Schleiss nicht bestätigen. Denn viele Studenten müssen ja auch Praktika machen und lernen dort Kollegen kennen und können sich überzeugen, dass die Arbeitsbedingungen im Kanton Zug gut sind. Das ist erfahrungsgemäss ein Wert, denn diese PH eben auch hat, bei der Rekrutierung von geeignetem Lehrpersonal.
Der Bildungsdirektor freut sich, wenn der Rat den Anträgen der Regierung zustimmen kann.

EINTRETEN ist unbestritten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich bei der Detailberatung um die Genehmigung von zwei Vereinbarungen, somit von zwei Konkordaten handelt. Sie können die beiden Vereinbarungen nur als Ganzes akzeptieren oder ablehnen. Es keine Detailberatungen der beiden zu genehmigenden Vereinbarungen.

DETAILBERATUNG der Vorlage 2019.2 (Austritt auf 2013)

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2019.5 – 13795 enthalten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 2019.3 (Austritt auf 2014)

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2019.6 – 13796 enthalten.

146 –Gesetzesinitiative betreffend Wiedereinführung der Noten ab der 2. Klasse –Verfassungsinitiative für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten

Traktandum 8 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1999.1 – 13638) und der Kommission (Nr. 1999.2 – 13743).

Die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart wird wieder von Landschreiber Tino Jorio abgelöst.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Stawiko dieses Geschäft nicht beraten hat, weil es keine direkten finanziellen Auswirkungen hat.
Eintreten ist – weil es sich um zwei Initiativen handelt – rechtlich zwingend, sofern nicht ein formeller oder rechtlicher Mangel geltend gemacht wird. Die Staatskanzlei hat mit Verfügung vom 1. Juni 2010 festgestellt, dass die Gesetzesinitiative formell richtig zustande gekommen ist. Dasselbe hat sie mit Verfügung vom 20. September 2010 bezüglich der Verfassungsinitiative festgestellt. Eintreten dürfte unbestritten sein, so dass keine eigentliche Eintretensdebatte geführt wird. Ohne Gegenantrag haben Sie Eintreten beschlossen.
Eine eigentliche Detailberatung gibt es nicht. Es wird direkt zur Sache gesprochen.
Die Staatskanzlei hat Ihnen bereits die verfahrensrechtlichen Überlegungen am 17. Mai 2011 elektronisch zugestellt. Die Kantonsratspräsidentin verweist auf die dortigen Darlegungen. (Siehe Beilage)

Anna **Lustenberger-Seitz**: Wenn Sie am 10. Dezember 2009 bereits als Ratsmitglied hier im Saal sassen, erinnern Sie sich bestimmt an die damalige Behandlung der Motion von Andreas Hausheer zur Wiedereinführung der Noten ab der 2. Klasse. Eine emotionale Debatte die lange dauerte, aber doch sehr spannend war.
Etwa gleich emotional verlief auch die Kommissionssitzung zu den beiden Initiativen am 25. Februar dieses Jahres. Interessant für die Anwesenden war sicher, dass zwei Gäste ihre Stellungnahmen zur Beurteilung in der Primarstufe abgeben konnten. Barbara de Silva, Lehrerin der 3. und 4. Klasse in Risch/Rotkreuz, also eine Person aus unserer öffentlichen Schule, und Dominic Currer, Direktor an der International School of Luzern and Zug, einer Privatschule. Die anwesenden Fachleute aus der DBK sind im Kommissionsbericht erwähnt. Die Haltung der Regierung, die beide Initiativen ablehnt, erläuterte nochmals sehr kompetent der Bildungsdirektor. Nur ein Zitat: An den Zuger Schulen gäbe es keine Probleme, die sich mit der Annahme der Initiativen lösen liessen, und die Schulen würden dadurch auch nicht besser.
Angehängt wurde beim Kommissionsbericht ein Blatt mit dem Beurteilungssystem der privaten Schulen im Kanton Zug. Dies, weil an der Kommissionssitzung Kommunikationsprobleme mit Dominic Currer auftraten und seine Erläuterung falsch verstanden wurden. Die Bildungsdirektion hat alles nochmals korrekt abgeklärt und die Kommission wurde darüber informiert. Im Kommissionsbericht ist das Beurteilungssystem dieser Schule nun korrekt aufgeführt.
Es handelt sich um zwei rechtlich verschiedene Initiativen, eine Gesetzesinitiative und eine Verfassungsinitiative. Dies macht die ganze Sache relativ komplex. Das wurde auch in der Kommission so gesehen. Der Wunsch wurde geäussert, dass sich die beiden Initiativkomitees doch finden sollten, um einen gemeinsamen Gegenvorschlag einzureichen. Das hätte aber eventuell einen Rückzug der einen

Initiative bedeuten müssen. Die Kommission sah bald ein, dass eine Einigung, vor allem Seitens der SVP-Vertreter, welche die Verfassungsinitiative eingereicht haben, nicht möglich ist, und das Thema Gegenvorschlag wurde nicht weiter diskutiert.
Welche Abstimmungsprozedere also entstehen können, wurde Ihnen bestens von der Staatskanzlei erläutert - vielen Dank lieber Tino Jorio.
Die Kommissionspräsidentin möchte nur zwei ganz wesentliche Punkte nochmals erwähnen.
1. Obsiegt die Gesetzesinitiative, wird die Regierung einen Gesetzesentwurf erarbeiten. Dieser wird den gängigen Weg im Kantonsrat nehmen, also mit Kommission, Ratsdebatte mit zwei Lesungen – und man kann dann dagegen das Referendum ergreifen. Obsiegt die Verfassungsinitiative, mit Einführung der Noten ab der 1. Klasse und mit dem Moratorium der Schulversuche für zehn Jahre, kommt genau dieser Initiativtext in die Verfassung. Die Bildungsdirektion muss dies dann umsetzen.
2. Wenn beide Initiativen vors Volk kommen und beide angenommen werden, gibt es ja die bekannte Stichfrage. Die Initiative, die bei der Stichfrage mehr Stimmen erhält, wird umgesetzt. Anders verhält es sich hingegen, wenn Sie die Gesetzesinitiative abschliessend annehmen. Dann kommt diese nicht mehr vors Volk, hingegen die Verfassungsinitiative schon. Wird dieser zugestimmt, gilt die Verfassungsinitiative. Hier gilt dann die höhere Rechtsstufe. Einige Mitglieder der Kommission möchten aber, dass beide Initiativen dem Volk unterbreitet werden, und auch der gestrige Bericht in der Neuen Zuger Zeitung bestätigt diesen Wunsch seitens der FDP-Fraktion. Wenn dies gewünscht wird, muss dies zwar im Abstimmungsverhalten hier drin zum Ausdruck kommen. Aber die Votantin fragt sich, ob es richtig ist, dass sich einfach wieder einige der Stimme enthalten oder sogar gegen eine Initiative stimmen, obwohl sie eigentlich dafür wären. Bekennen Sie bitte Farbe, die SVP hat ihre Gründe, warum es eine Verfassungsinitiative sein soll, und auch das Komitee für die Gesetzesinitiative hat seine Gründe, warum sie keine Verfassungsänderung will, die nicht nur das Notenobligatorium will, sondern dazu noch das Verbot von Schulversuchen ohne Noten während den nächsten zehn Jahren. Es wäre zu bedauern, wenn taktische Spiele mit Noten, wie Charly Keiser von der Neuen Zuger Zeitung dies nennt, betrieben werden, bei einer so wichtigen Angelegenheit, die unsere Kinder betrifft. Und Anna Lustenberger ist sicher, dass sie dies auch im Namen einiger Kommissionsmitglieder sagen darf.
Zur Kommissionssitzung selber. Da möchte sie nur stichwortartig Gründe für oder gegen die Initiativen erwähnen, Ausführlicheres hören Sie nachher bestimmt in den verschiedenen Voten.
Zur Gesetzesinitiative: Diese wurde mit 6:5 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Das System der Beurteilung würde vereinfacht; für die Eltern würden die Leistungen ihres Kindes besser ersichtlich; Noten ab der vierten Klasse wären zu spät, es könne ein enormer Druck auf die Kinder entstehen, gerade mit Blick auf den Übertritt in die Oberstufe; Kinder benötigen von Anfang an einen gewissen Druck usw. Die Votantin möchte aber erwähnen, dass niemand der Notenbefürworter- und Befürworterinnen das System «Beurteilen und Fördern» in Frage gestellt hat, sondern dies wird als sehr gut und wichtig erachtet, und soll auch in Zukunft so bleiben.
Gründe gegen die Gesetzesinitiative: «Beurteilen und Fördern» gehe sehr individuell auf jedes Kind ein, daher wären Noten gerade am Anfang der Schulzeit sehr schwierig zu geben, Noten zeigen die Leistungsentwicklung des Kindes nicht auf, eine 3 während des Jahres könne daher das Bild verfälschen, wenn das Kind einen

grossen Leistungsschritt gemacht habe. Noten wünschen sich vor allem Eltern, nicht aber die Kinder, Noten geben kein differenziertes Bild usw.
Zur Verfassungsinitiative der SVP. Diese wurde mit 5:4 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt. Als Anna Lustenberger das Protokoll und ihren Kommissionsbericht nochmals gelesen hat, stellte sie fest, dass explizit zur Verfassungsinitiative mit dem Moratorium von Schulversuchen ohne Noten nicht viele Voten gefallen sind. Alles drehte sich um Noten ja oder nein. Es wurde von den Gegnern bedauert, dass bei Annahme dieser Initiative die Weiterentwicklung der Zuger Schulen stark gefährdet sei. Stark gewehrt gegen dieses Moratorium hat sich der Bildungsdirektor, natürlich im Namen des Regierungsrats, mit sehr guten Argumenten: Schulversuche seien wichtig, um neue Erkenntnisse zu gewinnen, um Neuerungen zu erproben, man könne damit rasch auf geänderte Bedürfnisse der Gesellschaft, Eltern, Kindern, des Gewerbes, der Wirtschaft reagieren. Auch hier wird der Bildungsdirektor noch Einiges sagen können.
Die Befürworter der Initiative, also die vier SVP-Vertreter, möchten dieses Notenobligatorium natürlich in der Verfassung verankert haben, damit daran nicht so leicht gerüttelt werden kann. Es ist ihnen auch wichtig, dass das Volk das letzte Wort haben kann, was natürlich bei einer Verfassungsinitiative auch so ist. Sie geben einer Einführung von Noten ab der ersten Klasse durch den Kantonsrat keine Chance, vor allem nach der Debatte der Motion Hausheer.
Ich weiss nicht, wie auf Sie die vielen Enthaltungen in beiden Initiativen gewirkt haben. Als Kommissionspräsidentin muss die Votantin fairerweise sagen, dass eine Mehrheit der Kommission für Noten vor der 4. Klasse ist. Und die Enthaltungen drücken dies aus, man wollte nicht explizit gegen die eine Initiative sein, wenn man eigentlich eine frühere Einführung von Noten befürwortet.
Da immerhin die Verfassungsinitiative abgelehnt wurde, auch mit der Stimme der Kommissionspräsidentin, erlaubt sie es sich, sich einmal persönlich dazu zu äussern. In einem Referat von Dr. Joachim Bensel, Mitinhaber der Forschungsgruppe Verhaltensbiologie des Menschen, hörte sie Folgendes: «Das ganze Thema Bildung ist heutzutage mit Angst besetzt, nämlich etwas zu versäumen, genug zu fördern, womöglich zuviel Spiel, zu wenig Ernsthaftigkeit, und zu wenig Lernen anzubieten, die richtigen Angebote zu wählen.» Diese Worte stimmen Anna Lustenberger für die Zukunft unserer Bildungslandschaft sehr nachdenklich.
Zum Schluss noch eine rechtliche Angelegenheit. Im Namen der Kommission bittet die Votantin um eine Fristerstreckung der Gesetzesinitiative Wiedereinführung der Noten ab der 2. Klasse. Diese Gesetzesinitiative wurde am 1. Juni 2010 eingereicht, und am 30. Juni erhielt der Kantonsrat davon Kenntnis, dass die Gesetzesinitiative korrekt zustande gekommen ist. Entsprechend wurde sie überwiesen. Gemäss Kantonsverfassung § 35 Abs. 4 müsste sie innert Jahresfrist abschliessend behandelt werden, das heisst, die 2. Lesung müsste bis Ende Juni stattgefunden haben. Die 2. Lesung findet aber erst am 25. August statt. Wir halten also die Frist nicht ein. Daher braucht es eine Fristersteckung. Bitte genehmigen Sie diese.
Für die Verfassungsinitiative braucht es keine Fristersteckung, weil diese erst am 30. September überwiesen wurde – die Frist wird also hier eingehalten. Und nun können wir uns auf eine spannende Debatte freuen, denn es wird sicher flammende und emotionale Voten geben.

Andreas **Hausheer** nimmt Eines vorweg: Als er im September 2008 die Motion zur Wiedereinführung des dualen Bewertungssystems (sprich Beurteilungsgespräche und Noten statt nur Beurteilungsgespräche) einreichte, konnte er sich wahrhaft

nicht vorstellen, welche Dynamik er damit auslösen würde und welch heisses Eisen er damit zur Diskussion stellte. Heute stehen wir nun also vor der auf den ersten Blick kuriosen Situation, dass zwei Initiativen zur Diskussion stehen, deren Grundfragestellung irgendwo die gleiche ist. Der Votant möchte an dieser Stelle nicht mehr näher darauf eingehen, wie es dazu gekommen ist. Er verweist auf Ziffer 5.1. auf S. 4 des Kommissionsberichts. Dort steht in Kurzform geschrieben, was abgelaufen ist, und jeder und jede kann sich darüber seine eigene Meinung bilden.
Unsere Gesetzesinitiative fordert das sogenannte duale Bewertungssystem ab der 2. Klasse. Ausgedeutscht heisst das: Ab der zweiten Klasse Beurteilungsgespräche und Noten statt nur Beurteilungsgespräche. Es geht also überhaupt nicht um die Abschaffung der Beurteilungsgespräche, sondern einzig und allein um ein sinnvolles Sowohl-als-auch. Dies steht so ganz explizit im Initiativetext: «Die bisherigen Beurteilungsgespräche sollen weitergeführt werden.»
Andreas Hausheer möchte nun auf vier Punkte eingehen, die ihn an der ganzen Diskussion entweder stören oder auf die er noch keine Antwort gefunden hat. Zunächst wird allen Nichtpädagogen immer wieder nahegelegt, in Schulfragen doch bitte schön (verzeihen Sie den Ausdruck) «den Mund zu halten». Mit anderen Worten: Wer auf einem Gebiet nicht Fachperson ist, soll sich nicht einmischen. Dazu die provokative Fragen an alle Pädagoginnen und Pädagogen in diesem Raum, die diese Meinung teilen: Warum haben Sie sich (sofern Sie nicht auch eine Steuerfachperson sind) bei der vorigen Debatte zur Steuergesetzrevision nicht generell der Stimme enthalten? Oder soll dieses Sich-nicht-ausdrücken nur bei der Bildung gelten und sonst nicht? Wohl kaum. Und so wird der Votant seine Meinung auch als Nichtpädagoge weiterhin kundtun.
Zweitens kommt er auf die Aussage zu sprechen, dass Noten lediglich einen Durchschnittswert für die Prüfungen über einen bestimmten Zeitraum zeigten, aber über die Entwicklung eines Schülers oder einer Schülerin in diesem Zeitraum nichts aussagen. Genau diese Hauptkritik an den Noten (dass mit ihnen die Entwicklung des Kindes nicht gewürdigt werden kann) nimmt die Gesetzesinitiative auf. Sie will eben nicht nur Noten, die tatsächlich einen Durchschnittswert zeigen, sondern explizit auch das Beurteilungsgespräch beibehalten, an dem die Entwicklung des Kindes aufgezeigt und besprochen wird, so wie uns das an der Kommissionsitzung von einer Lehrperson aufgezeigt worden ist. Die Initiative verunmöglicht also das Aufzeigen der Entwicklung eines Kindes überhaupt nicht. Wie man etwas anderes behaupten kann, ist unerklärlich.
Auf Einwände, dass Noten nicht geeignet sind, weil sie z.B. demotivieren können, sei hier nicht mehr näher eingegangen. All das wurde an der Kantonsratssitzung vom 10. Dezember 2009 zur Genüge und mit vielen Emotionen getan.
Als Drittes ein Zitat der SVP-Fraktion aus dem Protokoll der Kantonsratssitzung vom 10. Dezember 2009 den Sprecher der SVP-Fraktion: «Die SVP-Fraktion unterstützt daher die Motion von Andreas Hausheer zu 100 %, dass Noten ab der 2. Primarklasse wieder eingeführt werden. Dieser Zeitpunkt ist unserer Meinung nach der Richtige – nicht zu früh und nicht zu spät.» Natürlich ist die SVP-Fraktion personell nicht mehr identisch mit jener vom 10. Dezember 2009. Warum aber für jene, die damals schon dabei waren, die 2. Primarklasse nun plötzlich nicht mehr der vorher zitierte «richtige Zeitpunkt» ist, konnte bis heute niemand sagen.
Als Viertes erlaubt sich der Votant, sich an den Bildungsdirektor persönlich zu wenden. Zitat aus der Kantonsratssitzung vom 10. Dezember 2009: «Die Regierung und die Linken verwehren sich diesem berechtigten Anliegen mit Verweis auf Studien, Projekte und mit einem Schwall von fachchinesischen Begriffen. Es muss offenbar ein gewaltiger Aufwand betrieben werden, um den gesunden Menschenverstand und das einfache Volksempfinden zu widerlegen.» Und nun verwehrt sich

der gleiche Stephan Schleiss in seiner Rolle als Regierungsrat genau diesem Anliegen. Als ehemaliges Klassengspändli fragt Andreas Hausheer Stephan Schleiss, ob er seit dem 1. Januar 2011 nun auch an diese Studien, Projekte und fachchinesischen Begriffen glaubt oder noch immer nicht.
Zum Schluss. Es ist nicht einzusehen, warum die Gesetzesinitiative schlecht sein soll oder gar einen Rückschritt bedeutet. Im Gegenteil: Die Beurteilung der Entwicklung eines Kindes ist nach wie vor möglich, da das Beurteilungsgespräch, welches unter anderem genau diese Entwicklungsbeurteilung zum Inhalt hat, explizit beibehalten werden soll. Geben wir jenen Eltern und Schülerinnen und Schülern, denen Noten helfen (auch das gibt es im richtigen Leben, ob das die Wissenschaftler unter den Pädagoginnen und Pädagogen wahrhaben wollen oder nicht), dieses Hilfsmittel in die Hand. Der Votant verweist auch auf die heutige Neue Zuger Zeitung, wo steht, dass mehr als die Hälfte der bei einer Umfrage des Vereins Schule und Eltern S & E Kanton Zug antwortenden Eltern geantwortet hat, mit Hilfe der notenfreien Beurteilung den Lernprozess nicht genau verfolgen zu können.
In diesem Sinn Dank all jenen, die die Gesetzesinitiative heute, in der 2. Lesung und/oder dann spätestens bei einer allfälligen Volksabstimmung unterstützen. Und/oder deshalb, weil es ja durchaus sein kann, dass der/die eine oder andere in diesem Saal heute nein stimmen muss, weil er/sie sonst von der eigenen Partei etwas schräg angeschaut würde.

Beni **Riedi** spricht als Vertreter des Initiativkomitees und als Fraktionssprecher. Die SVP-Fraktion ist ganz klar der Meinung, dass nur mit unserer Verfassungsinitiative ein schnelles und vor allem effizientes Umdenken bei der Benotung der Schüler stattfindet. Die Gesetzesinitiative der CVP weist grössere Mängel auf. So dauert es auch nach einer eventuellen Annahme der Gesetzesinitiative viel zu lange, bis ein neues Gesetz vom Kantonsrat ausgearbeitet wird. Auch kann ein Gesetz vom Kantonsrat bei der nächsten Gelegenheit wieder umgekippt werden. Dies sind nur zwei der Nachteile im Vergleich zu unserer Verfassungsinitiative. Da die CVP-Initiative aber eine ähnliche Zielsetzung verfolgt, werden wir sie nicht ablehnen, sondern uns bei der Abstimmung enthalten. Die SVP Fraktion ist geschlossen der Meinung, dass das Zuger Volk das letzte Wort haben soll.

Arthur **Walker** möchte zuerst einige Vorbemerkungen machen. Er hält hier keine Grundsatzrede zu Noten. Er verschont den Rat davor. Zweitens hält er seine Emotionalität in dieser Frage zurück, obwohl er als Lehrperson und Schulhausleiter eigentlich wohl am Besten weiss, wovon wir heute sprechen. Die Initiative ist von einigen Leuten aus der CVP und der FDP eingereicht worden. Das zur Korrektur. Aber jetzt hat er die Meinung seiner Fraktion zu vertreten.
Bei der Erstellung einer Prioritätenliste stellt sich jeweils die Frage nach der Wichtigkeit und der Dringlichkeit der anstehenden Aufgaben. Ebenso stellt sich im Zusammenhang mit der Ausarbeitung oder Abänderung eines Gesetzes oder der Verfassung die Frage nach der Notwendigkeit. Und letztlich oder doch zuallererst sollte man sich die wichtigste Frage stellen, jene nach dem Nutzen. Dem Nutzen für die davon direkt Betroffenen. Hier den Kindern, genauer gesagt den Schulkindern in der ersten, zweiten und dritten Klasse.
Der Bericht und Antrag des Regierungsrats zeigt deutlich auf: «In den ersten Schuljahren soll eine umfassende Förderung und Beurteilung des Leistungsniveaus, des Leistungsprozesses und des Leistungspotenzials der Kinder im Zent-

rum stehen. Dazu müssen in erster Linie ihre Freude, ihr Interesse und ihr Eifer am Lernen, am Entdecken, Erleben und Erfahren erhalten bleiben.»
Dass Noten genau diese Ziele nicht unterstützen, nein ganz im Gegenteil in diesem Lernabschnitt äusserst problematisch sind und kontraproduktiv wirken, ist entgegen allen anderen Behauptungen erwiesen. Sie bedeuten einen Rückschritt beim erprobten und wirkungsvollen Beurteilungssystem nach den Grundsätzen von «Beurteilen und Fördern». Deshalb die Frage: Kann ein Rückschritt zu einem System unserer Eltern oder Grosseltern, eine Rückkehr ins letzte Jahrtausend einen Nutzen, einen Fortschritt für unsere Schulkinder bringen? Und Arthur Walker fragt jene Interessenvertreter, jene Kantonsräte hier im Saal, welche bei jeder Gesetzesanpassung deren Notwendigkeit hinterfragen, weshalb sie es hier unterlassen beziehungsweise nicht die logischen, konsequenten Schlüsse ziehen? Hat etwa die Politik die Schule als Profilierungsfeld entdeckt? Politik auf dem Buckel der Kleinsten? Ohne Rücksicht auf Verluste?
Die CVP versteht unter Bildungspolitik etwas anderes. Dialog, Zusammenarbeit, Fortschritt und nicht Verweigerung oder Verhinderung. Bildung braucht wie das Gewerbe und die Wirtschaft Freiraum! Und genau diesen Freiraum brauchen auch die Schulkinder, Freiraum zum Lernen, Entdecken, Erleben und Erfahren – ohne Noten!
Die Fraktion der CVP sieht weder eine Notwendigkeit noch einen Nutzen. Im Gegenteil. In Analogie zum Sprichwort «Wo kein Nutzen ist, ist auch kein Sinn» lehnt die überwiegende Mehrheit der Fraktion die Gesetzesinitiative und gar einstimmig die Verfassungsinitiative ab. Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats, sowohl die Gesetzesinitiative betreffend Wiedereinführung von Noten ab der 2. Klasse als auch die Verfassungsinitiative für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten abzulehnen.

Irène **Castell-Bachmann** meint, die Würfel seien gefallen. Sie wagt sogar zu behaupten, dass die Würfel bereits vor Aufnahme der Kommissionsarbeit gefallen waren. Sie kann sich deshalb im Namen und im Auftrag der FDP kurz halten. Viele der Direktbetroffenen (Schüler, Lehrer, Eltern) befürworten die Wiedereinführung der Noten ab der 2. Klasse. Geben wir doch den Kindern diese Noten wieder zurück. Die Votantin verweist in diesem Zusammenhang auf die heutige Neue Zuger Zeitung. Bekanntlich wird Leistung als Arbeit in einer bestimmten Zeitspanne definiert. Die Kinder wollen wissen, was sie geleistet haben. Die verbale Beurteilung gibt dies nicht wieder, nur die Benotung. Es ist deshalb unabdingbar, dass künftig neben der verbalen Beurteilung die Benotung ab der 2. Klasse wieder eingeführt wird. Die Verfassungsinitiative schiesst über dieses Ziel hinaus. Die Benotung gehört nicht in die Verfassung. Ein 10-jähriges Moratorium ist unangemessen. Damit wir zum Ziel kommen, wird die FDP nein zur Gesetzesinitiative stimmen. Nein auch zur Verfassungsinitiative.

Ester **Haas** weist darauf hin, dass die Schule bei den Menschen unterschiedlichste Reaktionen auslöst, deren Qualität und Intensität meistens aus der eigenen Schulzeit herrühren. Bestimmend für die Art der Reflexe sind die Noten. Als Eltern geben wir unsere Schulerfahrungen ziemlich ungefiltert an die Kinder weiter, womöglich ungeachtet der Tatsache, dass auch die Schule inzwischen Veränderungen unterzogen wurde oder diese selber vollzogen hat. So reduzierten sich die Schulkontakte der Elterngeneration der Votantin auf zwei Ereignisse: Das Unterschreiben der

Notenzeugnisse und eine ernsthafte Unterredung mit der Lehrperson bei einem Fehlverhalten von uns Kindern.
Heute ist die Elternarbeit ein Bestandteil der Aufgaben einer Lehrperson. «Beurteilen und Fördern» ermöglichen eine Kooperation der Eltern mit der Schule. Diese Zusammenarbeit hat Esther Haas immer als bereichernd empfunden, erfuhr sie doch bei diesen Gesprächen von Stärken und Schwächen ihrer vier Kinder, die sie zu Hause so nicht wahrnahm. Vor dem Gespräch bekam sie jeweils einen Beurteilungsbogen und konnte sich so bereits Gedanken machen über die Fähigkeiten des jeweiligen Kindes. Den Vorwurf der Initianten, dass viele Eltern mit diesen Beurteilungsbogen nichts anfangen könnten, kann sie nicht nachvollziehen. Wer sich für sein Kind interessiert, kann, falls beim Ausfüllen Unsicherheiten entstehen, bei der Lehrperson nachfragen. Zugegeben, dies ist aufwändiger, als einfach ein Zeugnis zu unterschreiben, der Aufwand lohnt sich aber zweifellos.
Noch ein Wort zum Votum von Andreas Hausheer. Die Beteiligungsquote an der erwähnten Umfrage über «Beurteilung und Fördern» war lediglich 13 %. Dass es die Eltern sind, die zurück zu den Noten wollen, ist offensichtlich. Ständig beklagen Politiker das wachsende Desinteresse von vielen Eltern für das Tun und Lassen ihrer Kinder. Mit «Beurteilen und Fördern» und damit dem Verzicht auf Noten in den ersten Primarschuljahren, bietet sich die Möglichkeit, die Eltern vermehrt in die Zusammenarbeit einzubinden. Der Verzicht auf Noten zwingt dazu, sich differenziert mit dem eigenen Kind auseinander zu setzen.
Für die Kinder selbst bedeutet die notenfreie Zeit eine Chance. Die Chance nämlich, im Entdeckungsdrang die Stärken einzusetzen und an den Schwächen gezielt zu arbeiten. Vor allem bei schwächeren Kindern können schlechte Noten enorm demotivierende Wirkung haben und die Stärkeren in einer trügerischen Sicherheit wiegen. In den Worten des bekannten Kinderarztes Remo Largo tönt dies so: «Das Notensystem zwingt Kinder und jugendliche, Stoff auswendig zu lernen. Das sitzt so tief, dass wir inzwischen glauben, Kinder würden gar nichts mehr lernen, wenn wir Noten abschaffen würden. Aber so ist es nicht. Kinder lernen in den ersten fünf Lebensjahren unglaublich viel – aus sich selbst heraus, ohne von Noten motiviert zu sein.» Largos Erkenntnis lässt sich im Minimum adaptieren auf die ersten Primarschuljahre. Kinder sind in dieser Zeit entwicklungsmässig ganz unterschiedlich weit. Diesem Umstand wird mit dem System «Beurteilen und Fördern» Rechnung getragen. Mit der simplen Darstellung der Leistung durch Noten wird diese Kultur aber zerstört. Oder es wie es ein Primarlehrer ausdrückte: «Wenn wir Noten wieder einführen, müssen wir ehrlicherweise Beurteilung und Fördern gleich über Bord werfen.» «Beurteilen und Fördern» will aufzuzeigen, wo die Kinder besser, beziehungsweise schlechter geworden sind und wo sie dementsprechend gefördert werden müssen. «Beurteilen und Fördern» hat sich im Kanton Zug erfolgreich etabliert. Die gute Schulqualität, die auch von den Initianten nicht in Frage gestellt wird, zeugt davon.
Kinder wollen wissen, wo sie stehen. So weit so gut, Irène Castell. Sagt aber eine 4 in Deutsch dem Kind wirklich, wo es steht? Die Note zeigt dem Kind, wo es im Durchschnitt der Klasse steht. Aber sie vermag nichts auszusagen über seine Rechtschreibeschwäche in freien Texten und seine hervorragenden Leistungen in geübten Diktaten. Sie sagt nicht aus, dass das gleiche Kind sehr gut vorlesen kann, aber Sachtexte nur lückenhaft versteht. Die Note verbirgt die Vielfalt des Leistungsspektrums. Würde man diesen Mangel noch als Systemfehler hinnehmen, dann müssen grosse Notendifferenzen nach Klassen- oder Lehrerwechsel stutzig machen. Eben noch bekam ein Kind in Mathematik eine 4, nach einem Umzug in einen neuen Schulkreis ist es plötzlich eine 5. – Weil das Kind nun mehr kann?

Noten, mögen in einigen Fällen zu kurzfristigen Motivationsschüben und damit besseren Leistungen führen. Esther Haas betont die Kurzfristigkeit der Motivation. Wie sonst ist es erklärbar, dass Spicken und Betrügen bei Prüfungen einen wichtigen Platz in der Prüfungsvorbereitung einnehmen? Mit dem Ziel, eine bessere Note zu erreichen, verschwendeten Schülerinnen und Schüler seit jeher Ressourcen, welche mit der eigentlichen Wissenserweiterung rein gar nichts zu tun haben.
Das Notensystem als Kriterium der «Guten Schule» ist daher der falsche Ansatz. Ein nachhaltiger Schulerfolg hängt von viel wichtigeren Faktoren ab, etwa den Schulinhalten, der Art der Stoffvermittlung oder der Beziehung der Lehrperson zu den Kindern. Letztere ist zentral. Kinder beklagen in Umfragen nicht etwa Disziplinlosigkeiten im Unterricht, sondern die fehlende Beziehung zu den Lehrpersonen. Wenn das Klima im Klassenzimmer und die Chemie zwischen Lehrperson und Kindern stimmen, lassen sich Kinder maximal fordern und fördern. Auch ohne Noten!
In diesem Sinne lehnen wir von der Alternativen Fraktion beide Initiativen, die Gesetzesinitiative und die Verfassungsinitiative ab, weil sie Erkenntnisse aus der Entwicklungspsychologie und der Bildungsforschung links liegen lassen und eine nachhaltige Schulentwicklung behindern.

Christoph **Bruckbach** legt zuerst seine Interessenbindung offen; sie beschränkt sich darauf, Grossvater von vier Enkelkindern zu sein, Vater von drei Erwachsenen Töchtern, die auch eine Schulzeit durchlaufen haben. Er möchte auf der Basis seiner Vorrednerinnen auf die beiden Vorlagen eingehen.
Die Erfahrungen der letzten Jahre mit dem in den ersten Klassen notenfreien System «Beurteilen und Fördern» zeigen, dass das Ziel einer ganzheitlicheren Schülerbeurteilung erreicht werden konnte. «Beurteilen und Fördern» beschränkt sich nicht auf die Feststellung eines Leistungsstands in einem bestimmten eingeschränkten Fachbereich. Beurteilt werden nach den Grundsätzen von «Beurteilen und Fördern» auch Motivation, Selbst- und Sozialkompetenz der Schülerinnen und Schüler. Die Eltern werden über vorbereitete Gespräche aktiv in den Beurteilungsprozess mit einbezogen. Selbstverständlich richten sich die Lernziele auch in diesem System nach dem vorgegebenen Lehrplan. Fachbezogene Noten sind zudem spätestens ab dem vierten Schuljahr obligatorisch.
Noten sind traditionell unterstützende Kriterien bei Selektions- und Übertrittsentscheiden. Sie sind aber längst nicht mehr alleiniges Beurteilungskriterium. Selbst für Schulabgänger haben die Noten einen Teil ihrer Bedeutung verloren. Lehrbetriebe verlangen heute oft zusätzliche Informationen über persönliche Fähigkeiten und Kompetenzen ihrer Bewerberinnen und Bewerber.
Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass das heute praktizierte Beurteilungssystem die Qualitätsansprüche an die Primarschule des Kantons Zug vollumfänglich erfüllt. Es ist kindsgerecht und fordert die Eltern, indem sie in den Beurteilungsprozess mit einbezogen werden. Eltern, die sich kritisch zu diesem Beurteilungsprozedere äussern, fühlen sich oft unwohl, weil sie sich nicht mehr mit der eigenen Schulzeit und ihren Erfahrungen identifizieren können.
Wir unterstützen den Antrag der Regierung, die Gesetzesinitiative sei abzulehnen. Verfassungsinitiative für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten.
Zur Frage des Notenobligatoriums ab der ersten Primarklasse gelten die gleichen Argumente wie bei der Gesetzesinitiative. Auch der von den Initianten geforderte Verzicht auf Schulversuche ohne Noten für die nächsten zehn Jahre bringt unserer öffentlichen Schule keinen Fortschritt. Schulversuche werden gemäss Schulgesetz auf Antrag des Bildungsrats durchgeführt. Sie sollen unseren Schulen eine Weiter-

entwicklung ermöglichen und sollen nicht durch unnötige Regeln eingeschränkt werden. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung zur Ablehnung der Verfassungsinitiative.

Daniel **Stadlin** weist darauf hin, dass in den Primarschulen im Kanton Zug in den letzten 15 Jahren ein professionelles Beurteilungssystem aufgebaut wurde. Dabei werden in den ersten Schuljahren Förderung und Beurteilung des Leistungsniveaus, des Leistungsprozesses und des Leistungspotenzials ins Zentrum gestellt. Die Kinder werden ganzheitlich in ihrer Entwicklung gefördert und zu guten Leistungen geführt. Ein pädagogisch fundiertes Konzept.
Die aktuelle umfassende Beurteilung ohne Noten ermöglicht es den Kindern, ihre ersten schulischen Erfahrungen in einem ganzheitlichen Rahmen zu erleben. In den ersten Jahren lernen die Kinder, auch sich selber einzuschätzen, eigene Stärken und auch Schwächen kennen zu lernen, um in allen Kompetenzen möglichst viele der vorgegebenen Ziele zu erreichen, unabhängig vom Konkurrenzkampf, vom Vergleich und vom Notendruck. Bei einer ungenügenden Leistung zeigt die Lernkontrolle, dass die gesetzten Ziele noch nicht erreicht wurden und individuelle Fördermassnahmen nötig sind. Die Kinder lernen auf ungezwungene Weise, dass Ziele zum Teil mit zusätzlichem Aufwand doch erreicht werden können. Eine entscheidende Erkenntnis für die schulische und berufliche Laufbahn.
Noten hatten für diese ersten Erfahrungen mit den eigenen Leistungen eine kontraproduktive Wirkung und Misserfolge eine negative Auswirkung auf den Notendurchschnitt. In den ersten Schuljahren sind vor allem Inhalt und Weg zum Ziel entscheidend und noch nicht das Ergebnis in Form einer Note. Zudem ermöglichen es die altersgerechten Formen und Darstellungen der Bewertungen bei Tests und Lernkontrollen den Kindern, sich im Bewertungssystem zu orientieren. Die Noten würden leider diese umfassende Berteilung mehrheitlich auf die Fachkompetenz reduzieren. Es wird zwar immer noch ein Dualsystem mit Beurteilungsgesprächen gefordert, dabei würden aber die anderen Kompetenzen, nämlich die Methoden und die Lern-, die Sozial- und die Selbstkompetenz wieder in den Hintergrund treten. Denn die geforderten Noten täuschen letztendlich nur eine aussagekräftige und objektive Beurteilung in der Fachkompetenz vor.
Lassen wir unseren Kindern in den ersten Schuljahren Zeit sich einzuleben, stärken wir sie weiterhin im Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen und zeigen ihnen auf, welche Werkzeuge sie für gutes Gelingen zur Verfügung haben. Erst wenn die Kinder erfahren und gelernt haben, welche Methoden oder Lernmöglichkeiten, welche sozialen Zusammenhänge und welche Fähigkeiten zum Erreichen der Ziele nötig sind, macht die Benotung in der Fachkompetenz Sinn. Das Zuger Beurteilungssystem hat sich bewährt, weil es genau diese pädagogischen Voraussetzungen schafft. Nur motivierte, in allen Kompetenzen gestärkte Kinder können Lernerfolge und gute Leistungen erbringen.
In diesem Sinne unterstützt die GLP den Antrag des Regierungsrats, die Gesetzesinitiative betreffend Wiedereinführung von Noten ab der 2. Klasse und die Verfassungsinitiative für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten, abzulehnen.

Monika **Barmet** äussert sich zu den beiden Noten-Initiativen vor allem als Mutter von drei Kindern. Sie war in den letzten Jahren an einigen Beurteilungsgesprächen mit den Lehrpersonen und ihren Kindern beteiligt. Sie hat jeweils diese Gespräche

sehr geschätzt, insbesondere, weil die Kinder im Mittelpunkt standen und nie nur die Noten.
Die zentrale Aufgabe der Schule ist es, den Schülerinnen und Schülern Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und positive Haltungen für ihre persönliche und berufliche Zukunft zu vermitteln. Mit dem Projekt «Beurteilen und Fördern» ist auf sämtlichen Stufen eine förderorientierte, transparente und wirkungsvolle Beurteilungskultur aufgebaut worden. Die Kinder lernen sich selber einzuschätzen, Stärken und Schwächen zu erkennen und Ziele zu setzen.
Noten haben nur selektive Wirkung. Lernende der Unterstufe, müssen jedoch nicht selektioniert werden. Wesentlich auf dieser Alterstufe ist aber, dass den Kindern die Freude am Lernen geweckt und gefördert wird. Wichtig sind lernwillige, motivierte und interessierte Kinder. Sie sollen daher nicht nur für fachliche Leistungen beurteilt werden, es gehören sämtliche Lern- und Kompetenzbereiche dazu.
Erwähnenswert ist zudem, dass gerade die Verantwortlichen für die Lehrlingsauswahl vieler Betriebe auf die Leistungsinformation der Notenzeugnisse verzichten. Sie vertrauen auf die Resultate eigener Leistungstests oder von Tests wie Basic-Check oder Multicheck.
Die Initianten stellen offensichtliche Missstände in den öffentlichen Schulen fest. So erlebt Monika Barmet die Schulen im Kanton Zug nicht. Dringend nötig ist aber eine konstruktive und unterstützende Zusammenarbeit mit den Eltern, Schule und politischer Ebene.
Die Votantin hat bis heute auch nach der Beratung in der Kommission und in der heutigen Debatte keinen Grund oder neue Erkenntnisse zur Änderung des bestehenden Systems erfahren. Für sie ist eine Änderung des heutigen Beurteilungssystems eine deutliche Verschlechterung der momentanen Situation. Sie lehnt deshalb überzeugt beide Initiativen ab und empfiehlt dem Rat, das auch zu tun.

Stefan **Gisler** ist wie Andreas Hausheer nicht Pädagoge, Vater eines Primarschulkindes, und vertritt somit schlicht Volkes Stimme. In einem Punkt ist er mit der SVP einverstanden. Sie sagt, sie sei gegen unnötige Gesetze und Schulreformen. Diese beiden Notenreformen sind unnötig – und der Votant ist dagegen.
Gerade vorgestern war er wieder mal auf Schulbesuch. Er war beeindruckt, wie motiviert und eigenständig die Kinder arbeiteten. Sie unterstützten sich gegenseitig – die Kinder wissen genau, wer in welchem Fach Stärken hat und holen sich dort auch Rat. Und sie holten sich Unterstützung von der Lehrperson und diese unterstützte in Einzelbetreuung und Klassenlektionen die Kinder. Auch ein Test wurde mit Eifer geschrieben. Eine richtig gute Schule.
Der Votant als Elternteil weiss genau, wo seine Tochter steht. Denn in den Elterngesprächen wurde er über die Entwicklung der Fähigkeit, sich Wissen anzueignen, das Lernen selber zu organisieren, im Team zu arbeiten vollumfänglich orientiert. Kompetenzen, die seine Tochter für Alltag und Berufsleben später benötigt. Auch weiss er immer, wie sich ihre Fachkompetenzen in Deutsch, Mathe, Englisch, M+U etc. entwickeln.
Und das alles ohne Noten. Denn seine Tochter ist erst in der dritten Klasse. Er fragt sich schon, wer denn hier Noten will und wem sie nützen sollen. In seinem Umfeld zumindest hat er noch keine Eltern gehört, die Noten wünschen. Auch die Klassengspändli seiner Tochter haben nie Noten gewünscht, und der Votant ist doch jede Woche in der Schule am Mittagstisch.
Ausgerechnet die Partei, welche gegen die Verschulung des Kindergartens, gegen Hochdeutsch in Kindergärten, gegen nationale Bildungsstandards zwecks Vergleichbarkeit Sturm läuft, will dann aber ab der 1. Klasse den Kindern zeigen wo

der Bartli den Most holt und Noten vergeben. Denn Kinder brauchen ja Druck. Ist das so? Brauchen Kinder nicht gute Vorbilder, Unterstützung, Grenzen, Freiraum, Befähigung zur Selbständigkeit und vor allem Motivation? Und wie geht es Ihnen selber? Wie machen Sie gute Politik? Unter Druck oder mit positiver Motivation? Was glauben sie durch Noten zu erreichen? Sie dienen weder Kindern, noch helfen sie Eltern, deren Leistung besser einzuschätzen. Wer hier sagt, er wisse nach einem Gespräch nicht, wo sein Kind stehe, der weiss mit einer Note keinen Deut mehr. Leistung und Entwicklung der Kinder werden mit Semesterdurchschnittsnoten nicht korrekt wiedergegeben. Die Vorredner der CVP haben das klar aufgezeigt. Übrigens, Irène Castell-Bachmann, wissen Kinder sehr wohl mit dem Feedback der Beurteilung umzugehen, und sie können sich auch gut selbst einschätzen. Sie sind nämlich diesbezüglich schon sehr weit entwickelt.
Andreas Hausheer sagte, es brauche Noten plus Gespräch. Aber da sieht Stefan Gisler die Gefahr, dass man sich auf Noten konzentriert und das Gespräch ignoriert und somit eben genau nicht weiss, wo sein Kind steht. Das Feedback der Lehrperson basiert auf dem Vergleich des Kindes mit seinen eigenen Möglichkeiten. Es ist für den Votanten völlig uninteressant, ob es besser oder schlechter ist als seine Klassenkameraden. Es soll seine Möglichkeiten optimal ausschöpfen. Was nützt es, die Beste einer schlechten Klasse zu sein, sich darauf auszuruhen und das Potenzial nicht auszuschöpfen? Noten sind oft demotivierend, ganz sicher für die Schlechteren. Aber auch gute Schülerinnen und Schüler haben keine Freude, als Streber dazustehen. Arthur Walker und Monika Barmet haben das gut ausgeführt.
Bemerkenswert findet Stefan Gisler, dass Finnland, welches erst ab der 7. Klasse Noten vergibt, in allen Pisa-Studien vorne liegt. Statt Noten einzuführen, fordert er den Rat auf, genügend Mittel in die Schulen zu investieren, um Lehrpersonen und Kinder gleichermassen zu stärken. Eigentlich gehörten stets zwei Lehrpersonen in eine Klasse – so können Kinder unabhängig vom Schulsystem gefördert werden und auch eine integrative Schule ist so möglich. Da ist anzusetzen und eben nicht mit unnötigen neuen Gesetzen und Initiativen.

Eusebius **Spescha** möchte noch einen kleinen Beitrag leisten zur Frage, wer sich denn eigentlich jetzt an dieser Diskussion beteiligen darf. Selbstverständlich ist es so, dass wir hier im Kantonsrat uns mit jeder Menge Themen beschäftigen. Die meisten sind nicht Themen, in denen wir selber Fachpersonen sind. Der Votant ist beispielsweise kein Steuerfachmann und er spricht trotzdem mit bei Steuerfragen, so wie bei anderen Fragen auch. Aber – und das geht uns wahrscheinlich allen so – wenn wir uns mit Steuerfragen beschäftigen, auch wenn wir keine Steuerexperten sind, wird es uns nicht einfallen, uns nicht richtig mit dieser Materie zu beschäftigen. Eusebius Spescha hat der Aufwand, sich in diese Vorlage einzuarbeiten, die verschiedenen Varianten durchzudiskutieren, die Argumente abzulegen, einen erheblichen Aufwand gekostet. Es wäre ihm nie in den Sinn gekommen, diesen Aufwand nicht zu leisten.
Nun gibt es aber Themen, wo man es sich leisten kann, sich nicht mit dem Fachdiskurs auseinanderzusetzen. Schule und Pädagogik sind offensichtlich solche Fragen. Es geht hier nicht darum, dass irgendjemandem verboten werden soll, sich zu Schulfragen zu äussern. Selbstverständlich sollen das alle tun, mitdenken und ihre Argumente abwägen. Was den Votanten stört ist die Idee, bei Schulfragen komme es nicht darauf an, da könne man es sich ersparen, z.B. zu schauen, was da Fachdiskurse bringen. In Bezug auf die Noten kann man das relativ kurz fassen. Die ganze Notenforschung der letzten 20 Jahre hat einfach gezeigt, dass die Note

nicht das aussagt, was man meint. Eine 5 ist manchmal eine 5, manchmal eine 4 und manchmal eine 6. Sie ist immer subjektiv geprägt vom Lehrer. Sie beinhaltet nicht nur ein Leistungsurteil, sondern da ist auch Sympathie und Antipathie und irgendwelche Motivationstheorie vom Lehrer drin usw. Die Aussagekraft einer Note ist relativ bescheiden. Selbstverständlich kann man trotzdem Noten geben. Man muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass es so ist. Und es ist schade, dass in dieser ganzen Diskussion so getan wird, man müsse sich nicht damit auseinandersetzen. Würden Sie einen Kredit für eine Brücke sprechen, wenn drei Gutachten ergeben haben, dass die Belastbarkeit dieser Brücke nicht genügend ist? Das würden Sie wahrscheinlich nicht. Aber selbstverständlich können Sie der Notengebung ab 1. oder 2. Klasse zustimmen, auch wenn Sie jetzt wissen, dass diese Note nicht das hält, was sie eigentlich verspricht.

André **Wicki** ist beim nächsten Fussballmatch dafür, dass wir die Tore nicht mehr zählen. Hoffentlich ist Stefan Gisler damit einverstanden, wir wollen uns ja nicht gegenseitig messen. Ein Kind will wissen, wo es steht. Und der Votant ist überzeugt, dass das schon in sehr frühen Jahren anfängt. Sei es im Sport oder auf dem Pausenplatz, die Kinder wollen sich messen. Es geht weiter im Verein, in der Lehre, in der Wirtschaft. Der Votant ist auch Vater. Wir haben hier ja sehr viele Mütter und Väter in diesem Saal. Dann kennen Sie, was in der Primarschule abgeht. Wir haben gute Schulen. Aber die Noten kommen erst ab der 4. Klasse. Die Kinder gewöhnen sich ein wenig daran. In der 5. Klasse kommt dann schon die erste Nervosität und in der sechsten sind dann alle Kinder schon gestresst, weil sie den Übergang in die Oberstufe schaffen müssen. Lassen wir doch die Kinder schon von Anfang an sich an diesen so genannten Stress – den der Votant so nicht empfindet – gewöhnen. Die Kinder wollen sich messen, auf dem Pausenplatz, im Sport und auch in der Schule. Und vergessen Sie nicht, wir sind hier in Zug auch dem globalen Wettbewerb ausgesetzt, und der hört nicht an der Kantonsgrenze auf, nicht an der Schweizer Grenze, nicht in Europa. Das ist auf der ganzen Welt so.

Bildungsdirektor Stephan **Schleiss** weist darauf hin, dass Kommissionspräsidentin Anna Lustenberger mit ihrem Bericht aus der Kommissionsarbeit die heutige Debatte eigentlich vorweggenommen hat. Die sachlichen Argumente sind im Wesentlichen bekannt und ausgetauscht. Es gab viel Formelles und damit auch viele taktische Ankündigungen. Der Bildungsdirektor dankt aber Anna Lustenberger, dass sie die Argumente der Gegner, der Befürworter und auch der Regierung sehr gut wiedergegeben hat. Zum Taktischen möchte er sich selbstverständlich nicht äussern. Aber er möchte noch einmal die Position des Regierungsrats in aller Kürze wiedergeben.

Der Regierungsrat möchte beim Status Quo bleiben, das heisst in den ersten drei Jahren ausschliesslich Beurteilungsgespräche in Anwesenheit der Eltern, ab der 4. Klasse dann Zeugnisse mit Noten. Dieser Ansatz ist kindgerecht, weil er erstens den Fördergedanken in den Vordergrund stellt. Im Beurteilungsgespräch kann zudem als zweites viel differenzierter Auskunft gegeben werden über die Qualität der Zielerreichung und auch über die Lernfortschritte. Die Regierung ist der Auffassung, dass nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern mehr davon haben. Und bitte beachten Sie, dass in diesem Zusammenhang auch der Aufwand für ein Beurteilungsgespräch viel höher ist für die Lehrperson, als wenn sie nur die Noten ins Zeugnis übertragen muss. Vielen Dank, wenn Sie der Empfehlung der Regierung folgen und beide Initiativen ablehnen.

Am Schluss noch kurz zu Andreas Hausheer, der gefragt hat, wie es Stephan Schleiss seit dem 1. Januar mit dem Fachchinesisch halte. Das Fachchinesisch stört ihn immer noch und er gibt sich alle erdenkliche Mühe, einfacher zu werden. Er wehrt sich auch gegen unnötige Projekte.

Die **Vorsitzende** macht nochmals folgende rechtliche Hinweise. Sie haben für jede Initiative eine Stimme. Sie können zweimal ja, zweimal nein, einmal ja und einmal nein, einmal nein und einmal ja stimmen.

➔ Die Gesetzesinitiative betreffend Wiedereinführung von Noten ab der 2. Klasse wird mit 40:12 Stimmen ohne Gegenvorschlag abgelehnt.

➔ Die Verfassungsinitiative für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten wird mit 49:16 Stimmen ohne Gegenvorschlag abgelehnt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.

Die **Vorsitzende** hält das weitere Vorgehen fest. Da es sich hier um Initiativen auf Gesetzes- respektive Verfassungsstufe handelt, erfolgt gemäss § 44 der Kantonsverfassung in Verbindung mit § 55 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats eine 2. Lesung und danach eine Schlussabstimmung.
Die 2. Lesung zu den Initiativen (mit der Schlussabstimmung) erfolgt an der Kantonsratssitzung vom 25. August 2011. Der Regierungsrat entscheidet darüber, wann die Volksabstimmung stattfindet (§ 24 WAG). Der Regierungsrat hat noch keinen Entscheid gefällt.
Die Kommissionspräsidentin hat namens der vorberatenden Kommission den Antrag gestellt, die Frist für die Behandlung der Gesetzesinitiative (nur für diese) bis und mit 25. August 2011 zu erstrecken. Sie haben diesem Antrag nicht opponiert.

➔ Somit hat der Rat der Fristerstreckung für die abschliessende Behandlung der Gesetzesinitiative durch den Kantonsrat bis und mit 25. August 2011 zugestimmt.

147 Nächste Sitzung

Donnerstag, 30. Juni 2011

Protokoll des Kantonsrates

11. Sitzung: Donnerstag, 30. Juni 2011
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 12.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

148 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Manuel Brandenberg und Daniel Stadlin, beide Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Karl Nussbaumer, Menzingen; Heini Schmid, Baar; Monika Weber, Steinhausen; Flavio Roos, Risch.

149 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich Bildungsdirektor Stephan Schleiss für einen Teil der Nachmittagssitzung wegen einer wichtigen Sitzung entschuldigt.

150 Traktandenliste

1. Traktandenliste für den 30. Juni und für den 7. Juli 2011. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 5. Mai (Nachmittag) und 26. Mai 2011 (Morgen und Nachmittag).
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Planung von Neubauten für die Verwaltung und Gerichte des Kantons Zug und die Zugerland Verkehrsbetriebe AG auf dem Areal An der Aa in Zug.
2050.1/.2 – 13779/80 Regierungsrat

3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für bauliche und sicherheitstechnische Massnahmen in der Burg Zug.
2057.1/.2 – 13805/06 Regierungsrat

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Kantonsstrasse F, Alte Steinhauser-/Hinterbergstrasse, Teilstrecke Knoten Alpenblick bis Knoten Chamerried, Gemeinde Cham.
2059.1/.2 – 13813/14 Regierungsrat

3.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Bustrassee Unterführung Sumpf, Teilstrecke Knoten Chamerried bis Knoten Steinhauser-/ Chollerstrasse, Gemeinden Cham, Steinhausen und Zug.
2060.1/.2 – 13815/16 Regierungsrat

4. Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG).
1962.5 – 13723 2. Lesung
1962.6 – 13762 Regierungsrat
1962.7 – 13799 SP-Fraktion
1962.8 – 13808 Raumplanungskommission

5. Kantonsratsbeschluss zum Austritt des Kantons Zug aus dem Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz vom 15. Dezember 2000 (PHZ-Konkordat).
2019.5 – 13795 2. Lesung
2019.6 – 13796 2. Lesung

6. Finanzstrategie 2012 - 2020 des Kantons Zug.
2026.1 – 13708 Regierungsrat
2026.2 – 13727 erweiterte Staatswirtschaftskommission

7. Jahresrechnung 2010, Jahresrechnung 2010 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.
Gedruckte Rechnung
2055.1 – 13800 Erweiterte Staatswirtschaftskommission

8. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates für das Jahr 2010.
Gedruckter Rechenschaftsbericht
2056.1/2046.2 – 13801 Erweiterte Staatswirtschaftskommission

9. Zwischenbericht zu den per Ende März 2011 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen.
2046.1 – 13761 Regierungsrat
2056.1/2046.2 – 13801 Erweiterte Staatswirtschaftskommission

10. Rechenschaftsbericht des Obergerichtes für das Jahr 2010.
Gedruckter Rechenschaftsbericht
2061.1 – 13817 Justizprüfungskommission

11. Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichtes über die Jahre 2009 und 2010.
Gedruckter Rechenschaftsbericht
2045.1 – 13753 Justizprüfungskommission

12. Neuordnung der Spitalplanung und -finanzierung (Änderung des Spitalgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung).
2037.1/.2 – 13733/34 Regierungsrat
2037.3/.4 – 13784/85 Kommission für das Gesundheitswesen
2037.5 – 13786 Staatswirtschaftskommission

13. Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag zum Ausbau der Strecke Thalwil - Zug im Rahmen der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich.
1930.1/.2 – 13395/96 Regierungsrat
1930.3 – 13776 Kommission für den öffentlichen Verkehr
1930.4 – 13782 Staatswirtschaftskommission

14. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau und die Investitions-Folgekosten der S-Bahn-Haltestelle Steinhausen Rigiblick.
    2038.1/.2 – 13735/36 Regierungsrat
    2038.3 – 13777 Kommission für den öffentlichen Verkehr
    2038.4 – 13783 Staatswirtschaftskommission
15. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Sanierung und Ausbau der Hauptstrasse (KS 381), Abschnitt Knoten Alte Landstrasse/Lutisbachweg bis Knoten Mitteldorfstrasse einschliesslich bergseitigem Rad-/Fussweg, Gemeinde Oberägeri.
    2018.1/.2 – 13686/87 Regierungsrat
    2018.3 – 13766 Kommission für Tiefbauten
    2018.4 – 13802 Staatswirtschaftskommission
16. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für die Planung und den Bau der Umfahrung Cham-Hünenberg sowie für den Landerwerb.
    2024.1/.2 – 13704/05 Regierungsrat
    2024.3 – 13767 Kommission für Tiefbauten
    2024.4 – 13803 Staatswirtschaftskommission
17. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (in den Kapiteln L 4, V 2/3, V 9, V 10 und V 12)
    2014.1/.2 – 13676/77 Regierungsrat
    2014.3 – 13809 Raumplanungskommission
18. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Festsetzung des Standortes für den Neubau des Kunsthauses Zug).
    2031.1/.2 – 13715/16 Regierungsrat
    2031.3 – 13811 Raumplanungskommission

151 Protokoll

➔ Das Protokoll der Nachmittagssitzung vom 5. Mai 2011 sowie die Protokolle der Sitzungen vom 26. Mai 2011 werden genehmigt.

152 Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Planung von Neubauten für die Verwaltung und Gerichte des Kantons Zug und die Zugerland Verkehrsbetriebe AG auf dem Areal An der Aa in Zug

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2050.1/.2 – 13779/80).

➔ Das Geschäft wird zur Beratung an die Kommission für Hochbauten überwiesen.

153 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für bauliche und sicherheitstechnische Massnahmen in der Burg Zug

Traktandum 3.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2057.1/.2 – 13805/06).

➔ Das Geschäft wird zur Beratung an die Kommission für Hochbauten überwiesen.

154 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Kantonsstrasse F, Alte Steinhauser-/Hinterbergstrasse, Teilstrecke Knoten Alpenblick bis Knoten Chamerried, Gemeinde Cham

Traktandum 3.3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2059.1/.2 – 13813/14).

➔ Das Geschäft wird zur Beratung an die Kommission für öffentlichen Verkehr überwiesen.

155 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Bustrassee Unterführung Sumpf, Teilstrecke Knoten Chamerried bis Knoten Steinhauser-/Chollerstrasse, Gemeinden Cham, Steinhausen und Zug

Traktandum 3.4 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2060.1/.2 – 13815/16).

➔ Das Geschäft wird zur Beratung an die Kommission für öffentlichen Verkehr überwiesen.

156 Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG)

Traktandum 4 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 31. März 2011 (Ziff. 86) ist in der Vorlage Nr. 1962.5 – 13723 enthalten. – Zusätzlich sind auf die 2. Lesung ein Zusatzbericht- und -antrag des Regierungsrats (Nr. 1962.6 – 13762) und Anträge der SP-Fraktion (Nr. 1962.7 – 13799) und der Raumplanungskommission (Nr. 1962.8 – 13808) eingegangen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst die Anträge des Regierungsrats behandelt werden. Sie erinnert den Rat daran, dass er bei der 1. Lesung dem Regierungsrat für die 2. Lesung Abklärungsaufträge erteilt hat.

Ivo **Hunn** dankt dem Regierungsrat für die Überarbeitung sämtlicher Begriffe auf ihre Richtigkeit und Kohärenz. Der Begriff «Einwohnergemeinde» wurde durch «Gemeinde» ersetzt. Die Begriffe «zuständige Gemeindebehörde» und «zuständige gemeindliche Dienststelle» wurden mit einer plausiblen Begründung beibehalten.
Nun existieren weiter die Begriffe «zuständige Behörde» (§ 36 Abs. 1, § 38 Abs. 1 und § 44 Abs. 3) und «gemeindliche Stelle» (§ 46 Abs. 2). Ist die «zuständige Behörde» dieselbe Behörde wie die «zuständige Gemeindebehörde»? Wenn nein, wer ist gemeint? Ist die «gemeindliche Stelle» dieselbe Stelle wie die «zuständige gemeindliche Dienststelle»? Wenn nein, wer ist gemeint?
Um hier Klarheit zu schaffen, stellt der Votant folgenden Antrag:
1. Ist die «zuständige Behörde» dieselbe Behörde wie die «zuständige Gemeindebehörde», ist der Begriff «zuständige Gemeindebehörde» zu verwenden.

2. Ist die «gemeindliche Stelle» dieselbe Stelle wie die «zuständige gemeindliche Dienststelle», ist der Begriff «zuständige gemeindliche Dienststelle» zu verwenden.
Begründung: Es besteht für uns nach wie vor eine Diskrepanz bezüglich den Benennungen gleicher Stellen und gleicher Behörden. Damit unmissverständliche Klarheit besteht, sind für diese zwingend einheitliche Begriffe zu wählen. Es wäre fehlerhaft, im überarbeiteten Gesetz unklare Benennungen stehen zu lassen.

Hans **Christen** weist darauf hin, dass in diesem Paragraphen noch eine weitere Unklarheit besteht. «Die Gemeinden erlassen …» gilt wohl für zehn Gemeinden, aber für die Stadt Zug ist es nicht klar. Es gibt den Stadtrat und den Grossen Gemeinderat. Wer erlässt jetzt das? Die Stadt Zug ist die einzige Gemeinde, die ein Parlament hat.

Baudirektor Heinz **Tännler** beginnt mit dem Einfacheren, nämlich mit dem Antrag von Ivo Hunn. Das sind zum Teil redaktionelle Fragestellungen, die materiell zu keinen Schwierigkeiten führen. Denn diese diversen Begrifflichkeiten haben wir schon seit eh und je im Gesetz und sie haben noch nie zu Schwierigkeiten geführt. Aber es ist richtig, dass man es jetzt bereinigt. Die «zuständige Behörde» ist nicht dasselbe wie die «zuständige Gemeindebehörde». Hier sprechen wir von verschiedenen Behörden. Deshalb müssen wir das so belassen. Wir sprechen zum Teil von gemeindlichen und zum Teil von kantonalen Behörden. Deshalb muss man diese Unterscheidung so belassen. Bei § 36 Abs. 1 ist es das Amt für Raumplanung; bei § 38 Abs. 1 sind es der Kanton oder die gemeindliche Behörde; bei § 44 Abs. 3 ist es wiederum das Amt für Raumplanung oder das gemeindliche Bauamt. Und bei § 46 Abs. 2 ist es die verfahrensleitende gemeindliche Stelle. Das können wir nicht vermischen, wir müssen das so drin stehen lassen, wie es vom Regierungsrat beantragt worden ist. Deshalb kann man dem ersten Antrag von Ivo Hunn aus redaktionellen und formalrechtlichen Gründen nicht zustimmen. Das wäre falsch.
Zum zweiten Antrag. Ist die «gemeindliche Stelle» dieselbe Stelle wie die «zuständige gemeindliche Dienststelle»? Wir haben das nochmals durchgeforstet und haben tatsächlich drei Stellen gefunden, wo man dies verbinden kann. Denn materiell besteht zwischen der «gemeindlichen Stelle und der «zuständigen gemeindlichen Dienststelle» keine Differenz. Da hat Ivo Hunn recht. Das ist der Fall bei § 46 Abs. 2. Da haben wir die verfahrensleitende gemeindliche Stelle und man kann auch von einer Dienststelle sprechen. Das kann man kongruent führen zu Abs. 4, «Behörden und Dienststellen müssen Fristüberschreitungen und -erstreckungen begründen». Dann bei § 46b Abs. 2; «sind sie der zuständigen gemeindlichen Dienststelle nachzuweisen». Im nächsten Satz kann man die «Dienststelle» in «gemeindliche Dienststelle» umformulieren. Das ist Beides dasselbe. Und in § 74 Abs. 1 sprechen wir von der «Dienststelle der kantonalen Verwaltung». Im letzten Satz dieses Absatzes sprechen wir von der «befugten Stelle». Das ist materiell dasselbe. An allen diesen Stellen kann man dem Antrag von Ivo Hunn folgen.
Nun zu Hans Christen, der fragt, was «der Gemeinderat beschliesst» für die Stadt Zug bedeute, ob der Stadtrat oder der Grosse Gemeinderat (Parlament) gemeint ist. Der Gemeinderat ist ja bezogen auf die Exekutive, das Ratgremium, fünf oder sieben Personen. Und die Exekutive bedeutet logischerweise Stadtrat. Das muss man hier nicht ausdeutschen. Mit dem Gemeinderat ist klar die Exekutive gemeint. Und mit «Gemeinden» ist hier auch die Exekutive gemeint, somit der Stadtrat und nicht der Grosse Gemeinderat. Das geht ja hervor aus den gemeindlichen Richt-

plänen, gemeindliche Erschliessung, Baulinien, Strassenpläne. Das sind Exekutivaufgaben.

Hans **Christen** ist der Meinung, dass bei «Gemeinden» nicht klar ist, dass das die Exekutive ist.

Heinz **Tännler** *hält fest, dass man in diesem Fall die Formulierung «Gemeinderat» einsetzen kann.* Er hat das zwar nicht mit seinen Regierungskollegen besprochen, glaubt aber, dass das die beste Lösung ist.

Ivo **Hunn** zieht seinen ersten Antrag zurück.

Die **Vorsitzende** erinnert daran fest, dass die Regierung mit dem zweiten Antrag Hunn einverstanden ist.

➔ Einigung

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat stimmt den fünf Regierungsanträgen im Zusatzbericht zu – bei Antrag 1 mit den beschlossenen Modifikationen (Ziff. 2 Antrag Hunn und Antrag Christen).

Anträge zum behindertengerechten Bauen (1962.7 – 13799) und (1962.8 – 13808)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Verhandlungen zwischen der Raumplanungskommission, der SP-Fraktion und der Baudirektion stattfanden, die zu einer anderen materiellen und verahrensrechtlichen Ausgangslage führten. Wir werden darauf zurückkommen.

Eusebius **Spescha** hält fest, dass in den letzten Tagen noch intensiv über die Anträge der Raumplanungskommission und der SP-Fraktion diskutiert worden ist. Der Regierungsrat schlägt für § 13b Abs. 2 Bst. a folgende neue Formulierung vor:
«Gebäude mit mehr als acht Wohneinheiten sowie Bauten und Anlagen mit mehr als 50 Arbeitsplätzen sind so zu gestalten, dass sie auch für Behinderte zugänglich sind. Bei den Wohneinheiten müssen die Mehrheit der Wohnungen und bei den Arbeitsplätzen sämtliche Plätze im Innern an deren Bedürfnisse anpassbar sein.»
Das folgende Votum bezieht sich auf diesen neuen Vorschlag.
Nach der ersten Lesung hat der Votant die Welt nicht mehr verstanden. Soll der Kanton Zug tatsächlich der einzige Kanton sein, welcher keine Regelung bezüglich behindertengerechtem Bauen macht. Wir hätten die absurde Situation, dass die Zugänglichkeit von Wohnungen und Arbeitsplätzen dank der Bundesgesetzgebung gewährleistet wäre, die Wohnungen und Arbeitsplätze selber aber nicht behindertengerecht ausgestaltet sind. Zudem geht es beim behindertengerechten Bauen ja nicht nur um behinderte Menschen, sondern in viel grösserem Ausmass profitieren auch ältere Menschen von diesen Regelungen. Da wir überzeugt sind, dass auch der Kanton Zug in diesem Bereich den Verfassungsauftrag erfüllen muss, haben

wir unmittelbar nach der Sitzung neue Vorschläge eingebracht. Wir haben dabei davon profitiert, dass auch im Kanton Zürich eine Neuregelung dieser Frage ansteht. Unseren Vorschlag haben wir der Vorlage des Zürcher Regierungsrats vom 30. März 2011 abgeschrieben.
Nun, kommt Zeit, kommt Rat. Es freut Eusebius Spescha sehr, dass sich Regierung und Raumplanungskommission nochmals über diese Frage gebeugt haben und heute ein ausgereifter Vorschlag auf dem Tisch liegt. Er möchte allen Beteiligten namens der SP-Fraktion herzlich für diese Bemühungen danken. Der Vorschlag ist inzwischen so ausgegoren, dass wir auf unseren Vorschlag weitgehend verzichten können. Die neue Zuger Variante ist sogar etwas schlanker formuliert, aber materiell deckungsgleich.
Wir halten einzig den Absatz 2 Bst. b unseres Antrags aufrecht. Da geht es darum, dass schon bei Wohnbauten mit fünf bis acht Wohnungen einzelne Wohnungen anpassbar sein müssen. Wir müssen uns einfach bewusst sein, dass dieser Gebäudetyp einen bedeutsamen Anteil der Wohnbauten ausmacht. Wenn wir also wirklich etwas für Behinderte und alte Menschen tun wollen, ist es zwingend, diese Gebäude mitzuerfassen.
Die SP beantragt also, dem Antrag der RPK in der neuen Fassung und zusätzlich dem Antrag der SP-Fraktion zu Abs. 2 Bst. b zuzustimmen.

Barbara **Strub** weist darauf hin, dass nach den vielen Reaktionen auf die Entscheide der 1. Lesung des PBG Ende März die Raumplanungskommission nochmals auf dieses Thema zurückgekommen ist.
Das Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes macht Vorgaben für die Zugänglichkeit zu Bauten und Anlagen und eine Anpassung der Gebäude für Behinderte. Die eigentlichen Bauvorschriften sind den Kantonen überlassen.
In unserem Kanton waren bis vor dieser Revision des PBG unsere Gemeinden für die Vorschriften bezüglich behindertengerechten Bauens zuständig. Bis anhin hatte es keine Regelungen im PBG, das war Sache der Gemeinden. Das hatte zur Folge, dass wir heute zehn verschiedene Regelungen bezüglich behindertengerechten Bauens haben, die unterschiedlicher nicht sein könnten.
Unsere Kommission hat nun einstimmig beschlossen, dass eine kantonale Regelung – was übrigens die Gemeinden wünschen – geschaffen werden soll, und beantragt für die 2. Lesung, einen näher führenden Paragraphen ins kantonale Baugesetz aufzunehmen. Von der systematischen Eingliederung eines solchen Paragraphen her ist § 10a (neu) am richtigen Ort. In der 1. Lesung sprachen wir noch von § 13b, was gesetzestechnisch weniger Sinn macht.
Mit der Aufnahme eines solchen § 10a (neu) in die heutige Revision des PBG entfällt nun diese Aufgabe für die Gemeinden. Sie können, sofern der Rat heute zustimmt, in ihren Bauordnungen die Vorschriften für behindertengerechtes Bauen streichen, weil für alle die kantonale Regelung gilt. Es wird somit möglich, dass die Bestimmungen über das behindertengerechte Bauen in unserem Kanton auf einen einheitlichen Nenner gebracht werden.
Unser Vorschlag lehnt sich an die Vorschriften des Bundes an und operiert mit denselben Begriffen wie das Bundesgesetz. Auf diese Weise sollen keine zusätzlichen Differenzen geschaffen werden. Die Anzahl der Wohnungen im Abs. 2 soll sich ebenfalls an die Vorschriften des Bundes anlehnen, dies auch, weil in der 1. Lesung in diesem Rat eindeutig eine solche Anlehnung gegenüber einer Verschärfung favorisiert wurde. Mit grossem Mehr lehnte der Rat im März den Antrag ab sechs Wohnungen ab. Bei einer grösseren Überbauung ab acht Einheiten müssen mehr als die Hälfte anpassbar gebaut werden. Dies erlaubt den Architekten

z.B. Maisonettewohnungen zu gestalten, und den Kunden, solche zu bewohnen und die Mehrheit der Wohnungen behindertengerecht anzupassen.
Eine Verschärfung mit Vorschriften für kleinere Mehrfamilienhäuser lehnt unsere Kommission grossmehrheitlich ab. Im Übrigen werden heute fast alle Neubauten ohnehin möglichst hindernisfrei gebaut, weil dies der Markt so wünscht.
Im Namen der Raumplanungskommission stellt Barbara Strub den Antrag, den neuen § 10a, wie er vom Regierungsrat auch unterstützt wird und wie ihn Eusebius Spescha in seinem Votum vorgelegt hat, ins PBG aufzunehmen.

Hanni **Schriber-Neiger** stellt im Namen der AGF den Antrag auf «sechs Wohneinheiten». Der Anfang des Paragraphen würde dann wie folgt lauten:
«Gebäude mit mehr als sechs Wohneinheiten (…).»
Begründung: Bei der 1. Lesung wiesen Vroni Straub-Müller und Hubert Schuler bereits auf den Umstand hin, dass das Bundesgesetz über Behindertengleichstellung nur den Zugang zur Wohnung erwähnt und nichts über die Benutzbarkeit einer Wohnung aussagt. Doch eine Mehrheit des Parlaments sah das damals anders. Heute hat der Kantonsrat die Chance, diesen Fehlentscheid zu korrigieren.
Hindernisfreies gestaltetes Bauen nützt nicht nur Menschen mit einer Behinderung. Die Verbesserungen kommen auch vielen anderen Menschen zugute, jüngeren wie älteren oder gehbehinderten Menschen oder Personen mit Kinderwagen. Auch können ältere und kranke Menschen länger in ihrer Wohnung bleiben, wenn diese einfach anpassbar ist.
Das Bedürfnis nach hindernisfreiem Zugang zu Gebäuden und hindernisfreie Wohnungen wird in Anbetracht der demografischen Entwicklung sicher weiter zunehmen. Pro Infirmis und Pro Senectute fordern eine Regelung gar ab vier Wohnungen, aber mit sechs Wohneinheiten können sie sich anfreunden. Werden die Gebäude von Anfang an hindernisfrei geplant, kommt dies wesentlich günstiger, als wenn sie später mit grossem Aufwand umgebaut werden müssen.
Die AGF stellt den Antrag, bereits ab sechs Wohnungen hindernisfrei zu bauen, was ursprünglich auch der Vorschlag der Regierung war. Auch der Kanton Schwyz hat diese Regelung ab sechs Wohneinheiten in seinem Planungs- und Baugesetz. Bitte zeigen Sie doch Verständnis für dieses zukunftsweisende Anliegen und unterstützen Sie unseren Antrag.

Martin **Pfister** weist darauf hin, dass Heini Schmid hier zu einer fulminanten, geistreichen und sicher auch spitzfindigen juristischen Ansprache zu diesem Traktandum angesetzt hätte. Er ist leider heute nicht hier, weil er in der Höllgrotte nach dem gestrigen Unwetter am Aufräumen ist. So bleibt dem Votanten nichts anderes übrig, als zu sagen, dass sich die CVP-Fraktion dem Vorschlag von RPK und Regierungsrat anschliesst.
Eine Frage noch, die vielleicht der Baudirektor beantworten kann. Wenn wir dem Antrag der SP folgen würden, wäre dann nicht die Regelung für fünf bis acht Wohneinheiten strenger als jene für über acht Wohneinheiten?

Hubert **Schuler** möchte nochmals aufzeigen, was «Wohnungen pro Gebäude» genau heisst. In Zürich wird die Auslegung gemacht, dass eine Überbauung mit sechs Mehrfamilienhäusern à je acht Wohnungen nicht unter dieses Gesetz fallen würde, weil es einzelne Gebäude sind. Im Kanton Zürich hat man eine Erhebung gemacht bei Baugesuchen von Ende März bis Ende Oktober 2008. Und es wären

15 % von allen Baugesuchen unter diese Klausel gefallen, wenn man acht Wohnungen pro Gebäude nehmen würde. Also ein ganz kleiner Anteil der Gebäude würde unter diesem Aspekt behindertengerecht geplant und umgesetzt. Es kann nicht sein, dass nur 15 % der Wohneinheiten so geplant werden. Die Aussage der Kommissionspräsidentin, dass heutzutage mehrheitlich behindertengerecht gebaut wird, bestreitet der Votant ganz vehement. Viele Menschen, welche auf solche Wohnungen angewiesen sind, können hier ein Lied singen. Bitte folgen Sie dem Antrag der SP-Fraktion für Bst. b.

Maja **Dübendorfer Christen** stellt den Antrag, § 10a (neu) Abs. 2, wie ihn Kommission, Regierungsrat und SP-Fraktion vorschlagen, nach dem ersten Satz mit folgendem Satz aus dem Antrag der SP-Fraktion für einen Bst. b zu ergänzen:
«Bei Gebäuden mit fünf bis acht Wohneinheiten müssen die Einheiten wenigstens eines Geschosses für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein.»
Begründung: Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiediskussion fehlt der Votantin das Verständnis, wenn wir hier per Gesetz strombetriebene Aufzüge fordern. Diese Haltung ist keineswegs zukunftsgerichtet. Mit dem zusätzlichen Satz besteht die Möglichkeit, behindertengerechte Wohnungen auf dem Parterregeschoss zu fordern.

Baudirektor Heinz **Tännler** warnt davor, jetzt mit Schnellschussanträgen alles zu verkomplizieren. Folgen Sie bitte der RPK mit den Änderungen, die wir zusammen mit der SP-Fraktion ausgearbeitet haben.
Der Regierungsrat hat ja auf die 1. Lesung hin eine Regelung für behindertengerechtes Bauen vorgelegt. Wir haben also Herz gezeigt. Das wurde dann gekippt. Heinz Tännler ist auch froh, dass die Raumplanungskommission nun Rückkommen beschlossen hat und den vorgelegten Vorschlag unterbreitet. Er ist angelehnt an die Bundesregelung, acht Wohneinheiten und 50 Arbeitsplätze. Wir meinen, dass man sich an diese Bundesregelung anlehnen soll.
Zu Martin Pfister. Es ist richtig, der Antrag der SP (Bei Gebäuden mit fünf bis acht Wohnungen müssen die Einheiten wenigstens eines Geschosses für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein) geht weiter als jener der RPK, der bei acht Einheiten festhält, dass mehr als die Hälfte anpassbar sein muss. In diesem Sinn besteht keine Kongruenz des SP-Antrags bezüglich fünf bis acht Wohneinheiten zu den acht oder mehr Einheiten der RPK. Hier hätte man also eine Differenz.
Zu Hubert Schuler. Der Baudirektor kennt diese Zahlen nicht. Er macht dazu ein Fragezeichen, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass in Zukunft mehr und mehr Entwicklung nach innen geschieht, Verdichtung. Es wird höher und grösser gebaut, mehr Wohneinheiten werden erstellt in einem Gebäudekomplex. Der Votant geht davon aus, dass im urbanen Bereich Wohngebäude mit acht, zehn, zwanzig und mehr Einheiten erstellt werden. Er kann sich sehr wohl vorstellen, dass diese Regelung greift, und zwar nicht nur bei 15 % der neu zu erstellenden Wohnungen.
Zum Antrag der AGF. Unterstützen Sie diesen bitte nicht! Er kommt mit sechs Wohneinheiten und rückt somit auch ab von der Bundesregelung.
Zum Antrag Dübendorfer Christen. Der Baudirektor ist der Ansicht, dass die Fortsetzung nach dem eingefügten Satz dann nicht mehr logisch wäre. Wenn schon, müsste man das in zwei Absätzen regeln. Zu diesem Antrag, der jetzt spontan gekommen ist, hat sich der Regierungsrat nicht beraten und somit kann er dazu materiell keine Stellung nehmen. Bitte folgen Sie dem Antrag von RPK, Regierung und SP-Fraktion.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst über den Unteränderungsantrag Dübendorfer Christen abgestimmt wird. Falls er obsiegen würde, könnten die redaktionellen Unstimmigkeiten noch berichtigt werden.

➔ Der Rat folgt dem Antrag von Raumplanungskommission, Regierungsrat und SP-Fraktion und lehnt den Unteränderungsantrag Dübendorfer Christen mit 69:2 Stimmen ab.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass nun über den Antrag der AGF abgestimmt wird, der im Unterschied zum Antrag von RPK, Regierungsrat und SP-Fraktion (acht Wohneinheiten) sechs Wohneinheiten vorschlägt.

➔ Der Antrag der AGF wird mit 60:8 Stimmen abgelehnt.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass nun über den Antrag der SP-Fraktion für einen neuen Buchstaben b abgestimmt wird.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 54:17 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69:3 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Regierungsrat und Raumplanungskommission beantragen:

1. Die Motion der SP-Fraktion betreffend Wohnbauland für den gemeinnützigen Wohnungsbau vom 23. September 2008 (Vorlage Nr. 1726.1 – 12868) sei nicht erheblich zu erklären.
2. Die Motion von Rudolf Balsiger betreffend Optimierung des kantonalen Bewilligungsverfahrens vom 18. März 2009 (Vorlage Nr. 1791.1 – 13026) sei erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.
3. Die Motion von Silvan Hotz betreffend Erhöhung der Ausnützungsziffer bei energetisch nachhaltiger Bauweise und Renovation von Gebäuden vom 15. Mai 2099 (Vorlage Nr. 1823.1 – 13095) sei nicht erheblich zu erklären.
4. Die Motion von Thiemo Hächler betreffend Ausklammerung von Erschliessungsflächen bei der Berechnung der Ausnützungsziffer vom 7. Juli 2010 (Vorlage Nr. 1960.1 – 13488) sei nicht erheblich zu erklären.

Eusebius **Spescha** hält fest, dass die SP-Fraktion beantragt, ihre Motion betreffend Wohnbauland für den gemeinnützigen Wohnungsbau sei erheblich zu erklären.
Art. 41 der Bundesverfassung verlangt, dass Bund und Kantone sich dafür einsetzen, «dass Wohnungssuchende für sich und ihre Familie eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können.» Dies ist in Art. 108 noch genauer ausgeführt.
Es ist unbestritten, dass Kanton und einzelne Gemeinden sich in dieser Thematik engagiert haben und auch Einiges erreicht haben. Ebenso unbestritten ist, dass wir einen ausgetrockneten und überteuerten Wohnungsmarkt haben. Ein wichtiger Grund liegt bei den teuren Landpreisen. Dies hat ja der Regierungsrat selber mit

einem entsprechenden Legislaturziel deklariert. Wir haben in der Sitzung vom 5. Mai bei der Behandlung unserer Interpellation darüber diskutiert.
Obwohl der Regierungsrat also selber als Ziel formuliert: «Anpassung Richtplan mit Zonen für preisgünstige Wohnungen», will er die Motion, welche als Auftrag formuliert «Schaffung der gesetzlichen Grundlagen, damit die Gemeinden einzelne Wohnzonen ganz oder teilweise dem gemeinnützigen genossenschaftlichen Wohnungsbau widmen können», nicht erheblich erklären. Das geht einfach nicht zusammen. Entweder glaubt der Regierungsrat nicht an sein Legislaturziel, dann kann man tatsächlich die Motion streichen. Oder er glaubt daran, dann muss man die Motion erheblich erklären. Im Gegensatz zur Regierung glauben wir an *sein* Legislaturziel und beantragen, die Motion sei erheblich zu erklären.

Baudirektor Heinz **Tännler** betont, dass der Regierungsrat an seine Strategie glaubt. Wir glauben an unsere Legislaturziele. Und wir sind auch daran, diese umzusetzen. Gerade was preisgünstigen Wohnungsbau anbelangt, werden wir nächstens mit einer Richtplananpassung kommen. Da sind wir auf vollen Touren in der Abklärungsphase. Wir wollen zusammen mit den Gemeinden Zonen entsprechend auch ausscheiden. Der Baudirektor hat schon darüber berichtet. Und deshalb ist es auch stufengerecht, dass wir auch Richtplanebene Zonen ausscheiden für gemeinnützigen Wohnungsbau, dort wo es Sinn macht, und dann die Umsetzung den Gemeinden überlassen. So wie die Motion hier daherkommt, will man das im Baugesetz stipulieren. Wir haben ausgeführt, dass dies verfassungswidrig ist. Wir sind überzeugt, dass diese Motion in der Umsetzung zu grossen Problemen führen würde. Und dass der Regierungsrat das strategische Ziel, Wachstum mit Grenzen, Ausgleich und Balance natürliche Ressourcen und Wachstum, auch ernst nimmt, zeigt sich auch daran, dass die Volkswirtschaftsdirektion mit dem Wohnbauförderprogramm auch schon Zeichen gesetzt hat. Sie haben 50 Millionen beschlossen. Es ist also nicht so, dass sich die Regierung nicht an ihre Ziele hält. Bitte schreiben Sie diese Motion nun ab!

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 52:16 Stimmen ab und schliesst sich somit bei allen vier Motionen dem Antrag von Regierung und Raumplanungskommission an.

157 Kantonsratsbeschluss zum Austritt des Kantons Zug aus dem Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz vom 15. Dezember 2000 (PHZ-Konkordat)

Traktandum 5 – Die Ergebnisse der 1. Lesung vom 26. Mai 2011 (Ziff. 145) sind in den Vorlagen Nr. 2019.5 – 13795 und 2019.6 – 13796 enthalten.

Die stellvertretende Landschreiberin, Renée Spillmann Siegwart, ersetzt bei diesem und den folgenden Geschäften Landschreiber Tino Jorio.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage Nr. 2019.5 – 13795 in der *Schlussabstimmung* mit 65:0 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage Nr. 2019.6 – 13796 in der *Schlussabstimmung* mit 65:0 Stimmen zu.

158 Finanzstrategie 2012-2020 des Kantons Zug

Traktandum 6 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 2026.1 – 13708) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 2026.2 – 13727).

Gregor **Kupper** hält fest, dass die Stawiko bei der Beratung des Budgets 2010, also im Spätherbst 2009, erstmals verlangte, dass aufgrund der veränderten Wirtschaftslage und unter dem Eindruck des damals vorliegenden Finanzplans die Finanzstrategie des Kantons Zug überarbeitet wird. Der Regierungsrat hat diesen Auftrag angenommen und ist ans Werk gegangen. Er hat in Zusammenarbeit mit dem BAK Basel, mit dem er ja schon seit Jahren zusammenarbeitet, ein Finanzhaushaltsmodell für den Kanton Zug entwickelt. Darauf basierend wurde dann die Finanzstrategie erstellt. Beim Finanzhaushaltsmodell hat sich schon schnell gezeigt, dass auf der Ausgabenseite die Beurteilung der Situation zwischen Kanton und BAK Basel eigentlich eng beieinander lagen. Nicht so hingegen bei der Einnahmenseite, wo das BAK Basel die Situation wesentlich optimistischer beurteilt, als das der Kanton selber tut.
In der Finanzstrategie hat der Regierungsrat drei wichtige Ziele aufgenommen. Er hat als Ziel gesetzt, dass er für den Kanton Zug einen ausgeglichenen Staatshaushalt und ein gutes staatliches Leistungsangebot haben will und das Ganze bei einer attraktiven Steuerbelastung. Die Stawiko unterstützt diese Zielvorgaben ausdrücklich.
Dann hat er aber einen weiteren Grundsatz formuliert, indem er bestimmt hat, dass neue Aufgaben in Zukunft nur sehr zurückhaltend übernommen werden sollen. Auch hier ist die Stawiko gleicher Meinung wie der Regierungsrat und fordert sogar das Parlament auf, diesem Grundsatz ebenfalls nachzuleben.
Die Ausgaben sind einigermassen planbar in so einer Finanzstrategie. Wesentlich schwieriger ist es hingegen auf der Einnahmenseite. Der Regierungsrat hat das erkannt und in der Strategie versucht, die Ausgabenseite relativ ausführlich zu behandeln und auf der Einnahmenseite nicht irgendwelche Ziele oder utopische Annahmen zu treffen, die dann ohnehin anders rauskommen als formuliert.
Auf der Aufwandseite spielt natürlich der Personalaufwand eine wesentliche Rolle. Hier erhalten wir in den folgenden Jahren eine veränderte Situation, indem wir ja erstmals in der Budgetierung 2012 Pragma budgetieren, also wirkungsorientiert. Die Personalplafonierung fällt weg. Wir haben hier eine andere Ausgangslage. Entsprechend schwierig ist die Zielformulierung in diesem Bereich. Die Regierung geht davon aus, dass sie 2,1 % für das Wachstum unseres Kantons haben will. Das ist ein Ziel, das in der Vergangenheit mit 2,3 % berechnet wurde in der Finanzstrategie, obwohl es in der alten Strategie mit 1,5 % formuliert war. Hier haben wir also eine gewisse Unsicherheit, die aber auch darauf zurückzuführen ist, dass natürlich mit dem Wegfall der Personalplafonierung in diesem Topf auch das Wachstum abgedeckt werden muss.
Ein zweiter Bereich, der in der Strategie geregelt wird, sind die Dienstleistungen Dritter und die Honorare. Hier haben wir in den Budget-, aber auch in den Rechnungsberatungen jeweils öfter Diskussionen gehabt. Der Regierungsrat hat es aufgenommen und will diese Positionen in der Finanzstrategie zumindest nur noch auf die Teuerung beschränken. Noch lieber wäre dem Stawiko-Präsident, wenn hier über die Bücher gegangen würde und auch ein gewisser Abbau im einen oder anderen Fall realisiert werden könnte.

Unter den Beiträgen mit Zweckbindung haben wir verschiedene Beiträge. Auf der einen Seite solche, die der Kanton eigentlich nicht beeinflussen kann, weil sie auf Bundesgesetzen usw. beruhen. Auf der anderen Seite hat es durchaus Posten, die auch bearbeitet werden können. Ein Bereich, den der Regierungsrat in der Strategie explizit erwähnt, sind die Leistungsvereinbarungen. Er setzt auch für den Abschluss oder die Erneuerung von Leistungsvereinbarungen klare Ziele bezüglich der Kostenentwicklung fest. Die Stawiko ist hier allerdings der Meinung, dass bei der Erneuerung von Leistungsvereinbarungen insbesondere auch die Leistungen, die beauftragt werden, hinterfragt werden. Es kann nicht sein, dass wir einfach sagen, OK, jetzt gibt es eine neue Leistungsvereinbarung, da kommt ein wenig Teuerung beim Personal und ein wenig Teuerung beim Sachaufwand dazu, und dann hat es sich. Sondern es ist in erster Linie hier immer wieder zu prüfen, ob die Leistungen in der bisherigen Form auch für die neue Leistungsvereinbarung zu formulieren sind.
Ein weiterer Punkt, der in der Stawiko zu Diskussionen Anlass gegeben hat, ist die Budgetierung im Bereich der Investitionsrechnung. Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder erlebt, dass wir im Rahmen der Budgetierung und Finanzplanung Vorgaben erhalten haben für die künftigen Investitionen, die dann in dieser Höhe nicht umgesetzt wurden. Der Mittelwert liegt so zwischen einem Viertel und einem Drittel, wo die Investitionsbudgets jeweils zu hoch angesetzt wurden. Hier hat die Stawiko diskutiert, ob wir nicht hingehen sollten, sogar jeweils auf dem Budget entsprechende pauschale Korrekturen vorzunehmen in Anbetracht dessen, dass wir uns eigentlich immer wieder bewusst sind, dass die budgetierten Investitionen in der vollen Höhe mit Sicherheit nicht realisiert werden können. Sei es aufgrund von zeitlichen Verzögerungen oder aber wegen Kreditunterschreitungen usw. Diesen Aspekt haben wir der Regierung weitergegeben im Hinblick auf Budgetierung und Finanzplanung. Mal schauen, was sie daraus macht!
Damit kommt Gregor Kupper zur Einnahmenseite. In der Steuerpolitik – das ist ja unser grösster Einnahmenposten – will die Regierung berechenbar und stabil bleiben. Das ist in einem längeren Zeithorizont zu sehen. Sie wissen, in der alten Finanzstrategie hat der Regierungsrat ja als Zielvorgabe praktisch ein fünfprozentiges Wachstum formuliert. Das könnte er auch jetzt wieder tun, ob das realistisch ist oder nicht. Er kann es ja eigentlich gar nicht beeinflussen. Wichtig ist, dass wir im Rahmen der Steuergesetzgebung darauf schauen, dass wir innerhalb der Steuerbelastung der verschiedenen Steuersubjekte ein ausgewogenes Verhältnis haben. Und wie der Votant das schon im Rahmen der Beratung des Steuergesetzes gesagt hat, ist er der Meinung: Wenn wir das erreicht haben, kann man durchaus auch die Einnahmen des Kantons über den Steuerfuss anschliessend beeinflussen beziehungsweise regeln. Wobei es Gregor Kupper natürlich im liebsten wäre, wenn es dann jeweils nach unten und nicht nach oben ginge.
Die Stawiko ist der Meinung, dass wir mit der Finanzstrategie nun wieder eine aktualisierte Grundlage haben. Auf dieser Basis wird zu budgetieren sein. Es werden die nächsten Finanzpläne zu erstellen sein und diese Informationen werden natürlich einen wesentlich aussagekräftigeren Inhalt haben, indem wir dann sehen, wohin die Reise tatsächlich geht aufgrund der vorliegenden Zahlen. – Die Stawiko beantragt mit 12:1 Stimmen Kenntnisnahme der Finanzstrategie.

Alois **Gössi** erinnert daran, dass wir die Finanzstrategie nicht zu beschliessen, sondern nur zur Kenntnis zu nehmen haben. Trotzdem lohnt es sich, dazu noch ein paar Worte zu verlieren.

Der Regierungsrat schreibt, dass die Finanzpolitik des Kantons Zug ein Erfolgsmodell sei. Dem können wir zustimmen, finanziell stehen wir bestens da. Aber das Ganze hat auch Schattenseiten bei uns: Sehr hohe Lebenshaltungskosten, günstiger Wohnraum zur Miete wird immer rarer, Personen und Familien, die aus dem Kanton Zug auswandern, um bezahlbare Wohnungen oder Wohneigentum zu finden.
Der Regierungsrat will nun seine erfolgreiche Finanzpolitik weiterfahren. Er will vor allem weiterhin bei den Steuern, sowohl der natürlichen wie auch juristischen Personen, zu den Kantonen mit den tiefsten Steuern in der Schweiz gehören. Mit der laufenden Steuergesetzrevision werden ja einmal mehr Zeichen in diese Richtung gesetzt. Die Steuerpolitik geht allen anderen Sachen vor. Da wirken die Legislaturziele des Regierungsrats für ein moderates Wachstum respektive eine Wachstumsabschwächung nur illusorisch oder sind reine Lippenbekenntnisse. Wir fordern vom Regierungsrat einfach, dass er einer erfolgreichen Finanzpolitik mit Tiefsteuersätzen nicht alles unterordnet, sondern vermehrt das Gesamtwohl im Auge hat.
Wir finden die Aussagen des BAK Basel zu den Steuererträgen in den Jahren 2014-2020 viel zu optimistisch, es sieht es mit der rosa Brille mit durchschnittlichen Steigerungsraten von 6,2 %. Der Regierungsrat verzichtet hier auf irgendwelche Angaben zu den kommenden Steuererträgen, er will nur berechenbar und stabil bleiben. Die strategischen Vorgaben im Bereich des Personalaufwands, von Dienstleistungen Dritter und Honorare sowie den Beiträgen mit Zweckbindung finden wir sinnvoll.
Wir nehmen, wie der Regierungsrat beantragt, von der Finanzstrategie Kenntnis, aber nicht mehr.

Andreas **Hürlimann** erinnert daran, dass die Regierung schreibt: «Die Finanzpolitik des Kantons Zug ist ein Erfolgsmodell.» Schaut man die reinen Finanzzahlen an, könnte man dem auf den ersten Blick zustimmen. Allerdings haben Modelle es auch an sich, dass sie von anderen adaptiert und übernommen werden. In unserem Fall durch eine ähnliche Finanzstrategie, mit tiefsten Steuern – doch dann ist das Modell welches nun andere anwenden, plötzlich nicht mehr so beliebt ... weil andere es wagen, ein Zuger Modell (zum Beispiel in der Steuerpolitik) zu übernehmen.
Finanziell gesehen steht Zug wirklich gut da - aber es gibt eben auch immer noch eine andere Seite, welche nur indirekt an die Finanzzahlen gekoppelt ist. Die gesamtheitliche Strategie der Regierung zeigt ja nicht nur die finanzielle Entwicklung auf, sondern steckt auch Eckwerte in ganz anderen Messgrössen ab. Nur geht die Finanzstrategie als Teilstrategie dieser übergeordneten Strategie der Regierung zu wenig auf diese Punkte ein. Dies ist einer der Hauptkritikpunkte der AGF.
Man kann doch nicht nur einen Teil der Strategie des Regierungsrats von 2010 bis 2018 aufnehmen (nämlich die Erhaltung der Spitzenposition im Standortwettbewerb), aber einen anderen Teil betreffend Wachstum mit Grenzen (Der Kanton Zug strebt ein Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum an, das kleiner als bisher ist) nicht weiter in eine solche Teilstrategie einfliessen lassen. Auch hier müsste der Hebel angesetzt werden, da die Finanzen des Kantons, die Steuerbelastung einen erheblichen Anteil an der Steuerung des Wachstums beitragen.
Die Finanzstrategie geht auch ganz kurz auf die Risiken ein, welche vom BAK Basel mit einer Risikoanalyse ermittelt wurden. Von der Regierung werden Risiken einer strukturellen Wachstumsschwäche in der EU-Wirtschaft oder von ganz konkreten Hinweisen auf Risiken erwähnt: der Wettbewerb um Unternehmen und Ein-

wohnerinnen und -einwohner, die Knappheit des Raums sowie das Klumpenrisiko Rohstoffhandel.
Fast nicht ausgeführt werden die Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung oder -zusammensetzung. So kann man im BAK-Bericht unter anderem entnehmen, dass für den Mittelstand die Gefahr besteht, dass er sich die hohen Kosten für Wohnraum im Kanton Zug immer weniger leisten kann. Dies wird als durchaus realistisches Szenario betitelt, denn dies zeigen auch die aktuellen Entwicklungen der Mietkosten oder Daten zu interkantonalen Bevölkerungswanderung. «Allerdings stellt dies aus rein fiskalischer Sicht kein Risiko für den Kanton Zug dar» ist im BAK-Bericht zu lesen. Denn der Mittelstand wird durch eine besser situierte Bevölkerungsschicht verdrängt. Die Fiskaleinnahmen des Kantons werden durch eine verstärkte Abwanderung des Mittelstands nicht belastet, da diese Lücke durch «bessere» Steuerzahler gefüllt wird.
Dies zeigt doch ganz schön auf, wo der Kanton Zug heute steht: Finanzpolitisch fast schon euphorisch – nur dürfen wir neben den Zahlen die Menschen nicht vergessen! Politik sollten wir in erster Linie für die Menschen machen. Nicht für eine rein finanzielle Optimierung der Kasse. In diesem Sinn nehmen wir die Finanzstrategie eher ablehnend zur Kenntnis.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP-Fraktion von der Finanzstrategie 2012-2020 Kenntnis genommen hat. Wie in der bisherigen Strategie zielt der Kanton Zug auch in Zukunft auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt, ein gutes staatliches Leistungsangebot und eine attraktive Steuerbelastung. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die bisherigen Finanzstrategien erfolgreich waren, da diese insbesondere dazu beigetragen haben, das Kostenbewusstsein in der Verwaltung zu fördern. Zudem konnte das Wachstum gewisser Aufwandpositionen, wie zum Beispiel die Personalkosten und die Beiträge mit Zweckbindung, reduziert werden. An dieser Stelle dankt die SVP allen Beteiligten für das Erreichen der Ziele unserer bisherigen Finanzstrategien.
Mit grosser Befriedigung nimmt die SVP Kenntnis, dass sich der Regierungsrat in der vorliegenden, überarbeiteten Finanzstrategie weiterhin zu einer strikten Haushaltsdisziplin verpflichtet. Besonders auch das Bekenntnis zu einem, wie von der SVP immer wieder geforderten, schlanken und effizienten Staat, ist besonders erfreulich. Gerne wird die SVP-Fraktion die Regierung und das Parlament in den kommenden acht Jahren, während denen diese Strategie Gültigkeit haben soll, wieder an diesen Grundsatz erinnern, sollte er vor lauter Begehrlichkeiten an den Kanton in Vergessenheit geraten.
Das Finanzhaushaltsmodell für den Kanton Zug, welches durch die BAK Basel Economics AG erstellt wurde, lieferte interessante Erkenntnisse. Besonders erfreulich sind die prognostizierten Ertragsüberschüsse, welche gemäss dem Modell bereits in drei bis vier Jahren eintreten werden. In diesem Zusammenhang wirft die SVP auch nochmals die Frage auf, ob bei der Revision des Steuergesetzes nicht zu zögerlich gehandelt wird. Besonders die Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer sollte unserer Meinung nach mit dieser Revision umgesetzt werden, und nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden.
Es wird sich weisen, wie gut die neuen Steuerungsinstrumente der Finanzstrategie 2012 bis 2020 im Rahmen der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget greifen. Die SVP wird nach dem Wegfall der Personalplafonierung besonders die Entwicklung der Personalstellen genau verfolgen, nicht dass mit Pragma die diesbezüglich bisher an den Tag gelegte Disziplin wieder nachlässt.

Im Sinne dieser Ausführungen nimmt die SVP-Fraktion in zustimmender Weise Kenntnis von der neuen kantonalen Finanzstrategie.

Gabriela **Ingold** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Finanzstrategie 2012-2020 in zustimmender Weise zur Kenntnis nimmt. – Wir haben vor einem Monat im Rahmen der Steuergesetzesrevision bereits von der neusten Studie des BAK Basel gesprochen, welche für unseren Kanton eine stabile und gute Zukunft voraussagt. Dass nun die neue Finanzstrategie 2012 - 2020 sich modifiziert und eher zurückhaltend an das überarbeitete Modell anpasst, erachten wir als sachrichtig, denn «Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste». Die Ziele der Finanzpolitik, nämlich

- ein ausgeglichener Staatshaushalt,
- gute staatliche Leistungsangebote und
- eine attraktive Steuerbelastung,

sind ausnahmslos auch die Eckpunkte, welche für die FDP, die Liberalen, zentral und unabdingbar sind. Um in Zukunft einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu haben, muss eine konsequente Ausgabenpolitik verfolgt werden. An dieser Stelle appellieren wir auch an diesen Rat, der dem Staat nicht immer mehr Aufgaben übertragen darf. Wir müssen den Mut haben, bei der Einführung der Globalbudgets mit Leistungsaufträgen obsolete oder unwichtige beziehungsweise nice-to-have-Leistungen abzubauen.
Den Hinweis zum Personalaufwand im Stawiko-Bericht erachten wir als sehr wertvoll. Gegenüber der bisherigen Strategie erfahren die Planungswerte eine Erhöhung von 0,6 %. Dies ging aus der regierungsrätlichen Vorlage nicht explizit hervor. Da wir die Finanzstrategie lediglich zur Kenntnis nehmen können, wird es am Kantonsrat liegen, allenfalls bei der Vorlage der Budgets korrigierend einzuwirken.
Was die Steuererträge anbelangt, befindet sich unsere Fraktion auf der Linie der Stawiko. Auch wir sind der Meinung, dass der Steuerfuss von 82 % nicht mehr sakrosankt sein darf und durchaus bei Bedarf nach unten oder nach oben im Sinne einer flexiblen Steuerpolitik angepasst werden darf.
Die vielen Infrastrukturprojekte, für die Investitionsbeiträge gesprochen sind, konnten aus verschiedensten Gründen nicht gemäss den ehrgeizigen Zielen realisiert werden. Dadurch entstehen zwischen Finanzplan/Budget und den Staatsrechnungen jeweils massive Differenzen. Wir fordern den Regierungsrat auf, in dieser Hinsicht einen geeigneten Reservemechanismus einzubauen, damit diese Diskrepanzen bestmöglichst eliminiert werden können.

Karin **Andenmatten** hält fest, dass auch die CVP die Finanzstrategie zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Das BAK Basel lobt in seinem Bericht zum Finanzhaushaltsmodell des Kantons Zug die Zuger Finanzpolitik: «Der Finanzhaushalt des Kantons Zug befindet sich derzeit in einer ausgezeichneten Lage.» Dies haben wir zu einem wesentlichen Teil dem weit- und umsichtigen Schaffen unseres Finanzdirektors zu verdanken. Die Finanzstrategie dient jedoch nicht dem Rückblick, sondern dem Ausblick. Das BAK Basel attestiert dem Kanton Zug eine «nachhaltige Gestaltung des Finanzhaushalts». Was in Zukunft genau auf uns zukommen wird, können auch Experten nicht voraussagen. Die ausgefeiltesten ökonometrischen Berechnungen und die raffiniertesten mathematischen Formeln können uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir bezüglich der Unsicherheit der Entwicklung der Weltwirtschaft wohl immer noch mit Irrtumswahrscheinlichkeiten im Bereich des Delphischen Orakels leben müssen. Umso wichtiger ist es, dass die Regierung vorausschauend und verantwortungsvoll handelt und soweit wie möglich

Sicherheit einbaut mit einer nachhaltigen Finanzpolitik, so wie in der Finanzstrategie festgeschrieben. Die CVP ist einverstanden mit den drei finanzpolitischen Zielen, dem ausgeglichenen Finanzhaushalt, dem guten staatlichen Leistungsangebot und der attraktiven Steuerbelastung. Wir unterstützen auch die strategischen Leitlinien in ihren Grundsätzen.
Mit Bezug auf den Personalaufwand möchten wir hier jedoch eine Anregung für eine Praxisänderung einbringen. Die Volumenausdehnung des Personalkörpers betrug von 2006 bis 2010 durchschnittlich 1,8 %. Darin enthalten ist sowohl die bevölkerungswachstumsbedingte mengenmässige Ausdehnung wie auch die Schaffung von neuen Stellen durch die Übernahme neuer Aufgaben. Im gleichen Zeitraum wurde die Lohnsumme jeweils um 1 % erhöht für individuelle Beförderungen und die TREZ. Abzüglich der Mutationsgewinne von 0,5 % ergibt das ein Zwischentotal von 2,3 % Personalwachstum. In der neuen Strategie ist ein Wachstum von 1,1 % für die Mengenausweitung abzüglich der Mutationsgewinne vorgesehen und 1 % für die individuellen Beförderungsrunden. Im vergleichbar niedrigeren Zwischentotal von 2,1 % ist die Schaffung neuer Stellen nicht berücksichtigt. Die CVP schlägt vor, in Zukunft kritischer auseinanderzunehmen, welche Stellen aufgrund des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums geschaffen werden müssen und welche tatsächlich wegen der Übernahme neuer Aufgaben durch den Kanton entstehen.
Bisher wurden in den Kantonsratsbeschlüssen und im Zusammenhang mit Gesetzesvorlagen beschlossene neue Stellen immer als sogenannt zusätzliche Stellen bewertet und liefen damit ausserhalb der strategischen Vorgaben des Personalaufwandwachstums. Zum Beispiel handelt es sich bei den elf beantragten Stellen im Zusammenhang mit den Änderungen des Polizei-Organisationsgesetzes eindeutig um eine Mengenausweitung. Diese Stellen fallen somit eigentlich in die strategische Mengenbegrenzung, weil keine neuen Aufgaben hinzukommen. Zusätzlich zu schaffende Stellen wie z.B. für die kantonale Fachbehörde für Kindes- und Erwachsenenschutz würde unter dem Titel Übernahme neuer Aufgaben von den Gemeinden nicht in die Bewertung der Einhaltung der strategischen Vorgaben einbezogen. Die CVP ist der Meinung, dass durch eine Praxisänderung mit präziseren Abgrenzungen die kantonsrätliche Überwachung der Einhaltung der strategischen Vorgaben verbessert werden kann. Insbesondere auch mit Blick auf Pragma erachten wir die Anpassung dieser Praxis und die damit verbundene Erhöhung der Transparenz als wünschenswerten Fortschritt und geben diesen Wunsch gerne dem Regierungsrat mit.

Stefan **Gisler** meint, selektive Wahrnehmung führe zu selektiver Politik. Wenn Sie den ganzen Bericht gelesen hätten, zeigt der Bericht von BAK Basel eben gerade auf, dass der Mittelstand in Zug durch bessere Steuerzahler verdrängt wird. Dies nehmen die Regierung im Bericht kaum und die Fraktionen in den vorhergehenden Voten von FDP, SVP und CVP überhaupt nicht zur Kenntnis. Wem soll die Politik von Kantons- und Regierungsrat in Zug nützen? Ein ausgeglichener Haushalt ist gut und recht, aber er kann nicht Selbstzweck und Hauptziel der Zuger Politik sein, sondern Mittel zum Zweck. Der Zweck ist es, für alle Menschen hier einen attraktiven und zahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das ist liberal, zumindest im Gründerverständnis der Liberalen der Schweiz. Liberal heisst doch nicht tiefe Staatsquote und staatlich verordnete Steuerattraktivität für die Reichsten, sondern Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eben alle Individuen sich frei entfalten können im Kanton Zug, und nicht wie es in FDP-Leserbriefen letzthin zu lesen war, sie doch gefälligst auch in anderen Kantonen wohnen sollen. Liberal heisst, dass die Men-

schen, die hier wohnen, auch weiterhin hier ein Zuhause haben können. Ein Kanton ist keine Firma, sondern eine Volkswirtschaft, die dem Volk zu dienen hat.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** dankt für die grossmehrheitlich positive Aufnahme unserer Finanzstrategie. Sie können sie zwar nur zur Kenntnis nehmen, aber für uns ist natürlich auch eine positive Kenntnisnahme ein Zeichen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Denn der Finanzdirektor kann den Rat daran erinnern: Die erste Strategie haben Sie nicht positiv zur Kenntnis genommen. Das war damals Anlass für den Regierungsrat, diese innert kurzer Frist neu zu überarbeiten.
Es ist im Bericht des Regierungsrats geschrieben, dass wir eine positive Finanzpolitik betreiben. Es ist aber nicht so, dass wir uns selber auf die Schulter geklopft hätten. Das hätten wir uns nicht getraut, wenn nicht BAK Basel das in seinem Bericht geschrieben hätte. Das hat aber nicht nur auf die Finanzpolitik Gültigkeit, sondern weit darüber hinaus. Denn die Ausführungen, die vorhin gerade von linker Seite gemacht wurden, sind insofern nicht zutreffend, dass wir der Finanzpolitik alles andere unterordnen würden. Vielleicht hat sie schon länger Bestand, weil die erste früher erarbeitet wurde – das war im Jahr 2002. Die regierungsrätliche Politik wurde dann später erarbeitet und publiziert. Aber in unserer vorgängigen Finanzpolitik haben wir nicht nur Steuern als Ziel formuliert, sondern wir haben ein gutes staatliches Leistungsangebot in dieses Dreieck aufgenommen, einen ausgeglichenen Staatshaushalt *und* eine attraktive Steuerbelastung. Wir haben damals nicht alles der Steuerpolitik unterordnet, sondern eben immer wieder auch auf das Gesamtangebot hingewiesen. Und auch in unserer Politik haben wir dem nachgelebt. Peter Hegglin erinnert an all die Massnahmen bei der Wohnbauförderung oder im Bereich der Schulen oder von Umwelt und Sozialem. Und gerade was die Steuerbelastung anbetrifft, ist es ja nicht so, dass der Regierungsrat die Spitzenposition anvisiert, sei es bei der Unternehmensbesteuerung oder bei der Steuerung der natürlichen Personen. Sondern es ist bewusst geschrieben: eine attraktive Steuerbelastung.
BAK Basel ist in seiner Analyse optimistischer als wir. Wir gaben erstmals BAK Basel einen Auftrag, eine Studie zu machen. Früher hatten wir eigentlich nicht gross mit BAK Basel zusammengearbeitet. Es macht Regionalprognose über die Wirtschaftsentwicklung. Unser Finanzplan, die Strategie, die von 2010 bis 2018 dauert, und natürlich auch die Hinweise der Stawiko haben uns dazu bewogen, BAK Basel diesen Auftrag zu geben, um die zukünftige Entwicklung fundierter abzuschätzen. Und BAK Basel ist sehr viel euphorischer. Es hat im ersten Bericht dem Wachstum des Kantons Zug 3,3 % zugrunde gelegt. In der Aktualisierung geht es sogar von einem höheren Wachstum aus. Wir sehen es nicht ganz so optimistisch. Das wird sich dann in der Praxis zeigen, wenn wir das nächste Budget und den nächsten Finanzplan vorlegen werden. Wir sind dann dort auch gefordert, wenn es allenfalls Abweichungen gibt, diese transparent darzulegen.
Der Stawiko-Präsident hat gesagt, man solle bei Dienstleistungen Dritter auch versuchen, abzubauen und nicht auf dem hohen Stand fortzuschreiben. Es ist natürlich so, dass wir hohe Investitionsvorhaben haben und viele umfassende Planungsarbeiten, sei es im Hoch- oder im Tiefbau, nicht selber leisten können, sondern Drittaufträge vergeben müssen. Wir haben es sehr wohl im Auge, aber es ist wahrscheinlich mittelfristig nicht möglich, dort Reduktionen vorzunehmen. Bei den Leistungsvereinbarungen ist es natürlich so, dass wir bei den Neuabschlüssen der Verträge auch die bisherige Leistungserbringung hinterfragen.
Bei den Investitionen wurde angeregt, im Zusammenhang mit den zu hohen budgetierten Investitionen zu schauen, ob man pauschale Korrekturen vornehmen könne.

Es zeigt sich, dass das sehr schwierig wäre, weil wir die einzelnen Investitionsprojekte benannt haben. Wie wollen wir das in die Buchhaltung einfliessen lassen, wenn man eine Pauschalkorrektur macht? Es wäre für die Transparenz nicht besser. Wir versuchen jetzt eher, beim Fortgang zu schauen, ob man allenfalls die zu euphorischen Annahmen ein wenig zurücknehmen soll. Aber es ist auch hier daran zu erinnern, dass sehr Vieles in Kantonsratsbeschlüssen festgehalten ist, wir dort die Jahrestranchen festgehalten haben und die dann halt ins Budget einfliessen. Und aufgrund von Verzögerungen sich das dann eben auf der Zeitschiene verändert.
Zum Personal. Wir hatten ja die ursprüngliche Strategie mit 1,5 % Wachstum plus 1 % Teuerung, das macht 2,5 %. Und wir haben für neue Aufgaben jeweils in den Kantonsratsbeschlüssen ausgewiesen, dass sie zusätzlich zu den strategischen Vorgaben dazu kommen. Dass aber eigentlich das Bevölkerungswachstum mit den strategischen Vorgaben abgedeckt sein sollte. In der rückwärtigen Betrachtung haben wir im Bericht ausgeführt, wie sich die Entwicklung zusammengesetzt hat. Und Karin Andenmatten hat gesagt, das Wachstum sei 2,3 % gewesen. Neu haben wir jetzt 2,1 %. Und der Finanzdirektor kann dem Rat versichern, dass wir in diesen 2,1 % das Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum abgedeckt haben. Da geht BAK Basel von 0,9 % bei der Bevölkerung und von 1,2 % bei den Arbeitsplätzen aus. Wir haben einen Mittelwert genommen, 1,1 %. Damit denken wir, die zusätzlichen Veranlagungen und Kosten in der Bildung auffangen zu können, wenn wir da mehr Personen anstellen müssen. Darin Platz haben müssten ja auch die zusätzlichen Stellen bei der Polizei. Das ist ja keine neue Aufgabe. Diese zusätzlichen Stellen haben wir aber auch auf Druck der Politik aufgenommen, weil man mehr Sicherheit und mehr Polizei will. Diese Stellen machen natürlich viel mehr aus als diese angestrebten 1,1 %. Das muss dann über die gesamte Verwaltung wieder aufgefangen werden. Solches Wachstum versuchen wir aufzufangen. Was aber nicht darin enthalten ist, sind natürlich neue Aufgaben, wie z.B. das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, welches wir von den Gemeinden übernehmen. Dies ist klar eine zusätzliche Aufgabe, welche die Gemeinden entlastet und uns mehr belastet. Solche Aufgaben wollen wir natürlich auch zukünftig ausrechnen. Denn wenn wir dies nicht könnten, ginge dies klar zulasten der Dienstleistungsbereitschaft der Verwaltung. Wenn wir zu wenige Leute hätten, könnten wir auch Anfragen von unseren Einwohnerinnen und Einwohnern nicht mehr zeitgerecht beantworten.
Nochmals vielen Dank für die doch grossmehrheitliche Unterstützung unserer Finanzstrategie. Wir haben uns darin geoutet und Ziele formuliert. Es ist nicht nur der Regierungsrat zu messen, ob er das einhalten kann, sondern auch das Parlament ist gefordert, bei seinen Ansprüchen an die Verwaltung zurückhaltend zu sein.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Kenntnisnahme

159 Jahresrechnung 2010 des Kantons Zug und Jahresrechnung 2010 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel

Traktandum 7 – Es liegen vor: Gedruckte Rechnung sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 2055.1 – 13800).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass im Stawikobericht sechs Forderungen an die Finanzdirektion beziehungsweise an den Regierungsrat formuliert sind. Der Finanzdirektor nimmt zu diesen Forderungen im Rahmen seines Eintretensvotums einzeln Stellung.

Gregor **Kupper** meint, vor der Pause hätten wir nach vorn geschaut, jetzt gehe der Blick zurück auf das Jahr 2010. Der Regierungsrat legt nun seine Jahresrechnung vor, die mit einer Laufenden Rechnung mit einem Überschuss von 0,4 Mio. Franken abschliesst. Dies gegenüber einem Budget, das ein Defizit von 33,7 Millionen vorsah. Wenn wir das Ergebnis analysieren, vergleichen wir es ja oft auch mit dem Vorjahr. Damals hatten wir einen Überschuss fast in gleicher Höhe, nämlich 1,4 Millionen. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass in der Jahresrechnung 2009 Rückstellungen und zusätzliche Abschreibungen von 100 Millionen vorgenommen wurden. Wenn wir also 2009 und 2010 vergleichen, haben wir doch eine ganz erhebliche Verschlechterung unserer Laufenden Rechnung.
Die Bilanz schliesst aufgrund des Ergebnisses logischerweise mit einem praktisch unveränderten Eigenkapital von 930 Mio. Franken ab. Dazu kommt die Spezialfinanzierung Strassenbau von 174 Millionen. Unser Finanzdirektor verwaltet also ein Eigenkapital von über einer Milliarde Franken. Das ist ein sattes Polster. Aber wir brauchen in den nächsten Jahren ein Polster, um über die Runden zu kommen. Es besteht also kein Grund zu Übermut.
Der Stawiko-Präsident kann der Regierung und der Verwaltung eine sehr hohe Budgetgenauigkeit attestieren. In den allermeisten Bereichen halten sich die Budgetabweichungen in einem marginalen Rahmen. Er möchte dafür und für das gute Kostenbewusstsein Regierung und Verwaltung herzlichen Dank aussprechen.
Die Delegationen der Stawiko haben wie jedes Jahr die einzelnen Direktionen beurteilt. Sie haben Fragekataloge eingereicht, Visitationen durchgeführt und wie in den letzten Jahren ein spezielles Augenmerk auf die Pragma-Ämter gerichtet. Dies im Hinblick auf eine Art Schulung auf das, was auf uns zukommt, wenn Pragma flächendeckend eingeführt wird.
Die eigentliche Prüfung der Jahresrechnung hat die Finanzkommission vorgenommen. Sie beantragt in ihrem Bericht Genehmigung der Jahresrechnungen. Sie hat zwar einige Bemerkungen angebracht, die wir in der Stawiko einzeln behandelt haben. Es ist aber nichts geblieben, das im Raum steht und hier zu diskutieren wäre.
Die Stawiko hat in ihrem Bericht einige Forderungen an den Regierungsrat formuliert. Gregor Kupper möchte diese kurz erwähnen und kommentieren. Auf der einen Seite haben wir festgestellt, dass die transitorischen Abgrenzungen trotz mehrjährigen Interventionen immer noch in einzelnen Ämtern relativ mangelhaft vorgenommen werden. Hier fordern wir den Regierungsrat auf, alles daran zu setzen, damit wir endlich eine wirklich gut abgegrenzte Jahresrechnung haben. Da war z.B. in der diesjährigen Jahresrechnung ein Beitrag an die Verwaltungskosten der Ausgleichskasse Zug für zwei Jahre drin, weil man in den Vorjahren diesen Posten jeweils nicht abgegrenzt hat. Das war immerhin 1,7 Millionen zusätzlicher Aufwand.

Der zweite Punkt ist die Aufforderung, dass wir in künftigen Vorlagen, die neue Personalstellen zur Folge haben, auch eine Aussage möchten, ob diese Infrastrukturkosten, Arbeitsplätze, Büroräume usw. auslösen. Wir haben festgestellt, dass wir hier im Rat jeweils Personalstellen bewilligen und dann vielleicht ein halbes Jahr später irgendwelche Raumbedürfnisse abdecken und entsprechende Kredite sprechen müssen. Da möchten wir in Zukunft ein wenig mehr Transparenz haben.
Ein weiteres Thema war die IT an den kantonalen Schulen. Hier ist die Stawiko wie schon in früheren Jahren der Meinung, dass eine bessere Koordination das Kostenbewusstsein in diesem Bereich noch entsprechend fördern könnte.
Als vierten Punkt möchte der Stawiko-Präsident erwähnen, dass die Fiko im Bereich der Prüfung des Zuger Kantonsspitals festgestellt hat, dass das interne Kontrollsystem im Bereich der Spitalfinanzierungsabrechnung eher als mangelhaft zu bezeichnen ist. Hier wurden die erforderlichen Schritte bereits eingeleitet. Gregor Kupper wurde vor zwei Tagen vom Gesundheitsdirektor mit einer E-Mail bedient, aus der hervorgeht, dass das Spital diesen Punkt aufgenommen und mit der Fiko auch abgestimmt hat, dass also da in Zukunft wohl die Situation als bereinigt bezeichnet werden darf.
Ein Thema war an der letzten Rechnungsberatung vor einem Jahr auch die Gebäudeversicherung. Wir haben von der Stawiko aus bemängelt, dass die Reservesituation bei der Gebäudeversicherung als sehr dürftig zu bezeichnen ist. Hier wurde in der Zwischenzeit ein Bericht von entsprechenden Experten erarbeitet. Dieser ist uns im Nachgang zur Stawiko-Sitzung vorgelegen. Der ist also ziemlich druckfrisch. Wir werden ihn selbstverständlich in der Stawiko beraten und schauen, ob weitere Massnahmen erforderlich sind.
Der zweite Punkt war diese Rückstellung für das 200-Jahr-Jubiläum von 2 Millionen. Da haben wir vor einem Jahr gefordert, dass das überrissen ist und diese Rückstellung aufgelöst werden solle. Das wurde nicht gemacht. Sie steht nach wie vor in den Büchern. Der Sicherheitsdirektor hat uns informiert, dass er sich bewusst ist, dass dieser Posten mit Sicherheit zu hoch ist. Es sind da Diskussionen im Gang, um ihn herunterzufahren. Es soll ein Teil der Kosten so verwendet werden, dass dieser nachhaltig für die Gebäudeversicherung wirkt, z.B. indem diese im Rahmen einer Sonderaktion den Bau von Blitzschutzanlagen fördert, was sich ja dann in Zukunft auf die Schadenhöhe auswirkt. Wir werden diesen Punkt im Auge behalten. Im Moment steht er so in den Büchern der Gebäudeversicherung. Aber wir werden nicht locker lassen und schauen, dass die Situation so präsentiert wird, dass sie auch vertretbar ist.
Den Finanzexpertinnen und -experten unter Ihnen – das sind Sie irgendwie alle – möchte der Votant unbedingt auch die Seiten 15 bis 18 der Jahresrechnung ans Herz legen. Hier sind die ganzen Kennzahlen aufgeführt. Und da gibt es zwei sehr interessante Aussagen beziehungsweise Entwicklungen. Auf der einen Seite haben wir hier den Ausweis in der Mittelflussrechnung des Cashflows aus betrieblicher Tätigkeit. Dieser Cashflow betrug im Jahr 2008 noch 223 Millionen. Im Jahr 2010 sind wir auf minus 5 Millionen! Oder zwei Seiten weiter auf S. 17 ist der Selbstfinanzierungsanteil ausgewiesen. Auch dieser hat sich erheblich reduziert, steht noch mit 8,7 % in den Büchern. Die Fussnote dazu sagt, alles, was unter 10 % sei, sei schlecht. Wenn wir diese Zahlen in der Privatwirtschaft hätten, würden alle roten Lampen leuchten. Das wir das natürlich nicht 1:1 mit der Privatwirtschaft vergleichen können, versteht sich von selbst. Trotzdem ist es unbedingt notwendig, dass wir diese Entwicklung bei Budget und Finanzplan im Auge behalten.
Ab S. 34 sehen sie die Verpflichtungskredite. Sie sind sich wohl bewusst, dass Sie im Rahmen dieser Genehmigung der Jahresrechnung auch die abgeschlossenen Verpflichtungskredite genehmigen. In diesem Jahr ist es nur einer auf S. 34. Ein

kleiner Betrag, der mit einer Kreditunterschreitung abschliesst. Den genehmigen wir mit dem Gesamtpaket der Rechnung.
Noch ein Wort zur Verwendung des Ertragsüberschusses. Das Finanzhaushaltsgesetz sieht vor, dass der Ertragsüberschuss ohne anders lautenden Beschluss des Kantonsrats dem freien Eigenkapital zugewiesen wird. Der Regierungsrat hat darum darauf verzichtet, für die Ertragsüberschussverwendung eine separate Vorlage vorzubereiten. Er beantragt also indirekt, dass das Eigenkapital sich um diese 0,4 Mio. Franken erhöht.
Die Anträge des Regierungsrats sehen Sie auf S. 12 des dicken Buches. Die Stawiko unterstützt diese Anträge und empfiehlt dem Rat, auf die Rechnung einzutreten und den Anträgen zuzustimmen.

Alois **Gössi** weist darauf hin, dass wir hier über die Jahresrechnung 2010 diskutieren – ändern können wir nichts mehr. Wir können nur noch loben, tadeln, Fragen stellen und am Schluss die Rechnung genehmigen. Das Geld ist ja schon lange ausgegeben oder eingenommen worden.
Die Jahresrechnung 2010 schloss mit einem kleinen Gewinn statt des vorangeschlagten Defizits von 34 Mio. Franken ab. Es gab eine unterschiedliche Entwicklung bei den Steuern, die Einnahmen waren im Total 7,4 Mio. Franken höher als budgetiert. Beim Personalaufwand gab es eine Punktelandung und der Selbstfinanzierungsgrad unserer Investitionen war über 100 %. Bei den Investitionen war es wie immer in den letzten Jahren: Es wurde effektiv sehr viel weniger investiert, als geplant war, es gab deshalb auch weniger Abschreibungen. In Bereich der Investitionen müsste wahrscheinlich die Planung und Budgetierung realistischer angegangen werden.
Die SP-Fraktion hat noch ein paar Detailfragen zur Rechnung 2010:
Das Pragma-Amt AIO, das für den EDV-Bereich zuständig ist, hat Mehraufwendungen von 7,533 Mio. Franken budgetiert, effektiv waren es nur Mehraufwände von 7,052 Millionen, also fast eine halbe Million Franken Minderaufwand. Von den 47 Leistungszielen für das Jahr 2010 wurden vier Ziele nicht erreicht, ein Ziel grösstenteils erreicht, fünf Ziele teilweise erreicht und 36 Ziele erreicht. Wie muss man nun die grossen Minderaufwendungen gegenüber dem Budget von 0.5 Mio. Franken zu der Erreichung oder Nichterreichung der Leistungsziele beurteilen? Wurde einfach sehr haushälterisch mit den Ausgaben umgegangen beim AIO, hatten die erreichten und nicht erreichten Ziele keinen Einfluss darauf? Oder gab es auch weniger Ausgaben, weil vier Ziele nicht erreicht werden konnten? Oder hatte nie Nicht- oder nur teilweise Erreichung von Zielen keinen relevanten Einfluss auf die Ausgaben beim Amt für Informatik und Organisation?
Der Votant sieht hier einfach keinen Zusammenhang. Wir wünschen, dass bei den Kommentaren zu den Leistungsaufträgen der Pragma-Ämter bei grösseren Abweichungen zum Budget dies erwähnt und begründet wird. Ansonsten wird es quasi unmöglich für uns Kantonsräte, solche Differenzen nachzuvollziehen.
Im Konto 3590.43700, Bussen, gibt es eine Abweichung von rund 0,9 Mio. Franken. In der Begründung heisst es unter anderem, der Kostenersatz für Leistungen der Zuger Polizei bei Veranstaltungen sei 100'000 Franken höher ausgefallen. Hat dies wirklich einen Zusammenhang mit diesem Konto?
Konto 1532.36287 bis 36588, Projektbeiträge im Bereich Wald. Es gab hier im Total aller fünf Konto Abweichungen von 428'953 Franken, wobei keine höher war als 250'000 Franken. Die Kurzbegründung war: Holzschläge kostendeckender. Wir hätten hier doch eine detailliertere Begründung gewünscht. Könnte dies noch nachgeholt werden?

Die SP stimmt den Anträgen des Regierungsrat zur Rechnung 2010 sowie der Verwendung des Ertragsüberschusses 2010 sowie den Anträgen der Staatswirtschaftskommission zu. Alois Gössi möchte es nicht unterlassen, im Namen der SP-Fraktion den Dank an die Angestellten des Kantons Zug für die im Jahre 2010 geleisteten Arbeiten auszusprechen.

Andreas **Hürlimann** weist darauf hin, dass Rechnungsdebatten immer Vergangenheitsbewältigung sind und deshalb weniger spannend als Budgetdebatten. Die AGF ist für Eintreten und sie genehmigt die Rechnung 2010. Budgetiert war ein Defizit von rund 34 Mio. Franken. Unter anderem höhere Kantonssteuern haben dieses Defizit in einen Ertragsüberschuss von 0,4 Mio. Franken verwandelt.
Einmal mehr stören sich die Alternativen Grünen daran, dass von der Finanzdirektion auf der Steuerertragsseite sehr, sehr zurückhalten budgetiert wurde. Das Budget dient der Haushaltsplanung. Über die Einnahmen und Ausgaben werden politische Prioritäten und Schwerpunkte gesetzt. Auch wir sind froh, dass die Auswirkungen der Krise sich nicht vollends niedergeschlagen haben. Dennoch ist es etwas fragwürdig, dass in einem sogenannten «Krisenjahr» die Rechnung in etwa ausgeglichen abschliesst – wenn der Wirtschaftsmotor dann wieder brummt, dann sind die Abweichungen noch viel gewaltiger, wie wir das in den letzten Jahren gesehen haben. Budget und Rechnung klaffen meist auseinander. Auch auf Bundesebene fordern deshalb nicht nur linke und grüne Politiker eine genauere Budgetierung – auch auf der Einnahmenseite.
Denn durch zurückhaltende Budgetierung kann bei der Haushaltsplanung bewusst auf der Ausgabenseite in vor allem für uns Grüne sensiblen Bereichen unnötig gedrosselt werden. Oder man hat einen guten Grund, beim Personal kein grösseres Wachstum zu ermöglichen – obwohl der Kanton enorm wächst. So ist denn auch der Personalaufwand in diesem Jahr (wie auch schon in den Vorjahren) wieder weniger stark gewachsen als in den strategischen Vorgaben vorgesehen. Dies kann auf Dauer nicht nur gut sein!
Die AGF wird noch einen Antrag zur Überschussverwendung stellen. Schliessen möchte Andreas Hürlimann wie sein Vorredner mit dem Dank an die Verwaltung für die hervorragende Arbeit im Jahr 2010.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP-Fraktion selbstredend für Eintreten auf die Vorlage ist. War für das Jahr 2010 noch ein Defizit von fast 34 Mio. Franken budgetiert, so schloss der Kanton Zug das Jahr 2010 sogar mit einem leicht positiven Resultat ab. Auch wenn man jetzt bereits wieder von einer Abkühlung der Konjunktur spricht, so ist es erfreulich, dass der Kanton Zug im vergangenen Jahr vom guten Konjunkturverlauf profitieren konnte. In diesem Zusammenhang wichtig zu beachten ist jedoch die Tatsache, dass das gute ertragsseitige Resultat vor allem dank den juristischen und nicht den natürlichen Personen zustande kam. Bei der Vermögenssteuer lagen die Erträge sogar unter dem Budget. Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass der Selbstfinanzierungsgrad weiterhin über 100 % liegt, dass also die Zuger Investitionen mit den Erträgen der laufenden Rechnung finanziert werden können und keine neuen Schulden entstehen.
Die SVP ist mit diesem Ergebnis zufrieden und genehmigt die Jahresrechnung 2010 des Kantons Zug und der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel. Besonders dankt die SVP allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren grossen Einsatz während des vergangenen Jahres und auch dem Regierungsrat

wird herzlich gedankt, besonders für den disziplinierten Budgetvollzug in allen Departementen.
Die SVP-Fraktion unterstützt jedoch auch die Forderungen der erweiterten Stawiko. Besonders besorgt ist sie um die Zusammenarbeit mit der IBM im Rahmen des ISOV-Grundbuch-Projekts. Vor weniger als einem Jahr wurde feierlich die neue IT-Strategie des Kantons Zug veröffentlicht. Selbst die beste Strategie nützt jedoch wenig, wenn sie an der Implementierung scheitert. In diesem Zusammenhang fordert die SVP eine zeitnahe Lösung der bestehenden Probleme, gegebenenfalls auch die Zusammenarbeit mit einem anderen IT-Dienstleister.
Im Sinne einer Beschleunigung der Sitzung möchte der Votant auch noch einige Sätze zu den Traktanden 8 und 9 sagen. Die SVP-Fraktion genehmigt den Rechenschaftsbericht 2010 des Regierungsrats. Zudem stimmt sie auch der Fristerstreckung für die beiden Motionen «Beschleunigte Realisierung eines wirkungsvollen kostengünstigeren Stadttunnels und zugleich Einführung eines neuen Verkehrsregimes in der Innenstadt Zug» und «Beplanung des Gaswerkareals» zu. Die SVP-Fraktion ist jedoch einstimmig der Meinung, dass das Kommissionsgeheimnis in den nächsten zwölf Monaten in der Geschäftsordnung des Kantonsrats geregelt wird und dass damit nicht bis zur Einführung der Gesetzgebung zum Öffentlichkeitsprinzip gewartet wird, wie dies vom Regierungsrat vorgeschlagen wird.

Gabriela **Ingold** hält fest, dass die FDP-Fraktion für Eintreten auf diese Vorlage ist. Unsere Fraktion ist über die schwarze Null sehr erfreut. Dies bedeutet, dass der Kanton Zug die Finanz- und Wirtschaftskrise gut überstanden und kein blaues Auge davon getragen hat. Es widerspiegelt aber auch die gute Positionierung unseres Kantons durch Diversifizierung der verschiedensten Wirtschaftszweige. Ausruhen können wir uns jedoch nicht. Die Wirtschaftszyklen werden immer kürzer. Durch die Instabilität der Wirtschaft sowie die Staatsverschuldungen in den USA und in Europa müssen wir in Alarmbereitschaft sein. Budgetdisziplin und laufende Beobachtung der neusten Entwicklungen sind angezeigt.
Die FDP-Fraktion unterstützt alle Anregungen der Stawiko. Insbesondere können wir nicht gesetzeskonforme Budgetübertragungen nicht akzeptieren. Bei der Überprüfung der IT-Standards der Bildungsinstitutionen soll zudem auch berücksichtigt werden, dass in Zukunft vermehrt Mass zu halten ist. Anstatt immer die Rolls-Royce-Lösung anzustreben, reicht eventuell auch eine gute und solide Mittelklasse. Verglichen mit den anderen Kantonen befindet sich das IT-Equipment der Schulungsinstitutionen des Kantons Zug in absolut hervorragendem Zustand.
Anders lautende Anträge über die Überschussverwendung als der Antrag des Regierungsrats, also Zustimmung an freies Eigenkapital, lehnen wir ab. Weiter genehmigen wir den Rechenschaftsbericht und schliessen uns in Bezug auf den Zwischenbericht zu den fälligen parlamentarischen Vorstössen vollumfänglich der Meinung der Stawiko an.

Karin **Andenmatten** weist darauf hin, dass es dem Finanzdirektor trotz befürchtetem und budgetiertem Aufwandüberschuss auch unter wirtschaftlich äusserst labilen Rahmenbedingungen gelungen ist, ohne Leistungsabbau eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Der Kanton Zug weist gesunde Finanzen und im Moment ein komfortables Kapitalpolster aus. Die CVP gratuliert dem Regierungsrat zu diesem Resultat. Wir sind mit Blick auf anstehende Grossprojekte dennoch der Meinung, dass kein Grund zur Euphorie besteht und dass die Ausgabenseite unbedingt im Auge zu behalten ist.

Der Ertragsüberschuss der Finanzdirektion liegt über den Erwartungen. Und alle Direktionen haben – im Gegensatz zum Kantonsrat – einen geringeren Aufwandüberschuss ausgewiesen als budgetiert. Abweichungen vom Budget wurden ausnahmslos transparent dargestellt. Der Blick in die Detailpositionen erhärtet den Eindruck, dass in der Verwaltung mit den Finanzen sorgfältig umgegangen wird. Die CVP-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden der Verwaltung, die mit ihrem Einsatz zur Einhaltung des Budgets, aber auch zu qualitativ hervorragenden Dienstleistungen beigetragen haben.
Bei den Investitionen hingegen ist die Budgetgenauigkeit bedeutend geringer als bei der Laufenden Rechnung. Dass ein beträchtlicher Anteil dieser Abweichung auf zum Teil exogen bedingte Projektverschiebungen zurückzuführen ist, können wir nachvollziehen. Trotzdem werden wir den Eindruck nicht los, dass immer wieder zu hoch budgetiert wird. Es ist sicherlich schön und öffentlichkeitswirksam, wenn man Projekte systematisch unter Budget abschliessen kann. Für den Staatshaushalt sind überhöhte Budgets jedoch Gift. Sie verzerren die Planzahlen des Finanzplans und die Laufende Rechnung durch Budgetungenauigkeiten der Abschreibungen und zudem behindern sie die Liquiditätsplanung. Die CVP-Fraktion richtet an dieser Stelle, wie auch schon bei der Finanzstrategie mehrfach erwähnt wurde, den Appell an die Regierung und auch an die vorberatenden Kommissionen, für grosse Investitionen Budgets realistisch zu erstellen und auf die mittlerweile üblichen Polster von 10 bis 20 % zu verzichten.
Nicht budget-, aber rechnungsverzerrend ist die unschöne Praxis mit transitorischen Abgrenzungen. Insbesondere bei der Einführung von Pragma wird es für die Stawiko in Ämtern, welche die KLR noch nicht eingeführt haben, noch schwieriger, solche unschönen Machenschaften aufzudecken. Die CVP erachtet es als bedauerlich aber notwendig, dass die Finanzdirektion eine Weisung erlässt, damit diese klammheimlichen Budgetübertragungen nun wirklich ein Ende haben.
Zur Detailrechnung haben wir keine Bemerkungen. Wir haben einstimmig beschlossen, auf die Jahresrechnung des Kantons Zug einzutreten und sie zu genehmigen, ebenso den Verpflichtungskredit im Anhang und die Jahresrechnung des Bostadels.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** nimmt gerne zuerst Stellung zu den Ausführungen der Stawiko. Den Dank, den er vom Rat erhalten hat, gibt er gerne weiter an seine Kollegin und seine Kollegen. Denn nur zusammen können wir solche Resultate vorlegen. Und wir geben den Dank an unsere Mitarbeitenden weiter. Denn am Schluss sind es alle zusammen, die mithelfen, den Staat gut zu führen und eben auch die finanziellen Ergebnisse positiv abschliessen zu können.
Zu den Fragen und Hinweisen der Stawiko in ihrem Bericht. Zuerst zum Delkredererisiko bei der direkten Bundessteuer. Hier ist zwar die Finanzkontrolle aufgefordert, den Stawiko-Präsidenten zu informieren. Aber der Finanzdirektor kann hier schon sagen, dass natürlich nicht der Kanton für die veranlagte Bundessteuer, die wir nicht einziehen können, weil der Steuerpflichtige nicht zahlt oder abgereist ist oder Konkurs gegangen ist, für den Bundesanteil haftet. Aber wir haften für unseren Anteil an der direkten Bundessteuer von 17 %. Den würden wir dann eben auch verlieren. Der Stawiko-Präsident wird noch eine Mitteilung der Finanzkontrolle erhalten.
Zu den Abgrenzungen. Das ist ja ein Thema, das wir schon seit längerer Zeit beachten. Früher war es ja so, dass am Jahresende nicht gebrauchte Kredite mit Budgetüberträgen dem folgenden Jahr gutgeschrieben wurden und dann jeweils das von Ihnen bewilligte Budget effektiv grösser gewesen ist. Seit 2004 sind wir

intensiv daran, dass es solche Budgetüberträge nicht mehr gibt. Dass höchstens transitorische Abgrenzungen bewilligt werden. 2004 hatten wir noch 320 solche transitorische Abgrenzungen. Weil wir diese nicht einfach zulassen, sondern ausdrücklich Berechnungsnachweise und Abgrenzungsbelege verlangen, welche die Finanzverwaltung prüft, sind sie auf 275 zurückgegangen. Die Belege umfassen nur für diesen Bereich rund zwei volle Bundesordner. Wenn sie meinen, Sie könnten diesen Belegen nachgehen, so würde das die Kapazität der Stawiko und ihrer Delegationen übersteigen. Das ist eine Aufgabe der Finanzkontrolle und diese hat bei zwei von 275 Abgrenzungen festgestellt, dass sie nicht ganz korrekt sind. Wenn man das Verhältnis anschaut, ist es kein so riesiges Problem, aber eines, das wir im Auge behalten. Auch die Finanzverwaltung weist in den Instruktionen, wenn es um die Jahresabschlüsse geht, jeweils deutlich darauf hin, was gefordert ist und unter welchen Umständen abgegrenzt werden darf. Untere Absicht ist, bei den Instruktionen noch detaillierter darauf hinzuweisen. Wir haben ein wenig Mühe damit, jetzt wieder eine neue Weisung erlassen, sondern möchten es eher direkt bei den Instruktionen den zuständigen Personen mit auf den Weg geben. Die Abgrenzung ist natürlich nicht nur bei uns intern, sondern es kann auch vorkommen, dass ein Dritter, welchem wir Beiträge zu schulden haben, nicht abgrenzt oder neu beginnt abzugrenzen, dass wir dann halt auch abgrenzen. Das ist im Fall der Ausgleichskasse so gewesen. Das ist ein Dritter, der abgegrenzt hat, und das hat dann bei uns eine Folgewirkung gehabt. Der Finanzdirektor ist aber der Meinung, dass keine neuen mehr dazukommen und wir alle erfasst haben. Wir legen ein grosses Augenmerk darauf, dass es korrekt vorgenommen wird.

Zu den IT-Anwendungen. Sie fordern uns ja auf, hier Massnahmen zu ergreifen und möglichst alles im AIO zusammenzuziehen. Wir haben bereits 2007 den Auftrag erteilt, den Ausrüstungsstand im Bereich Informatik an den kantonalen Schulen zu überprüfen. Die Schulen haben damals mit dem AIO zusammen diese Abklärungen fristgerecht erledigt. Und gestützt auf diese Ergebnisse hat die Regierung 2009 die Schulen beauftragt, ihre IT-Konzepte zu harmonisieren. Ein entsprechendes Konzept wurde von den Schulen vorgelegt. Darauf gestützt hat die Regierung im März 2011 die Abklärung weiterer Harmonisierungsschritte in Auftrag gegeben. Diese Arbeiten wurden von der DBK und der VD inzwischen gestartet. Und bis Mitte 2012 erwartet der Regierungsrat auch hier weitere Vorschläge und Massnahmen. Sie sehen also, wir haben hier schon seit längerer Zeit Schritte eingeleitet. Wir werden vertieft den Sachverhalt noch prüfen und schauen, ob und wie viele Einsparungen möglich sind. Wir möchten natürlich verhindern, dass mit einem Zusammenfassen dann am Schluss vielleicht das Gegenteil vom anvisierten Ziel resultieren würde. Deshalb unser Ja zum Auftrag entgegennehmen und die Sachlage noch vertiefter zu prüfen.

Zur Gebäudeversicherung kann Peter Hegglin keine weiteren Ausführungen machen. Beim Bereich Gesundheit geht es auch um das interne Controlling. Hier hat der Gesundheitsdirektor die Mitteilung an den Stawiko-Präsidenten schon gemacht. Es würde zu weit führen, wenn der Votant diesbezüglich alle Massnahmen vorlesen würde. Er kann aber versichern, dass die geforderten Massnahmen bereits in Umsetzung sind. Man ist also diesem Anliegen bereits nachgekommen.

Zu den Äusserungen zum Bereich Steuern, wir seien immer viel zu pessimistisch und lägen oft daneben. Die Abweichung im Jahr 2010 betrugen 1,2 %. Das ist eine Summe von 7,4 Millionen. Aber wenn man bedenkt, dass das Einkommens-, Vermögens-, Gewinn- und Kapitalsteuern sind, also mehrere Steuerelemente, ist die Budgetgenauigkeit gerade 2010 sehr hoch gewesen im Bereich Steuern. Dieses Jahr könnte es sein, dass wieder Sondereffekte resultieren. Sie konnten das bereits selber in den Medien lesen oder hören. Solche Sondereffekte können wir

nicht budgetieren. Das ist unmöglich. Es könnte also auch dieses Jahr wahrscheinlich wieder eine Abweichung resultieren.
Dann hat der Stawiko-Präsident noch auf die Kennzahlen hingewiesen, Selbstfinanzierungsanteil 8,7 %. Das ist tief. Aber der Finanzdirektor ist nicht ganz sicher, wie das im interkantonalen Vergleich ist. Wir haben bei 89 Millionen Investitionen daneben einen jährlichen Aufwand von über 200 Millionen NFA. Also haben wir mehr als zweimal mehr Aufwand jährlich für den NFA, was wahrscheinlich andere Kantone nicht haben oder im diesem Bereich sogar Zuschüsse erhalten. Wie relevant oder vergleichbar diese Kennzahlen sind, weiss Peter Hegglin nicht. Aber es ist sicher eine Zahl, die auch wir weiterhin beachten müssen.
Das AIO werden wir später bei den Direktionen behandeln. Aber vielleicht ein globale Antwort zur Frage AIO/Pragma. Es wurde gesagt, Ziele seien nicht erreicht worden und gleichzeitig sei weniger Geld ausgegeben worden. Dann stimmt es ja. Schlimmer wäre es, wenn Ziele nicht erreicht würden und es viel mehr gekostet hätte. Dann hätte man Klärungsbedarf. Der Finanzdirektor wird nachher zu dieser Frage noch Detail Ausführungen machen.
Zu den budgetierten Investitionen. Es ist natürlich so, dass wir Verpflichtungskredite haben, gerade bei grossen Projekten. Und die Reserven sind in den Verpflichtungskrediten und natürlich nicht in den jährlichen Budgettranchen. Es ist vielleicht so, dass wir die Jahrestranche eines Verpflichtungskredits zu hoch annehmen, weil dann der Fortschritt weniger schnell geht. Da ist die FD mit dem Baudirektor übereingekommen, dass wir gerade in diesem Budgetprozess, in welchem wir stecken, diese Summen nochmals prüfen. Wir versuchen, auf das nächste Budget hier eine höhere Genauigkeit zu erreichen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der gedruckt vorliegenden Rechnung 2010

Direktion des Innern

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, zu Alois Gössi, der eine detailliertere Begründung wollte für die Abweichung bei den Projektbeiträgen im Bereich Wald. Er möchte gerne wissen, warum die Defizite kleiner sind. Manuela Weichelt geht als erstes davon aus, dass das Parlament grundsätzlich froh ist, wenn Defizite kleiner sind. Es handelt sich hier um Beiträge an Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer. Die Kantonsbeiträge sind abhängig von Aufwand und Ertrag. Der Aufwand für die Arbeit ist in der Regel fix, das ändert nicht von der Budgetierung bis zur Rechnung. Hingegen kann der Betrag abweichen, wie jetzt in diesem Jahr. Der Ertrag ist abhängig vom Holzpreis. Bei der Budgetierung war dieser wesentlich tiefer als heute. Deshalb ist das Defizit nun kleiner. Hoffentlich reicht diese detailliertere Begründung.

Sicherheitsdirektion

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger**: Die Frage von Alois Gössi bezieht sich ja nicht auf die laufende Rechnung, sondern auf die Abweichungsbegründung ab 200'000 Franken. Er hat das richtig festgestellt auf S. 53. Obwohl wir das richtig gemeldet haben, ist vermutlich beim Drucken diese Zeile um ein Konto nach unten gerutscht. Hoffentlich ist Alois Gössi mit dieser Begründung einverstanden.

Finanzdirektion

Finanzdirektor Peter **Hegglin**: Alois Gössi hat das finanzielle Ergebnis direkt mit der Laufenden Rechnung mit der Berichterstattung zum Pragma-Leistungsauftrag verglichen. Das genügt natürlich nur zum Teil. Denn die Erreichung der Leistungsauftragsziele wird ja nicht nur mit der Laufenden Rechnung, sondern auch mit der Investitionsrechnung verglichen. Denn die Investitionen werden ja auch mit Mehrjahreszielen und Jahreszielen abgeglichen. Die Ziele des AIO-Leistungsauftrags haben drei Kategorien: Ziele ohne ausgabewirksame Auswirkungen im Budgetjahr, z.B. nur von organisatorischer Natur; Ziele mit Auswirkungen in der Laufenden Rechnung und Ziele mit Auswirkungen in der Investitionsrechnung. Bei den Zielen, die nicht oder nur teilweise erreicht wurden, sind fünf Ziele organisatorischer Art und fünf Investitionsziele. Auch in der Investitionsrechnung sind unter Finanzdirektion die Abweichungen begründet. Wenn man alles betrachtet, sollte nachvollziehbar sein, weshalb nicht alles erreicht wurde. Weil Projektleiter krank wurden oder Drittpartner nicht so schnell vorwärts kamen oder auch die grosse Komplexität waren Ursachen, dass man nicht so schnell vorwärts kam.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat schliesst sich den Anträgen des Regierungsrats an und genehmigt die Jahresrechnung 2010, die im Anhang zur Jahresrechnung als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite und die Jahresrechnung 2010 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

Rupan **Sivaganesan** erinnert daran, dass es bis jetzt guter Usus war, dass ein Teil Rechnungsüberschusses für die Hilfe ans Ausland verwendet wurde. Die AGF bedauert sehr, dass dies in diesem Jahr nicht vorgesehen ist. Letztes Jahr haben wir 500'000 Franken gespendet und auch vorletztes Jahr.
Die arabische Revolution zeigt, wie Menschen unter vielen persönlichen Opfern sich mehr Freiheit und Demokratie erkämpfen. Leider kommt es dabei auch zu Krieg, zu Verfolgungen, zu Zerstörungen, Not und Flüchtlingselend. Seien es die neuen Regierungen, seien es die in Flüchtlingscamps untergebrachten Menschen oder die Bewohnerinnen von Dörfern und Städten in aufständischen Gebieten, die in den letzten Monaten unter Beschuss waren: Die Menschen in Tunesien, Ägypten, Libyen, Jemen und Syrien brauchen humanitäre Unterstützung.
Die schweizerische Glückskette führt derzeit eine Spendensammlungsaktion für betroffene Zivilistinnen und Flüchtlinge in Libyen durch. Hier kann sich der Kanton Zug anschliessen.
Dabei geht es nicht um Entwicklungshilfe im engeren Sinn. Diese ist Sache des Bundes. Sondern es geht darum, einen Teil des vielen Geldes, das auf dem Platz Zug mit dem Rohstoffhandel verdient wird – auch mit Rohstoffen, die aus diesen nordafrikanischen und arabischen Ländern stammen und die nicht selten unter menschenrechtswidrigen Umständen gefördert und gehandelt werden – wieder in eine demokratische Perspektive, in Frieden und Stabilität in diesen Ländern zu investieren. Sie wissen: Täglich fliehen Flüchtlinge aus Nordafrika nach Europa, auch in die Schweiz. Das ist keine langfristige Lösung. Es sollte dort eine Entwicklung stattfinden. Mit einem kleinen Betrag können wir dazu einen Beitrag leisten.
Unser Antrag lautet, 200'000 Franken für Frieden und humanitäre Hilfe in Libyen/-Nordafrika durch einen Beitrag an die Glückskette zu leisten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass wir dieses Jahr bereits Katastrophenhilfe geleistet haben für Japan und auch für nordafrikanische Staaten. Es waren je 50'000 Franken. Deshalb unser Antrag, jetzt im Rahmen der Ertragsüberschussverwendung nichts zu machen. Wir haben auch keine gesetzliche Grundlage, etwas zu tun. Sie müssten das beschliessen. Aber wir sind der Meinung, dass es dieses Jahr nicht angeht. Das diesjährige Ergebnis ist auch nicht vergleichbar mit dem letztjährigen. Der Stawiko-Präsident hat es gesagt. Letztes Jahr waren noch 100 Millionen Reservebildungen zum Ergebnis, dieses Jahr keine. Wir beantragen, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

➔ Der Antrag der AGF wird mit 51:14 Stimmen abgelehnt.

160 Rechenschaftsbericht des Regierungsrats für das Jahr 2010

Traktandum 8 – Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 2056.1/2046.2 – 13801).

Stawiko-Präsident Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass die grösste Publikation des Kantons wieder 50 Seiten dicker geworden ist und entsprechend schwerer. Als Bettlektüre eignet sie sich wahrscheinlich jetzt definitiv nicht mehr, sonst fällt sie Ihnen ins Gesicht und Sie sind am Morgen nicht mehr in der Lage, wieder aufzustehen. Der Rechenschaftsbericht gibt wie jedes Jahr umfassend und sehr detailliert Auskunft über das verflossene Jahr, über die Tätigkeit unserer Verwaltung. Wir haben ja bekanntlich kein statistisches Amt. Auch diese ganzen Zahlen werden darin verarbeitet. Die Delegationen prüfen den Rechenschaftsbericht jeweils aufgrund der Kapitel, die sie vorweg für ihre entsprechende Direktion erhalten und ziehen das in ihre Diskussion mit der Direktion mit ein, stellen Fragen, lassen sich ergänzende Auskünfte geben usw. Die Prüfung des Rechenschaftsberichts hat ergeben, dass keine Punkte mehr hängengeblieben sind, die unbeantwortet geblieben wären oder hier im Rat zu behandeln sind.
Der Stawiko-Präsident möchte aber trotzdem zum Rechenschaftsbericht einen kurzen Hinweis geben, vor allem auch für die neuen Mitglieder in unserem Parlament. Der Rechenschaftsbericht eignet sich nicht in erster Linie als Lesestoff, aber sehr gut als Nachschlagewerk, wenn man über ein Teilgebiet oder ein Amt entsprechende detaillierte Informationen haben will. Gregor Kupper empfiehlt allen, bevor sie eine Interpellation schreiben, doch kurz einen Blick in diesen Rechenschaftsbericht zu werfen. Sie finden da so viele Informationen, dass sich wahrscheinlich die eine oder andere Frage zum Vornherein erübrigt. Natürlich ist das nicht spektakulär, wenn man da umfassend Auskunft erhält und keine Interpellation machen kann. Aber helfen Sie doch bitte mit, unsere Verwaltung nicht mit unnötigen Interpellationen zu beschäftigen und uns selbst im Parlament eben dann auch.
Die Stawiko beantragt einstimmig, den Rechenschaftsbericht zu genehmigen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Direktion des Innern

Alois **Gössi** weist darauf hin, dass der Rechenschaftsbericht von Jahr zu Jahr dicker wird, für 2010 hat er bereits 525 Seiten. Aber es kommt nicht immer mehr dazu, es fällt auch Einiges raus. Zum Beispiel für das Jahr 2010 das Kapitel zur Stiftungsaufsicht. Der Votant stellt hier wie schon im letzten und vorletzten Jahr die Frage, wie es mit dem Rechtsfall mit der Personalfürsorgestiftung der früheren Spinnerei an der Lorze steht. Es geht um die Auszahlung von Geldern aus dieser Stiftung an ehemalige Arbeitnehmer. Seit inzwischen mehr als 19 Jahren warten mehr als 250 ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – sofern sie noch leben – auf Gelder aus dem Vermögen der Personalfürsorgestiftung. Vorgesehen waren diese Gelder für die Entlassenen der Spinnerei an der Lorze. Vor zwei Jahren herrschte der Eindruck, dass die Personalfürsorgestiftung der früheren Spinnerei an der Lorze alles Mögliche versucht, mittels Beschwerden, Verzögerungen und Nichtstun den Auflagen zur Auszahlung an die Berechtigten nicht nachkommen zu müssen. Im letzten Jahr war das Bundesverwaltungsgericht der Flaschenhals, sie hatten die Beschwerden einfach noch nicht bearbeitet. Alois Gössi möchte nun wissen, was seit seiner Anfrage vor einem Jahr passiert ist. Wurde in der Zwischenzeit ein Urteil gefällt? Falls ja, wie ist es ausgefallen und wurde es gegebenenfalls bereits umgesetzt?

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, bestätigt, dass diese Frage wirklich alle Jahre wieder kommt, hoffentlich jetzt zum letzten Mal. – Das Bundesgericht hat die Beschwerde vollumfänglich abgewiesen. Endlich kann nun die Teilliquidation durchgeführt werden. Im Zusammenhang mit den seit 1993 laufenden Auseinandersetzungen zwischen dem Stiftungsrat der Personalfürsorgestiftung der Spinnerei an der Lorze in Baar und der zuständigen Aufsichtsbehörde (früher die DI und heute die ZBSA in Luzern) in der Frage, ob eine Teilliquidation der Stiftung zu Gunsten der in den Neunzigerjahren entlassenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorzunehmen sei, hat das Bundesgericht mit Urteil vom 16. Mai 2011 die Beschwerde des Stiftungsrats vollumfänglich abgewiesen. Demzufolge ist eine Teilliquidation nach den Vorgaben gemäss Verfügung der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA) durchzuführen. Für die Umsetzung der verschiedenen aufsichtsbehördlichen Auflagen läuft zurzeit eine viermonatige Frist. Somit kann der Stiftungszweck, nämlich die Fürsorge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, endlich wahrgenommen und umgesetzt werden.

Baudirektion

Hanni **Schriber-Neiger** bezieht sich auf S. 230, Landerwerb. Da steht bei Hünenberg: «Für die Reussdammsanierung ab Sinserbrücke flussaufwärts ist die Suche nach Realersatz pendent.» Die Votantin möchte vom Baudirektor wissen, wie der Stand der Dinge ist. Wie sieht der Zeithorizont aus? Wieso zieht sich dieses Geschäft so in die Länge? Bei anderen Projekten sind wir dies vom Baudirektor gar nicht gewohnt.

Baudirektion Heinz **Tännler** muss zuerst zurückblicken. 2005 war ja die Ausgangslage, diese zweite Reussdammsanierung, Sinserbrücke Richtung Luzern, an die

Hand zu nehmen. Das ganze Projekt steht. Der Baudirektor hat die Pläne mitgenommen, er hätte die Ordner mitnehmen können, das ganze Projekt steht. Es bedingt eben durch eine Erhöhung und somit auch eine Verbreiterung des Dammes, dass wir Land von den Grundeigentümern erwerben müssen. Andernfalls können wir dieses Projekt nicht realisieren. Wir haben vor ca. 1½ Jahren eine grosse Veranstaltung in Hünenberg durchgeführt. Heinz Tännler war dort selber anwesend und hat mit allen Grundeigentümern das Gespräch geführt. Es gab schon x Vorgespräche, um das notwendige Land auf irgendeine Art und Weise erwerben zu können. Die Reaktion dieser Grundeigentümer, die ja dann auch selbst betroffen wären – wir sind für den Hochwasserschutz zuständig und müssen diese Gefahren im Griff haben – war vernichtend. Die wollen dieses Projekt nicht. Sie haben ihre Gründe, welche der Baudirektor entgegengenommen hat. Sie wollen für das Projekt auch kein Land hergeben. Wir sind dann so verblieben, dass Heinz Tännler zurückgegangen ist und auch vorwärts gemacht hat. Aber er will natürlich diese Grundeigentümer nicht unbedingt vor den Kopf stossen. Wir haben dann weiter nach Realersatz gesucht. Das ist eben nicht so einfach. Wir haben zwar schon Realersatz, aber am falschen Ort. Man kann jemandem nicht Realersatz anbieten, der 10 oder 20 Kilometer entfernt ist.
Es ist dann nichts anderes übrig geblieben, als dass der Baudirektor im Februar dieses Jahres allen Grundeigentümern ein Kaufsangebot unterbreitet hat. Das wurde von allen abgelehnt. Also auch dieser Weg hat nicht zum Ziel geführt. Und jetzt macht Heinz Tännler Folgendes: Wir versuchen über technische Abklärungen Alternativen zum jetzigen Projekt zu prüfen. Beispielsweise über Spundwände den Damm zu verstärken. Da gibt es Möglichkeiten. Es gibt andere Alternativen. Diese Abklärungen sind bis September abgeschlossen. Und wenn wir sie gemacht haben und allenfalls sehen, dass wir kein Land brauchen, sondern über andere technische Möglichkeiten zum Ziel kommen, müsste noch das Projekt entsprechend ausgearbeitet werden und der Baudirektor könnte mit dem Antrag in den Kantonsrat kommen. Wenn das technisch nicht möglich ist, bleibt ihm letztlich vor dem Hintergrund der Verpflichtung zum Hochwasserschutz mit Ausrichtung auf ein 300-jähriges Hochwasser nichts anderes mehr übrig als das Worst-case-Szenario einzuleiten, das heisst Enteignung. Das möchte er aber nicht einfach per se jetzt schon tun, sondern das ist dann ultima ratio.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht des Regierungsrats für das Jahr 2010 und dankt dem Regierungsrat und dem Personal des Kantons einschliesslich der Lehrerschaft für die im Berichtsjahr erbrachten Leistungen.

161 Zwischenbericht zu den per Ende März 2011 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen

Traktandum 9 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 2046.1 – 13761) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 2056.1/-2046.2 -–13801).

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass der Regierungsrat uns mit dieser Vorlage über die fälligen Vorstösse informiert. Der Bericht des Regierungsrats ist erfreulich dünn. Wir können feststellen, dass offensichtlich Regierung und Verwaltung sich

bemühen, unsere Vorstösse und Anliegen jeweils fristgerecht zu erledigen. Wir haben mit dieser Vorlage drei Fristerstreckungsgesuche. Mit zwei davon ist die Stawiko einverstanden. Bei der A.I.3 geht es um das Kommissionsgeheimnis, und die Stawiko ist der Meinung, dass wir hier ein wenig mehr Druck aufsetzen müssten. Das Thema ist aktuell und wichtig und man sollte es loskoppeln von der vorgesehenen Verbindung mit der Gesetzgebung bezüglich Öffentlichkeitsprinzips. Es ist eine Bestimmung, die in die Geschäftsordnung des Kantonsrats müsste. Und der Regierungsrat wäre zweifellos in der Lage, hier vorwärts zu machen. Die Stawiko beantragt daher, diese Fristerstreckung nicht bis März 2013, sondern nur bis Juni 2012 zu erstrecken.

Karin **Andenmatten** hält fest, dass sich die CVP anlässlich der Fraktionssitzung grossmehrheitlich dem Antrag der Stawiko angeschlossen hat, die Regelung des Kommissionsgeheimnisses in der Geschäftsordnung des Kantonsrats nur bis Ende Juni 2012 zu erstrecken. Als ehemaliges Mitglied der Justizprüfungskommission möchte sie selbstverständlich auch ihre Interessenbindung offenlegen.
Die in der Motion 1910.1 formulierte Forderung, mit einer gesetzlichen Regelung den Inhalt des Kommissionsgeheimnisses zu umschreiben und Konsequenzen bei dessen Verletzung festzulegen, soll so bald wie möglich anhand genommen werden. Erstens wird die Geschäftsordnung des Kantonsrats demnächst überarbeitet werden. Diese Überarbeitung stellt eine ideale Gelegenheit dar, die Regelung des Kommissionsgeheimnisses zu präzisieren,
Zweitens ist eine Fristerstreckung bis ins Jahr 2013 gemäss der geltenden Geschäftsordnung gar nicht zu zulässig. Gerne rechnet die Votantin das hier vor: Gemäss §39 Abs. 2 der Geschäftsordnung haben der Regierungsrat oder die Kommissionen des Kantonsrats Motionen binnen Jahresfrist seit der Überweisung dem Kantonsrat Bericht über die Annahme oder Ablehnung zu unterbreiten. Der Bericht wäre somit im Februar 2011 fällig gewesen.
Weiter heisst es in demselben Absatz: «In Ausnahmefällen kann der Kantonsrat die Frist auf Grund eines Zwischenberichts des Regierungsrats oder der Kommission maximal um ein Jahr erstrecken.» Heute könnten wir somit eine Fristerstreckung bis Februar 2012 genehmigen.
Für eine weitere Fristerstreckung sind die Auflagen der GO noch restriktiver: «Liegen äussere Umstände vor, welche die fristgemässe Berichterstattung verunmöglichen, so kann der Kantonsrat die Frist aufgrund eines Zwischenberichts des Regierungsrats oder der zuständigen Kommission nochmals erstrecken.» Gemäss Aussage des Landschreibers ist die Auslegung des Begriffs «äussere Umstände» tatsächlich eine politische Frage.
Drittens zeichnet sich eine neue Kultur ab im Kantonsrat. Die Votantin stellt eine zunehmende Erosion der tugendhaften Usanzen im Rat und in den Kommissionen fest. Wenn der Regierungsrat uns eine Alternative zur möglichen baldigen Klärung des Kommissionsgeheimnisses vorlegen kann, ist die CVP gerne bereit, dieser zu folgen.

Landammann Matthias **Michel** betont, dass sich der Regierungsrat tugendhaft verhält und an die Fristen hält. Der Bericht, den wir Ihnen am 3. Mai vorgelegt haben, wird noch dünner. Drei der dort erwähnten Vorstösse, bei denen Sie Fristerstreckung bis heute gewährt haben, sind erledigt. Und zwar haben wir folgende Vorstösse verabschiedet:

- Vorstoss von Max Uebelhart und Vreni Wicky betreffend Aufhebung der Feuerwehpflicht.
- Vorstoss von Martin B. Lehmann und anderen betreffend Befreiung der Angehörigen der Zuger Polizei und des Rettungsdienstes RDZ von der Feuerwehrpflicht.
- Vorstoss von Thomas Villiger und anderen betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug.

Diese sind erledigt und werden dem Rat beim nächsten Verstand zugestellt. Dies als Information zu Handen des Protokolls.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** möchte sich nochmals zur Motion der JPK äussern. Wir haben ja aufgeführt, weshalb wir diese beiden Motionen zusammennehmen wollen. Weil sie eben inhaltlich zusammengehören und wir dieses Problem des Öffentlichkeitsprinzips nicht plötzlich in zwei Erlassen darstellen wollen. Da macht die JPK eine falsche Überlegung. Denn es kommt noch das Zeitliche. Weil wir eben diese Motionen zusammenlegen und jetzt aktuell in der Sicherheitsdirektion das Gesetz erarbeitet wird und bis spätestens im März 2013 in den Kantonsrat kommen muss, haben wir diese Motion eben auch mitgenommen. Wenn wir diese jetzt separat behandeln wollen, hiesse das, dass zuerst noch eine Erheblicherklärung in diesem Rat stattfinden müsste und dann wieder die dreijährige Frist zu laufen beginnen würde. Sie sind nie schneller, als wenn wir das jetzt zusammenlegen. Dann haben Sie ein Gesamtpaket. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest. Auch im Interesse der schnellen Abwicklung kann der Sicherheitsdirektor dem Rat eigentlich nur empfehlen, dem Regierungsrat zuzustimmen. Dann bekommen Sie schneller eine Lösung, als wenn wir sie separat behandeln.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass unter der Kategorie drei noch nicht behandelte parlamentarische Vorstösse zur Fristerstreckung unterbreitet werden. Unter die Kategorie II fallen keine bereits erheblich erklärten Parlamentsvorstösse, deren Fristen zu erstrecken wären.

Die Stawiko beantragt bei der Motion der erweiterten JPK betreffend Regelung des Kommissionsgeheimnisses vom 8. Februar 2010 (Vorlage Nr. 1910.1 – 13340) lediglich eine Fristerstreckung bis Ende Juni 2012 anstatt – wie vom Regierungsrat beantragt – eine solche bis Ende März 2013.

➔ Der Rat stellt sich mit 49:12 Stimmen hinter den Antrag der Stawiko mit Fristerstreckung bis Ende Juni 2012.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

162 Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2010

Traktandum 10 – Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht des Obergerichts sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 2061.1 – 13817).

Werner **Villiger** hält fest, dass die engere JPK an ihrer Sitzung vom 31. Mai 2011 im Anschluss an die Visitation des Obergerichts in Anwesenheit von Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2010 beraten hat. Das Protokoll führte die Sekretärin der JPK, Annatina Caviezel. Im Vorfeld dieser Kommissionssitzung haben zwei Delegationen der JPK die Staatsanwaltschaft, das Strafgericht, das Kantonsgericht und den Vollzugs- und Bewährungsdienst VBD (ehemals Amt für Straf- und Massnahmenvollzug) visitiert. Der VBD untersteht nicht der Justiz, sondern der Sicherheitsdirektion, weshalb Ausführungen zu diesem Amt grundsätzlich nicht Gegenstand des Rechenschaftsberichts des Obergerichts sind. Es sei hier lediglich erwähnt, dass die JPK ihrer Aufsichtspflicht nachkam und feststellen konnte, dass die Arbeitsläufe im VBD reibungslos funktionieren. Am 31. Mai 2011 visitierte die gesamte engere JPK auch das Obergericht.
Die JPK hat in diesem Jahr – wie schon im Vorjahr – bei den Visitationen bei jeder Instanz strikte überprüft, ob Fälle liegen bleiben, wie viele Pendenzen vorhanden sind und wie lange die durchschnittliche Verfahrensdauer war.
Wir haben grundsätzlich Folgendes festgestellt. Die Zivil- und Strafrechtspflege funktionieren im Kanton Zug wie schon in der Vorperiode gut. Der grösste Teil der Verfahren wird innert angemessener Frist bearbeitet, wenn auch in einzelnen Fällen Bearbeitungslücken vorliegen und es im Berichtsjahr Fälle mit Verfahrensverzögerungen gab, in denen vereinzelt Verletzungen des Beschleunigungsgebots festgestellt wurden, welche aber nur zu geringfügigen Reduktionen des Strafmasses führten. Details zu den einzelnen Gerichten entnehmen Sie bitte unserem Bericht und Antrag vom 31. Mai 2011, beziehungsweise dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts.
Nun kommt der Präsident der JPK zu einigen besonders erwähnenswerten Themen. Durch die Einführung der eidgenössischen Zivilprozessordnung wurde die Kompetenz der Friedensrichter erhöht. Neu haben sie Entscheidungsbefugnis bis zu einem Streitwert von 2'000 Franken. Die bei der Beratung des Gesetzes im Kantonsrat geäusserten Bedenken betreffend allfälliger fachlicher Überforderung sind nicht eingetroffen, haben jedoch dazu geführt, dass vermehrt Ausbildungslehrgänge angeboten wurden, welche auch rege benützt worden sind. Zusammenfassend sei erwähnt, dass der Entscheid des Kantonsrats zur Beibehaltung der gemeindlichen Friedensrichter aus heutiger Sicht richtig war.
Die Einführung der eidgenössischen Zivilprozess- und Strafprozessordnung auf den 1. Januar 2011 hat in der Berichtsperiode einen erheblichen Mehraufwand mit sich gebracht, nämlich die Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes, die Totalrevision der Geschäftsordnung des Obergerichts, des Kantonsgerichts und des Strafgerichts, Änderungen der Verordnung über die Staatsanwaltschaft und der Verordnung über den Vollzug der Schutzmassnahmen und Strafen gegenüber Jugendlichen. Die Anpassungen der entsprechenden Weisungen und Formulare sind praktisch abgeschlossen. Die Praxis wird nun zeigen, wie sich die neue Prozessordnung auf die Verfahren auswirkt. Die Umstellung wird auch in der laufenden und zukünftigen Berichtsperiode noch Mehraufwendungen mit sich bringen.

Auch die vorgezogene Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells war aus heutiger Sicht eine richtige Entscheidung des Kantonsrats.
Zum Stand der Schnellrichterverfahren bei sicherheitskritischen EVZ-Spielen gilt es Folgendes festzuhalten: Im EVZ-Bereich handelt es sich noch um ein Pilotprojekt. Hier muss die Staatsanwaltschaft noch mit dem neuen Stadion Erfahrungen sammeln. Die Fans verändern sich und die Staatsanwaltschaft ist so disponiert, dass in Zusammenarbeit mit der Zuger Polizei, welche die Lagebeurteilung vornimmt, ein spezielles Staatsanwaltschafts-Pikett, wo gesetzlich möglich sofort Strafbefehle austeilen kann.
Die JPK beantragt mit 7:0 Stimmen, den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2010 zu genehmigen. Den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeitern des Obergerichts den Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen.
Abschliessend noch ein kurzer Ausblick auf die Geschäfte der JPK, die bereits in Bearbeitung sind, beziehungsweise bearbeitet werden. Die Beurteilung der Aufsichtsbeschwerde A.P. zuhanden des Kantonsrats, die Vorbereitung der Wahl des Stellvertreters der Ombudsfrau durch den Kantonsrat, im Herbst dieses Jahres die Vorbereitung der Wahl der Schätzungskommission durch den Kantonsrat, und auch im Herbst dieses Jahres die Vorbereitung der Richterwahlen für die Amtsperiode 2012-2018 zuhanden des Kantonsrats.
Die SVP-Fraktion unterstützt einstimmig den Antrag der JPK und dankt ebenfalls den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeitenden des Obergerichts für die geleisteten Dienste.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrates

12. Sitzung: Donnerstag, 30. Juni 2011
(Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.25 – 17.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

163 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Daniel Stadlin, Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Karl Nussbaumer, Menzingen; Heini Schmid, Baar; Monika Weber, Steinhausen; Flavio Roos, Risch.

164 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** begrüsst die Mitglieder des erweiterten Büros des Kantonsrats von Appenzell Ausserrhoden, die uns heute besuchen.

165 Rechenschaftsbericht des Obergericht für das Jahr 2010

Traktandum 10 – Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht des Obergerichts sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 2061.1 – 13817).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 162)

Alois **Gössi** nimmt vorweg, dass die verschiedenen Gerichte im Kanton Zug im letzten Jahr gut gearbeitet haben. Dies zeigen auch die Berichte der JPK. Nachfolgend noch zwei, drei Punkte, die von uns von der SP-Fraktion erwähnenswert sind. Den Votanten findet die sehr grosse Zahl von Neueingängen, rund 8'400 Fälle sowohl bei den Erwachsenen wie auch den Jugendlichen, bei der Staatsanwaltschaft sehr bedenklich. Es hat allerdings keine absolut grosse Zunahme stattgefunden im letzten Jahr, das war früher schon auf einem hohen Niveau. Diese 8'400 Fälle heissen, dass rund 7,3 % unserer Zuger Bevölkerung auf irgendeine Art in Kontakt mit der Staatsanwaltschaft gekommen sind. Wenn es nicht Beschuldigte

mit mehr als einer Tat gegeben hätte. Rechnet Alois Gössi dies auf den Kantonsrat um, wären etwa 5½ Kantonsrätinnen und Kantonsräte betroffen. Diese grosse Zahl von Eingängen schlägt sich auch in der angespannten Arbeitsbelastung bei der Staatsanwaltschaft und bei den anderen Gerichten nieder. Wenn der Votant persönlich in einem Fall angeklagt würde und es z.B. im Obergericht zu einer Hauptverhandlung käme, würde er eine schriftliche Urteilsbegründung innerhalb einer angemessenen Frist, z.B. drei Monaten, erwarten. Es kann nicht sein, wie es sich bei drei Hauptverhandlungen vor dem Obergericht 2008 und 2009 ereignete, dass die Beschuldigten zum Zeitpunkt der Visitation durch die JPK immer noch auf das schriftliche Urteil warteten. Hier ist das Strafgericht aufgefordert, dies schnellstmöglich nachzuholen. Für uns ist eine solche Verzögerung nicht akzeptabel.
Es wird öfters bemängelt, dass abgewiesene Asylbewerber, welche straffällig werden, allenfalls verhaftet und dann wieder innert kürzester Zeit wieder laufen gelassen werden. Im Bericht der JPK steht, dass die Staatsanwaltschaft nun beabsichtigt, für solche Fälle das Schnellrichterverfahren einzuführen, falls das Obergericht entsprechende personelle Ressourcen spricht. Den Votanten würde nun interessieren, von der Obergerichtspräsidentin zu hören, was hier der Stand ist.
Die SP-Fraktion ist für die Genehmigung der Rechenschaftsberichte des Obergerichts wie auch des Verwaltungsgerichts und dankt allen Mitarbeitenden der Gerichte für ihre Arbeit im letzten Jahr, die nicht immer einfach war.

Georg **Helfenstein** hält fest, dass die CVP-Fraktion dem Obergericht sowie den dazugehörenden Richtern und Staatsanwälten für ihre Arbeit dankt. Wir stellen fest, dass die Zivil- und Strafrechtspflege grundsätzlich gut funktioniert und dass das VBD seine Arbeit seriös und sauber ausführt. Die Mehrbelastungen durch die Einführung des neuen GOG sowie der neuen Zivil- und Strafprozessordnung können wir nachvollziehen, gehen aber davon aus, dass sich diese bereits in diesem Jahr wieder normalisieren. Wir sind aber beunruhigt darüber, dass sich gerade infolge dieser Neuerungen längere Verfahrensdauern abzeichnen; das widerspricht unserem Sinn für eine effiziente Gerichtspraxis. Noch mehr beunruhigt sind wir über die drei hängigen Pendenzen beim Strafgericht. Angeschuldigte haben Anrecht auf einen raschen Prozess sowie eine rasche Urteilssprechung. Im Grossen und Ganzen stellen wir aber fest, dass sich viele Pendenzen erledigen liessen und wir freuen uns, wenn dieser Trend in den kommenden Jahren anhält.

Iris **Studer-Milz** glaubt sagen zu dürfen, dass die Zivil- und Strafrechtspflege in unserem Kanton gut funktioniert. Die Verfahren können, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zeitgerecht erledigt werden. Auf die wenigen Ausnahmen richten wir selbstverständlich unser besonderes Augenmerk. Und es ist von beiden Votanten erwähnt worden: Die drei langjährigen Fälle beim Strafgericht sind uns wirklich auch ein Dorn im Auge. Wir haben an der diesjährigen Inspektion darauf hingewiesen, dass da etwas gemacht werden muss. Und es liegt nicht daran, dass das Strafgericht insgesamt überbelastet wäre. Die Obergerichtspräsidentin hat dieser Tage noch mit der Präsidentin gesprochen und diese hat ihr zugesichert, die Fälle nun nächste Woche an die Hand zu nehmen. Iris Studer wird halt in Gottes Namen dieses Jahr ab und zu nachfragen müssen. Denn das sind nun wirklich auch für uns Pendenzen, die so nicht mehr gehen.
Noch eine kurze Bemerkung zur Arbeitsbelastung insgesamt der Richterinnen und Richter, der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und auch der weiteren Mitarbeitenden. Sie ist fast überall hoch bis sehr hoch. Und wenn die Belastung weiter

zunehmen sollte oder die Anzahl der Fälle weiterhin steigen würde, was nicht auszuschliessen ist, haben wir im Moment bis zum Ablauf der laufenden Amtsperiode noch eine genügende Reserve. Wir haben noch rund fünf Stellen im Personalplafond, die wir noch nicht angerührt haben. Wenn Massnahmen zu treffen wären, müssten wir nicht an Sie gelangen, sondern wir hätten noch diese Stellen im Plafond.
Alois Gössi hat eine Frage gestellt wegen den Schnellrichtern und den NEE-Verfahren. Dieser Antrag ist bis jetzt vom leitenden Oberstaatsanwalt noch nicht schriftlich gestellt werden. Er ist angekündigt und die Votantin hat es mit ihm auch besprochen. Sie kann natürlich noch nicht für die Verwaltungsabteilung sprechen, aber aus ihrer Sicht ist es gerechtfertigt, dass man da einen Probelauf starten wird. Das würde aber bedeuten, dass wir einen Assistenzstaatsanwalt um ein gewisses Pensum erhöhen müssten. Der Antrag wird in den nächsten ein bis zwei Wochen eintreffen und die Justizverwaltungsabteilung wird das dann behandeln.
Abschliessend möchte Iris Studer auch mal zuhanden ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern öffentlich hier den Dank aussprechen für den Einsatz im vergangenen Jahr.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht 2010 des Obergerichts und dankt den Richterinnen und Richtern und allen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit im Berichtsjahr.

166 Motion von Beni Riedi betreffend Änderung des Schulgesetzes

Traktandum 2 – Beni **Riedi**, Baar, sowie zwei Mitunterzeichner haben am 25. Mai 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2053.1 – 13792 enthalten sind.

Arthur **Walker** weist darauf hin, dass Zug gute Schulen hat. Das Zuger Schulmodell ist ein Erfolgsmodell. Dieses basiert auf der Erkenntnis, dass gemäss unseren direkt-demokratischen Grundsätzen Entscheide auf unterschiedlichen Ebenen gefällt werden sollen. Dieses Mitdenken der direkt Betroffenen, das Mitbestimmen auf der Grundlage von Erfahrungen führt nicht nur zu den sinnvollsten Entscheiden, sondern fördert insbesondere die Mitverantwortung. Das Schulgesetz und der Lehrplan geben den Rahmen und die Leitlinien vor. Je offener diese formuliert sind, umso bessere Lösungen werden vor Ort getroffen: In den Gemeinden, den Schulen, im Unterricht.
Deshalb hat die CVP kein Verständnis dafür, dass die bestehende, vernünftige und bewährte Regelung, durch eine einengende, gesetzliche Vorgabe verhindert werden soll. Jene Regelung, wonach im Kindergarten zwar Mundart die Unterrichtssprache ist, situationsbedingt aber auch die Standardsprache gesprochen wird. Wenn die Kinder im Spiel die «Fernseh-Sprache», also das Hochdeutsche benutzen, wäre die Kindergartenlehrperson künftig verpflichtet, dies zu verbieten.

Zumindest die Kinder hätten dafür absolut kein Verständnis. Und um sie geht es ja! Im Namen der CVP beantragt der Votant die Nichtüberweisung der Motion und er dankt dem Rat für die Unterstützung unseres Antrags.

Beni **Riedi** hätte nicht gedacht, dass seine Motion ein so grosses Echo in den Medien auslösen würde. Umso mehr erfreuten ihn die vielen positiven Rückmeldungen der Zuger Bevölkerung. Mundart ist unsere Muttersprache und ein wichtiger Teil unserer Kultur. Im Kindergarten sollen erste soziale Kontakte gesponnen werden und mittels Spiel und Spass die Motorik und das vernetzte Denken gefördert werden. So ist es doch für die Kindern am besten, wenn sie das in ihrer vertrauten Sprache lernen. Ein ebenso wichtiger Punkt bei dieser Motion ist, dass sich die fremdsprachigen Kinder schnell mit unserer Landessprache auseinandersetzen und sich somit so früh wie möglich integrieren können. Denn die Sprache ist die Brücke zwischen den verschiedenen Kindern. Wir sollten nicht zusätzliche Hindernisse einbauen.
Auch heute wird schon Mundart im Kindergarten gesprochen. Jedoch steht im Beschluss des Bildungsrats vom 4. März 2002 (damals noch Erziehungsrat) betreffend der Verwendung der Standardsprache: «Schülerinnen und Schüler haben im Unterricht die Standardsprache zu brauchen, und zwar auf allen Schulstufen». Klar, man hat das auf der Vorschulstufe noch ein wenig gelockert. Jedoch sind dem Votanten die heutigen Regelungen ein wenig zu lasch. Er findet, wir sollten das besser formulieren. In seiner Motion hat er dazu das Wort «grundsätzlich» verwendet. So gibt es keinen Mundartzwang, wie es von Seite der SP in den Medien geschrieben wurde. Es geht lediglich darum, dass Kinder in der Vorschulstufe auch Kinder sein dürfen. In diesem Sinn herzlichen Dank für die Unterstützung.

Zari **Dzaferi** möchte dem vorigen Votum spontan und kurz entgegnen. Als er 1992 in die Schweiz einwanderte und in der Einführungsklasse Hochdeutsch lernen durfte, hat ihm das nicht geschadet. Es hat ihm geholfen. Deshalb kann er mit dem Rat perfekt Schweizerdeutsch sprechen und auch Hochdeutsch. In diesem Sinne ist es unnötig, hier die Lehrpersonen weiter einzuschränken. Gerade die SVP, welche sich insbesondere für die Freiheit der Menschen einsetzt, sollte sich doch auch für die Freiheit der Lehrpersonen einsetzen. Stellen Sie sich doch mal die Kindergärtnerinnen vor, die dann beim Vorlesen einer Geschichte generell Mundart sprechen müssten. Hochdeutsch schadet den Kindern nicht, denn es ist keine fremde Sprache, sondern unsere standardisierte Sprache.

➔ Der Rat beschliesst mit 35:25 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

167 Motion von Thomas Lötscher, Philippe Camenisch, Daniel Abt und Daniel Thomas Burch betreffend Noven im Verwaltungsgerichtsbeschwerdeverfahren

Traktandum 2 – Thomas **Lötscher**, Neuheim, Philippe **Camenisch**, Zug, Daniel **Abt**, Baar, und Daniel Thomas **Burch**, Risch haben am 27. Mai 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2054.1 – 13978 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an das Verwaltungsgericht überwiesen.

168 Motion von Alois Gössi und Zari Dzaferi betreffend Leitung des Kantonsrats bei der Konstituierung

Traktandum 2 – Alois **Gössi** und Zari **Dzaferi**, beide Baar, haben am 10. Juni 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2062.1 – 13819 enthalten sind.

Beni **Riedi** fühlt sich als jüngstes Mitglied des Zuger Kantonsparlaments berufen, ein kurzes Votum zu halten. Seiner Meinung nach zählt nicht die Eröffnungsrede, sondern die geleistete Arbeit während der laufenden Legislatur. Er sieht keinen Nachteil, dass der älteste anwesende Kantonsrat die Sitzung eröffnet. Auch sieht er keinen Handlungsbedarf, dass man die Eröffnungsrede mit dem jüngsten Mitglied ergänzt. Jung sein und im Kantonsrat mitlegiferieren zu dürfen, sind Privileg genug und können durch das Halten einer Eröffnungsrede kaum aufgewertet werden. Er stellt den Antrag auf Nichtüberweisung.

Alois **Gössi** steht einmal mehr hier vorne und versucht, den Rat zu überzeugen, ein Postulat oder eine Motion zu überweisen. Zu Beginn seiner Tätigkeit als Kantonsrat war es Usus, dass alle Vorstösse unisono überwiesen wurden. Erst mit der Antwort des Regierungsrats konnte dann der Kantonsrat auf einer soliden Grundlage diskutieren. Alles andere bringt nicht viel! Leider ist diese liberale Praxis in der Zwischenzeit umgestossen worden. Der Votant ist wahrscheinlich der einzige Kantonsrat, der aus Prinzip allen Überweisungen zustimmt, auch wenn die Forderungen teilweise eher fraglich sind.
Zur Motion: Es ist keine grosse Sache, das ist Alois Gössi auch klar. Die Forderung hat aber eher symbolischen Charakter. Bei der Konstituierung des Kantonsrats soll nicht mehr nur der älteste Kantonsrat oder die älteste Kantonsrätin die Eröffnungsrede halten, sondern auch das an Lebensjahren jüngste Mitglied. Es wäre bereichernd, wenn wir bei der Konstituierung auch die Gedanken des jüngsten Ratsmitglieds zu hören bekämen.
Die Geschäftsordnung des Kantonsrats muss so oder so überarbeitet werden. Wir haben schon drei verschiedene Vorstösse in diesem Bereich, mit dem Kommissionsgeheimnis, mit der Motion von Gregor Kupper über die kürzere Frist bei den zweiten Lesungen und mit der Motion von Martin Pfister und Irène Castell wegen der Überweisung von Interpellationen. Ob jetzt noch ein vierter Vorstoss abgehandelt wird – viel mehr Arbeit gibt das nicht. Deshalb macht der Votant dem Rat beliebt, diese Motion zu überweisen.

Beni **Riedi** findet es interessant, dass sich die SP für eine generelle Überweisung stark macht, aber genau dasselbe passierte vorhin bei seiner Motion, die auch nicht überwiesen wurde.

Alois **Gössi** betont, dass er in seinem eigenen Namen und nicht für die SP-Fraktion gesprochen hat.

➔ Der Rat beschliesst mit 39:21 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

169 Motion von Manuel Brandenberg und Philip C. Brunner betreffend Verbot von Sexualunterricht an den öffentlichen Schulen

Traktandum 2 – Manuel **Brandenberg** und Philip C. **Brunner**, beide Zug, haben am 14. Juni 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2063.1 – 13820 enthalten sind.

Karin **Andenmatten**: Am Sonntag in der Presse, am Montag in der Staatskanzlei. In diesem Fall datiert die Motion sogar vom Samstag davor. Es wird wohl dieser Hast zuzuschreiben sein, dass fälschlicherweise behauptet wird, mit dem Lehrplan 21 sei auch im Kindergarten Sexualaufklärung vorgesehen. Die EDK hat am Montag darauf verlauten lassen, dass diese Behauptung falsch ist.
Der Lehrplan des Kantons Zug ist ausgewogen. Im Sexualunterricht wird gebührend Rücksicht auf die Integrität und das Schamgefühl der Schülerinnen und Schüler genommen. Das hat die Votantin als Mutter mit unmittelbarer Kenntnis des Lehrstoffs und der Unterrichtsmethoden erfahren dürfen.
Für die Umsetzung in der Praxis zitiert sie gerne die DBK aus der Vorlage 1963.2 zum Umgang mit Gewissens- und Glaubenskonflikten in den gemeindlichen Schulen: «Es konnten aber in den meisten Fällen einvernehmliche Lösungen mit den betroffenen Schülerinnen und Schülern und deren Eltern gefunden werden, welche sowohl das Kindeswohl als auch die schulischen und die familiären beziehungsweise religiösen oder weltanschaulichen Interessen der Betroffenen angemessen berücksichtigen.» Diese Kompetenz mutet die CVP den gemeindlichen und kantonalen Schulen auch in der Thematik des Sexualunterrichts zu.
Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass auch Motionen dazu dienen können, die Regierung zu komplexen politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen Stellung nehmen zu lassen. Hier handelt es sich jedoch nicht um eine komplexe Fragestellung, sondern um ein eindimensionales Verbot, Sexualität in der Schule zu thematisieren. In unserer Fraktion war niemand bereit, diese Motion zu überweisen. Vielen Dank für die Unterstützung unseres Nichtüberweisungsantrags.

Philip C. **Brunner** ist eigentlich überrascht, dass die Kollegin von der CVP eine messerscharfe Attacke gegen die SVP reitet und eine konzertierte Aktion verlangt. Eigentlich hat er sich mit dem Votum von Alois Gössi, der für eine gewisse Liberalität bei der Überweisung von Motionen plädiert, verstanden gefühlt. Aber die letzten paar Minuten haben ihn belehrt, dass es vor allem darum geht, der SVP hier ein wenig den Meister zu zeigen in diesem Parlament. Das ist bedauerlich. Es ist deshalb bedauerlich, weil diese Aktion der CVP geritten wird bei einer Problematik, wo wir sehr gerne vom Regierungsrat Auskunft erhalten hätten, eine Stellungnahme, was hier geplant ist. Es geht hier um eine Überweisung und nicht um die Erheblicherklärung. Darüber können wir dann reden, wenn wir mehr Grundlagen haben. Es ist tatsächlich in der Presse ein heftiger Wirbel losgegangen. Manuel Brandenberg und der Votant waren fast am meisten überrascht davon. Kollege Frei hat den Votanten beim Mittagessen gefragt, ob das irgendwo in einer dunklen Kammer in Bern produziert werde und dann flächendeckend über die Schweiz verbreitet werden. Es ist nicht so. Es ist aus einem Gespräch entstanden mit einem Zürcher Kantonsrat. Wir haben gefunden, das sei etwas, das wichtig sei, hier abzuklären. So war das. Wir waren dann selber überrascht, als in Bern und in Fribourg und überall die Kanonen losgeschossen sind und die nationale Presse dieses Thema aufgegriffen hat. Das war also keine konzertierte Aktion, hier im Kanton Zug Wahlkampf zu

betreiben oder so. Philip C. Brunner möchte den Rat eigentlich verschonen. Er hat sich mit seinem Mitmotionär abgesprochen. Uns ist das Thema zu wichtig, als dass wir es nun hier von Ihnen genüsslich kaputt machen lassen. *Wir ziehen die Motion hiermit zurück* und werden sie in geeigneter Form wieder einreichen. Und dass das gerade von der CVP kommt, enttäuscht den Votanten am meisten.

Martin **Stuber** meint, Philip C. Brunner müsste sich über etwas bewusst sein. Die SVP hat als Fraktion mit dieser Unsitte gestartet, relativ systematisch linke Vorstösse nicht mehr zu überweisen. Das war die SVP. Seit der Votant Kantonsrat ist, seit neun Jahren, haben wir immer wieder die Diskussion bei uns in der Fraktion über die Sinnhaftigkeit dieses Vorgehens, dass man sagt, grundsätzlich sollen Vorstösse überwiesen werden, damit die Regierung …
(Die Vorsitzende unterbricht den Votanten und wirft ihm vor, nicht zur Überweisung zu sprechen. Die Motion ist zurückgezogen, es gibt keine Überweisung mehr. Wir sprechen nicht mehr weiter zur Überweisung und vor allem nicht über Schuldzuweisungen, wer was gemacht hat.)

170 Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden und der Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich

Traktandum 2 – Daniel **Stadlin**, Zug, hat am 24. Mai 2011 die in der Vorlage Nr. 2051.1 – 13787 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

171 Interpellation der SP-Fraktion betreffend «Zug schweizweit auf den hinteren Rängen beim frei verfügbaren Einkommen»

Traktandum 2 – Die **SP-Fraktion** hat am 24. Mai 2011 die in der Vorlage Nr. 2052.1 – 13791 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zehn Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

172 Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Ausstieg aus der gefährlichen und teuren Atomenergie

Traktandum 2 – Die **Alternative Grüne Fraktion** und die **SP-Fraktion** haben am 31. Mai 2011 die in der Vorlage Nr. 2058.1 – 13807 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zwei Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

173 Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Wasserqualität der Oberen Lorze zwischen Neuägeri und ehemaliger Spinnerei Baar

Traktandum 2 – Daniel **Stadlin**, Zug, hat am 16. Juni 2011 die in der Vorlage Nr. 2064.1 – 13821 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

174 Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts für die Jahre 2009 und 2010

Traktandum 11 – Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht und Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 2045.1 – 13753).

Werner **Villiger** hält fest, dass turnusgemäss, das heisst wie üblich alle zwei Jahre, am 18. März 2011 eine Delegation der JPK, bestehend aus dem Präsidenten der JPK und den Kommissionsmitgliedern Adrian Andermatt, Alois Gössi und Georg Helfenstein das Verwaltungsgericht visitiert hat. Auf Seiten des Verwaltungsgerichts waren der Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald und der Generalsekretär Aldo Elsener anwesend. Das Protokoll führte die Sekretärin der JPK, Annatina Caviezel.
Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sowohl die Prüfung des Rechenschaftsberichts wie auch die Visitation des Gerichts zeigen, dass das Verwaltungsgericht die anhängigen Verfahren innert angemessener Frist sachgerecht erledigt. Positiv zu vermerken ist, dass die Anzahl der Pendenzen per Ende der Berichtsperiode gegenüber der Vorperiode trotz mehr Neueingängen (5 bzw. 10 %) um 12 bzw. 17 % gesenkt werden konnte. Die nebenamtlichen Richterpersonen sind trotz privater Tätigkeit flexibel genug, um ihre Arbeitskraft regelmässig und kurzfristig dem Gericht zur Verfügung zu stellen. Die Mitarbeitenden sind kompetent und verfügen zum Teil schon über langjährige Gerichtserfahrung. Zurzeit sind weder personelle noch verfahrensrechtliche Massnahmen erforderlich; das Verwaltungsgericht verfügt über genügend Personal, um die anhängig gemachten Verfahren fach- und zeitgerecht zu erledigen.
Im Zusammenhang mit der Revision des Vormundschaftsrechts und der Einführung einer Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde auf den 1. Januar 2013 verzichtet das Verwaltungsgericht darauf, quasi auf Vorrat neue Stellen zu schaffen und versucht, die neuen Aufgaben mit einer internen Neuorganisation zu meistern. Ebenfalls positiv zu vermerken ist schliesslich, dass am Gericht – wie schon bereits in der Vorperiode – ein angenehmes Arbeitsklima herrscht, was nicht zuletzt auch auf die Grösse des Teams, die geringe Personalfluktuation und die klaren Verantwortlichkeiten und Strukturen innerhalb der Gerichtsorganisation zurückzuführen ist.
Die JPK beantragt mit 7:0 Stimmen, den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts über die Jahre 2009 und 2010 zu genehmigen und den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verwaltungsgerichts den Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen.
Die SVP Fraktion unterstützt einstimmig den Antrag der JPK und dankt ebenfalls den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verwaltungsgerichts für die geleistete Arbeit.

Georg **Helfenstein** hält fest, dass die CVP beim Verwaltungsgericht erfreulicherweise feststellt, dass die Pendenzen deutlich gesenkt werden und die Verfahrensdauer sogar leicht gesunken ist. Die Zunahme der Beschwerden infolge der Rechtsweggarantie ist leider eine Tatsache, wie auch die Pendenzen bei der Sozialversicherungskammer infolge des zweiten Schriftenwechsels. Das wird sich aber gemäss Bericht in diesem Jahr bereits verbessern. Erfreulicherweise stellen wir fest, dass beim Verwaltungsgericht ein angenehmes Arbeitsverhältnis herrscht, das System funktioniert und die Zunahme von Fällen auf die Erledigung der Pendenzen keinen Einfluss hatte. Ebenso sind wir erfreut, dass im Zusammenhang mit dem Vormundschaftsrecht keine neue Stelle geschaffen werden soll, und diese Arbeit intern durch eine Anpassung der Organisation gelöst werden kann. Die CVP spricht dem Verwaltungsgericht und seinem Präsidenten Peter Bellwald den Dank für seine geleistete Arbeit aus.

Verwaltungsgerichtspräsident Peter **Bellwald** hält fest, dass das Verwaltungsgericht dem Präsidenten und den Mitgliedern der JPK für die kompetente Visitation und ihren fast zu wohlwollenden Bericht herzlich danken. Dem Kantonsrat als Ganzem danken wir dafür, dass er dem Gericht im Zusammenhang mit der kantonalen Umsetzung der Rechtsweggarantie zu Beginn der Berichtsperiode die erforderlichen personellen Mittel bewilligt hat. Dank diesem Entgegenkommen und auch dank viel Arbeit ist es dem Verwaltungsgericht in den letzten beiden Jahren gelungen, die Zahl der pendenten Verfahren von 269 auf 173 per Ende 2010 zu reduzieren. Peter Bellwald ist jetzt seit mehr als 30 Jahren beim Verwaltungsgericht. Es ist immer sehr schön, wenn man Ende Jahr weniger als 200 pendente Verfahren hat. Für das Gericht ist es vor allem beruhigend, dass wir die Zahl der pendenten Verfahren in der Sozialversicherung von 203 auf zwischenzeitlich per Ende 2010 noch 114 und unterdessen sogar unter 100 pendente Verfahren senken konnten.
Der Verwaltungsgerichtspräsident möchte bei dieser Gelegenheit noch herzlich danken für die Einladung zum Mittagessen. Er war in hohem Mass schockiert, als er hörte, dass das Essen auf dem Schiff serviert wird. Er kann nicht schwimmen und hat furchtbare Angst vor Wasser. Freiwillig geht er sonst nicht auf Schiffe. Nur die geschickte Wahl des Platzes, das gute Essen und die angenehmen Gespräche konnten ihn vor einer Panikattacke retten.
(Applaus des Rats)

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts über die Jahre 2009 und 2010 und er spricht den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verwaltungsgerichts den Dank für die geleistete Arbeit aus.

175 Neuordnung der Spitalplanung und -finanzierung (Änderung des Spitalgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung)

Traktandum 12 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2037.1/.2 – 13733/34), der Kommission für Gesundheitswesen (Nr. 2037.3/.4 – 13784/85) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2037.5 – 13786).

Die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart wird wieder von Landschreiber Tino Jorio abgelöst.

Vroni **Straub-Müller** hält fest, dass bereits das erste Geschäft der neuen Legislatur, nämlich die heute zu beratende Neuordnung der Spitalplanung und -finanzierung, die Gesundheitskommission stark gefordert hat. Wir haben diese Herausforderung sehr gerne angenommen und die Kommissionspräsidentin darf heute sagen, dass sie von den engagierten, sachkundigen Diskussionen und der disziplinierten Arbeitsweise der Kommission sehr beeindruckt ist. Vielen Dank an dieser Stelle der Kommission für ihre Arbeit. Hervorragend unterstützt wurden wir unter anderem durch Roman Balli, damals noch Generalsekretär der Gesundheitsdirektion; mittlerweile ist er wieder im Kanton Uri, seiner Heimat, tätig.
Sie haben unseren Kommissionsbericht studiert, die Kommission ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten, etwas Anderes wäre schwierig gewesen, haben wir es doch vorwiegend mit Umsetzung Bundesrecht zu tun.
Die Teilrevision unseres Spitalgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherungen ist nötig, weil die KVG-Revision des Bundes vom 21. Dezember 2007 verschiedene Änderungen im Vergütungssystem der Spitäler und in der Spitalplanung mit sich bringen. Um den ab 1. Januar 2012 geltenden neuen Ansprüchen und Gegebenheiten gerecht zu werden, müssen wir heute unsere kantonalen Regelungen zur Spitalplanung und -finanzierung anpassen.
Gleichzeitig mit dieser Revision schlägt uns der Regierungsrat eine Änderung in der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich der Langzeitpflege vor. Der Kanton soll sich ganz aus der Langzeitpflege zurückziehen.
In der Detailberatung haben wir die Regierungsvorlage paragraphenweise beraten. Auf Wunsch der Kommission zeigte der Generalsekretär beziehungsweise die Gesundheitsdirektion zu den einzelnen Bestimmungen jeweils unseren Handlungsspielraum auf.
Das Corpus Delicti, beziehungsweise der Knackpunkt der Vorlage zeigte sich schnell bei § 4 Abs. 3 des Spitalgesetzes. Hier entbrannte eine engagierte Diskussion zur Frage, ob die Akut- und Übergangspflege eine Gemeinde- oder eine Kantonsaufgabe sei. Die Regierung will die Akut- und Übergangspflege künftig als Verbundaufgabe der Gemeinde sehen. Die Kommission stellte fest, dass in diesem Punkt, übrigens dem einzigen in der Vorlage, ein politischer Entscheid gefragt ist, weil sich Kanton und Gemeinden bei der Neuregelung der Akut- und Übergangspflege nicht einig sind. Sie sei ein Teil der Behandlungskette im Spitalbereich. Sie habe die Erhöhung der Selbstpflegekompetenz zum Ziel, so dass die Patientin oder der Patient die vor dem Spitalaufenthalt vorhandenen Fähigkeiten wieder in der gewohnten Umgebung nutzen könne. 16 von 17 Patienten können nach einem stationären Aufenthalt nach Hause entlassen werden, das zeige, dass die Akut- und Übergangspflege nichts mit Langzeitpflege zu tun habe, votierte die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder.

Lassen Sie Vroni Straub der Wichtigkeit halber kurz etwas zur Definition von Akut- und Übergangspflege sagen: Die Leistungen der Akut- und Übergangspflege, welche sich im Anschluss an einen Spitalaufenthalt als notwendig erweisen und die im Spital ärztlich verordnet werden, werden von der obligatorischen Krankenversicherung und vom Kanton des Versicherten während längstens zwei Wochen vergütet. Akut- und Übergangspflege kann auch ambulant erbracht werden. Gerade mit der Einführung der Fallpauschalen auf 2012 macht die Akut- und Übergangspflege Sinn. Tendenziell werden wohl die Patientinnen und Patienten früher nach Hause entlassen, die Akut- und Übergangspflege bekommt einen höheren Stellenwert.
Ein Teil der Kommission stellte im Laufe der Diskussionen fest, dass es doch richtig wäre, wenn die ambulante Akut- und Übergangspflege bei den Gemeinden angesiedelt wäre, sind diese doch schon heute für die Spitex zuständig. Anderseits soll der Kanton die stationäre Akut- und Übergangspflege sicherstellen, ist er doch bereits heute für den stationären Teil der Behandlungskette zuständig. Diesem Antrag wurde mit 7:4 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.
Bei § 9 Abs. 4 stellt die Kommission den Antrag, den Absatz so zu ergänzen, dass die Darlehen, welche der Kanton einem Listenspital gewähren kann, angemessen zu verzinsen seien. Über eine Befristung dieser Darlehen, so wie die Stawiko dies in ihrem Antrag fordert, hat die Kommission nicht gesprochen.
In der Kommission weiter kontrovers diskutiert wurde § 11 Abs. 5, Beiträge an bauliche Investitionen. In dieser Bestimmung geht es namentlich um Investitionsbeiträge an das Pflegeheim Luegeten, das einen Nachholbedarf aufweist. Es geht hingegen nicht um bauliche Erweiterungen der regionalen Pflegeheime. Theoretisch wäre es aber denkbar, dass jedes Heim mit regionalem Leistungsauftrag einen Antrag auf Investitionsbeiträge stellen könnte. Bei § 11 Abs. 5 besteht also eine gewisse Unklarheit.
Wegen der zunehmenden Alterung der Bevölkerung steigt der Bedarf an Pflegeheimbetten jährlich um 34 Betten. Um diesen Bedarf decken zu können ist ein Ausbau der Heimkapazitäten generell nötig.
In der Kommission wurde der Antrag gestellt den Passus «Von der Beitragsleistung ausgeschlossen sind Erweiterungsinvestitionen» einzufügen. Dieser Antrag wurde mit 10:5 Stimmen angenommen.
Zum Einführungsgesetz Bundesgesetz über die Krankenversicherung hat die Kommission keine Anträge gestellt und stimmt der regierungsrätlichen Vorlage vollumfänglich zu.
Mit 12:0 Stimmen bei einer Enthaltung stimmt die Kommission der Neuordnung der Spitalplanung und -finanzierung mit den im Kommissionsbericht erwähnten Änderungen zu. Vielen Dank, wenn Sie die Kommission später bei den Abstimmungen entsprechend unterstützen.

Gregor **Kupper** hält fest, dass sich die Stawiko bei dieser komplexen Vorlage entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag in erster Linie mit den finanziellen Aspekten auseinandergesetzt hat. Der Stawiko-Präsident kann den Rat einleitend denn auch auf S. 2 des Stawiko-Berichts verweisen, wo man in der Tabelle schön sieht, was da kostenmässig abgeht. Der Kanton Zug wird mit Mehrkosten von rund 14 Millionen belastet, während sich die Krankenkassenprämien bei der getroffenen Lösung nur ganz moderat erhöhen werden. Wir haben denn auch gleich dem Gesundheitsdirektor als erste Frage gestellt: Wenn der Kanton 14 Millionen bezahlt und die Krankenkassen praktisch gleichviel, wer profitiert denn? Irgendwer muss ja die 14 Millionen erhalten. Und wir wurden insofern aufgeklärt, dass das in erster Linie die Zusatzversicherungen der Krankenkassen sind, weil die dann z.B. bei einer

Behandlung in der Andreas-Klinik wesentlich weniger bezahlen müssen als heute. Es wird interessant sein zu verfolgen, wie sich die Prämien in den Zusatzversicherungen in den kommenden Jahren entwickeln.
Auf derselben S. 2 in der Mitte sehen Sie aber auch die vier Themen, die finanziell relevant sind. Gregor Kupper möchte kurz auf die einzelnen Punkte eingehen. – Der Kanton und die Krankenkassen teilen sich in Zukunft in die Spitalfinanzierung. Der Kanton hat im Moment eine Bandbreite von 45 bis 55 % der Kosten. Zumindest der Kanton Zug, weil er mit dem Prämienniveau unter dem Durchschnitt liegt. Der Regierungsrat hat entschieden, den Kantonsanteil vorläufig auf 47 % Prozent festzusetzen. Das heisst also, dass die Krankenkassen 53 % übernehmen müssen. Diese 47 % kann er anwenden in einer Übergangsperiode von fünf Jahren, das heisst von 2012 bis 2016. Ab 2017 wird sich unser Kanton gemäss den bundesgesetzlichen Vorgaben mit 55 % an den Kosten beteiligen müssen. Der Regierungsrat hat sich für die 47 % entschieden, weil er damit auf die Prämien relativ wenig Einfluss ausübt. Die Stawiko unterstützt diesen Vorschlag, ist aber gleichzeitig auch der Meinung, dass der Kanton jetzt mal diese fünfjährige Frist ausnützen soll und nicht bereits innerhalb der Frist seinen Anteil sukzessive erhöht, sondern die 47 % bis am Ende der Periode ausreizt. Es sei denn, es seien zwingende Gründe vorhanden, um da eine politische Änderung vorzunehmen.
Der zweite Punkt sind die Globalbudgets. Der Regierungsrat will die Kompetenz haben, neben der Lösung, die jetzt das Gesetz vorsieht, nämlich Finanzierung mittels Fallpauschalen, eventuell eine Finanzierung mittels Globalbudget vorzusehen. Aus Sicht der Stawiko steht das in einem gewissen Widerspruch. Fallpauschalen und Globalbudget beissen sich irgendwo. Wir wurden denn auch belehrt, dass das eher die Ausnahme sein wird, eine ganz spezielle Situation vorliegen müsste, damit da eine Umstellung bei der Finanzierung erfolgen würde. Der Artikel ist denn auch in erster Linie ins Gesetz gekommen, weil es das Bundesgesetz auch so vorsieht. Die vorberatende Kommission hat ja dann auch noch die Ergänzung angebracht, dass das nur in begründeten Fällen gemacht wird. Wir unterstützen diese Vorgabe.
Zum dritten Punkt, der Finanzierung der ambulanten und stationären Akut- und Übergangspflege. Vroni Straub hat das ziemlich ausführlich erläutert. Es geht darum, dass die Frage besteht, wo der Schnitt zwischen Spital- und übrigen Pflegekosten gemacht wird. Hier kann man wirklich geteilter Meinung sein. Es ist so, dass da ein Kostenblock von 310'000 Franken zur Diskussion steht. Also ein Betrag, der im Verhältnis zu den 14 Millionen doch eher irrelevant ist. Die Stawiko hat sich schliesslich mit dem Stichentscheid des Votanten dafür entschieden, hier eine klare Trennlinie in der Form zu ziehen, dass eigentlich alles, was Spital und wirklich nur Spital ist, der Kanton zahlt, und alles andere die Gemeinden.
Zum vierten Punkt, der Umwandlung der Investitionsbeiträge in Darlehen. Wie Sie dem Bericht des Regierungsrats entnehmen konnten, haben ja verschiedene Kliniken in der Vergangenheit Investitionsbeiträge erhalten. Mit der Neuregelung der Spitalfinanzierung funktioniert das so, dass die Spitäler zusätzlich zu den Fallpauschalen einen zwölfprozentigen Zuschlag erhalten, der für die Finanzierung der Infrastruktur verwendet wird. Jetzt haben wir also hier eine Situation, dass wir die Investitionen schon vorfinanziert haben und über diesen Zuschlag nochmals finanzieren würden. Deshalb sieht die Regierung vor, diese Investitionsbeiträge, die noch in den verschiedenen Büchern stehen, in Darlehen umzuwandeln. Das macht Schwierigkeiten, weil sich die Kliniken natürlich dagegen sträuben. Trotzdem geht es darum, dass hier irgendwo eine Lösung gefunden werden muss. Es stellt sich die Frage, wer diese sucht. Der Regierungsrat stellt den Antrag, dass ihm die Kompetenz erteilt wird, die entsprechenden Verhandlungen zu führen und abzu-

schliessen. Nach langer Diskussion in der Stawiko sind wir mit dieser Kompetenzerteilung einverstanden. Es geht darum, dass wirklich konstruktive Lösungen gesucht und gefunden werden können. Wir sind aber auch ganz klar der Meinung, dass das Verhandlungsergebnis nicht darin gipfeln darf, dass diese Investitionen zweimal finanziert werden.
Die Stawiko-Anträge finden Sie auf S. 5 unseres Berichts. Sofern erforderlich, wird Gregor Kupper in der Detailberatung darauf eingehen. Die Stawiko beantragt einstimmig Eintreten auf die Vorlage.

Hubert **Schuler** hält fest, dass die SP-Fraktion die Überlegungen für die neue Spitalplanung und -finanzierung unterstützt und für Eintreten ist. Viele Vorgaben wurden durch den Bund festgelegt, der Spielraum für den Kanton Zug ist deshalb eingeschränkt. Die SP wird in der Detailberatung die Änderungsanträge der Kommission für das Gesundheitswesen unterstützen. Mit diesen Änderungen konnte ein sinnvolles Paket als Ganzes optimiert werden. Mit dem neuen Angebot der ambulanten und stationären Übergangspflege, welches notabene für den Kanton Zug nichts Neues ist, schuf der Bund ein zusätzliches Instrument für die Betreuung von Patientinnen und Patienten. Der Votant hört hier bereits die Regierung «jammern», dass dieses Angebot durch die Gemeinden getragen werden müsse. Nur, wenn wir den Titel dieses Instruments präzise anschauen (ambulante und stationäre Übergangspflege) sollte es eigentlich allen klar sein, dass dies nicht in die Langzeitpflege passt. Eben die Langzeitpflege, welche nun vollständig von den Gemeinden finanziert wird. Aus diesem Grund kann diese Aufgabe nicht einfach den Gemeinden übertragen werden. Es ist für uns sachlogisch, dass die Übergangspflege auf die beiden Bereiche ambulant und stationär aufgeteilt wird. Die Gemeinden sind für die ambulante Übergangspflege und der Kanton für die stationäre Übergangspflege zuständig. Unsere Fraktion schliesst sich hier der Kommissionsmeinung an. Die Stawiko fordert die Regierung unter § 9 Abs. 1 auf, alles daran zu setzen, dass mitfinanzierte Spitäler ihre Kosten und Prozesse im Griff haben. Diese Aufgabe würde die GD jedoch schlicht überfordern und ein Heer von Kontrollierenden müsste angestellt werden. Es ist ja gerade die Idee des Bundes, dass die Spitäler einem härteren Konkurrenzkampf ausgesetzt werden in der Meinung, dass damit die Wirtschaftlichkeit und Prozesse optimiert werden. Ob dieser Wunsch in Erfüllung geht, werden wir in einigen Jahren sehen.
Weiter möchte die Stawiko den Kostenteiler zwischen Kanton und Krankenkassen möglichst bis ans Ende der Übergangsfrist im Jahr 2017 beibehalten. Nur, wer definiert zwingende Gründe und ist es unter Umständen nicht sinnvoll, wenn der Kostenanteil des Kantons kontinuierlich und nicht explosionsartig ansteigt? Wir sind zuversichtlich, dass die Regierung hier die nötige Sorgfalt und ganzheitliche Betrachtungsweise anwendet.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF für Eintreten ist. Das vorliegende Gesetz hat grosse Diskussionen bei uns ausgelöst. Die Einführung der Fallpauschalen hat immer wieder für Schlagzeilen gesorgt – sie sind für uns nicht patientenfreundlich. Wir befürchten nach wie vor, dass der Wirtschaftlichkeitsdruck, der dieses Modell fordert, an das Personal in den Spitälern weitergegeben wird, sprich, schlechtere Arbeitsbedingungen usw., was sich schliesslich alles auf dem Patienten oder der Patientin niederschlägt. Fallpauschalen können dazu beitragen, dass Klientinnen und Klienten eines Spitals zu früh entlassen werden, oder gewisse Leistungen, die auch das Spital erfüllen könnte, ausgelagert werden. Wir können

nur hoffen, dass all diese Risiken, die mit diesem Berechnungssystem verbunden sind, im Zuger Spital aufgefangen werden.
Das vorliegende Gesetz ist nun eine Folge davon. Ambulante und stationäre Akut- und Übergangspflege sind Pflegeleistungen, die erst seit ein paar Jahren so genannt werden. Es ist gut möglich, dass gerade im Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung die ambulante und die stationäre Akut- und Übergangspflege an Bedeutung zunehmen werden. Daher gab die Frage, wer übernimmt nun was, viel zu reden. Eine Mehrheit hat sich jetzt aber für eine klare Trennung entschieden, sowie es die Regierung und auch die Stawiko vorschlagen. Die Gemeinden sollen nicht nur wie bis anhin die Langzeitpflege übernehmen, sondern nun auch definitiv die ambulante und stationäre Übergangspflege.
Bis zum Inkrafttreten der neuen Pflegefinanzierung trugen die Gemeinden die ungedeckten Pflegekosten der Akut- und Übergangspflege unter dem Titel «Übergangspflege» ja auch. Zudem sind die Leistungen der Akut- und Übergangspflege meistens dieselben wie für die Langzeitpflege. Auch die Leistungserbringer und Erbringerinnen sind dieselben. Die Votantin erwähnt dabei insbesondere die Spitex-Institutionen für die ambulanten und die Pflegeheime für die stationäre Übergangspflege. Die stationäre Übergangspflege zum Beispiel darf nur zwei Wochen dauern. Sind diese Personen nachher weiter auf eine Betreuung angewiesen und bleiben im Pflegeheim, gehören sie bereits in die Kategorie Langzeitpflege und eben zu den Gemeinden.
Die Gemeinden möchten es gerne anders haben, das wissen wir, aber es gibt ja immer wieder Bereiche, wo der Kanton die Gemeinden entlasten möchte, wie z.B. im Kinder- und Erwachsenenschutzrecht. Dort macht es auch Sinn. Es ist doch wichtig zu schauen, welche Aufgaben von der Gemeinde und welche vom Kanton am effizientesten und effektivsten wahrgenommen werden können. Für den Pflegebereich bedeutet dies, dass für das Akutspital der Kanton zuständig ist und er auch bezahlt. Für die Übergangs- und Langzeitpflege die Gemeinde, und dazu gehören auch die Alters- und Pflegeheime sowie die Spitex; dafür zahlt sie auch.
Anna Lustenberger hat die Meinung der knappen Mehrheit vertreten, einige von uns werden der Meinung Kommission folgen, andere sähen es am liebsten, wenn alles der Kanton übernähme. So oder so muss immer das Wohl der Menschen an vorderster Stelle stehen. Das ist das wichtigste Anliegen unserer ganzen Fraktion.

Irène **Castell-Bachmann** spricht im Namen der FDP-Fraktion und möchte gleich auch ihre Interessenbindung bekanntgeben, sie ist Vorstandsmitglied der GGZ, welche die Klinik Adelheid betreibt. – Es ist schon erwähnt worden: Der Spielraum des Kantons ist sehr begrenzt. Die Frage des Eintretens war unbestritten. Die FDP begrüsst die Ziele der Neuordnung, namentlich die Stärkung des Spitalstandorts des Kantons Zug, die hohe Qualität der medizinischen Versorgung im Kanton, dass die spezialisierte Versorgung im Wesentlichen ausserkantonal geschieht, dass der Kanton Zug weiterhin im schweizerischen Vergleich über tiefe Krankenkassenprämien verfügt. Letzteres ist sicher der Erfolg der guten Spitalpolitik im Kanton Zug; wir danken dem Regierungsrat dafür herzlich.
Zu den einzelnen Herausforderungen der Vorlage. Die FDP erachtet es als sinnvoll, dass die ambulante Akut- und Übergangspflege bei den Gemeinden bleibt, demgegenüber der Kanton für die stationäre Akut- und Übergangspflege zuständig ist. Aus unserer Sicht ist der Zusammenhang zwischen der stationären Akut- und Übergangspflege enger mit der Spital- als mit der Langzeitpflege verbunden.
Ein heisses Eisen ist die Umwandlung der bisherigen Kantonsbeiträge in Darlehen. Das betrifft namentlich auch die Klinik Adelheid, die Votantin kommt darauf zurück.

Positiv steht die FDP auch den vorgesehenen Steuerungsinstrumenten gegenüber, namentlich der Mengenbegrenzung, insbesondere der Bettenzahlbegrenzung, den degressiven Tarifen und dem Globalbudget. Was § 9a Abs. 4 betrifft, stimmt die FDP dem Stawiko-Antrag zu.
Und nun zur Klinik Adelheid. Hier spricht Irène Castell nicht als FDP-Vertreterin, sondern als Einzelsprecherin. Es ist ihr ein Anliegen, etwas klarzustellen. Aufgrund des Kommissionsberichts könnte man den falschen Eindruck erhalten, dass sich einzig die Klinik Adelheid mit dem Problem konfrontiert sieht, eine ausreichende Kostendeckung für ihre Leistungen zu erhalten. Auch bei anderen Häusern im Kanton Zug ist dies aber ein aktuelles Thema. Bei diesen muss z.B. gefragt werden, ob eine marktgerechte Miete berücksichtigt wird. Kommt der Kanton diesbezüglich entgegen, ist dies de facto ebenfalls eine gemeinwirtschaftliche Leistung. Die Klinik Adelheid ist lediglich das einzige Haus im Kanton, bei dem die gemeinwirtschaftlichen Leistungen auch als solche bezeichnet werden.
Abschliessend dankt die Votantin der Gesundheitsdirektion für die sehr gute Zusammenarbeit. Sie war hervorragend geführt und speditiv. Das war auch der Grund, warum wir diese sehr komplexe Materie innert kürzester Zeit bewältigen konnten.

Monika **Barmet** legt gleich zu Beginn ihre Interessenbindung offen. Sie ist seit bald 30 Jahren Pflegefachfrau und daher im Berufsverband, Sektion Zentralschweiz. Sie ist aber im Kanton Zürich berufstätig und deshalb interessiert sie die Umsetzung dieser Neuordnung im Kanton Zürich genauso. Zudem ist sie seit der Generalversammlung der Hilfsgesellschaft Menzingen vor zwei Wochen Mitglied des Trägervereins des Pflegeheims Luegeten.
Die Votantin hat in beiden Funktionen ein grosses persönliches Interesse, dass im Akut- und im Langzeitbereich mit dieser Neuordnung eine gute Grundlage geschaffen wird, die für Qualität im Alltag für alle Bereiche besorgt ist, das heisst konkret für Patientinnen und Patienten, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Verantwortlichen im Gesundheitsbereich.
Im Namen der CVP-Fraktion teilt Monika Barmet dem Rat mit, dass wir grossmehrheitlich die Anträge der vorberatenden Kommission, teilweise der Stawiko (unter anderem bei § 4a Abs. 4) und insgesamt wohlwollend den Bericht und Antrag des Regierungsrats unterstützen. Eintreten war unbestritten.
Die Reform der Spitalfinanzierung enthält eine Reihe positiver Elemente. So fördert die gleiche Abgeltung der stationären KVG-Leistungen in öffentlichen und privaten Spitälern die Effizienz, eine gesamtschweizerische einheitliche Struktur, Transparenz und den Wettbewerb. Weiter können auch Grundversicherte landesweit unter allen Spitälern auf den kantonalen Spitallisten wählen. Dadurch werden die Kantone zur Koordination ihrer Spitalplanung verpflichtet. Genau da sieht die Votantin noch viel Sparpotenzial.
Offene Fragen gibt es aber weiterhin, so z.B. werden stationäre und ambulante Leistungen weiterhin ungleich finanziert. Das hat zur Folge, dass Behandlungen nicht immer dort ausgeführt werden, wo es am kostengünstigsten ist. Unklar ist zudem, ob die neue Spitalfinanzierung langfristig Auswirkungen auf die personelle Situation im Pflegebereich haben wird, unter anderem infolge des Spardrucks. Die Aus- und Weiterbildungen müssen auf jeden Fall gewährleistet sein. Kontrolle durch die Gesundheitsdirektion wird dringend nötig sein. Dank der schrittweisen Anpassung des Kostenanteils im Kanton Zug wird auch die Krankenkassen-Prämienbelastung moderat ausfallen. Auch dank der effizienten, klaren, bereits geschaffenen Struktur in der Spitallandschaft im Kanton Zug.

Zu diskutieren gab auch in der CVP-Fraktion die Übergangspflege – es gab weder eine Mehrheit für die Variante Kostenübernahme durch die Kanton noch für die Übernahme durch die Gemeinden. Eigentlich hätte unser Fraktionschef den Stichentscheid fällen müssen. Entgegen der Meinung des Regierungsrats und der Stawiko lassen sich nach Erachten Monika Barmets die Bereiche klar trennen – die Überganspflege ist keinesfalls der Langzeitpflege zuzuordnen und ist systemwidrig. Der definitive Rückzug des Kantons aus der Langzeitpflege kam eher überraschend, indem langfristig keine Kantonsbeiträge an die Investitionen mehr ausgerichtet werden. Aber auch dieses Vorgehen unterstützt die CVP -Fraktion.
Zum Schluss noch kurz folgende Bemerkung: Es werden im Gesundheitswesen noch weitere Reformschritte nötig sein. Und eine sachliche Analyse der Auswirkung dieser Neuordnung wird dringend notwendig sein.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** möchte ganz herzlich danken für die gute Aufnahme, das Wohlwollen und für die hohe Qualität der Eintretensdebatte. Er dankt der Kommission für das Gesundheitswesen und der Stawiko. Beide Kommissionen haben mit der gebotenen Sorgfalt und Tiefe diese hochkomplexe Materie durchberaten und dabei die allermeisten Anträge des Regierungsrats gutgeheissen.
Die Neuordnung der Spitalplanung und -finanzierung ist im Prinzip nichts anderes als eine Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben mit zwei Schwerpunkten, die uns keinen Spielraum lassen. So ist das neue Vergütungssystem gesetzt. Beim Leistungseinkauf handelt es sich um unmittelbar gebundene Ausgaben. Diese sind aufgrund übergeordneten Bundesrechts (Art. 49a KVG) geschuldet. Der Gesundheitsdirektor weiss, dass man das nicht gerne hört. Wir in der Regierung haben das nicht gern, Sie als Kantonsratsmitglieder auch nicht, wenn man einfach sagt: Es gibt Geld, das geschuldet ist, und man kann da im Prinzip nichts machen. Aber wenn man auswärts oder im Kanton in den Kliniken oder Spitälern operiert wird, so muss das eben jemand bezahlen. Und der Bund hat das so geregelt.
Das zweite sind die systembedingten Mehrkosten. Sie sind vor allem darauf zurückzuführen, dass wir mit diesem neuen System eben auch die Privatkliniken, die auf der Spitalliste sind, subventionieren. Sie haben gesehen, im Stawiko-Bericht haben wir offengelegt, was für das Budget 2012 vorgesehen ist. Allein der Leistungseinkauf bei der Andreas-Klinik hier im Kanton Zug kostet uns 9,9 Mio. Franken. Das sind Zahlen, die wir aufgrund der Fälle so hochgerechnet haben.
Dazu kommt, dass auch ausserkantonale Wahlhospitalisationen mitfinanziert werden müssen. Heute war das so, dass das nur der Fall war, wenn das medizinisch im Kanton nicht gemacht werden konnte und der Kantonsarzt eine entsprechende Kostengutsprache gegeben hat. Jetzt ist es mit der neuen Spitalfinanzierung eben auch so: Selbst wenn sie medizinisch nicht indiziert sind, müssen sie bezahlt werden. Das sind systembedingte Mehrkosten. Da haben wir keinen Handlungsspielraum. Dort wo Sie vollständigen Handlungsspielraum haben, liegt eigentlich das pièce de resistance dieser Vorlage. Das ist die Akut- und Übergangspflege. Zu ihr wird sich Joachim Eder dann in der Detailberatung äussern.
Die konsequente Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden ist unbestritten. Wir geben also diese vier Pflegheime mit regionalem Leistungsprogramm (ein Teil der Neustadt Zug, Pflegezentrum Ennetsee Cham, Pflegezentrum Baar und Luegeten, Zentrum für Pflege und Betreuung Menzingen) in die Verantwortung der Gemeinden. Die Gemeindepräsidentenkonferenz, bei welcher der Votant vortraben durfte, hat das positiv gewertet. Insbesondere auch, weil wir aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse eine Übergangsfrist bis spätestens 1. Januar 2014 zugestanden haben. Und die wirklich einzige Differenz, die es jetzt noch gibt zwischen Gemeinden und Kanton, ist die, welche auch in den Medien immer am höchsten

gespielt wurde, die Akut- und Übergangspflege. Das ist ein politischer Entscheid, den Sie zu fällen haben.
Zur Forderung der Stawiko auf S. 4 ihres Berichts, wo sie unten schreibt, dass sie den Regierungsrat auffordert, «alles daran zu setzen, dass die vom Kanton mitfinanzierten Spitäler betriebswirtschaftlich geführt werden und ihre Prozesse und Kosten im Griff haben. Grundsätzlich müssen die Fallpauschalen, so die Stawiko, für die Finanzierung ausreichen. Die Kompetenzen zur Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen sind restriktiv einzusetzen. Sie sind kein Freipasse zur Deckung eventueller Defizite.» Es ist richtig, dass die Fallpauschalen im Prinzip für die Finanzierung ausreichen müssen.
Jetzt haben wir aber gesamtschweizerisch noch eine ganz grosse Unklarheit. Das ist der sogenannte Investitionskostenanteil in diesen Tarifen. Der ist noch nicht klar. Die Kantone fordern mindestens 12 %, Bundesrat Burkhalter hat an der Plenarversammlung der Gesundheitsdirektoren von 10, 11 und 12 % gesprochen. Das ist eindeutig zu wenig. Die Versicherer sprechen sogar von 8, 9 und 10 %. Da werden wir ein Seilziehen haben zwischen den Tarifpartnern. Da werden wir Beschwerden haben und Gerichtsentscheide. Das wird lange dauern. Wir kennen das von den jetzigen Tarifen, welche die Regierung festgesetzt hat. So gesehen wird es schwierig sein, dass man einfach sagen kann: Es ist alles klar. Der Gesundheitsdirektor kann aber hier festhalten, dass die Spitäler und Kliniken im Kanton Zug gut geführt sind und dass damit die Zuger Gesundheitsversorgung sehr gut funktioniert.
Die Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen wollen und werden wir restriktiv handhaben. Das hat Joachim Eder der Stawiko auch aufgezeigt. Wir werden aber bei der Klinik Adelheid AG einen Anteil der gemeinwirtschaftlichen Leistungen abgelten. Wir reden von 400'000 Franken. Die Vorstellungen der Klinik Adelheid AG sind höher und der Gesundheitsdirektor hat ganz klar gesagt: Wir können natürlich auch aus Gleichbehandlungsgründen hier nicht einfach das zahlen, was die Klinikverantwortlichen wünschen. Defizit werden keine mehr gewährt im neuen System. Wir verabschieden uns definitiv davon.
Die Vorlage stellt dem Kanton verschiedene Steuerungsinstrumente zur Verfügung, um allfälligen negativen Kostenentwicklungen entgegenwirken zu können. Diese wurden sowohl in der Gesundheitskommission wie auch in der Stawiko eingehend diskutiert. Und der Votant ist froh, dass sie dem Regierungsrat diese Instrumente lassen. Es sah ab und zu in der Stawiko so aus, dass sie das dem Regierungsrat nicht zumuten wollen. Joachim Eder ist sehr froh, dass sie hier Vertrauen haben in den Regierungsrat. Sie können davon ausgehen, dass wir diese nur ergreifen, wenn es nötig ist. Und wir ergreifen sie im Interesse der Zuger Steuerzahlerinnen und -zahler, aber auch im Interesse der Prämienzahler und -zahlerinnen, wenn es dann nötig ist.
Das ist eine sehr wichtige Vorlage und Sie haben ja gelesen und gehört, was in anderen Kantonen da alles abgegangen ist. Der Gesundheitsdirektor möchte noch zu zwei, drei Punkten, die in der Eintretensdebatte angesprochen wurden, etwas sagen. Vroni Straub hat davon gesprochen, dass bei § 11 Abs. 5 noch eine Unklarheit herrsche. Für Joachim Eder ist seit dem Antrag der Kommission, dass Erweiterungsinvestitionen ausgeschlossen sind bei diesen Pflegeheimen mit regionalem Leistungsprogramm, eigentlich alles klar. Dieser Paragraph ist so, wie er jetzt von der Kommission vorgeschlagen wird, eine so genannte Lex Luegeten. Das ist richtig. Es können also von den anderen Pflegeheimen mit regionalem Leistungsprogramm keine zusätzlichen Erweiterungsbauten mehr gemacht werden. Das heisst, sie können selbstverständlich gemacht werden, aber sie werden weder von den Gemeinden noch vom Kanton anteilsmässig finanziert.

Zu Gregor Kupper und der Frage, wer profitiert. Die Zusatzversicherungen profitieren. Ob die Prämien der Zusatzversicherungen auf das Jahr 2012 tatsächlich erheblich sinken, wie es eigentlich sein müsste, muss sich noch weisen. Weder der Gesundheitsdirektor noch die Regierung als solche haben hier Einfluss. Wir werden aber darauf ein besonderes Augenmerk legen. Bei den Zusatzversicherungen kommt nämlich den Kantonen, anders als bei der sozialen Krankenversicherung, kein Anhörungsrecht im Zusammenhang mit den Prämien zu.
Zum Kostenteiler, wo der Stawiko-Präsident ja dem Regierungsrat dringend ans Herz gelegt hat, ihn nicht ohne zwingenden Grund zu ändern. Wir nehmen das auf. Joachim Eder kann nichts versprechen. Aber wir haben uns wirklich Überlegungen gemacht und einen sinnvollen Entscheid getroffen. Wir werden aber sicher die ganzheitliche Betrachtungsweise pflegen und dazu gehört eben auch, dass wir alle auf der einen Seite Prämienzahlerinnen und -zahler sind und auf der anderen Seite Steuerzahlerinnen und -zahler. Mit dem Kostenteiler machen Sie eigentlich nur Folgendes: Sie verlagern die Kosten vom einen zum anderen Teil. Entweder steigen die Prämien enorm oder der Anteil der Steuergelder steigt. Aber jene, die es trifft, sind die Gleichen, nämlich wir alle. Aber es besteht aus heutiger Sicht kein Anlass, das zu ändern. Wir könnten das aber jedes Jahr tun. Wir können darüber aber nur diskutieren, weil wir unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt sind. In vielen anderen Kantonen besteht hier überhaupt kein Handlungsspielraum.
Zu Anna Lustenberger nur schnell Folgendes. Der Gesundheitsdirektor hat erwartet, dass irgendjemand aus der linken Ecke wieder mit der Mär der Fallpauschale kommt. Wir haben im Zuger Kantonsspital seit dem 1. Januar 2004 ein Modell, bei dem gar nichts anderes passiert. Wir haben jetzt sieben Jahre positive Erfahrungen. Das Personal litt nicht darunter. Wir haben hochqualifiziertes Personal und sehr gute Leistungen, wir haben einen Gesamtarbeitsvertrag. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das funktioniert. In anderen Kantonen oder in der Andreas-Klinik, wo wir die DRG noch nicht haben, können Sie das anbringen, aber sicher nicht in unserem Kantonsspital. Es kommt dazu, dass eine neue Studie des schweizerischen Gesundheitsobservatoriums zum Schluss kommt, dass die bisher in den Schweizer Spitälern bereits eingeführten Fallpauschalen nicht zu Qualitätseinbussen geführt haben, zu früher Entlassung von Patientinnen und Patienten oder zu einer Zunahme von Hospitalisierungen wegen ungenügender Versorgung. Diese Resultate sind im Hinblick auf das kommende Jahr von Bedeutung, weil wir anfangs 2012 schweizweit Fallpauschalen einführen.
Zu Monika Barmet und den offenen Fragen. Das ist so. Sie hat auch angesprochen dass die Kontrolle der Gesundheitsdirektion dringend nötig sei. Wir wissen das und Joachim Eder hat schon in der Kommission zugesichert, dass wir im Rahmen des Rechenschaftsberichts und der Kontrolle der Stawiko-Delegation hier jederzeit und überall Auskunft geben werden.
Der Gesundheitsdirektor beantragt abschliessend, dass Sie auf die Vorlage eintreten und den Anträgen des Regierungsrats zustimmen. Bei § 8 Abs. 3 und bei § 11a Abs. 5 schliesst sich die Regierung der Kommission für das Gesundheitswesen an. Und bei § 9a Abs. 4 unterstützen wir den Antrag der Stawiko. In § 4 Abs. 3 halten wir selbstverständlich eisern an unserem Antrag fest. Begründen wird Joachim Eder das in der Detailberatung.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 2037.4 – 13785

§ 4 Abs. 3

Vroni **Straub-Müller** hält fest, dass die Kommission für das Gesundheitswesen den Antrag stellt, dass die ambulante Akut- und Übergangspflege den Gemeinden, welche heute schon für die Spitex zuständig sind, übertragen werden soll. Wird sie hingegen stationär erbracht, soll sie beim Kanton verbleiben, ist der Kanton doch klar für den stationären Teil der Behandlungskette zuständig. Dies splittet auch das Risiko auf Gemeinden und Kanton, weil niemand von uns weiss, wie sich die Akut- und Übergangspflege nach 2012 entwickeln wird.
Die Kommission kommt damit dem grossen Anliegen der Gemeinden, beziehungsweise der Sozialvorsteherkonferenz halbwegs entgegen, welche die gesamte Akut- und Übergangspflege beim Kanton belassen will. Sie ist nach der Mehrheit der Kommission keine Langzeitpflege und daher insbesondere der stationäre Teil der Übergangspflege keine Gemeindeaufgabe, das definiert schon der Zeitraum von 14 Tagen. Bitte unterstützen Sie den Antrag der Kommission!

Gregor **Kupper** hat schon erwähnt, dass der Entscheid in der Stawiko auch umstritten war. Sie hat sich mit 3:3 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten für die Variante des Regierungsrats entschieden. Es ging vor allem darum, dass wir hier einen klaren Schnitt wollen. Spital gleich Kanton, alles andere gleich Gemeinden. Sie müssen sich auch z.B. vorstellen bei dieser stationären Übergangspflege: Die ersten 14 Tage zahlt dann der Kanton, wenn der Patient 15 oder 16 Tage bleiben muss, gibt es einen Kostenteiler. Es wird also für die Pflegeheime und ihre Abrechnung nicht einfacher. Es geht um 310'000 Franken. Auch wenn Sie alle irgendwo auch Gemeindevertreter sind, lassen Sie bitte Vernunft walten! Es sind keine Kostenblöcke, die zu extremen Belastungen der Gemeinden führen. Umso mehr, als wir in verschiedenen Vorlagen in der Vergangenheit die Gemeinden auch finanziell entlastet haben. Bitte folgen Sie hier unbedingt dem Antrag des Regierungsrats!

Hubert **Schuler** weist darauf hin, dass im Bericht der Regierung auf S. 17 dargelegt wird, wie die Akut- und Übergangspflege finanziert wird. Der Bund wechselt von der Pflegefinanzierung in die Spitalfinanzierung. Dabei spielt es keine Rolle, weshalb der Bund das System änderte, denn es geht darum, wer in welchem System abrechnet. Die Gemeinden, welche nun für die ganze Langzeitpflege und die Spitex zuständig werden, rechnen im System der Pflegefinanzierung ab. Wenn ihnen nun die gesamte Übergangspflege übergeben würde, müssten sie mit zwei verschiedenen Abrechnungsmodellen arbeiten. Der Kanton hingegen arbeitet auch in Zukunft mit der Spitalfinanzierung, das heisst die GD ist mit diesem Modell vertraut. Es macht schlichtweg keinen Sinn, wenn die Gemeinden beide Modelle führen müssen. Die Aussage des Stawiko-Präsidenten stimmt schon, aber beim Spitalaustritt, wenn jemand Spitex-Leistungen braucht, gibt es diesen Übergang auch. Der Übergang wird also auf jeden Fall stattfinden.
Auch aus Sicht einer Patientin oder eines Patienten gehören Spital und Übergangspflege zusammen, da die Leute anschliessend wieder nach Hause gehen. Bei der Langzeitpflege muss von einer ganz anderen Situation ausgegangen werden. Die Aufteilung zwischen akuter und stationärer Übergangspflege, so wie es die Kommission vorschlägt ist sinnvoll und von der Effizienz her sachlogisch. Bitte unterstützen Sie den Antrag der Kommission für das Gesundheitswesen.

Beni **Riedi** hält fest, dass die SVP-Fraktion geschlossen der Meinung ist, dass die Versorgung in der ambulanten und stationären Akut- und Übergangspflege auf der Gemeindeebene geregelt sein sollte. Somit unterstützen wir hier den Vorschlag der Regierung. Wir sind überzeugt, dass die Effizienzgewinne durch eine Verschiebung auf die kantonale Ebene marginal wären. Die starke und bewährte Tradition, dass sich in der Schweiz die Gemeinden umfassend und weitgehend um das Wohl ihrer Einwohner kümmern, sollte auch im Bereich der Akut- und Übergangspflege erhalten bleiben, und zwar unabhängig davon, ob ambulant oder stationär. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Spitex. Auch bei ihr sind die Gemeinden zuständig. In diesem Sinn bittet der Votant den Rat, der Regierung zuzustimmen.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** wiederholt, dass es ein politischer Entscheid ist, den der Rat hier zu fällen hat. Es ist nichts anderes als eine Glaubensfrage und er begründet in vier Punkten nochmals die Haltung der Regierung.
1. Bis zum Inkrafttreten der neuen Pflegefinanzierung trugen die Gemeinden die ungedeckten Pflegekosten der Akut- und Übergangspflege unter dem Titel «Übergangspflege». Diese Lösung hat sich bewährt. Der Kanton ist ab 1. Januar 2011 entgegenkommenderweise – das war der grösste Fehler des Votanten – im Interesse der Sache und im Sinne einer Interimslösung eingesprungen bis zur Anpassung des kantonalen Gesetzes.
2. Der Leistungskatalog der Leistungen der Akut- und Übergangspflege ist derselbe wie für die Pflegeleistungen. Auch die Leistungserbringer sind dieselben, insbesondere die Spitex-Institutionen und die Pflegeheime. Wenn aber die Leistungen und die Leistungserbringer dieselben sind, macht es keinen Sinn, unterschiedliche Finanzierungsformen zu wählen. Denn es gilt doch immer noch: Wer zahlt, befiehlt. Wenn jetzt zwei zahlen und somit zwei befehlen, ist dies im Hinblick auf eine klare Kompetenzabgrenzung immer problematisch.
3. Erst recht problematisch wäre eine Unterscheidung zwischen der Finanzierung der ambulanten Akut- und Übergangspflege einerseits und der stationären Akut- und Übergangspflege andererseits. Denn dies führt zu unerwünschten Anreizen, Leistungen von einem Bereich in den anderen zu verlagern, wie die schlechten Erfahrungen aus dem Spitalsektor zeigen, wo nämlich ambulante und stationäre Spitalleistungen unterschiedlich finanziert werden. Es wäre deshalb verfehlt, dieses überkommene System neu im Bereich der Akut- und Übergangspflege einzuführen.
4. Die Kosten für die Gemeinden von 310'000 Franken sind vergleichsweise gering. Und es geht hier um Menschen. Durchschnittlich reden wir von drei Personen, die bis jetzt stationär im Pflegezentrum Baar ihre Pflege genossen in diesen 14 Tagen. 16 von 17 Patientinnen und Patienten konnten wieder nach Hause. Wir reden also von drei Leuten! Grundsätzlich rechtfertigt das keineswegs, alle oben erwähnten systembezogenen Nachteile in Kauf zu nehmen, zumal sich die Mehrkosten der neuen Spitalfinanzierung für den Kanton in einer ganz anderen Grössenordnung bewegen. Also drei Personen und im ganzen Kanton haben wir 1'085 Alters- und Pflegeheimplätze. Das ist die Verhältnismässigkeit, entscheiden Sie jetzt politisch, wem Sie das zuordnen wollen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass wir es hier mit einem Grundsatzentscheid zu tun haben. Je nachdem, ob Sie sich dem Regierungsrat oder der vorberatenden Kommission anschliessen, hat dies nachher Auswirkungen auf § 4 Abs. 3, § 6 Abs. 2 und 4, § 7a Abs. 2. Alle hängen innerlich voneinander ab.

➔ Der Rat lehnt den Kommissionsantrag mit 36:26 Stimmen ab und schliesst sich somit dem Regierungsantrag an.

§ 8 Abs. 3

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich hier Regierung und Stawiko der vorberatenden Kommission anschliessen.

➔ Einigung

§ 9a Abs. 4

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich die Regierung hier der Fassung der Stawiko anschliesst.

Vroni **Straub-Müller** hält fest, dass die Kommission darüber nicht gesprochen hat, strittig ist es nicht, sie ist als Kommissionspräsidentin dafür.

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird.

➔ Einigung

§ 11a Abs. 3

Monika **Barmet** stellt den Antrag, die Übergangsfrist bis 1. Januar 2015 zu verlängern. Wie sie bereits im Eintretensvotum ausgeführt hat, wurden die betroffenen Pflegeheime *und* die Gemeinden vom Antrag des Regierungsrats eher überrascht. Vor allem im Bereich Übergangspflege und auch vom Rückzug der Investitionskosten. Wir können den Gemeinden deshalb eine längere Übergangsfrist gewähren. Interessanterweise wurde in der heutigen Debatte gefordert, die Übergangsfrist beim Kostenteiler Kanton/Krankenkassen dringend zu nutzen. Also gewähren wir den Gemeinden auch eine längere Übergangsfrist.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** bittet den Rat dringend, den Antrag abzulehnen. Er wurde schon in der Kommission gestellt und dort mit 12:3 Stimmen abgelehnt. Und zwar hat das einen ganz einfachen Grund: Wir haben uns mit der Gemeindepräsidentenkonferenz geeinigt. Sie ist einverstanden. Der Gesundheitsdirektor hat der SOWOKO am 14. April das ebenfalls erläutert. Die Gemeinden sind dankbar für die Verlängerung bis zum 1. Januar 2014. Auch von operativer Seite der Gemeinden wird gesagt, dass eine Umsetzung bis zum 1. Januar 2014 möglich ist. Also eine weitere Verlängerung ist nicht nötig. Es wäre sogar ein Misstrauensvotum gegenüber den Gemeinden. Stellen Sie sich vor: Joachim Eder handelt da eine Lösung aus und dann kommt der Kantonsrat und sagt: Es ist zu verlängern, wenn die Gemeindepräsidentenkonferenz einverstanden ist. Und noch etwas: Wir haben die Vernehmlassung am 1. Dezember 2010 den Gemeinden und anderen Leistungserbringern geschickt. Seit damals wissen sie das und es wurde ja immer gesagt, sie bräuchten drei Jahre. Sie können sich also schon absolut darauf vorbereiten. Es ist für die Gemeinden also keine Überraschung, wenn Sie daran festhalten. Bitte halten Sie am Antrag von Regierung und Kommission fest!

➔ Der Antrag Barmet wird mit 55:10 Stimmen abgelehnt.

§ 11 Abs. 5

Die **Vorsitzende** hält fest, dass sich hier Regierung und Stawiko der vorberatenden Kommission anschliessen.

➔ Einigung

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2037.6 – 13831 enthalten.

176 Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag zum Ausbau der Strecke Thalwil-Zug im Rahmen der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich

Traktandum 13 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1930.1/.2 – 13395/96), der Kommission für öffentlichen Verkehr (Nr. 1930.3 – 13776) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1930.4 – 13782).

Manuel **Aeschbacher** hält fest, dass die Kommission die Vorlage aus verschiedenen Blickwinkeln durchleuchtet und quasi eine Themenrundfahrt gemacht hat. Um die Zugfolgezeiten auf der Strecke Zug-Thalwil zu verkürzen, bejaht die Kommission den Brutto-Investitionsbeitrag von 4 Millionen für Bahntechnik, sprich ergänzende Signale und Sicherheitseinrichtungen. Für die KöV ist dies der pragmatische Weg, besser gesagt die Schiene, um rasch mehr Züge auf dem genannten Korridor verkehren lassen zu können.
Konkret geht es um eine neue S-Bahn-Verbindung ab Zug via Thalwil, Zürich, Flughafen, Winterthur nach Schaffhausen oder Weinfelden. Zu Diskussionen führte die Tatsache, dass geplant ist, diese neue S24 ab Zürich nicht über die sich in Bau befindliche Durchmesserlinie (DML) fahren zu lassen. Die Kommission musste oder durfte einmal mehr zur Kenntnis nehmen, dass es sich beim Fahrplan um ein äusserst komplexes Konstrukt handelt, bei welchem die kleinste Änderung einen ganzen Güterzug von weiteren Änderungen zur Folge hat.
Insofern ist die Kommission bereit, diese bittere Pille zu schlucken, dass die S24 voraussichtlich nicht über die neue Durchmesserlinie verkehren wird, unter der Prämisse, dass der Kanton Zug dannzumal auch von besseren Verbindungen im Fernverkehr profitieren wird. Die KöV erwartet aber vom Regierungsrat – das haben wir an der Sitzung so diskutiert, dass er sich mit Nachdruck für solche bessere Verbindungen im Fernverkehr frühzeitig einsetzt.
Die KöV beantragt, auf die Vorlage einzutreten und dem Investitionsbeitrag von netto 2,7 Mio. Franken zuzustimmen. Aus unserer Sicht handelt es sich um eine im Verhältnis zu den Totalkosten von 93 Mio. Franken relativ bescheidene Belastung, wenn man sich den zukünftigen Nutzen und die kurzfristige Realisierbarkeit vor Augen führt. Zudem setzen wir damit das richtige politische Signal nach Bern und an unsere Nachbarkantone, dass Zug eben gewillt ist, in einen attraktiven öffentlichen Verkehr zu investieren, dafür aber auch darauf angewiesen ist, dass der Bund seine Hausaufgaben macht, Beispiele Zimmerbergtunnel oder die Finanzierung der

Doppelspur zwischen Rotkreuz und Freudenberg. – Auch die SVP-Fraktion schliesst sich der Meinung der Kommission für öffentlichen Verkehr an; wir sind für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage.

Gregor **Kupper** betont, dass wir hier für 2,7 Mio. Franken eine doch erhebliche Gegenleistung in Form einer Verbesserung des Bahnverkehrs Richtung Zürich erhalten. Wenn wir diese Investitionskosten anschauen, dürfen wir selbstverständlich die zukünftigen Betriebskosten nicht vergessen. Es ist logisch, dass jede Verbesserung, jeder Leistungsausbau im öffentlichen Verkehr auch erhöhte Abgeltungen zur Folge haben. Wir haben das erläutert im Stawiko-Bericht auf S. 2. Man rechnet hier mit einer erhöhten Abgeltung in der Grössenordnung von 600'000 Franken. Denken Sie bitte bei der Budgetberatung bei den Abgeltungen an den öffentlichen Verkehr daran.
Der zweite Punkt, den wir zur Diskussion gestellt haben, ist, ob denn eigentlich die Kapazität des Bahnhofs Zug auch ausreicht. Wir stellen vermehrt fest, dass gerade im Berufsverkehr, zumindest auf den Perrons 4 und 5, nicht nur auf der Schiene, sondern auch auf den Perrons selber bei den Fahrgästen doch ein erhebliches Gedränge herrscht. Wir wurden von der Volkswirtschaftsdirektion aufgeklärt, dass dieser Ausbau mit Sicherheit keine baulichen Folgen auf den Bahnhof Zug hat. Im Gegenteil: Die Volkswirtschaftsdirektion geht davon aus, dass sich der Strom der Passagiere besser verteilt, sowohl zeitlich, wie auch auf die verschiedenen Perrons. Dass wir da also im Moment zumindest nicht mit irgendwelchen Folgekosten rechnen müssen. Wie das in weiterer Zukunft aussieht, weiss der Stawiko-Präsident nicht. Vielleicht kann dazu der Volkswirtschaftsdirektor noch einige Ausführungen machen. – Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung zur Vorlage.

Zari **Dzaferi** erinnert daran, dass hier allen bekannt ist, dass die Zugstrecke Luzern-Zug-Zürich an ihre Kapazitätsgrenzen stösst. Die Nachfrage nach einem höheren Angebot ist dementsprechend gross. Im Rahmen der 4. Teilergänzung der S-Bahn Zürich bietet sich für den Kanton Zug eine Chance, um die Kapazität auf dieser Strecke etwas zu steigern. Dank hohen Investitionen von Bund und Kanton Zürich, haben wir die Möglichkeit, unser S-Bahn-Angebot nach Zürich für gerade mal 2,7 Millionen Franken auszubauen. Das ist vergleichsweise wenig.
Der Votant möchte allerdings betonen, dass es sich damit um einen Ausbau der S-Bahn handelt, welcher hauptsächlich den Regionalverkehr etwas entlasten wird. Er ist nämlich überzeugt, dass die schnelleren, interregionalen Züge durch die zukünftige S24 nicht markant entlastet werden. Denn im Gegensatz zum Interregio ist die S-Bahn bekanntlich langsamer unterwegs und für etliche Berufspendler nur zweite Wahl. Die Perrons 4 und 5 am Zuger Bahnhof dürften also weiterhin rappelvoll bleiben – insbesondere morgens und abends.
Auch die aktuelle S21 ist hauptsächlich am Morgen sowie am Abend gefragt. Daher sollte der durchgehende Halbstundentakt, der mit der S 24 eingeführt werden soll, eher nüchtern betrachtet werden. Er bringt garantiert eine Erhöhung der Kapazität für den gesamten Tag – jedoch nicht zwingend eine Entlastung während der Rush-Hour. Zur Rush-Hour besteht nämlich bereits heute ein erhöhtes Angebot mit interregionalen Extrazügen, welches bereits heute an ihre Grenzen stösst.
Die S24 punktet in diesem Bereich mit dem Rollmaterial. Erstens können damit – dank zwei Stockwerken – mehr Personen befördert werden. Zweitens fallen die

uralten Modelle, welche für gehbehinderte Menschen eine unüberwindbare Hürde darstellen, weg.
Am meisten zu bedenken gibt der SP-Fraktion, dass ab 2014 einer der beiden Interregios nach Zürich nicht mehr bedient werden soll. Dies zwingt Reisende nach Thalwil, Zürich HB oder Zürich Flughafen im Knotenpunkt Zug auf die S24 umzusteigen. Das würde bedeuten, dass die Fahrgäste zum Umsteigen innerhalb von wenigen Minuten von Gleis 5 durch die Bahnhofhalle hindurch auf das erste Gleis spurten müssten. Die SP-Fraktion kann sich sehr wohl vorstellen, dass dies insbesondere für ältere Personen, Reisende mit Gepäck und Kinderwagen und nicht zuletzt für Gehbehinderte eher problematisch sein dürfte.
Das Gesamtpaket der S24 könnte man mit einer Art Pauschalreise – wie sie zurzeit in Massen angeboten werden – verglichen werden. Wir erhalten zwar ein recht grosses Angebot für vergleichsweise wenig Geld. Dafür können wir bei den Einzeldetails, wie z.B. beim Fahrplan, nicht wirklich mitreden. Denn der Kanton Zürich finanziert den Löwenanteil und wird somit als wesentlicher Taktgeber angesehen. Deshalb können wir nur das gesamte Paket buchen und dieses, wenn überhaupt, nur minim verändern. Der Regierungsrat sowie die Volkswirtschaftsdirektion sollten sich deshalb im Rahmen der anstehenden Planungen weiterhin für Verbesserungen im Fernverkehr einsetzen. Die Interregios dürfen nämlich auf keinen Fall abgelöst werden. Der Kanton Zug erhält – insbesondere dank massgeblicher Beteiligung des Bundes und des Kantons Zürich – für vergleichsweise wenig Geld eine Verbesserung des Regionalverkehrs. Deshalb wird die SP-Fraktion einstimmig auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

Die **Vorsitzende** bittet alle, ihre Voten kurz zu halten und Wiederholungen möglichst zu vermeiden. Wir sind jetzt bei Traktandum 13 und hätten eigentlich noch fünf Traktanden, die wir heute behandeln möchten.

Martin **Stuber** muss die Präsidentin leider enttäuschen. Es gibt noch Einiges zu sagen zu dieser Vorlage. Um es vorweg zu nehmen: Die AGF ist für Eintreten, stimmt dem KRB aber ohne Begeisterung zu. Wir können in dieses Loblied nicht ganz einstimmen. Die Vorlage ist wenig transparent, weil sie nur Verbesserungen hervorhebt und Einiges verschweigt respektive nur am Rande behandelt. Es hat den Sprechenden einiges an Arbeit und Nachfragen gekostet, um alle zur Beurteilung nötigen Informationen zu bekommen. Dies ist im Rahmen der KöV geschehen. Insbesondere das Studium des Netzfahrplans hat sich gelohnt.
Die wichtigsten Erkenntnisse: Die S24 verkehrt nicht über den neuen Durchmesserbahnhof Löwenstrasse, weil sie als einzig verbleibende S-Bahn den Bahnhof Wipkingen bedienen muss und deshalb in den Hauptbahnhof muss. So kann Zug nicht von einer schnelleren, umsteigefreien Verbindung zum Flughafen und nach Zürich Nord profitieren.
Zwar erhalten wir mit der S24 eine direkte Verbindung im Halbstundentakt nach Zürich Nord und insbesondere zum Flughafen, allerdings mit einer Fahrzeit von 52 Minuten. Dieser Vorteil wird negativ kompensiert mit dem faktischen Wegfall der schnellen stündlichen Direktverbindung via Interregio mit einer Fahrzeit von 42 Minuten. Diese bleibt zwar erhalten, aber mit langer Standzeit im HB und deshalb einer unattraktiven Fahrzeit von 53 Minuten, also länger als die S24. Das ist ganz klar eine Verschlechterung. Und diese betrifft dann vor allem die Reisenden aus dem Ennetsee, die ja direkt und ohne Umsteigen zum Flughafen möchten. Das

können sie in Zukunft schon noch, aber mit wesentlich längerer Fahrzeit. Wo da eine Verbesserung sein soll, sieht der Votant nicht.
Zug verliert eine der beiden direkten Schnellzugsverbindungen nach Thalwil. Dazu ist allerdings zu sagen, dass gemäss SBB diese Aussage noch nicht definitiv ist. Martin Stuber möchte gerne vom Volkswirtschaftsdirektor hören, ob sich Zug für den Erhalt dieses Interregio-Halts in Thalwil einsetzen wird. Siehe dazu auch die klare Aussage im Kommissionsbericht auf S. 3 oben.
Ein ausführlicher Artikel in der Aprilnummer der Schweizerischen Eisenbahn Revue (SER) erklärt die Hintergründe dazu. Die 4. Teilergänzung ist ein Zürcher Projekt, in dem die Anbindung des Astes nach Zug/Luzern praktisch kein Aspekt ist. Dass Zug keine hohe Priorität im Zürcher Verkehrsverbund geniesst, zeigt auch der Viertelstundentakt im Knonauer Amt, der nur bis Affoltern reicht.
Überhaupt ist der Viertelstundentakt das erklärte Ziel der 4. Teilergänzung. Aber Zug und auch Luzern erhalten keinen Viertelstundentakt Richtung Zürich und gehören offensichtlich nicht zu den «grösseren Orten im mittleren Distanzbereich» der Stadt Zürich, welche gemäss Artikel in der SER vom Viertelstundentakt profitieren sollen.
Verstehen Sie den Votanten nicht falsch: Die Zürcher S-Bahn ist eine der grössten Erfolgsgeschichten im schweizerischen öffentlichen Verkehr und diese 4. Teilergänzung ist sicherlich nochmals ein grosser Schritt vorwärts – dagegen ist absolut nichts zu sagen. Aber man sollte ehrlich sein und offen sagen, dass es für Zug unterm Strich wenig Vorteile bringt. Nachteile und Vorteile wiegen sich bei näherer Betrachtung fast auf. Für Luzern ergibt sich unter dem Strich sogar eine Verschlechterung.
Zug profitiert nicht direkt von der neuen Durchmesserlinie. Die S24 ist ein Nebenprodukt (um nicht salopp zu sagen ein Abfallprodukt) der 4. Teilergänzung der Zürcher S-Bahn. Und es ist ein Abfallprodukt, dessen Nutzen für Zug eher bescheiden ist, denn von Zug aus sind eigentlich nur vier Destinationen mengenmässig wichtig: Thalwil, Zürich-Enge, Zürich HB und Zürich-Nord. Die S24 hält aber an ganz vielen weiteren Stationen. Der Regierungsrat ist sich dessen offenbar bewusst, wie seine Antwort an die Stawiko zeigt: «Das auf S. 9 des regierungsrätlichen Berichtes beschriebene Wachstum der S24 findet auf tiefem Niveau statt, so dass die Perronanlagen beim Gleis 1 von der Kapazität her noch lange ausreichend sein werden.» Nicht wegen der Nachfrageentwicklung kommt der Halbstundentakt mit der S24, sondern weil es konzeptionell eine Notwendigkeit ist für das gesamt grosse Projekt der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich. Die brauchen einen integralen Halbstundentakt. Das hat überhaupt nichts mit einer prospektiven Nachfrageentwicklung auf diesem Korridor Zug-Thalwil zu tun.
Schlussendlich unterstützen wir mit unserem Investitionsbeitrag von brutto 4 Millionen, netto 2,7 Millionen – und nur darum geht es heute im KRB – bloss die Erneuerung und Anpassung der Signal- und Sicherungsanlagen auf der Strecke zwischen Thalwil und Zug, was eine Verkürzung der Zugfolgezeiten erlaubt. Also Ersatzinvestition und Upgrade in einem. Auch das steht so nicht in der Vorlage.
Real wird die Zugfolgezeit allerdings mit einer Ausnahme nur um eine halbe Minute gesenkt, wie uns der Leiter des Amts für öffentlichen Verkehr in der Kommission erläuterte. Also auch hier bei näherer Betrachtung wenig Fortschritt. Und von der kürzeren Zugfolgezeit profitiert in erster Linie der Fernverkehr der SBB – deshalb muss der Kanton Zug auch nur einen sehr bescheidenen Anteil an die Investitionen bezahlen.
Fazit: Von einem exzellenten Kosten-Nutzen-Verhältnis kann keine Rede sein, denn der Betrieb der S24 wird finanziell einschenken, nicht die Investition. Allerdings ist auch Nutzen im Fernverkehr in den jetzigen Plänen noch gar nichts zu

sehen. Was uns kurzfristig auf dieser Linie viel mehr brächte, wäre ein stabiler Fahrplan Richtung Tessin – die dortigen notorischen Verspätungen haben aber nichts mit der technischen Ausrüstung zwischen Thalwil und Zug zu tun!
Damit der Halbstundentakt für die S24 möglich ist, muss auf die Bedienung von Sihlbrugg Station in Zukunft verzichtet werden. Damit könnten wir noch leben, aber nicht mit dem Abbruch der Bahnstation, was in unseren Augen einem Schildbürgerstreich gleichkommt. Der Wildnispark Zürich-Sihlwald hat am 28. August 2009 vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) das offizielle Label «Naturerlebnispark – Park von nationaler Bedeutung» zugesprochen bekommen. Dieser Park entwickelt sich touristisch nach und nach und prägt den Raum zwischen Langnau und Sihlbrugg. Es gibt Pläne und Aktivitäten, den Durchgangsverkehr durchs Sihltal zu reduzieren respektive nach einem Bau des Hirzeltunnels ganz zu schliessen. So gesehen verliert die Sihltalbahn mit Sihlbrugg Station eine Bahnstation mit nicht zu unterschätzendem touristischem Potential.
Es ist kurzsichtig, diese Bahnstation abzureissen und die ÖV-Anbindung des Wildnisparks markant zu verschlechtern. Wir fordern den Regierungsrat auf, dass er nochmals vorstellig wird beim Kanton Zürich und den SBB, damit auf diese Massnahme zurückgekommen wird.
Nun, wie angekündigt sind wir dennoch für Eintreten und werden der Vorlage zustimmen, aber im Wesentlichen aus einer pragmatischen Überlegung: Die Investition dient der Fahrplanstabilität und ermöglicht dereinst zusätzliche Fernverkehrsangebote ohne den längst überfälligen Ausbau auf durchgehende Doppelspur zwischen Thalwil und Zug. Es ist schlicht eine Infrastrukturinvestition in die fernere Zukunft und eine Goodwill-Bezeugung gegenüber dem Kanton Zürich und den SBB. Wo wir uns dann natürlich reziprok auch einen gewissen Goodwill erhoffen.
Und dies ist ja der eigentliche Hintergrund dieses Ausbaus: Martin Stuber glaubt, dass die SBB damit rechnen, dass die durchgehende Doppelspur zwischen Thalwil und Zug noch lange nicht kommen wird. Mit dieser Investition halten sie sich die Option offen, den Fernverkehr auch auf der alten Strecke noch etwas auszubauen. Die Zitrone soll ausgedrückt werden, bis wirklich kein einziges Tröpfchen mehr drin ist.

Dominik **Lehner** fasst sich kurz. Sie konnten es aus der Zeitung vernehmen: Novartis kündigt an, 400 Stellen in Risch zusammenzuziehen, direkt neben dem Bahnhof. Sie begründet das unter anderem damit, dass die Anbindung an den Grossraum Zürich optimal ist. Wir von der FDP sind der Überzeugung, mit diesem Investitionsbeitrag für den Ausbau der Strecke Thalwil-Zug auf dem richtigen Weg zu sein. Deshalb stimmt die FDP-Fraktion der Vorlage zu.

Anna **Bieri** weist darauf hin, dass mit der Umsetzung der 2 Milliarden teuren Durchmesserlinie in Zürich in der schweizerischen Verkehrsentwicklung ein Meilenstein gesetzt wird und es sich damit neue Möglichkeiten für eine moderne Mobilität eröffnen. Die neu geschaffenen Kapazitäten in Zürich sollen auch uns Zugerinnen und Zugern von Nutzen werden. So sollen wir in ein höher frequentiertes S-Bahn-Netz eingebunden werden. Die Projektziele versprechen den halbstündlichen, umsteigefreien Anschluss an Zürich und den Flughafen.
Dass diese Verbindungen nicht direkt mit den schnelleren direkten Interregio-Verbindungen konkurrieren können, versteht sich. Wir von der CVP erachten und erwünschen uns diese S-Bahn Linien jedoch nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zu den bisherigen Schnellzugsverbindungen. Und wir legen unserem Volks-

wirtschaftsdirektor seinen weiterhin starken Einsatz für die Interessen von Zug bezüglich der Züge sehr ans Herz.
Zur Schliessung von Sihlbrugg. Wenn die Alternative das Nichthalten in Baar ist, ist es sehr wagemutig, diese Forderung überhaupt in den Raum zu stellen.
Unter diesen Aspekten erachtet die CVP-Fraktion diese Vorlage als einen ausgeglichenen und fairen Vorschlag. Die Gegenleistung für eine Nettoinvestition von voraussichtlich 2,7 Mio. Franken ist adäquat und bringt Zug hoffentlich weiter. Hingegen möchten wir die 0,6 Mio. Franken jährliche Folgekosten nicht ausser Acht lassen. Grundsätzlich aber überzeugt die CVP-Fraktion das vorliegende Kosten/-Nutzenverhältnis. Wenn wir schon 4 Millionen in die Verkürzung der Zugfolgezeit investieren, so will die Votantin ihren Beitrag an die Verkürzung der Rednerfolgezeit leisten und schliesst hier mit der Empfehlungen der CVP-Fraktion für Eintreten und Zustimmung.

Philip C. **Brunner** möchte die Debatte nicht unnötig verlängern, aber trotzdem sagen, dass ihn beeindruckt hat, was Martin Stuber gesagt hat. Dass jemand von einer Partei, die meistens den öffentlichen Verkehr lobt, den Mut hat, das einmal kritisch zu hinterfragen. Er würde sich das auf bürgerlicher Seite auch ein wenig wünschen. Der öffentliche Verkehr muss wirklich kritisch angeschaut werden. Unglaubliche Folgekosten kommen auf uns zu. Deshalb ist es schön, wenn Leute von der linken Seite diese Projekte auch mal kritisch anschauen. Wir haben die Tendenz, das einfach durchzuwinken nach dem Motto: Wer ist schon gegen den ÖV? Selbstverständlich wird das Resultat einstimmig sein.

Martin **Stuber**: Dominik Lehner, es ist leider so, dass mit dieser Vorlage der Ennetsee nicht besser, sondern schlechter gestellt wird. – Und Anna Bieri, Hans-Kaspar Weber vom Amt für öffentlichen Verkehr hat uns diese schöne Matrix aufgezeigt, wo die Verbesserungen und wo die Verschlechterungen sind. Es ist ganz klar, die Verschlechterungen sind beim Fernverkehr. Sie soll sich mal überlegen, ob die SBB nicht vielleicht irgendwann auf die Idee kommen, uns in Zug zu sagen: Was wollt Ihr denn, Ihr habt ja den Halbstundentakt mit der S24.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** ist angesichts der doch sehr klaren Einstimmigkeit in der Kommission und bei den Fraktionen erstaunt, dass man heute noch so viel spricht. Aber bei Vielem, was heute gesagt wurde, geht es nicht um diese Optimierung der Infrastruktur sondern um Anderes. Der Volkswirtschaftsdirektor ist der erste, der sich einsetzt für diese Interregiozüge und für die entsprechenden Halte in Rotkreuz und Thalwil. Das ist für ihn kein Ersatz, sondern eine Ergänzung.
Zari Dzaferi und Gregor Kupper haben gefragt nach der Entlastungswirkung auf den Bahnhof Zug. In fernerer Zukunft geht es ja darum, in diesem ganzen Netz rund um Zürich bis nach Luzern schliesslich den Viertelstundentakt einzuführen. Dann konzentriert sich ja das Aufkommen nicht mehr auf die Halbstunden, sondern auf die Viertelstunden. Davon verspricht sich Matthias Michel auch eine Entlastungswirkung für die Knoten.
Zur Frage der Stosszeiten, sei es nun auf den Strecken, in den Zügen oder an den Knoten. Das ist ein grosses Thema, das auch von der Tarifpolitik abhängen wird. Da ist nicht Zug dran, sondern es ist eine nationale Frage, ob und wie man die

Tarife auch zeitlich so staffelt, dass es einen Anreiz gibt, diesen Hauptverkehrszeiten auszuweichen.
Zu Martin Stuber. Wenn man ihm zugehört hat, hätte man eigentlich eine Ablehnung erwartet. Soviel Negatives! Aber beachten Sie die Verhältnismässigkeit. Das ist kein Zuger Projekt, das stimmt. Wir sind wahrscheinlich der kleinste Juniorpartner. Wenn wir hier nicht mitmachen, verbessert das nichts von dem, was Martin Stuber als schlecht empfindet, aber es verschlechtert unsere Haltepolitik, indem es dann heisst, der Zug auf der Zuger Strecke fährt nicht genügend schnell, dann streichen wir halt einen Halt im Kanton Zug und nicht im Kanton Zürich.
Es wurde jetzt viel über Fahrplan gesprochen, wann wo welcher Zug hält oder nicht. Wenn der Votant die Planungen anschaut, stellt er erstens fest, dass das monatlich zum Teil wieder ändert, wann wo wie gehalten werden kann. Das ist auch sehr stark abhängig vom grossen Infrastrukturausbau, sei es das Gotthard-Basistunnel oder die Durchmesserlinie. In Zweijahresschritten kann plötzlich ein Zug irgendwo halten, an einem anderen Ort wieder nicht. Das hängt auch ab vom Rollmaterial. Es kann sein, dass gewisse Halte auf der Strecke Luzern-Zürich abhängen vom Rollmaterial auf der Strecke Chur-Zürich.
Zurück zur Vorlage: Wir machen hier keine Planung, sondern wir verstärken die Kapazität eines bestehenden Netzes und das ist die Forderung aller im ganzen Land. Jede Kapazitätserhöhung auf einem Netz ermöglicht mehr und schnellere Verbindungen. Dass das in einer gewissen Phase zulasten des einen oder anderen gehen kann, ist so. Aber es hat so viele Abhängigkeiten, dass man nicht sagen kann: Deswegen fällt jetzt nun ein Halt weg auf immer und ewig und anderes wird möglich. Das wird insgesamt in Zukunft eine bessere Stabilität geben, mehr Möglichkeiten. Das kann man nicht schlecht reden.
Sihlbrugg haben wir in der Kommission auch diskutiert. Man muss dann aber konsequent sein. Einfach einen baufälligen Bahnhof, der sanierungsbedürftig ist und nicht behindertengerecht, so stehen zu lassen, macht wohl keinen Sinn. Und es ist nicht unsere Zuständigkeit. Der Kanton Zürich hat beschlossen, das abzureissen. Der Volkswirtschaftsdirektor kann nicht zusagen, dass er sich für den Bahnhof Sihlbrugg einsetzt. Wir müssten den Scheck mitschicken, um das zu sanieren. Wichtig ist, dass das Gleis bestehen bleibt. Wenn irgendwann die Notwendigkeit kommt, dort einen Halt zu machen, ist das schön. Matthias Michel wird sich einsetzen für die Interregios, aber nicht für den Erhalt des Bahnhofs Sihlbrugg.

EINTRETEN ist unbestritten

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1930.5 – 13832 enthalten.

177 Nächste Sitzung

Donnerstag, 7. Juli 2011

Protokoll des Kantonsrates

13. Sitzung: Donnerstag, 7. Juli 2011
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 12.20 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

178 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Mitgliedern.

Abwesend sind: Martin Stuber, Zug; Walter Birrer, Cham.

179 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Landammann Matthias Michel am Vormittag entschuldigt abwesend ist. Er hält sich als Vertreter des Kantons Zug an der Metropolitan-Konferenz in Zürich auf. Ziff. 14 der Traktandenliste vom 30. Juni 2011 (Objektkredit S-Bahn-Haltestelle Steinhausen Rigiblick) wird durch den Baudirektor als Stellvertreter des Volkswirtschaftsdirektors vertreten, sofern der Landammann bei der Behandlung noch abwesend sein sollte.

Wir haben heute eine immense Traktandenliste. Und es liegt auch in Ihrer Verantwortung, diese heute abzubauen und ohne Traktandum in die Sommerferien zu verreisen.

180 Traktandenliste

1. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
2. Änderung des Polizeigesetzes (Rechtsgrundlagen für die verdeckte Vorermittlung, verdeckte Registrierung).
   2020.4 – 13772 2. Lesung
3. Sicherheit
   (Systematik gemäss Kommissionsbericht vom 4. April 2011, Vorlage Nr. 1984.4 – 13756).

3.1.Organisation

Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes (§ 18 a Polizeidienststellen).

1984.1/.2 – 13579/80 Regierungsrat
1984.4 – 13756 Kommissionsbericht
1984.5 – 13757 Kommissionsantrag
1984.9 – 13810 Staatswirtschaftskommission

Motion der CVP-Fraktion betreffend Beibehaltung der Polizeidienststellen in den Gemeinden (Community Policing).

1725.1 – 12864 Motion
1725.2 – 13579 Regierungsrat
1725.3 – 13756 Kommissionsbericht

3.2.Operative Massnahmen

Änderung des Polizeigesetzes (§ 16 Wegweisung, Fernhaltung).

1984.6 – 13758 Regierungsrat
1984.4 – 13756 Kommissionsbericht

Änderung des Polizeistrafgesetzes (§ 22a Vermummungsverbot) und des Gerichtsorganisationsgesetzes (§ 102 Anwendung der StPO).

1984.7 – 13759 Regierungsrat
1984.4 – 13756 Kommissionsbericht

Motion von Andreas Hausheer betreffend Massnahmen zur Erhöhung der Effizienz der polizeilichen Gewaltprävention.

1859.1 – 13189 Motion
1859.2 – 13606 Regierungsrat
1859.3 – 13756 Kommissionsbericht

3.3.Kostenverrechnung

Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes (§ 25 Kostenersatz für polizeiliche Leistungen und § 26 a Übergangsbestimmungen).

1984.4 – 13756 Kommissionsbericht
1984.8 – 13760 Kommissionsantrag
1984.9 – 13810 Staatswirtschaftskommission

Motion der CVP-Fraktion betreffend Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes.

Motion von Rudolf Balsiger betreffend sofort Schluss mit Polizeigebühren für Vereine.

1724.1 – 12863 Motion
1945.1 – 13439 Motion
1724.2/1945.2 – 13584 Regierungsrat
1724.3/1945.3 – 13756 Kommissionsbericht

3.4.Ressourcen

Änderung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2009 - 2011.

1984.1/.3 – 13579/81 Regierungsrat
1984.4 – 13756 Kommissionsbericht
1984.9 – 13810 Staatswirtschaftskommission

Motion der SVP-Fraktion betreffend Sicherheitsanalyse und -prognose sowie Personalbedarf bei der Zuger Polizei.

1662.1 – 12699 Motion
1662.2 – 12818 Regierungsrat
1662.4 – 13579 Regierungsrat
1662.5 – 13756 Kommissionsbericht

Motion von Vroni Straub-Müller und Stefan Gisler betreffend polizeiliche Sicherheit in der Stadt Zug; Pensenerhöhung für die Zuger Polizei.
1938.1 – 13421 Motion
1938.2 – 13579 Regierungsrat
1938.3 – 13756 Kommissionsbericht

3.5. Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag für Sicherheitseinrichtungen in der Eissporthalle Herti (Bossard-Arena) Zug.
2005.1./2. – 13651/52 Regierungsrat
2005.3 – 13756 Kommissionsbericht
2005.4 – 13810 Staatswirtschaftskommission (nur 1 Bericht zum ganzen Sicherheitsbereich)

3.6. Weitere Interpellationen zur Sicherheit

3.6.1 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend öffentliche Sicherheit und Polizeipräsenz im Kanton Zug: Zurück zur Gemeindepolizei?
1845.1 – 13139 Interpellation
1845.2 – 13582 Regierungsrat

3.6.2. Interpellation von Martin B. Lehmann betreffend Situation bei der Zuger Polizei.
1884.1 – 13275 Interpellation
1884.2 – 13583 Regierungsrat

3.6.3. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Gewaltprävention bei Sportanlässen.
1947.1 – 13448 Interpellation
1947.2 – 13585 Regierungsrat

---

4. Geschäfte, die am 30. Juni 2011, traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten. Reihenfolge gemäss Traktandenliste vom 30. Juni 2011.

Parlamentarische Vorstösse, die an der Kantonsratssitzung vom 26. Mai 2011 traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten:

5. Interpellation von Barbara Gysel betreffend Steuerabzüge: Wer profitiert?
1801.1 – 13044 Interpellation
1801.2 – 13725 Regierungsrat
6. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend so genannter «Nahtstellendiskussion» auf der Oberstufe (Übergang von Sek I in die Berufsbildung).
1969.1 – 13534 Interpellation
1969.2 – 13741 Regierungsrat
7. Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anpassung der Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation.
1863.1 – 13208 Postulat
1863.2 – 13685 Regierungsrat
8. Motion von Andreas Hausheer und Rudolf Balsiger betreffend Einführung eines parlamentarischen Verordnungsvetos.
1929.1 – 13389 Motion
1929.2 – 13788 Regierungsrat
9. Postulat von Rudolf Balsiger und Moritz Schmid betreffend Kantonsforstamt in die Baudirektion.
2001.1 – 13641 Postulat
2001.2 – 13781 Regierungsrat

10. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Interpretation der Religionsfreiheit im Schulalltag.
    1963.1 – 13505 Interpellation
    1963.2 – 13765 Regierungsrat
11. Interpellation von Thomas Brändle und Thomas Lötscher betreffend Zwangsverheiratung von im Kanton Zug lebenden, muslimischen Frauen.
    1989.1 – 13609 Interpellation
    1989.2 – 13775 Regierungsrat
12. Interpellation von Hans Christen, Zari Dzaferi, Heini Schmid, Daniel Stadlin, Martin Stuber, und Werner Villiger betreffend «Wie weiter mit der durchgehenden Doppelspur zwischen Thalwil und Zug?»
    2013.1 – 13665 Interpellation
    2013.2 – 13804 Regierungsrat

181 Änderung des Polizeigesetzes (Rechtsgrundlage für die polizeiliche verdeckte Vorermittlung)

Traktandum 2 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 5. Mai 2011 (Ziff. 112) ist in der Vorlage Nr. 2020.4 – 13772 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 74:0 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt:
– Die Motion von Anton Stöckli und Moritz Schmid betreffend Schutz von Kinder vor Pädophilen im Internet vom 22. November 2010 (Vorlage Nr. 1993.1 – 13617) sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.
– Die Beantwortung der Interpellation von Moritz Schmid betreffend verdeckte Ermittlungen auf Internetkriminalität vom 16. November 2010 (Vorlage Nr. 1990.1 – 13610) sei zur Kenntnis zu nehmen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

182 SICHERHEIT

Traktandum 3

Die **Vorsitzende** hält fest, dass wir vorerst eine allgemeine Eintretensdebatte zum gesamten Sicherheitskomplex vornehmen, also zur gesamten Ziffer 3 der Traktandenliste. Sofern sie generell zur Sicherheit sprechen wollen, tun Sie das bitte jetzt. Sie können anschliessend zu den einzelnen Teilbereichen beim Eintreten und in der Detailberatung sprechen.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass man dem Kommissionsbericht, der Traktandenliste und auch den einführenden Worten unserer Präsidentin entnehmen kann, dass dieses Traktandum nicht ganz trivial ist. Die Komplexität liegt nicht nur in der Materie begründet, sondern vor allem auch in der hohen Zahl der zu ändernden gesetzlichen Grundlagen und parlamentarischen Vorstösse, welche teilweise

eng miteinander verknüpft und zuweilen auch gegensätzlich ausgerichtet sind. Die wesentliche Herausforderung bei diesem Geschäft besteht denn auch darin, den Überblick zu behalten. Zwei Schritte sollen uns dabei helfen.
Den ersten Schritt haben wir bereits in der Kommissionsberatung lanciert, indem wir für die Diskussion thematische Gruppen gebildet haben. So konnten wir kontroverse Punkte fokussiert bereinigen, ohne uns zu verzetteln. Der identische Raster kommt heute in der Ratsdebatte zur Anwendung. Der Kommissionspräsident wird deshalb nicht alles in ein einzelnes Votum packen, sondern jeweils zu den einzelnen Unterpunkten des Traktandums 3 separat sprechen. Ungeachtet ob es je nach Vorlage eine oder zwei Lesungen geben wird, wird er jeweils in einem einzigen Votum zum Eintreten und den Anträgen der Kommission sowie den zu behandelnden Motionen sprechen, um die Themenblöcke kompakt abzuhandeln.
Der zweite Schritt besteht darin, dass Thomas Lötscher bei seinen Voten als Kommissionspräsident nicht ins Detail geht. Einerseits finden Sie die Details in den Unterlagen und andererseits dient es der Übersichtlichkeit eher, sich auf die Schwerpunkte und die kontroversen Aspekte zu konzentrieren und so immer das Gesamtbild vor Augen zu haben.
Zum allgemeinen Eintreten kann der Votant sich recht kurz fassen: Nebst den Vorlagen der Regierung stehen in diesem Block Vorstösse aus allen Fraktionen zur Behandlung an. Das reflektiert das breite Interesse der gesamten Bevölkerung, deren Querschnitt Sie ja darstellen. Dieses breit abgestützte Interesse und die Wichtigkeit der Themen rechtfertigen bereits das allgemeine Eintreten. – Die FDP-Fraktion unterstützt die vorberatende Kommission.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass Umfragen zeigen, dass unsere Bevölkerung ein sehr gutes Sicherheitsgefühl in unserem Kanton hat. Das ist hauptsächlich auf das Verdienst unserer Zuger Polizei zurückzuführen. Dafür gehört ihr einleitend mal unser herzlicher Dank. Auch wenn wir über Verkehrskontrollen und pingelige Parkbussen manchmal wettern, leisten sie im Grossen Ganzen doch eine sehr gute Arbeit. Auch gute Arbeit ist aber immer verbesserungsfähig und verbesserungswürdig. Das kommt in der Vielfalt und Fülle der vorliegenden Vorstösse zum Ausdruck. Diese Fülle hat uns nun eine sehr komplexe Vorlage des Regierungsrats beschert, die wir heute zu behandeln haben.
Die Stawiko hat entsprechend ihrem Auftrag sich auf die Bereiche beschränkt, die finanzielle Auswirkungen auf unsere Staatsfinanzen haben. Es sind dies vier Bereiche: die Polizeidienststellen, die Kostenverrechnung an Veranstalter, die Personalstellen und der Beitrag an die Sicherheitseinrichtungen der Bossard-Arena. Vorweg kann der Stawiko-Präsident sagen, dass die Stawiko in allen vier Bereichen Eintreten empfiehlt. Er möchte zu den vier Bereichen kurz Ausführungen machen.
Bei den Polizeidienststellen stellt uns die vorberatende Kommission einen Antrag, der praktisch den Status Quo besiegelt. Das heisst, dass im Gesetz die Formulierung so gewählt wird, dass die bisherigen Dienststellen beibehalten werden, wenn nicht Polizei oder Regierung und Gemeinden zu einem anderen Schluss kommen. Diese Variante ist kostenneutral. Sie deckt ja das ab, was wir heute schon haben. Wenn wir uns da Sparpotenzial schaffen möchten, verweist Gregor Kupper den Rat auf S. 12 des regierungsrätlichen Berichts. Sie sehen da aufgelistet, welche Variante allenfalls wie viel Sparpotenzial beinhalten würde. Die Stawiko schliesst sich aber der vorberatenden Kommission an, wonach diese Polizeidienststellen eben auch in den Gemeinden eine präventive Wirkung haben, Bürgernähe vermitteln und damit ein Sicherheitsgefühl herstellen, das in anderer Form vielleicht so nicht gegeben wäre. Kommt dazu, dass die sogenannten Dorfpolizisten ihre Schäflein in

den einzelnen Gemeinden natürlich dadurch wesentlich besser kennen. Die Stawiko beantragt, die Variante der vorberatenden Kommission zu unterstützen.
Zur Kostenverrechnung an die Veranstalter. Die Stawiko ist der Meinung, dass die vorberatende Kommission mit diesem 60 %-igen Kostenanteil, der verrechnet werden soll, eine ausgewogene Lösung gefunden hat. Sie unterstützt diesen Vorschlag ausdrücklich.
Zu den Personalstellen. Der Regierungsrat hat uns in seinem Bericht detailliert dargelegt, warum diese Stellen unbedingt erforderlich sind. Es ist ja auch ein Bedürfnis der politischen Parteien und unserer Bevölkerung, hier einen Schritt vorwärts zu tun. Es wäre ja geradezu paradox, wenn wir für hilfsbedürftige Kantone nächstes Jahr 23 Millionen mehr bezahlen dürfen, aber die nötigen Mittel für die Bedürfnisse unserer Bevölkerung nicht zur Verfügung stellen würden. Sechs dieser elf Stellen gehen zulasten der Personalplafonierung, die Ende dieses Jahres ausläuft. Die restlichen fünf Stellen werden anschliessend dann in Pragma-Form via Budget zu genehmigen sein. Gemäss Aussage des Polizeikommandanten Karl Walker wird sich die Rekrutierung dieser Stellen verschieben, das heisst dass die Finanztabelle im regierungsrätlichen Bericht so nicht stimmen wird. Es wird eine Rekrutierung wohl erst auf Anfang 2012 erfolgen, so dass sich die ganze Kostenentwicklung um ein Jahr nach hinten verschiebt. Die Stawiko legt Wert darauf, dass diese Stellen für das ordentliche Wachstum unseres Kantons bewilligt werden und nicht für zusätzliche Aufgaben. Das wird im Hinblick auf die Ziele der Finanzstrategie im personellen Bereich wichtig sein. Die Stellen werden nicht separat angerechnet werden können, sondern müssen über die pauschale Erhöhung der Personalkosten abgedeckt werden.
Zum Beitrag an die Sicherheitseinrichtungen in der Bossard-Arena. Die Stawiko unterstützt diesen nochmaligen Beitrag, legt aber Wert auf die Feststellung, dass damit kein Präjudiz für künftige Gesuche gebildet wird.
Gregor Kupper wird bei den einzelnen Vorlagen nicht mehr jedes Mal das Wort ergreifen. In den vier Bereichen mit finanziellen Auswirkungen unterstützt die Stawiko die vorberatende Kommission. Sie beantragt Eintreten und Zustimmung.

Martin **Pfister** weist darauf hin, dass es im Kanton Zug zwei verschiedene sicherheitspolitische Ansichten und Konzepte gibt, die unterschiedlicher nicht sein könnten. In Walchwil will man möglichst keine Polizei, keinen Polizeiposten und keine Patrouillen, je mehr Polizisten dort wirken würden, desto mehr Straftaten würden dort begangen. Fehlbares Verhalten regelt man selber oder ruft im Notfall die Polizei hinzu. Die Stadt Zug fordert hingegen möglichst viele Polizisten und eine hohe Präsenz. Man trauert gar öffentlich der Aufhebung der Stadtpolizei nach und bedauert, dass der Stadtrat kaum Einfluss auf den Einsatz der Sicherheitskräfte habe. Die Auflösung einer Polizeidienststelle wird in fast allen Gemeinden mit dem Verlust von Sicherheit gleichgestellt. Es gelten also in den Gemeinden unterschiedliche Gleichungen: In Walchwil heisst es «weniger Polizisten = mehr Sicherheit» und in der Stadt Zug «mehr Polizisten = mehr Sicherheit.»
Es gibt, wie so oft bei politischer Mathematik, keine nur richtigen und nur falschen Rechnungen. Wir haben Sympathien mit der Haltung von Walchwil. Die Absenz von Polizisten sagt zwar noch nichts darüber aus, ob man sich an einem Ort zu Recht sicher fühlen kann. Es kann sich sogar das Gegenteil richtig sein. Aber der sicherheitspolitische Idealzustand ist nach Ansicht der CVP sicher eine Gesellschaft – oder noch konkreter auch ein Eishockeystadion –, in der keine Polizei nötig ist, weil sich die Menschen eigenverantwortlich richtig verhalten und in der auch Fehler und Aggression zugelassen werden.

Sicherheit hat viel mit Eigenverantwortung zu tun. Erst wenn sich der weitaus grösste Teil der Bevölkerung freiwillig an die Gesetze hält, sind wir sicher. Die meisten Autofahrer halten sich so zum Beispiel freiwillig an die Geschwindigkeitsbeschränkungen, der Staat wäre nie in der Lage, allein mit Kontrollen und Bussen die Verkehrssicherheit durchzusetzen. Aber dennoch: Bussen und Kontrollen tragen dazu bei, dass sich die Bevölkerung an die Gesetze hält.
Die CVP-Fraktion setzt also in der Sicherheitspolitik auf liberale Lösungen, welche die Eigenverantwortung der Beteiligten stärken. Obwohl wir in einer Motion forderten, dass Vereine, welche öffentliche Anlässe organisieren, von Polizeigebühren verschont werden sollen, finden wir es richtig, die Vereine – wie die Kommission vorschlägt – zum Teil an den Kosten für die Sicherheit zu beteiligen. Veranstalter sollen einen Anreiz haben, viel für die Sicherheit zu tun. Dies trifft insbesondere auch für den EVZ zu. Die Gemeinden müssen mit andern Massnahmen vor Ort schauen, dass den Vereinen nicht durch hohe Kosten, Gebühren und andere Einschränkungen beim freiwilligen Engagement der Schnauf ausgeht.
Sicherheit ist ein zentraler Standortfaktor für die Schweiz und für auch den Kanton Zug. Eine hohe Sicherheit gehört wie die tiefen Steuern und die schöne Landschaft zum Kanton und Wirtschaftsstandort Zug. Wie hoch die Wertschätzung unserer Sicherheit ist, hören wir gerade auch von Personen, die aus dem Ausland zu uns ziehen. Wir müssen zu diesem Standortvorteil grösste Sorge tragen. Wie gross aber auch die Sorgen um die Sicherheit in Zug sind, können wir der Fülle von Vorstössen entnehmen, die zu dieser Sicherheitsdebatte geführt haben.
Sicherheit wird sehr individuell wahrgenommen, so kann ein einzelnes schlechtes Erlebnis zu einem schlechten Sicherheitsgefühl führen, wenngleich die Statistik anderes sagt. Wem einmal eingebrochen wurde, dem geht das Grundvertrauen verloren.
Die Sicherheitsdirektion und die Zuger Polizei leisten täglich sehr gute Arbeit und sind bereit, immer wieder auch auf neue Herausforderungen zu reagieren. Das Projekt «Gemeinsam gegen Gewalt» war der richtige, aber auch ein nötiger Schritt. Bestechend an diesem Projekt war, dass es auf Partnerschaft setzte und Organisationen und die Bevölkerung einband.
Es muss bei allen sicherheitspolitischen Massnahmen unser Ziel sein, eine Respektskultur zu erhalten und zu schaffen. Dabei sind alle in der Pflicht. Wenn in der Politik politische Gegner diffamiert, die staatlichen Institutionen, Gericht lächerlich gemacht, Ausländer pauschal als Verbrecher tituliert werden, dann muss man sich nicht wundern, wenn sich immer weniger an die rechtsstaatliche Regeln halten. Auch auf und neben dem Eisfeld gehören Aggressionen zum Spiel, aber wenn der Respekt fehlt, dann trampeln nicht nur Bullen auf dem Video zu Beginn des Spiels auf dem Gegner herum, sondern auch die Fans nach dem Spiel.
Die CVP-Fraktion ist für möglichst wenig Polizei und gleichzeitig dafür, dass unsere Gesetze auch mit einer sichtbaren Polizeipräsenz konsequent durchgesetzt werden. Wir sind für Freiräume und Toleranz gerade gegenüber Jugendlichen, aber auch für einen öffentlichen Raum, der gerade gegenüber Jugendlichen vermehrt die Grenzen des Anstands und des Respekts aufzeigt. Wir setzen uns für grösstmögliche Offenheit und Gastfreundlichkeit gegenüber Ausländerinnen und Ausländer ein, Probleme müssen jedoch ohne Scheuklappen, zielgerichtet und lösungsorientiert angegangen werden. Wir wollen eine kantonale Polizei, die zwar hochprofessionell ausgebildet und ausgerüstet ist, ihren Bezug aber zur Bevölkerung in den Gemeinden nicht verliert. Das sind scheinbare Widersprüche, die sich noch beliebig fortsetzen liessen. Sie zeigen aber auf, dass sich das Thema Sicherheit eigentlich nur schlecht für den politischen Diskurs eignet, weil es keine einfachen Lösungen gibt und auch mit Gesetzen alleine keine Sicherheit geschaffen wird.

Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die verschiedenen Geschäfte dieser Sicherheitsdebatte. Damit die Zuger Polizei die dargestellten anspruchsvollen Aufgaben erfüllen kann und der Beruf für geeignete junge Leute attraktiv bleibt, braucht sie die zusätzlichen Stellen. Die Polizei soll nach wie vor über einen engen Bezug zur Bevölkerung, den Institutionen und den Behörden in den Gemeinden verfügen. Dafür braucht sie die dezentralen Polizeiposten. Schliesslich glauben wir, dass die von der Kommission vorgeschlagene Lösung für die Übernahme der Sicherheitskosten richtig ist und die Organisatoren von Anlässen in die Pflicht nimmt, bei der Sicherheit Mitverantwortung zu tragen.
Der Votant dankt bei dieser Gelegenheit der Zuger Polizei für ihre gute Arbeit und der Sicherheitsdirektion beziehungsweise der kantonsrätlichen Kommission unter der Leitung von Thomas Lötscher für die übersichtliche Bewältigung einer nicht immer überschaubaren Aufgabe.

Thomas **Werner** hält fest, dass es sich mit Sicherheit sicher besser leben lässt. Was wäre der Wirtschaftsstandort Zug ohne Sicherheit? Und damit meint der Votant nicht nur die Rechtssicherheit, sondern auch die gefühlte Sicherheit. Menschen in Sicherheit entwickeln und entfalten sich frei. Sie sind in der Lage, ihr Potenzial und ihre Kreativität auszuschöpfen. Wo und wie empfinden wir Sicherheit? Einerseits wenn wir z.B. nachts sicher durch die Strassen gehen können, wenn die Polizei Präsenz markiert, andererseits aber auch, wenn bei Gewaltverbrechen die Täter ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn wir wissen, dass die Polizei auch im Internet unterwegs ist und Straftäter aus dem Verkehr zieht, bevor überhaupt eine Straftat begangen werden kann. Abgesehen von den Verkehrsbussen, die Thomas Werner als notwendiges Übel bezeichnet, mutierte die Polizeiarbeit in den letzten Jahren immer mehr zu einer sehr vielseitigen, kundenorientierten Serviceleistung mit extrem hohen Qualitätsansprüchen. Der Votant ist auch Polizist, und wir sprechen eigentlich von Kundschaft und nicht von Tätern oder Bösewichten. Zu den Qualitätsansprüchen gehört auch eine bürgernahe Polizei, die in den Gemeinden vertreten ist. Zuerst war es der Pfarrer, dann der Lehrer und jetzt der Polizist. Thomas Werner will damit sagen, dass sich in der Bevölkerung der Respekt vor diesen Personen in den letzten Jahren kontinuierlich verringert hat. Dies muss keineswegs negativ sein, aber Fakt ist, dass es vor einigen Jahren noch genügte, wenn ein Polizist den Radaububen zum Beispiel ein Arealverbot aussprach. Heute werden die Ordnungshüter ausgelacht, wenn sie für ihr Handeln oder ihre Forderungen keine gesetzliche Grundlage vorweisen können.
Zu Recht fordern wir im Kanton Zug einen hohen Sicherheitsstandard. Die Sicherheit ist ein wichtiger Faktor, ja einer der Eckpfeiler, der uns als Wirtschaftsstandort und als Wohnort so attraktiv macht. Wir sind sogar in der glücklichen Lage, uns eine sehr gute, präsente, bürgernahe und erfolgreiche Polizei zu leisten. Gerade angesichts der letzen Pressmitteilungen ist der Votant schon dafür, dass wir zuerst hier in Zug für unsere Sicherheit das Geld ausgeben, bevor wir bündelweise Geld in Millionenhöhe nach Bern schicken, und die streichen dann eine zweite Portion Butter auf ihr Brot, das eh schon von uns subventioniert wurde.
Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und wird in der Detailberatung zu den einzelnen Punkten Stellung nehmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** weist darauf hin, dass wir heute eine grosse Zahl von Sicherheitsvorlagen zu beraten und Entscheide zu treffen haben. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen in der kommenden Debatte möchte man Vieles aufneh-

men, was zu einem grösseren Sicherheitsgefühl beitragen könnte. In diesem Sinn ist die AGF für Eintreten auf diese Debatte.
Wir haben uns grundsätzlich folgende Gedanken zum Thema Sicherheit gemacht:
• Polizeidienststellen vor Ort sind sicher gut, aber die Präsenz der Polizei zur richtigen Zeit und am richtigen Ort ist wichtiger.
• Den Polizeibestand aufstocken ja, aber genau so wichtig ist es, dass auch andere Direktionen ihr nötiges Personal erhalten, zum Wohle der Zugerinnen und Zuger. Das hilft und motiviert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu qualitativ guter Arbeit – und macht weniger krank
• Die nötige Präsenz der Polizei, ein gutes Beobachten von kritischen Situationen ist wichtiger, als zu schnelles Eingreifen – denn genau dies kann zu Ausschreitungen führen.
• Die Hemmschwellen zu Ausschreitungen fallen heute bedeutend schneller, dafür ist unter anderem leider auch der Alkohol schuld. Erwachsene machen dies den Jugendlichen vor.
• Sicherheitsdienst bei Veranstaltungen ist nach wie vor Sache der zuständigen Vereine, so stärken wir die Eigenverantwortung, eine Mithilfe von Gemeinden und Kanton lehnen wir aber nicht ab.
• Sicherheit in und um die Bossard-Arena ist grundsätzlich Sache des Veranstalters, meistens des EVZ. Der Verein muss bessere Fanarbeit machen. Fanarbeit ist auch Sozialarbeit, zum Beispiel durch eigene Fanbeauftragte als Bindeglied zwischen Fan und Verein. Gute Fanarbeit nimmt die Fans ernst und motiviert zu mehr Eigenverantwortung, Wie dies aussehen könnte, zeigt der FC Basel in ihrer eigenen Homepage (www.fanarbeit-basel.ch) An Eishockeyspielen dürfte keinen Alkohol ausgeschenkt werden. Wir sind überzeugt, dass es damit weniger Ausschreitungen nach einem Spiel geben würde.
Und zu guter Letzt. Wir Alternative die Grünen fühlen uns im Kanton Zug nach wie vor sicher. Wir haben keine Angst nachts beim Nachhausegehen und brauchen auch keine quartiereigene Bürgerpolizei.
All die Themen, die wir heute behandeln sind sicher wichtig. Aber mit der Sicherheit im Kanton Zug muss auch die Lebensqualität der Menschen hier betrachtet werden. Zugerinnen und Zuger sollen hier wohnen bleiben dürfen, sie sollen ihre Mieten weiterhin selber bezahlen können, sie sollen mit ihrem Lohn ihr Leben finanzieren können. Sicherheit ist viel mehr als grosse Polizeipräsenz. Sicher lebt, wer frei sein Leben gestalten kann. Schauen Sie sich die Sorgen der Menschen an – Angst vor Arbeitslosigkeit, die steigenden Krankenkassenprämien, die Atomkatastrophe. Das lösen wir nicht mit Polizei, sondern mit einer guten nachhaltigen Politik.

Eusebius **Spescha**: Würde man die Menge der zu behandelnden Vorstösse als Massstab nehmen, könnte man meinen, die Sicherheit im Kanton Zug sei in einem absolut desolaten Zustand. Dies trifft natürlich nicht zu. Die Sicherheitslage im Kanton Zug ist grundsätzlich gut. Selbstverständlich gibt es Gewaltvorkommnisse als häusliche Gewalt, als Folge übermässigen Alkoholkonsums, als Fehlverhalten usw. Und selbstverständlich macht es Sinn, möglichst viel zu tun, um weiterhin eine gute Sicherheitslage zu erhalten. Aber ehrlich gesagt, wenn wir die Ergebnisse der bisherigen und heutigen Debatte kritisch bewerten, so lässt es sich auf den einfachen Nenner bringen, «Der Berg hat eine Maus geboren» oder «viel Lärm um nichts» oder zumindest um wenig.
Wir unterstützen Eintreten auf die verschiedenen Vorlagen und nehmen zu den einzelnen Geschäften wie folgt Stellung:

Die Polizei soll zusätzliche Möglichkeiten und Mittel im Einsatz für die Sicherheit erhalten. Wir unterstützen dies, erwarten aber im Gegenzug eine angemessene Handhabung. Dazu gehört auch eine sorgfältige und selbstkritische Reflexion der Einsätze.
Polizeidienststellen: Die SP unterstützt den Vorschlag der Kommission für die Beibehaltung der gemeindlichen Polizeidienststellen.
Operative Massnahmen: Die Ausweitung der polizeilichen Möglichkeiten, sprich Wegweisung und Vermummungsverbot, wird akzeptiert.
Kostenersatz für polizeiliche Leistungen: Die SP fordert 80 % Kostenbeteiligung durch kommerzielle Veranstalter; wir werden einen Antrag stellen. Es wird ein zusätzlicher Antrag gestellt werden, auf den Kostenersatz bei fürsorgerischen Freiheitsentzügen zu verzichten.
Personalstellen: Die SP unterstützt das Anliegen, der Polizei insgesamt elf Stellen mehr zuzugestehen.
Die SP stimmt dem Investitionsbeitrag für Sicherheitseinrichtungen in der Bossard-Arena zu.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** dankt für die offene und mehrheitlich spürbare Zustimmungsabsicht zu den Vorlagen. Speziellen Dank auf dem Präsidenten der vorberatenden Kommission, Thomas Lötscher, sowie der ganzen Kommission für die sehr gute Arbeit. Es war ja nicht ganz einfach, in der Vielzahl der Vorlagen, welche aber sinnvollerweise aus thematischen und zeitlichen Überlegungen zu diesem Gesamtpaket geschnürt wurden, den roten Faden zu behalten und die politisch relevanten Fragen herauszuarbeiten. Diese Arbeit ist gut gelungen, so dass der Kantonsrat sich heute gut informiert und dokumentiert damit befassen kann.
Sie werden sich heute Morgen über einen wesentlichen Staatszwecke, die öffentliche Sicherheit, unterhalten und in einigen wichtigen Fragen auch Weichen für die Zukunft stellen. Wir haben im Kanton Zug eine allgemein gute Sicherheitslage. Die objektive Sicherheit, ausgedrückt in Unfall- und Deliktzahlen, ist gut, sie ist insbesondere auch im Vergleich mit ähnlich dicht besiedelten Räumen in der Schweiz als gut zu bezeichnen. Aber wir haben Handlungsbedarf und müssen uns heute und nicht erst morgen den aktuellen Herausforderungen und Veränderungen stellen. Die Kantone sind für ihre innere Sicherheit selber zuständig.
Die Kriminalitätszahlen zeigen konstant nach oben. Im Umfeld von Fussball- und Eishockeyspielen der obersten Ligen werden immer mehr Polizeikräfte gebunden. Wir bewegen uns immer mehr in Richtung einer 24-Stunden-Gesellschaft. Konsumgüter sind rund um die Uhr erhältlich, vor allem auch Alkohol. Eine gewisse Beliebigkeit bei der Ausübung von persönlichen Freiheiten, verbunden mit Individualisierung und abnehmender Rücksichtnahme hat Platz gegriffen. Die Menschen leben anonymer. Diese Entwicklungen rufen nach Kontrolle, nach Polizeikräften, die im öffentlichen Raum für Sicherheit und Ordnung sorgen sollen.
Hinzu kommt das Wachstum im Kanton Zug generell, Bevölkerung, Firmen, Verkehr. Beim WEF stehen z.B. rund 20 % der Zentralschweizer Polizeikräfte im Einsatz. Hier spielt die horizontale Zusammenarbeit unter den Kantonen, sie stösst aber in solchen Situation immer mehr an ihre Grenzen. Andere Grossanlässe wie Rütli, grosse Sportanlässe binden ebenfalls Polizeipersonal, das dann in der Grundversorgung fehlt. Auch durch die neue StPO sind die Anforderungen bezüglich Zwangsmassnahmen, Rapportierung von Straftaten deutlich gestiegen.
Alle diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass die Polizei ihre Präsenz in den Städten und Dörfern nicht mehr in ausreichendem Masse wahrnehmen kann. Prä-

senz ist wichtig, ist Teil der Prävention, erhöht die Gefahr, erwischt zu werden und trägt deshalb dazu bei, dass es weniger Straftaten gibt.
Der Sicherheitsdirektor möchte dies alles nicht werten oder sich beklagen. Aber diese Veränderungen bestehen und wir müssen daraus die richtigen Folgerungen ziehen.
Es wird von Polizeidichte gesprochen, also auf wie viele Einwohner entfällt ein Polizist. In der Schweiz kamen per 1. Januar 2011 im Durchschnitt pro 464 Einwohner ein Polizist, im Kanton Zug auf 500 Einwohner. Wenn Sie diese Stellen bewilligen, wird das etwas tiefer werden. Ein Polizist hat durchschnittlich in Basel-Stadt 298 Einwohner zu schützen, in Genf 329 und in Zürich 347 Einwohner. Zug ist der viertdichtest besiedelte Kanton und hier ist der Ruf nach mehr Polizeikräften eben auch deutlich spürbar geworden. Insgesamt fehlen in der Schweiz aufgrund einer vertieften Erhebung durch die KKJPD rund 1'500 Polizeikräfte. Dies ergäbe dann für den Kanton Zug über 20 Stellen. Soviel wollen wir ja nicht, aber der Handlungsbedarf für mehr Stellen besteht, wenn wir im Kanton Zug die innere Sicherheit als Standortfaktor für Stabilität, Prosperität und das Wohlbefinden im öffentlichen Raum weiterhin gewährleisten wollen. Insofern ist Beat Villiger dem Rat sehr dankbar, wenn heute diese Stellen bewilligt werden.
Eine Differenz haben wir bei den Polizeidienststellen. Darauf kommt er später zu sprechen. Aber wir haben diese Untersuchung intern gemacht und geprüft, ob eine Konzentration der Stellen zu einem Gesamtposten oder zu mehreren grösseren Posten billiger kommt und Personal eingespart werden kann. Der Regierungsrat kommt aber unter dem Strich klar zum Schluss, dass die heutige Situation aufrecht erhalten werden soll, aber dass die Möglichkeit bestehen bleiben muss, in Absprache mit den Gemeinden auch solche Polizeiposten zu ändern. Es geht dem Regierungsrat hier ja nicht um die Frage, solche Posten aufzuheben. Der Status Quo soll weiterhin aufrecht erhalten bleiben. Es geht dem Regierungsrat letztlich ja nur um die Zuständigkeit der Frage, wer über die Organisation zu entscheiden hat, der Kantonsrat oder der Regierungsrat. Und hier halten wir klar am regierungsrätlichen Antrag fest.
Nebst der personellen Aufstockung ist es natürliche auch wichtig, dass die Polizei die in ihre Aufgaben fallenden rechtlichen Grundlagen erhält, um Ordnung und Sicherheit wirksam und effizient sicherzustellen. Der Regierungsrat beantragt hier deshalb Ergänzung des Polizeigesetzes um ein umfassenderes Wegweisungs- und Fernhalterecht sowie die Einführung des Vermummungsverbots.
Wenn die beiden anderen Motionsbegehren heute noch zur Sprache kommen sollten, so ist der Regierungsrat bei der Forderung nach Wiedergutmachung klar der Ansicht, dass es nicht Sache der Polizei werden darf, Strafen in Form von Wiedergutmachung zu fällen. Das ist Sache der Staatsanwaltschaft und der Gerichte. – Auch die Forderung nach mehr Informationen an die Schulen bei Vergehen und Verbrechen von Schülern im ausserschulischen Bereich ist eigentlich nachvollziehbar. Aber diese Thematik wurde ja bereits im neuen GOG geregelt, womit diese Motionsforderung als erledigt abgeschrieben werden kann. Hier sei aber kurz gerade dieser Fall in Solothurn erwähnt, der dieser Tage in der Zeitung war, wo ein straffälliger Lehrer Pornografiedelikte begangen hat. 17 Fälle sind da rechtskräftig beurteilt. Das darf aufgrund der dortigen rechtlichen Situation nicht an die Schule weitergemeldet werden. Hier haben wir auch im GOG die Möglichkeit der Weitermeldung der Information durch die Staatsanwaltschaft im Kanton Zug geregelt.
Die Kostenverrechnung war ja schon immer ein umkämpftes Thema. Der Regierungsrat lässt hier seinen ursprünglichen Antrag fallen und schliesst sich dem 60 %-Vorschlag der vorberatenden Kommission an – auch in Anlehnung an den bekannten Bundesgerichtsentscheid. Hierzu später mehr. Der Antrag zur Bossard-

Arena ist anscheinend unbestritten. Zum Schluss vielen Dank, wenn Sie heute den Anträgen des Regierungsrats zustimmen. Sie geben damit nicht zuletzt auch die richtigen Antworten auf die heute zu behandelnden Interpellationen und die dort stehenden Fragen.

EINTRETEN zum ganzen Sicherheitsthema ist unbestritten.

183 ORGANISATION
-Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes (§ 18a Polizeidienststellen)
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1984.1/.2 – 13579/-80), der Kommission (Nrn. 1984.4/.5 – 13756/57) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1984.9 – 13810).
-Motion der CVP-Fraktion betreffend Beibehaltung der Polizeidienststellen in den Gemeinden (Community Policing)
Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1725.2 – 13579) und der Kommission (Nr. 1725.3 – 13756).
Traktandum 3.1

Die **Vorsitzende** bittet den Rat, jetzt nur zum Thema Organisation zu sprechen. Man kann sowohl zur Änderung des Gesetzes sprechen wie auch zur Motion der CVP. Gesetz und Motion sind materiell miteinander verbunden.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass es sich beim Betrieb der Polizeidienststellen in den Gemeinden um ein Thema handelt, das teilweise sehr emotional diskutiert wird. Ein allfälliger Abbau von gemeindlichen Dienststellen kann zu Ängsten in der Bevölkerung führen. Die Kommission nimmt solche Befürchtungen ernst. Die Regierung will im Gesetz die drei Polizeiregionen festhalten und auch die Präsenz in diesen Regionen. Sie betont, dass nicht vorgesehen sei, nur noch eine Dienststelle pro Region zu führen, und es bestünden auch keine Pläne, weitere Polizeidienststellen – abgesehen von Oberägeri – zu schliessen. Die Kommission will es aber nicht bei diesen Absichtserklärungen belassen. Sie hat deshalb einen Weg gesucht, den aktuellen Stand weitgehend zu sichern, bei ausgewiesenem Bedarf im Einverständnis mit der zuständigen Gemeinde aber trotzdem eine Polizeidienststelle neu eröffnen oder schliessen zu können. Der Vorschlag der Kommission bedingt, dass sowohl die Sicherheitsdirektion als auch die Standortgemeinde mit einer Veränderung einverstanden sein müssen. Andernfalls bleibt der Status Quo erhalten. Damit ist aus Kommissionssicht ein Optimum an Flexibilität und Qualitätssicherung erreicht. Eine weitergehende Forderung, wonach die heutigen Polizeidienststellen im Gesetz namentlich zu nennen oder eine fixe Zahl zu definieren sei, lehnt die Kommission als zu starr ab.
Namens der Kommission stellt der Votant deshalb folgende zwei Anträge:
1 Es sei auf die Vorlage Nr. 1984.5 (Änderung des- Polizei-Organisationsgesetzes) einzutreten und ihr mit im Kommissionsbericht formulierter Neufassung von § 18a des Polizei-Organisationsgesetzes zuzustimmen:
2 Die Motion der CVP-Fraktion betreffend Beibehaltung der Polizeidienststellen in den Gemeinden (Community Policing) sei teilweise erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Franz Peter **Iten** spricht in einem Votum zu Vorlage und Motion. Nachdem immer wieder verlangt und betont wurde, dass die Voten im Kantonsrat kürzer werden sollen, versuche er sich an diese Vorgaben zu halten und dem Wunsch der Kantonsratspräsidentin nachzukommen. Man sollte nicht nur immer davon sprechen, weniger zu sprechen, sondern endlich auch weniger sprechen. Der Votant möchte nämlich in die Ferien gehen.
Die CVP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den Antrag der vorberatenden Kommission mit der Neuformulierung von § 18a im Gesetz über die Organisation der Polizei.
Dem Anliegen unserer Motion betreffend Beibehaltung der Polizeidienststellen in den Gemeinden vom 19. September 2008 wird damit Rechnung getragen, und mit dieser Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes wird der Fortbestand der Polizeidienststellen in den Gemeinden sichergestellt. Dies entspricht der grossmehrheitlichen Haltung der CVP-Fraktion.
Einziger Makel besteht aber bei der Zusammenlegung der Polizeidienststelle der Gemeinde Oberägeri mit der Polizeidienststelle der Gemeinde Unterägeri. Nachdem aber der Gemeinderat von Oberägeri mit einer Medienmitteilung öffentlich festgehalten hat, dass er mit der Zusammenlegung im Grundsatz einverstanden ist, sieht die CVP-Fraktion keine Veranlassung mehr, gegen den Antrag des Regierungsrats unsere Motion teilweise erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben, zu monieren.
Die CVP-Fraktion spricht sich aber deutlich gegen eine namentliche Nennung derjenigen Gemeinden im Gesetz aus, in denen Polizeidienststellen unterhalten werden, sollte ein solcher Antrag heute gestellt werden.

Gregor **Kupper** hält fest, dass die Stawiko die Anträge der vorberatenden Kommission unterstützt.

Thomas **Werner** hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig den Vorschlag der vorberatenden Kommission unterstützt. Warum? Es geht hier genau um die bürgernahe Dienstleistung. Wer zur Polizei will oder manchmal auch muss, soll dies möglichst nahe am Wohnort tun können. Polizisten auf den Dienststellen vor Ort nehmen am Dorfleben Teil, sind dadurch bürgernah und kennen zum Beispiel die geografischen Gegebenheiten. Sie kennen aber auch sogenannte Brennpunkte und nicht zuletzt die in den jeweiligen Dörfern bekannten Pappenheimer, die etwas mehr Aufmerksamkeit der Polizei in Anspruch nehmen als der «Normalbürger». Wir anerkennen den Anspruch der Regierung, organisatorisch flexibel auf sich verändernde Verhältnisse reagieren zu können. Mit dem Vorschlag, der in der Kommission erarbeitet worden ist, steht es ihm nach wie vor zu, Polizeidienststellen zu schaffen oder aufzugeben. Der Vorschlag hält die Regierung auch nicht davon ab, die Hauptdienststellen der drei Polizeiregionen Zug, Baar und Ennetsee zu verstärken und auszubauen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF den Vorschlag der Regierung, dass im Polizei-Organisationsgesetz die drei Dienstellen Zug, Baar und Ennetsee gesetzlich verankert werden, gut findet. Wir sind für Eintreten auf diese Vorlage. Diese drei Dienststellen haben heute schon die Funktion einer regionalen Polizeistelle, welche auch für die Dienstellen in den anderen Gemeinden zuständig ist.

Und gemäss Regierung soll sich in den nächsten Jahren diesbezüglich nichts ändern.
Wenn im Gesetzesvorschlag nun steht, dass die Polizei in den Regionen Zug, Baar/Berg und Ennetsee je *mindestens* eine Polizeidienstelite betreiben muss, ist die Frage unweigerlich gegeben, wann erste Schliessungen in den Gemeinden, wie zum Beispiel in Oberägeri, erfolgen. Die AGF hält dazu folgendes fest: Für uns ist es nicht wichtig, wo eine Dienststelle steht, sondern die Präsenz der Polizei, also wo die Polizei in Erscheinung tritt, steht für uns im Vordergrund. Wir bezweifeln, dass sich Leute sicherer fühlen, wenn sie wissen, dass in ihrer Gemeinde ein Polizist oder eine Polizistin in einem Büro sitzt und nur für die Einwohner und Einwohnerinnen dieser Gemeinde zuständig ist. Natürlich ist es praktisch, wenn jemand für das Melden eines gestohlenen Velos nicht ins Nachbardorf fahren muss. Aber eine Tragik wäre dies auch nicht. Unser Kanton ist sehr kleinräumig, dies zeigten uns zum Beispiel letzten Donnerstag die Appenzell Ausserrhödler im Vergleich zu ihrem Kanton. Man ist also schnell in Zug oder in einer anderen Dienststelle. Wir glauben nicht, dass das Vorhandensein einer Dienststelle in der Gemeinde eine präventive Wirkung hat. Ob wirklich alle Einwohnerinnen und Einwohner wissen, wo sich die Polizeistelle befindet? Unsere Fraktion glaubt auch nicht, dass die Menschen in Walchwil, Oberägeri und Neuheim sich weniger sicher fühlen als andere, auch wenn in ihrer Gemeinde keine Polizeidienststelle vorhanden ist.
Dem Vorschlag der Kommission können wir nichts abgewinnen. Wir werden also bei der Detailberatung den vorgeschlagenen § 18a der Regierung im Polizei-Organisationsgesetz unterstützen. Präsenz der Polizei zur richtigen Zeit und am richtigen Ort ist für uns wichtig.
Wir unterstützen ebenfalls die Regierung, die Motion der CVP-Fraktion zu diesem Thema sei im Sinne des ausführlichen Berichts der Regierung erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion betreffend Polizeidienststellen den Antrag der vorberatenden Kommission unterstützt. Es macht wenig Sinn, im Gesetz die Orte aufzuführen, in denen heute eine Polizeidienststelle geführt wird. Aufgrund verschiedener Bedürfnisse kann sich im Verlauf der Zeit das Polizeidienstellennetz verändern. Sofern eine Änderung der Polizeidienststellen notwendig wäre, würde dies eine Gesetzesänderung verlangen, was mit viel unnötigem Aufwand verbunden wäre. Die Formulierung in § 18a Ziff. 2, wie es die vorberatende Kommission vorschlägt, gewährt ein Mitspracherecht der Gemeinden sowohl bei einer Schliessung als auch bei einer Eröffnung einer Polizeidienststelle, und das genügt.

Martin B. **Lehmann** will sich kurz fassen, hält aber dennoch an seinem Standpunkt aus der Kommissionsarbeit fest. Der Vorschlag der Kommission ist zwar etwas verbindlicher als der ursprüngliche Wortlaut der Regierung, gleichwohl aber immer noch zahnlos. Um dem Anliegen der CVP-Motion wirklich Rechnung zu tragen, beantragt der Votant, dass die Gemeinden mit einer Polizeidienststelle – und damit der Ist-Zustand – namentlich im Gesetz erwähnt werden sollen.
Konkret soll § 18a Abs. 1 also wie folgt lauten:
«Die Polizei ist in den Einwohnergemeinden Zug, Baar, Menzingen, Unterägeri, Cham, Rotkreuz, Steinhausen und Hünenberg mit Polizeidienststellen vertreten.»
Auch mit diesem Vorschlag könnte die Polizei noch Dienststellen in einer Gemeinde zusammenführen und hätte die Sicherheitsdirektion – in Absprache mit der jeweils zuständigen Gemeinde – noch die Möglichkeit, eine Polizeidienststelle auf-

zuheben. Mit der expliziten Nennung der Gemeinden soll aber eine gewisse Verpflichtung hergestellt werden. Und dies entspricht dem ursprünglichen Anliegen der CVP wie auch von Martin B. Lehmann.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** meint, es sehe so aus, als ob die Regierung hier einen schweren Stand hätte. Er möchte nicht zu den Anträgen Stellung nehmen, sondern einfach nochmals ausführen, dass es uns darum geht, hier keine Vermischung zu beschliessen. Denn die Frage, wie die Verwaltung organisiert wird, ob die Polizei pro Polizeiregion eine oder mehrere Dienststellen unterhält, stellt aus Sicht des Regierungsrats eine Angelegenheit dar, die in sein Zuständigkeit und Kompetenz fällt. Und an diesem Grundsatz sollte auch der Kantonsrat heute und in Zukunft festhalten. Insofern möchte der Votant den Antrag des Regierungsrats zur Annahme empfehlen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1984.5 – 13757

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung an ihrem Antrag festhält, die Stawiko sich jedoch der vorberatenden Kommission anschliesst. Bei § 18a haben wir einen Antrag von Martin B. Lehmann.

§ 18a

➔ Der Unteränderungsantrag Lehmann wird mit 70:3 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat lehnt den Regierungsantrag mit 64:10 Stimmen ab und stellt sich hinter den Antrag der vorberatenden Kommission.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1984.10 – 13838 enthalten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass erst nach der 2. Lesung der Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes ein Entscheid zur Motion der CVP gefällt wird.

184 OPERATIVE MASSNAHMEN
-Änderung des Polizeigesetzes
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1984.6 – 13758).
-Änderung des Polizeistrafgesetzes (§ 22a Vermummungsverbot) und des Gerichtorganisationsgesetzes (§ 102 Ergänzung um den Vorbehalt besonderer Bestimmungen)
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1984.7 – 13759).
-Motion von Andreas Hausheer betreffend Massnahmen zur Erhöhung der Effizienz der polizeilichen Gewaltprävention
Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1859.2 – 13606) und der vorberatenden Kommission (Nr. 1859.3 – 13756).
Traktandum 3.2

Die **Vorsitzende** bittet den Rat, beim Eintreten nur zu den operativen Massnahmen (Wegweisung, Fernhaltung und Vermummung) zu sprechen, und zwar zu den Änderungen des Gesetzes wie auch zur Motion Hausheer.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass es hier im Wesentlichen um die Motion von Andreas Hausheer betreffend Massnahmen zur Erhöhung der Effizienz der polizeilichen Gewaltprävention geht. Mit Ausnahme des Antrags des Regierungsrats, die Motion bezüglich der Forderung nach Information der Schulbehörden nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben, gaben die teilweise während der Kommissionsberatungen eingegangenen Anträge der Regierung zu dieser Motion in der Kommission keinen Anlass zu grossen Diskussionen.
Betreffend Information der Schulbehörden konnten die Motionsanliegen zumindest teilweise aufgenommen und umgesetzt werden. Die Idee, dass die Polizei bei gewissen Straftaten eine Wiedergutmachung anordnen und dafür auf die Strafverfolgung verzichten kann, ist bestechend, weil sie eine effiziente und pragmatische Art der Problembehandlung darstellen würde. Leider ist sie im Rahmen des polizeilichen Ermittlungsverfahrens von Bundesrechts wegen nicht umsetzbar. Auch das Jugendstrafrecht hilft uns nicht weiter, weil nur der Jugendanwalt respektive das Jugendgericht Jugendliche zu einer persönlichen Leistung verpflichten darf.
Somit beantragt die Kommission:
Es sei auf die Anträge des Regierungsrats vom 22. Februar 2011 betreffend
a) Änderung des Polizeigesetzes (§16 Wegweisung, Fernhaltung), Vorlage Nr. 1984.6,
b) Ergänzung des Polizeistrafgesetzes (§ 22a Vermummungsverbot) und Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes (§ 102 Ergänzung um den Vorbehalt besonderer Bestimmungen), Vorlage Nr. 1984.7,
einzutreten und ihnen zuzustimmen.
Es sei die Motion von Andreas Hausheer betreffend Massnahmen zur Erhöhung der Effizienz der polizeilichen Gewaltprävention (Vorlage Nr. 1859.1) als erledigt abzuschreiben, soweit sie die Einführung des Vermummungsverbots und die Neuformulierung von § 16 des Polizeigesetzes (Wegweisung, Fernhaltung) zum Gegenstand hat.
Es sei die Motion von Andreas Hausheer bezüglich seines Anliegens der Information der Schulbehörden erheblich zu erklären und, nachdem sein Anliegen in § 94 des Gerichtsorganisationsgesetzes bereits berücksichtigt ist, als erledigt abzuschreiben.
Im Übrigen sei die Motion von Andreas Hausheer nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben bezüglich der Forderung nach Einführung polizeilicher Massnahmen im Übertretungs- und Polizeistrafgesetz in dem Sinne, dass die Polizei bei Straftaten unter Verzicht auf die Strafverfolgung eine Wiedergutmachung anordnen kann.
Die FDP-Fraktion schliesst sich auch hier der Kommission an.

Andreas **Hausheer** bedankt sich beim Regierungsrat, dass er zumindest 50 % der in seiner Motion vorgeschlagenen Massnahmen, nämlich das Vermummungsverbot und die Verschärfung der Wegweisung umsetzen möchte. Zu den beiden anderen von ihm angeregten Massnahmen, die der Regierungsrat ablehnt, wird sich der Votant konkret anlässlich der 2. Lesung äussern, wenn es um die Erledigung der parlamentarischen Vorstösse geht. Nur so viel vorneweg: Anlässlich der 2. Lesung wird er mit Sicherheit beantragen, auch den Teil der Wiedergutmachung erheblich

zu erklären. Dies im Gegensatz zum Regierungsrat, der sich dieser Massnahme selbst in jenen Bereichen verschliesst, wo uns das Bundesrecht einen gewissen Spielraum lässt.
Nun aber zurück zum Vermummungsverbot und zur Verschärfung der Wegweisung. Andreas Hausheer stellt mit einer gewissen Zufriedenheit fest, dass die Regierung hier relativ zügig vorwärts gemacht hat. Er erlaubt sich, der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, dass diese Zügigkeit auch bei anderen Geschäften, wie dem Ordnungsbussenverfahren oder der Videoüberwachung, beibehalten wird.
Er ist beim Vermummungsverbot und bei der Wegweisung mit dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Weg einverstanden. Mit der Gesetzgebung alleine ist es nun aber nicht getan. Genauso wichtig ist es, die neuen gesetzlichen polizeilichen Möglichkeiten auch umzusetzen. Diesbezüglich erwartet er vom Regierungsrat, dass er die nachher zur Bewilligung vorgeschlagenen neuen Polizeistellen entsprechend einsetzt. Die Gesetzesanpassung, die wir heute (hoffentlich) beschliessen, soll nicht toter Buchstabe bleiben.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AGF hier einen Nichteintretensantrag bezüglich Wegweisung sowie Vermummungsverbot stellt. Und wir plädieren, die Motion Hausheer teilerheblich zu erklären, jedoch nur im Punkt Info an die Schulen, und als erledigt abzuschreiben.
Eines stellt der Votant zum Vornherein klar: Personen, die kriminelle Handlungen begehen, müssen belangt werden. Er plädiert keinesfalls für Täterschutz. Doch die vorgesehenen Verschärfungen bezüglich Vermummung und Wegweisung tangieren die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger unverhältnismässig stark. Die Wegweisung schränkt Bewegungs- und Versammlungsfreiheit ein, bevor es zu strafrechtlich relevanten Handlungen gekommen ist. Das Vermummungsverbot ist faktisch nicht umsetzbar und führt potenziell zur Eskalation statt Deeskalation – das hat uns der Polizeikommandant bestätigt. Abgesehen davon hat es noch keine Fälle und Probleme mit Vermummungsverboten gegeben, ausser bei Sportveranstaltungen, sprich allenfalls EVZ. Beide Gesetzesänderungen steigern aus unserer Sicht die Sicherheit nicht. Es sind Scheinmassnahmen. Auch greift die heutige Gesetzgebung, da Zug eine tiefe Kriminalitätsrate aufweist und die Bevölkerung sich sicher fühlt.

Die **Vorsitzende** fragt nach, ob der Nichteintretensantrag für beide Gesetze gilt, für Polizeigesetz und Polizeistrafgesetz. Stefan Gisler bestätigt das.

Alois **Gössi** äussert sich zuerst zum Formellen. Mit dem Vorgehen bei der Motion Hausheer machen wir alles miteinander: Die Erheblicherklärung und das Umsetzen im Gesetzesbereich. Für uns ist das unbefriedigend. Wir hätten wirklich bevorzugt, dass es vorgängig eine Debatte zur Erheblicherklärung gegeben hätte. Im zeitlichen Ablauf (die Motion wurde ja vor etwa zwei Jahren eingereicht) hätte dies doch problemlos möglich sein sollen.
Zum Inhaltlichen. Wir stimmen den Anträgen der vorberatenden Kommission zur Fernhaltung und zum Vermummungsverbot zu, wenn auch mit mässiger Begeisterung. Zum Vermummungsverbot: Damit sollen Gewalttätigkelten durch Vermummte und damit die weitgehende anonyme Begehung von Straftaten verhindert werden. Dies tönt gut, aber der Votant wüsste wirklich nicht, wann wir bei uns im Kanton Zug das letzte Mal in diesem Bereich Probleme gehabt hätten, mit Ausnahme bei

Spielen vom EVZ. Und hier kommt dann die grosse Ausnahme: Die Polizei muss das Vermummungsverbot nicht zwingend durchsetzen, sie kann, wenn es nach ihrer Einschätzung die Lage erfordert zur Verhinderung einer Eskalation, davon absehen. Und schön, dass es auch noch Ausnahmen geben wird vom Vermummungsverbot wie bei der Fasnacht!
Zum Wegweisungsrecht: Die Polizei soll die Möglich erhalten, eine Wegweisung vorzunehmen, wenn ein begründeter Verdacht besteht, eine Person werde die öffentliche Sicherheit und Ordnung ernsthaft und unmittelbar gefährden oder stören oder sie schaffe durch ihr Verhalten die unmittelbare Gefahr einer gewalttätigen Auseinandersetzung. Es wird eine Abwägung seitens der Polizei werden, wann dieses Wegweisungsrecht angewendet werden soll oder muss und wenn nicht. Wir hoffen einfach, dass dieses Wegweisungsrecht nur wirklich in zwingenden Fällen angewendet werden wird, da es in unsere Grundrechte eingreift. Wir stimmen diesem Antrag sowie den anderen der vorberatenden Kommission zur Motion Hausheer zu.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** spricht zu diesen beiden Vorlagen und zum Votum von Andreas Hausheer. Er hat ein Lob geäussert für die schnelle Umsetzung. Auf der anderen Seite kommt von Alois Gössi die Kritik, wir seien zu schnell gewesen. Und auch Andreas Hausheer kritisiert die zwei noch hängigen Vorlagen. Die sind in Bearbeitung. Wir sind in time. Und zwar werden wir anfangs nächstes Jahr in den Kantonsrat kommen mit den beiden Vorlagen «Ordnungsbussensystem» und «Videoüberwachung».
Zu Alois Gössi und dem Ablauf. Es sollte doch auch ihm nach langen Jahren im Kantonsrat bekannt sein, dass wenn ein Geschäft bereits in der Kommission ist und dann neue Vorstösse kommen, diese mitgenommen werden und nicht via Erheblicherklärung ein neues Geschäft auslösen. Das ist – auch gemäss Landschreiber – bei uns richtig abgelaufen.
Von Stefan Gisler wird angezweifelt, ob diese beiden Veränderungen die Grundrechte unserer Bürger tangieren. Mit dem Wegweisungsrecht der Polizei in Fällen von häuslicher Gewalt und bei Gewaltvorkommnissen vor allem beim Sport werden ja grundsätzlich gute Erfahrungen gemacht. Es sind griffige Instrumente, um in bestimmten Situationen Störungen der Ordnung und Sicherheit durchzusetzen. Deshalb soll die Polizei in Zukunft eben auch Wegweisungen oder Fernhaltungen verfügen können, wenn Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum durchgesetzt werden muss. Und ursächlich für diese Polizeigesetzrevision sind Entwicklungen der letzten Jahre. So benötigt die Polizei Möglichkeiten, Personen, welche im öffentlichen Raum gegenüber Passanten provozieren, in störender Weise für den allgemeinen Gebrauch bestimmte Einrichtungen besetzen, auf Plätzen und in öffentlichen Anlagen durch provokatives Verhalten Dritte einschüchtern oder andere Bevölkerungsteile von der Benützung abhalten usw. temporär wegzuweisen. Wie Sie den Ausführungen in den Unterlagen entnehmen konnten, geht es darum, Einschränkungen von Ruhe und Ordnung und Sicherheit durch die Polizei mittels einer solchen Wegweisung oder durch Fernhalten von Störern beheben zu können.
Es ist ja letztlich eine politische Beurteilung. Aber wir führen auch aus in der regierungsrätlichen Vorlage, dass die Beschränkungen von Grundrechten im geltenden Polizeirecht zeitlich befristet sind. Das zeigt sich ja in den §§ 14 und 17 des Polizeigesetzes. Der Freiheitsentzug infolge polizeilichen Gewahrsams darf nicht länger als 24 Stunden dauern. Das ist auch klar. Das Rückkehrverbot in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt dauert längstens zehn Tage. Deshalb soll hier in § 16 des Polizeigesetzes diese Ausweitung der Wegweisung bis längstens 72 Stunden

dauern. Die Möglichkeit, nicht der Zwang, jemanden bis längstens 72 Stunden – z.B. ein Wochenende oder während der Dauer einer Veranstaltung – von einem bestimmten Ort wegweisen oder fernhalten zu können, erlaubt es eben der Polizei auch, diese Massnahmen zeitlich den konkreten Gegebenheiten anzupassen und somit den Eingriff in Grundrechte verhältnismässig auszugestalten. Ob letztlich die Fernhaltung nun 72 oder 24 Stunden dauert, ist eine politische Frage. Wichtig ist hier die Befristung und der Sicherheitsdirektor möchte dem Rat doch beliebt machen, am Antrag von Kommission und Regierung festzuhalten.

➔ Der Nichteintretensantrag der AGF beim Polizeigesetz (1984.6 – 13758) wird mit 67:8 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Nichteintretensantrag der AGF beim Polizeistrafgesetz (1984.7 – 13759) wird mit 67:8 Stimmen abgelehnt.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1984.6 – 13758 (Wegweisung und Fernhaltung)

§ 16 Abs. 1

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass bezüglich Wegweisung in der regierungsrätlichen Antwort Folgendes steht: «Die Bundesverfassung garantiert in Art. 10 Abs. 2 die Bewegungsfreiheit. Jede Person darf sich nach ihrem Willen und ohne staatliche Eingriffe fortbewegen und aufhalten, wohin und wo immer sie will.» Die Wegweisung und Fernhaltung beschränken diese persönliche Freiheit. Das hat der Sicherheitsdirektor vorher etwas geschönt dargestellt. Das heutige Gesetz sieht bereits die Möglichkeit einer Wegweisung vor, z.B. bei Sportveranstaltungen, bei Demonstrationen oder bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Und dies aus klar definierten Gründen wie z.B. Verdacht auf Gefährdung Dritter. Das funktioniert auch gut. Die Polizei allein kann zudem gesellschaftliche Probleme nicht beheben, es braucht hierzu präventive Anstrengungen, z.B. gute Fanarbeit bei Sportvereinen oder Respektpatrouillen, wie wir sie in der Stadt Zug kennen. Verwechseln Sie bitte Wegweisung auch nicht mit Anhalten oder Verhaften aufgrund von Straftaten oder konkreter Gefährdung. Dies ist und bleibt mit und ohne neuen § 16 weiterhin möglich. Wir sprechen hier nur von einer präventiven Wegweisung, ohne dass eine Straftat begangen wurde. Hier muss der Staat angemessen vorgehen. Dazu haben wir in § 16 Abs. 1 zwei Anträge.
Die Alternativen plädieren für eine zielführende, angemessene Anwendung von § 16, die Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt schützt, jedoch auch Grundrechte aller Personen genügend beachtet. *Bei Abs. 1 beantragen wir, dass eine Person maximal 24 Stunden weggewiesen und ferngehalten werden kann*, wie dies auch andere Kantone kennen. Da eine solche Massnahme individuell und nur nach genauer Analyse erfolgen muss, reicht diese Frist. Das Recht auf Bewegungsfreiheit in der Schweiz während 72 Stunden ohne strafrechtlich relevante Tätigkeit durch die betroffene Person erachten wir als unangemessen. Fernhalten heisst letztlich im Extremfall festnehmen, und das, ohne dass eine Straftat begangen wurde, während 72 Stunden – das ist uns zuviel.

Thomas **Lötscher** hält fest, dass der Antrag der AGF bei ihm gestern eingegangen ist. Wir haben ihn in der Kommission nicht besprochen. Der Votant kann deshalb auch nicht für die Kommission dazu Stellung nehmen. Er möchte einfach von sei-

ner Seite her festhalten, dass bei Veranstaltungen, die ein ganzes Wochenende dauern, natürlich eine Wegweisung über mehr als 24 Stunden durchaus Sinn machen kann.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** weist darauf hin, dass Stefan Gisler nochmals die Grundrechte angesprochen hat. Dazu hat der Votant bereits Ausführungen gemacht. Stefan Gisler sagt auch, die Wegweisung führe zu keiner Verzeigung. Das ist richtig. Auf der anderen Seite hat er dann wieder gesagt, es sei eine Festnahme. Das stimmt so nicht. Wenn jemand diese Wegweisung nicht befolgt, kommt es zu einer Anzeige. Das kann auch im Wiederholungsfall so sein, dass dann längere Wegweisungen verfügt werden.
Nochmals zur Dauer. Stefan Gisler will an den 24 Stunden festhalten wie bisher. Und wir wollen 72 Stunden. Die Erfahrungen haben einfach gezeigt, dass z.B. über ein Wochenende auf der Rössliwiese jemand nur ereignisbezogen für eine kurze Dauer weggewiesen werden kann und er kommt dann am anderen Tag wieder. Aus solchen Überlegungen fordern wir eine längere Dauer. Wir haben das auch verglichen mit anderen Kantonen. Es gibt 24-Stunden-Kantone, aber auch andere. Der Sicherheitsdirektor geht davon aus, dass die Polizei hier immer verhältnismässig handelt und wegweisen wird, wenn das notwendig ist. Bitte stimmen Sie dem Antrag der Kommission zu!

➔ Der Antrag der AGF wird mit 62:11 Stimmen abgelehnt.

Philip C. ***Brunner*** *stellt den Antrag, das Wort «bestimmten» durch «öffentlichen» zu ersetzen.* Begründung: Ein bestimmter Ort kann auch seine Wohnung sein und er wird dann in seiner Privatsphäre doch erheblich eingeschränkt. Das ist ja die Idee, die hinter dem Ganzen ist, dass es um den öffentlichen Raum geht, und nicht um den bestimmten Ort.

Markus **Jans** hat bei diesem Antrag eine Verständnisfrage. Die Polizei kann eine Person bis längstens 72 Stunden von einem bestimmten Ort wegweisen. Dieser bestimmte Ort ist ja auch bei der häuslichen Gewalt ein Thema, und das heisst, dass die Polizei auch in einer Wohnung eine Wegweisung verfügen kann. Der Votant hätte hier gern vom Polizeidirektor eine Antwort, ob damit auch die häusliche Gewalt gemeint ist. Dann würde Markus Jans dafür plädieren, diesen «bestimmten» Ort zu belassen und ja nicht umzukehren.

Thomas **Lötscher** hat kurz Rückfrage mit Polizeikommandant Karl Walker genommen. Grundsätzlich ist das Anliegen von Philip C. Brunner natürlich berechtigt, und es geht auch effektiv in dieser Fragestellung nur um die öffentlichen Orte, denn für beispielsweise häusliche Gewalt gibt es andere gesetzliche Grundlagen. Aber wichtig ist eben mit dem «bestimmten» Ort, dass das Rayon effektiv auch räumlich bestimmt ist, damit man festlegen kann, wo sich diese Person genau nicht aufhalten darf und wo dann doch wieder. Das ist der Hintergrund des Begriffs «bestimmt». Deshalb wäre es eigentlich sinnvoll, «bestimmt» im Gesetz zu behalten, aber es geht um öffentlichen Raum.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** betont, dass die Regierung an ihrem Antrag festhält.

Philip C. **Brunner** möchte den Antrag zurückziehen und einen neuen Antrag stellen, nämlich «bestimmten öffentlichen» Raum. Dann haben wir Beides drin und das würde sein Anliegen besser vertreten.

Eusebius **Spescha** hat Mühe damit, wenn wir jetzt hier ad-hoc-Gesetzgebung betreiben. Er ist nicht sicher, ob das sinnvoll ist, den «bestimmten» Raum durch «bestimmten öffentlichen» Raum zu ersetzen oder zu ergänzen. Wie ist das nun im Bahnhof oder im Metalli? Das ist nicht zwingend öffentlicher Raum. Metalli ist eine private Überbauung, aber es kann durchaus sinnvoll sein, für die Metalli eine Wegweisung zu verfügen. Öffentlicher Raum ist in diesem Zusammenhang vermutlich eben nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss. Von daher macht es wohl Sinn, an der ursprünglichen Variante festzuhalten, dass man das für einen «bestimmten» Raum bestimmen kann und nicht jetzt ad hoc Ergänzungen macht, die möglicherweise kontraproduktiv sind.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** meint, es wäre besser gewesen, wenn man diesen Antrag vorher gekannt hätte. Er ist auch der Meinung, man solle diese Bestimmung so belassen, wie sie vorgeschlagen wird. Es wurde die Frage gestellt, wie es denn bei der häuslichen Gewalt ist. Dort haben wir eine klare Gesetzgebung. Aber der Sicherheitsdirektor macht sich Gedanken darüber, dass wenn wir einen bestimmten öffentlichen Raum ins Gesetz nehmen, was dann mit den halböffentlichen Räumen geschieht, z.B. mit dem Eisstadion, wo das Hausherrenrecht gilt, wo der EVZ selber bestimmen kann, wer reinkommt oder das allenfalls nicht mehr darf. Beat Villiger würde das so belassen, wie es ist.

➔ Der Antrag Brunner wird mit 67:4 Stimmen abgelehnt.

§ 16 Abs. 1 Bst. b

Stefan **Gisler** stellt im Namen der AGF den Antrag auf folgende Formulierung:
«begründeter Verdacht besteht, sie werde die öffentliche Sicherheit und Ordnung ernsthaft und unmittelbar gefährden;»
Gestrichen haben möchte der Votant vor allem den Begriff «stören». Die weiteren Ausführungen dort sind im ersten Abschnitt subsumiert. Die Regierung schreibt, sie wolle keine so genannte Citypflege betreiben und mit diesem § 16 auch keinen Freipass erhalten, um Randgruppen pauschal wegzuweisen. Das ist löblich, doch genau diese Möglichkeit würden wir der Polizei geben, wenn wir im Gesetz vorsehen, dass wir Personen, welche die öffentliche Ordnung *stören*, wegweisen werden. Stören ist ein sehr subjektiver Begriff und kann weitgehend interpretiert werden. Verstehen Sie den Votanten auch hier richtig: Wer die Sicherheit anderer *gefährdet*, soll weggewiesen werden können. Doch Störer wegzuweisen, ist heikel. Jedes grössere Fest, jedes Grümpelturnier hat Störer. Diese alle wegzuweisen, wäre wohl etwas übertrieben, sofern die Sicherheit nicht gefährdet ist.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass auch dieser Antrag der Kommission nicht zur Behandlung vorlag. Aber die effektive Vorlage hat in der Kommission soweit überzeugt. Hier eine persönliche Anmerkung. Der Antrag der AGF schützt Leute, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung ernsthaft und unmittelbar stören. Sie schützt Leute, die durch ihr Verhalten die unmittelbare Gefahr einer gewalttätigen Auseinandersetzung schaffen. Umgangssprachlich gesagt also Chaoten und Krawallbrüder. Insofern ist das nicht unbedingt eine fachliche Frage, sondern eine politische. Wollen Sie gewalttätige Chaoten und Störenfriede schützen, werden Sie den Antrag der AGF unterstützen müssen. Wollen Sie lieber Sicherheit, Ordnung, rechtschaffene Leute und deren Eigentum schützen, sollten Sie sich an die Vorlage von Regierung und Kommission halten.

Stefan **Gisler** meint, da wolle der Kommissionspräsident doch etwas viel hineininterpretieren. Weiterhin gilt, dass Personen, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung ernsthaft und unmittelbar gefährden, weggewiesen werden können. Wir schützen also keine Chaoten, denn sie gefährden die Ordnung und Sicherheit. Wen wir schützen wollen, sind Störer, welche die Sicherheit nicht gefährden. Es ist an jedem grösseren Fest so, dass wir laut krakeelende Gruppen haben. Die stören den Votanten, aber sie gefährden ihn nicht. Das muss Raum nebeneinander haben. Wir wollen die vom Kommissionspräsidenten genannten Gruppen nicht schützen. Hier steht und das ist auch unser Antrag: «Wer die öffentliche Sicherheit und Ordnung ernsthaft und unmittelbar gefährdet, soll weggewiesen werden können.» Aber nicht der einfache Störer.

Thomas **Lötscher** möchte die Debatte nicht in die Länge ziehen, aber die Aussage von Stefan Gisler stimmt nicht. Er hat explizit gesagt, er mache den Punkt nach «gefährden» und dann sei fertig. Nach dem «stören» kommt aber noch jene Gruppe von Leuten, die eine unmittelbare Gefahr für eine gewalttätige Auseinandersetzung darstellen. Und das sind nicht einfach Leute, die ein wenig rumlärmen.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** möchte auch hier beliebt machen, am Antrag von Kommission und Regierung festzuhalten. Hier geht es nicht um City-Pflege. Wenn Bettler von der Polizei angetroffen werden, werden diese sicher nicht weggewiesen, weil sie Ruhe und Ordnung stören oder gar die Sicherheit. Aber wir werden dann im Rahmen des Ordnungsbussengesetzes darüber zu entscheiden haben, ob Betteln verboten ist oder nicht. Das ist dann ein Tatbestand, der beurteilt werden muss. Aber wir führen genau aus, was wir unter «stören» verstehen. Sicher sind nicht solche Leute gemeint, die jemandem nicht in den Kram passen. Da muss schon eine klare Störung der Ruhe und Ordnung vorgefallen sein.

➔ Der Antrag der AGF wird mit 57:16 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1984.11 – 13839 enthalten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1984.7 – 13759 (Vermummung)

I. § 22a

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF die Einführung eines generellen Vermummungsverbots ablehnt und damit auch den ganzen § 22a. Die Gründe möchte die Votantin nicht mehr erwähnen, sie wurden von Stefan Gisler und Alois Gössi gut erläutert. Sie möchte aber im Namen der AGF betonen, dass wir jegliche Gewalt verurteilen. Sie soll wenn möglich verhindert werden. Unserer Meinung nach wird dies aber mit einem Vermummungsverbot nicht erreicht. Man gibt einem solchen Gesetz mehr Bedeutung, als dass es überhaupt nützt. Sie möchte in diesem Zusammenhang nochmals etwas betreffend Vernehmlassung sagen. Sie unterstützt sehr, was Alois Gössi gesagt hat. Die AGF findet es nicht richtig, dass zur Wegweisung und zum Vermummungsverbot keine Vernehmlassung durchgeführt worden ist. Unserer Meinung nach entspricht das nicht dem demokratischen Recht. Wir hätten es sehr gerne gehabt, dass genau bei diesen wichtigen Themen eine Vernehmlassung durchgeführt worden wäre. Wenn alles auch rechtlich richtig gelaufen ist, aber das ist nicht Demokratie.
Die AGF stellt den Antrag, § 22a zu streichen.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** erinnert daran, dass das Vermummungsverbot schon beim Polizeigesetz 2006 in Erwägung gezogen wurde. Zwischenzeitlich hat sich die Situation in zweifacher Hinsicht verändert. Gerade bei Sportveranstaltungen im Kanton Zug, vorwiegend beim EVZ, treten gelegentlich gewaltbereite Fans auf, welche sich durch Vermummung der Strafverfolgung entziehen wollen. Das geht nicht. Auch die Bedeutung der Aufklärung von Straftaten im öffentlichen Raum an solchen Veranstaltungen gewinnt immer mehr an Bedeutung. Hier hilft uns auch die ganze Video-Überwachung im Stadion. Bitte folgen Sie hier dem Antrag der Kommission. Wir führen ja auch aus, wo die Polizei dann Ausnahmen bewilligen kann und wo das Vermummungsverbot dann allenfalls aufgehoben werden kann.

➔ Der Antrag der AGF wird mit 59:7 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1984.12 – 13843 enthalten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Entscheid über die Motion Hausheer erst nach der 2. Lesung der Gesetzesänderung gefällt wird.

185 KOSTENVERRECHNUNG
-Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes (§ 25 Kostenersatz für polizeiliche Leistungen und § 26a Übergangsbestimmungen)
Es liegen vor: Berichte und Anträge der Kommission (Nrn. 1984.4/.8 – 13756/-13760) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1984.9 – 13810).
-Motion der CVP-Fraktion betreffend Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes.
-Motion von Rudolf Balsiger betreffend sofort Schluss mit Polizeigebühren für Vereine
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1724.2/1945.2 – 13584) und der Kommission (Nrn. 1724.3/1945.3 – 13756).
Traktandum 3.3

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass wir jetzt zu jenem Teil kommen, wo die meisten kontroversen Anliegen aufeinandertreffen und wo es am schwierigsten ist, eine ausgewogene Lösung zu finden. Als Steuerzahler und Politiker fordern wir von unserer Regierung, dass sie mit den Steuergeldern haushälterisch umgeht. Folgerichtig sind Polizeikosten, die durch die Aktivitäten Privater verursacht werden, möglichst von den Verursachern zu tragen und nicht der Allgemeinheit aufzubürden. Andererseits wissen viele von uns durch eigenes freiwilliges Engagement in Vereinen, wie viel Arbeit in Sport- und Kulturvereinen zugunsten der Allgemeinheit geleistet wird. Jugendarbeit und Bereicherung des Dorflebens sind die Stichworte. Sobald daraus grössere Anlässe entstehen, tauchen auch Sicherheitsfragen auf. Der kostenpflichtige Rückgriff auf polizeiliche Leistungen stellt aber für viele Vereine eine kaum tragbare Belastung dar. Der Wunsch, dass das Gemeinwesen dem gemeinnützigen Charakter der Veranstaltung Rechnung trägt und die Sicherheitskosten übernimmt, ist deshalb nachvollziehbar. Diese gegenläufigen Anliegen führen in ein Dilemma. Die Regierung hat dieses Dilemma zusammen mit den Gemeinden nicht schlecht gelöst. Im Zentrum steht das Bemühen der Veranstalter, durch eigene geeignete Massnahmen die Kosten möglichst tief zu halten. Was darüber hinaus an Sicherheitskosten entsteht, wird den Vereinen grundsätzlich verrechnet. Es ist aber in der gemeindlichen Hoheit, dem gemeinnützigen Wert der Veranstaltung Rechnung zu tragen und deshalb diese Kosten ganz oder teilweise zu erlassen. Damit steht nicht die Kostenverrechnung, sondern die Kostenreduktion im Vordergrund. Das ist auch sinnvoll; denn die knappen Polizeiressourcen sollen zielgerichtet und effizient eingesetzt werden. Die Kommission trägt diese Philosophie mit und will deshalb die Überwälzung der Polizeikosten auf die Veranstalter nicht generell abschaffen.
Nun zeigt sich aber, dass ein Verein aufgrund der Grösse seiner Anlässe den Rahmen sprengt. Der EVZ nimmt pro Saison Polizeileistungen im Gegenwert eines sechsstelligen Betrags in Anspruch. Was ist zu tun? Mit Verweis auf die gemeindliche Zuständigkeit die Standortgemeinde Zug aufzufordern, das Problem selber zu lösen, würde zu kurz greifen. Unbestritten ist der EVZ ein Verein, der Arbeitsplätze, Wertschöpfung, Jugendarbeit und Unterhaltung für ein viel grösseres Einzugsgebiet als nur die Stadt Zug anbietet. Er stiftet somit dem ganzen Kanton beträchtlichen Nutzen. Umgekehrt hat sich die öffentliche Hand die Infrastruktur für die Eishockeyspiele auch viel kosten zu lassen. Das Sicherheitsproblem kann darum auch nur in enger Zusammenarbeit lösen. Das Bundesgericht hat die Überwälzung von 60 bis 80 % der Sicherheitskosten auf die Veranstalter als Richtlatte definiert, wobei der effektive Ansatz von den Sicherheitsbemühungen der Veranstalter abhängig zu machen ist. Die Kommission hat deshalb – und um alle Vereine gleich

zu behandeln – beschlossen, den Satz von 60 Prozent für alle Vereine anzuwenden. Damit werden auch die Anstrengungen des EVZ für einen hohen Sicherheitsstandard gewürdigt. Dem EVZ entstünden somit in einer eher ruhigen Saison Kosten von rund 140'000 Franken. Je nach gegnerischer Mannschaft, die zu Besuch kommt, können diese Kosten noch massiv höher ausfallen.
Im Vergleich mit den anderen schweizerischen Hockeyclubs ist dies viel, ja sogar sehr viel Geld. Es bestehen aber zwei Ansätze zur Reduktion dieses Betrags. Einerseits hat der Sicherheitsdirektor der Kommission erklärt, er bemühe sich darum, dass die Gemeinden wieder die Kosten für die Busse übernähmen. Diese sinnvolle Einrichtung, welche auch sicherheitsrelevant ist, beläuft sich auf rund 80'000 Franken pro Saison. Andererseits kann durch einen forcierten Polizeieinsatz bei den ersten Problemspielen potenziellen Hooligans der neue Tarif beziehungsweise eine Nulltoleranz durchgegeben werden. Davon erhofften wir uns eine Signalwirkung. In der Folge könnten dann die Sicherheitsdispositive heruntergefahren und damit auch die Kosten reduziert werden. Die Kommission erwartet denn auch bei Annahme ihres Antrags, dass die Polizei mit entsprechenden Initialeinsätzen in kurzer Zeit Klarheit und damit Frieden schafft. Die Kommission will keineswegs dem EVZ möglichst viel Geld abnehmen. Im Gegenteil: Die Märsche vom Bahnhof zum Stadion und zurück sowie das Verhalten in diesem Gebiet sollen wieder einigermassen gesittet verlaufen. Damit können das Polizeiaufgebot substanziell reduziert und die Kosten tief gehalten werden.
Damit kommt Thomas Lötscher zu den Anträgen der Kommission:
1. Auf die teilweise Neuformulierung von § 25 und auf den neuen § 26a des Polizei-Organisationsgesetzes (Vorlage Nr. 1984.8) sei einzutreten und ihnen zuzustimmen.
2. Die Motion der CVP-Fraktion betreffend Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes (Vorlage Nr. 1724.1) sei nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.
3 Die Motion von Rudolf Balsiger betreffend sofort Schluss mit Polizeigebühren für Vereine (Vorlage Nr. 1945.1) sei nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.
Die FDP-Fraktion schliesst sich auch hier der Kommission an.

Georg **Helfenstein** weist darauf hin, dass den Grundsatzforderungen seitens der CVP und weiterer Motionäre nach einem Verzicht auf jegliche Forderungen im Zusammenhang mit Anlässen von Vereinen und Organisationen im Regierungsbericht nicht entsprochen wurde. Die Diskussion in der Kommission hat die komplexe Lage und Situation bezüglich dem Unterschied von kommerziellen oder nicht kommerziellen Vereinen aufgezeigt und auch bestätigt, dass eine einfache Lösung nicht zu finden ist.
Wir haben vor rund fünf Jahren das neue Polizeigesetz verabschiedet und dadurch die bisher bestehende Regel angewendet. Dadurch haben viele Gemeinden Budgetpositionen aufgenommen, um Beiträge für Vereinsanlässe im Sicherheitsbereich aufzunehmen, und dadurch entsprechende Entlastungen zu bringen. Ebenfalls hat die Polizei für Leistungen unter zwei Stunden gemäss Aussage des Polizeikommandanten bisher keine Kostenrechnung gestellt. Ebenfalls wurden die Sport-Toto-Beiträge angepasst und das Ziel, dass alle Gemeinden dieselbe Praxis ausführen, angestrebt.
Grundsätzlich unterstehen Anlässe in den Gemeinden auch der gemeindlichen Aufsicht. Es müssen Bewilligungen eingeholt, Sicherheitskonzepte aufgezeigt und Verkehrsdispositive eingeplant werden. Dafür sind die Vereine verantwortlich. Dass

eben diese Auflagen manchmal teuer sind, ist klar. Auf der anderen Seite haben seit der Einführung des neuen Polizeigesetzes anfangs 2007 keine Anlässe abgesagt werden müssen und es wurden auch nicht weniger Anlässe durchgeführt. Es ist den Gemeinden zu danken, welche Vereine finanziell in diesem Bereich unterstützen. Die CVP schätzt die freiwillige Arbeit von Vereinen sehr. Die meisten hier drin sind ja selber in Vereinen dabei, es betrifft also uns alle.
Das Problem in der ganzen Debatte ist eben, dass wir einen Eishockeyclub mit nationaler Ausstrahlung haben, und dass dieser natürlich auch ein Verein ist. Dass der Steuerzahler nicht sämtliche Sicherheitskosten in diesem Segment übernehmen will, ist klar. Dass der EVZ mit seiner grossen Juniorenabteilung und den hohen Sicherheitsvorschriften diese ganzen Kosten übernehmen kann, ist ebenfalls Utopie. Es geht hier nicht darum, ob wir nun Hockey mögen oder nicht, es geht darum, eine Lösung zu finden, welche für alle Beteiligten tragbar ist.
Die CVP unterstützt den Antrag der Kommission mit den Argumenten, dass es dadurch zu einer einheitlicheren Handhabung in den Gemeinden und zu einer Gleichbehandlung von Vereinen führen kann, und dass der EVZ bestrebt ist, seinen Beitrag zur Verbesserungen der Sicherheit in und um das Stadion weiterzuführen.
An dieser Stelle möchte der Votant die schweizerischen Sportverbände, vor allem den Fussball- und Eishockeyverband, anprangern, weil sie das Thema Hooliganismus und Pyrotechnik auf die zu leichte Schulter nehmen und das ganze Problem nicht konsequent genug zusammen mit den Richtern und der Polizei anpacken. Das aber nur nebenbei. Die CVP erwartet, dass in den Materialien festgehalten wird, dass sich die Gemeinden kulant gegenüber Vereinen verhalten sollen. Und gerade im Bereich EVZ der wirklich gute Busservice wieder übernommen wird, um so den EVZ zu entlasten und die jungen und alten Fans rasch und sicher nach Hause können nach den Matches.
In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag der Kommission.

Thomas **Werner** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Vorschlag der Kommission einstimmig unterstützt. Wie bereits angesprochen, wurde in der Kommission schon sehr viel diskutiert, kreuz und quer und von oben nach unten. Am Schluss sind wir zum Resultat gekommen, dass die für den EVZ mildestmögliche Variante von 60 % eigentlich zuvorkommend ist, sozusagen eine Lex EVZ. Andererseits gibt das der Polizei ein Steuerungselement in die Hand, falls die Verantwortlichen des EVZ plötzlich das Gefühl hätten, sie müssten bei der Sicherheit der Matchbesucher sparen. Dank der Unterstützung der Gemeinden sehen wir auch für die Dorfverein eigentlich kein Problem mit dieser neuen Regelung und sind deshalb froh, wenn Sie zustimmen und nicht noch viele Vorträge halten und Anträge stellen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF für Eintreten auf die Vorlage betreffend Kostenverrechnung und dem geänderten § 25 des Polizeiorganisationsgesetzes und dem neuen § 26a zustimmen wird. Allerdings hätten wir auch hier gerne eine Vernehmlassung gehabt und hätten gerne gelesen, was die einzelnen Gemeinden und Verein dazu gemeint hätten.
Bei uns gab dieses Gesetz Anlass zu grossen Diskussionen. Und zwar vor allem wegen dem EVZ. Die AGF findet, dass der Verein in den letzten Jahren, also zur Zeit der Bauphase der Bossard-Arena, sehr gut weggekommen ist. Denn gemäss dem Polizeiorganisationsgesetz hätte er die vollen Sicherheitskosten übernehmen müssen, und nicht nur die 20'000 Franken pro Spielsaison oder die 750 Franken

pro Spiel. Wir anerkennen aber, dass der Club für die Kosten der Busse aufgekommen ist. Besucherinnen und Besucher wurden so auf direktem Weg wieder in ihre Wohngemeinden gebracht. Wir sind aber nach wie vor überzeugt, dass ein Alkoholverbot im Stadion einige Gewaltausschreitungen mindern würden.
Die Vereine in den Gemeinden hatten mit der Übernahme der Sicherheitskosten keine Probleme. Die Vereine haben in Zusammenarbeit mit der Gemeinde gute Lösungen gefunden.
Darum hätten wir es eigentlich begrüsst, wenn die Vereine weiterhin für die vollen Sicherheitskosten aufkommen müssten. So, wie es bis jetzt auch viele gemacht haben. Die langjährige nationale und internationale Erfahrung zeigt aber, dass die Sicherheit im Profifussball und Eishockey nur erhöht wird, wenn diese kommerziellen Vereine auch finanziell mit einbezogen werden. Trotzdem: Wir können uns mit der Lösung, dass Veranstalter und Veranstalterinnen 60 % der Sicherheitskosten übernehmen müssen, auch aufgrund des Bundesgerichtsentscheids, einverstanden erklären. Auch möchten wir nicht, dass Eintrittspeise auf Grund von höheren Sicherheitskosten so hoch wären, dass für viele ein Matchbesuch oder andere kostenpflichtige Veranstaltungen nicht mehr möglich sind.
Betreffend Nichterheblicherklären der Motionen der CVP und Rudolf Balsiger zu diesem Thema stimmen wir dem Vorschlag der Regierung und der Kommission zu.

Markus **Jans**: Die SP-Fraktion stellt fest, dass es gemäss heutigen gesetzlichen Grundlagen bereits möglich gewesen wäre, die polizeilichen Leistungen zu verrechnen. In § 25 Abs. 1 steht unmissverständlich: «Kosten für polizeiliche Leistungen werden in Rechnung gestellt, wenn es die Gesetzgebung vorsieht.» Hier wurde offenbar ein Gesetz nicht vollzogen oder zumindest nur rudimentär so nach dem Motto von Fall zu Fall angewendet.
Gemäss dem Vorschlag der vorberatenden Kommission sollen neu Veranstalterinnen oder Veranstalter 60 % der Kosten für polizeiliche Leistungen bezahlen, wenn der Anlass über Werbeeinnahmen oder Sponsorenbeiträge finanziert wird oder für den Anlass ein Eintritt, ein Teilnahme- oder Einsatzgeld verlangt wird oder üblicherweise verlangt werden kann.
Im Grundsatz geht es bei diesem Artikel – wie dies im Stawikobericht richtig festgehalten ist – um eine eigentliche Lex EVZ. Es wird versucht, eine gerechte Lösung zwischen Dorfvereinen und dem EVZ betreffend Abgeltung der polizeilichen Leistungen zu finden. Dies ist, wie wenn man Äpfel mit Birnen vergleicht. Es bestehen betreffend finanziellen Stärken zwischen Dorfvereinen und dem EVZ zu grosse Unterschiede, dass sich diese vergleichen liessen. Nebst den teilweisen hohen Eintrittspreisen bezahlt der EVZ auch hohe Spielerlöhne. Der Umsatz bewegt sich in Millionenhöhe und es handelt sich bei diesem Verein um eine eigentliche Firma.
Die SP-Fraktion stellt sich auf den Standpunkt, dass sich vor diesem Hintergrund nicht rechtfertigt, dass 40 % der Kosten für polizeiliche Leistungen dem Steuerzahler auferlegt werden. Unter Berücksichtigung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung stellt die SP Fraktion den Antrag § 25 Abs. 2 sei wie folgt zu ändern:
«Veranstalterinnen oder Veranstalter bezahlen 80 % der Kosten für polizeiliche Leistungen wenn aus dem Erlös der Veranstaltung – direkt oder indirekt – Entschädigungen ausgerichtet werden, die einer Lohnzahlung entsprechen und die das übliche Mass als Anerkennung für eine ehrenamtliche Tätigkeit klar überschreiten.»
Damit sind wir der Meinung, dass wir eine gewisse Gerechtigkeit zwischen ausgesprochen leistungsbezogenen, respektive lohnbezogenen Vereinen herstellen können und anderseits die Dorfvereine entsprechend entlasten.

Weiter beantragt die SP-Fraktion auch, Ziff. 3 Bst. f ersatzlos zu streichen. Dieser lautet wie folgt: «Ersatz der gesamten Kosten für polizeiliche Leistungen wird verlangt von Personen, die aufgrund einer angeordneten fürsorgerischen Freiheitsentziehung in eine geeignete Anstalt transportiert werden.»
Die SP-Fraktion ist hier der Ansicht, dass Personen die aufgrund einer angeordneten fürsorgerischen Freiheitsentziehung in eine Anstalt transportiert werden müssen, sich in einer aussergewöhnlichen Notlage befinden. Dass sie in eine solche Notlage geraten, kann von ihnen in aller Regel nicht gesteuert werden. Sie geraten unverschuldet aufgrund ihrer psychischen Situation in eine solche Notlage. Das geschieht weder mutwillig noch absichtlich, ist aber für die Betroffenen eine ausserordentliche Belastung. Dass ihnen dann auch noch die Kosten für den polizeilichen Transport auferlegt werden, erachten die SP-Fraktion als unverhältnismässig. Wir beantragen deshalb, Bst. f ersatzlos zu streichen.

Thomas **Lötscher** hält fest, dass auch dieser Antrag in dieser Form in der Kommission nicht besprochen wurde. Aber der Grossteil der Fragestellungen wurde entsprechend diskutiert. Deshalb kann der Votant hier auch aus Kommissionsoptik eine Antwort geben.
Die Kommission hat versucht, die verschiedenen Vereine möglichst gleich und gerecht zu behandeln, obwohl das sehr schwierig ist bei dieser grossen Bandbreite. Die gleiche Problematik hatten wir übrigens bereits 2006, als dieses Gesetz schon einmal beraten wurde. Auch damals hat man versucht, Abgrenzungen zu machen mit ehrenamtlicher Arbeit, bezahlter Arbeit und kulturellem Wert, und ist dann irgendwo gescheitert. Wenn wir jetzt also diese Lösung der Kommission nehmen, die sagt 60 % für alle, aber immerhin die kleinen Vereine dahingehend entlasten, dass im grössten Teil der Fälle die Gemeinden diese 60 % selber tragen werden, so haben wir gesetzlich doch eine Gleichbehandlung. Dann verschieben wir jetzt mit dem Vorschlag der SP diese Waage aus der Balance, weil die kleinen Vereine gegenüber der Kommissionsformulierung entlastet werden, der EVZ aber zusätzlich belastet wird, indem wir 60 auf 80 % hinaufgehen. Hier stellt sich die Frage, inwiefern das überhaupt mit dem Bundesgerichtsentscheid vereinbar ist. Denn dieser hat zwar die Bandbreite zwischen 60 und 80 % definiert, aber auch klar festgehalten, dass 60 % für jene Vereine zur Anwendung kommt, die proaktiv mitarbeiten und sich um die Sicherheit kümmern. Der Kommissionspräsident hat beim EVZ nachgefragt. Er investiert für die Sicherheit im Stadion derzeit rund 500'000 Franken pro Jahr. Dort kämen dann die 140'000 Franken noch dazu. Und auch die Polizei attestiert dem EVZ, dass er sehr gut mitarbeitet. Ob unter diesen Voraussetzungen überhaupt die 80 % überwälzbar wären, wäre noch zu klären.
Zum Antrag betreffend Bst. f. Dort ist einfach auch noch festzuhalten, dass diese Kosten zwar vom Gesetz her der jeweiligen Person überbunden, aber in der Regel von der Krankenkasse bezahlt werden. Dieser Punkt war nie Gegenstand der Vorlage oder der parlamentarischen Vorstösse. Dazu die Verfahrensfrage, ob das überhaupt im Rahmen dieser Beratung möglich ist, zu behandeln. Thomas Lötscher beantragt auf jeden Fall, die Anträge der SP abzulehnen.

Philip C. **Brunner** ist erstaunt über das, was er hier hört. Da macht man ein Gesetz im Kanton Zug. Praktisch von sämtlichen Votanten hört man, wir machen eine Lex EVZ. Aber das gilt dann für alle. Wieso machen wir nicht eine Lex EVZ und behandeln diesen Fall ganz spezifisch und bürden ihnen die entsprechenden Kosten auf, wenn es nötig ist. Da wird hier ein System erfunden, bei dem man am Schluss

sagt: Die Gemeinden zahlen es ja dann eh, wenn die Fasnacht wichtig ist oder sonst ein Volksfest oder eine Veranstaltung. Als Vertreter der Stadt Zug muss der Votant sagen: Wir kennen das. Wir wissen, was es heisst, für den Märlisunntig und x andere Veranstaltungen, wo der ganze Kanton mitprofitiert, zu zahlen. Und dieses Geld geht dann eben gemäss Lex EVZ zur Polizei. Das ist ein absoluter Blödsinn. Wir machen ein Gesetz, das am Schluss für eine kleine Minderheit bestimmt ist, nämlich den EVZ. Philip C. Brunner wird dagegen stimmen und er fordert auch den Rat auf, das abzulehnen. Das ist ein schlechtes Gesetz und wir sollten uns hier nicht auf diese Stufe runterlassen.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** zur Kritik von Anna Lustenberger. Er verweist nochmals auf die Geschäftsordnung des Kantonsrats. Sie verlangt ja ein Mitberichtsverfahren und ein anderes Vorgehen. In § 39 Ziff. 4 heisst es: «Stehen Motionen oder Postulate mit einem beim Kantonsrat anhängigen Beratungsgegenstand im Zusammenhang, so sind sie in der Regel mit diesem zu erledigen und gleich gewöhnlichen Anträgen zu behandeln.» Auch die Kommission hat keine Diskussion darüber geführt und keinen Antrag gestellt. Infolgedessen ist das Verfahren hier nicht anzuzweifeln.
Zur Kostenregelung. Natürlich, Philip Brunner, gibt es viele Möglichkeiten, wie man das verrechnen könnte. Und wenn der Vorwurf von Markus Jans gekommen ist, man habe hier willkürlich gearbeitet, ist dem nicht so. Alle Vereine, welche die Polizei in Anspruch genommen haben, haben vorgängig des Anlasses ein Konzept eingeben müssen, ein Sicherheitsdispositiv. Das ist dann genehmigt worden und es würde festgelegt, wieviele Polizeistunden aufgewendet werden müssen und wie diese verrechnet werden. Es gab beim EVZ eine Spezialregelung – hier ist die Abweichung – und zwar bis nach Inbetriebnahme des neuen Stadions. Da hat man eine Übergangsregelung festgelegt im Sinne einer Jahrespauschale. In den Kantonen beim so genannten runden Tisch, wo das VBS, die KKJPD und die wichtigsten Sportverbände dabei sind, wird jetzt diskutiert darüber, welche Leistungen die einzelnen Vereine an die Städte oder die Kantone erbringen müssen für polizeiliche Leistungen. Da gibt es mehrere Lösungen. Man kommt hier eben auch nicht so richtig vom Fleck.
Beat Villiger hat in der Kommission gespürt, dass man nicht eine Lex EVZ will, sondern eine Gleichbehandlungen unter allen Veranstaltenden. Man hat dann – auch in Anlehnung an das Bundesgericht – diese 60 % beschlossen. Der Kommissionspräsident hat es vorher richtig ausgeführt: Das Bundesgericht geht davon aus, dass man 60 bis 80 % der Leistungen in Rechnung stellen kann, je nachdem, wie stark sich die einzelnen Veranstaltenden engagieren bezüglich Sicherheit. Da war ja auch die Frage, ob das im Kanton nur gelte um den Bereich Stadion, oder ob z.B. auch der Bahnhof dabei sei. Das Bundesgericht sagt auch, dass es einen Kausalzusammenhang hat bis zum Bahnhof, wo polizeiliche Leistungen zu erbringen sind. Diese Lösung ist sehr gut, sie ist pragmatisch und hat eine Gleichschaltung für alle Veranstaltenden. Man muss beim EVZ auch sehen, dass hier ca. 40 Spiele pro Saison stattfinden und der EVZ sehr viel auch in die eigene Sicherheit im Stadion, wo er zuständig ist, aufwenden muss – ca. 500'000 Franken. Wir sind auch mit dem EVZ in einer guten Zusammenarbeit. Es wurde jetzt auch das neue Dispo eingereicht, wie die Sicherheit gewährleistet werden soll, welche Auflagen von der Polizei her noch gemacht werden. Und wir haben vor allem in der letzten Saison gesagt, dass wir die Aufwendungen der Polizei wirklich auf ein Minimum herabfahren, um eben diese Kosten einzudämmen. Es kann nicht sein, dass wir dann beim EVZ über Gebühr Polizeikräfte zur Verfügung stellen, die dann andern-

orts wieder fehlen. Und es ist glücklicherweise nichts passiert. Auch in Zukunft möchten wir wenn immer möglich mit wenig Personal fahren. Mit dem Risiko, dass wenn etwas passiert, wir zu wenig Leute vor Ort haben. Auf diesem Weg werden wir mit dem EVZ gut weiterkommen.
Natürlich kommt jetzt die Frage vor allem auch des EVZ, dass der Verein ca. 150'000 Franken im Jahr bezahlen muss; abzüglich der bereits jetzt bezahlten Pauschale ergibt das netto ca. 130'000 Franken, die mehr bezahlt werden müssen. Wir haben eigentlich dahingehend diskutiert, dass der EVZ-Bahnhof erledigt ist und dies allein die Sache des Vereins ist. Dank des Busbahnhofs werden Kinder und andere Gäste werden direkt in die Gemeinden geführt, wir haben immer mehr auch ein Parkproblem beim EVZ, vor allem im Herti-Quartier. Wenn dieser Busbahnhof eingestellt würde (der EVZ ist ja nicht verpflichtet, diesen zu führen), hätten wir noch viel mehr Probleme. Insofern hat der Regierungsrat beschlossen, dieses Thema neu aufzunehmen, die Gemeinden zu orientieren. Heute Abend findet an der Gemeindepräsidentenkonferenz auch diesbezüglich eine Besprechung statt.
Zum Antrag der SP-Fraktion. Beat Villiger möchte schon beliebt machen, diesen Antrag abzulehnen. Er führt zu grossen Fragen und Diskussionen in der Auslegung, wie man dann diese Kosten verrechnen soll. Was heisst z.B. «das übliche Mass als Anerkennung für eine ehrenamtliche Tätigkeit klar überschreiten»? Oder wie verhält es sich, wenn z.B. eine Gruppe von Helfern entschädigt wird? Wer klärt das alles ab? Wer stellt fest, ob die Kriterien gemäss Bst. a des Antrags der SP erfüllt sind oder nicht? Jedenfalls ist es der Polizei nicht zuzumuten, ihre ohnehin knappen Ressourcen für solche zum Teil unnötigen Abklärungen wieder aufzuwenden. Bitte folgen Sie dem Kommissionsantrag, der von der Regierung unterstützt wird.

➔ Der Rat beschliesst mit 52:17 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1984.8 – 13760

§ 25 Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag der SP-Fraktion vorliegt.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion diesen Antrag intensiv diskutiert und auch in die Vernehmlassung so weit eingereicht hat, dass wir zumindest Tino Jorio gefragt haben, ob das eine mögliche Version sei, die kulturellen Vereine zu entlasten und nicht zusätzlich mit polizeilichen Leistungen zu konfrontieren. Hier unterstützt der Votant Philip Brunner, der aufgezeigt hat, dass wir hier mit ungleichen Ellen messen und dass für die Stadt Zug wesentlich höhere Kosten anfallen als bei den anderen Gemeinden. Es kommt dazu, dass wir verschiedene Gemeinden haben, die finanziell eigentlich nicht so gut dastehen. Es kann dann vorkommen, dass man in der Gemeinde Menzingen als Verein sämtliche polizeilichen Leistungen selber bezahlt, während diese in der Stadt Zug übernommen werden.
Der Sicherheitsdirektor hat gesagt, dass es schwierig sei, unsere Formulierungen zu übernehmen. Wir haben verschiedene Gesetze, in denen Ermessen möglich ist. Auch hier gilt es wiederum, abzuschätzen, was es dann wirklich heisst. Es kann sein, dass sich dann die Rechtsprechung entsprechend einstellen wird und wir als Resultat diese Zahlen erhalten. Es gibt verschiedene Gesetze, in denen wir sagen müssen: Das kann indirekte Leistung sein, wichtig ist, dass Lohnzahlungen bezahlt werden. Die Höhe der Saläre beim EVZ ist so hoch, dass es durchaus auch mög-

lich ist, die polizeilichen Leistungen zu bezahlen. Und wenn man dann immer diese 500'000 Franken, die der EVZ innerhalb des Stadions bezahlt, erwähnt, so ist es doch selbstverständlich, dass er zumindest innerhalb der Veranstaltung für seine Kosten aufkommt. Das ist nicht speziell erwähnenswürdig, jede Firma überall muss für die Kosten innerhalb der eigenen Grenzen aufkommen. Wenn man sieht, was in letzter Zeit auf Fussballplätzen und in Eisstadions abgeht, ist Markus Jans absolut dagegen, dass solche Kosten dem Steuerzahler auferlegt werden. Diese Kosten sind von solchen Vereinen zu bezahlen, die solche Saläre bezahlen können.

Thomas **Lötscher** möchte noch etwas klären. Er hat das Gefühl, der Eindruck sei entstanden, die Kommission mache gegenüber der bestehenden Gesetzgebung eine Verschärfung für die Vereine in den Gemeinden. Dem ist nicht so. Heute ist bereits die gesetzliche Grundlage so, dass die Polizei 100 % der Kosten den Vereinen weiterverrechnet. Die Gemeinden können aber diese Kosten übernehmen. Mit dem neuen Kommissionsvorschlag würden dann nur noch 60 % dieser Kosten den Vereinen weiterverrechnet. Die Kommission hat explizit festgehalten, dass sie erwartet, dass die Gemeinden an der bisherigen Praxis, gewisse Kosten zu übernehmen, festhalten und sich somit für die Vereine in den Gemeinden draussen nichts ändert.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 49:12 Stimmen abgelehnt.

§ 25 Abs. 3 Bst. f

Hubert **Schuler** wiederholt, dass die SP-Fraktion die Streichung dieses Buchstabens beantragt. Die Aussage des Kommissionspräsidenten, dass diese Kosten von der Krankenkasse bezahlt werden, stimmt nicht. Es ist keine Pflichtleistung und es steht auf keiner Liste der Krankenkassen. Es geht um einen Polizeitransport und nicht um einen Rettungsdienst-Einsatz.
Bei Bst. e ist die Ausnahme formuliert, wenn die Verwaltung oder die Rechtspflegeinstanz die Anweisung gemacht hat. Bei einem fürsorgerischen Freiheitsentzug hat immer die Rechtspflege diesen verfügt. Wir werden das nächste oder übernächste Jahr ein neues Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz haben. Dort ist es eine kantonale Instanz, die über den fürsorgerischen Freiheitsentzug entscheidet. Also ist es immer der Kanton, der dann diese Kosten erlassen muss. Es macht keinen Sinn, hier etwas ins Gesetz neu aufzunehmen, das dann gar nicht umgesetzt werden kann.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 43:25 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1984.10 – 13838 enthalten.

186 RESSOURCEN

-Änderung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2009-2011

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1984.1/.3 – 13579/-81) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1984.9 – 13810).

-Motion der SVP-Fraktion betreffend Sicherheitsanalyse und Prognose sowie Personalstellenbedarf bei der Zuger Polizei

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1662.2/.4 – 12818/-13579) und der Kommission (Nr. 1662.5 – 13756).

-Motion von Vroni Straub-Müller und Stefan Gisler betreffend polizeiliche Sicherheit in der Stadt Zug; Pensenerhöhung für die Zuger Polizei

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1938.2 – 13579) und der Kommission (Nr. 1938.3 – 13756).

Traktandum 3.4

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gleichzeitig zu den Personalstellen der Polizei und zu den beiden Motionen gesprochen werden kann.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass für die einen zuviel Polizisten unterwegs sind, für die anderen zu wenig. Für die einen befassen sich diese Polizisten zu viel mit den Autofahrern und für die anderen zu wenig. Es hat sich schliesslich in der Kommission die Erkenntnis durchgesetzt, dass die von der Regierung beantragten total elf zusätzlichen Stellen zu sprechen seien. Dabei nehmen wir die Regierung beim Wort, dass zehn dieser Stellen auch wirklich Polizisten an der Front sind und nicht hinter irgendwelchen Schreibtischen verschwinden. Denn genau die sichtbare Präsenz ist das Anliegen eines grossen Teils der Bevölkerung.

Auch wenn die Einstellungen zeitlich gestaffelt erfolgen und mit dem Wegfall der Stellenplafonierung teilweise gar nicht mehr beim Kantonsrat beantragt werden müssten, begrüsste die Kommission den umfassenden Antrag der Regierung. So wird Transparenz geschaffen und ein allfälliger Vorwurf der Salamitaktik wird obsolet.

Der Kommissionspräsident möchte noch kurz eine Klammer öffnen – eine ziemlich verärgerte Klammer: Als die Vorlage der Regierung öffentlich wurde, erweckten einzelne Medien den Eindruck, der Regierungsrat hätte zehn der beantragten elf Stellen bereits 2008 gefordert, der Kantonsrat habe aber statt der damals beantragten 17,5 Stellen nur deren 7,5 Stellen bewilligt. Unterschwellig erging der Vorwurf an das Parlament, es trage somit Verantwortung für einige Gewalttaten, und gleichzeitig die Aufforderung, es diesmal richtig zu machen. Thomas Lötscher verwahrt sich an dieser Stelle ausdrücklich gegen diese Verdrehung der Fakten! Damals präsentierte uns die Regierung einen Sicherheitsbericht, wonach 17,5 Stellen nötig gewesen wären. Aber es war der Regierungsrat, der nur deren 7,5 Stellen beantragte. Kritische Stimmen kritisierten dieses Vorgehen damals schon. Allerdings wird wohl nie ein Parlament seiner Regierung mehr Stellen aufs Auge drücken, als diese verlangt. Heute haben wir die Gelegenheit, die Sache zu bereinigen. Und mit «wir» sind diesmal explizit auch die Medien gemeint. Klammer zu. Ausrufezeichen!

Und nun zu den Kommissionsanträgen:

1. Es sei auf die Vorlage Nr. 1984.3 (Änderung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2009-2011 mit insgesamt 6,0

zusätzlichen Personalstellen für die Zuger Polizei) einzutreten und ihr zuzustimmen.
2 Es sei Ziff. 2 der bereits erheblich erklärten Motion der SVP-Fraktion betreffend Sicherheitsanalyse und -prognose sowie Personalstellenbedarf bei der Zuger Polizei (Vorlage Nr. 1662.1) als erledigt abzuschreiben.
3. Es sei die Motion von Vroni Straub-Müller und Stefan Gisler betreffend polizeiliche Sicherheit in der Stadt Zug; Pensenerhöhung für die Zuger Polizei (Vorlage Nr. 1938.1) teilweise erheblich zu erklären, indem von den acht geforderten Stellen bis 2013 deren sechs für das Gebiet der Stadt Zug vorgesehen sind. In diesem Sinne sei die Motion als erledigt abzuschreiben.
Die FDP-Fraktion schliesst sich auch hier der Kommission an.

Moritz **Schmid** erinnert daran, dass die Motion der SVP-Fraktion betreffend Sicherheitsanalyse und -prognosen sowie Personalbedarf bei der Zuger Polizei an der KR-Sitzung vom 25. September 2008 behandelt wurde. Der Rat ist dem Antrag der Regierung gefolgt und hat für das absehbare Wachstum der Jahre 2009 bis 2011 zusätzlich 7,5 Personalstellen bewilligt. Dank der SVP-Motion haben wir einen ausführlichen Bericht der Sicherheitsdirektion über die Sicherheitslage und zur aktuellen Personalsituation bei der Zugerpolizei auf dem Tisch.
Mit der heutigen Sicherheitsdebatte werden wir wiederum sechs Personalstellen bei der Zugerpolizei sprechen. Eines scheint klar: Mit dem Wachstum unseres Kantons muss der Forderung der Regierung, aber auch der Bevölkerung, Rechnung getragen werden, das heisst, es muss das notwendige Personal zur Verfügung gestellt werden. Es muss aber im Rahmen des Notwendigen und nicht des Wünschbaren erfolgen. Wenn wir das nicht tun können oder wollen, dann sind mögliche oder gar nötige Einschränkungen oder die Verfügbarkeit der Polizei nicht einfach wegzureden.
Mit der Erheblicherklärung von Ziff. 2 vom 25. September 2008 der bereits erheblich erklärten SVP Motion sind wir einverstanden, diese als erheblich abzuschreiben.

Stefan **Gisler** spricht als Motionär und gleich auch als Fraktionssprecher der AGF. Sosehr er sich nun seit Jahren für genügend Polizeistellen einsetzt, will er an dieser Stelle nochmals festhalten, dass Sicherheit nicht allein mit polizeilichen Mitteln geschaffen werden kann, sondern Prävention, Zivilcourage und vorbildliches individuelles Verhalten ebenfalls eine gute, wenn nicht bessere Wirkung erzielen. Zu vorbildlichem Verhalten gehört auch, dass wir Parteien gewaltfrei kommunizieren und – wie es Martin Pfister beim Eintreten gesagt hat – keine Bevölkerungsgruppen pauschal diffamieren.
Regierung, Kommission und Stawiko schlagen vor, die Motion des Votanten und von Vroni Straub bezüglich Pensenerhöhung der Zuger Polizei als teilweise erheblich zu erklären im Sinne der inhaltlichen Zustimmung; jedoch sollen statt acht nun sechs Stellen geschaffen werden. Zudem kündigt die Regierung den Ausbau um weiter fünf Stellen via Pragma an. Dafür allen vielen Dank. Motionäre und AGF stimmen zu.
Stefan Gisler betont: Jede einzelne Gewalttat ist eine zu viel und eine gute Statistik nutzt dem oder der Betroffenen nichts. Wie die Sicherheitsdirektion, die Kommission und der Stawiko-Präsident will er an dieser Stelle trotzdem festhalten, dass die Sicherheit im Kanton Zug und auch in der Stadt Zug hoch ist. Sie hat in den letzten Jahren sogar zugenommen – entgegen der marktschreierischen Argumentation von

einigen Politikerinnen und Politikern. Merken Sie sich auch, dass die Jugendgewalt abnehmend ist. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist den letzten Jahren laut Analyse der Sicherheitsdirektion ebenfalls gleich geblieben oder hat sogar leicht zugenommen.
Dennoch gibt es ein vermehrtes und berechtigtes Bedürfnis nach präventiver Polizeipräsenz – dies hatte der Sicherheitsbericht zur Stadt Zug gezeigt und darum verlangte die Stadt auch mehr Patrouillen, worauf letztlich die Motion von uns zwei Stadtzugern gründete. Diese Patrouillen sollen und müssen durch die Polizei und allenfalls durch die Sicherheitsassistenz geleistet v/erden – und nicht, wie die SVP in ihrer Interpellation vorschlägt, durch Bürgerwehren. Denn diesen – das schreibt die Regierung richtig – fehlt die Legitimität, Personen anzuhalten, Personalien zu verlangen oder Personen zu durchsuchen. Allein die Polizei kann polizeilichen Zwang ausüben, und das ist auch richtig so. Wenn sie diese Stellen hier bewilligen, sind solche fragwürdigen bis illegalen Aktionen auch nicht notwendig.
Der Kommissionspräsident hat es angesprochen. Ein Blick zurück. lm September 2008 hat dieser Rat hier den Antrag der Alternativen auf 17,5 neue Polizeistellen abgelehnt und nur 7,5 bewilligt. Die Verantwortung dafür schiebt er technokratisch ab. Die Regierung habe ja nicht mehr Stellen verlangt. Doch der damalige Bericht zeigte den eigentlichen Bedarf klar auf, uns als mündiger Kantonsrat kann der Votant aufgrund bekannter Fakten sehr wohl mehr Stellen verlangen, als es die Regierung damals wollte. Sie war vielleicht etwas mutlos oder eingeschüchtert durch dieses Parlament. Wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte tragen jedenfalls die Verantwortung für die Stellenentscheide. Das können wir nicht abschieben.
Nun finden diese sechs Stellen plus die zusätzlichen fünf Pragmastellen hier allgemeine Anerkennung. Dies auch zum Wohl der Polizistinnen und Polizisten, welche täglich draussen für die Bevölkerung eine gute Leistung erbringen und zurzeit viele Überstunden leisten. Der Lernprozess gerade auch der SVP ist dabei beachtlich – ähnlich wie beim Thema Sicherheitsassistent. Auch dort waren es die Alternativen, die dem von Beginn weg zustimmten und die SVP, welche zuerst nein stimmte und dann mit Vorstössen wieder mehr Sicherheitsassistenten forderte. Stefan Gisler gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die SVP und andere Law-and-Order-Exponenten künftig statt nach mehr Sicherheit zu rufen, selber von Beginn weg etwas dafür machen.
Wichtig ist noch, wo die Polizei diese Stellen einsetzt. Dazu gab es auch in der Kommission eine Diskussion. Gemäss unserer Motion braucht es ganz klar mehr Präsenz und Prävention – eben mit Doppelpatrouillen in der Stadt Zug. Ein Augenmerk ist aus unserer Sicht auf die Gefährlichkeit des Verkehrs zu richten. Gemäss Verkehresstatistik 2009 der Zuger Polizei sieht die Bevölkerung im Strassenverkehr die grösste Gefahr für sich. Auch zeigt die Statistik, dass es hier am meisten Tote, Schwerverletzte und Leichtverletzte gibt – mehr als bei Vergehen nach Strafgesetzbuch. Und 60 % der Verkehrsunfälle finden innerorts statt. Hier sind die Schwerpunkte zu setzen für mehr Sicherheit gerade von Kindern.

Gregor **Kupper** verweist auf den Bericht. Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung.

Georg **Helfenstein** hält fest, dass die CVP an dieser Stelle den Angestellten der Kantonspolizei Zug dankt für ihre Arbeit und Bereitschaft, unseren Kanton sicher zu halten. Eine Aufgabe, welche sehr schwierig umzusetzen ist. Den einen hat es zu viele Polizisten im Strassenverkehr, den anderen zu wenig, wenn es um Gewalt

und Vandalismus geht. Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst die niemand kann, das ist bei der Polizei genauso. Das Projekt «Gemeinsam gegen Gewalt» zeigt eben auch auf, dass es nicht nur Sache der Polizei ist, sich für Sicherheit einzusetzen, sondern es ist Sache von uns allen, dazu beizutragen.
Es ist nicht Sache des Kantonsrats, über die einzelnen Einsatzorte und -zwecke hier zu befinden, das ist grundsätzlich Sache des Polizeikommandanten und seines Stabs. Wir diskutieren hier über Personalstellen für die Polizei, welche die diversen Aufgaben zu übernehmen hat. Es darf aber dann nicht sein, dass neue Aufgaben gesucht werden, um nachher festzustellen, es hat immer noch zu wenig Polizisten.
Die CVP erwartet Fingerspitzengefühl von der Polizei, vor allem Masshaltigkeit im Bereich Polizeikontrollen und eine Präsenz im Bereich der Sicherheit, nicht nur im Strassenverkehr. Der Aufstockung der Polizeistellen stimmt die CVP gemäss Antrag Kommission fast einstimmig zu, wir möchten dazu beitragen, dass sich die Einwohner in unserem Kanton sicher fühlen können. Ebenso unterstützen wir die Aussagen des Stawiko-Präsidenten.

Thomas **Werner**: Der Bedarf ist ausgewiesen, da sind wir uns für einmal einig. Wer für was eingesetzt wird, dafür soll man dem Kommandanten freie Hand lassen. Die SVP-Fraktion ist beinahe einstimmig für Eintreten auf die sechs plus fünf Stellen.

Markus B. **Lehmann**: Beim Thema Polizeistellen lohnt sich ein kurzer Exkurs in die Vergangenheit. Der Kommissionspräsident hat bereits darauf hingewiesen: Basierend auf einer fundierten Sicherheitsanalyse und -prognose, beantragte der damalige und immer noch amtierende Sicherheitsdirektor im Jahre 2008 eine Aufstockung des Polizeikorps um insgesamt 17,5 Stellen. Zehn Stellen aufgrund des personellen Nachholbedarfs und 7,5 Stellen für das absehbare Wachstum. Die Gesamtregierung strich den Antrag in der Folge nicht nur auf 7,5 Stellen zusammen, sie beauftragte ihren Kollegen auch ernsthaft, anstelle der zehn zusätzlichen Stellen die Aufhebung aller lokalen Polizeidienststellen zu prüfen und Standards der polizeilichen Leistungserbringung zu senken. Dies hätte zweifelsohne zu längeren Interventionszeiten und einer Reduktion der polizeilichen Präventionsleistungen geführt. Der Kantonsrat bewilligte schlussendlich die 7,5 Stellen, der ausgewiesene Nachholbedarf besteht nach dem heutigen deutlichen Votum für die Beibehaltung der Polizeidienststellen aber immer noch.
Zwischenzeitlich wurden verschiedene parlamentarische Vorstösse eingereicht, welche zusätzliche Polizeistellen forderten. Mitte letzten Jahres haben auch die gemeindlichen Sicherheitsverantwortlichen, also diejenigen, welche den Puls der Bevölkerung fühlen, in einem gemeinsamen Schreiben die dringende Aufstockung des Polizeikorps um 20 Stellen gefordert. Und zudem hat auch die Stadt Zug eine zusätzliche Patrouille gefordert.
Sie sehen, nicht zuletzt als Präsident des Verbandes der Zuger Polizei – womit der Votant auch seine Interessenbindung kundgetan hätte – müsste er eigentlich 20 zusätzliche Stellen beantragen. Vielmehr beantragt er aber namens der SP-Fraktion, dass wenigstens alle elf Stellen im Rahmen des Ende dieses Jahres auslaufenden Stellenplafonds der Zuger Polizei zu bewilligen sind. Denn nur auf diese Weise ist gewährleistet, dass alle elf Stellen auch wirklich geschaffen werden können. Wir wissen, dass ab nächstem Jahr Pragma eingeführt wird. Wenn wir die elf Stellen nicht jetzt bewilligen, laufen wir Gefahr, dass die Polizei diese benötigten Stellen nur schaffen kann, wenn sie entsprechende Einsparungen vornimmt. Dass zulasten der Polizei beziehungsweise der Sicherheit in den letzten Jahren markant

gespart wurde, zeigt die Auflistung in der regierungsrätlichen Vorlage unter Ziffer 2.3 auf eindrückliche Weise. Es wird dort der Zuger Polizei attestiert, dass sie sich sparsam und wirtschaftlich verhalten hat. Mit der Optimierung von internen Prozessabläufen und einem strikten Kostenmanagement ist es der Zuger Polizei trotz massivem Bevölkerungswachstum und ständig neuen Aufgaben gelungen, die Sicherheitsprämie, also die Gesamtausgaben für die Polizei pro Kopf der Bevölkerung, zu senken. Die Zuger Polizei hat ihren Sparbeitrag also geleistet.
Nicht zuletzt angesichts des stetigen Bevölkerungswachstums, der Zunahme der im Asylverfahren stehenden Menschen, dem zunehmenden Verkehr und der immer gewalttätiger werdenden Fanszenen rund um Sportveranstaltungen erwarten wir alle ein hohes Mass an Sicherheit. Nun sollten wir aber auch bereit sein, die notwendigen Mittel zu sprechen. Damit die elf neuen Polizistinnen und Polizisten übermorgen auch definitiv zur Verfügung stehen, müssen wir die Stellen heute bewilligen.
In diesem Sinne beantragt die SP-Fraktion, dass alle elf Stellen in den KRB betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2009-2011 aufgenommen werden sollen.

Franz **Hürlimann** nimmt Stellung zu den verlangten zusätzlichen Stellenprozenten, denn seiner Ansicht nach ist das Potenzial der Optimierung bei den Polizeieinsätzen bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Gemäss Statistik von Tispol (European Traffic Police Network), sollen wir Schweizer Autofahrer mit viermal mehr Alkohol unterwegs sein als unsere europäischen Nachbarn. Wir Schweizer sind vor Deutschland, Italien, Frankreich, Polen, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Ungarn und wie die anderen EU-Länder noch heissen mögen, mit Abstand die grössten Alkoholiker in ganz Europa. Und innerhalb der Schweiz bewegt sich der Kanton Zug im oberen Bereich. Nicht weil wir mehr trinken als die anderen, sondern weil dieses Ergebnis bewiesenermassen mit den weitaus schärfsten Verkehrskontrollen aller genannten Länder zustande kommt. Dabei gibt es unter diesen Ländern auch solche mit 0,0 Promille Limit.
Was hat das mit der öffentlichen Sicherheit zu tun? Nichts, rein gar nichts. Es schadet dem Ansehen der Polizei und dem Ansehen der Schweiz im Ausland beträchtlich. Selbst der Präsident des Polizeibeamtenverbands ist konsterniert darüber wie angeschlagen der Ruf vieler Polizeibeamten ist. Darüber, warum sich nicht genügend ausgewiesene Leute für die Stellen melden, lässt er spekulieren. Wer will sich denn schon unnötig mit weit übertriebenen Verkehrs- und Alkoholkontrollen dem Gespött aussetzen? Übrigens, was der Votant bisher ausgeführt hat, stand 1:1 so in der Tagespresse. Nun zu den eigenen Interpretationen.
Die Regierung betont immer wieder ihr unternehmerisches Denken. In einem modernen Unternehmen heisst das klipp und klar: Produktionssteigerung bei gleichzeitigem Personalabbau. Was man dem Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft zumuten kann, soll auch der Massstab in der Verwaltung sein. Unternehmerisches Denken hat eben seine Herausforderungen.
Wie hiess es doch früher: «Die Polizei, dein Freund und Helfer». Zweifellos, es gibt sie noch, Beamte, die ihren Dienst mit Kopf und Herz ausüben. Das Projekt «Gemeinsam gegen Gewalt» hat es aufgezeigt: Die Jugendkriminalität im Kanton Zug hat erfreulicherweise bereits innert Jahresfrist abgenommen. Zivilcourage zeigen und vorleben machen sich eben doch bezahlt. Dein «Freund und Helfer» eben.
«Ich bin die Polizei, ich will dir schon helfen mein Freund! » So tritt die Polizei heute leider oftmals auf. Was heissen will, aufgeblasene Beamtenbürokratie beschäftigt sich unter anderem damit, wie man dem Bürger auf neue Art das Bein stellen

kann. Das Anliegen für mehr Stellenprozente bei der Polizei bedeutet für Franz Hürlimann nur Gotthard. Sie möchten wissen, was Gotthard heisst? Er will es Ihnen gerne sagen. Als «Kunde» beanspruchte er bei der Zuger Sicherheitsdirektion das rechtliche Gehör. Seine Erklärungen konterte der Beamte immer wieder mit dem gleichen Wort «Gotthard, Gotthard, Gotthard». Auf seine Frage drückte er sich dann etwas deutlicher aus: Göschenen-Airolo, zu diesem Ohr hinein – er wusste nicht einmal zu welchem –, zum anderen wieder hinaus. Aha, sagte der Votant: das funktioniert ja nur, wenn nichts dazwischen ist! Dann war Stille. Der Votant weiss nicht, ob dieser Beamte immer noch bei der Polizei angestellt ist. Um seine Stelle neu zu besetzen, würden jedenfalls einige wenige Stellenprozente bei weitem ausreichen!
Gotthard – so will es heute Franz Hürlimann auch halten, wenn es um zusätzliche Stellen geht. Die Polizei hat das Image, das sie lebt! Deinem «Freund und Helfer» wäre das nicht passiert! Folglich ist die Sicherheitsdirektion aufgerufen, Imagepflege zu betreiben. *Der Votant stellt den Antrag, nicht auf die Vorlage 1984.3 einzutreten und damit die geforderten zusätzlichen Stellenprozente abzulehnen.*

Thomas **Werner** erinnert daran, dass die Empörung gross war, als bekannt wurde, dass die Polizei nicht mehr gegen pädosexuelle Straftäter im Internet ermitteln kann. Heute Morgen ermöglichen wir der Polizei genau das wieder und geben ihr den Auftrag, dies zu tun. Im Rechenschaftsbericht des Regierungsrats hat der Votant auf S. 397 gesehen, dass aus personellen Gründen nur sporadisch in diesem Bereich ermittelt werden konnte. Das heisst für ihn also, dass allein dafür mindestens zwei zusätzliche Polizeistellen im Kriminalpolizeibereich geschaffen werden müssten. Und zusätzlich vermutlich eine für die Computerauswertung, für die forensische Datensicherung. Deshalb hat dem Votanten Martin Lehmann, auch wenn wir oft nicht gleicher Meinung sind, heute auch aus dem Herz gesprochen. Auch Thomas Werner unterstützt seinen Vorschlag, die elf Stellen auf einmal zu bewilligen.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** hat die Hauptausführungen zu diesem Thema bei der allgemeinen Eintretensdebatte gemacht, ist aber froh, wenn der Rat den Anträgen zustimmt. Es wurde mehrheitlich jetzt auch gesagt, dass man dann erwarte, dass diese zehn Stellen für die öffentliche Präsenz eingesetzt werden. Da kann der Sicherheitsdirektor dem Rat klar eine Zusicherung abgeben. Auch nach Pragma ist hier eine klare Definition vorgesehen.
Beat Villiger hört immer wieder den Vorwurf, die Polizei könnte noch effizienter eingesetzt werden, wenn sie weniger im Büro wäre. Das sagt er der Polizei auch immer wieder, muss aber leider auch feststellen, wie durch Gesetzesbestimmungen, Qualitätsanforderungen, Datenschutzauflagen usw. polizeiliche Verfahren administrativ aufwendiger geworden sind. Die Polizisten wären nämlich sehr gerne mehr draussen.
Der Sicherheitsdirektor hat den Kommandanten gebeten, heute ein kleines Beispiel mitzunehmen. Wie vor ca. zehn Jahren z.B. die Befragung bei einem Vorfall war und wie umfangreich diese Unterlagen heute ausgefüllt werden müssen. Und wenn hier schon Fehler gemacht würden, hätte dies allenfalls bei der Staatsanwaltschaft oder sonst wo die Einstellung des Verfahrens zur Folge.
Zum Antrag von Martin B. Lehmann: Wir wollen ja diese Stellen splitten, sechs Stellen 2011, drei Stellen 2012 und zwei 2013. Der Regierungsrat hält an diesem Antrag fest. Man muss ja auch davon ausgehen, dass obwohl der Stellenplafond

Ende Jahr ausläuft, die Stellen 2012 und 2013 trotzdem realisiert werden können. Alles andere würde gegen Treu und Glauben verstossen. Beat Villiger kann dem Rat nicht nur versichern, dass diese Präsenz verstärkt wird, sondern auch mitteilen, dass es gar nicht möglich wäre, diese elf Stellen schon für das nächste Jahr zu rekrutieren. Das braucht seine Zeit. Soviel können wir gar nicht auf einmal ausbilden. Also auch hier ist ein Splitting richtig.
Zu einigen Bemerkungen von Franz Hürlimann; das Potenzial sei nicht ausgeschöpft. Der Sicherheitsdirektor kennt die von ihm zitierte Statistik nicht, der Gesundheitsdirektor anscheinend auch nicht – er ist für die Alkoholprävention auch zuständig. Der Fall Gotthard ist dem Votanten auch mal zu Ohren gekommen, aber der Datenschutz verbietet ihm, hier Stellung nehmen zu können. Der Ruf der Polizei sei angeschlagen. Der Sicherheitsdirektor spürt das bei der Bevölkerung nicht. Es gibt ein Ranking, wo es eine Auflistung von der Feuerwehr bis zu öffentlichen Beamten hat – dort ist die Polizei noch vor den Politikern. – Vielen Dank, wenn Sie unseren Anträgen zustimmen.

➔ Der Rat beschliesst mit 69:4 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG der Vorlage 1984.3 – 13581

§ 1 Abs. 1

Franz **Hürlimann** war es klar, dass er mit seinem Nichteintretensantrag nicht durchkommen würde. Er macht aber hier einen zweiten Versuch. Er beantragt hier folgende neue Formulierung:
«Der kantonalen Verwaltung werden für den Zeitraum 2009-2011 maximal 956.15 (Basis 950,15 + 4) Personalstellen bewilligt.
Also die Streichung von zwei Stellen. Dadurch werden die Aufgaben der Polizei nicht eingeschränkt. Geschätzte Herren von der SVP. Sie wollen doch immer weniger Staat. Mehr Beamte heisst mehr Staat, mehr Staat heisst mehr Verbote. Mehr Staat heisst auch höhere Ausgaben und vor allem, mehr Staat heisst noch weniger Freiheit für uns alle. Und das gibt dem Votanten als freiem Eidgenossen doch sehr zu denken. Liebe FDP-Fraktion. Franz Hürlimann erinnert Sie an Ihre Initiative, die für weniger Bürokratie wirbt: Weniger Beamte gleich weniger Bürokratie, denn «Bürokratie schwächt das Rückgrat unserer Wirtschaft»! Der Votant hat sie übrigens auch unterschrieben.

Manuel **Brandenberg** möchte wissen, warum man nicht einfach der Polizei sechs Stellen bewilligt, sondern der ganzen kantonalen Verwaltung. Der Wortlaut, der uns vorliegt, sagt ja nur «Personalstellen für die kantonale Verwaltung». Falls man der Polizei selber sechs Stellen bewilligen könnte, wäre der Votant sehr dafür. Aber für die kantonale Verwaltung ist er – zum Teil aus den Gründen, die Franz Hürlimann vorgebracht hat – dagegen.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** erklärt, dass die Polizei ein Teil der Verwaltung ist. Wir haben einen einzigen Plafonierungsbeschluss, da sind alle diese Personen drin. Nur die Gerichte haben einen separaten Plafond.

Thomas **Lötscher** kann zum Antrag von Franz Hürlimann nicht mehr sagen als danke für die Unterschrift bei der Initiative. Er möchte aber gerne noch etwas sagen zum Antrag von Martin B. Lehmann, weil er bereits in der Kommission behandelt wurde. Die Kommission hat ihn verworfen, weil sie der Ansicht ist, dass dieser Antrag unnötig ist. Wir haben heute den 7. Juli 2011, also ist die erste Hälfte des Jahres vorbei. Die Polizei wird gar nicht mehr als sechs Stellen in diesem Jahr schaffen können. Sie wird voraussichtlich auch diese sechs Stellen gar nicht vollständig ausschöpfen können.
Es ist auch wichtig zu sehen, dass wir uns jetzt an einem Systembruch befinden. Wir hatten bisher eben diesen Passus, wo wir jeweils die Personalstellen nachführten mit dem Personalplafond. Wir werden das ab nächstem Jahr nicht mehr haben. Dann arbeiten wir mit Pragma. Und da sollten wir auch ein gewisses Vertrauen haben. Das ist jetzt eigentlich die erste Vorlage, welche einen solchen Übergang ermöglicht. Den sollten wir jetzt eben auch sauber machen. Wir haben in der Vorlage der Regierung und in jener der Kommission explizit festgehalten, dass wir hinter diesen elf Stellen stehen. Das gibt die Basis für die Sicherheitsdirektion, dann für die nächsten Jahre im Rahmen von Pragma dieses Wachstum im Rahmen dieser Stellen zu machen. Es ist deshalb wirklich nicht nötig, dass wir diese elf Stellen jetzt im Gesetz festschreiben. Wenn wir nämlich selber nicht an Pragma glauben, können wir es auch abstellen.

Markus **Jans**: Sowohl der Sicherheitsdirektor wie auch der Kommissionspräsident sprechen von einem Antrag von Martin B. Lehmann. Er hat aber deutlich gesagt, dass es ein Antrag der SP-Fraktion ist. Zudem ist es für uns ein politisches Signal, dass wir elf Stellen bewilligen, weil wir keinesfalls wollen, dass im nächsten Jahr im Rahmen der Budgetberatung diese Stellen dann wieder gestrichen werden.

Stefan **Gisler** weiss ja nicht, aufgrund welcher Gesetzesübertretung Franz Hürlimann bei der Polizei vorsprechen musste oder wollte. Er glaubt, herausspüren zu können, dass dieser schlicht verärgert ist, weil die Polizei Gesetz anwendet. Wenn er mit den Gesetzen nicht einverstanden ist, kann er gerade als Kantonsrat Gesetzesmotionen anregen und die Gesetze ändern. Das wäre besser, als die Auftragserfüllung der bestehenden Gesetze durch Nichtsprechen von Personalstellen zu torpedieren. Im Übrigen steht die AGF weiterhin hinter dem Vorschlag der Regierung und nimmt auch alle, die heute zustimmen, in die Pflicht, dass sie dann diese fünf Stellen im Rahmen von Pragma über die Budgets auch bewilligen werden.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass drei gleichwertige Anträge vorliegen. Sie haben eine Stimme. Wir stimmen in der Reihenfolge der Eingänge der Anträge ab, zuerst über den Regierungsantrag (sechs Stellen), dann über den SP-Antrag (elf Stellen) und schliesslich über den Antrag Hürlimann (vier Stellen).

➔ Der Antrag der Regierung erhält 56 Stimmen, der SP-Antrag erhält 9 Stimmen und der Antrag Hürlimann erhält sechs Stimmen. Der Regierungsantrag hat das absolute Mehr erreicht und damit obsiegt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es hier nur eine einzige Lesung gibt, weil der Personalstellenbeschluss kein allgemeinverbindlicher Beschluss ist.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 67:3 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt
- Ziff. 2 der bereits erheblich erklärten Motion der SVP-Fraktion betreffend Sicherheitsanalyse und -prognose sowie Personalstellenbedarf bei der Zuger Polizei vom 17. April 2008 (Nr. 1662.1 – 12699) sei als erledigt abzuschreiben;
- die Motion von Vroni Straub-Müller und Stefan Gisler betreffend polizeiliche Sicherheit in der Stadt Zug; Pensenerhöhung für die Zuger Polizei vom 6. Mai 2010 (Nr. 1938.1 – 13421) sei teilweise erheblich zu erklären, indem von den acht geforderten Stellen bis 2013 deren sechs für das Gebiet der Stadt Zug vorgesehen sind, und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrates

14. Sitzung: Donnerstag, 7. Juli 2011
(Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.20 – 17.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

187 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Eusebius Spescha, Zug; Thomas Wyss, Oberägeri; Maja Dübendorfer Christen und Pirmin Frei, beide Baar; Walter Birrer, Cham; Matthias Werder, Risch.

188 Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag für Sicherheitseinrichtungen in der Eissporthalle Herti (Bossard-Arena) Zug

Traktandum 3.5 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2005.1/.2 – 13651/52), der Kommission (Nr. 2005.3 – 13756) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2005.4 – 13810).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es nur eine einzige Lesung gibt, weil die Ausgaben weniger als 500'000 Franken betragen und somit kein Ausgabenbeschluss vorliegt, der gemäss § 34 Abs. 1 der Kantonsverfassung dem fakultativen Referendum untersteht.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass die Regelung der Kostenverrechnung für polizeiliche Leistungen und der Beitrag an Sicherheitseinrichtungen in der Bossard-Arena nicht miteinander zu tun haben. Es geht hier um einen Beitrag an Einrichtungen, die allgemein der Sicherheit dienen. Um eine möglichst grosse Sicherheit in der Bossard-Arena zu gewährleisten, sahen sich die Verantwortlichen nach Rücksprache mit der Gebäudeversicherung und der Zuger Polizei veranlasst, das Projekt im Bereich Sicherheit nach dem aktuellen Stand der Technik nachzurüsten. Die Sicherheitskräfte können bei Einsätzen entsprechenden Nutzen ziehen (z.B. Videoauswertung zur Aufklärung von Straftaten).
In der Kommission stellte sich die Frage, ob später nochmals mit Forderungen nach Bewilligung weiterer finanzieller Mittel zu rechnen sei. Dazu wurde gesagt,

aufgrund des Stands der Technik und der aktuellen Gefährdungslage sei die Sicherheit innerhalb der Bossard-Arena mit diesen Investitionen gegenwärtig anforderungsgerecht gewährleistet. Garantien für die weitere Zukunft können allerdings keine abgegeben werden.
Das Geschäft war in der Kommission unbestritten und so beantragt der Votant, es sei auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Gregor **Kupper** verweist auf den Bericht. Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung.

Franz Peter **Iten** hält fest, dass die CVP-Fraktion mit einer Gegenstimme den Antrag des Regierungsrats, der vorberatenden Kommission und der Stawiko zustimmt, der Stadt Zug einen Beitrag an die vom Kanton empfohlenen Sicherheitsmassnahmen in der Höhe von rund 250'000 Franken zu bewilligen. Die CVP-Fraktion nimmt den Hinweis der Stawiko, dass mit dieser Zustimmung kein Präjudiz für zukünftige Gesuche geschaffen wird, ernst. Auch die CVP ist der Meinung, dass der Erhalt und Ausbau der sicherheitsrelevanten Einrichtungen inskünftig durch die Eigentümer selber zu finanzieren sind. Wir erhoffen uns aber, dass sich mit diesen zusätzlichen Investitionen für die Sicherheit der Sicherheitsaufwand und somit auch die Sicherheitskosten in und um die Bossard-Arena spürbar reduzieren, was sich hoffentlich auch auf die Präsenz der Zuger Polizei positiv auswirken wird.
Zum Schluss noch eine persönliche Randbemerkung. Es sind jetzt insgesamt über eine Million Franken in die Sicherheit des Stadions investiert worden. Umso unverständlicher scheint Franz Peter Iten die restriktive Haltung der Gebäudeversicherung des Kantons Zug im Zusammenhang mit weiteren Grossveranstaltungen im Stadion, wie z.B. dem Musikantenstadel.

Alice **Landtwing** weist darauf hin, dass für den Bau der Bossard-Arena von einem Sicherheitsstandard ausgegangen wurde, der im Zeitpunkt der Detailplanung für die Arena im Jahre 2006 galt. Das heisst, das Hooligan-Problem war in der Schweiz noch nicht so dominant. Im November 2009 wurden dann die Sicherheitsstandards seitens des Kantons und der Gebäudeversicherung durch verschiedene zusätzliche Empfehlungen weiter erhöht. z.B. Videokameras für gerichtsverwertbare Beweise, Funkverkehr für die Blaulichtorganisationen innerhalb des ganzen Stadions auch in der Tiefgarage usw. Aus all diesen zusätzlichen Forderungen resultierten dann Mehrkosten von 525'000 Franken. Der Kanton Zug hat somit schweizweit sicherheitstechnisch das modernste Eisstadion, nach Minergie-Standard zertifiziert und mit einem Solarkraftwerk auf dem Dach.
Die FDP-Fraktion ist angesichts dieser Ausgangslage für die Übernahme der geforderten 265'000 Franken und stimmt der Vorlage einstimmig zu. – Mit ihrer Zustimmung zu dieser Vorlage, können Sie sich bei dieser Gelegenheit bei der Stadt Zug für die jährlichen, riesigen ZFA/NFA-Beiträge bedanken. Als Stadtzugerin würde die Votantin sich auf jeden Fall freuen und sie sagt jetzt schon danke.

Thomas **Werner** hält fest, dass die SVP-Fraktion mit einer Gegenstimme für Eintreten und Zustimmung ist.

Vroni **Straub-Müller** hält fest, dass die AGF dem wohl wenig umstrittenen Investitionsbeitrag an die Sicherheitseinrichtungen bei der Bossard-Arena zustimmt. Es ist zwar müssig zu sagen, sie sagt es aber trotzdem: Wir haben schon im Jahr 2007 eine Erhöhung des freiwilligen Kantonsbeitrags an die Stadt für die Eissportanlagen Herti beantragt. Die Votantin zitiert sich selber: «Die Stadt Zug muss mit mehr als 3 Millionen Franken Mehrkosten für die neue Eissporthalle Herti rechnen. Dies wegen des neuen Sicherheitskonzeptes der Zuger Polizei.»
Wir sind heute noch der Meinung: Dieses Geld ist bestens investiertes Geld.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** meint, es sei bereits alles gesagt worden, vor allem auch vom Präsidenten der vorberatenden Kommission. Der Regierungsrat beantragt, diesen Beitrag zu sprechen, auch deshalb, weil der Kanton und die Polizei durch diese Mehrinvestition, durch diese verbesserte Anlage auch profitieren können.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 64:0 Stimmen zu.

189 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend öffentliche Sicherheit und Polizeipräsenz im Kanton Zug: Zurück zur Gemeindepolizei?

Traktandum 3.6.1 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1845.2 – 13852).

Moritz **Schmid** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Antwort zur Kenntnis nimmt, insbesondere dass der Regierungsrat unsere Auffassung bestätigt, dass mehr sichtbare Polizeipräsenz Straftäter von Delikten abhält und zudem den anständigen Bürgern ein verbessertes Sicherheitsgefühl vermittelt. Sie nimmt aber auch Kenntnis davon, dass mit dem heutigen überarbeiten Polizei-Organisationsgesetz einige unserer Fragen in die Tat umgesetzt werden konnten. Wurde doch die Interpellationen in die Kommissionsarbeit mit einbezogen. Die Regierung nimmt in ihrer Antwort konsequenterweise auch Bezug auf die SVP-Motion betreffend Sicherheitsanalyse und Personalbedarf aus dem Jahr 2008. Mit dem vorhin gesprochen neuen Stellen hofft die SVP-Fraktion, dass diese für zusätzliche Patrouillen eingesetzt werden, um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl weiter erhöhen zu können.
Einiges ist in Sachen Sicherheit zu tun, alles bleibt den Sicherheitspatrouillen aber nicht erspart, so zu Beispiel ein Auftritt auf der Rössliwiese. Wenn der Regierungsrat in seiner Beantwortung schreibt, dass es erfreulich sei, dass dank des Projekts «Gemeinsam gegen Gewalt» die Zahl der eines Leib-Leben-Deliktes beschuldigten Jugendlichen im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um knapp 50 % auf 64 gesunken sei, bleibt aber auch zu hoffen, dass der Datenschutz nicht mehr zu Täterschutz wird. Unsere Fraktion ist überzeugt, dass der Datenschutz Überarbeitungsbedarf hat. – Die SVP-Fraktion nimmt von der Beantwortung Kenntnis und hofft,

diese Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes halte länger als die Änderung vom 30. November 2006.

Franz Peter **Iten** erlaubt sich, in seinem Votum alle drei Interpellationen anzusprechen, umso mehr ja Interpellationen zum Teil fast gleichlautende Fragen oder Fragen, die thematisch einander zugeordnet werden können, zum Inhalt haben.
Der Regierungsrat hat die drei Interpellationen ausführlich, ja sogar sehr ausführlich und umfangreich beantwortet. Dafür ein herzliches Dankeschön seitens der CVP, obwohl ja keine Interpellation unsererseits zur Diskussion steht. Trotzdem erlaubt sich die CVP-Fraktion ein paar wenige Gedanken dazu zu äussern:
1. Für die CVP-Fraktion kommt eine Rückkehr zur Gemeindepolizei auf gar keinen Fall in Frage. Der Kantonsrat hat ja wie bekannt gerade aus Effizienzgründen nur noch eine Polizei gewollt.
2. Wir sind nach wie vor der überzeugten Meinung, dass selbstverantwortliches Handeln in der Vorbild- und Erzieherrolle wichtiger ist als die Delegation der Verantwortung an den Staat. Dazu sind wir alle aufgerufen, und dies ist eine Erkenntnis, die wir nur unterstützen können. Das Projekt «Gemeinsam gegen Gewalt» verdient gerade deshalb die Unterstützung von uns allen.
3. Mit der heute erteilten Bewilligung von mehr Personalstellen bei der Zuger Polizei sowie der Neuformulierung von § 16 betreffend Wegweisung und Fernhaltung im Polizeigesetz beziehungsweise § 22a betreffend Vermummungsverbot im Polizeistrafgesetz sind weitere Instrumente geschaffen worden, die helfen, ein Teilsegment bei der Gewalt zu regeln. Es liegt an uns allen, diese gesetzlichen Vorgaben richtig umzusetzen!
4. Die erstmalige Durchsetzung des angepassten Sicherheitskonzeptes beim EVZ zeigen deutlich auf, dass die Veranstalterinnen und Veranstalter vermehrt die Verantwortung tragen müssen. Die grossen Befürchtungen im Zusammenhang mit Gewalt in und um die Bossard-Arena in der vergangenen Eishockey-Saison sind so nicht eingetroffen. Dass die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektion mehrere Beschlüsse gefasst hat, mit denen die Fussball- und Eishockeyclubs verstärkt in die Pflicht genommen werden und dadurch die Polizeikorps beziehungsweise die Allgemeinheit entlastet werden sollen, kann uns allen recht sein. Mittel- und langfristig wird die neue Strategie, davon sind wir überzeugt, durch konsequente Anwendung zum Erfolg und damit zur Reduktion des Personalaufwands führen.
5. Wir halten fest, dass die negativen Erfahrungen der letzten Jahre in die Präventionsmassnahmen eingeflossen sind, die sich positiv auf Sportveranstaltungen, aber auch auf andere Veranstaltungen auswirken. Die CVP-Fraktion ist offen für weitere Massnahmen, die der Gewalt aktiv und nachhaltig entgegen wirken.

➔ Kenntnisnahme

190 Interpellation von Martin B. Lehmann betreffend Situation bei der Zuger Polizei

Traktandum 3.6.2 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1884.2 – 13583).

Martin B. **Lehmann** weist darauf hin, dass die öffentliche Sicherheit eine Kernaufgabe des Staates ist. Und zwar auf kommunaler-, kantonaler-, wie auch auf nationaler Ebene. Es ist daher auch Aufgabe des Staates, die notwendigen Ressourcen

zur Verfügung zu stellen, damit die tägliche Polizeiarbeit zur Zufriedenheit der Bevölkerung erledigt werden kann. Hier sind jedoch Lücken entstanden. Personalplafonierungen und immer neue Aufgaben haben auch bei uns zu personellen Überbeständen geführt. Überstunden und Stress im Berufsalltag der Polizistinnen und Polizisten nehmen dadurch zu. Dazu kommen erschwerend neuere Phänomene wie Hooliganismus an Sportveranstaltungen und gesellschaftliche Entwicklungen, die nicht ohne Folgen bleiben.
Wie man auch immer dazu steht, es hat eben Folgen, wenn die Nacht immer mehr zum Tag und der Sonntag immer mehr zum Werktag wird. Dieser Trend zur 24-Stunden Gesellschaft ist auch eine sicherheitspolitische Herausforderung. Aber auch soziale Probleme wie Erwerbslosigkeit oder die Anonymisierung der Gesellschaft, bleiben nicht ohne Folgen. Es ist schlussendlich Aufgabe der Politik, sich mit solchen Problemstellungen auseinanderzusetzen und nicht einfach wegzuschauen.
Mit der Schaffung von zusätzlichen Polizeistellen ist es aber nicht getan. Es darf schlicht nicht hingenommen werden, dass die Polizeikräfte während ihrer Einsätze immer öfters Anfeindungen und Aggressionen ausgesetzt sind. Eine letztjährige Umfrage bei der Stadtpolizei Zürich hat ergeben, dass sich mittlerweile schon jeder dritte Polizist vor einem Angriff fürchtet. Aber auch bei uns sinkt namentlich in den Nachtstunden die Hemmschwelle für Gewalt und Respektlosigkeit. Wenn der Bundesrat schon den Artikel 285 im StGB, Gewalt und Drohung gegen Beamte, nicht verschärfen will, ist die Zuger Regierung umso mehr aufgerufen, im Polizeistrafgesetz zusätzliche Verhaltensweisen aufzunehmen, damit diese entsprechend geahndet werden können. Und zusätzlich ist sicherzustellen, dass solche Delikte konsequent und kompromisslos zur Anzeige gebracht werden. Nur so können potentiellen Tätern die Grenzen aufgezeigt und der notwendige Abschreckungseffekt erzielt werden. Der Helfer darf nicht zum Opfer werden. Und Gewalt gegen Polizisten ist immer auch Gewalt gegen den Staat.
Der Beruf des Polizisten wird aber immer mit einem gewissen Risiko verbunden sein. Es ist daher umso erfreulicher, dass hierzulande der politische Wille vorhanden ist, diese Risiken wo immer möglich zu entschärfen oder mindestens die Auswirkungen zu lindern. Die Verfügbarkeit von Polizeipsychologen, Teilzeitarbeitsmodellen, Sabbaticals, Work-Life-Balance-Angeboten, 55 plus für ältere Mitarbeitende und Gesundheits-Checks, um nur einige zu nennen, sind gute Beispiele dafür.
Der Votant bedankt sich für die Beantwortung seiner Interpellation und vertraut darauf, dass die Regierung und das Kommando auch weiterhin ihre fürsorgerische Verantwortung als Arbeitgeberinnen gegenüber den Polizisten wie natürlich auch gegenüber allen anderen Mitarbeitenden der Verwaltung auf hohem Niveau wahrnehmen.

➔ Kenntnisnahme

191 Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Gewaltprävention bei Sportanlässen

Traktandum 3.6.3 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1947.2 – 13585).

Thomas **Lötscher** spricht jetzt nicht als Kommissionspräsident, sondern als Interpellant, aber auch wieder für die FDP-Fraktion. Bei dieser Interpellation ging es ihm nicht nur um die Beantwortung einiger Fragen. Er erhoffte sich, damit einen

Impuls zu geben, dass mit dem neuen Stadion auch ein neues Sicherheitsdispositiv begründet würde. Ein Auftakt, bei welchem alle Beteiligten – der EVZ als Veranstalter, der Kanton als Inhaber der polizeilichen Gewalt und die Stadt als Hausherrin – gemeinsam hinstehen und sagen: Die bisherigen Ungehörigkeiten dulden wir nicht mehr – und dies dann auch umsetzen.
Einen solchen Geist spürt der Votant nicht so recht aus der Interpellationsantwort. Zu oft wird auf den Veranstalter verwiesen, der aber auch wieder moniert, dass seine Befugnisse zur Ordnungsdurchsetzung limitiert sind. Die Stadt ihrerseits sträubt sich gegen das Nutzungsreglement.
Thomas Lötscher muss zugeben, dass er persönlich mit der vorhin beschlossenen Kostenverrechnungslösung nicht ganz glücklich ist. Dies weil zu viele Faktoren, die der Veranstalter nicht beeinflussen kann, die Kosten bestimmen. Letztlich sollten jene die Kosten tragen müssen, welche die Störung verursachen und nicht jene, die einen gesellschaftlichen Anlass auf die Beine stellen und das ihnen Mögliche unternehmen, um ihn geordnet durchzuführen. Bei der Ideallösung geht es weniger um die Kostenverteilung als um die Kostenreduktion. Nach wie vor ist der Votant überzeugt – und fühlt sich durch Erfahrungen andernorts bestärkt – dass eine klare Ansage mit konsequenter Durchsetzung einer Nulltoleranz bei den ersten Risikospielen zu einer schnellen Beruhigung führen würde. Als Folge könnte das polizeiliche Dispositiv heruntergefahren werden und damit würden die Kosten tiefer und vor allem berechenbarer. Selbstverständlich ist auch der Veranstalter, so weit möglich und zumutbar, in die Pflicht zu nehmen. Diese Lösung wäre zum Nutzen aller. Der Bezug des neuen Stadions wäre dafür der ideale Meilenstein gewesen. Noch ist es nicht zu spät, und Thomas Lötscher wünscht sich von der Sicherheitsdirektion ein klareres Bekenntnis zu einer solchen Strategie. Irgendwie steht es zwar im Raum, aber noch nicht wirklich verbindlich. Die Sicherheitsdirektion kann das Problem nicht allein lösen, aber zumindest die Führung übernehmen. Der Votant ist gespannt, wie es weiter geht.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger**: Thomas Lötscher sagt, er spüre keinen Aufbruch bei diesen Fragen. Dem ist nicht so. Es ist natürlich wieder ein wenig Zeit vergangen, seitdem wir diese Beantwortung gemacht haben. Aber wir stehen in Kontakt mit dem EVZ, und das Sicherheitsdispo liegt jetzt vor in der Prüfung bei der Polizei. Das kommt gut und der Sicherheitsdirektor kann Thomas Lötscher versichern, dass wir gewisse Vorkommnisse in Zukunft nicht mehr dulden werden, z.B. diese Pyromärsche. Die werden aufgelöst. Auch der EVZ hat inzwischen durchgesetzt, dass kein Alkohol mehr an unter 18-Jährige abgegeben wird, dass die Eingangskontrollen erhöht werden usw. Da arbeitet der EVZ auch in eine richtige Richtung.
Thomas Lötscher hat noch die Stadt Zug angesprochen. Da gibt ihm Beat Villiger recht. Die Stadt muss sich sicher auch noch einen Schupf geben, noch einmal über die Bücher gehen bezüglich Sicherheit, bezüglich eines Reglements, das auch die Sicherheit stärker beinhalten wird. Auch da sind wir in Kontakt mit der Stadt.
Zur Frage von Martin B. Lehmann. Bei den Anfeindungen sind wir beim Polizeistrafgesetz dran, diese Problematik zu lösen. Wir haben in den letzten zwei, drei Jahren gesagt: Wir tolerieren bei der Polizei nicht mehr alle Anfeindungen und bringen diese auch zur Anzeige. Man sieht auch in der Statistik, dass sich hier eine starke Zunahme ergeben hat.

➔ Kenntnisnahme

192 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau und die Investitions-Folgekosten der S-Bahn-Haltestelle Steinhausen Rigiblick

Traktandum 4/14 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2038.1/.2 – 13735/36), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (Nr. 2038.3 – 13777) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2038.4 – 13783).

Landschreiber Tino Jorio wird hier von der stellvertretenden Landschreiberin, Renée Spillmann Siegwart, abgelöst.

Manuel **Aeschbacher**: «Wir bauen». So oder ähnlich kurz hätte wohl alt Baudirektor Uttinger sein Votum gehalten, wenn er als zuständiger Regierungsrat vorgängig zur Debatte über dieses Geschäft in der heutigen Neuen Zuger Zeitung gelesen hätte. Darin wird der Entscheid zur Haltestelle bereits vorweggenommen. Lassen Sie den Kommissionspräsidenten doch noch einige Überlegungen aus der Kommission näher bringen.
Die Stadtbahn Zug ist eine Erfolgsgeschichte. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der Standortqualität, welche im Bericht des BAK Basels als – wen wundert's – Punkt von zentraler Wichtigkeit für den Erfolg unseres Kantons genannt wird. Ein weiterer Satz in dieser Erfolgsgeschichte soll nach dem Willen unserer Kommission mit dem Bau der S-Bahn-Haltestellte Steinhausen Rigiblick geschrieben werden.
Wie im Bericht erwähnt, handelt es sich bei diesem Bau um die Umsetzung eines Richtplanvorhabens. Es macht Sinn, den Bau dieser Haltestelle jetzt zu beschliessen. Diese liegt im Einzugsgebiet zahlreicher Arbeitsplätze, welche so mittels ÖV attraktiv erschlossen werden können. Die S9 gewährt ab/nach Rigiblick halbstündliche Direktverbindungen ab/nach Zürich und Zug. Direktverbindungen oder schlanke Anschlüsse sind Garant dafür, dass auf den ÖV umgestiegen wird. Das zeigen Befragungen. Und: Hand aufs Herz – wir wissen es ja alles selber – Umsteigen tut von uns niemand gerne. «Es isch eifach müehsam.»
Für die KöV war Eintreten und Zustimmung aus Sicht des Nutzens im ÖV-Netz unbestritten, weil die Haltestelle Rigiblick eine perfekte Ergänzung der Infrastruktur im ÖV darstellt. Zudem kommt sie in einem Gebiet mit Entwicklungspotenzial zu liegen. Die Erschliessung ist somit sichergestellt, bevor gebaut wird, was uns sehr wichtig erscheint. Alles Weitere entnehmen Sie bitte dem Bericht.

Gregor **Kupper** hält fest, dass diese Vorlage in der Stawiko ebenfalls diskutiert wurde. Zwei Fragen standen bei den Abklärungen im Vordergrund. Auf der einen Seite, wie denn die Projektkosten verbucht wurden. Sie können den Kommentar der Volkswirtschaftsdirektion dazu dem Bericht entnehmen. Der zweite Punkt waren die Folgekosten, der Unterhalt, die Abgeltung dafür an die SBB. Sie können sich vielleicht erinnern: Wir haben solche Projekte schon in der Vergangenheit so finanziert, dass heisst, wir zahlen diese Kosten im Voraus für die Dauer von 25 Jahren und übertragen die Aufgabe den SBB. Auf den ersten Blick hat dieser Betrag von 970'000 Franken doch eine Grösse gehabt, bei der wir der Meinung waren, das sei ein wenig gar viel Geld. Wir hatten uns dann aber Vergleichsrechnungen vorlegen lassen für die anderen Haltestellen, und das passt. – Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung.

Kurt **Balmer** kann namens der CVP-Fraktion berichten, dass wir grosmehrheitlich das Bau- und Folgekostenprojekt begrüssen und der Vorlage zustimmen werden. Die Ausführungen des Kommissionspräsidenten sind zutreffend. Der Votant kann sich deshalb kurz halten.
Speziell möchte er nochmals darauf hinweisen, dass es angesichts der Zukunftsperspektiven in jenem Gebiet um ein auch mit andern neuen Haltestellen im Kanton Zug vergleichbares Projekt handelt und sich auch kein Präjudiz ergibt, nun noch viele weitere S-Bahn-Haltestellen zu erstellen. Vielmehr erkennt Kurt Balmer angesichts der bisherigen Entwicklung sogar einen Gleichbehandlungsanspruch der jetzt betroffenen Region Steinhausen/Cham.
Einen Lichtblick sieht er bei dieser Vorlage auch bezüglich der Namensgebung. Im bisherigen Richtplan hiess die Haltestelle schlicht Sumpf. Mit dem neuen Namen Rigiblick wird die Vorlage wirklich positiv abgerundet. Für die CVP Fraktion empfiehlt Kurt Balmer, dieser Vorlage zuzustimmen.

Dominik **Lehner** hält fest, dass die FDP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage ist und ihr zustimmt. Die Kosten sind nicht unerheblich, doch gewinnen damit die Gemeinden Cham und Steinhausen eine im Richtplan vorgesehene S-Bahn-Haltestelle. Das Gebiet um die geplante S-Bahn-Haltestelle Rigiblick ist dicht besiedelt. Die zahlreichen Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe erfahren durch diese wichtige Haltestelle eine optimale Anbindung an das S-Bahn-Netz. Manch einer wird wohl ab Dezember 2012 den Zug direkt vor seinem Arbeitsplatz dem Stau in der Blegi-Kurve vorziehen.

Martin **Stuber** kann dem Rat mitteilen, dass die AGF der Vorlage einstimmig zustimmen wird. Wir verbinden unsere Zustimmung mit der Erwartung, dass bei einer vollständigen Bebauung, wenn das dann mal abgeschlossen ist in diesem Gebiet, mindestens in Spitzenzeiten der Viertelstundentakt der S-Bahn, wie er jetzt in der 4. Teilergänzung bis nach Affoltern Realität wird, bis nach Zug weitergezogen wird. Zu den hohen Kosten kann der Votant eigentlich nur sagen, dass wahrscheinlich schon die Pfahlbauer wussten, dass es sehr teuer ist, im Sumpf zu bauen.

Zari **Dzaferi** weist darauf hin, dass wir uns mit dem Bau der S-Bahn-Haltestelle Steinhausen-Rigiblick sehr weitsichtig zeigen. Die SP-Fraktion freut sich, dass wir damit unserem Ziel – weg von Individualverkehr, hin zum öffentlichen Verkehr – näher kommen. Wir dürfen nämlich davon ausgehen, dass die Frequenzen dieser geplanten Haltestelle zunehmen werden, zumal der östliche Teil des Einzugsgebiets in den nächsten Jahren oder sogar Jahrzehnten ebenfalls überbaut werden sollte. Das wir in einem solchen Gebiet, in welchem zahlreiche Arbeitsplätze angesiedelt wurden und voraussichtlich weiterhin angesiedelt werden, eine Haltestelle reserviert haben, ist höchst erfreulich. In diesem Gebiet dürften wir für die nächsten Jahre gerüstet sein.
Einzig die Verdichtung von Haltestellen wurde an unserer Fraktionssitzung als Gefahrenherd gesehen. Die immer kleineren Abstände zwischen den Haltestellen verlangsamen nämlich logischerweise auch die S-Bahn. Wir müssen uns fragen, wie der öffentliche Verkehr in den kommenden Jahrzehnten aussehen soll. So stösst zum Beispiel auch die Busverbindung nach Ägeri und Oberägeri an ihre Grenzen.

Diesbezüglich ist die SP Fraktion überzeugt, dass wir im Bereich der Raumplanung gefordert sind, um die Weichen für unsere zukünftigen Generationen zu stellen. Je früher wir Gebiete für den öffentlichen Verkehr sichern, desto mehr Gestaltungsfreiheit überlassen wir künftigen Generationen. Damit auch diese später einmal – wie wir bei der Haltestelle Rigiblick – weitsichtig planen können. – Die SP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** dankt für die gute Aufnahme. Wir beweisen einmal mehr, dass das, was weitsichtig im Richtplan festgesetzt worden ist, auch umgesetzt wird. Das sind immer zwei Sachen. Auch wenn es nicht unerhebliche Kosten sind. Die Mehrkosten haben vor allem mit dem sumpfigen Grund zu tun, der ja auch ursprünglich der Haltestelle den Namen gegeben hat.
Es freut den Volkswirtschaftsdirektor vor allem, dass es auch betrieblich möglich gewesen ist. Vor 2½ Jahren hiess es von den SBB noch, es gehe nicht auf, einen S9-Halt dort einzuplanen, von den Fahrzeiten her. Wir waren da beharrlich und haben auf ganz genaue Planung gepocht. Es hat sich gezeigt, dass es doch möglich geworden ist. Beharrlichkeit macht manchmal Unmögliches möglich.
Matthias Michel kann dem Rat noch positiv mitteilen, dass der Baudirektor die eine Vereinbarung mit dem Bund abschliessen konnte. Das sind die rund 0,9 Mio. Franken für die Personenunterführung aus dem Agglomerationsprogramm. Und der andere Anteil des Bundes, der an die Haltestelle selber geht, ist ein anderes Bundesamt. Diese Vereinbarung ist auf besten Wegen. Also auch hier stehen wir gut da. Vielen Dank für Eintreten und Zustimmung.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2038.5 – 13845 enthalten.

193 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung und Ausbau der Hauptstrasse (KS 381), Abschnitt Knoten Alte Landstrasse/Lutisbachweg bis Knoten Mitteldorfstrasse einschliesslich bergseitigem Rad-/Fussweg, Gemeinde Oberägeri

Traktandum 4/15 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2018.1/.2 – 13686), der Kommission für Tiefbauten (Nr. 2018.3 – 13766) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2018.4 – 13802).

Daniel Thomas **Burch** verweist auf den Bericht und Antrag der Kommission und hält sich kurz. Bei diesem Projekt handelt es sich um die Sanierung und den Ausbau eines Kantonsstrassenteils mit einem Rad-/Fussweg auf der Bergseite. Der Regierungsrat beantragt dafür einen Kredit von 2,05 Mio. Franken. Die Gemeinde Oberägeri hat diesem Projekt und dem Kreditantrag bereits zugestimmt. Ihr Kostenanteil beträgt 1,3 Mio. Franken.

Auch in der Kommission war die Vorlage unbestritten. Wie Sie unserem Bericht entnehmen können, wurden von der Baudirektion einige Frage bezüglich Radweg, Entwässerung, Werksleitungen, Strassenbeleuchtung und Landerwerb überzeugend beantwortet. Mit etwas Enttäuschung mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass auf diesen Strassenstück nur bergseitig ein Radstreifen erstellt werden kann. Für eine beidseitige Lösung ist der nötige Raum nicht vorhanden. Würde die Strasse auf diesem Abschnitt mit einem Radstreifen ergänzt, so würden 1 bis 1,2 Meter Breite fehlen. Nur mit dem Aufmalen eines gelben Streifens ist der Sache auch nicht gedient.
Die Kommission hat sich auch eingehend mit dem Kostenteiler befasst. Die jeweiligen Kosten und die Verteilung finden sie auf S. 4 unseres Berichts. Von den Gesamtkosten von 3,35 Mio. Franken gehen 2,05 Millionen zulasten des Kantons. Davon werden 500'000 Franken der Spezialfinanzierung entnommen, und der Rest 1,55 Millionen für den Rad- und Fussweg der Verwaltungsrechnung. – Die Kommission beantragt mit 15:0 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Das macht auch die FDP-Fraktion.

Gregor **Kupper** verweist auf den Bericht. Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung.

Arthur **Walker** hält fest, dass die CVP-Fraktion den vorliegenden Kantonsratsbeschluss detailliert beraten hat und einstimmig für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage ist. Im Bericht und Antrag der Kommission für Tiefbauten sind die kritischen Bereiche und offenen Fragen zum Radweg, zur Entwässerung, zu den Werkleitungen, zur Strassenbeleuchtung, zum Landerwerb und zum Kostenteiler erwähnt und nach Meinung der CVP nachvollziehbar durch die Verantwortlichen der Baudirektion erklärt, beziehungsweise beantwortet. Stellvertretend für die Nachbesserung sei die Tabelle zum Kostenteiler auf S. 4 des Berichts erwähnt.
Bekanntlich wird die Alte Landstrasse in Fahrtrichtung Zug bei Veranstaltungen auf dem Dorfplatz in Unterägeri, wie Ägeri Märcht, Fasnacht, Einzug des Chlaus, Europameisterschaft im Armbrustschiessen als Ausweichroute benutzt. Die bisher spitzwinklige Einmündung bei Knoten Lutisbachweg/Alte Landstrasse wird nun durch einen rechtwinkligen Abzweiger mit einer anschliessenden s-förmigen Strassenführung ersetzt. Hier stellt sich nun die Frage, ob die auf der Linie 1 verkehrenden Busse der ZVB (Anhängerzüge, Gelenkbusse) beziehungsweise die Busfahrer problemlos diese Klippe meistern können. Wir bitten den Baudirektor um Auskunft.

Moritz **Schmid** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Vorlage an ihrer Fraktionssitzung beraten hat und übereingekommen ist, dass der Ausbau Knoten Alte Landstrasse/Lutisburg bis zum Knoten Mitteldorfstrasse eine notwendige Sanierung ist, zumal mit dem vorliegenden Projekt für den Langsamverkehr und die Schulkinder mit dem bergseitigen Rad-/Gehweg eine gute und sichere Lösung gefunden wurde. Die bestehende Lücke der kantonalen Radstrecke Nr. 38 von Zug Kolinplatz bis zur Kantonsgrenze in Sattel kann somit auch geschlossen und die Sicherheit bei den Grundstück Ein- und Ausfahrten wesentlich verbessert werden. Mit dem Kostenverteiler ein Drittel Gemeinde und zwei Drittel Kanton konnte eine vernünftige Aufteilung gefunden und die Landerschliessung im Gebiet Alte Landstrasse/Lutisburg kann ebenso gewährleistet werden. Die SVP Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung.

Christoph **Bruckbach** hält fest, dass auch die SP-Fraktion für Eintreten ist. Viele der Argumente für die Vorlage sind bereits geäussert worden. Er möchte nur noch darauf hinweisen, dass es die SP freut, dass eine Vorlage vorliegt, die dem Langsamverkehr hilft und damit die Sicherheit auf diesem Strassenabschnitt generell erhöht wird. Wir empfehlen Ihnen Eintreten.

Baudirektor Hein **Tännler** meint, der Kommissionspräsident habe alles Wichtige gesagt. Er kommt noch auf zwei, drei Punkte zu sprechen. – Der seeseitige Langsamverkehr geht technisch nicht. Es ist ja ohnehin wie eine Terrasse dort. Wir haben Platzprobleme. Wir hätten das gerne getan, aber es blieb nichts Anderes übrig, als den Langsamverkehr auf der Bergseite zu führen.
Die Bustauglichkeit des Knotens Alte Landstrasse/Lutisburg, nach der Arthur Walker gefragt hat, ist gewährleistet, und zwar noch besser als beim heutigen System. Die Busse können also dort bestens zirkulieren. – Bitte unterstützen Sie den Antrag der Regierung. Der Baudirektor möchte sich noch bei allen Mitgliedern der Kommission und beim Kommissionspräsidenten bedanken.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es hier nur eine einzige Lesung gibt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 57:0 Stimmen zu.

194 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für die Planung und den Bau der Umfahrung Cham-Hünenberg sowie für den Landerwerb

Traktandum 4/16 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2024.1/.2 – 13704/05), der Kommission für Tiefbauten (Nr. 2024.3 – 13767) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2024.4 – 13803).

Daniel Thomas **Burch** verweist auch hier auf den Bericht und Antrag der Kommission und wird sich deshalb im Folgenden auf die wichtigsten Punkte beschränken. Am 1. Juni 2006 genehmigte der Kantonsrat das Generelle Projekt der Umfahrung Cham-Hünenberg (UCH). Das Generelle Projekt beinhaltet gemäss Gesetz über Strassen und Wege die Linienführung samt den Standorten der Knoten und Anschlüsse, ein Normalprofil sowie eine Kostenschätzung. Diese vier Elemente – Linienführung, Knoten- und Anschlüsse, Normalprofil und Kostenschätzung – hat der Kantonsrat mit dem Generellen Projekt beschlossen. Dieser Beschluss unterlag nicht dem Referendum. Beim nun vorliegenden Antrag ist einzig entscheidend, ob das Generelle Projekt mit der Gibelfeldbrücke bezüglich dieser vier Kriterien verändert wird. Die Linienführung wird sich mit der Gibelfeldbrücke nicht im Geringsten verändern. Der Knoten befindet sich immer noch am selben Ort. Weder das Normalprofil noch die Kostenschätzung von insgesamt 230 Mio. Franken erfahren

eine Anpassung. Damit ist klar, das vom Kantonsrat beschlossene Generelle Projekt besteht unverändert weiter! Aus diesem Grund ist es müssig, erneut eine UCH-Grundsatzdiskussion zu führen.
Bei der Diskussion und Beratung vor fünf Jahren hat man erkannt, dass im Verlauf der Projektierung noch Änderungen, Anpassungen oder Ergänzungen am Generellen Projekt nötig werden können. Aus diesem Grund hat der Kantonsrat den Rahmenkredit damals von 180 Mio. Franken mit eine strategischen Reserve von 50 Millionen auf 230 Mio. Franken aufgestockt. Dieses haben wir hier im Rat auch beschlossen, um nicht bei jeder Änderung Verzögerungen in Folge eines allfälligen Referendums zu riskieren. Damals war der 6-Spur-Ausbau der Autobahn zwar geplant, aber die Auswirkungen auf die Verkehrszahlen waren noch vage. Ausserdem war zur Reduktion des Verkehrs in Cham die Sperrung der Bärenbrücke vorgesehen. Diese flankierende Massnahme hat das Chamer Stimmvolk in der Zwischenzeit abgelehnt. Die Ausgangslage für den Knoten im Bereich des Autobahnanschlusses Lindencham und die Verknüpfung mit der UCH bezüglich Verkehrsaufkommen wurden dadurch verändert. Um die gewünschte Verkehrsreduktion in Cham zu erreichen und einen Kollaps des Kreisels Lindencham zu vermeiden, soll dieser zusätzlich mit einem Bypass, der Gibelfeldbrücke, entlastet werden. Die neue Verkehrsgestaltung mit Kreisel und Brücke ist notwendig. Es ist eine gute Lösung. Sie passt gut in die Landschaft und benötig ein Minimum an Kulturland. Nicht zuletzt ist die Gibelfeldbrücke mit ihren Zielen und Wirkungen als flankierende Massnahme entscheidend für das Agglomerationsprogramm des Bundes. Zur Erinnerung: Der Bund hat dem Kanton Zug für die Realisierung der UCH zur Entlastung von Cham, 36 Mio. Franken zugesichert.
Fazit: Die Gibelfeldbrücke stellt lediglich eine Projektergänzung zur Erreichung der gewünschten Verkehrsreduktion in Cham dar. Solche Änderungen sind nichts Ausserordentliches und können sich im Rahmen der Detailprojektierung ergeben. Die Mittel für die Realisierung dieser Projektänderung sind korrekterweise der strategischen Reserve zu entnehmen. Genau für diesen Zweck ist schliesslich diese strategische Reserve von 50 Mio. Franken vom Kantonsrat beantragt und vom Stimmvolk seinerzeit beschlossen worden.
Noch eine Ergänzung zu den Kosten: Im Kanton Zug werden wenig Brücken mit über 240 m Länge gebaut, deshalb wurde die Brücke bei der Umfahrung über die Lorze als Vergleichsbeispiel zur Kostenschätzung genommen. Auch diese Brücke ist noch nicht realisiert, es wurde aber mit gleichen Ellen gemessen. Die letzte grosse Brücke, die im Kanton Zug gebaut wurde, ist die Lorzentobelbrücke, erbaut 1982 bis 1985.
Im beantragten Kredit von 25 Mio. Franken ist eine Reserve von ca. 10 % enthalten. An der letzten KR-Sitzung wurde moniert, dass verschiedentlich hohe Reserven in den budgetierten Kosten eingeschlossen sind. Reserven von der Grössenordnung 10 % sind bei Strassenbauprojekten sinnvoll. Bei Kreditanträgen für Bauprojekte ist keine Teuerung eingerechnet. Je nach Dauer von der Projektierung bis zur Fertigstellung können Jahre vergehen, während denen die Teuerung zunimmt. Wenn wir dann nach x Jahren die Bauabrechnung mit Kostenüberschreitungen genehmigen müssen, haben wir hier im Rat auch keine Freude. Daher ist es sinnvoll, bei Bauprojekten auch eine gewisse Reserve einzubauen.
Der Kommissionspräsident fasst zusammen. Beim vorliegenden Projekt handelt es sich um eine Ergänzung und Anpassung an die neuen Gegebenheiten. Mit dieser Brücke wird der Knoten Lindencham entlastet und somit auch eine Verkehrsentlastung in Cham ermöglicht und sichergestellt. Eine erneute Diskussion über die Notwendigkeit der UCH ist nicht angebracht. Die Notwenigkeit ist weiterhin ausgewiesen. Die Kosten von 15 Mio. Franken sind der vom Volk bewilligten strategischen

Reserve von 50 Mio. Franken zu entnehmen. Die Kommission beantragt mit 13:2 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. – Die FDP-Fraktion unterstützt diesen Antrag.

Gregor **Kupper** hält fest, dass auch die Stawiko damit einverstanden ist, dass die Kreditfreigabe zulasten der strategischen Reserve für dieses Projekt erfolgt. Es ist richtig, dass die Baudirektion bei der Realisierung der ganzen UHC die aktuellen Verhältnisse berücksichtigt und nicht einfach an einer Planung aus dem Jahr 2004 oder 2005 festhält. Wenn das Projekt realisiert ist, wird es uns als Inanspruchnehmer von Mobilität zugute kommen.
Zu den Kosten. Die Stawiko hat den Auftrag, jeweils die Auswirkungen eines Geschäfts zu beurteilen. Hier ist es relativ einfach, weil wir diesen Kredit ja schon bewilligt haben. Es ist lediglich eine Kredit*freigabe*. Aber es ist natürlich schon so, dass wir in der Stawiko die tatsächlichen Kosten eines solchen Projekts nur schlecht beurteilen können. Daniel Thomas Burch hat jetzt noch einige Ausführungen gemacht. Wir wären jeweils froh, wenn diese bereits in den Bericht der Tiefbaukommission einfliessen würden, weil ja da doch eher Baufachleute sitzen als in unserer Kommission.
Die Stawiko beantragt mit 4:1 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten und ihre zuzustimmen.

Franz **Hürlimann** erinnert daran, dass sich das Zuger Volk 2007 für das Projekt UCH im Betrag von 230 Mio. Franken aussprach. 180 Mio. Franken davon wurden mit dem Entscheid sofort freigegeben. Und aus der Reserve von 50 Mio. Franken verlangt die Vorlage nun 15 Mio. Franken für die zusätzliche Überführungsbrücke Gibelfeld.
Die Eröffnung der Autobahn durch das Knonaueramt brachte neue Erkenntnisse in der Verkehrsbelastung. Mit der vorgeschlagenen Bypasslösung kann dem aufkommenden Verkehrsfluss wirksamer entgegengewirkt werden. Das Zentrum von Cham wird trotz Leistungssteigerung noch wirkungsvoller entlastet. Dies kommt den Forderungen nach flankierenden Massnahmen für die Entlastung von Cham und Hünenberg entgegen. Unter Einbezug des Umweltverträglichkeitsberichts wird das Gesamtprojekt UCH nicht verändert. Im Gegenteil, es wird attraktiv ergänzt. Die erhöhte Attraktivität wird zum Nutzen für den öffentlichen wie für den Individualverkehr. – Die Fraktion der CVP unterstützt deshalb den Bau der Gibelfeldbrücke einstimmig, wenn auch bezüglich der Kostentransparenz gewisse Bedenken bestehen.

Peter **Diehm** legt zuerst seine Interessenbindung bekannt. Er ist ein dreifacher Benützer dieses Knotens in Lindencham. Einmal mit dem Fahrrad, mit dem er regelmässig von Rumentikon ins Dorf fährt. Da muss er dem Baudirektor ein Kränzlein winden: Die Fahrradverbindung ist hervorragend und besser rausgekommen, als er in der Kommission noch vermutet hat. Er benützt den Knoten mit dem öffentlichen Verkehr. Z.B. heute Morgen ist er mit dem Bus nach Cham gekommen und dann mit der Stadtbahn nach Zug. Da ist er darauf angewiesen, dass der Knoten für den ÖV hervorragend funktioniert und er den Anschluss an die Stadtbahn erwischt. Sonst verliert der ÖV dort an Bedeutung. Als Drittes benutzt er den Knoten für seinen Arbeitsweg nach Hergiswil und fährt eigentlich täglich mit

dem Auto über diesen Knoten. Momentan funktioniert er ebenfalls hervorragend. – Die FDP ist für Eintreten und sie stimmt dem Projekt für die Gibelfeldbrücke zu.
Was bringt dieses Bauwerk? Sicher wird es helfen, das Zentrum von Cham vom Verkehr zu entlasten. Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Ein riesiges Wasser-Reservoir, an dem sich unten zwei Schläuche als Abflüsse befinden. Der eine Schlauch stellt die Strasse durch das Chamer Zentrum und der andere die UCH dar. Macht man in den ersten Schlauch einen Knoten, muss alles Wasser zwangsweise durch den zweiten Schlauch fliessen. Das wäre Vergleichbar mit der Sperrung der Bärenbrücke – kein Verkehr durch das Zentrum. Baut man nun in den ersten Schlauch ein Tropfen-System ein (vergleichbar mit einer Pförtneranlage oder einer Tempo 20/30 Zone, mit Vortrittsregelungen, Busbevorzugungen etc.), dürfen beim zweiten Schlauch keine Behinderungen respektive Verengungen auftreten, damit dort möglichst viel Wasser durchfliessen kann. Genau so funktioniert auch der Strassenverkehr!
Also, wer das Chamer Zentrum vom Verkehr entlasten will, muss dafür sorgen, dass der Verkehr auf der Umfahrung ungehindert fliessen kann. Dies würde mit dem Bau der Gibelfeldbrücke erreicht.

Roland **von Burg** meint, seine Vorredner hätten praktisch alles gesagt. Ihm bleibt nicht mehr viel. Eine Frage hingegen bleibt. Was passiert, wenn wir diese Brücke nicht bauen? Der Kreisel wird im Verkehr versinken. Sie hätten am letzten Donnerstag schauen können, was in einem solchen Fall passiert. Folge sind Stau im Kreise, Rückstau bis auf die Umfahrung. Stehender Verkehr auf einer Umfahrung ist wohl nicht das Szenario, das wir uns wünschen. Deshalb muss in diesem Fall ein Bypass her. Zugegeben, ein etwas teurer Bypass – der Gartenschlauch wäre billiger. In diesem Fall ist es die Gibelfeldbrücke. Auch im Namen der SVP-Fraktion bittet der Votant den Rat, diesem Vorhaben zuzustimmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF einen Antrag auf Nichteintreten stellt – wir lehnen das Projekt ab. Ja, wir waren gegen diese Umfahrung, aber die Votantin möchte betonen, dass wir uns nie gegen die Umfahrungsstrassen der Kammern B und C gewehrt haben, im Gegenteil. Sie erscheinen uns nach wie vor richtig und wichtig.
Folgende Gründe sprechen für uns aber gegen diese Brücke: Durch die Gibelfeldbrücke wird es Mehrverkehr auf der Umfahrung Cham Hünenberg geben. Sie bringt den Autofahrenden eine freie Fahrt von Zug nach Rotkreuz und umgekehrt. Nach wie vor sind wir der Meinung, dass nicht eine UCH gestärkt werden muss, sondern alles daran gesetzt werden soll, den Verkehr so schnell als möglich auf die Autobahn zu bringen. Nur das entspricht dem verbindlichen Abschnitt im Richtplan V 3.1, welcher aussagt, dass der Verkehr von den Kantonsstrassen direkter auf die Autobahn geführt werden soll. Durch die Gibelfeldbrücke wird die UCH zu einer Parallelautobahn. Auch beim Einreichen des Gesuchs betreffend Agglomerationsprogramm beim Bund im Jahr 2007 wird von unserem Kanton betont, dass der Verkehr auf die Autobahn geleitet werden soll. Dieses ursprüngliche klare Verkehrskonzept wird durch die Gibelfeldbrücke klar torpediert.
Wir glauben nicht, dass sich das Verkehrsaufkommen durch Cham reduziert, jetzt wo auch die Bärenbrücke durch Cham nicht gesperrt werden wird. Der befürchtete Stau beim Abendverkehr wird sich mit der Brücke nun einfach zum Knoten Knonauerstrasse oder Duggeli verlagern. Folge davon: Viele werden wieder den Weg durch Cham nehmen.

Das Ziel, das nach unserer Meinung Priorität haben soll, Cham zu entlasten, wird nicht erreicht – und das wollte man ja mit der UCH. Zudem werden all die Siedlungsbewohner innerhalb der Kammer A kaum Freude haben, denn die Umfahrungsstrasse, die man so attraktiver machen will, führt dort sehr nahe am Siedlungsgebiet vorbei, was wiederum die Luft- und die Lärmbelastung für diese Menschen verstärkt.
Wir werden den Antrag, welchen die SP nachher stellen wird, dass dieser Kantonsratsbeschluss einer 2. Lesung unterstellt werden soll und damit auch das Referendum möglich ist, unterstützen. Das generelle Projekt erfährt mit dieser Brücke vom Sinn her eine grosse Änderung. Die Umfahrungsstrasse übernimmt damit eine Rolle, die der Autobahn zukommt.
Als eine Bekannte von Anna Lustenberger das Bild der Gibelfeldbrücke in der Zeitung sah, meinte sie, warum man diese nicht gleich beim Projekt UCH aufgenommen habe. Wir meinen die Antwort zu kennen: Das Projekt wäre damit beim Volk gescheitert. Mit dieser ersten Änderung des generellen Projekts stellt sich für uns unweigerlich die Frage, wann die nächste Änderung kommt.
Der Kanton Zug plant den motorisierten Individualverkehr angebotsorientiert. Das steht im Richtplan. Mit der Gibelfeldbrücke wird nun wieder Verkehr angezogen, das wird unweigerlich sein Wir bewegen uns somit immer mehr und mehr dem Begriff «nachfrageorientiert» zu – und das will der verbindliche Richtplan, dem die meisten zugestimmt haben, nicht. Eine konsequente Folgerung ist, dass man diese Brücke ablehnt.

Christoph **Bruckbach** hält fest, dass die SP-Fraktion wie die AGF für Nichteintreten ist und den Bau der Gibelfeldbrücke ablehnt. Das ursprüngliche Ziel der Umfahrung Cham-Hünenberg bestand darin, eine Entlastung des Chamer Zentrums vom Durchgangsverkehr zu erreichen. Die Abstimmung im Jahr 2007 ergab ein knappes Ja für diese Umfahrung. Diesen Entscheid gilt es zu akzeptieren, und er wird von uns auch nicht in Frage gestellt.
Nicht akzeptieren müssen wir allerdings die vorgeschlagene Gibelfeldbrücke. Mit der beabsichtigten Brücke über den Kreisel Lindencham wird aus der geplanten Umfahrungsstrasse eine Transitstrecke parallel zur sechsspurigen Autobahn. Die im verbindlichen Richtplan definierte Absicht, den motorisierten Verkehr schnellstmöglich auf die Autobahn zu bringen, ist so nicht mehr gewährleistet. Als zusätzliche Transitachse bringt die Strasse unnötigen Mehrverkehr in zukünftige Siedlungsgebiete. Speziell das Gebiet der Kammer A in der Gemeinde Cham erfährt durch ortsfremden Verkehr, auch Schwerverkehr, eine Mehrbelastung.
Nebst den erwähnten Nachteilen beinhaltet das vorliegende Projekt wesentliche Änderungen zum Projekt in der damaligen Abstimmungsbroschüre. Gegenstand eines generellen Strassenbauprojekts sind Linienführung, Normalprofile, Anschlüsse und eine Kostenschätzung. Diese Vorgaben waren in der Vorlage vom Jahr 2007 als Resultat umfangreicher Variantenstudien enthalten. Dass die Notwendigkeit einer Brücke über den Kreisel Lindencham nicht schon damals ein Thema war, heute aber als absolut notwendig erachtet wird, wirkt unglaubwürdig. Das Projekt mit dem zusätzlichen Landerwerb und einer Brücke über den Kreisel Lindencham entspricht nicht mehr dem ursprünglichen, von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern im Jahr 2007 akzeptierten Projekt der UCH. – Die SP-Fraktion ist aus diesen Gründen für Nichteintreten.

Martin **Stuber** weist darauf hin, dass der Präsident der Kommission für Tiefbau als eine der Begründungen erwähnt hat, dass es neue Begebenheiten gebe. Das stimmt nicht! Es gibt keine neuen Begebenheiten. Der Votant hat hier das Abstimmungsbüchlein von 2007. Da steht nichts von einer Sperrung der Bärenbrücke. Die Ablehnung der Chamerinnen und Chamer einer Sperrung der Bärenbrücke ist überhaupt keine neue Begebenheit. Im Gegenteil. In der Vorlage steht: «Die wichtigsten flankierenden Massnahmen sind zwei Lichtsignalanlagen, die den Verkehr in Richtung Cham dosieren. Die Ampel an der Kreuzung Alpenblick begrenzt den Zufluss nach Cham auf maximal 550 Fahrzeuge pro Stunde, jene beim Rothus in Hünenberg auf maximal 400 Fahrzeuge pro Stunde.» Und weiter hinten heisst es dann: «Verkehrsberuhigte Zone. Die sichtbarste flankierende Massnahme ist im Zentrum von Cham geplant. Dort entsteht zwischen Rabenplatz, Bärenplatz und Kreuzung Knonauer-/Zugerstrasse eine verkehrsberuhigte Zone.» Die Sperrung der Bärenbrücke war ausdrücklich kein Bestandteil dieser Vorlage. Und die Ablehnung dieser Sperrung durch die Chamerinnen und Chamer stellt absolut keine neue Begebenheit dar.
Dass das Säuliamt mit der A4 eine neue Autobahn bekommt und dass das Auswirkungen hat, wusste man. Das ist in alle diese Berechnungen mit eingeflossen. Es gibt keine einzige neue Strasse, die bei der Abstimmung nicht bekannt war und jetzt neu gebaut wird. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass es gewisse Probleme gibt bei diesem Knoten. Und es ist für Martin Stuber ganz klar ein Verstoss gegen Treu und Glauben, wenn man jetzt im Nachhinein kommt, nochmals 15 Millionen verlangt für diese Brücke und sagt: Es gibt neue Begebenheiten, mit denen wir nicht gerechnet haben, da müssen wir jetzt noch eine Brücke bauen. Das ist Verstoss gegen Treu und Glauben und auch Salamitaktik. Denn wir wissen heute schon, was als Nächstes kommen wird. Es ist der Knoten Alpenblick. Er funktioniert nicht. Das wussten wir 2007 schon, und das haben wir auch immer gesagt. Und wenn Sie jetzt diese Gibelfeldbrücke beschliessen, wird der Knoten Alpenblick noch weniger funktionieren, weil noch mehr Verkehr auf diesen Knoten geleitet werden wird. Sie können also davon ausgehen, dass es dann nochmals eine Vorlage geben wird. Es ist dem Votanten klar, auch trotz Bedenken der CVP wegen den Finanzen, es geht eher ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass dieser Rat eine Strasse nicht beschliesst.

Peter **Diehm** weist darauf hin, dass Anna Lustenberger gesagt hat, durch diese Brücke werde mehr Verkehr auf die UCH geleitet. Was ist denn der Sinn dieser Strasse? Die Strasse soll den Verkehr aufnehmen und das Dorfzentrum entlasten. Die Autobahn nimmt wohl einen Teil des Verkehrs auf, aber nicht das, was die UCH soll. Die Autobahn ist für den überregionalen Verkehr, und die UCH soll den Verkehr von Hünenberg, Hünenberg See und Enikon aufnehmen, damit das Dorfzentrum entlastet wird. Das ist es notwendig, dass dort der Verkehr funktioniert. Man kauft auch nicht einen Muni für Nachwuchs und kastriert ihn dann.

Daniel Thomas **Burch** möchte hier noch einmal kurz die wichtigsten Punkte zusammenfassen. Das Volk will die Entlastung des Chamer Dorfkerns. Die Brücke ist nötig, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn wir also den Volkswillen umsetzen wollen, müssen wir die Gibelfeldbrücke bauen. Wir wissen, dass es ohne sie nicht geht, dass wir Rückstau haben in Cham und das Ziel nicht erreichen. Das Volk hat uns einen Kredit von 230 Mio. Franken erteilt mit dem Auftrag, die Entlastung von Cham zu erwirken. Und es hat uns auch das Vertrauen ausgesprochen, indem es

uns eine Reserve von 50 Mio. Franken gesprochen hat. Und von diesen 50 Mio. Franken brauchen wir nun 15, um dem Ziel einen Schritt näher zu kommen, indem wir die Gibelfeldbrücke bauen und die entsprechende Entlastung bewirken können. Bitte stimmen Sie diesem Antrag zu!

Baudirektor Heinz **Tännler** möchte Einiges richtigstellen. Er war damals noch nicht im Amt und hat sich beim damaligen Kommissionspräsidenten genaustens erkundigt und auch sämtliche Protokolle der damaligen Strassenbaukommission durchgeschaut. Da hat man das Kammerkonzept diskutiert und diese vier Kammern. Man war der Meinung, dass man für zwei Kammern der Regierungsrat einen Projektierungskredit beantragt beim Kantonsrat und für die zwei anderen Kammern einen Objektkredit. Das war die Ausgangslage und so ging man in die Kommission, bis ein scharfsinniger Kantonsrat kam und sagte: Wir machen das anders, wir gehen mit allen Kammern durch und machen eine generelles Projekt Umfahrung Cham-Hünenberg, und das wird beschlossen. Dann waren natürlich gewissen Abklärungen, was die Kosten anbelangt, noch nicht auf dem Reifegrad, wie das der Fall gewesen wäre, wenn man von allem Anfang an gesagt hätte: Man geht mit einem generellen Projekt in die politische Debatte. Das war der Ausgangspunkt. Und dann hat man auch gesagt: Es sind nicht alle Sachen genau bis ins letzte Detail so abgeklärt, dass man aufgrund einer Kostenreserve plus/minus 20 % den Kredit von 180 Millionen sprechen kann, sondern wir geben noch eine strategische Reserve für veränderte Verhältnisse. Und bei diesen veränderten Verhältnissen ging man vom generellen Projekt aus. Was ist ein generelles Projekt? Es ist eine Kostenschätzung, eine Linienführung, ein Normalprofil und die Knoten. Das hat man so beschlossen, dass man noch 50 Millionen strategische Reserven nimmt für den Fall, dass gewisse veränderte Verhältnisse auftreten würden. Das war die Ausgangslage.
Da kann man sich fragen, wieso man eine strategische Reserve gemacht hat. Eben deshalb, weil gewisse Unsicherheitsfaktoren vorlagen. Und an dieser Stelle möchte der Baudirektor zurückkommen auf die letzte Sitzung, an der Karin Andenmatten sagte, man solle keine Reserven mehr in diese Projekte aufnehmen. Das ist natürlich Mumpitz! Wir sind verpflichtet– im Hochbau über die SIA-Normen und im Tiefbau über die VSS-Normen – Reserven aufzunehmen in diese Projekte. Wir würden fahrlässig handeln und Sie könnten uns bei einer Kostenüberschreitung Vorwürfe machen, wenn wir das nicht tun würden. Ohne Reserven solche Projekte in den Kantonsrat zu bringen, geht nicht.
Bei der UCH möchte Heinz Tännler nicht wieder auf diesen demokratischen Prozess zurückkommen, auf das Abstimmungsbüchlein, die Abstimmung usw. Wichtig ist, dass wir nun die UCH realisieren können. Wir sind jetzt soweit, dass wir Mitte 2012 in die Auflage gehen können und hoffentlich auch in die Realisierungsphase. Es wurde auch angetönt: Schauen Sie sich die Verkehrsverhältnisse in Cham an! Wir können noch lange nach oben und unten, nach links und rechts diskutieren: Es ist langsam an der Zeit, dass wir nun auch mal realisieren. Schauen Sie sich das Beispiel Nordzufahrt an! Deren Eröffnung ist ein wohltuender Akt gewesen. Wir haben heute auf der Baarerstrasse eine enorme Verkehrsreduzierung. Wir haben eine klar verbesserte Situation. Und das ist ja letztlich auch in Cham das Ziel.
Im Richtplan ist festgehalten, dass der Kanton Zug den Bau und Unterhalt der Kantons auf folgendes Ziel ausrichtet: Dass der motorisierte Individualverkehr direkt auf die Nationalstrassen geführt wird. Aber Sie vergessen den Umweltverträglichkeitsbericht in Bezug auf den 6-Spur-Ausbau. Dort ist ganz klar auch festgehalten, dass es wichtig ist, dass es keine Rückstaus auf die Natio-

nalstrasse gibt. Wir haben nun vor Kurzem neue Verkehrszählungen gemacht, und sie haben ergeben – Bärenbrücke hin oder her – dass wenn wir diesen Bypass nicht machen, es Rückstaus auf die Nationalstrasse gibt. Mit anderen Worten: Wir mussten letztlich auch reagieren.
Und dann muss man auch noch wissen: Es ist ein iterativer Prozess. 2003 oder 2004 hat die Kommission entschieden. In der Zwischenzeit sind zwei oder drei Verkehrszählungen durchgeführt worden, es hat neue Strassen gegeben, die Bevölkerung ist gewachsen, es hat neue Unternehmen gegeben usw. Dieser iterative Prozess muss entwickelt werden und er führt ja gerade auch dazu, dass man flexibel auf gewisse Situationen reagiert. Und die Gibelfeldbrücke ist ein Teil davon. Deshalb kommen wir mit diesem Antrag, weil er optimiert, einerseits den Rückstau auf die Autobahn vermindert beziehungsweise ausschliesst, weil er aber auch Rückstaus ins Dorfzentrum ausschliesst und somit eigentlich eine Win-Win-Situation ist.
Es ist keine Parallelautobahn. Das wird jetzt einfach so in den Raum gestellt. Es ist eine Umfahrungsstrasse. Und dann wird das Aggloprogramm wieder genannt von Anna Lustenberger, die Kammer X und Y hätten die Unterstützung erhalten und die anderen nicht. Der Baudirektor persönlich war in Bern und hat verhandelt. Er hat hingekriegt, dass Kammer X und Y Unterstützung erhalten. Und er hat geschaut, dass wir Geld erhalten. Ihm war es wurst, ob das für die ganze Umfahrung war oder für die Kammer A, B oder C. Er wollte 37 Millionen. Das war sein Ziel und das haben wir auch erreicht. Man muss vielleicht auch mal danke sagen. Heinz Tännler braucht keine Lorbeeren, aber wir sind froh, dass wir 40 Millionen an dieses Projekt erhalten. Und wer weiss, für die Tangente Zug-Baar hat er den Willen für einen Beitrag noch nicht aufgegeben. Vielleicht bekommen wir da auch noch Geld.
Zur Änderung des generellen Projekts. Es ist keine Änderung, denn die Standorte der Kreisel und der Anschlusspunkte müssen festgelegt sein. Wie sie ausgestaltet sind, ist eine ganz andere Frage. Das ist nichts anderes, als eine Bypass-Lösung, ob sie nun à niveau oder über Niveau ist, spielt gar keine Rolle. Wir haben das Projekt UCH in vielen anderen Fällen auch geändert. Der Tunnel ist nun mehr als 50 m lang, er ist abgesenkt, im Chnodewäldli haben wir komplette Änderungen vorgenommen. Es ist normal, dass in diesem Prozess gewisse Anpassungen aufgrund des Grundkonzepts durchgeführt werden.
Verstoss gegen Treu und Glauben. Das möchte Heinz Tännler wirklich zurückweisen. Das ist nicht der Fall.
Es komme ganz sicher eine neue Vorlage. Der Baudirektor kann hier versichern, dass keine neue Vorlage kommt zulasten der strategischen Reserve in dieses Parlament. Das ist die erste, letzte und einzige, das sind diese 15 Millionen. Mehr von diesen 50 Millionen beanspruchen wir nicht. Beim Knoten Alpenblick sind wir schon am Umbauen im Rahmen der übrigen Projekte, die wir jetzt in der Kommission haben, Sumpfunterführung, Hinterbergstrasse, Knoten Alpenblick im Rahmen der UCH. Das ist ein gesamtes Projekt, das wir nun optimieren werden. Und Heinz Tännler ist überzeugt, dass es funktionieren wird. Es wurde seinerzeit im Rahmen der Debatte zur Tangente auch gesagt, dass dieser Knoten beim alten Kurfürst nicht funktionieren werde. Er funktioniert heute gut, er wird aber auch funktionieren, wenn die Tangente steht. Auch der Knoten Alpenblick wird funktionieren. Bitte unterstützen Sie unseren Antrag!

Die **Vorsitzende** macht den Rat wieder einmal darauf aufmerksam, dass es eigentlich nicht den Gepflogenheiten dieses Rats entspricht, nach der Regierung noch einmal das Wort zu ergreifen. Hält Martin Stuber gleichwohl an einem weiteren Votum fest? Das ist nicht der Fall.

➔ Der Rat beschliesst mit 53:16 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag stellt, dass der vorliegende einfache Kantonsratsbeschluss in einen ordentlichen KRB umgewandelt wird. Dadurch sind zwei Lesungen im Kantonsrat nötig und der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.
Deshalb beantragt die SP Fraktion folgende Änderungen:
Änderung des Ingresses:
«*gestützt auf* (§ 2 streichen) *den Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmen- und Objektkredit für die Planung und den Bau der «Umfahrung Cham-Hünenberg sowie für den Landerwerb»* (somit Auslassung von "§ 2" des Beschlusses vom 1. Juni 2006, Vorlage Nr. 1393.17)
§2
«Dieser Kantonsratsbeschluss untersteht – in Änderung von § 2 des eingangs aufgeführten Kantonsratsbeschluss vom 1. Juni 2006 – dem fakultativen Referendum gemäss § 34 der Kantonsverfassung. Er tritt nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist oder nach Annahme durch das Volk am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.»
Begründung: Der SP-Fraktion geht es nicht darum, die UCH zu gefährden, sondern deren Wirkung durch geeignete flankierende Massnahmen zu stärken. Und wir sind der Meinung, dass das die Gibelfeldbrücke tatsächlich nicht macht. Wir haben im Eintretensvotum aufgezeigt, dass es sich um eine wesentliche Projektänderung handelt. Zu den zusätzlichen Kosten muss das Volk etwas zu sagen haben. Das ermöglichen Sie, wenn Sie unserem Antrag Folge leisten. Gerade von der SVP als Hüterin der Volksrechte würden wir erwarten, dass sie diesem Antrag zustimmt.

Manuel **Brandenberg**: Die SVP ist auch Hüterin des Rechtsstaates und aus unserer Sicht gibt es keine Grundlage, diesen Beschluss dem Referendum zu unterstellen. Es ist keine neue Aufgabe. Diese Ausgabe ist in der Reserve bereits enthalten, die das Volk beschlossen hat.

Baudirektor Heinz **Tännler** bestätigt das Votum von Manuel Brandenberg, er kann das nur unterstützen. Und noch einmal: Es geht hier nicht um eine Abänderung des Konzepts. Das Konzept steht, die Linienführung steht, die Knotenpunkte stehen. Es geht nur um die Optimierung eines Knotens, was wir bei jedem generellen Projekt, sei es bei der Tangente oder jetzt bei der UCH tun, es ist nichts anderes als eine Bypass-Lösung. Wenn Sie das nicht wahrhaben wollen, muss der Baudirektor das so stehen lassen. Bitte stimmen Sie diesem Antrag der SP-Fraktion nicht zu!

➔ Der Antrag der SP-Fraktion zum Ingress wird mit 50:16 Stimmen abgelehnt.

§ 2

Die **Vorsitzende** ist der Ansicht, dieser Antrag sei nach der ersten Abstimmung obsolet. Markus Jans bestätigt das.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 49:16 Stimmen zu.

Die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart wird wieder von Landschreiber Tino Jorio abgelöst.

195 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (in den Kapiteln L 4, V 2/3, V 9, V 10 und V 12)

Traktandum 4/17 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2014.1/.2 – 13676/77) und der Raumplanungskommission (Nr. 2014.3 – 13809).

Barbara **Strub** weist darauf hin, dass heute der kantonale Richtplan in fünf Kapiteln angepasst werden soll. Sie verweist auf die ausführlichen Berichte des Regierungsrats und der Kommission. Aufgrund neuer Vorgaben des Bundes, insbesondere für Schutzwälder, ergeben sich Anpassungen in unserem Richtplan in den Kapiteln Landschaft. Es geht um die Zuteilung von bestimmten Waldflächen, welche festgesetzt werden sollen.
Unsere Wälder sind multifunktional, sie müssen viele verschiedene Funktionen erfüllen. Der Wald hat einerseits eine Schutzfunktion, anderseits dient er der Erholung und nicht zuletzt auch der Forstwirtschaft. Im Richtplan sind unsere Wälder in drei verschiedene Hauptfunktionen eingeteilt; es gibt Wälder mit Schutzfunktion gegen Naturgefahren wie z.B. Murgänge, Wälder mit Erholungsfunktion wie z.B. Bikepisten oder Seilparks, und Wälder mit Naturschutzfunktion, z.B. das Auerhuhnreservat. Je nach Waldgebiet kann es Überlagerungen geben. Die Waldflächen werden nun festgesetzt, um später den Waldentwicklungsplan zu beschliessen. Die Raumplanungskommission ist grossmehrheitlich mit den Anträgen der Regierung einverstanden und wir beantragen in diesen Kapiteln Zustimmung.
In vier Kapiteln Verkehr sind Anpassungen an die heutigen Erkenntnisse und Bedürfnisse vor zu nehmen.
Im Kapitel V 2 soll eine Verbindung der A4a in Walterswil mit einem anschliessenden Hirzeltunnel in den Richtplan aufgenommen werden. Der Nationalstrassenbau ist heute Aufgabe des Bundes. Dieser wird, wenn genügend Mittel vorhanden sind die Hirzelverbindung realisieren. Die Verbindung der A4a und der A3 ist in Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich abgestimmt worden. Die Richtplananpassung soll dem Bund zeigen, wo die optimale Verbindung für den Kanton Zug und den Kanton Zürich ist.
Im Kanton Zug wird nördlich des Industriegebietes in Walterswil Raum frei gehalten um diese Verbindung später zu realisieren. Ein vorläufig zweispuriger Hirzel Tunnel ist auch im Sinne des Kantons Zug. Der Verkehr aus der Ostschweiz in den Raum Mittelland soll weiterhin eher über die A3 Richtung Zürich geführt werden. Die Option, diese Verbindung mit dem Hirzeltunnel jedoch später einmal auf vier Spu-

ren auszubauen soll gewährt werden. Unsere Kommission ist mit der Aufnahme in den Richtplan grossmehrheitlich einverstanden.
Im Kapitel V 9 geht es um Ergänzungen im Radwegnetz. Diese beiden beantragten Ergänzungen in Baar-Talacker und Steinhausen befürwortet die Raumplanungskommission einstimmig.
Ebenfalls einverstanden sind wir mit den Anträgen der Regierung für Ergänzungen im Wanderwegnetz, wo bestehende Strecken in die Richtplankarte aufgenommen werden. Die Wege sind bestehende und werden mit Wegweisern beschildert.
Zusätzlich hat unsere Kommission einstimmig beschlossen zu beantragen, dass die Wanderwegführung im Gebiet Choller durch das attraktive Naturschutzgebiet in den Richtplan aufgenommen wird. Sie sehen dies im Kommissionsbericht auf Seite 5/6. Dieser Weg besteht bereits und jeder kann ihn benutzen. So soll er auch für diejenigen gekennzeichnet werden, welche ortsunkundig sind. Wir bitten Sie, diesem Antrag ebenfalls zu folgen.
Im Kapitel V 12 geht es um die Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben. Die Prioritäten wurden überprüft und sollen neu angepasst werden. Das Thema einer Vorverlegung des Zimmerbergtunnels in die erste Priorität mit Baubeginn 2018 ist für die grosse Mehrheit unserer Kommission unmöglich, da – realistisch gesehen – bereits ein Baubeginn in der 2. Priorität bis 2024 sehr optimistisch zu sein scheint.
Bei den Anpassungen im Kapitel V 12 ist unsere Kommission mit den Anträgen des Regierungsrats grossmehrheitlich einverstanden.
Die beiden Motionen betreffend Wiederaufnahme der Hirzelverbindung in den Richtplan und der Prioritätenliste in Bezug auf den Stadttunnel werden auch von der Raumplanungskommission einstimmig als erledigt abgeschrieben.
Die Kommissionspräsidentin dankt im Namen der RPK, wenn Sie den Anträgen der Regierung und der Kommission Folge leisten.

Franz Peter **Iten** hält fest, dass die CVP die vorgeschlagenen Richtplanänderungen grossmehrheitlich unterstützt. Kritische Stimmen sind zu den Ergänzungen des Wanderwegnetzes bei den Verbindungen Raten-Wisstannen-St. Jostrain, Charrenboden-Bellevue (Gottschalkenberg) und Höll-Langmoos-Spinnerei Gemeinde Baar gefallen.
Es wurde in der Fraktion darauf hingewiesen, dass der Wald zwar Nutzen für uns alle bringt und bringen soll! Durch die steigende Zahl der Freizeitnutzungen infolge Ergänzungen der Freizeitanlagen beziehungsweise Angebote haben aber die Störungen im Lebensraum unserer Wildtiere in den letzten Jahren und Jahrzehnten für unsere Wildtiere stark zugenommen und der Lebensraum wird dadurch kontinuierlich eingeschränkt. Es ist der CVP-Fraktion aber auch bewusst, dass der Wald frei zugänglich ist, sogar auch dann, wenn er in privater Hand ist.
Trotzdem stimmt die CVP-Fraktion grossmehrheitlich allen beantragten Richtplanänderungen zu. Dazu gehört auch die Ergänzung des Wanderwegnetzes im Gebiet Choller gemäss S. 5 im Bericht und Antrag der RPK.
Ebenso ist sie damit einverstanden, dass die Zufahrt zum künftigen Hirzeltunnel im Richtplan festgesetzt wird und der Neubau des Stadttunnels von der Priorität 3 in die Priorität 2 vorrückt.
Dass mit der Aufnahme des Hirzelstrassentunnels in den kantonalen Richtplan die Motion der SVP vom 14. März 2007 beziehungsweise mit der Änderung der Prioritätenliste in Bezug auf den Stadttunnel Zug die Motion Villiger/Balsiger vom 19. Juli 2007 als erledigt und abgeschrieben werden können, unterstützt die CVP-Fraktion ebenso grossmehrheitlich.

Oliver **Wandfluh** hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig beschliesst, auf die Vorlage einzutreten. Zudem unterstützt sie einstimmig, den Vorschlag der RPK, das Wanderwegnetz im Gebiet Choller, entlang dem Seeufer und durch das kantonale Naturschutzgebiet zu führen. Die Motion der SVP-Fraktion und die Motion von Werner Villiger und Rudolf Balsiger sind als erledigt abzuschreiben. Auch dies wurde einstimmig beschlossen. Wir werden zu den einzelnen Punkten – soweit erforderlich – in der Detailberatung Stellung nehmen.

Hanni **Schriber-Neiger** hält fest, dass die AGF für Eintreten ist und stimmt folgenden Richtplananpassungen zu: dem Wanderwegnetz und auch dem Antrag der Raumplanungskommission. Die Ergänzungen der Velowege begrüsst die AGF und wir hoffen, die Realisierung der geplanten Projekte habe eine hohe Priorität. Die AGF befürwortet die Grundsätze der Waldfunktionen wir auch deren Festsetzung im Richtplan. Bei konkreten Vorhaben finden wir eine Interessenabwägung wichtig – vor allem bei Erholungseinrichtungen, die über eine Grundausstattung hinausgehen, z.B. Waldhütten, Seilparks oder Bikepisten. Zu berücksichtigen ist auch die Verträglichkeit mit andern schützenswerten Interessen der Fauna und Flora.
Zum Hirzeltunnel hat die AGF eine ablehnende Haltung. Sie sieht keine Dringlichkeit für die Festsetzung im Richtplan und stellt den Handlungsbedarf im heutigen Zeitpunkt in Frage. Der Hirzeltunnel wird Mehrverkehr anziehen, auch wenn er im jetzigen Zeitpunkt nur zweispurig vorgeschlagen wird, aber doch für die Option vierspurig freigehalten wird.
Nur wenn die Sihltalstrasse für den Durchgangsverkehr geschlossen wird und sowohl von Süden wie von Norden der Naturpark Sihlwald mit Stichstrassen erschlossen wird, und wenn die Abklassierung der Hirzel-Passstrasse bei Eröffnung des Hirzeltunnels zugesichert wird, kann sich die AGF für einen zweispurigen Tunnel erwärmen. Dann und nur dann macht ein Hirzeltunnel Sinn, weil er den Hirzel entlastet, ohne Mehrverkehr anzuziehen, weil die Gesamtkapazität nicht erhöht wird. Zudem besteht damit keine Gefahr mehr, dass Menzingen als Ausweichroute missbraucht wird, wenn der Hirzelpass überlastet ist. Laut Richtplan wird aber die Sihltalstrasse nur abklassiert. Somit wird diese Route, verbunden mit dem Hirzeltunnel, vor allem für den Schwerverkehr noch attraktiver werden.
Aufgrund der Wirkungen seit der Eröffnung der A4 im Säuliamt, wo der motorisierte Verkehr in nur einem Jahr 10 % zugenommen hat, sowie der noch abzuwartenden Wirkungen des in Bau befindlichen 6-Spur-Ausbau des A4-Abschnitts bei Cham, sehen wir ziemlich schwarz. Mit einer neuen Strassenführung mit einem Tunnel wird die Ost-West Autobahnachse nicht mehr über die A3-A1 geführt, sondern neu über die A4-A2. Dies wird zu einer weiteren Verkehrszunahme und grossflächigen, unerwünschten Umlagerungen führen.
Mit dieser Richtplananpassung Sihlbrugg-Hirzeltunnel setzt die Regierung ein Zeichen für mehr motorisierten Individualverkehr, was die AGF nicht will. Wir möchten lieber zwischen den Kantonen Zug und Zürich das Bahnangebot weiter verbessern.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion die Anpassungen im Richtplan beraten hat und den Anträgen des Regierungsrats und der RPK zustimmt. Die kleine Änderung der RPK bei den Wanderwegen ist eine sinnvolle Ergänzung, wird dieser Weg doch heute schon als solcher genutzt. Die Verschiebungen der Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben erachtet die SP-Fraktion als richtig. Ob diese dann wirklich auch gebaut werden, hängt aber wesentlich von anderen Faktoren als der Prioritätenliste ab.

Die Zusage, dass die Sihltalstrasse auf ein vernünftiges Mass zurückgebaut wird, hat der Baudirektor anlässlich der Sitzung der RPK bereits mitgeteilt. Unter Berücksichtigung dieser Zusage ist die SP Fraktion für eine Festsetzung im Richtplan der Umfahrung Walterswil und Sihlbrugg und stimmt ebenfalls der Raumsicherung für einen späteren Vollausbau auf vier Spuren zu. Wir gehen allerdings davon aus, dass bis zum Zeitpunkt eines Vollausbaus auf vier Spuren sich andere Problematiken beim Verkehr stellen werden.

Baudirektor Heinz **Tännler** meint, die Kommissionspräsidentin habe eigentlich alles gesagt. Er kann vorwegnehmen, dass eine Differenz zwischen Regierungsrat und RPK, die Schlaufe des Wanderwegs beim Choller durch das Naturschutzgebiet, ausgeräumt ist; wir können diesem Vorschlag der RPK zustimmen.
Zu den weiteren Varianten nur zwei Punkte. Hanni Schriber hat die Realisierung Langsamverkehr und eine hohe Priorität angeführt. Der Baudirektor versichert, dass wir hier auf hohe Priorität setzen. Bei jedem Sanierungsprojekt, das wir im Strassenbau vorlegen, hat der Langsamverkehr nebst dem ÖV eine hohe Priorität. Hoffentlich hat man das gesehen und es anerkennen können. Wir werden aber diese Langsamverkehr-Projekte auch isoliert vorantreiben. Nicht auch zuletzt, weil wir auch hier über das Agglomerationsprogramm Gelder freischaufeln können vom Bund. Die sind ja zeitlich limitiert. Auch deshalb hat also der Langsamverkehr, Velorouten eine hohe Priorität.
Zum Hirzeltunnel hat Hanni Schriber Vorbehalte. Der eine Punkt ist die Bedingung, dass die Sihltalstrasse gesperrt würde. Heinz Tännler hat in der Kommission ausgeführt, dass sie abklassiert wird. Es gibt ja dort nun dieses Projekt, das auch auf Bundesebene als Naturpark eingetragen ist. Das ist am Tun. Und diese Bedingung wurde ja auch von Zürich und von alternativer Seite gestellt. Aber nicht Sperrung, sondern Abklassierung, wo auch der Langsamverkehr priorisiert wird. Das war die Bedingung, dass man dieser Richtplananpassung auch von Zürcher Seite die Unterstützung gibt. Eine Sperrung ist schlichtweg nicht möglich. Das ist letztlich ja auch eine Erschliessungsstrasse. Man kann nicht eine Strasse einfach schliessen, und dann sind die notwendigen Erschliessungen nicht mehr garantiert. Soweit geht es nicht. Aber der Baudirektor kann Hanni Schriber versichern, dass diese Sihltalstrasse abklassiert wird. Aber das hängt natürlich letztlich auch von der Zürcher Seite ab. Das Kantonsparlament hat nun – Irrtum vorbehalten – einer Vorlage noch keinen Support gegeben. Da ist man auf Zürcher Seite noch bei Beratungen. Aber dass es eine Abklassierung gibt, ist klar.
Man muss einfach schon sehen, was Zürich und Zug wollen. Wichtig ist ja nun diese koordinierte Planung, die wir nun gemacht haben. Nicht dass diese beiden Durchstiche kilometerweise auseinanderfallen. Das war ja letztlich nichts anderes als die Ausführung eines Auftrags des Bundes. Den haben wir heute noch im Richtplan. Dass Zürich und Zug koordiniert planen müssen. Die Differenz ist zum Bundesamt für Strassen (Astra), zweispuriger oder vierspuriger Tunnel. Wir sind ganz klar der Auffassung, ein zweispuriger Tunnel aufwärtskompatibel sei ausreichend. Sicher kein vierspuriger Tunnel. Das kommt viel billiger und mag auch das Verkehrsaufkommen effektiv schlucken. Vor diesem Hintergrund haben wir diese Planung in zwei Schritten durchgeführt, dem Bund eingereicht und somit auch die Grundlage geschaffen. Wir werden uns auch einsetzen, dass es nicht ein vierspuriger, sondern ein zweispuriger Tunnel wird. Abhängig ist die Realisierung ohnehin vom Bund. Hat er Geld? Nimmt er dieses Projekt in den Sachplan Verkehr auf? Wir gehen davon aus, weil der Bundesrat dies getan hat. Und wenn es in den Sachplan Verkehr aufgenommen worden ist – das hat sich nun verschoben, wir gingen davon

aus, es sei in diesem Jahr – ist es dann Sache des Bundes, wie er die Prioritäten setzt. Auf jeden Fall sieht er hier eine Wichtigkeit dieser Verbindung.
Das Bahnangebot solle man verstärken. Also der Volkswirtschaftsdirektor mit seinem Team ist ständig daran, das Bahnangebot Zug-Zürich zu verbessern. Hier sind auch schon Nägel mit Köpfen gemacht worden.
Der Baudirektor möchte allen danken, welche diese Richtplananpassungen unterstützen mit diesen wenigen Ausnahmen, wozu er dann allenfalls in der Detailberatung noch Stellung nimmt.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG Richtplantext und Richtplankarte

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ohne Änderungsantrag die Anpassungen als gutgeheissen gelten.

V 2.2

Hanni **Schriber-Neiger** hält fest dass die AGF den Antrag stellt, V 2.2 zu streichen. Falls Sie diesem Antrag zustimmen, kommt es noch zu weiteren damit zusammenhängenden Anträgen.

Baudirektor Heinz **Tännler** weist darauf hin, dass es hier nicht nur um das kantonale Interesse geht, sondern auch um ein nationales. Diese Verbindung von West nach Ost ist auch im Interesse des Bundes. Der Bundesrat hat diese Verbindung in den Sachplan aufgenommen, weil eben auch ein nationales Interesse vorliegt. Er hat auch die Kantone Zürich und Zug aufgefordert, nun die entsprechenden Planungen und Abstimmungen vorzunehmen. Diesem Auftrag sind wir richtigerweise nachgekommen und jetzt geht es hier um die entsprechenden Anpassungen. Es wird so sein, dass diese Wegstrecke in den Sachplan Verkehr aufgenommen wird, ob das Hanni Schriber wahrhaben will oder nicht. Es wäre völlig verkehrte Welt, auch gegenüber dem Bund, nun diese Passage zu streichen.

➔ Der Antrag der AGF wird mit 58:8 Stimmen abgelehnt.

Richtplankarten S. 17/18 und Kommissionsbericht S. 5

Franz **Hürlimann** ist der Ansicht, dass der Wald als naturnaher Lebensraum und als prägendes Landschaftselement unsere Wertschätzung geniessen soll. Gleichzeitig nimmt die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des Waldes tendenziell zu. Was heisst das überhaupt? Das heisst nichts anderes, als dass der Wald Nutzen für uns alle bringen soll. Die Freizeitmöglichkeiten im Wald sind beinahe grenzenlos, denn der Wald ist frei zugänglich, sogar auch dann, wenn er in privater Hand ist. Störungen durch die steigende Zahl von Freizeitnutzungen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten vervielfacht. Durch diese Tatsache wird der Lebensraum für unsere Wildtiere kontinuierlich eingeschränkt. Das gleiche gilt auch für unsere Naturschutzgebiete.
Wir haben in der Schweiz ein flächendeckendes Wanderwegnetz von 60'000 Kilometern. 551 offizielle Wanderweg-Kilometer sind es allein im Kanton Zug. Zählt man die inoffiziellen 200-300 Kilometer auch noch dazu, sind es fast 900 Kilometer. Für den Votanten ist das Wanderwegnetz im Kanton Zug gross genug. Deshalb

beantragt er, folgende vorgeschlagenen Richtplanänderungen in Kapitel V 10 abzulehnen:
a) Verbindung Raten-Wisstannen-St. Jostrain
b) Verbindung Charenboden-Bellevue
c) Verbindung Höll-Langmoos-Spinnerei Baar
Gleichzeitig unterstützt er den Antrag der Regierung, dass der kantonale Wanderweg im Gebiet Choller nicht durch das Naturschutzgebiet geführt wird. Die Ausführung der Kommission, wonach das Wanderwegnetz womöglich durch landschaftlich attraktive Gebiete, sprich Naturschutzgebiete, zu führen sei, erstaunt ihn sehr.
Wer sich mit der Natur und seiner Ökologie auseinandersetzen will, darf nicht nur davon reden, sondern er muss auch danach handeln und sich darüber informieren.
Apropos informieren. Sämtliche 80 Kantonsräte waren zum Zuger Tag des Waldes eingeladen. Franz Hürlimann hat gerade einmal die halbe Fraktion der Grünliberalen gesehen. Die restlichen Politiker waren ausser Regierungsrätin Manuela Weichelt ausschliesslich CVPler, und diese nicht nur aus dem Kantonsrat.
Es sprach Franz, der Naturfreund, Josef, Beschützer der Jungfrauen und der Hürlimann, der eingekaufte Appenzeller, der sich in Walchwil zu integrieren versucht.

Baudirektor Heinz **Tännler** weist darauf hin, dass die von Franz Hürlimann beantragten Punkte auch auf Fachebene mit den Gemeinden besprochen wurden. Es kamen keine Einwände dagegen auf. Die betroffenen Gemeinden haben auch zugestimmt, die Kommission hat zugestimmt. Wir haben also hier eine breite Zustimmung. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag nicht! Auch den Wanderweg durch das Naturschutzgebiet Choller nicht zu führen, bringt nicht viel, denn da latschen sowieso schon alle durch. Es ist nämlich letztlich nur eine Frage der Signalisation. Es ist gehüpft wie gesprungen, ob das nun durch das Naturschutzgebiet geht oder nicht.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst über den Antrag im Kommissionsbericht über die Richtplankarte im Choller abgestimmt wird. Der Kommissionsantrag wird auch von der Regierung unterstützt.

➔ Der Antrag Hürlimann wird mit 60:2 Stimmen abgelehnt.

Die **Vorsitzende** fragt den Antragsteller, ob über die anderen Anträge global abgestimmt werden kann, oder ob er eine Einzelabstimmung fordert. Franz Hürlimann ist mit einer Globalabstimmung einverstanden.

➔ Die Anträge Hürlimann werden mit 57:2 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

DETAILBERATUNG von Vorlage Nr. 2014.2 – 13677

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 58:5 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Regierungsrat und Raumplanungskommission beantragen
- die Motion der SVP-Fraktion betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Hirzeltunnelstrasse) vom 14. März 2007 (Vorlage Nr. 1521.1 – 12333) sei als erledigt abzuschreiben;
- die Motion von Werner Villiger und Rudolf Balsiger betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Änderung der Prioritätenliste in Bezug auf den Stadttunnel in Zug) vom 19. Juli 2007 (Vorlage Nr. 1564.1 – 12445) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

196 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Festsetzung des Standorts für den Neubau des Kunsthauses Zug)

Traktandum 4/18 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2031.1/.2 – 13715/16) und der Raumplanungskommission (Nr. 2031.3 – 13811).

Barbara **Strub** erinnert daran, dass ein neuer Standort für ein grösseres Kunsthaus schon seit einigen Jahren ein Thema ist. Wir erinnern uns an die Diskussionen um den Standort Schützenmatt! Nach weitreichenden Evaluationen verschiedenster Standorte beantragt die Regierung, den Standort für ein neues Kunsthaus auf dem Gelände des alten Kantonsspitalareals festzusetzen. Eine Festsetzung des Standorts ist nicht mit der Bewilligung eines neuen Kunsthauses gleichzusetzen. Eine Festsetzung lässt es der Zuger Bevölkerung aber offen, ein neues Kunsthaus Realität werden zu lassen.
Das Kunsthaus ist im Besitz der Stiftung der «Freunde Kunsthaus Zug». Dieser Betrieb des Kunsthauses entwickelt sich dynamisch. Seit die Familie Kamm im Jahre 1998 ihre Werke dem Kunsthaus gespendet hat, besteht die Knappheit des heutigen Gebäudes, um diese wertvolle Sammlung, welche eng mit der Geschichte Zugs verbunden ist der Öffentlichkeit zu zeigen. Die in Europa einzigartige und unbezahlbare Sammlung soll der Zuger Öffentlichkeit dauerhaft zur Verfügung gestellt werden. Dies ist der Auftrag der Stiftung Kamm.
Am vorgeschlagenen Standort wären Möglichkeiten vorhanden, mit verschiedenen Nutzungen, wie Sie es im Sechskreise-Modell sehen, die Kunst der Bevölkerung näher zu bringen. Ein neues Kunsthaus soll offener, niederschwellig und einladend sein. Es soll ein attraktiver Ort der Begegnung für breite Kreise der Bevölkerung werden. Auf dem Areal des alten Kantonsspitals wird eine durchmischte Planung in Angriff genommen. Dabei soll, sofern wir dies heute beschliessen, eine Fläche für ein neues Kunsthaus vorgesehen werden.
Wir haben in unserer Kommission die Möglichkeit einer zeitlichen Begrenzung für die Realisierung des Kunsthauses diskutiert, sind aber zum Schluss gekommen, dass eine solche nicht in den Richtplan gehört. Es gibt genug Möglichkeiten, das Areal nicht brach liegenlassen zu müssen, falls eine Realisierung schlussendlich nicht zustande käme.
Nach all diesen Erwägungen sind wir in der RPK einstimmig übereingekommen, dem Antrag der Regierung Folge zu leisten und den Standort im Richtplan fest zu setzen. Vielen Dank, wenn Sie diesem Antrag ebenfalls folgen.

Martin **Pfister** spricht für Heini Schmid, der sich rechtzeitig vor dem Gewitter wieder zu den Höllgrotten aufgemacht hat. – Im Namen der geschlossenen CVP-Fraktion beantragen wir, dem Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung des Standorts für den Neubau des Kunsthauses zuzustimmen. Für die CVP ist es wichtig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, was ihre Zustimmung zu dieser Vorlage bedeutet und was nicht.
Wir stimmen der Meinung der Regierung, der RPK und den Vertretern des Kunsthauses zu, dass der Standort des alten Kantonsspitals der Beste der evaluierten Standorte ist. Auch wir sind der Meinung, dass die Sammlung Kamm und die Möglichkeit, dass weitere Sammlungen in Zug ihre Heimat finden könnten, eine einmalige Chance für den Kanton Zug darstellt. Auch für unsere Fraktion ist es richtig, dass der Raum für die Ausstellung einer permanenten Sammlung geschaffen werden soll.
Die Zustimmung zu dieser Vorlage bedeutet aber nicht, dass der Neubau eines Kunsthauses für uns schon eine beschlossene Sache ist. Unsere Zustimmung wird ganz wesentlich von der Beteiligung Privater und der Gemeinden abhängig sein. Die zukünftigen Betriebskosten müssen tragbar sein und ein stimmiges Betriebskonzept ist Pflicht. Trotz dieser Vorbehalte sind wir der Überzeugung, dass der wirtschaftlich Erfolgreiche nicht nur dem Materiellen, sondern auch dem Geistigen, dem Kulturellen verpflichtet ist.

Karl **Nussbaumer** hält sich kurz, da bereits sehr viel gesagt wurde. – Die SVP hat an ihrer Fraktionssitzung ausführlich über den Antrag der Festsetzung eines neuen Standorts für ein neues Kunsthaus in Zug diskutiert. Ob es nun sinnvoll ist oder nicht, ein neues Kunsthaus zu bauen, dazu möchte die SVP noch nicht Stellung nehmen. Diese Frage soll offen bleiben und erst bei entsprechendem Antrag werden wir dann darüber debattieren und Stellung nehmen. Aus Sicht der SVP ist das Kostenrisiko beim alten Kantonsspital kleiner als beim Dreispitzplatz. Darum ist der vorgeschlagene Standort beim alten Kantonsspital für die Festsetzung im kantonalen Richtplan richtig. Die SVP-Fraktion wird grossmehrheitlich auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

Hanni **Schriber-Neiger** erinnert daran, dass die AGF beim Mitwirkungsverfahren noch den Standort für ein neues Kunsthaus auf dem Dreispitzareal bevorzugte, weil es sehr zentral ist und viel Publikumsverkehr aufweist. Doch der neu vorgeschlagene Standort für ein neues Kunsthaus Zug im alten Kantonsspital-Areal zeigt mehr Vorteile gegenüber dem Dreispitzareal auf, wo nur eine geringe oder gar keine Weiterentwicklung möglich ist. Das alte Kantonsspital-Areal weist mehr Platz auf und lässt mehr Möglichkeiten für eine Kunsthaus-Planung offen. Die angestrebte Durchmischung von verschiedenen Nutzungen auf diesem Areal wird von der AGF sehr begrüsst. Mit dieser Festsetzung bekommt auch der südliche Teil der Stadt Zug einen guten Gegenpol zur Entwicklung im Norden. – Die AGF ist für Eintreten und stimmt der Vorlage zu.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion erfreut ist, dass es gelungen ist, für das Kunsthaus einen neuen Standort zu finden. Wir sind überzeugt, dass der Standort am alten Kantonsspital richtig ist. Die vielen Vorteile dieses Standorts lassen den Nachteil der etwas peripheren Lage fast vergessen. Mit einem attraktiven Programm und guter Werbung ist dieser Nachteil eventuell sogar ein Vorteil. Wel-

cher Kanton hat schon ein Kunsthaus an einer solch guten Lage? Erfreut ist die SP-Fraktion auch über die Flexibilität, die von verschiedenen Verantwortlich notwendig war, sich auf die neue Situation beim Kantonsspital einzustellen, und sie dankt ihnen dafür. Machen wir uns nichts vor: Auch der Kantonsrat wird sich mit weiteren Vorlagen mit dem Kunsthaus beschäftigen müssen. – Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage und sie unterstützt den Antrag des Regierungsrats für die Festsetzung des Neubaus des Kunsthauses im Richtplan.

Philip C. **Brunner** bedauert, dass dieses Geschäft heute noch unter Zeitdruck abgeschlossen wird. Die Sache ist vor allem für die Stadt Zug zu wichtig, um das einfach kurz durch den Kantonsrat zu peitschen. Er wird dagegen stimmen. Eigentlich hat Markus Jans vorher das Stichwort gegeben. Es haben sich wirklich ein paar Leute flexibel gezeigt. Der Votant erinnert sich an eine Veranstaltung in der Chollerhalle, eine Präsentation, an der Direktor Haldemann alles Schlechte gesagt hat über das Kantonsspital-Areal. Das sei ausserhalb der Stadt, Kunst müsse man unter die Leute bringen, man brauche einen zentralen Standort. Philip Brunner staunt wirklich, wie ein so wichtiges Geschäft gewisse Leute alles über Bord werfen lässt, einfach damit es vorwärts geht. Und in diesem Zusammenhang sein kleiner Protest, der auch nichts nützt.

Die **Vorsitzende** wehrt sich gegen diesen Vorwurf. Es bekommen alle, die sich zu Wort melden möchten, das Wort. Wir haben keinen Zeitdruck, sondern bis 17.30 Uhr Zeit. Der Baudirektor ist hier.

Manuel **Brandenberg** hat eine kleine juristische Frage an den Baudirektor. Ihn interessiert, ob es für den Bau des Kunsthauses an diesem Standort Kantonsspital eine Richtplanänderung braucht oder nicht. Der Votant glaubt eher nicht.

Baudirektor Heinz **Tännler** nimmt sich Zeit, damit wir das nicht einfach durchwinken und wird auf die – auch berechtigten – Punkte eingehen. Vorab aber zuerst besten Dank für die gute Aufnahme dieser Vorlage. – Barbara Strub hat eigentlich das Wesentliche gesagt. Zum Punkt der Rückfallebene, was passiert, wenn dieses Kunsthaus nicht gebaut würde. Wir haben das richtigerweise nicht aufgenommen. Der Druck beim Kunsthaus ist vorhanden. Aber es wird im Bebauungsplan die Möglichkeit geben, dort entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Wenn das nicht der Fall wäre – der Bebauungsplan ist letztlich Sache des Grossen Gemeinderats – gäbe es dann wieder eine Bebauungsplanänderung in diesem speziellen Punkt.
Zu Martin Pfister ganz kurz, was die Finanzierung anbelangt. Es war in der Zeitung ja abgebildet, 9 Mio. Franken sind schon auf der hohen Kante. Der Baudirektor hat Informationen, dass wir vielleicht noch überrascht sein könnten, wieviele Gönner und Supporter das Kunsthaus schliesslich hat bezüglich einer Realisierung eines solchen Sechskreisemodells auf dem Areal des alten Kantonsspitals.
Zu Karl Nussbaumer. Es geht bei der Richtplananpassung nicht um den Bau und die Realisierung des Kunsthauses, sondern rein um die Standortsicherung. Ob das gebaut wird oder nicht, ist tatsächlich eine andere Frage. Ob überhaupt der Kantonsrat über dieses Thema eine weitere Debatte führen muss, wissen wir heute nicht, es ist möglich, muss aber nicht sein.

Zum Standort, Markus Jans hat gesagt, man habe zuerst von der peripheren Lage gesprochen. Heinz Tännler möchte einfach darauf hinweisen, dass es vielleicht hier im Kantonsrat etwas schnell geht, der Prozess selbst aber sehr lang war. Er war stark abgestützt von Organisationen, Fachleuten, Parteien usw. Letztlich darf man immerhin sagen, dass das Kunsthaus selber ganz klar zu diesem Standort steht und auch die Stadt Zug. Es ist letztlich immer eine Frage, wie dieses Areal beplant wird. Wir haben letzten Dienstag gerade im Regierungsrat das Nutzungskonzept dieses Areals abgesegnet. Wir werden nun nach dem heutigen Entscheid am nächsten Dienstag das Wettbewerbsprogramm altes Kantonsspital-Areal absegnen und dann den Studienwettbewerb laufen lassen. Der Baudirektor ist überzeugt, wenn er nun diese Gespräche gehört hat, dass das eine sehr gute Sache wird. Im Detail kann er nicht vorgreifen, da der Regierungsrat noch nicht entschieden hat. Da müssen wir effektiv auch mal das Vertrauen in diese Personen, die planen, haben.
Zu Philip Brunner, Abschluss unter Zeitdruck. Das macht jetzt vielleicht diesen Eindruck. Aber der Prozess war exorbitant lang. Er bewegte sich zuerst in Richtung Schützenmatt. Diese ist aus verschiedenen Gründen beim Kunsthaus in der Gunst gestanden. Wenn Heinz Tännler Haldemann heissen würde, dann möchte er sogar auf einer Insel im See ein Kunsthaus haben oder zumindest in der Schützenmatt. Die Nähe des Sees ist natürlich eine absolut geile Geschichte. Aber jetzt gibt es gewisse andere Faktoren, seien es technische, raumplanerische oder dieses Regenwasserbecken, die Freihaltezone, das ganze Seeufergebiet, was eben wieder dagegen spricht. Das war dann letztlich natürlich auch eine taktische Sache des Kunsthauses, dass man sich so stark auf diese Schützenmatt fokussierte. Gewisse andere Personen auch, und alle anderen Standorte waren schlecht. Diese Haltung ist verständlich.
Dann gingen wir aber nach diesem Mitwirkungsverfahren zurück auf Feld 1 und haben den Fächer geöffnet. Dann kamen vier neue Standorte und die Schützenmatt als Referenzstandort dazu. Und dann hat man auch ein wenig die politische Komponente angeschaut. Es nützt ja nichts, einen Standort im Richtplan festzulegen im Wissen darum, dass wir zu 80 % den Kopf an der Wand anschlagen aus politischen Gründen, weil es sich nicht realisieren lässt. Wir haben dann aber auch aufzeigen können dem Kunsthaus, welche Chance dieses Areal bietet. Das wollte man zuerst nicht wahrhaben. Wir waren auch in dieser Planung einen Schritt weiter und konnten aufzeigen, dass das ein ganz gutes Areal ist. Das hat zu einem Umdenken geführt, und zwar in die richtige Richtung.
Die Stadt war hautnah bei jedem Schritt dabei. Der Baudirektor hat von offizieller Seite der Stadt nie irgendwie gehört, das sei nicht gut. Soweit sind wir heute im Kanton, dass wir die Gemeinden auch beschliessen lassen bei Projekten des Kantons. Der Stadtrat hat beschlossen: Jawohl, diesen Standort unterstützen wir. Heinz Tännler ist von der Stadt für einen formellen Beschluss noch nie gefragt worden. Die Zusammenarbeit war hier wirklich sehr gut und die Interessen der Stadt haben wir abgeholt. Und letztlich ist Philip Brunner im Grossen Gemeinderat und der hat es letztlich mit dem Bebauungsplan in der Hand. Dort könnt ihr ja dann auch wieder Einfluss nehmen. Und ganz am Schluss können wir vielleicht auch wieder Stellung nehmen.
Zu Manuel Brandenberg. Ja, das muss so sein. Bei gewichtigen Vorhaben, die eine Auswirkung auf Gesellschaft, Umwelt usw. haben, ist es Vorschrift, dass wir diese Richtplananpassung machen müssen. Das ist nicht nur bei einem Kunsthaus so, sondern auch bei anderen grossen Bauvorhaben. Deshalb müssen wir hier damit ins Kantonsparlament kommen. Es ist auch nicht schlecht, denn der Stawiko-Präsident hat bei anderen Gelegenheiten darauf hingewiesen, man solle dann auch

die Konsequenzen aufzeigen in finanzieller Hinsicht. Wir haben ja nicht nur die raumplanerische Abklärung gemacht und die Machbarkeit abgeklärt, sondern auch die Finanzen geprüft. Es wissen heute alle: Ein solche Kunsthaus – Dreispitz oder altes Kantonsspital-Areal – kostet plus minus 35 bis 40 Mio. Franken.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG des Richtplantextes und der Richtplankarte

Das Wort wird nicht verlangt.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 2031.2 – 13716

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 55:4 Stimmen zu.

197 Nächste Sitzung

Donnerstag, 25. August 2011

Protokoll des Kantonsrates

15. Sitzung: Donnerstag, 25. August 2011
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 12.20 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

198 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Mitgliedern.

Abwesend sind: Martin B. Lehmann und Josef Ribary, beide Unterägeri; Thomas Rickenbacher, Cham.

199 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass am 22. Juli in Oslo und auf der Insel Utöja zahlreiche Menschen nach einem schrecklichen Attentat den Tod fanden. Regierungsrat, Kantonsrat und Bevölkerung sind tief betroffen. Wir drücken den Überlebenden, den Angehörigen der Opfer und der ganzen Bevölkerung von Norwegen unsere tiefe Anteilnahme aus. Wir fühlen uns – in Erinnerung an das Attentat in Zug – mit dem unermesslichen Leiden in Norwegen verbunden. Wir erheben uns kurz in stillem Gedenken. (Der Rat erhebt sich schweigend.)

Heute Morgen früh hat sich das Büro des Kantonsrats zu einer Sitzung getroffen. Das Ziel war, die Parlamentsplanung und die Effizienz im Rat zu verstärken. Unter verschiedensten Vorschlägen, welche Ihnen die Fraktionschefs unterbreiten werden, hält die Kantonsratspräsidentin nochmals fest, dass wir vor einer Legislatur beschlossen haben, dass wir hier im Rat keine Zeitungen lesen. Sie möchte an diesem Verbot festhalten. Und sie möchte den Rat noch einmal eindringlich bitten, die Voten möglichst kurz und prägnant zu halten. Bitte keine Repetitionen aus Kommissionsberichten. Und vor allem keine Ausführungen über die Kommissionsarbeit, welche auch im Bericht zu lesen sind, keine Namensaufzählungen, wer an diesen Sitzungen dabei war. Solches können wir uns wirklich ersparen. Sie hatten jetzt sechs Monate Zeit und Vreni Wicky wird sich jetzt auch erlauben, zu lange Rednerinnen und Redner abzuläuten, sollten solche Repetitionen kommen. Sie dankt dem Rat ganz herzlich, wenn wir ein effizientes Parlament haben. Nur so können wir die vielen Geschäfte, die traktandiert sind, abbauen.

200 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 30. Juni und 7. Juli 2011.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Gesetz über Geoinformation im Kanton Zug (Geoinformationsgesetz, GeoIG-ZG).
2068.1/.2 – 13848/49 Regierungsrat

3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend zweiten Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf (KRB Energiebeiträge II).
2066.1/.2 – 13840/41 Regierungsrat

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM.
2065.1/.2 – 13833/34 Regierungsrat

4. Wahl der Stellvertretung der Ombudsperson für den Rest der Amtsdauer 2011 - 2014.
2069.1 – 13851 Justizprüfungskommission
5. Gesetzesinitiative betreffend Wiedereinführung von Noten ab der 2. Klasse und
Verfassungsinitiative für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten.
2. Lesung
1999.1 – 13638 Regierungsrat
1999.2 – 13743 Kommission
6. Änderung des Steuergesetzes – viertes Revisionspaket.
2002.6 – 13797 2. Lesung
2002.7 – 13846 Thomas Aeschi, Silvan Hotz
2002.8 – 13850 FDP-, SVP-Fraktion
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag zum Ausbau der Strecke Thalwil - Zug im Rahmen der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich.
1930.5 – 13832 2. Lesung
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau und die Investitions-Folgekosten der S-Bahn-Haltestelle Steinhausen Rigiblick.
2038.5 – 13845 2. Lesung
9. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 – Umsetzung der Revision des Sachenrechts im Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 11. Dezember 2009 (Register-Schuldbrief und weitere Änderungen im Sachenrecht).
2025.1/.2 – 13706/07 Regierungsrat
2025.3 – 13789 Kommission
2025.4 – 13790 Staatswirtschaftskommission
10. Übernahme von Forderungen aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung, des Gesetzes betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung und des Steuergesetzes).
2047.1/.2 – 13763/64 Regierungsrat
2047.3 – 13822 Kommission für das Gesundheitswesen

11. Teilrevision des Gesetzes über die Steuern im Strassenverkehr.
    1908.1/.2 – 13333/34 Regierungsrat
    1908.3 – 13738 Kommission
    1908.4 – 13739 Staatswirtschaftskommission

Am 26. Mai, 30. Juni und 7. Juli 2011 traktandierte acht parlamentarische Vorstösse, die aus zeitlichen Gründen noch nicht behandelt wurden. Reihenfolge gemäss der früheren Traktandierung.

12. Interpellation von Barbara Gysel betreffend Steuerabzüge: Wer profitiert?
    1801.1 – 13044 Interpellation
    1801.2 – 13725 Regierungsrat
13. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend so genannter «Nahtstellendiskussion» auf der Oberstufe (Übergang von Sek I in die Berufsbildung).
    1969.1 – 13534 Interpellation
    1969.2 – 13741 Regierungsrat
14. Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anpassung der Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation.
    1863.1 – 13208 Postulat
    1863.2 – 13685 Regierungsrat
15. Motion von Andreas Hausheer und Rudolf Balsiger betreffend Einführung eines parlamentarischen Verordnungsvetos.
    1929.1 – 13389 Motion
    1929.2 – 13788 Regierungsrat
16. Postulat von Rudolf Balsiger und Moritz Schmid betreffend Kantonsforstamt in die Baudirektion.
    2001.1 – 13641 Postulat
    2001.2 – 13781 Regierungsrat
17. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Interpretation der Religionsfreiheit im Schulalltag.
    1963.1 – 13505 Interpellation
    1963.2 – 13765 Regierungsrat
18. Interpellation von Thomas Brändle und Thomas Lötscher betreffend Zwangsverheiratung von im Kanton Zug lebenden, muslimischen Frauen.
    1989.1 – 13609 Interpellation
    1989.2 – 13775 Regierungsrat
19. Interpellation von Hans Christen, Zari Dzaferi, Heini Schmid, Daniel Stadlin, Martin Stuber und Werner Villiger betreffend «Wie weiter mit der durchgehenden Doppelspur zwischen Thalwil und Zug?»
    2013.1 – 13665 Interpellation
    2013.2 – 13804 Regierungsrat

Erstmals traktandierte parlamentarische Vorstösse.

20. Motion von Max Uebelhart und Vreni Wicky betreffend Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe (Gesetz über den Feuerschutz 3. Abschnitt).
    Motion von Martin B. Lehmann, Thomas Lötscher, Thomas Rickenbacher, Karl Nussbaumer und Rupan Sivaganesan betreffend Befreiung der Angehörigen der Zuger Polizei und des Rettungsdienstes Zug RDZ von der Feuerwehrpflicht.
    1699.1 – 12792 Motion
    1703.1 – 12805 Motion
    1699.2/1703.2 – 13824 Regierungsrat

21. Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug.
    1714.1 – 12821 Motion
    1714.2 – 13825 Regierungsrat
22. Motion von Pirmin Frei betreffend kein Zuger Dach ohne Sonnenenergie-Nutzung.
    2043.1 – 13749 Motion
    2043.2 – 13818 Regierungsrat

201 Protokoll

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 30. Juni und 7. Juli 2011 werden genehmigt.

202 Gesetz über Geoinformation im Kanton Zug (Geoinformationsgesetz, GeoIG-ZG)

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2068.1/.2 – 13848/49).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Silvia Thalmann, Zug, ***Präsidentin***		*CVP*
1.	Christoph Bruckbach, Hünenbergerstrasse 19a, 6330 Cham	SP
2.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP
3.	Maja Dübendorfer Christen, Himmelrichstrasse 48, 6340 Baar	FDP
4.	Stefan Gisler, Dorfstrasse 29, 6300 Zug	AGF
5.	Silvan Hotz, Schutzengelstrasse 43, 6340 Baar	CVP
6.	Franz Hürlimann, Weidli, 6318 Walchwil	CVP
7.	Franz Peter Iten, Mülireinweg 14, 6314 Unterägeri	CVP
8.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzigen	SVP
9.	Beda Schlumpf, Höfenstrasse 35, 6312 Steinhausen	FDP
10.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
11.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
12.	Silvia Thalmann, Widenstrasse 26a, 6317 Oberwil	CVP
13.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
14.	André Wicki, Stolzengraben 61, 6317 Oberwil	SVP
15.	Leonie Winter, Chrüzacherstrasse 26, 6331 Hünenberg	FDP

203 Kantonsratsbeschluss betreffend zweiten Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf (KRB Energiebeiträge II)

Traktandum 3.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2066.1/.2 – 13840/41).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Moritz Schmid, Walchwil, ***Präsident***		*SVP*
1.	Daniel Abt, Oberbrüglenweg 10, 6340 Baar	FDP
2.	Karin Andenmatten, St. Wolfgangstrasse 9, 6331 Hünenberg	CVP
3.	Walter Birrer, Hofmatt 80, 6332 Hagendorn	SVP
4.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP
5.	Daniel Thomas Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
6.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
7.	Pirmin Frei, FREI connect, Radgasse 3, Postfach 3377, 8021 Zürich	CVP
8.	Andreas Hausheer, Unterfeldstrasse 8, 6312 Steinhausen	CVP
9.	Franz Hürlimann, Weidli, 6318 Walchwil	CVP
10.	Franz Peter Iten, Mülireinweg 14, 6314 Unterägeri	CVP
11.	Markus Jans, Rebacker 9, 6330 Cham	SP
12.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
13.	Hanni Schriber-Neiger, Unterer Haldenweg 5, 6343 Rotkreuz	AGF
14.	Oliver Wandfluh, Parkstrasse 31, 6340 Baar	SVP
15.	Leonie Winter, Chrüzacherstrasse 26, 6331 Hünenberg	FDP

204 Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM

Traktandum 3.3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2065.1/.2 – 13833/34).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass eine Direktüberweisung an die Staatswirtschaftskommission erfolgt, weil es sich hier um die Bewilligung eines Budgetkredits in Form einer separaten Vorlage handelt.

205 Wahl der Stellvertretung Ombudsperson für die Amtsdauer 2011 – 2014

Traktandum 4 – Es liegt vor: Bericht und Antrag der engeren Justizprüfungskommission (Nr. 2069.1 – 13851).

Werner **Villiger**: Wir wählen heute einen Stellvertreter für die Ombudsperson, weil sich auf die Ausschreibung für die juristische Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter in einem Teilzeitpensum gemäss Katharina Landolf kein geeigneter männlicher

Bewerber meldete. Diese Stelle wurde inzwischen durch eine juristische Mitarbeiterin besetzt. Der Kantonsrat muss nun infolge der festgeschriebenen Geschlechterparität zwingend einen männlichen Stellvertreter wählen. Die engere JPK hat die Vorbereitung dieser Wahl übernommen. Auf die Ausschreibung haben sich fünf interessierte Personen gemeldet. Nach Einsicht in die Dossiers beschloss die JPK, zwei Kandidaten zu einem Vorstellungsgespräch einzuladen. Dieses Gespräch fand am 22. Juli 2011 statt. Die JPK kam anschliessend einstimmig zum Schluss, dass Pascal Schuler die fachlichen und persönlichen Voraussetzungen für diese Stelle am besten erfüllt. Der Votant bittet den Rat daher im Namen der JPK, Pascal Schuler für die Amtsdauer 2011 – 2014 als Stellvertreter der Ombudsperson zu wählen.

Irène **Castell Bachmann** ist es noch nicht ganz klar, ob wir jetzt einen fähigen Vorschlag haben oder nicht. Zuerst wurde gesagt, wir hätten es nicht, aber vielleicht hat sie Werner Villiger falsch verstanden.

Werner **Villiger** präzisiert, dass es in einer ersten Phase eine Ausschreibung gab betreffend Stellvertreter oder Stellvertreterin. Auf diese erste Ausschreibung hat sich dann kein geeigneter männlicher Bewerber gemeldet. Dann hat Katharina Landolf eine juristische Mitarbeiterin angestellt. Da wir aber die Geschlechterparität im Gesetz festgeschrieben haben, müssen wir heute nun einen männlichen Stellvertreter wählen.

Die geheime Wahl ergibt folgendes Resultat: Ausgeteilte Wahlzettel 77, eingegangene Wahlzettel 77, leer 2, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 75, absolutes Mehr 38.

➔ Pascal **Schuler** wird mit 75 Stimmen gewählt.

Die **Vorsitzende** gratuliert Pascal Schuler unter Applaus des Rats herzlich und bittet ihn, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Sie bittet Pascal Schuler, nach Verlesen der Gelöbnisformel durch den Landschreiber das Gelöbnis abzulegen.

Der **Landschreiber** liest die in § 5bis Abs. 2 der Geschäftsordnung enthaltene Gelöbnisformel, worauf Pascal Schuler sagt «Ich gelobe es».

206 –Gesetzesinitiative betreffend Wiedereinführung der Noten ab der 2. Klasse –Verfassungsinitiative für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten

Traktandum 5 – 2. Lesung. Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1991.1 – 13638) und der Kommission.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass an der KR-Sitzung vom 26. Mai 2011 beide Initiativen ohne Gegenvorschlag in 1. Lesung abgelehnt wurden. Da es sich hier

um Initiativen auf Gesetzes- und auf Verfassungsstufe mit der Möglichkeit eines Gegenvorschlags auf derselben Stufe handelt, erfolgt heute eine 2. Lesung und danach die Schlussabstimmung (§ 44 der Kantonsverfassung in Verbindung mit § 55 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats).

Es sind keine Anträge auf die 2. Lesung eingegangen.

Wir kommen zu den beiden Schlussabstimmungen, und hier verweist die Kantonsratspräsidentin auf das Schreiben der Staatskanzlei vom 17. Mai 2011 an die Mitglieder des Kantonsrats über das verfahrensrechtliche Vorgehen. Sie hält das Wesentliche für die heutige Sitzung wie folgt fest: Der Kantonsrat muss zu jeder der beiden Initiativen einzeln entscheiden, ob er sie ablehnen oder annehmen will. Die beiden Initiativen werden einander nicht direkt gegenüberstellt. Sie haben für jede der beiden Initiativen je eine Stimme. Wie können somit in den folgenden beiden Schlussabstimmungen wie folgt stimmen: zweimal ja oder zweimal nein oder einmal ja (Gesetzesinitiative) und einmal nein (Verfassungsinitiative) oder einmal nein (Gesetzesinitiative) und einmal ja (Verfassungsinitiative).

➔ Der Rat lehnt die Gesetzesinitiative betreffend Wiedereinführung der Noten ab der 2. Klasse in der *Schlussabstimmung* mit 44:9 Stimmen ab.

➔ Der lehnt die Verfassungsinitiative für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten in der *Schlussabstimmung* mit 51:19 Stimmen ab.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Volksabstimmung gemäss Regierungsratsbeschluss vom 14. Juni 2011 am 11. März 2012 stattfindet.

207 Änderung des Steuergesetzes – viertes Revisionspaket

Traktandum 6 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 26. Mai 2011 (Ziff. 144) ist in der Vorlage Nr. 2002.6 – 13797 enthalten. – Zusätzlich sind auf die 2. Lesung gleichlautende Anträge von Thomas Aeschi und Silvan Hotz (Nr. 2002.7 – 13846) und von der FDP- und SVP-Fraktion (Nr. 2002.8 – 13850) eingegangen.

Thomas **Aeschi** weist darauf hin, dass die Argumente für den Antrag von ihm und Silvan Hotz bereits in der Vorlage gelesen werden konnten. Gerne hebt er nochmals zwei Punkte hervor:
■ Der Kanton Zug verliert laufend an steuerlicher Innovationskraft. Es gibt heute keinen Grund mehr für eine Firma, ihren Sitz in Zug anstatt in Luzern zu eröffnen. Mit der Senkung des Unternehmenssteuersatzes per 1. Januar 2012 wird Luzern für Unternehmen weit attraktiver sein als Zug. Zug wird dies in den kommenden Jahren bei den Neugründungen stark spüren, wenn wir jetzt nicht dagegenhalten.
■ Finanzdirektor Peter Hegglin hat vor wenigen Tagen die besser als erwarteten Zahlen des Kantons Zug bekannt gegeben. Sein Argument, welches er bei der 1. Lesung anführte, dass wir mit der Anrechnung der Gewinn an die Kapitalsteuer das Fuder überladen würden, gilt in dem Augen des Votanten nicht mehr.

Bitte stimmen Sie dieser Vorlage zu. Der Kanton Zug muss steuerlich innovativ bleiben, denn nur so bleibt uns unsere überdurchschnittlich gute Positionierung im interkantonalen Umfeld auch in Zukunft erhalten.

Leonie **Winter** hält fest, dass die FDP-Fraktion ihre Forderung, die Gewinnsteuer an die Kapitalsteuern anrechnen zu dürfen, neben dem vorliegenden Antrag bereits in ihrer Motion begründet hat. Wir wollen jedoch nochmals klar erwähnen, dass wir einer substanzzehrenden Steuer, im vorliegenden Fall die Kapitalsteuer, sehr kritisch gegenüberstehen. Die Kapitalsteuer belastet die Substanz ohne Rücksicht auf den erwirtschafteten Ertrag. Kapital und Reserven einer Unternehmung dienen insbesondere dazu, Investitionen zu tätigen sowie Ertragsschwächen auszugleichen und somit dienen sie auch der Sicherheit der Arbeitsplätze.
Das Kapital, nicht zuletzt auch das Risikokapital einer Unternehmung, darf nicht durch den Fiskus geschmälert werden. Der Beitrag an den Staat wird schon durch den aus dem Kapital generierten Gewinn mit der Gewinnsteuer geleistet. Die Schweiz ist praktisch das einzige Land, das auf der Ebene der Kantone und Gemeinden die Kapitalsteuer erhebt. Auf Bundesebene wurde sie im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 1997 richtigerweise abgeschafft. Die Unternehmenssteuerreform II lässt nun seit Kurzem eine Teilentlastung zu, dieser Spielraum soll unbedingt genutzt werden. Die Gewinnsteuer soll zumindest mit der ertragsunabhängigen Steuer, der Kapitalsteuer verrechnet werden können. Diese Forderung wird durch die FDP-Fraktion einstimmig unterstützt.

Gabriela **Ingold** weist darauf hin, dass die Motion der FDP-Fraktion, welche die Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer fordert, schon in der Kommission viel zu reden gegeben hat. Sie blickt kurz zurück. Bei der Detailberatung hatten wir das Begehren der vorliegenden Motion mit 7d:5 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Nachdem in der Folge die Kommission den oberen Gewinnsteuersatz der juristischen Personen jedoch auf 5,5 % reduziert hatte, wurde am Schluss der Beratungen in einem Rückkommensantrag darauf verzichtet. In erster Lesung ist dieser Rat der Kommission jedoch nicht gefolgt und hat den oberen Gewinnsteuersatz in drei Schritten lediglich auf 5,75 % reduziert. Diese Vorgeschichte war Anlass genug, um bei den Mitgliedern der Kommission nach dem Vorliegen der Anträge auf die 2. Lesung eine E-Mail-Umfrage zu starten. Zehn Mitglieder der Kommission unterstützen die Begehren auf die 2. Lesung. Sie wollen die Unternehmen stärken und auf substanzverzehrende und ungerechte Steuern verzichten. Die Kapitalsteuer wurde, wie bereits von den Vorrednern erwähnt, in vielen umliegenden Kantonen, beim Bund sowie auf internationaler Ebene abgeschafft. Zwei Drittel der Kommission sind zudem der Meinung, dass die finanziellen Auswirkungen verkraftet werden können. Fünf Mitglieder der Kommission lehnten das Begehren aus finanzpolitischen Überlegungen ab.

Gregor **Kupper** hält fest, dass die Stawiko anlässlich der Beratung des Steuergesetzes diesen Antrag auch diskutiert und dem Rat mit 3:3 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten Zustimmung zum Antrag der vorberatenden Kommission in der 1. Lesung empfohlen. In der Zwischenzeit hat die Stawiko den Antrag nicht nochmals beraten, so dass der Votant dazu keine Stellungnahme aus Stawiko-Sicht abgeben kann. Er wird sich aber erlauben, als Fraktionssprecher dann dazu materiell Stellung zu nehmen.

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag auf die Anrechnung der Gewinnsteuer bei der Kapitalsteuer bei den juristischen Personen ablehnt, was wohl kaum erstaunt. Wir könnten es uns einfach machen und dieser Änderung zustimmen, dies würde unsere Chancen für ein erfolgreiches Referendum dieser Steuergesetzrevision sicherlich erhöhen. Aber wir sind zu besorgt um unsere Kantonfinanzen. Für uns ist es ein unverantwortliches Roulette, was die Antragssteller mit den Kantonsfinanzen vorhaben.
Worum geht es eigentlich betragsmässig? Gemäss den Ausführungen des Finanzdirektors bei der 1. Lesung geht es um zusätzliche 7,5 Mio. Franken, die beim Kanton Zug wegfallen würden mit der Gutheissung dieses Antrags. Alles in allem würde diese Steuergesetzrevision den Kanton dann so rund 40 Mio. Franken kosten, respektive Einnahmeausfälle in dieser Grösse mit sich bringen, bei den Gemeinden 80 % davon, also total rund 72 Mio. Franken.
Schauen wir uns einmal unser Umfeld an:
• Das von der Finanzdirektion für den Kanton Zug geschätzte Ausfallrisiko von 3 Mio. Franken wegen der Unternehmenssteuerreform II, – hier ist vor allem das Kapitaleinlageprinzip gemeint – muss nach den neuesten Stellungsnahmen von Eveline Widmer-Schlumpf massiv nach oben korrigiert werden. Zusätzlich fallen auch noch Ausfälle bei der direkten Bundessteuer an. Der Finanzdirektor hat hier vielleicht neuere Schätzungen für den Kanton Zug.
• Die bisher von der Schweizerischen Nationalbank überwiesenen Gewinnanteile, zuletzt ca. 25 Mio. Franken, für den Kanton Zug, dürften nach dem bisherigen Geschäftsverlauf der SNB dieses Jahres bis auf weiteres versiegen. Dies die Interpretation des Votanten, auch wenn sich der Finanzdirektor heute in der Zeitung vernehmen liess, dass er 2012 mit der Hälfte des Betrags von 2011 rechnet, also mit rund 11 Mio. Franken.
• Die in einem solchem Ausmass und vor allem in einem solchen Tempo noch nie gesehenen Frankenstärke wird zu einem Rückgang des BIP und einer deutlichen Erhöhung der Arbeitslosenzahlen, inklusive der entsprechenden Folgekosten, führen. Das BAK Basel, mit dem der Kanton Zug ja eng zusammenarbeitet, hat errechnet, dass ein schneller Anstieg des Frankenwerts um 10 % einen Rückgang des BIP um 2 % nach sich zieht.
Wenn unsere Wirtschaft im Moment wirklich unterstützt werden sollte, dann explizit solche Betriebe, die unter der Frankenstärke leiden und an die Schweiz gebunden sind, d.h. der Export und der Tourismus, aber nicht im Giesskannenprinzip. Umso ärgerlicher wäre es übrigens, wenn genau dann unter anderen diejenigen Firmen begünstigt würden, welche mit der Frankenstärke satte Gewinne eingefahren haben, diese aber den Konsumenten nicht weiterreichen wollen.
Aus all diesen Gründen finden wir es verantwortungslos, diesem Antrag zuzustimmen, und lehnen ihn, auch wenn er doppelt gestellt wurde, entschieden ab.

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass der Kantonsrat bereits in der 1. Lesung massive Steuersenkungen von jährlich 54 Millionen beschloss. Nun wollen SVP- und FDP-Vertreter weitere Steuerprivilegien für Firmen beziehungsweise Risikokapital durch die Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer. Regierung, Kommission, Stawiko und Kantonsrat haben vor den Sommerferien genau diesen Antrag abgelehnt. Zu Recht! Die AGF warnt wie schon der Finanzdirektor in der 1. Lesung eindringlich, dass so das Fuder überladen wird. Erstaunlich ist dabei das Hüst und Hott; die Wankelmütigkeit der Kommissionsmitglieder zeugt nicht gerade von Überzeugung von dieser Vorlage.

Angesichts des Ausfalls der Nationalbankausschüttungen, des höheren Ausfalls aufgrund der Unternehmenssteuerreform, der höheren NFA-Rechnung, der Wachstumskosten in Zug, aber auch der offensichtlich bereits für Firmen und reiche Personen sehr hohen Attraktivität des Kantons ist diese zusätzliche Steuersenkung nicht nur unnötig, sondern auch unwirksam. Sie gefährdet mit den zusätzlichen rund 14 Millionen Steuerausfällen die Finanzstabilität von Kanton und Gemeinden. Und wenn Leonie Winter die Kapitalsteuer beklagt, muss sie schon sehen, dass andere Länder in anderen Bereichen auch höhere Steuern haben. Es zählt der Gesamtmix, und hier ist Zug günstig. Es ist eigentlich unglaublich, wie sehr sich der Bock hier zum Gärtnern aufdrängt. Es ist ja gerade diese Politik, welche zur aktuellen globalen Krise geführt hat und dazu, dass die Mehrheit der Bürgerinnen immer weniger Geld zu Verfügung hat.
Die Umverteilung von Arm zu Reich hatte in den USA in den 80er-Jahren unter Reagan durch die Politik der Steuersenkungen und Staatsaushöhlung begonnen. Sie wird heute durch Milliardärspolitiker in den USA (Tea Party) wie auch in der Schweiz (SVP) fortgesetzt Doch der Rückzug des Staates und ein regelloser Markt sind Ursache der Finanzkrise 2007, der Eurokrise sowie der drohenden Wirtschaftsdepression. Und als die Staaten dann endlich eingriffen, unterstützten sie gescheiterte Banken und Firmen mit Billionen und sind nun selbst überschuldet. Bürgerinnen und Bürger bekommen tiefere Löhne und Sparpakete.
Umso absurder ist, dass jetzt genau FDP und SVP zur Krisenbewältigung wieder auf die global gescheiterte Ideologie der angeblich selbstfinanzierenden giesskannenartigen Steuersenkungen sowie auf einen «flexibleren Arbeitsmarkt» zurückgreift. Leonie Winter hat vorhin von der Arbeitsplatzsicherheit gesprochen. Doch wie soll bei sinkenden Löhnen und Arbeitslosigkeit Nachfrage entstehen? Warum sollen Firmen investieren, wenn die Nachfrage fehlt? Und wie soll die öffentliche Hand mit weniger Geld sinnvolle Investitionsprogramme starten? Diese Steuersenkung generiert kein Wachstum. Thomas Aeschi hat es selbst zugegeben. Wir ziehen nur das Steuersubstrat anderer Kantone an. Das hilft der Schweiz als Ganzem keinen Deut in der aktuellen Krise. Alois Gössi hat es auch gesagt: Firmen profitieren von dieser Steuersenkung giesskannenartig, sie ist nicht zielgerichtet auf die Firmen ausgerichtet, welche von der aktuellen Krise betroffen sind. Es wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen.
Die AGF wird gegen diese ebenso unnötige wie unausgeglichene Steuergesetzrevision das Referendum ergreifen, falls der Rat nicht selbst das Behördenreferendum beschliesst. Das Volk muss zu solch massiven Einschnitten in den Staatshaushalt das letzte Wort haben. Und gerade vorweg zur FDP-Motion in dieser Sache: Hier unterstützt die AGF die Regierung und plädiert für Nichterheblicherklärung und Abschreibung.

Gregor **Kupper** freut sich als Treuhänder und Steuerberater selbstverständlich über diesen Antrag. Er wird ihn in die Lage versetzen, einem Teil seiner Kunden ein weiteres Steuergeschenk in Aussicht zu stellen. Als Steuerzahler und Stimmbürger freut ihn dieser Antrag aber gar nicht. Wenn Kanton und Gemeinden schon ein so grosses Steuersubstrat zu verteilen haben, möchte er doch als natürliche Person auch ein schönes Stück von diesem Kuchen. Nun steht er aber als Kantonsrat hier. Also solcher hat er eine Gesamtschau vorzunehmen. Er hat nach einer ausgewogenen, weitsichtigen Lösung zu suchen, die für den Staat und die Bürger passt. Und da kommt er zum Schluss, dass wir diesem Antrag unter keinen Umständen zustimmen sollen. Er will das auch begründen.

Der Regierungsrat hat in seinem Bericht zu diesem Thema gerade mal 12, 13 Zeilen geschrieben. Er hat sich materiell zu den Auswirkungen nur in der Gesamtposition geäussert, ist aber auf keine Details eingegangen. Die vorberatende Kommission und die Stawiko haben den Antrag materiell eigentlich gar nicht behandelt und nicht ausführlich Bericht erstattet. Wir haben also hier einen Schnellschuss, den wir im Parlament verabschieden, ohne dass wir materiell vertieft von der ganzen Geschichte Kenntnis genommen haben.
Gregor Kupper hat sich die Mühe gemacht, bei der Steuerverwaltung einige Grundlagen zu beschaffen, die er dem Rat hier wiedergeben möchte. Wir rechnen von einem Steuerausfall für den Kanton von 7,5 Mio. Franken, für die Gemeinden von 6 Mio. Insgesamt also 13,5 Mio. Franken. Woher kommen nun aber diese Kapitalsteuern? Die normal besteuerten Gesellschaften zahlen einen Steuersatz von 0,5 Promille. Die gemischten Gesellschaften zahlen einen Steuersatz von 0,1 Promille, also nur ein Fünftel. Und die Holdings mit Erträgen zahlen gerade mal einen Steuersatz von 0,02 Promille. Das ist die Ausgangslage. Das heisst mit anderen Worten: Jene Gesellschaften, die bei der Gewinnsteuer begünstigt sind, sind auch bereits bei den Ertragssteuern massiv begünstigt.
Nun müssen wir aber schauen, woher dann der Ausfall kommt, von welchen Gesellschaften. Da hat die Steuerverwaltung dem Votanten folgende Zahlen gemeldet: Den normal besteuerten Gesellschaften werden wir ca. 3,3 Millionen schenken, den gemischten Gesellschaften 4 Millionen und den Holdings 0,2 Millionen. Das heisst mit anderen Worten: Der grössere Teil dieser Nachlässe geht an die ohnehin steuerlich schon begünstigten Gesellschaften. Wollen sie das wirklich?
Nun müssen wir uns aber auch die Situation für die Gemeinden überlegen. Welche Gemeinden trifft es denn? Es wird die Stadt Zug mit ca. 2,5 Millionen treffen und Baar mit 2,1 Millionen. Die Vertreter dieser Gemeinden werden das ihren Gemeindebehörden entsprechend erklären müssen. Nun dürfen aber die Vertreter der kleinen Gemeinden nicht meinen, dass sie davon nicht auch betroffen sind. Das wird Auswirkungen auf den kantonalen Finanzausgleich haben und letztendlich werden alle Gemeinden zur Kasse gebeten.
Wenn Sie sich das anschauen, ist festzustellen, dass es ein Geschenk an die falschen Adressen ist. Die Vorredner haben schon darauf hingewiesen, dass wir auch bei einer solchen Übung auf die Kantonsfinanzen Rücksicht zu nehmen haben, dass wir nicht überborden sollen, dass wir schauen sollen, dass die Finanzen des Kantons und der Gemeinden im Lot bleiben.
Zu einem zweiten Punkt. Die Stimmbürger werden entscheiden. Sie werden über die Vorlage diskutieren, wir werden eine grosse Debatte haben bis zur Abstimmung. Und nach Erachten Gregor Kuppers wird sich herausstellen, dass wir mit diesem Antrag das Fuder überladen und die Abstimmung gefährden. Die Opponenten gegen diese Gesetzesrevision werden da ein weiteres sehr gutes Argument in die Hände bekommen, um die Vorlage zur Ablehnung zu empfehlen. Was hat nun aber eine solche Ablehnung für Folgen? Das Argument, das Peter Hegglin immer wieder bringt, dass der Kanton bemüht ist, eine verlässliche, berechenbare, langfristig angelegte Steuerpolitik zu betreiben, wir wohl sehr grossen Schaden erleiden. Wir haben in der Revision eine ganze Menge von Gesetzesbestimmungen, die wir zwingend auf den 1. Januar 2012 umsetzten müssen. Wir werden also, wenn wir eine Ablehnung haben, in diesen Bereichen Notrecht einführen müssen, Rechtsunsicherheit haben – das macht sicher keinen Sinn. Und nicht zuletzt gefährden wir die Reduktion der Gewinnsteuersätze, wie wir sie in der 1. Lesung beschlossen haben. Sie werden nicht kommen und wir bleiben beim Alten. Und künftige Abstimmungen zu Gewinnsteuersatzreduktionen werden es in Zukunft wesentlich schwieriger haben.

Sie sehen also: Das Ganze hat mit innovativer Steuerpolitik sehr wenig zu tun. Es ist ganz einfach ein Spiel mit dem Feuer. Wollen Sie das wirklich? Wollen Sie dafür die Verantwortung übernehmen? Oder wollen Sie nicht lieber einen Weg gehen mit vielleicht etwas kleineren, aber überlegteren Schritten? Gregor Kupper will das Zweite. Er empfiehlt dem Rat im Namen der CVP-Fraktion, diesen Antrag abzulehnen.

Ivo **Hunn** hält fest, dass die GLP ganz klar gegen die Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer ist. Das Meiste ist schon gesagt. Wir sind für einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Mehr auszugeben als einzunehmen führt unweigerlich in eine Schuldenwirtschaft und muss letztendlich durch Sparmassnahmen oder Steuererhöhungen ausgeglichen werden. Die nun geforderte Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer juristischer Personen generiert Ertragsausfälle. Weiter werden Beträge fehlen wie die Gewinnausschüttung der Nationalbank. Wir gehen nicht davon aus, dass in diesem Jahr die budgetierten 24 Millionen eintreffen werden. Die Spitalfinanzierung wird die Staatskasse in unbekannter Höhe zusätzlich belasten. Die Unternehmenssteuerreform II wird voraussichtlich einen Betrag fordern. Die NFA-Beiträge werden auch steigen um weitere 22,6 Millionen. Aus diesen Gründen beantragen wir, diesen Antrag abzulehnen.

Manuel **Brandenberg** hält fest, dass er und die SVP-Fraktion diese Anträge unterstützen. Es gibt gute Gründe dafür. Es handelt sich ja eigentlich um eine Doppelbesteuerung, wenn man das Kapital und die Reserven jedes Jahr nochmals besteuert und den Gewinn auch noch. Insofern ist es auch gerecht, wenn man sagt, man rechne die Kapitalsteuer an den Gewinn. Steuer zu senken heisst immer auch, dass man als Staat schlanker wird. Ein schlanker Staat redet den Bürgern weniger ins Leben hinein, lässt ihnen mehr Freiheit, weil er ganz einfach weniger Mittel dafür hat, Gesetze zu machen und umzusetzen und zu regulieren. Insofern sind wir auch aus grundsätzlichen, ordnungspolitischen Gründen für diese Anträge.
Zu Stefan Gisler möchte der Votant zunächst sagen, dass Ronal Reagan, den er erwähnt hat, immerhin einer der populärsten Präsidenten der Vereinigten Staaten ist, gerade auch beim Volk. Man kann ihn also nicht gegen das Volk ausspielen. Und zu den Milliardären in der SVP möchte Manuel Brandenberg sagen: Ihm ist nicht bekannt, dass wir in unserer Fraktion einen Milliardär haben. Vielleicht hat Stefan Gisler andere Zahlen. Zu Gregor Kupper möchte der Votant einfach noch festhalten, dass der Begriff Steuergeschenke aus seiner Sicht problematisch ist. Denn Geschenke kann man ja nur machen mit etwas, das einem gehört. Dem Staat gehören aber die Steuern des Bürgers nicht. Sie gehören zunächst mal dem Bürger, der das Geld verdient hat. Also kann man auch nicht mit weniger Steuern Geschenke machen. Man nimmt dem Bürger weniger weg.
Die SVP wird das Behördenreferendum unterstützen; wenn es von der Linken kommt, umso besser. Wir finden es wichtig, dass diese wichtigen Fragen vom Souverän legitimiert werden durch seine Zustimmung.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** ist überrascht, wie eine steuerpolitische Nebensächlichkeit zu einer politischen Grundsatzfrage wurde. Und er appelliert an den Rat, seine staatspolitische Verantwortung wahrzunehmen. Darauf haben Sie den Eid abgelegt. In diesem Sinn dankt er dem Stawiko-Präsidenten für seine weitsichtige Betrachtung. Denn aus der Praxis gibt es objektiv keinen Handlungsbedarf, weder

im nationalen noch im internationalen Standortwettbewerb, diesem Antrag zuzustimmen. Kein einziges Unternehmen wird zu- oder wegziehen, wenn Sie diese Anpassung machen. Sie ist irrelevant. Über die Hälfte dieser Steuerausfälle würden nicht unseren KMU zugute kommen, sondern eher grosskapitalisierten Firmen und bereits heute privilegierten Unternehmen. Die Anrechnung grenzt an Geldverschwendung, denn wenn man schon Geld einsetzen möchte, dann doch besser für eine weitere Gewinnsteuersenkung. Dort besteht längerfristig Handlungsbedarf in Bezug auf die umliegenden Kantone oder auf die Lösung des Steuerstreits mit der EU.
Gregor Kupper hat es auch schon gesagt: Die Stadt Zug ist davon massiv betroffen. Sie hat heute mit dem vorliegenden Antrag 1. Lesung schon Mindereinnahmen von 2 Millionen. Es kämen weitere 2,5 Millionen dazu. Bei Baar sind es 5 Millionen und es kämen auch noch 2 Millionen dazu. Und wenn Sie heute die Zeitung lesen, nehmen Sie mit, dass die Stadt Zug sagt, die Belastung und vor allem der Finanzausgleich seien zu hoch. Diese Anrechnung der Kapitalsteuer führt dazu, dass der Pro-Kopf-Steuerertrag tiefer wird. Also wird der Finanzausgleich kleiner für die erhaltenden Kantone, und zusätzlich möchte ja die Stadt Zug den Finanzausgleich nochmals senken. Die Belastungen für den ganzen Kanton dürfen Sie also nicht vergessen.
Und dann der Hinweis auf die Abstimmung im November. Wenn Sie das Fuder überladen, weiss der Finanzdirektor nicht, was das Stimmvolk im Herbst entscheiden wird. Sie können es ja lesen, die Steuersenkungen werden heute eher kritischer betrachtet. Deshalb braucht es wirklich eine weitsichtige Betrachtung.
Im Antrag Aeschi/Hotz wird angetönt, dass andere Kantone dies auch schon getan hätten. Aber man kann bei den erwähnten Kantonen ja nicht von erfolgreichen Kantonen sprechen. Vielmehr haben es Kantone eingeführt, die durch die Einführung überhaupt nichts verloren haben, weil sie gar nie Erträge in diesem Bereich hatten. Und wenn wir hier nachziehen würden, ist Peter Hegglin nicht überzeugt, dass wir uns in einen Kreis von erfolgreichen Kantonen begeben würde, sondern eher das Gegenteil ist der Fall.
Die Zeiten sind momentan unsicher, der starke Franken und das hohe Preisniveau werden wahrscheinlich auch in der Schweiz und im Kanton Zug Spuren hinterlassen. Es ist davon auszugehen, dass die wirtschaftliche Dynamik eher nachlassen wird. Auch bei uns werden wahrscheinlich 2013/14 die Steuererträge sinken. Es ist zwar schwierig, das zu quantifizieren, aber realistisch gesprochen, ist davon auszugehen.
Weiter ist auch die Entwicklung beim NFA nicht wirklich vertrauenerweckend. Sie werden es dann im Budget sehen. Für das nächste Jahr werden wir 262 Millionen einstellen, wieder um 10 % mehr. Und wahrscheinlich wird es so weitergehen. Und wenn der Finanzdirektor dann noch die Finanzhaushaltsmodelle vom BAK Basel betrachtet, so hat es ein durchschnittliches Wachstum von 3,3 % angenommen für den Kanton Zug. In der heutigen Betrachtung wird das sicher viel tiefer ausfallen. Auch der Anteil am Nationalbankgewinn, welchen wir mit 40 % des ursprünglichen Gewinns eingesetzt haben. Der wird wahrscheinlich in Zukunft auch ausfallen.
Peter Hegglin möchte unsere Innovationskraft eher in erfolgversprechenden Bereichen zu Geltung kommen lassen als im beantragten. Aus seiner Sicht ist die Anrechnung nicht innovativ. Es ist ja einfach nur das Ziel, die Steuern zu senken. Das zieht uns den Boden dafür weg, um in Zukunft andere wirksame Massnahmen einführen zu können. Wir haben in den vergangenen Jahren bereits Steuersenkungen von 76 Millionen vorgenommen. Mit der vorliegenden Revision sind es 29,8 Millionen. Das ist schon 4 Millionen mehr, als der Regierungsrat beantragt hat. Zusammen sind das Steuersenkungen von über 100 Millionen. Und das bei einem

budgetierten Gesamtsteuerertrag von 660 Millionen im nächsten Jahr. Dazu zu rechnen wären noch die Ausfälle bei den Gemeinden. Und jetzt einfach noch einen draufzugeben, betrachten wir als überhaupt nicht sinnvoll. Im Gegenteil: In einer unsicheren Situation, wie wir sie heute haben, muss man doch sorgfältig haushalten. Jeder Privathaushalt macht das ja auch so. Zum Vornherein ein Defizit einzukalkulieren, ist sicher nicht sinnvoll. Das Gegenteil sollte der Fall sein. Man muss Reserven halten, um dann bei Veränderungen noch etwas zu haben, um agieren zu können, und nicht getrieben zu werden. Der Finanzdirektor hat heute im Radio gehört, dass der Kanton Luzern nun massive Sparprogramme fahren oder die Steuern wieder erhöhen muss. Das kann es ja nicht sein! Bis jetzt haben wir unsere Strategie durchhalten können, und davon möchte Peter Hegglin nicht abweichen.
Überrascht war er von der Mail-Umfrage in der Kommission. Er hat davon nichts gewusst. Er hätte dort gerne argumentativ mitgewirkt. Bei einer so zentralen Frage, wo es um soviel Geld geht, mit einer Mail-Umfrage die Haltung abzufragen, ist nicht ganz richtig.
Wenn jetzt mehrfach gesagt wurde, es sei eine Doppelbesteuerung von Kapital und Gewinn beim Einkommen und Vermögen. Das ist bei beiden Orten so. Aber am Schluss zählt doch der Gesamtmix. Und dort stehen wir optimal da! Und wenn man jetzt einfach hingeht und bei der Kapitalsteuer ansetzt und dann vielleicht noch bei der Vermögenssteuer ansetzen würde, dann verlangt Peter Hegglin eine Gegenfinanzierung. Einfach nur Steuerausfälle hinzunehmen, ohne die Gegenfinanzierung sicher zu stellen, kann es doch sicher nicht sein! In diesem Sinn appelliert er an alle, dass sie heute verantwortungsvoll abstimmen und am Ergebnis 1. Lesung festhalten und diesen Anträgen nicht zustimmen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die beiden Anträge für die Abstimmung zusammengenommen werden können, da wie wörtlich übereinstimmen.

➔ Die Anträge Aeschi/Hotz sowie von der FDP- und SVP-Fraktion werden mit 35:28 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 59:15 Stimmen zu.

Leonie **Winter** weist darauf hin, dass gemäss § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung ein Drittel aller Mitglieder des Kantonsrats unmittelbar nach der Schlussabstimmung die Volksabstimmung beschliessen kann. Da die Erfahrungen der letzten Steuergesetzrevisionen zeigen, dass es ein Wunsch der Zuger Bevölkerung ist, bei diesem Thema mitbestimmen zu können beantragen wir, das Behördenreferendum zu beschliessen. Mit der Annahme des Behördenreferendums wird eine zeitlich effiziente Umsetzung des revidierten Steuergesetzes ermöglicht. Das Steuergesetz könnte per 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt werden.

Philip C. **Brunner** schliesst sich dem Antrag an.

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass die Formulierung von Leonie Winter genau dieselbe ist, die er bei allen vorherigen Steuersenkungen fast exakt so in den Rat

getragen hat. Da wäre es ja vermessen, wenn er seinem eigenen Zitat nicht Folge leisten würde. Die AGF unterstützt das Behördenreferendum.

Markus **Jans** hält fest, dass sich die SP-Fraktion freut, dass das Behördenreferendum von den Bürgerlichen beantragt wird. Selbstverständlich unterstützen wir es. Sie entlasten uns vom mühsamen Unterschriftensammeln.

Manuel **Brandenberg** hält fest, dass auch die SVP das Behördenreferendum unterstützt. Das Volk soll entscheiden.

➔ Mit 65 Stimmen wird das notwendige Quorum erreicht und das Behördenreferendum ist beschlossen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Volksabstimmung gemäss Regierungsratsbeschluss vom 14. Juni 2011 am 27. November 2011 stattfindet.

Sie weist weiter darauf hin, dass parlamentarische Vorstösse zum Abschreiben vorhanden sind, unter dem Vorbehalt, dass das Volk nach Zustandekommen des Behördenreferendums dieser Gesetzesrevision zustimmt. Sofern das Volk der Gesetzesrevision nicht zustimmen sollte, bleiben die Motionen weiterhin bestehen.
Die Regierung beantragt, die Motion der FDP-Fraktion für eine jährliche Anpassung an die kalte Progression – mehr Geld im Portemonnaie der Bürger! (Vorlage Nr. 1780.1 – 133123) als erledigt abzuschreiben sei.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung beantragt, die Motion der FDP-Fraktion betreffend Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer – steuerliche Entlastung von Risikokapital vom 23. April 2010 (Vorlage Nr. 1931.1 – 13402) sei nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.
Die vorberatende Kommission sowie die Stawiko stellen entgegen dem Regierungsrat den Antrag, diese Motion erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben. Dieses Motionsbegehren sei bei der nächsten Gesetzesrevision umzusetzen.

Gabriela **Ingold** hält fest, dass die Kommission dezidiert der Ansicht ist, dass die Motion der FDP-Fraktion entgegen dem Antrag des Regierungsrats erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben ist. Es handelt sich um ein berechtigtes Anliegen, die vorherige Diskussion und das doch eher knappe Abstimmungsergebnis sprechen eine eindeutige Sprache. Bitte folgen Sie dem Antrag der Kommission und tragen Sie diese sinnvolle Motion auf die nächste Gesetzesrevision vor. Dann erwartet die Kommissionspräsidentin jedoch seitens der Regierung eine detaillierte und fundierte Abhandlung zu diesem Thema.

Gregor **Kupper** hält fest, dass sich die Stawiko dem Votum der Kommissionspräsidentin anschliesst.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass wenn der Rat die Motion erheblich erklärt, die Regierung einen verbindlichen Auftrag erhält, das Anliegen aufzunehmen und gesetzestechnisch umzusetzen. Mit diesem verbindlichen Auftrag haben wir den Spielraum nicht mehr. Der Regierungsrat wäre sicher bereit, das Anliegen nochmals inhaltlich thematisch abzuhandeln. Es ist in der Vorlage abgehandelt, gemäss Stawiko-Präsident aber zu kurz und zu wenig vertieft. In einer weiteren Revision wären wir bereit, dies zu tun, aber nicht als verbindlichen Auftrag. Deshalb können wir dem Antrag von vorberatender Kommission und Stawiko in diesem Sinn nicht zustimmen, weil wir dann keinen Handlungsspielraum mehr haben.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von vorberatender Kommission und Stawiko mit 45:21 Stimmen zu, wonach die Motion der FDP-Fraktion erheblich erklärt und nicht abgeschrieben wird.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Eigenbetreuungsabzug in der Steuergesetzrevision 2012 (Vorlage Nr. 1966.1 – 13531) sei zur Kenntnis zu nehmen.

➔ Kenntnisnahme

208 Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag zum Ausbau der Strecke Thalwil – Zug im Rahmen der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich

Traktandum 7 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. Juni 2011 (Ziff. 176) ist in der Vorlage Nr. 1930.5 – 13832 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 68:1 Stimmen zu.

209 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau und die Investitions-Folgekosten der S-Bahn-Haltestelle Steinhausen Rigiblick

Traktandum 8 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 7. Juli 2011 (Ziff. 192) ist in der Vorlage Nr. 2038.5 – 13845) enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 67:1 Stimmen zu.

210 Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 – Umsetzung der Revision des Sachenrechts im Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 11. Dezember 2009 (Register-Schuldbrief und weitere Änderungen im Sachenrecht)

Traktandum 9 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2025.1/.2 – 13706/07), der Kommission (Nr. 2025.3 – 13789) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2025.4 – 13790).

Landschreiber Tino Jorio wird hier von der stellvertretenden Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart abgelöst.

Die **Vorsitzende** muss noch folgende Korrektur anbringen. Bei der Bearbeitung des Berichts und Antrags der vorberatenden Kommission (2025.3 – 13789) wurde versehentlich der Name eines Kommissionsmitglieds gelöscht. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass Adrian Andermatt ebenfalls Mitglied der Kommission war, und entschuldigen Sie diesen Kanzleifehler.

Eugen **Meienberg** weist darauf hin, dass das jetzt traktandierte Geschäft zwei Hauptpunkte hat, die Einführung des Registerschuldbriefes und die Anpassung von kantonalen Bestimmungen, welche seit Jahren keine Bedeutung mehr haben. Es muss jedoch hier auch gesagt werden, dass der Handlungsspielraum für den Kanton nicht all zu gross ist, das meiste wird bundesrechtlich geregelt und wir haben zu vollziehen. Der Kommissionspräsident beschränkt sich in seinen Ausführungen auf den Register-Schuldbrief.
Der Register-Schuldbrief wird eine wesentliche Vereinfachung bringen. Es sei hier allerdings angemerkt, dass die bisherige Papierform auch weiterhin möglich ist, jedoch wohl kaum mehr zum Einsatz kommen wird. Die Umwandlung der bestehenden Papierschuldbriefe in Register-Schuldbriefe wird ab 2012 im Grundbuch- und Vermessungsamt zu einem beträchtlichen Mehraufwand führen. Es gibt im Kanton Zug zurzeit 74'000 eingetragene Schuldbriefe und man geht davon aus dass 90 %, sprich ca. 67'000, umgewandelt werden. Dieser Mehraufwand wird allerdings durch Gebühren abgegolten. Insgesamt sollte es nach der Umwandlung auch in diesem Amt zu Erleichterungen und dadurch zu kleinerem Aufwand kommen, was sich auch im Personaletat auswirken sollte.
In der Kommissionsdetailberatung wurde betreffend der Kosten und der Gebühren im Bereinigungsverfahren der Antrag gestellt, bei § 153b die Absätze 2 und 3 zu streichen. Dies hätte allerdings dazu geführt, dass die Kosten für die Umwandlung durch den Kanton zu tragen wären. Der Streichungsantrag wurde mit 10:3 Stimmen abgelehnt. Wer die Kosten am Schluss wirklich tragen muss, wird der Markt bestimmen. Wer von den Vereinfachungen am meisten profitieren wird, wird auch auf eine rasche Umwandlung drängen und die Kostenverteilung entsprechend gestalten. Die Umwandlung soll übrigens sehr einfach ausgelöst werden können, es braucht lediglich eine gemeinsame schriftliche Erklärung.
Von der Kommission werden lediglich einige kleine Änderungen mit Präzisierungen und redaktioneller Art verlangt, welche von der Regierung nicht bestritten werden.
Neu kann schon recht alt sein. Der Begriff «neurechtlich» ist für jene Pfandtitel reserviert, welche nach dem 1. Januar 1912 errichtet wurden. Die Erklärungen dazu entnehmen sie bitte dem Kommissionsbericht, S. 5 oben.

Eugen Meienberg dankt den Verantwortlichen aus der Direktion des Innern für die gute Vorbereitung und Präsentation sowie die sehr sachkundigen Auskünfte in der Kommissionsberatung, den Kommissionsmitgliedern für die konstruktive und zügige Kommissionsarbeit. Die Kommission hat der Revision des Sachenrechts im Schweizerischen Zivilgesetzbuch mit den Änderungsanträgen gemäss Kommissionsbericht in der Schlussabstimmung mit 13:0 zugestimmt. Bitte tun sie es der vorberatenden Kommission gleich.
Auch die CVP-Fraktion wird einstimmig eintreten und der Kommission zustimmen.

Gregor **Kupper** verweist auf den Stawiko-Bericht. Die Stawiko ist für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage.

Alois **Gössis** Erstausbildung war eine kaufmännische Lehre bei einer dem Namen nach nicht mehr existierenden Grossbank. Da ist ihm ein Gesetzesartikel, OR 965, in Erinnerung geblieben, den er damals auswendig lernen musste. Wertpapier ist jede Urkunde, mit der ein Recht derart verknüpft ist, dass es ohne die Urkunde weder geltend gemacht noch auf andere übertragen werden kann. Dieser Artikel wurde zwischenzeitlich geändert, denn es existieren seit längerer Zeit schon Wertpapiere, die nicht mehr physisch ausgestellt werden müssen. Die gleiche Möglichkeit gibt es nun bei den Inhaber-Schuldbriefen. Ab dem 1. Januar 2012 müssen diese nicht mehr physisch ausgestellt werden. Bis anhin wurden die Inhaber-Schuldbriefe ja vor allem in den Banktresoren eingelagert, da sie als Sicherheit für die gewährten Hypotheken dienten. Diese Inhaber-Schuldbriefe können, falls gewünscht, auch in Register-Schuldbriefe umgewandelt werden. Mit der Einführung der Register-Schuldbriefe ist es nun möglich, dass der Schuldbrief nicht mehr physisch ausgestellt werden muss. Es fallen viele Umtriebe weg bei der Ausstellung oder Veräusserung, sei es beim Grundbuchamt, bei den Gemeinden, bei Grundstückgeschäften, bei den Banken und bei den Haus- und Wohnungsbesitzern. Das Ganze wird vereinfacht, die Kosten werden geringer. Dies betrifft den Hauptpunkt dieser Vorlage.
Daneben werden diverse weitere Punkte geregelt, unter anderem wird eidgenössisches Recht bei uns nachvollzogen. Auch die Gült, eine Wertpapierform, die nicht mehr existiert im Kanton Zug, wird aufgehoben. Finanziell gesehen lohnt sich diese Umwandlungsaktion für den Kanton. Die erwarteten Einnahmen sind um Einiges grösser als die zusätzlichen Ausgaben für das Personal, das während den nächsten drei, vier Jahren angestellt wird. Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage und stimmt ihr in der von der vorberatenden Kommission beschlossenen Fassung zu.

Hanni **Schriber-Neiger** hält fest, dass die Einführung eines Register-Schuldbriefs von der AGF begrüsst wird. Der sogenannte papierlose Schuldbrief entspricht einem grossen Bedürfnis, besonders von Banken, von Grundbuchämtern, von Versicherungen und auch von Urkundspersonen. Ein Vorteil ist sicher der Wegfall der platzintensiven Schuldbriefverwaltung. Aber auch das Verlustrisiko entfällt. Den Mehraufwand findet die AGF gerechtfertigt, ist er doch befristet auf drei Jahre. Es werden in dieser Zeit immerhin alle 74'000 Papierschuldbriefe in Register-Schuldbriefe umgewandelt.
Der juristische Berater Robert Brunner versicherte der Kommission, dass die Grundpfandrechte wie bisher nicht öffentlich zugänglich sind. Für konventionelle

oder elektronische Auskünfte muss ein Interesse nachgewiesen werden. Die AGF ist für Eintreten und sie stimmt den Anträgen der Kommission zu.

Manuel **Brandenberg** dankt zuerst der DI und ihrer charmanten Vorsteherin für die Ausarbeitung dieser Vorlage. Selbstverständlich auch dem ganzen Regierungsrat und dem Kommissionspräsidium. Eugen Meienberg hat sehr fachkundig und ruhig durch diese Kommission geführt.
Wie bereits erwähnt, handelt es sich hier vor allem um die Umsetzung von Bundesrecht. Wir können also gar nicht so viel legiferieren. Deshalb ist auch bei der SVP-Fraktion Eintreten unbestritten. Wir werden gemäss Fraktionsprotokoll einstimmig der Kommission folgen, dann aber noch zwei Einzelanträge unterbreiten, bei § 153b und e. Es geht dort um Kosten und Gebühren und auch um die Entschädigung des Privaten für den vom Staat verursachten Aufwand.

Adrian **Andermatt** weist darauf hin, dass die von den eidgenössischen Räten beschlossene Revision des Sachenrechts im Dezember 2009 zur Folge hat, dass wir das entsprechende kantonale Einführungsrecht ebenfalls anpassen müssen. Es bedarf somit der Anpassung des EG ZGB an das neue Institut des papierlosen Register-Schuldbriefs. Spielraum haben wir hier keinen. Zudem soll die Gelegenheit genutzt werden, das EG ZGB von Bestimmungen zu befreien, welche heute keine Bedeutung mehr haben. Aus diesen Gründen empfiehlt die FDP-Fraktion einstimmig Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung zu den Anträgen der vorberatenden Kommission. Im Übrigen unterstützt sie die regierungsrätliche Vorlage vollumfänglich.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, möchte der Empfehlung der Kantonsratspräsidentin folgen und keine Wiederholungen machen; für die Regierung ist das allerdings nicht immer einfach, weil wir ja die letzten Rednerinnen und Redner sind. – *Gerne teilt sie für die Regierung mit, dass wir allen Anträgen der Kommission folgen und sie unterstützen.*
Noch einige Informationen zum Inkrafttreten des Gesetzes. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des geänderten ZGB ist Sache des Bundesrats. Er hat noch nicht entschieden, aber es ist immer noch vorgesehen, das geänderte Bundesrecht zusammen mit der totalrevidierten Grundbuchverordnung per 1. Januar 2012 in Kraft zu setzen. Die Direktorin des Innern möchte hier aber auch erwähnen, dass die Grundbuchverordnung, wenn wir sie im Herbst kennen, auch eine Herausforderung ist für das Personal, die das alles noch per 1. Januar umsetzen muss. Dem Bericht und Antrag des Regierungsrats auf S. 3 können Sie entnehmen, dass das Bundesrecht die Kantone ermächtigt, auf kantonaler Ebene vorzusehen, dass die Urkundspersonen elektronische Ausfertigungen der von ihnen errichteten öffentlichen Urkunden sowie elektronische Beglaubigungen von Kopien oder Unterschriften erstellen dürfen. Der Entwurf der eidgenössischen Grundbuchverordnung wiederum räumt den Kantonen die Befugnis ein, für ihre Grundbuchämter den elektronischen Geschäftsverkehr zuzulassen. Eine gesetzliche Grundlage für die Realisierung dieser vom Bund den Kantonen offerierten Neuerungen wird nicht im Rahmen der vorliegenden Revision des EG ZGB geschaffen. Wir werden dies aber im Rahmen einer bereits an die Hand genommenen kleinen Teilrevision des Beurkundungsgesetzes thematisieren und vermutlich auch aufnehmen. Dieser Ablauf ist sinnvoll, weil die vom Bundesrat gesetzten Standards, denen die elektronischen

Ausfertigungen von öffentlichen Urkunden und Beglaubigungen zu genügen haben, im jetzigen Zeitpunkt noch nicht hinreichend bekannt sind. Wie Sie sehen, werden uns die Fachgebiete Grundbuch und Notariat auch nach der Verabschiedung dieser Vorlage weiter beschäftigen.
Zum Schluss bleibt Manuela Weichelt nur noch, dem Kommissionspräsidenten Eugen Meienberg danke zu sagen für die effiziente und gute Führung der Kommission. Die Kommission hat die Vorlage in einem halben Tag beraten. Aber auch ganz herzlichen Dank den engagierten Mitgliedern der Kommission, die wirklich sehr gut vorbereitet waren und sich aktiv in die Beratung eingebracht haben.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 2025.3 – 13789

§ 153b

Manuel **Brandenberg** weist darauf hin, dass dieser Paragraph die Kosten und Gebühren des Bereinigungsverfahrens festlegt. Im Grundsatz wird festgehalten, dass die Kosten vom Kanton getragen werden. Dann schafft er aber in den Absätzen 2 und 3 Grundlagen für eine Gebührenerhebung beim Privaten unter bestimmten Voraussetzungen. Dabei hält er auch fest, dass wenn der Private selber noch Aufträge gibt an das Grundbuch- und Vermessungsamt, eine Gebührenpflicht entsteht. Nun ist dieser Grundsatz aber bereits in § 13 Abs. 2 des Gesetzes über die Grundbuchgebühren festgehalten. Es braucht also keine zusätzliche gesetzliche Grundlage. Dort ist ein Stundenansatz von 180 Franken festgehalten für den Mitarbeiter des Kantons. Und jede angebrochene Stunde wird fakturiert gemäss diesem Grundbuchgebührentarif. Nun möchte der Votant den Rat im Namen der SVP-Fraktion bitten, auf Abs. 2 und 3, diese zusätzlichen Grundlagen für die Gebührenerhebung zu verzichten. Sie sind unnötig und die Erfahrung zeigt, dass wenn mehrere sich widersprechende oder ergänzende Grundlagen für staatliche Gebühren bestehen, der Staat eher versucht ist, Gebühren zusätzlich zu erheben. Im Sinne einer schlanken Gesetzgebung möchte Manuel Brandenberg den Rat bitten, unserem Antrag zuzustimmen und Abs. 2 und 3 zu streichen.

Eugen **Meienberg** hält fest, dass dieser Antrag auch in der Kommission gestellt wurde. Von den Fachleuten aus dem Grundbuchamt wurde uns bestätigt, dass wenn wir diese zwei Absätze streichen würden, nachher die Verrechnung dieser Umwandlung nicht möglich ist. Es braucht diese zwei Absätze, und im Grundsatz soll nicht der Eindruck entstehen, dass alles, was mit der Umwandlung zu tun hat, gratis ist. Daher hat die Kommission mit 10:3 Stimmen die Ablehnung dieses Antrags beschlossen.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, kann das Votum des Kommissionspräsidenten bestätigen. Es geht hier um die systematische Bereinigung, um einen Auftrag aus dem ZGB. Wenn darüber hinaus noch nice-to-have-Dienstleistungen gewünscht sind, so sind sie auch zu bezahlen. Es wurde abgeklärt, ob das andere Gesetz wirklich genügen würde. Dies ist nicht der Fall. Wir brauchen diese beiden Absätze. Es kann auch nicht sein, dass die Personen dann auf das Grundbuchvermessungsamt gehen, die zusätzlichen Dienstleistungen in Anspruch nehmen und eigentlich beim gemeindlichen Notar oder beim freiberuflichen Rechtsan-

walt Gebühren zahlen müssten. Bitte unterstützen Sie den Antrag von Regierung und Kommission.

Manuel **Brandenberg** möchte nur richtig stellen: Der freiberufliche Rechtsanwalt kann keine Beurkundungen betreffend Grundpfandrechte vornehmen. Er ist ausgeschlossen.

➔ Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 52:18 Stimmen abgelehnt.

§ 153e

Manuel **Brandenberg** hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig hier folgenden zusätzlichen letzten Satz einfügen möchte:
«Sie werden für den notwendigen Aufwand entschädigt.»
Es geht hier in diesem Absatz um die Mitwirkungspflicht des Privaten bei Bereinigungen, die ja vom Staat oft auch veranlasst werden. Es ist ja so, dass der Private gar nicht immer ein Interesse daran hat und dann hier Dokumente, Auskünfte usw. dem Staat geben muss. Das kann schnell Aufwand verursachen, möglicherweise muss man den Treuhänder belästigen, bei ihm Dokumente beschaffen. Das kann sofort einige Stunden Aufwand geben und auch etwas kosten. Wenn der Staat selber für seine Amtshandlungen 180 Franken pro Stunde verlangt, obwohl er ja Steuern einzieht, sollte doch auch der Private, wenn er schon verpflichtet wird, auch etwas zu tun, diesen Aufwand entschädigt erhalten. Deshalb dieser Satz. Bitte stimmen Sie diesem Antrag im Sinne einer bürgerfreundlichen Gesetzgebung zu.

Eugen **Meienberg** hält fest, dass auch dieser Antrag in der Kommission mit 10:3 Stimmen abgelehnt wurde. Die Kommission ist der Meinung, dass eine gewisse Mitwirkung von Privaten gratis geleistet werden soll. Schlussendlich gibt es ja auch da einen Profit, wenn es vielleicht auch nicht immer hauptsächlich im privaten Interesse liegt, hier mitwirken zu müssen. Zudem befürchtet man einen grossen Administrativaufwand, um überhaupt zu ermitteln, was denn dem Privaten verrechnet werden kann. Daher die Ablehnung der Kommission.

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass wir uns bei diesem Paragraphen im Bereich der Bereinigung befinden. Das Bereinigungsverfahren ist von höchstem Interesse für die Privatpersonen. Es gibt nichts Mühsameres, als wenn das Grundbuch nicht aktuell ist. Möchtest du über dein Grundstück verfügen, musst du zuerst immer mühsame Bereinigungsverfahren durchführen. Darum ist die Interessenlage sehr gross für die Privaten, dass der Staat diese Bereinigungen durchführt. In der Interessenabwägung ist es wichtig, dass man den Staat nicht unnötig belastet, wenn ja Einrichtungen ganz im Interesse der Privatpersonen liegen. Darum wäre es aus Sicht des Votanten nicht richtig, hier die Privaten noch zu entschädigen. Es kommt dazu, dass wir in der Schweiz zusammen mit Österreich und Deutschland ein einmaliges System haben mit diesem Grundbuch. Es ist wirklich eine Institution, die voll im Interesse der Privaten ist. Das ist eine staatliche Tätigkeit, die nun wirklich dem Privaten dient, Finanzen aufnehmen zu können. Es wäre da wirklich verfehlt, von Staatstätigkeit zu sprechen. Es ist eine Tätigkeit, die der Staat zwar erbringt, die aber voll im Interesse der Privatwirtschaft und der Grundeigentümer ist. In diesem Sinn haben die Privaten auch ihren Teil beizutragen.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass sehr viele Handlungen des Staates eine Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner brauchen. Denken wir den Antrag mal etwas weiter. Wie soll die Finanzdirektion die Steuern einziehen können, ohne dass jemand die Steuererklärung ausfüllt? Müssen wir die Einwohnerinnen und Einwohner entschädigen, dass die Steuererklärung ausgefüllt wird? Will jemand ein Fischereipatent, brauchen wir die Angaben. Es braucht eine Mitwirkung der Personen, die etwas möchten. Das würde zu ziemlich absurden Situationen führen. Der Mehrwert liegt hier zweifellos bei den Privatpersonen. Warum soll denn die Allgemeinheit mit Steuergeldern die Mitwirkung von einzelnen Privatpersonen bezahlen? Es geht ja nicht um eine riesige Mitwirkung. Die Direktorin des Innern hat bei ihrem Amt nachgefragt. Es braucht längst nicht bei allen eine Mitwirkung. Und dort, wo es eine braucht, geht es um etwa zwei Stunden, inklusive Reisezeit zum Amt, wenn das nötig ist. Es ist also wirklich eine kleine Mitwirkung. Und nur bei Personen, die Verträge vielleicht nicht ganz eindeutig haben, wo die Grundbucheintragung nicht ganz klar ist und das Amt nachfragen muss. Also wenn man jetzt diese Mitwirkung im Nachhinein entschädigen würde, würde man auch Personen bestrafen, die dazumal klare Verträge abgeschlossen und zur Grundbucheintragung angemeldet haben. Das kann es nicht sein. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab!

Manuel **Brandenberg** möchte eine kleine Änderung vornehmen an der Formulierung des Antrags, weil die SVP-Fraktion auch der Auffassung ist, dass es für Einzelfälle, wo der Private wirklich gegenüber dem Staat ein weniger grosses Interesse und zusätzlich viel Aufwand hat, möglich sein sollte, eine Entschädigung zu leisten. Deshalb die neue Formulierung, die eine Kann-Vorschrift ist:
«Sie können für den notwendigen Aufwand entschädigt werden.»
Da hat der Staat dann das Ermessen, zu sagen, in diesem Einzelfall zahlen wir dem Privaten etwas, es wäre stossend, wenn er so viel Aufwand gehabt hat.

➔ Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 53:18 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2025.5 – 13858 enthalten.

211 Übernahme von Forderungen aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung, des Gesetzes betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung und des Steuergesetzes)

Traktandum 10 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2047.1/.2 – 13763/64) und der Kommission für Gesundheitswesen (Nr. 2047.3 – 13822).

Die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart wird hier von Landschreiber Tino Jorio abgelöst.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Stawiko dieses Geschäft nicht beraten hat, da es keine finanziellen Auswirkungen für den Kanton hat.

Vroni **Straub-Müller** hält fest, dass die Kommission für Gesundheitswesen die Vorlage am 30. Mai an einer Halbtagessitzung beraten hat. Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich wiederum um die Umsetzung einer Bundesregelung und es hat demzufolge kantonale Gesetzesänderungen zur Folge. Die Votantin verweist hier auf Bericht und Antrag der Kommission für das Gesundheitswesen. Eintreten war unbestritten und einstimmig. Vroni Straub dankt der Kommission herzlich für ihre engagierte und disziplinierte Arbeit und der Gesundheitsdirektion für die kompetente Unterstützung.
Zwischen der Kommissionssitzung und der heutigen Kantonsratssitzung liegen die Sommerferien, deshalb in Kürze, worum es geht. – Der revidierte Artikel 64a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherungen erlaubt es den Krankenkassen künftig, uneinbringliche Forderungen zu 85 % der öffentlichen Hand in Rechnung zu stellen. Diese Regelung tritt voraussichtlich 2012 in Kraft. Gemäss regierungsrätlicher Vorlage ist es vorgesehen, dass im Kanton Zug die Gemeinden diese Forderungen übernehmen. Da es sich wie schon gesagt um die Umsetzung von Bundesrecht handelt, haben wir in der Kommission «lediglich» politisch zu entscheiden, wer bezahlt.
Und in der Tat hat die Kommission über drei Punkte intensiv diskutiert, nämlich wer finanziert die Forderungen der Krankenversicherer, wer finanziert die Durchführungsstelle, welche Kriterien gelten für die Aufnahme auf eine sogenannte schwarze Liste.
Beim Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung § 5 Abs. 2 wird der Antrag gestellt, dass die Übernahme dieser uneinbringlichen Forderungen durch den Kanton geschehen soll. Gemäss Vernehmlassung wird die vorgeschlagene Finanzierung durch die Gemeinden von allen Parteien und mit einer Ausnahme von allen Bürgergemeinden unterstützt. Die Einwohnergemeinden hingegen lehnen sie einheitlich ab. Auch in der Kommission setzte sich der Vorschlag der Regierung mit 10:1 und einer Enthaltung durch. Das Argument, dass die Gemeinden näher bei den Einwohnerinnen und Einwohner sind und somit Bürgernähe und minimales staatliches Handeln vorliegt, hat die grosse Mehrheit der Kommission überzeugt.
Grundsätzlich stehen Versicherungsleistungen nur denjenigen Personen zu, welche auch ihre Prämien bezahlen. Neu werden 85 % der uneinbringlichen Prämien vom Staat getragen, der automatische Leistungsaufschub entfällt. Die Gemeinden werden im Gegenzug ermächtigt, Versicherte, die von den Kassen betrieben werden und nicht aktiv bei der Problemlösung mithelfen, auf eine sogenannte schwarze Limite zu setzen. Diskutiert wurde in der Kommission, ob alle Versicherten mit Ausständen automatisch auf diese Liste gesetzt werden sollen oder ob die Listenplatzierung erst nach Vorliegen eines Verlustscheins erfolgen soll. Mit 10:2 Stimmen stimmte die Kommission der Version des Regierungsrats zu, der den Gemeinden freie Hand lassen will, zu welchem Zeitpunkt sie die Listenplatzierung anordnet.
Neu schreibt Art. 64a Abs. 3 des KVG vor, dass der Kanton eine Behörde zu bezeichnen hat, welche den Informationsfluss mit den Versicherern betreffend die ausstehenden Forderungen sicherstellt und die Zahlungen abwickelt. Es ist vorgesehen, dass im Kanton Zug der Kanton im Einvernehmen mit den Gemeinden eine zentrale Durchführungsstelle bezeichnet. Es wurde in der Kommission ein Antrag gestellt, dass der Kanton die Kosten dieser Durchführungsstelle, einer rein administrativen Stelle, tragen solle, da er sie ja auch bezeichne. Der Antrag für diese Kostenübernahme durch den Kanton wurde ebenfalls abgelehnt.
Beim Gesetz betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung gab § 11 Abs. 2 Anlass zu Diskussionen. Es wurde ein Antrag gestellt,

keine Fristen mehr zu nennen um den Gemeinden zu ermöglichen, jederzeit auch rückwirkend die Prämienverbilligung einzufordern. Es könne nicht sein, dass die Gemeinden nichtbezahlte Prämien für Personen übernehmen müssten, welche die Prämienverbilligung nicht abgeholt haben. Mit 9:3 Stimmen sprach sich die Kommission dagegen aus, das die Gemeinden für Versicherte, gegen die ein Verlustschein vorliegt, die Prämienverbilligung rückwirkend geltend machen können.
In der Schlussabstimmung wurde der Vorlage mit 10:1 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Die Kommission für das Gesundheitswesen beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr ohne Änderungen zuzustimmen. – Die AGF wird der Vorlage ebenfalls grossmehrheitlich zustimmen.

Hubert **Schuler** weist darauf hin, dass mit der Bundesänderung im Bereich der Übernahme von Forderungen aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung Kosten von den Versicherern der öffentlichen Hand aufgebürdet werden. Nach dem Ausstellen eines Verlustscheins durch das Betreibungsamt müssen neu die Kantone und Gemeinden 85 % der gesamten Kosten (Prämienausstände, Zinsen, Betreibungs- und Mahnkosten) übernehmen. Die möglichen Sanktionen gegenüber den Schuldnern sind hingegen marginal. Eine schwarze Liste wird Nichtprämienzahlende nicht beeindrucken, solange sie gesund sind und keine ärztliche oder stationäre Betreuung benötigen. Positiv ist neu, dass die Ausgleichskassen die Prämienverbilligungen für Ergänzungsleistungsbeziehende direkt an die Krankenkassen überweisen dürfen. Damit wird ein kleines Segment von Missbrauch ausgeschaltet.
Der Spielraum für den Kanton ist relativ eng, da der Bund viele Vorgaben bestimmt. Dass die Gemeinden die uneinbringlichen Forderungen übernehmen, ist eine Möglichkeit. Hier werden erneut den Gemeinden Kosten aufgebürdet, welche bis anhin nur sehr beschränkt anfielen. Es ist grundsätzlich auch nicht Aufgabe der Gemeinden, diese Prämienausstände zu übernehmen, denn im Sozialhilfegesetz ist explizit aufgeführt, dass solche Prämien nicht als wirtschaftliche Sozialhilfe gelten. Die Gemeinden übernahmen bis anhin nur Ausstände, wenn die Leute Ansprüche auf Sozialhilfe haben. Auf der anderen Seite erhält der Kanton ja für die Prämienverbilligung auch Pauschalbeiträge vom Bund. So könnte auch der Kanton diese uneinbringlichen Forderungen über das System Prämienverbilligung finanzieren.
Die zentrale Durchführungsstelle übernimmt eine sinnvolle Aufgabe. Wer diese Stelle bestimmt und bezahlt, ist jedoch ein politischer Entscheid. Hier sollte der Geist der Zuger Finanz- und Aufgabenreform berücksichtigt werden.
Die Handhabung dieses Gesetzes liegt jedoch nun bei den Gemeinden, notabene 22 Gemeinden, denn die Bürgergemeinden sind für ihre Bürgerinnen und Bürger selbstverantwortlich. Wie die Landschaft der Anwendungen in einigen Jahren im Kanton Zug aussehen wird mit diesen unterschiedlichen Anwendungen, will sich der Votant lieber nicht ausmalen.
Wie weit eine schwarze Liste Schuldner überzeugt, die Prämien zu bezahlen steht in den Sternen. Mit der Vorlage der vorberatenden Kommission hat die schwarze Liste für die Gemeinden den einzigen Zweck, mögliche Prämienverbilligungsguthaben einfordern zu können.
Bei der Finanzierung wurde die Übernahme von «alten» Forderungen ausgeklammert. Es besteht keine Pflicht, diese Kosten zu übernehmen. Nur, was geschieht damit? Solange diese Ausstände nicht bezahlt sind, werden die Krankenkassen Leistungssperren verfügen. So müssen über Jahre hinweg zwei verschiedene Systeme angewendet werden. Es wäre konsequenter und schlussendlich weniger

arbeitsintensiv und unter dem Strich finanziell günstiger, wenn wirklich ein Schlussstrich gezogen und alle Forderungen bezahlt würden.

Daniel **Eichenberger** hält fest, dass die SVP-Fraktion der durch das KVG induzierten Übernahme von Forderungen aus der obligatorischen Krankenversicherung durch den Kanton oder die Gemeinden skeptisch gegenübersteht. Einerseits handelt es sich um eine weitere Entfernung des Schweizer Gesundheitssystems von den Prinzipien einer einigermassen freien Marktwirtschaft. Dass diese Prinzipien im Gesundheitswesen ohnehin vielfältig und gravierend verletzt werden, ist kein Grund, weiter in Richtung Verstaatlichung und Planwirtschaft zu gehen.
Andererseits besteht das Risiko, dass durch die 85 %-ige Verlustübernahme durch den Staat für alle übrigen Beteiligten die Motivation zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Vermeidung von Verlusten erheblich reduziert wird.
Dennoch unterstützt die SVP-Fraktion grossmehrheitlich die Vorlage der Zuger Regierung und folgt dem Bericht und Antrag der Kommission für das Gesundheitswesen. Namentlich befürworten wir die Übernahme der Forderungen wie auch der Kosten der Durchführungsstelle durch die Gemeinden. Die Gemeinden weisen die grösste Nähe zu ihren Bürgerinnen und Bürgern auf und sind ähnlich wie beim Fürsorgewesen am besten geeignet, individuelle Probleme Einzelner anzugehen. Diese Bürgernähe hat sich im Kanton Zug bestens bewährt.
Auch mit der Regelung des allfälligen Leistungsaufschubes ist die SVP grundsätzlich einverstanden. Wir halten aber fest, dass wir in diesem Bereich eine konsequente Handhabung von Seiten der Gemeinden beziehungsweise der Durchführungsstelle erwarten und der Druck auf säumige Prämienzahler stets aufrecht erhalten werden muss. Gerade für solidarische soziale Systeme ist die Erhaltung der Glaubwürdigkeit besonders wichtig. Dazu gehört, dass die grosse Mehrheit der pflichtbewussten und ehrlichen Versicherungsnehmer sich niemals ausgenutzt vorkommt durch eine allzu lasche Behandlung säumiger oder unwilliger Beitragszahler. Es darf keinesfalls soweit kommen, dass ausstehende Prämienzahlungen für den säumigen Versicherten folgenlos bleiben, weil die Gemeinde einspringt.

Irène **Castell-Bachmann** hält fest, dass natürlich auch die FDP-Fraktion für Eintreten ist, obwohl die umzusetzende Bundesvorlage alles andere als liberal ist. Aber wir haben keine andere Möglichkeit. Die FDP-Fraktion wird bei § 5f noch einen neuen Antrag stellen.

Silvia **Thalmann** hält fest, dass die CVP für Eintreten auf die Vorlage ist; sie wird ihr in der von Regierungsrat und Kommission vorgeschlagenen Fassung zustimmen. Sowohl die Umsetzung der neuen Regelung wie auch deren Finanzierung sollen durch die Gemeinden erfolgen. Dafür spricht nicht nur die Tatsache, dass die Gemeinden bereits heute bei ausgewiesener Bedürftigkeit Krankenkassenprämien übernehmen, sondern auch die Nähe zu den Bürgern, insbesondere jener, die Sozialhilfe beanspruchen. Wer zahlt, befiehlt. Gemäss diesem Grundsatz ist es korrekt, dass die Gemeinden die Durchführungsstelle bestimmen können.
Eine klare Haltung vertritt die CVP in Sachen «Listenführung». Wer seine Krankenkassenprämien nicht zahlt und zur Klärung des Missstands nichts beiträgt, soll nur noch jene Krankenkassenleistungen beanspruchen dürfen, die zwingend notwendig sind. Ob die Aufnahme auf die Liste für den Leistungsaufschub bereits bei der Be-

treibung oder erst bei Vorliegen des Verlustscheins erfolgt, entscheiden die Gemeinden.
Das Einfordern von Vergünstigungen von Krankenkassenprämien beim Kanton muss einheitlich sein. Heute gilt die Regelung, dass eine Reduktion für das laufende Jahr geltend gemacht werden kann. Rückwirkend ist dies nicht möglich. Dies soll auch in jenen Fällen gelten, bei denen die Gemeinden die Krankenkassenprämien aufgrund der heute zu beratenden Vorlage übernehmen müssen.
Entsprechend diesen Überlegungen empfiehlt die CVP-Fraktion Zustimmung zur Vorlage.

Philip C. **Brunner** weist darauf hin, dass die Fraktionssprecher ihr ungutes Gefühl ausgedrückt haben. Aber eigentlich hat niemand genannt, wer eigentlich Schuld ist am ganzen Debakel. Der Votant erklärt, weshalb es ein Debakel ist.
Das ist in Bern entschieden worden. Dort rennen diese Krankenkassen-Lobbys im Parlament herum und flüstern unseren Parlamentariern ein. Dann wird das Problem auf die Bahn gelegt und dann einfach zu den Kantonen hinuntergespült, wo man sich dann am Schluss noch mit einer Frage letztlich auseinander setzen kann: Wer bezahlt, die Gemeinde oder der Kanton? Philip C. Brunner protestiert. Wenn Kollege Abt aus der Holzindustrie mit seinen Kollegen die Forderung aufstellen würde, dass sämtliche nicht bezahlten Rechnungen dieser Branche zu 85 % vom Staat übernommen würden, würde ein Gelächter ausbrechen und man würde sagen: Wo ist da das Unternehmerrisiko? Wo ist das Unternehmerrisiko der Krankenkassen? Das hohe Lied wird auf der bürgerlichen Seite angestimmt über die freien Krankenkassen, die da Werbung machen und behaupten, sie seien die Günstigsten und die Besten. Und wenn es darum geht, was viele kleinere und grössere Unternehmen machen müssen, nämlich säumige Zahler zu suchen und zu betreiben, so gehört das zum unternehmerischen Risiko der Krankenkassen. Und das wird hier elegant auf dem politischen Weg hier ins Parlament gespült. Wir können uns dann noch unterhalten, ob es die Gemeinde ist. Dem Votanten macht das Angst. Dass die Gemeinden immer diese Lasten tragen müssen, die eigentlich gar nicht von ihnen verursacht werden. Wir beklagen hier die steigende Bürokratie des Staates und winken gleichzeitig solche Regelungen durch. Wir müssen entscheiden über diese Frage und der Votant macht auch niemanden hier persönlich dafür verantwortlich, aber er wollte einfach über die Ursache reden. Und wenn die Linke kommt und sagt, wir wollen eine Einheitskasse machen auf diesem Gebiet, geht auf der bürgerlichen Seite das Lamento los, der freie Markt falle zusammen. Hier sehen Sie mal, wie der freie Markt in diesem «kranken System» überhaupt nicht funktioniert.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** hätte grösste Lust, nach dem Votum von Philip C. Brunner eine politische Auslegeordnung zu machen im Gesundheitswesen. Das lässt er sein und hofft, dass er das dann in Bern machen kann.
Er dankt für die gute Vorbereitung durch die Gesundheitskommission und die Fraktionen sowie auch für die positive Aufnahme durch die Votanten. Es wurde jetzt am Schluss ein wenig gejammert. Wir haben gehört, das Ganze sei antiliberal, es gehe in Richtung Verstaatlichung der Gesundheitspolitik. Aber es hat richtigerweise niemand die Konsequenz daraus gezogen und einen Nichteintretensantrag gestellt. Das würde auch nichts bringen. Wir haben hier wie an vielen Orten einen autonomen Nachvollzug von dem, was das Bundesparlament beschlossen hat.
Diese Zustimmung zeichnete sich bereits in der Vernehmlassung ab, wenn man vom Widerstand der Einwohnergemeinden gegen die Kostenübernahme absieht.

Diese scheinen sich aber mit dem sich abzeichnenden Entscheid abzufinden, wie der Gesundheitsdirektor am vergangenen Montag an der Gemeindepräsidentenkonferenz spüren konnte. Der grosse Widerstand scheint jetzt zahmer geworden zu sein, wenn nicht gerade gebrochen. Das ist allerdings eine subjektive Wahrnehmung. Er ist froh, dass auch die Einführung einer Liste – er spricht bewusst nicht von einer schwarzen Liste, dieses Wort hat er nie gebraucht –, welche nur den Leistungserbringenden, der Gemeinde und dem Kanton zugänglich ist, unbestritten war. Damit sind wir in guter Gesellschaft. Sieben Kantone (Luzern, Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Schwyz, St. Gallen und Thurgau) haben bereits eine solche Liste vorgesehen. Die Glarner Landsgemeinde ermächtigte den Regierungsrat ebenfalls, eine solche Liste einzuführen. In Ob- und Nidwalden und auch in Uri ist eine Einführung wahrscheinlich. In den jetzt nicht erwähnten Kantonen, das sind doch immerhin zehn, ist keine Liste vorgesehen. Joachim Eder zählt sich mit dem Kanton Zug zu den fortschrittlichen Kantonen. Und er ist dankbar, dass der Rat das auch so sieht.
Der dritte und letzte Punkt bei diesem Eintretensvotum ist, dass der Datenschutzbeauftragte nicht nur bei den Stichproben, die wir vorgängig gemacht haben, sondern auch bei der Erarbeitung der Vorlage mit einbezogen worden ist. Gegen die schliesslich getroffene und nun vorliegende Lösung hat er nicht weiter opponiert. Er schwieg qualifiziert, und das ist ja auch eine Zustimmung.
Der Gesundheitsdirektor dankt dem Rat für das Eintreten und die Zustimmung zu den Anträgen des Regierungsrats, welchen sich ja auch die vorberatende Kommission ohne Änderung angeschlossen hat.

EINTRETEN ist unbestritten.

IIb § 5f Abs. 1

Irène **Castell-Bachmann** stellt wie bereits angekündigt im Namen der FDP-Fraktion folgenden Antrag. Der Beginn des Absatzes soll lauten:
«Die zuständige Gemeinde *verfügt* für Versicherte, die (…).»
Begründung: Es ist nicht ersichtlich, warum in dieser Bestimmung ein doppeltes Ermessen eingeräumt werden soll. Das erhöht lediglich die Gefahr der Ungleichbehandlung in den einzelnen Gemeinden. Den Gemeinden wird bereits mit «sofern» ein Ermessen eingeräumt, und dies genügt. Es ist kein Fall ersichtlich, bei dem nicht aktiv um Abzahlung mitgewirkt wird und trotzdem ein Leistungsaufschub gewährt werden soll.

Hubert **Schuler** weist darauf hin, dass es hier darum geht, dass Leute, welche die Prämien bezahlt haben und betrieben werden, bereits auf die Liste kommen. Das sind nach den Berechnungen der Gesundheitsdirektion mit den Gemeinden Zug und Baar rund 2'000 Betreibungen pro Jahr. Das heisst, dass diese auf die Liste genommen werden müssen. Nachher, wenn die Betreibungen gelöscht werden oder erledigt sind, weil die Leute Vermögen oder Lohnpfändungen haben, müssen sie wieder aus der Liste entfernt werden. Der Votant beantragt im Namen der SP-Fraktion, dass es heisst:
«Die zuständige Gemeinde kann für Versicherte, denen vom Versicherer *ein Verlustschein ausgestellt wurde,* die Aufnahme in die Liste (…).»
Wir haben im ganzen Kanton rund 200 Verlustscheine pro Jahr. Das ist ein massiv geringerer Arbeitsaufwand.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** äussert sich zuerst zum Antrag seiner Fraktion. Dazu eine Vorbemerkung. In der Kommission ist ein gestellter Antrag nach der Diskussion zurückgezogen worden. Sie müssen Folgendes wissen: Bisher hatten die Kantone, welche dieses System eingeführt haben, den Automatismus. Das Bundesparlament hat nun beschlossen, diesen Automatismus aufzuheben. Staatspolitisch ist es deshalb fragwürdig, den Automatismus auf kantonaler Ebene wieder einzuführen. Rechtlich ist das selbstverständlich möglich.
Aus föderalistischer Sicht – Föderalismus sollte auch zwischen dem Kanton und den Gemeinden gelten – verletzt ein Automatismus das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz. Das heisst, wenn schon die Gemeinden zahlen müssen, sollen sie auch bestimmen können, wie die Umsetzung läuft. Es ist gerade die Stärke einer gemeindenahen Regelung, dass differenzierte Lösungen getroffen werden können. Der Gesundheitsdirektor glaubt, dass der Kantonsrat Vertrauen in die Gemeinden haben darf.
Aus wirkungstechnischer Sicht ist ein Automatismus der vom Regierungsrat vorgeschlagenen und von der Kommission übernommenen Regelung zudem deutlich unterlegen. Die Idee ist gerade, dass man mit einem Leistungsaufschub drohen kann und die Leute dadurch nach Möglichkeit zur Kooperation motiviert werden. Wenn sie das nicht tun, haben wir ja die Möglichkeit, sie auf die Liste zu nehmen. Wenn der Leistungsaufschub automatisch verfügt wird, entfällt dieses Druckmittel.
Administrativ birgt der Automatismus überdies die Gefahr von Leerläufen. Bei allen Leuten, die kooperieren, muss man ihn kurz darauf wieder aufheben. Das ist mit erheblichem Aufwand verbunden. Man verliert nichts, wenn man zuerst fragt und dann verfügt. Es ist übrigens auch ein Gebot rechtsstaatlichen Handelns, vor einer Verfügung zuerst den Sachverhalt abzuklären, zumal dieser – Kooperation oder nicht – entscheidend ist für den Fortbestand des Leistungsaufschubs.
Schliesslich – und dies ist ein ganz entscheidender Punkt – beinhaltet die aktuell flexible Lösung immer noch die Möglichkeit, die Praxis anzupassen, falls sich herausstellen sollte, dass ein verfügter Leistungsaufschub ohne Bezahlung der ganzen Schuld nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Zudem verhindert die Kann-Formulierung ja das Muss nicht. Die Gemeinde kann entscheiden. Umgekehrt könnte es aber sein, dass mit einer Muss-Formulierung die kleinsten Gemeinden zu etwas Unangemessenem gezwungen werden.
Joachim Eder ist mit der Schlussforderung des SVP-Sprechers absolut einverstanden: Wichtig ist, dass wir unkooperatives Verhalten sanktionieren. Dass wir aber auch Leute, die bereit sind zur Kooperation, «belohnen». Er hält also am Antrag des Regierungsrats fest, was den Antrag der FDP-Fraktion betrifft. Dieser Antrag überlässt den Gemeinden den notwendigen Spielraum, der in dieser Sache nötig ist.
Zum Antrag der SP-Fraktion ist zu sagen, dass Joachim Eder von dieser Äquivalenz gesprochen hat. Wenn die Gemeinden selber sagen, sie wollten das erst tun bei Vorliegen eines Verlustscheins anstatt bei einer Betreibung, dann möchte der Gesundheitsdirektor (ohne Absprache mit seiner Regierungskollegin und den Regierungskollegen) nicht vorschrieben, wie es sein soll. Tatsache ist einfach, dass es bei Betreibungen wie gesagt etwa 2'000 sind und bei Verlustscheinen etwa 200. Hier stellt sich einfach auch wiederum die Frage, ob wir das nicht den Gemeinden selbst überlassen wollen. So wie wir es hier haben, kann die Gemeinde entscheiden, wann sie das machen will, bei einer Betreibung oder bei Vorliegen eines Verlustscheins. Da wir nie etwas beantragen, von dem wir nicht überzeugt sind, hält Joachim Eder selbstverständlich am Antrag fest. Wir geben auch hier den Gemeinden die notwendige Flexibilität.

Hubert **Schuler** weist darauf hin, dass dieser Paragraph in der Kommission besprochen wurde, bevor der Entscheid der Prämienverbilligungs-Rückerstattung entschieden werden konnte. Der Votant hat sich in der Kommission für den Regierungsvorschlag eingesetzt. Jetzt aber im ganzen Paket macht es keinen Sinn, nur eine Kann-Formulierung reinzunehmen. Denn die Gemeinden werden alle auf die Liste nehmen, damit sie mögliche Prämienverbilligungen einfordern können.
Der Gesundheitsdirektor hat von «Druck machen» der Gemeinden gesprochen. Das machen wir immer. Nur ist es auf der anderen Seite wieder gefährlich, wenn der Votant entscheiden kann, ob jemand auf die Liste kommt oder nicht. Dann ist er unter Umständen auch unter Druck. Ihm als Sozialarbeiter und Leiter des Sozialdienstes wäre es lieber, wenn er sagen könnte: «Sorry, das ist ein Gesetz des Kantons.»

➔ Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 35:34 Stimmen angenommen.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 52:17 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2047.4 – 13857 enthalten.

212 Teilrevision des Gesetzes über die Steuern im Strassenverkehr

Traktandum 11 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1908.1/.2 – 13333/34), der Kommission (Nr. 1908.3 – 13738) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1908.4 – 13739).

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass aktuelle Strategie und Legislaturziel der Gesamtregierung einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und Energie beinhalten – auch beim Strassenverkehr. Bereits seit 1990 gibt es Bestrebungen von Regierung und bürgerlichen Kantonsräten für eine nach Umweltaspekten differenzierten Strassenverkehrssteuer. Es ist darum wirklich an der Zeit, dass der Kantonsrat heute nach 21 Jahren Stellung bezieht.
Wie kam es zu dieser Vorlage? Es waren Motionen von Rolf Schweiger, Heinz Tännler, Thomas Lötscher sowie von Thomas Villiger und Manuel Aeschbacher, die eine Lenkung über die Strassenverkehrssteuern zugunsten umweltgerechterer Fahrzeuge verlangten. Eine erste Regierungsvorlage, die viel weiter ging als der nun vorliegende regierungsrätliche Vorschlag, wurde 2006 durch den Kantonsrat abgelehnt. Die Regierung hat daraufhin diese moderatere Vorlage ausgearbeitet.
Der Kommissionspräsident möchte kurz aufzeigen, was die Regierung und was die Kommission will und welche finanziellen Auswirkungen ihre Entscheide hätten, sofern Sie eintreten auf die Vorlage.
Die Regierung will zwei Dinge: 1. Eine Steuererhöhung zur Sicherung der Strassenbaufinanzierung. 2. Eine Lenkung hin zu umweltgerechteren Fahrzeugen.
Zu 1. Die Regierung schlägt eine Steuererhöhung um rund 10 % vor. Dies nicht primär, um den Bonus zu finanzieren, sondern vor allem zur Sicherung der Strassen-Infrastruktur. Ohne diese Erhöhung würde die Spezialfinanzierung Strassen-

bau für die Projekte der 1. und 2. Priorität im Jahr 2033 ein Minus von 370 Millionen ausweisen, mit den 10 % Erhöhung auch noch ein Minus von 135 Millionen.
Zu 2. Die Regierung schlägt eine Lenkung hin zu umweltgerechteren Fahrzeugen mittels eines Malus/Bonus-Systems vor. Dies mit der Energieetikette des Bundes mit den Klassifizierungen von A bis G als Bemessungsgrundlage. Dies ist die zurzeit einzige praktikable und für Autokaufende nachvollziehbare Grundlage für eine ökologische Fahrzeugbeurteilung. Denn der Bund wird weder die Umweltetikette noch die C02-Etikette einführen. Einen Malus in Form eines unbefristeten Steuerzuschlags von 30 % würden Fahrzeuge der Kategorien F und G sowie alle Fahrzeug mit einem Hubraum von über 2'500 ccm erhalten. Einen Bonus würden Fahrzeuge der Kategorie A sowie Fahrzeuge mit alternativen Antrieben/Treibstoffen während der ersten drei Jahre nach Inverkehrsetzung erhalten – sie müssten nur die Mindestjahressteuer von 40 Franken zahlen.
Die Kommission will ebenfalls zwei Dinge. 1. Keine Erhöhung um 10 %. 2. Einen Anreiz für den Kauf umweltgerechterer Fahrzeuge einzig mit dem Bonus für Fahrzeuge der Kategorie A. Die Kommission will keinen Malus.
Zu 1. Wieso ist die Erhöhung nicht zu rechtfertigen? Die Finanzierung der Projekte der 1. Priorität ist gesichert. Dazu haben Sie auch die Kurve im Anhang des Stawiko-Berichts gesehen. Eine Erhöhung kommt für die Kommission erst in Frage, wenn die Projekte der 2. Priorität beschlossen sind und dann eindeutig ist, dass die Finanzierung nicht gewährleistet ist. Die Kommission will keine Steuererhöhung auf Vorrat. In der Detailberatung gibt es bei diversen Paragraphen Änderungsanträge der Kommission, welche zum Ziel haben, diese zehnprozentige Erhöhung nicht zu gewähren. Dies betrifft die §§ 11,13,15,16. In der Detailberatung würde der Votant den Rat jeweils mit: Achtung 10 %-Paragraph darauf aufmerksam machen.
Zu 2. Die Kommission sagt ja zum Bonus, nein zum Malus. Die Kommission erachtet es als richtig, Fahrzeuge der Energieetikette A sowie Fahrzeuge mit alternativen Antrieben/Treibstoffen mit einem Bonus zu belohnen. Nicht opportun sind jedoch Steuerzuschläge für energieineffiziente Fahrzeuge. Die Kommission setzt auf positive Anreize und will keine negativen. Schliesslich wolle man die Fahrzeugkaufenden überzeugen und nicht bestrafen.
Auf zwei Anträge der Kommission ausserhalb der Themen 10 %-Erhöhung und Malus/Bonus will Stefan Gisler noch kurz eingehen.
Bei den §§ 11/12 macht ihnen die Kommission beliebt, die Lieferwagen künftig nicht mehr nach Gewicht, sondern nach Hubraum zu besteuern. Ziel ist die Entlastung des Gewerbes. Das hätte eine Steuersenkung von 690'000 Franken zur Folge.
Und die Kommission ist bei § 9 gegen die künftige Indexierung der Steuersätze. Auch wenn die Regierung die seit 1986 aufgelaufene Teuerung um 47 % nicht ausgleichen will, will die Kommission der Regierung kein Instrument in die Hand geben, um ab 2012 über die Teuerung zusätzliche Steuererhöhungen zu generieren.
Noch ein Wort zur Motion Lötscher. Diese hat in der Kommission zu umfassenden Diskussionen und aufwändigen Abklärungen geführt Die Kommission beschloss mit 11:1 Stimmen, den von der Motion angestrebten Weg nicht zu beschreiten. Wieso? Heute wird ja nach Hubraum und Gewicht besteuert. Die Regierung will dies grundsätzlich so belassen und nur für den Malus/Bonus auf die Energieetikette zurückgreifen. Die Motion Lötscher hingegen verlangt einen Systemwechsel. Bemessungsgrundlage soll nur noch die Energieetikette sein. Die Kommission erachtet es als problematisch, dass 24 % der leichten Motorfahrzeuge bzw. über 14 % aller Personenwagen keiner Energieetikette zugeordnet werden können. Sie sind schlicht zu alt. Diese müssten weiterhin nach Gewicht/Hubraum besteuert werden. Das hätte zwei unterschiedliche Steuersysteme zur Folge.

Auch befürchtet die Kommission, ein Systemwechsel könnte das für die Strasseninfrastruktur benötige Steuersubstrat gefährden und zudem sei für Autokaufende unklar, wie viel Strassenverkehrssteuern sie dann zu zahlen hätten.
Soviel zum Inhaltlichen, am Schluss zu den Finanzen. Bitte beachten Sie die farbige Tabelle im Anhang des Kommissionsberichts. Sie zeigt Ihnen klar auf, welche Auswirkungen Ihre Entscheide haben. Und zwar pro Paragraph. Auch sehen Sie, welche finanziellen Folgen drei unterschiedliche Varianten haben. Heute nimmt der Kanton mit Strassenverkehrssteuern jährlich rund 28 Mio. Franken ein. Die Auswirkungen pro Variante im Jahre 2015 sehen Sie im letzten Block. Folgen Sie der Regierung (orange Kolonne), gibt es Mehreinnahmen von 2,1 Millionen. Folgen Sie der Kommission (gelb), gibt es Mindereinnahmen von 1,46 Millionen. Wählen sie den Mittelweg (blau), würde das Steuersubstrat mehr oder minder erhalten. Halten sie sich diese Tabelle vor Augen, wenn sie in der Detailberatung Entscheidungen treffen.
Dem Kommissionspräsidenten bleibt noch, der Sicherheitsdirektion sowie besonders dem Leiter des Strassenverkehrsamts, Markus Fehr, seinen Dank für die gute Zusammenarbeit auszusprechen. Ebenfalls dankt er den Kommissionsmitgliedern für ihre Inputs und engagiertes Mitmachen. Noch nie war er in einer Kommission, in welcher so unterschiedliche Meinungen aufeinander getroffen sind.
Aus der Zeitung entnahm Stefan Gisler, dass Kantonsrat und Kommissionsmitglied Pfister bedauerte, dass die Kommission keinen Kompromiss erarbeitet habe. Dem widerspricht nicht nur das 6:4 der Kommission zugunsten ihrer eigenen Variante, sondern auch das Beratungsresultat der Stawiko. Den einen geht der Kommissionsvorschlag zu weit, den anderen zu wenig weit. Wenn das kein Kompromiss ist! In diesem Sinne empfiehlt der Kommissionspräsident Eintreten und Annahme der Vorlage mit den Änderungen der Kommission sowie dann das Erledigt-Abschreiben der vier Motionen.

Gregor **Kupper**: Dass diese Vorlage aufgrund der Vorgeschichte auch in der Stawiko keinen leichten Stand haben würde, war ja vorauszusehen. Wir haben die Vorlage diskutiert und uns anfänglich vor allem darüber unterhalten, ob wir überhaupt eintreten wollen oder nicht oder rückweisen. Wir haben uns dann für Eintreten entschieden, weil wir der Meinung waren, dass es unsere Pflicht ist, die Vorlage auch einer Detailberatung zuzuführen. Das Resultat dieser Detailberatung können Sie dem Stawiko-Bericht entnehmen. Der Stawiko-Präsident verzichtet darauf, jetzt zu jedem Punkt Stellung zu nehmen. Stefan Gisler hat schon einige Ausführungen dazu gemacht. Er hat aber auch über die finanziellen Auswirkungen schon ausführlich informiert. Der Votant verzichtet auch hier darauf, seine Ausführungen zu wiederholen. Am Schluss der Beratung war es dann tatsächlich so, dass eigentlich alle mit dem Resultat unzufrieden waren. Gregor Kupper war aber doch überrascht, dass es gerade ein 6:0 für eine Ablehnung der Vorlage mit einer Enthaltung gegeben hat. Folglich beantragt die Stawiko, auf die Vorlage zwar einzutreten und diese zu beraten, damit wir überhaupt wissen, wie die Meinung des Rats aussieht, sie aber anschliessend abzulehnen. Ein wichtiges Anliegen ist der Stawiko allerdings, dass damit mal diese vier alten Motionen beerdigt, das heisst als erledigt abgeschrieben werden, damit wir die Grundlage schaffen, in diesem Bereich allenfalls neue Vorstösse einzureichen.

Hubert **Schuler** erinnert daran, dass vier verschiedene Vorstösse mit sinnvollen ökologischen Anliegen aus der bürgerlichen Mitte eingereicht wurden. Damit sollte

der Regierungsrat die Steuern im Strassenverkehr so umbauen, dass Leute, welche ihre individuelle Mobilität möglichst nach ökologischen Kriterien abdecken wollen, auch eine finanzielle Entlastung erhalten sollten. Denn diese Rücksichtnahme auf die Menschen und die Umwelt ist in der Regel teurer. Die Regierung versuchte nun mit der zweiten Vorlage, diesen Ansprüchen gerecht zu werden. So sollen Halter von umweltbelastenden Fahrzeugen steuerlich stärker zur Kasse gebeten werden. Auf der anderen Seite sollen jedoch diejenigen, welche umweltschonende Fahrzeuge kaufen, entlastet werden. Die Idee der Steuerindexierung ist absolut richtig. In jeder Bauvorlage wird explizit der Bauindex aufgeführt. Hier werden die Kosten indexiert, was sinnvoll und vernünftig ist. Wenn aber die Steuern für den Strassenverkehr indexiert werden sollen, wird von der Stawiko und der vorberatenden Kommission erklärt, dass keine Steuern auf Vorrat eingezogen werden sollen. Das gleiche Argument wird aufgeführt, wenn die Steuern um 10 % erhöht werden sollen, damit die zukünftigen Strassenvorhaben finanziert werden können. Die Berechnung der Regierung zeigt auf, dass wenn die Vorhaben der 1. und 2. Priorität realisiert werden, ohne die 10 % Steuererhöhung im Jahr 2033 ein Loch von 370 Mio. Franken klafft. Mit der Steuererhöhung wäre das Loch etwas kleiner, aber immer noch bei 135 Mio. Franken. Da kann man sich schon fragen, wo das Finanzgewissen der Stawiko geblieben ist. Vermutlich gut versorgt im Kofferraum des eigenen Autos.
Mit der schlecht überarbeiteten Vorlage der vorberatenden Kommission können und wollen wir von der SP nicht leben. Aus diesem Grund stellt Hubert Schuler den Antrag auf Nichteintreten. Die vier Motionen sollen jedoch als erledigt abgeschrieben werden, so dass das Parlament neu starten kann.

Für Andreas **Hürlimann** ist nur schwer nachvollziehbar, was wir mit dieser Vorlage erleben. Da haben wir im Kanton Zug nachweislich eine der durstigsten Fahrzeugflotten schweizweit, 1986 wurde das Gesetz über die Steuern im Strassen das letzte Mal revidiert (und seit da ist doch Einiges passiert und es bestünde Handlungsbedarf), es gab diverse bürgerliche Vorstösse in Richtung einer Ökologisierung der Fahrzeugsteuern – und dennoch scheint keine mehrheitsfähige Lösung wegen der bürgerlichen Blockadehaltung in der emotionalen Sache Auto möglich.
Nachdem der Regierungsrat bereits 2006 mit einer viel strikteren Vorlage zur Ökologisierung der Steuern im Strassenverkehr gescheitert war, kann man von der jetzigen regierungsrätlichen Vorlage bereits von einer Kompromissvorlage sprechen. Diese wurde gegenüber der ersten Vorlage verwässert, und griffige Lenkungsmassnahmen zugunsten der Umwelt fehlen. Dies haben die Alternativen Grünen auch bereits in der Vernehmlassungsantwort bemängelt. Dennoch wären wir zu einem Kompromiss bereit und stimmen im Sinne eines kleinen Schrittes in Richtung Ökologisierung im Bereich Strassenverkehr für Eintreten und wir würden der Teilrevision gemäss Version der Regierung auch zustimmen.
Was für den Votanten persönlich noch erstaunlicher ist: Nicht einmal die reine Steuersenkungsvorlage der vorberatenden Kommission stösst irgendwo auf Gegenliebe. Nicht dass eine solche Vorlage in den Reihen der Grünen befürwortet würde, aber es scheint neben dem reinen ideologischen Argumenten in Steuersenkungs-Debatten noch eine wichtigere Ideologie bei den bürgerlichen Fraktionen zu geben, nämlich alles ökologische Grüne im Bereich der individuellen Mobilität mit Autos zu verhindern.
Der Regierungsrat führt in seiner Vorlage aus, dass er mit ihr zwei Hauptziele verfolgt:

1. Ein ökologischer Lenkungseffekt zu Gunsten umweltschonender Fahrzeuge
2. Die Sicherung der Finanzierung der Strasseninfrastruktur im Kanton Zug

Daraus ergibt sich ein Anreizsystem mittels Bonus/Malus-System zweckst Steuerung weg von energieineffizienten hin zu energieeffizienten Fahrzeugen. Die AGF tritt hier für einen Steuerzuschlag bei den Energieeffizienzklassen E, F und G ein.
Im Kanton Zug sind viele teure Strassenbauprojekte in Planung – nicht nur in der ersten Priorität, auch die restlichen Prioritäten werden wohl gebaut werden müssen. Von da her ist die Aussage im Stawiko-Bericht mit der schönen Grafik zur Finanzierung der Vorhaben der 1. Priorität eher wenig aussagekräftig. Zur Sicherung der Spezialfinanzierung erachtet die AGF darum eine 10 %ige Erhöhung als moderat. Dies würde das Minus in der Spezialfinanzierung etwas drosseln. Der Kommissionspräsident hat die genauen Zahlen bereits erwähnt. Dabei ist zu bemerken, dass das Malus/Bonus-System nichts mit der eigentlich 10 %igen Erhöhung zu tun hat. Man kann also für das eine oder für das andere sein.
Auch etwas geschmunzelt hat der Votant über die Aussage von Martin Pfister, die vorher schon vom Kommissionspräsidenten erwähnt wurde. Er gibt der vorberatenden Kommission eine gewisse Hauptschuld. Ihre Arbeit sei kein Ruhmesblatt für den Kantonsrat. Denn sie habe es nicht fertig gebracht, eine mehrheitsfähige Lösung zu erarbeiten. Niemand sei bereit gewesen, einen Schritt zu machen. Diese Aussage erstaunt den Votanten doch sehr. Denn ein Schritt wurde bereits gemacht. Es scheint fast so, als blende Martin Pfister hier die Vorgeschichte gänzlich aus. Denn nach der strikteren regierungsrätlichen Vorlage von 2006 kann man bei der aktuellen Vorlage wirklich von einem Kompromiss sprechen. Dass die CVP und mit ihr die FDP und wenig überraschend auch die SVP jedoch nicht einmal diese klitzekleine Lenkung hin zu einer etwas grüneren Ausgestaltung der Steuern im Strassenverkehr wollen, zeigt nur Eines: Von der Umweltpolitik in diesem Bereich haben sich die bürgerlichen Parteien verabschiedet! All die schönen Vorstösse von bürgerlichen Politikern hören sich zwar ab und zu gut an in den Medien – schaut her, auch wir sind für Umweltschutz im Strassenverkehr – wenn es dann aber wirklich darauf ankommt, scheinen all die schönen Worte vergessen. Schade!
Die Bevölkerung will, dass die Politik endliche mit der Energieeffizienz vorwärts macht. Dies zeigt nicht zuletzt auch die Abstimmung in der Stadt Zug zur 2'000-Watt-Initiative. Energie sparen ist sinnvoll, schnüren wir also ein Sparpaket, senken wir den Energieverbrauch und treten Sie auf diese Kompromissvorlage des Regierungsrats ein. Die AGF ist hier zu einem Kompromiss bereit und würde der Vorlage des Regierungsrats zustimmen, falls sie nicht noch weiter verwässert wird.

Thomas **Villiger** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er arbeitet im Autogewerbe in einem Garagenbetrieb in Hagendorn. – Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag auf Nichteintreten und Abschreiben der Vorlage.
Begründung: Wir wollen keine allzu starke Regulierung durch den Staat beim Kaufentscheid eines Motorfahrzeugs. Den Kaufentscheid soll jeder Bürger selber tätigen und er soll selber entscheiden können, ob er ein Fahrzeug in der Kategorie A, F oder was auch immer erwerben will. Schon gar nicht wollen wir diejenigen bestrafen, die Fahrzeuge in der Kategorie F oder G kaufen müssen, weil sie es brauchen und keine Alternativen vorhanden sind. Seien dies grosse Familien, die viel Platz brauchen, oder Gewerbetreibende, die das Fahrzeug als Arbeitsgerät zum Ziehen und Transportieren von Lasten gebrauchen.
Weiter sind die eingereichten Vorstösse mittlerweile so veraltet, dass sie schon lange technisch überarbeitet worden sind. Beispielsweise spricht heute niemand mehr von der Euro 4 Abgasnorm, heute reden wir von Euro 6 und denken schon an

Euro 7. Wenn sie wirklich etwas tun wollen, um das ökologische Gewissen zu beruhigen, dann kaufen sie neue Autos und lassen die alten wiederverwerten! Danke für die Unterstützung.

Thomas **Lötscher** meint, die Regierungsvorlage sei ein Kind, wie es nur eine Mutter lieben könne. Es erstaunt denn auch nicht, dass in der Vernehmlassung und in der Kommissionsberatung sich kaum jemand dafür erwärmen konnte. Zwar hatten alle Parteien in ihren Vernehmlassungen mehr oder weniger deutlich gefordert, in die Motorfahrzeugbesteuerung seien ökologische Anreize aufzunehmen. Als es in der Kommissionsberatung um die konkrete Umsetzung ging, wurde allenthalben zurückgekrebst und es zeigte sich, dass niemand mehr den Pelz waschen wollte, als klar wurde, dass er dabei nass werden könnte. Selbstverständlich gab es Kreise, die gerne noch weiter gegangen wären als die Regierung. Aber angesichts der Mehrheitsverhältnisse war das von Beginn weg keine ernst zu nehmende Strategie für eine Entlastung der Umwelt. Wenn der Votant bei der Regierungsvorlage von einem ungeliebten Kind spricht, dann kann man die Kommissionsvariante mit Fug und Recht als Totgeburt bezeichnen. Es zeigte sich einmal mehr das bekannte Dilemma bei Umweltfragen: Grundsätzlich sind alle für Umweltschutz, aber konkret will sich niemand einschränken.
Vor diesem Hintergrund erachtet es die FDP-Fraktion als ehrlich und konsequent, wenn wir hier die Übung abbrechen, zumal eine Steuererhöhung derzeit unnötig ist. Wir beantragen deshalb Nichteintreten auf die Vorlage. Ergänzend dazu laden wir die Regierung ein, uns nach dem Nichteintreten eine Vorlage auszuarbeiten zur Abschreibung der hängigen Vorstösse. Ersparen wir uns ein langwieriges Flickwerk, um am Schluss die Vorlage zu beerdigen, wie dies Kommission und Stawiko durchexerzierten.
Gestatten Sie Thomas Lötscher noch eine sehr kurze Ausführung zu seiner hängigen Motion: Als er sie vor acht Jahren einreichte, war er überzeugt, damit eine gute Lösung für eine Verbrauchsreduktion gefunden zu haben. Er glaubt heute noch daran. Aber die Kommissionsberatung hat gezeigt, dass sie nicht mehrheitsfähig ist. Auch von linker Seite erfuhr sie keine Unterstützung. Er wird deshalb auch nicht mehr weiter dafür kämpfen.
Zusammengefasst empfiehlt die FDP-Fraktion, auf die Vorlage nicht einzutreten und bei nächster Gelegenheit die hängigen Vorstösse abzuschreiben. Und der Votant weiss wirklich nicht, ob er je bei einem verkehrspolitischen Thema gleicher Meinung war wie die SP. Aber hier ist er es.

Martin **Pfister** meint zum Sprecher der AGF, man könne den Mund voll nehmen, wenn man weiss, dass man die Konsequenzen nicht tragen muss. Wenn man die Vernehmlassungen und Protokolle liest, sieht man, dass auch auf Seiten der AGF letztlich die Kompromissbereitschaft nicht vorhanden war. Zu Stefan Gisler muss man sagen, die Qualität eines Kompromisses hängt davon, ob er mehrheitsfähig und tragfähig ist. Wenn man heute das Resultat sieht, muss man feststellen, dass von einem Kompromissvorschlag sicher nicht die Rede sein kann. Auch in diesem Sinn würde der Votant dem Kommissionspräsidenten eher Bescheidenheit empfehlen.
Ist die Höhe der Motorfahrzeugsteuer wichtig? Nein, wohl eher nicht. Ist die Höhe der Motorfahrzeugsteuer im Kanton Zug umstritten? Ja, und zwar sehr. Ist die Art und Weise der Behandlung dieses Geschäfts noch verhältnismässig? Nein, und zwar ganz und gar nicht. Der Anteil der Motorfahrzeugsteuern an den Gesamtkos-

ten eines Fahrzeugs beträgt nicht einmal zehn Prozent und die Höhe dieser Steuer eignet sich über Monate als emotionales politisches Thema Nummer eins. Wo bleibt da das Mass?
Nach der Lektüre der Berichte der vorberatenden Kommission und der Stawiko ist klar; diese Heilige Kuh wird versenkt, nicht in den Wellen des Ganges sondern ganz bieder in der heimischen Lorze. Die Revision des Gesetzes scheiterte nicht am Regierungsrat, wie den Schlagzeilen unserer Regionalzeitung entnommen werden konnte. Dieser legte uns eine in der Wirkung harmlose, aber fein austarierte und bei gutem Willen auch mehrheitsfähige Lösung vor. Er löste dabei Aufträge aus den vier Motionen ein. Aber wenn man vom Individualverkehr spricht, scheint die eine Ratshälfte nur an Bonus-Bonus-Bonus und die andere Ratshälfte nur an Malus-Malus-Malus zu denken. Es fehlte dieser Kommission am elementaren Willen, eine Lösung zu finden. Zu dieser missratenen Kommissionsberatung passte, dass der Kommissionspräsident dann noch geschlagene sechs Monate brauchte, um seinen Bericht zu verfassen. Wenn eine solche Kommissionsarbeit Schule macht, dann geht unser Kanton schwierigen Zeiten entgegen.
Wir müssen heute festhalten, dass zwar praktisch alle Parteien von Ökologie sprechen aber niemand wirklich eine ökologische Reform der Motorfahrzeugsteuern möchte, die auf Anreizen basiert. Und eine Steuersenkung, wie sie die vorberatende Kommission vorschlägt, können wir uns nicht leisten, wenn wir an die grossen Strassenbauprojekte der nächsten Jahre – allen voran die Tunnels in Zug und in Unterägeri – denken.
Die CVP-Fraktion beantragt deshalb, auf den regierungsrätlichen Vorschlag nicht einzutreten. Wir beantragen jedoch auch, die vier bereits erheblich erklärten Motionen zu dieser Thematik dennoch materiell zu behandeln und sie anschliessen nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben. Wenn die Anliegen der Motionäre wieder aufgegriffen werden sollen, müssen neue Vorstösse eingereicht werden.

Silvan **Hotz** kann den Unmut seiner Vorredner zum Teil verstehen. Die zwei Kommissionssitzungen haben sich mit der achtmonatigen Pause dazwischen zu stark in die Länge gezogen. Und dann brauchte der Präsident noch einmal sechs Monate, bis sein Bericht endlich fertig war. Das kann nicht sein und zeigt ganz klar eine oder seine Verzögerungstaktik. Und trotzdem verwehrt sich der Votant, denn so schlecht hat die Kommission an ihren beiden Sitzungen dann doch nicht gearbeitet. Auch er war oder ist mit der Regierungsratsvorlage nicht einverstanden. Aber die Kommission hat sie korrigiert, und das ist legitim. Nicht einverstanden mit der Vorlage ist er, weil der Regierungsrat weiterhin zuviel Steuern auf Vorrat erheben will.
Zur Erinnerung: Wir hatten 2006 vier Motionen erheblich erklärt. Drei der vier Motionen wollten eine Steuervergünstigung von emissionsarmen Fahrzeugen. Keine wollte eine Bestrafung der emissionsreichen. Und genau das haben wir in der Kommission gemacht. Zudem haben wir die absolut unnötige Steuererhöhung abgelehnt. Wir können diese Mindereinnahmen verkraften, zumal alle Projekte der 1. Priorität gesichert sind. Und für den Stadttunnel und die Umfahrung Unterägeri werden wir so oder so eine Mitfinanzierung über die Laufende Rechnung brauchen. Egal ob mit oder ohne Steuererhöhung. Dies ist gemäss Regierungsrat bei volkswirtschaftlich wichtigen Strassenbauvorhaben auch möglich.
Auch die neue Lieferwagenbesteuerung ist zu begrüssen, denn sie kommt vollumfänglich dem einheimisch produzierenden Gewerbe zugute. Und es wird die seit langem existierende Ungleichbehandlung landwirtschaftlicher Fahrzeugen, welche nur zu einem Achtel besteuert werden, und gewerblicher Lieferwagen wenigstens zum Teil etwas gemildert.

Aus diesen Gründen ist Silvan Hotz für Eintreten und er wird alle Anträge der Kommission unterstützen, um die regierungsrätliche Vorlage zu korrigieren. Denn dadurch werden emissionsarme Fahrzeuge und das Zuger Gewerbe entlastet.

Daniel **Stadlin** weist darauf hin, dass die vom Regierungsrat angestrebte Ökologisierung der Fahrzeugsteuer ein gutes Zeichen setzt, aber eher von symbolischer Bedeutung ist. Der erhoffte Ökologisierungseffekt wird voraussichtlich ungenügend sein, da einerseits die Fahrzeugsteuer nur einen kleinen Teil der Betriebskosten eines Fahrzeuges ausmacht – gemäss TCS ca. 3,5 % – anderseits nach dem Kauf von emissionsarmen Fahrzeugen häufig ein sogenannter Rebound-Effekt einsetzt und die betreffenden Fahrzeughalter, im Glauben sie fahren ja jetzt ein umweltfreundliches Auto, mit zusätzlich gefahrenen Kilometern den Minderverbrauch wieder wettmachen und eine Überkompensation des Einspareffektes bewirken. Zudem bedeutet ein grosser Hubraum nicht zwingend einen höheren Verbrauch. Auch bei solchen Motoren gibt es Techniken, wie z.B. die Zylinderabschaltung, die für einen Minderverbrauch sorgen. Hingegen werden viele kleine Motoren zur Leistungssteigerung mittels Turbolader oder Kompressoren aufgeladen und erzeugen so schliesslich einen höheren Verbrauch. Da jedoch Fahrzeuge mit Motoren von mehr als 2'500 cm^3 meistens auch mehr Gewicht und Kraft haben, verursachen sie letztlich trotzdem zusätzliche Umweltkosten.
Der Antrag der vorberatenden Kommission, auf emissionsarme Fahrzeuge einen Bonus zu gewähren und zugleich den Malus bei übermotorisierten Fahrzeugen zu streichen, also den Fünfer und das Weggli zu wollen, ist daher unseriös. Weiter wird dieses Gesetz, wie die Erfahrung anderer Kantone zeigt, leider nur sehr geringe Lenkungswirkung entfalten, da die Mehrheit aller Verkäufe von energieeffizienten und schadstoffarmen Autos bereits ohne zusätzliche finanzielle Anreize getätigt werden. Grosse Wirkung würde die Besteuerung der gefahrenen Kilometer erzeugen und den Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen am effektivsten positiv beeinflussen. Den Kantonen ist es aber mangels Gesetzgebungskompetenz nicht erlaubt, die Montage von Fahrleistungszählern vorzuschreiben. Somit bleibt ihnen das wirksamste Mittel zur Ökologisierung der Verkehrssteuer verwehrt. Da diese Unzulänglichkeit vorderhand leider nicht veränderbar ist und Verkehrssteuern ohnehin einen geringen Einfluss auf Kaufentscheide haben, besteht keinesfalls die Notwendigkeit, das gültige Strassenverkehrsgesetz wie vom Regierungsrat vorgeschlagen zu ändern. Zudem verschlechtern die vorliegenden Änderungsvorschläge der beiden Kommissionen die Vorlage zusätzlich. Aus diesem Grund weisen wir die Vorlage zurück und sind für Nichteintreten.

Martin **Stuber** möchte drei kurze Bemerkungen und einen Antrag machen. – Diese Vorlage scheitert nur an einem: An der Sturheit von vier der fünf Fraktionen in diesem Kantonsrat. Zu Thomas Villiger: 95 % dieser Offroader – auch Pussypanzer oder Chelseatractor genannt – in der Stadt Zug entsprechen einem psychischen Bedürfnis der Besitzerinnen und Besitzer und nicht irgendeinem sachlichen Bedürfnis. Und dann noch von Kommissionsmitglied zu Kommissionsmitglied: Die Dauer der Beratung. Da möchte der Votant die Sicherheitsdirektion ein wenig in Schutz nehmen. Es dauerte so lang, weil die Kommission an ihrer ersten Sitzung en masse Abklärungsaufträge gegeben hat, zum Teil sehr komplexe. Und Martin Stuber versteht und begrüsst, dass die Sicherheitsdirektion das ernst genommen hat und auch seriöse Zahlen liefern wollte. Dann hat das halt ein wenig gedauert, aber der Grund waren Anträge innerhalb der Kommission. Nach dem Abschluss der

Kommissionsarbeit waren die Beschlüsse so, dass nochmals aufwendige Abklärungen nötig waren, um überhaupt einen korrekten Kommissionsbericht schreiben zu können. Und auch da hat die SD Zeit gebraucht, denn sie hat auch keine unbeschränkten Kapazitäten. Lieber Martin Pfister, ich würde mich nicht soweit aus dem Fenster lehnen, denn du bist an der zweiten Sitzung gar nicht anwesend gewesen, wie übrigens auch der Sprechende.
Der Votant möchte im Namen der AGF einen Antrag auf namentliche Abstimmung machen. Wieso? Das Eintreten oder Nichteintreten auf diese Vorlage ist ein ganz klarer Richtungsentscheid. Es ist ein Richtungsentscheid in finanzieller Hinsicht, denn wenn Sie nicht eintreten und die Möglichkeit, dass wir diese Steuern erhöhen, verhindern, dann läuft uns der separate Strassenbaufonds ins Minus, dass es nicht mehr schön ist. Sie haben es gehört: 270 Millionen. Und Martin Stuber weiss dann nicht, ob wir dann den Stadttunnel so noch bauen können.
Der zweite Richtungsentscheid: Es ist eine wichtige Lenkungsabgabe, die in einigen Kantonen schon realisiert ist. Und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben ein Recht darauf zu wissen, wer bei diesem wichtigen Richtungsentscheid wie gestimmt hat.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion für den Regierungsantrag ist. Und wenn Martin Pfister uns an dieser Stelle vorwirft, dass wir keine ökologische Steuerreform für den Motorfahrzeugverkehr wollen, dann hat er einfach nicht aufgepasst. Es ist unanständig, das einfach so global zu sagen, ohne die einzelnen Sachen aufzuführen und zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben dank den bürgerlichen Parteien im Moment keinen Fortschritt in diesem Bereich, obwohl die Motionen von bürgerlichen Parteien eingereicht wurden. Aus diesem Grund, weil die Chance, dass wir etwas erreichen können, aufgrund der bürgerlichen Haltung klein ist, ist die SP-Fraktion für Nichteintreten. Denn die Vorlage, wie sie jetzt die vorberatende Kommission vorlegt, verwässert das Ganze nur. Was der Regierungsrat vorgeschlagen hat, ist für uns auf jeden Fall akzeptabel. Die SP hat aus diesem Grund den Antrag gestellt, auf die Vorlage nicht einzutreten und die vier Motionen abzuschreiben.

Daniel Thomas **Burch**: Wir müssen hier keinen solchen Tanz aufführen! Jahrelang hat der frühere AGF-Regierungsrat die Motionen gut einbalsamiert in der untersten Schublade verstaut für seinen Nachfolger. Weiter gibt es kein Produkt, das bezüglich ökologischer Besteuerung so verursachergerecht ausfällt, wie das Motorfahrzeug. Pro Liter bezahlen wir über 85 Rappen Steuerabgaben. Das heisst, wer mehr fährt, der bezahlt mehr. Es ist aber nicht nötig, dass man auch den Besitz eines Fahrzeugs noch zusätzlich besteuern muss. Wer viel fährt, bezahlt mehr, das ist massgebend und nicht, ob er einen Säufer oder ein sparsames Fahrzeug in der Garage hat.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrates

16. Sitzung: Donnerstag, 25. August 2011
(Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.00 – 17.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

213 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Silvia Thalmann und André Wicki, beide Zug; Martin B. Lehmann und Josef Ribary, beide Unterägeri; Manuel Aeschbacher und Thomas Rickenbacher, beide Cham.

214 Teilrevision des Gesetzes über die Steuern im Strassenverkehr

Traktandum 11 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1908.1/.2 – 13333/34), der Kommission (Nr. 1908.3 – 13738) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1908.4 – 13739).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 212)

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** weist darauf hin, dass es Motorfahrzeugsteuern landauf, landab schwer haben, Mehrheiten zu finden. Das war uns von Anfang an bewusst. Er nimmt die Ausführungen und Haltungen der Fraktionen zur Kenntnis. Nach wie vor hält der Regierungsrat aber an seiner Vorlage fest, weil sie ausgewogen und zeitgerecht ist und sich vor allem auch an die Vorgaben der Motionen hält. Es gibt auch viele Bürgerinnen und Bürger die auf diese Revision warten und ihren Autokauf darauf schon ausgerichtet haben oder ausrichten wollen.
Beat Villiger möchte daran erinnern, dass im Jahre 2006 der Regierungsrat dem Kantonsrat beantragte, die vier bekannten Motionen nicht erheblich zu erklären. Gleichzeitig kündigte der Regierungsrat eine Totalrevision des Motorfahrzeugsteuergesetzes an und legte bereits die Eckpunkte auf den Tisch. So wolle man im Sinne eines Bonus-Malus-Systems die Steuern nach Verursacherprinzip ausgestalten auf der Grundlage des Treibstoffverbrauchs, der Motorenleistung und der jährlichen Kilometerleistung. Die Steuern seien angemessen zu erhöhen, nachdem sie seit 1986 unverändert geblieben seien. Zudem sei aus dem Steuerertrag ein Teil

der nicht gedeckten externen Verkehrskosten und ganz oder teilweise auch die bisher über die laufende Rechnung finanzierten Unterhaltsarbeiten an Kantons- und Nationalstrassen abzugelten.
Die bürgerlichen Fraktionen kritisierten diese Absicht vehement und der Kantonsrat beschloss Erheblicherklärung der vier Motionen. Auch der Sicherheitsdirektor stimmte damals zu, ohne zu wissen, dass er später dieses Geschäft zu bearbeiten habe. Er hat bei Amtsantritt dieses pendente Geschäft umgehend an die Hand genommen. Für uns war es von Anfang an klar, für einen ersten und mehrheitsfähigen Schritt in diesem Geschäft den möglichst kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Es standen diverse Themen zur Diskussion und wir wollten die Vorlage nicht mit zusätzlichen Themen belasten. So wollten wir keinen Partikelfiltereinbau bei Dieselfahrzeugen, weil der technische Fortschritt dieses Problem von selber lösen wird. Wir haben die Landwirtschaft entlastet und vor allem auch die LSVA-Fahrzeuge nicht mit einem 10 %-Zuschlag zusätzlich belastet.
Man kann das Fell aber nicht waschen, ohne dass es letztlich nass wird. So führt z.B. die Berechnung der Steuer nach ökologischen Kriterien zwangsweise dazu, dass gewisse Kategorien profitieren, andere nicht. Mit Blick auf die eher marginale Belastung, welche die Steuer beim Auto ausmacht, besteht beim Regierungsrat nach wie vor die Ansicht, dass die moderaten Zuschläge verkraftbar wären.
Beat Villiger verzichtet im Moment, auf verschiedene Punkte, die heute Morgen genannt wurden, einzugehen. Er wird dies dann allenfalls in der Detailberatung tun. Wenn aber Eintreten beschlossen wird, wird der Regierungsrat an seinem Antrag mit Vehemenz festhalten, weil nämlich die Beschlüsse, die von der vorberatenden Kommission gefasst wurden, letztlich diese Vorlage so verwässern, dass nicht zuletzt auch die Finanzierung der Strassenbauprojekte arg in Schieflage geraten würde. Wir sprechen hier bei der langfristigen Ausrichtung dieser Vorlage nicht nur von der 1. Priorität, wir müssen uns auch Gedanken machen über weitere Projekte, die dort nicht enthalten sind (Stadttunnel, Umfahrung Unterägeri usw.). Man darf bei dieser Überlegung auch nicht vergessen, dass die Technik im Autobereich in den letzten Jahren starke Fortschritte gemacht hat und dass bei unserem Besteuerungssystem nach Hubraum die Autofahrenden auch profitiert haben. Motoren wurden und werden immer leistungsfähiger und weisen immer weniger Hubraum auf. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen und aufgrund einer Studie von Professor De Haan wird das in den nächsten Jahren zu weiteren Steuerrückgängen führen.
Der Sicherheitsdirektor beantragt und empfiehlt Eintreten auf die Vorlage.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass ein Unteränderungsantrag von Martin Pfister vorliegt, der fordert, dass die Motionen separat behandelt werden. Gibt es dazu einen Gegenantrag?

Kommissionspräsident Stefan **Gisler** möchte darüber eine Abstimmung

Thomas **Lötscher** hat nur eine Frage zur Klärung. Ihm ist jetzt nicht ganz klar bei der Abstimmung, wie konkret die Motionen integriert werden. Heisst es, wenn wir Nichteintreten beschliessen, dass die Motionen automatisch abgeschrieben sind oder werden wir darüber separat noch abstimmen?

Die **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst darüber abgestimmt wird, ob die Motionen inbegriffen sind beim Nichteintretensantrag oder nicht. Wenn sie nicht inbegriffen sind, das war der Antrag Pfister, stimmen wir separat über diese Motionen ab. Wenn sie integriert sind beim Nichteintreten, muss die Regierung noch einmal für diese Motionen einen weiteren Antrag bringen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 63 Stimmen dem Unteränderungsantrag Pfister an, womit über die Motionen separat abgestimmt wird.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass ein Ordnungsantrag von Martin Stuber vorliegt, dass über das Eintreten mit Namensaufruf abgestimmt wird. Dazu braucht es ein Quorum von 20 Stimmen.

➔ Mit 22 Stimmen wird das Quorum für eine Abstimmung mit Namensaufruf erreicht.

Das Resultat der Abstimmung mit Namensaufruf ist wie folgt:

Für Eintreten stimmen: Stefan Gisler, Barbara Gysel, Rupan Sivaganesan, Vroni Müller-Straub und Martin Stuber, alle Zug; Beat Wyss, Oberägeri; Arthur Walker, Unterägeri; Frowin Betschart, Menzingen; Silvan Hotz und Anna Lustenberger-Seitz, Baar; Esther Haas, Cham; Andreas Hürlimann, Steinhausen; Hanni Schriber-Neiger, Risch.

Gegen Eintreten stimmen: Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Philippe Camenisch, Irène Castell-Bachmann, Hans Christen, Alice Landtwing, Urs Raschle, Eusebius Spescha, Daniel Stadlin, Cornelia Stocker, Silvia Thalmann und Werner Villiger, alle Zug; Thiemo Hächler, Barbara Strub und Thomas Wyss, alle Oberägeri; Gabriela Ingold, Franz Peter Iten und Thomas Werner, alle Unterägeri; Monika Barmet und Karl Nussbaumer, beide Menzingen; Daniel Abt, Thomas Aeschi, Adrian Andermatt, Maja Dübendorfer Christen, Zari Dzaferi, Daniel Eichenberger, Pirmin Frei, Alois Gössi, Ivo Hunn, Beni Riedi, Heini Schmid und Oliver Wandfluh, alle Baar; Walter Birrer, Christine Blättler-Müller, Christoph Bruckbach, Peter Diehm, Georg Helfenstein, Markus Jans und Beat Sieber, alle Cham; Karin Andenmatten, Anna Bieri, Hubert Schuler, Thomas Villiger, Roland von Burg und Leonie Winter, alle Hünenberg; Daniel Burch, Eugen Meienberg, Beda Schlumpf und Monika Weber, alle Steinhausen; Kurt Balmer, Daniel Thomas Burch, Dominik Lehner, Flavio Roos und Matthias Werder, alle Risch; Franz Hürlimann, Moritz Schmid und Florian Weber, alle Walchwil; Gregor Kupper und Thomas Lötscher, beide Neuheim.

➔ Der Rat beschliesst mit 59:13 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass nun über den Unteränderungsantrag Pfister abgestimmt wird, der fordert, dass die vier vom Regierungsrat aufgeführten Motionen nicht erheblich erklärt werden. Es geht dabei um die Motion Rolf Schweiger (Vorlage Nr. 7365), die Motion Heinz Tännler (Vorlage Nr. 1022.1 – 10888), die Motion Thomas Lötscher (Vorlage Nr. 1165.1 – 11274) und die Motion Thomas Villiger und Manuel Aeschbacher (Vorlage Nr. 1306.1 – 11654).

Hubert **Schuler** beantragt, dass die Motionen auch abgeschrieben werden.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass Martin Pfister beantragt, die Motionen sollen nicht erheblich erklärt und als Folge automatisch als erledigt abgeschrieben werden.

➔ Der Rat beschliesst mit 61:5 Stimmen, die vier Motionen nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.

215 Motion von Beni Riedi und Thomas Aeschi betreffend Strafvollzug im Kanton Zug

Traktandum 2 – Beni **Riedi** und Thomas **Aeschi**, beide Baar, sowie sechs Mitunterzeichner haben am 12. August 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2070.1 – 13852 enthalten sind.

Beni **Riedi** hält fest, dass die Motionäre aufgrund rechtlicher Überlegungen beantragen, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die jüngsten Vorfälle (Stichwort Jean Louis B. in Neuenburg) zeigen für uns, dass hier Abklärungs- und Handlungsbedarf besteht. Aus diesem Grund haben wir dieses Postulat lanciert. Wir sind überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger es nicht verstehen würden, wenn dieses Anliegen, sei es aus formellen oder parteipolitischen Gründen, unter den Tisch gekehrt wird. Die Sicherheit der Zuger Bevölkerung muss an erster Stelle stehen. Der Votant dankt für die Überweisung dieses Postulats.

➔ Der Rat ist mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Es wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

216 Postulat von Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Autos und Sozialhilfe

Traktandum 2 – Karl **Nussbaumer**, Menzingen, und Thomas **Werner**, Unterägeri, sowie 33 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 7. Juli 2011 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2067.1 – 13842 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

217 Petition der Swiss Taxpayers Association

Traktandum 2 – Die **Swiss Taxpayers Association** hat am 5. August 2011 eine Petition betreffend Änderung des Steuergesetzes «zur Verbesserung der steuerlichen Rückstellung für Forschung und Entwicklung in Unternehmen – Stärkung der Innovationsfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft» eingereicht.

➔ Die Petition wurde der Justizprüfungskommission zu Bericht und Antrag direkt überwiesen.

218 Interpellation von Barbara Gysel betreffend Steuerabzüge: Wer profitiert?

Traktandum 12 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1801.2 – 13725),

Barbara **Gysel** hält fest, dass die vorliegende Studie zu den Zuger Steuerabzügen aufschlussreich ist. Sie belegt mit wissenschaftlichen Belegen die immensen Unterschiede im Kanton Zug – der Umfang des Datenmaterials ist also entsprechend zu würdigen. Die Votantin greift einige Punkte heraus.
Insgesamt vermindern Abzüge unsere Steuereinnahmen um nahezu zwei Drittel ganz erheblich; nämlich sage und schreibe 65,6 % oder 154 Mio. Franken gemäss S. 2 des regierungsrätlichen Berichts. Da gerade mal zwölf der 22 Hauptabzüge für fast 95 % aller Abzüge verantwortlich sind, kennen wir nun auch die Bedeutung der einzelnen Abzüge wesentlich besser.
Der Bericht der Regierung hält fest, dass die Abzüge vor allem den mittleren Einkommen nützen. Und dass sie den Steuerbetrag der unteren Einkommen im Verhältnis stärker reduzieren als bei den oberen Einkommen. Nun, wäre dem nicht so, wäre das ein Skandal. Schliesslich sollen Steuerabzüge individuelle Härten mildern und den jeweiligen Lebenslagen entgegenkommen.
Gemäss S. 5 im regierungsrätlichen Bericht, respektive S. 46 in der Studie, tendieren die Abzüge dazu, die Progressivität der Steuern bei tiefen und mittleren Einkommen zu lindern, bei den hohen Einkommen hingegen zu erhöhen. Es ist beruhigend, dass die Progressivität der Steuern durch die Abzüge insgesamt erhöht wird. Der Bericht besagt allerdings weiter, dass «nur» vier Abzüge die Progressivität tendenziell mindern. Das betrifft den Abzug für Schuldzinsen, für Liegenschaftskosten und auch den Abzug für Vermögensverwaltungskosten und die «anderen Abzüge». «Nur» vier Abzüge gemäss Bericht: Dazu hat Barbara Gysel eine andere Lesart als der Regierungsrat. Es bedeutet, dass ganze vier Abzüge die Degression verstärken, das ist mehr als bedenklich! Es sind davon Abzüge betroffen, die eine hohe Bedeutung aufweisen.
Die Studie von Rudi Peters dokumentiert den Anteil von einkommensreichen Personen (also mit mehr als 250'000 Franken Bruttoeinkommen). Bei uns im Kanton Zug sind es 5,8 % der Bevölkerung – im Vergleich weist der Kanton Bern gerade mal 1,4 % auf. Das belegt aufs Neue die Konzentration der Reichen bei uns. Bleiben wir bei diesen Reichen: Fünf Prozent unserer Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen verdienen über einen Drittel (34 %) des gesamten Einkommens. Dagegen verdient ein Viertel der Steuerpflichtigen weniger als vier Prozent des gesamten Einkommens und generiert ausschliesslich 1 % der gesamten Steuereinnahmen. Die Verteilung der Einkommen und der Steuern ist also äusserst ungleich.

Es ist aber nicht das einzige, was aufhorchen lässt. Die Betrachtung der höchsten Abzüge liefert ebenfalls keinen Grund zu Entspannung. Wenn die Steuerpflichtigen mit den höchsten Bruttoeinkommen untersucht werden (also jene über 200'000 Franken Reineinkommen), zeigt sich Folgendes: Diese rund 3'500 Steuerpflichtigen im Kanton hatten einen effektiven Steuersatz von gerade mal 0 bis 6,55 % des Bruttoeinkommens! Und noch verrückter: Insgesamt weisen 73 Topverdienende einen effektiven Steuersatz von weniger als 1 % auf. Sie haben also mindestens 200'000 Franken Bruttoeinkommen und bezahlen weniger als 2'000 Franken Kantonssteuern! Das resultiert vor allem durch die Abzüge für Liegenschaftskosten und Schuldzinsen. Das ist politisch brisant.
Neben dem persönlichen Abzug, der von allen genutzt werden kann, sind es vor allem die Abzüge, die von Immobilienbesitzenden gemacht werden können, die einschenken. Das ist irritierend. Allein die drei Abzüge für Schuldzinsen, für Liegenschaftskosten und für die Vermögensverwaltung zusammen machen einen Viertel aller Abzüge aus (25,04 %). Nimmt man noch die Säule 3a dazu, dann sind es
31 % der Abzüge! Als eigentlich sozial gedachter Abzug findet sich unter den zwölf wichtigsten Abzugskategorien der Mietzinsabzug gerade mal auf Platz 12 (macht nur 1,2 % am Total der Abzüge aus). Punkto Zuger Wohnungsmarkt bietet das also kaum eine nennenswerte Entlastung.
Der Bericht bestätigt in der Summe also zum Glück eine Reihe unserer Erwartungen. Können wir also zufrieden zurücklehnen? Nein, das können wir keineswegs.
Direkte Steuern sollen Ungleichheiten der Einkommensverteilung umverteilen. Steuerabzüge dürfen diesen Effekt nicht schmälern. Doch je mehr jemand hat, desto weniger gehen solche Härten an die Substanz. Vielmehr gilt umgekehrt: Unbegrenzte Abzüge auf grossen Einkommen gehen an die Substanz der Staatseinnahmen.
In einem Kanton mit derart hohen Wohn- und Lebenskosten wie Zug sollten Steuern überdurchschnittlich umverteilen, um die Härten des Marktes auszugleichen. Die Steuerersparnisse wiegen die hohen Wohnkosten aber offenbar nicht auf. Will man diese soziale Zuspitzung ändern, dann braucht es dafür mehrere Massnahmen.
Angesichts des Skandals, dass Dutzende Zuger Topverdiener keine oder nur sehr wenig Einkommenssteuer bezahlen, wären auch die Abzüge für Schuldzinsen und Liegenschaftskosten – sie machen heute 23,41 % oder fast einen Viertel aller Abzüge aus – nach oben zu begrenzen oder es wäre etwa mit Gutschriften zu arbeiten.
Der Zuger Regierungsrat hat mit dieser gründlichen Untersuchung einen wichtigen Beitrag zur Klärung der Verhältnisse im Kanton Zug geleistet. Dass wir als Antwort auf eine Interpellation eine umfassende wissenschaftliche Studie erhalten, ist nicht an der Tagesordnung. Die Votantin dankt daher allen Beteiligten sowohl der kantonalen als auch der Eidgenössischen Steuerverwaltung ganz herzlich für die Mitgestaltung. Wie sie gehört hat, hat die Eidgenössische Steuerverwaltung die Resultate der Arbeit mit grossem Interesse und mit viel Motivation verfolgt. Nun liegt die Datengrundlage vor, um auch adäquate politische Taten folgen zu lassen.

Andreas **Hürlimann** weist darauf hin, dass die Interpellationsantwort einmal mehr aufzeigt, dass das Konstrukt mit Steuerabzügen überaus komplex ist. Man bekommt beim Durchlesen der Studie oder der regierungsrätlichen Antwort gleich Lust, in einen Vorstoss zur Vereinfachung des Steuersystems zu investieren. Bei einer Vereinfachung ist es aber immer so eine Sache: Wird das Steuersystem

dadurch einfach einfacher – oder eben auch gerechter? Zudem: Wollen wir den Fokus einfach auf das Steuernsparen richten, oder engen wir uns da nicht etwas zu stark ein? Denn das Geschwätz vom Steuernsparen ist sicherlich eines unser aller Lieblingsthemas.
Es tönt gut, wenn man sagen kann: Sie können Steuern sparen. Doch ist die Frage auch relevant? Sie ist es nicht. Oder zumindest ist die Frage falsch gestellt: Massgebend ist nicht, wie viele Franken Steuern man sparen kann. Massgebend ist, wie viel unter dem Strich übrigbleibt. Sollte an uns also mal wieder die Frage gestellt werden: «Wollen Sie Steuern sparen?» So sollte man sagen: «Nein, ich will nicht Steuern sparen. Ich will Geld sparen.» So nützt es einer Person mit einem tiefen bis mittleren Einkommen nichts, wenn wir weitere Steuerabzüge einführen. Wirksam entlasten können wir sie dadurch nicht mehr. Die Wohn- und Lebenskosten sind in Zug einfach zu hoch.
So sollten wir uns also auch – und vor allem – Gedanken darüber machen, wie wir die sozialen Folgen der Tiefsteuerpolitik unseres Kantons mildern können. Wie auch die jüngsten Zahlen aus der CS-Studie über das durchschnittlich verfügbare Einkommen zeigen, schneidet unser Kanton hier nicht übermässig gut ab. Hier können wir ansetzten, z.B. auch mit einer zukünftig etwas massvolleren Zuger Steuerpolitik.

Thomas **Wyss** weist darauf hin, dass im Umfeld dieser Interpellation auch bemängelt wurde, dass der Aufwand im Kanton beträchtlich sei. Wir müssen das einfach Abbuchen als Beitrag an die Wissenschaft. Das ist Forschung in diesem Bereich, und das ist eigentlich nicht schlecht. Die Interpellation lautete: Steuerabzüge: Wer profitiert? Die Antwort nach 97 Seiten ist: alle. Und das ist nach Meinung des Votanten auch richtig so.

Cornelia **Stocker** weist darauf hin, dass für die umfangreiche Beantwortung dieser Interpellation beim Bund sehr viel Zeit und Geld aufgewendet wurde. Auch wenn unser Kanton monetär dadurch nur indirekt belastet wurde, ist für uns die ganze Aktion volkswirtschaftlich fraglich. Denn es sind ja Steuerzahler auf allen Ebenen und nicht nur in unserem Kanton.
Präsentiert wird uns eine grosse Zahlenmenge, die nichts Neues sagt. Jetzt haben wir es einfach wissenschaftlich fundiert: Die Leier der Linken, wonach primär die höheren Einkommen von den Steuerabzügen profitieren, stimmt definitiv nicht. Prozentual betrachtet sind die Steuerersparnisse für die Pflichtigen mit niedrigen Einkommen höher. Insgesamt verstärken die Abzüge die Progressivität, besonders bei den hohen Einkommen.
Abzüge können bekanntlich nur gewährt werden, wenn im Gegenzug genügend Einnahmen vorhanden sind. Weil sich unser Standort über die letzten Jahrzehnte mit einem milden, attraktiven und über die Landesgrenzen hinaus bekannten Steuerklima profiliert hat, konnten die Steuereinnahmen massiv erhöht werden. Und nur deshalb sind wir in der Lage, unteren und mittleren Einkommen grosszügige Abzüge gewähren zu können. Nicht zu vergessen ist dabei auch, dass eine nicht unbedeutende Anzahl der natürlichen Personen im Kanton Zug gar keine Steuern bezahlt und zudem noch von sehr grosszügigen Prämienverbilligungen und weiteren schweizweit spitzenmässigen Sozialabzügen profitieren kann. – Aufgrund dieser Faktenlage sieht sich die FDP bestärkt, ihren eingeschlagenen Weg für steuerliche Entlastungen des Mittelstandes fortzuführen.

Silvan **Hotz** weist darauf hin, dass viele Interpellationen eine Beschäftigungstherapie für die Verwaltung darstellen, weil sie einfacher und schneller mit einem Telefonanruf oder Mail gelöst worden wären, jedoch ohne Medienpräsenz – was vermutlich genau das Problem ist. Das wäre hier sicher nicht gegangen. Aber eine Interpellation, deren Beantwortung die Verwaltung mit über 130 Arbeitstagen beschäftigt, sprengt wiederum auf der anderen Seite den Rahmen. Sollen wir Fragen stellen, welche die Verwaltung über ein halbes Jahr beschäftigt? Fragen stellen, welche nur in einer dissertationsähnlichen Antwort geklärt werden können? Fragen stellen, deren Zahlen – oder zumindest die Frankenbeträge – schon wieder obsolet sind, weil sie auf 2007 abstützen? Die Antwort dürfen Sie sich selber geben. Aber die Eidgenössische Steuerverwaltung hat uns hier ja für einmal zum Glück den grössten Teil der Arbeit abgenommen.
Die Interpretation der Antworten sehen wir von der CVP jedoch – wen wundert es – ganz anders, als die Interpellantin. Als Wichtiges lesen wir in der Beantwortung, dass die Wenig- bis Mittelverdienenden von den Abzügen grundsätzlich mehr profitieren als die 5 % der Höchstverdienenden. Dies wird darin aufgezeigt, dass sich bei Streichung der Abzüge der Steuerbetrag für das untere Mittel mehr als verdoppeln würde, während die Höchstverdienenden nur etwa 1/5 mehr an Steuern bezahlen müssten. Rein in Franken sieht es logischerweise anders aus, aber bei der Verdoppelung der Steuern hätten die Wenig- bis Mittelverdienenden viel mehr zu beissen als die Höchstverdienenden an ihrem Fünftel.
Weiter zeigt diese Studie auf, dass die Höchstverdienenden 4,5-mal mehr an Unterhaltsbeiträgen und 7,5-mal mehr für gemeinnützige Zuwendungen abziehen können. Das wiederum heisst für uns, dass sie deutlich mehr an Unterhalt anderer Personen zahlen und viel mehr gemeinnützige Zuwendungen machen. Dies entlastet die Staatskasse und dafür gehört ihnen unser Dank.
Auf S. 6 wird zudem aufgezeigt, dass wer mehr verdient, richtigerweise prozentual weniger Abzüge geltend machen kann. Hier kommt der Steuerprogression zum Tragen, was auch richtig ist. Es stimmt, die Abzüge für Liegenschaftskosten und -unterhalt schenken beim Kanton ein. Barbara Gysel scheint zu vergessen, dass diese Kosten Arbeitsplätze schaffen und direkt der Wirtschaft zugute kommen.
In diesem Sinn danken wir der Regierung für die Beantwortung dieser Interpellation, denn sie zeigt auch der CVP auf, dass wir mit unserer Steuerpolitik auf dem richtigen Weg sind, nämlich weiterhin mit konsequenten und gezielten Entlastungen den unteren Mittelstand zu entlasten.

Philippe **Camenisch** ist natürlich schon erstaunt, wenn Barbara Gysel von einem Skandal spricht beim Steuergesetz. Grundsätzlich ist das Steuergesetz demokratisch abgesegnet – das haben wir ja auch heute Morgen gesehen. Dann möchte der Votant nochmals zu Massnahmen kommen, wie den Schuldzinsen begegnet werden kann. Barbara Gysel spricht von Limitierung nach oben. Philippe Camenisch möchte da zwei Punkte anfügen.
Es gibt ja auch noch einen Eigenmietwert, der dagegen steht. Schaffen Sie den ab, dann haben Sie auch die Schuldzinsen weg. Das ist ganz wichtig und es wird ja demnächst wieder zur Debatte stehen. Dann können sich ja dann die Linken auch wieder dazu äussern.
Der Votant kann es eigentlich nicht mehr hören, wenn man immer nur die hohen Wohnkosten mit den tiefen Steuern in Korrelation bringt. Das trifft einfach nicht zu. Es ist schlichtweg falsch. Die vielen Arbeitsplätze, für die wir ja dankbar sind, tragen ihren Anteil dazu bei.

Gregor **Kupper** ist zwar nicht Mitglied des Hauseigentümerverbands, aber er muss jetzt doch noch Barbara Gysel eine Antwort geben bezüglich der erwähnten Liegenschaftskosten. Das ist ihm zu extrem rübergekommen. Bei den Liegenschaftskosten handelt es sich bekanntlich in erster Linie um Zinsen und Unterhaltskosten. Die Zinsen fallen periodisch Jahr für Jahr an und mindern entweder den Eigenmietwert oder die entsprechenden Mietzinserträge. Im Gegensatz zu den Liegenschaftsunterhaltskosten, die aperiodisch anfallen. Der Votant kann aus seiner beruflichen Erfahrung sagen, dass gerade diese Kosten über Jahre oder Jahrzehnte anfallen. Wenn einer ein Mehrfamilienhaus kauft und dann die Mietzinsen Jahr für Jahr versteuert, hat er entsprechend steuerbares Einkommen. Und nach 30 Jahren kommt dann irgendwann eine grosse Renovation. Es ist doch logisch, dass er in diesem Jahr keine Steuern bezahlt. Vielleicht sind es sogar zwei Jahre, wenn er es geschickt macht. Und wenn wir uns die Fülle der Liegenschaften, die wir im Kanton Zug haben, und ihre Eigentümer anschauen, ist es ganz logisch, dass irgendwo immer eine ganze Menge von Steuerpflichtigen in diese Lücke fällt und davon profitiert. Das ist legitim. Sie zahlen über 20, 30 Jahre ihre Steuern auf den entsprechenden Erträgen und dann während ein oder zwei Jahren halt praktisch nichts, weil sie das mit dem übrigen Einkommen kompensieren können. Berücksichtigen Sie das bitte, wenn Sie über die Besteuerung von Liegenschaftseigentümern diskutieren!

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass sich der Regierungsrat auch schon erlaubt hat, Aufträge in Interpellationen nicht zu beantworten und dem Rat auf einer A4-Seite Bericht und Antrag zu erstatten. In diesem Geschäft haben wir gewusst, dass die Eidgenössische Steuerverwaltung für den Kanton Bern eine entsprechende Abklärung gemacht hat. Deshalb haben wir die Aufgabe angenommen und zusammen mit dem Bund versucht, die Fragen zu beantworten. Dass es am Schluss dann bei uns trotzdem noch 20 Arbeitstage gekostet hat, konnten wir nicht voraussehen und haben wir nicht erwartet. Aber der Finanzdirektor kann auch sagen, dass es für uns auch von Vorteil war, weil wir dadurch sehr viel gelernt haben. Externe Kosten sind nur insofern angefallen, dass wir nach Bern einige Kirschtorten geschickt haben, um auch den Zuger Geist nach Bern zu bringen.
Peter Hegglin wagt zu behaupten, dass die Antworten die Erwartungen der Interpellantin nicht erfüllt haben. Denn die Analyse zeigt, wie eigentlich unsere Steuerpolitik bewährt und richtig ist, dass nämlich prozentual bei den tiefsten Einkommen die Ersparnisse höher sind oder dass die Progressivität mit den Abzügen nach oben verstärkt wird. Was ja die Steuerpolitik sicher nicht will, ist eine Umverteilung, wie das die Votantin gesagt hat. Der Grundsatz der Besteuerung ist ja die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das heisst ja, dass jeder im Sinne seiner Leistungsfähigkeit einen Beitrag zum Funktionieren des Staates leisten soll. Das ist der Grundsatz der Besteuerung und nicht eine Umverteilung.
Der Votant ist froh um die Richtigstellung des Stawiko-Präsidenten im Zusammenhang mit den Liegenschaftsabzügen. Es ist tatsächlich so, dass ein Liegenschaftsbesitzer so hohe Abzüge nicht über Jahre tätigen kann. Das ist konzentriert auf ein bis zwei Jahre, in welchen er eben umfangreiche Sanierungsmassnahmen an seiner Liegenschaft vornimmt. – In diesem Sinn besten Dank für die Kenntnisnahme der Antwort.

➔ Kenntnisnahme

219 Interpellation der CVP-Fraktion betreffend sogenannte «Nahtstellendiskussion» auf der Oberstufe (Übergang von Sek I in die Berufsbildung)

Traktandum 13 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1969.2 – 13741).

Monika **Barmet** hält das Votum ihres Fraktionschefs Martin Pfister, der die Sitzung kurzfristig verlassen musste. – Namens der CVP-Fraktion dankt er dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung unserer Interpellation. Dabei werden Fragen beantwortet, die seit einigen Jahren alle beschäftigen, die sich mit der Berufsbildung und der schulischen Vorbereitung darauf befassen. Die Problemanalyse, dass dem Übergang von der Sekundarstufe I in die Berufswelt eine grosse Bedeutung zukommt, ist wohl weitgehend unbestritten – insbesondere wenn wir die duale Berufsbildung als einen Schlüsselfaktor einer erfolgreichen Wirtschaft fördern und weiterentwickeln wollen. Ebenfalls kaum bestritten ist aber auch, dass dieser Übergang eine besondere Herausforderung mit Optimierungspotenzial darstellt. Es ist gut, verfügen wir mit dieser regierungsrätlichen Antwort nun über eine Übersicht über die diesbezüglichen Herausforderungen und Massnahmen. Dabei wird schnell offensichtlich, dass bereits heute schon Vieles gemacht wird.
Lassen Sie Martin Pfister einige Aussagen des Berichts kommentieren:
Die hohe Maturitätsquote in Zug ist nicht grundsätzlich problematisch, wie oft gesagt wird und vielleicht auch einige Nachredner beklagen werden. Sie entspricht der grossen Nachfrage nach hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kanton Zug. Zu berücksichtigen ist, dass in der auf den ersten Blick hohen Maturitätsquote von 33,3 % auch die Berufsmaturitäten mit einem Anteil von 15 % eingeschlossen sind. Das zeigt, dass sich auch schulisch gut und sehr gut Qualifizierte im Kanton Zug für den dualen Berufsbildungsweg entscheiden. Gerade das ist wichtig. Wir brauchen eine möglichst grosse Zahl gut ausgebildeter junger Leute, ohne dass die gymnasiale und die duale Berufsbildung gegeneinander ausgespielt werden. Es ist jedoch zweifellos richtig, dass die Berufslehre in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten ist und der starke Trend ins Langzeitgymnasium problematische Seiten hat. Währenddem sich das Gymnasium weiterhin über hohe Anforderungen und die Ausrichtung auf intellektuelle Talente der Schülerinnen und Schüler profilieren sollte, kann die Attraktivität der Sekundär- und Realschulen nur über deren Qualität gestärkt werden. Nicht für jede intelligente Schülerin oder Schüler ist das Gymnasium der geeignete Ort. Wenn man die beruflichen Chancen betrachtet, ist die Berufslehre ohnehin konkurrenzlos.
Die Probleme und Ineffizienzen bei der Kooperativen Oberstufe legt der Regierungsrat selbstkritisch offen. Die kooperative Oberstufe ist sicher eine der Baustellen, mit der sich die Verantwortlichen in Kanton und Gemeinden in den nächsten Jahren vertieft auseinandersetzen müssen. Man muss hier anfügen, dass auch die Profis an der Front, die Oberstufenlehrpersonen, unbedingt in solche Optimierungsprojekte einbezogen werden müssen. Eine ähnliche Baustelle ist die Ausgestaltung des neunten Schuljahres, das oft gerade für erfolgreiche Schülerinnen und Schüler zu wenig bringt, weil sie schon früh wissen, wo sie nach der obligatorischen Schulzeit eine Lehre oder eine weiterführende Schule besuchen werden.
Der Verweis darauf, Probleme in der Schule seien vor allem ein gesellschaftliches Problem, ist einerseits immer richtig. Andererseits führt eine solche Aussage nie wirklich weiter. Gerade die Schule hat immer auch Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen zu geben. Und sie tut es tatsächlich zum Glück häufig auch. Martin Pfister ist überzeugt, dass die Schulstufen, welche von Jugendlichen in der Ado-

leszenz besucht werden, neue Formen der Betreuung finden müssen, die gerade auch Antworten auf die beklagten gesellschaftlichen Defizite sind. Auch hier muss konstatiert werden, dass an den Schulen bereits heute diesbezüglich vieles, wenn auch nicht immer genug unternommen wird.
Auch die Berufsverbände haben einige Aufgaben zu lösen. Insbesondere müssen sie auch prüfen, ob die Verschärfung der Ansprüche an Schulabgänger – häufig von der hehren Absicht getrieben, Ansehen und Qualität ihres Gewerbes zu stärken – immer zielführend war und ist. Wir sind uns wohl über Folgendes einig:
• Die Nahtstelle von der Sekundarstufe I in die Berufsbildung beziehungsweise in die gymnasiale Ausbildung ist heute eine der grossen Herausforderungen der Bildungspolitik.
• Wir müssen die vielerorts geäusserten Bedenken über die schulische Leistungsfähigkeit von Schulabgängerinnen und -abgängern ernst nehmen und Massnahmen dagegen entwickeln. Einseitige Schuldzuweisungen bringen uns dabei kaum weiter. Allein beim Unterricht anzusetzen reicht wohl nicht. Ob wir das wollen oder nicht, wir müssen den Mut haben, Bildung auch auf der Sekundarstufe I wieder umfassender zu verstehen.
• Eine gute Zusammenarbeit der Bildungsverantwortlichen, der Lehrpersonen, der Eltern und des Gewerbes ist zentral.
• Es gibt keine einfachen Rezepte.
• Wir müssen mit gezielten Massnahmen die Attraktivität der Berufslehre stärken.
• Es braucht auch eine bildungspolitische Antwort auf die zunehmende Attraktivität des Gymnasiums.
Aber hier wären wir wieder beim Thema Bildungsstrategie – es ist deshalb wohl besser, diese Ausführungen hier zu beenden. Wir werden jedoch dran bleiben.

Zari **Dzaferi** hält fest, dass die SP der CVP zustimmt: Es ist eine der wesentlichsten Aufgaben der Schule, die Lernenden auf die persönlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Herausforderungen des Lebens vorzubereiten. In der ausführlich beantworteten Interpellation wird vor allem auf die berufliche Vorbereitung der Lernenden eingegangen. Die Schere zwischen den Qualifikationen der Schulabgänger und den Anforderungen der Wirtschaft geht weiter auseinander, so der Grundtenor der Beantwortung. Der Bedarf nach Anpassungen in der Schule scheint immer grösser zu werden.
Auch die SP ist überzeugt, dass im Bereich der Nahtstelle von Sek I zu Sek II reichlich Optimierungspotential besteht. Für uns sollte vor allem der Aufbau des neunten Schuljahres überdacht werden, zumal die Motivation der Lernenden im Vergleich zu den vorherigen zwei Oberstufenjahrgängen wesentlich tiefer ist. Der Votant kennt persönlich viele Fälle, in welchen seine Schülerinnen und Schüler den Lehrvertrag in der Tasche hatten und deshalb während dem letzten Semester einen Fensterplatz bevorzugten. «Für was soll ich noch lernen, ich habe ja die Lehrstelle», ist eine Antwort, die er oft zu hören bekommt. Dabei wäre eine individuelle Vorbereitung auf den Lehrberuf im neunten Schuljahr ideal. Auch scheint es unklar, wieso alle Lernenden, ungeachtet des Anschlusses an die obligatorische Schulzeit, das gleiche Programm durchziehen sollten. In diesem Bereich sieht die SP klar Handlungsbedarf.
Ein Schritt in diese Richtung wurde bereits mit dem Berufswahlordner sowie der Portfolioarbeit gemacht. Das Projekt Sek I + verspricht weitere Verbesserungen. Doch damit ist das Hauptproblem aber noch lange nicht gelöst. Denn immer mehr Lernende wollen ja gar nicht mehr eine Berufslehre beginnen, sondern die Matura machen. Mit der Aussage «Sek ist für viele Schüler zu wenig sexy», traf Anfang

Mai ein Journalist der Neuen Zuger Zeitung den Nagel ziemlich genau auf den Kopf. Zudem werden immer mehr Kinder mit Stützkursen und Nachhilfeunterricht von ihren Eltern in Richtung Gymnasium gepuscht. Genau diese Lernenden fehlen dann, wenn es darum geht, eine neue Lehrstelle zu besetzen.
Die SP findet es absolut angebracht, sich in diesem Punkt zu fragen, warum die Sekundärschule mit Anschluss einer Berufslehre zunehmend unbeliebter wird. Zari Dzaferi persönlich ist überzeugt, dass die Schule auf keinen Fall die alleinige Schuld trägt. Das Gewerbe sowie einige Wirtschaftssektoren haben seiner Meinung nach bisher zu wenig für die Attraktivitätssteigerung ihrer Berufe gemacht. Denn das Ansehen zahlreicher – vor allem handwerklicher – Berufe ist gesunken und sinkt weiterhin. Oftmals ist in diesem Zusammenhang von einem gesellschaftlichen Problem die Rede. Es ist gewiss ein Problem, welches wir mit Anpassungen, einerseits im Schulbetrieb und andererseits bei den entsprechenden Berufen, lösen müssen. Auch die besten Lernenden nützen dem Gewerbe und der Wirtschaft nichts, wenn sie die angebotenen Berufe nicht ausüben möchten.
Abschliessend möchte der Votant – als Mitglied der SP-Fraktion und als Sekundarlehrer – festhalten, dass er die jüngsten Bestrebungen des Gewerbes, frischen Wind in die Sekundarschule zu bringen und diese weiterzuentwickeln, absolut berechtigt findet. Je mehr sich die Jugendlichen dem widmen können, was sie persönlich interessiert, desto eher freuen sie sich auf den Unterricht. Dies kommt von den Eltern über die Lehrpersonen bis hin zu den Lehrpersonen allen zugute.
Gleichzeitig möchte Zari Dzaferi jedoch erwähnen, dass es nun auch an der Zeit ist, im Gewerbe sowie in einigen Wirtschaftssektoren selber zu überlegen, wie die Attraktivität einzelner Berufe gesteigert werden kann. Wenn die Lernenden nämlich motiviert sind, einen bestimmten Beruf auszuüben, dann setzen sie sich dementsprechend auch besser im Unterricht ein - was nicht zuletzt in besseren Schulleistungen resultiert.

Esther **Haas** legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Sie ist Berufsfachschullehrerin am Gewerblich Industriellen Bildungszentrum Zug. Die Antworten der Regierung auf die Interpellation der CVP decken sich grundsätzlich mit der Einschätzung der AGF; in einigen Punkten möchte die Votantin diese ergänzen.
Im Fokus der Kritik der Wirtschaft stehen Defizite der Berufslernenden im Lesen, Schreiben und Verstehen der Lokalsprache sowie in Mathematik – den Grundkompetenzen im engeren Sinn. Die schier unerschöpflichen Kommunikationsmöglichkeiten, mündlich wie schriftlich, werden von den Jugendlichen zwar sehr aktiv genutzt. Leider nicht gewinnbringend für die Sprachkompetenzen, weil fast ausschliesslich in Mundart ausgetauscht wird. Die fortschreitende Mundartisierung im schriftlichen Bereich wirkt sich eher negativ auf die sprachlichen Fähigkeiten aus. Demgegenüber scheinen die Berufslernenden relativ gut gerüstet in der Methoden- und Informatikkompetenz, den Grundkompetenzen im weiteren Sinn. Diese Diskrepanz irritiert die Jugendlichen zuweilen, weil sie schlecht abschätzen können, worauf es in der Berufswelt nun wirklich ankommt. Zu den Grundkompetenzen im weiteren Sinn gehören auch die Sozialkompetenzen; hier kommen die Berufslernenden in der Beurteilung der Wirtschaft schlecht weg. Diesen Umstand will Esther Haas nicht näher beleuchten, sie möchte uns allen einfach in Erinnerung rufen, dass die Entwicklung der Sozialkompetenz auch von der Vorbildfunktion der Erwachsenenwelt abhängt.
Am GIBZ werden die Grundkompetenzen am Anfang des ersten Lehrjahrs unter anderem mittels Stellwerktest überprüft. Bei 10 % sind Sofortmassnahmen in den Grundkompetenzen im engeren Sinn angezeigt, bei weiteren 20 % werden bei allen

Kompetenzen Defizite aufgedeckt, die zumindest im Auge behalten werden müssen. Der Schlussbericht «Nahtstelle», an dem alle Commitment-Partner aus der Berufsbildung mit gearbeitet haben, wartet mit einer weiteren beunruhigenden Feststellung auf: «Von den pro Jahr abgeschlossenen rund 80'000 Lehrverträgen werden im Verlauf der Ausbildungszeit im gesamtschweizerischen Durchschnitt gut 20 % aufgelöst, je nach Berufsfeld können es jedoch bis zu 40 % sein.» Jetzt einfach der Volks- und Berufsschulbildung den Schwarzen Peter zuzuschieben, ist zu einfach. Nicht nur fehlen in der Schweiz Berufe mit niederschwelligen Anforderungen fast gänzlich, sondern die Anforderungen werden stets komplexer. Im Rahmen der Entwicklung der Berufsbildung sind bis heute 175 Lehrberufe der neuen Gesetzgebung (BBG 2004) angepasst, respektive reformiert worden. Nach einer Analyse der Bildungsverordnungen und Bildungspläne fällt auf, dass kein einziger Lehrberuf in den Anforderungen zurückgestuft worden ist. Man ging vom Minimal- zum Maximalprinzip über. Dies ist der Preis, dass sich die Berufsbildung der dynamischen Wirtschaft anpasst. So wird beispielsweise in diesem Schuljahr bei den Köchen der bilinguale Unterricht eingeführt.

So entsteht laufend ein Vakuum zwischen der Erziehungs- und Bildungsseite und dem Gefüge der dynamischen Wirtschaft. Dies lässt sich an einem Beispiel manifestieren: Will jemand Damenschneiderin werden, muss man zuerst einen anspruchsvollen Vorkurs besuchen, weil es in diesem Beruf nicht mehr primär um die Konfektion geht, sondern auch um avantgardistisches Design. Aus der Damenschneiderin wurde eine Bekleidungsgestalterin. Oder: Vor vier Jahren unterrichtete die Votantin noch Automechaniker, heute sind dies Automobilmechatroniker, ein Klon aus dem Mechaniker und dem Fahrzeug-Elektroniker.

HarmoS will hier entgegenwirken mit der Formulierung von Bildungsstandards. Die Bildungsziele wurden, wie am letzten Montag bekannt gegeben wurde, inzwischen konkret formuliert und werden künftig in die Lehrpläne, Lehrmittel und Beurteilungsinstrumente einfliessen. Das erwähnte Vakuum zwischen der Erziehungs- und Bildungsseite und den Ansprüchen der Wirtschaft kann HarmoS – und dies ist die grosse Hoffnung der AGF – im Mindesten aufweichen.

Die Ansprüche des dualen Bildungssystems sind enorm hoch. Die hohen Ansprüche wären eigentlich angedacht für sehr gute Primar- und Sekundarschüler und Schülerinnen. Diese, oder vielmehr das Elternhaus, entscheiden sich jedoch meistens für das Gymnasium. 13 neue Klassen werden an der Kantonsschule im neuen Schuljahr eröffnet. Und das Problem verschärft sich weiter. Das führt bisweilen zu Tendenzen in der Berufsbildung, die uns die Augen reiben lassen. So rekrutiert die chemische Industrie in Basel bereits 20 bis 30 % der Lernenden im nahen Elsass und in Deutschland, und zwar fast durchwegs Abiturientinnen. Zitat aus der Sonntagszeitung: «Im Kampf um den Superlehrling geraten Schweizer Gewerbler ins Hintertreffen, weil sie leistungsstarken Jugendlichen nicht das bieten können, was globale Konzerne offerieren.» Es stimmt schon, wenn Bildungsdirektor Schleiss sagt: «Wir müssen Jugendliche und Eltern darauf aufmerksam machen, dass es auch noch andere Wege im Schulsystem gibt, um Karriere zu machen, als Mittelschule und Universität.» Aber die Chancen von Sekundär- und Realschülerinnen werden nicht besser, wenn immer mehr Maturandinnen und Abiturienten in die attraktiven Lehrberufe drängen.

Die eingangs erwähnten Committment-Partner formulieren acht Massnahmen, die es umzusetzen gilt. Das GIBZ ist bereits proaktiv tätig mit dem Jubiläumsprojekt «Out of the Box» oder mit den «Forscherboxen», die den Schulen zur Verfügung gestellt werden sollen, um Berufsbildung erlebbar und konkret greifbar machen zu können. Auch schulisch starke Jugendliche sollen erfahren, dass handwerklich-technische Berufe attraktiv sind und eine hervorragende Voraussetzung bilden,

beruflich vorwärts zu kommen. Positiv hervorzuheben sind auch die Gewerbeverbände, welche sich mit Werbeveranstaltungen für die Berufsbildung ins Zeug legten.
Das zeigt, dass nur gemeinsame Lösungen etwas bringen: Gegenseitige Schuldzuweisungen lösen keine Probleme. Wir tun gut daran, uns zusammen zu raufen, das Vertrauen in den dualen Bildungsweg im Allgemeinen und in die handwerklich-technischen Berufe wieder herzustellen. Die Rekordzahl von bis heute über 1'200 abgeschlossenen Lehrverträgen stimmt Esther Haas positiv.

Roland **von Burg** legt seine Interessenbindung offen: Er ist ebenfalls Berufsschullehrer, aber in fachkundlicher Richtung. Er dankt der Regierung für den guten Bericht, möchte aber aus Sicht der SVP einige Punkte ergänzen. Es schleckt keine Geiss weg, dass der Trend zur gymnasialen Ausbildung im Kanton Zug und in der ganzen Schweiz ungebremst anhält. Dies hat zu Folge, dass vermehrt weniger gut ausgebildete Schüler den beruflichen Ausbildungsweg beschreiten. Dies führt zunehmend zu Lehrabbrüchen, Lehrverlängerungen oder zu Umteilungen in Berufe mit weniger hohen schulischen Anforderungen. Industrie und Gewerbe haben reagiert und besetzen zum Teil Lehrstellen mit hohen schulischen Voraussetzungen nicht mehr. Langfristig führt dies zu einem Mangel an gut qualifizierten Arbeitskräften.
Dass diese Entwicklung nur mit einer schlechteren Ausbildung in der Sek I zu tun haben soll, bezweifelt der Votant sehr. Der Trend zu einer höheren schulischen Ausbildung ist eher ein gesellschaftliches Phänomen. Der Regierungsrat antwortet darauf mit zwei Projekten, nämlich mit dem Stellwerk 8 und dem Projekt Sek I +. Mit diesen Projekten ist er auf dem richtigen Weg. Die Sek I soll also wieder gestärkt werden. Dies ist zwingend notwendig, um diesem Trend etwas entgegen zu halten. Im Weiteren sollten vor allem Industrie und Gewerbe darauf bedacht sein, qualitativ gute Lehrstellen anzubieten. Es wäre schade, unser weltweit beachtetes Modell der dualen Berufsausbildung zugunsten einer gymnasialen Ausbildung noch mehr zu schwächen.

Dominik **Lehner** weist darauf hin, dass wir mit den in der Regierungsantwort aufgezeigten Projekten wie Sek I + auf dem richtigen Weg sind. Wenn heute jedoch Bewerberinnen und Bewerber für einen handwerklich-technischen Beruf an elementaren Aufgaben wie der Volumenberechnung eines Quaders scheitern – wie dies die Praxis leider bestätigt – ruft dies nach weiteren entschlossenen Massnahmen seitens der Schule. Der gesellschaftliche Trend zu einer höheren schulischen Ausbildung darf nicht zu einer Nivellierung nach unten in der Real- und Sekundarschule führen. Als ehemaliger 5./6.-Klasslehrer kann der Votant ein Lied davon singen, was es bedeutet, wenn Kinder, die in der Real- oder Sekundarschule gut aufgehoben und gute zukünftige Bewerber für einen handwerklich-technischen Beruf wären, mit allen Mitteln ins Langzeitgymnasium bugsiert werden. Mögliche Lösungsansätze liegen in einer noch flexibleren Ausgestaltung des 9. Schuljahrs, wie es der Kanton Luzern mittels Projektunterricht seit Jahren praktiziert. Zudem soll dem Schlusszeugnis und den Abschlussarbeiten mehr Gewicht gegeben werden – dies in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und dem Gewerbe. Es ist zu hoffen, dass die Kompetenzraster des zukünftigen Lehrplans 21 zu klareren Leistungsanforderungen an den Zuger Schulen führen werden.

Bildungsdirektor Stephan **Schleiss** möchte einige vorgebrachte Punkte kommentieren. Vorab bedankt er sich für die grundsätzliche gute Aufnahme der Antwort. – Monika Barmet hat ausgeführt, dass die duale Berufsbildung ein Schlüsselfaktor ist. Dem ist beizupflichten, das sieht die Regierung genau so. Wir sind auch froh, dass wir auf diesem Terrain entsprechende Erfolge vermerken können. Beispielsweise wurde dieser Tage bekannt, dass wir im Kanton Zug erstmals über 1'200 Lehrverträge abschliessen konnten. Das ist eine neue Rekordzahl.
Monika Barmet hat auch bemerkt, dass die kooperative Oberstufe eine Baustelle darstellt und das neunte Schuljahr im Fokus steht. Auch das sehen wir so, und wir haben in diesem Bereich ein grosses Projekt am Laufen, das auch von anderen Votanten erwähnt wurde: Sek I +. Den Bildungsdirektor freut ganz besonders, dass bei diesem Projekt auch das Gewerbe und die Wirtschaft mit im Boot sind. Das bringt zum Ausdruck, dass das Marketing für das duale Berufsbildungssystem nicht nur eine Staatsaufgabe ist, sondern dass dort auch die Branchenverbände in der Pflicht sind. Und Stephan Schleiss ist sehr froh, dass sie diese Pflicht wahrnehmen.
Beim neunten Schuljahr haben dann auch Zari Dzaferi für die SP und Dominik Lehner für die FDP noch einen Nagel eingeschlagen. Der Votant kann versichern, dass das im Projekt Sek I +, wo wir versucht haben, die Wirtschaft und das Gewerbe
abzuholen, von diesen als prioritär bezeichnet worden. Das wollen wir auch umsetzen. Wie geht es bei diesem Projekt weiter? Wir haben für die nächste Bildungsratsitzung am 14. September den Zwischenbericht traktandiert und anschliessend wird dann die nächste Etappe in Angriff genommen. Der Bildungsdirektor wird persönlich dafür besorgt sein, dass die Wirtschaftsverbände entsprechend orientiert und abgeholt werden.
Ganz interessant hat er die Ausführungen von Esther Haas gefunden, aus der Praxis gesehen. Wir haben den Punkt auch angesprochen in Kapitel 1.2, nämlich zusätzlichen und immer vermehrten Anforderungen, die von den Berufsverbänden an die Berufsbildung gestellt werden über die Bildungsverordnungen. Esther Haas hat es prägnant formuliert: «Der Übergang vom Minimal- zum Maximalprinzip». Die Beispiele sind anschaulich – wir haben das nicht im Bericht aufgeführt. Der Koch, der bilingual unterrichtet wird, die Damenschneiderin, die avantgardistisches Design macht. Stephan Schleiss dankt bestens für diesen illustrativen Beitrag.
Er dankt nochmals für die gute Aufnahme der Interpellationsantwort und sichert zu, dass das für die Direktion für Bildung und Kultur wie auch für die Regierung eine Priorität darstellt. Wir wollen da weitere Erfolge erzielen.

➔ Kenntnisnahme

220 Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anpassung der Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation

Traktandum 14 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1863.2 – 13685).

Franz **Hürlimann** dankt der Regierung für den ausführlichen Bericht, der mittlerweile schon etwas länger zurück liegt. Er möchte nicht nur deshalb vorerst etwas Rückschau halten.

Über 400 Jahre hatten wir Walchwiler unter der Vogtei der Stadt Zug zu leiden. Mit dem Untergang der alten Eidgenossenschaft wurden wir dann den anderen Gemeinden des Kantons gleichgestellt, und so wollen wir uns seither auch behandelt wissen. Und das sind doch unterdessen auch wieder 200 Jahre her.
«Nach landesvatterlich reifer Überlegung hat der Hohe Rat von Zug beschlossen...», hiess es jeweils, wenn man uns ein neues Joch auferlegte. «Meine gnädigen Herren und Oberen», sagt der Votant, diese Zeiten sind Vergangenheit! Darum wollen wir auch auf der Strasse nicht weiter städtischer Willkür ausgesetzt sein.
So ist er höchst erfreut, dass die Regierung in dieser Angelegenheit auch seine Meinung vertritt. Und er ist sehr davon angetan, wenn der roten Selbstherrlichkeit des städtischen Sicherheitsdepartements die Spitzzähne gezogen werden.
Wohl wünscht er sich, dass die bestehenden Signalisationen neu beurteilt würden. Was nützt es aber, wenn die Sicherheitsdirektion nach aufwändigen Abwägungen schlussendlich doch die jetzige Regelung bestätigt. Darin liegt die Befürchtung des Votanten. Unter diesem Aspekt teilt er die Ansicht der Regierung. Und wenn der Kanton die zusätzlichen Aufgaben mit den bestehenden Personaleinheiten erledigen will, freut dies Franz Hürlimann ganz besonders.
Wichtig ist ihm aber, dass der Sicherheit auf dieser Strecke an neuralgischen Punkten ein besonderes Augenmerk zukommt. Da hat nämlich die bisherige Zuständigkeit kläglich versagt. Ja sie kommt ihm vor wie ein schüchterner Veloklammern-Casanova, der sich vergeblich versucht daran zu erinnern, wo bei seiner strammen Angebeteten die wichtigen Stellen verborgen sind.
Der Votant spricht z.B. vom Kolinplatz. Da wo es effektiv um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer geht, warten diese nämlich seit Jahren vergeblich auf eine vernünftige Lösung. Sonst wäre es möglich, dass Lastwagen und Autocars in Anwendung des Strassenverkehrsgesetzes einbiegen könnten und sich nicht blindlings von der Ägeri- in die Grabenstrasse hinein tasten müssten. Da kann man eben nicht auf die Schnelle ein Signal hinstellen und den Gewohnheitsfahrer am nächsten Morgen obendrein gleich noch mit Polizeikontrollen bestrafen.

Philip C. **Brunner** weist darauf hin, dass es eigentlich um zwei Dinge geht. Bei der neuen Zuständigkeitsordnung ist die SVP-Fraktion auch der Meinung der Regierung. Beim Punkt 2, der Überprüfung der rechtskräftigen Verkehrsanforderungen, die auf das ganze Kantonsgebiet hätten ausgeweitet werden sollen, sagt die Regierung nein – wir sind auch dieser Meinung.
Es gibt in Zug auch eine Wut. Franz Hürlimann hat seine Wut von Walchwil nach Zug getragen. Es gibt aber auch die Wut in der Stadt Zug, dass eine Regierung ständig genau diese erwähnten Schikanen setzt. Deshalb kann sich der Votant als Einwohner dieser Stadt und Autofahrer auch einverstanden erklären, dass es sehr gut ist, wenn diese Stadt unter das Regime des Kantons fällt. Und dass dieses Regime, das immer wieder die Auswärtigen ein wenig büssen und ärgern will – das alles unter dem Vorwand von zusätzlicher Sicherheit und man mache doch etwas Gutes – fällt. In diesem Sinn gratuliert Philip C. Brunner Franz Hürlimann zu seinem Vorstoss, vielleicht nicht so sehr aus der Wut, aber manchmal kommen aus der Wut diese guten Ideen, die dann auch eine praktische Auswirkung haben. Der Votant hofft zusammen mit seiner Fraktion, dass diese alten Zöpfe fallen.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** bestätigt, dass das Postulat Sinn macht. Wir haben mit der Stadt besprochen, dass diese alte Pendenz der Zuständigkeit an den Kanton übertragen wird bei Kantons- und Gemeindestrassen im Gemeindebann

Zug. Aber Philip C. Brunner hat noch gesagt, man wolle dies ausweiten auf den ganzen Kanton. Der Postulant möchte das aber nur ausweiten auf das Gebiet der jetzigen Zuständigkeit der Stadt Zug. Da haben wir im Bericht ausgeführt, dass das nicht möglich ist. Aber punktuell kann man solche rechtskräftigen Signalisationen immer wieder hinterfragen und den Antrag stellen, man solle diese überprüfen. Aber nicht das ganze Gebiet. In diesem Sinne sind wir bereits schon an der Umsetzung in Zusammenarbeit mit der Stadt.

➔ Das Postulat wird erheblich erklärt.

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass Traktandum 15 verschoben wird, weil der Motionär Andreas Hausheer heute nicht im Rat ist und Rudolf Balsiger in dieser Session nicht mehr zum Rat gehört.

221 Postulat von Rudolf Balsiger und Moritz Schmid betreffend Kantonsforstamt in die Baudirektion

Traktandum 16 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2001.2 – 13781).

Moritz **Schmid** hält fest, dass sich die Postulanten bedanken für die Beantwortung des Postulats, obwohl sie mit dem Resultat nicht zufrieden sein können. Ebenfalls zur Kenntnis genommen haben wir, dass die Direktion des Innern dem Anliegen des Postulats bereits vorgegriffen hat. Sie hat das Kantonsforstamt und das Amt für Fischerei und Jagd in Kenntnis des vorliegenden Postulats zu einem Amt fusioniert. Eine unverständliche Aktion angesichts des Begehrens der Postulanten. Es ist kaum verständlich, weshalb diese Zusammenführung der beiden Ämter noch vor der Behandlung des Postulats im Kantonsrat hat durchgepaukt werden müssen. Damit soll wohl die bestehende Situation zementiert werden. Diese Massnahme zeugt von wenig Fingerspitzegefühl.
Nun aber zur Sache selbst. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass die Eingliederung des Kantonsforstamts in die Baudirektion keinen Zusatzgewinn bringen würde. Dabei wird offenbar übersehen, dass es nicht nur in der Raumplanung, sondern insbesondere im Wasserbau und im Strassenbau zu erheblichen Synergien kommen könnte. Namentlich beim Wasserbau obliegt die Federführung der Baudirektion. In Wald- und Berggebieten nimmt jedoch das Kantonsforstamt auch wasserbauliche Massnahmen wahr. Die Zusammenarbeit des Kantonsforstamts mit der Abteilung Wasserbau des Tiefbauamts muss eng sein. Mit der Eingliederung des Kantonsforstamts in die Baudirektion könnten namentlich der Wasserbau des Tiefbauamts, aber auch der forstliche Wasserbau gestärkt werden. Diese Massnahme führte in erster Linie bei der Verhinderung, aber auch bei der Behebung von Unwetterschäden – wie sie im Ägerital und in Menzingen letzten Monat vorgefallen sind – zu wesentlichen Verbesserungen.
Strassenbau und -sanierungen berühren immer wieder den Wald. Eine Integration des Kantonsforstamts in die Baudirektion wird dazu führen, dass die Anliegen des Waldes in einer sehr frühen Phase in die Strassenbau- und -sanierungsprojekte einfliessen könnten. Der Gewinn für den Wald und damit für die Sache selbst würde augenscheinlich sein.

Und darum geht es doch eigentlich. Der Wald soll schliesslich als Gewinner dastehen. Es geht nicht um Gartenhagdenken oder um ein Festhalten an bestehenden und vielleicht auch verkrusteten Pfründen. Es geht vielmehr um die optimale Nutzung der kantonalen Ressourcen. Mit einer Eingliederung des Kantonsforstamts in die Baudirektion werden sich mehr Synergien ergeben, als bei einem Verbleib dieses Amtes bei der Direktion des Innern möglich sind. Die Kantone Zürich und Schaffhausen und sieben weitere Kantone zeigen es. Dort sind die kantonalen Forstämter ebenfalls in der Baudirektion oder in weiter gefassten Bau- und Umweltdirektionen angesiedelt. Warum soll nicht auch der Kanton Zug von diesen Vorteilen profitieren wollen?
Der Votant begehrt – entgegen dem Antrag des Regierungsrats – die Erheblicherklärung des Postulats. Bei diesem Begehren wird er auch von unserem alt Kantonsratskollegen Ruedi Balsiger und hoffentlich auch vom Rat unterstützt.

Andreas **Hürlimann** weist darauf hin, dass die Regierung im Frühling beschlossen hat, das Amt für Fischerei und Jagd und das Forstamt zusammen zu legen. Er dankt dem Regierungsrat für seine Weitsichtigkeit. Denn gerade im Hinblick auf Pragma scheint es ihm wichtig, dass es keine Kleinstämter mehr gibt. So ist es beispielsweise auch besser möglich, einen 24-Stunden-Pikettdienst zu bewältigen. Zudem scheinen einige Synergien im Bereich Wald und Wild (so heisst das neue Amt ja auch, welches 2012 seinen Dienst aufnimmt) gegeben.
Schnittstellen in andere Ämter oder Direktionen wird es immer geben. Das ist in unserer Welt nun mal so. Wichtig ist für die AGF, dass wir die operativen Entscheide der Regierung überlassen und dem Regierungsrat auch das entsprechende Vertrauen schenken. Vor der Sommerpause haben wir Rechnung und Rechenschaftsbericht 2010 beraten. Darin kamen nur positive Voten und Meldungen zur Arbeitsweise des Regierungsrats wie auch zur DI. Es gibt also an der Geschäftsführung des Regierungsrats nichts Grösseres zu bemängeln. Auch aus diesem Grund sollten wir die operativen Entscheide ruhig der Exekutive überlassen.
Es gäbe nämlich noch ganz andere Möglichkeiten, Postulate einzureichen. Man denke da an die berufsbildenden Schulen, welche von der VD weg zur DBK könnten – so wie dies im Rest der Schweiz der Fall ist. Oder das Landwirtschaftsland grenzt ja oft an den Wald, warum nicht gleich die Landwirtschaft zur DI? So könnten wir hin und her schieben – nur bringt es nicht viel. Denn es ist nicht unsere Aufgabe. Der Kantonsrat gibt die strategischen Eckwerte vor – der Regierungsrat regelt dann das Operative. Lasst uns unsere Aufgabe als Kantonsräte richtig und gut machen und verzichten wir auf solche unnötigen Eingriffe.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Gedanken grundsätzlich gut findet, zu überdenken, ob die Zuteilung oder Unterstellung von Ämtern in der jeweiligen Direktion noch den Anforderungen der Zeit entspricht. Darum ist sie auch nicht prinzipiell gegen eine Umgliederung des Kantonsforstamtes. Doch wie die Regierung und ein kurzer Blick in den Rechenschaftsbericht bestätigen, bestehen die Aufgaben des Kantonsforstamts nicht zur Hauptsache aus Bewilligungen – zentral scheint die Nähe zur Fischerei und Jagd, den Wildtieren und vor allem die Bewirtschaftung und Nutzung der Wälder. Es käme zur klassischen Tischtuchsituation: Zupfen sie die eine Falte weg, entstehen am anderen Zipfel neue Falten.
Die FDP Fraktion unterstützt einstimmig die Überlegungen der Regierung und ist für Nichterheblicherklärung des Postulats. Die FDP geht davon aus, dass der

Regierungsrat bei einem diesbezüglichen Handlungsbedarf auf die Forderungen eingetreten und zu einem anderen Schluss gekommen wäre. Doch wie die Regierung auch klar aufzeigt, ist eine komplette Entflechtung der einzelnen Ämter in keiner Weise möglich und auch nicht sinnvoll.

Franz Peter **Iten** hält fest, dass seine Fraktion bei der Beurteilung dieses Postulats zwei Herzen in der CVP-Brust hat. Welches Herz nun auf der linken oder auf der rechten Seite schlägt, diese Beurteilung überlässt er dem Rat. Wesentlich zu wissen ist, dass die beiden Herzen keinen Gleichschlag bei der Beurteilung der Erheblicherklärung oder Nichterheblicherklärung erzeugen. Trotzdem leben beide. Das eine Herz ist überzeugt, dass mit der vorgesehenen Bildung einer kantonalen Fach- und Koordinationsstelle in planungs- und baurechtlichen Verfahren mit kantonaler Beteiligung gemäss Verordnungsentwurf zum Planungs- und Baugesetz eine spürbare und nachhaltige Verbesserung erfolgen wird. Das andere Herz sieht durch die organisatorische Umsiedelung des Kantonsforstamts von der Direktion des Innern in die Baudirektion schnellere und klarere Verfahren und Aussagen bei Baugesuchen, die auch den Wald betreffen. Aus diesem Grunde ist die Aufgabe des Fraktionssprechenden nicht leicht und er versucht trotzdem, die beiden unentschieden spielenden Herzen zu vertreten.
Man kann in dieser Frage sicher unterschiedliche Meinungen und Seiten vertreten. Es kommt aber auf jeden Fall auf den Standort des Beurteilenden an. Es mag ja sein, dass es bei Bewilligungsverfahren Verzögerungen bei raumrelevanten Projekten, die die Waldgesetzgebung tangieren, gekommen ist. Es kann aber auch sein, dass gerade mit der jetzigen Ausgangslage klare Voraussetzungen für die Kernaufgaben des Kantonsforstamts und der Baudirektion bestehen. Der Votant überlässt Ihnen, auf welcher Seite Sie stehen.
Trotzdem erlaubt er sich kurz, seine Meinung über dieses Postulat zu äussern. Er geht mit der Regierung vollumfänglich einig, dass die Zuständigkeit für die Organisation der Verwaltung gemäss Organisationsgesetz, dass wir ja genehmigt haben, beim Regierungsrat und den einzelnen Direktionen liegt, während der Kantonsrat als gesetzgebende Behörde – und dazu gehören alle 80 Mitglieder dieses Parlaments – die Aufgaben der Verwaltung festlegt und die benötigten Ressourcen bewilligt. So wissen Sie wenigstens von Franz Peter Iten, für was sein Herz schlägt.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, hält fest, dass die Regierung alle sachlichen und fachlichen Argumente aufgenommen hat, warum es der Regierungsrat als richtig und gewollt erachtet, dass das Forstamt in der DI ist. Sie möchte diese Argumente nicht wiederholen. Abgesehen davon, dass es in der Mehrheit der Schweiz so ist, dass der Forst nicht beim Bau ist. Sie möchte vor allem staatspolitisch argumentieren und nochmals aufzeigen, dass mit Führung immer strategisch und operativ gemeint ist, dass das aufgeteilt ist. Es wurde gesagt, dass gemäss Organisationsgesetz die Zuständigkeit für die Organisation der Verwaltung beim Regierungsrat ist. Der Kantonsrat ist zuständig für die Aufgaben der Verwaltung und die benötigten Ressourcen. Unser aller modernes Staatsverständnis ist, diese strategische und operative Ebene auseinander zu halten. Die Regierung bittet Sie deshalb, diese Kompetenz zu respektieren.
Vermutlich haben die meisten von Ihnen auch schon mal überlegt, warum diese oder jene Abteilung hier und nicht dort ist. Es wurden Beispiele genannt. Warum ist die Berufsbildung bei der VD und nicht bei der DBK? Warum ist der Wasserbau bei

der Baudirektion und nicht bei DI? Landwirtschaft, da gehen auch überall Strassen durch, warum bei der BD und nicht bei der DI? Oder die Landwirtschaft gehört ja irgendwie zur Raumplanung, warum bei der VD und nicht bei BD? Da können Sie unzählige Puzzleteile zusammensetzen, die zu immer wieder neuen Bildern führen. Das Potenzial für Postulate ist also beliebig hoch.
Der Regierungsrat hat gute Gründe, warum er heute keinen Bedarf für eine Teil- oder Totalreform der Ämterzuteilung sieht. Er ist aber nicht untätig. Er hat im Hinblick auf Pragma mehr als einmal bereits zwei Ämter zusammengelegt. Einmal bei der Gesundheitsdirektion mit dem Amt für Verbraucherschutz und dieses Jahr beim Amt für Fischerei und Jagd und dem Forstamt. Das hat die Regierung entschieden und nicht die DI. Es fällt in die Kompetenz der Gesamtregierung. Dies wird auf den 1. Januar der Fall sein. Das hat auch sehr viel mit Pragma zu tun. Die Vorarbeiten dafür haben lange vor der Postulatseinreichung begonnen. Themen wie Wildverbisse, Jagd und Forst sind sehr eng miteinander verknüpft. Es gibt also auch hier Schnittstellen. Die Mitarbeiter der beiden Ämter haben sehr viel Energie reingesteckt und dieses Projekt der Ämterzusammenlegung vorangetrieben, und sie sind hochmotiviert. Der Regierungsrat sieht keinen Handlungsbedarf, jetzt wieder eine Kehrtwende zu machen. Damit möchte die Direktorin des Innern aufzeigen, dass der Regierungsrat sehr wohl handelt und seine Organisation umbaut, wo er es für richtig findet. Nochmals: Der Kantonsrat steuert – neu über Globalbudget und Leistungsaufträge, über Gesetze. Sie haben im PBG Fristen gesetzt. Das ist auch gut so. Da wird es noch effizienter. Aber wie wir dann diese Fristen genau einhalten, ist Sache der Regierung. Die Verwaltung im Kanton Zug erhält ausgesprochen gute Noten. Das hat auch etwas damit zu tun, wie wir sieben Regierungsräte, Regierungsrätin unsere Verwaltung organisieren. Herzlichen Dank für die Unterstützung des Regierungsantrags.

➔ Der Rat beschliesst mit 30:29 Stimmen, das Postulat erheblich zu erklären.

222 Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Interpretation der Religionsfreiheit im Schulalltag

Traktandum 17 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1963.2 – 13765).

Arthur **Walker** hält fest, dass die CVP die Ansicht vertritt, dass an den öffentlichen Schulen gleiche Rechte und Pflichten für alle gelten müssen. Bildung ist der Schlüssel zu Toleranz, sozialem Aufstieg und Integration. Damit diese für das Zusammenleben elementaren Werte gefördert und gestärkt werden können, ist die Einhaltung gleicher Rechte und Pflichten an den obligatorischen Schulen grundsätzlich höher zu gewichten als durch Religion oder Kultur geprägte Sonderregelungen. Lehrpersonen müssen unabhängig von ihrem Geschlecht von Eltern gleichwertig akzeptiert werden. Der Schulunterricht ist grundsätzlich für alle Schülerinnen und Schüler vollständig zu besuchen, unabhängig von Geschlecht und kulturellem beziehungsweise religiösem Hintergrund. Dazu gehört die Teilnahme am obligatorischen Turn- und Schwimmunterricht und an Klassenlagern.
Ausgehend von dieser Haltung wurden dem Regierungsrat vier Fragen vorgelegt. Im Namen und im Auftrag der CVP-Fraktion dankt der Votant dem Regierungsrat für die Beantwortung der in der Interpellation aufgeworfenen Fragen betreffend Interpretation der Religionsfreiheit im Schulalltag.

In seinen einleitenden Bemerkungen weist der Regierungsrat auf die verfassungsmässig garantierten Grundrechte betreffend Schulbildung, Religions- beziehungsweise der Glaubens- und Gewissensfreiheit hin. Gleichzeitig gelten zudem das Rechtsgleichheitsgebot und das Verbot geschlechterspezifischer Diskriminierung. Der Regierungsrat anerkennt auch, dass sich die öffentlichen Schulen in diesem Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen und nebeneinander bestehender Grundrechte bewegen und unmittelbar mit den sich in Einzelfällen daraus ergebenden Fragen und Konflikten konfrontiert sind. Entgegen der Ansicht der CVP-Fraktion seien aber die Einhaltung gleicher Rechte und Pflichten an den obligatorischen Schulen nicht grundsätzlich höher zu gewichten sind als durch Religion oder Kultur geprägte Sonderregelungen.
Wichtig sind der CVP-Fraktion die folgenden Aussagen: Das verfassungsmässig garantierte Recht der Religionsfreiheit gilt nicht absolut. Wie alle Grundrechte, kann auch die Religionsfreiheit eingeschränkt werden. Danach bedürfen aber solche Grundrechtseinschränkungen einer gesetzlichen Grundlage, müssen gerechtfertigt und verhältnismässig sein. An öffentlichen Schulen steht das Kindeswohl im Zentrum. «So ist eine Grundrechtsbeschränkung insbesondere zulässig, wenn ein Kind in seiner Entwicklung oder beim individuellen Schulerfolg beeinträchtigt ist oder wenn ein effizienter und geordneter Schulbetrieb nicht mehr sichergestellt werden kann», heisst es in der Regierungsantwort. In diesem Zusammenhang hat der Bildungsrat des Kantons Zug im Rahmen des Übergangslehrplans Sport die rechtliche Grundlage geschaffen. Damit sind alle Schülerinnen und Schüler verpflichtet, Turn- und Schwimmstunden zu besuchen.
Erstaunt zeigt sich aber unsere Fraktion bezüglich der folgenden Aussagen: «Weil für die Verpflichtung zur Teilnahme an Schulanlässen ausserhalb des obligatorischen Unterrichts eine gesetzliche Grundlage fehlt, kann diese auch nicht erzwungen werden. Das gilt auch für die Teilnahme an Klassenlagern.» Wir fragen uns, wie der Regierungsrat zu dieser Ansicht gelangt, dass beispielsweise die jährlich in den Stadtschulen Zug durchgeführten Klassenlager auf dem Gottschalkenberg als ausserhalb des obligatorischen Unterrichts stattfindender Schulanlass gelten sollen.
Aus rechtlicher Sicht mag die vorliegende Begründung genügen, wonach das Tragen eines Kopftuchs toleriert werden müsse und somit ein Verbot unverhältnismässig sei. Inwiefern dies tatsächlich z. B. bei einem Zwang zum Tragen des Kopftuchs den Lernerfolg nicht beeinflusst, nicht zur Beeinträchtigung des geregelten Schulbetriebs und nicht zu Ausgrenzungen führen kann, ist im konkreten Fall dann keine Frage des Rechts, sondern der Umsetzung vor Ort. Wie leicht es ist, im Sportunterricht eine besondere Regelung durchzusetzen, sollte dem Rat vom Fall im Kanton Luzern bekannt sein.
Zusammenfassend halten wir fest: Aus Sicht des Rechts und deren Auslegung mag die Antwort genügen. Wir vermissen in der Antwort aber generelle Aussagen zum sich immer mehr abzeichnenden Konflikt zwischen unserer liberalen, offenen, freiheitlichen, westlichen Kultur und der einengenden, traditionalistischen, patriarchalischen Kultur, wie sie sich beispielsweise durch bestimmte Exponenten des Islamischen Zentralrats manifestiert. Das Recht des Einzelnen wird in jedem Fall über die Pflicht zur Gemeinschaft gestellt.
Besonders zu denken geben sollte uns insbesondere die Tatsache, dass religiöse Vorschriften und kulturell begründete Einschränkungen und die damit verbundenen Diskriminierungen ausschliesslich für Mädchen und Frauen gelten. Wir fragen uns, wo hier gleiche Rechte für Mädchen und Knaben gelten und wie dies mit unserer Kultur und unserem Rechtsverständnis in Einklang gebracht werden kann. Wir fragen uns auch, ob die in der Stellungnahme des Regierungsrats aufgezeigte Inter-

pretation der Rechtsgrundlagen nicht zur Verschärfung der Problematik führen und damit der Bildung von Parallelgesellschaften Vorschub leisten wird.

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass Thuri Walker vorhin «gleiche Rechte und Pflichten für alle» angesprochen hat. Hinter diesem Grundsatz steht die AGF vollumfänglich. Der Votant dankt dem Bildungsdirektor für diese differenzierte Interpellationsantwort. Er zeigt auf, dass es im Spannungsfeld zwischen individuellen Grundrechten sowie der Einhaltung von Rechten und Pflichten an Schulen zu Konflikten kommen kann. Die Antwort zeigt auf, dass es jedoch wenige Konflikte gibt und diese in der Regel im Gespräch einvernehmlich gelöst werden. Dies ist nicht zuletzt den guten Zuger Schulen mit ihren hervorragenden Lehrpersonen zu verdanken. Aufschlussreich ist die Rückmeldung der gemeindlichen Schulen, dass Sonderregelungen nicht primär von Angehörigen muslimischer Religionen, sondern von konservativen christlichen Gemeinschaften oder Freikirchen angestrebt werden. Diese Beobachtung kann auch im Rahmen der aktuellen Diskussion um den Sexualkundeunterricht in den Schulen gemacht werden, wo gerade Christlich-Konservative die Möglichkeit eines Schuldispenses fordern.
Der Votant geht mit der Regierung und Thuri Walker einig, dass bei jedem Eingriff in die Glaubens- und Gewissensfreiheit die Verhältnismässigkeit geprüft wird, jedoch die Einhaltung der Schulvorschriften prioritär und der individuelle Schulerfolg des Kindes garantiert ist. Das Tragen individueller religiöser Symbole der Kinder wie Kreuze oder Kopftuch sowie das Beachten von Essensvorschriften oder das Feiern einzelner wichtiger religiöser Feiertage beeinträchtigt aus Sicht der AGF den geordneten Schulbetrieb nicht. Das sieht auch die Regierung so. Vollumfänglich einverstanden sind wir, dass Turn- und Schwimmunterricht obligatorisch sind und dass es wichtig ist, dass alle Kinder an Klassenlagern teilnehmen.
Tatsächlich heikel ist die Frage, inwieweit Lehrpersonen religiöse Symbole tragen dürfen. Wird der Religionsfrieden durch das Tragen christlicher oder muslimischer Kopftücher beeinträchtigt? Was ist mich Kreuz-Halskettchen? Hier wünschte sich Stefan Gisler eine klarere Haltung der Regierung. Die Antwort ist hier etwas knapp ausgefallen. Entweder dürfen Symbole aller Religionen getragen werden oder keine. Wichtig ist aber auch hier doch, dass bei der Stoffvermittlung inhaltlich die Neutralität gewahrt wird. Die Schule muss den Verfassungsgrundsatz der Neutralität umsetzen.
Eindeutig ist die regierungsrätliche Antwort bezüglich dem Sinn einer kantonalen Regelung. Eine solche würde gegenüber den Grundsätzen der Schweizer Bundesverfassung keine gültige Rechtgrundlage bilden. Zudem haben die Gemeinden klar signalisiert, dass für sie kein Bedarf nach neuen Bestimmungen oder Gesetzen besteht.
Abschliessend dankt der Votant auch der CVP für die Einreichung der Interpellation – sie brachte mehr Klarheit und Sachlichkeit in ein heikles Thema, über welches nur zu oft sehr einseitig und emotional debattiert wird. Ein fairer, unaufgeregter Umgang mit anderen Kulturen und Religionen unter Beibehaltung der Grundsätze der Verfassung für alle ist einem demokratischen und liberalen Staat würdig und entspricht den traditionellen Werten der Schweiz. Denn die Bundesverfassung hat sich das Ziel gegeben, dass «das Schweizer Volk im Willen, in gegenseitiger Rücksichtsnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit lebt.»

Manuel **Brandenberg** hält fest, dass die Antwort der Bildungsdirektion für die SVP-Fraktion sehr erfreulich war. Wir begrüssen es vor allem auch, dass es keine kan-

tonale Regelung geben wird, wie es von der CVP-Fraktion gefordert wird. Die Regierung beachtet so den Grundsatz der Gemeindeautonomie und respektiert deren eigenen Spielraum. Es ist ja übrigens die Subsidiarität ein Prinzip der katholischen Soziallehre, was der CVP sicher bewusst ist. Sie gebietet auch, dass was man den Gemeinden lassen kann, auch dort lässt. Der Votant verweist auf die Enzykliken «Rerum Novarum» von Leo dem XIII. und «Centesimus Annus» vom seligen Johannes Paul II.
Wir haben es hier mit dem Gleichgewicht zwischen Religionsfreiheit und geordnetem Schulunterricht zu tun. Wenn wir nun – wie es die CVP-Fraktion tut – hier unterschwellig andere Kulturen und Religionen kritisieren und sagen, sie hätten ein anderes Verständnis von Gleichberechtigung und vom Verhältnis zwischen Mann und Frau, sollten wir doch auch etwas vorsichtig sein. Immerhin sollten wir nicht mit dem Zeigfinger auf diese Kulturen zeigen, denn die Schweiz hat die Gleichberechtigung erst seit 1981 in der Bundesverfassung, das Frauenstimmrecht seit 1971. Also sind wir wahrscheinlich nicht berufen, hier mit dem Finger auf andere zu zeigen.
Bezüglich der gesetzlichen Grundlage für den Turn- und Schwimmunterricht wird ja gesagt, dass er obligatorisch ist für alle und es gebe auch die entsprechende gesetzliche Grundlage, nämlich den Übergangslehrplan Sport. Hier würde Manuel Brandenberg doch die Frage erlauben, ob diese gesetzliche Grundlage reicht oder ob man sich nicht überlegen muss, möglicherweise hier im Schulgesetz eine stärkere Grundlage zu stipulieren.
Abschliessend möchte er noch Stefan Gisler entgegenhalten, dass man nicht einfach sagen kann, entweder kann jemand religiöse Symbole tragen jeder Religion oder dann gar nicht. Denn wir müssen doch auch berücksichtigen, dass wir in unserem Schulgesetz eingangs den Grundsatz haben, dass die Schule auf der christlich-abendländischen Kultur basiert. Das ist eine Aussage, die wir ernst nehmen sollten.

Dominik **Lehner** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Meinung des Regierungsrats teilt und die geltende Verpflichtung zur Teilnahme am Turn- und Schwimmunterricht befürwortet. Damit erhalten alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, Schwimmen zu lernen. Wie Sie der Presse entnehmen konnten, hat erst kürzlich das Basler Verwaltungsgericht einen Entscheid bestätigt, wonach Eltern, die ihren Kindern das Schwimmen verweigern wollten, mit einer Busse bestraft wurden.
Wie der Regierungsrat festhält, erscheinen in der Schule auch in ganz anderen Bereichen oft Probleme. Stellen Sie sich die Kindergartenlehrperson vor, die jeden ihrer Kindergeburtstage mit einem wunderbaren Ritual feiern möchte. Gleich zu Beginn des Schuljahrs spricht jedoch eine Familie sie darauf an, dass sie, weil sie zu den Zeugen Jehovas gehören, für ihr Kind nicht für irgendwelche Feiern zu haben seien. Sie möchten auch nicht, dass ihr Kindergartenkind je an einem Geburtstagsfest teilnimmt und auch Samichlaus und Fasnacht nicht in ihr Konzept passen würden. Solche Wertekonflikte brechen in unzähligen Bereichen an den Zuger Schulen beinahe täglich auf. Sie lösen dies jedoch individuell. Flächendeckende kantonale Richtlinien zu erlassen, wäre nicht zielführend. Bildung gelingt dann, wenn Elternhaus und Schule miteinander im Dialog stehen. Dies ist an den Zuger Schulen der Fall.

Zari **Dzaferi** wollte sich eigentlich nicht zu diesem Thema äussern, damit er hier vorn nicht immer den Musteremigranten spielen muss. Dennoch möchte er auf

zwei, drei Sachen eingehen. Zu den religiösen Symbolen: Er versteht das Ganze wirklich sehr liberal. Ihn stört das Kreuz hier an der Wand nicht, obwohl er sich nicht direkt damit identifizieren kann. Gleichzeitig muss er es als Sekundarlehrer auch respektieren, wenn eine Schülerin sich dafür entscheidet, ein Kopftuch zu tragen, oder dass eine Familie Weihnachten oder Geburtstage nicht feiern möchte. Wir sind da verschieden, und in der Interpellation ist einseitig auf den Islam gedeutet worden. Der Votant möchte unbedingt betonen, dass vor allem bei konservativen Kreisen auch der Islamische Zentralrat, die bärtigen Leute, die nach vorne gehen und referieren, als Vertreter des Islams in der Schweiz gesehen werden. Sie sind aber nicht die Vertreter der grossen Masse! Diese sind sehr moderat, sie stossen mit Ihnen beim Mittagessen mit einem Glas Wein an. Solche Aspekte sollten auch berücksichtigt werden.

Bildungsdirektor Stephan **Schleiss** meint, das Problem sei wahrscheinlich schon, dass sich niemand dem Problem Schule entziehen könne. Alles, dem man sonst eher aus dem Weg geht, prallt in der Schule aufeinander. Und dort ist es mitunter schwierig, den Frieden zu bewahren. Es werden auch verschiedene Erwartungen an die Schule herangetragen, das kommt bei dieser Interpellation deutlich zum Ausdruck. Der Votant möchte einige Fragen und Bemerkungen aufnehmen und beantworten.
Für die CVP hat Thuri Walker gesagt, er könne nicht nachvollziehen, wieso Klassenlager als Nichtbestandteil des obligatorischen Unterrichts bezeichnet würden. Wenn Klassenlager nicht im Rahmen des obligatorischen Unterrichts angeboten werden, sind sie nicht obligatorisch. Und was nicht obligatorisch ist, dazu kann man niemand verpflichten. Wenn die Stadt Zug Klassenlager als Teil des obligatorischen Unterrichts anbietet, ist der Unterricht obligatorisch. Aber die Ausführungen in der Antwort des Regierungsrats haben als Beispiel Klassenlager aufgeführt, die eben nicht als obligatorischen Unterricht angeboten werden.
Weiter hat Thuri Walker ausgeführt, er vermisse Aussagen dazu, wie man denn die Lösungen für Kulturkonflikte gescheit aufgleisen könne. Dazu haben wir eine Aussage gemacht, nämlich eine institutionelle. Indem man die Probleme dort löst, wo sie auftreten, möglichst nah am Bürger, nämlich bei den Gemeinden. Diese sind gemäss § 61 des Schulgesetzes kompetent dafür, die Absenzenordnung zu erlassen und das Dispensationswesen zu regeln. Und dort tauchen ja die meisten Probleme auf. Wir haben in der Antwort ausgeführt, dass sich diese Regelung grundsätzlich bewährt hat.
Stefan Gisler hat für die AGF noch die Frage gestellt, wieso wir nichts zu den Kreuzkettchen oder den christlichen Symbolen ausführen. Das haben wir schon getan, am Schluss des Kapitels 2.1 auf S. 4 im oberen Teil führen aus, was die Bundesgerichtspraxis von der Kleidung von Ordenleuten hält. Das ist damit auch abgedeckt.
Schliesslich noch zu Manuel Brandenberg und seiner Frage, ob die gesetzliche Grundlage in der Form eines Übergangslehrplans Sport genüge oder ob das nicht im Schulgesetz verankert werden müsste. Dazu kann der Bildungsdirektor als Nichtjurist jetzt beim besten Willen nichts aus dem Ärmel schütteln. Er muss die Frage entgegennehmen und wird dazu direkt bei Manuel Brandenberg Stellung nehmen.
Abschliessend hat Stephan Schleiss entgegennehmen können, dass man sich mit der Antwort in grossen Zügen einverstanden erklären kann. Er dankt für die positive Aufnahme der Interpellationsantwort.

Arthur **Walker** möchte vorlesen, was in der Interpellationsantwort steht: «Dies gilt auch für die Teilnahme an Klassenlagern. Die Schulleitung kann zwar versuchen, im Interesse der Gemeinschaft und um einer möglichen Ausgrenzungen des betroffenen Kindes vorzubeugen, im Austausch mit den Betroffenen positiv auf eine Teilnahme mitzuwirken, gegen deren Willen ist sie aber nicht durchsetzbar.» Wenn wir von einem freiwilligen Lager sprechen, kann ein Kind sich dafür entscheiden, ob es ins Lager will oder nicht. Dann ist es eben kein Klassenlager, sondern es ist ein freiwilliges Lager sportlicher oder kultureller Art. Wenn wir von einem Klassenlager sprechen, dann geht die Klasse gemeinsam an einen Ort. Darum wollte der Votant das berichtigen – das war seine Aussage.

Bildungsdirektor Stephan **Schleiss** bestätigt zuhanden des Protokolls, dass hier ein semantisches Problem vorliegt. Selbstverständlich ist er in dieser Auffassung mit Thuri Walker einverstanden und auch mit der CVP, für die er gesprochen hat.

➔ Kenntnisnahme

223 Interpellation von Thomas Brändle und Thomas Lötscher betreffend Zwangsverheiratung von im Kanton Zug lebenden muslimischen Frauen

Traktandum 18 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1989.2 – 13775).

Thomas **Lötscher** muss zuerst eingestehen, dass wir bei der Formulierung unserer Interpellation etwas ungeschickt agiert haben. Unter dem Eindruck eines Zeitungsinterviews haben wir uns zu einseitig auf eine Bevölkerungsgruppe und Religionsgemeinschaft – nämlich die Muslime – fokussiert. Die Regierung hat in ihrer Antwort richtigerweise festgestellt, dass Zwangsverheiratungen in den verschiedensten Kulturkreisen und über Religionsgrenzen hinaus vorkommen, und dass auch Männer Opfer sein können. Selbstverständlich wollen wir nicht Muslime pauschal verurteilen, und wenn dieser Eindruck entstanden ist, so entschuldigt sich der Votant auch im Namen seines Mitinterpellanten ausdrücklich dafür.
Wir sind daran interessiert, dieses Problem für sämtliche davon betroffenen Menschen im Kanton Zug zu lösen – unabhängig von Nationalität, Hautfarbe, Religion und Ethnie. In diesem Sinne danken wir der Regierung für die umfassend aufgearbeitete Antwort.
Ihr entnehmen wir, dass das genaue Ausmass der Problematik schwer zu beziffern ist und daher keine gefestigten Kenntnisse vorliegen. Wir erkennen aber auch, dass das Problembewusstsein bei den verantwortlichen Stellen vorhanden ist und man die in Kürze in Kraft tretenden gesetzlichen Grundlagen des Bundes nutzen will, um die Sache anzugehen. Wir sind froh, dass sich die Regierung des Themas umfassend und auf verschiedenen Ebenen annimmt. Eine liberale Gesellschaft lebt von ihren mündigen Mitgliedern. Sie kann und darf nicht akzeptieren, dass einzelne Individuen anderen ihren Willen aufzwingen. Auch das Versprechen von Kindern und die Verheiratung Minderjähriger widersprechen dem liberalen Gesellschaftsbild und sind absolut inakzeptabel. In diesem Sinne waren wir schockiert, dass solche Praxis offenbar in der Schweiz bisher toleriert wurde. Immerhin soll das in Zukunft nicht mehr akzeptiert werden.

Gerade weil Zwangssituationen schwierig zu erkennen sind, hätten wir von der Regierung gerne konkretere Ausführungen, wie sie dieselben konkret erkennen und ahnden will. Wir hoffen, dass die Zuger Regierung dafür besorgt sein wird, dass in unserem Kanton alle Menschen ihre Freiheits- und Menschenrechte ungehindert ausüben können. Die Interpellationsantwort stimmt uns grundsätzlich zuversichtlich.

Barbara **Gysel** legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Sie engagiert sich seit rund zehn Jahren gegen Zwangsheiraten, auch ehrenamtlich in der nationalen Organisation zwangsheirat.ch. – Ein Artikel in einer Zuger Zeitung titelte am 18. Juni 2011 bei der Berichterstattung über den regierungsrätlichen Bericht: «Dem Kanton Zug sind keine Zwangsehen bekannt». Dieser Befund, der auf der Antwort auf Frage 2 beruht, hat im öffentlichen Raum eine Welle der Entrüstung ausgelöst. Die Votantin hat erfahren, dass zwangsheirat.ch nach dem Erscheinen des Zeitungsartikels mehrere Meldungen darüber erhalten, dass doch Fälle aus dem Kanton Zug bekannt seien. Das deckt sich mit den Erfahrungen der Organisation, es laufen tatsächlich mehrere Beratungen bei Fällen aus dem Kanton Zug. Das wurde auch im Mitbericht an die Regierung so festgehalten. Davon ist aber nichts erwähnt. Ob die Zwangsheiraten nun «vollzogen» worden sind oder nicht, ist in der Antwort auf die Frage 2 eine unnötige Spitzfindigkeit. Diese Negierung von bekannten Fällen ist erstaunlich, gerade auch, weil auch schon früher immer wieder einmal über konkrete Situationen in Zuger Medien berichtet wurde.
Diese Leugnung von Fällen von Betroffenen ist fatal. Genau so, wie wenn Zwangsheiraten verteufelt werden. Die Annahme ist nicht korrekt, dass Zwangsheiraten einen direkten Zusammenhang zum Islam oder zu muslimischen Frauen hätten. Die Interpellanten berufen sich in ihrer Vorlage auf die deutsche Diskussion und übertragen diese undifferenziert auf Zug. Doch in der Schweiz sind verschiedene migrantische Gruppen von diesem Phänomen betroffen. In der Schweiz existiert keine einzelne, dominierende migrantische Community wie die türkisch-kurdische in Deutschland, in Frankreich wären es die Algerier und in Spanien spricht man von Marokkanerinnen und Pakistani. Die einseitige Verknüpfung der Problematik mit dem Islam liefert sogar kontraproduktive Lösungsansätze.
Barbara Gysel zitiert auch aus ihrem Leserbrief: Neben Musliminnen sind in der Schweiz Personen aus unterschiedlichen religiösen und ethnischen Gemeinschaften betroffen. Religion kann zwar indirekt zu einer Zwangsverheiratung beitragen, indem die Religion fragwürdige Traditionen zementiert. Oder indem Religion und bestimmte kulturelle Praktiken in einer wechselseitigen Abhängigkeit stehen. Das zeigt sich etwa beim hinduistischen Kastensystem oder daran, dass eine muslimische Frau keinen Nichtmuslim heiraten soll. Sie wirkt jedoch nicht als direkte Ursache. In der islamischen Hadith-Sammlung wird überliefert, dass der Prophet Mohammed die Ehe einer Frau, die bei ihm betreffend ihre Zwangsheirat Rat suchte, nur durch ihre freie Entscheidung für gültig erklärte. Der Islam lehnt damit als einzige Weltreligion die Zwangsheirat auf Quellen basierend ausdrücklich ab!
Ausschlaggebender als Religion sind das Patriarchat oder der Traditionalismus. Auch Erfahrungen von Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft können entscheidend sein. Sie lösen oft ein verstärktes Bedürfnis nach Abgrenzung aus – und so landet man dann plötzlich wieder bei längst überkommenen Traditionen. In der Schweiz herrscht seit rund fünf Jahren die Argumentation vor, dass Zwangsheiraten nicht einer bestimmten Religion oder Ethnie zugeschrieben werden können. Die Regierung folgt dieser «Diskussion der Differenzierung» glücklicherweise.

Dass Sensibilisierungsmassnahmen von der Regierung als wichtig befunden werden, ist positiv. Es wird in der Umsetzung aber auch wichtig sein, dass interkulturell kompetente Fachpersonen involviert sind. Wenn wir dem Phänomen wirklich vorbeugen wollen, ist noch einiges an Arbeit zu leisten. Das hat auch der Bundesrat mit seinen neuen Vorschlägen erkannt, und er wird hoffentlich mit Tatendrang vorangehen. Sorgen wir auch im Kanton Zug dafür!

Philip C. **Brunner** möchte zwei, drei Aspekte beleuchten. Er hat Thomas Lötscher schon mündlich gesagt, dass er es toll findet, dass diese Interpellation eingereicht wurde. Wäre das aus unseren Kreisen gekommen, hätte das vielleicht sogar kontraproduktiv gewirkt. Da hätte man uns in die eine Ecke gestellt. Es ist schön, dass diese Tabuisierung überwunden wurde.
Der Votant schätzt auch, dass sich die Regierung ausführlich zu diesem Thema äussert. Er hat in seinem persönlichen Bekanntenkreis gehört, dass das Problem wirklich akut ist. Wir hatten keine Gerichtsfälle in diesem Zusammenhang, aber das Problem existiert und ist in der einen oder anderen Form auch im Kanton Zug ein Problem.
Am Schluss der Regierungsantwort heisst es: «Mit der vorgesehenen Inkraftsetzung des Integrationsgesetzes im Jahr 2012 wird der Kanton über eine gesetzliche Legitimation verfügen usw.» Wir von der SVP haben unsere Antwort auf dieses Integrationsgesetz abgegeben. Wir sind der Meinung, dass es das nicht braucht. Es gibt in der Schweiz *eine* Ordnung, *ein* Recht, und es muss für alle gelten. Wir können da auf gar keinen Fall verschiedene Ebenen haben. Für Philip C. Brunner ist das, was in England abgeht, wo man diese Scharia-Regelungen anerkannt hat vor britischen Gesetzen, eine Katastrophe. Das führt dann zu Problemen, die Sie aus der Zeitung kennen. Das ist auch eine Ursache von bürgerlichen Unruhen in einem Land oder in einer Stadt.

Christine **Blättler-Müller** hält fest, dass die CVP-Fraktion mit Erstaunen die Antwort Regierungsrats zur ersten Frage, ob es im Kanton Zug Zwangsheiraten gebe, gelesen hat. Es sind keine bekannt. Aber verschiedene Fachstellen geben Auskunft, dass sich Frauen an sie wenden, um sich hinsichtlich einer befürchteten zukünftigen Zwangsheirat beraten lassen. Das lässt doch aufhorchen.
Haben Sie gewusst das 80 bis 90 % der tamilischen Ehen von den Eltern arrangiert werden – die Scheidungsrate beträgt ein Prozent. Nur, die Treue ist erzwungen, denn Scheidungen sind ebenso tabu wie Ehen mit Nicht-Tamilen. Wer dieses Gebot verletzt, wird von der Familie und der Gemeinschaft verstossen. Noch schlimmer: Wenn sie im Konkubinat oder als Single leben möchten, dann werden sie geächtet. Wollen wir wirklich glauben, dass es bei uns im Kanton Zug keine Zwangsehen gibt? Auch eine arrangierte Ehe widerspricht unserem Ehe -und Familienrecht.
Haben Sie gewusst, dass viele Kosovaren ihren Ehepartner oder ihre Ehepartnerin vielleicht zwei- bis dreimal sehen, bevor sie sehr jung verheiratet werden. Junge Frauen, die hier aufgewachsen sind, werden in den Kosovo verheiratet. Oder es werden Männer und Frauen vom Kosovo hierher in unseren Kanton verheiratet – und dies schon seit Jahren.
Da gibt es z.B. diesen Fall einer jungen Frau aus dem Kosovo, die häusliche Gewalt erlebt. Im Falle einer Scheidung muss sie die Schweiz verlassen, da die Ehe noch nicht drei Jahre alt ist. Was geschieht mit den Kindern, was geschieht mit ihr, wenn sie in den Kosovo zurückkehren muss? Sie hat den Mut gefasst, sich von

ihrem Mann zu trennen. Aber es ist durchaus möglich, dass sie wegen den gesetzlichen Umständen mit ihren Kindern zurück zu ihrem gewalttätigen Mann geht.
Geschätzte Regierung, da haben sich schon Parallelgesellschaften gebildet – und wir schauen nicht hin. Aufklärung und Sensibilisierung, wie sie auch im regierungsrätlichen Bericht erwähnt werden, die z.B. auch die Gleichstellungskommission in den letzten Jahren mit dem Verein zwangsheirat mit Projekten an Zuger Schulen und Migrationsvereinen finanziell unterstützt hat, sind hundertprozentig der richtige Weg, aber das alleine reicht nicht. Die Kinder werden gedrillt, konditioniert und getrimmt. Eltern, die ihre Kinder zu einer Ehe zwingen, müssen wissen, dass sie in unserem Kanton etwas Unrechtes tun.
In der Integrationsdiskussion hat die Bildung einen hohen Stellenwert. Das ist auch gut so. Bildung allein nützt den jungen Frauen und Männer zum Integrieren alleine nicht. Denn die Aufgeschlossenheit zur Integration endet bei gewissen Eltern mit Migrationshintergrund beim Thema Liebe – hier vertraut man auf die patriarchalen Traditionen. Unser Ehe- und Familienrecht bedeutet jedoch Befreiung aus einer männerdominierten Gesellschaft.
Die CVP-Fraktion ist sehr auf das Inkraftsetzen des Integrationsgesetzes im Jahr 2012 gespannt. Dann haben wir endlich eine gesetzliche Legitimation zu Verfügung. Dann müssen Taten folgen und nicht nur Worte. Unterdessen werden aber weiterhin mit jeder Zwangsheirat die Menschenrechte und das Gleichstellungsgesetz verletzt.

Manuel **Brandenberg** möchte doch nochmals darauf hinweisen, dass wir auch da vorsichtig sein sollten, anderen Kulturen vorzuschreiben, wie sie die Ehen zu arrangieren haben. Wir haben hier eine Scheidungsrate von über 50 % und sollten nicht sagen, wo es lang geht.
Noch etwas zu Barbara Gysel. Es ist ja nicht so, dass der Islam die einzige Religion ist, die quellenbasiert die Zwangsheirat verbietet. Auch das Christentum hat keine Zwangsheirat. Da gibt es genügend Quellen – die Bibel ist eine oder der Codex juris canonici, eine Rechtsquelle. Da ist die Ehe ein Konsensualkontrakt zwischen beiden Eheleuten. In aller Freiheit sagt man ja oder nein.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, möchte sich ganz kurz fassen. Der Regierungsrat ist sich der Problematik wirklich bewusst und nimmt sie auch ernst. Wir müssen aber nicht über die Statistiken diskutieren. Denn ist wirklich sehr schwierig, dass sich diese Personen überhaupt bei den Fachstellen melden und das dann auch namentlich. Die Personen haben häufig sehr grosse Angst. Das ist genau eines der Probleme. Aber die Regierung unterstützt und fördert die verstärkte Sensibilisierung und macht sicher alles, um Fälle verhindern zu können.

➔ Kenntnisnahme

224 Interpellation von Hans Christen, Zari Dzaferi, Heini Schmid, Daniel Stadlin, Martin Stuber und Werner Villiger betreffend «Wie weiter mit der durchgehenden Doppelspur zwischen Thalwil und Zug?»

Traktandum 19 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2013.2 – 13804).

Martin **Stuber** trägt bei seinem Votum zwei Hüte, denjenigen des Interpellanten und denjenigen des Fraktionssprechenden. – Die Interpellanten dürfen feststellen, dass sie mit der Interpellation die richtigen Fragen zur richtigen Zeit gestellt haben. Mit der nach der Interpellation veröffentlichten Vernehmlassungsvorlage des Bundesrats (FABI) hat sich die Situation insofern etwas geklärt, dass nun zumindest klar ist, was der Bundesrat vorhat mit der Finanzierung der Bahninfrastruktur und mit dem Vorgehen bei deren Ausbau.
Es hat sich leider bestätigt, dass die durchgehende Doppelspur zwischen Thalwil und Zug keine hohe Priorität geniesst in Bern. Es ist nämlich kaum wahrscheinlich, dass es der Zimmerberg Basistunnel II (ZBT II) als 1,3 Milliarden-Projekt in den zweiten Ausbauschritt schaffen wird. Das würde bedeuten: Realisierung erst zwischen 2035 und 2040, falls es das Projekt überhaupt in den dritten Ausbauschritt schafft. Ob die Chancen für eine schnelle Realisierung dieser Doppelspur mit der Variante Zimmerberg light (ZBL) grösser wäre, wird unterschiedlich eingeschätzt. Hingegen besteht bei den Interpellanten Einigkeit, dass der Variantenvergleich zwischen Basistunnel und Zimmerberg light wichtig ist. Dieser Variantenvergleich hat unvoreingenommen, seriös und fair zu erfolgen, damit eine fundierte und klare Bewertung möglich ist. Dafür soll sich die Regierung, wie sie es in der Interpellationsantwort – und auch in ihrer Vernehmlassung – erwähnt, nun einsetzen. Das ist der Wunsch der Interpellanten.
Nun setzt sich der Votant zweiten Hut – als Fraktionssprecher – auf. – Die AGF unterstützt die Forderung nach dem erwähnten Variantenvergleich mit Überzeugung. Mit der Antwort des Regierungsrates sind wir aber nicht so recht zufrieden. Noch immer scheint die Regierung stark auf den Zimmerberg Basistunnel zu setzen, in Verkennung der politischen Realitäten. Diese lassen sich bezüglich Realisierungschancen in zwei Punkte zusammenfassen:
1. In der Antwort wird auf S. 6 betont, dass der ZBT II in der ersten Dringlichkeitsstufe eingereiht wird. Aber was heisst das konkret? Der Bundesrat will ja nun alle vier bis acht Jahre mit einem Ausbauschritt vorwärts gehen, will heissen: wohl eher alle acht als alle vier Jahre. Der erste Ausbauschritt soll bis 2025 abgeschlossen sein. Pro Ausbauschritt hat es kaum Platz für mehr als ein Grossprojekt. Der ZBT II wird genau aus diesem Grund nicht in den zweiten Ausbauschritt kommen, denn die Zürcher forcieren ihren Brüttener Tunnel (übrigens auch mithilfe der Metropolitankonferenz, aber das ist ein anderes Thema) und haben ihre Politik darauf ausgerichtet, dass dieser in den zweiten Ausbauschritt kommen wird. Der ZBT II hat bei der jetzigen Ausgangslage allerhöchstens die Chance, in den dritten Ausbauschritt zu kommen. Dann reden wir von einer Realisierung irgendwann zwischen 2035 und 2040. Das ist die politische Realität! Zimmerberg light ist mit Kosten zwischen 500 und 600 Millionen nur ein mittelgrosses Projekt, von denen mehrere Platz haben in einem Ausbauschritt. Genau darum geht es aber.
2. Es gibt deutliche Anzeichen, dass im federführenden BAV der Tiefbahnhof Luzern nicht isoliert, sondern im Kontext der Achse Zürich-Zug-Luzern gesehen wird. Aus Zeitgründen kann Martin Stuber hier nicht in die Details gehen, aber klar ist: Diese Achse wird etappiert erweitert. Und da der Tiefbahnhof klar ein Grossprojekt – auch finanziell – ist, steigt die Wahrscheinlichkeit für die Realisierung der durch-

gehenden Doppelspur, wenn eine der Etappen eben nur noch ein mittleres Projekt ist.
Nun zum so genannten Faktenblatt des BAV: Leider ist das, was da aus Bern bezüglich Variantenvergleich kommt, unbrauchbar. Und es ist für uns unverständlich, dass es in der Interpellationsantwort völlig unkritisch übernommen wird. Das BAV vergleicht Äpfel mit Birnen. Während die Kosten für den ZBT II eine Grobkostenschätzung der SBB ist (und das Bauprojekt ja schon besteht), wird beim ZBL light eine Globalschätzung der SBB ohne Infrastrukturstudie zugrunde gelegt. Die von der SBB angenommene und vom BAV unkritisch übernommene Summe von 0,7 bis 11 Milliarden Franken ist völlig überrissen. In der nicht veröffentlichten Studie der Stadt Luzern, deren Resultate uns vorliegen, wird mit Kosten von 600 Mio. gerechnet inklusive einem Vollausbau des Knotens Thalwil. Die Studie beweist übrigens auch die Machbarkeit dieses Ausbaus.
Es ist klar, dass mit dieser hohen Zahl der Kosten-Nutzen-Vergleich ganz anders ausfallen würde. Ein fairer Vergleich bedingt eine faire und fundierte Kostenschätzung. Die Kosten-Nutzen-Rechnung des Faktenblattes, welche in der Interpellationsantwort so stark betont wird, ist also sachlich irrelevant. Im Faktenblatt werden systematisch Nachteile des ZBT II und Vorteile des ZBL «vergessen».
Vergessene Nachteile beim ZBT II sind: Tiefer Nutzungsgrad (sieben Züge pro Stunde), keine Nutzung der Durchmesserlinie in Zürich möglich, doppelt so viele Tunnelkilometer wir ZBL light und deshalb höhere Betriebs- und Unterhaltskosten, die Kosten für den Unterhalt der ja weiter bestehenden Stammstrecke (der Zimmerberg muss für teures Geld saniert werden, bei ZBL light würde er geschlossen).
Vorteile sind: Weiterhin Nutzung der Seelinie zwischen Thalwil und Zürich möglich (Netzeffekt), die Anschlusspinne im Bahnhof Zug bleibt erhalten, bei Vollausbau Knoten Thalwil besteht eine Kapazitätsreserve.
Bei der Aufzählung der Nachteile des ZBL wird ausgeführt, dass Thalwil langfristig ein Engpass sei, bei der Kostenannahme wird aber offensichtlich von einem Vollausbau von Thalwil ausgegangen, der diesen Engpass beseitigt. Der Nachteil der getätigten Vorinvestition in Nidelbad muss in der Kosten-Nutzen-Rechnung enthalten sein, ist somit kein separater Punkt. Es ist ziemlich offensichtlich, dass das Faktenblatt wenig mit Fakten, aber viel mit einem Wunschszenario vor allem der zuständigen SBB-Planerinnen zu tun hat
Sie sehen, es ist wirklich wichtig, dass die Zuger Regierung einen unvoreingenommenen und seriösen Variantenvergleich einsetzt. Dazu ist aber die Variante Zimmerberg light auf ein mit dem Basistunnel vergleichbares Planungsniveau zu bringen.
Zwei Schlussbemerkungen:
Etwas irritierend ist, dass es offenbar eine Studie gibt, (S. 4, Punkt f in der Antwort), von der niemand etwas gewusst hat bisher, auch die KöV nicht! Entscheidend ist für uns: Der Nutzen von ZBT II, den die Studie errechnet hat, gilt weitgehend auch für Zimmerberg light!
Erfreulich ist in der Antwort auf S. 3 die folgende Feststellung: «Mit diesen Massnahmen wird eine vom Bund und von weiteren politischen Kreisen und von der Wirtschaft postulierte Forderung umgesetzt, dass nämlich zuerst alle Massnahmen zur besseren Nutzung bestehender Infrastrukturen zu ergreifen sind, bevor neue Strecken und Tunnels gebaut werden.» Das heisst ja unter anderem: längere Züge, sprich konkret in Baar und Rotkreuz längere Perrons. Nun hat der Volkswirtschaftsdirektor, der sich damals noch heftig, aber zum Glück erfolglos gegen das Stehenlassen einer entsprechenden Motion gewehrt hat, offenbar doch eines Besseren besonnen. Wir hoffen immer noch, dass dies auch bei der durchgehenden Doppelspur zwischen Thalwil und Zug passieren wird.

Zari **Dzaferi** hält fest, dass die Beantwortung zeigt, dass das Thema rund um den Zimmerbergtunnel – ob Basis oder light – sehr anspruchsvoll ist. Die SP ist erfreut, dass der Bund die Notwendigkeit eines Doppelspurausbaus Zug-Zürich realisiert. Im Namen der SP-Fraktion möchte der Votant dennoch darauf hinweisen, dass das Bundesamt für Verkehr noch nie eine Aussage darüber gemacht hat, dass der Zimmerberg-Basistunnel irgendwo weit vorne in der Pipeline ist. In der Dringlichkeitsstufe 1 des STEP sind nämlich noch weitere Projekte im Umfang von über 17 Milliarden aufgeführt.
Die SP-Fraktion wünscht, dass die beiden Varianten – Zimmerberg Basistunnel sowie Zimmerberg light – nochmals fair einander gegenüber gestellt werden. Ihr ist es sehr wichtig, damit wir mit dem Zimmerberg light weiterhin eine kostengünstige Option für den Doppelspurausbau nach Zürich in der Tasche haben. Wenn der Bund nämlich beim Zimmerberg Basistunnel wieder kalte Füsse kriegt, wie das vor rund 15 Jahren schon der Fall war, dann sollten wir, so ist die SP-Fraktion überzeugt, zumindest eine tragfähige Alternative haben.

Hans **Christen**: Unsere Fragen gaben der Regierung Gelegenheit, den Kantonsrat und die interessierte Bevölkerung über den neuesten Stand der geplanten Bahnprojekte im Kanton Zug zu informieren. Erfreulich ist, dass der ZPT II im langfristigen strategischen Entwicklungsprogramm in der ersten Dringlichkeitsstufe eingereiht ist. Ebenfalls kann man mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, dass der Bund die Finanzierung der Bahninfrastruktur auf eine langfristig gesicherte Basis stellen will und dass diese Finanzierung auch mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) eine Bundesaufgabe ist und bleiben soll. Die Konsequenz ist dann halt: Wer zahlt, befiehlt.
Der Votant nimmt ebenfalls erfreut zur Kenntnis, dass der Regierungsrat sich weiterhin für den ZBT II einsetzen wird. Dieses Projekt ist langfristig für unseren Kanton und die Zentralschweiz von grösster Bedeutung. Ein Wermutstropfen aber bleibt, dass wegen der noch nicht gesicherten Finanzierung die Realisierung des ZBT II oder eine Alternative noch nicht in greifbare Nähe gerückt ist.
Mit der Beantwortung der von uns gestellten Fragen ist Hans Christen grundsätzlich zufrieden und er bedankt sich nochmals für die sehr guten zusätzlichen Informationen, die wir erhalten haben.

Heini **Schmid** hält fest, dass die CVP aufgrund der neusten Entwicklungen beim Bund das Vorgehen und die Einschätzung des Regierungsrats unterstützt. Wichtig ist nun, die gute Beurteilung betreffend Kosten/Nutzen des Zimmerbergtunnels auszunutzen. Kontraproduktiv wäre es gegenüber dem Bund, nun nicht mit einer Stimme zu sprechen. Da der Regierungsrat bereit ist, auch weiterhin den Zimmerberg light als Alternative bei den Projektierungen miteinzubeziehen, glauben wir, dass es an der Zeit ist, dass wir im Kanton Zug die Reihen schliessen und uns gemeinsam mit der Metropolitanregion Zürich dafür einsetzen, dass am Zimmerberg etwas passiert.

Philip C. **Brunner** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist Mitglied des Komitees Zimmerberg light. Diverse Damen und Herren hier im Saal sind es auch. Es sind ja nicht unbedingt diejenigen, die normalerweise ins traditionelle Links-

rechts-Schema hineinpassen. Der Votant ist ziemlich überzeugt von etwas, wenn er zusammen mit Josef Lang in einem Komitee sitzt.
Es ist tatsächlich so: Wir hier sind kleine Zwerge und wir sitzen hinter den zwei Bergen und warten auf die Wunder aus Bern und aus der Metropolitan-Konferenz. Und Philip C. Brunner glaubt schon längst nicht mehr an Wunder. Die Märchen finden jeweils anfangs Dezember in Zug für die Kinder statt. Er teilt die Meinung der beiden ersten Votanten, dass wir wirklich die Forderung und das Ausarbeiten einer Bestvariante für uns hier machen sollten. Es ist so, wie Martin Stuber ausführte: Wenn man diese Faktenblätter etwas studiert, da werden schon ein wenig Rüben und Äpfel miteinander verglichen.
Diese Infrastruktur, von der wir reden, wurde am 1. Juni 1897 eingeweiht. Sie wurde in den Sechzigerjahren noch um eine Doppelspur zwischen Horgen und Thalwil erweitert. Das ist etwa so, wie wenn die Zuger Verwaltung auf einer alten Schreibmaschine tippen würde und es bereits heute Systeme namens PC gäbe, die man einführen könnte. Und man uns dann erzählen würde, dass in einigen Jahrzehnten dann die Systeme kommen würden, mit denen man alle Probleme lösen könne. Das ist einfach verwegen.
Dieses Parlament und auch die Bürger dieses Kantons haben immer wieder mutig in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Der Votant erinnert an die Zahlen, die er ungefähr im Gedächtnis hat: Umfahrung Cham-Hünenberg 220 Millionen, Nordzufahrt 100 Millionen, jedes Jahr einen NFA von 262 Millionen. Der Kanton wäre ja in der Lage, wenn wir keinen NFA zahlen müssten, das praktisch in 2½ Jahren zu finanzieren. Es sind ja noch andere Verkehrsprojekte in der Pipeline. Denken Sie nur an den Stadttunnel, der ungefähr in der Grössenordnung von 600 Millionen budgetiert ist.
Und jetzt haben wir eine 114-jährige Infrastruktur, bestehend aus zwei Tunnels. Haben Sie sich schon mal überlegt, was passiert, wenn dort irgendein Schaden entsteht? Der kann morgen sein und es geht Monate, wenn nicht Jahre, bis er behoben wird. Es gibt keine Umfahrung. Sie können dann sämtliche Züge über das Säuliamt führen mit den entsprechenden zeitlichen Problemen. Es wird in dieser Vorlage sehr viel von zeitlichen Verbesserungen zwischen vier und sechs Minuten gesprochen. Es geht doch nicht um diese vier Minuten! Es geht um Kapazitätserweiterungen.
Unter Buchstabe f ist ausgeführt, was hier mit dem Verkehr in den nächsten 30 Jahren passiert. Auf S. 4 heisst es: «Für den Zeitraum von 2005 bis 2030 ist im öffentlichen Verkehr für die Innerschweiz ein Verkehrswachstum von bis zu 60 % zu erwarten.» Wie wollen Sie das machen, wenn Sie 30 Jahre warten auf diesen Basistunnel? Der Votant ist überhaupt nicht gegen diesen Basistunnel. Es gibt ja noch weitere Projekte, z.B. diese Ausweichstelle in Walchwil, die nächstens gebaut wird mit 250 Millionen. Dann sind bereits 350 Millionen ausgegeben und Sie haben noch gar nichts. Wenn Sie den Zimmerberg light bewilligen würden, hätten wir mit 600, 700 Millionen relativ rasch etwas. Und wenn dann in 30 Jahren die Leute unterirdisch von Zürich nach Zug fahren wollen, möglichst mit einem Gewinn von vier bis sechs Minuten, dann sollen sie das ruhig tun. Aber wir können nicht so lange warten.
Philip C. Brunner bittet ernsthaft, dieses Problem anzugehen, es ist kein kleines. Wir tun eine gute Sache, wenn wir da ein wenig Planungskosten aufwerfen und das wirklich seriös vergleichen. Martin Stuber hat es gesagt: Diese Faktenblätter aus Bern sind nicht seriös, wir sollten auf echt zugerische Weise unser Glück selber in die Hand nehmen und etwas Konstruktives für die Zukunft tun.

Daniel **Stadlin** weist darauf hin, dass Verkehrsinfrastrukturen für die Attraktivität einer Region von entscheidender Bedeutung sind. Darum sind wir von der GLP, wie auch schon der Regierungsrat, darüber erfreut, dass der Zimmerbergtunnel II im strategischen Entwicklungsprogramm Bahninfrastruktur des Bundes weiterhin in der ersten Dringlichkeitsstufe aufgeführt ist. Offenbar ist auch er – zumindest macht es den Anschein – von der Wichtigkeit dieses Infrastrukturprojektes überzeugt. Solange also der Bund, gemäss seinem Entscheidungsinstrument für Bahninfrastrukturprojekte NIBA, die bessere aber auch teurere Variante Zimmerbergtunnel II favorisiert, macht es aus unserer Sicht keinen Sinn, ihm die Zimmerbergtunnel-light-Variante beliebt machen zu wollen.
Aus diesem Grund unterstützen wir die Absicht des Regierungsrats, sich weiterhin in Bern für eine möglichst rasche Realisierung des Zimmerbergtunnels II einzusetzen. Mit dem Ziel, den Zimmerbergtunnel II in die zweite Ausbauetappe der Finanzierung Bahninfrastruktur FIBI zu bringen. Sollte der Bund jedoch wider Erwarten den Zimmerbergtunnel II in die dritte Ausbauetappe zurückstellen, müsste sich der Regierungsrat mit Nachdruck für die rasche Realisierung der Alternativvariante Zimmerbergtunnel light einsetzen. Es darf nicht sein, dass es bei der vierten Teilergänzung der S-Bahn Zürich, der Doppelspurinsel in Walchwil und dem Ausbau der Strecke Zug-Arth Goldau für Doppelstockzüge bleibt. So nützlich diese Ergänzungen auch sein mögen und die heute unbefriedigende Situation voraussichtlich ab 2019 verbessern werden, ersetzen sie keinesfalls den Doppelspurausbau der Bahnlinie zwischen Zürich und Zug.
Ob dies nun der Zimmerbergtunnel II oder die Variante light sein wird, ist letztlich unerheblich. Erheblich ist einzig, dass der Kanton Zug als Lebens- und Wirtschaftsraum eine schnelle und leistungsfähige Verbindung von und nach Zürich braucht, um sich weiterhin erfolgreich entwickeln zu können.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** beginnt mit einigen Bemerkungen zu Philip C. Brunner. Metropolitankonferenz Zürich: Wir hatten noch nie eine derart grosse Plattform an Unterstützung, mit acht Kantonen, 100 Städten und Gemeinden, für dieses Projekt zusammen mit drei anderen Projekten. Aus einer Vielfalt von Projekten wurde ausgesiebt nach Kriterien. Und vier Hauptprojekte im ganzen Metroraum Zürich werden vorgestellt. Und das hat auch Anklang in Bundesbern. Sie sagen: Wenn das jede Region tun würde für ihre Dutzende von Projekten nach einem Kriterienrasten, gäbe es eine Prioritätenordnung in der Schweiz und die Entscheidfindung in Bern wäre wichtiger. Vor Jahren haben wir hier eine Standesinitiative gefeiert. Da lacht heute jeder drüber. Eindruck macht nur noch, wenn wir so zusammen arbeiten.
Sie haben gesagt, man solle jetzt für uns etwas tun. Der Zimmerbergtunnel ist mehrheitlich auf Zürcher Kantonsgebiet. Es wäre ein interkantonales Projekt. Und schliesslich ist es ein nationales Projekt, der Bund ist zuständig. Es würde auch unsere Ressourcen überreizen, wenn wir hier beginnen wollen, zu diesem Teil Studien zu machen. Das Ganze ist vernetzt und muss kompatibel sein mit einem nationalen Bahnnetz. Wir können viel, würden uns hier aber übernehmen
Zu Martin Stuber. Der Volkswirtschaftsdirektor ist froh, dass Daniel Stadlin noch gesagt hat, dass Sie eigentlich Freude haben über dieses gute Abschneiden von Zimmerberg II. Es gibt kaum ein Projekt in der Schweiz, dass nach diesen Berechnungen ein derart gutes Kosten/Nutzenverhältnis aufweist. Und was ist jetzt schlecht daran? Wenn man nach den Unterlagen geht, die vom Komitee Zimmerberg light nach Bern geschickt wurden, tönt es relativ heftig. Erstens werden die SBB angegriffen, sie würden systematisch mit falschen Angaben operieren.

Bewusst die eine Variante schlecht machen und die andere gut. Und man bezeichnet die nationale Wertungsmethodik NIBA als unklar, diffus usw. Es kommt Matthias Michel so vor, dass wenn einem das sehr gute Resultat nicht passt, man den Urheber der Planung beginnt anzugreifen und dann die Bewertung.
Die SBB sind die Organisation mit dem meisten Know-how in Bahnplanung in der Schweiz. Sie wird unterstützt durch namhafte Ingenieurbüros wie Infra, Basler und Partner und andere. Nach unseren Erfahrungen stimmt die Planung, wenn wir mit den SBB zusammenarbeiten. Wir haben keinen Anlass, jetzt hier die SBB zu kritisieren. Dann hat der Volkswirtschaftsdirektor zum ersten Mal gelesen, dass diese Bewertungsmethodik nicht in Ordnung sein soll. Sie wird in analoger Form als NISTRA bei Strassenprojekten angewandt. Es hat auch ökologische Kriterien drin. Diese NISA wird schweizweit über alle Projekte gelegt. Man soll nicht glauben, weil uns ein gewisses Projekt nicht passt, würde man die Methodik für uns ändern, damit etwas anderes rauskommt.
Es gibt Leute in diesem Saal, die gebunden sind. Im Zimmerberg-light-Komitee will man Zimmerberg light. Punkt. Da kann man sich fragen, wie offen man noch ist gegenüber Erkenntnissen eines Zimmerberg II, der zwar viel teurer ist, aber auf den Punkt. Es wird fast nur von den Kosten gesprochen. Sie sind das Eine. Gewinnen wird nicht das günstigste Projekt, sondern das mit dem besten Kosten/Nutzen-Verhältnis. Beim Nutzen haben wir eben ziemlich genaue Angaben. Da geht es nicht um die Grobkostenschätzung. Die Kosten können variieren, vom Endergebnis her gibt es keinen grossen Unterschied, welches Projekt besser ist. Nur ein Beispiel vom Nutzen: Es wird gesagt, drei, vier Minuten schneller, es kommt mir nicht drauf an als Bahnreisender. Es geht aber darum, dass die Züge dereinst in knapp einer halben Stunde von Luzern nach Zürich fahren können oder in knapp 15 Minuten von Zug nach Zürich. Dann kann nämlich der gleiche Shuttle den Rückweg wieder nehmen. Und wenn diese paar Minuten fehlen, muss man viel mehr Fahrzeuge einsetzen, um das System zu betreiben und einen 15-Minuten-Takt anzubieten. Es gibt rund einen Drittel mehr Fahrzeuge plus jene, welche die Fahrzeuge bedienen. Das gibt enorm viel mehr Betriebskosten für das gleiche Angebot.
Das ist der Hintergrund. Die Planung der SBB ging davon aus: Wir setzen ein Angebot dahinter, den 15-Minuten-Takt, dann schaut man, mit welchen Massnahmen dieses Angebote am besten gefahren werden kann, kosten- und nutzenmässig. Und so kommt man zu diesem Ergebnis. Von daher wird die Diskussion des Zeitgewinns völlig verniedlicht darauf, es komme nicht auf diese fünf Minuten an. Zeitgewinn ist nicht an und für sich problematisch, aber mit diesen Betriebskosten ist es eben ein Thema. Das wird völlig ausgeblendet.
Die Befürworter der Zimmerberg-light-Variante sagen ja: Wenn wir eine Variante haben, die 300, 400 Millionen günstiger ist, können wir die schneller haben. Das ist eine reine Spekulation. Das geht davon aus, dass so und soviel Geld in diese Region kommt und damit bauen wir dann noch den Tiefbahnhof. Wenn schon könnte man auch sagen: Der Metroraum Zürich beansprucht so und soviel Geld. Dann reicht es dann für Tiefbahnhof auch nicht mehr.
Die Kraft, die jetzt ein Metroraum Zürich entwickelt hat, unter anderem für dieses Projekt (Metro Basel hat Zimmerberg auch auf der Liste), entwickeln Sie nie nur zusammen mit Luzern. Das ist auch eine Frage der Realisierung. Unter dem Strich massgebend ist das Kosten/Nutzenverhältnis. Wir haben heute diese Erkenntnis, die der Volkswirtschaftsdirektor nicht einfach so leichtfertig zunichte machen würde mit der Kritik an der SBB und der Methodik. Das ist etwas gar durchsichtig. Und bevor wir nicht eine ganz klare andere Erkenntnis haben, setzen wir uns vehement für die Variante ein, die heute in den Sach- und auch Richtpläne ist. Das ist auch unser Auftrag. Denn sonst verlieren wir alles. Diesen Einsatz würde der Votant e-

her positiv als negativ werten. Wenn wir da gebremst werden, werden wir in der Metrokonferenz nie weiterkommen.

Martin **Stuber** meint, man könne über alles reden. Aber diese Viertelstundenphantasie, die wir jetzt gerade gehört haben, dass mit dem Zimmerberg Basistunnel ein Viertelstundenumlauf möglich ist, können wir wirklich in den Bereich der Phantasie verbannen. Das stimmt so nicht! Das werden Sie auch mit einem Basistunnel nie erreichen.
Und zu den SBB: Wir sind gebrannte Kinder. Der Votant hat im Januar eine Sitzung gehabt mit drei Vertretern der SBB. Am Tisch sass der zuständige Leiter für Netzentwicklung für diesen Bereich. Er hat drei Gründe gebracht, wieso sie den Zimmerberg Basistunnel wollen. Einer der Gründe war: Sie müssen in 2 Stunden 40 Minuten Milano erreichen von Zürich aus. Dann hat Martin Stuber ihn gefragt: Haben Sie dann mal gerechnet, ob Sie diese 2 Stunden 40 Minuten mit dem Zimmerberg light auch erreichen? – Wir sprechen ja nur von einer 4-Minuten-Differenz zwischen dem Basistunnel und Zimmerberg light. – Dann ist er ausgewichen und Martin Stuber kann in solchen Situationen ein ekelhafter Kerl sein. Er hat ihn dann halt genagelt und wirklich wissen wollen: Haben Sie das geprüft, haben Sie das angeschaut? Dann musste er zugeben: Nein, haben wir nicht angeschaut. – Im Januar 2011 war das.

➔ Kenntnisnahme

225 Nächste Sitzung

Donnerstag, 29. September 2011 (am Nachmittags Kantonsratsausflug)

Protokoll des Kantonsrates

17. Sitzung: Donnerstag, 29. September 2011
Zeit: 8.30 – 12.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

226 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Abwesend sind: Beni Riedi, Baar; Manuel Aeschbacher und Esther Haas, beide Cham; Karin Andenmatten, Hünenberg; Beda Schlumpf, Steinhausen.

227 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Baudirektor für die erste halbe Stunde entschuldigt. Nachher wird er anwesend sein.

Vor rund zehn Jahren wurden im Kantonsratssaal 14 Kolleginnen und Kollegen getötet und 15 Personen schwer verletzt. Wir erinnern uns in tiefer Trauer an die damaligen Opfer und fühlen uns mit den Angehörigen eng verbunden. Wir erheben uns in Erinnerung an die Opfer des damaligen Attentats.
(Der Rat erhebt sich für eine Schweigeminute von den Sitzen.)

Sie sehen den zweiten stellvertretenden Landschreiber Tobias Moser, der anstelle des noch amtierenden Landschreibers auf dem sogenannten «Bock» sitzt. § 4 Abs. 6 des Organisationsgesetzes lautet: «Der Regierungsrat kann weitere Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung mit der Stellvertretung des Landschreibers beziehungsweise der Landschreiberin beauftragen.» Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 14. Juni 2011 den designierten Landschreiber Tobias Moser als zweiten stellvertretenden Landschreiber für den Einarbeitungsmonat September 2011 eingesetzt. Damit – verbunden mit der folgenden Vereidigung – kann Tobias Moser heute dieses Amt ausüben. Der amtierende Landschreiber sitzt hinten auf der Bank und kann nötigenfalls intervenieren.

228 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 25. August 2011.
2. Vereidigung des neuen Landschreibers.
3. Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitgliedes des Obergerichtes.
   2071.1 – 13860 Regierungsrat
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
5. Kommissionsbestellungen:

5.1. Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz).
   2073.1/.2 – 13866/67 Regierungsrat

5.2. Änderung des Gesetzes über den Entschädigungsfonds für Tierverluste und Aufhebung des Gesetzes betreffend Entschädigung für ungeniessbares Fleisch bei Rindviehhaltung.
   2072.1/.2 – 13864/65 Regierungsrat

5.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Darlehen an die SBB zur teilweisen Vorfinanzierung der Durchmesserlinie Zürich.
   2074.1/.2 – 13868/69 Regierungsrat

6. Neuordnung der Spitalplanung und -finanzierung (Änderung des Spitalgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung).
   2037.6 – 13831 2. Lesung
7. Sicherheit

7.1. Organisation

Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes (§ 18a Polizeidienststellen).
   1984.10 – 13838 2. Lesung

Motion der CVP-Fraktion betreffend Beibehaltung der Polizeidienststellen in den Gemeinden (Community Policing).
   1725.1 – 12864 Motion
   1725.2 – 13579 Regierungsrat
   1725.3 – 13756 Kommissionsbericht

7.2. Operative Massnahmen

Änderung des Polizeigesetzes (§ 16 Wegweisung, Fernhaltung).
   1984.11 – 13839 2. Lesung

Änderung des Polizeistrafgesetzes (§ 22a Vermummungsverbot) und des Gerichtsorganisationsgesetzes (§ 102 Anwendung der StPO).
   1984.12 – 13843 2. Lesung

Motion von Andreas Hausheer betreffend Massnahmen zur Erhöhung der Effizienz der polizeilichen Gewaltprävention.
   1859.1 – 13189 Motion
   1859.2 – 13606 Regierungsrat
   1859.3 – 13756 Kommissionsbericht

7.3. Kostenverrechnung

Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes (§ 25 Kostenersatz für polizeiliche Leistungen und § 26a Übergangsbestimmungen).
   1984.13 – 13844 2. Lesung
   1984.14 – 13859 Alice Landtwing

Motion der CVP-Fraktion betreffend Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes.

Motion von Rudolf Balsiger betreffend sofort Schluss mit Polizeigebühren für Vereine.
1724.1 – 12863 Motion
1945.1 – 13439 Motion
1724.2/1945.2 – 13584 Regierungsrat
1724.3/1945.3 – 13756 Kommissionsbericht

8. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Investitionsbeitrag an den Verein Zugerische Werkstätten für Behinderte (zuwebe Baar) für die Sanierung und Erweiterung des Hauptgebäudes in Inwil.
1440.7 – 13836 Regierungsrat
1440.8 – 13861 Staatswirtschaftskommission

9. Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM.
2065.1/.2 – 13833/34 Regierungsrat
2065.3 – 18862 Staatswirtschaftskommission

Parlamentarische Vorstösse, die am 25. August 2011 traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten:

10. Motion von Andreas Hausheer und Rudolf Balsiger betreffend Einführung eines parlamentarischen Verordnungsvetos.
1929.1 – 13389 Motion
1929.2 – 13788 Regierungsrat

11. 1.Motion von Max Uebelhart und Vreni Wicky betreffend Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe (Gesetz über den Feuerschutz 3. Abschnitt).
2. Motion von Martin B. Lehmann, Thomas Lötscher, Thomas Rickenbacher, Karl Nussbaumer und Rupan Sivaganesan betreffend Befreiung der Angehörigen der Zuger Polizei und des Rettungsdienstes Zug RDZ von der Feuerwehrpflicht.
1699.1 – 12792 Motion
1703.1 – 12805 Motion
1699.2/1703.2 – 13824 Regierungsrat

12. Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug.
1714.1 – 12821 Motion
1714.2 – 13825 Regierungsrat

13. Motion von Pirmin Frei betreffend kein Zuger Dach ohne Sonnenenergie-Nutzung.
2043.1 – 13749 Motion
2043.2 – 13818 Regierungsrat

---

14. Interpellation von Georg Helfenstein und Silvan Hotz betreffend Asylwesen.
1994.1 – 13618 Interpellation
1994.2 – 13823 Regierungsrat

Verabschiedung des Landschreibers.

Am Nachmittag findet der traditionelle Kantonsratsausflug statt.

229 Protokoll

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 25. August 2011 werden genehmigt.

230 Vereidigung des neuen Landschreibers

Die **Vorsitzende** begrüsst Tobias Moser, der am 27. Januar 2011 zum neuen Landschreiber ab 1. Oktober 2011 gewählt wurde. Sie bittet Tobias Moser, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben.

Tino **Jorio** liest die in § 5bis Abs. 1 der Geschäftsordnung enthaltene Eidesformel, worauf der neue Landschreiber Tobias Moser mit erhobenem Schwurfinger sagt «Ich schwöre es».

Tobias **Moser** dankt dem Kantonsrat noch einmal für das Vertrauen, das er bei seiner Wahl am 27. Januar 2011 spüren durfte und auch heute spürt. Die Verwaltung im Allgemeinen und der Landschreiber im Besonderen sind Dienstleistende. Wir dienen und leisten. Er nimmt den bekannten Schwung seines Vorgängers mit, um der Bevölkerung und den Unternehmungen im Kanton Zug einerseits sowie dem Kantonsrat und dem Regierungsrat anderseits zu dienen. Mit hoher Motivation übernimmt er sein neues Amt an der Spitze einer Verwaltung, die zu Recht weit über die Kantonsgrenzen hinaus gelobt wird. Er selber wird den «Spirit of Zug» mittragen und vorleben.
Seine Begeisterung für die öffentliche Hand und sein Flair für Politik sind bekannt. Es versteht sich aber von selbst, dass er als Landschreiber politisch neutral ist – und bleibt. Er behandelt die interne und externe Kundschaft, also auch Sie alle, rechtsgleich. Sie werden von ihm eigenständige Meinungen und Einschätzungen erhalten. Sein Fokus liegt dabei auf juristischen Fragen und organisatorischen Abläufen. Tobias Moser freut sich auf eine gute Zusammenarbeit!

231 Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Obergerichts

Traktandum 3 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2071.1 – 13860).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich um die Validierung einer Wahl ohne Wahlgang handelt, somit von stillen Wahlen. § 40 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen hält fest, es finde kein Wahlgang statt, wenn für eine Behörde nur gleich viele oder weniger Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu vergeben sind. Der Kantonsrat muss nun gemäss Gesetz feststellen, dass diese Wahl in rechtlich einwandfreier Form stattfand und diese für gültig erklären.
Vorbehalt für die Feststellung der Gültigkeit: Die Rechtsmittelfrist gegen den Gewählterklärungsbeschluss des Regierungsrats vom 30. August 2011 läuft am 3. Oktober 2011 unbenützt ab. Ohne Gegenantrag ist die Wahl von lic.iur. Peter Huber, LL.M., stillschweigend für gültig erklärt und validiert.

➔ Der Rat bestätigt die Gültigkeit der Wahl.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das neue Mitglied des Obergerichts somit für den Rest der Amtsperiode 2007 – 2012 definitiv gewählt ist. Wir wünschen viel Erfolg bei dieser fachlich und menschlich anspruchsvollen Tätigkeit.

232 Motion von Manuel Brandenberg und Philip C. Brunner betreffend Verbot von Sexualunterricht an den öffentlichen Schulen und Kindergärten vor der 5. Primarschule

Traktandum 4 – Manuel **Brandenberg** und Philip C. **Brunner**, beide Zug, haben am 5. September 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2076.1 – 13880 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

233 Motion von Kurt Balmer betreffend Anpassung der zivilrechtlichen Nachbarrechtsbestimmungen im Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Zug (EG ZGB)

Traktandum 4 – Kurt **Balmer**, Risch, hat am 12. September 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2077.1 – 13881 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

234 Postulat von Daniel Stadlin betreffend Solarkataster

Traktandum 4 – Daniel **Stadlin**, Zug, hat am 6. September 2011 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2075.1 – 13873 enthalten sind.

Philippe **Camenisch** stellt im Namen der FDP-Fraktion den Antrag, dieses Postulat nicht zu überweisen. Er begründet diesen Antrag wie folgt, wobei er gleich Folgendes vorweg nimmt: Unser Antrag richtet sich weder gegen die Produktion von alternativer Energie im Allgemeinen noch gegen die Sonnenergie im Speziellen. Wir bemängeln, dass mit dem Postulat keine direkt erkennbare Zielsetzung verbunden ist. Abgesehen von der Sympathie zur Solarenergie – die wir letztendlich alle teilen – ist der konkrete Zweck des Postulats nicht erkennbar. Es ist offen, welche Wirkung mit einem Sonnenkataster erzielt werden soll.
Konkret heisst dies:
■ Die mit einem Solarkataster gewonnene Information reiht sich in den Reigen eines breiten Informationsuniversums zum Thema Sonnenenergie, somit «nice to have», jedoch nicht «must have».

■ Jeder Hauseigentümer, der sich mit Solarstrom befassen will, muss nicht lange nach Informationen suchen. Ein Blick ins Internet genügt, um Ideen zu gewinnen. Ein Solarkataster ist folglich nur ein zusätzlicher Eimer Wasser im Datenmeer.
■ Hinzu kommt, dass heute vielfach Solarstromanlagen bei umfassenden Sanierungen oder bei Neubauten zum Zuge kommen. Informationen aus einem Solarstromkataster verfallen bei solchen Konstellationen wertlos.
■ Schliesslich soll im Sinne eines Bürokratiestopps dem Staat keine weitere Aufgabe überbürdet werden, sofern daraus kein Mehrwert für die Bevölkerung und/oder die Wirtschaft resultiert.
■ Projekte wie die Führung eines Solarkatasters gehören eher in den Kreis der sinnentleerten EU-Beschäftigungsprogramme für unterbeschäftigte Beamte. Lassen wir solches Wirken nicht zum EU-Exportschlager für die Schweiz werden.
■ Ein Solarkataster ist bestenfalls eine glatte Sache. Der betriebswirtschaftliche Nutzen ist nicht erkennbar. Oder was glauben Sie, wie viele Hauseigentümer würden wohl eine Solaranlage auf ihr Dach schrauben, weil sie infolge eines Solarkatasters auf diese tolle Idee gekommen sind Der Votant könnte hier in die Runde fragen, wer von Ihnen ZugMap vor diesem Postulat schon kannte.
■ Nochmals: Solarenergie ist zweifelsohne sinnvoll, die Regierung damit zu beauftragen, zu prüfen ob etwas sinnvoll ist, eher weniger.
Besinnen wir uns doch auf die Kernaufgaben unseres Kantons. Die Führung eines Solarkatasters gehört definitiv nicht dazu. Besten Dank, dass Sie den Antrag auf Nichtüberweisung unterstützen.

Daniel **Stadlin** weist darauf hin, dass nach dem Nationalrat gestern auch der Ständerat dem Ausstieg aus der Atomenergie zugestimmt hat. Und zwar überaus deutlich. Ein halbes Jahr nach der Atomkatastrophe in Fukushima sind die Weichen für die Energiewende also gestellt: In der Schweiz soll der Bau neuer Atomkraftwerke verboten werden. Nun sind Alternativen gefragt. Dabei spielt die Sonnenenergie eine zentrale Rolle.
In der Schweiz wird sie immer noch weniger genutzt als in vergleichbaren Industrieländern. Ein Solarkataster kann in Kombination mit weiteren Instrumenten den Ausbau der Solarenergienutzung beschleunigen. Es ermöglicht Gemeinden und Kantonen, das Potenzial für Solarenergienutzung abzuschätzen und entsprechende Nutzungsstrategien zu entwickeln. Gewerbebetriebe und Elektrizitätswerke können Flächen identifizieren und mit Besitzern geeigneter Bauten in Kontakt treten. Hauseigentümer erhalten eine Orientierung über die Eignung ihrer Dachflächen für Solarenergie-Gewinnung.
Ein Solarkataster liesse sich mit Hilfe von Luftbildern, Vermessungsdaten und moderner Software verhältnismässig einfach erstellen. Tatsächlich ist MeteoSchweiz, das Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie, im Besitz von flächendeckendem satellitengestütztem Kartenmaterial, das bereits Sonneneinstrahldauer und -winkel zeigt. Diese Daten müsste man lediglich einem auf die Erstellung von Solarkatastern spezialisierten Unternehmen zur Verfügung stellen, welches dann die Karte erstellen und internettauglich aufbereiten würde.
Die Stadt St. Gallen hat seit 2008 einen Solarkataster im Netz.
(Die Vorsitzende unterbricht den Votanten und macht ihn darauf aufmerksam, dass er nur zur Überweisung sprechen darf und nicht zum Inhalt des Postulats. Er kann weiter sprechen, sollte aber jenen Teil, der nicht direkt die Überweisung betrifft, aus dem Referat streichen.)
Daniel Stadlin ist der Ansicht, dass er Argumente nennt, die für eine Überweisung sprechen. Er geht aber direkt zum Schluss seines Votums. – Die Erarbeitung eines

Solarkatasters in Zusammenarbeit mit den Kantonen wird auch vom Bundesrat als zielführend beurteilt. Zurzeit prüft das Bundesamt für Energie die Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorgehen mit den Kantonen. Nach Erachten des Votanten ist also jetzt der richtige Zeitpunkt, um die Erstellung eines Solarkatasters auch für unseren Kanton zu prüfen. Vielen Dank für Eure Unterstützung.

Martin **Stuber** glaubt, die Kantonsratspräsidentin sollte die Redner gleichwertig behandeln. Dann hätten Sie auch Philippe Camenisch abläuten müssen. Zum Thema selber möchte der Votant nur sagen, dass offenbar die FDP den Korb, den ihnen GLP bei der Listenverbindung gegeben hat, immer noch nicht verdaut hat.

➔ Der Rat beschliesst mit 38:31 Stimmen, das Postulat zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat zu überweisen.

235 Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz)

Traktandum 5.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrat des Regierungsrats (Nrn. 2073.1/.2 – 13866/67).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Hans Christen, Zug, ***Präsident***		*FDP*
1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Frowin Betschart, Staldenweg 2, 6313 Menzingen	CVP
3.	Christine Blättler-Müller, Hofmatt 28, 6332 Hagendorn	CVP
4.	Manuel Brandenberg, Schönegg 14, 6300 Zug	SVP
5.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP
6.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
7.	Maja Dübendorfer Christen, Himmelrichstrasse 48, 6340 Baar	FDP
8.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
9.	Urs Raschle, St.-Johannes-Strasse 19, 6300 Zug	CVP
10.	Rupan Sivaganesan, St.-Johannes-Strasse 23, 6300 Zug	AGF
11.	Eusebius Spescha, Hertistrasse 49, 6300 Zug	SP
12.	Cornelia Stocker, Ammannsmatt 2b, 6300 Zug	FDP
13.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
14.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
15.	Oliver Wandfluh, Parkstrasse 31, 6340 Baar	SVP

236 Änderung des Gesetzes über den Entschädigungsfonds für Tierverluste und Aufhebung des Gesetzes betreffend Entschädigung für ungeniessbares Fleisch bei Rindviehhaltung

Traktandum 5.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2072.1/.2 – 13864/65).

➔ Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Fraktionsleiterkonferenz einer Direktüberweisung der Vorlage an die Kommission für das Gesundheitswesen zugestimmt hat.

237 Kantonsratsbeschluss betreffend Darlehen an die SBB zur teilweisen Vorfinanzierung der Durchmesserlinie Zürich

Traktandum 5.3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2074.1/.2 – 13868/69).

➔ Die Vorlage wird zur Beratung an die Kommission für öffentlichen Verkehr überwiesen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass beantragt wird, dass in der *Kommission für die Beratung des Kantonsratsbeschlusses betreffend zweiten Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf* anstelle von Karin Andenmatten Reto **Wyss** Einsitz nimmt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

238 Neuordnung der Spitalplanung und -finanzierung (Änderung des Spitalgesetzes und des Einführungsgesetzes über die Krankenversicherung)

Traktandum 6 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. Juni 2011 (Ziff. 175) ist in der Vorlage Nr. 2037.6 – 13831 enthalten. – Zusätzlich ist auf die 2. Lesung ein Antrag von Daniel Eichenberger eingegangen (Vorlage Nr. 2037.7 – 13889).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag von Daniel Eichenberger § 5c (neu) Abs. 5 des Einführungsgesetzes zum BG über die die Krankenversicherung betrifft und wie folgt lautet:
«Zur Eindämmung eines überdurchschnittlichen Kostenanstiegs können Massnahmen, soweit sie mit den Vorgaben des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (insbesondere Art. 54, 55 und 55a des KVG) in Einklang stehen, vorgesehen werden.»

Daniel **Eichenberger** weist darauf hin, dass mit der neuen Spitalplanung und -finanzierung versucht wird, wenigstens gewisse Elemente von Wettbewerb und Markt in den Bereich der stationären medizinischen Behandlung, das heisst im Spitalwesen, zu bringen. Dies soll unter anderem dadurch geschehen, dass Patienten

künftig frei und nur noch nach Qualitätskriterien entscheiden können, wohin sie zur Behandlung gehen, und nicht mehr an Kantonsgrenzen gebunden sind. Das ist ein entscheidender Teil dieser neuen Spitalplanung und -finanzierung. Eine Bettenmengenbegrenzung, wie sie in diesem hier zur Debatte stehenden Entwurf vorgesehen ist, ist klar ein Schritt zurück, ein Schritt gegen die oben genannte Zielsetzung. Allein deshalb sollte von einer solchen Eingriffsmöglichkeit grundsätzlich abgesehen werden.
Noch schwerer wiegt aber, dass diese Mengenbeschränkung ihre Zielsetzung der Kostenkontrolle oder -dämpfung gar nicht erfüllen kann. Alle Zugerinnen und Zuger können künftig ohne Zusatzversicherung oder andere Hindernisse zur Behandlung in irgendein anderes Listenspital irgendwo in der Schweiz gehen. Der Kanton Zug und die Krankenversicherer werden die Kosten gemäss dem Verteilschlüssel so oder so übernehmen müssen. Sie können sie vorstellen: Man könnte z.B. die Bettenzahl im Kanton Zug halbieren. Kein Zuger wird deswegen auf seine Behandlung verzichten, sondern nach Zürich oder Luzern gehen. Und der Kanton Zug muss trotzdem bezahlen. Wie soll unter diesen Umständen eine Bettenbeschränkung im Kanton Zug konkret funktionieren? Wie soll sie eine Kostendämpfung bewirken können, wenn die Zugerinnen und Zuger, welche die Kosten verursachen, trotzdem irgendwo anders ins Spital gehen? Wie funktioniert eine Bettenbeschränkung insbesondere unter der Prämisse, dass bei der Behandlung von ausserkantonalen Patienten keine Vorgaben gemacht werden? Wir haben das lesen können in der Medienmitteilung der Gesundheitsdirektion, dass es in Zukunft keine Vorgaben geben soll. Wie wollen Sie das trennen? Dass man den Spitälern grundsätzlich eine Mengenbegrenzung auferlegt, aber sagt, für ausserkantonale Patienten gelte das nicht. Das müssten Sie im Prinzip Zuger Betten und ausserkantonale Betten einführen.
Die in den Vernehmlassungsunterlagen zur Zuger Spitalliste 2012 präsentierte Berechnung der Bettenkapazität ist eine Momentaufnahme und zeigt anschaulich, wie die Bettenkapazität zur Sicherstellung der kantonalen Aufnahmepflicht im Sinne einer Mindestzahl berechnet werden kann. Diese Berechnung darf aber keinesfalls als Planungsinstrument für die künftige Entwicklung der Spitäler missverstanden werden. Alles was an Betten über diese Mindestkapazität hinaus von den Spitälern geplant und aufgebaut wird, liegt im neuen System nun in deren Kompetenz und Verantwortung. Die Leistungserbringer müssen mit den Vergütungen beziehungsweise Fallpauschalen, welche das neue System vorsieht, selber klarkommen. Das neue System der Spitalplanung und -finanzierung verlangt eine Abkehr von der objektorientierten Finanzierung. Künftig werden Leistungen nach Qualität und Wirtschaftlichkeit abgegolten, das heisst es werden die einzelnen Patienten und deren Behandlung finanziert. Ein schlecht geführtes Spital mit unzureichender Qualität wird Patienten verlieren, ein gut geführtes Patienten gewinnen. Das ist die Funktionsweise der neuen Spitalplanung und -finanzierung. Und nicht eine Planwirtschaft der kantonalen Gesundheitsdirektion.
Es mag sein, dass Bettenbegrenzungen in der Vergangenheit ein bewährtes und wirksames Instrument zur Kontrolle der kantonalen Gesundheitskosten waren, weil auch die Patienten mehr oder weniger in den Grenzen des Kantons gefangen waren. Heute ist es bestenfalls noch ein diffuses Drohmittel der Kantonsregierung gegenüber den Spitalbetreibern. Da im Gesundheitswesen bekanntlich bis heute viel zu wenig Wettbewerb herrscht, ist es verständlich und akzeptabel, dass die Kantone gewisse Instrumente zur Kostenkontrolle in den Händen halten wollen. Dazu genügt es und ist es aus Gründen der gesetzlichen Konsistenz sinnvoll und ausreichend, wenn die kantonalen Vorschriften im Einklang mit den Gesetzen auf Bundesebene sind. Dies und nur dies fordert der Antrag des Votanten. Vielen Dank für die Unterstützung.

Vroni **Straub-Müller** hält fest, dass der Antrag Eichenberger in der Kommission so nicht gestellt wurde. Wir haben aber über die Mengenbegrenzung und insbesondere über das Instrument der Bettenbegrenzung im Laufe der Kommissionsarbeit an verschiedenen Stellen immer wieder gesprochen und längere ausführliche Diskussionen geführt. Die Kommissionspräsidentin hat daher auf eine Mailbefragung oder auf eine zusätzliche Sitzung verzichtet. Sie gibt deshalb selbstverständlich keine Abstimmungsempfehlung im Namen der Gesundheitskommission ab.
Anerkennend in der Kommission zur Kenntnis genommen wurde die Tatsache, dass der Kanton die Bettenzahl von 536 auf heute 243 Betten gesenkt hat, und im Zuger Kantonsspital mit seinen bewilligten 184 Betten sind auch heute noch nicht alle Betten in Betrieb. Wir haben also dort noch Spielraum. Die Befürchtung, dass infolge der Bettenbegrenzung die Situation eintreten könne, dass Zugerinnen und Zuger in einem unserer beiden Spitäler plötzlich keinen Platz mehr finden könnten, wurde im Sinn der Diskussion grossmehrheitlich genommen. Übrigens ist es den Spitälern unbenommen, auf eigene Kosten auszubauen.

Irène **Castell-Bachmann** teilt mit, dass die FDP-Fraktion am Ergebnis der 1. Lesung festhält. Sie erachtet die Bettenbeschränkung als eine wirkungsvolle Kostendämpfungsmassnahme. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass das nicht gleichzusetzen ist mit einer Fallbeschränkung. Voraussetzung im Zusammenhang mit dieser Bettenbeschränkung ist, dass sie massvoll ist und wenn von ihr Gebrauch gemacht wird, die einzelnen Leistungsanbieter verhältnismässig gleich von dieser Massnahme tangiert werden.

Hubert **Schuler** hält fest, dass die Sicht von Daniel Eichenberger relativ einseitig ist. Selbstverständlich hat es im Gesetz verschiedenste Steuerungsmassnahmen, so z.B. unter Artikel 6, wo es um die finanziellen Steuerungsinstrumente mit Globalbudget oder degressiven Tarifen geht. Man muss die Bettenbeschränkung nicht als alleiniges Instrument anschauen, sondern das Ganze als Paket. Das wurde ja in der Kommission auch immer wieder besprochen. Nur zusammen kann es sein, dass die Steuerungsinstrumente für die Regierung auch gewisse Wirkung erzielen.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** hält fest, dass der Regierungsrat diesen Antrag deutlich ablehnt und beantragt, beim Ergebnis der 1. Lesung zu bleiben. – Die vorgesehene Bettensteuerung ist eine wirksame und massvolle Lösung – und im Übrigen gar nichts Neues. Wir nutzen dieses Instrument seit vielen Jahren für das Kantonsspital und die AndreasKlinik. Die Erfahrungen damit sind sehr gut. Nicht umsonst hat der Kanton Zug die tiefste Bettendichte der Schweiz. Und zwar ohne dass es zu Versorgungsproblemen gekommen wäre. Im Gegenteil: Der Gesundheitsdirektor legt für unsere Versorgung, und zwar qualitativ und quantitativ, beide Hände ins Feuer.
Der Antragsteller behauptet nun, dass die Bettensteuerung mit der freien Spitalwahl «völlig wirkungslos» werde. Nein, sagt Joachim Eder, denn 86 % der Zugerinnen und Zuger haben bereits heute den Zusatz «Ganze Schweiz» oder eine Halbprivat- oder Privat-Versicherung. Diese haben also bereits heute freie Spitalwahl. 2012 wird sich für sie gar nichts ändern. Und die verbleibenden 14 % machen kaum einen Unterschied. Somit wird auch die Bettenbeschränkung ihre Wirksamkeit behalten. Es wäre deshalb nicht richtig, ja sogar falsch, auf dieses bewährte Instrument zu verzichten!

Noch kurz ein persönliches Wort an Daniel Eichenberger. Sie unterstellen der Regierung, sie wolle mit der Bettensteuerung nur ein «Machtinstrument, um den Spitälern mit einer Einschränkung der betrieblichen Tätigkeit zu drohen». Dieser Vorwurf ist starker Tabak und zielt daneben. Werfen Sie nur einen Blick in den Beschluss zur Spitalliste, den der Regierungsrat letzte Woche in 1. Lesung verabschiedet hat. Zwar haben wir für die Zuger Spitäler und Kliniken Obergrenzen für die Betten festgelegt, doch eindeutig mit Augenmass. In allen Fällen wird der Besitzstand gewahrt. Nirgends erfolgt ein Abbau, bei der Klinik Adelheid sogar ein deutlicher Ausbau, weil ja die Bevölkerung immer älter wird. Weder wird gedroht, noch die betriebliche Tätigkeit eingeschränkt. Es geht einzig und allein darum, ein unkontrolliertes Kostenwachstum zu verhindern. Zudem bleiben den Spitälern und Kliniken genügend Entwicklungsmöglichkeiten. Die Behandlung von ausserkantonalen Patientinnen und Patienten wird in keiner Weise eingeschränkt. Wachstum ist in diesem Bereich also jederzeit möglich.
Etwas fällt dem Gesundheitsdirektor im Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung auch noch auf: Alle wollen mehr Geld vom Staat, sogar die privaten Kliniken und Spitäler, die Millionenbeträge erhalten. Wenn es dann aber um die Kostenkontrolle oder gar um die Eindämmung der Gesundheitskosten geht, dann will – offenbar auch im neuen System – plötzlich niemand mehr etwas vom Staat wissen. Ein so einseitiges Staatsverständnis lehnt Joachim Eder, auch als überzeugter Liberaler, ab.
Und noch etwas. Daniel Eichenberger, der nun zum dritten Mal zitiert wird und dem damit genug Ehre widerfährt, sprach von «Planwirtschaft der kantonalen Gesundheitsdirektion». Davon kann wirklich nicht im Entferntesten die Rede sein! – Bleiben Sie bei der einfachen, pragmatischen und bewährten Kostenkontrolle mittels Bettensteuerung und lehnen Sie den Antrag Eichenberger ab.

➔ Der Antrag Eichenberger wird mit 56:16 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 74:0 Stimmen zu.

239 SICHERHEIT / Organisation
Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes (§ 18a Polizeidienststellen)
Das Ergebnis der 1. Lesung vom 7. Juli 2011 (Ziff. 183) ist in der Vorlage Nr. 1984.10 – 13838 enthalten.
Motion der CVP-Fraktion betreffend Beibehaltung der Polizeidienststellen in den Gemeinden (Community Policing)
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1725.2 – 13579) und der Kommission (Nr. 1725.3 – 13576).
Traktandum 7.1

Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes (§ 18a Polizeidienststellen)

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 65:7 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung beantragt, die Motion der CVP-Fraktion betreffend Beibehaltung der Polizeidienststellen in den Gemeinden (Community Policing) sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

240 SICHERHEIT / Operative Massnahmen
Änderung des Polizeigesetzes (§ 16 Wegweisung, Fernhaltung)
Das Ergebnis der 1. Lesung vom 7. Juli 2011 (Ziff. 184) ist in der Vorlage Nr. 1984.11 – 13839 enthalten.
Änderung des Polizeistrafgesetzes (§ 22a Vermummungsverbot) und des Gerichtsorganisationsgesetzes (§ 102 Anwendungen der StPO)
Das Ergebnis der 1. Lesung vom 7. Juli 2011 (Ziff. 184) ist in der Vorlage Nr. 1984.12 – 13843) enthalten.
Motion von Andreas Hausheer betreffend Massnahmen zur Erhöhung der Effizienz der polizeilichen Gewaltprävention
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1859.2 – 13606) und der Kommission (Nr. 1859.3 – 13756).
Traktandum 7.2

Änderung des Polizeigesetzes (§ 16 Wegweisung, Fernhaltung)

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 62:7 Stimmen zu.

Änderung des Polizeistrafgesetzes (§ 22a Vermummungsverbot) und des Gerichtsorganisationsgesetzes (§ 102 Anwendungen der StPO)

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 65:7 Stimmen zu.

Motion von Andreas Hausheer betreffend Massnahmen zur Erhöhung der Effizienz der polizeilichen Gewaltprävention

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Kommission beantragt:
- Es sei die Motion von Andreas Hausheer als erledigt abzuschreiben, soweit sie die Einführung des Vermummungsverbots und die Neuformulierung von § 16 des Polizeigesetzes (Wegweisung, Fernhaltung) zum Gegenstand hat;
- es sei die Motion bezüglich seines Anliegens der Information der Schulbehörden erheblich zu erklären und, nachdem sein Anliegen in § 94 des Gerichtsorganisationsgesetzes bereits berücksichtigt ist, als erledigt abzuschreiben;
- im übrigen sei die Motion nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben bezüglich der Forderung nach Einführung polizeilicher Massnahmen im Übertretungs- und Polizeistrafgesetz in dem Sinne, dass die Polizei bei Straftaten unter Verzicht auf die Strafverfolgung eine Wiedergutmachung anfordern kann.

Andreas **Hausheer** stellt den Antrag, auch die Ziff. 1 seiner Motion erheblich zu erklären. Dazu möchte er vier Gründe nennen.
1. Der Einführung einer kantonalen Wiedergutmachungsregel steht zumindest im Bereich des kantonalen Übertretungsstrafrechts nichts im Weg. Es bräuchte lediglich den politischen Willen zur Anpassung von § 102 des Gerichtsorganisationsgesetzes. Damit würde es möglich, dass die Polizei anstelle der Strafverfolgung die Wiedergutmachung anordnen könnte. Wer also behauptet oder annimmt, wir dürften im kantonalen Recht keine Wiedergutmachungsregel einführen, liegt falsch. Es ist möglich und steht auch so im regierungsrätlichen Bericht. Warum sollen wir es dann nicht tun?

2. Der Regierungsrat wird nachfolgend ausführen, dass es nicht angehe, dass Polizisten Sanktionen aussprechen. Ja was machen die Polizisten denn anderes, wenn sie täglich Bussen verteilen oder wenn dereinst das vom Regierungsrat unterstützte Ordnungsbussenverfahren gelten wird? Nichts anderes. Entsprechend ist dieses Argument des Regierungsrats untauglich.
3. Mit der Wiedergutmachung wird der Täterschaft unmittelbar nach der begangenen Tat deutlich gemacht, dass ihr Verhalten nicht geduldet wird. Es wird ein direkter Bezug zwischen Tat und Sanktion geschaffen, was durchaus auch eine Erziehungswirkung hat. Das wird übrigens auch vom Regierungsrat nicht bestritten, siehe Ziff. 1.5 seiner Antwort.
4. Die Verpflichtung zum frühmorgendlichen Aufräumen oder Reinigen anstelle einer langwierigen Strafverfolgung ist ein taugliches Mittel, welches durchaus auch präventiven Charakter aufweist.
Der Ärger und das Unverständnis in der Bevölkerung über Littering, Vandalismus und dergleichen sind gross. Nehmen wir diese Anliegen ernst und geben der Polizei mit der Wiedergutmachung ein Mittel in die Hand, mit dem sie pragmatisch und effizient die nicht wegzudiskutierenden Probleme angehen kann. Nützen wir den kantonalen Spielraum konsequent aus. In diesem Sinn beantragt der Votant die Erheblicherklärung von Ziff. 1 seiner Motion. Die CVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag mehrheitlich.

Thomas **Lötscher** hat von diesem Antrag gestern Kenntnis erhalten. Wir konnten logischerweise keine Kommissionssitzung mehr dazu einberufen. Wir haben das Thema aber bei der Behandlung der gesamten Vorlage betrachtet. Das Anliegen von Andreas Hausheer hat dabei durchaus Sympathien gefunden. Wir haben uns dann aber belehren lassen vom damaligen Generalsekretär der Sicherheitsdirektion, dass das gar nicht gehe. Dass die Wiedergutmachung gemäss Strafgesetzbuch anstelle einer Strafe in Kraft trete und es dazu entsprechender Voraussetzungen bedürfe. Weiter auch, dass die Strafprozessordnung nur dem Gericht und der Staatsanwaltschaft erlaube, eine Straftat unter Verzicht auf die Strafandrohung oder -verfolgung durch eine Wiedergutmachung zu erledigen. Verwaltungsbehörden und damit der Polizei stehe das nicht zu. Das würde heissen, dass ein Polizist, wenn er auf so ein Verhalten trifft, lediglich seine Stimme senken kann, dass sie etwa so klingt wie die von Stefan Gisler, und sagen kann: «So, jetzt räumst du diese Flaschen weg!» Wenn sich der Delinquent dann aber weigert, hat er keine rechtliche Grundlage, etwas durchzusetzen. Das war der Wissensstand der Kommission und deshalb haben wir uns entschieden, das nicht mehr weiter zu verfolgen und dann den Antrag formuliert, diesen Teil nicht erheblich zu erklären. Sollte jetzt aber eine andere rechtliche Grundlage bestehen, bittet der Kommissionspräsident den Sicherheitsdirektor, uns diese zu erklären. Ansonsten hält er am Kommissionsantrag fest.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger**: Wie der Regierungsrat in seinem Bericht dargelegt hat, kommt eine Umsetzung des Motionsbegehrens theoretisch einzig für Straftaten im kantonalen Übertretungsstrafrecht in Frage. Dazu müsste das Gerichtsorganisationsgesetz geändert werden, was der Regierungsrat aber auf folgenden Gründen ablehnt. Wegen des Legalitätsprinzips ist es wichtig, dass alle strafbaren Handlungen von Amtes wegen verfolgt werden. Und gerade polizeiliches Handeln soll nicht im Rahmen eines Ermessensentscheids stattfinden. Wenn nämlich einzelne Mitarbeitende der Polizei darüber zu entscheiden haben, ob die fehlbare

Person verzeigt oder ob eine Wiedergutmachung angeordnet wird, ist die Gefahr gross, dass der Grundsatz der Rechtsgleichheit verletzt wird.
Diese Wiedergutmachungsfrage haben wir ja auch in der sich jetzt in der Vernehmlassung befindenden Vorlage nochmals diskutiert und haben sie auch dort nicht aufgenommen, und zwar wegen diesen klaren Überlegungen. Überdies gilt es auch zu bedenken, dass aus prozessualen Gründen zu beachten ist, dass die Anordnung einer Wiedergutmachung angefochten werden kann. Das hätte lange Verfahren zur Folge.
Veranschaulichen wir uns an zwei, drei Beispielen, was unter diesem Aspekt überhaupt erfolgen könnte. Eine Wiedergutmachung kommt ja nur bei kantonalen Übertretungsstrafbeständen in Frage, bei denen ein Resultat vorliegt, dass wieder gutgemacht werden kann. Die meisten kantonalen Straftatbestände regeln aber ein Tun beziehungsweise verbieten eine Handlung. Und bei der Missachtung eines solchen Verbots, zum Beispiel bei der Missachtung der Nachtruhe, eines Campierverbots, des Bettelverbots, des Verbots von Abgabe von Alkohol an unter 16-Jährige oder eines Reitverbots kann keine Wiedergutmachung geleistet werden. Der Reiter kann zwar absteigen, aber dadurch ist der vorherige Ritt nicht wieder gutmachbar. Konkret kommen eigentlich nur die Fälle von Verunreinigung und Verunstaltung, also von Vandalismus und Littering in Frage. Diese werden sodann vom vorgesehenen Ordnungsbussenverfahren des kantonalen Übertretungsstrafrechts ja neu auch erfasst. Die Wiedergutmachung anstelle einer Strafe würde dann heissen, dass die Polizei z.B. bei einer auf den Boden geworfenen Flasche anstelle einer Busse verlangen kann, dass diese aufgehoben und entsorgt wird, wobei der Entscheid darüber im Einzelfall im Ermessen des einzelnen Polizisten liegt und der Entscheid einmal so und einmal so gefällt werden kann. Die Einsprachen gegen solche Vorgehensweisen wären programmiert und der Willkür stünden Tür und Tor offen.
Effektiv unrealistisch ist der Vollzug einer angeordneten Wiedergutmachung sodann bei effektiven Verunstaltungen und Sprayereien. Die Polizei kann ja nicht zusammen mit den Vandalen die notwendigen Putzmittel organisieren und dann auch noch die Wiedergutmachung im Sinne des Putzens und der Überwachung der Wand beaufsichtigen. Eine Ordnungsbusse durch die Polizei direkt vor Ort in solchen Fällen ist viel sinnvoller und hat gleichermassen präventive und erzieherische Wirkung. – Das Obergericht schliesst sich den Ausführungen des Regierungsrats voll und ganz an. Bitte erklären Sie diese Motion in diesem Punkt nicht erheblich!

➔ Der Antrag Hausheer wird mit 34:31 Stimmen abgelehnt; somit ist der Rat mit allen Anträgen der Kommission zu dieser Motion einverstanden.

241 SICHERHEIT / Kostenverrechnung
Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes (§ 25 Kostenersatz für polizeiliche Leistungen und § 26a Übergangsbestimmungen)
Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. Juni 2011 (Ziff. 185) ist in der Vorlage Nr. 1984.13 – 13844 enthalten. – Zusätzlich sind auf die 2. Lesung Anträge von Alice Landtwing (Nr. 1984.14 – 13859) und von Kurt Balmer eingegangen.
-Motion der CVP-Fraktion betreffend Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes
-Motion von Rudolf Balsiger betreffend sofort Schluss mit Polizeigebühren für Vereine
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1724.2/1945.2 – 13584) und der Kommission (Nr. 1724.3/1945.3 – 13756).
Traktandum 7.3

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Kurt Balmer per E-Mail einen Antrag eingereicht hat, der mit dem Antrag Landtwing zusammenhängt. Ein solcher Konnexantrag ist gemäss § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats zulässig. Die bisher bekannte Formulierung des Antrags Balmer lautet: Es sei in § 25 des Polizei-Organisationsgesetzes ein neuer Abs. 5 einzufügen; dadurch werden die bisherigen Absätze 5 und 6 zu den Absätzen 5 und 7. Der neue Abs. 5 soll lauten:
«Der Regierungsrat kann mit Veranstaltern, welche mehr als fünf Veranstaltungen pro Jahr durchführen, eine Pauschale vereinbaren, welche die eigenen Sicherheitsbemühungen des Veranstalters berücksichtigt.»
Der Antrag Balmer stellt wie der Antrag Landtwing einen Abänderungsantrag zum Ergebnis der 1. Lesung dar. Es liegen somit drei gleichberechtigte Hauptanträge vor.
Die Anträge Landtwing und Balmer sehen je Ausnahmeregelungen zur Kostenverrechnung vor. Aus gesetzestechnischer Sicht macht die Kantonsratspräsidentin daher dem Rat beliebt, dass wir bei Obsiegen des Antrags Balmer den Erlasstext als Abs. 2a einfügen, genau so, wie das der Antrag Landtwing auch vorsieht. Ist Kurt Balmer damit einverstanden?

Kurt **Balmer** ist einverstanden.

Alice **Landtwing** legt zuerst ihre Interessenbindung offen. Sie ist seit 36 Jahren mit einem ex EVZ-Spieler verheiratet, alle drei Kinder machten Leistungssport auf dem Eis, sei es im Eiskunstlauf oder Hockey; zudem war sie bis 2006 zehn Jahre im Verwaltungsrat der Kunsteisbahn AG als Vertreterin des Eislaufvereins und in der Baukommission der Trainingshalle, alles ehrenamtlich, wir haben zwei Sitzplätze gekauft, die innerhalb der Familie zirkulieren
Es braucht tatsächlich eine «Lex EVZ», wie es Philip C. Brunner schon bei der 1. Lesung vorschlug. Der so genannte Runde Tisch, wo das VBS, kantonale Sicherheitsdirektionen und die wichtigsten Sportverbände dabei sind, wie Regierungsrat Villiger in der 1. Lesung hervorhob, ist in den letzten Wochen ergebnislos abgebrochen worden, das heisst jeder Kanton macht weiter wie bisher.
Alle Hockey-Clubs arbeiten mit Pauschalen oder müssen überhaupt keine Polizeikosten bezahlen. Sie alle haben die Liste, die Votantin kann sich also eine Aufzählung der Beträge ersparen. Es ist nicht einzusehen, warum der EVZ mit höheren

Polizeikosten im Vergleich zu anderen Clubs betraft wird. Die Sicherheitsverantwortung wird innerhalb des Stadion durch den EVZ vorbildlich wahrgenommen.
Es kann auch in unserem Kanton gar keine Gleichbehandlung unter den verschiedenen Veranstalter geben. Sie können einen NLA-Club mit überregionaler Ausstrahlung, der pro Saison mindestens 30 Anlässe durchführt, nicht mit einem Verein, der jährlich eine bis zwei Veranstaltungen hat, gleichstellen. Zudem bekommen die meisten Vereine und Fussballklubs im Kanton Zug die Infrastruktur gratis zur Verfügung gestellt und die Sicherheitskosten werden ihnen von den jeweiligen Gemeinden vergütet.
Der EVZ musste schon immer, auch in der alten Halle, an die Kunsteisbahn AG als Betreiberin Miete bezahlen, in der neuen Halle beträgt die Miete 1 Million pro Jahr. Die Aussage, unter anderem in der Presse zu lesen, von Regierungsrat Villiger, «bei einer Pauschale hätte der EVZ kein eigentlicher Anreiz mehr, die Kosten zu senken» ist eine Unterstellung. Mit gleichem Recht könnte man sagen, die Polizei fährt auch bei unproblematischen Spielen mit voller Montur und grossem Geschütz auf, damit sie dem EVZ eine hohe Rechnung stellen kann. Alice Landtwing verlangt, dass die Verantwortlichen bei der Polizei und beim EVZ vertrauensvoll und mit Respekt miteinander umgehen. Bis jetzt ist dies auch gelungen, zumindest auf der operationellen Ebene.
In der Kommission ging man vor der 1. Lesung davon aus, dass die Gemeinden jeweils die Kosten für den Busbahnhof übernehmen würden. Die Gemeindepräsidenten haben jedoch am 22. August 2011 einer Kostenübernahme des EVZ-Busbahnhofs nicht zugestimmt. Vom diesem Busbahnhof profitiert insbesondere auch die Polizei. So wird das Verkehrsregime entlastet und die Fans entfernen sich nach den Spielen rasch aus dem kritischen Stadionbereich. Wäre dies nicht der Fall, wäre der Aufwand der Zuger Polizei beim Verkehr und bei der Sicherheit erheblich grösser. Dies bestätigt auch der Kommandant der Zuger Polizei.
Entweder muss also der Kanton die Kosten des Busbahnhofs übernehmen oder den Aufwand des EVZ für diesen Busbahnhof muss als geldwerte Leistung und Beitrag an die Sicherheit mit dem Polizeiaufwand verrechnet werden. Der vorliegende Antrag beinhaltet genau dies, das heisst eine Pauschale plus Busbahnhof als Teil der Sicherheit.
Zusammen mit der stadionsinternen Kosten würde der EVZ immerhin jährlich rund 650'000 Franken für die Sicherheit aufwenden. Zum Vergleich: Der FC Luzern bezahlt eine Pauschale von 570'000 Franken und das in einem Stadion, das 17'000 Zuschauer fasst.
Wenn jetzt eine Motion angekündigt wird, mit der eine generelle Abklärung betreffend Kostenübernahme durch den Kanton des EVZ-Busbahnhofs sowie den Transport bei Grossanlässen abgeklärt werden soll, ist dies zu diesem späten Zeitpunkt unfair und verzögert lediglich eine Zusammenarbeit basierend auf einer transparenten Grundlage. Wie bereits gesagt, ist der EVZ-Busbahnhof Teil des Sicherheitskonzepts, jedoch der Transport z.B. zur Herbstmesse ist eine Verkehrsberuhigungsmassnahme. Das sind zwei verschiedene Schuhe.
In der Kommission wurden dauernd Fussball und Hockey vermischt. Es ist hinlänglich bekannt, dass es bei Hockeyspielen viel weniger zu Tumulten kommt.
Bei der Aussage von Regierungsrat Villiger in der Kommission und gegenüber der Presse, «quasi eine EVZ-Billettsteuer einzuführen», fragt sich Alice Landtwing schon, ob es bei dieser Vorlage um Gelder einzutreiben oder um die Sicherheit geht, denn rund 99,8 % sich wohl verhaltende Zuschauer würden damit bestraft.
Ja, liebe SP-Fraktion, auch die FDP ist für Eigenverantwortung und für das Verursacherprinzip, aber dann bitte in allen Belangen und nicht nur wenn es einem passt. Dann müssten wir aber das Fribourg-Gotteron-Modell übernehmen, die

haben überhaupt keine Polizeikosten. Im Gesetz ist explizit verankert, dass diejenigen zu bezahlen haben, welche die Schäden verursachen.
Wir zahlen Millionen als Kulturausgleich an Institutionen nach Zürich und Luzern. Aber hat wirklich mal jemand von euch die Rechnung oder das Budget dieser Institutionen hinterfragt, wie viel die Künstler verdienen, deren Kostenentwicklung usw., wie das jetzt beim EVZ stattfindet? Die Votantin will nicht Kultur gegen Sport ausspielen, aber dann bitte mit gleichen Ellen messen.
Man wird jetzt sagen, das Volk hat dazu ja gesagt. Die Votantin ist überzeugt, bei einer Volksabstimmung würde ihr Antrag mit den 15 Unterzeichnerinnen auch angenommen, das haben ihr die vielen positiven Reaktionen auf die verschiedenen Pressemitteilungen gezeigt. Zudem ist während der Herbst/Winterzeit das Eishockey für Tausende von Menschen von Schulkind bis zum Grosi das Highlight der Woche. Es schafft Emotionen und hat Ausstrahlungskraft für Tourismus und Wirtschaft. Freuen wir uns doch, dass wir so ein tolles regionales Aushängeschild haben. Da können Sie noch so viele Kirschenplakate an den Autobahnausgängen zum Kanton Zug aufhängen. Unser Kanton wird vor allem durch tiefe Steuern, Kirschtorte und EVZ wahrgenommen. Unser KKL ist die Bossard-Arena. – Stimmen Sie also unserem Antrag zu, er ist ausgewogen und fair.

Kurt **Balmer** hält – um es gleich vorweg zu nehmen und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren – fest, dass er zu diesem Thema keine besondere Interessenbindung hat und dem Rat nicht empfiehlt, dem Antrag Landtwing zu folgen. Er wird nachher eine andere Lösung vorstellen, die zu seiner Überraschung bereits erwähnt wurde und die geeigneter ist, eine gesamthaft sinnvolle Kompromisslösung zu finden. Und er muss auch noch betonen, dass er einmal ein Mail geschrieben hat an den Sicherheitsdirektor mit Kopie an den neuen stellvertretenden Landschreiber mit dem Vorbehalt, dass er heute mutmasslich diesen Antrag einreichen werde. Diesen mutmasslichen Antrag stellt er heute, ist aber schon etwas erstaunt, dass er nun zur Ehre kommt, vor den Fraktionssprechern reden zu dürfen.
Abgesehen davon, dass der Änderungsantrag von Alice Landtwing formell verschiedene Mängel aufweist – es müsste EVZ Sport AG heissen und nicht nur EVZ und zweitens fehlt im Antrag eine Periode, es steht nirgends, ob die EVZ Sport AG pro Jahr, alle drei Jahre oder in irgendeinem anderen Zeitraum diesen Betrag zahlen müsste. Es würde nach Erachten des Votanten hier wirklich einen Sündenfall ergeben, nun plötzlich allein für den EVZ einen separaten Gesetzesartikel ins Polizeiorganisationsgesetz zu integrieren. Er versteht die Anliegen der EVZ Fans und Lobbys; jedoch darf nicht nur ein Verein namentlich in diesem Gesetz bevorzugt werden und es darf auch nicht ein Lex EVZ mit ausdrücklicher Nennung dieses Vereins oder der AG werden. Er versteht auch nicht, weshalb bei andern Sportvereinen nicht auch gegebenenfalls eigene Sicherheitsbemühungen berücksichtigt werden sollen und nur beim EVZ. Er schlägt also vor, grundsätzlich bei der Aufteilung 40/60 % zu bleiben und im Sinne des Vorschlags des EVZ, den er eigenmächtig abgeändert hat, einen neuen Abs. 2a wie folgt zu schaffen:
«Der Regierungsrat kann mit Veranstaltern, welche mehr als fünf Veranstaltungen pro Jahr durchführen, eine Pauschale vereinbaren, welche die eigenen Sicherheitsbemühungen des Veranstalters berücksichtigt.»
Es geht hier um eine Kann- und nicht um eine Muss-Vorschrift. Das ist eine adäquate und zulässige Lösung, weil es sich um einen mit dem Antrag Landtwing zusammenhängenden Antrag handelt. Es ist auch eine etwas schlankere Version des Vorschlags des EVZ gemäss Argumentarium, welches jedem Parlamentarier zugestellt wurde. Sodann ist es angemessen, dass der Spezialfall EVZ hier auf

Ebene Regierungsrat entschieden wird, ansonsten wir eventuell bei einer Sachverhaltsänderung relativ schnell schon wieder das Gesetz ändern müssen.
Kurt Balmer ist aufgrund der aktuellen Diskussion auch überzeugt, dass die hier diskutierten Frankenbeträge nicht gemäss Vorschlag Landtwing ins Gesetz integriert werden sollen. Es wäre zumindest schwer nachvollziehbar, weshalb der Kanton dann für einen einzelnen Match (z.B. gegen die New York Rangers) ohne separate gesetzliche Grundlage einfach pauschal 50'000 Franken zahlt.
Aus taktischen Gründen empfiehlt der Votant nun jenen, welche dem EVZ etwas entgegen kommen wollen, gemeinsam seinen Vorschlag zu unterstützen, ansonsten nämlich droht, dass die Version 1. Lesung bestätigt wird. Immerhin erlaubt er sich an dieser Stelle zu erwähnen, dass eine Stichabstimmung fraktionsintern seinen Vorschlag gegenüber dem Vorschlag Landtwing bevorzugt hat.
Zusammengefasst ist er für die Lösung 1. Lesung 40/60 % mit der Ergänzung, dass der Regierungsrat bei Spezialfällen (z.B. EVZ), welche er genannt hat, Pauschalen vereinbaren kann.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass die Kommission den Antrag Balmer nicht behandelt hat, weil er ja nur eventualvorsätzlich war. Sie hat sich aber an einer separaten Sitzung eingehend mit dem Antrag Landtwing auseinandergesetzt, weshalb der Kommissionspräsident nur zu diesem Antrag sprechen wird. Er wurde in der Kommission sehr kontrovers diskutiert und letztlich fiel der Entschluss bei einigen Abwesenheiten mit dem knapp möglichsten Abstimmungsverhältnis. Grundsätzlich liegen die Fakten auf dem Tisch und Thomas Lötscher wird dem Rat deshalb die hauptsächlichen Erwägungen und Überlegungen darlegen, welche in unserer Kommission angestellt wurden. Aufgrund des knappen Resultats wird er versuchen, beide Sichten wiederzugeben.
Die Kommissionsmehrheit votierte für Festhalten am Ergebnis der 1. Lesung. Zentrales Argument war, dass das Gesetz damit alle Vereine gleich behandle. Alle Vereine hätten damit 60 % der Sicherheitskosten zu tragen. Zudem biete diese Lösung für alle Veranstalter den Anreiz, sich selber möglichst stark für die Gewährleistung der Sicherheit zu engagieren, um die Kosten möglichst tief zu halten. Eine Lex EVZ – also eine Ausnahmebestimmung für den EVZ – würde die Gleichbehandlung aufheben und einen einzelnen Veranstalter gegenüber den anderen bevorzugen. Die finanziellen Auswirkungen für den EVZ seien tragbar. Als Indiz dafür, dass noch finanzielle Reserven vorhanden seien, wurde angeführt, dass sofort Ersatz gefunden wurde für jenen Spieler, der für acht Spiele gesperrt wurde. Überhaupt kam es sehr schlecht an, dass ein Schlüsselspieler des EVZ mit seinem Verhalten ein schlechtes Beispiel für jugendliche Matchbesucher abgab. Der Sicherheitsdirektor gab zu bedenken, dass das Ergebnis der 1. Lesung auf breites Interesse bei anderen Kantonen und den Medien gestossen sei.
Von einigen Gegnern und Befürwortern des Antrags Landtwing wurde kritisiert, dass im Schreiben des EVZ die Sicherheitsdirektion und die Polizei massiv angegriffen würden.
Die Kommissionsminderheit unterstützte den Antrag Landtwing und verwies darauf, dass die Gewaltprobleme nicht in der Verantwortung des EVZ lägen, der keinerlei polizeiliche Kompetenzen im öffentlichen Raum habe. Zudem handle es sich um ein gesellschaftliches Problem, was auch die jüngsten Ausschreitungen in Zürich zeigten. Auch sei das Ergebnis der 1. Lesung zustande gekommen in der Erwartung, dass die Sicherheitsdirektion mit den Gemeinden eine Lösung zur Finanzierung des sinnvollen Busbahnhofs finde, was eine Entlastung des EVZ um rund 80'000 Franken brächte. Diese Einigung kam aber nicht zustande. Weiter sei die

Gleichbehandlung aller Vereine im Gesetz zwar gegeben, nicht aber in der Realität. Denn bei sehr vielen auch grösseren Veranstaltungen übernähmen die Gemeinden die Sicherheitskosten. Transparenz bestünde in dieser Angelegenheit aber nicht. Um die Sicherheitskosten tief zu halten, wurde gefordert, dass die Polizei hart durchgreife und auch die Internet-Fahndung konsequent betreibe. Das könne der EVZ aber nicht selber umsetzen.
Die Kommission war sich einig, dass oberstes Ziel sein müsse, die Sicherheit möglichst weitgehend zu gewährleisten und nicht einfach die Kosten zu bewirtschaften. Anders ausgedrückt: Die Kostenreduktion durch Lösung der realen Sicherheitsprobleme steht im Vordergrund.
Seitens Polizeikommandos wurde betont, dass trotz des als aggressiv empfundenen Schreibens des EVZ die operative Zusammenarbeit zwischen Polizei und EVZ sehr gut funktioniere und die Kosten in der letzten Saison gesenkt werden konnten. Die Kommission ging deshalb auf Vorschläge, den Kostenüberwälzungssatz allenfalls von den vorgesehenen 60 % auf 80 oder gar 100 % zu erhöhen, nicht ein.
Allgemein wurde in der Kommission bedauert, dass für die Finanzierung des Busbahnhofs keine befriedigende Lösung gefunden werden konnte. Ein entsprechender Antrag unterblieb aber aufgrund der Komplexität der Thematik. Es müsste separat eine Motion oder ein Postulat allenfalls unter Einbezug aller Grossanlässe eingereicht werden. Die Kommission überlässt dies aber der parlamentarischen Eigeninitiative. – Sie empfiehlt Ihnen somit mit knappem Mehr, am unveränderten Ergebnis der 1. Lesung festzuhalten.

Gregor **Kupper** verzichtet auf ein Votum, da die Stawiko diesen Antrag nicht nochmals beraten hat.

Alice **Landtwing** ist bei ihrem Votum ein Fehler unterlaufen. Es muss effektiv heissen «EVZ Sport AG» und nicht «Eissportverein EVZ».

Martin **Pfister** betont, dass die CVP-Fraktion in der Frage der Kostenverrechnung mehrheitlich an der 1. Lesung festhält. Sie wird weder den Antrag Landtwing noch jenen von Fraktionskollegen Kurt Balmer unterstützen.
Mit dem Kostenverteiler 60/40 werden veranstaltende Vereine deutlich besser gestellt, als es bisher im Polizei-Organisationsgesetz vorgesehen war. Diese Verbesserung geht auf die beiden Motionen von Rudolf Balsiger und der CVP-Fraktion zurück. Bemerkenswert an der Lösung der 1. Lesung ist, dass sich die vorberatende Kommission nach einer langen und kontroversen Debatte weitgehend konsensual auf diese Lösung einigte. Der Zuger Ansatz fand über die Kantonsgrenzen hinaus Beachtung. Insbesondere für die am meisten diskutierten Einsätze der Polizei an Spielen des EVZ liegt nun eine klare, umsetzbare Regelung vor.
Es trifft zu, dass sich seit der 1. Lesung bezüglich der Kostenübernahme des Busbahnhofs eine Voraussetzung des getroffenen Entscheides verändert hat. Sowohl in der Kommission als auch in der 1. Lesung gingen wir davon aus, dass die Gemeinden künftig die Kosten dieses Busbahnhofs in der Höhe von 80' bis 100'000 Franken pro Jahr übernehmen würden. In der Zwischenzeit haben sich die Gemeinden gegen eine solche Kostenübernahme entschieden. Insofern haben wir Verständnis für den Antrag von Alice Landtwing zur 2. Lesung.
Um diesem Punkt gerecht zu werden, reicht der Votant hier als Kantonsrat zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen und nicht in seiner Rolle

als Fraktionsprecher eine Motion ein, worin der Regierungsrat beauftragt wird, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit Veranstalter, die bei der Durchführung ihrer Grossanlässe die An- und Hinreise aktiv propagieren und im Rahmen ihres Ticketings sicherstellen, im Rahmen des Tarifverbunds mittels Vergünstigungen unterstützt werden können. Möglich wäre auch ein Kantonsratsbeschluss, der den Regierungsrat ermächtigt, einen solchen Beitrag zu sprechen.
Der Antrag Landtwing will jedoch das in der 1. Lesung beschlossene System 60/40 durch eine Pauschale ersetzen. Sie plädiert damit exklusiv für den EVZ für einen Systemwechsel. Abgesehen davon, dass ein «EVZ-Paragraph» im Polizei-Organisationsgesetz hinsichtlich der Gleichbehandlung mit anderen Veranstaltern und Vereinen stossend ist, setzt er auch keine Anreize, die Sicherheit im Zusammenhang mit EVZ-Spielen nachhaltig zu verbessern.
Man könnte nun argumentieren – wie wir gesehen haben, tut dies der EVZ auch – gewaltbereite Fans seien einfach ein gesellschaftliches Phänomen. Damit hätte man wohl nicht ganz unrecht. Wir wissen jedoch von verschiedenen Beispielen im Ausland (z.B. in England, Deutschland, Holland), dass es möglich ist, mit nur sehr kleinen Polizeiaufgeboten die Sicherheit in und um Sportveranstaltungen sicherzustellen. Das muss auch unser Ziel sein. Martin Pfister findet es als Bürger äusserst stossend, wenn immer wieder im Zusammenhang mit Eishockeyspielen öffentlicher Raum, wie zum Beispiel der Bahnhof, zur Kriegszone mit einer grossen Zahl von schwer ausgerüsteten Polizisten erklärt wird und man dann auch noch erwartet, dass dies die Öffentlichkeit zu bezahlen habe.
Dies ist nicht nur als Bürger stossend, sondern auch als Fan des EVZ, der wie fast alle, die Hockeyspiele besuchen, dies mit seinen Kindern in einem friedlichen Umfeld tun möchte. Es müssen nun endlich partnerschaftlich vom Verein und der Polizei die nötigen Schritte unternommen werden, damit grosse Polizeiaufgebote nicht mehr nötig sind. Es ist gut möglich, dass der EVZ selbst dem Kantonsrat in ein paar Jahren dankbar sein wird für den Entscheid von heute. Denn auch interne Sicherheitskosten von einer halben Million Franken pro Saison sollten dem EVZ eigentlich zu denken geben. – Die CVP-Fraktion empfiehlt Ihnen mehrheitlich, an der 1. Lesung festzuhalten.

Hans **Christen** legt zuerst seine Interessenbindungen offen. Seit vielen Jahren ist er Besitzer von ein bis zwei Dauerkarten für die Spiele des EVZ. Er ist Mitglied des Club 78 des EVZ. Während 16 Jahren war er von Amtes wegen Verwaltungsrat der Kunsteisbahn Zug AG.
Es handelt sich hier um ein gesellschaftliches und nicht um ein EVZ-spezifisches Problem. England und Holland haben diese Probleme mit Hooligans bei Fussballspielen in den Griff bekommen. Die öffentliche Hand und die Fussballclubs haben dort hervorragende Konzepte erarbeitet, die gegriffen haben. Solche Konzepte sollte man bei uns in der Schweiz ebenfalls übernehmen. Es ist immer nur eine kleine Gruppe von Chaoten, die entweder an Fussball- oder an Eishockeyspielen für ein kleineres oder grösseres Polizeiaufgebot sorgen. Der Sportanlass spielt bei diesen Chaoten eine untergeordnete Rolle. Dieses gesellschaftliche Phänomen verursacht immense Präventions- und Sicherheitskosten und dies nicht nur bei Sportveranstaltungen, wie die unrühmlichen Ereignisse vor kurzem in Zürich ebenfalls gezeigt haben. Auch bei einer Kundgebung der SVP in Bern mussten gemäss Presseberichten 1'000 Polizisten aus der halben Schweiz wegen diesen Radaubrüdern aufgeboten werden. Sind wir doch ehrlich, diese Leute sind mit dem Schnellzug durch die Kinderstube gefahren.

Der einfachste Weg ist es anscheinend, das Geld für die Sicherheit beim Veranstalter einzuziehen. Die Polizeikosten in Zürich und Bern, wie vorhin erwähnt, sind mit Sicherheit von der öffentlichen Hand übernommen worden. Die Massnahmen für eine Beruhigung dieser Vorkommnisse sind bei unserer Gesellschaft und nicht bei den Veranstaltern von Sportanlässen anzusetzen.
Nach intensiver Diskussion der «Lex EVZ» befürwortet die FDP Fraktion fast einstimmig den Antrag von Alice Landtwing für eine Pauschale für polizeiliche Leistungen. Der EVZ würde mit dieser Pauschale immer noch den höchsten Beitrag der National League bezahlen. Der Antrag ist ausgewogen und beinhaltet Optionen zum Aussteigen.
Der Busbahnhof ist ein wichtiger Bestandteil des Sicherheitskonzeptes der Zuger Polizei. Das bestätigte auch der Kommandant der Zuger Polizei. Leider haben die Gemeinden, die auch von diesem Busbahnhof profitieren, eine Kostenbeteiligung abgelehnt. Wenn Sie dem Antrag Landtwing nicht zustimmen, besteht die Gefahr, dass sich der EVZ, wenn ihm die 60 % der Sicherheitskosten gemäss 1. Lesung aufgebürdet werden, verabschiedet. Dann fördert der Kantonsrat ein Sicherheits- und auch ein Verkehrsproblem im Hertiquartier. Wollen wir das?
Dem Hochhalten des Verursacherprinzips und der Gleichbehandlung aller Vereine und Organisationen möchte die FDP-Fraktion eigentlich auch nachleben. Eine absolute Gleichbehandlung wird es in der Realität jedoch nie geben. Vergleichbare Veranstaltungen wie die EVZ-Spiele gibt es im Kanton Zug jedoch nicht. Bei anderen sportlichen und kulturellen Grossveranstaltungen erlassen der Regierungsrat, der Gemeinderat oder der Stadtrat die Kosten für die Sicherheit. Bei den beiden letztgenannten bezahlen die Gemeinden diese Kosten über einen Beitrag an die Vereine. Das weiss der Votant aus eigener Erfahrung als ehemaliger Finanzchef der Stadt Zug. Zurzeit steht übrigens in der Stadt Zug eine Vorlage mit dem Begehren, die Fasnachtsvereine (Chesslete und Letzibuzeli) mit jährlich 60'000 Franken zu unterstützen, auf der Traktandenliste des Grossen Gemeinderats.
Es kann doch nicht sein, dass wir exorbitante Beiträge an ausgesuchte Luzerner und Zürcher Kulturinstitute bezahlen und unser Aushängeschild mit überregionaler Ausstrahlung hängen lassen. Für viele Matchbesucherinnen und Besucher ist ein Eishockeyspiel auch eine kulturelle Veranstaltung.
In der vorberatenden Kommission, die übrigens mit einem knappen Entscheid diesen Antrag verabschiedet hat, wurde das Argumentarium vom EVZ betreffend Polizeikosten kritisiert. Nicht ganz zu unrecht. Man sollte dies aber nicht überbewerten. Bei einem Stierkampf wehrt sich der Stier ebenfalls mit all seinen zur Verfügung stehenden Kräften gegen den Torero und den Picadero. Im Weiteren ist noch festzuhalten, dass der Sicherheitsdienst des EVZ, der in der Arena für die Sicherheit zuständig ist, und der EVZ satte 500'000 Franken dafür aufwenden, mit der Zuger Polizei eine sehr gute Zusammenarbeit pflegen. Beim angespannten Verhältnis zwischen der Führung des EVZ und der Sicherheitsdirektion haben sicher beide Parteien nicht immer optimal funktioniert. Es ist aber müssig, alte Geschichten aufzutischen.
Aus den vorgenannten Gründen ersuche Hans Christen den Rat mit einer fast einstimmigen FDP-Fraktion, den Antrag von Landtwing ebenfalls zu unterstützen.

Thomas **Werner** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist auch ein mehrjähriger EVZ-Fan, schon als sie damals in der Nationalliga B spielten, und er hat auch jetzt noch Freude, wenn sie in der Tabelle gut dastehen.
Die SVP-Fraktion ist grossmehrheitlich gegen den Antrag Landtwing. Wir unterstützen die 60/40-Lösung, wie sie in der 1. Lesung beschlossen wurde. – Durch eine

Pauschale geht für einen Sportverein wie den EVZ der Anreiz verloren, möglichst viel für die Sicherheit zu unternehmen. Das heisst, dass bei einer Pauschale nach kurzer Zeit punkto Sicherheit der Schlendrian einkehrt und die Kosten für die Steuerzahler des Kantons Zug umso grösser werden.
Der EVZ muss wie alle anderen auch für seine Veranstaltungen mehr Verantwortung übernehmen. Mit Runden Tischen wurden in der Schweiz keine Resultate erzielt. Es wurde mehrmals versucht, die Fussball- und Eishockeyvereine an einen Tisch zu kriegen und eine Lösung herauszufinden. Eine solche Lösung ist aber immer wieder an der Gegenwehr verschiedener Klubs gescheitert. Scheinbar geht es also doch nur über das Portemonnaie.
Es stimmt, viele Hooligans oder Chaoten kommen aus anderen Vereinen nach Zug. Die wollen wir hier nicht. Genau deshalb muss der Anreiz bestehen, die Zusammenarbeit unter den Clubs zu intensivieren, Stadionverbote auszusprechen und konsequent durchzusetzen. Im Falle einer Pauschale kann viel zu einfach die Verantwortung an den anderen Verein und die Polizei abgeschoben werden.
Es stimmt nicht, dass mit der 60 %-Lösung für den EVZ eine vernünftige Kalkulation unmöglich wird. Sie haben es nämlich selber in der Hand, durch gute Vorkehrungen die Kosten tief zu halten. Es ist auch nicht so, dass der EVZ durch diese Kosten in den Ruin getrieben würde. Bei seinem Gesamtbudget von vielen Millionen Franken (mit dem neuen Stadion kann auch mehr Geld verdient werden) spielen auch in Zukunft die Kosten für die Sicherheit eine bescheidene Rolle.
Auf dem Spieler-Markt mit den Ablösesummen und den hohen Salären oder zum Beispiel durch einen befristeten Ausfalls eines Spielers, der dann ersetzt werden muss, entstehen viel höhere Kosten. Dort spielt der EVZ ohne zu jammern mit, geht es um die Sicherheit und darum, der Allgemeinheit und dem Steuerzahler etwas dafür zu entrichten, stemmt man sich massiv dagegen. Das ist kein sportliches Verhalten. Der EVZ wird nicht bestraft, sondern genau gleich behandelt wie die anderen Vereine im Kanton auch. Vor dem Gesetz sollten wir alle gleich sein und nicht speziell für einen Klub einen speziellen Artikel ins Gesetz schreiben. Die Schilderung bei Bst. b von Alice Landtwing, dass der Verein nach seinen Möglichkeiten mit der Polizei zusammenarbeiten muss, ansonsten das Ganze entfällt, ist dem Votanten zu schwammig. Da kann ein Verein mit irgendeinem Aufwand daherkommen und sagen: Das sind unsere Möglichkeiten, mehr können wir nicht. Das ist Auslegungssache und Streit ist vorprogrammiert.
Deshalb sind wir nicht nur für Fairness auf dem Spielfeld, sondern auch gegenüber den anderen Vereinen im Kanton Zug und all jenen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, die mit Eishockey überhaupt nichts am Hut haben.

Anna **Lustenberger-Seitz** nahm als Kommissionsmitglied den Tenor der Kommission auf, es solle eine Gleichbehandlung aller Vereine bezüglich der Sicherheitskosten gelten und keine Lex EVZ. Diese Haltung vertrat die Votantin und vertritt sie immer noch in ihrer Fraktion.
Nun, jetzt ist es eine Lex EVZ oder noch korrekter eine Lex EVZ AG geworden, und Phillip Brunners Aussage vom 7. Juli wurde bestätigt. Die AGF hält jedoch an der Fassung der 1. Lesung fest. Das Positive an diesem Beschluss schiebt man nun mit dem Antrag von Alice Landtwing in den Hintergrund, denn immerhin erfährt § 25 zugunsten der Vereine eine positive Änderung. Honoriert wird zu wenig die Tatsache, dass gerade durch die gute Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der EVZ AG nur 60 % der Sicherheitskosten verlangt werden. Gemäss Bundesgerichtsentscheid könnte dieser Anteil auch bei 80 % liegen. Seit 2008 gilt ja für die EVZ AG immer noch eine Sonderregelung, und diese ist und war sehr EVZ-

freundlich. Der EVZ wusste aber, dass diese Sonderregelung einmal endet. Im Jahr 2008 sah diese Änderung noch ganz anders aus, dass nämlich die gesamten Sicherheitskosten auf die Vereine hätten abgewälzt sollen. Zudem erhält der EVZ immer noch jährlich aus dem Lotteriefonds 65'000 Franken – auch das soll man nicht vergessen.
Was Grossveranstaltungen den jeweiligen Gemeinden, Städten und Kanton bringen, hat immer zwei Seiten, viele profitieren davon, auch die Stadt Zug – das ist nicht zu unterschätzen. Anderseits entstehen hohe Sicherheitskosten, nicht nur durch höheres Verkehrsaufkommen, sondern auch durch das zunehmende Gewaltpotenzial. Wir finden aber, dass gerade das kein Grund ist, dass der Staat stärker zur Kasse gebeten wird. Dieses Risiko müssen alle Veranstalter und Veranstalterinnen tragen, sei es bei einem Eishockey-Match, einer anderen Sportveranstaltung, bei einem Konzert in der Chollerhalle usw. Den Sicherheitsauftrag löst der Kanton ja, mit je nachdem grösserem oder weniger grossen Polizeiaufgebot. Verdienen will die Polizei dabei sicher nicht. Es ist unakzeptabel, dass dies nun von gewissen Kreisen behauptet wird.
Noch etwas zum Busbahnhof. Er ist nach wie vor wichtig. Es ist unserer Meinung nach aber nicht die Aufgabe des Kantons, diesen mitzufinanzieren – das wäre eine Ungleichheit gegenüber anderen Veranstaltungen. Obwohl nur gut 10 % der Matchbesucher und -besucherinnen die Busse für eine Heimfahrt benützen, nämlich ca. 680 Personen pro Heimspiel, sollte es für den EVZ von grossem Interesse sein, diesen zu führen – die Sicherheitskosten könnten sonst noch höher werden.
Die Summe der Sicherheitskosten scheint auf den ersten Blick hoch. Aber wir wissen es bereits: Mit einem guten Franken Aufschlag auf die Tickets könnte der EVZ diese bezahlen. Es gäbe sicher nicht weniger Matschbesucher. Es ist nicht Sache des Steuerzahlers, diese Kosten mitzufinanzieren, nur ein kleiner Teil der Zuger und Zugerinnen besuchen einen EVZ-Match.
Nochmals zu unserem Entscheid. Wir finden es wichtig, dass nun der Beschluss der 1. Lesung eingeführt wird. Man soll damit Erfahrungen sammeln, Gesetze sind nicht aus Stein gemeisselt. Wir wünschen uns, dass die gute Zusammenarbeit zwischen EVZ und Polizei wieder möglich wird. Und wir wünschen auf jeden Fall dem EVZ viel Glück in der begonnenen Saison, auch wenn er bei unserer AGF mit seinem Anliegen keine Torchance hat.
Noch etwas zum Antrag von Kurt Balmer. Darüber wussten wir überhaupt nichts. Anna Lustenberger persönlich wird ihn ablehnen. Sie hat aber Sympathie für die Motion von Martin Pfister, vor allem wenn diese für alle Grossveranstaltungen gelten sollte.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion wie schon bei der 1. Lesung hier den Antrag des Regierungsrats unterstützt, wonach 60 % dieser Leistungen den Veranstaltern überbindet werden. Es ist aus unserer Sicht nicht richtig, dass mit einer Lex EVZ eine separate Kategorie zur Abgeltung dieser Leistungen geschaffen wird. Selbstverständlich und entgegen dem Papier des EVZ kann dieser direkt Einfluss auf die polizeilichen Kosten nehmen. Dies kann sein, indem er auf nationaler oder lokaler Ebene sämtliche Anstrengungen zur Eindämmung von Ausschreitungen im und ums Stadion unterstützt. Dies könnte z.B. auch sein, dass auf jeglichen Verkauf von Alkohol in den Stadien verzichtet wird.
Wie die aktuelle Situation zeigt, scheint es für den EVZ kein Problem zu sein, finanzielle Verpflichtungen einzugehen, wenn ein Spieler aufgrund seines Verhaltens für acht Spiele gesperrt wird. Selbstverständlich sind wir der Ansicht, dass auch die Fans oder ganz einfach Gelegenheitszuschauer wie der Votant einen

finanziellen Beitrag an die polizeilichen Leistungen über den Kauf einer Eintrittskarte zu bezahlen haben. Ob jetzt das Ticket für einen Sitzplatz einen oder zwei Franken mehr kostet, schreckt kaum jemanden ab, an einem Spiel teilzunehmen. Es entspricht auch einem eigenartigen Verständnis, wenn Sicherheitsleistungen indoor mit solchen outdoor vermischt werden. Eine AG ist bekanntlich für die innere Sicherheit immer selbst verantwortlich. Markus Jans geht nicht davon aus, dass die Siemens je mit einem Antrag bei uns vorstellig wird, die innere Sicherheit aufzurechnen. Das geht über den Verkauf ihrer Produkte.
Zu Alice Landtwing. Wir haben ihre Äusserungen nicht ganz verstanden. Wir haben alle Anträge des Regierungsrats zur verursachergerechten Überwälzung der Sicherheitskosten unterstützt und tun das auch weiterhin. Die SP-Fraktion unterstützt den Regierungsrat und hofft, dass Sie das auch tun.

Urs **Raschle** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Als Geschäftsführer von Zug Tourismus arbeitet er intensiv mit dem EVZ zusammen. Zudem ist er seit seiner Kindheit ein grosser Fan des lokalen Hockeyclubs.
Wissen Sie, was Sie in der Osternacht 1998 getan haben? Nun, dies ist schon eine Weile her. Der Votant ist sicher, die meisten von Ihnen litten vor dem TV und feierten nach dem 5:2 Sieg des EVZ in Davos den ersten Meistertitel in der Geschichte des EVZ. Eine Stadt, ein Kanton, ja eine ganze Region stand Kopf. Leider blieb es bisher der einzige Meistertitel, doch die Verantwortlichen um Präsident Roland Staerkle arbeiten Schritt für Schritt zum zweiten Titel hin. Ein wichtiger Schritt wurde mit dem Wechsel in die modernste Eishalle der Schweiz getan. Durchschnittlich 2'000 mehr Besucher pro Match zeigen es deutlich: Der Besuch von Eishockey-Spielen ist wieder «in», und dies nicht nur für junge Fans, sondern für alle, auch Politiker.
Wer einmal in der Bossard-Arena ein Spiel mitverfolgen konnte, bemerkte die hohen Sicherheitsstandards. Innerhalb des Stadions hat der EVZ seine und die gegnerischen Fans im Griff. Im letzten Jahr gab es kaum nennenswerte Zwischenfälle zu verzeichnen, von pyrotechnischen Problemen nicht einmal zu sprechen. Dafür nimmt der EVZ aber auch genügend Geld in die Hand. Rund 500'000 Franken. Zudem hat der Club am meisten Stadionverbote ausgesprochen und filmt die eigenen Fans sogar an den Auswärtsspielen. Laut EVZ werden auch Video-Bilder ohne Firlefanz an die Polizei weitergegeben oder diese wird über zugetragene Infos bezüglich Hooligans informiert. Ja, der EVZ ist nicht nur auf dem Eis Herr und Meister der Arena.
Und nun soll der EVZ auch für den Bereich ausserhalb des Stadions bezahlen. Dies notabene für Leistungen, die er nur indirekt bestimmen kann. Ob es sich nämlich um ein Hochrisikospiel (44'000 Franken) handelt, entscheidet grundsätzlich die Polizei. Man rechne: Dass sich diese Kosten lohnen, müssen mindestens 1'760 Fans der gegnerischen Mannschaft kommen. Insgesamt gibt es aber nur rund 1'000 Stehplätze auf der Gegnerseite. Betriebswirtschaftlich wäre es also sinnvoller, der EVZ würde die Gäste-Fans gleich ausladen. Stellen Sie sich diesen Affront vor. Dies würde nicht nur das Image des EVZ, sondern auch von Zug ziemlich ramponieren.
Wie gross das Dispositiv des Korps ist und welche Massnahmen dann angewendet werden, entscheidet ebenfalls die Polizei. Laut EVZ suchte man seit drei Jahren das Gespräch mit dem Kanton, leider vor allem vergeblich. Kann es sein, dass die Polizei kein Interesse hat, die Kosten zu senken, da der Deckungsbeitrag bei diesen Anlässen höher ist als anderswo?

Und last but not least ist es kein EVZ-typisches Problem, sondern ein gesellschaftliches, denn bei Personen welche vor, während oder nach dem Match Radau machen, handelt es sich leider meistens nicht um wahre Fans, sondern um Krawalltouristen. Ob es die gleichen sind, welche aktuell Zürich auf Trab halten?
Nun ist es auch nicht so, dass der EVZ nicht bereit wäre zu bezahlen. Er ist sich der Situation durchaus bewusst. Aber dazu braucht er verlässliche Zahl im Budget. Es kann nicht sein, dass die Kosten bei einer ruhigen Saison – sprich ohne grossen Play-off-Spiele – relativ niedrig sind, im Gegensatz zu einer tollen Saison mit attraktiven Playoff-Gegnern, wenn sie in die Höhe schnellen. Dies macht es schwierig zu budgetieren. Zudem bietet der EVZ seit Jahren den beliebten Bus-Service an. Dass da die Gemeinden nicht bereit sind zu bezahlen, ist doch sehr bedenklich, sind es ja gerade die eigenen Gemeindepersonen, welche dadurch sicher und schnell wieder nach Hause kommen. Ist es einfach selbstverständlich, dass dieser Service funktioniert?
Geben wir dem EVZ eine Budgetsicherheit. So kann er genau planen bis zum nächsten Meistertitel, denn dann werden die meisten von Ihnen wieder mitfeiern und sagen: «Mir sind scho guet!». In diesem Sinne plädiert Urs Raschle für Annahme des Vorschlags von Alice Landtwing.

Stefan **Gisler** kann bei seiner Interessenbindung keine offiziellen Ämter vorweisen. Sein erstes Spiel war EVZ gegen Young Sprinters, als sie in die 1. Liga abgestiegen waren. Dann hat er jedes Spiel in der 1. Liga verfolgt und konnte den Aufstieg feiern. Danach gehörte er jahrelang zum harten Kern in der Fankurve, ging an fast jedes Auswärts- und Heimspiel. Und das immer friedlich! Und zur Frage von Urs Raschle: Ostern 1998 war Stefan Gisler auch im Stadion.
Leider haben sich die Fankultur und das Umfeld bei Sportvereinen verschlechtert in den letzten Jahren. Der Votant stellt fest, dass aufgrund der Fraktionsberichte der Rat wohl an der 1. Lesung festhalten wird. Das ist richtig und wichtig.
Martin Pfister und Hans Christen betonten bei ihren Ausführungen, dass Sicherheit eine Querschnittsaufgabe sei. Ja, Kanton, Gemeinden, Vereine und auch Aktiengesellschaften müssen miteinander Lösungen erarbeiten. Hans Christen lobte, dass in England die Hooligan-Probleme nun im Griff seien. Stefan Gisler glaubt sich als Kenner der englischen Fussballszene bezeichnen zu dürfen. Die Sicherheitslage wurde dort erst massiv verbessert, als die Vereine zur Verantwortung gezogen wurden, finanziell, mit Drohung von Punkteabzügen sowie in Form von aktiver Fanarbeit. Der SP-Vorredner hat vorhin aufgezeigt, dass in der Schweiz der Runde Tisch mit den Profi-Sportvereinen aus Fussball und Hockey leider scheiterte. Leider geht es offenbar nur über das Portemonnaie. Und das sollte nicht allein der Steuerzahler sein. Der Kanton Zug will ja 40 % der Kosten ausserhalb der Stadien übernehmen. Diese Zuger Lösung (60/40) kann schweizweit eine Vorreiterrolle spielen, um Sicherheits- und Gewaltprobleme rund um den Teamsport lösen zu können. Sie kann Anreize schaffen für Prävention und wirksamer Fanarbeit. Der Votant glaubt nicht, dass sich der EVZ aus der Verantwortung stehlen will, sondern dass er dieses 60/40-Modell annehmen und mit aktiver Fanarbeit und Eigenverantwortung auch die Kosten reduzieren kann.
Die Darstellung von Alice Landtwing und Urs Raschle, die Polizei würde quasi mit mehr Männern als nötig ausrücken, hält Stefan Gisler für ungerechtfertigt. Die Aufgebote werden und wurden immer zusammen mit dem EVZ, der Liga und den Sicherheitseinschätzungen der Fachleute bestimmt. Die Kostenverrechnung ist zudem fair angesichts der Personal- und Materialkosten. Der Sicherheitsdirektor

schickt seine Männer sicher nicht hinaus, um Gelder zu generieren. Er hat noch andere Sorgen als den EVZ.
Zur Finanzierung der Schäden in Fribourg. In Zug werden die Schäden auch nicht vom EVZ bezahlt. Es geht hier ja um Kosten des Polizeiaufgebots und nicht um die Schäden. – In diesem Sinn ruft der Votant den Rat auf, zu dieser Zuger Lösung (60/40) ja zu sagen. Sie ist eine schweizweit gute Lösung, die auch für andere Zuger Vereine sinnvoll ist.

Franz **Hürlimann** war auch einmal ein grosser Fan des EVZ. Heute bestehen jedoch keine persönlichen Bindungen zu diesem Verein. Trotzdem: Einen Spitzensportverein in der Nähe zu haben, ist keine Selbstverständlichkeit. Und es ist auch keine Selbstverständlichkeit, dass wir Zuger mit dem EVZ einen bedeutenden Werbeträger für unsere Region haben.
Leider haben sich die Anforderungen bezüglich Sicherheit bei Sportveranstaltungen in und um die Stadien stark verändert. Dieser Herausforderung hat sich nicht nur der EVZ, sondern auch alle anderen Fussball- und Eissportvereine zu stellen.
Die Sicherheit an den EVZ-Spielen ist gross und Tumulte waren bisher in Zug zum Glück eher eine Seltenheit. Hier können Kinder noch problemlos ein Spiel besuchen, was andernorts zum Teil nicht mehr möglich ist. Das hat sehr viel mit einem gepflegten Vereinsklima zu tun. Unter diesen Aspekt gehört auch die beispielhafte Arbeit in der Nachwuchsförderung des EVZ.
Andere Vereine in der NLA verpflichten fünf Ausländer. Der EVZ hat deren vier, weil er sich einen fünften nicht leisten will. Trotzdem war der EVZ in den letzen sieben Jahren fünfmal im Play-Off-Halbfinal, ist also konstant unter den Top 4. Von allen zwölf NLA-Vereinen liegt er aber im Budget auf Platz sieben. Sie sehen, der EVZ hat seine Aufgaben gemacht – gut sogar.
Seit der 1. Lesung haben sich die Umstände stark zu Ungunsten des EVZ verändert. Wir dürfen das realistische Augenmass nicht verlieren. Machen wir doch auch gute Arbeit! Stimmen Sie dem Antrag Landtwing oder eventuell dem Antrag Balmer zu!

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** möchte zuerst einen kurzen Rückblick machen. Gemäss Polizeiorganisationsgesetz haben ja Vereine seit 2008 grundsätzlich alle Polizeikosten zu übernehmen. Damals ging auch ein Aufschrei durch den Kanton, das könnten sie nicht bezahlen. Aber die Praxis hat dann etwas anderes gezeigt. Auch von den Gemeinden wurden Rückmeldungen gemacht, dass es sich eigentlich gut eingespielt habe und bei den Veranstaltenden bezüglich Sicherheit eine grössere Verantwortung vorhanden sei.
Beim EVZ war die Situation so, dass man damals in der Bauphase stand und man grosses Entgegenkommen zeigte und nicht die vollen Leistungen verlangte, sondern nur pro Jahr ca. 20' bis 25'000 Franken für den Verkehrsdienst verlangte, aber nicht für den eigentlichen Ordnungsdienst. Dann haben wir dem EVZ aber auch aufgezeigt, dass nach der Inbetriebnahme des neuen Stadions die gültige Regelung dann angewandt werden müsse. Wir haben auch Gespräche geführt. Dann kamen diese beiden Motionen in den Kantonsrat und die Kommission hat eine andere Lösung beschlossen als der Regierungsrat. Dieser hat auf diese beiden Motionen ja vorgeschlagen, bei der bisherigen Regelung zu bleiben. Die Kommission beantragte dann die 40/60-Prozent-Lösung – auch vor dem Hintergrund des Bundesgerichtsurteils in Sachen Xamax Neuenburg, das 60 bis 80 % Kostenbeteiligung vorsieht ausserhalb des Stadions. Man machte den Unterschied zwischen

60 und 80 insofern, dass wenn ein Verein gute Sicherheitsleistungen zeigt, die Beteiligung sinkt. Je schlechter er arbeitet, desto höher ist sie. In der Diskussion wurde von der SD klar aufgezeigt, dass der EVZ eigentlich sehr gute Arbeit leistet. Die Zusammenarbeit ist nach Erachten des Sicherheitsdirektors gut – auch wenn sie heute in Frage gestellt wurde. Natürlich hat es etwas Sand ins Getriebe gegeben in dieser auch emotional geführten Debatte über die Verrechnung. Beat Villiger möchte dem EVZ aber danken für die Bestrebungen, die auch im Sinne des schweizerischen Konkordats gemacht werden, der Tendenz, die Kosten und Aufwendungen der Polizei einigermassen in den Griff zu bekommen.
Der Antrag Landtwing schlägt jetzt eine Privilegierung vor für den EVZ, eine Pauschalierung. Dieser Antrag wurde vom Regierungsrat nochmals diskutiert. Er hält klar an der Beschlussfassung der 1. Lesung fest, und zwar aus folgenden Gründen. In der vorberatenden Kommission wurde diese Gleichbehandlung aller Veranstaltenden ins Feld geführt. Das scheint auch dem Regierungsrat eine wichtige Grundlage für die Zukunft, dass wir alle Veranstaltenden bezüglich Kostenübernahme gleich halten. Es lässt sich sachlich eigentlich nur schwer rechtfertigen, weshalb ein profitorientierter Verein gegenüber anderen Vereinen besser gestellt werden soll. Und indem eine Pauschale festgelegt wird, besteht ein weniger grosser Anreiz, die Sicherheitskosten in den Griff zu bekommen, diese Krawalltouristen wirklich nicht mehr ins Stadion zu lassen und Massnahmen zu ergreifen, damit diese Kosten endlich gesenkt werden können. Das ist der Nachteil einer Pauschalierung und der Vorteil einer klaren anteilsmässigen Übernahme der Polizeikosten.
Die Anträge sind nachher in der Umsetzung nicht ganz einfach. Es ist dann sehr schwierig zu entscheiden, wie diese Pauschale dann verrechnet werden muss usw. Der Regierungsrat sieht auch aus diesem Grund davon ab, diesen Antrag zu unterstützen.
Auch für den Regierungsrat gilt: Hut ab vor der Leistung des EVZ. Da wird hervorragende Arbeit geleistet. Der EVZ ist ohne Wenn und Aber sicher ein gutes und grosses Aushängeschild für den Kanton. Aber der Kanton will ja nicht nur einkassieren, wir bezahlen auch bei der Anschaffung von Einrichtungen. Wir haben der Stadt kürzlich einen grossen Beitrag geleistet für die zusätzlichen Sicherheitseinrichtungen. Wir bezahlen beim Spiel gegen die New York Rangers einen namhaften Beitrag. Und wir übernehmen letztlich auch einen grossen Anteil der Sicherheitskosten, die bei Spielen anfallen.
Es wurde auch die Frage gestellt, wie viel solche Spiele kosten. Wir haben letztes und dieses Jahr immer auch darauf geachtet, dass diese Dispos möglichst tief gehalten werden können, um von Seite der Polizei möglichst wenig Kosten verrechnen zu müssen. Die bisherigen Heimspiele fanden alle mit Dispo A statt. Das kostet den EVZ 505 Franken. Dispo B – beim nächsten Spiel – wird eine höhere Stufe sein, das sind 9'000 Franken. Bei Dispo C wären es 18'000 und bei C+ werden es dann ca. 26'000 Franken. Wenn also gesagt wird, dass die Budgetierbarkeit nicht gewährleistet sei, so sollten 130' bis 150'000 Franken pro Jahr reichen mit dieser neuen Regelung 40/60. Und bei diesem grossen Budget müsste doch drin liegen, dass diese Kosten wirklich Platz haben und kein Grund besteht, von dieser Regelung abzuweichen.
Der Runde Tisch wurde angesprochen. Dieser wurde ja mit Blick auf die Fussball-Europameisterschaft in der Schweiz und Österreich eingeführt. Das hat sich bezahlt gemacht. Nachher wurde das auch ausgedehnt auf Eishockey. Man hat jetzt gesehen, dass dieser Runde Tisch kein Entscheidgremium ist, sondern vielmehr eine Informations- und Austauschplattform, eine beratende Runde. Man hat auch gesehen, dass letztlich die Kantone nach wie vor für die Sicherheit zuständig sein und mit den Vereinen Lösungen finden müssen.

Zum Busbahnhof. Der Sicherheitsdirektor bedauert das auch sehr. Wir haben im Frühjahr mit den Gemeinden gesprochen. Der Geschäftsführer des EVZ war auch eingeladen, um seine Meinung darzulegen. Dort hat es eigentlich gut ausgesehen, weil die Gemeinden auch gespürt haben, dass dieser Busbahnhof auch in ihrem Interesse weitergeführt werden sollte. Sie haben gesagt, sie wollten diesen Wunsch des Kantons und des EVZ in die Gemeinden tragen. Die Gemeindepräsidentenkonferenz hat dann Gegensteuer gegeben und letztlich ist das Ganze nun nicht zustande gekommen. Beat Villiger hat aber schon in der Kommission gesagt, dass dies nicht zusammenhängen dürfe mit der Lösung, welche der Kantonsrat jetzt beschlossen hat.
Die internen Sicherheitskosten sind horrend angewachsen. Das sieht der Votant auch beim EVZ. Aber wenn wir das Problem bei der Wurzel packen und miteinander solche Chaoten nicht mehr ins Stadion lassen, so kann das die Polizei nicht allein bewerkstelligen. Da müssen auch die Vereine mehr Härte zeigen. So könnten sowohl die internen wie auch die externen Kosten mit der Zeit gesenkt werden.
Der Antrag von Kurt Balmer ist in der Umsetzung sehr schwierig. – Bitte stimmen Sie aufgrund dieser Ausführungen dem Beschluss der 1. Lesung zu!

Die **Vorsitzende** hält fest, dass sowohl der Antrag Landtwing wie auch der Antrag Balmer einen Abänderungsantrag zum Ergebnis der 1. Lesung darstellen. Somit liegen drei gleichberechtigte Hauptanträge vor. Wir gehen gemäss § 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats folgendermassen vor: Sie dürfen zunächst nur für einen Antrag stimmen. Erreicht kein Antrag das absolute Mehr, stimmen wir darüber ab, welcher der Anträge mit den wenigsten Stimmen aus der Abstimmung fällt. Danach stellen wir den verbleibenden Antrag dem erstplatzierten gegenüber.

➔ Mit 44 Stimmen erreicht der Antrag der 1. Lesung das absolute Mehr und ist somit beschlossen.

➔ Der Rat stimmt den Paragraphen 25 und 26a in der *Schlussabstimmung* mit 66:2 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Kommission beantragt
– die Motion der CVP-Fraktion betreffend Änderung des Polizei-Organisationsgesetzes (Vorlage Nr. 1724.1 – 13863) vom 19. September 2008 sei nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
– die Motion von Rudolf Balsiger betreffend «Sofort Schluss mit Polizeigebühren für Vereine» (Vorlage Nr. 1945.1 – 13439) vom 21. Mai 2010 sei nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

242 Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Investitionsbeitrag an den Verein Zugerische Werkstätten für Behinderte (zuwebe Baar) für die Sanierung und Erweiterung des Hauptgebäudes in Inwil

Traktandum 8 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1440.7 – 13836) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1440.8 – 13861).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nur eine einzige Lesung stattfindet.

Gregor **Kupper** verweist auf den Stawiko-Bericht. Die Stawiko ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage und Genehmigung der Schlussabrechnung.

Eugen **Meienberg** weist darauf hin, dass der Umbau und die Erweiterung der Zuwebe in Inwil vollumfänglich gelungen sind. Die Anpassungen und Ausbauten bewähren sich im Betrieb bestens. Dass nun auch noch eine Schlussabrechnung ohne Kostenüberschreitung vorliegt, teuerungsbereinigt sogar mit einem deutlichen Minderaufwand, ist sehr erfreulich. Als beim Beschluss des KRB Bedingungen an das Controlling und eine periodische Berichterstattung an den Regierungsrat gefordert wurden, war dies bei weitem nicht allen Beteiligten genehm. Alle haben sich jedoch daran gehalten, das System hat sich bewährt, das Resultat ist entsprechend. Der Votant möchte an dieser Stelle allen am Umbau und der Erweiterung beteiligten Stellen danken. Insbesondere auch der Baukommission der Zuwebe. Als damaliger Kommissionspräsident und auch im Namen der CVP-Fraktion spricht Eugen Meienberg den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Geschäftsleitung und dem Vorstand der Zuwebe für ihren unermüdlichen Einsatz zugunsten Menschen mit einer Behinderung einen grossen Dank aus. Dieser Dank soll allerdings nicht explizit der Zuwebe gelten, sondern allen, welche sich für Menschen einsetzen, die infolge einer Behinderung auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, kann in wenigen Minuten ihr erstes Dossier als Regierungsrätin abschliessen, das Dossier Sanierung und Erweiterung des Hauptgebäudes der Zuwebe in Inwil. Vor bald fünf Jahren wehte der Zuwebe tatsächlich ein rauer Wind entgegen. Der damalige Kommissionspräsident hat es erwähnt. Das Parlament wünschte, dass der Kantonsbeitrag nur mit Auflagen gewährt wird. Es war das erste Mal in dieser Art. Die Zuwebe musste ein Controlling aufbauen, das vorab vom Regierungsrat zu genehmigen war. Weiter musste sie auch vierteljährlich Bericht erstatten. Es wurde sehr viel Skepsis geäussert. Die Sanierung und Erweiterung konnte erfolgreich ausgeführt werden. Die Planung war seriös. Das Controlling funktionierte. Die Transparenz war da. Die Zuwebe hat zu Recht unser aller Vertrauen erhalten. Die veranschlagte Kreditsumme wurde teuerungsbereinigt um 2,76 Mio. Franken unterschritten. Auch die Direktorin des Innern möchte allen Beteiligten am Bauprozess und Controlling ganz herzlich danken für ihre Arbeit.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

243 Verabschiedung des Landschreibers

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass wir nun zu einem Abschied kommen, der auf der einen Seite sehr schmerzhaft ist, aber auf der anderen Seite wünschen wir Tino nur das Allerbeste und vor allem viel Glück für einen Neuanfang.
Lieber Tino Jorio, eigentlich sollte ich dir für kurze Zeit Fussfesseln anlegen. Denn wir sind uns alle sehr bewusst, dass dieser Augenblick der Laudatio, einer der am wenigsten geschätzten Momente in deinem Leben als Landschreiber ist.
Geschätzte Gäste, sehr geehrte Frau Jorio, liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte, geschätzte Regierung – Bewunderung ist ein grosses Wort, und ich weiss ganz genau, dass Tino Jorio jetzt innerlich den Kopf schüttelt und davon nichts wissen will. Ich bleibe aber dabei: Bewunderung heisst ja schliesslich nicht, in Ehrfurcht erstarren. Aber Respekt liegt in dem Wort, Anerkennung der grossen Leistung und tiefer Dank. Und da kommen wir der Sache schon sehr nahe. Ich will unseren Landschreiber gar nicht auf einen hohen Sockel stellen. Er würde, so wie wir ihn kennen, ohnehin nicht oben stehen bleiben. Doch wir alle wissen, was er für uns, unseren Kanton, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getan hat. Heute ist der Tag, um einmal etwas ausführlicher darüber zu sprechen.
Am 1. Mai 1998 hast du, Tino, als Nachfolger von Hans Windlin das anspruchsvolle Amt des Landschreibers des Kantons Zug übernommen. Nicht etwa als Neuling in der Verwaltung, nein du hast diese Verwaltung als ehemaliger Direktionssekretär der Sanitätsdirektion von 1977 bis 1981 schon à fond gekannt, und umgekehrt hat dich die Verwaltung schon dazumal schätzen gelernt.
Dein «Abstecher» nach Bern scheint für Landschreiber ein Muss zu sein, und erst in Bern erfährt «Mann», was verloren geht auf der Strecke Zug - Luzern - Bern! Bei den SBB hast du dazugelernt und dir das nötige Rüstzeug für die Ausübung des hohen Amts des Landschreibers geholt.
Das Personal, ja der ganze Kanton freute sich über deine Wahl und deine Rückkehr nach Zug nach 16-jähriger Abwesenheit wieder zurück nach Zug. «Ich will mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern partnerschaftliche Arbeitsziele formulieren», sagte Tino Jorio im Gespräch mit der Neuen Zuger Zeitung damals. «Frauen will ich bei gleicher Qualifikation den Vorrang einräumen». Du hast deine Mitarbeitenden gefördert und gefordert. Während bekannt war, dass der amtierende Landschreiber Hans Windlin vom New Public Management nicht allzu viel hielt, hast du pointiert eine andere Meinung vertreten. Mitarbeitergespräche gehören zum heutigen Stand der Personalführung des Kantons.
Deine Wahl im Kantonsratssaal hast du von zuhause aus mit verfolgt und bist kurz danach, eiligen Schrittes, wie bei dir heute noch üblich, (ich habe dich noch nie spazieren sehen) in den Kantonsratssaal gekommen um Annahme der Wahl zu erklären. Am Rednerpult hast du dann gedankt mit den Worten «packen wir es voll Innovationsfreude an!»
Genau diese Freude, dieses Engagement hast du durch alle Höhen und Tiefen durchgezogen, vorgelebt und umgesetzt. In all den Jahren hast du mit Umsicht gewaltet, hast die perfekte Verbindung von Nachdenken und Tun gefunden. Du hast – und das war sicher das Schwierigste – zwei Herren gedient, nämlich dem Kantonsrat und der Regierung, souverän, mit höchster Fachkompetenz und loyal. Du hast es aber auch geschickt verstanden, Regierungsrat und Kantonsrat bei allzu viel politischem Übermut wieder auf den praktikablen Pfad zu geleitet. Du hast Risiken abgeschätzt, Chancen für unseren Kanton Zug Kanton bewertet und dann entschlossen gehandelt. Argumente überprüfen, abwägen, Stellung beziehen, das sind nur einige deiner vielen positiven Eigenschaften, mit denen du uns immer wieder beeindruckt hast.

Mit deinen vielen Talenten, deinem riesengrossen Fachwissen, deiner enormen Kompetenz und deinem emsigen Umtreiben hast du Kantonsrat und Regierung bei der Bewältigung der grossen Aufgabe stets geholfen. Ohne dich wären wir nicht da, wo wir heute stehen. Dabei waren wir nie in der Lage, dir mehr zu bieten als ein Dankeschön, unsere Bewunderung und unsere aufrichtige Anerkennung.
Leider – und das meine ich sehr ernst – gibt es keine Ehrenmitgliedschaft der kantonalen Verwaltung! Du hättest sie mehr als verdient. Deine Loyalität, deine schnelle Auffassungsgabe, deine Schaffenskraft und deine stete Freundlichkeit bewährten sich auch bei unglaublichen Anträgen – bei Motionen und Anfragen, welche eher aus der Tierwelt hätten stammen können. Immer bliebst du sehr korrekt, wenn auch nicht immer ruhig! Dein Bewegungsdrang, der dich dazu gebracht hat, mit kleinen Schritten und schwingenden Armen deine Runden zu drehen, ist legendär.
Du hast hohe Anforderungen an dich selbst gestellt und dich sprichwörtlich mit Haut und Haaren für Land und Leute eingesetzt. Immer auf der Hut sein, um den Überblick zu bewahren, stapelweise Akten lesen, Gesetze überarbeiten, Vorschläge unterbreiten, Protokolle führen etc. hat sehr viel Kraft gefordert, darum verstehen wir deinen Wunsch, kürzer zu treten.
Unendlich viel Kraft haben Dir auch die schrecklichen Ereignisse rund um den 27. September 2001 abverlangt. Beispiellos hast du deine ganze Kraft dafür eingesetzt, die unermessliche Not zu lindern, zu trösten, zu organisieren, die Staatsgeschäfte weiter zu führen. Im schwersten Moment der jüngsten Zuger Geschichte durften wir uns auf dich verlassen und dafür gebührt dir und deiner Frau Ruth ein besonderer Dank. In all den Jahren war dir die tatkräftige Unterstützung deiner Gemahlin gewiss. Immer wieder habt Ihr Opfer des Attentats und deren Angehörige, seelisch Leidende unterstützt, begleitet, in die Arme genommen und mit ihnen gelitten. Still, ohne medienwirksame Auftritte, habt Ihr Euren Herzen gehorchend das Richtige getan. Der Respekt vor Eurer Person und echten Bescheidenheit verbietet mir, alles aufzuzählen, was in manchen Stuben riesige Anerkennung fand.
Ein kleiner Dank ist die Einladung auch an dich, liebe Ruth, heute den Kantonsrat auf seinem Ausflug in den Gottschalkenberg, zu begleiten. Es wartet dort hoher Besuch, eine grosse Überraschung auf Euch.
Geschätzte Anwesende, jeder neue Abschnitt beginnt mit einem Abschied. Gute Leute sind begehrt, und darum freut es uns alle, dass du geschätzter Tino die Revision der Geschäftsordnung des Kantonsrats und des Regierungsrats in Angriff nehmen wirst. Die Pensionierung ist sicher die begehrteste Alterserscheinung, und wer auf eine so grosse Arbeit zurückschauen darf, freut sich gewiss auf diese neue Aufgabe, welche er mit Freude und – da sind wir sicher – mit höchster Kompetenz ausführen wird.
Im Namen des Kantonsrates darf ich dir als Zeichen der Anerkennung für deine grosse Arbeit einen Reisegutschein ins Gepäck geben. Wir wünschen dir weiterhin eine glückliche Hand bei all deinen Projekten. Vor allem wünschen wir dir und Ruth beste Gesundheit, Glück und Segen. Mögen viele Eurer Wünsche und Hoffnungen in Erfüllung gehen! Auf Wiedersehen Tino!
(Grosser, anhaltender Applaus)

Landammann Matthias **Michel**: Die Kantonsratspräsidentin und ich haben uns aufgeteilt in unserem Abschiedswort. Denn eine Person allein reicht nicht, um das Wirken von Tino zu würdigen. Aus Sicht des Regierungsrats und mir als Landammann möchte ich kurz noch aus unserer Sicht das eine oder andere Prägende erwähnen, um dann anschliessend dem Dank von Kantons- und Regierungsrat auch physisch noch Ausdruck zu verleihen.

Das Prägende. Es wurde viel gesagt, und der Regierungsrat hat es auch in seinem Schreiben an dich zu deiner Pensionierung erwähnt, was dich geprägt hat. Und vor allem: Du hast geprägt.
Deine Funktion als Stabsstelle beider Räte verstandest du zwar als dienende Dienstleistung. Aber keineswegs als blosses Rädchen im Polit- und Verwaltungsmechanismus, das einfach mitdrehte. Das Gegenteil war der Fall: Du hast im wahrsten Sinne aktiv mitgewirkt, eingewirkt, geprägt, um das Funktionieren unserer Institutionen sicherzustellen, zu verbessern und auch im zwischenmenschlichen Bereich lebendig zu erhalten.
Ich möchte beispielhaft für dieses Prägende etwas erwähnen, das den meisten im Saal wohl nicht bekannt sein dürfte – bei solchen Abschiedsanlässen darf man das ja (ich bekenne aber: Die Datenschutzstelle habe ich vorgängig nicht einbezogen). Das, was du Tino, als wesentliche Elemente einer effizienten, reibungslosen Arbeit in der Verwaltung, in der Zusammenarbeit zwischen Direktionen und im Regierungsrat verstandest, hast du in einer jeweils fortlaufend aktualisierten Liste festgehalten. Ausgehend von Hindernissen und Fehlern hast du in einem 14-Punkte-Programm Optimierungen festgehalten und das, an was man einfach denken muss. Von jeder anderen Person wäre diese Liste zurückgewiesen worden, bereits beim Titel. Sie hiess nämlich «Motzliste«, ja sogar «konsolidierte Motzliste». Ja, Tino, nur von dir haben wir es ertragen, dass du gemotzt hast, dass du Fehler benannt hast – weil du gleichzeitig Hinweise zu deren Behebung gegeben hast. Und weil du eine fachliche und menschliche Autorität hast, die höchste Anerkennung genoss.
Ich lese jetzt die 14 Punkt dieser Motzliste nicht herunter; es ist ja eine Art Geheimrezept, weshalb der Regierungsrat so gut funktioniert. Aber einige Müsterchen nehme ich heraus.
Dein allererster Punkt war dir einer der wichtigsten. Und dem Titel «Vernetzungsklick» rufst du uns auf, ganzheitlich zu denken und bei Projekten und Vorlagen andere Behörden und Betroffene rechtzeitig einzubeziehen. Der Text fängt philosophisch an: «Die Welt hört nicht bei der Direktionsgrenze auf. Denken Sie vernetzt.»
Ja, wer so eingeladen wird, liest weiter. Und wenn man dann weiter liest, erkennt man, wie anspruchsvoll eigentlich unsere Aufgabe als Regierung ist. Bei unseren Arbeiten haben wir die Gerichte, die kantonsrätliche Konkordatskommission, den Gesetzestechniker einzubeziehen, dann die Gleichstellungskommission (mindestens während einiger Jahre) und die Datenschutzstelle (letzteres habe ich eben für meine Worte nun nicht getan; Tino verzeihe). Dann haben wir an den Finanzraster zu denken, den Kommunikationsraster. Und neuerdings den Zeitplan für die Behandlung einer Vorlage im Kantonsrat.
Und auch der Tino prägende, feine Humor drückte durch. Unter Ziff. 1.3 erinnert er in der Motzliste an die Regeln der sprachlichen Gleichbehandlung von Frau und Mann. Und beginnt den Text wie folgt: «Ich kann nicht genügend versichern, dass es auf dieser Welt nicht nur Männer, sondern auch Frauen gibt ... und diese gleich zu behandeln sind.»
Die Regeln der formellen Gestaltung von Kantonsratsvorlagen werden unter Ziff. 13 (ein Zufall?) abgehandelt. Sie wissen nun also, weshalb unsere Vorlagen so perfekt daher kommen. Und als eine wichtige Regel postuliert Tino: «Kantonsratsvorlagen müssen stilistisch und bei der Wortwahl einfach sein.» Kein weiterer Kommentar.
Tino, du hast geprägt. Als strukturiert-analytisch denkender Fachmann, als ordnender Katalysator, als Vernetzer und Koordinator. Und als Mensch. Wir danken dir.

Der Regierungsrat möchte auch seinerseits deiner Ehefrau Ruth danken. Ruth, du warst für Tino, du warst für uns, du warst für unseren Kanton wichtig. Wir können die Worte der Kantonsratspräsidentin nur unterstützen. Und, was viele in diesem Saal wohl kaum gewusst haben, du warst von allem Beginn weg entscheidend, dass Tino überhaupt in die Dienste des Kantons trat: Als sich Tino zum ersten Mal für eine Stelle beim Kanton bewarb – es war im Jahr 1976 – für die Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter der damaligen Sanitätsdirektion, geschah Folgendes: Der damalige Sanitätsdirektor, Thomas Fraefel, wollte dich unbedingt anstellen, und du wolltest eine eigene Wohnung in Zug nehmen. Doch um beides zu realisieren, gab es nur einen Schlüssel: Ruth. Regierungsrat Fraefel gab dir fein aber unmissverständlich zum Ausdruck, dass im katholischen Zug (selbst bei ihm als Sozialdemokrat) die vorherige Heirat mit der Partnerin für eine erfolgreiche Anstellung sehr förderlich (wenn nicht unabdingbar) sei. Gleiches galt für den Abschluss des Mietvertrags. Und so schuf Ruth mit ihrem Ja die eigentliche Voraussetzung, dass du dich überhaupt arbeits- und mietrechtlich mit dem Kanton Zug binden konntest. Danke, Ruth!
Nun zum physischen Ausdruck unserer Dankbarkeit seitens von Kantons- und Regierungsrat. Tino, du warst eingebunden und hast dich eingebunden. Nun bist du am dich Lösen. Auch während deiner Zeit beim Kanton, besonders in den letzten Jahren, hast du zum Ausgleich des dichten Arbeitsalltages die Ruhe in der Natur, im Grün unserer Berge oder im Sand der Wüsten, gesucht. Meist zu Fuss, wandernd. Wir sind froh, dass das gelungen ist. Doch wir wissen: Du wirst nun viele Berge, Wüsten und Oasen brauchen und wollen, um deine Arbeit wirklich stehen zu lassen und einen Lebensausgleich zu finden. Als Ausdruck davon und zur Unterstützung bringen wir die ein Geschenk mit: einen Rucksack.
Es ist ja so, dass man sich erst lösen kann von etwas Bisherigem, wenn man etwas Neues beginnt oder anpackt. Bisher hast du bei deinen Touren deinen alten Rucksack gepackt. Ruth meinte schon immer – oder hoffte darauf – dass er endlich zerreisse. Lass nun den alten Rucksack stehen, nimm den neuen! Er ist noch leer, nein, nicht ganz. Als erstes, aber leichtes Gepäck findest du etwas, das uns für dich gut scheint, also einen Gutschein. Von Kantons- und Regierungsrat. Er ermöglicht dir und Ruth eine Auszeit an einem wunderbaren Ort. Und damit du doch noch etwas zum Mittragen hast, wenn du dich löst von uns, möge dieser Rucksack nun noch gefüllt werden. Mit unserem herzlichen Dank, lieber Tino, übergebe ich dir diesen Rucksack im Namen beider von dir geprägten Räte. Er trage all unsere Wünsche mit. Und das, was nun noch hineingepackt wird.
(Applaus)

Martin **Pfister**: Lieber Tino, wir können uns nicht vorstellen, dass du auf eine Wanderung gehst und das normale Zeugs einpackst, Zigarren, Bier, Salami und Brot. Wir stellen uns vor, dass mindestens noch etwas Geistiges drin sein muss, dass dir zur Unterhaltung und Erbauung dient. Die CVP-Fraktion schenkt dir eine kleine Kiste mit Büchern, die du dann jeweils auf die Wanderung einzeln mitnehmen kannst. Da man das jetzt schlecht in den Rucksack packen könnte, haben wir uns noch etwas Zweites ausgedacht. Wir schenken dir auch noch einen Satz Pokerkarten. Als Landschreiber warst du Einzelspieler. Jetzt kannst du dich mit allen spielend und ohne Rücksichten auf die Parteizugehörigkeit und die Neutralität vergnügen. Besten Dank und alles Gute.
(Applaus)

Daniel Thomas **Burch**: Lieber Tino, jahrelang hast du uns unterstützt. Du hast all unsere Anfragen umgehend beantwortet. Du bist uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Du hast uns aufgezeigt, wie schwierige Aufgaben politisch korrekt gelöst werden können. Dein berufliches Leben hat sich nach Gesetzen und Verordnungen mit klaren und engen Leitplanken gerichtet. Wie kein anderer konntest du dich in diesem Dschungel sicher bewegen. Die Kantonsratsdebatten hast du stets konzentriert und sehr aufmerksam verfolgt. Teils diskret, teils energisch hast du die Ratspräsidentinnen und -präsidenten unterstützt, damit auch intensive und schwierige Debatten mit verschiedenen Anträgen und Unteranträgen korrekt durchgeführt wurden. Mit einem klaren Kopfnicken hast du jeweils deine Zustimmung zu einem Verfahren kundgetan. Lieber Tino, für deine unermüdliche Arbeit und Unterstützung danken wir dir herzlich. Dein neuer Lebensabschnitt sieht nun etwas anders aus. Gesetze und Verordnungen sind nicht mehr allgegenwärtig. Die Leitplanken stehen weit auseinander, den Tagesablauf und deine Aufgaben kannst du selber bestimmen. Wir haben uns daher überlegt, was wir dir in den Rucksack packen könnten. Was du im neuen Lebensabschnitt mit vielen Freiheiten brauchen könntest. Was du brauchen könntest, damit du eine neue Standortbestimmung vornehmen kannst, damit du neue Ziele anpeilen und verfolgen kannst, es dir gelingt, allfällige Hindernisse sicher zu umgehen und neuen Tendenzen und Fragestellungen klar zuordnen kannst. Womit könnte man dies besser als mit einem Kompass? Aus diesem Grund überreiche ich dir diese unentbehrliche Navigationshilfe mit den besten Wünschen für die Zukunft. Diese Bussole soll dir auf deinen Wanderungen eine Hilfe sein und dich als Symbol auf deinem weiteren Lebensweg begleiten. Lieber Tino, ich wünsche dir und deiner Frau alles Gute für die Zukunft.
(Applaus)

Moritz **Schmid**: Lieber Tino, die SVP-Fraktion mit den «jungen Wilden», wie du sie vor ungefähr neun Monaten einmal genannt hast, mit den älteren Ruhigen eingeschlossen, und natürlich unseren beiden Regierungsräten möchte sich bei dir für die grossartige Leistung, die du in all den Jahren im Parlament und speziell für unsere Fraktion eingebracht hast, ganz herzlich danken. Nicht nur für das Parlament hast du dir viel Zeit genommen. Nein, was du mit deiner Frau Ruth für die Angehörigen der Opfer, für die Verletzten mit Angehörigen und sonst Beteiligten beim Attentat geleistet hast, ist unbeschreiblich. Die Fraktion gönnt dir die wohlverdiente Ruhe und zwingt dich, mit deiner Frau Ruth einen Tagesausflug bei schönstem Wetter über dem Nebel auf unserem zweiten Hausberg, der Rigi, zu geniessen. Für die kommende Zeit wünschen wir dir nur das Beste. Tino, ich habe dir ein Essen auf Rigi Kulm reserviert mit allem Drum und Dran, wann ihr es wollt. Aber damit du nicht einfach auf die Rigi fährst und das Essen einkassierst, habe ich dir eine Tageskarte gelöst für zwei Personen mit dem Ziel Fruttli oder Chlösterli. Dort müsst ihr dann aussteigen und hinaufsteigen, damit ihr auch etwas leisten müsst und genug Appetit habt. Vielen Dank für alles, was du für uns geleistet hast.
(Applaus)

Stefan **Gisler**: Lieber Tino, Mann mit zwei Hüten und fünf Kappen, Diener von Regierungs- und Kantonsrat, Leister für fünf Fraktionen. Im Namen der AGF danke ich dir für deine Unterstützung. Wir lachen über deinen Humor. Wir ziehen den Hut vor deiner Sachkompetenz. Wir schätzen deine Objektivität und Fairness. Wir bewundern dein Engagement. Wir loben deine Zurückhaltung. Wir achten das Einbringen deiner pointierten Meinung. Wir lieben deine Menschlichkeit. Wenn man

auf eine solche Wanderung geht, soll man das gut gestärkt tun. Wir haben dir hier einen Sack mit Bioprodukten aus der Region. Besonders erwähnen möchte ich den Theiler-Birnenschnaps, sehr gut zur inneren Anwendung bei Winterkälte oder zur äusseren Anwendung beim Muskelkater auf der Rigiwanderung. Nicht jede Wanderung braucht ein Ziel. Wir haben dir aber auch ein Ziel: Zwei Bio-Bauern-Zmorge für zwei Personen im Murimoos im Freiamt. Lieber Tino, sei besorgt um dich und deine Frau, nimm dir endlich Zeit für dich selber und für deine Frau, geniesse deine Pensionierung. Vielen Dank!
(Applaus)

Markus **Jans**: Tino, du weisst, dass ich mir immer grosse Sorgen gemacht habe um dich. Von meinem Bürofenster aus sah ich jeweils, wie Tino über Mittag nach Hause und wieder an die Arbeit geht. Die Strasse ist relativ stark befahren, aber Tino hat weder links noch rechts geschaut. Ich bin froh, dass du dir jetzt für den Heimweg Zeit nehmen kannst. Die SP-Fraktion dankt dir für deine grossen Leistungen. Für die Entspannung hast du unmittelbar neben deiner Wohnung eine Minigolf-Anlage. Für jedes Mal, wenn du das Gefühl hast, du müsstest deine Hand wieder beruhigen, haben wir dir hier zehn Eintrittskarten für diese Minigolf-Anlage. Wir geben dir nicht nur einen, sondern zwanzig Gipfel, die du besteigen kannst, aber auswählen musst du jeden selbst. In diesem Sinn danken wir dir für deine ausserordentliche Leistung ganz herzlich und wünschen dir und Ruth für deine Pension nur das Beste.

Tino **Jorio**: Die Verabschiedung ist gigantisch. Damit habe ich schlicht nicht gerechnet. Ich danke Ihnen herzlich. – Ich gehe vorzeitig in Pension, nicht weil ich gegen etwas oder gegen jemand bin, sondern ich gehe allein vorzeitig, weil ich mich seit einiger Zeit müde fühle. Es ist allein die Müdigkeit, die mich zu diesem Schritt bewegt.
Ich habe an Sie in meiner Funktion als Stabsperson des Parlaments lediglich eine einzige Bitte: Schenken Sie meinem Nachfolger Tobias Moser bei der Anwendung der Geschäftsordnung, bei den Verfahrensabläufen dasselbe Gottesvertrauen, das Sie mir geschenkt haben. Denn die Geschäftsordnung besteht – machen wir uns nichts vor – zu einem Viertel aus der geschriebenen Geschäftsordnung, zu einem Viertel aus Bürobeschlüssen, zu einem Viertel aus Erfahrung und zu einem Viertel aus Intuition. Andere haben schon gesagt: aus Landschreiberwillkür. Aus diesem Grund gehen Sie mit derselben mentalen Grandezza an die weiteren Kantonsratsitzungen und ich danke Ihnen für Ihre Zurückhaltung bei Interventionen zu den Verfahrensabläufen. Meine Schreckensbilder, die ich hier im Saal verfahrensmässig habe, sind wenn zwei bestimmte Mitglieder des Kantonsrats mit hoher Affinität zur Geschäftsordnung begannen, die Stirne zu runzeln, nämlich Heini Schmid und Eusebius Spescha. Wenn die beiden aufzuckten, war für mich grösste Alarmstimmung, es könnte einer der beiden nach vorne kommen und eine andere Auffassung vertreten. Eusebius Spescha machte es diskret, er kam zu mir und sagte es. Mit Heini Schmid machte ich mit Wortzeichen etwas ab. Und so ging es relativ gut. Denn das Grösste für einen Landschreiber ist, wenn eine Kantonsratssitzung verfahrensmässig tickt wie eine präzise Schweizeruhr. Da bin ich am Abend jeweils glücklich nach Hause gekommen. Politische Inhalte sind schon gut, aber primär der Verfahrensablauf.

Ich danke ganz herzlich auch meiner Frau Ruth und einem, der nicht hier ist, dem Dritten im Bunde, alt Standesweibel Paul Langenegger für die unerhörte, langjährige Unterstützung und Begleitung in der Begleitgruppe Attentat.
Meine Damen und Herren, es war mir ein ganz grosses Vergnügen, mit dem Kantonsrat zusammenzuarbeiten. Ich habe den Kantonsrat ausgesprochen geliebt. Er ist heterogen, kreativ und engagiert. Die Sitzungen mit dem Regierungsrat waren intellektuell und vom Tempo her immer eine sehr grosse Herausforderung. Ich habe ihn ebenfalls geliebt, allerdings etwas anders als den Kantonsrat. Es sind unterschiedliche Lieben.
In 14 Minuten fährt der Bus ab für den Kantonsratsausflug. Wir sollten jetzt glaub ich aufhören. Ich danke der Frau Kantonsratspräsidentin und dem Herrn Landammann für ihre ergreifenden Worte, auch den Fraktionsleitungen. Es hat mich echt gerührt. Diese Wucht hat mich überrascht. Ich habe nämlich im Drehbuch nur etwa zehn Minuten eingesetzt. Und jetzt müssen wir gehen.
(Grosser, anhaltender Applaus)

244 Nächste Sitzung

Donnerstag, 27. Oktober 2011

Protokoll des Kantonsrates

18. Sitzung: Donnerstag, 27. Oktober 2011
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 12.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

245 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Martin B. Lehmann, Unterägeri; Daniel Burch, Andreas Hürlimann und Beda Schlumpf, alle Steinhausen; Kurt Balmer und Dominik Lehner, Risch.

246 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** gratuliert unserem geschätzten Gesundheitsdirektor Joachim Eder zu seiner ehrenvollen Wahl in den Ständerat. Der Kantonsrat wünscht ihm weiterhin viel Erfolg, gute Gesundheit, Freude beim Politisieren. Am 24. November wird der Kantonsrat über die Gültigkeit seiner Wahl befinden.
Gratulation auch an Thomas Aeschi zu seiner glanzvollen Wahl in den Nationalrat. Es freut die Kantonsratspräsidentin, dass ihm ein junger und dynamischer Politiker nach Bern geht. Wie wir erfahren haben, wird er uns auch im Kantonsrat die Treue halten, und das freut uns.
Herzlichen Dank geht aber an alle Kandidierenden, die sich für diesen fairen Wahlkampf, den wir hinter uns haben, eingesetzt haben. (Applaus des Rats)

Landammann Matthias Michel und Finanzdirektor Peter Hegglin nehmen heute Morgen in Bern am Runden Tisch von Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard über die zukünftige Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur teil und sind daher entschuldigt. Eventuell treffen sie am Nachmittag ein.

Es liegt das Gesuch vom 20. Oktober 2011 des Fernsehens der italienischen Schweiz RSI vor, an der heutigen Sitzung des Kantonsrats die Debatte filmen zu dürfen. Die Aufnahmen sollen für eine Sendung zum Thema der grossen Unsicherheit gemacht werden, die unsere Zeit prägen. Das Fernsehen der italienischen Schweiz möchte in diesem Zusammenhang auch auf das Attentat von Zug zurückkommen und dabei thematisieren, wie es bewältigt wurde. Es wurden dazu einige

Betroffene interviewt. In diesem Rahmen sollen Aufnahmen an der KR-Sitzung gemacht werden.
Gemäss § 31bis Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats ist die Wiedergabe der Verhandlungen mit Radio und Fernsehen sowie Foto- und Filmaufnahmen zulässig, sofern der Rat nicht das Gegenteil beschliesst.
Die Vorsitzende möchte den Rat aber daran erinnern, dass wir im Vorfeld zum diesjährigen Gedenkanlasses des Attentats aus grundsätzlichen Überlegungen und mit Rücksicht auf Hinterbliebene davon abgesehen haben, Medienschaffenden die Bewilligung zum Filmen im Kantonsrat zu geben. Aus Gründen dieser Rechtsgleichheit beantragt die Kantonsratspräsidentin, dass wird diese Linie beibehalten und auch nach dem Gedenkanlass für Filmprojekte im Zusammenhang mit dem Attentat keine Dreherlaubnis erteilen.

Martin **Stuber** hält fest, dass die AGF den Antrag stellt, dass wir eine Drehbewilligung geben. Beim letzten Gedenkanlass ist gesagt worden, dass sei eine Zäsur. Wir möchten nach zehn Jahren wieder zur Normalität zurückkehren. Es gibt keine Gründe wie Rechtsgleichheit oder -ungleichheit, wieso wir heute dem Tessiner Fernsehen die Drehbewilligung nicht erteilen sollen. Wir möchten gerne darüber abstimmen und dem Rat beliebt machen, dass das Tessiner Fernsehen heute drehen kann.

➔ Der Rat beschliesst mit 28:24 Stimmen, dem Tessiner Fernsehen RSI die Drehbewilligung zu erteilen.

247 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29. September 2011.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
3. Kommissionsbestellung:
   Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Bau eines Stadtgartens auf dem Areal des ehemaligen kantonalen Zeughauses in Zug.
   2078.1/.2 – 13882/83 Regierungsrat
4. Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitgliedes des Kantonsgerichtes.
   2080.1 – 13896 Regierungsrat
5. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 – Umsetzung der Revision des Sachenrechts im Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 11. Dezember 2009 (Register-Schuldbrief und weitere Änderungen im Sachenrecht).
   2025.5 – 13858 2. Lesung
6. Übernahme von Forderungen aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung
   (Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung, des Gesetzes betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung und des Steuergesetzes).
   2047.4 – 13857 2. Lesung
   2047.5 – 13863 SP-Fraktion

7. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1)
   (Umsetzung der ZGB Revision vom 19. Dezember 2008 [Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht] im Kanton Zug).
   2036.1/.2 – 13731/32 Regierungsrat
   2036.3 – 13874 Kommission
   2036.4 – 13875 Staatswirtschaftskommission
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Kantonsstrasse F, Alte Steinhauser-/Hinterbergstrasse, Teilstrecke Knoten Alpenblick bis Knoten Chamerried, Gemeinde Cham.
   2059.1/.2 – 13813/14 Regierungsrat
   2059.3 – 13876 Kommission für den öffentlichen Verkehr
   2059.4 – 13877 Staatswirtschaftskommission
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Bustrassee Unterführung Sumpf, Teilstrecke Knoten Chamerried bis Knoten Steinhauser-/ Chollerstrasse, Gemeinden Cham, Steinhausen und Zug.
   2060.1/.2 – 13815/16 Regierungsrat
   2060.3 – 13878 Kommission für den öffentlichen Verkehr
   2060.4 – 13879 Staatswirtschaftskommission

Geschäfte, die an der Kantonsratssitzung vom 29. September 2011 nicht behandelt werden konnten:

10. Motion von Andreas Hausheer und Rudolf Balsiger betreffend Einführung eines parlamentarischen Verordnungsvetos.
    1929.1 – 13389 Motion
    1929.2 – 13788 Regierungsrat
11. 1. Motion von Max Uebelhart und Vreni Wicky betreffend Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe (Gesetz über den Feuerschutz 3. Abschnitt).
    2. Motion von Martin B. Lehmann, Thomas Lötscher, Thomas Rickenbacher, Karl Nussbaumer und Rupan Sivaganesan betreffend Befreiung der Angehörigen der Zuger Polizei und des Rettungsdienstes Zug RDZ von der Feuerwehrpflicht.
    1699.1 – 12792 Motion
    1703.1 – 12805 Motion
    1699.2/1703.2 – 13824 Regierungsrat
12. Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug.
    1714.1 – 12821 Motion
    1714.2 – 13825 Regierungsrat
13. Motion von Pirmin Frei betreffend kein Zuger Dach ohne Sonnenenergie-Nutzung.
    2043.1 – 13749 Motion
    2043.2 – 13818 Regierungsrat
14. Interpellation von Georg Helfenstein und Silvan Hotz betreffend Asylwesen.
    1994.1 – 13618 Interpellation
    1994.2 – 13823 Regierungsrat

---

15. Motion von Philipp Röllin betreffend naturnahe Umgebungsgestaltung auf kantonalen Parzellen und zusätzlichen Flächen.
    1955.1 – 13468 Motion
    1955.2 – 13884 Regierungsrat
16. Motion von Beni Riedi betreffend Standesinitiative für die Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (Freiheit der Nutzerinnen und Nutzer in der Wahl des Empfangsgeräts für die digitalen Fernsehprogramme).
    2027.1 – 13711 Motion
    2027.2 – 13885 Regierungsrat

248 Protokoll

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 29. September 2011 wird genehmigt.

249 Kantonsratbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Bau eines Stadtgartens auf dem Areal des ehemaligen kantonalen Zeughauses in Zug

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2078.1/.2 – 13882/83).

➔ Die Vorlage wird zur Beratung an die Kommission für Hochbauten überwiesen.

250 I. Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Kantonsgericht und im Strafgericht für die Amtsperiode 2013 – 2018
II. Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Obergericht für die Amtsperiode 2013 – 2018

Traktandum 3.2.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Obergerichts (Nrn. 2082.1/.2/.3 – 13899/900/901).

➔ Es erfolgte am 6. Oktober 2011 eine Direktüberweisung an die Justizprüfungskommission.

251 Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen für die Zivil- und Strafrechtspflege für die Jahre 2013 – 2018

Traktandum 3.2.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Obergerichts (Nrn. 2083.1/.2 – 13902/03).

➔ Es erfolgte am 6. Oktober 2011 eine Direktüberweisung an die Justizprüfungskommission.

252 Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Kantonsgerichts

Traktandum 4 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2080.1 – 13896).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich um die Validierung einer stillen Wahl ohne Wahlgang handelt, somit einer stillen Wahl. § 40 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen hält fest, es finde kein Wahlgang statt, wenn für eine Behörde nur gleich viele oder weniger Personen vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind. Der Kantonsrat muss nun gemäss Gesetz feststellen, dass diese Wahl in rechtlich einwandfreier Form stattfand und diese für gültig erklären.
Die Feststellung der Gültigkeit dieser stillen Wahl steht unter dem Vorbehalt, dass die Rechtsmittelfrist gegen den Gewählterklärungsbeschluss des Regierungsrats vom 4. Oktober 2011 am 7. November 2011 unbenützt abläuft. Ohne Gegenantrag ist die Wahl von lic. iur. Pascal Stüdli stillschweigend für gültig erklärt und validiert.

➔ Der Rat bestätigt die Gültigkeit der Wahl.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass das neue Mitglied des Kantonsgerichts somit ab 1. Januar 2012 für den Rest der Amtsperiode 2007 – 2012 definitiv gewählt ist. Wir wünschen Pascal Stüdli viel Erfolg bei seiner fachlich und menschlich anspruchsvollen Tätigkeit.

253 Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 – Umsetzung der Revision des Sachenrechts im Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 11. Dezember 2009 (Register-Schuldbrief und weitere Änderungen im Sachenrecht)

Traktandum 5 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 25. August 2011 (Ziff. 210) ist in der Vorlage Nr. 2025.5 – 13858 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69:0 zu.

254 Übernahme von Forderungen aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung, des Gesetzes betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung und des Steuergesetzes)

Traktandum 6 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 25. August 2011 (Ziff. 211) ist in der Vorlage Nr. 2047.4 – 13857 enthalten. – Zusätzlich ist auf die 2. Lesung ein Antrag der SP-Fraktion (Nr. 2047.5 – 13863) eingegangen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die SP-Fraktion ihren Antrag nur auf § 5f Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung bezieht; das heisst, dass die Abs. 2 und 3 gemäss Stand der 1. Lesung im Kantonsrat bestehen bleiben sollen.

Hubert **Schuler** entschuldigt sich für die Verwirrung, welche die SP-Fraktion produziert hat; selbstverständlich geht es wirklich nur um den Abs. 1. Für uns war das klar. – Krankenkassenprämienausstände können aus unterschiedlichen Gründen entstehen. Einen Teil der Leute, welche Prämienschulden bei ihren Krankenkassen haben, könnten die Prämien bezahlen, setzen jedoch andere Prioritäten. Bei diesen Leuten kann es nicht sein, dass der Staat die Kosten übernimmt, sobald sie aktiv mit der zuständigen Behörde zusammenarbeiten. Die Regierung und die Kommission für das Gesundheitswesen wollen bei diesen Leuten auch einen pädagogischen Aspekt einbringen. Nur wenn die Kosten übernommen werden, wenn sie ein bisschen aktiv mit den Behörden zusammenarbeiten, kehrt sich dieser pädagogische Aspekt ins Gegenteil. Die Leute lernen, dass ihnen Kosten übernommen werden, wenn sie eine oder zwei Stunden aktiv zusammenarbeiten. Aus diesen Gründen brachte die SP die härtere Formulierung ein.
Unter Punkt 3 dieses Artikels kann die Regierung die näheren Details noch regeln. Wir gehen davon aus, dass die Regierung dies in Absprache mit den Gemeinden macht, da sie es sind, welche die Kosten übernehmen müssen. Selbstverständlich sollen Leute, welche ihre Prämien nicht bezahlen können, nicht zusätzlich bestraft werden. Wir denken jedoch, dass die jährlichen Informationen zur Prämienverbilligung sehr ausführlich gemacht werden und diese Leute sich um diesen Rechtsanspruche bemühen müssen. Auch hier gilt es, den Betroffenen eine zumutbare Verantwortung zu übergeben, respektive diese von ihnen zu verlangen.

Vroni **Straub-Müller** weist darauf hin, dass der SP-Antrag eine Präzisierung des verlangten Leistungsaufschubs darstellt. Auf der anderen Seite bedeutet der Verzicht auf den Teilsatz «… sofern sie nicht aktiv mit den zuständigen Behörden zusammenarbeiten» eine Abkehr vom Prinzip des differenzierten Einsatzes des Leistungsaufschubs. Gemäss diesem Antrag müssen die Gemeinden spätestens bei Vorliegen des Verlustscheins den Leistungsaufschub verfügen, auch bei gutem Willen der betroffenen Personen, ihre finanziellen Probleme zu lösen. Die Gesundheitskommission hat an ihrer heute Morgen durchgeführten Sitzung entschieden, dem Antrag der SP zuzustimmen. – Die AGF will an der Fassung der 1. Lesung festhalten.

Barbara **Strub**: Für die FDP ist es klar, dass den Gemeinden mit dem Antrag von Hubert Schuler eine Leitplanke gestellt wird, welche den Zeitpunkt der Aufnahme der betriebenen Versicherten auf die Liste für den Leistungsaufschub nach Art. 64a bestimmt. Mit dem Satz, dass spätestens bei Vorliegen des Verlustscheins die Aufnahme auf diese Liste zu erfolgen hat, wird den Gemeinden der späteste Zeitpunkt vorgeschrieben. Dies könnte für die einen Gemeinden eine Hilfe sein, die Autonomie geht damit aber ein wenig verloren. – Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag von Hubert Schuler, da es durchaus Sinn macht, das Vorliegen eines Verlustscheins als letzten Zeitpunkt zu nehmen.

Stefan **Gisler** beantragt, an der Fassung der 1. Lesung festzuhalten. Und zwar wollen wir, dass die Gemeinden den Spielraum haben, dass Personen, die kooperativ sind und klar aufzeigen können, wie sie das Problem bewältigen werden, nicht auf diese Liste gesetzt werden, auch wenn ein Verlustschein vorhanden ist, aber auch ganz klar die Kompetenz haben, dass wenn jemand nicht kooperiert und einen Verlustschein hat, auf diese Liste muss. Es geht uns auch darum, dass wir diese Lis-

ten nicht immer wieder füllen müssen und dann wieder leeren bei Menschen, welche diese Voraussetzungen erfüllen wollen und es auch absehbar ist, dass sie dann zahlen werden können.

Ivo **Hunn** hält fest, dass die GLP den Antrag der SP unterstützt. Aus unserer Sicht ist die Formulierung präziser als die der 1. Lesung und lässt keine unnötigen Interpretationsspielräume offen.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** hält fest, dass sich die Regierung mit diesem SP-Antrag zu Abs. 1 am Dienstag auch nochmals eingehend auseinandergesetzt hat. Er hat der Gesundheitskommission die Haltung der Regierung kundgetan und möchte das nun auch hier tun, damit der Rat vor der Abstimmung Transparenz hat.
Es geht hier ja um zwei Sachen. Erstens einmal um eine Klärung des Zeitpunkts des verlangten Leistungsaufschubs. Und mit der Streichung des Teilsatzes «… sofern sie nicht aktiv mit den zuständigen Behörden zusammenarbeiten» um die Festlegung eines Automatismus. Das sind die zwei Punkte.
Zum ersten Punkt. Der Antrag der SP-Fraktion bringt nach Ansicht der Regierung die gewünschte und auch notwendige Klärung zum Zeitpunkt des verlangten Leistungsaufschubs. Das hat wirklich nichts mit der Autonomie der Gemeinden zu tun. Wenn Sie es so lassen, wie es jetzt steht, heisst es ja: Für Versicherte, die vom Versicherer betrieben werden. Was heisst das genau? Diese Formulierung ist nach Ansicht der Regierung unklar. Was bedeutet «betrieben werden» in zeitlicher Hinsicht? Ist es der Zeitpunkt der Einreichung des Betreibungsbegehrens oder der Zustellung des Zahlungsbefehls oder des Fortsetzungsbegehrens oder des Verlustscheins oder irgendwann zwischendrin? Mit diesen Fragen zeigt der Gesundheitsdirektor schon auf, dass dieser Antrag wirklich gut ist, weil er die Klärung des gewünschten Zeitpunkts bringt.
Die Streichung von «sofern sie nicht aktiv mit den zuständigen Behörden zusammenarbeiten» hat die Regierung auch intensiv diskutiert. Sie schliesst sich dem Antrag der SP-Fraktion auch in diesem Punkt an. Wir machen einfach darauf aufmerksam, dass es dann ein Automatismus ist. Wenn wir dann noch berücksichtigen, dass bei § 11 Abs. 1^{bis} beim Prämienverbilligungsgesetz die Gemeinden dann bei den Leuten, die auf der Liste sind, für sie stellvertretend Gesuche einreichen können, dann erwartet die Regierung einfach eine Zurückhaltung der Handhabung von Seiten der Gemeinde. Joachim Eder sagt das zuhanden der hier anwesenden operativen und strategischen Organe der Gemeinden. Das ist ein Wunsch und eine Empfehlung der Regierung – mehr können wir nicht tun. Fazit: Die Regierung schliesst sich vollumfänglich dem Antrag der SP-Fraktion an und macht dem Rat beliebt, ihn zu unterstützen und nicht an der Fassung der 1. Lesung festzuhalten.

➔ Der Rat schliesst sich mit 62:6 dem Antrag der SP-Fraktion an.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69:2 Stimmen zu.

255 Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1) (Umsetzung der ZGB Revision vom 19. Dezember 2008 [Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht] im Kanton Zug)

Traktandum 7 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2036.1 – 13731), der Kommission (Nr. 2036.3 – 13874) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2036.4 – 13875).

Markus **Jans** weist darauf hin, dass es beim vorliegenden Geschäft – wie bei anderen auch – um politische, finanzpolitische und strategische Überlegungen geht. Zusätzlich geht es hierbei auch um Menschen, die Unterstützung und Hilfe benötigen. Es geht um Menschen, die in aller Regel nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen und daher unsere besondere Aufmerksamkeit verdienen.
Gemäss Medienmitteilung des Bundesrats vom 12. Oktober 2011, hat dieser die Gesuche der Kantone Zürich, Waadt und Graubünden abgelehnt, das Inkrafttreten des neuen Erwachsenenschutzrechts um ein Jahr zu verschieben. Er will damit nicht jene Kantone benachteiligen, die darauf vertrauten, dass das Gesetzt per 1. Januar 2013 in Kraft tritt. Wie auch immer der Kantonsrat heute entscheidet, müssen ab 1. Januar 2013 sämtliche Massnahmen nach diesem Gesetz nach neuem Recht gesprochen werden.
Beim vorliegenden Geschäft müssen drei politische Grundsatzfragen beantwortet werden: Eintreten auf die Vorlage, Angliederung der Fachbehörde und Angliederung eines Mandatsführungszentrums.
1. Eintreten auf die Vorlage. Es wurde in der Kommission mit 14:0 Stimmen beschlossen. Alle waren sich einig, dass Anpassungen an das Bundesrecht notwendig seien.
2. Angliederung der Fachbehörde beim Kanton. Wie sie aus dem Bericht entnehmen können, gab diese Frage in der Kommission viel zu diskutieren. Mit Stichentscheid des Präsidenten wurde schliesslich der Antrag des Regierungsrats, die Fachbehörde beim Kanton anzusiedeln, angenommen. Nachfolgend deshalb je drei Argumente, die für eine kantonale und eine gemeindliche Angliederung der Fachbehörde sprechen.
Für die Angliederung der Fachbehörde beim Kanton sprechen die folgenden Argumente:
- Fachbehörden auf Gemeindeebene sind keine realistischen Varianten.
- Die Gemeinden hätten zu wenige Fälle, um eine konstante Praxis zu entwickeln.
- Eine Fachbehörde für rund 100'000 Einwohnerinnen und Einwohner ist als Grössenordnung ideal und wird auch von schweizerischen Fachorganisationen empfohlen.

Für die Angliederung der Fachbehörde bei den Gemeinden sprechen die folgenden Argumente:
- Zentrale Lösungen sind nicht immer besser als dezentrale. Oft werden sie teurer und die Gemeinden haben keinen Einfluss mehr auf die zu erbringende Leistung.
- Die Gemeinden stehen den Bürgerinnen und Bürger näher als eine kantonale Behörde.
- Es müssen nicht zwingend 22 Fachbehörden (Einwohner- und Bürgergemeinden) eingesetzt werden. Die Gemeinden können sich sehr wohl auf eine oder zwei Fachbehörden einigen (Zweckverband).

3. Angliederung der Mandatsführung. Auch diese Frage wurde in der Kommission intensiv diskutiert. Das Resultat fiel aber mit 10:4 für eine Angliederung der Mandatsführung auf Gemeindeebene klar aus.
Der Mehrheit der Kommission war es ein wichtiges Anliegen, dass die Gemeinden nicht gänzlich aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Es gehe nicht an, dass sich die Gemeinden bei allen möglichen Gelegenheiten auf die Gemeindeautonomie berufen, aber bei einer solch wichtigen Aufgabe aus finanzpolitischen und anderen Gründen sich dem Kanton in die Arme werfen. Weiter wird befürchtet, sollten die Gemeinden aus der Pflicht zur Mandatsführung entlassen werden, kaum noch private Mandatspersonen gefunden würden. Das wiederum würde bedeuten, dass mehr Berufsbeiständinnen und -beistände ernannt werden müssten, was die Kosten stark erhöhen würde. Die Gemeinden seien zudem näher bei den Bürgerinnen und Bürger, was für die Betreuung der betroffenen Personen einfacher sei und die Wege verkürze. Wichtig war der Kommission aber auch festzuhalten, dass mit dem Entscheid die Mandatsführung bei den Gemeinden zu belassen, nicht 22 Mandatsführungszentren mit Kleinstpensen installiert werden sollten. Es war der ausdrückliche Wille der Kommission, dass sich die Gemeinden auf eines bis maximal drei Mandatsführungszentren beschränken.
Für ein kantonales Mandatsführungszentrum wurde ins Feld geführt, dass dies fachlich und organisatorisch die einfachste Lösung sei. Dabei bleibt die fachliche und administrative Aufsicht auf eine Behörde beschränkt. Ein kantonales Mandatsführungszentrum sei zudem die kostengünstigste Lösung.
Mit dem Entscheid der Kommission, die Mandatsführung auf kommunaler Ebene anzusiedeln, mussten § 46 und § 47 teilweise neu formuliert und angepasst werden. Der Kommissionspräsident wird sich dazu in der Detailberatung noch äussern.
Alle übrigen Paragraphen wurden von der Kommission zustimmend zur Kenntnis genommen. In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission der Vorlage mit 8:5 Stimmen zu. Der Votant dankt dem Rat, wenn er den gut begründeten Anträgen der Kommission Folge leistet.

Gregor **Kupper**: Wieder einmal zwingt uns Bundesrecht, ein in unserem Kanton an sich nicht schlecht funktionierendes System umzubauen. Diesmal geht es um die Vormundschaftsbehörde, neu Erwachsenen- und Kinderschutzrecht. Die Stawiko hat sich mit dieser Vorlage intensiv in Anwesenheit der Direktorin des Innern auseinandergesetzt. Wir waren also gut beraten, wenn es um Detailfragen dieser Vorlage ging. Es ergibt sich schon aus dem Votum des Kommissionspräsidenten, dass sich die Diskussionen auch in unserer Kommission vor allen Dingen auf drei Themen beschränkten. Es war die Ansiedlung der Fachbehörde und der Mandatsführung und dann natürlich auch um die finanziellen Auswirkungen. Der Stawiko-Präsident möchte zu den drei Themenblöcken kurz Stellung nehmen.
In der Stawiko gab die Fachbehörde an sich nicht wahnsinnig viel zu reden. Wir waren uns schnell einstimmig einig, dass sie beim Kanton angesiedelt werden soll. Mehr zu reden gab uns die Mandatsführung. Was dafür und dagegen spricht, hat der Vorredner schon wiedergegeben. Die Stawiko hat sich schliesslich dafür ausgesprochen, die Mandatsführung beim Kanton anzusiedeln. Der Votant möchte das kurz begründen, Sie können das auch im Stawiko-Bericht auf S. 2 nachlesen.
Wir waren überzeugt, dass die einheitliche Qualität der Abläufe durch eine Organisation beim Kanton besser sichergestellt ist. Administrativ und finanziell ist es sicher eine sinnvollere Lösung, als wenn wir ein oder mehrere Zentren haben. Das gibt ja von ein bis 22 entsprechenden Mandatsführungszentren. Der Kanton ist zweifellos besser in der Lage, qualifiziert gut aufgestellte Personen für diese

Behörde anzustellen, wenn er das koordiniert tun kann. Die Bürgernähe, die immer wieder ins Feld geführt wird, ist in Frage zu stellen, werden doch heute schon in einzelnen Gemeinden solche Mandate sogar ausserkantonal vergeben. Also ist die Nähe zum Bürger in diesem Fall bereits heute in Frage zu stellen. Und dann haben sich nicht zuletzt auch sämtliche Gemeinden in den Vernehmlassungen für eine kantonale Lösung ausgesprochen. ZFA definiert klar, dass Verantwortung, Zuständigkeit und Finanzierung immer bei einer Körperschaft angesiedelt werden sollen. Hier ist der Kanton in der Verantwortung. Mit der Fachbehörde ist er zuständig, dann soll er auch die Finanzierung übernehmen. Und schliesslich hat uns der Regierungsrat schon 2009 informiert bei der Beantwortung einer Motion, dass er dann vorsieht, die Gemeinden diesbezüglich zu entlasten.
Zu den finanziellen Auswirkungen. Regierungsrat und Kommission machen in ihren Berichten relativ detaillierte Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen dieser Vorlage. Diese sind mit Vorsicht zu geniessen. Es geht darum, eine neue Organisation aufzubauen, um viele Unsicherheiten bei der Grösse der Organisationen. Es geht aber auch darum, dass wir ja heute überhaupt zuerst entscheiden müssen, wo diese Organisationen angesiedelt werden müssen. Der grösste Kostenblock werden die Personalkosten sein. In der Vorlage können wir lesen, dass für 2012 2,2 Mio. Franken für dieses Amt anfallen sollen. Bereits im Budget können wir feststellen, dass für 2012 nur noch 1,4 Millionen vorgesehen sind. Sie können daran also sehen, dass da noch Spielraum vorhanden ist und die Kosten sich sowohl nach oben wie nach unten bewegen können. Wobei wir von der Stawiko natürlich Wert darauf legen, dass sie sich nach unten bewegen.
Ab 2013 würde die Organisation, wie sie die Regierung vorschlägt, Kosten in der Grössenordnung von 4,3 Mio. Franken verursachen. Diese Kosten werden wir in Zukunft über den Leistungsauftrag und das Globalbudget steuern müssen und können. Es wird Aufgabe der zuständigen Delegation der Stawiko sein, hier genau hinzuschauen und das mitzuverfolgen. Wir haben der Direktorin des Innern bereits mitgegeben, dass wir erwarten, dass da nicht Personalstellen quasi auf Vorrat geschaffen werden, sondern dass man pragmatische Lösungen ins Auge fasst.
Nochmals zurück zum Mandatsführungszentrum. Die Stawiko beantragt einen neuen Abs. 2 bei § 46 des Gesetzes. Sie können das auf der letzten Seite des Stawiko-Berichts nachlesen. Bei der Formulierung ist eines ganz wichtig. Es ging uns darum, auch sicherzustellen, dass primär für die Betreuung Privatpersonen eingesetzt werden. Und nur wenn das nicht möglich ist, entsprechende Fachleute beizuziehen. Privatpersonen haben den Vorteil, dass sie einesteils näher bei der betroffenen Person sind und dass es auf der anderen Seite selbstverständlich für das Gemeinwesen die kostengünstigste Lösung ist.
Die Stawiko beantragt einstimmig Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung – bei § 46 mit 4:0 bei 2 Enthaltungen Zustimmung zum Vorschlag der Stawiko.

Hubert **Schuler** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist Leiter des Sozialdienstes und dadurch auch Leiter der Kinderschutzgruppe Baar. Das ist ein Angebot, welches nur die Gemeinde Baar anbietet. Und er ist auch Amtsvormund und -beistand mit ca. acht Mandaten.
Bei dieser Vorlage geht es hauptsächlich um zwei Punkte, welche politisch diskutiert und entschieden werden müssen. Die SP ist für Eintreten auf die Vorlage. Dabei geht es nicht nur darum, dass der Kanton Zug diese Gesetzesanpassung machen muss, sonst erfolgt Notrecht, sondern es ist auch sinnvoll, dass die Laiengremien in den meisten Gemeinden abgelöst werden können. Die SP ist für den Vorschlag der Regierung, welcher mittels Stichentscheid des Kommissionspräsi-

denten auch von der vorberatenden Kommission und der Stawiko unterstützt wird. Es macht aus verschiedensten Gründen keinen Sinn, wenn mehrere Fachbehörden im Kanton Zug installiert würden. Wir gehen davon aus, dass die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrats dies ebenfalls so sieht und deshalb verzichtet der Votant auf weitere Ausführungen dazu.
Beim Mandatszentrum sieht es anders aus. Hier gibt es auf beiden Seiten gute Gründe, wo dieses oder diese Zentren geführt werden sollen. Für die Gemeinden sprechen die bestehende Organisation und allenfalls die nötige Distanz auch für die Betroffenen. Es kann Situationen geben, in welchen es sehr sinnvoll ist, wenn die Betreuungsperson der zu betreuenden Person erklären kann, dass das Mandatsführungszentrum nicht im gleichen Haus wie die Fachbehörde ist. Andersherum erklärt, entsteht eine gewisse Entspannung, wenn Entscheidung und Führung nicht im gleichen Haus stattfindet. Sollten die Gemeinden weiterhin für die Mandatsführung zuständig sein, dann muss im Gesetz unter § 46 neu eine klare Beschränkung auf maximal drei solche Zentren aufgeführt werden. Dabei muss auch genügend Fachpersonal zur Verfügung gestellt werden können.
Auf der anderen Seite ergeben sich bei einem Mandatsführungszentrum durch den Kanton auch wertvolle Synergien. Der Fachaustausch zwischen den Mandatsführenden kann professionell organisiert werden. Die Verfügbarkeit und damit die gezielte Zuteilung für die Mandate kann bewusster vollzogen werden. Diese Vorteile kommen jedoch erst zum Tragen, wenn das Mandatsführungszentrum personell ausreichend ausgestattet wird. Hier darf nicht knausrig gehandelt werden, denn dies wäre auf Dauer kontraproduktiv.
Bei beiden Punkten ist die Kostenfrage ebenfalls ein Argument. Sicher könnte sich der Kanton Geld ersparen, welches dann die Gemeinden in die Hand nehmen müssten. Wenn aber das «Kässelidenken» weggelassen wird, sollte diejenige Variante gewählt werden, welche über das ganze Vorhaben am günstigsten ist. – Die SP unterstützt unter Einbezug dieser Überlegungen die Variante Mandatsführungszentrum beim Kanton.

Esther **Haas** hält fest, dass die AGF eine ganzheitliche kantonale Lösung befürwortet. Diese bringt eine Kostenverschiebung von den Gemeinden zum Kanton, aber für den Steuerzahler spielt es keine Rolle, ob es der Kanton oder die Gemeinde bezahlt. Die Steuerzahlenden und die Betroffenen können zur Recht erwarten, dass sich der Kanton optimal organisiert und seine Aufgaben effizient und effektiv wahrnimmt. Diese Kostenverschiebung ist die kostengünstigste, effizienteste und für die Betroffenen sinnvollste Variante. Die Zentralisierung geschieht ja vorwiegend aus Vorgaben der ZGB-Revision. Dort wird die Installierung einer interdisziplinären Fachbehörde gesetzlich festgehalten; diese bekommt unter anderem die Aufgabe, über sämtliche behördlichen Massnahmen im Kindes- und Erwachsenenschutz massgeschneidert zu befinden. Die Komplexität der Fälle erfordert spezifische Fachkenntnisse und auch eine rund um die Uhr Erreichbarkeit. Damit sich eine konstante Praxis entwickeln kann, braucht es bei der Mandatsführung durch Fachpersonen eine gewisse Anzahl Fälle und die Möglichkeit des Austausches unter den Fachpersonen. Schon heute beklagen die Gemeinden die Schwierigkeit, Personal zu finden. Bereits heute werden zum Teil Personen aus Sursee im Auftragsverhältnis angestellt. Das kann es doch nicht sein.
Auch wenn sich einzelne Gemeinden zu Mandatsführungszentren zusammenschliessen, kann die geeignete Grösse nur erreicht werden, wenn es ein gemeindliches Mandatsführungszentrum geben würde. Ansonsten entstehen nur ineffiziente Schnittstellen. Einsetzung, Betreuung und Anweisungen der mandatsführenden

Personen erfolgen jedoch durch die kantonale Fachbehörde. Auch die Ablegung der Rechenschaftsberichte hat an die kantonale Fachbehörde zu erfolgen. Dann kann dies genauso gut der Kanton führen.
In der Kommission wurde verschiedentlich die Befürchtung geäussert, dass bei einer kantonalen Lösung die so wichtigen privaten Mandatsträger und -trägerinnen nicht mehr beibehalten werden können. Dem ist aber nicht so; selbstverständlich würden diese weiterhin rekrutiert werden. Inskünftig werden allerdings aufgrund des Bundesrechts an die Mandatsträgerinnen noch höhere Anforderungen gestellt werden, insbesondere in der Rechnungsführung und in der Verfügbarkeit von Zeit. Die schon heute schwierige Suche nach geeigneten privaten Mandatsträgerinnen wird dadurch bestimmt nicht einfacher. Dies unabhängig davon, ob der Kanton oder die Gemeinden für die Mandatsführung zuständig sind. Die Votantin selbst hat eine behinderte Schwester. Das Mandat wird von ihrem Bruder geführt. Glauben Sie allen Ernstes, dass ihr Bruder das Mandat nicht mehr führen würde, nur weil der Kanton neu Fachbehörde wird? Ein solches Verhalten wäre vor allem für ihre behinderte Schwester nicht nachvollziehbar, völlig unverständlich.
Noch etwas zum Stellenbedarf: Es war immer wieder zu hören, dass die vom Regierungsrat beantragte Fünferbehörde zu hoch seien. Die neuen Zusatzaufgaben wie das Finden von massgeschneiderten Lösungen oder der Pikettdienst rund um die Uhr lassen gar keine kleinere Besetzung zu. Die Spruchbehörde selbst ist, je nach Geschäft eine Person oder in der Regel eine Dreierbesetzung. Es gibt jedoch auch Ferien, Nächte und Wochenende abzudecken.
Wir von der AGF fänden es ausserordentlich bedauerlich, wenn wesentliche Aspekte der Vorlage aus parteipolitischen Überlegungen oder um den Gemeinden eins auszuwischen gekippt würden. Dieses Vorgehen würde nicht nur ineffizienteren Lösungen sondern auch teureren Lösungen den Vorzug geben. Vor diesem Hintergrund bittet Esther Haas den Rat, dem Vorschlag der Regierung Folge zu leisten. Die Betroffenen Menschen werden es Ihnen danken!

Manuel **Brandenberg** hält fest, dass die SVP-Fraktion diese Vorlage intensiv diskutiert hat und dem Rat einen Nichteintretensantrag stellen möchte. Er hofft, dass der Rat ihm zuhört, auch wenn offenbar die Meinung in der Mitte jetzt gekippt ist. Wir gingen davon aus, dass es hier tatsächlich eine ernsthafte Debatte geben könnte und die Mitte – insbesondere die CVP, welche in der Kommission noch sehr kritisch gegenüber einer Zentralisierung war – uns ein wenig helfen würde.
Zu unseren Argumenten. Der Entwurf des Regierungsrats für die Änderung des Gesetzes sieht wie gesagt das Konzept einer zentralen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde für den ganzen Kanton Zug vor, welche der DI als Aufsichtsbehörde unterstellt ist. Die SVP-Fraktion ist gegenüber Zentralisierungen von Zuständigkeiten, welche die Autonomie der Gemeinden beschneiden und das Gebot der Subsidiarität ausser Acht lassen, grundsätzlich skeptisch. Mit den Gemeinderäten werden ja die Exekutivmitglieder der Gemeinden gefragt und nicht die Leute, die Bürger. Also muss man auch diese Aussage etwas relativieren.
Für die SVP ist es unbestritten, dass das Bundesrecht neu eine Fachbehörde als Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde vorschreibt. Ebenso unbestritten ist es für die SVP aber, dass die Autonomie der Kantone nach wie vor gegeben ist, ob sie diese Fachbehörde auf Gemeinde-, Bezirks-, Kreis- oder Regionsebene ansiedeln wollen. Das steht auch so in der Botschaft des Bundesrats vom 28. Juni 2006. Die SVP Kanton Zug und die Fraktion könnten sich vorstellen, dass beim Kanton ein Pool von Fachleuten, welche auch vom Kanton finanziert würden, verfügbar gehalten wird, aus welchen die Gemeinden, die grundsätzlich zuständig bleiben, wenn

sie in vormundschaftlichen Belangen entscheiden müssen, zurückgreifen könnten, damit das bundesrechtliche Erfordernis der Fachbehörde auch erfüllt ist. Dieses Erfordernis der interdisziplinären Fachbehörde wird im Übrigen auch durch den regierungsrätlichen Entwurf selber sehr stark relativiert, denn er sieht eine ganze Reihe von Geschäften vor, bei welchen die Behörden mit Einzelzuständigkeit eines Mitglieds entscheiden können, womit per se keine Interdisziplinarität im Sinne einer Fachbehörde gegeben ist. Es handelt sich dabei um 23 verschiedene Geschäfte des Kindes- und Erwachsenenschutzes, welche mit Einzelzuständigkeit entschieden werden können.
Ein weiterer Grund für die Beibehaltung der Zuständigkeiten der Gemeinden könnte auch darin liegen, dass die Bürgergemeinden weiterhin für die an ihrem Heimatort wohnenden Gemeindebürger zuständig blieben. Es sollte ja auch nicht verkannt werden, dass der Aufgabenbereich der Bürgergemeinden zusehends schmäler wird und dadurch deren Berechtigung als eigenständige Gemeinde nach und nach in Frage gestellt werden könnte. Immerhin sieht ja das Gemeindegesetz die Möglichkeit vor, dass Bürgergemeinden in die Einwohnergemeinde integriert werden. Der Votant verweist auf § 126 des Gemeindegesetzes. Wenn die Bürgergemeinde nun eine weitere Aufgabe verliert durch diese Zentralisierung der Vormundschaftsbehörde, ist das ein weiteres Argument, ihre Berechtigung in Frage zu stellen.
Aus den erwähnten Gründen (schonende Rechtsausübung, Bürgernähe, das Prinzip der Subsidiarität, der Dezentralisierung und der Gemeindeautonomie) beantragt die SVP-Fraktion gemäss Fraktionsprotokoll einstimmig, die Vorlage im Sinne ihrer Erwägungen zu überarbeiten und einen Vorschlag zu unterbreiten, welche die grundsätzliche Kompetenz für Entscheide im Kindes- und Erwachsenenschutz weiterhin bei den Gemeinden belässt. Wie gesagt, die Gemeinden könnten unter Umständen auf einen Pool zurückgreifen von Fachleuten, die beim Kanton angesiedelt sind. Es wäre auch denkbar, dass die Gemeinden Zweckverbände machen, dass dann vielleicht drei Mandatszentren bestünden, Ennetsee, Berg und hier in der Ebene. Ob Zug und Baar dann zusammenspannen würden, kann man ja noch offen lassen, das ist den Gemeinden zu überlassen. Das wäre eine Möglichkeit, die das Gemeindegesetz ja bereits vorsieht.
Noch etwas zu den Ausführungen von Gregor Kupper. Er hat zu Recht gesagt, es sei eigentlich im Kanton Zug jetzt ein funktionierendes System bei der Vormundschaftsbehörde der Fall. Und das Bundesrecht rede halt jetzt wieder einmal drein. Das ist natürlich so. Wenn wir bei einer Dezentralisierung bleiben, strapazieren wir dieses funktionierende System eigentlich sehr wenig, weil wir im Grundsatz bei dem bleiben, was eben heute funktioniert.
Auch das Argument der Bürgernähe kann man nicht einfach relativieren und sagen: Die haben ja da in einer Gemeinde schon jemanden aus Sursee, der die Mandate führt, das ist ja auch nicht mehr bürgernah. Entscheidend ist auch die Entscheidkompetenz, die bürgernah sein soll. Und bei unserem Vorschlag ist eben die Entscheidkompetenz der Fachbehörde weiterhin grundsätzlich die Gemeinde oder ein Zweckverband und nicht ein zentralisiertes Amt bei der DI. Deshalb würden wir sehr empfehlen, das nochmals zu überdenken. Und der Votant möchte den Rat bitten, dem Nichteintretensantrag zuzustimmen. Die Zeit ist ein Faktor, das ist richtig. Das Bundesrecht schreibt vor, dass wir 2013 bereit sein müssen. Manuel Brandenberg glaubt aber nicht, dass der Bund – sollten wir diese Frist nicht einhalten – dann eine eidgenössische Intervention oder eine Bundesexekution auffahren wird. Er kann sich das nicht vorstellen und er möchte deshalb bitten, dem Antrag der SVP zuzustimmen.

Monika **Weber** hält fest, dass die FDP-Fraktion klar der Meinung ist, dass die neu zu gestaltende Fachbehörde beim Kanton angegliedert werden muss. Unser Kanton Zug ist zu klein, um mehrere regionale Stellen fachlich und wirtschaftlich sinnvoll zu führen. Der Kanton Zug mit ca. 115'000 Einwohnerinnen und Einwohnern und 22 Einwohner- und Bürgergemeinden kann die Anforderung des neuen Bundesrechtes nur durch Zentralisierung und Bildung einer Behörde ökonomisch und professionell umsetzen.
Intensiver wurde in der Fraktion die örtlich richtige Ansiedelung der Mandatsführung thematisiert. Die Befürchtung der vorberatenden Kommission, dass die Rekrutierung von Privatpersonen für ein Mandat schwieriger werde, wenn die Koordination nicht mehr bei den Gemeinden angesiedelt ist, wurde aufgegriffen. Bereits heute stammen offensichtlich viele private Beistände aus dem persönlichen, familiären Umfeld des Mündels. Daran sollte sich auch zukünftig wenig ändern, unabhängig davon, ob die Mandatsführung kommunal oder kantonal organisiert wird. Darum erwartet die FDP-Fraktion, dass die wichtige private Mandatsführung gemäss Stawiko-Antrag zu § 46 Abs. 2 mit grösster Sorgfalt und Aufmerksamkeit betreut wird. Die gewünschte Nähe einer weiterhin gemeindlichen Organisation entspricht bereits heute nicht mehr überall der Realität. Einige Gemeinden im Kanton Zug beauftragten, auch im Hinblick auf die vorliegende Revision, bereits heute externe Mandatsführungen für komplexe Aufträge.
Ein weiters Plus sind die Ressourcen für die Mandatsführung und die administrative Unterstützung, welche so an einem Ort zusammengefasst werden können. Die Qualität der Betreuung sowie die organisatorischen Abläufe garantieren somit eine Einheit. Diese ist nebst Professionalisierung und Effizienzsteigerung die einfachste und auch zahlbarste Lösung. Darum stimmten alle anwesenden FDP-Fraktionsmitglieder, auch die der vorberatenden Kommission, letztendlich der kantonalen Mandatsführung zu.
Durch die Aufgabenübertragung an den Kanton werden die Gemeinden personell und finanziell stark entlastet. Die FDP will ein Auge darauf halten, dass die buchhalterisch frei werdenden Stellenprozente nicht einfach durch neu definierte Aufgaben in den Gemeinden aufgesogen werden. Innerhalb der Neugestaltung des ZFA wurden den Gemeinden nicht nur finanzielle Aufgaben auferlegt, sondern wie im vorliegenden Fall auch Entlastungen in Aussicht gestellt. Wir können doch nicht irgendwelche Mischlösungen schaffen, welche auf der einen Seite den Gemeinden die administrative und finanzielle Verantwortung übergeben und auf der anderen die Führungsverantwortung beim Kanton belässt. Deshalb ist die FDP-Fraktion grossmehrheitlich dafür, die Organisation der Fachbehörde sowie auch die Mandatsführung dem Kanton zu übergeben.

Pirmin **Frei** weist darauf hin, dass das vorliegende Geschäft kein beliebiges organisatorisches Sachgeschäft ist. Es stellen sich, vor allem dann in der Detailberatung, heikle politische Grundsatzfragen im Verhältnis zwischen Privaten und dem Staat und zwischen den Gemeinden und dem Kanton. Das Geschäft errang bereits im letzten Sommer mediale Aufmerksamkeit und zeitweise warf es über Gebühr emotionale Wogen. Lassen wir das hinter uns! Es ist wichtig, dass wir als Rat nüchtern und sachlich an das Geschäft herangehen, dass wir – ungeachtet des Zeitdrucks, den uns der Bund auferlegt – nach der besten Lösung für die Betroffenen suchen und dass wir politische Überzeugungen einfliessen, aber parteipolitisch motivierte Pfeile im Köcher lassen.

Wir haben es gehört: Der Bund macht im Bereich Erwachsenen- und Kindesschutz neue gesetzliche Vorgaben, wenige, aber klare und vor allem kantonal verbindliche. Die Kantone haben einen Spielraum, wie sie sich organisieren wollen. Soweit ersichtlich nutzen die Kantone diesen Spielraum – Föderalismus sei Dank – auch aus. Uns bleibt also gar nichts anderes übrig, als uns heute mit dem Geschäft zu befassen. Denn wenn wir nicht eintreten oder es zurückweisen, stehen wir irgendeinmal im nächsten halben Jahr wieder hier und werden wiederum über das gleiche Geschäft befinden. Das ist die Überzeugung der CVP; sie wird auf das Geschäft eintreten. In der Detailberatung werden wir dann unsere eigenen Überzeugungen einfliessen lassen.
Ein Wort noch zu Manuel Brandenberg. Der Votant staunt schon ein wenig. Wir waren gemeinsam in dieser Kommission. Wir sind mit 14:0 eingetreten. Und Pirmin Frei verrät kein Kommissionsgeheimnis, wenn er feststellt, dass auch Manuel Brandenberg und die SVP darauf eingetreten sind. Jetzt verlangt er Nichteintreten, macht aber trotzdem Vorschläge, wie es sein müsste. An sich stellt er einen Rückweisungsantrag. Der Votant staunt und er staunt auch, dass heute eine Bundesrechtsregelung kritisiert wird, die seinerzeit auch von der SVP im eidgenössischen Parlament unterstützt wurde.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass Manuel Brandenberg vorschlägt, dass wir hier eine Diskussion führen sollen. Gleichzeitig stellt er aber den Antrag, nicht einzutreten. Diese Logik versteht der Votant nicht ganz – sollen wir jetzt diskutieren oder nicht eintreten? Seiner Ansicht müssen wir eintreten, um diese Diskussion zu führen.
Es geht bei diesem Erwachsenenschutzrecht um einen sehr sensiblen Rechtsbereich. Es geht darum, dass wir Menschen, die eines besonderen Schutzes bedürfen, tatsächlich diesen Schutz auch zukommen lassen. Und dieser Schutz kann durchaus auch ein Schutz vor Behördenwillkür sein. Eusebius Spescha hat in den letzten Jahren Einiges zur Kenntnis genommen, was Vormundschaftsbehörden in früheren Jahrzehnten an Willkür beispielsweise bei Verdingkindern angerichtet oder zumindest zugelassen haben. Die Revision des Erwachsenenschutzrechts war überfällig. Alle, die dieses Recht anwenden mussten, haben dies immer wieder feststellen können. Die beiden Bundesparlamente haben dies angepackt und ein sehr gutes Recht geschaffen.
Entscheidend – wie in allen Rechtsbereichen – ist aber nicht nur das Recht an sich, sondern die Umsetzung. Da lässt das Bundesrecht tatsächlich den Kantonen einen gewissen Freiraum, setzt aber qualitative Leitplanken. Dies ist wichtig. Wir haben es im Vormundschaftsbereich nicht nur, aber auch mit ausserordentlich komplexen Situationen und Fällen zu tun, mit Fällen, bei denen vermehrt auch die Öffentlichkeit kritisch auf die Behördentätigkeit schaut. Wenn Sie die Medienberichterstattung der letzten Jahre anschauen, können Sie sich durchaus schnell in Erinnerung rufen, dass es schweizweit eine ganze Reihe von Fällen gegeben hat, wo eben die Behördentätigkeit sehr kritisch angeschaut wurde. Und hier ist es eben nicht richtig zu sagen: Es hat eigentlich gut funktioniert. Das ist nur eine Teilwahrheit. Natürlich ist es so, dass in vielen nicht besonders speziellen Situationen die heutige Organisation über die Gemeinden gut funktioniert hat. Aber wir wissen auch, dass in den speziellen und schwierigen Fällen, beispielsweise in komplexen Kindesrechtsituationen, die Behörden in der heutigen Organisation immer wieder an den Rand ihrer Möglichkeiten gekommen sind. Und der Votant sagt das als jemand, der selber Mitglied einer Vormundschaftsbehörde war und mehrere Jahre eine Vormundschaftskommission präsidiert hatte. Er wäre in den schwierigen Fäl-

len sehr froh gewesen, er hätte diese in einer interdisziplinären Fachbehörde diskutieren können. Und von daher ist es eben richtig, dass wir diese Organisation anschauen und zu neuen Lösungen kommen.
Bezüglich Privatpersonen als Mandatsträger. Selbstverständlich ist es so, dass dies wünschenswerte Lösungen sind. Auch heute noch in sehr vielen Fällen, wo es z.B. um ältere Menschen geht, die langsam dement werden, wo es um Behinderte geht, die nicht selber für sich sprechen können, ist es fast immer so, dass man im Umfeld dieser Person Menschen findet, Angehörige, die bereit sind, diese Mandate zu übernehmen. Das soll auch in Zukunft so sein. Das neue Bundesrecht sieht da sogar neue und bessere Möglichkeiten vor, wie z.B. Menschen, die mit einem Vorsorgeauftrag oder einer Patientenverfügung selber Leitplanken setzen können, wie die Vertretung z.B. von Ehegatten einfacher geregelt sein kann als heute.
Wir haben es aber auch heute und in Zukunft mit absolut schwierigen komplexen und schwierigen Situationen zu tun, die tatsächlich auch ein bestimmtes Fach-Know-how erfordern und wo Privatpersonen überfordert sind. Da geht es nicht nur immer um personell schwierige Situationen, sondern Eusebius Spescha erinnert sich aus seiner Vormundschaftstätigkeit auch an z.B. sehr komplexe Vermögenssituationen, welche nur durch Fachleute aus dem Vermögensbereich bewältigt werden konnten.
Noch zu zwei Punkten. Es geht hier nicht primär um die Frage Zentralisierung oder nicht. Das ist eigentlich eine falsche Fragestellung. Sondern es geht heute darum, Lösungen zu treffen, bei denen tatsächlich interdisziplinäre Fachbehörden die Verantwortung übernehmen können und auch dafür gerade stehen sollen. Und da ist halt nun einmal einfach so, dass eine gemeindliche Lösung so nicht funktioniert. Diese Lösung aus dem Hosensack von Manuel Brandenberg, dass da ein Pool von Fachleuten zur Verfügung stehen soll, der dann die Behörden beraten würde, ist einfach in sich falsch. Die Behörde selber muss interdisziplinär zusammengesetzt sein und die Urteile fällen. Da kann sie sich nicht einfach auf Fachleute abstützen.
Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens. Der Bundesgesetzgeber war ja da tatsächlich einmal sehr im Konsens über alle Parteien hinweg und hat den 1. Januar 2013 verbindlich festgelegt. Ab diesem Zeitpunkt müssen die neuen Fachbehörden die Verantwortung übernehmen. Da gibt es keinen Spielraum. Wenn wir nicht hier im Kantonsrat unsere Verantwortung als Gesetzgeber übernehmen, wird die Regierung Ersatzrecht sprechen müssen. Das sollte auch der SVP bekannt sein.
Eusebius Spescha beantragt also, auf die Vorlage einzutreten und dieses Geschäft ausführlich und klar zu diskutieren und zu verabschieden.

Manuel **Brandenberg** hält fest, dass der Nichteintretensantrag gestellt wurde, weil wir der Meinung sind, dass dann eine neue Vorlage rasch kommt, auf die wir dann natürlich eintreten werden. Und diese neue Vorlage muss gar nicht alles über den Haufen werfen, sie soll einfach die Dezentralisierung und die Zuständigkeit der Gemeinden vorsehen. Das macht schon Sinn, was die SVP hier gemacht hat. Und wenn wir in der Kommission für Eintreten waren, dann war das natürlich vor allem deshalb der Fall, weil wir glaubten, es komme dann zu einer Rückweisung nachher in der Diskussion. Dazu ist es nicht gekommen. Deshalb fangen wir hier jetzt gleich beim Eintreten an, damit wir nicht unnötig Zeit verlieren. Wenn die CVP nachher einen Rückweisungsantrag bringt, dogmatisch vollständig richtig und sauber, wie das Pirmin Frei dargelegt hat, werden wir ihn natürlich unterstützen. Erstaunt hat den Votanten natürlich auch, wie gut dieser dokumentiert ist über die Vorgänge in der SVP Schweiz. Das ist für uns natürlich schön, wenn die CVP sich derart mit uns befasst. Das ehrt uns, vielen Dank.

Noch ein Wort zu Eusebius Spescha. Ein solcher Pool von Fachleuten beim Kanton ist schon möglich. Wenn die dann im Einzelfall in die gemeindliche Vormundschaftsbehörde integriert werden und in diesen Einzelfällen funktional dann auch behördlich tätig sind, ist das denkbar.

Eugen **Meienberg** nimmt es vorweg: Mit der Aufgleisung dieses Geschäfts, der Behandlung durch die DI und schlussendlich mit dem vorliegenden Resultat ist er weder glücklich noch einverstanden. Nun möchte er einige Zitate zum Besten geben. «Wir sind mit dem System und damit dem Grundkonzept der Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzgesetzes im EG ZGB nicht einverstanden. Überdies werden die Gemeinden grosse Aufgabenbereiche verlieren und weiter in ihrer autonomen Stellung und Aufgabenerfüllung geschwächt werden.» Der Votant zitiert aus der FDP-Vernehmlassungsantwort. «Zusammenfassend ist die FDP, die Liberalen des Kantons Zug, mit dieser Vorlage nicht einverstanden.» Eugen Meienberg kann den Rückwärtssalto mit Kapriolen der FDP-Fraktion überhaupt nicht nachvollziehen. Man kann argumentieren, man könne gescheiter und klüger werden. Hier hat aber die FDP-Fraktion den falschen Ort gewählt. Bitte überdenken Sie Ihren Entscheid nochmals! Der Votant ist nicht für ein Superamt beim Kanton. Da ist der Kommissionsvorschlag – in seiner Erinnerung auch von den FDP-Kommissionsmitgliedern unterstützt – noch das kleinere Übel. Er ist dezidiert der Meinung, dass diese Aufgaben bei den Gemeinden belassen werden sollen. Eine vornehme Aufgabe, welche weiterhin in den Händen der Gemeinden bleiben soll. Ansonsten machen wir einen weiteren Schritt in Richtung Verschiebung aller Aufgaben zum Kanton. Was folgt als Nächstes? Und welche Aufgaben bleiben wirklich noch bei den Gemeinden?

Ivo **Hunn** hält fest, dass die GLP für Eintreten auf die Vorlage und für Zustimmung ist. Sie unterstützt den Änderungsantrag der Stawiko. Die Gründe dafür: Der Kanton Zug hat die ideale Grosse für *ein* Mandatsführungszentrum und *eine* Fachbehörde. Von Fachorganisationen wird eine Behörde für rund 100'000 Einwohner und Einwohnerinnen empfohlen. Nur eine kantonale Lösung gibt eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Grosse. Es ist die kostengünstigste und effizienteste Variante. Sie garantiert Fachkompetenz und eine konstante Praxis in den verschiedenen Fachgebieten. Dies hat eine hohe Rechtssicherheit zur Folge. Die Gemeindepräsidenten- und die Sozialvorsteherkonferenz unterstützen die kantonale Lösung. Mindestens neun kantonale Institutionen unterstützen die kantonale Lösung. Das Bundesrecht kann mit der vorliegenden Variante umgesetzt werden.
Bei § 46 Abs. 2 stimmt die GLP dem Antrag der Stawiko zu, da wir der Meinung sind, dass die Fachkompetenzen und das Engagement von Privatpersonen zwingend genutzt werden muss. Wir sind der Meinung, dass wir im Interesse der Sache und insbesondere aller hilfsbedürftigen Personen entschieden haben.

Philip C. **Brunner** ist jetzt etwas im Zwiespalt. Zuerst wollte er eigentlich mit Pirmin Frei ein wenig schimpfen und ihm sagen, den Nichteintretensantrag in der Kommission habe der Votant damals gestellt und ihn übrigens dann auch zurückgezogen. Das war unter der Prämisse, dass wir wirklich zu einer besseren und konstruktiven Lösung kommen. Es ist also nicht so, dass da irgendwelche Pfeile in seinem Köcher sitzen, mit denen wir auf jemanden zielen wollen. Uns geht es wirk-

lich um die Sache. Und der Votant steht voll hinter diesem Nichteintretensantrag. Gefreut hat ihn Eugen Meienberg, dass er das auch so sieht.

Stefan **Gisler** hofft, dass ihn Philip C. Brunner nach seinem Votum nicht loben wird. – Wie der Stawiko-Präsident und die FDP verweist der Votant auf unsere eigenen Grundsätze, die wir uns im Rahmen von ZFA und Aufgabenteilung gegeben haben. Aufgaben sollen entweder vollumfänglich beim Kanton oder bei den Gemeinden liegen. Und wir sollen keine Zwitter schaffen. Darum macht ein Split (Fachstelle beim Kanton, Mandatsstelle bei den Gemeinden) keinen Sinn.
Primär steht Stefan Gisler aber hier als Bürger der Stadt Zug und er will dem Rat aus der Bürgergemeinde berichten. Dies weil Manuel Brandenberg anzweifelte, dass die Bevölkerung hinter dieser Lösung stehe im Gegensatz zu den Exekutiven. Als Stadtbürger ist dem Votanten ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass auch die Bürgergemeinde Zug und somit auch der Bürgerrat geschlossen hinter dieser Vorlage steht. An der Bürgerversammlung vom Mai 2011 der Stadt Zug hat der für die Vormundschaft zuständige Bürgerrat Marc Siegwart (CVP) mittels einer Präsentation den Anwesenden 209 Stimmberechtigten – darunter der Votant – die Vorlage vorgestellt. Dabei hat er betont, dass alle Bürgergemeinden von Beginn weg mit in die Erarbeitung einbezogen waren. Dass sie in Kenntnis aller Varianten bezüglich Kompetenzzentrum und Mandatsführung waren. Dass sich zuerst die Expertenkommission einstimmig für die heute vorliegende regierungsrätliche Vorlage aussprach. Dass die Bürgerräte in einer Vorinfo dann orientiert wurden und in der offiziellen Anhörung der heute vorliegenden regierungsrätlichen Fassung zustimmten. Und dass sie darum auch in der Vernehmlassung der Vorlage zustimmten, und dies auch weiterhin tun. Und dass der Bürgergemeinde in dieser Phase zu keiner Zeit Misstrauen entgegengebracht wurde, die Aufgaben heute nicht gut zu erfüllen. Aber dass aufgrund der neuen Bundesvorgaben einfach die Zeit gekommen sei für eine Neuregelung eben auch inklusive Mandatsführung beim Kanton. Diese Ausführungen wurden vom Publikum mit einem offenen Szenenapplaus gewürdigt.
Es gibt offenbar eine Differenz zwischen Bürgergemeinden, Einwohnergemeinden, Gesamtregierung, Stawiko auf der einen Seite und einigen Kantonsräten auf der anderen Seite. Bemerkenswert ist ja, dass in allen Gemeinden die bürgerlichen Parteien zurzeit der Vernehmlassung die Mehrheit hatten. Offenbar gibt es auch einen innerparteilichen Konflikt. Darum appelliert Stefan Gisler an Sie – gerade als Gemeindevertreter im Kantonsrat – sich nicht gegen alle Gemeinden des Kantons zu stellen.

Thomas **Lötscher** steht es nicht zu, hier Lob und Tadel zu verteilen. Er überlässt das dem Samichlaus, der am 6. Dezember kommt. Aber doch noch etwas zu Eugen Meienberg. Ja, man kann klüger werden, manchmal muss man auch den Mut dazu haben. Selbstverständlich stuft die FDP die Gemeindeautonomie und die Subsidiarität auch sehr hoch ein. In der Vernehmlassung sind wir auch davon ausgegangen, dass die Gemeinden, insbesondere die Bürgergemeinden, diese Aufgaben bei sich behalten wollen. Diese Annahme war falsch, wie sich jetzt gezeigt hat. Es gibt also neue Voraussetzungen. Weiter sind wir davon ausgegangen, dass die Gemeinden tatsächlich näher bei diesen Klienten sind als der Kanton. Auch diese Annahme war falsch. Die Gemeinde Steinhausen hat das abdelegiert nach Sursee, Neuheim nach Kriens, Unterägeri nach Luzern. Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, aber es zeigt, dass andere Voraussetzungen da sind als jene,

von denen wir ausgegangen sind. Und deshalb haben wir uns dann zu diesem Meinungswechsel entschieden.
Dazu kommt natürlich auch, dass wir in der Wirtschaft, wenn wir verschiedene Lösungen haben bei der Fragestellung nach Zentralisierung oder Dezentralisierung und feststellen, dass die Zentralisierung einfacher, kostengünstiger und weniger fehleranfällig ist, eben die Zentralisierung nehmen. Wichtig ist in diesem Bereich, wie sich das Ganze später personell und kostenmässig weiterentwickeln wird. Und da ist ganz klar die Erwartung auch von der FDP an die Regierung, dass die Übernahme dieser Verantwortung an den Kanton nicht zu einer Aufblähung des Apparats führt. Eine gewisse Aufblähung wird sich wahrscheinlich dadurch ergeben, dass die Anforderungen steigen, wenn der Bund mitredet. Aber auf der anderen Seite muss es bei den Gemeinden eine entsprechende Entlastung geben, wenn diese dann diese Mandate nicht mehr führen. Und da sind wir gehalten, eben auch als Vertreter der Gemeinden dort dafür zu schauen, dass es dann auch so gemacht wird. Fazit: Man kann klüger werden, packen Sie die Chance!

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, möchte zuerst etwas zum Vorgehen der Regierung sagen. Im Dezember 2008 haben National- und Ständerat die ZGB-Revision beschlossen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens war im Dezember 2008 noch offen. Anfangs 2009 haben wir mit einer Projektgruppe gestartet, also unmittelbar nach Beschluss des National- und Ständerats. In der Projektgruppe waren das Kantonsgericht vertreten und die Bürgergemeinden mit Oskar Müller von Baar. In einer anderen Gruppe war Marc Siegwart von der Bürgergemeinde Zug. Es war auch eine Vertretung der Gemeindepräsidenten und -präsidentinnen dabei und die Präsidentin der Sozialvorsteherkonferenz. Es waren Fachleute dabei, unter anderem von punkto Jugend und Kind. Es war auch ein externer Experte dabei. Wir waren im Sommer 2009 in der Regierung. Diese hat damals bereits beschlossen, sie möchte keine Gerichtslösung. Es gibt Kantone, die haben die Behörde beim Gericht. Die Regierung sagte damals, dass sie eine Verwaltungslösung möchte und nicht 22 Behörden, sondern eine oder zwei. Ob auf Kantons- oder Gemeindeebene, liess die Regierung damals noch offen. Sie wollte explizit die Stimmen der Einwohner- und Bürgergemeinden hören sowie der Fachpersonen. Und erst danach den Entscheid fällen, ob Gemeinde oder Kanton.
Im Herbst 2009 begann die erste Informationsveranstaltung für die Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten, für die Sowoko, für die Fachpersonen, für die Bürgergemeinden. Es wurde die Stossrichtung der Arbeitsgruppe bekanntgegeben: Keine Gerichtsbehörde, die Behörde und die Mandatsführung auf kantonaler Ebene. Das wurde von allen gutgeheissen. Die Regierung hat dann ebenfalls darüber beschlossen, dass die Trägerschaftsbehörde für die Behörde und die Mandatsführung beim Kanton sein solle und sie hat beauftragt, eine konferenzielle Anhörung durchzuführen, damit man sicher ist, dass die Gemeinden und Fachpersonen dahinterstehen.
Gleichzeitig hat die Regierung die Motion behandelt betreffend Abschaffung der Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich. Das wurde vom Stawiko-Präsidenten bereits erwähnt. Die Regierung stellte damals dem Parlament den Antrag, die Motion nicht erheblich zu erklären und hat auch bereits angekündigt, dass sie vor hat, beim neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht alle Kosten zu übernehmen. Die konferenzielle Anhörung ergab wieder das gleiche Bild: Die volle Unterstützung von Bürger- und Einwohnergemeinden und Fachpersonen. Daraufhin hat die Regierung den Auftrag gegeben, ein entsprechendes

Gesetz auszuarbeiten. Dies ist dann erfolgt, und die Vernehmlassung konnte im November 2010 starten.
Bei diesem Vorgehen wissen die Direktorin des Innern und die Regierung nicht, was daran falsch ist. Haben wir hier zuviel Demokratie gemacht? War es ein Fehler, dass wir die Einwohner- und Bürgergemeinden und Fachpersonen so intensiv mit einbezogen haben?
Zum Nichteintretensantrag der SVP. Sie bringt damit zum Ausdruck, dass die heutige Behandlung des Geschäfts als politisch nicht notwendig erachtet wird. Die Kantone sind aber vom Bundesrecht her gefordert, per 1. Januar 2013 eine funktionierende Behörde zu haben. Das heisst, die Mandate müssen im Sommer nächsten Jahres an die neue Behörde übergeben werden. Ein Verweigerung der Diskussion heute, was mit einem Antrag auf Nichteintreten gefordert wird, bringt uns nicht weiter. Manuela Weichelt wird jetzt nicht zur Behörde und zur Mandatsführung sprechen, sondern erst in der Detailberatung. Die Behörde war ja in der vorberatenden Kommission, in der Stawiko, bei der Regierung und bei den Gemeinden in der Stossrichtung klar, bei der Mandatsführung weicht die vorberatende Kommission davon ab. Bitte treten Sie auf das Geschäft des Regierungsrats ein!

➔ Der Rat beschliesst mit 53:19 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 2036.3 – 13874

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass bei § 32 die Bestimmungen zur Organisation beginnen. Ab § 46 finden sich nur die Normen zur Mandatsführung.

§ 4

Manuel **Brandenberg** weist darauf hin, dass wir hier von einem höchst sensiblen Bereich sprechen, von Eingriffen in den Privat- bis Intimbereich des Menschen im Vormundschaftswesen. Das sind sehr einschneidende Massnahmen. Es gibt heute auch immer mehr alte Leute, die vormundschaftliche Massnahmen gewärtigen. Da geht es dann zum Teil auch um sehr hohe Vermögen, die dann von den Vormundschaftsbehörden verwaltet werden müssen.
Die SVP-Fraktion beantragt zu Ziff. 1 den neuen Wortlaut:
«Der Regierungsrat ist zuständig für folgende Fälle:
1. Art. 441 Abs. 1 ZGB (Aufsichtsbehörde über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde);»
Begründung: Der sensible Bereich rechtfertigt eine politisch legitimierte Behörde als Aufsichtinstanz. Das ist in unserem Kanton der Regierungsrat, der die gesamte Bevölkerung widerspiegelt. Parteipolitisch von den Wahlen her sind alle vertreten im Regierungsrat. Wenn die Direktion des Innern Aufsichtsbehörde ist, ist das – unabhängig davon, wer Vorsteher ist – nicht die gesamte Bevölkerung, die repräsentiert ist. Die Legitimation ist entsprechend schwächer. Und bei diesen wichtigen Bereichen finden wir, dass es zu rechtfertigen ist, dass man den Regierungsrat belässt als Aufsichtsbehörde, wenn das auch verwaltungsorganisatorisch und hierarchisch dann eine Ausnahme ist, weil ja ein Amt normalerweise von der Direktion beaufsichtigt wird. Aber die genannten Gründe rechtfertigen das aus unserer Sicht.

Die **Vorsitzende** geht davon aus, dass sich der Antrag nur auf Ziffer 1 von § 4 bezieht und gleichzeitig eine Streichung von § 5 Ziff. 8 bedeutet. Sonst hätten wir eine widersprechende Zuständigkeit. – Der Antragsteller bestätigt das.

Markus **Jans** hält fest, dass die Kommission diesen Antrag in dieser Form nicht besprochen hat, somit kann er über die Kommissionsmeinung keine Aussage machen. Sie hat aber über einen ähnlichen Antrag befunden. Es geht dabei über die Aufsicht über die Kindesschutzbehörde. Der Antrag war so, dass nicht die DI, sondern der Regierungsrat die Aufgabe und Zusammensetzung der Kinderschutzgruppe regelt. Dieses Ansinnen lehnte die Kommission mit 9:4 Stimmen ab.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass man für diesen Antrag die Verwaltung kennen muss. Die neue Behörde wird ein kantonales Amt werden. Kantonale Ämter unterstehen dem zuständigen Vorsteher oder der Vorsteherin. Dass die Aufsichtsinstanz beim Erwachsenenschutzrecht heute die Regierung ist, hat auch etwas damit zu tun, dass heute die erstinstanzlichen Entscheidungskompetenzen dort sind. Mit der neuen Behörde ist das nicht mehr der Fall. Die Regierung ist nicht mehr erstinstanzliche Entscheidungsbehörde. Alle Entscheide werden neu von der Fachbehörde unabhängig getroffen. Dies schreibt das Bundesrecht vor. Und Sie sehen auch in § 34 des kantonalen Rechts, dass die Behörde unabhängig und nur an das Recht gebunden ist.
Die Aufsichtsinstanz ist auch nicht mehr Rechtsmittelinstanz. Beschwerden gegen Entscheide der Fachbehörde werden nicht vom Regierungsrat behandelt, sondern vom Verwaltungsgericht. Dies verlangt das Bundesrecht. Die Aufgabe der Aufsichtsinstanz beschränkt sich daher auf reine administrative Aufsicht. Normal ist es so, dass die fachliche und administrative Aufsicht bei der Vorsteherin oder beim Vorsteher ist bei allen Ämtern. Bei diesem Amt ist die fachliche Aufsicht aber beim Verwaltungsgericht. Wir diskutieren hier also lediglich über die administrative Aufsicht. Das heisst Zeiterfassung, Bleistifte, Computer, wer darf ein Natel haben. Dies in die Kompetenz des Regierungsrats zu geben, ist absolut sachfremd und nicht adäquat. Bitte folgen Sie dem Antrag von Regierungsrat, Stawiko und vorberatender Kommission!

➔ Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 52:16 Stimmen abgelehnt.

§ 33 Abs. 1 (neu)

Manuel **Brandenberg** stellt hier im Namen der SVP-Fraktion den Antrag auf Streichung. Abs. 2 der Vorlage würde dann zur einzigen Bestimmung. Wir möchten keine Mindestzahl von vier Personen vorschreiben. Wir finden, diese Freiheit könne man dem Regierungsrat lassen. Das braucht es nicht im Gesetz. Das Bundesrecht schreibt ja eine Mindestbesetzung von drei Personen vor. Man muss also im Kanton nicht sagen, es müssten vier sein. Bitte unterstützen Sie unseren Streichungsantrag.

Markus **Jans** bestätigt, dass das Bundesrecht drei Personen vorschreibt. In der Detailberatung hat sich die Kommission mit dieser Frage auseinandergesetzt. Die Stellvertretung und der Pikettdienst müssen so organisiert werden, damit ein Spruchkörper jederzeit einsatzbereit ist. Das heisst in diesem Fall 364 Tage im Jahre während 24 Stunden pro Tag. Es müssen Weiterbildungen organisiert werden, Ferien abgezogen, dazu kommen Unfall, Militärdienst usw. Das ist nur zu bewerkstelligen mit dieser Grössenordnung. Die Kommission war sich soweit einig und es wurde kein Antrag auf Reduzierung oder Streichung von Abs. 1 gestellt. Bitte lehnen Sie deshalb den SVP-Antrag ab!

Gregor **Kupper** hält fest, dass dieser Antrag in der Stawiko auch gestellt wurde. Wir haben ihn mit 4:2 Stimmen abgelehnt. Uns war wichtig festzuhalten, das können Sie im Stawiko-Bericht lesen: Es geht nicht um Stellen oder Stellenprozente, sondern es geht um Mitglieder. Wir gehen davon aus, dass diese Fachbehörde durchaus auch mit Teilzeitarbeitskräften besetzt werden kann, weil die Präsenz natürlich gewährleistet werden muss, aber nicht unbedingt mit 500 Stellenprozenten.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern: Es stellt sich die Frage, was der Hintergrund dieses SVP-Antrags ist. Die wirkliche Begründung hat sie nicht herausgehört. Es ist ein demokratischer Ansatz, denn es entspricht dem Legalitätsprinzip, die Zahl der Mitglieder festzuhalten. Es gibt auch andere Gremien. Stellt die SVP Anträge oder macht sie Motionen bei den anderen Behörden auch, die Zahl aus dem Gesetz zu streichen? Zum Beispiel beim Bildungsrat, bei der paritätischen Schlichtungsbehörde, bei den gerichtlichen Behörden. Soll dort überall die Anzahl der Mitglieder rausgestrichen werden? Es wurde bereits begründet, warum es fünf Personen braucht (nicht Stellenprozente). Es ist ein 24-Stundenbetrieb, Tag und Nacht, übers Wochenende, auch in den Weihnachtsferien muss eine Dreierdelegation abrufbar sein für Entscheide. Auch die haben Ferien. Die Direktorin des Innern kann dem Rat vom neusten Beispiel aus der Stadt Luzern berichten. Mit ca. 75'000 Einwohnenden wird dort eine Behörde mit sechs Personen geplant, dem Präsidium, einer Stellvertretung und vier Mitgliedern. Im Namen von Regierung und Stawiko bittet die Votantin, den Antrag des Regierungsrats gutzuheissen und im Gesetz die Anzahl Mitglieder festzuhalten.

➔ Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 50:22 Stimmen abgelehnt.

Manuel **Brandenberg**: Nachdem wir aufgrund der Debatte belehrt worden sind und es das Legalitätsprinzip gebietet, könnte man sagen, dass die Zahl im Gesetz steht. Wir stellen nun den neuen Antrag, dass § 33 Abs. 1 wie folgt lautet:
«Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde besteht aus dem Präsidium und vier Mitgliedern.»
Dann wissen wir genau, dass es vier Mitglieder sind und nicht mehr. Denn das «mindestens» würde ja der Argumentation der Direktionsvorsteherin widersprechen, dass man eben eine Klarheit im Gesetz hat. Mit dem von der DI vorgeschlagenen «mindestens» würde man diese Klarheit wieder entfernen.

Markus **Jans** hält fest, dass diese Frage in der Kommission eindeutig beantwortet wurde. Er liest kurz etwas aus dem Kommissionsprotokoll vor, falls es keine Einwände gibt. «Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde besteht aus dem Präsidium und mindestens vier Mitgliedern. – Sind dies fünf Personen, drei plus zwei Ersatzmitglieder? – Ja.» Es ist so und das muss man nicht zusätzlich im Gesetz erwähnen.

Heini **Schmid** hat eine kleine Einstiegsfrage für unseren Landschreiber. Wir hatten ja eigentlich diesen Absatz schon beraten. Gemäss Meinung des Votanten ist ja das ein dritter, gleichberechtigter Antrag. Ist es zulässig, ohne eigentlichen Rückkommensantrag nach Abschluss der Abstimmung noch einmal zurückzukommen?

Landschreiber Tobias **Moser** hat sich diese Frage vor 35 Sekunden auch gestellt. Ein eigentlicher Rückkommensantrag gemäss § 53 ist es nicht, weil wir die Detailberatung noch nicht beendet haben. Deshalb braucht es kein qualifiziertes Mehr. Aber der Antrag ist etwas spät. Wir haben über den Paragraphen bereits abgestimmt. Es wäre ein Eventualantrag gewesen und wir hätten zuerst bereinigen müssen, welcher Abänderungsantrag dem Antrag der Regierung hätte gegenübergestellt werden müssen. Bitte bringen Sie Ihre Eventualanträge vorgängig. Ein Antrag auf die 2. Lesung oder ein eigentlicher Rückkommensantrag wäre besser.

Manuel **Brandenberg** glaubt, man solle hier grosszügig sein.

Die **Vorsitzende** ist dafür, dass wir ausnahmsweise trotzdem abstimmen.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, möchte noch sagen, warum dieses «mindestens» drin ist und was die Überlegungen von Regierung und Fachpersonen waren bei der Erarbeitung dieses Gesetz. Die Fachbehörde ist ja eine interdisziplinäre Fachbehörde. Es ist wichtig, dass möglichst viele verschiedene Disziplinen drin. Unter anderem ist es auch wichtig, dass es Personen gibt, die z.B. ein Finanzverständnis haben und Mündel mit grossen Vermögen gut beraten können. Solche Personen müssen nicht zu 100 % angestellt sein. Es reicht ein kleines Pensum. Wenn Sie jetzt aber viele Personen haben mit ganz kleinem Pensum, gibt das wieder mehr Personen. Es ist sachlogisch und zwingend, dass es hier heisst «mindestens vier Personen». Sonst werden die Disziplinen eingeschränkt.

Stefan **Gisler** ist zwar überzeugt, dass der SVP-Antrag abgelehnt wird. Er möchte aber doch darauf beharren, dass wir uns gemäss der Geschäftsordnung verhalten und nicht Hüst-und-Hott-Detailberatungen haben. Vielleicht ist es im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug so üblich. Hier war das bisher nicht so. Stefan Gisler stellt also den Ordnungsantrag, jetzt nicht über diesen Antrag abzustimmen.

➔ Der Rat unterstützt mit 41:24 Stimmen den Ordnungsantrag von Stefan Gisler, wonach nicht über den Antrag von Manuel Brandenberg abgestimmt wird.

§ 45

Manuel **Brandenberg** hält fest, dass die SVP-Fraktion hier zunächst den Hauptantrag stellt, diesen Paragraphen zu streichen. Eine separate Kindesschutzgruppe, deren Aufgaben und Zusammensetzung von der DI geregelt werden können, ist vor dem Hintergrund des Legalitätsprinzips problematisch. Es geht darum, die Grundzüge einer Materie im Gesetz selber zu regeln. Das ist nicht der Fall, wenn die DI einfach eine Verordnung machen und dann regeln kann, was diese Kindesschutzgruppe tut. Das ist rechtstaatlich problematisch, weil das Gesetz nichts darüber aussagt und wir dazu nichts zu sagen haben. Und wir sind ja die Vertreter des Souveräns.
Zudem ist eine solche Kindesschutzgruppe nicht notwendig angesichts dessen, dass die neue Behörde ja eine Fachbehörde ist. Eine separate Kindesschutzgruppe mit weiteren Fachleuten führt zu Doppelspurigkeiten und oft auch zu einer Scheinlegitimation von Entscheiden der in der Sache zuständigen Behörde. Wenn nämlich

diese formell in ihrem Entscheid dann noch festhält, man habe vorgängig auch noch die Kindesschutzgruppe angehört, welche im Übrigen der gleichen Meinung sei wie die in der Hauptsache zuständige Behörde. So wird der eigentlich falsche Eindruck erweckt, dass zwei verschiedene Instanzen zum gleichen Schluss gekommen sind, obwohl es ja eigentlich nicht wirklich der Fall ist. Dies deshalb, weil bei solchen Entscheiden – und das ist die bisherige Regelung – es ja dann so ist, dass in der gleichen Instanz, nämlich in der Kindesschutzgruppe, zum Teil dieselben Personen sitzen wie z.B. im Verein punkto Jugend und Kind. Das ist heute eine Instanz im Kanton Zug, die sehr viele Vormundschaftsaufträge ausführt im Auftrag der Gemeinden. Die gleichen Leute sitzen heute auch in dieser Kindesschutzgruppe und das Sekretariat ist auch bei diesem Verein punkt Jugend und Kind angesiedelt. Das gibt also eine Doppelspurigkeit und eine Pseudolegitimation von zwei Behörden, die eigentlich eine sind. Das sollte verhindert werden. Wir haben ja neu eine Fachbehörde und brauchen diese Kindesschutzgruppe nicht zusätzlich.
Zudem stellen wir folgenden Eventualantrag für einen neuen Abs. 1, sollte der Hauptantrag abgelehnt werden:
«Der Regierungsrat kann eine Kindesschutzgruppe einsetzen oder mittel Vereinbarung Dritte damit beauftragen.»
Der Grund ist derselbe wie vorhin: Politische Legitimation und der Grundsatz, dass die Verordnungskompetenz eigentlich beim Regierungsrat liegt und nicht bei den Direktionen. Der Regierungsrat ist die Exekutive, er soll diese Verordnungen dann auch verabschieden.
Der Eventualantrag zu Abs. 2 lautet:
«Er regelt deren Aufgaben und Zusammensetzung.»
Das ist dann nur noch eine semantische Angelegenheit.

Markus **Jans** hält fest, dass die Kommission den Antrag zur Streichung der Kindesschutzgruppe intensiv beraten hat. Wie Sie aus dem Bericht des Regierungsrats auf S. 23 entnehmen können, wird die Fachstelle punkto Jugend und Kind im Rahmen einer Leistungsvereinbarung verpflichtet, eine Kindesschutzgruppe zu führen. Indes ist das nicht die gesetzliche Grundlage, wie sie der Regierungsrat wünscht. Wir haben die Fachbehörde für den zivilrechtlichen Kindesschutz. Die Kindesschutzgruppe ist anders zusammengesetzt und hat in diesem Sinn keine rechtliche Entscheidungskompetenz. Das ist der Unterschied zwischen der Fachbehörde und der Kindesschutzgruppe. Die Fachbehörde entscheidet rechtlich, die Kindesschutzgruppe berät. Hier sind zusätzliche Personen aus der Strafverfolgung und der Polizei vertreten. Das ist wichtig für ein koordiniertes Vorgehen. Kindesschutzmassnahme und Strafverfolgung, wenn die Kinder Opfer von Straftaten wurden. Die Kindesschutzgruppe ist keine Behörde. Eine Anfrage bei ihr hat keine direkten Auswirkungen auf das Verfahren. Sie gibt Ratschläge, wie aus fachlicher Sicht vorzugehen wäre. Die angefragte Person entscheidet anschliessend selber über die nächsten Verfahrensschritte. Damit ist die Hemmschwelle, um sich an die Kindesschutzgruppe zu wenden, niedrig.
In der Kommission wurden auch Beispiele genannt. Wenn ein Verdacht besteht für einen sexuellen Übergriff, z.B. in einem Schulhaus, und das weitere Vorgehen unklar ist, kann sich die betreffende Person oder der Schulhausleiter an die Kindesschutzgruppe wenden und sich beraten lassen, wie man weiter vorgehen soll.
Einzelne Mitglieder der Kommission monierten, dass die Kindesschutzgruppe eng mit punkto Jugend und Kind verflochten sei. Dies könnte problematisch sein und zu unsachlichen Entscheiden führen. Andere Kommissionsmitglieder erachten die

Niederschwelligkeit der Kindesschutzgruppe und die Behandlung der Anliegen in anonymisierter Form als sehr hilfreich und wichtig. Der Antrag auf Streichung von § 45 wurde von der Kommission mit 9:4 Stimmen abgelehnt. Bitte unterstützen Sie diese Haltung!
Zum Eventualantrag. Wie der Kommissionspräsident bereits bei der Behandlung von § 4 ausführte, hat die Kommission diesen Antrag mit 9:4 abgelehnt. Der Kommission ging es dabei darum, nicht noch weitere Entscheidungsinstanzen in das Gesetz einzubauen. Der Regierungsrat entscheidet auf der Stufe Amtsleiter. Die Arbeitsweise und Zusammensetzung unterer Stufen ist Sache der Direktionen. Der Rat sollte daher nicht in die Kompetenzen des Regierungsrats eingreifen. Zudem ist der Regierungsrat in dieser Sache nicht mehr zuständig. Es ist wichtig, dass das dann auf der Ebene DI entschieden wird. Bitte akzeptieren Sie hier den Entscheid der Kommission.

Hubert **Schuler** glaubt, dass die SVP hier das Kind mit dem Bad ausschütten will. Wie bereits der Kommissionspräsident erklärt hat, geht es um etwas ganz anderes. Eine Kindesschutzgruppe soll ein beratendes Gremium sein. Sie führt ja keine operativen Fälle, wie wir in Baar, wo wir das anders organisiert haben. Es ist ganz wichtig, dass die anonymisierten Anfragen nicht von der Fachbehörde behandelt werden können. Es ist gleich wie bei der Polizei. Wenn man dort nachfragt und einen Namen nennt, gilt das als Anzeige und die Polizei muss handeln. Deshalb ist es ganz wichtig, dass eine Kindesschutzgruppe diese Aufgabe wahrnehmen kann.
Ob das dann der Regierungsrat oder die DI bestimmt, das spielt für die SP-Fraktion keine Rolle. Grundsätzlich könnte es auch die Regierung sein.

Manuel **Brandenberg** möchte nochmals der Klarheit halber festhalten, dass es nicht wirklich zwei Instanzen sind, wovon die eine berät und die andere entscheidet. Die sind jetzt sehr eng miteinander verknüpft. Das ist punkto und diese Kindesschutzgruppe, und das sind zum Teil die gleichen Leute.
Dann wurde auch die Anonymität genannt. Das kann auch problematisch sein. Wir haben nicht nur Fälle bei diesen Instanzen, wo es wirklich um schwere Delikte geht. Es geht sehr oft auch um die Frage, muss man Eltern Kinder wegnehmen, muss man Kinder in ein Heim stecken? Das sind sehr grosse Eingriffe. Und da wird dann jeweils die Vormundschaftsbehörde sagen, um sich besser zu legitimieren: Ja, wir haben auch die Kindesschutzgruppe gefragt und die sage auch, man müsse die Kinder wegnehmen. Dann hat man diese Scheinlegitimation. Sie haben eine Kindesschutzgruppe, die eigentlich gar nichts Unabhängiges ist. Und man macht dann hier eigentlich solche Eingriffe, und dann noch anonym. Wenn man dann als Betroffener die Akten sehen will und fragt, wer diese Kindesschutzgruppe sei und wann sie in welcher Besetzung getagt habe, da gibt es gar nichts. Das ist doch nicht rechtstaatlich. Das ist höchst problematisch. Stellen Sie sich vor, sie wären mal selber von so etwas betroffen.
Noch eine Frage. Warum gibt es diese Kindesschutzgruppe eigentlich schon seit längerer Zeit, wenn wir die gesetzliche Grundlage gar noch nicht haben und erst jetzt schaffen?

Markus **Jans** weiss nicht, wieso es so schwer zu verstehen ist, dass das grundsätzlich zwei verschiedene Instanzen sind. Juristisch gesehen muss die Fachbehörde selbständig entscheiden können. Darum heisst sie ja Fachbehörde. Die Kin-

desschutzgruppe ist in diesem Sinn ein Gremium, wo Fachleute zusammensitzen und sich beraten lassen. Die Kindesschutzbehörde am Kinderspital im Triemli in Zürich entscheidet nicht, sondern gibt Empfehlungen ab an die Vormundschaftsbehörde über teilweise tragische Umstände. Und natürlich muss sich die Fachbehörde beraten lassen von Fachleuten, aber den Entscheid muss sie selbständig fällen können.

Eusebius **Spescha** glaubt, Manuel Brandenberg bringe da verschiedene Sachen etwas durcheinander. Punkto Jugend und Kind ist tatsächlich in verschiedener Form involviert in diese Fragen. Beispielsweise sind sie zuständig oder nehmen Abklärungen im Auftrag der Gemeinden vor und liefern einen Fachbericht zuhanden der Vormundschaftsbehörde, der dann selbstverständlich einbezogen wird in die Überlegungen der Vormundschaftsbehörde. Es wird auch in Zukunft so sein, dass Abklärungen vorgenommen werden müssen durch Fachberatungsstellen oder andere Fachpersonen. Diese Abklärungen müssen dann in den Entscheid einbezogen werden.
Die Kindesschutzgruppe hat einen viel breiteren Auftrag. Da geht es eben auch darum, dass z.B. ein Schulleiter, wenn er irgendwo in einem Schulhaus eine Mitteilung erhält, dass ein Verdachtsmoment vorliegt, mal in dieser Gruppe das zur Diskussion stellen kann, wie korrekterweise vorgegangen werden könnte, damit nicht zu Unrecht irgendwelche Vermutungen breit gestreut werden. Oder dass bei einem berechtigten Verdacht das Richtige eingeleitet wird. Aus der Erfahrung des Votanten im Kindesschutzbereich sind gerade das die anspruchsvollen Situationen. Wenn irgendwo Verdachtssituationen auftreten, sorgfältig, behutsam, aber mit der nötigen Konsequenz die entsprechenden Schritte vorzunehmen. Und in solchen Situationen kann eine beratende Gruppe, die nicht selber verfahrensleitend ist, tatsächlich eine sehr grosse Unterstützung sein für die verschiedensten beteiligten Personen.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern: Warum beantragt die Regierung überhaupt diesen Paragraphen? Denn es ändert eigentlich nichts. Wir haben ja heute bereits diese Gruppe. Aber wir haben keine gesetzliche Grundlage dafür. Diese Kindesschutzgruppe macht wirklich sehr wertvolle Arbeit. Sie ist gewachsen aus dem Bedürfnis von vielen Fachpersonen. Sie ist sicher nicht das einzige Beispiel, wo erst nachher eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird.
Wir haben gehört, wer heute in dieser Kindesschutzgruppe ist: die Staatsanwaltschaft, die Polizei, der Vormundschaftssekretär. Die Leitung hat punkto Jugend und Kind. Es ist eine weitere Mitarbeiterin dabei und je nach Fall ziehen sie eine Kinderpsychologin oder einen Kinderpsychiater bei. Es ist auch für Lehrpersonen wichtig, dass es diese Gruppe gibt. Wenn eine Lehrperson etwas wahrnimmt bei einer Schülerin oder einem Schüler, möchte sie vielleicht nicht einfach sofort die ganze Maschinerie bei der Behörde antreiben. Sie möchte anonymisiert fragen, was sie jetzt konkret machen soll. Wir haben vorhin davon gesprochen, dass man die Behörde nicht unnötig aufblähen möchte. Das ist ein Beispiel dafür, dass sich ratsuchende Lehrpersonen oder Sozialarbeitende zuerst an eine solche Kindesschutzgruppe wenden können für eine erste Beratung. Kindesschutzgruppen werden auch von UNICEF als wegweisendes und fachgerechtes Instrument betrachtet.
Wer entscheidet heute, wer in der Gruppe ist? Heute ist es nicht die Regierung, denn es ist ein sehr fachlicher Entscheid, den bis jetzt punkto getroffen hat. Es gibt eine Leistungsvereinbarung mit punkto, welche sie dazu ermächtigt. Besten Dank

für die Unterstützung des Regierungsantrags, damit wir eine gesetzliche Grundlage haben.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 61 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats zuerst über den Eventualantrag abgestimmt wird. Der obsiegende Antrag wird dann dem Streichungsantrag gegenübergestellt.

➔ Der Eventualantrag der SVP-Fraktion (Kompetenz beim Regierungsrat) wird mit 48:22 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Streichungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 54:16 Stimmen abgelehnt.

§ 46 (neu)

Pirmin **Frei** hat es in seinem Eintretensvotum angedeutet: Wir haben uns heute mit staatspolitischen Grundsatzthemen zu befassen. In § 46 kristallisieren sich diese heraus. Die Regierung schlägt uns ein kantonales Mandatsführungszentrum vor. Sie will damit alle bisherigen Kompetenzen der Gemeinden auf den Kanton übertragen.
Die Gemeinden, die frühzeitig in diese Neuorganisation eingebunden waren, begrüssen ein kantonales Mandatsführungszentrum. Sie hätten damit im Bereich Erwachsenen- und Kindesschutz keine oder nur noch minimalste Kompetenzen. Nur böse Zungen behaupten, die Gemeinden witterten hier eine Chance, ein teilweise doch sehr schwieriges und aufwändiges Dossier elegant an den Kanton delegieren zu können. Tatsache ist, dass bei einer kantonalen Lösung erhebliche Mehrkosten auf den Kanton zukommen würden, denen – mindestens im Moment – keine Kostenentlastungen entgegenstehen.
Die von der Regierung geltend gemachten Gründe für ein kantonales Mandatsführungszentrum sind durchaus nachvollziehbar, aber sie sind aus Sicht des Votanten und der Mehrheit der CVP nicht stichhaltig genug.
Beim Erwachsenen- und Kindesschutz geht es um persönliche Hilfeleistungen. Der Fächer möglicher Hilfeleistungen ist breit, und in den allermeisten Fällen ist die Unterstützung auch völlig unproblematisch, namentlich dann, wenn die Familie dem Betroffenen zur Seite stehen kann. Erst wenn dies nicht (oder nicht mehr) möglich ist, soll der Staat eingreifen. Dieser Grundsatz der Subsidiarität ist ein Kernelement unseres Staatswesens. Subsidiarität heisst nun allerdings nicht, dass irgendein staatliches Organ handeln soll, sondern stets die tiefstmögliche Organisationseinheit. Damit sind wir beim Grundsatz des Föderalismus, der ebenfalls zu den Kernelementen unseres Staatswesens zählt. In Staatsaufbau unseres Kantons sind dies die Gemeinden. Und sie geniessen und beanspruchen die Gemeindeautonomie. Da hätten wir den dritten staatspolitischen Grundsatz. Allein dies schliesst ein kantonales Mandatsführungszentrum nicht aus. Ein solches wäre nur dann vorzusehen, wenn es triftige Gründe gegen eine gemeindliche Lösung geben würde. Dies ist nicht der Fall – im Gegenteil.
Die Fachbehörde kann aufgrund ihres Auftrages nämlich entscheiden und die Mandatsführenden instruieren, beraten und beaufsichtigen ohne Kenntnisse der lokalen Verhältnisse. Bei der Mandatsführung ist der lokale Bezug jedoch hilfreich. Je besser ein Beistand das Umfeld der betroffenen Person, aber auch die kommunalen Verhältnisse (die Leute der Gemeindeverwaltung, der lokalen Dienstleistungserbringer etc.) kennt, desto effizienter kann er Hilfe leisten. Andererseits können die lokalen Behörden aufgrund der kurzen Wege den Beiständen rasch und

pragmatisch Auskunft erteilen. Diese kennen auch am besten die Personen, welche für private Verbeiständungen in Frage kommen. Solche wiederum schätzen erfahrungsgemäss die Nähe zu den Behörden und lassen sich nicht zuletzt dadurch motivieren, private Mandate zu übernehmen, weil sie nur kurze Wege zu gehen haben.
Aus besonderen Lagen (nach Umweltereignissen oder grossen Unglücksfällen) hat sich eine Erkenntnis entwickelt, ohne die Krisenorganisationen, die mit anderen Organisation zusammenarbeiten müssen, nicht auskommen: «KKK – In Krisen Köpfe kennen». Von diesem Erfahrungswert sollten wir uns auch im Erwachsenen- und Kindesschutz leiten lassen.
Zu Recht macht die Regierung geltend, dass es auch bei der Mandatsführung eine kritische Zahl gibt, die es braucht, damit sich eine Praxis entwickeln kann. Analog lässt sich sagen, dass ein Beistand die lokalen Verhältnisse so gut kennen muss, dass sich daraus persönliche Kontakte bilden können. Dies ist bei einem kantonalen Mandatsführungszentrum mit einer Vielzahl zentral geführter Berufsbeistände mindestens in Frage zu stellen. Negative Folge davon wäre grösserer Aufwand, etwa mit der Suche von zuständigen Personen in den Gemeinden, und entsprechend höhere Kosten. Was als effiziente, kostengünstige Lösung angepriesen wird, könnte sich rasch als das Gegenteil erweisen. Namentlich dann, wenn plötzlich die Zahl der privaten Beistände – diese sind bekanntlich die günstigsten Art der Verbeiständung – sinken würde. Die Gemeinden hätten ja gar kein Interesse mehr, private Beistände zu suchen.
Es wird immer wieder geltend gemacht, dass institutionelle Nähe ein Vorteil sei. Sie kann aber auch rasch institutionelle Verbandelung bedeuten. Es ist nicht entscheidend, ob es diese gibt, sondern ob sie von den Betroffenen als solche wahrgenommen wird. Verbeiständete stünden bei einer kantonalen Lösung wahrnehmbar einer einzigen Institution gegenüber. Dies kann abschreckend wirken. Der Hinweis auf den Rechtsweg ist nicht wirklich tröstlich, nicht für Bürger uns insbesondere nicht für Verbeiständete.
Die Mandatsführungskompetenz bei den Gemeinden zu belassen, darf nicht eingeschränkt werden. Die Gemeinden (Einwohner- *und* Bürgergemeinden) sollen sich zusammenschliessen können; sie tun dies denn auch schon, und das ist gut so. Subsidiarität, Föderalismus, Gemeindeautonomie, aber auch Bürgernähe sprechen für gemeindliche Mandatsführungszentren. Die CVP unterstützt mehrheitlich den Antrag der vorberatenden Kommission.

Markus **Jans** ist der Ansicht, dass er als Kommissionspräsident zuerst hätte sprechen müssen, da es sich um einen Kommissionsantrag handelt.
Die Kommission hat natürlich das Votum von Pirmin Frei sozusagen schon einmal gehört. Wie sich der Votant schon beim Eintretensvotum gesagt hat, hat sich die Kommission nach intensiver Diskussion dafür entschieden, die Mandatsführungszentren bei den Gemeinden zu belassen. Wie er nun feststellt, haben einzelne Kommissionsmitglieder einen gehörigen Wandel durchgemacht, was natürlich ihr gutes Recht ist. Markus Jans ist sich aber nicht mehr so sicher, ob die Kommission zum heutigen Zeitpunkt nochmals zum gleichen Ergebnis kommen würde. Nichtsdestotrotz wird er aber selbstverständlich die gefasst Kommissionsmeinung vertreten.
In der Kommission wurde moniert, dass es nicht angehe, dass sich die Gemeinden bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit auf die Gemeindeautonomie berufen, um sich bei der «erstbesten» finanziellen Gelegenheit dem Kanton um den Hals zu werfen. Die Gemeinden sollten weiterhin aufgrund ihrer Nähe zu den

Bürgerinnen und Bürgern sich zumindest im einen Bereich des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts beteiligen und nicht gänzlich aus ihrer Pflicht entlassen werden. Insbesondere soll aber damit erreicht werden, dass sich die Gemeinden auch weiterhin um die privaten Mandatsträgerinnen und -träger kümmern. Werden sie aus ihrer Pflicht entlassen, ist dies nur noch eine Aufgabe des Kantons, was sich umgehend mit Kosten auswirken wird. Zudem haben die Gemeinden weiterhin sämtliche Kosten der Entscheide durch die Fachbehörde zu tragen. Damit brauchen sie dieses Know-how, um zumindest in einem kleinen Bereich des Vormundschaftsrechts tätig zu bleiben. Die Kommission hat ganz bewusst darauf verzichtet, die Anzahl der Mandatsführungszentren im Gesetz zu nennen. Pirmin Frei hat gesagt, weshalb. Damit sollten insbesondere auch die Bürgergemeinden weiterhin in der Pflicht stehen, eigene Mandatsträger zu bezeichnen. Aufgrund der grossen Zahl von möglichen Mandatsführungszentren setzte sich in der Kommission die Empfehlung durch, die Mandatsführung auf maximal zwei bis drei Zentren zu beschränken.

Gregor **Kupper** glaubt, dass Abs. 1 unbestritten ist; er wird deshalb lediglich zur Variante der Kommission von Abs. 2 bis Abs. 4 sprechen. – Die Stawiko hat die Sache eingehend beraten, der Votant hat in der Eintretensdebatte die Gründe genannt, die für die Variante Kanton sprechen. Wir haben aber aufgrund dieser Variante diesen Abs. 2 neu formuliert. Sie finden die Formulierung auf S. 4 des Stawiko-Berichts.
Wir haben bewusst die Privatpersonen in den Vordergrund gerückt. Das ist weder im ersten Antrag der Regierung noch im Kommissionsantrag so zum Ausdruck gekommen. Weil wir der Meinung sind, dass es aus Nähe zum Klienten, aber auch aus finanziellen Überlegungen wichtig ist, dass die Fachbehörde primär versucht, solche Mandate bei Privatpersonen zu deponieren und erst anschliessend eine Lösung mit dem Mandatsführungszentrum ins Auge fasst. Gregor Kupper beantragt im Namen der Stawiko, unserer Formulierung zuzustimmen.

Hubert **Schuler** ist erstaunt, wie Pirmin Frei je nachdem, wie es ihm passt, eine unterschiedliche Definition macht. Das heutige System wird über den Klee gelobt, die Nähe zwischen den Vormundschaftsbehörden und denjenigen, welche die Mandate führen. Neu soll das einfach schlecht sein. Weil dann eine Kumulierung stattfinden kann usw. Der Bürgerrat bestimmt einen Vormund oder einen Beistand, die kennen sich untereinander, da ist das Klüngeltum ganz sicher auch vorhanden. Ob dann die Auskunft oder die kurzen Weg wirklich immer das Sinnvollste sind für die betroffene Person, möchte der Votant in Frage stellen.
Hubert Schuler stellt einen Eventualantrag, falls der Antrag der Stawiko nicht angenommen würde. Damit hat er auch gesagt, dass die SP für den Stawiko-Antrag ist. Wir beantragen, dass Abs. 2 wie folgt abgeändert wird:
« …, sowie ein oder *Maximum drei* Mandatsführungszentren zu bilden.»

Esther **Haas** erinnert daran, dass Eugen Meienberg in der Eintretensdebatte seine Befürchtung äusserte, dass weiter Verschiebungen zu den Gemeinden stattfinden. Es ist ja auch schon in die Gegenrichtung gegangen. Entscheidend scheint der Votantin doch, dass die Sachlage eine solche Aufgabenverschiebung erfordert. Und dies ist hier der Fall. Der Vorschlag der Regierung nimmt das Bundesrecht auf und präsentiert uns eine massgeschneiderte Lösung.

Pirmin Frei hat vorhin erwähnt, dass die Zahl der Beistände abnehmen wird. Allerdings konnte er nach Dafürhalten von Esther Haas nicht belegen, weshalb dies so sein soll.
Zu den Grundlagen des Föderalismus gehört auch, die Haltung von Gemeinden zu respektieren. Alle involvierten Gremien, die Gesamtregierung, die Einwohnergemeinden, die Bürgergemeinden und jetzt auch die Stawiko stellen sich hinter die Vorlage. Auch wir stimmen hier der Fassung der Stawiko zu. Wir sind also für die Zuweisung der Mandatsführung an den Kanton. Einzig die vorberatende Kommission konnte sich in ihrer Mehrheit nicht dazu durchringen. Wir Alternative sind uns ja gewohnt mit Oppositionspolitik. Aber wenn eine so erdrückende Mehrheit an Gremien etwas befürwortet, muss doch etwas dahinter sein. Stimmen Sie deshalb der Formulierung der Stawiko zu!

Heini **Schmid** glaubt, dass die Kantonsräte hauptsächlich zu zwei Sachen zu schauen haben: Einerseits, dass die Kosten im Lot bleiben, anderseits, dass die Rechte unserer Bevölkerung gewahrt bleiben. Im konkreten Fall werden die Gemeinden zwar entlastet nach dem Vorschlag der Regierung von den Personalkosten. Aber die Kosten der eigentlichen Mandatsführung, die dann anfallen, wenn jemand in eine Klinik geschickt wird, bezahlt ja weiterhin die Gemeinde. Das grosse Problem besteht nun, wenn alles zentralisiert wird, dass die Gemeinden kein Know-how mehr haben in diesem Bereich. Die zentrale Behörde (Erwachsenenschutzstelle) beschliesst diese Massnahmen. Das Mandat wird geführt durch das kantonale Mandatszentrum. Bezahlen kann es dann die Gemeinde. Beurteilen, ob dann die vierte Entzugstherapie immer noch sinnvoll ist, kann sie ja nicht mehr. Sie hat null Know-how. Darum ist es sehr kurzfristig gedacht, wenn die Gemeinden das Gefühl haben, sie würden hier wesentlich entlastet. Und es muss uns doch schon zu denken geben, wenn die Linke so freudig zentralisiert. Der Votant glaubt auch, dass es auch schwierige Fälle gab, wo die Gemeinden gesagt haben: Das ist uns zu teuer. Das konnten sie bisher, weil sie ja gleichzeitig mandatsführend entscheiden als Gemeinderat. Es ist gut, dass das heute die Erwachsenenschutzbehörde macht. Da gab es früher Missbräuche. Aber irgendwo sollte doch dann die Gemeinde, die schlussendlich bezahlen muss, noch das Know-how haben und eine gewisse Mitsprache und sagen: Hallo, sind wir hier nicht im Überborden?
Sie müssen sich ja keine Illusionen machen. Wenn der mandatsführende Berufsbeistand angestellt ist bei der Fachbehörde, wird er es sich dreimal überlegen, ob er der entscheidenden Instanz, dem Richter, sagt: Hallo, jetzt müssen wir mal was ändern. Ist er bei der Gemeinde angestellt, kann diese Behörde ihm aber sicher nicht die Anstellung entziehen. Kommt dazu, dass wir ja jetzt schon nicht nur beim Kanton Angestellte oder Mandatsführende haben. Punkto Jugend und Kind, die ja viele Mandate führen, ist nicht beim Kanton angestellt. Soviel zu Effizienzgewinnen usw. Es geht ja nur darum, wer das macht. Und wenn wir drei Mandatszentren analog zur Zivilgesetzgebung haben, ist das doch absolut effizient. Es sagt niemand, die Zivilstandsämter seien nicht mehr bürgernah. Es wäre doch eine ideale Lösung. Aber ganz wichtig ist Heini Schmid, der hier seine Interessenbindung offen legt (er führt selber solche Beistandschaften bei komplizierten Liegenschaftsfällen), dass die Verbeiständeten insbesondere in Fällen, wo es gegen den Willen der Betroffenen passiert, eine zweite Chance bekommen, eine zweite Zuständigkeit. Stellen Sie sich vor, Sie bekommen einen Amtsvormund oder einen Amtsbeistand von der gleichen Behörde, die das veranlasst hat, aufs Auge gedrückt. Für diesen Beistand ist es unheimlich schwierig, ein Vertrauensverhältnis mit dieser Person aufzubauen. Denn der, der gegen seinen Willen verbeiständet wurde, sagt: «Der ist ja ange-

stellt bei dem, der den Entscheid getroffen hat.» Das ist heute leider der Fall, denn die Leute sind ja bei der Gemeinde angestellt. Und das neue Recht würde jetzt genau die Chance ermöglichen, dass diese Fälle nicht mehr so vorkommen. Packen wir die Chance, dass wir wirklich unabhängige Beistände haben, die eine Zweitmeinung abgeben und auch mal einen Antrag bei der Fachbehörde stellen können.
Eusebius Spescha hat vorhin die Fälle geschildert, bei denen Behörden einfach etwas durchgezogen haben. Genau dann besteht das Problem, wenn nur noch eine Behörde zuständig ist. In Zukunft muss man ja dann ans Verwaltungsgericht gehen. Die Hürde ist dann sehr gross, weiter zu gehen. Die Gemeinderäte haben gar nichts mehr zu sagen. Darum ist Heini Schmid der Meinung, zum Schutz gerade der Verbeiständeten sei es absolut zentral, dass Mandate nicht von dieser Institution geführt werden.

Hubert **Schuler** ist der Meinung, dass Heini Schmid hier ein wenig aufmischt. Wenn die Gemeinden das Mandatsführungszentrum führen, ist die fachliche Zuständigkeit trotzdem bei der Fachbehörde und nicht bei der Gemeinde. Diese Trennung, die Heini Schmid jetzt dargestellt hat, findet sowieso nicht mehr statt. Denn die Gemeinden sind nur noch für die administrativen Belange zuständig. Sie bezahlen das Büro, die Arbeitszeit und den Pausenkaffee, mehr nicht. Und dann hat Heini Schmid gesagt, dass es für die Leute anders werden soll. Das ist auch nicht so, sondern es wird von den Behörden entschieden. Eine Platzierung z.B. geht gar nicht, denn dort gibt es keine fürsorgerischen Freiheitsentzüge. Zum Beispiel eine Platzierung im Murimoos. Das bezahlt jetzt schon der Kanton. Das sind nicht die Gemeinden, die bezahlen. Und da meint Heini Schmid, es gebe keine Kontrolle mehr. Der Votant erwartet selbstverständlich von einem Berufsbeistand, dass wenn z.B. eine sozialpädagogische Familienbegleitung eingeleitet werden soll, welche die Gemeinden bezahlen, dass sie dann an die professionellen Sozialdienste der Gemeinde gelangen und dort ein Kostengutsprachegesuch stellen. Und dann wird geschaut: Ist es richtig, dass das bezahlt ist, ist das die richtige Massnahme? Die fachliche Beurteilung von weiterführenden Massnahmen ausser Heimplatzierung besteht sehr wohl. Die Gemeinde muss nicht einfach ungesehen bezahlen. Und alle Platzierungen bezahlt, wenn es eine Schulplatzierung ist, entweder die Gemeinde zur Hälfte und der Kanton die Hälfte, ist es eine Platzierung ohne Schule, bezahlt die DI, also der Kanton zu 100 %.

Stefan **Gisler** ist erstaunt, wenn Heini Schmid jetzt sagt, dass sei ein linkes Zentralisierungsprojekt. Die Bürgergemeinden und die Einwohnergemeinden sind doch stockbürgerlich. Er unterstellt den Gemeinden auch, sie würden die langfristigen Auswirkungen nicht abschätzen können und leichtfertig die Mandatsführung abgeben. Ein solches Misstrauensvotum gegenüber den Exekutiven und den Bürgerräten erstaunt den Votanten und kommt fast schon einer Bevormundung gleich. Er plädiert wirklich dafür, dass wir als Kantonsräte unseren Gemeinden zuhören und diese hier auch vertreten und die Mandatsführung zum Kanton geben.

Arthur **Walker** spricht zu Abs. 4. Die Stawiko hat ja in ihrem Antrag ins Zentrum gestellt, dass die Privatpersonen und die Fachstellen vor den eigentlichen Berufsbeiständen den Vorrang haben sollten. Er stellt den Antrag, falls der Antrag der Kommission durchkommt, der Abs. 4 wie folgt formuliert werden soll:

«Die Berufsbeistände der Gemeinden übernehmen die Betreuungs- und Verwaltungsmandate, welche die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde nicht einer geeigneten Privatperson oder einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter einer Fachstelle übertragen kann.»
Das Privileg ist dann bei den Privatpersonen.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, fragt, wie es heute ist. Wir haben rund 1'000 Mandate zu führen in diesem Kanton, pro Jahr etwa 250 neue. Davon werden 400 Mandate von Privaten geführt. Die Regierung und die Stawiko möchte diese weiterhin bei den Privaten lassen. Rund 157 werden heute von Fachstellen wie punkto Jugend und Kind und Pro Senectute geführt. Rund 400 geben die Gemeinden in Auftrag. Das heisst, aber nicht, dass diese in den Gemeinden geführt werden. Wir haben es gehört: Steinhausen gibt es nach Sursee, Neuheim hat eine Person aus Kriens angestellt. Auch andere Gemeinden wie z.B. die Stadt Zug hat Mitarbeitende aus der Stadt Zürich. Diese Gemeindenähe ist bereits heute zu einem grossen Teil nicht vorhanden. Es gab einmal ein Mandatsführungszentrum im Berg. Das musste aufgelöst werden. Es konnte keine geeignete Mitarbeiterin oder ein geeigneter Mitarbeiter gefunden werden. Es ist schwierig, diese Aufgaben alleine vorzunehmen. Die Personen, die so verantwortungsvolle Aufgaben wahrnehmen, möchten in einem Team arbeiten. Das ist die heutige Situation.
Die Regierung und die Stawiko möchte die Privaten bei den Privaten belassen, dort wo geeignete Fachstellen sind, sie ihnen geben und für die übrigen schätzungsweise rund 400 Mandate von den total 1'000 bei einem kantonalen Mandatsführungszentrum haben – bei einem Zentrum. Es sind nicht sehr viele mandatsführende Personen, rund fünf oder sechs. Das Wichtigste bei der Zuteilung der mandatsführenden Person ist es, dass die beiden Personen sich gut verstehen. Nur so kann die Arbeit gut gemacht werden. Und deshalb braucht eine gewisse Auswahl von Personen dazu.
Sie haben vor eineinhalb Stunden entschieden, dass die Behörde beim Kanton angesiedelt wird. Die kantonale Behörde entscheidet, welche Person das Mandat führt, nicht die Gemeinde. Die kantonale Behörde sagt: Frau XY wird privat vergeben, hier an eine Fachstelle, hier finden wir niemanden Geeigneten, das macht das kantonale Mandatsführungszentrum. Die kantonale Behörde instruiert auch und sagt massgeschneidert, was zu machen ist. Vielleicht auch unter Jahr wird die Massschneidung anders vorgenommen. Die Rechenschaftsberichte Ende Jahr müssen alle zur kantonalen Fachbehörde und nicht mehr zu den Gemeinden. Auch die privaten Mandatsführenden müssen ihre Rechenschaftsberichte der kantonalen Behörde abgeben. Der Bezug zur Gemeinde ist also nicht mehr da. Wenn Sie jetzt trotz all dem die Einwohnergemeinden und die Bürgergemeinden verpflichten möchten, einen Zweckverband zu gründen bis zum nächsten Sommer, müssen sich 22 Behörden finden. Die Kommission lässt es offen, ob es dann 22 Mandatsführungszentren gibt. Die Gemeinde XY hat dann vielleicht 10 Stellenprozente, die nächste 20. Wir haben gehört, dass noch ein Antrag kommt, dass es maximal drei Zentren gibt oder allenfalls sogar nur eines. Dann ist aber eigentlich der Unterschied zum kantonalen Mandatsführungszentrum keiner mehr.
Wenn Sie die Gemeinden zu einem Zweckverband zwingen wollen, heisst das, dass die Mandatsführungszentren nur noch rein administrativ den Gemeinden unterstellt sind. Da geht es wirklich darum, dass die Gemeinden dann nur noch sagen können: Diese Büros habt Ihr zur Verfügung, diese PCs, diese Software. Alles andere hat die Gemeinde nicht mehr zu bestimmen. Die fachliche Unterstellung ist beim Kanton bei dieser kantonalen Behörde.

Noch etwas zu den Kosten. Es wurde bereits gesagt. Was Heini Schmid gesagt hat, ist wirklich falsch. Der Kanton bezahlt die Heimkosten. Wir haben erst kürzlich sogar die Kosten im Zusammenhang mit Strafvollzug bei Jugendlichen übernommen, auch diese Heime zahlt neu zu 100 % der Kanton. Da gibt es also keine Kostenverlagerungen. Und wir müssen auch etwas über den Gartenhag hinweg schauen. Wir haben noch andere Geschäfte, wo der Kanton entlastet wird und die Gemeinden belastet werden, z.B. die Kantonsstrassen. Da ist zurzeit in Diskussion, die Gemeinden mit 3,5 Millionen mehr zu belasten. Wir haben die Langzeitpflege, die nichteinbringbaren Krankenkassenprämien. Da wurden die Gemeinden stärker belastet. Wenn man also das Ganze anschaut, gibt es schon ein anderes Bild.
Regierung, Stawiko, Einwohnergemeinden und Bürgergemeinden bitten Sie wirklich, Behörde und Mandatsführung zusammen zu lassen. Es ist die schlankste und kostengünstigste Organisationsform. Ansonsten erhält der Kanton mehr Kosten für die Schnittstellen zwischen 0,3 und 0,7 Millionen. Und es ist wirklich auch für die Betroffenen die sinnvollste Lösung. Bitte folgend Sie deshalb dem Antrag von Regierung und Stawiko.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass wir nicht nur die beiden Anträge, jener der Kommission und jener von Regierung und Stawiko haben. Dazu kommen weitere zwei Anträge, der Antrag von Arthur Walker und der Eventualantrag der SP. Unser Staatsrechtler und Landschreiber sagt Ihnen jetzt, wie diese Abstimmung läuft.

Landschreiber Tobias **Moser** hält fest, dass wie folgt vorgegangen wird. Bei § 46 Abs. 2 haben wir zwei Grundkonzeptionen, eine kantonale und eine kommunale Lösung. In einem ersten Durchgang bereinigen wir die Vorschläge und Anträge zur kantonalen Lösung, in einem zweiten jene zur kommunalen Lösung. Nachher haben wir je eine bereinigte Lösung kantonal und kommunal, die wir dann im dritten Schritt einander gegenüberstellen.
Bei der kantonalen Lösung haben wir den Antrag der Regierung. Der hat sich quasi pulversiert durch den Antrag der Stawiko zur kantonalen Lösung, den die Regierung unterstützt. Diesen Antrag stellen wir dem Antrag der SP-Fraktion gegenüber, die sagt, es soll eines bis maximal drei solche Mandatsführungszentren geben.

Hubert **Schuler** weist darauf hin, dass sich der SP-Antrag auf die kommunale Lösung bezieht.

Tobias **Moser** hält fest, dass in diesem Fall zuerst der Kommissionsantrag dem Antrag der SP-Fraktion gegenübergestellt wird.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion zu § 46 Abs. 2 wird mit 45:20 Stimmen abgelehnt.

Tobias **Moser** hält fest, dass zu Abs. 3 der gemeindlichen Lösung keine Anträge haben. Zu Abs. 4 liegt ein Antrag von Arthur Walker vor.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, hält fest, dass die Regierung den Rat bittet, dem Antrag der Stawiko zu folgen, und zwar aus folgenden Überlegungen. Wir sollten zuerst schauen, ob Privatpersonen gefunden werden können. Bei Fachstellen oder kantonalen Mandatsführungszentren wissen wir heute noch nicht, was die Fachstellen pro mandatsführende Person verlangen. Wir haben heute die Situation, dass z.B. punkto verschiedene Stufen hat für Mandatsführung und die Gemeinden einen relativ hohen Sockelbeitrag bezahlen. Wenn man das umrech-

net, was aber schwierig ist und mit Vorbehalten zu geniessen ist, ist heute gemäss Vorlage der Regierung eine Mandatsführung beim kantonalen Mandatsführungszentrum günstiger. Es ist aber wirklich mit Vorbehalt zu geniessen. Denn die Verhandlungen mit punkto und den anderen Fachstellen ist noch nicht geführt worden. Wir wissen schlussendlich auch noch nicht genau, was das kantonale Mandatsführungszentrum kostet, wenn man Telefonie, PC, Rahmenkosten etc. aufteilt. Die Direktorin des Innern möchte einfach davor warnen, jetzt eine Hierarchie reinzubringen, wenn man die Kosten noch nicht kennt. Regierung und Stawiko sind sich wirklich einig, dass die Kosten bei der privaten Mandatsführung eindeutig viel günstiger sind. Aber nachher soll wirklich geschaut werden, was das Beste ist für die Person, die Unterstützung braucht. Ist das punkto, Pro Senectute oder das kantonale Mandatsführungszentrum? Welche Person passt am besten zur Person?

Tobias **Moser** hält fest, dass wir immer noch bei der Bereinigung der gemeindlichen Lösung sind. Wir stellen den Antrag der Kommission dem Antrag von Arthur Walker gegenüber. Wenn wir die gemeindliche Lösung haben, stellen wir diese der kantonalen Variante gegenüber.

Eusebius **Spescha** hat eine Rückfrage an Arthur Walker. Wenn er ihn richtig verstanden hat, ging es ihm darum, dass wenn die gemeindliche Lösung kommt, eine ähnliche oder die gleiche Hierarchie geschaffen wird wie bei der Stawiko-Variante der kantonalen Lösung. Dann müsste man aber diesen Satz etwas anders formulieren. Korrekterweise müsste es heissen: «…, welche die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde nicht einer geeigneten Privatperson übertragen kann, werden der Fachstelle oder der Erwachsenenschutzbehörde übertragen.» Das war wahrscheinlich das Anliegen von Arthur Walker. Wenn das so ist, geht der Votant davon aus, dass der Rat bei der gemeindlichen Lösung dieselbe Hierarchie übernehmen will wie bei der Stawiko-Variante. Dann könnten wir uns möglicherweise einfach darauf beschränken, diesen Satz einfach korrekt zu formulieren und wir müssten gar nicht darüber abstimmen. Denn inhaltlich ist es das gleiche Anliegen. Es geht darum, egal ob kantonal oder gemeindlich: Zuerst sollen Privatpersonen in Frage kommen und wenn nicht, soll das entweder der Fachstelle oder der Mandatsbehörde zugewiesen werden.

Die **Vorsitzende** ist der Ansicht, dass man sich für solche Anträge schon vor der Sitzung vorbereiten sollte. Wir haben jetzt einen schriftlichen Antrag von Arthur Walker und sie möchte jetzt über diesen Antrag abstimmen und nicht noch einmal Eventualitäten einbeziehen.

➔ Der Antrag von Arthur Walker zu § 46 Abs. 4 wird mit 52:13 Stimmen angenommen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass nun der Antrag von Stawiko und Regierung dem Kommissionsantrag gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat schliesst sich mit 40:25 dem bereinigten Antrag von Stawiko und Regierung und somit der kantonalen Lösung an.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrates

19. Sitzung: Donnerstag, 27. Oktober 2011
(Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.00 – 17.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

256 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 70 Mitgliedern.

Abwesend sind: Manuel Brandenberg, Irène Castell-Bachmann und Eusebius Spescha, alle Zug; Martin B. Lehmann, Unterägeri; Daniel Abt, Baar; Andreas Hürlimann und Beda Schlumpf, beide Steinhausen; Kurt Balmer, Dominik Lehner und Hanni Schriber-Neiger, alle Risch.

257 Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1) (Umsetzung der ZGB Revision vom 19. Dezember 2008 [Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht] im Kanton Zug)

Traktandum 7 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2036.1 – 13731), der Kommission (Nr. 2036.3 – 13874) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2036.4 – 13875).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 255)

§ 47 (neu) Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier der Regierungsrat eine Entschädigungspflicht zulasten des Kantons beantragt. Die Stawiko schliesst sich diesem Antrag an. Die vorberatende Kommission favorisiert auch hier eine gemeindliche Lösung.

Markus **Jans** hat mit den Kommissionsmitgliedern nicht darüber gesprochen. Aber wir hatten diesen Absatz zusätzlich eingefügt, sofern die Mandatsführung auf Gemeindeebene geschieht. Jetzt haben wir das aber auf Kantonsebene, deshalb schliesst sich die Kommission selbstverständlich dem Antrag an, dass die Kosten vom Kanton zu tragen sind. Wir ziehen unseren Antrag also zurück.

§ 55 (neu)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier sowohl die vorberatende Kommission wie auch die Stawiko eine redaktionelle Änderung vorschlagen. Die Verweisung auf das «Gesetz über die Verantwortlichkeit der Gemeinwesen, Behördemitglieder und Beamten» soll mit der Kurzbezeichnung erfolgen. Im Gesetz soll also nur auf das Verantwortlichkeitsgesetz verwiesen werden. Die Anpassung ist gesetzestechnisch sinnvoll. Der Regierungsrat opponiert nicht.

➔ Der Rat ist mit der redaktionellen Änderung einverstanden.

§ 57 (neu)

Thomas **Aeschi** stellt in Vertretung von Manuel Brandenberg im Namen der SVP-Fraktion folgenden Hauptantrag und einen anschliessenden Eventualantrag. Der Hauptantrag lautet:
«Für Amtshandlungen im Kindes- und Erwachsenenschutz werden keine Gebühren erhoben.»
Der Eventualantrag wäre:
Abs. 2 würde neu zu Abs. 1. Und der neue Abs. 2 würde lauten:
«Im Erwachsenenschutz können nur in begründeten Fällen Kosten erhoben werden. Diese richten sich nach dem Gebührengesetz und nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz.»
Begründung: Die SVP ist der Meinung, dass diese Kosten bereits über die Steuern abgegolten sind, die wir alle als Bürger zahlen, und dass diesbezüglich keine zusätzlichen Gebühren erhoben werden müssen.

Markus **Jans** hält fest, dass die Kommission diesen Paragraphen nicht diskutiert und damit stillschweigend dem Antrag des Regierungsrats zugestimmt hat. Aus diesem Grund kann der Kommissionspräsident dazu keine weitere Meinung abgeben.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern: Wahrscheinlich winkt hier bereits die kommende Abstimmung über das Gebührengesetz. Es bestehen keine sachlichen Gründe, auf Gebühren zu verzichten. Es werden auch heute im Bereich der Erwachsenen Gebühren erhoben. Die Regierung bittet Sie, dem Antrag von Regierung und Stawiko zu folgen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass hier wie folgt vorgegangen wird. Gemäss § 61 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats führen wir drei Abstimmungen durch. Zuerst bereinigen je in einer separaten Abstimmung die Abs. 1 und 2 von § 57 und bringen so vorab die beiden Eventualanträge zur Abstimmung. Es ist davon auszugehen, dass § 57 beim Obsiegen beider Eventualanträge in der bereinigten Fassung keinen Abs. 3 mehr hat, also Konsumation der Bestimmungen in Abs. 3 durch die allenfalls neu formulierten Abs. 1 und 2. Die so bereinigte Fassung von § 57 stellen wir dem Hauptantrag auf Kostenlosigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutz gegenüber.

➔ Der Eventualantrag der SVP-Fraktion zu Abs. 1 wird mit 40:21 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Eventualantrag der SVP-Fraktion zu Abs. 2 wird mit 41:17 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stellt sich mit 44:18 Stimmen hinter den bereinigten Regierungsantrag und lehnt somit den Hauptantrag der SVP-Fraktion ab.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2036.5 – 13919 enthalten.

258 Motion von Martin Pfister, Martin. B. Lehmann, Anna Lustenberger-Seitz, Moritz Schmid und Daniel Stadlin betreffend Übernahme von Kosten der Zugerland Verkehrsbetriebe ZVB bei Grossanlässen

Traktandum 2 – Anna **Lustenberger-Seitz** und Martin **Pfister**, beide Baar; Martin B. **Lehmann**, Unterägeri; Moritz **Schmid**, Walchwil und Daniel **Stadlin**, Zug, haben am 29. September 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2087.1 – 13907 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

259 Motion von Arthur Walker und Dominik Lehner betreffend Änderung der Schulgesetzgebung «die Sekundarstufe 1 als gemeindliche Schule» «die kantonalen Gymnasien als Schulen der Sekundarstufe 2»

Traktandum 2 – Arthur **Walker**, Unterägeri, und Dominik **Lehner**, Risch, haben am 10. Oktober 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2081.1 – 13898 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

260 Interpellation von Moritz Schmid betreffend Konkordate

Traktandum 2 – Moritz **Schmid**, Walchwil, hat am 22. September 2011 die in der Vorlage Nr. 2079.1 – 13890 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

261 Interpellation von Hubert Schuler, Karin Andenmatten und Thomas Villiger betreffend Kanton Zug als Teststrecken für die Erdverlegung der Hochspannungsübertragerleitung

Traktandum 2 – Huber **Schuler**, Karin **Andenmatten** und Thomas **Villiger**, alle Hünenberg, sowie zwei Mitunterzeichnerinnen und ein Mitunterzeichner haben am 29. September 2011 die in der Vorlage Nr. 2084.1 – 13904 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat neun Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

262 Interpellation von Karin Andenmatten und Anna Bieri betreffend Schülerzahlen im kgm Menzingen

Traktandum 2 – Karin **Andenmatten** und Anna **Bieri**, beide Hünenberg, sowie 17 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 13. Oktober 2011 die in der Vorlage Nr. 2085.1 – 13905 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

263 Interpellation von Andreas Hürlimann und Stefan Gisler betreffend Sozial- und Lohndumping im Kanton Zug

Traktandum 2 – Andreas **Hürlimann**, Steinhausen, und Stefan **Gisler**, Zug, haben am 13. Oktober 2011 die in der Vorlage Nr. 2086.1 – 13906 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

264 Petition der Eigentümergemeinschaft Rankhof betreffend Stilllegen der Haltestellen Rankhof & Kollermühle und die geplante neue Linienführung der Buslinie 4

Traktandum 2 – Die **Eigentümergemeinschaft Rankhof** hat am 15. Oktober 2011 eine Petition eingereicht betreffen Stilllegen der Haltestellen Rankhof & Kollermühle und die geplante neue Linienführung der Buslinie 4.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Petition direkt an die Kommission für den öffentlichen Verkehr überwiesen wurde. Die Präsidenten der Justizprüfungskommission und der Stawiko sind orientiert. Wir werden die Petition zusammen mit dem Geschäft unter Traktandum 9 behandeln.

265 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Kantonsstrasse F, Alte Steinhauser-/Hinterbergstrasse, Teilstrecken Knoten Alpenblick bis Knoten Chamerried, Gemeinde Cham

Traktandum 8 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2059.1/.2 – 13813/14), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (Nr. 2059.3 – 13876) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2059.4 – 13877).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass anstelle des Kommissionspräsidenten Manuel Aeschbacher das Kommissionsmitglied Moritz Schmid spricht. Manuel Aeschbacher musste sich einer Operation unterziehen. Er wurde erst am Montag aus dem Kantonsspital entlassen und wird aus gesundheitlichen Gründen das Geschäft nicht persönlich vertreten könne. Er ist aber in verdankenswerter Weise im Saal. Rechtlich ist diese Stellvertretung zulässig.

Moritz **Schmid** verliest das Votum von KöV-Präsident Manuel Aeschbacher. – Unsere Kommission hat die Vorlage zum Ausbau der Kantonsstrasse zwischen den Knoten Alpenblick und Chamerried an derselben Sitzung wie das Projekt «Bustrassee Unterführung Sumpf» beraten. Dieses Vorgehen lag auf der Hand, weil die beiden Vorlagen zwar isoliert betrachtet werden können und auch durchaus als einzelne Vorhaben Sinn machen , die volle Wirkung aber nur erreicht wird, wenn beide Projekte realisiert werden. Die KöV hat sich den Thematiken breit angenommen und gemäss ihrem Auftrag das Kosten-/Nutzenverhältnis für den ÖV hinterfragt und beurteilt. Daneben wurde in diesem speziellen Fall auch die Strassenraumgestaltung unter die Lupe genommen und technische Fragen zur Bauausführung wurden erörtert. Der Präsident der Tiefbaukommission, Daniel Thomas Burch, war als Gast an der Sitzung zugegen.
Der Knoten Alpenblick ist ein der am stärksten belasteten Kreuzungen im Kanton Zug und weist praktisch keine Leistungsreserven mehr auf. Es bilden sich Rückstaus, die eine direkte Auswirkung auf die Fahrplanstabilität des öffentlichen Verkehrs haben und damit direkt auf dessen Attraktivität schlagen. Der Regierungsrat hat in einer Vorlage im Rahmen der Umfahrung Cham-Hünenberg bereits einen Kredit für den Ausbau des Knotens Alpenblick bewilligt. Das vorliegende Projekt begegnet der Verkehrsproblematik Alpenblick ebenfalls und ist ein wichtiger Bestandteil, um den öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr im Gebiet Alpenblick/Chamerried zu entflechten und die Zufahrt zum Knoten Alpenblick an die künftigen Erfordernisse anzupassen.
Im Projekt integriert sind diverse Anpassungen: Eine Buswendeschlaufe, neue Lichtsignalanlagen, separate Abbiegespuren, Fussgängerquerungen sowie eine Busspur. In der Kommission wurden die einzelnen Notwendigkeiten, insbesondere diejenige der Buswendeschlaufe, hinterfragt. Auch über die Busspur und die Frage, ob allenfalls eine Fussgängerüberführung an Stelle der vielen Fussgängerstreifen Sinn machen würde, wurde ausführlich beraten. Wir gelangten zur festen Überzeugung, dass die in diesem Projekt geplanten Bauwerke sorgfältig überlegt wurden und schlussendlich gesamthaft einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssituation rund um den Knoten Alpenblick beitragen werden. Nicht zuletzt profitiert der öffentliche Verkehr von einer besseren Durchlässigkeit und komfortablen Umsteigebeziehungen an der Haltestelle Chamerried. Entsprechende Detailfragen und die Überlegungen dazu können Sie im Kommissionsbericht nachvollziehen.

Wir beantragen einstimmig, auf die Vorlage sei einzutreten und ihr in der Detailberatung ohne Änderungen zuzustimmen.

Gregor **Kupper**: Nachdem es bei dieser und der kommenden Vorlage um den ÖV geht, möchte er wieder einmal seine Interessenbindung offen legen: Er ist Präsident des Verwaltungsrats der Zugerland Verkehrsbetriebe. – Nun aber spricht er als Stawiko-Präsident. Wir haben uns mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Es geht um das Nadelöhr Alpenblick, ein politischer Dauerbrenner, der hier eine Entlastung erfahren soll. In der Stawiko haben wir uns mit den finanziellen Auswirkungen dieser Vorlage befasst. Wir haben uns vom Baudirektor versichern lassen, dass der Landerwerb inzwischen mit den Grundstückeigentümern geregelt ist. Wir haben die Baukosten hinterfragt und uns versichern lassen, dass sie auf entsprechenden Berechnungen des zuständigen Ingenieurbüros beruhen, die einzelnen Kostenarten selbstverständlich noch nicht ausgereizt sind und erst im Submissionsverfahren definitiv entschieden werden.
Nicht zuletzt haben wir uns versichern lassen, was denn eigentlich mit diesem Bundesbeitrag los ist. Wenn wir die Vorlage genau gelesen haben, haben wir Begriffe angetroffen wie «voraussichtlich» usw. Das hat uns ein wenig verunsichert. Wir wollten diese Verunsicherung aus der Welt schaffen und haben entsprechende Fragen an die Baudirektion gestellt. Die Antworten können Sie im Stawiko-Bericht lesen. Das Ganze hängt mit dem Agglomerationsprogramm zusammen, wo diese Bundesbeiträge zugesichert sind für insgesamt 19 Projekte, die der Kanton Zug eingereicht hat. Natürlich hängt aber die Verteilung dann letztendlich von den Kosten der einzelnen Projekte ab.
Was wir auch immer wieder hinterfragen bei solchen Vorlagen, nachdem der Rahmenkredit für das Strassenbauprogramm doch in diesem Rat erheblich zu reden gab, ist ob solche Projekte dann tatsächlich mit diesem Rahmenkredit abgedeckt sind. – Die Stawiko beantragt, auf das Geschäft einzutreten und ihm zuzustimmen.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion erstaunt ist über die Aussage im Stawiko-Bericht, dass diese Vorlage einen Zusammenhang mit dem Objektkredit für die Unterführung Sumpf (Vorlage Nr. 2060) haben soll. Wenn dem so wäre, hätte der Regierungsrat dem Kantonsrat aufgrund des inneren Zusammenhangs dieser beiden Geschäfte beide Vorlagen in einer präsentieren müssen. Schon mehr glauben wir, dass diese Vorlage einen inneren Zusammenhang mit dem Knoten Alpenblick als Bestandteil der Umfahrung Cham-Hünenberg hat. Dies bestätigt uns einmal mehr, dass der Knoten Alpenblick zu einem überdimensionierten Anschlusswerk ausgebaut werden muss, damit einst die notwendigen Kapazitäten für die UCH überhaupt bewältigt werden können.
Der nun vorliegende massive Ausbau der Teilstrecke Knoten Alpenblick und Chamerried steht daher im direkten und nicht nur in einem inneren Zusammenhang mit der UCH. Ja es sind aus Sicht der SP-Fraktion direkte Vorarbeiten für die UCH. Die Finanzierung müsste daher vollständig über die den Kredit der UCH abgerechnet werden. Dies wird nur deshalb nicht gemacht, weil die Kosten für die überdimensionierte UCH dazu nicht ausreichen würden und so eine Kostenüberschreitung verhindert wird.
Nun aber noch zum eigentlichen Projekt. Für ca. 300 Meter Strassensanierung werden wiederum fast 9 Mio. Franken investiert. Auch wenn ein Kostenvergleich mit der Sinserstrasse vorgenommen wird, heisst das nicht, dass dieses Vorhaben kostengünstig ausfällt. Nein, es kostet sogar unglaublich viel, geht es doch nicht

um eine Neubaustrecke, sondern «nur» um eine eigentliche Sanierung. Die Verbreiterung der Strasse, die Verlängerungen der Einspurstrecken usw. führen zu einer Strassenbreite von ca. 30 Metern und das bei einer untergeordneten Kantonsstrasse. Natürlich profitieren auch der Langsamverkehr und der ÖV vom Ausbau. Trotz diesem Tortenstück lehnt die SP-Fraktion aber diese Vorlage ab und weist sie mit Hinweis auf zu gross, zu teuer und mit dem Verdacht auf eine Mogelpackung an den Absender zurück. Die SP-Fraktion stellt den Antrag, auf die Vorlage sei nicht einzutreten.

Martin **Stuber** glaubt auch, dass man das grundsätzlich in einer Vorlage hätte bringen können. Das hat ganz klar einen Zusammenhang und ist im Prinzip *ein* Projekt. Ob das zwingend ist, weiss der Votant nicht, aber man hätte es so machen können. Wir haben jetzt diese Vorlagen. Man sollte nicht unterschätzen, dass sie eigentlich eine paradigmatische Änderung in unserem Busnetz bringen wird, denn eine zentrale Achse des Busnetzes wird nach Norden verschoben, wenn Sie diesen beiden Vorlagen zustimmen. Und es ist auch klar – und da hat Martin Stuber ein gewisses Verständnis für das Votum seines Vorredner: Ein Treiber für diese paradigmatische Änderung im Busnetz ist der Knopf im chronisch überlasteten Alpenblick, der den Mehrverkehr, den die UCH generieren wird, nicht wird schlucken können. Wir haben das damals bei der Abstimmung gezeigt. Das ist einer der Treiber für diese Vorlage. Von daher besteht ganz klar ein innerer Zusammenhang mit der UCH. Es ist so, der Baudirektor muss nach der Gibelfeldbrücke für die UCH faktisch erneut nachbessern. Das macht er jetzt ohne Vorlage, wenn der Votant das richtig verstanden hat, es geht im Rahmen des UCH-Kredits.
Es ist für uns schon ein Problem, dass die Umgestaltung des Knotens Alpenblick und eben damit verbunden die Umgestaltung des Streckenabschnitts Alpenblick-Steinhauserstrasse (das ist zwar nicht Bestandteil der Vorlage, steckt aber auch dahinter), indem man dort die Busspuren aufhebt, die Schleusen zwischen der UCH und der Stadt Zug endgültig öffnen wird. Machen wir uns da nichts vor! Wenn wir diese Änderung machen, werden die baulichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir die Schleusen offen haben werden zwischen der dann sechs- und an gewissen Orten sogar zehnspurigen Autobahn und der Stadt Zug.
Auf der anderen Seite möchten wir aber das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Martin Stuber hat vom Antrag der SP erst heute Morgen gehört. Wir haben einen Zirkularbeschluss gemacht in der AGF. Wir sind für Eintreten. Denn man muss sich überlegen, was Nichteintreten heisst: Dass man von der ganzen Sache nichts wissen will. Wir sind grundsätzlich dafür, dass man das Busnetz im Bereich, wo starkes Wachstum stattfinden wird, ausbaut. Darauf treten wir ein. Unabhängig davon, was man jetzt über diese Knotenumgestaltung beim Alpenblick denkt, möchten wir diesen Umbau im Bereich Chamerried machen. Deshalb schlägt die AGF dem Rat vor, die Vorlage zu splitten in einen UCH-Teil und in einen ÖV-Teil. Das sollte eigentlich möglich sein. Wir werden in der Detailberatung dazu einen Antrag stellen. Die Vorlage, soweit sie die Umbauten bezüglich Busbetriebs betrifft, unterstützt die AGF selbstverständlich.

Hans **Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion sowohl die vorliegende wie auch die nächste Vorlage beraten hat und vorbehaltslos unterstützt. Beide Vorlagen müssen in engem Zusammenhang betrachtet werden, aus diesem Grund spricht der Votant für seine Fraktion nur einmal.

Der Knoten Alpenblick ist eine der am stärksten belasteten Verkehrskreuzungen des Kantons Zug. Sie hat kaum mehr Leistungsreserven. Dieser Knoten muss deshalb ausgebaut werden, um dessen Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Die volle Leistungsfähigkeit des Knotens kann nur mit einem Ausbau der Zufahrtsbereiche erreicht werden.
Mit dem Projekt Bustrassee Unterführung Sumpf, Teilstrecke Knoten Chamerried bis Knoten Steinhauser-/Chollerstrasse in den Gemeinden Cham, Steinhausen und Zug macht der Kanton Zug einen grossen Schritt zur Verbesserung seines Busnetzes, da zwischen dem Chamer Alpenblick und den 4Towers von Steinhausen eine speziell für den öffentlichen Verkehr geplante Unterführung unter der SBB-Linie gebaut werden soll. Damit können die zahlreichen neu entstandenen Arbeitsplätze mit dem Bus erschlossen werden.
Auf den ersten Blick erscheinen die Kreditbeträge zwar als sehr hoch. Leider verteuert der schlechte Untergrund die Projekte enorm. Der Bund und die Gemeinden Cham und Steinhausen beteiligen sich ebenfalls an den Kosten. Die beiden Vorlagen sind zukunftsorientiert und müssen als Ergänzung zum Projekt UCH betrachtet werden. Im Sinne einer nachhaltigen und optimalen Ausgestaltung des Knotenpunktes Alpenblick für den motorisierten Individualverkehr mit dem positiven Nebeneffekt für den ÖV machen die vorliegenden Lösungen Sinn. Die FDP-Fraktion schliesst sich der vorberatenden Kommission und der Stawiko an und der Votant ersucht den Rat, ebenfalls auf die beiden Vorlagen Nr. 2059 und 2060 einzutreten und ihnen zuzustimmen.
Die Petition der Eigentümergemeinschaft Rankhof vom 15. Oktober 2011 hat die vorberatende Kommission heute Morgen vor der Kantonsratssitzung beraten. Die Kommission unterstützt die Anträge der Regierung. Die FDP-Fraktion wird sich ebenfalls dem Antrag der Regierung anschliessen und die Überweisung der Petition an den Regierungsrat zur materiellen Prüfung der Vorbringungen unterstützen.

Thomas **Rickenbacher** weist darauf hin, dass das bisherige und zukünftige Wachstum im Kanton Zug, beziehungsweise die Auswirkungen davon, die eigentlichen Auslöser dieser Vorlage sind. Das Wachstum bekommt ein neues Gesicht. Dennoch ist für die CVP-Fraktion die Notwendigkeit dieses Projekts unbestritten. Zu hoffen ist, dass auch das folgende Traktandum gutgeheissen wird. Ansonsten geht die Fraktion davon aus, dass konzeptionelle Anpassungen, insbesondere im Bereich Verkehrskonzept ÖV, notwendig würden. Da der Votant kein Freund von Wiederholungen ist und an der Fraktionssitzung auch nicht eine Stunde über diese Vorlage diskutiert wurde, kommt er zum Schluss: Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf diese Vorlage und bittet den Rat, das auch zu tun.

Markus **Jans**: Man kann in kurzer Zeit auch klüger werden. Die SP-Fraktion zieht ihren Antrag auf Nichteintreten zurück und wird den Antrag der AGF zum Splitting dieser Vorlage unterstützen.

Philip C. **Brunner** möchte sich trotz des einstimmigen Beschlusses seine Fraktion auch noch zu diesem Thema melden. Sie wissen, er fährt praktisch mehrmals täglich dort durch und er wäre der Letzte, der zum Ausbau etwas sagen muss. Er will aber sprechen zum Thema, dass uns diese Vorlage durch die KöV verkauft wurde. Als Mitglied der Tiefbaukommission ist er nicht ganz einverstanden, dass nur ihr Präsident Einsicht in diese Diskussionen hatte. Es ist ja schön, wenn man zum

Thema öffentlicher Verkehr (alle sind dafür und der beste Baudirektor der Schweiz hat ein leichtes Spiel mit diesem Kantonsrat) spricht, aber irgendjemand muss auch mal etwas dagegen sagen. Der Votant findet das nicht gut. Natürlich ändern sich die Zeiten und dort drüben hat sich in den letzten Jahren wirklich viel getan. Aber wenn wir jetzt von diesem Projekt im Hintergrund in der wichtigsten Kreuzung des Kantons sozusagen ein Vorbereitungsprojekt machen für diesen Alpenblick, sollte die Tiefbaukommission das auch mal anschauen. Was dort an Velofahrern und Fussgängern jeden Tag unterwegs ist, ist wahnsinnig. Philip C. Brunner hat nun wirklich in der Diskussion etwas Mühe, dass da einfach so ein Teilstück aus dem Ganzen herausgegriffen wird. Dann sagt man: Ganz toll, alles wunderbar, der öffentliche Verkehr, zusätzliche Busspuren. Aber das muss doch einmal in das Puzzle Alpenblick hineinpassen. Und da hat der Votant auch als Mitglied der Tiefbaukommission keine Ahnung. Er hat von Heinz Tännler unter vier Augen gehört, dass da tollte Projekte am Anlaufen sind. Er fragt sich, was dann da kommt. Er wäre schon froh um ein paar Informationen. Ist es das dann das Richtige, was wir hier machen? Die angesprochenen Überquerungen, Brücken usw.? Er stimmt zu, aber er möchte doch den Baudirektor auffordern, uns da ein wenig Transparenz in Sachen Alpenblick und Umgebung zu bieten.

Die **Vorsitzende** macht Philip C. Brunner darauf aufmerksam, dass für die Überweisung eines Geschäfts an eine Kommission der Kantonsrat zuständig ist. Er müsste sich also nächstes Mal bei der Überweisung wehren.

Baudirektor Heinz **Tännler** meint, das Problem von Philip C. Brunner mit der KöV habe bereits die Vorsitzende beantwortet. Aber er kann dennoch darauf hinweisen, dass der Regierungsrat darüber lange diskutiert hat. Es war keine einfache Frage, ob wir jetzt in die Tiefbaukommission *und* in die KöV gehen sollten oder nur in eine der beiden. Am Schluss ist man nach intensiv geführter Diskussion der Meinung gewesen, dass wir zwei Vorlagen haben, die eine ist eine reine ÖV-Vorlage und die jetzt zu beratende ist eine, die halb/halb den ÖV und den Individualverkehr betrifft. Und weil es einen gewissen Zusammenhang hat, ist man der Meinung gewesen, dass man in die Kommission für öffentlichen Verkehr geht. Aber das hätte Philip C. Brunner tatsächlich bei der Überweisung monieren müssen und man hätte das dann diskutieren können. Jetzt ist man damit etwas zu spät.
Zu den gewünschten zusätzlichen Informationen kommt der Baudirektor jetzt zu sprechen, auch im Zusammenhang mit dem Votum von Markus Jans. Dieser macht es sich schon verdammt einfach, einfach alles immer wieder auf die UCH abzuschieben. Das hat auch bei Martin Stuber etwas durchgeschimmert. Heinz Tännler möchte mal aufzeigen, was im Alpenblick – UCH hin oder her – letztlich abgeht. Das ist ein Entwicklungsgebiet, das stark belastet ist. Wir haben dort auch Brachen, man denke an das Käppeli-Areal, das bebauungsplanmässig in den letzten Zügen steht. Dort wird es nächstens auch ein Projekt geben. Man denke an das Gretener-Areal, an den Do-It von Coop, an das ganze Prisma-Gelände (Alfred Müller) usw. Man denke aber auch an die Chollermühle, an die Korporation, die dort auch nächstens ein grosses Projekt realisieren wird. Das ist ein Entwicklungsgebiet.
Und wenn Sie nun glauben, man solle diesen Alpenblick nun einfach auch brach stehen lassen, so ist das der falsche Ansatz. Wir wollen dort vorausschauend diesen Alpenblick und die ganze Umgebung verkehrlich fit machen für die Entwicklungspotenziale, die in den nächsten etwa fünf Jahren realisiert werden. Fit wollen

wir sein, damit der Verkehr einigermassen fliesst. Und wenn man nun sagt, das habe letztlich alles mit der UCH zu tun, so muss man immerhin darauf hinweisen, dass der Knoten Alpenblick in der Abstimmungsunterlage als integraler Bestandteil der UCH aufgeführt wurde. Das ist kein Geheimnis. Dass wir im Rahmen der UCH den Knoten Alpenblick entsprechend fit machen und ausbauen, ist dort aufgeführt.
Warum hat man diese beiden Vorlagen dem Kantonsrat nicht in einer Vorlage präsentiert? Was wäre passiert, wenn wir dies getan hätten? Dann hätte der Baudirektor von anderer Seite den Vorwurf gehört: Wieso habt Ihr das nicht auseinandergerissen? Jetzt können wir nicht über den einen oder den anderen Teil entsprechend beraten und beschliessen. Und wir haben gesagt: Es ist so, dass eigentlich über beide separat abgestimmt werden kann. Wenn man den Sumpf (die nächste Vorlage) nicht gutheissen würde, macht diese Vorlage trotzdem Sinn, wie letztlich auch umgekehrt. Deshalb hat man es getrennt und ist mit zwei Vorlagen gekommen, über die der Kantonsrat separat abstimmen kann. Dann hätte sich noch die Frage der materiellen Einheit gestellt, die höchstwahrscheinlich nicht gegeben gewesen wäre, wenn wir diese beiden Vorlagen verheiratet hätten.
Das also der Überblick. Was das Entwicklungspotenzial anbelangt, ist es eine sinnvolle Investition, ohne jetzt hier im Detail auf die Vorlage einzugehen. Das sehen Sie ja im Bericht und Antrag des Regierungsrats.
Zu dem, was Gregor Kupper ausgeführt hat, hat der Baudirektor nichts mehr zu sagen. Das steht im Bericht und er möchte nichts wiederholen. Aber noch etwas zu den Kosten, was auch wieder Markus Jans betrifft. Unglaublich, überdimensioniert, es sei ja eigentlich nur eine Sanierung. Wir machen dort mehr als eine Belagsanierung. Wenn man die Vorlage liest, sieht man, dass wir im Knoten Alpenblick einerseits und bei der Alten Steinhauser-/Hinterbergstrasse mehr als nur eine Sanierung machen. Wir machen das ganze Projekt fit für den ÖV, es gibt Busspuren, Bypässe usw. Für den Langsamverkehr gibt es Querungen usw. Das haben wir ja in der Kommission längstens ausgeführt. Das ist also nicht nur einfach so ein 08/15-Projekt. Es ist ein wenig komplizierter und komplexer. Und dass das einige Franken kostet, ist aus Sicht von Heinz Tännler sachlogisch.
Gerade weil es ein sinnvolles Projekt ist – und das mussten wir im Aggloprogramm ja auch vorlegen – finanziert der Bund kräftig mit. Weil eben das Kosten-/Nutzenverhältnis stimmt, weil es ein gutes Projekt ist. Gerade deswegen unterstützt der Bund dieses Projekt mit mutmasslich gegen 3,5 Millionen. Der Baudirektor ist überzeugt, dass das nicht überdimensioniert ist von den Kosten her. Eine Mogelpackung ist es wirklich nicht.
Zu Martin Stuber, der die Gibelfeldbrücke angesprochen hat. Es hat wirklich damit nichts zu tun, dass wir jetzt wegen der Gibelfeldbrücke im Alpenblick nachbessern müssen. Dass wir damit nun die Schleusen öffnen, sieht Heinz Tännler auch nicht. Es ist eine dringliche Massnahme, die wir dort nun machen müssen, damit der Verkehr – und zwar nicht nur der MIV, sondern primär der ÖV – besser fliesst und die Fahrplanstabilität eingehalten werden kann. Genau deshalb werden viele Millionen investiert, und das in eine wirklich gute Sache.
Zum Hinweis betreffend Trennung der Vorlage in einen UCH- und einen ÖV-Teil kommt der Baudirektor dann beim entsprechenden Antrag.
Die Kommission hat dieses Projekt wirklich genau geprüft; wir sind überzeugt, dass es ein gutes Projekt ist. Treten Sie auf die Vorlage ein und stimmen Sie dem Antrag des Regierungsrats zu!

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Martin **Stuber** geht es darum, diese Vorlage aufzusplitten. Dazu müssen wir sie zurückweisen an die Regierung mit dem Auftrag, mit einer gesplitteten Vorlage zu kommen. Deshalb muss er diesen Antrag gleich zu Beginn der Detailberatung stellen.

Die **Vorsitzende** ist der Ansicht, dass dieser Antrag bereits beim Eintreten hätte gestellt werden müssen.

Martin **Stuber** ist der Ansicht, dass man zuerst eintreten muss, das heisst, dass man grundsätzlich auf das Anliegen eingehen will. Aber wir möchten, dass die Regierung die baulichen Massnahmen bezüglich Kreuzung Alpenblick separiert und eine ÖV-Vorlage bringt, die nur die Umbauten für die neue Buslinienführung berücksichtigt. Das ist ein Rückweisungsantrag mit einem Auftrag an die Regierung. Wir sind auf die Vorlage jetzt eingetreten, aber wir möchten sie aufsplitten. Das ist in den letzten neun Jahren schon mehrmals vorgekommen.

Die **Vorsitzende** glaubt, dass es Rückweisungen an die Kommission waren. Aber sie gibt zum Prozedere dem Landschreiber das Wort.

Landschreiber Tobias **Moser** möchte wissen, ob Martin Stuber die Vorlage an die Regierung oder an die Kommission zurückweisen möchte. Die Geschäftsordnung sieht eine Rückweisung an die Kommission vor nach Abschluss der Beratung. Und wenn Sie sagen, das Geschäft sei nicht verhandlungsreif, müssen Sie es in der Eintretensdebatte zurückweisen lassen.

Martin **Stuber** schlägt in diesem Fall vor, dass wir das Geschäft an die Kommission zurückweisen, damit diese den Teil abtrennt, der den Knoten Alpenblick betrifft. Bei der Begründung möchte der Votant kurz auf das Votum von Philip Brunner zurückkommen. In Bezug auf die Pläne für den Knoten Alpenblick herrscht keine Transparenz. Martin Stuber muss sich selber auch an der Nase nehmen. Wir hätten das damals bei der Überweisung realisieren müssen und hätten es wohl am Besten an beide Kommissionen überweisen sollen. Das haben wir dort verpasst. Und der Votant weiss nicht, ob die Regierung das in Form eines Berichts machen kann. Aber wir sollten darüber informiert werden, was am Knoten Alpenblick geplant ist. Es hat einen klaren inneren Zusammenhang mit diesen beiden Vorlagen. Es geht Martin Stuber wirklich nicht darum, zu filibustern. Er hat in seinem Eintretensvotum klar gesagt, dass wir für diesen Umbau des Busnetzes sind. Aber wir haben dort ein Problem mit diesem Knoten Alpenblick. Mindestens Transparenz sollten wir dort schaffen. Das ist unser Anliegen. Es ist sowieso klar, dass es im Rahmen des UCH-Kredits geschieht. Das ist vom Volk beschlossen und kein Thema.
Der Antrag wäre dann Rückweisung an die Kommission, damit man die Vorlage aufteilt und die baulichen Massnahmen nördlich der Kreuzung Alpenblick für das Busnetz bringt und den unteren Teil bei der Kreuzung aus der Vorlage herausnimmt und im Rahmen des UCH-Projekts macht.

Wenn Tobias **Moser** Martin Stuber richtig versteht, geht es beim folgenden Geschäft (§ 1 Objektkredit) um ein Dossier, das eigentlich materiell nur einen Paragraphen aufweist. Dazu haben wir eine Empfehlung vom 25. August 2005 des Büros des Kantonsrats. Wenn Sie das zurückweisen wollen, braucht es dazu eine Zweidrittelsmehrheit. Verfahrensmässig können wir das so machen, damit wir uns nicht verlieren: Wir stimmen über Ihren Antrag zuerst ab, dann haben wir die Gewissheit, dass wir in die richtige Richtung debattieren. Wenn Sie mit dem nötigen qualifizierten Mehr obsiegen, geht es zurück, wenn nicht, wird die Detailberatung fortgesetzt.

Markus **Jans** hat eine Frage zum Verfahren. In § 43 der Geschäftsordnung heisst es: «Nach erfolgtem Eintretensbeschluss können Anträge auf Verschiebung, Rückzug der Vorlage oder Übergang der Tagesordnung nur noch mit Zweidrittelsmehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden. Der Rat kann jedoch immer mit einfacher Mehrheit die Überweisung einzelner Abschnitte oder Artikel an die Kommission oder an den Regierungsrat zu nochmaliger Prüfung und Berichterstattung beschliessen.» Damit ist der Antrag von Martin Stuber so oder so zulässig.

Baudirektor Heinz **Tännler** kommt auf die Verantwortung zu sprechen. Er beginnt bei der UCH. Dort haben wir einen Rahmenkredit vom Volk erhalten – nicht vom Kantonsrat. 180 Millionen, die Sie dann noch mit 15 Millionen für die Gibelfeldbrücke aufgestockt haben. Der Souverän des Kantons hat gesprochen im Wissen darum, dass der Knoten Alpenblick entsprechend saniert und optimiert wird. Wenn jetzt der Kantonsrat kommt aufgrund diese Aufsplittungs- und Rückweisungsantrags, ignorieren Sie letztlich die Volksmeinung des Kantons Zug. Das war ein Verdikt und ein Fazit und ein Resultat, wenn die Mehrheit auch knapp war. Und wir haben immer klar gesagt: Wir optimieren diesen Knoten Alpenblick unabhängig von diesen beiden Vorlagen, die wir heute hier diskutieren. Und zwar nicht nur für den ÖV, sondern auch für den Individualverkehr. Und jetzt plötzlich soll das keine Gültigkeit mehr haben. Heinz Tännler und wohl auch das Zuger Stimmvolk hätten grosse Mühe, wenn man nun diesem formellen Rückweisungsantrag zustimmen würde. Das ist transparent und wir haben das immer klar kundgetan. Und die Zuständigkeiten hat der Zuger Souverän klar geregelt. Bitte stimmen Sie deshalb diesem Antrag von Martin Stuber nicht zu!

Manuel **Aeschbacher** glaubt, dass er trotz Rekonvaleszenz kurz sprechen kann, denn er fühlt sich durch diese Diskussion herausgefordert. Die KöV hat die Vorlage sehr seriös beraten. Das hat auch der Baudirektor festgestellt, und das dürfen wir als Kommission auch in Anspruch nehmen. Wenn Sie jetzt das Geschäft zurückweisen an die Kommission, dann wird auch bei zwei separaten Vorlagen materiell nichts Anderes herauskommen. Wir haben dieses Geschäft in allen Facetten genau angeschaut, auch im Bereich Tiefbau. Es kommt dem Kommissionspräsidenten jetzt so vor, also würde einmal mehr in diesem Rat MIV gegen ÖV ausgespielt. Das ist schade und darf nicht sein. Bitte lehnen Sie den Antrag auf Rückweisung ab!

Martin **Stuber** ist es wirklich ein Anliegen, dieses Missverständnis zu klären. Er will nicht zwei Vorlagen. Er möchte, dass man den UCH-Teil, der in dieser Vorlage 2059 noch drin ist, rausnimmt. Es geht nicht darum, jetzt MIV gegen den Bus aus-

zuspielen. Wenn wir das machen würden, müssten wir diese Vorlage ablehnen. Wenn wir Fundis wären, die nur darauf aus sind, müssten wir sowohl diese wie auch die nächste Vorlage ablehnen, weil wir dann sagen würden: Jetzt wollt Ihr diese Buslinie Richtung Norden verschieben, damit Ihr mehr Platz habt auf der Achse zwischen Cham und Zug. Das machen wir nicht. Wir spielen das nicht gegeneinander aus. Im Gegenteil. Wir haben uns das genau angeschaut, was sich am Busnetz verändert. Und das unterstützen wir.

Hein **Tännler** fragt, ob Martin Stuber nun vom Alpenblick spreche oder von der Alten Steinhauserstrasse.

Martin **Stuber** spricht vom Knoten Alpenblick. Der Nordteil dieses Knotens ist Bestandteil dieser Vorlage 2059, und das gehört eigentlich zur UCH. Das ist die Meinung.

Die **Vorsitzende** möchte nicht mehr länger hin- und herdiskutierten, sondern jetzt zur Abstimmung kommen. Wir haben einen Rückweisungsantrag und dazu braucht es das qualifizierte Mehr.

➔ Der Rückweisungsantrag wird mit 53:11 Stimmen abgelehnt.

Das Wort zur Detailberatung wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2059.5 – 13920 enthalten.

266 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Bustrassee Unterführung Sumpf, Teilstrecke Knoten Chamerried bis Knoten Steinhauser-/Chollerstrasse, Gemeinde Cham, Steinhausen und Zug

Traktandum 9 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2060.1/.2 – 13815/16), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (Nr. 2060.3 – 13878) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2060.4 – 13879).

Die **Vorsitzende** hat in ihrer Funktion als Kantonsratspräsidentin ein Schreiben von 15. Oktober 2011 sowie Unterschriften von 144 Personen erhalten (siehe Ziff. 264). Diese Bittsteller wenden sich an den Kantonsrat, der gemäss Traktandenliste heute den Kantonsratsbeschluss betreffend einen Objektkredit fällt. Sie sind mit Teilen des Projekts nicht einverstanden. Sie alle haben gemäss Verteiler im Brief ein Exemplar des Schreibens erhalten. Die Staatskanzlei hat den Eingang des Briefs bestätigt. Aus staatsrechtlichen Überlegungen hat der Landschreiber

- das genannte Schreiben als Petition im Sinne von § 41 der Geschäftsordnung des Kantonsrats der Kommission für den öffentlichen Verkehr als zuständiger vorberatender Kommission direkt überwiesen;
- den Präsidenten der Justizprüfungskommission orientiert, dass ein Spezialfall einer Petition vorliegt, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der JPK fällt;

- den Präsidenten der Stawiko über das Vorgehen informiert.
Die Kommission für den öffentlichen Verkehr hat heute Morgen die Vorbringen der Petition beraten. Sie stellt heute Antrag zur Behandlung der Petition. Dasselbe tun der Regierungsrat und die Stawiko.
Sowohl die Kommission, wie auch die Stawiko und der Regierungsrat beantragen die Überweisung der Petition an den Regierungsrat zur direkten Erledigung. Gestützt auf den Beschluss des Kantonsrats zur Petition wird der Landschreiber den Petenten gemäss § 41 der Geschäftsordnung des Kantonsrats eine schriftliche Rückmeldung machen.

Moritz **Schmid** spricht wie beim vorigen Geschäft als Stellvertreter des Kommissionspräsidenten Manuel Aeschbacher. – Wie die Kantonsratspräsidentin bereits erwähnt hat, hat unsere Kommission heute Morgen die eingegangene Petition diskutiert. Bezugnehmend auf § 4, Abs. 2, Bst. a des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr, wonach der Regierungsrat für die Linienführungen zuständig ist und diese festlegt, beantragen wir, die Petition dem Regierungsrat zur direkten Erledigung zu überweisen.
Lassen sich den Votanten dennoch auf das in der Petition vorgebrachte Anliegen eingehen. Bereits anlässlich der Sitzung im August unterhielt sich die Kommission über die Linienführungen und nahm zur Kenntnis, dass die in der Vorlage der Regierung angedachten Strecken auf das Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss» abgestimmt sind. Mit dem Bustrasse Sumpf wird neu das Entwicklungsgebiet Sumpf erschlossen. Es ist unbestritten, dass in diesem Gebiet grosses Entwicklungspotenzial besteht. Allerdings genügt dieses Argument allein nicht, um ein Bustrassee mit Unterführung unter erheblichen Kosten zu erstellen. Für die Kommission entscheidend ist, dass ein allfälliger Verzicht auf die Unterführung Sumpf das Gesamtkonzept des öffentlichen Verkehrs, das im Zusammenhang mit der Umfahrung Cham-Hünenberg für den Knoten Alpenblick erstellt wurde, wild durcheinanderbringen würde. Das klingt an sich harmlos, man könnte versucht sein zu meinen, dies könne mal rasch korrigiert werden. Aber ganz so einfach ist es nicht. Vergleichen Sie den Netzfahrplan mit einem Spinnennetz. Schneidet man den Faden am falschen Ort, ist das Netz nichts mehr wert. Insofern unterstützt die Kommission auch die in der Vorlage vorgesehen Linienführung. Sie ist Garant für leistungsfähige Verbindungen und bringt wesentliche Vorteile für das Gesamtkonzept des öffentlichen Verkehrs im Gebiet Zug, Steinhausen und Cham – mit leichten Nachteilen für die Gebiete Chollermüli und Rankhof, die aber nach wie vor mit der S-Bahn beziehungsweise in wenig weiterer Fussdistanz mit dem Bus erschlossen sind.
Spinnt man den Faden noch weiter, zeigt sich die Wichtigkeit des Bustrassees Sumpf im Gesamtkontext nicht nur für den öffentlichen Verkehr, sondern auch für den motorisierten Individualverkehr. Durch die neue Linienführung der Linie 4 wird auf der Chamerstrasse zwischen dem Alpenblick und der Chollermüli eine Busspur frei, die für den motorisierten Individualverkehr (MIV) freigegeben werden kann. Mit Blick auf die Umfahrung Cham-Hünenberg ist dieser neue Raum für den MIV von zentraler Bedeutung, werden doch grossräumige Verkehrsumlagerungen auf diese Achse hin stattfinden.
Wie angetönt tauchten auch Fragen zu den Kosten und zu einem allfälligen doppelspurigen Ausbau der Unterführung auf, wie er beispielsweise auch von der Gemeinde Steinhausen gewünscht wurde. Die fehlende Doppelspur der Unterführung für eine zukünftige Nutzung und die hohen Kosten verunmöglichten es einem

Kommissionsmitglied, auf die Vorlage einzutreten. Die restlichen Mitglieder sind überzeugt, dass Eintreten auf die Vorlage notwendig ist, weil sie
- für das Gesamtkonzept des öffentlichen Verkehrs unentbehrlich ist,
- bessere Verbindungen zu günstigeren Kosten ermöglicht,
- den dringend notwendigen Raum für den MIV schafft.
Zur Frage des Doppelspurausbaus wird Moritz Schmid in der Detailberatung Stellung nehmen und die Argumente der Kommission darlegen.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass das vorliegende Projekt auf dem kantonalen Richtplan basiert, Teilbereich ÖV-Feinverteiler. Sie haben diesen Richtplan mal genehmigt und entsprechend müssen wir nun das Projekt detaillierter anschauen. Dieser Feinverteiler regelt ja den ÖV im Kanton in der Hinsicht, dass wir davon ausgehen, dass wir vier Hubs haben für den Busverkehr, in den Bereichen Rotkreuz, Cham, Zug und Baar. Wenn wir jetzt über diese Linienführung diskutieren, müssen wir uns einfach bewusst sein, dass sie da sauber reinpasst und ein Gebiet erschliesst, dass ein sehr grosses Entwicklungspotenzial hat. Wir sollten da nicht leichtfertig damit umgehen, dass wir irgendwelche Linien in dieser Sitzung verschieben.
Die Stawiko hat sich aber in erster Linie auch bei diesem Geschäft mit den finanziellen Bereichen beschäftigt. Der Stawiko-Präsident erwähnt nochmals den Landerwerb, die Baukosten, den Bundesbeitrag – die Themen, welche schon in der vorigen Vorlage die Hauptrolle gespielt haben. Er verzichtet auf eine Wiederholung. Was er vorhin gesagt hat, trifft auch bei dieser Vorlage zu.
Zusätzlich haben wir über die Auswirkungen dieses sehr problematischen Baugrunds und die daraus resultierenden Mehrkosten diskutiert, wenn da Unvorhergesehenes auftaucht. Der Baudirektor hat uns versichert, dass diese Mehrkosten im zu bewilligenden Kredit Platz haben und abgedeckt werden können mit der Kreditsumme, die wir heute genehmigen.
Es ist zum Ausdruck gekommen, dass die zwei Geschäfte 2059 und 2060 nur einen sehr indirekten Zusammenhang haben. Der Votant sieht das ein wenig anders. Wenn wir hier irgend etwas korrigieren oder gar ablehnen, müssten wir zweifellos auch das Geschäft 2059 nochmals genauer anschauen, beziehungsweise durch die Baudirektion beurteilen lassen, ob es nicht doch auch Auswirkungen hat.
Für die Petition ist die vorberatende Kommission zuständig. Moritz Schmid hat Ihnen dazu schon einen Kommentar abgegeben. Aus Sicht der Stawiko haben wir die Petition nicht behandelt. – Die Stawiko beantragt Eintreten auf das Geschäft und Zustimmung.

Zari **Dzaferi** hält fest, dass die SP der Freigabe des Objektkredits für das Projekt Bustrasseeunterführung Sumpf einstimmig zustimmen wird. Die Investitionskosten sind mit gut 30 Mio. Franken in der Tat gewaltig. Dennoch überwiegen unsrer Ansicht nach die Vorteile, welche diese Investitionen nach sich ziehen werden. Es eröffnet uns die Möglichkeit, das zunehmend wichtige Industriegebiet Sumpf mit öffentlichem Verkehr zu erschliessen. Ausserdem kann das Industriegebiet Allmend mit rund 4'000 Arbeitsplätzen direkt mit dem Bus Nr. 4 nach Zug sowie dem Fernverkehr ab dem Bahnhof Zug verbunden werden.
Interessant zu erwähnen ist hier auch, dass der Bund mit über 12 Mio. Franken oder 40 % der Kosten einen Anteil an dieses Bauvorhaben leistet. Es ist in der Tat bemerkenswert, wie sich unser Baudirektor in Bundesbern für verkehrstechnische Anliegen einsetzen und den Bund zu Subventionen bewegen kann, ob dies für MIV

oder den ÖV ist. Diese Subventionen können allerdings auch als eine Art Verringerung des NFA-Beitrags verstanden werden, womit die Obergrenze von 2'000 Franken pro Zugerin und Zuger gemildert wird. Dies könnte zumindest in den NFA-Bezügerkantonen so interpretiert werden.

Martin **Stuber** kann sich zur Vorlage kurz fassen. Die AGF unterstützt die Erschliessung des Wachstumsgebiets rund um Zug Sumpf an das Busnetz. Dieses Arbeitsplatzgebiet soll ab Cham und Zug schnell mit dem ÖV erreicht werden können. Stutzig gemacht hat auch uns das hohe Preisschild, die 30 Millionen. Aber das ist begründet und auch in der KöV ausführlich diskutiert worden. Der Votant konnte zwar an der Sitzung nicht teilnehmen, hat aber das Protokoll gelesen. Eine Unterführung ist klar besser als eine Überführung. Und der Baugrund ist dort problematisch, es heisst ja schliesslich auch Zug Sumpf. Man sollte auch nicht vergessen, dass es eine langfristige Investition ist. Es ist nicht irgendetwas Kleines, das dann in zehn Jahren wieder obsolet ist, sondern diese Unterführung wird einige Jahrzehnte stehen und zunehmend intensiv genutzt werden. Das muss man im Hinterkopf haben, wenn man sich Gedanken macht über die Kosten.
Kurz zur Petition der Anwohnerinnen und Anwohner. Zuerst muss man wirklich sagen, dass die Gestaltung der Buslinien nicht Bestandteil dieser Vorlage ist. Und es ist klar, dass es in der Kompetenz der Regierung liegt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Es interessiert die Regierung aber sicherlich, was der Kantonsrat dazu denkt. Die AGF hat Verständnis für die Reaktion auf eine Verschlechterung der Anbindung für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner, auch wenn die Zahl nicht sehr gross ist. Die Petition ist ernst zu nehmen. Das haben die KöV und die Regierung gemacht und deshalb unterstützen wir die Überweisung.
An der neuen geplanten Linienführung der Linien 6 und 8 und an der neuen Linie 7 (die Linie 4 wird ja neu zur Linie 7) haben wir grundsätzlich nichts auszusetzen. Die heutige Linie 4 von Cham nach Zug bis Inwil ist ja nicht einfach nur eine schnelle Verbindung zwischen Cham und Zug, wie das allgemein dargestellt wird, sondern es ist auch eine Verbindung zwischen Gebieten in Cham, die durch die drei Stadtbahn-Haltestellen nicht so gut erschlossen sind, und der Zuger Innenstadt, die ja durch die Stadtbahn auch nicht direkt erschlossen ist – Stichwort Postplatz. Nach heutigem Wissensstand bringt die anvisierte Lösung auch hier eine klare Verschlechterung. Die Linie 7 wird für solche Verbindungen dann eine deutliche Fahrzeitverlängerung für die Leute bringen. Das ist auch mit zu berücksichtigen. Auch die Stadtzugerinnen im Gebiet Lorze bis Letzi verlieren Zeit, wenn sie nach Cham wollen. Auch das ist ein Aspekt, den man nicht vergessen sollte. Und schlussendlich geht es dann auch um genügend Kapazitäten zwischen Cham und Zug, beziehungsweise zwischen Riedmatt und Zug, welche eine Stadtbahn allein nicht bieten kann und wahrscheinlich auch in Zukunft nicht wird bieten können. Die Stadtbahn ist zum Teil bereits heute am Anschlag. Wenn man ein wenig längerfristig denkt, werden wir auch in Zukunft darauf angewiesen sein, dass es neben der Stadtbahn noch eine direktere Busverbindung geben wird zwischen Cham und Zug, auch von den Kapazitäten her.
Dass die Anwohnerinnen etwas weiter haben zur Bushaltestelle, ist zumutbar. Das ist uns in der Kommission für öffentlichen Verkehr aufgezeigt worden. Das ist nicht das wirklich grosse Problem. Aber es gibt eben noch andere Aspekte, die berücksichtigt werden sollen. Und wir erwarten in diesem Sinn von der Regierung eine ergebnisoffene Behandlung der Petition. Martin Stuber glaubt, heute Morgen in der KöV auch vom Baudirektor gewisse Signale in diese Richtung gespürt zu haben.

Zum Schluss möchte er noch anmerken: Gefordert sind hier natürlich auch die Gemeinden Zug und Cham. Wir erwarten von den beiden Exekutiven, dass sie sich hier für die Bewohnerinnen und Bewohner ihrer Gemeinde einsetzen.

Anna **Bieri** weist darauf hin, dass ihr und wahrscheinlich auch dem Rat vor allem der horrende Betrag von 30 Mio. Franken ins Auge gestochen ist – und dies nur gerade für eine Busunterführung. Um hier eine Verhältnismässigkeit herzustellen, muss dieses Bauprojekt im Gesamtkontext als Bestandteil eines starken ÖV-Feinverteilers zusammen mit der vorgängig besprochenen Vorlage 2059 und dem äusserst wichtigen Ausbau des Knotens Alpenblick betrachtet werden. Nur so lässt sich die Bedeutung dieses Projekts abschätzen und lassen sich die hohen Kosten rechtfertigen. Deshalb konnte sich die CVP-Fraktion für dieses Projekt erwärmen. Wegen Redundanzgefahr schliesst sich die Votantin für das Weitere ihren Vorrednern an. Die CVP-Fraktion beschliesst mit nur einer Gegenstimme Eintreten. Die Petition haben wir heute früh in der KöV besprochen. Die Kommissionsansicht kennen Sie und wir unterstützen sie.

Baudirektor Heinz **Tännler** dankt für die Flexibilität der Kommission, wir haben überrascht eingeladen für heute Morgen. Er spricht nicht mehr vom Zusammenhang mit der vorigen Vorlage. Er ist überzeugt, dass das Projekt vom Rat gutgeheissen wird. Das Preisschild ist wirklich hoch, aber da kann der Baudirektor auf das Votum von Anna Bieri verweisen. Man muss das in einem Gesamtkontext betrachten. Hoch ist der Preis auch, weil wir bei einer SBB-Linie unten durch müssen. Und wir bauen dort im Pudding. Dieser Baugrund ist nur mit entsprechendem Aufwand zu bewältigen. Da müssen Bautechniken angewendet werden, die wirklich eine Herausforderung darstellen an Planer, Ingenieure und Ausführende. Und das führt dann eben zu den entsprechenden Kosten. Aber auch hier haben wir einen schönen Bundesbeitrag, den wir einfahren können. Und wir haben eine Amtslösung für die Unterführung vorgeschlagen. Im Rahmen von Einsprachverhandlungen sind wir dann eben von der Amtslösung weggekommen auf eine spezielle Ingenieurlösung, die wir jetzt vornehmen werden. Die kostet etwa 600' bis 700'000 Franken mehr. Das ist in den Reserven abgedeckt. Das garantiert Heinz Tännler. Aber das ist auch der richtige Entscheid gewesen, denn wenn durch diese Unterführung allenfalls leichte Setzungen in den Nachbargrundstücken (vor allem Prisma von Alfred Müller) passieren würden, hätte das für den Kanton exorbitant höhere Folgekosten als diese 600'000 Franken, die wir innerhalb des Kredits nun ausgeben werden.
Zur Petition wurde eigentlich alles gesagt. Auch die Ausführungen von Martin Stuber, dass man Verständnis für die Petenten hat, sind richtig. Man hat immer, wenn es Veränderungen gibt, irgendwo vielleicht Mühe. Dafür hat man Verständnis. Aber der Regierungsrat hat mal in Aussicht gestellt, wie diese Linienführung laufen sollte. Wie dem auch sei, er wird auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion diese Petition seriös prüfen. Aber man muss jetzt schon sagen, dass diese Prüfung Ende 2012, anfangs 2013 im Rahmen der gesamten Überprüfung der Linienführungen gemacht wird. Bis dann wird diese Linie 4 auch weiterhin wie bisher funktionieren.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 1

Andreas **Hausheer** stellt den Antrag, den beantragten Objektkredit um 5 Mio. Franken zu erhöhen. Mit diesen zusätzlichen 5 Mio. Franken kann gemäss dem regierungsrätlichen Bericht auf S. 15 die Unterführung statt einspurig zweispurig erstellt werden.
Natürlich ist es so, dass im jetzigen Zeitpunkt der MIV beim Sumpf nicht angebunden werden soll. Aber wissen wir, was in 5, 10, 15, 20 Jahren sein wird? Wenn wir die Unterführung statt zweispurig nur einspurig bauen, schränken wir uns die Flexibilität für die Zukunft unnötig ein.
Allgemein wird damit gerechnet, dass das Gebiet im Sumpf in Zukunft boomen wird. Dass diese zusätzlichen Arbeitsplätze allesamt mit Benutzern des öffentlichen Verkehrs besetzt werden können, ist wohl illusorisch. Entsprechend wird es zusätzlichen Individualverkehr geben. Es kann wohl niemand bestreiten, dass es das Beste ist, den MIV auf dem direktesten Weg auf die Autobahn zu lotsen statt via Riedmatt - Steinhauerstrasse - Chamerstrasse auf den Alpenblick zu oder via Steinhausen. Mit einer breiteren Unterführung würde sich der Kanton Zug alle Optionen diesbezüglich offen halten.
Dass eine solche Doppelspur im jetzigen Richtplan nicht vorgesehen ist, wird als Argument dagegen angeführt. Nur, wenn wir nichts mehr tun können, was nicht im Richtplan steht, dann kann es das ja sicher nicht sein. Auch Richtplanentscheide können und sollen verändert werden könne.
Es wird nachfolgend auch entgegenhalten werden, dass der Geldsegen von Bundesbern versiegen könnte. Selbst wenn dem so wäre, kostet die breitere Unterführung selber nur 5 Mio. Franken. Wenn man mittels Milchbüchleinrechnung den anscheinend ausbleibenden Geldsegen aus Bern noch dazurechnet, käme man auf 17,3 Mio. Franken. Das ist immer noch deutlich weniger als das, was wir aufgrund der fehlenden jetzigen Weitsichtigkeit dereinst für eine Verbreiterung ausgeben müssten.
Es kann heute niemand, auch nicht die am Projekt beteiligten Verkehrsplaner, mit Sicherheit sagen, wie sich der öffentliche Verkehr, aber auch der Individualverkehr entwickeln werden. Mit der jetzt vorgesehenen Einspurlösung vergeben wir uns für die Zukunft Flexibilität und Spielraum. Dass wir uns über die heutige Kurzsichtigkeit dereinst ärgern müssen, ist für den Votanten sicher. Darum ist er in Übereinstimmung mit der Gemeinde Steinhausen überzeugt davon, dass die Unterführung doppelspurig zu realisieren ist, auch wenn sie im jetzigen Zeitpunkt nur für den öffentlichen Verkehr vorgesehen ist. Nehmen wir also die 5 Millionen für den breiteren Ausbau der Unterführung mit Weitsicht in die Hand und sichern uns damit Flexibilität und Spielraum für die Zukunft. Für eine Zukunft, die wie, vorhin gesagt wurde, auch Jahrzehnte dauern kann. Andreas Hausheer dankt für die Unterstützung seines Antrags.

Moritz **Schmid** hält fest, dass die Frage des Doppelspurausbaus der Unterführung Sumpf in der Kommission breit diskutiert wurde. Das Ansinnen ist von der Gemeinde Steinhausen bereits in der Vernehmlassung eingebracht worden, wurde aber nicht berücksichtigt. Die Kommission hegte anfänglich Sympathie für dieses Ansinnen, verzichtete aber in der Detailberatung auf einen entsprechenden Antrag.
Ein Doppelspurausbau der Unterführung Sumpf lässt sich aus Sicht des öffentlichen Verkehrs nicht rechtfertigen. Die über die nächsten Jahre geplanten Betriebs-

konzepte sehen keine Kreuzungen von Bussen in der Unterführung vor. Die Kreuzungsbereiche liegen ausserhalb der Unterführung. Es ist zu befürchten, dass der Bund bei einer Ausweitung des Projekts seine Kostengutsprache im Rahmen von rund 12 Mio. Franken für dieses ÖV-Projekt zurückziehen würde. Der Kanton müsste in diesem Fall nicht nur die Mehrkosten für den Doppelspurausbau von rund 5 Millionen tragen, sondern würde sich auch noch den wegfallenden Bundesbeitrag von 12 Millionen selber aufbürden. Es wäre somit mit Mehrkosten für den Kanton von rund 18 Millionen zu rechnen, welche sich aus ÖV, aber auch aus MIV-Sicht nicht rechtfertigen lassen. Für den MIV ist im Richtplan keine Verbindungsstrasse zwischen Hinterberg und Sumpf vorgesehen. Gemäss Auskunft des Kantonsingenieurs würde eine solche Verbindung zu unerwünschten Verkehrsumlagerungen am Alpenblick führen. Zudem wird diskutiert, die Gebiete Sumpf und Choller in der Chollermüli an das Kantonsstrassennetz anzubinden.
Aus den genannten Gründen beantragt der Votant im Namen der Kommission, den Antrag von Andreas Hausheer abzulehnen und dem Vorschlag von Regierung, Stawiko und Kommission zu folgen.

Baudirektor Heinz **Tännler** möchte doch bezüglich Aggloprogramm und Bundesbeitrag einige Ergänzungen machen. Wenn dieser Antrag angenommen würde, müsste man aufgrund der Leistungsvereinbarungen in Bern wieder vorstellig werden. Wir sind verpflichtet, diese Projektänderung vorzulegen. Und dann ist alles möglich. Es ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit so, dass der Beitrag mindestens reduziert wird. Es ist aber auch damit zu rechnen, dass er sogar gestrichen wird. Heinz Tännler hat vom Bundesamt für Raumentwicklung schriftlich, dass es möglich ist, dass der ganze Betrag für den ÖV und nicht nur für die Sumpfunterführung gestrichen wird. Denn es wird dann die Gesamtwirkung in Betracht gezogen und neu evaluiert. Und wenn wir dieses Projekt verändern, kann das dazu führen, dass der Bund sagt: Ende der Durchsage, wir streichen nicht nur den Sumpf-Beitrag, sondern alles, was den ÖV in diesem Gebiet betrifft, als auch bei der vorigen Vorlage. Gehen Sie deshalb mit der entsprechenden Verantwortung ans Werk und lehnen Sie den Antrag Hausheer ab. Es kommt noch dazu, dass natürlich der Antrag bezüglich § 1, diese 30,8 Mio. Franken um 5 Millionen zu erhöhen, für sich allein nicht genügt. Der zweite Teil des Abschnitts, «abzüglich des Bundesbeitrags von 40 %, mutmasslich 12 Mio. Franken», steht dann eben in den Sternen. Man müsste dann einen zweiten Satz machen und neutralisiert formulieren, dass allenfalls ein Bundesbeitrag noch in Abzug zu bringen wäre.

➔ Der Antrag Hausheer wird mit 54:5 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2060.5 – 13921 enthalten.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass wir nun noch zum Beschluss über die Petition kommen. Dazu gibt es nur eine Lesung, und es liegen drei gleich lautende Anträge von Kommission, Stawiko und der Regierung vor, nämlich auf Überweisung der Petition an den Regierungsrat zur direkten Erledigung.

➔ Der Rat ist einverstanden.

267 Motion von Andreas Hausheer und Rudolf Balsiger betreffend ein parlamentarisches Ordnungsveto

Traktandum 10 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1929.2 – 13788).

Landschreiber Tobias Moser wird hier durch seine Stellvertreterin Renée **Spillmann** Siegwart abgelöst.

Andreas **Hausheer** weist darauf hin, dass die Motion zum Ziel hat, die Stellung und Einflussmöglichkeiten des Kantonsrats zu stärken. Wenn ein Viertel der Ratsmitglieder mit einer Verordnung nicht einverstanden ist, können diese innert einer bestimmten Frist dagegen Einspruch erheben. Wenn dieser Einspruch von der Mehrheit des Kantonsrats bestätigt wird, geht die Verordnung als Ganzes an den Regierungsrat zurück.
Der Regierungsrat ist gegen ein solches Verordnungsveto, wie seinem Bericht zu entnehmen ist. Einem Bericht, der absolut einseitig und tendenziös geschrieben ist, wie der Votant es in diesem Rat noch nie erlebt hat. Neben der extremen Unausgewogenheit kann schon fast darüber hinweggesehen werden, dass der Regierungsrat die Frist zur Beantwortung der Motion von einem Jahr nicht eingehalten hat.
Alle Argumente, die für ein Verordnungsveto sprechen, werden gar nicht erst erwähnt. Dies, obwohl sich der Regierungsrat sicherlich auch darüber Gedanken gemacht hat oder hätte machen sollen. Er schreibt sehr viel in seiner Antwort, letztlich konzentriert sich seine Argumentation aber lediglich auf zwei Punkte:
1. Die Einführung des Verordnungsvetos sei rechtlich unzulässig und verfassungswidrig. Dieses Argument greift völlig ins Leere, will doch die vorliegende Motion eben gerade eine entsprechende Verfassungsänderung.
2. Der Kantonsrat könne ja die Gesetze so formulieren, dass sie nicht allgemein gehalten sind, sondern einen ausreichenden Bestimmungsgrad hätten. Das tönt in der Theorie vielleicht gut. In der Praxis ist diese theoretische Vorgabe aber kaum voll umsetzbar. Unter anderem nur schon aufgrund der Tatsache, dass es sich beim Parlament um ein Milizparlament handelt, von dem kaum erwartet werden kann, dass es Folgen und/oder Lücken einer Gesetzgebung zu 100 % erkennen kann.
Nun zu den Argumenten, die für ein Verordnungsveto sprechen. Da der Regierungsrat diese in seiner Antwort schlicht ausgeblendet hat, wird dieses Votum etwas länger als gewohnt. Andreas Hausheer erwartet vom zuständigen Regierungsrat Beat Villiger, dass er nun spätestens hier im Rat in seinem Votum noch auf diese Pro-Argumente eingeht und erklärt, warum sie von der Regierung schlicht ignoriert worden sind.
1. Es ist zwar grundsätzlich richtig, dass der Kantonsrat über Gesetze entscheidet. Faktisch ist es nun aber mal so, dass die ganzen Vorbereitungsarbeiten und Gesetzesvorschläge von einer Verwaltung inklusive Regierung ausgearbeitet werden, die sich bis ins hinterste Detail mit einer Angelegenheit befassen kann und auch über ein grösseres Fachwissen verfügt als ein Milizparlament. Dieses berät vielleicht einen halben oder einen ganzen Tag über ein Geschäft, mit dem sich die Verwaltung während Wochen auseinandergesetzt hat. Dass sich hier eine Wissenslücke zu Ungunsten des Parlaments ergeben kann, liegt auf der Hand. Das Verordnungsveto hilft, dieses Missverhältnis auszugleichen.

2. Das Verordnungsveto gibt dem Parlament ein Korrektivmittel im Rechtssetzungsprozess. Es ist keineswegs so, dass der Rechtssetzungsprozess mit der Behandlung im Parlament abgeschlossen ist. Dieser Prozess geht mir der Ausarbeitung der Verordnungen weiter. Es ist nicht einzusehen, warum das Parlament mitten im Rechtssetzungsprozess ausgeschaltet wird, wenn es erkennt, dass das Gesetz nicht in seinem Sinne umgesetzt werden soll.
3. Das Verordnungsveto ermöglicht schlanke Gesetze und hilft zu verhindern, dass Gesetze voll von Bestimmungen sind, die eigentlich nicht gesetzeswürdig sind. So wird die Qualität der Rechtssetzung erhöht.
4. Durch die in der Motion geforderte Anzahl von Kantonsräten, die ein Veto einlegen können, ist die Gefahr gebannt, dass Einzelinteressen verfolgt werden könnten, wie dies der Regierungsrat befürchtet.
5. Die Erfahrung aus dem Kanton Solothurn zeigt, dass das Verordnungsveto zu keiner Aufblähung des Verwaltungsapparats geführt hat.
6. Der Kantonsrat hat gemäss Verfassung die Oberaufsicht über den Regierungsrat. Das Verordnungsveto gibt dem Regierungsrat ein massvolles Steuerungsinstrument, um seine Funktion als Oberaufsicht wahrnehmen zu können. Mit dem Verordnungsveto kann der Kantonsrat verhindern, dass seine Entscheide nicht gesetzeskonform ausgelegt werden.
Sie sehen, es gibt durchaus eine ganze Menge an objektiven Gründen, die das Verordnungsveto rechtfertigen. Mit der Erheblicherklärung der Motion stärken wir unsere eigene Stellung und unsere eigenen Einflussmöglichkeiten.
Der Kanton Aargau hat es uns letztes Jahr vorgemacht, indem er eine entsprechende Motion der FDP entgegen dem Antrag des Regierungsrats mit 89:29 guthiess. Dort stimmten übrigens neben der FDP auch die CVP, die SVP und die GLP für das Verordnungsveto. – In diesem Sinne beantragt der Votant die Erheblicherklärung der Motion und dankt danke für die Unterstützung des Rats.

Stefan **Gisler**: Woher rührt bei den Motionären von FDP und CVP ihr grosses Misstrauen gegen die Regierung? Gegen eine Regierung notabene, in welcher CVP und FDP seit Jahren die absolute Mehrheit haben. Setzen ihre eigenen Regierungsräte die vom Kantonsrat erlassenen Gesetze mittels der dann folgenden Verordnungen nicht sinngemäss um? Gibt es dazu Beispiele? Wohl kaum. Und überhaupt sind wir vom Kantonsrat die Legislative und es ist unsere Aufgabe, die Gesetze präzise genug zu formulieren, dass es dann auch so herauskommt, wie wir das beabsichtigt haben. Aus seiner doch schon längeren Ratserfahrung kann der Votant zudem feststellen, dass die Regierung bereits beim Prozess der Gesetzesberatung transparent macht, wie sie die Verordnungen gestalten wird. Somit haben die vorberatende Kommission und der Rat die nötigen Entscheidungsgrundlagen, und die Regierung hält sich auch daran. Es kommt hinzu, dass ein Verordnungsveto den parlamentarischen Betrieb und das Regieren extrem verlangsamt. Ein Ja zur Motion würde die Politik wortwörtlich zur Schnecke machen. Im Sinne eines effizienten Staates plädiert die AGF wie die Regierung für Nichterheblicherklärung und Abschreibung der Motion. Elementar scheint Stefan Gisler die Fortführung einer sauberen Gewaltenteilung. Der Kantonsrat legiferiert und die Regierung regiert. Das hat sich bewährt und das sieht die Verfassung vor. Gerne zitiert der Votant abschliessend an dieser Stelle alt Regierungsrat Uttinger: «Gott bewahre den Kanton vor 80 Regierungsräten».

Thomas **Werner** hält fest, dass die SVP grundsätzlich das Anliegen der Motionäre versteht. Auch wir neigen gerne dazu, denen da oben ein wenig auf die Finger zu schauen, was sie machen und was nicht. Auch wir mögen es überhaupt nicht, wenn Gesetze oder Artikel, die wir verabschieden, dann irgendwie zurechtgebogen würden. Aber dem Votanten ist kein Fall bekannt, wo es so gewesen wäre. Wir halten das Verordnungsveto für das falsche Instrument. Wir sind der Überzeugung, dass wir fähig sind, die Gesetze so zu erlassen, dass sie nachher vom Regierungsrat auch wirklich so umgesetzt werden, wie wir uns dies vorgestellt haben. Vielmehr wollen wir uns deshalb an der eigenen Nase nehmen und uns künftig weiterhin dafür einsetzen, dass gute Gesetzesgrundlagen diesen Saal verlassen. Die SVP-Fraktion ist deshalb grossmehrheitlich für Nichterheblicherklärung und Abschreiben der Motion.

Adrian **Andermatt** hält fest, dass die FDP-Kantonsratsfraktion eine gewisse Sympathie hat für die Motion Hausheer/Balsiger. Denn auf den ersten Blick erscheint das Verordnungsveto ein probates Mittel zu sein, um vermeintlich unnötige oder allenfalls dem Willen des Parlaments widersprechende Verordnungen zu bekämpfen. Trotzdem empfiehlt die FDP-Kantonsratsfraktion, den Anträgen der Regierung zu folgen und dabei die Motion als nicht erheblich zu erklären.
Ausschlaggebend für die Position der FDP ist der vertieftere zweite Blick, nämlich die Analyse der genannten Motion aus einer staatsrechtlichen wie auch staatspolitischen Perspektive. Die Einführung eines Verordnungsvetos stellt einen massiven Eingriff in die verfassungsrechtliche Kompetenzaufteilung zwischen der Legislative und der Exekutive dar. Diese Kompetenzaufteilung sieht vor, dass der Kantonsrat als Legislative grundsätzlich das ausschliessliche Recht der Gesetzgebung hat. Der Exekutive steht dieses Recht nicht zu. Der Regierung steht aber – und auch das ist verfassungsmässig so vorgesehen – das ausschliessliche Recht zum Erlass von Vollzugsrecht zu, um die ihr gemäss Verfassung und Gesetz zugewiesenen Aufgaben erfüllen zu können. Dies geschieht unter anderem mittels Erlass von Vollzugsverordnungen.
Mischen wir uns als Legislative hier ein – z.B. mittels des vorgeschlagenen Verordnungsvetos – werden nicht nur Kompetenzen und Verantwortungen der verschiedenen Staatsgewalten vermischt, sondern es wird potenziell verfassungswidrig die Kompetenz der Exekutive beschnitten. Als Legislative können wir selbstverständlich dem Regierungsrat auch das Recht zur Rechtssetzung delegieren. Wenn wir dies tun, erfolgt dies jedoch stets in einem im Voraus definierten, engen Rahmen, den wir ja auch selbst bestimmen. Es liegt somit insbesondere an uns, so zu legiferieren bzw. unsere Gesetze so zu gestalten, dass der Handlungsspielraum der Exekutive zwar genügend gross, aber eben nicht zu gross ist. Das ist zwar keine einfache Aufgabe, aber eine, die wir durchaus bewältigen können. Das Verordnungsveto stellt zudem – und dies ist ein rein politischer Aspekt – ein aus unserer Sicht unnötiges Misstrauensvotum gegenüber unserer Regierung dar, welches aus Sicht der FDP-Fraktion nicht angezeigt ist.

Heini **Schmid** beantragt im Namen einer klaren Mehrheit der CVP-Fraktion, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären. Zunehmend scheint in der Politik der Grundsatz zu gelten «Misstrauen ist besser als Vertrauen». Zunehmend haben wir Parlamentarier das Gefühl, dass wir der Regierung überall in ihr Handwerk pfuschen können. Besonders beliebt ist dabei bei Parlamentariern, sich in nicht wirklich bedeutende, aber sehr konkrete Fragen,

meist aus dem operativen Bereich der Politik, einzumischen. Diese Einmischungen führen zunehmend dazu, dass die Verantwortlichkeiten verwischt werden. So wird der Trend, dass wenn etwas schiefgeht, jeder dem anderen die Verantwortung zuschiebt, noch zusätzlich gefördert. So nach dem Motto, das Parlament habe ja ein Vetorecht gegen diese Verordnung gehabt. Die CVP ist der Meinung, dass wir uns auf unsere ureigene Kompetenz, die Gesetzgebung, konzentrieren sollten. Die Anforderung an uns als Gesetzgeber wachsen laufend. Widerstehen wir der Versuchung, uns von den strategischen Fragen in einen politischen Aktivismus zu flüchten.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** hält fest, dass der Motionär schon ausgeführt hat, um was es geht. Dass nämlich Verordnungen oder Verordnungsänderungen mit Mehrheiten wieder in den Kantonsrat geholt oder zurückgewiesen werden können. Die Begründung liegt darin, dass man Angst hat, dass bei der Verordnungsbearbeitung durch den Regierungsrat und die Verwaltung die Interessen und der Wille des Parlaments zu wenig berücksichtigt würden.
Wir haben in der Beantwortung klar ausgeführt, dass dem nicht so ist. Und der Sicherheitsdirektor ist froh, dass die beiden Juristen Andermatt und Schmid hier auch klar ausgeführt haben, wo die Aufgabenteilung in diesem Bereich im Kanton Zug liegt, und zwar aufgrund der Verfassung. Das Verordnungsveto widerspricht dem verfassungsrechtlichen Gewaltenteilungsprinzip und berührt einen zentralen Bereich des Regierungsrats. Die politische Verantwortung für das Verordnungsrecht liegt nun einmal beim Regierungsrat.
Beat Villiger ist sicher, dass ein Verordnungsveto den Parlamentsbetrieb schwerfällig machen würde. Dass Gesetze oder Verordnungen zum Teil auch nicht innert Frist in Kraft gesetzt werden könnten. Da könnte ein Pingpongspiel stattfinden. Und wenn gesagt wird, wir hätten keine guten Beispiele aufgeführt, so liessen sich diese auch nicht finden. Auch die Motionäre nennen ja kein einziges Beispiel, wo es schief gelaufen ist im Kanton Zug. Und gerade der Kanton holt nicht nur beim Gesetzes-, sondern auch im Verordnungswesen immer wieder die Meinungen bei den Parteien und Gemeinden ein. Das führte ja gerade in den letzten Tagen zu grosser Kritik, dass wir zu viele Vernehmlassungen auf den Weg schicken würden.
Beat Villiger bittet den Rat, diese Motion nicht erheblich zu erklären, weil sie einfach auch zu mehr Aufwand führt und wir hier nach dem «Spirit of Zug» leben, wo bürgernah gehandelt wird und möglichst schnelle Verwaltungsabläufe stattfinden. Und wenn jetzt noch der Kanton Aargau als Beispiel herangezogen wird, so sind die gar noch nicht so weit. Das ist jetzt erst in der Mühle. Und der Kanton Solothurn hat das zwar schon jahrelang, aber man hat seit 1999 ca. 1'000 Verordnungen und Verordnungsänderungen gehabt. 64 sind dann mit einer Viertelsmehrheit in den Kantonsrat geholt, aber nur sieben sind im Kassationssystem oder an den Regierungsrat zurückgewiesen worden.

➔ Der Rat beschliesst mit 49:8 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

268 **1. Motion von Max Uebelhart und Vreni Wicky betreffend Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe (Gesetz über den Feuerschutz, 3. Abschnitt)**
2. Motion von Martin B. Lehmann, Thomas Lötscher, Thomas Rickenbacher, Karl Nussbaumer und Rupan Sivaganesan betreffend Befreiung der Angehörigen der Zuger Polizei und des Rettungsdienstes Zug RDZ von der Feuerwehrpflicht

Traktandum 11 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1699.2/1703.2 – 13824).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass zu beiden Motionen gleichzeitig gesprochen werden kann, da sie einen engen materiellen Zusammenhang haben. Selbstverständlich wird dann aber separat zu jeder der beiden Motionen ein Beschluss gefällt.

Pirmin **Frei** ist es Freude und Ehre, eine Motion unserer Präsidentin vertreten zu dürfen. Er tut dies frei von Interessenbindungen und im Wissen darum, die CVP-Fraktion fast geschlossen hinter sich zu wissen.
Zuerst zur Motion Uebelhart/Wicky. Es geht um die Erheblicherklärung einer Motion, die noch in der letzten Legislatur von rund der Hälfte des Parlaments unterzeichnet worden ist. Viele der damaligen Unterzeichnenden sitzen hier drin. Wenn Sie heute nein sagen zur Erheblicherklärung, bleibt es, wie es ist. Wir werden weiterhin eine Feuerwehrpflicht haben, obwohl seit Jahren keine Personen mehr gegen ihren Willen in die Feuerwehr eingeteilt worden sind und der Bedarf an Feuerwehrleuten (aufgrund von besserem Material, besseren Brandmeldern etc.) tendenziell abnimmt. Wir werden weiterhin neben den allgemeinen Steuern eine Feuerwehrabgabe haben, basierend auf dem administrativ aufwändigen Haushaltsmodell, mit diversen Ausnahmeregeln, mit Umgehungs- und Einsprachemöglichkeiten. Wir werden weiterhin eine Ersatzabgabe erheben, deren Erlös in den allgemeinen Finanztopf der Gemeinden fliesst, also nicht etwa der Feuerwehr zugute kommt, wie viele Bürgerinnen und Bürger meinen.
Sagen Sie hingegen ja zur Erheblicherklärung, kann der Kantonsrat einlässlich prüfen, ob unser geltendes kantonales Feuerwehrmodell, das schon bei der Einführung umstritten war, tatsächlich noch zeitgemäss ist. Wir können prüfen, ob wir mit einer reinen Freiwilligen-Feuerwehr nicht weniger, sondern mehr motivierte Feuerwehrleute bekommen würden, ob wir den Feuerwehrdienstleistenden nicht anderweitig unsere Anerkennung zum Ausdruck bringen können, als mit einer Entlastung von 100 Franken.
Etwas ist dem Votanten und den Motionären ganz wichtig: Erklären Sie die Motion Uebelhart/Wicky für erheblich, ist dies in keiner Weise gegen die Feuerwehren gerichtet: Diese leisten einen ausserordentlichen Einsatz zugunsten der Gesellschaft. Und allen Angehörigen der Feuerwehr gebührt unser Dank und Respekt.
Denken Sie aber daran, neben der Feuerwehr gibt es auch andere Personen und Organisationen, die vom Milizgedanken getragen sind und wertvolle Dienste zugunsten der Gesellschaft leisten: Samariter, Militär (in den höheren Funktionen), Altenpflege, Jugendarbeit, letztlich auch wir Politiker. Auch sie verdienen unsere Anerkennung, und es wäre ihnen – die Politiker einmal ausgenommen – zu gönnen, wenn Sie dafür analog zur Feuerwehrabgabe eine finanzielle Geste erhalten würden, wenn auch ihnen gegenüber eine Art von Solidarität zum Ausdruck kom-

men würde. Ist das wirklich das, was wir in einem schlanken Staat wollen? Wollen wir eine solche Klientelenpolitik?
Liest man die regierungsrätliche Vorlage, weiss man nicht so genau, was der Regierungsrat nun eigentlich will. Ungefähr bis zur Hälfte der Vorlage listet er nämlich fein säuberlich die Gründe auf, weshalb man die Motionsanliegen unterstützen sollte, man zitiert Vernehmlassungsantworten von Gemeinden, die noch vor nicht allzu langer Zeit selbst festgestellt haben, dass das Haushaltsmodell viel zu kompliziert sei und den Verwaltungsaufwand unnötig belaste. Offenbar liess sich der Regierungsrat vom psychologischen Argument einzelner Gemeinden überzeugen, die geltend machen, dass es wichtig sei, dass sich die Bürgerinnen und Bürger einmal im Jahr, wenn sie die 100 Franken bezahlen, bewusst werden, dass der Feuerwehrdienst nicht selbstverständlich sei. Da kann man nur sagen: «Danke, lieber Staat, dass du mich daran erinnerst, dankbar zu sein!»
Wir alle wollen einen schlanken Staat, wir alle wollen möglichst wenig Bürokratie. Mit der Erheblicherklärung der Motion Uebelhart/Wicky können wir beweisen, dass es uns ernst ist.
Zur Motion Lehmann und Konsorten. Hier schliesst sich die CVP-Fraktion grossmehrheitlich dem Regierungsrat an. Weitere Ausnahmen von der Feuerwehr- beziehungsweise der Ersatzabgabepflicht, sollte diese denn bestehen bleiben, sind nicht gerechtfertigt und kaum praktikabel.

Karl **Nussbaumer** legt zuerst seine Interessenbindung offen, er ist Feuerwehrkommandant und deshalb vom Motionsbegehren direkt betroffen. Wir Motionäre danken dem Regierungsrat für den Bericht und Antrag, auf den er sehr lange warten liess. Der Votant spricht im Namen der Motionärsmehrheit. Wir halten an unserer Motion fest und finden es ungerecht, wenn Personen der Polizei oder RDZ eine Feuerwehrersatzabgabe leisten müssen, obwohl sie auch einer Alarmorganisation angehören. Es stimmt, wie die Regierung schreibt, dass in vielen Fällen, alle drei Organisationen an einem Schadenplatz sind und genau deshalb müssen diese auch von der Ersatzabgabe befreit werden.
Karl Nussbaumer kann ein weiteres Beispiel aufzählen: Er hatte in seiner Feuerwehr einen sehr guten Unteroffizier, welcher nun bei der Zuger Polizei arbeitet. Nachdem der Votant persönlich mit dem Kommandanten der Zuger Polizei gesprochen hat, durfte dieser während der Grundausbildung in unserer Feuerwehr bleiben. Danach musste er sofort austreten, was wir alle sehr bedauert haben. Nun muss ein gewillter Mann die Ersatzabgabe zahlen; das finden wir ungerecht und deshalb müssen diese Personen von der Ersatzabgabe klar befreit werden. In diversen Nachbarskantonen geht dies auch, warum soll es denn im Kanton Zug nicht gehen?
Das Argument, dass diese Befreiung andere Begehrlichkeiten Pikettdienstleistender hervorrufen könnte, teilen wir nicht. Karl Nussbaumer hat selber Leute aus dem Pflegeberuf in seiner Feuerwehr und diese können den Dienst problemlos leisten.
Wir bitten Sie, unsere Motion für erheblich zu erklären. Damit setzen sie ein Zeichen für unsere Polizeiangehörige und RDZ-Leute. – Die SVP-Fraktion vertritt grossmehrheitlich auch diese Meinung und wird die Motion ebenfalls erheblich erklären.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion vorab allen Angehörigen einer Feuerwehr für ihren sehr wichtigen Einsatz danken möchte. Im Ernstfall ist es eine Erleichterung, wenn die Feuerwehr schnell und mit dem richtigen Material vor Ort

ist und Hilfe leisten kann. Dieser Dank gilt selbstverständlich auch allen übrigen Mitgliedern von Blaulichtorganisationen.
Die SP-Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrats einverstanden. Der Entscheid ist uns allerdings nicht leicht gefallen, gibt es doch sachlogische Zusammenhänge, die insbesondere für die Aufhebung der Feuerwehrpflicht sprechen würden. So ist es zum Beispiel den Angehörigen der Zuger Polizei oder des Rettungsdienstes aus beruflichen Gründen kaum möglich, in zwei Blaulichtorganisationen tätig zu sein. Im Ernstfall würde die eine oder andere Organisation durch ein Doppelmandat geschwächt.
Die Einsparung der Feuerwehrersatzabgabe von 100 Franken wird wohl kaum der Grund sein, in der Feuerwehr Dienst zu leisten. Dazu brauch es mehr – vor allem mehr Idealismus und viel Freizeit. Bei der Feuerwehrersatzabgabe handelt es sich damit um eine eigentliche Solidaritätsabgabe, denn vom Nutzen der Dienstleistung der Feuerwehr profitieren alle – unabhängig ob arm oder reich.
Der Feuerwehrdienst wird schon heute faktisch nur freiwillig geleistet. Trotzdem besteht seit Jahren im Gesetz die Möglichkeit der Feuerwehrpflicht. Gemäss Wissensstand des Votanten wurde diese Möglichkeit aber noch nie angewendet. Bisher gelang es den Feuerwehren immer wieder, mit attraktiver Öffentlichkeitsarbeit genügend Personen zu rekrutieren. Ob das auch in Zukunft so bleiben wird, ist ungewiss, haben doch auch die Feuerwehren Nachwuchssorgen wie fast alle freiwilligen Organisationen auch. Darum scheint uns der Vorschlag des Regierungsrats, die Feuerwehrpflicht nicht aus dem Gesetz zu streichen, richtig. Aufgrund der Entsolidarisierung der Gesellschaft ist es nicht ausgeschlossen, dass die gesetzliche Feuerwehrpflicht – in hoffentlich ferner Zukunft – doch noch zur Anwendung kommt.

Stefan **Gisler** hat im Gegensatz zu Pirmin Frei ausnahmsweise eine Interessenbindung. Er ist in der Feuerschutzkommission der Stadt Zug. Und die zweite Ausnahme ist, dass er gleicher Meinung ist wie dieser.
Faktisch sind bei den Feuerwehren im Kanton Zug nur Leute im Einsatz, welche ihren Dienst freiwillig leisten. Zwang gibt es de facto keinen. Unsere Fraktion ist daher der Auffassung, dass eine Umstellung von der Pflicht- zur freiwilligen Feuerwehr die logische Lösung ist. Sollten in Zukunft zuwenig Personen für solche Dienste zu haben sein, wäre es sicherlich sinnvoller, eine Feuerwehr mit Entlöhnung aufzubauen, sofern das nicht schon der Fall ist, statt unmotivierte, zwangsweise im Einsatz stehende Personen aufzubieten.
Im Bericht des Regierungsrats heisst es auf S. 7, dass wer feuerwehrpflichtig ist, keinen durchsetzbaren Anspruch hat, diese Pflicht auch wirklich persönlich zu erfüllen. Stattdessen wird diese Person ersatzabgabepflichtig. Wenn also sogar willige Personen, die den Dienst leisten wollen, nicht zugelassen und dennoch gezwungen werden, eine Ersatzabgabe zu leisten, ist das doch mehr als fragwürdig.
Ein wichtiger Punkt, den der Regierungsrat ebenfalls anführt: Bei der Rekrutierung für den Feuerwehrdienst gebe es keinen Notstand. Sie bringt also in ihrem Bericht und Antrag ganz viele schlüssige Argumente für die Abschaffung der Feuerwehrpflicht. Ihr fehlt einfach der Mut zum letzten Schritt. Letztlich geht es ja eigentlich nur um die Finanzierung. Soll das einfach über die regulären Steuern passieren oder eine zusätzlich Gebühr dazu erhoben werden?
Die AGF unterstützt die Motion Uebelhart/Wicky und damit erübrigt sich aus unserer Sicht auch die zweite Motion zur Abgabebefreiung für Angehörige von Polizei und Rettungsdiensten. Wir werden die zweite Motion unabhängig vom Entscheid

zur ersten ablehnen. Es ist nicht zielführend, wenn einzelne Personengruppen von der Abgabe befreit werden. Denn Polizei- und RDZ-Mitglieder können nicht bei der Feuerwehr mitmachen. Aber es gibt auch viele andere Berufsgruppen, die das schlicht nicht könne, z.B. Zugspersonal mit nicht regelmässigen Arbeitszeiten. Bei einem Notfall kann man eine Lok nicht einfach stehen lassen. Da gibt es noch viele weitere Beispiele. Von daher wäre es zielführender, wenn wir diese Verpflichtung für alle abschaffen und die Sache regulär über die Steuern finanzieren würden, wie wir das bei verschiedenen anderen Dienstleistungen der öffentlichen Hand ja auch machen.

Thomas **Lötscher** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist Mitglied der Feuerwehr und der Feuerschutzkommission Neuheim und der im regierungsrätlichen Bericht zitierten Arbeitsgruppe, die aber mittlerweile wieder aufgelöst ist.
Die FDP-Fraktion unterstützt mehrheitlich das von der Regierung beantragte Festhalten an der Feuerwehrpflicht und an der Erhebung der Ersatzabgabe, wie sie dies bereits in der Vernehmlassung äusserte. Es geht dabei um mehr als nur Geld. Der Feuerwehrdienst ist ein Akt der Solidarität. In früheren Zeiten waren alle Bürger gehalten, gemeinsam einen Brand zu bekämpfen, indem sie sich zu Eimerketten zusammenschlossen. Heute ist die Feuerwehr besser ausgerüstet und braucht ob dieser Effizienzsteigerung weniger Personal. Deshalb braucht es nicht mehr jeden Einzelnen. Aber noch immer braucht es die menschliche Kraft und damit die Solidarität. 100 Franken sind ein tiefer Betrag, um den persönlichen Beitrag zu dieser Solidarität zu leisten, vor allem in Anbetracht dessen, was Feuerwehrangehörige leisten. Wem diese 100 Franken zuviel sind, kann sie vermeiden durch seinen persönlichen Einsatz zugunsten der Allgemeinheit. Über den Sold lässt sich dann noch etwas dazu verdienen. Eine dienstleistende Person pro Haushalt reicht, um den ganzen Haushalt von der Pflicht zu befreien. Mit diesem Modell werden auch Menschen in die Pflicht genommen, die keine Steuern bezahlen.
Die Ersatzabgabe deckt heute in kleineren und mittleren Gemeinden ungefähr die laufenden Kosten für den Feuerwehrdienst, d.h. für Übungen und Einsätze, nicht aber für die Infrastruktur. Dies ist ein substanzieller Beitrag, der bei einem Wegfall anderweitig aufgebracht werden müsste. Bei der Gemeinde Neuheim macht das etwa ein Steuerprozent aus. Sollte in einzelnen Gemeinden mit der Ersatzabgabe mehr eingenommen werden als für die Feuerwehrfinanzierung nötig ist, wäre dies über die Korrektur des Steuersatzes zu kompensieren. Das Gemeinwesen soll natürlich nicht mehr einnehmen als nötig.
Selbst wenn die Ersatzabgabe abgeschafft würde, ist an der Feuerwehrpflicht festzuhalten, da andernfalls Feuerwehrangehörige gegenüber ihren Arbeitgebern benachteiligt werden könnten. Denn für ein blosses «Hobby» würden gewisse Arbeitgeber ihre Mitarbeiter sicher nicht freistellen.
Was die Befreiung Angehöriger der Blaulichtorganisationen von der Feuerwehrpflicht betrifft, stützt die FDP ebenfalls die Meinung der Regierung und lehnt das Motionsbegehren ab. Das trifft explizit auch auf den Votanten zu, der zu den Motionären gehöre. Der Sinneswandel liegt darin begründet, dass er bei Einreichung der Motion irrtümlich davon ausging, dass es den Polizeiangehörigen untersagt sei, Feuerwehrdienst zu leisten. Dem ist aber gemäss regierungsrätlichem Bericht nicht so, wenngleich die Praxis in der Vergangenheit faktisch auf ein Verbot hinaus lief. Die FDP verlangt, dass die Polizei – wie andere Arbeitgeber mit einem Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft – ihren Mitarbeitern keine Steine in den Weg legt, wenn diese Feuerwehrdienst leisten wollen. Polizeiangehörige sind bei der Feuerwehr nämlich sehr gefragt. Selbstverständlich gehen im Ernstfall die

betrieblichen Bedürfnisse vor. Es ist wichtig, dass der Kanton, der von privaten Arbeitgebern ein Engagement zugunsten der Gemeinschaft erwartet, mit gutem Beispiel voran geht. Unter diesen Umständen erachtet die FDP-Fraktion das Anliegen der Motionäre als hinfällig, da die faktische Unmöglichkeit des Feuerwehrdienstes eliminiert ist.
Die FDP-Fraktion folgt mehrheitlich der Regierung und will beide Motionen nicht erheblich erklären.

Karl **Nussbaumer** hat vorhin vergessen, zur Motion Uebelhart/Wicky zu sprechen. Das möchte er nachholen. Wir haben diese Motion in der SVP-Fraktion ausführlich besprochen und werden diese einstimmig nicht erheblich erklären. Zehn von elf Gemeinden sowie die meisten Feuerwehrkommandos lehnen diese Motion klar ab. Die Beibehaltung der Feuerwehrpflicht gewährleistet allfälligen Interessenten gegenüber Arbeitgebern die besseren Argumente für einen Eintritt in die Feuerwehr als auf Basis der Freiwilligkeit. Weiter kann auch nicht von einem übermässigen Verwaltungsaufwand gesprochen werden, da dieser laut Angaben der Gemeinden unter 3 % ist. In den meisten Gemeinden sind die Einnahmen ca. die Hälfte des jährlichen Feuerwehrbudgets. Der grösste Teil der Bevölkerung ist mit den Dienstleistungen der Feuerwehr sehr zufrieden, und die Ersatzabgabe zeigt auch die gesellschaftliche Anerkennung der Feuerwehr.
Nun mal ehrlich, was sind den schon 100 Franken für all die Aufgaben, welche die Feuerwehr leistet. Es sind längst nicht nur Brände, nein immer mehr sind es technische Hilfeleistungen oder Unwettereinsätze. Es kann jeden von uns mal treffen und dann sind wir froh, es gibt in jeder Gemeinde eine gut organisierte und funktionierende Feuerwehr. Deshalb ist die SVP-Fraktion auch der Meinung der Regierung und wird einstimmig für die Nichterheblicherklärung stimmen.

Ivo **Hunn** hält fest, dass die GLP die Motion Uebelhart/Wicky unterstützt. Die Feuerwehrpflicht erübrigt sich einerseits, da sich genügend freiwillige Personen zur Verfügung stellen und andererseits eine Zwangsrekrutierungen praktisch nicht erfolgt, da die Gemeinden nur einen kleinen Teil der feuerwehrpflichtigen Personen aufnehmen kann. Wäre die Anzahl der freiwilligen Personen tatsächlich rückläufig, müsste diese Lücke aus unserer Sicht durch Berufsfeuerwehrleute abgedeckt werden. Die Ersatzabgabe soll nicht mehr wie heute erhoben werden, da wir für eine schlanke Verwaltung und eine einfache Finanzpolitik sind. Die Feuerwehr ist eine wichtige Aufgabe der Gemeinden, wie die Schulen, die Sozialdienste, die Sicherheit usw., und soll in den Gemeindesteuern enthalten sein. Das ergibt bei den Gemeinden eine leichte Steuererhöhung.
Die Motion Lehmann und andere lehnen wir ab. Begründung: Wir sind für eine einheitliche Regelung ohne spezielle Ausnahmen.

Heini **Schmid** sieht sich gezwungen, seinem Erstaunen über das Verhalten seiner Kollegen von FDP und SVP Ausdruck zu geben. Wahlkampf wird gemacht mit Bürokratieabbau. Wir sind im Abstimmungskampf zum Gebührengesetz. Und beim ersten konkreten Projekt, wo wir wirklich ohne Probleme Bürokratie abbauen und unnötige Gebühren beseitigen könnten, wo man lediglich einzelne traditionelle Gefühle verletzen würde, wird der Lackmustest mit einer schleierhaften Begründung verweigert. Der Votant bittet schon, sich an die bürgerlichen Wurzeln dieser beiden Parteien zu erinnern und dort, wo wir unnötige Bürokratie und Gebühren

abschaffen können, auch diesen Weg zu beschreiten. Sonst wird es wirklich schwierig mit der Glaubwürdigkeit. Gleichzeitig möchte er noch sagen, dass es natürlich juristisch auch ein wenig bedenklich ist, was wir heute machen. Wir nehmen eine Ersatzabgabe ein, die wir einfach im allgemeinen Steuerhaushalt versickern lassen. Das ist ein weiterer wichtiger Grund, weshalb wir dieses Relikt aus alter Zeit über Bord werfen können. Erklären Sie deshalb die Motion Uebelhart/Wicky erheblich!

Thomas **Lötscher** möchte noch zwei Missverständnisse ausräumen. Es geht nicht darum, jetzt einfach eine Gebühr abzuschaffen. Er hat gesagt, das könne in einzelnen Gemeinden ein Steuerprozent ausmachen. Wenn wir diese Gebühr jetzt streichen, werden einzelne Gemeinden entsprechend einfach die Steuern erhöhen müssen, um diese Kosten zu tragen. Es ist dann einfach ein Nullsummenspiel. Wir verschieben es einfach.
Im Bericht wird festgehalten, dass in Bezug auf die Personalrekrutierung kein Nullstand bestehe. Das stimmt. Ungeachtet dessen ist es aber in den meisten Feuerwehren eine Herausforderung und durchaus schwierig, die Leute dafür wieder zu finden. Und Sie alle kennen diese Situation: Jeder, der in einem Parteivorstand oder in einem Verein arbeitet, wo neben der Berufstätigkeit noch Einsatz gefordert ist, hat es schwierig, Leute zu finden, die mitmachen. Das ist auch in der Feuerwehr so. Und jetzt geht es um den Punkt, den Thomas Lötscher eigentlich aufzeigen wollte. Wenn wir mal die Finanzen weglassen, die Feuerwehrdienstpflicht als solche brauchen wir eben trotzdem. Denn wenn sich Feuerwehrangehörige nicht mehr darauf berufen können, dass die Feuerwehrspflicht besteht, haben Sie gar keine Handhabe. Dann kann sich jeder Arbeitgeber rückwärts aus der Verantwortung stehlen und sagen: Was soll das, andere Leute haben auch ihr Hobby. Ich kann dich nicht einfach für ein Hobby von der Arbeit wegschicken. Das ist – ungeachtet der Finanzierung – ein Punkt, der es wichtig macht, dass wir an der Dienstleistungspflicht festhalten.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** erinnert daran, dass die Regierung sehr bald nach diesen Motionen die Gemeinden einbezogen hat, weil es nicht nur ein emotionales Geschäft ist, sondern das Feuerwehrwesen auch eine rein gemeindliche Aufgabe ist. Wir haben auch eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit Vertretern der Gemeinden, des Wirtschaftsverbands und der Handelskammer, und zwar unter der Leitung des Feuerwehrinspektorats. Alle opponieren vehement gegen eine Abschaffung der Ersatzabgabe. Teilweise wurde sogar beantragt, man müsste diese erhöhen. Bei allen Vorbehalten gegenüber dem heutigen System haben die Gemeinden gesagt, dass sich das Ganze seit 1995 sehr gut eingespielt habe. Dass kaum mehr Probleme bestehen und Beschwerden zu bearbeiten seien. Auch wenn der Ertrag gemessen am Gesamtsteuerertrag eher klein ist, wird er halt – zumindest in Gedanken – dem Konto Feuerwehr gutgeschrieben. Man kann dann Ausgaben im Feuerwehrbereich besser begründen.
Die Feuerwehren – im Kanton Zug immerhin 1'250 Männer und Frauen – bilden zusammen mit Polizei und RDZ den Hauptsicherheitsdienst. Auch wenn wir dank der sehr guten Arbeit immer wieder gut rekrutieren können, so ist es eben ganz anders, wenn wir nur schon über die Kantonsgrenzen hinausschauen. Und in Deutschland ist das Bild sehr düster. Da lassen sich kaum mehr Jugendliche rekrutieren. Die Fluktuationen sind dort viel grösser. Man muss die Leute viel länger in

den Korps halten oder sogar von der Strasse Leute holen. Bei uns ist das noch gut, aber es bestehen Anzeichen, dass wir zunehmend Mühe haben, Leute zu finden.
Feuerwehrleute müssen auch immer mehr Nachteile bezüglich Beruf, Familie, Freizeit und finanzieller Hinsicht auf sich nehmen. Der Sold ist sicher nicht das erste. In Zug wird nicht einmal Sold bezahlt. Und die Feuerwehrkonzeption 2015 soll ja gerade diesen Aspekt aufnehmen. Da sind wir dran, die Feuerwehr möglichst erfolgreich in die Zukunft zu führen im Milizsystem, aber auch Massnahmen zu treffen, welche die Nachteile ausmerzen. Aber das könnte auch wieder Geld kosten. Und Feuerwehrleute müssen weiterhin bereit sein, solche Nachteile in Kauf zu nehmen. Dies gilt auch für die Arbeitgeber. Auch hier ist man immer weniger bereit, Feuerwehrleute zu beschäftigen. Trotzdem ist es sehr wichtig, dass Feuerwehrleute auch in unserer nächsten Umgebung Arbeitsplätze finden.
Der Sicherheitsdirektor hat diesen Aspekt auch etwas unterschätzt. Wer sich nämlich für Gottes Lohn für die Allgemeinheit einsetzt, wer bereit ist, sich unter Gefahren für den Nächsten einzusetzen und dafür kaum entschädigt wird, hat mindestens Anspruch auf Anerkennung, vor allem öffentliche. Und gerade dieser Ersatzbeitrag sorgt bei der Feuerwehr für Anerkennung. Wenn wir diesen streichen, fehlt diese Anerkennung. Eugen Meienberg hat heute gesagt, dass wir immer mehr die Kompetenzen der Gemeinden beschneiden. Hier wird genau das auch gemacht. Auch die Gemeindepräsidentenkonferenz hat sich sehr eingesetzt, dass diese Abgabe bleibt.
Der Votant hat in den letzten Monaten immer auch wieder die Probleme mit Jugendlichen angesprochen und vielfach gehört, dass man gerne bereit sei, diese 100 Franken zu bezahlen, um sich etwas loszukaufen von einer staatlichen Pflicht. Und das möchte er unbedingt beibehalten. Er kann nicht verstehen, dass etwa Pirmin Frei als hoher Offizier diese Staatspflicht abschaffen will. Das wäre ja das Notfallszenario, wenn wir gar niemanden aufbieten könnten in die Feuerwehr. Diese Sicherheit müssen wir doch haben.
Zur zweiten Motion wurde das Meiste schon gesagt. Wenn wir diese erheblich erklären, würden wir Tür und Tor öffnen für andere Berufsgruppen. Es wurde die Polizei angesprochen und Beat Villiger ist diesem Aspekt nachgegangen. Diese Praxis war nicht ganz koscher. Wir haben das geändert und Polizeiangehörige können jetzt ohne Weiteres Feuerwehrdienst leisten, wenn sie möchten. Natürlich ist das immer eine Sache der Absprache. Es kann nicht sein, dass man dann beide Organisationen schwächt. Hier hat es also eine Verbesserung gegeben. Bitte erheben Sie diese beiden Motionen nicht erheblich!

➔ Die Motion Uebelhart/Wicky wird mit 30:29 Stimmen erheblich erklärt.

➔ Die Motion Lehmann und andere wird mit 41:17 Stimmen nicht erheblich erklärt.

269 Nächste Sitzung

Donnerstag, 10. November 2011

Protokoll des Kantonsrates

20. Sitzung: Donnerstag, 10. November 2011
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 12.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

270 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Gabriela Ingold, Unterägeri; Anna Lustenberger-Seitz, Baar; Walter Birrer, Cham; Matthias Werder, Risch.

271 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass heute der «Nationale Jugendtag» stattfindet und einige Jugendliche ihre Mutter oder ihren Vater im Rat beobachten.

Bildungsdirektor Stephan Schleiss muss sich für einen Teil der Nachmittagssitzung entschuldigen. – Gesundheitsdirektor Joachim Eder muss die Sitzung etwas früher verlassen.

Landschreiber Tobias Moser wird heute von der Stellvertretenden Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart vertreten.

272 Traktandenliste

1. Traktandenliste.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
3. Geschäfte, die an der Kantonsratssitzung vom 27. Oktober 2011 nicht behandelt werden konnten.
4. Interpellation von Karl Nussbaumer, Thomas Wyss und Manuel Brandenberg betreffend Vorfall beim Bahnhof Zug.
   2016.1 – 13681 Interpellation
   2016.2 – 13826 Regierungsrat

5. Interpellation der Fraktion Alternative - Die Grünen betreffend private Sicherheits- und Militärfirmen im Kanton Zug.
   2023.1 – 13703 Interpellation
   2023.2 – 13835 Regierungsrat
6. Interpellation von Thomas Aeschi betreffend Illegale in Zug.
   2030.1 – 13714 Interpellation
   2030.2 – 13872 Regierungsrat
7. Postulat von Hubert Schuler gegen Ärztemangel und zur Förderung der Hausarztmedizin.
   1794.1 – 13030 Postulat
   1794.2 – 13325 Regierungsrat
   1794.3 – 13870 Regierungsrat
8. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Zukunft der Greater Zurich Area (GZA).
   2008.1 – 13660 Interpellation
   2008.2 – 13886 Regierungsrat
9. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Funktionsweise und Erfolge der Metropolitankonferenz Zürich.
   2009.1 – 13661 Interpellation
   2009.2 – 13887 Regierungsrat
10. Interpellation von Georg Helfenstein betreffend Informatiksysteme der Kantonalen Verwaltung.
    2017.1 – 13684 Interpellation
    2017.2 – 13847 Regierungsrat
11. Interpellation von Beat Sieber, Daniel Thomas Burch, Barbara Strub, Dominik Lehner, Monika Weber und Thomas Lötscher betreffend Pläne des Universitätsrates Luzern, an der Universität eine Wirtschaftsfakultät einzurichten.
    2022.1 – 13702 Interpellation
    2022.2 – 13812 Regierungsrat
12. Interpellation von Anna Bieri und Frowin Betschart betreffend Stand des Beitritts des Kantons Zug zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat) vom 18.06.2009.
    2028.1 – 13712 Interpellation
    2028.2 – 13888 Regierungsrat
13. Interpellation von Thomas Aeschi betreffend E-Government.
    2029.1 – 13713 Interpellation
    2029.2 – 13827 Regierungsrat
14. Interpellation von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Thomas Wyss, Werner Villiger, André Wicki, Daniel Eichenberger, Beni Riedi, Manuel Aeschbacher, Thomas Werner, Daniel Burch und Matthias Werder betreffend Rückzug des EU-Beitrittsgesuches.
    2049.1 – 13778 Interpellation
    2049.2 – 13871 Regierungsrat
15. Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Ausstieg aus der gefährlichen und teuren Atomenergie.
    2058.1 – 13807 Interpellation
    2058.2 – 13853 Regierungsrat

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass heute keine parlamentarischen Vorstösse und Eingaben zur Überweisung vorliegen (Traktandum 2).

273 Protokoll

Die beiden Protokolle der Kantonsratssitzungen vom 27. Oktober 2011 liegen noch nicht vor. Sie kommen an der Sitzung vom 24. November 2011 zur Genehmigung.

274 Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug

Traktandum 3 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1714.2 – 13825).

Karl **Nussbaumer** hält fest, dass die Antwort der Regierung auf unsere Motion in keinster Art und Weise befriedigt. Entgegen unserer Absicht, die Einbürgerungskriterien klar und damit einheitlich im Gesetz festzuschreiben, legt uns die Regierung mit dem Entgegenkommen beim Sprachniveau ein Zückerchen vor, das eine bittere Pille ummantelt! Zumal dieses Zückerchen für die Regierung wohl selber eine bittere Pille darstellt: Wir werden den Verdacht nicht los, dass auf das Anliegen bezüglich Sprachniveau nur eingegangen wird, weil dazu ein Bundesgerichtsurteil vorliegt.
Unsere damaligen Abklärungen bei den Bürgergemeinden haben gezeigt, dass sich einige einen wie von uns vorgeschlagenen Leitfaden wünschen. Dieser soll – abgestützt auf die im Gesetz definierten Kriterien – den Bürgergemeinden eine Stütze im Einbürgerungsverfahren sein. Ein Leitfaden beschneidet also keinesfalls die Autonomie der Bürgergemeinden, sondern gibt Rechtssicherheit und garantiert ein einheitliches Verfahren über alle Gemeinden des Kantons.
Die Regierung legt in ihrem Bericht den Ablauf eines Einbürgerungsverfahrens offen. Es zeigt sich, dass die allfällige Straffälligkeit erst vor der Einbürgerung ins Kantonsbürgerrecht überprüft wird, also nach erfolgter Einbürgerung auf Gemeindeebene. Gerade diese Abklärung muss aber zwingend auch vor allfälliger Erteilung des Gemeindebürgerrechts erfolgen. Doppelt genäht hält bekanntlich besser und die Bürgergemeinden werden gestärkt. Oder warum sollen die Bürgergemeinden keinen Einblick in mögliche Strafsachen, die Einfluss auf einen Einbürgerungsentscheid haben könnten, erhalten? Gibt es Gründe, etwas zu verheimlichen, beziehungsweise den Bürgergemeinden vorzuenthalten? Wir meinen nein und sind deshalb klar der Meinung, dass ein Passus in Gesetz gehört, der Abklärungen auf allen Stufen und Einblick in die Register ermöglicht, welche mit den Kriterien im Gesetz in Verbindung stehen.
Mit der aktuellen Gesetzgebung liegt das Ermessen, ob eine Einbürgerung erfolgt oder nicht, faktisch beim kantonalen Zivil- und Bürgerrechtsdienst. Das ist falsch. Eine Einbürgerung soll ein Entscheid politischer Instanzen sein. Dazu braucht es klare Kriterien im Gesetz und saubere Grundlage, die Überprüfungen für die zuständigen Instanzen ermöglichen. Genau solche Kriterien hat am 26. Oktober 2011 der Landrat des Kantons Uri beschlossen; neben einem Sprachtest muss neu ein Staatskundetest absolviert werden und gegen Einbürgerungswillige dürfen während fünf Jahren keine Betreibungen vorliegen. Der Kanton Uri macht vor, was wir genau wünschen. Im Landrat war die Vorlage praktisch unumstritten.
Wir stellen daher den Antrag, unsere Motion sei erheblich zu erklären. Damit erhält die Regierung den Auftrag, das Bürgerrechtsgesetz klarer zu formulieren und damit die Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu erhöhen.

Kurt **Balmer** darf im Namen der CVP-Fraktion berichten, dass wir zum grössten Teil die Botschaftsausführungen gutheissen und auch die Anträge der Regierung unterstützen – trotz dem sehr emotionalen Vortrag von Karl Nussbaumer.
Der Regierungsrat hat klar die massgeblichen Elemente des mehrstufigen Einbürgerungsverfahrens (auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene) richtig und überzeugend aufgezeigt. Es herrscht auch Einigkeit, dass im Grundsatz – nach Leseart der Motionäre – Kriminelle, Sozialhilfebezüger und Überschuldete schon heute auch ohne Motion nicht eingebürgert werden und zukünftig auch nicht eingebürgert werden sollen. § 5 des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes definiert relativ klar die Voraussetzungen hinsichtlich der Einhaltung der Rechtsregeln (also keine Vorstrafe) und die geordneten finanziellen Verhältnisse (nicht sozialhilfeabhängig). Die gesamte Rechtsordnung ist aber auch von der Behörde zu beachten, weshalb diese Kriterien nicht absolut gelten. Auch ein Parksünder oder ein Behinderter, welcher sozialhilfeabhängig ist, kann, ja muss sogar gemäss Bundesgericht heute eingebürgert werden, wenn die weitern Voraussetzungen gegeben sind. Selbstverständlich muss immer eine Gesamtbetrachtung stattfinden und der Votant spricht im Namen der CVP-Fraktion den zugerischen Bürgerräten unser Vertrauen aus.
Er hat sich beispielsweise von unserem Rischer Bürgerrat informieren lassen, dass das persönliche Eignungsgespräch in Anwesenheit des gesamten Bürgerrats stattfindet und gegebenenfalls durchaus kritische Punkte (inklusive beispielsweise Schulnoten und soziales Verhalten der Kinder) besprochen werden. Wir sind der Ansicht, dass die Gemeindeautonomie so weit wie möglich gewahrt werden soll und in den erwähnten Bereichen nun kein Regelungswahn mit detaillierten Schemen usw. stattfinden soll.
Die Motionäre treffen aber auf offene Ohren im Sprachbereich und es ist auch aufgrund der Rechtsprechung nötig, dass das geforderte Mindestsprachniveau definiert wird. In diesem Bereich ist auch die CVP-Fraktion ohne weitere Diskussion für die Erheblicherklärung.
Der Bericht des Regierungsrats ist nach Ansicht von Kurt Balmer sodann mindestens in einem Punkt etwas knapp ausgefallen. Die Motionäre wollen nämlich, dass eine nachgewiesene Straftat während laufendem Einbürgerungsverfahren zu einem Stopp des Verfahrens führt. Dazu hält die Regierung nur fest, dass gegebenenfalls Ergänzungsberichte eingeholt werden können. Der Votant meint, dass die eigentliche Problematik hier ein laufendes Strafverfahren ohne rechtskräftiges Urteil wäre. Allerdings gilt diesbezüglich wohl klar die Unschuldvermutung und er nimmt mit Bezug auf den relativ bekannten aktuellen Fall in Baar an, dass die Motionäre dies exakt gleich sehen. Es braucht eine Gesamtbeurteilung mit gewissen Mindestkriterien in bestimmten Bereichen und dabei kommt man auch um ein gewisses Ermessen nicht herum.
Es würde wohl auch keinen Sinn machen, am Vorabend des Einbürgerungsentscheids standardgemäss nochmals einen neuen Strafregisterauszug zu verlangen und dann gegebenenfalls die Schuld auf die Post zu schieben, weil die Zustellung einmal nicht richtig funktionierte. Damit soll lediglich aufgezeigt werden, dass zusätzliche Kriterien lediglich eine vermeintlich zusätzliche Garantie bringen. Bereits laufende Strafverfahren werden selbstverständlich im grundsätzlich immer vorhandenen Leumundsbericht der Polizei mitberücksichtigt und dies scheint angemessen und auszureichen. Kurt Balmer bittet deshalb den Rat abschliessend zusammen mit der CVP-Fraktion, den regierungsrätlichen Anträgen zuzustimmen.

Daniel Thomas **Burch** hält fest, dass die FDP-Fraktion der Regierung dankt für die ausführliche Darstellung der geltenden Einbürgerungsvoraussetzungen und der

Abläufe. Wir stellen fest, dass die wesentlichen Kriterien – Beachtung der Rechtsordnung und geordnete finanzielle Verhältnisse – ausreichend überprüft werden. Hier scheinen auch klare Kriterien zu bestehen.
Bei der Beurteilung der Sprachkenntnisse fehlen klare Anforderungskriterien. Hier besteht eindeutig Handlungsbedarf. Nötig sind klare und einheitliche Kriterien und Vorgaben zur Ermittlung und Beurteilung der Sprachkenntnisse von Einbürgerungswilligen. Es ist heute unklar, wie gut Bewerberinnen und Bewerber unsere Sprache sprechen, verstehen, schreiben und lesen können müssen. Es macht Sinn und verbessert die Rechtssicherheit, wenn einheitliche und klare Anforderungskriterien definiert und somit die Sprachkenntnisse objektiv überprüft werden.
Wenn die Motionäre von den Bewerberinnen und Bewerbern weitere spezifische Geografie-, Wirtschafts- und Politkenntnisse verlangen, müsste zuerst der Nachweis erbracht werden, dass alle gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer diese Kenntnisse auch haben. Die FDP-Fraktion unterstützt daher die Anträge der Regierung.

Vroni **Straub-Müller** weist darauf hin, dass die Einbürgerung ein politisch brisantes Thema ist. Politik und Gerichte befassen sich damit. Mit der Einbürgerung ist der Prozess der sozialen Integration aber keinesfalls abgeschlossen. Die AGF begrüsst die Antwort der Regierung und ist ebenfalls der Meinung, dass die Einbürgerungsvoraussetzungen auf Ebene Gemeinde, Kanton und Bund umfassend geprüft werden.
Wir sind froh, dass die schwammigen Kriterien in der Motion nicht gutgeheissen wurden. Alleinerziehende Mütter, behinderte Menschen oder Rentner können vom Sozialamt Geld beziehen und trotzdem einbürgerungsfähig sein, und kriminell umschreibt nicht den Grad der Straftat und berücksichtigt auch nicht die Zeitperspektive. Oder ist jemand kriminell, der mit 20 Jahren zu schnell Auto gefahren ist und einen Führerscheinentzug hatte? Darf er deswegen mit 40 Jahren nicht eingebürgert werden?
Auch das Anliegen der Motion betreffend Präzisierung der Anforderungen in Bezug auf die Sprachkenntnisse will unsere Fraktion grossmehrheitlich nicht erheblich erklären. Uns ist die Wichtigkeit der Sprache im Integrationsprozess sehr wohl bewusst. Darum soll der Spracherwerb auch aktiv gefördert werden. Sprachtests oder ein Sprachnachweis sind nach unserer Meinung kein ausreichendes Kriterium für eine Einbürgerung. Es kann durchaus sein, dass Bewerber oder Bewerberinnen mangelnde Deutschkenntnisse haben, aber sehr wohl gut integriert sind. Auf der anderen Seite sind Deutschkenntnisse kein Garant für eine gute soziale Integration.
Leider erschwert der zur Metapher gewordene Satz «Die Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg» eine konstruktive integrationspolitische Diskussion. Ausländer oder Ausländerinnen, welche über wenige Fertigkeiten beim Lesen und Schreiben verfügen, bleiben chancenlos, Sprachtests im Einbürgerungsverfahren zu bestehen.
Zudem berücksichtigt die Vorlage keinesfalls die Vielsprachigkeit unseres Landes. Während man früher von der Vorstellung ausging, dass Einbürgerungswillige Kenntnisse der lokalen Sprache erwerben wollen, sieht die Teilrevision der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländer vor, dass Ausländerinnen und Ausländer zu ihrer Integration beitragen, indem sie eine unserer vier Landessprachen erlernen. Das wird in dieser Motion mit keinem Wort erwähnt, ein weiterer Grund, weshalb eine Mehrheit unserer Fraktion die Motion insgesamt nicht erheblich erklären will.

Barbara **Gysel**: «Was verbindet das Rütli mit der Schweizer Bevölkerung?» So lautet die Frage Nr. 34, welche die SVP Kanton Zug den Einbürgerungswilligen gemäss ihrem in der Beilage zugestellten Fragebogen stellen will. Daneben sollen die Einbürgerungswilligen beispielsweise auch nach ihrer Religionszugehörigkeit gefragt werden. Solche Fragen erinnern vielleicht schon fast an die «Schweizermacher» der 1970er-Jahre.
Transparenz und Einheitlichkeit von Einbürgerungskriterien und dem Einbürgerungsvorgang im dreiteiligen Verfahren zur Erlangung des Bürgerrechts sind wichtig. Soweit besteht Einigkeit. In Ergänzung etwa zur S. 2 des regierungsrätlichen Berichts fügt die SP doch noch gerne an, dass wohl beispielsweise für Jugendliche, die vor dem 20. Altersjahr einwandern, andere Kriterien gelten sollten als für Personen, die als Erwachsene in unser Land ziehen.
Und: Migranten und Migrantinnen sind zweimal häufiger als Schweizerinnen und Schweizer Working Poors. Menschen, die trotz Einkommen kein Auskommen haben, dürfen wir keinesfalls mit unnötigen zusätzlichen Einbürgerungsbarrieren das Leben noch schwerer machen. Hier braucht es also tatsächlich einen Ermessensspielraum auf der behördlichen Seite. Die Schweiz hat eine künstlich hoch gehaltene Ausländerquote, weil der Weg bis zur Einbürgerung im internationalen Vergleich so ungewöhnlich lang und hürdenreich ist. Statt noch weiterer unnötiger Barrieren sind Rechtssicherheit und Fairness gefragt. Das gilt in der Tat auch für die Sprachkenntnisse. Die Förderung und Forderung von und nach Spracherwerb unterstützt die SP seit Jahren. Punkto Sprachkompetenzen besteht Regelungsbedarf. Die SP-Fraktion vertritt daher mit Nachdruck die Erheblicherklärung betreffend die erwähnte Präzisierung von Sprachkenntnissen. Auch bei den übrigen Anliegen folgt die SP dem Antrag der Regierung.

Daniel **Stadlin** hält fest, dass die Grünliberalen den Antrag der Regierung unterstützen, die in der Motion verlangte Präzisierung der Anforderungen an die Sprachkenntnisse zu regeln. Auch wir sehen hier einen gewissen Handlungsbedarf. Sprachkenntnisse sind ein Hauptkriterium zur Erteilung des Bürgerrechts. Auch laut Bundesgesetz über den Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts sind die Kenntnisse einer Landessprache eine Voraussetzung dazu. Ein Einbürgerungswilliger muss in der Lage sein, in diesem Land zu kommunizieren. Über keinen Aspekt der Integrationsthematik herrscht in der Schweiz auch nur annähernd so viel Konsens wie über die Bedeutung der Sprache bei der Integration. Zwar gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, was Integration sein könnte, doch scheint klar zu sein, dass die Sprache der Schlüssel dazu ist. Es sind jedoch transparente und effiziente Instrumente nötig, mit welchen sich die Sprachkompetenz fair, objektiv und zuverlässig feststellen lassen. Die Eidgenössische Ausländerkommission EKA schlägt vor, dazu ein Anforderungsprofil zu definieren, das kommunikativ sinnvoll ist und in Bezug auf die gegenwärtig unterschiedliche Praxis einem mittleren Anforderungsniveau entspricht. Der Sprachtest sollte in Wort und Schrift erfolgen, von Tests nur am Computer wird abgeraten. Als steuernde Instrumente eignen sich dazu Fragenkatalog und Checkliste, wie sie auch von den Motionären verlangt werden. So würde ein für alle geltender einheitlicher Massstab geschaffen. Zudem können Sprachtests ein Ansporn sein, mit den Einheimischen in Kontakt zu treten und sich die lokale Sprache anzueignen. Der Besuch eines Sprachkurses kann ein sinnvoller Schritt zur Integration sein.
Im Vorfeld der Einbürgerung ist zusätzlich eine systematische und einheitliche Sprachförderung im gesamten Kanton nötig. Das verlangte Sprachniveau muss klar festgelegt sein und die Einbürgerungswilligen sind im Voraus darüber zu informie-

ren. Personen, die mit der Sprachbeurteilung beauftragt werden, sollten dafür geschult und periodisch weitergebildet werden.

Franz **Hürlimann** meint, es brauch doch noch etwas Schützenhilfe für die Motionäre. Rechtschaffene, einbürgerungswillige Ausländerinnen und Ausländer, sollen die Möglichkeit haben, ins Schweizer Bürgerrecht aufgenommen werden zu können. Das ist seine Überzeugung. Er vertraut unseren Bürgergemeinden, die faire Einbürgerungsverfahren anwenden, absolut. Sorgen bereitet ihm nur die diesbezüglich zweifelhafte Haltung der Regierung.
Einbürgerungswillige, die bei einem wohlwollenden Arzt ihre IV-Rente erschlichen haben, können wohl ihre Finanzen in Ordnung haben, aber das Schweizer Bürgerrecht soll vorsätzlichen Schmarotzern deshalb trotzdem versagt bleiben. Ein Einbürgerungswilliger muss das Gleichstellungsgesetz kennen. Gleichzeitig wird aber nicht verlangt, dass er sich auch daran zu halten hat und er darf seine Frau weiterhin als Gefangene zu Hause halten.
Unsere Regierung hat weder den politischen Willen noch den salomonischen Mut, sich an die dürftigen Einbürgerungskriterien zu halten und scheut sich nicht davor, seriöse Abklärungen der Einbürgerungskommissionen in den Bürgergemeinden zu korrigieren. Was dann jeweils wahrlich kein übermässiges Frohlocken verbreitet.
Klare Verhältnisse würden solche Rechtsstreitigkeiten zwischen Regierung und Bürgergemeinden in Zukunft verhindern. Zudem würden sie einbürgerungswilligen und einbürgerungsfähigen Ausländern mehr Rechtssicherheit geben.
Es ist eine Weile her, seit die Vorlage in den Fraktionen besprochen wurde. Zwischenzeitlich hat der Kanton Uri ein Gesetz mit den gleichen Zielen verabschiedet. Der Kanton Schwyz ist gerade daran, dieses Gesetz ebenfalls zu überarbeiten.
Das Einbürgerungsgesetz muss nach Erachten des Votanten generell und konsequent überarbeitet werden. Und nur das ist das Ziel dieser Motion. Deshalb stimmt er für ihre vollumfängliche Erheblicherklärung.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, hält fest, dass sich der Regierungsrat intensiv mit dem Anliegen der Motionäre beschäftigt hat. Schlussendlich hat er sich für eine Teilerheblicherklärung ausgesprochen, dies im Bereich der Kriterien der Sprachniveaus. Dieser Teil ist ja jetzt absolut unumstritten.
Die Regierung hatte dabei vier Gründe. Die Sprachkenntnisse können in diese Niveaus eingeteilt werden (A1 bis C2). Dies ist gut überprüfbar von den professionellen Kursanbietenden. Auch das Bundesparlament diskutiert eine solche Gesetzesänderung und wir hoffen, dass das Einbürgerungsgesetz auf schweizerischer Ebene diesen Herbst im Nationalrat behandelt wird. Es ist auch transparent für die Einbürgerungswilligen. Und schlussendlich sind die Bürgergemeinden auch froh, wenn wir diesen Teil erheblich erklären.
Hingegen bei den übrigen geforderten Punkten beantragt der Regierungsrat keine Gesetzesänderung. Er sieht keinen Sinn in unnötigen Gesetzesparagraphen, und der Kanton Zug ist auch bekannt für eine schlanke Gesetzgebung.
Nun also zu diesen anderen drei Punkten, wo eine Fraktion eine andere Meinung hat.
Bei der Sozialhilfe. Das Bürgerrechtsgesetz verlangt geordnete finanzielle Verhältnisse. Wie werden diese geprüft? Es wird abgeklärt, ob die Person aktuell Sozialhilfe erhält oder nicht. Es wird eine aktuelle Erklärung der Einwohnergemeinde verlangt, des kantonalen Konkursamts, des zuständigen Steueramts, des gemeindlichen Betreibungs- und Sozialamts und der gemeindlichen Vormundschaftsbehörde.

Eine riesige Abklärung mit vielen Involvierten. Dank dem unbestimmten Rechtsbegriff «geordnete finanzielle Verhältnisse» hat die Bürgergemeinde einen sehr kleinen Ermessensspielraum. Die Bürgergemeinden bürgern selbstverständlich keine Personen ein, die Steuern nicht bezahlen oder gar betrieben werden. Es ist wohl allen klar, dass dies keine geordneten finanziellen Verhältnisse sind. Auch Sozialhilfeunterstützte werden in der Regel von den Bürgergemeinden verneint. Denn mit Sozialhilfe kann man nicht von geordneten finanziellen Verhältnissen sprechen. Der ganz kleine Handlungsspielraum bei den Bürgergemeinden liegt darin, dass z.B. bei einer Alleinerziehenden, die keine oder ungenügend Alimente erhält und sich entscheidet, die Kinder selbst zu betreuen, die Bürgergemeinde sagen kann: Wenn man Kinder selbst betreut, ist das nicht gleichzusetzen mit ungeordneten persönlichen familiären finanziellen Verhältnissen. Es ist uns wohl allen klar, dass es im ureigensten Interesse der Bürgergemeinden ist, dass ihre Ausgaben für Sozialhilfe sich nicht unnötig erhöhen. Und die Bürgergemeinden wissen sehr wohl, wie sie entscheiden. Die Regierung hat keinen Hinweis, dass sie das Vertrauen nicht verdienen.

Die Forderung der SVP-Kantonsräte, dass im Gesetz festgehalten wird, dass Kriminelle nicht eingebürgert werden, tönt auf den ersten Blick sehr einleuchtend. Warum sagt dann die Regierung trotzdem, dass diesbezüglich keine Gesetzesänderung nötig sei. Was ist kriminell? Wo beginnt Kriminalität? Der Kriminalitätsbegriff ist ein gesellschaftlicher Begriff und nicht gleichzusetzen mit dem juristischen Begriff. Kurt Balmer hat dazu bereits einige Aussagen gemacht.

Was ist mit Personen, die ständig wild parkieren? Sollen diese Personen eingebürgert werden? Ab wann parkiert jemand «ständig» wild? Was heisst «ständig»? Reicht bereits eine Parkbusse, um nicht eingebürgert zu werden? Wie wollen Sie dies im Gesetz festschreiben?

Zwei andere Beispiele. Person A stellt den Antrag auf Einbürgerung. A wohnt seit 30 Jahren in der Schweiz, hat sich immer straffrei verhalten, ist integriert und erfüllt alle Kriterien. Person A ist Präsident eines religiösen Vereins. In dieser ehrenamtlichen Funktion stellt diese Person einem Menschen, der predigt, während vier Monaten ein Studio zur Verfügung. Die Person, die predigt, nimmt auf Einladung von A während dieser Zeit Predigertätigkeit für den Verein wahr, erhält dafür Geschenke, kleinere Geldbeträge sowie freie Kost und Logis. A gibt an, dass er beim zuständigen Amt angerufen habe, um herauszufinden, was als Arbeit gelte und was nicht. Er habe darauf keine klaren Antworten erhalten. Er wird nun bestraft, weil er die Förderung der rechtswidrigen Ein- und Ausreise unterstützt hat, den rechtswidrigen Aufenthalt, und wegen Beschäftigung von Ausländern ohne Bewilligung. Ist diese Person, die Kost und Logis gegeben hat, nun kriminell? Jeder von uns hätte hier wohl eine andere Meinung.

Es gibt Chauffeure, die sich schuldig machen beim Bedienen des Fahrtenschreibers. Hier übt der Arbeitgeber zum Teil sehr viel Zeitdruck aus. Sind diese Fahrer kriminell? Es gibt Personen, die kleinere Strassenverkehrsgesetze übertreten. Sind diese kriminell? Ein Personenwagen fährt talwärts, verliert in der Linkskurve die Kontrolle über das Fahrzeug, wird verurteilt. Es gibt einen Strafregistereintrag. Ist diese Person kriminell? Die Direktorin des Innern kann dem Rat versichern: Bei all diesen Beispielen waren die Bürgergemeinden und der Kanton knallhart in der Beurteilung. Sie ist nicht sicher, wie die Vertreter der SVP bei diesen Beispielen selbst entschieden hätten. Sie würde sich nicht verwundern, wenn das eine oder andere Delikt als Kavaliersdelikt bezeichnet worden wäre. Aber Kanton und Bürgergemeinden waren sehr hart bei der Beurteilung.

Kurz zum Ablauf bezüglich Nichteinhalten der Rechtsordnung. Das wurde von Karl Nussbaumer falsch dargestellt. Der Kanton ist die letzte Behörde, die einbürgert;

zuerst der Bund, dann die Gemeinde. Und der Kanton prüft vor seinem Entscheid nochmals im Vostra, um sicherzugehen, dass auch in der Zwischenzeit keine Straftaten geschehen sind, also bevor die Einbürgerung passiert. Und der Kanton kann nicht einfach entscheiden, wer ins Vostra einsehen kann. Das ist ein Bundesregister. Und es ist auch klar, dass bei laufenden Verfahren nicht eingebürgert wird, es gibt Sistierungen. Der Bund hat eine umfangreiche Weisung herausgegeben zur Beachtung der schweizerischen Rechtsordnung. Zu den Vorstrafen umfasst sie sieben Seiten. Wenn man diese sieben Seiten in ein Gesetz fassen müsste, in Paragraphen, so wüsste die Regierung nicht wie. Aber die Bürgergemeinden, die Regierung und auch der Bund halten sich sehr streng an das Bundesgesetz.
Zum letzten Anliegen der Motionäre. Sie fordern einen verbindlichen Leitfaden für Gespräche, welchen die Bürgergemeinden anwenden müssen. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass unsere Bürgergemeinden fähig sind, Gespräche zu führen. Sie brauchen keinen obligatorischen Gesprächleitfaden der DI. Karl Nussbaumer hat zwar gesagt, er habe mit den Bürgergemeinden gesprochen und es sei ihr Anliegen. Die Direktorin des Innern war gestern Abend bei der Generalversammlung der gesamten Bürgergemeinden. Wir haben von dieser Motion gesprochen. Manuela Weichelt sah nur Kopfschütteln in den Reihen bezüglich des Gesprächsleitfadens. Keine einzige Bürgergemeinde kam zu ihr und unterstützte dieses Anliegen. Die Regierung ist wirklich überzeugt, dass die Bürgergemeinden fähig sind, die Gespräche auch ohne obligatorischen Leitfaden, der im Gesetz festgehalten ist, zu führen. Herzlichen Dank für die Unterstützung des Regierungsrats.

Die **Vorsitzende** hält fest hin, dass nun eine Dreifachabstimmung vorgenommen wird. Es handelt sich um drei gleichwertige Hauptanträge, die einander direkt gegenüberzustellen sind. Es kommt § 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats zur Anwendung. Jedes Ratsmitglied hat nur eine einzige Stimme. Hat kein Antrag die absolute Mehrheit der Stimmenden erhalten, wird darüber abgestimmt, welcher von den zwei Anträgen, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigten, aus der Abstimmung fällt. – Das absolute Mehr ist 38.

➔ Der Regierungsantrag auf teilweise Erheblicherklärung erhält 45 Stimmen, der Antrag auf vollständige Erheblicherklärung 20 Stimmen und der Antrag auf Nichterheblicherklärung 6 Stimmen. Der Rat entscheidet sich mit 45 Stimmen für den Regierungsantrag, da er das absolute Mehr erreicht hat.

275 Motion von Pirmin Frei betreffend kein Zuger Dach ohne Sonnenenergie-Nutzung

Traktandum 3 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2043.2. – 13818).

Pirmin **Frei** möchte dem Regierungsrat und speziell der Baudirektion herzlich danken für die wohlwollende Aufnahme seiner Motion und die rasche Anhandnahme. Die bessere Nutzung von Sonnenenergie ist kein Gebot der Stunde, sondern der Zukunft. Seine Motion war denn auch keine Reaktion auf Fukushima. Sie entsprang keinem blinden Aktivismus, wie wir ihn teilweise auf Bundesebene erleben konnten.

Sondern es war unaufgeregter, pragmatischer Umweltschutz, kombiniert mit Abbau von Bürokratie. Was wollen wir mehr? Danke für die Unterstützung.

Daniel **Abt** hält fest, dass die FDP der Regierung dankt für die Antwort und sie unterstützt in ihrer Haltung, Baubewilligungen für Solaranlagen zu erleichtern. Zusätzlich sind auch die gemeindlichen Bauämter dazu aufzurufen, Bauanzeigen einfach, effizient und dennoch mit der dafür nötigen Sorgfalt zu bearbeiten. Die FDP freut sich bekanntlich generell über jeden Bürokratieabbau und wird das auch in Zukunft unterstützen.

Philip C. **Brunner** kann sich seinem Vorredner anschliessen. Er hat die wesentlichen Punkte erwähnt. Eigentlich ist es positiv, dass jetzt auch noch eine Vernehmlassungsrunde stattfindet bei den Gemeinden. Der Votant weist darauf hin, dass z.B. in der Stadt Zug das Altstadtreglement doch auch zum Tragen kommt in dieser Sache, aber trotzdem die Realisierung für den Bürger einfach, kurz und unbürokratisch geschehen ist. In diesem Sinn unterstützt die SVP-Fraktion die Erheblicherklärung und dankt dem Rat für die Unterstützung.

Hanni **Schriber-Neiger** weist darauf hin, dass in Zukunft Solarstrom auch auf möglichst vielen Zuger Dächern gefördert werden soll, auch von Privaten. Es ist sinnvoll, den Strom auf dem eigenen Hausdach zu produzieren, denn dies macht unabhängig. Es ist aber auch Ausdruck des persönlichen Engagements für eine nachhaltige Ressourcennutzung. Ein Gebäude kann mit Solaranlagen, die sorgfältig in die Dachflächen integriert werden, sogar aufgewertet werden. Will jemand also auf dem eigenen Hausdach eine Stromproduktionsanlage bauen, soll dies in unserem Kanton einer einfachen, einheitlichen kantonalen Bewilligungs-Praxis unterstellt werden.
Sehr gespannt ist die AGF auf die Studie der Konferenz Schweizer Denkmalpflegerinnen (KSD), welche die erneuerbaren Energien und ihre Auswirkungen auf historische Bauten und Denkmäler zum Inhalt hat. Wenn diese Unterlagen bald vorliegen, können wir uns differenziert über die Dächer von geschützten Bauten auseinandersetzen. – Wir sind für die Erheblicherklärung der Motion.

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion für die Erheblicherklärung dieser Motion ist. Die Vision von Pirmin Frei, «kein Zuger Dach ohne Sonnenenergie-Nutzung», begrüssen wir, auch wenn sie nie ganz Wirklichkeit werden wird. Aber ein vermehrter Einsatz, eine vermehrte Nutzung der Sonnenenergie auf unseren Dächern ist begrüssenswert. Dies insbesondere, weil wir früher oder später auf den Strom, den unsere AKW erzeugen, wegen deren Stilllegung verzichten müssen. Und der zusätzliche Einsatz respektive Gebrauch von Sonnenenergie ist hier ein Schritt in die richtige Richtung.
Es geht hier im weitesten Sinne auch um den Abbau von Bürokratie, eine Vereinfachung; statt einer Publikationspflicht genügt inskünftig nur noch eine Anzeigepflicht bei solchen Installationen. Erstaunt hat uns insofern, dass diese Motion nicht von einem FDP-Vertreter eingereicht wurde, da ja gerade die FDP dem Abbau der Bürokratie einen übergrossen Platz in ihrem Parteiprogramm einräumt. – Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung dieser Motion zu.

Daniel **Stadlin** weist darauf hin, dass mit dem Energieleitbild 2011 des Regierungsrats ein deutlich steigender Anteil erneuerbarer Energien bei den Energieträgern angestrebt wird. Und dies aus gutem Grund. Ist doch die Nutzung der Sonnenenergie im Kanton Zug immer noch gering. Obwohl sie ein nahezu unerschöpfliches Potenzial für die Erzeugung von Wärme und Strom hat, wird nur ein kleiner Teil der geeigneten Dächer für die Gewinnung von Solarenergie genutzt. Dabei haben energetisch gut ausgerichtete Dachflächen ein grosses Potenzial vor allem für die Nutzung von Warmwassergewinnung und Heizungsunterstützung. Grosse Dächer wie z.B. landwirtschaftliche Ökonomiebauten oder auch Industriebauten eignen sich zudem in der Regel hervorragend für die Nutzung zur Stromproduktion. Die Motion «Kein Zuger Dach ohne Sonnenenergie-Nutzung», welche ein vereinfachtes Bewilligungsverfahren für Solaranlagen anstrebt, unterstützt die vom Regierungsrat angestrebte Energiepolitik. Daher macht die vom Motionär verlangte Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes Sinn und verdient unsere Unterstützung. Photovoltaik-Anlagen können bei einem Brand jedoch sehr gefährlich sein. Daher muss auch beim verkürzten Bewilligungsverfahren sichergestellt werden, dass solche Installationen im Brandfall durch die Feuerwehr stromfrei geschaltet werden können.
An dieser Stelle möchte der Votant seine Interessenbindung offenlegen: Er ist mit einem 40 %-Pensum als kantonaler Beauftragter für Kulturgüterschutz bei der Denkmalpflege tätig. Solaranlagen befinden sich im Spannungsfeld zwischen dem ortsbildpflegerischen Interesse nach einer Erhaltung der zusammenhängenden Dachlandschaften und der Erhaltung von wertvollen Einzelbauten einerseits, sowie dem energiepolitischen Interesse nach einer möglichst erneuerbaren Energie-, respektive Wärmeversorgung anderseits. Eine Lockerung der jetzigen Praxis muss die beiden Interessen gegeneinander abwägen und die ortsbildpflegerischen Aspekte berücksichtigen und sie aufeinander abstimmen. Die neue Regelung im Bau- und Planungsgesetz darf nicht dazu führen, Gestaltungsvorgaben im Ortsbildschutz und bei historisch wertvollen Einzelbauten ganz dem Diktat der Energiesicherheit unterzuordnen. Damit bei dieser Thematik das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird, muss hierzu die im Bericht des Regierungsrats erwähnte Studie zur Thematik der erneuerbaren Energien und ihre Auswirkungen auf historische Bauten und Denkmäler unbedingt die Richtlinie bilden.

Baudirektor Heinz **Tännler** dankt dem Motionär, dass er diesen sinnvollen Vorstoss eingereicht hat, und dem ganzen Rat, dass man diesem Anliegen wohlwollend gegenübersteht und die Erheblicherklärung wohl unbestritten ist. Daniel Stadlin hat Recht, die Studie zur Denkmalpflege müssen wir abwarten. Sie wird die Richtlinie sein. Auch bei Brandfällen bei Photovoltaikanlagen ist es ja so, dass das Anzeigeverfahren kein Gratisschein ist. Innerhalb der Bauzone die Bewilligungsbehörde, ausserhalb auch noch das Amt für Raumplanung haben ja die Einwendungsmöglichkeiten, und da kann man dann entsprechend Einfluss nehmen. Aber das Vernehmlassungsverfahren wird sicher auch noch auf diese Punkte hinweisen.

➔ Die Motion wird erheblich erklärt.

276 Interpellation von Georg Helfenstein und Silvan Hotz betreffend Asylwesen

Traktandum 3 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1994.2 – 13823).

Georg **Helfenstein** hält fest, dass die Antworten der Regierung einen Einblick in das aktuelle Geschehen im Asylbereich und gleichzeitig offensichtlich auch die Probleme von und mit Personen im Status NAE und NEE zeigen. Das grosse Problem scheinen vor allem die kriminellen Algerier zu sein, so wie wir es kürzlich auch den Medien entnehmen konnten. Da hat der Bundesrat seine Hausaufgaben noch nicht gelöst und es dürfte nicht schaden, wenn die Kantone von unten her Druck erzeugen würden. Auf eine aus unserer Sicht immer noch optimierende Zusammenlegung der Ämter verzichtet der Regierungsrat gemäss seiner Antwort. Das grosse Plus unserer Interpellation aber scheint, dass es nun eine Arbeitsgruppe gibt, welche direktionsübergreifend die Problematik in den Asylfragen aufgreift. Wir Interpellanten erwarten keine Papiertiger oder Aktenfüller, sondern griffige Lösungen und konsequentes Vorgehen im geschilderten Zusammenhang mit NAE- und NEE-Personen.

Alice **Landtwing** weist darauf hin, dass bei Frage 1 nochmals ausführlich beschrieben wird, warum eine Zusammenlegung der Asylvorsorge mit dem Amt für Migration falsch wäre weil die Zusammenarbeit tiptop funktioniere. Trotzdem wurde jetzt zwischen beiden betroffenen Direktionen, noch eine Arbeitsgruppe gebildet. Das Ziel sei eine freiwillige Ausreise dieser Personen, eine Verminderung der Kriminalität und die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung zu erreichen. Zeichnen sich bereits Erfolge dieser Arbeitsgruppe ab, oder ist jetzt einfach ein Mitspieler mehr und es wird noch komplizierter?
In der Beantwortung steht, dass in den Jahren 2009 und 2010 sich durchschnittlich 65 Personen mit einem Nichteintretensentscheid NEE und solche mit negativen Asylentscheid NAE im Kanton aufhielten, denen Notunterkünfte zur Verfügung gestellt wurden. Also eigentlich eine überschaubare Gruppe. Darum ist es für die FDP-Fraktion unverständlich, warum die Polizei keine differenzierte Statistik betreffend Herkunftsländer und Straftaten erstellt.
Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn kriminelle Personen mit diesem Status sich frei in unserem Kanton bewegen können. Ja sogar solche, die schon, laut Presse, mehr als 400-Mal wegen Delikten gegen Personen und Eigentum verhaftet wurden und wieder freigelassen werden. Das ist eines Rechtsstaats unwürdig, kein zurechnungsfähiger Mensch kann das weder verstehen noch nachvollziehen. Hier muss die Justiz sofort über die Bücher, ansonsten macht sich die Polizei lächerlich oder wird zum Prügelknaben. Was nützen uns die Gesetze und Verordnungen, wenn sie dann doch nicht oder nur halbherzig vollzogen werden? Ausschaffungen in Länder mit einem Rückkehrabkommen müssen unverzüglich, nota bene ohne Fernsehen und Presse, vonstatten gehen können. Ja wir gehen sogar so weit, dass Entwicklungshilfegelder für Länder mit oder ohne Rückkehrabkommen, die ihre Landsleute nicht zurück nehmen, gestrichen werden sollen.

Karl **Nussbaumer** weist darauf hin, dass die entscheidenden Fragen bei dieser Interpellation die Fragen 4 und 5 sind. Sie sind so wichtig, dass sie natürlich längst auch schon von der SVP thematisiert wurden. So zum Beispiel im April 2009 in einer Interpellation betreffend die Ausrichtung der Nothilfe an abgewiesene Asyl-

bewerber. Die Ausgangslage ist glasklar: Wer als Asylbewerber letztinstanzlich, das heisst nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel, nicht anerkannt wird, der muss unser Land verlassen. Diesen Leuten darf mit Nothilfe nur noch das Allernötigste zum Überleben zugestanden werden.
Zentral ist dabei die Unterkunft. Und da gibt es zwischen den Kantonen grosse Unterschiede. Im Kanton Schwyz beispielsweise müssen abgewiesene Asylanten jeden Tag ihre Unterkunft räumen; sie müssen Sack und Pack mitnehmen und dürfen erst am Abend wieder kommen. Im Kanton Zug hingegen bekommen sie einen Schrank, wo sie ihre Habseligkeiten den Tag über einschliessen können.
Aufschlussreich ist nun die Haltung der Zuger Regierung zur Frage 5. Die Regierung zitiert eine kantonsübergreifende, nationale Studie, die zu sieben Kernaussagen kommt. Die vierte und die siebente Kernaussage unterstützen ganz klar die Hypothese der CVP-Interpellanten Hotz und Helfenstein. Kernaussage Nummer 4: «Die Ausgestaltung des Notfallregimes beeinflusst die Bleibequote von abgewiesenen Asylsuchenden.» Und Kernaussage Nummer 7: «Kantone mit einer liberaleren Härtefallpraxis verzeichnen eine längere Aufenthaltsdauer von Nothilfebezügern als Kantone mit einer restriktiveren Praxis.»
Beide zitierten Kernaussagen beziehen sich auf Faktoren, welche die Kantone direkt beeinflussen können. Die anderen fünf sind nicht oder kaum beeinflussbar durch die Kantone. Die Regierung will uns weis machen, dass die Frage nach einer Verschärfung der Unterbringungspraxis noch nicht abschliessend beantwortet werden kann. Hier will man die Fakten offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen. Das ist für die SVP unbegreiflich. Wir fordern eine Verschärfung der Unterbringungspraxis. Die Unterkünfte sollen von den Illegalen jeden Tag geräumt werden müssen.
Einen weiteren möglichen Ansatz zum besseren Vollzug der Ausschaffungen liefert die Kernaussage Nummer 6, die da lautet: «Die zivilgesellschaftliche und politische Unterstützung führt zu einer längeren Aufenthaltsdauer von Nothilfebezügern.» Damit sind natürlich all jene Institutionen gemeint, die sich für den Ausbau der Asylrechte stark machen: Caritas, Asylbrücke und Integrationsnetz oder wie sie auch immer heissen mögen. Wir fordern die Regierung auf, solchen Organisationen – die unsere Ausschaffungspraxis hintertreiben – in Zukunft keine Beiträge mehr zu gewähren und mit solchen Organisationen auch keine Leistungsvereinbarungen abzuschliessen.
Wir sind auch überzeugt, dass eine härtere Unterbringungspraxis sich rasch herumsprechen würde und somit auch die Attraktivität, Asyl in der Schweiz zu suchen abnehmen würde. Deshalb soll die Regierung so schnell wie möglich auch in diese Richtung etwas unternehmen.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass sich laut Regierung rund 65 Personen mit NEE oder NAE in Zug aufhalten. Das sind 0,06 Prozent der Gesamtbevölkerung. Davon begingen laut Zahlen der Sicherheitsdirektion 14 Personen Vergehen und Verbrechen. Der Votant möchte diese Kriminalität nicht verniedlichen, diese Gruppe macht Probleme. Er bittet den Rat einfach, auch hier nicht alle in einen Topf zu werfen. Die Antwort der Regierung zeigt klar auf, dass weniger die Handhabung von Nothilfe und Unterbringung die Anzahl von NEE und NAE beeinflusst, sondern die Möglichkeit des Vollzugs und einer Ausweisung.
Zuerst zur Handhabung der Nothilfe. Sowohl für NEE wie NAE gilt seit 2004 beziehungsweise 2008 der Sozialhilfestopp. Sie haben gemäss Bundesrecht Anrecht auf Nothilfe. Zug setzt diese Bundesvorgaben um und fährt im Vergleich mit anderen Kantonen eine harte Linie. Die Regierung zeigt denn auch auf, dass in Zug nicht

mehr ausserkantonale NAE und NEE angetroffen werden als Zuger NAE und NEE in anderen Kantonen. So grosszügig oder leger, wie das Karl Nussbaumer darstellen wollte, handhabt das Zug offenbar doch nicht. Was bedeutet Nothilfe in Zug? Versetzen Sie sich in die Lage einer abgewiesenen Person. Wie gut würden Sie sich mit 8 Franken pro Tag für Essen, Kleider, Hygiene durchschlagen? Wie gerne würden Sie in einem engen 4-Bett-Zimmer mit abgenutztem Inventar sowie Etagenbad leben? Im Gegensatz zu anderen Kantonen können in Zug die NAE und NEE auch nicht in den Asylunterkünften bleiben, sondern es gibt dafür spezielle Notunterkünfte. Derart attraktiv ist es also nicht.
Heute leben in der Schweiz rund 5'800 NAE und NEE. Sie erhalten das tiefe Taggeld, leben in Baracken, Containern, Zivilschutzanlagen oder Abbruchhäusern. Es gibt verschiedene Modelle. Karl Nussbaumer hat Schwyz erwähnt. Manchmal dürfen sie aber die Anlage gar nie verlassen, das gibt es auch. Manchmal müssen sie die Anlage jeden Tag räumen, manchmal werden im Winter die Räume geschlossen. Ganze Familien sind in einzelnen Zimmern untergebracht. 700 Kinder leben in solchen Umständen. Laut der Uni Lausanne werden 40 % dieser Personen krank. Der Votant möchte den Rat an Artikel 12 der Bundesverfassung erinnern: «Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.» Wenn Stefan Gisler nun aufgezeigt hat, was diese Nothilfe bedeutet, überlässt er es jedem Einzelnen zu entscheiden, ob das noch menschenwürdig sei.
Wenn nun Karl Nussbaumer eine härtere Unterbringungspraxis fordert, würde das bereits sehr harte Zug wohl das in der Bundesverfassung festgeschriebene Recht auf Nothilfe verletzen. Die AGF mahnt die Regierung, die Rechtstaatlichkeit zu wahren. Spannend ist ja auch, dass Graubünden mit einer tieferen Bleibequote die NEE und NAE in den Asylstrukturen belässt. Offenbar gibt es da doch keinen grösseren Zusammenhang. Laut Bundesamt für Migration haben die Modalitäten der Nothilfeleistung sowie Zwangsmassnahmen keinen Zusammenhang mit der Bleibequote. Gerade die Ausschaffungshaft zeigt sich laut Bund als sehr ineffizient. Dass die Regierung nun den Umgang mit dieser sehr kleinen renitenten Gruppe sowie auch mit den sich wohl verhaltenden NAE und NEE überprüft und neu angehen will, begrüsst der Votant. Er würde gerne wissen, in welche Richtung die Regierung gehen will. Ist es z.B. denkbar, dass diese Personen in gemeinnützige Arbeitseinsätze eingebunden werden? Auch das Bundesamt für Migration schrieb in einer Studie 2010, dass Kooperationsanreize zielführend seien. Was wären solche?
Nun zum Vollzug selber – hier liegt ja das Problem. In der selben Studie schrieb das Bundesamt für Migration, dass von Kantonen nicht beeinflussbare Faktoren, wie z.B. fehlende Rückkehrabkommen des Bundes, dazu führen, dass diese Personen in der Schweiz bleiben. Das ist mit diesen Algeriern genau der Fall, dass es nämlich dort keine Zwangsausschaffungen geben *kann*. Und hier eine Anmerkung in Richtung SVP: Isolationismus und mangelnde internationale Zusammenarbeit kann halt auch so seine Schattenseiten haben.
Item, die Sicherheitsdirektion ist für den Vollzug zuständig, und laut Regierungsantwort wurde sie bezüglich der algerischen Gruppe auch schon beim Bund vorstellig. Die Interpellanten der CVP schenken dem CVP-Sicherheitsdirektor diesbezüglich sicher auch das Vertrauen. Letztlich ist die Strategie der Härte und Abschreckung gescheitert. Zwar beziehen nach Ablauf von einem Jahr gerade noch 15 % weiterhin Nothilfe. Doch laut Bundesamt für Migration haben nur 12 bis 17 % von ihnen die Schweiz nachweislich verlassen. Die Übrigen tauchen unter, schlagen sich anderweitig durch, sind vielleicht noch in der Schweiz oder nicht. Wir wissen es nicht. Hätte man diese Personen damals in der ordentlichen Asylstruktur

belassen, hätten die Behörden weit bessere Handlungsmöglichkeiten. So wurde aber eine Strategie «aus den Augen, aus dem Sinn» gewählt, ohne an diese Personen wieder herankommen zu können. Da haben uns die SVP und ihr damaliger Bundesrat Blocher mit diesem Gesetz einen Bärendienst erwiesen.
In diesem Sinn bittet Stefan Gisler die Regierung zu antworten, wie sie mit dieser Gruppe umgehen kann, und die Anwesenden, festzuhalten, dass sie aufgrund von 14 Personen, die sich falsch verhalten, bitte nicht alle mit Status NAE und NEE in einen Topf werfen und dann diese nicht auch noch vermischen mit Leuten, die in einem regulären Asylbereich leben.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, geht nur auf einige wenige Punkte ein. Es wurde gefordert, dass eine andere Statistik erhoben werden soll. Die SD macht die Statistik, die vom Bund verlangt wird. Sie sieht das Gewünschte nicht vor. Die Regierung sieht zurzeit auch keinen Mehrwert darin, eine andere Statistik zu machen, weil wir diese 14 Personen, die sowohl der Polizei wie auch den Betreuungspersonen Mühe machen und wirklich schwierig sind, kennen. Dafür müssen wir keine Statistiken erheben. Wenn man den ganzen Asylbereich anschaut, so sind diese 14 Personen knapp 2 %, die Vergehen und Verbrechen begehen. Es ist eine kleine Gruppe aus dem NEE-/NAE-Bereich.
Die Unterkünfte wurden erwähnt. Dazu ist zu sagen, dass für diese Personen der Ausblick, ins Gefängnis zu kommen, sehr attraktiv ist, viel attraktiver, als in einer NEE-/NAE-Unterkunft zu sein. Die Direktorin des Innern hat diese Woche von FCL-Präsident Stierli gelesen: «97 % unserer Fans sind super, die restlichen fügen aber dem Verein grossen Schaden zu». Sie konnte dieses Zitat sehr gut nachfühlen. 98 % der Personen aus dem Asylbereich beschäftigen unsere Polizei und die Betreuungspersonen nicht ständig, 2 % sind sehr schwierig. Aber die Sicherheitsdirektion macht alles für den Vollzug, was ihr möglich ist. Es liegt sehr Vieles nicht bei den Kantonen. Und auch die Betreuungspersonen wären sehr froh, wenn diese 14 Personen nicht in unserem Kanton wären.
Die Arbeitsgruppe der SD und der DI hat viele Massnahmen erarbeitet als Vorschläge zuhanden der Vorstehenden. Die beiden Vorsteher haben die Massnahmen noch nicht zusammen besprochen. Der Termin steht aber. Es sind sehr interessante Massnahmen, Manuela Weichelt möchte sie aber noch nicht erläutern, bevor die Vorsteher sie besprochen haben.
Noch vor wenigen Wochen haben wir das Zitat gehört «Frieden, eine persönliche Sehnsucht aller Menschen und eine globale Vision der Gesellschaft. Wo Krieg, Gewalt oder Streit herrscht, sehnen wir uns besonders danach.» Bitte sehen Sie hier auch die grosse Mehrheit und nicht nur diese 14 problematischen Personen. Und vergessen Sie nicht, auch wenn sie sich vorstellen, diese Personen tagsüber draussen zu halten: Wir haben auch eine Bevölkerung. Diese Menschen halten sich dann in den Quartieren auf.

➔ Kenntnisnahme

277 Motion von Philipp Röllin betreffend naturnahe Umgebungsgestaltung auf kantonalen Parzellen und zusätzlichen Flächen

Traktandum 3 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1955.2 – 13884).

Esther **Haas** beantragt als Vertreterin des Motionärs und der AGF, alle drei geforderten Punkte der Motion seien erheblich zu erklären. – Die Biodiversität steckt in der Schweiz in der Krise – und keiner merkt es. Das sagte Urs Tester von Pro Natura anlässlich des Starts der Kampagne «Biodiversität – jede Art zählt». Sie steckt in einer tiefen Krise. Das bestätigen auch die Experten der OECD. Sie kamen 2006 zum folgenden Schluss: «Die letzte OECD-Prüfung der Schweizerischen Umweltbilanz hat eine beunruhigende Entwicklung in Bezug auf die biologische und landschaftliche Vielfalt des Landes identifiziert. Der Verlust der Artenvielfalt konnte nicht aufgehalten werden.» Und der Verlust hat sich in den letzten Jahren weiter verschärft. Allerdings – neun von zehn Schweizerinnen und Schweizern erkennen diesen Verlust nicht, gemäss einer Umfrage von Pro Natura meinen sie, der Natur gehe es gut.
Die Biodiversität – die Vielfalt von Lebensräumen, Arten und Genen sowie ihr Zusammenspiel – ist für die Natur und für uns Menschen wichtig. Erst diese Vielfalt hat unsere Erde zu einem bewohnbaren Ort gemacht. Ihr verdanken wir unsere Nahrung, sauberes Wasser und Luft, Kleidung, Energie, Baustoffe, Medikamente sowie bewohnbare Landschaften. Kurz: Die Biodiversität ist unsere Lebensgrundlage!
Es geht hier nicht einfach um ein Retourholen der Natur in unsere Wohngebiete, damit wir wieder mehr Natur erleben. Nein, es geht um ein Fortbestehen von Pflanzen, Tieren und uns Menschen. Wir haben es alle schon bemerkt: Blumenwiesen von früher gibt es immer weniger; 5 % der Schweizer Tierwelt ist bereits ausgestorben, mehr als ein Drittel ist bedroht. Fragen Sie einmal einen Ornithologen – er wird Ihnen sagen, wie viele Vögel in unseren Bäumen nicht mehr zwitschern. Weil wir schlicht ihre Lebensgrundlagen zerstört haben. Und wussten Sie, dass 90 % unserer Flüsse und Bäche nicht mehr in ihrem natürlichen Flussbett fliessen?
Nun zur Motionsantwort. Man kann sich nun fragen, gehört die Regierung zu den neun von zehn Schweizerinnen und Schweizer, die finden, der Natur gehe es gut? Hat sie diese Umwelt-Krise wirklich erkannt? Eher nicht. Sonst würde die Regierung vorschlagen, alle drei Forderungen müssen erheblich erklärt werden. Ja, es wird einiges gemacht im Kanton Zug, entsprechend haben wir auch schon Kredite bewilligt. Aber es ist immer noch zu wenig. Die Bedenken der Votantin sind gross, dass diese Umweltkrise, der Mangel an Biodiversität, zu wenig ernst genommen wird. Wenn sie die Vorlage des Stadtgartens liest, fragt sie sich, wo dort die natürlichen Lebensräume ihren Platz bekommen werden.
In der Antwort wird allzu viel das Abwägen von verschiedenen Interessen erwähnt. Es ist ja klar, dass die Rössliwiese und Sportplätze sich nicht für eine Magerwiese eignen. Im Bericht wird auch die naturnahe Gestaltung um das Verwaltungsgebäude an der Aa erwähnt. Es wäre tatsächlich spannend, diese blauen Kunststoffsäcke und ihre Bepflanzung mal einer Prüfung zu unterziehen, um zu schauen, wie viel Biodiversität hier vorhanden ist.
Natürlich begrüssen wir, dass wenigstens der erste Punkt erheblich erklärt wird, es sollen Abklärungen getroffen werden und daraus soll ein Umsetzungsprogramm entstehen. Wir hoffen, dass dieses Programm dann auch rasch umgesetzt wird.

Die zweite Forderung kann auch umgesetzt werden. Im Bereich des vom Kanton verpachteten Landes kann ohne grossen Personalaufwand durchaus mehr Einfluss geltend gemacht werden. Beispielsweise über entsprechende Bestimmungen in den Pachtverträgen oder über Ausschreibungen bei Umgestaltungen.
Ein Anreizprogramm des Kantons für Grundeigentümer ist dringend. Es wurde erwähnt, immer noch erkennen neun von zehn Schweizern und Schweizerinnen die Problematik mit dem Verschwinden natürlicher Lebensräume nicht. Unsere Fraktion schlägt Anreize vor. Auch auf kleinem Raum kann viel getan werden, um Pflanzen und Tieren mehr Raum zu geben. Hier könnte eine grosse Sensibilisierungsarbeit geleistet werden – also auch dieser dritte Punkt möchten wir erheblich erklären.
Die Biodiversität steckt in einer tiefen Krise, die Natur um uns herum wird immer «einfältiger». Ja, es ist halt keine Wirtschaftskrise, von der alle sprechen. Bei der Biodiversität geht es noch um viel mehr – um die Existenz und das Leben auf dem Planeten Erde. Und darum müssen wir handeln. Folgen Sie daher dem Antrag der AGF, die Motion in allen drei Punkten erheblich zu erklären.

Franz **Hürlimann** erinnert daran, dass sich 1992 in Rio verschiedene Staaten, darunter auch die Schweiz, verpflichteten, den Verlust der Biodiversität bis 2010 zu stoppen. Nach Meinung des Motionärs hat der Kanton Zug in dieser Richtung schon viel, aber noch zu wenig getan. Der Votant glaubt sich zu erinnern, dass den Motionär nach seinem Votum gegen die Städtlerwaldbrücke das Gewissen doch noch etwas geplagt hat. Er fordert deshalb von der Regierung drei Dinge, die Sie aus der Vorlage entnehmen können.
Zum einen rennt der Motionär mit der Forderung 1 bereits offene Türen ein. Die Aufweitung der Lorze in Baar mit der Kiesinsel im Lorzendelta beabsichtigen genau diese Anliegen, nämlich Schutz, Erholung, Natur, Umwelt und Landwirtschaft. Es sei daran erinnert, dass die Regierung zurzeit mit dem Projekt Lorzenebene daran ist, ein Nutzungskonzept zu erarbeiten, das ebenfalls diesen Anliegen Rechnung tragen soll. Weitere spezifische Anordnungen bestehen bereits zur Genüge: Wald- und Gewässerbewirtschaftung, Bach- und Schutzverbauungen, Renaturierungen, Schilfgürtel, Wiederansiedlung des Bibers etc.
In den Anträgen 2 und 3 verlangt der Motionär von der Regierung Massnahmen, für die sie nicht zuständig ist. Zum Beispiel haben die Landwirte in der Zwischenzeit in allen Gemeinden Vernetzungsprojekte aufgebaut, die der Förderung der Biodiversität dienen. Es braucht keine zusätzlichen Anreizprogramme.
Die CVP anerkennt das Wohlwollen der Regierung, Forderung 1 erheblich, respektive die gesamte Motion teilerheblich zu erklären. Sie findet jedoch, dass es wenig Sinn macht, eine externe Kostenanalyse in Auftrag zu geben, die womöglich teurer zu stehen kommt, als das voraussichtliche Sparpotential einbringen kann. Im Übrigen vertraut die CVP der Regierung, die ja nicht nur in diesem Bereich über die Kosten zu wachen hat. Aus diesem Grund stellt die CVP grossmehrheitlich den Antrag, die Motion Röllin sei nicht erheblich zu erklären.

Daniel **Burch** hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig den Antrag der CVP unterstützt. Es braucht keine neuen Auflagen und Vorschriften und Programme.

Baudirektor Heinz **Tännler** zu den Ausführungen von Esther Haas. Die allgemeinen Hinweise sind nicht einfach so zu vertuschen, indem man sagt, dass sich die Bio-

diversität in einer Krise befinde. Im Kanton Zug machen wir sehr viel für Biodiversität – und die Motion bezieht sich ja auf den Kanton Zug. Franz Hürlimann hat die Lorzenebene erwähnt, es gibt das Leitbild Zugerberg, Vernetzungsprojekte bei Infrastrukturvorhaben usw. Wir haben kürzlich an der Zuger Messe diese Sonderausstellung Fledermäuse gemacht – und der Baudirektor war zuerst sehr skeptisch. Aber je länger er in dieses Projekt involviert war, umso besser hat es ihm gefallen. Und er hat den Sinn dieser Sonderausstellung gesehen. Da sind ihm die Augen insofern aufgegangen, als gerade im Kanton Zug, was diese Fledermäuse anbelangt, etwa 50 % aller Arten vorkommen und hier eine sehr gute Lebensgrundlage haben. Und die Fachleute, die an den Universitäten und an der ETH lehren, haben ihm bestätigt, dass im Kanton Zug gerade eben wegen der Biodiversität und den guten Voraussetzungen, Natur- und Landschaftsschutz auch in den Siedlungsgebieten, tatsächlich so viele Fledermäuse eine Lebensgrundlage finden. Man muss also hier etwas relativieren.
Dass man mehr machen kann, will Heinz Tännler nicht bestreiten. Man kann immer besser werden. Aber wir haben vorhin auch von Bürokratie und Pragmatismus gesprochen, und er möchte dann im Zusammenhang mit den Punkten 2 und 3 darauf zurückkommen.
Der Bund hat auch eine Strategie. Die Vernehmlassung zu dieser Biodiversitätsstrategie ist am Laufen. Da werden wir uns selbstverständlich auch einklinken. Der Regierungsrat hat ein Legislaturziel, das wir in der Motionsbeantwortung aufgeführt haben. Das nehmen wir ernst. Es ist also nicht so, dass wir in der Baudirektion keinen grünen Daumen haben.
Zum Hinweis zu diesen blauen Kunststoffsäcken ist Folgendes zu sagen. Als der Votant 2007 in die Regierung kam, hat er auch runtergeschaut auf diese blauen Säcke und sie haben ihm nicht allzu viel Freude bereitet. Aber er musste sich belehren lassen. Das ist ein Riesending. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens hat man Wettbewerbe gemacht mit Fachleuten, die sich der Biodiversität verschrieben haben. Das ausgeklügelte Wettbewerbsverfahren hat zutage gefördert, dass gerade bezüglich Biodiversität im grünen Raum um dieses Verwaltungsgebäude dies das Nonplusultra ist. Alle Fachleute bestätigen, dass man die ja nicht anrühren soll, denn das sei effektiv etwas Gutes. Und wenn man sie anrühren wollte, müssten wir sogar den Bebauungsplan ändern.
Zu Antrag 2; wir sollen dort den Hebel ansetzen, wo wir direkt Einfluss nehmen können. Das geht dem Regierungsrat zu weit. Da möchte Heinz Tännler gerade auf die Bebauungsplanverfahren hinweisen. Wir haben sehr viele davon im Kanton Zug, gerade bei grösseren Arealen. Und dort sind die Biodiversität und der Grünraum immer ein sehr zentrales Thema. Dort nehmen wir auch tatsächlich stark Einfluss, indem man Gestaltungsplanung verlangt und Biodiversität thematisiert. Und alle diese Bauherrschaften, die in einem solchen Planverfahren stecken, müssen das berücksichtigen.
Zum Anreizsystem muss man sagen, dass man nicht alles dem Staat überbinden kann. Die Eigenverantwortung von Bauherrschaften ist auch wichtig. Und da muss man schon aufpassen, dass der Staat nicht überall die Hände reinsteckt.
Zum Antrag 1 noch Folgendes. CVP und SVP wollen keine Teilerheblicherklärung. Bitte zeigen Sie hier Herz und geben Sie uns die Möglichkeit, dass mindestens dieser Antrag 1 erheblich erklärt wird. Die Analyse von kantonalen Grundstücken kann ja letztlich auch als Grundlage für das Legislaturziel vielfältige und vernetzte Zuger Landschaft dienen. Dieses basiert ja eben auch auf dieser Biodiversitätsstrategie des Bundes. Es kann auch die Akzeptanz fördern, wenn der Kanton bei sich selber genauer hinschaut, bevor er bei anderen über Bebauungsplanverfahren den Finger drauf setzt. Auch wenn wir vielleicht gut oder vielleicht sogar sehr gut sind,

so kann man immer noch besser werden. In diesem Sinn bittet der Baudirektor den Rat, dem Antrag des Regierungsrats stattzugeben und Antrag 1 gutzuheissen, damit wir hier im Rahmen eines Piloten Vorarbeit für das Legislaturziel aufbauen können. Dieser Antrag bindet auch keine Ressourcen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass es sich auch hier um drei gleichwertige Anträge handelt, die einander direkt gegenüberzustellen sind. Und Sie haben eine einzige Stimme. Das absolute Mehr beträgt 39.

➔ Der Regierungsantrag für teilweise Erheblicherklärung erhält 29 Stimmen, der Antrag der AGF für vollständige Erheblicherklärung erhält 7 Stimmen, der Antrag von CVP und SVP für Nichterheblicherklärung erhält ebenfalls 29 Stimmen. – Keiner der Anträge erreicht das absolute Mehr.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass Antrag der AGF wegfällt und nun die beiden Anträge von Regierung und von CVP und SVP einander gegenübergestellt werden.

Heini **Schmid** glaubt, dass hier die Kantonsratspräsidentin gemäss Geschäftsordnung einen Stichentscheid machen müsste, welche der beiden Anträge mit 29 Stimmen unterliegt.

Die **Vorsitzende** bespricht die Situation mit der stellvertretenden Landschreiberin und kommt zum Schluss, dass der Antrag mit den wenigsten Stimmen wegfällt und die beiden obsiegenden einander gegenübergestellt werden.

➔ Der Rat entscheidet sich mit 36:33 Stimmen für den Antrag der Regierung auf Teilerheblicherklärung der Motion.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Sicherheitsdirektor den Rat nach 11 Uhr verlassen muss, da er in Delsberg an der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren teilnimmt.

278 Motion von Beni Riedi betreffend Standesinitiative für die Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (Freiheit der Nutzerinnen und Nutzer in der Wahl des Empfangsgeräts für die digitalen Fernsehprogramme)

Traktandum 3 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2027.2 – 13885).

Beni **Riedi** ist enttäuscht. Das war sein erster Gedanke, als er den Bericht des Regierungsrats gelesen hatte. So hatte der Regierungsrat richtigerweise festgestellt, dass die damalige Ständerätin und heutige Bundesrätin Simonetta Sommaruga eine ähnliche Motion im Juni 2007 eingereicht hat. Nur genau diese Motion war technisch falsch formuliert und konnte nie eine Mehrheit im Parlament finden.

Um was geht es? Wir behandeln nun ein Thema, welches nicht parteipolitisch ist. Das Anliegen des Votanten betrifft das digitale Fernsehangebot z.B. vom WWZ, der Cablecom oder der Stadtantenne Baar. Wenn Sie ein neues Fernsehgerät kaufen, können Sie digitale Programme empfangen. Das Grundangebot, das sind aktuell beim WWZ 70 Fernseh- und 156 Radio-Sender, werden vom WWZ «gratis» angeboten. Unter «gratis» versteht sich natürlich, dass Sie diese Programme mit Ihren Kabelanschlussgebühren bezahlen. Da nun aber das WWZ und die Stadtantenne Baar diese Sender zusätzlich verschlüsseln, sind Sie gezwungen, für jedes Fernsehgerät ein Modul und eine Karte vom jeweiligen Kabelnetzbetreiber zu kaufen. Das wäre in etwa das Gleiche, wie wenn Ihr Wasserversorger das Trinkwasser vergiftet und Ihnen gleich noch den benötigten Filter zu den anfallenden Wasserkosten mit verrechnet. Beni Riedi geht es in dieser Motion darum, dass dieses Grundangebot, und nur dieses Grundangebot, nicht mehr verschlüsselt wird.
Das ist nichts Neues. Sie müssen nur über die Kantonsgrenze in den heute schon viel genannten Kanton Schwyz fahren und schon finden Sie ein Kabelnetzbetreiber, welcher die Vorgaben dieser Motion erfüllt. Dort ist das gesamte Grundangebot frei empfangbar. Lustigerweise stammt das Signal auch vom WWZ.
Nun zur Enttäuschung. Der Regierungsrat empfiehlt Ihnen, diese Motion nicht erheblich zu erklären, da es Anbieterinnen und Anbieter benachteiligt, die ihr digitales Fernsehangebot aus technischen Gründen zwingend verschlüsseln müssen (namentlich die Swisscom). Solche Anbieterinnen und Anbieter sind in der Motion nicht eingeschlossen. Denn genau das war der Fehler in der Motion von Simonetta Sommaruga. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats entspricht somit nicht der Wahrheit. Beim Vorschlag des Votanten geht es einzig und allein um die Kabelnetzbetreiber z.B. die Cablecom, das WWZ usw. Es geht auch nur um das Grundangebot, welches Ihnen eigentlich «gratis» zur Verfügung steht. – Bitte erklären Sie die Motion erheblich!

Beat **Wyss** durfte sich dank dieser Motion auf den neusten und vermutlich auch schon bald wieder veralteten Stand der Technik bringen. Folgendes hat er festgestellt: Die Zeiten der Antenne mit einem Metallkleiderbügel sind vorbei.
Sachverhalt: Momentan werden frei empfangbare Fernsehprogramme von den Kabelanbietern verschlüsselt. Die Motion hat das Ziel, dass solche Verschlüsselungen nicht mehr möglich sind und somit die Kunden nicht an einen Anbieter gebunden werden. Aber eine Regulierung des Markts, wie sie die Motion vorsieht, ist aus folgenden Gründen nicht zeitgemäss.
• Der Fernsehmarkt ist momentan in einem stetigen Wandel. Es entwickeln sich neue Verbreitungswege und Geschäftsmodelle und bereichern den Markt.
• Die Angebote sind kundenfreundlicher geworden. Der Kunde hatte noch nie so viele Möglichkeiten, einen TV-Anbieter zu wählen, wie heute (Satellit, Kabel, Antenne, Internet).
• Die eigentliche Settop-Box wird zunehmend durch andere Systemkomponenten abgelöst, was auch die Verschlüsselungsfrage in den Hintergrund rücken lässt.
• Eine Regulierung würde lediglich zu einer Verzerrung in einem funktionierenden Wettbewerb führen.
• Die Motion würde zudem einseitig die Kabelnetzbetreiber gegenüber der Swisscom-TV massiv benachteiligen, was auch wettbewerbsrechtlich fragwürdig wäre.
• Da die Thematik erst vor kurzem mit einer nahezu identischen Motion auf nationaler Ebene behandelt wurde und beide Kammern Nichteintreten beschlossen haben, hat eine Standesinitiative keine Chancen.

• Die Sachlage wird sich wohl ohnehin in die vom Regierungsrat ausgeführte Richtung weiter entwickeln.
Vor zehn Jahren hatte Beat Wyss noch auf seinem kleinen Fernsehen einen Metallkleiderbügel als Antennenverstärker. Heute haben wir die Settop-Box. Morgen wird es etwas anderes sein. Lassen wir uns überraschen und den freien Markt spielen. – Die CVP Fraktion ist einstimmig für Nichterheblicherklärung der Motion.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass das Wesentliche von Beat Wyss bereits gesagt wurde. Aus Sicht der FDP-Fraktion gibt es aber doch zwei grundlegende Feststellungen zu machen.
1. Es gibt Probleme, die sich über die Zeit von selber lösen. Dieses ist ein solches. Technisch, wettbewerbstechnisch und politisch ist das Thema bereits erledigt. Politisch insofern, als das Bundesparlament das Anliegen bereits abgehandelt hat. Eine Standesinitiative wäre somit absurd.
2. Das leidige Thema Standesinitiative. Sie ist ein gutes Instrument, um typische und spezifische Anliegen des Kantons auf Bundesebene zu platzieren. Das könnten beispielsweisse die Anliegen des Kantons Zug zur NFA sein. Aber diese Standesinitiative hatten wir schon. Wenn Sie aber – wie im vorliegenden Fall – ein persönliches politisches Anliegen auf Bundesebene hieven wollen, dann kandidieren Sie für ein Mandat auf Bundesebene oder wenden Sie sich an einen Bundesparlamentarier. Verzichten Sie bitte darauf, um der persönlichen Profilierung willen die Verwaltung und das Parlament für etwas zu bemühen, das ausser ein wenig Publizität nichts bringt.
Die FDP ist deshalb dafür, dass wir die Motion nicht erheblich erklären.

Beni **Riedi** möchte nur nochmals erwähnen, dass eine Regulierung oder Marktöffnung nichts damit zu tun hat. Das ist technisch eine völlig andere Situation. Es geht nicht darum, dass das WWZ in Baar das Signal einspeisen kann. Es geht nur darum, dass die Kabelnetzbetreiber dieses Grundangebot nicht mehr verschlüsseln, damit Sie das Gratisangebot auch wirklich gratis benützen können. Das Problem geht sogar weiter. Wenn sie das verschlüsseln und Sie ein Modul kaufen, steht in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen, sie behalten sich vor, die Verschlüsselungstechnik zu verändern. Dann können Sie in zwei Jahren alle Module neu kaufen, für jeden Fernseher. Das geht dann weiter. Es geht wirklich darum, das Grundangebot, das gratis ist, auch gratis zur Verfügung zu stellen.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** weist darauf hin, dass die Regierung nicht auf den Vorstoss Sommaruga Bezug genommen hat, sondern auf den von Beni Riedi. Der Votant hat sich gleichwohl nochmals die Mühe genommen, das im Nachhinein nochmals zu analysieren. Beide Motionäre wollen das Gleiche. Simonetta Sommaruga verlangte damals, eine proprietäre Verschlüsselung im Grundangebot zu verbieten. Das Anliegen ist also genau dasselbe. Und in einem zweiten Punkt verlangte Sommaruga, dass im Falle einer Verschlüsselung ein offener Standard eines Betriebssystems gewählt wird für alle Anbieter, damit der Zugang dann für alle gleich sei. Und hier hat Beni Riedi einen etwas anderen Weg vorgeschlagen; dass man in der Wahl des Empfangsgeräts frei sei und nicht diese proprietären Setup-Boxen verwenden müsse. Das Grundanliegen ist aber eigentlich dasselbe.

Die These, dass die Motion Sommaruga abgelehnt worden sei, weil das technisch falsch formuliert gewesen sei, geht für den Volkswirtschaftsdirektor nicht ganz auf. Aber es bleibt dabei, er bittet die SVP, bei ihren Tugenden zu bleiben und den Staat nicht für Interventionen zu bemühen. Er kann hier nur Daniel Burch von heute Morgen zitieren: Es braucht keine zusätzlichen Vorschriften und Programme. Gemeint sind hier staatliche Programme und nicht TV-Programme. Danke, wenn Sie dem Regierungsrat folgen.

➔ Der Rat beschliesst mit 42:14 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

279 Interpellation von Karl Nussbaumer, Thomas Wyss und Manuel Brandenberg betreffend Vorfall beim Bahnhof Zug

Traktandum 4 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2016.2 – 13826).

Thomas **Wyss** hält fest, dass die detaillierten Ausführungen der Regierung unsere Meinung ganz klar bestätigen, wonach der Kanton Zug an diesem 28. Januar Glück im Unglück hatte. Es hätte schlimmer enden können, nämlich dann, wenn angelsächsische Medien das Thema breit aufgegriffen hätten. Daraus folgt für uns: Es ist – auch mit Blick auf die Reputation des Werkplatzes Zug – von grösster Bedeutung, dass der Sicherheit im öffentlichen Raum höchste Priorität eingeräumt wird. Das ist die erste und nobelste Aufgabe der Polizei. Gleichzeitig sollte auf kantonaler Ebene vielleicht das Notwendige vorgekehrt werden, damit in solchen Fällen rasch und wirksam reagiert werden kann. Der Kontakt zu Multiplikatoren, Vertretern angelsächsischer Medien und Expats hier in Zug kann in dieser Hinsicht zielführend sein.

Eugen **Meienberg**: Am 28. Januar kommt es im Bahnhof Zug zu einer Auseinadersetzung mit tätlichen Angriffen. Das ist gravierend und die Tat ist auf schärfste zu verurteilen. Schon ein paar Tage später kommt die Interpellation mit elf Fragen zu verschiedensten Themenkreisen in diesem Zusammenhang.
Aus den Antworten können wir entnehmen, wie der Fall sich abgewickelt hat, wer involviert war, wer belangt wird und wer für die Sicherheit im Bahnhof Zug zuständig ist. Wir wissen nun auch, wie viel in inländischen und wie wenig in ausländischen Medien berichtet wurde. Eine Eigendynamik hat sich nicht entwickelt.
Wie die Sicherheits- und Gefahrenlage am Bahnhof Zug ist, muss nicht per Interpellation erfragt werden, man muss an einem Wochenendeabend nur mal vor Ort sein. Bei dieser Ballung von Menschen, zum Teil gruppenweise und alkoholisiert, ist es nicht verwunderlich, dass es zu Reibereien und Auseinadersetzungen kommt. Das sind sich die Verantwortlichen schon lange bewusst und sie tun ihr Möglichstes, um Schlimmes zu verhüten – präventiv und repressiv. Kleine Erfolge zeichnen sich ab, die Straftaten haben leicht abgenommen.
Es ist jedoch eine Tatsache dass das Sicherheitsgefühl im Bahnhof Zug noch lange nicht gut ist, eine Verbesserung ist erstrebenswert, zum Nulltarif ist dies jedoch nicht zu haben.
Wenn der Votant persönlich die Interpellation auch für unnötig hält, konnte in der Antwort immerhin gezeigt werden, dass die Zuger Polizei präsent ist und im Notfall auch sehr schnell und effizient eingreift. Und schlussendlich kann festgestellt wer-

den, dass die Tatverdächtigen schnell ermittelt und der Justiz übergeben werden konnten. Dies mit guter Polizeiarbeit, für welche Eugen Meienberg sich bei allen Zuger Polizistinnen und Polizisten recht herzlich bedanken möchte; diese leisten ihren Dienst nämlich in einem oftmals sehr schwierigen Umfeld.

Stefan **Gisler** meint, mit dem wichtigen und ernsten Thema Sicherheit könne man verschieden umgehen. Dazu zwei Beispiele. Variante A: Es geschieht eine Einzelstraftat. Man kennt die Hintergründe nicht, ruft laut Skandal und macht eine marktschreierische Interpellation, die garantiert dafür sorgt, dass der Vorfall in die Medien kommt und das Risiko eines Imageschadens erhöht. Variante B: Es liegt eine Sicherheitsbericht für die Stadt Zug vor, der zwar die hohe Sicherheit in der Stadt, doch auch Hotspots wie den Bahnhof sowie ein Bedürfnis nach zusätzlichen Patrouillen in der Stadt aufzeigt. Darum fordern Sie dann mittels Motion acht Polizeistellen mehr für diese sichtbare Präsenz und die Erhöhung der Interventionsmöglichkeit der Zuger Polizei. Stellen, welche die SVP in diesem Rat lange verweigerte. Doch dieses Jahr wurde dies nun im Rahmen des Polizeigesetzes möglich und die Stellen bewilligt. Entscheiden Sie selber, welche Variante Sie künftig wählen wollen. Wir Alternativen haben uns für die Variante B entschieden. Stefan Gisler hatte diese Motion damals eingereicht. Positiv findet er, dass sich die SVP für einmal aktiv für unsere ausländischen Mitbewohnerinnen und Gäste einsetzt.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** zum Votum von Eugen Meienberg. Einerseits nimmt er den Dank an die Polizei gerne mit. Sie verdienen diesen Dank auch. Aber dass das Sicherheitsgefühl schlecht sei am Bahnhof, würde er so nicht unterschreiben. Wir haben immerhin 2007 15 Straftaten gehabt gegen Leib und Leben. Diese Taten haben im ganzen Kanton abgenommen in den letzten zwei Jahren. 2010 waren es noch vier. Auch im Bereich Diebstahl sind die Zahlen stark zurückgegangen. Wir arbeiten auch sehr gut mit dem Bahnhof zusammen und haben Druck gemacht, dass dort Videokameras installiert wurden. Auch das hat zu einem Rückgang geführt. Unter dem Strich ist dort ein gutes Sicherheitsdispo vorhanden und adäquat auch ein gutes Sicherheitsgefühl.

➔ Kenntnisnahme

280 Interpellation der Fraktion Alternative – Die Grünen betreffend private Sicherheits- und Militärfirmen im Kanton Zug

Traktandum 5 – E liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2023.2 – 13835).

Stefan **Gisler**: Nicht sehen, nichts hören, nichts sagen. – Auslöser seiner Interpellation war, dass sich in Basel ein kommerzieller Kriegsdienstleister, die Söldnerfirma Aegis, niedergelassen hat. Aegis ist mit 20'000 Söldnern im Irak und in Afghanistan tätig. Zudem gab im Februar 2011 das Bundesamt für Justiz bekannt, dass es private Sicherheitsfirmen, welche von der Schweiz aus Dienstleistungen in Krisengebieten anbietet, stärker regeln will.
Nun – die regierungsrätlich Antwort zeigt gelinde ausgedrückt Desinteresse, ob in Zug oder in der Schweiz Militärfirmen tätig sind, welche in internationale Händel

verwickelt sind. Es kann uns nicht egal sein, ob wir auf diese Weise in einen Konflikt hineingezogen werden beziehungsweise die Schweizer Neutralität verletzt wird. Gerade auch von der SVP – mit welcher der Votant die strikte Ablehnung von Militäreinsätzen durch die Schweizer Armee im Ausland teilt – erwartet er doch auch gewisse Bedenken.
Die regierungsrätlich Haltung ist: Wir wissen von nichts und wollen noch weniger wissen und sowieso ist alles in Ordnung. Tatsächlich bieten die drei von der Regierung genannten Zuger Unternehmen keine Söldnerdienste an, sondern nur Sicherheitsausrüstungen beziehungsweise Salutierkanonen. Zumindest eine Firma kennt der Sicherheitsdirektor gar persönlich, ist er doch auf der Homepage der SSZ Equipment AG zusammen mit dem Zuger Brigadier Hürlimann als Teilnehmender von Firmenanlässen abgebildet.
Nun, selbst wenn aktuell von Zug aus keine Söldnerfirmen agieren, hätte Stefan Gisler von der Regierung ein klare Haltung erwartet zur Absicht des Bundesrats, international tätige Sicherheitsfirmen stärker zu regeln. Die Regierung antwortete dürr, sie werde sich dann in der Vernehmlassung zur dieser Frage äussern.
Seit dem 12. Oktober kann vernehmlasst werden. Der Bundesrat schlägt vor, dass Söldnerfirmen verboten werden. Sicherheitsfirmen soll es nicht mehr erlaubt sein, an Feindseligkeiten im Rahmen eines bewaffneten Konflikts im Ausland teilzunehmen. Verbieten will der Bundesrat den Firmen auch, zu solchen Zwecken in der Schweiz Personal zu rekrutieren, auszubilden, zu vermitteln oder zur Verfügung zu stellen. Zudem dürfen künftig von der Schweiz aus auch keine Sicherheitsdienstleistungen mehr erbracht werden, die mit Menschenrechtsverletzungen verbunden sind. Das Gesetz soll auch für die in der Schweiz niedergelassenen Gesellschaften, also Holdings, gelten, die im Ausland tätige Sicherheitsunternehmen kontrollieren.
Der Bundesrat will auch eine umfassende Meldepflicht, die eine die staatliche Kontrolle der privaten Sicherheitsfirmen gewährleistet. Alle müssen ihre geplanten Tätigkeiten vorgängig der zuständigen Bundesbehörde melden, welche diese dann auf die Rechtmässigkeit prüft.
Der Bundesrat will mit dieser Vorlage «dazu beitragen, die innere und äussere Sicherheit der Schweiz zu gewährleisten, die aussenpolitischen Ziele der Schweiz umzusetzen, die schweizerische Neutralität zu wahren sowie die Einhaltung des Völkerrechts zu garantieren.» Nebst der Meldepflicht von Tätigkeiten hält der Votant ein Zulassungsverfahren für solche Firmen zusätzlich für sinnvoll. Er fragt den Sicherheitsdirektor, ob er diese Ziele des Bundesrates teilt. Und ob er heute schon sagen kann, wie er zu Verbot von Söldnerfirmen sowie zur Melde- beziehungsweise Zulassungspflicht steht.
Zufrieden ist Stefan Gisler mit der Haltung der Regierung, dass das Gewaltmonopol bei der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in der Schweiz einzig bei der Polizei liegt. Denn immer mehr private in- und ausländische Sicherheitsfirmen sind in der Schweiz aktiv und es ist zentral, dass diese sich nicht plötzlich polizeiliche Rechte herausnehmen und Leute nach amtlichen Ausweisen fragen, anhalten oder eine Wegweisung mit Zwang ausüben. Auch die Bildung von sogenannten Bürgerwehren ist zu verhindern.
Im Kontakt mit der SBB hat der Votant erfahren, dass diese durchaus davon ausgeht, dass private Sicherheitsdienste – nicht die Transportpolizei, sondern z.B. eine Securitas – nicht nur Fahrausweise, sondern auch amtliche Ausweise im Zug oder auf dem Bahnhof verlangen können. Und dass diese auch eine Wegweisung nicht nur aussprechen, sondern erzwingen können. Der Sicherheitsdirektor soll doch Kontakt mit der SBB aufnehmen, um dies zu klären.
Fazit: Stefan Gisler hofft, die Sensibilität der Regierung in Sicherheitsfragen steigt.

Er ist gespannt auf die Vernehmlassungsantwort Zugs zum Söldnerfirmaverbot.

Philip C. **Brunner** muss schon noch ein wenig replizieren. Wir haben ja in den Nachrichten gehört, dass der Bundesrat beschlossen hat, eine private Söldnerfirma in der Botschaft in Tripolis einzusetzen. Es ist wirklich etwas komisch, wenn man auf der einen Seite diese privaten Firmen in der Schweiz verbieten will und sie gleichzeitig den Botschaften einsetzen will, wo die schweizerische Armee eigentlich für die Sicherheit zuständig wäre. Der Votant bittet die Regierung, auch diesbezüglich die Sache so darzustellen, wie sie eben ist und sein sollte.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** weist darauf hin, dass schon in der Interpellationsbeantwortung Ausführungen dazu gemacht wurden, dass eben gerade bei solchen Firmen – ob sie im Inland im Sicherheitsdienst arbeiten oder im Ausland – keine Bewilligungspflicht besteht. Der Regierungsrat hat hier keine Möglichkeit, einzugreifen oder eine Aufsicht wahrzunehmen. Das wollte man auch nicht im Rahmen dieser Interpellationsbeantwortung machen. Aber man muss jetzt mehr in die Zukunft schauen als zurück. Stefan Gisler hat es angesprochen: Es sind zwei Gesetze unterwegs, einerseits das von KKJPD ausgearbeitete Konkordat über Sicherheitsfirmen, die in der Schweiz zu akkreditieren sind in irgendeinem Kanton. Die Konkordatskommission hat das Geschäft bereits beraten und der Kantonsrat wird im nächsten Jahr dieses Konkordat zur Prüfung erhalten. Das zweite ist, dass der Bund ein Bundesgesetz vorsieht, das hier in der Schweiz ansässige Firmen sich deklarieren müssen, ihre Tätigkeit zu bewilligen ist und eine Meldepflicht eingeführt werden soll. Der Sicherheitsdirektor kann im Moment nicht sagen, was seine Meinung dazu ist. Im Moment läuft das interne Vernehmlassungsverfahren. Der Regierungsrat wird gegen Ende Dezember – bis 12. Januar 2012 müssen wir gegenüber dem EJPD Stellung nehmen – die Öffentlichkeit darüber informieren, wie die Haltung des Regierungsrats aussieht.
Zum Gewaltmonopol der Polizei. Bei uns ist es sicher nicht so, dass es hier eine schleichende Abgrenzung gibt oder dass wir das Gewaltmonopol zu den privaten Sicherheitsdiensten verlagern. Es gibt aber Möglichkeiten seitens der Polizei, dass man Aufgabengebiete – z.B. Gefangenentransport – auslagert an die Securitas. Es gibt Grauzonen. Man könnte theoretisch auch das Herzstück, die Einsatzleitzentrale, auslagern. Das macht bei uns sicher keinen Sinn. Klar originäre Aufgaben der Polizei werden nicht ausgelagert. Und wenn Stefan Gisler die Securitas anspricht im Zusammenhang mit der Bahnpolizei, so kennt Beat Villiger das im Detail nicht. Es kann aber sein, dass dort Sicherheitskräfte im Rahmen einer Hausordnung Aufgaben erhalten und sie dann auch durchsetzen können.

➔ Kenntnisnahme

281 Interpellation von Thomas Aeschi betreffend Illegale in Zug

Traktandum 6 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2030.2 – 13872).

Thomas **Aeschi** weist darauf hin, dass der Regierungsrat schreibt, dass er pro Jahr 90 bis 120 Gesuche zur Vorbereitung der Eheschliessung auf Scheinehen überprüfe. In den letzten fünf Jahren wurde dabei keine einzige Scheinehe aufgedeckt. Interessante Zahlen sind aus dem Kanton Zürich bekannt. Von 3'500 Ehen, die 2008 unter die Lupe genommen wurden, stellten sich 500 als Scheinehen heraus.

Jede siebte Ehe war also eine Scheinehe. Der Votant kann sich schlicht nicht vorstellen, dass auf der anderen Seite der Kantonsgrenze jährlich 500 Scheinehen geschlossen werden, während es in unserem Kanton keine einzige sein soll. In seinen Augen hat dies wohl eher damit zu tun, dass der Kanton Zürich strikter gegen Scheinehen vorgeht als der Kanton Zug.
Weiter führt der Regierungsrat aus – wie bereits in der Beantwortung der Interpellation Helfenstein/Hotz – dass im Kanton Zug nur Daten gemäss Vorgaben der Bundesstatistik erhoben werden. Thomas Aeschi ist derselben Meinung wie Alice Landtwing, dass der zusätzliche Aufwand, um die sich illegal im Kanton Zug sich aufhaltenden Personen separat zu erfassen, gerechtfertigt wäre. Heute kennt er nur die Aussagen von einzelnen Zuger Kantonspolizisten, dass die illegale Immigration seit dem Beitritt der Schweiz zu Schengen/Dublin zugenommen habe. Um eine überlegte politische Entscheidung treffen zu können, bedürfte man jedoch einer fundierten Faktenbasis.
Auch die Beantwortung seiner Frage betreffend sich illegal in der Schweiz aufhaltenden Kindern ist für den Votanten nicht zufriedenstellend. Eine Gemeinde habe sieben sich illegal in der Schweiz aufhaltende Schülerinnen und Schüler gemeldet, schreibt der Regierungsrat. Allen anderen Gemeinden und Schulen seien keine Schüler bekannt, die sich hier illegal aufhalten. Wie kann das sein? Jeder Schüler muss sich doch bei Schuleintritt registrieren. Diese Daten dürften also vorhanden sein.
Die Antwort auf die Fragen 3 und 5 zeigen, dass dem Kanton viele Vorgaben in diesem Rechtsbereich durch die Bundespolitik auferlegt werden. Auf eidgenössischer Ebene müssen deshalb die notwendigen Schritte eingeleitet werden, damit der betrügerische Familiennachzug verhindert werden kann und sich illegal in der Schweiz aufhaltende Personen schneller ausgeschafft werden können.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass der Interpellant einen bunten Strauss von Fragen zusammengestellt hat, welche das Thema des fehlenden Aufenthaltsrechts betreffen. Dabei ortet er vor allem Probleme bei Kindern, Familien und Eheschliessung.
Der Sicherheitsdirektion liegen keine Hinweise vor, dass mit der Personenfreizügigkeit mehr Illegale in Zug sind. Weiter zeigt der Sicherheitsdirektor auf, dass nur sieben Kinder ohne Aufenthaltsrecht eingeschult sind. Diese Zahl ist so klein, dass selbst die SVP dies nicht als irgendeine Form von Belastung durch oder Attraktivitätssteigerung für Illegale aufbauschen kann. Doch selbst wenn die Zahl höher wäre, soll daran erinnert werden, dass der Schutz von Kindern ein zentraler Schweizer Wert ist. Sie aufgrund ihres Aufenthaltsstatus von der Schule auszuschliessen, wäre unmenschlich und auch kontraproduktiv. Zu betonen ist, dass gemäss Schweizer Verfassung (Artikel 99 und 62) jedes Kind nicht nur das Recht, sondern die Pflicht auf den Grundschulunterricht hat – unabhängig von Nationalität, Aufenthaltsstatus oder Herkunft. Das Schulobligatorium gilt also auch für Kinder ohne Aufenthaltsrecht. Auch der Kanton Zug muss sich an die Bundesverfassung halten und würde mit einer anderen Praxis unrechtmässig handeln. Die Alternativen stehen vollumfänglich hinter dem Kinderschutz – es kann nicht sein, dass diese aufgrund des Verhaltens oder des Aufenthaltsstatus der Eltern bestraft werden.
Der Interpellant mutmasst weiter, dass beim Familiennachzug nichtleibliche Kinder in die Schweiz einreisen und fordert DNA-Tests. Wie die Sicherheitsdirektion hält auch die AGF einen Zwang zum DNA-Test für unverhältnismässig. Zudem würde selbst ein negativer Test nicht immer bedeuten, dass das Kind nicht Teil der Fami-

lie ist (Stichwort: Adoption, Kuckuckskind). Die aufgezeigte Überprüfung der familiären Verhältnisse vor Ort durch Schweizer Botschaften genügt.
Scheinehen sind offenbar in Zug ebenfalls keine virulentes Probleme. Wichtig ist, dass ab 1. Januar 2011 nur noch heiraten darf, wer sich rechtmässig in der Schweiz aufhält. Das Zivilstandesamt überprüft – nebst den übrigen Ehevoraussetzungen, ob der/die Heiratswillige sich legal in der Schweiz aufhält. Ist dies nicht ersichtlich oder besteht ein anderweitiger Verdacht auf Scheinehe, wird die Sicherheitsdirektion informiert. Diese wird dann aktiv. Verantwortlich für die Zivilstandesämter sind die Gemeinden – in Baar verantwortlich ist Andreas Hotz, FDP, in Cham verantwortlich ist Bruno Werder, CVP, in Zug verantwortlich ist Dolfi Müller, SP. Die regierungsrätliche Antwort zeigt nicht auf, dass diese drei Ämter ihre Arbeit nicht seriös oder nicht gesetzeskonform ausführen würden.
Bei Frage fünf kommen wir auf die Diskussion von Ziffer 276 zurück. Nochmals zeigt der Sicherheitsdirektor auf, dass die Rückschaffung oft an fehlenden oder unwirksamen Rückübernahmeabkommen scheitert und dann die Sicherheitsdirektion keine andere Handhabe hat, als nach erfolglosen Ausschaffungsversuchen und nach erfolgloser Ausschaffungshaft eine Nothilfeunterkunft anzubieten. Bei dieser Frage hat auch Thomas Aeschi künftig den Hebel, um sich aktiv für Rücknahmeabkommen einzusetzen.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** möchte sich zu dieser Anzahl im Kanton Zürich äussern. Das war publik geworden in der NZZ. Eine Nachfrage bei diesem Amt hat ergeben, dass man hier eben die 500 angezeigten Eheschliessungen meint. Aber letztlich wurden nur 100 als Scheinehen deklariert. Man muss zwischen Zug und Zürich auch noch etwas Anderes sehen. Die Klientel in Zürich ist eine ganze andere. Vor allem im Milieubereich gibt es viele solche Scheinehen, und diesen Bereich haben wir hier viel weniger. Der Sicherheitsdirektor hat sich selbst vergewissert: Die Zivilstandsämter prüfen bei Eheschliessungen wirklich, dass alles in Ordnung ist. Wenn sie nicht sicher sind, ziehen sie den Dienst des Zivilstandsdienstes zu. Wenn ausländische Unterlagen suspekt sind, lässt man sie im Ausland beglaubigen und zieht weitere Informationen ein. Mehr Schwierigkeiten gibt es, wenn Ehen im Ausland geschlossen wurden und dann im Rahmen von Bewilligungsverlängerungen oder der Erteilung von Familiennachzügen usw. die Prüfung ergibt, dass etwas nicht in Ordnung ist. Darum sind bei uns beim Amt für Migration diese 20 Fälle aufgetaucht, die zur Anzeige gebracht wurden. Wie Stefan Gisler auch gesagt hat, ist das grosse Problem im Kanton Zug, dass wir Illegale und NAE-Personen nicht zurückschaffen können, weil entweder ein Staatsabkommen fehlt oder die Kooperation mit dem zuständigen Land – insbesondere Algerien – fehlt. Das ist heute Nachmittag an unserer Konferenz wieder ein Thema, und auch Bundesrätin Sommaruga wird anwesend sein. Wenn gesagt wird, ein Polizist habe gesagt, er habe das Gefühl, dass es zugenommen habe: Wir führen keine Statistik und es ist dann ziemlich gefährlich, aufgrund solcher Aussagen etwas abzuleiten. Wir stellen das nicht fest – Beat Villiger hat das zurückgefragt bei der Polizei und beim Amt für Migration. Aber wenn wir Illegale feststellen, werden die natürlich in Ausschaffungs- oder Durchsetzungshaft genommen. Die haben also hier bei uns keinen Freipass.

➔ Kenntnisnahme

282 Postulat von Hubert Schuler gegen Ärztemangel und zur Förderung der Hausarztmedizin

Traktandum 7 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1794.2/.3 – 13325/13870).

Hubert **Schuler** weist darauf hin, dass in der Antwort des Regierungsrats genau aufgezeigt wird, was die Gesundheitsdirektion und andere Institutionen seit der Einreichung seiner Motion am 24. März 2009 gemacht haben. Es hat sich Einiges bewegt und eine weitere Sensibilisierung hat stattgefunden. Das freut den Votanten natürlich sehr. Auch ist es richtig, dass Vorstösse, wenn wichtige Teile des Auftrages erfüllt sind, abgeschrieben werden.
Selbstverständlich hat er weitere Ideen, wie die Hausarztmedizin gefördert werden kann. So wäre ein Ärztehaus, welches der Kanton zur Verfügung stellt eine Möglichkeit. Dieses Haus könnte wie in der Industrie und Wirtschaft als «Spinoff»-Institution verstanden werden. Dadurch könnten gleich zwei Fliegen geschlagen werden. Es wird neuen Hausärzten eine Startmöglichkeit geboten und wenn sie sich mal im Kanton Zug niedergelassen haben, werden sie später auch in der Gegend bleiben. Eine andere Idee wäre, Darlehen zur Verfügung zu stellen. Da hat der Kanton als Darlehensgeberin genügend Erfahrung (International School of Zug and Lucerne). Die Rückzahlungen könnten gestaffelt erfolgen, so dass auch junge Hausärzte mit einer Praxis starten könnten. Eine allfällige Kooperation mit Gemeinden könnte als Variante für diese Umsetzung eingegangen werden. Die Förderung der Hausarztmedizin muss als Verbundaufgabe verstanden werden.
Das Konzept «Praxisassistenz» ist auf gutem Weg. Nur die Leute, welche dieses Angebot benützen, fehlen. Auch wenn von neun Lehrpraktikerinnen gesprochen wird, heisst das nicht, dass damit neun Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und besetzt werden. Zurzeit ist nur eine Praxisassistenzstelle besetzt. Das Kantonsspital bietet neu zusätzlich ein Allgemeinpraktiker-Curriculum an. Dies zeigt auf, dass innovative Ideen vorhanden sind. Wichtig und zeitlich drängend wäre aber, dass diese Ideen benützt werden. So könnte sich der Kanton auch hier finanziell beteiligen. Es gibt andere Bereiche, welche mit «startups» durch den Kanton gefördert wurden und werden.
Hubert Schuler hört nun bereits gewisse bürgerliche Politiker und Politikerinnen, welche das Argument der Wettbewerbsverzerrung anbringen. Ja, es kann eine Verzerrung sein. Nur, die Bevölkerung, der Staat und die Steuerzahlenden sind darauf angewiesen, dass es genügend Hausärztinnen und Hausärzte im Kanton Zug gibt. Sonst wird die Gesundheitsversorgung massiv teurer und dann wird die Wettbewerbsverzerrung noch viel grösser sein. Durch die Einführung von Fallpauschalen in Spitälern werden mehr ambulante Behandlungen durchgeführt. Dadurch können die Gesamtkosten der Hausärzte ansteigen.
Carlo Conti, Präsident der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren erklärte: «Man darf die Hausärzte nicht dafür bestrafen, dass nun eine Verschiebung in ihren Sektor stattfindet. Schliesslich ist diese Verschiebung gewollt». Die GDK will sich beim Bundesrat einsetzten, dass Verbesserungen der Tarifstruktur zugunsten der Hausärzte erfolgen. Auch bei diesem Beispiel zeigt sich, dass der Regierungsrat respektive die Gesundheitsdirektion sich weiterhin für die Hausärzte einsetzen müssen.

Monika **Barmet** geht davon aus, dass dieses erheblich erklärte Postulat von Hubert Schuler heute als erledigt abgeschrieben wird. Auch die CVP-Fraktion wird dem Antrag des Regierungsrats zustimmen. Soweit, so gut.
Nur, das Hauptanliegen dieses Postulats kann bei weitem nicht als erledigt abgeschrieben werden. Schlagzeilen wie «Der Ärztemangel kann bis 2030 die ambulante medizinische Versorgung in der Schweiz gefährden» lassen aufhorchen und sind beunruhigend. Im Zuge der demografischen Alterung wird die Nachfrage nach ambulanten Arztkonsultationen stark steigen. Gleichzeitig ist aber mit einem Rückgang der Ärztezahl zu rechnen. Aufgrund dieser gegensätzlichen Trends könnte es bis 2030 zu einer erheblichen Versorgungslücke kommen, wobei bis zu 30 % der Konsultationen nicht abgedeckt werden könnten. Die grössten Engpässe zeichnen sich bei den Hausärzten ab. Erwähnenswert ist unter anderem auch, dass insbesondere die Alters- und Pflegeheime oftmals ebenfalls durch die Hausärzte medizinisch betreut werden – auch dort wird in Zukunft grösserer Bedarf sein.
Als Reaktion auf den drohenden Ärztemangel braucht es verschiedene Anstrengungen. Unter anderem kann die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung zur Reduktion des Bedarfs an ärztlichen Konsultationen führen. Weiter muss die Anzahl der Ausbildungsplätze erhöht werden, insbesondere für bedarfsgerechte Ausbildungen wie zum Hausarzt. Dafür sind die Kantone zuständig, wie es auf der beigefügten Tabelle aufgeführt ist.
Weitere Massnahmen sind im Bericht des Regierungsrats auf S. 3 aufgeführt. Dazu noch folgende Bemerkung: Monika Barmet empfiehlt der Gesundheitsdirektion bei der Prüfung der Mitfinanzierung der zentralen, neu eingeführten Notfallnummer nicht nur die Halbjahreszahlen zu überprüfen, sondern das Angebot als solches. Es gibt viele negative Rückmeldungen; die Beratung ist nicht immer gut und medizinisch teilweise ungenügend, aber doch ziemlich teuer. Entlastung ja – sie muss aber qualitativ gut sein. Dies erhofft sich die Votantin von der Einführung der Notfallpraxis, die auf nächstes Jahr geplant ist.
Zum Schluss empfiehlt sie dem abtretenden Gesundheitsdirektor, dieses Dossier seinem Nachfolger als nicht erledigt weiterzugeben. Es braucht weiterhin eine sorgfältige Überprüfung der Entwicklung im Kanton Zug. Weiter braucht es auch Massnahmen gegen einen Mangel an Pflegepersonal – auch dort sind die Prognosen besorgniserregend.

Irène **Castell-Bachmann** hält fest, dass die FDP-Fraktion dem Antrag des Regierungsrats zustimmt. Sie begrüsst das vom Regierungsrat gewählte Vorgehen und ist überzeugt, dass der Kanton mit den erarbeiteten Handlungsfeldern auf dem richtigen Weg ist. Sehr begrüsst die FDP-Fraktion, dass die Ärztegesellschaft von Beginn weg involviert war und auch voll hinter diesen Handlungsfeldern steht.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** dankt vorerst für die gute Aufnahme der Regierungsantwort und das in den Voten meist spürbare Wohlwollen. Es ist tatsächlich Einiges gegangen, insbesondere auch die gute und intensive Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Ärztegesellschaft und der Gesellschaft für Allgemeinmedizin Zug, wo wir gemeinsam – zusammen auch mit dem Postulanten und früheren KR-Mitgliedern, die in dieser Sache vorgestossen sind – die Handlungsfelder analysiert und intensiv diskutiert haben. Es ist dem Gesundheitsdirektor klar, dass das Ganze gezielt weiter verfolgt werden muss unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten und der Möglichkeiten. Mit Zuständigkeiten meint er Kanton und Bund, aber auch Verbände.

Die Ideen des Postulanten (Ärztehaus, Darlehen, finanzielle Beteiligung des Kantons) wird Joachim Eder selbstverständlich zusammen mit dem abgeschlossenen Dossier seinem Nachfolger Urs Hürlimann mit auf den Weg geben. Wobei er hier einfach sagen muss, dass man nicht vergessen darf, dass die Ärztinnen und Ärzte Unternehmerinnen und Unternehmer in einem freien Wettbewerb und Umfeld sind. Und wenn wir hier den Einzelnen finanzielle Anreize geben, werden verschiedene andere Leute, die vom Staat profitieren möchten, auch kommen. Der Votant erinnert an die seinerzeitige kleine Anfrage von Silvan Hotz, als wir den Unternehmen, die Lehrlinge beschäftigen im Bereich der Pflegeausbildung, 3'000 Franken als Anreiz mit auf den Weg gaben. Das hat sich übrigens sehr bewährt, ist zwar nur eine kleine Summe, aber ein wichtiger Anreiz. Das müssen wir berücksichtigen.
Der Gesundheitsdirektor hat schon längst eine ganz andere Idee, wie man das lösen könnte, um auch die Hausärztinnen und Hausärzte, die Grundversorgerinnen und Grundversorger finanziell besser zu stellen gegenüber z.B. den Spezialistinnen und Spezialisten. Da müsste man mal die Tarifstruktur des Tarmed ändern und dort bessere Angebote machen. Joachim Eder gibt diese Ideen weiter – es ist auch im Protokoll vermerkt, und er weiss, dass der Postulant ein überzeugter Anhänger der Idee des Ärztehauses ist. Vielleicht ist sein Nachfolger da eher zu gewinnen. Ziel muss es sein, die Grundversorgerinnen und Grundversorger zu stärken und qualitativ sehr gute Hausarztmedizin sicherzustellen.
Noch ein Wort zur Notfallnummer, die von Monika Barmet zu Recht angesprochen wurde. Er führt das speziell darum aus, weil es auch Mitglieder in diesem Saal hat, die bei ihm absolut zu Recht reklamiert haben. Der ganze Notfalldienst ist in der Verantwortung der Ärztegesellschaft – das haben Sie im Gesundheitsgesetz so festgeschrieben. Wir haben die Aufsichtspflicht und nehmen diese sehr ernst und wahr. Es wurde diese Notfallnummer eingeführt auf eine Art und Weise, die Joachim Eder nicht so gemacht hätte. Ein Telefonanruf kostet in der Minute mit Fr. 3.23 eindeutig zu viel. Und was noch viel schlimmer ist: Es funktioniert ab und zu nicht. Der Gesundheitsdirektor hat sämtliche Reklamationen, die bei ihm eingetroffen sind, ernst genommen, weitergeleitet und abgeklärt. Und er kann aus einem Mail zitieren, wo ein Betroffener am 3. Oktober 2011 ihm geschrieben hat: «Danke für die Unterstützung. Ich bin sehr froh, dass die nötigen Massnahmen eingeleitet wurden, damit die Notfallnummer in Zukunft einwandfrei funktioniert.» Der Votant kann auch sagen, dass der Zuständige in der Ärztegesellschaft, Dr. Gerritsen, sich dieser Sache bewusst ist und das sehr ernst nimmt. Er macht das absolut professionell. Jede Reklamation wird bis auf den Ursprung verfolgt.
Zur Finanzierung. Wir werden das prüfen. Der Gesundheitsdirektor hat auch in Aussicht gestellt, dass der Kanton bereits ist – wie das z.B. Bern macht –20 % sämtlicher Kosten zu übernehmen. 70 % müssten seiner Meinung nach die Ärztegesellschaft übernehmen, denn sie werden ja auch entlastet. Und 10 % kann man dann der Anruferin oder dem Anrufer überlassen. Das ist ein fairer Preis, wenn der Minutentarif unter einem Franken ist. Das sind die Vorstellungen der Gesundheitsdirektion, und wir werden das entsprechend weiter verfolgen.
Noch etwas zur von Monika Barmet angesprochenen erheblichen Versorgungslücke, die sich möglicherweise ab 2030 auftut. Es gibt auch in unserem Kanton Tendenzen, die schwer zu beeinflussen sind. Wie wollen Sie beeinflussen, dass sich fast ausschliesslich Frauen als Hausärztin ausbilden lassen? Wir haben nicht nur in der Schule die Feminisierung, sondern auch bei den Ärztinnen und Ärzten. Wenn diese Frauen dann in der Regel nicht 100 % arbeiten wollen, sondern 50, 60 oder 70 % als Ärztin, wie soll das die Politik beeinflussen? Wir haben wenigstens die Situation, dass in unserem Kanton noch keine Überalterung der Hausärztinnen und -ärzte stattfindet und wir keine Unterversorgung haben. Aber in einigen Jahren wird

dieses Problem auch kommen und da gilt es, vielleicht auch bei der Aus- und Weiterbildung gewisse Anreize zu schaffen.
Es ist für Joachim Eder selbstverständlich, dass wenn der Rat dieses Postulat abschreibt, unsere Arbeiten nicht abgeschlossen sind. Wir beginnen auch nicht erst dann zu arbeiten, wenn ein politischer Vorstoss auf der Gesundheitsdirektion landet.

Hubert **Schuler** ist das Ärztehaus wirklich ein grosses Anliegen. Nur, die Regierung betreibt ja selber schon ein solches. Der APD in Baar ist ein Ärztehaus. Dort werden die Leute weiter ausgebildet und gehen dann in die Wirtschaft und haben eine eigene Praxis. Da haben wir ein sehr gutes Beispiel. Und es freut den Votanten natürlich zu hören, dass der zukünftige Ständerat die Verhandlung über Tarmed dort weiter vorantreiben will. Das wird der Votant ganz genau beobachten.

➔ Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

283 Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Zukunft der Greater Zurich Area (GZA)

Traktandum 8 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2008.2 – 13886).

Silvia **Thalmann** erinnert daran, dass wir vor nicht allzu langer Zeit den Beitritt zur GZA beschlossen haben. Kurz danach sorgte diese Organisation für erhebliche negative Schlagzeilen. Die georteten Missstände führten dazu, dass der Kanton Aargau seine Mitgliedschaft auslaufen lief – sich also aus der Organisation verabschiedete – und die Parlamente von Stadt und Kanton Zürich ihre Beitragszahlungen nur befristet für ein Jahr sprachen.
Diesen Reaktionen vorausgegangen war die Feststellung der Mitglieder, dass die GZA in verschiedenen Bereichen massive Mängel aufwies. Untermauert wurde diese Erkenntnis von einer Studie, die von einzelnen Mitgliedern in Auftrag gegeben worden war. Als Schwachpunkte ortete man: Mängel in der Organisationsform, die Unausgewogene Interessenvertretung von Privaten und Kantonen, die fehlende Fokussierung auf Märkte und Branchen sowie eine unbefriedigende Einbindung der kantonalen Wirtschaftsförderer.
In der Zwischenzeit wurden – wie uns der Regierungsrat informiert – die Strukturen und die Organisation angepasst und die Einbindung der kantonalen Wirtschaftförderer verbessert. Die Tätigkeit fokussiert sich auf zwei Märkte – USA und China – und auf zwei Branchen – Präzisionstechnologie und Internationale Firmenhauptsitze.
Damit wurden wichtige Massnahmen getroffen, um das Vertrauen der Mitglieder zurückzugewinnen. So sind denn auch keine weiteren Austritte zu verzeichnen. Ob die Parlamente von Stadt und Kanton Zürich die Finanzierung langfristig zusichern, ist noch offen. Sollten diese sich dagegen entscheiden, ist das Weiterbestehen der GZA in Frage gestellt und auch der Kanton Zug muss sich dann einen Austritt ernsthaft überlegen. Die CVP geht im Moment davon aus, dass es nicht dazu kommen wird.
Die GZA betreibt Standortpromotion im Ausland. Die Ergebnisse dieser Tätigkeit sind schwer zu messen. Auch in der Privatwirtschaft flammt immer wieder die Dis-

kussion auf, welche Ergebnisse Marketing-Aktivitäten zu erbringen vermögen und wie diese zu messen sind. Als wir vor gut zwei Jahren den Beitritt im Rat behandelten, wurde diese Frage intensiv diskutiert. Die CVP ist nach wie vor der Meinung, dass der Kanton Zug Standortpromotion im Ausland nicht ohne Partner zu leisten vermag. Der Zusammenschluss mit weiteren Akteuren aus dem Raum Zürich ist sinnvoll und zahlt sich aus. Positiv vermerkt haben wir dabei, dass der Kanton Zug in der neuen Organisation auf allen Stufen – also im Stiftungsrat, im Verwaltungsrat sowie auf operativer Ebene – mit fähigen Personen gut vertreten ist.
Auch wenn der Regierungsrat zurzeit mit seiner Wirtschaftsförderung zurückhaltend ist und die Ansiedlung von neuen Unternehmen nicht vorantreibt, kann sich die Situation bei veränderter Wirtschaftslage rasch ändern. Dann ist es relevant, dass der Kanton Zug über eine funktionierende Plattform und gute Netzwerke verfügt, die ihm eine rasche und effektive Marktbearbeitung ermöglichen. Im Bericht wird sehr sachlich, aber auch eindrücklich aufgezeigt, dass für die Auftritte im Ausland sehr gute Marktkenntnisse erforderlich sind, um den Wirtschaftsstandort Schweiz – und in unserem Fall der Grossraum Zürich – wirkungsvoll vermarkten zu können.
Der Zuger Beitrag an die GZA beträgt jährlich 170'000 Franken (1.50 pro Einwohner). Mit diesem Beitrag hat – so zeigen die Ausführungen des Regierungsrats – der Kanton Zug in der Vergangenheit überproportional profitiert.
Gerade weil die GZA Leistungen erbringt, die nur schwer messbar sind, erachten wir eine schlanke Organisation, kurze Kommunikationswege, das Einbinden von kantonalem Know-how als zentral. Eine Massnahme, die im Rahmen der Umstrukturierung und Neuausrichtung beschlossen wurde, ist die Wirkungskontrolle. Wir begrüssen dies sehr und erwarten vom Regierungsrat, dass er auf diesem Instrument besteht und es als Führungsinstrument nutzt.

Daniel Thomas **Burch** erinnert daran, dass es gut zwei Jahr her sind, als der Kanton Zug der GZA beitrat. Diese Organisation existierte damals schon seit einigen Jahren. Der Regierungsrat begründete diesen Schritt damals mit verschiedenen veränderten Umständen, welche eine Bündelung der Kräfte der Standortpromotion und einen Anschluss an die GZA nahe legten. Vor rund einem Jahr wurden aus verschiedenen Kantonen Kritik laut, Silvia Thalmann hat das bereits eindrücklich erläutert. Diese Kritik schien heilsam gewesen zu sein: Wie die Regierung ausführt, wurde in den vergangenen Monaten politisch und operativ gearbeitet: Heute steht ein neuer Verwaltungsrat der GZA AG. In diesem Rat ist die öffentliche Hand als Hauptfinanzierer wieder stärker, nämlich mehrheitlich, vertreten. Zudem sind aber auch wichtige Player aus der Privatwirtschaft vertreten.
Eine neue Strategie wurde erarbeitet und im August bekannt gegeben. Sie besticht durch eine klare Fokussierung der Zielmärkte und -branchen. Der Kanton Zug beheimatet verschiedene Firmen im Bereich der Präzisionstechnologie. Mit den in der sogenannten «Fokus-Strategie» definierten Märkte USA und China und den beiden gewählten Branchen respektive Funktionen werden den Anliegen dieser Zuger Unternehmen Rechnung getragen. Positiv ist auch, dass neu auch das Personal der Wirtschaftsförderungen der einzelnen Kantone für die GZA und somit für den Gesamtraum genutzt wird.
Gerade für einen kleinen Kanton wie Zug ist diese Entwicklung zu begrüssen. Es wäre vermessen, wenn unser Kanton alleine auf allen wichtigen Märkten der Welt präsent sein wollte. Das kann und soll nicht unser Ziel sein. So lange wir uns auch in die GZA aktiv einbringen können und das scheint, gerade mit der zweifachen Zuger Vertretung im Verwaltungsrat (mit dem Leiter des Amtes für Wirtschaft und

Arbeit, einem öffentlicher Vertreter und mit dem Verwaltungsratspräsidenten der SIKA, einem privater Vertreter aus Zug) gelungen zu sein. – Aus Sicht der FDP-Fraktion ist ein weiteres Engagement des Kantons Zug in der GZA zweckmässig und sinnvoll.

Philip C. **Brunner** kann mit diesen vielen positiven Bemerkungen schon nicht ganz leben. Er muss vielleicht etwas ausholen. Er beschäftigt sich mit dieser GZA eigentlich schon länger als der Kantonsrat. Er war nämlich von 1998 bis 2005 im Vorstand von Zug Tourismus und wir haben uns damals intensiv mit dieser Neuausrichtung in Richtung Grossraum Zürich auseinander gesetzt. Wir waren ja damals vom Tourismus her auf die Zentralschweiz fixiert. Er hat das damals sehr begrüsst.
Er fordert hier auch nicht irgendeinen Übungsabbruch. So weit würde er nicht gehen. Er ist der CVP-Sprecherin auch dankbar, dass das hier überhaupt ein Thema wird. Warum ist er kritisch? Die Problematik liegt nicht im Betrag von 170'000 Franken. Da sind wir uns vermutlich einig. Das Problem ist ein supranationales. Hier werden Institutionen kreiert, die keine demokratische Legitimation haben. Das sind irgendwelche Bürokratengebilde. Und Sie haben in der Vergangenheit gesehen, was dann passiert. Zum Glück haben diese Kantone beziehungsweise diese Städte mit dieser Studie der HSG einmal aufgezeigt, wie nutzlos das Ganze ist. Jetzt soll alles besser werden. Man muss das kritisch beobachten.
Es gibt eine zweite Problematik, und das ist die Bürokratie – übrigens gilt das auch für die Metropolitankonferenz und vermutlich für verschiedene andere überkantonale Organisationen. Der Votant hat sich mit verschiedenen Vertretern in den Exekutiven über dieses Thema unterhalten. Und sie haben sein grundsätzliches Misstrauen bestätigt. Sehr oft geht sehr viel Zeit verloren. Wir hören jetzt von der Präsidentin, dass unsere Regierung bereits wieder unterwegs ist. Nach Delsberg, das muss man sich einmal vorstellen, die Anfahrtszeit. Das ist ja jetzt vielleicht ein Beispiel, das nicht zutrifft, denn das sind ja die kantonalen Direktoren. Aber insgesamt wird da koordiniert, es wird Zeit verbraucht, die eigentlich unserer Verwaltung zur Verfügung stehen sollte und stehen muss, um die Probleme hier in diesem Kanton zu lösen. Und nicht zuzuhören, was die Probleme der andern sind. Um dann Aufträge zu fassen, um dann wieder ein Berichtchen abzugeben, um wieder zu koordinieren. Das ist doch das Problem. Da geht sehr viel Zeit verloren. Der Votant möchte nicht mutmassen, was das für Beträge sind, die hier ausgegeben werden mit sehr kleinem Effekt.
Es ist richtig, dass eine Koordination und manchmal sogar ein Austausch von Ideen nötig sind. Das macht jeder, der in der Wirtschaft ist, jeder von uns auch ganz natürlich. Er will wissen, was läuft am anderen Ort. Aber die Problematik liegt wirklich darin, dass hier Institutionen geschaffen werden, welche dann auch wichtige Themen, die gar nicht angeschnitten werden, die lokal anfallen, zum Thema haben. Zu einem Thema (und hier verweist er auf einen Bericht, von dem er nicht weiss, ob er Ihnen bekannt ist, das ist aus der Schweizerischen Hotelrevue) ist ein Artikel erschienen «Zug – globaler Schmelztiegel». Da wurde unsere Branche ausgiebig vorgestellt. Die Titel sind: «Drei Hotelkonzepte» (da war das Parkhotel gemeint), «Ein Eisstadion mit einem kulinarischen Fokus», «Kirschen aus dem Hause Etter» und «Kirschtorten im Test» wurden da behandelt. Eine durchaus von Zug Tourismus gewünschte Propaganda hier für den Tourismusstandort des Kantons Zug. Was Philip C. Brunner gestört hat und nicht nur ihn, sondern auch verschiedene Kollegen, ist die Aussage (und jetzt kommt der Zusammenhang mit der GZA), der Zusammenhang besteht darin, dass der Stellvertretende Wirtschaftsförderer sich

zu folgender Aussage hat hinreissen lassen. Er wurde gefragt, ob die Hotellerie ihren Bedürfnissen entspricht. Er hat dann gesagt, er sei grundsätzlich zufrieden, aber er würde, und der Votant zitiert wörtlich: «Dennoch würden wir es sehr begrüssen, eine internationale Kette vor Ort zu haben.» Sie sehen, jetzt wird es heikel. Der Votant hat Herr Bulgheroni angerufen und ihn gefragt, was er denn eigentlich meine und für wen er spreche. Für sich selbst, für die Wirtschaftsförderung, für die Volkswirtschaftsdirektion oder für den gesamten Regierungsrat? Die Antwort war ganz erstaunlich. Er hat Folgendes gesagt: Nein, er rede für die internationalen Firmen in Zug. Also das heisst: Ein Staatsangestellter des Kantons Zug ist der Sprecher der Privatindustrie und formuliert ihre Bedürfnisse. Das ist eine KMU-Branche, da haben Leute Geld investiert. Und jetzt beginnt da ein Staatsangestellter Zensuren zu verteilen. Wir haben eine freie Wirtschaft. Wenn jemand am Postplatz Land kaufen und ein Hotel bauen will oder sonst irgendein Gewerbe betreiben, soll er das bitte machen. Aber Sie wissen, dass die Landpreise und die Kosten hier so sind, dass das eben nicht geht. Und jetzt ruft man da nach einer internationalen Hotelkette. Stellen Sie sich in Ihrer Branche vor, der Staat würde jetzt da fordern, man müsse, wenn Sie Zahnarzt sind, eine Zahnarztkette haben. Oder wenn Sie ein Spital betreiben, man müsse ein zusätzliches internationales Spital haben, das entsprechend ausgerüstet wird. Das geht nicht. Und Sie sehen, wie das dann ausufert, diese Tätigkeiten bei der GZA. Da redet man natürlich auf hohem Niveau zusammen, konsumiert zusammen Apéro Riche, Cüpli trinken, diskutieren, und wenn der Journalist anruft, sagt man entsprechend, was man dann dort gehört hat. Der Kanton Zug ist nicht stark geworden mit GZA. Er ist stark geworden mit KMU, die gekrampft haben, mit Leuten, die gearbeitet haben, und mit Rahmenbedingungen, die hier unsere Vorgänger gesetzt haben. Rahmenbedingungen muss der Staat setzen, dann läuft das von selber. Dann müssen Sie nicht Wirtschaftsförderung betreiben. Die kommen von selber, wenn die Bedingungen richtig sind. Das wollte der Votant noch im Zusammenhang mit GZA gesagt haben.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** dankt für die grundsätzlich gute Aufnahme der Antwort. Es ist auch für uns wichtig, Rechenschaft ablegen zu können – nicht nur in den Rechenschaftsberichten, sondern auch anlässlich solcher Interpellationen. Das tun wir gerne.
Matthias Michel kann sich erinnern: In der Zeit, als der Kanton Zug der GZA beitrat, erschraken wir etwas, denn da kam diese Auseinandersetzung. Er wurde sich auch gewahr im Stiftungsrat, dass hier von verschiedenen Kantonen ganz unterschiedliche Erwartungen an die GZA vorhanden waren. Die einen erwarteten, dass diese GZA «nur» allgemeine Werbung für einen Wirtschaftsraum machen. Andere erwarteten, dass sie direkt Firmen bei der Hand nehmen und zu ihnen bringen. Das ist dann natürlich schwierig, wenn der Auftraggeber und Finanzierer sagt, der Eine will das, der Andere das. Das war eines der Probleme.
Auch der Kanton Zug hat sich jahrelang geziert, beizutreten. Denn wir hatten die Erwartung an die GZA, dass sie nicht nur im Ausland Promotion macht, sondern im Inland Standortentwicklung, also Rahmenbedingungen gemeinsam setzt. Und diese Erwartung hat sich nicht erfüllt, und wir haben sie jetzt auf der Plattform Metropolitankonferenz verwirklichen können. Wir kommen ja dann bei der nächsten Interpellation dazu.
Es war nicht schlecht, dass es diese Aufrüttelungen gegeben hat. Die Mängel, die Silvia Thalmann aufgezählt hat, gab es wirklich, und sie sind jetzt mit der neuen Ausrichtung mindestens in der Strategie behoben. Ob wir damit Erfolg haben, zeigt sich politisch zuerst beim Kanton Zürich, das ist der Hauptfinanzierer. Und hier hat

immerhin die vorberatende Kommission im Kanton Zürich mit einem klaren Resultat diesen Kredit für die GZA für die nächsten Jahre gutgeheissen, mit einem Abstimmungsergebnis von 12:3. Die Zeichen stehen hier also eigentlich gut.
Wenn es nicht so käme, so liesse sich wirklich die Frage stellen, ob wir diese Organisation noch halten können. Die Frage ist dann, was ist die Alternative? Es gibt für uns keine echte Alternative. Denn das würde heissen, dass wir diese 170'000 Franken dafür einsetzen, um diese Märkte bearbeiten. Mit diesem Betrag können Sie das vergessen. Dann lassen wir das besser sein und wir sind halt nicht präsent. Im Moment kann man schon sagen, dass das OK ist. Aber wenn irgendeine Firma dann sagt, dass sie die Arbeitsplätze im Grossraum Zürich oder sogar in Zug nach Asien verschiebt, wird geschrieben werden: Was hat der Staat getan? Dann ist es dann zu spät. In Asien geht die Post ab. Wir hören täglich Überlegungen von Schweizer Firmen, diesen oder jenen Unternehmensteil in Asien anzusiedeln. Hier müssen wir voraus denken.
Noch etwas zu Philip C. Brunner. Der Volkswirtschaftsdirektor hat immer wieder versucht, einen Zusammenhang herzustellen zwischen dem Thema Hotel und der GZA. Das Unbehagen, dass hier eine nicht demokratisch legitimierte Organisation tätig sei. Wenn Sie diese Organisation demokratisch legitimieren wollen, braucht diese ein interkantonales Parlament mit sieben Kantonen. Es fragt sich, ob die Handlungsfähigkeit dann noch gegeben ist. Die Schweiz soll handlungsfähig bleiben und sich auf dem Weltmarkt behaupten. Da müssen wir handlungsfähige Instrumente haben. Matthias Michel ist jederzeit bereit, Rechenschaft abzugeben. In diesem Stiftungsrat sind alles Exekutivmitglieder, Regierungsräte. Die stehen dort ein. Wenn Sie sagen, dieser Aufwand sei zu gross oder zu teuer, schicken wir weniger und tiefere Chargen dorthin. Aber das ist dann auch wieder nicht recht. Wir wollen ja von der politischen Seite hier eine klare Vertretung, um diese erwähnten Erwartungen auch von politischer Seite zu formulieren.
Noch ein Wort zur Frage des Hotels. Dass das Philip C. Brunner persönlich betrifft, ist verständlich. Das Einzige was Guido Bulgheroni getan hat, ist dass er die Bedürfnisse der Wirtschaft formuliert hat. Wir tun das in verschiedenen Bereichen. Seit Matthias Michel Volkswirtschaftsdirektor ist, ist es bei jedem grösseren Unternehmen im Kanton Zug, das Gäste hat aus aller Welt, das Thema Nummer eins: zuwenig Hotels in einem gewissen Segment. Das ist der Drei- und Viersternbereich. Da gehen die Leute auch nach Luzern und nach Zürich. Wir können die Augen und Ohren schliessen und das ja nicht sagen. Guido Bulgheroni hat nur dieses Bedürfnis formuliert und daraus den Wunsch. Wir werden nicht Briefe schreiben und Geld ausgeben, um solche Ketten hierher zu holen. Das Bedürfnis formulieren und einen Handlungsbedarf erkennen ist noch lange keine staatliche Intervention. Machen Sie doch bitte diese Verkürzung nicht!

➔ Kenntnisnahme

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrates

21. Sitzung: Donnerstag, 10. November 2011
(Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.00 – 16.35 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

284 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Mitgliedern.

Abwesend sind: Irène Castell-Bachmann, Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Gabriela Ingold, Unterägeri; Pirmin Frei und Anna Lustenberger-Seitz, Baar; Walter Birrer, Cham; Hanni Schriber-Neiger und Matthias Werder, beide Risch.

285 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Stimmenzähler Beat Sieber den Rat um 15 Uhr infolge einer beruflichen Verpflichtung verlassen muss. Er soll vertreten werden durch FDP-Fraktionschef Daniel Thomas Burch.

➔ Der Rat ist einverstanden.

286 Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Funktionsweise und Erfolge der Metropolitankonferenz Zürich

Traktandum 9 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2009.2 – 13887).

Silvia **Thalmann** weist darauf hin, dass der Kanton Zug – anders als bei der GZA – beim Aufbau der Metropolitankonferenz Zürich und bei der Festlegung der Themenschwerpunkte von Anfang an aktiv und an vielen wichtigen Schaltstellen dabei war. Der Zusammenschluss von 116 Mitgliedern – bestehend aus Gemeinden, Städten und Kantonen – birgt die Gefahr einer politischen Schatteninstanz. Der Regierungsrat räumt diese Bedenken aus. Wir werden die Entwicklung der Organisation in diesem Punkt kritisch beobachten und Einfluss nehmen, sollte sie sich in eine falsche Richtung entwickeln.

Der Regierungsrat legt in seiner Antwort dar, dass es den Mitgliedern gelungen ist, ihre Interessen zu bündeln und sich auf Schwerpunktthemen zu einigen. Solange es Handlungsfelder gibt, an denen die verschiedenen Akteure ein Interesse an Zusammenarbeit haben, ist das Weiterbestehen der Organisation nicht in Frage gestellt. Im Gegenteil: Sie bietet eine kantonsübergreifende Plattform, um Partner für die Lobbyarbeit für grosse Projekte zu finden.
Im Fokus des Kantons Zug stehen zwei Projekte: der Zimmerberg-Basistunnel und der Hirzel Strassentunnel. Beide Projekte haben noch einen langen politischen Weg vor sich. Ob sie im Sinne von Zug dereinst realisiert werden können, hängt massgebend davon ab, ob es gelingt, Allianzen zu schmieden, überzeugende Lösungen zu erarbeiten und Überzeugungsarbeit zu leisten, so dass die Projekte im Bundesparlament gutgeheissen werden. Erste Signale dazu sind positiv.
Wie bereits bei der GZA ist es für den kleinen Kanton Zug wichtig, auch bei der Standortentwicklung mit anderen Kantonen und Gemeinden zusammen zu arbeiten. Deshalb ist die Mitgliedschaft für uns eine Chance. Die CVP hat vor einigen Jahren angeregt, die Zusammenarbeit in Richtung Zürich zu verstärken. Die Metropolitankonferenz Zürich bietet dazu eine ideale Plattform und es stimmt positiv, dass sie als Stimme in Bern wahrgenommen wird.
Die Kosten, die der Regierungsrat in der Vorlage ausweist, sind wesentlich tiefer als budgetiert. Dies ist erfreulich. Ob die 30 Stellenprozente, die ausgewiesen werden für die Tätigkeit im Rahmen der Metropolitankonferenz, tatsächlich genügen, ist zu bezweifeln. Wir gehen davon aus, dass es mehr sind. Die Kosten/Leistungsrechnung, welche die Volkswirtschaftsdirektion auch im Bereich Sekretariat einführen möchte, könnte dazu aufschlussreiche Auswertungen liefern. Das Votum, das Philip C. Brunner vor dem Mittagessen gehalten hat, hat Silvia Thalmann zu einem weiteren Aspekt inspiriert. Es sind die vielen Stunden, die aufgewendet werden in den Arbeitsgruppen der Metropolitankonferenz. Sie werden auch von Mitgliedern unseres Rats oder von wichtigen Interessenvertretern in unserem Kanton geleistet. Diese Stunden sind doch beachtlich. Hier sollte der Regierungsrat darauf achten, dass dieser grosse zeitliche Aufwand nicht überbordet und für Unmut sorgt. Wir erwarten also hier vom Regierungsrat, dass er darauf ein kritisches Auge hat.

Daniel Thomas **Burch** erinnert daran, dass vor gut zwei Jahren der Verein Metropolitanraum Zürich gegründet wurde und der Kanton Zug dieser Organisation beitrat. Wenn er den damaligen Bericht des Regierungsrats liest, versprach man sich damals, die Zusammenarbeit mit Zürich und dem ganzen Wirtschaftsraum Zürich auf eine neue Basis zu stellen. Mittels dieser neuen Plattform sollten Standortentwicklungsprojekte mit Bedeutung auch für den Kanton Zug diskutiert und entwickelt werden.
Wenn wir heute auf das bisher Erreichte, die gestarteten und laufenden Projekte der Metropolitankonferenz blicken, dürfen wir sagen, dass diese Ziele innert relativ kurzer Zeit in beachtlichem Mass erreicht worden sind. Gerade wenn der Votant die Medienmitteilung über die letzte Konferenz vom 4. November in Cham liest, fällt ihm Folgendes auf: Zum einen gibt es Projekte mit schnellem, konkretem Nutzen auch für die Gemeinden. Ausgehend von guten Beispielen in verschiedenen Städten und Gemeinden (also nach dem Best-practice-Ansatz) wurde eine Handlungsanweisung für Gemeinden entwickelt, wie sie Gebiete mit dynamischer Entwicklung sinnvoll erschliessen, einschliesslich Langsamverkehr.
Dann gibt es Lobbying-Projekte: Hier werden die Interessen aller Partner im Metropolitanraum analysiert, gebündelt und mit dieser gebündelten Kraft in Bern vertreten. So geschehen bei den wichtigen Verkehrsinfrastrukturprojekten, wo die Metro-

politankonferenz nun für die wichtigsten Projekte auf Schiene und Strasse gemeinsam einsteht.
Schliesslich gibt es ganz weitreichende, fast visionäre Ansätze. Das wichtigste Projekt hier namens «Metrobild» soll von einer räumlichen Vision des ganzen Metropolitanraums zu einem Raumkonzept konkretisiert werden. Diese kann Grundlage für künftige grenzüberschreitende Raumplanungen sein. Gerade wir im Kanton Zug mit einem immensen Wachstum sollten ein eminentes Interesse an dieser grenzüberschreitenden Sichtweise haben. Dies ist sicher eine Arbeit, für welche uns späteren Generationen einmal dankbar sein werden.
Für die FDP erscheint diese Art der Zusammenarbeit derzeit die richtige: Wir stehen einerseits ein für eine grossräumige Betrachtungsweise und eine Interessenpolitik, welche nicht an unseren Kantonsgrenzen Halt macht. Um die Zuger Interessen zu wahren, brauchen wir diese Metropolitanpolitik. Andererseits sind wir überzeugte Föderalisten. Die Metropolitankonferenz ist eine Bündelung der föderalen Kräfte, aber keine vierte Staatsgewalt. Sie ist die richtige Antwort auf schleichenden Zentralismus von Bern her, gegen welchen sich ein einzelner Kanton alleine nicht wehren kann.
Wir ermuntern den Regierungsrat, auf diesem Weg weiterzumachen. Wir erachten es als richtig und wichtig, wenn bei den einzelnen Projekten auch Personen aus der Zuger Verwaltung mitwirken im Wissen darum, dass entsprechende Personalkapazitäten bereitgestellt werden müssen.
Noch eine persönliche Anmerkung. Als Ressortleiter bei Swissmem, unter anderem in der Fachgruppe «Umwelttechnik», freut es Daniel Thomas Burch natürlich besonders und er findet es richtig, dass die Metropolitankonferenz die Energie- und Gebäudetechnik als zukunftsträchtigen und wichtigen Cluster ausgewählt hat und diesen fördern will.

Andreas **Hürlimann** weist darauf hin, dass sich die räumliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Schweiz dummerweise nicht an die politischen Grenzen von Gemeinden oder Kantonen gehalten hat. Dafür versucht man jetzt, mit einer neuen regionalen Zusammenarbeit hier grenzübergreifende Anliegen anzugehen. Die AGF steht der Metropolitankonferenz noch immer positiv gegenüber. Uns ist es allerdings nach wie vor wichtig, dass neben der aktiven Mitarbeit im Metropolitanraum Zürich auch die Zentralschweizer Zusammenarbeit nicht fallen gelassen wird. Zudem hoffen die Alternativen, dass mit den vier definierten Handlungsfeldern Verkehr, Wirtschaft, Lebensraum und Gesellschaft neben den reinen Wirtschaftsfragen auch andere Themen, beispielsweise kulturelle oder soziale, angegangen werden, zum Wohl von Wirtschaft *und* Lebensraum. Da es sich beim Verein Metropolitanraum um eine für die deutsche Schweiz neuartige Zusammenarbeitsform handelt, denken wir, dass wir dieser Plattform noch weiter Zeit geben müssen, um zu sehen, wie sie weiter arbeitet. Es wird sich dann zeigen, ob der gesamt Raum oder doch wieder nur primär der engere Raum Zürich mit seinen Anliegen, vor allem im Bereich Infrastrukturbauten im Verkehr, obsiegen wird. Wir sind auf die weitere Entwicklung gespannt.

Matthias **Michel** dankt für die positive Aufnahme. Es war ein guter Moment – zweieinhalb Jahre nach der Gründung und dem Beitritt unseres Kantons – hier einmal Rechenschaft ablegen zu können. Er ist auch froh, dass bei uns das Parlament den Beitritt erklärt hat – das war nicht in allen Kantonen so. Wir haben hier eine hohe Legitimation, umgekehrt auch eine Pflicht, Rechenschaft abzulegen. Diesbezüglich

ist noch zu sagen, dass diese Konferenzen, wie eine am letzten Freitag in Cham stattfand, wo alle Mitglieder über die grossen Projekte abstimmen, insofern öffentlich sind, dass die Medien dort sind. Es können auch Gäste kommen. Letztes Mal sind zwei Mitglieder der Jungen SVP anwesend gewesen. Das ist gut. Es ist auch gut, dass auf der Homepage sehr transparent jeweils die Berichte über diese Konferenzen aufgeführt sind, auch die Projekte. Wir haben hier also überhaupt nichts zu verbergen. Es sind Tätigkeiten, welche auf der Ebene der Verwaltung ohnehin angegangen werden müssen und wo es aus gemeinsamem Interesse Herausforderungen zu bewältigen gilt, welche wir nur gemeinsam bewältigen können. Der Verkehr wurde erwähnt. Dieser geht naturgemäss über die Grenzen hinweg.
Es gibt aber auch soziale Themen. Ein neues Projekt heisst «Immigration». Wir alle im Grossraum Zürich haben ähnliche Herausforderungen bei der Immigration. Heute ist es eine andere als noch vor 20 Jahren. Es hat keinen Sinn, wenn jeder Kanton und jede Stadt für sich allein ein Konzept oder ein Projekt macht. Dann heisst es im Nachhinein: Vernetzt Euch miteinander! Wir wollen dieses Thema zusammen angehen.
Hier ist das eben die richtige Art von Zusammenarbeit. Es gibt eigentlich vier Möglichkeiten, wenn wir die grenzüberschreitenden Herausforderungen betrachten. Entweder geht es Richtung Zentralismus. Dann löst Bern uns die Probleme. Das wollen wir nicht. Oder es gibt die rechtlich verbindliche Zusammenarbeit unter den Kantonen über den Weg der Konkordate. Sie wissen, dass das im Moment auch nicht sehr populär ist. Dann gibt es diese Form der Metrokonferenz, wo wir freiwillig zu jedem Projekt ja sagen. Wenn nicht, müssen wir auch nicht mitmachen und mitbezahlen. Die vierte Möglichkeit ist, überhaupt nichts zu tun. Aber dann wird man einfach überrannt.
Matthias Michel hat ein schönes Beispiel erlebt am letzten Freitag in Cham. Es ging um das Projekt, wo wir anhand von Beispielen den Gemeinden und Städten aufzeigen, wie sie ihre Verkehrsmobilitätsthemen lösen können in Bereichen, die grosses Wachstum haben, in Knotenpunkten wie Rotkreuz. Da haben wir im ganzen Raum verschieden gute Beispiele, und nach dem Ansatz von «best practice» versuchen wir aufzuzeigen, auf welches Beispiel man Bezug nehmen könnte, um ein Knotenproblem zu lösen. Ein Vertreter aus einem Kanton bemängelte, dass kein Ort aus seinem Kanton in dieser Auslegeordnung berücksichtigt worden sei. Weshalb war das so? Weil halt sein Chefbeamter in dieser Arbeitsgruppe nicht anwesend war. Les absents ont tort. Die Maschine läuft weiter und man beklagt sich dann im Nachhinein, man sei nicht berücksichtigt worden. Das wäre die Alternative. Aber es ist keine echte. Wir haben eine flexible Plattform, die transparent ist, wo wir mit relativ wenig Geld – weil so viele mitmachen – Projekte anschieben können, die uns dann wieder als Entscheidungsgrundlage dienen können. Die nachfolgenden Generationen sind uns einmal dankbar, wenn wir heute andenken, wie ein Grossraum Zürich raumplanerische aussehen könnte. Das wird dann irgendwann über die Richtpläne in den Kantonsparlamenten landen. Die Zuständigkeiten bleiben hier also völlig gewahrt. Es ist einfach eine andere, grenzüberschreitende Planungsgrundlage. Das ist *ein* Ansatz der Konferenz.
Zu den Ressourcen. Der Volkswirtschaftsdirektor gibt zu, dass die 30 % wahrscheinlich knapp gerechnet sind. Aber Sie können davon ausgehen, dass wir die Leute, die hier mitmachen, auch brauchen in der Verwaltung. Er gibt nicht einfach freiwillig Leute her für Projekte, wenn er nicht überzeugt ist, dass uns das etwas bringt. Wir machen die Kosten/Nutzen-Rechnung. Und wenn diese Mitarbeit schliesslich unseren Interessen dient, ist das gut eingesetztes Personal.

➔ Kenntnisnahme

287 Interpellation von Georg Helfenstein betreffend Informatiksysteme der kantonalen Verwaltung

Traktandum 10 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2017.2 – 13847).

Georg **Helfenstein** hält fest, dass seine Interpellation in keiner Weise als ein Vorwurf an die Direktion des Innern zu verstehen ist. Wie aus dieser Beantwortung hervorgeht, ist das grosse Problem der Software in der Grundbuchlösung zu suchen. So sind auch die Antworten des Regierungsrats vor allem auf diesen Bereich fokussiert.
Unbestritten an der ganzen Sache ist, dass fünf Kantone und die Stadt Chur an diesem Debakel beteiligt sind, Zürich mit dem grössten Anteil von rund 55 %, die restlichen Kantone entsprechend anteilsmässig verteilt. In der Luzerner Zeitung vom 12. Oktober ist klar und deutlich ausgedrückt, was dieser Scherbenhaufen nur Luzern kostet: mindestens 2 Mio. Franken. Es ist von einem EDV-Debakel die Rede, und was in Luzern genannt wird, in der Beantwortung der Interpellation durch die Regierung aber nicht namentlich erwähnt ist, ist der Hersteller dieser Software, die Firma IBM. Was die Kosten für den Kanton Zug sind, kann aufgrund der Interpellationsbeantwortung und dem IT Magazin auf rund 850'000 Franken geschätzt werden, ohne die zusätzlichen Kosten für das Aufrüsten der ISOV Version 5, um die Umsetzung des Bundesrechts auf den 1. Januar 2012 zu garantieren. Und was auch noch nicht abgerechnet ist, sind wahrscheinlich die nun folgenden Kosten für Rechtsstreitigkeiten zwischen den Bestellern und der Firma IBM. Da die heutige ISOV-Lösung 5 nicht mehr ewig hält, sind gemäss Antwort der Regierung zu Frage 4 ja auch noch Folgekosten in unbekannter Höhe fällig.
Zwischen den Bestellern und dem Lieferanten wurde ein Werkvertrag gemacht. Schon frühzeitig wurde klar, dass die vereinbarte Leistung gemäss Werkvertrag nicht eingehalten werden konnte. Bei der Beantwortung zu Frage 2 kommt das klar zum Ausdruck. Eine halbbatzige Lösung mit viel zu vielen Fehlern, dargestellt als «Testversion», versprach nicht den Erwartungen. Fristen wurden verschoben und zu allem Elend kam noch, dass laufend Folgekosten verlangt wurden, um überhaupt ein Programm liefern zu können.
Als Unternehmer hat auch der Votant Werkverträge für Arbeitsausführungen einzuhalten. Dass in der Computerbranche Werkverträge rechtlich einen anderen Stellenwert haben als im Baugewerbe, kann und darf er nicht glauben. Die Ausführungen der Regierung zeigen aber auf, dass scheinbar zwischen dem Lieferanten und dem Besteller nicht alles sauber gelaufen ist. Wenn ein Vertrag nicht eingehalten werden kann, kann es ja unmöglich sein, dass noch mehr Geld bezahlt wird, um diesen Vertrag zu erfüllen. Unverständlich ist auch die Vertragsdauer der Unterhaltskosten von zehn Jahren. Und was ganz sauer aufstösst, ist die Geheimhaltungspflicht der Stundenansätze für den Unterhalt, was bei Frage 10 am Schluss aufgezeigt wird. Georg Helfenstein weiss nicht, was daran so geheim sein kann, dass diese Stundenansätze nicht genannt werden. Seiner Vermutung nach muss dieser Ansatz bei rund 400 Franken pro Stunden sein, anders kann er sich diese Heimlichtuerei nicht erklären. Was nützen uns nichtfunktionierende Programme, welche in der Submission zwar günstig angeboten werden, wenn die Unterhaltskosten dann ins Uferlose laufen, und das über zehn Jahre lang? Der Votant fordert hier die Regierung auf, uns diese Ansätze klar und offen zu kommunizieren. Die Rechtstreitigkeiten sind programmiert, deshalb sollten wir hier Klarheit erhalten. Wir haben nun ein Fass ohne Boden und politisch dürfen wir das nicht einfach so hinnehmen. Die Regierungen der betroffenen Kantone tun gut daran, offen zu

kommunizieren, die Kostenwahrheiten aufzudecken. Es liegt Georg Helfenstein fern,
irgendjemand einen Rat zu geben. Aber die Firma IBM tut gut daran, den Schaden in Grenzen zu halten, die Fehler vor allem bei sich selber zu suchen und kulant und kundenfreundlich gemeinsam mit den Bestellern eine gütige Einigung zu erzielen. Es geht um viel Geld, es geht aber vor allem darum, dass wir funktionierende EDV-Systeme erhalten, auf welche wir Anrecht haben. Wenn jemand nicht fähig ist, seinen Auftrag zu erfüllen, dann gibt es nur den Rückzug.
Nun noch kurz zu den einzelnen Fragen, welche dem Votanten als sehr wichtig erscheinen.
Zu Frage 2. Gemäss Aussagen der Regierung wurde für das Einwohnerkontrollregister eine Submission gemacht. Die Firma IBM hat den Zuschlag erhalten, zwei andere Firmen haben danach Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht und diese wurde gutgeheissen. Aufgrund der aufschiebenden Wirkung konnte aber der erteilte Zuschlag nicht wieder Rückgängig gemacht werden! Dass 90 % der Lösung bei der Einwohnerkontrolle getestet und entwickelt sei, entspricht leider nicht der Tatsache. Das ganze Dokumentenmanagement konnte leider bis heute nur teilweise getestet werden, ebenso stehen immer noch etliche Tests von Schnittstellen aus. Im Zusammenhang mit dem Statistiktool sind noch Lizenzprobleme zu lösen. Ebenso ist unklar, wie bereits gestartete Initiativ- und Referendumskontrollen migriert werden. Eines der grössten Probleme ist die Performance des ganzen Programms – was schon lange bekannt, aber immer noch nicht gelöst ist. Von 90 % zu sprechen ist aus unserer Sicht eine Verschleierung der Tatsachen. Die Lösung für das Einwohnerkontrollregister sollte demnächst fertig gestellt werden. Geplant ist nun die Migration am 4. Dezember 2011, also ein Jahr später als ursprünglich geplant.
Zu Frage 4. Die Steigerung der Mehrkosten infolge Verzögerung der Projektkosten des Einwohnerkontrollregisters kann ja nicht wirklich eine Forderung an den Kanton sein. Wenn Verträge bestehen, welche Lösungen zu einem definierten Preis erfüllen müssen, dann sind diese einzuhalten. Die Mehrkosten in der nicht erfüllten Grundbuchlösung gehen sowieso ins Uferlose.
Fragen 6/7. Im Oktober wurde den Gemeinden mitgeteilt, dass die Mehrkosten nun 190'000 Franken betragen, also satte 20 % mehr als beim Submissionszuschlag. Ist das üblich?
Frage 10. Wie bereits gesagt, würden den Votanten die Stundenansätze für die Softwarespezialisten sehr interessieren. Diese Geheimnistuerei über diese Ansätze spricht nicht gerade Vertrauen aus. Und wir hätten Recht darauf, da mehr zu erfahren.
Frage 12. Hat nur der Kanton abgemahnt oder bestehen auch Abmahnungen auf Seiten des Werkvertragspartners? Das geht aus der Antwort des Regierungsrats nicht hervor, könnte aber durchaus der Fall sein. Und ganz Interessant wäre zu erfahren, wie viel der Kanton Zug nun betreffend die vertraglich vereinbarte Konventionalstrafe erhält.
Zusammenfassend hält Georg Helfenstein fest, dass unser Kanton zusammen mit seinen Mitpartnern vor einem grossen Scherbenhaufen steht. Es bestehen Werkverträge, welche nicht eingehalten wurden, die Lieferantin IBM hat in diesem Bereich – diese Folgerung schliesst der Votant aus den Antworten des Regierungsrats – klar versagt. Ebenso sind nun Rechtsstreitigkeiten programmiert, und wenn es um so viel Millionen geht, bleibt offen, welche Mittel der Gigant IBM nun aufwendet, um ein gewaltiges Debakel zu vermeiden oder in irgendeiner Form Druck auf die Regierungen auszulösen, um ihr Projekt doch noch erfolgreich durchziehen zu können. Der Votant versteht die Komplexität im Bereich IT-Pro-

gramme, vor allem, wenn sechs Besteller noch Abweichungen in der internen Datenbank möchten. Aber eine so grosse Firma wie die IBM sollte doch wirklich in der Lage sein, das Geforderte zu liefern. Wer diesen Schlamassel wohl dann bezahlen soll, dazu gibt es nur eine Antwort: wir Steuerzahler!

Martin **Stuber** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Als Leiter der Informatik in einem KMU ist er mit den von der Interpellation aufgeworfenen Fragen grundsätzlich vertraut. Nach seinem Wissensstand hat er keinerlei Beziehungen zu hier involvierten Firmen. Er weiss nicht, wie das bei Georg Helfenstein ist.
Software-Entwicklungsprojekte, die innerhalb des Budgets und termingerecht mit Erfolg abgeschlossen werden, sind leider nicht unbedingt immer die Regel. Der Votant hat dieses Jahr das Glück gehabt, ein Projekt zu haben, dass termingerecht abgewickelt werden mit einem Werkvertrag. Er hatte aber auch das umgekehrte Beispiel. Er war Projektleiter in einem Projekt, das nach Aufwand war und weder im Budget noch im Termin. Immerhin hat es dann erfolgreich funktioniert. Und je grösser und komplexer, je mehr Beteiligte Stellen, desto grösser das Risiko, dass etwas schief läuft. Andererseits: Je grösser ein solches Projekt ist, umso mehr Ressourcen sollte eigentlich für eine professionelle Projektleitung zur Verfügung stehen. Die Projektleitung in einem Software-Entwicklungsprojekt ist mit einer der absolut matchentscheidenden Faktoren.
Ein Weg, das Risiko mit dem Auftragsnehmer zu teilen, ist der Abschluss eines Werkvertrags. Dort wird der Leistungsumfang genau definiert, im Gegensatz zu einem Dienstleistungsvertrag, in dem der Lieferumfang zwar auch definiert wird, aber nicht so detailliert. Beim Dienstleistungsvertrag trägt der Auftragsgeber das Risiko, denn es wird nach Aufwand abgerechnet.
Die Vorarbeiten für einen Werkvertrag sind wesentlich umfangreicher, da hier die Anforderungen an die Entwicklung und der Lieferumfang vorgängig definiert werden müssen. Das ist bei einem Werkvertrag im Interesse beider Seiten, dass das wasserdicht zum Voraus definiert wird. Deshalb starten sie die Entwicklung bei einem Werkvertrag die Entwicklung auch einiges später, denn es gibt eine Vorphase, wo das gemacht werden muss. Dies hat aber den Vorteil, dass das Risiko von sogenannten moving targets, also sich ständig ändernde Anforderungen, kleiner ist. Das hat offenbar hier beim Grundbuch nicht funktioniert.
Hier liegt denn auch die Krux von Software-Entwicklungen. Es braucht in der Regel einen «Dolmetscher» zwischen den Fachabteilungen und dem Entwicklungspartner. Er oder sie muss das bestehende System gut kennen. Diese Dolmetscherfunktion ist neben der Projektleitung auch oft matchentscheidend in solchen Projekten. Und oft übernimmt die Projektleitung auch die Dolmetscherfunktion. Martin Stuber spricht hier aus Erfahrung. Es ist also nicht alles so einfach.
Zu den Fragen der Interpellation im Einzelnen ist es als Aussenstehender schwierig, sich ein Urteil zu bilden. Der Votant hat mit Zusatzfragen versucht, hier noch etwas mehr zu erfahren.
Was die Software für die Einwohnerkontrolle betrifft, so haben hier die gemeindlichen Einwohnerkontrollen bei der Erstellung des Pflichtenhefts mitgewirkt. Und es waren gemäss der vorliegenden Informationen offenbar unter anderem auch Anpassungswünsche der Gemeinden, welche für zeitliche Verzögerungen und zusätzlichen Leistungen geführt haben.
Zum Grundbuch hier nur so viel: Der Kanton Zug war bei diesem Projekt nicht wirklich im Fahrersitz. Dort waren vor allem zwei grosse Kantone, Zürich und St. Gallen. Zug war das fünfte Rad in dieser Entwicklung. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, zu beurteilen, wer beim Entwicklungsprojekt Grundbuch welche Fehler

gemacht hat. Es sieht so aus, dass dies vor Gericht verhandelt werden wird. Das ist das, was Sie bei einem solchen Projekt als Letztes möchten. Aber in diesem Fall ist es offenbar unumgänglich. Die Schweizer IT-Welt schaut gespannt auf die weitere Entwicklung in diesem Fall. Martin Stuber ist kein Freund von IBM. Er hat anfangs der 90er-Jahre im Grossen Gemeinderat eine Motion durchgebracht, weil er gegenüber ISOV als Softwarebasis damals schon sehr skeptisch war. Das hat dann zu einem Vernetzungskonzept in der Stadt geführt und man hat viel Geld gespart. Aber das ist ein anderes Thema. Aber Georg Helfenstein macht es sich sehr einfach mit seinen Aussagen. Nachdem was heute bekannt ist in der Öffentlichkeit, würde sich der Votant wirklich nicht anmassen, weder auf die eine oder auf die andere Seite irgendeine Aussage zu machen. Das ist heikel. Klar ist hingegen, dass mit der bestehenden ISOV-Lösung das eidgenössisch definierte neue Datenmodell eGRISDM nicht gefahren werden kann. Das weiss man heute. Es braucht nach 2014 eine neue Software. Der Kanton ist wirklich gut beraten, hier schnell zu handeln. Denn bei solchen Projekten sind drei Jahre schnell vorbei, vor allem, wenn es komplexere Entwicklungen sind wie hier.

In all diesen Zusammenhängen stellt sich natürlich auch die Frage: welche Rolle das kantonale Amt für Informatik und Organisation bei solchen komplexen Entwicklungen spielt? Das entsprechende Know-how, gerade für komplexere Entwicklungsprojekte, muss in der AIO zentralisiert werden, um eine professionelle und zeitgerechte Abwicklung zu ermöglichen. Dies geschieht offenbar teilweise auch. Beim Grundbuch hat das AIO mit 2'163 Arbeitsstunden Unterstützung geleistet – das sind 270 Arbeitstage, als mehr als ein Mann- oder Fraujahr. Das wird eine der Fragen, die man beantworten muss. War die Unterstützung effizient?

Dahinter steckt auch die Frage, wie viel interne Fachkompetenz für Fachapplikationen und wie viel Betreuungskapazitäten aufgebaut werden sollen. Diese Frage ist von der Gesamtregierung als Strategie festzulegen. Und in diesem Zusammenhang ist die Aufgabenstellung für das AIO eventuell auch zu überprüfen. Das ist ein Kostentreiber in der Informatik. Und es ist eine strategische Grundentscheidung, wie viel Know-how für Fachapplikationen man intern aufbaut und wie stark man sich von externem Know-how abhängig macht.

Noch ein Wort zu den Stundenansätzen. Diese sind im Falle von IBM hoch bis sehr hoch. Wenn Sie die Antwort der Regierung sorgfältig lesen, kommt klar heraus, wie hoch diese Ansätze sind. Allerdings trifft dies leider auch auf andere Systeme zu, wo teilweise eher dünn gesätes Spezialisten-Know-how nötig ist. Wenn sie beispielsweise SAP als System haben, müssen sie je nach Dienstleister und Berater mit deutlich höheren Ansätzen als 260 Franken rechnen. Da sind Sie dann schnell bei 350 Franken. Das sind leider die Ansätze in dieser Branche. Das hat damit zu tun, dass Spezial-Know-how nicht einfach überall verfügbar ist. Genau deshalb ist ja die Frage, wie viel internes Know-how sie aufbauen, um die Fachapplikationen zu betreuen und weiter zu entwickeln, absolut strategisch und kostenwirksam. Ob der Kanton hier auf dem richtigen Weg ist, kann Martin Stuber zurzeit nicht beurteilen, aber es ist sicherlich eine Frage, die sich lohnt zu vertiefen.

Zu dieser Interpellation noch eine Nachbemerkung. Sie hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack. Es geht hier um die Software-Entwicklung für die Einwohnerkontrolle. Es liegen dem Votanten Dokumente vor, die zeigen, dass ein Mitglied des Projektteams – respektive jetzt der Projekt-ERFA-Gruppe – in Kontakt mit dem Interpellanten steht und die Antwort der Regierung ausführlich mit Projektinternas kommentiert hat. Einen Teil davon haben Sie im Votum von Georg Helfenstein gehört. Diese Dokumente und der Ablauf lassen auch den Verdacht aufkommen oder werfen zumindest die Frage auf, ob diese Person nicht auch als Informantin im Vorfeld der Interpellation fungiert haben könnte. Es handelt sich um die Leiterin

der Einwohnerkontrolle der grössten Zuger Gemeinde. Das ist unerhört! Der Votant erinnert daran: Es handelt sich hier um ein immer noch laufendes Projekt. Martin Stuber würde als Projektleiter ein so illoyales und unter keinem Titel zu rechtfertigendes Verhalten eines Projektteammitglieds nicht dulden. Solche Rückenschüsse während eines laufenden schwierigen Projekts liegen einfach nicht drin und erschweren die Projektarbeit. Und was das Ganze noch fragwürdiger macht: Die betreffende Person gehörte zu den Bestellerinnen der Software. Sie haben es ja gehört: Die gemeindlichen Einwohnerkontrollen haben beim Erstellen des Pflichtenhefts mitgewirkt. Über die Beweggründe der betreffenden Person soll hier nicht spekuliert werden. Aber er möchte vom Interpellanten Georg Helfenstein wissen, ob er allfällige Interessenbindungen dieser Informantin abgeklärt hat. Und es dürfte nicht nur den Votanten in diesem Rat interessieren, ob die betreffende Person den Interpellanten schon vor Einreichen der Interpellation mit Informationen bedient hat.

Hans **Christen** war als ehemaliger Finanzchef der Stadt Zug als Vorgesetzter der städtischen Informatikabteilung involviert beim Projekt Neues Einwohnerkontrollprogramm. Das Projekt hatte von Anfang an mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Und anscheinend hat sich daran bis heute nichts geändert. Denn wie ist es sonst zu erklären, dass die geplante Einführung auf letzten Dezember bis heute nicht erfolgt ist und sich die Kosten um fast 20 % erhöht haben? Die Vertreter der Stadt Zug haben sich bereits nach dem Submissionsverfahren aus dem Projektteam zurückgezogen, da sie Zweifel betreffend einer erfolgreichen Umsetzung des Projekts hatten. Ebenso hat der Stadtrat von Zug mehrmals schriftlich auf die unterschiedlichsten Probleme hingewiesen.
Folgendes Beispiel soll aufzeigen, dass immer wieder massive Fehler während des Projekts entstanden sind. Georg Helfenstein hat bereits darauf aufmerksam gemacht. Der Zuschlag für das neue Einwohnerkontrollregister erhielt die Firma IBM. Zwei Firmen, welche auch offeriert hatten, reichten Beschwerde ein. Eine Beschwerde wurde im Nachhinein vom Verwaltungsgericht gutgeheissen. Es wurde festgestellt, dass die Zuschlagsverfügung rechtswidrig war. Da aber der Beschwerde vorläufig und vorsorglich die aufschiebende Wirkung erteilt wurde, konnte der in der Zwischenzeit erteilte Zuschlag nicht mehr rückgängig gemacht werden.
Die DI erwähnt in ihrer Antwort, dass die Firma IBM mehrmals abgemahnt wurde. Es wäre hier auch zu erwähnen, dass die IBM den Kanton Zug ebenfalls abgemahnt hat. Zudem möchte der Votant gerne wissen, wie hoch die Zahlungen sind in Bezug auf die vertragliche festgelegte Konventionalstrafe. Es scheint unverständlich, weshalb bei Submissionen immer wieder solch massive Fehler entstehen und weshalb bekannte Schwierigkeiten mit der Firma IBM beim Submissionsverfahren keinen Einfluss hatten und bei der Firmenbewertung nicht angemessen schlecht bewertet wurden. Denn bei jedem Projekt mit der Firma IBM entstanden massive Kosten-, Termin- und Anwenderprobleme. Hans Christen erinnert bei dieser Gelegenheit an seine seinerzeitige Interpellation betreffend die Softwarebeschaffung für das Handelsregister. Er hatte damals schon auf die exorbitanten Preise der IBM aufmerksam gemacht und dies auch belegen können. Man hat hier wohl nichts gelernt!

Philip C. **Brunner** möchte das Wort IBM mit Polycom ersetzen und das Wort EDV-Debakel mit Funkdebakel und überlässt dem Rat die weiteren Überlegungen.

Georg **Helfenstein** legt nachträglich noch seine Interessenbindungen offen. Er hat zuhause und in seinem Betrieb etwa fünf PC und damit hat es sich. Er ist mit niemandem verheiratet im Gegensatz zu Martin Stuber, der seine Brötchen bei anderen ähnlichen Unternehmen verdient. Der Votant glaubte immer, dieser sei Verkehrsexperte, jetzt ist er auch noch PC-Experte.
Was ihn erstaunt, ist dass man in dieser Branche davon spricht, es sei normal, wenn Werkverträge verspätet eingehalten werden. Das ist schade, denn es geht hier um viel Geld. Wenn wir das fünfte Rad sind am Wagen, wie Martin Stuber gesagt hat, heisst das nicht, dass das uns nichts kostet. Es kostet uns trotzdem einen Haufen Geld. Es geht Georg Helfenstein nicht darum, irgendjemanden anzuschwärzen oder etwas Schlechtes über jemanden zu sagen. Fakt ist, dass die Programme nicht hier sind und dass es nicht läuft. Er hat der Direktion des Innern keinen Vorwurf gemacht, man muss also nicht fraktionsintern die Regierungsrätin schützen. Es ist kein Vorwurf an sie, sondern ein Problem zwischen Besteller und Abnehmer. Und es interessiert den Votant nicht, wer da mehr oder weniger Schuld hat, sondern wer das am Schluss bezahlt und wie viel das kostet. In Luzern wurde in den Medien geschätzt 2 Millionen. Die sagen nicht, was es sie kostet. Bei uns wurde es in der Antwort ein wenig gegeben, man kann es im Internet dann nachlesen, es wurde hochgerechnet. Auch Georg Helfenstein kennt sich beim PC ein wenig aus. Er kennt Google und geht dort mal schauen, da erhält man recht viele Informationen.
Zum bitteren Nachgeschmack. Es ist so, dass die Interpellation von Georg Helfenstein selber gekommen ist. Er hatte keine Vorinformationen von irgendjemandem aus irgendeiner Gemeinde. Man hört und sieht Vieles, wie es auch alle anderen Fraktionen und verantwortlichen Parlamentarier machen. Man hört im Busch rauschen und geht dem nach und stellt Fragen und erhält die Antworten.

Martin **Stuber** meint, das sei kein PC-Problem gewesen, sondern ein komplexes Software-Entwicklungsprojekt. Das ist ein ziemlich grosser Unterschied. Und er ist bei keiner IT-Firma angestellt. Er ist für die Informatik innerhalb einer privaten Eisenbahnfirma verantwortlich. Er ist der CIO in dieser Firma. Er hat überhaupt keine Verbindungen zu irgendwelchen Software-Lieferanten.
Georg Helfenstein hätte auch noch nachfragen können, nachdem die Regierungsantwort gekommen ist. Martin Stuber hat das gemacht. Er nimmt an, wir werden dann bei der Beantwortung noch Einiges hören, auch auf Fragen, die Georg Helfenstein gestellt hat. Es ging dem Votanten wirklich nicht darum, irgendwelche Regierungsrätin oder Regierungsräte zu schützen. Es geht jedoch darum, in der jetzigen Situation noch ein wenig mehr Klarheit zu schaffen.
Und was die Geschichte mit IBM betrifft. Wir wissen heute nicht, wer was bezahlen wird. Das ist völlig offen. Das wird das Gericht entscheiden. Und das wird einer der interessantesten Gerichtsfälle in der Schweiz. Bezüglich Software vielleicht *der* Gerichtsfall. Es wird eine spannende Aufgabe sein für das Gericht, das auseinanderzulösen. Martin Stuber wird das Gerichtsurteil im Detail lesen, weil er für seine Tätigkeit für solche Projekte wahrscheinlich einigen Gewinn wird daraus ziehen können, unabhängig davon, wer dann was bezahlen muss und wer an was schuld war. Das ist auch ein Grund, wieso in der IT-Branche die ganze Geschichte sehr nah verfolgt wird.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, versucht, bei jeder Softwarelösung zu erklären, was seit der Regierungsantwort vom 12. Juli 2011 neu ist. – Bei

der Einwohnerkontrolle gibt es eine sehr gute Nachricht. Die Abnahme ist für den 5. Dezember 2011 vorgesehen. Sie hat keine Hinweise, dass dies nicht funktionieren sollte. Der Anbieter hat seit Sommer 2011 einen riesigen Effort geleistet.
Zu den Mehrkosten bei der Einwohnerkontrolle. Wir haben die Gemeinden mit zwei verschiedenen Schreiben informiert, das letzte Schreiben vom 16. September 2011. Wir haben die Gemeinden informiert, dass ihr Anteil an den Mehrkosten 73'600 Franken beträgt. Das macht pro Gemeinde je nach Grösse 1'268 bis 16'851 Franken. Wir sprechen hier also nicht von riesigen Beträgen. Die Gemeinden zahlen 40 % der Kosten, der Kanton 60 %.
Georg Helfenstein hat sehr viele Fragen aufgeworfen. Die Direktorin des Innern wäre sehr froh gewesen, diese Frage etwas früher zu erhalten. Es ist relativ schwierig, jetzt ad hoc reagieren zu können. Sie hat keine Kenntnis davon, dass das erwähnte Urteil publiziert wurde. So wie das jetzt gesagt wurde, stimmt es auch nicht.
Lizenzprobleme bestehen keine. Jede Gemeinde wird eine Lizenz erhalten. Auch die Performance wird mit Unterstützung des AIO am 5. Dezember 2011 vollständig gewährleistet sein. Die Angabe, dass weniger als 90 % der Performance funktioniere, ist unwahr. Die Testinstallation funktioniert. Die Schulungen haben das bewiesen. Georg Helfenstein kann gerne einmal auf dem Amt vorbeikommen, um diese Dinge im Detail zu besprechen. Es ist wirklich schwierig, jetzt ad hoc sehr technische Sachen zu erläutern.
Bei den Steuern gibt es keine neuen Informationen. Hier gilt, was in der Antwort der Regierung steht. Das AIO hat in der Zwischenzeit die veraltete Entwicklungsumgebung technisch auf den aktuellen Stand gebracht. Der dafür notwendige technische Upgrade ist in der Zwischenzeit auch problemlos erfolgt.
Beim Grundbuch gibt es wirklich Probleme. Die Votantin blickt etwas zurück. Die Zuger Regierung hat sich 1995 entschieden, zusammen mit den Kantonen Zürich, Luzern, Schaffhausen, Solothurn und der Stadt Chur dieses Projekt gemeinsam zu lancieren. Der Kanton Zug ist der Juniorpartner und ist dort mit 5,6 % dabei, sowohl bei den Kosten wie auch beim Stimmrecht. Es sind Mehrheitsbeschlüsse und es braucht 75 %, um etwas beschliessen zu können. Deshalb ist es auch naheliegend, dass der Kanton nicht in der engen Begleitgruppe ist und Verhandlungen führt. Dies sind Zürich, Solothurn und Luzern. Nach Rücktritt der Besteller vom Werkvertrag hat auch die Lieferantin ihrerseits den Vertrag gekündigt, und zwar fristlos. Wir sind zurzeit an der Erarbeitung von Grundlagen für eine neue Submission. Die Regierung hat zu den Stundenansätzen etwas gesagt. Sie hat den Rahmen in der Antwort festgehalten. Sie hat auch angeboten, dass die Stawiko die genauen Beträge erhalten kann.
Wichtig ist zu sagen, dass auch im Grundbuch die Aufgaben erledigt werden können. Es ist ärgerlich, aber die Aufgaben funktionieren. Und das Hauptproblem haben wir wirklich beim ISOV-Grundbuch.

➔ Kenntnisnahme

288 Interpellation von Beat Sieber, Daniel Thomas Burch, Barbara Strub, Dominik Lehner, Monika Weber und Thomas Lötscher betreffend die Pläne des Universitätsrats Luzern, an der Universität eine Wirtschaftsfakultät einzurichten

Traktandum 11 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2022.2 – 13812).

Beat **Sieber** hält fest, dass die Motionärinnen und Motionäre zufrieden sind mit der kritischen und umfassenden Durchleuchtung der politischen Zusammenhänge, die sich im Zusammenhang mit den vor einem halben Jahr in der Presse geäusserten Plänen des Universitätsrats Luzern ergeben, an der Universität eine Wirtschaftsfakultät einzurichten. Ganz besonders haben wir es begrüsst, dass der Regierungsrat erstens die unnötige Konkurrenzierung der universitären und der Lehrgänge der FHZ sieht. Und zweitens auf die nicht nachvollziehbare Finanzpolitik Luzerns aufmerksam macht, nach dem Entscheid über Sparmassnahmen einen Ausbau des universitären Angebots mit entsprechenden finanziellen Konsequenzen zu beabsichtigen. Inzwischen hat sich ja gezeigt, dass die Szenarien der Arbeitsgruppe nicht mehrheitsfähig sind. Der Zuger Regierungsrat, insbesondere der Volkswirtschaftsdirektor als Vizepräsident des Konkordatsrats, hat Kompromissgespräche geführt, um den Zusammenhalt im Konkordat zu sichern. Dabei geht es im Wesentlichen erstens um die Standortfrage und zweitens um die Standortabgeltung. Der Zuger Regierungsrat verspricht in seiner Antwort, dass den Kantonsräten ein Bericht und Antrag für die neuen Rechtsgrundlagen zur Ratifizierung vorgelegt werden soll. Wir erwarten von ihm, dass wir möglichst bald das Geschäft beraten und beschliessen können.

Martin **Pfister** weist darauf hin, dass einmal mehr eine Aufregung über ein Zentralschweizer Zusammenarbeitsprojekt einer Indiskretion und anschliessenden unverständlichen Äusserungen von Luzerner Exponenten zu verdanken ist. Dem Zuger Regierungsrat ist für seine ausführliche Antwort, seine klare Haltung und seine klaren Worte etwa auch gegenüber den Luzerner Regierungsratskollegen zu danken. Die Haltung des Luzerner Regierungsrats in der Frage einer Wirtschaftsfakultät an der Universität Luzern sei «nicht nachvollziehbar». Nicht nachvollziehbar war in der Tat Einiges, was wir in der Zusammenarbeit mit Luzern in den letzten Jahren erlebten.
Mit der Kritik an Luzern trifft man in den kleinen Zentralschweizer Kantonen auch die Gefühlslage. So gut wie Prügelschläge in Richtung Luzern bei uns ankommen, so fair sollten wir jedoch auch der Argumentation von Luzern begegnen und dabei das nötige Augenmass bewahren. Das tut die regierungsrätliche Antwort. So müssen auch für Luzern Sparprogramme möglich bleiben. Sie sind zweifellos – wie wir vermuten – in den nächsten Jahren bitter nötig. Wir müssen zudem heute nüchtern konstatieren und den Luzerner Exponenten zu Gute halten, dass man in Luzern aus dem zuweilen etwas masochistischen Verhalten und Selbstverständnis der letzten Jahre Lehren gezogen hat und heute bereit ist, die andern Zentralschweizer Kantone als Partner zu behandeln.
Es trifft sicher zu, dass das Entlastungspaket des Kantons Luzern, wird es denn auch wirklich umgesetzt, die Fachhochschule in ihrer Qualität gefährdet und in ihrer Entwicklung behindert. Die Kernfrage sollte deshalb nicht lauten, wo man überall linear kürzen kann, sondern welche Schwergewichte wo gelegt werden sollen. Denn man soll das, was man in der Bildung macht, richtig machen. Und das gilt zweifellos nicht nur für die Bildung. Dazu braucht es die entsprechenden Mittel.

Es ist offensichtlich, dass sich Luzern in den letzten Jahren in vielerlei Hinsicht überfordert hat. Das gilt insbesondere auch für die Bildungsinstitutionen. In diesem Zusammenhang ist es tatsächlich nicht nachvollziehbar, in Luzern parallele Wirtschaftsfakultäten an Hochschule und Universität einzurichten und die knappen finanziellen Mittel zu verzetteln.
Wir stimmen der Antwort des Regierungsrats zu und unterstützen den Volkswirtschaftsdirektor bei der Wahrnehmung seiner aktiven Rolle im Bildungsraum Zentralschweiz. Es wäre in diesem Zusammenhang auch zu begrüssen, wenn die zukünftigen Modelle der gemeinsamen Bildungsinstitutionen so gebaut würden, dass die Abhängigkeit von Luzern und der finanziellen Möglichkeiten des Standorts etwas reduziert würde.

Andreas **Hürlimann** hält fest, dass die AGF der Regierung für die klare Stellungnahme dankt. Die Hochschule Luzern hat in der Vergangenheit gezeigt, was sie kann. Sie ist in den letzten zehn Jahren mit gleich vielen Mitteln der Träger um rund 100 % gewachsen. Pro Student sind die Ausbildungskosten stark gesunken und die Fachhochschule Zentralschweiz hat von allen Hochschulen den niedrigsten Anteil an Administrationskosten.
Aber nicht nur, was die Kosten angeht, kann Positives berichtet werden. Auch qualitativ können die Absolventinnen und Absolventen auf dem Arbeitsmarkt sehr gut mithalten. Trotz immer wiederkehrenden dunklen Wolken am Arbeitsmarkt sind der Votant als ehemaliger Student und seine ehemaligen Studienkollegen der HSLU in der Praxis sehr gefragt und die meisten haben ohne grössere Probleme eine Anstellung gefunden.
Auch die Hochschule Luzern Wirtschaft geniesst einen sehr guten Ruf. Es ist daher überhaupt nicht nachvollziehbar, warum die Luzerner Uni ernsthaft über eine neue Konkurrenz zur HSLU nachdenkt und eine neue Wirtschaftsfakultät aufbauen will. Es ist ja aber auch mehr der Luzerner Regierungsrat, der hier Druck aufgesetzt hat.
Noch kurz zu Frage 6 betreffend Wahrung von Interessen. Der Kanton Zug ist durch den Volkswirtschaftsdirektor im Konkordatsrat vertreten. Durch aktives Mitwirken in diesem Gremium kann Vieles errreicht und erzielt werden. Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission der Hochschule Luzern durfte Andreas Hürlimann Ende August alle Vertreter der Zentralschweizer Kantone an einer Sitzung erleben. Dort interviewten wir die Regierungsräte der Konkordatskantone. Dabei wurde klar, dass Zug seine Anliegen mit Nachdruck und viel Know-how vertritt. Direkte Einflussnahme bei Parlamentsentscheiden z.B. in Luzern ist aber trotzdem nicht möglich. Sparpakete, z.B. aufgrund von Steuersenkungen, wie dies in Luzern jetzt auch den Bildungsbereich betrifft, oder die Ausrichtung einer kantonalen Universität sind daher nur indirekt beeinflussbar. Fazit: Ein wichtiges und sehr erfolgreiches Zusammenarbeitsprojekt in der Zentralschweiz darf nicht gefährdet werden. Der Votant dankt der Regierung, wenn sie auch hier weiterhin starkes Engagement zeigt.

Zari **Dzaferi** weist darauf hin, dass sich Luzern in den letzten 20 Jahren zu einem interessanten Bildungsstandort entwickelt hat. Nun überlegt der Universitätsrat, die Universität weiter zu entwickeln, was grundsätzlich vernünftig ist. Solche strategischen Überlegungen werden heute von jedem Unternehmen erwartet. Für die SP-Fraktion ist es allerdings völlig unverständlich, dass die Regierung des Kantons Luzern ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt die Idee des Hochschulrats, eine Wirt-

schaftsfakultät an der Uni aufzubauen, übernimmt und lanciert, in welchem sie die FHZ vor eine Sparvorgabe stellt. 14 Millionen sollen eingespart werden. Abbau bei der FHZ, welche ja auch verschiedene Wirtschaftslehrgänge anbietet, und Aufbau an der Uni, das geht so nicht. Allerdings stimmt aus unserer Sicht das ablehnende Argument von Konkurrenzierung der Zuger Regierung nicht. Ein allfälliger Aufbau einer Wirtschaftsfakultät an der Uni würde das Angebot an der FHZ nicht per se konkurrenzieren. Denn gemäss Hochschulgesetz haben Fachhochschulen und Universitäten einen unterschiedlichen Bildungsauftrag. Das heisst, beide Angebote würden sich ergänzen.
Der Votant erlaubt sich hier einen kleinen Witz. Man sagt ja, dass z.B. Absolventen einer Universität wissen, wie eine Brücke gebaut werden soll, diese aber nicht bauen können. Studenten einer Fachhochschule können eine Brücke bauen, aber sie wissen nicht, wieso sie schlussendlich hält. Viele Fachhochschulabsolventen sind in der Praxis tätig, während sich Universitätsabsolventen eher der Theorie widmen.
Wir sind dennoch nicht überzeugt davon, dass es Sinn macht, in Luzern eine Wirtschaftsfakultät an der Uni aufzubauen. Wir haben z.B. mit St. Gallen, Zürich und Fribourg etablierte Universitäten, welche sich in Wirtschaftswissenschaften einen guten Namen gemacht haben. Die Universität Luzern müsste über lange Zeit sehr viel Geld investieren, um an das hohe Niveau heranzukommen. Geld, das der Kanton Luzern offensichtlich nicht hat. Sonst stünde die delikate Sparübung bei der FHZ nicht zur Debatte. Wenn dann tatsächlich mal Mittel für einen Ausbau zur Verfügung stehen sollten, müssten andere Fächer in den Vordergrund gerückt werden. Aus unserer Sicht verkauft sich der Kanton Luzern als aufblühender Universitäts- und Hochschulstandort, hat aber Mühe, das Angebot zu bezahlen. Deshalb sollten sinnvollerweise zuerst einmal bisherige Angebote konsolidiert werden. Priorität muss haben, das erreichte Niveau zu halten. Es bringt nichts, immer wieder neue Wachstumsideen einzubringen, welche einerseits verunsichern und andererseits offensichtlich nicht finanziert werden können.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** hat noch zwei Aktualisierungen zu den Fragen. Zu Frage 1, wo unsere Haltung zur Hochschulentwicklung Luzern erfragt wurde. Dort war ja diese Wirtschaftsfakultät an der Uni angedacht. Ursprünglich wollte der Luzerner Regierungsrat noch unter seiner «alten» Besetzung bis Ende Juni diesen Planungsbericht durch haben. Da hat die Gegenwehr der anderen Zentralschweizer Kantone doch etwas gewirkt und dieser Schnellzug wurde jetzt gebremst. Der neue Luzerner Regierungsrat mit zwei neuen Mitgliedern (einem neuen Bildungsdirektor) wird mindestens die Bedenken vertieft prüfen, im Januar das Paket in den Regierungsrat bringen und im Frühjahr dann ins Parlament. Ob sich dann was ändert im Resultat, weiss der Volkswirtschaftsdirektor nicht. Aber es ist sicher klug, sich da mehr Zeit zu lassen und auch das Umfeld – inklusive FHZ – stärker zu betrachten.
Was Matthias Michel klug findet ist, dass in diesem Rat sachlicher und differenzierter an die Sache geht als vielleicht andere Kantone. Dem Kanton Schwyz hat es ja den Deckel gelüpft, er hat den Kulturlastenausgleich gebodigt und gedroht, aus dem FHZ-Konkordat auszutreten. Das gibt zwar im ersten Augenblick viel Wind, ist dann aber wahrscheinlich wenig nachhaltig und stärkt nicht gerade die Hochschule. Es geht ja allen um dasselbe. Man will die FHZ stärken und da muss man aufpassen, dass man sie nicht ins standortpolitische Ränkespiel mit einbezieht.
Noch eine Aktualisierung zu Frage 4, der Vorbereitung für die neue Rechtslage, des Nachfolgekonkordats. Es wurde von Beat Sieber der Wunsch geäussert, dass

wir diese Vorlage bald haben. Der Volkswirtschaftsdirektor kann bekannt geben, dass der Regierungsrat die Vorlage verabschiedet hat, nachdem sich alle Zentralschweizer Regierungen ja geeinigt haben. Und die Einigung kam zustande – das muss man dem neuen Luzerner Bildungsdirektor zugute halten – nachdem Luzern eingesehen hat, dass Standort einer Hochschule zu sein, ein Vorteil ist, der mehr wert ist, als Luzern bisher bezahlt hat. Luzern war bereit, auf diese 6 statt 4 % Vorausabgeltung des Vorteils einzuschwenken. Das Resultat ist etwas mehr eine Million Mehrbelastung für den Kanton Luzern und eine entsprechende Entlastung der anderen Kantone. Also auch hier werden wir unter dem Strich bei gleichem Angebot und gleichen Studierendenzahlen weniger bezahlen als in der Vergangenheit. Das ist ein gutes Signal.

Die zweite Neuigkeit betrifft das Vorgehen. Wir werden in der nächsten KR-Sitzung die vorberatenden Kommissionen für dieses Geschäft bestellen können. Wir wissen jetzt schon, dass am 1. Februar eine gemeinsame Informationsveranstaltung für alle vorberatenden Kommissionen aller sechs Zentralschweizer Kantone stattfinden wird. Es ist wichtig, dass man in den einzelnen Parlamenten das nicht separat anschaut, sondern merkt, dass wir hier eigentlich alle im selben Boot sind und gemeinsame Interessen haben. Matthias Michel hofft, dass dieser Schwenker und dieses Einverständnis von Luzern, nun für den Standortvorteil mehr zu bezahlen, ein generelles Zeichen ist für eine entspanntere Zusammenarbeit in der Zentralschweiz.

Noch ein Wort zum Wunsch von Martin Pfister, dass die Hochschule weniger abhängig vom Standort Luzern wird. Das war eigentlich der Ursprungsgedanke. Die Hochschule wird eine unabhängige rechtliche Trägerschaft haben. Heute sind ja drei Schulen unter der rechtlichen Trägerschaft Luzerns. Das wird abgekoppelt. Aber was nicht gelang ist, dass die Hochschule zum Beispiel eine eigene Budgethoheit erhält. Die anderen Kantone waren hier mit uns nicht einverstanden. Der Volkswirtschaftsdirektor staunt, denn die Kantone bezahlen vom gesamten Aufwand zusammen einen Drittel. Er weiss nicht, ob Sie Institutionen kennen, wo derjenige das Budget verabschiedet, der einen Drittel daran finanziert. Das ist irgendwie komisch, aber es hat natürlich politische Gründe. Wir waren da die Einzigen, welche mehr Unabhängigkeit der Hochschule gefordert haben. Das hätte die Abhängigkeit vom Standort Luzern etwas gemildert.

Das Ganze ist eine Gratwanderung. Matthias Michel versteht, dass ein Standort wie Luzern Mühe hat, wenn wir von aussen in Kompetenzen reinreden – das ginge uns auch so. Die Universitätspolitik ist eigentlich Sache des Kantons Luzern. Es ist immer eine heikle Frage, wieweit man da Druck ausüben soll. Wir können «nur» die Rückwirkungen auf eine gemeinsam getragene FHZ reflektieren und hier unsere Bedenken geltend machen. Bisher haben wir das mit dem Motto «Hart in der Sache, aber diplomatisch im Umgang» getan. Die Erfahrung war nicht ganz schlecht. Vielen Dank, dass Sie uns hier und heute den Rücken stärken.

➔ Kenntnisnahme

289 Interpellation von Anna Bieri und Frowin Betschart betreffend Stand des Beitritts des Kantons Zug zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat) vom 18. Juni 2009

Traktandum 12 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2028.2 – 13888).

Anna **Bieri** hält fest, dass die Antwort die Interpellanten enttäuscht hat. Es ist eine Antwort, wie sie auf jedes Konkordat gegeben werden könnte, und sie ignoriert die Idee hinter diesem konkreten Konkordat vollkommen. Die Votantin kennt die aus der Vergangenheit resultierende Konkordatsphobie des Rats und sein Prinzip, möglichst keine Konkordate einzugehen. Doch Sie kennen es: Prinzipiell sollte man ein Prinzip nie prinzipiell anwenden. Bei diesem Stipendienkonkordat wäre ein Prinzipienbruch vertretbar, ja sogar anzustreben.
In der Schweiz geben die Kantone jährlich 280 Mio. Franken für Stipendien und 30 Mio. für Ausbildungsdarlehen aus. Die Unterschiede dieser Ausbildungsbeiträge in den einzelnen Kantonen sind beträchtlich, sie lassen sich auch auf die unterschiedlichen Voraussetzungen in den Kantonen zurückführen – aber nicht nur. Dies zeigen weiterführende Falluntersuchungen der EDK.
Es handelt sich um ein Jahrzehnte altes Bedürfnis, diese Ausbildungsbeiträge schweizweit zu harmonisieren. Nach verschiedenen Versuchen ist dies mit dem vorliegenden Konkordat nun geglückt. Noch 2008 befürworteten 23 Kantone die Schaffung eines solchen Konkordats. Einer davon war der Kanton Zug.
Das Stipendienkonkordat würde in der ganzen Schweiz Mindeststandards und eine einheitliche Bezügerbasis definieren. Dass Zug bereits viele dieser Mindeststandards erfüllt, ist löblich, aber selbstverständlich kein Hinderungsgrund für einen Beitritt. Wir sprechen hier von einer Perspektive für unseren Kanton im Gesamtkontext der Schweizerischen Bildungslandschaft.
Als einziger Hinderungsgrund wird nun der Wechsel vom «bewährten Zuger Punktesystem» ins Fehlbetragssystem aufgeführt. Eine Systemänderung würde – dem ist beizupflichten – selbstverständlich einen Mehraufwand bedeuten. Der Betrieb des Fehlbetragssystems ist aber weder komplizierter noch teurer. Das Punktesystem, wie es Zug heute kennt, gilt in Fachkreisen sogar als unpräzis und intransparent, werden die Geldbeträge doch zuerst in Punkte und dann wieder zurück in Geldbeträge gerechnet. Entscheidend für den Verwaltungsaufwand ist also bestimmt nicht die Methode, sondern lediglich die Frage, wie detailliert die Verhältnisse der einzelnen Bewerber erhoben werden – bei beiden Systemen.
Bereits sieben Kantone und damit 40 % der Schweizer Bevölkerung sind dem Stipendienkonkordat beigetreten. Chancengleichheit in Bildungsfragen ist ein sehr empfindliches Thema und stösst bei allen auf offene Ohren. So hat der VSS (Verband der Schweizer Studierendenschaften) seine Stipendieninitiative beisammen. Diese Initiative stellt, Sie können es sich denken, bedeutend andere Ansprüche als das Konkordat und weist zudem konzeptionelle Mängel auf. So berücksichtigt die Initiative nur den Tertiärsektor und missachtet, dass die Hälfte der Stipendienbezüger heute auf der Sek-II-Stufe zu finden sind. Die Votantin bezweifelt, dass diese Initiative Chancen hat. Das Konkordat ist für sie die einzig faire Lösung für eine schweizweite Chancengleichheit. Bei Nichthandeln der Kantone wird jedoch der Bund dereinst die Vorgaben machen. Dann ist es aus mit dem föderalistischen Ansatz im Stipendienwesen. Diese Gefahr ist manifest. Bevorzugen Sie tatsächlich ein solches Bundesdiktat?
EDK-Präsidentin Isabelle Chassot kennt die Schwierigkeit: «Beim Stipendien-Konkordat bekommt der Kanton keine direkte Gegenleistung. Es braucht den politi-

schen Willen zur Harmonisierung im Interesse der verbesserten Chancenauswertung durch unsere Jugend.» Für uns Interpellanten ist der Beitritt zum Stipendienkonkordat auch ein Gebot der Fairness. Aber ist es nicht auch das ureigene Interesse einer jeden Volkswirtschaft, das ihr zur Verfügung stehende Potenzial optimal zu nutzen? Dies ist ein Prinzip, das man aufrecht halten sollte.

Dominik **Lehner** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Antwort des Regierungsrats zustimmend zur Kenntnis nimmt. Unser Kanton Zug bietet Empfängerinnen und Empfängern von Stipendien grosszügige Unterstützung. Dies ist gut so. Grundsätzlich ist der Trend hin zu überkantonalen Lösungen im Bildungsbereich richtig. Dadurch steigert sich die Ausbildungsqualität weiter – ohne die Kosten explodieren zu lassen. Zum heutigen Zeitpunkt drängt sich jedoch für den Kanton Zug kein Beitritt zum Stipendienkonkordat auf, da die Zuger Lösung bis auf eine Ausnahme die Mindeststandards des Konkordats erfüllt und teils gar übertrifft. Der administrative Aufwand mit unserem Punktesystem ist gering. So versickert das Geld nicht in der Bürokratie, sondern kommt den Empfängern zu gute.

Esther **Haas** weist darauf hin, dass die Antwort auf die Frage, ob die Regierung dem Kanton eine Vorlage zum Beitritt zum Stipendienkonkordat zu unterbreiten gedenke, nicht deutlicher sein kann – die Regierung antwortet mit einem kategorischen Nein. Dieses Nein ist umso erstaunlicher, da die Regierung die von der EDK 2008 abgeschlossene Vernehmlassung für eine interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen zusammen mit 22 anderen Kantonen positiv beantwortet hat.
Eine Harmonisierung würde lediglich Mindeststandards bei der Vergabe von Stipendien bei der nachobligatorischen Bildung festsetzen. Was spricht demnach gegen einen Beitritt zum Konkordat, wenn der Kanton Zug – ausser bei der Ansetzung des Höchstansatzes für ein Studium – alle anderen Mindeststandards erfüllt? Nichts. Was spricht dafür? Sehr viel. Es gibt staatliche Aufgaben, wo es sich lohnt, diese in grösseren Räumen zu planen und zu implementieren, als dies der kleinräumige schweizerische Föderalismus vorsieht. Dazu zählt die Votantin das Stipendienkonkordat. Dieses wird die kantonalen Stipendiengesetze nicht ersetzen. Es wird aber bewirken, dass sich diese Gesetze in wichtigen Punkten angleichen. So klärt das Konkordat beispielsweise die leidige Frage der Zuständigkeiten. Für jede Person in Ausbildung ist ein Kanton zuständig. Probleme bei einem Kantonswechsel aufgrund unterschiedlicher kantonaler Regelungen würden damit entfallen. Wenn der Kanton Zug dem Konkordat beitreten würde, gäbe dies ein positives Signal an die anderen beitrittswilligen Kantone. Vor allem aber würden potentielle Zuger Stipendienbezüger ein positives Signal zu schätzen wissen, vor allem wenn man in Betracht zieht, dass der Kanton Zug im Zuge der Staatsaufgabenreform das Stipendienvolumen gesenkt hat.

Eusebius **Spescha** fragt, ob es tatsächlich sinnvoll ist, dass in der kleinen Schweiz 26 verschiedene Regelungen bestehen, wie Stipendien verrechnet werden. Eine bundesrechtliche oder eine Konkordatslösung wäre da sicher wünschenswert. Allerdings gibt es wahrscheinlich Bereiche, in denen eine Harmonisierung noch viel dringender wäre. Wir finden es schade, dass die entscheidende Frage im Zusammenhang mit Stipendien hier nicht richtig gestellt und noch weniger beantwortet wurde. Die Frage ist nämlich: Erhalten jene jungen Menschen aus Familien in

bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen tatsächlich über Stipendien die notwendige Unterstützung, damit sie den Zugang zur Ausbildung haben? Ist das tatsächlich gelöst? Der Sprecher der FDP behauptet, der Kanton Zug habe eine grosszügige Regelung. Woher er das Hintergrundwissen für diese Behauptung nimmt, ist rätselhaft. Das Wenige, das wir wissen, gibt eher Anlass zu Besorgnis.
Gesamtschweizerisch ist es nämlich so, dass die Ausgaben für Stipendien tendenziell sinken. Im interkantonalen Vergleich schneidet der Kanton Zug sehr schlecht ab. Er hat den zweittiefsten Wert bei der Stipendienbezügerquote und bei den durchschnittlichen Stipendienkosten pro Einwohner. Der Kanton Zug hat sich zum Prinzip gemacht, in allen möglichen Rankings möglichst etwa im ersten Drittel zu sein. Wenn wir bei den Steuern den zweittiefsten Wert hätten, würde das wahrscheinlich zu einer mittleren Staatskrise führen. Wenn es aber bei den Stipendien einen solch tiefen Wert gibt, wird das im besten Fall zur Kenntnis genommen und achselzucken negiert. Wir wären aber daran interessiert, Bescheid zu erhalten, ob tatsächlich die nötige Wirkung mit dem Stipendienwesen erzielt wird. Also ob der Kanton Zug tatsächlich alle jenen, die Anspruch darauf haben sollten, den Zugang zur Ausbildung ermöglicht. Deshalb die Frage an die Regierung: Ist sie bereit, dieser Frage noch detaillierter nachzugehen und zu recherchieren und nicht nur eine allgemeine Vermutung anzustellen, wieso der Kanton Zug so wenig Ausgaben im Stipendienbereich hat?

Bildungsdirektor Stephan **Schleiss** möchte die gestellten Fragen in chronologischer Reihenfolge beantworten. Anna Bieri hat moniert, dass die Argumente, welche die Regierung in den Vordergrund stellt, tatsächlich bei jedem Konkordat angeführt werden könnten, wenn man den Beitritt nicht anstrebt. Das ist so. Es macht wirklich keinen Sinn, sich interkantonal zu binden, ohne dass man Not dazu hat. Und notabene schützen wir ja mit diesem Verhalten genau die Rechte des Parlaments und ziehen die Kompetenz nicht auf die Ebene der Regierungskonferenz. Dass das zunehmend der Fall sei, wurde ja in diesem Rat heute Vormittag beklagt.
Was die Vernehmlassung 2008 betrifft, dazu müssen Sie einfach wissen, wann das stattgefunden hat. Das war gerade im selben Jahr, als die NFA eingeführt wurde. Man hatte auch den Rückzug der IV aus der Sonderpädagogik vor Augen und wusste nicht, dass das so gut klappen wird, wie es sich nun zeigt. Auch in der Sonderpädagogik gibt es ein Konkordat. Da ist der Kanton Zug auch nicht dabei. Viele Fragen, die 2008 noch offen waren, haben sich also mittlerweile geklärt, und das im positiven Sinne.
Weiter hat Anna Bieri ausgeführt, das Punktesystem sei intransparent, das würden zumindest Experten sagen. Da kann man nur entgegnen: Wenn Sie die Verordnung anschauen, sind dort alle relevanten Parameter aufgeführt. Wenn Sie diese zur Verfügung haben, können Sie Ihren Anspruch auf den Franken genau berechnen. Es gibt da kein Herrschaftswissen. Es herrscht völlige Transparenz. Es ist sogar so, dass mit dem Punktesystem harte Fakten als Input-Faktoren gelten, steuerbares Einkommen, Vermögen, Familienverhältnisse, Anzahl der Geschwister in Ausbildung oder die noch nicht erwerbstätig sind. Mit diesen Angaben können sie ihren Anspruch ausrechnen. Es herrscht vollkommene Transparenz, während beim Fehlbetragdeckungsverfahren dann eben zu ermitteln ist, wie viel fehlt. Und da hat man grösseren Spielraum. Im Gegensatz zu Anna Bieri behauptet der Bildungsdirektor: Das Punktesystem ist transparenter als das Fehlbetragssystem.
Dominik Lehner kann Stephan Schleiss nur bestärken, dass das Punktesystem administrativ einfacher ist. Es ist ja so, dass wir gesetzlich die Grundlagen haben, dass wir die Daten der Steuerverwaltung beiziehen können. Das müssen die

Gesuchsteller nicht einmal mehr selber jedes Mal einreichen. Das können wir automatisiert beziehen. Wir haben auf dieser gesetzlichen Grundlage punktgenau Zugriff auf die Steuerdaten der relevanten Personen.
Esther Haas hat der Regierung vorgeworfen, wir würden kategorisch nein sagen. Es ist einfach ein klares Nein. Wir begründen das ja und wir haben nicht nur kategorische Gründe, sondern sehr gute. Auf die Vernehmlassung ist der Bildungsdirektor schon eingegangen. Dass man die Stipendien im grossen, schweizweiten Rahmen lösen soll, mit diesem Argument kann er offen gestanden wenig anfangen. Es ist doch ganz einfach so, dass im Kanton Zug für einen Studenten andere Verhältnisse herrschen als im Kanton Graubünden. Denken Sie nur an die Erreichbarkeit der Schulen mit dem öffentlichen Verkehr, die Möglichkeit, noch zuhause zu wohnen. Das können Sie aus peripheren Lagen viel weniger gut als aus verkehrstechnisch gut gelegenen Kantonen. Es macht Sinn, das unterschiedlich zu regeln.
Selbstverständlich ist der Kantonswechsel ein Problem, das aber gut gelöst ist. Der Kantonswechsel funktioniert, die Abgrenzung, wo man stipendienberechtigt ist, funktioniert auch. Wer im Kanton Zug einmal stipendienberechtigt war, bleibt das, bis er an einem anderen Ort wieder stipendienberechtigt wird. Ein Beispiel: Wenn ein ausserkantonaler nach Zug zieht, braucht er eine gewisse Zeit, bis er stipendienberechtigt wird. Und wenn er dann in den nächsten Kanton zieht, muss er dort vielleicht zwei Jahre wohnhaft sein, bis er wieder stipendienberechtigt wird. Während dieser Zeit zahlen wir weiter. Es verliert niemand seine Berechtigung, nur weil er den Kanton wechselt. Die föderalen Hürden wurden im Stipendienwesen wirklich gut gemeistert.
Zu Eusebius Spescha. Selbstverständlich ist aus sozialpolitischer Sicht nicht die Hauptfrage, *wie* das System funktioniert, sondern *ob* es funktioniert. Die Frage, ob es dann für jeden auch aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen kommenden Studenten reicht, wird auch mit dem Stipendienkonkordat nicht beantwortet. Aber die Statistiken können einen Hinweis darauf geben. Eusebius Spescha hat das selber zitiert. Der Kanton Zug hat die zweittiefste Stipendienbezügerquote in der Schweiz. Ein Indiz dafür, dass es eben wirklich reichen könnte, beziehungsweise dass viele gar keine Stipendien nötig haben und wir das Geld ganz gezielt dort ausgeben, wo es eben benötigt wird in diesem Bereich.
Der Hinweis auf die Kosten pro Einwohner, die wir für das Stipendienwesen ausgeben, ist nicht hilfreich. Man müsste die Kosten pro Bezüger vergleichen zwischen den Kantonen und das macht die offizielle Statistik des Bundes auch. Da ist der Kanton im soliden Mittelfeld, in der vorderen Hälfte auf Rang zwölf unter den Kantonen.
Noch ein Hinweis darauf, dass die schweizweiten Ausgaben für Stipendien sinken. Das hat auch damit zu tun, dass die Kantone sich um Freizügigkeit bemühen, dass man immer mehr Schulgeldabkommen abschliesst und vor allem im Bereich der Berufsbildung die Leute viel weniger Schulgeld bezahlen müssen. Dieser Trend entlastet natürlich die Stipendienrechnungen. Der Kanton Zug kann mit Fug und Recht behaupten, er sei da ein Musterknabe. So gut wie wir bemüht sich kaum ein anderer Kanton um Freizügigkeit in der Berufsbildung. Und wenn Sie die Statistik des BFS anschauen, so ist dort auch aufgeschlüsselt, in welche Bereiche die Kantone ihre Stipendien ausrichten. Da ist Zug bei der Berufsbildung ganz weit vorne mit dabei.
Stephan Schleiss hofft, mit diesen Ausführungen ein wenig zur Klärung beigetragen zu haben, und er bedankt sich im Namen des Regierungsrats abschliessend für die grundsätzlich positive Aufnahme unserer Interpellationsantwort.

➔ Kenntnisnahme

290 Interpellation von Thomas Aeschi betreffend E-Government

Traktandum 13 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2029.2 – 13827).

Thomas **Aeschi** freut sich, in der Regierungsantwort zu lesen, dass die Schweiz gegenüber der in seiner Interpellation verwendeten Graphik aus dem Jahr 2010 im letzten Jahr im Bereich E-Government stark aufgeholt hat. Zudem begrüsst er es auch, dass bereits erste Prototypen des Identity- and Accessmanagements hergestellt werden, damit bis Ende 2014 ein Verzeichnis für die Verwaltung digitaler Identitäten bereit steht. Aufgrund der enorm schnellen Entwicklung im Technologiebereich ist der Votant überzeugt, dass die Schweiz und der Kanton Zug beim E-Government gegenüber der Konkurrenz nicht in Rückstand geraten darf. Ganz wichtig ist dabei jedoch auch, dass die Sicherheit der kantonalen Informatiksysteme zu keiner Zeit vernachlässigt wird, besonders auch im Licht der extensiven Cyber-Attacken und Cyber-Spionageaktivitäten gewisser Nationen und Organisationen. Mit Spannung erwartet Thomas Aeschi die Umsetzung der unter Frage 4 aufgelisteten Projekte und eine transparente Information durch die Verwaltung diesbezüglich.

Zari **Dzaferi**: Wir sprechen hier über E-Government. Was im heutigen Zeitalter von Internet und Smartphone gut und recht ist. Gleichzeitig sollten wir uns aber dringend überlegen, wie es mit unserem E-Parlament weitergeht. Der Votant findet es sackstark, dass auf zug.ch sämtliche Kantonsratsvorlagen zu finden sind. Das erleichtert einerseits unsere Arbeit und ist andererseits transparent für das Volk. Er freut sich auch über die Mails von Monika Benhaida und Sandra Käch. Mit allen Kantonsratsvorlagen, Entschuldigung: *E*-Kantonsratsvorlagen. Er sortiert diese stets fein und säuberlich auf seinem Rechner. Einige von Ihnen besitzen auch so ein Ding. Dann sind aber seine E-Möglichkeiten ausgeschöpft. Er darf diese elektronischen Vorlagen nämlich in der KR-Sitzung nicht verwenden. Laptops sind in diesem Raum – zumindest für Parlamentarier – bekanntlich verboten. Und so muss er sich zuhause einen riesigen Papierberg anlegen, die Unterlagen säuberlich sortieren und dann für jede Sitzung wieder einzeln heraussuchen. Dann geht er wieder nach Hause, nimmt den Ordner, sortiert wieder alle. Dabei hätte alles hier abgespeichert, denn wir erhalten ja diese Vorlagen. Er müsste nur den Laptop auf den Tisch stellen und wäre sofort einsatzbereit. Dies spart unglaublich viel wertvolle Arbeitszeit und ist gleichzeitig auch viel ökologischer. Stellen Sie sich vor, die ganzen Papierberge, die wir hier jedes Mal nach einer Sitzung einfach so …
(Die Vorsitzende unterbricht den Votanten und macht ihn darauf aufmerksam, dass wir hier vom E-Government sprechen.)
Zari Dzaferi findet es eine gute Sache, dass wir das E-Government hier unverzüglich weiterentwickeln. Und er hofft, dass das, was er vorher gesagt hat, irgendeinen Platz in diesem Rat findet.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte nicht weit ausholen. Sie haben im Bericht lesen können, dass wir auch gesetzgeberisch unterwegs sind und eine Vorlage ausarbeiten zur Anpassung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes. In diesem Gesetz werden dann auch die gesetzlichen Grundlagen festgehalten, unter welchen Bedingungen der Einwohner mit dem Kanton und der Verwaltung kommunizieren kann. Der Finanzdirektor kann sich vorstellen, dass dann in jener vorbera-

tenden Kommission wir auch die Möglichkeit haben, vielleicht die vielen Arbeiten, die wir in diesem Bereich schon getätigt haben, den Kommissionsmitgliedern vorzustellen. Wir sind nämlich seit 2008 unterwegs, der Kanton und die Gemeinden miteinander. Und wir haben schon sehr viele Elemente umsetzen können, Kundendienstleistungen, die zum Teil auch rege benutzt werden. Das war auch immer unser Approach, das einzuführen, was auch genutzt wird und nicht einfach schöne technische Dienstleistungen, die niemand brauchen will. In diesem Sinne besten Dank für die Kenntnisnahme unserer Antwort.

➔ Kenntnisnahme

291 Interpellation von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Thomas Wyss, Werner Villiger, André Wicki, Daniel Eichenberger, Beni Riedi, Manuel Aeschbacher, Thomas Werner, Daniel Burch und Matthias Werder betreffend Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs

Traktandum 14 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2049.2 – 13871).

Manuel **Brandenberg** erinnert daran, dass die SVP ursprünglich vor hatte, eine Standesinitiative einzureichen, die aber von diesem Rat nicht überwiesen wurde. Dann haben wir gesagt, wir machen eine Interpellation über dieses Thema, weil es uns eben sehr auf dem Herzen brennt. Der Regierungsrat hat das zum Teil so beantwortet, dass er sagt, er sei nicht zuständig. Deshalb würde er sich nicht äussern, weil es hypothetische Fragen sind. Anderseits hat er dann einige Fragen doch auch inhaltlich beantwortet. Also eine gewisse Inkonsistenz beim Regierungsrat, die uns aber freut, weil wir ja über die inhaltlichen Antworten auch etwas sagen können.
Zu Frage 1 ist uns aufgefallen, dass der Regierungsrat davon spricht, dass ein Rückzug diese Beitrittsgesuches zu unnötigem Erklärungsbedarf im Ausland führen würde. Der Votant und seine Mitinterpellanten glauben, dass es eher zu Erklärungsbedarf führt, wenn man ein Gesuch aufrecht erhält, wo ja klar ist, dass man dieses Gesuch eigentlich nicht ernst meint. Also ein Staat, der in Brüssel ein Gesuch hinterlegt und das nicht zurückzieht und sagt: Wir wollen dann auch dabei sein, aber wir meinen es dann vielleicht trotzdem nicht so. Dieser Staat wird in allen Verhandlungen sicher nicht so ernst genommen wie ein Staat, der klar sagt: Wir sind der Meinung, wir müssen dieses Gesuch zurückziehen. Unsere Bevölkerung will nicht bei euch dabei sein. Aber wir finden euch trotzdem nett und haben auch gern gute Beziehungen zu euch. Das wäre wohl das angezeigtere Verhalten für einen Staat, der ernst genommen werden will.
Vielleicht noch eine Kurzbemerkung zum erwähnten Bereich bei Frage 3. Dort erwähnt der Regierungsrat den Bericht der Arbeitsgruppe EuRefKa. Dort habe man bereits einmal alle diese Auswirkungen eines EU-Beitritts auf die Kantone abgeklärt. Das ist dann inhaltlich aufgelistet, welche Fragen in diesem Bericht beantwortet wurden. Hier hätte es uns gefreut, wenn wir auch inhaltlich etwas erfahren hätten, was in diesem Bericht steht, und nicht nur einfach abstrakt das Inhaltsverzeichnis abgeschrieben erhalten hätten. Denn das wären durchaus auch interessante Fragen gewesen. Insbesondere was das Steuersystem anbelangt des Kantons Zug. Dieses System ist unter Druck. Natürlich weiss man das, und das hätte auch konkrete Auswirkungen auf den Kanton Zug, auf die Gesetzgebung.

Alles in allem möchten wir uns aber bedanken. Wir sind beantwortet worden und das ist in Ordnung so.

Cornelia **Stocker** legt zuerst die Interessenbindung offen: Auch die FDP will nicht der EU beitreten. Wir stehen klar für die Bilateralen ein, und mehr wollen wir nicht. Leider wollen das die SVP-Exponenten nicht wirklich zur Kenntnis nehmen und sind immer noch der irrigen Meinung, nur sie seien gegen einen EU-Beitritt.
Seit der letzten Diskussion zu diesem Thema in diesem Saal hat sich an der Faktenlage nichts geändert. Die Kompetenz des Rückzugs liegt nicht beim Zuger Souverän, sondern muss in Bundesbern umgesetzt werden. Statt die Angelegenheit hier auf Kantonsebene weiter zu bewirtschaften, möchten wir die SVP auffordern, ihr Anliegen ihrem neuen Nationalrat – quasi im Starter-Kit – mit auf den Weg zu geben.

Christoph **Bruckbach**: Seine Vorrednerin hat es bereits gesagt. Die ganze Angelegenheit ist eigentlich eine bundespolitische Angelegenheit. Die SP nimmt die ausführliche Antwort des Regierungsrats zu den Fragen der Interpellanten zur Kenntnis. Wir sind der Meinung, dass die Schweiz weder heute noch morgen völlig unabhängig und autonom handeln kann. Sie ist mit der EU und anderen Partnerländern in vielen Bereichen so verflochten, dass es auf jeden Fall sinnvolle institutionelle Lösungen braucht. Deshalb sind wir mit den Antworten des Regierungsrats einverstanden.

➔ Kenntnisnahme

292 Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Ausstieg aus der gefährlichen und teuren Atomenergie

Traktandum 15 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2058.2 – 13853).

Martin **Stuber** weist darauf hin, dass Fukushima heute aus den Schlagzeilen, aber noch sehr lange nicht vorbei ist. Wir wissen heute nicht, was im Reaktorinnern von drei Reaktoren tatsächlich vor sich geht. Kürzlich ist bei Tepco wieder mal Panik ausgebrochen, als sie Xenon gemessen haben. Xenon heisst, dass eine Kettenreaktion im Gang ist. Dann haben sie sofort Borsäure eingeleitet. Sie haben die Reaktoren noch nicht wirklich unter Kontrolle. Das ist die traurige Wahrheit. Sie haben grossflächig verstrahlte Gebiete in Fukushima. Kürzlich ist ein Report gekommen, dass die Menge an radioaktiver Verstrahlung in der Atmosphäre global bis zur Hälfte derjenigen von Tschernobyl umfassen könnte. Man hat immer gesagt, dass sei ein relativ beschränkter Teil, der da verseucht ist. In Tat und Wahrheit können Sie heute praktisch auf der ganzen Welt radioaktive Verstrahlung messen, die ihren Ursprung in Fukushima hat. Und es ist ja noch nicht fertig. Es entweicht immer noch Radioaktivität.
Der Ausstiegsentscheid der beiden eidgenössischen Räte als Schlussfolgerung aus Fukushima ist wirklich völlig richtig. Wir sind sehr froh, dass auch der Ständerat – wenn auch mit einer Einschränkung – eine klare Leitlinie gesetzt hat. Der grosse Wermutstropfen ist natürlich, dass viel zu lange gewartet wird, und für uns vor

allem, dass Mühleberg, aber auch Beznau I und II nicht sofort abgestellt werden sollen. Mühleberg kann jetzt wieder ans Netz gehen. Das ist für uns absolut unverständlich. Mühleberg ist der gleiche Reaktortyp wie Fukushima, einfach in einem schlechteren Zustand. Die Risse z.B.: In Fukushima ist die Hülle ausgetauscht worden, in Mühleberg nicht.
Vor diesem Hintergrund ist es für die AGF selbstverständlich, dass die Zuger Regierung den energiepolitischen Kurs der Bundesbehörden mit trägt. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Da dieser Kurs nun explizit den Ausstieg, d.h. den Nichtersatz der bestehenden Atomkraftwerke beinhaltet, heisst das doch, dass die Axpo nun ihr Rahmenbewilligungsgesuch für den Ersatz von Beznau I und II subito zurückziehen muss. Es ist aber nur sistiert. Für uns ist völlig klar, dass das nun zurückgezogen werden muss. Sistierung ist nicht gleich Rückzug. Und wir fragen die Regierung, ob sie sich nun für einen Rückzug des Rahmenbewilligungsgesuches einsetzen wird im Verwaltungsrat der Axpo.
Es ist dies nicht einfach eine Formalität. Das Axpo-Management ist Bestandteil des harten Kerns der AKW-Lobby in der Schweiz. Wir haben den begründeten Verdacht, dass hier auf Zeit gespielt wird und deshalb nur sistiert wurde. Deshalb muss die Losung für unseren Vertreter im Verwaltungsrat lauten: Rückzug und nicht Sistierung.
Zum Mandat selber. Die AGF befürwortet, dass der Vertreter im Verwaltungsrat verbindliche Aufträge hat und von daher auch von der Gesamtregierung her weiss, was er zu vertreten hat. Mit dem Inhalt des Mandats sind wir aber nicht zufrieden. Für die Bewältigung der Energiewende, die nicht nur wegen Fukushima, sondern vor allem auch wegen der Klimaerwärmung eine der Schlüsselfragen für unsere Zukunft darstellt, spielt der grösste Schweiz Stromproduzent, die Axpo, nämlich eine Schlüsselrolle. Es kann nicht sein, dass sich hier das Mandat unseres Vertreters im Verwaltungsrat sich auf die Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit beschränken soll. Dieses Mandat ist wirklich zu eng gefasst.
Axpo gehört zu 100 % der Bevölkerung. Auf der Website heisst es, es gehöre zu 100 % den Nordostschweizer Kantonen, vielleicht müsste unser Baudirektor dem Axpo-Webmaster mal erklären, dass wir kein Nordostschweizer, sonder ein Zentralschweizer Kanton sind. Da muss doch eine Axpo bei der Energiewende in der Schweiz eine aktive Vorreiterrolle spielen. Denn der Votant ist überzeugt, dass in diesen Kantonen heute eine Mehrheit für diese Energiewende besteht. Und da erwarten wir, dass die Axpo eine aktive Vorreiterrolle spielt. Es geht nicht darum, möglichst grosse Gewinne beim Geschäftsabschluss auszuweisen, sondern von einer Reduktion des Stromverbrauchs berichten zu können. Das muss das Ziel sein. Es geht darum, jetzt endlich Gas zu geben bei der Solar- und Windenergie. Nicht Produktionsrekorde von AKW sind zu feiern, sondern Zuwächse bei den erneuerbaren Energie. Das muss der Kurs werden von Axpo.
Die Regierungsantwort erwähnt den geringen Anteil der Sonnenenergie von 0,1 %. Wir bezahlen jetzt einen hohen Preis dafür, dass die AKW-Lobby – und dazu war die Axpo damals führend mitbeteiligt – und ihr politischer Arm vor elf Jahren ein Nein zum Solarrappen dem Schweizer Volk aufschwatzen konnte. Der Souverän hat immer recht, das akzeptieren wir. Aber das war einer der fatalsten Fehlentscheidungen der Schweizer Bevölkerung in den letzten paar Jahrzehnten. Die Schweiz war mal führend bei der Solarenergie. Schauen Sie mal, wo wir heute sind! Schauen Sie, wo Deutschland steht in dieser Frage und wo heute die Schweiz steht! Da ist Axpo mitverantwortlich dafür. Das muss sich ändern.
Wir fordern den Regierungsrat also auf, das Mandat entsprechend wahrzunehmen und zu erweitern. Die Axpo muss zu einem Vorreiter der Energiewende in der Schweiz werden. Das sollten nach Meinung unserer Fraktion der Auftrag und das

Mandat für unseren Baudirektor sein im Verwaltungsrat. Übrigens hat der Kanton Zürich hier auch schon ein Zeichen gesetzt, er entsendet neu den grünen Regierungsrat Martin Graf in den Verwaltungsrat der Axpo.
Zum Schluss möchte der Votant noch etwas zum aktuellen Axpo-Management sagen. Das wird ja vom Verwaltungsrat gewählt oder er sagt wenigstens, wer im Management sitzt. Wenn Sie die Verlautbarungen der Axpo und die Interviews mit dem Axpo-CEO lesen in den letzten Monaten, seit der Energiewende, die der Bundesrat beschlossen hat und der nun bestätigt worden ist von den beiden Parlamenten, haben Sie nicht den Eindruck, dass mit dem aktuellen Management die Axpo diese Vorreiterrolle bei der Energiewende spielen wird. Dann haben Sie genau den umgekehrten Eindruck. Dass sie bremsen, versuchen auszuweichen und den Leuten Angst zu machen. Und die Axpo gehört der Bevölkerung. Da haben wir eine Mehrheit für diese Wende. Die Regierung soll unseren Vertreter mandatieren, dass er sich im Verwaltungsrat für eine Zusammensetzung des Managements einsetzt, welche den Kurswechsel in der Schweizer Energiepolitik aktiv unterstützt. Mit dem CEO Heinz Karrer ist das sicher nicht der Fall. Hier braucht es einen Wechsel.

Karin **Andenmatten** möchte noch den Standpunkt der CVP in dieser Frage darlegen. Sie möchte Farbe bekennen. Das bedeutet nicht etwa, dass wir uns ein grünes Mäntelchen umhängen. Wir setzen lieber auf das bewährte Orange.
Nach dem 11. März dieses Jahres hat sich die wahrgenommene Bedrohung durch Atomkraftwerke für einen Grossteil der Bevölkerung schlagartig geändert. Die Rahmenbedingungen für den Betrieb von Kernkraftwerken in der Schweiz sind seit dem 11. März nicht mehr dieselben. Und wenn Rahmenbedingungen sich grundlegend ändern, muss man aus dem Gesichtswinkel von Good Governance überlegen, ob die bisherige Strategie noch die richtige für die Zukunft ist.
Auch die Zuger CVP-Fraktion schliesst sich dem Bundesrat an Bundesparlament an und wir begrüssen die Interpellationsantwort des Regierungsrats. Wir stehen hinter dem sukzessiven Ausstieg aus der Atomenergie. Die Strategie für die zukünftige Energieversorgung ohne Atomenergie soll jedoch auch zum Ziel haben, eine möglichst vom Ausland unabhängige Stromversorgung sicher zu stellen. Damit wird klar, dass wir nicht von heute auf morgen auf fünf Kernkraftwerke oder fast 40 % der heimischen Stromversorgung verzichten wollen. Der Ausstieg soll vielmehr gestaffelt und wirtschaftsverträglich vollzogen werden.
Nun wünschten sich die linken Fraktionen, dass sich unser Vertreter, Baudirektor Tännler, im Verwaltungsrat der Axpo-Holding für eine sofortige Stilllegung des AKW in Beznau stark macht oder hätte stark machen sollen. Wir glauben nicht, dass er sich trotz einer Vertretung von nur 2.5 % des Aktienkapitals und als einer von 14 Verwaltungsräten kein Gehör hätte verschaffen könnte. Aber eine solche Forderung in diesem Gremium ist aus unserer Sicht nicht der richtige Weg, um die Schweizer Energiepolitik mit zu gestalten. Wir Zuger tun uns besser daran, mit Initiativen wie dem WERZ und dem Cleantech-Cluster die Energieeffizienz des Werkplatzes Schweiz zu steigern oder aktiv zur Verminderung des Stromverlusts im Verteilernetz beizutragen, als mit aussichtslosen Anträgen unsere Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen.
Von denjenigen, die diese Forderung zumindest damals im Postulat gestellt haben, fordern wir hingegen, dass sie das Umsteigen auf erneuerbare Energien aktiv unterstützen. Wir können nämlich – zumindest bis heute – noch keine Windkraftwerke bauen, die nicht als überdimensionale Propeller das Landschaftsbild beeinträchtigen, keine Solaranlagen erstellen, die das Ortsbild nicht tangieren und keine Staumauern errichten, ohne Täler zu verunstalten. In Bezug auf die Bewilligungs-

praxis wird in grünen Kreisen noch einiges Umdenken gefordert sein. Die Motion von Pirmin Frei, die wir heute Morgen gutgeheissen haben, ist übrigens ein gutes, wohlverstanden orange-pragmatisches Beispiel dafür, wie auf kantonaler Ebene auf die Förderung von erneuerbare Energien hingearbeitet werden kann, ohne dass der Staat zusätzliche Aufgaben oder Kosten übernehmen müsste.
Ein wirtschaftlich vertretbarer Verzicht auf Atomenergie kann nur gelingen, wenn alle ihn wollen und alle bereit sind, auch Zugeständnisse zu machen. Als CVP-Fraktion werden wir unseren Teil dazu beitragen, dass dieser eingeschlagene Weg nicht zur Sackgasse wird.

Adrian **Andermatt** hält fest, dass die FDP die Regierung in ihrem Bestreben unterstützt, eine verantwortungsbewusste Energiepolitik im Einklang mit dem energiepolitischen Kurs der Bundesbehörden mitzutragen und weiterzuführen. Zu diesem Kurs noch einige Bemerkungen.
Der Bundesrat ist aufgrund einer entsprechenden Motion aus den eidgenössischen Räten dabei, das Kernenergiegesetz so zu ändern, dass ein Neubau von Atomkraftwerken verunmöglicht wird. Aufgrund der verfassungsmässig garantierten Wirtschaftsfreiheit und der Tragweite des Entscheids stellt sich jedoch die Frage, ob das anvisierte Verbot der Kernenergie nicht auf Verfassungsstufe verankert werden müsste, womit auch Volk und Stände dem Atomausstieg zuzustimmen hätten.
Der Aspekt der Sicherheit war für den Atomausstiegsentscheid ausschlaggebend. Auch die FDP ist der Ansicht, dass dem Aspekt der Sicherheit bei der Energieversorgung zukünftig einen noch höheren Stellenwert eingeräumt werden soll, als dies bereits heute der Fall ist.
Zur Sicherheit im weiteren Sinne zählt jedoch auch die Versorgungssicherheit. Wollen wir den Wohlstand in unserem Land nicht fahrlässig aufs Spiel setzen, muss die atomausstiegsbedingte, zukünftige Stromlücke von rund 40 % sowie der potentiell weiter steigende Energiebedarf zu konkurrenzfähigen Preisen geschlossen werden können. Ob dies allein mit Einsparungen, Effizienzsteigerungen und der Förderung von erneuerbaren Energien – wie dies von den Atomausstiegsbefürwortern propagiert wird – möglich sein wird, ist jedoch alles andere als sicher.
Verbleibt trotz aller Anstrengungen eine Stromlücke, wird die Schweiz auf den Import von ausländischem Strom ausweichen müssen. Dabei wird es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um Atomstrom aus unserem Nachbarland Frankreich handeln. Ein Umstand, der uns deutlich vor Augen führt, wie relativ der atomausstiegsbedingte Sicherheitsgewinn für unser Land und unsere Bevölkerung bereits aufgrund der geographischen Nähe der französischen Atomkraftwerke zur Schweiz schlussendlich leider ist. Und dies selbst dann, wenn wir gar keinen französischen Atomstrom benötigen sollten.
Der beschlossene, etappenweise Atomausstieg hat aber noch weitere Konsequenzen, die zurzeit nur ungenügend thematisiert werden. Erwähnt sei dabei die zusätzliche CO2-Problematik, die nicht ansatzweise gelöst ist, die heute noch zu wenig klaren volkswirtschaftlichen Konsequenzen des Atomausstiegs, unsere potentielle zukünftige, energietechnische und somit auch wirtschaftliche Abhängigkeit von einem Drittstaat und den bereits erwähnten Umstand, dass wir trotz Atomausstieg auch weiterhin den Risiken der Kernenergie ausgesetzt bleiben werden.
Fazit ist somit, dass mit dem aus Sicht des Votanten in Bundesbern voreilig und ohne dringende Not beschlossenen Technologieverbot wenig gewonnen wurde, man aber Optionen und möglicherweise auch Chancen vergeben hat. Ein Verbot für den Bau neuer Atomkraftwerke der heutigen Generation wäre angezeigter

gewesen und hätte allen involvierten Parteien auch genügend Zeit gegeben, einen fundierten Entscheid über die zukünftige Energiepolitik unseres Landes unter Berücksichtigung aller Fakten, Konsequenzen und notwendiger Begleitmassnahmen treffen zu können.

Philip C. **Brunner** hat gemerkt, dass wir uns von Martin Stuber über Karin Andenmatten bis zur FDP-Meinung eigentlich dem Pragmatismus annähern, den die SVP vertritt. Er gratuliert Adrian Andermatt zu seinem Votum, wir sind da praktisch deckungsgleich. Wir müssen doch einfach ein wenig den Realitäten ins Gesicht schauen. Wer sind wir? Wir sind eine Bevölkerung von etwa 120'000 Einwohnern, die letztes Jahr 4,4 % mehr Strom verbraucht haben. Im Vergleich dazu: Die Lorzenkraftwerke, die jetzt mit viel Geld updated wurden nach 107 Jahren Betrieb, produzieren lediglich 5 %. Also die von Martin Stuber gepriesene Alternative beziehungsweise natürlicher Strom. Und der Stromverbrauch nimmt in den letzten zehn Jahren pro Jahr im Schnitt um 2 bis 3 und wenn die Wirtschaft gut läuft bis zu 4 % zu.
Wir wollen, dass der Preis tief bleibt. Wir wollen Versorgungssicherheit und wir möchten gerne eine einigermassen verlässliche Strategie. Wenn man 0,8 % des Aktienkapitals der Axpo besitzt und abwechslungsweise mit dem Kanton Glarus dort im Verwaltungsrat sitzen darf, muss man einfach hier nicht allzu grosse Töne spucken, sondern versuchen, sich pragmatisch mit den gegebenen Bedingungen zu verhalten. Der Baudirektor macht das.
Was wir in den letzten paar Monaten in der Schweiz erlebt haben, diese ganze Kakophonie von Politikern, die meinen, die Probleme der Energie einfach so aus wahltaktischen Gründen der Bevölkerung verkaufen zu können, hat vermutlich mehr Unsicherheit gebracht. Sie haben es in den letzten Tagen gelesen, was passiert. Die Stromkonzerne, angefangen bei Axpo, aber auch andere entlassen jetzt einfach diese Projektteams. Die Arbeitsplätze werden abgebaut und entsprechend Millionensummen abgeschrieben, weil man die Projekte nicht weiterführen kann. Der Votant ist gespannt, was uns der Baudirektor zu diesem Thema zu sagen hat.
Er ist mit Karin Andenmatten einverstanden. Importe im Übermass und Abhängigkeit vom Ausland ist sicher auch nicht das Ziel unserer Fraktion. Wir behalten unser dunkelgrünes Mäntelchen, wir müssen nicht die Farben wechseln. Das ist verlässliche Politik, die auch wirklich was bringt und Industrie, Gewerbe und Privaten am Schluss einen Strompreis, der bezahlbar ist. Wenn sich der Votant die Szenarien angehört hat, was das heisst, wenn mit CO2-Schleudern, mit Gaskombikraftwerken gebaut wird, eine Verdoppelung oder gar Vervielfachung des Energiepreises, so ist das sicher nicht das, was wir für unsere Wirtschaft brauchen. Eine Wirtschaft übrigens, die bekanntermassen jeden zweiten Franken mit dem Export verdient.

Hubert **Schuler** weist darauf hin, dass diese Nuklearkatastrophe aufzeigt, dass nebst der eigentlichen Katastrophe viele weitere unvorhergesehene und unkontrollierbare Situationen entstanden sind. Und dies auch in einem technisch hochentwickelten Land. So haben die japanische Regierung und die Betreiberfirma die Öffentlichkeit falsch informiert. Die Katastrophe ist überhaupt noch nicht unter Kontrolle, weitere Kernreaktionen finden statt und damit ist die Verseuchung von Luft, Boden und Wasser nicht gestoppt. Die Sicherheit der Bevölkerung selbst in weiter entfernten Städten ist nicht garantiert. Wir begrüssen den Entscheid der Zuger und Glarner Regierung, sich der Haltung des Bundes- und Nationalrats anzuschliessen.

Dass der Regierungsrat die sofortige Stilliegung des AKW Beznau nicht unterstützt ist jedoch mehr als bedauerlich. Ist doch gerade Beznau das Atomkraftwerk, welches mit einem Reaktor der ersten Generation ausgestattet ist und die ursprünglich geplante Betriebszeit erreicht hat, schlichtweg eine grosse Gefahr.
Selbstverständlich sehen wir die Notwendigkeit, dass der Stromproduktionsausfall ersetzt werden muss. Dies allein kann aber nicht Grund genug sein, ein veraltetes und gefährliches Atomkraftwerk weiterhin zu betreiben. Bei einem plötzlichen Supergau, können wir uns auch nicht mehr lange überlegen, wie wir den Stromausfall kompensieren wollen. Sicherheit allein nur als billigen Strom und für die Wirtschaft darzustellen, kann nicht sein.
Mit dem Signal, in einigen Jahren auszusteigen, werden weiterhin innovative Überlegungen verzögert. Die Kosten des Supergaus in Japan müssen die Steuerzahlenden übernehmen, die Betreiberfirma schleicht sich aus der Verantwortung. In der Schweiz wäre es nicht anders, denn die Versicherungsdeckung würde nur einen kleinen Bruchteil der Schäden und des menschlichen Leidens übernehmen. Hier muss unsere Politik mehr Verantwortung zeigen und darf sich nicht hinter Bundesvorgaben verstecken. Wir als Kantonsräte würden bei einer Katastrophe Mitverantwortung tragen, weil wir wissen, wie gefährlich die Atommeiler in Beznau sind. Deshalb braucht es einen sofortigen Ausstieg.

Baudirektor Heinz **Tännler** weist darauf hin, dass das ein aktuelles Thema ist, das uns in Zukunft stark beschäftigen wird. Fukushima ist eine Katastrophe mit schlimmen Konsequenzen, die uns auch hier in der Schweiz nicht kalt lassen dürfen. Deshalb hat ja Bundesbern auch reagiert. Der Baudirektor möchte zu einzelnen gestellten Fragen einige Erklärungen abgeben.
Zum sofortigen Atomausstieg. Man solle Beznau I und II und Mühleberg sofort abstellen. Man muss da schon auch die Konsequenzen sehen. Zu dieser Haltung des Bundes, nun von der Kernenergie wegzukommen, steht der Regierungsrat. Aber wenn man sofort abstellt, so muss man bedenken, dass wir etwa 40 % des Strombedarfs durch Kernenergie abgedeckt haben. Wie soll das funktionieren, wenn die erneuerbaren Energien dieses Delta nicht schliessen können? Das geht doch einfach nicht und ist nicht realistisch. Wir müssen bei allen schlimmen Havarien die passiert sind, mit beiden Beinen auf dem Boden bleiben. Letztlich investiert man sehr viel in die Sicherheit. Wir haben im Verwaltungsrat der Axpo in jeder Sitzung – und es sind jetzt sehr viele – die Betreiber dieser Kernanlagen dabei. Und diese erzählen uns, was nun in Sachen Sicherheit abgeht. Es ist exorbitant. Auch die Auflagen, die das ENSI macht. Die nehmen also diesen Job sehr ernst. Dass Risiken da sind, können wir nicht wegdiskutieren. Aber einfach sofort abstellen – nach uns die Sintflut – ist auch keine Politik. Deshalb haben der Bundesrat und das Parlament mindestens in diesem Punkt intelligent gehandelt.
Zum Rahmenbewilligungsgesuch. Rückzug subito. Das kann man machen, aber wir warten ab, und das auch in Absprache mit dem Bundesamt für Energie. Wir warten ab, was nun in der parlamentarischen Debatte im nächsten und übernächsten Jahr passiert. Da müssen das Energiegesetz und vieles mehr geändert werden. Und dann wird möglicherweise die Konsequenz automatisch sein, dass diese Rahmenbewilligungsgesuche obsolet werden und dann kann man sie auch zurückziehen. Aber es ist nun wirklich nicht ein so wichtiges Thema, ob die nun sistiert sind oder zurückgezogen werden. Wir haben vorher über das EU-Gesuch diskutiert. Das ist ein ähnliches Thema.
Auf Zeit spielen. Das möchte Heinz Tännler schon zurückweisen. Die Axpo und auch das Management spielen nicht auf Zeit. Das ist kein kleiner KMU mit einigen

Angestellten und einer relativ trivialen Strategie. Das ist ein Grosskonzern mit Tausenden von Arbeitnehmern, mit einem Auftrag der Versorgungssicherheit, vom Bund an die Strombranche abgegeben. Und nun sollte auf einen Chlapf innert 24 Stunden eine kopernikanische Wende durchgespielt werden. Das geht nicht. Das ist ein relativ schwerfälliges Schiff, bei dem man nicht einfach das Steuer herumreissen und schwupps eine andere Richtung anpeilen kann. Das braucht Zeit, um sich nicht auch auf organisatorischer Ebene Fehler einzuhandeln.
Zum Mandat. Heinz Tännler ist nicht sicher, ob das in anderen Kantonen gleich läuft wie im Kanton Zug. Martin Stuber hat den grünen Zürcher Regierungsrat angesprochen. Aber dieser und sein Kollege Kägi haben vermutlich kein Mandat. Der Votant weiss von Kantonen, die ihren Verwaltungsräten kein Mandat erteilt haben. Er hat sich dem freiwillig unterstellt, denn nach Obligationenrecht könnte er sagen: Das interessiert mich nicht, was der Regierungsrat sagt. Ich bin frei und mache dort meine Politik. Das hat er nicht gemacht. Er ist in den Regierungsrat gegangen und musste sich mit dem Kanton Glarus, der auch nicht genau die gleiche Sicht hat wie der Kanton Zug – man denke an das Pumpspeicherkraftwerk Lindt-Limmern, wo natürlich der Kanton Glarus eine ganze andere Beziehung zur Axpo hat – zuerst mal finden. Das ist eine gemeinsame Mandatierung, die wir auch nicht von heute auf morgen einfach ändern können. Aber das Mandat, insbesondere dass man die Haltung des Bundes unterstützt, ist ein klares Zeichen, das wir hier abgeben. Und der Baudirektor kann versichern, dass er sich im Verwaltungsrat auch entsprechend einsetzt. Das sind also nicht einfach nur Lippenbekenntnisse, denn der Axpo Verwaltungsrat und das Management kennen die Haltung des Kantons Zug. Wir haben gerade kürzlich über die Eigentümerstrategie beschlossen im Regierungsrat bezüglich Axpo und haben das wieder erwähnt, auch was Nachhaltigkeit, Ökologie, Gesellschaft und Wirtschaft anbelangt, haben wir ein klares Zeichen an die Axpo gegeben.
Vorreiterrolle der Axpo. Natürlich ist diese jetzt auf die Probe gestellt. Man darf aber immerhin darauf hinweisen, dass die Axpo *der* Konzern ist, der in die erneuerbaren Energien mit Abstand am meisten – Hunderte von Millionen – investiert hat. Vor Fukushima! Es ist also nicht so, dass es dieser Gesellschaft wurst ist, was mit erneuerbaren Energien passiert, sondern sie investieren kräftig auch in diesem Bereich.
Zur Solarenergie, die Axpo sei mitverantwortlich, kein Fortschritt. Da muss aber der Baudirektor mit dem Finger auf die Politik zeigen. Die ist genauso, wenn nicht sogar noch mehr verantwortlich. Vor Fukushima hatte man doch eine klare Strategie, alle Parteien, zumindest die bürgerlichen. Die waren sich klar einig: Rahmenbewilligungsgesuche, Kernenergie und nichts Anderes. Da hat man der Strombranche klar gezeigt, in welche Richtung das laufen soll. Da jetzt der Axpo diesen Vorwurf zu machen, ist nicht unbedingt gerechtfertigt.
Deutschland wurde angesprochen. Martin Stuber weiss, wie es in Deutschland läuft. Das Land hat nicht 20 % mit Kernenergie abgedeckt, nur etwa 17 %. Viel weniger als die Schweiz. Da ist erstens mal einfacher, einen Ausstieg zu organisieren. Aber was macht Deutschland. Es baut Kohlenkraftwerke dem Teufel ein Ohr ab. Die sind in Planung und im Bau, die sind bewilligt, und das sind CO2-Schleudern. Das macht Deutschland. Mit der Windenergie macht es auch Einiges. Und was machen sie jetzt? Sie haben ein Delta und sie importieren den Strom aus der Tschechei. Dort sind alte Kohlenkraftwerke wieder aufgeschaltet worden und von solchen Schleudern wir in Deutschland Strom importiert. Das ist auch nicht unbedingt das Gelbe vom Ei. Man muss einfach immer alle Fakten sehen.
Das Management möchte Heinz Tännler wirklich in Schutz nehmen. Er hat sich jetzt ein Bild davon machen können. Die erneuerbaren Energien nehmen im Ver-

waltungsrat und im Management eine zentrale Rolle ein. Aber es ist doch Aufgabe der Strombranche, auf gewisse Umstände hinzuweisen. Denn die Strategie des Bundes ist natürlich auch nicht so glasklar. Die wissen auch nicht genau, in welche Richtung es geht. Man spricht davon, 2015 solle man keine Bedarfssteigerung mehr haben und dann komme der Absenkungsplan. Wie das funktioniert, weiss niemand im Bundesamt für Energie. Das geben sie offen zu. Und dann ist es verantwortungsvolles Handeln, wenn die Strombranche oder ein CEO zumindest den Finger hebt und sagt: Passt auf, es könnte auch noch in diese Richtung gehen. Aber CEO Heinz Karrer verschliesst sich dieser neuen Strategie überhaupt nicht. Er hat die Aufgabe, dass diese 4'000 Arbeitnehmenden bei der Axpo auch morgen noch einen Job haben. Und dass wenn dieser Ausstieg vollzogen wird, das so geschieht, dass er funktioniert.
Karin Andenmatten hat von der Unabhängigkeit vom Ausland gesprochen. Sie muss der Baudirektor auch aufklären. Die Strategie der europäischen Staaten mit Ausnahme von Frankreich und einem zweiten Staat basiert auf Importen. Die Strategie des Bundes basiert ebenfalls zu einem grossen Teil auf Importen. Auch Italien, Österreich bis zu den nordischen Staaten: Import. Woher soll dann dieser Strom kommen? Jemand muss ihn produzieren und liefern. Die Strategie des Bundes ist: Kernenergieausstieg, aber für das Delta kommen die Gaskombikraftwerke und dort haben wir die CO2-Problematik. Die Axpo hat in Italien zwei Gaskombikraftwerke. Da interessiert es den Schweizer nicht, ob da CO2 produziert wird oder nicht. Wichtig ist, dass er den Strom hat.
Weiter hat Karin Andenmatten die Interessenkollisionen angesprochen. Heinz Tännler hat ZUDK-Sitzung gehabt und da haben wir den Direktor des Bundesamts für Umweltschutz dabei gehabt vor etwa drei Tagen. Der hat uns drei Stunden lang erklärt über Umwelt- und Naturschutz und all diese Anliegen. In der Diskussion – Umweltschutz versus Energie versus Infrakstruktur – hat man klar gesehen, dass es da noch Riesenprobleme gibt, die auf uns zukommen. Wie soll man mit diesen Interessenkollisionen umgehen? Denn das grösste Problem ist die Infrastruktur. Wenn wir dann Leitungen bauen müssen – ob im Boden oder nicht im Boden – beginnen dann die Diskussionen. Man muss hier einfach ein wenig realistisch bleiben. Aber wir unterstützen diese Strategie des Bundes.
Adrian Andermatt hat das Technologieverbot angesprochen bezüglich Kernenergie. Der Regierungsrat hätte diese Haltung auch unterstützt, aber das ist jetzt obsolet. Die Parlamente haben jetzt anders entschieden. Das Technologieverbot ist vorerst mal sakrosankt und somit tragen wir diesen Punkt mal mit.
Voreiligkeit hat er gesagt. Da muss ihm der Baudirektor schon ein wenig recht geben. Er hat diese Voreiligkeit mit folgendem Beispiel erklärt. Wenn Sie als Jumper auf die Brücke X stehen und dort an einem Wettbewerb mitmachen, so haben Sie einen dünnen Faden, der Sie halten soll. Dann fragen Sie wahrscheinlich, geht das überhaupt, funktioniert das, hält mich dieser Faden? Der Organisator sagt Ihnen dann: Wir können es mal versuchen, wir sehen es dann, ob dieser Faden hält. Es geht so ein wenig in diese Richtung, und da vermisst Heinz Tännler schon etwas die Grandezza und die Ruhe, bei einem so wichtigen Thema nicht unbedingt innert sechs Wochen die Strategie zu nageln. Da kommt sicher noch sehr viel Arbeit auf uns zu. In dieser Strategiearbeit wurde die Strombranche nicht abgeholt. Mit ihr hat man nicht gesprochen. Mit den Kantonen hat man über einen grossen Teil, was den Gebäudebereich anbelangt, wo sie auch zuständig und verantwortlich sind, nicht gesprochen. Das ist eine Strategie, die in Bundesbern im Bundesamt für Energie erarbeitet worden ist.
Philip C. Brunner hat gefragt wie die Axpo heute stehe. Das ist eine wichtige Frage. In der Axpo steht eine Umorganisation an und wir müssen Leute entlassen. Wir

werden rote Zahlen schreiben. Der ganze Handel ist komplett eingebrochen. Es ist ein total schlechtes Geschäft. Projekte müssen wir einstampfen, wir können sie nicht umsetzen, weil wir das Geld nicht haben. Die Rahmenbedingungen für den Axpo-Konzern und die ganze Strombranche sind unklar. Wir wissen nicht, wo wir stehen. Das ist natürlich ein schwieriges Geschäften in einem solchen Umfeld.
Deshalb stellt der Baudirektor zum Schluss dem Rat die Fragen, die man stellen muss im Zusammenhang mit dieser Energiewende. Ist sie realistisch? Wir arbeiten dafür und halten uns an diese Strategie des Bundes. Ist sie wirtschaftlich? Ist sie sicher oder unsicher? Führt es dann zu Kernenergieimporten oder Gaskombikraftwerken? Ist sie stringent? Heute muss man schon sagen: So stringent ist sie nicht, wenn wir auf der einen Seite aus der Kernenergie aussteigen und auf der anderen mit Gaskombikraftwerken CO2 produzieren. Klimaproblematik. Und Adrian Andermatt hat es richtig gesagt: Ist sie demokratisch? Sollte nicht das Volk darüber entscheiden? Das sind Fragen, die man sich stellen darf.

➔ Kenntnisnahme

293 Nächste Sitzung

Donnerstag, 24. November 2011

Protokoll des Kantonsrates

22. Sitzung: Donnerstag, 24. November 2011
Zeit: 8.30 – 11.50 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

294 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: André Wicki, Zug; Thiemo Hächler und Barbara Strub, beide Oberägeri; Martin B. Lehmann, Unterägeri; Walter Birrer und Georg Helfenstein, beide Cham; Leonie Winter, Hünenberg.

295 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Neue Zuger Zeitung einen Jubilar ablichten möchte; dazu braucht es die Genehmigung des Rats.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Die Kantonsratspräsidentin gratuliert dem Gesundheitsdirektor und Ständerat Joachim Eder zu seinem heutigen runden Geburtstag. Lieber Jochi, deine 60 Lenze stehen dir hervorragend. Man ist noch jung mit 60. Vielleicht liegt es ja daran, dass du als Gesundheitsdirektor so gesund lebst. Wir wünschen dir auch weiterhin gute Gesundheit, viel Kraft und Saft, vor allem dann auch in Bundesbern. Mit Freude und ein wenig Hintergedanken überreiche ich dir ein Buch – das beste, das ich in letzter Zeit gelesen habe. Es heisst «Die Diktatur der Gutmenschen – Was Sie sich nicht gefallen lassen dürfen, wenn Sie etwas bewegen wollen». Es zeigt den Unterschied zwischen Emotional- und Sachpolitik auf und soll dich in Bern begleiten.
(Applaus des Rats)

Gesundheitsdirektor Joachim Eder verlässt die Kantonsratssitzung vor dem Mittagessen, weil er in Bern an der Plenarversammlung der Gesundheitsdirektorenkonferenz teilnimmt.

296 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 27. Oktober 2011.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM.
2065.1/.2 – 13833/34 Regierungsrat
2065.3 – 13862 Staatswirtschaftskommission

3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung vom 15. September 2011 (FHZ-Konkordat).
2093.1/.2 – 13926/27 Regierungsrat

4. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Kantonsstrasse F, Alte Steinhauser-/Hinterbergstrasse, Teilstrecke Knoten Alpenblick bis Knoten Chamerried, Gemeinde Cham.
2059.5 – 13920 2. Lesung
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Bustrassee Unterführung Sumpf, Teilstrecke Knoten Chamerried bis Knoten Steinhauser-/ Chollerstrasse, Gemeinden Cham, Steinhausen und Zug.
2060.5 – 13921 2. Lesung
6. Kantonale Ständeratswahl vom 23. Oktober 2011 für die Legislaturperiode 2012 - 2015 (Feststellung der Gültigkeit).
2091.1 – 13922 Regierungsrat
7. Petition der Swiss Taxpayers Association, Zug, betreffend Änderung des kantonalen Steuergesetzes.
2090.1 – 13915 Justizprüfungskommission
8. Budget 2012 und Finanzplan 2012 - 2015 sowie Budget 2012 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.
gedrucktes Budget
2088.1 – 13910 erweiterte Staatswirtschaftskommission
9. Kantonsratsbeschluss betreffend zweiten Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf (KRB Energiebeiträge II).
2066.1/.2 – 13840/41 Regierungsrat
2066.3 – 13908 Kommission
2066.4 – 13909 Staatswirtschaftskommission
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Übertrag von Beteiligungen und Darlehen vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen sowie Aufwertung von Verwaltungsvermögen.
2089.1/.2 – 13911/12 Regierungsrat
2089.3 – 13918 Staatswirtschaftskommission
11. Geschäfte, die an der Kantonsratssitzung vom 10. November 2011 nicht behandelt werden konnten.
12. Motion von Rosemarie Fähndrich Burger betreffend Radweg von Bibersee nach Oberwil, Gemeinde Cham.
1073.1 – 11034 Motion
1073.2 – 11372 Regierungsrat
1073.3 – 13913 Regierungsrat

13. Interpellation von Kurt Balmer und Franz Hürlimann betreffend Verkehrsunfall auf der A4.
    2040.1 – 13744 Interpellation
    2040.2 – 13914 Regierungsrat
14. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden und der Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich.
    2051.1 – 13787 Interpellation
    2051.2 – 13897 Regierungsrat
15. Interpellation von Karin Andenmatten und Anna Bieri betreffend Schülerzahlen im kgm Menzingen.
    2085.1 – 13905 Interpellation
    2085.2 – 13923 Regierungsrat

297 Protokoll

➔ Die beiden Protokolle der Kantonsratssitzungen vom 27. Oktober 2011 werden genehmigt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Protokolle der Sitzungen vom 10. November 2011 noch nicht vorliegen. Sie kommen an der KR-Sitzung vom 15. Dezember 2011 zur Genehmigung.

298 Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2065.1/.2 – 13833/34) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2065.3 – 18862).

Daniel Thomas **Burch** stellt im Namen der Fraktionschefs den Antrag, diese Vorlage nicht noch durch eine Spezialkommission zu beraten. An der Kantonsratssitzung vom 25. August 2011 wurde der Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM an die Stawiko überwiesen. Die Präsidentin wies darauf hin, dass eine Direktüberweisung an die Stawiko erfolgt, weil es sich hier um die Bewilligung eines Budgetkredits in Form einer separaten Vorlage handelt. Das Geschäft wurde hauptsächlich wegen der finanziellen Bedeutung der Vorlage an die Stawiko überwiesen. Gegen die Überweisung an die Stawiko wurde nicht opponiert, ebenfalls verlangte niemand die Beratung dieser Vorlage in einer Spezialkommission. Die Stawiko kam zum Schluss, dass die vorgesehene Investition für den Kanton Zug verkraftbar ist.
Nach der Beratung in der Stawiko hat Philip C. Brunner einen umfangreichen Fragenkatalog als keine Anfrage eingereicht. Aufgescheucht durch diese Fragen und nach zahlreichen E-Mails schlägt nun die Regierung vor, das Geschäft durch eine Spezialkommission zu beraten. Dort soll nun die regierungsrätliche Vorlage faktisch nachgebessert werden.

Wir haben eine Geschäftsordnung und diese gilt es einzuhalten. Was hier abgelaufen ist, trägt alles andere als zu einem effizienten Ratsbetrieb bei. Wenn wir jetzt und heute nicht den Riegel schieben, wird diese Vorgehen Schule machen.
Auswahl, Beschaffung sowie Betrieb und Unterhalt von Kommunikationsmittel sind Aufgabe der Sicherheitsdirektion. Da muss sie Verantwortung übernehmen. Ein «Abschieben» der Verantwortung an den Kantonsrat ist nicht zulässig. Unsere Aufgabe beschränkt sich auf die Freigabe eines Kredits. Es kann doch nicht sein, dass, wie offenbar angedacht, in einer Spezialkommission die Befürworter und Gegner ihre Argumente darlegen und die Kommission dann quasi als Tribunal entscheidet, welches System nun beschafft oder eben nicht beschafft werden soll. Dieser Entscheid muss die Regierung zusammen mit der Polizei fällen.
Wo kommen wir hin, wenn wir beginnen, operative Fragen über die Auswahl von Betriebsmitteln der Verwaltung im Kantonsrat und in Spezialkommissionen zu beraten? Sollen wir in Zukunft über die Wahl der Dienstwaffen, der Einsatzfahrzeuge oder gar über die Uniform entscheiden? Hier geht es ums Prinzip, um die Gewaltentrennung und nicht primär um die Höhe der Anschaffung. Wenn wir diese Trennung nicht vornehmen, beraten wir in Zukunft in einer Spezialkommission, welche EDV-Hardware das AIO zu beschaffen hat, Dell, HP oder Apple. Oder um sich künftig gegen unangenehme Fragen zu wappnen, wird die Direktorin des Innern den Entscheid, welche Firma welche Grundbuchsoftware liefern darf, auch dem Kantonsrat übertragen.
Wie Sie sehen, gibt es wichtige Gründe, dieses Geschäft nicht noch an eine Spezialkommission zur Beratung zu überweisen. Der Sicherheitsdirektor hat Gelegenheit, den Antrag bei der ordentlichen Beratung der Kreditfreigabe begründen. Gelingt es ihm nicht, uns zu überzeugen, weisen wir die Vorlage zurück. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag!

Gregor **Kupper** erinnert daran, dass Daniel Burch eben gesagt hat, es gehe ums Prinzip. Ja, es geht natürlich auch ums Prinzip. Aber es geht um 19 Millionen, die wir sprechen oder eben nicht. Wenn wir die Mittel nicht aufgrund dieser speziellen Vorlage sprechen, müssen wir sie im Rahmen des Budgets sprechen. Auch dann werden Fragen im Raum stehen, ob dieser Betrag angemessen ist und was denn dafür überhaupt geschehen soll. Deshalb hat die Stawiko bereits bei der Beratung des Finanzplans 2009 – 2012 diesen Posten aufgegriffen. Das sind bereits einige Jahre her. Wir sind darauf gestossen aufgrund der Höhe und weil wir nicht wussten, um was es sich dabei handelt. Wir haben gefragt und die Auskunft erhalten, dass es sich um eine Ersatzinvestition handelt und diese eine gebundene Ausgabe darstellen soll.
Mit dem Begriff «gebundene Ausgabe» hat der Stawiko-Präsident zunehmend Mühe. Wir könnten ebenso gut sagen, ein Schulhaus, das ersetzt wird, sei eine gebundene Ausgabe, weil wir unsere Bildung unserem Staat übertragen haben und er dafür zu sorgen hat, dass er die nötigen Mittel bereitgestellt bekommt. Auch da kann man darüber diskutieren, wir haben aber ständig neue Vorlagen in unserem Rat. Es stehen zu viele Fragen im Raum. Philip C. Brunner ist, spät, sehr spät, aber doch nicht zu spät auf den Zug aufgesprungen. Wir sollten die Fragen, die da im Raum stehen, die Argumente und Vermutungen, seriös klären. Wir sollten hier eine Kommission einsetzen – das ist Kommissionsarbeit. Das kann nicht hier im Parlament geschehen, weil es zu umfassend ist. Unsere Sicherheitsdirektion soll die Gelegenheit erhalten, mit ihren Fachleuten die Kommission davon zu überzeugen, die Argumente von Philip C. Brunner zu entkräften oder eben auch nicht. Und dann soll uns diese Kommission einen Bericht erstatten, mit dem wir einen fundier-

ten, sauber abgestützten und seriösen Entscheid fällen können. Wir haben die Verantwortung zu übernehmen über einen Posten von 19 Millionen. Der Votant weiss nicht, wie der Rat das aufgrund der bestehenden Grundlage tun könnte. Wenn wir einen Flop bauen, müssen Sie dem Steuerzahler erklären, wieso Sie aufgrund dieser Unterlagen so entschieden haben. Nehmen Sie die Verantwortung des Parlaments wahr und bestellen Sie die Kommission!

Stefan **Gisler** und der Mehrheit der Alternativen ist ein effizienter und korrekter Ratsbetrieb ein grosses Anliegen. Er schliesst sich Daniel Thomas Burch vollumfänglich an, wenn dieser sagt, dass dieses operative Geschäft grundsätzlich in die Kompetenz der Regierung gehört. Sie hat aus Goodwill und auf Wunsch der Stawiko einen KRB zu POLYCOM präsentiert. Das kann man gut oder schlecht finden. Es ist Tatsache, aber darum wird es auch in Kommission und Rat beraten. Doch wenn, dann bitte mittels korrektem Vorgehen. Der Rat hatte im August die Gelegenheit, eine Kommission für dieses Geschäft zu bestimmen. Wir überwiesen das Geschäft an die Stawiko. Und es wundert den Votanten schon, wenn jetzt Gregor Kupper kommt und seine eigene Kommission und Kommissionsarbeit disqualifiziert. Denn in seinem Bericht steht nichts davon, dass es in eine Spezialkommission gehört hätte. Auch seine Bedenken sind sehr spät und Stefan Gisler weiss nicht, ob sie abgesprochen sind mit der Gesamtstawiko. Damals hätte auch Philip C. Brunner den Antrag stellen müssen, dass eine spezielle vorberatende Kommission dafür gebildet wird. Das hat er nicht getan.
Die Stawiko hat beraten und das Geschäft ist nun reif für die Kantonsratsberatung. Es ist darum unverständlich, dass die Regierung oder die Sicherheitsdirektion aufgrund eines Anliegens eines einzelnen Kantonsrats einknickt, eine zweite Runde drehen will und nochmals eine Kommissionsbestellung auf die Traktandenliste setzen lässt. Stefan Gisler warnt wie Daniel Thomas Burch auch davor, wohin das künftig führen wird. Es wird nämlich ein Präzedenzfall. Wenn einem Kantonsrat das Beratungsergebnis einer vorberatenden Kommission nicht gefällt, wird er mit dem Hinweis auf die heutige Diskussion darauf pochen, dass eine zweite Kommission zu bilden sei. Wir hatten eine ähnliche Diskussion ja schon bei den Geschäften 2059 und 2060. Da ging es um den Busverkehr im Raum Hinterberg/Sumpf. Philip C. Brunner monierte damals, dass diese Geschäfte in die Tiefbaukommission statt in die KöV hätten kommen sollen. Auch da war kein entsprechender Antrag eingegangen. Baudirektor Heinz Tännler sagte damals zu Recht und unwidersprochen, dass der Kantonsrat die Kommission für Geschäfte bestimmt. Wir haben auch da keine zweite Runde gedreht.
Ohne dieses Hin und Her hätten wir POLYCOM im Rat bereits beraten, wären darauf eingetreten oder nicht, hätten zurückgewiesen oder nicht, hätten zugestimmt oder nicht. Bitte respektieren Sie darum den normalen Geschäftsgang und bestellen Sie keine Kommission. Philip C. Brunner oder dem Rat entstehen dadurch keine Nachteile. Wir können den etwas vorschnell zurückgezogenen Vorstoss formal wieder einreichen – oder Philip C. Brunner kann dies tun. Wir werden eine regierungsrätliche Antwort darauf erhalten und sind für die Ratsdebatte, die im Januar stattfinden wird, gut gerüstet und können entscheiden. Sie sehen, wir haben bereits eine zweite Runde gemacht, wir werden nochmals Runden drehen. Das kann kein Beispiel sein für künftige Ratsberatungen.

Thomas **Lötscher** möchte einer allfälligen Verwirrung vorbeugen. Die Präsidentin hat Daniel Thomas Burch als Vertreter der FDP angekündigt. Er hat aber in seiner

Funktion als Fraktionschef für die Fraktionschefs gesprochen und das auch richtig deklariert. Die FDP-Fraktion ist jedoch mehrheitlich für Überweisung an die Spezialkommission.

Philip C. **Brunner** hat sich materiell darauf vorbereitet, dem Rat zu erklären, wieso POLYCOM in eine Spezialkommission gehört. Er kann das jetzt nicht tun und respektiert das. Er dankt dem Stawiko-Präsidenten, der ihm aus dem Herzen gesprochen hat. Es ist tatsächlich so, dass der Votant sehr spät war. Es sind Sachen aufgetaucht, über die vier Stunden lang erzählt werden könnte. Er hat sich gestern auf der Sicherheitsdirektion nochmals Verschiedenes angehört. Am meisten gefreut hat ihn, dass ein Mitglied, das nicht in der SD arbeitet, sondern in der Gesundheitsdirektion, ihm bestätigt hat, dass man guten Grund haben kann, ein Skeptiker zu sein. Sicherheitsdirektor Beat Villiger hat eine grüne Schweizerkarte an die Wand projizierte mit einem roten Punkt und dieser war der Kanton Zug. Damit sollte gezeigt werden, dass wir zuletzt kommen. Der Votant hat in der Debatte gesagt, es sei genau umgekehrt, die rote Fläche rund um den grünen Punkt sei das Problem. Das stimmt doch, wir sind in Europa der rote Punkt. Lesen Sie Artikel 44 des Schengenabkommens. Dort setzt man sich genau mit der Frage des Funkverkehrs in Europa auseinander. Und wir machen jetzt das Falsche.
(Die Vorsitzende erinnert den Votanten daran, dass jetzt über die Überweisung oder Nichtüberweisung an eine Spezialkommission gesprochen wird.)
Der Sicherheitsdirektor hat dem Votanten am 26. Oktober geschrieben: «Aufgrund der von Kantonsrat Philip Brunner eingereichten kleinen Anfrage zu POLYCOM und der scheinbar sich da und dort stellenden Fragen hat der Regierungsrat an der gestrigen Sitzung das weitere Vorgehen besprochen. Es handelt sich in der Tat um eine technisch komplexe Vorlage, die entsprechend mit Fachleuten des Bundes, des Kantons unter Einbezug eines Ingenieurbüros sorgfältig vorbereitet wurde. Die Vorlage wurde gemäss Büro des Kantonsrats nicht an eine Spezialkommission zugewiesen. Die Stawiko hingegen hat das Geschäft zuhanden des Kantonsrats geprüft und zur Annahme an den Kantonsrat verabschiedet. Nachdem nun aber sehr technische Fragen gestellt werden (…), ist es mir lieber, wenn eine Spezialkommission das Geschäft vorberatend prüft und ich hier die Möglichkeit habe, eine umfassende Auslegeordnung vorzunehmen und auch mit Fachleuten die sich stellenden Fragen beantworten kann. Ich möchte auf keinen Fall, dass der Kantonsrat hier mangels genügender Prüfung das Geschäft mit einem unguten Gefühl später behandeln kann.» Wenn Sie keine Spezialkommission einsetzen, so ist das genau gegeben. «Insofern,» schliesst er den Brief, «bitte ich das Büro des Kantonsrats, hier eine Spezialkommission zu bestellen.» Dem bleibt nichts mehr anzufügen.

Martin **Stuber** weist darauf hin, dass es hier um einen happigen Betrag geht. Wenn wir von einer halben Million sprechen würden, hätten wir diese Diskussion nicht. Es geht um fast 20 Mio. Franken. Bei diesem Betrag möchte der Votant sicher sein, dass es keine Fehlinvestition ist. Zum Votum von Daniel Thomas Burch ist zu sagen: Wenn das so sicher wäre, wieso ist denn das Geschäft überhaupt in den Kantonsrat gekommen? Als Martin Stuber dieses Votum gehört hat, hat er innerlich den Kopf geschüttelt und gedacht: Wir haben das jetzt aber auf dem Tisch. Seine Argumente würden alle zutreffen, aber dann müsste die Regierung das auch nicht bringen. Sie hat es aber gebracht und damit müssen wir uns jetzt auseinandersetzen. Und der Votant ist eigentlich froh, denn es könnte sein, dass es vielleicht doch eine Fehlinvestition ist. Es ist ein weitreichender Systementscheid. Eine knappe

Minderheit unserer Fraktion ist für eine Spezialkommission. Leider war der Votant nicht an der letzten Fraktionssitzung, weil er krank war, sonst wäre der Entscheid vielleicht anders rausgekommen. Das Votum von Stefan Gisler hat ihn fast überzeugt, aber eben nur fast. Denn Martin Stuber glaubt nicht, dass es ein Präjudiz ist. Es braucht ganz starke Argumente, die wirklich Zweifel wecken an einer Vorlage, dass man nachher eine kleine Anfrage macht, und zwar eine ausführliche und offensichtlich gut recherchierte mit interessanten Argumenten und Überlegungen. Es braucht wirklich starke Gründe, dass nachher überhaupt so ein Mechanismus in Gang gesetzt wird und der Rat sich nochmals fragt, ob es vielleicht nicht doch besser sei, das genauer anzuschauen und eine Kommission einzusetzen.
Es gibt drei Fragen, welche diese Kommission klären muss. Die erste ist: Lohnt sich das Warten auf ein neues System? Als Informatiker kann der Votant sagen, dass bei seiner Firma schon sehr viel Geld gespart wurde, indem ganze Systemstände übersprungen wurden. Wenn wir bei uns z.B. Windows-Vista eingeführt hätten, was damals alle wollten, hätten wir sehr viel Geld in den Sand gesetzt. Wir haben gewartet und werden jetzt dann Windows 7 einsetzen. Wir haben einen sechsstelligen Betrag gespart bei uns in der Firma.
Die zweite Frage ist: Lohnt sich die Aufrüstung des bestehenden Systems für die Kommunikation mit POLYCOM und ist es technisch möglich? Die rundherum haben ja alle POLYCOM oder bekommen es noch. Wenn diese Frage in positivem Sinn beantwortet wird, fällt ein ganz zentrales Argument für POLYCOM einfach schon mal weg.
Die dritte Frage ist: Welchen Einfluss hat die schnelle technologische Entwicklung auf die Frage? Denn ist offensichtlich technisch ein veraltetes System.
Machen wir uns nichts vor: Ohne Spezialkommission wird das Geschäft einfach durchgewinkt werden. Der Votant glaubt nicht, dass wir dann nachher wie die alte Fasnacht kommen und sagen können: Wir weisen das jetzt zurück an die Regierung, die sollen das nochmals anschauen. Denn dann sind wir genau gleich weit. Dann wird es nämlich sowieso eine Kommission gegen. Der Grundsatzentscheid, ob wir das näher anschauen wollen oder nicht, fällt heute, hier und jetzt mit diesem Entscheid, ob wir eine Spezialkommission einsetzen wollen oder nicht. Lieber spät als nie!

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass Daniel Burch sagte, wir würden ein gefährliches Präjudiz schaffen. Auch Stefan Gisler hat das gesagt. Aber gerade wenn wir eine Spezialkommission einsetzen, schaffen wir kein gefährliches Präjudiz, sondern halten wir unsere Geschäftsordnung wieder ein. Das jetzige Vorgehen, dass eine Sachvorlage nur von der Stawiko beraten wird, ist das Ungewöhnliche. Hier wäre es wichtig gewesen, sich zu fragen, ob es gebunden ist oder nicht. Das wurde irgendwie zwischendurch entschieden. Das war schon mal ein Fehler. Dann ging es irgendwie an der Geschäftsordnung vorbei an die Stawiko. Wenn wir jetzt eine Spezialkommission einsetzen, machen wir genau das, was unsere Geschäftsordnung vorsieht, nämlich: Sachvorlagen gehören in eine Spezialkommission und werden, wenn sie finanzielle Auswirkungen haben, dann auch von der Stawiko geprüft. Somit wäre die Einsetzung der Spezialkommission das richtige Vorgehen, und wir korrigieren eigentlich nur einen Fehlentscheid des Büros vom Sommer.

Die **Vorsitzende** möchte Heini Schmid berichtigen: vom Plenum und nicht vom Büro!

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** zur Frage, ob gebundene Ausgabe oder nicht. Das haben wir mit der Stawiko besprochen. Grundsätzlich ist es eine gebundene Ausgabe, aber dieser Betrag hat die Stawiko zum Entscheid gebracht, dieses Geschäft in den Rat zu holen. Fairerweise ist aber auch zu sagen, dass es sich nicht nur um eine Ersatzbeschaffung handelt. Wir rüsten auch zusätzliche Organisationen aus. Z.B. die Feuerwehr bekommt im Führungsbereich POLYCOM, der Zivilschutz wird zusätzlich ausgerüstet und weitere kleinere Details.
Es geht ja heute nur um die Einsetzung oder Nichteinsetzung einer Kommission. Der Regierungsrat hat eigentlich nur getan, was der Kantonsrat wollte, respektive die Stawiko. Wir haben die Vorlage ausgearbeitet und der Stawiko vorgelegt. Der Sicherheitsdirektor hat dort Red und Antwort gestanden, wir haben auch noch einen Zusatzbericht des Ingenieurs zugestellt. Jetzt sind Fragen gestellt worden. Der Alleingang ist eine Frage. Gibt es sogenannte Gateway-Lösungen? Das sind grundlegende Änderungsfragen, die eine POLYCOM-Einführung im Kanton Zug sehr erschweren würden. Der Regierungsrat hat dann gesagt: Wir gehen mit dieser Vorlage besser in eine Kommission, dann können diese Fragen dort gestellt werden. Das heisst noch lange nicht, dass die Vorlage nicht seriös vorbereitet worden wäre. Philip C. Brunner hat das gestern auch mitgekriegt in der Kommission, wo Experten des Bundes da waren, die das Projekt Zug explizit als ein sehr gutes Projekt dargestellt haben. Der Präsident der zuständigen Kommission des BABS, Herr Kohlreuter, hat sogar gesagt, sie hätten Erfahrungen in 25 Kantonen und er habe kaum einen Kanton angetroffen, wo so intensiv auch von der Politik her gearbeitet worden sei.
Beat Villiger hat nichts gegen eine Spezialkommission. Aber auch gestern mit Philip C. Brunner wurde klar, dass es keine Alternativen gibt zu POLYCOM. Alles andere wäre unverantwortlich für den Kanton Zug. Wir haben ja heute schon – 750 Mio. Franken kostet dieses Projekt bundesweit – 8 Millionen für das jährliche Betriebssystem. Und wir zahlen mit unseren Bundessteuern heute schon recht viel dazu.
Zum Skeptiker. Natürlich hatten wir auch Fragen. Gestern war das die sechste Projektausschusssitzung. Da sind auch Leute nicht nur von BABS, sondern auch von Astra. Die einzelnen Vertreter der Nutzerorganisationen des Kantons sind dabei. Der Skeptiker hat gestern aber auch zum Schluss noch gesagt, dass er Fragen gehabt hätte, aber am Schluss zur Überzeugung gelangt sei, dass kein Weg an POLYCOM vorbeiführe und er jetzt voll und ganz dahinter stehe, wie auch der ganze Projektausschuss.
Der Regierungsrat stellt sich aber nicht gegen eine Kommission – im Gegenteil. Wenn man diese Auslegeordnung hier machen will, haben wir nichts zu verbergen. Die Zahlen liegen vor. Wir sind schon sehr weit – auch zum Auskünfte geben. Die Standorte sind vorhanden. Aber wir müssen dann auch klar sehen, was für Nachteile für den Kanton Zug entstehen, wenn wir POLYCOM nicht beschliessen. Die sind also dann happig!

➔ Der Rat beschliesst mit 41:26 Stimmen, eine Spezialkommission zu bestellen.

Das Geschäft wird somit zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Markus Jans, Cham, ***Präsident*** *SP*

1.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP
2.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
3.	Peter Diehm, Dorfstrasse 74b, 6332 Hagendorn	FDP
4.	Pirmin Frei, FREI connect, Radgasse 3, Postfach 3377, 8021 Zürich	CVP
5.	Silvan Hotz, Schutzengelstrasse 43, 6340 Baar	CVP
6.	Gabriela Ingold, Ingold Treuhandpartner AG, Zugerstr. 40, 6314 U'ägeri	FDP
7.	Franz Peter Iten, Mülireinweg 14, 6314 Unterägeri	CVP
8.	Markus Jans, Rebacker 9, 6330 Cham	SP
9.	Gregor Kupper, Windenboden 4, 6345 Neuheim	CVP
10.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
11.	Thomas Rickenbacher, Spiess 1, 6330 Cham	CVP
12.	Beni Riedi, Schutzengelstrasse 5, 6340 Baar	SVP
13.	Martin Stuber, Göblistrasse 16, 6300 Zug	AGF
14.	Florian Weber, Hintermettlen 18, 6318 Walchwil	FDP
15.	Thomas Werner, Grossmattstrasse 1, 6314 Unterägeri	SVP

299 Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung vom 15. September 2011 (FHZ-Konkordat)

Traktandum 3.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2093.1/.2 – 13926/27).

➔ Die Vorlage wird zur Beratung sowohl an die Bildungskommission als auch an die Konkordatskommission überwiesen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich die Präsidenten der Bildungskommission und der Konkordatskommission darauf geeinigt haben, dass die Vorlage beiden Kommissionen zur Vorberatung wird. § 21 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats steht einer Bestellung von zwei Kommissionen nicht im Weg. Die Beratungen der Kommissionen sind gemäss § 22 Abs. 4 der Geschäftsordnung nicht öffentlich; es gilt das Kommissionsgeheimnis. Daher verhandeln die beiden Kommissionen grundsätzlich getrennt. Selbstverständlich ist es den beiden Kommissionen dann unbenommen, zu Beginn ihrer Arbeit eine gemeinsame Informationssitzung abzuhalten.

300 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Kantonsstrasse F, Alte Steinhauser-/Hinterbergstrasse, Teilstrecke Knoten Alpenblick bis Knoten Chamerried, Gemeinde Cham

Traktandum 4 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. Oktober 2011 (Ziff. 265) ist in der Vorlage Nr. 2059.5 – 13920 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 62:1 Stimmen zu.

301 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Bustrassee Unterführung Sumpf, Teilstrecke Knoten Chamerried bis Knoten Steinhauser-/Chollerstrasse, Gemeinde Cham, Steinhausen und Zug

Traktandum 5 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. Oktober 2011 (Ziff. 266) ist in der Vorlage Nr. 2060.5 – 13921 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 56:4 Stimmen zu.

302 Kantonale Ständeratswahl vom 23. Oktober 2011 für die Legislaturperiode 2012 – 2015 (Feststellung der Gültigkeit)

Traktandum 6 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2091.1 – 13922) sowie Auszug aus dem Amtsblatt des Kantons Zug vom 28. Oktober 2011 mit den detaillierten Wahlergebnissen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Erneuerungswahlen für die Ständeratswahl zu genehmigen.

➔ Der Rat genehmigt die Gültigkeit der Wahl von Joachim Eder und Peter Bieri in den Ständerat.

Die **Vorsitzende** gratuliert im Namen des Rats den beiden Ständeräten Joachim Eder und Peter Bieri nochmals zu ihrer Wahl und wünscht beiden weiterhin Erfolg, Freude und Ausdauer bei ihrer politischen Arbeit.
(Applaus des Rats)

303 Petition der Swiss Taxpayers Association, Zug betreffend Änderung des kantonalen Steuergesetzes

Traktandum 7 – Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 2090.1 – 13915).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass es nur eine Lesung gibt. Sie verweist auf den Bericht und Antrag der JPK vom 17. Oktober 2011. Die Kommission beantragt, die Petition sei zur Kenntnis zu nehmen und es sei ihr keine Folge zu leisten.

Kommissionspräsident Werner **Villiger** verweist auf den Bericht der JPK.

➔ Der Rat nimmt die Petition zur Kenntnis und leistet ihr keine Folge.

304 Budget 2012 und Finanzplan 2012 – 2015 sowie Budget 2012 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel

Traktandum 8 – Es liegen vor: Gedrucktes Budget sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 2088.1 – 13910).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ab 2012 die neue Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget gilt. Nebst den Budgetzahlen für die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung sind im Budgetbuch neu auch die Finanzplanzahlen sowie die Leistungsaufträge publiziert. Wir danken der Finanzdirektion mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gelungene Aufbereitung des neuen Budgetbuchs. Für das Geschäft zuständig sind im Allgemeinen die Finanzdirektion, im Speziellen dann die jeweiligen Direktionen beziehungsweise die Gerichte. Verfahrensmässig betreten wir Neuland; die Kantonsratspräsidentin zählt auf die Disziplin und Loyalität des Rats.
Beachten Sie bitte für die heute relevanten Verfahrensfragen die Systematik der Vorlage. Auf S. 27 im Budgetbuch finden Sie die fünf Anträge der Regierung. Angaben zum Budget 2012 sind im Budgetbuch immer in der blauen Spalte aufgeführt.
Folgende Hinweise zum Vorgehen. In der Eintretensdebatte können Sie wie gewohnt Ihre Argumente zum Geschäft an sich vorbringen. Bitte sprechen Sie gegebenenfalls sowohl zum Budget als auch zum Finanzplan.
In der Detailberatung folgen wir ab S. 43 des Budgetbuchs der sogenannten institutionellen Gliederung. Wir behandeln Budget und allfällige Leistungsaufträge und beraten zuerst die Gesetzgebenden Behörden, danach direktionsweise und nicht Kostenstelle für Kostenstelle die kantonale Verwaltung. Aber selbstverständlich können Sie bei jeder Kostenstelle einen Antrag stellen. Danach beraten wir die richterlichen Behörden und schliesslich das Budget 2012 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.
Für die Detailberatung sind folgende Punkte wesentlich
1. Wir haben pro Kostenstelle praktisch auf einen Blick die Angaben sowohl zur Laufenden Rechnung als auch zur Investitionsrechnung zur Verfügung sowie bei der Verwaltung in den meisten Fällen auch Leistungsaufträge.
2. Im Finanzplan sind weitere Planjahre 2013 -2015 gerade neben dem Planjahr Nr. 1 (also dem Budgetjahr 2012) dargestellt. Das gilt sowohl für die Laufende Rechnung als auch für die Investitionsrechnung.
Bitte sprechen Sie daher in der Detailberatung sowohl zum Budget als auch zum Finanzplan. Die Vorsitzende erklärt dem Rat dann rechtzeitig, welche Arten von Anträgen Sie stellen können.
Nach dem ersten Block der Detailberatung führen wir zuerst die Abstimmung über die Anträge der Regierung zum Budget 2012 und zu den Leistungsaufträgen 2012 sowie zum Budget 2012 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel durch. Mit diesem Vorgehen behandeln wir dann die Anträge 1, 2 und 3 auf S. 27 im Budgetbuch.
Anschliessend führen wir die Detailberatung weiter in Bezug auf die die Festsetzung des Steuerfusses der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2012 (Antrag 4 auf S. 27 im Budgetbuch) und die Kenntnisnahme des Finanzplans 2012 – 2015 (Antrag 5 auf S. 27 im Budgetbuch).

Gregor **Kupper**: Wenn Sie in Ihrem Haus grössere Arbeiten vorhaben, werden Sie wohl einen Handwerker organisieren. Vielleicht legen Sie ihm 20', 30' oder 50'000 Franken auf den Tisch und sagen ihm: Leg los, du siehst ja selbst, was zu tun ist! Vielleicht gehen Sie die Aufgabe aber auch etwas sorgfältiger an. Sie lassen sich von ihm einen Leistungsbeschrieb und eine Offerte erstellen, führen mit ihm Verhandlungen und wenn Sie sich einig sind, erteilen Sie ihm den Auftrag.
Ersteres haben wir hier in der Vergangenheit getan. Wir haben uns mit einem grossen Zahlenfriedhof in unserem Budgetbuch befasst. Wir haben vielleicht noch darüber diskutiert, ob wir einen Arbeiter mehr oder weniger auf der Baustelle haben wollen (Personalplafonierung). Wir haben uns aber kaum darüber unterhalten, was wir denn eigentlich für das Geld erhalten, wofür wir die Kredite sprechen. Wir haben das im besten Fall vage und in groben Zügen gewusst.
Letzteres tun wir hier heute zum ersten Mal. Unsere «Handwerker» (Regierungsrat und Verwaltung) haben uns detaillierte Leistungsbeschriebe geliefert. Sie haben uns ausgerechnet, was denn diese Leistungen kosten werden. Und heute führen wir hier die Vergabeverhandlung. Wenn wir die Leistungsaufträge – nachdem wir uns darüber geeinigt haben – genehmigen, entstehen daraus die verbindlichen Leistungsaufträge. Wenn wir dann noch das Globalbudget verabschieden, geben wir die entsprechenden Mittel frei und fixieren das Kostendach.
Diese ganzen Umstellungen haben in vor allem zwei Sachen zur Folge. Auf der einen Seite haben wir ein Buch erhalten. Es ist dicker geworden, im Hochformat, aber es hat vor allem einen völlig umgekrempelten Inhalt. Die zweite Sache ist die, dass wir hier im Parlament lernen müssen, umzudenken. Wir werden uns wohl in Zukunft vermehrt mit den Leistungen, die wir vom Staat wünschen und erwarten, befassen, und dann erst in zweiter Linie darauf schauen, was diese Leistungen tatsächlich kosten.
Wir haben in der Stawiko das Buch genau angeschaut. Wir konnten feststellen, dass der erste Wurf als gelungen bezeichnet werden kann. Dafür möchte der Stawiko-Präsident der Regierung, der Finanzdirektion, aber auch der Verwaltung ganz herzlich danken. Wir haben für unsere Arbeit ja – zumindest die Mitglieder, die schon länger im Rat sind – Vorarbeiten geleistet. Wir konnten uns über die Pilotämter an das Gedankengut Pragma gewöhnen. Wir konnten uns in den Kommissionen (Pragma-Kommission und Stawiko) mit dem Gedankengut vertiefter auseinandersetzen. Und Sie alle konnten an den Schulungen bezüglich Pragma teilnehmen, die im letzten Herbst durchgeführt wurden. So gesehen haben wir die Grundlage, dass wir heute tatsächlich das Budget fundiert beurteilen und verabschieden können. Wir haben erstmals im Budget auch die Finanzplanzahlen. Die Stawiko hat deshalb auch nur *einen* Bericht erstattet und wird das auch in Zukunft so halten.
In der Stawiko haben wir vor dem Eintreten auf die Vorlage ausführliche Diskussionen geführt. Der Finanzdirektor hat uns die Vorlage vorgestellt und die wesentlichen Zahlen erläutert. Wir haben intensiv diskutiert über Themen wie Kosten/Leistungsrechnung, den Link zwischen Leistungsaufträgen und Globalbudget usw. Wir sind aber zur Überzeugung gelangt, dass wir Grundlagen haben, auf denen wir einen Entscheid fällen können, auch wenn es da oder dort mit Sicherheit noch Verbesserungsvorschläge geben wird.
Sie haben der Vorlage entnehmen können, dass mit dieser neuen Art der Berichterstattung und der Verabschiedung die Personalplafonierung ab 1. Januar 2012 für die Verwaltung wegfällt. Bei den Gerichten ist eine andere Lösung in Arbeit. Die Stawiko war eher ein wenig enttäuscht, dass die Kosten/Leistungsrechnung nur bei 14 Ämtern eingeführt wurde. Es scheint, dass Sinn und Zweck der KLR als Führungs- und Kontrollinstrument noch nicht überall durchgedrungen ist. Wir haben festgestellt, dass z.B. in der Volkswirtschaftsdirektion sieben Ämter einsehen, dass

sie daraus einen Nutzen generieren können. In der DI sind es im Moment noch keine. Da erwartet die Stawiko, dass sich doch auch Einiges bewegen wird in Zukunft.
Wir haben denn auch in unserem Bericht Forderungen gestellt. Sie sehen diese auf S. 4 in Kapitel 2.7. Wir haben gewünscht, dass die Leistungsaufträge noch optimiert werden. Wir haben festgestellt, dass es teilweise schon fast danach ausgeschaut hat, dass Leistungen gesucht werden mussten, um irgendwie auf einen einigermassen aussagekräftigen Leistungsauftrag zu kommen. Wir haben auch festgestellt, dass teilweise die Gewichtung dieser Leistungen doch sehr unterschiedlich ist. Da ist Optimierungsbedarf vorhanden, ohne dass wir jetzt sagen müssen, die Leistungsaufträge seien schlecht, die bereits schon vorliegen.
Dann haben wir uns etwas schwergetan mit dem Link zwischen Leistungsauftrag und Globalbudget. Es ist so, dass wir so etwas wie einen Pauschalbetrag offeriert bekommen für die Leistungen, die uns der Staat erbringt. Wir haben deshalb versucht, einen pragmatischen Weg zu wählen, wie wir das ganze Thema angehen könnten. Und wir schlagen der Regierung vor, dass sie informationshalber das Globalbudget zumindest herunter bricht auf die einzelnen Leistungsgruppen. Wir werden dann schauen, ob wir da mit den Zahlen zurechtkommen. Aber es wird uns doch vermehrt Einblick geben, wo die Schwerpunkte innerhalb eines Amts sind.
Wir haben angeregt, dass wir eine Zusammenfassung erhalten im Budget über die einzelnen Direktionen. Wir haben eine solche Aufstellung an unseren Bericht gehängt. Der Finanzdirektor hat uns bereits zugesagt, dass das in Zukunft der Fall sein wird.
Wir haben auch angeregt, dass die Kosten/Leistungsrechnung vermehrt eingeführt wird. Und wir haben gewünscht, dass uns die Regierung dazu einen Zeitplan vorlegt, wie sie das einführen will. Wir sind uns selbstverständlich bewusst, dass das nicht mit einem Schlag in allen Ämtern geschehen kann, weil schlicht und einfach die Ressourcen für die Einführung so nicht vorhanden sind.
Wir haben ein Glossar über die Abkürzungen angeregt und gewünscht, dass uns der Baudirektor orientiert über den Stand der Bauprojekte im Bildungsbereich. Er hat zugesagt, anschliessend noch dazu Stellung zu nehmen.
Eintreten auf das Budget war in der Stawiko unbestritten. Der Stawiko-Präsident möchte diesbezüglich vor allem auf den Bericht des Regierungsrats verweisen. Wenn Sie auf den Seiten 13 bis 27 den Bericht des Regierungsrats ausführlich studiert haben, sind Sie über die finanzielle Lage unseres Kantons und über das Jahr 2012 eigentlich umfassend und sehr gut informiert.
Zur Laufenden Rechnung. 2012 schliesst das Budget mit einem Aufwandüberschuss von ca. 4 Millionen ab. 2013 bis 2015 verzeichnet der Finanzplan Aufwandüberschüsse von zwischen 25 und 34 Millionen. Er sieht damit wesentlich besser aus als vor einem Jahr. Die Defizite halten sich in einem Rahmen, den wir als vertretbar betrachten. Obwohl natürlich langfristig das Ziel sein soll, dass wir wieder ausgeglichene Staatsrechnungen haben. Aber wir kompensieren damit ein wenig die guten Überschüsse aus den Vorjahren.
In der Investitionsrechnung fällt auf, dass wir eine unverminderte Investitionstätigkeit haben werden. Wir sind da auf einem sehr hohen Niveau. Uns scheint das richtig zu sein; auch wenn der Selbstfinanzierungsgrad nicht die angestrebten 100 % erreicht, ist es doch sinnvoll, dass wir gerade in diesen Jahren versuchen, unsere Infrastruktur auf einem guten Niveau zu halten. Das spricht für unseren Kanton, für unseren Wirtschaftsplatz, aber auch für die Bedürfnisse unserer Bevölkerung.
Wesentliche Punkte aus der Diskussion in der Detailberatung haben wir im Bericht wiedergegeben. Gregor Kupper verzichtet darauf, das einzeln herunter zu lesen. Wir haben einen einzigen Antrag formuliert, und zwar auf S. 192 bei der Kosten-

stelle Hochbauamt. Da schlägt uns die Regierung einen flächendeckenden Ersatz der Papiershredder vor, weil der Datenschutzbeauftragte meint, dass einzelne Shredder die Bedingungen nicht erfüllen. Wir halten das für übertrieben. Wir sind der Meinung, dass da zwar beim Ersatz oder bei zusätzlichen Beschaffungen diese Richtlinien zu beachten sind, aber dass wir da nicht einfach sämtliche Geräte auf einen Chlapf ersetzen.
Schliesslich standen in der Stawiko auch die Themen auf der Traktandenliste wie Budget Bostadel, die Situation bei der Gebäudeversicherung, der Finanzstatus, die Jahresbericht der GPKs von den Konkordaten. Der Stawiko-Präsident verzichtet darauf, hier den Bericht zu zitieren. Sie können das selbst nachlesen oder haben das vielleicht schon getan. – Die Stawiko beantragt einstimmig, auf das Budget einzutreten und den Anträgen der Regierung – mit Ausnahme der erwähnten Position beim Hochbauamt – zuzustimmen.

Eusebius **Spescha** hält fest, dass die SP-Fraktion auf dieses Budget eintreten und ihm zustimmen wird. – Wir haben ein Budget vor uns, das abzeichnet, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton Zug, in der Schweiz und darüber hinaus relativ unberechenbar ist. Es ist geprägt davon, dass wir zwar nächstes Jahr ein relativ kleines Budgetdefizit vorsehen, aber dass die Defizite in den folgenden Jahren zunehmen werden, soweit wir das heute berechnen können.
Zur Sorge Anlass gibt, dass wir bei den Ausgaben hohe Konstanten haben in der Zunahme, beispielsweise beim NFA oder im Krankenversicherungsbereich. Hingegen haben wir bei den Einnahmen viel grössere Unsicherheiten. Wir wissen nicht, ob wir von der Nationalbank tatsächlich Geld erhalten werden in den nächsten Jahren. Bei den Steuern sind wir ja daran, diese ständig zu senken. Vor daher stimmen uns die Aussichten im Finanzplan nicht unbedingt sehr positiv.
In unserer Fraktionsdiskussion haben wir uns aber vor allem auch mit der neuen Darstellung des Budgets beschäftigt. Es war wohl nicht nur für uns eine grosse Herausforderung, damit zu Recht zu kommen. Zuerst Dank an die Verwaltung, welche dieses neue Buch produziert hat. Sie hat sicher einen sehr grossen Aufwand dafür betrieben, die Sache neu zu formulieren.
Die SP-Fraktion hat sich ja bei der Einführung von Pragma immer wieder kritisch geäussert, dass wir nicht überzeugt sind, dass das nur gut ist und nur Verbesserungen bringen wird. Diese gemischte Einschätzung hat sich bei diesem neuen Budget auch ein Stück weit bestätigt. Der Votant beginnt beim Informationsgehalt. Es ist so, dass wir über das neue Budget auch eine gute Übersicht erhalten über die Tätigkeit der Verwaltung. Und dass wir auf der anderen Seite verschont werden von Budgetdetails, die dazu führen, bei irgendwelchen Kleinigkeiten hängen zu bleiben. In diesem Sinn ist tatsächlich die neue Darstellung auch ein Gewinn.
Auf der anderen Seite ist sie aber auch ein Verlust. Die Reduktion auf eine Zahl pro Amt ist sicher langfristig keine Lösung. Es ist damit z.B. nicht möglich, sich ein Bild zu machen, welche Bedeutung eine einzelne Leistungsgruppe hat. Eusebius Spescha erinnert an das Beispiel, das wir bei der Schulung über Pragma diskutiert haben. Da sind in einem Amt vielleicht fünf oder sechs Leistungsgruppen vertreten, wovon zwei den grösseren Teil des Betrags ausmachen und drei vielleicht mit wenigen Prozenten an dieser Gesamtleistung beteiligt sind. Da ist es schon wichtig, dass wir auch in Zukunft mindestens pro Leistungsgruppe eine Kennzahl haben, um die Entwicklungen zu verfolgen. Der Votant nimmt das Beispiel der sozialen Einrichtungen. Er war damals Kommissionspräsident für das neue Gesetz. Wir haben gesagt, dass es wichtig sei, diese Kostenentwicklung über die Jahre anzuschauen, zu schauen, inwieweit das neue Gesetz oder die neue Aufgabe, die

der Kanton da erhalten hat über den NFA, sich in den Kosten niederschlagen wird. Mit der neuen Budget- und Rechnungsdarstellung werden wir das nie herausbekommen. Es wird immer eine besondere Nachfrage notwendig sein, um hier eine Übersicht zu erhalten. Da unterstützen wir sehr die Forderung der Stawiko, dass man mindestens pro Amtsbereich, pro Leistungsbereich eine Zahl erhält.
Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Kosten/Leistungsrechnung im Aufbau ist. Das ist grundsätzlich erfreulich. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass auch klar geworden ist bei der Pragma-Schulung, dass diese KLR nie vollständig sein wird, wie wir das z.B. in der Privatwirtschaft kennen. Dass z.B. die Overheadkosten nie vollständig abgebildet werden können. Das ist sicher ein Manko.
Zu den Zielsetzungen und Operationalisierungen. Selbstverständlich unterstützen wir es, dass die Verwaltung bemüht ist, klare Zielsetzungen und auch Indikatoren zu formulieren, die dann eine Überprüfung ermöglichen. Im Gegensatz zur Stawiko sind wir aber der Meinung, dass es da auch eine gewisse Vorsicht benötigt. Wir haben den Eindruck, dass da zum Teil Zielsetzungen und Operationalisierungen formuliert werden, die möglicherweise in eine falsche Richtung gehen. Zwei, drei Beispiele sollen das aufzeigen.
Wir haben z.B. bei der Zuger Polizei eine Zielsetzung «ereignisbezogene Information der Öffentlichkeit». Als Zielsetzung ist das nicht schlecht formuliert. Damit kann man leben. Bei den Indikatoren lesen wir dann aber: «260 Medienmitteilungen, 610'000 Zugriffe auf die Internetseite». Da fragen wir uns schon, was der direkte Konnex ist. Ist tatsächlich mit 260 Medienmitteilungen die ereignisbezogene Information der Öffentlichkeit gewährleistet? Oder ist es nicht so, dass wir da einen Medienbeauftragten haben, der pro Arbeitstag mindestens eine Medienmitteilung veröffentlichen muss. Eusebius Spescha stellt sich diesen Menschen vor, der am Morgen durch die Gänge schleicht und alle Leute abfragt: Um Himmels Willen, was könnte ich heute für eine Medienmitteilung veröffentlichen? Damit er dann auf sein Soll von 260 Medienmitteilungen kommt. Benötigt der Kanton Zug tatsächlich so viele Medienmitteilungen?
Als ein anderes Beispiel die Denkmalkommission. «Sitzung der kantonalen Denkmalkommission» ist eine fragliche Zielsetzung. Indikator «Einladung zehn Tage vorher mit Traktandenliste und Protokoll» ist doch eher eine nichtssagende Geschichte. Kultur hat als Zielsetzung «rasche Abwicklung von Beitragsgesuchen» und als Indikator «Eingangsbestätigung innerhalb von einer Woche». Volkswirtschaftsdirektion, öffentlicher Verkehr «Wahrung Interessen des Kantons nach aussen», Indikator «Sitzungsteilnahme Quote 90 %». Man könnte diese Liste beliebig fortsetzen. Das macht der Votant nicht. Es geht ihm auch nicht darum, die Leute, die das verfasst haben, jetzt lächerlich zu machen. Aber es wird sicher eine Aufgabe der Verwaltung und insbesondere des Regierungsrats sein, darauf zu achten, dass bei den Zielsetzungen und Indikatoren tatsächlich relevante Aussagen entstehen und wir da nicht eine Pseudooperationalisierung betreiben. In diesem Sinn vielen Dank für dieses erstmalige Werk. Da ist sicher Vieles gelungen. Aber Danke auch, wenn Sie daran bleiben und das weiter entwickeln. Es könnte noch gelungener werden.

Andreas **Hürlimann** weist darauf hin, dass es eine Errungenschaft von Pragma (Führung mittels Leistungsauftrag und Globalbudget) ist, dass wir uns von der reinen Input-Steuerung, also den blanken finanziellen Budget-Diskussionen, verabschieden. Mit der jetzt umgesetzten outputorientierten Steuerung können wir von qualitativen Zielvorgaben und Messgrössen Kenntnis nehmen. Die transparente Auflistung der gesetzlichen Handlungsgrundlagen und der wesentlich zu erbrin-

genden Leistungen schaffen Vertrauen. Endlich sieht man kompakt zusammengefasst, was die wichtigsten Handlungsfelder und Ziele einer Verwaltungseinheit sind. Zudem ist für uns Kantonsräte, ja für die ganze Bevölkerung, auch auf den ersten Blick ersichtlich, auf welche rechtlichen Grundlagen die einzelnen Verwaltungseinheiten ihr Handeln stützten. Diese Transparenz ist hoch zu gewichten und wurde im Kanton Zug pragmatisch umgesetzt.
Auch wir als alternative grüne Volksvertreterinnen und -vertreter haben zugunsten von vernünftigen und wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen ein hohes Interesse an einer kompetenten, leistungsorientierten und modernen Verwaltung. Natürlich braucht diese Verwaltung genügend durch die Politik zur Verfügung gestellte Mittel. Nur so kann sie mit den richtigen und qualifizierten Leuten ihren Auftrag erfüllen. Mit Pragma haben wir hier – das ist die persönliche Überzeugung des Votanten – einen Schritt in die richtige, zukunftsweisende Richtung gemacht.
Der Kantonsrat soll seinen strategischen Einfluss aber weiterhin vor allem via Gesetzgebung geltend machen und nicht in die operative Führung der Ämter mittels Detailkorrekturen bei Leistungsaufträgen einwirken oder mitwursteln. Auch wenn diese nur als Ganzes genehmigt oder abgelehnt werden können, ist eine strikte Trennung von operativen und strategischen Belangen nach wie vor wichtig.
Der Rat gibt die strategischen Leitplanken mittels der Gesetzgebung, und die Regierung setzt dies um. Denn die langfristig orientierte, strategische Steuerung durch das Parlament geschieht in erster Linie über die Gesetzgebung.
Für Andreas Hürlimann stehen beim jetzigen Budget 2012 mit Leistungsauftrag und Globalbudget drei Ziele im Zentrum:
1. Die erhöhte Transparenz für die politischen Entscheider.
2. Der grössere Handlungsspielraum für die Verwaltung.
3. Die Bevölkerung wie auch die Wirtschaft profitiert von modernen, zeitgemässen und effizient erbrachten Leistungen der öffentlichen Hand

Der währen der Pragmadebatte im Rat öfters gefallene Begriff des grösseren Handlungsspielraums muss dann aber auch ernst und konsequent durchgezogen werden. So darf dieser Spielraum nicht durch neu vorgeschriebene, rein operative Führungsinstrumente (wie ein unüberlegtes, flächendeckendes und womöglich sogar öffentliches KLR-Reporting) wieder zunichte gemacht werden.
Die AGF war immer kritisch gegenüber der neuen Verwaltungsführung eingestellt. Wir befürchten Sparanträge nach der Rasenmähermethode ohne Begründung. Es wurde versprochen, auch im Kantonsrat differenziert zu budgetieren – wir werden dies überwachen.
Der Finanzdirektor plant in den nächsten Jahren Defizite mit zweistelligen Millionenbeträgen. Die NFA-Kosten steigen, die Nationalbankgewinne von jährlich 24 Mio. sind unsicher, die Unternehmenssteuerreform des Bundes führt anders als von den bürgerlichen Befürwortern behauptet zu massiven Verlusten, auch für die Kantone. Die AGF sieht sich daher bestätigt, dass es am 27. November 2011 ein Nein zur unwirksamen und finanzpolitisch falschen Steuergesetzrevision braucht. Jeder Familie leuchtet ein, dass wenn sie rote Zahlen vor sich hat, nicht noch freiwillig auf Löhne verzichtet. Zug darf seine Finanzen auch nicht aufs Spiel setzen. Nur der Kanton Zug will auch in so unsicheren Zeiten gewinnstarke Aktiengesellschaften mit jährlich 40 Mio. beschenken und verzichtet so auf einen wesentlichen Betrag in sehr, sehr unsicheren wirtschaftlichen Zeiten.
In vielen Kantonen folgen den Steuersenkungen nun Sparpakete zu Lasten der Bevölkerung. Einige Kantonsräte in Zug liebäugeln bereits heute mit Sparmassnahmen auch in Zug. Davor warnt die AGF. Statt Einnahmen mindern muss Zug das Geld für zahlbares Wohnen, tiefe Gesundheitskosten und Infrastrukturbau investieren.

Die in unserer Fraktion diskutierten Punkte zum Budget ergaben keinen Anlass, an dieser Stelle Leistungsaufträge nicht zu genehmigen. In diesem Sinn sind wir für Eintreten auf das Budget 2012 und nehmen vom Finanzplan Kenntnis.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass die SVP-Fraktion das Budget 2012 und die Finanzplanzahlen in ihrer neuen Form der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget zur Kenntnis genommen hat. Sie erfreut darüber, dass das Budget lediglich ein Defizit von 4 Mio. Franken vorsieht, auch wenn dieses in erster Linie auf substanzielle Einmaleffekte zurückzuführen ist. Für die weiteren Planjahre steigt das Defizit allerdings auf 25 bis 34 Mio. Franken an, was aber noch immer substanziell unter den im letzten Jahr budgetierten Defiziten von über 70 Mio. Franken liegt. Wie bereits von den Vorrednern erwähnt, ist auch die SVP nicht erfreut über die weiter steigenden NFA-Beiträge des Kantons Zug, welche mit über 260 Mio. Franken im kommenden Jahr einen neuen Höchststand erreichen.
Die Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget, wie sie vom Zuger Stimmvolk mit 85 % Zustimmung beschlossen wurde, bringt verschiedene Vor- wie auch Nachteile mit sich. Ein gewichtiger Nachteil für uns Parlamentarier ist, dass eine detaillierte Plausibilisierung der Globalbudgets durch die Stawiko-Delegationen ohne eine Kosten- und Leistungsrechnung kaum möglich ist. Obwohl bereits ein Viertel aller Ämter eine KLR eingeführt haben, gibt es Direktionen, in welchen noch kein einziges Amt eine KLR eingeführt hat. Die SVP stört sich an diesem Zustand, denn so kann der Link zwischen einer Leistungsgruppe und der dafür notwendigen Finanzmittel kaum hergestellt werden. Entsprechend schliesst sich die SVP der Forderung der Stawiko an, dass die Regierung im kommenden Jahr in weiteren Ämtern eine KLR einführt.
Ein weiterer Punkt, welcher auf das Budget 2013 hin verbessert werden sollte, sind die zum Teil sehr vage gehaltenen Zielgrössen. Während gewisse Ämter vor allem mit absoluten, eindeutig messbaren Zielgrössen arbeiten, verwenden andere Ämter vor allem relative Zielgrössen, welche durch die Parlamentsvertreter ohne die Definition der absoluten Grosse von 100 % nicht verifiziert werden können. Auch hier erwartet die SVP-Fraktion, dass diese Mängel in den entsprechenden Ämtern bis zum nächsten Budget korrigiert werden.
Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf das Budget 2012 und unterstützt – neben den oben erwähnten Forderungen an den Regierungsrat – auch den Antrag der Stawiko in der Detailberatung einstimmig.

Gabriela **Ingold** hält fest, dass die FDP-Fraktion einstimmig Eintreten auf die Vorlage beschlossen hat und dem Budget 2012 in der Version der Stawiko zustimmt. Gestatten Sie uns dennoch folgende kritische Bemerkungen.
Die Einführung der Globalbudgets mit Leistungsaufträgen erweist sich als grosse Herausforderung. Nicht nur für die jeweiligen Direktionen und Ämter, sondern auch für den Kantonsrat. Die Leistungsaufträge sind unserer Ansicht teilweise zu grobmaschig abgefasst. Der Nachvollzug der Zielsetzungen und des damit zusammenhängenden Erreichungsgrades gelingt oft nicht. Aus diesen Gründen müssen die Leistungsaufträge auf das Budget 2013 entsprechend ergänzt werden.
Weiter nehmen wir nur zähneknirschend zur Kenntnis, dass die Regierung von ihrer Finanzstrategie abweicht und bei den Personalstellen statt 1,1 % nun 2 % Wachstum kalkuliert. Wir goutieren es nicht, dass die Teuerung von 0,8 %, welche effektiv nicht gewährt werden muss, nun einfach zum Wachstum dazugeschlagen wird. Ungenügend erachten wir weiter die Quote von nur einem Viertel der Ämter

mit einer Kostenleistungsrechnung. Wie im Stawikobericht ausgeführt wird, findet es der Regierungsrat nicht sinnvoll, eine KLR gegen den Willen eines Amtsleitenden einzuführen. Hallo, wo sind wir da? Mit diesem Jekami kommen wir nicht weiter. Die KLR ist einerseits ein wichtiges Führungsinstrument für die Regierung und hat andererseits den Nebeneffekt, dass wertvolle Benchmarks verfügbar sind. Es wird ersichtlich, was uns eine Leistung kostet. Wir unterstützen deshalb voll und ganz die Forderung der Stawiko, bei weiteren Ämtern eine KLR einzuführen, denn es gilt, das System flächendeckend zu verfeinern.
Bezüglich des Finanzplans 2012 - 2015 ist es der FDP ein Anliegen, wieder einmal an diesen Rat zu appellieren. Wir dürfen der Verwaltung nicht laufend neue Aufgaben aufbürden. Das Wachstum gemäss Finanzplan ist enorm. Von 2011 bis 2015, also innerhalb von fünf Jahren, steigt der betriebliche Aufwand um sage und schreibe rund 175 Millionen oder um 13,5 %. Um strukturellen Problemen vorzubeugen, bitten wir die Regierung deshalb, diese Werte gut im Auge zu behalten und die effektiven Ausgaben der laufenden Entwicklung anzupassen.

Karin **Andenmatten** hält fest, dass die CVP vom Budget 2012 sowohl die Form wie auch den Inhalt sehr positiv aufgenommen hat. Die neue Gestaltung der Berichte und Budgets mit Leistungsaufträgen und Globalbudgets ist übersichtlich und leserfreundlich. Die CVP bedankt sich für diese optimale Umsetzung der Pragmaleitlinien beim Pragmateam der Finanzdirektion, aber auch bei der Pragmakommission und bei der Stawiko.
Der Stawiko danken wir ferner für die wertvollen Ergänzungen und Anregungen in ihrem Bericht. Wir unterstützen ebenfalls die Forderung nach einer flächendeckenden Einführung der KLR, die den Stawikodelegationen zur Verfügung zu stellen ist. Es ist zwar nachvollziehbar, dass die KLR-Einführung mit den beschränkten Ressourcen, die in der Finanzdirektion für die Beratung der Ämter zur Verfügung stehen, nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Wenig Verständnis haben wir aber, wenn ein Amtsleiter heute keine Auskunft über die ungefähren Kosten der einzelnen Leistungsgruppen geben kann. Als Budgetverantwortlicher für sein Amt sollte er doch zumindest einen Überblick über die direkten Kosten für die einzelnen Leistungsgruppen haben. Letztlich ist es doch Teil seiner Führungs- und Budgetverantwortung, zu wissen, welchen Aufwand seine Leistungen generieren. Wir CVP-Kantonsräte wollen jedenfalls wissen, was wir zu welchem Preis erhalten.
Was für die Verwaltung gilt, sollte übrigens auch für die Gerichte gelten. Es ist zu wünschen, dass auch die Judikative möglichst bald Kostenstellen und -träger einführt. Insbesondere für das Obergericht, welches grundsätzlich verschiedene Arten von Leistungen in den Bereichen Rechtssprechung, Aufsicht und Gesetzgebung erbringt, hat der Kantonsrat ein legitimes Interesse daran, zu wissen, welche Kosten die einzelnen Leistungsgruppen verursachen.
Die CVP dankt der Stawiko insbesondere auch für die Beilage 2 im Bericht, die Personalstellenübersicht. Wir möchten auch mit Globalbudgets weiterhin ein Auge darauf zu halten, wie sich der Stellenetat der Verwaltung entwickelt, zumal die Personalkosten immer noch einen beachtlichen Teil der Ausgaben darstellen.
Zum Budget und zum Finanzplan. Die Finanzlage des Kantons ist über die Planperiode zwar nicht mehr rosig, aber immer noch solide. Das budgetierte geringfügige Defizit 2012 konnte gegenüber 2011 gesenkt werden, trotz 14 Millionen höherem Aufwand bedingt durch die neue Spitalfinanzierung, trotz einer unakzeptablen erneuten Erhöhung des NFA Beitrags um 22,5 Millionen und trotz Verzicht auf Reserveentnahmen.

Wir sind weiterhin auf dem richtigen Weg, auch mit der aktuellen Steuergesetzrevision. Mit Blick auf den Finanzplan stellt die CVP denn auch mit Genugtuung fest, dass die Finanzen des Kantons Zug auch in den kommenden Jahren solide sein werden. Dank der gegenwärtigen Liquidität von über einer Milliarde Franken werden wir in Zukunft auch mal ein Defizit verkraften können. Die CVP ist einstimmig für Eintreten auf das Budget, genehmigt die Leistungsaufträge und wird den Kürzungsantrag um 230'000 Franken im Hochbauamt unterstützen. Den Finanzplan haben wir zur Kenntnis genommen und wir genehmigen auch das Budget der Strafanstalt Bostadel und den Steuerfuss für von 82%.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** dankt zuerst für die grundsätzlich positive Aufnahme des neuen Budgets zusammen mit dem Finanzplan. Es war für die Verwaltung eine doch grosse Herausforderung, von der bisherigen Rechnungslegung auf dieses System umzustellen – und das fast verwaltungsdeckend. In diesem Zusammenhang kann der Finanzdirektor auch der vorberatenden Pragma-Kommission danken für die konstruktiven Hinweise und Empfehlungen, aber auch der Stawiko, die uns geholfen haben, die wichtigen Eckpunkte zu setzen.
Der erste Schritt ist gelungen. Sie haben heute im Gegensatz zu früher nicht nur Zahlen, die Ihnen Auskunft geben, wie viel wir für Löhne, Spesen oder Drittaufträge und Leistungseinkäufe ausgeben, sondern Sie haben zu diesen Zahlen heute einen definierten Warenkorb. Dieser ist wirklich gross und er setzt sich aus den verschiedenen Gruppen mit dem jeweiligen Leistungsauftrag zusammen. Es ist heute in den meisten Fällen so, dass eben die einzelne Leistungsgruppe nicht genau definiert ist, weil es im Globalbudget zusammengefasst ist. Das ist im Finanzhaushaltsgesetz so definiert worden. Dort heisst es, dass die Leistungen im Globalbudget konsolidiert und pro Verwaltungseinheit präsentiert werden. Das ist der Auftrag gemäss Finanzhaushaltsgesetz.
Wir haben aber den Wunsch oder den Auftrag, den die Stawiko formuliert hat und der auch heute mehrfach stipuliert worden ist, verstanden und aufgenommen. Es wird jetzt an uns liegen, Ihnen entsprechend Vorschläge zu machen, wie wir der gewünschten Zunahme an Transparenz nachkommen können. Das sollte aber fundiert geschehen. Wir möchten das nicht einfach übers Knie brechen und jetzt pro Leistungsgruppe einen entsprechenden Beitrag hinschreiben, der dann wieder nicht vergleichbar wäre von Direktion zu Direktion. Sondern es muss so sein, dass wir wieder eine Basis legen, auf die wir aufbauen können. Das möchten wir konzeptionell andenken. Peter Hegglin wird dann im Namen des Regierungsrats – weil er natürlich die Haltung seiner Kollegen abholen möchte – der Stawiko entsprechend Vorschläge machen.
Es wurde mehrmals gesagt, die Aussagekraft der Leistungsaufträge sei auch noch zu überarbeiten und anzupassen. Das ist jetzt ein erster Wurf. Wir waren auch gefordert, die Systematik etwa einheitlich zu halten, die Struktur bei den Leistungsaufträgen mal so zu formulieren, dass es Sinn macht, das Buch aber nicht allzu dick wird. Deshalb haben wir die Ämter auch eingeschränkt, dass sie nicht zu viele Leistungsgruppen definieren und sich in der Formulierung möglichst präzis fassen, damit Sie es auch noch lesen können. Beispiele von anderen Kantonen sind noch wesentlich umfassender – so umfassend, dass man wahrscheinlich das Wesentliche nicht mehr findet. Das ist der erste Wurf und wir sind uns einig, dass man darauf aufbaut. Und wenn Indikatoren oder Ziele gesetzt wurden, die nicht sehr aussagekräftig sind, so kann man diese im nächsten oder übernächsten Jahr verbessern. Wir sind ja sowieso gehalten, noch ein zweites Budgetbuch zu erstellen, bevor wir dann erstmals Rechenschaft ablegen. Bis dann zur Rechnung 2012

Bericht erstattet wird, müssen wir ja vorgängig noch ein Budget 2013 vorlegen. Aber wir versuchen, das laufend zu verbessern, wie wir das in der Vergangenheit immer wieder getan haben.
Zur Einführung der Kosten/Leistungsrechnung. Der Finanzdirektor hat eine Person in seiner Direktion, die sich mit diesem Thema befasst. Von daher ist es auch gar nicht möglich, das sofort flächendeckend zu machen. Deshalb auch immer die Aussage: Wir haben es dort zuerst eingeführt, wo es auch Sinn macht, Kosten/Leistung zu verrechnen. Dass wir z.B. einen Gradmesser haben, wo Gebühren eingeführt werden, ob die Gebührenhöhe dem Aufwand entspricht. Deshalb die punktuelle Einführung. Auch nach Finanzhaushaltsgesetz ist die Kompetenz zur Einführung der KLR beim Regierungsrat. Wir haben die Forderungen gehört und werden uns auch dazu Gedanken machen, das in irgendeiner Form auch flächendeckender umzusetzen.
Zu den Zahlen. Es ist richtig, dass wir wirtschaftlich momentan keine ganz sichere Situation haben. Wir haben vorgängig unseren Finanzplan und die langfristige Perspektive des Kantons durch BAK Basel eruieren lassen. Wir haben diese Zahlen einfliessen lassen, es aber doch nicht so positiv angenommen wie BAK Basel, vor allem im langfristigen Bereich. Dort sind ihre Zahlen positiver als unsere – und das mit Einrechnung der Steuergesetzrevision, die am nächsten Sonntag ansteht. Dass die Defizite im Finanzplan am Horizont zunehmen, ist vor allem damit verbunden, dass wir viele Investitionen tätigen oder planen zu tätigen. Und die Zunahme dieser Investitionen generiert höhere Abschreibungen. Der Finanzdirektor ist überzeugt, dass wir notwendige Infrastrukturausbauten vornehmen müssen. Wir haben heute die Liquidität und da ist es doch wichtig, dass wir sie in sinnvolle Infrastrukturausbauten umsetzen.
Zu den Gerichten kann Peter Hegglin nichts sagen, sie sind völlig autonom. Wir hüten uns davor, den Gerichten etwas zu sagen.
Zur Stellenentwicklung. Es ist vorgesehen, sie im Bericht des Regierungsrats, in der Rechnung und im Rechenschaftsbericht jeweils vorzuführen. Es wurde richtig gesagt: Wir haben zur Beratung dieses Budgets der Stawiko unsere Stellenübersicht mitgeteilt. Wir werden sie natürlich auch zukünftig führen und nachführen.

EINTRETEN ist unbestritten.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass wir nun das Budgetbuch gemäss der institutionellen Gliederung durchgehen und dann am Schluss die Anträge der Regierung behandeln. Bitte machen Sie bei Kostenstellen *mit* Leistungsauftrag folgende Angaben: Seite im Buch, Kostenstellennummer und Name der Kostenstelle. Nennen Sie bitte bei Kostenstellen *ohne* Leistungsauftrag zusätzlich die Kostenstelle und die betroffene Kontonummer.
Bei allfälligen Anträgen müssen sie jeweils unterscheiden, ob es sich um eine Kostenstelle mit oder ohne Leistungsauftrag handelt. Es sind folgende Anträge möglich:
Bei Kostenstellen mit Leistungsauftrag
– Antrag auf Ablehnung des jeweiligen Leistungsauftrags als Ganzes (§ 7 Abs. 5 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung [Organisationsgesetz] vom 29. Oktober 1998 – BGS 153.1). Ein solcher Antrag ist ein Gegenantrag zum Antrag des Regierungsrats.
– Antrag auf Änderung (Erhöhung oder Senkung) des Globalbudgets der Laufenden Rechnung , also nur des Saldos (§ 7 Abs. 6 Organisationsgesetz). Ein solcher Antrag ist ein Gegenantrag zum Antrag des Regierungsrats.

– Antrag auf Änderung (Erhöhung oder Senkung) der Investitionsrechnung. Ein solcher Antrag ist ein Gegenantrag zum Antrag des Regierungsrats.
Gemäss § 7 Abs. 6 Organisationsgesetz gilt bei den Kostenstellen *mit* Leistungsauftrag bei Änderungen durch den Kantonsrat Folgendes:
– Verweigert der Kantonsrat die Genehmigung eines Leistungsauftrags als Ganzes, legt der Regierungsrat bis Ende Februar des Budgetjahrs einen revidierten Leistungsauftrag samt entsprechendem Globalbudget vor.
– Ändert der Kantonsrat das Globalbudget, kann der Regierungsrat bis Ende Februar des Budgetjahrs einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten.

Bei Kostenstellen *ohne* Leistungsauftrag läuft es wie früher. Sie können folgende Anträge machen:
– Streichung einer Position
– Erhöhung oder Senkung einer Position
Solche Anträge wären dann Gegenanträge zum Antrag des Regierungsrats. Bitte nennen Sie auch hier nebst der Kostenstelle immer auch die Kontonummer.

Baudirektion – Kostenstelle 3060 (Hochbauamt)

Baudirektor Heinz **Tännler** beginnt gleich mit dem Shredder. Wir haben das im Regierungsrat stundenlang diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass wir dem Antrag der Stawiko folgen werden und uns nicht dagegen sperren. Mit dem Hinweis, dass wir uns aber von der Begründung her etwas anders ausdrücken würden. Wir werden diese Shredderproblematik auf die nächste Budgetperiode hin nochmals anschauen und verschiedene Varianten prüfen. Der Baudirektor möchte das transparent darlegen, weil der Datenschutzbeauftragte schon seit Jahren dezidiert der Meinung ist, dass wir hier etwas zulegen sollten. Wir haben aber jetzt eine Verzichtsplanung gemacht und mit Varianten geschaut, dass wir das kostenneutral unter Dach und Fach bringen könnten. In diesem Sinn kann die Regierung dem Antrag der Stawiko zustimmen.
Der Stawiko-Präsident hat die Baudirektion aufgefordert, über den Stand der Arbeiten und Kosten bezüglich Infrastrukturen und Investitionen im Bildungsbereich zu orientieren. Heinz Tännler macht das gern, möchte aber darauf hinweisen, dass er den Stawiko-Präsidenten und den Sekretär vorgängig schon schriftlich bedient hat mit diesen Informationen und gestern auch in der Bildungskommission das Eine oder Andere schon übermittelt worden ist, was der Stand der Dinge in diesem Bereich anbelangt.
Zuerst zur Wirtschafts- und Fachmittelschule SMS/FMS, Hofstrasse, Zug. Dort haben wir einen Projektierungskredit von 5,8 Millionen genehmigt. Der Stand der Arbeiten ist so, dass das Vorprojekt schon längstens abgeschlossen ist. Wir sind mitten im Bauprojekt und können das nächstens beenden. Eigentlich sind wir also startbereit, um in den parlamentarischen Prozess zu kommen. Die Kostenschätzung liegt aktuell bei 81 Millionen. Da haben wir zusätzlich jetzt auch die Möglichkeit, noch das dahinterliegende Grundstück zu erwerben im Abtausch mit der Stadt Zug. Das würde dann einen Sollsaldo zulasten des Kantons von 4 Millionen ausmachen. Das der jetzige Stand. Bitte nehmen Sie aber diese Kosten noch relativiert zur Kenntnis, denn wir sind laufend von Sitzung zu Sitzung daran, noch Kostenoptimierungen vorzunehmen. Es ist mehr als gut möglich, dass wir mit den Kosten noch runterkommen. Objektkredit wird Anfang nächstes Jahr sein hier im Kantonsrat, Baubeginn spätestens 2014, Inbetriebnahme 2016.
Zum kgm mit einem Projektierungskredit von 6 Millionen, hier beschlossen. Stand der Arbeiten ist genau der gleiche wie bei der WMS/FMS. Die Kostenschätzung

liegt aktuell bei 94 Millionen, wobei wir dort auch noch stark an Optimierungsdiskussionen sind und die Kosten auch da noch runterkommen werden. Landkauf und Fernheizungsanschluss kosten 14,8 Millionen. Auch hier werden wir gleichzeitig wie bei der WMS/FMS in den Regierungsrat und den Kantonsrat gelangen. 2014 würde Baubeginn sein und Inbetriebnahme 2016.
Kantonsschule Zug, Lüssiweg, Stand der Arbeiten: Die Machbarkeitsstudie und die vertiefte Machbarkeitsstudie sind abgeschlossen und wir haben dort drei Positionen. Die erste Position wäre ein Objektkredit für drei Turnhallen und Schulprovisorien von 26 Mio. Franken. Dann Kostenschätzung Planungskredit Neu- und Umbauten 6 Mio. Franken und Kostenschätzung Objektkredit Neu- und Umbauten 73 Mio. Franken. Es sieht so aus, dass wir den Objektkredit Turnhallen und Provisorien Ende 2011 im Regierungsrat verabschieden und in den Kantonsrat bringen werden. Die Einreichung Projektierungskredit Neu- und Umbauten soll auch Ende 2011 in den Regierungsrat und den Kantonsrat. Inbetriebnahme Turnhallen und Provisorien ist vorgesehen auf 2014 und Inbetriebnahme Neu- und Umbauten auf 2018.
Noch einige Bemerkungen zum Brückenangebot und zum GIBZ. Das betrifft die Volkswirtschafts- und nicht die Bildungsdirektion. Stand der Arbeiten dort: Wir haben auch vertiefte Machbarkeitsstudien abgeschlossen. Da geht es um das integrierte und das kombinierte Brückenangebot und den Erweiterungsbau GIBZ. Kostenschätzung IBA, Umbau und Sanierung Zugerbergstrasse 22, 12 Mio. Franken. Kostenschätzung KBA, verbunden mit dem Umbau in der GIBZ, 10 Mio. Franken. Kostenschätzung GIBZ, Erweiterungsbau der GIBZ, 12 Mio. Franken. Einreichung Objektkredit anfangs 2012 im Kantonsrat. Inbetriebnahme 2014.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass für die Kostenstelle 3060, Hochbauamt, S. 192, ein schriftlicher Antrag der erweiterten Stawiko vorliegt betreffend Kürzung des Saldos im Globalbudget um 230'000 Franken. Das bedeutet einen neuen Saldo von 32'048'844 Franken. Die Regierung ist mit dem Antrag einverstanden. Da wir keinen Gegenantrag haben, verzichten wir auf eine Abstimmung.

➔ Einigung

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Das Budget 2012 wird inklusive der beschlossenen Anpassung zur Kostenstelle 3060 (Hochbauamt) mit 66:0 Stimmen genehmigt.

➔ Die Leistungsaufträge 2012 werden mit 64:1 Stimmen genehmigt.

➔ Das Budget der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel 2012 wird genehmigt.

➔ Der Rat beschliesst mit 64:1 Stimmen, den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2012 unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze zu belassen.

➔ Der Rat nimmt vom Finanzplan 2012 – 2015 Kenntnis.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass damit Budget und Finanzplan verabschiedet sind. Wir nehmen keine Schlussabstimmung vor, weil kein Fall einer sinngemässen Anwendung von § 59 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vorliegt. Vielen Dank für den speditiven Ablauf dieser Debatte.

305 Kantonsratsbeschluss betreffend zweiten Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf (KRB Energiebeiträge II)

Traktandum 9 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2066.1/.2 – 13840/41), der Kommission (Nr. 2066.3 – 13908) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2066.4 – 13909).

Moritz **Schmid** hält fest, dass die kantonsrätliche Kommission an ihrer Nachmittagssitzung vom 30. September 2011 die Vorlage beraten hat. Es ist die zweite Kommissionssitzung innerhalb von sieben Monaten und die dritte innerhalb von zwei Jahren. Es ist ein klares Zeichen, dass die Anschubfinanzierung in Sachen Massnahmen für geringeren Energiebedarf ihr Ziel nicht verfehlt hat. Die Baudirektion hat einen erneuten Gang vor den Kantonsrat nicht gescheut. Baudirektor Heinz Tännler hat sein Versprechen beide Male eingelöst und sofort nach Feststellung, dass der Rahmenkredit zu Ende geht, dem Kantonsrat eine neue und letzte Vorlage unterbreitet.
Heute debattieren wir über einen weiteren Rahmenkredit von 10 Mio. Franken, was einem Gesamtbetrag von 16 Mio. Franken gleichkommt. Der KRB ist wegen der hohen Nachfrage für die Förderbeiträge zustande gekommen. Das Programm ist ein Anschluss an den KRB Energiebeiträge I, welcher mit ca. 300 Beiträgen ein Investitionsvolumen von ca. 18 Mio. Franken auslöste. Vorgesehen ist die Beibehaltung von drei Beitragsobjekten: Gebäudehüllen, Wärmepumpen und thermische Sonnenkollektoren.
Die Kommission ist nach intensiver Debatte auf die Vorlage mit 11:3 Stimmen ohne Enthaltung eingetreten. In der Detailberatung wurde § 5 Abs. 2 mit dem Teilsatz «und ausserhalb des bestehenden Erdgasnetzes liegen» mit 5:9 Stimmen gestrichen. Eine Ergänzung zu § 6 (neu) ist Abs. 3. mit dem Wortlaut: «Leistet der Bund Beiträge an Sonnenkollektor- und Wärmepumpen-Anlagen, kann der Regierungsrat die kantonalen Beiträge anpassen.» Die Ergänzung wurde von der Kommission einstimmig angenommen.
Die Stawiko erwähnt in ihrem Bericht zu dieser Vorlage, dass sie eine zeitliche Beschränkung des Rahmenkredits vermisst. Sie ist auch der Meinung, dieser Kredit sei keine Anschubfinanzierung mehr und deute auf eine kantonale Daueraufgabe hin. Die Kommission ist klar der Meinung, dass der Rahmenkredit gemäss Finanzhaushaltsgesetz für ein Programm steht, dass das von alleine zeitlich befristet ist. Denn nach Erschöpfung des Kredits wird auch das Programm beendet. Kurzfristige Programme können das lokale Gewerbe auch überfordern. Wer Erneuerungsinvestitionen plant, muss Sorgfalt walten lassen. Die Vollzugsqualität gewinnt, wenn der Kredit nicht zum Vornherein eng befristet ist, wie es bei den ersten beiden der Fall war. Die Stawiko wendet sich im Grund gegen öffentliche Mittel für private Massnahmen, die einem geringeren Energiebedarf dienen. Der vorliegende Antrag ist angemessen und zweckmässig, weil er auch das landesweite, auf zehn Jahre angelegte Gebäudeprogramm sinnvoll ergänzt. Der Nutzung erneuerbarer Energie – Erdwärme und Sonne – ist Vorschub zu leisten; wer die Energiewende nicht nur mit Worten verkünden, sondern mit Taten unterstützen will, muss nachhelfen, muss fördern. Die finanzielle Förderung war schon immer Anreiz, auch privat zu handeln.
An der Schlussabstimmung wurde der Vorlage mit 11:3 Stimmen ohne Enthaltung zugestimmt. Die Kommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den beiden Änderungen der Kommission zuzustimmen.

Gregor **Kupper** meint, Moritz Schmid habe bereits gesagt, was die Stawiko will. Wir haben im Herbst 2009 im Sinne einer Anschubfinanzierung einen Kredit von 4 Millionen gesprochen für den Bereich und haben ihn dieses Frühjahr um 2 Millionen erhöht. Das ist richtig. Das heisst, wir haben mit 6 Millionen angeschoben. Jetzt kommt die Regierung und will uns einen Antrag unterbreiten, nochmals 10 Millionen nachzuschiessen. Die Stawiko ist klar der Meinung, dass wir damit den Bereich einer Anschubfinanzierung verlassen. Es wird langsam aber sicher zur Daueraufgabe des Staats, dass wir Energieförderungsmassnahmen vom Staat her unterstützen, und das wollen wir nicht. Wir wollen, dass es bei der Anschubfinanzierung bleibt. Sie hat zum Zweck, dass Bewusstsein in der Bevölkerung zu wecken. Das ist zweifellos gelungen aufgrund dieser Finanzierung. Es ist aber leider auch gelungen aufgrund des Fukushima-Effekts. Diese Beiträge des Staates entwickeln sich damit einfach zu einem angenehmen Mitnahmeeffekt. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Kosten, die in diesem Bereich bestehen für die Gebäudesanierung usw. auch von der Steuer absetzbar sind und so eigentlich bereits eine Entlastung von Grössenordnung 20 bis 25 % erfahren.
Die Stawiko wollte aber nicht einfach nicht eintreten. Wir haben eine intensive Eintretensdebatte mit einem entsprechenden Antrag geführt. Wir wollten im Sinne der Rechtssicherheit für die Gesuche, die schon vorliegen oder in der Pipeline sind, eben doch sicherstellen, dass diese zumindest noch ausfinanziert werden können. Wir haben deshalb den Kredit auf 3 Mio. Franken reduziert und sehen, dass dieser höchstens noch bis Ende 2012 laufen soll. Wir gehen davon aus, dass die 3 Millionen wahrscheinlich sogar vor dem 31. Dezember 2012 erschöpft sein werden. Aber sie decken immerhin die Projekte ab, die im Moment davon ausgehen, dass sie staatliche Unterstützung erhalten.
Das ist der eine Antrag. Der andere, den Moritz Schmid eben aus Sicht der Kommission formuliert hat, ist die Beschränkung des kantonalen Beitrags auf 20 % unter Einrechnung allfälliger Bundes- und Gemeindesubventionen. Hier schlägt die Kommission eine Kann-Formulierung vor. Wir sind der Meinung, dass diese Einschränkung, dass die Beträge von Bund und Gemeinden anzurechnen sind, zwingend sein muss und dass sie für alle Bereiche gelten soll. Deshalb dieser neue § 6, der entsprechend formuliert ist. Materiell unterscheidet er sich eigentlich nur in der Aussage «kann» oder «muss» vom Kommissionsantrag.
Die Stawiko ist unter Voraussetzung dieser Änderungen auf die Vorlage eingetreten und sie beantragt die Genehmigung, wie sie die Stawiko formuliert hat.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass nun endlich umgesetzt wird, was die SP in den vergangenen Debatten schon immer gefordert hat. Die SP-Fraktion forderte bereits bei der ersten Debatte zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf, den Betrag von 4 auf 8 Mio. Franken zu erhöhen. Selbst als es darum ging, den Kredit nicht nur um 2 Million auf 6 Millionen zu erhöhen forderte die SP, den Kredit um 4 auf 8 Millionen anzuheben. Der Energie- und Baudirektor hat dem Parlament versichert, dass das Geld reiche und es keine Erhöhung brauche. Darauf winkten Sie alle die Forderung der SP Fraktion ab. Für die dritte Vorlage hat der Regierungsrat nun allen Mut auf sich vereint und stellt dem Parlament den Antrag, einen neuen Kredit von 10 Millionen zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf bereit zu stellen. Keine Angst, die SP-Fraktion stellt nicht den Antrag, diesen Kredit zu erhöhen, denn nun handelt es sich endlich um eine realistische Vorlage, die sich auf die Erfahrungen der zwei bisherigen Vorlagen stützt. Also alles rundum erfreulich?

Leider nicht. Die Stawiko lehnt diesen Antrag ab, weil sie nicht nachvollziehen kann, wieso der Regierungsrat jetzt noch einmal 10 Mio. Franken beantragt und den Rahmenkredit ohne zeitliche Beschränkung daherkommt. Die Stawiko ist der Ansicht, dass an der ursprünglichen Idee einer Anschubfinanzierung festgehalten werden soll. Ende der Durchsage. Die Stawiko gibt sich wortkarg und zeigt sich bockig.
Über den Nutzen der Förderungsbeiträge braucht es wohl keine Aufklärung mehr. Der Votant hat dem Rat schon einmal erzählt, dass er sein Haus energetisch und wärmetechnisch saniert. Fenster, Fassade und Dach sind nun saniert, und wie erwartet: Die Heizung läuft fast nur noch mit halber Kraft und das Wohlbefinden in der Wohnung hat sich positiv verändert. Zumindest haben wir hier im Rat Fachleute aus den Fachgebieten Dachdecker, Fassaden- und Fensterbauer, Elektriker, Heizungsinstallateure und viele mehr, die Ungläubigen in Sachen Nutzen von energetischen Massnahmen sicher noch Nachhilfe erteilen könnten.
Im Kanton Zug stehen noch Hunderte von Gebäuden, die früher oder später energetisch saniert werden müssen. Unterstützen wir doch willige Liegenschaftsbesitzer mit Förderbeiträgen und schaffen damit den Anreize, den CO2-Ausstoss zu verringern.
Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und unterstützt die Anträge der vorberatenden Kommission. Den Antrag der Stawiko lehnen wir aber ebenso klar ab, weil wir vom Nutzen des Förderprogramms für geringeren Energiebedarf überzeugt sind.
Zum Schluss noch folgender Hinweis: Der Bundes-, National- und Ständerat haben dem Atomausstieg beschlossen. Wie immer der Ausstieg auch aussieht, müssen wir betreffend Energieverbrauch umdenken. Dazu braucht es verschiedenste Massnahmen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Die Vorlage des Regierungsrats ist eine davon. Das Sparpotenzial beim Energieverbrauch von Liegenschaften ist auch im Kanton Zug enorm. Der Regierungsrat zeigt mit seiner mutigen Vorlage in die richtige Richtung und verdient unsere Unterstützung.

Hanni **Schriber-Neiger** weist darauf hin, dass Energiesparen und eine effiziente Energieverwendung Hand in Hand gehen müssen und für uns eine zukunftweisende Energie-, Wirtschafts- und Umweltpolitik sind. Um das Energiesparen weiterhin zu fördern, verlangt die Regierung einen 10-Millionen-Rahmenkredit, den die AGF gerne unterstützt. Wir finden dies einen angemessenen Betrag, der jetzt sicher einige Jahre reichen wird. Vor gut zwei Jahren fanden wir den ersten Antrag von 4 Millionen als zu klein, stellten Antrag auf Erhöhung und fanden keine Mehrheit.
Wir wissen es: Bereits sind 6 Millionen an Gesuchstellende ausbezahlt worden und immer noch liegen erfreulicherweise weitere Gesuche vor. Die Bevölkerung ist also motiviert, Energie zu sparen, auch wenn sie zuerst in eine Sanierung investieren muss. Mit einem Kantonsbeitrag kann man weiterhin Anreize für Gebäudebesitzer schaffen, damit sie möglichst bald ihr Haus renovieren und dämmen lassen.
Diese 10 Millionen unterstützen Massnahmen zur Verminderung des Energiebedarfs in bestehende, mindestens zehn Jahre alte Gebäude. Diese sind nicht das Problem, sondern die viel älteren Liegenschaften aus den 60er- und 70er-Jahren, die zum Teil im energietechnischen Bereich sehr grosse Mängel aufweisen. Diese Gebäude sollten jetzt umgehend saniert werden. Das verstärkt und unterstützt auch noch das landesweite «Gebäudeprogramm», das auch zur wichtigen Reduktion der CO2-Emmissionen beiträgt. Dieses Thema ist für die AGF ein Kernanliegen.
Den Antrag der Stawiko, diesen Energiebeitrag auf 3 Mio. Franken zu kürzen und nur bis Ende 2012 laufen zu lassen, versteht die AGF in keiner Weise. Die Gebäu-

desanierungen und Renovationen lösen wiederum Investitionen aus, von dem unser einheimisches Gewerbe profitiert. Diese Tatsache bestätigen auch die Fachleute. In Förderungsmassnahmen für geringeren Energiebedarf soll der Kanton weiterhin investieren. Wir wollen auf keinen Fall, dass unser Kanton als erster in der Schweiz bereits in einem Jahr nichts mehr an Gebäudesanierungen beiträgt.
Die AGF ist für Eintreten und stimmt den Anträgen der vorberatenden Kommission zu.

Beni **Riedi** hält fest, dass die SVP-Fraktion über diesen Rahmenkredit intensiv diskutiert hat. Der Sinn solcher Förderprogramme wurde aber grundsätzlich in Frage gestellt. So kann es doch nicht sein, dass eine Wende für geringeren Energieverbrauch nur durch staatliche Finanzierung stattfinden kann. Zudem befürchten wir, dass hier Begehrlichkeiten in anderen Bereichen geweckt werden.
Dem wurde entgegen gehalten, dass diese Förderbeiträge eine sinnvolle Massnahme darstellen, die auch dem lokalen Gewerbe zugute kommt. Umstritten waren die Höhe des Kredites und die Laufzeit. Der Antrag der Regierung (10 Mio. Franken und keine Laufzeitbeschränkung) und der Antrag der Stawiko (Beschränkung auf 3 Mio. Franken bis Ende 2012) erhielten gleich viele Stimmen.
Was die Bestimmungen über Wärmepumpen betrifft, so unterstützt die Fraktion die Variante der vorberatenden Kommission und der Stawiko. So soll auf die Einschränkung bezüglich des Erdgasnetzes verzichtet werden. Unterstützt wird die Stawiko auch in ihrem Antrag, andere Beiträge der öffentlichen Hand in Abzug zu bringen. Der Antrag der vorberatenden Kommission, wonach der Regierungsrat die kantonalen Beiträge anpassen kann, wenn der Bund Beiträge an Sonnenkollektoren- und Wärmepumpen-Anlagen leistet, fand hingegen keine Mehrheit in der SVP-Fraktion.

Thomas **Lötscher**: Es gibt wahrscheinlich unzählige Ratgeber zum Thema «Wie man Freunde gewinnt» und «Wie man sich beliebt macht». Wahrscheinlich gibt es aber keinen zum Thema «Wie man sich unbeliebt macht». Das ist auch nicht nötig. Dazu kann man einfach hier nach vorne kommen und nach Fukushima eine Energiesparvorlage kürzen wollen. Wenn man dann noch antreten muss gegen einem messerscharf argumentierenden, eloquenten Noch-Baudirektor und potenziellen Bundesrat, treibt das die Abwärtsspirale zusätzlich an. Da steht der Votant also vor dem Rat im Wissen darum, dass man nicht von allen geliebt werden kann.
Die FDP-Fraktion steht hinter der bisherigen Anschubfinanzierung. Sie war richtig und wichtig und sie war erfolgreich und hat ihr Ziel erreicht. Aber eben, es ist eine Anschubfinanzierung und dieses Wort kommt von «anschieben». Jeder, der auch schon mal ein Auto gefahren hat, bei dem man vergessen kann, das Licht abzuschalten, und der dann mit einer schlappen Batterie konfrontiert war und einige Helfer fand, um das Auto anzuschieben, weiss, wie das geht. Zündung ein, zweiten Gang einlegen, Kupplung kommen lassen, die Leute schieben, dann startet der Motor und man fährt wieder weg. Die Helfer ziehen sich mit Vorteil zurück, wenn das Auto wieder läuft. Die Regierung und die Kommission wollen das laufende Auto, um bei diesem Bild zu bleiben, noch etwa 50 bis 100 Meter weiter schieben. Das erachten wir als nicht zweckmässig. Subventionen sind grundsätzlich problematisch. Deshalb sollte man darauf schauen, dass man sie wirklich effizient einsetzt und nur so lange, wie es wirklich nötig ist. Dies auch im Interesse all jener Steuerzahler, die keine Häuser haben und deshalb auch nicht davon profitieren können.

Aufgrund dieser Überlegungen steht die FDP-Fraktion hinter den Stawiko-Anträgen und will die in Planung befindlichen Projekte ordentlich abschliessen. Dafür sollten 3 Millionen reichen und auch eine Befristung bis Ende 2012. Dann aber wollen wir einen Schlussstrich unter die Subventionen ziehen und die weitere Sanierung auch der Eigenverantwortung überlassen. Zumal diese relativ einfach ist, weil sich die Sanierungen über Jahre für die Eigentümer auch rechnen.

Martin **Pfister** weist darauf hin, dass man nach den Regeln der «Lichtschalter-Politik» den Schalter bei diesem Geschäft eigentlich nur auf grün oder schwarz stellen kann. Wir alle wissen aber, dass zu jedem Geschäft eine gewisse Ambivalenz gehört. Und diese Vorlage ist noch ambivalenter.
Für die CVP-Fraktion steht es ausser Frage, dass die verschiedenen Programme im Gebäudebereich eine eigentlich Erfolgsgeschichte sind. Nicht zuletzt dank dieser Programme, aber auch dank verschärfter Vorschriften, hat in der Bevölkerung und bei Gewerbe und Wirtschaft ein massives Umdenken stattgefunden. Die umfassende Sanierungswelle der letzten Jahre verbesserte die Energieeffizienz des schweizerischen Gebäudeparks in grossem Mass. Nicht zuletzt profitierten auch das Gewerbe, das in diesem Bereich einen Strukturwandel vollzog, und auch die Bewohner dieser Liegenschaften.
Ebenfalls steht es für die CVP ausser Frage, dass wir in den nächsten Jahren vor ausserordentlich grossen Herausforderungen im Bereich der Energieeffizienz, der CO2-Reduktion, der Feinstaub-Reduktion, der Energieproduktion und -beschaffung stehen. Die CVP steht auch zu diesem anforderungsreichen Weg des Atomausstiegs. Diese Herausforderungen fordern von uns wohl noch weit mehr Engagement und voraussichtlich auch weitergehendere und einschneidendere Massnahmen, als wir uns heute vorstellen können. Gerade auch bei den Altbauten besteht nach wie vor ein grosser Handlungsbedarf.
Vor diesem skizzierten Hintergrund glaubt die CVP-Fraktion nicht, dass das alte Zuger Förderprogramm noch einen tatsächlichen Beitrag zur Energieeffizienz von Gebäuden zu leisten vermag, der in einem vernünftigen Verhältnis zu den Kosten steht. Vielmehr glaubt die Mehrheit der CVP-Fraktion, dass es sich bei dieser Vorlage um ein eigentliches Subventionierungsprogramm für Liegenschaftsbesitzer handelt. Die beabsichtigte Wirkung, dass energetisch problematische Liegenschaften früher und besser saniert werden, hat sich wohl weitgehend erschöpft.
Die Baudirektion konnte weder im Bericht noch in der Kommission darlegen, ob das Programm überhaupt noch Wirkung erzielt. Subventionen an Umbauten von Gebäuden in der Höhe von 35 bis 45 % der Investitionssumme – rechnet man die steuerlichen Abzüge dazu – sind zwar positiv für die Liegenschaftsbesitzer und das betroffene Gewerbe – und damit auch für unsere Wähler. Es ist jedoch nicht die Aufgabe des Staates, solche Subventionen zu schaffen.
Die CVP-Fraktion tritt mehrheitlich auf die Vorlage ein und unterstützt – ebenfalls mehrheitlich – die Anträge der Stawiko. Das alte Gebäudeprogramm war wichtig und wirkungsvoll, es ist jedoch keine Antwort mehr auf die Herausforderungen im Bereich Energie und Umwelt der Zukunft. Wir kommen nun eine neue Phase. Die CVP ist bereit, auch dazu die nötigen Beiträge zu sprechen. Herr Baudirektor, schlagen Sie uns Massnahmen vor, die etwas bewirken! Wir werden Sie dabei unterstützen und den Schalter dann auch auf Grün stellen.

Daniel **Stadlin** weist darauf hin, dass mit den heutigen hohen energetischen Standards von Neubauten die Verbesserung der Energieeffizienz bei bestehenden

Gebäuden immer mehr in den Vordergrund rückt. Daher zielt dieser Rahmenkredit in die richtige Richtung. Insbesondere haben die Fördermassnahmen für energetische Sanierungen auch einen positiven ökonomischen Effekt, da sie das heimische Gewerbe unterstützen und nicht verbrauchte Energie letztlich erspartes Geld ist. Zusätzlich leistet damit der Kanton Zug einen Beitrag zur Verringerung des CO2-Ausstosses in der Schweiz und einen Schritt in Richtung Energieunabhängigkeit vom Ausland. Besonders nützlich sind die Massnahmen zur Verbesserung der Gebäudehülle, da diese neben den direkten Energieeinsparungen oft erst den Einsatz von erneuerbaren Energien ermöglichen und zudem eine längere Lebensdauer haben als rein gebäudetechnische Verbesserungen.
Hingegen ist die Begrenzung der Förderung von Wärmepumpen auf ausserhalb des bestehenden Erdgasnetzes auch für uns nicht nachvollziehbar. Erdgas hat bei den Emissionen nur minimale Vorteile gegenüber dem Heizöl. Es ist immer noch ein endlicher, fossiler Energieträger aus politisch instabilen Regionen mit geringer Wertschöpfung in der Schweiz. Zudem sind die CO2-Emissionen hoch. Auch finanziell können Wärmepumpen durchaus eine sinnvolle Alternative zu Erdgas sein, wenn die Lebenszykluskosten, das heisst die Investitions- und Betriebskosten, über die gesamte Lebensdauer gerechnet werden.
Wieso energieeffiziente Verbesserungen von steuerungstechnischen Einrichtungen in Gebäuden und elektrotechnischen Einrichtungen in Betriebsstätten nicht mehr gefördert werden sollen, ist unverständlich. In seinem Bericht vermerkt der Regierungsrat, dass diese Förderung in den letzten Jahren zwar wenig Anklang fand, aber hier ein beträchtliches Verbesserungspotenzial besteht. Die alleinige Tatsache, dass davon in der Vergangenheit wenig Gebrauch gemacht wurde, schliesst nicht aus, dass künftig solche Massnahmen öfters nachgefragt werden. Sollte also dem KRB Energiebeiträge II mittelfristig ein KRB Energiebeiträge III folgen, müsste dieser Bereich wieder berücksichtigt werden.
Die GLP stimmt der Fassung der Stawiko zu, mit Ausnahme des Rahmenkredits, den wir auf 10 Mio. Franken belassen wollen.

Daniel **Abt** erlaubt sich als Verfasser des der Vorlage zugrunde liegenden Postulats, nochmals einige ihm wichtige Punkte zu unterstreichen. – Seine Interessenbindung: Er betreibt einen Holzbaubetrieb und sieht sich somit als Vertreter des Zuger Baugewerbes, das ein Interesse daran hat, dass die Vorlage im Sinne der vorberatenden Kommission angenommen wird.
Stellen Sie sich vor, Sie sind Besitzer einer Immobilie und sind aufgrund der erfolgreichen Marketingaktionen der Baudirektion, beispielsweise an der letztjährigen Zuger Messe oder durch entsprechende Presseartikel, zur Überzeugung gelangt, dass auch Sie einen Beitrag zu einer intakteren Umwelt leisten könnten, wenn Sie ihr Gebäude energetisch sanieren. Sie haben sich nun während einem Jahr darauf vorbereitet, vielleicht sogar einen Architekten konsultiert, der Ihnen ein Projekt ausgearbeitet hat, und um die Baubewilligung ersucht. Nun möchten Sie das Gesuch für die Fördergelder einreichen und erfahren, dass der Zuger Kantonsrat die Beiträge gekürzt und das Förderprogramm somit früher als erwartet zu Grabe getragen hat. Würden Sie sich nicht auch vor den Kopf gestossen fühlen? Es bedarf ein wenig Naivität um zu glauben, von den von der Stawiko übrig gelassenen 3 Millionen sei noch etwas übrig für diejenigen, die den Entschluss zur Sanierung bereits gefasst, ihr Gesuch aber noch nicht eingereicht haben. Wir haben es bereits bei der letzten Kreditanpassung gesehen, das heute gesprochene Geld ist morgen bereits weg.

Die Vorlage der Kommission weist wesentliche Vorteile gegenüber der bisherigen Handhabung auf. Durch die Reduktion des Förderbeitrags von einem Drittel auf einen Fünftel stellen wir sicher, dass der gesprochene Betrag dosierter erteilt werden kann und somit mehr Gebäude saniert werden. Dies soll ja auch Ziel der Vorlage sein.
Von den bereits gesprochenen 6 Millionen wurde der grösste Teil für den Bau von Wärmepumpen entrichtet. Dies ist nicht ganz unproblematisch. Ein wichtiger Entscheid ist daher die Absicht, dass Wärmepumpen erst in den Genuss eines Förderbeitrags kommen, wenn die Gebäudehülle die Mindestanforderungen erfüllt. Bei der alten Vorlage war man sich dieses Fehlers nicht bewusst. Fehler deshalb, da ein ungenügend gedämmtes Gebäude die durch die Wärmepumpe mit Strom gewonnene Energie nicht speichern kann und die Wärmepumpe dadurch zu einer vom Kanton subventionierten Elektroheizung wird. Dies kann und darf nicht das Resultat einer gezielten Energieförderung sein.
Ohne schwarz zu malen, eines garantiert der Votant: Wir sind näher an einer Rezession als vor zwei Jahren. Während er bei der ersten Vorlage selbst Bedenken äusserte, ob die Vorlage zum richtigen Zeitpunkt lanciert werde, da sich die Bauwirtschaft in einem Boom befand, der noch keine Abflachung erkennen liess, stehen heute erste Nebelschwaden am Horizont.
Mit der Genehmigung des Kredits von 10 Millionen lösen wir nicht nur wie gehört ein Bauvolumen 50 Millionen aus. Durch die erfahrungsgemäss zahlreichen nicht förderberechtigten Arbeiten, die im Rahmen einer Sanierung zusätzlich ausgeführt werden, wird sich das ausgelöste Bauvolumen um Faktor 1,5 oder 2 multiplizieren.
Bitte stimmen Sie der Vorlage im Sinne der vorberatenden Kommission zu. Nebst dem angenehmen Nebeneffekt, dass wir Arbeitsplätze erhalten oder gar schaffen können, erreicht die Kommissionsvariante das Hauptziel, dass zahlreiche schlecht gedämmte Gebäude saniert werden und so ein aktiver Beitrag zu einer gesunden Umwelt geleistet wird.

Philip C. **Brunner** hält fest, dass sein Vorredner genau das gesagt hat, was er eigentlich sagen wollte. Allerdings ist der Votant kein Baugewerbe-Vertreter. Aber Daniel Abt hat die KMU-Argumente auf einen guten Punkt gebracht. Der Votant war in der vorberatenden Kommission und er staunt, was jetzt hier abgeht. Die Kommission hat das Geschäft mit 11:3 behandelt, und zwar intensiv. Es gab auch in der Kommission intensive Diskussionen – auch mit den Argumenten, die man hier gehört hat. Aber man hat sich am Schluss mit dieser klaren Mehrheit gefunden.
Noch eine Bemerkung zur Konjunktur. Es mag im Moment wirklich komisch tönen, aber Sie lesen ja auch die Zeitung und sehen, was da abgeht in Europa. Wir müssen auch den 99.6 % KMU schauen. Die grossen Schlagzeilen im Moment sind die grossen Firmen, die abbauen, zuletzt die Papier in Cham. Das sind die Schlagzeilen. Aber das wissen die KMU-Vertreter hier: Der Abbau bei den KMU passiert schleichend, ist nicht so spektakulär. Ein Mitarbeiter geht weg, er wird nicht ersetzt. Also wenn Sie den Effekt sehen, den dieses Programm von 10 Millionen bringt, so stellen Sie das mal ins Verhältnis und schauen Sie, was herauskommt. Stimmen Sie doch der regierungsrätlichen Lösung zu!

Pirmin **Frei** weist darauf hin, dass wir energiepolitisch vor grossen Herausforderungen stehen. Er nimmt an, dass dies bereits beim ersten Beschluss 2009 wiederholt festgestellt wurde. Der damalige Kantonsrat hiess die energetischen Fördermassnahmen gut, und der Votant schliesst nicht aus, dass er, wäre er damals

schon dabei gewesen wäre, dies auch getan hätte, weil es sich damals um eine Anschubfinanzierung handelte.
Zwischenzeitlich flossen rund 6 Mio. Franken in die Förderung solcher Massnahmen. Eine andere Tatsache ist, dass heute in der Bevölkerung eine hohe Sensibilität für erneuerbare Energien und Energieeffizienz besteht. Zu Recht! Hoffentlich dauert das noch lange an. Pirmin Frei zweifelt nicht daran. Denn zufälligerweise heute öffnet in Bern die Hausbau- und Energiemesse ihre Türen; man rechnet dort zum x-ten Mal in Folge mit einem neuen Besucherrekord.
Der Markt für Wärmepumpen und für Solaranlagen funktioniert. Im Neubaubereich sind diese beiden Systeme «state of the art». Und zunehmend gilt das auch für den Altbau-Sanierungsmarkt. Der Absatz von Wärmepumpen – diesen erhebt der Votant von Beruf wegen quartalsweise für die ganze Schweiz – reagiert äusserst sensibel auf Preiserhöhungen bei den fossilen Brennstoffen. Das heisst, wenn der Ölpreis steigt, merkt Pirmin Frei das in der Statistik praktisch zeitverzugslos beim Absatz von Wärmepumpen. Die Heizungslieferanten und zunehmend auch die Gebäudehüllenindustrie haben ihr ganzes Marketing darauf ausgerichtet. Das Installationsgewerbe arbeitet am Anschlag. All das sind Indizien dafür, dass der Markt in diesem Bereich funktioniert.
Der Votant will nicht belehrend wirken, aber es ist volkswirtschaftlich belegt und völlig unbestritten, dass Subventionen in einem funktionierenden Markt zu Mitnahmeeffekten führen und damit ineffizient sind. Er hat selbstverständlich grosses Verständnis dafür, dass die Politik etwas tun will, um den energiepolitischen Herausforderungen gerecht zu werden. Er hat dieses Bedürfnis auch. Mit seiner Motion «Auf jedes Zuger Dach ein Sonnenkollektor», der Sie ja an der letzten Sitzung zugestimmt haben, ist er denn auch ziemlich unverdächtig. Aber er kann aus innerer Überzeugung nur zu einem Mittel ja sagen, das effizient und volkswirtschaftlich vernünftig ist. Er tut dies auch in anderen Politbereichen, sei es in Landwirtschaft, Tourismus oder eben auch im Bereich der Bauwirtschaft. Wer wirtschaftspolitisch liberal denkt, sollte dies auch tun.
Die Höhe der Subvention spielt dabei keine Rolle. Im vorliegenden Fall kommt allerdings hinzu, dass neben den Fördergeldern weiterhin auch energetische Massnahmen auch steuerlich in Abzug gebracht werden können, so dass heute bis zu 45 % staatlich finanziert werden. Ist diese Umverteilung tatsächlich politisch gewünscht?
Noch ein Wort an die Adresse der SP und der Alternativen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten bemühen Sie gerne den guten alten Keynes mit seiner antizyklischen Politik. Jetzt haben wir im Gebäudebereich aber einen Boom. Wenn Sie nur halbwegs glaubwürdig bleiben wollen, müssten Sie jetzt antizyklisch politisieren und eben gerade nicht noch staatliche Förderung verlangen!
Pirmin Frei ist selbstverständlich nicht unbelehrbar. Wenn es dem Baudirektor heute gelingt, ihm aufzuzeigen, was die bisherigen 6 Mio. Franken energetisch und nicht in Bezug auf die Zufriedenheit der «Beschenkten», gebracht haben, kann er ihn dazu bringen, *seinen Nicht-Eintretensantrag, den er jetzt stellt*, zurückzuziehen. Er verlangt damit nichts Aussergewöhnliches, sondern nur das, was sich die Regierung in ihrem Leitbild selber zur Pflicht gemacht hat, nämlich eine Erfolgskontrolle aller energiepolitischen Massnahmen.
Sollte der Rat dem Nicht-Eintretensantrag folgen, so erklärt der Votant hier zu Protokoll, dass er sich für eine andere, effiziente und wirtschaftsverträglichere Form der Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien engagieren würde. Andernfalls wird er – in Vorwegnahme der Detailberatung – dem Antrag der Stawiko folgen, denn Rechtssicherheit ist ein Anliegen, für das sich ebenso mit innerer Überzeugung kämpfen lässt.

Beat **Wyss** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Als Projektleiter bei einer Holzbaufirma ist er mit dem Gebäudeprogramm des Kantons Zug bestens vertraut. – Er hält viel vom Gebäudeprogramm, wie es der Kanton Zug hat. Es muss das ganze Gebäude vollumfänglich nach den Neubauvorschriften saniert werden. In einem Haus hat man einen grösseren Luftdruck. Die Luft will nach aussen. Wie bei einem Ballon. Der Bund fördert einzelne Pflästerli. Man kann an einem Ort ein Pflaster montieren, dafür entweicht desto mehr Luft an einem anderen Ort. Der Kanton Zug gibt nur Geld, wenn alle Löcher mit Pflästerchen vermacht sind. Das heisst: Wände, Fenster, Dach und Kellerdecke müssen nach den Neubauvorschriften gedämmt sein. Daraus ergeben sich komplette Lösungen, die den Liegenschaftsbesitzer mehr kosten. Und von diesen Gesamtkosten darf er einen Beitrag vom Kanton erwarten.
Die Förderbeiträge kommen nicht nur dem Eigentümer zugute, sondern auch der Allgemeinheit und der Umwelt. Weniger CO2-Ausstoss und weniger Ölverbrauch. Unser Förderprogramm ist ein wichtiger Anreiz dazu, unseren sehr grossen Liegenschaftenbestand von alten, schlecht isolierten Häusern zu erneuern und somit viel Energie zu sparen.
Das Gebäudeprogramm des Kantons Zug läuft erst seit Januar 2010. Um ein Gebäude zu sanieren, braucht es eine lange Vorlaufzeit. Vom Projektstart bis zum fertig sanierten Gebäude können bis zu zwei Jahre vergehen. Daher sind bis heute erst 27 % der Fördergelder für Gebäudesanierungen gesprochen worden. Dies zeigt, dass für Gebäudesanierungen eine längerfristige Förderung notwendig ist. Wenn wir den Vorschlag für nur noch 3 Millionen unterstützen, wird das Gebäudeprogramm bereits wieder in der Anfangsphase abgewürgt. Der Kanton wäre dann alles andere als ein verlässlicher Partner.
Der Votant sieht aber auch beim Förderprogramm zwei Verbesserungsmöglichkeiten:
1. Der Bürokratieaufwand, um für Gebäudesanierungen Geld zu erhalten, ist momentan gross, für die Kontrollstelle wie auch für die Firmen. Hier muss ein Systemwechsel erreicht werden, wie es andere Kantone bereits haben.
2. Ein wesentlicher Punkt betrifft die Wärmepumpen. Diese dürften nur unterstützt werden, wenn die Gebäudehülle der bestehenden Gebäude den SIA-Normen entsprechen. In diesen zwei Punkten erwartet Beat Wyss in Zukunft Verbesserungen und Kontrollen.
Mit dem Gebäudeprogramm sparen wir langfristig Energie. Wir profitieren mindestens in den nächsten 30 Jahren von diesen Investitionen. Unser Energieverbrauch für sanierte Gebäude sinkt unter einen Viertel des jetzigen Werts. Wir können unsere Abhängigkeit vom Öl massiv reduzieren. Sagen wir ja zu 10 Millionen für das Gebäudeprogramm. Es ist für das Baugewerbe und die Hauseigentümer von grosser Wichtigkeit, dass der Kanton Zug in Energiefragen ein verlässlicher Partner bleibt. Sonst würgen wir ein gutes Förderprogramm ab und lassen die Hausbesitzer auf halbem Wege stehen.

Martin **Stuber** möchte zum Nichteintretensantrag von Pirmin Frei etwas sagen. Der Votant weiss nicht, welche Zeitungen dieser liest. Aber etwas ist klar: Für die Periode, in der dieses Gesetz wirken würde, wenn wir es heute annehmen, werden wir auch im Kanton Zug keinen Boom mehr haben. Es wird sich als antizyklische Massnahme erweisen. Martin Stuber will hier kein Schwarzmaler sein. Daniel Abt hat es ja bereits vorsichtig formuliert. Die Zeichen stehen an der Wand, und wer sie sehen will, sieht sie. Dieses Programm wird auch eine antizyklische Wirkung haben.

Baudirektor Heinz **Tännler** beginnt mit der Stawiko. Sie hat ja diesen Antrag für 3 Millionen gestellt. Was sagt die Stawiko in ihrem Bericht? Sie sagt, es liege keine Strategie vor. Der Baudirektor möchte hier nicht weiter ins Detail gehen, aber doch zwei, drei Bemerkungen an die Stawiko richten. Einerseits hat der Bund nun eine klare Strategie aufgezeigt. Sie wurde im Parlament von den bürgerlichen Parteien mitgetragen, im Ständerat wie auch im Nationalrat. Abgeleitet aus dieser Strategie haben der Kanton Zug und die Regierung eine Strategie, ein Leitbild erstellt. Es ist ein gutes Leitbild. Es wurde lange diskutiert, und dort wurden auch die Massnahmen aufgezeigt. Es wurde auch gezeigt, dass im Gebäudebereich grosses Potenzial vorliegt. Also nun einfach salopp zu sagen, ein lieg keine Strategie vor, ist etwas vermessen. Es ist eine Strategie vorhanden. Und Sie wissen ganz genau, dass im Gebäudebereich wirklich ein riesengrosses Potenzial vorliegt. Da haben wir exorbitante Sanierungsrückstände. Da können wir effektiv mit Blick auf diese Energiewende etwas tun.
Auch das Controlling ist in dieser Strategie abgehandelt. Es ist nicht so einfach. Wir haben jetzt ein Förderprogramm von 6 Millionen umgesetzt. Und hier sind wir daran – und das haben wir in der Kommission lang und breit diskutiert – ein Controlling aufzubauen. Wir können es erst in etwa ein oder zwei Jahren vornehmen. Das kann auch der Bund nicht früher, weil wir natürlich zuerst auch nach diesen Sanierungsmassnahmen im Gebäudebereich mal abwarten müssen, was hier der Rücklauf ist.
Die zeitliche Beschränkung wurde von der Stawiko auch vermisst in ihrem Bericht. Ja gut, wir haben keine Frist mehr gesetzt, sondern wir haben gesagt: 10 Millionen – und die sind letztlich «zeitlich befristet», nämlich wenn der Rahmenkredit ausgelaufen ist, dann ist die Übung abgebrochen. Und in diesem Zusammenhang haben wir auch gesagt – deshalb auch die Kann-Formulierung – dass das keine Daueraufgabe sein soll. Der Baudirektor hat die Versprechungen eingelöst bei 4 und 2 Millionen, und er wagt auch hier zu sagen, dass wir dann wahrscheinlich effektiv einen Strich ziehen müssen.
Dann hat Heinz Tännler in den Voten auch gehört, das sei eigentlich eine kumulierte Unterstützung. Auf der einen Seite dieses Förderprogramm und auf der anderen Seite die steuerliche Entlastung. Er hat von Pirmin Frei gehört, das sei politisch nicht gewollt. Das Gegenteil ist der Fall! CVP, FDP und SVP haben im Parlament genau das proklamiert. Das ist auch eine Strategie. Man will das auf der einen Seite steuerlich unterstützen und zusätzlich auch noch Förderprogramme unterstützen. Politisch gewollt! Alle Kantone machen es genau gleich mit Ausnahme des Kantons Luzern, aber aus anderen Gründen. Und so auch der Kanton Zug. Der Baudirektor zitiert aus den Voten im nationalen Parlament – Ständerat wie auch Nationalrat – von Fraktionen der CVP, GLP, SVP, EVP und der FDP.
Toni Brunner, SVP, hat im Namen der Kommission festgehalten: «Steuerliche Anreize im Gebäudebereich können mit diesen vorgeschlagenen Massnahmen wirksam verstärkt werden. Das Parlament hat sich mehrheitlich positiv zu steuerlichen Anreizen geäussert. Und weiter kann ich sagen: Die Umsetzung der im Aktionsplan vorgesehenen Massnahmen im Wärmebereich können teilweise im Rahmen des nationalen Gebäudeprogramms vorgenommen werden. Gleichzeitig sind neben den direkten finanziellen Anreizen Verbesserungen von Rahmenbedingungen erforderlich: steuerliche Anreize.» Wir machen also letztlich hier nichts Neues, sondern es ist im Prinzip auch die Strategie des Bundes. Und es ist nun richtig, dass es hier zu entsprechenden Unterstützungen kommt, die etwa zwischen 20 und 40 % liegen. Das ist richtig, wir haben es abgeklärt.
Zu Anschubfinanzierung, Daueraufgabe und Subvention. Dazu sind einige Ausführungen von Pirmin Frei gemacht worden. Dazu ist Folgendes festzuhalten: Pirmin

Frei ist Geschäftsführer von x Verbänden und Vereinen. Und wenn er hier oben staatsmännisch sagt, Subventionierung sei der falsche Ansatz, muss man einerseits sagen: Wir leben in einer Zeit, wo überall subventioniert wird: im Gesundheitswesen, im Natur- und Landschaftsschutz, bei der Energie, in der Landwirtschaft. Wir werden ja überfüttert. Und da hat Heinz Tännler von der CVP noch nie so pauschal gehört, dass das ein schlechter Ansatz sei.
Und Pirmin Frei vertritt ja Verbände und Mitglieder davon, die von Subventionen und Fördermitteln leben. Er hat eine Motion eingereicht zu Sonnenkollektoren, vereinfachtes Bewilligungsverfahren, gute Motion. Aber was heisst das? Kostendeckende Einspeisevergütung. Der Staat bezahlt und bezahlt und bezahlt, damit es wirtschaftlich ist. Pirmin Frei kann nicht auf der einen Seite Wasser predigen und auf der anderen Seite Wein trinken. Das ist nicht ganz konsequent. Und was wir hier machen, ist keine Subventionierungspolitik. Nach 10 Millionen hat sie ihre Grenze und dann müssen wir tatsächlich auch einen Schlussstrich ziehen. Es ist aus unserer Sicht nach wie vor eine Anschubfinanzierung.
Zu Markus Jans, endlich eine realistische Vorlage. Ja gut, wir mussten auch zuerst einmal die Erfahrungen machen. Wir haben gesehen, dass diese 4 Millionen sehr schnell aufgebraucht worden sind, die 2 Millionen auch. Jetzt haben wir eine Vorlage über diese 10 Millionen, zeitlich nicht beschränkt, dass der Investor auch in Ruhe ein Gesuch vorbereiten und einreichen kann, ohne unter zeitlichem Druck zu stehen. Wir haben damit die von Markus Jans angesprochenen Probleme aufgefangen. Das hat auch eine Nebenwirkung auf die Baubranche, die davon sehr stark profitiert.
Und da kann der Baudirektor Martin Stuber unterstützen. Es ist richtig, wenn Sie die Studien von BAK Basel anschauen, haben wir in diesem Jahr tatsächlich eine wirklich noch boomende Bauwirtschaft gehabt. Gegenüber dem Vorjahr eine etwa um 4,5 % verbesserte Situation. Aber schon im nächsten Jahr fällt dieser Boom beim Hochbaubereich zusammen auf etwa 1 oder 1,5 %. Und dann werden wir tatsächlich in eine Delle fallen. Insofern ist also doch auch eine antizyklische Massnahme, die wir hier vorschlagen.
Beni Riedi hat die Sinnfrage gestellt wegen der fehlenden Strategie. Das hat Heinz Tännler bereits beantwortet. Aber noch etwas zur Wirkung. Lesen Sie mal das Gebäudeprogramm 2010 des Bundes, das jetzt neu herausgekommen ist! Der Baudirektor will daraus jetzt nicht zitieren und er kann nicht in Franken und Zahlen den genauen Wirkungseffekt aufzeigen. Aber wenn Sie das durchlesen, wird jedem Kind klar, dass dieses Gebäudeprogramm seine Wirkung hat. Einerseits beim CO2-Ausstoss, aber auch was die Effizienz betrifft. Die Wirkung ist effektiv vorhanden. Und sie kann noch verbessert werden. Auch die Kantone drängen nun darauf, dass wir auf ein Nullenergiehaus hinpeilen ab 2015, 2016. Es ist also wirklich klar, dass eine Wirkung vorhanden ist. Heinz Tännler kann sie aber nicht mit Tonnen oder Zahlen aufzeigen. Und gerade das kantonale Programm, das eben, wie Beat Wyss gesagt hat, keine Pflästerlipolitik ist, sondern wenn saniert wird, muss alles saniert werden, die ganze Gebäudefassade, ist eben auch aus physikalischer Sicht der richtige Ansatz. Das sollte Anerkennung finden.
Der Baudirektor hat nun wohl das Meiste aufgenommen. Den Bürokratieaufwand nimmt er zur Kenntnis. Wir haben schon in der Kommission diskutiert, dass wir hier Verbesserungen anbringen. Auch die Wärmepumpenproblematik vor dem Hintergrund, dass auch die Fassade die entsprechenden Werte aufzeigen muss, nimmt Heinz Tännler zur Kenntnis. Er kann jetzt hier keinen anderen Antrag vorlegen, aber wir werden diese kritischen Punkte aufnehmen und entsprechend prüfen.

Wir können nicht nur predigen und proklamieren. Wir haben hier ein Programm über diese 10 Millionen. Es macht Sinn und ist eine gute Sache. Deshalb bittet der Baudirektor den Rat um Unterstützung.

Die **Vorsitzende** teilt dem Rat mit, dass diese Sitzung abgebrochen werden muss. Wir haben soeben die Meldung erhalten, dass unser Kantonsrat-Vizepräsident Martin B. Lehmann verstorben ist. Die näheren Umstände werden ermittelt und uns von der Tessiner Polizei bald zur Verfügung gestellt. Die Nachmittagssitzung fällt heute aus. Vreni Wicky möchte den Angehörigen von Martin B. Lehmann unser aller herzlichstes Beileid aussprechen. Es tut ihr unglaublich leid und wir sind sehr betroffen. Bitte erheben Sie sich!

(Der Rat erhebt sich für eine Schweigeminute.)

306 Nächste Sitzung

Donnerstag, 15. Dezember 2011

Protokoll des Kantonsrates

23. Sitzung: Donnerstag, 15. Dezember 2011
Zeit: 8.30 – 13.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

307 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Abwesend sind: Hans Christen und Barbara Gysel, beide Zug; Thomas Aeschi, Baar; Walter Birrer, Cham.

308 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** hält fest, dass nach der Kaffeepause entschieden wird, um welche Zeit wir zum Mittagessen gehen und ob überhaupt heute eine Nachmittagssitzung stattfinden wird.

Die Medienschaffenden sind heute herzlich eingeladen, am gemeinsamen Mittagessen teilzunehmen, gemäss Einladung der Staatskanzlei vom 25. November 2011. Diese Geste ist ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Medien. Die Vorsitzende hat sich erlaubt, Sie, geschätzte Medienschaffende wieder einmal einzuladen. So können Sie mit den Politikerinnen und Politikern die im Kanton Zug traditionell guten gegenseitigen Beziehungen pflegen.

Gesundheitsdirektor Joachim Eder ist heute entschuldigt. Er nimmt als Ständerat an der Wintersession in Bern teil.

Die Medien haben angefragt, ob sie heute fotografieren dürfen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Philip C. **Brunner** weist darauf hin, dass Thomas Aeschi heute entschuldigt abwesend ist, weil er an der Wintersession in Bern als Nationalrat teilnimmt.

309 Traktandenliste

1. Traktandenliste.
2.1. Nachruf auf Martin B. Lehmann sel., Unterägeri, Vizepräsident des Kantonsrats.
2.2. Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Kantonsrats.
2.3. Ersatzwahl in die erweiterte Staatswirtschaftskommission.
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
4. Wahl der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014.
   2095.1 – 13937 Justizprüfungskommission

Geschäfte, die an der Kantonsratssitzung vom 24. November 2011 nicht behandelt werden konnten:

5. Kantonsratsbeschluss betreffend zweiten Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf (KRB Energiebeiträge II).
   2066.1/.2 – 13840/41 Regierungsrat
   2066.3 – 13908 Kommission
   2066.4 – 13909 Staatswirtschaftskommission
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Übertrag von Beteiligungen und Darlehen vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen sowie Aufwertung von Verwaltungsvermögen.
   2089.1/.2 – 13911/12 Regierungsrat
   2089.3 – 13918 Staatswirtschaftskommission
7. Motion von Rosemarie Fähndrich Burger betreffend Radweg von Bibersee nach Oberwil, Gemeinde Cham.
   1073.1 – 11034 Motion
   1073.2 – 11372 Regierungsrat
   1073.3 – 13913 Regierungsrat
8. Interpellation von Kurt Balmer und Franz Hürlimann betreffend Verkehrsunfall auf der A4.
   2040.1 – 13744 Interpellation
   2040.2 – 13914 Regierungsrat
9. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden und der Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich.
   2051.1 – 13787 Interpellation
   2051.2 – 13897 Regierungsrat
10. Interpellation von Karin Andenmatten und Anna Bieri betreffend Schülerzahlen im kgm Menzingen.
    2085.1 – 13905 Interpellation
    2085.2 – 13923 Regierungsrat

---

11. Interpellation der SP-Fraktion betreffend "Zug schweizweit auf den hinteren Rängen beim frei verfügbaren Einkommen".
    2052.1 – 13791 Interpellation
    2052.2 – 13934 Regierungsrat
12. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Wasserqualität der Oberen Lorze zwischen Neuägeri und ehemaliger Spinnerei Baar.
    2064.1 – 13821 Interpellation
    2064.2 – 13928 Regierungsrat

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Änderungsantrag zur Reihenfolge der Traktandenliste vorliegt. Der Baudirektor muss heute um ca. 15.45 Uhr die Sitzung verlassen, weil er einen Verhandlungstermin wahrnehmen muss. Er will aber die von ihm vorbereiteten Geschäfte persönlich vertreten. Im Einvernehmen mit dem Baudirektor schlägt die Kantonsratspräsidentin vor, dass wir die Behandlung von Traktandum 12, Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Wasserqualität der Oberen Lorze, abtauschen mit Traktandum 9, Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation von Daniel Stadlin in Sachen Finanzausgleich.

Zudem schlägt die Vorsitzende vor, dass Traktandum 3, die Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben, bereits an der Vormittagssitzung behandelt wird, da die Nachmittagssitzung eventuell ausfällt.

➔ Der Rat ist mit diesen Änderungen einverstanden.

310 Protokoll

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 10. November und 24. November 2011 werden genehmigt.

311 Nachruf auf Martin B. Lehmann sel., Unterägeri, Vizepräsident des Kantonsrats

Traktandum 2.1

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass sich Martin B. Lehmann mit all seiner Kraft für unseren Kanton engagiert hat. Wir haben mit ihm einen Gemeinde- und Kantonspolitiker verloren, welcher über die Parteigrenzen hinweg ohne zu polarisieren grosse Anerkennung hatte. Sein Engagement als Kantonsrat, Kantonsratsvizepräsident, Präsident des Zuger Polizeiverbandes und sein Wirken in der erweiterten Staatswirtschaftskommission hat er stets gewissenhaft und zuverlässig ausgeübt. Seine Statements waren geprägt von fundierten Kenntnissen und immer wohl vorbereitet. Seine Formulierkunst war eindrücklich, und wir staunten über seine Fähigkeit, Probleme aufzuzeigen, zu analysieren und Lösungen vorzuschlagen.
Als Vizepräsident war er bereit Verantwortung zu übernehmen und den Kanton Zug wo auch immer zu vertreten.
Wir danken Martin B. Lehmann für seine grosse Arbeit und werden ihn in unserer Erinnerung weiterleben lassen, so wie wir ihn gekannt, geachtet und geschätzt haben.
Lieber Martin
Manche Menschen wissen nicht, wie wichtig es ist, dass sie einfach da sind.
Manche Menschen wissen nicht, wie gut es tut, sie nur zu sehen.
Manche Menschen wissen nicht, wie tröstlich ihr gütiges Lächeln ist.
Manche Menschen wissen nicht, wie wohltuend ihre Nähe ist.
Manche Menschen wissen nicht, wie viel ärmer wir ohne sie wären oder jetzt sind.
Manche Menschen wissen nicht, dass sie ein Geschenk des Himmels sind.
Sie wüssten es, würden wir es ihnen sagen!

Markus **Jans**: Gemeinsam haben wir am Trauergottesdienst am Mittwoch vor einer Woche von Martin Abschied genommen. Die ganze Zeit hat er mich vom Bild, das am Rednerpult aufgestellt war, mit seinem weichen Lächeln und den strahlenden Augen angeschaut. Mehrmals stellte ich ihm die Frage: warum? Eine Antwort erhielt ich nicht. Eine solche wird es auch nie geben, denn Martin hat sich für diesen Weg entschieden und unser Leben geht weiter.
Gerne aber halte ich an dieser Stelle nochmals Rückschau auf ein engagiertes Fraktionsmitglied, auf einen aussergewöhnlichen Politiker, auf einen Menschen, der sich sozial engagierte, der sich beruflich und privat im Spannungsfeld von zwei Welten bewegte, die unterschiedlicher wohl nicht sein konnten.
Martin zog von Zürich in den Kanton Zug nach Unterägeri. Mitgenommen vom urbanen Zürich ins beschauliche Unterägeri hat er seine kritische linke Haltung, der er immer treu geblieben war. In Unterägeri engagierte er sich in der dortigen SP-Sektion, in der Finanzkommission der Gemeinde und in verschieden OKs. Es dauerte nicht lange und Martin wurde zum Präsidenten der SP Unterägeri gewählt. Über mehrere Jahre war er auch Geschäftsführer der SP des Kantons Zug. Zudem war er seit dem Jahre 2003 Präsident der Aidshilfe Zug und seit dem Jahr 2008 Präsident des Zuger Polizeiverbands.
Im Jahr 2003 gelang Martin auf Anhieb die Wahl in den Kantonsrat. Seither engagierte er sich als ausgewiesener Kenner der Finanzpolitik und der Bankenwelt in der SP-Fraktion und in der erweiterten Staatswirtschaftskommission.
Die SP-Fraktion konnte sich speziell bei finanzpolitischen Vorlagen auf die Fachkompetenz und Inputs von Martin verlassen. In diesem Bereich hatte er den Lead. Es gelang ihm immer wieder, die Fraktion zu überzeugen, dass sie sich an den verschiedenen Finanzreferenden beteiligte. Im Parlamente votierte Martin in seiner bekannten politischen Art regelmässig zu Budget- und Rechnungsvorlagen. Sein Spitzenpferd waren aber die vielen und regelmässig stattfindenden Steuerdebatten in diesem Rat. Spätestens als er sein Votum mit folgendem Satz begann, wussten wir, dass er in seinem Element angekommen war. «In rekordverdächtiger Kadenz steht uns also heute wieder eine Debatte um die Mutter aller Zuger Gesetz, die heiligste Kuh im Zugerland, unsere eigentliche Raison d'être, das Steuergesetz bevor.» Diesen Satz habe ich schon anlässlich der Trauerfeier in Unterägeri zitiert, aber er verdient es, in Erinnerung an Martin, auch an dieser Stelle nochmals erwähnt zu werden. Er politisierte bei solchen Fragestellungen mit viel Engagement und vor allem mit viel Herzblut und Ehrlichkeit. Er wollte, dass der Kanton Zug ein lebenswerter und bezahlbarer Wohn- und Arbeitsort für die gesamte Bevölkerung ist und bleibt.
Martin hat sich mit seinem politischen und sozialen Engagement über alle Parteigrenzen hinweg einen Namen als sachkundiger und offener Politiker und Mensch geschaffen. Aus diesem Grunde haben Sie Martin B. Lehmann vor einem Jahr zum Vizepräsidenten gewählt. Ich zweifle nicht daran, dass er von ihnen auch zum Präsidenten gewählt worden wäre. Martin hat sich für einen anderen Weg entschieden. Wir danken Martin für die langjährige und intensive Zeit und behalten ihn in guter Erinnerung.

(Der Rat erhebt sich für eine Schweigeminute.)

312 Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Kantonsrats

Traktandum 2.2

Die **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 40 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Kantonsrats in das Vizepräsidium gewählt werden kann. Wahlen mit anderen Namen sind gemäss § 69 Abs. 1 Ziff. 3 der Geschäftsordnung ungültig. Wir wählen heute das Vizepräsidium für den Rest der Amtsdauer bis Ende 2012.
Die SP-Fraktion beantragt, Hubert Schuler zum neuen Vizepräsidenten bis Ende Dezember 2012 zu wählen.
Der guten Ordnung halber ist darauf hinzuweisen, dass sich Kandidierende usanzgemäss einem freiwilligen Ausstand unterziehen und den Saal verlassen. Das hat Hubert Schuler schon getan.
Die SP-Fraktion möchte ihren Wahlantrag begründen.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion für die Nachfolge von Martin B. Lehmann Hubert Schuler als Vizepräsidenten des Kantonsrats vorschlägt. Er ist 55 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern und wohnt in Hünenberg. Er ist seit 2007 Kantonsrat und in dieser Funktion Mitglied in der Gesundheits- und Bildungskommission. Beruflich leitet Hubert Schuler den Sozialdienst der Gemeinde Baar.
Er ist seit Jahren ein engagiertes SP-Mitglied und war über lange Jahre Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Zug. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dem Kantonsrat mit Hubert Schuler eine fähige, kompetente und politisch versierte Person vorzuschlagen. Er bietet Gewähr, dass der Kanton Zug nach innen und aussen würdig vertreten wird.
Vielen Dank, wenn Sie die Wahl von Hubert Schuler unterstützen.

Die geheime Wahl ergibt: Ausgeteilte Wahlzettel 72, eingegangene Wahlzettel 72, leer 18, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 54, absolutes Mehr 28.

Stimmen haben erhalten: Hubert Schuler 36, Markus Jans 4, Eusebius Spescha 3, Alois Gössi 2, Barbara Gysel 2, Zari Dzaferi 2, Karl Nussbaumer 2, Stefan Gisler 1, Moritz Schmid 1, Christoph Bruckbach 1.

➔ Hubert **Schuler** wird mit 36 Stimmen zum Vizepräsidenten des Kantonsrats gewählt.

(Applaus des Rats)

Hubert **Schuler**: Auch wenn die Umstände für diese Wahl tragisch und sehr traurig sind, danke ich allen, welche mir das Vertrauen schenken. Ich bin bereit, die Aufgaben als Vizepräsident des Kantonsrats anzunehmen. Ich freue mich auf viele spannende Begegnungen und den Kontakt zu verschiedensten Menschen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Kanton Zug als verlässlicher Partner, als innovativer Standort in ökologischen, ökonomischen und gesellschaftspolitischen Fragen, als Wirtschaftskraft und als lebenswerter Ort für die ganze Bevölkerung wahrgenommen wird. Vielen Dank!

(Applaus des Rats)

313 Ersatzwahl in die erweiterte Staatswirtschaftskommission

Traktandum 2.3

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die SP-Fraktion als neues Mitglied der erweiterten Staatswirtschaftskommission ab sofort Alois **Gössi** vorschlägt.

Thomas Aeschi tritt nach seiner Wahl in den Nationalrat aus der engeren Staatswirtschaftskommission zurück. Die SVP hat folgende Nominationen vorgenommen:
– In der engeren Stawiko soll Thomas **Wyss** Nachfolger von Thomas Aeschi werden.
– In der erweiterten Stawiko soll Karl **Nussbaumer** Nachfolger von Thomas Wyss werden.

➔ Der Rat ist einverstanden.

314 Motion von Alois Gössi betreffend Abgangsentschädigung von Regierungsräten

Traktandum 3 – Alois **Gössi**, Baar, hat am 2. November 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2092.1 – 13924 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

315 Motion von Andreas Hausheer betreffend Anpassung der gesetzlichen Regelungen für zweite Wahlgänge bei Ständeratswahlen

Traktandum 3 – Andreas **Hausheer**, Steinhausen, hat am 21. November 2011 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2096.1 – 13938 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

316 Interpellation von Philippe Camenisch und Cornelia Stocker betreffend Art und Umfang der Mittel im Dienste der Sicherheit um und wegen der Unterbringung von Asylsuchenden

Traktandum 3 – Cornelia **Stocker** und Philippe **Camenisch**, beide Zug, sowie 31 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 10. November 2011 die in der Vorlage Nr. 2094.1 – 13932 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

317 Wahl der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014

Traktandum 4 – Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 2095.1 – 13937).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass wir gemäss § 67 ff. der Geschäftsordnung des Kantonsrats vorgehen und geheime schriftliche Wahlen durchführen. Sofern Sie zu einem Antrag der Justizprüfungskommission einen anderen Antrag unterbreiten wollen, melden Sie sich.
Schreiben Sie auf jeden der zwölf Wahlzettel die Person Ihrer Wahl mit Namen und Vornamen auf. Sofern Sie eine nicht wählbare Person wählen, ist der betreffend Stimmzettel ungültig. Achten Sie darauf, dass es sich hier um echte Wahlen handelt und nicht nur um Bestätigungswahlen. Schreiben Sie somit nicht «Ja» oder «Nein», sondern Name und Vorname.

Wahlzettel 1 – Erstes Mitglied der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014
Antrag der JPK: Martin Spillmann (FDP, bisher)

Stimmen haben erhalten: Martin Spillmann 72, René Kryenbühl 1, andere 2, leer 2.

➔ Gewählt mit 72 Stimmen als erstes Mitglied der Schätzungskommission ist Martin **Spillmann**.

Wahlzettel 2 – Zweites Mitglied der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014
Antrag der JPK: Baptist Elsener (CVP, bisher)

Stimmen haben erhalten: Baptist Elsener 71, andere 1, leer 2, ungültig 1.

➔ Gewählt mit 71 Stimmen als zweites Mitglied der Schätzungskommission ist Baptist **Elsener**.

Wahlzettel 3 – Drittes Mitglied der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014
Antrag der JPK. Walter Annen (CVP, bisher)

Stimmen haben erhalten: Walter Annen 73, leer 2.

➔ Gewählt mit 73 Stimmen als drittes Mitglied der Schätzungskommission ist Walter **Annen**.

Wahlzettel 4 – Viertes Mitglied der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014
Antrag der JPK: Josef Arnold (SVP, bisher)

Stimmen haben erhalten: Josef Arnold 69, leer 6.

➔ Gewählt mit 69 Stimmen als viertes Mitglied der Schätzungskommission ist Josef **Arnold**.

Wahlzettel 5 – Fünftes Mitglied der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014
Antrag der JPK: Alexander Rey (FDP, bisher)

Philip C. **Brunner** spricht im Namen der SVP-Fraktion. Wir danken der JPK für ihre Vorschläge. Wir haben aber festgestellt, dass es sich beim besagten Mitglied Alexander Rey um jemanden handelt, der nicht im Kanton Zug wohnt. Er war zwar bisher Sekretär der Schätzungskommission seit 2000, aber er wohnt in der Gemeinde Birmenstorf im Kanton Aargau und hat Kanzleien in Baden und Aarau. Es ist zwar nicht üblich, dass wir die FDP auffordern, diesen Vorschlag zurückzuziehen und ein sicher vorhandenes Mitglied zu melden, welches im Kanton wohnt. Es geht also nicht um die Person, das Geschlecht oder die Qualifikation, sondern einzig und allein um den Wohnsitz dieses Behördenmitglieds. In diesem Sinn bittet der Votant den Rat, Alexander Rey nicht zu wählen, beziehungsweise wenn die FDP den Kandidaten nicht zurückzieht, leer einzulegen.

Werner **Villiger**: Bevor die JPK die Parteien betreffend Zusammensetzung der Schätzungskommission angeschrieben hat, hat sie das Thema «Wohnsitz im Kanton Zug zwingend oder nicht» ausführlich diskutiert. Wir haben damals festgehalten, dass keine Nichtwählbarkeitsgründe genannt werden, damit die Auswahl offener ist. Nach der Nomination von Alexander Rey durch die FDP haben wir dieses Thema nochmals diskutiert, bevor wir ihn zur Wahl in die Schätzungskommission vorgeschlagen haben. Hauptargumente, die *für* Alexander Rey sprechen, sind: Die Schätzungskommission braucht Baujuristen und diese sind im Kanton Zug nicht so leicht zu finden. Und es könnte auch ein Vorteil sein, *nicht* im Kanton Zug zu wohnen, weil dadurch die Gefahr der Befangenheit geringer wäre. Bitte beachten Sie diese Argumente im Zusammenhang mit dem Antrag der SVP-Fraktion.

Adrian **Andermatt**: Alexander Rey, Jahrgang 1965, FDP-Kandidat für die Schätzungskommission ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Bau- und Immobilienrecht. Er lebt nicht im Kanton Zug, sondern ist wohnhaft in Birmenstorf, Kanton Aargau, und arbeitet in Baden und Aarau insbesondere als Baujurist. Er war seit 2000 Sekretär der Schätzungskommission und hat diese unbestrittenermassen massgeblich mitgeprägt. Er ist ein versierter Baujurist, und auch dies dürfte unbestritten sein. Tatsache aber ist, dass er ein Ausserkantonaler ist. Weder das PBG noch ein anderes kantonales Gesetz, welches für diesen Fall Anwendung findet, sieht eine Wohnsitzpflicht in unserem Kanton vor. Das war auch nie ein Thema, als diese gesetzlichen Grundlagen geschaffen wurden.
Tatsache ist, dass lokale Anwälte – vor allem Baujuristen – wenig Interesse bekunden an einer Mitgliedschaft in unserer kantonalen Schätzungskommission. Warum? Zuger Baujuristen vertreten offensichtlich lieber Parteien in entsprechenden Verfahren, als dass sie Mitglied der Schätzungskommission sind und entsprechend in den Ausstand treten müssen, weil sie entweder einen Interessenkonflikt haben oder von Beginn weg lieber die Parteien vertreten. Dies ist nicht zu kritisieren, son-

dern schlicht und einfach eine Tatsache. Für unseren Fall hier ist es aber doch von grosser Relevanz.
Da der Kandidat ansonsten offenbar unbestritten ist, geht es einzig um diesen Mangel, dass er im Kanton Aargau lebt und arbeitet. Der Kanton Aargau ist zwar nicht der Kanton Zug, es ist aber auch nicht das ferne Ausland, welches bei gewissen Anwesenden regelmässig zu einer reflexartigen ablehnenden Haltung führt. Es ist unser Nachbarkanton.
Bitte wählen Sie den fachlich bestens ausgewiesenen Kandidaten und für die Schätzungskommission sehr wichtigen Fachmann Alexander Rey! Denn auch mit ihm sind immer noch neuen von zehn Mitgliedern dieser Kommission im Kanton Zug wohnhaft.

Philip C. **Brunner**: Wir sind mit 95 % einverstanden mit dem, was Adrian Andermatt gesagt hat. Aber jetzt geht es los. Da geht es um eine Milizfunktion, die übrigens auch bezahlt wird, und es findet sich im Kanton niemand, der das machen will. Denken Sie an die Feuerwehren und alle Organisationen, die wir brauchen. Natürlich haben Sie Recht, wenn Sie sagen: Es ist nicht gesetzlich festgelegt. Aber der Geist, der jetzt weht, heisst überspitzt gesagt: Die Juristen haben mehr als genug zu tun und haben keine Zeit, da noch solche Pöstchen zu belegen. Diese Argumentation könnte am Schluss im Extremfall so sein, dass überhaupt niemand mehr im Kanton etwas tun will. Es kommen alle von aussen und nehmen im Kanton entsprechende Funktionen wahr. Es geht hier um eine Grundsatzfrage. Noch ein kleines Detail. Es wurde erwähnt, dass Alexander Rey Sekretär war. Er hatte kein Stimmrecht. Jetzt hat er Stimmrecht. Das ist ein kleiner, aber feiner und wichtiger Unterschied.

Stimmen haben erhalten: Alexander Rey 57, andere 1, leer 17.

➔ Gewählt mit 57 Stimmen als fünftes Mitglied der Schätzungskommission ist Alexander **Rey**.

Wahlzettel 6 – Sechstes Mitglied der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014
Antrag der JPK: René Kryenbühl (SVP, bisher)

Stimmen haben erhalten: René Kryenbühl 69, Martin Spillmann 1, andere 3, leer 4.

➔ Gewählt mit 69 Stimmen als sechstes Mitglied der Schätzungskommission ist René **Kryenbühl**.

Wahlzettel 7 – Siebtes Mitglied der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014
Antrag der JPK: Luzia Wenk (ALG, bisher)

Stimmen haben erhalten: Luzia Wenk 68, leer 7.

➔ Gewählt mit 68 Stimmen als siebtes Mitglied der Schätzungskommission ist Luzia **Wenk**.

Wahlzettel 8 – Achtes Mitglied der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014
Antrag der JPK: Hans Emmenegger (CVP, neu)

Stimmen haben erhalten: Hans Emmenegger 71, leer 3.

➔ Gewählt mit 71 Stimmen als achtes Mitglied der Schätzungskommission ist Hans **Emmenegger**.

Wahlzettel 9 – Neuntes Mitglied der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014
Antrag der JPK: Martina Hüsler (SP, neu)

Stimmen haben erhalten: Martina Hüsler 70, leer 5.

➔ Gewählt mit 70 Stimmen als neuntes Mitglied der Schätzungskommission ist Martina **Hüsler**

Wahlzettel 10 – Zehntes Mitglied der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014.
Antrag der JPK: Andreas Schilter (FDP, neu)

Stimmen haben erhalten: Andreas Schilter 72, Martina Hüsler 1.

➔ Gewählt mit 72 Stimmen als zehntes Mitglied der Schätzungskommission ist Andreas **Schilter**.

Wahlzettel 11 – Präsidentin oder Präsident der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014
Antrag der JPK: Martin Spillmann (FDP, bisher)

Stimmen haben erhalten: Martin Spillmann 69, Alexander Rey 1, Martina Hüsler 1, Josef Arnold 1, René Kryenbühl 1, leer 2.

➔ Gewählt mit 69 Stimmen als Präsident der Schätzungskommission ist Martin **Spillmann**.

Die **Vorsitzende** gratuliert Martin Spillmann ganz herzlich zu diesem wichtigen Amt. Sie wünscht ihm viel Erfolg und Durchhaltevermögen, auch wenn es nicht so lustig zu und her geht.

Wahlzettel 12 – Vizepräsidentin oder Vizepräsident der kantonalen Schätzungskommission für die verbleibende Amtsperiode bis Ende 2014
Antrag der JPK: Baptist Elsener (CVP, bisher)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass § 61 Abs. 1 des Planungs- und Baugesetzes in der ab 1. Januar 2012 geltenden Fassung die Funktion des Vizepräsidiums

als «Stellvertreterin oder Stellvertreter» bezeichnet; die Wahlzettel sind daher so gekennzeichnet.

Stimmen haben erhalten: Baptist Elsener 67, Josef Arnold 2, Andreas Schilter 1, M. Elsener 1, Walter Annen, René Kryenbühl 1, leer 2.

➔ Gewählt mit 67 Stimmen als Vizepräsident der Schätzungskommission ist Baptist **Elsener**.

Die **Vorsitzende** gratuliert auch Baptist Elsener zu seinem Amt.

318 Kantonsratsbeschluss betreffend zweiten Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf (KRB Energiebeiträge II)

Traktandum 5 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2066.1/.2 – 13840/41), der Kommission (Nr. 2066.3 – 13908) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2066.4 – 13909).

Fortsetzung der Debatte vom 24. November 2011 (Ziff. 305)

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass die Debatte an der letzten Sitzung nach der Eintretensdebatte abgebrochen wurde. Wir können jetzt direkt über das Eintreten abstimmen, denn es liegt ein Antrag von Pirmin Frei für Nichteintreten vor.

➔ Der Rat beschliesst mit 64:4 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 2066.4

§ 2

Gregor **Kupper** kann auf sein Votum bei der Eintretensdebatte verweisen und dieses kurz zusammenfassen. Der Kantonsrat hat für den Bereich der Energieförderungsmassnahmen eine Anschubfinanzierung bewilligt und Kredite von 4 und dann nochmals 2 Millionen gesprochen. Die Stawiko ist der Meinung, dass damit eigentlich genug angeschoben wird. Sie glaubt aber auch, dass wir die Rechtssicherheit in diesem Bereich aufrecht erhalten sollen. Die Stawiko beantragt daher, den Kredit auf 3 Millionen festzusetzen und bis spätestens Ende 2012 zu befristen. Wir wollen nicht, dass dieser Bereich zu einem Mitnahmeeffekt einer Leistung des Kantons führt und damit eigentlich zu einer Dauersubvention in diesem Bereich. Wir sind klar der Meinung, die Anschubfinanzierung reiche aus. Das Bewusstsein in der Bevölkerung ist vorhanden. Es wird wohl so sein, dass auch in Zukunft dieser Bereich von den Liegenschaftseigentümern genügend abgedeckt wird. Die Stawiko beantragt, § 2 in ihrer der Version zuzustimmen.

Moritz **Schmid** erinnert daran, dass der KRB Energiebeiträge II wegen der hohen Nachfrage für die Förderbeiträge zustande gekommen ist. Das Programm ist ein Anschluss an den KRB Energiebeiträge I. Die Kommission hat zwar den Antrag der Stawiko nicht mehr besprochen, aber an ihrer Kommissionssitzung die 10 Mio.

Franken klar, aber nicht einstimmig, gutgeheissen. Der Kommissionspräsident beantragt deshalb, den Antrag von Kommission und Regierung zu unterstützen.

Hanni **Schriber-Neiger** hält fest, dass die AGF die Regierung unterstützt, welche einen Rahmenkredit von 10 Mio. Franken für Massnahmen zur Verminderung des Energiebedarfs bei bestehenden Gebäuden vorsieht. Damit leistet der Kanton einen sehr wichtigen Beitrag zum Energiesparen und hilft, den Atomausstieg vorzubereiten. Ebenfalls unterstützt er mit dieser Massnahme die landesweit geforderte Reduktion der CO2-Emissionen. Mit einem Kantonsbeitrag schaffen wir weiterhin wichtige Anreize für Gebäudebesitzende, damit sie möglichst bald ihr Haus renovieren und dämmen lassen.
Die Votantin wiederholt sich gerne im Namen der AGF, dass diese nachhaltige Massnahme für das Zuger Gewerbe eine wichtige Konjunkturförderung ist. Eine Kreditkürzung oder zeitliche Begrenzung würden Umwelt wie Gewerbe auf jeden Fall schwer treffen.

Beat **Wyss** hält fest, dass diese 10 Millionen nicht nur dem Energiesparen zugute kommen, sondern auch unserem Gewerbe einen zusätzlichen Anstoss zum richtigen Zeitpunkt geben. Die Auftragsvolumen gehen zurück. In vielen anderen Branchen wird Personal abgebaut. Der Votant glaubt auch fest, dass dieses Programm eine antizyklische Wirkung hat. Dieses Förderprogramm kommt für die Baubranche gerade im richtigen Moment!
Aus zwei Gründen ist er überzeugt, dass diese 10 Mio. auch länger halten werden.
1. Es wird nur noch ein Fünftel an Stelle von einem Drittel der energetischen Massnahmen beim Gebäudeprogramm bezahlt, und von diesem Fünftel zahlt der Bund ca. die Hälfte; das ergibt einen massiv kleineren Beitrag pro Gebäude im Kanton Zug.
2. Wenn im Kanton Zug darauf geachtet wird, dass Wärmepumpen nur dort unterstützt werden, wo die Gebäudehülle den SIA-Normen entspricht, kann sinnvoll Energie und Fördergeld eingespart werden.
Den Abrechnungsmodus für das Gebäudeprogramm würde Beat Wyss an das Bundesprogramm anbinden, damit auch da möglichst viel Geld für effektives Energieeinsparen genutzt werden kann.
Bei der Sanierung von Gebäuden geht eine lange Vorbereitungszeit voraus. Viele Bauherren rechnen zurzeit mit einem Beitrag. Ohne diese 10 Millionen würde der Kanton als nicht verlässlicher Partner dastehen!
Dieses Energiesparprogramm gibt sehr vielen Leuten im Kanton Zug den Anreiz, Energie zu sparen. Da können wir mit Blick auf die Energiewende wirklich etwas verbessern.
Beim Gebäudeprogramm geht der Beitrag an solche Leute, die das Geld brauchen, um ihr Objekt total zu sanieren und zu isolieren. Die Leute mit einem grösseren Budget brechen die Gebäude ab und realisieren einen meist komfortableren Neubau ohne viele Kompromisse. Solche sanierten Häuser geben auch für den Mittelstand Platz zum Wohnen, mit Mietzinsen die noch bezahlbar sind.
Diese 10 Millionen lösen nicht nur ein fünffaches Investitionsvolumen – also 50 Millionen – aus. Besonders beim Gebäudeprogramm wird das 10- bis 20-fache der Beitragshöhe ausgelöst.
Beat Wyss hofft sehr, dass auch die gewerbe- und wirtschaftsfreundlichen Kolleginnen und Kollegen den 10-Millionen-Beitrag unterstützen werden. Energiesparen und Wirtschaftsförderung zum richtigen Zeitpunkt war noch nie so einfach.

Thomas **Lötscher** hat sich einen kurzen Moment überlegt, vielleicht auch noch ein Konjunkturprogramm für die Autoindustrie oder für andere Wirtschaftsbereiche zu lancieren. Er verzichtet darauf. Bereits beim Eintreten hat er diese Anschubsfinanzierung mit dem Anschieben eines Autos verglichen. Niemandem würde einfallen, das Auto nach Anspringen des Motors noch 50 oder 100 Meter weiter zu schieben. Genau das beantragen aber Regierung und Kommission.
Obwohl das Bewusstsein für den haushälterischen Umgang mit den Ressourcen geweckt ist und jeder Hauseigentümer weiss, dass er mit einer Sanierung über die Zeit bares Geld spart, soll diese Erkenntnis noch vergoldet werden. Und dies aus Steuergeldern, die auch von jenen bezahlt werden, die kein Haus haben und kein Geld abholen können. Solche Subventionen sind grundsätzlich heikel. Umso wichtiger ist es, dass sie effizient eingesetzt werden und nur so lange wie wirklich nötig.
Die FDP schliesst sich deshalb der Stawiko-Meinung an und meint, dass Sanierungsprojekte, die aufgrund der Ausschreibung geplant wurden, noch die Gelegenheit erhalten sollten, Subventionen zu beantragen. Aber es sollte auch klar kommuniziert werden, dass das Programm beendet wird und Projekte, die komplett neu aufgegleist werden, nicht mehr subventioniert werden. Dazu reichen 3 Mio. Franken befristet bis Ende 2012 aus. Wir unterstützen deshalb vollumfänglich die Anträge der Stawiko.

Baudirektor Heinz **Tännler** möchte zuerst auch einige allgemeine Punkte erwähnen. Wir haben ja zwei grosse Probleme, die nun wirklich gelöst werden müssen und die uns in den nächsten Jahren begleiten werden. Das eine ist das Energieproblem und damit gekoppelt das CO2-Problem. Bei diesen beiden Problemfeldern haben wir erschwerende Faktoren, die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Wir haben nämlich einerseits Zielkonflikte. Wenn man von der Kernenergie weg will, muss man wahrscheinlich zu Gaskraftwerken übergehen, was zu einer CO2-Problematik führt. Und wir haben Zeitdruck, sowohl bei der Energie- wie auch bei der CO2-Problematik.
Kurz zusammengefasst: Die Zeit von Absichterklärungen ist noch nicht vorbei. Wir müssen den Tatbeweis erbringen. Dafür gibt es zwei Erfolgsfaktoren. Einerseits Anreize zu schaffen und sich nicht einfach irgendeinem obrigkeitlichen Zwang aussetzen. Und den Hebel dort ansetzen, wo die Wirkung wirklich vorhanden ist. Diese beiden Erfolgfaktoren finden wir eigentlich geradezu idealtypisch bei der energetischen Gebäudesanierung, die ja in der verfassungsmässigen Kompetenz der Kantone liegt:
– Die grosse Hebelwirkung, was den CO2-Ausstoss anbelangt: Wir sprechen hier von 40 % CO2-Ausstoss, der aus dem Bau und Betrieb von Gebäuden kommt.
– Das finanzielle Anreizsystem des nationalen Programms einerseits und der kantonalen Gebäudeprogramme andererseits.
Wir sollten nun diesen Erfolgsweg gehen, denn die Wirkung ist wirklich auch beim kantonalen Programm ausgewiesen. Es wurde ja gesagt, dass das auch mit Wirtschaftsförderung gekoppelt werden könne. Ja gut, dann nehmen wir diese Win-Win-Situation entgegen. Es trifft zu, dass auch in diesem Bereich ein Punkt gesetzt werden kann.
Und nun nochmals zur Frage der Subventionierung. Thomas Lötscher hat noch die Autoindustrie genannt. Dazu ist Folgendes festzuhalten. Es geht hier nicht um eine Subventionierung, sondern um ein Anreizsystem. Denn was ist Subventionierung? Nichts anderes als langfristige Strukturerhaltungs- und Schutzmassnahmen. In diesem Programm geht es nicht um die Subventionierung, sondern um eine zeitlich gedeckelte Zeit, in der wir ein Anreizsystem setzen wollen. Das ist ganz anders als

beispielsweise in der Autoindustrie, in der Landwirtschaft oder im Naturschutz, wo wir permanent subventionieren. Es geht also nicht um Strukturerhaltungs- oder Schutzmassnahmen. Es geht darum, einem laufenden Anschubprozess nicht mitten in der Aktion die Dynamik wegzunehmen. Es ist ein dynamischer Aufbruch, und den wollen wir jetzt fortsetzen. Denn man muss einfach Eines wissen: Es ist auch klar, dass wir bei Altliegenschaften Nachholbedarf haben. Wir haben nämlich in der Schweiz rund 1,5 Millionen Häuser, die dringend saniert werden sollten, um dieser Strategie des Bundes und ihren Zielen gerecht zu werden. Da haben wir einen grossen Nachholbedarf, wenn man davon ausgeht, dass etwa 1,5 % pro Jahr saniert werden. Das ist viel zu wenig! Offenbar ist das noch nicht so ganz im Bewusstsein der Gesellschaft.
Mitnahmeeffekt. Der Baudirektor gibt offen zu, dass dieser immer irgendwo eine Rolle spielt. Den können wir nicht mathematisch abgrenzen. Aber wir haben bei den ersten 4 und den zusätzlichen 2 Millionen aufgrund einer Rückfrage immerhin gesehen, dass der Mitnahmeeffekt nicht der einzige Punkt war. Im Gegenteil: Die Meisten haben hier anders reagiert. Deshalb möchte Heinz Tännler, vom Mitnahmeeffekt so zu sprechen.
Die Steuerabzüge waren heute kein Thema mehr, aber der Baudirektor möchte es nochmals erwähnen: Dieser Vorteil ist vom Bundesgesetzgeber gewollt. Das hat er explizit gesagt. Heinz Tännler ist nochmals hinter die Akten gegangen und er zitiert den Kommissionsbericht der UREK, wo es explizit heisst: «Steuerliche Anreize im Gebäudebereich sollen die Massnahmen wirksam verstärken.» Das ist ein politischer Wille, der so zum Ausdruck gebracht und die Kantone gerichtet wurde.
Die Energie- und Umweltprobleme werden uns in den kommenden Jahren beschäftigen, es sind Schlüsselprobleme. Sie betreffen uns alle. Wir können uns ihnen nicht einfach entziehen. Wir können auch nicht einfach mit taktischen Finessen oder auf Zeit spielen. Die Folgen von Untätigkeit werden uns schneller einholen, als uns lieb ist. Stimmen Sie deshalb diesen 10 Millionen zu! Wir können nachher Schluss machen, damit hat Heinz Tännler kein Problem. Aber geben Sie jetzt den Weg frei, um mit vergleichsweise geringen Mitteln eine hohe und nachhaltige Wirkung zu erzielen. Wenn Sie dies nicht tun, wäre Zug der einzige Kanton, der sich heute von einem solchen Programm verabschieden würde.

➔ Der Rat schliesst sich mit 45:27 Stimmen dem Regierungsantrag an.

§ 3

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass bei Annahme des Stawiko-Antrags § 3 nur noch einen einzigen Absatz haben würde und folglich das Absatzzeichen entfiele.

Gregor **Kupper** macht darauf aufmerksam, dass man diesen § 3 im Kontext zu § 6 (neu) sehen muss. Wir haben in den §§ 3, 4 und 5 die Massnahmen aufgelistet, die gefördert werden sollen. Die Stawiko will, dass für alle drei Bereiche die Bundes- und die Gemeindebeiträge auf den kantonalen Beitrag angerechnet werden. Wir haben das darum in § 6 (neu) entsprechend umschrieben. In der Vorlage der Regierung war das nur in § 3 erwähnt. In der Vorlage der Kommission wurde das für § 4 und 5 in einem Abs. 3 zu § 6 nachgebessert. Wir haben dann versucht, da Ordnung zu schaffen und das klar zu regeln. Einziger Unterschied zum Antrag der Kommission ist, dass sie in Abs. 3 von § 6 eine Kann-Formulierung eingebracht hat. Wir sind der Meinung, dass diese in eine Muss-Formulierung umgewandelt werden soll. Der Votant beantragt im Namen der Stawiko, der neuen Formulierung von § 3 und dann auch von § 6 (neu) zuzustimmen.

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass diese Anträge auch von der Regierung akzeptiert werden.

➔ Einigung

§ 5

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier sowohl vorberatende Kommission wie Stawiko den gleichen Antrag stellen. Die Regierung akzeptiert auch diesen Antrag.

➔ Einigung

§ 5bis

Die **Vorsitzende** hält fest, dass Daniel Stadlin am 8. Dezember 2011 einen schriftlichen Antrag gestellt hat, es sei nach § 5 ein zusätzlicher Paragraph einzufügen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit in der Debatte nennen wir diese Bestimmung «neuer § 5bis». Wenn der Antrag Stadlin durchdringt, wird der Landschreiber eine neue Nummerierung der Bestimmungen vorlegen.

Daniel **Stadlin** beantragt, einen neuen § 5bis anzufügen mit folgendem Wortlaut:
«d) Steuerungstechnik
Wer die Steuerungstechnik seines Gebäudes insgesamt überprüft und danach energieeffiziente Verbesserungen installiert, die den Energiebedarf gegenüber unveränderter Anwendung um mindestens 25 % senkt, hat Anspruch auf einen kantonalen Förderbeitrag von 20 % der Planungs-, Beschaffungs- und Installationskosten bis zum maximalen Betrag von 80 000 Franken pro Gebäude.»
Begründung: Verbesserungen bei der Steuerungstechnik in Gebäuden leisten einen grossen Beitrag zur Verringerung des Energiebedarfs. Sie sind ein bedeutender Faktor beim Energieverbrauch, wie auch im Bericht und Antrag des Regierungsrats vermerkt wird. Aus diesem Grund wurden wohl solche Energiesparmassnahmen bis anhin auch gefördert. Dass sie im KRB Energiebeiträge II jedoch nicht mehr aufgeführt werden, ist daher unverständlich. Die alleinige Tatsache, dass von dieser Förderung in der Vergangenheit wenig Gebrauch gemacht wurde, schliesst nicht aus, dass in Zukunft solche Massnahmen öfters nachgefragt werden. Solange also in der Steuerungstechnik ein grosses Potential zur Senkung des Energiebedarfs vorhanden ist, sollten die entsprechenden Massnahmen auch weiterhin gefördert werden.

Moritz **Schmid** hält fest, dass der Antrag von Daniel Stadlin bei Energiebeiträge I behandelt und diskutiert wurde. Wir sind an der Kommissionssitzung klar überein gekommen, dass mangels Nachfrage nach Steuertechnik dieser Paragraph gestrichen wird. Darum möchte der Kommissionspräsident beliebt machen, den Antrag Stadlin abzulehnen.

➔ Der Antrag Stadlin wird mit 55:14 Stimmen abgelehnt.

§ 6

Die **Vorsitzende** hält fest, dass sich hier zwei Begehren gegenüberstehen, die beide darauf abzielen, die Kantonsbeiträge anzupassen:
– Antrag der Kommission betreffend einen neuen Abs. 3.
– Antrag der Stawiko betreffend einen neuen § 6, wie das Gregor Kupper bei § 3 erklärt hat, wobei sich die Nummerierung der nachfolgenden Paragraphen um eine Zahl nach hinten verschiebt. Der Landschreiber wird gegebenenfalls diese neue Nummerierung vornehmen.
Wir gehen wie folgt vor: Wir stellen zunächst den Vorschlag der Kommission (neuer Abs. 3 von § 6) jenem der Stawiko (neue § 6) gegenüber.

Moritz **Schmid** weist darauf hin, dass die Kommission an ihrem Antrag festhält.

➔ Der Rat schliesst sich mit 55:15 Stimmen dem Antrag der Stawiko an.

Baudirektor Heinz **Tännler** hält fest, dass sich die Regierung dem Antrag der Stawiko anschliesst.

➔ Einigung

§ 8

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass es sich hier um die altrechtlichen Gesuche geht, die bis zum 30. Juni 2011 eingereicht wurden. Es geht nach Vorlage um Beitragsgesuch von etwa 2 Millionen. Der Votant hat hier eine Klärungsfrage, er hat das nirgendwo gefunden. Er geht davon aus, dass Kommission und Regierung implizit davon ausgehen, dass die nach alten rechtlichen Grundlagen beurteilt werden. Wenn das so wäre, müsste das aber genauer erwähnt werden, dass wirklich das alte Recht zur Anwendung komme. Wenn nicht, ist davon auszugehen, dass jetzt eigentlich das neue Recht angewandt wird, also das schärfere.

Baudirektor Heinz **Tännler** hält fest, dass die Frage berechtigt ist. Er hat jetzt in den Akten nicht nochmals nachgeschaut, ob es nicht irgendwo diesbezüglich einen Nebensatz gibt. Es ist neurechtlich. Es geht nach diesem Gesetz. Wir haben damals, als die Gesuche bei uns eingereicht wurden, die Hinweise an die Gesuchsteller versandt. Auch nach Publikation im Amtsblatt, wo man einen Termin fixiert hat, dass bis dann noch eingereicht werden kann, mit dem Vorbehalt, dass der Kantonsrat darüber entscheiden muss, ob das Programm weitergeführt wird. Wenn ja, wird nach neuen Programmvorgaben operiert.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2066.5 – 13935 enthalten.

319 Kantonsratsbeschluss betreffend Übertrag von Beteiligungen und Darlehen vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen sowie Aufwertung von Verwaltungsvermögen

Traktandum 6 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2089.1/.2 – 13911/12) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2089.3 – 13918).

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass die Stawiko bereits früher angeregt hat, die Bilanz unseres Kantons nach einheitlichen Grundsätzen zu gliedern. Die Regierung hat diesen Ball aufgenommen und beantragt nun, im Rahmen der Umsetzung des neuen Rechnungsmodells HRM2 diese Bereinigungen vorzunehmen. Es geht dabei um zwei Bereiche. Einmal geht es um den Übertrag von Beteiligungen und Darlehen vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen. Sie sehen dazu die Auflistung im Bericht des Regierungsrats. Der Stawiko-Präsident verzichtet darauf, hier auf einzelne Details einzugehen.
Zweitens geht es um die Bewertung von Beteiligungen und Darlehen im Verwaltungsvermögen. Wir haben da zwei Arten zu unterscheiden. Auf der einen Seite hat der Kanton eine Reihe von Beteiligungen, die nur noch pro memoria geführt wurden. Sie werden nun neu mit einem Franken pro memoria geführt, damit sie auch in der Buchhaltung korrekt erfasst werden können.
Und dann geht es um einen zweiten Bereich, um einen grösseren Posten, um die Aktien der Zuger Kantonalbank. Das Finanzhaushaltsgesetz sieht vor, dass Beteiligungen zum Nominalwert zu bewerten sind. Bei der Kantonalbank haben wir die Situation, dass wir teilweise Aktienzugänge unter dem Nominalwert eingebucht haben. Die Regierung will auch hier Klarheit schaffen und die Beteiligung zum Nominalwert führen. Das führt dazu, dass wir hier einen Gewinn von 9 Mio. Franken erzielen werden. Dieser soll im Jahr 2011 verbucht werden und wird sich entsprechend in der Laufenden Rechnung als ausserordentlicher Ertrag niederschlagen. Der Gewinn hat selbstverständlich keinen Einfluss auf die Liquidität des Kantons. Was aber noch wichtiger ist: Er hat auch keinen Einfluss auf die Höhe der NFA-Beiträge, die unser Kanton bezahlen muss.
Gemäss Finanzhaushaltsgesetz hat der Kantonsrat diese Änderungen zu beschliessen und einen referendumsfähigen Kantonsratsbeschluss zu erstellen. Die Stawiko beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. – Die CVP-Fraktion schliesst sich geschlossen diesem Antrag an.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2089.4 – 13936 festgehalten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die zweite Lesung gemäss § 55 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats an der folgenden Sitzung stattfindet, also bereits im Januar.

320 Motion von Rosemarie Fähndrich Burger betreffend Radweg von Bibersee nach Oberwil, Gemeinde Cham

Traktandum 7 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1073.3 – 13913).

Landschreiber Tobias Moser wird für den Rest der Sitzung von der stellvertretenden Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart abgelöst.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF sich mit dem Antrag der Regierung einverstanden erklären kann, die Motion nun ganz erheblich zu erklären und den noch ausstehenden Punkt als erledigt abzuschreiben. Dies auch nach Rücksprache mit der Motionärin Rosemarie Fähndrich Burger.
Es war aber damals im Januar 2004 auf jeden Fall richtig, dass das Parlament dem gleichlautenden Antrag der Regierung nicht gefolgt ist. Wir wissen es alle, es gab leider einige tragische Unfälle auf dieser Strecke. Es war richtig, dass für diesen heiklen Verkehrspunkt nochmals über die Bücher gegangen werden musste. Wir können uns heute der Meinung anschliessen, dass sich die Situation beruhigt – sicher auch mit der Schliessung der Niederwilerstrasse für den Durchgangsverkehr.
Trotzdem, der Radweg Steinhausen - Oberwil bleibt ein Radweg, der die Hauptverkehrsstrasse in Oberwil kreuzt. Also besteht ein Gefahrenpotenzial für Erholungssuchende auf dem Velo im Gebiet Frauental - Reussspitz weiterhin. Auch wenn es weniger Auto sind, die diese Strasse mit Tempo 80 befahren. Eine Möglichkeit, die Sicherheit für Velofahrende noch weiter zu verbessern, wäre eine Temporeduktion auf 60 an der besagten Stelle. Wir bitten die Regierung, eine Temporeduktion zur Sicherheit der die Hauptverkehrsstrasse kreuzenden Velofahrerinnen und -fahrer zu prüfen oder zumindest eine Signalisation anzubringen, die darauf hinweist, dass ein Radweg die Hauptstrasse quert.
Auch so kleine Massnahmen können grosse Wirkungen erzielen. Wir hoffen natürlich, dass die Gelder, die nun nicht für eine Unterführung des Radwegs ausgegeben werden, weiterhin für andere Veloprojekte zur Verfügung stehen. Wie ein Velounfall unverschuldet so schnell passieren kann, hat die Votantin nun selber erfahren müssen und sie ist dankbar für jede Sicherheit, die für Velofahrende und auch Fussgänger gemacht wird – ein Thema, das leider wieder hochaktuell ist.

Markus **Jans** erinnert daran, dass die Kreuzung Oberwil ein bald zwölfjähriges Thema in diesem Rat ist; es soll nun endlich abgeschrieben werden. Sie können dem Votanten glauben, dass er diesem Anliegen ein gewisses Verständnis entgegenbringt, aber eben halt nur eine gewisses Verständnis. Abgeschrieben werden soll die Motion, weil sich ohne weitere zusätzliche Massnahmen alles fast zum Besten gewendet hat und es keine weiteren Massnahmen mehr braucht. Das schreibt der Regierungsrat in seinem Bericht.
Bereits vor der Einreichung der Motion wurden die Geschwindigkeitsmessanlage und der grosse Vorwegweiser installiert. Die Geschwindigkeit wurde bei 80 km/h belassen. Durch die Eröffnung der A4 hat sich der Verkehr auf der Knonauerstrasse auf diesem Streckenabschnitt merklich reduziert, so dass sich gemäss Regierungsrat keine weiteren Massnahmen mehr aufdrängen. Unfälle hat es immerhin noch zwei gegeben. Sie pflichten Markus Jans sicher bei, dass jeder Unfall ein Unfall zu viel ist.

Der Regierungsrat zeigt auf, dass mit weiteren noch zu bauenden Massnahmen die Sicherheit der Kreuzung bei Oberwil zusätzlich verbessert wird. Dazu weist der Regierungsrat auf zwei Projekte hin:
1. Ausbau der Verbindung Grindel - Bibersee.
2. Die Gemeinde Cham plant, die Niederwilerstrasse zwischen Oberwil und Bibersee für den Durchgangsverkehr zu sperren (was in der Zwischenzeit erfolgt ist).

Keine baulichen Massnahmen sind bei der Kreuzung direkt geplant. Dort bleibt alles so, wie es ist. Für die Kühe hat man eine Unterführung gebaut, die Menschen gehen weiterhin über die Strasse. Für Fussgängerinnen und Fussgänger und Velofahrende wird die Verbindung Bibersee Oberwil dank den geplanten Massnahmen aber noch attraktiver. Weiter zunehmen dürfte die Attraktivität mit der Eröffnung der Brücke über die Autobahn beim Städtlerwald. Es ist zu erwarten, dass die geplanten zusätzlichen Massnahmen zu einer merklichen Frequenzsteigerung des Langsamverkehrs bei der Kreuzung Oberwil führen werden. Die Auswirkungen dieser Massnahmen kennen wir aber noch nicht. Der Regierungsrat erhofft sich eine Verbesserung. Das genügt der SP-Fraktion einfach nicht, denn die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.
Sie ist dezidiert der Meinung, dass für die Abschreibung der Motion keine Dringlichkeit besteht. Vor einer Abschreibung der Motion verlangen wir, dass die Auswirkungen der noch geplanten baulichen Massnahmen auf den Langsamverkehr bei der Kreuzung Oberwil überprüft werden. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass es mit dem Mehraufkommen des Langsamverkehrs zusätzliche Massnahmen zur sicheren Überquerung der Knonauerstrasse bei der Kreuzung in Oberwil bedarf. Eventuell muss auch eine Temporeduktion auf diesem Streckenabschnitt ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Als regelmässiger Benutzer dieser Kreuzung sowohl als Automobilist, Velofahrer und Fussgänger stellt Markus Jans fest, dass aufgrund der hohen Geschwindigkeit der Autos die Überquerung der Strasse an diesem Ort auch heute noch gefährlich ist. Die SP-Fraktion stellt daher den Antrag, die Motion nicht abzuschreiben, und sie fordert den Regierungsrat auf, dem Kantonsrat nach der Realisierung aller geplanten und bis dann verwirklichten Massnahmen erneut Bericht und Antrag vorzulegen.

Baudirektor Heinz **Tännler** bedankt sich für die Voten, die ja grundsätzlich nicht nur negativ waren. – Zuerst zu Markus Jans. Es trifft zu, dass wir in letzter Zeit keine konkreten weiteren Massnahmen getroffen haben. Aber es wurde auch richtigerweise aufgezeigt, was getan worden ist: Blechpolizist, Tempo 80, das dann auch entsprechend geprüft wird, Eröffnung Autobahn Knonaueramt, das hat zu einer wirklich frappanten Verkehrsreduktion geführt. Und auch der Ausblick auf 2030 unter Bezugnahme auf UCH und Grindel Bibersee, die gebaut werden sollen beziehungsweise im Bau sind, führt ebenfalls dazu, dass das Verkehrsaufkommen tiefer liegt als heute beziehungsweise vor Eröffnung der A4. Die Sperrung Bibersee - Niederwil führt auch zu einer klaren Verbesserung. Vor diesem Hintergrund – das haben wir ja im Kanton Zug nicht nur an diesem neuralgischen Ort, sondern auch anderswo, wo man à niveau (Fussgänger und Langsamverkehr) Strassen queren muss – kann man nicht einfach überall mit Unter- oder Überführungen operieren. Wir sind klar der Meinung – auch aufgrund der Situation – dass die Verkehrsunfälle stark zurückgegangen sind. Dass die Massnahmen, die getroffen worden sind, und Strassenzüge, die eröffnet werden, diese Situation klar verbessert haben und diese Motion wirklich abgeschrieben werden kann.
Den Hinweis auf die Kühe von Martin Jans möchte der Baudirektor nicht weiter kommentieren. Er weiss nicht, ob ein Tieranwalt hier im Rat sitzt – der hätte wahr-

scheinlich keine Freude, denn auch Tiere sind nicht einfach so abzuqualifizieren, auch sie haben die Berechtigung, eine Strasse passieren zu können, ohne dem Verkehr ausgesetzt zu sein.
Wir sind schon der Meinung, dass nun diese Motion abgeschrieben werden kann. Die Gefährlichkeit ist stark reduziert worden. Aber was Heinz Tännler aufgenommen hat und mit kurzem Blickkontakt zum Sicherheitsdirektor, der dafür zuständig ist, versichern kann, dass wir es machen werden, sind die Punkte, die Anna Lustenberger genannt hat. Also eine Temporeduktion von 80 auf 60. Wir werden das prüfen und auch Rückmeldung machen. Denn das liegt in der Kompetenz der Sicherheitsdirektion und nicht der Baudirektion. Auch der Hinweis auf eine entsprechende Signalisierung werden wir prüfen mit entsprechender Rückmeldung an Anna Lustenberger und die Motionäre. Vor diesem Hintergrund bittet der Baudirektor, den Antrag der Regierung zu unterstützen.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 52:13 Stimmen abgelehnt und die Motion wird als erledigt abgeschrieben.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass sie entschieden hat, die Vormittagssitzung etwas zu verlängern und heute keine Nachmittagssitzung durchzuführen.

321 Interpellation von Kurt Balmer und Franz Hürlimann betreffend Verkehrsunfall auf der A4

Traktandum 8 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2040.2 – 13914).

Franz **Hürlimann** weist darauf hin, dass Verkehrsunfälle immer öfter dazu neigen, den normalen Verkehrsfluss immer länger zu behindern. Dies fällt natürlich nicht nur uns Interpellanten auf, sondern auch anderen Verkehrsteilnehmern. Sie erhoffen dann jeweils wieder raschmöglichst die Freigabe der Strasse. Im Falle des Ereignisses vom 25. März 2011 waren es Tausende von beeinträchtigten Verkehrsteilnehmen, die zu spät oder gar nicht zur Arbeit erschienen und Hunderte von Kunden, die in der Zeit von Just in Time auf ihre Bestellungen warteten.
Nach der Beantwortung der Interpellation sind wir froh zu wissen, dass sich die Regierung dessen bewusst ist. Zur Behebung eines Schadenereignisses müssen heutzutage viele Zuständigkeiten miteinander in Einklang gebracht werden. Diese Herausforderungen stellen sich bei einem Ereignis wie jenes auf der Autobahn beim Bösch. Dabei könnte man schnell zu Schluss kommen: Weniger Leute würden einander bei der Arbeit auch weniger behindern.
Und wenn Sie dann am anderen Tag in der Presse lesen dürfen, dass die Strasse erst nach zehn Stunden wieder befahrbar war und wie wichtig es ist, dass beim Aufräumen kein Salatkopf zum persönlichen Verzehr abgezweigt wird, dann können wir die Haltung vieler Betroffener verstehen.
Angesichts der vielen verschiedenen Instanzen – Freiwillige Feuerwehr Zug (FFZ), Rettungsdienst Zug (RDZ), Verkehrsmanagementzentrale (VMZ), Betriebs- und Unterhaltstelle Zentralschweiz (Zentras) – wird das Problem sichtbar.

Zu den einzelnen Punkten:
Punkt 1. Das ASTRA bestätigt, dass die Bauabschrankungen den Sicherheitsbestimmungen entsprechen. Wir fragen uns, ob diese Einhaltung auch kontrolliert wurde.
Punkt 3. Die Zuger Polizei wünschte Vario-Guard statt Mini-Guard. Im Bericht wird der Sicherheitsunterschied ausführlich beschrieben. Es ist aber nicht abzuleiten, ob dies mit der Ursache des Unfalls zu tun hat. Wir wünschen jedenfalls, dass der Sicherheit im Bereich der Baustellen auf der Autobahn höchste Priorität zukommt.
Punkt 4. Die zeitliche Auflistung des Aufgebotes zeigt, dass das Pikett schnell und zuverlässig funktionierte. Die einstreifige Freigabe der Autobahn nach zehn Stunden ist unseres Erachtens alles andere als verhältnismässig. Wir verstehen die Notwendigkeit der Schadenaufnahme zweifellos. Sie darf aber die Bergung der Fahrzeuge nicht unnötig verhindern. Wir glauben kaum, dass in diesem Fall allein die Bergung über drei Stunden dauerte.
Punkt 5. Unseres Erachtens versteckt sich das ASTRA hinter seinen eigenen Verordnungen, wenn gesagt wird, dass zwischen Zuger Polizei, RDZ und FFZ alle Abläufe und Absprachen einwandfrei funktionierten. Wenn keine wesentlichen Fehler gemacht wurden, ist diese Aussage für uns ungenügend. Kleine Fehler können auch grosse Auswirkungen haben. Greifende Verkehrsmanagementpläne für den Kanton Zug liegen offenbar nur im Entwurf vor und sind zudem wenig bekannt. Der Kanton Zug muss unbedingt darauf drängen, dass angesichts der intensiven Bautätigkeit, auch im Hinblick auf den Bau der UCH, so schnell wie möglich definitiv Verkehrsmanagementpläne erlassen werden. Erfreulich ist jedoch die Tatsache, dass man in der (zu) langen Behinderung immerhin Optimierungspotential festgestellt hat. Zum Beispiel sollen Führungskader der Feuerwehr noch besser in die Aufgebotsorganisation eingebunden werden.
Punkt 6. Erfreulich ist weiter, dass zusätzliche Optimierungen in Betracht gezogen werden. Es wird nun über ein Fahrleitsystem (FLS) nachgedacht, das bei Schadenereignissen zum Einsatz kommen könnte. Ob es jemals zur Anwendung kommt, liegt fälschlicherweise alleine beim ASTRA. Beim Streckenabschnitt zwischen Blegi und Rütihof, wo schweizweit die grösste Stauzunahme festzustellen ist, muss gehandelt werden! Das ASTRA ist gefordert, unbedingt zu handeln.
Punkt 8. Die Kosten für die Erhebung des volkswirtschaftlichen Schadens würden den Nutzen übersteigen, erklärt die Regierung im Bericht. Wir können dies absolut nachvollziehen. Wie sie selber bemerkt, ist der Schaden beträchtlich. Die Einschätzung hätte uns allerdings schon wunder genommen.
Schlussendlich stellen wir fest: Mit der Interpellation ist immerhin erreicht, dass sich nicht nur die direkt Betroffenen, sondern auch die verantwortlichen Stellen mit Nachdruck über das Ausmass eines stundenlangen Verkehrchaos in der ganzen Zentralschweiz befassen mussten. Das Ergebnis der Abklärungen lässt Handlungsbedarf erkennen.
Wir begrüssen diese Erkenntnisse. Damit verbunden fordern wir die Regierung auf, im Dienste von Ökologie und Wirtschaftlichkeit eindringlich über die angesprochenen Umsetzungen zu wachen. Dass mehr Flexibilität möglich ist, zeigte zum Beispiel am 29. November 2011 ein folgenschwerer Unfall auf der A13. Die Autobahn war nach vier Stunden wieder normal befahrbar.
Unter Insidern ist das ASTRA nicht unumstritten. Ein Grund mehr, hier konkret etwas mehr auf die Finger zu schauen. Geschätzte Regierung, bitte tun Sie das!

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** weist darauf hin, dass dieser Grossunfall Sicherheitswert hat. Aber letztlich haben die Abklärungen ergeben, dass die Autobahn

gut gesichert war, dass die Einsatzkräfte schnell vor Ort waren und gut gearbeitet haben. Durch die unfallbedingte Sperrung der ganzen Autobahn und der darunter liegenden Kantonsstrasse hat es einfach ein Riesenchaos gegeben, wie wir es wahrscheinlich in den letzten Jahrzehnten nie hatten im Kanton Zug und darüber hinaus. Der Sicherheitsdirektor hofft, dass das nicht wieder passieren wird.
Wir haben uns auch gefragt, wo allenfalls Verbesserungspotenzial vorhanden ist. Man muss sehen, dass die ganze Aufnahme des Verkehrsunfalls seine Zeit beansprucht. Erstens mal muss die Polizei die Unfallstelle sichern, die Angaben an die Staatsanwaltschaft machen für die Schuld- und Haftungsfrage. Das braucht seine Zeit. Der ganze Lastwagen mit einem Gewicht von 20 Tonnen musste umgelagert werden. Es mussten Spezialfahrzeuge geholt werden. Die Lastwagen mussten zum Teil umgebaut werden. Und letztlich musste auch die Stabilität der Brücke noch geprüft werden. Dann musste die ganze Fahrbahn auf der Autobahn wieder instand gestellt und gesichert werden. Erst dann konnten die Fahrbahnen wieder freigegeben werden. Dass das seine Zeit braucht, dafür haben Sie sicher Verständnis.
Zum ASTRA. Wir machen in der Zusammenarbeit mit dem ASTRA eigentlich gute Erfahrungen. Es ist ja das Bundesamt für Strassen und Verkehr und dem UVEK unterstellt, also dem Departement Leuthard. Es ist zuständig für die Funktion und Tüchtigkeit des Nationalstrassennetzes. Wir sind daran, mit dem ASTRA die noch pendenten Verkehrsmanagementpläne zu überarbeiten. Das dauert noch seine Weile. Wie wir bei solch grossen Unfällen die Feuerwehr noch einbinden können im überregionalen Bereich für die Leitung des Verkehrs, ist noch offen. Wir sind jetzt daran, diese sogenannte KEL-Gruppe mit ehemaligen Feuerwehrleuten aufzubauen.

➔ Kenntnisnahme

322 Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Wasserqualität der Oberen Lorze zwischen Neuägeri und ehemaliger Spinnerei Baar

Traktandum 12 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2064.2 – 13928).

Daniel **Stadlin** nimmt vorweg, dass er mit der Antwort des Regierungsrats nicht wirklich zufrieden ist. Ist die Wasserqualität der Oberen Lorze nun schlecht, passabel oder gut? Im Grunde weiss der Votant jetzt nicht viel mehr als zuvor. Woraus sich die gelblich-weissen Schaumteppiche zusammensetzen und wer oder was sie verursacht, bleibt weiterhin unklar. Sind sie nun hauptsächlich natürlichen Ursprungs, unschön aber unschädlich oder etwa doch nicht? Er hat jedenfalls Mühe zu glauben, sie seien letztlich harmlos. Im Bericht wird explizit die Einleitung von Schmutzwasser aus der Siedlungsentwässerung beim Überschreiten der Abflusskapazität ja erwähnt, ebenfalls eine Abschwemmung aus der Landwirtschaft. Wie oft, wo und in welchen Mengen dies geschieht, geht leider aus der Antwort nicht hervor.
Mit seinem Hund wandert Daniel Stadlin praktisch wöchentlich und bei jedem Wetter im Lorzentobel der Lorze entlang. Dabei sind diese Schaumteppiche über die gesamte Wegstrecke zu beobachten, und zwar das ganze Jahr. Nicht nur nach grösseren Regenfällen, wie in der Antwort des Regierungsrats zu lesen ist. Es muss also davon ausgegangen werden, dass regelmässig Schmutzwasser und Gülle in die Lorze gelangt. Der sieben Meter breite Schutzstreifen als Schutzmass-

nahme ist offensichtlich nicht sehr wirksam und wird gemäss Regierungsrat auch nicht immer eingehalten. Fachpersonen bestätigten, dieser müsste mindestens doppelt, je nach Boden sogar dreimal so breit sein. Eine Verbreiterung stehe jedoch zurzeit nicht zur Debatte, so der Regierungsrat. Wieso eigentlich nicht, sind doch die Gewässerräume bis spätestens 2019 an die revidierte Gewässerschutzverordnung des Bundes anzupassen. Zudem wäre es sicher interessant zu wissen, ob entsprechende Verträge zur Einschränkung des Düngens und Bewirtschaftens der Böden gemäss § 64, Absatz 1 des Gewässerschutzgesetzes existieren und wenn ja, welche Gebiete davon betroffen sind. Weiter lässt die Antwort offen, ob Schutzmassnahmen zur Verminderung der hohen Schadstoffbelastung im Walterswilerbach und Lissibach geplant sind oder zumindest die Absicht besteht, die Kontrollen zu intensivieren.
Die angedeutete Umstellung vom Mischsystem zum Trennsystem in Menzingen und die Ausbesserung der Kombischächte in Unterägeri werden die Situation zweifellos verbessern. Wann dies jedoch sein wird, ist aus der Antwort nicht ersichtlich. Es wird nur darauf hingewiesen, dass beide Gemeinden zurzeit die generellen Entwässerungspläne überarbeiten. Zudem Menzingen daran sei, den Anteil der Mischsysteme zu reduzieren, soweit dies als sinnvoll erachtet wird. Und dies, obwohl die Mischsysteme immer wieder entlastet werden müssen und so regelmässig Schmutzwasser in die Fliessgewässer, insbesondere in den Edlibach, gelangt. Keine Frage, das Mischsystem möglichst rasch durch ein Trennsystem zu ersetzen, wäre ausgesprochen sinnvoll.
Fazit: Gemäss Regierungsrat ist die objektive Wasserqualität also besser, als die subjektiv wahrgenommene. Da erlaubt sich der Votant zu sagen: Die Antwort liest er wohl, allein ihm fehlt der Glaube.

Baudirektor Heinz **Tännler** dankt Daniel Stadlin für seine Interpellation. Er nimmt zur Kenntnis, dass dieser mit der Antwort nicht überaus glücklich ist, wenigstens nicht in allen Punkten. Er kann vorweg nehmen, dass er im Hinblick auf die Beantwortung dieser Interpellation eine dicke Abklärung erhalten hat, die wir dem Kantonsrat natürlich nicht zustellen konnten. Aber er ist bereit, mit Daniel Stadlin im Nachgang zu dieser Interpellationsbeantwortung diesen Bericht durchzugehen. Dann sieht dieser bei jedem Bach im Bereich der Oberen Lorze, wie die Wasserqualität in den Qualitätsstufen 1 bis 5 ist. (5 ist sehr gut, 1 sackschwach) Dort kann Daniel Stadlin dann 1:1 sehen, wie die Qualität dieser Fliessgewässer aussieht. Auch ein Spezialist wird dabei sein, der à fond Antwort geben kann.
Der Baudirektor hat sich beim Amt für Umweltschutz intensiv erkundigt und mehrmals eine Sitzung gehabt. Die Gesamtqualität dieser Fliessgewässer, welche die Obere Lorze betreffen, ist gut. Das wird bestätigt von Personen, die beim Amt für Umweltschutz arbeiten und fachlich qualifiziert sind. Es gibt aber Mankos. Die sind teilweise natürlich bedingt, das haben wir ausgeführt. Bei den Moorböden gibt es Abschwemmungen und eine braune Sauce. Das führt dann eben zu dieser Schaumbildung, und die kann je nach Wettersituation stärker sein oder weniger stark. Da gibt es überall im ganzen Kanton solche Beispiele, auch in Walchwil usw.
Dann gibt es natürlich auch die andere Seite, bedingt durch Siedlungen, wo wir Phosphoreintrag haben und diesen gelösten organischen Kohlenstoff DOC. Was sind die Gründe dafür? Daniel Stadlin hat sie angesprochen: Landwirtschaft und Entlastungen aus Kläranlagen, Trenn- und Mischsystem. Das ist ein Problem, aber wir haben ein Projekt, auch von der GVRZ, mit dem man diese Entwässerungsplanung nun an die Hand genommen hat. Aber das ist etwas, das man nicht einfach von heute auf morgen machen kann. Das sind grosse Investitionen, welche auch

die Gemeinden treffen. Das braucht Zeit. Aber es ist im Fluss. Auch vom Amt für Umweltschutz wird dieses Projekt begleitet.
Und bei der Landwirtschaft ist es klar: Der Güllenaustrag ist ein Problem. Wir haben aber jetzt für Neuanlagen die Quantität vergrössert. Die Neuanlagen, die jetzt erstellt werden, halten nicht nur die Gülle von vier oder fünf Monaten zurück, sondern von sechs Monaten. Das ist auch wieder eine Zusatzinvestition, welche die Landwirtschaft betrifft, und die wir gerade vor kurzer Zeit verordnet haben. Auch die Drainageanlagen werden laufend stichprobenweise geprüft. Da gibt es natürlich da und dort Verfehlungen, die man nicht alle verhindern kann.
Zum Düngeverbotsstreifen gibt es keine wissenschaftliche Abhandlung, ob nun 7, 10 oder 15 Meter ausreichend sind. Das könnte man allenfalls noch in Auftrag geben. Wir gehen davon aus, dass diese 10 Meter oder die 7 plus 3 Meter, je nachdem, wie man misst, ausreichend sind. Das liegt über dem schweizerischen Durchschnitt. Der Kanton hat also einen Düngeverbotsstreifen, der über dem Durchschnitt liegt.
Heinz Tännler möchte nochmals betonen, dass die Gesamtqualität gut ist, und sie hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten – auch was den Zugersee anbelangt – stark verbessert.

➔ Kenntnisnahme

323 Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden und die Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich

Traktandum 9 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2051.2 – 13897).

Daniel **Stadlin** nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass der Regierungsrat bereit ist, das Gesetz über den direkten Finanzausgleich und den Kantonsratsbeschluss über die Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich zu überprüfen und einen Wirksamkeitsbericht verfassen zu lassen. Die paritätische Vertretung von Geber- und Nehmergemeinden in der Begleitgruppe «Wirksamkeitsbericht» ist zu begrüssen, aber eigentlich auch selbstverständlich. Bei den Fragestellungen fehlt nach Erachten des Votanten noch die Höhe der Abschöpfungsquote.
Unglücklich ist jedoch der Zeitpunkt der Interpellationsbeantwortung. Der Kantonsrat hätte einer Fristenstreckung bis zum Vorliegen des Wirksamkeitsberichts gewiss zugestimmt. Nur eine von vier Fragen beantwortet zu erhalten, ist höchst unbefriedigend. Trotzdem vielen Dank für die Beantwortung.
Der NFA des Bundes wird von einer grossen Mehrheit von uns und von der Zuger Bevölkerung als ungerecht, ja sogar als inakzeptabel empfunden. Und dies zu Recht. Befürchten wir doch unkontrollierbare finanzielle Konsequenzen für unseren Kanton. Leider ist es aber so, dass auch der Zuger Finanzausgleich zur gleichen ungerechten Situation führt. Einige wenige finanzieren die vielen Anderen. Die Stadt Zug trägt zurzeit fast vier Fünftel aller Leistungen der Gebergemeinden. Mit der Konsequenz, dass ihr Finanzhaushalt zusehends unkalkulierbarer wird. Die Stadt Zug droht, in der Steuerfussrangliste hinter die Nehmergemeinden zu fallen. Und dies, nachdem ein Ziel des ZFA, die gemeindlichen Steuerbusse anzugleichen, weitgehend erreicht wurde.

Zudem muss sie sich zur Erfüllung der sehr hohen Solidaritätspflichten für ihre Investitionen verschulden und sogar auf wichtige Investitionen verzichten. Dies entspricht nicht dem vom ZFA beabsichtigten innerkantonalen Ausgleich, sondern einer ausgeprägten Verschiebung der Investitionskraft zugunsten der Nehmergemeinden. Zumal diese schon von zentralörtlichen Leistungen profitieren, ohne dazu einen adäquaten finanziellen Beitrag zu entrichten. Zugespitzt formuliert könnten sich künftig Nehmergemeinden, dank reichlichen Transferzahlungen der Stadt Zug, grosszügige Infrastrukturen leisten. Die Beiträge der Stadt Zug an den ZFA und NFA – im nächsten Jahr nahezu 67 Mio. Franken – bewirken eine Abschöpfung von gegen 40 % seiner Steuereinnahmen und führen zu negativen Rechnungsergebnissen.
Damit wird die von der kantonalen Gesetzgebung geforderte Selbstfinanzierung der Investitionen stark erschwert, ja sogar verunmöglicht. Dies zwingt die Stadt Zug, einen grossen Teil fremd zu finanzieren oder künftig sogar die Steuern zu erhöhen. Es ist absehbar, dass die von der Stadt Zug zu leistenden innerkantonalen Transferzahlungen, ohne Senkung der Schlüsselparameter, ihren Finanzhaushalt zusehends in Schieflage bringen wird. Zum Schaden von uns allen. Schwächt doch die enorme finanzielle Mehrbelastung der Stadt die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit des Kantons und unsere Volkswirtschaft. Zudem strapaziert sie völlig unnötig die Solidarität zwischen den Gemeinden.
Der Kanton Baselland stand letztes Jahr mit seinem Finanzausgleich vor einer ähnlichen Situation. Zwei Jahre nach der Einführung hatte die Abschöpfung bei den finanzstärksten Gemeinden 20 % ihrer Steuerkraft erreicht. Bei der Erarbeitung des Finanzausgleichsgesetzes sei die Regierung dagegen von einer Abschöpfung von 12 bis 14 % ausgegangen. Nun hat sie eine Teilrevision eingeleitet und beabsichtigt einen maximalen Abschöpfungssatz von ungefähr 17 % festzulegen. Denn eine höhere Abschöpfung belaste das Solidarsystem des Finanzausgleichs über Gebühr, so der Basselländer Regierungsrat.

Oliver **Wandfluh** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Ausarbeitung eines Wirksamkeitsberichts zur Überprüfung des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich und den KRB über die Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich sehr begrüsst. Wir sind gespannt auf einen lückenlosen Bericht mit Beleuchtung sämtlicher Analyse-Ebenen inklusive Vor- und Nachteile.

Stefan **Gisler** hält fest, dass ein Ausgleich zwischen finanz- und wirtschaftsstärkeren Gemeinden gegenüber weniger starken Gemeinden ein richtiger und wichtiger Akt gut zugerischen Zusammenlebens ist. Die AGF begrüsst es explizit, dass nun die Regierung daran ist, einen Bericht zur Wirksamkeit des ZFA zu erstellen. Denn ein Ausgleich muss für alle fair sein und auch im Gesamten positive Effekte haben.
Eine Anmerkung zu Daniel Stadlin: Offenbar ist die Stadt Zug aus Sicht des Grossen Gemeinderats durchaus in der Lage, die Ausgleichszahlungen zu leisten, lehnten sie doch den Vorschlag von FDP-Finanzchef Romer für eine temporäre Steuererhöhung ab. Der GGZ will lieber bei der Infrastruktur sparen. Der Votant ruft in Erinnerung, dass die Stadt in den letzten Jahren Zug trotz ZFA den Steuerfuss von de jure 70 % auf 60 % reduziert hat. Vielleicht hat Zug einfach zu wenig sorgfältig, zu euphorisch und übertrieben die Steuern gesenkt und muss nun darum seinen Preis zahlen. Alles auf den ZFA zu schieben, ist etwas zu einfach.
Wir sind jedenfalls gespannt auf den Bericht sowie dann die Stellungnahme aller Gemeinden zu diesem Bericht.

Noch kurz zu Frage 4, welche die Regierung ja nicht beantwortet hat. Interpellant Stadlin will wissen, ob die NFA-Beteiligung der Gemeinden von heute 6 % reduziert werden könnte. Stefan Gisler ruft in Erinnerung, wie dieser Beitrag überhaupt zustande gekommen ist. Ursprünglich war im Rahmen des ZFA vorgesehen, dass die Gemeinden sämtliche Kosten der gemeindlichen Schulen übernehmen. Die Gemeinden wehrten sich und boten im Gegenzug an, sich dafür an den NFA-Kosten mit 8 % zu beteiligen. Der Kanton ging darauf ein und übernimmt nun weiterhin 50 % der gemeindlichen Schulkosten. Der Kantonsrat hat dann in der damaligen Debatte den NFA-Beitrag von 8 auf 6 % reduziert. Der Votant erwartet deshalb vom regierungsrätlichen Bericht auch, dass er darauf eingeht, wie er mit den Schulkosten umgehen will, wenn dann dieser Betrag reduziert werden würde.

André **Wicki** ist als Stadtzuger etwas überrascht davon, was Stefan Gisler sagt. Ein Steuerprozent sind 1,6 Millionen. Wir haben total NFA und ZFA 73,9 Millionen. Man rechne, was das für eine Erhöhung geben würde.
Der Votant ist sehr froh, dass Daniel Stadlin den Finanzausgleich diesbezüglich prüfen will. Einige Fakten dazu. Der Steuerertrag in der Stadt Zug beträgt 199,4 Millionen. Anders gesagt: 37 % der Steuern gehen in den ZFA beziehungsweise NFA. Oder nochmals anders gesagt: Alle Steuereinnahmen der juristischen Personen werden an ZFA und NFA abgegeben. Zudem haben wir noch Zentrumslasten von 25 Millionen – dies gemäss einer Studie, welche die Stadt in Auftrag gegeben hat.
Was sind die Konsequenzen?
• Eine pro Kopf-Belastung von 2'900 Franken.
• Die Investitionen können nicht mehr selber finanziert werden.
• Der Kanton wächst, die Stadt Zug wächst, d.h. Zunahme der Infrastruktur. Es müssen Projekte zurückgestellt oder gestrichen werden
• Der Selbstfinanzierungsgrad liegt momentan bei 31,5 %. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz sollte er im Fünfjahresschnitt bei 100 % liegen.
• Die Fakten müssen auf den Tisch gelegt werden, die Ausgangslage muss neu erstellt werden
Warten wir mal ab, was der Zwischenbericht ergibt. Er sollte jetzt eigentlich vorliegen auf Mitte Dezember. Es gibt eine Arbeitsgruppe zusammen mit der Regierung. Neue Zahlen wird es sicherlich nicht geben, die kennen wir. Aber man muss jetzt neue Empfehlungen abgeben.

Philip C. **Brunner** dankt zuerst Daniel Stadlin. Er hat ein Thema, das wirklich unter den Nägeln brennt, aufgenommen. Es ist natürlich nicht so, dass wir in einer komfortablen Situation sind. Der Votant kann das als Präsident der GPK der Stadt Zug ein wenig beurteilen. Er will jetzt nicht auf Vergangenheit machen und noch zusätzliche Zahlenreihen auffordern. Denn es kommt immer darauf an, aus welcher Optik man das Ganze ansieht. Das Gesamtbudget der Stadt ist um 267 Millionen. Es wurde vorher die Zahl von 199 genannt. Das sind die Einnahmen der natürlichen und juristischen Personen. Die Stadt hat aber auch noch andere Einnahmen. Man muss also bei diesen Prozentzahlen immer ein wenig differenzieren. Aber André Wicki hat es richtig gesagt: Praktisch die gesamten Einnahmen der juristischen Personen von 77,6 Millionen gehen in den ZFA und NFA. Man muss natürlich schon tatsächlich über diese Mechanik auch mit dem NFA und den Gemeinden gute Überlegungen anstellen. Der Votant hat da ein Bisschen die Zahlen zusammengezählt aus der Vorlage 2181, dem Finanzplan 12 bis 15 der Stadt Zug. Das

können Sie unter Stadt Zug im Internet hinunterladen. Übrigens auch das sehr interessante Postulat von Karl Kobelt, FDP, zum innerkantonalen Finanzgleich. Der Bericht und Antrag des Stadtrats. Das ist die Nummer 2165 für die Interessierten. Auch der gibt sehr interessante Angaben über wer was zahlt, wer was nimmt und alle diese Zahlen, die Sie da teilweise gehört haben.
Wir müssen aber das Ganze insgesamt sehen. Wir sind hier Kantonsräte und müssen die gesamte Bedeutung sehen. Wir können einfach nicht die Gemeinden gegen die Stadt und umgekehrt ausspielen. Dass die Situation überdreht ist, beweist ja eigentlich der Punkt, dass im 2007, also vor vier Jahren, die gesamte Belastung der Stadt noch bei ca. 18 Millionen lag. Und jetzt im nächsten Budget liegt sie bei 66,5. Sie lag schon höher, aber dieses Jahr 2011 sind budgetiert 73, knapp 74 Millionen. Philip C. Brunner hat ein Bisschen zusammengezählt. Vom Budget 2011, also noch dieses Jahr, auf fünf Jahre hinaus leistet die Stadt Zug ein Solidarbeitrag NFA/ZFA von einem Drittel einer Milliarde. 332 Mio. Franken, die die Stadt aufwirft für NFA und ZFA. Es sind für den ZFA 261 Millionen. Das sind gewaltige Summen. Eine Viertelmilliarde, das ist gewaltig, über fünf Jahre. Das sind 50 Millionen pro Jahr. Und wenn die Stadt wirklich jetzt noch konfrontiert ist, dass sie ihre eigenen Investitionen, die sie dringend braucht, André Wicki hat es ausgeführt, was da alles auf uns zukommt, steigende Schülerzahlen, Verkehr, die Wirtschaft, die auch noch ein Bisschen wächst, die Arbeitsplätze, die Anzahl, die wächst, dann muss da etwas passieren. Man kann diskutieren nachher über Grössen. Es ist klar, das ist die persönliche Meinung des Votanten, dass die Stadt Zug weiterhin einen ZFA leisten wird und muss. Das ist logisch. Aber nicht in dieser Dimension. In diesem Sinne dankt der Votant der Regierung für eine ausgewogene und differenzierte Betrachtung und vor allem auch für eine Vorlage, die unserem kantonalen Hauptort – und da wurde gesagt, die Stadt leistet und diese Zahl stimmt, jährlich etwa 5 Millionen Zentrumslast. Es gibt dazu Studien, die gemacht wurden vor zwei Jahren, also die Zahlen sind absolut aktuell. 25 Millionen ist die Zentrumslast, die in verschiedenen Bereichen ausgegeben wird. Und auch das muss einbezogen werden in die Betrachtungen. Der Kanton Zug hat nicht ein Interesse daran, die Hauptstadt zu schwächen. Sie hat nach einer vernünftigen und ausgewogenen Lösung zu trachten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass sich die Regierung bei der Beantwortung dieser Interpellation schon auch die Frage gestellt hat, wann der richtige Zeitpunkt für die Beantwortung ist. Die Interpellation wurde im Mai 2011 eingegeben. Wir hätten sie stehen lassen und Ihnen dann im Frühling nächstes Jahr eine Fristverlängerung beantragen können. Wir dachten aber, es sei besser, Sie jetzt schon zu informieren über den Stand, was bis jetzt gelaufen ist und was wir bis jetzt unternommen haben. Und dann natürlich, wenn die Arbeitsgruppe fertig ist und den Bericht erstellt hat, ist davon auszugehen, dass dieser Bericht öffentlich ist und Sie davon dann auch Kenntnis nehmen können. Allenfalls würde ja auch dann wieder die Möglichkeit bestehen, mittels einer Interpellation das notwendige Wissen zu erfragen.
Es hätte heute fast scheinen können, dass wir erst aufgrund dieser Interpellation aktiv geworden sind. Dem ist aber beileibe nicht so, denn die Stadt Zug ist schon mehrfach an uns herangetreten und hat gesagt, man solle die Regelungen im Bereich des ZFA überprüfen und überdenken. Wir haben damit aber immer zugewartet bis eigentlich jetzt ins vierte Jahr seit Inkrafttreten der ZFA-Regelungen. Damit haben wir jetzt schon Erfahrungen gemacht. Wir können schon gewisse Wirkungen eruieren. Von daher haben wir dann im Sommer an einer Konferenz mit

den gemeindlichen Finanzchefs auch festgehalten, dass wir jetzt eine Arbeitsgruppe einsetzen wollen unter der Leitung einer Gemeinde und eben nicht unter der Leitung des Kantons. Denn bei dieser Frage geht es ja um Ausgleichszahlungen zwischen den Gemeinden. Der Kanton ist aber sehr wohl dabei. Und wenn man heute den Voten zugehört hat, könnte man meinen, dass es wirklich nur ein Anliegen gäbe, und zwar eine Senkung des Ausgleichsbeitrags der Stadt Zug. Als kantonaler Finanzdirektor ist Peter Hegglin natürlich auch mit anderen Meinungen konfrontiert. Es sind ja vor allem die Gemeinden, die Finanzausgleich bekommen, die natürlich kein primäres Interesse daran haben, möglichst schnell die geltenden Regelungen zu hinterfragen und anzupassen. Von daher ist es jetzt richtig, die Wirkungen anzuschauen, zu werten und dann zu suchen, wie allenfalls der ZFA angepasst werden kann, dass die Anliegen der Gemeinden, die zu bezahlen haben, mit den Anliegen der Gemeinden, die Finanzausgleich bekommen, in Übereinstimmung gebracht werden können.
Es ist richtig, dass der Ausgleichsbeitrag der Stadt Zug in letzter Zeit stark gestiegen ist. Sicher auch im Vergleich zum damaligen Bericht und Antrag. Aber das hat vor allem damit zu tun, dass die Steuererträge in der Stadt Zug massiv gestiegen sind und sie im Vergleich zu anderen Gemeinden einen sehr hohen Pro-Kopf-Steuerertrag hat. Und dieser führt zur Abschöpfung einer sehr grossen Summe. Das ist der Mechanismus und es ist falsch, wenn man sagt, es sei unkalkulierbar. Das Regelwerk ist bekannt und aufgrund davon gibt es dann diese Beträge.
Zu den Zentrumslasten, -nutzen und auch den geografisch/topografischen Lasten und Nutzen. Der Kanton Zug hat bis jetzt darauf verzichtet, Kosten/Nutzenrechnungen anzustellen. Wir sind effektiv nur mit der Finanzkraft gefahren. Daran sollte man weiterhin festhalten, denn sonst wird es dann wirklich kompliziert. Wenn Sie dann hier im Rat festsetzen müssen, was Zentrumskosten und was Zentrumsnutzen sind. Da gibt es dann kein Rechenmodell, um das bewerten zu können.
Noch zu Frage 4, die wir noch nicht beantwortet haben, zum Zusammenhang des Beitrags der Einwohnergemeinden zur Finanzierung des NFA. Wir sehen bis heute noch keinen Anlass, dass wir diese Mitfinanzierung durch die Gemeinden senken sollten. Denn wenn Sie die Steuerbelastungsentwicklung der letzten Jahre beobachten, können Sie feststellen, dass der Steuerfuss bei den Gemeinden tendenziell gesunken ist. Bei den Nehmergemeinden vielleicht leicht mehr als bei den Gebergemeinden. Die Belastung ist aber gesunken, währenddem beim Kanton der Steuerfuss immer auf 82 % geblieben ist. Das zeigt ja eigentlich, dass beim Kanton die Belastung eher höher geblieben ist. In die gleiche Richtung gehen natürlich auch Gesetzesänderungen in letzter Zeit, in welcher der Kanton immer wieder Aufgaben der Gemeinden übernommen hat. Der Finanzdirektor glaubt auch nicht, dass man im Bereich der Volksschule diesen Teiler hinterfragen soll.
Soviel im Moment. Wir arbeiten ja am Bericht. Die Grundlagenarbeit kommt langsam zum Abschluss. Momentan werden die Gemeinden mit Interviews nochmals angefragt. Aus diesen Grundlagen resultieren dann Entwicklungen oder Empfehlungen für die Zukunft

➔ Kenntnisnahme

324 Interpellation von Karin Andenmatten und Anna Bieri betreffend Schülerzahlen im kgm Menzingen

Traktandum 10 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2085.2 – 13923).

Karin **Andenmatten** hält fest, dass Kantonsräte Fragen stellen dürfen. § 40 der Geschäftsordnung des Kantonsrats besagt: «Jedes Ratsmitglied ist befugt, vom Regierungsrat über jeden die Angelegenheit des Kantons betreffenden Gegenstand Auskunft zu verlangen.» Kantonsräte müssen Fragen stellen, wenn sie ihre Aufgabe Ernst nehmen. Wie wir aus der relativ grossen Anzahl Mitunterzeichnenden unserer Interpellation ableiten können, beinhaltet das Selbstverständnis zahlreicher Kantonsräte auch, dass wir Bestehendes oder zu einem früheren Zeitpunkt Beschlossenes in Frage stellen.
Die Votantin erinnert an die Ratsdebatte vom vergangenen Juni über die Brücke Gibelfeld der UCH in Cham. Baudirektor Tännler hat damals erwähnt: «In der Zwischenzeit (gemeint ist die Zeit zwischen dem Entscheid der Kommission über die UCH und dem Kredit für die Brücke) sind zwei oder drei Verkehrszählungen durchgeführt worden, es hat neue Strassen gegeben, die Bevölkerung ist gewachsen, es hat neue Unternehmen gegeben usw. Dieser iterative Prozess muss entwickelt werden und er führt ja gerade auch dazu, dass man flexibel auf gewisse Situationen reagiert.»
Nicht nur bei Strassen, auch bei Bauten im Bildungsbereich dürfen wir Veränderungen nicht einfach ausser Acht lassen. Und im Bereich kantonale Mittelschulen hat sich Wesentliches verändert:
1) Die Zahlen der Kurzzeitgymnasiasten entwickeln sich überhaupt nicht wie 2009 vorhergesagt.
2) Der Regierungsrat hat beschlossen das Kurzzeitgymnasium Menzingen, für welches der Projektkredit gesprochen wurde, mit einem Langzeitgymnasium zu ergänzen.
3) Was wir zum Zeitpunkt unserer Interpellation noch nicht gewusst haben: Für das kgm lag die Grobkostenschätzung der Investitionen inklusive Grundstück vor zwei Jahren bei 104,3 Millionen, heute liegt sie bei 109 Mio. Franken gemäss den Unterlagen, welche die Stawiko von der Baudirektion erhalten hat.
4) «Die Kanti Zug ist gebaut» hiess es vor einigen Jahren. Davon ist man auch ausgegangen, als der Projektkredit für Menzingen gesprochen wurde. Nun soll plötzlich und mit hohem Zeitdruck die Kanti Zug für 100 Mio. Franken umgebaut werden.
In den kommenden Jahren sind somit für die Mittelschulen im Kanton Zug Bauvorhaben in der Höhe von 300 Mio. Franken geplant! Und der Kantonsrat soll in Bälde diese Kredite sprechen ohne Gesamtschau über die Projekte und ohne Bildungsstrategie.
Und wehe, wenn wir Fragen dazu stellen. Dann wird uns Kantonsräten von der Bildungs- und Baudirektion «Kritik zur Unzeit» vorgeworfen. Herr Regierungsrat Schleiss, Sie haben anlässlich der Oktober-KR-Sitzung gesagt: «Wir schützen die Rechte des Parlaments». Es geht nicht an, Fragen einer Interpellation und eine Motion öffentlich als «Kritik zur Unzeit» abzuqualifizieren. Wir haben Fragen gestellt, die man stellen muss, wenn man einen Bau für über 100 Mio Franken und zwei weitere in dieser Höhe plant. Wann bitteschön sollen wir dann Fragen stellen, wenn nicht jetzt? Erst wenn die Bagger wirklich auf dem Areal stehen? Oder lieber erst in zehn Jahren, wenn alles gebaut ist?

Der Prozess für diese drei Projekte ist doch einfach falsch gelaufen. Und die Votantin kann Ihnen garantieren: Wenn wir Mittelschulbauten in der Höhe von 300 Millionen ohne Bildungsstrategie und ohne Konsultation der Kantonsschulkommission planen, wird uns das früher oder später immer wieder einholen. Vielleicht mag diese Ahnung ein Grund dafür sein, dass unsere Interpellation so heftige Reaktionen bewirkt hat und dass sich der Bildungs- und vor allem auch der Baudirektor so massiv ins Zeug gelegt haben.
Nun zur Vorlage 2085.2.
Zu Frage 1, der Entwicklung der Schülerzahlen im kgm. Tabelle 1 sieht vielleicht nicht danach aus, aber der Schülerrückgang am kgm ist drastisch! Von 220 Schüler/-innen im Schuljahr 08/09 auf 141 im laufenden Schuljahr. Als Begründung dafür nennt der Regierungsrat einzig und allein das erhöhte Sicherheitsbedürfnis der Eltern.
Gewissermassen beschwichtigend wird angeführt, dass im auch Kanton Zürich die Eintritte ins Kurzzeitgymnasium stagnieren. Dies ist aber nicht vergleichbar mit der Zuger Situation, wo die Bevölkerung wächst und das Kurzzeitgymnasium innert vier Jahren einen Rückgang um 36 % verzeichnet. Weshalb ist dieser stark negative Trend im Übergangskurs, der ebenfalls an die zweite oder dritte Sekundarklasse anschliesst, nicht zu verzeichnen? Allfällige weitere Gründe könnten beispielsweise der aktuellen PHZ-Studie, auf die im Bericht auch Bezug genommen wird, entnommen werden: Es ist neben dem familiären Hintergrund und den Schulleistungen auch die Attraktivität der Schule. Eine Reduktion dieses gewichtigen Trends auf das Sicherheitsbedürfnis der Eltern scheint uns als Antwort auf diese Frage zu kurz gegriffen.
Zu den Prognosen für das Kurzzeitgymnasium im Jahr 2020. Beim Projektierungskredit 2009 ist man von 22 Klassen im Kurzzeitgymnasium ausgegangen. Heute geht man noch von zwölf Klassen aus.
Die Räumlichkeiten müssen mit Langzeitgymnasiasten aufgefüllt werden. Es ist nicht dasselbe, ob zwei Langzeitgymnasiums-Klassen neben zehn anderen in Zug oder eben nur zwei Klassen in Menzingen geführt werden. Nur zwei Langzeitklassen in Menzingen zu führen, bedeutet entweder eine Reduktion auf ein bis zwei Schwerpunktfächer oder gemischte Kurse. Gemischte Kurse haben wiederum zur Folge, dass einzelne Fächer in kleinen Gruppen geführt werden müssen, was hohe Kosten verursacht.
Wenn wir heute die Kosten der beiden Schulen miteinander vergleichen, kommen erschreckende Grössen zutage: Dividiert man im die Schulkosten durch die Anzahl Schülerinnen, ergeben sich gemäss Staatsrechnung 2010 Kosten von 23'425 Franken für die Kantonsschule Zug und 45'272 Franken für das kgm. Weil die Gebäudekosten für die KSZ nicht in die Schulkosten eingerechnet werden, muss man beide Zahlen um Miete beziehungsweise Nebenkosten bereinigen. Dann stehen pro Schüler und Jahr Kosten von rund 23'000 Franken in Zug immer noch rund 38'000 Franken in Menzingen gegenüber.
Unser Fazit daraus: Für die künftigen zwei Klassen Langzeitgymnasium in Menzingen muss man entweder eine Reduktion der Schwerpunktfächer in Kauf nehmen oder die Kosten pro Schüler weiterhin ausser Acht lassen.
Zu den Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität der gemeindlichen Oberstufe. Offenbar hat das Kurzzeitgymnasium im Kanton Zug ein Problem. Es ist zu wenig attraktiv. Und was macht man? Man bietet es ab 2012 nur noch in Menzingen an und schafft gleichzeitig auch noch den Übergangskurs ab. Zwei Massnahmen, die den Druck ins Langzeitgymnasium sicher verstärken werden. Ob diesem verstärkten Trend mit den geplanten Massnahmen der Bildungsdirektion entgegen gewirkt werden kann, ist mehr als fraglich. Werden aus diesem Grund keine konkret mess-

baren Ziele genannt, die mit diesen Massnahmen verfolgt werden sollen? Bedauerlicherweise lässt die Antwort auch offen, in welche Richtung die Gesamtzahl der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten verändert werden soll. Das wäre wohl die entscheidende Grösse, die auch das Gewerbe interessieren würde. Wir Interpellantinnen und Interpellanten verstehen unter einer Stärkung der gemeindlichen Oberstufe letztendlich auch die Stärkung der Berufslehre als Bildungsweg für Jugendlichen, die durchaus in der Lage wären, eine gymnasiale Matura zu erlangen. Schritte in diese Richtung suchen wir in der Antwort ebenfalls vergeblich. Die genannten Massnahmen zielen vielmehr darauf ab, Eltern mehr Vertrauen zu geben, dass ihre Kinder nach der Sekundarstufe I dann schon noch ins Gymi wechseln können.
Der letzte Punkt, dass das Schwerpunktfachangebot in Menzingen per 2012/2013 erweitert wird und damit «die Attraktivität stark erhöht» wird, ist Augenwischerei. Wir wissen, was die Verfügung der DBK bedeutet: Die drei Schwerpunktfächer des Kurzzeitgymnasiums, die in diesem Jahr noch in Zug geführt werden, werden auch nach Menzingen verlegt. Alle Schülerinnen und Schüler, die ins Kurzzeitgymnasium wollen, müssen künftig nach Menzingen, ob sie das toll finden oder nicht. Zu behaupten, dass mit der Streichung des Angebots in Zug die Attraktivität von Menzingen erhöht wird, ist gelinde ausgedrückt Mumpitz! Die Streichung des Standorts Zug macht den Standort Menzingen keinesfalls attraktiver.
Zuteilung nach Gemeinden. Zuerst eine kleine Vorbemerkung zu den Zahlen: Bis 2005 wurde der Klassenbestand in Menzingen ausgebaut. Diese Zunahmen sind also systembedingt. Es gilt somit, die Zahlen seit 2005 zu betrachten. Und dort fällt auf, dass die Neueintritte aus der Sekundarschule von 2005 bis 2008 stagnieren und seit 2008 abnehmen.
Der Standort wird als eine der drei Hauptstärken erwähnt – in der Bewertung der Attraktivität durch die Schülerinnen des kgm. Die Gründe für den Rückgang einer Schülerzahl bei denjenigen zu erfragen, die diese Schule besuchen, ist etwa so sinnvoll, wie wenn man Vegetarier befragt, weshalb so viele Leute Fleisch essen.
Auch zur Interpretation des PHZ Berichts möchten wir unsere Anmerkungen anbringen. Die breit angelegte Befragung bestätige, dass der Standort keine entscheidende Rolle bei den Übertrittsentscheidungen der Eltern und Schülerinnen und Schüler spiele, lesen wir in der regierungsrätlichen Antwort auf unsere Fragen. In der Zusammenfassung des PHZ Berichts steht allerdings: «Aufgrund der geringen Beteiligungsquote der Eltern gilt, dass die Einschätzungen und Interpretationen nicht zweifelsfrei auf die Gesamtheit der Eltern übertragbar sind.»
Weiter findet man in Bezug auf die Beurteilung der beiden Standorte Zug und Menzingen ebenfalls im Bericht «Für diese Wahl (gemeint ist die Wahl zwischen Kantonsschule Zug und dem KGM) ist die Attraktivität der beiden Schulen ebenfalls ein wichtiges Kriterium. (...) Da nur sehr wenige Eltern bereit waren, diese Frage zu beantworten, ist eine genaue Analyse und eine Einschätzung der Attraktivität der beiden Gymnasien aus Sicht der Eltern nicht möglich.» Daraus folgert die DBK, der Standort spiele keine Rolle.
Dafür wird folgende Erkenntnis aus dem PHZ-Bericht verschwiegen: «Über die drei Gruppen (gemeint sind Lehrpersonen Kanti Zug, Menzingen und Sekundarschule) von Lehrpersonen hinweg lässt sich folgende Tendenz feststellen: Der Kantonsschule Zug werden eher Vorteile in den Bereichen Standort und Fächerangebot zugeschrieben, während das kantonale Gymnasium Menzingen beim Schulklima, bei der Betreuung, beim Schülerklientel und bei der individuellen Förderung überzeugt.» In Zug sind es die hard facts, in Menzingen das, was wie gehört hohe Kosten verursacht oder der Kleinheit zuzuschreiben ist, die bei einer Verdopplung der Schülerzahl nicht mehr gegeben sein wird. Die Erweiterung kappt genau eines der Standbeine der Attraktivität – da beisst sich die Katze in den Schwanz.

Zur Frage 5 nach dem Zuweisungsmodus. Die Wahlmöglichkeit wird womöglich dazu führen, dass keine Umteilungen notwendig sind – wunderbar. Was, wenn sich das Idealszenario nicht einstellt? Dann ist noch nicht klar, wie die DBK den Zuweisungsradius genau gestalten würde. Im Bericht wird erwähnt, dass dieser nach dem Kriterium der Dauer der Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln ab Wohnadresse erfolgt. Zwischenzeitlich haben wir jedoch vom Bildungsdirektor erfahren, dass darunter nicht die absolute Fahrzeit zu verstehen ist, sondern die Differenz zwischen den beiden Anreisen. Doch auch damit sind Schüler, die im Osten der Stadt Zug wohnen, immer noch Umteilungskandidaten. Die Gefahr, dass Zuger nach Menzingen müssen oder Oberägerer nach Zug gehen, ist damit noch nicht vom Tisch. Zumindest fehlen dazu konkrete Aussagen der DBK.
Selbstverständlich nehmen wir Interpellantinnen und Interpellanten von all diesen Tatsachen antragsgemäss Kenntnis.

Dominik **Lehner** weist darauf hin, dass Menzingen oder nicht Menzingen hier nicht die Frage ist. Uns mitunterzeichnenden FDP-Mitgliedern ging es bei dieser Interpellation nicht um eine Standortdiskussion. Unsere Sorge gilt aber den abnehmenden Schülerzahlen im Kurzzeitgymnasium.
Die Ausführungen des Regierungsrates zeigen eines klar auf: Das Nebeneinander von Langzeitgymnasium und Kurzzeitgymnasium ist gescheitert. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtrösten, dass es sich um einen schweizweiten Trend hin zum Langzeitgymnasium handelt. Der indirekte Weg zur Maturität über unsere gemeindlichen Schulen kränkelt weiter.
An der Qualität der gemeindlichen Sekundarschulen liegt es nicht. Eltern und Schüler stellen ihnen ein gutes Zeugnis aus. Dies belegt die vorhin erwähnte PHZ-Studie.
Wir steuern von einem Lehrstellenmangel hin zu einem Lernendenmangel. Umso wichtiger wird es zukünftig sein, möglichst viele Sechsklässlerinnen und -klässler für den indirekten Weg zur Maturität zu überzeugen. Nur so haben diese 12-Jährigen zwei, drei Jahre später – und wohl auch reifer – die echte Entscheidungsfreiheit zwischen Kurzzeitgymnasium und Berufslehre.

Roland **von Burg** ist als Mitunterzeichner im Gegensatz zu Karin Andenmatten mit dem Bericht der Regierung zufrieden. Interessant ist die Aufschlüsselung der Schüler am kgm nach Wohngemeinden. Es erstaunt, dass rund ein Drittel der Schüler aus dem Ennetsee stammen. Trotzdem möchte die SVP-Fraktion nicht am Standort Menzingen rütteln. Sie steht voll und ganz hinter diesem Standort.
Ein weiterer Punkt in der Antwort ist dem Votanten als Berufsschullehrer ins Auge gestochen. Der Regierungsrat schreibt in Antwort 3, dass die Sekundarstufe I weiter entwickelt werden soll. Sie soll leistungsorientierter und attraktiver werden. Wie dies geschehen soll, überlässt er voll und ganz dem Bildungsrat. Genau dieser Punkt ist jedoch entscheidend, ob ein kgm oder auch die Berufsbildung mit genügend guten Sekundarschülern rechnen kann. Roland von Burg ist sehr gespannt, wie dies erreicht werden soll. Sein Augenmerk wird auch in Zukunft auf diesen Punkt gerichtet sein.

Esther **Haas** kam als Mutter sowohl mit der Kantonsschule Zug als auch mit dem Kantonalen Gymnasium Menzingen in Kontakt. Und um es gleich vorweg zu neh-

men: Sie attestiert beiden Schulen einen hohen Qualitätsstandard. Um eine Qualitätsfrage geht es hier also nicht.
Dann wäre da aber die andere Frage, jene nach dem Standort. Ursprünglich war Menzingen lediglich als Übergangslösung gedacht. Als sich die Verhandlungen um den Standort Röhrliberg in Cham zerschlugen, nagelte der Kantonsrat 2008 durch eine Richtplanänderung den Standort Menzingen mit einem deutlichen Resultat. Die Standortfrage blieb aber irgendwie im Raum stehen: Menzingen, idyllisch zwar, aber nicht doch etwas weit weg vom Schuss? Das kgm selbst hat dieser Frage in Evaluationen sehr früh Aufmerksamkeit geschenkt. In der ersten Befragung 2003 wurde der Standort von Zweitklässlern zwar zum Teil noch negativ bewertet, aber bereits 2006 wurde die erste Befragung relativiert. 2009, bei der dritten Umfrage, wurde der Standort von den Befragten sogar als Stärke taxiert. Diese Resultate werden vom Regierungsrat in seiner Antwort: auf die Interpellation mit weiteren Begründungen gestützt: Ein Drittel der Schüler und Schülerinnen kommt aus dem Ennetsee; da lässt sich der Standort Menzingen aber nur schwer anzweifeln. Auch eine PHZ-Studie kommt zum Schluss, dass der Schulstandort bei Übertrittsentscheidungen weder bei den Eltern noch bei den Jugendlichen eine entscheidende Rolle spielt. Als Chamerin ist die Votantin überzeugt: Am Standort Menzingen liegt es nicht, dass das kgm zu implodieren droht.
Woran liegt es dann? Ein wichtiger Grund ist der von der Regierung erwähnte Umstand, dass die Betroffenen beim Übertritt lieber auf Nummer sicher gehen und die erstbeste Möglichkeit wählen, um auf die gymnasiale Schiene zu kommen. Der Vorschlag der Regierung, hier Gegensteuer zu geben, indem die beiden unterschiedlichen Übertrittsverfahren einander angeglichen werden sollen, wird bestimmt Wirkung zeigen. Auch die in der Interpellationsantwort gemachten Vorschläge zur Attraktivitätssteigerung der Sekundarschule bewerten wir als positiv. Denn nicht das kgm hat ein Problem, sondern die Sekundarschule, welche fälschlicherweise negativ wahrgenommen wird.
Bis die Wirkung eintritt, braucht es allerdings seine Zeit. Zudem wird der schweizweit beobachtete Trend Richtung Langzeitgymnasium weiterhin anhalten. Ein Teil unserer Fraktion kann sich als Steuerungselement auch die prozentuale Beschränkung für das Langzeitgymnasium vorstellen. Zugegeben, die 1991 im «Reglement betreffend das Übertrittsverfahren» festgelegten 12 % als Massgabe für den Übertritt ins Untergymnasium sind inzwischen völlig unrealistisch. Wenn wir uns aber zum Kurzzeitgymnasium bekennen, dann müssen wir dieses monolithische Denken aufgeben und eine Quote für den Übertritt ins Langzeitgymnasium festlegen. Im Kanton Zürich, wo eine quotenähnliche Lösung praktiziert wird, gehen rund ein Drittel ins Kurzzeitgymnasium. Im Kanton Zug sind es aktuell knapp ein Sechstel.
Wenn also weniger Schülerinnen direkt nach der Primarschule ins Gymnasium wechseln würden, käme dies auch der Berufsbildung zugute: Die Chance, dass sich sehr begabte Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler für eine Berufslehre entscheiden, steigt, weil dort in der Berufsvorbereitung die Berufslehre als echte Alternative ihren Platz hat.
Entscheiden sich die Jugendlichen zu einem späteren Zeitpunkt für das Gymnasium, wählen sie allenfalls noch eher das ihnen entsprechende Schwerpunktfach. Aber diesen Aspekt findet Esther Haas gar nicht so entscheidend. Welches Schwerpunktfach gewählt wird, gibt eine Tendenz für die spätere Studienrichtung, mehr nicht. Deshalb, Karin Andenmatten, tut es der Attraktivität eines Gymnasiums keinen Abbruch, wenn allenfalls nicht alle Schwerpunktfächer angeboten werden. Die Einführung des Langzeitgymnasiums bringt dem Standort Menzingen zweifellos einen zusätzlichen Attraktivitätsbonus. Wir von der AGF gehen davon aus, dass

dadurch die freiwilligen Entscheide für Menzingen zunehmen und Zwangsumsiedlungen vermieden werden können.
Zum Schluss noch etwas zur damaligen Richtplanänderung des Kantonsrats. Auf diesen Grundsatzentscheid wurden alle baulichen und personellen Planungen abgestimmt. Wenn wir nun dazu übergehen, alle zwei bis drei Jahre einmal gefällte Entscheide wieder in Frage zu stellen, entreissen wir den Verantwortlichen jegliche Planungssicherheit. Ein Planungshorizont kann so nicht aufgebaut werden, weil die Politik die Entscheidungszyklen verfälscht. Es ist davon auszugehen, dass alle hier Anwesenden ein solches Szenario unbedingt verhindern wollen.

Zari **Dzaferi** hält fest, dass diese Interpellation aus Sicht der SP zwar interessante Informationen, aber keine bahnbrechende Erkenntnisse gebracht hat. Es gibt nach wie vor keine wesentlichen Gründe, am Standort des kgm zu rütteln. Der Votant möchte vier wesentliche Punkte aufgreifen:
1. Es stammen nur gut 20 % der Lernenden aus dem Gebiet Berg. Der längere Schulweg hindert offenbar die restlichen 80 % nicht daran, das kgm als Zielschule zu wählen – und dies trotz längerem Schulweg.
2. Eine umfangreiche Studie der PHZ Zug zeigt, dass der Standort keine entscheidende Rolle bei den Übertrittsentscheidungen der Eltern sowie deren Kindern spielt.
3. Der Standort erscheint in den jährlich durchgeführten kgm-Schülerbefragungen als eine Hauptstärke des kgm.
4. Dieser Rat hat Ende Oktober 2009 einen Projektierungskredit von 6 Mio. Franken freigegeben, was selbst für den Kanton Zug nicht gerade wenig Geld ist.
Fazit: Die bisherige Planung über den Haufen zu werfen, wäre aus Sicht der SP-Fraktion aus den eben genannten Gründen verfehlt.
Völlig unverständlich ist für die SP-Faktion die Argumentationshaltung des Regierungsrats bezüglich der Stärkung der Sekundarstufe: «Die Sekundarschule soll leistungsorientierter und attraktiver werden. Dies schafft Vertrauen in die Verlässlichkeit des über die Sekundarschule führenden Bildungswegs.» Der Votant ersucht den Regierungsrat, dies genauer zu erläutern. Schafft die Sekundarschule heute kein Vertrauen? Oder wie ist dies zu verstehen? Aus Sicht von Zari Dzaferi ist diese Negativbeurteilung gegenüber Lehrpersonen sowie Eltern und Lernenden aus der Sekundarstufe sehr unglücklich gewählt.

Monika **Barmet** zieht ein kurzes Fazit der heutigen Debatte betreffend Schülerzahlen im kgm. – Entscheidend im Bereich der Schulraumplanung der Sekundarstufe II ist auch nach der Beantwortung der Fragen dieser Interpellation nach wie vor, dass möglichst schnell zusätzlicher Raum realisiert werden kann, um die Kantonsschule in Zug zu entlasten. Dass nun bildungspolitische Diskussionen das geplante Vorgehen kritisieren und in Frage stellen, ist wohl legitim, aber alles andere als konstruktiv. Offene Fragen und die fehlende Bildungsstrategie müssen unabhängig vom Standort geklärt werden. Es scheint, dass ein mittlerweile bewährtes und neugeschaffenes Angebot Verunsicherung ausgelöst hat. Die aktuellste Umfrage zeigt aber eine fast hundertprozentige Zufriedenheit aus. Welche Schule erreicht ein so positives Ergebnis? Es wird mit Argumenten wie zu langer Weg etc. bewusst gegen den geplanten Standort geworben. Qualität und eine Stärkung des Bildungsangebotes kann aber nur mit unterschiedlichen Angeboten und Schulgrössen im Kanton Zug erreicht werden.

Der Kantonsrat hat mit der Richtplanänderung und der Freigabe des Planungskredites den Auftrag erteilt, ohne zeitliche Verzögerungen eine sofortige Realisierung anzugehen. Die verschiedenen Schulen sind auf eine schnelle Ausführung angewiesen. Es gibt keine neuen Erkenntnisse, die eine zusätzliche Beurteilung des zukünftigen Standorts Menzingen rechtfertigen. Es gilt nur, verantwortungsvoll und zielorientiert die Entscheide umzusetzen.
Herzlichen Dank für die Unterstützung bei der Realisierung des geplanten neuen Schulraums.

Ivo **Hunn** hält fest, dass die GLP sich für die beiden aktuellen Angebote Kurzzeit- und Langzeitgymnasium einsetzt. Respektive unterstützt sie die Motion Walker/-Lehner, dass der Übertritt erst nach mindestens zwei Schuljahren an den gemeindlichen Sekundarstufen I erfolgen kann. Wir sehen bei dieser Änderung des Übertritts unter anderem die Stärkung des dualen Bildungssystems. Weitere Ausführungen zu dieser Motion werden wir bei der Motionsbeantwortung machen.
Die Frage Kurzzeitgymnasium ja oder nein darf aus unserer Sicht nicht über den Standort diskutiert und entschieden werden. Wir sind der Meinung, dass eine Bildungsstrategie kombiniert mit einem attraktiven Angebot und einem attraktiven Standort massgebend, zielgerichtet und zukunftsorientiert ist. Die Kantonsschule Zug hat bereits einen attraktiven Standort und ein attraktives Angebot. Deshalb und in Anbetracht der Kantonsgrösse bevorzugen wir, den aktuellen Standort der Kantonsschule Zug möglichst durch bauliche Verdichtung zu erweitern und so für alle Gymnasiasten und Gymnasiastinnen im Kanton Zug Platz zu schaffen.

Bildungsdirektor Stephan **Schleiss** bedankt sich für die vielen Wortmeldungen. Er versucht, auf zusätzliche Fragen noch Antworten zu liefern. Es hat ja in der Zwischenzeit auch noch eine Bildungskommissionssitzung zu dieser Thematik stattgefunden, wo nicht nur der Bildungsdirektor anwesend war, sondern auch der sich ebenfalls mit der zweiten Sekundarschule befassende Volkswirtschaftsdirektor sowie der Baudirektor. Auch im Rahmen dieser Sitzung konnten schon sehr viele Fragen im Zusammenhang mit den Schulraumstandorten der Sekundarstufe II geklärt werden. Er versucht, dass hier nun auch im Plenum einzubringen. Weiter wird er dort, wo Vorwürfe erhoben wurden, diese kontern.
Zuerst möchte er auf die Interpellantinnen eingehen. Sie werfen Stephan Schleiss und dem Baudirektor vor, wir hätten Ihnen quasi verbieten wollen, Fragen zu stellen, weil sie zur Unzeit kämen. Sollte das tatsächlich so verstanden worden sein, müsste der Bildungsdirektor sich dafür entschuldigen. Aber das war keineswegs die Absicht. Fragen zu stellen, ist selbstverständlich erlaubt. Das ist ein parlamentarisches Recht, das wir hoch achten. Es gibt uns vor allem auch Gelegenheit, Fragen, die im Raum stehen, öffentlich zu beantworten. Stephan Schleiss schätzt diese Gelegenheiten.
Wenn er sagt, das sei zur Unzeit erfolgt, dann natürlich in Bezug auf den Zeitpunkt. Die Frage, ob Sie einen gymnasialen Standort in Menzingen haben wollen, gilt es zu beantworten, wenn man die Richtplanfestsetzung macht oder wenn man den entsprechenden Projektkredit spricht. Diese neuen Fakten sind eben nicht neu. Zum Zeitpunkt der Richtplanfestsetzung wurde der Ausbaubedarf an der Kantonsschule Zug der Kommission zu Kenntnis gebracht. Das hat uns auch wieder die Richtplankommissionspräsidentin an der Sitzung der Bildungskommission explizit bestätigt. Beim Zeitpunkt des Projektierungskredits stand der im Raum stehende Ausbau der Kantonsschule Zug ebenfalls in der Vorlage. Und der Bildungsdirektor

macht darauf aufmerksam: Diese Vorlagen mitsamt den Kantonsratsprotokollen sind öffentlich und Sie können sich diese jederzeit im Internet herunterladen.
Stephan Schleiss muss auch den Vorwurf zurückweisen, die Prozesse seien schlecht gelaufen. Diese Prozesse sind jederzeit transparent und korrekt abgewickelt worden. Er kann dem Baudirektor zu dieser Prozessführung nur gratulieren. Das hat jederzeit allerbestens funktioniert, und das kann auch belegt werden. Sie haben auch unter Einbezugnahme der Kantonsschulekommission stattgefunden. Der Bildungsdirektor kann sich nicht erklären, woher die Erkenntnis kommen soll, die Kantonsschulekommission sei in dieser Richtplanfestsetzung oder eben in der kantonalen Schulraumplanung auf der Sekundarstufe II nicht involviert gewesen.
Der Vorwurf, der Baudirektor und der Votant legten sich allzu stark ins Zeug, schmeichelt zwar, aber Sie dürfen von den Regierungsräten erwarten, dass sie sich für die Vorlagen der Regierung ins Zeug legen. Der Vorwurf, sie hätten zur Unzeit agiert, ist auf den Zeitpunkt bezogen. Den müsste der Votant auch erheben, wenn jemand nach der Abstimmung über das Budget irgendwelche Budgetpositionen wieder in Frage stellt und sagt, er habe nicht die Gelegenheit gehabt, sich dort einzubringen. Deshalb Unzeit.
Karin Andenmatten hat auch bemängelt, dass der Trend der Schülerzahlen, wie wir ihn in der Tabelle aufgezeigt haben, dramatischer sei. Wir haben die Fakten aufgelistet. Wie dramatisch ein Trend ist, ist selbstverständlich eine Wertungsfrage. Aber die wesentliche Aussage ist: Der Trend ging aufwärts, später ist nach unten gebrochen am Standort Menzingen, aber was sich niemals geändert hat in dieser Zeit ist der Standort. Also wenn Sie diesen Trendbruch ableiten, hat der Standort keinen Einfluss darauf gehabt. Deshalb hat die Bildungsdirektion auch die Aussage gemacht, es habe nichts mit dem Standort zu tun, sondern sei mit diesem Trend zum Langzeitgymnasium gekoppelt, der auch an anderen Orten zu beobachten ist. Wenn sie anführen, dass der Standort schuld sei und der Trend zum Langzeitgymnasium nicht manifest sein, müssten ja die Eintritte in den Übergangskurs entsprechend diese Leute aufnehmen, die nicht mehr nach Menzingen gehen. Das hat nicht stattgefunden, wie Sie der Tabelle auch entnehmen können.
Die zwei Klassen Langzeitgymnasium, die ab ca. 2016/17 zusätzlich in Menzingen geführt werden sollen – es wird der Fall sein, sobald es der Baubetrieb zulässt – dienen nicht dazu, um das Schulhaus aufzufüllen, sondern die Kantonsschule Zug zu entlasten. Sie kann nicht alle Langzeitgymnasiasten aufnehmen. Wenn diese nicht als Kurzzeitgymnasiasten nach Menzingen gehen, dann müssen wir in Menzingen eben das Angebot bieten, das die Leute suchen. Das ist standortunabhängig das Langzeitgymnasium.
Die Aufhebung des Übergangskurses ist ein logischer Schritt, der zu vollziehen ist, wenn man in Menzingen nicht mehr nur die musisch/neusprachlichen Fächer anbietet, sondern eben auch die mathematisch/naturwissenschaftlichen. Dann macht es ökonomisch eben keinen Sinn mehr, ein ähnliches oder das gleiche Angebot in Zug parallel zu führen. Wir haben ja auch jetzt schon die Fächer nicht parallel in Zug geführt. Jetzt schon musste, wer neusprachlich nach der Sek ins Gymnasium eintreten wollte, nach Menzingen gehen. Da sind die Leute hingegangen, ob sie nun bei der Kantonsschule gewohnt haben, im Ennetsee oder bereits in Menzingen.
Bei den Schulklassen habe zwischenzeitlich eine neue Information stattgefunden. Stephan Schleiss hat das in der Bildungskommission entsprechend präzisiert, dass es eben nicht das absolute Kriterium der Reisezeit ist, sondern ein relatives, die Differenz zwischen den zwei Reisen Wohnort-kgm und Wohnort-KSZ, was massgeblich sein wird für diesen Umteilungsmechanismus. Die Information war nicht vollständig, aber nicht anders. Dass im Umteilungsperimeter der nördliche Rand

der Stadt Zug betroffen sein könnte, ist in unserer Antwort explizit ausgeführt. Wir haben das also nicht verschweigen wollen. In die Stadt Zug greift dieser Umteilungsperimeter nur dann, wenn sich kein einziger «freiwillig» aus den umliegenden Gemeinden, die weiter entfernt sind, in Menzingen einschreiben würde. Gemessen an den Anmeldezahlen, die wir auch aus dem Raum Ennetsee haben, und der Erkenntnis, dass es auch Schüler gibt, die speziell nach dem Profil dieser Schule fragen, ist das sehr unwahrscheinlich.

Zu Dominik Lehner. Es ist eher die Frage, ob Langzeit- und Kurzzeitgymnasium parallel geführt werden sollen. Der Kantonsrat und auch die Regierung haben bisher immer die Strategie verfolgt, beides parallel anzubieten. Das der Kantonsrat auch insofern bestätigt, indem er das Kurzzeitgymnasium mit Projektierungskrediten unterstützt hat, ohne dass gleichzeitig die Abschaffung des Untergymnasiums an der Kantonsschule gefordert wurde. Aber der Bildungsdirektor kann in Aussicht stellen, dass die Motionsantwort schon weit gediehen ist und er bestrebt ist, diese bis Januar in den Kantonsrat bringen zu können. Dann werden wir uns mit dieser Thematik eingehend befassen können.

Esther Haas hat noch die Quote ins Spiel gebracht. Das ist ja immer auch verbunden mit dem Vorwurf an die Regierung, wir hätten keine Bildungsstrategie. Die Diskussion um die Teilstrategie Bildung wurde in diesem Rat vor elf Monaten geführt an der KR-Sitzung vom Januar. Ob es eine strategische Frage ist, nur eine Quote zu haben, wagt Stephan Schleiss zu bezweifeln. Die Frage wäre eher, wie gross denn diese Quote sein müsste. Vor 15 oder 20 Jahren hat man offenbar noch 12 % für adäquat gefunden, das in eine Verordnung geschrieben und seither nichts umsetzen können. Das wird sicher etwas sein, das entsprechend aufzuheben ist, denn die Regierung ist der Meinung, es sei schwierig, eine solche Quote in absoluten Zahlen zu definieren. Dazu ein kleines Beispiel. Die Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium betrug 2010 19.8 %. Das waren 244 Personen. 2011 waren es dann 18,4 %, 1,4 % weniger, 235 Personen. Also nur neun Personen weniger. Also da wollen Sie eine Quote ins Gesetz schreiben, mit der man dann quasi personenscharf die Prüfung gestalten müsste und ausser Acht lassen, dass sich ja nicht nur der Zähler des Bruchs, sondern auch der Nenner verändern kann. Die Regierung beabsichtigt nicht, eine Quote ins Gesetz zu schreiben. Vor allem auch darum, weil eine Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium nicht gleichbedeutend ist mit einer Maturitätsquote. Das hat auch damit zu tun, wie erfolgreich das Kurzzeitgymnasium oder eben das kgm ist.

Zari Dzaferi hat ausgeführt, die Planung sei jetzt nicht über den Haufen zu werfen. Das hat der Bildungsdirektor mit der Unzeit zum Ausdruck gebracht. Das hätte man in Frage stellen sollen vor drei oder vier Jahren. Das eigentliche Problem sind aber die Kosten. Wenn es tatsächlich die Erkenntnis gibt, dass es ein schlechter Entschluss ist, darf man nicht einfach sagen: Ja jetzt sind diese 6 Millionen schon ausgegeben. Das tragende Argument ist, dass ohne diesen Ausbau die Kantonsschule ein veritables Problem hat. Die wirklich leitende Institution bei einem Moratorium, bei einem Rückkommen, einem Nicht-vorwärts-machen wäre die Kantonsschule in Zug.

Stephan Schleiss konnte der Kritik nicht ganz folgen, es sei schlecht, wenn die Regierung ihre Bestrebung rapportiere, die Sekundarstufe I sei leistungsorientierter und attraktiver zu gestalten. Letztlich geht es ja darum, das System zu stärken. Das ist sicher kein negativ besetzter Begriff. Was die Details betrifft, haben wir auf die PHZ-Studie verwiesen, die eben die Sekundarstufe – zu Recht oder nicht sei dahingestellt – als zu wenig attraktiv empfindet. Der Terminus «etwas attraktiver machen» ist nicht negativ besetzt, wenn wir als Regierung die Personalstrategie

befolgen. Wir wollen ein noch attraktiverer Arbeitgeber sein und werden – zumindest von den Arbeitnehmenden – dafür nicht kritisiert.

➔ Kenntnisnahme

325 Interpellation der SP-Fraktion betreffend «Zug schweizweit auf den hinteren Rängen beim frei verfügbaren Einkommen»

Traktandum 11 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2052.2 – 13934)

Eusebius **Spescha**: Würde der Kanton Zug bei einem Steuer-Ranking innerhalb von sechs Jahren von Platz 5 auf Platz 19 absteigen, hätte die Regierung schon lange den Notstand ausgerufen, sie würde Sondersitzungen abhalten und die Finanzverwaltung Nachtschichten einlegen. Die gleiche Verschiebung beim frei verfügbaren Einkommen löst offenbar nur ein müdes Achselzucken aus, obwohl die grosse Mehrheit der Zugerinnen und Zuger genau davon leben muss.
Die Antwort der Regierung ist weder Fisch noch Vogel, das klassische Ja - Aber.
Erfreulicherweise negiert der Regierungsrat die Ergebnisse der CS-Studie nicht. Auf S. 1 der regierungsrätlichen Antwort heisst es: «Dem Regierungsrat erscheinen die Ergebnisse der CS-Studie unter den gegebenen Annahmen schlüssig.»
Damit bestätigt also auch die Zuger Regierung: Im «reichen» Kanton Zug bleibt nicht-reichen Haushalten – das ist die grosse Mehrheit der Zuger Bevölkerung – tatsächlich am Schluss weniger im Portemonnaie als in der Mehrheit der anderen Kantone. Der steuergünstige Kanton Zug ist punkto frei verfügbaren Einkommens nur auf dem schlechten 19. Platz aller Kantone. So weit sind wir uns einig.
Auf der anderen Seite begründet der Regierungsrat die Verschlechterung des Kantons Zug im interkantonalen Ranking unter anderem mit der veränderten Erhebungsmethodik bezüglich der Wohnungen. Wenn die CS seit 2008 ihre Wohnkosten vor allem auf den neu erstellten Wohnungen basiert, dann bildet das die Realität aber eigentlich noch genauer ab als früher! Denn im Kanton Zug wird überdurchschnittlich gebaut.
Anstatt sich nun mit diesen Fakten auseinanderzusetzen und den Handlungsbedarf zu lokalisieren, wird gegenüber der Studie mit «weichen» Faktoren argumentiert und kritisiert, die CS-Experten würden quasi den Zuger Sonnenuntergang nicht in Rechnung stellen. Bei Steuersenkungen oder beim Finanzausgleich spielte dies nie eine Rolle. Beim tiefen frei verfügbaren Einkommen aber sollen sich die Einwohner und Einwohnerinnen mit der schönen Landschaft und der guten Lage zufrieden geben. Und dass wir besser dran sind als die Zürcher und Genfer, empfinden wir auch nicht gerade als grossen Trost.
Die Regierung hebt hervor, dass die Spirale «Anlockung durch tiefe Steuern - hohe Nachfrage auf dem Wohnraummarkt - steigende Preise - mangelnder bezahlbarer Wohnraum - wenig im Portemonnaie» der Realität nicht gerecht werde. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Regierung betont, Steuern seien nicht der einzige Standortfaktor. Was wir übrigens auch nicht behauptet haben. Im Gegenteil, wir haben bereits bei einer früheren Interpellation das einseitige Verständnis der Regierung von Standortpolitik kritisiert. Dass die Tiefsteuerpolitik für Reiche und zahlungskräftige Unternehmen einer der Hauptgründe für den starken Zuzug nach Zug ist, kann ernsthaft ja wohl nicht bestritten werden. Grundsätzlich gilt:

«Hohe Fixkosten kompensieren Steuervorteile», also «kompensieren», nicht lediglich «relativieren».
Der RDI-Indikator beschreibt die finanzielle Wohnattraktivität. Diese ist positiv für die Reichen und Gutverdienenden, weil sie einen kleineren Teil ihres Grenzeinkommens für Steuern aufbringen müssen. Für die Nicht-Reichen zählt aber die Kombination aus RDI-Indikator und Fixkostenbelastung. Und da schneidet Zug eben schlecht ab und gelangt nur noch auf Rang 19 von 26!
Dass die Regierung keinerlei Handlungsbedarf sieht, um die effektive Einkommenssituation der Nichtreichen zu verbessern, ist für uns unbefriedigend, gerade auch angesichts der sich häufenden kritischen Berichte über die «Abwanderung aus dem Paradies». Schliesslich sagt die neuste CS-Studie klar: «Der Kanton Zug büsst einen Rang ein, was im Gegensatz zu den anderen Kantonen (...) hauptsächlich auf überdurchschnittlich gestiegene Fixkosten zurückgeht.»
Wir sind zwar erfreut über die Aussage des Regierungsrats, dass er nach der vierten Teilrevision des Steuergesetzes zurzeit keinen weiteren Bedarf erkennt, eine weitere Steuersenkungsrunde einzuläuten. Nicht gleicher Meinung sind wir hingegen bei der Erhöhung der individuellen Prämienverbilligung. In Haushalten mit Kindern belasten die Kosten der KVG-Prämien das Familienbudget wesentlich mehr als z.B. die jährlichen Steuerabgaben.
Bei den Subventionierungen der Wohnkosten wären die Gemeinden in der Pflicht. Wie bereits bei den Verhandlungen zum Wohnraumförderungsgesetz aufgezeigt, nützen nur wenige Gemeinden den vorhandenen Spielraum. Sie überlassen diese Aufgaben lieber privaten Investoren, was zu den bereits bekannten, sehr teuren Wohnungspreisen führt.
Dass die Regierung darauf hinweist, dass sie in ihrer Strategie einige Grundanliegen direkt oder indirekt aufgenommen hat, haben wir gerne gelesen. Noch lieber werden wir zur Kenntnis nehmen, wenn den Worten dann auch tatsächlich Tagen folgen. Da warten wir gespannt auf Ideen und Vorschläge.
Zum einen glänzt die regierungsrätliche Antwort also durch relativierende Aussagen, die der Brisanz der CS-Studien die Spitze nehmen sollen, und durch die Behauptung, im Konkreten gebe es keinen oder wenig Handlungsbedarf. Zum andern aber ist aus der Antwort eine direkte oder mindestens eine unterdrückt leise Zustimmung zu den Aussagen von Studie und Interpellation herauszulesen. Die SP ist froh, diese Zeichen seitens der Regierung wahrzunehmen.

Silvia **Thalmann** möchte zuerst einige Vorbemerkungen machen. Die Thematik, welche die SP-Fraktion aufwirft, wurde im Rat schon mehrfach und eingehend diskutiert. Die politischen Haltungen sind bekannt und manifestieren sich immer wieder bei den Beratungen des Budgets oder der Revisionen des Steuergesetzes. Es ist der SP unbenommen, anlässlich von Studien – wie z.B. jener der Credit Suisse vom Mai 2011 – einmal mehr die Korrelation zwischen tiefen Steuern und hohen Wohnkosten zu thematisieren. Mit zehn Fragen schiesst die SP rein quantitativ über das Ziel hinaus. Es würde der Fraktion wohl anstehen, sich auf die Volksweisheit «weniger ist mehr» zu besinnen. Die Antworten des Regierungsrats fallen knapp aus. Oft sind es bloss Verweise auf bereits gegebenen Antworten. Man erfährt kaum Neues. Darin könnte man einen gewissen Unmut (oder Übermüdung?) des Regierungsrats in dieser Thematik erkennen.
Nach diesen kritischen Bemerkungen nun zu inhaltlichen Überlegungen. Jede Studie – egal ob der Kanton darin gut oder schlecht abschneidet, es gibt davon alle Varianten – bietet eine wertvolle Möglichkeit, das eigene Handeln kritisch zu hinterfragen.

Die zentrale Frage, welche die SP mit ihrer Interpellation aufwirft ist: Drängt sich aufgrund der Studie eine politische Kurskorrektur ab? Die CVP ist klar der Meinung, dass dem nicht so ist. Die Verlässlichkeit eines Staates ist von zentraler Bedeutung. Die Grundsätze, nach denen der Kanton Zug seine politischen Weichen setzt, ist eminent. Der Regierungsrat nennt sie in der Interpellationsantwort: gutes staatliches Leistungsangebot, ausgeglichener Staatshaushalt und attraktive Steuergesetze.
Rein monetär betrachtet müssten wir sofort in den Kanton Uri umziehen. Für die Votantin undenkbar. Als sie am Wochenende durch den Bergkanton reiste, stellte sie sich unwillkürlich die Frage: Möchte ich hier wohnen? Auch wenn sie aufgrund der Studie wusste, dass ein klares Ja die richtige Antwort sein musste, sagte sie nein. Es waren die Softfaktoren, auf die der Regierungsrat in seiner Antwort hinweist, die in ihrem Fall dagegen sprachen.
Die Studie zeigt auf, dass hohe Wohnkosten steuerliche Vorteile aufwiegen. Daran ändert sich auch nichts, wenn der Regierungsrat die in der Studie erwähnten teuren Mieten etwas relativiert. Der Kanton Zug ist – nicht nur wegen der tiefen steuerlichen Belastung – sehr attraktiv. Der Zuger Wohnungsmarkt ist sehr angespannt. Es stellt sich deshalb die Frage, wie trotz hoher Wirtschafts- und Lebensattraktivität der Wohnungsmarkt flüssiger gestaltet werden kann. Für Lösungen in dieser Thematik hat sich die CVP – sowohl in den Gemeinden, wie auch im Kanton – mit verschiedenen Vorstössen immer wieder stark gemacht.
Auf keinen Fall darf auf die hohe Nachfrage nach Wohnungen – zur Miete oder als Eigentum – mit einer Erhöhung der Steuern reagiert werden. Sie erinnern sich: In der letzten Kantonsratssitzung haben wir in Rekordtempo das Budget 2012 beraten und beschlossen. Unser Staatshaushalt ist im Lot. Mit einer Erhöhung der Steuern würden wir von den Steuerzahlern mehr Geld verlangen, als wir für die Erledigung der Staatsaufgaben brauchten. Dies ist kein gangbarer Weg.
Weder die Erkenntnisse der CS-Studie noch die Antwort des Regierungsrats verlangen nach einer Abkehr des politischen Kurses. Vielmehr gilt es, an den bewährten Grundsätzen festzuhalten und Lösungen zu suchen für Probleme, die wirklich anstehen, so z.B. im Wohnungsbereich.

Cornelia **Stocker** macht dem Regierungsrat ein Kompliment für die ausgezeichneten Antworten. Diese sind weitestgehend deckungsgleich mit der Ansicht respektive der Wahrnehmung der FDP-Fraktion.
Wir sind es uns schon fast gewöhnt, dass die Linken sowohl die seinerzeitige UBS- als auch die aktuelle CS-Studie systematisch falsch interpretieren und dass eben diese Falschinterpretationen durch die Regierung kompetent widerlegt werden. Die SP nimmt wieder einmal eine Studie zum Anlass, die erfolgreiche Steuerpolitik unseres Kantons zu geisseln. Auch nicht neu ist, dass sich die SP auf ihrem Weg zur Abschaffung des Kapitalismus einer offensichtlichen Narrenfreiheit bezüglich Interpretation dieser besagten Studien bedient.
Ebenfalls versucht die SP mit ihren Fragen, insbesondere der Frage 3 und dem vorherigen Votum, die Korrelation zwischen einem milden Steuerklima und hohen Wohnungspreisen herzuleiten. Die Beliebtheit von Zug als Wohnkanton hat nur bedingt mit den Steuern zu tun. Es ist einfach so, die schönen und strategisch gut gelegenen Orte dieser Welt haben generell eine sehr grosse Anziehungskraft. Würden wir unsere Infrastruktur verlottern lassen, dass Bildungs- und Kulturangebot drastisch herunterfahren oder das ÖV-Angebot massiv reduzieren und gar den Zürcher Flughafen schliessen, sähe die Nachfrage nach unserem Standort rasch anders aus. Dann würden mit Sicherheit die Wohnungspreise fallen und höchst-

wahrscheinlich die Steuern steigen. Eine attraktive Steuerbelastung ist längst nicht das Alleinseligmachende. Da ist auch die SP mit uns einig. Der Beweis dafür sind die Städte Genf und Zürich. Sie haben eine weit höhere Fiskalbelastung und trotzdem genau die gleichen Probleme der Wohnungsknappheit und hohen Mieten wie wir. Andere Studien belegen es zudem: In der Schweiz gibt es keinen eigentlichen Steuertourismus. Die linke Logik greift demnach zu kurz und ist nicht wahr.
Es ist Tatsache, dass in Zug Wohnraum knapp und damit entsprechend teuer ist. Haushälterischer Umgang mit dem Boden und angemessene Verdichtungen sind daher unumgänglich. Die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, dass gerade die SP und vor allem ihr Listenpartner, die Alternativen, sich praktisch gegen jedes Bauvorhaben, welches den Kriterien der Ressourcenschonung Rechnung trägt, opponieren. Die Beispiele aus der Stadt Zug kann die Votantin liefern: Überbauung Löbern, Überbauung Gartenstadt, Überbauung Spielhof, altes Kantonspital-Areal usw. Einsprachen, Ehrenrunden und Redimensionierungen treiben sowohl Kauf- wie Mietpreise in die Höhe. Diesem Faktum sollten die Linken Beachtung schenken, wenn sie schon dauernd günstigen, am liebsten staatlich subventionierten Wohnraum fordern.
Die Interpellanten müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die Zuger Bevölkerung mit unserer Steuerpolitik einverstanden ist. Sonst hätte die jüngste Steuergesetz-Abstimmung nicht eine komfortable Zweidrittelsmehrheit ergeben. Im Gegenzug ist uns die SP immer noch mehrheitsfähige und umsetzbare Rezepte gegen die Wohnungsknappheit schuldig. Gemeinnützige und genossenschaftliche Institutionen zu unterstützen, ist recht und gut. Weil aber in unserem dicht besiedelten Kanton kaum mehr Bauland vorhanden ist respektive die Balance zwischen Bauen und Freihalten nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf, ist die Schaffung von günstigem Wohnraum eine Herkulesaufgabe.

Thomas **Wyss** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Antwort der Regierung intensiv diskutiert hat. Wir sind dezidiert der Meinung, dass die ganze Problematik nicht auf die leichte Schulter genommen werden darf. Gerade jüngere Zuger und Zugerinnen, die erstmals eine Wohnung mieten wollen, sind betroffen – auch wenn natürlich festgestellt werden kann, darf und muss, dass es im Kanton Zug durchaus günstige Wohnungen gibt, die allerdings nicht immer den hohen oder sogar sehr hohen Ansprüchen genügen.
Beachtenswert ist in diesem Kontext auch die Studie, welche die Baudirektion unlängst präsentiert hat. Das national äusserst renommierte Immobilienberatungsunternehmen Wüest & Partner hat im Auftrag der Baudirektion Daten über Mietpreise aufbereitet. Dabei zeigte sich, dass der mittlere Mietzins für eine Vierzimmerwohnung im Kanton Zug aktuell bei 2'000 Franken netto liegt.
Das sind zwar 300 Franken mehr als im benachbarten Knonaueramt und 100 Franken mehr als am Zimmerberg. Aber es ist 100 Franken weniger als am Pfannenstiel und 200 Franken weniger als in der Stadt Zürich. Wenn die Teuerung und Qualitätsverbesserungen mitberücksichtigt werden, haben sich die Mietpreise in den vergangenen 15 Jahren damit nur moderat entwickelt.
Allein diese Zahlen zeigen, dass in der ganzen Frage nicht unüberlegt gehandelt werden darf. Vor allem ist nach Ansicht unserer Fraktion ganz klar, dass sozialistische Rezepte nicht die Lösung sind. Der Staat kann nicht günstiger bauen als Private. Es wird einfach subventioniert – mit dem Resultat, dass einige wenige Privilegierte von der Allgemeinheit profitieren.
Abschliessend wurde in unserer Fraktion festgehalten, dass sich die Situation auch mit einem weiteren Faktor begründen lässt, der eigentlich auf der Hand liegt, aber

nicht sehr populär ist – der Masseneinwanderung in die Schweiz. Angebot und Nachfrage spielen auch hier. Da können unsere Freunde von der Ratslinken der Regierung noch so viele, teilweise doch etwas durchsichtige Fragen stellen: Wo eine grosse Nachfrage auf ein kleines Angebot trifft, wird es eng – und zwar losgelöst von der Höhe des Steuersatzes.

Andreas **Hürlimann** macht zuerst eine Vorbemerkung zur CVP-Sprecherin Silvia Thalmann, die der CVP-Sprecherin Karin Andenmatten diametral widersprochen hat. Zuerst jederzeit Fragen stellen erlaubt, und jetzt wird die SP doch wieder kritisiert, wenn sie aufgrund einer aktuellen Studien Zusatzfragen stellt.
2008 hat die bereits erwähnte Studie der CS mit dem Titel: «Wo lebt es sich am günstigsten?» ergeben, dass der Kanton Zug beim Schlüsselkriterium des frei verfügbaren Einkommens nach Bezahlung von Abgaben und Wohnkosten bloss den 18. Platz belegt. 2011 sind wir eine Position nach hinten gerutscht und sind auf dem 19. Platz. In dieser Studie heisst es: «Die hohe Nachfrage nach Wohnimmobilien hatte in den Tiefsteuerkantonen Preissteigerungen zur Folge, die sich in Form von überdurchschnittlich hohen Wohnkosten auf das verfügbare Einkommen auswirken. Für wohlhabende Zuzüger bleiben diese Kantone jedoch weiterhin attraktiv, da die obligatorischen Abgaben mit steigendem Einkommen an Bedeutung gewinnen. Hauptsächlich wegen des überdurchschnittlichen Wachstums der Miet- und Immobilienpreise haben die Kantone Schwyz, Nidwalden und Zug für den breiten Mittelstand an Attraktivität verloren.»
Da kann FDP-Sprecherin Cornelia Stocker noch so sagen, die Regierung widerlege das. Die Regierung sagt in ihrer Antwort auch klar, dass die CS-Studie schlüssig ist und die dortigen Aussagen stimmen.
Die UBS kam nämlich in einer mittlerweile auch schon etwas älteren Studie vom Frühjahr 2006 zu folgendem Befund: «Ein einfacher Vergleich zwischen der steuergünstigen Stadt Zug und z.B. der steuerlich teuren Stadt Biel zeigt, dass der Verheiratete mit den 100'000 Franken steuerbaren Einkommen in Biel rund 6'000 Franken pro Jahr weniger für Wohnen und Steuern aufwenden muss als sein Pendant in der Stadt Zug. Ab einem steuerbaren Einkommen von ca. 200'000 Franken lohnt sich aber aus rein finanziellen Gründen die Wohnsitznahme in der Stadt Zug.»
Da kann sich die Regierung noch so schön in die Frage der Erhebungsmethodik flüchten, wie sie dies bei der Antwort zu Frage 1 und 2 tut. Wie Sie sehen, kommt auch eine andere Bank in einer anderen Studie zum Schluss, dass es sich in Zug tatsächlich erst ab einem höheren Einkommen lohnt, Wohnsitz zu nehmen.
In Zug geht das frei verfügbare Einkommen pro Person laufend zurück – parallel zu den Steuersenkungen primär zu Gunsten Vermögender und privilegierter Firmen. Das ist auch inklusive Berücksichtigung von Erhebungskriterien Fakt. Aber nur wenn Wenig- und Normalverdienende genügend Kaufkraft haben – sprich auch faire Löhne sowie zahlbare Mieten und Gesundheitskosten haben – dann gibt es für Gewerbe und Unternehmen Kundinnen und bestehen auch längerfristig Wachstumsmöglichkeiten für diese Betriebe.
Es ist auch schön zu lesen, dass die Regierung plötzlich auch den weichen Standortfaktoren eine wesentliche Rolle zumisst und mit der AGF erkennt, dass «solche Faktoren den Standortentscheid von Privaten und Unternehmen massgeblich beeinflussen und so gesehen einen Wert haben». Dies ist eine Tatsache, die wir Alternative Grüne bereits seit Jahren hervorheben. Darum – und auch weil der Kanton Zug im Steuerbereich international wie national eine sehr gute Stellung hat

– sind weitere Steuersenkungen nicht prioritär zu behandeln. Deshalb haben wir auch die letzten Steuersenkungen bekämpft.
Eher sind es Investitionen in preisgünstigen Wohnungsbau, (hier hätte der Kanton z.B. eine Möglichkeit bei der Diskussion um das Verwaltungszentrum bei der ZVB, preisgünstige Wohnungen einzurichten), die Umwelt, gute Bildung oder eine nachhaltige, zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur.
Dank Mischung aus guten (aber heute noch wenig nachhaltigen) Wirtschaftsbedingungen und hoher Lebensqualität ist die Schweiz und dabei auch insbesondere Zug als Region gut positioniert. Und wir sind leistungsfähig. Wir sind, betrachten wir den Zustand der Weltwirtschaft, aber auch absolut gesehen, in einer sehr guten Situation.
Das wollen der Votant und die AGF als grün denkende Bürger erhalten, aber auch zukunftsfähig machen. Einiges muss anders werden, wenn wir die Chancen unserer Zeit ergreifen wollen – und wir müssen sie ergreifen, sonst gefährden wir das Erreichte.
Die Achillesferse unserer Zuger Wirtschaftstruktur ist die Einseitigkeit, mit der sich die Zuger Wirtschaftspolitik auf den Steuerwettbewerb konzentriert. Der Kanton Zug sollte hier neue, mässigende Akzente setzen und diesen Wettbewerb moderat betreiben. Denn was wirklich zählt, sind die Auswirkungen von solchen Entscheiden auf die Bevölkerung und unsere Umwelt. Denn es geht in Zug für den Mittelstand schon länger nicht mehr ums Steuern sparen, sondern ums Geld sparen, das sich nicht mehr sparen lässt. Und mit diesem Geld könnte dann der Mittelstand das Geld auch direkt wieder ausgeben und so Betriebe unterstützen. Da haben wir – wie es die Studien von CS und UBS zeigen – ein Problem. Denn hauptsächlich aufgrund des überdurchschnittlichen Wachstums der Miet- und Immobilienpreise hat unter anderem auch unser Kanton für den breiten Mittelstand an Attraktivität eingebüsst.
Schade ist, dass die Regierung nicht wirklich Handlungspotenzial sieht, sondern alles beim Alten belassen will. Es werde genügend getan, ist das regierungsrätliche Fazit. Hier ist die AGF anderer Meinung. Und wir werden uns auch zukünftig für eine Verbesserung bei diesem Schlüsselindikator für den Mittelstand einsetzten.

Thomas **Lötscher** will sich angesichts der fortgeschrittenen Zeit ganz kurz fassen. Aber Studien muss man natürlich auch richtig lesen! Deshalb hat jetzt Andreas Hürlimann den Votanten auf den Plan gerufen.
Die UBS-Studie wurde von der linken Seite lange und oft falsch zitiert. Diesen Fehler hat Andreas Hürlimann diesmal nicht gemacht. Aber er hat wesentliche Informationen unterschlagen. Der Kanton Zug besteht nicht nur aus der Stadt Zug. In etliche Gemeinden im Kanton fahren die Einwohner immer noch günstiger – auch mit einem Einkommen von 100'000 Franken – als in der Stadt Biel. Und bevor man Steuern und Mieten bezahlt, muss man das Geld dafür erst verdienen. Wenn Thomas Lötscher einen Job suchen muss, dann sucht er ihn lieber hier in Zug als in Biel.

Auch Philippe **Camenisch** möchte sich kurz fassen, aber wenn er das immer wieder hört, kann er einfach nicht ruhig auf seinem Sessel sitzen bleiben. Die Fragen der Interpellation reihen sich einmal mehr ins Standardrepertoire der sozialistisch pessimistischen Haltungen. Es scheint, als würde bei der SP die Sonne nie aufgehen. Weshalb?

Nun, in einer Interpellation dürfen alle Fragen gestellt werden. Dennoch, die Frage 4, in welcher nach einer wissenschaftlichen Analyse der Schattenseiten der Steuerpolitik im Kanton Zug verlangt wird, zielt einzig und allein darauf ab, danach Transferleistungen zu postulieren. Falls dies nicht so wäre, müssten auch die Sonnenseiten beleuchtet werden. Das interessiert nicht oder die Interpellanten anerkennen, dass diese Sonnenseiten offensichtlich allgegenwärtig sind.
Wohin führen Transferzahlungen? Das kennen wir mittlerweile aus ganz Europa bestens. Was dort passiert, reicht ja aus, um dies auch zu dokumentieren. Vor allem auch dann, wenn diese dann wieder reduziert oder abgeschafft werden sollen. Bedenken Sie, Transferzahlungen erhöhen das frei verfügbare Einkommen nie. Den Beweis dafür liefert die Schweiz. Hier ist das verfügbare Einkommen verglichen mit den übrigen Industrieländern am höchsten.
Wenn Sie das verfügbare Einkommen erhöhen wollen, führt kein Weg am Wort «Leistung» vorbei, sprich Erhöhung der Produktivität und des Outputs einer Volkswirtschaft. Genau dies findet im Kanton Zug seit Jahren statt. Und genau dies will die Regierung nun dämpfen (siehe Antwort auf die Frage 6). Dieses Vorgehen gilt es aus politischen Überlegungen zu unterstützen.
Meine Damen und Herren Interpellanten: Der Weg in Richtung Transferzahlungen ist definitiv der Holzweg. Vordergründig stehen zwar alle in der Sonne. Am Ende aber gucken sie sie in die Sonne – oder eben in die Röhre. Ministerpräsident Monti aus Italien könnte Ihnen dies berichten. Diese schmerzliche Erfahrung können wir uns sparen.
Zuletzt noch dies: Die Frage 9 findet der Votant unwürdig. Dies kommt der Unterstellung nahe, dass die Leute faktisch aus dem Kanton Zug ausgewiesen werden.

Die kontroversen Meinungsäusserungen zeigen Finanzdirektor Peter **Hegglin**, dass die Interpellationsantwort intensiv gelesen und studiert wurde. Jede Seite hat versucht, ihre Position darin zu sehen. Er möchte nur wenige Punkte richtigstellen, vor allem die erste Meinungsäusserung von Eusebius Spescha, dass wir nur im Bereich der Steuern korrigierend eingreifen würden.
Erst wenn der Kanton Zug von Platz 1 zurückfallen würde, würden wir mit Massnahmen kommen. Der Finanzdirektor möchte einfach darauf hinweisen, dass die letzte Steuergesetzrevision beschlossen und damals offengelegt wurde, dass wir bei den juristischen Personen schon lange nicht mehr auf dem ersten Platz sind. Wir sind vom Spitzenplatz ins Mittelfeld zurückgeworfen worden. Und unsere Gesetzesänderung trägt nicht dazu bei, dass wir wieder in die Spitze kommen. Wir bleiben im Mittelfeld. Damit zeigen wir doch ganz deutlich, dass wir keinen Steuerwettbewerb um des Wettbewerbs willen betreiben, sondern um die Finanzierbarkeit unserer öffentlichen Ausgaben gewährleisten zu können.
Deshalb ist auch die Aussage falsch, dass unsere Steuersenkungen immer im Gleichschritt marschieren mit den Mehrkosten im Wohnungsbereich. Dieser Zusammenhang kann nicht direkt hergestellt werden. Es ist doch vielmehr so, dass bei uns neben einer attraktiven Steuerbelastung auch das ganze Umfeld stimmt. Seien es die Infrastruktur oder Arbeitsbedingungen. Wenn ich hier einen Arbeitsplatz suche, habe ich grosse Chancen, einen zu finden. Der Weg zum Arbeitsplatz ist nah. Das kulturelle Angebot ist hoch. Das ganze Paket stimmt und von daher steigen eben auch die Wohnungskosten.
Der Regierungsrat hat das nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern wir haben schon ein ganzes Bündel von Massnahmen ergriffen und setzen diese konsequent um. Peter Hegglin kann an den ganzen Bereich Wohnungskosten erinnern, an die Gesetze, die Sie beschlossen haben im Wohnraumförderungsgesetz. Hier sind

Möglichkeiten offen gelegt, um Bauland zu vergünstigen und Projektdarlehen zu gewähren. Es ist in der Stadt Zug erst gerade eine Zone für günstiges Wohnen geschaffen worden. Es gibt mehrere Einwohner-, Bürger- oder Kirchgemeinden, die sich auch im sozialen Wohnungsbau betätigen und auch an dieser Unterstützungsmöglichkeit durch den Kanton partizipieren. Man kann also nicht sagen, man unternehme nichts oder der Regierungsrat sei ermüdet. Im Gegenteil: Man ist daran, bei mehreren Elementen die Situation zu verbessern.
In diesem Sinn besten Dank für die Kenntnisnahme der Interpellationsantwort.

➔ Kenntnisnahme

326 Nächste Sitzung

Donnerstag, 26. Januar 2012

Kanton Zug

Protokoll des Kantonsrates

24. Sitzung: Donnerstag, 26. Januar 2012
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 11.40 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

327 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Abwesend sind: Werner Villiger, Zug; Gabriela Ingold, Unterägeri; Thomas Aeschi, Baar; Manuel Aeschbacher, Cham; Beda Schlumpf, Steinhausen.

328 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass die Fraktionschefs grünes Licht gegeben haben für die Erstellung eines Sitzplans mit Fotos. Die Neue Zuger Zeitung wird der Staatskanzlei die entsprechenden bisher gemachten Fotos sowie Updates unentgeltlich zur Verfügung stellen. Wir danken an dieser Stelle der Zuger Zeitung für ihre Unterstützung. Ohne Ihre Fundamentalopposition wird die Staatskanzlei den Sitzplan neu mit Fotos versehen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

An der heutigen Sitzung machen Medienschaffende Foto- und Tonaufnahmen. Dazu braucht es die Genehmigung des Rats.

➔ Der Rat ist einverstanden.

329 Verabschiedung von Gesundheitsdirektor Joachim Eder

Kantonsratspräsidentin Vreni **Wicky**: Geschätzter Herr Ständerat und für ein paar Minuten noch Regierungsrat, lieber Joachim, du darfst stolz auf eine äusserst erfolgreiche Regierungsratszeit zurückblicken. Im Namen des Kantonsrats und des Zuger Volkes danke ich dir für deinen unermüdlichen Einsatz, deine Menschlichkeit, deine Volksnähe – einfach für alles, was du erschaffen und geleistet hast. Ich darf jetzt nicht weiter loben, obwohl ich es gerne täte. Usanzgemäss werden näm-

lich Regierungsräte nicht vom Kantonsratspräsidium verabschiedet, sondern von einem Mitglied, welches nicht seiner Fraktion angehört. Und dein Fraktionschef, Daniel Thomas Burch, hat die Präsidentin der Kommission Gesundheitswesen gebeten, dies zu tun. Somit übergebe ich Vroni Straub-Müller das Wort.

Vroni **Straub-Müller**: Geschätzter Jung-Ständerat, lieber Joachim, eine umfassende Laudatio über dein politisches und gesellschaftliches Wirken in Stadt und Land Zug kann man heute noch gar nicht halten. Aber wir können deine zahlreichen politischen Taten und Worte im Kantonsrat seit 1983 und im Regierungsrat seit 2001, sowie deine vielen Einsätze im gesellschaftlichen Bereich würdigen.
Als ich angefragt wurde, heute die Laudatio zu deinem Abschied aus dem Kantonsparlament halten zu dürfen, eilte ich schnurstracks ins Doku an die St. Oswaldgasse. Ich erhoffte mir, dort ein paar Informationen über dein Wirken zu erhalten. Die Mitarbeiterin bat mich Platz zu nehmen, sie bringe mir die Unterlagen, es hätte schon etwas über dich da. Als sie dann nach ein paar Minuten immer noch nicht erschien, ging ich nachschauen. Ich sah sie stapelweise prallgefüllte Mäppli auf ein Wägeli laden, welches sie dann schwer atmend an meinen Tisch rollte.
Ich bin dann im Doku eine Zeitlang in den Unterlagen wahrlich versunken – arbeitete mich von den 90er-Jahren hinauf bis zur Neuzeit. Lieber Joachim, wenn wir es bis dahin nicht schon gewusst hätten: Du hattest und hast eine unglaubliche Arbeitskraft. Dein beruflicher und politischer Weg erscheint mir einmalig und geradlinig.
Am 14. November 1982 wurdest du – 31 Jahre jung – in den Kantonsrat gewählt. Nach zwölf Jahren guter und harter Arbeit in der Legislative erfolgte ein Rückschlag – aber nur scheinbar, wie sich später herausstellte: «Joggi, ist es Dir noch wohl in Deiner Partei?» schrieb ein besorgter Oberägerer in den Zuger Nachrichten vom 3. September 1994, als du von der Delegiertenversammlung der FDP nicht als Regierungsrat nominiert wurdest und man dich zugweit zu einer wilden Kandidatur ermunterte. Aber Joachim Eder winkte ab, zeigte Charakter und erklärte: «Von allem Anfang an habe ich betont, dass ich mich loyal hinter den Entscheid der Nominationsversammlung stellen werde, falls mich die Delegierten nicht zum FDP-Regierungsratskandidaten ernennen würden. Eine wilde Kandidatur kommt nicht in Frage, weil ich – getreu meiner politischen Grundhaltung – meine Worte halte». Nun, der Kämpfer und Sportler – einst Trainer der Schweizer Damen-Handball-national-Frauenschaft – kämpfte weiter und wurde, getragen von überwältigender Solidarität der Bevölkerung – im Schicksalsjahr 2001 Regierungsrat. Regierungsrat Eder gelobte – wie er in einem Interview bekannte – sich als Brückenbauer zwischen Bevölkerung und Politik zu bewähren. Diese Scharnier-Funktion gelang und gelingt Joachim bestens, besonders in seiner Landammannzeit der Jahre 2007 und 2008.
Unbestritten: Wer mit Joachim Eder über Politik redet, spürt das innere Feuer, das den ehemaligen Sekundarlehrer oft antreibt. Gerade als Präsidentin der Gesundheitskommission konnte ich dieses Feuer hin und wieder sehr gut spüren. Du hast Deine Geschäfte immer mit grossem Engagement vertreten. War aber ein Kommissionsmitglied vielleicht einmal nicht ganz so regierungsrätlich eingestellt, konnte dann schon mal dein inneres Feuer aufflackern, und die Funken sprühten.
Die Gesundheitspolitik, insbesondere die Gesundheitsförderung und die Prävention, waren dir in deinem Amt ein grosses Anliegen. Du hast schon als Kantonsrat 1999 eine Motion zum Thema Gesundheitsförderung eingereicht und dann ein paar Jahre später als Gesundheitsdirektor Nägel mit Köpfen gemacht. Und immer wenn Regierungsrat Eder hier oben am Pult mit den Worten: «Und jetzt müssen Sie gut

zuhören» zu einer rhetorischen Extraleistung ansetzte, wussten wir hier im Rat: Jetzt ist es ihm ernst!
Du hast über die Jahre niemanden kalt gelassen hier im Rat und sogar für Heiterkeit in unseren Reihen gesorgt, als ein Fraktionskollegin in einem der eher seltenen langweiligen Momente flüsterte: «Du, schau mal, der Jochi gleicht immer mehr Professor Bienlein – und ich bin Tim.» Wahrscheinlich bist du mit deinem Bärtchen – auch ein Markenzeichen! – auf die Welt gekommen.
Nebst deinem Wunsch, die Gesundheit unserer Bevölkerung zu verbessern, hast du ein grosses Herz und viel Verständnis auch für die betagte Bevölkerung. Eigentlich kein Wunder – wohntest du doch in deiner Jugend bereits einmal in einem Altersheim – deine Eltern waren Heimleiter des Altersheims Waldheim in Zug. Und Dank deiner wertschätzenden Haltung gegenüber sozial Schwächeren hast du insbesondere auch die Drogenkonferenz immer sehr souverän und mit grossem Sachverstand geführt.
«Jeder kennt Eder» – es gibt glaube ich keine Veranstaltung im Kanton, an der du, bekennender Fan der Oberägerer Dorfspatzen, nicht schon präsent warst – vom Schützenverein bis zur Stillgruppe. Nun wechselt das politische Ausnahmetalent nach Bern. Wir wünschen dir Joachim bei deiner neuen Herausforderung als Vertreter des Standes Zug alles Gute, viel Erfolg und auch innere Genugtuung.
Du wirst vom Regierungskollegium quasi noch offiziell verabschiedet und auch deinen Nachfolger Urs Hürlimann in sein Amt einführen – und das dank Proporz ganz ohne Drama und Urnengang. Darum bleibt mir jetzt eigentlich nur noch die Übergabe eines Rosenstrausses. Ich habe nämlich beim Studieren der Unterlagen gemerkt, dass Rosen für dich eine spezielle Bedeutung haben.
(Applaus des Rats)

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder**: Gestatten Sie mir, dass ich zum Abschluss meiner über zehnjährigen Zeit als Regierungsrat und Gesundheitsdirektor des Kantons Zug im Rahmen Ihrer heutigen Kantonsratssitzung auch noch einige Worte an Sie richte. Es ist mir ein grosses Bedürfnis, verbinden mich doch mit Ihnen dank der intensiven mehrjährigen Zusammenarbeit viele sehr positive Gedanken, Erinnerungen und Gefühle. Jetzt ist die letzte Gelegenheit, hier noch etwas sagen zu dürfen. Keine Angst, Frau Kantonsratspräsidentin, ich habe die Länge der heutigen Traktandenliste gesehen, ich weiss um die Bedeutung der meisten Geschäfte und werde den hohen Rat demzufolge nicht über Gebühr strapazieren.
Vorerst danke ich Dir, liebe Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, ganz herzlich für die einfühlsamen einleitenden Worte und den wunderschönen Blumenstrauss, den ich natürlich meiner lieben Frau Rita geben werde. Sie hat mich 29 Jahre lang voll und ganz unterstützt und mir meine intensive politische Tätigkeit überhaupt erst ermöglicht. Dir, liebe Vroni Straub-Müller, danke ich ganz herzlich für die wohlwollende Ansprache, die du namens aller Fraktionen gehalten und bei der du grosszügigerweise den Blickwinkel auf meine positiven Punkte gelenkt hast.
Ja, liebe Mitglieder des Kantonsrats, liebe Kollegin und liebe Kollegen des Regierungsrats, ich gebe es ehrlich zu: Heute bin ich tatsächlich in einem speziellen Wechselbad der Gefühle. Einerseits spüre ich Wehmut, war ich doch 29 Jahre lang Monat für Monat an den Kantonsratssitzungen in diesem Saal. Dabei habe ich 15 Kantonsratspräsidentinnen und -präsidenten sowie ebenso viele Landammänner und eine Frau Landammann erleben dürfen. Wehmut vor allem deshalb, weil ich mich hier immer wohl fühlte, als Kantonsrat und Fraktionschef, noch besser allerdings in der Haut des Regierungsrats und Gesundheitsdirektors. Ich schätzte die Auseinandersetzung, den Widerstreit der Meinungen. Allermeistens ging es ja um

die Sache, selten um Parteipolitik, fast nie um die Person als solche. Trotz Wehmut überwiegen heute aber Zufriedenheit und vor allem Dankbarkeit. Zufriedenheit, weil es ein Privileg ist, sich politisch für die Bevölkerung eines so schönen und wichtigen Kantons unseres Landes engagieren zu dürfen, sei es in der Legislative oder in der Exekutive. Dankbarkeit, weil ich dies im Vollbesitz meiner Kräfte tun durfte, was ja auch nicht selbstverständlich ist, Dankbarkeit aber insbesondere, weil ich dabei immer das Wohlwollen und die Unterstützung meiner Familie, meiner Partei, der Bevölkerung, des Kantonsrats und vor allem meines hoch geschätzten Regierungskollegiums erfahren durfte.
Für meinen Rücktritt, den ich am Wahlabend des 23. Oktober 2011 freiwillig, aber aus Überzeugung bekanntgegeben habe, wählte ich den Leitsatz «servir et disparaître» – «Dienen und Verschwinden» also. Die Zuger Bevölkerung hat mich seit 1982 mehrmals in den Kantonsrat und in den Regierungsrat gewählt und mir damit nebst dem Vertrauen auch einen klaren Auftrag gegeben. Ich habe versucht, diesen unabhängig und glaubwürdig, mit intensivem Kontakt zu meinem Auftraggeber, vor allem aber nach bestem Wissen und Gewissen auszuüben. Ob mir dies gelungen ist, müssen Sie entscheiden. Soviel zum servir. Disparaître ist der zweite, ebenso wichtige Teil des von mir gewählten Abschied-Spruchs. Liebgewordene Tätigkeiten loslassen können, auch anderen Erfolg gönnen mögen, ist im Leben wichtig. Dies ohne grosse Eigeninszenierung zu tun, scheint mir ebenfalls entscheidend. Auf die Frage «Welches ist Ihr Lieblingspolitiker?» hat der Ihnen bestens bekannte scharfzüngige Satiriker Andreas Thiel vor einigen Monaten folgende Antwort gegeben: «Alle Politiker im Ruhestand. Ich bin immer froh, wenn einer aufhört.» – Nun, allzu viel Freude dürfte er demzufolge an mir nicht haben.
Albert Camus, einer der bekanntesten und bedeutendsten französischen Autoren des 20. Jahrhunderts, der 1957 für sein episches, dramatisches, philosophisches und publizistisches Gesamtwerk den Nobelpreis für Literatur erhalten hat, sagte Folgendes: «Die wahre Grosszügigkeit der Zukunft gegenüber besteht darin, in der Gegenwart alles zu geben.»
Ich bin überzeugt, dass Sie alle, liebe Kantonsratsmitglieder und liebe Kollegin, liebe Kollegen im Regierungsrat, auch zukünftig alles geben werden. Es lohnt sich für unseren einmalig schönen Kanton, es lohnt sich für unsere Zugerinnen und Zuger. Einen Wunsch habe ich noch, und ich schliesse mich als Ständerat selbstverständlich mit ein: Tragen wir alle, egal welcher politischer Herkunft und Überzeugung, Sorge zu unserem Kanton, zu seiner Bevölkerung, aber auch speziell zu jenen, die es nicht so einfach haben, die aus irgend einem Grunde am Rande unserer Gesellschaft sind. Tragen wir auch Sorge zu unserer Landschaft, die eine unverzichtbare und unvermehrbare Lebensgrundlage ist.
Für die kommenden Herausforderungen und Ihre weitere verantwortungsvolle Tätigkeit wünsche ich Ihnen nur das Allerbeste, vor allem Glück, Zufriedenheit, Gesundheit und Gottes Segen. Ganz herzlichen Dank!
(Applaus des Rats)

Die **Vorsitzende**: Herr Ständerat, wenn Sie den Blumenstrauss Ihrer geschätzten Gemahlin überreichen, schliessen Sie doch bitte auch den Dank des Parlaments und der Regierung mit ein. Sie hat nämlich Ihre Tätigkeit hier, die sicher nicht immer nur einfach war, immer mitgetragen. Wir wünschen ihr, dass sie sich bald an Bern gewöhnt.
Der Landammann wird die Verabschiedung von Joachim Eder usanzgemäss an dessen letzter Regierungsratssitzung vornehmen.

330 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15. Dezember 2011.

2.1. Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Unterägeri.
2097.1 – 13941 Regierungsrat

2.2. Ablegung des Eides durch ein neues Mitglied des Kantonsrates.

3.1. Kantonale Erneuerungswahlen vom 3. Oktober 2010 für die Amtsdauer 2011 - 2014:
Nachrücken von Urs Hürlimann, Hünenberg, in den Regierungsrat (Feststellung der Gültigkeit).
2100.1 – 13947 Regierungsrat

3.2. Vereidigung von Urs Hürlimann als Regierungsrat.

4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).

5. Kommissionsbestellungen:

5.1. Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz; Alterspolitik).
2098.1/.2 – 13942/43 Regierungsrat

5.2. Änderung des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz).
2101.1/.2 – 13948/49 Regierungsrat

5.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Neubau «Lüssihaus» in Baar.
2102.1/.2 – 13950/51 Regierungsrat

5.4. 1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau von drei Turnhallen und eines Schulhausprovisoriums für die Kantonsschule Zug
2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit zur Planung von Neubauten für die Kantonsschule Zug
2104.1/.2/.3 – 13955/56/57 Regierungsrat

5.5. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für die Erarbeitung des Generellen Projektes des Stadttunnels Zug.
2103.1/.2 – 13952/53 Regierungsrat

6. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1)
(Umsetzung der ZGB Revision vom 19. Dezember 2008 [Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht] im Kanton Zug).
2036.5 – 13919 2. Lesung
2036.6 – 13964 Regierungsrat

7. Kantonsratsbeschluss betreffend zweiten Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf (KRB Energiebeiträge II).
2066.5 – 13935 2. Lesung

8. Kantonsratsbeschluss betreffend Übertrag von Beteiligungen und Darlehen vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen sowie Aufwertung von Verwaltungsvermögen.
2089.4 – 13936 2. Lesung

9. Motion von Arthur Walker und Dominik Lehner betreffend Änderung der Schulgesetzgebung «die Sekundarstufe 1 als gemeindliche Schule» «die kantonalen Gymnasien als Schulen der Sekundarstufe 2».
2081.1 – 13898 Motion
2081.2 – 13954 Regierungsrat

10. I. Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie der Zahl der Voll-, Teil-, und Nebenämter im Kantonsgericht und im Strafgericht für die Amtsdauer 2013 - 2018.
    II. Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Obergericht für die Amtsperiode 2013 - 2018.
    2082.1/.2/.3 – 13899/900/901 Obergericht
    2082.4 – 13929 Justizprüfungskommission
11. Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen für die Zivil- und Strafrechtspflege für die Jahre 2013 bis 2018.
    2083.1/.2 – 13902/03 Obergericht
    2083.3 – 13930 Justizprüfungskommission
    2083.4 – 13933 Staatswirtschaftskommission
12. Gesetz über Geoinformation im Kanton Zug (Geoinformationsgesetz, GeoIG-ZG).
    2068.1/.2 – 13848/49 Regierungsrat
    2068.3 – 13958 Kommission
    2068.4 – 13961 Staatswirtschaftskommission
13. Änderung des Gesetzes über den Entschädigungsfonds für Tierverluste und Aufhebung des Gesetzes betreffend Entschädigung für ungeniessbares Fleisch bei Rindviehhaltung.
    2072.1/.2 – 13864/65 Regierungsrat
    2072.3 – 13960 Kommission für das Gesundheitswesen
    2072.4 – 13962 Staatswirtschaftskommission
14. Kantonsratsbeschluss betreffend Darlehen an die SBB zur teilweisen Vorfinanzierung der Durchmesserlinie Zürich.
    2074.1/.2 – 13868/69 Regierungsrat
    2074.3 – 13925 Kommission für den öffentlichen Verkehr
    2074.4 – 13931 Staatswirtschaftskommission
15. Interpellation von Christine Blättler-Müller, Georg Helfenstein und Thomas Rickenbacher betreffend Stellenabbau der Cham Paper Group.
    2099.1 – 13946 Interpellation
    2099.2 – 13963 Regierungsrat

Verabschiedung von Regierungsrat Joachim Eder.

331 Protokoll

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zum Protokoll vom 15. Dezember 2011 folgende Anpassungen vorzunehmen sind:
– Martin Stuber war am 15. Dezember 2011 an der Sitzung anwesend. Praxisgemäss wird das Protokoll nur in der amtlichen Fassung sowie in der Internet-Fassung korrigiert.
– Philip C. Brunner wünscht zwei Sinn stiftende Präzisierungen, die wir eigentlich usanzgemäss auf dem sogenannten «kleinen Dienstweg» in der amtlichen Fassung sowie in der Internet-Fassung des Protokolls vornehmen könnten, weil es sich einerseits offensichtlich um einen Versprecher handelt (Millionen statt Milliarden) und weil anderseits bloss eine erläuternde Ergänzung vorgenommen wird.
Aus Transparenzgründen orientiert Vreni Wicky den Rat aber im Auftrag des Landschreibers über die Anpassungen auf S. 739 im Protokoll:

Votum Brunner: «(…) Eine Viertel*milliarde* [statt «eine Viertelmillion»], das ist gewaltig, über fünf Jahre. Das sind 50 Millionen *pro Jahr*. [Hinweis auf die zeitliche Dimension].
Sie sehen, dass man auch in der Politik manchmal Millionen mit Milliarden verwechselt.

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 15. Dezember 2011 wird mit den erwähnten Anpassungen genehmigt.

332 Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Unterägeri

Traktandum 2.1 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2097.1 – 13941).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass wir gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Ersatzwahl von Beat Iten befinden. Diese ist nötig geworden infolge des Todesfalls von Martin B. Lehmann sel. – Beat Iten tritt sein Amt per sofort an.
Gibt es einen anders lautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrats? Das ist nicht der Fall.

➔ Der Rat genehmigt die Ersatzwahl.

Die Kantonsratspräsidentin gratuliert dem neu gewählten Kantonsrat zu seinem Amt.

333 Ablegung des Eids durch ein neues Mitglied des Kantonsrats

Traktandum 2.2 – Die **Vorsitzende** bittet Beat Iten, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Sie bittet Beat Iten, nach Verlesen der Eidesformel durch den Landschreiber den Eid abzulegen.

Landschreiber Tobias **Moser** liest die in § 5bis Abs. 1 der Geschäftsordnung enthaltene Eidesformel, worauf das neue Ratmitglied Beat Iten mit erhobenem Schwurfinger sagt «Ich schwöre es».

334 Kantonale Erneuerungswahlen vom 3. Oktober 2010 für die Amtsdauer 2011 – 2014, Nachrücken von Urs Hürlimann, Hünenberg, in den Regierungsrat (Feststellung der Gültigkeit)

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2100.1 – 13947) sowie Auszüge aus dem Amtsblatt Nr. 40 vom 8. Oktober 2010 (Wahl) und Nr. 45 vom 11. November 2011 (Gewählterklärung).

➔ Der Rat stellt gemäss Antrag des Regierungsrats die Gültigkeit der Wahl von Urs Hürlimann als neues Mitglied des Regierungsrats fest.

335 Vereidigung von Urs Hürlimann als Regierungsrat

Traktandum 3.2 – Die **Vorsitzende** bittet Urs Hürlimann, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Sie bittet Urs Hürlimann, nach Verlesen der Eidesformel durch den Landschreiber den Eid abzulegen.

Landschreiber Tobias **Moser** liest die in § 5bis Abs. 1 der Geschäftsordnung enthaltene Eidesformel, worauf der neue Regierungsrat Urs Hürlimann mit erhobenem Schwurfinger sagt «Ich schwöre es».

Die **Vorsitzende** überreicht Urs Hürlimann einen Blumenstrauss und wünscht ihm Erfolg, Freude und Ausdauer bei seiner politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

336 Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz; Alterspolitik)

Traktandum 5.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2098.1/.2 – 13942/43).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Pirmin Frei, Baar, ***Präsident***		*CVP*
1.	Thomas Aeschi, Albisblick 7, 6319 Allenwinden	SVP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
3.	Christine Blättler-Müller, Hofmatt 28, 6332 Hagendorn	CVP
4.	Christoph Bruckbach, Hünenbergstrasse 19a, 6330 Cham	SP
5.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP
6.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
7.	Maja Dübendorfer Christen, Himmelrichstrasse 48, 6340 Baar	FDP
8.	Daniel Eichenberger, Deinikonerstrasse 35b, 6340 Baar	SVP
9.	Pirmin Frei, FREI connect, Radgasse 3, Postfach 3377, 8021 Zürich	CVP
10.	Alice Landtwing, Löberenstrasse 20a, 6300 Zug	FDP
11.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
12.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
13,	Hanni Schriber-Neiger, Unterer Haldenweg 5, 6343 Rotkreuz	AGF
14.	Silvia Thalmann, Widenstrasse 26a, 6317 Oberwil	CVP
15.	Monika Weber, Schlossbergstrasse 5, 6312 Steinhausen	FDP

337 Änderung des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz)

Traktandum 5.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2101.1/.2 – 13948/49).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Beni Riedi, Baar, ***Präsident***		*SVP*
1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Christine Blättler-Müller, Hofmatt, 6332 Hagendorn	CVP
3.	Daniel Burch, Kirchmattstrasse 18, 6312 Steinhausen	SVP
4.	Irène Castell-Bachmann, Seepark/Gartenstrasse 4, 6304 Zug	FDP
5.	Maja Dübendorfer Christen, Himmelrichstrasse 48, 6340 Baar	FDP
6.	Georg Helfenstein, Rebacker 1, 6330 Cham	CVP
7.	Alice Landtwing, Löberenstrasse 20a, 6300 Zug	FDP
8.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AGF
9.	Thomas Rickenbacher, Spiess 1, 6330 Cham	CVP
10.	Beni Riedi, Schutzengelstrasse 5, 6340 Baar	SVP
11.	Hubert Schuler, Burgstrasse 10, 6331 Hünenberg	SP
12.	Cornelia Stocker, Ammannsmatt 2b, 6300 Zug	FDP
13.	Arthur Walker, Alte Landstrasse s40, 6314 Unterägeri	CVP
14.	Oliver Wandfluh, Parkstrasse 31, 6340 Baar	SVP
15.	Thomas Werner, Grossmattstrasse 1, 6314 Unterägeri	SVP

338 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Neubau «Lüssihaus» in Baar

Traktandum 5.3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2102.1/.2 – 13950/51).

➔ Die Vorlage wird zur Beratung an die Kommission für Hochbauten überwiesen.

339 1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau von drei Turnhallen und eines Schulhausprovisoriums für die Kantonsschule Zug
2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit zur Planung von Neubauten für die Kantonsschule Zug

Traktandum 5.4 – Es liegen vor: Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2104.1/.2/.3 – 13955/56/57).

Stefan **Gisler** möchte dem Rat beliebt machen, diese Schulhausbau-Vorlage sowohl in die Hochbaukommission als auch in die Bildungskommission zu überwei-

sen. Er freut sich vorab, hier politisch neutral sprechen zu dürfen. Er will ja, dass nicht nur ein SVP-, sondern zwei SVP-Regierungsräte in den Kommissionen zu einer Vorlage Stellung nehmen können.
Die Kernaufgabe der Bildungskommission ist es, bildungspolitische Geschäfte zu begleiten – strategisch und auch praktisch. So wurde die Schaffung der ständigen Bildungskommission damals durch den heutigen Kommissionspräsidenten Pfister auch begründet – dass diese bildungsrelevante Bauprojekte prüft. Es ist tatsächlich wichtig zu prüfen, ob eine neue Bauvorlage der kantonalen Bildungsstrategie entspricht. Darüber soll es dann zuhanden dieses Rats als Entscheidungsgrundlage einen Bericht – möge der auch kurz sein – quasi ein Placet und eine Abstimmung geben. Der Votant erinnert an die KGM-Debatte, die noch sehr spät hier im Rat zu Irritationen geführt hat. Der Rat braucht diese Stellungnahme für einen tragfähigen Beschluss. Die Hochbaukommission sagt uns, ob ein Bau gut ist, die Bildungskommission sagt, ob ein Schulhausbau auch richtig ist. Stefan Gisler will mit dieser Vorlage nicht erleben, dass es dann heisst: Als Bauvorlage zwar geeignet, aber passt sie in die Bildungsstrategie? Und der Präsident der Bildungskommission kommt dann nach vorne und sagt: Wir haben zwar darüber gesprochen, aber nichts geschrieben und nichts beschlossen
Schön wäre es, wenn der Bildungskommissionspräsident vielleicht auch kurz Stellung nehmen würde, ob er bereit wäre, so ein Geschäft zu diskutieren. Denn wenn die Bildungskommission dieses Geschäft nicht will, dann kann man sich fragen, wieso sie gegründet wurde und wieso sie existiert.

Martin **Pfister**: Selbstverständlich sind wir immer bereit, alles zu diskutieren. Bei dieser Frage wohnen zwei Seelen in seiner Brust. Auf der einen Seite ist der strategische Gehalt dieser Vorlage nicht sehr gross. Es scheint auf bildungspolitischer Seite auch relativ unbestritten zu sein, dass es diese Gebäude braucht. Es ist auch so, dass wir ja nicht Prozesse komplizieren möchten. Und mit einer zusätzlichen Kommission würden selbstverständlich Prozesse etwas verkompliziert. Auch hat sich der Baudirektor bereit erklärt, die bildungspolitischen Fragen der Bildungskommission zu beantworten und Martin Pfister als Kommissionspräsidenten einzuladen. Von dieser Seite her könnte man sagen, es brauche die Einberufung der Bildungskommission nicht.
Auf der anderen Seite hat Stefan Gisler zu Recht darauf hingewiesen, dass wir bei der Gründung der Bildungskommission gerade diese Prozesse bei der Baupolitik von Schulgebäuden kritisiert haben. Dass eigentlich zu Beginn eines Schulhausbaus immer auch strategische Überlegungen vorhanden sein und diese auch kommuniziert und diskutiert werden sollten. Aus dieser Sicht gibt es tatsächlich Gründe, dass die Kommission für Bildung hier einberufen werden sollte. Martin Pfister überlässt es dem Rat, zu entscheiden.

Eusebius **Spescha** überlässt es ebenfalls dem Rat, zu entscheiden, ob dieses Geschäft beiden Kommission zugewiesen werden soll oder nicht. Aber er möchte noch etwas sagen zur Aufgabe der Hochbaukommission, die von Stefan Gisler sehr missverständlich dargelegt worden ist. Die Hochbaukommission ist keine Architekturkommission, die irgendwelche Architekturkritik macht gegenüber den vorliegenden Bauprojekten. Sondern sie ist eine politische, vorberatende Kommission des Kantonsrats. Die Grundfragen, die wir behandeln, und zwar bei jedem Baugeschäft, das dieser Kommission unterstellt ist, ist erstens: Braucht es dieses Bauvorhaben überhaupt? Also die Frage des Bedarfs. Zweitens: Ist das, was die

Regierung vorschlägt, irgendwie vernünftig, macht es Sinn? Und drittens: Sind die Kosten angemessen? Das sind die drei Grundfragen, die Sie jeweils auch in der Berichterstattung der Kommission für Hochbauten finden. Wir schauen, ob es dieses Gebäude braucht. Denn das billigste Gebäude ist jenes, das man nicht braucht. Die zweite Frage ist: Ist das vorgeschlagene Konzept vernünftig, sinnvoll, nachvollziehbar, gibt es dort Optimierungen? Und wir schauen die Kosten an. Und selbstverständlich werden wir alle diese Schulbauten, wie wir das schon bisher gemacht haben, unter diesen drei Hauptfragestellungen anschauen und beurteilen.

➔ Der Rat beschliesst mit 39:31 Stimmen, dieses Geschäft zur Beratung lediglich der Kommission für Hochbauten zu überweisen.

340 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für die Erarbeitung des Generellen Projekts des Stadttunnels Zug

Traktandum 5.5 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2103.1/.2 – 13952/53).

➔ Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Fraktionsleiterkonferenz einer Direktüberweisung der Vorlage an die Kommission für Tiefbauten zugestimmt hat.

341 Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1) (Umsetzung der ZGB Revision vom 19. Dezember 2008 [Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht] im Kanton Zug)

Traktandum 6 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. Oktober 2011 (Ziffern 255 und 257) ist in der Vorlage Nr. 2036.5 – 13919 enthalten. – Zusätzlich ist auf die 2. Lesung ein Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats eingegangen (Nr. 2036.6 – 13964).

Markus **Jans** hat die Kommission über Mail angefragt, ob sie eine zusätzliche Sitzung zu dieser Vorlage wünscht, die uns der Regierungsrat neu vorgelegt hat. Die Kommission hat sich entschieden, keine zusätzliche Sitzung abzuhalten. Sie hat der Vorlage ohne nennenswerte Argumente zugestimmt. Somit folgt die Kommission der Vorlage des Regierungsrats.

Eusebius **Spescha** bittet den Rat im Namen der SP-Fraktion, dem Antrag der Regierung, einen Teil der Pflegekinderaufsicht bei den Gemeinden zu belassen, nicht zuzustimmen. Dies aus folgenden Gründen:
– Die Pflegekinderaufsicht ist Teil des Kindsschutzes – dies ist aus der Einbettung von Art. 316 im ZGB klar ersichtlich. Nur die Anliegen des Kindsschutzes geben dem Staat die Legitimation, in diesem Bereich Vorgaben zu machen und diese auch zu kontrollieren. Es macht wenig Sinn, die Pflegekinderaufsicht aufzuteilen und einen Teil, nämlich die Tagesbetreuung, bei den Gemeinden zu belassen.

– Die Gemeinden sind richtigerweise zuständig für das Angebot im Bereich der familien- und schulergänzenden Angebote. Gerade deshalb ist es wichtig, Bewilligung und Aufsicht abzutrennen. Die Gemeinden haben sonst eine heikle Doppelrolle, verantwortlich für die Angebote zu sein und sich gleichzeitig selber zu beaufsichtigen.
– Wie die Regierung darlegt, ist diese Bewilligung und Aufsicht aktuell im Vormundschaftsbereich der Gemeinden angesiedelt. Diesen wird es in Zukunft aber gar nicht mehr geben, da ja der ganze Kindes- und Erwachsenenschutz kantonalisiert wird. Die Gemeinden werden diese Fachkompetenz gar nicht mehr verfügbar haben.
Wir ersuchen Sie deshalb, für den Bereich der Pflegekinderaufsicht keine Sondersituation zu schaffen, sondern das neue Schutzrecht integral und aus einem Guss umzusetzen.

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass wir eben bei Traktandum 5.2 zum Gesetz über familienergänzende Kinderbetreuung das Geschäft an die Kommission überwiesen haben. Lassen Sie uns doch dort über diese Frage dann vertieft debattieren. Die Regierung und wohl auch die Einwohnergemeinden und Gemeinden hatten nie die Absicht, das Geschäft den Gemeinden wegzunehmen und dem Kanton zuzuweisen. Darum bittet der Votant den Rat, dem Antrag der Regierung stattzugeben.

§ 8 Ziff. 4 und § 40 Ziff. 1

Eusebius **Spescha** stellt im Namen der SP-Fraktion *den Antrag, § 8 und § 40 in der Fassung der 1. Lesung zu belassen.*

Manuela **Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass man für den Antrag der SP-Fraktion auf den ersten Blick Verständnis haben könnte. Schaut man es aber genauer an, bittet sie, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen. Es war nie die Absicht weder des Regierungsrats noch der vorberatenden Kommission, die Betriebsbewilligungen und die Aufsicht über Kinderkrippen, Mittagstische usw. über diese Tagesbetreuungen dem Kanton zu übergeben. Auch für die Gemeinden war das nie ein Thema. Die Direktorin des Innern hat gestern Abend noch die Vernehmlassungen angeschaut zum Kinderbetreuungsgesetz. Es war bis Ende September in der Vernehmlassung. Es sagt klar: Die Gemeinden erteilen die Betriebsbewilligungen für die Tagesangebote und der Gemeinderat führt die Aufsicht über diese Angebote aus. Keine Gemeinde, keine Partei, auch die SP nicht, hat beim Kinderbetreuungsgesetz in der Vernehmlassung den Antrag gestellt, dass die Betriebsbewilligungen und die Aufsicht der Tagesbetreuung zum Kanton sollen, dass hier eine Änderung gemacht werden soll. Wir haben auch eine kurze Rückfrage gemacht bei der Begleitgruppe beim Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Da ist auch eine Gemeinderätin der SP dabei. Auch heute wird von Seiten der Gemeinde wirklich gewünscht, dass diese Aufsicht und die Betriebsbewilligung bei den Gemeinden bleiben. Der Regierungsrat bittet den Kantonsrat, bei den §§ 8 und 40 dem Regierungsrat zu folgen und die Tagesbetreuungen bei den Gemeinden zu belassen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 65:7 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats an.

§ 13

Die **Vorsitzende** hält fest, dass es sich hier um eine Nachführung im Nachgang zur Volksabstimmung zum Gebührengesetz handelt.

➔ Einigung

§ 57 (neu)

Die **Vorsitzende** hält fest, dass es sich auch hier um eine Nachführung im Nachgang zur Volksabstimmung zum Gebührengesetz handelt.

➔ Einigung

II. Bst. K und N

Die **Vorsitzende** hält fest, dass es sich auch hier um eine Nachführung im Nachgang zur Volksabstimmung zum Gebührengesetz handelt.

➔ Einigung

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 55:17 Stimmen zu.

Philip C. **Brunner** weist darauf hin, dass der Kantonsrat soeben einen sehr wichtigen Entscheid gefällt hat, der wirklich das Volk betrifft. Die SVP-Fraktion beantragt ein Behördenreferendum. Diese Frage muss durch das Volk geklärt werden. Es gibt auch Gründe, gemäss denen das bisherige Recht Bestand haben könnte. Diese Entscheidung sollte nicht allein der Kantonsrat fällen.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass normalerweise die Alternativen ein Behördenreferendum beantragen. In diesem Fall bittet der den Rat, dem Antrag nicht zuzustimmen. Im Rat hatten wir selten eine demokratischer abgestützte Vorlage als diese. Alle Bürger- und Einwohnergemeinden waren bei der Erarbeitung dieses Gesetzes involviert. Alle haben dem unisono zugestimmt. Bürger- und Einwohnergemeinden sind demokratisch gewählte Institutionen und vertreten das Volk. Breiter kann eine Vorlage nicht abgestützt werden und deshalb ist in diesem Fall ein Behördenreferendum nicht angemessen.

Manuel **Brandenberg** meint, Stefan Gisler habe etwas vergessen. Die Bürger- und Gemeinderäte, die alle für diese Vorlage sind, sind natürlich schon vom Volk gewählt. Aber das Volk hat selber nicht mitbestimmt. Deshalb sollte dieser Entscheid, der doch eine bahnbrechende Neuerung ist im Kanton Zug, dass nämlich plötzlich die Vormundschaftsbehörde eine zentralisierte Behörde beim Kanton ist und nicht wie seit Jahrzehnten bei den Gemeinden, vom Volk auch behandelt werden können. Das Volk soll ja oder nein sagen. Bei solch wichtigen Entscheiden ist es gut, die demokratische Legitimation einzuholen beim Volk. Deshalb beantragt der Votant doch: Stimmen Sie für das Behördenreferendum, dann sind wir sicher, dass das Volk mitbestimmen kann.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, hält fest, dass der Regierungsrat den Rat bittet, dem Antrag nicht zu folgen und kein Behördenreferendum zu ergreifen. Es wurde gesagt, dass die Vorlage sehr breit abgestützt ist. Jetzt noch eine Volksabstimmung zu machen, würde bedeuten, dass sämtliche Parteien und die Gemeinden jetzt wieder viel Zeit und Ressourcen investieren müssten in eine Sache, die wirklich breit unterstützt wird. Es ist gerade auch zum Wohl der Personen, die besondere Unterstützung brauchen. Was heisst das? In den Gemeinden wartet das Personal jetzt auf die Übergabe, die Akten sollten übergeben werden, die Sache muss auf 1. Januar 2013 stehen. Die Verunsicherung beim Personal, gerade auch bei den Gemeinden, ist nicht zu unterschätzen, falls jetzt noch einige Monate Unklarheiten bestehen würden.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es für das Behördenreferendum gemäss § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung eine Drittelsmehrheit braucht.

➔ Der Rat lehnt das Behördenreferendum mit 58:11 Stimmen ab.

342 Kantonsratsbeschluss betreffend zweiten Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf (KRB Energiebeiträge II)

Traktandum 7 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 15. Dezember 2011 (Ziff. 318) ist in der Vorlage Nr. 2066.5 – 13935 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 54:7 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, das Postulat von Daniel Abt und Beda Schlumpf betreffend Förderung von energietechnischen Gebäudeerneuerungen im Kanton Zug (Vorlage Nr. 2041.1 – 13746) sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

343 Kantonsratsbeschluss betreffend Übertrag von Beteiligungen und Darlehen vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen sowie Aufwertung von Verwaltungsvermögen

Traktandum 8 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 15. Dezember 2011 (Ziff. 319) ist in der Vorlage Nr. 2089.4 – 13936 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 68:0 Stimmen zu.

344 Motion von Arthur Walker und Dominik Lehner betreffend Änderung der Schulgesetzgebung «die Sekundarstufe 1 als gemeindliche Schule» «die kantonalen Gymnasien als Schulen der Sekundarstufe 2»

Traktandum 9 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2081.2 – 13954).

Arthur **Walker** weist darauf hin, dass der Regierungsrat seine ablehnende Haltung mit folgenden zwei Argumenten begründet: Optimale Vorbereitung auf ein Studium und Kontinuität bei Bewährtem.
Das sechsjährige Langzeitgymnasium sei ein Ort der Ausbildung lern- und leistungsstarker Schülerinnen und Schüler und bereite so optimal auf das Hochschulstudium vor. Mit welchen Fakten wird diese Aussage bestärkt? Bereitet das Kurzzeitgymnasium weniger gut oder weniger optimal auf das Studium vor? Auch sei bei einer Abschaffung des Langzeitgymnasiums der Kanton Zug neben Schwyz dann der einzige Kanton der Region. Wenn man diese Aussage mit der Region Zentralschweiz verbindet, mag das wohl zutreffen, doch wie steht es damit in Verbindung zu Zürich und dem Aargau?
Bei der Kontinuität weist der Regierungsrat darauf hin, dass seit der Einführung der Kooperativen Oberstufe im Jahr 2000 immer vom aktuellen System des Nebeneinanders von Langzeit-, Kurzzeitgymnasium und der dreiteiligen gemeindlichen Oberstufe ausgegangen worden sei. Und dies habe sich so bewährt. Es sei keine Reform notwendig. Die Frage sei in diesem Zusammenhang erlaubt, wie sich diese Bewährung begründen lässt. Wurde eine Evaluation durchgeführt? Hat man sich je darüber Gedanken gemacht, welche konkreten Vor- oder Nachteile eine spätere Selektion zum gymnasialen Weg nach sich bringen würden? Hat man sich bisher je Gedanken gemacht über den steten Anstieg des Übertritts ins Langzeitgymnasium? Wie erfolgreich ist diese Zuweisung im Hinblick auf ein späteres Studium an einer Hochschule oder einer Universität? Wie könnte oder sollte auf die Veränderung in der Berufsbildung im Zusammenhang mit der Berufsmaturität reagiert werden?
In der Antwort des Regierungsrats wird mit der Durchlässigkeit zwischen den Schularten argumentiert. Dies trifft in grossem Mass zu zwischen den Schularten der gemeindlichen Sekundarstufe I und dem Übertritt von diesen zu den Gymnasien und anderen kantonalen Schulen. Dies trifft aber umso weniger zu auf den Wechsel vom Langzeitgymnasium zu den gemeindlichen Schulen und auch nicht zwischen den beiden kantonalen Gymnasien. Die Lehrpläne der ersten beiden Jahre des Gymnasiums und der Sekundärschule sei aufeinander abgestimmt. Ein Blick auf die aktuellen Lehrpläne der kgz zeigt aber am Beispiel Naturlehre auf, dass in den ersten beiden Jahren ausschliesslich Biologie unterrichtet wird und erst in der dritten Klassen Chemie und Physik. Schwerpunktmässig sind aber die physikalischen Themen in den gemeindlichen Schulen bereits in der zweiten Oberstufe. Und wo findet am Langzeitgymnasium die Auseinandersetzung mit Berufswelt statt?
Zu den Austritten am Ende der 1. bis 3. Klasse des Langzeitgymnasiums schreibt der Regierungsrat von einer Quote von ca. 4,3 %. Unsere Zahlen vom Amt für Mittelschulen zeigen aber ein durchaus anderes Bild. So sind in den letzten 14 Jahren gemäss diesen Zahlen jährlich durchschnittlich 28 Schüler/innen ausgetreten. Dass dies im Vergleich zu den jährlich Eintretenden rund 210 Schüler/-innen mehr sind und einer durchschnittlichen Quote von 13,6 % entspricht, lässt sich leicht erkennen.
Zudem geht die Antwort des Regierungsrates auf folgende Begründungen bzw. Anliegen in der Motion gar nicht ein. – Das Langzeitgymnasium ist gemäss Schul-

gesetz Abschnitt 2, Gemeindliche Schulen, C. Sekundarstufe 1 nach wie vor eine gemeindliche Schule, beziehungsweise dort aufgeführt.
Ein Berufsfindungsprozess findet am Untergymnasium nicht statt. Wo findet er überhaupt im Gymnasium statt? Oder wissen all diese jungen Menschen bereits in der 6. Klasse, welchen Beruf sie später einmal ergreifen werden? Dies erstaunt doch einigermassen, da die Erfahrung aus den gemeindlichen Sekundarschulen aufzeigt, dass für die Jugendlichen dieser Berufsfindungsprozess und die Kontakte zu Wirtschaft und Gewerbe sehr wichtig und für ihr späteres Leben entscheidend sind.
In unserer Motion haben wir zudem aufgezeigt, dass durchaus die ersten beiden Schuljahre für die beiden grossen schülerstärksten Gemeinden auch an der kantonalen Schule stattfinden könnten, wenn in den gemeindlichen Schulen zu wenig Platz ist.
Als Motionäre hören wir etwa den Vorwurf, weshalb dieser Vorstoss erst jetzt, nachdem alles bereits geplant sei, erfolge und dass ja 1999 darüber debattiert worden sei und der Regierungsrat damals die Zustimmung erhalten habe. In diesem Jahr, also 1999, traten 174 Schüler/-innen von den 6. Klassen ins Langzeitgymnasium über. Oder bereinigt mit den Eintritten in den Übergangskurs und den Austritten waren es insgesamt 184 Schüler/-innen. Im 2010 aber lagen die Eintritte ins Langzeitgymnasium bei 244 Schüler/-innen oder insgesamt in beide Schulen 296 Schüler/-innen. Eine Steigerung von 40 % innerhalb von elf Jahren bei nur 10 % mehr Sechstklässler/-innen im ganzen Kanton Zug.
Am meisten erstaunt schliesslich noch das regierungsrätliche Argument, wonach eine Ausbildung an den gemeindlichen Schulen der Sekundarstufe I zu höheren Ausgaben führen soll. Hier hätten wir genaue Zahlen erwartet bezüglich einer Verlagerung von Ausgaben vom Kanton zu den Gemeinden und das daraus resultierende Ergebnis unter dem Strich. Und wie sieht dann diese Rechnung aus, wenn die geplanten Ausgaben von rund 80 Millionen für den Ausbau der kantonalen Gymnasien ebenfalls in die Bilanz aufgenommen werden?
Zusammenfassend sind wir enttäuscht vom Antrag des Regierungsrats, obwohl damit zu rechnen war. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der aufgeworfenen Problematik mit der auch von Experten postulierten zu frühen Selektion im Bildungswesen fehlen aber im Antrag des Regierungsrats die dafür notwendigen Pro- und Contra-Argumente. Deshalb halten wir Motionäre an der Erheblicherklärung fest. Sollte dem nicht stattgegeben werden, erwarten wir vom Kantonsrat, dass er dem zweiten Anliegen der Motion, der stärkeren gegenseitigen Abstimmung der Lehrpläne zwischen den beiden Ausbildungsrichtungen und insbesondere dem Berufsfindungsprozess in den beiden ersten Jahren des Langzeitgymnasiums durch eine Teilerheblicherklärung Rechnung trägt.

Zari **Dzaferi** ist durch diese Motion sehr ins Grübeln geraten. Er hat sich bereits bei der Einreichung viele Gedanken gemacht, welche Vor- und Nachteile diese Motion mit sich bringen würde. Damit stand er in seiner Fraktion nicht alleine da. Dieses Traktandum wurde bei uns nämlich breit diskutiert. Und wir sind zum Schluss gekommen, dass die Motion absolut sympathische Argumente mit sich bringt. Insbesondere die späte Selektion, welche die Chancengleichheit erhöhen würde.
Ausserdem könnte eine Abschaffung des Untergymnasiums optimal mit dem anstehenden Projekt Sek I+ in Verbindung gebracht werden. Die Kinder wären bis Ende der zweiten Oberstufe zusammen. Danach würden einige in die akademische Laufbahn einspuren, währenddem sich andere, gemäss ihren Leistungen im Stell-

werktest sowie dem Berufswunsch, in der dritten Oberstufe auf die Lehrausbildung vorbereiten.
Es gibt aber dennoch keine aussagekräftige Studie, die das KGM oder das LGM als bessere Variante hervorhebt. Das LGM hat sich in unserem Kanton hingegen bisher bewährt. Obwohl die regierungsrätliche Stellungnahme sehr dürftig ist, kommt darin ein wichtiger Vorteil des LGM zum Ausdruck. Nämlich die hohe Durchlässigkeit. Dies kann der Votant, rückblickend auf seine persönliche Laufbahn, unterstreichen. Nach einem Jahr Realschule und zwei Jahren Sekundarschule hat er selber an die Kanti gewechselt und die Matura gemacht.
Aus pragmatischer Sicht lohnt sich daher aus unserer Sicht ein Systemwechsel nicht. Er hätte insbesondere für grössere Schulgemeinden wie Zug, Baar oder Cham einschneidende Folgen. Diese müssten nämlich eine Vielzahl von Lernenden in ihren Oberstufenschulhäusern aufnehmen, welche mit dem System LGM am Untergymnasium unterrichtet worden wären.
Eine Abschaffung des Untergymnasiums hätte aber auch weitreichende Folgen für den Unterricht selber. Es würde nämlich dazu führen, dass die Heterogenität in der Sekundarstufe weiter zunehmen würde. Eine höhere Heterogenität liesse sich grundsätzlich positiv für den Unterricht und den Lernerfolg der Lernenden nutzen. Aber nicht in unserem heutigen Schulsystem. Allein schon der altertümliche 45-Minutentakt sowie unser striktes Fachdenken sind nicht kompatibel mit einer noch höheren Heterogenität.
Thury Walker und Dominik Lehner haben aber absolut recht, wenn sie sagen, dass stärkere und schwächere Lernende voneinander profitieren könnten. Dafür wären aber auch weitere Reformen notwendig. Reformen, damit das einzelne Individuum besser gefördert werden kann. Dazu ein praxisnahes Beispiel. Und zwar gehen wir nächstes Jahr zusammen Fussball spielen, zumindest einige von uns. Stellen Sie sich vor, wir haben hier im Rat stärkere und schwächere Fussballspieler und -spielerinnen. Und wir müssen zusammen trainieren für diesen Match. Wenn wir alle das gleiche Programm fahren, werden sich einige langweilen und andere wären total überfordert. Es bräuchte also ein System, in welchem jeder Einzelne seinen Bemühungen und Stärken entsprechend gefördert werden kann. – Diese Reformen im Schulwesen sollten aber von unten nach oben eingeführt werden. Beispielsweise wie in Hünenberg, wo altersübergreifendes Lernen in der Primarstufe stattfinden sollte. Und nicht von oben nach unten.
Es ist aus Sicht der SP überhaupt fraglich, ob wir uns mit unserem jetzigen Bildungsdirektor auf ein solch grosses Projekt einlassen könnten. Schliesslich zeigte sich in der laufenden Legislaturperiode, dass er alles andere als ein grosser Freund von Reformen ist. Und wir sollten zuerst die bislang veranlassten Reformen sauber ausarbeiten und verankern. Die offenen Baustellen sollten vorher geschlossen werden. Es wäre falsch, nun eine Grossbaustelle zu eröffnen.
Abschliessend noch ein Punkt. Nämlich die bisher investierten rund 12 Mio. Franken Projektierungskosten für die anstehenden Um- und Neubauten an der Kanti, im KGM Menzingen sowie in der WMS und der FMS. Zari Dzaferi bezweifelt, dass sich die Investitionen dann auch wirklich ausbezahlen werden, wenn wir nun das komplette System ändern. Insbesondere, weil sich das eine System nicht sonderlich vom anderen abhebt. Die SP wird deshalb die Motion grossmehrheitlich nicht erheblich erklären. Sollte eine Teilerheblicherklärung vorgeschlagen werden, werden wir darüber beraten.

Esther **Haas** weist darauf hin, dass bei der Einreichung dieser Motion auch die AGF viele Sympathien für das vorgebrachte Anliegen hatte. Die Idee, den Zeitpunkt

der Berufswahlrichtung um zwei Jahre hinauszuschieben, stiess bei uns auf Zustimmung. Dass bei diesem Vorhaben die Qualität der Ausbildung von lernstarken Schülerinnen und Schülern nicht leiden wird, davon gehen wir aus. Da kann die AGF – genau gleich wie Arthur Walker – die Aussage der Regierung, das «sechsjährige Langzeitgymnasium hat sich als Ort der Ausbildung lernstarker und entsprechend motivierter Schülerinnen und Schüler bewährt» nicht einordnen. Heisst dies im umgekehrten Fall, dass die heutigen Kurzzeit-Gymnasiasten am kgm weniger leistungsstark und motiviert sind? Wohl kaum! Der Bildungsdirektor hat uns ja anlässlich der kgm-Interpellation deutlich aufgezeigt, wie gut das kgm ist. Hier liessen sich weitere, wenig überzeugende regierungsrätliche Argumente gegen die Abschaffung des Untergymnasiums anführen. Zum Beispiel der Satz «Die Führung eines Langzeitgymnasiums erhöht gerade für Familien mit Kindern die Attraktivität von Zug als Wohnkanton». Es ist anzunehmen, dass mit diesen Familien finanzstarke ausländische Familien gemeint sind, die allenfalls auf teure Privatschulen ausweichen würden, wenn sie in ihrem Gastland ein ihnen nicht bekanntes Schulsystem vorfänden. Ist es inzwischen eigentlich ein zugerischer Reflex, bei Änderungen oder Neuerungen sofort an die internationalen Gäste zu denken? Und trotz bestehendem und auch gutem Langzeitgymi weist Zug mit 7,6 % den schweizweit höchsten Anteil an Privatschülerinnen auf (was ja vielleicht auch an den Subventionen liegt, die Zug diesen Schulen zahlt.) Auch das Argument der Durchlässigkeit wirkt wenig überzeugend, ist doch die Durchlässigkeit auch nach der Abschaffung des Langzeitgymnasiums weiterhin gegeben. Dies beweisen Kantone wie Schwyz und das Wallis, wo seit Jahren erfolgreich ausschliesslich über das Kurzzeitgymnasium die Matura erreicht wird.

Leider schenkt die Regierung dem ungünstigen Übertrittsalter ins Langzeitgymnasium keine Beachtung. Im Alter von elf, zwölf Jahren ist die wichtige Vorentscheidung über den Berufsweg eine unnötige Zusatzherausforderung. Die pubertären Wirren allein würden als Belastungsfaktor genügen. Von der späteren Selektion kann aber auch die Berufsbildung profitieren, kämen doch die schulischen Talente allenfalls in der Sekundarschule eher auf die Idee, dass eine Berufslehre «auch Bildung ist», wie sich kürzlich Wolfgang von Krockow vom GIBZ in der Zuger Zeitung vernehmen liess. Und auch der Bildungsdirektor hatte – wieder anlässlich der kgm-Interpellation – betont, wie wichtig ihm die Stärkung der Sekundarstufe I ist. Mit der Umstellung, wie es die Motionäre wünschen, wäre dies der Fall. Die Votantin kann sich auch vorstellen, dass Migrantenkinder, meistens in bildungsferner Umgebung aufwachsend, vom neuen System positiv beeinflusst würden – sie hätten mehr Zeit, ihren Weg zu gehen, der dann vermehrt auch der Weg an die Kanti sein kann; das aktuelle System stellt vor allem für sie eine Benachteiligung dar.

Bis zu diesem Punkt waren wir uns in der AGF einig. In der Frage der finanziellen Folgen, welche der Übergang zum neuen System bringen würde, konnte sich die Fraktion nicht einigen. Nachdem bereits Millionen in die Schulraumplanung der Kantonsschule Zug und des kgm gebuttert worden sind, schreckt ein Teil der Fraktion vor den Konsequenzen zurück. Das zu befürchtende Ausmass des Kollateralschadens ist ihnen zu gross, als dass sie die an und für sich positiven Seiten der Motion unterstützen heute könnten. Der andere Teil – und dazu gehört Esther Haas – sagt: Führen wir die begonnene Reform der Sekundarstufe weiter und geben wir ihr mit der Motion die entscheidende Unterstützung.

Unisono bemängeln wir die dürftige Antwort des Bildungsdirektors. Ein Ja zur Motion würde die Zuger Bildungslandschaft grundlegend ändern. Um darüber zu befinden, brauchte der Rat mehr Informationen zu Kosten, Unterrichtsgestaltung etc., als in dieser siebenseitigen Antwort steht. Weiss man nicht genau, was passiert,

stimmt man auch eher nein – hoffentlich war dies nicht das Kalkül des Bildungsdirektors.
Darum fordert die AGF eine Rückweisung der Vorlage an die Regierung zur nochmaligen Beratung. Wir erwarten, dass die Bildungsdirektion uns vertieft aufzeigt, was eine solche Systemumstellung für Folgen hätte. Stimmt der Rat der Rückweisung nicht zu, plädieren wir für Erheblich- oder wenigsten Teilerheblicherklärung, damit wir anhand des dann folgenden ausführlichen Berichts und Antrags der Regierung inklusive Kommissionsberatung die nötigen Entscheidungsgrundlagen erhalten.

Roland **von Burg** fragt, ob es Sinn macht, ein langjähriges, gut funktionierendes Schulmodell wie das Langzeitgymnasium abzuschiessen. Es gibt gute Gründe, dies nicht zu tun.
Es gibt sie nämlich wirklich noch, die leistungswilligen und -starken Primarschülerinnen und -schüler in der 6. Klasse. Sie sind dünn gesät, aber es gibt sie. Für sie ist ein Langzeitmodell für die Maturität nach wie vor genau das Richtige. Weshalb sollten wir ihnen ein solches Modell verwehren? Das wäre nicht richtig. Solche Schüler haben ein Ziel – sie wollen die Hochschulreife und ein direktes Studium. Über die Quote könnte man dann noch diskutieren, sie liegt bestimmt nicht bei 20 bis 25 %.
Es stimmt, die Schulsysteme sind in unserem Kanton sehr durchlässig. Der Übertritt ans Kurzzeitgymnasium ist nach zwei oder drei Jahren Sekundarschule bei einem guten Notendurchschnitt problemlos möglich. Also auch den Spätberufenen stehen die Türen offen.
Das Modell eines Langzeitgymnasiums möchten wir nicht nur noch den Privatschulen überlassen. Das Modell im Kanton Schwyz ist nicht zwingend das Beste.
Die finanziellen Auswirkungen für die Gemeinden wären beträchtlich. Müssten doch alle Schülerinnen und Schüler, die sonst das Untergymnasium besuchen, in die gemeindlichen Schulen integriert werden.
Noch eine Bemerkung zu Punkt 2 der Motion. Es macht kaum Sinn, für das Untergymnasium und für die gemeindlichen Schulen der Sekundarstufe I denselben Lehrplan vorzuschreiben. Haben doch beide Schulen völlig andere Ziele.
Die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen deshalb, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Beat **Sieber**: Die Motion tut unserer Ansicht nach so, als ob es im Kanton zu viele Gymnasiasten gäbe. Dem ist einfach nicht so. Unser Kanton produziert gesamtschweizerisch einen absoluten Durchschnitt von Maturitätsabgängern, nämlich etwas unter 20 %. 80 % gehen in die Sekundarschulen. Es besteht unserer Ansicht nach kein Handlungsbedarf, dies zu ändern. Das wichtigste Argument eines guten Schulsystems ist auch unserer Ansicht nach die Durchlässigkeit auf allen Altersstufen. Das zugerische System mit Lang- und Kurzzeitgymnasium garantiert diese Durchlässigkeit, und zwar in optimaler Weise. Es gibt keinen Grund, dieses Qualitätsmerkmal zu verändern. Schliesslich meint die FDP-Fraktion, dass sich die Motionäre der tiefgreifenden Bedeutung ihrer Änderungsabsichten wohl nicht ganz bewusst sind. Gerade in Zeiten, in denen von solchen Änderungen in personalpolitischer Hinsicht – wir haben nämlich zu wenig Sekundarlehrer – abzusehen ist, möchte sich die FDP-Fraktion von der Motion distanzieren. Wir haben nach eingehender Diskussion grösstmehrheitlich mit dem Blick auf das Ganze beschlossen, auf die Motion nicht einzutreten und möchten dem Rat die gleiche Meinung beliebt machen.

Martin **Pfister** weist darauf hin, dass die beiden Motionen zweifellos eine interessante Frage aufwerfen, die gerade auch dank ihrer Radikalität über einen gewissen Sex Appeal verfügt. Viele aktuelle bildungspolitische Problemkreise könnten mit einer Erheblicherklärung und der Umsetzung des Anliegens relativ elegant gelöst werden. Die Motion wirft zudem Anliegen auf, die über die eigentliche Idee hinaus eine Diskussion Wert sind. Die CVP-Fraktion empfiehlt Ihnen dennoch mehrheitlich, der Empfehlung des Regierungsrats zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.
Als wichtigstes Argument führt der Regierungsrat ins Feld, dass sich das bestehende System bewährt habe. Ganze acht Mal wird das im Bericht erwähnt. Der Votant findet es ein schwaches Argument, einfach darauf hinzuweisen, dass etwas aus dem Grund besonders gut sei, weil man es immer so gemacht habe. An der Schule wird generell auf «Teufel komm raus» integriert, aber ausgerechnet für den talentiertesten Fünftel der Schülerinnen und Schüler soll das nicht gelten.
Generell hätten wir gewünscht, der Regierungsrat hätte tatsächlich eine offene Auslegeordnung vorgenommen und Vor- und Nachteile mit einer gewissen Offenheit nebeneinander gestellt. Stattdessen ist eine argumentativ dürre Rechtfertigungsschrift entstanden. So ist beispielsweise die Berufswahl beziehungsweise die Förderung von Schülerinnen und Schülern an Gymnasien, die beim Regierungsrat unter «drop out» abgehandelt werden, schon eine Diskussion wert. Man sollte nicht so tun, als sei zwischen den gemeindlichen Schulen der Sekundarstufe I und der Kantonsschule eine grosse Durchlässigkeit vorhanden. Wenn dem so wäre, so würde das eher gegen das Langzeitgymnasium sprechen. Die Lehrpläne des Langzeitgymnasiums sind zu Recht auf eine sechsjährige Ausbildung und die Hochschulreife ausgelegt. Die Lehrpläne der gemeindlichen Schulender Sekundarstufe I richten sich – ebenfalls zu Recht – auf drei Schuljahre und die Berufswahlreife aus. Es wäre zweifellos sinnvoll, die Diskussion darüber zu führen, ob heute der Berufswahlentscheid nicht zu früh getroffen wird. Die Durchlässigkeit ist jedoch trotz den vorigen Bemerkungen gegeben, weil alle Karrieren zu jedem Zeitpunkt immer möglich bleiben. Und hier wurden in den vergangenen Jahren auch grosse Fortschritte erzielt.
Auch wäre die schwer nachvollziehbare Abhandlung über die finanziellen Folgen einer Erheblicherklärung nicht nötig gewesen. Man hätte dazu stehen können, dass aller Voraussicht nach die Abschaffung des Langzeitgymnasiums günstiger käme. Dass zudem der Regierungsrat auf S. 4 von einer Bildungsstrategie spricht, hat Martin Pfister besonders gefreut. Wir freuen uns darauf, sie dann mal zu lesen.
Bei aller Sympathie für die Motion stellt jedoch die Mehrheit der CVP-Fraktion fest, dass die Vorteile der Abschaffung des Langzeitgymnasiums nicht derart überwiegend sind, dass sich eine solch tiefgreifende Reform rechtfertigen liesse. Der Entscheid für die Weiterführung des Langzeitgymnasiums hat zudem den Vorteil, dass der gymnasiale Weg zu einem akademischen Beruf auf Augenhöhe mit dem bewährten und zugleich hoch geschätzten dualen System weiter entwickelt werden kann. Unser Land braucht Beides.

Silvan **Hotz** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist Präsident des kantonalen Gewerbeverbands und er wird diese Motion heute unterstützen. Heute ist es doch so, dass wenn die Kinder in der 6. Klasse in die Sekundarstufe I umgeteilt werden – gemäss ihren Fähigkeiten in die jeweilige Stufe – die meisten sich noch nicht richtig mit der Berufswahl auseinandergesetzt haben. Es findet nur eine Selektion anhand der schulischen Leistung statt. Dieser Berufswahlprozess findet dann auch in der gymnasialen Unterstufe nicht statt. Das heisst es wird automa-

tisch davon ausgegangen, dass wenn sich ein Kind in der 6. Klasse entscheidet, an die Kanti zu gehen, es automatisch das Langzeitgymnasium macht oder machen muss. Die Berufslehre und Berufsmatura wird einfach ausser Acht gelassen. Völlig vergessen geht dabei, dass gerade Absolvierende der dualen Berufsbildung mit Berufsmatura anschliessend die besseren Chancen haben, im Berufsalltag Fuss zu fassen als diejenigen in der gymnasialen Maturität. Nur falls irgendwo wieder einmal das Thema Jugendarbeitslosigkeit auftauchen sollte.
Auch wir im Gewerbe und in der Wirtschaft brauchen schulisch begabte Berufsleute. Der Regierungsrat meint zwar in seiner Antwort, dass allein mit der Abschaffung des Langzeitgymnasiums nicht automatisch mehr interessante Schülerinnen und Schüler für die Wirtschaft zur Verfügung stehen würden. Dies könnte stimmen, wenn denn die Berufswahlvorbereitung in der Sekundarstufe nicht wäre. Und hier haben wir den grössten Unterschied. In der Sekundarstufe werden die Schülerinnen und Schüler explizit auf den dualen Bildungsweg aufmerksam gemacht. Etwas, das in . der gymnasialen Unterstufe vergessen wird. Also gerade dort, wo die für uns sehr interessanten Schülerinnen und Schüler sind. Unterstützen deshalb auch Sie die Motion oder zumindest die Teilerheblicherklärung, damit auch in der gymnasialen Unterstufe die Berufswahl thematisiert wird.

Anna **Bieri** äussert sich mit ihrem Hintergrund und damit mit ihren Interessen als Mathilehrerin der Kanti Zug und als neue Klassenlehrerin einer 1. Klasse an dieser Schule. – «Ich freue mich darauf, auch einmal ein Streber sein zu können. Aber eigentlich bin ich gar kein richtiger Streber, aber die Schulfächer machen mir halt Spass.» Dies schrieb einer der 20 freudig gespannten, nervösen aber vor allem topmotivierten Erstklässlerinnen und Erstklässler, die Ende August in die Obhut der Votantin übergeben wurden.
Sie attestiert den beiden Motionären, dass sie stets das Wohlergehen und die individuelle Entwicklung der Lernenden anstreben. Doch ist der Entwicklungsstand ihrer Erstklässerinnen und Erstklässler so, dass sie lernen wollen, dass sie wissensdurstig sind, dass sie in der Schule mehr gefordert sein wollen und dies auch bewältigen können und dass sie in diesem Prozess an einem anderen (nicht einem besseren) Punkt stehen als Gleichaltrige. Sie sind an einem Punkt, an dem sie sich bewusst für den Weg ans Gymi entschieden haben und dies auch konnten. Dies unterstreicht die tiefe Austrittsquote in den ersten drei Jahren, wie sie Anna Bieri in der Praxis tatsächlich erlebt. Die Durchlässigkeit unseres Systems erlaubt es dann aber, dass jeder Schüler seinen Entwicklungsstand und seinen Interessen entsprechend zu fast jedem Zeitpunkt seinen Weg und seine Zielsetzung ändern kann.
Patrick Schellenbauer, Kadermitglied bei Avenir Suisse, schreibt: «Die Schweiz ist das Land der Berufslehre.» Er wirbt für einen gesunden Wettbewerb zwischen beiden Wegen mit einer hohen Durchlässigkeit statt Quoten. Die Lehre und das Gymnasium – und in diesem Fall wohl gemeindlichen Sekundarschulen und das Gymnasium – sollen gleich lange Spiesse erhalten und jeweils gestärkt und verbessert, aber nicht dauernd gegeneinander ausgespielt werden. Silvan Hotz, die Schweiz braucht beide Wege. Es macht auch keinen Sinn, dass wir massenweise Akademiker importieren.
Die Votantin begrüsst die Bemühungen der Bildungsdirektion, die Attraktivität der Sekundarschule, die sie unbestritten hat, mehr zu vermarkten. Sie begrüsst es, wenn die Berufsverbände weiterhin aktiv ihre Attraktivität kommunizieren und bewerben. Sie versteht es aber nicht, wenn man das Untergymnasium, welches ebenfalls unbestritten attraktiv ist, einfach abschafft. Sie plädiert deshalb für Nichterheblicherklärung dieser Motion.

Ivo **Hunn** hält fest, dass die GLP für die Erheblicherklärung der Motion ist. Wir sehen bei dieser Änderung des Übertritts nach mindestens zwei Schuljahren an den gemeindlichen Sekundarstufen I unter anderem die Stärkung des dualen Bildungssystems. Alle Kinder müssten sich in der zweiten Sekundarstufe mit der Berufswahl auseinandersetzen. Ob es dann die Berufslehre mit oder ohne Berufsmaturität, die gymnasiale Matura, die Fachmatura via Fachmittelschule oder die Berufsmatura via Wirtschaftmittelschule sein wird, entscheiden die Kinder mit der nötigen Unterstützung. Ein weiterer Vorteil ist die fortgeschrittene Reife des Kindes. Die Kinder sind nicht 12 Jahre alt, sondern 14 und können schon eher Vorstellungen entwickeln, welchen Beruf sie erlangen möchten. Weiter würde diese Schulgesetzänderung die Strategie der Bildungsdirektion sehr unterstützen, «das Image der Sekundarschule zu stärken» wie es der Zugerzeitung vom 18. November 2011 zu entnehmen war. Auch war zu lesen, dass die Eltern sich die Frage stellen, ob ihr Kind in der Sekundarschule in ein sozial problematisches Umfeld gerate. Diese Frage müsste sich niemand mehr stellen.
Dass die Infrastruktur in den grossen Gemeinden Zug und Baar, aber auch in Cham, Steinhausen, Rotkreuz nicht ausreicht, sehen wir wie der Regierungsrat als Nachteil. Aber diese Gesetzesänderung wird ja nicht von heute auf morgen umgesetzt und die Gemeinden werden genug Zeit erhalten, die nötige Infrastruktur zu erstellen. Wenn dies der Hauptgrund für die Ablehnung ist, so dürften wir in Zukunft gar nichts Neues mehr in die Wege leiten.

Bildungsdirektor Stephan **Schleiss** möchte vorab festhalten, dass es ihn gefreut hat, dass fraktions- und lagerübergreifend festgehalten wurde, dass die Durchlässigkeit im zugerischen Schulsystem in Ordnung ist. Das ist ein wesentlicher Pfeiler unserer Bildungslandschaft. Wenn das nicht anerkannt würde, wäre es wirklich schlecht bestellt um die Zuger Schulen.
Martin Pfister hat es formuliert: Bildungspolitische Vorlagen haben eine gewisse Sexyness. Der Votant ist froh darüber und er ist überzeugt, dass die Schule davon profitiert, dass sie in Frage gestellt wird, dass man sich mit ihr beschäftigt. Das stärkt unser Bildungssystem.
Der Bildungsdirektor hat aber auch gehört, dass verschiedene Fragen aufgeworfen wurden und einige mit der Vorlage nicht zufrieden sind. Er versucht, hier nachzuliefern, was vermisst wurde. Das Eine oder Andere wird er auch richtigstellen müssen.
Er möchte den Anfang mit den Motionären machen und gleich zu Beginn ein wichtiges Faktum richtigstellen. Thury Walker hat gesagt, dass die Dropout-Quote nicht 4,3 % sei, wie die Regierung schreibt, sondern 13,6 %. Das ist ein Missverständnis. Die Zahl ist richtig. Es sind 28 Kinder im Durchschnitt, die am Ende des ersten, zweiten oder dritten Jahres pro Jahr ausscheiden. Aber das sind dann von diesen drei Klassen insgesamt 28. Also dürfen Sie diesen 28 nicht die 250 Kinder gegenüberstellen, sondern Sie müssen 750 Kinder in den Nenner des Bruchs nehmen. Die Dropout-Quote von 4,3 % ist also korrekt berechnet.
Was auch immer wieder aufgeworfen wurde, ist die Frage der späten Selektion. Das ist eine bildungsstrategische Frage, die im Bildungsrat auch diskutiert wurde. Nicht zuletzt jüngst im Zusammenhang mit dem Projekt Sek I+. Bei diesem Projekt haben wir im Dezember einen Zwischenentscheid kommuniziert, nämlich dass wir Real- und Sek nicht integrieren wollen, sondern die Schularten erhalten bleiben sollen. Die Motivation, diese Schularten zusammenzuführen, wäre eben die spätere Selektion. Man würde nicht mehr äusserlich erkennbar selektionieren oder differenzieren, nämlich nach Schularten, sondern binnendifferenziert. Man hat dann

eine Oberstufe, innerhalb derer man nach Niveaugruppen arbeiten muss. Die Frage, ob die Selektion stattfindet, ist also nicht gegeben. Irgendwann in der Pubertät gehen die Leistungsniveaus auseinander. Es hat physische Gründe, dass das der richtige Zeitpunkt ist, die Selektion vorzunehmen. Die politische Frage ist, ob das äusserlich erkennbar sein soll, ob eine äusserliche Erkennbarkeit stigmatisierend sei und chancenungerecht, ob sie sozialen Status über das Bildungssystem zementieren würde. Diese bildungspolitische Frage wurde im Bildungsrat abschlägig beantwortet. Man hat nicht das Gefühl, dass unser Schulsystem stigmatisierend sei, dass die Übergänge nicht korrekt seien oder die Chancengerechtigkeit nicht gegeben sei. Dazu ein Beispiel: PISA-Dauersieger Finnland hat ein hochintegriertes Bildungssystem, eine atemberaubend hohe Akademikerquote, aber 20 % Jugendarbeitslosigkeit. Unser Bildungssystem hat 3,4 % Jugendarbeitslosigkeit (Stand per Ende Dezember 2011). Aber es ist tatsächlich so: Im europäischen Vergleich differenzieren wir äusserlich erkennbar relativ früh.
Ein weiterer Streitpunkt, der erstmals im Votum Walker aufgeführt wurde, sind die finanziellen Auswirkungen. Wir haben uns tatsächlich dazu so geäussert, wie wir es zweifelsfrei festhalten konnten. Es kommen nämlich auf die gemeindlichen Schulen mehr Belastungen zu. Das ist nur schon dadurch gegeben, dass dann 26 Klassen von der Kantonsschule zurück in die Obhut der Gemeinden kommen würden mit der entsprechenden Anzahl Lehrer mal Lohn gleich Lohnsumme, die auf die Gemeinden zukommen würde. Das wäre eine Mehrbelastung für die Gemeinden. Wenn man es dann auf den Steuerzahler umrechnet, ist die Frage nicht so klar zu beantworten. Und wenn man dann noch versucht, Infrastrukturvorhaben hinein zu rechnen, wird es sehr kompliziert. Der Bildungsdirektor fragt sich schon, ob wir dann mit Abklärungen bei den Gemeinden verlässliche Zahlen generiert hätten. Fragen wir Rotkreuz: Ihr müsst jetzt 40 Schüler zusätzlich nehmen, wieviele Schulhäuser müsst Ihr bauen, was kostet das? Dann kommt der Schulpräsident von Rotkreuz nicht, schüttelt das aus dem Ärmel und sagt: Das kostet uns 12 Millionen oder irgendeinen anderen Betrag. Wir wären also im vagen Bereich geblieben, wenn wir das auf die Gesamtkosten hätten umrechnen wollen.
Esther Haas hat sich sehr dagegen ausgesprochen, dass im Kanton Zug die Privatschulen unterstützt werden. Sie hat den hohen Anteil an Privatschülern im Kanton Zug als Indiz dafür genommen, dass die Kantonsschule nicht bewährt sei. Die Regierung vertritt die Auffassung, dass das nicht der Fall ist. Die hohe Anzahl an Privatschülern im Kanton Zug ist im Zusammenhang mit der Bevölkerungsstruktur zu sehen, mit dem Bedürfnis nach internationalen Lehrplänen. Wenn wir diese Schüler in die öffentlichen Schulen zurückholen wollten, müssten wir diesen internationalen Lehrplan anbieten. Man sollte nicht davon ausgehen, dass man ein Angebot stärken kann, indem man ein anderes abschafft oder schwächt. Gerade wenn man den Privatschulen gegenüber skeptisch eingestellt ist, ist Anschauungsunterricht im Kanton Schwyz zu nehmen. Eltern, die ihre Kinder ins Langzeitgymnasium schicken wollen, können das im Kanton Schwyz wirklich nur noch über die Privatschule machen. Das ist ja ein relativ teures Unterfangen.
Roland von Burg hat Bezug genommen auf den Lehrplan und gesagt, es sei nicht sinnvoll, an den gemeindlichen Schulen und im Untergymnasium das Gleiche zu lehren. Dem kann Stephan Schleiss nur beipflichten. Der Auftrag dieser Schulen ist unterschiedlich. Die gemeindlichen Schulen bereiten mit der Realschule auf die Berufslehre vor, mit der Sekundarschule auf die Berufslehre oder weiterführende Schulen. Das Untergymnasium bereitet auf ein Hochschulstudium vor. Die Zuständigkeit des Bildungsrats ist eben gegeben. Die Kantonsschule arbeitet die Lehrpläne aus, diese müssen aber durch den Bildungsrat genehmigt werden. Wenn es da an den Schnittstellen Reibungen gibt mit dem Physik- und Chemieunterricht, so ist

das in Kauf zu nehmen. Denn wie gesagt: Es sind nicht 13 %, die von der Kantonsschule zurück an die gemeindlichen Schulen wechseln, sondern 4,3 %. Wobei in dieser Zahl auch diejenigen mit eingerechnet sind, die beispielsweise in einen anderen Kanton wegziehen.
Zu Silvan Hotz, der sich vor allem auf die Berufswahlvorbereitung kapriziert hat. Dazu ist nur zu sagen: Das Anliegen der Berufswahlvorbereitung ist durchaus in Ordnung. Das Berufsinformationszentrum steht selbstverständlich auch zur Verfügung, wenn Bedürfnisse vorhanden sind. Aber wie gesagt: Der Auftrag des Langzeitgymnasiums ist nicht, die Leute für die Berufsausbildung vorzubereiten, sondern für das Hochschulstudium. Wir wollen am Langzeitgymnasium diejenigen Leute haben, die das Potenzial haben für die Matura und ein anschliessendes Studium.
Die Teilerheblicherklärung dieser Motion ist zu wenig herausgestellt worden. Man hat jetzt das Gefühl nach dem Votum von Silvan Hotz, es gehe darum, dass man ein wenig mehr Inhalt in die Kantonsschule bringe und die Berufswahlvorbereitung auch zum Thema mache. Aber wenn Sie das zweite Motionsbegehren genau lesen, sehen Sie, dass es darum geht, die Lehrpläne an die gemeindlichen Schulen anzugleichen. Der Auftrag des Langzeitgymnasiums ist aber wie gesagt, auf das Hochschulstudium vorzubereiten. Da wäre es falsch, den gleichen Lehrplan einzuführen wie an den gemeindlichen Schulen, die eben einen anderen Auftrag haben. Der Massstab für den Lehrplan der Kantonsschule, des Langzeitgymnasiums, muss eigentlich die Maturitätsanerkennungsverordnung sein.
Abschliessend bittet der Bildungsdirektor den Rat, den Anträgen der Regierung zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass vier Anträge vorliegen: Ein Antrag auf Rückweisung der AGF, über den wir zuerst abstimmen werden, einen Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung, einen Antrag auf Teilerheblicherklärung und einen auf Erheblicherklärung. Für eine Rückweisung ist eine Zweidrittelsmehrheit notwendig.

➔ Die Rückweisung der Vorlage wird mit 50:11 Stimmen abgelehnt.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die übrigen drei Anträge einander direkt gegenübergestellt werden. Jedes Ratsmitglied hat *eine* Stimme.

➔ Die Nichterheblicherklärung erhält 45 Stimmen, die Teilerheblicherklärung 17 Stimmen und die Erheblicherklärung 7 Stimmen. Das absolute Mehr beträgt 35. Der Rat beschliesst somit, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass Bildungsdirektor Stephan Schleiss nun den Rat verlässt, da er an der Vorstandsitzung der Erziehungsdirektorenkonferenz teilnehmen muss.

345 I. Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Kantonsgericht und im Strafgericht für die Amtsdauer 2013 – 2018
II. Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Obergericht für die Amtsperiode 2013 – 2018

Traktandum 10 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Obergerichts (Nrn. 2082.1/.2/.3 – 13899/900/901) und der Justizprüfungskommission (Nr. 2082.4 – 13929).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zu beiden Vorlagen gemeinsam gesprochen werden kann, da sie thematisch zusammengehören.

Adrian **Andermatt** ist vom Präsidenten der JPK, Werner Villiger, ersucht worden, ihn für diese beiden Vorlagen aus gesundheitlichen Gründen zu vertreten. – Er wünscht Werner Villiger viel Kraft und Optimismus für die bereits begonnene Therapie und natürlich gute Genesung, damit er baldmöglichst wieder in aller Stärke hier im Rat politisieren kann.
Nun zur Vorlage 2082, wobei die FDP-Fraktion die gleichlautenden Anträge des Obergerichts wie auch der JPK einstimmig unterstützt. Es geht um die Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Kantonsgericht und im Strafgericht für die Amtsperiode 2013 - 2018. Weiter geht es um die Festsetzung der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Obergericht für die Amtsperiode 2013 - 2018.
Anlässlich der Visitationen des Kantonsgerichts, des Strafgerichts wie auch des Obergerichts im vergangenen Jahr konnte sich die JPK ein gutes Bild über die Zuger Gerichte inklusive deren Arbeitslast machen. Auch wurde bereits damals vom Obergericht der JPK signalisiert, dass es mutmasslich bei keinem der genannten Gerichte eine Erhöhung der Richterstellen bedarf, dass die Zuger Gerichte somit mit den bestehenden Kapazitäten auch in der kommenden Amtsperiode 2013 - 2018 grundsätzlich auskommen sollten. Sollten ausserordentliche Umstände eintreten, so könnte dem dann auch mit ausserordentlichen Schritten entgegnet werden, so die Haltung des Obergerichts.
Die JPK hat bereits damals zustimmend zur Kenntnis genommen, dass auch das Obergericht keine Richterstellen auf Vorrat schaffen will und somit haushälterisch mit den der Zuger Justiz zur Verfügung gestellten Mitteln umgeht.
Das Obergericht beantragt nun, wie bereits in Aussicht gestellt, keine Änderung der Anzahl Richterstellen. Gestützt auf den Ihnen vorliegenden Bericht der JPK beantragt die JPK einstimmig, auf die Vorlagen Nr. 2082.2 und 2082.3 einzutreten und ihnen zuzustimmen.
Gerne nimmt der Votant diese Gelegenheit wahr, dem Obergericht für die sehr konstruktive Zusammenarbeit im Interesse einer gut funktionierenden Zuger Justiz zu danken. Selbstverständlich gebührt auch dem Kantons- und Strafgericht beziehungsweise den Richterinnen und Richter der genannten Gerichte unser Dank.

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** kann sich kurz fassen. Wir beantragen keine Änderung der jetzigen Situation. Das heisst wir beantragen vier Vollämter im Strafgericht, neun Vollämter im Kantonsgericht sowie fünf Vollämter und zwei Nebenämter im Obergericht. Im Gegensatz zu anderen Kantonen, die per 1. Januar

des letzten Jahres aufgrund der neuen Prozessordnungen Richterstellen wie auch übrige Stellen zum Teil massiv aufgestockt haben, sehen wir im Moment davon ab, einen Antrag zur Erhöhung von Richterstellen zu stellen, obwohl ein Gericht den Antrag gestellt hat, es seien zwei zusätzlich Richterstellen zu schaffen. Dies deshalb, weil auch nach einem Jahr noch nicht genau gesagt werden kann, ob nun die ZPO und die StPO für alle Instanzen mehr Arbeit mit sich bringt oder nicht, und wenn ja, in welchem Ausmass. Insbesondere beim Kantonsgericht ist die Anzahl der Fälle bereits zurückgegangen. Beim Obergericht ist sie etwas angestiegen, was wir aber bereits vermuteten und weshalb ja das Parlament auch per 1. Januar des letzten Jahres eine zusätzliche vollamtliche Stelle beziehungsweise die Umwandlung einer nebenamtlichen in eine vollamtliche bewilligt hat. Anderseits haben wir – sollten die Arbeit innerhalb der nächsten Amtsperiode entgegen den heutigen Erwartungen ausserordentlich zunehmen – die Möglichkeit, ausserordentliche Situationen mit der Schaffung von Gerichtschreiberstellen oder auch anderen Massnahmen zu überbrücken. Iris Studer-Milz beantragt daher namens des Obergerichts ebenfalls Eintreten und Zustimmung.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage 2082.2

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 60:0 Stimmen zu.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 2082.3

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 59:0 Stimmen zu.

346 Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen für die Zivil- und Strafrechtspflege für die Jahre 2013 bis 2018

Traktandum 11 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Obergerichts (Nrn. 2083.1/.2 – 13902/03), der Justizprüfungskommission (Nr. 2083.3 – 13930) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2083.4 – 13933).

Adrian **Andermatt** weist darauf hin, dass es bei dieser Vorlage nicht mehr um die Richterinnen und Richter geht, sondern um das übrige Personal der Zuger Zivil- und Strafrechtspflege. Das Obergericht beantragt insgesamt 92 Personaleinheiten für die Amtsperiode 2013 bis 2018. Dies sind insgesamt 10,1 Personaleinheiten mehr, als gemäss Kantonsratsbeschluss vom 30. März 2006 in Sachen Personalplafonierung der Zivil- und Strafrechtspflege für die Jahre 2007 bis 20012 gewährt wurden.
Wie Sie unserem Bericht entnehmen können, hat die JPK nach genauer Prüfung des Berichts und Antrags des Obergerichts und nachdem sie die richterlichen Begehren auch mit der Obergerichtspräsidentin intensiv diskutiert hat, den ein-

stimmigen Antrag gestellt, den heutigen Personalstellenplafonds nicht wie vom Obergericht gewünscht auf 92 Personaleinheiten zu erhöhen, sondern lediglich auf neu 88,5 Personaleinheiten. Die JPK beantragt somit, insgesamt 3,5 Personaleinheiten weniger als vom Obergericht beantragt zu gewähren. Die JPK ist davon überzeugt, dass die Zivil- und Strafrechtspflege mit den insgesamt 88,5 Personaleinheiten ihre Aufgaben während der kommenden Amtsperiode effizient und qualitativ hochstehend wahrnehmen kann. Dabei gilt es zu beachten, dass die beantragten Personaleinheiten aus sieben voraussehbaren Personaleinheiten bestehen und zusätzlich vier Personaleinheiten als Reservepersonaleinheiten gewährt werden sollen. Da bis Ende 2012 voraussichtlich noch 4,4 Reservepersonaleinheiten nicht ausgeschöpft sein werden, macht dies netto insgesamt 6,6 zusätzliche Personaleinheiten aus.
Die Stawiko beantragt in ihrem Bericht einstimmig, auf die Vorlage gar nicht erst einzutreten. Sollten Sie trotzdem auf die Vorlage eintreten, beantragt die Stawiko, für die Zivil- und Strafrechtspflege für die Jahre 2013 bis 2015 – das heisst also nur für die Hälfte der Amtsperiode – insgesamt 87 Personalstellen zu bewilligen. Dies sind nur 1,5 Personalstellen weniger, als die JPK für die gesamte sechs jährige Amtsperiode beantragt. Dazu mehr aber später.
Das Nichteintreten begründet die Stawiko damit, «dass die Personalstellenplafonierung mit einer nicht beurteilbaren Stellenreserve für sechs Jahre als Führungsinstrument bei den richterlichen Behörden ausgedient hat und abgeschafft werden soll. Es erscheint uns nicht zielführend, aufgrund unsicherer Prognosen zur zukünftigen Geschäftslast einen eventuell überdimensionierten Stellenetat für sechs Jahre zu bewilligen. Die Steuerung der richterlichen Behörden soll viel zeitnaher und effizienter über Budget und Jahresrechnung erfolgen, wobei wir in den Kommentaren jeweils Angaben zu den insgesamt budgetierten und effektiv benötigten Personalstellen erwarten. Sollten dort Unklarheiten bestehen, können die Stawiko oder der Kantonsrat zusätzliche Informationen verlangen und allenfalls steuernd eingreifen.»
Dazu folgende Bemerkungen:
1) Bei der Zuger Verwaltung wurde auf das Jahr 2012 Globalbudget und Leistungsauftrag eingeführt. Bei den Zuger Gerichten beziehungsweise bei der Zuger Justiz war dies nicht der Fall. Auch haben weder der Kantonsrat noch die Stawiko in diesem Zusammenhang erfolgreich beantragt, dass die richterlichen Behörden zukünftig über Budget und Jahresrechnung gesteuert werden sollen.
2) Somit stand bereits im vergangenen Jahr fest, dass das Obergericht den nun vorliegenden Antrag stellen würde, welcher sich auf eine Personalstellenplafonierung für die Amtsperiode der Jahre 2013 bis 2018 stützt, wie dies auch in der Vergangenheit der Fall war.
3) Auf dieser Basis hat sodann die JPK ihre Aufgabe – die Prüfung der Anträge des Obergerichts – wahrgenommen. Daraus resultierte sodann der Bericht und Antrag der JPK, welcher Ihnen allen vorliegt und heute beraten wird und eine massvolle Kürzung der vom Obergericht beantragten Personaleinheiten beinhaltet.
4) Die Stawiko stellt dieses System nun in Frage, indem es den Antrag auf Nichteintreten stellt. Dies ist zwar ihr gutes Recht, wir von der JPK erachten das Vorgehen jedoch als eher fraglich, nachdem sowohl das Obergericht wie auch die JPK ihre entsprechenden Berichte und Anträge auf der heute geltenden Grundlage gestellt haben, welche sich in der Vergangenheit auch bewährt hat.
5) Unabhängig davon kann sich auch die JPK grundsätzlich vorstellen, dass zukünftig die richterlichen Behörden über Budget und Jahresrechnung oder allenfalls gar via Pragma beziehungsweise Budget und Leistungsauftrag geführt werden. Dazu erforderlich ist aber nicht ein Nichteintreten auf die Vorlage, sondern die

baldmöglichste Inangriffnahme der diesbezüglich erforderlichen Schritte durch alle beteiligten Parteien, wobei die zu beschliessende Personalstellenplafonierung dann bei der entsprechenden Umstellung auch aufgehoben werden kann. Ein Schnellschuss bedarf es dazu ganz bestimmt nicht. Zu bedenken gilt es dabei auch, dass bei einer jährlichen Planung die Unabhängigkeit des Gerichts – ein zentrales Element der Gewaltenteilung – zumindest formal eingeschränkt wird. Die richterliche Unabhängigkeit ist ein hohes Gut. Dies mit einer solchen Massnahme ansatzweise zu beeinträchtigen, sollte nicht ohne Not getan werden.
6) Die Stawiko weist abschliessend noch darauf hin, dass bei einer Führung der Justiz via Budget und Jahresrechnung bei Unklarheiten die Stawiko oder allenfalls der Kantonsrat zusätzliche Informationen verlangen und allenfalls steuernd eingreifen kann. Der Votant ist der Meinung, dass aufgrund der langjährigen, engen und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen der Justiz und der JPK der diesbezügliche Lead auch bei Umstellung des Führungsinstruments bei der JPK verbleiben sollte. Dieser Entscheid liegt aber schlussendlich beim Rat.
Im Eventualantrag kürzt die Stawiko die als Handlungsspielraum vom Obergericht geplanten fünf Reservepersonaleinheiten, womit sie auf die beantragten 87 Personaleinheiten kommt. Zudem und wie bereits erwähnt soll der Beschluss auf drei Jahre – anstatt sechs Jahre gemäss Anträge Obergericht und JPK – befristet werden. Die Stawiko verkennt bei ihrem Eventualantrag, dass Ende 2012 vermutlich noch 4,4 Reservepersonaleinheiten bestehen werden und die Anträge von JPK und Obergericht die beantragten Reserverpersonaleinheiten mit den heute noch bestehenden Reservepersonaleinheiten verrechnen.
Somit gilt es zum Eventualantrag der Stawiko zusammenfassend Folgendes festzuhalten:
1) Die Stawiko stellt den Eventualantrag, der Zivil- und Strafrechtspflege für drei Jahre insgesamt 5,1 zusätzliche Personaleinheiten zu gewähren.
2) Die JPK stellt den Antrag, der Zivil- und Strafrechtspflege – und zwar für die gesamte sechsjährige Amtsperiode – insgesamt 6,6 zusätzliche Personaleinheiten zu gewähren. Dies entgegen dem Antrag des Obergerichts, welches für die genannte Amtsperiode insgesamt 10,1 zusätzliche Personaleinheiten beantragt.
3) Rechnet man nun den Antrag der Stawiko auf sechs Jahre hoch, führt dies zu insgesamt 10,2 zusätzlichen Personaleinheiten, welche die Stawiko der Justiz gewähren möchte. Dies ist mehr als die Justiz mit ihren beantragten 10,1 Personaleinheiten überhaupt wünscht. Gegenüber dem Antrag der JPK stellt der hochgerechnete Stawiko-Antrag gar ein Plus von 3,5 Personaleinheiten dar.
Dieser Hüftschuss der Stawiko kann es schlicht nicht sein. Die JPK hält somit an ihrem Antrag fest, den heutigen Personalstellenplafonds um insgesamt 6,6 auf neu 88,5 Personaleinheiten zu erhöhen. Eine Umstellung der Zuger Justiz auf Pragma oder ein anderes Führungsinstrument soll ordentlich vorgenommen und nicht ohne Not durchgezwängt werden.
Abschliessend noch einige Bemerkungen:
1) Die Stawiko weist in ihrem Bericht auf einige Tippfehler in den Berichten des Obergerichts und der JPK hin. Diese Tippfehler gibt es effektiv und dafür möchte sich Adrian Andermatt im Namen der JPK auch entschuldigen. Wir bemühen uns, dass dies in Zukunft nicht mehr vorkommt.
2) Die Stawiko führt in diesem Zusammenhang in ihrem Bericht weiter aus: «Die erwähnten verschiedenen Tippfehler erscheinen uns symptomatisch.» Symptomatisch für was? Für den materiellen Gehalt des JPK-Berichts? Oder allenfalls des Berichts des Obergerichts oder gar beider Berichte? Wie auch immer. Begründete und substantiierte Kritik wäre angebrachter als dieser doch eher unnötige Seitenhieb an die Adressen der JPK sowie des Obergerichts. Vor allem sollte man dann

etwas zurückhaltender sein, wenn der eigene Eventualantrag alles andere als überzeugend ist. Dies als symptomatisch zu bezeichnen, unterlässt der Votant selbstverständlich.
3) Weiter gilt es noch zu bedenken, dass sich auch beim Verwaltungsgericht die Frage bezüglich Führung via Personalstellenplafonds beziehungsweise Budget und Jahresrechnung noch stellen wird.
Zu guter Letzt noch ein Dank an die anonymen Personaleinheiten, den Damen und Herren der Zuger Justiz. Ihre Arbeit wird sehr geschätzt!
Die FDP-Fraktion folgt den Anträgen der JPK grossmehrheitlich.

Gregor **Kupper**: Ganz offensichtlich ist unser Bericht bei der JPK etwas gar schräg reingekommen. Das war aber nicht unsere Absicht. Es war ganz klar so, dass wir auch in der Stawiko uns vertiefte Gedanken zu dieser Vorlage gemacht haben. Wir haben denn auch zu unserer Sitzung die Obergerichtspräsidentin eingeladen. Sie hat uns die Vorlage ausführlich erläutert. Sie hat uns primär auf die Fehler in der Berichterstattung aufmerksam gemacht. Wir haben auch nicht alle gesehen. Und sie hat sich auch bei uns dafür entschuldigt. Diese Entschuldigung haben wir selbstverständlich gerne entgegen genommen. Wir haben dann einfach versucht, im Stawiko-Bericht zumindest bei den wesentlichen Zahlen Klarheit zu schaffen.
Das Obergericht und die JPK haben sich intensiv mit dem Stellenplafonds für unsere Gerichte und für die Gerichtsverwaltung auseinander gesetzt. Die Berichte sind ausführlich ausgefallen. Dafür gilt es zu danken. Sie zeigen aber auch auf, dass bei den Gerichten für eine Periode von sechs Jahren (mit dem Jahr 2012 sind es sogar sieben Jahre) eine Prognose zu wagen, wie sich die Personalstellen entwickeln, schlicht unmöglich ist. Die Stawiko hat sich deshalb mit der Vorlage auch schwer getan. Wir sind zum Schluss gekommen, dass sie nicht taugt. Eine seriöse Personalplanung für Gerichte für einen Zeitraum von sechs Jahren ist schlicht nicht möglich. Das hat zur Folge, dass bei einer solchen Vorlage grosse Reserven eingebaut werden müssen. Sie können dem Bericht des Obergerichts auf S. 2 entnehmen, wie sich dieser Personaletat zusammensetzt. Der jetzige Beschluss basiert auf 81,9 Stellen. 9,5 sollen in etwa planbar sein. 5 Stellen braucht man, um die nötige Luft zu haben. Und dann ziehen wir wieder 4,4 Stellen ab, weil wir sie noch gar nicht ausgeschöpft haben.
Da besteht ein grosser Gegensatz zur Personalplafonierung, wie wir sie in der Verwaltung hatten. Dort haben wir jede einzelne Stelle, die zusätzlich geschaffen wurde, neu bewilligt hier im Rat. Wir haben keine Reserven drin gehabt. Vielleicht hat die Regierung mal nicht voll ausgeschöpft. Aber wir haben ganz klar festgehalten, wieviele Stellen denn nun bewilligt sind. Beim Gericht schaffen wir einen grossen Ermessensspielraum, weil wir ja schlicht und einfach nicht wissen, wohin die Reise tatsächlich gehen könnte. Deshalb ist der Stawiko-Präsident der Meinung, dass ein solcher Beschluss uns nicht als Führungsinstrument für die Personalplanung der Gerichte dienen kann. Wir wollen das zeitnaher haben, wir wollen versuchen, die ganze Geschichte via Budget zu steuern. Das ist ja eigentlich auch das richtige Instrument. Mit dem Budget beantragt uns das Obergericht für sämtliche Gerichte, wie viel Personalkosten da anfallen werden im kommenden Jahr und wie viele Stellen das abdeckt. Da können wir eingreifen und allenfalls unsere Meinung dazu sagen. Ob das die JPK, die Stawiko oder der Kantonsrat tut, ist eigentlich nebensächlich. Alle sind dazu ermächtigt und in der Lage. Wenn wir das im Rahmen der Budgetberatung tun, ist es logisch, dass uns die Obergerichtspräsidentin auch den Stellenetat für das kommende Jahr bekannt geben muss. Das hat sie uns in der Stawiko-Sitzung auch versprochen.

Die Stawiko beantragt Nichteintreten auf die Vorlage. Wir beantragen, den laufenden Personalstellenbeschluss für die Gerichte, der noch bis Ende dieses Jahres läuft, auslaufen zu lassen und künftig die Gerichte über die Budgetberatung zu steuern.
Zum Eventualantrag. Wir haben uns damit nicht mehr stark beschäftigt. Aber wir wollten eigentlich einschränken und zumindest sagen: Diese Stellen auf Vorrat brauchen wir nicht. Wir wollen das zeitnaher und nur für einen Zeitraum von drei Jahren haben. Dieser Zeitraum von drei Jahren ist zustande gekommen, weil wir auch gesagt haben: Eigentlich wäre es am schönsten, wenn wir auch bei den Gerichten zu einer Globalbudgetierung kommen könnten. Das wäre in diesen drei Jahren zu schaffen. Wir sind uns bewusst, dass wir für die drei Jahre auch ein Reservepolster bei den Personalstellen der Gerichte drin haben. Wir wissen aber auch, dass die Obergerichtspräsidentin immer sehr zurückhaltend umgegangen ist mit diesen Personalplafonierungen. Entsprechend besteht da auch von der Stawiko gegenüber dem Obergericht ein entsprechendes Vertrauensverhältnis.
Zum Schluss nochmals: Die Stawiko beantragt, auf die Vorlage nicht einzutreten und den bisherigen Beschluss ersatzlos auslaufen zu lassen.

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage ist und für den Antrag der JPK. – Wir sind dafür, dass die Anzahl der Personalstellen bei den Gerichten und der Staatsanwaltschaft weiterhin einmal zu Beginn der sechsjährigen Amtsperiode an den Gerichten durch uns Kantonsräte bewilligt werden. Sollte die Zahl der bewilligten Stellen wirklich einmal nicht genügen, müsste ein zusätzlicher Antrag gestellt werden. Dies ist ein bewährtes System.
Es zeigte sich, dass das Obergericht sehr haushälterisch mit den Stellen umgeht. Es bewilligte in der Vergangenheit jeweils wirklich nur neue Stellen, die absolut nötig sind. Wir sehen hier also keinen Grund für einen Systemwechsel. Wenn schon Pragma mit einem Globalbudget bei den Gerichten nicht eingeführt wurde, kann das bisherige System beibehalten wenden.
Bei der Zahl der Stellen wären wir an und für sich für den Eventualantrag der Stawiko, wenn die zeitliche Begrenzung bis 2015 nicht wäre. Diese 87 Personalstellen entsprechen ja dem Antrag des Obergerichts ohne ihren sogenannten Handlungsspielraum. So viele Stellen sieht sie bis ins Jahre 2017 wegen dem erwarteten Wachstum der Bevölkerung und den juristischen Personen vor, was ja auch eine Auswirkung auf die Anzahl von möglichen Straf- und Gerichtsfällen hat sowie für mögliche Ausbauten wie die Einführung von Schnellrichtern oder beim Vermögenseinzug. Allein bei der Staatsanwaltschaft sind fünf zusätzliche Stellen bis 2017 möglich.
Aber diese Reservestellen – das Obergericht beantragte 9,5 – sollten unserer Ansicht nach bis 2017 ausreichend sein. Die Stawiko will hingegen bei ihrem Eventualantrag diese 9,5 Stellen schon bis 2015 bewilligen. Das sind mehr Stellen innerhalb von kürzerer Zeit, als das Obergericht wünscht.
Was wir hingegen nicht möchten, sind Reservestellen auf den Reserven, auch wenn dies das Obergericht mit Handlungsspielraum beschönigt. Wir finden diese Reservestellen auf den Reserven unnötig. Wir verzichten jedoch auf einen Antrag, da dies schon der vierte wäre und es langsam unübersichtlich wäre bei den Abstimmungen. Wir schliessen uns deshalb dem Antrag der JPK an, deren Antrag auf die Gewährung von 88,5 Stellen bis 2017 unseren Vorstellungen am nächsten kommt.

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** muss zugeben, dass sie überrascht war vom Ergebnis der Debatte in der Stawiko – aber nicht ganz unglücklich. Sie hat nach dieser Sitzung in den alten Akten nach dem Ursprung dieser Plafonierung geforscht und ist denn auch fündig geworden. Vor ziemlich genau 20 Jahren (im September 1992) hat der Kantonsrat entgegen dem Antrag der damaligen Regierung und des Obergerichts sowohl für die Verwaltung wie auch für die Gerichte auf Antrag der damaligen Stawiko eine Personalstellen-Plafonierung auferlegt, und zwar in der Angst vor einem ungebremsten Personalstellen-Wachstum. Bis zu jenem Zeitpunkt wurden allenfalls vorgesehene zusätzliche Personalstellen jeweils im Rahmen des Budgets beantragt, genau so, wie es die heutige Stawiko nun vorschlägt.
Diesen Vorschlag erachten wir als sinnvolle Korrektur dieser 20-jährigen Praxis der Plafonierung. Wie Sie aus unserem Bericht ja unschwer herauslesen konnten, ist es ausserordentlich schwierig, über einen Zeithorizont von sieben Jahren (bis Ende 2018) die benötigten Personalstellen abzuschätzen. Man kann Berechnungen anstellen, anhand des Bevölkerungswachstums, der Anzahl von Gesellschaften oder anhand der Fallzahlen der vergangenen Jahre. Aber auf eine so lange Zeit hinaus sind das blosse Vermutungen, die eintreffen können oder auch nicht – also reine Spekulation. Wenn dem Antrag der Stawiko – Nichteintreten auf die Vorlage – gefolgt wird, bedeutet dies, dass das Obergericht in Zukunft jährlich im Rahmen des Budgets bei der Festlegung der Personalkosten die budgetierten und die effektiv benötigten Stellen bekannt zu geben hat. Eine Planung auf ein Jahr hinaus vorzunehmen, ist wesentlich sinnvoller und mit weniger Unwägbarkeiten behaftet.
Wir beantragen Ihnen daher, dem Antrag der Stawiko, es sei auf diese Vorlage nicht einzutreten, zuzustimmen. Wir haben jetzt 20 Jahre mit dieser Plafonierung gelebt und können das weiterhin tun. Aber auf so viele Jahre hinaus sind das Spekulationen.

➔ Der Rat beschliesst mit 37:25 Stimmen, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Die **Vorsitzende** möchte noch eine ganz persönliche Bemerkung machen. Sie geht an alle, die Vorlagen schreiben. Wieder einmal möchte Vreni Wicky alle auf unsere hoch kompetenten Mitarbeiter des Personalamts aufmerksam machen. Sie bieten wunderbare Kurse zu wenig Geld an. Wir könnten viele Tipp- und Druckfehler vermeiden. Wir könnten auch eine Kosten/Leistungsrechnung erlernen. Kantonsratsvorlagen sind doch Visitenkarten eines Kantons. Diese Vorlagen gehen durch so viele Hände. Es ist sehr schade, wenn sie mit Fehlern so behaftet sind wie diese Vorlage.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrates

25. Sitzung: Donnerstag, 26. Januar 2012
(Nachmittagssitzung)
Zeit: 13.30 – 16.45 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

347 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Gabriela Ingold, Unterägeri; Thomas Aeschi, Baar; Manuel Aeschbacher, Cham; Beda Schlumpf, Steinhausen.

348 Verfassungsinitiative «Ja zu Personenwahlen» (Majorzinitiative)

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass am 19. Januar 2012 der Staatskanzlei die Majorzinitiative mit 2130 beglaubigten Unterschriften eingereicht wurde. Gemäss konstanter Praxis hat die Staatskanzlei die formellen Voraussetzungen für die Gültigkeit der Gesetzesinitiative geprüft und diese mit Verfügung vom 23. Januar 2012 als formell korrekt befunden. Laut § 35 Abs. 4 der Kantonsverfassung nimmt der Kantonsrat an seiner ersten Sitzung nach Einreichung der Unterschriften – somit heute – von der Initiative Kenntnis. Der Kantonsrat hat sie gemäss Kantonsverfassung innert Jahresfrist abschliessend zu behandeln.
Der Kantonsrat überweist die Initiative an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

Moritz **Schmid** hält fest, dass die SVP-Fraktion grundsätzlich gegen eine Überweisung der Initiative an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag ist. Sie stellt den Antrag gemäss § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung, die Initiative an eine Kommission zu überweisen, die dem Rat innert neun Monaten Bericht und Antrag zu unterbreiten hat. Vielen Dank für die Unterstützung dieses Antrags.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 46:22 Stimmen ab, so dass die Initiative an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen wird.

349 Postulat von Vroni Straub-Müller und Anna Lustenberger-Seitz betreffend Bildung unter einem Dach

Traktandum 4 – Vroni **Straub-Müller**, Zug, und Anna **Lustenberger-Seitz**, Baar, haben am 23. Dezember 2011 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2105.1 – 13959 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

350 Interpellation von Christine Blättler-Müller, Georg Helfenstein und Thomas Rickenbacher betreffend Stellenabbau der Cham Paper Group

Traktandum 4 – Christine **Blättler-Müller**, Georg **Helfenstein** und Thomas **Rickenbacher**, alle Cham, haben am 6. Dezember 2011 die in der Vorlage Nr. 2099.1 – 13946 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat acht Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet und dieses Geschäft bereits heute unter Traktandum 15 behandelt wird.

351 Gesetz über Geoinformation im Kanton Zug (Geioinformationsgesetz, GeoIG-ZG)

Traktandum 12 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2068.1/.2 – 13848/49), der Kommission (Nr. 2068.3 – 13958) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2068.4 – 13961).

Silvia **Thalmann** weist darauf hin, dass die Kommissionsmitglieder bei der Beratung der Gesetzesvorlage stark gefordert waren. Die Materie, die es in diesem neuen kantonalen Gesetz zu regeln gilt, ist äusserst komplex und setzt grossen Sachverstand voraus. In den drei Sitzungen nahm sich die Kommission denn auch viel Zeit, um sich mit den verschiedenen Themenbereichen vertraut zu machen. Der Direktorin des Innern, Manuela Weichelt-Picard, und den verschiedenen Referenten sei an dieser Stelle nochmals recht herzlich gedankt für die Geduld und die sachkompetente Auskunft. – In der Kommission erfolgte das Eintreten auf die Vorlage einstimmig.
Bei ihrer Beratung stellte die Kommission fest, dass die Einbindung der Gemeinden bei der Ausarbeitung des Gesetzes zu spät erfolgt war. Gerade bei einer so komplexen Materie und bei einem kantonalen Gesetz, von dessen Regelung die Gemeinden stark betroffen sind, ist ein frühes Einbinden zweifellos sinnvoll. Die Regierung hatte auf die kritische Haltung der Gemeinden in der Vernehmlassung reagiert und einige Änderungen in die 2. Lesung einfliessen lassen. Die Kommission geht einen Schritt weiter. Unter den Änderungsanträgen, die Ihnen unsere Kommission vorschlägt, finden Sie etliche, welche die Gemeindeautonomie stärken und eine grössere Mitwirkung der Gemeinden vorsehen. Da der Kommission die Kommunikation mit den Gemeinden ein wichtiges Anliegen war, entschloss sie sich

zu einem unkonventionellen Vorgehen. Sie lud die Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten nach Beendigung der Kommissionsarbeit zu einer Informationsveranstaltung ein, an der die Änderungsanträge der Kommission erläutert wurden und die Möglichkeit für einen Austausch bestand. Die Resonanz war durchwegs positiv, und zwar sowohl in Bezug auf die Änderungsmöglichkeiten wie auch auf die Möglichkeit eines Austauschs. Einzig von der Gemeinde Baar, die sich für die Sitzung entschuldigen liess, sind noch kritische Töne zu hören.
Im GeoIG-ZG sind verschiedene Themengebiete geregelt, wovon die folgenden in der Kommission am intensivsten diskutiert wurden:

- Geo-Basisdaten und Geo-Informationssystem
- Leitungskataster
- Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen
- Amtliche Vermessung

Zum ersten Themenkreis - Geo-Basisdaten und GIS. Der Kanton Zug betreibt seit einigen Jahren ein Geo-Informationssystem mit zwei Zugangsstufen. Während zugmap öffentlich ist, bleiben die Informationen auf zugis einem eingeschränkten Personenkreis zugänglich. Dieses Informationssystem soll genutzt werden, um die vom Bundesgesetzgeber her vorgesehenen Geobasisdaten abzubilden. Ein Geobasisdatum entsteht, wenn eine Gesetztesregelung einen örtlichen Bezug hat. Wir unterscheiden also zwischen Bundes-Geobasisdaten, kantonalen und gemeindlichen Geobasisdaten. Die Kommission schlägt mit ihren Änderungsanträgen vor, dass die Gemeinden die gemeindlichen Geo-Basisdaten selber regeln können.
Im Weiteren ist sie der Meinung, dass die Bestimmungen des kantonalen Datenschutzgesetzes angewendet werden sollen, wenn nicht eine übergeordnete Regelung berücksichtigt werden muss. Die Kommission diskutierte sehr intensiv, welche Daten besonders schützenswert sind und wie diese geschützt werden können. Bei den allermeisten Daten im Rahmen des GeoIG-ZG handelt es sich um Sachdaten. Diese bedürfen keines besonderen Schutzes. Die zuständige Behörde – also der Bund, der Kanton und die Gemeinde – legt in der Verordnung fest, welche Zugangsregelung für ein bestimmtes Geobasisdatum angewendet wird. Unterschieden werden drei Zugangsstufen: A: öffentlich (zugmap), B: beschränkt zugänglich (zugis), C: unzugänglich.
Die Kommission wollte und konnte an diesem Ansatz nichts ändern. Sie ist jedoch der Meinung, dass persönliche Daten auf Antrag der betroffenen Person nur noch auf der beschränkt zugänglichen Plattform (zugis) eingesehen werden können. Bei diesen persönlichen Daten handelt es sich um Angaben zum Grundeigentümer. Da dieser Punkt vom Regierungsrat und der Kommission unterschiedlich beurteilt wird, wird sich die Kommissionspräsidentin in der Detailberatung dazu ausführlich äussern.
Mit dem neuen GIS werden die Behörden über ein Instrument verfügen, mit dem sie nachgefragte Dienstleistungen wie zum Beispiel Velokarten, OL-Karten oder das Höhenmodell eines Quartiers anbieten können. Die Kommission ist der Meinung, dass diese Dienstleistungen nicht angeboten werden müssen, sondern können. Sie sieht keinen Anlass, die Behörden zur gewerblichen Tätigkeit mit den GIS-Daten anzustossen.
Zum zweiten Themenkreis - dem Leitungskataster. Dieser wird nicht vom Bund verlangt. Es handelt sich um ein neues, vom Kanton Zug vorgesehenes Instrument. Die Kommission begrüsst die Einführung eines digitalen Leitungskatasters.
Zu erwähnen ist, dass die allermeisten Leitungs-Eigentümer ihre Leitungen bereits elektronisch erfasst haben – dies oftmals aufgrund der Regelung in einem Spezialgesetz – und dass es nun lediglich gilt, diese Daten in einen Kataster zusammen zu führen. Geht es nach dem Willen der Kommission, werden die Gemeinden bei

der Festlegung des Inhalts dieses Katasters stärker miteinbezogen als dies vom Regierungsrat vorgesehen ist. Dies aus dem einfachen Grund, weil die Einwohnergemeinden den Kataster zu führen haben. Da der Regierungsrat die Frist für die Erstellung des digitalen Katasters in der zweiten Lesung gestreckt hat, können die Gemeinden diesen schrittweise aufbauen. Dadurch fallen die Kosten nicht umgehend an, sondern können gestaffelt werden.
Während die Werkeigentümer ihre Leitungen unentgeltlich den Gemeinden zur Verfügung stellen müssen, ist die Ersterstellen für Grundeigentümer von Leitungen, die noch nicht digital erfasst sind, kostenlos. Die Kommission ist zur Ansicht gelangt, dass die Privaten nicht zahlen müssen, wenn der Kanton von ihnen die Daten zwecks Aufnahme im Kataster in digitaler Form verlangt.
Zu den öffentlich rechtlichen Eigentumsbeschränkungen. Mit den Regelungen zu den öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen wird Bundesrecht vollzogen. Hierbei geht es um Eigentumsbeschränkungen, die in der Regel mehrere Grundstücke betreffen. Als Beispiel seien erwähnt: Nutzungspläne oder Grundwasserareale. Nun gibt es aber auch Eigentumsbeschränkungen, die ein einzelnes Grundstück betreffen. Diese werden aufgrund der Bundesgesetzgebung im ZGB im Grundbuch aufgeführt – zwingend ab 1. Januar 2012. Nun gibt es etliche solche Eigentumsbeschränkungen, die zwar bestehen, jedoch nicht im Grundbuch eingetragen sind. Die Kommission sieht eine Lösung vor, die Aufarbeitung der noch nicht im Grundbuch erfassten individuell-konkreten Eigentumsbeschränkungen an die Hand zu nehmen und zwar dann, wenn die Behörde das Grundstück wegen einer Baubewilligung eine Prüfung unterzieht.
Zum letzten Themenkreis - der amtlichen Vermessung. Diese war im Kanton Zug bisher im Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch geregelt. Da die amtlichen Vermessungen einen engen Bezug zu Geobasisdaten haben, wurde der ganze Teil aus dem bisherigen Gesetz herausgelöst und ins GeoIG-ZG eingefügt.
Im Abschnitt zur amtlichen Vermessung gibt es zwei umstritte Punkte. Weshalb die Kommission der Meinung ist, dass ein Nachführungskreis für unseren Kanton ausreicht und weshalb die Nachführungsgeometerin oder der Nachführungsgeometer eine Privatperson sein soll, wird Silvia Thalmann in der Detailberatung darlegen.
Im Namen der Kommission empfiehlt sie dem Rat Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung zu den Anträgen der Kommission. – Die CVP Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage und sie wird – bis auf eine Ausnahme – den Änderungsanträgen der Kommission folgen.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass es sich hier wieder mal um eine Vorlage handelt, welche die Stawiko in erster Linie in finanzieller Hinsicht zu beurteilen hatte, wie das § 18 unserer Geschäftsordnung vorsieht. Wir haben uns deshalb erlaubt, zu diversen Paragraphen mit abweichenden Anträgen zwischen Regierung und Kommission keine Stellung zu nehmen. Die finanziellen Auswirkungen sind auf S. 31 des regierungsrätlichen Berichts detailliert erläutert. Wir konnten diese Ausführungen nachvollziehen und halten die mit der Vorlage verbundenen Mehraufwendungen von jährlich ca. 250'000 Franken für vertretbar und sinnvoll.
Nun aber zu den Punkten, die in der Stawiko in materieller Hinsicht zu Diskussionen Anlass gaben. Im Vorfeld der Sitzung hat der Stawiko-Präsident der DI zwei Fragen gestellt. Es ging um die Rechtswirksamkeit und um Haftungsfragen. Die Direktion des Innern hat die Fragen schriftlich beantwortet. Sie finden die Antworten im Stawiko-Bericht. Der Votant verzichtet auf eine Vorlesung, weil er der Meinung ist, dass sie befriedigend beantwortet wurden.

Im Übrigen geht es bei den Differenzen zwischen Regierungsrat und vorberatender Kommission vor allem um zwei Hauptthemen. In § 9 Abs. 3 stellt die vorberatende Kommission den Antrag, die Möglichkeit zur Sperrung von Personendaten zu schaffen. Die Stawiko unterstützt diesen Grundsatz mit 3:2 Stimmen. Es gilt aber zu bedenken, dass das vorliegende Gesetz eigentlich der falsche Ort ist für diese Regelung. Bei der Zahl der Nachführungskreise unterstützen wir die Regierung mit der Möglichkeit von zwei Nachführungskreisen, weil wir der Meinung sind, dass damit der Spielraum geschaffen wird, um zumindest im Eventualfall eine entsprechende Ausschreibung vornehmen zu können und die Konkurrenz spielen zu lassen.
Die Stawiko beantragt Eintreten auf das Geschäft und Genehmigung mit den in Kapitel 3 des Stawiko-Berichts beantragten Änderungen.

Christoph **Bruckbach** weist darauf hin, dass viele Ausführungen, die er vorbringen wollte, bereits gemacht worden sind. Die ausführliche Information der Kommissionspräsidentin lässt sein Votum auf ein Minimum schrumpfen. – Das vorliegende Gesetz setzt die Vorgaben des Geoinformationsgesetzes des Bundes um und gibt dem Kanton die Möglichkeit, Geodäten im Kanton Zug in einem gemeinsamen System zusammen zu führen, zu bewirtschaften und zu verwalten. Nebst den kantonalen Amtsstellen führen sowohl Gemeinden als auch Unternehmungen und Private eigene Datensysteme. Mittels partnerschaftlicher Zusammenarbeit sollen die unterschiedlichen Datenträger in das gemeinsame System integriert werden.
Als Mitglied der vorberatenden Kommission möchte der Votant einige Vorbemerkungen zur Vorlage machen. Beim Geoinformationsgesetz des Kantons handelt es sich um eine sehr anspruchsvolle, komplexe Vorlage. Ihre Beurteilung erfordert in speziellen Teilbereichen eine hohe Fachkompetenz. Als «normaler» Parlamentarier stösst Christoph Bruckbach an persönliche Grenzen und er ist auf die Unterstützung der entsprechenden Fachstellen angewiesen. Als Beispiel weist er auf das gestern eingetroffene Mail des Datenschutzbeauftragten hin. Mit seinen detaillierten Argumentationen zur Frage des Sperrrechts in § 9, Abs. 3 wird der von der vorberatenden Kommission vorgeschlagene Text auch aus Sicht des Datenschutzes gesetzeskonform. Dieses eine Beispiel im Zusammenhang mit der zur Debatte stehenden Gesetzesvorlage zeigt auf, wie wertvoll und wichtig die Begleitung der Kommissionsarbeit durch Fachpersonen war und ist.
Auf ein wichtiges Thema wurde bereits hingewiesen: Die Verantwortlichen der Gemeinden fühlten sich zurückgesetzt bei der Beurteilung dieses Gesetzes. Dank dem zusätzlichen Treffen mit den Gemeindevertretern konnten diese Bedenken weitgehend ausgeräumt werden.
Zum Abschluss ein Dank an die Verwaltung für die gute Vorbereitung der Vorlage und an die Kommissionspräsidentin und die -mitglieder für ihr grosses Engagement. Sie haben dem Votanten wesentlich geholfen, sich in den komplexen Themen zu Recht zu finden.
Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage der Regierung mit den Ergänzungen und Änderungen der vorberatenden Kommission.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass ein leistungsfähiges, öffentliches und kundenfreundliches Geoinformationssystem für Zug ein wichtiger Standortsfaktor ist. Der Direktion des Innern ist es gelungen, mit zugis, welches teilweise auch auf www.zugmap.ch einsehbar ist, bereits heute ein solches aufzubauen. Verwaltung und Bevölkerung profitieren. Gerade wenn es darum geht, z.B. privat zu bauen o-

der gemeindlich eine Strassen zu sanieren, können so unbürokratisch und schnell wichtige Informationen zu Leitungen oder Grundbucheintragungen abgerufen werden, ohne dass man die Ämter persönlich, schriftlich oder telefonisch kontaktieren muss. Dass unter anderen der Verlauf von Leitungen wie für Strom, Wasser, Abwasser, Gas, Telekommunikation einheitlich digital aufgenommen und publiziert werden müssen, ist eine Voraussetzung, damit gefahrlos und ohne Schaden anzurichten, gebaut werden kann.
Nun gilt es diesen Bereich mit einem Gesetz sauber zu regeln – in den Bereichen, wo für den Kanton noch Handlungsspielraum besteht. Dabei ist es der Regierung gelungen, bei einem doch sehr komplexen Sachverhalt ein relativ einfaches und doch klares Gesetz zu machen, das auch den Anliegen der Gemeinden gerecht wird. Heute bereits übliche Vorgänge wie die Anhörung der gemeindlichen Fachstellen vor der Festlegung neuer Normen und Datenmodelle waren in der regierungsrätlichen Fassung noch nicht im Gesetz festgehalten. Die Präzisierungen der Kommission dazu, welche auch von der DI mitgetragen werden, begrüssen wir.
Die Kommission hat allerdings auch Änderungen vorgenommen, denen sich die Alternativen nicht anschliessen können. Bei § 4, wo es um kommunale Geobasisdaten geht, bei § 9 bei der Veröffentlichung von Personenangaben im Internet sowie bei den §§ 24 und 25, wo es um die Nachführungsgeometrie geht. Mehr dazu in der Detailberatung.
Sie konnten es im Kommissionsbericht nachlesen: 80 % der Geodaten sind vom Bund vorgegeben, bei den restlichen handelt es sich fast ausschliesslich um Geodaten kantonalen Rechts, nur wenige beziehen sich auf gemeindliches Recht. Wir regeln in einem kleinen Bereich. Darum macht es Sinn, dass all diese Daten möglichst einheitlich und zentral kantonal erhoben und bewirtschaftet werden. Dazu braucht es klare kantonale Regelungen, die vor allem auch die Kompatibilität der Daten gewährleisten. Eine einheitliche und einfache Lösung braucht es, um ein Flickwerk unterschiedlicher Daten auf Gemeindeebene zu verhindern, was künftig Mehrkosten generieren könnte. Für eine zentrale Handhabung spricht auch, dass es für eine effektive und qualitativ hohe Bearbeitung von Geodaten ein hohes Expertenwissen braucht. Das haben wir in der Kommissionsarbeit selbst erleben dürfen.
Noch Eines vorneweg zu den §§ 17 und 18: Die Kommission ist einhellig der Meinung, dass der Leitungseigener für die Kosten der digitalen Erfassung aufkommt. Dem können wir uns anschliessen und unterstützen auch die Ausnahme, dass Grundeigentümerinnen bei einer Ersterfassung keine Kosten entstehen, dass also die Gemeinden diese übernehmen. – Die AGF ist für Eintreten.

Philip C. **Brunner** hält fest, dass die SVP klar für Eintreten ist. In der Detailberatung haben wir zu den wichtigsten Paragraphen unterschiedliche Auffassungen zur Kommission oder zur Regierung. Es wurde schon erwähnt, es ist ein komplexes Gesetz und der Votant kann sich seinen Vorrednern anschliessen: Die Kommissionspräsidentin hat zusammen mit der Direktorin des Innern zumindest ein wenig Aufklärung hingekriegt. Allerdings war die Erarbeitung des Gesetzes zu Beginn etwas holprig. Die Gemeinden fühlten sich durch das Vorgehen etwas übergangen. Dies hat die Direktion des Innern mit Zeitdruck erklärt, weil das Gesetz nach den Vorgaben des Bundes bereits umgesetzt sein müsste. Mit dem Einbezug von politischen und fachlichen Gemeindevertretern konnten die Wogen aber im Verlauf des halben Jahres geglättet werden und am Schluss konnten wir von Josef Ribary hören, dass die Gemeinden nun befriedigt sind und zumindest in den grossen Linien mitmachen. Diese verstärkte Berücksichtigung der Gemeinden war ein

Anliegen, das wir auch in der SVP begrüsst haben, dass sie vermehrt in die Umsetzung einbezogen wurden, bevor irgendwelchen Entscheiden getroffen werden.
Zum Datenschutz. Die SVP ist ganz klar für die restriktivere Lösung. Es ist nämlich so, dass die Kommission den Vorschlag eingebracht hat, dass man die Daten im Internet nicht mehr ansehen kann. Es ist ja allerdings so, dass etwa 90 % Sachdaten sind und nur etwa 10 % Personendaten.
Zu den Kosten für die Grundeigentümer. Auch da ist die SVP der Meinung, dass das neue Gesetz keine Mehrkosten für Private verursachen darf. Daran möchten wir festhalten.
Zur Frage der Nachführungsgeometer. Das heutige Gesetz über die amtliche Vermessung sieht vor, dass es höchstens zwei Nachführungsgeometer gibt, die für die amtliche Vermessung zuständig sind. Heute ist es im Kanton zwar so, dass wir zwei Lose vergeben haben, diese aber vom gleichen Geometer mit zwei verschiedenen Büros ausgeführt werden. Die Direktorin des Innern wird wohl noch darauf zurückkommen. Die Kommission stellt sich auf den Standpunkt, dass es bei elf Gemeinden keinen Sinn macht, diese von zwei verschiedenen Geometern vermessen zu lassen. Sie spricht sich dafür aus, nur einen Geometer für den ganzen Kanton zu bestellen. Die Stawiko allerdings ist anderer Meinung. Sie geht von zwei Geometern aus, weil so immerhin eine kleine Konkurrenzsituation geschaffen wird. Man kann geteilter Meinung sein. Das war auch bei uns in der Fraktion so. Es ist 50:50 gewesen in der Fraktionssitzung.
Das vorliegende GeoIG-Gesetz ist also sorgfältig ausgearbeitet worden und berücksichtigt die Anliegen des Bundes, der Kantone und auch der Gemeinden. Es ermöglicht wesentliche schnellere und genauere Abläufe bei den Amtsstellen, weil diese nicht noch zuerst interne Abklärungen bei anderen kantonalen und gemeindlichen Ämtern und privaten Werken einholen und überprüfen müssen. Aus diesem Grund bittet der Votant den Rat, dem Gesetz zuzustimmen und den Anträgen der Kommission Folge zu leisten.

Leonie **Winter** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Schaffung des neuen Gesetzes begrüsst und somit auch die Harmonisierung der Geoinformation auf allen Staatsebenen. Daten mit einem räumlichen Bezug, sprich Geobasisdaten, haben in der heutigen Informations- und Wissensgesellschaft eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung. Wir sind uns einig, dass Geoinformationen im Alltag benötigt werden und nicht fehlen dürfen. Aufwand und Nutzen der zu erhebenden Daten müssen jedoch in einem vertretbaren Verhältnis bleiben. Die FDP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten.
Wir sind der Auffassung, dass die Zuständigkeiten auf der jeweiligen Gesetzesstufe möglichst klar abgegrenzt werden sollten, um die Gemeindeautonomie nicht allzu stark zu strapazieren. Eine knappe Mehrheit spricht sich gegen die Möglichkeit der Sperrung von Personendaten im Internet aus. Mit rund 239 km^2 ist unser Kanton überschaubar. Im Gegensatz zu heute zwei Nachführungskreisen kann ein einziger Nachführungskreis effizienter bewirtschaftet werden. Wir sehen damit den Wettbewerb nicht in Gefahr, da dieser durch die öffentliche Submission garantiert ist.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, bestätigt, dass es sich hier um ein sehr technisches Gesetz handelt. Ein Gesetz, auf das Sie sehr oft indirekt zugreifen, auch wenn Sie sich dessen gar nicht bewusst sind. Zwischen 60 und

80 % der Entscheidungen im politischen und wirtschaftlichen und privaten Leben haben einen räumlichen Bezug. Deshalb greift im Alltag praktisch jede Person regelmässig auf Geoinformationen zu, oft ohne dies zu realisieren.
Auch die Harmonisierung der Daten ist eines der wichtigen Ziele dieser Geoinformations-Gesetzgebung. Die Direktorin des Innern wiederholt weder die Voten der Vorrednerinnen noch den Bericht des Regierungsrats, erlaubt sich aber beim Eintreten einen kurzen Ausblick zu geben bezüglich des weiteren Vorgehens. Die DI, beziehungsweise das Grundbuch- und Vermessungsamt, ist auf Hochtouren an der Erarbeitung der Verordnung zum GeoIG. In Analogie zur Lösung auf Bundesebene wird für die Geobasisdaten des kantonalen Rechts in einem Anhang zur Verordnung des Regierungsrats ein Geobasisdatenkatalog geschaffen. Dieser hält die Daten des kantonalen Rechts ausdrücklich fest und konkretisiert die rechtliche Grundlage für ihre Erfassung und Bearbeitung. Analog wie dies der Bund gemacht hat mit Zugangsstufen A, B und C. (A öffentlich zugänglich, B beschränkt öffentlich zugänglich und C nicht öffentlich zugänglich.) Hier handelt es sich aber um die Geobasisdaten.
Diese Verordnung wird der Regierungsrat voraussichtlich im Frühling dieses Jahres in die Vernehmlassung geben, nachdem sie in der Fachgruppe GIS und in der GIS-Gruppe diskutiert wurde – natürlich nachdem die Regierung diese Verordnung in erster Lesung verabschiedet hat. In beiden Gremien sind jeweils drei Gemeindevertretungen dabei.
Schlussendlich möchte Manuela Weichelt der Kommissionspräsidentin für ihr wirklich ausserordentliches Engagement ganz herzlich danken. Sie wurde von ihren Kolleginnen und Kollegen wohl nicht gerade beneidet für dieses Präsidium, da es eine ausgesprochen technische Vorlage war. Die Herausforderung war es, eine Balance zu finden, sich nicht in den Details zu verlieren, aber trotzdem die wichtigsten Punkte zu diskutieren. Das ist dieser Kommission wirklich gelungen. Die Votantin möchte auch den Kommissionsmitgliedern ganz herzlich danken für das sehr hohe Engagement, dass sie in dieser Kommission erlebt hat.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 2068.3

§ 4

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es im Antrag der Kommission um eine Grundsatzfrage zur Gemeindeautonomie geht. Die Absätze 1 und 2 im Kommissionsantrag bedingen sich, sie gehören zusammen. Wir stellen daher den Regierungsantrag dem Kommissionsantrag «en bloc» gegenüber. Die Regierung schliesst sich dem Kommissionsantrag an.

Stefan **Gisler** hält fest, dass es aus Sicht der AGF – bei aller Liebe zur Gemeindeautonomie – wenig Sinn macht, wenn für diese wenigen Daten (98 % werden anders geregelt) gemeindliche Sonderregelungen bezüglich Nachführungsperiodizität, Erhebungsart oder Veröffentlichung zum Tragen kommen. Wir befürchten einen Erhebungs-Flickenteppich. Zug hat dann einen Robidog-Kataster, Cham einen Kataster für eine spezielle Strauchart und wenn es hoch kommt, hat Baar dann einen Kataster, wo überall Räbenväter gewohnt haben. Das kann nicht sein. Im kleinen Kanton Zug sollte in allen Gemeinden dasselbe erhoben werden. Der Votant sieht den Nutzen von Einzelerhebungen von Gemeinden nicht. Alles andere

ist auch kundenunfreundlich, weil diese Daten ja dann nicht über den ganzen Kanton ersichtliche sind und eher zur Verwirrung als zur Information beitragen. Wenn dann später so ein gemeindliches Geodatum in eine kantonales übergeführt werden sollte, könnten allenfalls auch noch Kosten entstehen. Darum plädieren wir nach dem Motto «keep it simple» für den ursprünglichen Antrag der Regierung.

Silvia **Thalmann** hält fest, dass sich die Kommission sehr lange und intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Sie empfiehlt Ihnen wirklich, hier die Gemeindeautonomie höher zu priorisieren. Von diesem Flickwerk, das jetzt an die Wand gezeichnet wird, können und müssen Sie nicht ausgehen. In der Aussprache mit den Gemeinden, die wir im Anschluss an die Kommissionsarbeit geführt haben, haben wir gemerkt, dass die Materie wirklich komplex ist und die Gemeinden zweifellos sehr froh sind über das Fachwissen, das sie beim Kanton abholen können, und dass sie sich dann zusammenraufen werden und sagen: Wir machen eine einheitliche Sache. In der Beratung haben wir aber auch gemerkt, dass die Gemeinden stark irritiert waren vom Entwurf dieses Gesetzes. Der Kanton Zug hat eine zentrale Lösung, eine sehr auf einen Kern fokussierte Lösung. Wir haben andere Modelle angeschaut, beispielsweise jene des Kantons Luzern, wo es mehr auf einer Kooperations-Ebene geht. Wir sind aber dann zum Schluss gekommen, dass das für unseren kleinen Kanton wenig Sinn macht. Die Kommissionspräsidentin empfindet es als sehr unsensibel, wenn wir hier davon abweichen und den Goodwill, den wir in der Zusammenarbeit in dieser technischen Vorgabe mit den Gemeinden geschaffen haben, verändern würden. In diesem Sinn spricht Silvia Thalmann für die grosse Mehrheit der Kommission, welche diese Gemeindeautonomie wirklich sehr stärkt und fördert, und bittet den Rat, dem Kommissionsantrag zu folgen.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, beginnt mit einer Präzisierung zum Antrag von Stefan Gisler. Den Antrag des Regierungsrats gibt es diesem Sinn nicht mehr. Er kann sich mit den verschiedenen Kommissionsanträgen, die in die gleiche Richtung gehen, um die Gemeindeautonomie zu stärken, einverstanden erklären. Die Begeisterung in der Regierung hält sich in Grenzen. Der Regierungsrat würde es als unbefriedigend empfinden, wenn wirklich eintreffen würde, dass jede einzelne Gemeinde jetzt diese oder jene Geobasisdaten der GIS-Fachstelle zur Aufnahme im GIS anbieten würde. Eine solche Praxis wäre tatsächlich nicht gerade kundenfreundlich. Die Regierung geht aber davon aus und sie richtet auch den Appell an die Gemeinden, dass dies nicht passiert, dass sich diese untereinander absprechen. Sie ist da guten Mutes, opponiert deshalb der Kommission nicht und kann ihren Antrag unterstützen.

Die **Vorsitzende** fragt Stefan Gisler, ob er am Antrag festhält. Dieser bejaht das.

➔ Der Antrag der AGF wird mit 63:6 Stimmen abgelehnt.

§ 6 Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich der Regierungsrat dem Kommissionsantrag anschliesst.

➔ Einigung

§ 7 Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, sich der Regierungsrat dem Kommissionsantrag anschliesst.

➔ Einigung

§ 7 Abs. 4

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, sich der Regierungsrat dem Kommissionsantrag anschliesst.

➔ Einigung

§ 9 Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, sich der Regierungsrat dem Kommissionsantrag anschliesst.

➔ Einigung

§ 9 Abs. 3

Silvia **Thalmann** hält fest, dass die Kommission hier einer sehr komplexen Materie gegenüberstand. Auf der einen Seite mussten wir zuerst herauskristallisieren, welche Daten wir denn hier haben und welches Datenschutzgesetz zur Anwendung kommt. Wir haben festgestellt, dass sehr viele Sachdaten gibt. Und diese werden immer in Spezialgesetzen geregelt. Das sind zu 80 % Bundesgesetze und dort ist es die Bundesbehörde, die sagt, wie diese Geobasisdaten zu behandeln sind. In den Verordnungen wird dann festgehalten, wie diese Geobasisdaten, die elektronisch erfasst werden müssen, eingesehen werden können und der Weg dazu, wer also Zugriff hat. Hier ist also der Spielraum in diesem Rat sehr klein. Wir haben uns dann aber auch sagen lassen, dass dieses Geoinformationsgesetz auch Personendaten sichtbar macht. Und über diese Personendaten haben wir in der Kommission sehr intensiv diskutiert. Wir haben uns gefragt: Was sind denn das für Personendaten? Wer das Mail unseres Datenschützers erhalten hat, sieht denn auch, welche anspruchsvollen Auskünfte wir erhalten haben und wie wir diese herunterbrechen mussten, damit es für uns verständlich war.
In der Kommission haben wir herausgeschält, dass die Angaben zum Grundeigentümer bei den Personendaten der heikle Punkt sind. Es geht der Kommission überhaupt nicht darum, diese Grundeigentümerdaten in diesem Informationstool nicht zu erfassen oder nicht zu pflegen. Es geht der Kommission darum, dass sie sagt: Wenn jemand den Wunsch äusserst, diese Daten zu sperren für die Öffentlichkeit, soll er das ohne grosse Erklärung machen können. Dass man also als Grundeigentümer der zuständige Behörde einen Brief schreiben kann mit der Bitte, man möchte die Grundeigentümerdaten von dieser Plattform sperren.
Weshalb ist das der Wunsch der Kommission? Mit dieser Verknüpfung der privaten Angaben des Grundeigentümers mit diesen ganzen Geoinformationsdaten entsteht über den Grundeigentümer eine grosse Informationsmenge. Diese kann sehr einfach eingesehen und genutzt werden. Sie kann weltweit eingesehen werden. Wir denken im Allgemeinen eher räumlich eng, oft auf den Kanton Zug beschränkt. Aber man hat auf dieses System weltweit Zugriff.

Wir sind uns in der Kommission auch bewusst, dass es eigentlich der falsche Ort ist. Wir haben uns aber sagen lassen, dass es rechtlich zulässig ist, hier diese Sperrmöglichkeit zu machen.
Wenn Sie dem Kommissionsantrag zustimmen, stimmen Sie Folgendem zu: Dass eine Privatperson, die Eigentümer eines Grundstücks ist, einen Brief schreiben kann, dass man auf der *öffentlichen* Plattform die Grundeigentümerdaten nicht mehr einsehen kann. Wir haben auch darüber diskutiert, dass es dann weisse Flecken geben kann. Diese möchten wir nicht. Der Datenschützer möchte einen Schritt weiter gehen. Er möchte, dass auch zum Teil die Karten nicht einsichtig sind. In der Kommission wurde das diskutiert. Für uns war klar: Es gibt so viele andere Plattformen, auf denen man jetzt Luftaufnahmen hat, bei denen man sehr nahe hinzoomen kann. Da sehen wir keine Gefahr. Aber wir möchten eigentlich bei diesem sehr einfachen Zugang einer Privatperson ermöglichen, dass sie das von der öffentlichen Plattform entfernen kann. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag; damit ist die Privatsphäre mehr geschützt als das öffentliche Interesse.

Stefan **Gisler** meint, Heini Schmid werde ihn anschliessend gleich widerlegen. Wir stimmen Kommission und Regierung zu, dass das kantonale Datenschutzgesetz zur Anwendung kommt. Darum sind ja auch die Absätze 1 und 2 unbestritten. Allerdings beantragen wir wie die Regierung, dass Abs. 3 der Kommission gestrichen wird.
Der Votant hat es schon beim Eintreten erwähnt: Der Bund regelt das Meiste, so sind Einträge im Grundbuchamt, wie z.B. die Personendaten von Liegenschaftsbesitzenden öffentlich. Jeder Person ist ohne Nachweis jederzeit möglich, per Telefon beim Grundbuchamt, die Besitzerangaben einzuholen. Mit diesem Abs. 3 regeln wir nun nicht, ob die Daten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden oder nicht, sondern nur, ob sie auch noch im Internet publiziert werden. Ein Teil der Kommission will die Veröffentlichung von Daten, wie sie der Kanton Zug seit 2006 kennt, wieder einschränken. Das ist aus unserer Sicht nicht nur faktisch unwirksam und rückschrittlich, sondern kontraproduktiv für die Grundeigentümer selbst.
Die Ermöglichung der Sperrung von Grundeigentümerangaben würde nur zu einem Mehraufwand bei der Verwaltung führen. Zudem entstünden dann quasi «schwarze Personendaten-Flecken», welche diese Objekte erst recht dem öffentlichen Gwunder aussetzen würden. Gezielt könnten dann nach den Eigentümerangaben dieser Objekte gefragt werden. Das darf man dann immer noch. Statt am Abend zu surfen, gehen Sie dann einfach aufs Grundbuchamt. Und wenn diese Angaben auch nicht auf zugmap ersichtlich sind: Im Telsearch im Verbund mit Google oder umgekehrt, ist es leicht, zu ähnlichen Informationen zu kommen. Hier sind dann vor allem Mieterinnen und Eigentümer, die in eigene Liegenschaft wohnen, betroffen.
Die Publikation aller per Gesetz öffentlichen Daten auf dem Internet ist nichts Anderes als kunden- und bürgerfreundlich. Eine Abkehr davon wäre etwa vergleichbar, wie wenn sie bestimmen würden, dass Briefe nur noch per Post und nicht per Mail versandt werden können. Versenden kann man, es ist einfach komplizierter. In diesem Falle: Einsehen kann man, aber es ist einfach kundenunfreundlicher und generiert für die Verwaltung einen Mehraufwand, der eigentlich eine Personalaufstockung bedingen würde.

Heini **Schmid** beantragt, der Fassung der Kommission zuzustimmen, womit die Einzelperson das Recht hat, Personenangaben von sich bei der Internetpublikation

sperren zu können. Wir reden jetzt nur immer vom Eigentümer, und der Votant gibt seine Interessenbindung bekannt, dass er nämlich an relativ vielen Orten als Eigentümer im Kanton Zug eingetragen ist. Aber das Problem ist viel grundsätzlicher.
Sie haben vielleicht mitbekommen, dass jetzt das Bundesamt für Statistik mit grossem Aufwand allen Wohnungen im Kanton Zug eine Nummer gegeben hat. Wir sprechen jetzt hier nur von Grundeigentümern, aber es könnte ja auch sein, dass wir die Idee haben, alle Mietwohnungen im Kanton Zug über das Internet zugänglich zu machen. Wir haben die Registernummer und können uns einfach mal überlegen: Soll jetzt der Mieter ein Recht haben, wenn der Kanton meint, alle Mieter müssten im Internet einsehbar sind, zu sagen: Nein, ich möchte nicht, dass der Bewohner dieser Mietwohnung ersichtlich ist. Dann sind wir wirklich beim Kern angekommen. Es geht nicht um Eigentümer oder Grundbuchdaten etc. Es geht um die Zukunft, ob wir den persönlichen Bezug all dieser Daten, die im Internet publiziert werden, machen können oder nicht.
Sie alle kennen den Altlastenkataster. Sie schauen ihn nach, er ist publiziert. Dann überlegt sich ein geneigter Leser: Was heisst das eigentlich, wieso hat der immer noch eine Altlast auf seinem Grundstück? Oder Neophyten, die schon lange nicht beseitigt wurden. Das Delikate am Ganzen ist, dass Sie über die Grunddaten immer zu einer Einschätzung einer Person kommen. Vielleicht völlig unqualifiziert. Wollen Sie, dass jeder nachschauen kann, wie energieeffizient Ihr Gebäude ist oder Ihre Mietwohnung? Man könnte dann ja auch sagen: Wir machen einsehbar, wie viel eine Mietwohnung kostet. Warum soll diese Information geschützt werden? Da kommen wir zum Kern und wir müssen uns einfach bewusst sein, dass die Zunahme der Informationen, die Sie über das Internet bekommen, über die Verknüpfung des Eigentümers zu einem Personenprofil führt. Davor warnt uns der Datenschutzbeauftragte. Dass Sie plötzlich Rückschlüsse ziehen, was das für eine Person ist. Der wohnt z.B. immer noch in einem Haus, das energetisch nicht saniert ist. Beim nächsten Wahlkampf wird dann sicher ein Journalist mal nachschauen, wo Sie wohnen, und sagen: Hallo, hier im Rat proklamieren Sie Energiesparen, bei Ihnen selber sind Sie Klasse C. Oder am Schluss steht sogar noch, welches Auto bei Ihnen in der Garage steht und welche Energieeffizienz es hat. Sie müssen sich einfach lösen von irgendwelchen Kategorien und vorstossen zum Grundsatz, dass man sagt: Was nicht unbedingt mit Ihrer Person in Verbindung gebracht werden muss (z.B. das Geburtsdatum bei Frauen), muss nicht unbedingt öffentlich ersichtlich sein. In diesem Sinn bittet der Votant den Rat, dass er in diesem Gesetz einen Informationslendenschurz einbaut, damit nicht jedermann und jede Frau in Ihren persönlichen Angelegenheiten rumschnüffeln kann.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass jeder Verbrecher exzessiven Datenschutz geniesst. Der Hauseigentümer nicht. Das kann dann so absurd sein, dass man die diversen Daten über Hauseigentümer im Internet zusammensuchen kann, um einen Einbruch zu planen. Wenn man dann aber geschnappt wird, darf niemand erfahren, wer eingebrochen hat. Das ist absurd.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass die Regierung keine Sperrmöglichkeit möchte für Personendaten, die gemäss Grundbuch öffentlich sind. Und vor allem möchte sie das nicht im GeoIG regeln.
Begründung: Die Rechtslage ist wirklich sehr komplex und es gibt vor allem auch Doppelspurigkeiten auf Bundesebene. Das war auch eine Schwierigkeit bei der

Diskussion in der Kommission. Wir haben deshalb die Bundesbehörden angefragt, wie wir mit diesen Doppelspurigkeiten, die sich gegenseitig widersprechen, umgehen sollen. Die Bundesbehörden haben uns vor zwei Tagen endlich eine Antwort gesandt. Darauf wird die Direktorin des Innern noch zurückkommen. Die Regierung ist aus mehreren Gründen gegen den Kommissionsantrag und möchte bei ihrem ursprünglichen Antrag bleiben. Sie betrachtet den Kommissionsantrag unter anderem auch als kontraproduktiv.
Fortschritt oder Rückschritt war eines der Themen im Regierungsrat. Wir möchten Sie daran erinnern, dass die Zuger Regierung sehr fortschrittlich war, indem sie bereits 2006 beschloss, dass diejenigen Eigentumsangaben, die gemäss Grundbuch öffentlich sind, auch aufs Internet dürfen. Das hat die Regierung bereits 2006 beschlossen. Auch hat sie bereits vor 18 Jahren grünes Licht gegeben für den Aufbau des GIS. Der Regierungsrat war längst vor der Strategie 2010 – 2018 einen Schritt voraus. Sie hat damals vor über fünf Jahren beschlossen, alle Angaben aus dem Grundbuch, die nach ZGB oder der Grundbuchverordnung eh öffentlich sind, auch im Netz ersichtlich sein dürfen. Also diejenigen Angaben, wo irgendjemand, sei das in China oder hier in der Schweiz, nur ein Mail an das Grundbuch- und Vermessungsamt machen muss und ohne Grund verlangen kann: Ich möchte gerne über dieses Grundstück diese und jene Angabe haben. Das Amt muss diesen Auszug senden. Es geht also lediglich um die Angaben, die gemäss ZGB und Verordnung öffentlich sind. Was ist nun Schlimmes passiert in den letzten fünf Jahren? Uns ist nichts bekannt.
Ein Beispiel. Es wurde beschlossen, dass die Publikation der Handänderungen nicht mehr im Amtsblatt publiziert wird. Was geschah? Das Grundbuch- und Vermessungsamt wurde überrannt mit Anfragen. Heute kann das Amt die Anfragenden einfach auf www.zugmap verweisen und muss diese Auszüge nicht mehr verschicken. Für die Regierung ist klar: Würde hier eine Sperrmöglichkeit eingeführt, bedeutet dies ein Rückschritt. Sie ist auch der Meinung, dass es kontraproduktiv sein könnte. Sie müssen sich vorstellen, dass man heute nicht einfach surfen und dann die Informationen beliebig finden kann. Sie müssen ganz konkret auf ein Grundstück gehen und dann erhalten Sie die Daten, die Sie auf dem Grundbuchamt eh bekommen, direkt. Wenn jetzt einzelne Personen diese Daten sperren, erscheint in diesem Kasten einfach nichts. Man kann dann auf Google Earth gehen oder auf ein elektronisches Telefonbuch, erhält so gewisse Informationen und macht dann noch das Mail ans Grundbuch- und Vermessungsamt. Wir haben technische Fortschritte und können das Rad nicht einfach zurückbuchstabieren. Heini Schmid ist ein guter Verkäufer des Kommissionsantrags. Er hat viele Beispiele gebracht, die überhaupt nicht relevant sind und auch nicht Gegenstand dieses Antrags. Mietdaten stehen nicht zur Diskussion, weil wir kein Bundesgesetz haben, das sagt, dass diese Daten öffentlich sind und dass das Amt oder die Gemeinde sie herausgeben müsse. Hier geht es wirklich um Daten, die öffentlich sind.
In der Kommission wurden auch sicherheitspolitische Überlegungen diskutiert. Es wurden Ängste geäussert, dass man durch www.zugmap Bostadel oder die Strafanstalt in der Stadt Zug gefährden würde, dass vermehrt Ausbrüche stattfinden könnten oder Anschläge. Da kann die Direktorin des Innern Sie beruhigen. Das hat auch nichts mit § 9 Abs. 3 zu tun. Wir haben § 9 Abs. 1, der diesen Schutz gewährleistet. Wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet ist, dann erhalten die Daten sicher keine Zugangsberechtigung A. Er handelt sich aber bei diesen sicherheitspolitischen Daten im Bostadel etc. um Sachdaten und nicht um diese Personendaten aus dem Grundbuch.
Rohrleitungsanlagen, wenn es um die Beförderung von flüssigen oder gasförmigen Brenn- und Treibstoffen geht, sind auf dem Feld orange markiert. Da sieht jeder:

Hier hat es eine Rohrleitungsangabe mit flüssigen oder gasförmigen Brenn- oder Treibstoffen. Wahrscheinlich sieht man es sogar auf Google Earth, wenn man genügend hinzoomt. Das sind aber Geobasisdaten des Bundes und sie haben die Zugangsberechtigung A, es gibt also einen Download-Dienst. Elektrische Leitungen sind auch Bundesgeodaten; sie haben die Zugangsberechtigungsstufe B, das heisst, sie sind nicht öffentlich. Kommunikationsleitungen, Kupferkabelleitungen sind ebenfalls Bundesgeodaten mit Zugangsberechtigungsstufe B. Der Kanton kann in diesem Bereich nicht mehr viel regeln. Er kann noch die Zugangsstufen bei Fernwärme-, Gas-, Wasser- und Abwasserleitungen regeln. Wie eingangs erwähnt machen wir das wie der Bund mit einer Verordnung in einem Anhang.
Der Bund hat Regelungen bezüglich Sperrung im GeoIG und in der Verordnung. Dort heisst es klar: Die Personendaten aus dem Grundbuch sind öffentlich. Vom ZGB her in der Grundbuchverordnung heisst es ebenfalls: Sie sind öffentlich. Dort besteht aber die Anmerkung, dass der Kanton, wenn er möchte, eine gewisse Sperrung machen kann. Das sind nun auf gleicher Stufe zwei sich widersprechende Verordnungen. Das war auch das, was uns verwirrte. Es ist auch Gegenstand eines Rechtsgutachtens beim Bund. Dieser kommt nun zum Schluss, dass er eine der Verordnungen bereits wieder revidieren muss, weil ein Widerspruch besteht. Sie sehen: Es ist rechtlich wirklich komplex. – Die Regierung bittet Sie, keinen Rückschritt zu machen. Die Technik können wir nicht rückgängig machen und die Daten sind öffentlich.

➔ Der Rat schliesst sich mit 42:27 Stimmen dem Antrag von Kommission und Stawiko an.

§ 13 Abs. 1

Ivo **Hunn** hält fest, dass die GLP hier einen Änderungsantrag stellt. Die Formulierung der Kommission soll wie folgt ergänzt werden:« … gewerblich anbieten, *sofern sie keine zusätzlichen sachlichen und personellen Mittel erfordern und die Privatwirtschaft nicht in übermässiger Weise konkurrenziert wird.*»
Begründung: Die GLP hat sich bereits bei der Vernehmlassung dazu geäussert, dass das Geoinformationsgesetz die Privatwirtschaft unnötig konkurrenziert. Der Staat soll nur Aufgaben übernehmen, die nicht von der Privatwirtschaft ausgeführt werden können. Deshalb bitten wir den Rat, unseren Antrag zu unterstützen.

Silvia **Thalmann** hält fest, dass dieser Antrag in der Kommission nicht so beraten wurde. Er lag uns nicht vor und es gab keine Rückfrage der Kommissionsmitglieder. Die Votantin möchte aber die Haltung der Kommission bei diesem ganzen Themenkomplex darlegen. Es gab auf der einen Seite die klare Meinung, dass hier der Kanton die privaten Anbieter nicht konkurrenzieren soll. Aber wenn Daten anfallen, für die ein öffentliches Interesse besteht, soll er diese auch abgeben dürfen und zwar kostendeckend, sofern ein gewerbliches Interesse vorhanden ist. Auf der anderen Seite überlegten wir uns: Wenn jetzt eine Schule eine Karte braucht für einen OL und diese sowieso vorhanden ist beim Kanton, soll er sie nicht kostendeckend, sondern vergünstigt abgeben. In der Kommission hatten wir dieses Spannungsfeld. Wenn die Kommissionspräsidentin diesen Antrag persönlich betrachtet, sieht sie eine grosse Deckungsgleichheit mit der Haltung der Kommission.

Silvan **Hotz** hat grundsätzlich die Meinung, dass der Kanton keine Arbeiten ausführen soll oder darf, welche die Privatwirtschaft auch erbringt. Wir dürfen nicht mit Steuergeldern Ämter finanzieren, welche Unternehmen konkurrenzieren. Die Kommission beantragt hier eine Kann-Formulierung. In der Kommission war der Votant auch dafür, in der Vorbereitung für die heutige Sitzung kommt er je länger je mehr zum Schluss, dass dies nicht reicht. Was ist jetzt aber die richtige Formulierung, um weder das Amt unnötig zu behändern, noch es ihm zu ermöglichen, die Privatwirtschaft weiter zu konkurrenzieren? Wir haben heute Morgen zwei, drei Gespräche gehabt mit der Direktion des Innern, damit das Amt nicht unnötig behindert wird. Aber wir brauchen eine Formulierung, die ziemlich präzis ist. Warum? Dazu müssen wir das Kantonsrats-Protokoll vom 30. September 2004 konsultieren. Schon vor sieben Jahren war der Rat mit 53:14 Stimmen der Meinung, dass das Amt keine Vermessungen mehr vornehmen soll. Mit 53 Stimmen hat der Kantonsrat entschieden, dass sich das Amt auf Kontrollen zu beschränken hat. Im persönlichen Gespräch heute Morgen sagte die Direktorin des Innern, dass es damals nur um Nachführungen ging. Silvan Hotz interpretiert dieses Protokoll anders. Denn umgesetzt hat die DI diesen Beschluss bis heute noch nicht. Das Amt macht immer noch Vermessungen. Dies ist auch im Rechenschaftsbericht nachzulesen. Im Bericht des letzten Jahres heisst es: «Neben den Arbeiten für kantonale Stellen und die Bauämter von Zug und Menzingen durften wir wiederum Bauabsteckungen und Kontrollmessungen sowie Spezialvermessungen für private Bauherren ausführen. So konnten wir für das Scheibenhochhaus in Zug neben dem neuen Eisstadion in der Herti regelmässige Absteckungsarbeiten ausführen.» Regelmässige Absteckungsarbeiten, welche private Geoingenieure auch machen. Ist denn das wirklich die Aufgabe des Kantons? Warum vergeben Zug und Menzingen die Arbeiten dem Kanton? Warum wird hier der Kantonsratsentscheid willentlich missachtet?
Wenn jetzt aber Manuela Weichelt heute verbindlich zusagen kann, dass das Amt endlich auf Vermessungen, Schnurgerüste oder Ähnliches, was Private auch anbieten, verzichtet, und nur noch die staatlich notwendigen Kontrollen und Verifizierungen der Geodaten oder Auswertungen aus den Geodaten anbietet, kann der Votant der Formulierung der GLP zustimmen.

Stefan **Gisler** möchte die Kommissionspräsidentin bestärken. Wir haben dieses Spannungsfeld in der Kommission beraten. Aus Sicht des Votanten sind die Absätze 1 bis 5 in der Fassung der Kommission eindeutig. Die Idee ist wirklich, dass der Kanton zwar die Informationen gewerblich anbieten kann, das heisst, dass so eine Karte dann auch etwas kosten darf. Er soll jedoch eng bei seiner Kernaufgabe bleiben. Und so werden beim Vermessungsamt keine zusätzlichen Stellen generiert und auch keine privaten Anbieter konkurrenziert. Es sind rein kundendienstliche Zusatzarbeiten, die eh anfallen und bürgerfreundlich sind. Das haben wir in diesen Absätzen 1 bis 5 festgehalten. Stefan Gisler sieht den Mehrwert dieses Antrags nicht. Er ist eher verwirrend, und faktisch wird es dasselbe bleiben. Darum bittet der Votant den Rat, bei der Fassung der Kommission zu bleiben, die das eingehend diskutiert und auch diese Aspekte eingebracht hat.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass die Regierung hier ursprünglich dem Kommissionsantrag gefolgt ist. Heute Vormittag haben wir intensiv diskutiert und die Votantin hat über Mittag auch noch die Regierung angefragt. Sie könnte sich mit dem Änderungsantrag der GLP einverstanden erklären. Es geht wirklich um eine Präzisierung, damit klar ist, dass es nur um Aufträge

geht, wo z.B. eine zeitliche Dringlichkeit besteht und die Karte sonst keinen anderen Auftragnehmer findet, Sachen, die nicht attraktiv sind. Bei Zug und Menzingen, die angesprochen wurden, besteht eine Leistungsvereinbarung. Da hat die Stadt Zug angefragt, ob die Schnurgerüstkontrollen ausgeführt werden. Das sind hoheitlich baupolizeiliche Aufgaben. Es ist überhaupt fraglich, ob das überhaupt zu diesen gewerblichen Aufträgen gehört.
Was in der Kommission auch diskutiert wurde, sind alle die Velo- und Wanderkarten. Ist das überhaupt eine gewerbliche Tätigkeit? Wohl kaum. Es ist kaum so, dass wenn die Baudirektion einige wenige Karten verkauft, Bücher Balmer irgendein Problem damit hat. Auch diese Schnurgerüstkontrollen, diese baupolizeiliche Aufgabe für die Stadt Zug wird keinen Betrieb in den Konkurs treiben. Das sind geringe Aufträge. Es geht hier um hoheitliche Aufgaben und Sachen, die nicht attraktiv sind für die Privaten. Oder es besteht eine zeitliche Dringlichkeit, wenn ein Privater kommt und sagt: Wir haben sonst eine bauliche Verzögerung, könnte Ihr das nicht machen. Es ist wohl klar, dass es sich nicht um riesige Volumen handeln kann. Dafür hätten wir auch das Personal nicht. – Die Regierung kann sich mit dem Präzisierungsantrag der GLP einverstanden erklären.

➔ Der Ergänzungsantrag der GLP, unterstützt durch die Regierung, wird mit 43:11 Stimmen abgelehnt.

§ 13 Abs. 5

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, sich der Regierungsrat dem Kommissionsantrag anschliesst.

➔ Einigung

§ 14

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, sich der Regierungsrat dem Kommissionsantrag anschliesst.

➔ Einigung

§ 15 Abs. 1 und 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, sich der Regierungsrat bei beiden Abschnitten dem Kommissionsantrag anschliesst.

➔ Einigung

§ 17 Abs. 3

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, sich der Regierungsrat dem Kommissionsantrag anschliesst.

➔ Einigung

§ 18 Abs. 1

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, sich der Regierungsrat bei beiden Abschnitten dem Kommissionsantrag anschliesst.

➔ Einigung

§ 24 Abs. 2

Silvia **Thalmann** muss die ganze Problematik mit den Nachführungskreisen etwas ausdehnen. Auch der Antrag bei § 25 hängt etwas damit zusammen. Zwar hat die Kommission während ihrer Beratung festgestellt, dass scheinbar eine grössere Flexibilität und dadurch eine grössere Konkurrenz und Wirtschaftlichkeit im Bereich der Nachvermessung gegeben werden soll. Was aber nur wirklich eingefleischte Parlamentarier, die bereits länger im Rat sind, erkannten war, dass hier eigentlich auf einen Entscheid zurückgekommen wurde, der 2005 gefällt worden war. Damals war die Meinung dieses Rats, dass eben nicht das Amt Vermessungen macht, sondern dass die Nachvermessung öffentlich wird. Dass das Private sind, welche diese Nachvermessung machen sollen. Es gibt – und das ist historisch gewachsen – zwei Vermessungskreise. Die wirken ein wenig speziell. Wenn man sie betrachtet, sind nämlich die Stadt Zug und Menzingen zusammen, das ist ein Kreis. Der zweite Kreis betrifft alle anderen Gemeinden.
Heute ist die Situation so, dass der gleiche Geometer diese beiden Kreise vermessen darf. Und die Gemeinden haben der Kommission ans Herz gelegt: Macht doch *einen* Nachführungskreis. Es ist davon auszugehen, dass die Gemeinden jetzt mit dieser Lösung mit einer Ansprechperson für den ganzen Kanton gute Erfahrungen gemacht haben und dass sie diese schätzen. In der Kommission stand aber eigentlich der wirtschaftliche Aspekt im Vordergrund. Das Thema Wirtschaftlichkeit wurde in der Kommission, aber auch in der CVP-Fraktion, heftig diskutiert. Wir alle kennen den Kanton mit kleinen Kommunikationswegen, mit pragmatischen Lösungen und Aufgaben, die sehr gerne an Spezialisten vergeben werden – hier im Fall einer Submission. Die Kommission ist der Meinung, dass die Submission sehr sinnvoll ist und dass hier die Konkurrenz eben spielt. Wenn wir aber jetzt zwei kleinere Kreise haben, ist das für den Anbieter schwieriger, eine kostengünstige Eingabe zu machen.
Weshalb ist das so? Wenn Sie die Aufgabe eines Geometers anschauen, muss er hochpräzise arbeiten. Und er hat ganz genaue Vorschriften, wie er zu arbeiten hat. Wenn er nicht so präzis arbeitet, haben wir ein Problem mit unseren Karten. Dann stimmt das nicht und wir haben Streitereien unter den Nachbarn. Er muss auch eine Infrastruktur haben, die sehr teuer ist. Es sind Hard- und Softwaresysteme, die er anschaffen muss und die eine hohe Leistungsfähigkeit erbringen müssen. Und jeder, der wirtschaftlich tätig ist, weiss: Wenn man einen Auftrag erhält und ein grösseres Gebiet hat, ist es ihm auch möglich, tiefere Kosten zu offerieren. Das war die Überlegung der Kommission: Sinnvoll für die Grösse unseres Kantons ist *ein* Nachführungskreis, denn dann kann der Geometer auch einen guten Preis machen. Es ist aber nicht nur der Preis, sondern auch die Zuverlässigkeit. Deshalb legt Ihnen die Kommission ans Herz, dass Sie sich hier für *einen* Nachführungskreis erwärmen und dann anschliessend auch bestimmen, dass das ein Privater machen soll und nicht das Amt.

Gregor **Kupper** meint, es sein nun fast ein Streit um des Kaisers Bart. Er möchte kurz klarstellen: 2004 ging es nicht darum, einen oder zwei Vermessungskreise zu haben, sondern es ging darum, ob das kantonale Vermessungsamt auch noch Vermessungen machen soll. Und im Sinne der Nutzung des Wissens des Externen wurde entschieden, dass sämtliche Gemeinden an Dritte vergeben werden. Es wurde nicht bestimmt, ob das ein oder zwei oder fünf Vermessungskreise sind, sondern dass die Auftragserteilung über Dritte, also nicht intern ausgeführt wird. Das können Sie nachlesen im Gesetz betreffend Einführung ZGB, die Änderung vom 30. September 2004 bei § 155.
Zu den Nachführungskreisen, wie sie uns die Regierung beantragt. Sie beantragt dies mit einer Kann-Formulierung und höchstens zwei Nachführungskreisen. Die Stawiko war der Meinung, dass damit ein Spielraum geschaffen wird. Wenn es Sinn macht, den Auftrag nur *einem* Dritten zu erteilen, wird das die Regierung zweifellos tun. Wenn sie den Eindruck hat, dass das für den Kanton günstiger wird, wenn sie zwei Büros beauftragt, kann sie entsprechend ausweichen. Aber letztendlich hat diese Frage keinen wesentlichen Einfluss auf die künftige Tätigkeit. Sie können entscheiden, wie Sie wollen, der Stawiko-Präsident kann mit Beidem leben.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AGF Regierung und Stawiko unterstützt, dass die Regierung den Spielraum hat, einen oder zwei Kreise für die laufende Nachführung zu bilden. Zwei Kreise erlauben, dass der Markt spielen kann und die Regierung bei Ausschreibungen zu günstigen Konditionen kommt. So werden heute zwar beide Kreise vom selben Büro nachgeführt, jedoch zu unterschiedlichen Preisen (der jüngere Vertrag ist der günstigere). Diesen Verhandlungsspielraum sollte der Regierung gelassen werden. Dann haben wir auch die Chance, dass vielleicht der zweite Kreis mal günstiger wird. Die Argumentation im Kommissionsbericht, dass bereits *ein* Kreis zu klein zum Überleben für ein Büro sei, ist als Argument unhaltbar. Denn letztlich können solche Büros ja in mehreren Kantonen Arbeiten für Private und die öffentliche Hand durchführen und sich so genügend Einnahmen sichern. Dem Votanten bleibt nur die Verwunderung, dass offenbar einige Bürgerliche Marktgläubige gerade hier den Markt nicht spielen lassen wollen. Deshalb plädieren wir für die ursprüngliche Version.

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass es bei diesem Paragrafen ganz wichtig ist, sich zu vergegenwärtigen, wer da die Kosten bezahlt. Da bezahlt nicht die Öffentliche Hand, sondern wir alle als Konsumenten, wenn wir Vermessungsdienstleistungen in Anspruch nehmen. Es sind hoheitliche Tarife, da können Sie gar nichts machen. In diesem Sinn müssen wir jetzt eine Lösung finden, die längerfristig den möglichst günstigsten Tarif für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherstellt. Das muss unsere Zielsetzung sein, bei einer möglichst guten Qualität. Denn wie die Kommissionspräsidentin ausgeführt hat, sind es sehr sensible Daten und die Qualität der Datenerhebung ist elementar. Wenn der Preis im Vordergrund steht, dann ist es doch einsichtig, dass je grösser der Kreis wird, derjenige der ihn bewirtschaftet, ihn effizienter bewirtschaften kann, je grösser er ist. Das ist genau der Kernpunkt dieser Vorlage. Es ist unbestritten unter den Schweizer Vermessern, dass unsere zwei Kreise eigentlich suboptimal sind. Und ein privater Anbieter ist daran interessiert, einen möglichst grossen Kreis zu haben, damit er seine ganze Informatik amortisieren kann über möglichst viele Fälle. Es ist klar, dass rein betriebswirtschaftlich es absolut sinnvoll ist, hier nur einen Kreis zu machen. Beide Kreise laufen 2016 ab. Das wurde von der Regierung so terminiert, dass man dann eigent-

lich frei ist, die Submission 2016 ohne Problem über einen Kreis zu machen. Und es ist wirklich wichtig, dass man rein historisch gewachsene Kreise jetzt auf ihre betriebswirtschaftliche Grundlage überprüft und den Schritt macht, nur noch einen Kreis zu haben.
Zur Konkurrenz. Liebe Stawiko: Ob zwei oder einer, hat mit Konkurrenz nun wirklich nichts zu tun. Konkurrenz spielt dann, wenn man etwas in die Submission gibt. Und was diese mit einem oder zwei Kreisen zu tun hat, ist dem Votanten nicht ersichtlich. Entscheidend ist, dass die Regierung die Möglichkeit hat, einen oder zwei Kreise auszuschreiben. Und die Kommission ist ausdrücklich dafür, dass der Weg, den der Kanton Zug jetzt beschritten hat, weitergeht. Wir sehen die Kostenersparnisse, die besseren Offerten, die eingereicht werden und uns allen zugute kommen. Aber das hat mit einem oder zwei Kreisen überhaupt nichts zu tun. Ganz im Gegenteil. Wenn er einen grösseren Kreis hat, kann er in der Submission mit einem tieferen Preis offerieren.

Thomas **Lötscher** möchte zu Heini Schmid sagen, dass diese Überlegungen betriebswirtschaftlich grundsätzlich richtig sind. Wir sprechen hier von den Skalenerträgen. Aber es gibt dann noch die volkswirtschaftliche Komponente mit dem Monopol. Dort hat der Votant schon seine Bedenken. Es kommt noch dazu, dass mit den zwei Kreisen die Regierung Möglichkeiten hat, das zu verteilen. Sie kann aber gewisse Sachen auch selber machen, das Know-how à jour halten. Es ist auch davon auszugehen, dass wenn das eine Firma macht und dann die Submission wieder frisch ausgeschrieben wird, diese Firma natürlich einen entsprechenden Vorsprung hat von der Technologie und Erfahrung her. Andere werden eher weniger offerieren. Wobei diese Überlegungen grundsätzlich sekundär sind. Denn wenn wir der Regierung die Möglichkeit geben, zwei Kreise zu behalten, ist sie frei, ob sie das machen will oder ob sie aufgrund der Überlegungen, wie sie Heini Schmid geäussert hat, einen Kreis macht. Thomas Lötscher glaubt aber nicht, dass wir als Parlament hier eingreifen und der Regierung vorschreiben müssen, was bei den konkreten Umständen die richtige Handlungsweise ist. Wenn wir uns jetzt hier darauf einschiessen, einen Kreis zu definieren, berauben wir die Regierung und die Verwaltung einfach um Handlungsoptionen. Und da sieht der Votant keinen Sinn.

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass die Vermessung ein sogenannt natürliches Monopol ist. Es gibt einen Vermesser pro Kreis. Ob Sie zwei oder drei Kreise haben, hat mit Monopolsituation überhaupt nichts zu tun. Denn von Gesetzes wegen gibt es nur *einen* Nachvermesser. Es kann deshalb kein Argument sein, ob wir einen oder zwei Kreise machen. Denn es dürfen nicht zwei Vermesser im gleichen Kreis die Vermessungen nachführen. Das ist ein sogenanntes natürliches Monopol.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, hält fest, dass die Regierung da ganz anderer Meinung ist. Im Kanton Zug existieren heute zwei Nachführungskreise. Es hat sich bewährt. Die Regierung möchte diese Lösung weiterführen oder zumindest die Möglichkeit haben, diese Lösung mit zwei Kreisen weiterzuführen. Sie ist klar der Ansicht, dass der Antrag der Kommission zu einer Monopolstellung der zuständigen Nachführungsgeometerin oder des Nachführungsgeometer führen kann. Und eine solche Monopolstellung ist wohl unerwünscht. Sie widerspricht auch dem Ziel, den Wettbewerb unter den Anbietenden zu stärken. Die Bildung von

zwei Nachführungskreisen wirkt sich positiv auf den Preiswettbewerb aus. Tatsache ist einfach, dass die Submission der Nachführungstätigkeit in den Gemeinden Zug und Menzingen dazu geführt hat, dass die Nachführung in diesen Gemeinden gegenwärtig zu günstigeren Konditionen erfolgt als in den übrigen Gemeinden. Die Direktorin des Innern ist nicht sicher, wie es gewesen wäre, wenn wir alle zusammen in einem Kreis ausgeschrieben hätten.
Etwas hat in der Pause heute Morgen zu Verwirrung geführt und in einem Votum wurde etwas falsch dargestellt. Es ist heute nicht so, dass es das gleiche Büro macht. In Zug und Menzingen ging nach einer Submission der Auftrag an die MZ-Vermessungen GmbH. Der Nachführgeometer dort ist Patrick Zgraggen. In den restlichen Gemeinden ging der Auftrag an Geo Zug Ingenieure AG, Nachführungsgeometer Patrick Zgraggen. Es sind zwei verschiedene Firmen im Hintergrund. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Regelung erweitert die möglichen Optionen. Er ist der Meinung, dass die Entscheidung, ob im Jahr 2015, wenn die bestehenden Nachführungsverträge ablaufen, ein oder wiederum zwei Nachführungskreise gebildet werden, in der Kompetenz des Regierungsrats bleiben soll, wie dies auch heute der Fall ist.

➔ Der Rat schliesst sich mit 37:23 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

§ 25

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass es hier darum geht, wer uns in Zukunft die günstigsten Tarife garantieren kann. Wir haben ja die Ergebnisse der Ausschreibungen gesehen. Die Dienstleistungen wurden für die Privaten günstiger. Und genau das will die Kommission beibehalten. Dass wir weiterhin die private Vermessung haben. Denn nur wenn die Vermessung privat durchgeführt wird, wird sie auch ausgeschrieben. Und wie jetzt die Leute, die vorher die Vorteile der Konkurrenz und der Ausschreibung gepriesen haben, jetzt den Salto Mortale machen können und sagen: Nein, das ist alles April und wir machen jetzt wieder alles durch den Staat, ist Heini Schmid ein Rätsel. Aber es schleckt keine Geiss weg: Wenn es die Privaten machen und nicht einfach so hoheitliche Tarife rausschicken können, wird es für uns alle günstiger und darum wäre der Votant froh, wenn man diese Errungenschaft, die das Parlament mal durchgesetzt hat – endlich wieder einmal eine Tätigkeit, die vom Staat wieder an die Privaten zurückging – jetzt zwingend so belassen und sagen würde: Es ist zwingend, dass Private die Nachführung durchzuführen haben.

Philip C. **Brunner** möchte in Ergänzung zu Heini Schmid den Zusammenhang zwischen den §§ 24 und 25 betonen. Nachdem Sie jetzt der vorberatenden Kommission gefolgt sind in § 24, bittet die SVP-Fraktion den Rat einstimmig, hier die Kommission zu unterstützen und auch Abs. 2 entsprechend zu streichen.

Stefan **Gisler** macht jetzt keinen Purzelbaum, sondern probiert, die Kapriole in Worten zu schlagen. Er ist für den Markt und die beiden Absätze, so wie sie die Regierung vorschlägt, machen das auch möglich. Wohl besser, als Heini Schmid glaubt. Die AGF ist für die Beibehaltung der §§ 1 und 2 gemäss Regierung. Es ist die Rückfallebene, der Plan B, falls kein geeigneter privater Geometer gefunden werden könnte. Was wenn auf eine Ausschreibung nur Angebote von Privaten eingehen, die teuerer wären als eine Nachvermessung durch die Verwaltung? Sollen

dann die Hauseigentümerinnen und -eigentümer mehr bezahlen, weil dies dieser Rat so wollte? Der Votant traut es der Regierung zu, die für Bevölkerung ideologiefrei beste Lösung zu treffen – qualitative einwandfrei und günstig. Ob dies nun durch einen privaten Nachführungsgeometer oder durch die Verwaltung geschieht, ist Stefan Gisler eigentlich egal.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass die §§ 24 und 25 keinen direkten Zusammenhang haben, wie dies die SVP gesagt hat. Es ist durchaus möglich, einzeln zu entscheiden, ob ein oder zwei Kreise. Und danach darüber, wer dies ausübt. Die Regierung hat das auch getrennt behandelt. Für sie geht es um eine Option, wenn beim Submissionsverfahren keine geeignete Privatperson gefunden würde. Das ist aus heutiger Sicht nicht vorstellbar. Wir wissen aber nicht, wie das in 10 oder 20 Jahren aussieht. Im Bericht hat die Regierung auch klar geäussert, dass sie auch in Zukunft beabsichtigt, diese Aufgabe nach Durchführung eines Submissionsverfahrens zu vergeben. Es bräuchte auch einen Regierungsratsbeschluss, es ist kein Beschluss einer einzelnen Direktion, sondern der Gesamtregierung. Wenn diese zum Schluss kommen würde, es finde sich keine geeignete Privatperson. Es ist auch bei anderen Sachen üblich, dass es Kann-Formulierungen sein können und das nicht zum Vornherein ausgeschlossen ist. Daher stellt die Regierung auch für diese Konkurrenz den Antrag, an ihrem ursprünglichen Antrag festzuhalten.

➔ Der Rat schliesst sich mit 51:15 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

§ 31 Abs. 2

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass der Rat vorhin einem Nachführungskreis zugestimmt wurde. Deshalb haben wir hier Handlungsbedarf, denn hier sind «alle» Nachführungskreise genannt. Der Stawiko-Präsident beantragt, den Absatz wie folgt zu formulieren:
»Der Plan für das Grundbuch wird von der zuständigen Nachführungsgeometerin bzw. vom zuständigen Nachführungsgeometer oder von der Vermessungsaufsicht abgegeben.»

➔ Einigung

§ 36

Manuel **Brandenberg** *stellt den Antrag, die §§ 36, 37 und 38 ersatzlos zu streichen.* Es geht hier darum, dass man den Zugang zu diesen Diensten, die für die Wirtschaft wichtig sind, gratis macht. Der Votant weist z.B. auf das Handelsregister hin: Da können Sie gratis sämtliche Firmen anschauen, die Registerauszüge als PDF anschauen. Das ist ein Nutzen für die Wirtschaft und wir sollten uns als Kanton Zug eine solche Sache leisten, anstatt hier wieder Gebühren zu verlangen für die Internetnutzung dieser Geodienste. Bitte leisten Sie unserem Antrag Folge. Wir können nach dem Volksentscheid im November hier nochmals etwas in die gleiche Richtung machen.

Silvia **Thalmann** weist darauf hin, dass die §§ 36 und 37 in der Kommission nicht diskutiert wurden. Bei § 38 wurde eine Frage gestellt und es fand eine kurze Dis-

kussion statt. Bei uns gab es aber keinen Antrag und deshalb gibt es hier auch keine Stellungnahme der Kommission.

Heini **Schmid** hat an sich viel Sympathie für den Antrag Brandenberg, aber wir müssen hier eine Parallelität der ganzen Sachen berücksichtigen. Auch beim Grundbuch ist nicht alles gratis und im Handelsregister. Auch wenn das uns Anwälten sehr zupass käme, wenn das alles gratis wäre. Aber wir müssen hier ein Gleichgewicht berücksichtigen. Wichtig ist ja dann § 38, die öffentlich zugänglichen Datennetze. Es ist für die breite Bevölkerung wichtig, dass der Bereich, den sie im Internet einsehen kann, gratis ist. Was darüber hinausgeht, wo gewisse Architekten gewisse Daten spezieller aufbereitet haben möchten oder allenfalls auch Gewerbliche, die damit dann wieder Geld verdienen, da sollten wir eine gewisse Handhabe haben, dass wir von diesen Leuten Geld verlangen können. Das ist schon richtig von der Opfersymmetrie her. Wichtig ist, dass der allgemein zugängliche Dienst klar gratis ist.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, bestätigt, dass zugmap tatsächlich gratis ist und das weiterhin bleiben wird. Wenn Sie für einen Geburtstag oder so eine Karte runterladen, kostet das auch nichts. Die Regierung bittet Sie, den Antrag abzulehnen. Es kann nicht sein, hier schnell einen Antrag aus der Hüfte zu machen. Wir wissen überhaupt nicht, um wie viel Geld es geht und wer diese Kosten schlussendlich bezahlen würde. Das sind dann Kosten, welche die allgemeine Bevölkerung zu zahlen hat.

Manuel **Brandenberg** zieht seinen Antrag zurück, da die Direktorin des Innern versichert hat, dass die Internetnutzung gratis ist.

§ 45

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, sich der Regierungsrat dem Kommissionsantrag anschliesst.

➔ Einigung

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass durch die Streichung von § 14 eine Neunummerierung notwendig wird, die auf die 2. Lesung hin durchgeführt wird.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2068.5 – 13983 enthalten.

352 Änderung des Gesetzes über den Entschädigungsfonds für Tierverluste und Aufhebung des Gesetzes betreffend Entschädigung für ungeniessbares Fleisch bei Rindviehhaltung

Traktandum 13 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2072.1/.2 – 13864/65), der Kommission für Gesundheitswesen (Nr. 2072.3 – 13960) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2072.4 – 13962).

Vroni **Straub-Müller** hält fest, dass die Gesundheitskommission dieses Geschäft an einer halben Halbtagessitzung bearbeitet hat. Unterstützend und beratend anwesend waren neben Gesundheitsdirektor Joachim Eder der wissenschaftliche Mitarbeiter des Veterinäramtes, Gabriel Schwegler. Vorab: Dieses Gesetz wurde in enger Absprache mit den Zuger Landwirten erarbeitet und wird vom Zuger Bauernverband unterstützt. Die Votantin kann sich kurz fassen, da das Eintreten in der Kommission unbestritten war und die Schlussabstimmung mit 14:0 deutlich wie selten für die regierungsrätliche Vorlage ausfiel.
Die Vorlage wurde nötig, weil das Fondsvermögen des Entschädigungsfonds für Tierverluste kontinuierlich abnimmt und der Fonds in etwa fünf Jahren ausgeschöpft gewesen wäre. Bei der heutigen Gesetzeslage hätte der Kanton dann jährlich mit rund 350'000 Franken den Fonds äufnen müssen.
Mit der vorliegenden Gesetzesänderung soll dem entgegengewirkt werden. Der Kanton beteiligt sich erstens neu mit 180 000 Franken an den Seuchenbekämpfungskosten und zweitens werden die aus dem Fonds finanzierten Entschädigungen für ungeniessbares Fleisch bei Rindviehhaltung abgeschafft. Der Kanton Zug wäre ohnehin der letzte Kanton mit einem derartigen Gesetz gewesen. Es bleibt aber natürlich jedem Tierhalter oder jeder Tierhalterin frei, sich privat gegen Tierverluste, die nicht auf eine Seuche zurückzuführen sind, zu versichern.
Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass Hilfe bei unmittelbaren Schäden infolge staatlicher Seuchenpräventionsmassnahmen einem Bedürfnis entspricht. Es werden aber nur unmittelbare Schäden entschädigt wie Todesfälle nach Impfungen, Aborte oder Schwellungen oder Entzündungen bei den Einstichstellen der Impfungen. Mittelbare Schäden wie Milchrückgang oder Ähnliches werden nicht vergütet, da sie schwer direkt nachzuweisen sind.
Zwei in der Kommission gestellte Anträge wurden mit 13:1 Stimmen abgelehnt: Der erste verlangte, dass die Tierhalterinnen und Tierhalter die Hälfte des Kantonsbeitrages zur Fondsäufnung selber bezahlen müssten, der zweite Antrag wollte eine Obergrenze des Fonds.
Das Argument, dass die Vorlage als Ganzes betrachtet werden müsse und nicht einzelne Elemente herausgetrennt werden könnten, obsiegte. Es sei zwischen der Landwirtschaft und dem Kanton ein Geben und Nehmen und somit eine klassische Win-Win-Situation.
Dies sieht auch die AGF so und sie ist wie die Kommission für Eintreten und stimmt der Vorlage zu.

Gregor **Kupper** verweist auf den Stawiko-Bericht. Die Stawiko ist für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Änderungen und Anpassungen im Gesetz über den Entschädigungsfonds für Tierverluste sowie die

Aufhebung des Gesetzes betreffend Entschädigung für ungeniessbares Fleisch begrüsst. In einer guten und konstruktiven Zusammenarbeit haben sich hier der Zuger Bauernverband sowie die Regierung zu einer wirklich überzeugenden Lösung zusammengefunden. Das uns hier vorliegende angepasste Gesetz ist eine Win-Win-Situation für alle Seiten. Dass neu auf eine Entschädigung von ungeniessbarem Fleisch verzichtet wird, zeugt von einer grossen Verantwortung gegenüber den Tieren, aber auch allen Fondsäufnern. Einzig Entschädigungen für Tierverluste infolge Seuchenprävention werden noch und richtigerweise abgedeckt. Da ja alle Nahrungsmittelbereiche sehr eng miteinander verbunden sind, ist eine effiziente, flächendeckende und konsequente Seuchenprävention bei den Nutztieren nicht nur wünschenswert, sondern ganz einfach der Mindeststandard für die Zuger Bevölkerung.

Obwohl Thomas **Rickenbacher** hier als Fraktionssprecher steht und wohl alle seine Interessenbindung kennen, sagt er es hier noch einmal: Er ist Mitglied des Zuger Bauernverbands und aktiver Landwirt. Gerne lässt er die Katze aus dem Sack: Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf diese Vorlage mit nur einer Enthaltung.
Er will nicht mehr sämtliche technische Aspekte und weitere Argumente seiner Vorredner und Vorrednerinnen wiederholen. Als ergänzende Information kann er etwas über die Beweggründe des Zuger Bauernverbandes in Bezug auf die Bereitschaft zum Verzicht des Gesetzes für ungeniessbares Fleisch erläutern. Für den Verband war stets klar, dass die Landwirtschaft weiterhin einen massvollen Beitrag an den Entschädigungsfonds für Tierverluste zu leisten hat. Statt mit dem freiwilligen Verzicht auf die Entschädigung für ungeniessbares Fleisch hätten der Fond auch mit höheren Beiträge der Landwirte geäufnet werden können. Doch der Verband vertrat die Ansicht, dass es einfacher sei, die Beiträge für ungeniessbares Fleisch nicht mehr zu entrichten, als pauschal höhere Beträge einzufordern.
Verendet ein Tier unvorhergesehen, ist dies natürlich unschön und für den betroffenen Landwirt entsteht auch ein entsprechender Schaden. Nach der Änderung der Vorlage gehört dieser Umstand zum Betriebsrisiko, welches der Landwirt künftig vollumfänglich zu tragen hat. Mit dieser Massnahme wird auch die Eigenverantwortung der Landwirte gestärkt.
In diesem Sinne lädt Thomas Rickenbacher den Rat ein, auf diese Vorlage einzutreten.

Manuela **Weichelt-Picard** vertritt den abwesenden Gesundheitsdirektor und macht es kurz. Es wurde erwähnt: Diese Gesetzesänderung ist wirklich eine Win-Win-Situation für die Landwirtschaft und den Staat. Der Staat beschränkt sich in Zukunft wirklich auf seine Hauptaufgabe, auf die Seuchenbekämpfung als öffentliche Aufgabe, die für Lebensmittelsicherheit und die Gesundheit der Menschen sorgt. Der Votantin verbleibt eigentlich nur noch zu danken. Ganz herzlichen Dank der Landwirtschaft, dem Bauernverband, angeführt von Sepp Murer, einem ehemaligen Kantonsratsmitglied. Der Bauernverband hat hier wirklich Hand geboten für diese zukunftsgerichtete Lösung. Auch ganz herzlichen Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesundheitsdirektion.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2072.5 – 13982 enthalten.

353 Kantonsratsbeschluss betreffend Darlehen an die SBB zur teilweisen Vorfinanzierung der Durchmesserlinie Zürich

Traktandum 14 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2074.1/.2 – 13868/69), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (Nr. 2074.3 – 13925) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2074.4 – 13391).

Gregor **Kupper** verweist auf den Stawiko-Bericht. Die Stawiko beantragt Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung.

Zari **Dzaferi**: Obwohl aus der Zentralschweiz wahrscheinlich kein Zug durch die Durchmesserlinie fahren wird, profitieren wir dennoch davon. Diese schafft nämlich mehr Kapazitäten auf dem Zürcher Hauptbahnhof. Für Zuger Reisende entstehen somit mehr Anschlüsse im Fern- und Regionalverkehr. Auch setzen wir damit ein solidarisches nachbarschaftliches Zeichen an den Kanton Zürich, wie dies auch die Kantone Schaffhausen, Thurgau, St. Gallen, Glarus, Aargau und Schwyz tun. Letztendlich kann dank der Vorfinanzierung die DML wesentlich rascher gebaut werden. Dies ist sicherlich auch in unserem Interesse. Die SP wird daher einstimmig auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

Martin **Stuber** kann es vorweg nehmen: Die AGF stimmt dem Geschäft zu – allerdings ohne grosse Begeisterung. Weshalb? Sie erinnern sich vielleicht an die Diskussion anlässlich des Investitionsbeitrags zum Ausbau der Strecke Thalwil-Zug im Rahmen der vierten Teilergänzung S-Bahn Zürich. Dort haben wir aufgezeigt, dass die Verbindung nach Zug keine hohe Priorität im Zürcher Verkehrsverbund geniesst und «die vierte Teilergänzung für Zug unter dem Strich wenig Vorteile bringt. Und für Luzern ergibt sich unter dem Strich sogar eine Verschlechterung.» Luzern zahlt ja jetzt auch nichts daran. Der Volkswirtschaftsdirektor hat dann in der Debatte unsere konkrete Aufzählung der Vor- und Nachteile für Zug, die sich ungefähr die Waage halten, auch nicht widerlegt.
Der neue Durchmesserbahnhof ist das Herzstück dieser vierten Teilergänzung S-Bahn Zürich. Zug hat de facto eigentlich fast nichts vom neuen Bahnhof. Höchstens indirekt, weil natürlich alle Zugerinnen und Zuger, welche die Zürcher S-Bahn nutzen, von deren Ausbau profitieren. Aber das Umgekehrte gilt natürlich auch. Die Zürcherinnen und Zürcher profitieren ja auch vom Ausbau der Stadtbahn – diejenigen, die sich in unserem Raum bewegen. Angesichts des geringen Betrags und unserer «diplomatischen» Interessen an einem guten Verhältnis zum Kanton Zürich stimmen wir der Vorlage aber dennoch zu.
Noch ein Gedanke zum zentralen Thema, das eigentlich hinter dieser Vorlage steckt: Der Vorfinanzierung respektive der Mitfinanzierung von grossen Bahninfra-

strukturanlagen durch die Kantone. Sie wissen es: Wenn der Kanton Zürich nicht ziemlich kurzfristig bereit gewesen wäre damals, eine halbe Milliarde Franken in die Hände zu nehmen und mit dieser Notfallfinanzierung einen Baustopp zu verhindern, dann sähen wir hier heute alle alt aus. In Zug haben wir quasi vorgesorgt und 400 Mio. Franken reserviert für Bahninfrastrukturvorfinanzierungen. Und aus dieser Reserve nehmen wir ja jetzt übrigens auch das Geld für dieses zinslose Darlehen. Inzwischen haben sich aber die Rahmenbedingungen verändert. Der Bund hat offensichtlich gemacht, dass grosse Zurückhaltung besteht gegenüber Vorfinanzierungen von einzelnen Projekten. Der Bund sucht ganz klar und eindeutig die *Mit*finanzierung durch die Kantone. Und er hat nun in der FABI-Vorlage, die er letzte Woche an National- und Ständerat überwiesen hat, ein konkretes Modell vorgeschlagen für die Beteiligung der Kantone, mit dem sich die Kantone wahrscheinlich auch arrangieren werden. Es geht da um 200 Mio. Franken. Das soll ja jetzt über die Bahnhöfe geschehen, wo die Kantone zuständig werden. Aber die Stossrichtung ist inzwischen klar. Es ist klar, dass der Zug Richtung Mitfinanzierung rollt, umso mehr als die Kosten der vielen anstehenden Projekte – dazu gehört auch die durchgehende Doppelspur zwischen Thalwil und Zug – und die beim Bund zur Verfügung stehenden Mittel ganz weit auseinander klaffen. Das Thema Mitfinanzierung wird uns noch beschäftigen in diesem Rat.

Dominik **Lehner** weist darauf hin, dass die Durchmesserlinie Kapazitätsengpässe im Bahnhofknoten Zürich beseitigt. Zuger Bahnfahrende werden unter anderem von einer besseren Anbindung von Zürich Nord profitieren können. Die Durchmesserlinie stärkt nicht zuletzt die für uns wichtige Metropolitanregion Zürich. Deshalb ist die FDP-Fraktion für Eintreten und stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Philip C. **Brunner** äussert sich kurz, da der Fraktionssprecher der SVP ausgefallen ist. Die Fraktion ist einstimmig für Eintreten und stimmt der Vorlage zu. Der Votant hat mit Interesse den Ausführungen von Martin Stuber zugehört. Er spricht von einem «nicht so hohen Betrag». Das ist natürlich relativ, wenn man das ins Verhältnis setzt zum Budget des Kantons, kann man dem zustimmen. Aber es ist immerhin eineinhalb Mal der Betrag, den wir von der Schweizerischen Nationalbank erhalten, diese 16 Millionen. Und es ist doch auch Geld. Aber das ist Aussenpolitik des Kantons Zug. So muss man das sehen. Der direkte Nutzen für uns ist tatsächlich nicht so gross. Aber wir müssen uns für die Zukunft schon diese Fragen stellen. Wie kommt es überhaupt, dass unsere Infrastrukturen in einem derartigen Ausmass jetzt nachfinanziert respektive ausgebaut werden? Das hat sehr viel mit Einwanderung und Wachstum zu tun und das kostet und wird tatsächlich in Zukunft zu grossen Problemen führen.
Noch zur Frage des Nutzens für die Region. Es war eigentlich bei uns in der Fraktion klar, dass er nicht sehr gross ist. Allerdings wurde auch erwähnt, dass es nicht angehen könne, dass der Bund bei jedem Projekt mit 500 Millionen hinstehen sollte und die Kantone auf Betteltour gehen rundherum, damit es überhaupt weiter kommt. Der Votant hofft auch, dass diese Aussenpolitik, die wir jetzt anschieben, sich auch für uns einmal auszahlt. Wenn es einmal um den Zimmerberg geht oder um Doppelspurausbauten, dass wir dann auch Priorität erhalten. Da fehlt es Philip C. Brunner an der Hoffnung. Er weiss nicht, ob man sich dann an unsere 16 Millionchen erinnert, die wir an die halbe Milliarde beigetragen haben. In diesem Sinn werden wir mit etwas kritischen Gedanken zustimmen.

Thomas **Rickenbacher** hält fest, dass dieses Geschäft für die CVP-Fraktion unbestritten ist. Mit dieser Vorlage steht ein konkretes Projekt aus dem Metropolitanraum Zürich zur Debatte. Nun haben wir die Gelegenheit, mit der Zustimmung zu diesem zinslosen Darlehen ein positives politisches Zeichen in diese Region zu senden. Unsere Fraktion beurteilt die indirekten Fahrplanvorteile, welche mit der Inbetriebnahme der Durchmesserline 2016 für unseren Kanton entstehen werden, positiv. Die Rückzahlungsgarantie des Kantons Zürichs ist in dieser Frage noch das Tüpfelchen auf dem i! Als letzter Fraktionssprecher will der Votant die Debatte nicht mehr unnötig verlängern, nur noch dies: Die CVP-Fraktion wird auf diese Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** hält fest, dass der Prozess – zumindest für die Regierung – sehr gut war. Sie haben vor gut zwei Jahren die Rahmenbedingungen gesetzt mit dem Kantonsratsbeschluss «Rahmenkredit für Vorfinanzierungen». Sie haben uns sechs Voraussetzungen mit auf den Weg gegeben und das ist jetzt der erste Anwendungsfall, wo diese Voraussetzungen erfüllt sind. Das Vorgehen war richtig und gut, es gibt Rechtssicherheit. Insofern dankt Matthias Michel auch, dass der Rat jetzt diesem ersten Schritt von damals Taten folgen lässt.
Noch zu zwei Punkten, die nicht unwidersprochen bleiben sollen. Wir haben mit dieser Vorlage dreimal den Nutzen dargelegt. Sie haben das bestätigt. Eine Voraussetzung ist ein wesentlicher Nutzen für den Kanton Zug. Die vorberatenden Kommissionen haben das bestätigt. Man soll jetzt also nicht so tun, als würde uns das nichts nützen und wir würden nur zahlen, weil wir zur Grossregion Zürich gehören. Das alleine würde nicht ausreichen.
Man soll jetzt nicht allzu kleinkrämerisch rechnen. Das ist ein Werk für das nächste Jahrhundert. Das gibt ein Gesamtvolumen. Es würde den Votanten auch von Martin Stuber erstaunen, wenn man nur noch auf uns schaut. Er ist sonst nicht dafür bekannt und schaut auch über die Grenzen hinweg. Das Volumen, das hier – auch zu unseren Gunsten – kreiert wird, ist in der Gesamtwirkung klar auch für unseren Nutzen.
Die Vorfinanzierung bleibt nach wie vor ein Thema. Es ist schon länger bekannt, dass der Bund versucht, die Kantone zur Mitfinanzierung zu bewegen. Es ist auch faktisch so, dass die Kantone über ihre gesetzlichen Pflichten hinaus bisher gegen 200 Millionen jährlich schon mitbezahlt haben. Was jetzt der Bund im Gesetz festschreiben wird, haben wir bisher eigentlich fast schon geleistet. Und auch in der neuen FABI-Vorlage ist die Vorfinanzierung nach wie vor möglich. – Vielen Dank für die gute Aufnahme der Vorlage.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es nur eine einzige Lesung gibt, weil der Kantonsrat gemäss § 3 Abs. 2 des Kantonsratsbeschlusses betreffend die Vorfinanzierung von Bahnprojekten vom 26. November 2009 (BGS 751.32) Finanzierungsvereinbarungen mit Darlehen ab 10 Mio. Franken oder Zinskostenbeteiligungen von mehr als 500'000 Franken pro Jahr in Form eines einfachen Beschlusses genehmigt.

Dass Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 63:1 Stimmen zu.

354 Interpellation von Christine Blättler-Müller, Georg Helfenstein und Thomas Rickenbacher betreffend Stellenabbau der Cham Paper Group

Traktandum 15 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2099.2 – 13963).

Christine **Blättler-Müller** erinnert daran, dass vor mehr als 350 Jahren die Papierfabrik abseits des Bauerndorfs Cham lag. Über all diese Jahrzehnte verwuchs die heutige Cham Paper Group mit Cham: wirtschaftlich, politisch, von der Besiedlung her, aber auch sozial. Sie war die dominierende Firma im Ort. Die Papierfabrik war während Jahrhunderten die grösste Arbeitgeberin im Dorf. Die Dominanz hat abgenommen, die Papieri ist immer noch die grösste Arbeitgeberin – bald war sie es. Sie hat die Siedlungsentwicklung Chams immens mitgeprägt.
Am 21. November 2011 informierten Vertreter des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung der Cham Paper Group in Zürich, dass die steigenden Rohstoffkosten und die Frankenstärke radikale Schritte unumgänglich gemacht haben. Die Produktionsverlagerung in die italienischen Werke führe zu einer schrittweisen Reduzierung der Anzahl Beschäftigter in Cham von heute 312 Vollzeitstellen auf rund 100 Mitarbeitende bis spätestens Ende 2013. Es bleiben in Cham 100 Stellen erhalten.
Als CVP-Vertreterin und -Vertreter der Gemeinde Cham bedauern wir diesen Entscheid natürlich, vor allem auch, weil gerade Arbeitsplätze im 2. Sektor verloren gehen. In diesem Zusammenhang unterbreiteten wir dem Regierungsrat diese acht grundsätzlichen Fragen zur allgemeinen Lage über die Grenze der Gemeinde Cham hinaus betreffend des Einflusses des starken Frankens auf die Arbeitsplätze des 2. Sektors auf den Kanton Zug. Wir bedanken uns beim Regierungsrat für diese sehr schnelle Beantwortung.
Der Regierungsrat zeigt auf, dass der Kanton tendenziell diesem Strukturwandel in gewissem Masse ausgeliefert ist. Der starke Franken, die Unsicherheiten auf Grund der Schuldenkrise im Euro-Raum und der Nachfragerückgang sowohl im In- als auch im Ausland sind wohl die grössten Herausforderungen der Unternehmen. Manchem CFO bereitet die starke heimische Währung Kopfzerbrechen.
In der Antwort zählt der Regierungsrat die Massnahmen auf, genauer gesagt die Rahmenbedingungen betreffend der Mittel und Möglichkeiten, die der Kanton Zug zur Unterstützung in diesem Strukturwandel aktiv und bestimmt sehr professionell betreibt. Er hält auch fest, dass der Kanton Zug zu einem der wenigen Kantone der Schweiz zählt, der keine einzelbetriebliche finanzielle Förderung vorsieht. Was ja grundsätzlich auch richtig ist.
Erfreulich ist auch, dass der Strukturwandel im Industriesektor hin zu einer wertschöpfungsstarken Hightech-Industrie im Kanton Zug schon sehr weit fortgeschritten ist. Der 2. Sektor steht aber auch in unserem Kanton unter Druck. Die Wirtschaft wird künftig noch stärker auf kreative und gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen sein.
Der Regierungsrat zeigt auf, dass im Kanton Zug der Bereich des 2. Sektors anteilsmässig nur wesentlich kleiner ist als der schweizerische Durchschnitt. Die Zukunft verlangt heutzutage nach hoch qualifizierten Spezialistinnen und Spezialisten. Solche werden oft im Ausland rekrutiert. Wir sind auf sie angewiesen und somit auf die Personenfreizügigkeit. Tendenziell sind wir diesem Strukturwandel ausgeliefert. Das wiederum birgt auch Herausforderungen für unseren einheimischen Mittelstand.
Wir Interpellanten sind uns sehr bewusst, dass der Kanton gegen die Ursachen dieses Strukturwandels keinen Einfluss hat. Doch die Auswirkungen, die er mit sich

bringt, werden uns bestimmt fordern. Wir denken, dass diese Veränderung, ohne den Teufel an die Wand zu malen, erkennbar sein wird. Hochspezialisierte kleine Firmen können es sich aufgrund ihrer Einzigartigkeit leisten, ihre Preise bis zu einem gewissen Grad zu erhöhen. Und die grossen können ihre Produktion dorthin verlagern, wo sie auch verkaufen, um so die Währungsschwankungen auszugleichen. Die Ökonomen nennen diesen Prozess «Bereinigung». Wer nicht hoch spezialisiert ist, ist gefährdet.
Der Kanton Zug soll die Rahmenbedingungen des Standorts Zug laufend dem Wandel anpassen, damit die Konkurrenzfähigkeit der lokalen Industrie auch weiterhin sichergestellt ist. Denn eine gute Durchmischung aller Sektoren gewährleistet einen sicheren Wirtschaftsstandort Zug. Eines ist gewiss: Die Schweizer Wirtschaft wird sich unter dem Druck des Frankens nachhaltig verändern. Sie wird noch spezialisierter, noch effizienter werden.
Für die Geschichte der Gemeinde Cham mit der Papieri und des Kantons Zug wird nun das freiwerdende Werk-Areal der Cham Paper Group an der Lorze neue Perspektiven schaffen. Der Kanton hat bestimmt schon angeklopft.

Markus **Jans** beginnt mit einem Zitat von Peter Studer, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Papieri Cham, im Jubiläumsbuch «Der Zellstoff, auf dem die Träume sind – 350 Jahre Papieri Cham» aus dem Jahr 2007: «Wir kommen auf unserer Zeitreise langsam in Richtung Gegenwart. Der Schwefelturm ist ebenso verschwunden wie der Sanierer mit Herz oder der FC Papierfabrik. Maschinen wurden stillgelegt, dafür haben wir uns spezialisiert und internationalisiert. Um unsere Ziele zu erreichen, haben wir auch Kolleginnen und Kollegen in Italien und Norwegen dazu gewonnen, mit denen wir optimistisch in die Zukunft gehen werden. Vor allem machen uns die dreieinhalb Jahrhunderte zu einem Betrieb mit gewachsener Erfahrung und jahrhundertlang aufgebauter Kompetenz. Das zeigt, dass wir einzigartig sind!»
Nur fünf Jahre später wissen wir es – und das ist höchst tragisch –, dass sich alles anders entwickelt hat als angenommen. Die Cham Paper Group kündigt an, den Produktionsstandort Cham aufzugeben und diesen nach Italien zu verlegen. 200 der 300 vorhandenen Arbeitsplätze am Standort Cham werden abgebaut. In Cham verbleibt noch die Forschung – zumindest vorläufig. Einmal mehr wiederholt sich das gleiche Spiel, nun einfach in Cham direkt vor meiner Haustür, und das macht den Votanten betroffen, kennt er doch einige der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter persönlich.
200 Entlassungen sind 200 Einzelschicksale und womöglich Tragödien. Es trifft viele ältere und langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die SP-Fraktion fühlt und hofft mit ihnen, dass es für sie eine eigenständige und hoffnungsvolle Zukunft geben wird und möglichst viele wieder eine Arbeitsstelle finden werden. Für alle anderen hat das Management der Papieri mit einem verträglichen Sozialplan dafür zu sorgen, dass sie finanziell möglichst gut und ohne fremde Hilfe (Arbeitslosenkasse, Sozialhilfe) ihren Lebensunterhalt bestreiten und ihren Verpflichtungen nachkommen können.
Die SP-Fraktion unterstütz die Haltung des Regierungsrats, Firmen nicht mittels Steuergeschenken – wie sie unlängst die Waadtländer Regierung der Novartis gewährt hat – künstlich am Leben oder im Kanton zu halten. Das Beispiel der Swissair zeigt, dass auch eine Zweimilliardenspritze nur für kurze Momente eine Entlastung brachte, die Swissair aber letztlich für wenige Millionen an die Lufthansa verhökert wurde. Der Kanton Zug ist steuerlich attraktiv genug, und davon profitieren fast alle gleich.

Wir wünschen uns aber, dass sich der Regierungsrat bei der Geschäftsleitung der Cham Paper Group dafür einsetzt, dass für möglichst alle Mitarbeitenden eine sozialverträgliche Lösung gefunden wird. Für einen Sozialplan, der diesen Namen auch verdient, soll die Chamer Paper Group das notwendig Geld in die Hand nehmen. Die Chamer Paper Group verfügt nun über ein Industrieareal, das mittels Masterplan und letztlich über eine Umzonung in eine Wohnzone umgebaut werden soll. Der daraus resultierende Gewinn darf nicht einfach uneingeschränkt an die Aktionäre weitergereicht werden. Gewinne dürfen nicht einfach privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Hier ist der Regierungsrat mehr gefordert, als er uns dies in seiner Interpellationsantwort kund tut, und wir fordern ihn auf, sich entsprechend einzusetzen. Wir wollen kein zweites Pensionskassendebakel wie etwa bei der Spinnerei an der Lorze.

Esther **Haas** betont, dass die AGF es ausserordentlich bedauert, dass der Werkplatz Zug mit dem Stellenabbau bei der Cham Paper Group geschwächt wird. Die Regierung zeigt in ihrer Antwort auf, dass hochqualifizierte Produktion in Zug seinen Platz haben muss. Zug braucht aber auch Arbeitsplätze für einfachere Tätigkeiten. Diese werden jetzt nach Italien verlagert, und dies, obwohl auch im Kanton Zug durchaus ein Markt für diese «einfacheren Tätigkeiten» bestehen würde. Die von der Regierung aufgezeigten Massnahmen zur Förderung des 2. Sektors genügen nicht, die Realwirtschaft muss gezielt gestützt werden. Leider fehlt dafür aber das Geld aufgrund von Steuererleichterungen für gewinnstarke Firmen. Zug muss präventiv für den Werkplatz etwas tun, damit es hier nicht zu einem weiteren Stellenabbau kommt. Prävention kann in Form von Übergangsszenarien gerade für energieintensive Industrien gemacht werden, z.B. in Form von temporären Entlastungen bei Steuern auf Energieträgern. Dies ist aber Bundessache. Lieder ist unser Neu-Ständerat Joachim Eder nicht mehr anwesend, die Votantin hätte ihm diesen Auftrag gerne mit nach Bern gegeben.
In der aktuellen Situation fordern wir die Volkswirtschaftsdirektion auf, sich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzusetzen. Konkret kann dies heissen:

1. Für Frühpensionierungen braucht es allenfalls Überbrückungshilfen.
2. Die Cham Paper Group muss überzeugt werden, alle Zahlen über Stiftungen und Fonds offen zu legen, damit Gelder für finanzielle Abfederungen frei gemacht werden können.
3. Es kann davon ausgegangen werden, dass die CPG bei einer allfälligen Umnutzung des Industrieareals in eine Wohnzone grosse Gewinne einfahren wird. Dies gilt es bei der Ausarbeitung eines nachhaltigen Sozialplans zu berücksichtigen.

Auch wir erwarten, dass der Volkswirtschaftsdirektor die Entwicklung bei der Cham Paper Group aktiv mitverfolgt und mit angemessenen Mitteln mithilft, eine gute Lösung für die betroffenen Mitarbeitenden aufzugleisen.

Philip C. **Brunner** spricht für die SVP-Fraktion, die gar keine Forderungen hat. Sie dankt den Interpellanten für ihre Fragen und gratuliert und dankt der Regierung für die Antwort. Das einmal vorab. – Und jetzt muss der Votant bekennen, dass er auch einmal arbeitslos war. Er weiss, was es heisst, arbeitslos zu sein und keine oder geringe Aussichten zu haben, an eine Stelle zu kommen. Und zwar monatelang. Heute ist er Unternehmer und macht jeden Tag ein Stossgebet, dass er niemanden entlassen muss. Er strengt sich zusammen mit seinen Mitarbeitern an, dass wir uns entsprechend auch den Märkten, die sich sehr rasch verändern, anpassen. Da muss man sich anstrengen, kämpfen, hoffen, probieren, scheitern

und wieder probieren. Es ist keine Staatsaufgabe, sich hier einzusetzen für irgendjemanden. Wir müssen unsere Aufgaben gut machen. Das heisst Infrastrukturen unterhalten, Schulen gut machen. Das kann der Staat machen.
Man sieht es an einem Beispiel. Vor 30 Jahren Metalli, Konzentration, Metallwarenfabrik V-Zug. Da wurden auch Arbeitsstellen abgebaut. Das war auch sehr traurig für viele Leute, die jahrelang dort Auskommen und Brot gefunden haben. Und was ist passiert? Man hat mit grossem finanziellem Aufwand von Privaten eine Einkaufsallee gebaut. Wir haben eine Vervielfachung. Es haben dort ungefähr 150 Leute den Job verloren anfangs der 80er-Jahre. Und heute arbeiten auf diesem Areal insgesamt weit über 1'500 Leute. Das gönnte Philip C. Brunner auch Cham. Aber es geht hier nicht nur allein um Cham. Wir haben die Voraussagen, dass wir Ende Jahr gegen 4 % Arbeitslosigkeit haben werden. Kürzlich hatten wir noch 3,2 %. Das ist ein Problem, über das Sie täglich in der Zeitung lesen können. Es geht aber irgendwo wieder eine Türe auf. Denken Sie an den Fall Petroplus. Vor fünf Jahren wurde diese Firma hoch gelobt hier im Kanton Zug. Rutziputzi kamen da Leute von überall und sagten, dass die Zukunft in der Erdölindustrie sein würde und die Aktie war irgendwo bei 170 Franken. Heute ist sie auf unter 40 Rappen gefallen. Das geht dann noch schneller und hat eigentlich mit dem Kanton Zug als Standort nichts zu tun.
Was wir machen müssen ist eine Revitalisierung. Der Staat muss sich überall überlegen, diese Firmen indirekt zu unterstützen, indem er Rahmenbedingungen schafft. Markus Jans hat es ja gesagt: Man hat 2 Milliarden in die Nachfolgefirma der Swissair gesteckt und nicht einmal einen Bruchteil davon noch gekriegt am Schluss. So ineffizient ist es, wenn diese Unterstützung dann kommt. Der Votant rät zur Vorsicht und nicht zu einer Hyperaktivität auf diesem Gebiet, sonder zur Zurückhaltung.
Was auch gut ist, ist wenn wir im Kanton Zug ein lupenweisses Gewissen haben mit der Unterstützung der Firmen. Es gibt da Untersuchungen. Man kommt in Teufels Küche, wenn man beginnt, Firmen finanziell Vorteile zu beschaffen gegenüber den hiesigen Firmen, die auch schon kämpfen. Das ist nachher etwas, das man büsst. Nachher wird der Finger gezeigt und dann sagt man: Schaut nur, hier wird abgeräumt, da werden grosse Löhne gezahlt, und am Schluss ist gar nichts mehr da.

Daniel Thomas **Burch** schliesst sich dem Dank der Interpellanten an und dankt der Regierung für die rasche und umfassende Beantwortung der Fragen. Wie der Regierungsrat aufgezeigt hat und wir alle wissen, bietet der Kanton Zug für Unternehmen gute Rahmenbedingungen. Wir begrüssen und unterstützen die Aktivitäten der Regierung, um auch den 2. Sektor attraktiv zu halten. Allerdings können staatliche Massnahmen strukturelle wirtschaftliche Veränderungen weder stoppen noch ausgleichen. Auch allfällige Fehlentscheide von Unternehmen (Petroplus) können und sollen nicht mit staatlichen Mitteln korrigiert werden.
Das Beispiel Cham Paper Group zeigt deutlich, wie sich internationale wirtschaftliche Veränderungen auswirken können. Die Papierindustrie hat in den letzten Jahren mit grossen Herausforderungen zu kämpfen. In jüngster Zeit hat der rasante Preisanstieg bei der Baumwolle, unter anderem durch flutbedingte Produktionsausfälle in Pakistan, bewirkt, dass die Nachfrage nach synthetischen Stoffen in der Bekleidungsindustrie stark angestiegen ist. Das hat dazu geführt, dass der Preis für Zellulose und somit die Rohstoffkosten für die Papierherstellung – diese benötigt bekanntlich auch Zellulose – stark angestiegen sind. Zusätzlich wirkt sich der

hohe Frankenkurs auf die Exportpreise aus. Solche Veränderungen kann der Staat, beziehungsweise die öffentliche Hand nicht beeinflussen.
Es ist sinnvoll und zweckmässig, wenn der Kanton Zug weiterhin auf gute Rahmenbedingungen setzt und auf Einzelmassnahmen und Privilegien für einzelne Unternehmen verzichtet. Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass es nicht sinnvoll, ja gar gefährlich ist, einzelne Unternehmen mit Steuer- und andern Privilegien zu bevorteilen wie z.B. die Novartis in Nyon. Solche Eingriffe in das Wirtschaftssystem sind nicht nur fragwürdig, sondern auch schädlich für den Wettbewerb und das gesamte Wirtschaftssystem. Deshalb, Hände weg von solchen Massnahmen!
Es gibt genügend Beispiele, die zeigen, dass staatliche Sonderkonditionen für wirtschaftlich angeschlagene Unternehmen selten nachhaltig und wirkungsvoll sind. So hat z.B. die Lego in Willisau trotz übermässigen, sehr grosszügigen Sonderkonditionen und Steuerprivilegien seitens des Kantons Luzerns den Produktionsstandort aufgegeben. Die Verlierer waren in diesem Fall nicht nur die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern auch die Steuerzahlenden.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** weist darauf hin, dass Philip C. Brunner vor allem mit dem letzten Punkt eine wichtige Botschaft zum Ausdruck gebracht hat. – Der Votant versteht die Interpellantinnen und Interpellanten vom Standort Cham und er schätzt, dass die Fragen sehr offen und nicht anklagend gestellt wurden. Das gibt auch Gelegenheit, wieder mal den Puls zu spüren, ob wir hier auf dem richtigen Weg sind. Abgesehen davon, dass Sie ja ab und zu auch einen Pflock einschlagen können – etwa bei Bildungsvorlagen.
Nach dem Votum von Markus Jans hatte der Volkswirtschaftsdirektor das Gefühl, dass in diesem Saal Einigkeit herrscht, dass wir nicht einzelbetrieblich dann fördern, wenn es brennt, sondern allgemein für gute Bedingungen auch in der Industrie sorgen. Er fragt sich, welche Massnahmen Esther Haas für einzelne Betriebe meint, wenn es dann brennt. Dann ist es nämlich ohnehin zu spät. Matthias Michel besucht selber Unternehmen und war vor zwei Jahren bei der Cham Paper Group. Wir gehen also hin, bevor es brennt, fragen aber auch Zukunftsthemen ab im Sinne eines Vorwarnsystems. Der Handlungsspielraum des Staates wird immer enger, je schneller so ein Entscheid kommt. Hier sind wir mit den grossen Unternehmen ständig in Kontakt.
Wenn es dann so weit kommt wie jetzt in Cham, kann man schon sagen: Der Regierungsrat soll jetzt hin. Die Welschen machen das und bringen noch die Medien. Es kommt darauf an, dass die professionellen Leute am ersten und zweiten Tag dort sind, das sind RAV-Leute und von der Arbeitslosenkasse und vom Amt für Wirtschaft und Arbeit. Dort kommen dann bei einem Fall wie hier auch die Chefs hin. Ein Bernhard Neidhart, Leiter AWA, ein Kurt Landis, Leiter Arbeitslosenkasse; die sind dort und reden mit den Verantwortlichen. Wir haben ein Interesse daran, dass die Leute nicht vorzeitig entlassen werden und sie dann der Arbeitslosenkasse zu Lasten fallen. Sie sollen so lange wie möglich unter Vertrag bleiben. Die Kündigung so lange wie möglich aufschieben, gerade bei älteren Mitarbeitenden, die man vielleicht in die Pensionierung hineinretten kann. Solche Sachen werden thematisiert. Gestern haben wir zum Glück vernommen, dass die Verhandlungen gut laufen. Die Gewerkschaften haben sich sehr positiv geäussert über die Eckpunkte des Sozialplans und über das Job-Center vor Ort. Da sind wir jeweils auch sehr aktiv, dass sie das sofort einsetzen. Wir hatten damals bei der Lego eine gute Piloterfahrung gemacht. Das hat sehr viel beigetragen zur Sicherheit der Arbeitnehmenden. Dass eben die Arbeitslosigkeit so gut wie möglich vermieden werden kann.

Abschliessend ist festzustellen, dass wir auf dem richtigen Weg sind und nicht, um kurzfristig Arbeitsplätze zu erhalten wie in Nyon, Steuergeschenke machen oder plötzlich Bauzonen kreieren. Das ist ein «kleiner Erfolg» in Nyon. Gegen diesen Strukturwandel kann man sich nicht wehren. Man kann aber den Wind, den er mitbringt, nutzen. Wir sind auf diesem Weg. Da gilt dieses berühmte Sprichwort aus China «Wenn der Sturm kommt, bauen die einen Mauern und die anderen bauen Windmühlen». Wir sind eher für Windmühlen und dass dann solche entstehen, nicht Windmühlen, aber Waschmaschinen, dafür sorgt unter anderen die V-Zug. Da gibt es heute positive Nachrichten: V-Zug schafft in den nächsten Jahren 100 Arbeitsplätze. Das ist dann wieder ein Zeichen, dass es schon stimmig ist, auch für Industrien im Kanton Zug, auch Produktionsarbeitsplätze. Das ist eine schöne Botschaft. Dass wir nicht nur von Abbau, sondern auch von Aufbau sprechen.

➔ Kenntnisnahme

355 Nächste Sitzung

Donnerstag, 23. Februar 2012

Protokoll des Kantonsrates

26. Sitzung: Donnerstag, 23. Februar 2012
Zeit: 8.30 – 12.20 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

356 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Franz Peter Iten, Unterägeri; Thomas Aeschi, Baar; Georg Helfenstein, Cham; Beda Schlumpf, Steinhausen; Flavio Roos, Risch; Gregor Kupper, Neuheim.

357 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** heisst den neuen Regierungsrat Urs Hürlimann herzlich willkommen. Sie hofft, dass er sich wohl fühlt bei uns und dass er mit diesem Rat zu Recht kommen wird.

Stawiko-Präsident Gregor Kupper lässt sich für die heutige Sitzung entschuldigen. Er ist auf Visitation in Santiago de Chile, allerdings in privater Mission: Er darf sein letztes Jahr geborenes Enkelkind erstmals in die Arme nehmen. Wir freuen uns mit ihm über seine Grossvaterfreuden. Für die Stawiko spricht heute Gabriela Ingold.

Landammann Matthias Michel arbeitet heute als Mitglied des Leitenden Ausschusses der Konferenz der Kantonsregierungen in Bern an einer Anhörung der Kantone in den Spezialkommissionen von National- und Ständerat zur Legislaturplanung 2011 – 2015 des Bundes und ist deshalb für den Vormittag entschuldigt.

Die Kantonsratspräsidentin dankt der Staatskanzlei für die Erstellung des neuen Sitzplans samt Fotos. Die Idee zu diesem Arbeitsinstrument hat Thomas Aeschi geliefert. Die Neue Zuger Zeitung hat die Fotos beigesteuert, besten Dank.

358 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 26. Januar 2012.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG).
2106.1/.2 – 13965/66 Regierungsrat

3.2. Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz).
2108.1/.2 – 13974/75 Regierungsrat

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag für den Erweiterungsneubau Malerei/Ablaugerei in der Sicherheitszone der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in Menzingen.
2109.1/.2 – 13976/77 Regierungsrat

4. Wahlbestätigung betreffend Ersatzwahl eines vom Kanton zu wählenden Mitgliedes der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank für den Rest der Amtsdauer 2011 - 2014 (bis Generalversammlung 2015).
2107.1 – 13969 Regierungsrat
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für bauliche und sicherheitstechnische Massnahmen in der Burg Zug.
2057.1/.2 – 13805/06 Regierungsrat
2057.3 – 13944 Kommission für Hochbauten
2057.4 – 13945 Staatswirtschaftskommission
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Bau eines Stadtgartens auf dem Areal des ehemaligen kantonalen Zeughauses in Zug.
2078.1/.2 – 13882/83 Regierungsrat
2078.3 – 13968 Kommission für Hochbauten
2078.4 – 13986 Staatswirtschaftskommission
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für die Erarbeitung des Generellen Projektes des Stadttunnels Zug.
2103.1/.2 – 13952/53 Regierungsrat
2103.3 – 13971 Kommission für Tiefbauten
2103.4 – 13981 Staatswirtschaftskommission
8. Postulat von Rudolf Balsiger und Moritz Schmid betreffend Kantonsforstamt in die Baudirektion.
2001.1 – 13641 Postulat
2001.2 – 13781 Regierungsrat
2001.3 – 13972 Regierungsrat
9. Interpellation von Hubert Schuler, Karin Andenmatten und Thomas Villiger betreffend Kanton Zug als Teststrecke für die Erdverlegung der Hochspannungsübertragerleitung.
2084.1 – 13904 Interpellation
2084.2 – 13970 Regierungsrat
10. Interpellation von Andreas Hürlimann und Stefan Gisler betreffend Sozial- und Lohndumping im Kanton Zug.
2086.1 – 13906 Interpellation
2086.2 – 13987 Regierungsrat

Die **Vorsitzende** teilt dem Rat in Absprache mit der JPK und der Stawiko Folgendes mit: Der Rat ist am 26. Januar 2012 nicht auf die Vorlage zur Verlängerung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Bewilligung von Personalstellen für die Zivil- und Strafrechtspflege für die Jahre 2007 - 2012 eingetreten. JPK und Stawiko sind der Überzeugung, dass für den Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen beim Verwaltungsgericht für die Jahre 2007 - 2012 die gleiche Regelung wie für die Personalstellen der Zivil- und Strafrechtspflege gelten soll, weshalb das Verwaltungsgericht dem Kantonsrat keine Verlängerung beantragen muss.
Ausserdem braucht es keinen neuen Kantonsratsbeschluss für die Festlegung der Richterstellen für das Verwaltungsgericht. Gemäss § 53 Abs. 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) besteht das Verwaltungsgericht aus dem Präsidenten, sechs Mitgliedern und sechs Ersatzleuten. Gemäss § 54 Abs. 2 VRG bezeichnet der Kantonsrat den Präsidenten, der im Hauptamt tätig ist, und kann weitere hauptamtliche Richter bezeichnen. Dies hat der Kantonsrat mit Beschluss vom 25. Januar 1996 (BGS 161.813) und mit Beschluss vom 29. Januar 2009 (BGS 161.814) getan und dabei ein zweites und drittes Hauptamt geschaffen. Im Gegensatz zum Ober-, Kantons- und Strafgericht erfolgte die Bezeichnung der weiteren hauptamtlichen Mitglieder des Verwaltungsgerichts nicht nur für eine Amtsperiode, sondern auf unbestimmte Zeit. Ein neuer Kantonsratsbeschluss betreffend Richterstellen beim Verwaltungsgericht ist daher nicht erforderlich.

Die **Vorsitzende** macht den Rat wieder einmal darauf aufmerksam, dass Mitglieder des Rats ausschliesslich vorne am Rednerpult sprechen sollten, da die Voten sonst nicht auf das Band aufgenommen werden.

359 Protokoll

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 26. Januar 2012 werden genehmigt.

360 Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG)

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2106.1/.2 – 13965/66).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Monika Barmet, Menzingen, ***Präsident***		*CVP*
1.	Kurt Balmer, Eichmatt 11, 6343 Rotkreuz	CVP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 5313 Edlibach	CVP
3.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP

4.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
5.	Maja Dübendorfer Christen, Himmelrichstrasse 48, 6340 Baar	FDP
6.	Daniel Eichenberger, Deinikonerstrasse 35b, 6340 Baar	SVP
7.	Barbara Gysel, Widenstrasse 47, 6317 Oberwil	SP
8.	Andreas Hausheer, Unterfeldstrasse 8, 6312 Steinhausen	CVP
9.	Silvan Hotz, Schutzengelstrasse 43, 6340 Baar	CVP
10.	Hanni Schriber-Neiger, Unterer Haldenweg 5, 6343 Rotkreuz	AGF
11.	Cornelia Stocker, Ammannsmatt 2b, 6300 Zug	FDP
12.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
13.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
14.	Leonie Winter, Chrüzacherstrasse 26, 6331 Hünenberg	FDP
15.	Thomas Wyss, Kalchrainstrasse 1, 6315 Oberägeri	SVP

361 Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)

Traktandum 3.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2108.1/.2 – 13974/75).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Manuel Brandenberg, Zug, ***Präsident***		*SVP*
1.	Adrian Andermatt, Grundhof, 6340 Baar	FDP
2.	Kurt Balmer, Eichmatt 11, 6343 Rotkreuz	CVP
3.	Manuel Brandenberg, Schönegg 14, 6300 Zug	SVP
4.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP
5.	Daniel Thomas Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
6.	Stefan Gisler, Dorfstrasse 29, 6300 Zug	AGF
7.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
8.	Thiemo Hächler, Morgartenstrasse 30, 6315 Oberägeri	CVP
9.	Andreas Hausheer, Unterfeldstrasse 8, 6312 Steinhausen	CVP
10.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
11.	Karl Nussbaumer, Brettigen 6, 6313 Menzingen	SVP
12.	Josef Ribary, Birmihalde 12, 6314 Unterägeri	FDP
13.	Beat Sieber, St. Jakobstrasse 42, 6330 Cham	FDP
14.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
15.	Matthias Werder, St. Wendelin 3, 6343 Holzhäusern	SVP

362 Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag für den Erweiterungsneubau Malerei/Ablaugerei in der Sicherheitszone der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in Menzingen

Traktandum 3.3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2109.1/.2 – 13976/77).

➔ Die Vorlage wird zur Beratung an die Kommission für Hochbauten überwiesen.
Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass in der Kommission für die Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz; Alterspolitik) Thomas Aeschi ersucht, an seiner Stelle Fraktionskollegen Daniel Burch, Steinhausen, als Kommissionsmitglied zu wählen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

363 Wahlbestätigung betreffend Ersatzwahl eines vom Kanton zu wählenden Mitglieds der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank für den Rest der Amtsdauer 2011 - 2014 (bis Generalversammlung 2015)

Traktandum 4 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2107.1 – 13969).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Wahlbehörde der Regierungsrat ist. Der Kantonsrat hat die Wahl lediglich zu bestätigen. § 71 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats lautet: «Das dem Kantonsrat für Wahlen anderer Behörden zustehende Bestätigungsrecht wird in der Form ausgeübt, dass über die Bestätigung mit Stimmzettel durch einfaches Ja oder Nein abgestimmt wird.»
In § 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung heisst es: «Sofern das absolute Mehr im ersten Wahlgang nicht errreicht wird, kann auf Verlangen von einem Viertel der anwesenden Mitglieder ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden.»
Schreiben Sie somit auf den Wahlzettel nur Ja oder Nein, aber keine Namen. Andernfalls wäre der Wahlzettel ungültig.

Die geheime Wahl ergibt: Ausgeteilte Wahlzettel 73, eingegangene Wahlzettel 73, leer 4, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 69, absolutes Mehr 35, Ja-Stimmen 62, Nein-Stimmen 7.

➔ Der Rat bestätigt die Wahl mit 62:7 Stimmen.

364 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für bauliche und sicherheitstechnische Massnahmen in der Burg Zug

Traktandum 5 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2057.1/.2 – 13805/06), der Kommission für Hochbauten (Nr. 2057.3 – 13944) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2057.4 – 13945).

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass die Burg Zug seit 30 Jahren ein kleines, aber feines historisches Museum für Stadt und Land Zug ist. Dies ist nicht so selbstverständlich, war doch in den Jahrzehnten vor der Entscheidung, die Burg als

Museum zu nutzen, die Situation völlig unklar, ja die Erhaltung der Burg sogar gefährdet. Dass es nach 30 Jahren Betrieb in verschiedensten Bereichen Handlungsbedarf gibt, ist normal. So sind die technischen Installationen und die Beleuchtung total veraltet, der Brandschutz, aber auch verschiedene Anliegen aus dem Betrieb erfordern verschiedene Anpassungen. Was bei einem normalen Haus in einem einfachen Prozess ablaufen würde, ist bei einer altehrwürdigen Burg eine besondere Herausforderung. Da kreuzen betriebliche Interessen, Denkmalpflege und Gebäudeversicherung die Klingen und tragen mit guten Argumenten einen harten Kampf aus, und schlussendlich möchte der Säckelmeister, dass das Ganze noch bezahlbar bleibt.
Nun, die Kommission konnte sich davon überzeugen, dass diese Auseinandersetzung engagiert und kompetent erfolgt ist und dass ein vernünftiges Resultat vorliegt. Wir empfehlen Ihnen, dem Baukredit zuzustimmen, und der Regierung legen wir ans Herz, in den folgenden Planungs- und Bauphasen den Kosten hohe Aufmerksamkeit zu widmen, sodass wir uns am Schluss nicht nur über die gelungene Sanierung, sondern auch über eine tüchtige Kostenunterschreitung freuen können. – Die SP teilt die Meinung von Regierung, Hochbaukommission und Stawiko und sie wird dem Baukredit zustimmen.

Gabriela **Ingold** hält fest, dass die Stawiko mit Erstaunen zur Kenntnis genommen hat, dass die Hochbaukommission die Vorlage mit zu Null durchgewinkt hat, obwohl die Kosten als zu hoch einschätzt wurden. Auf S. 3 ihres Berichts hält die Kommission fest, dass «aufgrund der komplexen Wechselwirkungen und Abhängigkeiten nicht einfach einzelne Projektteile verändert oder weggelassen werden können». Auf S. 5 wird jedoch auf das Einsparungspotenzial beim Beleuchtungskonzept, beim Office und bei weiteren Positionen hingewiesen. Der formulierte Auftrag der Hochbaukommission, in allen Phasen der Weiterbearbeitung des Projekts Kostenoptimierungen zu prüfen und umzusetzen, ist für die Stawiko bei allen Projekten selbstverständlich, da gemäss § 2 des Finanzhaushaltgesetzes Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit Grundsätze staatlichen Handelns sein müssen.
Die Stawiko wollte deshalb das Einsparungspotential näher geortet haben. Wie in unserem Bericht dargelegt, sind gemäss Baudirektion Einsparungen von 264'000 Franken möglich. Gemäss Aussagen des Baudirektors werden diese auch eingehalten. Deshalb verzichtet die Stawiko auf einen Änderungsantrag.
Weiter war es uns ein Anliegen abzuklären, was die dringende Sanierung und die zusätzlichen Ausbauten kosten. Sie können das Ergebnis in unserem Bericht nachlesen. Wir haben die Kosten qualitativ hinterfragt und sind zum Schluss gekommen, dass diese vertretbar sind. Wir bitten jedoch die Baudirektion, bei ähnlichen Sanierungsprojekten in Zukunft die Kosten bereits in der Vorlage nach eigentlichen Renovationskosten und zusätzlichen Ausbauten aufzuteilen. – Die Stawiko tritt einstimmig auf die Vorlage ein und empfiehlt Ihnen, ihr auch zuzustimmen.

Heini **Schmid** beantragt im Namen der CVP-Fraktion, der Vorlage zuzustimmen. In unserer Fraktion war die Notwendigkeit der baulichen und sicherheitstechnischen Massnahmen unbestritten. Insbesondere die Investitionen in den Brandschutz sind überfällig. Nur so ist garantiert, dass die Burg auch in Zukunft als attraktives Museum genutzt werden kann. Der Weiterbestand dieser gefährlichen Situation ist für die Verantwortlichen nicht mehr zumutbar. Die übrigen Investitionen erachten wir als sinnvoll; sie dienen einer zeitgemässen Fortentwicklung des Museums.

Etwas erstaunt sind wir über die Kostenoptimierung im Umfang von scheinbar 264'000 Franken. Wir bitten die Baudirektion, insbesondere bei Projekten, die von Dritten erarbeitet werden, schon frühzeitig und vor der Behandlung in der Hochbaukommission und im Kantonsrat offensichtliche Kostenoptimierungen vorzunehmen. Wir schliessen uns mehrheitlich der Meinung der Stawiko an und verzichten auf einen Antrag auf eine Reduktion der Kostenlimite. Für uns ist zentral, dass die Baudirektion in allen Verfahrensschritten das Bauprojekt optimiert. Und wir wollen die Verantwortlichen nicht dafür bestrafen, dass sie uns Optimierungsmöglichkeiten aufzeigen. In diesem Sinn beantragt die CVP-Fraktion Eintreten und Zustimmung zur Vorlage.

Daniel **Abt** weist darauf hin, dass die Burg Zug eine wertvolle Institution ist, die uns die Zuger Geschichte auf sympathische Weise zugänglich macht. Durch die regelmassigen Besuche von Zuger Schulklassen werden auch die jüngsten Zuger mit für unsere Geschichte begeistert. Einmal mehr sind die von der Gebäudeversicherung geforderten Anpassungen und Auflagen nur schwer nachzuvollziehen. Wir haben uns aber belehren lassen, dass nur umgesetzt werden soll, was tatsächlich nötig ist. Die projektierten Erweiterungen stehen nach unserem Ermessen in einem vertretbaren Verhältnis zur Gesamtsumme.
Über alles gesehen scheint uns, wie bereits von der Hochbaukommission bemängelt, dass bei der Berechnung des Objektkredits mit genügend Reserve gerechnet wurde. Wir zählen daher auf die Baudirektion, bei der Ausführung spürbar zu optimieren, und werden keinen Kürzungsantrag stellen. Die FDP-Fraktion wir der Vorlage zustimmen und sie freut sich, wenn Sie dies ebenfalls tun.

Matthias **Werder** hält fest, dass die SVP-Fraktion dieser Vorlage einstimmig zugestimmt hat. Die mehrheitlich grossen Vorteile sind bereits genannt worden. Zu diskutieren gaben die Kosten für die Beleuchtung, für Office und Kücheneinrichtung. Ansonsten ist die gute Zusammenarbeit mit Denkmalpflege und Gebäudeversicherung zu rühmen.

Rupan **Sivaganesan** hält fest, dass die AGF es sehr bedauert, dass bei der Burg wegen Sicherheitsmassnahmen Vieles verändert werden muss. Gleichzeitig sehen wir auch, dass die Burg im kulturellen und touristischen Bereich ein wichtiges Angebot darstellt. Massnahmen sind daher unumgänglich und notwendig. Die AGF ist deshalb für Eintreten und sie stimmt der Vorlage grossmehrheitlich zu.

Philip C. **Brunner** legt Wert darauf, dass er in seinem Namen spricht und nicht im Namen der SVP-Fraktion. – Die Zeiten ändern sich und wir ändern uns mit ihnen. Das hat jemand einmal gesagt. Und es gibt vielleicht in diesem Saal einige Leute aus der Stadt Zug, die das noch wissen. Die Burg wurde vor 40 Jahren als Objekt für Brandschutz der FFZ benützt. Sie war ein Abbruchobjekt. Und es ist der Wut einiger weniger zu verdanken, dass sie erhalten geblieben ist. Heute werden da jetzt nach kurzer Diskussion 3,6 Millionen bewilligt. Wir müssen uns in der Geschichte dieser Burg über Hunderte von Jahren diesen kurzen Abschnitt überlegen. Da ist etwas passiert. Das Abbruchobjekt, das als Brandschutzobjekt genutzt

wurde, wird plötzlich mit 3,6 Millionen saniert, damit es nicht abbrennt. Das müssen wir uns noch überlegen.

Baudirektor Heinz **Tännler** dankt der Kommission für die Arbeit und die gute Aufnahme der Vorlage. – Was ist das Fazit aus dem Votum von Philip C. Brunner? Dass man es wieder aus dem Denkmalschutz wegnimmt und abbricht? Liebe zur Heimat? Deshalb investieren wir diese knapp 3,6 Mio. Franken. Eusebius Spescha hat zu Recht auf Kostenaufmerksamkeit hingewiesen. Wir in der Baudirektion bemühen uns sehr, die Kosten im Griff zu haben, und zwar in allen Phasen, wie das auch Heini Schmid gefordert hat. Aber es gibt natürlich immer Diskussionen über Notwendiges und Wünschbares, auch wenn man Kostenaufmerksamkeit an den Tag legt.
Zu Gabriela Ingold und das Staunen über die Kosten. Daniela Ball nimmt diese Aufgabe sehr ernst und sprüht vor Kreativität. Wir hätten auch 6 oder 7 Millionen investieren können. Aber wir haben mindestens drei bis vier Sparrunden durchgeführt, bis wir überhaupt in den politischen Prozess hineingegangen sind. Da wurde also schon sehr viel optimiert. Und dass man dann nochmals optimiert hat, war nicht irgendein Furz, sondern man hat in der Kommission zu Recht beispielsweise über die Beleuchtung diskutiert. Muss sie so exorbitant ausgeführt sein, damit der hinterste und letzte Winkel beleuchtet ist? Oder kann man hier einsparen? Wir haben diese Diskussion aufgenommen, sind nochmals über die Bücher gegangen und haben nochmals eine Sparrunde gemacht über 264'000 Franken. Auch wenn der Kredit bei 3'575'000 Franken liegt, werden wir diese 264'000 Franken nicht verbauen. Wir haben auch bei den Gerüstarbeiten nochmals reduzieren können und die Fassadenarbeiten optimiert. Lüftung/Klima haben wir auf das unterste Minimum reduziert und auch wieder 20'000 Franken eingespart. Bei den Sanitäranlagen 50'000 Franken. Die Kücheneinrichtung war ein Thema: Da haben wir auch reduziert. Aber wir müssen doch auch sehen: Damit der bestehende Leistungsauftrag – da sind Bildungsdirektion und Stadt verantwortlich – eingehalten wird und das Museum einigermassen funktionieren kann, können wir nicht ein Office machen, wo man lediglich Pappbecher zur Verfügung stellt. Ein wenig Renommee muss doch auch noch sein. Wir haben bei den Metallbauarbeiten kein Burggrabendach mehr, das haben wir jetzt weggelassen. Elementarwände, Schiebetüre, Maler- und Umgebungsarbeiten haben wir reduziert auf 164'000 Franken plus diese Elektroanlagen und Beleuchtungskörper, die wir nochmals auf ein Minimum herunterreduziert haben um 100'000 Franken. Das gibt dieses Sparpotenzial.
Wir nehmen den Mahnfinger der Stawiko ernst und haben auch in der Vergangenheit den Beweis erbracht, dass wir nicht einfach ins Leere hinaus planen. Der Baudirektor nimmt auch diese Kostenaufteilung bei Sanierung, Renovation und Ausbauten auf, wobei das nicht immer sehr einfach ist. Man muss auch ein Gesamtpaket anschauen. Und wenn man dann wirklich nur das Notwendige und die Ausbauten differenziert anschaut, kann das dann vielleicht zu unmöglichen Ergebnissen führen. Aber wir versuchen, das in den Vorlagen zukünftig so aufzuzeigen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2057.5 – 13996 enthalten.

365 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Bau eines Stadtgartens auf dem Areal des ehemaligen kantonalen Zeughauses in Zug

Traktandum 6 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2078.1/.2 – 13882/83), der Kommission für Hochbauten (Nr. 2078.3 – 13968) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2078.4 – 13986).

Eusebius **Spescha** erinnert daran, dass wir bereits bei der Behandlung der Baukredite für den Umbau des Zeughauses zum Sitz des Obergerichts und für den Ausbau des Sockelgeschosses zur Studienbibliothek informiert waren, dass ein dritter Kredit für die Umgebungsgestaltung auf uns zukommen würde. Stadt und Kanton haben sich zusammengetan, einen Wettbewerb durchgeführt und wollen den auserkorenen Vorschlag nun auch gemeinsam verwirklichen.
Nachdem die Stadt daran ist, Parkhaus und Zivilschutzanlage zu sanieren, wäre es eine verpasste Gelegenheit, nicht dort anzuhängen und den neuen Stadtgarten zu verwirklichen. Das Projekt überzeugt. Wir dürfen also hoffen, in absehbarer Zeit nicht nur eine gelungen Studienbibliothek besuchen zu dürfen, sondern uns auch im passenden Umfeld aufhalten zu dürfen.
Die Kommission ist einverstanden mit der hälftigen Teilung der Baukosten, versteht diese Haltung aber als grosszügig gegenüber der Stadt. Dies darf deshalb kein Präjudiz sein für künftige Erneuerungen und Veränderungen. Zudem sind wir der Meinung, dass der Unterhalt der Anlage durch die Stadt zu tragen ist.
Schade bei dieser Vorlage ist eigentlich nur, dass es weder der Regierung noch dem Votanten als Kommissionspräsidenten eingefallen ist, dem Bericht einen Plan beizulegen. So blieb es dem Stawiko-Präsidenten vorbehalten, dafür zu sorgen, dass sie alle auch auf einem Plan sehen können, was denn da beabsichtigt ist.
Namens der einstimmigen Kommission beantragt Eusebius Spescha Zustimmung zu diesem Baukredit. – Auch bei diesem Kredit verhält sich die SP-Fraktion regierungstreu und unterstützt die Einheitsmeinung von Regierung, Hochbaukommission und Stawiko.

Gabriela **Ingold**: Sind wir ehrlich! Das vorliegende Projekt ist wirklich «nice to have». Da aber das Parkhaus dringend saniert werden muss, stellt sich die Frage, heute oder nie zu einem Stadtgarten an diesem Ort zu kommen. Der Kanton Zug steht finanziell auf soliden Beinen und kann sich die Verschönerung der öden Umgebung des ehemaligen Zeughauses bzw. des neuen Obergerichts sowie der Stadt- und Kantonsbibliothek leisten. Mit dem Kostenteiler zwischen Stadt und Kanton und dem Kostendach für die Stadt Zug ist die Stawiko nicht glücklich. Gemäss Baudirektor würden diesbezügliche Nachverhandlungen das Projekt zum Scheitern verurteilen. Die Stawiko will in diesem Fall nicht Spielverderber sein, wir fühlen uns jedoch schon ein wenig genötigt. Wir lehnen es entschieden ab, in Zukunft ungleiche Aufteilungen und Vertragsklauseln mit Maximalbeiträgen zu akzeptieren. – Die Stawiko tritt einstimmig auf die Vorlage ein und wird das Wort in der Detailberatung nicht mehr verlangen.

Thiemo **Hächler** weist darauf hin, dass wenn man von einem Garten spricht, sich bewusst sein muss, dass auch ein Garten ein Bauvorhaben ist. Nicht nur Wohnraum, Büros oder Gewerbe sind Raum. Auch ein Garten ist ein Raum. Ein wertvol-

ler Aussenraum. So versteht sich dann auch von selber, dass ein solches Bauvorhaben wie der geplante Stadtgarten nicht zum Preis einer grünen Weide zu haben, sondern eben auch mit einer wesentlichen Investition verbunden ist.
Das vorliegende Projekt für diese Parkgestaltung ist das Resultat eines Projektwettbewerbs. Wer sich die Zeit genommen hat und die Ausstellung dieses Wettbewerbes in der Shedhalle besucht hat, konnte sich ein Bild über die vielen eingereichten Arbeiten machen. Unschwer zu erkennen war und ist auch die hohe Qualität des Siegerprojekts.
In der Kommission fand die Idee einer Aufwertung dieses Brachlandes durchaus Anklang. Die hohen Kosten für eine solche Gartengestaltung wurden jedoch sehr skeptisch betrachtet und mussten durch die anwesenden Planer und durch den Baudirektor mehrfach gerechtfertigt und verteidigt werden. Im Detail betrachtet wird einem einerseits die Weiträumigkeit bewusst, anderseits ist es eine Baute auf dem Flachdach der darunterliegenden Casino-Tiefgarage, welche verschiedene bauliche Unsicherheiten mit sich bringt, und ausserdem sind nebst einer Viertelmillion Kosten für eine planerische Ungenauigkeit auch noch 10 % Reserve über alles eingerechnet. Der Baudirektor hat uns in seiner überzeugenden Art glaubwürdig bestätigt, dass es nicht sein Ziel ist, sämtliche Reserven aufzubrauchen.
Die nun anfallenden Investitionskosten von 3,6 Mio. Franken werden je zur Hälfte durch die Stadt und den Kanton Zug getragen. Der geplante Stadtgarten ist also ein Gemeinschaftswerk im eigentlichen Sinne. Die hälftige Beteiligung des Kantones kann übrigens auch im Sinne von Unterstützung der Zentrumslasten zu Gunsten der Stadt Zug verstanden werden. Nicht so der Unterhalt dieser Anlage. Da dieser Park zu grösseren Teilen auf Boden der Stadt Zug realisiert werden soll, sind die späteren Pflegearbeiten alleinige Sache der Stadt.
Weiter kritisch beleuchtet wurde die geplante Aussenbeleuchtung bei diesem Projekt. In den Augen des Votanten ein wichtiger Beitrag zur Gestaltung und zur Personensicherheit, in anderen Augen eine Lichtverschmutzung und Energieverschwendung. Die Planer haben der Kommission dann ausführen können, dass dieses Vorhaben ein Pilotprojekt gemäss «Plan Lumière» ist und somit ausgestattet wird mit sehr sparsamen Beleuchtungskörper, welche ausschliesslich durch indirektes Licht den Boden beleuchten und nicht mit Scheinwerfern in den Himmel strahlen.
Das gestalterisch sehr wertvolle Flachwasserbecken soll mit dem in grossen Mengen vorhandenen Hangwasser durchspült werden und mit einer Tiefe von nur 10 cm auch für Besucher ungefährlich sein. Da sich diese Gartenanlage praktisch durchgehend auf einem Untergrund befindet, welcher nicht auf natürliche Weise als Wasserspeicher für Pflanzen und Bäume dienen kann, hat Thiemo Hächler in der Kommission beantragt, dass das vorhandene Hangwasser ausserdem zur Bewässerung dieser Anlage genutzt werden soll. Die Kommission hat diesen Antrag unterstützt.
Das ganze vorliegende Projekt kann der Votant also nur wärmstens Empfehlen. Es ist eine sinnvolle Ergänzung zu den bereits realisierten Objekten Obergericht und Studienbibliothek sowie der Stadtbibliothek. Nicht zuletzt zeigt es auch einen sehr schönen Umgang mit räumlichen Abgrenzungen und gewollten Durchlässigkeiten auf, welche für die Selbstverständlichkeit und Wegfindung sehr wichtig sind. Dass eine derart unschöne Garageneinfahrt und ein brachliegendes Areal so wertvoll gestaltet und genutzt werden können, hat dann nach ausführlicher Diskussion auch die Hochbaukommission mit 13:0 Stimmen bestätigt.
Diese Meinung hat auch die Fasnachtsfraktion der CVP und Thiemo Hächler ist allen dankbar, wenn sie diesem schönen Bauvorhaben zustimmen.

Maja **Dübendorfer Christen** weist darauf hin, dass ein eigens gesuchter und realisierter Stadtgarten ein «nice to have»-Produkt wäre. Da aber zeitgleich die Stadt Zug das darunterliegende Parkhaus Casino sowie die Zivilschutzanlage sanieren wird, macht die neue und einladende Gestaltung des alten Zeughausparkplatzes durchaus Sinn. So kann mit verhältnismässig vernünftigem Kostenaufwand eine gute Lösung erzielt werden, welche letztendlich der Zuger Bevölkerung zugute kommt. Die Parzelle zwischen Zeughaus und Bibliothek ist wahrlich nichts Einladendes und kann mit dem vorliegenden Konzept der aufwändig neu sanierten Umgebung angepasst werden. Die FDP-Fraktion stimmt dieser Vorlage einstimmig zu. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Zug zahlreiche Zentrumslasten allein zu tragen hat, kann sie sich mit dem Kostenteiler einverstanden erklären. Wenn wir schon die Möglichkeit haben, eine hässliche Betonfläche verschwinden zu lassen, sollten wir diese Chance nutzen.

Daniel **Burch** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Stadtgarten ohne Gegenstimme unterstützt. Diskussionen entstanden nur über die finanzielle Grösse. Wir sind aber der Meinung, dass mit weniger Geld gar kein Mehrwert entstehen würde und man die Übung abbrechen müsste.

Vroni **Straub-Müller** erinnert daran, dass am 1. September vergangenen Jahres im Sockelgeschoss des kantonalen Zeughauses die Studienbibliothek eröffnet wurde. Nach nur gerade zwei Jahren und elf Monaten vom ersten Vorstoss bis hin zur Eröffnung darf hier von einem Rekordtempo gesprochen werden. Mit der Umgestaltung des kantonalen Zeughauses wurde auch die Basis geschaffen, den heute wirklich unattraktiven Aussenraum aufzuwerten.
Als Zielgruppen, welche künftig diesen Stadtgarten benützen, wurden neben den Studentinnen und Studenten, die aus dem ganzen Kanton mit Begeisterung die Studienbibliothek bevölkern, auch die Angestellten des Gerichts, Passanten sowie Bewohnerinnen und Bewohner von Zug Süd angesehen. Für diese gemischte Personengruppe bietet das uns heute vorgeschlagene Projekt gute Voraussetzungen für das Schaffen einer ungezwungenen und nutzungsfreundlichen Atmosphäre. Bauherrin des Stadtgartens ist der Kanton Zug. Die Stadt Zug dankt dem Kanton herzlich für sein Engagement und seine Unterstützung. Für Stadt und Kanton ist die Aufwertung dieses historisch wichtigen Platzes eine grosse Bereichung. Von unserer Fraktion eher kritisch aufgenommen wird, dass die obere Ebene des Stadtgartens rund um die Rasen- und Wasserintarsie wegen Mehrkosten von 300'000 Franken nicht gepflästert werden kann. Jeder Private in der Altstadt hat die Vorgabe, seine Vorplätze zu pflästern.
Noch ein Wort zu der in der regierungsrätlichen Vorlage erwähnten Zivilschutzanlage. Im Zuge der Projektierung des Stadtgartens war vorgesehen, die zurzeit leer stehende ungenutzte Bereitstellungsanlage Casino als Stadtarchiv und Kulturgüterschutzarchiv zu nutzen. Zu diesem Zweck wurde eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Da einerseits erst ab 2015 für die geplante Nutzung Bedarf besteht und anderseits für den Umbau der BSA Kosten in der Höhe von über 3 Millionen anfallen würden, hat der Stadtrat von Zug dieses Projekt zurückgestellt. Die Leitungen für die Lüftung und die Sprinkleranlage werden so gelegt, dass dann ein Umbau ohne Leitungsverlegung jederzeit möglich ist. Die AGF stimmt dem Objekt-

kredit für Planung und Bau eines Stadtgartens auf dem Areal des ehemaligen Zeughauses in Zug zu.

André **Wicki** hat sich als Stadtrat, Bauvorsteher und Kantonsrat eingehend mit dieser Vorlage befasst. Aus Sicht der Stadt liegt nun ein ausgewogenes Projekt vor, das den Raum vor dem alten Zeughaus deutlich aufwertet und nicht nur den Nutzerinnen und Nutzern sowie den Besucherinnen und Besuchern des Gerichts und der Bibliothek zugute kommt, sondern auch eine Aufwertung des Quartiers St. Michael bringt und damit im weitesten Sinn der Allgemeinheit dient. Der Stadtrat hat dem Investitionsbeitrag bereits zugestimmt, die Bau- und Planungskommission des Grossen Gemeinderates hat das Geschäft beraten und ihm ebenfalls deutlich zugestimmt. Am nächsten Montag wird die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderats und Ende März – also vor der 2. Lesung des Kantonsrats – wird der Grosse Gemeinderat über den Investitionsbeitrag beraten.
Noch etwas zu den Kosten. Wir haben es vorhin gehört. Wir wurden letzten Juni von der Baudirektion kontaktiert. Wir haben gesagt, dass man das Ganze gesamtheitlich anschauen muss. Wir haben eine Expertise zum Parkhaus gemacht, das über 30 Jahre alt ist, und sind zum Schluss gekommen, dass es saniert werden muss. Die Details können Sie den Unterlagen entnehmen. Die ganze Sanierung kostet die Stadt 4,8 Millionen. Wir sind bereits dran.
Auch bei der Dachsanierung übernimmt die Stadt die Kosten in der Grössenordnung von 880'000 Franken. Vroni Straub hat es vorhin schon gesagt: Wir hätten auch noch Bedarf für Archivierung. Wir wollten das Programm aber nicht überlasten und haben das auf 2015/16 verschoben. Bis dahin haben wir noch genug Platz für die Archivierung.
André Wicki ist überzeugt, dass das Stadtzuger Parlament für dieses wirklich gute Projekt den erforderlichen Beitrag spricht. Er bittet den Rat daher, dem Objektkredit zuzustimmen.

Baudirektor Heinz **Tännler** dankt der Kommission und Präsident Eusebius Spescha für die Arbeit und die gute Aufnahme der Vorlage. – Bei der Grosszügigkeit an die Stadt muss man zuerst etwas zurückblicken. Als es um die Studienbibliothek ging, war der Baudirektor auch in einer Kommission des Grossen Gemeinderats und hat darüber informiert, dass dieser Stadtgarten als nächstes Projekt komme. Er hört es heute noch: Fast sämtliche Mitglieder dieser Kommission waren klar der Meinung, das sei Sache des Kantons und die Stadt habe dazu nichts zu zahlen. In der Hochbaukommission und vor allem auch in der Stawiko herrschte die gegenteilige Meinung: Der Kanton habe nichts zu zahlen, das sei doch eine städtische Angelegenheit, vor allem auch deshalb, weil die Stadt ja in diesem Perimeter mehr Quadratmeter besitzt als der Kanton. Sie sehen, die Sache ist schwierig. Und dann gibt es die typische schweizerische Regelung mit 50:50. Aber die hat ihren Grund. Denn man muss es schon gesamtheitlich anschauen. Das Obergericht und vor allem die Studienbibliothek nützen sowohl dem Kanton wie der Stadt. Die Stadt- und Kantonsbibliothek wird ja auch nicht nur von Stadtzugern genutzt, sondern alle Zuger gehen in diese Bibliothek. Es ist also eine Gemeinschaftssache zwischen Kanton und Stadt. Und deshalb lässt sich dieser Kostenteiler wirklich rechtfertigen. Man könnte noch weiter gehen. Die Studienbibliothek nützt nicht nur der Stadt Zug und dem Kanton, sondern auch den Gemeinden. Wie viele Studenten aus Baar, Cham, Ennetsee usw. gehen dorthin und halten sich auf diesem Platz auf? Man könnte

also auch noch die Gemeinden anfragen, ob sie sich an den Kosten beteiligen würden.
Die fehlende Planbeilage war ein Fauxpas und das soll nicht mehr vorkommen.
Über das «nice to have» kann man sich streiten. Heinz Tännler ist natürlich das Votum von Thiemo Hächler speziell sympathisch gewesen, weil er das Projekt nicht als «nice to have» deklariert. Darüber kann man sich streiten. Man könnte auch einen öden Platz lassen. Jeden Abend, wenn der Baudirektor dort hochfährt, sieht er Panzer stehen, wenn man dort nichts macht. Man muss hier von einer Aufwertung sprechen. Wir wollen auch den Stadtteil im Süden aufwerten. Das ist ein Durchgangs- und Aufenthaltsplatz für Studenten und die ganze Zuger Bevölkerung. Es lohnt sich, hier entsprechend zu investieren. Auch der kostenbewusste und kreative Osy Zimmermann, der im Beurteilungsgremium war, fand dieses Projekt hervorragend. Und wenn wir bei «nice to have» sind, hört Heinz Tännler Vreni Straub, die es schade findet, dass wir nicht pflästern. Das ist aber ganz sicher «nice to have». Deshalb haben wir dort 300'000 Franken eingespart und auf eine Pflästerung verzichtet.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2078.5 – 13997 enthalten.

366 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für die Erarbeitung des Generellen Projekts des Stadttunnels Zug

Traktandum 7 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2103.1/.2 – 13952/53), der Kommission für Tiefbauten (Nr. 2103.3 – 13971) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2103.4 – 13981).

Daniel Thomas **Burch** weist darauf hin, dass der Stadttunnel seit über 40 Jahren ein Thema ist. Es wurde viel darüber diskutiert und geplant, aber nichts realisiert. Wäre er damals gebaut worden, würden wir wohl heute über einen Kredit für eine Sanierung beraten. Heute geht es aber um den Planungskredit und nicht oder noch nicht darum, mit welchen konkreten Massnahmen der Verkehr geleitet und eingeschränkt werden soll. Im Antrag der Regierung und in unserem Bericht finden Sie alle wichtigen Informationen für den heutigen Entscheid. Der Kommissionspräsident kann sich daher kurz fassen.
Es macht den Anschein, dass das Zuger Jahrhundertprojekt langsam mehrheitsfähig wird. In den letzten beiden Jahren wurde das Projekt Stadttunnel in der «strategischen Zwischenphase» unter Mitwirkung verschiedenster Interessengruppen und Fachleuten erarbeitet. Sämtliche Interessen der Parteien, der verschiedenen Organisationen und Interessengruppen sowie der Quartiervereine wurden abgeholt und alle Zielsetzungen in voller Breite diskutiert. Auch die Erarbeitung der Abgrenzung des Gebiets Zentrum^{plus} war ein intensiver Prozess. Das Gebiete Zentrum^{plus}

soll vom Verkehr entlastet werden, sämtliche Geschäfte und Parkhäuser sollen aber für den motorisierten Individualverkehr erreichbar bleiben. Die Stadt Zug wird nie ganz autofrei werden. Wichtig ist: Die Gestaltung des Gebiets Zentrum^{plus} ist eine städtische Angelegenheit und soll es bleiben. Mit dem Projekt Stadttunnel werden lediglich die Anschlüsse zu diesem Gebiet festgelegt und realisiert.
Aus der Diskussion der verschiedenen Varianten wurde die Variante U65 als Bestvariante ermittelt. Mit dem beantragten Objektkredit über 3,4 Mio. Franken soll nun aus dieser Variante das Generelle Projekt erarbeitet werden. Dieses soll bis Ende Jahr dem Kantonsrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Dort haben wir dann Gelegenheit, über flankierende Massnahmen usw. zu diskutieren.
Die Kommission beantragt einstimmig, den Projektierungskredit von 3,4 Mio. Franken zu Lasten des Rahmenkredits freizugeben und dem Antrag der Regierung zuzustimmen. Damit ermöglichen Sie die Planung des Generellen Projekts und die Ausarbeitung der entsprechenden Kantonsratsvorlage.

Gabriela **Ingold** weist darauf hin, dass der politische Wille zweifellos da ist, um das Projekt Stadttunnel voranzutreiben. Das zeigt der eindeutige Entscheid der vorberatenden Tiefbaukommission mit 15:0 Stimmen. Schon sehr viel wurde über einen möglichen Stadttunnel geschrieben und noch mehr wurde darüber diskutiert. Die Stawiko ist der Auffassung, dass das Projekt vorangetrieben werden soll, damit sich bald – gemäss Planung der Regierung im Jahr 2013 – das Stimmvolk definitiv zu einem möglichen Stadttunnel äussern kann.
Aber was nützt das Planen, wenn dann am Ende für die Realisierung kein Geld zur Verfügung steht? Kredite für Grossprojekte wie die Umfahrung Cham/Hünenberg und die Tangente wurden schon gesprochen. In der Pipeline sind das Verwaltungszentrum 3 mit ZVB sowie Schulbauprojekte, aber auch ÖV- und Wasserbau werden folgen. Kumuliert kommt da eine stattliche Zahl von über 2 Milliarden Franken zusammen. Der Frage nach der Finanzierung ist die Stawiko deshalb sehr intensiv nachgegangen.
Wir liessen uns im Detail über die Finanzierung der anstehenden Grossprojekte bis ins Jahr 2030 informieren. Die Baudirektion hat in Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion entsprechende Unterlagen erarbeitet, wobei alle Hoch- und Tiefbauprojekte mit Kostenfolgen von über 10 Mio. Franken berücksichtigt wurden. Es wurde der Stawiko aufgezeigt, dass der Kanton Zug diese Projekte finanziell stemmen kann, ohne sich zu verschulden. Diese Dokumente werden neu laufend weitergeführt und die Stawiko wird die Entwicklung im Auge behalten.
Wohlwollend hat die Stawiko zur Kenntnis genommen, dass sich die Baudirektion schon heute Gedanken über eine professionelle Kostenkontrolle macht und hierfür speziell einen Betrag im vorliegenden Objektkredit vorgesehen hat. – Die Stawiko tritt einstimmig auf die Vorlage ein und beantragt, dem vorliegenden Objektkredit zuzustimmen.

Franz **Hürlimann** erinnert daran, dass die ganze Vorgeschichte zu diesem Projekt in den 50er-Jahren beginnt, wenn nicht schon früher. Entsprechend viel wurde auch schon darüber gesagt und geschrieben. Nach vielen gescheiterten Anläufen wurde der Stadttunnel dann 2004 definitiv in den kantonalen Richtplan aufgenommen und später in der dritten Projektierungsstufe festgesetzt. Neue politische Vorstösse verlangten jedoch wieder eine Beschleunigung des Projekts.

Es folgte eine strategische Zwischenphase mit einem breit abgestützten Mitwirkungsverfahren. Aus 24 verschiedenen Varianten kristallisierte sich schlussendlich das vorliegende Tunnelprojekt mit der Bezeichnung «U65» heraus, das als Bestvariante nun mit dieser Vorlage auf dem Tisch liegt.
Hauptmerkmal bildet ein unterirdischer Kreisel im Bereich Rothus, der die Verkehrsströme um die Stadt herum führt. Verschiedene Tunnelarme mit den Anschlüssen an die Arther-, Ägeri-, Gotthard- und Gubelstrasse sollen damit wirkungsvoll miteinander verbunden werden.
Der Zuger Stadttunnel ist ein zukunftsweisendes Projekt, das dem Wachstum und dem Mobilitätsaufkommen unserer Gesellschaft im Raum Zug endlich Rechnung tragen soll, mit dem Ziel, den Aufenthalt in der Kernzone von Zug angenehmer zu gestalten.
Die vorliegende Projektierung wird im Detail die Linienführung und die genauen Standorte der Portale bestimmen. Insbesondere die Anschlussbauten sowie die flankierenden Massnahmen sind die wirklichen Herausforderungen dieses Projektes. Mit ihnen wird sich ebenfalls die Arbeitsgruppe Zentrum^{plus} vertieft beschäftigen.
Am gesamten Projektierungskredit von 3,81 Mio. Franken wird sich die Stadt Zug mit 410'000 Franken beteiligen. Wir sprechen heute von einem Projektierungskredit für den Kanton von 3,4 Mio. Franken.
Die CVP hat die Vorlage im Grundsatz ausgiebig diskutiert und sie stellt sich einstimmig hinter die Vorlage. Allerdings stehen für die CVP noch viele Fragen im Raum. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an die Ausarbeitung des Generellen Projekts.
So fehlt der CVP in der jetzigen Vorlage eine klare Finanzstrategie. Weiter werden Fakten mit Zahlen und Grundlagen, mit strategischen Auswertungen und allen daraus abzuleitenden Konsequenzen für die ganze Agglomeration Zug erwartet. Zudem möchten wir wissen, wie sich Zentrum^{plus} definiert und wie sich die Arbeitsgruppe Zentrum^{plus} zusammensetzt.
«Am heikelsten sind die Portale» titelte die Zuger Zeitung bereits am 18. November letzten Jahres. Damit hat sie den Nagel wohl auf den Kopf getroffen. Denn die Verkehrsführung zu und weg von diesen Nahtstellen wird spätestens in der Volksabstimmung entscheiden, wie hoch eine Umfahrung des Zuger Stadtzentrums in der Gunst des Zugervolkes liegt.
Soll der Stadttunnel in den nächsten 20 Jahren wirklich realisiert werden können, muss das Projekt reifen und Mehrheiten ansprechen. Wir haben alle schon die Erfahrung gemacht, dass die beste Vorlage ohne Mehrheiten wertlos ist. Denn das Volk marschiert nicht immer im Takt der politischen Musik und dann erst noch in die entgegengesetzte Richtung.

Peter **Diehm**: Es macht den Anschein, dass das Zuger Jahrhundertprojekt mehrheitsfähig wird. Mit der Kreditfreigabe für die Erarbeitung des Generellen Projekts nimmt der Stadttunnel immer mehr konkrete Formen an. Die FDP-Fraktion erwartet, dass ein leistungsfähiger Tunnel geplant wird, das den Verkehr dereinst auch aufnehmen kann. Die angestrebten Ziele, welches Verkehrsaufkommen die Umfahrung absorbieren kann und wie stark der Verkehr auf den bestehenden Routen noch sein soll, müssen klar kommuniziert werden. Erst auf der Basis dieser Ziele können die flankierenden Massnahmen geplant werden. Wir erwarten weiter:

- Problemlose Erreichbarkeit der Parkhäuser

- Eine problemlose Erreichbarkeit der Geschäfte und für die Stadtbewohner die ihrer Liegenschaften
- Dass der ÖV ohne Behinderung zirkulieren kann

Die FDP-Fraktion stimmt dem Objektkredit für die Erarbeitung des Generellen Projekts einstimmig zu.

Roland **von Burg** fasst sich kurz. Uns liegt ein ausgereiftes, gutes Projekt für einen Stadttunnel vor. Aus 24 Varianten wurde die Bestvariante U65 ausgewählt. Diese Variante mit einem unterirdischen Kreisel ist für den Kanton Zug finanzierbar, ohne dass er sich dabei verschuldet. Gemäss Zielsetzung wird mit diesem Stadttunnel kein einziger Zubringer vom Verkehr abgeschnitten. Sämtliche Geschäfte sowie die Parkhäuser bleiben für den motorisierten Individualverkehr erreichbar. Trotzdem wird es in der Innenstadt zu einer Verkehrsberuhigung kommen. Die wesentlichen Ziele des Stadttunnels werden somit erreicht. Die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen deshalb, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF den Stadttunnel möchte. Das Projekt U65 ist nachvollziehbar. Wir sind überzeugt, dass damit die Stadt Zug eine grosse Aufwertung erfährt, dass damit Autofahrende gut durch die Stadt Zug kommen – unterirdisch natürlich, und dass Fussgänger und Fussgängerinnen innerhalb der Stadt zur Nummer eins werden. Wir sind für Eintreten auf diese Vorlage, wir werden dem Objektkredit zustimmen.
Drei Punkte sind für uns Alternative wichtig:

- Stadttunnel ja – aber nicht um jeden Preis
- Vorantreiben des Projekts ja – aber ohne Druck
- Finanzierung mit vielen Fragezeichen

Zum Stadttunnel ja - aber nicht um jeden Preis: Aus der Vorlage der Regierung und auch der Kommission geht klar hervor, ein Kernstück des Stadttunnels ist nicht nur der Tunnel selber, sondern die Gestaltung des Zentrums^{plus}. In der Vorlage steht es geschrieben: der Individualverkehr wird auf Zubringer-, Anwohner-, Besucher- und Kundenfahrten reduziert. Das kann ganz verschieden verstanden werden. Die AGF betont klar, dass die Innenstadt grundsätzlich verkehrsfrei sein muss. Zug soll zur Fussgänger- und Velostadt werden. Es gibt viel Entwicklungspotenzial im Zentrum zwischen See und SBB-Geleise, von der Altstadt bis zur Gubelstrasse, das sagte der Zuger Stadtpräsident anlässlich der Medienkonferenz. Viel Geld wird für das Projekt ausgegeben werden, die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zug werden während Jahren grossen Belastungen ausgesetzt sein – sie sollen nachher dafür etwas haben, ein Stadtzentrum das lebt, wo man gerne «lädelet», eine Seepromenade ohne Autostaus in unmittelbarer Nähe. Für unsere Fraktion ist wichtig, dass bereits im generellen Projekt die wichtigen Punke aufgezeigt werden, wie das Zentrum beruhigt wird, auch wenn die Stadt Zug dafür verantwortlich ist.
Vorantreiben ja - aber ohne Druck. Ein grosses Ziel hat sich der Baudirektor gesetzt. Bis Ende Jahr soll bereits das Generelle Projekt stehen, samt Baukredit für das Projekt. Das Eisen muss geschmiedet werden, solange es noch richtig heiss ist, das meinte unser Kommissionspräsident. Wir aber meinen, Zugerinnen und Zuger müssen sich mit dem Projekt identifizieren können – und das braucht Zeit. Die Vorgehensweise, dass es eine Begleitgruppe aus Anwohnerinnen und Anwohner, Vereinen usw. gibt, ist sicher wertvoll. Soviel Geld wird für ein Jahrhundertprojekt ausgegeben. Und es soll nur eine Vorlage mit dem generellen Projekt

und gleichzeitig dem Baukredit geben? Vermutlich wird dann wieder ein grosser Reserveposten dazugenommen, mit dem das Projekt geändert werden kann, ohne dass das Volk dazu noch etwas sagen kann – siehe Giebelfeldbrücke. Bei 600 Mio. Franken braucht es nach dem generellen Projekt ein fein ausgearbeitetes Bauprojekt – und dazu soll das Volk ja oder nein sagen können, auch wenn es dann halt noch etwas länger geht. Ein zweistufiges Verfahren liegt in dieser Legislatur drin.
Zur Finanzierung mit Fragezeichen. Nichts steht in der Vorlage des Regierungsrats geschrieben, mit welchen Mittel der Stadttunnel finanziert werden soll. In der Kommissionssitzung hat dann der Baudirektor die Katze aus dem Sack gelassen. Die Finanzierung aus der Strassenrechnung reiche nicht – und jetzt wird alles zusammengemischt, zukünftige Hoch- und Tiefbauprojekte, einige an der Zahl, und man kommt auf eine ungefähre Zahl von 2,55 Milliarden Franken. Anscheinend kann dies der Kanton locker finanzieren.
Der Rat hat aber ein Anrecht zu wissen, wie diese Finanzierung aussieht. Wird einfach der Rest aus dem Vermögen des Kantons bezahlt, oder gibt es ein Minus in der Strassenbaurechnung? Wovon wird er Unterhalt des Tunnels, der nicht zu unterschätzen ist, bezahlt? Auch aus dem Baukredit – wie lange hält er hin? Oder ist irgendwann, aber wann, wieder die Strassenrechnung dafür zuständig? Fragen, auf die wir derzeit keine konkreten Antworten haben.
Noch kurz zur Vorlage selber. Wir vermissen eine gewisse Transparenz – z.B. was die Finanzierung betrifft. Aber auch zum Zentrum^{plus} hätten wir doch Einiges schon gerne gewusst. Nein, es geht nicht um die Definition, welcher Baum wo gepflanzt wird, aber ein paar wesentliche Eckpunkte hätten sicher schon in der Vorlage sein dürfen.
Es eilt anscheinend – warum denn so sehr? Wieder hat eine Kommission getagt, bevor die Vorlage im Rat überwiesen wurde. Wäre es korrekt über die Bühne gegangen, würden wir im März darüber beraten – ist dies tatsächlich schon zu spät? Wir sagen es immer wieder, es ist nicht richtig, dass Kommissionen ein Geschäft beraten, bevor die Vorlage überwiesen wird – wozu brauchen wir dann überhaupt noch diese Überweisung, die dann nur noch eine Alibiübung ist? Es geht um ein Prinzip, dass nicht umgestossen werden darf. Wir bitten die Regierung, das Instrument Überweisung korrekt anzuwenden.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Direktüberweisungen ein Beschluss des Büros sind und die Regierung nichts damit zu tun hat.

Christoph **Bruckbach** weist darauf hin, dass die Idee der Entlastung des Zuger Stadtzentrums vom motorisierten Individualverkehr mittels einer Tunnelvariante eine eigene und auch lange Geschichte hat. Aus den Vorstellungen der 90er-Jahre haben sich die Projektideen kontinuierlich weiter entwickelt. Neue Anforderungen und Bedingungen wurden mit berücksichtigt. Interessierten und Betroffenen bot sich mehrfach Gelegenheit, ihre Meinungen und Anliegen zur Projektidee einzubringen. Aus der Gegenüberstellung mehrerer Varianten schälte sich schliesslich die Lösung mit dem Einbezug eines unterirdischen Kreisels als Bestvariante heraus. Die Erstellungskosten für die heute zur Weiterbearbeitung vorliegende Projektvariante werden von der Regierung auf ca. 520 Mio. Franken geschätzt. Mit der Realisierung des Tunnels soll besonders für die Stadt, aber auch für die umliegenden Gemeinden, eine nachhaltige Verbesserung der Gesamtverkehrssituation erreicht werden.

Zentrales Ziel des Zuger Stadttunnelprojekts ist die Verlagerung eines Teils des Verkehrs auf eine unterirdische Achse. Damit erhält die Innenstadt für Bewohner, Geschäfte und weitere Nutzer eine neue Qualität. Profitieren sollen nebst dem öffentlichen auch der Langsamverkehr, Fussgänger und Radfahrer, also wesentliche Anliegen, die von der SP seit jeher Unterstützung finden. Das im Projekt vorgesehene Vorgehen bei der Ausführung des Tunnels ist auf eine immissionsarme Bauweise ausgerichtet. Die Beeinträchtigungen von Anwohnerinnen und Anwohnern sollen auf ein minimales Mass reduziert werden. Ziele, die erst bei der Erarbeitung eines Generellen Projektes verifiziert werden können.
Speziell begrüssen wir als SP-Fraktion das etappierte Vorgehen der Regierung im Zusammenhang mit der Planung und Verwirklichung des Stadttunnels. Mit der Erstellung eines generellen Projektes werden die Grundlagen für einen späteren Objektkredit geschaffen. Grundlagen, die dem Kantonsrat als Basis für weitere Beschlüsse dienen werden.
Wir bedanken uns bei der Regierung für die ausführlichen Erläuterungen und den umfassenden Bericht zum Antrag. – Die SP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt dem Antrag des Regierungsrats zu.

Martin **Stuber** glaubt, es sei sinnvoll, dass auch noch ein Kantonsrat aus der Stadt Zug etwas sagt heute. Wir haben bereits fast den ganzen Kanton vertreten gehabt. Es freut ihn, dass der Kanton jetzt diesen Stadttunnel auch im Kantonsrat breit aufgenommen hat. Das ist auch ein wenig symbolisch. – Zuerst möchte er auf einzelne Voten eingehen. Vorher aber noch eine persönliche Bemerkung. Für ihn ist heute ein 20-Jahre-Jubiläum. 1992 ist der Gemeinderat Henry Bachmann zu ihm und einigen anderen gekommen mit der Idee für das, was dann später der Minitunnel geworden ist. Der Durchbruch damals war die Idee, dass man am Bahntunnel vorbeikommt und trotzdem einen Anschluss Ägeristrasse machen kann. Denn man hatte immer gesagt, das sei unmöglich. Henry Bachmann war SP-Gemeinderat, aber er war auch Bauingenieur und wies nach, dass es möglich ist, am Bahntunnel vorbeizukommen. Dann ist die Motion für eine realistische Stadtumfahrung gekommen im Grossen Gemeinderat vom Votanten und Dolfi Müller, dem heutigen Stadtpräsidenten. Das hat dann das Ganze auch mit ins Rollen gebracht. Es gab dann die Initiative für einen Minitunnel. Das war ein Bündnis der Linken mit dem Gewerbe, mit Pro Zug. Und wenn man die Geschichte anschaut, war das wirklich der Initialstart, dass ein Prozess angefangen hat, bei dem wir heute mit einer KR-Vorlage für eine realistische Stadtumfahrung stehen. Das ist für Martin Stuber ein besonderer Moment. Er möchte an dieser Stelle auch allen Beteiligten an diesem Begleitgremium, die ehrenamtlich sehr viele Stunden geleistet und dieses ganze Variantenstudium gemacht haben, danken. Er möchte sich auch bei der Baudirektion bedanken und den Externen, die hier unglaublich viel geleistet haben. Wenn das nicht gewesen wäre, würden wir heute nicht über diese Vorlage beraten.
Das Votum von Franz Hürlimann kann der Votant praktisch zu 100 % unterschreiben. Die Haltung der CVP-Fraktion müsste eigentlich darin münden, dass man vom Verfahren her das ursprünglich mal klassische zweistufige Verfahren anwendet bei dieser grossen Kiste. Zweistufiges Verfahren heisst: Projektierungskredit und Baukredit. Wir sprechen ja heute von einem Objektkredit für ein Generelles Projekt. Das macht man bei ganz grossen Sachen. Nachher wäre es sinnvoll, mit einem Projektierungskredit zu kommen. Dagegen wird es kein Referendum geben und es wird auch keine Volksabstimmung brauchen. Und dann können wir nachher über einen detailliert ausgearbeiteten Baukredit mit einer Vorlage vor das Volk. Dann

wissen wir, was es kostet, es ist nicht mehr nur eine Kostenschätzung. Wir wissen genau, was wir dafür bekommen und haben auch ein detailliertes Risiko-Assessment. In einer Stadt eine solche Verkehrsmaschine in einen Berg hineinzubauen ist mit Risiken behaftet. Und wenn wir so vorgehen, wie das jetzt angedacht ist in der Vorlage, riskieren wir, dass dieser Zug, der jetzt sehr schnell unterwegs ist, zu schnell in die Kurve geht. Was dann passiert, haben Sie in Norwegen kürzlich sehen können. Das wird uns später noch beschäftigen, aber heute beim Objektkredit ist das noch kein Thema.
Die Vizepräsidentin der Stawiko hat über das Geld gesprochen. Der Votant glaubt, dass wir nach dem Bankencrash das Verhältnis zu grossen Summen verloren haben. Wo früher über Millionen gesprochen wurde, wird heute über Milliarden gesprochen. Es wird einfach jongliert. Unsere Köpfe haben sich daran gewöhnt, jeden Tag in den Zeitungen über die Rettungspakete oder über 60 Milliarden für die UBS zu lesen. Der Sinn dafür, was eine Milliarde ist, ist verloren gegangen. Es ist ein Hintertreppenwitz der Geschichte, dass das uns jetzt vielleicht beim Stadttunnel auch zugute kommt. Das sollte uns hier in diesem Rat aber nicht davon ablenken, dass es eine Riesenkiste ist. Wir sprechen hier von über einer halben Milliarde. Das ist das grösste Projekt, das der Kanton je gestemmt hat. In dieser Beziehung ist die Vorlage schon unbefriedigend. Martin Stuber würde erwarten, dass das mit den Finanzen offen gelegt wird. Sie erinnern sich an diese Kurve, wie sich die Strassenbaufinanzierung entwickelt. Diese Kurve müsste man jetzt fortschreiben. Es wäre wirklich zwingend, dass das – vielleicht in einem Zwischenschritt – dem Parlament zur Kenntnis gebracht wird. Es reicht nicht, dass wir einfach sagen: Wir haben Projekte für 2,5 Milliarden und können das bezahlen.
Schliesslich zum Wichtigsten, zum Nutzen des Stadttunnels. Es ist in den Voten von FDP und SVP angetönt worden: Die Erreichbarkeit muss gewährleistet sein, der Bus muss frei zirkulieren können. Da werden wir noch sehr viele Diskussionen führen müssen. Denn der Nutzen ist nicht mehr Kapazität, sondern mehr Lebensqualität. Für etwas Anderes bauen wir den nicht. Wir wollen nicht mehr Kapazität für die tägliche Autolawine in Zug, sondern wir wollen mehr Lebensqualität in der Innenstadt und sogar in der erweiterten Innenstadt bis nördlich zur Gubelstrasse. Das ist matchentscheidend für diese Vorlage. Nehmen Sie das Beispiel Postplatz. Wir haben es hier vor dem Fenster. Wir haben ihn umgebaut und relativ viel Geld investiert. Der Postplatz ist ein Bisschen besser geworden für die Aufenthaltsqualität in der Stadt, aber nur ein kleines Bisschen. Viel verändert hat sich nicht. Solange Sie 20'000 Autos in der Neugasse haben, können Sie mit diesem Postplatz nichts Gescheites anfangen. Gott sei Dank waren wir weise genug, die ursprüngliche Schnapsidee vom Parkhaus unter dem Regierungsgebäude zu vergessen. Sonst hätten wir dann auch noch mit dem Stadttunnel ein Verkehrsproblem gehabt auf dem Postplatz. Aber das ist der Nutzen eines Stadttunnels: Sie können hier auf dem Postplatz etwas ganz Anderes machen. Sie gewinnen Raum auf fünf Plätzen in der Innenstadt, wenn Sie den Stadttunnel machen. Aber dazu brauchen Sie ein entsprechendes Verkehrsregime. Da werden wir noch sehr viele Diskussionen führen müssen. Im Begleitgremium sind sie zum Teil schon sehr detailliert geführt worden. Wir haben bis auf einzelne Sektoren hinunter diskutiert, wie das aussehen könnte. Das Zentrum^{plus} muss dann wirklich genagelt sein, die Leute müssen wissen, was sie dafür bekommen.
Und noch eine Schlussbemerkung. Wir haben uns im Rahmen dieser Begleitphase Aarau angeschaut. Dort wurde die Altstadt komplett verkehrsfrei gemacht. Und heute fordert das Gewerbe sogar, dass man die Busse aus der Altstadt nimmt. Die sind auf den Geschmack gekommen. Das ist der richtige Weg.

Eusebius **Spescha**: Es ist festgestellt worden, dass dieser Stadttunnel eine lange und ziemlich beschwerliche Planungsgeschichte hat. Ende der 80er-Jahre schien ja das Ganze genagelt. Das Volk hat in zwei Abstimmungen Projektierungskredite für die Umfahrung Zug und Baar genehmigt. Anfangs 90er-Jahre wurde das dann gekehrt. Einerseits haben Kantonsräte interveniert, anderseits hat die Stadt mitgeholfen, das aufgegleiste Verfahren zu bodigen. Die Stadt war damals aber auch in der Pflicht, alternative Vorschläge zu entwickeln. Sie hat diese Pflicht auch wahrgenommen mit zwei Planungsstudien im Mitwirkungsverfahren und mit einer Volksabstimmung, als die Bevölkerung der Stadt Zug mit rund 70 % einer Stadttunnel-Projektierung zustimmte.
Aus dieser Geschichte gibt es zwei zentrale Erkenntnisse. Es geht in der Stadt Zug nicht um eine Umfahrung, sondern um eine Neuorganisation des Verkehrs. Zug hat kaum Durchgangsverkehr, sondern Verkehr in die Stadt, in der Stadt und aus der Stadt. Und wenn man Freiraum schaffen will, kommt man nicht darum herum, eine zusätzliche Strasse in Form eines Stadttunnels zu bauen. Diese Erkenntnis ist nicht nur uns Linken schwer gefallen. Aber der Votant darf für die SP in Anspruch nehmen, dass wir vor 20 Jahren diese Haltungsumkehr vollzogen haben und uns seither an vorderster Front für ein solches Verkehrskonzept einsetzen. Das werden wir auch weiterhin tun.
Die zweite Erkenntnis ist, dass es nur miteinander geht. Ein Miteinander in der Stadt und von Stadt und Kanton. Wir haben dies im Mitwirkungsverfahren bei der Planungsstudie Stadtverkehr erlebt: Alle Kreise haben mitgewirkt und schlussendlich im Konsens ein Verkehrskonzept verabschiedet. Es war für Eusebius Spescha eine interessante Erfahrung, zusammen mit Gewerbekreisen eine Initiative für einen Stadttunnel mit zu lancieren und zu vertreten. Bei diesem neuen Verkehrskonzept war der Kanton zuerst sehr zögerlich dabei. Er ist dann aber mit eingestiegen und hat sehr viel Verantwortung für die Planung übernommen. Der Votant gesteht hier gerne: Das Verkehrskonzept, das uns heute vorliegt, ist in der Zwischenzeit nochmals deutlich besser geworden. Hier möchte er Behörden und Planern von Stadt und Kanton, die das erarbeitet haben, danken und sein Kompliment aussprechen. Er hofft sehr, dass der eingeschlagene Weg beibehalten werden kann, dass beharrlich, aber auch umsichtig weitergegangen wird. Die Eröffnung des Stadttunnels wäre das zweite Strassenstück im Kanton, über das sich Eusebius Spescha tatsächlich freuen und wo er bei der Eröffnung gerne dabei sein würde.

Daniel **Stadlin** hält fest, dass auch die GLP für Eintreten ist und dem Objektkredit zustimmen wird. Besonderer Dank gebührt Baudirektor Heinz Tännler. Als Mitglied des Begleitgremiums konnte der Votant erleben, wie unser Baudirektor durch seine souveräne und lösungsorientierte Art sehr viel dazu beigetragen hat, dass der Gordische Knoten Stadttunnel endlich entknotet werden konnte. Er ist fest überzeugt: Ohne Heinz Tännler hatten wir nach wie vor keine Lösung und könnten wohl heute kaum über einen Objektkredit für die Erarbeitung des Generellen Projekts des Stadttunnels befinden.
Seit den 1960er-Jahren ist der Stadttunnel ein Dauerthema. Was wurden nicht alles für Varianten geplant und ausgearbeitet, nur um anschliessend wieder verworfen zu werden. Nie gab es eine Variante, welche den Ansprüchen der Planer wie auch der Bevölkerung genügte. Es war so etwas wie Treten an Ort, ohne jegliche Aussicht auf Erfolg. Was auch Kanton und Stadt ausarbeiteten, es wurde zur

Makulatur. Der Zuger Stadttunnel schien einfach nicht machbar. Mittlerweile zum Reizthema geworden, ist vielen Zugern der Glaube an einen Stadttunnel zusehends abhanden gekommen. Erst 2010 durch das ausgesprochen mutige und sehr ambitiöse Vorhaben der Baudirektion und der Stadt, einen strategischen Zwischenhalt einzulegen und mittels breit abgestütztem öffentlichen Mitwirkungsverfahren die Variantendiskussion nochmals komplett neu aufzurollen, kam wieder Bewegung in die Angelegenheit Stadttunnel. Die Zuger bekamen quasi ihre letzte Chance. Sollte es wiederum nicht möglich sein, sich auf eine Variante zu einigen, müsste voraussichtlich die Idee vom Stadttunnel definitiv begraben werden. Vielleicht war es diese Erkenntnis, die einen von vielen so nicht erwarteten, dynamischen und äusserst kreativen Prozess einleitete, in der Innovation eines Tunnelsystems mit unterirdischem Kreisel kulminierte und so endlich den lange ersehnten Durchbruch ermöglichte.
Die nun vorliegende Stadttunnel Variante ist das mit Abstand beste je erarbeitete Projekt. Zu Recht spricht die Baudirektion vom «Ei des Kolumbus». Es erfüllt die Zielvorgaben im Bereich Verkehrsführung und Zentrumsaufwertung optimal und minimiert zudem die Eingriffe im bauhistorischen Kontext. Es entlastet das Stadtzentrum vom Individualverkehr und ermöglicht Strassen und Platze städtebaulich aufzuwerten. Zudem kann der bis anhin stark umstrittene Anschluss Ägeristrasse dank dem unterirdischen Kreisel auf ein Portal beschränkt werden. Keine Frage, dieses Projekt ist mehrheitsfähig und verdient unsere Unterstützung.

André **Wicki** kann sich seinem Vorredner nur anschliessen. Die letzten eineinhalb Jahre waren sehr spannend, intensiv und lösungsorientiert. Sonst wären wir jetzt nicht mit dem Objektkredit hier. Jetzt oder nie! Der Stadttunnel soll heute in die nächste Phase kommen. Der Votant kann Anna Lustenberger beruhigen: Wir als Stadtzuger haben ein ureignes Interesse, dass der Verkehr wirklich sehr gut geregelt wird. Deshalb liegt die Federführung auch bei der Stadt beim Baudepartement in der Abteilung Stadtplanung, Städtebau und Tiefbau. Es geht ja um die Frage, wo die verkehrsfreien Zonen sind und wo die Flaniermeile. Weiter wird auch untersucht, wo sich der Öffentliche Verkehr bewegen soll. Zentraler Punkt ist das zukünftige Verkehrsregime im Zentrum. Dies natürlich unter der Voraussetzung, dass sämtliche Liegenschaften weiterhin angefahren werden können, Zu- und Wegfahrten für das Zuger Gewerbe gesichert bleiben, aber auch die An- und Wegfahrten zu den Parkhäusern. Ziel ist ein verkehrsarmes Zentrum, um den Velofahrerinnen und -fahrern auch den nötigen Raum zu verschaffen.
Für diese Fragestellung im Zentrum^{plus} hat der Stadtrat an seiner Sitzung vom 31. Januar 2012 bereits einen Planungskredit von 410'000 Franken gesprochen. Wir stehen also vollumfänglich hinter diesem Projekt. Deshalb ersucht André Wicki den Rat, der regierungsrätlichen Vorlage zuzustimmen. Denn es geht wirklich um Jetzt oder nie.

Baudirektor Heinz **Tännler** möchte vorab auch allen danken, die hier mitgewirkt haben. Allen voran auch den Mitgliedern des Begleitgremiums, Werner Villiger, Martin Stuber und Daniel Stadlin, welche alle Termine eingehalten und auch mit guten Ideen mitgewirkt haben. Es ist also ein Gemeinschaftswerk.
Der Kantonsrat hat seinerzeit die Fristerstreckung für diese strategische Zwischenphase gegeben bis Ende dieses Jahres, um ein Generelles Projekt vorzulegen. Also nicht einfach nur einen Projektierungskredit.

Schon seit 1911 spricht man über einen Stadttunnel. Seit damals gibt es erste Pläne für einen Stadttunnel. 1921 wurden weitere Pläne aufgelegt. Man diskutiert also schon seit einem Jahrhundert über diesen Stadttunnel. Natürlich hat sich unterdessen alles verändert. Aber Sie sehen, dass das ein altes Thema ist. Und der Baudirektor hofft, dass wir nun auf die Zielgerade einbiegen können.
Zu Gabriela Ingold und der Finanzierung. Heinz Tännler kann nur bestätigen, was sie gesagt hat. Wir haben die Stawiko wirklich breit über die Finanzierung informiert. Allerdings nur die Stawiko und nicht den Kantonsrat.
Zu Franz Hürlimann und den hohen Erwartungen. Die haben wir alle an diesen Stadttunnel. Fehlende Finanzierungsstrategie. Es ist richtig, dass verschiedene Grossprojekte im Raum stehen in dieser Legislatur. Wir sprechen von total etwa 2,5 Milliarden Franken, sogar etwas mehr. Können wir uns das leisten und finanzieren? Das können wir – wir haben das mit der Finanzdirektion ausgiebig diskutiert. Es wäre zwar etwas spekulativ, bis 2030 auf das Komma genau sagen zu können, wo wir dann finanziell stehen. Aber wir haben eine Finanzstrategie und ein Finanzhaushaltsmodell mindestens bis 2020 vom BAK-Basel. Bis dann haben wir in der Baudirektion Investitionen in der Grössenordnung von 1,6 bis 1,6 Milliarden. Aus den Jahresrechnungen können über diesen Zeithorizont Finanzierungsbeiträge von etwa rund einer Milliarde Franken erwartet werden. Mit anderen Worten: Wir haben dann einen Finanzierungsfehlbetrag von etwa 600 Mio. Franken. Und diese müssen dann mit der vorhandenen Liquidität finanziert werden, und sie reduzieren logischerweise das Eigenkapital.
Wie sieht nun die Bilanz aus? Gemäss Rechnung 2010 haben wir ein Eigenkapital von gut 1,1 Milliarden Franken. Dieses Eigenkapital entspricht auch in etwa der Liquidität. Wir werden also die Investitionen ohne Fremdfinanzierung tätigen können. Und 2020, wenn wir die geplanten Investitionen getätigt haben – sofern der Kantonsrat oder das Volk dem zustimmt – sollte unser Eigenkapital noch immer ca. 700 Mio. Franken betragen. Momentan sind Investitionen ja keine schlechte Geldanlage. Sie sind wertbeständig, notwendig und tragen bei zu einem guten Standort. Sie sehen also, dass diese Projekte finanzierbar sind, ebenso der Stadttunnel und sogar der Tunnel Unterägeri hätte noch Platz.
Anna Lustenberger hat gesagt, die Strassenrechnung werde ins Minus fallen. Wir haben immer gesagt, die Projekte der ersten Priorität seien finanziert. Wir haben heute in der Strassenrechnung gegen 200 Mio. Franken. Die Nordzufahrt ist schon längstens bezahlt. Und wir haben immer gesagt, die übrigen Projekte seien über die Strassenrechnung nicht finanziert. Da kommen wir gezwungenermassen ins Minus. Aber ob wir das nun ins Minus fallen lassen oder über die Rechnung oder über Eigenmittel bezahlen, das ist eine Schattenrechnung und gehüpft wie gesprungen.
Zum Zentrum^{plus}. Man sieht jetzt bei der Umfahrung Cham/Hünenberg, wie kontrovers diskutiert wird. Von Sperrung Bärenbrücke bis gar nichts machen. Dazu Folgendes. Man muss sich mal fragen, was zuerst ist, das Huhn oder das Ei. Wenn wir über ein Zentrum^{plus} diskutieren wollen, brauchen wir einen Stadttunnel. Und dieser Stadttunnel, der keine Umfahrung ist, sondern eine Neuorganisation und eine Erschliessungsstrasse, hat zum Ziel, das Zentrum aufzuwerten. Deshalb versteht der Baudirektor auch die Bedenken, was mit diesem Zentrum^{plus} passiere. Wir sind heute an einem Punkt, wo wir zwar im Begleitgremium schon viel über das Zentrum^{plus} gesprochen haben, dass wir den Verkehr reduzieren wollen. Es ist klar, dass es eine Aufwertung geben muss. Deshalb der Appell an den Kantonsrat: Es kann einfach nicht sein, dass sich dann im Zentrum nichts bewegt. Es wird so sein, dass Strassenzüge geschlossen werden, dass die Voraussetzungen geschaffen

werden müssen, damit Plätze aufgewertet werden können und flaniert werden kann. Sonst ist tatsächlich die Investition nicht notwendig und wir müssen den Verkehr weiterhin durch die Stadt laufen lassen.
Was heisst das nun? André Wicki hat es gesagt: 410'000 Franken sind bereitgestellt, um im Rahmen der Bearbeitung des Generellen Projekts dieses Zentrum^{plus} abzuholen – auch wieder mit Begleitgremium, Fachkräften und Informationsveranstaltungen von Quartiervereinen und Gewerbe. Ob wir bezüglich Zentrum^{plus} wirklich eine hundertprozentige Einigung finden mit all diesen Interessengruppen, bezweifelt der Baudirektor. Aber wir müssen es soweit bringen, dass wirklich eine grosse Mehrheit hinter diesem Zentrum^{plus} und seiner Stossrichtung stehen kann. Dass wir aber im Rahmen des Generellen Projekts das Zentrum^{plus} nicht bis ins letzte Detail planen können, wo Bäume stehen und wo Bänklein, versteht sich von selbst. Aber die Grundzüge dieses Zentrum^{plus} werden erarbeitet und transparent in diesen Rat getragen.
Zu den Portalen. Da haben wir auch schon intensive Diskussionen geführt. Die Standorte sind jetzt mal definiert, wobei es bei zweien noch weitere Abklärungen braucht. Und die Ausfahrt an der Industriestrasse muss auch noch abgeklärt werden. Wir setzen alles daran, dass diese Ausfahrt nicht notwendig ist. Aber wenn Ingenieure und andere Fachleute zusammen mit dem Begleitgremium nicht umhin kommen zu sagen, es gehe nicht anders als mit der Ausfahrt Industriestrasse, müssen wir darüber diskutieren. Heinz Tännler kann heute noch keine Garantie abgeben.
Das Projekt muss reifen. Es ist schon sehr weit fortgeschritten. Wir sind heute plus minus schon so weit, dass das Generelle Projekt steht. Jetzt gibt es noch viel Detailarbeit, die gemacht werden muss. Wir haben Zeit bis Ende Jahr, und dann kann man über alles diskutieren, weil die Grundlagen vorliegen.
Zu Anna Lustenberger und dem Verfahren, einstufig oder zweistufig. Der Standard war bei uns in der Baudirektion immer ein einstufiges Verfahren. Heinz Tännler sieht da Vorteile. Wenn wir mit dem Generellen Projekt kommen, steht im Gesetz, die Linienführung müsse klar sein, die Knoten definiert, ein technisches Profil und eine Kostenschätzung müsse vorliegen. Aber wenn man die Unterlagen sieht für ein Generelles Projekt, hat das heute schon einen exorbitanten Detaillierungsgrad. Das ist mehr als einfach nur ein Generelles Projekt. Der Baudirektor fragt sich, ob es gut ist, einen Projektierungskredit zu sprechen von etwa 40 Millionen, gegen den man das Referendum ergreifen kann, und etwa zwei bis drei Jahre zu planen, bis wir ein Detailprojekt haben, das sich vom Generellen Projekt in den politischen Fragen nicht gross unterscheidet. Und über was sollen wir diskutieren? Über Randsteine oder ob der Fluchtstollen horizontal oder vertikal liegt? Fachtechnische Fragen, die man dann natürlich besser diskutieren kann. Mit dem Generellen Projekt haben wir einen Projektstand, bei dem Bevölkerung und Parlament mehr als genügend Grundlagen haben, um über Ja oder Nein zum Tunnel zu diskutieren. Wir
gehen auch nicht das Risiko ein, wieder eine Planungsleiche zu haben. Wir haben jetzt diskutiert und planen seit 1950, wahrscheinlich wurden schon x Planungskredite gesprochen und alles wurde an die Wand gefahren. Das war ein hilfreicher Prozess, damit wir heute an einem Punkt sind, wo der Leidensdruck so gross ist, dass wir über dieses Projekt konkret diskutieren können. Aber das Risiko, dass wir nachher 40 Millionen in den Sand gesetzt haben, besteht, wenn das Referendum ergriffen wird. Deshalb sieht Heinz Tännler bei einem zweistufigen Verfahren hier keine Vorteile. Er steht bereit, wir legen alles transparent auf den Tisch, auch der

Kantonsrat kann sich an zwei Sitzungen darüber informieren. Diese Zeit mit dem parlamentarischen Prozess nehmen wir uns.
Zur Mitwirkung. Der Baudirektor garantiert, dass weiterhin miteinander an diesem Projekt weitergearbeitet wird. Die Termine stehen alle schon. Wir werden das Mitwirkungsverfahren intensiv weiterführen, Stadt, Kanton, die Interessengruppen, politische Gruppen, es gibt Begleitgremiumssitzungen, Fachgruppen, das Verkehrsforum, wir werden mit allen Quartiervereinen und dem Gewerbeverband intensive Diskussionen führen, damit die Mitwirkung garantiert ist.
Bitte stimmen Sie diesem Kredit von 3,4 Millionen zu. Wir haben eine grosse Chance, dass wir Ende Jahr ein Projekt auf dem Tisch haben, worüber Parlament und Volk dann entscheiden können. Das Volk soll 2013 entscheiden können. Der Souverän soll nun sagen, ob er einen Stadttunnel will mit den flankierenden Massnahmen, mit dem Zentrum^{plus}. Wir dürfen das nicht wieder um Jahre hinauszögern. Dann ist vielleicht wieder ein neues Parlament da und die Diskussionen beginnen wieder von Vorne, es kommen neue und falsche Ideen usw. Diese Verantwortung müssen wir jetzt übernehmen und Ende Jahr zum Abschluss bringen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zu diesem Geschäft nur eine einzige Lesung stattfindet, weil der Kantonsrat gemäss § 3 Abs. 1 des Kantonsratsbeschlusses über das Strassenbauprogramm 2004 – 2014 vom 18. Dezember 2003 (BGS 751.12) Kredite mit einem einfachen Kantonsratsbeschluss freigibt.
Die Kantonsratspräsidentin hat sich beim Landschreiber erkundigt, warum es bei Titel und Ingress «Freigabe eines Objektkredits» heisst. Das hat mit dem Finanzhaushaltgesetz zu tun, § 28 Abs. 2 Bst. d. Es geht hier rein um den Wortlaut. Man nennt es einen «Objektkredit für ein Einzelvorhaben». Somit wird heute noch überhaupt nichts beschlossen darüber, ob es ein ein- oder zweistufiges Verfahren gibt.

Das Wort zur Detailberatung wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt dem Objektkredit mit 72:0 Stimmen zu.

Landschreiber Tobias Moser wird für den Rest der Sitzung von der Stellvertretenden Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart vertreten.

367 Postulat von Rudolf Balsiger und Moritz Schmid betreffend Kantonsforstamt in die Baudirektion

Traktandum 8 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2001.2 – 13781 und 2001.3 – 13972).

Moritz **Schmid** hält fest, dass die Postulanten den Bericht und Antrag des Regierungsrats zur Kenntnis genommen haben. Wir bedanken uns dafür, obwohl wir mit dem Resultat nicht zufrieden sein können. Ebenfalls zur Kenntnis genommen

haben wir, dass die Direktion des Innern dem Anliegen des Postulats keine weitere Beachtung mehr geschenkt hat. Eine unverständliche Reaktion angesichts des Begehrens der Postulanten.
Wir sind überzeugt, eine Ämterzusammenlegung im Sinne der Postulanten bringt Nutzen. Es können Synergien genutzt werden und wir erzielen einen nicht zu übersehenden Mehrwert. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass die Eingliederung des Kantonsforstamts in die Baudirektion keinen Zusatzgewinn bringen würde. Dabei wird offenbar übersehen, dass es nicht nur in der Raumplanung, sondern insbesondere im Wasserbau und im Strassenbau zu erheblichen Synergien kommen könnte. Die Zusammenarbeit des Kantonsforstamtes mit der Abteilung Wasserbau des Tiefbauamts muss eng sein.
Nach § 38 Abs. 2 Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrates vom 1. Dezember 1932 (BGS 141.1) sind Postulate selbständige Anträge, durch deren Erheblicherklärung der Regierungsrat eingeladen wird, einen Gesetzes- oder Beschlussentwurf vorzulegen oder bestimmte Massnahmen zu treffen. Die Formulierung «eingeladen» geht davon aus, dass auch bei einer Erheblicherklärung eines Postulats keine zwingende Verpflichtung des Regierungsrats gegeben ist, das Postulatsbegehren umzusetzen. Mit anderen Worten: Wenn die Regierung uns einen Gesetzes- oder Beschlussentwurf unterbreiten will, kann sie dies tun. Wenn sie das aber partout nicht tun will wie in diesem Fall, dann will er es einfach nicht.
Strassenbau und -sanierungen berühren immer wieder den Wald. Eine Integration des Kantonsforstamts in die Baudirektion würde dazu führen, dass die Anliegen des Waldes in einer sehr frühen Phase in die Strassenbau- und -sanierungsprojekte einfliessen könnten. Der Gewinn für den Wald und damit für die Sache selbst würde augenfällig sein. Und darum geht es doch eigentlich. Der Wald soll schliesslich als Gewinner dastehen.
Die Kantone Zürich und Schaffhausen und sieben weitere Kantone zeigen es. Dort sind die kantonalen Forstämter ebenfalls in der Baudirektion oder in weiter gefassten Bau- und Umweltdirektionen angesiedelt. Warum soll nicht auch der Kanton Zug von diesen Vorteilen profitieren wollen?
Der Votant beantragt – entgegen dem Antrag des Regierungsrats – das Postulat sei nicht als erledigt abzuschreiben. Bei diesem Begehren wird er von unserem alt Kantonsratskollegen Rudolf Balsiger und hoffentlich auch vom Rat unterstützt.

Cornelia **Stocker** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Zuständigkeitsverteilung der einzelnen Ämter als klassische Exekutivaufgabe erachtet. Wenn wir echte Gewaltentrennung leben wollen, dann müssen wir konsequenterweise operative Aufgaben dem Regierungsrat überlassen. Dies auch dann, wenn uns die eine oder andere Zuteilung nicht passt und wir gescheitere Vorstellungen hätten. Anregungen und Empfehlungen zu platzieren, verbietet jedoch wohl niemand. Wir möchten aber davor warnen, aufgrund von suboptimalen Personenkonstellationen entsprechend Organigramme zu ändern oder gar Organigramme um Personen zu kreieren. In diesem Sinne stützt die FDP-Fraktion die regierungsrätliche Antwort und den entsprechenden Antrag.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AGF den Entscheid des Gesamtregierungsrats unterstützt (nicht der DI, Moritz Schmid), die Fusion des Amts für Fischerei und Jagd

mit dem Kantonsforstamt nicht rückgängig zu machen und die Aufgaben des vormaligen Kantonsforstamts im neuen Amt für Wald und Wild zu belassen. Wieso?
Zum Wasserbau. Für den Wechsel des Kantonsforstamts in die Baudirektion spreche ein effizienterer Wasserbau. Doch diesem Anliegen wurde bereits mit der Gesetzesrevision 2008 hier in diesem Rat Rechnung getragen. Damals bestimmte der Kantonsrat, dass die DI nicht mehr für wasserbauliche Massnahmen im Wald zuständig sei, sondern die Baudirektion. Ein Direktionswechsel bringt also hier keinen Mehrwert.
Zum Strassenbau. Hier gibt es zwischen Baudirektion und Direktion des Innern heute nicht so viele Schnittstellen, wie vorgegaukelt wurde. Für Forststrassen ist die DI zuständig, für nichtforstliche die BD. Rodungsbewilligungen für letztere waren eine kleine Aufgabe beim Kantonsforstamt.
Zur Synergie. Ein Wechsel würde laut Regierung – und diese Ansicht stützen wir – zu massiven Synergieverlusten statt Synergiegewinnen führen. Oben hat der Votant ausgeführt, dass es weder bei Wasserbau noch zu Strassenbau zu Synergiegewinnen kommt. Doch die Regierung zeigt klar auf, dass es zu Verlusten kommt. Die Aufgaben des Kantonsforstamts waren nahe an Fischerei, Jagd, Waldbewirtschaftung, Wildschutz etc. Die Schnittstellen zwischen dem vormaligen Amt für Fischerei und Jagd sowie dem vormaligen Kantonsforstamt sind so vielfältig und eng, dass eine Aufgabenansiedlung in unterschiedlichen Direktionen einen massiven Koordinationsaufwand generieren würde und die Verwaltung ineffizient und auch bürgerunfreundlich machen würde.
Darum die Ämterzusammenlegung. Die Nähe der Aufgaben vom Amt für Fischerei und Jagd mit dem Kantonsforstamt hat die Gesamtregierung bereits 2009 – also lange vor der Einreichung dieses unglücklichen Postulats – bewogen, im Sinne einer effizienten, bürgerfreundlichen und pragmatauglichen Verwaltung die Zusammenlegung dieser beider Ämter anzugehen. Und so haben wir seit Anfang dieses Jahres das neue Amt für Wald und Wild. Dies nun wieder auseinander zu reissen wäre Unsinn, der zu unverantwortbaren Mehrkosten führen würde. Das könnte Ihnen sicher auch die heute anwesende Amtsleitung bestätigen.
Zur Zuständigkeit – Cornelia Stocker hat dies gut gesagt. Als Kantonsrätin und als Kantonsrat haben sie gelobt oder geschworen, ihre Tätigkeit gemäss der Zuger Kantonsverfassung auszuüben. In der Zuger Kantonsverfassung wird die Gewaltenteilung zwischen Kantons- und Regierungsrat eindeutig festgehalten. In § 38 und § 41 steht, dass der Kantonsrat «die gesetzgebende und aufsehende Gewalt» sei. In § 47 steht: «Der Regierungsrat ist mit dem Vollzug der Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse und mit der Staatsverwaltung und Rechnungsführung in allen Teilen beauftragt». Darum ist es nicht nur die alleinige Kompetenz, sondern auch die Pflicht des Gesamtregierungsrats zu bestimmen, wie er mittels der Verwaltung operativ unsere gesetzlichen Vorgaben umsetzt. Wenn nun lamentiert wird, die Regierung setze sich über den Wunsch – ein Postulat ist ja nichts anderes als ein Wunsch – des Kantonsrats hinweg, dann vergessen Sie nicht, dass die Regierung im Recht ist – und das ist gut so. Stellen Sie sich vor, die Regierung würde uns dreinreden und selbstherrlich Gesetze erlassen. Sie als Fraktionsmitglieder hätten ja die Gelegenheit gehabt, ihre Regierungsräte von der Umsetzung des Postulats zu überzeugen. Das ist Ihnen offenbar nicht gelungen. Und darum hat die Gesamtregierung offenbar aus guten Gründen an der heutigen Aufgabenzuteilung und an der Zusammenführung der beiden Ämter festgehalten.
Seien Sie deshalb Demokraten, respektieren sie die Verfassung und vor allem die Gesamtregierung mit den ihr zustehenden Rechten und Kompetenzen.

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass wir hier einen historischen Moment haben. So viel er weiss, ist es das erste Mal, dass einem Postulat, welches erheblich erklärt wurde, nicht Folge geleistet wurde. Mindestens in der vom Votanten überblickbaren Amtszeit. Er muss nach allen Fraktionssprechenden schon seinem Erstauen Ausdruck geben, wie wenig diese grundsätzliche Frage, wie der Regierungsrat mit einem erheblich erklärten Postulat umzugehen hat, thematisiert wurde. Er macht sich echt Sorgen um dieses Parlament. Da erklärt es ein Postulat mit knapper Mehrheit erheblich, und der Regierungsrat sagt in Abs. 2, er sei ja nur verpflichtet, nochmals zu prüfen und Stellung zu nehmen. Das sei es dann gewesen. Der Wunsch des Parlaments sei für ihn eigentlich mehr oder weniger unerheblich. Da fragt sich der Votant schon: Für was stimmen wir dann über das Ganze ab? Einfach damit die Regierung sagen kann: Wir haben es Euch schon mal gesagt und jetzt ist fertig. Mindesten hätte Heini Schmid erwartet, dass in dieser Vorlage ausgeführt wird, was die Kriterien sind für diesen einmaligen Vorgang. Wann die Regierung einem erheblich erklärten Postulat Folge leisten will oder nicht. Nicht einmal zu diesem Schritt sah sich die Regierung genötigt. Und wir nicken das einfach ab. Der Votant möchte einfach darauf hinweisen, dass wenn wir so weitergehen mit dem Postulat, das besser abschaffen, weil es eigentlich gar nichts mehr bringt. Mindestens müsste man doch von der Regierung erwarten, dass sie erhebliche Gründe hat, von einem Wunsch des Parlaments abzuweichen. Das scheint ja nur eine fromme Einladung zu sein. Wir machen zwar eine Abstimmung. Da können wir gleich eine Interpellation machen. Was ist denn eigentlich noch die Funktion eines Postulats? Wir überprüfen ja die Geschäftsordnung und da wäre ja doch vielleicht prüfenswert, ob wir dieses Instrument wirklich noch weiterführen sollen. Heini Schmid hat dafür auch keine Lösung, aber er bittet einfach das Parlament, dass es, wenn mit seinen Instrumenten wie hier vorexerziert umgegangen wird, mindestens noch reflektiert, was passiert. Denn sonst packen wir gescheiter mal unsere Sachen zusammen und sagen: Oberaufsicht über die Regierung – das ist ein Bereich der Regierung, da dürfen wir ja gar nichts mehr denken. Da dürfte das Bundesparlament sich überhaupt nicht mehr überlegen, ob alle Bildungsabteilungen in ein Bildungsdepartement zusammengefasst werden sollen. Man sollte die Gewaltenteilung so interpretieren, wie sie auch gemeint ist. Das Parlament hat die Oberaufsicht. Und wenn wir finden, in Bereichen der Regierung laufe etwas schief, dann haben wir die Verantwortung hinzusehen. Auch wenn wir klar der Meinung sind, das sei eine operative Aufgabe der Regierung.
Sie sehen jetzt das Beispiel im Kanton Schwyz. Wenn etwas in der Justiz nicht läuft, wer ist schlussendlich zuständig und wer hat die Verantwortung zu tragen? Wir als Parlamentarier. Der Votant möchte nicht behaupten, dass das jetzt eine zentrale Frage ist mit diesem Amt. Wirklich nicht! Da kann man im Guten darüber streiten. Aber er bittet einfach, die Gewaltenteilung nicht so zu verstehen, dass in den Bereichen, wo sich hauptsächlich die Regierung darum kümmert, wir nichts zu sagen haben. Denn wir stehen staatspolitisch über der Regierung. Nicht umsonst ist unsere Präsidentin die höchste Zugerin. Und wir haben keine absolute Gewaltenteilung. Das war noch nie das schweizerische System. Denn wir können uns nicht dispensieren, wenn etwas in der Regierung falsch läuft, mit dem Argument: Das ist operativ, dazu haben wir nichts zu sagen. Wir sind gegenüber dem Volk verantwortlich, dass die Regierungsführung einwandfrei ist. Und wenn sie es nicht ist, setzen wir eine PUK ein und lassen uns alles zeigen, was los ist. Heini Schmid bittet einfach – auch in Bezug auf die vorherige Vorlage, wo scheinbar ein Mitwirkungsgruppenteilnehmer mehr über Zentrum^{plus} weiss als wir als Kantonsrat – dass

wir uns als kritischen Partner der Regierung verstehen und nicht einfach sagen: Es kommt ja schon gut. Wir akzeptieren 4-seitige Vorlagen über den ganzen Stadttunnel mit 500 Millionen. Der Votant hat extra nichts gesagt. Aber er findet einfach, dieses Parlament sollte sich seiner Rolle wieder etwas mehr bewusst werden.

Martin **Stuber** glaubt, dass Heini Schmid sich hier wirklich verrannt hat. Es geht ja nicht darum, dass irgendetwas Schlimmes schief läuft in der Regierung. Wenn es so wäre, hätten die Postulanten eine Interpellation machen müssen. Das ist die Aufsichtspflicht. Wir können ein Postulat über irgendetwas machen. Aber wir haben dennoch ganz klar festgelegte Kompetenzzuteilungen zum Parlament, zur Präsidentin, zur Regierung. Und diese sind zu respektieren. Deshalb kann man ja auch keine Motion machen. Dann hätte man gesagt: Ihr müsst; wir dürfen Euch sagen, wie Ihr Euch zu organisieren habt. Dann hätte man eine Motion gemacht. Das geht nicht. Deshalb ist das Postulat das Mittel dazu. Wenn es darum gegangen wäre, dass irgendetwas Schwerwiegendes schief läuft in der Regierung, würde die Aufsichtspflicht anders laufen. Aber darum geht es ja hier nicht. Wir können dieses Postulat wirklich beruhigt abschreiben.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass es hier um eine staatsrechtliche und um eine sachliche Ebene geht. Zuerst zur staatsrechtlichen Ebene. Die Votantin ist gebeten worden, hier einige Ausführungen zu machen. Sie möchte betonen, dass die nachfolgenden Bemerkungen sich mit dem Staatsrecht befassen und nicht als Affront des Regierungsrats gegenüber dem Parlament verstanden werden sollen.
Die Geschäftsordnung des Kantonsrats sieht Motionen und Postulate vor, die von den Kantonsratsmitgliedern eingereicht werden können. Motionen sind Anträge, durch deren Erheblicherklärung der Regierungsrat oder eine Kommission des Kantonsrats *verbindlich* beauftragt wird, einen Gesetzes- oder Beschlussesentwurf vorzulegen oder bestimmte Massnahmen zu treffen. Postulate hingegen sind selbständige Anträge, durch deren Erheblicherklärung der Regierungsrat *eingeladen wird*, einen Gesetzes- oder Beschlussesentwurf vorzulegen oder bestimmte Massnahmen zu treffen. Im Gegensatz zu Motionen sind Postulate daher keine verbindlichen Aufträge und können auch nicht zu verbindlichen Aufträgen gemacht werden. Diese Unterscheidung zwischen verbindlicher Motion und unverbindlichem Postulat ist Ausfluss des Gewaltenteilungsprinzips.
Dies ist seit der Inkraftsetzung der Geschäftsordnung des Kantonsrats in den 30er-Jahren so gewollt und es hat sich auch bewährt. Es gibt dazu ganz viele Materialien. Die Direktorin des Innern hat gestern Abend noch ein Gespräch gehabt mit unserem ehemaligen Landschreiber, der diese Materialien wirklich in- und auswendig kennt. Es ist wirklich ein hochspannendes Thema.
Im vorliegenden Fall haben wir es also mit einem Postulat und nicht mit einer Motion zu tun. Warum? Weil es sich um ein Anliegen handelt, das in der Kompetenz des Regierungsrats ist. Eine Motion und somit ein verbindlicher Auftrag ist bei der Frage der Ämterzuteilung nicht möglich. Diese fallen gemäss Organisationsgesetz in die Kompetenz des Gesamtregierungsrats. Wir haben es also mit einem Anliegen zu tun, das einerseits in der Kompetenz des Gesamtregierungsrats liegt und anderseits eine Einladung des Kantonsrats ist, das heisst eine unverbindliche Bitte an den Regierungsrat.
Der Regierungsrat bittet Sie nun als Kantonsparlamentarierinnen und -parlamentarier, vom Bericht und vom wohlüberlegten Entscheid des Gesamtregierungsrats,

dass er der unverbindlichen Bitte des Parlaments nicht Folge leistet, Kenntnis zu nehmen. Manuela Weichelt-Picard bittet den Rat, dies auch mit der staatspolitischen Brille nüchtern anzuschauen. Die staatspolitische Situation ist klar. Es ist wirklich kein Affront gegenüber dem Parlament. Voten gegen eine Abschreibung sind staatsrechtlich gesehen rein deklaratorisch und binden den Regierungsrat nicht. Das Postulat wird abgeschrieben – so sieht es unser Staatsrecht vor.
Nun zum sachlichen Aspekt. Auch hier ist es der Regierung wichtig, dass die Ausführungen des Regierungsrats nicht zur Verärgerung und zu roten Köpfen des Parlaments führt, sondern mithilft, den Entscheid des Regierungsrats zu verstehen. Dieser kann die Enttäuschung, ja zum Teil Verärgerung einiger Kantonsparlamentarier nachvollziehen. Vielleicht ist der Bericht des Regierungsrats auch in einzelnen Teilen zu kurz und zu wenig ausführlich ausgefallen. Wir nehmen diese Selbstkritik durchaus auf.
Der Regierungsrat wollte mit seinem Bericht auf gar keinen Fall das Parlament verärgern. Er nahm die unverbindliche Bitte des Parlaments ernst, er nahm das Anliegen entgegen und prüfte es nochmals eingehend und ernsthaft. Die Voten der Parlamentarier, die sich am 25. August 2011 äusserten, wurden eingehend analysiert. Es wurden Gespräche geführt, auch mit Personal, es wurden Mitberichte bei anderen Direktionen eingeholt. Das Forstamt und das Amt für Fischerei wurden bekanntlich am 1. Januar 2012 fusioniert. Dieser Prozess wurde aber längst vor der Einreichung des Postulats eingeleitet. Eine Veränderung aufgrund von Pragma und eines 24-Stunden-Pikettdienstes bei der Wildhut auf Grund von Synergien war naheliegend. Diese Reorganisation wurde auch von Externen begleitet. Zu Beginn standen damals auch Überlegungen, sämtliche grünen Ämter zusammenzuführen. Aber nach Abwägung der Vor- und Nachteile fiel die Entscheidung auf die Fusion von Wald, Fischerei und Jagd zum neuen Amt für Wald und Wild. Die Regierung hat neben Ämterfusionen in der Vergangenheit auch schon Ämter oder Abteilungen verschoben. Es ist nicht so, dass dies für eine Regierung ein Tabuthema wäre.
Die Amtsleitungen sowie die Mitarbeitenden sind nun mitten im Prozess, die Fusionierung von Wald, Fischerei und Jagd zu vollziehen. Sie sind hochmotiviert, im neuen Amt für Wald und Wild zugunsten des Kantons zu arbeiten. Es laufen zurzeit die letzten Vorstellungsgespräche für die Abteilungsleitungen. Dieser Entscheid, diese Prozesse und dieser Schwung werden vom Gesamtregierungsrat unterstützt.
Zurück zum Werkzeug Postulat. Der Regierungsrat hat die Ansicht, dass das Postulat ein sehr wertvolles parlamentarisches Mittel ist. Er hat in der Vergangenheit auch gezeigt, dass er schon einige Male Postulate voll oder teilweise umgesetzt hat, obwohl es sich nur um unverbindliche Bitten handelte. Es muss dem Regierungsrat jedoch auch möglich sein, im Rahmen seiner Kompetenzen und nach einer seriösen Prüfung des Anliegens zum Entscheid zu kommen, eine Bitte nicht umzusetzen. – Besten Dank für die Kenntnisnahme des Berichtes und dieser Ausführungen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass ein Begehren vorliegt, über das Abschreiben abzustimmen. Aber sie macht darauf aufmerksam, dass das Resultat dieser Abstimmung rein deklaratorischen Charakter hat. Der Regierung steht es frei, der Bitte eines Postulats nachzukommen oder nicht.

➔ Der Rat schliesst sich mit 42:22 Stimmen dem Antrag der Regierung an, das Postulat sei als erledigt abzuschreiben.

368 Interpellation von Hubert Schuler, Karin Andenmatten und Thomas Villiger betreffend Kanton Zug als Teststrecke für die Erdverlegung der Hochspannungsübertragerleitung

Traktandum 9 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2084.2 – 13970).

Hubert **Schuler** hält fest, dass es die Interpellantin und die Interpellanten freut, dass die Baudirektion den Kontakt mit Swissgrid aufgenommen hat und eine gemeinsame Sitzung mit interessierten Gemeindevertreterinnen, dem Verein zur Förderung der Wohnqualität entlang der Hochspannungsleitung Sils-Benken-Mettlen und einer Vertretung der Interpellanten durchführte.
Wir sind natürlich sehr gespannt, welche Antworten die Regierung auf das klar formulierte Interesse, Zug als Teststrecke für eine Erdverkabelung auszuwählen, erhalten wird. Ohne das Sitzungsgeheimnis verletzen zu wollen, darf sicher gesagt werden, dass die Vertretung von Swissgrid über die Dynamik der Zuger Behördenvertreterinnen und Vertreter positiv erstaunt waren. Es gilt nun, mit dieser Dynamik weiter zu machen, was der Votant nicht bezweifelt. Wir würden es sehr begrüssen, wenn wir auch in Zukunft an den weiteren Entwicklungsschritten mit einbezogen werden könnten, da unser Interesse mit diversen Inputs nicht erst seit dem Einreichen der Interpellation besteht. Wir sind überzeugt, dass mit dem Einbezug aller Interessengruppen (also auch des vfw) schneller und effizienter gehandelt werden kann. Dass die politischen Entscheidungen dann vom Regierungs- respektive Kantonsrat und den involvierten Gemeinden getroffen werden müssen, weiss Hubert Schuler sehr wohl.
In der Antwort zur Interpellation führt die Regierung auch noch die beiden Leitungen Obfelden - Baar und Steinen - Rotkreuz auf. Auch wenn diese beiden Leitungen im Richtplan erst als «vorgemerkt» gelten, ist es absolut richtig, dass sie nicht vergessen gehen. Es ist einfacher, früher Einfluss zu nehmen, als sich dagegen zu wehren, wenn alles entschieden ist.

Beat **Sieber** hält fest, dass die FDP-Fraktion sowohl diese Interpellation wie auch die Antwort des Baudirektors begrüsst und diskutiert hat. In der Diskussion haben wir unter anderem die Frage aufgeworfen, ob es denn wirklich nicht möglich sei, Synergien zwischen laufenden Bauvorhaben (z.B. Tangente) und der Endverlegung der Hochspannungsleitungen zu schaffen. Wir bitten deshalb den Baudirektor, etwas vertieft offen zu legen, wieso entsprechende Synergien nicht möglich sind.

Baudirektor Heinz **Tännler** dankt für die gute Aufnahme der Antwort. Wie es Hubert Schuler ausgeführt hat, war dieser an der Sitzung, die wir mit Swissgrid führten, anwesend und brachte sich dort aktiv ein. Wir wollen die Dynamik der Behörden weiter hoch halten. Initiiert wurde diese ganze Geschichte durch den Verein vfw, mit dem wir schon seit Jahren in Kontakt stehen. Vor etwa zwei Jahren sind wir – als wir hörten, dass eine Metastudie von Swissgrid anhand genommen wird – auf Swissgrid zugegangen. Mit dieser Interpellation haben wir die Dynamik erhöht.
Wir sind insofern auf gutem Weg, als das Anliegen des Kantons von Swissgrid ernsthaft aufgenommen worden ist. Wir bleiben weiterhin am Ball. Wir haben

Swissgrid aufgefordert, nun bezüglich Rahmenbedingungen und der Beurteilung der Netzprojekte im Hinblick auf ein allfälliges Gesuch für ein Pilotprojekt uns bis Ende März dieses Jahres die Grundlagen zu liefern. Wir wollen also hier nicht nur einfach Schatten boxen, sondern dieses Thema effektiv anhand nehmen. Man muss sich aber bewusst sein, dass diese ganze Geschichte nicht zum Nulltarif zu haben ist. Eine Erdverlegung kostet, was die Investition anbelangt. Und da wird es kaum so sein, dass Swissgrid beziehungsweise der Bund alles zu 100 % finanzieren würde. Wir sprechen da von Millionen bei einer solchen Erdverlegung, je nach Technik, die man dazu wählen würde. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten.
Der Kanton Zug ist nicht der einzige Kanton, der sich für eine solche Erdverlegung beziehungsweise für einen Pilot interessiert. Auch die Bündner, die Walliser, die Jurassier und die Berner wollen hier mit profitieren. Das heisst, dass wir diese Dynamik hochhalten müssen, um im Geschäft zu bleiben.
Der Baudirektor kann Hubert Schuler und den Interpellanten versichern, dass wir sie und das Parlament mitnehmen, damit sie immer auf dem neusten Stand sind. Auch was die übrigen Leitungen anbetrifft, werden wir das selbstverständlich auch weiter berücksichtigen.
Zu Beat Sieber und der Frage nach den Synergien. Die Tangente wurde angesprochen. Wir wurden auch von den Gemeinden Cham und Hünenberg brieflich angefragt, ob es nicht auch bei der UCH solche Synergien geben könnte. Der Grundsatz ist richtig, dass man Infrastruktur an Infrastruktur legen soll. Das ist sinnvoll und soll auch als Grundsatz berücksichtigt werden. Nun ist es aber bei der UCH und bei der Tangente folgendermassen: Sie gehen in diesem Jahr in die Auflage und wenn alles gut läuft, werden wir bald (2014/15) mit dem Bau beginnen können.
Bei einer Erdverlegung müssen wir aus heutiger Sicht etwa mit sieben bis acht Jahren Vorlaufzeit rechnen. Das ist ein ziemlich kompliziertes Verfahren, dessen Voraussetzungen im Detail noch nicht mal bestimmt sind. Das heisst, der Pilot einer Erdverlegung wäre zeitlich weit hinter einem Baubeginn der UCH oder der Tangente. Es ist also aus zeitlicher Sicht kaum möglich, dass man hier eine Kongruenz finden könnte. Dann verzögern wir unsere Strassenbauprojekte, und dies mit der Unsicherheit, ob es wirklich einen Pilot im Kanton Zug gibt oder nicht. Das wissen wir heute ja nicht. Und ob man bereit ist, mit zu finanzieren.
Heinz Tännler ist auch der Ansicht, dass eine solche Zusammenlegung zu einer Projektänderung führen würde, ja zu einer Änderung des Generellen Projekts. Mit anderen Worten: Der Kredit, den Sie und das Volk gesprochen haben, deckt den Pilot nicht ab. Das heisst, wir müssten eigentlich mit diesen Strassenbauprojekten möglicherweise wieder von vorne beginnen und diese wieder neu auflegen, weil es ein kombiniertes Projekt ist, das einschneidende Änderungen nach sich ziehen würde.
Das sind auch die Gründe, die wir den Gemeinden Cham und Hünenberg mitgeteilt haben. Sie haben das nachvollziehen können und es ist heute für die Gemeinden kein Thema mehr. Wo wir aber Synergien finden können, wollen wir dies selbstverständlich auch nutzen.

➔ Kenntnisnahme

369 Interpellation von Andreas Hürlimann und Stefan Gisler betreffend Sozial- und Lohndumping im Kanton Zug

Traktandum 10 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2086.2 – 13987).

Andreas **Hürlimann**: Kurz zusammengefasst kann aus Sicht der Interpellanten und der AGF Folgendes zur Antwort der Regierung gesagt werden: Die Antwort ist unbefriedigend, die Regierung stiehlt sich aus der Verantwortung, statt diese wahrzunehmen. Lohndumping ist die Schattenseite der Personenfreizügigkeit! Die AGF nimmt befremdet zur Kenntnis, dass keine Statistik vorhanden ist, wie viele Kontrollen in Zug gemacht werden.
Es ist zwar gut zu erfahren, dass in der Vernehmlassung zur Revision des Entsendegesetztes, welche am 31. Dezember 2011 beendet wurde, unter anderem die Bekämpfung der Scheinselbständigkeit gestärkt werden soll und auch die Schweizer Arbeitgebenden stärker in die Pflicht genommen werden. Und es ist auch gut zu erfahren, dass der Mangel im Prozess nach der anfänglichen Feststellung eines Missbrauchs als Schwerpunkt für weitere Massnahmen erkannt ist. Nicht zuletzt ist auch die Problematik der vielfach vorhandenen Mehrfach-Subkontrakt-Strukturen anzugehen.
Alles gute Ansätze, welche primär als Zitat von der Konferenz der Kantonsregierungen in die Interpellationsantwort eingebracht wurden Aber was macht der Kanton Zug? Nach dem Studium der regierungsrätlichen Antwort kann das Zuger Motto wohl nur heissen: Augen und Ohren zu und durch!
Wie kann man zum Beispiel der Meinung sein, dass der Umfang der Kontrollen genügt, wenn man nicht einmal konkrete Zahlen zum Kanton Zug vorliegen hat – und dies weder von den immer wieder erwähnten Paritätischen Kommissionen noch zum Beispiel im Bereich der Kontrollen der Nacht-, Sonn- oder Feiertagsarbeit. So hat es die Regierung leider verpasst, auch bei letztgenannten Kontrollen, wo nur das Amt für Wirtschaft und Arbeit sowie die Zuger Polizei und keine weitere kantonsübergreifende oder eidgenössische Instanz zuständig ist, konkrete Zahlen mitzuliefern.
Es ist mehr als nur fraglich, dass in einem Kanton mit dermassen massiver Bautätigkeit keine Meldungen von Verstössen beim Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) eingegangen sind. Wenigstens hat das AWA, welches ansonsten gute Arbeit leistet – davon konnte der Votant sich während einer Stawiko-Visitation überzeugen – sich getraut, auch bereits einmal bei den Paritätischen Kommissionen nachzufragen.
Denn wie der besonders schwerwiegende Fall zeigt, welcher im Oktober vergangenen Jahres an die Öffentlichkeit gelangte, ist Schuften auf Baustellen im Kanton Zug für 3 Franken pro Stunde möglich. Es mag sein, dass der Zuger Lohndumping-Skandal das krasseste Beispiel in einer Reihe von Vorkommnissen ist, welche sich im letzten Jahr in der Schweiz ereignete. Dennoch wird es sich hier bei diesem besonders krassen Fall wohl nur um die Spitze des Eisbergs handeln. Wer dies einfach so abtut und nichts weiter unternehmen will, handelt naiv.
Die Personenfreizügigkeit hat zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Schweiz und im Kanton Zug beigetragen. Allerdings müssen die negativen Begleiterscheinungen wie Schwarzarbeit und Lohndumping konsequent angegangen werden – zum Wohl für Arbeitnehmer wie auch Arbeitgeber in der Schweiz und im Kanton Zug. Nicht zuletzt auch darum, weil durch gerechte Löhne die Kaufkraft gestärkt wird.
Denn falls diese negativen Begleiterscheinungen nicht konsequent angegangen werden, gibt es politische Strömungen am rechten Rand, welche diese Missstände dankend aufnehmen und beispielsweise mittels gefährlichen Initiativen die bewährten bilateralen Verträge inklusive Personenfreizügigkeit aufs Spiel setzten.

So ist unter anderem auch im Positionspapier des Schweizerischen Gewerbeverbands über Personenfreizügigkeit und Sozialversicherungen zu lesen, dass sich dieser für die Beibehaltung und Fortsetzung des bilateralen Abkommens über den freien Personenverkehr, das sich vollauf bewährt hat, einsetzt. Und dass der Bund schnell eine Lösung für die Problematik der Scheinselbstständigkeit finden muss – eine Plage, welche die Existenz zahlreicher im Sekundärbereich tätiger KMU gefährdet. Gute Kontrollen schützen also auch das Zuger Gewerbe.
Die aktuelle Frage für die politisch Verantwortlichen muss daher lauten: Wie können die Errungenschaften der bilateralen Verträge und der Personenfreizügigkeit gesichert und gegen Missbrauch gerade im Bereich des Sozial- und Lohndumpings verteidigt werden? Denn unter anderem diese stellen das erreichte Vertragswerk in Frage.
Die AGF ist der Meinung, dass auch die Zuger Regierung hier mit einer klaren, offensiven und glaubwürdigen Art im Bereich der Kontrollen von Sozial- und Lohnfragen viel dazu beitragen könnte, das ungute Gefühl vieler Bürgerinnen und Bürgern zu mildern. Wenn klipp und klar aufgezeigt werden kann, dass es sich bei den Verstössen im Bereich Sozial- und Lohndumping um Einzelfälle handelt, dann könnte auch in der Diskussion um die Personenfreizügigkeit mehr rationale Sachlichkeit Einzug halten. Eine Interpellationsantwort wie diese, welche sich aus der Verantwortung stiehlt, hilft in dieser wichtigen Diskussion leider wenig. Wir hoffen, dass sich dies noch ändert.

Cornelia **Stocker** hält fest, dass sich die FDP-Fraktion im Gegensatz zu den Interpellanten voll und ganz hinter die Antwort des Regierungsrats stellt, welche wir als fundiert und richtig erachten. Zahlen und Statistiken sind meistens nur bedingt aussagekräftig und man kann ihnen nicht immer glauben. Dass die Personenfreizügigkeit nicht nur Gutes gebracht hat, bestreitet hier im Saal wohl niemand.
Absolut einig sind wir mit den Interpellanten, was das Verurteilen von Lohndumping angeht. Es kann nicht sein, dass sich einige schwarze Schafe arbeitsrechtlichen Bedingungen widersetzen und mit Zuwiderhandlungen rechtmässig agierende Firmen vom Markt verdrängen. Entsprechend scharfe Sanktionen werden nicht nur von den Interpellanten und Gewerkschaften, sondern auch von der FDP seit je her zwingend gefordert.
In der regierungsrätlichen Antwort wird aufgezeigt, dass im Kanton Zug das Controlling an sich funktioniert und vor allem Einiges dafür getan wird. Die Firma des Mannes der Votantin, in der sie kaufmännisch tätig ist, gehört zum klassischen Bauhauptgewerbe. Unsere Angestellten berichten uns immer wieder, was draussen abgeht. Werden bei einer Baustelle z.B. Autos mit deutschen oder polnischen Kontrollschildern gesichtet, reagieren Anwohner oder Passanten sehr sensibel. Automatisch nehmen auch von «echten» Schweizer Firmen angestellte Personen und deren Patrons quasi eine Überwachungsfunktion wahr, weil eben Sozial- und Lohndumping verurteilt und bekämpft werden muss. So fliegt rasch auf, wer sich etwas Widerrechtliches erlaubt. Die sogenannte Bürger- respektive in diesem Fall Handwerkerwehr funktioniert tatsächlich. Die Sheriffs sind omnipräsent.
Wir wissen aber alle, dass trotz bestem Controlling immer wieder der eine oder andere Übeltäter durch die Maschen rutscht. Denken Sie nur an den 2 Milliarden-Verlust, welcher jüngst eine einzige Person einer Grossbank zugefügt hat.

Philip C. **Brunner** bedauert, dass wir jetzt kurz vor dem Mittagessen dieses wichtige Thema so schnell abhandeln. Er spricht im Namen der SVP-Fraktion und für sich selbst. Er findet es gut, dass Ihr diese Fragen stellt. Es ist tatsächlich so, dass sich die Arbeitgeber auch Sorgen machen, vor allem wegen dieser Scheinselbständigkeit. Es ist gut, dass das Thema jetzt im Zuger Kantonsrat auch thematisiert wird. In den Grenzkantonen Baselstadt, Baselland, Tessin und Genf ist ja das bereits ein grosses Thema. Und wenn vorher von der UBS die Rede war, war es offenbar vor etwa einem Jahr bei der GV in Basel so, dass irgendeine Firma aus Dresden die Stühle gestellt hat. Die UBS muss sparen, aber dass man es dann gleich so macht, ist nicht so lustig.
Wir haben zwei Herzen in unserer Brust bei dieser Sache. Auf der einen Seite werden hier von der linken Seite mehr Kontrollen gefordert. Man muss auch immer sehen, was Kontrollen heissen. Es sind Kosten. Leute, die absolut keinen Dreck am Stecken haben, müssen auch Zeit aufwenden. Der Votant erlebt das, wenn der Staat wieder mal in seinem Betrieb auftaucht, um irgendwelche Mehrwertsteuerabrechnungen zu machen. Es ist auch für den Betrieb, der sich nichts zuschulden kommen lässt, immer ein wenig mühsam mit diesen Kontrollen. Sie wissen das auch als Automobilist: Es ist während der Fasnachtszeit nicht lustig, wenn immer wieder kontrolliert wird.
Unsere Fraktion sieht es natürlich nicht gern, wenn jetzt gesagt wurde, man müsse die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Wir sind mit der Antwort der Regierung einverstanden. Philip C. Brunner würde jedem Arbeitgeber empfehlen, mal diese Antworten zu lesen. Wir haben heute über den Stadttunnel gesprochen. Wir haben gehört, der Kanton werde Bauprojekte zwischen 2 und 2,5 Milliarden aufgleisen in den nächsten 20 Jahren. Und jetzt kommen bereits die ersten Zeitungsartikel «Lohndumping auf Bau der öffentlichen Hand». In der Sonntags-Zeitung vom 19. Februar wurde ein Fall abgehandelt – notabene nicht im Kanton Zug, sondern in Winterthur. Dort wird eine Kehrichtverbrennungsanlage gebaut und sie haben es offenbar nicht im Griff. Es wurden dort Stundenlöhne von 8.45 Franken ausgerichtet. Ein Fall eines 36-jährigen Metallbauers aus Osteuropa hat in der Zeitung Furore gemacht. Der Votant glaubt, es gehe her in diese Richtung. Gerade bei solchen Bauprojekten ist die Verantwortung des Baudirektors gross, dass das nichts passiert. Dann braucht es vielleicht nicht so viele Kontrollen, sondern Verantwortungsbewusstsein. Es geht darum, dass der Staat, wenn er etwas macht, die entsprechenden Verträge abschliesst. Dass diese Firmen, die sich hier schuldig machen, auch gesperrt werden. Denn das sind ganz klar die Ratten, die an diesem gemeinschaftlichen Kuchen, den wir versuchen aufzubauen, nagen bis zum Punkt, wo das Paradies kippt.
Es wurde gesagt, es sei eine Steilvorlage für die Rechte. Ja, diese bilateralen Verträge *sin*d ein Problem für die Schweiz. Und es erstaunt Philip C. Brunner eigentlich, dass die Ökologen in der linken Ecke hinten das nicht sehen. Es geht auch um Schweizer Ressourcen. Es geht um Wasser, um Luft, um Land, was eben gefressen wird durch diese Einwanderung. Wenn wir zur Kenntnis nehmen, was da jährlich reinkommt, dann könnte man ein wenig mehr Sensibilität auch von Eurer Seite her erwarten. Das heisst, mehr Verkehr. Natürlich gibt es hier einen Zusammenhang. Diese Einwanderung ist die Ölförderung der Konjunktur. Die Leute müssen irgendwo eine Wohnung haben, also wird gebaut. Durch den Bau holen wir wieder Leute rein, die bauen müssen.
Der Votant fasst zusammen. Er findet gut, dass das thematisiert wird. Er bittet darum, dass die Regierung nicht mehr Kontrollen durchführt, sondern vor allem auch

bei ihren eigenen Sachen schaut, dass sie nicht plötzlich in der Sonntags-Zeitung erscheint als Lohndumper.

Die **Vorsitzende** weist Philip C. Brunner darauf hin, dass wir nicht unter Zeitdruck stehen. Noch nie hatten wir soviel Zeit – bis fünf Uhr am Nachmittag.

Barbara **Gysel** konzentriert sich in ihrem Votum speziell auf einen Aspekt. Generell möchte sie aber festhalten, dass die SP-Fraktion die Haltung der Regierung unterstützt und es begrüsst, dass Kontrollen zur Bekämpfung von Sozial- und Lohndumping wichtig sind und vor allem auch rasch und konsequent zu ahnden sind. Ein kurzer Blick zurück: 2008 und 2009 wurden bereits Vorstösse der SP zu diesen Themen im Rat behandelt. Seither hat sich die Situation in der Tat verändert – und zwar zum Guten! Die Sozialpartner attestieren dem Kanton, dass die Zahl der Kontrollen gestiegen ist. Die SP anerkennt, dass ein Teil der früheren Lücken geschlossen wurde. Das haben mehrere Nachfragen der Votantin ergeben.
Selbstverständlich gibt es nach wie vor Probleme, die weiter bekämpft werden müssen, denken wir nur etwa an die Bereiche ohne Gesamtarbeitsvertrag. Zudem ist die Scheinselbständigkeit vor allem im Baunebengewerbe eine verbreitete Strategie von Unternehmen, um Schweizer Mindestlöhne zu umgehen.
Die Regierung betont ausserdem an mehr als einer Stelle, dass die Mehrfach-Subkontrakt-Strukturen problematisch zu ahnden sind. Zu Recht, wie wir meinen. Ein Beispiel: Eine Generalunternehmung im Baubereich vergibt einen Auftrag an die Firma A. Diese gibt ihn weiter an eine Firma B in Italien, welche den Auftrag wiederum vergibt an Firma C in Deutschland, welche den Auftrag mit polnischen Arbeitskräften ausführt. Wer übernimmt bei Verfehlungen bei diesen Subkontrakten? Dies zu klären, ist Sache des Bundes. Seitens der SP unterstützen wir den Kanton ausdrücklich in seinen Bemühungen, dass die General- und Totalunternehmer verstärkt in die Pflicht genommen werden und wirksame Solidarhaftungen eingeführt werden.

Martin **Stuber** meint, ob es sich wirklich gebessert habe, komme aus der Antwort der Regierung nicht heraus. Und es ist komisch, dass die Zahlen nicht genannt werden. Das hat uns etwas stutzig gemacht. Wir haben ja auch nicht mehr Kontrollen verlangt, sondern wir möchten wissen, wie viel kontrolliert wird. Und wir wollen wirksame Kontrollen. Darum geht es vor allem. Und die Wirksamkeit der Kontrollen hängt nicht nur von der Anzahl ab. Wenn es sich gebessert hat, ist das sicher auch auf Grund der Tätigkeiten der Gewerkschaften.
Zu Philip C. Brunner. Es ist ja interessant, dass wir gar nicht so weit auseinander stehen in dieser Frage. Aber Martin Stuber glaubt nicht, dass eine ostdeutsche Frau, die in die Schweiz zum Servieren kommt, deshalb kommt, weil sie will, dass mehr Leute in der Schweiz sind. Sondern sie kommt, weil irgendjemand den Bedarf in einem Restaurant, jemanden zu finden, der serviert, und er findet niemanden. Das ist ein wenig die Huhn-und-Ei-Frage. Unser Wirtschaftswachstum zieht die Leute an. Und stellt sich auch die Frage, welchen Charakter dieses Wirtschaftswachstum hat. Diese Diskussion müsste man führen, wenn wir über die Personenfreizügigkeit und über das Bevölkerungswachstum in der Schweiz diskutieren. Aber man sollte sie auf beiden Seiten ohne Tabus führen.

Philip C. **Brunner** ist sehr für wirksame Kontrollen. Aber nicht im Kanton Zug im Gewerbe, sondern an den Grenzen. Und die Diskussion über Wachstum ist gut. Wem nützt es wirklich? Nützt das diesem Land oder nützt es nicht. Das ist eine interessante Frage. Er spricht hier als unabhängiger Sprecher. Er weiss nicht, was die Fraktion zu diesem Wachstum meint. Vermutlich brauchen wir ein nachhaltiges Wachstum. Und was das dann eben heisst auch für den Staat, das sehen wir ja. Warum bauen wir Strassen? Weil wir Wachstum haben. Das ist tatsächlich ein Problem.

Heinz **Tännler**, Stellvertreter des Volkswirtschaftsdirektors, wird ins kalte Wasser geworfen. Er hoffte, dass dieses Traktandum erst am Nachmittag behandelt wird. Er ist deshalb nicht optimal vorbereitet, all die gestellten Fragen zu beantworten. Er ist aber immerhin froh, dass nicht nur Schlechtes über diese Antwort gesagt wird.
Andreas Hürlimann sagte, die Antwort sei unbefriedigend, die Regierung schliesse Augen und Ohren und stehle sich aus der Verantwortung. Wir von der Regierung sind der Meinung, dass die Häufigkeit der Kontrollen und auch die Kontrollaktivitäten, soweit sie im Aufgabenbereich des Kantons liegen, genügend sind. Wir haben auch in der Antwort aufgezeigt, dass die Probleme eben an einem anderen Ort liegen. Wir haben deutlich gemacht, dass wir deshalb auch Vorschläge machten und unterstützen zuhanden des Bundesrats im Rahmen der Gesetzesrevision. Dabei geht es auch um die Frage, die Barbara Gysel aufgeworfen hat über Sanktionsmöglichkeiten im Rahmen der Revision Entsendegesetz. Man muss klar abgrenzen, was die Aufgaben des Kantons sind und was jene der Sozialpartner. Da muss man vielleicht auch eine rechtliche Betrachtungsweise ins Auge fassen. Denn im Geltungsbereich der allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge, welche das Baugewerbe fällt, liegt die Kontrollverantwortung bis 2011 bei den Paritätischen Kommissionen. Da ist eigentlich der Kanton aussen vor. Er ist nicht in der Verantwortung. Der Kanton ist hier nicht dabei.
Nur ausserhalb dieses Geltungsbereichs ist der Kanton beteiligt in der tripartiten Kommission, wo aber wiederum auch die Sozialpartner vertreten sind. Wenn nun Kritik kommt gegenüber Praktiken in den vom Gesamtarbeitsvertrag geregelten Bereichen, sind Hinweise auf mögliche Missstände diesen paritätischen Kommissionen zu melden und diese wiederum haben von ihnen festgestellte Verstösse dem Kanton zu melden. Aber wir sind da eigentlich aussen vor.
Und im Bereich der Nicht-GAV-Branche kann man eigentlich auf ein erfolgreiches Wirken dieser tripartiten Kommission hinweisen, was ja von Barbara Gysel auch bestätigt wurde. Da hat man doch bezüglich Lohnanpassungen über die Mediation einige Erfolge erreicht. Man muss wissen, dass man dies nicht erzwingen kann.
Zur Personenfreizügigkeit sagt Heinz Tännler nichts. Darüber könnte man episch diskutieren. Philip C. Brunner und Martin Stuber wollen sich ja zu diesem Thema noch bilateral austauschen.
Zum Vorwurf, die Zahlen seien nicht aufgeführt. Wie sich der Votant an die Diskussion im Regierungsrat erinnert, hat das seinen Grund. Denn diese Zahlen werden schweizweit aufgenommen beziehungsweise für die Zentralschweiz und nicht auf den Kanton Zug bezogen. Deshalb kann man auch keine Zahlen nennen.
Philip C. Brunner hat Heinz Tännler aufgefordert, gerade bei Bauten der Öffentlichen Hand Auge und Ohr zu öffnen. Das tun wir! Wir stehen da auch sehr stark unter der Kontrolle der Zuger Generalunternehmer, die immer wieder nachfragen und sich auch vor Ort informieren. Bei diesen Submissionen kommen Firmen ins

Rennen, gegen welche keine Sperre verfügt wurde. Sie werden vertraglich verpflichtet und auch kontrolliert und geprüft. Wir haben in der Zeit, in der Heinz Tännler Regierungsrat ist, keine Missbrauchfälle gehabt. Er hofft, dass das auch in Zukunft so bleibt. Wir haben also hier effektiv Augen und Ohren offen. Wenn jemand Missbrauch ausüben will, kann Heinz Tännler keine Garantie abgeben. Aber diesbezüglich haben wir in der Vergangenheit keine Meldungen gehabt.

➔ Kenntnisnahme

370 Motion von Thomas Wyss, Werner Villiger, Roland von Burg und Oliver Wandfluh betreffend Stärkung der parlamentarischen Mitsprache bei den Zuger Lehrplänen

Traktandum 2 – Thomas **Wyss**, Oberägeri, Werner **Villiger**, Zug, Roland **von Burg**, Hünenberg, und Oliver **Wandfluh**, Baar, haben am 26. Januar 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2110.1 – 13978 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

371 Motion von Thomas Aeschi betreffend Möglichkeit der Stellvertretung bei Kommissionsberatungen

Traktandum 2 – Thomas **Aeschi**, Baar, hat am 3. Februar 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2114.1 – 13991 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

Oliver **Wandfluh** möchte nach der Überweisung einen Antrag machen. Da es sich bei dieser Motion um eine kantonsratsinterne Angelegenheit handelt, ist es nicht nötig, dass der Regierungsrat dazu Stellung nimmt. Deshalb beantragt er gemäss § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung die sofortige Behandlung dieser Motion. Sollte der Rat diesem Antrag zustimmen, bittet der Votant darum, dass auch der Erheblicherklärung zugestimmt wird.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass diese Motion direkt an alt Landschreiber Tino Jorio überwiesen wird, der damit beschäftigt ist, eine neue Geschäftsordnung des Kantonsrats auszuarbeiten.

Oliver **Wandfluh** verweist nochmals auf § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung. Dort heisst es: «(Motionen werden überwiesen), sofern der Rat die Motion nicht von vornherein ablehnt oder zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder die sofortige Behandlung beschliesst.» Der Rat hat die Motion nicht abgelehnt und kann deshalb die sofortige Behandlung beschliessen. Diesen Antrag stellt der Votant.

➔ Der Rat lehnt die sofortige Behandlung mit 45:15 Stimmen ab und beschliesst die Überweisung an den Regierungsrat zu Berichterstattung und Antragstellung.

372 Motion von Thiemo Hächler, Cornelia Stocker und André Wicki betreffend Ergänzung von künftigen Kantonsratsvorlagen mit Kurzlesetexten

Traktandum 2 – Thiemo **Hächler**, Oberägeri, Cornelia **Stocker** und André **Wicki**, beide Zug, haben am 9. Februar 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2115.1 – 13992 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

373 Interpellation von Zari Dzaferi betreffend Einführung der überarbeiteten Zeugnisse im Schuljahr 2011/12

Traktandum 2 – Zari **Dzaferi**, Baar, hat am 30. Januar 2012 die in der Vorlage Nr. 2111.1 – 13984 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat acht Fragen gestellt.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

374 Nächste Sitzung

Donnerstag, 29. März 2012

Protokoll des Kantonsrates

27. Sitzung: Donnerstag, 29. März 2012
Zeit: 8.30 – 12.30 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

375 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Philippe Camenisch und Irène Castell-Bachmann, beide Zug; Thomas Aeschi und Silvan Hotz, beide Baar; Leonie Winter, Hünenberg; Beda Schlumpf, Steinhausen; Matthias Werder, Risch.

376 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** möchte sowohl Legislative wie Exekutive wieder einmal aufmerksam machen auf den Bürobeschluss vom Donnerstag, 31. August 2006. Es gilt ein Laptop- und Zeitungsleseverbot in unserem Kantonsratssaal. Die Verwendung von Laptops, iPads usw. stört die Konzentration auf Sachgeschäfte, was die Kantonsratspräsidentin sehr bedauert. Spätestens nach Traktandum 11 wird der Rat ihre Auffassung teilen. Einmal monatlich während ein paar Stunden auf die Online-Präsenz zu verzichten, ist zumutbar. In diesem Sinn hält Vreni Wicky am Verbot fest und dankt für das Verständnis. An der nächsten Bürositzung vom 30. April werden wir das Anliegen aber aufnehmen.

Leider ist Beda Schlumpf heute nicht hier, was wir aber begreifen können. – Lieber Beda, immer dann, wenn wir am meisten fühlen, wissen wir am wenigsten zu sagen. Im Namen von Regierungs- und Kantonsrat spreche ich dir und deinen drei kleinen Kindern unsere aufrichtige Anteilnahme zum Hinschied deiner Monica aus. Wir wünschen dir viel Kraft und Mut, den Trauerweg zu gehen und versprechen dir und deiner Familie unsere Unterstützung. Beda, empfange unser Beileid – in Gedanken werden wir oft bei dir sein.

377 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23. Februar 2012.
2.1. Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Cham.
2126.1 – 14017 Regierungsrat

2.2. Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch ein neues Mitglied des Kantonsrats.
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
4. Kommissionsbestellungen:
4.1. Übertretungsstrafgesetz (ÜStG).
2123.1/.2 - 14010/11 Regierungsrat
4.2. Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz).
Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines wirksamen Kontrollmechanismus über den Geschäftsgang in der kantonalen Verwaltung.
Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen zur Weitergabe von Informationen durch die Generalsekretärin, den Generalsekretär.
1681.1 – 12750 Motion
1923.1 – 13371 Motion
2112.1/1681.3/1923.2 /
2112.2 – 13988/89 Regierungsrat
4.3. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG).
2122.1/.2 – 14008/09 Regierungsrat
4.4. Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen vom 12. November 2010 und die entsprechende Anpassung des Polizeigesetzes.
2116.1/.2/.3 – 13993/94/95 Regierungsrat
4.5. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Walchwil; Schwerpunkt Erholung und Bahnverkehr).
2117.1/.2 – 13999/14000 Regierungsrat
4.6. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts.
2118.1/.2 – 14001/02 Verwaltungsgericht
4.7. Ersatzwahlen in Kommissionen zufolge der Demission von Kantonsrat Manuel Aeschbacher, Cham, SVP: Neubesetzungen ab 1. April 2012
- Mitglied in der Kommission für den öffentlichen Verkehr
- Präsidium der Kommission für den öffentlichen Verkehr
- Mitglied in der Kommission für das Gesundheitswesen
- Sportchef des Kantonsrates
5. Aufsichtsbeschwerde von A.P. vom 7. Januar 2011 betreffend Mobbing an einem geschützten Arbeitsplatz und Justizskandal in Zug.
2113.1 – 13990 Justizprüfungskommission
6. Gesetz über Geoinformation im Kanton Zug (Geoinformationsgesetz, GeoIG-ZG).
2068.5 – 13983 2. Lesung
2068.6 – 14006 Regierungsrat
2068.7 – 14013 Ivo Hunn
7. Änderung des Gesetzes über den Entschädigungsfonds für Tierverluste und Aufhebung des Gesetzes betreffend Entschädigung für ungeniessbares Fleisch bei Rindviehhaltung.
2072.5 – 13982 2. Lesung
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für bauliche und sicherheitstechnische Massnahmen in der Burg Zug.
2057.5 – 13996 2. Lesung

9. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Bau eines Stadtgartens auf dem Areal des ehemaligen kantonalen Zeughauses in Zug.
   2078.5 – 13997 2. Lesung
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Planung von Neubauten für die Verwaltung und Gerichte des Kantons Zug und die Zugerland Verkehrsbetriebe AG auf dem Areal An der Aa in Zug.
   2050.1/.2 – 13779/80 Regierungsrat
   2050.3 – 13967 Kommission für Hochbauten
   2050.4 – 13985 Staatswirtschaftskommission
11. Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM.
   2065.1/.2 – 13833/34 Regierungsrat
   2065.3 – 13862 Staatswirtschaftskommission
   2065.4 – 14005 Kommission
12. Motion von Alois Gössi betreffend Abgangsentschädigung von Regierungsräten.
   2092.1 – 13924 Motion
   2092.2 – 14015 Regierungsrat
13. Postulat von Vroni Straub-Müller und Anna Lustenberger-Seitz betreffend Bildung unter einem Dach.
   2105.1 – 13959 Postulat
   2105.2 – 14016 Regierungsrat
14. Interpellation von Moritz Schmid betreffend Konkordate.
   2079.1 – 13890 Interpellation
   2079.2 – 13998 Regierungsrat

378 Protokoll

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 23. Februar 2012 wird genehmigt.

379 Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Cham

Traktandum 2.1 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2126.1 – 14017).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass wir gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Ersatzwahl von Rainer Suter für den abtretenden Manuel Aeschbacher befinden. – Rainer Suter tritt sein Amt am 1. April 2012 an.
Gibt es einen anders lautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrats? Das ist nicht der Fall.

➔ Der Rat genehmigt die Ersatzwahl.

Die Kantonsratspräsidentin gratuliert dem neu gewählten Kantonsrat zu seinem Amt.

380 Ablegung des Eids durch ein neues Mitglied des Kantonsrats

Traktandum 2.2 – Die **Vorsitzende** bittet Rainer Suter, nach vorne zu treten, und den Rat sich von den Sitzen zu erheben. Sie bittet Rainer Suter, nach Verlesen der Eidesformel durch den Landschreiber den Eid abzulegen.

Landschreiber Tobias **Moser** liest die in § 5bis Abs. 1 der Geschäftsordnung enthaltene Eidesformel, worauf das neue Ratsmitglied Rainer Suter mit erhobenen Schwurfingern sagt «Ich schwöre es».

381 Motion von Philip C. Brunner, André Wicki, Manuel Brandenberg, Daniel Burch und Thomas Wyss betreffend Kostenbeteiligung des Kantons Zug an den Schützenpanzern des Bundes

Traktandum 3 – Philip C. **Brunner**, André **Wicki** und Manuel **Brandenberg**, alle Zug; Daniel **Burch**, Steinhausen, und Thomas **Wyss**, Oberägeri, haben am 2. März 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2119.1 – 14003 enthalten sind.

Auch Daniel **Abt** hat ab und zu schlechte Ideen. Was ihn allerdings von den Motionären unterscheidet, ist dass er seine Ideen erst einmal überschläft und dann spätestens am nächsten Morgen feststellt: «Das war wohl wieder eine der schlechten Ideen». Falls er dies nicht selber merkt, würden ihn spätestens beim Aufruf zur Mitunterzeichnung seine Fraktionskollegen darauf aufmerksam machen.
Der Votant stellt den Antrag, die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Für all jene, die dazu noch eine sachliche Begründung wünschen: Solche Begehren sind mit dem NFA abgegolten und davon bezahlt Zug ja bekanntlich nicht zu knapp!
Zudem hat Daniel Abt heute Morgen auf Wikipedia eine interessante Information über das Fahrverhalten dieses Panzers gefunden, die er hier zitieren möchte:
«Der M 113 kann mit nur einem beschädigten Rad nicht mehr fahren, auch wenn die Kette noch intakt ist. Sollte ein Rad brechen oder eine Kette reissen oder abspringen, so zeigt der Ml 113 ein sehr problematisches Fahrverhalten. Der Fahrer muss sofort in den Leerlauf schalten und das Fahrzeug in einer langen Kurve ausrollen lassen. Jeder Lenk- oder Bremsversuch führt fast unweigerlich zu einem Überschlag des Fahrzeugs. Im Falle eines Überschlags neigt der Ml 113 dazu, Feuer zu fangen, daher ist es sehr wichtig, dass der Fahrer den Motor sofort abstellt und den Hauptschalter umlegt.»

Martin **Pfister** stellt im Namen der CVP ebenfalls den Antrag auf Nichtüberweisung dieser Motion. Im Unterschied zu Debatten in andern Parlamenten über diese «Copy-Paste-Waste-Motion», verzichtet er auf eine kabarettistische Würdigung dieses Vorstosses. Es stellt sich ohnehin die Frage, ob diese Motion überhaupt lustig ist. Ernst gemeint zu sein scheint sie immerhin. Vielmehr macht sie aber im Ansatz unsere kantonalen Institutionen lächerlich. Und das ist definitiv nicht lustig.
Würde man die Forderung der Motionäre umsetzen, wäre das äusserst unfair denen gegenüber, die davon betroffen wären. Niemand würde die Skinationalmannschaft mit Skiern von 1963 an Olympische Spiele schicken und ihnen gleichzeitig sagen, sie seien die beste Nationalmannschaft der Welt. Dies träfe auch zu,

wenn die Skier von 1963 vor gut zwanzig Jahren in ihrem «Kampfwert» gesteigert worden wären. Gleich unfair wäre es, wenn unsere Kinder – würde der von den Motionären vorgestellte «Ernstfall» tatsächlich eintreten – einst in über 50-jährigen, für den modernen Kriegsschauplatz weitgehend untauglichen und kaum Schutz bietenden Gefährten aufs Schlachtfeld ziehen müssten. Und gänzlich unverantwortlich wäre es, wenn dieses Ansinnen vom Kanton Zug auch noch finanziert würde.
Verschrotten Sie deshalb diese Motion schon bei der Überweisung und nicht erst bei fachgerechter Lagerung und nach einer Kampfwertsteigerung durch den Regierungsrat.

Philip C. **Brunner** erinnert daran, dass soeben ein Mitglied seiner Fraktion den Eid abgelegt hat. Vielleicht haben Sie dem Inhalt des Eids einige Gedanken gewidmet. Er hat in Kurzfassung geschworen, das Richtige für unsere Bevölkerung und unseren Kanton zu tun. Der Votant hat nicht erwartet, dass die Bürgerlichen uns mit wehenden Fahnen unterstützen werden. Er hat das Wort Kabarett gehört und er kann sagen, dass es ihm und den anderen Motionären fern liegt, hier Kabarett zu machen. Offenbar hat sich der Sprecher der FDP informiert, was passiert, wenn ein Schützenpanzer (ein mechanisiertes Transportfahrzeug ohne grosse Panzerung, um Leute von A nach B zu bringen …
(Die Vorsitzende unterbricht den Votanten und macht ihn darauf aufmerksam, dass hier nur über die Überweisung gesprochen werden soll)
… zur Überweisung zu einem wichtigen Thema, das selbst in der nationalen Online-Presse, aber auch im Tages-Anzeiger und in der NZZ aufgegriffen wurde. Es wurde gesagt, wir machen den Kanton lächerlich …
(Die Vorsitzende unterbricht den Votanten erneut und droht ihm mit einem Verweis. Wir sprechen hier zur Überweisung und zu nichts Anderem.)
Der Votant möchte einfach sagen, was der M 113 kann, nachdem der FDP …
(Die Vorsitzende hält fest, dass wir das nicht wissen müssen, weil jetzt nur zur Überweisung gesprochen wird.)
Der M 113 ist ein extrem geländegängiges Fahrzeug, das überhaupt nicht obsolet ist, wie das gesagt wurde. Er wurde aufgerüstet vor 20 Jahren und repräsentiert allein schon durch seine Anwesenheit, ob bemannt oder unbemannt, das Militär. Es ist nicht erkennbar, ob er nach Aufstellung bemannt oder unbemannt ist. Er bietet optimalen Schutz für Überwachungsgeräte mit oder ohne Bedienung. Er ist abschliessbar und durch normale Mittel nicht zu öffnen. Er ist weitgehend feuerfest und nicht brennbar. Und er ist rostfrei und erträgt lange Stillstandzeiten. Sie können auf Youtube mit den Stichworten Verschrottung und M 113 mehrere Filme sehen, wie solche Schützenpanzer jetzt im Turtmanntal ausgefahren werden. Er bietet universelle Einsatzmöglichkeiten und ist in verschiedenen Kriegsgebieten, z.B. in Afghanistan und im Irak, im Einsatz. Und er bietet einen Personenschutz, der weit über das Einsatzgebiet einer Panzerbegleitung hinausgeht. Er verfügt über eine Bewaffnung, die aber offenbar nicht mehr vorhanden ist. Und offenbar hat man ihm auch die Funkgeräte ausgebaut. Sie können sie im Internet für 1'500 Franken kaufen. Er ist vor allem leicht, robust, und er ist miliztauglich.
(Die Vorsitzende findet es absolut unzumutbar, dass der Votant nicht auf ihre Einwände eingeht und einfach weiter spricht. Es ist, auch den anderen Ratsmitgliedern gegenüber, richtig unanständig. Sie bittet Philip C. Brunner, jetzt nicht mehr zum Panzer selber zu sprechen, sondern zur Überweisung.)
Uns hat es auch keinen Spass gemacht, unseren Verteidigungsminister aus der SVP zu kritisieren. Überweisen Sie das. Sie machen sich nicht lächerlich, ganz im

Gegenteil. Die Schweiz schaut, was wir machen. Diese Vorlage wurde nicht «copied and pasted», wie das Martin Pfister gesagt hat – übrigens ein Offizier. Es ist bemerkenswert, wenn hier vorne Offiziere die Verteidigung der Schweiz schwächen.

Manuel **Brandenberg** äussert sich nicht zu den Schützenpanzern. Er hat sich nicht genau mit dieser Materie befasst. Er glaubt aber Philip C. Brunner und seinen Ausführungen. Aber er hat ein Problem mit der Verhandlungsführung der Kantonsratspräsidentin. Wir sind hier in einem Parlament und wenn es um eine Überweisung oder Nichtüberweisung geht, muss derjenige, der mit einem Antrag auf Nichtüberweisung angegriffen wird, und das zum Teil sehr aggressiv – der Votant erinnert an das Votum von Martin Pfister – sich auch verteidigen können. Und dann muss er natürlich auch etwas zur Sache, um die es geht bei der Überweisung, sprechen können. Der Votant möchte die Vorsitzende bitten, in Zukunft etwas fairer und ausgewogener das Wort zuzulassen oder nicht.

➔ Der Rat beschliesst mit 47:11 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

382 Motion der Kommission Polycom zum Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit Polycom

Traktandum 3 – Die **kantonsrätliche Kommission Polycom** hat am 8. März 20123 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2124.1 – 14012 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese Motion Bezug nimmt auf einen Beratungsgegenstand, der derzeit beim Kantonsrat hängig ist. Obwohl der Titel der Motion einen anderen Schluss zulässt, liegt aber kein Fall von § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vor. Wir werden daher das Anliegen der Kommission betreffend einer Funk-Kommunikantions-Strategie nicht als sogenannt «gewöhnlichen Antrag» zum heute traktandierten Polycom-Geschäft behandeln.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

383 Postulat der Justizprüfungskommission betreffend Schaffung einer zentralen Informationsstelle für Personen mit erhöhtem Konflikt-/Gewaltpotenzial

Traktandum 3 –Die **Justizprüfungskommission des Kantons Zug** hat am 6. März 2012 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2121.1 – 14007 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

384 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Unterbringung von Asylbewerbern in der Gemeinde Menzingen (Gubel)

Traktandum 3 – Die **SVP-Fraktion** hat am 5. März 2012 die in der Vorlage Nr. 2120.1 – 14004 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

385 Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Vergleichbarkeit der Schulnoten

Traktandum 3 – Thomas **Lötscher**, Neuheim, hat am 12. März 2012 die in der Vorlage Nr. 2125.1 – 14014 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

386 Übertretungsstrafgesetz (ÜStG)

Traktandum 4.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2123.1/.2 – 14010/11).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Alois Gössi, Baar, ***Präsident***		*SP*
1.	Daniel Abt, Oberbrüglenweg 10, 6340 Baar	FDP
2.	Kurt Balmer, Eichmatt 11, 6343 Rotkreuz	CVP
3.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP
4.	Irène Castell-Bachmann, Seepark/Gartenstrasse 4, 6304 Zug	FDP
5.	Peter Diehm, Dorfstrasse 74b, 6332 Hagendorn	FDP
6.	Stefan Gisler, Dorfstrasse 29, 6300 Zug	AGF
7.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
8.	Andreas Hausheer, Unterfeldstrasse 8, 6312 Steinhausen	CVP
9.	Franz Hürlimann, Weidli, 6318 Walchwil	CVP
10.	Alice Landtwing, Löberenstrasse 20a, 6300 Zug	FDP
11.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
12.	Thomas Rickenbacher, Spiess 1, 6330 Cham	CVP
13.	Beni Riedi, Schutzengelstrasse 5, 6340 Baar	SVP
14.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
15.	Thomas Werner, Grossmattstrasse 1, 6314 Unterägeri	SVP

387 –Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz)
–Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines wirksamen Kontrollmechanismus über den Geschäftsgang in der kantonalen Verwaltung
–Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen zur Weitergabe von Informationen durch die Generalsekretärin, den Generalsekretär

Traktandum 4.2 – Es liegen vor: Motion der CVP-Fraktion (Nr. 1681.1 – 12750), Motion der erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1923.1 – 13371), Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2112.1/1681.3/1923.2 – 13988/89).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, AGF 1, SP 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Andreas Hürlimann, Steinhausen, ***Präsident*** *AGF*

1.	Karin Andenmatten, St. Wolfgangstrasse 9, 6331 Hünenberg	CVP
2.	Adrian Andermatt, Grundhof, 6340 Baar	FDP
3.	Walter Birrer, Hofmatt 80, 6332 Hagendorn	SVP
4.	Christine Blättler-Müller, Hofmatt 28, 6332 Hagendorn	CVP
5.	Philip C. Brunner, Chollerstrasse 1a, 6300 Zug	SVP
6.	Daniel Thomas Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
7.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
8.	Barbara Gysel, Widenstrasse 47, 6317 Oberwil	SP
9.	Georg Helfenstein, Rebacker 1, 6330 Cham	CVP
10.	Andreas Hürlimann, Eschfeldstrasse 2, 6312 Steinhausen	AGF
11.	Gabriela Ingold, Ingold Treuhandpartner AG, Zugerstr. 40, 6314 Unterägeri	FDP
12.	Franz Peter Iten, Mülireinweg 14, 6314 Unterägeri	CVP
13.	Martin Pfister, Dorfring 15, 6319 Allenwinden	CVP
14.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
15.	Thomas Wyss, Kalchrainstrasse 1, 6315 Oberägeri	SVP

388 Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG)

Traktandum 4.3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2122.1/.2 – 14008/09).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier aus Gründen der Synergie die gleiche Kommission aus 15 Mitgliedern bestellt wird wie für das Integrationsgesetz. Die Materien beider Vorlagen sind verwandt.
Die AGF beantragt, anstelle von Rupan Sivaganesan Stefan Gisler in diese Kommission zu wählen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

389 Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen vom 12. November 2010 und die entsprechende Anpassung des Polizeigesetzes

Traktandum 4.4 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2116.1/.2 – 13993/94).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass aufgrund eines einstimmigen Entscheids der Fraktionsleiterkonferenz eine Direktüberweisung vom Regierungsrat an die Konkordatskommission erfolgte.

390 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Walchwil; Schwerpunkt Erholung und Bahnverkehr)

Traktandum 4.5 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2117.1/.2 – 13999/14000).

Martin **Stuber** stellt den Antrag, dieses Geschäft nicht nur in der Raumplanungskommission zu behandeln, sondern auch an die Kommission für öffentlichen Verkehr zu überweisen, und zwar den Teil mit dem Doppelspurausbau Walchwil.
Begründung: Sie haben alle gestern diese Unterlagen erhalten vom Walchwiler Komitee. Aus der Kantonsratsvorlage und diesen Unterlagen geht deutlich hervor, dass die Lage der Doppelspur Auswirkungen auf das ÖV-Angebot im Regionalverkehr hat, auf den Fahrplan, den Sie fahren können, und auf die Notwendigkeit einer zweijährigen Schliessung der Strecke Zug - Walchwil - Goldau. Diese Themen sind die Domäne der Kommission für öffentlichen Verkehr und sollten dort à fond diskutiert und zuhanden des Kantonsrats beurteilt werden. Sie würden damit auch ein Zeichen setzen, dass Sie die Anliegen der Walchwilerinnen und Walchwiler ernst nehmen.

Manuel **Aeschbacher** hält fest, dass dieses Anliegen in der Kommission für öffentlichen Verkehr nicht behandelt wurde. Deshalb kann er auch nicht als Kommissionspräsident dazu Stellung nehmen. Wir werden den Entschluss des Rats aber selbstverständlich entgegennehmen, falls Sie für die Behandlung durch die KöV sind.

Die **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass die Sache dem Bundesrichtplan unterliegt und wir uns zum Ziel gesetzt haben, diese Vorlage in einem Monat im Rat zu behandeln. Wenn wir nun zwei Kommissionen haben, könnte das viel länger dauern. Aber es liegt in Ihrer Hand.

➔ Der Rat beschliesst mit 34:29 Stimmen, das Geschäft zur Behandlung sowohl an die Raumplanungskommission wie auch an die Kommission für öffentlichen Verkehr überwiesen wird.

391 Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts

Traktandum 4.6 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2118.1/.2 – 14001/02).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats eine Direktüberweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission erfolgte, weil es sich bei der Vorlage um ein Geschäft «aus dem Bereich der Justizgebung» handelt.

392 Ersatzwahlen in Kommissionen zufolge der Demission von Manuel Aeschbacher

Traktandum 4.7 – Zufolge der Demission von Manuel Aeschbacher, Cham, SVP; werden folgende Kommission neu besetzt:

– Mitglied in der Kommission für öffentlichen Verkehr: Philip C. Brunner
– Präsidium der Kommission für öffentlichen Verkehr: Daniel Eichenberger
– Mitglied in der Kommission für Gesundheit: Rainer Suter
– Sportchef: Zari Dzaferi
– Mitglied in der Tiefbaukommission: Rainer Suter für Philip C. Brunner

➔ Der Rat ist einverstanden.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Kandidierenden für den Fall ihrer Wahl Annahme erklärt haben. Sie gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen viel Erfolg.

393 Aufsichtsbeschwerde von A.P. betreffend Mobbing

Traktandum 5 – A.P. hat am 7. Januar 2011 beim Kantonsrat eine Aufsichtsbeschwerde betreffend Mobbing an einem geschützten Arbeitsplatz und Justizskandal in Zug eingereicht. – Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 2113.1 – 13990)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Justizprüfungskommission beantragt, der Aufsichtsbeschwerde sei keine Folge zu geben.

Werner **Villiger**, Präsident der JPK, verweist auf den Bericht.

➔ Der Rat ist einverstanden.

394 Gesetz über Geoinformation im Kanton Zug (Geoinformationsgesetz, GeoIG-ZG)

Traktandum 6 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 26. Januar 2012 (Ziff. 351) ist in der Vorlage Nr. 2068.5 – 13983 enthalten. – Zusätzlich sind auf die 2. Lesung Anträge des Regierungsrats (Nr. 2068.6 – 14006) und von Ivo Hunn (Nr. 2068.7 – 14013) eingegangen.

Silvia **Thalmann** hält fest, dass die Kommission nochmals zur Beratung zusammengefunden hat, und zwar am 21. März 2012. Sie nahm sich nochmals gut zwei Stunden Zeit, um über diese beiden Themen zu beraten. Die Kommissionspräsidentin wird jetzt zu beiden Anträgen Stellung nehmen.
Zuerst zum Antrag der Regierung. Die Kommission empfiehlt dem Rat, diesen Antrag zu unterstützen. Die Hintergründe dazu: Die Kommission hat während ihrer Sitzung sehr intensiv nachgefragt, wie Personendaten auf die Internetplattform gelangen können. Dazu hat sie festgestellt, dass es eine gesetzliche Grundlage braucht. Diese basiert entweder auf einem Bundesgesetz oder auf einem kantonalen Gesetz. Wir können also hier dazu Stellung nehmen, welche Daten auf diese Internetplattform können, sofern es eine kantonale Gesetzgebung betrifft. Wir sind dann zur Überzeugung gelangt, dass die wirklich sensiblen Personendaten diese Angaben zum Eigentum betreffen. Es sind Angaben aus dem Grundbuch, und diese sind im ZGB geregelt. Deshalb macht es Sinn, diese Regelung hier aus dem GeoIG herauszunehmen und dort zu platzieren, wo sie hingehören, nämlich ins Einführungsgesetz des ZGB. – Wir haben auch die Ansicht des Datenschützers diskutiert. Er vertritt die Meinung, dass eben nicht nur die Angaben zur Person sollen gelöscht werden können, sondern auch eine Karte. Die Kommission teilt diese Ansicht nicht. Sie ist klar der Meinung, dass der Schutz sich ausschliesslich auf die Personendaten konzentrieren soll.
Zum Antrag Hunn. Hier war die Meinung nicht eindeutig. Erst der Entscheid der Präsidentin führte dazu, dass wir an der 1. Lesung festhalten. Weshalb? Die gewerbliche Tätigkeit soll der Regierungsrat ausüben *können*. Aber er soll sie nicht ausüben *müssen*. Das ist der Beschluss der 1. Lesung. Mit dem Antrag Hunn soll das verstärkt werden. Die Kommission hat sich aber gefragt, ob das auf alle Gebiete im GeoIG zutreffen soll. Und wir haben erkannt, dass es viele Gebiete gibt in diesem Gesetz, wo eine gewerbliche Tätigkeit durchaus Sinn macht.
Ganz heftig diskutiert wurde dann aber die Tätigkeit des Amts für Vermessung. 2005 wurde bereits hier im Rat die amtliche Vermessung intensiv diskutiert. Und damals wurde beschlossen, die amtliche Vermessung an Dritte zu vergeben. Es wurde dann auch umgesetzt. Die Nachführungskreise (heute noch zwei, in Zukunft noch einer) werden durch eine Drittperson ausgeführt. Das Amt für Vermessung nimmt aber nach wie vor Aufgaben wahr, die auch in Zukunft durch Dritte wahrgenommen werden sollten. Die Regierungsrätin hat uns aufgezeigt, dass es durchaus Aufgaben gibt, die das Amt für Vermessung wahrnehmen sollte. Ein Beispiel ist der Rutsch im Lorzentobel. Das könnte auch eine dritte Person wahrnehmen, aber es geht ja darum, rasch reagieren zu können. Die Diskussion war kontrovers.
Dazu auch noch die Meinung der CVP. Zum Antrag der Regierung vertritt sie die Haltung der Kommission, beim Antrag Hunn ist sie ganz knapp dafür.

Stefan **Gisler** spricht zuerst zum Antrag der Regierung. Persönlich hält er diese datenschützerische Spitzfindigkeit, dass Grundeigentümer die Veröffentlichung

ihrer per Bundesgesetz öffentlichen Personendaten im Internet auf Antrag verhindern können, für ineffektiv und darum unnötig. Dennoch will er den Rat nicht mit denselben Argumenten wie bei der 1. Lesung langweilen und einen erneuten Antrag zu einem Nein stellen. Doch wenn der Rat diese Regelung will, macht sie wirklich im EG ZGB mehr Sinn als im GeoIG. Darum stimmt die AGF der Regierung und der Kommission auch zu.
Zum Antrag Hunn. Auch dieser wurde in der 1. Lesung sinngemäss bereits gestellt und der Antragsteller hat es auf die 2. Lesung nicht geschafft, neue Sachverhalte aufzuzeigen. Und es ist ihm auch nicht gelungen, einen klaren Antrag zu formulieren. Dies sah auch die Kommission so und lehnte diesen Antrag, wenn auch knapp, ab. Als erstes bittet der Votant nun Ivo Hunn, den Antrag zu präzisieren. Wird gemäss diesem Antrag nun Abs. 5 aufgehoben oder einfach weitergeschoben? Dazu steht nichts im Antrag. Die Formulierung ist unklar. Auch die doppelte Einschränkung in Abs. 1 ist höchst umständlich formuliert. Im ersten Satz heisst es «keine Konkurrenzierung», im zweiten dann, er müsse zurückhaltend sein. Letztlich erfolgt durch diesen Antrag kein besserer Schutz der Privatwirtschaft.
Die Fassung gemäss 1. Lesung setzt der Verwaltung bereits die nötigen Grenzen, indem die kantonale Stelle keine beliebigen Leistungen anbieten darf, diese wenigen Leistungen eng an ihre Kernaufgaben angelehnt sein müssen und sie diese Dienstleistungen dann auch zu Marktpreisen verrechnen muss. Sind wir realistisch! Der Kanton übernimmt in der Regel unattraktive, sowie zum Teil sehr dringende, mit hoheitlichen Aufgaben verbundenen Aufgaben wahr. Wenn am Wochenende der Hang im Lorzentobel rutscht, kommt der Kanton und macht diese Messungen. Er ist jetzt noch in der Lage, diese Aufgaben wahrzunehmen. Auch wenn sich Bürgerinnen bei Streitigkeiten lieber vom Kanton als von Privaten eine Vermessung vornehmen lassen wollen, soll diese Möglichkeit künftig weiterhin gewährt werden. Es kann nicht sein, dass wir letztlich einfach aufgrund einer Ideologie der Privatisierung bei gewissen Messungen nicht auch auf kantonale Stellen zurückgreifen können. Übrigens haben wir damals 2005 nie beschlossen, dass nicht mehr vermessen werden darf. Wir haben nur die Nachführungsgeometrie an Dritte vergeben. Wenn Sie heute erneut der 1. Lesung zustimmen, weiten Sie die Kompetenzen der Verwaltung nicht aus, sondern Sie halten am Status Quo fest mit einer klaren Regelung, dass der Kanton das Gewerbe nicht konkurrieren darf.

Karl **Nussbaumer** hält fest, dass die SVP-Fraktion beide Anträge intensiv besprochen hat. Die Anträge der Regierung, § 9 Abs. 3 zu streichen, wird die SVP-Fraktion grossmehrheitlich zustimmen. Die Argumente haben wir bereits gehört und deshalb verzichtet der Votant darauf, diese nochmals zu wiederholen.
Den Antrag von Ivo Hunn hingegen wird die SVP Fraktion grossmehrheitlich unterstützen. Die SVP steht ein für einen offenen Wettbewerb und Gewerbefreiheit, insbesondere für KMU. Wir sind der Meinung, der Staat solle sich auf Kernaufgaben beschränken. Deshalb stimmen wir bei §13 dem Antrag von Ivo Hunn grossmehrheitlich zu.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion dem Antrag der Regierung folgt und dem Antrag Hunn nicht zustimmen kann – beides nicht einstimmig, aber grossmehrheitlich.
Für die FDP ist es ganz wichtig, dass persönliche Daten, welche Dritte von uns in das weltweite Web stellen, voraussetzungslos gesperrt werden können. Es betrifft hier zwar lediglich Daten, welche mit einem kurzen Telefonanruf auf dem Grund-

buchamt erfragt werden können. Dies schützt also nicht vor Missbrauch, aber die Hemmschwelle ist hoffentlich grösser. Darum finden wir diese Möglichkeit angebracht. Wo der entscheidende Paragraph schlussendlich platziert ist, ist unter dem Strich wenig entscheidend.
Die Anträge von Ivo Hunn wird die FDP genauso mehrheitlich ablehnen wie in der 1. Lesung.

Ivo **Hunn** hält fest, dass ihm bei der Formulierung seines Antrags ein Fehler unterlaufen ist. Abs. 5 soll natürlich automatisch zu Abs. 6 werden. Aber sonst ist der Antrag aus Sicht des Votanten verständlich. Es geht darum, die Privatwirtschaft zu stärken. Der Staat soll nicht Aufgaben übernehmen, welche die Privatwirtschaft übernehmen kann.

Adrian **Andermatt** zum Antrag Hunn. Obwohl der Votant Verständnis für das Anliegen hat, muss er sagen, dass wir als gesetzgebende Behörde eine wichtige Aufgabe haben. Wenn wir Gesetze machen, sollen diese auch justiziabel sein. Die vorgeschlagenen Formulierungen lassen enorm viel Spielraum und sind der Rechtssicherheit sicher nicht dienlich. Deshalb lehnt Adrian Andermatt diesen Vorschlag ab.

Manuela **Weichelt Picard**, Direktorin des Innern, äussert sich zuerst zu § 9. Wie bereits richtig ausgeführt wurde, vollzieht der Antrag des Regierungsrats den politischen Willen des Kantonsrats aus der 1. Lesung. Dass nämlich Grundbuchinformationen, die nach Bundesrecht von den Kantonen im Internet veröffentlicht werden dürfen, im Kanton Zug auch weiterhin veröffentlicht werden. Aber neu ist die Einschränkung, dass die Personendaten aus dem Grundbuch im Internet auf Antrag der betroffenen Person gesperrt werden müssen. Dies ohne eine Begründung seitens der antragstellenden Person. Befürchtungen, wonach die Geburtsdaten von Ehefrauen oder Namen von Mieterinnen und Mietern im Internet aufgeschaltet und via zugmap aufgerufen werden können, sind unbegründet, da es keine rechtliche Grundlage dafür gibt. Oder anders gesagt: Würde der Regierungsrat auch die Namen von Mietenden oder Geburtsdaten aufschalten wollen, müsste er zuerst eine gesetzliche Grundlage dafür schaffen.
Heute enthält zugmap teilweise auch die Information zu Liegenschaftsverwaltungen. Diese werden aber nach Inkrafttreten des GeoIG-ZG nicht mehr ersichtlich sein, da die gesetzliche Grundlage fehlt. Die Verschiebung der Bestimmung ins EG-ZGB ist sachgerecht. Es handelt sich um Eigentümerangaben aus dem Bundeszivilrecht, und dies muss ebenfalls in einem zivilrechtlichen Erlass geregelt werden. Daher ist es sachlogisch, dies ins EG-ZGB zu übertragen.
Die vom Datenschützer beantragte Änderung, dass anstelle Personenangaben, wie Sie das noch in der 1. Lesung beschlossen haben, das Wort «Personendaten» benutzt wird, ist im regierungsrätlichen Antrag berücksichtigt. Deshalb besten Dank für die Unterstützung des Regierungsantrags.
Bei § 13 beantragen der Regierungsrat und die vorberatende Kommission, den Antrag Hunn abzulehnen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens wurde der Antrag in 1. Lesung bereits abgelehnt. Zweitens stimmt der nun gestellte Antrag materiell mit dem abgelehnten Antrag aus der 1. Lesung überein. Sein Inhalt wird aber auf zwei Sätze, nämlich auf Abs. 1 und Abs. 3 aufgeteilt. Zusätzlich wird der Antrag in Abs. 1 um einen Satz ergänzt. Und dieser Satz wird zu Rechtsunsicherheiten füh-

ren. Der anlässlich der 1. Lesung gestellte Antrag von Ivo Hunn auf Ergänzung von § 13 Abs. 1 wurde vom Kantonsrat Ende Januar mit 43:11 Stimmen abgelehnt. Die Begründung des Antragstellers ist heute, dass dem Staat mit dem neuen GeoIG neue Aufgaben zugeteilt würden. Dies ist unzutreffend. Das GIS Zug wird vom Kanton seit 1994 betrieben und ist somit keine neue Aufgabe. Auch der Aufbau und der Betrieb des ÖREB-Katasters stellen keine neuen Aufgaben dar, die sich aus dem GeoIG-ZG ergeben. Diese Einführung ergibt sich zwingend aus dem Bundesrecht.
Mit der in der 1. Lesung beschlossenen Fassung von Abs. 2, wonach die Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt werden darf, sind dem Einsatz personeller Ressourcen enge Grenzen gesetzt. Diese Formulierung lässt es nicht zu, dass für gewerbliche Tätigkeiten zusätzliches Personal angestellt wird. Sie müssen auch in einem engen Zusammenhang mit der Aufgabe der kantonalen Fachstelle stehen und die Erfüllung der Aufgabe darf nicht beeinträchtigt werden.
Einigen Kantonsräten war in der vorberatenden Kommission die Arbeit am Uptown ein besonderer Dorn im Auge. Diese Kritik kann die Direktorin des Innern gut verstehen. Sie hat bereits im vergangenen Jahr mit dem Amt gesprochen und mehr Zurückhaltung eingefordert. Die Botschaft ist beim Amt angekommen. Es soll kein analoger Fall mehr vorkommen. Mit dem GeoIG-ZG, wie es in der 1. Lesung beschlossen wurde, wird der politische Wille zur Einschränkung auch gesetzlich klar festgehalten. Dem Regierungsrat ist es aber wichtig, bis anhin bewährte Dienstleistungen weiterhin ausführen zu können. Was versteht er darunter? Ein Beispiel wurde von der Kommissionspräsidentin erwähnt. Wir hatten die Rutschung am Lorzentobel. Hier konnte das Amt innert kürzester Zeit auch am Sonntag Vermessungen durchführen. Oder bei einem Höhenmodell, das das Tiefbauamt zu machen hatte, damit es innert kürzester Zeit ohne Verzögerung weitergehen kann bei der Umfahrung, konnte das Amt schnell einspringen. Eine Schnurgerüstkontrolle für die Stadt Zug oder die Gemeinde Menzingen ist eine hoheitliche Kontrolltätigkeit. Auch das Amt soll weiterhin Karten in einem geringen Mass verkaufen dürfen. Das ist keine Konkurrenz für die Buchhandlungen.
Der Regierungsrat und die vorberatende Kommission beantragen, die Anträge von Ivo Hunn abzulehnen und der Fassung gemäss 1. Lesung festzuhalten, weil die Neuformulierung des Gesetzesbestimmung keine neuen inhaltlichen Aspekte enthält und weil das vom Antragsteller formulierte Zusatzkriterium der zurückhaltenden Ausübung ein unbestimmter Rechtsbegriff darstellt, der in der Praxis auf Auslegungsstreitigkeit anfällig sein dürfte. Letztlich ist eine solche Formulierung des Ermessensspielraums auch kaum gesetzeswürdig. Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anträge.

§ 9 Abs. 3

➔ Der Rat schliesst sich mit 65:4 Stimmen dem Antrag der Regierung an, diesen Abschnitt zu streichen.

§ 13 Abs. 1

➔ Der Rat lehnt den Antrag Hunn mit 53:18 Stimmen ab und bleibt somit beim Ergebnis der 1. Lesung.

§ 13 Abs. 3

➔ Der Rat lehnt den Antrag Hunn mit 52:19 Stimmen ab und bleibt somit beim Ergebnis der 1. Lesung.

§ 43 / Einfügen eines § 149a im EG ZGB

➔ Der Rat schliesst sich mit 61:5 dem Antrag der Regierung an.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 71:0 Stimmen zu.

395 Änderung des Gesetzes über den Entschädigungsfonds für Tierverluste und Aufhebung des Gesetzes betreffend Entschädigung für ungeniessbares Fleisch bei Rindviehhaltung

Traktandum 7 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 26. Januar 2012 (Ziff. 352) ist in der Vorlage Nr. 2072.5 – 13982 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 70:0 Stimmen zu.

396 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für bauliche und sicherheitstechnische Massnahmen in der Burg Zug

Traktandum 8 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 23. Februar 2012 (Ziff. 364) ist in der Vorlage Nr. 2057.5 – 13996) enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 67:0 Stimmen zu.

397 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Bau eines Stadtgartens auf dem Areal des ehemaligen kantonalen Zeughauses in Zug

Traktandum 9 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 23. Februar 2012 (Ziff. 365) ist in der Vorlage Nr. 2078.5 – 13997) enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 64:4 Stimmen zu.

Landschreiber Tobias Moser wird hier von der stellvertretenden Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart abgelöst.

398 Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Planung von Neubauten für die Verwaltung und Gerichte des Kantons Zug und die Zugerland Verkehrsbetriebe AG auf dem Areal An der Aa in Zug

Traktandum 10 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2050.1/.2 – 13779/80), der Kommission für Hochbauten (Nr. 2050.3 – 13967) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2050.4 – 13985).

Eusebius **Spescha** kann sich vorstellen, dass Sie beim Lesen dieser Vorlage doch das eine oder andere Mal etwas gestockt haben. Immerhin haben wir es hier mit einer Vorlage zu tun, bei der wir die Weichen für ein Gesamtbauvorhaben von gegen eine halbe Milliarde Franken stellen – oder allenfalls auch nicht. Der Kommissionspräsident hofft auch, dass Sie sich intensiv mit diesem Geschäft beschäftigt haben und es ausführlich insbesondere in den Fraktionen diskutiert haben. Und natürlich fände er es gut, wenn Sie sich den Anträgen der Kommission anschliessen könnten.
Er bemüht sich jeweils, in seinen Voten als Kommissionspräsident kurz und prägnant zu sein, und vor allem verzichtet er darauf, den Kommissionsbericht zu verlesen. Er wird dies auch heute tun, aber ein paar Worte mehr als sonst wird er zu diesem Geschäft schon sagen müssen.
Zur Notwendigkeit. Das angedachte Bauvorhaben hat zwei Hauptnutzer: Die ZVB einerseits und die kantonale Verwaltung andererseits. Was die ZVB anbelangt, können wir es kurz machen. Hier ist eine Ersatzlösung dringend und zwingend. Die vorhandenen Werkstätten und Garagierungen sind ein Flickwerk und eine Ansammlung von Provisorien, die es ausserordentlich schwer machen, einen geordneten Betrieb zu führen. Dass sogar das Risiko besteht, dass die einzige Reparaturwerkstätte für LKW im Kanton Zug die nächste Generation von Fahrzeugen nicht mehr in den Werkstätten warten kann, ist weder für die ZVB noch für die privaten Lastwagenhalter eine erfreuliche Perspektive. Die Notwendigkeit einer neuen Lösung wurde schon vor rund 15 Jahren allseits bestätigt. Das Vorhaben wurde damals auf Stufe Vorprojekt abgebrochen. Besser geworden ist die Situation in der Zwischenzeit sicher nicht.
Was die Verwaltung anbelangt, ist die Situation komplizierter. Die Regierung hat die vom Kantonsrat schon seit Jahren einverlangte Büroraumplanung gemacht. Darin sind auf der Basis vernünftiger Standards die aktuell und zukünftig benötigten Büroräumlichkeiten ausgewiesen. Dass der Blick in die Zukunft mit Unsicherheiten verbunden ist, liegt in der Natur der Sache. Dass die Regierung langfristig plant und entsprechende Reserven einbezieht, können wir grundsätzlich unterstützen. Die zu entscheidende Frage ist, auf welche Weise der Raumbedarf der Verwaltung abgedeckt werden soll. In der Vergangenheit war es so, dass sich die kantonale Verwaltung vorwiegend in der Innenstadt von Zug breit gemacht und sich in einer Vielzahl von Liegenschaften eingemietet hat. Ein erster Schritt, dem entgegenzuwirken, war der Bau des heutigen Verwaltungszentrums an der Aa Ende der 80er-Jahre.
Mit dem nun vorgeschlagenen Konzept will die Regierung langfristig eine Konzentration des grösseren Teils der Verwaltung auf dem Areal an der Aa erreichen. Diesen Lösungsansatz kann die Hochbaukommission unterstützen, auch wenn damit ein gewaltiger Investitionsaufwand verbunden ist. Oder um es anders auszudrücken: Der Raumbedarf für die kantonale Verwaltung ist auf nachvollziehbare Weise ausgewiesen. Die Art und Weise, wie dieser Raumbedarf befriedigt werden soll, ist

ein konzeptioneller Entscheid, bei dem die Vor- und Nachteile abgewogen werden müssen.
Damit kommt der Votant zur Beurteilung des vorgeschlagenen Konzepts. Die Beantwortung der vielen kritischen Fragen in der Hochbaukommission durch die Baudirektion (hier ist auch der Ort, um den Mitarbeitenden der Baudirektion zu danken, welche keinen Aufwand gescheut haben, unsere Fragen korrekt zu beantworten) und die Beratungen haben gezeigt, dass eine gut durchdachte Gesamtkonzeption entwickelt worden ist. An diesem zentralen Ort in der Stadt wird eine dichte Bebauung vorgeschlagen. Die Nutzungen sind sinnvoll aufs Areal verteilt. Zusätzlich zu den absehbaren Raumbedürfnissen sollen Büroräumlichkeiten erstellt werden, welche bis zur Nutzung durch die Verwaltung fremdvermietet werden können. Im Übergang zu den bestehenden Wohnungsbauten sollen private Investoren die Möglichkeit für Wohnungsbau erhalten.
Es soll hier aber auch deutlich gesagt werden, dass es auch heikle Punkte gibt. Dazu gehören insbesondere:
- Es geht um grosse Volumen und eine hohe bauliche Dichte.
- Die inneren Abhängigkeiten in dieser Konzeption sind hoch und damit auch ein Risikofaktor.
- Es geht um sehr viel Geld.

Im Kommissionsbericht konnten Sie nachlesen, was wir diskutiert haben, und da sind auch die Empfehlungen zu Händen dieses Rats formuliert. Der Kommissionspräsident verzichtet darauf, diese zu wiederholen mit Ausnahme eines Punktes. Die Stawiko beantragt nämlich, unserer Empfehlung, beim Baukredit auch die Möglichkeit von etappierten Baukrediten aufzuzeigen, nicht zu folgen.
Dazu Folgendes: Auch die Hochbaukommission ist aus heutiger Perspektive überzeugt, dass es vernünftig wäre, das Bauvorhaben als Ganzes durchzuziehen. Aber wissen wir, was in ein paar Jahren ist? Dieses Projekt wird so oder so in mehreren Etappen nacheinander gebaut. Also macht es Sinn, abzuklären, was es bedeuten würde, wenn man im Übergang von einer Bauetappe zur andern allenfalls einen befristeten Zwischenstopp machen würde. Die Kommission ist überzeugt, dass wir es der Bevölkerung schuldig sind, nicht nur ein «Alles oder nichts» vorzuschlagen, sondern auch aufzuzeigen, was «eins nach dem andern» bedeuten würde. Wenn wir diesen Abklärungsbedarf nicht heute mit auf den Weg geben, dann ist garantiert, dass wir bei der Behandlung der Baukreditvorlage genau dies nachverlangen und genau über diese Punkte streiten werden.
Zu den Kosten. Entgegen der Bemerkung der Stawiko hat sich die Hochbau-Kommission sehr wohl mit den Kosten auseinandergesetzt, sonst würden wir ja kaum einen Antrag auf Reduktion des Projektierungskredits um 1,5 Mio. Franken stellen. Diese ist bedingt durch klar umrissene Empfehlungen für Minderaufwendungen.
Entscheidend wird allerdings sein, dass bei Wettbewerb und Projektierung die Kosten insgesamt eine zentrale Bedeutung einnehmen, und zwar, das ist hier zu betonen, nicht nur die Baukosten, sondern auch die Kosten für Betrieb und Unterhalt. Wir möchten nicht nur schöne Bauten, sondern vor allem auch zweckmässige und effiziente Bauten, welche gut zu betreiben und zu unterhalten sind.
Wir treffen heute einen bedeutsamen Grundsatzentscheid. Mit dem Projektierungskredit legen wir die Weichen für eine Gesamtüberbauung von Kantonaler Verwaltung, ZVB und weiteren Nutzungen, welche auf lange Sicht den Bedürfnissen des Kantons Rechnung tragen könnte. Die Kommission beantragt mit 12:0 Stimmen und einer Enthaltung Eintreten und Zustimmung zu einem Projektierungskredit von 33,5 Mio. Franken. Zudem schlagen wir Ihnen vor, unsere Empfehlungen zu Händen des Regierungsrats zu unterstützen.

Gabriela **Ingold** vertritt den Stawiko-Präsidenten, welcher bei diesem Geschäft in den Ausstand getreten ist. – Die Stawiko hat sich echt schwer getan mit dieser Vorlage. In der Baudirektion trägt das Projekt Neubau VZ 3 und ZVB Areal den Arbeitstitel «Fokus» – eigentlich müsste es «Mega» wenn nicht gar «Giga» heissen. Schwierig war es aus folgenden Gründen:

- Die Hochbaukommission lässt sich weder über die Angemessenheit der Höhe des Projektkredites noch in Bezug auf die extrem hohen Baukosten verlauten.
- Weiter lagen uns keine Angaben über jährliche Betriebskosten, über kalkulatorische Abschreibungen etc. vor, so dass ein Vergleich Mietkosten/Eigentum oder Vergleiche zur Privatwirtschaft nicht möglich waren. Gemäss Baudirektion werden diese Zahlen erst im Rahmen der konkreten Projektierung erarbeitet werden.

Die klare Zustimmung der Hochbaukommission werteten wir als deutliches politisches Signal, die Raumsituation der Verwaltung sowie diejenige der ZVB verbessern zu wollen. Aus anlagepolitischer Sicht befürwortet die Stawiko grundsätzlich die Investition in Immobilien, weil diese gerade in der heutigen Zeit inflationsgeschützte Werte darstellen. Die Stawiko ist deshalb trotz der schwierigen Ausgangslage mit fünf Stimmen bei einer Enthaltung auf die Vorlage eingetreten.

Wie die Votantin bereits an der letzten Sitzung beim Traktandum des Projektierungskredits für den Stadttunnel ausgeführt hat, hat sich die Stawiko mit der Frage der Finanzierung intensiv befasst. Wir liessen uns im Detail über die Finanzierung der anstehenden Infrastrukturprojekte bis ins Jahr 2030 informieren. Es gibt diesbezüglich Aufzeichnungen, welche in Zukunft laufend nachgeführt und von der Stawiko geprüft werden. Quintessenz ist, dass wir die anstehenden Investitionen aus eigenen Mitteln bezahlen können. Und gerade dies, weil unser Kanton auf so guten Beinen steht, birgt unserer Meinung nach die Gefahr, dass zu grosszügig geplant wird und die Bauten mehr als zweckdienlich sind. Zu hohe Betriebs- und Unterhaltskosten wären unter anderem die Folge. Dies wollen wir unbedingt vermeiden.

Die Empfehlungen der Hochbaukommission unterstützen wir grösstenteils. Die Stawiko will diese jedoch nicht nur als Empfehlungen sehen, sondern als verbindliche Aufträge an den Regierungsrat verstanden haben. Im Gegensatz zur vorberatenden Kommission lehnt die Stawiko eine Etappierung aus wirtschaftlichen Gründen ab, weil dies zu rund 50 Mio. Franken Mehrkosten führen würde.

Auch die Stawiko weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Finanzierungsvarianten, insbesondere diejenige der ZVB, nochmals überprüft werden müssen. Wir wollen Transparenz und ausgewiesen haben, wie hoch eine marktkonforme Miete für die ZVB zu stehen käme. Wir wollen Aufschluss über den Betrag, mit welchem der die ZV bzw. der öffentliche Verkehr zusätzlich zu den bisherigen Abgeltungen subventioniert würde. Insbesondere ist es uns aber auch ein Anliegen, dass diese Investitionen für den Kanton nachhaltig geschützt werden.

Beim Thema Finanzierung könnten wir uns weiter sehr gut vorstellen, dass die Zuger Pensionskasse einbezogen wird und beispielsweise am Bau der Wohneinheiten beteiligt werden könnte. Warum soll statt eines privaten Generalunternehmers nicht die Vorsorgeeinrichtung des Staatspersonals diese Perle finanzieren und halten wollen?

Den Wachstumsraten des Staatspersonals stehen wir sehr kritisch gegenüber. Bis ins Jahr 2030 soll gegenüber heute 25 % mehr Raum zur Verfügung stehen. Dies bedeutet nichts anderes, als dass in den nächsten 15 Jahren die Verwaltung um einen Viertel vergrössert werden soll. Da läuten bei der Stawiko die Alarmglocken. Muss, will oder soll die Verwaltung derart ausgebaut werden? Ein Blick über die Landesgrenzen hinaus zeigt uns, dass das nichts Gutes verspricht. Die Stawiko wird deshalb diese Entwicklung mit Argusaugen beobachten und im Rahmen der

Globalbudgets korrigierend eingreifen. Deshalb wollen wir, dass beim VZ 3 grösstmögliche Flexibilität für die Nutzung erreicht wird, damit frühzeitig auf die Entwicklungen in die eine oder andere Richtung reagiert werden kann. Nochmals mit Nachdruck verlangen wir, dass dem Kantonsrat bei der Baukreditvorlage die detaillierten Betriebskosten, jährlichen Abschreibungs- und Zinskosten im Sinne einer Kostenrechnung vorgelegt werden. Diese Hausaufgaben müssen gemacht werden.
Und nun zum heikelsten und sicher ungern gesehenen Punkt der Stawiko-Aufträge, welchem übrigens alle sechs Mitglieder der Stawiko zugestimmt haben. In der Stawiko wurde gar die Kürzung des Projektkredits diskutiert. Wir haben aber dann davon abgesehen und uns für die folgende Variante entschieden.
Die Baukreditvorlage soll in zwei Varianten aufzeigen, wo die Regierung 5 oder 10 % am Bauobjekt einsparen kann. Dies ist kein Vertrauensentzug der Regierung gegenüber, sondern ein Zeichen dafür, dass sorgsam mit den Steuergeldern umzugehen ist. Was wollen wir damit erreichen? Wir haben es in all den Bauvorlagen in der Vergangenheit gesehen. Bei jeder Vorlage waren beträchtliche Reserven enthalten. In der Hochbaukommission wurden dann teilweise eher zufällig gewisse Sparpotenziale geortet und auch Abstriche gemacht. Das Beispiel Museum Burg lässt grüssen. Wir wollen dieses Streichkonzert transparenter machen und dem Regierungsrat die Möglichkeit geben, schon von sich aus gewisse Positionen in Frage zu stellen. Somit kann der Kantonsrat die Sparvorschläge einerseits aus finanzieller, aber auch aus qualitativer Sicht beurteilen.
Die Stawiko stimmt mit 5:1 Stimmen der Vorlage in der Version der Hochbaukommission, d.h. einem Projektierungskredit von 33,5 Mio. Franken, zu.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion die Vorlage intensiv diskutiert hat. Im Grundsatz wird sie befürwortet. Aufgrund der geführten Diskussion haben wir einige Bemerkungen anzubringen.
Vorab positiv zu vermerken ist, dass nach langen Jahren des Wartens nun eine wirklich brauchbare Büroraumplanung vorliegt. Diese bietet die Grundlage für den zukünftigen Bedarf und damit auch für die Machbarkeitsstudie und den Projektierungskredit. Positiv zu vermerken ist zudem die offene und transparente Informationspolitik bezüglich des zur Diskussion stehenden Areals. Es ist uns ein Anliegen, dass betreffend Informationspolitik der gute Standard beibehalten wird.
Nun noch zu kritischen Aspekten aus unserer Sicht.
Braucht es eine zentralisierte Verwaltung? Unklar ist, woher der immer wiederkehrende Wunsch nach einer zentralisierten Verwaltung erfolgt. Auch das vorliegende Projekt schafft es nicht, die gesamte Verwaltung unter ein Dach zu bringen. Die Motorfahrzeugkontrolle wird wohl für die nächsten Jahre noch in Steinhausen bleiben und der kantonale Werkhof passt wohl auch nicht in ein Verwaltungszentrum. Zudem haben wir erst kürzlich aus das Gericht an unterschiedlichen Standorten platziert. Es ist für die Bürgerin, für den Bürger eher ungewöhnlich, dass sie oder er am gleichen Tag einen Termin bei der Steuerbehörde, beim Gericht und allenfalls noch beim Grundbuchamt haben wird. Vielmehr wird sie oder er an einem Tag einen Termin bei der Baudirektion haben und an einem anderen Tag noch bei der Steuerbehörde. Die Wege sind im Kanton Zug sehr kurz und selbst Regierungsräte benützen für den Wechsel innerhalb der Direktionsstandorte als bestes innerstädtisches Verkehrsmittel das Velo. Aus Sicht der SP-Fraktion ist daher in der Planung genau aufzuzeigen, welche Synergien bei der Zentralisierung der Verwaltung genutzt werden können. Auf unnötige Verschiebungen ist vollständig zu verzichten.
Wir haben vorhin vom Kommissionspräsidenten gehört, dass mit der Projektierung auch eine Etappierung der Bauvorhaben aufgezeigt werden soll. Wir erwarten,

dass Varianten präsentiert werden, die es auch einer späteren Generation ermöglicht das Projekt zu Ende zu führen.
Die SP-Fraktion erachtet es als sehr wichtig, dass die Bedürfnisse der Verwaltung und der ZVB getrennt behandelt werden. Für sie ist es unbestritten, dass die ZVB neue Werkstätten braucht. Die heutige Anlage ist überaltert und ermöglicht weder ein angenehmes Arbeiten noch optimale Abläufe. Deshalb braucht es zu diesem Teil ein schnelleres Vorgehen.
Die Verwaltungsbauten sind nicht alle im gleichen Masse dringlich. Hier wünschen wir uns eine klare Strategie über die mögliche Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten. Wie schon einleitend bemerkt, muss nicht alles zentralisiert werden. Zudem zeigt sich, dass sich die Bedürfnisse von innerhalb, aber auch von ausserhalb der Verwaltung im Verlaufe der Zeit immer wieder ädern. Mit einem etappierten Vorgehen kann auf diese Veränderung reagiert werden.
Die SP-Fraktion unterstützt die Absicht, auf dem Areal auch Wohnbauten zu realisieren. Wohnraum an dieser Lage ist eine deutliche Belebung des städtischen Raumes, wo sonst insbesondere an Wochenenden nur Totenruhe herrschen würde. Ein belebter und attraktiver Aussenraum trägt zu einem besseren Sicherheitsgefühl bei. Dazu brauch es Menschen und insbesondere ein belebter Aussenraum, der diesen Namen auch verdient. Die SP wünscht sich, dass geprüft wird, ob sich an dieser Stelle mehr Wohnraum planen lässt.
Auf dem Areal ein Hochhaus zu bauen macht Sinn. Auf wenig Verständnis stossen würde bei der Bevölkerung, wenn dazu ein erst 25 jähriges Verwaltungsgebäude abgebrochen würde. Es muss für das Hochhaus ein anderer Standort gefunden werden. Dieses richtig in die Umgebung einzupassen ist anspruchsvoll und dürfte nicht ganz einfach sein. Es wäre der Wunsch der SP-Fraktion, dass im Rahmen der Projektierung verschiedene Varianten geprüft werden.
Unter Berücksichtigung der gemachten Aussagen ist die SP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage und sie wird ihr in der Schlussabstimmung zustimmen.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AGF nach dem Eintreten die Rückweisung der Vorlage an die Regierung beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:
- Für die ZVB ist eine Lösung basierend auf dem heutigen Projekt zu erarbeiten, denn dieser Teil der Vorlage ist aus unserer Sicht unbestritten.
- Auf das teure Konzept der Zentralisierung ist zu verzichten.
- Die unmittelbar aufgrund des Wachstums in den nächsten Jahren notwendigen zusätzlichen Räume anzumieten oder allenfalls im Rahmen eines bescheidenen Projekte auf dem ZVB-Areal zu bauen, eventuell integriert ins ZVB-Gebäude, reicht aus unserer Sicht.
- Für das Areal ist einen Bebauungsplan für allfällige künftige Bauten nach 2020 zu erstellen.
- Die Regierung soll ernsthaft prüfen, ob sich zusammen mit einer Genossenschaft nicht mittelpreisiger, sondern günstiger Wohnraum auf dem Areal realisieren liesse.

Für die Rückweisung plädieren wir aus folgenden drei Gründen:
- Wir zweifeln die prognostizierte Wachstumsrate bei den Verwaltungsangestellten an.
- Wir zweifeln die Synergieeffekte einer Verwaltungszusammenlegung an, da es dazu weder Belege noch ein Konzept gibt.
- Wir zweifeln, ob das Geld in diesem Projekt wirklich richtig angelegt ist.

Die Regierung geht von einem Wachstum von 25 % bis ins Jahr 2030 bei den Verwaltungsangestellten aus. Das sind 300 neue Stellen. Die Kommission schluckt

dies mehr oder minder achselzuckend, die Stawiko will diese Entwicklung immerhin «mit Interesse verfolgen» und mahnt die Regierung zur «Zurückhaltung». Im Votum der Stawiko-Vertreterin wurden daraus immerhin Argusaugen.
Sitzt der Votant plötzlich in einem anderen Kantonsrat? Hat nicht die AGF seit Jahren mehr Stellen mit exakt den Argumenten von zusätzlichen Aufgaben sowie erhöhtem Aufwand wegen des schnellen Wachstums gefordert – und dies oft erfolglos? Kürzte nicht dieser Rat während Jahren die von der Regierung bereits in Selbstzensur sehr tiefgestapelten Stellenanträge konsequent noch mehr? Doch nun präsentiert der Baudirektor ein enormes Stellenwachstum und das bleibt unwidersprochen? Kommt kein Widerstand, weil die 300 neuen Stellen als Feigenblatt zur Begründung eines prestigeträchtigen Bauprojekts dienen?
Nun, der Votant nimmt Rat und Regierung beim Wort. Wenn Sie zu diesem Projekt aufgrund dieser Wachstumsprognosen ja sagen, dann erwartet er, dass dieser Rat diese Stellen mittels genügend hohen Pragma-Budgets auch ermöglicht. Oder sie korrigieren die Wachstumszahl nach unten und ermöglichen es der Baudirektion, das Projekt zu reduzieren. Treffen sie ihre Wahl heute!
Wenn sie dieses Projekt realisieren, dann will Stefan Gisler von den Ja-Stimmenden künftig in keiner Budgetdebatte und in keiner Vorlage, die mehr personelle Ressourcen erfordert, kleinliche Sparappelle und Kürzungsanträge vernehmen. Es wäre absurd, wenn sie, um schöne Büroraume für die Verwaltung zu schaffen, dann beim Personal knausern.
Zu den Synergieeffekten der Zentralisierung. War das Lob aller Parteien in diesem Rat über die bürgerfreundliche, effektive Verwaltung nur vorgegaukelt? Wohl nicht. Und darum hält der Votant die anfälligen Synergiegewinne für kein relevantes Argument für diesen Prestigebau. Der Durchschnittsbürger besucht an einem Tag in der Regel nicht mehrere Ämter, und tut er dies doch, dann sind auch heute fast alle mit wenig Aufwand dank geringer Gehdistanz in der Stadt gut zu erreichen. Und die Regierung konnte auch nicht aufzeigen, wie sie denn die Verwaltungsabläufe verändern will, um tatsächlich mehr Effizienz zu erreichen. Ein gemeinsamer Kaffeeraum, wie dies in der Vorlage steht, ist noch keine Synergie. Und mit einer geografischen Zentralisierung allein ist noch nichts gewonnen. Diese Konzeptlosigkeit schürt den Zweifel am Nutzen dieser Zusammenlegung.
Zum richtigen Einsatz der Mittel. Da wird es Stefan Gisler schon etwas unwohl. Rund 450 Millionen, mit den Reserven über eine halbe Milliarde, 500'000'000 Franken, das ist eine sehr hohe Zahl. Können wir dieses Projekt einfach so aus dem Portokässeli bezahlen? Die Regierung meint lapidar, es werde der Investitionsrechnung 2012 bis 2020 belastet. Lesen wir den dann den Stawikobericht zwischen den Zeilen, dann spürt man ein gewisses Unbehagen. Doch den Mut zu Kritik oder zu vertieften Fragen fand das angebliche finanzielle Gewissen des Kantons – zumindest im Bericht – nicht.
Stefan Gisler teilt diese Unbekümmertheit nicht, dass diese Investition Sinn macht. Er warnt vielmehr: Künftig wird nicht alles, was Zug anfasst, zu Gold. Ein solches Projekt bindet enorme finanzielle Mittel über eine längere Zeit – auch in einer Zeit, da es Zug mal finanziell schlechter gehen sollte. Da muss man sich des Nutzen und der Notwendigkeit eines so grossen Projekts schon sehr sicher sein, um diesem zuzustimmen. Doch genau daran zweifelt die AGF aufgrund der vorherigen Argumente. Gerade mal 24 Millionen kann über 20 Jahre an Mietzinsen eingespart werden. Lohnt sich da der Bau der neuen Verwaltungsräumlichkeiten wirklich? Auch weisen alle Indikatoren darauf hin, dass sich in Zug eine Immobilienblase aufbläht – gerade bei den Büroräumlichkeiten. Muss da der Kanton ebenfalls neue Büros bauen? Zudem erscheinen uns die Baukosten selbst enorm hoch, doch wie sagt es die Stawiko so schön: «Es ist schwierig, die Vorlage aus finanzieller Sicht

auf der Basis der vorliegenden Zahlen zu beurteilen.» Dem ist so – doch statt im Zweifelsfall einfach mal ja zu sagen, empfiehlt der Votant dem Rat die Rückweisung.
Sollten sie eintreten und der Vorlage zustimmen, lehnen wir folgende Forderungen aus Kommission und Stawiko ab: Bebauungskonzept mit Hochhaus; der Wohnbau soll Reserven nicht gefährden; Mitfinanzierung ZVB. Einverstanden sind wir mit der Sicherung des Gebäudes, das es dem Kanton gehört.
Zwei Zusatzforderungen hätten wir dann noch. Der Baudirektor muss das eigene Energieleitbild sowie das Ja der Stadtzugerinnen zur 2000-Watt-Gesellschaft ernst nehmen und mit dem Bau Minergie-P oder -A oder allfällige bis dann höhere Standards einhalten – der Umwelt und der Wirtschaftlichkeit zuliebe. Und: der fehlende zahlbare Wohnraum ist das Sorgenkind Nummer 1 der Stadt – auf diesem Areal hat die öffentliche Hand die Chance, ja die Verpflichtung, günstigen Wohnraum zu schaffen in Zusammenarbeit mit der Stadt oder einer Wohnbaugenossenschaft.
Mit einem Ja sagen Sie: «Zug schwimmt im Geld». Und wenn dem so ist, wieso investiert der Kanton nicht mehr in zahlbaren Wohnraum, tiefere Gesundheitskosten, mehr Ressourcen für die Schulen, mehr Unterstützung für Familien bei Betreuung oder Ergänzungsleistungen? Alles aus unserer Sicht nötiger als dieses Prestigeobjekt.

Oliver **Wandfluh** erlaubt sich angesichts der Grösse des Vorhabens, seine übliche Votumszeit zu erhöhen. Wir diskutieren heute über einen Projektierungskredit, für ein Bauvorhaben, dass es in dieser finanziellen Dimension im Kanton Zug noch nicht gegeben hat. Doch haben wir keine Angst vor grossen Zahlen. Die Notwendigkeit, die Vorteile und die Chancen dieses Projekts rechtfertigen auch seine Grösse.
Zu den Notwendigkeiten. Wie die Prognosen zeigen, wird der Büroraumbedarf des Kantons Zug bis 2030 um rund 17'000 m^2 steigen. Da heute keine Raumreserven mehr vorhanden sind, erfordert dies die Schaffung von zusätzlicher Bürofläche. Mit dem Bau des neuen Verwaltungsgebäudes wäre der benötigte Raumbedarf gesichert. Auch im Fall der ZVB rechnen Experten mit zunehmendem Flächenbedarf, da der Fuhrpark der weiter steigenden Nachfrage angepasst werden muss. Die heutigen Gebäude am Hauptstützpunkt an der Aa genügen den künftigen Anforderungen bei weitem nicht, da sie teilweise über 40 Jahre alt sind oder als Provisorien erstellt wurden. Sie wären in jedem Fall zu sanieren und zu erweitern. Auch die verschiedenen Anlagen entsprechen nicht mehr den technischen und betrieblichen Erfordernissen und werden zurzeit mit Provisorien und Flickwerken auf einem einigermassen erträglichen Stand gehalten.
Zu den Vorteilen dieses Bauvorhabens. Die Verwaltung des Kantons Zug ist heute stark dezentralisiert und teilweise in Fremdliegenschaften eingemietet. Durch den geplanten Neubau des VZ3, das unmittelbar an die bestehenden Verwaltungsgebäude an der Aa anschliessen würde, könnten die verschiedenen Verwaltungseinheiten an einem Standort zusammengefasst werden. Abläufe und Synergien könnten besser genutzt und die Kundeorientierung verbessert werden. Für die meisten Belange gäbe es nur noch einen Standort, der auch noch bequem mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar wäre. Zusätzlich könnten Miet- und Nebenkosten von jährlich rund 2,6 Mio. Franken eingespart werden.
Die ZVB haben verschiedene Standorte für ihren neuen Hauptstützpunkt evaluiert. Dabei hat sich gezeigt, dass es betriebswirtschaftlich und ökologisch am sinnvollsten ist, die Erweiterung am heutigen Hauptstützpunkt zu planen. Die zentrale Lage erlaubt den optimalen Einsatz des Fahrpersonals und ein Minimum an Leerfahrten,

da ca. 60 % aller Fahrten im Stadtbereich absolviert werden. Zudem wird es möglich sein, die bewährten Synergien zwischen ZVB, Zuger Polizei und Rettungsdienst weiter zu nutzen.
Zu den Chancen. Die Grundstücke im Gebiet an der Aa der Zugerland Verkehrsbetriebe AG, der Stadt Zug und des Kantons, die heute nur ungenügend genutzt werden, könnten an zentraler Lage verdichtet, zusammengelegt und gemeinsam städtebaulich qualitätsvoll entwickelt werden. Die Bedürfnisse der kantonalen Verwaltung und der Zugerland Verkehrsbetriebe könnten auf lange Zeit optimal abgedeckt werden. Auch die Zusicherung, in Zukunft ein weiteres Hochhaus anstelle des bestehenden Gerichtsgebäudes realisieren zu können, geben dem Projekt weitere Zukunftsperspektiven.
Zudem würden durch das Projekt nicht nur Arbeitsflächen geschaffen. Es soll auch Drittnutzung ermöglichen und damit die Durchmischung des Areals an der Aa begünstigen. Geplant ist der Bau von Wohnungen im mittleren Preissegment für ein urbanes Publikum. Damit würde auch der Strategie des Regierungsrates Rechnung getragen, wonach der preisgünstige Wohnungsbau zu fördern sei. Das Vorhaben bietet auch der Stadt Zug zahlreiche Vorzüge. Dies deshalb, weil mit dem Projekt die Raumprobleme von Kanton und ZVB ohne zusätzlichen Landverbrauch gelöst werden könnten und weil sich der Stadt Zug dank eines Landtausches auf dem Gaswerkareal neue Nutzungsoptionen eröffneten. Haben wir also keine Angst vor grossen Zahlen. Sie sind belegt und gut durchdacht.
An dieser Stelle möchte der Votant es nicht unterlassen Heinz Tännler und der Hochbauabteilung für ihre geleistete Arbeit recht herzlich zu danken. Wir wurden in der Hochbaukommission mit allen Informationen beliefert und sämtliche unserer Fragen wurden bis ins letzte Detail beantwortet. Derselbe Dank geht auch an Cyrill Weber, Unternehmensleiter der ZVB. Der Stadtrat von Zug als Vertreter der Standortgemeinde und Bewilligungsbehörde unterstützt klar die vorliegende Bebauungskonzeption.
Die Hochbaukommission und die Staatswirtschaftskommission stimmen der Vorlage klar zu, mit dem Antrag, den Projektierungskredit um 1,5 auf 33,5 Millionen zu reduzieren. – Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag der Hochbau- und Staatswirtschaftskommission einstimmig und stimmt auch der bereinigten Vorlage einstimmig zu.

Daniel **Abt** hält fest, dass die FDP-Fraktion der Überzeugung ist, dass der Entscheid für das Projekt zum heutigen Zeitpunkt richtig ist. Der gewählte Standort macht Sinn. Von allen zur Diskussion gestellten Varianten ist er unter Anbetracht sämtlicher Kriterien klar die Bestvariante. Den Grundsatz Eigentum vor Miete anerkennt auch die FDP-Fraktion als wertvoll und trägt ihn gerne mit.
Mit Argusaugen beobachten wir die prognostizierte Personalstellenentwicklung in der kantonalen Verwaltung. Wir erwarten, dass die Belegung der Büroräumlichkeiten auch im VZ3 haushälterisch getätigt wird. Wir regen an, dass gerade bei tiefen Arbeitspensen flexible Büroplätze geschaffen werden, sodass nicht bereits ab einem 50 %-Pensum ein persönlicher Arbeitsplatz zugewiesen wird.
Das geplante Investitionsvolumen ist für unsere Verhältnisse ungewohnt hoch. Das von der Stawiko angeregte Einsparvolumen von 5 bis 10 % verstehen wir als Anregung. Zum heutigen Zeitpunkt erachten wir fixe Einsparungsbegehren als unzulässig. Wir erwarten, dass die Hochbaukommission nach Vorliegen des Wettbewerb-Projekts die Einsparungsmöglichkeiten aufzeigen wird und so auf einer sachlichen Ebene über Kosten/Nutzen diskutiert werden kann.

Von einer Etappierung distanziert sich die FDP. Das Wagnis, nur einen Teil dieses stark aufeinander abgestimmten Projekts realisieren zu können wollen wir nicht eingehen. Eine Etappierung macht aus unserer Sicht bei solch grossen Bauprojekten schlichtweg zu wenig Sinn.
Die FDP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und stimmt dem Planungskredit von 33,5 Mio. Franken einstimmig zu.

Thiemo **Hächler** weist darauf hin, dass die Baudirektion mit dieser Vorlage einen Projektierungskredit für die Planung eines neuen Verwaltungszentrums beantragt. Neben der Erfüllung des Büroraumprogramms und einem kompletten Neubau für die Zugerland Verkehrsbetriebe soll unter anderem auch für den Rettungsdienst, die Gerichte, Archive und weitere Amtsstellen Platz geschaffen werden. Nicht zuletzt will man nebst der Standortkonzentration versuchen, auch mit einem Anteil an Wohnraum und weiterer Drittnutzer eine optimale Ausnützung der wertvollen Liegenschaft zu erreichen. Gesucht ist also sprichwörtlich die eierlegende Wollmilchsau.
Seitdem der Votant in diesem Rat ist, besteht die Forderung nach einer strategischen Büroraumplanung für die kantonale Verwaltung. Nachdem in den ersten Jahren seiner Ratstätigkeit eine grosse Flaute in der Bearbeitung dieser Forderung herrschte, kommt jetzt ganz schön Wind in die Segel. Der vorliegende Projektierungskredit soll nun die Möglichkeiten und Reserven ans Tageslicht fördern. Seine Vorstellung einer Büroraumplanung bestand jeweils vielmehr in Listen von Ämtern mit einem Ist- und einem Sollzustand gemäss Wachstumserwartung. Nicht so bei unserem Baudirektor. Für ihn ist die Büroraumplanung eine Baustelle zur Erfüllung sämtlicher Raumbedürfnisse, was zwar etwas kosten wird, sich aber auch viel konkreter anhört als die Vorstellung mehrfarbiger Listen.
Bereits bevor dieses Geschäft in die Kommission kam, konnte man den Medien entnehmen, dass am Standort des heutigen Gerichtsgebäudes an der Aa ein neues Hochhaus entstehen soll. Der kurzfristige Aufschrei und die Entrüstung über den Abbruch eines Gebäudes, welches im Kopf der Zugerinnen und Zuger praktisch noch ein Neubau ist, drohte zum unüberwindbaren Knackpunkt in der Bevölkerung und Politik zu werden. So reagierte der Baudirektor denn auch schnell und gab dem relativ jungen, jedoch schlecht genutzten und schwer ausbaubaren Gerichtsgebäude eine zweite Galgenfrist.
Zu Beginn unserer Arbeit in der Hochbaukommission hatten wir Gelegenheit, die bestehenden Gebäude auf dem besagten Areal zu besichtigen. Wir konnten unschwer feststellen, dass die bestehenden Gebäude nicht nur für einen zugerischen Standard, sondern auch für eine effiziente Nutzung untauglich geworden sind. Insbesondere bei den Gebäuden der ZVB ist der Erneuerungsbedarf offensichtlich und unbestritten. Diese Gebäude erinnern denn auch mehr an Zeitzeugen der frühesten Mobilität als an einen modernen Garagen- und Fahrzeugbetrieb, welcher im Übrigen auch wertvolle Leistungen für Drittkunden erbringt.
Dennoch hatte es der Baudirektor mit unserer Kommission nicht leicht. Wir hinterfragen den dargestellten Bedarf an Räumen genauso wie die Grössen- und Flächenverhältnisse in Bezug auf Notwendigkeit. So verlangte man unter anderem einen Benchmark-Vergleich mit anderen Kantonen und vergleichbaren Einrichtungen genauso wie m^2 pro Arbeitsplatz und die dazugehörigen Bewegungs- und Technikflächen.
Die Kommission wollte auch die Standortprüfung nochmals auf den Tisch legen. Verschiedene Standorte wie Beispielsweise das Gaswerkareal oder der Werkhof Hinterberg wurden detailliert hinterfragt. Auch die Frage nach einer so wertvollen

Zentrumsfläche für einen Fahrzeugbetrieb konnte uns jedoch auf verständliche Weise beantwortet werden. Durch die effiziente Nutzung und langfristige Kostenentwicklung bei Leerfahrten scheint der Standort trotz seiner Nähe zu Wohnbauten und einer kritischen Querung von Bus- und Fussgängerverkehr als sinnvoll. Nicht zuletzt muss auch erwähnt werden, dass sich ein Grossteil der Liegenschaft heute im Besitze der ZVB befindet und nur durch eine ideale Nutzung auch das Ausbaupotenzial für die übrigen Verwaltungsbauten erst entstehen kann.
Auf unser Verlangen wurden denn auch eine Sanierung und der Ausbau der heutigen ZVB-Gebäude dargestellt. Es war nicht wirklich erstaunlich, dass die dafür errechneten Kosten nahezu bei den Kosten eines ZVB-Neubaus landeten. Auch diese Kosten, beziehungsweise deren Tragbarkeit für die ZVB, wurde uns aufgezeigt. Dabei ist anzumerken, dass natürlich durch eine gemeinsame Nutzung des ZVB-Areals auch ein erheblicher Landwert zu Gunsten der Verwaltungsgebäude geschaffen werden kann, was sich positiv auf den Kostenanteil der ZVB auswirkt.
Der Landabtausch mit der Stadt Zug konnte plausibel dargestellt werden und mit der Festsetzung eines Hochhausstandorts im Leitbild für Hochhäuser in der Stadt Zug kann den auch eine langfristige Ausbaureserve geschaffen werden. Dass der Standort dieses Hochhauses dereinst den Abbruch des heutigen VZ1 voraussetzen wird, können wahrscheinlich künftige Generationen leichter verkraften, als wenn wir dies bereits heute tun müssten.
Die Summe von 33,5 Mio. Franken als Projektierungskredit erscheint nicht nur auf den ersten Blick enorm hoch. Nach wiederholter Nachfrage konnte uns der Baudirektor jedoch eingehend über den Planungsablauf informieren und uns die hohen Kosten einleuchtend erklären. Bei diesem Grossprojekt wird bereits in einem sehr frühen Planungsstadium der Beizug von sämtlichen Spezialisten wie Geologen, Statiker, sämtliche Medienplaner und auch weitere Spezialplaner für den ZVB-Betrieb unumgänglich sein. Nur so kann eine zuverlässige und später auch realisierbare Planung und Kostenberechnung erreicht werden. Diese wird dannzumal auch schon einen sehr hohen Planungsstand beinhalten, welcher weit über ein normales Baugesuch im Projektstand hinausgeht.
Innerhalb der CVP-Fraktion wurde das gigantische Bauvorhaben interessiert, aber kritisch betrachtet. Die Meinungen waren eingangs sehr breit gefächert, von einer sehr wohlwollenden bis zu einer vernichtenden Haltung war alles wahrzunehmen. Die grösste Diskussion betrifft die künftige Tragfähigkeit des Projekts, welche unserer Meinung nach nur dann gegeben ist, wenn von allem Anfang an bereits bei der Ausarbeitung des Architekturwettbewerbs eine spätere Etappierung vorgesehen und geplant wird. So erwarten wir von der Regierung, dass eine Etappierung und das Aufzeigen der daraus entstehenden Folgen von Anfang an in die Planung einfliessen werden. Vielen Dank an den Baudirektor, wenn er uns diesbezüglich noch seine zustimmende Haltung bezeugen kann.
Für die CVP-Fraktion ist klar, dass eine Unterstützung des heute geforderten Projektierungskredit nicht automatisch mit einer Carte-Blanche für die spätere Realisierung sämtlicher Bauvorhaben übereingeht. Vielmehr sehen wir den Nutzen des jetzt notwendigen Kredits darin, uns detailliert aufzuzeigen, wie sinnvoll und wertvoll eine Realisierung des Raumbedarfes an diesem Standort möglich ist.
Bevor der Votant zum Dank kommt, noch eine kurze persönliche Anmerkung an die Adresse der Baudirektion. Es hat in letzter Vergangenheit Schule gemacht, dass bei allen grösseren Bauvorhaben ein Generalplanerauftrag vergeben wird und die Realisierung durch einen Totalunternehmer zu einem Fixpreis oder mit einem Kostendach ausgeführt wird. Diese Vergabepraxis hat zwar bezüglich Termin- und Kostensicherheit einige nicht abzusprechende Vorteile. Für unsere Gewerbetreibenden im Kanton Zug ist es jedoch nicht sehr interessant, wenn wir als Kanton ein

umfangreiches Bauvolumen auslösen, unsere KMU jedoch auf der Strecke bleiben, weil die Entscheidungsfreiheit schlussendlich nur noch beim Totalunternehmer liegt. Wenn Sie im Zuger Amtsblatt die Stellenausschreibungen der Baudirektion etwas verfolgen, dann merken Sie schnell, über welche qualifizierten, best ausgebildeten und ständig weiter gebildeten Verwaltungsmitarbeiter die Baudirektion verfügt. Es würde Thiemo Hächler freuen, wenn wieder mal diese Leute die Aufgabe von Bauherrschaft, Projektleitung und Controlling übernehmen würden und so jeder einzelne Auftrag ausgeschrieben und möglichst an unsere Zuger Gewerbebetriebe vergeben werden könnte.
Zum Schluss – auch im Namen der CVP-Fraktion – Dank an alle Beteiligte bei dieser Vorlage. Insbesondere dem Baudirektor und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die gut ausgearbeiteten und umfangreichen Unterlagen, aber auch für die vorbildliche Bearbeitung von Fragestellungen und Zusatzabklärungen. Dank auch dem Kommissionspräsidenten Eusebius Spescha, welcher die kritische Hochbaukommission einmal mehr vorzüglich geleitet hat.
Die CVP-Fraktion ist unter der Annahme, dass die Etappierung der späteren Bauten in die weitere Planung einfliessen wird, für Eintreten auf diese Vorlage und wird dem Projektierungskredit in der Höhe von 33,5 Mio. Franken grossmehrheitlich zustimmen.

Daniel **Stadlin** hält fest, dass auch die Grünliberalen für Eintreten auf die Vorlage sind und in der Detailberatung die Empfehlungen der Kommission für Hochbauten unterstützen werden.
Die Verwaltung auf die beiden Standorte Postplatz und Aabachstrasse/General-Guisan-Strasse zu konzentrieren, ist nachvollziehbar und macht auch Sinn. 455 Mio. Franken sind jedoch auch für unseren Kanton ein ausserordentlich grosser Betrag. Zählt man noch die weiteren anstehenden Grossprojekte im Hochbau hinzu, ergibt dies einen Finanzierungsbedarf von über einer Milliarde Franken. In Anbetracht dieses enormen Investitionsvolumens muss der Antrag der Kommission für Hochbauten, für das Projekt an der Aa neben dem Gesamtkredit auch etappierte Baukredite zu prüfen, sehr ernst genommen werden. Der Votant hat jedenfalls seine Zweifel, ob Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein solches Megaprojekt einfach so durchwinken, insbesondere im Kontext der anderen anstehenden Grossprojekte.
Die geplante Überbauung des Areals An der Aa kann nicht nur aus der Perspektive des Nutzens für den Kanton und der ZVB aus betrachtet werden. Der städtebauliche Aspekt ist ebenso wichtig. Denn hier wird ein grosses und wichtiges Gelände überbaut und zwischen Grafenau und Herti zu einem städtischen Raum verdichtet. Der Regierungsrat beabsichtigt daher mit diesem anspruchsvollen Projekt das Gebiet städtebaulich aufzuwerten. Aber hat er diesen Anspruch auch eingelöst?
Zumindest im Norden des Areals ist ihm dies nicht gelungen. Auch in der vertieften Machbarkeitsstudie vom 25. August 2011 nicht. Städtebaulich aufzuwerten bedeutet hier, die bestehende Lücke zwischen der Grafenau und den Schutzengelbauten im Sinne einer Blockrandbebauung möglichst kompakt zu schliessen. Folglich kann der bestehende, das urbane Umfeld völlig ignorierende Solitärbau Verwaltungszentrum 1 aus dem Jahre 1992 kein massgebender Ausgangspunkt sein. Offenbar wurde aber genau dies gemacht. Wieso sähen sonst alle Projektvarianten in diesem Bereich des Areals kreuz und quer stehende Solitärbauten ohne direkte räumliche Beziehung zum öffentlichen Raum vor. Diese Bauten sind eher nach vorstädtischer Manier eines Wohnquartiers im Grünen gestaltet und werden zudem durch eine breite Vorgartenzone vom Strassenraum getrennt. Eine solch introvertierte

Überbauungsart ist im innerstädtischen Bereich, wozu das Gebiet mittlerweile gehört, absolut unsinnig. Hierher gehört ein durchgehender Gebäuderiegel. Dieser muss die elegante Geste der Schutzengelhäuserzeile samt dem grosszügigen öffentlichen Gehbereich übernehmen und dabei auch das bestehende Verwaltungszentrum 1 einbeziehen. Ein wichtiger Aspekt auch im Hinblick auf eine Anhebung der General-Guisan-Strasse. Im anstehenden Projektwettbewerb müssen diese Überlegungen unbedingt noch geprüft werden, damit der vom Regierungsrat erhobene Anspruch an eine städtebauliche Aufwertung dieses Gebiets doch noch eingelöst werden kann.
Den pragmatischen Ansatz der Kommission für Hochbauten, das Hochhaus im Bebauungsplan baurechtlich zu sichern, aber auf Stufe Bauprojekt vorerst nicht weiter zu bearbeiten, ist angesichts der Reaktionen in der Bevölkerung und den Medien sicher richtig. Dabei bleibt weiterhin offen, wo denn dereinst dieses Hochhaus platziert werden soll. Aus städtebaulicher Sicht halt eben schon dort, wo heute das Gerichtsgebäude steht. So wie dies auch die Bestvariante der Machbarkeitsstudie des Regierungsrats vom 19. April 2011 vorsieht. Das Gerichtsgebäude muss zugunsten einer kohärenten Gesamtüberbauung geopfert werden können. Nicht in diesem und vielleicht auch nicht im nächsten Jahrzehnt. Jedoch zu gegebener Zeit sollte dies möglich sein. Darauf ist der Bebauungsplan auszurichten.

Vroni **Straub-Müller** möchte eine kleine Präzisierung zum Fraktionsvotum von Oliver Wandfluh anbringen. Dies mit dem Hintergrund ihrer Tätigkeit als Mitglied der Zuger Stadtregierung. Der Stadtrat hat klar signalisiert, dass er bereit ist, das ZVB-Areal gegen Realersatz mit dem Kanton abzutauschen. Es laufen bereits auch Verhandlungen zu einem Vorvertrag zu diesem Tausch. Hingegen hat sich die Stadt Zug bis heute noch nicht zum Projekt beziehungsweise zu den städtebaulichen Aspekten der geplanten Neubauten geäussert.

Urs **Raschle**: Mit «es war einmal …» beginnt jedes Märchen. Der Votant erzählt nun ein kleines Märchen: Es waren einmal sechs Könige und eine Königin. Sie residierten mit ihrem jeweiligen Hofstaat in unterschiedlichen Schlössern und Burgen. Drei Könige wohnten ziemlich nahe beieinander und verspürten das Gefühl, dass es doch schöner wäre, wenn die Boten nicht ständig den weiten Weg von Burg zu Burg zurücklegen müssten, sondern gleich alle sieben Monarchen am selben Ort platziert wären. So beauftragten sie den Bau-König, eine Idee zu entwickeln. Dieser kam eines schönen Tages und präsentierte stolz seine Idee: Nicht einen Palast, nein, gleich mehrere grosse und hohe Paläste – für jeden König einen – sollte es geben. Die Königin und die Könige waren begeistert und applaudiertem dem Bau-König. Sie sahen sich schon in ihren Gemächern wandeln und über das Volk regieren. Doch, halt! Ein König sah die Anderen stirnrunzelnd an und fragte: Und wer soll dies alles bezahlen? Da wurde es still. Endlich sagte der Finanz-König: « Das können wir aus der Staatskasse nehmen, wir haben ja genug!» Hier endet das Märchen, denn so märchenhaft wie es sich anhört, ist diese Vorlage nicht.
Beim Lesen der Vorlage schauderte es dem Votanten und er dachte: Können wir dieses Projekt wirklich bezahlen? Respektive ist es richtig, die Hälfte des Eigenkapitals für eine effizientere Verwaltung einzusetzen? Dies im Zeitalter von E-Mail, Skype und dergleichen? Ist unsere Zukunft so risikofrei, dass wir das Geld nicht für schlechtere Zeiten aufbewahren müssen? Er hat seine Zweifel, grosse Zweifel. Dieses Projekt ist für den Kanton Zug eine Nummer zu gross und zu überdimensio-

niert. Zug ist klein und während Jahrhunderten fuhren wir gut damit, bescheiden aufzutreten. Doch dieser Wert geht immer mehr verloren und nun bringt ausgerechnet die Regierung, welche die Entwicklung auch kontrollieren sollte, ein Projekt, welches an Grössenwahn erinnert.
Sicher diskutieren Sie auch viel mit Freunden und Bekannten. Hand aufs Herz, haben Sie bis jetzt schon von jemandem gehört, dass er für das Projekt stimmen würde? Urs Raschle nicht. Im Gegenteil, man schüttelt nur den Kopf über so viel Mut. Gute Voraussetzung für eine Abstimmung. Wie soll der Steuerzahler verstehen, dass die Hälfte «seines» Vermögens dafür eingesetzt wird, dass die Verwaltung effektiver arbeiten kann? Dies bringt ihm keinen Mehrwert, im Gegenteil. Für die Meisten wird der Weg zum Steueramt von der Bahnhofstrasse an den Aabach noch weiter.
Diese Vorlage, obwohl strategisch richtig und sinnvoll, sollte nochmals überarbeitet werden. Sollte dies nicht möglich sein, braucht es zumindest eine Etappierung, denn ein Neubau der ZVB ist bestimmt das Dringendste und könnte auch als alleinige Vorlage gebracht werden.
Deshalb plädiert der Votant an Ihr Verantwortungsbewusstsein. Wenn Sie nicht in 10 oder 20 Jahren ihren Kindern oder Enkelkinder erklären wollen, wie Sie es geschafft haben, so viel Geld zu «verlochen», dann nützen Sie die Chance jetzt und sagen Sie nein zum Kredit. Wir sind es der Nachwelt schuldig, dass nicht das gesamte Vermögen so benutzt wird.

André **Wicki** möchte an das Märchen von Urs Raschle anknüpfen, zwar nicht als König, aber doch als Prinz. Und zu Vroni Straub möchte er sagen: Das war natürlich in der Stadt und auch in der Stadtbildkommission. Der Stadtrat hat das schon angeschaut und auch entsprechend unterstützt. Da möchte der Votant Oliver Wandfluh den Rücken stärken.

Das Märchen von Urs Raschle hat Martin **Stuber** provoziert, auch noch etwas zu sagen zu diesem Thema. In einem Punkt hat er natürlich wirklich recht. Man sollte ja auch in die Zukunft schauen. Wir haben im Moment bei den Büroflächen im Kanton Zug im Allgemeinen und in der Stadt Zug und wahrscheinlich auch in Baar speziell ein Blase. Das kann man heute nicht mehr bestreiten. Es gibt auch schon neue Untersuchungen dazu. Eine ziemlich neue Studie der CS oder von Wüest und Partner zeigt, dass Zug da im roten Bereich ist. Niemand kann heute ernsthaft sagen, was mit dieser Immobilienblase passieren wird. Wir wissen einfach, dass immer noch Büroflächen gebaut werden wie verrückt. Der Votant hat an seinem Arbeitsplatz in Baar kürzlich ein langes Gespräch geführt mit dem Verwalter, der den Immobiliensektor sehr gut kennt. Er hat bestätigt, dass es einen massiven Übergang an Bürofläche gibt. Niemand weiss, wo das enden wird.
Wir haben diese Büroraumplanung ja immer verlangt und es ist klar, dass dieser Zug jetzt am Rollen ist, wir haben jetzt aber eine andere Situation. Wer kann heute nicht sagen, ob wir in drei oder fünf Jahren froh sind, wenn der Kanton Zug für seine Verwaltung in der Lage ist, Büroraum an zentraler Lage zu mieten? Wer kann heute nicht sagen, ob der Kanton Zug zu diesem Zeitpunkt nicht auch sehr günstig zu diesen Büroraumflächen kommt? Ist es wirklich das Gelbe vom Ei, dass wir heute so eine riesige Kiste aufgleisen für eine Fahrt, die wirklich ein wenig ins Ungewisse geht? Das ZVB-Areal ist absolut unbestritten, da müssen wir etwas machen. Aber beim Rest ist es Martin Stuber angesichts der heutigen Situation wirklich etwas unwohl.

Eusebius **Spescha** möchte noch zwei Präzisierungen anbringen und dann eine persönliche Bemerkung. – Die Kommission für Hochbauten stellt nicht den Antrag auf Etappierung, sondern dass neben dem Gesamtbaukredit auch die Möglichkeiten einer Etappierung aufgezeigt werden. Das sind zwei verschiedene Geschichten. Es soll zum Zeitpunkt Baukredit aufgezeigt werden, was es auch kostenmässig heisst, wenn das Ganze in einem Zug als Gesamtkredit bewilligt wird. Und was es heissen würde, wenn das Ganze in Teilkredite aufgeteilt und dann allenfalls auch etappiert realisiert würde. Es sollen beide Varianten im Raum stehen. Es muss dannzumal sauber darüber entschieden werden auf der Basis guter Grundlagen.
Wir haben in der Hochbaukommission eine Delegation der Stadt Zug eingeladen. Wir sind davon ausgegangen, dass diese Delegation kompetent war, zu den von der Kommission aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Und dass dies auch abgesprochen ist mit den Stadtbehörden. Da bittet der Votant einfach die Stadträte im Kantonsrat und auch die anderen, sich zu einigen, welche Positionen sie haben gegenüber den Kommissionen.
Noch die persönliche Bemerkung. Das wurde nämlich so in der Kommission nicht diskutiert. Eusebius Spescha findet, man könne tatsächlich unterschiedlich eingestellt gegenüber dem Bauvorhaben. Er kann auch sehr gut nachvollziehen, wenn man da ein ungutes Gefühl hat wegen der Grösse dieses Vorhabens. Was ihn aber irritiert ist die Argumentation, der Kanton Zug soll darauf spekulieren, dass die Immobilienspekulation Büroräume generiert, die dann günstig zu mieten sind. Eine langfristige und sinnvolle Politik auf dieser Basis können wir nicht betreiben. Es kann zwar durchaus sein, dass es im Moment eine Immobilienspekulation gibt im Bürobereich. Aber darauf zu rechnen, dass dann zum Zeitpunkt X, wenn wir Büroraum brauchen, gerade irgendwo jemand in Konkurs geht und wir dann die Räume zur Verfügung haben, kann wohl nicht die Aufgabe des Kantons sein.

Baudirektor Heinz **Tännler** beginnt nicht mit einem Märchen, aber wenn die sieben Könige dannzumal in dieses Schloss einziehen werden, wird er schauen, dass Urs Raschle als Hofnarr angestellt wird.
Das Projekt heisst Fokus. In Wikipedia heisst es zu diesem Begriff: «Als Brennpunkt einer optischen Linse, eines Hohlspiegels oder eines Antennenreflektors wird in der geometrischen Optik der Ort bezeichnet, in dem parallel zur optischen Achse einfallende Lichtstrahlen durch das optische Element gebündelt werden.» Das ist der Aufhänger und deshalb haben wir dieses Projekt mit «Fokus» bezeichnet, weil wir aufgrund der Strategie des Regierungsrats gesagt haben: zentralisieren oder bündeln.
Zuerst aber noch ein Blick zurück. Die ganze Übungsanlage geht ja zurück auf die Motion Abicht. Heinz Tännler war damals auch im Kantonsrat. Hans Abicht hat in die Zukunft geschaut. Er hat nämlich damals vom Regierungsrat eine Strategie zur Büroraumplanung gefordert. Es kam dann etwa sechs Jahre lang zu einem Stillstand, bis die Motion erheblich erklärt wurde. Aber seit Einreichung dieser Motion bis 2010 hatten wir ein Wachstum bei den Stellen von 25 % und bei den Personen von 35 %. Sie sehen: In diesen zehn Jahren ist das passiert, was wir jetzt so grosso modo sagen, es könne passieren bis 2030.
2006 wurde die Motion erheblich erklärt und wir haben uns an die Arbeit gemacht. Wir haben das Obergericht rausgenommen, weil dort Dringlichkeit war, und haben jetzt diese Vorlage vorbereitet. Die Strategie des Regierungsrats ist langfristig und zukunftsorientiert – nicht zuletzt aufgrund der genannten Zahlen. Wir haben elf Grundsätze ausgearbeitet. Nicht lapidar und einfach so schnell aus der Hüfte geschossen. Da haben viele Diskussionen stattgefunden. Wir haben unter anderem

dieses Konzentrationsmodell der Verwaltung gewählt – nicht nur der Gesamtverwaltung, sondern auch innerhalb der Direktionen – und Eigentum vor Miete. Dazu ist Folgendes zu sagen: Seit Heinz Tännler in der Regierung ist, hat er monatlich Anfragen und Aufforderungen, Büroräume zu suchen, weil da oder dort wieder etwas notwendig ist. Es ist mühsam, ressourcenfressend und effektiv konzeptlos, irgendwo eine Wohnung zuzumieten oder sich bei Marc Rich einzumieten an einer zentralen Lage in Zug. Wir können schon sagen, wir hätten Büroleerstände. Es sind notabene etwa 5 % und in den letzten Jahren stagnierend. Aber nicht in der Stadt Zug, sondern irgendwo in der Peripherie, in Neuheim, in Menzingen, im Ägerital, in Rotkreuz usw. Aber wir brauchen ja eine Verwaltung, die plus minus in der Stadt Zug platziert ist.
Zu den Rahmenbedingungen. Zum Erweiterungsbedarf in der Verwaltung hat uns die Hochbaukommission viele Fragen gestellt. Und wir haben dort wirklich aufgezeigt, dass der Erweiterungsbedarf nicht nur bei den ZVB, sondern auch in der Verwaltung notwendig ist. Auf dieser Brache nun etwas Sinnvolles für Beide zu bauen, ist richtig. Es ist ein zukunftsorientiertes Projekt. Und Sie fordern ja immer Strategien, man solle ein Konzept aufzeigen. Das machen wir hier. Wir machen ein Konzept, das langfristig bis 2030 halten soll. Und nicht irgendeine halbbatzige Geschichte. Denn was passiert, wenn wir nun diese Sache nicht zu Ende führen, ob etappiert oder nicht? Dann sind wir in fünf, sechs Jahren wieder am Diskutieren über eine Büroraumplanung, weil alles aus den Nähten platzt. Jetzt haben wir eine Chance und wir haben auch die Finanzen, hier einen Punkt zu setzen.
Zu den Votanten. Eusebius Spescha hat eigentlich alles auf den Punkt gebracht. Die von ihm genannten Punkte sind heikel. Die Dichte, das Volumen und das viele Geld. In diesem dicht besiedelten Kanton, in dieser Stadt ist dicht bauen wirklich das Richtige. Nach Innen entwickeln, dicht bauen, den Raum gut ausnützen ist die richtige Richtung. Es entsteht dort wirklich ein grosses Volumen. Aber wir haben lange Diskussionen geführt und sind auch mit den Architekten, die uns begleitet haben, zum Schluss gekommen, dass dieses Volumen wirklich verträglich ist.
Viel Geld: Brutto ist nicht netto. Wir sprechen von einer halben Milliarde. So leichtfüssig aufrunden sollte man aber nicht. Wir haben von 450 Millionen gesprochen und bei einer Nettobetrachtung sind es 172 Millionen für die ZVB und etwa 210 Millionen für die kantonale Verwaltung. Und es hat Positionen, die den Kanton nicht belasten. Wenn wir es netto betrachten, sind wir unter 400 Millionen. Wir sprechen auch nicht davon, dass das halbe Eigenkapital wegschwimmt. Eigene Liegenschaften sind auch Eigenkapital, das ist dann nicht irgendwo, sondern immer noch in den Büchern des Kantons, fassbares Eigentum. Und wir können es finanzieren, wie wir das zusammen mit Peter Hegglin in der Stawiko aufzeigen konnten. Wir haben glücklicherweise viele Mittel angespart, so dass wir nun diese Investitionen machen können.
Zur Etappierung gibt es unterschiedliche Meinungen. Sowohl der Baudirektor wie auch die Regierung sind der Meinung, dass wir sämtliche Empfehlungen aufnehmen, sowohl jene der Hochbaukommission wie auch jene der Stawiko – mit Ausnahme der Etappierung. Es ist richtig, dass wir im Hinblick auf einen Objektkredit aufzeigen, wie es aussehen würde, wenn wir etappieren würden. Wir können sagen: Wenn wir das Projekt 1:1 in einem Guss realisieren, sieht es so aus. Wir können die Vor- und Nachteile aufzeigen. Wenn wir etappieren, gibt es verschiedene Möglichkeiten und wir können dort die Vor- und Nachteile aufzeigen. Und dann können wir das in diesem Rat diskutieren. Da teilt der Baudirektor die Auffassung des Kommissionspräsidenten. Wenn wir das nicht tun, wird es uns spätestens dannzumal um den Kopf geschlagen, bei einem anderen Rat und einem anderen

Baudirektor. Der Votant sieht eher mehr Nachteile bei einer Etappierung, aber vielleicht kommen wir doch noch zu einem anderen Ergebnis.
Die Sparaufträge nehmen wir ernst, Heinz Tännler möchte sie aber nicht als Auftrag verstehen. Denn dann fixieren wir 5 oder 10 %. Es ist eine Empfehlung. Wir müssen bei der Ausarbeitung des Projekts Sparvorschläge aufzeigen. Was es dann heisst, eine Kinderkrippe ja oder nein oder was auch immer, ist dann eine andere Frage. Geben Sie uns hier die Flexibilität. Vielleicht können wir beim Verwaltungsbau mehr sparen als bei den ZVB oder umgekehrt.
Zu den jährlichen Betriebskosten. Wir haben darüber in der Stawiko gesprochen, Amortisation und Verzinsung. Der Baudirektor garantiert, dass er das in der Vorlage aufzeigen wird.
Zu Gabriela Ingold und der Pensionskasse. Das nehmen wir auf. Wir haben heute schon viele Anfragen. Auch die Gebäudeversicherung möchte dort Wohnungsbau realisieren. Unzählige Interessenten sind vorhanden. Und wir werden auch die Finanzierung der ZVB genau prüfen – das müssen wir noch liefern.
Zu Markus Jans und der Informationspolitik. Das ist uns ein grosses Anliegen. – Zur Notwendigkeit der Zentralisierung teilt Heinz Tännler aber seine Auffassung nicht. Es ist ja nicht die Frage, dass jemand an einem Tag zu vier verschiedenen Verwaltungsstellen geht. Man muss wissen, wo die Verwaltung ist. Und wenn eine Verwaltung zentralisiert ist, gibt es effektiv Synergieeffekte. Man hat auch Reserven und man kann an diesem Ort weiteren Büroraum schaffen. Die Beispiele Strassenverkehrsamt oder Werkhof oder Obergericht sind nicht glücklich. Der Baudirektor hat noch nie einen Werkhof bei der kantonalen Verwaltung gesehen. Er hat noch selten ein Obergericht bei der kantonalen Verwaltung gesehen. Es ist meistens getrennt vom Kantonsgericht. Deshalb haben wir ja das auch ins Zeughaus ausgelagert. Die Bereiche, die wir nicht zentralisieren, sind gut begründbar. Und dass bei der Verwaltung keine Dringlichkeit vorliege, stimmt nicht. Gebt uns nun die Chance, dieses Projekt zu realisieren. Wir werden sonst in fünf Jahren wieder darüber diskutieren.
Mehr Wohnbauten sind nicht möglich. Wir stellen immerhin ein Gebäude hin und machen dort Wohnungsbau für mittlere Einkommen. Es hat aber seine Grenzen mit 30 bis 35 Wohnungen.
Das Hochhaus realisieren wir nicht, auch nicht an einem anderen Ort. Wenn es realisiert werden soll, dann beim heutigen Gerichtsgebäude. Das ist der richtige Standort. Und wir haben uns den Standort gesichert.
Zu Stefan Gisler. Wir seien hier etwas unbekümmert gewesen, Prestigeobjekt, lapidare Ausführungen. Der Baudirektor möchte diese Aussagen in aller Form zurückweisen. Wir haben hier eine sehr professionelle Vorlage gemacht. Die Kommissionen konnten sich davon überzeugen. – Zur Wachstumsrate kann man geteilter Meinung sein. Wir haben bis 2030 diese 25 %, gestützt auf das mittlere Wachstum im Kanton. Und wir schaffen jetzt auch eine Reserve. Wir können das nachher drittvermieten. Aber es sinnvoll, Reserve zu schaffen. Heinz Tännler erinnert an das VG 1. Als es bezogen wurde, hatte es schon zu wenig Platz. Gebt uns jetzt die Möglichkeit, diesen Raum zu verbauen und diese Reserven zu schaffen. Dann kommen wir nicht schon wieder 2030 mit neuen Vorlagen.
Der Baudirektor unterstützt das Energieleitbild. Aber wir haben in der Kommission gesagt, Standard Minergie A oder B oder was auch immer wollen wir stehen lassen. Es soll ein Minergiestandard sein, der zum dannzumaligen Zeitpunkt der richtige ist. Das heute schon zu fixieren, wäre falsch.
Zu Thiemo Hächler und dem Generalplanerauftrag, Totalunternehmer. In der Vergangenheit haben wir Generalplaneraufträge gemacht, aber meistens nicht mit einem Totalunternehmer. Das Zeughaus zum Beispiel war ein Generalplaneraufl-

trag. Dann wird submittiert und wir haben viele Zuger Unternehmer gehabt, die dort alle gut gearbeitet haben. Beim Spital haben wir einen Totalunternehmervertrag gemacht. Aber immerhin haben wir dort auch fixiert, dass er verpflichtet ist, zwei Drittel der Aufträge an Zuger Unternehmer zu vergeben. Aber über diesen Generalplanerauftrag wird sich Heinz Tännler mit Thiemo Hächler bilateral unterhalten. Damit haben wir alles im Griff, auch die Kosten.
Zu Daniel Stadlin ist zu sagen, dass es der Wettbewerb richten wird. Deshalb machen wir ein Wettbewerbsverfahren und der Baudirektor lädt Daniel Stadlin gerne in die Jury ein, wo er seine Ideen einbringen kann.
Unterstützen Sie den Antrag der Hochbaukommission, Projektierungskredit 33,5 Mio. Franken. Es ist eine gute Sache und ein finanzierbares Projekt, das viele Probleme löst. Es ist auch eine Herausforderung. Aber wir tun hier etwas Nachhaltiges auch für unsere Nachkommen.

EINTRETEN ist unbestritten.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass ein Rückweisungsantrag der AGF vorliegt. Für eine Rückweisung braucht es eine Zweidrittelsmehrheit.

➔ Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag mit 61:11 Stimmen ab.

DETAILBERATUNG

§ 1

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich die Regierung hier der Hochbaukommission und der Stawiko anschliesst, wonach ein Projektierungskredit von 33,5 Mio. Franken festgelegt wird. Sie fragt nach, ob das ebenfalls mit Preisstand Zürcher Baukostenindex 1. April 2010 inklusive 8 % Mehrwertsteuer ist. – Das ist der Fall.

➔ Einigung

§ 2

Die **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass der Regierungsrat in seiner Vorlage eine zusätzliche Ermächtigung zu jener in § 2 beantragt, nämlich die Baudirektion (Hochbauamt) mit den Vorbereitungsarbeiten für die erste Stufe des Generalplanungs-Projektwettbewerbs nach der 2. Lesung und Schlussabstimmung während der Referendumsfrist zu beauftragen.
Diesen weiter gehenden Antrag bringen wir nach der 2. Lesung zur Abstimmung, also nach der Schlussabstimmung, wenn wir auch über die Anträge zu den parlamentarischen Vorstössen im Zusammenhang mit dieser Vorlage befinden.

Das Wort wird nicht verlangt.

§ 3

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2050.5 – 14028 enthalten.

399 Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit Polycom

Traktandum 11 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2065.1/.2 – 13833/34), der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2065.3 – 13862) und der Kommission (Nr. 2065.4 – 14005).

Die **Vorsitzende** rechnet damit, dass dieses Traktandum eine Debatte von mindestes 1,5 bis 2 Stunden erfordert. Wir haben noch eine gute halbe Stunde Zeit für die Eintretensdebatte. Oder wir verschieben dieses Traktandum auf die nächste Sitzung und gehen direkt zu Traktandum 12. Vom Ablauf her wäre es gut, wenn wir das Eintreten bereits heute erledigen könnten.

Martin **Stuber** möchte sein Votum gerne heute halten, aber es ist eine sehr technische Materie und wir sollten das möglichst in einem Rutsch behandeln und nicht aufspalten. Wir vergeben uns nichts, wenn wir jetzt Polycom als Ganzes verschieben und dann eine Diskussion am Stück machen, wenn es gleich als erstes Traktandum für die nächste Sitzung gesetzt wird.

Die **Vorsitzende** fragt den Regierungsrat, ob er einverstanden ist. (Er ist es.)

➔ Das Traktandum wird auf die nächste Sitzung verschoben.

400 Motion von Alois Gössi betreffend Abgangsentschädigung von Regierungsräten

Traktandum 12 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2092.2 – 14015).

Warum geht es Alois **Gössi** in seiner Motion? Er möchte, dass ein Regierungsrat keine Abgangsentschädigung mehr erhält, wenn er vor dem Ablauf seiner gewählten Amtszeit aufhört und entweder ein neues politisches Amt oder eine neue Stelle annimmt.
Der Regierungsrat lehnt dieses Begehren ab mit folgenden Begründungen:
– Die jetzigen Regelungen zur Abgangsentschädigungen haben sich bewährt. Dies ist so, einen vorzeitigen Rücktritt gab es seit 1997, seitdem diese Regelung in Kraft ist, bis zum letzten Februar nicht. Und wegen einem Einzelfall soll das Gesetz nicht geändert werden.
– Bei einer Wahl in den National- oder Ständerat sei es im Übrigen nicht dienlich, wegen der Doppelbelastung beide Ämter auszuführen. Aufgrund der vielen sitzungsbedingten Abwesenheiten wäre dies für den Kanton die schlechtere Lösung. In diesem Sinne müsste der Kanton Zug Joachim Eder, der wegen seinem neuen Ständeratsmandat vorzeitig zurückgetreten ist, also überaus dankbar sein, dass er überhaupt zurückgetreten ist und nicht diese zwei Ämter als Regierungs- und Ständerat nebeneinander ausübte, gesetzlich wäre dies im Moment noch möglich. Noch möglich, weil gemäss der geplanten Revision zum Gesetz über Wahlen und Abstimmungen inskünftig ein Doppelmandat Regierungs- und National- oder Stän-

derat explizit ausgeschlossen wird. Dies mindestens gemäss der Vernehmlassungsvorlage zur Revision dieses Gesetzes. Dieses Hauptargument des Regierungsrats wegen der Doppelbelastung fällt also nach den Absichten des Regierungsrats eh weg, ein Doppelamt wird nicht mehr möglich sein.
– Als National- oder Ständerat verdient man weniger als ein Regierungsrat und ein National- oder Ständerat wäre daher gezwungen, die «erstbesten» Mandate anzunehmen, dass schon zu Beginn ein vernünftiges Gesamteinkommen erzielt wird. Dies ist so, aber die Abgangsentschädigung ist ja nur für eine begrenzte Zeit und in der Regel folgen die Mandate ohnehin.
Eine finanzielle Abgangsentschädigung bei Rücktritt oder Nichtwiederwahl eines Regierungsrats soll die finanzielle Absicherung während der Phase der beruflichen Neuorientierung gewährleisten, wie der Regierungsrat schreibt. Dies sieht der Votant auch so und begrüsst es. Aber eine berufliche Neuorientierung ist mit einem vorzeitigen Rücktritt während der Legislatur und dem Wechsel in den National- oder Ständerat respektive einer neuen Stelle in keiner Art und Weise mehr nötig. Sie ist ja dann schon längst gemacht.
Für Alois Gössi ist es völlig unverständlich, und deshalb reichte er ja diese Motion auch ein, wieso wir einem gewählten Regierungsrat, der während seiner gewählten Amtszeit sein Amt vorzeitig völlig freiwillig abgibt, damit er sein neues Amt als Ständerat oder Nationalrat ausüben kann, noch eine Abgangsentschädigung zahlen sollen. Sollen wir Steuerzahler inskünftig auch solche freiwillige Rücktritte während einer Legislatur noch finanziell entschädigen? Der Votant ist klar der Meinung, dass dies nicht der Fall sein sollte. Er hatte einige Diskussion und Gespräche zu seiner Motion ausserhalb seines politischen Umfelds. Und da fand die jetzige Regelung, gelinde gesagt, nicht gerade viel Verständnis.
Der Fall Joachim Eder ist im Moment ein Einzelfall, und das Motionsbegehren will ja erst eine Regelung auf die nächste Legislatur, aber wenn Alois Gössi die Regierungsbank so vor sich sieht, sieht er doch auch einige potenzielle künftige National- oder Ständeräte, es könnte also sehr wohl in der Zukunft kein Einzelfall mehr bleiben. So selten kommt es übrigens auch nicht vor. Im Kanton Schwyz gab es letztes Jahr Ersatzwahlen und zwar wegen dem vorzeitigen Rücktritt von zwei Regierungsräten wegen einer neuen Stelle in der Privatwirtschaft.
Alois Gössi bittet den Rat, seine Motion erheblich zu erklären.

Andreas **Hürlimann** weist darauf hin, dass der Motionär verlangt, dass Regierungsmitglieder bei einem freiwilligen Rücktrick keine Abgangsentschädigungen in Form von sechs Monatsgehältern erhalten. Sein Anliegen hat in unserer Fraktion Diskussionen ausgelöst – schlussendlich gehen wir mit der Regierung aber einig, dass die bereits durch die erweiterte Stawiko in einem aufwändigen Verfahren anlässlich der Revision des Rechtsstellungsgesetzes erarbeitete Regelung genügend restriktiv ist.
Schaut man sich die vor der Revision geltenden Leistungen an und wären diese immer noch gültig, dann hätte das Anliegen des Motionärs sicherlich mehr Unterstützung in unserer Fraktion gefunden. Da die Leistungen für aus dem Rat ausscheidende Regierungsmitglieder aber bereits mit der letzten Revision beachtlich reduziert wurden, gibt es für die AGF zum heutigen Zeitpunkt keinen Anlass, nochmals zusätzliche Restriktionen einzuführen. Zudem üben die Mitglieder des Regierungsrats ihr Mandat zwischenzeitlich auch im Vollamt aus. Für uns gilt daher auch in diesem Fall eine für Kaderstellen übliche Kündigungsfrist von sechs Monaten.

Rücktritte während einer Legislatur sind Einzelfälle. Es besteht daher für uns kein Anlass, auch einen solchen Einzelfall nochmals gesetzestechnisch zu regeln. Um auf das aktuelle Beispiel zu kommen: Joachim Eder hätte als Ständerat auch Regierungsrat bleiben können. Sogar eine Wiederwahl wäre möglich. Die AGF stört sich viel mehr daran, dass bei einer Ausübung eines Ständeratsamts und gleichzeitig ausgeübtem Regierungsjob eine nicht wünschenswerte Doppelbelastung entsteht. Diese führt unweigerlich dazu, dem einen oder anderen Amt nicht mehr die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken. Unter anderem Absenzen am einen oder anderen Ort wären die Folge. Folgerichtig wäre demnach, dass eine Lösung angestrebt werden sollte, welche es einem Regierungsmitglied gar nicht mehr ermöglichen würde, ein Ständeratsamt mit einem Regierungsratsamt zu kombinieren. Hier wäre unserer Meinung nach eine Änderung angebracht und die AGF hat in der Vernehmlassung zum Wahlgesetz eine Forderung eingebracht.
Wir sind überzeugt, dass nicht jeder Einzelfall in diesem Bereich abgedeckt werden kann. Darum sehen wir im Bereich der Abgangsentschädigungen zum heutigen Zeitpunkt keinen Handlungsbedarf. Die AGF unterstützt den Antrag des Regierungsrats, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Daniel Thomas **Burch** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Antrag der Regierung unterstützt, die Motion sei nicht erheblich zu erklären.
1. Die verlangte Gesetzesänderung ist überflüssig. Das geht schon aus der Begründung des Motionärs hervor. Zitat: « Einen Rücktritt eines Zuger Regierungsrates aus beruflichen Gründen (Stellenwechsel) gab es bei uns im Kanton Zug in den letzten Jahrzehnten nie. Dies ist auch relativ selten in anderen Kantonen». Weshalb sollen wir wegen einer Situation, die kaum eintrifft ein Gesetz ändern? Wir haben Wichtigeres zu tun.
2. Das Verhalten von Joachim Eder ist nicht nur korrekt, sondern ein gutes Beispiel von Verantwortungsbewusstsein. Ein Regierungsrat darf auch das Amt als National- oder Ständerat ausüben. Eine solche Doppelfunktion hätte für ihn finanzielle Vorteile. Nebst dem Salär als Regierungsrat würde er noch die Entschädigung als Bundespolitiker erhalten. Bei einer solchen Doppelfunktion können kaum beide Funktionen mit dem nötigen Engagement ausgeübt werden. Die Ausübung einer, oder beider Funktionen würde aus Kapazitätsgründen leiden.
Joachim Eder hat entschieden, sich mit Leib und Seele und seinem ganzen Engagement als Ständerat für den Kanton Zug einzusetzen und seinen Regierungsratssitz einem Nachfolger zu überlassen. So hat der Kanton Zug nicht nur einen engagierten Standesvertreter im Bundesbern, sondern mit Urs Hürlimann auch einen Gesundheitsdirektor, der sein Amt mit den nötigen zeitlichen Ressourcen und seinem ganzen Engagement ausüben kann. Würde die Abgangsentschädigung gestrichen, würde kaum ein gewählter Regierungsrat und gewählter Stände- oder Nationalrat sein Regierungsratsmandat einem Nachfolger überlassen. Man könnte einem solchen Amtsträger oder einer solchen Amtsträgerin nicht mal verübeln, dass er oder sie aus finanziellen Gründen beide Ämter behalten würde. In diesem Fall wäre der Sache wohl kaum gedient.
Die heutige Lösung ist daher sinnvoll und erlaubt die finanziellen Einbussen bei einem freiwilligen Wechsel in ein anderes politisches Amt etwas abzufedern.
3. Der Begriff «freiwilliger Rücktritt» kann viele Facetten haben. Ist beispielsweise der Verzicht auf eine Wiederwahl ein freiwilliger Rücktritt? Für alle Varianten und Spitzfindigkeiten eine gesetzliche Regelung zu schaffen, ist nicht sinnvoll. Und damit sind wir wieder bei Punkt eins. Solche Fälle gab es in den letzten Jahrzehnten im Kanton Zug nie. – Bitte erklären Sie die Motion nicht erheblich.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass verschiedene Votanten unsere Ausführungen im Bericht erwähnt und unterstützt haben. Aus unserer Sicht ist es nicht notwendig, bei diesen Regelungen etwas anzupassen. Sie wurden 1997 einer fundierten Überprüfung durch die Stawiko unterzogen. Dabei hat man die damaligen Regelungen schon entsprechend stark reduziert. Und wir sehen keine Notwendigkeit, heute aufgrund eines Einzelfalls – des Rücktritts von Gesundheitsdirektor Joachim Eder – eine Korrektur vorzunehmen. Sollten wieder mal Korrekturen vorgenommen werden, wäre es am besten, das wieder gesamthaft zu betrachten und dann diese Überprüfungen allenfalls wieder durch die Stawiko vorzunehmen, weil ja der Regierungsrat in dieser Angelegenheit natürlich in einem gewissen Sinn befangen ist. In diesem Sinn empfehlen wir Ihnen, unseren Überlegungen und Anträgen zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 47:16 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

401 Postulat von Vroni Straub-Müller und Anna Lustenberger betreffend Bildung unter einem Dach

Traktandum 13 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2105.2 – 14016).

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die Postulatsantwort differenziert ist. Es ist für uns verständlich, dass vor allem die Gründe für die Beibehaltung der momentanen Regelung überwiegen.
Man spürt es, die Regierung möchte es so lassen wie es ist, die gute und übergreifende Zusammenarbeit wird stark hervorgehoben – einer Zusammenlegung der in die Bildung involvierten Ämter kann man nichts abgewinnen. Unser Anliegen haben wir in einem Postulat geäussert, weil wir wussten, dass wir mit unserm Anliegen ein Gebiet aufgreifen, bei dem schlussendlich die Regierung entscheiden kann. Der Regierung steht es frei, der Bitte eines Postulats nachzukommen oder nicht. Das hörten wir an der letzten Sitzung von der Direktorin des Innern. Hier wird nun mit viel Herzblut die momentane Regelung geschildert – wir akzeptieren deswegen den Entscheid der Regierung, auf dieses Postulat nicht einzutreten.
Lassen Sie die Votantin aber trotzdem noch ein paar Gedanken dazu äussern:

- Die Nähe der Wirtschaft wird allzu oft erwähnt – das wäre auch möglich mit nur einem zuständigen Departement.
- Können wir es uns hier im Kanton Zug einfach leisten, dass zwei Departemente, zwei Regierungsräte sich mit Bildungsfragen befassen? Wäre nicht genau die Kleinräumigkeit unseres Kantons ein Grund, dass ein Departement reichen würde? Und gäbe es nicht Synergien?
- Nach wie vor ist Anna Lustenberger der Meinung, dass die Berufslehre vor allem bei Eltern nicht den Stellenwert hat, den sie verdient. Kinder sollen in die Kanti, das ist der heutige Trend. Es ist sehr begrüssenswert, wenn Bestrebungen da sind, das duale Bildungssystem zu stärken.
- Befremdet hat sie in der regierungsrätlichen Antwort die zitierte Äusserung von Rudolf Strahm, der die Berufsbildung und die vollschulischen Ausbildungsgänge als zwei Kulturen sieht. Er spricht dabei auch von der Förderung der sozialen und emotionalen Kompetenzen in der Berufslehre, während in Gymnasien oder Unis vor allem die Noten als Massstab zählen und die schulisch-kognitiven Fächer

gefördert werden. Nach Meinung der Votantin braucht es auch im Gymnasium eine Förderung der sozialen Kompetenz. Akademiker ohne soziale Kompetenz brauchen wir nicht. Auch Lehrbetriebe wollen Lernende, die guten Noten in rein schulischen Fächern erlangen.

- Gesamtschweizerisch liegen die beiden Bildungsbereich in den meisten Kantonen zusammen in einem Departement. Es ist anzunehmen, dass bei einer Konferenz der Bildungsdirektoren zu Bildungsthemen unsere beiden betroffenen Regierungsräte dabei sind – ist das wirklich sinnvoll?
- Und zu guter Letzt, das Modell Zug wird als Erfolgmodell bezeichnet – warum gibt es dann keine Nachahmerkantone?

Nun, es soll so bleiben wie es ist, die Regierung möchte dies – wir Postulantinnen akzeptieren dies heute.

Zari **Dzaferi** weist darauf hin, dass die Zusammenlegung sämtlicher Bildungseinrichtungen unter einem Dach auf den ersten Blick sehr plausibel und nachvollziehbar tönt. Sieht man allerdings genauer hin, wird einem schnell klar, dass die bisherige Unterteilung der Bildungsstätten Sinn macht und gerechtfertigt ist.
Der Regierungsrat schreibt denn auch in seiner Antwort absolut zu Recht, dass eine Aufteilung der Bildung auf zwei Direktionen von Vorteil sei, da gemeinsame Projekte gleich von zwei Direktionen vertreten werden können. Und Gleiches gelte auch für den Regierungsrat, da sich gleich zwei Regierungsratsmitglieder vertieft mit Bildungsfragen befassen und der Bildung damit den entsprechenden Stellenwert im Rat geben können – wodurch letztendlich Vorhaben in der Bildung breiter abgestützt werden. Und dies verdient unsere Unterstützung!
Anstatt dass wir die Direktion für Bildung und Kultur aufblähen, sollten wir weiterhin diesen Mittelweg gehen und die in der Volkswirtschaftsdirektion eingeteilten Bildungseinrichtungen dort belassen. Damit sind wir auch in den vergangenen Jahren erfolgreich gefahren. Die SP sieht also nicht ein, warum wir die aktuelle Situation verändern sollten.
Die Volkswirtschaftsdirektion kann nämlich dank ihrer engen Vernetzung mit der Wirtschaft die nötigen Impulse geben, um die Berufsbildung sowie die höhere Berufsbildung auf Kurs zu halten. Synergien können genutzt werden und die Nähe zur Wirtschaft kommt den betreffenden Bildungseinrichtungen gelegen.
Und dennoch ist die DBK, beispielsweise durch einen Sitz in der Schulkommission, mit an Bord und kann nötige Impulse im Bereich der Pädagogik sowie der Didaktik einbringen. Und dies ist gut so und sollte auch so belassen werden.
Die Kooperation zwischen Bildung und Wirtschaft scheint also aufzugehen. Die SP legt auch künftig viel Wert auf eine gute Zusammenarbeit der beiden Direktionen, damit Zug auch weiterhin bildungspolitisch einen guten Kurs fahren kann. Und dies im Bereich der Schulbildung und der Berufsbildung!

Roland **von Burg** nimmt als Direktbetroffener sehr gerne Stellung zu diesem Postulat. Natürlich wäre es möglich, alle Schulen der DBK zuzuordnen. Man muss aber zugeben, dass sich das Zuger Modell bestens bewährt hat und sehr gut funktioniert. Persönlich findet der Votant es richtig, dass Bildungsthemen in einem Departement (VD) und einer Direktion (DBK) diskutiert werden. Dadurch erhalten Bildungsthemen in unserem Kanton mehr Gewicht. Dass die Ansprechspartner der Berufsbildung eher in der Wirtschaft zu suchen sind, liegt auf der Hand. So werden z.B. neue Bildungsverordnungen mit den Verbänden aus der Wirtschaft auf eidgenössischer Ebene diskutiert und ausgehandelt.

Den zweiten Teil seines Votums kann sich Roland von Burg sparen, da die Postulantinnen offensichtlich eingesehen haben, dass die Regierungsräte sich so organisieren können, wie sie das selber möchten. – Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen die SVP-Fraktion, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Beat **Sieber** hält fest, dass die FDP-Fraktion bei der Erwägung der Vor- und Nachteile zur Meinung gekommen ist, dass erstens die Organisationsautonomie der Regierung zu überlassen sei und zweitens das Zuger Modell, das dem eidgenössischen entspricht (auf Bundesebene haben wir das BBT für die Berufsbildung und die EDK für die Bildung), dieses Modell abbildet und so zu belassen ist. Wir empfehlen Ihnen deshalb, die Aufteilung so zu belassen, wie sie ist.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** dankt den Postulantinnen, dass sie Einsicht haben walten lassen und uns in der Gesamtbewertung folgen. Es gibt in der Schweiz 26 Möglichkeiten, wie man einen Kanton und dessen Aufgaben organisiert. Überall lassen sich Beispiele finden, wie andere Kantone sich anders organisieren. Und gerade für uns, die den Föderalismus und die Organisationsautonomie der Kantone hoch halten, ist es richtig, hier unseren Weg zu finden und weiter zu gehen.
Gerade das Argument, dass wir die Wirtschaft und die Unternehmen ernst nehmen als Partner im Bildungswesen, zeigt, dass wir bisher gut gefahren sind damit. Matthias Michel hat ja beide Erfahrungen: vier Jahre Bildungsdirektion und jetzt einige Jahre Volkswirtschaftsdirektion. Man ist als Volkswirtschaftsdirektor in der Regel bei allen grösseren Anlässen, bei Unternehmensbesuchen usw. dabei. Und immer, wenn der Votant zu Unternehmen geht, hat er im Rucksack neben dem öffentlichen Verkehr auch die Berufsbildung. Das ist ein Standardthema und wir haben schon x interessante Kontakte und neue Lehrstellen gewinnen können durch diese Nähe. Wenn Sie also die Berufsbildung, das duale System, stärken wollen, sollten Sie von der bisherigen Aufteilung nicht weggehen.
Betreffend Aufteilung gab es bisher noch nie Probleme. Wir finden uns bestens. Man muss auch daran denken, dass in der EDK und auch in der Zentralschweizer Bildungsdirektorenkonferenz schwergewichtig die kantonalen Bildungskompetenzen beraten werden. Und der Berufsbildungsbereich ist eidgenössisch geregelt. Dazu hat die EDK relativ wenig zu sagen. Und wenn es einmal ein Berufsbildungsthema gibt – wir haben nächstens eine Klausur in der Innerschweizer Bildungsdirektorenkonferenz – dann geht der Volkswirtschaftsdirektor dorthin und überlegt sich mit seinen Kollegen aus der Zentralschweiz die Berufsbildungsthemen. Bei untergeordneten Punkten mandatiert Matthias Michel den Bildungsdirektor. Das klappt bestens.
Zum Abschluss eine kleine Reminiszenz. Es war eines der ersten Erfahrungen von Matthias Michel im Kantonsrat. Damals dachte der Regierungsrat laut darüber nach, diese Zusammenführung unter ein Dach zu machen. Das war vor 20 Jahren. Er dachte etwas zu laut, das Parlament bekam Wind davon und sagte: Wenn der Regierungsrat dieses bewährte Zuger Prinzip ändert – nur weil das andere auch tun oder wegen persönlichem Befinden der Regierungsräte – nehmen wir ihm die Kompetenz weg, die Ämter zuzuordnen. Der Regierungsrat nahm das zu Recht ernst und der Volkswirtschaftsdirektor ist froh, wenn wir auf diesem Pfad weitergehen können.

➔ Das Postulat wird gemäss Antrag des Regierungsrats nicht erheblich erklärt.

402 Interpellation von Moritz Schmid betreffend Konkordate

Traktandum 14 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2079.2 – 13998).

Moritz **Schmid** ist mit der Beantwortung seiner Interpellation alles andere als zufrieden. Aus der Beantwortung ist klar zu entnehmen, dass die Regierung gar nicht auf die Interpellation eingehen will. Der Votant ist im Gegensatz zur Regierung überzeugt, dass man nur in Ausnahmefällen auf Konkordate eingehen soll. Es sind Verträge, und solche kommen nur zustande, wenn sie den Vertragspartnern zum Vorteil gereichen. Welche Vorteile auch immer. Ob dies auch auf die Konkordate zutrifft, da ist Moritz Schmid nicht so sicher.
Der Kanton Luzern hat das beispiellos mit dem aufkündigen des PHZ- Konkordats aufgezeigt und die ganze Misere ins Rollen gebracht. Der Votant verweist aber auch auf den Kulturlastenausgleich und möchte damit die beabsichtige Kündigung durch den Kanton Schwyz erwähnen. Es wäre für ihn vorstellbar, dass die Regierung die Konkordate überprüft und der Kanton Zug einen ähnlichen Weg wie der Kanton Schwyz gehen kann.
Die Konkordate werden schön geredet, und man spürt es der Beantwortung an, dass die Regierung gar nicht darüber sprechen will. Man vermeidet jegliche Kritik an Luzern und macht auf Schönwetter. Somit ändert sich für den Kanton Zug die Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern in Sachen Kulturlastenausgleich nichts. Eine Kündigung des Konkordats würde, so die Regierung, auch das Verhältnis mit dem Kanton Zürich betreffen. Wenn die Regierung die bisher gute und zunehmend wichtige Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich in der Metropolitankonferenz und generell im Metropolitanraum Zürich hervorhebt, sollte auch hier deren Nutzen überprüft werden.
Durch die Einführung von Konkordaten werden unsere Rechte im Parlament stark eingeschränkt. Wollen wir das?
Der Votant nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Barbara **Gysel** weist darauf hin, dass der Kantönligeist manchmal an seine Grenzen stösst. Konkordate bieten insofern eine Möglichkeit, der Kleinräumigkeit in der Schweiz und besonders in der Zentralschweiz etwas zu entgegnen. Schliesslich nehmen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen keine Rücksicht auf die Geografie der Kantone. Das ist auch beim Kulturlastenkonkordat der Fall. Auf S. 3 nennt die Regierung daher zu Recht die Überlegungen, welche für den Abschluss eines Konkordats sprechen. Es könnte noch etwas hinzugefügt werden. Die Wahrscheinlichkeit, ein Konkordat abzuschliessen, steigt, wenn es parteipolitische Übereinstimmungen zwischen den Kantonsregierungen gibt. Konkordaten gegenüber hingegen kritisch gegenüber zu stehen, hat ebenfalls gute Gründe. Diese horizontale Zusammenarbeit zwischen den Kantonen ist oft heikel. Punkto Mitbestimmung wurde das Demokratiedefizit auch von linker Seite schon einige Male kritisiert. Zudem wären uns teilweise die gesamtschweizerischen Lösungen wesentlich lieber – siehe beispielsweise HarmoS.
Zusammengefasst: Die SP-Fraktion unterstützt die Haltung der Regierung. Es kommt auf den Einzelfall an und ist daher sinnvoll und notwendig, diesen sorgfältig zu prüfen.
Zum Abschluss noch dies: Auf S. 4 oben erwähnt die Regierung die interkantonale Zusammenarbeit als «Gegengewicht zu den zentralistischen Tendenzen beim

Bund». Das ist wohl etwas gar dick aufgetragen und in weiteren Berichten wäre das zu vermeiden.

Andreas **Hausheer** möchte als Präsident der Konkordatskommission noch zwei Punke erwähnen. Bei der Antwort auf die dritte Frage führt der Regierungsrat aus, dass er vor dem Entscheid, den Beitritt zu einem Konkordat vorzuschlagen, jeweils eine Untersuchung mit sorgfältiger Abwägung von Vor- und Nachteilen vornehme. Komme er zum Schluss, dass eine Aufgabe besser via Konkordat vorgenommen werden solle, werde er diesen Beitritt vorschlagen. Der Votant wird den Regierungsrat bei künftigen Konkordaten beim Wort nehmen und eine sorgfältige Untersuchung auch einverlangen.
Bei der Frage vier geht es um die regelmässige Beurteilung von Konkordaten. Der Regierungsrat verweist hier auf eine Kompetenz der Konkordatskommission. Dem Votanten persönlich sind solche Kompetenzen im Bereich der regelmässigen Beurteilung nicht bekannt im Sinne, dass wir solche Beurteilungen verlangen oder anstossen dürfen. Er möchte den Regierungsrat um eine diesbezügliche Klärung bitten.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** erinnert daran, dass der Interpellant mit der Antwort nicht zufrieden ist. Wir haben uns aber an die Fragen gehalten. Moritz Schmid hat gesagt, man solle nur ein Konkordat eingehen, wenn es auch etwas bringt. Das ist genau das Ziel des Regierungsrats oder des Kantons, dass wir zustimmen, wenn es eine Win-Win-Situation ist. Wir schliessen ja Konkordate mit einem anderen oder mit mehreren Kantonen ab. Gerade bei rechtsetzenden Konkordaten haben wir ja letztlich die Pflicht, den Kantonsrat als letzte Instanz zu fragen. Und er hat ja immer die Möglichkeit, nein zu sagen. Wir schauen wirklich darauf, dass wir mit Konkordaten auch Vorteile verknüpfen können.
Zu Barbara Gysel. Dass der Bund zentralisiert, ist uns auch bewusst. Als Gegengewicht dienen die Konkordate den Kantonen, die Aufgaben so zu gestalten, dass sie nicht vom Bund zentralisiert werden.
Zu Andreas Hausheer und der Kompetenz. Der Kanton Zug war einer der ersten Kantone, der die Konkordatskommission eingeführt hat. Die Kompetenz ist eben in diesem Sinn zu verstehen, dass die Konkordatskommission immer angefragt wird. Nicht nur bei rechtsetzenden Konkordaten, sondern auch bei Verwaltungsvereinbarungen oder deren Abänderung. Wir ziehen hier die Konkordatskommission sehr stark in die Entscheidungen des Regierungsrats mit ein und bei rechtsetzenden Konkordaten selbstverständlich auch als vorberatende Kommission. Die Analyse machen wir ja immer auch, wenn wir in den Kantonsrat kommen mit Geschäften. Da ist ja diese Analyse im Bericht enthalten.

➔ Kenntnisnahme

403 Verabschiedung von Manuel Aeschbacher

Die **Vorsitzende**: Sehr geehrter Herr Kollege, lieber Manuel. Wir haben es mit einem weinenden und einem lachenden Auge zur Kenntnis genommen. Leider hast du per 31. März 2012 deine Demission als Kantonsrat eingereicht. Du wirst die Position des CEO der Bergbahnen Meiringen-Hasliberg AG übernehmen und gleichzeitig deinen Wohnsitz in den Kanton Bern verlegen. Dazu gratulieren wir dir ganz herzlich. Wir wünschen dir weiterhin viel Erfolg und Befriedigung in deiner beruflichen wie in deiner privaten Laufbahn. Für deinen Einsatz im Zuger Parlament danken wir dir ganz herzlich. Du hast dich seit deiner Wahl am 27. Oktober 2002 mit grosser Begeisterung und Einsatz und Einsitz in verschiedensten Kommissionen für das Wohl des Kantons Zug engagiert. Unter anderem als Präsident der Kommission für den öffentlichen Verkehr. Du hast dich mit Haut und Haaren und einige Jahre sogar mit deinem Herzen dem Kantonsrat verschrieben. Zudem hast du als initiativer Sportchef uns immer in Bewegung gehalten. Es würde uns freuen, hin und wieder von dir zu hören, dich zu sehen und eventuell sogar in einer deiner Gondeln zu sitzen. Alles Gute und auf Wiedersehen!

Moritz **Schmid**: Kantonsrat Manuel Aeschbacher hat mit Schreiben vom 13. Februar 2012 bei der Kantonsratspräsidentin seinen Rücktritt per Ende März 2012 eingereicht, nicht aber ohne den Fraktionsausschuss vorgängig zu orientieren. Schon oft mussten wir von deinen beruflichen Veränderungen orientieren lassen. Aber dieser ins Berner Oberland war nun der Höhepunkt deiner Überraschungen. Die Fraktion war bei ihrer Orientierung einen Moment sprachlos, was nicht immer vorkommt. Nach knapp zehn Jahren als Kantonsrat stellt Manuel Aeschbacher sein Amt per Ende März 2012 vorzeitig zur Verfügung. Er wird im Frühling 2012 eine neue Arbeitsstelle als CEO der Bergbahnen Meiringen-Hasliberg AG antreten. Manuel wurde im Herbst 2002 als jüngster Zuger Kantonsrat in den Rat gewählt. Während der vergangenen knapp zehn Jahre hat er sich im Rat sehr aktiv für die Interessen der Bevölkerung und der Partei eingesetzt. Seine offene und konstruktive Art, Probleme und Herausforderungen anzugehen, wurden sehr geschätzt. Manuel Aeschbacher war Mitglied diverser Kommissionen im Kantonsrat, so unter anderem Hochbauten, Begleitkommission Pragma und öffentlicher Verkehr, wo er auch mit grosser Sorgfalt und Fachwissen der Kommission vorstand. Unsere Fraktion bedauert seinen Rücktritt. Wir wünschen ihm für die neue berufliche Herausforderung viel Erfolg und Befriedigung und hoffen, dass doch noch etwas Zeit und Interesse für die Zuger Politik übrig bleibt. So glaube ich auch im Namen des ganzen Zuger Parlaments sagen zu dürfen. Als Nachfolger im Kantonsrat wurde Rainer Suter heute Vormittag vereidigt und in unseren Reihen aufgenommen. Die SVP-Fraktion freut sich, mit Rainer Suter einen jungen und aktiven Vertreter als neuen Kantonsrat in ihren Reihen zu wissen. Beiden wünsche ich in Zukunft alles Gute und weiterhin gute Gesundheit. Manuel möchte ich mit einem süssen Steinwurf in den Berner Oberländer Garten verabschieden.

(Applaus des Rats)

Manuel **Aeschbacher** möchte auch bei seinem letzten Votum im Kantonsrat hier vorne dem innigen Wunsch der Präsidentin nachkommen und sich kurz halten. Ihnen allen möchte ich herzlich für die kollegiale und sehr angenehme Zusammenarbeit in alle den Jahren und auch meinem Fraktionschef Moritz Schmid für die sehr freundlichen Worte herzlich danken. Sag niemals nie, heisst es doch so

schön. Und so könnte es sein, dass ich vom Status alt Kantonsrat in meinen jungen Jahren vielleicht doch noch einmal genug habe und in das aktive politische Geschehen eingreifen möchte. Ich hoffe, Sie erlauben mir dann, das Zuger Erfolgsmodell auch im Kanton Bern einzuführen. Es würde dann natürlich schon Eindruck machen, wenn der Kantonsrat das alljährliche Parlamentarierskirennen bei mir am Hasliberg durchführen würde. In diesem Sinn wünschen ich Ihnen allen eine gute Zeit und danke herzlich.

(Applaus)

404 Nächste Sitzung

Donnerstag, 3. Mai 2012

Protokoll des Kantonsrates

28. Sitzung: Donnerstag, 3. Mai 2012
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 11.45 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

405 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 71 Mitgliedern.

Abwesend sind: Barbara Gysel, Rupan Sivaganesan und Silvia Thalmann, alle Zug; Beat Iten und Franz Peter Iten, beide Unterägeri; Thomas Aeschi, Baar; Beat Sieber, Cham; Andreas Hürlimann, Steinhausen; Thomas Lötscher, Neuheim.

406 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Stimmenzähler Beat Sieber heute abwesend ist. Da das Amt des Stimmenzählers eine durch Wahl des Kantonsrats bestimmte Charge ist, muss der Rat laut § 9 der Geschäftsordnung einen Stellvertreter wählen. Eigentlich nimmt der Kantonsrat gemäss § 67 Abs. 1 der GO die ihm zustehenden Wahlen schriftlich und geheim vor. Usanzgemäss erledigen wir aber solche Ersatzwahlen in offener Abstimmung, wenn nur eine Kandidatur vorliegt und diesem Vorgehen keine Opposition erwächst. – Dominik Lehner, FDP, stellt sich für die Stellvertretung an der heutigen Sitzung zur Verfügung. Wenn kein anderer Antrag gemacht wird, ist Dominik Lehner in stiller Wahl für den heutigen Sitzungstag als Ersatz-Stimmenzähler gewählt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Landammann Matthias **Michel** entschuldigt sich für die Vormittagssitzung. Er nimmt an der Medienkonferenz einer Allianz von Kantonen aus der ÖV-Regionen Zentralschweiz, Ostschweiz und Zürich teil.

Die Kantonsratspräsidentin hat noch verschiedene Mitteilungen des Büros von der Sitzung am 30. April 2012:
– Ab sofort verabschiedet nur noch die Kantonsratspräsidentin oder der -präsident das zurücktretende KR-Mitglied, welches während der Legislaturperiode zurücktritt. Dieses ergreift das Wort nicht. Es werden keine Geschenke überreicht; diese kön-

nen in den Fraktionen im Rahmen einer grösseren Verabschiedung übergeben werden. Dies vor allem deswegen, weil früher zurücktretende Mitglieder eigentlich immer mehr Ehre hatten als solche, welche die Legislatur durchgehalten hatten.
– Das Verbot des Lesens von Zeitungen und Zeitschriften an den KR-Sitzungen bleibt bestehen. Kurzbegründung: Förderung der Aufmerksamkeit der Ratsmitglieder; Vermeidung der Geräuschkulisse; bei Medienschaffenden und Besuchenden keinen falschen Eindruck der Unaufmerksamkeit wecken, weil wir ja ein arbeitsames KR-Team sind.
– Das Verbot von Notebooks, Laptops, Tablets, iPad, Smartphones etc. ist aufgehoben. Das Büro ist offen für neue Arbeitsinstrumente und -techniken. Die Ratsführung soll nach Möglichkeit nicht über Verbote erfolgen. Die Selbstverantwortung und -disziplin überlässt die Votantin jedem einzelnen Kantonsrat. Dadurch ist die Aufmerksamkeit insbesondere gegenüber dem Präsidium und den Stimmenzählenden sichergestellt.
– Das Büro wünscht, dass die KR-Mitglieder im Jahr 2013, und zwar nicht zwingend im Januar, mit Tablets ausgerüstet werden. Ganz im Sinne des regierungsrätlichen Leitbilds «Mit Zug einen Schritt voraus». Organisatorisch muss beim Zur-Verfügung-Stellen von Tablets sichergestellt werden, dass die KR-Mitglieder die Vorlagen auf Papier und/oder elektronisch erhalten können. Die Staatskanzlei muss Versendungen in gültiger Form auf beiden Kanälen vornehmen dürfen.
Beachten Sie bitte folgendes Anliegen: Brechen Sie nun nicht in Euphorie aus und bombardieren Sie die Verwaltung nicht mit Detailfragen. Unser Schritt ins digitale Zeitalter muss wohlüberlegt und strukturiert umgesetzt werden. Es müssen verschiedenste Abklärungen wie Eigentumsrechte, Marken, was passiert bei Verlust etc. gemacht werden. Der Regierungsrat wird dem Büro des Kantonsrats einen Vorschlag unterbreiten.
– Das Kantonsrat bittet den Regierungsrat, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um im Kantonsratssaal WLAN zur Verfügung zu stellen. Es braucht einige rechtliche und technische Regelungen, unter anderem betreffend Datensicherheit und Passwortschutz.

407 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29. März 2012.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Zusatzkredites für die Erarbeitung des Generellen Projektes des Stadttunnels Zug.
2130.1/.2 - 14031/32 Regierungsrat

3.2. 1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von An- und Umbauten auf dem GS 1426, Zugerbergstrasse 22 in Zug, für das Integrations-Brückenangebot (IBA) und für das Amt für Brückenangebote (ABA).
2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ), für das Kombinierte Brückenangebot (KBA).
3. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ).
2131.1/.2/.3/.4 - 14034/35/36/37 Regierungsrat

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Übertrag der Beteiligung an der Batrec Industrie AG vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen.
2128.1/.2 - 14022/23 Regierungsrat

4. Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Planung von Neubauten für die Verwaltung und Gerichte des Kantons Zug und die Zugerland Verkehrsbetriebe AG auf dem Areal An der Aa in Zug.
2050.5 - 14028 2. Lesung

5. Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM.
2065.1/.2 - 13833/34 Regierungsrat
2065.3 - 13862 Staatswirtschaftskommission
2065.4 - 14005 Kommission
2065.5 - 14018 Kommissionsminderheit

6. Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz; Alterspolitik).
2098.1/.2 - 13942/43 Regierungsrat
2098.3 - 14040 Kommission
2098.4 - 14041 Staatswirtschaftskommission

7. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Neubau "Lüssihaus" in Baar.
2102.1/.2 - 13950/51 Regierungsrat
2102.3 - 14029 Kommission für Hochbauten
2102.4 - 14038 Staatswirtschaftskommission

8. Kantonsratsbeschluss betreffend Übertrag der Beteiligung an der Batrec Industrie AG vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen.
2128.1/.2 - 14022/23 Regierungsrat
2128.3 - 14039 Staatswirtschaftskommission

9. Motion von Franz Hürlimann betreffend Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug.
Motion von Kurt Balmer betreffend Anpassung der zivilrechtlichen Nachbarrechtsbestimmungen im Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Zug (EG ZGB).
2033.1 - 13728 Motion Hürlimann
2077.1 - 13881 Motion Balmer
2033.2/2077.2 - 14020 Regierungsrat

10. Motion von Martin Pfister, Martin B. Lehmann, Anna Lustenberger-Seitz, Moritz Schmid und Daniel Stadlin betreffend Übernahme von Kosten der Zugerland Verkehrsbetriebe AG bei Grossanlässen.
2087.1 - 13907 Motion
2087.2 - 14042 Regierungsrat

11. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Unterbringung von Asylbewerbern in der Gemeinde Menzingen (Gubel).
2120.1 - 14004 Interpellation
2120.2 - 14033 Regierungsrat

Pirmin **Frei** spricht als Präsident der vorberatenden Kommission Sozialhilfegesetz/-Alterspolitik, Traktandum 6. *Er stellt den Antrag, dieses Traktandum für die heutige Sitzung abzutraktandieren.* Er hätte sich gewünscht, dass sein erstes Kommissionspräsidium etwas einfacher gewesen wäre. Die Kommission hat die Vorlage an einer Ganztagessitzung behandelt. Heute Morgen früh sind wir nochmals zusam-

mengekommen. Wir haben die Situation besprochen, wie sie sich nun seit Anfang dieser Woche präsentiert. Es ging nicht darum, die materielle Diskussion nochmals aufzurollen, sondern heute eine sachliche und würdige Diskussion im Rat zu ermöglichen. Es geht auch nicht darum, ein mögliches Nichteintreten zu verhindern. Wenn die Mehrheit dieses Rats zum Schluss kommt, der Kanton solle sich hier nicht engagieren, so ist dieser Entscheid ohne Wenn und Aber zu respektieren. Aber seit gestern gibt es neben den drei Anträgen der Regierung, der Kommission und der Stawiko noch einen vierten Antrag, denjenigen der GLP. Es zeichnen sich im Falle eines Eintretens Rückweisungsanträge ab. Das vorgesehene Abstimmungsprozedere, das der Votant persönlich für pragmatisch hält, hat – zumindest in der CVP-Fraktion – Fragen prozeduraler Natur aufgeworfen. Die Situation *ist* schwierig. Pirmin Frei ist der Meinung, dass wenn wir das Geschäft heute durchberaten, letztlich niemand glücklich sein wird. Diejenigen nicht, welche die Vorlage als wichtig erachten und umgesetzt haben wollen, diejenigen nicht, die zwar anerkennen, dass Alterspolitik eine Verbundaufgabe ist (das ist wahrscheinlich die Mehrheit in diesem Saal), die aber diese Politik den Gemeinden exklusiv anvertrauen wollen, und letztlich auch diejenigen nicht, die den neuen Paragraphen schliesslich anwenden müssten, insbesondere die Gemeinden. In diesem Sinn hofft der Kommissionspräsident auf Verständnis für seinen Antrag.

Daniel **Eichenberger** stellt den Antrag, dieses Geschäft nicht abzutraktandieren. Für ihn macht der Antrag auf Abtraktandierung den Eindruck, man wolle nicht hinnehmen, dass diese Vorlage vielleicht scheitert. Wir haben gestern in der Zuger Zeitung lesen können, dass es verbreitet Zweifel gibt am grundsätzlichen Sinn einer solchen Gesetzesänderung. Die vorberatende Kommission hat ihre Arbeit getan und der Votant sieht deshalb keinen Grund, dass wir das jetzt wegen Unsicherheiten abtraktandieren sollten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Rechtsgrundlage für eine solche Abtraktandierung sind: § 42 der Geschäftsordnung des Kantonsrats und die Empfehlungen des Büros, Nr. 4, Fassung 29. Mai 2008.

➔ Der Rat beschliesst mit 38:34, das Geschäft nicht abzutraktandieren.

408 Protokoll

Manuel **Brandenberg** hat eine kurze und kleine Berichtigung auf S. 868 des Protokolls der 27. Sitzung. In seinem Votum sagte er, dass Philip C. Brunner sehr aggressiv angegriffen worden sei. Sie erinnern sich, die Schützenpanzerdebatte. Und er hat dann darauf hingewiesen, aggressiv angegriffen worden sei er insbesondere von CVP-Fraktionschef Martin Pfister. Der Votant hat ihn namentlich erwähnt. Das steht nicht im Protokoll. Er möchte das bitte berichtigen. Denn er hat es gesagt.

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 23. Februar 2012 wird mit dieser Änderung genehmigt.

409 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Zusatzkredits für die Erarbeitung des Generellen Projekts des Stadttunnels Zug

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2130.1/.2 – 14031/32).

➔ Gemäss Beschluss der Fraktionsleiter erfolgte eine Direktüberweisung an die Kommission für Tiefbauten.

410 1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von An- und Umbauten auf dem GS 1426, Zugerbergstrasse 22, Zug, für das Integrations-Brückenangebot (IBA) und für das Amt für Brückenangebote (ABA)
2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ) für das Kombinierte Brückenangebot (KBA)
3. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ)

Traktandum 3.2 – Es liegen vor: Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2131.1/.2/.3/.4 – 14034/35/36/37).

➔ Es erfolgte eine Direktüberweisung an die Kommission für Hochbauten und an die Bildungskommission.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Beratungen für dieses Geschäft erst aufgenommen werden, wenn die Standortabklärungen für die Mittelschulen, welche teilweise auch dieses Geschäft betreffen, erfolgt sind. Zudem hat die Hochbaukommission die Berichterstattung zur Kantonsschulvorlage ausgesetzt. Sie wird das Geschäft nach Vorliegen der Standortabklärungen nochmals beraten.

411 Kantonsratsbeschluss betreffend Übertrag der Beteiligung an der Batrec Industrie AG vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen

Traktandum 3.3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2128.1/.2 – 14022/23).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass usanzgemäss eine Direktüberweisung an die Stawiko erfolgte. Der guten Ordnung halber haben wir dieses Geschäft unter den Kommissionsbestellungen auch noch traktandiert, weil immer wieder Fragen zu Direktüberweisungen auftauchen. Dieses Geschäft behandeln wir dann aber schon unter Traktandum 8.

412 Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Planung von Neubauten für die Verwaltung und Gerichte des Kantons Zug und die Zugerland Verkehrsbetriebe AG auf dem Areal An der Aa in Zug

Traktandum 4 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 29. März 2012 (Ziff. 398) ist in der Vorlage Nr. 2050.5 – 14028 enthalten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass in der Vorlage Nr. 2050.5 – 14028 in § 1 irrtümlicherweise ein Projektierungskredit von 35 Mio. Franken aufgeführt ist. Korrekt ist gemäss S. 894 des Protokolls der Betrag von 33,5 Mio. Franken. Der Parlamentsdienst wird dies für die Referendumsvorlage anpassen. Wir entschuldigen uns für dieses Versehen.

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 58:9 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt
– die Motion von Hans Abicht betreffend Raumkonzept der kantonalen Verwaltung vom 29. Juni 2000 (Vorlage Nr. 801.1 – 10243) sei im Umfang der erheblich erklärten Ziffern 1 und 3 als erledigt abzuschreiben;
– die Motion von Moritz Schmid und Rudolf Balsiger betreffend Beplanung des Gaswerkareals vom 13. Januar 2010 (Vorlage Nr. 1893.1 – 13299) sei nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat seinen in seinem Bericht und Antrag gestellten und noch nicht behandelten zusätzlichen Antrag zurückzieht, wonach er zu ermächtigen sei, die Baudirektion (Hochbauamt) mit den Vorbereitungsarbeiten für die 1. Stufe des Generalplanungs-Projektwettbewerbs während der Referendumsfrist zu beauftragen. – Damit ist das Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

413 Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM

Traktandum 5 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2065.1/.2 – 13833/34), der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2065.3 – 13862), der Kommission (Nr. 2065.4 – 14005) und der Kommissionsminderheit (Nr. 2065.5 – 14018).

Markus **Jans** darf dem Rat eine Vorlage präsentieren, die in diesem Parlament einen ungewöhnlichen Lauf genommen hat. Aufgrund der ungewöhnlichen Vorgeschichte war es dem Kommissionspräsidenten wichtig, dass die Kommissionsmitglieder von beiden Seiten, das heisst von positiven, aber auch von kritischen Stimmen zu Polycom umfassend orientiert werden. innerhalb der Kommission sind alle ausführlich zu Wort gekommen. Diese umfassende Information an die Kommissionsmitglieder hat wohl letztlich auch zum klaren Ergebnis in der Schlussabstimmung von 13 Ja- und 2 Nein-Stimmen geführt.

Obwohl der Votant anfänglich vom Entscheid des Kantonsrats, das vorliegende Geschäft von einer Spezialkommission beraten zu lassen, auch nicht begeistert war, kann aus heutiger Sicht gesagt werden, dass dieser Entscheid richtig war. Es hat sich gezeigt, wie komplex, technisch anspruchsvoll und finanziell aufwendig die ganze Funkerschliessung durch POLYCOM ist.
Die beiden Verfasser des Minderheitsberichts werden anschliessend noch ausführlich zu Wort kommen und ihre Sicht der Dinge ausbreiten. Daher beschränkt sich Markus Jans auf die Darlegung der wichtigsten Fakten der Kommissionsmehrheit, damit dem Rat Wiederholungen erspart werden.
POLYCOM ist ein nationales Sicherheitsfunknetz. Dieses System erlaubt eine Kommunikation unter den Sicherheits- und Rettungskräfte des Bundes und der Kantone. Die Entwicklung von POLYCOM erfolgte ab dem Jahr 2001. Der Kanton Thurgau war der erste Kanton, der mit diesem Funksystem ausgerüstet wurde. Der Kanton Zug ist nun der letzte Kanton. Dazwischen liegen somit mehr als zehn Jahre. Im Kanton Zug verfügen die Polizei und der Rettungsdienst über das Funk-System Astro der Firma Motorola. Dies System steht seit 1995 in Betrieb und ist mit ein Grund, dass der Kanton Zug sich bis heute nicht dem POLYCOM des Bundes anschloss. In der Zwischenzeit verfügen alle Kantone ausser dem Kanton Zug über POLYCOM oder führen es noch dieses Jahr ein (Luzern, Schwyz). Zur Reduzierung der Beschaffungskosten kann sich der Kanton mit keinem anderen Kantonen verbünden, da diese schon alle mit den entsprechenden Geräten eingedeckt sind.
Der Föderalismus lässt es zu, dass die Kantone selber entscheiden können, wann sie sich einer Bundeslösung anschliessen wollen. Der Föderalismus hat gespielt. Der Kanton Zug ist der letzte Kanton, der auf den fahrenden Zug aufspringt. Nun kann man dem Bund vorwerfen, er nütze seine Stellung schamlos aus und trete selbstherrlich auf, so im Sinn Hund friss oder stirb. Alle Kantone haben sich für POLYCOM entschieden und sind aus verständlichen Gründen nicht bereit, auf Sonderwünsche des Kantons Zug einzugehen. Ihm bleibt nur, das zu nehmen, was vorliegt oder eben nicht. Allen klar ist, dass POLYCOM ein altes, wenn nicht sogar veraltetes System mit Mängeln ist. So haben die Akkus der Endgeräte eine zu kurze Betriebszeit, der Übergang von einem Funkfeld in ein anderes generiert Unterbrüche und eine Kommunikation, wie wir sie beim Handy gewohnt sind, ist mit POLYCOM nicht zu haben und auch nicht notwendig. Es ist ein Sprechfunksystem und kein System zur Übertragung von Bildern oder anderen Ansprüchen. POLYCOM light, wie es die Kommissionsminderheit gerne hätte, ist schlicht nicht zu haben. Wer an POLYCOM teilnehmen will, muss die Bedingungen des Bundes einhalten. Diese sind umfangreich und stellen hohe Anforderungen.
Erst wenn diese umfangreichen Bedingungen eingehalten werden fliessen auch Bundesmittel. Zudem stellt sich die Frage, wer für die Netzabdeckung im Kanton Zug garantiert, wer die Geräte einstellt und wartet, und auf welchem Netz sie angemeldet würden, sollten wir uns für POLYCOM light entscheiden. Dann wäre unklar, auf welchen Frequenzen gefunkt werden könnte, denn der Kanton Zug beteiligt sich ja nicht an POLYCOM und ihm würden auch keine Frequenzen zugeteilt. Somit wären die Geräte faktisch nicht einsetzbar. Die Frauen und Männer an der Front müssten im Ernstfall nebst dem anforderungsreichen Einsatz zusätzlich mit mehreren Funkgeräten hantieren, was bei aller Professionalität bestimmt zu einem Chaos führen würde. Eine solche Beschaffung macht ganz einfach keinen Sinn. Mit POLYCOM light würde es zu wesentlichen Einschränkung der Funktionalität kommen und wir hätten gar nichts gewonnen.
POLYCOM ist ein nationales Funksystem, das im Ernstfall zu funktionieren hat. Es ist ein Sprachfunksystem – nicht mehr und nicht weniger. Andere Anforderungen

werden herbeigeredet, stehen aber nicht zur Diskussion. Sollte zu einem späteren Zeitpunkt (ab dem Jahre 2025) auf Breitbandtechnologie umgestellt werden, wird dies ganz sicher mit Kosten verbunden sein. Es wurde uns aber glaubhaft versichert, dass eine solche Umstellung mehrere Jahre dauert und wir nicht unter Zugzwang stehen. Das Funksystem POLYCOM wird sich der neuen Technologie stellen und Anpassungen mit Kostenfolgen werden kommen, da dürfen wir nicht die Augen verschliessen. Wir müssen uns bewusst sein, dass wenn wir uns für einen Technologieanbieter entscheiden, wir uns immer in eine mehr oder weniger grosse Abhängigkeit begeben.
Wir Kantonsräte haben die Verantwortung, unseren Blaulichtorganisationen die Mittel bereit zu stellen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Aus heutiger Sicht sollte es selbstverständlich sein, dass diese Organisationen im Ereignisfall über die Kantonsgrenzen hinaus miteinander und untereinander kommunizieren können. Das ist heute nicht der Fall und kann in Zukunft vernünftig nur mit POLYCOM gewährleistet werden.
Weil betreffend der Höhe des beantragten Budgetkredits immer wieder von viel Luft und Reserven gesprochen wurde, hat sich die Kommission für ein pragmatisches Vorgehen entschieden. Sie beantragt, einen Bruttokredit von 19,2 Mio. Franken zu beschliessen und davon sofort 17 Millionen freizugeben. Sollte sich im Verlaufe der Realisierung und Umsetzung des Projektes zeigen, dass die freigegebenen Mittel nicht reichen, kann der Regierungsrat auf einen begründeten und nachvollziehbaren Antrag der Sicherheitsdirektion den restlichen Kredit von 2,2 Mio. Franken freigeben.
Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder hat sich für den aufgezeigten Weg entschieden. Markus Jans empfiehlt dem Rat, das Gleiche zu tun, auf die Vorlage einzutreten und ihr gemäss den Anträgen der Kommission zuzustimmen.

Martin **Stuber** möchte zuerst feststellen, dass die Bestellung einer Kommission (die ja hier zu Beginn sehr umstritten war) effektiv richtig und wichtig war. Was auch immer dieser Rat beschliessen wird, es wird besser kommen, als wenn wir die Beschäftigung mit dem Thema nicht gehabt hätten. Die Kommissionsarbeit war intensiv, die Zeit nach der Kommission war aber für einige Kommissionsmitglieder auch sehr intensiv und es ist wohl so, dass die heutige Abstimmung in der Kommission eventuell ein wenig anders aussehen würde.
Vielleicht kennen Sie das: Wichtige Informationen bekommt man manchmal erst kurz vor Torschluss. Nach der Veröffentlichung des Minderheitsberichts und der Berichterstattung dazu in den Medien hat beim Votanten – und nicht nur bei ihm – angefangen das Telefon zu läuten. Er möchte nicht mehr in allen Details auf den Minderheitsbericht eingehen, sondern sich auf die wesentlichen Punkte konzentrieren. Dort sind auch die Erkenntnisse aus diesen Telefongesprächen drin.
Im Kontakt mit verschiedenen Funkspezialisten, die unter anderem auch bestehende Behördensysteme sehr gut kennen, sind folgende Fakten und Zusammenhänge inzwischen wasserdicht geklärt:
1. POLYCOM ist definitiv und unwiderruflich veraltet und ab 2015, wenn die Funkfrequenzen im 700 MHz Spektrum frei werden (unter anderem alte Fernsehfrequenzen, man spricht hier von der digitalen Dividende), wird sehr bald ein Nachfolgesystem zur Verfügung stehen. Gemäss Aussagen der Herren Kollreuter und Wüthrich in der 2. Kommissionssitzung ist das Nachfolgesystem bereits in Entwicklung und der Kanton Thurgau ist als Pilotkanton vorgesehen. Thurgau hat POLYCOM übrigens schon seit 12 Jahren!

2. Veraltet heisst unter anderem, dass die Technologie für Datenübertragung gänzlich ungeeignet ist. Während der Kommissionsarbeit konnten wir erleben, wie die Vertreter der Blaulichtorganisationen plötzlich angefangen haben zu diskutieren, wie sie genau diesem Mangel von POLYCOM schon in naher Zukunft ausweichen könnten. Wen wir jetzt POLYCOM beschliessen würden, würden wir de facto technologisch gesehen ein rund 20-jähriges System (Astro) ersetzten mit einem anderen 20-jährigen System.
3. Veraltet heisst auch, dass es für kleine Verbesserungen einen grossen und teuren Releasewechsel inklusive Austausch von Hardware-Komponenten braucht. Zitat aus den Aussagen des Sicherheitsdirektors gegenüber der FDP-Fraktion: «Das POLYCOM-System erhält schweizweit nur einen neuen Release V35.08. Das bedeutet eine Erneuerung der POLYCOM-Infrastruktur, neue Hardware-Managementkomponenten und neue Funktionen und Dienste wie neues Nummerierungskonzept, vierstellige OG-Nummern, mehr aktive Gruppen auf den Endgeräten, mehr taktische Ressourcen für nationale und interkantonale Zusammenarbeit, feinere Rechtevergabe für Managementkomponenten, verbessertes Zellwechselverhalten, Schnittstelle zu POLYALERT, etc.» Das heisst, dass Sie für eine mehr oder weniger kleine oder mittlere Optimierung fast das halbe System austauschen müssen.
Es ist wohl sehr wahrscheinlich, dass dieser Release nun der letzte Entwicklungsschritt von POLYCOM ist. Wir kaufen also für sehr teures Geld ein unbestrittenermassen technologisch veraltetes System, und haben dann entweder schon in wenigen Jahren einen weiteren teuren Systemwechsel zu bewältigen oder aber wir bleiben über viele Jahre auf einem veralteten System hocken.
4. Das Zuger Astro-System funktioniert hervorragend, ist funktional in jeder Hinsicht genügend (und auch verschlüsselt!), kostet im Unterhalt nur rund 300'000 Franken pro Jahr und die Wartung ist durch den Hersteller garantiert. Ersatzteile sind billig (unter anderem aus Anlagen anderer Kantone) und inzwischen steht auch fest, dass Astro nach wie vor produziert wird. Wieso dieses System ablösen durch ein erwiesenermassen funktional schlechteres System, das demnächst sein Lebensende hat?
5. Schliesslich zur zentralen Frage der Übergangslösung. Die Kantone Schwyz und Luzern werden im Juli respektive im Dezember 2012 auf POLYCOM umgestellt haben. Die Schwyzer lassen ihr bisheriges System noch bis Dezember 201212 weiter laufen. Und dann ist der Kanton Zug tatsächlich der einzige Kanton ohne POLYCOM. Dann sind wir dann definitiv von POLYCOM umzingelt. Und es wird dann im Kanton Zug noch nicht laufen, selbst wenn Sie heute dem Geschäft zustimmen würden. Es braucht also so oder so eine Übergangslösung!
Die Mehrheit in der vorberatenden Kommission hat mit der Verantwortung und den Risiken argumentiert und sich – wohl mit wenig Überzeugung, das darf hier gesagt werden – schlussendlich für POLYCOM ausgesprochen. Dafür nehmen sie das Risiko einer Fehlinvestition im zweistelligen Millionenbereich in Kauf, das Risiko eines für den täglichen Gebrauch an der Front schlechter geeigneten Funksystems über Jahre hinweg und das Risiko von zwei Systemwechseln innerhalb weniger Jahre. Wo ist also das grössere Risiko?
Bitte überlegen sie sich, was ein Systemwechsel bedeutet: Sie müssen die Leute auf allen Stufen und in allen Bereichen schulen – diese Stunden fehlen dann an der Front. Verantwortungsvoll handeln heisst also, so wenig Systemwechsel wie möglich.
Das Vorgehen sieht aus Sicht der Kommissionsminderheit wie folgt aus. Wir haben eine Übergangslösung ab Dezember 2012 mit Konvertern. Dies muss so oder so jetzt sofort an die Hand genommen werden. Man soll Erfahrungen sammeln; falls

wider Erwarten doch nötig, kann immer noch eine POLYCOM light Lösung (Teil a im Minderheitsbericht) realisiert werden. Bis dann hat auch die Motion für eine Funkstrategie, die Sie vor einem Monate überwiesen haben, gegriffen. Es ist davon auszugehen, dass wir dann innerhalb der Sicherheitsdirektion das notwendige Knowhow haben werden. Und schliesslich soll sich der Kanton Zug bewerben als Pilotkanton für Nachfolgesystem von POLYCOM.
Soweit zum Minderheitsbericht. Nun noch kurz als Fraktionssprecher die Haltung der AGF. Wir haben in der Fraktion intensiv darüber diskutiert, ob auf das Geschäft überhaupt eingetreten werden soll. Weil wir aber ein Zeichen setzen wollen, dass uns eine gute Funkversorgung der Blaulichtorganisationen wichtig ist, und weil wir das Gefühl haben, dass dem Sicherheitsdirektor bezüglich der sowieso nötigen Übergangslösung etwas nachgeholfen werden sollte, werden wir keinen Nichteintretensantrag stellen und uns beim Eintreten grossmehrheitlich enthalten. In der Detailberatung werden wir dann entsprechend einen Antrag auf Rückweisung an die Kommission mit vier Aufträgen stellen.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass die Stawiko offensichtlich 2008 eine Lawine losgetreten hat, die es heute zu stoppen gilt. Damals stiessen wir im Finanzplan auf die Position POLYCOM, und keiner wusste, um was es sich dabei handelt. Der Sicherheitsdirektor hat uns dann über das Projekt aufgeklärt. Obwohl es in der Stawiko unbestritten war, dass es sich um eine gebundene Ausgabe zulasten der Investitionsrechnung handelt, äusserten wir aufgrund der Höhe der Investition den Wunsch nach einer separaten Vorlage. Dieser Aufforderung ist der Regierungsrat mit Bericht und Antrag vom 5. Juli 2011 nachgekommen. Sie haben selbst miterlebt und werden es wohl heute weiter erleben, was damit ausgelöst wurde. Der Stawiko-Präsident verzichtet auf eine Rückblende auf das letzte halbe Jahr. Die Geschehnisse zeigen auf, dass offensichtlich der Wunsch der Stawiko nach einer separaten Vorlage berechtigt war.
Die Stawiko hat das Geschäft bereits am 8. September 2011 behandelt und ist dem Bericht und Antrag des Regierungsrats gefolgt. Die später eingesetzte vorberatende Kommission hat das Projekt nochmals wirklich umfassend geprüft und in allen Facetten ausgeleuchtet. Sie ist ebenfalls grossmehrheitlich zum Schluss gekommen, dem Geschäft zuzustimmen. Von der Stawiko waren Gabriela Ingold und der Votant Mitglieder dieser vorberatenden Kommission. Wir haben die Stawiko anlässlich der Sitzung vom 2. Februar 2012 über das Ergebnis der Beratungen in der vorberatenden Kommission informiert. Die Stawiko hat aufgrund der vertieften Behandlung in der vorberatenden Kommission und des Berichts, der auch die finanziellen Aspekte der Vorlage umfassend ausleuchtet, auf eine nochmalige Verhandlung verzichtet und hält an ihrem Bericht vom 8. September 2011 fest.
Gregor Kupper kann den Rat ergänzend orientieren, dass die Stawiko den Antrag der vorberatenden Kommission auf eine Aufteilung des Kredits unterstützt. Sie ist sich bewusst, dass es bei dieser Vorlage um sehr viel Geld, um eine grosse Investition geht. Wir haben das ja bereits 2008 bei unserer Intervention anlässlich der damaligen Sitzung der erweiterten Stawiko erkannt. Es geht aber hier um die Sicherheit für unsere Bevölkerung. Bei POLYCOM handelt es sich um eine gesicherte Lösung, das System kommt bereits in den anderen Kantonen zum Einsatz. Da dürfen wir uns keine Experimente leisten. Experimente im Sicherheitsbereich können im wahrsten Sinn des Wortes tödlich sein. Dafür hätten wir die Verantwortung zu tragen. Folglich empfiehlt der Votant im Namen der Stawiko, auf das Geschäft einzutreten und ihm zuzustimmen.

Pirmin **Frei** weist darauf hin, dass hinlänglich bekannt ist, worum es bei dieser Vorlage geht:

- Es geht um den Ersatz eines in die Jahre gekommenen, an die Grenzen des ordentlichen Lebenszyklus angelangten Funksystems, das heute zwar noch funktioniert, aber nicht über unser Kantonsgebiet hinaus kompatibel ist;
- Und es geht um den Anschluss an ein nationales Sicherheitsfunksystem, an das der Kanton Zug als letzter Kanton noch nicht angeschlossen ist.

Als Politiker wünschen wir uns immer möglichst grosse Entscheidungsfreiheit. Wir begehren auf, wenn wir uns darin eingeschränkt fühlen, besonders dann, wenn die Einschränkung von ausserhalb kommt und sie uns obendrein noch etwas kostet.

Es gibt nun allerdings Momente, da tendiert der Entscheidungsspielraum gegen Null. Da unterscheidet sich die Politik beziehungsweise die öffentliche Verwaltung nicht von anderen Lebensbereichen, insbesondere nicht von der Wirtschaft.

Wenn beispielsweise in einer internationalen Unternehmung das Headquarter irgendwo sich einmal für eine IT-Software-Lösung entschieden hat, kann die schweizerische Tochtergesellschaft nicht einfach ein anderes System beschaffen, selbst wenn sie es für besser und moderner hält.

Oder nehmen Sie an, Sie wären Hotelier. Wenn alle grossen Reisebüros mit einem bestimmten Buchungssystem arbeiten, dann werden auch Sie diese Software anschaffen, auch dann,

- wenn ihre bisheriges System noch ordentlich funktioniert,
- wenn die verwendete System nicht mehr dem allerneuesten Stand entsprechen,
- und wenn ihnen der Preis für die gesamte Investition hoch erscheint.

Es geht bei diesen Beispielen immer um Verbindung nach aussen. Verbindung ist in einer vernetzten Welt lebenswichtig. Kompromisse zu machen, meinen, man könne damit Geld sparen, ist gefährlich, ja unter Umständen sogar verantwortungslos.

Mit POLYCOM befinden wir uns – machen wir uns nichts vor – in einem Sachzwang. Der Bund und alle anderen Kantone haben sich für POLYCOM entschieden. Ob der damalige System-Entscheid richtig war, sei dahingestellt. Und vielleicht wäre es auch tatsächlich sinnvoller gewesen, wenn der Bund POLYCOM angeschafft und die Kantone zur Einführung verpflichtet hätte.

Natürlich stösst auch der Votant sich als überzeugter Verfechter des Wettbewerbs an der Monopolstellung des POLYCOM-Anbieters. Aber zum einen wird bei solchen Spezialanwendungen der Raum für Wettbewerb mangels Anbieter natürlicherweise eng. Zum anderen ist aufgrund des Systementscheids des Bundes der Wettbewerb eben faktisch ausgeschaltet.

Die vorberatende Kommission hat sich einlässlich mit der Vorlage befasst. Fachexperten wurden aufgeboten, und Vertreter der verschiedenen kantonalen Dienste (Polizei, Feuerwehr, Rettung, Zivilschutz) standen uns Red und Antwort. Wir sind auf die Vorlage eingetreten, weil wir den Handlungsbedarf anerkannt haben, und zwar einstimmig – ja auch mit den Stimmen derjenigen, die nun einen Nichteintretens- bzw. einen Rückweisungsantrag stellen.

Noch ein ganz persönliches Wort zur SVP: Es ist nun (nach der Kindes- und Erwachsenenschutz-Vorlage) das zweite Mal, dass Pirmin Frei es in seiner kurzen Zeit als Kantonsrat erlebt, dass die Vertreter der SVP in der Kommission einstimmig für Eintreten auf eine Vorlage waren, in der Ratsdebatte sich dann aber die ganze Fraktion gegen Eintreten stellte. Das ist ineffizient und letztlich ein ad absurdum-Führen des Ratsbetriebs. Bitte tun Sie das in Zukunft nicht mehr!

Die Variante POLYCOM light, die nun von Philip C. Brunner und Martin Stuber vorgeschlagen wird, haben wir in der Kommission ebenfalls deutlich abgelehnt. Ausschlaggebend für das klare Ergebnis gegen POLYCOM light war die Überzeugung,

dass es unseriös ist, irgendein Element aus einem Konzept herauszubrechen, wissend, dass die zuständigen Fachpersonen eine Light-Version als nicht machbar erklärt haben. Pirmin Frei zitiert ohne Namensnennung aus der Kommission: «Obwohl POLYCOM nicht die optimale Lösung ist, habe ich Bedenken, mit einer Übergangslösung zu einer Verschlimmbesserung zu kommen.»
Wo der betreffende Kollege recht hat, da hat er recht, und der Votant hofft, dass er sich jetzt daran erinnert. Das Bessere ist bekanntlich der Feind des Guten. Wo lässt sich dies nicht besser feststellen, als im Bereich der Kommunikation. Wenn wir hier stets auf das Neuere, auf das Bessere warten wollen, dann warten wir das Leben lang. Glauben Sie daher nicht, dass wir mit einem Zuwarten oder einer abgespeckten Version etwas gewonnen haben!
Zu den Kosten: Netto knapp 15 Mio. Franken sind viel Geld. Aber was heisst viel, wenn es um den Schutz und die Sicherheit unserer Bevölkerung geht? Es ist etwas zynisch, wenn bei POLYCOM von einer Luxuslösung gesprochen wird, wenn man etwa bedenkt, dass POLYCOM Voraussetzung sein wird für den geplanten Anschluss an den nationalen Alarm, der rasches Eingreifen, etwa bei Kindsentführungen, erlaubt.
Noch ein Wort als Chef des Kantonalen Verbindungsstabs Zug (KTVS). Der KTVS ist das Bindeglied zwischen der Armee und der kantonalen Notorganisation. Pirmin Frei hat Erfahrung mit kantonsübergreifenden Einsätzen. Von zentraler Wichtigkeit ist dabei die Verbindung mit *allen* Partnern des Einsatzes. Die Sprachqualität, sollte sie tatsächlich nicht optimal und temporär eingeschränkt sein, ist hingegen von untergeordneter Bedeutung.
Zum Schluss. Der Werdegang dieser Vorlage war bisher etwas schwierig. Das spricht nicht gegen die Vorlage, sondern für das Verantwortungsbewusstsein dieses Rats. Denn das Finanzhaushaltsgesetz ist in § 26 klar: Es handelt sich hier um eine gebundene Ausgabe. Der Votant dankt in diesem Sinne Philipp Brunner, dass er eine fundierte Diskussion über POLYCOM ermöglicht hat. Jetzt aber muss ein Schlusspunkt gesetzt werden. Es geht um die Sicherheit der Zuger Bevölkerung. Und es geht um unsere Verantwortung als Rat. Experimente – sowohl Nicht-Eintreten als auch Rückweisung sind Experimente – sind nicht angebracht und auch gefährlich.
Das ist die Meinung der CVP. Sie stellt sich im Übrigen auch hinter den Kommissionsantrag hinsichtlich Staffelung der Kreditfreigabe im Sinne der Kommission. Es ist dies nicht ein Misstrauensvotum, sondern soll als Ansporn, das Projekt möglichst kostengünstig abzuwickeln, verstanden werden.

Peter **Diehm**: Wie viel ist Ihnen Sicherheit wert? Kommunikation ist im Leben sehr wichtig und in Ausnahmesituationen überlebenswichtig. Es sei nur an den Fall Kneubühl in Biel erinnert; zweimal konnte er der Polizei entkommen, weil die Kommunikation nicht klappte. Wir im Kanton Zug sind auf die gute und schnelle Kommunikation, und zwar kantonsübergreifend, angewiesen. In Ausnahmesituationen ist es wichtig, dass man die Werkzeuge (Funkgeräte) beherrscht. Bei zwei Systemen nebeneinander kann das niemals der Fall sein.
Wie viel ist Ihnen Sicherheit wert? Für die FDP sind folgende Faktoren wichtig:
- Laufzeit des POLYCOM-Systems bis 2025, zu lange für eine Übergangslösung.
- Wir wollen keine Insellösung.
- Einheitliches Kommunikationssystem gleich vermeiden von Zeitverlust und Fehler.
- Unsicherheiten möglichst ausschalten.
- Übernimmt Politische Verantwortung für Polycom aber nicht für Polycom Light.
- Ganze Schweiz mit gleichem Funk-Standard.

Lieber ein funktionierendes System mit alter Technik als eine Zuger Insellösung. Und wie viel ist Ihnen Sicherheit wert? Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt dem Kommissionsantrag zu.

Philip C. **Brunner** spricht jetzt als Fraktionssprecher der SVP, welche diese Vorlage entschieden ablehnt. Diese Ablehnung geschah übrigens einstimmig und der Votant möchte gleich zu Beginn den ersten Antrag formulieren. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Nichteintreten. Der Votant spricht aber auch als Mitglied der kleinen Minderheit in der Kommission. Diese wäre vermutlich heute noch grösser, nachdem nun unsere Minderheitsbericht erschienen ist und vielen Kantonsräten die Augen etwas geöffnet hat.
Es muss auch für die Zuhörer, die sich vielleicht jetzt mit diesem Geschäft nicht im Detail befasst haben, ziemlich verwirrlich sein. Wenn man gewisse Sprecher hier gehört hat, ist eigentlich alles klar. Pirmin Frei appelliert an das Verantwortungsbewusstsein und sagt, die Sicherheit der Bevölkerung sei im Vordergrund. Das ist ja eigentlich das Komische an der ganzen Geschichte. Denn das ist auch unsere Haltung. Wir wollen auch das Beste für die Bevölkerung und für jene, die das System dann benützen. Der Votant möchte den Rat aber jetzt nicht mehr mit vielen Argumenten gegen diese Vorlage langweilen. Sie haben einige gehört von Martin Stuber.
Philip C. Brunner möchte nochmals kurz die wesentlichen Marksteine dieser unendlich langen Geschichte zu erwähnen. Und er ist froh, dass wir heute hoffentlich zum Abschluss kommen in dieser Sache. Er möchte ja nicht hier im Rat als Monothematiker in die Geschichte eingehen. Es gibt im Leben noch anderes als POLYCOM.
POLYCOM stand Ende 2011 hier erstmals auf der Traktandenliste. Nur der Umstand, dass die damalige Sitzung sich in die Länge zog und die Ehrung des früheren Landschreibers keinen Aufschub duldete, ist es zu verdanken, dass diese Vorlage nicht mit ein paar wenigen Nein-Stimmen durchgewinkt wurde. Manchmal passieren die Dinge eben goldrichtig. Sie haben dann Ende November diese POLYCOM-Kommission eingesetzt und das war ein guter Schritt. Diese Kommission hat drei wichtige Erkenntnisse gewonnen. Martin Stuber hat es in der Kommission einmal so formuliert: Ein alter, stark aufgeschminkter Gaul bleibt eben ein Gaul. Und wenn mit teilweise haarsträubenden Argumenten versucht wurde, dies zu verdecken, war das nicht gut. Es gab nur ein wirkliches Argument: Die anderen haben es schon eingeführt oder führen es noch ein. Aber schliesslich muss man ja nicht immer die Dummheiten der anderen gleich kopieren.
Der zweite Punkt ist diese Einsparung, und das ist ein Erfolg der Kommission. Das ist ein Kompromiss gewesen. Man hätte deutlich auch mehr einsparen können. Und jetzt kommt ein wichtiger Punkt, der noch nicht erwähnt wurde. Es ist der allerwichtigste Erfolg dieser Kommission. Sie hat sich durchgerungen, eine Motion einzureichen (Vorlage 2124.1). Und Sie haben sie an der letzten Sitzung diskussionslos durchgewunken. Diese Motion steht im Gegensatz zu dem, was Sie heute erzählen. Sie haben damals vom Regierungsrat gefordert, dass er bis Ende Jahr eine Funkstrategie vorlegen muss, die auch über Breitband verfügt. Und jetzt geht dieser Rat hin und will jetzt einen Baustein bewilligen. Wir haben noch keine Funkstrategie, alle Kantonsräte sind sich darüber einig, und wir beschliessen jetzt heute eine Ausgabe in der Höhe von 17 oder 19 Millionen. Haben Sie gelesen, was Sie da beschlossen haben? Der Votant gratuliert Ihnen. Sie haben das sehr gut gemacht. Denn eine zukunftsweisende Strategie in einem sich sehr rasch verändernden Umfeld brauchen wir. Philip C. Brunner kann gar nicht glauben, dass Sie

als verantwortungsbewusste Kantonsräte ohne Zeitdruck hier so etwas beschliessen wollen.
Er weist auch darauf hin, dass der Minderheitsantrag bezüglich POLYCOM light natürlich keine ausgereifte Sache ist. Sie können doch von Milizpolitikern nicht verlangen, dass sie in einer hochtechnischen Materie Ihnen jetzt eine Lösung hinlegen. Diese POLYCOM light ist noch nicht vom Tisch. Da muss gearbeitet werden. Und wenn einfach an einer Kommissionssitzung Herr Kollreuter (er ist ganz sicher kein Funkexperte, das konnten wir alle feststellen, sondern ein alt Regierungsrat, der in Bern oben noch einen Posten ergattern konnte) einfach am grünen Tisch behauptet, es sei nicht möglich, muss man das schon noch abklären. Man bewilligt doch nicht soviel Geld ohne eine vertiefte Strategie, ohne Visionen für ein Projekt, das technisch veraltet ist, um dann von der Regierung später zu hören, wie man dieses eben beschlossene System ablösen will mit neuen Technologien. Das wäre ein Debakel mit grossen Folgen.
Warum konnte es überhaupt soweit kommen? Ein Kommissionsmitglied hat gesagt: «Wir sind von POLYCOM umzingelt.» Ja, wir sind auch von der EU umzingelt. Und trotzdem sollten wir eine eigenständige Strategie fahren und nicht vor Schreck beitreten. Und auch nicht an diesem Gebäude hier am Sonntag eine Fahne hissen, wie das jetzt veranlasst wird. Es ist peinlich, wenn der Kanton Zug als letzter, sechsundzwanzigster Zwerg sich auch noch in die Kolonne einreiht. Der Votant erwartet, eine Kanton Zug zu sehen, der an der Spitze ist und der auch ein Vorbild ist für die anderen Kantone. Dank unserer Grösse könnten wir ein Pilotbetrieb sein für ein neues POLYCOM. Dieses Zückerchen wurde uns ja vorgeführt.
Ein ganz entscheidender Punkt ist, dass es nie eine Anforderungsdefinition gegeben hat. In der IT-Branche wird das «requirement definition» genannt. Trotz der massiven Kritik in der POLYCOM-Kommission wurde frei nach dem Motto entschieden «wir bestellen etwas aus einem Katalog, ohne genau überlegt zu haben, ob man das eigentlich braucht». Es ist wirklich eine Luxuslösung. Dies scheint eine generelle Krankheit zu sein bei der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand. Diverse IT-Projekte, auch beim Bund, sind wirklich ein Debakel. Der Votant nennt zwei: Bei FIS Heer wurden 700 Millionen in den Sand gesetzt und es läuft noch nicht. Es gibt ein Projekt Steuerverwaltung in Bern mit dem Namen Insieme. Wir haben im Kanton Zug auch Debakel (Einwohnerkontrolle und Grundbuchsoftware). Dazu gibt es ja von Kurt Balmer bereits eine entsprechende Eingabe. Es ist so: Wer nicht gegenüber dem Lieferanten genau spezifiziert, was er braucht, bekommt irgendetwas geliefert. Dieser Lieferant kann ja dann nachher nicht zur Kasse gebeten werden, da er die Spezifikationen nie gesehen hat.
Zum Schluss. Das zukünftige Debakel ist durch das bisherige Vorgehen und die Unterlassungen der Sicherheitsdirektion vorprogrammiert. Wenn Sie ja sagen, möchte der Votant nicht zuschauen, wie unsere Steuergelder unnötig verlocht werden. Es ist auch schade, weil auch in der Sicherheitsdirektion enorme personelle Ressourcen für dieses Projekt gebunden wurden, Zeit und Energie vertan wird. Das ist nicht sehr motivierend. Es wurde vorher noch darauf hingewiesen, es gehe um Sicherheit. Ein kleines Detail von POLYCOM: Die POLYCOM-Geräte können – anders als beim jetzigen System Astro – nicht mehr blind bedient werden. Das heisst, Sie müssen immer schauen, welchen Knopf Sie da drücken. Dies spielt natürlich im gut beleuchteten KP des Kommandanten keine grosse Rolle. Dort hat es Licht und Wärme. Bei den portablen Geräten an der taktischen Front, bei den Polizisten, bei Nacht und Nebel, mit Handschuhen ist dies ein Kriterium, das vielleicht einem Polizisten das Leben retten kann. Sind Sie sich also Ihrer Verantwortung bewusst, wenn Sie der POLYCOM-Lösung zustimmen. Darum der Nichteintretensentscheid der SVP-Fraktion.

Die **Vorsitzende** ist gerne bereit, über POLYCOM zu diskutieren, sogar ausführlich. Aber sie bittet Philip Brunner wirklich um eine sachliche und faire Diskussion in diesem Rat. Es steht einem Kantonsrat nicht an, Personen zu verunglimpfen, die nicht hier sind und sich nicht wehren können.

Hubert **Schuler** hält fest, dass auch die SP-Fraktion das Geschäft eingehend beraten hat und nicht einfach dem Kommissionspräsidenten gefolgt ist. Sie unterstützt den Antrag der vorberatenden Kommission und ist damit auch für Eintreten. Technische Anschaffungen haben nicht nur in der Öffentlichkeit eine emotionale Komponente, sondern auch im Privatbereich. Sicher können Sie sich noch an die unterschiedlichen Systeme von Videokassetten erinnern. Jeder Anbieter war überzeugt, dass sein Produkt die Zukunft überleben wird. Fanclubs wurden gebildet und die Besitzer des anderen Systems waren aus den eigenen Augen schon fast technische Banausen. Eine ähnliche Debatte wird heute noch zwischen Mac- und PC-Anwendern geführt. Hinterher ist man immer schlauer. Hätte der Kanton Zug vor 20 Jahren sich nicht für das beste Produkt entschieden, sondern für dasjenige, welches von anderen Kantonen auch gekauft wurde, müssten wir heute vielleicht keine Debatte führen.
Für die SP werden im Anhang zum Protokoll der Kommissionssitzung vom 9. Januar 2012 die wichtigsten Fragen, welche teilweise auch von der Kommissionsminderheit aufgeworfen werden, beantwortet. Für uns ist es wichtig, dass alle Notfallorganisationen im Kanton Zug sich untereinander verständigen können. Auch der Nutzen, über die Kantonsgrenze hinweg eine gute und einfache Verbindung zu haben, ist relevant. Wir sind überzeugt, dass wenn sich die vielen Spezialisten, Politikerinnen und Politiker der anderen Kantone auf dieses System geeinigt haben, es sich grundsätzlich nicht um eine Fehlinvestition handeln kann. Die Anforderungen und Prioritäten haben sich in den letzten 20 Jahren verändert. Mit jeder technischen Lösung begibt man sich in die Abhängigkeit eines Anbieters und damit oft in die Abhängigkeit eines Monopols. Dieses Dilemma darf aber nicht dazu führen, dass die Sicherheit der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt wird.

Daniel **Stadlin**: Wer von uns würde wissentlich und ohne Not zu einem überhöhten Preis ein technisch veraltetes Auto kaufen, das zudem mangelhaft ist und dessen Ablösung sich bereits abzuzeichnen beginnt? Wahrscheinlich niemand. Wenn wir dem Budgetkredit zustimmen, machen wir aber genau dies. Wir sollen für viel Steuergeld ein Funksystem beschaffen, welches schon in wenigen Jahren wieder mit viel Steuergeld abgelöst werden muss. In der Interpellationsantwort letzten Februar betreffend Konkordate schrieb der Regierungsrat: «Der Kanton Zug ist bekannt, dass er seine Aufgaben möglichst effizient und dienstleistungsorientiert erfüllt. Er prüft stets, ob es zweckmässiger ist, eine kantonale Aufgabe im Alleingang oder gemeinsam mit anderen Kantonen durchzuführen».
Galt diese Vorgehensweise auch beim Projekt POLYCOM? So wie es aussieht wahrscheinlich eher nicht. Nur weil die anderen 25 Kantone dieses System bereits im Betrieb haben oder demnächst in Betrieb nehmen werden und offenbar das Bundesamt für Bevölkerungsschutz gehörig Druck auf den Kanton Zug ausübt, müssen wir noch lange nicht dieses bekanntlich unausgereifte, fehlerhafte und teure Sicherheitsfunksystem einkaufen. Kein Privater, zumindest keiner der rechnen muss, würde das zu diesen Bedingungen tun.
Der Vorschlag POLYCOM light der Kommissionsminderheit versucht, aus diesem für den Kanton Zug doch eher unvorteilhaftem Geschäft das Beste zu machen.

Eine Zuger-Lösung zur Überbrückung der Zeitspanne bis zur gesamtschweizerischen Ablösung von POLYCOM. Wir meinen, die Sicherheitsdirektion müsse diesen Lösungsansatz noch eingehender als bisher prüfen. Es ist der Weg, den der Kanton beschreiten muss, will er nicht in ein technisches und finanzielles Fiasko geraten. Aus diesem Grund unterstützen wir Grünliberale den Hauptantrag der Kommissionsminderheit auf Rückweisung der Vorlage und Ausarbeitung einer neuen Vorlage auf der Basis von POLYCOM light.

Martin **Stuber** möchte die Präsidentin bitten, mit gleichen Ellen zu messen. Wenn sie Philip Brunner zur Ordnung ruft wegen seiner Bemerkung zu Herrn Kollreuter, sollte sie vielleicht auch ihren Fraktionskollegen Pirmin Frei zur Ordnung rufen, wenn er Kommissionsmitglieder der SVP, die nach der Sitzung schlauer geworden sind, entsprechend taxiert.
Der Votant beginnt bei Hubert Schuler. Der von ihm gebrachte Vergleich hinkt ganz gewaltig. Es geht nicht darum, welches das bessere Video-System ist. Sondern die Situation ist so, dass der Kanton Zug Betamax und der Bund VHS eingeführt hat und wir wissen, dass demnächst DVD kommt. Das ist der Vergleich. Und Ihr wollt, dass wir VHS kaufen, weil das alle anderen auch haben. Wir sollten uns darauf vorbereiten, dass wir demnächst mit DVD fahren können.
Zum Argument, wir könnten nicht so lange warten. Martin Stuber möchte etwas zur Aufklärung dieser Frage beitragen. In der Kommissionssitzung vom 27. Januar hat Herr Kollreuter zu diesem Punkt, der Weiterentwicklung, gesagt: «Die Folie 1 zeigt die Entwicklung Richtung Breitbandfunk, professional mobile radio. Sie soll die Erweiterung des Sprachfunks mit Breitbanddatenfunkverbindungen möglich machen.» Und dann sagt er: «Gemäss dieser Folie wird in der zweiten Hälfte 2014 mit der Einführung von PMR begonnen. Die Weiterentwicklung von Tetrapol erfolgt organisch, evolutionär und nicht sprunghaft.» Dann ist die Diskussion losgegangen darüber, wer Pilot sein kann. Es ist eine Tatsache, dass das Nachfolgesystem bereits in Entwicklung ist. Und die Trägertechnologie LTE ist inzwischen in den USA schon in grossen Städten flächendeckend im Einsatz. Wir reden hier nicht von 15, sondern von nur ein paar Jahren.
Und das ist dem Votanten aufgefallen beim Votum von Pirmin Frei: Zur Frage der Übergangslösung, die es sowieso braucht, hat er kein Wort gesagt. Seit der Kanton Thurgau 2001 POLYCOM als erster Kanton eingeführt hat, haben wir in der Schweiz bezüglich Funksysteme eine Übergangssituation. Das ist nichts Neues. Wir müssen nicht so tun, wie wenn vorher alles in Butter gewesen wäre und jetzt komme der Kanton Zug und richte einen Scherbenhaufen an. Der Sicherheitsdirektor oder Hugo Halter hat davon gesprochen, der K-Kanal werde abgestellt. Das ist doch nicht wahr! Der K-Kanal wird weiterhin benutzt werden können mit Astro, weil es einen Konverter gibt, der das mit POLYCOM verbindet. Der Kanton Aargau hat das auch gemacht, als rundherum schon POLYCOM-Kantone waren und er noch Astro genutzt hat. Die Situation, die wir antreffen werden, wenn rundherum nur noch POLYCOM ist, haben andere Kantone längst auch schon erlebt. Und sie haben mit Übergangslösungen gearbeitet. Der Unterschied jetzt ist, dass wir wissen, dass ein Nachfolgesystem in Entwicklung ist. Und wenn Pirmin Frei schon 2004 gesagt hätte, was er heute ausgeführt hat, hätte Martin Stuber ihm folgen können. Aber jetzt haben wir 2012 und wir wissen, dass POLYCOM im Kanton Zug frühestens 2014 in Einsatz gehen würde, zu einem Zeitpunkt, da wahrscheinlich der Pilot eines Nachfolgesystems schon irgendwo läuft.
Zu Peter Diehm. Der Fall Kneubühler war kein Problem des Funksystems. Das Kommunikationsproblem dort war ein ganz anderes. Die Frage, wie viel ist Ihnen

Sicherheit wert, ist gut und zentral. Diese Frage haben wir uns auch gestellt. Der Votant kann versichern, dass ihm Sicherheit sehr viel wert ist, auch geldmässig. Aber dann möchte er diese Sicherheit auch wirklich haben. Und wenn wir jetzt POLYCOM kaufen und die Variante eintrifft, dass wir es dann noch 15 Jahre fahren, haben wir zwar für die Sicherheit im Moment viel Geld ausgegeben. Aber wenn sie rundherum dann schon mit anderen, neuen Systemen fahren, welche die Sicherheit im täglichen Einsatz besser gewährleisten, und der Kanton Zug fährt noch mit einem veralteten System, dann ist ihm zwar heute die Sicherheit etwas wert gewesen (15 Millionen), aber auf längere Distanz haben wir für die Sicherheit herzlich wenig gemacht. Und dann kommt dann nämlich der Sachzwang und es heisst in fünf Jahren: Jetzt läuft POLYCOM II und hat diese und jene Vorteile, eigentlich sollten wir da jetzt auch mitmachen, der Kanton Zug hat ja das Geld. Und dann werden wir in sieben Jahren nochmals 20 Millionen in die Hand nehmen. Es lohnt sich also, die Frage, was einem die Sicherheit wert ist, zu überlegen, aber man soll sie nicht aus heutiger Sicht überlegen, sondern in der Entwicklung der Situation.

Karl **Nussbaumer** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist Feuerwehrkommandant und müsste teilweise auch mit POLYCOM arbeiten. Er nimmt seine Sicherheit ganz klar sehr ernst. Wenn wir der beantragten Beschaffung des hoffnungslos veralteten POLYCOM-Systems zustimmen, verhindern wir, dass der Kanton in absehbarer Zeit mit einem modernen Funksystem ausgerüstet wird. Die Informatik- und Telekommunikationstechnologien sind seit den 80er-Jahren, als das POLYCOM-Tetrapol-System entwickelt wurde, keineswegs stillgestanden. Vielmehr haben sie eine unglaubliche Entwicklung durchlaufen. Die Sicherheitsdirektion schlägt nun allen Ernstes vor, auf die Nutzung der heute verfügbaren Technologien zu verzichten. Gut organisierte Verbrecher nutzen bereits heute diese Technologien zu ihrem Vorteil. Die Polizei sollte nicht davon ausgehen, dass Kriminelle blöd oder gar ungebildet sind.
Wir verpassen hier eine Chance. Nämlich die Sicherheitskräfte mit ebenbürtigen Hilfsmitteln auszurüsten. Ebenbürtig den Mitteln, welche den Verbrechern zur Verfügung stehen. Es kommt dem Votanten so vor, wie wenn die Sicherheitsdirektion nun die Zuger Polizei mit neuen Hellebarden ausrüsten würde, um sie damit in den Einsatz gegen mit Maschinenpistolen ausgerüstete Kriminelle zu schicken. Der Votant rüstet seine Leute in der Feuerwehr auch mit den neusten und vorschriftsgemässsen Einsatzkleidern aus und nicht mit solchen aus den 80er-Jahren.
Wussten Sie, dass die Rega POLYCOM gar nicht einsetzen kann, weil bei hoher Geschwindigkeit das System nicht mehr funktioniert? Wir sind es unseren Sicherheitskräften schuldig, sie mit der jeweils besten Technologie auszurüsten. Wir dürfen sie nicht geradewegs ins Messer laufen lassen.
Wir müssen hier unbedingt einen Marschhalt einlegen. Die von der Kommissionsminderheit vorgeschlagene Übergangslösung POLXCOM light hält uns alle möglichen Optionen offen. Wir stehen nicht unter Zeitdruck. Das bisherige, äusserst bewährte Polizeifunk-System kann noch über mehrere Jahre hinaus weiter betrieben werden. Gönnen Sie unseren Sicherheitskräften doch nur das der heutigen Zeit entsprechende Funksystem und weisen Sie diesen unglücklichen Antrag zurück.

Thomas **Werner** kommt es vor wie eine Schafherde, die am Abgrund steht. Das Leitschaf stürzt sich in die Tiefe und 25 springen hinterher. Nur ein einziges Schaf

zögert, was soll es nun tun? Ebenfalls ins Verderben springen? Nein, natürlich nicht, würden wir sagen. Mit POLYCOM hat sich Bundesbern wieder mal vorausgestürzt. Für viele Kantone, die ein veraltetes Funksystem hatten, ist POLYCOM tatsächlich eine Verbesserung, weil es verschlüsselt ist. Aber nicht so für andere Kantone, wie z.B. den Kanton Zug. Denn POLYCOM ist tatsächlich ein veraltetes System, welches qualitativ nicht mehr auf der Höhe ist. Die Idee eines für die ganze Schweiz kompatiblen Funksystems ist eigentlich sehr edel und gut. Das begrüsst der Votant auch. Es ist aber falsch, sich ungünstig einem Monopol an den Hals zu werfen, wenn man danach die Geräte, die Systeme, die ganze Technik von ein und demselben Hersteller beziehen muss. Es gibt für ihn keinen Anreiz für Neuentwicklungen, für Verbesserungen. Der Markt spielt ebenfalls nicht. Wenn wir POLYCOM kaufen, verlieren wir 19 Millionen, wenn wir es nicht kaufen, verzichten wir lediglich auf die vier Bundesmillionen.
Viel mehr als ums Geld geht es Thomas Werner aber um die Qualität von POLYCOM. An den Kommissionssitzungen haben uns die Vertreter aus Bern klar gemacht, dass POLYCOM für den Aufbau der Funkverbindung länger braucht als das bisherige Funksystem. Stellen sie sich vor, Polizei und Rettungskräfte im Einsatz oder gar in Not müssen die Taste drücken und 21, 22, 23, 24, 25 zählen, bis sie endlich sprechen können. Da geht es um die Sicherheit jedes Einzelnen! Das Funksignal sei schwächer als beim bisherigen System. Wenn ein Gerät sich von einer Funkzelle in die nächste verschiebt, kann es zu Unterbrüchen kommen. Wer kauft heute schon ein derart teures System so kurz vor der Ablösung, wenn er schon im Besitze eines besseren Systems ist?
Wir sollen mit Tablets ausgerüstet werden, unsere Polizei mit POLYCOM. Das ist, wie wenn wir uns einen Porsche gönnen und der Polizei einen VW Golf aus den 90er-Jahren mitgeben. Wer von uns würde ein Handy aus den 90er-Jahren kaufen? Es geht dem Votanten hier überhaupt nicht um Parteipolitik, sondern um die Sache und die Sicherheit. Der einzige, Grund warum er in der Kommission POLYCOM zähneknirschend zugestimmt hat ist, dass die Polizisten einfacher mit den ausserkantonalen Kräften kommunizieren können. Er hat nämlich festgestellt, dass wir von POLYCOM umzingelt sind. Er hat aber auch festgestellt, dass bereits andere Kantone in derselben Situation waren und es ganz sicher technische Lösungen geben muss, damit man trotzdem miteinander kommunizieren kann. Also vor allem wegen den Nachteilen, die POLYCOM mit sich bringt, kann Thomas Werner nicht dazu stehen. Er hat sich seit den Kommissionssitzungen die Mühe genommen, und sich nochmals intensiv mit den Frontpolizisten in verschiedenen Korps unterhalten. Leider hat er nicht *eine* positive Rückmeldung erhalten. Stellen Sie sich vor: Das Funksignal ist so schwach, dass sich Polizisten in einem Notfall in ein Gebäude begeben, ohne zu wissen, was sie dort erwartet; die Verstärkung wartet draussen oder sichert den Aussenraum ab und alles was sie dann am Funk noch hören sind komische Geräusche. Draussen wissen sie nicht, was drin los ist, und drinnen wissen sie nicht, ob die Verstärkung draussen weiss, ob sie benötigt wird oder nicht. Das ist Sicherheit.
Wir sollten uns also nicht in den Abgrund stürzen, warum auch, wir können nichts verlieren. Im Gegenteil, wir eröffnen uns und allen anderen Kantonen eine Chance, wenn wir diesem Monopol nicht beitreten. Wir haben bereits die besseren Funkgeräte und die bessere Verbindung, das heisst mehr Sicherheit für die Bevölkerung, unsere Polizisten und die Rettungskräfte. Die neuen Technologien sind bereits vorhanden, alles was wir tun müssen ist, eventuell noch ein wenig warten und eine Übergangslösung erarbeiten. Wir können notfalls POLYCOM auch später kaufen. Wenn wir jetzt darauf verzichten, halten wir alle Optionen offen. Bitte treten Sie

nicht auf das Geschäft ein und lassen Sie zuerst abklären, ob es tatsächlich keine technische Möglichkeit gibt für die Kommunikation mit POLYCOM.

Beni **Riedi** legt zuerst eine Interessenbindung offen, welche während der Kommissionsarbeit noch nicht bestand. Er arbeitet in bei einer Firma, welche unter anderem eine breite Palette von verschiedenen Test- und Messlösungen für die Bereiche elektromagnetische Verträglichkeit, Hochfrequenz und Mikrowellen vertreibt.
Unsere Aufgabe im Parlament besteht nicht darin zu entscheiden, welche technischen Komponenten und welches Zubehör am besten geeignet für unsere Polizei oder die Feuerwehr ist. Wir entscheiden bei dieser Vorlage primär, ob der Kanton Zug 19,2 Mio. Franken in das Projekt POLYCOM investieren soll oder nicht. Also können wir heute entscheiden, ob wir diesen Betrag in ein altes Funk-System investieren wollen, welches gröbere Mängel aufweist und nicht innovativ ist in Bezug auf neue Technologien und Möglichkeiten. Oder ob der kleine Kanton Zug selber innovativ wird und die Zuger Blaulichtorganisationen auch für die Zukunft fit machen möchte.
Der Bedarf für POLYCOM betrifft nach Ansicht des Votanten hauptsächlich die Polizei, welche die Kommunikation mit den anderen Kantonen aufrecht erhalten möchte. Der Schutz der Zuger Bevölkerung muss natürlich an oberster Stelle stehen. Die Einführung eines Minimums an POLYCOM-Geräten inklusive Infrastruktur, welche zur Sicherstellung der Verbindung zu den Nachbarkantonen benötigt werden, entspricht da eher der Vorstellung von Beni Riedi. Verbauen wir uns nicht die Zukunft, indem wir in ein veraltetes, teures System investieren, sondern lassen wir die zuständigen Stellen nach einer besseren Lösung suchen.
Aus diesem Grund wird der Votant den Budgetkredit für die Funkerschliessung mit POLYCOM ablehnen, beziehungsweise nicht darauf eintreten.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** nimmt gerne zu den gestellten Fragen Stellung. Er möchte den Rat nochmals überzeugen von diesem guten Projekt und ihn dazu aufrufen, bei der Abstimmung dem Regierungsrat zu folgen, beziehungsweise dem Kommissionsantrag, dem sich die Regierung anschliesst. Er möchte sich aber auch ganz herzlich bedanken bei der Kommissionsleitung für die gute Zusammenarbeit und bei der Kommission für die konstruktive Diskussion. Er möchte auch noch Stellung nehmen zu den beiden Leserbriefen von heute Morgen. Da wird doch Einiges gesagt, das nicht der Wahrheit entspricht. Wir haben heute mehrfach gehört, was POLYCOM soll und warum wir es im Kanton Zug brauchen. Naturkatastrophen, Unfälle und Krisen können wir nicht einfach so verhindern und sie werden im Handling auch immer komplexer. Umso wichtiger ist es für die Sicherheits-, namentlich die Blaulichtorganisationen, dass wir eine gute und funktionierende Kommunikation haben, die leistungsfähig ist und auch in Notlagen (Stromausfälle usw.) funktioniert.
Das Ziel von POLYCOM ist eine gute Zusammenarbeit zwischen den Kantonen. Bisher haben wir sehr viele verschiedene Kommunikations- und Funksysteme gehabt, und das will man jetzt harmonisieren. Gegen diese Zielsetzung darf ja eigentlich auch niemand etwas haben. Die Polizei, der Rettungsdienst, das Gesundheitswesen inklusive Rega, die Kommandos der Feuerwehren, die technischen Dienste, der Zivilschutz und die gemeindlichen Führungsstäbe sollen sich im Ereignisfall miteinander austauschen können. POLYCOM hat sich insofern eben auch bewährt. Immerhin haben heute 25 Kantone dieses System eingeführt, dazu das ASTRA und das Grenzwachtkorps. Die SBB sind auch daran.

Warum müssen wir hier eine Ablösung suchen und finden? Das Motorola-Funksystem funktioniert zwar noch, das wurde auch von Martin Stuber gesagt. Das wird auch gar nicht bestritten. Auch Ersatzbestandteile sind immer noch erhältlich. Es wurde auch gesagt von Martin Stuber, dass wir billiger fahren mit dem heutigen System, auch was den Support anbelangt. Aber der Sicherheitsdirektor ist überzeugt davon, dass diese Kosten, wenn wir z.B. mit einem POLYCOM-light-System weiterfahren, sicher höher werden. Denn das ist auch ein geschäftliches Interesse von Motcom, die den Support macht bei uns. Je mehr Kantone hier abspringen, umso weniger Aufträge hat sie und umso mehr kostet das wahrscheinlich auch für den einzig verbleibenden Kanton.
Auch die Projektorganisation wurde da und dort bemängelt, vor allem auch von Philip C. Brunner. Wir haben diese genau so aufgegleist, wie das üblich ist im Kanton Zug bei grossen Projekten, mit einem Projektausschuss und einer Projektleitung. Und je nachdem ziehen wir dann externe Fachleute bei, wie wir das auch gemacht haben mit dem ABK, mit welchem andere Kantone beste Erfahrungen gemacht haben. Den Projektausschuss leitet Beat Villiger und dabei ist auch der Gemeindevertreter von Walchwil, der zu den Sicherheitschefs der Gemeinden gehört. Dabei sind Karl Walker, Urs Marti, Andreas Müller vom Rettungsdienst und auch in Vertretung der Gesundheitsdirektion. Es sind auch erfahrene Experten des Bundes dabei, vom BABS und vom ASTRA. Wir haben also professionelle Unterstützung. Der Votant wollte, dass die Projektleitung innerhalb der Polizei wahrgenommen wird. Sie wird geleitet von Vizekommandant Hugo Halter. Hier sind auch die Nutzer des Kantons wie die Feuerwehr dabei.
Zum Minderheitsantrag. Dieser wurde ja auch in der Kommission schon gestellt und im Minderheitsantrag dann noch klarer formuliert. Man ist jetzt noch weiter gegangen. Weil die Argumente fehlen für eine solche Light-Lösung, wie wir sie in der Kommission besprochen und abgelehnt haben, wird jetzt vermehrt eine Übergangslösung konstruiert. Dazu kommt Beat Villiger später.
Es wird der Vorwurf gemacht, man habe sich nicht genügend mit Alternativsystemen auseinander gesetzt. Richtig ist aber, dass wir uns genau mit dieser Frage sehr intensiv befasst haben. Und auch der Kanton Graubünden hat ein 80-seitiges, 80'000 Franken teures Gutachten darüber gemacht, was POLYCOM soll und kann. Ob es nicht andere Möglichkeiten geben würde. Dieses Gutachten kam klar zum Schluss, dass es keine Alternativlösungen gibt. Andere Kantone haben auch einen Blick geworfen in dieses Gutachten.
Der Sicherheitsdirektor hatte auch mehrere Gespräche, z.B. mit dem Polizeikommandanten der Stadt Zürich, mit dem Kapo-Chef des Kantons Zürich usw., als es um die Frage ging, wie sich POLYCOM bewährt hat und wo es allenfalls Schwachstellen hat.
Hubert Schuler hat es heute Morgen auch gesagt: Es könnte sich heute ja auch die Frage stellen, wieso wir nicht schon vor Jahren zu POLYCOM gewechselt und stattdessen nochmals ein Release des heutigen Systems vorgenommen haben. Beat Villiger hatte auch Kontakt mit seinem Vorgänger Hanspeter Uster. Dieser bestätigte, dass damals aus finanziellen Überlegungen eine Verbesserung des heutigen Systems in den Vordergrund rückte. Aber damals war es eigentlich schon klar, dass man schrittweise zu POLYCOM wechseln will. Zurückblickend kann man sich heute wirklich die Frage stellen, ob man nicht schon damals hätte umstellen sollen.
Zum veralteten System. Dieser Vorwurf ist ja heute verschiedentlich genannt worden. Gemäss Aussagen des Bundes und von erfahrenen Leuten wie dem Ausbildungschef in Schwarzenburg, der POLYCOM schult mit Polizisten und Feuerwehrleuten, gibt es keine Probleme. Es ist ein stabiles System, das sich bewährt hat. Es ist auch verfügbar. Wir erhalten bei uns auch Geräte der neusten Generation. Die-

ses Gerät wird auch in der Armee und überall eingesetzt, wo Sicherheit Priorität hat. Und die Entwicklung auf diesem Gebiet geht natürlich weiter. Das haben wir auch mitgeteilt bekommen. Sie geht eben so weiter, dass diese Entwicklung zulasten des Bundes geht. Und wenn wir eine eigene Lösung anstreben oder beschliessen würden, tragen wir dieses Risiko und die Kosten der Weiterentwicklung selber. Auch die Entwicklung in Richtung Breitbandtechnologie geht weiter. POLYCOM ist insofern bis 2030 gesichert. Beat Villiger hat vom BABS auch schriftliche Zusagen bezüglich dieser Weiterentwicklung, und dass der Kanton auch beste Chancen hat, in ein sogenanntes Pilotprojekt aufgenommen zu werden. Aber mit uns diskutiert man jetzt nicht darüber. Man will zuerst den Zuger Entscheid haben. Und wenn wir etwas anderes entscheiden, lässt man uns fallen, auch bezüglich der Subvention. Wir sind dann auf uns allein gestellt. – Eine Störanfälligkeit muss in Abrede gestellt werden.

Zu den Kosten. Das wurde heute explizit nicht so gesagt, aber in den Leserbriefen ist das enthalten. Wir können uns bezüglich der Kostenhöhe sehr gut mit anderen Kantonen vergleichen. Aber man muss bei diesen Vergleichen immer auch aufpassen, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleicht, weil verschiedene Kantone In-House-Ressourcen haben für die Entwicklung. Das haben wir nicht und wir mussten es extern einholen. Andere Kantone übernehmen in die Laufende Rechnung gewisse Anpassungskosten bei der Einsatzleitzentrale, der Ausgestaltung der Feuerwehr oder bei Polizeifahrzeugen. Der Kanton Graubünden hat z.B. eine Nettoinvestition von 55 Millionen und fünf neue Stellen beschlossen.

Zum Leitmodell oder zur Übergangslösung. Dieser Vorschlag wurde ja klar verworfen. Und der Bund würde sich an einer Realisierung und am Support nicht mehr beteiligen. Die Projektsubventionen würden nicht mehr bezahlt. Wir brauchen bei einer eigenen Variante vermutlich auch mehr Standorte für die Netzabdeckung. Das wurde von den Experten so gesagt. Ein Standort kostet ca. eine Million. Und eine Light-Version würde auch dazu führen, dass wir nicht das ganze Gebiet abgedeckt hätten. Wir hätten dann im Kanton Zug riesige Funklöcher, was POLYCOM anbelangt. Man hat die Meinung, dass man gewisse Führungspersonen im Sicherheitsbereich mit POLYCOM ausrüsten könnte und sie dann diese Funkverbindungen herstellen könnten. Es mag sein, dass das im Einzelfall ab und zu gehen könnte. Aber das Risiko, dass es im Ereignisfall nicht funktioniert, ist sehr gross.

Was würde passieren, wenn wir nein sagen zu POLYCOM? Das ist wichtig zu wissen. Wir könnten z.B. den Frequenzbereich POLYCOM nicht nutzen, wo alle Partner eine klare Zuweisung erhalten haben. Bei Konkordats- und IKAPOL-Einsätzen können wir aus dem Stand mit den anderen nicht kommunizieren. Der Sicherheitsdirektor weiss nicht, wie das bei Einsätzen wie beim WEF, wo wir alle Jahre dabei sind, in Zukunft funktionieren soll. Wir müssten dann unsere Leute vor Ort mit Geräten ausrüsten und sie speziell schulen. Da sind Nachteile noch und noch vorhanden.

Zum Nachfolgesystem. Das ist eine falsche Auffassung oder ein Missverständnis. Es gibt aus heutiger Sicht kein Nachfolgesystem POLYCOM II, das ab 2015 in Betrieb genommen werden könnte. Korrekt ist nur, dass sich das BABS Gedanken über die Zukunft von POLYCOM macht und in diesem Rahmen erst Tests durchführt. Dies sind jedoch langfristige Bemühungen. Es wird weder 2015 noch 2020 eine funktionsfähige Alternative zu POLYCOM geben. Aber wir können davon ausgehen, dass die Entwicklung weitergeht.

Fazit also: POLYCOM ist nicht alt, es wird laufend erneuert. Es gibt keine greifbare Alternative zu POLYCOM, insbesondere nicht als nationales Sicherheitsfunknetz und als nationale Alarmierung. Und Breitband wird weder kurz- noch mittelfristig Realität werden. Die neuen Funkgeräte, die Generation 4, die wir ja bekommen sol-

len, hat möglicherweise mehr Kapazität und ist auch anspruchsvoller in der Handhabung. Sie sind aber auch kompatibel mit 1, 2 und 3. Das wurde uns zugesichert.
Zu den Leserbriefen von heute Morgen. Beat Villiger mag ja Kritik ertragen. Aber wenn wissentlich oder wider besseres Wissen Halb- oder Unwahrheiten abgedruckt werden, hat er Mühe damit. Und genau das ist heute passiert. Es wird der Sicherheitsdirektion vorgeworfen, es herrsche mangelnde Transparenz. Richtig ist, dass der Regierungsrat diese Vorlage dem Kantonsrat wie jede andere Vorlage übergeben hat. Und der Kantonsrat oder das Büro hat dann beschlossen, wem diese Vorlage zugeteilt wird. Der Regierungsrat hat sich nie dagegen gesträubt, hier eine Kommission einzusetzen.
Philip C. Brunner schreibt in seinem Leserbrief, die Monopolstellung führe dazu, dass diese POLYCOM-Bestellung ausschreibungslos erfolge. Das ist völlig falsch. Wir haben zwar Monopol-Lieferanten. Das passt dem Votanten auch nicht, aber wir können es nicht ändern. Trotzdem wird nach den Submissionsbestimmungen eine Ausschreibung erfolgen. Trotz Monopolstellung wird dieser Lieferant an Qualitätsanforderungen halten müssen. Es wird Abnahmen geben und Preisvergleiche mit anderen.
Die angebliche Steuergeldvernichtung sieht der Sicherheitsdirektor völlig anders. Bei POLYCOM können wir abschätzen, wie hoch die Kosten sind. Aber wenn wir hier nicht mitmachen und eine Light- oder Übergangslösung machen wollen, ist die Kostenhöhe nicht klar.
An der Streetparade in Zürich habe das System total versagt. Beat Villiger hatte kürzlich mit dem Chef von Thomas Werner Kontakt und er stellte ihm diese Frage ebenfalls. Es ist überhaupt nicht so, dass POLYCOM in der Stadt Zürich ausgefallen ist. Es gab an einem Ort scheinbar ein Funkloch. Irgendwo hat die Netzplanung versagt. Deshalb hat man scheinbar auf das alte System umgestellt. Aber das konnte ohne grossen Aufwand behoben werden.
Am Schluss schreiben sowohl Martin Stuber wie auch Philip C. Brunner, der Kantonsrat habe es heute in der Hand, eine Fehlinvestition zu verhindern. Es gehe nicht um ein politisches Geschäft, sondern um den gesunden Menschenverstand und um Pragmatismus, um bürgerlicher Zuger Tugenden. Hier geht es um eine wichtige sicherheitspolitische Entscheidung. Unsere Bevölkerung und die Sicherheitsorganisationen haben Anrecht auf eine solide und funktionsfähige Kommunikation gerade in solchen Fällen. Alles andere oder ein Zurück in die Rauchzeichenkultur ist doch völlig falsch. Hier geht es um eine hochtechnische Frage, für deren Beantwortung wir eben auch Expertenmeinungen haben müssen. Wir können nicht aus dem Stand selber entscheiden. Wir haben diese Meinungen eingeholt und Beat Villiger hat keine einzige Expertenmeinung gehört, welche POLYCOM in Frage gestellt oder etwas Anderes geraten hat. Er ist den Fraktionssprechern von FDP, SP und CVP dankbar, dass gerade diese Notwendigkeit und diese Ausgangslage richtig beurteilt und die Risiken von Light- oder Übergangslösungen richtig eingeschätzt werden. Er möchte den Rat wirklich bitten, diesen Anträgen zuzustimmen und POLYCOM jetzt einzuführen.
Noch ein Wort zur Übergangslösung. Wir sprechen hier von zwei Lösungen. Einerseits braucht es eine Schulung, wenn wir POLYCOM einführen. Dann gibt es auch eine gewisse Zeitspanne, in der wir beide System parallel führen müssen, bis das neue richtig funktioniert. Es wird gesagt, man könne den Übergang mit gewissen Umsetzungssystemen machen. Martin Stuber hat es eigentlich richtig gesagt: Wir sind ja schon seit Jahren in einer Übergangslösung. Und diese wird natürlich für den Kanton Zug immer schwieriger, wenn andere Kantone jetzt auf POLYCOM wechseln. Aber wir können ja heute schon nicht mit anderen Kantonen kommunizieren. Diese Übergangslösung sehen wir auf einem sehr tiefen Niveau vor. Wir

werden in etwa so weiterfahren wie heute und eine Übergangslösung nicht mit hohen Kosten verbinden. Es braucht vermutlich mehr Personalressourcen, um diese Kommunikation dann herzustellen. Sie aber nicht unmöglich, sondern einfach so lange erschwert, als wir nicht bei POLYCOM sind.
Zu Karl Nussbaumer: Wir möchten ja auch innerkantonal die Feuerwehren auf POLYCOM nehmen, aber nur im Führungsbereich. Der Feuerwehrkommandant von Menzingen ist dann auch durch POLYCOM verbunden mit den grösseren kantonalen Organisationen.

Karl **Nussbaumer** hat noch nie nach dem Regierungsrat gesprochen, seit er Kantonsrat ist. Aber er wurde zitiert und möchte Beat Villiger etwas ans Herz legen: Sprechen Sie bitte mit Leuten an der Front. Der Votant hat das gemacht. Das Grenzwachtkorps war an der Zuger Messe und Karl Nussbaumer hat sich die Zeit genommen und mit Leuten von der Front gesprochen. Sie haben gesagt, POLYCOM habe ständig Aussetzer. Sie haben ein zweites Funkgerät dabei. Vor zwei Wochen war eine Ausstellung in Schwyz. Das Grenzwachtkorps war da. Der Votant ging ebenfalls hin, denn es ist ja wieder eine Zeit vergangen und es könnten Verbesserungen eingetreten sein. Was er da wieder zu hören bekam, gibt ihm zu denken. Er muss einfach etwas machen. Ihm liegt die Sicherheit sehr am Herzen. Und wenn diese Leute ihm sagen, das System habe ständig Aussetzer, kann das für unsere Sicherheit nicht gut genug sein.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** kann nicht bestreiten, dass solche Aussagen gemacht wurden. Aber er hat andere Rückmeldung, so vom ehemaligen Kommandanten der Mil Sich und heutigen Regierungsrat Urs Hürlimann. Seine Leute bei der Mil Sich waren auch mit POLYCOM ausgerüstet und es gab dort scheinbar keine Schwierigkeiten. Der Sicherheitsdirektor hat auch intern immer wieder nachgefragt: Kennt Ihr andere Korps, die hier Probleme haben? Und er hat keine nachteiligen Mitteilungen erhalten. Auch der Kommandant der Stadtpolizei Zürich sagt das Gleiche.

➔ Der Rat beschliesst mit 44:21 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass wir jetzt zum Rückweisungsantrag der Kommissionsminderheit kommen. Dieser Antrag fordert gemäss § 43 der Geschäftsordnung des Kantonsrats ein Quorum von zwei Dritteln der anwesenden Kantonsratsmitglieder.

Martin **Stuber** möchte einen modifizierten Rückweisungsantrag stellen. Zuerst aber noch einige Bemerkungen zum Votum des Sicherheitsdirektors. Der Votant hat ja gesagt, dass wir uns enthalten werden beim Eintreten. Wir haben uns nicht abgesprochen, aber er hat feststellen können, dass das Votum des Sicherheitsdirektors die Mehrheit unserer Fraktion schliesslich dazu bewogen hat, für Nichteintreten zu stimmen. Es sind tatsächlich so viele Aussagen gekommen, die zeigen, dass da der Wurm drin steckt. Dazu einige Beispiele.
Die Studie des Kantons Graubünden stammt aus dem Jahr 2006. Damals gab es Breitbandfunk noch gar nicht. Da ist eine völlig andere Technologie (DVB-H) evalu-

iert worden. Das ist wirklich Makulatur. Damit muss man jetzt wirklich nicht kommen, wenn man begründen will, dass POLYCOM gut sei.
Dass wir keine andere Lösung brauchen. Niemand will eine eigene Lösung. Martin Stuber hat in diesem Saal kein Votum gehört, das eine eigene Zuger Lösung will. Was wir wollen, ist POLYCOM II. Wir wollen direkt umsteigen auf POLYCOM II. Und dort wollen wir Pilotkanton sein. Wir wollen die ersten sein, die das Nachfolgesystem einführen können.
Zu den Einsätzen in anderen Kantonen. Die Problematik haben wir schon seit 2001. Der Votant weiss nicht, wie viele Einsätze die Zuger Polizei im Kanton Thurgau geleistet hat, aber die Problematik haben wir schon seit elf Jahren. Und wenn der Sicherheitsdirektor sagt, Breitband werde kurz- oder mittelfristig nicht Realität und POLYCOM werde bis 2030 leben, so ist es schwierig, ihn ernst zu nehmen.
Zum Antrag. Martin Stuber möchte Philipp Camenisch zitieren, mit dem er in der Pause gesprochen hat. Er hat gefragt: «Wenn wir jetzt heute das zurückweisen an die Kommission, haben wir dann einen Notstand im Kanton Zug?» Die Antwort ist ganz klar nein. Dann hätten wir schon elf Jahre lang Notstand. Wir wissen, POLYCOM kommt erst 2014. Dazu hat der Sicherheitsdirektor übrigens gar nichts gesagt. Aber wenn es nicht stimmt, hätte er es wahrscheinlich bestritten. POLYCOM wird erst 2014 kommen, auch wenn Sie heute diese Vorlage verabschieden. Ein Grund dafür ist offenbar, dass der Hersteller mit diesem äusserst aufwendigen Upgrade, welchen Martin Stuber im vorigen Votum erwähnt hat, sehr stark ausgelastet ist. Das ist scheinbar mit ein Grund, dass das so lange dauert.
Wie bereits im Eintretensvotum schon erwähnt: Die zentrale Erkenntnis ist, dass es so oder so eine Übergangslösung braucht! Wir haben dieses brisante Thema in der Kommissionsarbeit leider verpasst, das sagt der Votant durchaus selbstkritisch. Sie können sich nicht vorstellen, wie er sich geärgert hat, als er das realisierte. Es hat ihn aber auch noch etwas Anderes geärgert: Die Sicherheitsdirektion hat es nicht auf den Tisch gelegt, obwohl es ihr sehr wohl bewusst ist, wie aus der Antwort des Sicherheitsdirektors an die FDP-Fraktion klar hervor geht. Das schafft kein Vertrauen und es entspricht leider den Erfahrungen, welche die POLYCOM-kritischen Kantonsräte mit der SD gemacht haben bei diesem Geschäft – es wurde immer nur gerade so viel zugegeben, wie wir selber herausgefunden haben. Und wirklich unverantwortlich vom Sicherheitsdirektor ist es, wenn er zwei Jahre lang eine Schwachstrom-Übergangslösung will. *Das* gefährdet unsere Sicherheit und ist unverantwortlich. Es ist unverantwortlich, dass dieses Thema vom Sicherheitsdirektor offensichtlich nicht wirklich mit dem gebührenden Respekt und Ernst behandelt wurde. Und aus der Antwort von Beat Villiger an die FDP kommt es klar heraus. Und uns wirft man vor, wir seien verantwortungslos und würden die Blaulichtorganisationen und die Bevölkerung unnötigen Risiken aussetzen – aber die SD steckt den Kopf in den Sand und verpasst es, die auch ohne Kantonsrat notwendige Übergangslösung sauber und mit den nötigen personellen Ressourcen aufzugleisen.
Dabei ist diese Übergangslösung recht einfach und sie muss wie gesagt sowieso installiert werden: Es werden in zwei bestehende, geographisch gut gelegene Funkanlagen (Chnoden bei Hünenberg und auf dem Zugerberg) so genannte Astro-POLYCOM-Konverter eingebaut, welche den Astro-Stream umwandeln in einen POLYCOM-Stream und umgekehrt. Der Astro-Stream wird von diesen Anlagen als POLYCOM-Signal in die benachbarten Kantone gesendet und umgekehrt. Es ist also nicht so, dass wenn Sie hier jetzt Rückweisung an die Kommission beschliessen und wir mit dieser Übergangslösung fahren und schauen, wie das funktioniert, einfach abgeklemmt werden. Man muss diese Übergangslösung sauber aufgleisen und schnell installieren. Denn Dezember 2012 haben wir dann nie-

manden mehr, mit dem wir ohne diese Übergangslösung direkt kommunizieren können. Ein solcher Konverter kostet wenige 10'000 Franken. Was kostet, ist das Personal, die Expertise, das Knowhow. Dazu eine Klammerbemerkung: Auf der Chnoden-Anlage betreibt der Kanton Aargau übrigens schon heute einen POLYCOM-Sender. Wir müssen dort wirklich nur einen Konverter einbauen und wir können mit den Aargauern wieder kommunizieren. Es fragt sich, wieso wir das nicht heute schon haben. Diese Information haben wir nur dank dem hartnäckigen Nachfragen von Philip Brunner erfahren.

Zu den Unterhaltskosten von POLYCOM. Dazu hat der Sicherheitsdirektor ja eigentlich auch nichts gesagt. Er hat nur gesagt, Astro werde dann teurer, weil wir dann ein Monopol haben und diese dann ausgenützt wird. Das werde sicher auch teurer als diese 300'000 Franken. Ist Ihnen aufgefallen, dass er wohlweislich nichts dazu gesagt hat, wie die Betriebskosten von POLYCOM aussehen? Denn die POLYCOM-Betriebskosten sind nicht mehr fix, sondern variabel. In einem Jahr mit vielen Ereignissen und entsprechend hohem Funkaufkommen wird es teurer. Das kann bis zu einer Million gehen. Allein durch die Einsparungen bei den Betriebskosten könnte eine wirklich elegante Übergangslösung für drei bis fünf Jahre finanziert werden. Das heisst, die Übergangslösung kostet uns im Vergleich zum POLYCOM-System nichts. Denn wir können das mit den Einsparungen finanzieren.

Die Feuerwehr braucht gemäss eigenen Aussagen POLYCOM nicht, respektive nur im Führungsfunk in den anderen Kantonen. Dazu Karl Nussbaumer schon etwas gesagt. Für den Rettungsdienst genügen für eine Übergangszeit bei Einsätzen in anderen Kantonen die Handys. Das ist jetzt schon so. Diese werden offenbar heute schon intensiv genutzt. Die Verbindung von Luzern zur Zentrale in Zug läuft über ein Kabel zur Zuger Polizei, somit ist diese Kommunikation gewährleistet. Für geplante ausserkantonale Einsätze der Zuger Polizei kann der Kanton eine gewisse Anzahl an POLYCOM-Handsets beschaffen. Es fragt sich, wieso wir das jetzt nicht schon haben. Für diese eher seltenen Fälle reicht das als Übergangslösung, 95 % der Einsätze geschehen in unserem Kanton.

POLYCOM kommt erst 2014, eine Übergangslösung braucht es sowieso und wir stehen nicht unter Zeitdruck, heute schon abschliessend zu entscheiden. Das Risiko einer unnötigen Fehlinvestition im zweistelligen Millionenbereich rechtfertigt eine seriöse Abklärung der Übergangslösung und deren allfällige Tauglichkeit zur Überbrückung, bis das Nachfolgesystem da ist. Und dieses ist bereits in Entwicklung! Die werden wahrscheinlich 2015, wenn die Frequenzen frei sind, loslegen. Und der Votant möchte, dass dann der Kanton Zug dabei ist als Pilotkanton.

Die AGF beantragt deshalb, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen mit dem Auftrag, folgende Fragen abschliessend zu klären:

1. Wie sieht das Übergangsregime im Kanton Zug aus, wenn die beiden Kantone Luzern und Schwyz POLYCOM ab Dezember 2012 produktiv im Einsatz haben?
2. Wie lange wird dieses Übergangsregime nötig sein, d.h. ab wann könnte POLYCOM im Kanton Zug in Betrieb gehen, wenn der Zuger Kantonsrat noch vor den Sommerferien positiv entscheiden würde?
3. Wäre ein solches Übergangsregime auch tauglich für die Überbrückung einer längeren Zeitspanne (vier bis sechs Jahre)?
4. Wie sieht der Entwicklungspfad technisch und terminlich für ein Nachfolgesystem von POLYCOM aus, das auch für Breitband- Datenübertragung tauglich ist? Wieweit ist die Herstellerfirma Cassidian mit der Entwicklung eines solchen Systems?

Diese vier Fragen soll die Kommission abschliessend klären, dann könnte auch der Widerspruch zwischen den Aussagen des Sicherheitsdirektors und den protokollarisch festgehaltenen Aussagen der beiden POLYCOM-Vertreter geklärt werden.

Philip C. **Brunner** kann natürlich materiell für die SVP-Fraktion jetzt nicht sagen, ob wir diese vier Fragen jetzt auch unterstützen. Er nimmt das mal an. Aber wir sind sicher für Rückweisung des Geschäfts.
Er muss jetzt wirklich sagen, dass er zu jedem Wort steht, das er geschrieben hat in diesem Leserbrief. Er entspricht dem gestrigen Informationsstand, als er ihn schrieb. Seine Informationen sind nicht so blauäugig bezüglich der Street Parade. Das wird jetzt so dargestellt, man habe das System abgestellt. Seine Informationen sagen, an der Street Parade, einem Anlass mit über einer Millionen Menschen, sei das nicht gelaufen. Es wird jetzt hier vom Sicherheitsdirektor so quasi moniert, dass wir jetzt ein Rauchzeichen-System haben. Der Votant hat im Hinblick auf diese Debatte Ende September die Firma Motcom kontaktiert, als er herausfand, wo das war. Er kann vorlesen, was sie damals sagten. Der CEO Christian Müller schreibt: «Gerne kann ich Ihnen bestätigen, dass die Motcom Communication AG in der Lage und bereit wäre, das bestehende Astro-Funksystem der Zuger Polizei bei Bedarf noch weitere zehn Jahre zu unterhalten und die Funktionstüchtigkeit zu gewährleisten.» Der Votant hat sich vorher in der Pause nochmals bei Urs Hürlimann erkundigt. Beim Grossereignis in diesem Saal vor Jahren ist dieses System im Einsatz gewesen. Und man hatte nicht den Eindruck, dass es nicht klappte. Und weiter: «Wir haben am Zuger Funknetz 2006 einen Upgrade durchgeführt. Das System ist in einem guten Zustand, digital verschlüsselt und abhörsicher. Das Zuger Funksystem Astro 25 verwendet den amerikanischen Standard P 25 der "Association of public safety communications officials" (APCO9). Motorola Solutions als weltweit führendes Unternehmen für Funksysteme garantiert als Hersteller für Kontinuität. Die Astro 25-Produktewelt wird immer noch weiterentwickelt und ist wegen der grossen Verbreitung vor allem bei den Behörden in Nordamerika ein sicherer Wert. Aktuelle Themen wie IT-Vernetzung oder Bündelfunk sind in den neuen Astro-Versionen bereits vorhanden.» Und er bestätigt, dass die jährlichen Kosten 300'000 Franken betragen.
Noch zu den Kosten. Dieses System ist seit 17 Jahren im Kanton Zug im Einsatz. Es hat den Kanton inklusive Anschaffung und Unterhalt 17 Millionen gekostet. Also eine Million pro Jahr. Wir gehen jetzt hin, und wollen 19 Millionen ausgeben für ein System, das bis zu einer Million kostet pro Jahr. Das ist schon vom «return of investment» her, den wir im Kommissionsminderheitsbericht ausgeführt haben, wirklich ein grosser Sprung.
Zum Kanton Graubünden. Dort ist die Situation ein wenig anders. 55 Millionen in einem Gebirgskanton auszugeben, überrascht nicht. Die Transparenz, die uns der Sicherheitsdirektor vorführt, war nicht so gross. Dieses Papier mit Datum 19. März mit dem Kostenvergleich zwischen Luzern und Zug ist nur an den Kantonsrat gegangen und der Öffentlichkeit bis heute nicht freigegeben worden. Darauf hat sich der Votant unter anderem in seinem Leserbrief bezogen. Und wenn Sie diese Tabellen anschauen, sehen Sie, dass da groteske Abweichungen sind. Der Kanton Luzern, ein grosser Kanton mit Voralpencharakter, gibt 34,2 Millionen aus. Wir geben 19,2 aus. Und wenn Sie bei diversen Punkten schauen, so haben wir zum Teil grössere Abweichungen nach oben, vor allem wenn es um Beratung usw. geht. Das war übrigens auch der Punkt, warum die Kommission dann zum Schluss gekommen ist, dass in dieser Vorlage durchaus noch einiges an Luft vorhanden ist.
Es wurde noch ausgeführt: Wie wollen Sie am WEF funken, wenn Sie im Kanton Zug nicht für 19 Millionen ein Funksystem bauen? Ja da gibt man den Leuten Funkgeräte? Dort ist das fest installiert und dann erklären Sie, wie man funkt, und das funktioniert. Das funktioniert auch an einer Demo in Luzern oder am 1. Mai in Zürich oder wo immer es eine Demonstration gibt. Da müssen Sie nicht 19 Millionen im Kanton Zug investieren für Masten und Funksysteme. Und wie Minderheits-

kommissionskollege Martin Stuber ausgeführt hat: Es ist wirklich so mit diesen Konvertern. Hier hat es Leute, die funken nicht, die telefonieren mit Nokia. Andere telefonieren mit iPhones, die dritten mit einem Motorola-Gerät älteren Charakters. Es hat Smartphones. Ja da braucht es genau diese Technik. Und am Schluss kommt dann das Signal von Sunrise oder von irgendwo. Das ist letztlich genau das Problem. Sie haben eine multiple Welt. Und was uns angeboten wird mit POLYCOM haben wir in der Kommission auch bewiesen. Der Kanton Zürich kauft diese Funkgeräte zu ganz anderen Preisen als wir. Der Bund hat völlig versagt. Statt diese Preise festzulegen für die ganze Schweiz, für die Kleinen und die Grossen, erhält jeder Kanton eine neue Offerte. Das wissen die natürlich mit diesem Monopol. Das ist wirklich sehr unglücklich.
Um es nochmals auf den Punkt zu bringen. Es geht darum, Nerven zu behalten, Zeit zu gewinnen. Es hat hier einige KMU-Praktiker und -Pragmatiker. Was machen die, wenn eine tolle neue Maschine von einem Monopolisten angeboten wird? Dann schauen sie sich das an, überlegen es sich, haben schlaflose Nächte und entscheiden sich, zu warten. Die Preise werden fallen und andere werden auch mit solchen Produkten kommen. In ein paar Jahren kriegen sie das mit glänzenden Augen dann auch. Das Problem hier ist auch ein militärisches. Der Kommandant der Zuger Kantonspolizei möchte gerne dieses System. Glauben Sie, dass wir im Kanton Zug einen Polizisten gefunden haben, der eine andere Meinung hat? Nein. Die Informationsquellen des Votanten waren alles Pensionierte. Feuerwehrinspektoren usw., die gewusst haben, von was sie reden und warnten. Sie konnten das nicht offenlegen. Da ist eine Angst verbreitet, irgendwie aufzufallen und etwas Falsches zu sagen. Das hat den Votanten etwas erstaunt. Und er hat in diesen ganzen sechs Monaten, seit er sich mit diesem Thema beschäftigt, festgestellt, dass das auch ein Mangel ist. Diese Informationen muss man den Leuten extern rausholen. Und zu seinem Fraktionskollegen muss er sagen: Das braucht Mut, hier vorne zu stehen und solche Aussagen zu machen. Philip C. Brunner hofft wirklich, dass er das nicht mit einem Preis bezahlen muss.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass die heutige Debatte im Rat exakt jene in der Kommission spiegelt. Eigentlich waren wir mit 13:2 Stimmen für den Regierungsantrag. Und wenn man die Redezeit damals und heute beachtet, so war es genau umgekehrt. Zwei Stimmen beanspruchten die meiste Zeit für ihre Argumentation und die 13 anderen waren immer wieder überrascht, was da noch für Argumente folgen. Ein Argument stört den Kommissionspräsidenten besonders. Es wird hier nun suggeriert, die Kommission habe keine Ahnung gehabt, worüber sie überhaupt diskutiert. Die Kommission sei völlig blöd, weil sie so etwas überhaupt zustimme. Markus Jans hat die Vorlagen vor sich. Die nachträglichen Fragen von Philip Brunner nach der ersten Kommissionssitzung. Wir haben sämtliche Antworten erhalten. Wir haben einen Vergleich erhalten mit dem Kanton Luzern. Wir mehrmals genau diese Argumente diskutiert, die wir heute in gebetsmühlenartiger Weise wieder hören. Es ändert am Inhalt nichts. Wir wollen keine Übergangslösung, sondern POLYCOM definitiv einführen. Dies war auch in der Kommission die Meinung. Wenn wir nun hören, dass Motcom uns selbstverständlich für die nächsten zehn Jahre ein Update gewährleistet, ist das genau so monopolistisch wie POLYCOM. Der Kanton Zug ist nicht in der komfortablen Lage, in dieser Situation zu sagen, was wir wollen. Wenn wir von Beginn weg irgendwo mitmachen, sieht das anders aus. Ob wir dann in zwei Jahren tatsächlich POLYCOM II haben, ist absolut nicht sicher. Wir sind hier nicht in einer Pilotphase. Und wir können auch nicht in einer Pilotphase mitmachen, da wir POLYCOM gar nicht beitreten, wenn diesem Rück-

weisungsantrag zugestimmt wird. Martin Jans empfiehlt dem Rat im Namen der Kommission, diesen Rückweisungsantrag zurückzuweisen.

Martin **Stuber** möchte noch einen Punkt erwähnen. Als der Kanton Thurgau Pilotkanton geworden ist für Polycom, 1999 oder so, hatte er auch ein anderes Funksystem. Es ist überhaupt kein Problem, dass der Kanton Zug sagt: OK, wir fahren mit dieser Übergangslösung, dann können wir mit allen rundherum kommunizieren, und wir bewerben uns für das Nachfolgesystem des jetzigen POLYCOM. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, was für ein Funksystem wir jetzt haben. Wir sind ja der Pilotkanton für ein neues System. Ob das dann POLYCOM II heisst oder nicht, das spielt keine Rolle. Hauptsache, es hat Breitband und ist zukunftsfähig.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** möchte den Rat dringend bitten, diesen Rückweisungsantrag nicht zu unterstützen. Nochmals zu den Kosten. Wir finanzieren ja heute schon über unsere Bundessteuern, über den NFA das Projekt, das gegen eine Milliarde kostet. Und auf der anderen Seite können wir nicht profitieren. Alles andere, als jetzt zu POLYCOM zu gehen, wäre ein Flickwerk und unverantwortlich. Es wurde gesagt, wir hätten keinen Notstand. Natürlich befinden wir uns seit Jahren in einer Überbrückungsphase, weil andere Kantone andere Systeme haben. Wir müssen uns dieser Harmonisierung so schnell wie möglich anschliessen können. Nochmals: Es gibt kein POLYCOM II, wie das suggeriert wird. Die Weiterentwicklung läuft und diese Breitband-Technologie wird in Aussicht gestellt. Aber wir haben keine Zusage, dass das dann ab Jahr X so sein wird. Der Sicherheitsdirektor hat auch Rückmeldungen aus Polizeikreisen, die POLYCOM anwenden. So wichtig ist die Technologie im Moment nicht. Wichtig ist, dass wir jetzt wirklich miteinander kommunizieren können und der Sprachfunk funktioniert. Die Breitbandtechnologie hätte man vielleicht irgendwann einmal gerne. Aber so wichtig ist sie nicht, dass wir deshalb zuwarten müssen.
Was den Maulkorb an die Zuger Polizei anbelangt: Der Sicherheitsdirektor hat keinem einzigen Polizisten gesagt, er solle sich zu diesem Projekt nicht äussern. Auch der Kommandant hat das nicht gemacht, Beat Villiger kennt ihn gut genug. Da sind unsere Polizisten wirklich frei, hier ihre eigene Meinung zu bilden.

Martin **Stuber** möchte, dass bei den Anträgen keine Verwirrung entsteht. Die Kommissionsminderheit zieht den Antrag, den wir im Minderheitsbericht gemacht haben, zurück. Den Antrag für die Rückweisung an die Kommission mit diesen vier Fragen hat er vorher gestellt.

➔ Der Rat stimmt mit 35:29 gegen eine Rückweisung der Vorlage an die Kommission.

DETAILBERATUNG

§ 1

Die **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass es nur eine einzige Lesung gibt, da es sich bei der Vorlage gemäss § 55 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrat um ein Finanzdekret handelt, das laut § 34 Abs. 1 der Kantonsverfassung eigentlich nicht dem Referendum unterstellt ist. Wir beraten die Vorlage Nr. 2065.2 der Regierung mit den Änderungen der Kommission, denen sich die Kommissi-

onsminderheit anschliesst. Es stehen sich also zwei Hauptanträge mit denselben Gesamtbeiträgen gegenüber, wobei der Antrag der Kommission und der Kommissionsminderheit eine Tranchierung der Kreditfreigabe beinhaltet und in den Absätzen 2 und 3 die Modalitäten regelt.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** hat bereits in seinem Eintretensvotum gesagt, dass sich die Regierung dem Kommissionsantrag anschliesst. Wir beschliessen den Gesamtbetrag und werden dann mit einem Zusatzantrag der Sicherheitsdirektion an den Regierungsrat den Restkredit beantragen.

➔ Einigung

§ 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass auch hier ein Kommissionsantrag vorliegt. Wie Sie feststellen können, reicht dieser Antrag nur in der Frage der Budgetjahre vom Antrag von Regierung und Stawiko ab. Da diese Vorlage gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan in Rückstand geraten ist, dürfte wohl die Formulierung von Kommission und Kommissionsminderheit sinnvoll sein. Die Präsidentin stellt fest, dass sich sowohl die Regierung wie auch die Stawiko dem Kommissionsantrag anschliessen.

➔ Einigung

§ 3

Manuel **Brandenberg** hält fest, dass die SVP-Fraktion eine neue Formulierung dieses Paragrafen beantragt, und zwar wie folgt:
«Dieser Beschluss tritt nach unbenutzter Referendumsfrist (§ 34 der Kantonsverfassung) oder nach Annahme durch das Volk am Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.»
Begründung: Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, den POLYCOM-Beschluss dem Referendum zu unterstellen. Weshalb? Weil es die Kantonsverfassung vorsieht. Gemäss deren § 34 unterstehen dem Referendum Beschlüsse, die eine neue einmalige Ausgabe von mehr als 500'000 Franken zur Folge haben.
Der Regierungsrat befasst sich auf mehr als einer Seite mit dieser Frage. Er zitiert dabei detailliert die Geschäftsordnung dieses Rats und das Finanzhaushaltsgesetz. Ausführungen über § 34 der Kantonsverfassung sucht man vergebens. Der Regierungsrat zitiert auch ein Gutachten aus dem Jahre 2006, welches vom Kanton Graubünden in Auftrag gegeben worden sei. Das Gutachten komme zum Schluss, dass es sich bei der Anschaffung von POLYCOM um eine gebundene Ausgabe handle. Dies sei der Fall, seien doch die Voraussetzungen dafür gemäss § 26 Finanzhaushaltsgesetz gegeben. Wirklich?
Der Regierungsrat unterlässt es in seinem Bericht, den ersten Satz von § 26 FHG zu zitieren. Danach kann eine Ausgabe nur «unter Vorbehalt von § 25» gebunden sein. § 25 geht somit vor. Was steht nun in diesem § 25? Zitat: «Ausgaben sind neu, wenn hinsichtlich ihrer Höhe, des Zeitpunktes ihrer Vornahme oder anderer wesentlicher Modalitäten eine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit besteht.» Eine solche neue Ausgabe kann nicht gebunden sein und unterliegt gemäss § 34 der Kantonsverfassung dem Referendum. Wir haben es in der Diskussion gehört. Wir haben in verschiedener Hinsicht eine grosse Handlungsfreiheit. Zuallererst ver-

fügen wir über ein Funksystem, welches nach wie vor bestens einsatzbereit ist und für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben genügt. Wir haben auch Handlungsfreiheit bezüglich der Frage, ob POLYCOM überhaupt eingeführt werden soll, denn wir haben gehört, dass POLYCOM im Einsatz erhebliche Mängel aufweist. Wir haben Handlungsfreiheit auch, weil wir bestimmen können, ob wir weiterhin auf POLYCOM bauen, ob wir POLYCOM light haben wollen, ob wir POLYCOM schon heute oder erst in ein paar Jahren haben wollen; ebenso, zu welchem Preis wir POLYCOM haben wollen. Die Handlungsfreiheit bezüglich all dieser Elemente spricht für das Vorliegen einer neuen Ausgabe gemäss § 25 FHG.
Aus Sicht unserer Fraktion kann man daher zumindest mit guten juristischen Gründen auch den Standpunkt vertreten, dass keine gebundene Ausgabe vorliegt. Die demokratische Rücksicht gegenüber den Volksrechten, geronnen zum staatsrechtlichen Prinzip «im Zweifel für das Volk», sowie das Gebot der Vorsicht sprechen deshalb dafür, den Beschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Als juristischer Berater hält man im geringsten Zweifelsfall stets die strengere Formvorschrift ein, damit man auf der sicheren Seite ist. Lieber eine Form zu viel einhalten als eine zu wenig. Diese strengere Formvorschrift ist in diesem Fall die Unterstellung des Beschlusses unter das Referendum. Damit setzt sich dieses Parlament auch nicht dem Verdacht aus, es wolle mit juristischen Winkelzügen das Stimmvolk umgehen. Vergessen wir nicht: In den beiden letzten Volksabstimmungen hat das Stimmvolk anders als die Mehrheit dieses Rats entschieden. Strapazieren wir unsere Glaubwürdigkeit daher nicht und ermöglichen wir das fakultative Referendum, so wie es die Kantonsverfassung vorsieht.

Daniel Thomas **Burch** weist darauf hin, dass es bei diesem Geschäft um mehr geht als um einen Kredit von 19,2 Millionen. Es geht um die Sicherheit, darum, dass die Sicherheits- und Rettungskräfte bei einem Ernstfall, einem Grossereignis miteinander kommunizieren können. Grundsätzlich ist es Aufgabe der Regierung, die Auswahl, Beschaffung und den Betrieb eines solchen Systems zu gewährleisten. Es ist weder Aufgabe des Kantonsrats noch der Bevölkerung. Es kann doch nicht sein, dass die Verantwortung in dieser wichtigen Sicherheitsfrage an die Stimmbürger abgeschoben wird. Entscheidungen sind dort zu treffen, wo das nötige Knowhow vorhanden ist und auch die entsprechenden Verantwortlichkeiten. Ob in der Bevölkerung gleich viel Knowhow vorhanden ist wie heute im Kantonsrat, bezweifelt der Votant.
Wer übernimmt die Verantwortung, wenn bei einem Grossereignis Personen zu Schaden kommen oder die rechtzeitige Hilfe nicht geleistet werden kann? Und dies, weil die nötige Kommunikation nicht funktioniert hat, weil sie zwischen den Rettungs- und Sicherheitskräften nicht funktioniert, weil die technischen Einrichtungen nicht vorhanden sind.
Es geht hier primär um die Sicherheit. Übernehmen Sie die Verantwortung und schieben Sie diese nicht – quasi den Schwarzen Peter – an die Stimmbürger ab. Behalten wir auch die Relationen im Auge. Heute Morgen haben Sie 33,5 Millionen für einen Projektierungskredit gesprochen. Dafür bekommen Sie einen Plan und Unterlagen. Nun sollen 19,2 Millionen für ein handfestes Funksystem der Bevölkerung zum Entscheid übertragen werden. Deshalb empfiehlt der Votant dem Rat, diesen Antrag abzulehnen.

Gregor **Kupper** betont, dass sich die Stawiko auch mit dieser Frage befasst hat. Und wir sind ganz klar der Meinung, dass es hier nicht um juristische Winkelzüge

geht, sondern um eine klare Auslegung des Gesetzes. Wie sieht das konkret mit POLYCOM aus? Manuel Brandenberg hat § 34 der Kantonsverfassung zitiert und auch die §§ 25 und 26 FGH. Im vorliegenden Fall hat der Regierungsrat in seinem Bericht vom 5. Juli 2011 ausgeführt, dass und warum es sich um eine Ersatzinvestition des bisherigen Systems handelt. Das Funksystem POLYCOM ist zur Erfüllung der Sicherheitsaufgaben der Polizei und der Rettungsdienste, der Blaulichtorganisationen, erforderlich. Wir müssen in unserem Kanton ein funktionsfähiges Funksystem haben. Der Systementscheid zugunsten POLYCOM ist deshalb erfolgt, weil wir mit diesem Logistikinstrument eine kantonsübergreifende Polizeiarbeit und kantonsinterne Vernetzung mit anderen Organen im Sicherheitsbereich ermöglichen. Nur schon diese Kriterien zeigen, dass der Handlungsspielraum – wenn überhaupt vorhanden – sehr eng ist. Somit liegt, wie das der Regierungsrat ausführt, eine gebundene Ausgabe vor. Die Stawiko hielt die Argumentation des Regierungsrats in Bezug auf die Frage der gebundenen Ausgabe für korrekt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Im Stawiko-Bericht vom 8. September 2011 haben wir dieses Thema nicht mal aufgenommen, weil es für uns überzeugend und nachvollziehbar war. Das wurde auch bisher von niemandem angezweifelt. Nicht anlässlich unserer KR-Sitzung vom letzten Herbst, nicht im Bericht der vorberatenden Kommission, nicht im Bericht der Kommissionsminderheit und eben auch nicht im Stawiko-Bericht. Es dürfte daher für Sie alle nachvollziehbar sein, dass es sich um eine gebundene Ausgabe handelt und wir uns diesbezüglich an Verfassung und Gesetz halten. Die Referendumsfähigkeit ist nicht gegeben. Der Stawiko-Präsident empfiehlt dem Rat, diesen Antrag abzulehnen.

Stefan **Gisler** hat eine Sternstunde in seiner Ratstätigkeit. Er ist das erste Mal mit der juristisch sehr komplexen Argumentation von Manuel Brandenberg einig. Verfassung kommt vor Gesetz. Die Verfassung sieht die Referendumsfähigkeit auch solcher Vorlagen vor. Wenn das nicht so wäre, hätte der Kanton Luzern 2009 nicht über POLYCOM abgestimmt. Die Regierung ging mit dieser Vorlage auch zu uns in den Rat. Wenn er sich strikt an den Buchstaben des Gesetzes gehalten hätte, hätte er diese Vorlage nicht zu uns bringen dürfen. Wir hätten nicht debattieren und uns auch diese Abstimmungen ersparen können. Auch da hat die Regierung im Sinn eines demokratischen Prozesses zugunsten von uns und der Demokratie diesen Weg gewählt. Der Votant bittet den Rat darum, auch hier den demokratischen Weg zu wählen. Der Kantonsrat und auch der Votant sind nicht die Krone der Schöpfung oder der Demokratie. Wir sind ihre Werkzeuge. Das Volk darf auch hier mitbestimmen. Es ist fast schon arrogant, wenn man sagt, das Volk sei in Sachen Sicherheit zu wenig kompetent und intelligent, um einen Sachverhalt beurteilen zu können, wie dies der FDP-Sprecher und auch der Stawiko-Präsident hier eben ausführten. Ergreifen Sie deshalb die Gelegenheit, Manuel Brandenberg zuzustimmen.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** möchte das Votum des Stawiko-Präsidenten unterstützen. Die Regierung hält auch daran fest, dass es nach wie vor ein einfacher KRB sein soll. Wir haben das damals mit der Stawiko so abgesprochen. Wir machen ja jetzt nichts anderes, als die Zuger Praxis zu pflegen mit Bezug auf das heutige Funksystem. Das war damals auch eine gebundene Ausgabe. Und wenn jetzt Manuel Brandenberg sagt, hier gebe es einen grossen Spielraum und darum müsse man die Referendumsfähigkeit beschliessen, so gibt es diese eben nicht. Der Regierungsrat erachtet diesen Beschluss als nicht referendumsfähig. Hoffentlich hält sich auch der Kantonsrat an diese gesetzliche Bestimmung.

Die **Vorsitzende** möchte über den Antrag der SVP-Fraktion, diesen Beschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen, abstimmen lassen. Es ist besser so, dann kann man uns nie vorwerfen, wir hätten etwas nicht getan oder seien parteiisch gewesen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, diesen Beschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen, mit 34:30 Stimmen ab.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 40:23 Stimmen zu.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrates

29. Sitzung: Donnerstag, 3. Mai 2012
(Nachmittagssitzung)
Zeit: 13.45 – 17.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

414 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 71 Mitgliedern.

Abwesend sind: Barbara Gysel, Rupan Sivaganesan und Silvia Thalmann, alle Zug; Beat Iten, Oberägeri; Thomas Aeschi, Baar; Georg Helfenstein und Beat Sieber, beide Cham; Andreas Hürlimann, Steinhausen; Thomas Lötscher, Neuheim.

415 Motion von Manuel Brandenberg betreffend Stärkung der Gemeindeautonomie im Kanton Zug

Traktandum 2 – Manuel **Brandenberg**, Zug, hat am 21. März 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2127.1 – 14021 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

416 Motion von Philippe Camenisch, Cornelia Stocker, Alice Landtwing, Adrian Andermatt und Maja Dübendorfer Christen betreffend Neuregelung des Finanzierungsmechanismus für die Neuordnung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA)

Traktandum 2 – Philippe **Camenisch**, Cornelia **Stocker und** Alice **Landtwing**, alle Zug, und Adrian **Andermatt** Maja **Dübendorfer Christen**, beide Baar, sowie eine Mitunterzeichnerin und neun Mitunterzeichner haben am 29. März 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2129.1 – 14030 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

417 Motion von Daniel Thomas Burch, Cornelia Stocker, Adrian Andermatt, Maja Dübendorfer Christen, Karin Andenmatten, Anna Bieri und Silvia Thalmann betreffend Standortfrage Kantonsschule Zug

Traktandum 2 – Daniel Thomas **Burch**, Risch, Cornelia **Stocker**, Zug, Adrian **Andermatt** und Maja **Dübendorfer Christen**, beide Baar, Karin **Andenmatten** und Anna **Bieri**, beide Hünenberg und Silvia **Thalmann**, Zug, haben am 30. März 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2133.1 – 14044 enthalten sind.

Seit Stefan **Gisler** im Kantonsrat ist, hat er noch nie gegen die Überweisung einer Motion gestimmt, geschweige denn einen solchen Antrag gestellt. So werden Sie ihm abnehmen, dass er heute nicht leichtfertig die Anträge stellt, die beiden traktandierten Motionen zur Standortfrage der kantonalen Mittelschulen, die Vorlagen 2133 und 2134, im Namen der AGF nicht zu überweisen.
Es handelt sich um zwei Stillstandsmotionen, welche den dringend notwendigen Ausbau von kantonalen Schulen verhindern, die Planungssicherheit für die Schulen sowie in den Projekten involvierte Dritte untergraben, Mehrkosten generieren und Schüler, Eltern und Lehrerschaft verunsichern.
Dieser Rat hier hat 2008 die Strategie für die kantonalen Schulstandorte festgelegt. FMS/WMS sollen an der Hofstrasse sein – Mittelschulen in Menzingen und Zug. Dafür sprach nicht nur der fehlende Baugrund in Cham. Ausschlaggebend war der regionalpolitisch Erhalt einer Mittelschule in einer Berggemeinde, und da liegt dem Votanten das Votum von Karl Nussbaumer noch in den Ohren. Ausschlaggebend waren die tieferen Kosten von Erweiterungsbauten statt eines Neubaus und die zeitliche Dringlichkeit für Neu- beziehungsweise Ausbauten. Der Bauddirektor selbst sagte 2008 in diesem Rat: «Wir müssen diese Schulen so schnell wie möglich unter Dach und Fach bringen.»
Noch im Dezember 2011 stellten sich alle Fraktionen – SVP, FDP, CVP, SP und AGF – in diesem Rat im Rahmen der Beantwortung einer Interpellation zum kgm hinter diese Planung. Der Bildungsdirektor betonte die Wichtigkeit und Richtigkeit, gerade an Menzingen festzuhalten.
Auftrag und Absicht von Kanton und Regierung waren noch vor wenigen Wochen eindeutig. Anders als Regierung und insbesondere der Baudirektor ändert die AGF ihre Meinung nicht wie ein Fähnlein im Wind – besonders nicht aufgrund von einigen Artikeln in einer kleinen Lokalzeitung. Stefan Gisler hofft doch sehr, die Fraktionen werden ebenfalls zur Planungssicherheit beitragen und selbst wenn sie heute überweisen, dann doch wenn die Motionen behandelt werden, den Weg der Kontinuität wählen. Cham selbst kann dann immer noch als zusätzlicher Standort geprüft werden – als dritter ohne Planungsstopp auf einem eigenen Weg.
Vier Jahre wurde nun mit viel Geld und Ressourcen geplant – nun ist es wirklich an der Zeit, die Schulen unter Dach und Fach zu bringen. Wir von der AGF verlangen, dass die Baudirektion die pfannenfertigen Objektkredite für das kgm in Menzingen, für die FMS/WMS an der Hofstrasse, für die Kantonsschule in den Rat bringt. Wir wollen keine weiteren zehn oder mehr Jahre auf neue definitive Schulräume warten. Auch die heute überwiesene Vorlage Schulbauten GIBZ und Brückenangebote sollen ohne Verzögerung beraten werden. Wir wollen Lehrpersonen und Schülerinnen nicht zumuten, während langer Zeit in Provisorien zu lehren und zu lernen. Wir sind auch nicht bereit, die entstehenden Mehrkosten in Millionenhöhe hinzunehmen.

Die übereilte Kehrtwende hat Lehrpersonen, EItern und Schülerinnen im Umfeld von kgm, WMS, FMS und GIBZ und von den Brückenangeboten, ja selbst im Umfeld der Kanti Zug verunsichert. Oft wurde der Votant angegangen und gefragt: Was wird jetzt ausgebaut, was nicht, bis wann? Der Unmut über das Vorpreschen, die Hauruck-Kommunikation des Baudirektors, der in der Zeitung unserem Rat schon mal vorgriffe und sagte: «Wir stoppen alles, aber die Kanti dann doch nicht» ist gross. Schulleitungen und Hochbau haben viel Zeit in die Planung investiert – für nichts und wieder nichts?
Als Stadtzuger ist der Votant auch nicht bereit, die FMS und WMS ziehen zu lassen, die geplanten Kulturangebote, welche den südlichen Stadtteil aufwerten sollten, fallen zu lassen und das Areal privater Spekulation zu überlassen. Gerade dieses Projekt dort ist sinnvoll und dringlich. So hat es die Baudirektion nicht geschafft, den vom Kantonsrat seit langem bewilligten Kredit für eine Sanierung umzusetzen und lässt das Gebäude verlottern.
Wenn denn die Regierung die Motionen beantworten muss, erwartet die AGF zu erfahren, (die Vorsitzende unterbricht den Votanten, da ein Ordnungsantrag gestellt wird, doch Stefan Gisler beendet seinen Satz und damit auch sein Votum) welche externen Kosten und interne Ressourcen die Planungen bisher gekostet haben, mit welchen Verzögerungen zu rechnen ist, wie teuer die Provisorien sind, ob die Baudirektion die Hofstrasse endlich saniert und welchen Einfluss die Verzögerungen auf die Qualität der Schulen sowie die Personalplanung bei der Lehrerschaft haben und wie hoch zum Beispiel dann der Landpreis in Cham ist.

Monika **Barmet**: Da auch ein Nichtüberweisungsantrag für die Motion der Menzinger Kantonsräte gestellt wird, möchte sie kurz Stellung nehmen. Für sie gibt es zwei Varianten: Die eine ist, Augen und Ohren zu schliessen, die zweite ist, die neue Ausgangssituation zu analysieren und mögliche Lösungen zu suchen. Sie empfiehlt dem Rat, die zweite Variante aufzunehmen und der Baudirektion diesen Auftrag zu geben.

Peter **Diehm** ist erstaunt. Wir hatten ja vor einigen Jahren mit den Landverhandlungen in Cham Probleme. Sie sind gescheitert. Und plötzlich hat sich eine Türe aufgetan, und das Land kann verkauft werden. Wir sollten die Chance nutzen und die beiden Motionen überweisen. Der Votant weiss nicht, an wem es lag, dass es plötzlich so gut klappte. Packen wir die Chance!

➔ Der Rat beschliesst mit 55:7 Stimmen, die Motion zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat zu überweissen.

418 Motion der Menzinger Kantonsratsmitglieder Monika Barmet, Frowin Betschart und Karl Nussbaumer betreffend Evaluation und Planung der Mittelschulstandorte (Sekundarstufe II)

Traktandum 2 – Monika **Barmet**, Frowin **Betschart** und Karl **Nussbauer**, alle Menzingen, haben am 10. April 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2134.1 – 14045 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Stefan Gisler auch für diese Vorlage einen Antrag zur Nichtüberweisung gestellt hat.

➔ Der Rat beschliesst mit 55:9 Stimmen, die Motion zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat zu überweissen.

419 Motion von Daniel Thomas Burch und Kurt Balmer betreffend Befähigung von Mitarbeitenden der Einwohnergemeinden als Beglaubigungspersonen

Traktandum 2 – Daniel Thomas **Burch** und Kurt **Balmer**, beide Risch, haben am 19. April 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2138.1 – 14050 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

420 Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Nutzung und Gestaltung des Aussenraums zwischen Bahnhof und Metalli in der Stadt Zug

Traktandum 2 – Daniel **Stadlin**, Zug, hat am 10. April 2012 die in der Vorlage Nr. 2135.1 – 14046 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat drei Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

421 Interpellation von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Zukunft der Lehrpersonenausbildung im Kanton Zug

Traktandum 2 – Eusebius **Spescha**, Zug, und Zari **Dzaferi**, Baar, haben am 16. April 2012 die in der Vorlage Nr. 2136.1 – 14048 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

Bildungsdirektor Stefan **Schleiss** beantwort die Fragen wie folgt:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Qualität der Ausbildung für Lehrpersonen an den Pädagogischen Hochschulen, allgemein und speziell in der Zentralschweiz und im Kanton Zug?
Der Regierungsrat beurteilt die Qualität der Lehrerinnen- und Lehrerbildung an den Pädagogischen Hochschulen im Allgemeinen wie auch die Qualität der Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der Zentralschweiz und an der PHZ Zug im Speziellen als gut. Er tritt deshalb mit Überzeugung für eine Weiterführung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung am Standort St. Michael in Zug ein.
2. Gibt es Studien, Indizien oder Hinweise, welche zeigen, dass die aktuelle Ausbildung für Lehrpersonen grundsätzlich «falsch» ist?
Im Entwurf für das neue Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug (E-PHG), welcher bis Ende März in der externen Vernehmlassung war, bekennt sich der Regierungsrat klar zur heutigen, tertiären Form der Lehrerinnen- und Lehrerbildung: Gemäss § 3 Abs. 1 E-PHG wird die neue PH Zug den vierfachen Leistungs-

auftrag (Ausbildung, Forschung & Entwicklung, Weiterbildung, Dienstleistungen) erfüllen, welcher für eine Akkreditierung als Hochschule Voraussetzung ist. Der Regierungsrat vertritt die Auffassung, dass sich die an den pädagogischen Hochschulen praktizierte Ausbildung von Lehrpersonen grundsätzlich bewährt.
Die Institution «Pädagogische Hochschule» ist noch jung; sie befindet sich im Prozess, ihre Stellung in der Schul- und Hochschullandschaft zu festigen und sich im Kontext der Bildungspolitik zu etablieren. Entsprechend hat sie sich weiterhin Entwicklungsfragen (z. B. zur Schnittstelle Hochschule/Bildungspraxis oder zur Schnittstelle zu den Universitäten bei der Kooperation in Lehre und Forschung) zu stellen. Eine Studie der Erziehungs-Direktorenkonferenz (EDK), welche die Tertiarisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung vertieft analysiert, wird erst demnächst in Auftrag gegeben. Insgesamt betrachtet ist es zu früh, um abschliessende Wertungen abzugeben, in welchem Mass die an den Hochschulen vermittelte Ausbildung den Anforderungen der Praxis gerecht zu werden vermag. Der Regierungsrat verschliesst sich dieser Ausgangslage bei der Schaffung einer eigenen Hochschule nicht. In diesen Zusammenhang ordnet er beispielsweise auch Hinweise gemeindlicher Rektorate ein, die aufzeigen, dass die heute übliche Lehrberechtigung in sieben Fächern nicht zuletzt aus organisatorischen Gründen nicht optimal ist. Gemäss Bericht zum E-PHG soll diese Zahl an der PH Zug mit mindestens acht Fächern künftig höher sein und damit dem Anliegen der gemeindlichen Schulen Rechnung getragen werden.
3. Hat der Regierungsrat inhaltliche Vorbehalte gegenüber der künftigen PH Zug?
Nein. Wie die Regierung im Bericht zum E-PHG ausführt, will sie die gesamte PHZ-Teilschule Zug integral in eine eigenständige PH Zug überführen.
4. Wird der Regierungsrat der neuen kantonalen PH Vorgaben machen, welche einer Weiterentwicklung des in den letzten Jahren eingeschlagenen Wegs zuwiderlaufen?
Nein. Für die strategische Führung der PH Zug wird gemäss § 11 E-PHG der Hochschulrat zuständig sein. Es ist davon auszugehen, dass der Hochschulrat den Anforderungen der gemeindlichen Schulen bei der Ausrichtung der PH Zug besonderes Gewicht beimessen wird.
5. Können wir davon ausgehen, dass der Regierungsrat die Öffentlichkeit transparent informiert, wenn sie eine Lehrerausbildung anstreben würde, welche nicht mehr der geltenden Bildungssystematik entspricht? Ist die Regierung bereit, die interessierten Kreise frühzeitig in eine allfällige solche Diskussion einzubeziehen?
Der Regierungsrat dokumentiert mit der Ausarbeitung des E-PHG und dessen beabsichtigter Überweisung zur Beratung an den Kantonsrat, dass er die Ausbildung von Lehrpersonen gemäss den bekannten Vorgaben der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) gestalten will. Die PH Zug wird gemäss § 30 E-PHG verpflichtet, ihre Diplome nach dem Anerkennungsreglement der EDK zu gestalten. Eine Änderung dieser Gesetzesbestimmungen müsste das ordentliche Gesetzgebungsverfahren durchlaufen. Die interessierten Kreise könnten sich folglich im Rahmen der externen Vernehmlassung zur geplanten Revision äussern.

Eusebius **Spescha** möchte im Namen beider Interpellanten der Regierung danken für die rasche Antwort und insbesondere für die klare Haltung, welche die Regierung in dieser Frage einnimmt. Es ist für uns sehr erfreulich, dass die Regierung ohne Wenn und Aber hinter der PH Zug steht und die heutige Positionierung im Bildungssystem als richtig erachtet und sie auf dieser Ebene weiter entwickeln will. Selbstverständlich sehen wir es auch so, dass es Entwicklungsbedarf gibt. Das ist

auch wünschenswert, wenn da die Bedürfnisse der Praxis einfliessen. Wir freuen uns darauf, dass da ein Dialog zustande kommt zwischen PH und Praxis und das von der Regierung mitunterstützt wird.
Eine kleine Anmerkung: Es ist zwar richtig, dass eine ausführliche Studie zu den PHs noch nicht in Auftrag gegeben worden ist. Immerhin gibt es aber einen Bericht der EDK, wo zur Tertialisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung 2010 schon eine erste Stellungnahme vorliegt. Mindestens ein Hinweis auf diese Studie wäre doch wünschenswert gewesen, weil auch in diesem Bericht klar erklärt wird, dass der eingeschlagene Weg vernünftig ist.

Esther **Haas**: Stellen sich vor, eine Partei würde den Vorschlag machen, dass künftige Ärztinnen und Ärzte nicht mehr zuerst auf den Universitäten, sondern sofort auf den Abteilungen und in den Operationssälen der Spitäler ausgebildet würden. Das theoretische Wissen, beispielsweise dass der Ort des Herzens auf der linken Körperseite ist, bekämen die Medizinlehrlinge in Kursen am offenen Herzen vermittelt, analog zu den überbetrieblichen Kursen bei anderen Berufen. Oder stellen Sie sich vor, ZVB-Busschauffeure dürften nach absolvierter PW-Prüfung direkt auf Gelenkbusse umsteigen, um sozusagen im learning by doing-Verfahren möglichst schnell und direkt mit den Herausforderungen des öffentlichen Verkehrs konfrontiert zu werden. Als Schnapsidee würden wohl die Meisten die geschilderten Szenarien zu Recht abqualifizieren. Nicht als Schnapsidee, sondern als ernst gemeinte Diskussionsgrundlage propagierte die SVP, die Partei unseres Bildungsdirektors, Ende März das learning by doing-Prinzip für die künftige Lehrerausbildung. Primar- und Sekundarlehrer sollen nicht mehr an einer pädagogischen Hochschule ausgebildet werden, sondern in einer zwei- bis dreijährigen Berufslehre. Nur zum Vergleich: Auch die Attest-Lehre dauert zwei Jahre. In einer konsequent auf die Praxis ausgerichteten Ausbildung sollen die angehenden Lehrerinnen und Lehrer praktisch ausschliesslich im Schulzimmer unter Anleitung eines Mentors den Beruf erlernen. Einzig ein Tag in der Woche soll für die Theorie reserviert sein. Eine Matura wäre für diese Ausbildung nicht mehr nötig, einziges Zulassungskriterium ist eine Aufnahmeprüfung.
Die Fragen von Zari Dzaferi und Eusebius Spescha zielen auf die Vorschläge der Schweizerischen Volkspartei. Es besteht Klärungsbedarf, wie sich die DBK die künftige Lehrerinnen- und Lehrerbildung vorstellt. Aus der offiziellen Rede, die unsere Bildungsdirektor an besagter Parteiveranstaltung hielt, ist eine Distanzierung von den beschriebenen Vorschlägen zur Lehrpersonenausbildung nicht herauszulesen. Es wäre interessant zu erfahren, ob dies in anderer Form geschehen ist.
Beruhigend ist, dass die Regierung in ihrer Antwort am bisher eingeschlagenen Weg festhält, schon allein deshalb, weil die Ausbildungsqualität der PHZ als gut beurteilt wird. Der Regierungsrat bekennt sich im neuen Gesetzesvorschlag über die Pädagogische Hochschule Zug «klar zur heutigen tertiären Form der Lehrerinnen- und Lehrerbildung und damit zu den vier Eckpfeilern Ausbildung, Forschung und Entwicklung, Weiterbildung und Dienstleistungen». Auf diese Antwort will die AGF die Regierung behaften. Wir hoffen, dass das Konstrukt «Lehrerlehre», zumindest was den Kanton Zug betrifft, eine Schnapsidee bleibt und damit endgültig vom Tisch ist.

➔ Kenntnisnahme

422 Interpellation von Kurt Balmer und Georg Helfenstein betreffend neue Software im Bereich Einwohnerkontrollregister

Traktandum 2 – Kurt **Balmer**, Risch, und Georg **Helfenstein**, Cham, haben am 17. April 2012 die in der Vorlage Nr. 2137.1 – 14049 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sieben Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

423 Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz betreffend genügend qualitativ gute Fruchtfolgeflächen im Kanton Zug

Traktandum 2 – Anna **Lustenberger-Seitz**, Baar, hat am 19. April 2012 die in der Vorlage Nr. 2139.1 – 14051 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zehn Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

424 Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz; Alterspolitik)

Traktandum 6 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2098.1/.2 – 13942/43), der Kommission (Nr. 2098.3 – 14040) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2098.4 – 14041).

Pirmin **Frei** weist darauf hin, dass wir uns fast alle unausweichlich früher oder später mit dem Thema Alter befassen müssen. Genauso sicher ist aber, dass das Altersthema uns zunehmend auch politisch beschäftigen wird. Auslöser ist der demographische Wandel mit einer steigenden Anzahl älterer Menschen, gemessen an der Gesamtbevölkerung. Im Zuge dieser Entwicklung lassen sich bereits heute Trends beobachten:

- Viele Personen, die aus dem Arbeitsleben ausscheiden, sind noch aktiv («junge Alte»). Soziale Aktivitäten, die in früherer Zeit primär der Jugend zugeordnet waren, wie Lernen, Sport, Kreativität, Modebewusstsein, werden heute immer mehr als Grundlage eines erfolgreichen Alters definiert. Die Soziologie spricht von einer «Dynamisierung des dritten Lebensabschnitts», so dass zunehmend der vierte Lebensabschnitt im Fokus steht.
- Die Zahl der hochaltrigen Menschen in eben diesem vierten Lebensabschnitt steigt rasch an und damit auch der Pflegebedarf – etwa auf Grund von Demenzkrankheiten.
- Es lassen sich im Alter zunehmend wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Ungleichheiten feststellen.

Vorausschauende Politik muss sich mit diesen Trends auseinandersetzen. Dabei lässt sich das Altersthema nicht ohne weiteres einordnen. Denn es handelt sich um ein typisches Querschnittsthema wie beispielsweise auch das Thema Jugend. Und zwar in föderalistischer Hinsicht – der Bund, die Kantone und die Gemeinden tragen irgendwo eine Verantwortung. Und auch in thematischer Hinsicht lässt sich das

Thema Alter nicht einordnen. Es ist kein Departement ausschliesslich dafür verantwortlich. Keine Direktion kann sich allein damit befassen
Bisher wurde das Alter politisch vor allem unter den Aspekten Gesundheit, stationäre Pflege und Vorsorge abgehandelt. Eine Öffnung des Fächers scheint unumgänglich zu sein, so in Richtung Langzeitpflege, Gesundheitsförderung, Wohnen im Alter, Partizipation und Mobilität, Freiwilligenarbeit usw. In den Gemeinden wird dies bereits gemacht, bzw. es sind sehr gute Ansätze zu erkennen. Als Baarer jedenfalls freut sich der Votant auf seine Zeit als Senior. Vielfach sind die Gemeinden aber überfordert, etwa dann, wenn kurzfristig Kapazitäten fehlen, die Spitäler Patienten immer früher entlassen und innert kurzer Zeit eine Langzeit-Pflege oder andere optimale Lösungen gefunden werden müssen, die verschiedenen Angebote nicht aufeinander abgestimmt sind usw. Insofern begrüssen die Gemeinden eine stärkere Rolle des Kantons in Altersfragen ausdrücklich. Das ist die Motivation hinter der von der Regierung vorgeschlagenen Ergänzung des Sozialhilfegesetzes mit einem § 34ter.
Die Kommission hat sich sehr intensiv mit der Thematik befasst. Auch Leute aus der Praxis, z.B. die Leiterin der Abteilung Gesundheit/Alter der Gemeinde Baar oder der Präsident des kantonalen Seniorenverbandes, kamen zu Wort. Dabei wurde festgestellt, dass vielerorts Gutes für unsere älteren Menschen getan wird, vieles tatsächlich aber wenig koordiniert erscheint. Schon deshalb war in der Kommission an sich spürbar, dass irgendeine koordinierende Hand wünschenswert wäre.
Trotzdem gingen in der Eintretensdebatte die Meinungen auseinander, namentlich über die Rolle des Kantons, die Verantwortlichkeiten zwischen Kanton und Gemeinden beziehungsweise innerhalb des Kantons. Die Gegner erachteten einesteils eine neue gesetzliche Grundlage nicht für notwendig, da ihrer Ansicht nach der dritte Lebensabschnitt keiner Regelung bedarf und für den Fall der Hilfsbedürftigkeit im vierten Lebensabschnitt eine ausreichende gesetzliche Grundlage vorhanden sei. Andernteils halten sie die vorgeschlagene Regelung für nicht praxistauglich, weil die vorgesehenen Kapazitäten, wie sie die Regierung vorschlägt, zu klein sind, um tatsächlich etwas bewirken zu können. Zudem wird befürchtet, dass sich private Institutionen aus der Altersarbeit verabschieden könnten, wenn sich der Kanton zu aktiv verhält. Schliesslich wurde an die Verantwortung der Gemeinden appelliert, welche diese bereits heute wahrnehmen würden.
Die Befürworter der Vorlage sahen im Vorschlag eine blosse, aber notwendige Rahmengesetzgebung, die sich auf die Koordination, Beratung und Unterstützung beschränkt. Es wurde geltend gemacht, dass der Kanton die stetig steigenden Kosten des Alters nicht einfach den Gemeinden und Privaten überlassen und ihnen keine Unterstützung anbieten könne. Hinsichtlich der Freiwilligenarbeit, die stetig wichtiger wird, wurde ein besonderes Koordinationsbedürfnis ausgemacht, um zu verhindern, dass jede Gemeinde für sich eine Lösung sucht. Die Befürworter sehen die Gemeindeautonomie durch die Regelung nicht geschwächt, da die Zuständigkeit der Gemeinde nicht in Frage gestellt wird.
Die Kommission beschloss nach ausführlicher Diskussion mit 8:6 Stimmen ohne Enthaltungen, auf die Vorlage einzutreten.

Gregor **Kupper** nimmt das Wesentlichste vorweg. Sie haben es im Bericht gelesen: Die Stawiko beantragt mit 3:3 Stimmen bei einer Enthaltung und einem Stichentscheid Eintreten auf diese Vorlage. Es waren nicht die finanziellen Auswirkungen dieser Vorlage, die zu diesem knappen Resultat geführt haben. Es war die Formulierung von § 34, die zu langen Diskussionen in der Stawiko geführt hat. Die finan-

ziellen Auswirkungen mit Mehrkosten von 280'000 Franken halten wir für vertretbar. Wenn es nur gelingt, einige wenige Personen später oder überhaupt nicht ins Pflegeheim bringen zu müssen, sind diese Kosten schnell wieder kompensiert.
Wesentlich mehr zu reden gab die Detailberatung dieses Beschlusses. Der Regierungsrat legt uns eine Vorlage vor, in der die Aufgabendefinition nach unserer Meinung unklar und sehr schwammig ist. Die vorberatende Kommission hat das erkannt, hat nachgebessert, ist unseres Erachtens aber auf halbem Weg stehen geblieben. Die Stawiko will, nachdem es sich nur um einen einzigen Artikel im Sozialhilfegesetz handelt, in diesem Artikel eine klare Definition, klare Aufgabenzuweisungen. Wir halten es für erforderlich, dass in Absatz 1 die Grundsätze formuliert werden. Und da wollen wir zum Ausdruck bringen, dass die Gemeinden zuständig sind für unsere Alterspolitik. Das ergibt sich aus § 59 des Gemeindegesetzes. Wenn hier der Kanton auch erwähnt wird, öffnen wir Tür und Tor für alle möglichen Aktivitäten. Wir haben das nicht mehr im Griff. Der Personalbestand in dieser Abteilung wird wohl zunehmen. Entsprechend werden die Kosten steigen. Die Gemeinden sind glücklich, dass der Kanton auch was tut. Aber wer was tut, wissen wir nicht. In den Absätzen 2, 3 und 4 haben wir versucht, die kantonalen Aufgaben, die wir sehen, klar zu formulieren. Die Stawiko ist in Absatz 2 der Meinung, dass wir eine Altersstrategie brauchen. Schliesslich müssen wir wissen, wohin wir denn eigentlich gehen wollen. Es kann doch nicht sein, dass wir irgendwo Leute einstellen und die sind dann mal da und erarbeiten sich ihr Aufgabengebiet selbst und setzen dann irgendwas um.
In Absatz 3 halten wir fest, der Kanton sei nur zuständig für koordinierende, beratende und unterstützende Aufgaben. In der Politik selbst, in Massnahmen, hat er nichts zu suchen. Und in Absatz 4 wollen wir dem Regierungsrat die Kompetenz geben, gemeindeübergreifende Vereinbarungen mit privaten Institutionen in Absprache mit den Gemeinden zu gewähren. – Unter Berücksichtigung dieser Änderungen empfiehlt die Stawiko mit 4:3 Stimmen, auf das Geschäft einzutreten und ihm zuzustimmen.

Dass Eugen **Meienberg** nach seinen beiden Fraktionskollegen, welche die vorberatende Kommission und die Stawiko präsidieren, sich nun auch noch als Fraktionssprecher an den Rat wendet, lässt schon erahnen, dass keine der beiden Kommissionsanträge und auch die ursprüngliche Regierungsratsfassung keine wirkliche Mehrheit in der CVP-Fraktion gefunden hat. Sonst hätte einer seiner Vorredner eine CVP-Meinung abgeben und er nicht noch extra nach vorne kommen müssen. Ja, es ist ein Müssen, denn die sich nun präsentierende Ausgangslage war und ist für die Fraktion schwer zu beurteilen und nachzuvollziehen. Es gibt unterschiedliche Wege, um zu einem Ziel zu kommen.
Zuerst möchte der Votant erklären, was für die CVP klar ist und hier nochmals erwähnt werden soll. Für die CVP ist Alterspolitik und ein Engagement für die ältere Generation wichtig. Klar ist für die CVP, dass für die Alterspolitik die Gemeinden zuständig sind. Das soll und muss so bleiben. Die sehr offen formulierte Gesetzesvorlage des Regierungsrats gab zu grossem Bedenken Anlass, dass hier eine Verschiebung hin zum Kanton geschehen könnte. Das ist zu verhindern. Dies hat die CVP bereits in ihrer Vernehmlassungsantwort gefordert, leider wurde von Regierungsseite zuwenig darauf eingegangen.
Einen gewissen Koordinationsbedarf und eine richtige gesetzliche Grundlage, damit Leistungsvereinbarungen gemacht und die Finanzierung Dritter richtig geregelt werden kann, wird nicht bestritten. Es gibt jedoch Bedenken, dass hier vom Kanton Aufgaben übernommen werden könnten, welche eigentlich die Gemeinden

zu erledigen haben. Dass diese Gemeindeangelegenheit sehr gut erledigt werden kann, wurde am Beispiel Baar in der Kommission sehr gut aufgezeigt. Eine zu offene Formulierung ist daher zu vermeiden und auch die Stellengrösse mit 100 % scheint gross bemessen zu sein. Das kommt ja hier wohl nicht mehr sehr darauf an, das kann nach Pragma selbst bestimmt werden. Man müsste die Ziele also sehr eng setzen.
Wo der richtige Weg zum richtigen Gesetz ist, darauf konnte sich keine Mehrheit der CVP festlegen, also weder auf die Regierung, Kommission oder Stawiko und neu auch noch auf die GLP. Ist es richtig, auf das Geschäft einzutreten und aus allen drei, respektive vier Anträgen etwas einigermassen Gutes zusammenzuschustern? Eintreten und dann zurückweisen oder gar nicht eintreten?
Offenbar schwenkt nun die Regierung auf den geänderten Gesetzesvorschlag der vorberatenden Kommission ein. Das wertet Eugen Meienberg persönlich schon mal als einen Schritt in die richtige Richtung. Dass die Regierung nicht auf den Stawiko-Antrag mit der Altersstrategie einschwenkt, ist wohl klar. Die Regierung wird wohl kaum eine Strategie machen wollen, wo sie nicht zuständig ist, zumal sie sich bei der Bildung, wo sie zuständig wäre, kräftig dagegen wehrt.
Wir sind in der Fraktionsdiskussion älter geworden, jedoch nicht unbedingt weiser. Der Votant fühlte sich jedenfalls um einiges älter als die mehr als eine Stunde dauernde Diskussion. Schlussendlich entschied sich die knappmöglichste Mehrheit der an der Fraktionssitzung Anwesenden – es brauchte allerdings keinen Stichentscheid – gegen Eintreten. Eugen Meienberg stellt also im Namen der CVP-Fraktion den Antrag, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Maja **Dübendorfer Christen** meint, das sei wahrlich keine einfache Vorlage, auch wenn sie so seicht und harmlos daherkomme. Denn der Gesetzesvorschlag der Regierung hat nicht wirklich Fleisch am Knochen, lässt darum zuviel Spielraum zu. Die FDP-Fraktion hat diese Vorlage sehr intensiv diskutiert und sich viele Fragen gestellt. Unsere Diskussion ging quer durch die Alterpolitik. Was möchten wir bieten, was erwarten wir von der Politik, vom Staat, aber auch von den Alten sowie deren Familien? Und wer ist schlussendlich zuständig? Die Kernfrage heute aber ist: Was bekommen wir Neues und Besseres mit diesem Gesetz?
Für die FDP ist klar, wir stehen ein für alle Lebensabschnitte, wir stehen klar hinter einer wirksamen Alterspolitik und haben mit konkreten und umsetzbaren Vorstössen diesen Beweis bereits erbracht. Nach der eingehenden Diskussion und unserer Auslegeordnung lehnt die FDP-Fraktion ein Eintreten auf die Vorlage grossmehrheitlich ab. Wir stellen hiermit ebenfalls den Antrag, auf die Vorlage nicht einzutreten. Mehrere Gründe liessen uns zu diesem Schluss kommen. Die FDP ist wie erwähnt nicht gegen eine Alterspolitik, doch diese muss effizient und zielgerichtet dort angepackt werden, wo sie geschieht. Alterspolitik im aktiven dritten Lebensabschnitt und in der Vorbereitung auf den Vierten ist eine kommunale, dort gewachsene Aufgabe. Alterspflege dagegen ist eine Kernaufgabe unseres Staates. Aber genau die Langzeitpflege, die viele Alte betrifft, wird entregionalisiert und in die Verantwortung der Gemeinden zurückgeschoben. Mal hüst, mal hott. Hier besteht mal die Möglichkeit, keine überflüssigen Gesetze zu erlassen.
Gemäss Bericht und Antrag der Regierung sprechen wir mit diesem Gesetz jährlich rund 360'000 Franken für total 100 Stellenprozente sowie 200'000 Franken für Projekte. Im Moment! Das Gesetz enthält logischerweise keine Zahlen und Frankenbeträge. Diese müssen jährlich aus dem Budget entnommen werden. Ohne Aufwand und Aufheben sind diese Ausgaben also schnell erhöht.

Dass es in der Zuständigkeit der vorberatenden Kommission liegt und nicht Aufgabe der Stawiko ist, ganze Gesetzesparagraphen um- und neu zu formulieren, darf hier ruhig erwähnt werden. Richtigerweise kritisiert die Stawiko auf der einen Seite die Kosten, macht aber handkehrum neue Formulierungsvorschläge, welche nicht kalkulierbare Kosten auslösen werden. Denn ihr Vorschlag, eine Alterstrategie zusammen mit den Gemeinden zu erarbeiten, ist aus unserer Sicht leicht schizophren und wird eine never ending story, was wiederum viel kosten wird.
Sollte der Antrag, auf dieses Geschäft nicht einzutreten, unterliegen, werden wir zu den einzelnen Anträgen in der Detailberatung sprechen.

Daniel **Eichenberger** weist darauf hin, dass die demografische Entwicklung der Bevölkerung in der Schweiz und damit auch im Kanton Zug uns allen bekannt ist: Die Anzahl älterer und alter Menschen nimmt zu und bildet eine grosse und gesellschaftlich wichtige Bevölkerungsgruppe. Der SVP sind die besonderen Bedürfnisse alter Menschen wohlbekannt und sie bestreitet in keiner Weise, dass Handlungsbedarf bei der Abdeckung dieser Bedürfnisse besteht. Es gibt Koordinationsbedarf wie auch Lücken, die wenn möglich zu schliessen sind.
Sowohl in der vorberatenden Kommission wie auch fraktionsintern wurde erkannt, dass es viele Akteure im Bereich Altersunterstützung und -betreuung gibt. Wir sind auch zum Schluss gekommen, dass die Angebote an Unterstützung, Betreuung, aber auch Freizeit für die ältere Generation nicht gering sind. In gewissen Gemeinden – wie z.B. Baar – wird eine sehr aktive Alterspolitik betrieben.
Die SVP ist jedoch klar der Ansicht, dass die hier zur Debatte stehende Vorlage für einen neuen Paragraphen im Sozialhilfegesetz des Kantons Zug kein tauglicher Lösungsansatz für die bestehenden Koordinationsprobleme ist. Und gerade diese Koordinationsdefizite wurden immer wieder als Hauptproblem genannt. Wir von der SVP sind der Ansicht, dass gerade in einem kleinen und gut funktionierenden Kanton wie Zug erwartet werden darf, dass die verschiedenen Akteure im Altersbereich – seien dies gemeindliche Stellen oder private Organisationen – sich verständigen und zusammenarbeiten können, ohne dass wir uns einen weitgefassten beziehungsweise weit auslegbaren Paragrafen ins Gesetz schreiben müssen.
Bei genauerem Hinsehen stellt man fest, dass der neue Paragraf neben Koordinationsaufgaben auch eine Reihe von Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für den Kanton und die Regierung beinhaltet. Er bietet somit vor allem die Möglichkeit, den Fokus von der oft undankbaren Koordinationsfunktion weg, dafür hin zur wesentlich angenehmeren Funktion des Förderns und Unterstützens zu lenken. Das ist aber nicht die ursprüngliche Idee hinter der Verankerung der Alterspolitik im Gesetz. Also sollten wir Abstand nehmen von etwas, das ursprünglich nicht so vorgesehen war, denn Gesetze haben grosse und mitunter verheerende Wirkung, wenn sie nicht klar fokussiert sind.
Es ist gut möglich, dass uns Manuela Weichelt-Picard, die Direktorin des Innern, heute einige eindrückliche Beispiele für Koordinationsdefizite oder Angebotslücken nennt. Wir sollten aber nicht vergessen, dass staatliche Interventionen auch – oder gerade – wenn sie durch wohlklingende rechtliche Grundlagen gestützt sind, den Wettbewerb schädigen und die Kosten in die Höhe treiben. Das Gesundheitswesen ist ein Musterbeispiel für staatliche Koordinations- und Fördertätigkeit und deren Auswirkungen auf die Finanzen des Staates und der einzelnen Bürger.
Wir bitten Sie deshalb, nicht auf die Vorlage einzutreten, weil diese wenig erkennbare Vorteile für die älteren Menschen im Kanton Zug bringt, weil die Alterspolitik Sache der Gemeinde ist, weil Koordination und Verständigung keine neue Gesetzgebung erfordern und weil wir unserer Regierung keine unklaren beziehungsweise

allgemeinen Förder- und Unterstützungsaufträge erteilen sollten. Die SVP ist deshalb grossmehrheitlich für Nichteintreten auf die Vorlage.

Hanni **Schriber-Neiger** weist darauf hin, dass immer mehr ältere Menschen unsere Gesellschaft prägen. Diese demographische Entwicklung ist eine gesellschaftliche Herausforderung, der sich nun auch der Kanton Zug als einer der letzten annimmt. Mit einer zentralen Fachstelle soll der Kanton eine aktivere Rolle einnehmen. Das Älterwerden heisst heute nicht automatisch angeschlagene Gesundheit, Langzeitpflege oder Demenzfragen. Der dritte Lebensabschnitt als Seniorin oder Senior kennt zum Glück noch viele andere Bereiche wie Bildung, Sport, Kultur, Mobilität, Freizeit oder Wohnen, bei welchen sie verschiedentlich ein helfendes Umfeld brauchen können.
Die AGF unterstützt eine Grundlage für eine weitsichtige und ganzheitliche Alterspolitik, wie sie das Sozialhilfegesetz in § 34ter neu vorsieht. Für uns ist es wichtig, dass der Kanton und die Gemeinden im Verbund für Rahmenbedingungen sorgen, die den Zusammenhalt unter den Generationen und die Lebensqualität der älteren Bevölkerung fördern. Gerade weil der Kanton die Koordination der Aktivitäten im Altersbereich übernimmt und die Gemeinden unterstützt, bleibt die gewünschte Autonomie der Gemeinden sicher gewahrt.
Für viele öffentliche Organisationen und Vereine ist dieses Angebot eine Erleichterung, und für die meisten, die in Freiwilligenarbeit tätig sind, eine echte Hilfestellung. Eine Vernetzung der Akteure wünscht sich unbedingt auch der Vorstand des kantonalen Zuger Senioren-Verbands mit Präsident Bruno Keller, der in seinem Leserbrief schrieb: «Diese einfache Koordinationsstelle hilft uns Zeit und Geld einzusparen und die Vermeidung von Doppelspurigkeiten.»
Die Förderung des gesellschaftlichen Teilhabens bedeutet für jede Person ein selbstbestimmtes Leben und ist der AGF ein Anliegen. Wir anerkennen die Leistungen der älteren Mitmenschen und wollen für Massnahmen auch die nötigen finanziellen Mittel bereit stellen. Denn Alterspolitik wird mit Taten gemacht, nicht nur mit Worten. – Die AGF ist für Eintreten und stimmt ausser bei Punkt 1, wo wir Kanton und Gemeinden im Verbund wollen, den Anträgen der Stawiko zu.

Christoph **Bruckbach** meint, seine Interessenbindung bei diesem Thema sei an seinen weissen Haaren gut sichtbar. – Die SP unterstützt die Bestrebungen der Regierung für eine wirksame, ganzheitliche Alterspolitik im Kanton Zug. Mit der vorgeschlagenen Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe erhält der Kanton die Möglichkeit, in dieser Thematik eine aktive Rolle zu übernehmen. Die Schaffung einer Koordinationsstelle beim Kanton ist eine schon ältere Forderung der SP. Mit der angestrebten Koordination und Beratung übernimmt der Kanton eine unterstützende Aufgabe und schränkt dabei die Autonomie der Gemeinden in ihrer Alterspolitik nicht ein.
Die Anforderungen an eine zeitgemässe Alterspolitik sind umfassend und beschränken sich nicht mehr hauptsächlich auf den Bereich von Pflege und Heimeintritt. Nebst den geregelten Bereichen wie jener der Sozialversicherungen AHV und Ergänzungsleistungen oder der Langzeitpflege sind in der Alterspolitik neue Themen aktuell geworden. Zahlreiche Organisationen engagieren sich professionell oder ehrenamtlich in Altersfragen. Eine vollständige Übersicht mit den entsprechenden Angeboten fehlt. Lücken oder Doppelspurigkeiten werden nicht erkannt und mögliche Synergien verunmöglicht. Tatsache ist, dass die Zahl der älteren Menschen in unserem Kanton wächst. Gleichzeitig bleiben unsere Seniorinnen und

Senioren auch länger gesund. Damit bleiben die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung, Weiterbildung und Mobilität der älteren Bevölkerung auch dank ihrer guten geistigen und körperlichen Verfassung bis ins hohe Alter erhalten. Eine Koordination der Aktivitäten im Altersbereich ermöglicht den Gemeinden und andern Trägerschaften, ihre Aufgaben effizient zu erfüllen.
Die in der regierungsrätlichen Vorlage vorgesehenen Kosten für Beiträge für eigene Massnahmen oder Beiträge an die Kosten von Massnahmen anderer Organisationen sowie die notwendige Erweiterung der heutigen Personalstelle von 50 auf 100 % erachten wir als angemessen. – Die SP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt dem Antrag des Regierungsrats im Sinne der Stawiko zu.

Ivo **Hunn** hält fest, dass die GLP für Eintreten auf die Vorlage ist und grösstenteils die Variante der Stawiko unterstützt. Wir sind der Meinung, dass nur mit einer ganzheitlichen Alterspolitik optimale Lösungen für den Kanton und die Gemeinden umgesetzt werden können. Eine gemeinsame Strategie mit Zielen und Massnahmen ist aus unserer Sicht ein wirkungsvolles Vorgehen und sehr zentral. In einer Strategie wird ersichtlich, in welche Richtung es gehen soll und welche Prioritäten gesetzt werden sollen. So kann der Kanton im Subsidiaritätsprinzip Aufgaben übernehmen und die Gemeinde entlasten. Nur ein gemeinsames Vorgehen mit klaren Vereinbarungen führt zu einem attraktiven und für unsere älteren Menschen zukunftsorientierten Ergebnis.

Kurt **Balmer** macht es relativ kurz, da die wesentlichen Anträge bereits gestellt worden sind. Er möchte nur kurz zitieren, obwohl das nicht gewünscht wird. Aus dem Bericht zwei Zitate: Im Gesetz dürfe nicht allzu viel Inhaltliches festgelegt werden, dies könne erst in einem Altersleitbild oder einem ähnlichen Strategiepapier erfolgen. Das war das Pro-Argument. Und kontra: Es könnten unterschiedlichste Ansprüche gestellt, weil Klarheit und Orientierung fehle. Die Stawiko sagt dann noch zusätzlich: «Es fehlt die klare Stossrichtung».
Was heisst das konkret? Es gibt, zusammenfassend gesagt, überhaupt gar keine Basis für ein klares Gesetz und wir haben keinen klaren Kompetenzartikel im entsprechenden Sozialhilfegesetz. Positiv ausgedrückt liegt kein gemeinsamer Nenner vor. Wir sind entfernt von einem klaren Gesetzesartikel. Der Votant wagt heute die Behauptung, dass der Rat offenbar seine Pflicht wirklich ernst nimmt und nur klare gesetzliche Grundlagen schaffen will. Unbestimmte Kompetenznormen gehören nicht ins Gesetz, sonst kreieren wir definitiv ein Gesetzes-Jekami.
Bisher existieren offiziell drei Varianten (Regierungsrat, Kommission und Stawiko) für den Gesetzesartikel. Es gibt eine inoffizielle Version der GLP und der Votant präsentiert hier zwei weitere Varianten. Er will das Fuder definitiv nicht überladen, sieht aber nicht ein, weshalb beispielsweise ein Kurzartikel wie «Der Kanton ist zuständig für die Altersstrategie oder das Altersleitbild. Er koordiniert und fördert, gestützt darauf, zusammen mit den Gemeinden die entsprechenden Aktivitäten.» Wir hätten nämlich einen Artikel, einen Abschnitt und eine Stelle. Was wir hier schaffen ist tendenziell ein Artikel, drei Abschnitte und eventuell mehrere Stellen. Sodann gäbe es ja noch die Möglichkeit der zeitlichen Limitierung. Wieso haben wir im Kinderbetreuungsgesetz eine zeitliche Limitierung und heute wird überhaupt nicht darüber gesprochen. Nicht einmal angekündigt wurde diese Variante.
Beim Gemeindegesetz diskutieren wir sodann aktuell in der Kommission über die klare Pflegezuständigkeit und setzen allenfalls auch ein Präjudiz für das Sozialhilfegesetz. Dies spricht mindestens für ein Zuwarten, bis die Diskussion darüber

abgeschlossen ist. Keiner der drei offiziellen Vorschläge hat nach Erachten von Kurt Balmer aktuell die Gesetzesreife, weshalb er beantragt, rechtzeitig vor der Detaildiskussion die Bremse zu betätigen, mit Nichteintreten eventualiter Rückweisung zu stoppen und die Übung jetzt abzubrechen.

Gregor **Kupper** ist Maja Dübendorfer eine Antwort schuldig. Er bittet sie, mal § 18 unserer Geschäftsordnung, Abs. 2 zu lesen. Da steht, dass die Stawiko «Berichte und Anträge erstattet». Selbstverständlich ist die Tätigkeit der Stawiko in erster Linie auf die finanziellen Aspekte einer Vorlage ausgerichtet. Aber es würde wohl sehr komisch anmuten, wenn wir feststellen, dass in einem Paragraphen etwas wirklich schief läuft, und uns dazu nicht äussern würden. Wir werden uns auch in Zukunft das Recht herausnehmen, uns zu äussern, wo es uns wesentlich erscheint. Wir lassen uns keinen Maulkorb umhängen. Gerade auch die Mitglieder der FDP in der Stawiko haben sehr engagiert mitgeholfen, hier eine Formulierung zu finden, die eventuell mehrheitsfähig wäre. Und es wäre wohl falsch, wenn wir das in unserem Bericht und in unseren Anträgen nicht festgehalten hätten.

Gabriela **Ingold** appelliert an den Rat, nicht auf diese Vorlage einzutreten. Dieses Geschäft ist eine klassische Vorlage, in welcher dem Staat wieder mehr Aufgaben übertragen werden. Es handelt sich um Aufgaben, welche nicht notwendig sind, weil unsere Bürger im dritten und letzten Lebensabschnitt sehr gut versorgt sind und Unterstützung erhalten, sofern es notwendig ist. Bei jeder Budgetdebatte sprechen wir davon, dass wir aufhören sollen, immer wieder neue Staatsaufgaben zu kreieren. Wohin das führt, hat uns das Ausland vorgemacht. Im Moment steht schon «nur» eine Aufstockung einer 50 %-Stelle auf eine Vollzeitstelle und zweckgebundene Geldmittel von 200'000 Franken für die Unterstützung von Organisationen im Raum. Aber wenn wir dann diese Paragrafen im Sozialhilfegesetz haben, wird mit Garantie kräftig ausgebaut. Denn wie sonst soll dieser gesetzliche Auftrag denn umgesetzt werden? In fünf Jahren haben wir dann ein Amt, welches mindestens 10 bis 20 Fachpersonen beschäftigt, welche den bis heute gut organisierten Stellen, die sich für Altersfragen teilweise auch ehrenamtlich einsetzen, das Leben schwer machen.
Die Votantin ist nicht gegen Altersfürsorge. Sie ist aber dezidiert der Meinung, dass die Hausaufgaben durch die Gemeinden durch die Gesundheitsversorgung und durch private Organisationen laufend gemacht werden. Deshalb bittet sie den Rat, diese Vorlage abzulehnen und mitzuhelfen, dass das VZ 3 nicht schon vor Bezug der Räumlichkeiten keine Reserven mehr hat.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass der Staat die Aufgaben schon hat. Wir schaffen keine neuen Aufgaben. Vielleicht hat Gabriela Ingold die Vorlage nicht richtig gelesen. Die Gemeinden haben die Aufgaben. Was wir jetzt neu machen, ist dass der Kanton den Gemeinden und Organisationen dabei Unterstützung anbietet. Diese dient dazu, dass diese Aufgaben effizient ausgeführt werden können. Sie haben es gehört: Der Präsident des Seniorenverbands hat gesagt, es helfe Doppelspurigkeiten zu beseitigen. Wenn Sie sparen wollen, dann stimmen Sie jetzt diesem Eintreten zu und der Vorlage in der Version der Stawiko. Das ist effiziente Staatsführung. Der Votant hat in diesem Rat noch selten so viele leere Worthülsen gehört. Wir alle wollen älteren Mitmenschen helfen, aber machen tun wir dann nichts, es tut uns so leid. Das sind Worthülsen. Stehen Sie dazu, dass Sie mit einem Eintre-

ten helfen wollen und dann mit einem Ja zu dieser Vorlage – in welcher Version das dann herauskommt bei der Detailberatung.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern: Der Regierungsrat bittet Sie eingehend, auf das Geschäft einzutreten. Beschliessen Sie, auf die Teilrevision nicht einzutreten, bringen Sie damit zum Ausdruck, dass Sie die Behandlung des Geschäfts als politisch nicht notwendig erachten. Die geltende Rechtslage erscheint Ihnen ausreichend. Was senden Sie damit für ein Signal?
Dass die Altersaufgabe eine Verbundsaufgabe ist zwischen Bund, Kanton und Gemeinden – jetzt hier speziell zwischen Gemeinden und Kanton – haben Sie hier im Rat schon oft bestätigt. Die Direktorin des Innern möchte daran erinnern, dass wir im September 2008 hier im Parlament über den Stellenplafond berieten. Es wurde eine halbe Stelle bewilligt für die Beratung und Koordination der Gemeinden im Bereich der Alterspolitik, gestützt auf § 13 des SHG. Der Kanton ist aktiv im Bereich Prävention und Alter, vor allem die Gesundheitsdirektion. Die Votantin hat noch nie gehört, dass dies nicht Aufgabe des Kantons sein soll. Sie haben hier im Rat einen KRB gefällt, Wohnen im Alter. Auch hier haben Sie wieder klar gesagt: Es ist eine Verbundsaufgabe. Wir haben als Kanton zahlreiche Leistungsvereinbarungen im Bereich Alter. Was ist damit? Manuela Weichelt kann einige nennen: Mit Pro Senectute und Tixi bestehen Leistungsvereinbarungen. Sind sie nicht nötig? Es wurde damals beim Stellenplafond diskutiert hier im Rat, und einige sagten: 50 Stellenprozente reichen nicht. Die Regierung sagte: Wir möchten pragmatisch beginnen und zuerst mit den Gemeinden das Gespräch suchen und mit den Altersorganisationen. Das haben wir in der Zwischenzeit gemacht.
Was haben wir weiter gemacht? Wir haben die fachlichen Grundlagen erarbeitet für die Daten der Alterspolitik. Wir stellen jeder Gemeinde die Alterspyramide zur Verfügung, damit sie nachher wirklich pro Gemeinde planen können. Es ist nicht die Idee der Regierung, dass sie das Alter bestreitet. Das kommt überhaupt nicht in Frage und kann man mit 278'000 Franken sowieso nicht machen. Aber nun wissen auch Risch und Neuheim, dass sie eine eher junge Gemeinde sind, Menzingen und Walchwil eher alte Gemeinden. Wir haben die Broschüre «Selbständig zu Hause wohnen» herausgegeben. Wir haben an der Zuger Messe das Projekt «Wohnen 50+» gehabt. Wir wissen, dass die Babyboom-Generation in einigen Jahren ins Alter kommt. Sie möchte nicht einfach nur die Variante Pflegeheim haben. Zudem kann sich der Kanton Zug nicht leisten, noch zahlreiche Pflegeheime zu bauen. Es muss also Alternativen geben. Und es kann ja nicht sein, dass elf Gemeinden Grundlagenarbeit machen müssen. Hier ist eine Koordination sinnvoll. Es kommt Ihnen ja auch nicht in den Sinn, dass jede Gemeinde eine eigene AHV macht.
Die bürgerlichen Vorgänger der Direktorin des Innern haben schon 1983 für den Kanton Zug die Studie «Alt sein in Zug» in Auftrag gegeben. Sie gehörte zu den ersten soziologischen Forschungsarbeiten über Altersfragen mit Ausstrahlung auf die gesamte Schweiz. Der Kanton Zug wusste zu diesem Zeitpunkt soviel über seine alte Bevölkerung, wie sonst kaum ein anderer Kanton. Wie gesagt, die Regierung denkt nicht daran, die Arbeit der Gemeinden zu machen. Überhaupt nicht. Aber sie möchte koordinieren und unterstützen, wo es sinnvoll ist. Und das macht sie auch heute schon. Die Regierung hat bewusst kein Altergesetz erarbeitet, sie wollte schlank bleiben. Im Sozialhilfegesetz gibt es auch einen Jugendparagraphen, der nicht umstritten ist. Wieso soll jetzt der Kanton bei der Jugend etwas machen, aber beim Alter nicht? Wir haben diesen Altersparagraphen erarbeitet. FDP, SVP, Alternative und SP haben der neuen Gesetzesbestimmung im Grundsatz positiv zugestimmt. Wir nehmen aber auch die SVP ernst. Wir nehmen alle

Parteien und Rückmeldungen ernst. Wenn die Rückmeldungen zum Paragrafen grundsätzlich positiv sind und dann plötzlich diese Kehrwendung kommt, ist das nicht einfach. Die CVP hat damals in der Vernehmlassung gesagt, dass sie Koordination und Unterstützung begrüsse, es sei ihr aber zu allgemein formuliert. Pro Senectute, Benevol, Curaviva, Seniorenverband und die Gemeinden haben alle diese Änderung begrüsst. Die FDP hat nicht nur einmal 2010 die Regierung stark kritisiert im Bereich Alter. Zitat: «Die Demografie zeigt, dass die zunehmende Überalterung uns vor grosse Herausforderungen stellt. Eine weitsichtige Alterspolitik ist daher zwingend notwendig. Umso wichtiger ist es, dass der Kanton eine gemeinsame Strategie und Richtlinien mit den Gemeinden erarbeitet.»
Nun haben wir das. Die vorberatende Kommission und die Stawiko sind für Eintreten. Die Regierung bittet Sie, nun wirklich einzutreten. Was will die Regierung? Sie will keine Ausweitung, sondern eine Eingrenzung. Alter ist ein Markt, der boomt. Da könnte man Millionen brauchen für diesen Markt. Das will die Regierung nicht. Sie hat in ihrer Strategie festgehalten, dass sie die demografische Herausforderung bewältigen will. Der Kanton geht die Herausforderung der Alterung der Gesellschaft proaktiv an. Er ermöglicht den Austausch unter den Generationen und nutzt das Potenzial der älteren Bevölkerung. Daher will die Regierung auch den Zusammenhalt der Generationen. Es geht ihr um die Lebensqualität der älteren Bevölkerung und um den Erhalt der Selbständigkeit. Sie möchte mit privaten Organisationen Vereinbarungen abschliessen. Sie möchte Beiträge sprechen, und zwar auch aus Steuergeldern und nicht nur über den Lotteriefond. Was würde das sonst heissen? Unsere zahlreichen älteren Menschen werden über den Lotteriefond finanziert, das heisst über gemeinnützig wohltätige Zwecke, zahlen aber sehr viel Steuern. Was ist das für ein Signal?
Die Regierung hat auch eine Vereinbarung mit Benevol. Wir haben eine Studie in Auftrag gegeben, wo noch Potenzial für Freiwilligenarbeit liege. Es liegt unter anderem bei den älteren Menschen. Noch nie war die ältere Bevölkerung so gesund und konnte noch so viel beitragen zur Gesellschaft. Wir sind daran, uns zu überlegen, was wir hier im Kanton machen könnten, um noch mehr ältere Menschen zur Freiwilligenarbeit zu bringen. Was würde ein Nichteintreten heissen? Müssten die Leistungs- und Subventionsvereinbarungen gestrichen werden? Es kann sich doch auch der Kanton Zug nicht leisten, Alter als nicht gesetzeswürdig zu betrachten. Die Jugend zwar schon, aber das Alter soll im kantonalen Gesetz nicht vorkommen. Haben wir tatsächlich so viel Geld? Wollen wir warten, bis wir inmitten der Probleme stehen? Die Babyboom-Generation kommt. Die Armutsfrage wird dann wieder aktuell. Wie Sie alle wissen, haben wir heute eine Scheidungsrate von mehr als 50 %. Viele von diesen Frauen werden über eine minimale AHV-Rente verfügen und keine Dritte Säule haben. Auch der Kanton Zug muss an seine Finanzen denken. Es ist also unser ureigenstes Interesse, im Bereich Alter weiterhin zu koordinieren und zu beraten, einen Beitrag bei der Prävention zu leisten. Oder soll die Gesundheitsdirektion hier nichts mehr machen? Sollen wir im Bereich Alter weiterhin unterstützen oder die Leistungsvereinbarung mit Pro Senectute oder Tixi künden? Ist das die Idee, wenn Sie Nichteintreten beschliessen, obwohl gerade auch Leistungsvereinbarungen ein Thema sind? Das kann nicht Ihr Ernst sein!
Die Regierung vertraut in Sie, dass Sie das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die verschiedenen Anträge liegen nicht so weit auseinander. Treten Sie ein und geben Sie nachher dem Antrag, der Ihrer Meinung am nächsten kommt, den Vorzug. Oder sagen Sie der Kommission, sie solle sich auf einzelne Anträge einigen. Die Regierung ist bereit, nochmals dem einten oder anderen Antrag zuzustimmen und nicht überall an den eigenen Anträgen festzuhalten. Die Regierung ist auch

bereit, nach dem Eintreten mit den einzelnen Exponenten zu diskutieren. Aber es wäre sehr schade, hier einen Scherbenhaufen zu produzieren.

➔ Der Rat beschliesst mit 37:30 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten.

425 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Neubau «Lüssihaus» in Baar

Traktandum 7 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2101.1/.2 – 13950/51), der Kommission für Hochbauten (Nr. 2102.3 – 14029) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2102.4 – 14038).

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass das Lüssihaus ein wichtiges Element der Behandlungskette in der Suchthilfe ist. Auftraggeber und Finanzierer sind die Zuger Gemeinden. Träger der Institution ist das Drogenforum Zug. In den mehr als 20 Jahren des Bestehens hat das Lüssihaus gute Arbeit geleistet. An den bisher drei Standorten gab es keine nennenswerten Probleme mit der Nachbarschaft.
Da die jetzt durch das Lüssihaus belegte Liegenschaft frei gemacht werden muss, braucht es einen neuen Standort. In der bewährten Zuger Tradition der Zusammenarbeit von Gemeinden und Kanton hat die Baudirektion eine vernünftige Lösung gefunden. Auf einer dem Kanton gehörenden Parzelle an der Zugerstrasse in Baar soll mit einem einfachen Neubau eine langfristige Lösung für dass Lüssihaus bewerkstelligt werden.
Die Kommission hat die Vorlage intensiv geprüft und beantragt einstimmig Eintreten und Zustimmung zu diesem Baukredit. Die wichtigen Überlegungen und Sachinformationen finden Sie in den Berichten von Regierung und Kommissionen.

Gregor **Kupper** verweist auf den Bericht. Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung.

Heini **Schmid** beantragt im Namen der einstimmigen CVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Obwohl der Betrieb des Lüssihauses als Teil der Tertiärprävention durch die Gemeinden zu finanzieren ist, ist es sinnvoll, dass sich der Kanton hier als Liegenschaftseigentümer engagiert. Dies einerseits, weil er an der Notlage des Vereins Drogenforum nicht ganz unschuldig ist und andererseits nun ein Grundstück des Kantons sinnvoll im öffentlichen Interesse Verwendung findet.
Für die CVP-Fraktion leistet der Verein Drogenforum Zug mit dem Lüssihaus einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag im Bereich der Zuger Drogenpolitik. Somit ist für uns unbestritten, dass dieses Projekt in der bisherigen Grössenordnung weiterzuführen ist. Dank dem Lüssihaus ist es gelungen, Menschen, die am Rand der Gesellschaft stehen zu stabilisieren und zum Teil wieder besser zu integrieren. Diese Überlebenshilfe wird von der CVP unterstützt.
Die Ergänzungen der Hochbaukommission und die Erwägungen der Stawiko finden ebenfalls die Unterstützung der CVP und somit bitten wir sie um Zustimmung zu dieser Vorlage. An dieser Stelle möchte sich der Votant beim Baudirektor für sein undogmatisches und zielorientiertes Handeln bedanken.

Daniel **Abt** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Objektkredit einstimmig unterstützt unter der Bedingung, dass die mit der Nachbarschaft ausgehandelte 24-Stunden-Betreuung für den Kanton Zug zu keinen wiederkehrenden Kosten führt. Gerne erwarten wir dazu die Stellungnahme des Baudirektors. Wir freuen uns über den Entscheid der Baumkommission, das Objekt anstelle der modularen Bauweise in Systembauweise zu erstellen und somit unnötige Barrieren abzubauen, womit das Lüssihaus auch von einheimischen Unternehmen erstellt werden kann, sofern sie ein passendes Angebot einreichen. Wir hoffen, dass diese Erkenntnis auch bei künftigen Bauprojekten einfliessen wird und danken für die Unterstützung der Vorlage.

Matthias **Werder** hält fest, dass die SVP-Fraktion der Vorlage einstimmig zugestimmt hat und den Rat bittet, dies auch zu tun.

Anna **Lustenberger-Seitz** erinnert daran, dass sich die Drogenproblematik in den letzten 20 Jahren stark gewandelt hat. Drogenkranke Menschen erhalten die nötige Hilfe – sie werden nicht mehr kriminalisiert und gesellschaftlich ausgeschlossen. Damit einher geht, dass nicht mehr die Rede ist von gefundenen Spritzen auf Kinderspielplätzen, in Pärken etc. Auch bestehende Hilfestellen für Betroffene in Dorfzentren oder in Wohngebieten, wie z.B. die Abgabestelle Zoppa im Postgebäude in Baar, werden nicht negativ wahrgenommen. Es braucht das Lüssihaus. Es braucht diesen Neubau, denn auch in der Gemeinde Baar muss die Aufgabe zur Betreuung Drogenkranker erfüllt werden. Die AGF ist für Eintreten auf diese Vorlage und stimmt dem notwendigen Kredit dafür zu.
Die Votantin hat an beiden Veranstaltungen im Sonnenberg in Baar teilgenommen, welche die Baudirektion für die Bevölkerung, vor allem für die Leute aus der unmittelbaren Nachbarschaft, organisiert hat. Dass eine Unsicherheit vorhanden ist, konnte sie nachvollziehen. Ein Domizil mit Menschen vom Rande unserer Gesellschaft in unmittelbarer Nähe kann Ängste auslösen. Die Befürchtungen der betroffenen Nachbarn, zum Beispiel dass Kinder, Jugendliche Angst hätten, dort vorbeizugehen, sind für Anna Lustenberger aber heutzutage unverständlich. Die Zusicherung der Verantwortlichen, dass man eine «rund um die Uhr»-Betreuung einführt, zeigte ihr aber, dass diese Sorgen ernst genommen werden.
Dennoch sind Beschwerden eingegangen. Es ist verständlich, dass einige Nachbarn alle Möglichkeiten nutzen, sich zu wehren. Die Begründung jedoch ist eher eigentümlich – so sei z.B. der Standort wegen der Nähe zur Hochspannungsleitung und lärmbelasteten Strasse ungeeignet – offenbar sah man dies für die Kinder, welche auf demselben Areal spielten, nie als Problem. Dass sich einige Anwohnerinnen und Anwohner nun aber nicht mehr so ernst genommen fühlen, ist nachzuvollziehen, nachdem in der Zuger Zeitung vom letzten Samstag ein Foto war, das Arbeiter zeigt, die einen Baum auf dem besagten Areal fällen. Wird hier nicht bereits vorgegriffen? Wir haben ja im Kantonsrat dem Kredit noch nicht zugestimmt. Die Votantin erwartet hier eine Erklärung unseres Baudirektors.

Hubert **Schuler** kennt als ehemaliger langjähriger Präsident der Kommission für Suchtprobleme und Leiter des Sozialdienstes Baar die Arbeit des DFZ und speziell des Lüssihausteams sehr genau. Menschen, welche am Rand der Gesellschaft leben, haben oft verschiedenste Beeinträchtigungen. So ist es für sie auch nicht einfach, eine Unterkunft zu finden, da selbst die Wohnkompetenz oft eingeschränkt

ist. Solche Menschen brauchen eine Begleitung und klare Führung, Grenzen und Verständnis. Die Arbeit des DFZ ist über Jahre konstant gut bis sehr gut. Für die gemeindlichen Sozialdienste wäre eine solche Begleitung zeitlich gar nicht machbar. Und trotzdem ist die Gesellschaft auch für diese Menschen verantwortlich, so wie es in der Bundesverfassung in der Präambel heisst:«...dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen».
Es freut den Votanten, dass die Baudirektion sich engagiert hat, den Platz für die nötige Unterkunft zu finden und dieses gute Projekt ausarbeitete. Er ist fest davon überzeugt, dass die Quartierbewohnerinnen und -bewohner des Neufeldquartiers so wenige Beeinträchtigungen haben werden wie in der Vergangenheit die anderen drei Quartiere in Zug, Steinhausen und Baar. Die SP unterstützt die Vorlage.

Eugen **Meienberg** spricht hier als langjähriges Vorstandmitglied des Drogenforums Zug. Er dankt für die gute Aufnahme dieser Vorlage. Wenn Sie zustimmen, sichern Sie den Fortbestand eines wichtigen Hauses, in welchem suchtkranke Menschen eine Bleibe finden. Dort können sie in kleinen und schwierigen Schritten wieder den Tritt für einen geregelten Tagesablauf finden. An dieser Stelle dankt der Votant allen involvierten Stellen beim Kanton und der Gemeinde Baar für die sachliche und lösungsorientierte Hilfestellung. Hervorheben möchte er das Hochbauamt, die Baudirektion und den Baudirektor, welcher in seiner bekannten und anpackenden Art zu einer guten Lösung beigetragen hat. Im Namen des Vorstands des Drogenforums, der Betriebsleitungen und der Mitarbeitenden dankt Eugen Meienberg dem Rat für die Zustimmung. Danken werden es Ihnen auch Bewohnerinnen und Bewohner des Lüssihauses.
Der Votant erlaubt sich noch eine Schlussbemerkung, welche nicht direkt im Zusammenhang mit dem Geschäft steht. In einem Monat tritt er nach einer Vielzahl von Jahren aus dem Vorstand des DFZ zurück. Aspirantinnen und Aspiranten aus dem Kantonsrat für seine Nachfolge können sich gerne bei ihm melden.

Baudirektor Heinz **Tännler** möchte sich vorab bedanken bei allen, die bei dieser Vorlage mitgearbeitet haben, der Hochbaukommission mit Präsident Eusebius Spescha und der Stawiko, die ihn dann doch noch um halb neu Uhr erreicht hat, damit er die Erklärungen betreffend Kosten abgeben konnte. Es wurde ja bereits gesagt, was die Institution Lüssihaus tut und soll. Es geht um randständige Personen, die es im Leben nicht leicht haben, irgendwo einen Standort zu finden, wo sie sich aufhalten können. Manchmal ist die Gesellschaft dabei nicht sehr sensibel. Umso mehr freut es den Baudirektor, dass diese Vorlage im Kantonsrat wohlwollende Unterstützung findet.
Daniel Abt hat eine Frage gestellt bezüglich der 24-Stunden-Betreuung. Diese ist nicht nur wegen diesem Standort Zugerstrasse 42 ein Thema. Diese Diskussion hatten wir schon vor dieser Standortdiskussion und dieser Projektierung geführt. Sie ist nicht nur aus organisatorischen Gründen angezeigt. Natürlich hat dann dieses Projekt dazu geführt, dass wir im Rahmen dieser Veranstaltungen gesagt haben, eine 24-Stunden-Betreuung während sieben Tagen sei sinnvoll. Das haben wir auch in den Einspracheverhandlungen «garantiert», die Heinz Tännler in der Zwischenzeit alle geführt hat. Natürlich unter Vorbehalt der entsprechenden Genehmigung der Drogenkonferenz. Er hat aber auch schon gehört, dass man da gewisse Fragezeichen macht. Der Kanton müsse sich dann auch noch beteiligen an diesen Kosten. Daniel Abt macht jetzt gerade das Gegenteil als Bedingung geltend: Der Kanton solle dazu ja keinen Franken ausgeben. Der Votant bittet hier um

ein wenig Flexibilität. Die Kosten, welche eine 24-Stunden-Betreuung gegenüber dem jetzigen Konzept zusätzlich ausmacht, sind 58'000 Franken im Jahr. Das wird dann pro Kopf gerechnet und auf die Gemeinden umgelegt und sie müssen dies bezahlen. Vielleicht hat der Finanzdirektor zusammen mit dem Baudirektor auch noch ein Herz, und wir werden dann vielleicht auch noch einen kleinen Teil beitragen. Er sagt schon nein. Sie sehen, wo das Problem liegt. 58'000 Franken für randständige Personen – da müssen wir eine Lösung finden, sonst haben wir versagt. Das sind die zusätzlichen Kosten, die sind bestätigt worden – unterzeichnet vom Präsidenten des DFZ.
Anna Lustenberger erwähnte die Besorgnis der Nachbarschaft. Heinz Tännler hat immer Verständnis dafür. Alle haben einfach immer ein Problem, wenn eine randständige Personengruppe plötzlich in ein Wohnquartier gesetzt wird. Man kann mit dieser Thematik schlecht umgehen. Wir stellen ja fest z.B. im Waldheim, Asylsuchende, da ruft kein Mensch mehr. Das hat sich eingependelt. Und auch mit diesem Lüssihaus wird die Nachbarschaft kein Problem haben. Sie werden das nicht einmal merken, da ist der Baudirektor überzeugt. Aber dass natürlich hier gewisse Vorbehalte aufkommen, muss man auch verstehen. Mit dem muss man umgehen und das muss man in Verhandlungen auch aufnehmen. Deshalb diese 24-Stunden-Betreuung. Das ist ein guter Grund.
Zum gefällten Baum. Das hat Heinz Tännler sehr verärgert. Das ist ein grober Fehler und er übernimmt die Verantwortung. Das hätte nicht passieren dürfen, aber die sind in weiss nicht welcher Euphorie auf diese Zugerstrasse 42 losgesteuert und haben diesen Baum gekippt. Das ist falsch. Heinz Tännler hat intern die entsprechenden Massnahmen getroffen. Er garantiert, wenn dieses Haus dort nicht zu stehen käme, wird nicht nur ein Baum gesetzt, sondern zwei Bäume, damit das Bild wieder in Ordnung ist. Mehr kann er nicht tun, ein Fehler ist passiert und dazu steht er.
Zum Standort. Hubert Schuler hat es gesagt: Wir sind froh, dass wir diesen Standort gefunden haben. Aber das ist keine leichte Sache. Überall ist es falsch, es wäre an einem andern Ort besser. Wir sind überzeugt, dass an dieser Zugerstrasse 42 effektiv ein guter Standort gefunden werden kann. Und bei den Einsprachen werden nun plötzlich sehr fürsorglich Stimmen laut, dass das dieser Personengruppe nicht zugemutet werden könne wegen der Hochspannungsleitung. Wir haben das sauber abgeklärt. Dieses Grundstück und dieses Projekt sind bewilligungsfähig. Die vorgebrachten Gründe treffen nicht zu. Bei diesen fünf Einsprachen hat Heinz Tännler alle Verhandlungen geführt innerhalb von einer Woche. Drei Einsprachen sind zurückgezogen. Bei zwei Einsprachen sieht es mehr als rosig aus, dass diese auch zurückgezogen werden können. Wir brauchen noch Bedenkzeit. Aber der Votant ist überzeugt, dass wir auch mit diesen Personen eine einvernehmliche Lösung finden werden.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2102.5 – 14061 enthalten.

426 Kantonsratsbeschluss betreffend Übertrag der Beteiligung an der Batrec Industrie AG vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen

Traktandum 8 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2128.1/.2 – 14022/23) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2128.3 – 14039).

Gregor **Kupper** glaubt, wir hatten heute schon schwierigere Geschäfte als dieses. – 1990 beschloss der Kantonsrat, 400 Aktien an der Batrec Industrie AG zu kaufen. Es ging damals um Entsorgungsaufgaben. Die Batrec wurde gegründet, um Sonderabfälle – insbesondere Batterien – zu entsorgen. Im Sinne einer Anschubfinanzierung beteiligte sich der Kanton Zug damals daran. Er legte diese Aktien, nachdem er ihnen einen längerfristigen Charakter zuordnete, ins Verwaltungsvermögen und hat sie über die Jahre entsprechend abgeschrieben, so dass sie dort heute noch mit einem Franken stehen. Nun hat der Mehrheitsaktionär der Batrec bekundet, dass er daran interessiert ist, diese Aktien zurückzukaufen. Der Regierungsrat hat das angeschaut und ist zur Überzeugung gelangt, dass kein Bedürfnis für die Haltung dieser Aktien für die Zukunft besteht. Er beantragt uns deshalb, die Aktien als ersten Schritt ins Finanzvermögen zu überführen – das muss er tun, weil sonst die Aktien gar nicht verkäuflich sind – und sie dann anschliessend zu verkaufen. Sie konnten der Vorlage entnehmen, dass daraus ein Buchgewinn von 72'000 Franken resultiert, der die Laufende Rechnung 2012 dann entsprechend aufbessert. Die Stawiko ist auf das Geschäft eingetreten und beantragt Zustimmung.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** verweist auf die Ausführungen des Stawiko-Präsidenten.

Philip C. **Brunner** fragt, ob der Rat überhaupt noch beschlussfähig ist, da sich viele Kantonsratsmitglieder nicht mehr im Saal aufhalten.

Die **Vorsitzende** bittet die Stimmenzähler festzustellen, wie viele Mitglieder im Kantonsratssaal sind. (Es sind 46) Sie bittet alle, die sich ausserhalb des Saals aufhalten, zurückzukommen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es nur eine einzige Lesung gibt, da es sich bei der Vorlage gemäss § 55 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats um ein Finanzdekret handelt, das laut § 34 der Kantonsverfassung nicht dem Referendum unterliegt.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 53:0 Stimmen zu.

Landschreiber Tobias **Moser** wird für den Rest der Sitzung von der stellvertretenden Landschreiberin Renée **Spillmann Siegwart** abgelöst.

427 – Motion von Franz Hürlimann betreffend Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug
– Motion von Kurt Balmer betreffend Anpassung der zivilrechtlichen Nachbarrechtsbestimmungen im Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug

Traktandum 9 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2033.2/-2077.2 – 14020).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass wegen des inneren materiellen Zusammenhangs zu beiden Motionen im selben Votum gesprochen werden kann.

Franz **Hürlimann** meint, der Inhalt seiner Motion sei schnell erklärt. Das Einspruchsrecht gegen das zu nahe Pflanzen von Bäumen erlischt nach fünf Jahren, nachdem die Pflanzungen vorgenommen worden sind. So sieht es § 103 EG ZGB vor. Und dieser Paragraf soll nach Meinung des Votanten gestrichen werden. Leider ist dieses Anliegen von der Regierung nicht anerkannt worden und so beantragt sie, die Motion nicht erheblich zu erklären. Diese Haltung ist befremdlich. Besonders erstaunt die Begründung auf S. 6 unten: «Die unbefristete Einspruchsfrist würde das Interesse des Grundeigentümers zu stark einschränken.»
Ja - ist denn das neu oder täuscht sich Franz Hürlimann, wenn Gesetze nun zeitlich befristet sind? Kann er sich auch auf diese Auslegung berufen, wenn man bei ihm nächstes Mal am Morgen um halb vier Uhr wieder einen Alkoholtest machen will? Die Einführung der 0,5 Promillegrenze liegt doch schon viel länger zurück als fünf Jahre. Oder Tempo 50 oder sogar Tempo 30 oder wenn man zu Fuss gehen will.
Auch wenn es die Regierung anders auslegt. Der Votant stellt fest, dass die Vernehmlassungen der Gemeinde eine deutlich positive Sprache für die Erheblicherklärung der Motion sprechen. Neun von elf Gemeinden wünschen nämlich eine Verlängerung, drei von ihnen sogar eine Aufhebung des Artikels. Das ist doch die überwiegende Mehrheit, oder wie sehen Sie das? Nur zwei Gemeinden sind mit dem Status quo zufrieden und sehen keinen Handlungsbedarf.
Die Bauämter in diesen beiden Gemeinden Baar und Cham wissen offenbar gar nicht, was in ihren Gemarkungen so abgeht. Viele erboste Bürger, auch aus diesen beiden Gemeinden, haben Franz Hürlimann jedenfalls telefonisch ihren Frust darüber, wie sie behandelt werden, kundgetan, und erhoffen sich eine grosse Erleichterung mit der Erheblicherklärung seiner Motion und die von Kurt Balmer. Diese Gemeinden wollen sich anscheinend möglichst schnell aus der Verantwortung ziehen, wenn es um Nachbarstreit geht. Dabei wäre es so einfach, hier einen Riegel zu schieben.
Die Regierung verweist auf Art. 688 ZGB und suggeriert, wie einfach es sei, solche Streitigkeiten zu beseitigen. Der Votant erklärt Ihnen gerne, wie einfach das ist: Die Rede ist hiervon überhängenden Ästen und damit verbundenem Schattenwurf, von Bäumen nämlich, die ja bekanntermassen über Jahre wachsen und dadurch mit ihren inzwischen breiteren Stämmen bereits auf Ihrem Grundstück stehen können. Und Sie müssen dann beweisen, dass das nicht immer so war. Erst juristische Schlaumeierei hat dazu geführt, dass man überhaupt langwierige zivilrechtliche Prozesse auf sich nehmen muss, um zu seinem Recht zu kommen.
Es sei daran erinnert: Dieser Artikel stammt aus dem Jahr 1911. Nicht nur für Schnellrechner sind dies mittlerweile über 100 Jahre her. Holz war damals für heu-

tige Verhältnisse sehr viel teurer. Damals hatte auch das Kapprecht noch eine wichtige Bedeutung, denn man durfte die Äste und Früchte der Bäume für sich beanspruchen. Wie das Gesetz früher angewendet wurde, zeigt ein Zitat aus dem Weibelbuch der Gemeinde Walchwil:
«… innert Monatsfrist von heutigem Datum an gerechnet zurückzuschneiden und zwar senkrecht in der Luft. Nach Verfluss dieser Frist steht es dem Anstösser zu, nach seinem Ermessen die Äste zurückzustutzen und sie zu behalten. 16. Juli 1917.» Das war die Zeit, als das Gesetz erst seit kurzer Zeit bestand. Und wohlverstanden, diese Anordnung galt im Juli, zur Erntezeit.
Bei einem anderen Fall heisst es:
«… gerichtlich aufgefordert, sämtliche Bäume und Sträucher, die sich auf der anlässlich der letzten Grenzregulierung vom August 1939 bei der Grundbuchvermessung festgesetzten neuen Grenze oder bis auf 50 cm davon entfernt, auf Ihrer Liegenschaft befinden, fachgemäss samt Wurzeln zu entfernen und zwar längstens bis 20. Januar 1941, abends 5 Uhr. Innert gleicher Frist sind alle Äste der Bäume, welche näher als 50 cm an die neue Grenze heranreichen zu kappen, unter Androhung einer Busse von Fr. 30.- und strafrechtlicher Verfolgung gemäss § 44 StG im Falle der Nichtbeachtung dieser Verfügung. 8. Januar 1941.»
Unsere Lebensformen haben sich in den letzen Jahrzehnten massiv verändert. Dieses Gesetz aber ist immer noch das gleiche wie vor 100 Jahren und soll nach dem Willen der Regierung weiterhin seine Berechtigung haben. Entspricht das gesundem Menschenverstand, wenn gleichzeitig unser Wohnraum immer enger wird? Warum sollen denn Gesetzesänderungen diesem Umstand nicht endlich Rechnung tragen?
Die Meinungen in den Fraktionen sind bereits gemacht. Aber haben Sie sich wirklich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt? In jeder Gemeinde unseres Kantons hat es viele Mitbewohnerinnen und Mitbewohner, die unter dem Missstand bei der Bepflanzung des Nachbargrundstücks sehr zu leiden haben. Geben Sie diesen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine Chance, ohne aufwändige Zivilprozesse zu ihrem Recht zu kommen! Es geht Franz Hürlimann nicht um die Aussicht auf See und Berge, sondern um normale Lebensqualität und unverhältnismässige Beeinträchtigung durch Dritte.
Ein zeitlich unbeschränktes Einspruchsrecht sichert die Einhaltung der Bauvorschriften auch auf lange Sicht. Handlungsbedarf ist notwendig. So sieht es ja auch die Mehrheit der Gemeinden unseres Kantons. Klare Regelungen schaffen klare Verhältnisse!
Geschätzte liberale Ratskolleginnen und -kollegen. Eben erst habt ihr mit Ach und Krach eure Unterschriften für weniger Bürokratie zusammengekratzt. Diese Motion verlangt die exakte Umsetzung Eurer Anliegen. Ihr müsst dabei nicht einmal einen Finger krumm machen, ihr müsst ihn nur im richtigen Moment aufstrecken! Auf Grund dieser Ausführungen macht der Votant dem Rat auch beliebt, die Motion Balmer vollständig erheblich zu erklären. Eine regierungsrätliche Vorlage ermöglicht es uns, bei der Beratung auf die Details einzugehen und mit Besonnenheit zu entscheiden, ob die Einspruchsfrist aufzuheben oder zu verlängern sei. Franz Hürlimann beantragt, seine Motion sei erheblich zu erklären.

Kurt **Balmer** freut sich über die grundsätzlich sehr wohlwollende Aufnahme seines Anliegens und die Einsicht des Regierungsrats, dass die Zeit reif scheint, die wirklich alten Bestimmungen einer Überarbeitung zu unterziehen. Insbesondere im Kanton Zug hat die verdichtete Bauweise und auch die grössere Vielfalt der Begrünungen zu vermehrten Grenzkonflikten geführt, wie es Franz Hürlimann eben aus-

geführt hat. Dem gilt es mit aktuellen klaren Gesetzesbestimmungen Rechnung zu tragen zwecks Wahrung des Rechtsfriedens. Der Votant ist wirklich froh, dass der Regierungsrat dies auch so sieht.
Nicht einig mit dem Regierungsrat ist er bezüglich § 103, welcher auch pauschal ein Bestandteil seiner Motion ist und was auch Franz Hürlimann bereits angesprochen hat. Der Regierungsrat ist nämlich einerseits damit einverstanden, dass die §§ 94 bis 111 überarbeitet werden, obwohl weder in der Motion noch in der Antwort irgendetwas Materielles über die §§ 94, 96 bis 101 und 106 bis 111 steht. Es erscheint völlig inkonsequent, ausgerechnet § 103 (Einspruchsrecht) völlig aussen vor zu lassen, obwohl die diesbezüglichen Abklärungen unvollständig erscheinen und die Ausführungen des Regierungsrates nicht ganz ausgewogen sind und Ergänzungsbedarf besteht. Leider ist nämlich die fünfjährige Einspruchsfrist nicht absolut; so wie quasi das Gesetz lautet. Nein auch nach über fünf Jahren kann man noch zum Richter rennen und erhält gegebenenfalls Recht. Rechtsicherheit hat man also mit der heutigen Frist nicht und andererseits hat im Vernehmlassungsverfahren das OG zu Recht darauf hingewiesen, dass die Abschaffung der Frist nicht dazu führt, dass eine Einsprache quasi ewig lange noch erfolgen könne. Das Rechtsmissbrauchverbot führt nämlich dazu, dass die allfällige Aufhebung der Frist gemäss Antrag Hürlimann unter dem Vorbehalt der Verwirkung steht und selbstverständlich individuell geprüft werden muss, ob das Recht des Klägers auch verwirkt ist. (für Insider verweist Kurt Balmer auf die spezielle Literatur dazu).
Auch wenn Sie – wider Erwarten – die Motion Hürlimann nicht erheblich erklären sollten, so wäre ein Mittelweg die volle Erheblicherklärung der Motion Balmer. Damit könnte im späteren Gesetzgebungsverfahren auch der umstrittenen § 103 nochmals diskutiert werden und erst alsdann geklärt werden, ob nun die Einspruchsfrist verlängert werden oder ganz wegfallen soll. Wenn Sie heute nicht voll überweisen, so setzen Sie in einem wichtigen Punkt ein voreiliges negatives Präjudiz, welches jetzt nicht nötig ist.
Tragen Sie auch über die Parteigrenze hinaus zum nachbarschaftlichen Frieden bei und stimmen Sie für die volle Erheblicherklärung, welche hiermit beantragt wird.

Adrian **Andermatt** hält fest, dass die FDP-Fraktion sowohl bezüglich der Motion Hürlimann wie auch jener von Kurt Balmer beantragt, den Anträgen der Regierung vollumfänglich zu folgen.
Im Nachbarrecht wird die Beschränkung des Grundeigentums geregelt. Dies geht auch bereits klar aus der Überschrift zu den nachbarrechtlichen Bestimmungen des EG ZGB hervor. Somit muss einem auch bewusst sein, dass jede Ausweitung der nachbarrechtlichen Bestimmungen – wie dies die Motionäre mit dem zeitlich unbeschränkten Einspruchsrecht verlangen – zu einer weiteren Beschränkung der Eigentumsrechte des betreffenden Grundeigentümers führen.
Für eine liberale Partei stellt nebst der Selbstverantwortung des Individuums und dem Wettbewerb insbesondere auch das Privateigentum ein zentraler Wert dar. Eine Einschränkung des Privateigentums bedarf somit einer besonderen Rechtfertigung und es gilt die entsprechende Güterabwägung vorzunehmen.
Im vorliegenden Fall wird diese zusätzlich geforderte Eigentumsbeschränkung damit begründet, dass das heute geltende fünfjährige Einspruchsrecht im Nachbarrecht ab Anpflanzung ungenügend sei, weil Pflanzen und Bäume auch nach dieser Zeit in der Regel noch nicht ihr maximales Volumen erreicht hätten und somit Nachbarinnen und Nachbarn zu früh ihrer Rechte verloren gingen.

Abgesehen davon, dass es Nachbarn durchaus zuzumuten ist, sich während der heute geltenden und bereits genannten fünfjährigen Einsprachefrist bei Bedarf über die weitere Entwicklung beziehungsweise das potenzielle Volumen von Pflanzen und Bäumen zu informieren und allenfalls entsprechend zu handeln, stellt das vorgeschlagene, zeitlich unbefristete Einspruchsrecht schlicht und einfach einen unverhältnismässigen Eingriff in die Eigentumsrechte der betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern dar.
Ein Beispiel. Mit der unbefristeten Einspruchsmöglichkeit könnte ein neu zugezogener Nachbar, welcher seine Liegenschaft beziehungsweise Wohnung im Wissen um einen bestehenden, alten Baum auf dem Nachbarsgrundstück gekauft hat, zehn oder auch dreissig Jahre nach der Pflanzung dieses Baums die Einhaltung des gesetzlich vorgesehenen Grenzabstands verlangen und auch durchsetzen. Dies mit der Konsequenz, dass der Baum dann auch gefällt werden müsste, obwohl sich früher niemand am besagten Baum gestört hätte oder gar alle anderen Nachbarn den schattenspendenden Baum sehr schätzen. Der Hinweis von Kurt Balmer, dass man sich ja dann immer noch auf Rechtsmissbrauch stützen könnte, ist insofern ein Widerspruch, als er ja Rechtssicherheit verlangt hat. Der Votant verlangt hier Rechtssicherheit auch für den Grundeigentümer.
Ein weiteres Beispiel, welches insbesondere auch aus dem Bereich der Baueinsprachen bekannt ist, soll hier ebenfalls genannt werden. Der neue Nachbar könnte nur mit einer entsprechenden Klage drohen und diese von einer finanziellen Entschädigung abhängig machen. Beides Situation, die es aus unserer Sicht zu verhindern gilt. Aufgrund des Gesagten steht auch fest, dass das löbliche Ansinnen der Motionäre, mit dieser Bestimmung nachbarrechtliche Konflikte vermindern zu wollen, nicht erreicht werden kann. Vielmehr öffnet der Vorschlag, wie wir soeben gesehen haben, Tür und Tor für nachbarrechtliche Nötigungen. Das wollen wir nicht.
Die unbefristete Einsprachemöglichkeit ist zudem für den allenfalls betroffenen Nachbarn auch schlicht nicht nötig. Denn das allseits bekannte nachbarrechtliche Bundesgerichtsurteil aus dem Jahre 2009 – über welches wir bereits bei der letzten, sehr themenähnlichen Motion des Motionärs Hürlimann hier im Rat diskutiert haben – zeigt klar auf, dass das Bundesrecht einzelnen Nachbarn auch einen weitergehenden Schutz gewährt. Mit anderen Worten: In krassen Einzelfällen kann man sich auf Bundesrecht stützen und dieses schützt diesen betroffenen Nachbarn auch.
In aller Regel stellt das heute geltende und auf fünf Jahre befristete nachbarrechtliche Einspruchsrecht gemäss EG ZGB eine ausgewogene Lösung zwischen den berechtigten Interessen des Nachbarn wie auch den Eigentumsinteressen des Grundeigentümers dar. Sollte dies in einem konkreten Einzelfall nicht der Fall sein, so kann sich der Nachbar unter bestimmten Voraussetzungen immer noch auf Bundesrecht stützen.
Zusammenfassend hält Adrian Andermatt somit nochmals fest, dass die FDP-Fraktion die von den Motionären geforderte Einführung einer unbefristeten Einspruchsmöglichkeit im kantonalen Nachbarrecht ablehnt, weshalb die Motion Hürlimann insgesamt und auch die Motion Balmer diesbezüglich als nicht erheblich zu erklären sind.
Bei der Motion Balmer geht es ja aber nicht nur darum, sondern insbesondere auch um eine Überprüfung und Anpassung sämtlicher nachbarrechtlicher Bestimmungen im EG ZGB. Da diese Bestimmungen effektiv bereits ein ansehnliches Alter aufweisen und beispielsweise der vorgeschriebene Grenzabstand von Misthaufen auch nicht mehr ganz aktuell sein dürfte, stehen wir diesem Ansinnen positiv

gegenüber und unterstützen somit auch die teilweise Erheblicherklärung der Motion Balmer.

Manuel **Brandenberg** hält fest, dass die SVP-Fraktion die schlüssigen Ausführungen des Regierungsrats unterstützt. Das heisst, sie ist für die Nichterheblicherklärung der Motion Hürlimann und für die teilweise Erheblicherklärung der Motion Balmer im Sinn der regierungsrätlichen Ausführungen. Sie anerkennt auch das eifrige Bemühen von Kurt Balmer, das kantonale Zivilrecht zu optimieren.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, macht es kurz. Adrian Andermatt hat sehr gut ausgeführt, zu was es führen würde, wenn man die Motion Hürlimann erheblich erklären würde. Es kann wirklich nicht im Interesse der Grundeigentümerinnen und -eigentümer sein, hier weiter einzuschränken. Das Ziel, das eigentlich mit der Motion verfolgt werden möchte, nämlich nachbarliche Konflikte zu vermindern und Lösungen zu vereinfachen, würde genau ins Gegenteil verkehrt. Es ist auch nicht richtig, dass der Staat oder die Justiz in all den nachbarschaftsrechtlichen Streitigkeiten dauernd bemüht werden. Es ist richtig, dass nach fünf Jahren eine höhere Hürde besteht. Und wie ausgeführt wurde, ist es immer noch möglich, bei übermässigen und unzulässigen Immissionen die Beseitigung von störenden Pflanzen zu verlangen. Die Direktorin des Innern bittet den Rat im Namen des Regierungsrats, die Motion Hürlimann nicht und die Motion Balmer teilweise erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 41:17 Stimmen, die Motion Hürlimann nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 43:18 Stimmen, die Motion Balmer im Sinn der Ausführungen des Regierungsrats teilweise erheblich zu erklären.

428 Motion von Martin Pfister, Martin B. Lehmann, Anna Lustenberger-Seitz, Moritz Schmid und Daniel Stadlin betreffend Übernahme der Kosten der Zugerland Verkehrsbetriebe AG bei Grossanlässen

Traktandum 10 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2087.2 – 14042).

Die **Vorsitzende** bittet die Mitglieder des Rats, bis zum Ende der Sitzung zu bleiben. Es kann nicht sein, dass so viele den Rat frühzeitig verlassen.

Martin **Pfister** hält fest, dass die Motionärin und die Motionäre mit dem Antrag des Regierungsrats auf Teilerheblicherklärung einverstanden sind. Unsere Motion, die bereits für alle vergleichbaren Grossveranstaltungen angedacht war, hätte auch zu anderen Schlüssen führen können. Es fällt dem Regierungsrat sichtlich nicht leicht zu begründen, warum nur die Busse nach EVZ-Spielen unterstützt werden sollen. Dennoch verstehen und unterstützen wir diese Position, unter anderem auch, weil die Motion klar in diesem Zusammenhang eingereicht wurde. Das Ringen um eine

gute Begründung, den EVZ exklusiv zu behandeln, zeigt aber ebenso, dass der Kanton gewillt ist, sich grosszügig für gute Rahmenbedingungen für den EVZ einzusetzen.
Es sei hier noch einmal an die Umstände der Einreichung dieser Motion erinnert. Die Motionäre gehörten alle der Ad-hoc-Kommission Sicherheit an, die das neue System für die Abgeltung von Sicherheitskosten vorgeschlagen hat. In der Kommissionsarbeit gingen wir noch davon aus, dass die Gemeinden den EVZ beim Betrieb des Busbahnhofs unterstützen würden, wie sie dies lange Jahre getan hatten. Noch während der Beratungen der Kommission änderte sich diese Voraussetzung und die Gemeinden entschieden sich gegen eine Mitfinanzierung. Die von der Kommission vorgeschlagenen und vom Kantonsrat beschlossene 60/40 %-Lösung diente nie dazu, vom EVZ mehr Geld an den Staat abzuführen. Sie zielt darauf, dank der pekuniär gestützten Eigenverantwortung der Veranstalter, insbesondere auch des EVZ, mehr Sicherheit zu erreichen. Wenn also die Vorlage, die der Regierungsrat bei einer Erheblicherklärung unserer Motion erarbeiten wird, zu einer Lex-EVZ wird, so war dies von den Motionären tatsächlich auch so beabsichtigt.
Noch ein Wort an die Verantwortlichen des EVZ. Vielen Ratsmitgliedern fehlt angesichts des Verhaltens des Vereins die Begeisterung, dem EVZ bei den Kosten des Busbetriebs entgegen zu kommen. Der Votant ist nicht sicher, ob der Kantonsrat einst der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Gesetzesänderung zustimmen wird, wenn der EVZ an seiner Initiative festhält, die Rechnung für die Polizeileistungen des Kantons gemäss Polizeiorganisationsgesetz nicht bezahlt und weiterhin auf etwas billige Art Stimmung gegen den Sicherheitsdirektor macht, der das neue Gesetz nun wirklich nicht zu verantworten hat. Heute wollen wir jedoch das Kind nicht mit dem Bad ausschütten und stimmen dem Antrag des Regierungsrats zu.

Monika **Weber** spricht im Namen ihrer Fraktionskollegin Gabriela Ingold. – Die FDP-Fraktion ist wie der Regierungsrat der Ansicht, dass das Polizeiorganisationsgesetz keine gesetzliche Grundlage bildet, um dem Anliegen der Motionäre und insbesondere der Sache nachzukommen. Das Busangebot nach den Heimspielen des EVZ werten wir als hohes öffentliches Interesse. Profit daraus zieht nicht nur der EVZ – es ist vor allem die ganze Bevölkerung, Jung und Alt. Beispielsweise können Schüler, die alleine an den Match gehen, nachher sicher nach Hause fahren und müssen nicht mit der grossen Masse in Richtung Bahnhof gehen. Der Busservice erhöht die Sicherheit, das ist für die FDP klar und zentral. Weiter dämmt der Busservice das Verkehrsaufkommen ein, und dies vor, während und nach den EVZ-Spielen. Der ökologische Aspekt ist selbstredend auch erwähnenswert. Die vielen anderen nicht kommerziellen Veranstalter sollen weiterhin aus dem Lotteriefonds Gelder erhalten. Das ist richtig so. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion einstimmig den Antrag des Regierungsrats. Die Motion soll teilweise erheblich erklärt werden. Wir befürworten explizit die Übernahme von 40 % der Kosten für Extrakurse, lehnen aber die Zufahrt mittels Shuttlebussen an Grossanlässe ab und sind auch dagegen, dass Leistungen an den Tarifverbund Zug auf dem normalen Bus- oder Bahnnetz gewährt werden.

Moritz **Schmid** sagt heute nicht, dass er mit der Stellungnahme der Regierung nicht zufrieden ist, aber sie überzeugt ihn nicht. Positiv überrascht ist er vom Entscheid, dass der EVZ mit einer Erhöhung der Billettpreise die Sicherheitskosten abdecken will. Wo sich der EVZ immer noch schwer tut, ist die Übernahme der

Transportkosten nach einem Eishockeyspiel. Die Busangebote sind eine massgebliche Massnahme für die Sicherheit vor und nach dem Spiel und sind im positiven Sinn zu werten. Das Eskalationsrisiko zwischen einzelnen Gruppen kann so sehr stark minimiert werden. Positiv zu werten ist auch, dass einige Tausend Zuschauer mehr pro Saison durch den Gratistransport an den EVZ Heimspielen zu verzeichnen sind. Moritz Schmid schätzt den Entscheid der Regierung, den EVZ mit ca. 40 % der Transportkosten aus dem Lotteriefonds zu unterstützen. Es sollte auch möglich sein, dass sich die Gemeinden an den 60 % EVZ-Anteil beteiligen würden. Der Votant ist der Meinung, alle Veranstalter sollten gleich behandelt werden.
Was ihn dann aber mehr auf die Palme bringt, ist Artikel 6 der Vorlage, Verhandlungen mit dem EVZ. Da hat er das Gefühl in einer anderen Vorlage zu lesen. Da liest er nämlich nur, mit was der EVZ alles einverstanden ist, aber nirgends, dass der EVZ dank dem Entgegenkommen der Regierung und des Parlaments zu Beispiel seine fragwürdige Unterschriftensammlung zurückzieht und wirklich mit dem Entscheid der Regierung zufrieden ist.
Auch an den Klubgeneralversammlungen wurde vom Präsidenten nichts, aber auch gar nichts Positives gesagt, im Gegenteil. Aber das erwartet Moritz Schmid nun vom diesem Komitee, nämlich dass die Unterschriftensammlung beendet und zurückgezogen wird, da sonst die erwähnten Verhandlungen im Punkt 6 noch unglaubwürdiger erscheinen. Er unterstützt den Antrag der Regierung, wie dies auch die SVP Fraktion grossmehrheitlich tut.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF beantragt, die Motion sei nicht erheblich zu erklären. Begründung: Über den Sinn und Zweck des Busbahnhofs wurde schon viel gesprochen, er ist ein guter Service des EVZ, also ein gutes Werbemittel. Auch dass die Sicherheit für die Spielbesuchenden erhöht wird, ist unbestritten. Wenn es dem EVZ wichtig ist, dass er damit Matchbesucherinnen und -besucher anlocken kann, wird er dieses Angebot weiter betreiben, wer immer dies auch bezahlt. Schon in anderen Voten haben wir erwähnt, dass mit einem geringen Aufschlag auf die Tickets der Busbahnhof für den EVZ möglich ist.
In der Antwort des Regierungsrats soll dem EVZ 40 % an diesen Busbahnhof finanziert werden. Nach unserer Meinung sollten auch andere Grossveranstalter wie z.B. das Zuger Seenachtsfest oder die Zuger Messe oder z.B. ein kantonales Schwingfest davon profitieren können – es soll keine Lex EVZ gemacht werden. Da aber die erforderlichen Kriterien für eine solche Mitfinanzierung eng gefasst sind, käme nur der EVZ in den Genuss eines Beitrags. Dies ist unangemessen.
Wir akzeptieren die momentane Haltung der EVZ AG nicht, dass er nun gemäss der Sonntagsausgabe der Neuen Zuger Zeitung die durch die Zuger Polizei in Rechnung gestellten Sicherheitskosten nicht in diesem Umfang bezahlen will. Diese beinhalten ja sogar nur die Frontkosten, also den direkten Einsatz. Den Aufwand für z.B. Haftstrafen gehört nicht dazu.
Jeder gewinnorientierte Betrieb, jede AG ist für die Sicherheit im und um den Betrieb zuständig und bezahlt diese. Vergisst der EVZ, dass der Kantonsrat auch ganz anders hätte entscheiden können, z.B. nur 20 % zu übernehmen? Hat er nicht erkannt, dass der Kantonsrat signalisiert hat, Sicherheit ist Sicherheit, Verkehr ist Verkehr, und darum Vertreterinnen aus fast allen Parteien, darunter auch die Votantin für die AGF, diesen Vorstoss für einen Beitrag an die Buskosten eingereicht haben?
Die AGF war nach der letzten Debatte geschlossen für eine Teilfinanzierung der Buskosten. Aber das Gebaren der EVZ AG, die den Anschein erweckt, die Firma foutiere sich um Gesetze, lässt uns abkehren, diesem Betrieb weiter entgegenzu-

kommen. Zudem hat das vom Rat beschlossene Gesetz dazu geführt, dass die Zuger Polizei in vielen Spielen ein tieferes und günstigeres Sicherheitsdispositiv fahren konnte, selbst bei Spielen gegen den ZSC. Es hatte präventive Wirkung, die Sicherheit im und um das Stadion hat zugenommen. Davon profitieren der EVZ, die Fans und wir alle. Und wie gesagt, der EVZ wird diesen Service, der in erster Linie ihm selber dient, so oder so weiter anbieten, denn immerhin wird er von 10 % der Besucher und Besucherinnen genutzt.

Alois **Gössi** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Pro Saison besucht er jeweils vielleicht fünf bis acht Heimspiele des EVZ, fährt mit dem Bus zum Bossard-Stadion und benutzt anschliessend den Extrabus Baar - Neuheim - Menzingen für die Heimkehr. So ist er jeweils nach einem Spiel wieder in Kürze zuhause. Im Billett ist bis jetzt ja sowohl die Hinfahrt ins Stadion wie jauch die Rückfahrt inbegriffen.
Die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich für die Erheblicherklärung dieser Motion. Wir begrüssen es, wenn auch weiterhin nach einem EVZ-Spiel mit Extrabussen die Möglichkeit geboten wird für eine rasche und sichere Heimkehr mit der ZVB. Die Vorteile einer solchen Regelung wurden ja sowohl in der Motion wie auch in der Antwort vom Regierungsrat schon erwähnt. Wir sehen diese Extrabusse als einen Teil des Freizeitverkehrs, wie beispielsweise auch die Busse zum Raten am Wochenende. Auch bei einem solchen Freizeitverkehr – auch wenn es reguläre Kurse und keine Extrakurse sind – übernimmt ja der Kanton schon einen Teil der Kosten. Wir sehen dies hier ähnlich mit den Extrabussen nach den EVZ-Heimspielen.
Die SP-Fraktion macht Ihnen beliebt, diese Motion erheblich zu erklären.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** dankt für die mehrheitlich wohlwollende Aufnahme des Regierungsantrags. Nur einige kleine Punkte. – Wir haben uns wirklich an die Motivation und den Ursprung der Motion gehalten und sind jetzt nicht noch weit darüber hinaus gegangen. Umso weniger als wir bei anderen Beispielen keinen Handlungsbedarf gesehen haben. Also die Zuger Messe auch noch mit einzubeziehen. Der Votant hat in diesem Rat gelernt, dass man dort handelt, wo Handlungsbedarf vorhanden ist.
Die von Anna Lustenberger erwähnten nichtkommerziellen Anlässe, also z.B. ein Seefest, werden wie bisher nach wie vor profitieren. Beim Seefest wie auch beim Märlisunntig haben wir die Kosten für den Busbetrieb über den Lotteriefonds gedeckt, und dies zu 100 %. Hier geht es um rein kommerzielle Veranstaltungen. Auch solche können im öffentlichen Interesse ein Angebot machen, und das ist hier der Fall.
Wenn Sie das in unserem Sinn erheblich erklären, haben wir klare Leitplanken, wie wir dann den KRB ausgestalten. Dort werden diese Voraussetzungen, die höheren Hürden, definiert sein. Wenn Sie dann finden, wir sollten das noch ausweiten, haben Sie das in der Hand. Aber anderswo haben Sie auch Limiten gesetzt, etwa beim Kostendeckungsgrad beim öffentlichen Verkehr. Sie werden sicher auch hier den richtigen Rahmen finden.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Alois Gössi seinen Antrag modifiziert hat. Die SP-Fraktion ist auch für die Teilerheblicherklärung im Sinne des Regierungsrats.

➔ Der Rat beschliesst mit 46:9 Stimmen, die Motion im Sinne des Regierungsrats teilerheblich zu erklären.

429 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Unterbringung von Asylbewerbern in der Gemeinde Menzingen (Gubel)

Traktandum 11 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 2120.2 – 14033).

Karl **Nussbaumer** möchte kurz zu den verschiedenen Antworten der Regierung Stellung nehmen.
Antwort 1 ist soweit o.k. Nur, warum steht denn der Gubel auf der Liste des Bundes? Warum wurden in den letzten Tagen LKW-weise Absperrgitter auf den Gubel transportiert? Warum werden angeblich Renovationsarbeiten an Gebäuden gemacht und vorher wurde jahrelang kein Nagel mehr eingeschlagen? Besorgte Bürgerinnen und Bürger von Menzingen befürchten, es handle sich um Vorarbeiten für eine allfällige Aufnahme in den nächsten Wochen.
Antwort 2. Die SVP anerkennt, dass der Regierungsrat die Rechtslage im Auge behält. Sollte der Bund eine Unterbringung auf dem Gubel trotzdem vorsehen, was der Votant persönlich nie unterstützen würde, käme dies einer Zweckänderung oder Umnutzung auf dem Gubel gleich. Auch anerkennt die SVP die Bemühungen der von Manuela Weichelt präsidierten Zentralschweizer Sozialdirektorenkonferenz und begrüsst deren Forderungskatalog. Wir danken ihr für ihr Engagement, hoffen aber, sie wird diese Forderungen auch so durchziehen.
Antwort 3. Sehr kompetente Ausführungen des Regierungsrats. Die SVP stellt fest, dass eine dauernde Unterbringung von Asylanten auf dem Gubel rechtlich nach wie vor unzulässig ist und eine befristete nur ausnahmsweise unter mehreren Voraussetzungen. Wir hoffen, die Regierung wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Gubel für die Unterbringung von Asylsuchenden nicht geeignet ist, weil er in der Landwirtschaftszone und deshalb nicht zonenkonform ist.
Antwort 4. Die Antwort des Regierungsrats ist etwas fad, und die Tonalität von St. Florian-Politik ist einer Regierung unwürdig. Auf sachliche Fragen werden sachliche Antworten erwartet. Positiv zu werten ist, dass der Regierungsrat die Forderungen der Zentralschweizer Sozialdirektoren unterstützt.
Antwort 5. Gut, der Regierungsrat geht davon aus, dass der Bund Notrecht nicht anwenden wird. Aus der Antwort geht hervor, dass der Regierungsrat die Gemeinde Menzingen allenfalls über rechtliche Belange informiert. Dies ist ja gut und recht, hilft aber sicher nicht weiter. Hier hätten wir erwartet, dass die Gemeinde Menzingen mit rechtlichen Mitteln unterstützt wird.
Zum Schluss möchte der Votant noch sagen, dass wir Menzinger uns mit allen mitteln gegen eine allfällige Unterbringung wehren würden und hoffen, der Regierungsrat behält Recht, wonach es nie zu einer Unterbringung auf dem Gubel kommt. Wenn er aber die neuesten veröffentlichten Zahlen des Bundes wieder liest, haben die Asylgesuche schon wieder um 63,5 % zugenommen. In Bern muss nun endlich gehandelt werden. Der grösste Teil der Asylanten sind Wirtschaftsflüchtlinge und die sollte man sofort wieder ausschaffen. Hier sollten sich vor allem unsere Lokalpolitiker in Bern mit Vorstössen einsetzen, wie dies Nationalrat Thomas Aeschi bereits macht.

Frowin **Betschart** weist darauf hin, dass Bundesrat Ueli Maurer in der Tagesschau vom 27. März 2012 erklärte: «Wir mussten dem Bundesamt für Migration Unterkünfte melden, die zur Verfügung stehen könnten. Wir haben 25 davon gemeinsam rekognosziert und in den meisten Fällen ist das dann im Sand verlaufen».

Wenn der Votant die Antwort der Regierung auf die Interpellation vom 5. März liest, scheint ihm nach wie vor, dass die Abklärungen und das Vorgehen von Seiten des VBS und des Bundesamtes für Migration im Sand verlaufen. So wird bis heute nicht klar, ob und in welcher Weise im Kanton Zug eine Unterbringung von Asylsuchenden in einer Truppenunterkunft geplant ist. Unter welchen Umständen einzelne Unterkünfte auf die viel diskutierte Liste des VBS gelangten, respektive welche heute noch zur Diskussion stehen, kann nicht gesagt werden.
Im Bezug auf eine allfällige Nutzung der Truppenunterkunft auf dem Gubel wird aus der Antwort der Regierung Folgendes klar: Ob und in welcher Weise der Gubel vom VBS noch in Betracht gezogen wird, bleibt unsicher. Ein konkretes Projekt ist nicht vorhanden und ob die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern möglich ist, bleibt offen. Eine unbefristete Unterkunft kann auf dem Gubel aus bundesrechtlicher Sicht ausgeschlossen werden und für eine befristete Unterbringung sind die geforderten Auflagen zur Umnutzung sehr hoch.
Aus Sicht von Frowin Betschart ist eine polemische Diskussion über Asylsuchende und deren Unterbringung in der aktuellen Situation weder zielführend noch angebracht. Auch aufrührerische Einzelaktionen und einseitige Stimmungsmache sind wenig sinnvoll. Für eine adäquate Lösung braucht es die Mithilfe und Zusammenarbeit der Kantone und der Gemeinden. Der Kanton Zug tut gut daran, in diesem konkreten Fall das VBS beim Wort zu nehmen und sich in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden keinen Sand in die Augen streuen zu lassen.
Der Votant dankt der Regierung für die Beantwortung der Interpellation, fordert sie aber auf, weiter und mit Nachdruck auf eine schnelle und verbesserte Information durch das VBS zu beharren. Die Beteiligen sind schnellstmöglich und umfassend über neue Gegebenheiten zu informieren und allfällige Hilfestellungen sind zu geben. Im Weiteren ist die Konferenz der Zentralschweizer Sozialdirektoren aufgerufen, den Forderungskatalog weiterhin mit Nachdruck zu platzieren.

Als Stefan **Gisler** letzte Woche im schönen Menzingen mit seiner Familie eine Velotour machte, irritierten sie mit negativen Parolen beschmierten Siloballen, die den Eindruck erwecken, Menzingen befinde sich bereits jetzt im Ausnahmezustand. Mehrere Menzinger haben dazu einen beeindruckenden Leserbrief zum Thema eines eventuell möglichen nationalen Asylzentrums verfasst. So schreiben sie unter anderem: «Dass wir solche starken Fluchtbewegungen aus den armen in die reichen Länder erleben, hat seine Gründe. Auf der ganzen Welt werden Böden, Wälder, Meere, Menschen ausgebeutet, und die Profite fliessen zu grössten Teilen in die Hände weniger, an mächtige Konzerne in die reichen Länder. Auch nach Zug, das zu einem Zentrum des weltweiten Rohstoffhandels geworden ist. Dessen ausbeuterische und unmenschliche Praktiken werden nun endlich angeprangert, zum Bespiel durch die Kampagne Recht ohne Grenzen. Machen wir uns hier im reichen Zug nicht zu Komplizinnen und Komplizen des Unrechts? Davon hört man von den Scharfmachern gegen Asylbewerbende nie ein Sterbenswort.»
Und noch ein Zitat aus Menzingen: «Ob Asylsuchende auf dem Gubel einquartiert werden sollen, darf nicht durch fremdenfeindliche Sprüche auf Siloballen entschieden werden, sondern in eine sachlichen Auseinandersetzung mit dem Auftrag des Bundes, mit den Argumenten und mit den Fragen und Ängsten der Bevölkerung.» Diesen Menzingern kann der Votant nur zustimmen.
Bereits 2008 hatten wir dasselbe Thema hier im Rat behandelt. Stefan Gisler erinnert daran, wieso die Militäranlage auf dem Gubel überhaupt als mögliches Asylzentrum zur Debatte steht. Einerseits hat Bundesrat Blocher die Asylstrukturen in den Kantonen massiv runtergefahren, so dass es absehbar war; dass beim Anstieg

der Anzahl Asylsuchender Bundes-Zwischenlösungen gesucht werden müssen. Andererseits vereinbarten damals zwei SVP-Bundesräte miteinander, dass Militäranlagen für solche Zwischenlösungen als Unterkünfte in Frage kämen. Es ist fast schon zynisch, wie nun gerade dieselbe SVP damit Stimmung macht – ohne zu wissen, ob der Gubel von VBS-Chef Maurer überhaupt berücksichtigt wird. Nochmals: Fremdes, Fremde können Angst machen, Asylsuchende können Probleme bereiten – darum muss der Bund die Ängste ernst nehmen und die richtigen Begleitmassnahmen treffen. Der Votant geht nicht so weit, wie vorher SVP-Baudirektor Tännler zu sagen, man merke dann nichts, wenn Menschen vom Rande der Gesellschaft in einen solchen Ort kämen. Die Menzinger werden etwas merken.
Nun hat also das VBS unter SVP-Bundesrat Ueli Maurer im Februar 2012 mittels Medienmitteilung informiert, dass er drei Militäranlagen als Asylunterkünfte öffnen möchte. Er hat dies – wie wir aus der regierungsrätlichen Antwort entnehmen können – ohne Rücksprache mit den Kantonen gemacht. Auch wissen wir nicht, ob der Gubel wirklich in Frage kommt. Diese schlechte Kommunikation und mangelnde Zusammenarbeit lässt Stefan Gisler daran zweifeln, ob der VBS-Vorsteher mit diesem heiklen Thema und den Ängsten der Bevölkerung richtig umzugehen weiss. Hat sich die Regierung diesbezüglich in Bern schon beschwert oder wird sie es tun?
Wenn nun der Gubel von Ueli Maurer als provisorische Unterkunft bestimmt würde, dann geht der Votant mit der Regierung einig, kann es nicht die Aufgabe Zugs sein, sich seiner gemäss Bundesgesetzen festgelegten Verantwortung zu entziehen. Es ist die Aufgabe der Regierung, dem VBS auf die Finger zu schauen, ob die Zentrumsführung professionell und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung geführt wird. Denn der Bund allein wäre zuständig für die Führung und Finanzierung des Zentrums.
Zu Bedenken ist, dass Zug, wenn es ein nationales Zentrum beherbergen würde, weniger regulär zugewiesene Asylsuchende aufnehmen muss - die Regierung hat dies im Bericht erwähnt – Stefan Gisler bittet hier noch um Präzisierungen durch die Regierung. Die Gemeinde Menzingen wird mehr Asylsuchende haben – dabei interessiert, ob Menzingen heute gemäss gemeindlichem Verteilschlüssel bereits genügend Asylsuchende aufnimmt.
Und zuletzt: In der Stadt Zug hat ausgerechnet die SVP gegen einen Standort im Wohngebiet mobilisiert – mit teilweise höchst bedenklichen, von allen anderen Parteien gerügten Vorstössen. Die Stadt hat nun eine Lösung in einem eher ländlichen Gebiet gefunden, wie es die SVP wollte. Der Gubel liegt auch ausserhalb von Wohngebieten – ganz nach dem Wunsch der SVP – und da soll es dann nicht recht sein. Der Votant bittet deshalb die SVP, doch kohärente Sachpolitik statt Polemik zu machen.

Markus **Jans** beschäftigt sich schon seit vielen Jahren mehr mit diesem Thema als ihm lieb ist. – Die SP-Fraktion stellt mit Befriedigung fest, dass die Zuger Regierung bei diesem Thema cool, sachlich und lösungsorientiert bleibt und angemessen auf die Interpellation antwortet. Was Christoph Blocher als Bundesrat mit seiner Haltung zur Unterbringung von Asylsuchenden dem Bundesamt für Flüchtling eingebrockt hat, darf nun zumindest sein Parteikollege Ueli Maurer wieder ausbaden. Dazu ist er nach einigem Murren nun wenigstens auch bereit.
Die SP-Fraktion hätte von der SVP des Kantons Zug erwartet, dass Sie ihrem Bundesrat Ueli bei der Suche nach Unterkunftsplätzen behilflich ist. Aber nein, bei jeder noch so kleinen und völlig unklaren Absichtsmöglichkeiten, Asylsuchende im

Kantons Zug unterzubringen, wird schon mit einer Interpellation gemauert. Das Muster der Abwehrhaltung gegen Asylsuchende ist immer das Gleiche – ja nicht vor meiner Haustüre. Die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen wird angestrebt, solange diese bereit sind, das Kontingent des Kantons Zug zu übernehmen. Unter solchen Voraussetzungen ist keine Partnerschaft zwischen den Kantonen und zwischen den Gemeinden aufzubauen.
Kantone und Gemeinden haben das umzusetzen, was in Bern zur Asylpolitik beschlossen wird. Die Zentralschweizer Sozialdirektorinnen- und -direktorenkonferenz hat mit den Forderungen an den Bund die wesentlichen Punkte angesprochen. Die SP-Fraktion unterstützt insbesondere die Forderungen, dass die Asylverfahren massiv beschleunigt werden. Seitdem sich der Votant mit diesem Thema beschäftigt, ist dies ein Dauerthema. Es wird teilweise verbessert, grösstenteils aber nicht.
Gerade Asylsuchende, die über eine lange Zeit und ohne einen rechtskräftigen Asylentscheid in der Schweiz leben, können letztlich kaum mehr ausgewiesen werden. Solange sie aber in der Schweiz leben, haben sie auch ein Anrecht auf eine angemessene Unterkunft. Gemäss Antwort des Regierungsrats ist eine befristete Unterbringung von Asylsuchenden auch ausserhalb der Bauzone nicht ausgeschlossen. Unter den engen gesetzlichen Voraussetzungen ist die Unterkunft Gubel weiterhin ein Thema – und das ist gut so.
Die SP-Fraktion stützt die Haltung der Regierung betreffend Unterbringung von Asylsuchenden. Wir wünschen uns von der SVP-Fraktion in diesen Fragen mehr konstruktive Unterstützung, Vorschläge und aktive Beiträge zur Lösung des Problems und nicht eine ständige Abwehrhaltung gegen Asylsuchende als Lebensaufgabe.

Karl **Nussbaumer** weist Fremdenfeindlichkeit absolut zurück! Was ist Fremdenfeindlichkeit? Drei Worte. Ist «Asylanten» fremdenfeindlich? Nach Wissen des Votanten nicht. So hat er es jedenfalls gelernt. Gubel ist eine Ortschaft, ist ein Name. Was ist denn da fremdenfeindlich? Der Votant hat das heute und mit Telefonen und Mail gehört. Das ist nicht fremdenfeindlich, das weist er entschieden zurück. Und dann möchte er noch etwas sagen. Es ist nicht nur die SVP. In Menzingen stehen auch solche Siloballen bei Leuten, die bei Euren Parteien sind, bei FDP und CVP. Es sind Bauern, besorgte Leute, welche diese Siloballen aufgestellt haben, und nicht die SVP.

Philip C. **Brunner** weist darauf hin, dass sich hier eine Debatte wiederholt, die im letzten November im Zuger Grossen Gemeinderat geführt wurde. Er möchte speziell zu Markus Jans sprechen, aber auch zu Stefan Gisler. Die SVP-Fraktion im GGR, beziehungsweise der Votant, hat im Sommer 2009, vor drei Jahren, als das Asylthema noch nicht so hoch gekocht war wie jetzt, eine Motion eingereicht und hat Fragen gestellt zu den Standorten in der Stadt Zug. Der Stadtrat hat eine sehr gute Antwort gegeben. Es hatte eine oder zwei Beilagen dabei. Dort sind von der Direktion des Innern damals Zahlen beigeheftet worden. Wie viele Asylbewerber in welchen Gemeinden sind, was erwartet wird, usw. Philip C. Brunner ist Hotelier. Sie müssen im Stall Ordnung haben. Das heisst, es eignen sich wirklich nicht alle Gebäude. Man kann nicht einfach irgendwelche alte Abbruchgebäude nehmen. Damals ging es um ein Gebäude im Raum Ammannsmatt, Schochenmühle. Dort hat es ein älteres Haus aus dem 18. Jahrhundert, das man als Asylunterkunft nützen wollte. Was in diesem Bereich wirklich gemacht werden muss, sind Modulbau-

ten, wie sie in der Stadt Zürich zu finden sind, speziell auch für Familien. Sie können nicht einfach irgendwelche Zimmer oder Altwohnungen umfunktionieren, sondern das muss wirklich mit ein wenig Köpfchen gemacht werden.
Noch zum Waldheim. Es ist nicht so, dass dazu von der SVP eine Debatte angerissen wurde. Das waren Anwohner, gerade auch aus bürgerlichen Kreisen, eher FDP-lastig. Es war dann im GGR etwas komisch, dass wir dann wiederum gerade von der FDP massiv angegriffen wurden, in ähnlicher Art und Weise wie jetzt Karl Nussbaumer, mit Fremdenfeindlichkeit usw. Der Votant plädiert wirklich dafür, dass wir auf allen Ebenen – Gemeinden, aber auch von der Kantonsregierung her – unsere Hausaufgaben machen. Es müssen Standorte evaluiert werden, die sich eignen. Es müssen Modulbauten, die provisorisch aufgestellt werden können, verwendet werden. Wir haben das jetzt in der Stadt Zug für Schulhäuser, aber man kann diese auch für solche Zwecke verwenden. Wenn Sie z.B. Zivilschutzanlagen nehmen, ist das nicht unbedingt das Beste. Es kommt zu Konflikten und Streitereien. Man muss sich bewusst sein, dass dies eine Aufgabe ist, die wir wahrnehmen müssen. Aber man muss etwas voraus denken. Man kann nicht hingehen und eine Debatte führen im Sommer mit dem Gemeinderat, und da werden Fragen gestellt zu diesem Altersheim. Und dann sagt man: Ja, ja, wir bauen das um, wir haben Pläne. Und einige Wochen später kommt man und erklärt, es sei jetzt eine Asylbewerberunterkunft. Die Debatte in der Stadt Zug hat sich vor allem auch gegen die Stadtregierung gewandt, die nicht mit offenen Karten gespielt hat.

Franz **Hürlimann** weist darauf hin, dass die Schweiz weltweit mit den Asylgesuchen auf dem neunten Platz liegt. Anteilsmässig an der Bevölkerung gemessen, sind wir sogar auf Platz drei. Entsprechend gestaltet sich die Unterbringung von Asylsuchenden wahrlich nicht so einfach, wie wir jetzt gehört haben. Lieber Karl Nussbaumer, so schlimm sind deine Befürchtungen nicht. Da hat doch Bundesrat Maurer verlauten lassen, es sei ein gemeinsamer und pragmatischer Entscheid. Gemeint ist die Zusammenarbeit mit dem Amt für Migration unter Präsidentin Sommaruga. Sei doch wenigstens mit dem Chef der besten Armee der Welt ein wenig lieb und nett und lass doch die Asylanten auf den Gubel kommen, wenn sie nun schon mal da sind. Gerne empfehle ich dir meine Gebrauchsanweisung. Wenn sie dann auf dem Gubel sind, sei stets besorgt, dass du immer erreichbar bist. Denn irgendwann fackeln sie aus Frust über die menschenunwürdigen Bedingungen die Unterkunft ab und ihr habt in Menzingen das Asylproblem für alle Zeiten gelöst, wie es die Asylanten auf dem Walchwiler Berg schon 1996 gelöst haben. Seitdem haben wir nämlich wieder Ruhe. Ausserdem bekommst du dann als Feuerwehrkommandant von Menzingen *den* medialen Grossauftritt, und das erst noch zum Nulltarif. Unserer Regierung gibt der Votant den Ratschlag, einen entsprechend geladenen DOK-Bericht in den Herkunftsländern der Asyltouristen zu verbreiten. Dies würde dann wohl den Einen oder Anderen davon abhalten, die Schweiz weiterhin heimzusuchen. Denn wie wir ebenfalls unlängst der Tagespresse entnehmen konnten, hat die Kriminalität derzeit Hochkonjunktur. Und dies eben genau wegen diesen vielen ungebetenen Kurgästen aus Nordafrika.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern: Sie haben es gelesen in der Antwort des Regierungsrats – Bundesrat Ueli Maurer hat uns sehr kurzfristig auf den 20. März nach Bern eingeladen, das heisst eine Woche vorher kam die Einladung. Schön an einem Dienstagnachmittag, wenn alle Regierungen in der Regel Regierungsratsitzung haben. Die Direktorin des Innern hat mit ihren Kolleginnen und Kol-

legen aus der Zentralschweiz gesprochen und es wirklich hingekriegt, dass wir vollzählig nach Bern gereist sind. Was wir dort aber erlebt haben: keine neuen Informationen! Wir wussten ja bereits aus den Medien, dass das VBS in den nächsten Monaten Armeeunterkünfte für Asylsuchende zur Verfügung stellen wird. Das war eigentlich die Hauptbotschaft. Wir haben auch keine Liste erhalten vom VBS. Die Liste, von der wir immer in den Medien gelesen haben, kennt Manuela Weichelt bis heute nicht.
Es wurde die Frage aufgeworfen, ob wir das VBS gerügt haben. Selbstverständlich noch an dieser Veranstaltung hat die Direktorin des Innern gerügt, dass wir nach Bern zitiert werden für diese Informationen. Auf alle Fragen bezüglich Raumplanung hatten wir noch keine Antwort. Wir standen noch am gleichen Ort wie vor drei Jahren. Auch die Informationspolitik, dass die Regierungen ständig aus den Medien lesen müssen, was jetzt wieder gemacht wird, hat sie gerügt.
Diese Woche hat Divisionär a.D. Peter Stutz den Divisionär Marco Cantieni nach Zug geschickt. Dieser hat uns informiert, dass das VBS neben vielen anderen Unterkünften auch den Gubel für eine kurzfristige Nutzung prüft, dass die Sache in der Vorprüfung ist. Dass auch die raumplanerischen Fragen geprüft werden. Also wieder eigentlich keine neue Information. Wir unsererseits haben Marco Cantieni informiert über die Antwort des Regierungsrats, die heutige Debatte, über unsere raumplanerische Haltung zur lang- und kurzfristigen Nutzung.
Es wurde gefragt, wie viele Asylsuchende Menzingen heute hat, ob zu wenig oder zu viel. Menzingen hat zu wenig Asylsuchende. Dort wird zurzeit rege gebaut. Menzingen hat – Stand heute, soweit die Votantin informiert ist – 16 Asylsuchende und müsste etwa 22 oder 23 haben. Es ist ein Anliegen von allen Zuger Gemeinden, dass wirklich eine Verteilung passiert. Unterägeri moniert das immer wieder. Die Gemeinden, die zu wenig haben. Oder auch Steinhausen, das sehr viele zuviel hat.
Die Suche nach Plätzen beschäftigt unser Departement sehr. Wir hatten es letztes Jahr geschafft, 72 neue Plätze zu finden in zehn Unterkünften. Es sind uns dafür sieben Unterkünfte verloren gegangen, häufig durch Abbruch (28 Plätze). Dieses Jahr haben wir bis Mitte März weitere 83 Plätze gefunden in vier Unterkünften. Wir werden aber dieses Jahr noch weitere 59 Plätze verlieren. Manuela Weichelt beschäftigt viel Personal nur mit der Suche nach Unterkünften. Die Gemeinden bemühen sich grossmehrheitlich auch für Unterkünfte. Aber es ist wirklich schwierig, Unterkünfte zu finden im Kanton Zug.
Es ist so: Je mehr Bundesunterkünfte das VBS in unseren Nachbarkantone eröffnet oder überhaupt in der Schweiz, desto mehr Asylbewerber müssen Kantone aufnehmen, die keine Bundesunterkunft haben. Kürzlich wurden in Bern und Luzern Bundesunterkünfte eröffnet. Dort werden 0,4 % weniger Asylsuchende zugewiesen. Das heisst aber, dass irgendwelche andere Kantone sie aufnehmen müssen. Die Bundesunterkünfte werden zu 100 % auch vom Bund bezahlt und betrieben. Den Kanton kostet das nichts. Und es geht darum, dass die Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ) an den Grenzen, in Basel, Chiasso etc., randvoll sind und der Bund ja die Verfahren beschleunigen möchte. Das merken wir vor allem auch bei Schengen/Dublin. Der Bund hat auch 70 neue Personen angestellt beim Bundesamt für Migration. Sie möchten in den EVZ die Verfahren möglichst schnell durchführen und dann wirklich nur noch jene Leute den Kantonen zuweisen, die etwas länger bleiben.
Es wurde die Frage gestellt wegen den Arbeiten auf dem Gubel. Die Direktorin des Innern hat das im Vorfeld auch gehört und sofort abklären lassen bei Divisionär Marco Cantieni. Er hat wiederum Rücksprache genommen mit dem Kommandanten Koordinationsstelle III, welche wiederum den Anlagewart angefragt hat, was auf

dem Gubel vorgehe. Dieser gab zur Antwort, dass in den militärischen Unterkünften keine Arbeiten vorgenommen würden. Weiter hat er sich mit dem Portfolio-Manager der Armasuisse in Verbindung gesetzt. Dieser hat sich wiederum mit dem Facilitity-Manager kurzgeschlossen und die schriftliche Antwort ist: Armasuisse verneint, irgendwelche Arbeiten auf dem Gubel auszuführen. Manuela Weichelt hat ihr Bestes getan, um die Sache abzuklären und hier eine Antwort geben zu können.
Zum Schluss. Die Aufgabe, die wir zu erledigen haben, müssen Bund, Kanton und Gemeinden zusammen erledigen. Wir geben uns als Kanton Mühe, das zu tun, was wir können. Es beschäftigt wirklich, dass wir als Kanton zwei, drei Tage vorher ein Telefon erhalten, es kämen so und so viele Asylsuchende. Und wir sind dann diejenigen, welche die Plätze irgendwo bereitstellen müssen. Die Direktorin des Innern kann sie nicht einfach dem Gemeinderat ins Haus schicken oder vor dem Gemeindehaus abstellen. Also wenn Sie selbst von Unterkünften wissen: Wir sind dankbar um jede Wohnung.

➔ Kenntnisnahme

430 Nächste Sitzung

Donnerstag, 31. Mai 2012 (Nachmittag Fraktionsausflüge)

Protokoll des Kantonsrates

30. Sitzung: Donnerstag, 31. Mai 2012
Zeit: 8.30 – 12.10 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

431 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 79 Mitgliedern.

Abwesend ist: Zari Dzaferi, Baar.

432 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Schülerinnen und Schüler der 2. Sekundarklasse aus Unterägeri mit ihrem Lehrer Peter Schwegler die heutige Sitzung besuchen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es bei der Kommission Übertretungsstrafgesetz Beni Riedi nicht möglich ist, an den Kommissionssitzungen teilzunehmen. Die SVP-Fraktion schlägt an seiner Stelle Moritz Schmid als Kommissionsmitglied vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

433 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 3. Mai 2012.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellung:
   Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons an die Veranstalter von Grossanlässen für die Kosten von Extrabussen und Extrazügen.
   2150.1/.2 – 14078/79 Regierungsrat
4. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Neubau «Lüssihaus» in Baar.
   2102.5 – 14061 2. Lesung

5. Änderung des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz).
   2101.1/.2 – 13948/49 Regierungsrat
   2101.3 – 14066 Kommission
   2101.4 – 14074 Kommissionsminderheit
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Walchwil; Schwerpunkt Erholung und Bahnverkehr).
   2117.1/.2 – 13999/14000 Regierungsrat
   2117.3 – 14054 Kommission für den öffentlichen Verkehr
   2117.4 – 14067 Kommissionsminderheit
   2117.5 – 14068 Raumplanungskommission
7. Motion von Daniel Thomas Burch, Cornelia Stocker, Adrian Andermatt, Maja Dübendorfer Christen, Karin Andenmatten, Anna Bieri und Silvia Thalmann betreffend Standortfrage Kantonsschule Zug.
   Motion der Menzinger Kantonsratsmitglieder Monika Barmet, Frowin Betschart und Karl Nussbaumer betreffend Evaluation und Planung der Mittelschulstandorte (Sekundarstufe II).
   2133.1 – 14044 Motion
   2134.1 – 14045 Motion
   2133.2/2134.2 – 14069 Regierungsrat
8. Motion der SVP-Fraktion betreffend Einrichtung einer elektronischen Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal.
   2011.1 – 13663 Motion
   2011.2 – 14062 Regierungsrat
9. Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz betreffend genügende, qualitativ gute Fruchtfolgeflächen im Kanton Zug.
   2139.1 – 14051 Interpellation
   2139.2 – 14070 Regierungsrat

Am Nachmittag finden die Fraktionsausflüge statt.

434 Protokoll

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 3. Mai 2012 werden genehmigt.

435 Motion von Daniel Stadlin betreffend Anpassung des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)

Traktandum 2 – Daniel **Stadlin**, Zug, hat am 26. April 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2141.1 – 14053 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

436 Motion von Thomas Aeschi betreffend Fakultatives Referendum betreffend Beschlüsse der Gemeindeversammlung

Traktandum 2 – Thomas **Aeschi**, Baar, hat am 2. Mai 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2144.1 – 14064 enthalten sind.

Andreas **Hausheer** stellt den Antrag, die Motion nicht zu überweisen. Die Motion gibt vor, die Gemeindeversammlung zu stärken. In Tat und Wahrheit schwächt sie sie aber gerade, somit jene Institution, bei der sich die direkte Demokratie in der ausgeprägtesten und ursprünglichsten Form zeigt. Die Motion will die Spielregeln, die für alle gelten und die allen bekannt sind, ohne Not ändern. Die Teilnahme an der Gemeindeversammlung würde für viele noch weniger interessant. Schliesslich kann man ja, wenn man nicht einverstanden ist, hinterher trotzdem noch probieren, alles zu ändern.
Die Motion schränkt die Handlungsfähigkeit der Gemeinden unnötig und ungerechtfertigt ein. Ein Beispiel: Die Budgets werden in der Regel anfangs Dezember von der Gemeindeversammlung verabschiedet. Nach der Idee des Motionärs wäre nun aber der Gemeinderat faktisch während mindestens 90 Tagen blockiert, da er ja den Ablauf der Frist von 90 Tagen abwarten müsste. Und das, auch wenn an der Gemeindeversammlung das Budget unbestritten war. Man weiss ja schlussendlich nie, ob die Opposition trotzdem noch plötzlich aus dem Busch hervortaucht. Auch das Argument der selektiven Mobilisierung zieht nicht. Schliesslich ist es jeder Einwohnerin und jedem Einwohner freigestellt, selber auch für seine Interessen zu mobilisieren. Wenn Sie also die Gemeindeversammlung nicht schwächen und die Handlungsfähigkeit der Gemeinderäte nicht unnötig blockieren wollen, und wenn Sie gegen unnötige Gesetzesbestimmungen sind, unterstützen Sie bitte den Antrag, die Motion nicht zu überweisen.

Thomas **Aeschi** hält fest, dass sich das folgende Votum in erster Linie an alle nicht Stadtzuger Kantonsräte richtet, denn nur diese Gemeinden sind von einer allfälligen Änderung des vorgeschlagenen Artikels des Gemeindegesetzes betroffen.
Mit der vorliegenden Motion wird beantragt, dass in der gegenwärtigen Diskussion betreffend der Änderung des Gemeindegesetzes auch über die demokratische Legitimation der Gemeindeversammlungen gesprochen wird. Das heisst, mit der Überweisung dieser Motion an die vorberatende Kommission erhält die Kommission die Möglichkeit, dieses Thema überhaupt zu diskutieren.
Die zehn Zuger Gemeinden mit einer Gemeindeversammlung verfügen über eine starke exekutive sowie judikative Staatsgewalt. Die legislative Staatsgewalt hat jedoch über die Jahrzehnte immer mehr an Einfluss verloren. Im Regelfall nehmen heute nur noch zwei bis fünf Prozent der Stimmberechtigten an einer Gemeindeversammlung teil, während dieser Prozentsatz früher viel höher war. Es ist deshalb nicht überraschend, dass heute vermehrt Kritik an diesem System aufkommt, da bei einem so kleinen Entscheidungsgremium von nur wenigen hundert Personen die demokratische Legitimation immer mehr in Frage gestellt wird.
Aus diesen Gründen kommt - nicht überraschend - in den grösseren Zuger Gemeinden mit einer Gemeindeversammlung – allen voran auch in der Gemeinde Baar – vermehrt der Ruf nach einer eigenen Legislative, wie sie die Stadt Zug bereits hat, auf. In der Gemeinde Baar ist die SVP nicht grundsätzlich gegen die Schaffung eines Grossen Gemeinderats, wie ihn die Stadt Zug bereits kennt. Aus

unserer Sicht sollte jedoch zuerst geprüft werden, wie die demokratische Legitimation und das politische Instrument der Gemeindeversammlung als Ganzes gestärkt werden könnte. Die Einführung des fakultativen Referendums zu den Beschlüssen der Gemeindeversammlung ist diesbezüglich unseres Erachtens ein geeignetes Mittel. Erfahrungen in anderen Kantonen, zum Beispiel in den Kantonen Zürich oder Aargau zeigen, dass dies ein bewährtes und massvoll eingesetztes Mittel ist, um die demokratische Legitimation der Beschlüsse der Gemeindeversammlung zu erhöhen.
Der Antrag der CVP-Fraktion, eine Überweisung an die Kommission zu bekämpfen, hat uns doch etwas überrascht. Weshalb verweigert sich die CVP schon vorab einer Diskussion? Die SVP würde es begrüssen, wenn im Rahmen der Kommissionsarbeit die Vor- und Nachteile dieses Vorschlags diskutiert werden könnten und wenn auch die Exekutive ihre Sicht auf diesen Vorschlag kundtun könnte. Denn sonst muss eventuell davon ausgegangen werden, dass in den grösseren Zuger Gemeinden wie Baar oder Cham schon bald eine eigene Legislative analog zur Stadt Zug installiert wird. Ob dies wirklich im Sinn der CVP ist, ist zu bezweifeln.
Durch eine Überweisung an die Kommission ermöglichen Sie es uns, bei der 1. Lesung der Änderung des Gemeindegesetzes eine informierte und sachorientierte Diskussion über dieses Thema zu führen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Ihre Aufmerksamkeit.

➔ Der Rat beschliesst mit 43:29 Stimmen, die Motion zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat zu überweisen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Anwendungsfall von § 49 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vorliegt. Das Koordinationsgebot erfordert es, diesen Vorstoss mit einer Direktüberweisung als sogenannten «gewöhnlichen Antrag» an die vorberatende Kommission betreffend Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz) zu überweisen (Vorlage Nr. 2108.1/.2 – 13974/75). Der Kommissionspräsident ist orientiert.

437 Motion von Thomas Rickenbacher betreffend Standesinitiative zur Änderung des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (GschG)

Traktandum 2 – Thomas **Rickenbacher**, Cham, hat am 14. Mai 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2147.1 – 14075) enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

438 Motion von Philip C. Brunner betreffend Anpassung des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe

Traktandum 2 – Philip C. **Brunner**, Zug, hat am 21. Mai 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2153.1 – 14086 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

439 Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Informatik beim Kanton Zug

Traktandum 2 – Andreas **Hausheer**, Steinhausen, hat am 24. April 2012 die in der Vorlage Nr. 2140.1 – 14052 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

440 Interpellation der SP- und der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Geschlechtergleichstellung im Kanton Zug

Traktandum 2 – Die **SP-** und die **Alternative Grüne Fraktion** haben am 2. Mai 2012 die in der Vorlage Nr. 2145.1 – 14065 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

441 Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Zuger Rohstoffmultis gegen Menschen- und Arbeitsrechte sowie Umweltschutz

Traktandum 2 – Die **Alternative Grüne Fraktion** hat am 9. Mai 2012 die in der Vorlage Nr. 2146.1 – 14071 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** beantwortet die Interpellation wie folgt:
Die Behörden des Kantons Zug wurden in den letzten Jahren verschiedentlich mit Fragen betreffend die Aktivitäten der Rohstoffhandelsfirmen konfrontiert. Unter anderem hat die Alternative Fraktion am 31. Oktober 2005 eine Interpellation betreffend Beteiligung von Zuger Firmen an illegalen oder fragwürdigen Geschäften mit dem Regime Saddam Husseins eingereicht, welche am 24. November 2005 im Kantonsrat beantwortet wurde. Der Regierungsrat hat im Wesentlichen ausgeführt, dass die Kompetenz des Staates sich darauf beschränke, die Einhaltung der Rechtsordnung zu prüfen.
Seit dem Börsengang hat die in dieser Interpellation namentlich erwähnte Glencore, als grösste Rohstoffhandelsfirma der Schweiz den Vorgaben für börsenkotierte Firmen folgend, die Informationsaktivitäten intensiviert und zum Geschäftsbericht erstmals einen Nachhaltigkeitsbericht publiziert. Im Gleichschritt dazu gingen die Anfragen an die Behörden zurück. Der Regierungsrat begrüsst diese intensivere
Informationstätigkeit. Transparenz hilft Missverständnisse und Zerrbilder zu beseitigen und gegebenenfalls auch Defizite sichtbar zu machen. Dass solche Defizite im weiten Umfeld der Rohstoffe vorhanden sind, ist bekannt. Inwieweit aber die Studien und Publikationen der Hilfswerke die Realität umfassend und richtig wiedergeben, entzieht sich der Überprüfung und Beurteilung durch den Regierungsrat. Der Kanton Zug hat nicht die Aufgabe, eigene Studien darüber anzustellen. Er ist auf die Beurteilung der internationalen Staatengemeinschaft, etwa im Rahmen der UNO und ihrer Organisationen oder der OECD, wo die Schweiz eingebunden ist, angewiesen. Wissend dass China ein zunehmend wichtiger oder teils gar der wich-

tigste Player (siehe seltene Erden) ist und andere noch grössere Mitbewerber existieren, greift es zu kurz, eine einzelne Firma stellvertretenden für die ganze Branche in den Fokus zu nehmen. Der brancheninterne Konkurrenzkampf ist hart und andere, teils noch grössere, auch chinesische, Firmen stossen nach, wo sich Glencore aufgrund der Bedingungen zurückgezogen hat.
Die erwähnten Defizite liegen nicht zuletzt in der Tatsache begründet, dass der überwiegende Anteil der Rohstoffgewinnung in Ländern mit schwierigen rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stattfindet. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welches die richtige Plattform ist, um gegebenenfalls Defiziten entgegen zu wirken. Der Regierungsrat ist klar der Meinung, dass dies primär über die internationale Staatengemeinschaft geschehen muss. Aktivitäten auf kantonaler Ebene, welche im Rahmen der globalen Fragestellung eine Mikroebene darstellt, sind weder zielführend noch letztlich wirksam. Entsprechend kurz fallen die Antworten auf die Fragen der Interpellantin aus.
Grundsätzlich ist festzuhalten, dass alle Schweizer Unternehmen, einschliesslich Rohstoffunternehmen, allen nationalen Gesetzen der Schweiz und weiterer Staaten, in welchen sie tätig sind, unterstellt sind. Der Regierungsrat erwartet von allen Unternehmen, dass sie diese Gesetze beachten. Im Weiteren fördert die erwähnte offensivere Informationstätigkeit gerade von Xstrata und Glencore deren Transparenz und Glaubwürdigkeit, was allfällige Reputationsrisiken mindert. Sodann gilt es, auf das Engagement des Bundes zu verweisen, wonach sich die Schweiz bereits stark im nationalen und internationalen Kontext engagiert, den (Rechts-) Rahmen für international tätige Unternehmen zu verbessern, respektive zu klären sowie die entsprechenden UNO- und OECD-Grundsätze umzusetzen (vgl. Stellungnahme des Bundesrates vom 9. Dezember 2011 zum Postulat von Hildegard Fässler-Osterwalder betreffend Rolle der Schweiz als Sitzstaat von Rohstoff-Handelsfirmen).
Beantwortung der gestellten Fragen:
1. Was meint die Zuger Regierung zu den kritischen Aussagen in den Berichten von Brot für alle und von Fastenopfer gegenüber den Glencore-Aktivitäten im Kongo, insbesondere die Verletzung von Menschenrechten beim informellen Abbau von Erzen und bei der Zwangsvertreibung von Arbeitern, die Verletzung von Arbeitsrechten, die Respektlosigkeit gegenüber betroffenen Gemeinden, die Verschmutzung des Luilu-Flusses sowie die Abbautätigkeiten in geschütztem Wildreservat?
Der Regierungsrat nimmt diese Berichte zur Kenntnis, hat aber nicht die Möglichkeit, die Aussagen validieren zu können. Folglich kann er diese auch nicht kommentieren. Bezüglich seiner Grundhaltung verweist er auf die einleitenden Bemerkungen.
2. Was meint die Regierung zum Vorwurf von Brot für alle und Fastenopfer, die Tochtergesellschaften würden die Bezahlung von Gewinnsteuern umgehen und dass so unter anderen der Zuger Fiskus profitiert von Steuerumgehungen auf Kosten eines bitter armen Landes?
Wie alle grösseren Zuger Unternehmen sind die Rohstoffhandelsunternehmen verpflichtet, zusammen mit ihren Steuererklärungen Jahresrechnungen und weitere Unterlagen einzureichen, die von anerkannten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geprüft und testiert wurden. Die Zuger Steuerverwaltung ist aufgrund des bundesrechtlichen Massgeblichkeitsprinzips (Art. 58 Abs. 1 des Gesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) und Art. 24 Abs. 1 des Steuerharmonisierungsgesetzes (StHG)) grundsätzlich an die Gewinn- und Kapitalzahlen dieser testierten Jahresrechnungen gebunden. Die Steuerverwaltung kann und muss davon ausgehen, dass sich renommierte internationale Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bei ihren

Testaten an die internationalen Rechnungslegungsvorschriften halten und ihre Prüfungstätigkeiten somit im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben sowohl der Schweiz wie auch der betroffenen ausländischen Staaten durchführen. Abgesehen von den klaren bundesrechtlichen Vorgaben wäre es auch sachlich nicht zu rechtfertigen, wenn die Zuger Steuerverwaltung trotz fehlender eigener Branchen- und Landeskenntnisse nach eigenem Gutdünken testierte Zahlen korrigieren würde.

3. Was meint die Regierung zu den Vorwürfen der vom offiziellen Vertreter der peruanischen Andenprovinz Espina, Alcalde Oscar Mollohuanca, angeführten Delegation bezüglich Umweltschäden sowie fehlenden Respekt der Selbstbestimmungsrechte der ansässigen Bevölkerung, die anlässlich der jüngsten GV von Xstrata gegen dem Zuger Multi erhoben wurden?

Der Regierungsrat hat die gemachten Vorwürfe ebenfalls zur Kenntnis genommen. Auch hier verweist er auf die einleitenden Bemerkungen.

4. Wie viel Gewinn- und Kapitalsteuern zahlen die beiden Multis an Kanton und die Gemeinden Zug und Baar?

Aufgrund des gesetzlichen Amts- und Steuergeheimnisses ist es dem Regierungsrat nicht erlaubt, Informationen über die Art und die Höhe von Steuerzahlungen einzelner Unternehmen oder Privatpersonen bekannt zu geben. Die gesetzlichen Bestimmungen zum Amts- und Steuergeheimnis finden sich in Art. 110 des Gesetzes über die direkte Bundessteuer und in § 108 des Zuger Steuergesetzes.

5. War die kritische Studie von Fastenopfer und Brot für alle aus dem letzten Jahr mit dem Titel «Wie ein Weltkonzern ein Land ausbeutet: Das Beispiel von Glencore in der DR Kongo» ein Thema beim Treffen mit Glencore, welches der Volkswirtschaftsdirektor in einem Interview mit der Neuen Zuger Zeitung vom 17.2.2012 anspricht?

Das letzte Treffen des Volkswirtschaftsdirektors mit der obersten Führungsspitze der Glencore fand im Frühjahr 2009 statt, also vor der Publikation der Studie.

6. Ist die Regierung – wie der Bundesrat – bereit, einen Bericht über die Rolle Zugs als Sitzkanton von Rohstoffhandelsfirmen, die damit verbundenen Reputationsrisiken sowie mögliche Gegenmassnahmen auszuarbeiten? Und ist die Zuger Regierung bereit, das bundesrätliche Engagement, «den (Rechts-)Rahmen für international tätige Unternehmen zu verbessern» (9.12.2011), zu unterstützen?

Auf kantonaler Ebene fehlen die Grundlagen, um einen eigenständigen Bericht zu erarbeiten. Nachdem der Nationalrat es abgelehnt hat, den von Nationalrätin Hildegard Fässler-Osterwalder postulierten Bericht vom Bundesrat einzufordern, kann es nicht Sache eines jeden Sitzkantons von Rohstoffhandelsunternehmen sein, eigene Berichte zu erstellen. Nebst Zug und Genf haben Rohstofffirmen punktuell auch in anderen Kantonen ihren Firmensitz. Insofern nimmt der Regierungsrat das Ergebnis der Aktivitäten auf Bundesebene zur Kenntnis. Wie erwähnt ist es dem Regierungsrat wichtig, dass die ortsansässigen Firmen die gesetzlichen Grundlagen der Schweiz respektieren und einhalten. Selbstredend gilt dies auch für die Beachtung der Gesetze in den Produktionsländern und für jene der internationalen Gemeinschaft. Dies im Interesse eines sauberen Wirtschaftsplatzes und zur Vermeidung von Reputationsrisiken.

Abschliessend möchte der Volkswirtschaftsdirektor noch aus aktuellem Anlass eine Ergänzung anbringen. Gestern wurde bekannt, dass die Demonstration von Arbeitern einer Mine von Xstrata in Peru eskalierte und der Polizeieinsatz zwei Todesopfer forderte. Matthias Michel spricht sein grosses Bedauern und seine Besorgnis über diesen Vorfall aus. Es gab schon andere konfliktbeladene Auseinandersetzungen in Abbaugebieten anderer Unternehmen. Er erwartet von den Rohstoffunternehmen, dass sie mit der einheimischen Bevölkerung im Dialog stehen und zu

einer konstruktiven und friedlichen Zusammenarbeit beitragen. Und dass sie im Fall von Konflikten das ihrige dazu beitragen, dass diese gewaltlos gelöst werden.
Andreas **Hürlimann** weist darauf hin, dass der Regierungsrat in seiner Antwort erwähnt, dass die von der AGF erwähnten Defizite nicht zuletzt in der Tatsache begründet liegen, dass der überwiegende Anteil der Rohstoffgewinnung in Ländern mit schwierigen rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stattfindet. Bereits das sollte uns als Rohstoffkonsumenten zu denken geben. Und er stellt dann aus sogleich die Frage nach der Zuständigkeit: Welches ist die richtige Plattform, um den Defiziten entgegen zu wirken?
Die AGF ist klar der Meinung, dass Zug als Standort von grossen Rohstoffmultis hier stärker in der Pflicht ist als andere Kantone. Es reicht nicht, wenn der Regierungsrat sich zurücklehnt und auf die Aktivitäten des Bundesrats oder der internationalen Staatengemeinschaft verweist. Zudem: Berichte von UNO und OECD, wie der auch von der Regierung erwähnte, 2005 erschienene UNO-Bericht, der Volker-Bericht über Schmiergeldzahlungen mit Saddam Hussein und seinem Regime, regten die Regierung damals nicht an, etwas in diesem Bereich zu unternehmen.
Erst kürzlich konnte man in der Zeitung vernehmen, dass sich der Zuger Regierungsrat in die Diskussion um die Medikamentenpreise eingeschaltet hat und fordert, die Massnahmen des Gesundheitsministers zur Dämpfung der Medikamentenpreise zu überdenken. Dies unter anderem darum, weil sie sich um die Zuger Firmen im Pharmabereich Sorgen macht. Mal abgesehen davon, dass ein international tätiges Pharmaunternehmen die Produktion von Medikamenten für den Schweizer Markt wegen der geringe Menge noch vor dem Morgenessen fertig gestellt hat, zeigt dieses Beispiel, dass sich der Zuger Regierungsrat eben doch stärker engagieren kann – wenn er nur will. Und im Bereich des Rohstoffhandels und Abbaus will er dies eben nicht. Das zeigt die Antwort auf unsere Fragen deutlich auf.
Stossend ist auch, dass sich der Regierungsrat in Antwort zu Frage 6 nicht dazu äussert, ob er das bundesrätliche Engagement unterstützt, «den (Rechts-)Rahmen für international tätige Unternehmen zu verbessern». Er gibt sich mit einer lapidaren Antwort betreffend bestehende Gesetzesgrundlagen zufrieden.
Um auf das aktuelle Beispiel in den Schlussbemerkungen zu kommen: Der zunächst friedlich verlaufende Streik in Peru gegen die Bergbauaktivitäten von Xstrata wurde letzte Woche mit Tränengas und Schrotkugeln gewaltsam aufgelöst. Mehrere Todesopfer – in der Zwischenzeit sind es bereits vier – und über 90 Verletzte, darunter sowohl Streikende als auch Polizisten, veranlassten den peruanischen Präsidenten diese Woche dazu, erneut den Notstand über die betroffene Provinz auszurufen. Der Protest richtete sich gegen die Weigerung des Schweizer Bergbaukonzerns, auf Vorwürfe wegen Umweltverschmutzung einzugehen. Insbesondere wird von Xstrata gefordert, die in zwei Studien aus dem Jahre 2010 und 2011 nachgewiesene Schwermetallbelastung in Böden, Gewässern, sowie in Blut und Urin der in unmittelbarer Nähe zum Tagebau lebenden Bevölkerung abzuklären.
Betroffen von Repressionen ist unter anderem auch der Bürgermeister der Provinz, in welchem die Demonstrationen stattfanden, aber auch die Direktorin der Menschenrechtsabteilung des katholischen Vikariats. Beide waren auf Einladung von Schweizer Organisationen Ende April in die Schweiz gereist, um anlässlich der Generalversammlung der Xstrata-Aktionäre das Gespräch mit der Konzernleitung in der Schweiz, hier in Zug, zu suchen.
Es mutet uns doch etwas hinterlistig an, wenn man vor etwa einem Monat in der Schweiz die üblichen Floskeln wie «uns liegt an einem Austausch mit NGOs und wir gehen auf Vorwürfe betreffend Umweltschutz oder Arbeitsrechte ein» hört, kurz

darauf aber von Prügel für die Personen, welche sich vor Ort für eine Verbesserung der Lage einsetzten.
Wir sind schockiert, dass schweizerische und zugerische Unternehmen solche bereits seit Jahren bekannten Vorwürfe betreffend Umweltschutz oder Arbeitsrechte nicht ernst nehmen. Zug als Sitzkanton solcher Unternehmen profitiert von hohen Steuereinnahmen aus diesem Bereich. Woher dieses Geld kommt oder ob es rechtmässig erarbeitet wurde, scheint die meisten hier drin allerdings nicht zu stören. Aber auch unter dem Geldwäschereigesetz gelten für die Rohstoffkonzerne noch immer nicht dieselben Regeln wie für andere Institute, die täglich auch Millionenbeträge verschieben. Als Zuger Bürger sollten uns Fragen wie «Woher kommt das Geld?» oder «Mit welchen Methoden wurde es erarbeitet?» interessieren. Und wir erwarten von der Zuger Regierung, dass sie die Vorwürfe und Entwicklungen nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern sich in die Diskussionen einbringt und Verbesserungen anstrebt. In anderen Bereichen tut sie dies ja auch.

Hubert **Schuler** weist darauf hin, dass die Antwort der Regierung leider mit den Medienberichten von gestern topaktuell wurde. Leider aus verschiedenen Gründen. So verhalten sich Polizei- und Militäreinheiten gewalttätig gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung. Zum anderen müssen Arbeitende sich mittels Demonstrationen Gehör verschaffen, damit ihre Anliegen überhaupt zur Kenntnis genommen werden. Die Antwort der Regierung war zwar schnell, sicher auch, weil früher bereits eine andere Anfrage gestellt wurde. Andererseits können die Aussagen so stehen gelassen werden, zeugen jedoch aus unserer Sicht eher von einer Vogel-Strauss-Taktik, Kopf runter in den Sand und warten bis der Sandsturm vorbei ist.
Ob diese Taktik auf längere Zeit wirklich aufgeht, bezweifeln wir sehr. Die Schweiz hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder erlebt, dass mit einer solch einseitigen Taktik die Mitsprache an Gestaltung abhandenkommt. Wie weit sich der Kanton Zug ebenfalls dieser Taktik verschreiben will, ist offen. Gemäss der Antwort der Regierung können wir als Kanton nichts machen. Grosse Organisationen wie die UNO oder die OECD haben diese Aufgaben. Wenn dann Nichtregierungsorganisationen ausführliche Berichte verfassen (nebst Brot für alle und Fastenopfer hat auch die Erklärung von Bern klar und unmissverständlich aufgezeigt, dass der Rohstoffhandel in der Schweiz und im speziellen im Kanton Zug andere Länder und deren Bevölkerung ausbeuten), wird dies als nicht validierbar eingestuft. Mit den Überlegungen in der mündlichen Antwort der Regierung ist es wirklich sehr schwierig, zu handeln. Wir sind aber fest davon überzeugt, dass wenn die Regierung sich etwas mehr Zeit für die Beantwortung respektive für das genauere Recherchieren genommen hätte, sie auf differenziertere Antworten gestossen wäre. Zwischen der Haltung, wir können ja sowieso nichts machen, und einem unüberlegten Aktivismus hat es einen sehr grossen Zwischenraum, welcher die Regierung leider nicht nutzt. Es gibt immer Handlungsmöglichkeiten, dazu müssen jedoch zuerst die nötige Sensibilität und der Wille etwas zu machen bestehen. Hier wäre das nötige Gespür einen Schritt in die richtige Richtung, so dass wir uns später weder entschuldigen noch ein schlechtes Gewissen haben müssen.

Thomas **Wyss** weist darauf hin, dass in der Antwort der Regierung auch hätte erwähnt werden können, dass wir im Kanton Zug natürlich stolz und froh sein können, dass wir diese Rohstoffkonzerne bei uns haben. Das ist nicht selbstverständlich. Da gibt es einen intensiven Wettbewerb: Genf und London wollen die haben, Singapur baut auf. Man hätte auch erwähnen können, dass das eine gute Sache

ist. Das müssen sich unsere linken Freunde mal hinter die Ohren schreiben. Diese Rohstoffkonzerne sorgen für die Versorgungssicherheit, sie investieren in den Abbau von Minen, in Rohstoffe und in die Nahrungsproduktion. Das ist ganz wichtig und hat nicht nur mit Geld zu tun. Wenn das nicht wäre, hätte man Engpässe, dann wären die Rohstoffe teurer. Das ist erwähnenswert und wichtig. Wir sollten diesen Gruppen hier Sorge haben und nicht mit lokalen Wadenbeissereien riskieren, dass sie irgendwann gehen.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass die Regierung mit ihrer Antwort aufzeigt, dass bei uns ansässige Firmen gleich und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen behandelt werden. Sie haben unsere Gesetze zu beachten. Selbstverständlich sollen sie auch dort verantwortungsvoll handeln, wo die Schwachen weniger gut geschützt sind. Der Regierungsrat veranschaulicht aber auch die Grenzen eines Kantons, wenn es darum geht, rechtliche und ethische Standards in anderen Ländern zu prüfen oder gar durchzusetzen.
Oft sitzen die Schurken nicht oder nicht nur in den vor Ort tätigen Firmen, sondern vor allem in den dortigen Regierungen und Behörden. Wenn aber Korruption an der Tagesordnung ist, kann sich eine Firma ihr nicht entziehen, wenn sie den Betrieb aufrecht erhalten will. Wir können das Geschäftsgebaren der betroffenen Firmen im Ausland nicht seriös beurteilen – und müssen es auch nicht. Selbst internationale Gremien stossen hier an ihre Grenzen.
Machen wir uns nichts vor: Die wichtigsten Rohstoffe werden in Gegenden abgebaut, deren Rechtsstaatlichkeit und Umgang mit Menschenrechten fragwürdig sind. Viele alternative Energietechnologien benötigen sogenannt seltene Erden. Das Monopol liegt beim kommunistischen China, das nicht unbedingt als Freund der Menschenrechte bekannt ist.
Es liegt auf der Hand, dass uns die Rolle des globalen Moralapostels nicht ansteht. Leider gibt es immer noch zu viele totalitäre Regimes – insbesondere mit kommunistischer Prägung. Der Votant jedenfalls ist froh und dankbar, in einem liberalen, demokratischen Land zu leben, in welchem kommunistische Parteien und ihre Ableger höchstens eine Nebenrolle spielen. Allen Menschen dieser Welt ist zu wünschen, dass sie in einer freiheitlichen, liberalen Gesellschaft mit rechtsstaatlichen Strukturen leben dürfen. Und den Menschen in der Schweiz ist zu wünschen, dass sie das, was sie haben, wieder mehr schätzen.

➔ Kenntnisnahme

442 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend die Beflaggung des Regierungsgebäudes mit der EU-Fahne

Traktandum 2 – Die **SVP-Fraktion** hat am 16. Mai 2012 die in der Vorlage Nr. 2151.1 – 14080 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat neun Fragen gestellt.

Landammann Matthias **Michel** beantwortet die Interpellation wie folgt:
Der Bundesrat hat mit Brief vom 19. April 2012 die Kantonsregierungen ersucht, am Europa-Tag (5. Mai) auf öffentlichen Gebäuden die Fahne des am 5. Mai 1949 gegründeten Europarats zu hissen. Diese jahrelange Praxis besteht auch in den

allermeisten anderen Kantonen und beim Bund (Fahne auf dem Bundeshaus). Bisher gab es im Kanton Zug nie negative Reaktionen. Am 2. Mai 2012 hat die Staatskanzlei die Medien orientiert, dass und vor allem warum die Europa-Fahne am Europa-Tag auf dem Regierungsgebäude gehisst wird.

Am 16. Mai 2012 reichte die SVP-Fraktion eine Interpellation betreffend Beflaggung des Regierungsgebäudes mit der Europa-Fahne ein. Der Regierungsrat beantwortet die Fragen wie folgt.

1. Hat der Regierungsrat als Kollegium entschieden, dass die EU-Fahne auf dem Regierungsgebäude des Standes Zug gehisst wird? Falls nein, wer hat den Entscheid gefällt?

Nein. Dieser rein operative Vorgang ist seit jeher kein Regierungsgeschäft. Der Landschreiber hat nach Rücksprache mit dem Landammann die seit vielen Jahren geübte Praxis weitergeführt und das Hissen der Europa-Fahne auf dem Regierungsgebäude und eine erklärende Medienmitteilung veranlasst. Darüber wurde der Regierungsrat an seiner Sitzung vom 1. Mai 2012 orientiert.

2. Auf welcher gesetzlichen Grundlage wurde der Entscheid gefällt, auf dem Regierungsgebäude des Kantons Zug das Hoheitszeichen der EU zu hissen?

Auf § 2 Abs. 3 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1). Danach gehen alle Entscheide vom Regierungsrat als Kollegium aus. Vorbehalten sind andere gesetzliche Aufgabenzuweisungen sowie Kompetenzdelegationen. Das Hissen von Fahnen auf dem Regierungsgebäude beruht auf einer altüberlieferten, von niemandem angezweifelten Kompetenzdelegation an die Staatskanzlei. Eine ausdrückliche Delegation dieser Zuständigkeit an die Staatskanzlei in der Delegationsverordnung vom 23. November 1999 (BGS 153.3) wäre eine reine Bürokratie.

3. Trifft es zu, dass Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf die Kantone schriftlich aufgefordert hat, am 5. Mai 2012 die Europafahne zu hissen?

Ja. Die Bundespräsidentin und die Bundeskanzlerin haben im Namen des Gesamtbundesrats geschrieben. Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident schreibt den Kantonen jedes Jahr einen gleichlautenden Brief.

4. Falls ja, weiss der Regierungsrat, welche Kantone die Europafahne gehisst haben, und welche nicht? Könnte er es für die Interpellantin herausfinden?

Ja. Eine Umfrage der Staatskanzlei beim Bund beziehungsweise bei den Staatsschreibenden der Kantone hat Folgendes ergeben:

Europa-Fahne gehisst: 21 Kantone

Europa-Fahne nicht gehisst: 5 Kantone, nämlich Appenzell Innerrhoden, Glarus, Nidwalden, Wallis sowie Thurgau (letzterer allerdings nur, weil das Regierungsgebäude in Renovation ist)

Bund: Ja (auf dem Bundeshaus)

5. Rund eine Woche vor dem Beflaggungsentscheid hat der Europarat eine Resolution verabschiedet, in welcher die Schweizerische Eidgenossenschaft, welcher der Kanton Zug zugehörig ist, als schädliches Steuerparadies attackiert wird. Kann der Regierungsrat nachvollziehen, dass der Beflaggungsentscheid vor diesem Hintergrund zu Unmut in der Bevölkerung geführt hat?

Der Regierungsrat kann verstehen, dass vor diesem Hintergrund das Hissen der Europa-Fahne auf dem Regierungsgebäude Fragen ausgelöst hat. Wie breit der Unmut war, kann er nicht beurteilen. Künftig werden vor dem Hissen der Europa-Fahne aktuelle politische Ereignisse berücksichtigt.

6. Ist der Regierungsrat bereit, in Zukunft von der Beflaggung des Regierungsgebäudes des Kantons Zug mit dem Hoheitszeichen der EU, auf deren Website das Steuersystem des Kantons Zug schon öffentlich als «räuberisch» angeprangert worden ist, abzusehen? Falls nein, weshalb nicht?

Nein. Da mit dem Hissen der Europa-Fahne am 5. Mai der Gründung des Europarats gedacht wird, bei dem auch die Schweiz Mitglied ist, möchte der Regierungsrat die bestehende jahrelange Praxis in der Regel weiterführen. Auch wenn einmal ein Entscheid des Europarats der Schweiz nicht passt oder wenn die Schweiz kritisiert wird, bleibt die Schweiz Mitglied. Der Europarat hat auch schon andere Länder kritisiert. Die Schweiz trägt die Ziele des Europarats mit, der sich insbesondere dafür einsetzt, dass die Grundwerte Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie gewahrt bleiben.

7. Sollte der Regierungsrat Frage 6 damit beantwortet haben, dass am 5. Mai 2012 die Fahne des Europarats, nicht der EU, gehisst worden sei, wird gefragt, inwiefern der Regierungsrat in Kauf nimmt, dass die Bürger den Europarat nicht von der EU unterscheiden?

Der Regierungsrat ist der Überzeugung, dass die Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner in der Lage ist, den Europarat von der EU zu unterscheiden. Gerade wegen der Übereinstimmung der Flaggen war es aber dem Landammann ein Anliegen, mit der erwähnten Medienmitteilung vermehrte Klarheit zu schaffen. Auch die Beantwortung der vorliegenden Interpellation erlaubt es, den Wissensstand der Bevölkerung noch zu verbessern.

8. Wie steht der Regierungsrat dazu, dass die Rechte der Europaratsfahne heute bei der EU liegen?

Die Rechte der Europaratsfahne sind nicht vom Europarat auf die EU übergegangen. Die EU verwendet lediglich die Europaratsfahne als ihr Symbol. Der Regierungsrat kommentiert dies nicht, liegt es doch auch nicht an ihm, dem Europarat oder der EU Ratschläge zu geben zur Verwendung ihrer Fahne.

9. Das Hissen der Fahne ist das Symbol des Siegers über das Territorium des Verlierers. Wie reagiert der Regierungsrat auf entsprechende Gefühle der Bevölkerung, wenn er die Fahne der EU (im Gewand des Europarats) auf dem Regierungsgebäude hisst?

Die Interpretation mag in Kriegszeiten zutreffen. Es gibt aber andere und weitergehende Interpretationen. Üblich ist, dass Fahnen als Zeichen der Freude zu festlichen Anlässen oder als Zeichen des Respekts und/oder des Bekenntnisses zu einer Gemeinschaft oder zu einer Institution verstanden werden. Das ist mit der Zugehörigkeit der Schweiz zum Europarat der Fall. Wie erwähnt hat die am Europa-Tag auf dem Regierungsgebäude gehisste Europa- Fahne in den vergangenen Jahren nie die von der Interpellantin erwähnte Interpretation hervorgerufen. Jedenfalls wurden solche Negativassoziationen oder Unmutsgefühle nie zum Ausdruck gebracht.

Manuel **Brandenberg** hält fest, dass die SVP-Fraktion dem Antrag auf Kenntnisnahme der Interpellation zustimmt. Eine Vorbemerkung: Die SVP geht davon aus, dass im Kanton Zug das Territorium vom Zuger Volk, dem Souverän, beherrscht wird und die Gesetze im Kanton Zug von den Zugern gemacht werden. Die SVP-Fraktion geht weiter davon aus, dass in der schweizerischen Eidgenossenschaft die Gesetze von Volk und Ständen und vom Parlament über dieses Territorium, die schweizerische Eidgenossenschaft, gemacht werden. Wir sind also der Meinung, wenn Volk und Stände in der Schweiz etwas beschliessen, dann gilt das und dann gibt es keine Staatengemeinschaft und keine OECD, sondern dann ist das so beschlossen worden. Dies als Vorbemerkung.

Zu den einzelnen Antworten des Regierungsrats. Wir stellen fest, dass der Landammann allein entschieden hat. Dass das kein Entscheid des Regierungsrats ist. Das beruhigt uns eigentlich etwas.

Bei Ziffer 2 geht es ja um Frage, ob ein solcher Entscheid eine Delegation braucht oder nicht. Hier sagt der Regierungsrat, es sei eine reine Formalie, wenn man das formell in der Verordnung definieren würde, dass der Landammann diese Fahne hissen darf oder nicht. Das macht man quasi seit althergebrachten Zeiten. Wie lange diese Zeiten schon althergebracht sind, weiss der Votant nicht. Jedenfalls sicher nicht länger als seit 1949, seitdem es den Europarat gibt. Die SVP-Fraktion empfindet, das sei keine Formalie, sondern dass das Legalitätsprinzip eingehalten wird, wenn man auch formell delegiert. Dann ist das der Rechtssicherheit und der Rechtstaatlichkeit sicher auch dienlich.
In Frage 5 – das begrüsst die SVP-Fraktion – sagt der Regierungsrat, in Zukunft werde er das Hissen der Europafahne unter den aktuellen politischen Ereignissen mitberücksichtigen und sich überlegen, ob das opportun ist. Wir waren eigentlich herausgefordert durch die aktuellen politischen Ereignisse. Wir lasen alle in den Zeitungen, wie der Europarat die Schweiz da quasi getadelt hat, als Schurkenstaat und als Steuerparadies. Und dann eine Woche später hisst man dessen Fahne auf dem Regierungsgebäude des Kantons Zug. Das fanden wir zuviel. Und es ist begrüssenswert, dass der Regierungsrat in Zukunft solche Sachen berücksichtigt. Denn der Votant glaubt auch, die Leute auf der Strasse, die diese Fahne sehen auf dem Regierungsgebäude des Kantons Zug fragen sich: Ja das ist doch der Kanton Zug, der hier ein Parlament hat und nicht der Europarat und schon gar nicht die europäische Union.
Ziffer 6 ist dann die Frage nach der Kritik. Der Regierungsrat sagt, auch andere Länder seien auch schon kritisiert worden. Das mag stimmen. Nur, wir sind nicht andere Länder, wir sind die Schweiz. Und wir und der Regierungsrat sollten für die Schweiz auch schauen, für den Kanton Zug. Und der Kanton Zug ist in der Schweiz und nicht in anderen Ländern. Da sind wir dann vielleicht wieder beim Thema des Territoriums, das der Votant am Anfang angesprochen hat.
Begrüssenswert ist auch, dass der Regierungsrat findet, dass unsere Interpellation dazu beiträgt, den Wissensstand des Volkes zu stärken. Das sehen wir selbstverständlich auch so, wobei wir glauben, das Volk weiss eigentlich sehr viel. Das Volk weiss meistens sogar mehr als die Politiker, weil es viel sachlicher ist als die Politiker. Die Politiker schauen ja immer: Woher kommt etwas, dann bin ich dafür oder dagegen. Und die Leute auf der Strasse überlegen sich, was ist die Sache, und dann entscheiden sie.
Zum Schluss möchte der Votant die Präsidentin bitten, für etwas Ruhe zu sorgen, er fühlt sich ein wenig eingeschränkt in seinem Votum, es raschelt ein wenig. Nun, die Kriegszeiten. Natürlich, wir können froh sein, dass wir keine Kriegszeiten haben. Aber – und der Votant ist hier nicht der Einzige und es gibt viel berufenere Leute, die das sagen – wir führen einen Wirtschaftskrieg. Er erinnert daran, dass z.B. der UBS-Präsident davon gesprochen hat. Insofern ist der Vergleich mit den Kriegszeiten nicht abwegig, wenn wir sagen, dass eine Flagge der EU auf unserem Regierungsgebäude eigentlich das Symbol des Siegers über den Verlierer ist. Insofern ist dieser Vergleich des Krieges nicht abwegig. Und der Votant möchte den Regierungsrat im Namen der SVP-Fraktion bitten, auch dies zu berücksichtigen.
Abschliessend dem Regierungsrat nochmals besten Dank für die Antwort, und vielleicht etwas mehr schauen auch auf den Kanton Zug, auf die Schweiz, und etwas weniger auf die Staatengemeinschaft und die OECD und alle diese Gremien.

➔ Kenntnisnahme

443 Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons an die Veranstalter von Grossanlässen für die Kosten von Extrabussen und Extrazügen

Traktandum 3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2150.1/.2 – 14078/79).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass gemäss Beschluss vom 15. Mai 2012 der Fraktionsleiterkonferenz die Vorlage zur Beratung direkt an die Kommission für den öffentlichen Verkehr überwiesen wurde.

444 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Neubau «Lüssihaus» in Baar

Traktandum 3 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 3. Mai 2012 (Ziff. 425) ist in der Vorlage Nr. 2101.5 – 14061 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 74:0 Stimmen zu.

445 Änderung des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz)

Traktandum 5 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2101.1/.2 – 13948/49), der Kommission (Nr. 2101.3 – 14066) und der Kommissionsminderheit (Nr. 2101.4 – 14074).

Beni **Riedi** erinnert daran, dass am 29. September 2005 der Kantonsrat dem Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung zustimmte. Gemeinsam mit der Verordnung zum Gesetz über die die familienergänzende Kinderbetreuung vom 14. November 2006 trat es am 1. Januar 2007 in Kraft. Der Kantonsrat wollte im Jahr 2005 die Möglichkeit, das Gesetz zu überprüfen und allenfalls anzupassen, mit der Befristung des Kinderbetreuungsgesetzes vorbehalten. So ist das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung auf Ende 2012 befristet und muss überarbeitet werden.
Am 22. März 2012 durfte der Votant die Sitzung der vorberatenden Kommission über die Teilrevision des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung leiten. An dieser Stelle möchte er sich bei allen Mitgliedern für die spannende und konstruktive Arbeit innerhalb der Kommission bedanken. Im seinem Bericht hat er die verschiedene Beweggründe der Kommissionsmitglieder für Eintreten oder für Nichteintreten zusammengestellt.
Einer der Hauptgründe für Nichteintreten war, dass man den Gemeinden die Regulierung der Kinderbetreuung überlassen wolle. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder empfiehlt jedoch, auf die Vorlage einzutreten. So stützte sich die Mehrheit unter anderem auch auf die externe Evaluation, welche der Regierungsrat im Sommer 2010 in Auftrag gab. Dort haben sich zehn Gemeinden für eine Weiterführung des Gesetzes ausgesprochen.

Wie Sie aus dem Bericht der vorberatenden Kommission entnehmen konnten, beantragen wir mit 8:7 Stimmen, auf die Vorlage des Regierungsrates zur Teilrevision des Kinderbetreuungsgesetzes einzutreten. Der Kommissionspräsident wird später zu den einzelnen Paragrafen Stellung nehmen.

Arthur **Walker**: Am vergangenen Samstag, also am Samstag vor Pfingsten, waren seine Frau und er auf 8.30 Uhr an die Zugerstrasse 58b «aufgeboten». Dort leben ihr Sohn und ihre Schwiegertochter mit ihren drei Kindern. Kinderhüten war angesagt. Oder eben: familienergänzende Kinderbetreuung. Vielleicht müsste man präzisieren: interne familienergänzende Kinderbetreuung. Dies im Gegensatz zu externen Angeboten – doch dazu später.
Sieben, sechs und zwei Jahre alt sind die drei. Die Älteste besucht die erste Klasse, der Knabe ist im zweiten Kindergartenjahr und die Kleine lernt zu Hause bei ihren Eltern und den älteren Geschwistern. Unsere Schwiegertochter hat vor der Geburt ihres ersten Kindes ihre Stelle als Kauffrau aufgegeben und sorgt als Familienfrau in Zusammenarbeit mit ihrem Mann für das Wohlergehen ihrer Familie. Sie haben in freier Entscheidung sich für diese Familienform entschieden.
Unsere Gesellschaft hat sich im Verlaufe der letzten Jahrzehnte von den traditionellen Grossfamilien hin zu Klein-, Kleinst- und Teilfamilien entwickelt. Eine gesellschaftliche Entwicklung, die wir akzeptieren können, aber nicht befürworten müssen; oder auch bedauern können, wenn dies, je nach Betrachtungsweise, zu teilweise unerwünschten Folgen führt.
Eine ideologische Betrachtung, wonach die familienergänzende Kinderbetreuung nicht notwendig sei, hilft uns hier aber nicht weiter. Im Gegenteil. Sie ist in die Irre führend. Die familienergänzende Kinderbetreuung hat es schon immer gegeben. Wie oben ausgeführt am Beispiel der Betreuung durch die Grosseltern. Wir verwenden dazu heute nur einen anderen sprachlichen Ausdruck und fassen so die verschiedenen Formen der Kinderbetreuung zusammen.
Ergänzend zur internen sprechen wir auch von externen Angeboten wie Kindertagesstätte, Mittagstisch, Tagesfamilie, Randzeitenbetreuung für Schulkinder und Spielgruppen. Bei der Inanspruchnahme eines dieser Angebote geht es nicht darum, ob sich ein Paar für eine traditionelle Familienform entschieden hat, ob beide ausserhalb der Familie berufstätig sind, ob beide arbeiten müssen oder ob Alleinerziehende einer Familie vorstehen.
Auch die beiden grösseren Kinder haben die Spielgruppen besucht, haben das Spielen und gemeinsame Lernen, die sozialen Kontakte mit anderen Kindern geschätzt. Kinderbetreuung in der Familie und familienergänzende Kinderbetreuung – Hand in Hand, ganz pragmatisch ohne Ideologie – einfach, praktisch, nutzbringend für die Kinder und die Eltern.
Wie bereits eingangs erwähnt, haben wir als Grosseltern die familienergänzende Kinderbetreuung für einen Tag übernommen. Sie wurde uns von den Eltern übertragen im Vertrauen, dass wir die Qualität für diese Aufgabe mitbringen und fürsorglich an ihrer Stelle die Kinderbetreuung übernehmen. Bezogen auf die Frau des Votanten ist diese Qualität zweifelsfrei vorhanden – er selber pflegt jeweils zu erwähnen, dass er erst dann etwas beitragen kann, wenn die Kinder selber einen Schulsack tragen können. Das aber nur so nebenbei.
Diese qualitative Voraussetzung ist seiner Ansicht nach ein Schlüsselkriterium im Zusammenhang mit der Kindererziehung. Wenn man davon ausgeht, dass diese Voraussetzung durch die Grosseltern in den meisten Fällen vorhanden ist, so kann im Zeitalter der Mobilität aber nicht oder nicht mehr davon ausgegangen werden, dass in jedem Fall Grosseltern diese Aufgabe übernehmen können. Sie wohnen

nicht am gleichen Ort und/oder sind selber noch aktiv im Berufsleben. Genau diese Aufgabe können die verschiedenen familienergänzenden Kinderbetreuungsangebote, jeweils angepasst auf die einzelnen Bedürfnisse, übernehmen. Und dies nicht nur sporadisch, sondern während der ganzen Woche.
Liegt es da nicht auf der Hand, dass auch von den externen Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung gleiche oder ähnliche Qualitäten erwartet werden? Und macht es nicht auch Sinn, dass in unserem kleinräumigen Kanton gewisse Qualitätsmerkmale für all diese Angebote gelten? Es macht nicht nur Sinn, nein, dieses Vorgehen ist auch effizient und zielführend. Und es dient vor allem den Eltern und den betreuten Kindern. Sind sie es uns nicht wert?
Im Namen der Kommissionsminderheit beantragt Arthur Walker aus Überzeugung für eine gute Sache Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung. Familienergänzende Kinderbetreuung gab es schon immer. Sie wird aber heute vermehrt durch professionell geführte Angebote der Tagesbetreuung übernommen. Die Qualität dieser Angebote hat sich dank des bestehenden Rahmengesetzes verbessert.
Das Kinderbetreuungsgesetz hat eine breite und hohe Akzeptanz, besonders bei den Gemeinden. Es steckt den Rahmen ab und bietet gleichzeitig genügend Handlungsspielraum. Mit dem Kinderbetreuungsgesetz investieren wir als Gemeinschaft sinnvoll, pragmatisch und gezielt in die Zukunft. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Hubert **Schuler** erinnert daran, dass der Kanton Zug für sechs Jahre über ein schlankes und effizientes Gesetz zur familienergänzenden Kinderbetreuung verfügte. Zehn von elf Einwohnergemeinden, alle betroffenen Institutionen und viele Eltern schätzten die klare und schlanke Struktur des Gesetzes. Mit den Vorgaben (made in Zug) konnte die Qualität gesteigert und die nötigen Entwicklungen gefördert werden. Wenn wir eine solche Win-win-Situation in der Wirtschaft erreichen könnten, würde dies schon fast als Zuger Wunder-Vorlage in den Medien hochgejubelt. Es betrifft aber nicht die Wirtschaft sondern aus unserer Sicht einen wichtigeren Bereich, die Familie respektive die Betreuung von Kindern. Hier die Philosophie der Nichtgesetzgebung zu verfolgen, wäre ein Eigentor. Mit wenigen klaren Vorgaben erhalten die Gemeinden und die Institutionen die nötigen Vorgaben, welche auch weiterhin für den Standort Zug, die Gemeinden und die Eltern wichtig sind. Wenn dieses Gesetz ausläuft, muss sich jede Gemeinde an den Bundesvorgaben (Pavo) orientieren, eigene Erlasse verfassen und vorlegen. Dies ist weder effizient noch für den kleinen Kanton sinnvoll, wenn elf verschiedene Ausführungen zur familienergänzenden Kinderbetreuung berücksichtigt werden müssen.
Die SP unterstützt den Minderheitsbericht der vorberatenden Kommission. In der Detailberatung wird sie den Antrag, dass auch Spielgruppen als Angebot der Tagesbetreuung aufgenommen wird, stellen. Zusätzlich sollen die Spielgruppen gegenüber den Standortgemeinden eine Meldepflicht erfüllen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF für Eintreten ist und diesem Gesetz auch zustimmen wird. – Eine der Hauptbotschaften ist uns allen nun bestens bekannt. Die Gemeinden erachten das Gesetz als guten Rahmen, der ihnen auch einen gewissen Spielraum lässt. Die vorausgegangene Evaluation hat gezeigt: Das Gesetz hat eine positive Wirkung auf die Qualität der Angebote erzielt, auch auf die Einheitlichkeit der Angebote im Kanton, auf die Professionalität der Aufsicht in den Gemeinden. Die Koordinationsaufgabe des Kantons wird geschätzt und als notwenig erachtet. Es werden dadurch Doppelspurigkeiten und

Mehrfachaufwand vermieden. Die Gemeinden fühlen sich durch dieses Gesetz in ihrer Autonomie nicht beeinträchtigt.
Warum soll nun etwas, was sich dermassen bewährt hat, nicht weitergeführt werden? Wollen wir wirklich, dass nun wieder jede Gemeinde die Anforderungen, die sich aus bundesrechtlichen Vorgaben ergeben, umsetzt? Die Pflegekinderverordnung, nach der sich die Gemeinden zu richten hätten, ist in einer Totalrevision, schon zweimal wurde sie zurückgewiesen – wir wissen also noch gar nicht, wie diese einmal aussehen wird. Vor uns haben wir aber ein einfaches, schlankes Gesetz, von den meisten Gemeinden gewünscht und akzeptiert. Es liegt doch nun auf der Hand, dass wir dieses beibehalten und unbefristet weiterführen.
Es gibt verschiedene Gründe, warum es diese Betreuungsangebote in der heutigen Zeit braucht. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist allgemein bekannt. Aber die Betreuungsangebote haben in der heutigen Zeit eine viel grössere Bedeutung. Sie sind zu Bildungseinrichtungen geworden – Kinder lernen an solchen Orten fürs Leben – sie sind Einrichtungen geworden, welche Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe unterstützen.
Für Eltern wird es heute immer schwieriger, ein Umfeld zu schaffen, das Kinder brauchen, um gesund aufwachsen zu können. Eltern müssen sich heute ganz konkret ins Bewusstsein bringen, was die Kinder brauchen, um sich gesund entwickeln zu können. Die Umgebungen, um mit anderen Kindern entdecken zu können, ungestört zu spielen um zu entdecken, um eigene Erfahrungen zu sammeln und dabei zu lernen, sind rarer geworden All das bieten solche Betreuungsorte, denn den Verantwortlichen ist ihre Aufgabe bestens bewusst. Nur schon durch die Gruppe wird ein grosses Lernfeld ermöglicht. An solchen Orten wird nicht der Computer oder der Fernseher im Zentrum stehen, sondern das Miteinander. Kinder brauchen Kinder, um zusammen die Welt zu entdecken, um fürs Leben zu lernen. Wir Erwachsene müssen uns Zeit nehmen, sie dabei zu begleiten – Kinder haben ein Anrecht darauf.
Verstehen Sie die Votantin nicht falsch! Viele Eltern sind sich dessen bewusst und viele Familien, welche die familienergänzende Betreuung nicht benötigen, probieren, ihren Kindern eine Umgebung zu schaffen, wo auch sie selbständig Erfahrungen sammeln, wo sie durchs Spielen lernen können. Wo Kinder noch so zuhause aufwachsen können, dass keine Betreuungsangebote notwendig sind, soll dies auch so bleiben. Aber für alle anderen Kinder sind diese qualitativ guten ausserfamiliären Angebote wichtig. Man entlastet die Eltern damit nicht in ihrer Hauptverantwortung. Man unterstützt sie dabei.
Warum soll nun dies alles in einem kantonalen Gesetz geregelt sein? Kinder haben ein Anrecht auf eine gute Begleitung der Erwachsenen, wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben mindestens die Möglichkeit, ihnen dies zu geben, indem wir dieses Gesetz beibehalten – ein Gesetz, das einmal ausschliesslich den Kindern zugute kommt.
Daher bittet Anna Lustenberger den Rat: Treten Sie ein auf dieses Geschäft und stimmen sie der unbefristeten Weiterführung zu. Auf die Anträge betreffend Spielgruppe, welche ihre Fraktion unterstützt, nimmt sie in der Detailberatung Stellung.

Die **Vorsitzende** bittet Anna Lustenberger, ihre Interessenbindung bekannt zu geben. Diese hält fest, dass sie das in der Detailberatung tun wird.

Thomas **Werner**: Arthur Walker hat es gesagt – Grosseltern betreuen ihre Enkel. Das ist eine familieninterne Betreuung. Ist denn dazu wirklich ein Gesetz nötig?

Entweder meint er, dass dazu ein Gesetz nötig ist oder es wird Sand in die Augen gestreut, um zu sagen: Wir brauchen dieses Gesetz. Der Entscheid, ob wir eine traditionelle Familienform wählen oder nicht, ist jedem freigestellt oder fast jedem. Aber wer bezahlt am Schluss für jene, die sich für den anderen Weg entscheiden? Es sind nämlich diejenigen, die sich für die traditionelle Form entschieden haben, unter anderem. Und gute Betreuung von Kindern hängt nicht von diesem Gesetz ab, Anna Lustenberger. Sie hat ganz andere Grundlagen als dieses Gesetz. Wir von der SVP gehen als erstes immer vom Grundsatz aus, dass die Kinder wenn möglich von ihren eigenen Eltern betreut werden. Wo dies nicht möglich ist – und nur dort – sind in erster Linie die Eltern dafür verantwortlich, eine für das Kind geeignete Betreuung zu finden. Der Votant hat dasselbe Problem. Seine Frau und er haben auch zwei Kinder. Sie arbeitet auch Teilzeit. Und wir können die Kinder nicht immer den Grosseltern bringen. Was macht sie? Sie organisiert sich mit anderen Müttern. Das ist die Eigenverantwortung, die gefragt ist.
Für die Fälle, die tatsächlich nach einer familienergänzenden Betreuung verlangen, gibt es das Bundesgesetz, welches die nötigen Leitplanken bietet. Die Gemeinden im Kanton Zug sind bereits sehr gut aufgestellt, einige gehen schon jetzt weiter als es das kantonale Gesetz vorsieht. Also lassen wir ihnen doch die Gemeindeautonomie. Denn schon bevor dieses befristete Gesetz erlassen wurde, haben zum Beispiel die Stadt Zug aber auch andere Gemeinden auf eindrückliche Art und Weise bewiesen, dass es auch ohne dieses Gesetz geht. Auch hier einer unserer Grundsätze: Wenn ein Gesetz nicht nötig ist, dann soll darauf verzichtet werden. Die Gemeinden sollen also je nach Bedarf selber entscheiden, was sie wem alles anbieten, für wie viel Geld und vor allem, wie sie dies regeln wollen.
Dieses Gesetz bringt einerseits neue Begehrlichkeiten, andererseits will jeder abgesichert sein, Qualitätsgarantien sollen festgeschrieben werden, die Anzahl Betreuungspersonal, die Grösse der Räumlichkeiten etc. – und dies soll dann auch noch für Spielgruppen gelten. Der Votant braucht kein Prophet zu sein, um in diesem Bereich steigende Kosten und mehr benötigtes Personal vorauszusagen. Für eine gute Qualität braucht es kein Gesetz. Eltern die ihre Kinder fremd betreuen lassen, so nimmt der Votant mal an, vergewissern sich immer noch selber vor Ort und informieren sich z.B. von der Qualität der Kinderkrippe. – Die SVP-Fraktion stellt einstimmig den Antrag für Nichteintreten.

Cornelia **Stocker** hält fest, dass für die FDP-Fraktion zeitgemässe Kinderbetreuungsstrukturen aufgrund des Lebensentwurfs eines Grossteils der Bevölkerung nicht mehr wegzudenken sind. Nicht die Existenz solcher Strukturen, sondern einzig der Punkt, inwieweit reglementiert werden soll, beurteilen wir als diskussionswürdig. Dem Eintreten können wir daher zustimmen. Jedoch befriedigt uns weder der Antrag der Kommissionsmehrheit noch der Minderheit. Die FDP-Fraktion vertritt dezidiert die Auffassung, dass familienergänzende Kinderbetreuung eine kommunale Aufgabe ist, welche vorteilhafter im Bildungs- und nicht im Sozialbereich anzusiedeln ist. Wenn der Kanton den Gemeinden in der Erfüllung ihrer Aufgabe eine Hilfestellung leisten will, dann gilt es zentrale Punkte entsprechend im Reglement festzuschreiben.
Als zentral erachten wir die volle Autonomie der Gemeinden in der Tariffestsetzung, umso mehr als die Kommunen keine monetäre Unterstützung vom Kanton erhalten. Um der teilweise heute schon bestehenden Angebotsvielfalt Rechnung zu tragen und den Wettbewerb unter den Anbietern spielen zu lassen, müssen die Anforderungskriterien möglichst niederschwellig sein. Es sollen Massstäbe zur Sicherheit der Kinder definiert werden, und zwar nach gesundem Menschenver-

stand und nicht etwa nach Richtlinien von Branchenverbänden. Kostentreibende Kriterien wie zum Beispiel getrennte Waschbecken für Buben und Mädchen oder dergleichen dürfen weder im Gesetz noch in einer allfälligen Verordnung ihren Eingang finden. Eine angemessene Basisausbildung der verantwortlichen Leitung einer Kita setzen wir voraus. Diesbezüglichen Übertreibungen, überzeichnet ausgedrückt einem Master zum Suppe schöpfen oder einem Zertifikat zum Kinderschuhe binden, erteilen wir eine klare Absage.
Dem Ansinnen, wonach Spielgruppen ebenfalls in dieses Gesetz aufgenommen werden, können wir nicht folgen. Spielgruppen sind keine eigentlichen Betreuungsstätten, denn während des ein- bis zweistündigen Besuchs kann kein Elternteil einer Erwerbstätigkeit nachgehen.
Weil eben für uns essenzielle Bestandteile wie die erwähnte Gemeindeautonomie und die Niederschwelligkeit fehlen und wir gleichzeitig Befürchtungen hegen, dass diese ohne unsere Einflussnahme in irgendeiner Verordnung festgeschrieben werden, sehen wir zwei Chancen, unserer eigenen Familienfreundlichkeit wie auch derjenigen des Kantons Zug, welche sicher auch als Standortvorteil gilt, nachzukommen.
Erstens wir lehnen das Gesetz ersatzlos ab und überlassen die gesamte Reglementierung den Gemeinden oder zweitens beantragen wir mit ihrer Unterstützung Rückweisung zur Nachbesserung. Die FDP favorisiert die Rückweisungsvariante. Sollte die Regierung argumentieren, das Gesetz laufe demnächst ab und eine Rückweisung sei kein probates Mittel, müssten wir entgegen halten, dass die unbefristete Weiterführung des Gesetzes nicht rechtzeitig in die Wege geleitet worden ist.
Noch eine letzte Anmerkung zu den beiden Kommissionsberichten: Im eigentlichen Kommissionsbericht sind die Argumente der Minderheit zwar gebührend dargelegt. Doch vermisst die Votantin persönlich das Ausleuchten einiger intensiv diskutierter Punkte, während mit dem verfassten Minderheitsbericht die sieben Berichterstatter das Kommissionsgeheimnis klar verletzen. Man weiss somit genau, wer wie gestimmt hat. Klar stehen wir zu unserer Meinung, doch wir kommunizieren gerne selber und nehmen die Eigenverantwortung wahr. Beide Aspekte sind als suboptimal zu werten und bedürfen der Verbesserung. – Besten Dank für die Unterstützung unseres Rückweisungsantrags.

Georg **Helfenstein** hält fest, dass die CVP als Familienpartei die uns vorliegende Gesetzesfassung deutlich unterstützt. Wir müssen uns vor Augen halten, dass wir hier nicht eine Verordnung, sondern ein Gesetz beraten, so wie wir das immer machen. Die Diskussion in unserer Fraktion wurde gerade im Bereich der Verordnung heftig geführt; ein Punkt bei welchem wir von der Direktion des Innern das aktive Einbeziehen aller Beteiligten erwarten, um so eine gute Vorlage für die Betroffenen zu erhalten. Der CVP ist in dieser Sache die Qualität sehr wichtig, dass vor allem einheitliche Qualitätskriterien herrschen. Schliesslich geht es um Kinder, und die haben Anrecht auf einen qualitativ guten Standard.
Das vorliegende Gesetz wird als Fortsetzung einer befristeten Lösung dienen, ein Gesetz, welches sich bis dahin bewährt hat. Die Standards sind hoch, die Qualität ist gut, und die CVP wünscht, dass das so bleibt. Das Gesetz hat sich bewährt und soll das auch weiterhin tun, gerade auch, weil sich die meisten der Vernehmlassungsteilnehmer positiv zur Vorlage geäussert hat. Wir sind ein kleiner Kanton, so macht diese Koordination durchaus Sinn. Wenn jetzt jede Gemeinde selber ihre Qualitätsrahmen und Gesetze selber erstellen muss, von der Gemeindeversammlung abgesegnet, dann ist das bürokratischer Unsinn.

Machen wir uns also nichts vor. Auch die CVP ist der Meinung, dass die Erziehung vor allem in der Familie stattfinden soll. Aber leider sieht der Alltag etwas anders aus. Wirtschaftliche Zwänge, Scheidungsraten von 54 %, Migrationsthematik und sozial Benachteiligte sind Tatsachen. Wir erfinden mit diesem Gesetz nicht Neues, sondern stellen ernüchtert fest, dass familienergänzende Kinderbetreuung schon lange Staatssache ist.
Wenn Sie nun eintreten und die Vorlage an die Kommission zurückweisen, dann grenzt das schon fast an Schildbürgerei. Ein schlankes Gesetz, welches wir uns immer wünschen, wird in einer weiteren Runde in der Kommission sicher nicht schlanker. Eher wird es komplizierter und dadurch nicht mehr mehrheitsfähig! Sind Sie doch ehrlich. Wenn Sie das Gesetz nicht wollen, verweigern sie das Eintreten, aber verschonen Sie uns vor unnötiger Bürokratie. Gerade die FDP, welche auf Bundesebene die Bürokratie begrenzen möchte, schafft hier das Gegenteil. Und dieselbe Partei ist es auch, welche sich seit Jahren für Krippenplätze und deren staatlichen Förderung zum Wohle der Wirtschaft stark macht. Und nun hinterfragt man sich selber?
Unterstützen Sie die Weiterführung dieses Gesetzes für eine einfache und qualitativ korrekte Handhabung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Stimmen Sie für Eintreten und weisen Sie die Rückweisung an die Kommission ab!

Ivo **Hunn** hält fest, dass die GLP für Eintreten auf die Vorlage ist und die Anträge der Regierung unterstützt. Wir sind der Meinung, dass sich das Kinderbetreuungsgesetzt bewährt hat. Dies zeigt sich sehr deutlich aus den meist positiven Rückmeldungen und der grossen Unterstützung, 17 von 19 eingegangenen Stellungnahmen sind für die Weiterführung des Kinderbetreuungsgesetzes, davon auch 10 von 11 Gemeinden. Dieses Ergebnis spricht für sich selbst.
Auch die gemachte Evaluation zeigt, dass die formalen und inhaltlichen Grundlagen, der Vollzug des Gesetzes insgesamt gut sind, es eine Zunahme von Kinderbetreuungsangebote gegeben hat, die Qualität gesteigert wurde und so die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit massgeblich gefördert werden konnte.
Die GLP ist der Überzeugung, dass eine Aufsicht des Kantons, kombiniert mit den zusätzlichen Aufgaben wie Unterstützung und Koordination, der richtige und optimale Weg für die Gemeinden und den Kanton Zug ist. So kann der Kanton im Subsidiaritätsprinzip Aufgaben übernehmen und die Gemeinden entlasten.
In diesem Sinne unterstützt die GLP die Anträge der Regierung und den Antrag der Kommissionsminderheit, das Angebot der Spielgruppe im § 2 aufzunehmen, und lehnt den Eventualantrag der vorberatenden Kommission sowie auch den FDP-Antrag ab.

Vroni **Straub-Müller**: Wir haben es jetzt schon mehrmals gehört, das Kinderbetreuungsgesetz ist einfach, gut, schlank und effizient. Und vor allem hat es sich bewährt. Sämtliche Partner, die mit diesem Gesetz arbeiten, bestätigen dies. Und die Votantin als Vorsteherin des Bildungsdepartements der Stadt Zug weiss, wovon sie spricht. (Damit ist auch ihre Interessenbindung offengelegt.) Sie weiss und sieht, dass ihre Fachleute jeden Tag mit diesem Gesetz arbeiten und froh darüber sind. Der Kanton setzt ihnen nämlich einen rechtlichen Rahmen, einen recht bescheidenen. Wohl mehr so ein Gerippe, aber es genügt. Und wir in der Stadt haben daneben genügend Spielraum, um unsere Angebote zu entwickeln, zu finanzieren und zu beaufsichtigen. Das hat die Stadt Zug ja bewiesen.

Die privaten Träger auf der anderen Seite haben einheitliche kantonale Rahmenbedingungen, welche die Qualität sichern und genügend unternehmerischen Freirau bieten. Jede Ebene übernimmt also die Aufgaben, für die sie sich am besten eignet. Wiederum eine Win-win-Situation für alle. Wollen wir tatsächlich mehr Bürokratie für unsere Gemeinden? Elfmal müsste ein eigenes Kinderbetreuungsreglement erarbeitet werden und mit Sicherheit sähe es elfmal anders aus. Das Kinderbetreuungsgesetz hat dafür gesorgt, dass im Kanton in diesem Bereich weniger Bürokratie nötig war. Die einheitliche Regelung hat dafür gesorgt, dass die Gemeinden nicht elf verschiedene Richtlinien für die Bewilligung und für die Aufsicht von Kinderbetreuungseinrichtungen erarbeiten und umsetzen müssen. Zudem hat der Kanton verschiedene Hilfsmittel zur Verfügung gestellt, damit die Gemeinden ihre Aufgaben möglichst effizient wahrnehmen können. Zerschlagen Sie also heute nicht eine gute Lösung! Weisen Sie dieses Gesetz nicht zurück! Nehmen Sie nicht eine völlig deregulierte Situation in Kauf, welche wohl zum Nachteil der uns anvertrauten Kinder wäre!

Markus **Jans** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er leitet die sozialen Dienste der Stadt Zug und ist damit direkt von diesem Gesetz betroffen. – Bei diesem Gesetz geht es um unsere Kinder, das grösste Gut unserer Zukunft. Die frühe Kindheit zwischen null und sechs Jahren ist die Lebensphase mit der grössten Lernfähigkeit, aber auch mit der grössten Verletzlichkeit. Entsprechend wichtig sind daher Rahmenbedingungen bei der familienexternen Kinderbetreuung. In der Stadt Zug hat ein Wachstumsschub bei den Kinderbetreuungseinrichtungen stattgefunden. Waren es 2001 noch 100 Betreuungsplätze für das Vorschulalter, sind es heute über 400. Im Zuge dieses Ausbaus sind auch neue Anbieter aufgetreten. Waren es früher Vereine und Privatpersonen, die Bewilligungsanträge stellten, sind es heute auch Rechtsformen wie Aktiengesellschaften und GmbHs. Bei einzelnen Anbietern werden die gesetzlichen Minimalbedingungen mehr als ausgereizt. Im Zuge dieses Trends ist zum Wohle des Kindes eine klare, verbindliche Gesetzgebung notwendig.
Das Kinderbetreuungsgesetz definiert die Qualitätskriterien mit messbaren Kriterien. Die Bewilligungen basieren auf diesen Qualitätskriterien. Diese werden zusätzlich durch Empfehlungen der Direktion des Innern unterstützt und den Gemeinden zur Verfugung gestellt. Bei Wegfall des kantonalen Gesetzes fallen auch die messbaren Kriterien weg. Auf Gemeindeebene müssten daher neue Bestimmungen erarbeitet werden, was zwangsläufig zu elf unterschiedlichen Handhabungen fuhren würde. Die Gefahr besteht, dass finanzielle Aspekte, Bedürfnisse von Arbeitgebern und Eltern stärker gewichtet werden und die Bedürfnisse der Kinder darunter leiden. Die Qualität der Betreuung würde sinken. Ohne gesetzliche Grundlagen und ohne einheitliche Kriterien würde die Bewilligung und Aufsicht über die Kindertagesstätten schwierig und Rechtsstreitigkeiten wären vorprogrammiert.
Aus diesen Gründen empfiehlt der Votant dem Rat sehr, auf das Gesetz einzutreten und ihm gemäss Fassung der Kommission zuzustimmen.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, hält fest, dass der Regierungsrat Eintreten auf das Gesetz beantragt. Aus welchen Gründen? Es ist ein sehr schlankes Gesetz. Wir haben heute acht Paragrafen und neu sieben. Auch im Vergleich zu den anderen Kantonen hat der Kanton Zug wirklich ein sehr schlankes Gesetz. Es wurde in der Vernehmlassung grossmehrheitlich angenommen. Es hat sich in

der Praxis bewährt. Es gibt genügend Spielraum für situative Lösungen. Das Gesetz hat neue Angebote nicht behindert. Das wurde anfänglich von einigen Gegnerinnen und Gegnern vermutet. Es behindert auch die bewährten Angebote nicht. Heute haben wir im Kinderkrippenbereich sehr viele neue Angebote, vor allem privater Natur. Sie kosten allerdings gegen 200, 300 Franken pro Tag. Hier hat es genügend Plätze und keine Wartelisten. Wartelisten hat es noch bei den subventionierten Angeboten für Personen, die sich nicht 200 oder 300 Franken pro Tag leisten können. Auch die Tagesfamilien konnten sich entwickeln.
Im Alltag wurde das Gesetz als Unterstützung und nicht als Verhinderung wahrgenommen. Die Regierung hat eine externe Evaluation in Auftrag gegeben. Mit Betonung auf extern, damit es wirklich neutral ist. Die Evaluationsergebnisse wurden mit den Sozial- und Bildungsvorsteherinnen und -vorstehern in den Gemeinden bei einem Hearing erörtert und unterstützt.
Das Gesetz unterstützt das, was die meisten Parteien fordern, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Was regelt das Gesetz in diesen sieben, heute noch acht Paragrafen? Es regelt eine ganz klare Aufgabenteilung. Für was ist der Kanton zuständig, für was sind es die Gemeinden? Was fällt unter die Bewilligungs- und Aufsichtspflicht, welche Angebote und welche nicht? Dass die Gemeinde zuständig ist für die Betriebsbewilligung und für die Aufsicht. Die Gemeinden erhalten mit dem Gesetz auch eine gesetzliche Grundlage, dass die Gemeinden mit gemeindlichen Beiträgen sich bei den privaten Institutionen beteiligen können. Und es regelt einen Rahmen für die Beiträge der Erziehungsberechtigten. Hier schlägt ja die Regierung eine Änderung vor. Darüber sprechen wir dann in der Detailberatung. Auf Antrag von zwei FDP-Mitgliedern soll es hier zugunsten der Flexibilität für die Gemeinden eine Änderung geben.
Es wurde bereits gesagt: Stellen Sie sich vor, jede Gemeinde müsste an der Gemeindeversammlung gesetzliche Grundlagen erarbeiten für Bewilligungen, für die Aufsicht. Es würde elf verschiedene Regelungen geben. Gerade für Institutionen, die über die Gemeinden hinaus mit verschiedenen Gemeinden zusammenarbeiten, wäre das eine unnötige Hürde. Elf verschiedene gemeindliche Gesetzgebungen anstelle von einem einfachen kantonalen Gesetz ergeben eher mehr Gesetze als weniger, was eigentlich der Wunsch ist. Die Regierung beantragt Eintreten auf dieses bewährte Gesetz.

➔ Der Rat beschliesst mit 57:20 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

Thomas **Lötscher**: Wir haben die eindringlichen Appelle gehört, dass es um die Kinder geht. Kinder wecken Emotionen. Der Votant weiss das, er hat zwei davon in der Pubertät. Er kann aber den Angriff von Georg Helfenstein gegenüber der FDP nicht unwidersprochen lassen. Es geht hier nicht um einen Schildbürgerstreich oder um eine Vernebelungstaktik. Wir haben es gesehen: Die Kommission hat mit knapper Mehrheit das Gesetz verworfen. Thomas Lötscher ist nicht sicher, wie das Resultat bei einer Schlussabstimmung sein würde.
Es ist riskant. Er hat grosse Schwierigkeiten gehabt mit diesem Kommissionsbericht. In seinen Augen ist er für die Entscheidfindung unbrauchbar. In diesem Bericht wird zuerst die Regierung bestätigt, was für tolle Erfahrungen man mit diesem Gesetz gemacht hat. Dann kommen drei Argumente, weshalb man dieses Gesetz nicht will. Man geht aber nicht materiell auf das Gesetz ein. Das erste Argument, dass Kindererziehung eigentlich Sache der Familie ist, hat sicher zu Zeiten von Albert Anker seine Gültigkeit gehabt. Aber um diese Frage geht es hier gar nicht. Wir haben alternative Familienmodelle und müssen das regeln.

Das zweite Argument betreffend der Gemeindeautonomie – wir haben es gelesen, zehn von elf Gemeinden stehen hinter diesem Gesetz. Also geben wir ihnen doch diese Autonomie! Das dritte Argument, dass man das Gesetz nicht braucht und es auf der Verordnungsstufe regeln soll, kann der Votant schlecht beurteilen, da er nicht Jurist ist. Er ist bisher immer davon ausgegangen, dass man eine Verordnung machen kann, wenn man eine gesetzliche Grundlage hat, also dazu ein Gesetz braucht. Falls es aber möglich ist und wir andere Grundlagen haben und die Verordnung machen können: Wollen wir dann wirklich, dass die Regierung in einer Verordnung am Parlament vorbei legiferiert in dieser Thematik? Der FDP geht es darum, dass wir mit der Rückweisung gewisse materielle Punkte wirklich vertieft diskutieren, die im Kommissionsbericht nicht zum Ausdruck kommen. Vielleicht wurden sie in der Kommission besprochen. Es geht darum, dass wir die Anforderungen an Kinderbetreuungen nicht übertreiben und dass die Gemeinden – mindestens, was die finanzielle Seite betrifft – entsprechende Autonomie haben. Und wir bringen die Sache eher vorwärts, wenn wir mit diesen Punkten die Vorlage nochmals zurückgeben und sie entsprechend überarbeiten lassen, als wenn wir es jetzt darauf ankommen lassen, ob dieses Gesetz dann in der Schlussabstimmung effektiv die Hürde nimmt. Denn das Eintreten ist für das Schlussergebnis nicht repräsentativ. Thomas Lötscher empfiehlt deshalb auch jenen, die für das Gesetz sind, die Rückweisung, damit es keinen Scherbenhaufen gibt. Und für jene, die dagegen sind: Wir haben sicher weniger Bürokratie, wenn wir es an einem Ort lösen, als wenn wir es an elf Orten lösen. Wir können die Finanzautonomie der Gemeinden sicherstellen. Wir haben keinen Overkill bei den Anforderungen. Und vor allem können wir hier als Parlament eine klare Willensäusserung machen, was wir im Gesetz wollen, und damit auch eine materielle Diskussion führen.

Beni **Riedi** weist darauf hin, dass eine Rückweisung in der Kommission nie zur Debatte stand. Dementsprechend kann der Kommissionspräsident dazu nichts sagen. Er kann sich dem Votum von Georg Helfenstein anschliessen. Man soll entweder für oder gegen das Gesetz stimmen. Eine Rückweisung an den Regierungsrat oder die Kommission beschäftigt die Verwaltung und führt zu keinem anderen Ergebnis. Es geht hier um die Grundsatzfrage, ob der Kanton weiterhin die Koordination der familienergänzenden Kinderbetreuung führt oder ob man den Gemeinden diesen Handlungsspielraum ermöglichen möchte.

Die **Vorsitzende** fragt die FDP, ob die Rückweisung an die Kommission oder an die Regierung gehen soll. – An den Regierungsrat!

Georg **Helfenstein** hat Mühe mit dieser ganzen Diskussion. Die Punkte, die Thomas Lötscher erwähnt hat – er war selber nicht Kommissionsmitglied – hätten in der Kommission diskutiert werden könne. Der Votant ist überzeugt, dass sie auch diskutiert wurden. Wir haben sehr viel diskutiert in dieser Kommission, auch sehr kontrovers. Es sind viele gute Voten von allen Seiten gekommen. Das hat schlussendlich zu gewissen knappen Entscheidungen geführt. Aber diese Rückweisung an den Regierungsrat ändert an der Tatsache nichts, dass wir ein schlankes Gesetz haben und Verordnungen grundsätzlich nicht Sache des Kantonsrats sind, sondern der Regierung. Die Direktion des Innern wird eine Verordnung anpassen in Absprache mit den betroffenen Personen und Institutionen. Wenn wir das zurück-

schieben, ist das unnötig und zieht die ganze Sache in die Länge, ohne dass wir nachher ein Ergebnis haben.

Heini **Schmid** würde es betreffend des Rückweisungsantrags interessieren, welche konkrete Anträge die FDP zuhanden der Regierung für die Ausarbeitung ihres Berichts stellt. Er hat keine solche gehört, und wenn nicht wirklich konkrete Anträge, was an diesem Gesetz geändert werden sollten, gestellt werden, sollte der Rat einer Rückweisung nicht zustimmen. Dann ist es an ihnen, über ihren Schatten zu springen und sich aus der vertrackten Situation zu befreien. Aber der Votant wäre froh, wenn wirklich konkrete Anträge gestellt oder Hinweise gegeben würden, wie die Regierung dieses Gesetz überarbeiten kann. Ein Gesetz zurückzuweisen, damit jemand sein Gesicht wahren kann, ist kein sinnvolles parlamentarisches Vorgehen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag dahingehend lautet, dass der Kommissionsbericht fundierter gewünscht wird. Die Rückweisung ist so begründet, dass zur Findung des Abstimmungsvorgehens der Kommissionsbericht nicht ausführliche genug sei und nicht auf die Diskussionen in der Kommission eingehe.

Heini **Schmid** ist der Ansicht, dass dann die Vorlage an die Kommission und nicht an die Regierung zurückgewiesen werden müsste.

Stefan **Gisler** bittet den Rat, das Gesetz heute zu beraten und ihm dann auch zuzustimmen. Es handelt sich um ein Gesetz, das sich während sechs Jahren bewährt hat. Der Votant hat vorhin in der Debatte nichts darüber gehört, dass sich dieses Gesetz nicht bewährt habe. Wir hatten also genug Zeit, darüber zu befinden, ob es sich um ein gutes oder ein schlechtes Gesetz handelt, auch nach den geringfügigen Änderungen in dieser Vorlage. Unabhängig von der Qualität des Kommissionsberichts waren Sie alle auch in der Lage, dieses Gesetz zu beurteilen. Klärungsbedarf besteht ja vor allem in der FDP-Fraktion. Nur damit sie für die interne Debatte noch mehr Klärung hat in einem genaueren Kommissionsbericht, der dann dem Regierungsbericht folgt, brauchen wir keine Rückweisung. Wir hatten sechs Jahre Zeit – hic Rhodos, hic salta.

Thomas **Werner** hält fest, dass die Wünsche der FDP von der Regierung ja zum Teil in dieses Gesetz eingearbeitet wurden. Es macht nach Meinung der SVP-Fraktion keinen Sinn, die Vorlage zurückzuweisen. Die Kommissionsarbeit wurde wirklich intensiv geführt. Die FDP hat damals zum Teil nicht für Eintreten abgestimmt, was heute nicht der Fall war. Deshalb zweifelt der Votant eigentlich nicht am Ausgang des Endresultats. Bitte weisen Sie diese Vorlage nicht zurück!

Cornelia **Stocker** möchte den Antrag der FDP-Fraktion nochmals präzisieren. Wir fordern volle finanzielle Freiheit für die Gemeinden. Sie müssen in ihrer Tarifgestaltung frei sein. Neuheim und die Stadt Zug haben einerseits unterschiedliche finanzielle Möglichkeiten und andererseits auch andere Anforderungen bei der Kinderbetreuung. In Neuheim braucht es andere Kindertagesstätten als in der Stadt Zug. Das ist so und war schon in der Vergangenheit so. Und dann wollen wir der Regie-

rung keinen Freipass geben für die Festlegung der Anforderungskriterien. Wenn wir § 3 dieses Gesetzes lesen, der heute leider nicht zur Diskussion steht, heisst es ganz klar: «Der Regierungsrat legt abgestufte Qualitätsanforderungen an die privaten und gemeindlichen Angebote fest.» Das wollen wir nicht. Die Gemeinden müssen das tun. Es dürfen da nur minimalste Kriterien definiert sein, weil eben die Gemeinden die Kindertagesstätten zum Teil ganz erheblich subventionieren. Das machen nicht alle Gemeinden gleich, das zeigt auch klar der Artikel in der Zuger Presse. Aber wenn die Gemeinden zahlen, müssen sie auch sagen können, was der Standard ist. Und sich nicht an irgendwelche Vorgaben halten müssen, die wir heute nicht kennen und dann in einer Verordnung festgeschrieben werden. Die Gemeinden sollten nachher nicht nichts anderes tun können, als teure Tagesstätten oder teure Anbieter haben, die dann letztlich subventioniert werden müssen. Wir können da das Heft nicht aus der Hand geben für die Gemeinden.

Vroni **Straub-Müller** wendet sich an Cornelia Stocker. Wir haben – vielleicht zum Glück, vielleicht leider – die volle finanzielle Freiheit in der Stadt Zug. Da müssen wir nichts ändern. Die Votantin wüsste keinen einzigen Paragrafen, keinen einzigen Satz, den wir in diesem Gesetz ändern müssten zu unserer Freiheit in der Stadt Zug.

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass zwei konkrete Anträge zu zwei konkreten Paragrafen vorliegen. Wir kommen nachher zur Detailberatung. Liebe FDP, stellen Sie diesen Antrag, dann können wir das entscheiden, ob wir die volle Freiheit wollen oder minimale Anforderungen, dass die sozial Schwachen einen Sozialtarif zugute haben. Das können wir hier ausmarchen und dann haben wir das Problem gelöst.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, hält fest, dass die Regierung und die Kantonsratspräsidentin der Meinung sein, dass diese Rückweisung so nicht geht. Wir sind froh, haben wir nun den präzisen Antrag gehört. Es braucht wirklich einen sehr präzisen Antrag, um überhaupt entscheiden zu können, ob diese Rückweisung möglich ist oder nicht. Warum sind wir der Meinung, dass es nicht möglich ist? Bei dieser Teilrevision geht es um zwei materielle Änderungen in § 6 und § 8. Bei § 6 geht es um die Festlegung der Elternbeiträge, die aufgrund der Motion Stocker/Dübendorfer geändert wurde. Und in § 8 geht es um die Befristung.
Gemäss Geschäftsordnung des Kantonsrats, § 50 Abs. 1, müssen Rückweisungsanträge, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Beratungsgegenständen stehen, aus der Beratung ausgeschieden und auf den Motionsweg verwiesen werden. Die Praxis ist gemäss Empfehlung 7 des Büros des Kantonsrats vom 25. und 29. August 2008 sehr streng. Es muss ein ganz direkter thematischer, beziehungsweise materieller Zusammenhang bestehen, ein mittelbarer oder indirekter genügt nicht. Bei einer Teilrevision steht ein Teil des Gesetzes zur verfahrensrechtlichen Disposition, nämlich im Umfang der Anträge des Regierungsrats. Die anderen Paragrafen sind nicht Bestandteil der Vorlage. Auf solche Anträge darf nicht eingetreten werden, weil der unmittelbare Zusammenhang fehlt.
Wir haben nun die beiden Anträge der FDP gehört. Einerseits geht es um die volle Finanzierungsfreiheit für die Gemeinden. Das betrifft § 6. Hier können Sie in der Detailberatung Ihren Antrag stellen, diesen Paragrafen zu streichen. Diese Möglichkeit gibt es in der Detailberatung. § 8 steht nicht zur Disposition, kann aber

natürlich mit einer Motion in einem späteren Zeitpunkt zur Diskussion gebracht werden.
Noch etwas zu den Qualitätskriterien. Vielleicht hilft das der FDP auch. Die Verordnung geht bald in die Vernehmlassung. Bei Verordnungen ist es nicht zwingend, dass sie in die Vernehmlassung gehen. Bei dieser Verordnung werden wir aber in die Vernehmlassung gehen, sowohl bei den Gemeinden wie auch bei den Parteien. Hier haben Sie auch die Möglichkeit und die Direktorin des Innern fordert Sie auf, dass sie dann auch konkret sagen, welche Punkte Sie gestrichen haben möchten.
Wir wissen bereits von den Gemeinden, dass es einige Präzisierungen braucht. Die Gruppengrössen sollen weniger starr und flexibler sein. Das sind Erfahrungen der Gemeinden aus den letzten sechs Jahren. Es ist auch der Regierung ein Anliegen, dass hier mehr Flexibilität möglich ist.
Es wurde anfangs gesagt, man möchte keine getrennten Waschbecken für Buben und Mädchen, keinen Master zum Suppenschöpfen. Das will die Regierung auch nicht. Es gibt weder im Gesetz noch in der Verordnung eine Bestimmung, die getrennte Waschbecken fordert, einen Master zum Suppenschöpfen auch nicht. Bei den Tagesfamilien wird gefordert, dass man Erfahrungen hat im Umgang mit Kindern. Gegen diese Anforderung hat wohl niemand etwas. In den Kinderkrippen ist es so, dass im Schnitt 50 % nicht ausgebildet sind. Auch das zeigt, dass die Anforderungen nicht mastermässig sind. Und bei den schulergänzenden Einrichtungen ist sogar die grosse Mehrheit ohne Ausbildung. Es braucht einfach eine entsprechende erzieherische Befähigung.
Also nochmals: Bringen Sie diese Anliegen bitte bei der Verordnung ein. Die Regierung wird sicher auf die Vernehmlassungsbeantwortungen schauen.

Thomas **Lötscher** ist der Überzeugung, dass es nicht stimmt, was die Direktorin des Innern gesagt hat, dass diese Rückweisung nicht zulässig ist. Es geht hier nicht einfach um eine Änderung eines Gesetzes, sondern es geht darum, ob wir das Gesetz als Ganzes wollen oder nicht. Deshalb ist diese Rückweisung zulässig. Der Votant bittet den Landschreiber oder die Kantonsratspräsidentin, diesbezüglich eine klare Aussage zu machen.

Die **Vorsitzende** machte eine klare Aussage: Wir kommen zur Abstimmung. Für eine Rückweisung braucht es eine Zweidrittelsmehrheit der anwesenden Mitglieder.

➔ Der Rat lehnt die Rückweisung mit 52:20 Stimmen ab.

Beni **Riedi** möchte noch Stellung nehmen zum Kommissionsbericht. Geschätzte Mitglieder der FDP, Sie hatten vier Mitglieder in der Kommission. Im Kommissionsbericht stehen alle relevanten Abstimmungen, alle Diskussionen, welche wir geführt haben. Ansonsten steht im Bericht nichts. Jetzt zu sagen, der Bericht sei nicht vollständig, entspricht nicht der Wahrheit.

DETAILBERATUNG

§ 2

Hubert **Schuler** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist Leiter des Sozialdienstes Baar und wir führen sieben Spielgruppen mit rund 70 Kindern. – Spiel-

gruppen sind Angebote, welche für die Entwicklung der Kinder von grösster Bedeutung sind. Oft erleben die Kinder zum ersten Mal einen strukturierten Umgang mit Gleichaltrigen. Sie erleben gezielte Förderung durch Spiel, Bewegung und freiem gemeinsamen Spielen. Die Spielgruppenzeiten betragen oft fünf bis sechs Stunden pro Woche.
Es ist uns klar, dass dieses Angebot gemäss Artikel 1 nicht alle Vorgaben erfüllt. Trotzdem sind wir der Meinung, wenn zwei von drei Vorgaben, notabene zwei sehr wichtige Vorgaben (Integration sowie Chancengleichheit und Kinder in ihrer Entwicklung fördern) erfüllt werden, es richtig ist, diese Angebot im Gesetz aufzuführen. Auch der zeitliche Aspekt muss mitberücksichtigt werden. So kann es durchaus sein, dass die Kinder länger in der Spielgruppe sind, als z.B. in einem Mittagstisch oder in Randzeitenbetreuungsangeboten. Mit der Erwähnung unter § 2 werden keine Kosten oder Verbindlichkeiten generiert. Es geht darum, dass die Wichtigkeit der Spielgruppenangebote für die Entwicklung unserer Kinder explizit erwähnt wird. Bildung wird in der Schweiz immer als der einzige Rohstoff unseres Landes erwähnt. Bildung beginnt aber nicht erst im Kindergarten oder in der 1. Klasse. Bildung beginnt mit der Geburt, und die Zeit, in der die Kinder in Spielgruppen verweilen (2½ bis 5-jährig) sind für die spätere Bildung und die soziale Entwicklung von grösster Bedeutung. – Setzen Sie ein Zeichen für unsere Kinder und nehmen sie den Antrag an! Er lautet, dass bei den Angeboten zusätzlich noch Spielgruppen aufgeführt sind.

Anna **Lustenberger-Seitz** legt ihre Interessenbindung offen, weil sie jetzt als Einzelsprecherin spricht. Sie ist Präsidentin des Spielgruppenverbands Kanton Zug und seit drei Wochen auch Co-Präsidentin des schweizerischen Spielgruppen-Leiterinnenverbands. Ebenfalls leitet sie zusammen mit einer Kollegin während eines halben Tags pro Woche eine Spielgruppe.
Sie bittet den Rat, den Antrag, den Hubert Schuler soeben gestellt hat, zu unterstützen. Ihre Begründung: Die Spielgruppe ist heute nicht mehr wegzudenken. Sie wird geliebt von den Kindern, geschätzt von vielen Eltern. Aber auch für die Schule und den heilpädagogischen Dienst sind wir Ansprechpartner geworden. Die Spielgruppe ist unserer Gesellschaft bestens bekannt, das hat die Votantin auch bei der Diskussion innerhalb der Kommission gespürt. Die Spielgruppe hat sich zu einer wichtigen Vorschulinstitution entwickelt, sie hat sich seit Beginn der ersten Spielgruppen vor rund 40 Jahren auch verändert. Die Aufgaben für die Spielgruppenleiterinnen sind anspruchsvoller geworden. Viele Institutionen, die sich mit Familien mit Kindern im Vorschulbereich befassen, haben uns als Partner anerkannt. Wir sind Ansprechpartner im Bereich der Gesundheitsförderung, der Kariesprophylaxe, und nun immer stärker gehören wir zu einem bedeutenden Angebot im Bereich der Integration und Sprachförderung. Dies nicht nur für Kinder aus fremden Kulturen, sondern auch für Kinder mit Behinderungen, mit Entwicklungsauffälligkeiten oder Verzögerungen.
Wir erfahren viel Wertschätzung, auch von vielen Zuger Gemeinden; wir werden von den meisten Gemeinden in einer Form unterstützt. Aber wir sind gesetzlich nirgends angesiedelt. Eine Aufnahme ins Kinderbetreuungsgesetz wäre eine politische Wertschätzung, auf die wir seit vielen Jahren warten.
Als Vorschulinstitution haben wir keine Chance, in das Bildungsgesetz aufgenommen zu werden, dieses beginnt erst mit dem obligatorischen Kindergartenjahr. In das Kinderbetreuungsgesetz passen wir aber bestens. Denn beim Zweckartikel in § 2 bezweckt das Gesetz nämlich auch, «die Integration und Chancengleichheit der Kinder zu verbessern» und «die Kinde in ihrer Entwicklung zu fördern». Diese För-

derung geschieht in den Spielgruppen altersgerecht und auf hohem Niveau, das würden Ihnen alle Eltern bestätigen,
Eine Meldepflicht erscheint Anna Lustenberger für die Spielgruppen angemessen. Sie ist bereits eine Hürde, die jemand nehmen muss, wenn sie oder er eine Spielgruppe eröffnen will. Daher bittet die Votantin den Rat, den Antrag gutzuheissen, dass die Spielgruppen im § 2 in die Aufzählung aufgenommen werden, und dass es dann einen neuen Paragraphen 4bis gibt, der die Meldepflicht für Spielgruppen aufnimmt.

Thomas **Werner** meint, jetzt seien wir schon so weit, es gehe los mit den Begehrlichkeiten. Die Spielgruppen gehören nicht in dieses Gesetz! Was bringt es? Wenn sie dabei sind, kommen die Qualitätsvorschriften und das Betreuungspersonal, es wird bestimmt, wie viele Kinder von wie vielen Personen betreut werden dürfen oder müssen. All dies ist kostentreibend. Die Kinder des Votanten sind beide in die Spielgruppe gegangen. Das waren ein Raum und eine Betreuungsperson, es hatte eine Toilette und es waren zwölf Kinder. Das war absolut in Ordnung, sie sind sehr gerne gegangen. Diese Spielgruppe würde, wenn wir diesen Artikel abändern, nicht mehr existieren. Für die Integration kann man alle Hergottsargumente hineinpacken und sagen, wenn wir das ändern, sind wir dagegen. Aber das stimmt gar nicht. Wir müssen das detaillierter anschauen. Es geht nicht darum, dass wir nicht für die Integration sind oder nicht für die Spielgruppen. Aber dazu müssen sie nicht in diesem Gesetz sein. Die SVP-Fraktion ist einstimmig gegen diesen Antrag.

Cornelia **Stocker**: Auch die FDP möchte von der Aufnahme der Spielgruppen in dieses Gesetz absehen. Das heisst aber nicht, dass wir den Spielgruppenleiterinnen keine Wertschätzung entgegenbringen. Im Gegenteil, wir haben grossen Respekt vor solchen Frauen, die solche Aufgaben übernehmen, eine grosse Kinderschar betreuen und den Kindern viel Gutes auf den Lebensweg mitgeben. Aber es entspricht nicht dem Zweckartikel dieses Gesetzes. Wenn wir konsequent wären, müssten wir nämlich auch noch die Ferienbetreuung usw. in dieses Gesetz aufnehmen. Und dann sind wir wieder beim Punkt, den Thomas Werner vorher erwähnt hat. Dann kommen Qualitätsanforderungen und die Spirale geht immer weiter. Letztendlich müssen wir auch noch die Pfadilager hineinnehmen, und das möchten wir nicht. Aber verstehen Sie uns nicht falsch! Die Wertschätzung gegenüber den Spielgruppen halten wir sehr hoch, auch die Kinder der Votantin waren dort.

Beni **Riedi** hält fest, dass die Kommission diesen Antrag mit 7:7 und einer Enthaltung mit dem Stichentscheid des Präsidenten ablehnte. Die Beweggründe waren unter anderem, dass es sich bei Spielgruppen nicht um erwerbskompatible Angebote handelt. Wie der Kommissionspräsident in seinem Bericht erläutert hat, leisten die Spielgruppen keinen Beitrag zu Vereinbarkeit von Familien und Arbeit und sind deshalb mit diesem Gesetz nicht vereinbar. Es wurden auch Bedenken geäussert, dass sich durch die Überregulierung die Angebote verteuern könnten. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag nicht zu unterstützen.

Anna **Lustenberger-Seitz** möchte sich zuerst für die Wertschätzung bedanken, die sie jetzt gehört hat. Wir bekommen disese wirklich von vielen Seiten. Aber dass die

Spielgruppen so gut funktionieren, ist auch nur deshalb, weil ein starker Verband im Hintergrund steht. Wir haben ein Leitbild und sogar auf schweizerischer Ebene ein Qualitätslabel. Aber man muss es nicht haben. Jeder und jede kann eine Spielgruppe eröffnen. Es steht nicht einmal irgendwo geschrieben, dass eine Ausbildung vonnöten ist. Und mit der Meldepflicht vergeben wir uns ja noch nichts, aber es ist bereits eine Hürde, die jemand nehmen muss. Man muss sich melden bei der Gemeinde, wenn man eine Spielgruppe eröffnen will. Eine Gemeinde kann dann nachfragen: Haben Sie eine Ausbildung? Wenn nur schon das wäre, würden wir uns glücklich schätzen. Die allgemeine Wertschätzung ist wunderschön, aber sie bringt uns überhaupt nicht weiter. Wir wären wirklich froh, wenn die Spielgruppen in dieses Gesetz kämen. Und sie können nur in dieses Gesetz kommen, wir haben auf schweizerischer Ebene vor einem guten Jahr eine Kundgebung auf dem Bundesplatz gemacht mit der Lancierung einer Petition «Spielgruppen fordern mehr Anerkennung». Wir haben diese mit über 17'000 Stimmen in Bern eingereicht. Und die Sozialdirektorenkonferenz hat die Kantone jetzt aufgefordert, Spielgruppen besser zu unterstützen, besser zu integrieren. Und mit dieser Aufnahme ins Gesetz ist die Möglichkeit dazu da. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag!

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass dieser Antrag bereits bei der Vernehmlassung gestellt wurde, nicht nur vom Verband, sondern auch von den Gemeinden Hünenberg und Unterägeri. Die Regierung hat sich mit diesem Antrag auseinandergesetzt. Sie kam aber zum Schluss, § 2 diesbezüglich nicht zu ändern und die Spielgruppen nicht als Angebot in das familienergänzende Kinderbetreuungsgesetz aufzunehmen. Die Regierung ist der Meinung, dass Einrichtungen, die weniger als 25 Betriebsstunden pro Woche anbieten, nicht im Kinderbetreuungsgesetz geregelt werden, nicht familienergänzend sind für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und dass auch der Mehraufwand für die Gemeinden steigen würde. Deshalb macht Ihnen die Regierung beliebt, bei § 2 den Antrag von Kommission und Regierung zu unterstützen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Hubert Schuler mit 42:22 Stimmen ab.

§ 4

Hubert **Schuler**: Auch wenn das unter § 2 jetzt abgelehnt wurde, denken wir, dass eine Meldepflicht für Spielgruppen sinnvoll wäre. Spielgruppenangebote gibt es in allen Zuger-Gemeinden. Die Förderung der Kinder, Spiel und Plausch stehen dabei im Vordergrund. Die Spielgruppenzeiten betragen zwischen fünf und sechs Stunden pro Woche für jede Gruppe. Die Gemeinden wissen oft nicht, wer welches Angebot anbietet. Trotzdem werden sie von Eltern, welche ein Angebot suchen, angefragt. Verschiedene Gründe rechtfertigen die Meldepflicht der Spielgruppenangebote gegenüber der Standortgemeinde. Es kann einer Gemeindeverwaltung nicht gleich sein, wer wo Angebote für Kinder zur Verfügung stellt. In Zukunft wird der Markt verstärkt solche Angebote hervorbringen. Selbst Kinderhüteangebote haben teilweise eine Meldepflicht. Mit den 25 Stunden, welche die Direktorin des Innern vorher erwähnt hat, ist es so, dass wenn man nur eine einzige Gruppe anschaut, nur fünf oder sechs Stunden angeboten werden. Aber wenn das ganze Angebot in diesem Bereich angeschaut wird, kann das sehr schnell über 30 Stunden betragen. Zum Beispiel bei uns in der Gemeinde: Sieben Gruppen à fünf Stunden sind 35 Stunden. Was soll jetzt da kontrolliert werden?

Für die Eltern kann mit der Meldepflicht eine Übersicht der Angebote zur Verfügung gestellt werden. Die Auswahl wird dadurch vereinfacht. Mit der Meldepflicht werden den Gemeinden keine zusätzlichen Aufgaben oder Verpflichtungen auferlegt. Die Verantwortung für Qualität bleibt weiterhin bei den Verantwortlichen der Angebote.

Die **Vorsitzende** möchte den Antrag im Wortlaut. Sie glaubt, dass man den Antrag nicht stellen kann, wenn die Spielgruppen nicht im Gesetz sind. Aber wir werden das noch der Direktorin des Innern zur Beurteilung geben.

Hubert **Schuler** verweist auf den Bericht der vorberatenden Kommission. Dort heisst es auf S. 4: *«§ 4ter Meldepflicht für Spielgruppen. Spielgruppeneinrichtungen unterliegen einer Meldepflicht gegenüber der Einwohnergemeinde.»* Das ist unser Antrag.

Thomas **Werner** legt seine Interessenbindung offen. Er ist Vater und Steuerzahler. Die Meldepflicht ist seiner Meinung nach absolut unnötig. So wie er das erfahren hat in seiner Gemeinde, weiss diese, wer eine Spielgruppe betreibt und wo diese ist. Wenn jemand sein Kind in einer Spielgruppe anmelden will, erkundigt er sich entweder bei anderen Eltern oder auf der Gemeinde. Also liegt es ja im Interesse der Spielgruppe, sich bei der Gemeinde zu melden. Die ganze Fraktion ist dafür, dass wir es so belassen, wie es von der Regierung vorgeschlagen wird.

Stefan **Gisler** bittet den Rat, diesen Antrag für eine Meldepflicht zu unterstützen. Damit vergeben Sie sich nun wirklich gar nichts! Jeder Kebab-Stand muss sich melden. Ein Strassenmusiker, der 20 Minuten auf einem Platz spielt, muss sich bei der Polizei melden. Wir kennen das in so vielen Bereichen. Aber gerade in so wichtigen Bereichen, wo es auch um die Sicherheit der Kinder geht, kann man intransparent ohne Meldung an eine irgendeine öffentliche Stelle Angebote platzieren und anbieten. Der Votant weiss nicht, ob es gut kommt, wenn es dann irgendwann später Schwierigkeiten bei diesen Angeboten gibt – er will gar nicht von Missbrauchsfällen sprechen. Und die Gemeinde sagt, wir wussten nicht, dass da überhaupt ein solches Angebot besteht. Sie vergeben sich nichts, es wird auch nicht mehr reguliert bezüglich Angebotsqualität etc. Die Gemeinde ist einfach informiert und falls es Meldungen gäbe, könnte sie dem nachgehen und wüsste, wer verantwortlich ist. Wir kennen die Meldepflicht in so vielen Bereichen. Bei so vielen Anlässen, die wir organisieren, müssen wir uns melden. Wenn man mit einem Sportverein ein Fest für einen Tag macht und einen öffentlichen Platz benutzt, muss man das melden. Aber bei den Kindern dann nicht. Das versteht Stefan Gisler nicht und deshalb bittet er den Rat eindringlich, diese Meldepflicht gutzuheissen.

Oliver **Wandfluh** weist darauf hin, dass mit dieser Meldepflicht durch die Hintertüre ein Qualitätsstandard geschaffen wird. Anna Lustenberger hat es vorhin selber gesagt: Man kann dann fragen, haben Sie eine Ausbildung, wie viele Räume haben Sie usw.? Und wenn man dann auf der Gemeinde anruft und fragt, welche Angebote es gebe, dann findet doch eine Qualitätsmerkmalisierung statt, indem gesagt wird: Diese haben ausgebildete Leute, jene nicht. Wir in Baar haben keine Proble-

me. Jeder erfährt, wo es Spielgruppen gibt und wie diese funktionieren. Man kann sie anschauen und interessierte Eltern wissen, was es gibt und wie gut sie es machen.

Beni **Riedi** hält fest, dass dieser Antrag auch in der Kommission gestellt wurde. Die Mehrheit der Kommission war der Meinung, dass dieser Antrag nur unterstützt werden solle, wenn man die Spielgruppen schon in § 2 aufnehmen würde.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, erinnert daran, dass bei § 2 die Spielgruppen soeben abgelehnt wurden. Das heisst, die Gemeinden haben keine Bewilligungspflicht und keine Aufsicht bei den Spielgruppen. Die Meldepflicht wäre grundsätzlich zulässig. Was bringt sie aber, wenn die Gemeinde keine Betriebsbewilligungspflicht hat? Was sollen dann die Gemeinden mit diesen Meldungen? Daher lehnt die Regierung diesen Antrag ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 50:22 Stimmen ab.

§ 6

Thomas **Werner** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Antrag stellt, diesen Paragrafen so zu belassen, wie er im alten Gesetz bereits vorhanden ist. Unserer Meinung nach öffnet die neue Variante Tür und Tor für einen Einheitspreis. Der ist dann entweder tief oder gar gratis. Doppelverdiener profitieren auf Kosten der Steuerzahler oder derjeniger, die sich für die traditionelle Familienform entschieden haben. Wir wollen in diesem Sinn die Fremdbetreuung nicht sogar noch fördern. Es ist wesentlich sozialer, wenn Besserverdienenden auch mehr bezahlen für das, was sie benutzen, und die weniger Verdienenden dann halt weniger bezahlen. Aber dass das nicht durch die Allgemeinheit subventioniert werden muss, sondern durch diejenigen, welche dieses Angebot auch nutzen.

Beni **Riedi**: Die Kommission hält an der neuen Fassung der Regierung mit 11:4 Stimmen fest. Dieser Vorschlag lässt den Gemeinden mehr Handlungsspielraum und respektiert die Gemeindeautonomie bei der Festlegung der Elternbeiträge.

Cornelia **Stocker** hält fest, dass die FDP dem Antrag der SVP für einmal nicht folgen kann. Wir möchten, dass die finanzielle Freiheit bei den Gemeinden bleibt und das ist mit diesem Paragrafen einigermassen sichergestellt. Wir kennen alle die steile Steuerprogression und letztendlich muss jede Gemeinde selber entschieden können, wie viel sie vom allgemeinen Steuersubstrat in die Kinderbetreuung stecken will. Aber die Votantin hat gewisse Bedenken, dass Sachen in die Verordnung einfliessen, die wir dann nicht mehr beeinflussen können. Deshalb möchte sie die Regierung anfragen, ob wir die Vernehmlassung im Hinblick auf die 2. Lesung erhalten können, damit wir allfällige Vernehmlassungen oder Anträge auf die 2. Lesung rechtzeitig stellen können.

Manuela **Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, erinnert daran, dass die Beiträge für Erziehungsberechtigte im Rat schon mehrmals zu reden gaben. Früher hat die

CVP-Fraktion ein Postulat eingereicht, weil es ganz früher so war, dass man sogar festlegte, ob es das aktuelle oder das steuerbare Einkommen und Vermögen sein muss. Dies wurde von der Regierung bereits per 1. Januar 2009 gelockert, so dass die Gemeinden heute frei sind, welches Einkommen und Vermögen sie berücksichtigen. Der heutige § 6 sieht einfach vor, dass die Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten als Grundlage für die Bemessung gilt. Jetzt, aufgrund der Motion von zwei FDP-Mitgliedern, schlägt die Regierung vor, dass diese Leistungsfähigkeit nicht mehr als Grundlage dienen muss. Es muss einfach gewährt sein, dass der Zugang von sehr tiefen Einkommensklassen zu den Angeboten wirklich gewährleistet ist. Von daher schlägt die Regierung eine Gesetzesänderung vor, die der Motion entgegenkommt, und diese nachher als erledigt abgeschrieben werden kann.
Zur Anfrage wegen der Verordnung. Die Direktorin des Innern wird das gerne am nächsten Dienstag mit der Regierung besprechen und wird dann nachher Cornelia Stocker mitteilen, ob es möglich ist, dass wir das zum heutigen Zeitpunkt zur Verfügung stellen können.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 54:18 Stimmen ab und schliesst sich dem Antrag der Regierung an.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2101.5 – 14095 enthalten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag der Kommissionsmehrheit auf Ablehnung der Vorlage am Schluss der 2. Lesung zur Abstimmung gebracht wird.

Philip C. **Brunner** möchte einen Ordnungsantrag stellen zum nächsten Traktandum, dem KRB betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans. Es ist jetzt halb Zwölf und es wurde gesagt, die Sitzung dauere bis viertel nach Zwölf. Für ein derart wichtiges Traktandum reicht die Zeit für eine seriöse Beratung nicht. Deshalb möchte der Votant beantragen, dieses Geschäft zu verschieben.

Die **Vorsitzende** meint, das sei kein Ordnungsantrag sondern ein Antrag auf Änderung der Traktandenliste. Sie ist damit einverstanden, darüber abstimmen zu lassen. Wir haben zu Beginn der Sitzung die Traktandenliste genehmigt. Wir können weiterfahren. Es sind alle Geschäfte sehr dringend, sowohl der KRB über die Anpassung des kantonalen Richtplans wie auch die Schulraumplanung.

➔ Der Rat beschliesst mit 43:22 Stimmen, sich an die Traktandenliste zu halten und die Beratung über den Richtplan nicht zu verschieben.

446 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Walchwil; Schwerpunkt Erholung und Bahnverkehr)

Traktandum 6 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2117.1/.2 – 13999/14000), der Kommission für öffentlichen Verkehr (Nr. 2117.3 – 14054), der Kommissionsminderheit der Kommission für öffentlichen Verkehr (Nr. 2117.4 – 14067) und der Raumplanungskommission (Nr. 2117.5 – 14068).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Stawiko dieses Geschäft nicht vorberaten hat, weil es keine direkten finanziellen Auswirkungen hat.

Barbara **Strub** weist darauf hin, dass die Doppelspurinsel Walchwil, welche seit 2½ Jahren in unserem Richtplan ist, heute festgesetzt werden soll. Die Raumplanungskommission hat diese Festsetzung im Richtplan schwerpunktmässig aus raumplanerischer Sicht betrachtet, hinterfragt und beraten. Dabei wurden auch die Interessen sowohl der SBB, der Gemeinde Walchwil und des Komitee light in unsere Meinungsbildung miteinbezogen.
Die Doppelspurinsel in Walchwil, welche von den SBB ausgebaut werden wird, dient in erster Linie den zukünftigen Entwicklungen des Schienenverkehrs. Die Doppelspurinsel wird vor allem nötig, da der Fernverkehr Zürich - Tessin - Mailand ab 2017 mit einem Halbstundentakt in der Hauptverkehrszeit geführt werden und gleichzeitig die Stadtbahn Zug nicht beeinträchtigt werden soll. Das komplexe Verkehrssystem auf dem Schienennetz fordert von den Behörden auf allen Stufen und mit allen Interessen eine gute Zusammenarbeit. Lediglich lokales Denken hat hier keinen Platz.
Ein Tunnelportal mitten im Ortskern würde einen grossen Eingriff ins Ortsbild bedeuten. Bei der späteren Durchfahrt von Zügen entstehen starke Immissionen wie Erschütterungen und Lärm. Die Walchwiler, d.h. die Gemeindevertreter, die Dorfbewohner, die Pendlerinnen und Pendler, die Ortsbildschützer, alle die eine hohe Wohnqualität bewahren wollen, bevorzugen daher von den drei untersuchten Varianten die offene Doppelspurinsel, wie von der Regierung beantragt. Mit dieser Lösung werden die Verbindungen mit der Stadtbahn für die Walchwiler besser. Die Haltestelle Hörndli wird in beiden Richtungen angefahren werden können.
Die vorgesehene Sperrung der Bahnstrecke für zwei Jahre wirft viele Fragen auf. Diese Sperrung hat jedoch nicht nur mit der Doppelspurinsel, vielmehr mit einer Totalsanierung der Strecke Zug - Arth-Goldau zu tun. Die umfassende Sanierung der Gesamtstrecke Zug - Arth-Goldau ist nötig und kann mit einer Totalsperrung in zwei Jahren effizient durchgeführt werden. Ohne Sperrung würde diese Sanierung bis zu sechs Jahren in Anspruch nehmen. Nachtarbeit, Lärm, grosse Umstände etc. und eine jahrelange Baustelle möchte die Gemeinde Walchwil verständlicherweise nicht.
Die Strecke Walchwil - Zug wird jedoch während den zwei Jahren für die Pendlerinnen und Pendler nicht gesperrt, vielmehr wird der ÖV vorübergehend von der Schiene auf die Strasse verlegt. Für gute Verbindungen anstelle der S-Bahn wird gesorgt werden. Die Fernverkehrszüge werden während dieser Bauzeit über das Westufer des Zugersees umgeleitet. Dies scheint auch für die SBB die beste Lösung zu sein. Die Angst, dass in naher Zukunft der Güterverkehr über die Strecke am Ostufer des Zugersees geführt werden könnte, haben sowohl die SBB wie auch das Bundesamt für Verkehr bis zum Jahr 2050 ausgeschlossen.

Um in unserem Richtplan dieses Anliegen zu fixieren, wird neu der Zusatz unter Kapitel V.7.6 zum Bahngüterverkehr wie folgt aufgenommen: «Der Kanton Zug setzt sich beim Bund dafür ein, dass der Transitgüterverkehr via Freiamt - Rotkreuz - Gotthard geführt wird.» Diesem Antrag stimmt die Raumplanungskommission mit 12:1 Stimmen zu.
Das Unbehagen, die Strecke Zug - Arth-Goldau würde mit den Jahren zu einer durchgehenden Doppelspurstrecke ausgebaut, konnte ausgeräumt werden. Die langfristige Verkehrsführung der Neat Zugersee, welche zweispurig sein wird, steht mit dem Bau der Doppelspurinsel in Walchwil in keinem Zusammenhang, da die Zeithorizonte unterschiedlich sind. Um zu präzisieren, dass die heutige oberirdische Linienführung über Walchwil zukünftig nicht als zweispurigen Neat-Zubringer ausgebaut werden wird, beantragt die Raumplanungskommission einstimmig im Kapitel V.4.5. einen neuen Text und eine neue Karte. Sie sehen den Text auf S. 3 und die neue Karte auf S. 4 des Berichts und Antrags der RPK. Wie Sie dort sehen, erlaubt diese neu definierte Zone keinen Ausbau der bisherigen Strecke.
Ein zweispuriger Neat-Zubringer soll, sofern er auf der Ostseite des Zugersees realisiert werden würde, unterirdisch gebaut werden. Nach wie vor ist jedoch vom Bund noch nicht entschieden worden, auf welcher Seite des Zugersees der Neat-Zubringer einst durch unseren Kanton geführt werden wird.
Noch etwas zu den Kosten: Wie Sie in Bericht und Antrag der Regierung gelesen haben, ist dieses Vorhaben im ZEB geregelt und vom eidgenössischen Parlament bereits beschlossen. Es entstehen für den Kanton Zug bei dieser Lösung keine Kosten.
Zusammenfassend kann gesagt werden, dass aus der Sicht der Raumplanungskommission die Doppelspurinsel Walchwil vom Zwischenergebnis in die Festsetzung übertragen werden kann. Diese Festsetzung inklusiv den neuen Beschlüssen hat die RPK mit 12:1 Stimmen beschlossen. Wir danken Ihnen, wenn Sie dies unterstützen.
Nun zur zweiten Richtplananpassung in der Gemeinde Walchwil, über welche wir heute auch noch zu befinden haben, nämlich die Festsetzung des kantonalen Erholungsschwerpunktes Lienisberg.
Gemeinde, Korporation und Landwirte stehen hinter dem Vorhaben, den Lienisberg als Erholungsschwerpunkt zu definieren. Schon heute stehen dort neben dem Sportplatz Garderoben in einer umfunktionierten Scheune. Mit der beantragten Anpassung im Richtplan kann diese Anlage erneuert werden.
Das an der Grenze zum Moorgebiet liegende Gelände wird aufgewertet und dient zukünftig auch Nichtfussballern, Langläufer und Freizeitsuchenden. Um das Naherholungsgebiet zu erreichen, ist wegen der geringen Auslastung kein ÖV Angebot vorgesehen, dafür werden geordnet Parkplätze erstellt. Unsere Kommission hat dem Antrag des Regierungsrats grossmehrheitlich zugestimmt.
Im Namen der Raumplanungskommission stellt Barbara Strub den Antrag, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den erwähnten Änderungen zuzustimmen.

Daniel **Eichenberger**, Präsident der Kommission für den öffentlichen Verkehr, weist darauf hin, dass die KöV diese Vorlage auf einen Antrag von Martin Stuber zur Beratung übernommen hat, weil sie seiner Meinung nach auch das Angebot und die Fahrpläne des öffentlichen Verkehrs betrifft. Wir haben sehr kurzfristig eine Sitzung einberufen und der Votant bedankt sich bei allen Kommissionsmitgliedern und den Referenten für die engagierte Diskussion und Beratung dieser Vorlage. Die KöV musste sich zuerst einmal darüber klar werden, dass wir wirklich nur Fra-

gen behandeln wollten, die den öffentlichen Verkehr betreffen und nicht raumplanerischen Fragen wie Landschaftsschutz und Ortsbildsverträglichkeit.
Für eine Mehrheit der Kommission überwogen nach reiflicher Beratung die Argumente zugunsten des ursprünglichen und von den SBB favorisierten Projekts mit einer Doppelspurinsel in Walchwil. Es wurde anerkannt, dass die Variante Murpfli unter bestimmten Umständen durchaus umsetzbar wäre. Allerdings würden dabei infolge Verzichts auf die Doppelspurinsel Walchwil einige Vorteile für die SBB und den Fernverkehr verloren gehen. So würde die Ausweichstelle Murpfli wesentlich kürzer ausfallen, weil sie nur als Kreuzungsstelle für die S2 dienen soll. Fernverkehrszüge könnten hier nicht kreuzen und die von der SBB benötigte Stabilisierungsfunktion für den Fernverkehr – insbesondere bei Verspätungen – wäre bei dieser Variante nicht mehr gegeben. Die Ausweichstelle Murpfli dient somit primär der S2. Sie würde allenfalls ermöglichen, den Halbstundentakt der S2 auch zwischen Walchwil und Arth-Goldau zu fahren. Damit ist die Variante Murpfli aber vielmehr ein Regionalverkehrsprojekt als ein integrales Projekt, welches Regional- und Fernverkehr gleichermassen berücksichtigt.
Die Doppelspurinsel Walchwil lässt hingegen mehrere Fahrplankonzepte beziehungsweise Anpassungen zu, ist also flexibler und dient sowohl dem Fern- wie auch dem Regionalverkehr. Ob die Kosten und der Zeitaufwand für die ohnehin notwendige Sanierung der bestehenden Strecke tatsächlich bedeutend geringer wären, ist nicht sicher. Unter Berücksichtigung, dass es sich um ein Projekt des Bundes und der SBB handelt, welches auch von Bund und SBB finanziert wird und nicht vom Kanton Zug, kam die Kommissionsmehrheit zum Schluss, dass ein Aktivwerden beziehungsweise eine Intervention seitens des Kantons nicht sinnvoll sei. Sie beschloss mit 6«3 Stimmen ohne Enthaltung, der unveränderten Vorlage in allen Punkten zuzustimmen mit Ausnahme der Streichung eines Satzes in Abschnitt V.4.8, wo es um eine landschafts- und ortsbildverträgliche Tunnellösung geht, welcher nicht beraten wurde. Die Behandlung dieser Frage liegt klar in der Kompetenz der Raumplanungskommission.

Martin **Stuber** meint, dass es sicher sinnvoll ist, dass die Kommission für öffentlichen Verkehr den verkehrspolitischen Teil dieser Vorlage behandelt hat. Zur Deklaration seiner Interessen. Der SBB Mediensprecher hat ihn letzte Woche gefragt, was sein Antrieb sei. Die Antwort ist ihm leicht gefallen: Aus jedem Franken für die Bahninfrastruktur das Maximum holen, erstens aus Prinzip, denn es sind ja oft auch Steuergelder, und zweitens ist es angesichts der im Verhältnis zum Bedarf viel zu knappen Mittel wichtiger denn je, bezüglich Kosten/Nutzen das Optimum zu erzielen. Als GA-Besitzer nutzt er die Eisenbahn regelmässig und in der ganzen Schweiz. Es liegt ihm viel daran, dass das neben Füssen und Velo umweltschonendste und energieeffizienteste Verkehrsmittel eine gute, aber eben auch bezahlbare Infrastruktur – die Geleise – nutzen kann und diese gut unterhalten wird.
Dass dank dem Gotthardbasistunnel ein integraler und pünktlicher Halbstundentakt angeboten werden soll und damit ein Teil der enormen Passagierverluste auf der Nord- Südachse durch den Gotthard (von 20'000 Passagieren täglich zum Zeitpunkt der Eröffnung des Gotthard Strassentunnels auf heute 8'000) wieder aufgeholt werden kann – wer könnte da dagegen sein?
Dass dieser Halbstundentakt eine zusätzliche Ausweichstelle zwischen Zug und Arth-Goldau benötigt, damit der Regionalverkehr – die S2 – nicht unter die Räder kommt – wer könnte da dagegen sein?
Die Festsetzung dieser Ausweichstelle im Richtplan war 2009 denn auch nicht bestritten – aber mit Rücksicht auf die Bevölkerung in Walchwil sollte es ein Tunnel

sein. Von einer Streckensperrung war damals keine Rede! Wenn das damals schon ein Thema gewesen wäre, hätten wir damals schon eine Diskussion gehabt. Und jetzt haben wir eine offene Linienführung und zweijährige Streckensperrung.
In Walchwil bildete sich ein Komitee «100 Millionen wozu», nachdem sich anhand des von den SBB offiziell bekannt gegebenen Fahrplans herausstellte, dass die Ausweichstelle Walchwil Nord eigentlich am falschen Ort steht.
Mit einer etwas weiter nördlich gelegenen Ausweichstelle – im Murpfli – lässt sich elegant der integrale Halbstundentakt zwischen Zug-Lindenpark und Arth-Goldau realisieren – und das erst noch kostengünstig. Denn statt dass die S2 stündlich in Walchwil wartet, der Lokführer Däumchen dreht und nach einer längeren Zwangspause nach Zug zurückkehrt, fährt die S2 durch bis Arth-Goldau und vermittelt allen S2-Haltestellen in der Stadt Zug (Lindenpark, Postplatz, Casino, Fridbach und Oberwil – und natürlich auch Walchwil Hauptbahnhof und Walchwil Hörndli) schlanke Anschlüsse auf die Rigi, zur SOB und Richtung Brunnen.
Und weil das Murpfli in einem geologisch wesentlich einfacheren Gelände liegt, das zudem fast unbewohnt ist und auch nicht 1,7 Kilometer lang sein muss (denn im Normalfall kreuzen ja nur Stadtbahnzüge untereinander, die 74 Meter lang sind), kommt es sicher billiger als die SBB-Variante Walchwil Nord. 800 bis 1'000 Meter dürften reichen. Und mit 800 Metern können auch Fernverkehrszüge problemlos kreuzen. Ein Schnellzug ist maximal 400 Meter lang in Zukunft. Das ist die Ausschreibung der SBB. Und vor allem – das ist ganz zentral: Es ist keine zweijährige Streckensperrung nötig, weil im Murpfli der grössere Teil im laufenden Betrieb gebaut werden könnte. Die Ausweichstelle ist kürzer und die geologischen Verhältnisse sind ganz anders. Es ist flaches Gebiet dort. Das ist eigentlich eine klassische Win-win-Situation.
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer beiden Exkursionen mit der S2 konnten sich von all diesen Fakten überzeugen und vor allem haben sie einen Eindruck von dem schwierigen Gelände der 1,7 km langen offiziellen Variante «Walchwil Nord» in bewohntem Gebiet erhalten. Das könnten Sie tatsächlich nicht im laufenden Betrieb bauen! Da müssten Sie sperren – und das ist nämlich auch der Grund für die Streckensperrung. Das hat nichts mit Substanzerhalt zu tun und nichts mit Doppelstockerweiterung. Die Sperrung wird gemacht, weil man diese Version Walchwil Nord gar nicht anders bauen könnte.
Bei der Exkursion sind auch die Kreuzungsverhältnisse zwischen den Zügen anschaulich geworden. Der Fernverkehr ist von der Variantenwahl gar nicht betroffen – der kreuzt nämlich in Zug und in Arth-Goldau. Der Fernverkehr mit der S2 kreuzt immer in Walchwil. Bei beiden Varianten! Nur die S2 untereinander kreuzt bei der Variante Murpfli statt in Oberwil eben im Murpfli. Es ist eigentlich recht einfach. Kein Wunder also, dass der Spezialist der SBB in der KöV bestätigt hat, dass die Kreuzungsverhältnisse korrekt dargestellt sind und das Murpfli betrieblich funktioniert – dies ist auch sonst weder von der VD noch vom Leiter des Amts für öffentlichen Verkehr ernstlich bestritten worden.
Mit der Feststellung, dass die Ausweichstelle am falschen Ort ist, erübrigt sich für den Moment auch die Debatte über die Bestvariante in Walchwil Nord – Tunnel oder offene Linienführung. Weder noch – gar nicht dort bauen, lautet die Antwort!
Also eigentlich eine klare Sache – das muss man doch näher anschauen und ernsthaft und wohlwollend prüfen, die Vorteile sind ja so offensichtlich. Sollte man meinen. Was passiert aber tatsächlich? Die SBB halten stur an ihrer Planung aus dem Jahr 2006 fest, bewegen sich kein Jota und verstricken sich in Widersprüche. Und was machen die Volkswirtschaftsdirektion und das Amt für öffentlichen Verkehr? Setzen sie sich für die Interessen des Kantons gegenüber einer unflexiblen

SBB ein? Im Gegenteil – mit einer ganzen Batterie von zum Teil haarsträubenden Argumenten wird der SBB sekundiert.
Der Kanton Zug hat doch ein Interesse an einem durchgehenden Halbstundentakt zwischen Zug-Lindenpark und Arth-Goldau! Mit einer S2, die überall hält. Aber was müssen wir uns anhören? Ausreden! Der Kanton Schwyz müsste das bestellen, und der wolle das gar nicht – sogar ein Mail wird zitiert. Dass der Kanton Schwyz auf dem Geld sitzt, wissen wir schon lange. Aber das zählt hier gar nicht. *Wir* wollen diesen integralen Halbstundentakt. Deshalb müssen wir uns bewegen und etwas dafür unternehmen. Die Stadt Zug hat auch ein Interesse daran.
Es gebe einen Abkreuzungskonflikt im Bahnhof Zug bei der Variante Murpfli. Entschuldigung, aber wer das behauptet, der disqualifiziert sich. Die Wendezeit im Lindenpark ist acht Minuten. Das heisst es besteht genügend Spielraum, um der ausfahrenden S24 aus dem Weg zu gehen. Spätestens als Martin Stuber dieses nun wirklich an den Haaren herbeigezogene «Argument» gehört hat, zuerst in der KöV von vom Leiter des Amts für öffentlichen Verkehr und dann nochmals in der SBB-Stellungnahme von Herrn Schmalz, ist er misstrauisch geworden. Was wird denn hier gespielt?
Aber das dicke Ende kommt ja noch: die zweijährige Streckensperrung auf der Nord-Süd-Arterie. Auf der Zulaufstrecke zum neu eröffneten Gotthard Basistunnel. Zwei Jahre, am gleichen Tag, da der Gotthard-Basistunnel, ein Jahrhundertbauwerk in der Schweiz, eröffnet wird! Zur gleichen Zeit wird auf der Zulaufstrecke ein grosser Abschnitt zwei Jahre gesperrt. Das ist ohne Präzedenz, an etwas Vergleichbares kann sich der Votant nicht erinnern. So etwas macht man nur in grösster Not, wenn es gar nicht anders geht!
Stellt nun unsere Regierung das in Frage? Wehrt sie sich? Stellt sie diesen Verhältnisblödsinn der SBB auf den Prüfstand? Im Gegenteil. Und auch hier wird mit seltsamen Argumenten operiert. Martin Stuber möchte hier nur auf eines eingehen: Die Streckensperrung brauche es auch für die umfassenden Substanzerhaltungsmassnahmen und die Doppelstock-Erweiterung.
In der ganzen Schweiz ist es seit Jahrzehnten Usus, dass solche Unterhaltsarbeiten im laufenden Betrieb vorgenommen werden. Im Buch von Sepp Moser, «Warnsignal», ist detailliert beschrieben, wie die ganze komplexe Bahninfrastruktur funktioniert, wie der Unterhalt läuft – respektive eben leider auch, wie der Unterhalt von den SBB vernachlässigt worden ist während Jahren – deshalb der Buchtitel – und was alles dazu gehört. Da steht auch, was unter «umfassenden Substanzerhaltungsmassnahmen» zu verstehen ist und wie gross der finanzielle und zeitliche Aufwand ist.
Die Quintessenz können sie auf S. 102 lesen – es lässt sich die ungefähre Bauzeit für umfassende Substanzerhaltungsmassnahmen zwischen Oberwil und Arth-Goldau ableiten. Selbst wenn sie den ungünstigsten Fall annehmen und die Jahreszeiten berücksichtigen, so benötigen Sie bei 220 Arbeitstagen pro Jahr sicher weniger als zwei Jahre im laufenden Betrieb. Grosszügig gerechnet! Der Votant hat die SBB ganz konkret gefragt, wie lange die umfassenden Substanzerhaltungsmassnahmen zwischen Oberwil und Arth-Goldau im laufenden Betrieb dauern? Die Antwort, nach einigem Hin und Her, schlussendlich: sieben Jahre. Er hat den Mailverkehr dabei, wenn Sie es ihm nicht glauben. Und er versteht, wenn Sie ihm das nicht glauben. Es ist tatsächlich unglaublich. Da verliert man wirklich jegliches Vertrauen in die SBB – oder mindestens in gewisse Bereiche der SBB – und man fühlt sich für dumm verkauft und nicht ernst genommen.
Beide Punkte – Halbstundentakt S2 und zweijährige Sperrung – hat der Zuger Stadtrat schliesslich auch realisiert und der Regierung und der SBB einen Brief

geschrieben mit Fragen. Vermutlich wird der Volkswirtschaftsdirektor darauf in seinem Votum noch eingehen. Man darf gespannt sein.
Nun, sie finden unsere sachlich fundierten Antworten auf all die Argumente im Minderheitsbericht und in der Replik auf die SBB Stellungnahme.
Zusammenfassend stellt Martin Stuber namens der Verfasser des Minderheitsberichts fest: Die offizielle Variante Walchwil Nord bietet zwar eine betrieblich mögliche Lösung, aber sie liegt am falschen Ort und kostet mit mindestens 110 Mio. Franken unverhältnismässig viel Geld. Das überrissene Projekt mutet Anwohnern in Walchwil und Bahnreisenden gravierende Nachteile zu. Schieben Sie dieser fatalen Verschleuderung von Steuergeld einen Riegel und behandeln Sie die Vorlage im Sinne des Minderheitsantrags der KöV.
Zum Schluss noch etwas zum Bericht der Raumplanungskommission. Auf S. 3 steht, es sei auch denkbar, dass die SBB vom Projekt Doppelspurausbau Walchwil Abstand nehme und das Geld anderweitig investieren könnte. Eine unverhohlene Drohung! Wenn Ihr nicht macht, was wir wollen, bauen wir gar nichts! Aber es ist nicht nur eine unverhohlene, sondern auch eine absolut leere Drohung. Denn die SBB stehen nicht über dem Gesetz. Und im Z-Gesetz steht, was gebaut werden soll. Es steht nichts von einer Ausweichstelle Walchwil Nord. Im Gesetz steht nichts über den Ort dieser Ausweichstelle. Sondern es steht, dass die Kapazität auf der Strecke zwischen Arth-Goldau und Zug erweitert werden soll. Das heisst, was da im RPK-Bericht steht, ist die unkritische Übernahme einer Drohung der SBB. Lassen Sie sich nicht auf solche Drohungen ein, vor allem wenn sie hohl sind und nicht im Einklang stehen mit den tatsächlichen gesetzlichen Gegebenheiten.
Eintreten ist unbestritten. Ebenso die umfassenden Substanzeraltungsmassnahmen und die Doppelstock-Ertüchtigung. Den konkreten Antrag bezüglich Ausweichstelle wird der Votant in der Detailberatung erläutern. – Zur Schlussabstimmung äussert sich der Minderheitsbericht nicht, hier haben wir auch keinen Antrag.

Die Debatte wird hier abgebrochen und an der nächsten Sitzung weitergeführt.

447 Nächste Sitzung

➔ Sommer-Doppelsitzung am 28. Juni und am 5. Juli 2012

Protokoll des Kantonsrates

31. Sitzung: Donnerstag, 28. Juni 2012
(Vormittagssitzung)
Zeit: 8.30 – 12.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

448 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Abwesend sind: Werner Villiger, Zug; Josef Ribary, Unterägeri; Frowin Betschart, Menzingen; Zari Dzaferi, Baar; Monika Weber, Steinhausen.

449 Mitteilungen

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass wir heute beim Mittagessen die Geschäftsleitung des Kantonsrats des Kantons Zürich begrüssen. Sie werden unserer Nachmittagssitzung teilweise folgen, bevor sie zu einer Stadtbesichtigung aufbrechen und am Abend mit dem Büro ein Nachtessen einnehmen.

Wir begrüssen ausserdem die Schülerinnen und Schüler der 1. Oberstufe aus Unterägeri mit ihrem Lehrer Peter Schwegler.

Die Direktorin des Innern, Manuela Weichelt-Picard, wird die Sitzung um 10.15 Uhr verlassen müssen, da sie um 14 Uhr in Brig an der Jahresversammlung der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren sein muss.

Bildungsdirektor Stephan Schleiss verlässt uns um 15.55 Uhr, weil er an einer Maturafeier in Baar teilnimmt.

Heute beginnt Beat Dittli, der neue Protokollführer des Kantonsrats, seinen Dienst. Er verfolgt die Debatte noch als Zuschauer und wird Guido Stefani bei der Erstellung des Protokolls über die Schultern schauen. An der Sitzung vom 5. Juli wird Beat Dittli dann seinen ersten Einsatz haben, begleitet von Guido Stefani. Wir verabschieden Guido Stefani am 30. August.

Armin Wolfarth, Zug-TV, hat um Bewilligung zum Fotografieren ersucht. Gemäss § 31bis Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats muss das Plenum zustimmen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

450 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 31. Mai 2012.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Gesetz über die pädagogische Hochschule Zug.
2152.1/.2 – 14083/84 Regierungsrat

3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts.
2154.1/.2 – 14088/89 Obergericht

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Kapitel P Agglomerationsprogramm).
2155.1/.2 – 14092/93 Regierungsrat

4. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Walchwil; Schwerpunkt Erholung und Bahnverkehr).
2117.1/.2 – 13999/14000 Regierungsrat
2117.3 – 14054 Kommission für den öffentlichen Verkehr
2117.4 – 14067 Kommissionsminderheit
2117.5 – 14068 Raumplanungskommission
5. Jahresrechnung 2011, Jahresrechnung 2011 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.
Gedruckte Rechnung
2157.1 – 14097 Erweiterte Staatswirtschaftskommission
6. Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2011:

6.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2011.
2143.1 – 14058 Regierungsrat

6.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2011.
2143.2 – 14059 Regierungsrat
2143.3 – 14098 Erweiterte Staatswirtschaftskommission

7. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates für das Jahr 2011.
Gedruckter Rechenschaftsbericht
2158.1/2142.2 – 14099 Erweiterte Staatswirtschaftskommission
8. Zwischenbericht zu den per Ende März 2012 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen.
2142.1 – 14057 Regierungsrat
2158.1/2142.2 – 14099 Erweiterte Staatswirtschaftskommission

9. Motion von Daniel Thomas Burch, Cornelia Stocker, Adrian Andermatt, Maja Dübendorfer Christen, Karin Andenmatten, Anna Bieri und Silvia Thalmann betreffend Standortfrage Kantonsschule Zug.
   Motion der Menzinger Kantonsratsmitglieder Monika Barmet, Frowin Betschart und Karl Nussbaumer betreffend Evaluation und Planung der Mittelschulstandorte (Sekundarstufe II).
   2133.1 – 14044 Motion
   2134.1 – 14045 Motion
   2133.2/2134.2 – 14069 Regierungsrat
10. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (EG FamZG).
   2106.1/.2 – 13965/66 Regierungsrat
   2106.3 – 14063 Kommission
11. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung vom 15. September 2011 (FHZ-Konkordat).
   2093.1/.2 – 13926/27 Regierungsrat
   2093.3 – 14019 Bildungskommission
   2093.4 – 14047 Konkordatskommission
   2093.5 – 14100 Staatswirtschaftskommission
12. Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen vom 12. November 2010 und die entsprechende Anpassung des Polizeigesetzes.
   2116.1/.2/.3 – 13993/94/95 Regierungsrat
   2116.4 – 14087 Konkordatskommission
   2116.5 – 14101 Staatswirtschaftskommission
13. Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag für den Erweiterungsneubau Malerei/ Ablaugerei in der Sicherheitszone der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in Menzingen.
   2109.1/.2 – 13976/77 Regierungsrat
   2109.3 – 14055 Kommission für Hochbauten
   2109.4 – 14056 Staatswirtschaftskommission
14. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts.
   2118.1/.2 – 14001/02 Verwaltungsgericht
   2118.3 – 14091 Erweiterte Justizprüfungskommission
15. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Zusatzkredites für die Erarbeitung des Generellen Projektes des Stadttunnels Zug.
   2130.1/.2 – 14031/32 Regierungsrat
   2130.3 – 14072 Kommission für Tiefbauten
   2130.4 – 14073 Staatswirtschaftskommission
16. Motion der SVP-Fraktion betreffend Einrichtung einer elektronischen Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal.
   2011.1 – 13663 Motion
   2011.2 – 14062 Regierungsrat

451 Protokoll

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 31. Mai 2012 wird genehmigt.

452 Gesetz über die pädagogische Hochschule Zug

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2152.1/.2 – 14083/84).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass auf der Vorlage Nr. 2152.2 – 14083 oben links bei «Antrag des Regierungsrats» der 15. April vermerkt ist. Das korrekte Datum ist aber der 15. *Mai* 2012.

➔ Das Geschäft wird zur Beratung an die Bildungskommission überwiesen.

453 Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts

Traktandum 3.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2154.1/.2 – 14088/89).

➔ Es erfolgte, gestützt auf § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats, eine Direktüberweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

454 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel P Agglomerationsprogramm)

Traktandum 3.3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 2155.1/.2 – 14092/93).

➔ Das Geschäft wird zur Beratung an die Raumplanungskommission überwiesen.

455 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Walchwil; Schwerpunkt Erholung und Bahnverkehr)

Traktandum 4 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2117.1/.2 – 13999/14000), der Kommission für öffentlichen Verkehr (Nr. 2117.3 – 14054), der Kommissionsminderheit der Kommission für öffentlichen Verkehr (Nr. 2117.4 – 14067) und der Raumplanungskommission (Nr. 2117.5 – 14068).

Fortsetzung der Eintretensdebatte vom 31. Mai 2012 (Ziff. 446)

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** weist darauf hin, dass seit wenigen Stunden bekannt ist, dass die SBB mit dem Bund ein Gesamtkonzept plant und einen ersten Entwurf des Gotthard-Konzepts hat. Wie fährt man in der halben Schweiz herum, um die Gotthardlinie richtig zu erschliessen? Bei diesem Konzept im jetzigen Entwurfsstadium gibt es Punkte, die nichts mit Walchwil zu tun haben. Aber es gibt Punkte, die unseren Interessen, unserer Haltepolitik an anderen Orten des

Kantons widersprechen. Und Matthias Michel hat keine Lust, jetzt in einem Bereich, wo die Fakten eigentlich klar sind, der SBB und dem Bund grünes Licht zu geben, wenn die Ampeln für uns bei anderen Themen, wo wir auch Interessen haben (Rotkreuz, Baar usw.), auf Rot oder Orange sind. Es ist also eher ein taktisches Vorgehen. Der Volkswirtschaftsdirektor findet im Moment, dass wir nicht wie gemäss Programm vorgesehen in diesem Bereicht grünes Licht geben sollten, wenn wir andernorts Interessen haben, die wir besser vertreten können, wenn wir den SBB sagen: Halt, wir haben hier Interessen, man muss nochmals zusammensitzen.
Das heisst unter dem Strich, dass Sie heute gerne die Debatte führen und Eintreten können, der Regierungsrat aber den ganzen Teil V 4.7 zurücknimmt. Also Rückweisung an die Regierung. Es ist wichtig, das bereits jetzt zu sagen, denn es erleichtert die Eintretensdebatte. Sie dürfen schon darüber sprechen, aber es bringt heute nichts. Es ist unangenehm. Matthias Michel ist auch auf Hochform aufgelaufen und hat zwei tolle Statements vorbereitet. Er freute sich darüber, dass wir endlich hier im Saal diskutieren können und nicht nur in Leserbriefspalten. Aber aufgrund der Ausgangslage müssen wir unsere Interessen verteidigen. Und da gibt es Gründe, dass wir heute nicht Steine aus dem Weg räumen sollten, wenn uns anderswo Steine in den Weg gelegt werden. Der Regierungsrat ist also einverstanden damit, den Teil V 4.7 zurückzunehmen. Wir werden heute, wenn es nach uns geht, nicht über Walchwil, Murpfli und Oberwil diskutieren. Bitte passen Sie sich hier den neuen Gegebenheiten an! Die Debatte wird später kommen und Sie können sich ihre Statements auf später aufsparen.

Die **Vorsitzende** erkundigt sich, was mit dem Teil der Vorlage zum Lienisberg geschehen soll.

Matthias **Michel** hält fest, dass wir eintreten sollten, damit wir den Lienisberg behandeln können und den Teil V 4.7 weglassen. Die anderen Punkte können wir behandeln. Es soll eine teilweise Rückweisung an die Regierung sein, wie sie sowieso beantragt worden wäre, aber mit unserer Begründung.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass nun über das Eintreten diskutiert werden kann und dann über den Antrag der Regierung für Rückweisung abgestimmt wird.

Franz Peter **Iten** spricht zuerst zum Schwerpunkt Lienisberg und anschliessend zur Doppelspurinsel Walchwil. Die CVP-Fraktion hat grossmehrheitlich beschlossen, auf beide Richtplanänderungen einzutreten.
Wir sind für die Festsetzung des Schwerpunktes Erholung Lienisberg mit folgender Begründung: Mit diesem neuen Erholungsschwerpunkt wird ermöglicht, dass dieses Gebiet für die Naherholung, analog zu anderen Schwerpunkten im Richtplankapitel L 11.1 weiter entwickelt werden kann. In der öffentlichen Mitwirkung wird diese Richtplan-Festsetzung unterstützt, vor allem auch deshalb, weil damit andere sensible Gebiete (z.B. Eigenried) auf dem Zugerberg entlastet werden können. Wir verweisen auf das Entwicklungsleitbild Zuger-/Walchwiler-/Rossberg vom April 2011, hinter dem die direkt betroffenen Gemeinden und Korporationen sowie die Zugerbergbahn und Zug Tourismus stehen. Die Ziele dieser Erholungsschwerpunkte können ja der Vorlage entnommen werden.

Zur Festsetzung der Doppelspur Walchwil. Bei dieser Richtplananpassung sind aus verständlichen Gründen verschiedene Meinungen und Haltungen entstanden. So hat sich massiver Widerstand gegen das Vorhaben der SBB, insbesondere auch wegen der zweijährigen Sperre der Bahnlinie für den Doppelspurausbau wie aber auch betreffend einer Ausweichstelle Murpfli, die ja im noch gültigen Richtplan immer noch als Doppelspurinsel Oberwil enthalten ist, entwickelt. Dies kommt in verschiedenen Zeitungsartikeln und Positionspapieren von verschiedenen Kreisen und betroffenen Anwohnern, aber auch von Kollegen unseres Parlaments, zum Ausdruck.
Unsere Fraktion hat bereits schon an der Kantonsratssitzung vom November 2009 dargelegt, dass es uns wichtig ist, dass bei der Ausgestaltung des geplanten NEAT-Zubringers durch den Kanton Zug, beziehungsweise bei der Prüfung der östlich des Zugersees gelegenen Varianten, dem Schutz des Siedlungsgebiets Oberwil und Walchwil die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird, und wir nach wie vor der Auffassung sind, dass nur Tunnellösungen in diesen Gebieten die Wohn- und Lebensqualität und das Landschaftsbild erhalten können.
In beiden Vernehmlassungen aus den Jahren 2008 und 2011 hat sich die CVP klar für eine unterirdische Linienführung beziehungsweise Tunnellösung als bevorzugte Variante ausgesprochen. An dieser Haltung hat sich bei uns in der Zwischenzeit auch nichts geändert.
Nachdem der Gemeinderat von Walchwil seine Meinung geändert hat und die sogenannte Bestvariante mit der offenen Linienführung unterstützt und dies auch den Mitgliedern der Raumplanungskommission unmissverständlich kommuniziert hat, sieht die CVP eigentlich keine Veranlassung mehr, sich weiterhin für eine Tunnelvariante bei der Doppelspurinsel Walchwil einzusetzen.
Aber seit der letzten Kantonsratssitzung wurde in vielen Kreisen intensiv über diese Doppelspurinsel diskutiert. Man muss sich die Frage stellen, wem glauben wir – unserer Regierung, der SBB oder weiteren involvierten Personen?
Die CVP-Fraktion ist wie schon erwähnt für Eintreten auch bei der Doppelspurinsel Walchwil. Wir stellen aber mit knapper Mehrheit den Antrag, diese Richtplanänderung an die Regierung für weitere Abklärungen zurückzuweisen.
In einem Schreiben vom 4. Juni 2012 der SBB an die Stadt Zug im Zusammenhang mit einem geplanten Mehrfamilienhause in Oberwil hat die SBB darauf hingewiesen, dass im Horizont 2030 eine Doppelspurerweiterung westlich (seeseitig) des bestehenden Gleises geplant ist, und plötzlich wird auch noch die Doppelspurinsel Oberwil ins Gespräch gebracht. Deshalb möchten wir verbindlich wissen, was die SBB effektiv planen. Die SBB haben zwar mehrfach festgehalten, dass der NEAT-Zubringer durch Zug-Oberwil-Walchwil nicht doppelgleisig ausgebaut werden soll, auch nicht etappenweise. Die Doppelspurinsel Walchwil sei deshalb auch kein entsprechendes Präjudiz dafür. Der Ausbau in Walchwil diene einzig der Kreuzung der S2 mit dem Ziel des Halbstundentakts sowie der Fahrplanstabilität. Darf man dieser Aussage Glauben schenken?
Wir sind nach wie vor überzeugt, dass nur die Tunnellösung die bevorzugte Variante ist, die den legitimen Interessen der Zuger Bevölkerung gerecht wird. Es kann nicht angehen, dass in einer Art Salamitaktik auf der Linie entlang des Zugerberges eine zweite Spur Stück für Stück realisiert wird.

Die **Vorsitzende** weist Franz Peter Iten darauf hin, dass er eine Rückweisung beantragt hat, aber nichts von einer teilweisen Rückweisung gesagt hat.

Franz Peter **Iten** hat erwähnt, dass die CVP Lienisberg bewilligen und die Doppelspur zurückstellen möchte. Sie beantragt also eine teilweise Rückweisung.

Florian **Weber** weist darauf hin, dass es für die Gemeinde Walchwil wichtig ist, nicht nur mit einer schönen Aussicht und tiefen Steuern die Standortqualität zu erhalten. Auch die kürzlich ausgebaute öffentliche Anbindung soll dazu beitragen. Durch Bevölkerungswachstum und einer anderen Haltung zum Arbeitsplatzstandort wird das Verlangen nach öffentlichen Verkehrsmitteln automatisch erhöht. Die Hauptproblematik bei der ganzen Sache ist, dass auf den Geleisen der ganze Verkehr gegenüber der S-Bahn Vorrang hat, das heisst der getaktete Fernverkehr, der getaktete Verkehr, die Züge, die für mehr Personen ausgelegt sind usw. Dies schränkt den Handlungsspielraum enorm ein.
Unseres Erachtens ist die Vorlage der Raumplanungskommission grundsätzlich der richtige Weg. Es muss verhindert werden, dass die oberirdische Bahnstrecke an der Ostseite des Zugersees etappenweise und durchgehend auf zwei Spuren ausgebaut wird. Der Doppelspurausbau soll nicht der Startschuss für den Bau eines NEAT-Zubringers sein, sondern den weiteren Betrieb der S-Bahn trotz Fahrplanausbau ermöglichen. Ein weiterer strategisch wichtiger Punkt ist der Bahnhof Zug. Wir dürfen auf keinen Fall zulassen, dass dieser in Zukunft vom NEAT-Zubringer abgehängt wird.
Bei der Festsetzung des Erholungsschwerpunkts Lienisberg gibt es nichts entgegenzusetzen. Wir werden die Vorlage, wie sie Regierung und RPK vorgelegt wird, unterstützen.
Die FDP-Fraktion unterstützt die Rückweisung, wie sie von der Regierung beantragt wird.

Daniel **Eichenberger** kann es angesichts der neuen Lage sehr kurz machen. Die SVP ist einstimmig für Eintreten. Wir werden selbstverständlich die Ausführungen des Volkswirtschaftsdirektors in unser Abstimmungsverhalten einbeziehen und die Rückweisung an die Regierung unterstützen.

Stefan **Gisler** hält vorab fest, dass die AGF ja sagt zum Lienisberg. – Zur Bahn-Doppelspur Walchwil. Alle hier im Saal – Regierung, Kommissionsmehrheit und -minderheit wollen dasselbe. Das ist selten genug – alle wollen eine leistungsfähige Zugstrecke zwischen Zug und Arth-Goldau. Dazu braucht es doppelspurige Ausweichstellen, damit Stadtbahn und die Schnellzüge gut kreuzen können. Diese müssen so platziert sein, dass selbst bei Verspätungen der Fahrplan möglichst für alle Züge eingehalten werden kann. So weit der Konsens.
Die Differenz besteht darin, mit welcher Variante wir dieses gemeinsame Ziel erreichen und welchen Mehrwert eine Ausweichstelle für den Kanton Zug beziehungsweise für die Verbesserung des Stadtbahnangebots haben könnte. Die AGF beantragt aufgrund der aktuellen Ereignisse ebenfalls die Rückweisung von V 4.7 an die Regierung. Sie soll die Kompetenz zu Verhandlungen mit den SBB haben, wie dies Matthias Michel vorhin ausgeführt hat. Doch wir wollen Verhandlungen nicht nur aus taktischen Gründen, weil die SBB offenbar im Ennetsee für Zug schlechte Lösungen vorsehen. Wir wollen auch, dass sich die Regierung das Murpfli als alternative Ausweichstellen nochmals genau ansieht. Das Murpfli bringt dem ÖV in Zug mehr, ist günstiger sowie schneller und einfacher ohne Streckensperrung zu bauen. Das belastet die Walchwilerinnen und Walchwiler weniger mit Baulärm.

Mit der Ausweichstelle Murpfli statt der Verlängerung in Walchwil Dorf erhalten wir drei statt zwei Ausweichstellen: Oberwil, Murpfli und Walchwil. Oberwil und Walchwil bestehen ja bereits. Beachten sie die Fahrplangrafiken auf S. 3 des Minderheitsberichts. Dem Votanten als ehemaligem SBB-Angestellten zeigen diese Strickmuster-Grafiken deutlich auf, dass die Variante Murpfli funktioniert: Die Schnellzüge können mit der Stadtbahn kreuzen und vor allem können die Stadtbahnen untereinander kreuzen. Das hat zwei entscheidende Vorteile.
1. Es ermöglicht einen durchgehenden Halbstundentakt der S2 zwischen Zug und Arth-Goldau. Daran hat Zug ein grosses Interesse. Wenn wir dieses Bahnangebot bestellen, werden die Stadt Zug und Walchwil ideal an den Knotenpunkt Arth-Goldau angebunden mit schlanken Anschlüssen Richtung Gotthard, Rigi, Rapperswil. Die heute langen Umsteigezeiten werden vermieden. Das Strickmuster zeigt auch deutlich auf, dass es weder in Zug noch in Arth-Goldau Probleme mit Zugkreuzungen geben wird. Am Bahnhof Zug kommen alle Züge aneinander vorbei und in Arth-Goldau kann die S2 problemlos gewendet werden, sie hat vier Minuten Zeit, wie heute die S1 in Baar. Es kann doch nicht sein, dass wir jede zweite S-Bahn in Walchwil 20 Minuten nutzlos warten lassen.
2. Die Fahrplanstabilität wird mit drei statt zwei Ausweichstellen erhöht. Man kann flexibler auf Verspätungen – vor allem von Süden her – reagieren. Die Züge können dort effizient warten, was zu weniger Verspätungen führt.
Mit der Doppelspur beim Murpfli erhalten wir also ein günstigeres Projekt. Die Ausweichstelle kann kürzer gebaut werden. Sie führt durch einfacheres Gelände. Ein weiterer Vorteil ist, dass das Murpfli ohne zweijährige Streckensperrung gebaut werden kann, da man neben das bestehende Gleis bauen kann. Im Dorf Walchwil müsste das heutige Gleis entfernen und links und rechts davon die neuen Gleise bauen, teils in die Vorgärten der Anwohnerinnen, mit sehr viel Lärmbelastung. Die Modernisierung der Strecke kann auch ohne Streckensperrung gemacht werden. Was wäre das für ein Signal, wenn genau zur Eröffnung des Jahrhundertbauwerks Gotthard-Basis-Tunnel die Zubringerstrecke bei uns zwei Jahre dicht gemacht würde? Wenn das durchkommt, ist das ein Präjudiz dafür, dass künftig die SBB überall Strecken sperren können, wenn sie ausgebaut werden.
In diesem Sinn appelliert Stefan Gisler dringend, heute diese Rückweisung zu unterstützen. Er lädt Matthias Michel und die Regierung ein, nicht nur taktisch zu verhandeln wegen dem Ennetsee, sondern nochmals vertieft abzuklären, wie es mit der Ausweichstelle Murpfli aussehen könnte.

Hanni **Schriber-Neiger** weist darauf hin, dass der Lienisberg in Walchwil als kleiner Erholungsschwerpunkt festgesetzt wird. Dieses Naherholungs-Angebot soll aus Sicht der AGF konzentriert werden, um die verschiedenen sensiblen Naturschutzgebiete bewahren zu können. Es muss unter allen Umständen vermieden werden, dass sich der Lienisberg zu einem Freizeit-Sportparkzentrum in grösserem Stil entwickelt. Die AGF möchte, dass sich der Fussballplatz mit der nötigen Infrastruktur nur auf den bisherigen Umfang begrenzt. Wir sehen auch keine spätere Erweiterung mit viel mehr Parkplätzen und keine Schaffung von Neubauten wie z.B. einer Tennishalle.
Auf dem Lienisberg ist ein provisorischer Fussballplatz angesiedelt, der leider sehr weit vom Dorf entfernt ist. Mit der starken und langen Steigung der Zubringerstrasse sind wenige Kinder motiviert, das Velo zu benützen. Es ist wünschenswert, dass die Verantwortlichen, auch zusammen mit der Gemeinde, organisierte Transporte anbieten. Die Förderung der Erholungsnutzung wird unweigerlich zu einer Attraktivitätssteigerung und damit auch zu mehr Verkehr führen. Die Qualität der Erho-

lungssuchenden kann nur erhöht werden, wenn das Verkehrsaufkommen gelenkt wird. Die Erholungssuchenden auf den Lienisberg wie auch auf dem ganzen Zugerberggebiet sollen vom Kanton ausreichend über ÖV-Möglichkeiten informiert werden. – Die AGF ist für Eintreten und stimmt der Vorlage Richtplananpassung Lienisberg zu.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion der Richtplananpassung zur Festsetzung eines Erholungsschwerpunkts am Lienisberg in Walchwil zustimmt. Damit kann man auf dem höchstgelegenen Sportplatz im Kanton Zug eine zeitgemässe Infrastruktur zur Verfügung stellen. Es versteht sich von selbst, dass wir nicht der Meinung sind, dass sich diese Infrastruktur so stark ausbreiten soll, dass die Natur in Mitleidenschaft gezogen wird. Wir möchten auch hier eine gewisse Zurückhaltung.
Mehr zu diskutieren gab bei der SP-Fraktion der Ausbau der Doppelspurinsel Walchwil. Bekanntlich ist ein SP-Mitglied am Minderheitsbericht beteiligt. Er weilt aber zurzeit im Ausland. Aus diesem Grund hat die SP-Fraktion die Argumente im Minderheitsbericht vertieft beraten und kontrovers diskutiert. Letztlich überwogen aber die Argumente des Regierungsrats, der Raumplanungskommission und der Kommission für öffentlichen Verkehr. Der Votant macht dazu jetzt keine weiteren Ausführungen, weil wir ja wahrscheinlich eine neue Vorlage erhalten werden. Wir bitten aber den Regierungsrat, auch das Murpfli nochmals vertieft zu prüfen aus der Überlegung heraus, dass das eines der Hauptargumente war gegen die Doppelspurinsel in Walchwil. Wir unterstützen die Rückweisung. Neue Argumente, die in der Zwischenzeit einfliessen, sollen geprüft und wieder diskutiert werden. Wir sind für Eintreten auf die Vorlage und Rückweisung des Schwerpunkts Doppelspurinsel Walchwil.

Franz **Hürlimann** setzt grosse Hoffnungen in die Richtplanänderung Lienisberg. Sie ist integraler Bestandteil für das Leitbild Zugerberg, Walchwiler Berg, Rossberg. Leider erweckt das Projekt auch einen gewissen Beigeschmack der Tourismusförderung. So erwartet der Votant als Naturmensch, dass damit die Trendsportarten wie Biken und Schneeschuhwandern endlich in landschafts- und umweltverträgliche Bahnen gelenkt werden. Dies ist seine unbedingte Forderung.
Wenn er sich für die Richtplanänderung Lienisberg noch einigermassen erwärmen kann, ist er betreffend Doppelspurinsel absolut gegenteiliger Meinung. Angesichts der neuen Sachlage erübrigt sich aber eine Begründung.

Daniel **Stadlin**: Wir wissen, dass die Doppelspurinsel Walchwil, zusammen mit dem Ausbau der Strecke Zug-Arth Goldau für Doppelstockzüge, Teil der beschlossenen und finanzierten zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) ist und vom Bund bereits an die SBB zur Realisierung in Auftrag gegeben wurde. Wir wissen, dass die Planungshoheit bei den SBB liegt und somit die oberste Entscheidungsinstanz nicht der Kanton Zug, sondern der Bund ist. Wir wissen, dass der Richtplan nur die raumrelevanten Grundzüge festlegt und der angepasste Richtplaneintrag somit noch keine Zustimmung zur vorliegenden Projektversion der SBB beinhalten würde. Wir wissen aber auch, dass es betreffend Linienführung und Streckenausbau am östlichen Zugersee zum jetzigen Zeitpunkt noch zu viele Unwägbarkeiten und offene Fragen gibt. Die SBB, aber auch der Regierungsrat, vermitteln nämlich den Eindruck, uns wichtige Informationen vorzuenthalten. Es ist

daher nicht möglich, mit dem uns zugestandenen Wissensstand die beantragte Richtplananpassung sachlich und fundiert beurteilen zu können und guten Gewissens der vom Regierungsrat beantragten Festsetzung im Richtplan zuzustimmen.
Die GLP ist für Eintreten und begrüsst die heute vom Regierungsrat beantragte Teilrückweisung.

Martin **Pfister** ist von der CVP-Fraktion beauftragt worden, an dieser Stelle einen Ordnungsruf an unsere zwei Kollegen, die sich für die Minderheit engagieren, zu richten. Es gibt nicht wenige in diesem Saal – und dazu gehört auch der Votant – welche das Engagement, die Hartnäckigkeit und den Kenntnisreichtum der beiden Sprecher der Kommissionsminderheit grundsätzlich bewundern. Das, was wir innert kurzer Zeit zum zweiten Mal erleben, erinnert etwas an Don Quijote und erheischt allein schon deswegen von uns einen gewissen Respekt. Allerdings ist man in den Reihen dieses Parlaments in zunehmender Zahl besorgt über die Art und Weise, wie die beiden Kollegen ihren Kampf gegen die Windmühlen führen. Der Minderheitsbericht der KöV, gewisse Leserbriefe und andere Verlautbarungen der Vertreter des Minderheitsberichts führen einen Stil in die politische Debatte ein, der in unserem Kanton neu ist und Anlass zur Sorge gibt. Wir sind es im Kanton Zug gewohnt, dass zwar hart mit Argumenten gerungen wird, aber die Regeln des Anstands eingehalten werden. Wer den Volkswirtschaftsdirektor und Mitarbeiter des Kantons mit einer selten gesehen Überheblichkeit der Demagogie und der Irreführung bezichtigt, hat die Ebene des Arguments und des Anstands längst verlassen. Die Autoren müssen damit rechnen, dass solche Vorwürfe auf sie selbst zurückfallen.

Martin **Stuber** möchte zum Votum von Martin Pfister nur Folgendes sagen: Der Schritt der Regierung heute Morgen zeigt, dass wir nicht gegen Windmühlen gekämpft haben. Er kann sich deshalb sparen, dem Rat heute alles zu erzählen. Es wäre darum gegangen, all die neuen Fakten, Entwicklung und Fragen, die seit der letzten KR-Sitzung aufgetaucht sind, vorzubringen. Was Martin Stuber aber sicher sagen kann: Der ganze Diskussionsprozess, den wir geführt haben in den letzten Monaten – auch in Leserbriefspalten – hat sich gelohnt. Die SBB müssen uns ernst nehmen. Das ist die Botschaft, die der Votant heute glaubt mitnehmen zu können. Und diese Rückweisung wird der Regierung auch den Rücken stärken. Im Namen der Kommissionsminderheit plädiert er für Eintreten und Rückweisung des Schwerpunkts Bahnverkehr. Die Losung ist: Jetzt muss alles auf den Tisch. Martin Stuber freut sich auf eine konstruktive Diskussion.

Die **Vorsitzende** freut sich auch auf diese Diskussion. Sie bittet aber alle Anwesenden, nur noch das Nötigste zu dieser Sache zu sagen. Die Regierung zieht nämlich einen Teil dieser Vorlage zurück und die Kantonsratspräsidentin sieht nicht ein, weshalb wir jetzt noch lange diskutieren. Wenn wir nämlich vorwärts kommen, könnten wir die nächste KR-Sitzung als Halbtagessitzung durchzuführen, damit Sie am Nachmittag baden gehen können.

Baudirektor Heinz **Tännler** stellt vorab nochmals in aller Form die Anträge der Regierung. Der Antrag lautet, dass wir § 1 des KRB Walchwil, Schwerpunkt Erholung und Bahnverkehr, Lemma 2 und 3, zurückziehen.

Noch kurz einige Sätze zum Doppelspurausbau. Es soll heute Morgen nicht der Eindruck hängen bleiben, die Regierung habe ungenügende Abklärungen gemacht, sie habe Informationen zurückgehalten und sei allenfalls den SBB auf den Leim gekrochen. Der Baudirektor ist bei diesen Abklärungen auch dabei gewesen, wenn auch nicht so intensiv wie Matthias Michel. Aber wir haben uns Mühe gegeben, die Fakten transparent auf den Tisch zu legen. Dass man unterschiedliche Meinungen haben kann, ist zu respektieren. Man kann immerhin daran erinnern, dass die ganze Geschichte Bahngleis Ost von Zug in Richtung Arth-Goldau seit 2008 in diesem Rat ein Thema ist mit verschiedensten Richtplanänderungen und Festsetzungen. Es ist also nicht so, dass alles neu erfunden werden muss.
Zum Lienisberg. Heinz Tännler dankt für die Unterstützung von allen Fraktionen. Dazu nur zwei, drei Bemerkungen. Franz Peter Iten hat das Leitbild Zugerberg angesprochen. Der Baudirektor möchte zuhanden des Rats noch Folgendes festhalten: Es war in der Zeitung zu lesen, dass dieses Leitbild schlecht sei und in die falsche Richtung gehe. Es wurde suggeriert, dass die Grundeigentümer, seien es die Korporation oder Nutzer, schlecht bedient werden usw. Heinz Tännler möchte das richtig stellen. Wir haben beispielsweise ein Projekt, das der Rotary-Club angezogen hat, mit ihm einvernehmlich besprochen. Wir haben ein Projekt mit der Loipen-Vereinigung, wo die Loipe etwas optimiert werden sollte, mit ihr einvernehmlich und in bester Stimmung besprochen. Wir diskutieren jetzt mit den Mountain- und Downhillbikern, und diese Diskussion läuft bestens ohne irgendwelche negative Punkte. Das Leitbild Zugerberg ist weder behörden- noch grundeigentümerverbindlich und zwingt den Regierungsrat beziehungsweise die Baudirektion geradezu, mit den Nutzern und Grundeigentümern einvernehmliche Lösungen zu finden.
Hanni Schriber-Neiger hat angeführt, dass im Lienisberg kein Freizeit- und Sportpark entstehen soll. Das ist so. Das Konzept steht. Und es ist nicht vorgesehen, auf Ansprüche wie Tennishallen oder Ähnliches einzugehen. Es bleibt bei diesem Konzept, das wir hier vorgelegt haben. Zur ÖV-Verbindung haben wir im Bericht hinlänglich ausgeführt, dass sie keinen Sinn macht. Wir haben auch andere Erholungsgebiete im Kanton Zug, die nicht mit dem ÖV erschlossen sind. Denken Sie an den Gottschalkenberg oder den Gubel.

EINTRETEN ist unbestritten.

➔ Der Rat ist mit der Rückweisung des Teils der Vorlage betreffend Bahnverkehr an die Regierung einverstanden.

DETAILBERATUNG von Richtplantext und Richtplankarte

L 11.1/L 4.1.1

Das Wort wird nicht verlangt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier mit der Genehmigung von Richtplantext und -karte auch das Lemma 1 des Kantonsratsbeschlusses genehmigt wird. Regierung und Kommission sind hier übereinstimmend für die Änderung.

➔ Einigung

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 2117.2 – 14000

Markus **Jans** ist der Ansicht, dass hier der Titel geändert werden muss. In der Klammer sollte es heissen: »Walchwil, Schwerpunkt Erholung».

➔ Einigung

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 59 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats die Schlussabstimmung nun über die gesamte bereinigte Vorlage abgehalten wird.

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 70:0 Stimmen zu.

456 Jahresrechnung 2011 des Kantons Zug und Jahresrechnung 2011 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel

Traktandum 5 – Es liegen vor: Gedruckte Rechnung sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 2157.1 – 14097).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass in der Eintretensdebatte ebenfalls zur nächsten Ziffer der Traktandenliste, der Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 20111 gesprochen werden kann, weil Jahresrechnung und Verwendung des Ertragsüberschusses materiell zusammenhängen.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass sich jeder griechische oder spanische Finanzdirektor wohl angesichts solcher Zahlen ungläubig die Augen reiben und mit offenem Mund sprachlos vor seinem Parlament stehen würde. Wir hingegen haben uns an solche Zahlen in den letzten Jahren schon fast gewöhnt. Es gilt also heute – wie immer an der Juni-Sitzung – diese Zahlen zu analysieren, zu würdigen und abschliessend zur Kenntnis zu nehmen und zu genehmigen.
Werfen wir also einen Blick auf das verflossene Jahr 2011. Der Regierungsrat legt uns eine Jahresrechnung vor, die in der Laufenden Rechnung mit einem Überschuss von 85 Mio. Franken abschliesst. Budgetiert war ein Defizit von 40 Millionen. Dies unter Berücksichtigung von Rückstellungsentnahmen von 50 Millionen, 30 Millionen aus der Ressourcenausgleichsreserve und 20 Millionen aus der Steuerausgleichsreserve. Diese wurden nicht gemacht. Zusätzlich hat der Regierungsrat nicht budgetierte Rückstellungen gebildet, 9,2 Millionen für Ferien- und Überzeitguthaben des Personals (dies erstmalig) und 2,2 Millionen für ein Delkredere für nicht eindringliche Forderungen. Auch das zum ersten Mal.
Damit schliessen wir um 185 Millionen besser ab als vorgesehen. Hier müsste eigentlich die Frage erlaubt sein, ob die Finanzdirektion oder der Regierungsrat den Budgetprozess überhaupt im Griff haben. Wenn wir das aber analysieren und schauen, woher die Differenzen kommen, ist es nachvollziehbar, dass diese Abweichung so zustande gekommen ist. 143 Millionen kommen aus Mehrerträgen im Steuerbereich. Dies ist auf Sondereffekte zurückzuführen, die zum voraus nicht

bekannt waren. Sie haben die Begründung der Vorlage des Regierungsrats zweifellos entnehmen können.
Dann haben wir auf der Ausgabenseite eine Position, 9 Millionen weniger Abschreibungen, auf welche der Stawiko-Präsident bei der Investitionsrechnung zurückkommen wird. Und weitere 9 Millionen Ertrag sind entstanden durch die von uns genehmigte Bereinigung von Finanz- und Verwaltungsvermögen. Da wurden die Aktien der Zuger Kantonalbank um 9 Millionen aufgewertet. Wenn wir allein diese grossen ausserordentlichen Posten betrachten, lässt sich die Abweichung zwischen Budget und Rechnung schon weitgehend erklären.
Inzwischen weisen wir in der Bilanz unseres Kantons ein Eigenkapital inklusive Spezialfinanzierungen in der Grössenordnung von 1,2 Milliarden aus. Dieser Position stehen auf der Aktivseite liquide Mittel in der Grössenordnung von 1,1 Milliarden gegenüber. Wir sind also in der Lage, eine sehr solide Bilanz auszuweisen. Mit diesen liquiden Mitteln ist unsere Kriegskasse gefüllt. In der Privatwirtschaft würde man jetzt an Firmenübernahmen denken, beim Kanton sieht das ein wenig anders aus. Es gilt, damit in Zukunft ein ehrgeiziges Investitionsprogramm zu finanzieren, das Ihnen weitgehend bekannt ist. Seien wir froh, dass diese Mittel bereits zur Verfügung stehen.
Die Delegationen der Stawiko haben wiederum wie jedes Jahr die einzelnen Direktionen vertieft angeschaut. Sie haben Fragenkataloge an die Direktionen gerichtet, haben Antworten erhalten und Visitationen vorgenommen. Wir haben festgestellt, dass keine wesentlichen Positionen hängen geblieben sind. Sie sehen jene, die allenfalls zu diskutieren wären, im Stawiko-Bericht. Wir haben aber auch festgestellt, dass Abweichungen gegenüber dem Budget im Ausgabenbereich sehr klein ausgefallen sind, und dort, wo es überhaupt Abweichungen hatte, diese wohlbegründet und nachvollziehbar sind. An dieser Stelle geht der Dank an die Regierung und die Verwaltung für das Kostenbewusstsein, das zweifellos in unserem Kanton vorhanden ist.
Die Finanzkontrolle hat die Jahresrechnung geprüft und empfiehlt uns Annahme der Rechnung. Wir haben im Stawiko-Bericht drei Forderungen an den Regierungsrat formuliert. Beim Studium der Revisionsberichte der Finanzkontrolle sind wir mehrfach auf den Hinweis gestossen, dass im Bereich der Arbeitszeitverordnung Hinweise und Empfehlungen abgegeben werden mussten. Da ist Einiges nicht ganz so, wie es sein sollte. Zusätzlich haben wir natürlich auch in der Stawiko mit der erstmaligen detaillierten Aufstellung über die Überzeit- und Ferienguthaben zusätzliche Informationen erhalten, die auch den Schluss zuliessen, dass da im einen oder anderen Fall Handlungsbedarf vorhanden ist. Wir erwarten von der Regierung, dass sie die von ihr selbst erlassene Arbeitszeitverordnung auf allen Stufen der Verwaltung durchsetzt und das zur Selbstverständlichkeit wird.
Im Bereich Pragma haben wir die Forderung schon in der Budgetdebatte gestellt. Wir erwarten von der Regierung, dass sie uns nicht nur das Globalbudget vorlegt, sondern zumindest zuhanden der Stawiko das Globalbudget herunterbricht auf die einzelnen Leistungsgruppen der Leistungsaufträge. Diese Forderung halten wir aufrecht. Wir sind der Meinung, dass die Stawiko nur so einigermassen verbindlich den Zusammenhang zwischen Leistungsaufträgen und Globalbudget herstellen kann.
Bei der Gebäudeversicherung erwarten wir jetzt doch in der allernächsten Zeit eine überarbeitete Anlagenstrategie und dann auch die Revision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung, weil wir ja da den Punkt offen haben, wie sie denn in Zukunft organisiert und gestaltet werden soll. Weiter weisen wir darauf hin, dass auch bei der Gebäudeversicherung die kantonalen Vorschriften im Personalbereich und im Finanzhaushaltsgesetz eingehalten werden und verbindlich sind.

Zur Laufenden Rechnung möchte der Stawiko-Präsident nicht viele Ausführungen machen. Er verweist den Rat auf die Seiten 4 und 5 des Stawiko-Berichts, wo wir die wesentlichen Punkte festgehalten haben. Bei der Investitionsrechnung stellen wir einmal mehr fest, dass die Regierung viel zu optimistisch geplant hat. Sie hat sich offensichtlich zu ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir lesen auf den Seiten über die Verpflichtungskredite zu vielen Positionen «Verzögerung» usw. Da fordern wir die Regierung auf, in Zukunft doch realistischere Investitionsprogramme in die Budgetierung mit einzubeziehen. Das wiederum hat ja logischerweise auch immer wieder Auswirkungen auf die Abschreibungen, die 2011 aufgrund der nicht realisierten Projekte um 9 Millionen tiefer ausgefallen sind.
Die Verpflichtungskredite auf S. 37 genehmigen wir heute bis zum Betrag von 10 Millionen, sofern sie im Bericht des Regierungsrats als abgeschlossen vermerkt sind. Da ist ein Kredit nicht zu genehmigen, nämlich der Investitionsbeitrag an die SGZ. Dieser ist von der Finanzkontrolle noch nicht geprüft. Wir empfehlen im Gegensatz zu den Anträgen der Regierung, diesen Kredit noch nicht zu genehmigen und zurückzustellen.
Im Übrigen lesen Sie die Anträge der Regierung auf S. 14 der gedruckten Jahresrechnung und auf der letzten Seite des Stawiko-Berichts. Dieser SGZ-Kredit ist die einzige Abweichung zwischen den beiden Anträgen. Die Stawiko empfiehlt Ihnen, den Anträgen des Regierungsrats mit dieser Abweichung nachzukommen, einzutreten und ihnen zuzustimmen.

Silvan **Hotz** weist darauf hin, dass wir hier ein grossartiges Ergebnis haben. Und zwar trotz dem enorm hohen NFA-Beitrag von 239 Millionen, die wir mittlerweile bezahlen müssen. Ein grossartiges Ergebnis, welches es den anderen Kantonen einmal mehr ermöglicht, die Zitrone Zug weiter auszupressen. Dieses Ergebnis wird es uns nicht einfacher machen, den NFA endlich auf eine gerechte Ebene zu stellen.
Die unvorhergesehenen zusätzlichen Steuereinnahmen von nahezu 150 Mio. Franken nehmen wir erfreut zu Kenntnis. Der einzige Wermuthstropfen ist, dass diese zusätzlichen Steuereinnahmen einmalig sind. Wir haben aber vor allem die Ausgabenseite angeschaut. Hier hat der Kanton beziehungsweise seine Mitarbeitenden sich erfreulicherweise im Zaum gehalten. Sie haben ihre Aufgaben sehr gut gemacht. Minderausgaben von fast 13 Mio. Franken in der Verwaltung gegenüber dem Budget helfen mit, dieses gute Jahresergebnis zu erzielen. Wir sind in den meisten Abteilungen auf der Ausgabenseite unter Budget. In diesem Zusammenhang gehört der Dank der CVP-Fraktion allen Mitarbeitenden der ganzen kantonalen Verwaltung.
Der Votant möchte kurz zu zwei, drei Themen, welche die CVP an der Fraktionssitzung speziell beschäftigten, Stellung zu nehmen. Die Ausführungen der Stawiko zur Ombudsstelle haben bei uns mehr als nur Kopfschütteln ausgelöst. Die Ombudsstelle, beziehungsweise deren Mitarbeitende, bewegt sich unserer Ansicht nach nicht in einem gesetzesfreien Raum. Gemäss § 12 Abs. 3 des Ombudsgesetzes unterstehen die Mitarbeitenden der Ombudsstelle dem Personalgesetz. Dies schliesst unserer Meinung nach auch die Prüfung der Fiko, der Stawiko und der JPK mit ein. Es stellt sich die Frage, ob auf der Ombudsstelle der Zuger Geist der Verwaltung noch nicht wirklich Einzug gehalten hat. Hier muss seitens der Ombudsfrau ein Umdenken stattfinden.
Für die genaue Prüfung der Laufenden Rechnung der Pragmaämter ist es wünschenswert, wenn die Kosten pro Leistungsgruppe aufgeführt werden. Nur so kön-

nen wir anhand der Leistungsgruppen und deren Zahlen das Budget steuern und dann anschliessend die Rechnung kontrollieren.
In der Investitionsrechnung löste die Verdoppelung der Investition im Staatsarchiv bei uns grossen Unmut aus. Eine Ausweitung von 1,28 auf 2,64 Millionen ist für uns unverständlich und auch nicht nachvollziehbar begründet. Auch die Investitionsabweichungen in der Baudirektion von fast 50 Mio. Franken machte uns stutzig. Das Positive daran ist, dass hier zwar weniger ausgegeben wurde, jedoch stellt sich die Frage, ob einfach zu grosszügig budgetiert wird. Um es mit den Worten aus dem Stawiko-Bericht zu sagen: Auch die CVP- Fraktion erwartet hier in Zukunft eine realistischere Budgetierung.
Die CVP-Fraktion tritt einstimmig auf die Staatsrechnung ein und stimmt dieser in vorliegender Form zu. Wir begrüssen den hohen Selbstfinanzierungsgrad und hoffen, dass wir auch in diesem Jahr keine Reserveentnahmen machen müssen. Auch der Rechnung der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel stimmen wir zu. Bei den Verpflichtungskrediten stimmen wir der Stawiko zu und genehmigen diese mit Ausnahme des Investitionsbeitrags an die Schifffahrtsgesellschaft.
Betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung tritt die CVP-Fraktion gross mehrheitlich auf die Vorlage ein und stimmt ihr in der vorliegenden Fassung zu.

Gabriela **Ingold** hält fest, dass die FDP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist. Das Ergebnis des Jahres 2011 weicht wesentlich vom Budget ab. Gegenüber dem Budget ist ein um rund 185 Mio. Franken besseres Ergebnis zu verzeichnen. Einerseits ist diese Verbesserung durch einen Einmaleffekt zustande gekommen; andererseits aber auch durch die Haushaltsdisziplin aufgrund der aktuell noch bestehenden Stellenplafonierung. Weiter konnten die Investitionen (insbesondere der Baudirektion) nicht im geplanten Ausmass umgesetzt werden. Unter dem Strich bedeutet dieses positive Ergebnis aber auch, dass der Staat im Moment mehr einnimmt, als er ausgibt. Das ist nicht im Sinne des Erfinders. Die Votantin will hier und jetzt nicht unmittelbar Steuerreduktionen fordern. Aber sie möchte der Regierung den klaren Auftrag geben, die Situation auf die Budgetrunde 2013 zu überdenken. Durch die Fusion von zwei grossen Rohstoffhändlern auf dem Platz Zug könnte nämlich aus dem Einmaleffekt plötzlich ein Mehrfacheffekt werden. Die Wirtschaft wächst und die Unternehmungen schreiben nach wie vor Gewinne. Die FDP erachtet es als nicht zulässig, über Gebühr Reserven für Steuerausgleiche und ähnliches zu bilden. Weiter besteht die grosse Gefahr, dass infolge der vorhandenen Mittel eher grosszügig Geld ausgegeben wird und dadurch der Staatshaushalt nachhaltig belastet wird. Das wollen wir nicht. Trotz der guten Ertragslage ist bei den Ausgaben Mass zu halten.
Wir unterstützen die Aufträge und Forderungen der Stawiko voll und ganz. Wir erwarten, dass die KLR flächendeckend eingeführt wird, weil sonst die Globalbudgets nicht nachvollziehbar sind. Es ist unser erklärtes Ziel, die erbrachten Leistungen auch finanziell in allen Direktionen und Ämtern messen zu können.
Zur Verwendung des Ertragsüberschuss. Sofern es die Ergebnisse erlauben, hat die Auslandhilfe Tradition. Durch die globale Wirtschaft profitiert unser Standort vom Ausland. Wir erachten es deshalb einstimmig als richtig und sinnvoll, der vorgeschlagenen Auslandhilfe von 700'000 Franken zuzustimmen. Die Auswahl der vorgeschlagenen Projekte wurde verantwortungsvoll vorgenommen und verdient unser Vertrauen. Sollte ein Antrag über eine Erhöhung der Auslandhilfe gestellt werden, wird die FDP Fraktion diesen ablehnen.

Den Rechenschaftsbericht verdankt und genehmigt die FDP-Fraktion ebenfalls einstimmig.

Thomas **Wyss** hält fest, dass die SVP-Fraktion sehr zufrieden ist mit der Staatsrechnung, und zwar sowohl bei den Einnahmen wie auch den Ausgaben. Das gute Ergebnis ist jedoch eine Verpflichtung für die Zukunft.
Die Einnahmen sind durch einen einmaligen und einzigartigen Faktor geprägt. Dass es zu diesem Ereignis kam, ist jedoch das Ergebnis der weitsichtigen Politik der Regierung – der jetzigen und vorherigen. Namentlich erwähnen möchte der Votant hier alt Regierungsrat Georg Stucky. Die SVP-Fraktion plädiert deshalb eindringlich dafür, dem Finanz- und Handelsplatz Zug Sorge zu tragen und beherzt und mutig für ihn einzustehen – auch wenn, wie jetzt gerade wieder, in nationalen und internationalen Medien Stimmung gegen ihn gemacht wird.
Ein erfreuliches Bild geben auch die Ausgaben. Die SVP-Fraktion dankt der Regierung im Allgemeinen, Finanzdirektor Peter Hegglin im Besonderen und der Verwaltung ganz besonders für den umsichtigen Umgang mit den Mitteln. Genauso wie wir auf der Einnahmenseite auf ein Zuger Modell setzen, so machen wir es auch auf der Ausgabenseite. Das Zuger Modell ist dadurch geprägt, dass unsere bürgerfreundliche Verwaltung einem effizienten Mitteleinsatz verpflichtet ist. Dafür dankt die SVP-Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung an dieser Stelle explizit.
Zum Ergebnis. Die SVP-Fraktion ruft in Erinnerung, dass dieses Geld den Steuerzahlern gehört und in Form von Steuersenkungen auch an diese zurückgegeben werden muss. Grundsätzlich darf der Staat ja keine Steuern auf Vorrat erheben. Die SVP- Fraktion wird sich im Rahmen der Budgetdebatte für Steuersenkungen aussprechen. Im Bereich der juristischen Personen stützen diese den Finanzplatz Zug. Im Bereich der natürlichen Personen sorgen sie für eine Kompensation für die höheren Lebenshaltungskosten.
Die SVP-Fraktion begrüsst, dass die Regierung den Überschuss den Reserven zuführt und damit letztlich für die Behebung des Investitionsstaus im Kanton Zug verwendet. Der Kanton Zug wächst und prosperiert, was nach zusätzlicher Infrastruktur ruft. Es ist, das darf und muss nach Ansicht der SVP- Fraktion hier auch wieder einmal gesagt werden, ein Glücksfall für den Kanton Zug, dass wir einen tatkräftigen und visionären Baudirektor haben. Danke Heinz, sagt die SVP-Fraktion – sicher auch im Namen des gesamten Kantonsrats.
Die SVP-Fraktion unterstützt die von der Regierung beantragte Verwendung des Ertragsüberschusses, und zwar sowohl im Volumen wie auch in der Aufteilung auf die einzelnen Hilfswerke. Sie hofft jedoch, dass nur Hilfswerke in Ländern unterstützt werden, die sich an internationale Abmachungen und Standards halten, insbesondere was die Rücknahme von abgewiesenen Flüchtlingen betrifft. Wir sind dem Finanzdirektor dankbar, wenn er uns hier eine kurze Bestätigung gibt.
Die SVP-Fraktion unterstützt Finanzdirektor Peter Hegglin auch, dass er sich gegen eine Erhöhung dieses Beitrags ausspricht. Das sind Gelder, die den Steuerzahlern gehören und für Steuersenkungen und Investitionen verwendet werden müssen.

Andreas **Hürlimann** weist darauf hin, dass wir über 84 Mio. Franken Ertragsüberschuss haben bei budgetierten 40 Millionen Defizit. Da haben die substanziellen Einmaleffekte tatsächlich heftig zugeschlagen! Zudem wurde auf der Aufwandseite das Budget um 1 Prozent unterschritten. Nicht einmal die Reservepositionen muss-

ten beansprucht werden. Zudem liegt das Eigenkapital neu bei über 1 Milliarde Franken.

All die überaus erfolgreichen finanziellen Punkte hören sich fast zu gut an, um wahr zu sein. Hört und liest man davon, dass beispielsweise Deutschland, welches auf europäischer Ebene auf Sparprogramme in den Krisenländern drängt, bei sich zu Hause allerdings trotz sprudelnder Steuereinnahmen weiter Schulden machen muss, dann hört sich dies tatsächlich so an, als wären wir hier in Zug auf der Insel der Glückseligen. In unserem nördlichen Nachbarland stiegen bis Ende März die Staatsschulden jedoch auf den neuen Rekordwert von zwei Billionen Euro.

Der Haken ist nicht allein mit der finanziellen, rosa Brille zu erkennen. Aber wie beispielsweise die Abstimmungen über die Wohninitiative in der Stadt Zug einmal mehr gezeigt hat, drückt der Bevölkerung der Schuh. Defizite, welche die AGF immer wieder nennt und anprangert, führen zu tiefgreifenden Veränderungen in Zugs Bevölkerung mit teils krassen Auswirkungen auf die Wohn- und Lebenskosten. Finanziell wohl erfolgreich, aber höchst ungesund. Das darf aus Sicht der AGF nicht sein! Der Massstab für Erfolg darf im Kanton Zug nicht allein derjenige der Finanzen sein. Es gibt viele andere Indikatoren, welche eine unschöne Zuger Entwicklung zeigen. Und das Geld, das wir auf der Seite haben, wird gebraucht. Weitere Steuersenkungen sind für uns deshalb kein Thema.

Zudem stört es die AGF auch, dass die angedachten Verschlechterungen im Bereich der Pensionskasse einmal mehr die Angestellten treffen. Auf der anderen Seite aber plant man für sehr viel Geld einen riesigen, zentralisierten Verwaltungskoloss. Es scheint fast so, als gebe man das Geld lieber für die Gebäude aus als für die Angestellten, die darin arbeiten. Auch das darf aus Sicht der AGF nicht sein!

Nun noch zu den aufgelaufene Zeit- und Ferienguthaben, welche im Stawiko-Bericht unter Punkt 3.1 abgehandelt wurden. Hier gilt es speziell zu erwähnen, dass unter anderem der Arbeitszeitensaldo 100 Stunden pro Kalenderjahr nicht überschreiten darf. Einzig die Direktion des Innern fällt in diesem Zusammenhang mit Detailtreue in der Umsetzung der Arbeitszeitverordnung auf. Ob nun die zentralen Controlling-Instrumente vorhanden sind oder nicht, Führungspersonen auf allen Stufen sollten sich um die Mitarbeitenden kümmern und einen Ausgleich zwischen Überstundenarbeit und Freizeit anstreben. Die AGF fordert deshalb – genauso wie die Stawiko – den Regierungsrat auf, der Einhaltung der Arbeitszeitverordnung auf allen Führungsstufen stärkere Aufmerksamkeit zu schenken. Die AGF tritt in diesem Sinn auf die Rechnung ein und wird ihr zustimmen.

Zum Ertragsüberschuss. Es geht dem Kanton Zug finanziell sehr gut. Es ist für die AGF deshalb klar, dass der Kanton Zug nach einem solch mächtigen Ertragsüberschuss auch einen angemessenen Teil davon an Menschen verteilt, welche mit keinem Ertragsüberschuss zu kämpfen haben, sondern mit ganz existentiellen Defiziten. Menschen, die unter Umständen wegen hier ansässigen Unternehmen unter Umweltverschmutzung leiden oder unter prekären Arbeitsbedingungen für besseren Arbeitnehmerschutz kämpfen.

Die AGF *beantragt deshalb, dass die Auslandhilfe verdoppelt wird und insgesamt 1,4 Mio. Franken auszuschütten sind.* Der Regierungsrat wird ermächtigt, die zusätzlichen 700'000 Franken an gemeinnützige Organisationen mit ZEWO-Zertifizierung zu sprechen. Es stünde dem Kanton mehr als gut an, auch weitere Entwicklungsprojekte zu unterstützen. Zum Beispiel für Projekte in Bergbaugebieten von Peru, wo Menschen schon länger für besseren Umweltschutz und etwas humanere Arbeitsbedingungen kämpfen. Zudem werden wir in der Detailberatung einen Antrag betreffend schweizerische Missions-Gemeinschaft Winterthur stellen.

Alois **Gössi** hält fest, dass auch die SP-Fraktion einstimmig für Eintreten und Genehmigung der Jahresrechnung 2011 sowie derjenigen der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel ist. Das Jahresergebnis 2011 ist sehr erfreulich ausgefallen, es schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 84,8 Mio. Franken ab, budgetiert hatten wir Herbst 2010 ein Defizit von 39,8 Mio. Franken.
Die hauptsächlichsten Gründe für diese grosse Abweichung sind:
• Eine massive Zunahme bei den Steuererträgen der natürlichen Personen wegen eines einmaligen Sonderfalls; dies hatte auch Auswirkungen auf den Kantonsanteil bei den direkten Bundessteuern von rund 140 Mio. Franken.
• Die Budgetunterschreitung von rund 13 Mio. Franken bei den Aufwänden. Wären keine Rückstellungen für aufgelaufene Zeit und Ferienguthaben gemacht worden, wäre die Budgetunterschreitung noch um 9,2 Mio. Franken höher ausgefallen.
Wegen dem Ertragsüberschuss von fast 85 Mio. Franken gegenüber dem Budget war es auch nicht nötig, die budgetierten 30 Millionen aus der Ressourcenausgleichsreserve und 20 Millionen aus der Steuerausgleichsreserve zu nehmen. Dank dem Ertragsüberschuss und den schon wie üblich massiv weniger ausgeführten als budgetierten Investitionen – beim Kanton Zug ereignet sich dies ja sehr regelmässig, dass weniger investiert wird als budgetiert – können die Investitionen aus den erarbeiten Mitteln finanziert werden. Dies geht auch aus dem Selbstfinanzierungsgrad von 159,2 % bei den Investitionen hervor.
Dank diesem Ertragsüberschuss hat nun der Kanton Zug ein Eigenkapital von mehr als 1 Mia. Franken. Umgerechnet auf einzelne Zuger und Zugerinnen bedeutet dies ein Nettovermögen von 6'473 Franken pro Kopf, ein sehr komfortabler Wert.
Bei der Verwendung des Ertragsüberschusses aus der Laufenden Rechnung sind wir für eine Verdoppelung der geplanten Auslandhilfe von 700'000 auf 1,4 Mio. Franken. Die Auslandhilfe soll von ca. 0,8 % des Gewinns auf 1,6 % steigen oder anders ausgedrückt von wenig auf ein Bisschen des Gewinnes. Es haben viele der hier ansässigen ausländischen Unternehmen ihren Anteil zum hohen Ertragsüberschuss beigetragen, und es ist folgerichtig, sich solidarisch zu verhalten und mit einem höheren Anteil, als es der Regierungsrat und die Stawiko wünschen, ausländische Hilfsprojekte zu unterstützen.
Die SP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Jahresrechung und ihre Genehmigung gemäss den Anträgen der Stawiko. Bei der Auslandhilfe sind wir wie gesagt für eine Verdoppelung.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** dankt für die gute Aufnahme der Jahresrechnung und für die Dankesworte an den Regierungsrat und das Personal. Er bittet auch seine Kollegin und Kollegen, diesen Dank an ihre Mitarbeitenden weiter zu geben. Die Jahresrechnung in Form dieses Buches, verbunden mit dem Rechenschaftsbericht, ebenfalls in Form eines Buches, erscheint dieses Jahr das letzte Mal in dieser Form. Letztes Jahr haben wir ja mit dem Budget für dieses Jahr schon eine neue Form gefunden. Und auch für das nächste Jahr (Rechnungslegung 2012) wird dann in einer anderen Form Rechenschaft abgegeben. Aktuell heisst der Bericht dann «Geschäftsbericht». Dort wird dann der Regierungsrat einleitend auch politisch Stellung nehmen zu den strategischen Zielen, den Legislaturzielen und Jahresschwerpunkten, herabgebrochen auf die Direktionen und Ämter mit den Leistungsaufträgen, die Sie ja mit dem Budget 2012 verabschiedet haben.
Damit kommt der Finanzdirektor zu den Stellungnahmen zu den vorherigen Voten. Die Zahlen möchte er nicht alle wiederholen. Sie haben sie ja heute schon mehrfach gehört und Sie konnten Sie auch mit Genugtuung in den jeweiligen Berichten

lesen. Wenn der griechische oder spanische Finanzdirektor und die dortigen Behörden gleich reagieren würden wie die hiesigen, hätten sie wahrscheinlich eben auch nicht solche Probleme. Denn bei uns ist in der Verfassung nirgends festgeschrieben, dass gewisse Bevölkerungsgruppen und besonders Wohlhabende und viel Verdienende von allen Steuern befreit sind, wie es in gewissen Staaten der Fall ist. Das resultiert für das normale Volk in einer hohen Steuerbelastung und führt zu einer grossen Staatsverdrossenheit. Die Einwohnerinnen und Einwohner versuchen dann, ihre Staaten zu betrügen auf jede mögliche und unmögliche Art und Weise. Bei uns ist das nicht so, alle bezahlen Steuern, aber möglichst tiefe.
Zu den Hinweisen und Empfehlungen der Stawiko zur Arbeitszeitverordnung. Wir haben seit mehreren Jahren versucht, die Einhaltung der Vorgaben einzuhalten. Wir haben es jetzt erstmals systematisch mit EDV-Tools und Informationsprogrammen in der gesamten Verwaltung untersucht. Wir haben jetzt erstmals diese Rückstellung gemacht und gehen mit Ihnen einig, dass wir dort nach wie vor darauf achten werden. Wie richtig gesagt wurde, sind unsere Mitarbeitenden eben auch Ressourcen. Man muss zu ihnen schauen und darf von ihnen eine hohe Leistung erwarten – aber man muss auch gut zum Personal schauen.
Zu Pragma und dem Herunterbrechen des Globalbudgets auf die Leistungsgruppen. Die Regierung kann mit der Stawiko soweit einig gehen, dass jetzt nicht im Bericht festgehalten wird, wie das Globalbudget heruntergebrochen wird, sondern dass bei der Visitation der Direktionen durch die Stawiko-Delegation der Amtsleiter das ungefähr herunterbrechen kann. Das ist die eine Schiene und die andere ist, dass wir bei der Ausbreitung der Kosten/Leistungsrechnung über die Verwaltung den Schritt pragmatisch weitergehen.
Zu den Investitionen. Mit den hohen Zahlen zeigt der Regierungsrat den Wunsch, innovativ vorwärts zu gehen. Der Wille wäre da, aber meistens liegt es dann an verschiedenen Stellen, dass das Investitionsprogramm verzögert wird. Es sei an die Schulraumplanung erinnert. Plötzlich kommen neue Tatsachen zum Vorschein, welche die Investitionsplanung um Jahre verschieben. Wir sind einverstanden, dem vermehrt Rechnung zu tragen und die Beträge entsprechend zurück zu nehmen. Was aber nicht gut gehen würde, wäre eine Pauschalkorrektur, weil jedes Investitionsprojekt als Projekt geführt wird und es dann nicht mehr stimmen würde, diese Projekte über eine Pauschalkorrektur zu korrigieren.
Bei der Nichtgenehmigung der Schlussabrechnung der Schifffahrtsgesellschaft sind wir einig mit der Stawiko. Das werden wir das nächste Jahr vornehmen.
Zur Gebäudeversicherung ist zu sagen, dass man dort unterwegs ist. Der Regierungsrat hat gerade kürzlich ein Aussprachepapier der Sicherheitsdirektion zur Neuorganisation beraten. Auch bei der Anlagestrategie sind wir auf dem Weg.
Zu den Steuererträgen. Es ist so, dass wir einmalig hohe hatten. Das wird sich wahrscheinlich nicht in diesem Umfang wiederholen. Die Einmaleffekte durch den Börsengang waren bei den natürlichen Personen bei den Kantonssteuern. Das wird dieses Jahr noch zu einem kleineren Teil anfallen bei den direkten Bundessteuern. Aber wenn Peter Hegglin die Rückmeldungen der Steuerverwaltung hört, sind wir dieses Jahr nicht so gut unterwegs. Sie haben alle in den letzen Tagen die Steuerrechnungen erhalten. Aber das Jahr ist ja erst zur Hälfte vorbei. Der Finanzdirektor ist einverstanden damit, dass das Geld, das wir einnehmen natürlich von uns nur treuhänderisch verwaltet wird. Man kann hier festhalten, dass sowohl der Kantons- wie auch der Regierungsrat mit den Mitteln des Kantons sorgfältig umgehen. Peter Hegglin hat bis jetzt nicht feststellen können, dass man aufgrund der guten finanziellen Verhältnisse das Geld verschwenderisch ausgeben würde. Die Aufwandseite der Rechnung hat dies ja gezeigt.

Zu Deutschland und Frankreich, die froh wären über solche Zahlen. Man muss halt sehen, dass man in Frankreich mit 60 in Rente geht und bei uns mit 65. Das kostet natürlich, die Staaten müssen dafür aufkommen. Das sind Effekte, die sich summieren und am Schluss zu dieser desolaten Situation führen.
Zur Verwendung des Ertragsüberschusses. Zum Hinweis von Thomas Wyss, dass man nur an Staaten Beiträge geben soll, die sich an Rücknahmeabkommen halten, ist zu sagen, dass wir ja nicht Staaten unterstützen, sondern Hilfsorganisationen, die kantonal, national und international abgestützt sind. Die jetzigen Projekte sind aber alle nicht in Staaten, mit denen wir jetzt Probleme hätten. Aber den Aspekt, dass man das zukünftig betrachten soll, werden wir aufnehmen und berücksichtigen. Der Finanzdirektor empfiehlt dem Rat, bei der Summe, welche der Regierungsrat festgelegt hat, zu bleiben. Es ist ja nur ein Teil unserer Hilfe. Daneben haben wir ja noch mehrjährige Aufbauprojekte, z.B. in Sri Lanka oder Haiti. Und dann kommt ja auch noch die Katastrophenhilfe, die wir je nach Vorfall tätigen.

➔ EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der gedruckt vorliegenden Rechnung 2012

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es nur eine einzige Lesung gibt.

Das Wort wird nicht verlangt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Stawiko bei den Verpflichtungskrediten beantragt, den Investitionsbeitrag VD2035.0017 an die SGZ noch nicht zu genehmigen. Die Regierung ist mit diesem Antrag einverstanden.

➔ Der Rat schliesst sich den Anträgen des Regierungsrats an und genehmigt die Jahresrechnung 2011, die im Anhang zur Jahresrechnung als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite (mit Ausnahme des Beitrags an die SGZ) und die Jahresrechnung 2011 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass für das folgende Geschäft sowohl sie selbst wie auch der Landschreiber in den Ausstand treten, weil je ihre Ehepartner im Vorstand des Vereins zur Unterstützung des Spitals Criuleni in Moldawien/Zug Einsitz haben. Zugunsten eines Projekts dieses Vereins beantragt der Regierungsrat einen Beitrag von 150'000 Franken. – Zwar gibt es nach der Geschäftsordnung des Kantonsrats keine eigentliche Ausstandspflicht. Aus Transparenzgründen verlassen sie aber den Saal. Die Sitzungsleitung übernimmt der Vizepräsident des Kantonsrats; zudem kommt die Stellvertretende Landschreiberin zum Einsatz.

457 Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2011: – Kantonsratsbeschluss betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2011 – Kantonsratsbeschluss betreffend Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2011

Traktandum 6 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2143.1/.2 – 14058/59) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2143.3 – 14098).

Hubert **Schuler**, Vizepräsident des Kantonsrats, weist darauf hin, dass die Eintretensdebatte zum gesamten Traktandum geführt wird, weil beide Beschlüsse materiell zusammenhängen, soweit Sie nicht bereits bei Traktandum 5 zum Eintreten gesprochen haben.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, 700'000 Franken für Auslandhilfe zu verwenden und den Rest von 84'086'312.11 Franken dem freien Eigenkapital zuzuweisen. Die Stawiko hat auch diesen Antrag des Regierungsrats beraten. Wir haben in der Stawiko zwei Anträge gehabt, nämlich erstens den Beitrag an die Schweizerischen Missionsgesellschaft Winterthur, aufgeführt im regierungsrätlichen Bericht unter Ziffer 2.1.8, zu streichen. Der zweite, schon fast traditionelle Antrag forderte eine Verdoppelung der Auslandhilfe. Diese beiden Anträge haben in der Stawiko keine Gnade gefunden, sie wurden abgelehnt. Folglich beantragt die Stawiko, auf die Vorlage des Regierungsrats einzutreten und ihr zuzustimmen. Offensichtlich ist im Drehbuch ein Fehler unterlaufen. Wir haben in unserem Bericht keine Forderung zu diesem Geschäft gestellt. Folglich fällt auch die Begründung durch den Finanzdirektor weg.

Thomas **Werner** weist darauf hin, dass der Kanton Zug wieder mit einem sehr guten Ergebnis dasteht. Aus dem Ertragsüberschuss soll nun weiteres Geld in die Entwicklungshilfe im Ausland fliessen. Warum so weit? Der Kanton Bern könnte das Geld auch brauchen. Aber es geht dem Votanten hauptsächlich um den Grundsatz, wem gehört das Geld. Es gehört nämlich den Steuerzahlerinnen und -zahlern des Kantons Zug. Das sind nicht nur Firmen, sondern auch Privatpersonen. Auch solche, die jedes Jahr sparen müssen, um die Steuern überhaupt zahlen zu können. Diese Leute sollen das Geld auch wieder zurückbekommen. Wenn Thomas Werner sich einen Batzen leisten will für die Entwicklungshilfe, macht er das selber und spendet irgendwo sein Geld. Aber es geht nicht an, dass der Kanton Steuern, die er zuviel eingenommen hat, einfach so einsetzt, ohne den Steuerzahler zu fragen. Fairerweise müsste das Geld an den Steuerzahler zurück. Es kommt dem Votanten vor wie ein pseudo Beruhigungsbatzen für unser nettes Gewissen.
In vielen Ländern, die hier aufgeführt sind, fehlt es nicht nur an Wasser und Geld, sondern auch am Willen. Das sagt Thomas Werner nicht nur einfach so daher, er war in vielen dieser Länder persönlich vor Ort und nicht als Tourist. Er schlägt also vor, dass wir die zuviel kassierten Steuern unseren Steuerzahlern zurückgeben oder den Betrag mindestens im Kanton Zug oder in der Schweiz zum Einsatz bringen, und zwar in gemeinnützigen Institutionen wie z.B. den Schulen. Die Schüler müssen im Werkunterricht das Geld mitbringen für das Material, die Lehrer müssen die Kopien zählen; da könnte man etwas Geld einsetzen. Wir haben auch Kinder-

heime in Zug und Frauenhäuser. Also bitte, setzen Sie das Geld hier ein! Thomas Werner stellt den Antrag auf Nichteintreten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** beantragt, auf die Vorlage einzutreten, und zwar ohne Änderung. Er möchte Thomas Werner daran erinnern, dass wir früher freundeidgenössische Hilfe geleistet haben und Auslandhilfe. Seit Einführung des NFA verzichten wir auf freundeidgenössische Hilfe, weil diese für uns ja gesetzlich verordnet ist und in der Grössenordnung von 240 Mio. Franken anfällt. Das Geld geht in jene Kantone, die beispielhaft aufgezählt wurden. Der Finanzdirektor glaubt nicht, dass es notwendig ist, diese Hilfe wieder aufzunehmen.
Dazu ein Beispiel. Wir sind ja momentan an der Revision des Pensionskassengesetzes. Da vergleicht man ja auch mit anderen Kantonen und bekommt mit, was dort geht oder wie dort die Regelungen sind. Und wenn Peter Hegglin dann vom Kanton Bern hört, dass man dort mit voller Rente im Alter von 63 Jahren antreten kann, nach wie vor das Leistungsprimat hat und gleichzeitig ein sehr starker NFA-Nehmerkanton ist, hat er nicht das Gefühl, dass wir dorthin noch mehr Geld geben müssen. Er weiss auch, dass man überhaupt nicht beabsichtigt, diese Pensionskassen-Regelung zu ändern. Bei uns ist das Alter 65 seit der letzten Revision für alle klar.
Wir haben keine Rechtsgrundlage für die Auslandhilfe. Mit diesem Beschluss schaffen Sie die Rechtsgrundlage, um Auslandhilfe zu tätigen. Und das Volk hat insofern die Möglichkeit, mitzuwirken, weil der Beschluss ja heute in erster Lesung gefällt wird, dann die zweite Lesung kommt und der Beschluss dann noch dem Referendum untersteht. Es wäre also möglich, gegen diese Auslandhilfe das Referendum zu ergreifen und dann könnte das Volk darüber bestimmen, ob man diese Mittelverwendung der Steuergelder tätigen will oder nicht. In diesem Sinn empfiehlt der Finanzdirektor dem Rat, dem Regierungsrat ohne Änderung zuzustimmen und Eintreten zu beschliessen.

➔ Der Rat beschliesst mit 56:12 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Verwendung des Ertragsüberschusses davon abhängt, wie Sie vorgängig über den Kantonsratsbeschluss betreffend Auslandhilfe entscheiden. Wir behandeln daher logischerweise diesen Ausgabenbeschluss in der Detailberatung zuerst und erst danach den Antrag betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses.

Kantonsratsbeschluss betreffend Auslandhilfe aus der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2011 (Nr. 2143.2 – 14059)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es hier zwei Lesungen gibt, weil die Gesamtausgaben mehr als 500'000 Franken betragen. Dieser KRB untersteht somit dem fakultativen Referendum (§ 34 Abs. 1 der Kantonsverfassung und § 55 Abs. 1 der Geschäftsordnung).

Stefan **Gisler** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist für das HEKS in der internationalen Zusammenarbeit tätig und kennt daher die Entwicklungszusammenarbeit recht gut.

Die Regierung will unter § 1 für ein Projekt über die evangelikale Missionsgesellschaft dem ausländischen südsudanesischen Hilfswerk Across 50'000 Franken zukommen lassen. Die AGF beantragt, dies nicht zu gewähren und dass die Regierung diesen Betrag für ein Projekt eines anderen, eines schweizerischen ZEWO-zertifizierten Hilfswerks spricht.
Erstens setzt die nicht ZEWO-zertifizierte Schweizerische Missionsgesellschaft das Projekt gar nicht selber um, sondern leitet das Geld nur an ein ausländisches Hilfswerk weiter. Der Votant fragt den Finanzdirektor, wie der Kanton, die Missionsgesellschaft und das profitierende NGO Across uns dann Auskunft über die Verwendung der Mittel geben werden, welche Kontrollinstrumente bestehen und ob dem Gesuch auch die Jahresberichte und Audits des ausländischen Hilfswerks Across beigelegt wurden. Auf dessen Homepage gibt es keine transparente Zahlen und keinen Jahresbericht. An sich besteht ja die Auflage, dass Zug nur an ZEWO-zertifizierte Hilfswerke spendet oder an Zuger Hilfswerke wie z.B. die Leuppi-Stiftung. Es ist aus Sicht von Stefan Gisler noch kein Zuger Bezug, wenn jemand aus Zug irgendwo in der Welt für einen NGO arbeitet. Er selbst hat für verschiedene Hilfswerke im Ausland gearbeitet. Es wäre ihm jedoch nie in den Sinn gekommen, in seinem Namen ein Gesuch einzureichen, nur weil er Zuger ist.
Wir haben auch Bedenken bezüglich der Ausrichtung des Hilfswerks Across. Gemäss seiner eigenen Homepage sind alle ihre Aktivitäten mit einer starken Missionstätigkeit verbunden. Across schreibt selber, dass sie die göttliche Transformation anstreben. Bibelstunden sind integraler Bestandteil der Projekte und in Yei werden laut Homepage vor allem Lehrer für Sonntagsschulen ausgebildet. Das ist eine Form der Hilfeleistung, gekoppelt mit einer Vermittlung religiöser Inhalte, die von keinem seriösen Schweizer Hilfswerk betrieben wird – auch nicht von den grossen kirchlichen Hilfswerken der Schweiz.
Die AGF ist der Meinung, dass Hilfe politisch und konfessionell neutral geleistet werden soll, wie dies z.B. auch ganz klar im Auftrag der DEZA geschrieben steht. Und dass wir in Zug da keine Ausnahme machen sollen.

Anna **Bieri** legt zuerst ihre Interessenbindung offen. Die Tochter unseres Hünenberger Dorfarztes ist vor einem Jahr abgereist in den Südsudan. Sie stellt dort ihre Fähigkeiten als hier ausgebildete Sekundarschul-Lehrerin in die Dienste der Ausbildung von Lehrpersonen in Naturwissenschaften – nicht für Sonntagsschulen – vor Ort. Dies tut sie in einem Land, das, noch immer gezeichnet vom Bürgerkrieg – nach vorne blicken und vorwärts gehen will. Wenn Sie wissen, wie wichtig Bildung im Kanton Zug ist, so können Sie sich vorstellen, welche existenzielle Rolle diese in einem Land wie dem Südsudan spielt. Es geht hier nicht – und das sagt die Votantin als eingefleischte Urkatholikin – um die Verbreitung irgendwelcher Lehren oder die Rekrutierung neuer Mitglieder für eine Freikirche, sondern um einen wichtigen Einsatz für Menschen, die dies nötig haben. Dass dies aus einer christlichen Motivation heraus getan wird, ist sicher legitim. Anna Biere dankt dem Rat für die Unterstützung eines wichtigen Projekts.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** kann das Votum von Anna Bieri unterstützen. Bei uns kommen viele Gesuche zusammen über das Jahr hinweg. Wir prüfen diese Gesuche sehr intensiv. Wir analysieren sie so gut es geht von hier aus. Wir können ja nicht vor Ort gehen und die Projekte alle überprüfen. Ebenso können wir nach der Bezahlung nicht vor Ort gehen und die Realisierung prüfen. Wir erwarten aber von allen, denen wir einen Beitrag gegeben haben, eine Rückmeldung und eine

Abrechnung über das Projekt. In der Regel treffen diese Rückmeldungen auch ein. Im vorliegenden Fall haben wir ein Gesuch erhalten von der Schweizerischen Missionsgemeinschaft Winterthur. Es wurde dort erwähnt, dass Simone Illi aus Hünenberg, im Südsudan an einem College tätig und dort für die Primarlehrer-Ausbildung zuständig ist. Wir sind dokumentiert über dieses Projekt mit einem Projektantrag, einem Projektbeschrieb und auch mit einem Budget. Das Gesuch lautete, für 20 Studentinnen und Studenten einen Beitrag zu spenden in der Grössenordnung von 66'000 Franken. Unser Antrag lautet jetzt, dieses Projekt mit 50'000 Franken zu unterstützen. Die Partnerorganisation der Schweizerische Missionsgemeinschaft, das Yei Teacher College im Südsudan, soll dieses Geld erhalten.
Der Finanzdirektor kann nach Prüfung des Gesuchs gut hinter diesem Projekt stehen, weil er auch gesehen hat, dass hier nicht Missionare oder Geistliche ausgebildet werden, sondern Primarlehrpersonen. Nur 15 % der Frauen im Südsudan können lesen und schreiben, es gibt also dort grossen Nachholbedarf. – In diesem Sinn empfiehlt Peter Hegglin dem Rat, diesen Antrag abzulehnen und unserem Antrag zu folgen.

➔ Der Antrag der AGF für Streichung des Beitrags an die Schweizerische Missions-Gemeinschaft Winterthur wird mit 45:20 Stimmen abgelehnt.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass jetzt der Antrag der AGF, der bereits beim vorherigen Traktandum gestellt wurde, behandelt wird, wonach der Betrag für die Auslandhilfe verdoppelt werden soll.
Der Antrag lautete: *«Der Regierungsrat wird ermächtigt, zusätzlich 700'000 Franken an Entwicklungshilfeorganisationen zu sprechen. Dabei sollen Organisationen mit ZEWO-Zertifikaten berücksichtigt werden.»*

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AGF mit 56:14 Stimmen ab.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2143.4 – 14114 enthalten.

Kantonsratsbeschluss betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2011 (Nr. 2143.1 – 14058)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass wir den Ausgabenbeschluss soeben gefällt haben, so dass die Zuweisung des verbleibenden Ertragsüberschusses erfolgen kann. Dazu ist nur eine einzige Lesung notwendig, weil es sich hier gemäss Antrag des Regierungsrats nicht um eine Ausgabe im Sinne des Finanzhaushaltsgesetzes handelt. Der Regierungsrat beantragt die Äufnung des freien Eigenkapitals im Betrag von 84'086'312.11 Franken.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es hier noch einen Vorbehalt gibt. Es gibt noch eine zweite Lesung zum KRB betreffend Auslandhilfe. Sollte sich bei der 2. Lesung an der KR-Sitzung vom 30. August 2012 eine Änderung des KRB ergeben, würde sich die Äufnung des freien Eigenkapitals entsprechend verändern.

Der Vizepräsident des Kantonsrats wird hier wieder von Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky abgelöst und die Stellvertretende Landschreiberin von Landschreiber Tobias Moser.

458 Rechenschaftsbericht des Regierungsrats für das Jahr 2011

Traktandum 7 – Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2158.1/2142.2 – 14099).

Stawiko-Präsident Gregor **Kupper** kann sich kurz halten. Alle haben das dicke Buch sicher gelesen. Es liegt uns zum letzten Mal in dieser Form vor. Ab nächstem Jahr werden wir im Rahmen von Pragma eine andere Berichterstattung erhalten. Da sind wir gespannt, wie das dann daher kommt. Die Delegationen haben im Rahmen ihrer Arbeit bei den einzelnen Direktionen auch den Rechenschaftsbericht konsultiert und dazu Fragen gestellt, sofern Unklarheiten vorhanden waren. Da ist nichts Wesentliches hängen geblieben. An der Sitzung der erweiterten Stawiko hat der Rechenschaftsbericht zu keinen Voten mehr Anlass gegeben, sodass der Votant dem Rat empfehlen kann, den Rechenschaftsbericht in der vorliegenden Form zu genehmigen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es nur eine einzige Lesung gibt.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht des Regierungsrats für das Jahr 2011 und dankt dem Regierungsrat und dem Personal des Kantons einschliesslich der Lehrerschaft für die im Berichtsjahr erbrachten Leistungen.

459 Zwischenbericht zu den per Ende März 2012 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen

Traktandum 8 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 2142.1 – 14057) und der Erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 2158.1/-2142.2 – 14099).

Gregor **Kupper** hält fest, dass der Zwischenbericht auch in der Erweiterten Stawiko behandelt wurde. Es sind keine Gründe vorgelegen, irgendeinem Antrag des Regierungsrats nicht zuzustimmen. Wir empfehlen Ihnen, diesen Zwischenbericht und die darin formulierten Erstreckungen zu genehmigen und der Vorlage zuzustimmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es nur eine einzige Lesung gibt.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat schliesst sich dem Antrag des Regierungsrats an.

460 –Motion von Daniel Thomas Burch, Cornelia Stocker, Adrian Andermatt, Maja Dübendorfer Christen, Karin Andenmatten, Anna Bieri und Silvia Thalmann betreffend Standortfrage Kantonsschule Zug
–Motion der Menzinger Kantonsratsmitglieder Monika Barmet, Frowin Betschart und Karl Nussbaumer betreffend Evaluation und Planung der Mittelschulstandorte (Sekundarstufe II)

Traktandum 9 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2133.2/-2134.2 –14069).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass wegen des inneren materiellen Zusammenhangs zu beiden Motionen im selben Votum gesprochen werden kann. Die Abstimmungen nehmen wir getrennt vor.

Adrian **Andermatt** erinnert daran, dass im Richtplan 2004 im Gebiet Röhrliberg in Cham noch der Schulstandort Allmendhof enthalten ist. In anderen Worten, damals erachtete dieser Rat – selbstverständlich in der damaligen Zusammensetzung – den genannten Schulstandort als offensichtlich für unseren Kanton richtig. Der genannte Schulstandort konnte jedoch nicht entwickelt beziehungsweise realisiert werden, da es am erforderlichen Land fehlte beziehungsweise der Kanton dieses Land nicht kaufen konnte. Auch andere geeignete Parzellen standen damals im Gebiet Ennetsee dem Kanton für die Realisierung eines Gymnasiums nicht zur Verfügung. Der Kantonsrat hat deshalb – und einzig deshalb – den kantonalen Richtplan im Jahre 2008 den damaligen Realitäten angepasst. Dabei hat er sich auf die Standorte Luegeten in Zug für das Langzeitgymnasium, Menzingen für das Kurzzeitgymnasium sowie die Hofstrasse in Zug für die WMS/FMS konzentriert.
Seither haben sich die zuständigen Stellen mit der Planung der Bauten für die Sekundarstufe II an den im kantonalen Richtplan festgelegten und soeben genannten Standorten intensiv befasst, wobei die Planungsarbeiten grossmehrheitlich auch kurz vor dem Abschluss stehen.
Nun hat sich aber im März 2012 die Ausgangslage für die Standortwahl der kantonalen Mittelschulen nochmals stark verändert. Denn wie wir alle wissen, kursierten plötzlich Gerüchte über mögliche neue Mittelschulstandorte im Gebiet Ennetsee und insbesondere auch im Gebiet Röhrliberg, das heisst an dem im Richtplan 2004 vorgesehenen Schulstandort Allmendhof.
Da wir – aufgrund der uns bekannten Informationsquellen – davon ausgehen konnten, dass es sich bei diesen Gerüchte nicht nur um billige Zeitungsenten, sondern vielmehr um durchaus realistische, alternative Schulstandorte handelte, haben wir Motionäre entschieden, zu handeln.

Es geht hier um ein Neu- und Umbauinvestitionsvolumen von über 200 Mio. Franken, wobei dazu noch diverse Sanierungsarbeiten kommen. Es war und ist daher aus unserer Sicht absolut gerechtfertigt und auch angezeigt, einen kurzen Marschhalt einzulegen und abklären zu lassen, ob der vom Kantonsrat ursprünglich als optimaler Schulstandort im Richtplan 2004 vorgesehene Allmendhof nun doch noch zur Verfügung steht und falls ja, auch heute noch der optimale Schulstandort ist. Wir sind gar der Meinung, dass es geradezu unverantwortlich gewesen wäre, trotz der uns damals vorliegenden Information untätig zu bleiben und die erneut ins Spiel gekommene mögliche Option nicht genauer prüfen zu lassen.
Beflügelt und unterstützt von unserer Motion, konnte denn auch die Regierung – handelnd durch den Baudirektor – bereits einige Tage nach Einreichung unserer Motion verlauten lassen, dass sich der Eigentümer des Allmendhofs in Cham effektiv bereit erklärt hat, sein Land im Gebiet Röhrliberg in Cham im Umfang von rund 40'000 m^2 dem Kanton bedingungslos zu veräussern.
Heute ist es also nicht mehr nur ein Gerücht, sondern schlicht und einfach eine Tatsache, dass im Gebiet Ennetsee nicht nur genügend Land für die Realisierung eines Schulhauses für die Sekundarstufe II zur Verfügung steht, sondern der Eigentümer auch bereit ist, dieses Land unserem Kanton zu verkaufen. Somit steht auch fest, dass der Ennetsee als Mittelschulstandort für den Kanton auch wieder eine effektive Option ist. Eine Option, die man sich im Richtplan 2004 gewünscht und aufgrund mangelnder Realisierbarkeit im Richtplan 2008 wieder gestrichen hat. Es geht hier weder um Regional-, noch um Verzögerungspolitik, sondern einzig und allein darum, den optimalen Standort für eine neue Mittelschule evaluieren zu lassen. Es geht um die Zukunft unserer Kinder, es geht um Bildungspolitik. Dabei sind wir davon überzeugt, dass Schulangebote grundsätzlich dort bereit gestellt werden müssen, wo auch die Nachfrage ist. Und dass es im Gebiet Ennetsee heute wie auch in Zukunft zahlreiche Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II geben wird, dürfte unbestritten sein.
Auch ist der Votant – und das ist eine rein persönliche Anmerkung – klar der Auffassung, dass es ein Unsinn wäre, wenn wir in unserem Kanton mit Rayons arbeiten müssten, wie dies die Bildungsdirektion als Möglichkeit bei der Beibehaltung beziehungsweise dem Ausbau der heutigen Schulstandorte vorgesehen hat. Eine Massnahme, die dazu führen würde, dass allenfalls Mittelschülerinnen und -schüler aus Baar gezwungen würden, das geplante Langzeitgymnasium in Menzingen besuchen zu müssen, wenn sie – eine vernünftige Schulhausplanung vorausgesetzt – mit dem Velo ihren Schulweg bewältigen könnten.
Wir sind daher davon überzeugt, dass es angezeigt ist, dass wir mittels Überweisung dieser Motion den Regierungsrat verbindlich beauftragen, dem Kantonsrat im Hinblick auf den Erlass von diesbezüglichen Kantonsratsbeschlüssen einen Bericht über den Anpassungsbedarf des kantonalen Richtplanes sowie über die Grössenordnung von Planungs- und Objektkrediten vorzulegen, die erforderlich werden, sofern und soweit die Evaluation zu Gunsten eines Standorts der Kantonsschule Zug im Ennetsee ausfällt. Somit steht auch fest, dass es heute nicht um die Festlegung eines neuen Kanti-Standorts geht, sondern lediglich darum, den Prozess einer erneuten Standortevaluation in Gang zu setzen, wobei der ursprünglich als optimaler Mittelschulstandort evaluierte Röhrliberg heute nun auch effektiv zur Verfügung steht. Mit dem kgm Menzingen hat dies direkt nichts zu tun.
Aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit ist sodann der Umstand, dass bei Bedarf – und dieser muss von der Regierung natürlich detailliert nachgewiesen werden – unseren Schulen Provisorien zur Verfügung gestellt werden. Dies bereits heute einfach so unterbinden zu wollen, macht für uns keinen Sinn, weshalb wir dies auch klar ablehnen. Auch gibt es für uns keinen Grund, auf die Planung

beziehungsweise den Bau der Dreifachturnhalle auf dem Kantiareal in Zug vorerst zu verzichten.
Nun spricht Adrian Andermatt für die FDP-Fraktion. Wir unterstützen vollumfänglich und einstimmig die Anträge der Regierung in Bezug auf beide in diesem Zusammenhang zu behandelnden Motionen. Für die FDP-Fraktion geht es bei der Evaluation eines neuen Kanti-Standorts in erster Linie um Bildungspolitik. Die zu erstellenden Hochbauten beziehungsweise Schulhäuser sind lediglich, aber immerhin, die Konsequenz davon. Unter Bildungspolitik verstehen wir dabei insbesondere Aspekte wie die Berücksichtigung der Entwicklung der Schülerzahlen in den verschiedenen Gemeinden sowie die Festlegung des künftigen Aus- und Weiterbildungsangebots des Kantons.
Somit steht für uns auch fest, dass man sich auch in den von der Regierung angedachten Workshops unter Einbezug diverser Stakeholders zuerst auf die genannten bildungspolitischen Fragen und nicht bereits deren Ergebnis vorwegnehmend auf die Ausgestaltung und Platzierung der dafür notwendigen Infrastrukturen fokussieren muss. Dass in diese ausserparlamentarische Arbeitsgruppe der Kantonsrat beziehungsweise deren Vertreter einbezogen werden sollen, lehnen wir sodann aus institutionellen Überlegungen ab. Dies haben wir auch bereits der federführenden Baudirektion mitgeteilt, wobei diese nun ja auch darauf verzichtet.
Gleichzeitig gilt es aber auch sicherzustellen – und dies ist ein offensichtlicher Spagat –, dass der von uns zu beschliessende Marschhalt kurz bleibt und nicht dazu missbraucht wird, mittels ufer- und endlosen Diskussionen in Sachen Bildungsstrategien den auf alle Fälle notwendigen Ausbau unserer Schulinfrastruktur auf der Sekundarstufe II auf Jahre hinaus zu blockieren. Denn dies wäre dann nicht mehr Bildungs-, sondern schlicht und einfach Verhinderungspolitik. Und dafür wurden wir nicht gewählt.

Monika **Barmet** spricht auch für ihre Menzinger Kantonsratskollegen Frowin Betschart und Karl Nussbaumer. Grundsätzlich bedauern wir sehr, dass unser Vorstoss nötig wurde, und wir verstehen den Frust und die Enttäuschung einiger Kantonsratsmitglieder insbesondere der Raumplanungskommission. Gerade sie haben die verschiedenen Richtplananpassungen und Projektstufen seriös, sachlich diskutiert und dem Kantonsrat Lösungen vorgeschlagen. Er konnte dadurch immer die Anträge des Regierungsrats und der Kommission mit überzeugender Mehrheit unterstützen und grossmehrheitlich zustimmen.
Die Verunsicherung ist aber nicht nur im Kantonsrat gross, sondern auch bei Schülerinnen und Schülern, bei den Lehrpersonen, bei Eltern und auch in der Bevölkerung. Unsere politische Arbeit, unsere politische Verantwortung und unsere Entscheide werden hinterfragt und teilweise nicht mitgetragen. Wir hoffen, dass sich alle hier im Saal bewusst sind, wie viele Kosten durch diese Aktivitäten im Hintergrund ausgelöst wurden.
Dass wir nun eine Neubeurteilung und Evaluation fordern zeigt auf, dass wir Menzinger Kantonsräte eine Lösung anstreben, welche die regionalpolitischen und die pädagogischen Interessen berücksichtigt, die Verfügbarkeit des bebaubaren Areals einbezieht und eine rasche Realisierung und Entlastung ermöglicht.
Während nun die Baudirektion und der Baudirektor mit hohem Tempo die Schulstandorte evaluiert, fordern wir den Bildungsdirektor auf, dringend die verschiedenen bildungspolitischen Strategien auszuarbeiten. Es sind verlässliche Angaben nötig betreffend Schülerzahlen, Grösse der Mittelschulstandorte, eventuellen Steuerinstrumenten – es braucht einmal mehr eine Bildungsstrategie der Mittelschulstandorte.

Vom Baudirektor erwarten wir, dass bei der Zusammensetzung der allfälligen Workshops insbesondere die verschiedenen Interessensgruppen ausgewogen vertreten sind. Aktionen wie jene der Lehrpersonen der Kantonsschule Zug müssen in Zukunft vermieden werden. Kritisch hinterfragen wir aber auch das Vorgehen und den ausgehandelten Landpreises von 400 Franken im Gebiet Röhrliberg. Löst dies nicht Begehrlichkeiten aus?
Nun zu den Anträgen des Regierungsrats: Wir unterstützen sie wie beantragt. Insbesondere sollen die Planungsarbeiten, die so kurz vor dem Abschluss sind, beendet werden.
Wir erwarten, dass die Provisorien nur zurückhaltend geplant und realisiert werden – dazu braucht es keine Luxusvarianten. Sie müssen zur Entlastung dienen – mehr nicht. Ebenso soll, wie im Bericht S. 12 ausgeführt, der Bau einer Dreifachturnhalle und der Erweiterungsbau nicht weiter vorangetrieben werden.
Abschliessend appelliert die Votantin an den Rat und vor allem an jene aus dem Ennetsee: Wir erwarten ein lösungsorientiertes und konstruktives Vorgehen insbesondere auch der Akteurinnen und Akteure im Hintergrund und der Lehrpersonen der Kantonsschule.
Wir brauchen eine Lösung, welche die Interessen und Bedürfnisse vor allem der Schülerinnen und Schülern berücksichtigt. Die leidige Diskussion um Distanz und Zuweisung muss nun endgültig beendet werden. Dazu zitiert Monika Barmet aus einer Stellungnahme einer kgm-Schülerin aus Rotkreuz aus der letzten Ausgabe der «mänziger zytig»: «Den neuen Schülerinnen und Schülern, die in der Entscheidungsphase sind, möchte ich sagen, dass es sich lohnt, auch einen längeren Schulweg in Kauf zu nehmen, wenn man nachher an eine so tolle Schule gehen kann.»
Wir Menzinger Kantonsräte werden uns weiterhin für diese tolle Schule einsetzen und danken für die Unterstützung!

Martin **Pfister** hält fest, dass die CVP-Fraktion den Anträgen des Regierungsrats zu diesen beiden Motionen mehrheitlich zustimmt und das von ihm vorgeschlagene Konzept eines kreativen Marschhalts unterstützt. Wie könnten wir auch anders? Er will der Versuchung widerstehen, an dieser Stelle in epischer Ausführlichkeit Vergangenheitsbewältigung zu betreiben. Die emotionalen Diskussionen in der Fraktion zeigen einen gewissen politpsychologischen Nachholbedarf. Wir sind uns wohl alle einig, dass es im Kanton Zug im wahrsten Sinn des Wortes keine Schule machen darf, dass die Meinungsänderung eines einzigen Landbesitzers einen derartigen Planungsschutthaufen und wohl Kosten im höheren zweistelligen Millionenbereich auslöst. Man könnte dabei auch fragen, wer für was politisch die Verantwortung trägt.
Karl Nussbaumer hat die Kernfrage, die sich uns hier stellt, kürzlich in einer Kolumne auf den Punkt gebracht: «In Sachen Schulraumplanung geht es nicht nur um die Standorte, sondern in erster Linie um Schulen!» Wir dürfen bei allen Diskussionen über die Standortfrage der Kantonschulen nicht vergessen, dass es nicht um Regionalismus in einem Kleinkanton und auch nicht um Häuser geht, sondern im Kern um Bildung.
Es ist deshalb an der Zeit, die neue Ausgangslage zu akzeptieren und sie als Chance zu begreifen. Wir erleben hier einen Moment, der wohl als historisch zu bezeichnen ist und in seiner Einmaligkeit erst einmal begriffen werden muss. Die Möglichkeit, unsere Kantonsschulen völlig neu zu planen und zu organisieren, ist in der Geschichte des Kantons Zug einzigartig und wird es wohl nie mehr geben. Wir

können diese Chance nur nützen, wenn wir sie in grosser Radikalität denken und angehen.
Die CVP-Fraktion erwartet, dass dieser Marschhalt genutzt wird, um ein Konzept für ein Zuger Gymnasium mit höchsten Bildungsansprüchen zu erarbeiten, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts in vorbildlicher Weise gerecht wird. Weltweit sollten die führenden Gymnasien evaluiert und das Beste nach Zug gebracht werden. Die Anforderungen der Berufswelt und der Universitäten müssen ebenso Bestandteil des Konzepts werden. Unser neues Gymnasium muss den Anspruch erfüllen, Ausbildungsstätte für künftige Nobelpreisträger zu sein.
Viele Fehler, die wir auf diesem Weg machen können, kennen wir aus Erfahrung, aber auch aus vielen Wortmeldungen der Debatte in den letzten Monaten:
• Die bildungsstrategischen Überlegungen müssen weiter gehen, als einfach Schüler- und Klassenzahlen zu extrapolieren und sie auf Schulhausstandorte zu verteilen.
• Der da und dort vertretenen Ansicht «big is beautiful» ist in diesem Zusammenhang eine klare Absage zu erteilen. Eine Kopie der Kanti Luegeten im Ennetsee wäre nicht nur phantasielos, sondern bildungspolitisch so falsch wie die Überhöhung des Prinzips «small is beautiful».
• Die Gymnasien im Kanton Zug dürfen unterschiedliche Antworten auf die Bildungsherausforderungen unserer Zeit geben. In diesem Sinn müssen wir bei der Konzeptdiskussion regionalpolitische Überlegungen weitgehend vergessen, zumal in unserem kleinen Kanton die Distanz von Schulwegen kaum von grosser Relevanz ist.
• Lehrpersonen müssen zudem bereit sein, an mehreren Standorten zu unterrichten und über das eigene Lehrerzimmer hinaus mit Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten.
• Das Argument, ein Gymnasium müsse möglichst viel Freiraum schaffen für die vielfältigen Freizeitaktivitäten der Schülerinnen und Schüler, ist so umzukehren, dass sich die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten auch wirklich für ihre Ausbildung und ihre Schule entscheiden müssen.
• Die Lehrpersonen an den Mittelschulen müssen in diesen Prozess und in die Weiterentwicklung des Zuger Gymnasiums eng eingebunden werden, so dass es nicht mehr vorkommt, dass sie ihre Rektoren – wie wir es in den letzten Monaten teilweise erlebt haben – im Regen stehen lassen. Die Fachleute an unseren Schulen können nur ernst genommen werden, wenn ihre Meinungsäusserungen eine gewisse Verbindlichkeit aufweisen.
• Diese Liste könnte noch beliebig fortgesetzt werden.
Das alles braucht Zeit, und der Votant neigt dazu, unseren Baudirektor während dieser Phase in die Ferien zu schicken. Die Herausforderungen des Hochbauprojekts, das der bildungsstrategischen Diskussion folgen wird, sind im Vergleich zu den bildungspolitischen Herausforderungen schon fast vernachlässigbar. Auf jeden Fall sollte kein Planer, keine Architektin und kein Mitarbeiter des Hochbauamts einen Strich auf ein Blatt Papiersetzen, bevor nicht die bildungspolitischen Strategien verbindlich vorliegen.
Wenn uns vielleicht der Bildungsdirektor anschliessend entgegnen wird, eine Kantonsschulstrategie liege schon vor, so muss zurückgefragt werden, wo diese denn sei und wer darüber entscheide. Im Baubereich debattieren wir politisch fast über jeden Randstein, im Bildungsbereich werden solche Strategien offensichtlich im stillen Kämmerlein entwickelt und gelagert. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die wichtigen Bildungsfragen politisch geklärt und breit abgestützt sind, bevor wir mit dem Bauen beginnen. Folgende strategischen Fragen können dabei behandelt werden:

• Wollen wir drei weitgehend identische Gymnasien, die miteinander im Wettbewerb stehen? Oder wollen wir unterschiedliche Profile, zum Beispiel eines mit mehr naturwissenschaftlicher, ein anderes mit mehr geisteswissenschaftlicher Ausrichtung?
• Gibt es über die Zuger Gymnasien eine Holdingstruktur oder sind die verschiedenen Gymnasien in einem hohen Mass autonom? Wie sind die Fachschaften organisiert?
• Wie gross darf und soll eine Schule sein? Wie muss ein Campus organisiert sein, damit optimales Lernen möglich ist?
• Das sind die Fragen eines Laien an die Strategie der Gymnasien. In einem strategischen Prozess wird eine grosse Zahl weiterer Fragen geklärt werden müssen, die erst dann entstehen, wenn man sich vertieft darauf einlässt.

Gleichermassen müssen jedoch die Gymnasien während diesem Prozess ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können. Es muss deshalb parallel mit Hochdruck eine Vorlage erarbeitet werden, welche die Frage der Provisorien löst. Dabei dürfen und müssen unseres Erachtens auch Teile der fertig geplanten Bauprojekte realisiert werden. Dies drängt sich allein schon aufgrund der grossen Kosten auf, die Provisorien auslösen werden.

Zusammenfassend fordert die CVP-Fraktion, dass die Frage der Kantonsschulstandorte nicht nur einfach möglichst konsensual baupolitisch gelöst, sondern als einmalige bildungspolitische Chance begriffen wird, der eine bildungsstrategische Diskussion vorausgehen muss. Wir erwarten deshalb vom Regierungsrat eine Überarbeitung des vorgeschlagenen Prozesses und eine Aufteilung in drei Teile:

1. Projekt der Provisorien und Ausführung jener Bauten, welche von den bisherigen und fertig geplanten Projekten realisiert werden können. Lead beim Baudirektor.
2. Projekt einer breit abgestützten, mit möglichst grosser Offenheit angegangenen und von hohen Ansprüchen geleiteten Kantonsschulstrategie für den Kanton Zug. Lead beim Bildungsdirektor.
3. Nachgelagert sollen dann die restlichen Bauprojekte, insbesondere das Gymnasium Röhrliberg, geplant und gebaut werden. Lead beim Baudirektor.

Das ist ein wirklich interessantes Projekt für den Kanton Zug! Könnte Martin Pfister nicht dabei sein, würde er uns beneiden.

Karl **Nussbaumer** hält fest, dass die SVP beide Motionen intensiv besprochen hat. Sie findet es richtig, dass eine Neubeurteilung durchgeführt wird und die vor dem Abschluss stehenden Planungsarbeiten für das kgm Menzingen und die WMS/FMS fertig erstellt werden. So kann geprüft werden ob es zukünftig neu drei Schulstandorte geben wird oder zwei. Darum wird die SVP-Fraktion die Anträge der Regierung unterstützen.

Noch ein paar persönliche Bemerkungen: Die bisherige Diskussion um die Schulplanung drehte sich vor allem um Standorte (Seilziehen in Bezug auf eine zweite Kantonsschule zwischen Menzingen/Berg und Cham/Ennetsee). Es geht nicht nur um Standorte, sondern in erster Linie um Schulen!

Pädagogische und schulorganisatorische Aspekte sollten in den nächsten Wochen und Monaten ins Zentrum gerückt werden. Die neue Ausgangslage (zusätzliches Landstück in Cham,) bietet die Chance, der pädagogischen Diskussion mehr Raum zu geben.

Sie birgt aber auch Gefahren in sich, unter anderem: Frustration und Verunsicherung der Lehrpersonen, der Schüler und Schülerinnen und Eltern durch diese unerwartete politische Kehrtwende. Den Schulen müssen dringend und schnell

wieder eine verlässliche Zukunftsperspektive und Planungssicherheit gegeben werden! Mittelschulen brauchen dringend Schulraum, insbesondere die Kantonsschule braucht Entlastung, Bauprojekte in Menzingen und an der Hofstrasse stehen dafür bereit und müssten nur aus der Schublade gezogen werden. Die Phase der Provisorien muss, aus schulorganisatorischen und nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen, möglichst kurz gehalten werden! Es kann nicht sein, dass für zig Millionen Franken Provisorien bis 2025 gebaut werden und Hunderte von Schüler und Schülerinnen in Provisorien statt Neubauten gesteckt werden!

Esther **Haas** hält fest, dass die AGF weiterhin zur Beibehaltung der bisherigen Planung steht. Das bedeutet, dass wir von den beiden Motionen nur den zweiten Teil der Motion der Menzinger Kantonsräte weiter verfolgen wollen. Bereits im Dezember 2011, als das Thema Schulraumplanung bereits einmal traktandiert war, haben wir uns klar positioniert. Offenbar hat unser Pochen auf Verlässlichkeit und Planungssicherheit Anklang gefunden. Das ausdrückliche Lob des Baudirektors für diese Haltung nach der Debatte freut die Votantin noch heute! Sie kennen unsere Argumente, wir richten unser Augenmerk auch heute auf pädagogische Überlegungen, weil diese die Schulraumplanung bestimmen müssen und nicht etwa umgekehrt. Hier unterscheidet sich Esther Haas nicht von ihren Vorrednerinnen und Vorrednern.
Die unvermittelte Kehrtwende der Mittelschulplanung ist aus unserer Sicht politisch nicht verantwortbar. Dies aus folgenden drei Gründen:
Erstens bildungspolitisch. Schauen wir einmal auf den Planungshorizont: 2026 werden die Schulräume der involvierten Schulen in Betrieb genommen werden können, wenn das Planungsprozedere von vorn beginnen muss. Die damit in Kauf genommene Verzögerung lässt die Schulen für sage und schreibe weitere 14 Jahre unter der Schulraumnot ächzen. Mehrere Generationen von Mittelschülerinnen, Mittelschülern und Lehrpersonen werden in Provisorien gesteckt. Entsprechende qualitative Einschränkungen müssten in Kauf genommen werden. Provisorien, gebaut für 14 Jahre, werden bei einem solchen Planungshorizont zu «Providurien».
Zweitens finanzpolitisch. Solche Providurien werden keinesfalls billig sein. Da müssen wir mit zusätzlich 30 bis 50 Millionen rechnen – ohne Aufrechnung der bisherigen Planungskosten. Ein wahrlich stolzer Betrag. 30 bis 50 Millionen Zusatzkosten, die uns die Kehrtwende kosten würde. Millionen, die wir bereit sind, in den Sand zu setzen? In andern Kantonen, z.B. in Uster, baut man für einen Betrag von 60 bis 70 Millionen neue Mittelschulen! Die vor einem Jahr gestartete konzertierte Aktion, aufgebaut über einen Brief an alle Kantonsrätinnen und -räte, Leserbriefen und Berichten in der Lokalzeitung lässt die wildesten Spekulationen zu. Ob wild oder harmlos, 30 bis 50 zusätzliche Millionen sind kein Pappenstiel. Oder sonst versuchen Sie dies all jenen Kantonsangestellten zu erklären, welche im Mai hören mussten, dass ihre PK-Guthaben bei weitem nicht mehr das wert sind, was man ihnen einmal versprochen hat.
Drittens regionalpolitisch und städtebaulich. Hierzu zitiert die Votantin den Baudirektor aus der Neuen Zuger Zeitung vom 29. Juni 2007 zum Standort Menzingen: «… die Bergregion soll nicht abgeschnitten werden.» Und bezüglich dem Standort Hofstrasse meinte er schon damals: «Für Zug bedeutet dieser Entscheid eine städtebauliche Aufwertung im Süden.»
Jetzt wird man vielleicht einwenden, dass ein völlig neues Projekt weniger kosten wird. Das wäre aber wohl nur dann möglich, wenn in Cham und Zug dereinst zwei Mammutschulen stehen würden. Eine allenfalls nahe liegende, aber pädagogisch mehr als schlechte Idee! Nicht umsonst will die Kantonschule Zug verkleinern. Ver-

schiedene Studien belegen, dass Mammutschulen, das heisst Schulen mit mehr als 1'000 Schülerinnen und Schülern, Probleme generieren, die direkt mit der Grösse zusammenhängen. Littering ist eines davon, steigende Gewaltbereitschaft ein anderes. Aus pädagogischer und schulorganisatorischer Sicht gelten Schulen mit 400 bis 800 Schülerinnen und Schülern als ideal.
Was heisst das für die eingereichten Motionen? Zuerst eine Bemerkung zur Motion Bamert/Betschart/Nussbaumer. Ein reines Kurzzeitgymnasium in Menzingen wird langfristig keine Überlebenschance haben, solange der Kanton nicht gewillt ist, für den Übertritt von der Primär- in die Oberstufe Steuerungselemente einzuführen. Der Bildungsdirektor hat mehrfach betont, dass Steuerungselemente unerwünscht seien. Die Tendenz, die Kinder möglichst früh auf die gymnasiale Schiene zu schubsen, ist so stark, dass eine Schule eingeht, die ausschliesslich ein Kurzzeitgymnasium betreibt. Hier braucht es als Ausgleich der Schwankungen bei den Anmeldungen ins Kurzzeitgymnasium eine «kommunizierende Röhre», wie sich alt Bildungsdirektor Patrick Cotti auszudrücken pflegte. Gemeint ist ein zweites Langzeitgymnasium, das die Kantonsschule möglichst bald entlasten kann und es erlaubt, zukünftige Schwankungen der Anmeldezahlen ans Kurzzeit- und Langzeitgymnasium aufzufangen. Und wenn Sie diesen Zusammenhang nicht glauben können, erkundigen Sie sich beispielsweise bei der Kanti Willisau; die ursprünglich als Kurzzeitgymnasium konzipierte Schule überlebte nur dank der Kombination mit dem Langzeitgymnasium.
Mit der Planung dieses Langzeitgymnasiums wurde die Schulleitung des Kantonalen Gymnasiums Menzingen vor zwei Jahren beauftragt. Die intensiven Planungsarbeiten sind schon weit fortgeschritten und könnten im kommenden Schuljahr abgeschlossen werden. Somit könnte die Kanti Zug ab Sommer 2014 durch das kgm substanziell entlastet werden. Bremsen wir die beiden Zuger Gymnasien nicht auch noch in diesem Projekt kurz vor der Ziellinie aus!
Von einem allfälligen Planungsstopp sind nicht nur Kanti und kgm betroffen, sondern auch das Integrierte und das Kombinierte Brückenangebot IBA und KBA, die Fachmittelschule FMS, die Wirtschaftsmittelschule WMS und das Gewerblich Industrielle Bildungszentrum Zug GIBZ. Alle diese Schulen benötigen ebenfalls dringend neue Schulräume. Die Projekte am GIBZ und am Standort der ehemaligen Gesundheitsschule an der Zugerbergstrasse wären fertig. Und wenn die WMS die Kantonsschule Zug nicht wie geplant 2016 verlässt, verschärft sich die Raumnot an der Kanti nochmals.
Sie sehen: In der Schulraumplanung braucht es etwas mehr als eine grüne Wiese, welche wie ein Phönix wieder aus der Asche auftaucht. Schulraumplanungen sind langfristige Projekte; sie können nicht ohne schwerwiegende Folgen über den Haufen geworfen werden. Esther Haas bittet den Rat deshalb dringend, die Motion Burch und andere nicht erheblich zu erklären. Die Nichterheblicherklärung schlagen wir auch für die Motion der Menzinger Kantonsräte im ersten Punkt bezüglich Planungs- und Baustopp vor. Demgegenüber möchten wir den zweiten Punkt dieser Motion für eine Neubeurteilung der Mittelschulstandorte mit Cham als zusätzlichem Standort erheblich erklären. Konkret bedeutet dies:
1. Die Provisorien müssen subito gebaut werden, sowohl für die Kantonsschule Zug als auch für das kgm. 2014 muss in Menzingen mit dem Betrieb des Langzeitgymnasiums begonnen werden können.
2. Es muss alles daran gesetzt werden, dass bei einer neuen Planung die Neubauprozesse verkürzt werden können. Ein Planungshorizont bis 2026, wie in den Unterlagen zu den Motionen beschrieben, ist unzumutbar. Spätestens 2018 müssen die ersten Neubauten für die Mittelschulen zur Verfügung stehen – seien es

nun die bereitstehenden Projekte an der Hofstrasse und in Menzingen oder ein Neubau in Cham.
3. Die Planungen für die Schulen IBA, KBA und GIBZ müssen wie vorgesehen weitergeführt werden.
Auch wenn die Bauprojekte an der Hofstrasse und in Menzingen umgesetzt werden, lohnt es sich für den Kanton, den Standort Cham für eine kantonale Schule raumplanerisch zu sichern und langfristig zu planen, was dort entstehen könnte. Der zusätzliche Bedarf wird durch den stark wachsenden Ennetsee gegeben sein und eventuell könnten ja auch die Kantone Luzern und Aargau mit ins Boot geholt werden für eine Ennetsee-Kanti. Denn Sicherheitsdirektor Villiger wurde in den letzten Tag in einem anderen Zusammenhang wie folgt zitiert: «Die Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus ist heute ein Gebot der Stunde». Dies muss künftig auch in der Schulraumplanung Geltung haben.
Gerne wiederholt die Votantin zum Schluss das Kernanliegen der AGF: Es geht darum, gewachsene Schulen mit ihren ureigenen Stärkeprofilen zu stützen und diesen möglichst rasch genügend Schulraum zur Verfügung zu stellen, damit sie ihren und unseren hohen Qualitätsansprüchen weiterhin genügen können.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass die Mittelschulen des Kantons Zug Raumprobleme haben. Diese sind teilweise happig und dringend. Den Notstand, welchen wir im letzten Jahrhundert bei den Berufsfachschulen hatten und den wir mit dem Bau von GIBZ und KBZ lösen konnten, haben wir in diesem Jahrhundert bei den Mittelschulen. In einer Reihe begründeter und gut nachvollziehbarer Entscheidungen haben wir heute die Situation, dass wir bei drei Standorten (Menzingen, Hofstrasse, Zugerbergstrasse) praktisch fertige Bauvorlagen haben und bei der Kantonsschule in Zug mit Provisorien und Projektierungskrediten einen gangbaren Weg vorgezeichnet haben. Würden wir diese Kredite sprechen, hätten wir in einigen Jahren mit vernünftigen Konzepten die Raumprobleme im Mittelschulbereich gelöst.
Trotzdem wollen verschiedenen Kantonsräte und Kantonsrätinnen mit zwei Motionen und in der Folge auch die Regierung einen Stopp einlegen, das Ganze einfrieren und die Standortfrage und damit die Verteilung der verschiedenen Mittelschulen neu aufrollen. Ehrlich gesagt, sachlich ist dies ein absoluter Unsinn. Abgesehen davon, dass wir gute Lösungen entscheidungsreif haben, riskieren wir auch, einige Millionen Steuergelder zu verlochen. Trotzdem unterstützt die SP-Fraktion die Anträge der Regierung. Wieso?
Offenbar geistert in ganz vielen Köpfen die Idee herum, es gäbe noch bessere Lösungen. Ob dies stimmt, können wir heute nicht sagen, weil wir dies ja nicht abgeklärt haben. Solange aber die Fakten nicht auf dem Tisch liegen, wird es jede Lösung schwer haben, politisch Mehrheiten zu finden. Die politische Klugheit gebietet es uns, diese Zwischenrunde einzuschalten. Nur dies bietet die Möglichkeit, tatsächlich auf vergleichbarem Niveau unterschiedliche Lösungskonzepte einander gegenüberzustellen und Vor- und Nachteile abzuwägen.
Es gibt für diesen Prozess aber auch einige Eckpfeiler. Soll das Ganze Sinn machen, muss der Abklärungsprozess lösungsoffen erfolgen. Es geht darum, gute Lösungen für die Mittelschulen zu finden. Regionalinteressen sind aus unserer Sicht von absolut untergeordneter Bedeutung. Und ob die Lehrerschaft lieber nach Zug oder nach Cham oder nach Menzingen reist, ist auch nicht wirklich wichtig. Wichtig sind die pädagogischen, die betrieblichen und die ökonomischen Kriterien. Wir wollen gute Schulen. Da erwarten wir eine entsprechende Offenheit der verschiedenen Interessenkreise.

Auch die Zeitachse spielt eine Rolle. Erstens sollten wir bereit sein, die für die nächsten Jahre notwendigen Provisorien so bald als möglich zu realisieren. Zweitens müssen wir darauf schauen, dass die Planungszwischenrunde tatsächlich innerhalb höchstens eines Jahres über die Bühne geht. Und drittens ist die Gemeinde Cham in der Pflicht aufzuzeigen, dass eine neue Schulanlage beim Röhrliberg noch in diesem Jahrzehnt (und nicht erst 2026) fertig gestellt werden kann. Das wäre eine echte Profilierungsmöglichkeit für den Gemeindepräsidenten.
Noch ein Letztes. Die Regierung plant, die Präsidien von vier Kantonsratskommissionen in den Prozess mit einzubeziehen. Dies ist durchaus nachvollziehbar und könnte der Sache dienlich sein. Es ist aber auch heikel. Der Kantonsrat und seine Kommissionen auf der einen Seite, Regierung und Verwaltung auf der anderen Seite haben unterschiedliche Rollen. Es wird deshalb mit Sorgfalt darauf geachtet werden müssen, dass diese Rollen im Entwicklungsprozess nicht verwischt werden.
Eusebius Spescha fasst zusammen. Wir unterstützen die Anträge der Regierung, eine Planungszwischenrunde einzuschalten und andere konzeptionelle Möglichkeiten für die Mittelschulen des Kantons Zug mit allen Vor- und Nachteilen abzuklären. Wir haben allerdings auch eine gehörige Portion Skepsis. Bisher haben die Promotoren des Standorts Ennetsee ausser einer fixen Idee wenig zu einer sachlichen Diskussion beigetragen. Sie werden Gelegenheit haben, zu beweisen, dass sie auch zum konstruktiven Dialog fähig sind. Zufrieden werden wir dann sein, wenn innerhalb vernünftiger Zeiträume die räumlichen Rahmenbedingungen für gute Zuger Mittelschulen gegeben sind.
Noch eine Ergänzung in Eusebius Speschas Funktion als Präsident der Hochbaukommission. Hochbaukommission und Bildungskommission haben sich an einer gemeinsamen Sitzung vor vierzehn Tagen ausführlich über die bisherige Planung und über die angedachte zukünftige Planung informieren lassen. Dabei wurde auch über die Mitwirkung der vier Kommissionspräsidien an dieser Planungsarbeit diskutiert. Die Frage wurde bewusst nicht ausdiskutiert, da es sich nicht primär um eine Fachfrage sondern vor allem um eine politische Frage handelt. Die beiden Kommissionen waren sich aber einig, dass diese Frage durch den Kantonsrat zu entscheiden ist. Der Votant stellt deshalb den Antrag, dass der Kantonsrat heute darüber abstimmt, ob er diese Mitwirkung der Kommissionspräsidien will oder nicht. Er selber wird sich der Stimme enthalten, weil er es nicht sinnvoll findet, sich selber einen Auftrag zu erteilen oder eben nicht.

Karin **Andenmatten** weist darauf hin, dass wir über das Potenzial eines neuen oder wohl besser gesagt alten Standorts sprechen, wie er im Richtplan bis 2008 festgehalten war. Und wir sprechen von einem geplanten Gesamtinvestitionsvolumen von über einer viertel Milliarde für Um- und Neubauten für die Sekundarstufe II. Und richtig, wir sprechen auch von über 12,5 Millionen, die bereits für die Planung ausgegeben wurden. Nur – dem können wir entgegen halten, dass die Planung künftig koordiniert für die Mittelschulen, die FMS, WMS und das Brückenangebot durchgeführt werden kann. Damit können wir unter Umständen Synergien schaffen, mit welchen die Planungskredite wieder wettgemacht werden. Unter dem Strich kann diese Gesamtplanung je nach Variante durchaus zu einem Nullsummenspiel werden – aber das nur finanziell.
Denn für eine verantwortungsvolle Schulraumplanung lohnt sich dieser Marschhalt alleweil. Er ermöglicht uns einen umfassenden Blick nach vorn. Und wenn wir schon keine Bildungsstrategie haben – immerhin kann sich der Kanton Zug bald einer Funkstrategie rühmen. So haben wir doch wenigstens die einmalige Gele-

genheit, noch vor der ganzheitlichen Schulraumplanung für die Sekundarstufe II bildungspolitische und -strategische Überlegungen einzubringen, bevor das Geschäft vom Baudirektor zügig anhand genommen wird. Wir erhalten hier und heute eine Chance, die sich im Kanton Zug in diesem .Jahrhundert wohl kein zweites Mal mehr ergeben wird. Doch die Zeit drängt, denn der Schulraum ist knapp und wir wollen den Schulbetrieb nicht behindern. Deshalb ist es sinnvoll, auch den kurzfristigen Schulraumbedarf rasch mit kostengünstigen Provisorien abzudecken – dort, wo er ausgewiesen ist. Und liebe Esther Haas: Diese müssen nicht 30 bis 50 Millionen kosten. Dafür wird sich die Votantin an vorderster Front einsetzen.

Stefan **Gisler** betont, dass er – unabhängig vom heutigen Entscheid – das anberaumte Mitwirkungsverfahren begrüsst. Im Sinne einer inhaltlichen bildungspolitischen Debatte, wo wieso welche kantonalen Mittelschultypen und -profile angeboten werden sollten. Denn dem Votanten fehlt der bildungspolitische Gehalt in dieser Vorlage. Karl Nussbaumer hat dies vorhin sehr gut ausgeführt. Fragen will Stefan Gisler auch die Regierung, weshalb der Lead nicht bei der DBK ist, denn es geht ja primär um Bildungsfragen, die Infrastruktur ist eine Folge daraus, die Baudirektion der Dienstleister.
Zur Vorlage: Die AGF steht ein für eine gute Bildung. Auch Stefan Gisler hält sie für unser wertvollstes Zukunftsgut – dazu braucht es Planungssicherheit für die bestehenden kantonalen Schulen mit dem raschen Bau des dringend benötigten Schulraumangebots. Noch im Dezember 2011 standen hier in diesem Rat alle Fraktionen hinter ihrem Entscheid von 2008. Und der wurde damals nicht nur aufgrund von fehlendem Bauland gefällt. Sowohl Bildungs- wie auch Baudirektor haben damals in der Zeitung damals ganz klar gesagt, es sei auch bildungspolitisch der richtige Entscheid. Dann wurde mittels Motionen im 2012 gefordert, dass neu Cham als Standort für eine Mittelschule in Betracht gezogen werden soll. Dann überstürzten sich die Ereignisse.
Auch der Votant findet: Cham soll gesichert und geprüft werden – und zusätzlich soll dort ein zusätzlicher Standort geplant werden. Doch die Regierung schüttet in ihrer Motionsantwort das Kind mit dem Bade aus und will während der Neuorientierung im Hinblick auf Cham den Bau aller anderen faktisch fertig geplanten kantonalen Schulen stoppen. Betroffen sind sechs Schulen: Die Mittelschule in Menzingen, das Brückenangebot KBA und IBA, die GIBZ, die Fachmittelschule FMS und die Wirtschaftsmittelschule WMS. Auch das für die Stadtentwicklung Zugs wichtige Kulturzentrum Theilerhaus könnte nicht entstehen. Hier entstünde eine totale Blockade.
Eine Zustimmung zum regierungsrätlichen Vorschlag führt zu einem Baustopp mit zwei schwerwiegenden Folgen.
1. Schülerinnen, Eltern und Lehrerschaft müssten sich womöglich lange Zeit mit schlechter Schulinfrastruktur, mit einer Schulraumknappheit abfinden. 84 Klassen sind schon heute an der Kanti untergebracht, an einer Schule, die für 50 bis 55 Klassen konzipiert ist. Ein Baustopp an den anderen Schulen lässt die Kanti aus allen Nähten platzen.
2. Der Steuerzahler bezahlt einen hohen Preis: Allein die bisherigen Planungskosten verschlangen – rechnet man die verwaltungsinternen Zeit- und Personalressourcen dazu – über 20 Mio. Franken. Die notwendigen Provisorien der jetzigen Gebäude kosten laut Baudirektion nochmals 30 bis 50 Mio. Franken – je nach Länge und Dauer der Provisorien. Viel Geld, dafür, dass kein langfristiger Mehrwert geschaffen wird. Eine solche Blockade ist aus finanzieller und bildungspolitischer

Sicht unhaltbar und verunsichert – das hat selbst die Regierung geschrieben – Schüler, Eltern und Lehrerschaft an vielen Schulen.
In der Vorlage fand Stefan Gisler keine Zahlen zur Klassen- und Schülerentwicklung. Er hat bei der DBK angefragt, mit wie vielen Klassen an welchen Schulen künftig zu rechnen sei. Heute gibt es 105 Mittelschulklassen: 84 an der Kanti (davon 7 WMS), 10 an der FMS und 11 in Menzingen. Laut DBK erwartet der Kanton 2020 117 Mittelschulklassen. Da die DBK bestätigt, dass die Kanti ohne Ausbau (und hier gibt es ja noch kein definitives Erweiterungsprojekt) eigentlich nur 50 bis 55 Klassen aufnehmen sollte. Das ist auch eine vernünftige Grösse. Das hätte dann bis 2020 folgende Folgen: FMS/WM hätte 23 Klassen an der Hofstrasse, Menzingen hätte 24 Klassen, die Kanti Zug 55 Klassen. Dies würde bedeuten, dass bereits 2020 in Cham 15 Klassen platziert werden könnten oder müssten. 117 Klassen sind prognostiziert. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigte, dass man eher zurückhaltend schätzte. Die Regierung schreibt richtig: Zug und vor allem der Ennetsee ist ein dynamischer Raum, der sich bezüglich Bevölkerung und benötigter Infrastruktur massiv entwickelt. So oder so lässt sich sagen, dass man spätestens, wenn nicht 2020, höchstwahrscheinlich ab 2025, spätestens 2030, Cham als zusätzlichen Standort braucht. Wieso zusätzlich? Zwei Standorte, z.B. Cham und Zug, reichen nicht, um das Wachstum aufzufangen. Dann hätten wir in Cham und Zug schon 2020 zwei Schulen mit je rund 60 Klassen und dieselben Probleme wie an der Kanti heute. Nicht immer gilt «big ist beautiful».
Cham wäre auch der ideale Standort, um neue Mittelschultypen aufzubauen (z.B. die Informatikmittelschule oder das International Baccalaureate – beides wird von DBK und VD zurzeit abgeklärt). Darum sollen alle fertigen beziehungsweise faktisch fertigen Bauprojekte in den Rat kommen und nach einem Ja zu den Objektkrediten gebaut werden. Es ist wohl kaum im Sinne der Cham-Befürworter, dass für die Sicherung und Planung von Cham alle anderen kantonalen Schulen leiden sollen. Der Votant wendet sich jedenfalls klar gegen diesen unnötigen Kollateralschaden, der erst noch Millionen kostet. Lassen Sie und das Eine tun (bauen wo nötig) und das andere nicht lassen (Planen wo nötig und möglich, sprich Cham). Diese Chance können wir auch Blockade wahrnehmen und nutzen. Wie können wir dies heute so zum Ausdruck bringen? Wenn Sie die Menzinger Motion im zweiten Punkt für eine Neubeurteilung der Mittelschulstandorte inklusive Cham als zusätzlichem Standort erheblich erklären. So erreichen wir eine Win-Win-Win-Win-Situation:
1. Die geplanten und dringend benötigen Schulen IBA, KBA, GIBZ (die gar nie hätten blockiert werden dürfen), FMS, WMS (die gemeinsame eine gute Schule an einem eigenen Standort mit Synergien bilden können) sowie kgm (Kantientlastung) werden erweitert.
2. Der Standort Cham wird gesichert und überprüft.
3. Die so oder so notwendigen kurzfristigen Provisorien Kanti und auch kgm können auch gebaut werden.
4. Wir können einen bildungspolitischen Diskurs lancieren, um die notwendigen Schultypen und -profile zu etablieren.
Nun, wenn der Kantonsrat der Regierung folgt, erwartet Stefan Gisler, dass wir Rahmen des Mitwirkungsprozesses GIBZ, KBA und IBA schnellstmöglich deblockieren, und FMS/WMS, dass ein sehr gutes Projekt ist, innert Monaten aus der Blockade befreien. Und dass auch sehr schnell Klarheit über Menzingen geschaffen wird, nicht dass dort auch noch eine längere Blockade stattfindet. Innert einem Jahr sollte das alles klar sein. Darum noch einmal: Wir sollten nicht gegeneinander arbeiten, sondern uns gemeinsam für verschiedene mittlere Standorte einsetzen. Denn Kanti Zug und Menzingen haben gemeinsame Interessen, nämlich massive Infrastrukturprobleme.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrates

32. Sitzung: Donnerstag, 28. Juni 2012
(Nachmittagssitzung)
Zeit: 14:05 – 17:15

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Guido Stefani

461 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Werner Villiger, Zug; Josef Ribary, Unterägeri; Zari Dzaferi, Baar; Thomas Rickenbacher, Cham; Monika Weber, Steinhausen; Matthias Werder, Risch.

462 –Motion von Daniel Thomas Burch, Cornelia Stocker, Adrian Andermatt, Maja Dübendorfer Christen, Karin Andenmatten, Anna Bieri und Silvia Thalmann betreffend Standortfrage Kantonsschule Zug
–Motion der Menzinger Kantonsratsmitglieder Monika Barmet, Frowin Betschart und Karl Nussbaumer betreffend Evaluation und Planung der Mittelschulstandorte (Sekundarstufe II)

Traktandum 9 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2133.2/-2134.2 –14069).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 460)

Anna **Bieri** legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Sie unterrichtet am Corpus Delicti, an der Kanti Zug. – Für den Unmut und die Infragestellung des bisherigen Projekts und der bis heute geleisteten Arbeit hat sie Verständnis. Sie ist aber überzeugt, dass wir, an einem fernen Horizont gesehen, diese einmalige Chance für eine gesamtheitliche Planung der Zugerischen Mittelschullandschaft packen müssen und für alle positiv auswerten können. Frei nach Pirmin Frei: «… denn keine Planung ist sakrosankt», und gemäss Baudirektor Tännler: «es wäre falsch, wenn man sich neuen Erkenntnissen verschliessen würde. (…) Der Stopp macht sich bezahlt!» Aber, dann nutzen wir diese Chance auch wirklich und betreiben endlich Bildungspolitik. Diese Chance kommt garantiert kein zweites Mal.

Die Votantin möchte die Lehrerzimmergespräche grossmehrheitlich wie folgt zusammenzufassen. Die Lehrerschaft der Kantonsschule Zug, übrigens Staatsbürger wie andere auch, inklusive der Sprechenden, begrüsst eine Diskussion für eine gesamtkantonale optimalste Lösung und wird diese, wie immer sie nach eingehender Diskussion geartet sein wird, selbstverständlich mittragen und sehr gerne auch mit gestalten. Wir Kanti-Lehrer wissen die erstklassige Infrastruktur, welche uns für den Unterricht der Zuger Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt wurde und wird – wo auch immer – sehr zu schätzen. Da an der Kanti Zug jedoch bereits heute oberhalb der räumlichen Kapazitätsgrenze unterrichtet wird und diese Engpässe in jedem denkbaren Szenario weiterbestehen, ist für die Kanti der Bau der Provisorien (und nicht irgendwelcher Paläste) zentral und wohl unumgänglich. Anna Biere bittet den Rat, diese, dem Regierungsrat folgend, bereits heute zu bestätigen. Insofern unterstützt sie die Anträge des Regierungsrats durchgehend, bedanke sich sehr bei ihm, und verspricht sich von der nun folgenden bildungspolitischen Auseinandersetzung Chancen für den gesamten Kanton Zug.

Baudirektor Heinz **Tännler** weist darauf hin, dass die Diskussion gezeigt hat, dass bei Bildungsfragen alle genau wissen, wie es funktionieren muss. Er weiss es auch – er ging auch mal in die Schule.
Zu Adrian Andermatt und zur von ihm geschilderten Ausgangslage. 2004 hat man den Standort Röhrliberg in den Richtplan aufgenommen. Damals gab es überhaupt keine Bildungsstrategie und man schrieb Röhrliberg in den Richtplan ohne Planung. Dies war kein Antrag des Regierungsrats, sondern ein Resultat der Kommissionsarbeit. Unabhängig davon, ob das nun ein guter Standort ist oder nicht. Und der Kantonsrat hat das dann auch so bestätigt.
2006 gingen die Verhandlungen mit dem Landeigentümer los. Heinz Tännler war damals noch nicht im Regierungsrat. Die Verhandlungen scheiterten. Als er in die Regierung kam, war das Geschirr bereits zerschlagen. Wenn ein Bauer nein sagt, sagt er nein. Dann gibt es keinen Handschlag mehr. Dann mussten wir handeln, weil auch von der Bildungsdirektion zu Recht bezüglich Schulraums Forderungen an die Baudirektion gestellt wurden. Die weitere Geschichte kennen Sie, auch bezüglich der Enteignung. Wir hatten keine Chance, diesen Bauern zu enteignen, weil der Kanton genügend Landmöglichkeiten und Reserven hatte.
Der Baudirektor erhielt im Januar einen Brief mit einem Einzeiler mit dem Hinweis, der Landeigentümer könne sich vorstellen, mit dem Kanton wieder in Verhandlungen zu treten, und nur mit dem Kanton. Wir sind dann in die Kommission gegangen bezüglich Kantonsschule Zug, Provisorien, Dreifachturnhalle und Projektkredit. Und dann hat Heinz Tännler begonnen, mit dem Landeigentümer zu verhandeln. Das wurde ihm da und dort zum Vorwurf gemacht, wir hätten ja alle Projekte auf dem Tisch. Hätten wir diese Verhandlungen aber nicht aufgenommen, wäre die Regierung spätestens bei der ersten Vorlage hier im Kantonsrat gescheitert. Denn es wäre der Vorwurf erhoben worden, wir hätten uns nicht bemüht, dieses Land im Ennetsee zu sichern. Insofern ist der Baudirektor über die eingereichten Motionen nicht unglücklich, sondern dankbar. Man soll die Optionen prüfen, die man hat.
Nun machen wir einen kurzen Marschhalt und wollen versuchen, diese neue Situation möglichst schnell aufzuarbeiten. Die Provisorien wurden angesprochen. Man solle sie je nach Bedarf einsetzen. Wir müssen sie auf jeden Fall schaffen. Würden wir beim jetzigen Konzept bleiben, brauchen wir für die Bauzeit Provisorien. Wenn wir ein anderes Konzept wählen, bei dem der Ennetsee allenfalls eine Rolle spielt, brauchen wir ebenfalls Provisorien. Und jetzt müssen Sie uns einfach Zeit geben, diese Provisorienfragen sauber abzuklären. Es gibt verschiedene Möglichkeiten.

Die Provisorien können von 20 bis 50 Millionen kosten. Heinz Tännler möchte Karin Andenmatten darauf hinweisen, dass sie auf der einen Seite Motionärin ist und den Ennetsee will, und auf der anderen Seite dem Regierungsrat auf die Finger schauen will, dass die Provisorien nicht zu teuer kommen. Und auf der dritten Seite ist sie für gute Schulen. Wenn man aber gute Schulen und Provisorien will, müssen diese für 10 bis 15 Jahre halten. Das sind keine Providurien, wie gesagt wurde. Wir wollen diesen Prozess zu Ende führen. Wir wollen eine Lösung – und zwar in acht Monaten bis einem Jahr. Und dann kosten Provisorien etwas. Da gibt der Baudirektion den Votanten der Alternativen und Sozialdemokraten recht. Und er hat Mühe, wenn man dann wieder irgendwo Kommas reitet und sagt: Die Provisorien dürfen nichts kosten. Je nach Ausgangslage können sie weniger kosten oder teurer werden. Dort muss Schule möglich sein.
Bei der Bildungspolitik sind die Meinungen weit auseinander gegangen. Martin Pfister hat darauf hingewiesen, eigentlich müsse man nun eine Bildungsstrategie auf den Tisch legen. Zuerst mal Projektprovisorien planen, dann Projektstrategie und erst dann Bauprojekte. Das ist aber auch eine Zeitfrage. Es wird nun breit gefordert, man müsse zügig vorwärts gehen. Wenn wir nun die Provisorien planen wollen, muss man zuerst die Grundlage kennen. Da kommt es wirklich darauf an, wo und mit welchen Synergien wir nun Schulen bauen. Je nachdem sieht die Provisorienfrage anders aus. Adrian Andermatt hat die Dreifachturnhalle erwähnt und dass wir sie möglicherweise publikumswirksam bauen sollen. Das ist nicht sicher. Vielleicht reicht eine Zweifachturnhalle. Jetzt muss man ergebnisoffen sein. Und wenn wir die Provisorien abkoppeln und dann eine Strategie machen und nachher die Bauprojekte ausführen, ist vielleicht die Provisorienfrage völlig falsch beurteilt worden. Man kann das Rad auch umdrehen und sagen: Wir müssen Schulräumlichkeiten planen und letztlich bauen, die flexibel sind für verschiedene Schulmodelle, für verschiedene Strategien. Denn die Strategie, die beispielsweise heute ein Kantonsrat oder Regierungsrat oder eine Schulkommission auf die Beine stellt, ist vielleicht in vier oder in acht Jahren schon wieder überholt. Dann stimmen die Räumlichkeiten vielleicht auch nicht mehr. Man kann es drehen, wie man will. Deshalb ist es ganz wichtig, dass diese Fragen, die heute auf den Tisch gelegt worden sind, in diesen Prozess aufgenommen werden. Nicht im Sinne, dass wir eine Bildungsstrategie vorlegen und absegnen lassen, sondern dass diese Fragen wirklich behandelt werden mit der Bildungsdirektion, mit den Rektoren, mit Fachleuten, mit der Schulleitung, mit Vertretungen der Schule. Die sind prominent in diesem Workshop vertreten, viel stärker als die Baudirektion. Diese Fragen müssen behandelt werden, aber nicht im Sinne einer Strategie, die wir zuerst zwei, drei Jahre bearbeiten müssten, um irgendwann dann endlich an die Planung von eigentlichen Bauprojekten zu gehen. Da bittet Heinz Tännler darum, den Wunsch nach einer Bildungsstrategie zurückzunehmen und diesem Prozess Vertrauen zu schenken. Wir haben viele solche Prozesse gemacht, der Stadttunnel war einer davon, das Alte Kantonsspital. Und wir werden mit diesem Prozess auch diese Fragestellung innert nützlicher Frist in einem Gesamtpaket dem Kantonsrat vorlegen können.
Adrian Andermatt hat auch die Ablehnung der FDP bezüglich dem Umstand, dass hier auch Parteien und Kommissionspräsidenten teilnehmen, ins Feld geführt. Heinz Tännler möchte präzisieren, dass das ein Angebot war. Vielleicht sind wir da etwas zu weit gegangen. Rechtsstaatlich betrachtet ist es vielleicht wirklich problematisch und wir ziehen das gerne zurück, um einen sauberen Prozess durchzuführen. Eusebius Spescha hat ja gesagt, dass er betreffend Kommissionspräsidien eine Abstimmung im Kantonsrat wolle. Wir können uns das bestens vorstellen. Der Baudirektor könnte sich dann auch vorstellen, dass wir im Rahmen des Prozesses wieder die Bildungskommission, die Hochbaukommission und allenfalls die Raum-

planungskommission zwischenzeitlich wieder mal informieren in Absprache mit dem Kommissionspräsidenten.
Zu Monika Barmet und den Kosten. Natürlich sind die ein Thema. 15,5 Millionen für die Projektierung in den Sand gesteckt? Wir wissen es nicht und sagen ganz klar, dass wir in diesen Prozess ergebnisoffen gehen. Es ist theoretisch möglich, dass das heutige Konzept umgesetzt wird. Aber es ist nicht sicher, wie die Kosten aussehen. Es kann auch mit einer anderen Konzeption so sein, dass es ein Nullsummenspiel gibt, mit anderen Vorteilen.
Zur Regionalpolitik kann man nur sagen, dass man ergebnisoffen in diese Diskussion einsteigen sollte. Monika Barmet hat auch den Landpreis von 400 Franken angesprochen. Dazu ist Folgendes zu sagen. Heinz Tännler hat mit diesem Bauern einen Handschlag gemacht. Der Vertrag ist unter Dach und Fach. 400 Franken. Vor fünf oder sechs Jahren, als wir mit diesem Bauern verhandelten, war der Preis unter dem Strich nicht tiefer als heute. Damals wollte er einzonen. Das hätte ihm entsprechend Geld gebracht. Plus 300 Franken für den Quadratmeter. Heute sind es 400 netto. Der Preis ist im Prinzip gleich hoch wie damals vor sechs Jahren. Das ist kein schlechtes Verhandlungsergebnis. Und dass dieser Landwirt nun das Land für 80 Franken, wie wir es im Gesetz haben, abgibt, können wir nicht erwarten.
Zu Martin Pfister bezüglich Strategie. Es stimmt, es ist eine Chance. Aber dass es ein Planungsschutthaufen sei, möchte der Baudirektor doch dementieren. Natürlich haben wir vier oder fünf Jahre geplant. Aber wir haben nun veränderte Verhältnisse. Das führt auch zu einer Flexibilität. Man muss sich diesen Verhältnissen anpassen und darauf reagieren. Das haben wir gemacht. Würden wir das nicht tun, hätten wir hier im Kantonsrat grosse Diskussionen.
Zu Esther Haas, die am jetzigen Ergebnis festhalten möchte mit diesen drei Standorten. Es gibt ein politisches Desaster, wenn wir nun mit irgendeiner Vorlage in diesen Kantonsrat kommen und den Ennetsee einfach ausblenden. Da funktioniert die Politik einfach anders. Diese Vorlagen, die wir bereit haben und mit denen wir in den Kantonsrat kommen könnten, sind gut. Und die Leute auf der Baudirektion sind natürlich frustriert gewesen. Sie haben vier, fünf Jahre daran gearbeitet. Aber wir haben jetzt eine neue Situation und im Ennetsee Land gesichert. Man sollte diesem Prozess Chancen geben, acht Monate bis ein Jahr. Und dann haben wir ein Ergebnis, eine neue Ausgangslage und wir können hier die Diskussion führen. Die weiteren Fragen, die Esther Haas aufgeworfen hat, sollte sie nun in diesen Prozess eingeben und bearbeiten.
Eusebius Spescha hat es eigentlich auf den Punkt gebracht. Sachlich sei es eigentlich ein Blödsinn, aber man müsse es dennoch unterstützen wegen den politischen Mehrheiten. Diese finden wir heute mit dieser Konzeption nicht. Das ist die Realität. Was die Zeitachse anbelangt, kann der Votant Eusebius Spescha auch unterstützen.
Stefan Gisler meint, der Lead müsse bei der DBK sein. Das kann man natürlich immer diskutieren. Aber letztlich ist es ein Projekt, das eine Richtplananpassung braucht. Und dann ist der Lead mal bei der Baudirektion. Aber das ist eine reine Formalität. Die Bildungsdirektion ist sehr prominent vertreten in diesem ganzen Prozess, mit mehr Vertretern als die Baudirektion. Und es ist auch eine Ressourcenfrage. Es ist ein exorbitanter Prozess, der Vor- und Nachbereitung braucht. Wir können diese Ressourcen auch zur Verfügung stellen. Ob Bildungs- oder Baudirektion spielt letztlich keine Rolle, das Resultat ist letztlich dasselbe.
Einen Punkt möchte der Baudirektor aber von Stefan Gisler aufnehmen. Er hat gesagt, wir müssten gemeinsam an diese Sache herangehen. Das ist so. Wir sollten gemeinsam versuchen, nach diesem Prozess eine konsolidierte Lösung zu fin-

den, die wir hier dann wieder diskutieren können. Geben Sie uns diese Chance! Unterstützen Sie die Anträge des Regierungsrats. Heinz Tännler ist überzeugt, dass wir in acht Monaten bis einem Jahr die Fragen geklärt haben, Provisorien, strategische bildungstechnische Fragen, bauliche und raumplanerische, und dann eine Grundlage haben, die auch bildungspolitisch für die Schulbauten wirklich gut ist.

Andreas **Hausheer** ist erstaunt, dass bei dieser bildungspolitischen Frage von der DBK überhaupt keine Meinung kommt.

Stephan **Schleiss** meint, Heinz Tännler habe alles gesagt, was es zur Bildungsstrategie zu sagen gibt. Das wird im Prozess aufgegriffen und wir haben uns miteinander intensiv vorbereitet. Wir haben die Rektoren eingebunden und die zuständigen Kantonsratskommissionen, wie es im Gesetz steht. Wir sind ausreichend dokumentiert und warten eigentlich nur noch auf das Startsignal, das wir mit diesem Prozess loslegen können und dort anwaltschaftlich für die bildungspolitischen Fragestellungen kämpfen können und eigentlich die Hüter darüber sind, dass wir nicht in einen regionalpolitischen Basar geraten, sondern Bildungs- und nicht Regionalpolitik machen. Wir sind gerüstet und in diesem Prozess vorbildlich abgeholt worden. Aus diesen Papieren nun eine Broschüre zu machen, dazu fühlt sich der Bildungsdirektor auch nicht berufen, nachdem dieser Rat am 27. Januar 2011 eine entsprechende CVP-Motion mit 52:22 Stimmen ablehnte. Wenn es dann darum geht, bildungspolitische Prämissen und pädagogische Voraussetzungen abzuhandeln, waren wir jederzeit transparent. Wir haben auf entsprechende Fragestellungen Antworten geben können. Diese sind, wenn sie schulübergreifend waren, über die Regierung abgestützt. Und wir werden am Ende dieses Prozesses ganz klar transparent machen können, welche bildungspolitischen Prämissen vorangestellt werden, welche Schülerprognosen zugrunde liegen und welche pädagogischen Konzepte verfolgt werden. Dieser Transparenz ist dann auch entsprechend Genüge getan.

➔ Der Rat beschliesst mit 58:8 Stimmen, die Motion betreffend Standortfrage Kantonsschule Zug erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 50:5 Stimmen, Punkt 1 betreffend Planungsstopp aller Erweiterungsbauten der Motion betreffend Evaluation und Planung der Mittelschulstandorte dahingehend erheblich zu erklären, dass die nur wenige Wochen vor der Vollendung stehenden Planungen betreffend kgm Menzingen und WMS/FMS auf dem Areal des Theilerhauses fertig zu stellen seien und erst die weitergehenden Arbeiten nach Vorliegen der Planungen für die Erweiterungsprojekte für das kgm Menzingen sowie die WMS/FMS auf dem Theilerareal einzustellen seien.

➔ Der Rat beschliesst mit 63:0 Stimmen, Punkt 1 der Motion sei dahingehend nicht erheblich zu erklären, dass die Planung und Realisierung der Provisorien für den Standort Luegeten, Zug, weiterhin voranzutreiben seien.

➔ Der Rat beschliesst mit 62:0 Stimmen, Punkt 2 der Motion betreffend eine umfassende Neubeurteilung sei erheblich zu erklären.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass wir nun noch zum Antrag Spescha kommen. Es darum, ob die Präsidien der betroffenen Kommissionen bei den Workshops einbezogen werden oder nicht. Er wünscht eine Abstimmung, die Kantonsratspräsidentin ist eher dagegen. Es wäre höchstens eine Konsultativabstimmung. Wir haben diesen Antrag nicht traktandiert und er hat nichts mit der Motion im engeren Sinn zu tun. Es ist ein klar operatives Geschäft. Und der Baudirektor hat gesagt, er mache das anders. Möchte Eusebius Spescha trotzdem eine Abstimmung für eine Empfehlung?

Eusebius **Spescha**: Die Idee, die Präsidien der relevanten Kommissionen in diese Planungsarbeit einzubeziehen, ist ja keine grundsätzlich abwegige Idee. Das hat durchaus einen gewissen Sinn und hätte möglicherweise einen gewissen Nutzen. Aber es stellt politisch eine heikle Frage dar, weil es die Gewaltentrennung berührt. Deshalb ist es richtig, dass der Kantonsrat konsultativ seine Meinung dazu äussert. Gewichtet er die Gewaltentrennung höher, was der Votant sehr gut nachvollziehen kann und politisch auch so sieht. Oder sieht er auch Vorteile? Es ist wahrscheinlich nicht das letzte Verfahren, bei dem eine solche Fragestellung auftaucht.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich aber um eine reine Konsultativabstimmung handelt.

➔ Der Antrag von Eusebius Spescha wird mit sieben befürwortenden Stimmen klar abgelehnt.

463 Motion der SP-Fraktion betreffend Littering-Gebühren für Take-Away-Betriebe im Kanton Zug

Traktandum 2 – Die **SP-Fraktion** hat am 11. Juni 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2159.1 – 14102 enthalten sind.

Silvan **Hotz**: Einmal mehr ein neuer Papiertiger, einmal mehr neue Gebühren. Diese sind die Steuern des 21. Jahrhunderts. Aber zuerst zur Interessenbindung. Als Mitinhaber einer Bäckerei ist er von dieser Motion direkt betroffen. Auch im Wissen darum, dass Littering zum Teil ein grosses Problem ist, beantragt er die Nichtüberweisung dieser Motion. Am 6. März hat uns der Regierungsrat das Übertretungsstrafgesetz überwiesen. Warten wir doch zuerst einmal ab, was es bringt, bevor wir schon wieder die Verwaltung bemühen. Denn grundsätzlich sind nicht die Betriebe für den Abfall verantwortlich, sondern die Konsumierenden, welche sauber verpackte Lebensmittel wollen und dann den Abfall zum Teil unüberlegt wegwerfen. Mit der vorgeschlagenen Ergänzung des EG USG gibt es keine Signalwirkung an die Take-Away-Betriebe, weil diese nicht von sich aus vermehrt Abfall verursachen, um das Littering-Problem zu verschärfen.

Philip C. **Brunner** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Antrag von Silvan Hotz unterstützt. Er hatte das Vergnügen, am Mittagessen zwischen einem Nationalrat und einer Zürcher Kollegin eingeklemmt zu sein. Nicht weit davon sass der Land-

schreiber, der erklärte, das sei nun einmal ein SVP-Vertreter, der konstruktiv mit den Grünen zusammenarbeite. Der Votant freut sich natürlich nach der kalten Dusche von heute Morgen, wenn er sich mal unabhängig von Martin Stuber hier äussern kann. Vermutlich ist dieser mit diesem Votum nicht einverstanden.
Das Thema Littering beschäftigt in der Tat die Bevölkerung und die Politik. Und als Hotelier kann Philip C. Brunner bestätigen, dass die auswärtigen Gäste das wirklich nicht toll finden. Dass endlich aktiv etwas gegen Littering unternommen wird, ist jedem einigermassen klar. Wie Sie aber bereits wissen, beschäftigt sich bereits eine kantonsrätliche Kommission – nota bene unter dem Präsidium von Alois Gössi – mit diversen Ordnungsbussen im neuen Übertretungsgesetz. Darunter eben auch mit der Behandlung des sogenannten Litterings. Wir müssen aber da auf die Verursacher losgehen. Und wenn gestern in unserer Lokalzeitung die SP eine Abfallgebühr für Fastfood fordert und das Berner Beispiel angeführt wird, kann der Votant nur sagen, dass wir das wirklich nicht wollen. Wir wollen nicht mehr Bürokratie, keine neuen Steuern und Gebühren gegenüber Eigentümern der Liegenschaften oder ähnliche gewerbeunfreundliche Massnahmen. Gerne hofft der Votant hier auf bürgerliche Unterstützung. Die Einwohner dieses Kantons haben ja kürzlich zum Thema Gebühren eine relativ klare Meinung abgegeben. Zudem ist auch sehr unklar, wo das Littering beginnt. Vielleicht bei den Tageszeitungen, die herumliegen. Sie müssten also diese Gebühren auch bezahlen.

Markus **Jans** glaubt, dass es durchaus Zeitungen gibt, die Littering-Gebühren bezahlen könnten. – Exponenten von CVP und SVP kämpfen seit Jahren gegen das Littering auf öffentlichem Grund. Mandatsträger beider Parteien erklären öffentlich, dass sie das Problem und insbesondere das Littering von Take-Away-Firmen aktiv bekämpfen wollen. Und nun sind genau diese Parteien gegen die Überweisung der Motion. Bei der SVP weiss wohl die Linke nicht, was die Rechte tut. Sollte dem nicht so sein, lassen sie einfach ihre Mandatsträger im Regen stehen und das Littering weiter wuchern. Die SP hat einen konstruktiven, bundesgerichtskonformen Vorschlag zur Eingrenzung des Litterings vorgelegt. Sie haben schon mehrmals gefordert, dass diesem Problem aktiv begegnet werden muss. Lassen Sie nun ihrer öffentlichen Unmutsbezeugung auch Taten folgen! Das Übertretungsstrafgesetz hat schlicht nichts mit diesem neuen Vorschlag zu tun, denn es geht explizit nicht um eine Strafe. Wir wünschen uns vom Regierungsrat, dass er den Vorschlag der SP-Fraktion ernsthaft prüft, und wir möchten mit ihm das Ergebnis dann diskutieren. Deshalb braucht es eine Überweisung der Motion an den Regierungsrat. Die SP-Fraktion dankt Ihnen für die Unterstützung.

Martin **Stuber** meint, Philip C. Brunner habe in seinem Votum viele Fragen aufgeworfen. Die Antwort der Regierung zu all diesen Fragen würde den Votanten interessieren. Er weiss noch nicht genau, ob das wirklich eine gute Idee der SP ist. Er muss sich seine Meinung dazu auch noch bilden. Aber wir sollten der Regierung Gelegenheit geben, dass sie dazu Stellung nimmt. Und auch die Meinung von Kantonsrat und Stadtrat André Wicki zu diesem Thema würde Martin Stuber interessieren.

Martin **Pfister** möchte darauf hinweisen, dass es ein Antrag von Silvan Hotz war und nicht der CVP-Fraktion. Die Mehrheit der Fraktion hat sich anders entschieden.

André **Wicki** glaubt, dass wir uns alle einig sind, dass wir das Littering angehen müssen. Wir sprechen ja jetzt nur darüber, wie wir das machen sollen. Gebühren können es nicht sein, diese werden pauschal über das Ganze erhoben. Der Votant erinnert an «Rock the Docks». Damals wurde ein Pfand auferlegt und das hat wunderbar geklappt und wir hatten wirklich kein Littering. So muss es funktionieren.

➔ Der Rat beschliesst mit 38:27 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

464 Motion von Manuel Brandenberg und Philip C. Brunner betreffend Kreuz im Gerichtssaal des Obergerichts des Kantons Zug

Traktandum 2 – Manuel **Brandenberg** und Philip C. **Brunner**, beide Zug, haben am 12. Juni 2012 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 2161.1 – 14105 enthalten sind.

Vorab macht die **Vorsitzende** im Einvernehmen mit dem Obergericht und der Direktion des Innern als Kulturdirektion, früher Kirchendirektion, die jeweils zu Fragen religiösen und konfessionellen Inhalts Stellung nimmt, folgende Hinweise:
Mit der Motion beantragen die Motionäre, im Gerichtssaal des Kantons Zug sei ein gut sichtbares Kreuz oder Kruzifix anzubringen
Das Anliegen der Motionäre ist aus folgenden Gründen nicht motionsfähig: Laut § 38 Abs 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats sind Motionen selbständige Anträge, bei deren Erheblicherklärung der Regierungsrat oder eine kantonsrätliche Kommission verbindlich beauftrag wird, einen Gesetzes- oder Beschlussesentwurf vorzulegen oder bestimmte Massnahmen zu treffen. Im vorliegenden Fall liegt ein sogenannter *Antrag auf eine bestimmte Massnahme* vor. Als solche gelten wegen des verbindlichen Charakters einer Motion nur Massnahmen, die in den Zuständigkeitsbereich des Kantonsrats fallen. So ein Fall liegt hier nicht vor. Der Kantonsrat ist für diese Frage nicht zuständig. Vielmehr ist das Obergericht, gestützt auf das Selbstverwaltungsrecht der Justiz gemäss § 63 Abs. 1 der Kantonsverfassung dafür zuständig zu entscheiden, ob im Gerichtssaal ein Kreuz oder Kruzifix hängen soll oder nicht. Es liegt auch kein Fall von § 68 des Gerichtsorganisationsgesetzes (BGS 161.1) vor, wonach der Regierungsrat den Gerichten die notwendigen Räumlichkeiten samt Ausstattung zur Verfügung stellen muss. Ein Kreuz oder Kruzifix darf nicht einfach als Raum-Ausstattung und somit als Teil der Logistik betrachtet werden. Für diese Logistik wäre nach Gesetz der Regierungsrat in Absprache mit den Gerichten zuständig.
Noch ein Hinweis zur Zulässigkeit der Überweisung des Vorstosses an das Obergericht. Explizit sieht § 38 der Geschäftsordnung des Kantonsrats zwar nur eine Überweisung an den Regierungsrat oder eine kantonsrätliche Kommission vor. In analoger Anwendung ist es jedoch Praxis, dass Vorstösse auch an das Obergericht überwiesen werden können.
Wir haben mit den Motionären gesprochen und *sie sind damit einverstanden, dass ihr Vorstoss gemäss § 39 Abs. 3 der Geschäftsordnung in ein Postulat umgewandelt wird.* Damit entfällt der verbindliche Charakter der zu treffenden Massnahme. Das Obergericht wird mit dem Postulat laut § 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung nur, aber immerhin, eingeladen, eine bestimmte Massnahme zu treffen. Auch hier gilt

wie bei der Motion, dass ein Postulat praxisgemäss auch an das Obergericht überwiesen werden kann.
Somit lautet die massgebliche Frage: Soll das Obergericht eingeladen werden, im Fall der Erheblicherklärung des umgewandelten Postulats im Gerichtssaal des Obergerichts des Kantons Zug ein gut sichtbares Kreuz oder Kruzifix anzubringen.

➔ Die Motion wird als Postulat an das Obergericht zu Bericht und Antrag überwiesen.

Für Adrian **Andermatt** ist es eine reine Zufälligkeit, dass es jetzt das Obergericht betrifft. Morgen betrifft die gleiche Frage ein neues Schulhaus oder ein neues Verwaltungsgebäude. Die politische Fragestellung, die hinter diesem Postulat steht, ist eine durchaus berechtigte Frage und eine sehr politische. Deshalb stellt der Votant den Antrag, dass auch die Regierung dazu in allgemeiner Form Stellung nimmt, wie sie dazu stehen würde, wenn es sich nicht um das Obergericht, sondern um ein anderes Verwaltungsgebäude handeln würde.

Die **Vorsitzende** glaubt zu verstehen, dass eine Überweisung an das Obergericht *und* an die Regierung gewünscht wird.

Philip C. **Brunner** hält fest, dass die Postulanten damit einverstanden sind. Wir haben selber gestaunt, dass auch im Tages-Anzeiger eine Viertelseite dem Thema gewidmet wurde, und zwar in grösserem Zusammenhang. Es ist wirklich von allgemeinem Interesse, und die Meinung der Regierung würde auch die beiden Postulanten interessieren.

➔ Die Vorsitzende hält fest, dass die Regierung einverstanden ist. Somit wird das Postulat an das Obergericht und zur allgemeinen Stellungnahme an die Regierung und überwiesen.

465 Interpellation von Beda Schlumpf und Daniel Abt betreffend temporäre Humus- und Aushubdepots in der Landwirtschaftszone

Traktandum 2 – Beda **Schlumpf**, Steinhausen, und Daniel **Abt**, Baar, haben am 1. Juni 2012 die in der Vorlage Nr. 2156.1 – 14096 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

466 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Krankenversicherung und Zugang zur Gesundheitsvorsorge der Sans-Papiers

Traktandum 2 – Die **SVP-Fraktion** hat am 15. Juni 2012 die in der Vorlage Nr. 2162.1 – 14107 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

467 Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (EG FamZG)

Traktandum 10 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2106.1/.2 – 13965/66) und der Kommission (Nr. 2106.3 – 14063).

Monika **Barmet**: Ein Kind, eine Zulage – dies ist gut verständlich und nachvollziehbar. Die Umsetzung auf Bundesebene hat aber einige Zeit gedauert. Bereits bei verschiedenen Revisionen wurde diese Forderung immer wieder diskutiert, aber nie konkret umgesetzt.
Nun liegt uns die Anpassung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen im Kanton Zug vor und das ist gut so. Sie verdient unsere Zustimmung. Indem nun die Selbstständigerwerbenden umfassend ins bisherige System integriert werden, wird die Lücke geschlossen.
Dies obwohl für die betroffenen Selbtständigerwerbenden eine zusätzliche Lohnbelastung verursacht wird. Gerade aber auch sie können in Zukunft von den Zulagen profitieren – eine soziale Gerechtigkeit wird angestrebt.
Die vorberatende Kommission hat die Vorlage aufgrund von ausführlichen und kompetenten Informationen des Leiters der AHV-Ausgleichskasse, Rolf Lindenmann, diskutiert, ist einstimmig darauf eingetreten und hat in der Schlussabstimmung der vorgeschlagenen Version des Regierungsrats einstimmig zugestimmt.
Dies vor allem weil

- der gleiche Beitragssatz für Arbeitgebende und Selbstständigerwerbende gilt,
- die Mitgliedschaft bei gleicher Familienausgleichskasse möglich ist – somit wird eine einheitliche Kassenzugehörigkeit ermöglicht,
- der Lastenausgleich auch nach Einbezug der Selbstständigerwerbenden weiter vollzogen wird,
- Administrative Abläufe und die Verwaltungskosten tief gehalten werden.

Weiter werden im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen formelle textliche Anpassungen an das Bundesrecht gemacht.
Die Mehrkosten von 20'000 Franken für den Kanton sind auf eine Änderung des Bundesrecht bei den Nichterwerbstätigen zurückzuführen. Sonst entstehen keine Mehrkosten.
Dies ist kurz zusammengefasst das Wesentliche aus der Kommissionsberatung.
Bei der Detailberatung wurden keine Anträge gestellt. Monika Barmet empfiehlt dem Rat deshalb im Namen der vorberatenden Kommission, auf diese Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Sie dankt an dieser Stelle den Mitarbeitern der Volkswirtschaftsdirektion für die kompetenten Ausführungen und die Unterstützung.
Noch kurz die Meinung der CVP-Fraktion. Auch sie stimmt dieser Vorlage einstimmig zu. Ein Kind, eine Zulage ist ein Anliegen, dass sie bereits 2007 im Kantonsrat mit einer Motion gefordert hatte. Die Umsetzung im Kanton Zug im Rahmen dieses Einführungsgesetzes unterstützt sie aus den vorhin erwähnten Gründen überzeugt und wohlwollend. Besten Dank auch für Ihre Zustimmung!

Leonie **Winter** weist darauf hin, dass sich unser Mitwirkungsspielraum bei dieser Vorlage in Grenzen gehalten hat. Wir begrüssen es jedoch, dass der Grundsatz «Ein Kind, eine Zulage» unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern mit dieser Vorlage umgesetzt wird. Es ist gut, dass die Familienzulagen für Selbständigerwerbende in die bestehende Struktur eingefügt werden. Die FDP-Fraktion spricht sich für einen einheitlichen Beitragssatz aus. Für Selbständigerwerbende und Arbeitge-

bende soll der gleiche Beitragssatz gelten. Wir werden auf die Vorlage eintreten und ihr geschlossen zustimmen.

Hanni **Schriber-Neiger** weist darauf hin, dass das Wichtigste von der Kommissionspräsidentin bereits erwähnt wurde. Was 2009 ausdrücklich nicht gewünscht wurde, soll heute im Gesetz über die Familienzulagen angepasst werden. Alle Arbeitnehmende und neu auch Selbständigerwerbende haben Anspruch auf Zulagen, und dies nicht nur im Kanton Zug, sondern bald in der ganzen Schweiz.
Die AGF begrüsst diese Anpassung, denn sie beseitigt die Ungerechtigkeit, dass bis jetzt nicht alle Eltern für jedes Kind oder jeder Jugendliche eine Zulage erhalten haben. Mit der Zustimmung setzen wir ein Zeichen, dass diese Unterstützung mit einer garantierten Familienzulage für jedes Kind und/oder jede Jugendliche zu einer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe gehört. Eine gute Familienpolitik ist uns wichtig, die Familie soll gestärkt werden. – Die AGF ist für Eintreten und stimmt der Vorlage zu.

Barbara **Gysel** weist darauf hin, dass es in diesem Fall einmal mehr begrüssenswert ist, dass wir vom Bund Vorgaben erhalten. Neu sollen auch Selbständigerwerbende im Kanton Zug eine Familienzulage erhalten Das ist gut und richtig.
Ergänzend zu den bisherigen Erläuterungen greift die Votantin noch einen Aspekt heraus. Die Familienzulagen werden nach dem Giesskannenprinzip verteilt – hier aber im besten Sinn. Ob grosses oder kleines Portemonnaie, die Zulagen stehen allen Selbständigerwerbenden und Arbeitstätigen gleichermassen zu. Bei einem monatlichen Einkommen von 3'000 Franken machen die Zulagen bei einem Kind etwa 10 % der monatlichen Einkünfte aus. Wer indes beispielsweise 30'000 Franken monatlich verdient, hat an der Zulage nur 1 %. Diese progressiv wirkenden Zulagen wirken demnach vor allem bei den unteren Einkommensschichten mit tieferen Einkommen. Das galt bisher für die übrigen Arbeitstätigen und jetzt eben auch für die Selbständigerwerbenden. Nicht zuletzt aus diesem Grund unterstützt die SP die Vorlage. Berücksichtigen wir die Familien, denen etwa die Wohnungsnot ernsthaft zu schaffen macht. Die Familienzulagen können zur Linderung beitragen.
Auch die SP-Fraktion unterstützt das Eintreten auf die Vorlage einstimmig und wird ihr ohne Änderungsanträge zustimmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2106.4 – 14115 enthalten.

468 Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung vom 15. September 2011 (FHZ-Konkordat)

Traktandum 11 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2093.1/.2 – 13926/27), der Bildungskommission (Nr. 2093.3 – 14019), der Konkordatskommission (Nr. 2093.4 – 14047) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2093.5 – 14100).

Martin **Pfister** weist darauf hin, dass die Bildungskommission mit dieser Vorlage eine Premiere feiert. Erstmals beriet die neu geschaffene Kommission ein Geschäft und verfasste dazu einen Bericht. Obwohl die Kommission ihre Rolle zuerst noch etwas finden muss und der kreative Spielraum für die Bildungskommission bei dieser Konkordatsvorlage naturgemäss bescheiden war, darf der Auftakt als gelungen bezeichnet werden. Neben der Konkordatskommission, die sich auf konkordatstechnischen Fragen konzentrierte, und der Stawiko, die sich ihrer Aufgabe gemäss vor allem mit den finanziellen Auswirkungen beschäftigte, bemühte sich die Bildungskommission um eine bildungspolitische Würdigung des Fachhochschulkonkordats.
Die Beratung in drei Kommissionen bedeutet für Regierungsrat und Verwaltung einen Mehraufwand, der sich nur lohnt, wenn auch ein politischer Gewinn daraus resultiert. Die bildungspolitische Würdigung des Konkordats wird der Bedeutung der Fachhochschule zweifellos gerechter, als wenn nur die finanz- und konkordatspolitischen Fragen diskutiert worden wären. Dazu kommt der Gewinn an bildungspolitischem Know-how, das sich die Kommission erst erarbeiten muss. Dieses Know-how wird die bildungspolitische Debatte in diesem Rat in den nächsten Jahren zweifellos befruchten. Bildungspolitik ist mit der Bildungskommission im Kantonsrat salon- beziehungsweise ratsfähig geworden.
Sie haben die Vorlage gelesen, der Votant kann sich deshalb kurz halten. Die Bildungskommission stimmt dem Konkordat einstimmig zu und würdigt die Fachhochschule als Institution von hoher Bedeutung für die Zentralschweiz. Sie ist als Schmiede für qualifizierte Fachkräfte in unserer wachsenden Wirtschaftsregion unverzichtbar und trägt so direkt zum wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen in den Zentralschweizer Kantonen bei. Aus bildungspolitischer Sicht ist es auch von Bedeutung, dass talentierte Jugendliche, die sich für das duale Berufsbildungssystem entschieden haben, sich vor Ort an einer Hochschule weiterbilden können. Sie stehen somit unserem Wirtschaftsstandort nach ihrem Studium als qualifizierte Arbeitskräfte weiterhin zur Verfügung und wandern weniger oft in grössere Wirtschaftszentren ab, beziehungsweise kehren nach ihrem Studium in die Zentralschweiz zurück. Damit wird auch das duale Bildungssystem als Ganzes gestärkt. Schliesslich ist die Fachhochschule wohl das erfolgreichste Projekt der Innerschweizer Zusammenarbeit.
Auch die Neuerungen gegenüber dem bisherigen Konkordat werden von der Bildungskommission positiv gewürdigt. Die Anpassungen in den Bereichen Trägerschaft, Leistungsauftrag, Finanzierungsmodus, Standortabgeltung, Rechnungslegung und Infrastruktur sind klare Verbesserungen. Insbesondere ist die Möglichkeit der Parlamente, alle vier Jahre die Leistungsaufträge an die FHZ zur Kenntnis nehmen zu können, ein klarer Fortschritt. Damit führen wir regelmässig eine politische Debatte über die Fachhochschule. Einzelne Kommissionsmitglieder hätten sich eine grössere Autonomie der Hochschule bei der Budgetierung und den Infrastrukturen gewünscht. Dort bleibt die Abhängigkeit vom Standortkanton bestehen. Kontrovers diskutiert wurde auch die Frage, ob ausländischen Studierenden höhe-

re Studiengebühren verrechnet werden sollen, was das Konkordat ausdrücklich ermöglicht.
Verschiedene Mitglieder stellten Fragen zur Strategie des Kantons Luzern im Hochschulbereich. Die Konkurrenzierung der Wirtschaftsfakultät an der FHZ durch eine neue Wirtschaftsfakultät an der Universität stiess bei vielen Kommissionsmitgliedern auf Unverständnis. Einige Kommissionsmitglieder drückten ihre Sorge aus, der Kanton Luzern könnte aufgrund des engen finanziellen Spielraums und der Ausweitung von vielen kostspieligen Angeboten in der Bildung und in der Kultur der Fachhochschule nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, damit sie ihre Qualität erhalten und weiterentwickeln kann.
Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 13:0 Stimmen bei keiner Enthaltung, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Andreas **Hausheer** hält fest, dass sich die Konkordatskommission im Rahmen des zweistufigen Verfahrens im Oktober 2008 mit einem ersten Vernehmlassungsentwurf für ein neues FHZ-Konkordat beschäftigte. Aufgrund der politischen Konstellation im Kanton Luzern hat sich dann das Ganze in die Länge gezogen, so dass es erst letztes Jahr wieder richtig vorwärts ging. Die Kommission wurde vom Volkswirtschaftsdirektor im März und August 2011 über die Entwicklungen informiert. Für dieses korrekte Vorgehen seitens des Volkswirtschaftsdirektors sei an dieser Stelle im Namen der Kommission gedankt.
Wie in der Bildungskommission war das neue Konkordat auch in der Konkordatskommission unbestritten. Es liegt auf der Hand, dass sich die Diskussionen bei diversen Punkten in beiden Kommissionen um das Gleiche drehten. Der Kommissionspräsident möchte nicht wiederholen, was seine Vorredner gesagt haben, und beschränkt sich auf zwei Punkte, die in der Konkordatskommission noch besonders erwähnt wurden.
Der erste Punkt ist die Finanzierung des MCCS. Hier erwartet die Konkordatskommission, dass die Zuger Vertretung dafür besorgt ist, dass die vom Kantonsrat erst im Jahr 2011 beschlossene Beitragsobergrenze auch in Zukunft eingehalten und nicht via das Konkordat quasi ausgehebelt wird.
Der zweite Punkt betrifft die Rolle der Parlamente. Beim ersten Entwurf für ein neues Konkordat wurden zwei verschiedene Varianten vorgeschlagen. Entweder sollten die kantonalen Parlamente zum mehrjährigen Leistungsauftrag Stellung nehmen oder diesen nur zur Kenntnis nehmen können. Aus den Reihen der Kommission wurde das Bedauern darüber ausgedrückt, dass im nun vorliegenden Konkordatstext die Parlamente den Leistungsauftrag nur zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis nehmen können. Dies erschwere insbesondere die direkte Einflussnahme des Parlaments zu stark. Dem wurde entgegen gehalten, dass eine direkte Einflussnahme der Parlamente die Entscheidungsprozesse langwierig und schwerfällig mache. Immerhin hat die neue interparlamentarische Fachhochschulkommission die Kompetenz, zum mehrjährigen Leistungsauftrag Stellung zu nehmen, bevor die Regierungen darüber beschliessen. Die Konkordatskommission erwartet, dass die neue Fachhochschulkommission diese neu definierte Kompetenz mit der gebotenen Verantwortung wahrnimmt, um die Interessen der kantonalen Parlamente als deren Vertreter gebührend wahrzunehmen.
Insgesamt war die Vorlage in der Kommission aber unbestritten. Die Konkordatskommission ist einstimmig darauf eingetreten und hat ihr auch in der Detailberatung ohne Änderung zugestimmt.
In der CVP-Fraktion ist Eintreten unbestritten, ebenso die Zustimmung in der Detailberatung gemäss der regierungsrätlichen Vorlage.

Gregor **Kupper**: Nach der Behandlung dieser Vorlage durch die Bildungs- und die Konkordatskommission hat schliesslich auch noch die Stawiko über dieses Geschäft beraten. Der Volkswirtschaftsdirektor hat uns anlässlich unserer Stawiko-Sitzung die vorgeschlagene Konkordatslösung vorgestellt und diverse Fragen dazu umfassend beantwortet. Wir haben uns mit einigen Details der Konkordatsbestimmungen vertieft auseinandergesetzt. Der Votant verweist den Rat diesbezüglich auf den Stawiko-Bericht, wo wir diese Antworten auch entsprechend erläutert haben. Aus finanzieller Sicht rechnet die Regierung mit Minderausgaben in der Grössenordnung von 300'000 Franken. Die Kostenentwicklung ist jedoch letztlich stark von der Anzahl Studierender aus dem Kanton Zug abhängig. Wir werden im Rahmen der Budgetberatung in Zukunft dazu jeweils jährlich zeitnähere Aussagen erhalten. Die Stawiko beantragt einstimmig, auf das Geschäft einzutreten und ihm zuzustimmen.

Dominik **Lehner** hält fest, dass sich die FDP-Fraktion geschlossen hinter die Vorlage stellt.

Oliver **Wandfluh** hält fest, dass die SVP-Fraktion es begrüsst, dass die Zentralschweizer Kantone ihre bisherige Zusammenarbeit beim Aufbau und Betrieb der Fachhochschule Zentralschweiz durch eine neue zentrale Fachhochschulvereinbarung rechtlich auf eine neue Basis stellen. Die SVP ist überzeugt, dass die neue Vereinbarung eine Vereinfachung der Organisations- und Führungsstruktur sowie eine betriebliche Effizienzsteigerung bringt. Aus diesen Gründen ist die SVP-Fraktion einstimmig für Eintreten.

Esther **Haas** hält fest, dass die AGF hinter dem FHZ-Konkordat steht. Mit dieser Vereinbarung werden die heute weitgehend eigenständigen Teilschulen und das Rektorat zu einer Institution zusammen geführt. Damit erhält die Fachhochschule Zentralschweiz eine kohärente und zukunftsweisende Führungsstruktur. Gleichzeitig wird das Finanzierungskonzept grundlegend überarbeitet und optimiert. Die bisherigen komplexen Führungsstrukturen, welche die Hochschule Luzern in ihrer Entwicklung hemmten, sind hiermit beseitigt. Wir sind überzeugt, dass mit der neuen Rechtsgrundlage ein wichtiges Fundament geschaffen wird, um die erfolgreiche Fachhochschule Zentralschweiz auch in Zukunft zielgerichtet führen zu können. Wir stören uns keineswegs daran, dass künftig die jeweiligen Parlamente der Konkordatskantone den Leistungsauftrag der FHZ «nur» noch zur Kenntnis nehmen können, denn eine direkte Einflussnahme der Parlamente würde die Entscheidungsprozesse langwierig und schwerfällig machen.
Junge Berufsleute, meistens hervorgegangen aus dem dualen Berufsbildungssystem, bekommen mit dem FHZ-Konkordat optimale Bedingungen in der Aus- und Weiterbildung. Mit einer starken Fachhochschule in unserer Region kann zudem dem «brain drain» in den anderen Zentralschweizer Kantonen, also der Abwanderung von hochqualifizierten Berufsleuten, Gegensteuer gegeben werden.

Barbara **Gysel** weist darauf hin, dass der Kanton Zug ein internationaler Rohstoffhandelsplatz ist. Unser ganz zentraler Rohstoff vor Ort ist aber die Bildung. Wir haben zahlreiche Bildungsinteressierte und überdurchschnittlich viele hochqualifizierte Arbeitstätige bei uns. Das vorliegende FHZ-Konkordat trägt wesentlich zu

guten tertiären Bildungsmöglichkeiten in der Zentralschweiz bei. – Die tertiäre Bildung ist notabene nicht Teil des dualen Schweizer Bildungssystems, wie dies im Bericht der Bildungskommission erwähnt wird.
Gerade für unseren Standort Zug sind wir punkto Arbeitsmarkt auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Auf den Import von ausländischem Know-how zu setzen, ist riskant. Die Schweiz braucht deshalb weiterhin eine Fachkräfte-Bildungsoffensive, um nicht zuletzt die Abhängigkeit von Rekrutierungen aus dem Ausland mindern zu können. Auch aus diesem Grund lohnt sich die Kooperation der Zentralschweizer Kantone im Rahmen des FHZ-Konkordats.
Obwohl wir an dieser Stelle keine Anträge zur Vorlage stellen können, seien noch folgende Kommentare erlaubt. Seit einigen Monaten wird für mehrere Hochschulen über einen Numerus Clausus und höhere Studiengebühren für Ausländerinnen und Ausländer öffentlich diskutiert. Mit dem jetzigen Konkordat schaffen wir ebenfalls die rechtlichen Grundlagen zu deren Einführung. Es wurde uns aber in der Kommission versichert, dass diese Massnahmen nicht in Planung seien. Sollte dies aber eines Tages der Fall sein, regt die SP die Regierung an, ernsthaft über unterschiedliche Ansätze und Konditionen für unterschiedliche Ausländergruppen nachzudenken. Ausländer nicht gleich Ausländer; ein Beispiel: Es wäre doch vermessen, bei der kürzlich im Familiennachzug eingewanderten Studentin etwa aus der Türkei mit tiefem Einkommen den gleichen Satz zu verlangen wie bei einem Studenten aus begütertem Hause etwa aus den USA. Wir kennen diesen Ansatz ja bereits aus anderen Politikfeldern.
Doch das sind Fragen, die wohl – wenn überhaupt – erst in Zukunft an Aktualität gewinnen. Jetzt im Moment: Die SP-Fraktion schätzt die Anpassungen, die gegenüber dem jetzigen Konkordat erreicht wurden. Wir danken zudem den Beteiligten für den Einsatz in der Erarbeitungsphase des vorliegenden Konkordats. Die SP-Fraktion unterstützt Eintreten auf die Vorlage einstimmig und wird ihr zustimmen.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias **Michel** weist darauf hin, dass eine Würdigung am Platz ist, nachdem es länger als eine Legislatur gedauert hat. Mit drei Kommissionen haben Sie das auch gebührend gewürdigt. Das kostete aber auch seine Zeit. Wir sind jetzt der letzte Kanton, der noch beitritt. Alle anderen Kantone haben mit einer Ausnahme einstimmig den Beitritt erklärt, was ein klares Signal ist.
Auch der Regierungsrat teilt die Ansicht, dass die Hochschule noch etwas autonomer sein könnte, mit Budgethoheit – aber da sind wir unterlegen. Das ist verschmerzbar. Wir teilen auch die Sorge um die Hochschulpolitik des Kantons Luzern. Aber wir können in Anspruch nehmen, Kantonsrat und Regierungsrat, dass wir hier durch sehr frühe Opposition schon vor einem Jahr die Sache für den Kanton Luzern nicht ganz einfach gemacht haben. Es dauerte viel länger, bis er seinen Bildungsbericht nun diskutiert hat. Und die innerkantonale Opposition im Kanton Luzern gegen eine Wirtschaftsfakultät an der Uni wurde regelrecht aufgerüttelt und gestärkt; auch im Konkordatsrat, den Matthias Michel als Vizepräsident gegenüber dem Kanton Luzern vertreten hat. Wir haben hier eine wichtige Rolle gespielt und wir werden ein scharfes Auge auf die Universitätspolitik des Kantons Luzern werfen.
Es stimmt, Sie haben hier im Rat 175'000 Franken als Obergrenze beim MCCS definiert. Wir wussten aber schon damals, dass es eine neue Rechtsgrundlage in Form des Konkordats geben wird. Von daher war das eine Übergangsregelung, die uns auch überhaupt keinen finanziellen Spielraum gab. Wir werden diese Grenze aber nicht halten können. Der Volkswirtschaftsdirektor hat das in der Stawiko schon gesagt. Nicht zuletzt deshalb, weil der Kanton Obwalden bisher als Standort

völlig überproportional bezahlt hat, etwa 40 %. Das hat er nun zehn Jahre getan und er sagt, er möchte nun eher nach Wirkung und Nutzen bezahlen. Wir verstehen das. Und wenn man sieht, wie viele Aufträge vom MCCS in den Kanton Zug gehen, gerade in Industrien im Ennetseegebiet, profitieren wir am meisten von allen Kantonen. Matthias Michel setzt sich dafür ein, dass das Auftragsvolumen nicht das einzige Kriterium ist. Aber wir müssen ehrlich sein. Wir haben gegenüber dem Kanton Luzern immer gesagt: Bezahle du mehr an Standortvorteil, du hast mehr Nutzen! Und das macht er jetzt auch. Wenn es aber darum geht, beim MCCS zu sagen, wir wenden hier auch ein Kriterium an, das zumindest teilweise den Nutzen pro Kanton bemisst, wäre es schwierig zu sagen: Nein, hier uns der Nutzen gleichgültig, wir machen das pro Einwohner. Das wird also teurer werden, aber das Geld ist es wert. Quantitativ kann man noch nicht sagen, wie viel das sein wird. Aber der Volkswirtschaftsdirektor wird darauf schauen, dass wir den Vorteil, den wir bei dieser Vorlage haben, diese 300'000 Franken, nicht gerade wieder ausgeben müssen für das MCCS. Unter dem Strich sollte sich das auch finanziell lohnen.
Zum Schluss dankt Matthias Michel für die klare Unterstützung. Einstimmigkeit in diesem Saal wäre ein schönes Zeichen – auch in Richtung der in den letzten Jahren etwas in Schieflage geratenen Zusammenarbeit in der Zentralschweiz. Wir müssen diese Phase überwinden. Der Votant hat ein gutes Gefühl mit der seit einem Jahr zum Teil neu zusammengesetzten Luzerner Regierung. Sie war beim Zuger Regierungsrat vor zwei Wochen zu Besuch – gerade deswegen. Beziehungspflege ist wichtig, und es nützt uns nichts, wenn wir uns dauernd streiten. Im Moment sind es eher die Medien, die uns wieder gegeneinander aufbringen wollen. Wenn eine Industrie den Standort wechselt oder ein Medienausbildungszentrum daran denkt, von Luzern wegzuziehen, heisst es immer gerade, wir würden hier buhlen und uns Institutionen abjagen. So ist es nicht und wir lassen uns nicht von den Medien die Zusammenarbeit wieder erschweren. Danke für Ihr Eintreten und die Zustimmung.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2093.6 – 14112 enthalten.

469 Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsleistungen vom 12. November 2010 und die entsprechende Anpassung des Polizeigesetzes

Traktandum 12 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2116.1/.2/.3 – 13993/94/95), der Konkordatskommission (Nr. 2116.4 – 14087) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2116.5 – 14101).

Andreas **Hausheer** weist darauf hin, dass dieses Konkordat in der Konkordatskommission umstrittener war als das vorher behandelte FHZ-Konkordat. Und so dürfte es wohl auch hier im Rat sein.

Die Grundidee des Konkordates basiert insbesondere auf zwei Zielen: Zum einen soll durch die Bewilligungspflicht für private Sicherheitsunternehmen und deren Angestellte eine schweizweit einheitliche Marktzulassung erzielt werden. Heute ist es so, dass es Kantone gibt, die eine Bewilligungspflicht kennen, andere (wie z.B. der Kanton Zug) kennen keine Bewilligungspflicht, die an bestimmte Anforderungen geknüpft wäre. Gestützt auf das Binnenmarktgesetz darf ein Zuger Unternehmen seine Dienste aber auch in Kantonen anbieten, die Bewilligungspflichten kennen. Faktisch können so Anforderungen, die in einem Kanton gestellt werden, leicht umgangen werden, indem Unternehmen aus Kantonen heraus tätig werden, die keine speziellen Anforderungen kennen. Nach Ansicht der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren ist das vorliegend zur Debatte stehende Konkordat der einzige Weg um zu verhindern, dass bestehende kantonale Regelungen unterlaufen werden.
Das zweite wichtige Ziel, das hinter dem Konkordat steht, ist die Verhinderung einer Bundeslösung, da es sich vorliegend um eine klar kantonale Aufgabe und Kompetenz handelt.
Vor dem Kanton Zug wurde das Konkordat in den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Solothurn und Schwyz in den Parlamenten behandelt. Während der Kanton Appenzell Innerrhoden und der Kanton Solothurn zustimmten – in AI einstimmig durch den Kantonsrat, in SO vom Kantonsrat und in einer Volksabstimmung mit 78 % Zustimmung – lehnte der Schwyzer Kantonsrat den Beitritt kurz vor der Kommissionssitzung ab. Diese Ablehnung durch den Kanton Schwyz hatte auf die Diskussion in der Kommission einen nicht unbedeutenden Einfluss.
Im Vorfeld der Kommissionssitzung hat der Kommissionspräsident der für das Geschäft zuständigen Direktion diverse Fragen gestellt. Diese waren sowohl grundsätzlicher wie auch umsetzungstechnischer Art. Insbesondere die schriftliche Beantwortung der grundsätzlichen Fragen ist teilweise in den Kommissionsbericht eingeflossen. Von daher sei zu Fragestellungen wie
- Eingriff in die Gewerbefreiheit
- Warum soll der Kanton Zug das Konkordat brauchen?
- Nutzen des Konkordats für den Kanton Zug
- Auswirkungen für die Zuger Unternehmen

auf den Kommissionsbericht verwiesen. Andreas Hausheer verzichtet darauf, die diesbezüglichen Ausführungen hier zu wiederholen.
Letztlich können die in der Kommission diskutierten Pro- und Contra-Argumente wie folgt zusammengefasst werden:
Contra
- Da der Kanton Schwyz nicht beigetreten ist, macht das Konkordat keinen Sinn mehr, da die einheitliche Marktzulassung damit nicht mehr gewährleistet ist.
- Das neue Konkordat führt zu einem administrativen Mehraufwand bei Sicherheitsunternehmen und Kanton.
- Im Kanton Zug hat es mit der bisherigen Regelung keine Probleme gegeben – es gibt keinen Grund, am Bisherigen etwas zu ändern.
- Der Markt wird dafür sorgen, dass die schwarzen Schafe aus dem Markt gedrängt werden. Der Markt sorgt effizienter und effektiver dafür, dass Missbräuche minimiert werden als die Konkordatslösung.
- Dass der VSSU dafür ist, dürfte auch daran liegen, dass dieser durchaus auch Eigeninteressen vertrete.

Pro
- Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass Tätigkeiten, die unmittelbar Persönlichkeitsrechte tangieren, nur von fachgerecht ausgebildeten und qualifizierten Personen ausgeübt werden.

■ Mit diesem Qualitätsmerkmal einher geht eine positive Wirkung auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung.
■ Es ist sachlich nicht gerechtfertigt, dass an private Anbieter, die im Rahmen ihrer Sicherheitsdienstleistungen teilweise polizeiähnliche Funktionen wahrnehmen, gar keine Ausbildungsanforderungen gestellt werden, während an die Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten zu Recht hohe Anforderungen gestellt werden.
■ Der Branchenverband VSSU, bei dessen Mitgliedern nach eigenen Angaben 90 % der in der privaten Sicherheitsbranche arbeitenden Angestellt sind, steht ganz klar zum Konkordat.
■ Der VSSU ist überzeugt davon, dass durch das Konkordat der administrative Aufwand nicht grösser, sondern im Gegenteil kleiner wird.
■ Unternehmen, die heute schon im Kanton Zug ansässig sind und qualitativ gute Arbeit leisten, profitieren vom Konkordat, indem beispielsweise unqualifizierter Konkurrenz der Marktzugang nicht möglich ist.
■ Auf andere Kantone zu warten ist nicht zielführend. Nur so ist sichergestellt, dass der Kanton Zug seine Interessen bei der Erarbeitung von Ausführungsrecht und Empfehlungen einbringen kann.
Für die Mehrheit der Konkordatskommission überwiegen die Vorteile die Nachteile. Entsprechend beantragt die Kommission, auf die Vorlagen einzutreten und ihnen in der regierungsrätlichen Fassung zuzustimmen.
Noch einige Ausführungen zum Anhang des Kommissionsberichts. Wie schon beim Kommissionsbericht zum FHZ-Konkordat sind im Anhang die Einsprachverfahren aufgelistet, die seit dem jeweils letzten Bericht durchgeführt worden sind.
Es ist dem Votanten ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass es beim Einsprachverfahren insbesondere um die Kompetenzklärung geht, ob der Regierungsrat über eine Vereinbarung in eigener Kompetenz entscheiden darf oder nicht.
Wenn die Konkordatskommission einverstanden ist, dass die Kompetenz beim Regierungsrat liegt (und entsprechend keinen Einspruch erhebt), kann daraus nicht abgeleitet werden, dass die Kommission auch mit dem konkreten Inhalt der Vereinbarung einverstanden ist.
Dies einfach zur Klärung, denn ab und zu könnte man schon noch über das eine oder andere diskutieren, was in diesen Vereinbarungen geregelt ist. Dies aber als Randbemerkung.
Abschliessend noch die Haltung der CVP-Fraktion zum Konkordat: Die Mehrheit unterstützt die Vorlage und wird ihr in der regierungsrätlichen Fassung zustimmen.

Gregor **Kupper** hält fest, dass diese Vorlage in der Stawiko zu einer längeren und sehr kontroversen Eintretensdebatte führte. Andreas Hausheer hat gerade die Argumente dafür und dagegen aufgezählt. In der Stawiko waren diese in etwa deckungsgleich. Der Stawiko-Präsident verzichtet deshalb auf eine Wiederholung. Sie können Sie im Stawiko-Bericht nachlesen. Die Vorlage hat per Saldo für den Kanton Zug keine finanziellen Auswirkungen, weil die entstehenden Kosten durch entsprechende Gebühren gedeckt werden sollen. In der Schlussabstimmung der Stawiko wurde bei 3:3 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten der Vorlage zugestimmt und die Annahme empfohlen.

Alice **Landtwing** weist darauf hin, dass dieses Konkordat in die Privatwirtschaft eingreift und nicht irgendeine staatliche Zusammenarbeit regelt. Es soll also eine ganze privatwirtschaftliche Branche vollumfänglich durchreglementiert und unter polizeiliche Kontrolle gestellt werden. Der FDP-Fraktion gefällt es auch nicht, dass

nicht etwa der Regierungsrat oder der Kantonsrat die Bewilligungsbehörde ist, sondern die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren und die von Ihnen gewählte Konkordatskommission.
Dadurch besteht unseres Erachtens die Gefahr, dass mit dem vorgeschlagnen Konkordat eine Art parastaatliches Gebilde geschaffen wird, das von der Polizei kontrolliert, beeinflusst und im schlimmsten Fall auch instrumentalisiert werden kann. Das geht der grossen Mehrheit der FDP-Fraktion zu weit und *sie stellt daher den Antrag für Nichteintreten auf diese Vorlage*.
Im Kommissionsbericht steht: «Mit der Konkordatslösung kann verhindert werden, dass letztlich doch eine bundesrechtliche Lösung schweizweite Regelungen bringt und in kantonale Befugnisse eingreift.» Sollte es in dieser Berufsbranche tatsächlich Probleme geben, ist die FDP eher für eine Bundeslösung, welche die Marktzulassung von privaten Sicherheitsfirmen regelt.
Es gibt aus Sicht der Mehrheit der FDP-Fraktion also kein Reglementierungsbedarf durch die Kantone. Es soll und muss doch im ureigenem Interesse des Verband Schweizerischer Sicherheitsdienstleistungs-Unternehmen sein, dem laut Kommissionsbericht mehr als 90 % der Personen, welche in der privaten Sicherheitsbranche arbeiten, angestellt sind, dass sie ihre Mitglieder korrekt aus- und weiterbilden, sich sogar ein Qualitätslabel geben, so wie das andere Berufsverbände auch machen.
Es ist auch Sache der Besteller solcher Sicherheitsleistungen, z.B. der Stadt Zug, dass sie nur Firmen berücksichtigen, welche einen gewissen Qualitätsstandard ausweisen können. Wichtig ist auch, dass Angestellte der allgemeinen Sicherheitsfirmen keine Ordnungsbussen einziehen können. Aber das wird dieser Rat im Herbst dann beim Übertretungsgesetz regeln können.

Karl **Nussbaumer** weist darauf hin, dass mit einem Konkordat zwar auch in diesem Fall eine Bundeslösung verhindert werden kann. Das wuchtige Nein des Schwyzer Kantonsrats zu diesem Konkordat hat für dieses Geschäft jedoch weitreichende Folgen. Würde Zug diesem Konkordat beitreten und von den Sicherheitsfirmen fortan ein aufwendiges und teures Prüfungsverfahren verlangen, könnten sich vermehrt Sicherheitsfirmen in Schwyz ansiedeln und von dort aus auch in den Kanton Zug kostengünstige Dienstleistungen anbieten. Dazu kommt, dass sich der Staat nicht in den privaten Wettbewerb einmischen darf. Eine auf drei Jahre befristete Bewilligungspflicht hätte jedoch genau das zur Folge. Im Kanton Zug gab es bislang in diesem Bereich keine Probleme, und es macht deshalb überhaupt keinen Sinn, diesen Markt neu zu regulieren. Die SVP-Fraktion ist deshalb für Nichteintreten.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AGF dieses Konkordat unterstützt. Ein Ja erhöht die Sicherheit der Bevölkerung und mindert den Bürokratieaufwand für das Gewerbe, für die betroffene Branche. Die Fraktionschefs haben ein Schreiben des Branchenverbands der Sicherheitsdienstleister (VSSU) erhalten. Der VSSU, in dem wirklich 90 % aller Sicherheitsdienstleistungsfirmen vertreten sind, setzt sich klar *für* das Konkordat ein. Dies mit sachlich nachvollziehbaren Argumenten. Deshalb erstaunt es, dass die Gewerbevertreter hier teils gegen den Branchenverband argumentieren.
Zur Sicherheit. Die Branche wie auch der Kanton Zug und die Bevölkerung haben ein hohes Interesse, dass private Sicherheitsdienstleistungen eine gute Qualität aufweisen. Alle Bürgerinnen treffen in ihrem Alltag auf uniformierte Angestellte von

Sicherheitsfirmen, die nicht selten verschiedene Arten von Bewaffnung auf sich tragen. Darum müssen schweizweit adäquate Qualitätsstandards für Sicherheitsfirmen und -mitarbeitende gelten, damit eben nicht, wie der Verband selbst schreibt, «der Bock zum Gärtner gemacht wird» und unsere Sicherheit durch ungeeignetes Sicherheitspersonal gemindert wird. Als Bürger darf man erwarten, dass der Staat gewisse Regeln aufstellt in diesem hochsensiblen Bereich – mehr noch als anderswo. Auch die Branche selbst betont, dass sie sich so einen guten Ruf erwerben will und schwarze Schafe aussortiert werden. Der Verband schreibt, dass heute für jeden Mitarbeiter in allen Kantonen einzeln Einsatzbewilligungen einzuholen sind. Das bedeute, dass «600 Unternehmen und 16'000 Sicherheitsangestellte 12'000 Betriebs- und 320'000 Einsatzbewilligungen alle drei bis vier Jahre einholen müssen». Die Unternehmen müssen also 20-mal eine Gebühr für ein und denselben Zweck entrichten. Mit einer einheitlichen und gesamtschweizerisch gültigen Akkreditierung von Sicherheitsunternehmen und ihren Mitarbeitenden können dieser Aufwand substanziell gesenkt werden.
Geschätzte FDP und SVP: Helfen Sie doch wenigstens mal hier mit, weniger Bürokratie für das Gewerbe durchzusetzen!

Barbara **Gysel** hält fest, dass die SP es grundsätzlich ablehnt, dass hoheitliche Polizeiaufgaben an private Firmen übertragen werden. Auch der Bundesrat hat in seinem Bericht zu den privaten Sicherheits- und Militärfirmen im Jahr 2005 klar festgestellt: «Das staatliche Gewaltmonopol bildet zweifellos den Kern der staatlichen Sicherheitsverfassung». Aus sozialdemokratischer Sicht ist die seit längerem zu beobachtende schleichende Privatisierung der Sicherheit in verschiedenen Bereichen nicht akzeptierbar.
Aus diesem generellen Grundsatz leiten wir ab, dass bei diesem Konkordat das Höchstmögliche unternommen werden soll, um wenigstens überregional eine gute Qualität plus die Vereinheitlichung der Bewilligungspraxis von privaten Sicherheitsdienstleistenden und deren Angestellten zu fördern. Gerade weil bei uns im Kanton bisher keinerlei Vorschriften an Unternehmen und ihre Angestellten bestanden, ist der Beitritt zum Konkordat das Mindeste, wenn wir schon keine Bundeslösung haben.
Die Stawiko schreibt in ihrem Bericht zu Recht, dass private Sicherheitsfirmen teilweise in die Grundrechte von Betroffenen eingreifen. Gerade bei solchen sensiblen polizeiähnlichen Aufgaben, die von Privaten wahrgenommen werden, ist eine gute Aus- und Weiterbildung absolut zentral. Der Beitritt zum Konkordat kann also als Gelegenheit genutzt werden, um überregional die Qualitätsanforderungen an die Sicherheitsbranche zu erhöhen. Die SP begrüsst ebenso ausdrücklich, dass mindestens eine überregionale Vereinheitlichung der Zulassungsvorschriften erfolgt. Auf mehrere Fehlannahmen hat der VSSU glaubwürdige Entgegnungen erbracht, weshalb hier nicht weiter drauf eingegangen wird.
Die SP-Fraktion unterstützt das Eintreten auf die Vorlage einstimmig und wird dem Beitritt zum Konkordat und der Änderung des Polizeigesetzes zustimmen.

Maja **Dübendorfer Christen** gesteht, dass sie Befürworterin dieses Konkordats ist – dies ist somit so etwas wie ein Minderheitsbericht. Mit dem Beitritt zu diesem Konkordat bekommen wir die Möglichkeit, den Betrieb eines Sicherheitsdienstleistungsbetriebs bewilligungspflichtig zu machen, und zwar in der gesamten Deutschschweiz mit denselben Kriterien und Anforderungen. Die Forderung oder der Wunsch, dass der Verband dies regeln soll, ist eine Illusion. Die seriösen Anbieter

sind bereits im Verband organisiert, welcher dieses Konkordat ausdrücklich wünscht. Die schwarzen Schafe der Branche aber treten dem Verband gar nicht erst bei, denn der kann keine Beitritts-Verpflichtung formulieren. Eine Betriebsbewilligung aber, gestützt auf ein Konkordat z.B., macht dagegen viel mehr Sinn. Mehr Sinn sogar noch, als 18 kantonale und darum verschiedene Bewilligungsgrundlagen, welche wiederum Schlupflöcher bieten werden. Eine Bundeslösung ist nicht in Sicht.
Die Ablehnung im Kanton Schwyz und die damit verbundene Angst, die dubiosen Anbieter operierten schlussendlich sowieso alle von Schwyz aus, darf hier kein Argument sein. Unterstützen Sie diese Konkordatslösung, um seriöse private Sicherheitsdienste zu stärken, welche in einem heiklen Bereich qualifizierte Arbeit leisten.

Ivo **Hunn** hält fest, dass die GLP für Eintreten ist und der Vorlage zustimmt. Wir sind der Überzeugung, dass die vorliegende Regulierung massvoll ist und zudem vom VSSU unterstützt und gefordert wird. Dies insbesondere, um die zum Teil stark divergierenden kantonalen Regelungen zu vereinheitlichen, um Missbräuche zu verhindern. Mit dem Konkordat können wir verhindern, dass absolut ungelernte, allenfalls vorbestrafte Personen – gestützt auf das Freizügigkeitsabkommen auch Angehörige aus den EU-Staaten – im Kanton Zug im Sicherheitsbereich tätig sind. Sodann dürfen wir gerade in diesem sensiblen Bereich, in welchem es regelmässig zu Berührungen mit den Grundrechten kommt, nicht vergessen, wen wir mit diesem Konkordat schützen wollen: Die Zuger Bevölkerung, die Zuger Jugendlichen, welche im Ausgang regelmässig mit Sicherheitspersonal in Verbindung kommen. Die Branche erachtet den Aufwand, den das Konkordat mit sich bringt, im Vergleich zu den heute geltenden, kantonal sehr unterschiedlichen Regelungen, nicht als Belastung, sondern als Erleichterung! Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Pirmin **Frei** weist vorab darauf hin, dass er mit diesem Verband nichts zu tun hat. – Die Regierung schlägt vor, dem Konkordat für Sicherheitsdienstleistungen beizutreten. Wir haben Argumente dafür und dagegen gelesen und gehört. Als Verfechter eines schlanken Staats, in dem der Wettbewerb spielen soll, und als jemand, der nicht schon deshalb nach dem Gesetzgeber ruft, weil irgendeinmal tatsächlich ein schwarzes Schaf im Kanton Zug auftauchen könnte, würde der Votant einem kantonalen Gesetz mit dem Inhalt des vorliegenden Konkordats zum heutigen Zeitpunkt wohl nicht zustimmen können. Heute stellt sich diese Frage aber nicht, es geht darum, ob wir einem Konkordat beitreten sollen, das auf dem Weg ist, in weiten Teilen der Schweiz Gültigkeit zu erlangen.
Private Sicherheitsdienstleistungen scheinen zunehmend gefragt zu sein. Das hat auch mit dem individuellen Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger zu tun. Offenbar fühlen sich viele Leute sicherer, wenn sie ein Zwei-Meter-Muskelpaket mit Pfefferspray, Schlagring und Kampfhund in ihrer Nähe wissen – er kann noch so dubios sein. Dies hat offensichtlich schon verschiedene Kantone bewogen, entweder einem bestehenden Konkordat beizutreten oder eine eigene Lösung zu schaffen. Ist ein solcher Trend zu spüren, so haben wir als Gesetzgeber drei Varianten: Abwarten, eine eigene Gesetzesgrundlage schaffen oder, falls vorhanden, einem Konkordat beizutreten. Wenn wir abwarten, gewinnen wir Zeit, aber sonst nichts, früher oder später – aber hoffentlich nicht zu spät – müssen wir etwas tun. Lieber eine kantonale Lösung, die auf ein Jahr kündbar ist, als eine Bundeslösung.

Wir können eine eigene Grundlage schaffen. Das ist denkbar, auf unsere spezifischen Verhältnisse abstimmbar, aber aufwändig. Oder wir können einem Konkordat beitreten. Bei einem eher technischen Thema wie dem vorliegenden, ist der Souveränitätsverlust klein, es ist effizient. Es wäre eine elegante Lösung, zum heutigen Zeitpunkt diesen Weg einzuschlagen.
Abschliessend noch zwei Bemerkungen, die erste beruht auf der persönlichen militärischen Erfahrung Pirmin Freis. Die Armee schützt seit vielen Jahren ausländische Botschaften oder unterstützt die zivilen Behörden bei der Durchführung von Anlässen mit sicherheitsrelevantem Gefahrenpotenzial. Bevor jemand auch nur in die Nähe eines Kontrollpostens kommt, finden Leumundsprüfungen und spezifischen Ausbildung statt. Zu Recht, weil die Eskalation eines Konflikts, der meist mit einem harmlosen Wortgefecht beginnt, nicht verantwortbar wäre. Wir tun gut daran, dieselben Standards auch im zivilen Bereich anzuwenden. Und denken Sie daran, es geht nicht um Eingangskontrollen an einem Schwing- oder Jodlerfest, sondern darum, an kritischen Orten solche Sicherheitsdienstleistungen zu stellen.
Im Bericht der Konkordatskommission wird die Rolle des Branchenverbands kritisch betrachtet. Man unterstellt ihm Eigeninteressen. Was ist daran so verwerflich, mit Schulungen Geld zu verdienen? Ausbildungen, die von Branchenverbänden getragen werden, sind privatwirtschaftlich höchst begrüssenswert, weil die Verbandsmitglieder, allesamt private Unternehmen, und nicht der Staat, bestimmen, was Gegenstand und Inhalt der Schulungen ist. Das führt zu schlanken Lösungen und genau das wollen wir. Pirmin Frei empfiehlt dem Rat, diesem Konkordat beizutreten.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** möchte nicht wiederholen, was bereits gesagt wurde, aber doch kurz einige Ausführungen dazu machen. Wenn jeder Kanton eine andere Regelung hat und diese dann für alle Beteiligten zu mehr Nach- als Vorteilen führen, sind ja gerade die Konkordate dazu da, gute Lösungen zu finden. Man muss auch keine Angst haben vor einem Abbau des Föderalismus, der Zuständigkeit der Kantone. Gerade im Bereich Sicherheit sind die Kantone allein zuständig. Darum wollen wir eben auch keine Bundeslösung. Es sind zwei Motionen hängig beim Bund, die zurückgestellt worden sind, weil in den Kantonen nun dieses Verfahren läuft. Wenn die Kantone keine Lösung herbeiführen können, besteht die Gefahr, dass der Bund hier regelt.
Es wurde auch gesagt, der VSSU warte schon seit bald zehn Jahren auf eine solche Lösung. Vor allem deshalb, weil wir verschiedene Regelungen haben. Und diese Unternehmen – ca. 600 mit 12'000 Angestellten – müssen Tausende von Gesuchen und Bewilligungen einholen, bis dieses Verfahren endlich vereinheitlicht werden kann. Das bringt massiv weniger Aufwand für die einzelnen Unternehmen und auch tiefere Kosten. Der Kanton Zug hat jetzt keine Regelung und es wird etwas mehr Aufwand geben für die Koordination im Verwaltungsbereich. Aber dieser ist kostenneutral.
Der Sicherheitsdirektor dankt der Konkordatskommission für die intensive Beratung und die Zustimmung. Diese Fragen wurden dort auch diskutiert. Aber was jetzt heute nicht gesagt wurde, ist eine ganz entscheidende Frage. Beat Villiger möchte vor allem an die gewerbe- und wirtschaftsfreundlichen unter Ihnen appellieren, vor allem in der SVP und FDP. Wenn wir das Konkordat nicht annehmen, bieten wir den Zuger Unternehmen, die im Sicherheitsbereich tätig sind, auch keine Möglichkeit, sich hier akkreditieren zu können. Was wollen sie dann machen? Wenn sie hier gute Arbeit verrichten und mit einem Zertifikat auf ihrer Homepage präsentieren wollen, haben wir keine gesetzliche Möglichkeit für eine solche Regelung. Es

könnte dann auf der Homepage heissen: Mit Sitz in Zug, zertifiziert durch den Kanton Zürich. Vor allem auch mit Bezug auf Gespräche mit solchen Unternehmen bittet der Votant, für den Kanton Zug eine solche Regelung zu schaffen. Es wurde gesagt, man müsse dann bei einem Grümpelturnier zertifizierte Leute anstellen. Das ist überhaupt nicht so, es steht auch in der Vorlage. Wenn die Feuerwehr oder der Musikverein einen Anlass durchführen und eigene Leute die Kontrollfunktion wahrnehmen, so ist das möglich und man muss keine zertifizierten Leute anstellen. Es geht mehr in den Bereich der Professionalität, wenn das tagtäglich in einer Disco oder so stattfindet. Wir müssen eben auch sehen, dass solche Leute letztlich auch mit Hunden und Waffen ausgerüstet sind. Da haben die Polizisten eine lange Ausbildung und wir müssen doch zustimmen, wenn es auch nur eine kleine Ausbildung ist, die stattfindet. Die polizeiliche Tätigkeit erfährt keine Änderung, das Gewaltmonopol bleibt beim Staat und die klare Trennung zwischen polizeilichen Aufgaben und jenen von Sicherheitsunternehmen wird hier nicht tangiert. Bitte stimmen Sie dieser Regelung zu.
Noch ein Wort zu Alice Landtwing. Sie sagt, es störe sie, weil die KKJPD-Instanz hier solche Regelungen treffen wolle. Aber es ist immer so, dass diese Fachdirektoren-Konferenzen in Zusammenarbeitsfragen diese Arbeit ausführen und über solche Konferenzen die Kantone bedienen. Aber zuständig für das Ja oder Nein sind letztlich die Kantone bei Konkordaten. Das ist keine neue Staatsebene, die hier tätig ist.
Der Sicherheitsdirektor ist überzeugt davon, dass wenn wir hier keine Regelung treffen, nichts für die Zukunft haben. Es ist auch kein gutes Zeichen vom Kanton Zug gegen aussen. Auch internationale Dienstleistungen wie Söldnerfirmen, die von Zug aus gemacht werden, werden einer Bundesregelung unterworfen. Da war der Kanton Zug letztes Jahr auch in den Medien. Wir können in diesem Bereich nur mit diesem Konkordat eine Verbesserung erreichen.

➔ Der Rat beschliesst mit 36:30, nicht auf die Vorlage einzutreten.

470 Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag für den Erweiterungsbau Malerei/Ablaugerei in der Sicherheitszone der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in Menzingen

Traktandum 13 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2109.1/.2 – 13976/77), der Kommission für Hochbauten (Nr. 2109.3 – 14055) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2109.4 – 14056).

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass, würde man den Bostadel heute bauen, die Arbeitsplätze ein selbstverständlicher Teil des Projekts wären. Vor 35 Jahren war es hingegen noch möglich, Arbeitsplätze auch ausserhalb des Sicherheitsbereichs zu betreiben. Egal wie man diese Entwicklung bewertet, sind wir verpflichtet, genügend Arbeitsplätze für die Gefangenen anzubieten. Das Ergebnis der Beratungen unserer Kommission lässt sich wie folgt zusammenfassen:
- Die Verlegung der Arbeitsplätze der Malerei/Ablaugerei aus Sicherheitsüberlegungen ist unter den aktuellen Rahmenbedingungen zwingend. Das Fluchtrisiko muss reduziert werden.

- Die Strafanstalt ist verpflichtet, genügend und den Richtlinien des Bundes entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Dies kann mit dem Neubau erreicht werden.
- Die Führung einer Ablaugerei/Malerei hat sich bewährt und besetzt eine für Einzelkunden wie regionales Gewerbe sinnvolle Nische. Von daher ist auch längerfristig eine vernünftige Rentabilität und Wirtschaftlichkeit zu erwarten.
- Bedingt durch den hohen Sicherheitsstandard sind auch die Kosten sehr hoch.

Die Kommission für Hochbauten beantragt dem Kantonsrat mit 9:5 Stimmen ohne Enthaltung, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Dieser Antrag wird auch von der SP-Fraktion unterstützt.
In der Zwischenzeit hat übrigens der Grosse Rat der Stadt Basel dem Baukredit zugestimmt.

Gregor **Kupper** verweist auf den Bericht. Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung.

Beat **Wyss** liest das Votum von Frowin Betschart, der entschuldigt abwesend ist. – Das Geschäft mit Gefangenen ist nicht einfach. Die Produktionsbereiche sind beschränkt, der Arbeitsplatz muss, unserer Sicherheit willen, gut geschützt sein und die Arbeitnehmenden haben besondere Bedürfnisse. Hinzu kommt, dass man sich die Mitarbeiter nicht aussuchen kann.
Dass im Bostadel die Arbeit mit den Inhaftierten sehr kompetent und professionell erledigt wird, ist in der Vorlage ersichtlich und die Kommission konnte sich davon überzeugen. Den Mitarbeitenden und der Leitung des Bostadels gebührt für diese wichtige Arbeit unser Dank.
Die CVP Fraktion unterstützt die Vorlage für den Erweiterungsneubau der Malerei/Ablaugerei grossmehrheitlich und ist für Eintreten. In der Detailberatung werden wir keine Anträge stellen.
Der Kanton Basel-Stadt hat am 9. Mai 2012 dem Beschluss einstimmig zugestimmt und den Betrag von rund 2,9 Mio. Franken zuhanden des Bostadels genehmigt. Die Referendumsfrist ist vor rund vier Tagen abgelaufen! Dem Ausbau auf die vom Bund vorgegebene Quadratmeterzahl an Arbeitsplatzfläche und der Freigabe entsprechender Bundesbeiträge fehlt nur noch die Zustimmung unseres Rats.
Aus Sicht der CVP-Fraktion ist eine Konkurrenzierung für Gewerbebetriebe durch den Bostadel nicht gegeben. Zumal es sich bei Ablaugerei und Malerei um deutliche Nischenarbeit handelt. Dieser wirtschaftlich erfolgreiche Geschäftsteil soll dem Bostadel und seinen Insassen weiterhin erhalten bleiben. Ob mit der geplanten Unterschreitung des Waldabstands in Bezug auf andere Bauherren nicht ein Präjudiz geschaffen wird, löste einige Diskussionen aus. Mehr Klarheit wäre hier wünschenswert.
Ein allfälliges Fluchtrisiko kann nur mit dieser Erweiterung minimiert werden. Es steht heute in unserer Verantwortung, den innerbetrieblichen, wirtschaftlichen und insbesondere sicherheitsrelevanten Fortschritt der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel voranzutreiben. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, die Vorlage zu unterstützen.

Alice **Landtwing** hält fest, dass die FDP-Fraktion diese Vorlage vertieft diskutiert hat, z.B. den sehr teuren Erweiterungsbau, die hohen Auflagen bezüglich Umwelt- und Gewässerschutz, den Waldabstand, die Architektenverpflichtung, die Konkur-

renz der privaten Betriebe oder die Frage, ob die Ablaugerei überhaupt eine Zukunft habe, da es immer weniger Fensterläden gebe.
Aufgrund des erhöhten Sicherheitsbedürfnisses der Bevölkerung finden sich kaum mehr genügend geeignete Gefangene, die ausserhalb der Anstaltsmauern eingesetzt werden können. Die Ablaugerei ist jedoch ausserhalb der Strafanstalt in einer nahen Scheune gelegen.
Laut des regierungsrätlichen Berichtes ist die Malerei/Ablaugerei in Erfolgsmodell mit einer hohen Wertschöpfung. Sie erzielte 2009 einen Bruttoertrag von über 700'000 Franken und 2010 immerhin fast eine halbe Million Franken. Jedes Jahr würden bis zu 3500 Fensterläden in mehreren Arbeitschritten, die sich nicht automatisieren lassen, restauriert.
Auch andere Malerbetriebe in der Umgebung würden zur Stammkundschaft gehören. Ausserdem sei die Malerei/Ablaugerei der Strafanstalt Bostadel seit vielen Jahren Mitglied des Kantonalen Verbands des Zuger Malergewerbes und des Schweizerischen Maler- und Gipserunternehmer-Verbands. Speziell die hohe Qualität der abgelieferten Arbeiten und Termintreue seien vorbildlich.
Aus all diesen Gründen stimmt die Mehrheit der FDP-Fraktion dem Erweiterungsbau Malerei/Ablaugerei in der Sicherheitszone der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu. Sie ist der Ansicht, dass Platz für die gewünschten 18 Arbeitplätze in der Sicherheitszone geschafft werden müsste. Ob jedoch der Erweiterungsbau nur auf die Malerei/Ablaugerei ausgerichtet sein soll, hinterfragen wir.

Daniel **Burch** hält fest, dass die Mehrheit der SVP-Fraktion den Antrag auf Rückweisung stellt. Wir sind nicht gegen den Ausbau, sprich Neubau der Ablaugerei. Dieser Bedarf ist unbestritten. Jedoch unterschreitet der Anbau den gesetzlichen Waldabstand von zwölf Metern. Es ist löblich von der DI, die Bewilligung für die Unterschreitung zu geben. Diese Bewilligung erhält jedoch kein normaler Bürger – oder nun doch? Der Kantonsrat macht Gesetze, darum sollten wir sie auch einhalten, ohne Wenn und Aber. Danke für die Unterstützung der Rückweisung zur Nachbesserung.

Die **Vorsitzende** fragt, ob der Antrag auf Eintreten und spätere Rückweisung lautet. Die Begründung ist der Waldabstand und die Forderung auf Nachbesserung? – Daniel Burch bestätigt das.

Rupan **Sivaganesan** hält sich kurz, das Wesentliche wurde bereits gesagt. – Stellen Sie sich den Austritt eines Insassen aus der Strafanstalt vor. Wenn eine Person nach zehn Jahren entlassen wird, sollte sie die Möglichkeit haben, im ersten Arbeitsmarkt wiedereinzusteigen. Ansonsten droht möglicherweise die Anmeldung beim Sozialamt.
Das würde nicht nur dem Resozialisierungsgedanken im heutigen Strafrecht widersprechen. Es ist auch mit Kosten verbunden – für den früheren Insassen, der dadurch eine neue Enttäuschung und Demotivation erlebt. Aber auch für die Gesellschaft, wenn dann nur noch der Weg zum Sozialamt bleibt.
Um die spätere Arbeitsintegration der Insassen besser zu erreichen, scheint es unserer Fraktion zentral, dass die Insassen während ihres Aufenthaltes beruflich gefördert und weitergebildet werden. Wir begrüssen daher den Investitionsbeitrag für den Erweiterungsbau durch den Kanton. Die AGF ist für Eintreten und stimmt der Vorlage zu.

Monika **Barmet** hat keine Interessenbindung offenzulegen, ausser dass sie Menzinger Kantonsrätin ist und die Strafanstalt im Gemeindegebiet liegt. Sie ist aber vor allem daran interessiert, konstruktive Lösungen umzusetzen. Sie setzt sich
somit für sinnvolle Strukturen ein, die das Sicherheitsbedürfnis der Angestellten und der Gesellschaft im Gefängnisalltag berücksichtigen. Es ist wichtig, dass diese Arbeitsplätze optimal genutzt werden können und vor allem das Angebot bestehen bleibt. Die Ablaugerei ist keine Konkurrenz im Raum Zentralschweiz. Im Gegenteil, sie wird selbst von den Malerbetrieben genutzt. Die Votantin sieht keine Konkurrenzierung, sondern eine gute Ergänzung. Die Arbeitsplätze sind wichtige Angebote im Strafvollzug. Es braucht die Anpassungen auch für das Betreuungspersonal. Sie verdienen eine respektvolle Haltung. Die Votantin bittet den Rat dringend, den Rückweisungsantrag der SVP abzulehnen. Es gibt wenige Möglichkeiten, einen Erweiterungsbau auf diesem Areal umzusetzen.

André **Wicki** hat mit Interesse den Bericht und Antrag der Kommission für Hochbauten gelesen, besonders auf S. 5, wo es heisst: «Die Direktion des Innern gibt ihre Zustimmung zur Unterschreitung des minimalen Waldabstands in Aussicht». Das ist sehr löblich und pragmatisch. Er hofft und erwartet eigentlich von der Direktion des Innern, dass auch bei anderen Geschäften dieser Pragmatismus zur Anwendung kommt.

Eusebius **Spescha** hält fest, dass diese Frage des Waldabstands die Kommission tatsächlich sehr interessiert und beschäftigt hat. Und sie hat ja auch gefordert, dass diese Beurteilung der Direktion des Innern vorgelegt wird, bevor dieses Geschäft in den Kantonsrat kommt. Jetzt ist diese Beurteilung erfolgt und zwar nach den Massstäben des Gesetzes. Sie ist positiv ausgefallen. Es macht jetzt wenig Sinn, darauf wieder irgendetwas aufzubauen, das dann gegen die Vorlage sprechen könnte. Es ist die Pflicht der DI oder der zuständigen Personen beim Forstamt, dies nach den Vorgaben des Gesetzes zu beurteilen und zu schauen, ob da nun tatsächlich eine Ausnahmebestimmung vorliegt.
Wir kommen wohl nicht darum herum zu akzeptieren, dass die Situation für die einzige derartige Strafanstalt, die wir auf unserem Kantonsgebiet haben, im öffentlichen Interesse liegt und in ein Konkordat eingebunden ist, möglicherweise ein wenig anders zu beurteilen ist als das Einzelinteresse bei einem privaten Bauvorhaben. Da muss die Interessenabwägung schon auch noch andere Überlegungen einbeziehen. Wenn Sie das Projekt dieses Erweiterungsbaus anschauen, sehen Sie relativ schnell, dass wenn man es im Areal des Sicherheitsbereichs machen will, dies die einzige Möglichkeit ist, das umzusetzen. Und wenn man genügend grosse Flächen schaffen will, muss man diese Unterschreitung des Waldabstands um 2 Meter durch die Sicherheitsmauer in Kauf nehmen. Theoretisch gäbe es tatsächlich eine andere Lösung. Man könnte nämlich auf der anderen Seite der Strasse einen Neubau erstellen und ihn mit Sicherheitseinrichtungen umfassen. Das würde garantiert nochmals 50 bis 100 % teurer werden bei der Investition. Und es würde garantiert im Betrieb nochmals deutlich teurer werden, weil es dann eben zusätzliches Personal braucht. Dass also hier die Interessenabwägung für den Bostadel erfolgt ist, ist kein besonderes Entgegenkommen der Öffentlichen Hand, sondern entspricht dieser speziellen Situation mit dieser speziellen Fragestellung.

Sicherheitsdirektor Beat **Villiger** betont, dass diese Vorlage zu eindeutig mehr Sicherheit und mehr Arbeitsfläche im Strafvollzug im Bostadel führt. Und diese Forderung besteht schon seit Jahren.
Die SVP fordert Rückweisung, weil hier die Unterschreitung des Waldabstands möglich ist. Es wird argumentiert, dass der Staat eher zu einer Unterschreitung komme als Private. Dem ist aber nicht so. Wir haben im Kanton Zug einen Waldabstand von 12 Metern. Wenn man diesen unterschreiten will, braucht es Abklärungen. Man muss schauen, ob man das Baufeld verlegen oder andere Massnahmen treffen kann, damit eine Unterschreitung nicht nötig wird. Aber wenn wir hier diesen Waldabstand nicht bekommen, können wir diesen Bau auch nicht realisieren. Das ist im vorliegenden Gesuch entscheidend. Insofern hat die DI hier auch eine Ausnahmebewilligung in Aussicht gestellt. Definitiv ist diese noch nicht vorhanden. Sie wird dann im Rahmen des offiziellen Baugesuchverfahrens abgehandelt. Bitte stimmen Sie deshalb dem Antrag von Regierung, Kommission und Stawiko zu!

EINTRETEN ist unbestritten.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP auf Rückweisung der Vorlage mit 44:20 Stimmen ab.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 2109.5 – 14113 enthalten.

471 Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts

Traktandum 14 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Verwaltungsgerichts (Nrn. 2118.1/.2 – 14001/02) und der Erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 2118.3 – 14091).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung gemäss Gesetz vom Verwaltungsgericht erlassen, vom Kantonsrat hingegen als Ganzes gemäss § 56 Abs. 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes genehmigt oder nicht genehmigt wird. Es erfolgt deshalb keine Detailberatung im üblichen Sinn. – Es liegt kein Bericht der Stawiko vor, weil dieses Geschäft keine finanziellen Auswirkungen hat. Wir fassen Eintreten und Genehmigung zusammen.

Adrian **Andermatt** verweist grundsätzlich auf den Bericht und Antrag der Erweiterten JPK vom 18. April 2012. Sie hat die Vorlage an der Sitzung vom 18. April beraten. Die Beratung wurde von Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald und Generalsekretär Aldo Elsener geführt. Schlussendlich geht es hier darum, dass die Geschäftsordnung den neuen Realitäten angepasst werden muss. Es ist das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, welches auf den 1. Januar 2013 in Kraft treten wird. Es geht darum, die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts als Aufsichtsbe-

hörde im Bereich der Schätzungskommission den gesetzlichen Realitäten anzupassen. Weiter geht es auch darum, die Einzelrichterkompetenz im Gebiet des Ausländerrechts sowie die Möglichkeit für Nichteintreten bei Beschwerden – soweit die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind – zu schaffen. Die Erweiterte JPK hat einstimmig entschieden, auf das Geschäft einzutreten. Sie hat mit 13:0 Stimmen bei zwei Abwesenheiten – also einstimmig – der Vorlage zugestimmt. Sie beantragt, auf das Geschäft einzutreten und ihm zuzustimmen.

Verwaltungsgerichtspräsident Peter **Bellwald** weist darauf hin, dass mit der heute vorliegenden kleinen Teilrevision der Geschäftsordnung vorrangig zwei Ziele erreicht werden sollen. Einerseits wollen wir Klarheit schaffen, in welcher Besetzung das Gericht im Bereich Ausländerrecht über Zwangsmassnahmen im weiteren Sinn zu befinden hat. Gemeint sind Wegweisungen, Ein- und Ausgrenzungen sowie Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft.
Anderseits wollen wir uns organisatorisch gut auf die zu erwartende Mehrbelastung durch die Entscheide der neu geschaffenen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde einstellen. Daneben haben wir einige kleinere Anpassungen vorgenommen, die der Votant aber mit Ausnahme der neuen Aufsicht über die Schätzungskommission nicht erwähnen möchte. Weil das Verwaltungsgericht nur alle zwei Jahre einen Rechenschaftsbericht zuhanden des Kantonsrats erstatten muss oder darf, möchte Peter Bellwald den Rat noch kurz davon in Kenntnis setzen, dass wir unsere Geschäftslast zurzeit recht gut im Griff haben und die uns vorgelegten Beschwerden und Rekurse zeitgerecht erledigen können. Wir haben die Erweiterte Justizprüfungskommission am 18. April 2012 detailliert informiert. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese Änderung unserer Geschäftsordnung genehmigen könnten.

➔ Der Rat genehmigt die Änderung der Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts.

472 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Zusatzkredits für die Erarbeitung des Generellen Projekts des Stadttunnels Zug

Traktandum 15 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 2130.1/.2 – 14031/32), der Kommission (Nr. 2130.3 – 14072) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 2130.4 – 14073).

Daniel Thomas **Burch**: Weshalb gelangt die Regierung wenige Wochen nach der Zustimmung zum Objektkredit für die Erstellung des Generellen Projekts des Stadttunnels Zug in der Höhe von 3,4 Mio. Franken mit einem zusätzlichen Begehren für einen Kredit von 1,5 Millionen wieder an den Kantonsrat? Hätte man anlässlich der Beratung des Kreditbegehrens am 23. Februar 2012 nicht schon wissen müssen, dass die 3,4 Mio. Franken nicht ausreichen werden? Das war die zentrale Frage in der Kommission.
Die Baudirektion konnte uns glaubhaft aufzeigen, dass zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar war, dass die Kosten für die Erarbeitung des Generellen Projekts höher ausfallen würden. Die Mehrkosten sind im Wesentlichen auf den enormen Zeitdruck zurückzuführen. Um zu verhindern, dass die Bauzonen auslaufen, muss bis September 2012 die Baulinie aufgelegt werden können. Gelingt dies nicht, kann

das entsprechende Gebiet von den Eigentümern nach freiem Willen genutzt werden.
So unangenehm dieses Zusatzkreditbegehren auch ist, so konnten wir in der Kommission doch feststellen, dass die Baudirektion ein effizientes Kostencontrolling durchführt und rechtzeitig und transparent informiert. Dass der Kredit nicht ausreichen wird, wurde erkannt, bevor er ausgeschöpft war. Von den bewilligten 3,4 Mio. Franken wurden bis anfangs Mai, bis zu unserer Sitzung, erst rund 1,4 Mio. Franken ausgegeben.
Der Mehraufwand ist plausibel und nachvollziehbar ausgewiesen. Insbesondere die dreifach so hohen Kosten bei der Position «Bauherrenunterstützung/Controlling» sowie die doppelt so hohen Kosten für die Verkehrsplanung.
Zusätzlich durchgeführte geologische Untersuchungen sowie Abklärungen zur SBB-Unterführung dienen der Qualitätsverbesserung des Projekts. Dies bewirkt, dass offene Fragen und Themen bereits heute abgehandelt werden können und nicht erst dann, wenn das Generelle Projekt vorliegt. Die zusätzlichen Untersuchungen wurden teilweise aufgrund des breit abgestützten Mitwirkungsverfahrens ausgelöst.
Das Projekt weist einen wesentlich höheren Detaillierungsgrad auf, als das üblicherweise für ein Generelles Projekt nötig ist. Der höhere Detaillierungsgrad wird die Akzeptanz dieses Projekts verbessern und die Kostengenauigkeit erhöhen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erhalten dadurch eine Vorlage, die ihnen erlauben wird, sich ein umfassendes Urteil zu bilden und entsprechend abzustimmen.
Die Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und den Zusatzkredit von 1,55 Mio. Franken zu bewilligen. – Dies ist auch im Sinne der FDP.

Gregor **Kupper** verweist auf den Bericht. Die Stawiko ist für Eintreten auf und Zustimmung zur redaktionell ergänzten Fassung der Stawiko.

Pirmin **Frei** weist darauf hin, dass wir jene nicht mögen, die dann, wenn die Stimmung gut ist, alles schön rund läuft und man sich gegenseitig auf die Schultern klopft, den Finger hochhalten und zu Vorsicht und Vernunft gemahnen. Wir nennen sie Bedenkenträger oder – je nach Euphorisierungsgrad – auch Partykiller oder gar Miesepeter. Ein solcher wollen der Votant und die CVP bei diesem Geschäft nicht sein. Die Mehrheit der Fraktion hat sich aber an der Fraktionssitzung beim Eintreten und der Schlussabstimmung der Stimme enthalten.
Das vorliegende Stadttunnel-Projekt, das Generationen vor uns gerne hätten realisieren wollen, kann durchaus Party-Stimmung auslösen – keine Frage. Wir haben im Februar einem Objektkredit zugestimmt und wir alle freuen uns schon heute darauf, einmal durch diesen Tunnel fahren zu können.
Nun, wenn wir den Blick über diese Vorlage hinaus werfen, so erleben wir eigentlich seit einigen Jahren bei jeder Vorlage, die aus der Baudirektion kommt, Partystimmung. Die Vorlagen kommen prompt und in hoher Kadenz – der Verwaltung sei Dank! Viele Projekte lagen lange in den Schubladen der Vorgänger des heutigen Baudirektors. Dieser hat sie rausgeholt, entstaubt und aufs politische Tablett gebracht – der Respekt sei ihm gewiss!
Der Baudirektor wird anschliessend von hier oben nochmals darlegen, warum und wieso man nur drei Monate nach dem ersten Kredit einen Zusatzkredit von fast 50 % benötigt. Der Präsident der Tiefbaukommission hat ihm soeben das Feld

wunderbar vorbereitet. Bald werden wir vom Sprecher der SVP hören, wie richtig es sei, Geld fürs Bauen auszugeben, dies sei ja nur schon deshalb gut, weil das Geld ja der Wirtschaft zugute komme. Staatliche Wirtschaftsförderung! Für die Feststimmung braucht es dann lediglich noch den regierungsrätlichen Vertrauensappell.
Aber: Haben uns die Bürgerinnen und Bürger hierhin delegiert, um Vorlagen der Regierung oder einer Direktion kurz anzuschauen, einem «gewisses Unbehagen» – so heisst es im Kommissionsbericht – Ausdruck zu geben, und dann wieder einpaar Milliönchen – in diesem Fall 1,5, beim Zusatzkredit für die energetischen Massnahmen 10, beim Verwaltungsgebäude 30 – durchzuwinken?
Dem Bericht der Tiefbaukommission entnimmt Pirmin Frei – abgesehen vom «gewissen Unbehagen» – keine einzige kritische Bemerkung zu den Erklärungen des Baudirektors, die notabene nicht überprüfbar sind. Gott sei Dank gab es noch ein kritisches Stawiko-Mitglied, das den Mut aufbrachte, gegen diesen Zusatzkredit zu sein, wahrscheinlich, weil es ihm schlicht zu dürftig ist, vom Baudirektor zu hören, dass bei einem Nein zum Zusatzkredit es zu «markanten zeitlichen Verzögerungen» kommen werde. Was heisst denn «markant» für diese Projektphase und was heisst es für das ganze Projekt?
Dürfen wir es wirklich durchgehen lassen, dass die Regierung feststellen kann, bei der Dimension des «so grossen» Projekts könne die Baudirektion selber die Kapazitäten nicht aufbringen, man müsse deshalb deutlich mehr Bauherrenunterstützung haben, nachdem man unablässig darauf hingewiesen hat, dass das der Stadttunnel das bisher grösste Strassenbauprojekt des Kantons Zug sei. Dürfen wir wirklich nicht eine Prise mehr Verlässlichkeit in der Budgetierung verlangen?
Gemäss Stawiko-Bericht hat der Baudirektor versichert, dass dieser Kredit bis zum Abschluss des aktuellen Strassenbauprogramms Ende 2014 ausreichen werde. «Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube», sagte Faust bei Goethe, und das denken viele Mitglieder der CVP-Fraktion bei dieser Vorlage. Lieber als an Goethe hält der Votant sich hier und heute an Friedrich Schillers Willhelm Tell: «Hier vollend ich's, die Gelegenheit ist günstig!»

Moritz **Schmid**: Im Gegensatz zu Heinz Tännler ist es dem Vorgänger, der schon vor 30 oder 35 Jahren am Stadttunnel geplant hat, nicht gelungen, etwas Brauchbares hervorzubringen, ausser 30 Millionen in den Sand zu setzen. Das ist auch Arbeitsbeschaffung.
Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage. Nicht ganz ohne Knurren war die Fraktion für Zustimmung zum Nachtragskredit. Hatte doch der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 23. Februar einen Objektkredit von 3,4 Mio. Franken für die Erarbeitung des Generellen Projekts für den Stadttunnel Zug gesprochen. Und schon vier Monate später stimmen wir über einen zusätzlichen Kredit von 1,55 Mio. Franken ab. Es wurde aber begrüsst, dass der Baudirektor den Nachtragskredit offen kommunizierte, was sicher nicht angenehm ist. Diese 1,55 Mio. Franken hätte man auch mit der Bauabrechnung erledigen können. Um später unangenehme und zusätzliche Mehrkosten verhindern zu können, ist es wichtig, die nötigen Abklärungen vor der eigentlichen Bauphase abschliessen zu können. Darum ist die SVP-Fraktion einstimmig für Eintreten auf diese Vorlage und Zustimmung.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AGF einen Stadttunnel befürwortet. Den Zusatzkredit befürworten wir jedoch grossmehrheitlich nicht. In diesem Sinn

stellen wir einen Antrag auf Nichteintreten. Die Votantin hat an der Sitzung der vorberatenden Kommission noch ja gestimmt. Dies nach einer lebhaften Diskussion, als doch einige der Kommissionsmitglieder das Tempo und den Umstand, wie der Zusatzkredit nun gebracht wurde, in Frage stellten. Im Kommissionsbericht findet Anna Lustenberger allerdings nur noch ganz wenig von diesen kritischen Äusserungen. Und das Abstimmungsergebnis von 14:0 in der Kommission ärgert sie
immer noch. In der Fraktion haben wir diese Vorlage auch intensiv diskutiert. Bei der Schlussabstimmung wird die Fraktion geschlossen gegen diesen Kredit stimmen, und zwar primär aus folgenden Gründen:
• Nach wie vor sind wir der Meinung, dass die erste Kreditvorlage zu früh gekommen ist. Es erstaunt schon, dass der vom Kantonsrat am 23. Februar bewilligte Projektkredit auf erste Gespräche mit Fachleuten wie Ingenieurinnen und Ingenieure sowie Geologinnen und Geologen fusst. Es kann doch nicht sein, dass eine solche Vorlage für ein Jahrhundertbauwerk unter Zeitdruck und so hastig erscheinen muss. Nur schon einen guten Monat später hätte ja vielleicht alles ganz anders ausgesehen. Es wird von einem immensen Projekt gesprochen. Aber gerade darum sei die Frage erlaubt, ob Tatsachen wie Zusatzsitzungen, zusätzliche umfangreichere Abklärungen, zusätzliche Experten usw. nicht absehbar waren und hätten eingeplant werden können. Und hier öffnet die Votantin noch eine Klammer. Sie würde es gut finden, wenn dieses Projekt in einem zweistufigen Verfahren geplant würde.
• In der regierungsrätlichen Vorlage wird von krankheitsbedingten Ausfällen, Ferien, Personalwechsel gesprochen – auch dies hinterlässt bei uns einen bitteren Nachgeschmack. War hier ein zu starker Druck vorhanden? Ist dieser für das Projekt und für die Mitarbeiter förderlich?
• Der Baudirektor versteht es anscheinend, Leute für seine Sache zu gewinnen – auch Anna Lustenberger an dieser Sitzung. Und sei dies wie in diesem Fall für einen Zusatzkredit zum Planungskredit. Frage Sie sich doch einmal selber, ob dies in allen Direktionen und über alle Parteien hinweg so leicht über die Bühne geht. – Diese Feststellung möchte die Votantin aber nach dem sehr guten Votum von Pirmin Frei etwas relativieren.
Zusammenfassend möchten wir nochmals betonen, dass wir uns seit Jahren für diesen Tunnel stark machen. Aber diese Vorlage hat gezeigt, dass Druck völlig fehl am Platz ist. Das Tempo soll weder die Planer noch die Baudirektion überfordern. Dem muss mehr Rechnung getragen werden. Welche sogenannten Überraschungen da auftauchen können, wie Zusatzsitzungen, genauere Abklärungen, Gutachten, hat doch diese Vorlage mit dem sehr schnell nachgelieferten Zusatzkredit bestens gezeigt.
Noch ein Hinweis. Im Stawiko-Bericht zur Rechnung steht Folgendes: «Der Stawiko ist insbesondere aufgefallen, dass bei der Baudirektion zum Teil markante Abweichungen zwischen den budgetierten und effektiv verbuchten Werten bestehen.» Das sollte uns doch nachdenklich machen!
Wir sagen ja zum Stadttunnel. Aber unser grossmehrheitliches Nein zu dieser Vorlage ist ein Nein zum Tempo des Baudirektors und zur ungenauen Budgetplanung.

Christoph **Bruckbach** hält sich kurz, weil viele Argumente bereits vorgebracht wurden. Die SP-Fraktion ist grundsätzlich für Eintreten auf diese Vorlage, hat aber an ihrer Fraktionssitzung ebenfalls viele Fragen aufgeworfen, die von der Baudirektion teilweise beantwortet wurden. Es steht ja einfach im Raum, dass die Argumentation der Baudirektion von uns als glaubhaft aufgenommen wird oder wir kritisch bleiben.

Ein kritischer Punkt, der auch bei uns Anlass zu Diskussionen war, ist die Abhängigkeit dieses Kreditsbegehrens vom grossen Tempo, mit dem diese Vorlage durchgeboxt wird. Aber unser Baudirektor hat nun mal ein Tempo angeschlagen, und dazu gehören solche Zusatzkredite. Sollte der Rat Eintreten beschliessen, *stellt die SP-Fraktion Antrag auf folgende textliche Ergänzung*: «Für die Erarbeitung des Generellen Projekts des Stadttunnels Zug, Stadt Zug, wird zulasten des Rahmenkredits gemäss § 2 Abs. 1 Bst. c des Kantonsratsbeschlusses über das Strassenbauprogramm 2004-2014 vom 18. Dezember 2003 ein Zusatzkredit von 1,55 Mio. Franken *inklusive Mehrwertsteuer* bewilligt (Preisbasis Oktober 2011).»

Daniel **Stadlin** erinnert daran, dass wir vor kurzem in diesem Rat den Projektierungskredit von 3,4 Mio. Franken für den Stadttunnel mit 72:0 Stimmen genehmigt haben. Ein ausgesprochen klares Votum. Die GLP war voll des Lobes für das Projekt. Der Votant überschüttete die Verantwortlichen geradezu mit Applaus. Das würde er wieder tun, wenn auch in der Form etwas zurückhaltender.
Für die GLP ist das Projekt nach wie vor unumstritten. Grosse Tunnelbauten werden erfahrungsgemäss immer teurer als ursprünglich angenommen. Dass nun aber der Regierungsrat nach nur fünf Monaten bereits für das generelle Projekt einen Zusatzkredit in der Grösse von 44 % des ursprünglichen Kredits beantragen muss, ist schon ungewöhnlich. Fast schon etwas unseriös. Obwohl es sich hierbei um eine aussergewöhnliche Situation handelt und der Regierungsrat die Mehrkosten nachvollziehbar begründet, bleibt ein schaler Nachgeschmack. Im Hinblick auf die bevorstehende Volksabstimmung ist dies jedoch wirklich kein optimaler Start. Die Projektverantwortlichen müssen nun alles unternehmen, damit sich diese abenteuerliche Kostenentwicklung nicht auf das Bauprojekt überträgt.
Wir hoffen sehr, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden trotz den Startschwierigkeiten diesem wichtigen und zukunftsweisenden Projekt, dem der Regierungsrat sogar das Prädikat «Ei des Kolumbus» verliehen hat, zustimmen. Ein Nein wäre ziemlich sicher das endgültige Ende der Vision Stadttunnel. Die GLP ist für Eintreten und wird aus praktischer Vernunft dem Zusatzkredit zustimmen.

Baudirektor Heinz **Tännler** beginnt mit Christoph Bruckbach und seinem Antrag bezüglich der Mehrwertsteuer. Dem kann man selbstverständlich zustimmen, die Regierung ist einverstanden.
Zu Pirmin Frei. Wir sind in einem iterativen Prozess. Sie haben die Frist ja gesetzt, dass wir Ende Jahr bereit sein müssen mit dem Generellen Projekt. Das werden wir mit etwa zwei Monaten Verspätung einhalten. Und es ist nicht so, dass wir mit Herzinfarkt aus diesem Prozess herauskommen. Es ist ein hohes Tempo, aber wir halten das ein, seriös, saubere Planung. Das Votum von Pirmin Frei war fantastisch, aber auch emotional und polemisch. Man könnte meinen, in der Baudirektion werde unglaubhaft und unseriös geplant und gemauschelt und ein wenig etwas getan und dann dem Rat irgendetwas vorgelegt.
Der Baudirektor möchte sagen, wie das vorgegangen ist. Wir mussten einen Projektierungskredit bringen, sonst hätte er gar kein Geld mehr gehabt. Seinerzeit bei der Umfahrung Cham/Hünenberg gingen wir mit 2,5 Millionen Projektierungskredit ins Rennen und schlossen ihn mit 1,612 Millionen ab. Bei der Tangente gingen wir mit 3,2 Millionen ins Rennen und schlossen ihn mit 1,5 Millionen ab. Das war mal eine Grundlage und wir haben gesehen, dass wir diesbezüglich eigentlich immer zu grosszügig Kredite verlangt und dann sehr weit unter dem Kredit abgeschlossen haben. Wir haben dann mit den Ingenieuren letzten November/Dezember intensive

Gespräche geführt, haben Grobkostenschätzungen gemacht und sind so auf diese 3,4 Millionen gekommen.
Im Februar hatten wir hier im Rat die Diskussion und wir wussten damals wirklich nicht, dass es mehr Geld braucht, als wir damals verlangten. Wir machen nicht j eden Tag Kostencontrolling. Das können wir auch nicht, sonst hat Heinz Tännler in seiner Direktion auch noch eine Kostencontrolling-Abteilung angestellt. Kurze Zeit später bei einem Kostencontrolling haben wir gesehen, dass aufgrund dieses iterativen Prozesses wir diese 3,4 Millionen nicht seriös einhalten können. Es kam der Vorschlag, wir müssten gar nichts sagen und die Sache einfach durchziehen und der Kantonsrat würde es gar nicht bemerken. Das wollte der Baudirektor aber nicht. Er wollte die Sache transparent auf den Tisch legen und Fehler eingestehen. Wir haben nicht richtig budgetiert, aber bei einem Volumen von 520 Millionen ist der Schritt von 3,4 auf 4,9 Millionen wirklich nicht gross. Er ist im Axpo-Verwaltungsrat, und in jeder Verwaltungsratssitzung bezüglich Projekte hat er Nachtragskredite. Und das sind auch nicht Idioten, die dort arbeiten. In einem iterativen Prozess gibt es Veränderungen, das weiss Pirmin Frei als Verbandsvertreter ganz genau. Er soll ein Beispiel eines Verbands bringen, der nicht irgendwann mal ein Nachtragskreditgesuch stellt beim Vorstand. Und bei einem so grossen Projekt, wo wir ein Begleitgremium haben, das mitarbeitet und gute Aufträge gibt, liegt das an der Sache. Ein Beispiel ist der Kreisel. Es kam der Auftrag, wir sollten prüfen, einen Kreisel nicht im Tagbau, sondern bergmännisch zu bauen. Diese Abklärung ist nicht für 10'000 Franken zu machen. Das ist ein einmaliges Tunnelprojekt in der Schweiz. Da sind gewisse Erfahrungswerte nicht vorhanden. Die muss man intensiv abklären. Und der Kantonsrat und das Volk verlangen diese Abklärungen auch. Da haben wir einen Fehler gemacht, indem wir etwas zu optimistisch geplant haben. Und jetzt sind wir bei diesen zusätzlichen 1,5 Mio. Franken. Das hat nichts mit Fest- oder Partystimmung zu tun. Martin Stuber kann bestätigen, dass wir auf der Baudirektion nicht Party machen, sondern arbeiten. Und jetzt ist ein Fehler passiert, aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und sagen: Jetzt ist das Projekt plötzlich nicht mehr gut. 1,5 Millionen gegenüber 520 Millionen, das muss man sich vor Augen führen. In jeder Firma passieren solche Sachen – häufiger als in der Regierung. Heinz Tännler hat in diesen bald sechs Jahren noch nie einen Kredit überschritten. Und er wird auch jetzt wieder Kreditabrechnungen bringen, bei denen unterschritten wird. Und wenn jetzt so
etwas passiert ist, so legt er es auch vor. Fehler können passieren.
Das ist ein intensiver Prozess, und wenn wir diesen Kredit nicht erhalten, so wirft das uns zurück. Denn wir können nicht alles in der Baudirektion stemmen. Wir brauchen hier Fachleute, Spezialisten in verschiedensten Bereichen. Und deshalb brauchen wir diesen Kredit. Schauen Sie das bitte realistisch an! Hoffentlich kann auch die CVP das unterstützen.
Zu Anna Lustenberger. Für den Kommissionsbericht ist der Kommissionspräsident verantwortlich. Aber wir haben den Kredit nicht zu früh gebracht. Der Baudirektor musste ihn bringen, denn er kann ja nicht irgendwelche Planungsarbeiten ohne Geld machen. Deshalb musste er zu diesem Zeitpunkt mit diesem Kreditbegehren kommen.
Zu Daniel Stadlin. Er hat von «unseriös» gesprochen. Das ist wirklich zurückzuweisen, und zwar nicht wegen Heinz Tännler, sondern wegen seinen Mitarbeitenden. Die arbeiten seriös und geben sich alle Mühe. Da steckt wirklich keine Schlaumeierei oder Unseriosität dahinter.
Der Baudirektor bittet den Rat, diesen guten Prozess nicht zu unterbrechen. Über das zweistufige Verfahren spricht er jetzt nicht. Stimmen Sie diesem Zusatzkredit

zu. Es ist ein gutes Projekt, auch was die flankierenden Massnahmen anbelangt. Es ist eine tolle Geschichte. Wir haben die Chance, für Stadt und Kanton Zug etwas Gutes zu tun. Heinz Tännler garantiert, dass dieser Zusatzkredit ausreicht, er hat die Unterschriften von allen Ingenieuren. Es gibt keine Überschreitung!

➔ Der Nichteintretensantrag der AGF wird mit 51:7 Stimmen abgelehnt.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung mit dem Anträgen der SP-Fraktion (8 % Mehrwertsteuer) und der Stawiko («… Strassenbauprogramm 2004-2014 vom 18. Dezember 2003, *in der Fassung gemäss Änderung vom 30. September 2010,* ein Zusatzkredit von …») einverstanden ist.

➔ Einigung

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nur eine einzige Lesung vorgenommen wird, da der Kantonsrat zur Durchführung des Strassenbauprogramms einen Rahmenkredit für Allgemeine Projektierungen und Generelle Planungen von Neubauprojekten bereits bewilligt hat (§ 2 Abs. 1 Bst. c Strassenbauprogramm; BGS 751.12, gültig bis Ende 2014).

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 49:6 Stimmen zu.

473 Nächste Sitzung

Donnerstag, 5. Juli 2012

Protokoll des Kantonsrats

33. Sitzung: Donnerstag, 5. Juli 2012
Zeit: 08.30 – 12.10 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Beat Dittli

474 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Manuel Brandenberg, Eusebius Spescha, Daniel Stadlin und Werner Villiger, alle Zug; Monika Barmet, Menzingen; Zari Dzaferi, Baar; Daniel Burch, Steinhausen.

475 Mitteilungen

Die **Vorsitzende** heisst den neuen Protokollführer Beat Dittli willkommen, der heute seinen ersten Einsatz hat. Guido Stefani, der abtretende Protokollführer, wird am 30. August offiziell verabschiedet.

476 Traktandenliste

1. Traktandenliste
2. Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2011
3. Geschäfte, die am 28. Juni 2012 nicht behandelt werden konnten
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
5. Kommissionsbestellungen
6. Motion von Manuel Brandenberg und Philip C. Brunner betreffend Verbot von Sexualunterricht an den öffentlichen Schulen und Kindergärten vor der 5. Primarschule
7. Postulat von Kurt Balmer, Anna Bieri und Karin Andenmatten betreffend Halt der Interregio-Züge in Rotkreuz
8. Als Postulat überwiesene Motion von Beni Riedi und Thomas Aeschi betreffend Strafvollzug im Kanton Zug
9. Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz betreffend genügende, qualitativ gute Fruchtfolgeflächen im Kanton Zug
10. Interpellation von Philippe Camenisch und Cornelia Stocker betreffend Art und Umfang der Mittel im Dienste der Sicherheit um und wegen der Unterbringung von Asylsuchenden

➔ Der Rat genehmigt die Traktandenliste in der vorliegenden Form.

477 Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2011

Traktandum 2. – Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht; Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 2160.1 - 14103).

Adrian Andermatt verweist vorab auf den ausführlichen Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (JPK) vom 21. Juni 2012. Er wird in seinem Votum nicht auf alle Details des Berichts eingehen. Am 21. Juni 2012 hat die engere JPK im Anschluss an die Visitation des Obergerichts durch die engere JPK und in Anwesenheit von Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2011 beraten. Das Protokoll führte die Sekretärin der JPK, Annatina Caviezel. Dafür und für die kompetente und effiziente Unterstützung der JPK dankt der Votant Annatina Caviezel im Namen der JPK.
Die verschiedenen Instanzen und Behörden der Zivil- und Strafrechtspflege wurden in diesem Frühjahr von verschiedenen Delegationen der JPK visitiert:
• Eine erste Delegation, bestehend aus Georges Helfenstein, Alois Gössi und dem Votanten visitierte die Staatsanwaltschaft sowie das Strafgericht.
• Erstmals seit der Einführung des Ombudsgesetzes wurde auch die Ombudsstelle visitiert und zwar von Werner Villiger, Kurt Balmer, Alois Gössi und dem Votanten.
• Eine weitere Delegation mit Daniel Thomas Burch, Manuel Brandenberg und Kurt Balmer visitierte das Kantonsgericht und den Vollzugs- und Bewährungsdienst (VBD).
Der VBD untersteht nicht der Justiz, sondern der Sicherheitsdirektion, weshalb Ausführungen zu diesem Amt grundsätzlich nicht Gegenstand des Rechenschaftsberichts des Obergerichts sind. Es sei aber erwähnt, dass die JPK ihrer Aufsichtspflicht nachkam und feststellen konnte, dass die Arbeitsabläufe im VBD reibungslos funktionieren und die Geschäftskontrolle und dabei insbesondere die Verjährungskontrolle gewährleistet ist.
Auch die Ombudsstelle untersteht nicht der Justiz. Diese ist überdies verwaltungsunabhängig und nur administrativ der Staatskanzlei zugeordnet. Sie untersteht der Aufsicht des Kantonsrats bzw. der JPK und hat dem Kantonsrat jährlich Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten. Die JPK konnte sich von der Geschäftsführung der Ombudsstelle ein Bild machen und feststellen, dass die Ombudsfrau ihre Funktionen zielgerichtet wahrnimmt. Im Vergleich zum ehemaligen Vermittler in Konfliktsituationen wird die Ombudsstelle in einem leicht erhöhten Mass in Anspruch genommen, was durch die erweiterte Zuständigkeit – so die Kompetenzausweitung auf Gemeinden und andere Träger öffentlicher Aufgaben sowie auf verwaltungsinterne Personalkonflikte – erklärt werden kann.
Aus Sicht der JPK gilt es – was bei einem jüngeren Gesetz nicht verwunderlich ist – noch einige Unklarheiten zu klären. Dies hat sich insbesondere auch im Rahmen eines Aufsichtsbeschwerdeverfahrens gezeigt. Dieses hat sich unter anderem deshalb verzögert, weil die Ombudsfrau der JPK die Einsicht in die relevanten Akten des Beschwerdeführers verweigert hat. Zur Begründung führte sie an, dass der Beschwerdeführer sie nicht von der Schweigepflicht entbunden hätte und es ihr deshalb verwehrt sei, dem Ersuchen um Berichterstattung und Akteneinsicht nachzukommen. Die JPK ist klar der Auffassung, dass ein Aufsichtsbeschwerdeverfahren gegen die Ombudsperson als solche ein Akteneinsichtsrecht der Aufsichtsinstanz – also der JPK – in Bezug auf die Akten des Beschwerdeführers impliziert. Alles andere macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Die Frage der Akteneinsicht konnte im konkreten Fall jedoch nicht abschliessend geklärt werden, da der betroffene

Beschwerdeführer schliesslich doch noch in die Akteneinsicht einwilligte und die Frage somit gegenstandslos wurde.
Es stellen sich aber noch weitere Fragen in Bezug auf die Unabhängigkeit der Ombudsstelle bzw. der Ombudsperson. Es gilt aus unserer Sicht klar zu regeln, welche Rechtsgrundlagen für die Ombudsstelle neben dem Ombudsgesetz gelten und wer für die Prüfung der Einhaltung dieser Gesetze verantwortlich ist. Dies betrifft insbesondere das kantonale Personalrecht, das Finanzhaushaltsgesetz sowie das Archivgesetz. Diese Fragen werden im Rahmen der Revision des Datenschutzgesetzes wie auch des Ombudsgesetzes angegangen, wobei Ausnahmen von der Anwendbarkeit dieser Gesetze grundsätzlich nur dort möglich sein dürfen, wo dies direkt die Unabhängigkeit dieser Stellen tangiert bzw. verletzt.
Die JPK hat – wie schon in den Vorjahren – auch in diesem Jahr bei den Visitationen bei jeder Instanz strikte überprüft, ob Fälle liegen bleiben, wie viele Pendenzen vorhanden sind und wie lange die durchschnittliche Verfahrensdauer war. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass der Geschäftsgang in der Zivil- und Strafrechtspflege im Kanton Zug intakt ist. Der grösste Teil der Verfahren wird innert angemessener Frist bearbeitet.
Die durch Einführung der eidgenössischen Zivilprozessordnung erhöhte Kompetenz der Friedensrichterinnen und Friedensrichter – diese haben neu eine Entscheidbefugnis bis zu einem Streitwert von 2'000 Franken – hat sich zudem problemlos eingespielt. Ausbildungslehrgänge wurden vermehrt angeboten und auch gut besucht. Anhand der statistischen Angaben lässt sich schliessen, dass die Friedensrichterinnen und Friedensrichter – nebst den sehr effizient arbeitenden Schlichtungsbehörden Arbeitsrecht sowie Miet- und Pachtrecht – nach wie vor einen engagierten Einsatz in der Streitschlichtung leisten und damit wesentlich zur Entlastung der ordentlichen Zivilgerichte beitragen.
Die Anpassungsarbeiten im Zusammenhang mit der Einführung der eidgenössischen Zivilprozess- und Strafprozessordnung auf den 1. Januar 2011 waren zu Beginn des Berichtsjahres praktisch abgeschlossen. Die Umsetzung der neuen Strafprozessordnung hat beim Strafgericht zahlreichen Mehraufwand mit sich gebracht. Beim Kantonsgericht ist der zusätzliche Arbeitsaufwand durch die neue ZPO reibungslos verlaufen. Die Praxis wird weiter zeigen, wie sich die neuen Prozessordnungen auf die Verfahren auswirken.

Zu den einzelnen Instanzen bzw. Behörden: Die *Staatsanwaltschaft* hat mit dem neuen Leitenden Oberstaatsanwalt Christoph Winkler sowie dem bisherigen und heutigen Oberstaatsanwalt Christian Aebi ein neu zusammengesetztes Führungsteam. Dieses hat einen sehr kompetenten und engagierten Eindruck auf uns gemacht und wird auch vom Amt selbst, soweit wir das beurteilen können, gut akzeptiert.
Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Arbeitsbelastung in der I. bis III. Abteilung weiterhin hoch, aber zu bewältigen ist. In der IV. Abteilung, das heisst bei der Jugendanwaltschaft, ist die Zahl der Falleingänge in Folge der Aufnahme der operativen Tätigkeit des Dienstes Jugenddelikte der Zuger Polizei seit dem 1. Mai 2011 massiv angestiegen.
In diesem Zusammenhang ist die sehr effiziente Zusammenarbeit zwischen der Zuger Polizei und dem Jugendanwalt hervorzuheben. Der neue Jugendanwalt ahndet Delikte von Jugendlichen konsequent und nimmt auch vermehrt gezielte Kontrollen, Hausbesuche und direkte Zuführungen von Jugendlichen vor; zudem kontrolliert er vermehrt auch angeordnete Massnahmen. Regelmässig werden auch die Eltern der betroffenen Jugendlichen persönlich vorgeladen. Die JPK liess sich davon überzeugen, dass dieses konsequente Vorgehen eine erhöhte präventive

Wirkung zeigt. Dank der hohen Effizienz der Polizei und des Jugendanwalts betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer zwischen Eingang und Erledigung eines Falles nur noch 22 Tage. Die Verstärkung des Jugenddienstes der Zuger Polizei hat sodann zur Folge, dass nun auch die Jugendanwaltschaft personell verstärkt werden muss. Die JPK unterstützt die entsprechenden Personalbegehren der Staatsanwaltschaft; wobei das Plenum des Obergerichts dem Antrag bereits stattgegeben hat.
Mit dem sogenannten Schnellrichterverfahren im Bereich straffällig gewordener Asylbewerberinnen konnte ein effizientes und erfolgreiches Mittel geschaffen werden, welches die gewünschte Wirkung zu erzielen vermochte. Die Delinquenz der NEE/NAE-Täter hat sich gemäss Erkenntnissen der Zuger Polizei seither reduziert. Für diese Verfahren werden wieder 10 bis 20 Prozent Zusatzpensum bei der Staatsanwaltschaft beantragt. Problematisch ist laut dem Amtsleiter des VBD allerdings die Situation der mangelnden Vollzugsplätze.
Weiter wies die Staatsanwaltschaft darauf hin, dass eine Projektgruppe Vermögenseinziehung eingesetzt wurde. Diese ist daran, die Grundlagen zu einer konsequenten und erfolgversprechenden Vermögenseinziehung zu erarbeiten. Für deren allfällige Umsetzung ist mit einer personellen Aufstockung zu rechnen.

Beim *Strafgericht* brachte die Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) eine Erhöhung des durchschnittlichen Aufwandes zur Erledigung eines Gerichtsverfahrens mit sich. Die grösseren und grossen Verfahren werden unter der neuen Strafprozessordnung insgesamt tendenziell länger dauern, so insbesondere die Hauptverhandlungen.
Wie erwartet, kam es durch die Erhöhung der Spruchkompetenz der Einzelrichterinnen und Einzelrichter zu einer Verlagerung der Anklagen vom Kollegialgericht auf die Einzelrichterinnen und Einzelrichter, was trotz erheblicher Steigerung der Erledigungsquote zu einer Erhöhung des Pendenzenstandes bei den Einzelrichterfällen führte.
Die anlässlich der letztjährigen Visitation festgestellten ältesten Pendenzen konnten im Berichtsjahr reduziert werden; die Strafgerichtspräsidentin setzte die entsprechenden Prioritäten. Im Zeitpunkt der Visitation waren aber immer noch zwei Fälle mit Eingang 2008 pendent. Beim ersten Fall fand die Hauptverhandlung bereits am 29. Januar 2009 statt, der Fall ist seither spruchreif. Beim anderen Fall handelt es sich um eine Begründungspendenz, wobei die Urteilsberatung am 22. Dezember 2011 stattfand. Letztere hat sich, wie uns gestern mitgeteilt wurde, zwischenzeitlich erledigt.
Nach Ansicht der JPK sind solche Verzögerungen nicht tragbar, weshalb die JPK diese Pendenzen an der Visitation auch klar moniert und auf prioritäre Erledigung im Jahr 2012 gedrängt hat. Das Obergericht als Aufsichtsinstanz wird diese Pendenzen weiterhin und laufend im Auge behalten.
Abgesehen von den im Bericht erwähnten Pendenzen können die Fälle beim Strafgericht zeitgerecht erledigt werden. Das Obergericht und auch das Strafgericht selbst beurteilen die personelle Situation als angemessen und die Arbeitsbelastung als normal, so dass auch die seit 1. Januar 2009 freie Gerichtsschreiberstelle derzeit nicht beansprucht werden muss.

Beim *Kantonsgericht* hat die parallele Anwendung von altem und neuem Prozessrecht keine nennenswerten Schwierigkeiten verursacht. Es ist laut Kantonsgerichtspräsident aber noch verfrüht, bezüglich der Auswirkungen der neuen ZPO genaue Angaben zu machen.

Das Kantonsgericht hat in der Berichtsperiode aufgrund eines Pendenzenüberhangs in der 1. Abteilung ein Sanierungskonzept mit verschiedenen, teilweise organisatorischen Massnahmen beschlossen, was zusammen mit dem Einsatz eines Springers laut Kantonsgericht zu einer erheblichen Entschärfung der Pendenzenlage geführt hat.
Im Berichtsjahr gab es nur in vereinzelten Fällen längere Bearbeitungslücken. Der Kantonsgerichtspräsident hat der JPK eine Liste abgegeben, auf welcher die ältesten Pendenzen aufgeführt sind. Bei den meisten alten Fällen liegt die Verfahrensverzögerung in Umständen, die der Verfahrensleitung des Gerichts entzogen sind, so zum Beispiel Expertisen, Sistierungen oder internationale Rechtshilfe. Beschwerden wegen Rechtsverzögerung oder Rechtsverweigerung sind im Berichtsjahr keine erhoben worden.
Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die Arbeitsbelastung beim Kantonsgericht nach wie vor hoch ist, aber mit den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen bewältigt werden kann. Sollten die im Rechenschaftsbericht erwähnten 112 Kollokationsklagen zur Beurteilung gelangen, müssten ausserordentliche Massnahmen ergriffen werden.

Beim *Obergericht* ist – wie der Bericht der JPK zeigt – die Pendenzensituation unproblematisch. Das Gleiche gilt auch für die Dauer der obergerichtlichen Verfahren.
Im Bereich der Justizverwaltung ist auf den Erlass der neuen Verordnung des Obergerichts über die Kosten in der Zivil- und Strafrechtspflege hinzuweisen (KoV OG; BGS 161.7), welcher per 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist. Die Tariferhöhungen sind nach entsprechenden Erläuterungen des Obergerichtes grundsätzlich nachvollziehbar.
Die JPK hat weiter die Rückwirkung der neuen Gebührentarifverordnung (§ 33 Abs. 2 KoV OG) und somit die Anwendbarkeit der neuen, erhöhten Tarife auf alle am 1. Januar 2012 bereits hängigen Verfahren bezüglich der Rechtsstaatlichkeit dieser Rückwirkung kritisch gewürdigt. Das Obergericht rechtfertigt sich diesbezüglich mit der entsprechenden Bestimmung in § 26 der alten Verordnung von 1995. Problematisch ist dies unseres Erachtens aber trotzdem, wobei Direktbetroffenen selbstverständlich der Rechtsweg offen steht, in dem der Gebührenentscheid schlussendlich beim Bundesgericht angefochten wird. Unabhängig davon wird laut Ober-, Kantons- und Strafgericht bei der Kostenauferlegung im Rahmen des Ermessens Rücksicht auf alte bzw. im besagten Zeitpunkt bereits hängige Prozesse genommen, dies in dem Sinne, dass sich diese im unteren Bereich des richterlichen Ermessens bewegen.

Die JPK beantragt mit 7 zu 0 Stimmen einstimmig, den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2011 zu genehmigen. Sie dankt an dieser Stelle allen Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeitenden der Zivil- und Strafrechtspflege, der Ombudsstelle und des Vollzugs- und Bewährungsdienstes für die geleistete Arbeit und den engagierten Einsatz für unseren Kanton. Der Votant dankt im Weiteren auch den Richterinnen und Richtern sowie den Mitarbeitenden des Verwaltungsgerichts, welche in diesem Jahr usanzgemäss zwar nicht visitiert wurden, trotzdem aber gearbeitet haben. Die FDP-Fraktion schliesst sich diesem Dank an.

Alois Gössi hält vorneweg fest, dass die verschiedenen Gerichte im Kanton Zug im letzten Jahr gut gearbeitet haben. Das zeigt auch der Bericht der JPK. Für die SP sind die nachfolgenden Punkte erwähnenswert:

• Schon letztes Jahr wurde bei diesem Traktandum von verschiedenen Votanten moniert, dass beim Strafgericht noch Urteile aus Hauptverhandlungen mit Eingängen im Jahre 2008 offen seien, was nicht akzeptabel sei. Es gab Verbesserungen, aber der Zustand ist weiterhin inakzeptabel. Pendent ist immer noch das Ausstellen eines Urteils, bei dem die Hauptverhandlung am 29. Januar 2009 stattfand, sowie eine Begründungspendenz mit Geschäftseingang im Jahre 2008. Auch wenn vorher Adrian Andermatt informierte, dass die beiden Fälle kurz vor der Vollendung stünden respektive einer davon gemäss Information des Strafgerichts schon erledigt sei, kann dies nicht angehen. Dies umso mehr, als sowohl das Obergericht wie auch das Strafgericht die personelle Situation als angemessen und die Arbeitsbelastung als normal betrachten.
• Seit dem letzten Rechenschaftsbericht wurde ein Schnellrichterverfahren im Bereich von straffällig gewordenen Asylbewerbern eingeführt. Die Delinquenz dieser NEE/NAE-Täter hat sich seither massiv reduziert. Jetzt müsste es nur noch möglich sein, den Vollzug der Strafen immer sofort umzusetzen, was jedoch scheinbar wegen Problemen bei den Vollzugsplätzen nicht immer möglich ist.
• Der Vollzug- und Bewährungsdienst hat leider genügend Kundschaft, aber teilweise Schwierigkeiten, über genügend Vollzugsplätze zu verfügen. Da ist es schon sehr bemerkenswert, dass eine einzige Person einen Fünftel der Gesamtvollzugskosten verursachte, also massiv überproportional viel.
• Finanziell lohnen könnte sich bei der Staatsanwaltschaft, wenn die Vermögenseinziehung konsequenter umgesetzt würde. Andere Kantone beweisen dies. Die Staatsanwaltschaft ist mit einer Projektgruppe daran, dies aufzugleisen und umzusetzen.
Die SP-Fraktion ist für die Genehmigung des Rechenschaftsberichtes des Obergerichtes und dankt allen Mitarbeitern der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, der Ombudsstelle sowie des Vollzug- und Bewährungsdienst für ihre gute, nicht immer einfache Arbeit im letzten Jahr.

Thomas Werner schliesst sich dem Dank an und hält fest, dass seine Fraktion einstimmig für die Annahme des Berichts sei. Speziell dankt die Fraktion dem Präsidenten der JPK, Werner Villiger, und wünscht ihm gute Besserung.
Wir sind froh zu lesen, dass nebst den Versäumnissen, die leider noch nicht ganz aus dem Weg geräumt sind, auch vieles sehr gut läuft. Zu erwähnen sind beispielsweise die sehr gute Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft sowie das konsequente Vorgehen bei den Jugenddelikten, wo die Verfahrensdauer auf 22 Tage reduziert werden konnte.
Die Pendenzen sollen jetzt abgebaut sein, die Verfahren kurz vor dem Abschluss stehen. Deshalb steht der Hoffnung, dass wir nächstes Jahr nicht wieder die gleichen Pendenzen besprechen müssen, eigentlich nichts mehr im Weg. Wir empfehlen den Bericht zur Annahme.

Auch **Georges Helfenstein** wünscht dem Präsidenten der JPK im Namen der CVP-Fraktion gute Genesung und viel Kraft. Wir danken den Mitarbeitern der Gerichte für die geleistete Arbeit und stimmen dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts einstimmig zu. Wie wir erfahren haben, ist das Strafgericht den verpflichtenden Aufgaben nachgekommen und hat scheinbar die seit Längerem hängigen Fälle endlich erledigt oder ist – so hoffen wir es auf jeden Fall – aktiv daran. Der CVP fällt auf, dass das Jugendgericht durch die strengere Handhabung bereits Erfolge verbuchen kann, auch zeigt der Bericht auf, dass die Zusammenarbeit zwischen

Polizei und Justiz in diesem Bereich sehr gut funktioniert. Ebenso stellen wir fest, dass die Stabsübergabe in der Staatsanwaltschaft mit Bravour gemeistert wurde und die Arbeiten speditiv erledigt werden. Das ist genau das, was die CVP von allen am Gericht tätigen Mitarbeitern verlangt.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** ist natürlich sehr erfreut darüber, dass die JPK in ihrem Bericht der Zivil- und Strafjustiz attestiert, dass der Geschäftsgang intakt sei und der allergrösste Teil der Verfahren innert angemessener Frist bearbeitet werden könne. Das ist auch tatsächlich so. Die Obergerichtspräsidentin hat keine Einwendungen gegen den Bericht der JPK. Sie freut sich auf den Moment, an dem sie – hoffentlich im nächsten Jahr – hier im Rat sagen kann, dass es auch bei der Dauer der Verfahren keine Ausnahmefälle mehr gebe.
Die Arbeitsbelastung in der Zivil- und Strafjustiz ist sowohl bei den Richtern und Richterinnen wie auch bei den Staatsanwälten und Staatsanwältinnen immer noch hoch, aber erträglich. Einzig bei der IV. Abteilung der Staatsanwaltschaft, beim Jugendanwalt, musste kürzlich eine Personalverstärkung um 1,4 Personalstellen bewilligt werden, was innerhalb des bis Ende Jahr gültigen Personalplafonds liegt. Es wurde eine zusätzliche Jugendanwalt-Stelle im Umfang von 60 Prozent und eine Sozialarbeiter-Stelle von 80 Prozent bewilligt. Dies war nötig, weil dem Jugendanwalt wesentlich mehr Arbeit zugefallen ist, insbesondere wegen des Dienstes Jugenddelikte bei der Zuger Polizei, welcher seit dem 1. Mai 2011 operativ tätig ist.
Was die wenigen Ausnahmen bezüglich Verfahrensdauer betrifft, muss die Obergerichtspräsidentin das wiederholen, was sie an dieser Stelle bereits im letzten Jahr gesagt hat: dass nämlich dem Obergericht – wie auch der JPK – diese langjährigen Fälle beim Strafgericht wirklich ein Dorn im Auge sind. Wir haben diese Fälle im letzten wie auch in diesem Jahr im Rahmen der Inspektion moniert, haben im Laufe des Jahres immer wieder nachgefragt und die Präsidentin darauf hingewiesen, dass diese Fälle wirklich prioritär zu behandeln seien. Wir haben auch angeboten, das Strafgericht müsse Antrag stellen, wenn es der Meinung sei, die Personalressourcen seien zu klein; es ist aber kein Antrag gekommen. Nun zeigt sich aber ein Lichtstreifen am Horizont, und die Präsidentin des Strafgerichts, Carole Ziegler, hat mich gebeten, den Kantonsrat wie folgt zu orientieren: «Bei den Fällen, in welchen es zu bedauerlichen Verzögerungen beim Gericht kam, handelt es sich um einzelne Fälle. Das Problem ist jedoch gelöst, bzw. steht kurz vor der Lösung. Die weit überwiegende Anzahl der Fälle beim Strafgericht konnte und kann zeitgerecht erledigt werden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass das Strafgericht die ab Januar 2009 freigewordene Gerichtsschreiberstelle von 70 Prozent aufgrund eines verantwortungsbewussten Umgangs mit den Ressourcen im Licht der Gesamtbelastung des Gerichts nicht wieder besetzte. Dies wirkte sich in einzelnen Fällen negativ aus. Wäre die Stelle seinerzeit besetzt worden, hätten die heute zur Diskussion stehenden Fälle viel früher erledigt werden können.»
Das Fazit der Strafgerichtspräsidentin lautet: «Das Problem der alten Einzelfälle mit Verzögerungen beim Gericht konnte bzw. kann noch diesen Monat behoben werden, die Verfahren aus den Jahren 2009 und 2010 sollten voraussichtlich ebenfalls in diesem Jahr erledigt werden können. Erfreulicherweise gibt es keine weiteren Verfahren, in welchen Verzögerungen zu konstatieren sind, und eine teilweise Neubesetzung dieser Gerichtsschreiberstelle bzw. eine Aufstockung ist im heutigen Zeitpunkt nicht notwenig.»
Zu den erwähnten Fällen aus dem Jahr 2008 kann die Obergerichtspräsidentin sagen, dass der eine Fall wirklich erledigt ist. Das begründete Urteil wurde am

25. Juni 2012 versandt – allerdings ist zu vermuten, dass es in dreissig Tagen beim Obergericht landet. Im zweiten Verfahren aus dem Jahr 2008 findet heute die Urteilsberatung statt, und es ist zu hoffen, dass das Urteil innerhalb etwa eines Monats versandt werden kann.
Bezüglich der neu erlassenen Kostenverordnung wurde von der JPK die Rückwirkung moniert. Man kann hier in guten Treuen beide Meinungen vertreten. Festzuhalten ist, dass im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens diese Frage von keiner Seite erwähnt wurde. Zu ergänzen ist, dass auch der revidierte Anwaltstarif die genau gleiche Bestimmung enthält. Die Anwälte können den neuen Tarif anwenden, auch wenn die Fälle bereits früher eingegangen sind.
Die Obergerichtspräsidentin hofft natürlich, dass alle die acht Seiten der Bemerkungen zum Geschäftsgang gelesen haben und damit auch den Dank am Schluss. Es liegt ihr am Herzen, dem Parlament und dem Regierungsrat dafür zu danken, dass diese es ermöglicht haben, den beengenden Platzverhältnissen für die Gerichte mit dem Umzug des Obergerichts ins umgebaute alte Zeughaus ein Ende zu setzen. Die hellen und freundlichen Räume und die angenehme Atmosphäre im denkmalgeschützten Bau wie auch die renovierten Räume des Kantons- und des Strafgerichts im Gerichtsgebäude an der Aabachstrasse tragen wesentlich zum Wohlbefinden und zur Motivation der Mitarbeitenden bei. Wir wissen das zu schätzen, und wir wissen auch, dass das nicht ganz selbstverständlich ist.

➔ Eintreten ist unbestritten.

In der Detailberatung wird das Wort nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt den Bericht. Er dankt den Richterinnen und Richtern und allen Mitarbeitenden der Justiz für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

478 Motion der SVP-Fraktion betreffend Einrichtung einer elektronischen Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal

Traktandum 3. – Es liegen vor: Motion (Nr. 2011.1 - 13663); Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2011.2 - 14062).

Als Vertreter der Motionärin bedankt sich **Thomas Aeschi** zuerst beim Regierungsrat für die Beantwortung der Motion und zeigt sich erfreut, dass sich auch dieser für mehr Transparenz in der Zuger Politik einsetzt.
Wie man in vielen Bereichen beobachten kann, nehmen die Anforderungen an die Transparenz in der Politik konstant zu. Die SVP ist der Meinung, dass der Bürger ein Anrecht auf eine saubere und transparente Berichterstattung seitens der Politik hat. Leider ist dies heute aus verschiedenen Gründen nur teilweise möglich.
Erstens sind wir als Volksvertreter der Bevölkerung Transparenz schuldig. Der Stimmbürger muss sich schnell und einfach über die Arbeit seiner Vertreter in der Politik informieren können. Die heutige Information, bei welcher der Bürger umständlich das Protokoll jeder einzigen Sitzung durchblättern muss, um sich über die Arbeit seiner Volksvertreter zu informieren, ist nicht mehr zeitgemäss. Zudem findet er dort auch keine Informationen über das Abstimmungsverhalten seiner politischen Vertreter. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Bürger ein Recht

hat, einfach und umfassend über das politische Verhalten seiner Vertreter informiert zu werden. Dies wird mit den in der Vorlage des Regierungsrats erwähnten Massnahmen optimal erreicht.
Zweitens ist der Kanton Zug in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen. Die erste Sitzung des Zuger Kantonsrats fand am 17. März 1873 in diesem Saal statt, also 30 Jahre bevor das Bundeshaus in Bern eingeweiht wurde. Und wie bereits bei der Eröffnung vor knapp 140 Jahren bietet dieser Saal auch heute nur Platz für etwa 20 bis maximal 30 Gäste. Besteht einmal der Wunsch, die Debatten hier im Saal einer grösseren Gruppe von Personen zugänglich zu machen, muss man mühsam und aufwendig eine temporäre Einrichtung zur Übertragung in das Nachbarzimmer einrichten. Zudem haben sich auch die Lebensgewohnheiten der Menschen in den letzten 140 Jahren stark verändert. Hatte man früher noch eher Zeit, einmal hier im Kantonsratssaal die Debatten zu verfolgen, so ist dies heute für viele Personen, welche ihren Arbeitsplatz in einer anderen Stadt haben, kaum noch möglich. Schliesslich kann nicht jeder Bürger während der Woche eine Sitzung hier live mitverfolgen. Aus diesem Grund ist es wichtig, den Zugang zur Politik möglichst einfach zu halten. Die Vorlage des Regierungsrats, welche über die Forderungen der SVP hinausgeht, ermöglicht es in Zukunft einer viel grösseren Personengruppe, sich über die Arbeit des Zuger Kantonsrats auch ohne Präsenz im Kantonsratssaal zu informieren. Dank einer Übertragung der Debatten ins Internet kann sich jeder während der Debatte oder aber auch nachträglich über unsere Arbeit hier im Rat informieren. Die SVP ist der Meinung, dass dies ein Recht eines jeden Bürgers ist.
Drittens bittet der Votant den Rat auch, mit der Zeit zu gehen. Die Erfahrungen mit einer elektronischen Abstimmungsanlage in den grossen Kantonen Zürich oder Bern, aber auch in kleinen Kantonen wie zum Beispiel in Appenzell Ausserrhoden sind durchgehend positiv. In keinem einzigen dieser Kantone möchte man diese Entwicklung wieder rückgängig machen. Man schätzt vor allem auch die grössere Effizienz und die höhere Sicherheit der Abstimmungsergebnisse. Auch wenn unsere Zuger Stimmenzähler bezüglich Genauigkeit des Auszählens den Kollegen im Ständerat weit überlegen sind – dort kommt es unterdessen ja schon fast während jeder Session zu mindestens einem objektiv nicht möglichen Abstimmungsergebnis –, so ist das heutige Abstimmen per Handaufheben dennoch fehleranfälliger als eine elektronische Abstimmungsanlage. Zudem kann sich mit der Zugänglichkeit des kantonsrätlichen Abstimmungsverhaltens im Internet jeder Stimmbürger jederzeit über die Tätigkeit seiner Volksvertreter informieren.
Schliesslich spricht man heute immer mehr von Politikverdrossenheit der Bevölkerung. Dies hat sicherlich auch damit zu tun, dass viele Volksvertreter heute nicht mehr so nah an der Bevölkerung sein können, wie dies früher noch möglich war. Viele Stimmbürger im Kanton Zug sind aus anderen Kantonen oder aus dem Ausland zugezogen und kennen ihre Volksvertreter nicht schon von Kindheit auf. Und es ist auch nur noch teilweise so, dass man sich beim Weg ins Büro oder nach der Arbeit am Stammtisch mit seinen Volksvertretern direkt austauschen kann. Aus diesem Grund sind neue Wege gefragt, welche uns die neuen Technologien bieten. Der Zuger Kantonsrat sollte hier Mut für eine zukunftsträchtige Lösung zeigen und den Antrag des Regierungsrats, welcher genau in diese Richtung weist, unterstützen.
Die SVP-Fraktion fordert eine möglichst schlanke Umsetzung dieser Motion. Es geht uns primär um die elektronische Abstimmungsanlage und die Zugänglichkeit der Daten im Internet. Wir hoffen auf eine breite Unterstützung im Sinne der Transparenz gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern.

Alois Gössi erklärt, dass die SP-Fraktion für die Erheblicherklärung der Motion ist. Elektronisch durchgeführte Abstimmungen im Kantonsrat wären gegenüber dem heutigen Verfahren sicherer, zuverlässiger und effizienter. Gemäss dem Bericht des Regierungsrats lassen sich damit pro Jahr 150 Minuten einsparen, wobei diese Zeitersparnis allerdings keine Investition von 470'000 Franken plus die jährlich wiederkehrenden Kosten rechtfertigt.
Das wichtigste Argument für eine elektronische Abstimmungsanlage ist für uns die Transparenz. Ohne diese geht es nicht. Effizienz ist erst in zweiter Linie relevant. Mit einer Abstimmungsanlage wird transparent, welcher Kantonsrat, welche Kantonsrätin bei welcher Abstimmung wie abgestimmt hat, dies im Gegensatz zu heute. Im Moment ist nur das Abstimmungsverhalten von Hubert Schuler und dem Votanten bei allen Abstimmungen öffentlich bekannt und transparent, weil sowohl Hubert Schuler wie der Votant ihr Abstimmungsverhalten in einem Bericht zu jeder Kantonsratssitzung veröffentlichen und den Bericht versenden respektive auf ihren Homepages veröffentlichen.
Wie sieht es mit der Transparenz bei Abstimmungen in anderen Parlamenten aus? Im Zürcher Kantonsrat hat man – wie der Votant seit dem letzten Donnerstag aus den Gesprächen mit den Zürchern Besuchern weiss – ebenfalls eine Abstimmungsanlage. Und das aktuellste Beispiel ist der Ständerat, der kürzlich für die Einführung einer elektronischen Abstimmungsanlage gestimmt hat. Interessant war hier übrigens das Abstimmungsverhalten unserer Zuger Ständeräte Peter Bieri und Joachim Eder: Sie lehnten die Vorlage ab, waren also gegen mehr Transparenz.
Über eine elektronische Abstimmungsanlage haben wir schon einmal im Herbst 2003 abgestimmt. Mit 16 zu 51 Stimmen lehnten wir diese grossmehrheitlich ab. Die 16 Stimmen kamen vor allem oder hauptsächlich aus dem linken Lager und nicht von der SVP. In der Zwischenzeit änderten mindestens der Regierungsrat sowie die SVP-Fraktion die Meinung. Kam der damalige Antragssteiler Martin Stuber aus der falschen linken Ecke? Oder war er einfach zu früh oder die Zeit noch nicht reif für den damaligen Antrag, den die SVP-Fraktion nun eingereicht hat? Die SP-Fraktion empfiehlt die Erheblicherklärung der Motion.

Martin Stuber kann nahtlos an die Voten seiner Vorredner anschliessen. Wie schon bei der im letzten Jahr umstrittenen Überweisung unterstützt die AGF dieses Anliegen aus Überzeugung und damit auch den Antrag der Regierung auf Erheblicherklärung. Und wir möchten es lieber heute als morgen. Die Regierung kann dieses Vorhaben, das der politischen Transparenz und der Vereinfachung und Effizienzsteigerung des Rates dient, schnell realisieren, und sie soll es nach unserem Willen auch schnell tun. Jetzt, wo sogar der altehrwürdige Ständerat diesen Schritt ins 21. Jahrhundert wagt, sollte auch der Kanton Zug diese überfällige Verbesserung machen. Im Zeitalter von Facebook und Twitter sollte Transparenz eigentlich eine absolute Selbstverständlichkeit sein, wir sollten eigentlich gar nicht mehr darüber diskutieren müssen.
Der Votant freut sich natürlich auch, dass unser Anliegen neun Jahre später nun die Unterstützung der Regierung geniesst. Es stört ihn nicht, dass es jetzt auf Initiative der SVP zur Sprache kommt – politische Transparenz sollte ja ein parteiübergreifendes Anliegen sein. Vielleicht, liebe SVP, finden wir uns einmal auch noch bei der Transparenz der Parteienfinanzierung, vielleicht können wir da mal einen gemeinsamen Vorstoss machen.
Was den Votanten auch freut: Der damalige Vorstoss – am 25. September 2003 anlässlich der Renovation dieses Saales – wurde zwar abgelehnt, hatte aber immerhin zur Folge, dass der damalige Baudirektor Uttinger Leerrohre einziehen

liess. Das dürfte nun eine gewisse Einsparung ermöglichen. Der sorgsame Umgang mit Steuergeldern ist dem Votanten ja auch in anderen Fällen immer wieder ein Anliegen.
Konkret scheinen dem Votanten die Kosten etwas hoch zu sein, was schon vor neun Jahren ein Streitpunkt war. Das Hochbauamt soll nochmals über die Bücher gehen. Andererseits ist aber zu sagen: Wer, wenn nicht der Kanton Zug, kann sich eine solche Anlage leisten?
Die Platzverhältnisse auf den Pulten sind tatsächlich nicht optimal. Aber auch beim Nationalrat ist es sehr eng – und es geht auch. Und nach der Kehrtwende des Ratsbüros bezüglich digitaler Ausstattung der Kantonsrätinnen und Kantonsräte eilen wir ja nun mit grossen Schritten dem papierlosen Kantonsrat entgegen. Es sollte auf den Pulten also Platz haben für eine Abstimmungsanlage.

Daniel Thomas Burch erinnert daran, dass an der Kantonsratssitzung vom 25. September 2003 der Einbau einer elektronischen Abstimmungsanlage mit 51 zu 16 Stimmen abgelehnt wurde. Die mutmasslichen Kosten von 500'000 bis 600'000 Franken wurden in Anbetracht von zwölf Sitzungen pro Jahr als zu hoch betrachtet. Neun Jahre später soll nun die Motion zur Einführung einer elektronischen Abstimmungsanlage erheblich erklärt werden, obwohl die Kosten nicht kleiner geworden sind.
Was hat sich seither geändert? Der Rat besteht zum grossen Teil aus neuen Mitgliedern. Elektronische Abstimmungsanlagen und Multimedia sind heute in verschiedenen Räten Standard. Sich dagegen zu wehren, heisst gegen den Strom zu schwimmen.
Die elektronische Abstimmung ist zweifelsfrei schneller als das Abzählen durch die Stimmenzähler. Das Stimmverhalten wird transparenter. Aus welchen Gründen Ja oder Nein gestimmt wird, zeigt eine elektronische Anlage nicht. Stimmen beispielsweise SVP- und AGF-Mitglieder gegen oder für eine Vorlage, lässt sich daraus nicht ableiten, welche Parteimitglieder wie ausgerichtet sind. Sind diese Ratsmitglieder nun alles «Linke» oder alles «Rechte»?
Eine elektronische Abstimmungsanlage bietet viele Möglichkeiten bezüglich Abstimmungen und Auswertungen. Es wird Aufgabe des Rates sein, die Anlage so einzusetzen, dass ein effizienter Ratsbetrieb sichergestellt sein wird. Es macht kaum Sinn, über jede Überweisung oder Kenntnisnahme einer Interpellation abzustimmen und detailliert zu protokollieren, dies insbesondere dann, wenn Einigkeit besteht.
Es stellt sich auch die Frage, wann detaillierte Abstimmungsprotokolle, welche das Abstimmungsverhalten jedes einzelnen Ratsmitgliedes wiedergeben, erstellt und veröffentlicht werden sollen. Nur in wenigen kantonalen Parlamenten wird jede Abstimmung detailliert protokolliert und in mehrseitigen Abstimmungsprotokollen wiedergegeben. Dieses Verfahren entspricht faktisch einer Abstimmung mit Namensaufruf. In den meisten Kantonen wird im Normalfall nur das Ergebnis im Protokoll aufgeführt, das heisst die Anzahl Ja- beziehungsweise Nein-Stimmen und allfällige Enthaltungen, und nicht das Verhalten jedes einzelnen Ratsmitgliedes. Im Kanton Zürich etwa wird auf Verlangen von 30 Mitgliedern namentlich abgestimmt.
Es ist nicht auszuschliessen, dass einzelne Ratsmitglieder ihr Abstimmungsverhalten vermehrt dem parteipolitischen oder populistisch-medialen Druck anpassen und weniger nach sachlichen Kriterien oder der persönlichen Überzeugung abstimmen, wenn anderntags in der Zeitung zu lesen ist, wie sie abgestimmt haben, aber nicht, warum sie so abgestimmt haben.

Die FDP-Fraktion ist für Erheblicherklärung der Motion bezüglich der Technik und wird sich für einen sinnvollen Einsatz und eine zweckmässige Protokollierung bzw. Auswertung einsetzen. Unser Ja heisst nicht, dass wir partout dafür sind, dass bei jeder Abstimmung das Abstimmungsverhalten jedes einzelnen Ratsmitgliedes in einem Abstimmungsprotokoll erfasst und öffentlich zugänglich gemacht werden muss.

Franz Peter Iten stellt im Namen der CVP-Fraktion den *Antrag*, die Motion sei nicht erheblich zu erklären. Bereits bei der Überweisung der Motion an den Regierungsrat im Februar 2011 hat die CVP-Fraktion den Antrag gestellt, diese nicht zu überweisen. Die Motion wurde trotz unseres Antrages mit 44 zu 30 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen.
Die CVP-Fraktion verschliesst sich nicht gegenüber Neuem oder Modernem, auch nicht gegenüber zukunftsorientierten Lösungen, und sie ist auch für faire und nachvollziehbare Transparenz. Wir wehren uns aber in den Anfängen gegen möglichen Missbrauch von Veränderungen.
Die CVP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis für eine elektronische Abstimmungsanlage überhaupt nicht stimmt. Die in der Vorlage durch die Regierung festgehaltenen Vorteile einer elektronischen Abstimmungsanlage ergeben mehr Fragezeichen als Antworten. Wenn die Regierung festhält, dass es aus demokratischen Gründen besonders wichtig sei, dass Abstimmungsergebnisse zuverlässig ermittelt werden, dann fragen wir uns schon, ob denn die Demokratie hier in diesem Saale wegen den durchgeführten Abstimmungen jemals gelitten haben oder Abstimmungsergebnisse nicht zuverlässig ermittelt wurden Die Regierung weist fairerweise darauf hin, dass elektronische Abstimmungsanlagen nicht vollends fehlerfrei, aber immerhin kaum fehleranfälliger und in der Regel zuverlässiger als die Ermittlung von Abstimmungsergebnissen aus menschlicher Hand seien. Dies ist nun für uns ja auch kein überzeugendes Argument.
In Bezug auf die Zeitersparnisse, auf höhere Präzision und Komfort des einzelnen Abstimmungsverfahrens hält die Regierung fest, dass pro Jahr eine Zeitersparnis von 150 Minuten erreicht werden kann. Das ist ja nun wirklich ein riesiges Zeitfenster, das man ja auch bei den Voten von uns Parlamentariern einsparen könnte. Wenn man die Investitionskosten durch die 150 Minuten bzw. 600 Minuten in einer Legislaturperiode teilt und auch den jährlichen Abschreiber und die Unterhaltskosten berücksichtigt, dann rechtfertigen sich so hohe Kosten überhaupt nicht.
Beim Kosten-Nutzen-Verhältnis hält die Regierung fest, dass bei der Sanierung des Kantonsratssaales rund 2 Millionen Franken investiert wurden. Darin enthalten seien Vorinvestitionen für eine Anlage für die elektronische Abstimmung. Es wird aber auch festgehalten, dass Zusatzaufwendungen für die Realisierung einer professionellen elektronischen Abstimmungsanlage verbleiben. Die vorliegende Kostenschätzung sei nur eine grobe Kostenschätzung und die jährlich anfallenden Wartungs- und Betriebskosten in nur vierstelliger Höhe seien systembedingt und üblich. Hier möchten wir doch genauere Angaben im Bezug auf diese Wartungs- und Betriebskosten.
Es wird zu guter Letzt aber auch noch festgehalten, dass kein Eingriff in die historische Bausubstanz nötig sei, weil die Bildschirme nicht an die Wände montiert werden müssen, sondern als Mobilien oder Fahrnisbauten im Saal aufgestellt werden können. In der Vorlage ist festgehalten, dass zwei Monitore abgelöst von der Wand, links und rechts vom Kantonsratspräsidium, aufgestellt werden. Ein Monitor ist aber an die Rückwand befestigt, womit ja doch ein – wenn auch kleiner – Eingriff in die

historische Bausubstanz notwendig wird. Wir sind der Meinung, dass in Zusammenhang mit einer allfälligen Abstimmungsanlage keine baulichen Veränderungen in diesem historischen Saal erfolgen dürfen, ausser bei den Pulten, die ja neu sind.
Zu den Kosten: Es ist herauslesbar, dass nicht nur eine elektronische Abstimmungsanlage realisiert werden soll, sondern – wie aus der Beschreibung der Installationselemente auf Seite 1 der Vorlage unter Punkt 2 hervorgeht – noch mehr Möglichkeiten in diese Vorlage eingepackt worden sind. Da spricht man von Multimedia, von TV-Tuner, von 3d Blu-ray-Spieler, und man spricht auch davon, dass man keinen Beamer mehr braucht. Braucht es das wirklich alles? Vielleicht kann uns da der Baudirektor die eine oder andere Ergänzung abgeben.
Die Regierung listet die Kosten der Kantone Aargau, Appenzell Ausserrhoden und Zürich auf. Es wird leider nicht im Detail aufgezeigt, was diese Kosten genau beinhalten. Wir wissen aber, dass die Nachrüstung einer Abstimmungsanlage, die zur Zeit im Urner Kantonsrat zur Diskussion steht, 50'000 Franken kostet. Fairerweise ist darauf hinzuweisen, dass im Urner Parlament im Jahre 2011 eine Mikrofonanlage für die 75 Plätze im Betrage von 153'000 Franken installiert wurde, wovon die Abstimmungsanlage bezüglich der elektrischen Installationen jetzt natürlich profitieren würde. Der Betrag von 470'000 Franken für die beantragte elektronische Abstimmungsanlage in diesem Saale ist viel Geld, nach Meinung der CVP zu viel Geld.
Auch wenn in der Zwischenzeit über sieben Jahre seit der Rückkehr in den jetzigen Kantonsratssaal vergangen sind, hat sich an der Haltung unserer Fraktion nichts geändert. Unsere Fraktion befürchtet nach wie vor, dass sich mit der Einrichtung einer elektronischen Abstimmungsanlage das Abstimmungsverhalten hier im Rat negativ verändert und – was wir vor allem nicht wollen – dass die gegenseitige Wertschätzung im Rat verloren geht und die Voten in diesem Rat noch schärfer und unproduktiver werden.
Zur eingangs gemachten Bemerkung bezüglich Missbrauch führt der Votant aus, dass Missbrauch vielleicht nicht das richtige Wort sei. Er hält ausdrücklich fest, dass er sich nicht auf Kantons- und Nationalrat Aeschi einschiessen möchte. Auch er, der Votant, habe ferienhalber in diesem Jahre an zwei Ganztagessitzungen gefehlt. Nationalrat Aeschi hat aber am 3. März 2012 in der Neuen Zuger Zeitung einen Rückblick auf seine Berner Woche unter dem Titel «Positionen geschwächt» veröffentlicht. In Zusammenhang mit dem Steueramtshilfegesetz hielt er fest, dass die SVP die Gesamtabstimmung mit 113 gegen 58 Stimmen verlor, wobei er öffentlich aufzeigte, welche Zuger Nationalräte was gestimmt haben und welcher nicht anwesend war.
Wir sind nicht gegen die Veröffentlichung von Abstimmungsergebnissen. Wir sind aber strikte dagegen, dass künftig von jedem einzelnen Kantonsratsmitglied gesagt werden kann, wie es gestimmt hat, und ob es an der Kantonratssitzung überhaupt anwesend war oder nicht. Nicht umsonst gibt das elektronische Abstimmen im Nationalrat immer wieder Anlass zu Parlamentarier-Ratings, weil eben die Stimmabgabe registriert wird. Dass der Ständerat mit nur einer Stimme und somit mit ganz knapper Mehrheit – die Abstimmung erfolgte unter dem im Ständerat äusserst seltenen Namensaufruf– eine parlamentarische Initiative gutgeheissen hat, welche die Einführung der elektronischen Stimmabgabe verlangt, zeigt auf, dass auch in der kleinen Kammer in Bern nicht unbedingt grosse Freude über die elektronische Abstimmung aufkommt.
Hinter jedem Knopfdruck steht eine persönliche Meinung, die mit dem Knopfdruck nicht ausgedrückt werden kann. Dies gilt es zu bedenken. Im Namen der CVP-Fraktion bittet der Votant, die Motion der SVP für nicht erheblich zu erklären. Die SVP steht unter anderem im Grundsatz ihres Leitbildes ein für Tradition und Wert-

haltung. Tradition im Zuger Kantonsrat ist, dass Abstimmungen mit offenem Handmehr, zwischendurch auch mal unter Namensaufruf und manchmal auch geheim durchgeführt werden. An dem wollen wir festhalten.

Martin Pfister wendet sich an Daniel Thomas Burch und hält fest, dass man nicht für eine Abstimmungsanlage und gleichzeitig gegen die Transparenz der Abstimmungsresultate sein könne, Wenn wir diese Anlage einführen, müssen wir auch Ja zur Transparenz sagen. Es gibt nicht zwei Möglichkeiten. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen, ob wir wollen, dass unsere Abstimmungsresultate in mathematischer Genauigkeit transparent gemacht werden. Man muss deshalb zweimal auf diese Vorlage schauen. Auf den ersten Blick kann wirklich niemand etwas gegen Transparenz haben, und auch in der CVP-Fraktion ist niemand dagegen. Wenn man auf den zweiten Blick etwas genauer und tiefer hinschaut, muss man feststellen, dass eine solche Abstimmungsanlage auch unser Politisieren verändern wird. Das sehen wir gerade am Beispiel der Delegation aus dem Kantonsrat Zürich vom letzten Donnerstag. Man hat uns beim Nachtessen klar gesagt, dass dort die Fraktionsdisziplin eine zentrale Rolle spielt. Man muss sich in der Fraktionssitzung genehmigen lassen, dass man im Kantonsrat eine andere Meinung haben darf, was äusserst selten vorkomme. Es sind genau solche Merkmale, die auch diese Leute direkt auf die elektronische Abstimmungsanlage zurückführen: dass sie auch parteiintern praktisch zur Fraktionsdisziplin gezwungen würden, wenn die Resultate so transparent werden.
Wenn wir als Kantonsräte die Problemlösungskompetenz und auch die Entwicklung von Lösungen im Zentrum unserer Aufgabe sehen, dann müssen wir dagegen sein, dass über solche Abstimmungsanlagen unser Politisieren verändert wird – und das wird es zweifellos.

Philip C. Brunner stellt fest, dass die CVP diese Anlage mit jedem Argument zu verhindern versuche. Er verweist auf den Bericht im Tagesanzeiger vom 12. Juni über die Abstimmung im Ständerat am 11. Juni. Im Ständerat war hauptsächlich und geschlossen die CVP dagegen, dies mit der grössten Fraktionsdisziplin. Alle anderen Parteien haben zugestimmt, abgesehen von ein paar Abweichlern, darunter ein früherer Regierungsrat der FDP. Der Tagesanzeiger hat das Resultat – leider im Gegensatz zu unserer Zuger Zeitung – namentlich gebracht, und wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass unsere zwei Ständeräte beide dagegen waren.
Setzen Sie heute ein Zeichen für Transparenz. Es war viel von der Tradition die Rede, und die SVP wurde von der CVP explizit aufgefordert, für die Wahrung der Tradition zu sorgen. Tradition heisst aber nicht Asche herumtragen, sondern das Feuer der Demokratie neu entfachen. Tun Sie das heute.

Martin Stuber weist darauf hin, dass die Diskussion bereits vor einem Jahr, am 24. Februar 2011, geführt wurde, er könnte seine damalige Rede nochmals ablesen. Liebe CVP, ihr stemmt euch gegen den Lauf der Geschichte. Der Lauf der Geschichte ist mehr Demokratie und mehr Transparenz. Das werden wir hoffentlich – und gottseidank – nicht aufhalten können, denn es ist eine gute und wichtige Tendenz. Die Schweiz steht da, wo sie steht, weil sie schon sehr früh viel Demokratie und relativ viel Transparenz eingeführt hat, und sie hat das auch in schwierigen Zeiten überlebt. Mit der Transparenz ist es im Übrigen wie mit Schwanger-

sein. Sie können nicht ein bisschen schwanger sein, Sie sind entweder schwanger, oder Sie sind es nicht. Das Gleiche gilt für die Transparenz: Entweder sind Sie transparent, oder Sie sind es nicht. Es geht nicht, dass Martin Pfister für Transparenz ist und einen Satz später das Mittel, um Transparenz zu schaffen, verweigert.
Zum Abstimmungsverhalten: Der Votant will keine Diskussion über Fraktionszwang führen. Bei uns gibt es keinen Fraktionszwang und hoffentlich bei allen anderen Fraktionen auch nicht. Wir alle in diesem Rat haben doch ein Rückgrat und können zu unserem Abstimmungsverhalten stehen. Wenn man diese Transparenz nicht will, dann heisst das auch, dass man nicht zu seinem Abstimmungsverhalten stehen kann und will. Es ist nicht vorstellbar, dass eine Mehrheit dieses Rates kein Rückgrat hat.

Für **Beni Riedi** spricht es Bände, wenn jemand behauptet, sein Abstimmungsverhalten ändere sich, wenn die Abstimmungsresultate transparent und öffentlich werden. Das versteht er nicht und bittet in diesem Sinne, die Motion erheblich zu erklären.

Thomas Lötscher macht darauf aufmerksam, dass der Rat eben ein Beispiel für die zukünftige Diskussionskultur mit dem neuen System gehört habe. Zwei Politiker, die nicht anwesend sind und nicht argumentieren können, wurden aufgrund ihrer Ja- oder Nein-Stimmen beurteilt. Zu ihrer Motivation konnten sie nicht Stellung nehmen. Das wird in Zukunft auch hier so sein. Es wird Sammel-Ratings geben, die politische Diskussion und ihre Qualität werden dadurch sicher nicht verbessert, denn die Argumente kommen da gar nicht zum Zug. Die meisten hier haben kein Problem, zu ihrer Meinung zu stehen, wenn sie diese auch vertreten und mit Argumenten hinterlegen können. Der Rat wird sich nicht nur für oder gegen Transparenz entscheiden müssen, sondern auch dafür, welche politische Kultur er haben will.
Der Appell ans Rückgrat mag gut gemeint sein. Wir haben aber auch den Beweis erhalten, dass der Kantonsrat ein Querschnitt durch die ganze Bevölkerung ist und die einen mehr, die anderen weniger Rückgrat haben. Der Votant erinnert an die Abstimmungen zu Weiterführung der Gleichstellungskommission. Vor den Wahlen, bei der ersten Lesung, war das Resultat für die Weiterführung; nach den Wahlen, bei der zweiten Lesung, war das Resultat dagegen. Ein Kommentar dazu erübrigt sich.

Heini Schmid weist bezüglich Transparenz darauf hin, dass jedermann in den Ratsaal kommen und zuschauen kann, wie abgestimmt wird. Auch steht es jedem frei, genügend Leute mitzubringen, um bei den Abstimmungen zuzuschauen. Er findet es seltsam, wenn die Abstimmungen als nicht transparent bezeichnet werden. Bei wichtigen Abstimmungen gibt es zudem die Möglichkeit des Namensaufrufs. Seit der Einführung dieses Parlaments haben wir hier Transparenz, und es ist absolut wichtig, dass man das Abstimmungsverhalten nachvollziehen kann.
Das Entscheidende aber ist, dass es heute in der Politik viel medialer zu- und hergeht, und dass man versucht, über die Presse das Abstimmungsverhalten zu instrumentalisieren. Der Votant hat das am eigenen Leib erfahren, als es um die Noteninitiative ging. Er unterschrieb die Motion für eine Notengebung ab der zweiten Klasse in der Überzeugung, dass es wichtig sei, spätestens ab der vierten Klasse Noten einzuführen. Im Abstimmungskampf führte Regierungsrat Schleiss

dann namentlich auf, welche Kantonsräte wie gestimmt hätten, und monierte, dass gewisse Leute die Motion unterschrieben, im Kantonsrat dann aber anders gestimmt hätten. Der Votant wollte nicht Noten ab der zweiten Klasse, war aber dafür, dass etwas passiert, und hat deshalb die Motion unterschrieben. Er hätte jetzt eigentlich in der Zeitung wieder schreiben müssen, aus welchen Gründen er sich so verhalten habe. Wir müssen uns also sehr bewusst sein, dass im politischen Kampf unser Abstimmungsverhalten über Presse und Leserbriefe undifferenziert wiedergegeben wird und wir allenfalls gezwungen sein werden, uns immer wieder zu rechtfertigen.
Es ist bezeichnend, dass gerade diejenigen Fraktionen, die einen starken Fraktionszwang haben, unbedingt dieses Disziplinierungsinstrument haben wollen. Ob unsere politische Kultur davon profitiert, dass wir vermehrt in Lagern denken und Kadavergehorsam haben, überlässt er der Beurteilung jedes einzelnen.

Landammann **Matthias Michel** stellt fest, dass es für den Regierungsrat nicht ganz einfach war, dem Kantonsrat Vorschläge zu dessen eigenem Abstimmungsverhalten zu unterbreiten. Die Vorlage wurde deshalb eher sachlich und technisch-nüchtern abgefasst. Die politische Diskussion ist Sache des Kantonsrats, was jetzt ja auch geschehen ist.
Dass der Regierungsrat über die SVP-Forderung hinausgehe, wie das der SVP-Sprecher sagte, trifft inhaltlich sicher nicht zu. Wir beantragen Ihnen einfach die Erheblicherklärung der Motion. Das allein ist aber noch keine gesetzliche Grundlage. Es wird vielmehr eine Gesetzesänderung geben, welche die Grundlage für den Ausgabenbeschluss und die Ausgestaltung im Detail bildet. Mit der Gesetzesänderung werden Sie bestimmen können, welche Ausgaben ausgelöst, allenfalls auch wie die Stimmen im Detail ausgewertet und das Stimmverhalten protokolliert werden sollen. Wir haben den Aufruf gehört, dass man das schlank durchsetzen soll. Es ist auch eine Frage der Verhältnismässigkeit, ob man alles auswerten und auf Papier festhalten soll, oder ob man primär die Abstimmungsergebnisse erfahren und das Wesentliche dann in Protokolle umsetzen soll. Aber wie gesagt: Die detaillierte technische Umsetzung, die Frage, wie mit den Ergebnissen im Detail umgegangen wird und ob jede Abstimmung elektronisch erfasst werden muss, all das werden Sie im Gesetz bestimmen. Heute geht es um den Grundsatz.
Es geht auch um eine Erleichterung für die Stimmenzähler und um die Klarheit der Abstimmungsergebnisse. Die Platzverhältnisse sind kein Problem. Im englischen Parlament hat man gar keine Ablagefläche. Man macht dort das, wozu man berufen ist, nämlich *parlare* und nicht schreiben. Die Umsetzungsfragen werden beförderlich in der gesetzlichen Vorlage thematisiert. Wir werden sicher technische Vorbereitungsarbeiten leisten, aber nichts installieren, bevor Sie mit dem Gesetz Ja gesagt haben.
Es war viel von Transparenz die Rede. Die Transparenz in der Politik wird vielleicht gefördert durch diese Abstimmungsanlage, aber sie beschränkt sich natürlich nicht darauf. Gleichwohl wird unser Baudirektor sich freuen, die leeren Rohre füllen zu können.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 47 zu 22 Stimmen erheblich.

479 Interpellation von Pirmin Frei betreffend Geothermie vom 22. Juni 2012

Traktandum 4. – Es liegt vor: Interpellation (Nr. 2164.1 - 14110).

➔ Der Rat überweist die Interpellation zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat.

480 Kommissionsbestellungen

Traktandum 5.

Es sind keine neuen Kommissionen zu bestellen.

Die Stellvertretende Landschreiberin übernimmt für den Rest der Sitzung den Platz des Landschreibers.

481 Motion von Manuel Brandenberg und Philip C. Brunner betreffend Verbot von Sexualunterricht an den öffentlichen Schulen und Kindergärten vor der 5. Primarschule

Traktandum 6. – Es liegen vor: Motion (Nr. 2076.1 - 13880); Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2076.2 - 14081).

Philip C. Brunner entschuldigt die Abwesenheit seines Mitmotionärs und dankt dem Regierungsrat für die sehr detaillierte und gute Beantwortung. Mit dem Mitmotionär konnte er sich nicht in jedem Detail absprechen, er vertritt hier also seine persönliche Meinung und nicht unbedingt auch diejenige seines Mitmotionärs. Es war wichtig und richtig, diese Motion jetzt einzugeben, und aufgrund der sehr detaillierten Beantwortung durch die Regierung hat der Votant auch einiges an persönlicher Aufklärung erfahren.
Es war nicht zu erwarten, dass unsere Forderungen offene Türen einrennen würden. Es war eher damit zu rechnen, dass die Empfehlung und der Antrag der Regierung so sein würden, wie sie nun sind. Aber wir haben doch ein paar Punkte verbuchen können. Wir haben die Bestätigung, dass es im Kindergarten und in der Primarschule keinen systematischen Sexualunterricht gegeben hat, und es gibt auch kein Fach Sexualkunde. Es gibt auch – der Votant sieht das durchaus auch positiv – keine Dispensationen für Schüler, was nicht ganz unwichtig ist. Schwimm- und Turnunterricht sind ja schliesslich auch Schulfächer. Man kann also auch den Umkehrschluss machen: Wenn es keine Dispensation vom Sexualunterricht gibt, dann gibt es das auch in anderen Bereichen nicht. Wir haben auch erfahren, dass der Lehrplan 21 erarbeitet wird und der Entwurf im Jahr 2013 einer breiten Konsultation unterliegt. Wir werden dann darüber entscheiden können. Im Moment ist das Fach im Lehrplan nicht vorgesehen.
Wichtig scheint, dass der Kanton am Ball ist. Sehr erfreulich ist das Zitat am Schluss des Berichts: «Die Familie ist der Ort, wo Eltern ihren Kindern familiäre Werte und Normen vorleben. Eltern sind in der Sexualerziehung daher die ersten Ansprech-

personen.» Und weiter: «Der Bezug zur eigenen und fremden Sexualität darf nicht dem Zufall, den Medien, dem Internet oder den Schulkameraden überlassen werden.» Darin bestätigt die Regierung letztlich auch die Haltung der beiden Motionäre.

Für **Barbara Gysel** zeigt der Vorstoss, dass Sexualität, Familie und Erziehung heute keine politischen Tabus mehr sind. Das war nicht immer so. Im 18. Jahrhundert engagierten sich unsere Vorfahren für bürgerliche Rechte. Im 19. Jahrhundert stand die Erkämpfung von politischen Rechten im Vordergrund, im 20. Jahrhundert die sozialen Rechte. Und jetzt, im 21. Jahrhundert, werden auch Aspekte von Geschlecht, Sexualität und Familie als politisch relevant erachtet.
Die SP unterstützt einstimmig die Haltung der Regierung, die vorliegende Motion als nicht erheblich zu erklären. Es gibt dafür vier wesentliche Argumente:
• Sexualität ist Teil der Gesellschaft, ob wir wollen oder nicht. Um zu vermeiden, dass Kinder und Jugendliche ein verzerrtes Bild von Sexualität erhalten, ist fachliche und altersadäquate Aufklärung wichtiger denn je.
• Das eine tun und das andere nicht lassen: Wie die Regierung zu Recht schreibt, soll die Schule die Information durch die Eltern nicht *ersetzen*, sondern *ergänzen*. Im Idealfall leisten die Eltern – hoffentlich Mütter wie Väter – vieles an sexueller Aufklärungsarbeit. Es ist aber schlicht Realität, dass Kinder und Jugendliche vieles auch ausserhalb des Elternhauses und mit Gleichaltrigen kommunizieren und vielleicht auch «konsumieren». Der SP scheint es angebracht und vonnöten, dass die Schule fachlich fundierte sowie altersgerechte Informationen bereitstellt. Liebe SVP-Vertreter, würde das Wissen um das sensible Thema der Sexualität besser, wenn wir es ausschliesslich den Eltern überliessen?
• Sexualität kann auch eine aggressive Seite haben. Das fängt an mit sexualisierter Sprache, homophoben oder sexistischen Schimpfwörtern und endet womöglich mit ernsthaften sexuellen Übergriffen. Zudem können sexuelle Belästigungen – leider – gerade auch im Elternhaus vorkommen. Uns scheint es zentral, dass zum Schutz der Kinder eine Prävention vor sexuellen Belästigungen von v*erschiedenen* Akteuren vorgenommen wird. Und zwar altersgerecht und nicht erst in der Vorpubertät oder Pubertät. Wir diskutierten kürzlich in diesem Rat die Möglichkeiten der Strafverfolgung im Internet beispielsweise bei Pädophilie. Auch in diesem Kontext wurde der Schutz von Kindern zu Recht ganz hoch gewichtet. Dieses Argument der gestärkten Prävention sexueller Belästigung vermissten wir in der Antwort der Regierung.
• Die Argumentation, welche die beiden Motionäre besonders beim vierten Punkt ihrer Begründung ins Feld führen, scheint uns teilweise gar abenteuerlich. Wir verzichten aber darauf, diese weiter zu kommentieren.
Die SP ist mit Überzeugung für fachlich gute Sexualkunde im Rahmen der Lernziele. Die Regierung schreibt aber in ihrem Bericht, dass die Zuger Schulen keinen systematischen Sexualunterricht kennen. Liebe Regierung, wäre es nicht vielleicht Zeit, für mehr Systematik zu sorgen?

Stefan Gisler ruft dazu auf, diesen rückwärtsgewandten, für Kinder nachteiligen und schulpolitisch verfehlten Vorstoss abzulehnen, wie dies der Bildungsdirektor in seiner Antwort dem Rat deutlich nahelegt und wie dies faktisch nun auch Philip C. Brunner tut. Erst kürzlich war sich dieser Rat einig, dass niemand seine Kinder aus religiösen oder anderen Gründen vom obligatorischen Unterricht dispensieren lassen darf. Schwimm- und Turnunterricht sowie Klassenlager sind obligatorisch, auch der Votant hat sich damals gegen Dispensen ausgesprochen. Bereits damals

zeigte die Regierung auf, dass diese Dispensen vor allem durch fundamental christliche Kreise beantragt werden. Auch der jetzt vorliegende Vorstoss ist in diesem Geiste verfasst.
Der Votant warnt davor, dass, wenn beim Sexual- und Aufklärungsunterricht parziell Dispensen erlaubt werden, dies ein Präjudiz für andere Unterrichtsbereiche sein wird. Der Bildungsdirektor hat in seiner Antwort nämlich klar aufgezeigt, dass die von den Motionären angeführten weltanschaulichen, religiösen und moralischen Überzeugungen sämtliche Unterrichtsbereiche betreffen können, nicht nur den Sexualkundeunterricht, und dass damit Dispensen überall möglich sein könnten. Wie der Bildungsdirektor weist auch der Votant auf die Wichtigkeit hin, unsere Kinder darin zu unterstützen, selbstbewusste Persönlichkeiten zu werden. Dazu gehört unter anderem die Fähigkeit, Nein zu sagen, wenn Grenzen der Intimität verletzt werden. Es geht also nicht um Sexualkundeunterricht, den es so eigentlich nicht gibt, sondern vielmehr um einen Unterricht, in dem die Kinder lernen, mit sich selbst, mit dem Aufwachsen, mit der Pubertät, mit dem Körper, mit dem anderen Geschlecht zurechtzukommen. Dort gilt es die Kinder zu stärken, und wenn sie dieses Wissen nicht auch in der Schule vermittelt bekommen, werden sie auch leichter Opfer. Urteilen Sie selbst, ob es Zufall ist oder nicht, dass im nationalen Initiativkomitee zum Verbot von Sexualkundeunterricht ein verurteilter Kinderschänder sitzt.
Wie der Bildungsdirektor ist die AGF der Meinung, dass bei der Erziehung und Stärkung der Kinder die Eltern, die Familie die wichtigste Rolle spielen. Aber auch die Gesellschaft hat die Verantwortung, Kinder zu stärken, sei es in der Mathematik, im Fach Mensch und Umwelt, in der Sozialkompetenz oder eben auch in diesem sensiblen Bereich. Darum soll die Bildung diesen Bereich weiterhin auch mit den Kindern angehen können.

Dominik Lehner dankt namens der FDP-Fraktion für die schlüssige Beantwortung und teilt die Meinung des Regierungsrats. Er unterstreicht – wie seine Vorredner – zwei Aussagen. Zum einen sind Dispensationen von einzelnen Fächern auf Wunsch von Erziehungsberechtigten klar abzulehnen. Die Diskussionen rund um den Schwimmunterricht liegen uns noch in den Ohren. Zum zweiten ist es richtig, dass in unseren Schulen auch das Thema Sexualität thematisiert wird, selbstverständlich stufen- und altersgerecht. Wenn wir über die Fortpflanzung von Vogel und Fisch etwas lernen, sollen wir auch etwas über den eigenen Körper erfahren dürfen. Wie bereits erwähnt wurde, ist es leider so, dass eine Mehrheit der sexuellen Übergriffe in der sozialen Nahumgebung der betroffenen Kinder stattfindet. Die Schule übernimmt da eine wichtige ergänzende Aufgabe, auch wenn wir uns wie die Motionäre klar dafür aussprechen, dass die Schule nicht allmählich alle Aufgaben der Eltern übernehmen soll.
Die FDP-Fraktion ist deshalb für Nichterheblicherklärung der Motion.

Bildungsdirektor **Stephan** Schleiss ging von einer kontroversen Debatte aus, kann aber feststellen, dass die verschiedenen Voten sich als recht einvernehmlich erwiesen. Im Grossen und Ganzen ist der Rat mit der Antwort zufrieden, wofür der Bildungsdirektor dankt. Stefan Gisler hat in seinem Votum immer wieder den Bildungsdirektor betont – mit welcher Absicht, ist dem Bildungsdirektor unklar. Es ist aber klarzustellen, dass die Antwort nicht vom Bildungsdirektor, sondern vom Regierungsrat stammt.
Philip C. Brunner hat die Antwort im Namen der Motionäre als gut qualifiziert. Dass er die regierungsrätliche Ablehnung von Dispensationen explizit befürwortet, findet

der Bildungsdirektor etwas merkwürdig, da die Zulassung von Dispensationen das hauptsächliche Motionsbegehren sei. Er ist froh über diese Haltung, denn die Regierung hat auch in früheren Motions- oder Interpellationsantworten immer dieselbe Meinung vertreten, zum letzten Mal in Zusammenhang mit dem Schwimmunterricht. Es ist der Zweck der obligatorischen Schule, dass sie eben obligatorisch ist, dass die in den Lehrplänen verankerten Inhalte auch wirklich allen Kindern zugänglich gemacht werden. Auch die Sprecher von SP, AGF und FDP haben dies ausdrücklich bekräftigt.
Der zweite Teil der Motion hat sich vor allem mit den Wirren um den Lehrplan 21 beschäftigt. Philip C. Brunner hat gesagt, dass wir darüber werden entscheiden können und damit offenbar den Kantonsrat gemeint. Der Bildungsdirektor stellt klar, dass nicht der Kantonsrat, sondern die jeweiligen kantonal zuständigen Gremien darüber entscheiden werden. Im Kanton Zug ist kraft des Schulgesetzes der Bildungsrat dafür zuständig, und zwar abschliessend. Gemäss Philipp C. Brunner werde sich auch noch zeigen, ob Sexualkunde im Lehrplan 21 ein eigenes Fach sein werde. Auch dem ist nicht so. Es wird definitiv kein eigenes Fach sein. Die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (DEDK) hat sich sehr klar und scharf von der Idee eines Kompetenzzentrums für Sexualpädagogik an der PHZ distanziert. Der Bildungsdirektor zitiert dazu aus einem mit Internetlink auch in der Antwort der Regierung erwähnten, öffentlich zugänglichen Schreiben, das sich auf das Grundlagenpapier zur Sexualpädagogik bezieht: «Dieses Dokument ist jedoch weder im Auftrag noch unter Mitwirkung der Erziehungsdirektorenkonferenz entstanden. Seine Inhalte sind für den Lehrplan 21 nicht massgebend.»
Über die Aktivitäten des Bundesamts für Gesundheit im Bildungswesen hat die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) keine Freude gezeigt. Die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) hat in einem Brief an den Direktor des Bundesamts für Gesundheit festgehalten, dass die Erarbeitung von Lehrplänen eine kantonale Aufgabe sei und der Bund diesbezüglich keine Kompetenzen habe. Die Kantone dürften deshalb erwarten, dass sie informiert werden, wenn sich Bundesbehörden in ihre Kompetenzen einzugreifen anschickten. Wir haben auch da klar festgehalten, was wir von diesem Kompetenzzentrum halten, und dass die «Sexkoffer», die dort erarbeitet wurden, im Auftrag des Kantons Basel-Stadt und nicht im Auftrag der DEDK oder der EDK entwickelt wurden.
Die weiteren Voten unterstützten den Antrag der Regierung, die Motion nicht erheblich zu erklären. Erklären Sie deshalb antragsgemäss diese Motion nicht erheblich.

➔ Der Rat erklärt die Motion nicht erheblich.

482 Postulat von Kurt Balmer, Anna Bieri und Karin Andenmatten betreffend Halt der Interregio-Züge in Rotkreuz

Traktandum 7. – Es liegen vor: Postulat (Nr. 2012.1 - 13664); Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2012.2 - 14082).

Kurt Balmer dankt auch namens der Mitpostulantinnen für den bisherigen Einsatz der kantonalen Stellen und dem Regierungsrat für die Antwort, welche fast fristgemäss erfolgte. Seine Interessenbindung als fleissiger ÖV-Benutzer lässt ihn auch für die immer zahlreicheren Pendler sprechen. Es wurde bis heute zwar einiges für

den ÖV im Ennetsee gemacht, doch lässt sich bezüglich des Anliegens dieses Postulats eine gewisse Resignation der kantonalen Stellen gegenüber der offensichtlich sehr starken Position der SBB feststellen. Sämtliche involvierten Instanzen anerkennen die erhöhte Nachfrage nach Interregio-Verbindungen ab Rotkreuz. Die Postulanten rennen also offene Türen ein, doch scheitert die konkrete Umsetzung an Kapazitätsproblemen der SBB. Die SBB würden scheinbar ab und nach Rotkreuz zu attraktiv, was aktuell zu vermeiden sei, wie geltend gemacht wird seitens der Regierung.

Wo bleibt denn da die konkrete Umsetzung der ganzen ÖV-Politik des Bundes und der Kantone? Gilt der Spruch «Der Kluge fährt im Zuge» für die Region Ennetsee nur noch reduziert? Gilt die kantonale gesetzliche Grundlage im Gesetz über den öffentlichen Verkehr, nach welcher der Kanton *nachfrageorientiert* für den ÖV sorgt, im Enntsee nicht mehr unbeschränkt? Das Gesetz verweist auf die Nachfrage, welche niemand in Zweifel zieht, und trotzdem will der Regierungsrat das Postulat einfach abschreiben, frei nach dem Motto: Das ist zwar eine gute Idee, aber wir haben die SBB angefragt – und die will aktuell nicht. Das ist wirklich nicht zu verstehen.

Im Gegenteil: Der Kanton und die SBB dürfen über den bisherigen Erfolg im Ennetsee mehr als zufrieden sein. Gleichwohl und mit Blick auf die massiven, vom Votanten nicht kritisierten Strassenausbauten in der gleichen Region bedeutet ein Stehenbleiben im ÖV de facto einen Rückschritt. Vom Kanton kann erwartet werden, dass er angesichts der zitierten Gesetzesbestimmung, nach welcher die Publikumsnachfrage ins Zentrum gestellt wird, nicht schon beim kleinsten Widerstand der SBB das Handtuch wirft. Es ist bekannt, dass die SBB – zurückhaltend gesagt – etwas verhandlungsresistent respektive verhandlungsschwierig sind.

Von den kantonalen Stellen darf noch etwas mehr nachhaltiger Einsatz zugunsten des ÖV im Ennetsee verlangt werden. Es wäre im Übrigen auch gefährlich, bei der gegenwärtigen intensiven Bautätigkeit im Ennetsee einseitig den Strassenverkehr zu fördern. MIV-Pendler wechseln kaum auf den ÖV. Es sind dem Votanten aber doch einige ÖV-Pendler bekannt, welche infolge gestiegener Attraktivität – beispielsweise die Autobahn durch das Säuliamt – auf die Strasse wechselten. Unterschätzen Sie dieses Risiko bei Ihrem Abstimmungsverhalten nicht.

Wer nun denkt, man könne zur Zeit ja sowieso nichts machen, weil schlichtweg das Wagenmaterial fehle oder die Perrons zu wenig lang seien, dem sei entgegnet, dass nach Ansicht des Votanten die SBB nie ernsthaft eine Regimeänderung in Betracht zogen und beispielsweise den Stopp in Thalwil überprüften. Weshalb müssen heute praktisch sämtliche Interregio-Züge in Thalwil halten, und weshalb verkehren weiterhin innert weniger Minuten zwei Schnellzüge zwischen Zug und Zürich? Mit gewissen Änderungen könnte vielleicht die Attraktivität gesteuert werden. Es gibt noch weitere Optimierungsvarianten, welche auch zu klären wären. Da der Kanton bekanntermassen und auch zurecht hohe Beiträge an die Infrastruktur wie die S-Bahn-Haltestellen und den allgemeinen Unterhalt leistet, darf das Interregio-Anliegen Rotkreuz auch gebührend gefördert werden. Das gilt umso mehr, als Gerüchte aufgekommen sind, dass die SBB die Nachfrage in Rotkreuz und/oder Baar nicht mehr bedienen wollen. Dem gilt es heute entschieden entgegenzutreten. Es stellt sich ganz einfach die Frage, ob dieser Rat sich die neusten Drohgebärden der SBB einfach gefallen lassen will. Die nachgewiesene und bestätigte Nachfrage können die SBB nicht einfach völlig ignorieren. Gegenüber der SBB soll das Druckmittel Postulat unbedingt aufrechterhalten bleiben.

Selbstverständlich ist der Votant mit der Erheblicherklärung einverstanden. Aus den genannten Gründen sollte das Postulat aber nicht schon heute abgeschrieben werden. Dafür gibt es heute definitiv keine Notwendigkeit. Aktuell ist auch keine

Gefahr zu erkennen, dass quasi ein ewiges Anliegen entsteht. Spätestens nach Erstellung der Doppelspur und der allfälligen Umleitung der Gotthardstrecke über Rotkreuz wegen der Sperrung der Zugersee-Oststrecke dürfte mehr Klarheit herrschen. Es wäre ein falsches Signal, heute das Postulat abzuschreiben. Der Votant *beantragt* daher Erheblicherklärung und Nichtabschreiben.

Hanni Schriber-Neiger legt einleitend ihre Interessenbindung offen: Sie wohnt in Rotkreuz. Zu Pendlerzeiten zeigt sich heute folgendes Bild:
• Die Interregio-Züge sind am Morgen zwischen Rotkreuz und Zürich und am Abend in der Gegenrichtung völlig überfüllt. Viele Pendlerinnen und Pendler müssen sich mit Stehplätzen abfinden. Den Zügen können kaum mehr zusätzliche Wagen angehängt werden, weil in Rotkreuz und vor allem in Baar und Thalwil die Perrons zu kurz sind.
• Das ähnliche Kapazitätsproblem besteht auf der S1. Zwischen Rotkreuz und Zug haben wir zu gewissen Zeiten fast japanische Verhältnisse. Die Reisenden müssen sich in die S-Bahn zwängen, damit sie überhaupt zur verlangten Zeit ans gewünschte Ziel kommen. Mehr als zwei Kompositionen können wegen der fehlenden Perronlängen an den Zuger S-Bahn-Stationen nicht eingesetzt werden.
• Die massive Bautätigkeit in Rotkreuz und in den angrenzenden Gemeinden im Freiamt und Rontal führt zu mehr Reisenden auch im öffentlichen Verkehr und wird das Kapazitätsproblem in Zukunft noch verschärfen.
Der Personenverkehr SBB und auch das Bundesamt für Verkehr (BAV) werden wohl in naher Zukunft nicht darum herumkommen, ihren ablehnenden Entscheid für einen zusätzlichen Interregio-Halt in Rotkreuz zu revidieren.
Wie und mit welchen Mitteln soll der Kanton darauf reagieren? Aus Sicht der AGF muss der Kanton auf diese Zustände reagieren. Bis Ende 2016 sollte die durchgehende Doppelspur Freudenberg-Rotkreuz fertig gestellt sein, unabhängig davon, ob es eine Doppelspurinsel in Walchwil gibt oder nicht. Dies bringt nicht nur Stabilität in den Fahrplan des Regionalverkehrs, sondern ermöglicht auch ein zusätzliches Fernverkehrsangebot auf der Strecke Rotkreuz–Zürich HB mit der Bedienung von Zug, Baar, Thalwil und Zürich-Enge. Leider dürfte dieses zusätzliche Angebot Richtung Luzern kaum möglich sein, da die Einspurstrecke am Rotsee und vor allem die Zufahrt zum Bahnhof Luzern schon heute an der Kapazitätsgrenze sind.
Die AGF wünscht von der Regierung einen ganzen Strauss von Massnahmen:
• Sie soll sich trotz ablehnendem Entscheid von BAV und Personenverkehr SBB für einen zweiten Interregio-Halt in Rotkreuz einsetzen.
• Sie soll die akuten Kapazitätsprobleme in den Interregio-Zügen und der S1 zusammen mit den SBB aktiv angehen und die Möglichkeit eines zusätzlichen Fernverkehrsangebots zwischen Rotkreuz und Zürich HB klären lassen.
• Sie soll den Vorstoss, der eine Verlängerung der Perrons in Rotkreuz und Baar verlangte und vom Kantonsrat an seiner Sitzung vom 31. März 2011 ausdrücklich nicht abgeschrieben wurde, mit Hochdruck verfolgen und in die zukünftige Angebotsplanung einbringen.
• Sie soll sich vehement für den Tiefbahnhof Luzern einsetzen, damit zusätzliche Verbindungen zwischen Zürich und Luzern angeboten werden können.
• Sie soll sich endlich auch für den Zimmerberg light als Alternative zum Zimmerberg-Basistunnel einsetzen. Zimmerberg light ist klar eine sehr gute Alternative zum Basistunnel und wäre erst noch viel schneller fertig gebaut. Er wäre günstiger zu haben und würde dem nationalen Personenverkehr viel mehr Nutzen bringen.
Die AGF ist für Erheblicherklärung und Nichtabschreiben des Postulats.

Philip C. Brunner kann dem Regierungsrat höchstens einen virtuellen Blumenstrauss dafür überreichen, dass er sich – so der Kernsatz seiner Antwort – «im Rahmen seiner Möglichkeiten für den zusätzlichen Halt in Rotkreuz eingesetzt hat und sich weiterhin für dieses Anliegen einsetzen wird». «Der Kluge fährt im Zuge», hat Kurt Balmer gesagt, und wer im Zuge herumfährt, der kommt irgendwo mal auf das Zürcher Verkehrsverbundsnetz. Dort heisst es in der Werbung: «Ich bin auch ein Zug», «Ich bin auch ein Schiff», «Ich bin auch ein Tram». In Analogie dazu kann man sagen: «Ich bin auch ein Baarer, ich bin auch ein Rotkreuzer, ich bin auch ein Zuger, und ich bin sogar ein Walchwiler.» Mindestens die drei letzten Gemeinden sind Gebergemeinden im ZFA und tragen damit auch zum NFA bei. Rotkreuz hat in den letzten vier Jahren positive Ergebnisse erzielt, zuletzt einen Gewinn von 2,4 Millionen Franken. Rotkreuz hat das Potenzial, zu einer ZFA-Gebergemeinde zu werden. Das muss uns als Kanton interessieren, und weil Bahnen eben auch Infrastruktur sind und wichtige Impulse für internationale Firmen geben, ist dieser Standort zu stärken. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.
In den letzten Wochen hat sich in Zusammenhang mit Doppelspurausbau und anderen Diskussionen leider eine gewisse Spaltung ergeben. Wir müssen versuchen, die Reihen hier wieder ein bisschen zu schliessen und daran zu denken, was eigentlich unsere Aufgabe ist. Was ist die Aufgabe der Zuger Regierung, des Kantonsrats oder eines Gemeinderats, der nach Bern pilgert? Und was ist die Aufgabe eines Komitees, welches sich für den öffentlichen Verkehr und den Zimmerberg light einsetzt? Am Schluss geht es um diesen Kanton und seine Einwohner und um das, was sie dann vom ÖV haben. Wir müssten hier im Kantonsrat jetzt dazu übergehen, die Reihen zu schliessen und zu stärken. Wenn der Regierungsrat vom «Rahmen seiner Möglichkeiten» schreibt, dann sind die Möglichkeiten eben verdammt gross. Der Votant möchte hier nicht zu zivilem Widerstand aufrufen, aber wer 275 Millionen Franken nach Bern abliefert – einfach so für die anderen, die immer grössere Löcher machen –, der darf auch Forderungen stellen. Gehen Sie, Herr Michel, in diesem Sinne mit gestärktem Rücken nach Bern, verhandeln Sie mit diesen Leuten, und nehmen Sie den Blumenstrauss, den wir Ihnen hier gegeben haben, als Rückenstärkung mit, etwas zu tun für den öffentlichen Verkehr und für die Einwohner dieses Kantons.
Nun hat der Votant aber ein Problem: Die SVP hat an ihrer Fraktionssitzung einstimmig beschlossen, das Postulat erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben. Aufgrund des Antrages aber würde der Votant – er war an der Fraktionssitzung nicht dabei – seiner Fraktion den Tipp beziehungsweise zu überlegen geben, ob man nicht allenfalls dem Antrag Balmer folgen sollte, dies im Interesse des öffentlichen Verkehrs und auch im Sinne der Argumentation, dass wir kein Interesse haben, das jetzt in die Schublade zu tun, sondern dieses Postulat bestehen lassen.

Hans Christen bedankt sich im Auftrag der FDP-Fraktion beim Regierungsrat für die ausführliche und transparente Beantwortung des Postulats. Im Interesse der rasant wachsenden Bevölkerung und der stetigen Zunahme von Arbeitsplätzen im Raum Ennetsee kann man von einem berechtigten politischen Vorstoss sprechen. Das Anliegen betreffend vermehrter Halte der Interregio-Züge in Rotkreuz wird – wie wir der Antwort entnehmen können – von der Volkswirtschaftsdirektion und vom Amt für öffentlichen Verkehr schon seit Jahren bei den SBB beantragt. Leider ist dieser Wunsch bis heute noch nicht erfüllt worden. Wenn man die Beantwortung zwischen den Zeilen liest, ist den SBB in erster Linie nur die direkte Verbindung von Zürich nach Luzern wichtig, da ein zusätzlicher Halt die Verbindung anschei-

nend belasten würde. Diese Betrachtungsweise der SBB kann man aus marktpolitischer Sicht teilweise auch nachvollziehen. Es ist aber unbedingt nötig, dass die SBB demnach eine alternative Lösung erarbeiten müssen. Nicht nur Rotkreuz, auch der Bahnhof in Baar muss mit vermehrten Halten bedient werden. Es ist aus verkehrs- und wirtschaftspolitischen Gründen unabdingbar, dass den drei prosperierenden Wirtschaftszentren im Kanton Zug, nämlich Rotkreuz, Zug und Baar, attraktive Anschlüsse an die Städte Luzern und Zürich und an den Flughafen Zürich-Kloten gesichert werden.
Die FDP-Fraktion ersucht die Volkswirtschaftsdirektion und das Amt für öffentlichen Verkehr, weiterhin am Ball zu bleiben, damit diese für unseren Kanton wichtigen Halte der Interregio-Züge an dieser Bahnlinie ausgebaut werden. Gestützt auf die Ausführungen in der Vorlage gehen wir mit der Regierung einig, das Postulat sei erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.

Martin Stuber schliesst sich gerne Kurt Balmer und seiner Erwartungshaltung gegenüber der Regierung an. Der ganze Vorgang zeigt symptomatisch, dass wir und auch die Zuger Regierung im Moment zu wenig Durchsetzungsvermögen gegenüber den SBB haben. Das gleiche Bild hatten wir auch gegenüber der drittgrössten schweizerischen Eisenbahnunternehmung, dem Zürcher Verkehrsverbund, bei der vierten Teilrevision der S-Bahn. Vielleicht hat es etwas damit zu tun, dass die Regierung fragt, statt mit gut unterlegten Argumenten zu fordern. Sie hat ja den Auftrag dieses Parlaments, sich beispielsweise für längere Perrons einzusetzen. Das ist vom Rat ausdrücklich als Motion stehengelassen worden.
Man sollte vielleicht auch nicht immer alles glauben, was von den SBB kommt. Nehmen Sie beispielsweise die Perronlängen: Thalwil und Luzern haben lange Perrons, sie sind über 400 Meter lang. Am Dienstag waren wir bei Philippe Gauderon, dem Chef der Division Infrastruktur SBB, zum Gespräch. Wir sind von Luzern aus mit einem Zug gefahren, der 14 Wagen hatte, und dieser Zug hatte problemlos Platz auf dem Perron. Ein 400-Meter-Perron nimmt Züge mit 15 Wagen auf. Auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern haben wir heute nur noch eine Möglichkeit, die Kapazität zu erhöhen, bevor eine durchgehende Doppelspur kommt. Und das wird noch bis nach 2030 dauern, unabhängig davon, welche Version beim Zimmerberg kommt. Wir werden leider also noch mindestens 20, wenn nicht 25 Jahre lang keine durchgehende Doppelspur haben. Wir haben zur Erhöhung der Kapazität also nur die einzige Möglichkeit, lange Züge zu machen, dort das Maximum herausholen und mit 15 Doppelstockwagen auf dieser Strecke zu fahren. Es ist wirklich unabdingbar, dass die Perrons dafür länger gemacht werden. Andernfalls kommen die SBB und sagt: «Wir halten nicht mehr. Wir machen schon längere Züge, aber dann können wir in Rotkreuz und in Baar nicht mehr halten.» Das wäre wirklich fatal.
Zum Interregio-Halt in Thalwil: Kurt Balmer soll bitte Rotkreuz und Thalwil nicht gegeneinander ausspielen. Der Interregio-Halt in Thalwil ist ganz wichtig, auch für den Ennetsee, weil er einen Anschluss an den südlichen Teil der Ostschweiz und den Kanton Graubünden bietet. Das ist übrigens einer der Hauptvorteile von Zimmerberg light. Wir wollen nicht, dass alle Leute am Schluss über den Wasserkopf Zürich fahren müssen, wenn sie Richtung südliche Ostschweiz oder Richtung Graubünden reisen.
Die Zitrone ist bald ausgepresst, wir können nur noch längere Züge machen. Wenn Sie heute dieses Postulat abschreiben, dann nehmen Sie den Fuss vom Gas. Wir müssen aber Vollgas geben in dieser Frage, sonst haben wir eine Zwei am Rücken. Schreiben Sie deshalb diesen Vorstoss nicht ab.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** betont, dass keineswegs resigniert oder weniger Gas gegeben wird. In der Zielrichtung sind wir uns einig, es geht eher um die Frage des Vorgehens. Wir haben vorhin ein Beispiel gehört: Während Kurt Balmer Thalwil hinterfragt haben will, warnt Martin Stuber eindringlich davor, Thalwil gegen Rotkreuz auszuspielen. Das zeigt, dass das Ganze in einem Zusammenhang steht. Wenn irgendwo Minuten gespart werden müssen, dann müssen diese anderswo eingeholt werden. Es gibt Zielkonflikte, auch innerhalb der SBB. Der Fernverkehr will möglichst schnell von Luzern nach Zürich fahren, der Regionalverkehr aber hat ein anderes Interesse. Auch innerhalb des Kantons haben wir Interessen, die sich widersprechen, weshalb man das Ganze nicht zu punktuell anschauen sollte.
Wir haben genügend Beweise erbracht, dass der Kanton Verhandlungsmöglichkeiten hat und alles tut, um den ÖV attraktiv und nachfrageorientiert zu behandeln. Und wir tun das erfolgreich: Beim S-Bahn und Bus werden Jahr für Jahr Verbesserungen gemacht, dies trotz der Begrenzung des Kostendeckungsgrades auf 40 Prozent. Denken Sie etwa an die neue S-Bahn-Verbindung um 07.00 Uhr ab Rotkreuz, die wir ab dem nächsten Fahrplanwechsel anbieten können. Den Tatbeweis, dass wir unsere Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen, auch wenn wir keinen rechtlichen Hebel haben, haben wir gerade vor einer Woche in diesem Rat erbracht. Wir haben Anzeichen, dass nicht auf der Strecke Zug – Arth Goldau, sondern auf anderen Strecken unsere Interessen gefährdet sein könnten. Deshalb hat die Regierung die Notbremse gezogen, um mit den SBB besser verhandeln zu können und mehrere Filet- oder andere Stücke in diesem Menu zu haben, damit Geben und Nehmen etwas einfacher werden. Dieser Rückzug hat genau damit zu tun, die politischen Handlungsmöglichkeiten mindestens zu wahren. Dass es uns gelungen ist, in Zusammenhang mit dem Sanierungskonzept die Doppelspurlücke Rotkreuz schnell zu schliessen, ist ebenfalls ein Beweis für unsere Handlungsmöglichkeiten.
Im Weiteren betont der Volkswirtschaftsdirektor, dass er – nach nunmehr einigen Jahren Erfahrung mit Amtsleitern – nur wenige kennt, die so hart mit den SBB und den ZVB verhandeln wie der Leiter des Amts für öffentlichen Verkehr, Hans-Kaspar Weber. Das kann Gregor Kupper als Verwaltungsratspräsident der ZVB, die ja Auftragnehmerin sind, bestätigen. Da wird hart verhandelt, auf welchen Linien mehr gefahren wird zu günstigeren Preisen. Andere, etwa Gianni Bomio, haben einen sehr guten S-Bahn-Vertrag ausgehandelt, an dem sich die SBB nun die Zähne ausbeissen. Unsere Leute verhandeln gut und zeigen Rückgrat. Wir resignieren nicht und nehmen unsere Verantwortung wahr.
Postulate wie das vorliegende sind gut, da wir sie auch gegenüber den SBB ins Feld führen können. Sie sind wie ein Leuchtturm und setzen klare Zeichen. Diesen Leuchtturm immer am Laufen zu halten – das wäre das Nicht-Abschreiben des Postulats –, hilft uns aber nicht weiter. Der Leuchtturm gilt ohnehin, er ist eine Orientierungsmarke, und es schwächt unsere Position nicht, wenn Sie das Postulat abschreiben. Nicht-Abschreiben würde einzig bedeuten, dass wir alle paar Jahre wieder kommen und bezüglich genau dieses Anliegens rapportieren würden. Wir rapportieren Ihnen gerne, aber über ganz vieles, etwa über ein neues Angebot oder jährlich im Rahmen der Leistungsaufträge. Es ist für uns ein Dauerauftrag und steht erstens im Gesetz und namentlich im Richtplan, dass wir uns nicht nur bezüglich Rotkreuz, sondern generell auch bezüglich des Fernverkehrs in Bern bei den SBB dafür einsetzen, dass der Kanton Zug hier eingebunden ist und bleibt.
Es wurde bereits auf die nationalen Zusammenhänge hingewiesen und darauf, dass die Zitrone ausgepresst sei. Wir sind uns einig, dass der Bund einen grossen Schritt machen muss. Das plant er mit einer Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI), bei der es um Milliarden geht. Da kann es nicht nur

darum gehen, hier im Kanton die Fahne hochzuhalten. Ein grosser Teil unseres Engagement ist kantonsübergreifend, und wir haben es bekanntlich geschafft, mit 15 Kantonen zusammen aufgezeigt, dass es erstens viel mehr Geld braucht für FABI und dass zweitens auch Gelder in den Raum Zürich – Zentralschweiz fliessen müssen. Wir kämpfen dabei nicht gegen die Westschweiz, wie uns einzelne vorwerfen. Wir wollen vielmehr zusätzliche Gelder für unseren Raum, ob das nun Luzern oder Doppelspur oder Zimmerberg heisst. Solche Allianzen sollte man stärken. Natürlich hat Luzern vielleicht andere Interessen, das kantonsübergreifende Engagement zeigt aber grosse Wirkung bezüglich Lobbying und politischem Druck.
Bestärken Sie also nicht den Dauerauftrag punktuell mit dem Postulat, sondern streichen Sie das Postulat im Sinne der Erledigterklärung von der Traktandenliste. Es ist auch von den SBB anerkannt, dass es Lösungen und mehr Kapazitäten braucht. Dazu gibt es verschiedene Wege. Wir möchten mit verschiedenen Möglichkeiten mit den SBB prüfen können, wie wir nachfrageorientiert die Kapazitäten in Rotkreuz und anderswo bereitstellen können. Wir danken Ihnen in diesem Sinne für die Zustimmung zum regierungsrätlichen Antrag.

➔ Der Rat erklärt das Postulat erheblich und schreibt es mit 47 zu 20 Stimmen als erledigt ab.

483 Als Postulat überwiesene Motion von Beni Riedi und Thomas Aeschi betreffend Strafvollzug im Kanton Zug

Traktandum 8. – Es liegen vor: Postulat (Nr. 2070.1 - 13852); Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2070.2 - 14104).

Beni Riedi hält einleitend fest, dass die Motionäre sowie die sechs Mitunterzeichner die Sicherheit der Bevölkerung höher gewichtet haben möchten als das Recht auf einen Urlaub aus humanitären Gründen im geschlossenen Vollzug. Er bedankt sich für den ausführlichen Bericht der Regierung. Die Sicherheit der Bevölkerung ist uns ein wichtiges Anliegen und – wie die vergangenen Monate gezeigt haben – aktueller denn je. Verschiedene Fälle, darunter der Fall Jean-Louis B., haben gezeigt, dass die unklaren Zuständigkeiten zwischen den Kantonen die Flucht oder ein weiteres Vergehen von verwahrten Straftätern begünstigten.
Aus zugerischer Sicht ist es sehr bedenklich, dass der Entscheid und die Verantwortung über Vollzugsöffnungen bei der Strafvollzugsbehörde externer Kantone liegen können. Wir sind der Meinung, dass während eines geschlossenen Vollzugs, insbesondere bei verwahrten Tätern, keine Ausgänge mehr zu erlauben sind. Wer eine Gefahr für die Öffentlichkeit ist, sollte auch keinen Zugang zu ihr haben. Da auf nationaler Ebene ein Vorstoss, welcher in diese Richtung zielt, bereits eingereicht ist, gilt es den entsprechenden Entscheid des Nationalrates abzuwarten.
Wir begrüssen die strikte Praxis der Behörden des Kantons Zug, welche mit dem Erlauben eines Urlaubs oder Ausgangs sehr zurückhaltend sind. Gleichzeitig hoffen wir, dass unser Sicherheitsdirektor sich bei anderen Kantonen für die gleiche Praxis stark macht. Wie bereits gesagt, können der Entscheid und die Verantwortung über Vollzugsöffnungen bei der Strafvollzugsbehörde externer Kantone liegen, das Risiko aber tragen wir Zugerinnen und Zuger. In diesem Sinne werden wir die

Entwicklungen im Bereich des Strafvollzuges sehr genau beobachten und uns weitere Schritte zu dessen Verschärfung vorbehalten.

Irène Castell-Bachmann erachtet es namens der FDP als wichtig, dass die Kantone auch in Zusammenhang mit dem Strafvollzug zusammenarbeiten. Es ist sehr zu begrüssen, dass durch die Strafvollzugskonkordate Richtlinien zum Ausgangs- und Urlaubswesen erlassen wurden und die KKJPD zur Beseitigung der Praxisunterschiede zwischen den Kantonen Merkblätter erstellt hat. Angesichts der Wichtigkeit des Regelungsgegenstandes fragt es sich allerdings, ob Merkblätter das richtige Gefäss und genügend verbildlich seien.
Im Übrigen gewinnt man durch die vorliegende Antwort den Eindruck, dass der Strafvollzug im Kanton Zug in Bezug auf die Schnittstellen zu andern Kantonen geregelt ist. Die zeigen auch auf die Ausführungen der JPK, die keine Anzeichen für Schwierigkeiten im Strafvollzug feststellen konnte, abgesehen von mangelnden Vollzugsplätzen.
Schliesslich war die Mitteilung wissenwert, dass im Kanton Zug eine einzige verwahrte Person untergebracht ist.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** nimmt Stellung zur Frage, ob Merkblätter genügen. Ein, zwei Vorfälle haben zu diesen Fragen geführt, die auch innerhalb der KKJP thematisiert wurden. Es gab bis anhin schon Regelungen und Merkblätter bei den drei Strafvollzugskonkordaten. Probleme gab es dann, wenn Gefangene aus einem Konkordat in einem anderen Konkordat inhaftiert waren und die Vollzugsbehörde mit dem einweisenden Kanton nicht einig war, oder wenn Auslegungsprobleme bestanden. Die Merkblätter wurden deshalb überarbeitet und die Auslegungsprobleme auch zwischen den französischen und deutschen Varianten bereinigt.
Man kann nun davon ausgehen, dass Vollzugslockerungen sehr zurückhaltend angewandt werden. Im Bericht haben wir uns nur mit jenen Leuten befasst, für die wir zuständig sind. Im Bostadel beispielsweise mit seinen ungefähr 120 Plätzen gibt es etwa 10 ständig Verwahrte – also Personen, die ihre Strafen abgesessen haben, aus Risikogründen aber nicht entlassen werden können – für die andere Kantone zuständig sind. Im letzten Jahresbericht ist zu sehen, dass 1984 noch 825 Urlaubsgesuche bewilligt wurden, im letzten Jahr aber nur noch 40, davon 22 begleitete. Verwahrte waren keine darunter. Die Situation hat sich also verändert und im Sinne der öffentlichen Sicherheit verbessert.

Irène Castell-Bachmann ist der Meinung, dass ihre Frage bezüglich der Verbindlichkeit von Merkblättern durch die Ausführungen des Sicherheitsdirektors noch nicht beantwortet sei und hätte gerne eine Antwort.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** räumt ein, dass es keine gesetzliche Grundlage gibt. Wenn ein Kanton sich nicht an die Merkblätter halten will, dann ist es theoretisch möglich, dass die Einweisungsbehörde eine Vollzugslockerung entgegen den Richtlinien bewilligt. Gerade bei Verwahrten aber muss das auch durch eine Fachperson beurteilt werden, und zusätzlich muss auch noch die Kommission für gemeingefährliche Straftäter einen Bericht abgeben. Der Sicherheitsdirektor glaubt nicht, dass jemand sich getraut, einen Weg ausserhalb der von der KKJPD genehmigten und unter den drei Konkordaten abgeglichenen Richtlinien einzuschlagen.

➔ Der Rat erklärt die als Postulat überwiesene Motion in Bezug auf Ziffer 1 und 2 nicht erheblich und in Bezug auf Ziffer 3 teilerheblich und schreibt den Vorstoss gleichzeitig als erledigt ab.

484 Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz betreffend genügende, qualitativ gute Fruchtfolgeflächen im Kanton Zug

Traktandum 9. – Es liegen vor: Interpellation (Nr. 2139.1 - 14051); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2139.2 - 14070).

Anna Lustenberger-Seitz ist Mitglied der IG «NoGolf», einer Gruppierung von Personen aus Kappel, Hausen und Baar, welche sich gegen das Projekt Golfplatz Zugersee wehren. Sie dankt dem Regierungsrat für die rasche Beantwortung der Fragen sowie für die inhaltlich oft befriedigenden Aussagen.
Die zentrale Aussage findet sich in Antwort 4: «Es ist aufgrund einer groben Abschätzung davon auszugehen, dass ein Teil der 30 Hektaren auf Zuger Gebiet nicht mehr als Fruchtfolgefläche ausgeschieden werden kann. Grund sind die Eingriffe in die gewachsene Bodenstruktur und die Zerschneidung des Areals durch Greens etc., was die rationelle landwirtschaftliche Nutzung erschwert.»
Mit anderen Worten: Mit dem Golfplatz rund um den historischen Milchsuppenstein geht wertvolles Landwirtschaftsland für unsere Bauern verloren. Da können die Promotoren des Golfplatzes noch so schön von weiterhin fruchtbaren Flächen reden. Was in der Raumordnung und Landwirtschaftspolitik zählt, sind allein die wirklichen Fruchtfolgeflächen. Alles andere ist Propaganda. Gemäss Antwort wird erst im Baubewilligungsverfahren entschieden, wie viel fruchtbares Land verlorengeht. Bei einer Rekultivierung sind die Betreiber verpflichtet, Flächen, welche nicht mehr bewirtschaftet werden können, zu ersetzen. Reicht da wirklich die Bankgarantie, die sie hinterlegen müssen? Sind damit die Flächen wirklich sichergestellt? Und wer bezahlt dies alles? Die Golfspielerinnen und Golfspieler?
Der Regierungsrat beschreibt sehr gut, wie er wieder zu 3'000 Hektaren Fruchtfolgefläche gekommen ist, nachdem im Jahr 2006 ein diesbezüglicher Mangel vorhanden war. Man hat damals auch auf Bauern und Bäuerinnen gehört, welche die neuen Flächen kritisch begutachtet und sich entsprechend geäussert haben. Man habe entsprechende Anpassungen vorgenommen, steht in der Antwort. Tatsache ist aber, dass diese ausgeschiedenen Flächen gemäss Josef Murer, dem ehemaligen Präsidenten des Bauernverbands, nicht mehr die gleichen qualitativ hohen Anforderungen erfüllen wie bisherige.
In diesem Zusammenhang verweist die Votantin auf ein wegweisendes Urteil des Luzerner Verwaltungsgerichtes, das den geplanten Golfplatz in Meggen betrifft. Darin hat das Gericht unmissverständlich festgestellt, «dass der Golfplatz Land in Anspruch nehmen würde, das sich für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln eignet». Wenn Landwirtschaftsland für nicht-landwirtschaftliche Zwecke genutzt werde, müssten sämtliche öffentlichen und privaten Interessen umfassend abgewogen werden, so das Luzerner Gericht.
Gemäss Luzerner Urteil muss das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) zwingend angehört werden, wenn sich die Fruchtfolgeflächen um mehr als 3 Hektaren vermindert. Dies wird beim Golfplatz Zugersee sicher der Fall sein. Offenbar steht der Kanton im Kontakt mit dem ARE. Was sagen die Bundesinstanzen aber dann, wenn der ganze Verlust an Fruchtfolgeflächen in beiden Kantonen genau bekannt

sein wird? Gibt es dann wirklich keine Vorbehalte? Die Auflagen für Golfplätze sind strenger geworden, seit wir im Richtplan 2004 den Golfplatz festlegten und dieser auch vom Bundesrat genehmigt wurde.
Erstaunt nimmt die Votantin zur Kenntnis, dass beim Golfplatz Holzhäusern keine Fruchtfolgeflächen ausgeschieden werden konnten, unter anderem mit der Begründung, es gebe dort keine grossen zusammenhängenden Gebiete. Und beim Golfplatz Zugersee soll es diese zusammenhängenden Gebiete einfach geben? In der Frage 10 werden die massiven Terrainveränderungen angesprochen – da ist auf einmal von einem «sensiblen Umgang» mit der heutigen Landschaft und Landwirtschaft die Rede. Es wird aber mehr als ein Viertel der gesamten Fläche umgestaltet, dies metertief und meterhoch.
Zu den Schutzobjekten: Zu den historisch wertvollen Objekten gehört der Milchsuppenstein, der an die erste kriegerische Auseinandersetzung zwischen Reformierten und Katholiken im 16. Jahrhundert erinnert. Damals wäre die Eidgenossenschaft beinahe zerbrochen. Es gibt wenige derart geschichtsträchtige Orte in der Schweiz. Gerade bürgerliche Politiker nehmen immer wieder das Wort der «Willensnation Schweiz» in den Mund. Die Kappeler Milchsuppe, die Idee der Versöhnung zwischen den Konfessionen, ist der örtliche Ausdruck dieses Willens zur Zusammengehörigkeit. Und genau dieser historische Ort soll zur Spielwiese für wenige verkommen?
Der Kanton Zug hat kaum mehr Reserven an Fruchtfolgeflächen. Die Mindestfläche von 3'000 Hektaren wird zwar noch überschritten, die Reserve ist aber angesichts des Bevölkerungswachstums und des damit steigenden Flächenbedarfs für die Nahrungssicherheit und angesichts der fortschreitenden Zersiedelung höchst bescheiden. Neue Fruchtfolgeflächen sind gemäss Antwort auf die Frage 2 kaum mehr zu finden; ihr Potenzial wurde ausgeschöpft. Umso wichtiger ist daher, dass wir zu den jetzt ausgeschiedenen Fruchtfolgeflächen Sorge tragen. Die 3'000 Hektaren sind – wie gesagt – eine Mindestanforderung. Wir müssen das Minimum nicht ausreizen, und mit Blick auf die Zukunft *dürfen* wir es nicht ausreizen, sonst verspielen wir uns jede Option für sinnvollere Projekte. Und ein Vergnügen für weniger als zwei Prozent der Bevölkerung gehört nicht zu den sinnvollen Projekten.
Die Gegend rund um den Milchsuppenstein wird seit Jahrhunderten für den Ackerbau, den Obstbau und die Viehwirtschaft genutzt. Es gibt kaum eine besser für die Landwirtschaft geeignete Gegend als diese. Eine alte indianische Weisheit lautet: «Erst wenn sie alles zu Geld gemacht haben, werden sie merken, dass man Geld nicht essen kann.»

Markus Jans erinnert daran, dass der Bundesrat 1992 zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie zur Sicherung einer ausreichenden Versorgungsbasis des Landes im Sachplan Fruchtfolgeflächen den gesamtschweizerischen Mindestumfang an Fruchtfolgeflächen festgesetzt und deren Aufteilung auf die Kantone vorgenommen hat. Fruchtfolgeflächen umfassen das qualitativ bestgeeignete ackerfähige Kulturland, also offene Ackerflächen plus ackerfähige Naturwiesen. Auf den Kanton Zug entfallen rund 0,7 Prozent oder 3'000 Hektaren der zu sichernden Fruchtfolgeflächen in der Schweiz. Der Kanton Zug weist heute noch 191 Hektaren mehr als das Minimum der Fruchtfolgeflächen aus.
Die meiste Fruchtfolgefläche fällt aufgrund von neuen Einzonungen ins Baugebiet und durch Infrastruktur- und Naturschutzprojekte ausserhalb der Bauzone weg. Angesichts des enormen Nutzungsdrucks auf die Böden im Kanton sind Weitsicht und Sorgfalt gefragt, um für die Zukunft ausreichende Mengen guten Ackerlandes zu bewahren. Aus Sicht der SP Fraktion gehören Golfplätze definitiv nicht dazu.

Immerhin betragen die Netto-Fruchtfolgeflächen für den geplanten Golfplatz in Baar 30 Hektaren. Wir bestreiten nicht, dass alles getan wird, dass der Boden später wieder rekultiviert werden könnte. Tatsache aber bleibt, dass 30 Hektaren verschwinden, ohne dass Realersatz geboten werden kann.
Der Kanton Zürich weist heute schon eine Minusbilanz der Fruchtfolgeflächen aus. Im Kanton Zug darf es nicht so weit kommen. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb alle Anstrengungen zum Erhalt der Fruchtfolgeflächen, sei es durch Zurückhaltung bei Neueinzonungen und überbordendem Strassenbau.

Thomas Rickenbacher hält fest, dass es der CVP-Fraktion hier nicht um ein Ja oder Nein zum Golfpark Zugersee geht. Selbstverständlich soll diese Diskussion, mit allen möglichen Pro- und Kontra-Argumenten der jeweiligen Interessensgruppierungen geführt werden. Die Baarer Kantonsratskolleginnen und -kollegen werden ihre Haltung zu diesem Projekt an der Urne kundtun können.
Wir setzten den Fokus auf die Bedeutung der Fruchtfolgeflächen im Kanton Zug. Nebst der minimalen Versorgungssicherung bei gestörter Zufuhr in Krisenzeiten dienen die Fruchtfolgeflächen auch der Erreichung raumplanerischer Ziele, dem Bodenschutz und dem Erhalt von Grünflächen.
Die CVP-Fraktion anerkennt die Bedeutung und die Wichtigkeit von genügend und qualitativ guten Fruchtfolgeflächen und appelliert an einen haushälterischen Umgang. Sie tut dies nicht zuletzt deshalb, weil der Regierungsrat in seiner Beantwortung der Interpellation ausführt, dass es künftig kaum mehr möglich sei, neue solche Flächen auszuscheiden.
Zu Frage 5 in der Beantwortung der Interpellation: Hinter die Aussage, die Fruchtfolgeflächen könnten innerhalb eines Jahres nach dessen Rückführung wieder voll als solche angerechnet werden, macht die CVP-Fraktion ein grosses Fragezeichen.
Zu Frage 6 erlaubt sich der Votant eine eher persönliche Anmerkung: Der Regierungsrat räumt ein, dass die Fruchtfolgebilanz durch den Golfplatzbau wohl abnehmen wird. Sollten es schlussendlich die möglichen rund 30 Hektaren betreffen, wären dies immerhin ungefähr 16 Prozent der noch verfügbaren Reserven an Fruchtfolgeflächen im Kanton Zug. Die CVP-Fraktion ruft Sie deshalb nochmals zu einem haushälterischen Umgang mit unseren Fruchtfolgeflächen auf.

Philip C. Brunner ist nicht Golfspieler, hat keinen Bauernhof und versteht von Landwirtschaft nicht allzu viel. Dem hohen Lied auf die Natur und auf die Bäuerinnen und Bauern rund um den Milchsuppenstein möchte er eine andere Betrachtungsweise entgegensetzen. Wir sind ein Wirtschaftsstandort, in dem verschiedene Faktoren wie ÖV oder Privatschulen wichtig sind. Es geht aber auch um Freizeitmöglichkeiten, und da ist auch Golfspielen ein durchaus legitimes Bedürfnis. Und es geht letztlich auch um den Tourismus, wobei dem Rat die entsprechende Interessenbindung des Votanten bekannt ist. In der Industrie wird viel von Innovation und neuen Möglichkeiten gesprochen, die man packen sollte. Geben wir auch unseren Bauern die Möglichkeit, mal ein bisschen innovativ zu sein. Der Votant stört sich an der naiven Diskussion und an der einseitigen Argumentation. Natürlich ist Natur wichtig, aber bitte mit Mass und alles ein bisschen im Ausgleich.

Anna Lustenberger legt ihrem Vorredner nahe, sich genau über die dortigen Bauern und deren künftige Existenz zu erkundigen. Sie hat auf einer Liste zusammengestellt, wer jetzt dort Bauer ist, wer es nicht mehr ist, und wer Land verpach-

tet hat. Die Wirtschaftlichkeit ist wichtig, auch Landwirtschaft ist ein Wirtschaftszweig. Es gibt dort einige Bauern, die im Moment Land pachten von Bauern, die nicht mehr Landwirte sind. Das sind nachher die Leidtragenden. Es gibt mehr Leidtragende als solche, die sich mit dem Golfplatz eine Existenz sicher können.

Baudirektor **Heinz Tännler** spielt – wie auch alle seine Kollegen im Regierungsrat – ebenfalls nicht Golf, höchstens ab und zu mal Minigolf. Er hat vor allem aus dem Votum der Interpellantin erfahren dürfen, dass die Antworten substanziell und informativ ausgefallen sind. Den sorgfältigen und haushälterischen Umgang hat sich auch die Baudirektion auf die Fahne geschrieben. Es braucht aber Interessenabwägung, gerade in einem Kanton, in welchem sich viele, meist auch kontroverse Interessen überschneiden.
Die Interpellantin hat auf ein Luzerner Gerichtsurteil hingewiesen. Der Baudirektor hat dieses Urteil analysiert und ist zum Schluss gekommen, dass die zwei Fälle nicht vergleichbar sind. In Meggen gab es keinen Eintrag im kantonalen Richtplan. Der dortige Golfplatz wurde vielmehr im Rahmen einer Ortsplanung fixiert und vom Kanton ohne Interessenabwägung über einen Richtplan genehmigt. In unserem Falle wurde 2004 aufgrund einer Interessenabwägung im Kantonsrat ein Richtplaneintrag beschlossen. Dabei wurde auch das ARE miteinbezogen, das dem Bundesrat dann beantragte, den Richtplaneintrag zu genehmigen. Es sind also zwei verschieden Sachverhalte.
Es wurde gesagt, dass unsere Reserve an Fruchtfolgeflächen knapp sei. Im Vergleich zum Kanton Luzern haben wir eine sehr grosse Reserve. Gefordert sind 3'000 Hektaren, netto haben wir heute knapp 3'200 Hektaren. Zieht man die maximal 30 Hektaren ab, liegen wir immer noch weit über dem vom Bund geforderten Mass. In Luzern werden die vom Bund geforderten 27'500 Hektaren nicht erreicht. Auch aus diesem Grund hätte man – so das Luzerner Verwaltungsgericht – das ARE miteinbeziehen müssen, auch wenn die Information ans ARE nur eine Ordnungsvorschrift ist. Bei uns kommt diese Ordnungsvorschrift nicht zum Tragen, weil wir erstens das ARE schon miteinbezogen haben und zweitens diesem ohnehin alle vier Jahre unsere Bilanz mitteilen. Die Fälle sind also auch in diesem Punkt nicht vergleichbar. Sicher aber werden wir, bevor die Abstimmung stattfindet und die ganze Geschichte zu laufen beginnt, das ARE über den Stand der Dinge informieren.
Unabhängig davon, ob man für oder gegen Golf ist: Wir halten die Bilanz ein, gehen haushälterisch um und machen im Amt für Raumplanung im Rahmen der Vorprüfung unseren Job, dies zusammen und koordiniert mit Zürich. Aus dieser neutralen Optik zeigt sich nicht, dass irgendetwas falsch gelaufen wäre. Der Rest obliegt dem Souverän.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

485 Interpellation von Philippe Camenisch und Cornelia Stocker betreffend Art und Umfang der Mittel im Dienste der Sicherheit um und wegen der Unterbringung von Asylsuchenden

Traktandum 10. – Es liegen vor: Interpellation (Nr. 2094.1 - 13932); Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 2094.2 - 14090).

Cornelia Stocker dankt der Regierung für die umfassende Beantwortung der Fragen. Die Motivation unserer Interpellation war, einen Überblick über die Situation im Kanton Zug zu erhalten, um allfällige Verbesserungsmassnahmen ableiten und vorausschauende Entscheide treffen zu können.
Bereits die Antwort auf Frage 3 lässt aufhorchen: Die Regierung ist wenigstens so ehrlich und räumt ein, dass eine Absprache zwischen der Direktion des Innern und der Sicherheitsdirektion bezüglich Wahl eines Standortes für die Unterbringung von Asylsuchenden nicht stattgefunden hat. Dass diesem Vakuum in Zukunft vermehrt Beachtung geschenkt wird, begrüssen wir sehr. Die Regierung wird nicht darum herum kommen, gewisse Korridore festzulegen und nicht den ganzen Fächer zu öffnen, wie in der Stadt Zug mit der Umwandlung des seinerzeitigen Altersheim Waldheim in eine Asylunterkunft geschehen. Solche Entscheide können kostspielige Konsequenzen mit sich bringen. Für die Sicherheitsmassnahmen beim Waldheim muss die öffentliche Hand stolze 200'000 Franken jährlich aufwenden.
Wir erachten es generell als problematisch, wenn der Staat gegenüber einer wenn auch noch so berechtigten Opposition Zugeständnisse macht und die entstehenden Kosten einfach auf die Allgemeinheit überlagert. Zu diesem Mittel griff die Regierung nicht nur im Waldheim, sondern letzthin auch, um die Standortproblematik des Lüssihauses zu entschärfen.
Die präsentierten Statistiken und Zahlen will die Votantin nicht im Detail erörtern. Sie zeigen jedoch klar: Polizei und Justiz werden von Asylsuchenden, insbesondere von jenen mit Asylstatus 2, auf Trab gehalten. Ausreisepflichtige Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid oder mit einem rechtskräftig abgelehnten Asylgesuch, eben Asylstatus 2, bereiten den Vollzugsbehörden grosse Probleme. Der Regierungsrat zeigt auf, dass sich 2011 durchschnittlich 59 Personen mit Asylstatus 2 im Kanton Zug aufgehalten haben. Demgegenüber stehen im gleichen Zeitraum 306 Gesetzesverstösse, welche 61 Beschuldigten angelastet werden. Diese Quote ist alarmierend. Da müssen auch die Menschenrechts- und Hilfsorganisationen und ihre Supporter ohne rosa Brille hinschauen und verstehen, wieso der Ruf nach griffigeren Massnahmen immer lauter und von einem Grossteil der Schweizer gefordert wird. Straftäter jeglicher Art dürfen nicht mit Samthandschuhen angefasst werden. Ein Gastrecht darf nicht mit Füssen getreten werden. Würden Schweizer dies in deren Herkunftsländer tun, würden wir bei Wasser und Brot und misslichsten Bedingungen eingebuchtet.
Von der Zuger Regierung erwarten und verlangen wir daher, dass der Druck nach Beschleunigung der Asylverfahren beim Bund hochgehalten wird. Als Konsequenz daraus müssen dann aber die Entscheide ohne Wenn und Aber umgesetzt werden. Nur so kann erreicht werden, dass die humanitäre Tradition der Schweiz und damit verstehen wir Hilfe an *wirklich* Schutzsuchende, also weder an Wirtschaftsflüchtlinge noch an Dienstverweigerer, nicht in Schieflage gerät.
In diesem Sinne nehmen wir Kenntnis von der regierungsrätlichen Antwort und danken für eine sachliche Diskussion dieses emotionalen Themas.

Markus Jans stellt fest, dass wir es jetzt wissen: Im Jahr 2009 kamen im Kanton Zug 80 Asylsuchende mit dem Gesetz in Konflikt, im Jahr 2010 waren es 71 und im Jahr 2011 69. Wir kennen nun die Zahlen, die Sicherheitskosten, die Einsatzmittel der Polizei, und wir wissen nun, ob ein Sicherheitsdispositiv erstellt wird und noch einiges mehr.
Wir wissen nun etwas mehr über eine Menschengruppe. Was hilft das nun? Trägt es bei zu einem verbesserten Verständnis für diese Personengruppe? Oder hilft es, schon lang gehegte Abneigungen gegen Asylsuchende zu verstärken? In den letz-

ten Jahren hat sich in der Schweiz ein zunehmender Abbau von gewissen Hirnzellen bemerkbar gemacht. Kampfbegriffe wie «Sozialmissbrauch», «Scheininvalide» oder «Masseneinwanderung» sind salonfähig geworden. Da werden Menschengruppen ohne Lobby angeprangert und pauschal (vor-)verurteilt, ohne dass sie sich wehren können. Auch in der vorliegenden Interpellation geht es nur um die negativen Auswirkungen. Es wird ausgeblendet, dass es sich bei den straffälligen Asylsuchenden um eine kleine Minderheit handelt. Man sucht das Negative, das wir überall finden, und zementiert – ob gewollt oder ungewollt – die Vorurteile. Fragen zu unserer Verantwortung gegenüber diesen Menschen, zu unserer Solidarität oder dazu, was es zum Leben wirklich braucht, werden erst gar nicht gestellt, denn dies Antworten interessieren kaum jemanden, und Lorbeeren sind damit auch nicht zu holen. Dass andere Fragestellungen viel populärer sind, hat auch die Debatte im Nationalrat zu Höhe der Unterstützung von Asylsuchenden gezeigt.
Gerade weil der Votant auf eine langjährige und direkte Erfahrung mit Asylsuchenden zurückgreifen kann und diese nicht nur vom Hörensagen her kennt, erlaubt er sich die Fragen zur Solidarität und Verantwortung immer wieder neu zu stellen. Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass kriminelle Asylsuchende entsprechend bestraft werden sollen – was sie gemäss unserer Gesetzgebung auch werden. Gleichzeitig wollen wir aber auch, dass der viel grössere Teil der sich an die Gesetze haltenden Asylsuchenden diejenige Hilfe bekommt, die ein anständiges Leben in der Schweiz ermöglicht. Letztlich geht es darum, an einer humanitären Schweiz und einem humanitären Kanton Zug festzuhalten. Nicht die Igelhaltung hat uns weitergebracht, sondern eine offene Haltung gegenüber allem, gegenüber dem Fremden insbesondere.
Auch wenn unsere Position zu Asylsuchenden eventuell mit dem Unwort «Gutmensch» oder «Sozialromantiker» abgestempelt werden sollte, ist das für uns noch lange kein Grund diese aufzugeben – ganz im Gegenteil. In diesem Sinne danken wir der Regierung für die Beantwortung der Interpellation und hoffen sehr, dass er Mittel und Wege findet, die Asylsuchenden, welche nicht mit dem Gesetze in Konflikt geraten sind, ins rechte Licht zu rücken.

Stefan Gisler hält fest, dass diese Interpellation damals in Zusammenhang mit der Eröffnung der Asylunterkunft Waldheim in Zug eingereicht wurde. Er selber wohnt 600 Meter davon entfernt, und seine Tochter geht in die nächstgelegene Schule. Es hat bislang noch niemanden aus der Anwohnerschaft getroffen, der negative Erfahrungen gemacht hätte. Und wenn man eine Standort im Feld sucht, ist es auch nicht recht, wie die Debatte zum Gubel hier gezeigt hat.
Die Massnahmen der Stadt greifen. Dazu gehören nicht nur Kontrollen und Sicherheitsmassnahmen, wie im Bericht geschrieben, sondern auch Beschäftigungsmassnahmen. Die Tagesstrukturen tragen entscheidend zu einem besseren Mit- und Nebeneinander von Asylsuchenden und Anwohnerschaft bei. Das ist sicherlich mit ein Grund, dass die Sicherheitsdirektion konstatieren kann, dass die Verstösse gegen das Strafgesetz in Zug abnehmen. Auch hält die Zuger Polizei in verschiedenen Untersuchungen immer wieder fest, dass sich die Bevölkerung in Zug sicher fühlt – und dass der Verkehr als grösste Sicherheitsbedrohung wahrgenommen wird.
Cornelia Stocker sucht nach Verbesserungspotenzial. Eine gute Koordination gehört dazu. Es droht aber eine Verschlechterungsmassnahme: Es wäre verheerend, wenn das Bundesparlament sich entschliessen würde, nicht nur die abgewiesenen Asylsuchenden sowie diejenigen mit Nichteintretensentscheid, sondern alle asylsuchende Menschen mit asylrelevanten Fluchtgründen ins Nothilferegime aufzu-

nehmen, also auch – wie es Cornelia Stocker ausgedrückt hat – die *wirklich* Hilfesuchende, die sich dann nicht mehr auf die humanitäre Tradition der Schweiz verlassen könnten. Fehlende Betreuungsstrukturen würden zu mehr Unsicherheit führen. Renate Amstutz, die Direktorin des Städteverbandes, weist daraufhin, dass, wenn Asylsuchende dann beispielsweise den Tag im Freien verbringen müssten, weil sie nicht betreut werden oder ihre Unterkunft tagsüber geschlossen sind, die Lage für Asylsuchende wie auch für die Anwohnerinnen schwierig würde. Diese Form des Asylpopulismus, leider mitgetragen oder sogar vorangetrieben von Zuger Nationalräten, richtet sich nicht gegen Missstände, sondern gegen Menschen und würde die Lage für uns alle nur erschweren. Es ist zu hoffen, dass der Ständerat differenzierter und auch im Sinne der Sicherheit und der Menschlichkeit entscheiden wird.
Die Statistiken, welche die Sicherheitsdirektion uns hier liefert, sind fragwürdig und verzerrend. Die Interpellanten fragten klar, wie hoch die Kriminalität sei. Die Regierung, der Sicherheitsdirektor, liefert uns allerdings keine Zahlen von rechtskräftigen Verurteilungen aufgrund von Straftaten. Sie publiziert Zahlen bezüglich Verzeigungen. Sind wir hier im Mittelalter, dass bereits eine Anzeige oder Beschuldigung reicht, um jemanden als kriminell einzustufen? Wir erwarten, dass das Prinzip der Unschuldsvermutung auch für angezeigte Flüchtlinge gilt. Die präsentierten Zahlen haben keine Aussagekraft. Wie können wir wissen, welche und wie viele der Beschuldigungen, die hier aufgeführt wurden, zu Verurteilungen geführt haben? Sind es 30, 50 oder 80 Prozent? Noch vor einem Jahr sagte derselbe Regierungsrat hier: «Zu den 'kriminellen Vorfällen' im Sinne von Verbrechen und Vergehen können keine genauen Angaben gemacht werden, da der Kanton Zug wie auch andere Kantone die Daten gemäss Vorgaben der Bundesstatistik erhebt.»
Wenn wir dann die Verzeigungen – und eben nicht die Delikte – anschauen, zeigt die Sicherheitsdirektion klar auf, dass bei Personen mit Nichteintretensentscheid fast dreimal so viele Anzeigen nicht wegen Verstössen gegen das Strafgesetzbuch oder Betäubungsmittelgeselz, sondern wegen Verstössen gegen das Ausländergesetz erfolgen. Es sind 221 versus 85 Anzeigen. Dass die Regierung im Bericht wieder schreibt, *Delikte* im Bereich Ausländergesetz nähmen zu, ist erneut ungenau; es sind die *Verzeigungen*, die zunehmen. Von Verurteilungen liest man in diesem Bericht gar nichts.
Die Polizei in Zug erlässt mehr und restriktivere Rayonverbote als anderswo. Wenn nun Personen, die sich in der Gemeinde A aufhalten dürfen, in der Nachbargemeinde B einkaufen gehen, dann begehen sie bereits eine Übertretung. Und wenn Papierlose ohne Papiere angetroffen werden, gilt dasselbe. Ihre blosse Präsenz ist ja schon illegal. Diese Anzeigen nehmen, wie der Sicherheitsdirektor selber schreibt, deutlich zu, weil diese rund 60 Personen verstärkt kontrolliert werden. Auch so kann man eine Statistik nach oben treiben. Und fast, aber wirklich nur fast hat der Votant ein wenig Verständnis für Autofahrer, die sich über zu viele Kontrollen beschweren.

Rainer Suter dankt namens der SVP-Fraktion für die ausführlichen Antworten zur Interpellation. Der Aufwand, der für die Bewachung der Asylsuchenden aufgebracht wird, ist enorm. Der Teil der hohen Kosten, welcher spezifisch für die Gewährleistung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit dient, sind nach der Antwort der Regierung nicht genau bestimmbar. Dennoch kann nicht verhindert werden, dass es zu Straftaten kommt. Unter der Frage 5 wird von den Interpellanten eine Statistik gefordert, die aufzeigt, wie viele Asylsuchende im Kanton Zug wegen kriminellen

Aktivitäten verurteilt werden. Aus der gelungenen Statistik kann aber noch mehr herausgelesen werden, wenn man es nicht so blauäugig angeht wie der Vorredner. Im Kanton Zug wurden im Jahr 2011 von den über 18-Jährigen – in Zug sind dies ungefähr 95'000 Personen – insgesamt 1'833 Straftaten verübt mit 1'100 Beschuldigten. Das sind 1,15 Prozent der entsprechenden Altersgruppe oder – anders gesagt – jedes 86. Individuum. Bei 655 Asylsuchenden mit Asylstatus 1 und 2 waren es im Jahr 2011 186 Straftaten mit 90 Beschuldigten. Dies macht einen traurigen Schnitt von 13,74 Prozent, also jeder siebte bis achte «Besucher» (genau gesagt jeder 7,2te) wird in unserem Kanton straffällig.
Nach diesen beängstigenden Zahlen kann nur gehofft werden, dass Bundesbern endlich vorwärts macht mit der Verschärfung des Asylgesetzes und vor allem mit einem rascheren Asylverfahren.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weist darauf hin, dass Cornelia Stocker vor allem mehr Druck im Asylverfahren verlangt. Das machen wir seit Jahren, und es ist jetzt auch in der Umsetzung, sowohl bei Bundesrätin Sommaruga als auch im Bundesamt für Migration und beim Bundesverwaltungsgericht. Was aus den Versprechungen genau entsteht, wissen wir in den Kantonen im Moment noch nicht. Aber auch wenn wir schnelle Verfahren haben: Gerade bezogen auf den Kanton Zug bleibt die Problematik bestehen, dass wir abgewiesene Asylbewerber nicht rückschaffen können, weil gewisse Staaten die Abkommen nicht einhalten oder gar keine Abkommen mit ihnen bestehen.
Stefan Gisler kritisiert die Statistik. Wir zeigen transparent auf, was wo passiert. Wenn wir in den bisherigen Statistiken diese Details nicht aufgezeigt haben, so holen wir das jetzt nach und erläutern es. Dass Rayonverbote bei uns strenger angewandt würden als andernorts, ist eine Behauptung. Der Sicherheitsdirektor kennt die Regeln in den anderen Kantonen zu wenig. Seine Direktion ist zusammen mit der Direktion des Innern in einer Arbeitsgruppe daran, auch diese Frage zu klären. Dass es hier sehr viele Personenkontrollen gibt, besonders bei den NEE-Leuten, hat auch damit zu tun, dass unsere Polizei präsent ist und gute Arbeit leistet. Natürlich betreffen die Kontrollen auch Leute, die eigentlich nicht hier sein dürften.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Traktandenliste damit auf Null abgebaut ist. Sie dankt dem Rat für die gute und speditive Arbeit im vergangenen halben Jahr und wünscht allen eine erholsame Sommerpause.

486 Nächste Sitzung

Donnerstag, 30. August (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

34. Sitzung: Donnerstag, 30. August 2012 (Vormittagssitzung)
Zeit: 08.30 – 12.10 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Beat Dittli

487 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 79 Mitgliedern.

Abwesend ist: Alois Gössi, Baar.

488 Mitteilungen

Finanzdirektor Peter Hegglin ist heute in Bern beim Eidgenössischen Finanzdepartement an der Sitzung des strategischen Gremiums zur Unternehmenssteuerreform III.

Landammann Matthias Michel ist ab 11.15 Uhr abwesend, weil er als Präsident der Europakommission der Konferenz der Kantonsregierungen an einem europapolitischen Gespräch mit dem Bundesrat mitwirkt.

In der heutigen Znünipause offeriert uns der Zuger Bauernverband ein Znüni mit Apfelmost, Zwetschgen und Äpfeln. Da uns dieser Znünisegen schon zum zweiten Mal trifft, dürfen wir davon ausgehen, dass dies ab sofort eine Tradition an der Augustsitzung des Kantonsrates ist. Die Vorsitzende bittet Kantonsrat Thomas Rickenbacher, unseren Dank und unsere Vorfreude dem Bauernverband mitzuteilen.

Der Protokollführer nimmt ab sofort die Sitzung mit einem zweiten, mobilen Mikrofon auf, das sich beim Rednerpult befindet. Er macht dies aus Sicherheitsgründen. Nach der Genehmigung des jeweiligen Protokolls werden wie bisher alle Aufnahmen gelöscht.

489 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 28. Juni und 5. Juli 2012.
2.1. Nachruf auf Werner Villiger sel., Zug.
2.2. Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Zug.
2.3. Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Unterägeri.
2.4. Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch zwei neue Mitglieder des Kantonsrates.
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).

4. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts.
5. Kommissionsbestellungen:
5.1. Ersatzwahl in Kommissionen des Kantonsrates.
5.1.1 Mitglieder der Justizprüfungskommission.
5.1.1.1. Mitglied der engeren Justizprüfungskommission.
5.1.1.2. Mitglied der erweiterten Justizprüfungskommission.
5.1.2. Mitglied der Konkordatskommission.
5.1.3. Mitglied der Raumplanungskommission.
5.1.4. Mitglied der Bildungskommission.
5.1.5. Mitglied der vorberatenden Kommission Übertretungsstrafgesetz (ÜStG).
5.1.6. Mitglied der vorberatenden Kommission Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG).
5.1.7. Mitglied der vorberatenden Kommission Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz).
5.2. Präsidium der Justizprüfungskommission.
5.3. Verfassungsinitiative betreffend «Ja zu Personenwahlen» (Majorzinitiative).
5.4. Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG).
5.5. Gesetz Anpassung kantonaler Erlasse an den Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates der Europäischen Union vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, sowie weitere Gesetzesänderungen.
5.6. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV).
5.7. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Sanierung und Ausbau der Sihlbruggstrasse, Abschnitt Sihlbrugg-Knoten Sand AG Neuheim, einschliesslich bergseitigem Radstreifen, Gemeinde Neuheim.
6. Änderung des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz).
7. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (EG FamZG).
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung vom 15. September 2011 (FHZ-Konkordat).
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2011.
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag für den Erweiterungsneubau Malerei/Ablaugerei in der Sicherheitszone der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in Menzingen.
11. Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz).
12. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Kapitel P Agglomerationsprogramm).
13. Postulat von Daniel Stadlin betreffend Solarkataster.
14. Interpellation von Thiemo Hächler betreffend gängiger Praxis bei Unterschutzstellungen der Denkmalpflege.
15. Interpellation von Zari Dzaferi betreffend der Einführung der überarbeiteten Zeugnisse im Schuljahr 2011/12.

Verabschiedung von Protokollführer Guido Stefani.

TRAKTANDUM 1:

490 Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 28. Juni und 5. Juli 2012

Da der Baudirektor am Nachmittag an der Energiedirektoren-Konferenz teilnimmt, bittet der Regierungsrat, das vom Baudirektor zu vertretende Traktandum 12 betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes bereits am Morgen zu behandeln. Die Vorsitzende schlägt vor, dies nach Traktandum 10 zu tun.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Zu den Protokollen vom 28. Juni und 5. Juli 2012 liegen keine Änderungsanträge vor.

➔ Die Protokolle vom 28. Juni und 5. Juli 2012 werden ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 2.1:

491 Nachruf auf Werner Villiger sel., Zug

Die **Kantonsratspräsidentin** würdigt den am 8. Juli 2012 verstorbenen Kantonsrat Werner Villiger. Wir trauern um einen Menschen, der uns allen viel gegeben hat, sich zum Wohle des Kantons und der Gemeinde beispielhaft eingesetzt hat und über alle Parteigrenzen hinweg sehr geachtet war. Im Namen des Zuger Kantonsrates und der Zuger Regierung haben wir der Trauerfamilie das tiefempfundene Beileid ausgesprochen.
1998 ist Werner Villiger von der Bevölkerung der Stadt Zug erstmals in den Kantonsrat gewählt worden und hat dann ab 1999 sein Amt ausgeübt. Innert kürzester Zeit war er mit den Dossiers bestens vertraut. Er hat im Laufe der Zeit eine Vielzahl wichtiger Funktionen ausgeübt.
Von 2004 bis 2011 präsidierte er die Begleitkommission Pragma. Keine leichte Aufgabe, hiess es doch, die von Kantonsrat und Regierung vorgegebenen Ziel im Hinblick auf die «Wirkungsorientierte Verwaltung» umzusetzen. Es mussten die Grundlagen zur Erstellung eines Globalbudgets und für die Erteilung von Leistungsaufträgen auf Grund der in der Pilotphase entwickelten Prozesse und Instrumente erarbeitet und flächendeckend in der kantonalen Verwaltung eingeführt werden. Während all dieser Jahre haben wir Kantonsrat Villiger als ruhigen, überlegten und lösungsorientierten Präsidenten erleben dürfen. Mit grosser Sorgfalt und stoischer Ruhe hat er jeweils den immensen Fragenkatalog beantwortet oder vom Finanzdirektor beantworten lassen. Wenn neue Kommissionsmitglieder ein und dieselbe Frage zum x-ten Mal stellten, blieb er gelassen und hat höchstens zum Lesen der Protokolle geraten. Heute ist Pragma zum grossen Teil umgesetzt und eingeführt, Werner Villiger hat enorm viel dazu beigetragen.
Seit 2001 war er Mitglied der engeren Justizprüfungskommission, welche er seit 2011 präsidierte. Wir alle wissen, welch heikle Entscheide und schwierige Stellungnahmen in der Justizprüfungskommission getroffen werden müssen. Mit seiner umsichtigen und klaren Haltung hat Kantonsrat Villiger Stellung bezogen und Antworten formuliert.
Als Mitglied der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz, der Raumplanungs-, Konkordats- und Bildungskommission waren seine Voten geschätzt, und es wurde auf ihn gehört.

Zwei Mal durfte Werner Villiger mit grosser Freude und Genugtuung als Alterspräsident walten. In seiner Eröffnungsansprache als Alterpräsident hat er sich nicht gescheut, auch konkrete Anweisungen für eine Optimierung des Ratsbetriebs zu formulieren. Zwei Beispiele:
• «Bitte sprechen Sie am Rednerpult kurz, direkt und klar und nicht länger als das, was auf einer A4-Seite Platz hat, sonst beginnt das Rauschen im Blätterwald.»
• «Vermeiden Sie bei Ihren Voten vor allem, das zu wiederholen, was ihre Vorredner oder der Kommissionspräsident bereits gesagt haben. Es müsste doch möglich sein, das Manuskript kurzfristig anzupassen.»
Ein Dauerthema ist und bleibt das Anliegen des Kantons Zug, beim NFA endlich eine Belastungsobergrenze einzuführen. Dieses Ziel war für Werner Villiger eine wichtige Motivation, für eine vierte Legislatur als Kantonsrat zu kandidieren. «Ich hoffe», sagte er, «und bin zuversichtlich, dass wir in einem oder zwei Jahren zu einer guten Lösung kommen, denn auf eine fünfte Legislatur möchte ich eigentlich verzichten!»
Seine Eröffnungsrede als Alterspräsident beendete er mit dem Dank dafür, «dass Sie einen aktiven Beitrag zu einer effektiven Parlamentsarbeit leisten, unsere Wählerinnen und Wähler würdig vertreten, sowie den Geist der Verbundenheit zwischen Volk und Regierung weiter pflegen.» Geschätzter Werner, das werden wir in Deinem Sinne weiter tun. Mitmenschlichkeit war eines der obersten Prinzipien, nach denen du gehandelt hast. Mit der Dir eigenen Mischung aus Fachwissen, Kompetenz und Kontaktfreudigkeit pflegtest Du uns für Dich und Deine Sache einzunehmen. Werner Villiger starb voller Zukunftspläne und Lebensenergie – und im Bewusstsein eines ausgefüllten und produktiven Lebens. Lassen Sie uns in seinem Sinne gemeinsam weiterarbeiten und den gegenseitigen Austausch pflegen. Wenn wir tatkräftig und zuversichtlich sein Werk der Mitmenschlichkeit fortsetzen, werden wir seinem Andenken am besten gerecht.
Werner Villigers Einsatz für unseren Kanton war letztlich nur möglich, weil er eine verständnisvolle Gattin und Familie hinter sich wusste. Ihnen gebühren ebenfalls unsere Anerkennung und unser aufrichtiger Dank. Frau Villiger hat Werner den Halt und Freiraum gegeben, durch den wir diesem wertvollen Menschen begegnen, mit ihm leben und arbeiten durften.
Mit seiner Familie trauert ein grosser Kreis von Freunden und Bekannten um den Verstorbenen. Dankend nehmen wir Abschied, Wir waren gerne mit Werner Villiger zusammen und fühlten uns in seiner Gesellschaft wohl. Werner strahlte Vertrauen und Sicherheit aus und war jederzeit bereit, seine Erfahrung und sein Wissen weiterzugeben. Seine rasche Auffassungsgabe, sein Sinn für das Wesentliche und ein gesunder Menschenverstand kamen ihm dabei sehr zugute. Ihn leiden zu sehen und nicht helfen zu können, tat weh. Nie vergessen wir seine letzte Anwesenheit im Kantonsrat. Bis zuletzt hat er gekämpft, und gemeinsam durften wir ihn auf einem Abschnitt dieses Weges begleiten. Uns bleibt die Erinnerung an Werner Villiger, so wie wir ihn gekannt, geachtet und geschätzt haben. Wir werden stets in Hochachtung an ihn denken.

Moritz Schmid erinnert daran, dass wir am 13. Juli 2012 in der Reformierten Kirche Zug von Werner Villiger Abschied nahmen. Werner Villiger erlag am 8. Juli nach kurzem Spitalaufenthalt seiner tapfer ertragenen heimtückischen Krankheit. Wir haben mit ihm einen bis zu seinem Lebensende positiv denkenden Kollegen, ein engagiertes Fraktionsmitglied und verlässlichen Politiker verloren.
Werner Villiger war Mitglied der SVP der Stadt Zug und einige Zeit in deren Vorstand aktiv. Er liess sich an den Wahlen im Herbst 1998 als Kantonsrat nominieren

und wurde am zweiten Oktoberwochenende zum Kantonsrat gewählt. Vier Jahre später liess er sich für den Stadtrat *und* den Kantonsrat nominieren. Die Wahl in den Stadtrat blieb ihm verwehrt, er konnte aber in unserer Fraktion weiterarbeiten. Nach seiner Pensionierung wurde er zusätzlich in den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug gewählt. Werner Villiger war ein engagierter, sachkundiger und gewissenhafter Politiker. Er war in verschiedenen Kommissionen tätig, unter anderem in der Justizprüfungskommission, der er als Präsident kompetent vorstand. Ein Kind von Werner Villiger war auch Pragma. Diese Kommission präsidierte er, bis er die Gewissheit hatte, dass diese Reform vollumfänglich umgesetzt werden konnte. Auch für eine Umfahrung der Stadt Zug legte er sich ins Zeug. So reichten wir zu dritt eine Motion für einen kostengünstigen Stadttunnel ein. Werner war engagiert im Komitee Stadttunnel Zug/Zentrum plus. Seine Ideen wurden gehört. Für die Stadt Zug und den Kanton Zug, aber auch für die Kantonsratsfraktion war er ein vorbildliches Mitglied. Seine Krankheit mit nicht ganz einfachen Operationen steckte er immer wieder weg und erholte sich immer wieder, auch wenn die Krankheit Spuren an seinem Körper hinterliess. Viel Kraft gaben ihm die vielen Spaziergänge in der Stadt oder im Zugerberggebiet mit seinem Hund. Viel Kraft gab ihm auch, dass er bei uns politisch tätig sein durfte.
Wir haben mit Werner Villiger einen Gemeinde- und Kantonspolitiker verloren, welcher dank seiner besonnen und liebenswürdigen Art über die Parteigrenzen hinaus sehr geschätzt wurde. Wir danken Werner für die langjährige politische Zusammenarbeit, aber auch für die private Zeit, die wir mit ihm erleben durften. Er wird uns fehlen. Wir behalten ihn in guter Erinnerung.

Der Rat erhebt sich im Gedenken an Werner Villiger.

TRAKTANDUM 2.2:

492 Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Zug
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2171.1 - 14133).

Gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen (WAG) befindet der Rat über die Ersatzwahl von Jürg Messmer für den verstorbenen Kantonsrat Werner Villiger. Jürg Messmer ist bereits im Saal. Die **Vorsitzende** fragt, ob es einen anderslautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrates gibt. Das ist nicht der Fall.

➔ Der Rat genehmigt die Ersatzwahl von Jürg Messmer.

Die **Kantonsratspräsidentin** gratuliert dem neu gewählten Kantonsrat. Jürg Messmer tritt sein Amt sofort an.

TRAKTANDUM 2.3:

493 Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Unterägeri
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2172.1 - 14134).

Mit Schreiben vom 12. Juli 2012 hat Kantonsrat Josef Ribary seinen Rücktritt per sofort bekanntgegeben. Aufgrund des tatsächlichen Mehraufwands als Kantonsrat und der anstehenden Grossprojekte auf Gemeindeebene ist er als Gemeinde-

präsident gezwungen, Prioritäten neu zu setzen. Kantonsrat Josef Ribary dankt dem Rat für den lösungsorientierten und fairen Umgang und wünscht allen für die Zukunft mutige und tatkräftige Entscheide zum Wohl und Erfolg des Standes Zug. Wir wünschen Gemeindepräsident und alt Kantonsrat Josef Ribary viel Erfolg bei der Realisierung der anstehenden Grossprojekte in der Gemeinde Unterägeri.
Gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen (WAG) befindet der Rat über die Ersatzwahl von Renato Sperandio für den abtretenden Kantonsrat Josef Ribary. Renato Sperandio ist bereits im Saal. Die **Vorsitzende** fragt, ob es einen anderslautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrates gibt. Das ist nicht der Fall.

➔ Der Rat genehmigt die Ersatzwahl von Renato Sperandio.

Die **Kantonsratspräsidentin** gratuliert dem neu gewählten Kantonsrat. Renato Sperandio tritt sein Amt ebenfalls sofort an.

TRAKTANDUM 2.4:

494 Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch zwei neue Mitglieder des Kantonsrates

Jürg Messmer und Renato Sperandio wollen beide den Eid ablegen. Die Vorsitzende bittet die beiden, nach vorne zu treten, und den Rat, sich zu erheben. Der Landschreiber spricht die Eidesformel. Jürg Messmer und Claudio Sperandio sprechen stehend und mit erhobenen Schwurfingern nacheinander: «Ich schwöre es.»

TRAKTANDUM 3:

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 4:

495 Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts
Es liegen vor: Bericht und Antrag des Obergerichts (2154.1/.2 - 14088/89); Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission (2154.3 - 14135).

Die **Vorsitzende** begrüsst Obergerichtspräsidentin Iris Studer. Sie weist darauf hin, dass gemäss § 25 Abs. 4 des Gerichtsorganisationsgesetzes das Kantonsgericht seine Geschäftsordnung selber erlässt. Der Kantonsrat beschliesst nur über die Genehmigung der Geschäftsordnung, und zwar als Ganzes. Es erfolgt somit keine Detailberatung im üblichen Sinn. Eintretensdebatte und Genehmigung werden zusammengefasst.

Adrian Andermatt orientiert, dass die erweiterte Justizprüfungskommission (JPK) dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 4. Juli 2012 beraten hat, wobei die Obergerichtsgerichtspräsidentin die Vorlage in der Kommission vertrat. Er verweist auf den Bericht und Antrag der erweiterten JPK und wird nicht auf jedes Detail eingehen.

Zentral ist vorab, dass das Kantonsgericht gemäss Gerichtsorganisationsgesetz seine Organisation und den Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung selbst ordnet. Dies ist ein zentraler Aspekt der Selbstverwaltung und somit auch der Unabhängigkeit der Gerichte. Unsere Aufgabe als Gesetzgeber ist es, die vorgeschlagene Teilrevision der Geschäftsordnung zu genehmigen oder abzulehnen. Es ist aber nicht unsere Aufgabe, die Revisionsvorschläge durchzuberaten und an einzelnen Bestimmungen nach unserem Gutdünken allenfalls Anpassungen vorzunehmen. Wir können somit nur – aber immerhin – ja oder nein zu diesem Geschäft sagen.
Wie auch der Presse entnommen werden konnte, steht dieses Geschäft im Zusammenhang mit einem noch andauernden, internen zwischenmenschlichen Konflikt im Richterkollegium des Kantonsgerichts. Dabei wurde festgestellt, dass das Fehlen von Normen für eine Streitschlichtung ein Nachteil ist. Aus diesem Grund hat denn auch das Obergericht dem Kantonsgericht einen Vorschlag mit Änderungen und Ergänzungen der heute geltenden Geschäftsordnung unterbreitet. Diesen Vorschlag hat das Kantonsgericht grossmehrheitlich auch übernommen. Richtschnur dabei waren Normen zur Konfliktbereinigung, welche in den Geschäftsordnungen anderer Gerichte, beispielsweise des Bundes- oder Bundesverwaltungsgerichts, festgeschrieben sind.
Die Änderungsvorschläge betreffen im Wesentlichen die Erweiterung der Geschäftsleitung des Kantonsgerichts sowie die Möglichkeit, einen Verhaltenskodex mit Bezeichnung von zwei Kodexverantwortlichen einzuführen. Das Kantons- wie auch das Obergericht sind der Ansicht, dass mit diesen Massnahmen die bestehenden Spannungen zwischen einigen Mitgliedern des Kantonsgerichts mutmasslich gelöst werden können und diese Regeln auch dazu beitragen dürften, dass zukünftig solche Konflikte aufgrund der deeskalierenden Wirkung eines solchen Kodexes vermieden werden können.
Die erweiterte JPK hatte eine intensive Eintretensdebatte geführt, wobei Eintreten grundsätzlich unbestritten war. Die Mitglieder der erweiterten JPK waren und sind allesamt der Überzeugung, dass es nicht im Interesse des Kantons und seiner Institutionen sein kann, wenn ein Konflikt beim Kantonsgericht eskaliert. Und wenn man diesen zwischen gewählten Magistratspersonen bestehenden Konflikt mit dieser Teilrevision entschärfen oder gar lösen kann, will die JPK dazu auch Hand bieten. Mit 12 zu 0 Stimmen – bei 3 Abwesenden – wurde einstimmig Eintreten auf die Vorlage beschlossen.
Wie bereits gesagt, können wir als Kantonsrat die vorgeschlagene Teilrevision nur genehmigen oder ablehnen. Unabhängig davon wurden in der erweiterten JPK die einzelnen Bestimmungen der Teilrevision wie auch des bereits erwähnten Verhaltenskodex vertieft diskutiert. Zur Diskussion Anlass gab vor allem die bereits erwähnte Erweiterung der Geschäftsleitung auf fünf Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder. Dabei drehte sich die Diskussion um den Sinn bzw. Unsinn einer Geschäftsleitung, welche mehr als die Hälfte der Mitglieder des Gerichts umfasst. Schlussendlich kamen wir aber zum Schluss, dass aufgrund des Prinzips der Selbstverwaltung der Gerichte dieses auch selbst entscheiden können muss, wie es sich führen will bzw. welche Führungsstruktur es sich geben will. Nur so kann nämlich sichergestellt werden, dass das betreffende Gericht auch die Verantwortung für seine Führungsstruktur tragen muss. Dies bedeutet aber nicht, dass aus Sicht der JPK eine Geschäftsleitung, welche mehr als die Hälfte der Mitglieder umfasst, wirklich Sinn macht.
Die erweitere JPK erhielt auch Einblick in den vom Kantonsgericht bereits verabschiedeten Verhaltenskodex, welcher mit der Genehmigung der Teilrevision in

Kraft treten wird. Dabei handelt es sich um ein Dokument, welches wir als Kantonsrat einzig zur Kenntnis nehmen können und zu dem wir – formell gesehen – nichts zu sagen haben. Der Inhalt des Verhaltenskodexes gab den Mitgliedern der erweiterten JPK jedoch zu denken bzw. löste ein allgemeines Kopfschütteln aus, denn wenn man diesen Verhaltenskodex studiert, weiss man auch genau, was in der Vergangenheit am betreffenden Gericht geschehen bzw. schief gelaufen ist. Einige Beispiele aus dem Verhaltenskodex:
• Verbot von Mobbing.
• Unterlassen von herabwürdigenden oder unnötig verletzenden Äusserungen über andere Richterinnen und Richter innerhalb wie auch ausserhalb des Gerichts.
• Gebot, anderen Justizbehörden gegenüber mit Achtung zu begegnen und sich diesen gegenüber weder herabwürdigend noch unsachlich kritisch zu äussern.
• Respektierung und Gewährleistung der Meinungsäusserungsfreiheit durch die Präsidien in ihren Gremien.
Sehr verehrte Damen und Herren Richterinnen und Richter des Kantonsgerichts, dieser ungelöste Konflikt unter Ihnen ist – und da spreche ich vermutlich für die überwiegende Mehrheit der Anwesenden aber auch der Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons – eines Gerichts schlicht nicht würdig. Sie gehören zu den obersten Repräsentanten unserer Justiz, unserer dritten Staatsgewalt, und haben sich auch entsprechend zu verhalten. Wie sollen wir Bürgerinnen und Bürger ein Gericht respektieren, wenn es die Mitglieder des Gerichts nicht einmal schaffen, sich gegenseitig mit dem notwendigen Respekt zu begegnen? Ich appelliere an Ihre Vernunft, dieses Trauerspiel im Interesse unserer Institutionen umgehend zu beenden und sich wieder Ihrer für unseren Rechtsstaat sehr wichtigen Aufgabe mit aller Kraft zu widmen.
In der Schlussabstimmung hat die erweiterte JPK der Vorlage mit 12 zu 0 Stimmen – bei 3 Abwesenden – zugestimmt und beantragt dem Kantonsrat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Christine Blättler-Müller als Sprecherin der CVP-Fraktion erinnert daran, dass die vorliegende Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts – wie bereits gehört – auf Grund einer internen Konfliktbereinigung auf Wunsch des Obergerichts und des Kantonsgerichts zustande gekommen ist. Das Richtergremium ist eine Zwangsgemeinschaft von Magistratspersonen, die unserer Meinung nach zusammenarbeiten müssen. Nun hat es aber Konflikte innerhalb dieser Zwangsgemeinschaft gegeben. Es ist für die Justiz nicht vorteilhaft, wenn es zu einer Eskalation kommen würde. Wir alle haben den Fall im Kanton Schwyz mitverfolgen können.
Die CVP-Fraktion erhofft sich von dieser Teilrevision und dem vom Kantonsgericht miterarbeiteten Verhaltenskodex, dass sich der Konflikt sich so schnell wie möglich löst und dass sich – salopp ausgedrückt – die Frauen und Herren Richter wie Erwachsene mit Respekt und Toleranz begegnen und arbeiten können. Es ist der CVP-Fraktion wichtig zu erwähnen, dass die Arbeit der Justiz am Kantonsgericht zu dieser Zeit in keiner Art und Weise gelitten hat. So soll es auch bleiben.
Uns ist es sehr wohl bewusst, dass mit der Genehmigung dieses Geschäftes beinahe das ganze Richtergremium neu Einsitz in der Geschäftsleitung hat. Ob das gut oder schlecht ist, sollte nüchtern betrachtet werden, soll diese Änderung doch zu einer Lösung des Konflikts innerhalb des Richtergremiums führen. Es scheint für die Beteiligten das adäquate Mittel zu sein, es wurden alle Beteiligten in den Prozess dieser Lösungsfindung miteinbezogen – auch wenn die gewählte Lösung für Aussenstehende speziell erscheint. Die CVP-Fraktion erwartet mit dieser Teil-

revision der Geschäftsordnung plus Verhaltenskodex eine gute, kooperative Zusammenarbeit aller Mitglieder des Kantonsgerichts. Wenn der Optimist sagt, «Die Hoffnung stirbt zuletzt», so hoffen wir, dass der Pessimist nicht Recht bekommt, wenn er sagt: «Aber sie stirbt.»
Die CVP Fraktion wird den Antrag zur Genehmigung dieser Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts mehrheitlich genehmigen.

Thomas Lötscher hält fest, dass die FDP-Fraktion mit einigem Befremden von dieser Vorlage Kenntnis genommen hat. Befremdlich ist dabei nicht die Arbeit der Justizprüfungskommission und des Obergerichts, sondern die Ursache dafür. Gemeinhin verbinden wir mit dem Bild eines Richters eine reife, souveräne Persönlichkeit mit Lebenserfahrung, ausgeglichenem Charakter und so viel Menschenkenntnis, dass sie einerseits Menschen treffend beurteilen, aber auch gut mit ihnen umgehen kann. Was diese Vorlage uns direkt und zwischen den Zeilen vermittelt, ist allerdings das Bild eines Kindergartens oder einer Zickenzone – je nach kindlichem Entwicklungsstadium, welches man als Vergleichsmassstab beiziehen will.
Die Gewaltentrennung, welche grundsätzlich eine wichtige Stütze eines demokratischen Rechtsstaates ist, verbietet es dem Kantonsrat, führungsmässig einzugreifen. Dadurch erst entsteht ein Führungsvakuum, das Raum für solche Possen lässt. Andererseits kommt dem Kantonsrat die Kompetenz für die Genehmigung der Geschäftsordnung zu – und damit auch die Verantwortung. Das ist unschön: Mitreden nein, absegnen ja.
Eher widerwillig und auch angewidert stellt sich die FDP der Verantwortung und beantragt, diese Teilrevision nicht zu genehmigen. Dabei wollen wir uns aber so wenig wie möglich in die Selbstorganisation der Gerichte einmischen. Falls das Richterkollegium sein Heil in einem Verhaltenskodex sieht, sei ihm das unbenommen. Dagegen hat die FDP nichts. Hingegen erachtet es die FDP als blanken Unsinn, die Geschäftsleitung so weit aufzublasen, dass ihr mehr als die Hälfte der Richter angehören. Eine dreiköpfige Geschäftsleitung muss ausreichen.
Im Übrigen bleibt zu hoffen, dass die amtierenden Kantonsrichter sich möglichst bald bewusst werden, dass sie Staatsdiener sind und keine Diven oder Primadonnen. Die Parteien sind gehalten, bei den nächsten Richterwahlen ihre Kandidaturen kritisch zu hinterfragen.

Manuel Brandenberg teilt mit, dass die SVP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist. Sie anerkennt die Gewaltenteilung als massgebliches Prinzip unserer Staats und auferlegt sich Zurückhaltung bei der Würdigung dieser Vorlage. Wenn es das Kantonsgericht als richtig erachtet, zusammen mit dem Obergericht eine Revision der Geschäftsordnung vorzulegen, dann fühlen wir uns grundsätzlich an diesen Entscheid gebunden, denn dieser Entscheid liegt in der Kompetenz der Justiz. Aus Sicht der SVP ist es kritisch, solche Vorlagen zu sehr inhaltlich zu würdigen, weil dann eine Kompetenzüberschreitung durch diesen Rat, der ja nur ja oder nein sagen kann, sehr nahe liegt. Die SVP anerkennt die Bestrebung der Gerichte, ihre Organisation zu verbessern und stimmt der Revision dieser Geschäftsordnung zu. Den Antrag der FDP auf Nichtgenehmigung lehnt die SVP aus dem genannten Grund, nämlich der Auferlegung von Zurückhaltung durch eine Gewalt gegenüber der andern, ab.

Stefan Gisler stellt fest, dass Richter offenbar auch nur Menschen sind, und wo es Menschen gibt, gibt es zwischenmenschliche Konflikte. Diese sollten auch zwischen den Menschen gelöst werden. Er weiss nicht, ob der Buchstabe allein, das

heisst diese neue Verordnung, das Problem lösen wird. Vielmehr müssen die involvierten Personen das persönlich miteinander lösen können. Der Votant ist daher gegen die vorliegende Teilrevision.
Einer der Vorredner hat das Wort Kindergarten gebraucht. Der Votant hat keinen Kindergarten erlebt, wo man so gegeneinander arbeitet. Auch wurden durchwegs weibliche Negativbeispiele angeführt: Zicken, Primadonnen, Diven. Es handelt sich hier aber um Probleme unter Männern, die Männer miteinander lösen sollen.

Markus Jans hält fest, dass die SP-Fraktion für Eintreten auf diese Vorlage ist und dem Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission, die Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichtes zu genehmigen, zustimmt.
Unsere Richter sind vom Volk gewählt. Die neue Amtsperiode für die nächsten sechs Jahre beginnt nächstens. Die Richter und Richterinnen organisieren sich selber. Grundlage dazu bildet die Geschäftsordnung des Kantonsgerichtes. Probleme innerhalb des Richtergremiums müssen von diesem auch selber gelöst werden. Bei den aktuell vorhandenen Problemen im Kantonsgericht wird dies mit einer Änderung der Geschäftsordnung versucht. Die wichtigsten Entscheide sollen neu in einer von drei auf fünf Mitglieder erweiterten Geschäftsleitung gefällt werden. Damit wird der Einbezug der einzelnen Richter und Richterinnen bei wichtigen Entscheiden am Gericht in einem grösseren Ausmass möglich.
Die SP-Fraktion hofft, dass dank dieser Massnahmen am Kantonsgericht wieder Ruhe einkehrt. Ähnliche Ansätze wurden bei Problemen in anderen Gerichten schon eingeführt, beispielsweise im Bundesgericht, und sie haben sich bewährt. Wir vertrauen unseren Kantonsrichtern und Kantonsrichterinnen, dass sie den guten Umgang untereinander wieder finden.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** weist darauf hin, dass Probleme, Konflikte und Streit überall vorkommen können, wo Menschen zusammenleben oder zusammenarbeiten, sei es in Beziehungen, in der Familie oder am Arbeitsplatz. Auch Richter und Richterinnen sind nur Menschen. Sie haben unterschiedlichste Charaktere und sind vor Konflikten leider auch nicht gefeit. Die Obergerichtspräsidentin will damit nicht bagatellisieren, sondern kann eigentlich das Votum von Adrian Andermatt nur unterstützen.
Die Besonderheit bei einem Gericht besteht darin, dass es sich um eine Zwangsgemeinschaft handelt, wie dies auch bei anderen Behörden der Fall ist. Das macht die Sachen nicht einfacher. Regierungsräte, Gemeinderäte, Richterinnen und Richter werden vom Volk gewählt, können sich ihre Kollegen nicht auswählen, müssen aber eng zusammenarbeiten. In der Privatwirtschaft ist das anders. Ein Chef, eine Chefin kann seine bzw. ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auswählen, kann Kündigungen aussprechen, wenn sich zwei in den Haaren liegen. Der Verwaltungsrat einer Firma kann die Geschäftsleitung nach eigenem Gutdünken zusammenstellen und auch absetzen, aber selbst in solchen Fällen kann es Konflikte geben.
Der Konflikt beim Kantonsgericht ist letzten Herbst ausgebrochen. Ein Gerichtsmitglied hat sich an das Obergericht bzw. die Justizverwaltungsabteilung (JVA) gewandt und sich über das Arbeitsklima, namentlich aufgrund des Führungsstils, beschwert. Details können wir hier nicht ausbreiten, und sie sind auch nicht relevant für die Beurteilung dieser Änderung der Geschäftsordnung. Die Sprecherin kann aber kurz einen Abriss geben, was das Obergericht in dieser Sache unternommen hat, und so aufzeigen, dass diese Änderung notwendig ist.
Die JVA hat aufgrund der Meldung des Gerichtsmitglieds beschlossen, zuerst eine interne und informelle Konfliktbereinigung zu versuchen. Ziel war es, dem Kantons-

gericht auf niederschwelliger Ebene Hilfe zu bieten. Massnahmen stehen uns in einem solchen Fall, auch wenn wir Aufsichtsbehörde sind, praktisch sowieso keine zur Verfügung. Wir hätten einzig eine Administrativuntersuchung in die Wege leiten können, wofür wir aber die Voraussetzungen damals als ungenügend erachteten. Eine Administrativuntersuchung ist gleichzeitig auch die *ultima ratio* und hätte zum Vornherein keinen Spielraum für eine gütliche interne Lösung geboten, sondern hätte eine solche von Anfang an verunmöglicht. Wir wollten aber eine gütliche Einigung unter den Richterinnen und Richtern anstreben und meinen, dass dies bei gutem Willen aller Beteiligten möglich sein sollte und auch heute noch möglich ist. So haben wir in der Folge vorerst alle Kantonsrichterinnen und Kantonsrichter angehört. Es muss aber betont werden, dass kein Verfahren eröffnet wurde, weshalb auch die Mitglieder des Kantonsgerichts keine Einsicht in unsere internen Akten und Handnotizen hatten. Die Anhörungen ergaben, dass in verschiedener Hinsicht massive, auch zwischenmenschliche Konflikte bestanden. Es soll aber kein falsches Bild entstehen: Es ist nicht so, dass sich alle Mitglieder in den Haaren liegen und alle miteinander Krach hätten. Es sind nur vereinzelte schwierige Konstellationen, die sich aber auf das ganze Arbeitsklima auswirken.

Das Obergericht hat also Anfang November beschlossen, eine externe Fachperson beizuziehen, um so auch eine Aussensicht einzubringen. Es hat in alt Bundesgerichtspräsident Prof. Dr. Hanspeter Walter einen anerkannten und angesehenen Juristen gefunden und ihm den Auftrag erteilt, die Situation zu analysieren und Vorschläge bzw. Empfehlungen für das weitere Vorgehen zu unterbreiten. Dr. Walter legte bereits im Januar einen Vorschlag vor. Er schlug vor, auf der Ebene des Kantonsgerichts eine externe Schlichtungsstelle mit zwei oder drei Mitgliedern einzusetzen, wovon eines der Mitglieder ein amtierendes oder ehemaliges Mitglied des Obergerichts ohne direkten Konfliktbezug sein sollte. Die Aufgabe der Schlichtungsstelle sollte sein, mittels eines runden Tischs einen *modus vivendi* innerhalb des Kantonsgerichts zu suchen. Wir sind dieser Empfehlung gefolgt und haben die Schlichtungsstelle eingesetzt und sie personell mit Dr. Walter und alt Obergerichtsvizepräsident Dr. Klaus Weber besetzt.

Der Versuch eines runden Tisches scheiterte leider. Wir haben dann einen letzten Versuch zur internen Konfliktlösung unternommen und haben den beiden Schlichtern den Auftrag erteilt, schriftliche Vorschläge für das Kantonsgericht zu unterbreiten. Wir wollten erstens einen Entwurf für einen Verhaltenskodex, eine sogenannte Ethikcharta, wie das auch das Bundes- oder das Bundesverwaltungsgericht haben. Wir wollten zweitens Vorschläge für eine allfällige Änderung der Geschäftsordnung zwecks besserer Einbindung der Gerichtsmitglieder. Und drittens wollten wir einen Kontrollmechanismus zur Überprüfung der Einhaltung des Kodexes.

Die zwei Schlichter haben diesen Auftrag erfüllt und einen Entwurf vorgelegt. Wir haben ihren Vorschlag an das Kantonsgericht weitergeleitet mit der Empfehlung, den Verhaltenskodex, die Änderung der Geschäftsordnung und ein Melderecht ans Obergericht bei allfälligen Verstössen gegen den Kodex zu erlassen. Zusätzlich haben wir dem Kantonsgericht angeboten, als begleitende Massnahme eine Fachperson aus dem Bereich der Arbeitspsychologie zur Verfügung zu stellen.

Das Kantonsgericht ist am 19. März 2012 im Wesentlichen unseren Empfehlungen gefolgt und hat die nun vorliegende Änderung der Geschäftsordnung mit kleinen Änderungen gegenüber dem Vorschlag der Schlichter beschlossen, den Kodex erlassen, ebenfalls dem Melderecht ans Obergericht bei Verstössen und sogar dem Beizug einer Fachperson zugestimmt. Das Obergericht hat in der Folge auf Antrag des Kantonsgerichts einen Konfliktmoderator gesucht, ein Team von zwei Fachpersonen vorgeschlagen, womit sich das Kantonsgericht ebenfalls einverstanden

erklärt hat. Diese Konfliktmoderation hat nach den Sommerferien begonnen und ist ein Prozess, der eine gewisse Zeit braucht. Die Obergerichtspräsidentin hat den Eindruck, dass die Mitglieder des Kantonsgerichts gewillt sind, mit Hilfe dieses Moderationsteams die Probleme zu lösen und zur Normalität zurückzukehren. Die Moderation ist aber nur eine Säule der internen Konfliktbereinigung. Die weiteren drei sind untrennbar damit verbunden. Eine Säule davon ist auch die Geschäftsordnung, die heute zur Genehmigung vorliegt.
Wenn einzelne Kantonsräte Bedenken haben wegen der Ergänzung der Geschäftsleitung auf fünf Personen, so kann die Sprecherin dies durchaus verstehen. Es ist tatsächlich eine etwas aussergewöhnliche Regelung. Es gilt aber zu beachten, dass ein Gericht nicht wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen organisiert und strukturiert ist. Ein Gerichtsmitglied ist auf sechs Jahre gewählt und kann nicht entlassen werden, weder vom Obergericht, welches zwar Aufsichtsbehörde über die beiden erstinstanzlichen Gerichte ist, noch vom Kantonsrat. Wir haben überhaupt in solchen Fällen – wie das auch in der JPK besprochen wurde – ausser dem informellen Weg sehr wenige Möglichkeiten einzugreifen. Wir könnten höchstens – wie schon erwähnt – eine Administrativuntersuchung in die Wege leiten. Selbst wenn wir aber in einem Administrativverfahren grobe Amtspflichtverletzungen feststellen würden, wären uns wie auch dem Kantonsrat als Oberaufsichtsbehörde die Hände gebunden. Es gelten hier andere Regeln als in der Privatwirtschaft, wo man unliebsamen Mitarbeitern oder Geschäftsleitern kündigen oder Verwaltungsräte abwählen kann. Die Obergerichtspräsidentin bittet, die Geschäftsordnung unter diesem Aspekt zu betrachten.
Das Kantonsgericht steht nun mitten drin im Prozess der gütlichen Konfliktbereinigung. Die Obergerichtspräsidentin bittet den Rat dringend, die vorgeschlagene Änderung der Geschäftsordnung zu genehmigen.

➔ Der Rat stimmt der Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts mit 58 zu 15 Stimmen zu.

Die **Kantonsratspräsidentin** bittet die Obergerichtspräsidentin eindringlich, die mahnenden Worte des Kantonsrats mitzunehmen und sie ihren Kollegen und Kolleginnen weiterzugeben. Was sich da abspielt, ist mehr als peinlich und eines Kantonsgerichts absolut unwürdig, ganz abgesehen von den Faktoren Arbeitszeit und Steuergeld.

TRAKTANDUM 5:
Kommissionsbestellungen

Traktandum 5.1: **Ersatzwahl in Kommissionen des Kantonsrates**

Traktandum 5.1.1: **Mitglieder der Justizprüfungskommission**

496 Traktandum 5.1.1.1: **Mitglied der engeren Justizprüfungskommission**

Als Ersatz für den verstorbenen Kantonsrat Werner Villiger schlägt die SVP-Fraktion Kantonsrat Thomas Werner vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

497 Traktandum 5.1.1.2: **Mitglied der erweiterten Justizprüfungskommission**

Als Ersatz für den soeben in die engere Justizprüfungskommission gewählten Thomas Werner schlägt die SVP-Fraktion Jürg Messmer vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

498 Traktandum 5.1.2: **Mitglied der Konkordatskommission**

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass die SVP-Fraktion für die Sitzung vom 27. September 2012 einen Kandidaten vorschlagen wird.

499 Traktandum 5.1.3: **Mitglied der Raumplanungskommission**

Als Ersatz für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Josef Ribary schlägt die FDP-Fraktion Kantonsrat Renato Sperandio vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

500 Traktandum 5.1.4: **Mitglied der Bildungskommission**

Als Ersatz für den verstorbenen Werner Villiger schlägt die SVP-Fraktion Kantonsrat Jürg Messmer vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

501 Traktandum 5.1.5: **Mitglied der vorberatenden Kommission Übertretungsstrafgesetz (ÜStG)**

Als Ersatz für den verstorbenen Werner Villiger schlägt die SVP-Fraktion Kantonsrat Beni Riedi vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

502 Traktandum 5.1.6: **Mitglied der vorberatenden Kommission Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG)**

Als Ersatz für den verstorbenen Werner Villiger schlägt die SVP-Fraktion Kantonsrat Moritz Schmid vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

503 Traktandum 5.1.7: **Mitglied der vorberatenden Kommission Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz)**

Als Ersatz für den verstorbenen Werner Villliger schlägt die SVP-Fraktion Kantonsrat Moritz Schmid vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

504 Traktandum 5.2: **Präsidium der Justizprüfungskommission**

Als Ersatz für den verstorbenen Werner Villiger schlägt die SVP-Fraktion Kantonsrat Thomas Werner vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

505 Traktandum 5.3: **Verfassungsinitiative betreffend «JA zu Personenwahlen» (Majorzinitiative)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2169.1 - 14128).

Die Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:
Heini Schmid, Kommissionspräsident
Karin Andenmatten
Philipp Brunner
Daniel Thomas Burch
Irène Castell-Bachmann
Hans Christen
Stefan Gisler
Barbara Gysel
Andreas Hausheer
Thomas Lötscher
Eugen Meienberg
Karl Nussbaumer
Martin Pfister
Beni Riedi
Moritz Schmid

➔ Der Rat ist einverstanden.

506 Traktandum 5.4: **Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG)**
Es liegen vor: Bericht und Anträge des Regierungsrats (2170.1/.2/.3/.4 - 14129/30/31/32).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass für diese Vorlage dieselbe Kommission von fünfzehn Mitgliedern wie für die Majorzinitiative bestellt wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

507 Traktandum 5.5: **Gesetz Anpassung kantonaler Erlasse an den Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates der Europäischen Union vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, sowie weitere Gesetzesänderungen.**
Es liegen vor: Bericht und Anträge des Regierungsrats (2165.1/.2/.3/.4/.5/.6 - 14116/17/18/19/20/21).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass gestützt auf §1 9 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats eine Direktüberweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission erfolgt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

508 Traktandum 5.6: **Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV)**
Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2168.1/.2 - 14125/26).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass eine Überweisung an die Konkordatskommission und an die Bildungskommission erfolgt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

509 Traktandum 5.7: **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Sanierung und Ausbau der Sihlbruggstrasse, Abschnitt Sihlbrugg – Knoten Sand AG Neuheim, einschliesslich bergseitigem Radstreifen, Gemeinde Neuheim**
Es liegen vor: Bericht und Anträge des Regierungsrats (2163.1/2 - 14108/09).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass eine Überweisung an die Kommission für Tiefbauten erfolgt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

TRAKTANDUM 6:

510 **Änderung des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz)**
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2101.5 - 14095).

Es sind keine Anträge auf die 2. Lesung eingegangen.

Kommissionspräsident **Beni Riedi** holt das Schlussvotum nach, das er an der letzten Sitzung nicht hielt. Weil der Kantonsrat im Jahr 2005 die Möglichkeit haben wollte, das Gesetz zu überprüfen und allenfalls anzupassen, ist dieses auf Ende 2012 befristet. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission empfiehlt nun, die Weiterführung des Gesetzes abzulehnen. Die Zuger Gemeinden sind inzwischen gut aufgestellt und darauf vorbereitet, Verantwortung zu übernehmen und diese

Aufgabe ohne die Hilfe des Kantons, aber zum Wohl der Kinder zu erfüllen. Eine weiterführende Koordination auf kantonaler Ebene wird von der Mehrheit der Kommission abgelehnt. Zukünftig möchte man den Gemeinden die Regulierung der Kinderbetreuung überlassen und so die Gemeindeautonomie aufrechterhalten. Im Namen der vorberatenden Kommission bittet der Votant, das Gesetz abzulehnen.

Die Direktorin des Innern **Manuela Weichelt-Picard** bittet namens des Regierungsrats inständig, das Gesetz anzunehmen. Die Gemeinden sind – wie sie mehrmals betont haben – auf dieses Gesetz angewiesen. Andernfalls müsste jede Gemeinde eine gesetzliche Regelung treffen, um die Aufsicht, die Betriebsbewilligung und so fort zu regeln. Dies wäre ein unnötiger administrativer Aufwand. Gerade gestern konnte man in der Zeitung in Zusammenhang mit dem Hundegesetz lesen, wie wichtig es sei, eine kantonale Regelung zu haben. Für Tiere machen wir sehr viel. Für kleine Kinder wäre es auch wichtig, die gesetzlichen Regelungen zu haben.

➔ SCHLUSSABSTIMMUNG: Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 41 zu 26 Stimmen zu.

Es liegen zwei parlamentarische Vorstösse zum Abschreiben vor. Es wird beantragt:
• Das Postulat der CVP-Fraktion betreffend Anpassung der Verordnung zum Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung von 11. Juni 2007 (Vorlage Nr. 1551.1 - 12406) sei als erledigt abzuschreiben.
• Die Motion von Cornelia Stocker und Maja Dübendorfer Christen betreffend Änderung der Gebührenordnung des Kantons Zug vom 21. April 2011 (Vorlage Nr. 2044.1 - 13752) sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

TRAKTANDUM 7:

511 Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (EG FamZG)
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2106.4 - 14115).

Es sind keine Anträge auf die 2. Lesung eingegangen.

➔ SCHLUSSABSTIMMUNG: Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 71 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

TRAKTANDUM 8:

512 Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung vom 15. September 2011 (FHZ-Konkordat)
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2093.6 - 14112).

Es sind keine Anträge auf die 2. Lesung eingegangen.

➔ SCHLUSSABSTIMMUNG: Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 72 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

TRAKTANDUM 9:

513 Kantonsratsbeschluss betreffend Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2011

Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2143.4 - 14114).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sie und der Landschreiber nicht wie bei der 1. Lesung in den Ausstand treten, weil auf die 2. Lesung keine Anträge eingegangen sind und der «Verein zur Unterstützung des Spitals Criuleni in Moldawien», in dem ihre jeweiligen Ehepartner ehrenamtlich im Vorstand tätig sind, nicht thematisiert wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

➔ SCHLUSSABSTIMMUNG: Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 48 zu 17 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

TRAKTANDUM 10:

514 Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag für den Erweiterungsneubau Malerei/Ablaugerei in der Sicherheitszone der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in Menzingen

Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2109.5 - 14113).

Es sind keine Anträge auf die 2. Lesung eingegangen.

➔ SCHLUSSABSTIMMUNG: Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 61 zu 12 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

TRAKTANDUM 12 (vorgezogen):

515 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Kapitel P Agglomerationsprogramm)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2155.1/.2 - 14092/93); Bericht und Antrag der Raumplanungskommission (2155.3 - 14138).

EINTRETENSDEBATTE

Als Präsidentin der Raumplanungskommission weist **Barbara Strub** darauf hin, dass es bei der vorliegenden Anpassung des Richtplanes wiederum darum geht, die vom Bund gesprochenen Mittel für die Agglomerationsprogramme in der Finanzperiode 2015–2022 auch für den Kanton Zug abzuholen. Bedingung dafür ist ein Agglomerationsprogramm, welches die definierten Grundanforderungen des Bundes erfüllt und insbesondere die Entwicklung unseres Kantons aufzeigt. Dafür ist im Auftrag der Baudirektion ein umfangreicher Bericht mit Anhang erstellt und beim Bund per 30. Juni 2012 fristgerecht eingereicht worden.
Die Raumplanungskommission hat sich mit diesem Bericht und Anhang intensiv auseinandergesetzt und begrüsst das Agglomerationsprogramm II. Sie beurteilt dieses als ein sehr gutes, geeignetes und wichtiges Hilfsmittel, um den Kanton Zug kontrolliert in die Zukunft zu führen. Die Strategien im Richtplan ermöglichen ein Wachstum in Grenzen und ein bewusstes Umgehen mit den Ressourcen. Sie bilden die Grundlage, um zwischen dem Erhalt von Natur- und Landschaftszonen und der Verkehrserschliessung die Balance zu halten. Ebenfalls begrüsst die Kommission die rechtzeitige Einreichung beim Bund bis zum 30. Juni, was ermöglicht, bereits ab 2015 Beiträge aus dem Infrastrukturfonds ausbezahlt zu bekommen. Die beantragten Investitionskosten des Kantons Zug betragen rund 850 Millionen Franken, und der Kanton erhofft sich eine Beteiligung des Bundes bis zu 50 Prozent. Ob alle eingegebenen Projekte umgesetzt werden, entscheiden die jeweiligen Souveräne. Bewilligte Gelder würden bei einer Nichtumsetzung ersatzlos wegfallen. Eintreten war für unsere Kommission unbestritten.
Das Kapitel P in unserem Richtplan enthält in den Kapiteln P1 die Strategien für die Agglomeration Zug und in P2 diejenigen zu Projekten der Agglomeration. Diese Inhalte haben sich bewährt und bedürfen keiner Anpassung. Im Kapitel P3 geht es um die Mitfinanzierung durch den Bund, wobei noch die Fassung des Agglomerationsprogramms der 1. Generation zugrunde liegt. Dieses Kapitel muss dem Inhalt des Agglomerationsprogrammes der 2. Generation angepasst werden. Die einzelnen Richtplanänderungen betreffen Massnahmen im Bereich Verkehr und basieren auf einer guten Zusammenarbeit des Kantons mit den involvierten Gemeinden. So sind beispielsweise die Projekte des ruhenden Verkehrs – etwa die Parkleitsysteme in Cham und Baar – mit den Gemeinden abgesprochen, ebenso das grösste Projekt, der Stadttunnel Zug. Alle aufgeführten Verkehrsmassnahmen erfordern später keine weiteren Anpassungen des Zuger Richtplans, müssen aber von den jeweiligen verantwortlichen Gremien noch bewilligt werden.
Im Namen der Raumplanungskommission stellt die Votantin den Antrag, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Thomas Rickenbacher nimmt das Wichtigste vorweg: Die CVP-Fraktion ist einstimmig für die vorgeschlagene Richtplananpassung im Kapitel P3. Dennoch erlaubt er sich im Namen der Fraktion einige Bemerkungen zum Agglomerationsprogramm der 2. Generation.
Wir sind mit dem vorgeschlagenen Perimeter, welcher die Talgemeinden umfasst, einverstanden. Obwohl die Berggemeinden ähnliche Problemstellungen aufweisen, wäre es falsch, auch diese ins Programm aufzunehmen, da diese Siedlungen ländlich geprägt bleiben sollen. Natürlich ist es wichtig, dass wegen der in Aussicht gestellten Bundesgelder im Agglomerationsraum nicht Projekte im Berggebiet sistiert oder nicht umgesetzt werden.

Die CVP-Fraktion unterstützt die Stossrichtung mit den Teilstrategien Landschaft, Siedlung und Verkehr. Zu beachten ist aber, dass als Resultat der weiteren Verdichtung auch Kostensteigerungen bei Boden- und Immobilienpreisen in Kauf genommen werden und die Gemeinden den definierten Weg mit Anpassungen der Bauordnung auch mittragen müssen. Der CVP-Fraktion ist es zudem wichtig, dass die aufgeführten Massnahmen baldmöglichst im Richtplan angepasst und damit politisch diskutiert werden können. Eine Eigendynamik des Agglomerationsprogramms erachtet sie als falsch.
Es bleibt zu hoffen, dass der Bund möglichst viele Projekte auf dem kantonalen «Projektwunschzettel» finanziell unterstützen wird.

Oliver Wandfluh hält fest, dass die Richtplananpassung durch das Agglomerationsprogramm II notwendig ist. Durch dieses kann der Kanton Zug beim Bund viel Geld abholen. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und stimmt der Vorlage auch einstimmig zu. Sie dankt der Baudirektion für ihren Einsatz zum Vorteil des Kantons.

Hanni Schriber-Neiger weist darauf hin, dass im Agglomerationsprogramm Verkehrsprojekte aufgezählt und begründet werden, die der Kanton beim Bund zur Mitfinanzierung bereits eingereicht hat. Neben den finanz- und verkehrstechnischen Voraussetzungen spielen insbesondere die Abstimmung mit der Siedlungsentwicklung sowie die Reduktion der Umweltbelastung – beispielsweise im Bereich Luftqualität – und des Ressourcenverbrauchs eine zentrale Rolle. Die Alternativ-Grüne Fraktion (AGF) ist auf die Massnahmen gespannt, mit denen der Kanton die «Balance zwischen starkem Wachstum und Wahrung natürlicher Ressourcen» schaffen kann.
Die AGF begrüsst die Infrastruktur-Anpassungen im Langsam- und im öffentlichen Verkehr und hofft, dass die Massnahmen umgesetzt werden. Ebenfalls befürwortet sie die Massnahmen für den ruhenden Verkehr, die zweckmässig sind. Es wäre zu prüfen, ob an weiteren Bahnhöfen und Bahnhaltestellen Bike & Ride-und/ oder Park & Ride-Angebote stehen sollten.
Die AGF hofft, dass Strassenprojekte für den motorisierten Individualverkehr das ganze Agglomerationsprogramm nicht dominieren. Die Zahlen im Bericht des Raumplanungsamts zeigen beim Mobilitätsverhalten nämlich auch, dass bei den Zupendlern der Anteil Autofahrende hohe 64 Prozent beträgt. Es muss unbedingt eine Verminderung des MIV angestrebt werden.
Bei der möglichen Mitfinanzierung beim Projekt Stadttunnel Zug hoffen wir, dass auch noch etwas Geld für verkehrsberuhigende Massnahmen übrigbleibt. Es muss sehr darauf geachtet werden, dass die verschiedenen Massnahmen neben den grossen Investitionen nicht untergehen.
Die AGF ist für Eintreten und stimmt der Anpassung im Richtplan zum 2. Agglomerationsprogramm zu.

Markus Jans hält fest, dass die Vorlage in der SP-Fraktion unbestritten war. Damit das Agglomerationsprogramm der 2. Generation noch rechtzeitig beim Bund eingereicht werden konnte, wurde die Beratung in der Kommission erst nachträglich geführt. Das ist zwar ein kleiner Mangel im Ablauf bei der Beratung von Kantonsratsvorlagen, ändert aber nichts am eigentlichen Inhalt.
Der grösste Teil des Agglomerationsprogramms der 2. Generation betrifft mit ca. 500 Millionen Franken den Stadttunnel Zug. Die übrigen 200 Millionen Franken

setzen sich aus diversen Projekten wie das Parkleitsystem in Cham und Baar zusammen. Für alle kantonalen Projekte werden den Kantonsrat vor einer Umsetzung noch ausführliche Vorlagen unterbreitet. Dann können diese noch intensiv diskutiert werden. In diesem Sinne nimmt die SP-Fraktion von der Anpassung des Richtplans Kenntnis und stimmt dieser zu.

Daniel Stadlin begrüsst namens der Grünliberalen das vorliegende Agglomerationsprogramm und dankt dem Regierungsrat für die sorgfältig abgefasste, detaillierte und nachvollziehbar strukturierte Arbeit. Die Massnahmen sind logisch hergeleitet und sauber dargestellt.
Für die Umsetzung stehen im Infrastrukturfonds des Bundes zurzeit noch 1,9 Milliarden Franken zur Verfügung. Insgesamt wurden 41 Agglomerationsprogramme der 2. Generation beim Bund eingereicht. Die darin zur Mitfinanzierung beantragten Massnahmen sehen Investitionen von rund 20 Milliarden Franken vor, was die verfügbaren Mittel um ein Vielfaches übersteigt. Ob hier noch ein substanzieller Betrag für unseren Kanton übrigbleiben wird, ist alles andere als sicher. Unabhängig von dieser doch eher ungünstigen monetären Situation sind die im Agglomerationsprogramm aufgelisteten Massnahmen für unseren Kanton wichtig und verdienen unsere Unterstützung. Denn soll sich unsere Region auch weiterhin wirtschaftlich und gesellschaftlich kompatibel entwickeln können, muss die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, insbesondere die dazu benötigte Infrastruktur, vermehrt aufeinander abgestimmt werden. Zum Beispiel sollte der Umsteigepunkt Bahn/Bus im Gebiet des Bahnhofs Zug endlich verbessert werden. Nach wie vor fehlt hier ein eigentlicher Busbahnhof, und die Führung der Kundinnen und Kunden ist unverständlich.
Die Einschränkung des Planungsperimeters auf den Teilraum Talebene des kantonalen Richtplans führt leider nicht nur zu einer Vernachlässigung der Auswirkungen der angestrebten Entwicklungen im Berggebiet, sondern auch in den angrenzenden ausserkantonalen Gebieten. Eine Betrachtung der Schnittstellen mit den Nachbarräumen Knonaueramt, Freiamt und Zimmerberg darf daher nicht ausser Acht gelassen werden, sind diese Gebiete doch wichtige Quellorte für Pendlerströme. Ihre Auswirkungen auf den Raum Zug sind gross. So fliesst über die Gemeinden Hausen am Albis, Kappel am Albis oder Rifferswil gleich viel täglicher Verkehr von und nach Baar wie von den Zuger Berggemeinden. Von und nach Sins ist das Verkehrsaufkommen pro Tag sogar höher als von den Berggemeinden in die Stadt Zug. In den Nachbarkantonen Zürich und Aargau muss also die Verkehrsentwicklung genau beobachtet werden. Die im raumplanerischen Bericht erwähnte Zusammenarbeit mit den angrenzenden Agglomerationen und Kantonen sollte im Bereich Verkehrsentwicklung zumindest mit den Nachbarkantonen Zürich und Aargau für die Erarbeitung des nächsten Agglomerationsprogramms intensiviert werden.
Die Grünliberalen sind für Eintreten und werden dem neuen Richtplantext ohne Änderungen zustimmen.

Thomas Lötscher weist darauf hin, dass die Agglomeration Zürich weit grösser ist als der ganze Kanton Zug. Vor diesem Hintergrund versteht er nicht, weshalb der Kanton Zug das Berggebiet aus der Agglomeration streicht. Die Zuger Berggemeinden sind Naherholungsgebiet, Einzugsgebiet für Arbeitskräfte und Transitstrecke für ausserkantonale Pendler. Wenn nun dieses Gebiet nicht zur Zuger Agglomeration gezählt wird, trifft das den Votanten weniger in seinem Selbstverständnis als «Bergler», sondern als Zuger Steuerzahler.

Wäre es nicht sinnvoll, beispielsweise den Umfahrungstunnel Ägeri im Agglomerationsprogramm zu haben und vom Bund mitfinanzieren zu lassen? Der Baudirektor hat auf diese Frage sicher eine gewohnt prägnant-präzise Antwort.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die gute Aufnahme der Berichte und der Vorlage, auch dankt er der Kommission und deren Präsidentin für die gute Arbeit. Bezüglich des Perimeters stellt er fest, dass einer der Votanten damit einverstanden ist, während der andere nicht verstehen kann, weshalb das Berggebiet nicht zum Agglomerationsgebiet gehören soll. Es ist eben so, dass wir uns an den Richtplan halten, den der Kantonsrat 2004 genehmigt hat. Dort haben wir sechs Teilräume. Der Teilraum I ist die Agglomeration Lorzenebene und Ennetsee, im weitesten Sinn also das Talgebiet. Dazu kommen fünf weitere Teilgebiete, nämlich landwirtschaftliche genutzte Gebiete, Flusslandschaften Reuss und Sihl, Natur- und Erholungsräume sowie Zuger- und Ägerisee. Zum Teilraum I wurde im Richtplantext 2004 klar festgehalten: «Der Kanton Zug verfügt über die Agglomeration Zug, und diese umfasst den Teilraum I.»
Das Anliegen, das Berggebiet nicht ausser Acht zu lassen, ist aber verständlich. Bemerkenswert ist, dass gemäss dem Bundesamt für Statistik zehn Gemeinden im Kanton Zug zum Agglomerationsgebiet zählen; einzig Menzingen gehört nicht dazu. Es ist also vielleicht etwas willkürlich, wie die Agglomerationen in den Kantonen festgelegt werden. Wir haben aber gegenüber der Kommission zugesichert, dass wir in Hinblick auf nächste agglomerationsrelevante Vorlagen, die wir in den Kantonsrat bringen, diese Frage genau prüfen. Wir wollen jetzt nicht einfach aus der Hüfte schiessen, denn die Programme sind eingereicht; aber wir werden aber schauen, ob man die Agglomeration nicht auf das ganze Kantonsgebiet erweitern kann. Die Projekte im Berggebiet, sei es die Umfahrung Unterägeri oder andere, leiden darunter nicht. Wir werden an diesen Projekten mit gleichem Nachdruck arbeiten. Bezüglich der Umfahrung Unterägeri ist festzuhalten, dass der heutige Stand der Planung nicht ausreicht, diese Umfahrung schon in das Agglomerationsprogramm der 2. Generation einzuspeisen.
Bezüglich Massnahmen zu einem Wachstum mit Grenzen und dergleichen: Auch da sind wir dran, auch was Siedlung und Verkehr anbelangt, die von Hanni Schriber-Neiger angesprochenen Massnahmen voranzutreiben. Auch an den Leitbildern Zugerberg oder Lorzenebene arbeiten wir mit Nachdruck – unabhängig vom Agglomerationsprogramm. Auch für die Natur und die Siedlung wird viel getan. Lorzenaufweitungen sei hier als Stichwort genannt.
Die angesprochene MIV-Dominanz rührt daher, dass wir den Stadttunnel mit seinen 520 Millionen Franken in dieses Programm aufgenommen haben. Der Stadttunnel hat aber elementare Nebeneffekte. Zum Tunnelsystem kommen flankierende Massnahmen wie Zentrum plus, Stärkung des ÖV, Stärkung des Veloverkehrs und des Langsamverkehrs ganz generell.
Zu dem Markus Jans angesprochenen Zeitpunkt kann der Baudirektor immerhin sagen, dass die Zuständigkeit beim Regierungsrat liegt – und die geben wir nicht so schnell aus der Hand. Zu dem von Daniel Stadlin genannten Verhältnis von 1,9 Milliarden versus 20 Milliarden Franken ist zu sagen, dass diese Differenz schon beim Agglomerationsprogramm der 1. Generation vorlag, wenn auch nicht ganz so eklatant. Auch damals war das, was eingegeben wurde, ein Vielfaches von dem, was der Bund zur Verfügung stellen konnte. Wir haben damals in diesem Verteilkampf mit einem guten Programm mitgemischt und knapp 65 Millionen Franken abgeholt. Auch mit dem vorliegenden Programm werden wir wieder einen Spitzen-

platz einnehmen und gut abschneiden. Wir werden uns dafür einsetzen, so viel wie möglich in Bern abzuholen.
Schon jetzt schauen wir über die Kantonsgrenzen hinaus. Volkswirtschaftsdirektion und Baudirektion sind in verschiedenen Foren mit den ausserhalb des Kantons liegenden Regionen, die uns interessieren, in ständigem Kontakt. Dann gibt es noch das Stichwort Metropolitankonferenz Zürich, in der unser Landammann den Kanton Zug vertritt. Auch da arbeitet man in den Bereichen Siedlung, Verkehr, Raumplanung sehr intensiv miteinander.
Der Baudirektor dankt für die Zustimmung zur Vorlage.

➔ EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG
• Anpassung des kantonalen Richtplans: Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission einstimmig und ohne Enthaltungen beantragt, der Vorlage des Regierungsrats ohne Änderungen zuzustimmen. Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt.
• Kantonsratsbeschluss: Die **Vorsitzende** informiert, dass nur eine Lesung stattfindet und der Kantonsratsbeschluss nicht allgemein verbindlich, sondern behördenverbindlich ist. Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt.

➔ SCHLUSSABSTIMMUNG: Der Rat stimmt der Vorlage mit 74 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

TRAKTANDUM 11:

516 Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2073.1/.2 - 13866/67); Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission (2073.3 - 14106); Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (2073.4 - 14123).

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Hans Christen** informiert, dass die vorberatenden Kommission das Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung an sechs Sitzungen zwischen dem 11. November 2011 und dem 7. Mai 2012 beraten und an der Schlussabstimmung einstimmig mit 12 zu 0 Stimmen ohne Enthaltung verabschiedet hat. Die Kommission hat hervorragend gearbeitet und schlägt gute Lösungen für ein Integrationsgesetz für den Kanton Zug vor. Die schnelle und gute Integration der Migrationsbevölkerung war allen Kommissionsmitgliedern ein grosses Anliegen. Wie bei jedem neuen Gesetzesentwurf des Regierungsrates gingen die Meinungen und Ansichten auseinander. Die Kommissionsmitglieder haben sich jedoch zusammengerauft und in Anlehnung an die Kantone Luzern und Basel-Stadt einen Gesetzesvorschlag unterbreitet, der zukunftsweisend für unseren Kanton ist.
Die Schweiz ist nicht erst seit Ende der 1950er Jahre ein typisches Einwanderungsland, und es ist anzunehmen, dass auch einige der hier Anwesenden kleinere oder grössere ausländische Wurzeln haben. Hier einige Zahlen:
• Die Schweiz hat einen Ausländeranteil von 22,6 Prozent, was einer ständigen ausländischen Wohnbevölkerung von 1,8 Millionen Personen entspricht.

• 32 Prozent der Schweizer Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund, sind also Personen, deren Eltern im Ausland geboren sind.
• Über 1 Million Personen sind seit dem Jahre 2002 in die Schweiz eingewandert. In den vergangenen zehn Jahren ist eine deutliche Zunahme der Einwanderung aus Portugal, Deutschland, Frankreich und Polen festzustellen.
• Experten rechnen – bei gleichbleibender Zuwanderung und gleichbleibenden Einbürgerungszahlen wie in den letzten zwölf Monaten – bis zum Jahr 2030 mit einem Ausländeranteil von 32 Prozent,. Die Einbürgerungszahlen zeigen jedoch tendenziell seit Jahren wieder nach unten.
Der Votant ist sich bewusst, dass diese Zahlen bei vielen Schweizerinnen und Schweizern ein Unbehagen auslösen. Eine Regulierung der Einwanderung kann aber nur in Bundesbern in kleinen Schritten eingeleitet werden. Die bilateralen Verträge mit der EU müssen eingehalten werden. Unsere Wirtschaft ist auf die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern angewiesen, das beweist das positive Wachstum des Kantons Zug. Wir müssen diese Zuwanderer schnell integrieren, damit unsere Wirtschaft nicht darunter leidet.
Der Kantonsrat hat jetzt die Aufgabe, mit einem Integrationsgesetz die Rahmenbedingungen für eine gute und schnelle Integration der Migrationsbevölkerung festzulegen. Die Kommission ist der Meinung:
• dass erstens eine erfolgreiche Integration mit einem Erstgespräch durchzuführen ist und die Ausweise nach diesem Gespräch zu übergeben sind.
• dass zweitens Sprach- und Integrationskurse anzubieten sind. Sehr wichtig für eine erfolgreiche Integration ist und bleiben die deutsche Sprache und das Verständnis unserer Kultur.
• dass drittens Expatriates (Expats) länger hier bleiben, als sie anfangs angenommen haben.
• dass viertens auch zu verhindern sei, dass sich die Schweizer Bevölkerung ausgegrenzt fühlt.
Die vorberatende Kommission ist sich bewusst, dass eine gute Integration der Migrationsbevölkerung die Steuerzahlerin und den Steuerzahler etwas kosten wird und darf. Der Präsident der Stawiko, Gregor Kupper, unterstützt dies in seiner Kolumne in der Neuen Zuger Zeitung deutlich: «Wir erhalten einmal mehr ein neues Gesetz, das unsere Staatskasse mit einem sechsstelligen Betrag belasten wird. Ich bin allerdings der Meinung, dass sich dieser Aufwand lohnt, auch wenn im ersten Moment Zweifel aufkommen könnten, ob das Ganze überhaupt eine staatliche Aufgabe sei. Wenn es gelingt, mit den Massnahmen das Konfliktpotenzial zwischen Einheimischen und Neuzuziehenden zu verringern oder zu vermeiden, wenn es gelingt, den Umfang des Deutsch-Stützunterrichtes an unseren Schulen zu reduzieren, ist sehr schnell jeder Franken gut investiert. Das alles liegt letztlich im Interesse unserer Bevölkerung.» Damit hat Kollege Gregor Kupper mit vier Sätzen eigentlich alles gesagt, was zum finanziellen Aufwand zu sagen ist.
Mit Datum 16. August 2012 hat die Zuger Wirtschaftskammer den Kantonsräten ein Positionspapier zu diesem Gesetz zugestellt. Die Wirtschaftskammer hat seinerzeit auf eine Vernehmlassung verzichtet, obwohl damals der Regierungsrat das Erstgespräch vorgeschlagen hat. Den Votanten hat dieses Schreiben wegen Ferienabwesenheit leider nicht erreicht. Per Zufall und dank E-Mail ist er als zuständiger Kommissionspräsident immerhin am letzten Wochenende auch noch zu diesem Papier gekommen.
Zu diesem Schreiben macht der Votant einige persönliche Aussagen. Grundsätzlich sieht die Zuger Wirtschaftskammer die Thematik Integration nur aus Sicht der Wirtschaft, nicht aus Sicht des Kantons, der Gemeinden und vor allem auch nicht

aus Sicht der Zuger Bevölkerung. Die Kommission stimmt mit der Wirtschaftskammer überein, dass wir die ausländischen Arbeitskräfte brauchen. Es ist aber auch bekannt, dass Expats viel länger bleiben, als dies bis anhin angenommen wurde. Das beweist eine vom Kanton Basel-Stadt in Auftrag gegebene Studie. Die Befindlichkeit der Zuger Bevölkerung darf nicht negiert werden. Sie muss diskutiert werden, und es müssen auch Möglichkeiten geschaffen werden, um sensible Punkte möglichst früh zu thematisieren. Der Kommission ist die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens wichtig. Es gibt Unternehmen, die Sprachkurse anbieten. Vielen ist dies allein schon durch die Grösse der Firma nicht möglich. Zudem geht es nicht nur um die Arbeitnehmenden, sondern auch um ihre Partner und Partnerinnen und ihre Kinder. Die Auswirkungen einer mangelnden Integration müssen in ersten Linie die Bevölkerung und der Staat tragen und nicht die Wirtschaft.
Zu den Empfehlungen der Wirtschaftskammer bezüglich der Notwendigkeit des Gesetzes: Der Kantonsrat hat eine Motion erheblich erklärt und den Regierungsrat mit der Ausarbeitung des Gesetzes beauftragt. Der Staat darf ohne gesetzliche Grundlage nicht handeln. Um beispielsweise Deutsch- und Integrationskurse als Staat finanziell zu unterstützen, braucht es eine gesetzliche Grundlage. Um die Zuständigkeiten festzulegen, braucht es ein Gesetz: Die Gemeinden sind zuständig für die sprachliche Frühförderung und der Kanton für die Sicherstellung von bedarfsgerechten Sprach- und Integrationskursen, für die Erhebung von statistischen Daten bezüglich Aussagen zur Migrationsbevölkerung, auch leistet er Beiträge an Dritte.
Die Wirtschaftskammer empfiehlt, die Integration in erster Linie über Regelstrukturen sicherzustellen. Die Regierung, die vorberatende Kommission und die Stawiko gehen hier mit der Wirtschaftskammer einig. Es ist auch korrekt, dass die Zuweisung Sache des Regierungsrats ist. Bei der Gesetzgebung ist der Kanton Zug diesbezüglich heterogen. In ungefähr der Hälfte der Gesetze ist die Zuteilung im Gesetz und in der anderen Hälfte in einer Verordnung oder in einem Regierungsratsbeschluss geregelt. Sicher ist es immer der Regierungsrat, der darüber bestimmt. Die Ansprechstelle für den Bund, der Integrationsdelegierte, das Kompetenzzentrum für Integrationsfragen war schon seit jeher bei der Direktion des Innern. In Klammer gesagt: Die Kommission hat das Kompetenzzentrum für Integrationsfragen zur Fachstelle Integration umgewandelt; der Regierungsrat kann damit leben. Die Direktion des Innern ist die Gesellschaftsdirektion. Der Regierungsrat und das Parlament wollen die Integration nicht als reine Arbeitsweltfrage behandelt haben. Erwerbstätigkeit ist nur ein Teil von Integration.
Wenn es um die Betreuung von ausländischen Arbeitnehmenden im Kanton Zug geht, dann kommt hingegen nach wie vor der Verein für die Betreuung der ausländischen Arbeitnehmenden mit der Fachstelle Migration zum Zuge. Der Verein hat eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton, verhandelt durch die Volkswirtschaftsdirektion, da es sich hier um Arbeitnehmende handelt. Der Verein hat in der Kommission verschiedentlich zu diskutieren gegeben. Diskutiert wurde etwa der Versand von Unterlagen an die Arbeitnehmenden oder die tiefe Kostenbeteiligung der ausländischen Arbeitnehmenden, beispielsweise der Betrag von 100 Franken für eine Steuererklärung. Zuständigkeitsfragen sollen jedoch nicht im Kantonsrat diskutiert werden.
Zu den flächendeckenden Erstgesprächen hält der Votant fest, dass die Erfahrungen in den Kantonen Luzern und Basel-Stadt sehr positiv sind. Auch mit hochqualifizierten Personen wurden Gespräche geführt. Wir können nur von den Erfahrungen derjenigen Kantone profitieren, die diese schon anwenden. Diese werden sowohl inhaltlich als auch zeitlich angepasst. Es ist der Kommission be-

wusst, dass Personen aus EU- und EFTA-Staaten nicht zu einem Gespräch gezwungen werden können. Wenn dieses an die Abgabe des Aufenthaltsausweises gekoppelt wird, wird es jedoch problemlos akzeptiert. Die Erfahrungen der anderen Kantone zeigen aber, dass die Gespräche positiv ankommen. Auch gut qualifizierten Personen darf gesagt werden, dass beispielsweise unser Schulsystem ausgezeichnet ist und wir uns freuen würden, wenn sie ihre Kinder in die öffentliche Schule anmelden würden. Zudem kann auch hier nochmals gesagt werden, dass viele Personen viel länger in der Schweiz bleiben, als sie ursprünglich angenommen haben. Eine Integration erst nach drei oder vier Jahren ist bedeutend schwieriger.
Zur Empfehlung der Wirtschaftskammer bezüglich minimale sprachliche Kompetenzen bei der Erteilung einer Niederlassungsbewilligung nimmt der Votant zur Zeit noch keine Stellung, da diese Empfehlung im Rahmen der soeben begonnenen Kommissionsarbeit zum Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (EG AuG) und zum Asylgesetz noch diskutiert werden wird.
Zum Bericht und Antrag der Stawiko hält der Votant fest, dass die Stawiko dieses Geschäft noch kurz vor den Sommerferien beraten und verabschiedet hat. Aus diesem Grund war es der vorberatenden Kommission nicht möglich, noch eine weitere Sitzung einzuberufen. Aufgrund einer E-Mail-Umfrage bei den Kommissionsmitgliedern kann der Kommissionspräsident aber mitteilen, dass einige Kommissionsmitglieder einzelnen Anträgen der Stawiko zustimmen werden. Grundsätzlich werden jedoch die meisten an den Kommissionsanträgen festhalten.
Zur Änderung des Schulgesetzes, welche die Kommission beantragt, die Stawiko jedoch ablehnt und die Kommission auf den Motionsweg verweist, könnte es vielleicht der Sache dienen, wenn die Kommission zwischen der 1. und 2. Lesung nochmals zusammenkommt und diesen Antrag nochmals diskutiert. Eine Option wäre es, dieses Anliegen mit der Schulgesetzrevision, die anscheinend in Vernehmlassung ist, zu debattieren. Dies hätte zur Folge, dass die 2. Lesung sicher einen Monat später erfolgen könnte. Mit einer Motion würde es sicher vier Jahre dauern, bis der Kantonsrat eine Gesetzesvorlage behandeln würde. Früherfassung und Förderung sind Teil der Integration, und es wäre logisch dies jetzt zu diskutieren und nicht erst in ein paar Jahren.
Mit Datum 29. August hat der Bundesrat eine Medienmitteilung verbreitet mit dem Titel «Grundsätzliche Zustimmung zur Integrationsvorlage». Vertreter des Bundes waren an einer Sitzung der vorberatenden Kommission anwesend. Sie haben uns bestätigt, dass die vorgesehene Zuger Gesetzgebung absolut kompatibel ist mit derjenigen des Bundes. In der Medienmitteilung des Bundes hat es auch Punkte, die das EG AuG betreffen, auf die der Votant aber nicht eingeht.
Im Weiteren verweist der Votant auf den Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission. Er ersucht den Rat, auf die Vorlage einzutreten und den Änderungsvorschlägen der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Gregor Kupper orientiert, dass die Stawiko das Integrationsgesetz an der letzten Sitzung vor den Sommerferien beraten hat. Dabei wollte keine Ferienstimmung aufkommen – im Gegenteil: Es wurde eine sehr intensive und diskussionsreiche Beratung geführt. Wir wurden dabei von der Direktorin des Innern unterstützt, hilfreich waren uns aber auch die sehr ausführliche Vorlage des Regierungsrats sowie der Bericht der vorberatenden Kommission, der die Differenzen, auch deren Begründung recht gut aufzeigt. Die Stawiko hat mit 5 zu 2 Stimmen entschieden, auf die Vorlage einzutreten.

Es dürfte unschwer zu erkennen sein, dass zwei Schwerpunkte die Hauptbestandteile unserer Beratungen bildeten: Auf der einen Seite waren es die Erstgespräche, auf der anderen Seite war es die Änderung des Schulgesetzes. Zu den Erstgesprächen hat der Präsident der vorberatenden Kommission in seinem Bericht und eben in seinem Votum detaillierte Ausführungen gemacht. Aber wechseln wir in einem Gedankenspiel mal die Seiten. Nehmen wir an, Ihr Arbeitgeber schickt Sie für einige Jahre zum Beispiel nach Brasilien. Kurz nach ihrer Ankunft erhalten Sie von der zuständigen Stelle die Mitteilung, dass Ihre Aufenthaltsbewilligung zur persönlichen Abholung bereitliegt und Sie zu einem einführenden Gespräch eingeladen sind. Denken Sie nun: «Was soll das? Was wollen die von mir? Ist das lateinamerikanischer Bürokratismus?» Oder denken Sie vielleicht: «Die Gelegenheit kommt gerade richtig. Da kann ich noch einige Fragen stellen und habe dann einen direkten Kontakt, auf den ich bei Problemen zurückgreifen kann»? Für die Stawiko liegt der zweite Gedanke näher. Sie unterstützt deshalb den Antrag der vorberatenden Kommission. Wir halten die zusätzlichen Kosten für vertretbar. Sie sind schnell wieder eingespielt, wenn es gelingt, mit den Erstgesprächen in andern Bereichen Kosten zu reduzieren oder zu vermeiden. Natürlich ist es wichtig, dass die Gespräche, nicht als Pflichtübung, sondern als echte Dienstleistung herüberkommen. Vielleicht erhält der oder die Zuziehende gar eine Visitenkarte des Gesprächspartners, die ihm beim Auftauchen von Problemen ermöglicht, einen persönlichen Kontakt herzustellen. Dann ist das Gespräch plötzlich auch für Expats von Interesse, ganz abgesehen davon, dass wir auch von Leuten, die nur ein oder zwei Jahre bei uns sind, erwarten, dass sie einigermassen mit den schweizerischen Gepflogenheiten vertraut sind.
Bezüglich der Kosten für diese Erstgespräche haben wir uns von der Direktion des Innern zusätzliche Informationen geben lassen, die sich auf Seite 2 und folgende des Stawiko-Berichts finden. Die Stawiko hat den Erstgesprächen schliesslich mit 4 zu 3 Stimmen zugestimmt.
Zweiter Hauptpunkt in der Stawiko war – wie erwähnt – die Änderung des Schulgesetzes. Wir sind nicht grundsätzlich gegen die von der vorberatenden Kommission formulierten Bestimmungen, wesentliche Grundlagen fehlen aber. Gemeinden, Regierung und Bildungskommission konnten dazu keine Stellung nehmen. Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen auf der Ebene des Kantons, aber auch der Gemeinden fehlen. Deshalb haben wir empfohlen, diesen Teil auf den Motionsweg zu verweisen. Wenn wir da eine andere Lösung finden, sind wir selbstverständlich offen. Uns geht es vor allen Dingen darum, dass die betroffenen Stellen tatsächlich miteinbezogen werden.
Die Stawiko stellt noch einige kleinere Änderungsanträge, die Sie in der Synopse finden. Zusammenfassend beantragt sie, auf das Gesetz einzutreten und ihm mit den beantragten Änderungen zuzustimmen. Der Entscheid fiel mit 5 zu 2 Stimmen.

Namens der CVP-Fraktion spricht **Urs Raschle**. «Good morning», tönt es eines Morgens in einem Büro in den USA. «We need you, now in Zug!» Tage später kommt der Angerufene mit Familie, Sack und Pack am Flughafen Kloten an und wird von einem Mitarbeiter eines Relocation-Services empfangen. In Zug wird ihm die neue Wohnung gezeigt, er erhält eine dicken, sehr informativen «Expat-Guide» und die wichtigsten Infos zu Abfall und öffentlichen Stellen. Am nächsten Tag erscheint der Mann in seinem Unternehmen in Zug, und seine Partnerin bleibt zu Hause. Doch bald erhält sie ein Telefon vom «English Women's Club» und freut sich auf ein Kaffee mit Landsfrauen in einem Hotel. Dort erfährt sie, dass sich die Männer jeweils am Donnerstag im «English Men's Club» zum Bier treffen und man

sich über die Internetplattform «ZIBF» austauscht. Dank den monatlichen «Offline-Events» von ZIBF lernt sie bald weitere Expats kennen und freut sich auch schon auf den Besuch der Expat-Expo jeweils Ende April im Lorzensaal in Cham. Und die Kinder geniessen seit dem ersten Tag den tollen Service bei der «International School».
So oder ähnlich funktioniert aktuell die Integration von ausländischen Arbeitskräften in Zug. Man merke: Bis zu diesem Zeitpunkt gibt es kaum respektive keinen Kontakt zu den Behörden, wissen zugezogene Arbeitskräfte nicht, was man von ihnen erwartet, was aber auch ihre Rechte und Pflichten sind. Die wichtigen Informationen erhielten sie von «Relocatern» und von Arbeitskollegen und -kolleginnen, welche schon länger da sind – natürlich auf Englisch oder immer mehr auf Russisch. Die Folgen dieser Entwicklung werden langsam augenscheinlich: Bildung von Parallelgesellschaften in gewissen Ortschaften, sinkendes Verständnis seitens der Einwohner, welche schon länger da sind, und im schlimmsten Fall sogar gewalttätige Reaktionen von Menschen, welche den Kanton verlassen mussten.
Mit dem Integrationsgesetz haben wir nun die einmalige Möglichkeit, den für Zug immer wichtiger werdenden Bereich zu diskutieren und zu definieren. Die Diskussion in der Kommission wurde dementsprechend intensiv und vielschichtig geführt, und das Ergebnis darf sich sehen lassen.
Zwei wichtige Grundsätze fanden den Weg in das Gesetz. Da sind einerseits die Erstgespräche. Die Frage sei gestellt: Wie würden Sie sich fühlen, wenn Sie von heute auf morgen in den USA arbeiten müssten und nicht einmal wüssten, was man von Ihnen erwartet respektive welche Möglichkeiten Sie haben? «Sind diese Leute überhaupt an einer Integration von mir in diesem Land interessiert?» Diese Frage würden Sie sich unweigerlich stellen. Bei einem Erstgespräch hätten Sie dann die Möglichkeit, direkt zu erfahren, was man von Ihnen erwartet und welche Rechte und Pflichten sie haben, auch bekämen sie einen direkten Kontakt zu den Behörden.
Bezüglich der Sprache war sich die Kommission einig: Deutsch ist die Sprache, die man im Kanton Zug spricht. «Ich nix verstehen, ich Schweizer», stand letzthin an einer Hauswand. Tatsächlich scheint die deutsche Sprache langsam an Wichtigkeit zu verlieren. Doch gerade bei der Integration spielt die Sprache eine wichtige Rolle. Wie nämlich sollen Zugezogene verstehen, was man von ihnen erwartet, wenn sie die Sprache nicht verstehen? Wir Schweizer sind diesbezüglich sehr anpassungsfähig und sprechen gleich die Sprache des Anderen. Doch dies führt dazu, dass Zugezogene oft denken, alle sprächen ihre Sprache, was zu interessanten Situationen in der Bäckerei führen kann, wo die Frau hinter dem Ladentisch die Frau vor dem Ladentisch nicht mehr versteht.
Die CVP-Fraktion diskutierte intensiv über ein Eintreten. Grundsätzlich war man sich einig, dass eine funktionierende Integration in unserem Kanton an Bedeutung zunimmt. Es stellt sich aber die Frage, ob dies nicht schon genügend durch Gemeinden und/oder Firmen erreicht wird respektive ob es die Aufgabe des Staats ist, hier Genaueres zu definieren. Schliesslich wurde unter dem Gesichtspunkt, dass es wichtig ist, über die Integration zu diskutieren, grossmehrheitlich für Eintreten gestimmt.
Beim neuen § 3 folgte die Fraktion der Kommission. Auch wenn es unüblich ist, Bundesrecht in einem kantonalen Gesetz wiederzugeben, sieht sie es als richtig an, die Grundsätze im Gesetz zu verankern, dies auch als Grundlage für die folgenden Paragraphen.
Unüblich ist es aber für die CVP, dass es Direktzuweisungen im Gesetz gibt. Deshalb stellt die CVP-Fraktion den Antrag, sämtliche Absätze, in denen explizit die

Direktion des Innern aufgeführt wird, mit den Worten «der Kanton» abzuändern. Dies betrifft § 5 Abs. 4, § 6 Abs. 3 und § 9 Abs. 1.
In § 5 Abs. 5 und § 6 Abs. 3 folgt die Fraktion der Regierung respektive der Stawiko und sieht insbesondere beim zweiten Punkt betreffend Information und Transparenz bereits genügend Möglichkeiten, um aufzuzeigen, wie die Integration funktioniert und welche Wirksamkeit sie erreicht.
Über den Kommissionsvorschlag zu den Erstgesprächen wurde ebenfalls sehr intensiv diskutiert. Einerseits erachtet man diese Gespräche als Chance, um direkt mit den Ausländerinnen und Ausländern in Kontakt zu treten. Andererseits wurden die zusätzlichen Kosten, die fehlende Wirksamkeit und vor allem die Schwierigkeit der Durchsetzbarkeit genannt. Die Fraktion sprach sich deshalb grossmehrheitlich für den Vorschlag der Regierung aus, weiterhin Dokumente zu schicken und keine Gespräche zu führen.
Auch der Vorschlag der Kommission mit den schulischen Anforderungen wurde kritisch durchleuchtet. Die CVP sieht mehrheitlich den Zusammenhang zwischen dem Integrationsgesetz und der Anpassung des Schulgesetzes. Sie ist aber der Meinung, dass die Regierung das Geschäft nochmals anschauen sollte und weist den entsprechenden Paragraphen an die Regierung zurück.
Das Thema Integration brennt den Zugerinnen und Zugern unter den Nägeln. Dazu reicht ein Spaziergang durch die Strassen. Wir sind es deshalb der Bevölkerung schuldig, darüber zu diskutieren und Wege aufzuzeigen, wie die Integration zukünftig passieren soll. Zug ist ein selbstbewusster, erfolgreicher Kanton und darf auch gegenüber Zugezogenen so auftreten. Dazu gehört, dass man sich persönlich in die Augen schaut und Neuzugezogene willkommen heisst. Alle haben ein Integrationsgesetz verdient, welches dieses selbstbewussten Kantons würdig und frei von äusseren Zwängen erarbeitet worden ist.

Cornelia Stocker hält fest, dass die FDP-Fraktion die Vorlage intensiv und in engagierter Diskussion beraten hat. Die FDP ist einstimmig für Eintreten, denn Integration hat eine hohe gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung. Vermischen wir diese also nicht mit dem Reizthema Asylpolitik.
Die Auffassung der Regierung und insbesondere der vorberatenden Kommission, wonach das Erlernen der deutschen Sprache *der* zentrale Erfolgsfaktor für eine nachhaltige Integrationspolitik ist, teilen wir voll und ganz. Die FDP stand und steht hinter den bilateralen Abkommen. Es versteht sich von selbst, dass unser Zuger Integrationsgesetz mit diesen internationalen Verträgen kompatibel sein muss.
Wir geniessen in Zug nach wie vor einen sehr hohen Wohlstand. Dieser ist zu einem grossen Teil auch den in den letzten Jahren sehr zahlreich zugewanderten Personen zu verdanken. Jedoch sind viele Alteingesessene nicht mehr nur glücklich über diese Entwicklung und fürchten sich vor dem Verlorengehen der Identität, welche Zug in den vergangenen Jahren geprägt hat. Wir glauben festzustellen, diesbezüglich an einem Scheideweg angelangt zu sein. Einst haben uns die Gastarbeiter etwas Unbehagen oder gar Mühe bereitet, heute macht sich ein Grossteil der Alteingesessen Gedanken, wie viele Expats Zug noch zu aufzunehmen vermag. Wichtige Alltagssorgen und -nöte – etwa Wohnungsknappheit oder die Schwierigkeit Feuerwehrleute zu rekrutieren – akzentuieren sich je länger je mehr. Wir dürfen auch nicht die Augen davor verschliessen, dass es einigen Leuten hier missfällt, im Kontakt mit Dienstleistungsbetrieben, zum Beispiel im Gesundheits- oder Gastrobereich, hochdeutsch oder gar englisch sprechen zu müssen.
Im Gegenzug gilt es zu bedenken, dass gerade diese Expatriates viel zur Wertschöpfung beitragen, praktisch kaum Probleme bereiten und unsere staatlichen

Strukturen nicht wirklich belasten. Kurz: Sie sind in der Lage, ihr Leben hier, das mehrheitlich von der Arbeit geprägt ist, mit Unterstützung ihrer Arbeitgeber weitgehend selbständig zu meistern.
Wie begegnen wir diesen Facetten unserer Zuger Erfolgsgeschichte am effektivsten? Das heute zur Beratung stehende Integrationsgesetz ist sicher ein valables Instrument, auch wenn sich ein Grossteil unserer Fraktion nicht mit allen Paragraphen gänzlich anfreunden kann.
Ein Element zur guten Integration ist sicher eine positive Willkommenskultur, wie sie der Kanton Zug schon seit jeher pflegt. Die Bestrebungen der vorberatenden Kommission, unsere Erwartungen an die Migrationsbevölkerung klarer zu formulieren, begrüssen wir sehr. Es ist richtig, wenn wir selbstbewusst zum Ausdruck bringen, dass unsere schweizerische Rechtsordnung und unsere Grundwerte gelten und dass unsere Gepflogenheiten stets zu respektieren sind. r
Drei Viertel der Zuwanderer in unseren Kanton kommen – wir haben es bereits gehört – aus EU- und EFTA-Staaten. Angesichts dieses Umstands ist die Mehrheit unserer Fraktion von den von der Kommission vorgeschlagenen Erstgesprächen nicht überzeugt und lehnt sie ab. Moniert werden dabei die fehlende Langzeiterfahrung, die Praktikabilität und nicht zuletzt auch den damit verbundenen bürokratischen Aufwand, welcher hohe Kostenfolgen mit sich bringen wird. Es wird auch die Frage gestellt, ob sich die Lebensphilosophie der 25 Prozent der Zuwandernden, die dazu überhaupt in Frage kämen, verändern lässt. Viele von uns werten dies eher als Scheinintegration.
Der Fraktionsminderheit, bestehend primär aus den Kommissionsmitgliedern, ist es leider nicht gelungen, die umfassenden Beratungen in der Kommission der Fraktion überzeugend darzulegen. Diese Minderheit will Erstgesprächen mit Integrationsvereinbarungen eine Chance geben und erhofft sich daraus langfristig betrachtet einen volkswirtschaftlichen Nutzen, vergleichbar mit den investierten Mitteln und Ressourcen in die familienergänzende Kinderbetreuung.
Als Ganzes ist sich die FDP-Fraktion einig: Integration soll und muss wenn immer möglich über die Regelstrukturen wie Schule und Arbeitsplatz erfolgen. Und der Schlüssel des Erfolges ist das Erlernen der deutschen Sprache. In diesem Sinne ersucht die Votantin den Rat, auf die Vorlage einzutreten.

Manuel Brandenberg hält fest, dass auch die SVP-Fraktion sich sehr intensiv mit dieser Vorlage befasst und sie auch sehr intensiv beraten hat. Sie ist zum Schluss gekommen, dass es richtig ist, nicht auf dieses Gesetz einzutreten.
Grundsätzlich ist die SVP-Fraktion der Ansicht, dass Integration und auch Assimilation – der Begriff, den man früher verwendet hat, die Annäherung desjenigen, der kommt, an diejenigen, die da sind – eine Sache desjenigen ist, der kommt, und nicht derjenigen, die da sind. *Da* sind wir, und *kommen* tun die Ausländer. Grundsätzlich ist es also nicht an uns, ein Gesetz hierüber zu erlassen. Es kommt dazu, dass das Gesetz vom Bund nicht vorgeschrieben ist. Wir sind im Kanton also frei, ob wir ein solches Gesetz erlassen oder nicht. Es gibt bereits genügend bundesrechtliche Regelungen, die genug konkret sind, dass die Integrationsbestimmungen des Ausländergesetzes umgesetzt werden. Wenn man nun ein Gesetz nicht erlassen *muss*, dann muss man dafür sorgen, dass man *kein* Gesetz erlässt. Das ist ein urliberaler freiheitlicher Grundsatz. Machen Sie keine Gesetze, die es nicht braucht. Jedes Gesetz schränkt die Freiheitssphäre der Menschen ein, die Freiheitssphäre, die immer gleich gross ist, und jedes Gesetz macht diese Sphäre enger. Seien Sie also vorsichtig mit neuen Gesetzen.

Das Gesetz bringt aus Sicht der SVP auch einen unzulässigen Ausbau der Sozial- und Betreuungsverwaltung mit sich. Beispiel Erstgespräch. Stellen Sie sich diese Situation vor: Da kommt jemand zur Behörde, die ihm dann nach dem Gespräch diesen Ausweis gibt. Da sitzt wahrscheinlich dann bereits jemand vom kantonalen Sozialamt da oder ein Sozialpädagoge oder sonst jemand, der für die Integration beim kantonalen Sozialamt zuständig ist. Der hat natürlich – wie zu Recht schon gesagt wurde – eine Visitenkarte dabei und wird diese auch gerne abgeben, denn selbstverständlich hat er Freude, wenn er dem Neuzugezogenen aufgrund seiner staatlichen Aufgabe und Funktion helfen kann. Wäre es nicht naheliegender, dass ein Zugezogener in der Nachbarschaft mit Freunden, die er hier gewinnt, spricht, wenn er ein Problem hat? Oder er geht in einen Verein und trifft dort neue Leute, welche ihm erklären, an wen er sich wenden soll und wie das alles geht. Ist es der richtige Weg, dass jemand vom Staat von Anfang an mit einer Visitenkarte dabei ist und sagt: «Wenn Du ein Problem hast, dann komm zu uns»? Der Votant ist erstaunt über diese Einschätzung des Stawiko-Präsidenten, den er eigentlich für einen liberalen Menschen hält. Ist es nicht besser, die Gesellschaft in Freiheit walten zu lassen, statt den Staat hier ins Spiel zu bringen?
Von Kommissionspräsident Hans Christen haben wir gehört, dass der Bund selber ein neues Integrationsgesetz erlässt; die entsprechende Medienmitteilung stammt von gestern. Der Bund möchte ja auch das Ausländergesetz umbenennen in «Ausländer- und Integrationsgesetz». Das ist ein weiterer Grund, jetzt nicht im Kanton Zug ein neues Gesetz zu erlassen, das dann vielleicht bald wieder hinfällig ist, weil der Bund andere Bestimmungen erlässt, die diesem Gesetz vorgehen.
Zu den Inhalten – sollten Sie Eintreten beschliessen – in Kürze: Die SVP-Fraktion ist gegen die Schulgesetzänderung. Das ist aus unserer Sicht nicht etwas, das man so huschhusch in einer Kommission einbringen kann. Das müsste über das Motionsverfahren laufen, wie das auch die Ansicht der Stawiko und anderer Votanten ist. Erstgespräche lehnen wir. Aus unserer Sicht würde der Schweizer, der nach Brasilien geht – wäre er ein SVPler –, sich fragen: «Was wollen die von mir?». Der CVPler ist froh und geht gerne beim Staat vorbei – das sind eben die Unterschiede.
Hans Christen hat das Problem der Einwanderung angesprochen und gesagt, dass wir uns an die Verträge mit dem Ausland halten müssen. Das ist richtig. Aber das Problem, das viele Leute im Kanton Zug drückt, nämlich die Einwanderer, die kommen, ihnen die Wohnungen wegnehmen, die Strassen versperren, die Plätze im Zug streitig machen: Dieses Problem lösen Sie nicht mit diesem Gesetz. Dafür müssen Sie die Personenfreizügigkeit anpassen. Stimmen Sie also dereinst für die Masseneinwanderungsinitiative der SVP, die eine Neuverhandlung der Personenfreizügigkeit fordert.
Der Brief der Zuger Wirtschaftskammer ist bei uns auf offene Ohren gestossen. Er entspricht auch unserer Meinung, lässt die Wirtschaftskammer doch zwischen den Zeilen erkennen, dass sie eigentlich gegen das Gesetz ist.
Kantonsrat Raschle hat das Beispiel des Expat erzählt, der einen Anruf aus den USA erhält, dann in die Schweiz kommt – und nirgends ist der Staat. Das macht Herrn Raschle Sorgen. Das können wir nicht nachvollziehen. Gerade dieses Beispiel ist doch ein klares Indiz dafür, wie gut die Leute selber organisiert sind, freiheitlich und ohne dass der Staat etwas machen muss. Der Zuziehende kommt mit dem Staat dann schon noch in Berührung, spätestens wenn ihm beim ersten Lohn die Steuern abgezogen werden – wenn er quellensteuerbesteuert ist – oder wenn er den Einzahlungsschein erhält– wenn er ordentlich besteuert ist. Wir müssen nicht dafür sorgen, dass er gleich am Anfang seinen staatlichen Betreuer mit der Visitenkarte erhält. Das sind keine Babies, die da kommen und darauf warten, dass

der Staat sich um sie sorgt. Wir sollten freiheitlich denken und davon ausgehen, dass der Zuziehende, wenn er etwas braucht, sich überlegt, was zu tun sei, und dann zu einem Privaten oder einem Freund geht, der ihn berät – oder eben zum Staat. Man muss ihm nicht von Anfang an die Visitenkarte des Staates geben.
Frau Stocker hat davon gesprochen, dass man im Kanton Zug an einem Scheideweg sei. Das ist ein Problem der Masseneinwanderung, nicht des Integrationsgesetzes. Und gegen die Masseneinwanderung tut die FDP nichts. Sie sagt, dass die Wirtschaft das brauche, sagt dann aber auch, dass es den Leuten nicht mehr gut gehe, machen wir also ein Integrationsgesetz. Dieses Gesetz bringt überhaupt nichts. Stimmen Sie lieber unserer Masseneinwanderungsinitiative zu!
Cornelia Stocker hat auch angeführt, man müsse zeigen, dass unsere Rechtsordnung gilt und eingehalten werden muss. Die Rechtsordnung gilt auch ohne ein Gesetz, in dem steht, dass die Rechtsordnung gilt. Ein solches Gesetz braucht es nicht.
Der Votant schliesst mit einem Zitat des französischen Philosophen und Staatstheoretikers Montesquieu: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es absolut notwendig, *kein* Gesetz zu machen.» Leben wir diesem urliberalen Vordenker und Urheber der Gewaltentrennung nach und verzichten wir auf ein unnötiges Gesetz. Der Votant bittet den Rat eindringlich, nicht auf das Gesetz einzutreten.

Stefan Gisler hält fest, dass in Zug Wirtschaft und Gesellschaft von den Zuziehenden sowie von einem friedlichen Miteinander von diesen und den schon länger Ansässigen profitieren. Da das Zusammenleben nicht immer frei von Missverständnissen und Konflikten ist, braucht es einen Willen und auch konkrete Massnahmen zur Integration. Letztere müssen effektiv, motivierend und nachhaltig sein. Sie dürfen auch etwas kosten, profitieren wir doch alle von einer erfolgreichen Integration.
Das vorliegende Gesetz, von der vorberatenden Kommission mit 12 zu 0 Stimmen, also den Stimmen aller Fraktionen gutgeheissen, zeigt auf, was von der Migrationsbevölkerung erwartet wird und welche Massnahmen getroffen werden sollen. Es ist im Wissen um die Gesetzesvorbereitung beim Bund beraten worden, auch wenn Manuel Brandenberg dies nicht wahrhaben will. Die Kommission überzeugte sich, dass es mit der Bundesrevision kompatibel ist und es keinen Grund gibt, mit dem Zuger Gesetz zuzuwarten. Die AGF steht mit einigen regierungstreuen Abweichungen hinter diesem Gesetz in der Version der Kommission. Wer wie die SVP für Nichteintreten plädiert, weigert sich, für die Ausländer- und Integrationsproblematik Lösungen anzubieten. Die Zuger Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass wir uns dieses Themas, das sie stark beschäftigt, annehmen und es in diesem Rat auch debattieren. Nicht alle hier haben wie Kollege Brandenberg die Chance, über die Heirat ausländische Mitbürger erfolgreich zu integrieren. Es muss noch andere Wege geben.
Der Votant ist stolz auf das Erfolgsmodell Schweiz, wo so viele Kulturen, Nationen, Religionen und soziale Gruppen in der Regel friedlich zusammenleben. Doch darauf dürfen wir nicht ausruhen. Wir müssen unsere Bemühungen in der Integration verstärken. Das hat auch der Bund erkannt, der die Integration stärker fördern und Massnahmen dazu in den Kantonen auch finanziell unterstützen will, dies ganz im Sinne des vom Volk im Jahr 2006 gutgeheissenen Ausländergesetzes – damals auch Lex Blocher genannt –, das die Integration zu einer Querschnittsaufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erklärte.

Es gibt bereits einen gewissen Unmut auch gegenüber den für Zuger Unternehmen wichtigen Expats; auf die Risiken einer Parallelgesellschaft wurde bereits hingewiesen. Der Votant bewegt sich oft in Expat-Kreisen und hört dort von gewissen Ressentiments, die am Entstehen sind. Dagegen müssen wir vorbeugend etwas tun, und dazu ist dieses Gesetz geeignet. Es braucht diesen staatlichen Eingriff. Wenn Kantonsrat Brandenberg keinen Eingriff des Staates will, dann ist nicht zu begreifen, wieso er den Staat mittels einer massiven Vorlage wie der Masseneinwanderungsinitiative bemühen will, ein wirklich einschneidendes Gesetz zu erlassen. Hier wünscht sich der Votant von Kollega Brandenberg ein bisschen mehr Montesquieu.
Die AGF unterstützt auch die von der Kommission erarbeiteten Grundsätze zur Integration gemäss § 3. So wird für Zuziehende wie für Einheimische greifbar, was Zug unter Integration versteht. Wir unterstützen den Grundsatz, dass Integration in den Regelstrukturen stattfinden soll. Das ist effektiv, praktisch, kostengünstiger und bevölkerungsnah. Es eröffnet die Chance, dass die Zuziehenden sich in Vereinen oder in der Feuerwehr engagieren.
In Kürze unsere Haltung zu den Details, sofern von der Kommission abweichend: In § 5 Abs. 2 setzen wir uns dafür ein, dass die Regierung eine Kommission zur Integrationsfragen bilden *muss* und nicht nur kann. In § 5 Abs. 5 sind wir für eine Ansprech*stelle* statt -person. Und in § 9 sind wir für die von der Kommission neu vorgeschlagenen Erstgespräche, allerdings sollen dort keine Integrationsvereinbarungen abgeschlossen werden, wie in Abs. 3 vorgesehen. Der Frühförderung beziehungsweise der Integration im Schulbereich sind wir sehr wohlgesinnt. Wir plädieren aber dafür, die vorgesehene Schulgesetzänderung heute abzulehnen und fordern die Parteien auf, sich dazu im Rahmen der jetzt laufenden Vernehmlassung zum neuen Schulgesetz zu äussern. Dort können wird das sauber aufgleisen, weshalb es heute weder eine Rückweisung noch eine Motion braucht, das würde die Sache nur verzögern. Äussern Sie sich also in der Vernehmlassung, so dass wir das zügig behandeln können.
In diesem Sinne: Ja zum Eintreten, Ja zu einer differenzierten Debatte, damit die Bevölkerung hört, welche Lösungen wir anzubieten haben.

Eusebius Spescha hält fest, dass die Schweiz einen Ausländeranteil von 22,3 Prozent der Wohnbevölkerung hat. Der Kanton Zug ist mit 23,4 Prozent auf Rang 6 aller Kantone. Selbstverständlich ist ein Ausländeranteil von fast einem Viertel eine Herausforderung für eine Gesellschaft. Mit einigem Stolz können wir aber feststellen, dass wir Schweizerinnen und Schweizer und die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer diese Herausforderung bisher insgesamt gut gemeistert haben. Allerdings dürfen wir uns nicht auf dieser Feststellung ausruhen. So wie sich die Gesellschaft insgesamt laufend ändert und entwickelt, hat sich die Migration laufend verändert und entwickelt und wird es auch weiterhin tun.
Die Schweiz ist seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein Einwanderungsland. Der Einwanderung haben wir einen beachtlichen Teil unseres Wohlstandes zu verdanken. Die Einwanderung und die damit verbundene Vielfalt an Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen, welche sich hier niederlassen, sind aber nicht immer nur Freude, sondern können durchaus auch Anlass zur Sorge sein. Für diese Sorgen müssen wir Lösungen entwickeln.
Die Beschäftigung mit Integrationsfragen führt immer zur gleichen Erkenntnis: Integration ist ein zweiseitiger Prozess. Wir müssen die Migrantinnen integrieren wollen, die Migrantinnen müssen sich bei uns integrieren wollen. Es ist nicht möglich, dass sich eine Migrantin oder ein Migrant hier integriert, wenn wir nicht auch

die Bereitschaft dazu haben. Diese Grundsätze sind auf nationaler Ebene festgeschrieben. Wir stehen vor der Aufgabe, mit dem Integrationsgesetz festzulegen, wie wir dies hier im Kanton Zug tun wollen. Wir haben diese Fragen in der vorberatenden Kommission sehr intensiv und ausführlich diskutiert und waren uns einig, dass wir mit diesem Gesetz eine vernünftige Balance von Forderung und Förderung anstreben wollen. Wie in anderen Bereichen des Lebens auch – beispielsweise in der Erziehung, in der Bildung, aber auch in der Führung – führt gutes Gelingen über den gelungenen Mix von Forderung und Förderung. Man kann nicht nur fordern, ohne auch zu fördern, man kann aber auch nicht nur fördern, ohne zu fordern. Das eine ohne das andere ist zum Scheitern verurteilt.
Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und wird grundsätzlich auch die Anträge der vorberatenden Kommission unterstützen, dies aus der Überzeugung heraus, dass in der Fassung der Kommission einerseits die Forderungen klarer herausgestellt werden, andererseits aber auch die Förderung klarere Konturen erhält.
Der Votant zeigt sich etwas irritiert über das Staats- und Rechtsverständnis von Manuel Brandenberg, für den Gesetze offenbar nur dazu dienen sollen, Rechte und die Freiheit einzuschränken. Das scheint eine doch sehr einseitige und seltsame Interpretation unserer Gesetze zu sein. Der Votant sieht in Gesetzen neben der Vorgabe von Pflichten immer auch die Garantie von Rechten. Er ist froh in einem Staat zu leben, der in der Bundesverfassung und in den Gesetzen auch Rechte und damit auch Freiheiten garantiert. Ohne diese Gesetze wären wir wahrscheinlich in einem Freiheitsverständnis, das eher Erinnerungen als Faustrecht-Gesellschaften weckt.
Bei der vorgeschlagenen Ergänzung des Schulgesetzes ist die SP-Fraktion der Meinung, dass diese Frage heute inhaltlich ausdiskutiert werden soll. Wir werden aber den Antrag stellen beziehungweise entsprechende Anträge unterstützen, dass die Regierung beauftragt wird, zwischen 1. und 2. Lesung mit den Gemeinden zusammen die Möglichkeiten der Umsetzung zu klären.
Mit einiger Irritation hat die SP-Fraktion das Positionspapier der Zuger Wirtschaftskammer zur Kenntnis genommen. Es entsteht der Eindruck, dass gewisse Kreise – dazu gehören namentlich die Expats – unter eine Glasglocke gestellt und möglichst von der übrigen Gesellschaft abgeschieden ein getrenntes Leben führen sollen. Der Votant sieht das völlig anders: Auch Expats dürfen und sollen doch wissen, wo sie sich gerade aufhalten. Wir müssen den Kanton Zug nicht verstecken, und gerade diese Kreise werden sich über ein Erstgespräch freuen, in welchem sie begrüsst werden und wichtige Informationen erhalten. Aus diesem Grund würde der Votant das Beispiel von Gregor Kupper im gleichen Sinn beantworten und hätte als Expat im Ausland Freude, wenn er zu einem solchen Gespräch eingeladen würde. Er weiss von Bekannten, die als Expats im Ausland waren, dass sich sie freuten, wenn sie dort eingeladen wurden.
Und dann sollten wir nicht vergessen: Auch die Italienerinnen und Italiener, die nach dem Zweiten Weltkrieg einwanderten, waren der Meinung, sie würden bald wieder in die Heimat zurückkehren. Mehrheitlich leben sie immer noch hier. Auch viele Expats leben schon seit vielen Jahren bei uns, obwohl sie eigentlich nur zwei oder drei Jahre bleiben wollten. Das mit dem begrenzten Aufenthalt in der Schweiz trifft halt wie bei den Italienerinnen und Italienern auch nur für einige zu. Es gibt also keinen Grund, Expats nicht auch willkommen zu heissen und sie bei uns aufzunehmen. Der vorliegende Gesetzesentwurf lässt genügend Spielraum, einzelnen besonderen Situationen Rechnung zu tragen. Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich keine separierten Exklusivgesellschaften, was auch immer das Motiv dieser

Separierung ist. Menschen, welche vorübergehend oder dauernd hier leben, sollen sich hier in angemessener Weise integrieren, unabhängig von Reichtum, Rasse oder Religion.

Barbara Gysel legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Sie ist im Vorstand der Asylbrücke Zug und auch deren Vertretung in der kantonalen Integrationskommission.
«Die Integration umfasst [...] alle Bestrebungen, die dem gegenseitigen Verständnis zwischen der schweizerischen und der ausländischen Bevölkerung dienen. Integration wird verstanden als Chancengleichheit: Sie ist dann gelungen (Soll-Zustand), wenn Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz in den verschiedenen Integrationsbereichen vergleichbare Kennzahlen aufweisen wie Schweizerinnen und Schweizer, die sich insbesondere im Hinblick auf das Alter, das Geschlecht, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage, die Familiensituation sowie die berufliche Ausbildung in ähnlichen Lebenssituationen befinden.» Dieses Zitat stammt aus der Begründung der erheblich erklärten Motion vom April 2007 von Eusebius Spescha und Markus Jans zur Schaffung des Integrationsgesetzes. Messen wir uns daran: Trägt der vorliegende Gesetzesentwurf zur Erreichung der Integration in diesem Sinn bei? Die Votantin ist skeptisch. Der Bund hat eine nationale Integrationspolitik definiert, welche auf drei Stossrichtungen beruht. Es geht erstens um *strukturelle Integration,* namentlich in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Gesundheitswesen. Zweitens geht es um *kulturelle und soziale Integration*, etwa im Zusammenleben und in der Auseinandersetzung mit Werten der Mehrheitsgesellschaft. Drittens ist die *politische Integration* eingeschlossen, also die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, die Einbürgerung oder das Engagement in Interessensvertretungen. Unsere Regierung hat zunächst einen enttäuschend bescheidenen kantonalen Gesetzesentwurf vorgelegt. Überspitzt formuliert, wurden in den Grundzügen die gesetzlichen Grundlagen für bereits laufende und geplante Aktivitäten geschaffen. Im Bereich Frühförderung, Spracherwerb und Informationsauftrag finden wir im Gesetz respektive den neuen Anträgen der Kommission einige geeignete Ansatzpunkte. Allerdings machen Sprache, Erstinformation und Beratung nur *einen* Teil der Integrationspolitik und Integrationspraxis aus.
Darauf liesse sich zwar antworten, dass das Gesetz gemäss § 6 periodisch einen Massnahmenplan vorsieht. Das ist im Grundsatz natürlich richtig. Doch erstens teilt die Votantin gerade bei diesem Thema nicht das autokratische Verständnis zur Ausarbeitung dieses Massnahmenplans alleinig durch die Regierung, also ohne institutionalisierten Einbezug von Migrantinnenorganisationen oder anderen Akteuren. § 7 gemäss Kommission bleibt da zu wenig explizit. Schliesslich wird Integration gerade hier als Querschnittaufgabe beschrieben. Zweitens ist doch sehr zu hoffen, dass das Massnahmenpaket nicht ganz so bescheiden wie der erste Entwurf der Regierung daherkommen möge.
Hellhörig wird die Votantin aber beispielsweise auch, wenn die Stawiko in den Grundsätzen die Streichung der Anti-Diskriminierung beantragt. Es hat heutzutage keinen Neuigkeitswert mehr, dass Integration mehr als eine Einbahnstrasse sein soll. Migrantinnen und Migranten haben etwas zu leisten – aber umgekehrt ist die Mehrheitsgesellschaft gefordert, das Ihrige dazu beizutragen, um Benachteiligungen zu vermeiden und zu bekämpfen, sowohl die Benachteiligung der Mehrheitsgesellschaft als auch diejenige der Migrantinnen und Migranten.
Noch ein weiterer Aspekt zu den Erstgesprächen: Gemäss § 9 Abs. 3 können diese mit Integrationsempfehlungen oder -vereinbarungen gekoppelt werden. Das ist

schön und gut, doch in der realpolitischen Folge ist eine massive Verschärfung zu befürchten. Denn im Kommissionsbericht ist auf Seite 10 bereits angetönt, was in der kommenden Diskussion noch beschäftigen wird: Als Sanktion droht die Nichtgewährung der Aufenthaltsbewilligung. Die Förderung der Sprachkenntnisse ist zwar unabdingbar. Es wäre aber intelligenter, dies mit dem Anreiz der vorzeitigen Niederlassung zu verknüpfen, nicht mit dem Aufenthalt. Integrationspolitik soll nicht mit Zuwanderungspolitik vermischt werden!
Ihre skeptische Haltung fasst die Votantin wie folgt zusammen: Das vorliegende Integrationsgesetz ist thematisch nicht hinreichend und nicht umfassend genug. Trägt es denn effektiv zum chancengleichen Zugang zu gesellschaftlichen Belangen für die Migrationsbevölkerung bei? Zweitens schafft es die gesetzliche Grundlage für potenzielle realpolitische Verschärfungen auf Kosten von Migrantinnen und Migranten. Das gilt es zu vermeiden. Die Votantin behält sich vor, das Gesetz abzulehnen, allerdings aus inhaltlich konträren Gründen im Vergleich zur SVP: Was der SVP zu viel ist, ist der Votantin zu wenig.

Als Vorstandsmitglied der Zuger Wirtschaftskammer will sich **Martin Pfister** zum mehrfach angesprochenen Papier der Wirtschaftskammer äussern. Hans Christen hat kritisiert, dass die Wirtschaftskammer keine Vernehmlassung abgegeben habe und jetzt den Vorschlag der Kommission kritisiere. Das ist nicht ganz unrichtig, es ist aber zu sagen, dass die Vernehmlassung zur regierungsrätlichen Vorlage sehr klein ausgefallen wäre: Die Wirtschaftskammer hätte ihr einfach zugestimmt. Was dann aber, als der Kommissionsbericht vorlag, zu alarmierenden Reaktionen geführt hat, war der Passus im Kommissionsbericht, wie das AuG abgeändert werden soll. Dieser hat den Vorstand der Wirtschaftskammer alarmiert hinsichtlich des Geistes dieser Kommissionsarbeit, und daraufhin hat sich der Vorstand vertieft auch mit den Vorschlägen der Kommission auseinandergesetzt. Das Papier der Wirtschaftskammer setzt sich alleine mit den Vorschlägen der Kommission auseinander. Es war deshalb richtig, auch nach der Vernehmlassung noch ein Papier zu verfassen
Hans Christen kritisiert auch, dass die Zuger Wirtschaftskammer allein auf wirtschaftliche Fragen fokussiere. Was ist denn die Aufgabe der Wirtschaftskammer? Sie *muss* ja gerade – im Sinne einer Kernaufgabe – auf wirtschaftliche Fragen fokussieren. Dass der Rat auch andere Aspekte des Politisierens in diese Frage einbeziehen kann, ist sicher. Die Wirtschaftskammer aber soll und muss sich zu wirtschaftlichen Fragen äussern, und der Votant ist dankbar dafür, dass der Vorstand das gemacht hat.
Es herrscht zu Recht ein breiter Konsens darüber, dass dem Gelingen des Zusammenlebens der ansässigen Bevölkerung im Kanton Zug mit der zugezogenen, insbesondere der fremdsprachigen Bevölkerung Priorität zugemessen wird. Unsere vielfältige, internationale Bevölkerungsstruktur ist sicher zugleich ein Teil der Attraktivität von Zug wie auch eine zuweilen spannungsgeladene Herausforderung. Insofern ist Integration ein wichtiges politisches Thema und wird zu Recht von der Politik gefördert. Integration ist jedoch kein Selbstzweck und kann nicht verordnet werden. Sie braucht die Anstrengung aller Seiten. Integration dient dem friedlichen Zusammenleben von Fremden in einer ihnen zunehmend heimischer werdenden neuen Heimat.
Es gibt aber auch Fremde hier in Zug, denen wir gastfreundlich begegnen sollten, ohne ihnen unsere Integrationsmassnahmen aufzuzeigen. Das sind neben den Touristen jene Personen, die sich mit befristeten Arbeitsverträgen nur für wenige Monate oder Jahre in Zug aufhalten. Gerade auf diese Personen ist die inter-

national tätige Zuger Wirtschaft angewiesen. Darauf hat die Zuger Wirtschaftskammer zu Recht hingewiesen.
Ein flexibler Arbeitsmarkt mit internationaler Rekrutierung ist für die Zuger Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Die Zuger Wirtschaft ist bisher davon ausgegangen, dass ihren internationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die stark zum Wohlstand von Zug beitragen, gerade von Behördenseite unkompliziert und offen begegnet wird. Die Zuger Wirtschaftskammer war deshalb besorgt über die Vorschläge der vorberatenden Kommission.
Die Wirtschaftskammer ist ausdrücklich für verstärkte Integrationsmassnahmen und hat Integration zu ihrem Schwerpunktthema für 2012 und 2012 gewählt. Sie unternimmt auch vielfältige Anstrengungen. Integration muss jedoch in den Regelstrukturen geleistet werden. Die Regelstrukturen sind quasi das Zauberwort der Integration. Das postuliert auch das Gesetz, verstösst jedoch in seinen Hauptmassnahmen genau gegen diesen Grundsatz.
Willkommensgespräche können durchaus sinnvoll sein, sind im Vorschlag der Kommission aber gerade nicht in den Regelstrukturen verortet. Für die Aufnahme von Zugezogenen sind klar die Gemeinden zuständig, erstaunlicherweise schafft man nun aber eine neue Struktur. Beim Amt für Migration, der ehemaligen Fremdenpolizei, sind die Erstgespräche sicher nicht in den Regelstrukturen angesiedelt.
Die Fachstelle Migration, die mit einem Leistungsauftrag der Volkswirtschaftsdirektion zugeordnet ist, leistet seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit. Das ist die bewährte Regelstruktur des Kantons für die Integrationsmassnahmen. Nun soll aber durch ein neues Kompetenzzentrum diese Regelstruktur mit grosser Kompetenz geschwächt werden. Wo ist man zudem näher dran an den Bedürfnissen der zugezogenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als in der Volkswirtschaftsdirektion?
Das Integrationsgesetz verspricht zwar Integration und eine Willkommenskultur, atmet aber den Geist von bürokratischen Hindernissen, mangelnder Gastfreundlichkeit und staatlicher Disziplinierung. Es verspricht, Regelstrukturen zu stärken, schwächt sie aber eher. Der Votant empfiehlt deshalb, auf die Einführung von Erstgesprächen beim Amt für Migration zu verzichten und es dem Regierungsrat frei zu lassen, wo er die Fachstelle für Integration zuordnet. Er unterstützt zudem den Antrag der Stawiko, die Schulgesetzänderung zuerst genauer zu prüfen.

Ivo Hunn hält fest, dass die Grünliberalen für ein schlankes Integrationsgesetz sind, welches Zweck, Zuständigkeiten und Aufgaben definiert. Nur so kann eine optimale Integration der Migrationsbevölkerung stattfinden. Wir unterstützen jede Massnahme, die eine Integration fördert und positiv verlaufen lässt, auch eine Integrationsvereinbarung. Die Grünliberalen begrüssen es, dass jede Gemeinde eine Ansprechperson für Integrationsfragen gegenüber dem Kanton bestimmt. Sie unterstützen auch die Erarbeitung des Massnahmenplans in Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden.
Ein Erstgespräch innerhalb von zwei Monaten sehen wir als einen Teil des Willkommen-Seins und werten es als Chance für den Kanton wie für die Migrationsbevölkerung. Nicht selten hört man ja, dass die Migrationsbevölkerung – egal aus welchen Schichten und Ländern – in der Schweiz, auch in Zug, nicht willkommen ist. Dem gilt es entgegenzuwirken.
Dagegen lehnen die Grünliberalen eine Wiederholung der Verordnung über die Integration des Bundes im Zuger Integrationsgesetz ab. In der Vergangenheit wurden bei diversen Beratungen von Gesetzen stetig auf Wiederholungen verzichtet.

Dies muss auch bei diesem Gesetz die Praxis sein, sei es ein noch so emotional beladenes Thema.
Bei der Änderung des Schulgesetzes unterstützen wir den Antrag der Stawiko respektive sind der Meinung, dass diese in die bis am 14. Oktober dauernde Vernehmlassung einfliessen soll. In diesem Sinne sind wir für Eintreten auf die Vorlage und unterstützen mehrheitlich die Anträge der vorberatenden Kommission und der Stawiko.

Rupan Sivaganesan ist Präsident der Asylbrücke Zug und im Vorstand der Fachstelle Migration. Für ihn ist Integration weder ein einseitiger noch ein gegenseitiger Prozess – es ist vielseitig! Integration soll auch unter Ausländerinnen und Ausländern stattfinden, also nicht nur zwischen Mehrheit und Minderheit.
Wenn der Votant das gesamte Gesetz anschaut, so ist dieses für ihn leider nur einseitig. Wir verlangen einiges von Migrantinnen und Migranten. Doch welche Massnahmen werden von uns Schweizerinnen und Schweizern verlangt?
Wenn man zum Beispiel am Wochenende Gäste eingeladen hat, dann verhält man sich zuhause anders als im Alltag. Man versucht sich den Gästen etwas anzupassen. Auf die Gesellschaft übertragen bedeutet dieses Beispiel: Wenn wir in der Schweiz mit Migrantinnen und Migranten leben, dann müssen wir auch als Mehrheitsgesellschaft die Bereitschaft zeigen, anders umzugehen. Es ist richtig, dass Migrantinnen und Migranten hier ihren Beitrag leisten müssen. Aber wir dürfen unsererseits auch nicht einfach ein einseitiges Gesetz schaffen.
Wir haben viel über Expats gehört. Der Kanton Zug hat in der Zentralschweiz den höchsten Anteil an ausländischen Personen; jede dritte Person hat einen Migrationshintergrund. Es ist daher zentral, dass wir eine Integrationspolitik betreiben, die von Migrantinnen und Migranten mitgestaltet wird. Das findet hier keine Berücksichtigung. In mehreren Kantonen kennt man beispielsweise einen Ausländerbeirat, der Empfehlungen abgeben oder Ideen liefern kann. Das fehlt hier leider.
Ein weiterer Punkt: EU-Bürgerinnen und -Bürger haben dank der bilateralen Verträge weniger Hürden, wenn es um den Arbeitsmarkt oder um Bildung geht. Das ist bei Personen aus Drittstaaten ganz anders. Diese kennen viel mehr Barrieren, etwa bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Der Regierungsrat und die Kommission schlagen in § 4 Abs. 4 ein Kompetenzzentrum oder eine Fachstelle vor. Es ist zu hoffen, dass hier daran gearbeitet werden kann, auch gewisse Hürden abzubauen. Das weckt etwas Hoffnung.
Wenn man hingegen § 9 Abs. 3 anschaut, dann sieht es anders aus. Es ist sehr zu begrüssen, dass wir wie in Basel alle Menschen zu einem Begrüssungsgespräch einladen. Es geht auch darum, eine Willkommenskultur zu zeigen, auch wenn wir die EU-Bürgerinnen und -Bürger nicht dazu verpflichten können. Gleichzeitig wollen wir Personen mit Integrationsdefizit in einer Vereinbarung zwingen, etwa ein bestimmtes Sprachniveau zu erreichen, sonst riskiert diese Person den Erhalt der Aufenthaltsbewilligung – mit anderen Worten: Die Aufenthaltsbewilligung droht nicht mehr verlängert zu werden. In der Kommission haben wir die Auskunft erhalten, dass die betreffende Person bei Nichteinhalten der Vereinbarung auf die vorläufige Aufnahme zurückgestuft werden könnte. Damit wird es dann rechtlich möglich, dass diese Person gar ausgeschafft werden könnte. Ein solch repressives Gesetz kann der Votant nicht unterstützen.
Aus der Motion des Votanten weiss der Rat um dessen Haltung, dass die Migrantinnen und Migranten die deutsche Sprache lernen sollen, wenn sie sich hier niederlassen wollen. Es gibt auch kaum Secondos oder Secondas, die das verneinen. Wir können aber gemäss der Motion mit einem Anreizsystem arbeiten: Wer

Deutsch kann, kriegt die Möglichkeit, vorzeitig, also schon nach fünf Jahren, die Niederlassung zu beantragen. Das ist ein echter Anreiz! Leider fehlt hier aber auch ein solcher Ansatz.
Wir müssen das Augenmass behalten. In Somalia beispielsweise beträgt die Alphabetisierungsrate 25 Prozent, jede vierte Person kann also nicht lesen und schreiben. Wenn wir mit diesen Personen eine Vereinbarung abschliessen, müssen sie innert kurzer Zeit ein bestimmtes Sprachniveau vorweisen, sonst droht ihnen die Streichung der Aufenthaltsbewilligung. Haben wir genügend Angebote für diese Menschen? Können bildungsferne Menschen in einer bestimmten Zeit das verlangte Niveau erreichen?
Dem Votanten behagt das vorliegende Gesetz nicht, und zwar in der Version der Regierung wie auch in jener der Kommission. Es ist zu einseitig auf die Pflichten und Forderungen an die migrantischen Personen ausgerichtet. Es ist nirgends erwähnt, was die breite Bevölkerung für ein erfolgreiches Zusammenleben tun soll. Der Votant wird das vorliegende Integrationsgesetz deshalb voraussichtlich ablehnen.

Die Direktorin des Innern **Manuela Weichelt** nimmt zuerst kurz Stellung zum EMail, das Kantonsrat Thomas Aeschi gestern noch versandt hat – zumindest an die Fraktionsleitenden, leider ohne auch die Regierung zu bedienen. In der schon erwähnten Medienmitteilung teilt der Bundesrat mit, dass das Gesetz, das er in die Vernehmlassung gegeben hat, grundsätzlich auf Zustimmung gestossen ist. Der Regierungsrat hat in der Vernehmlassung ebenfalls positiv Stellung genommen. Der Bundesrat möchte die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung vor allem über die Regelstrukturen fördern. Das ist kongruent mit der Zuger Gesetzgebung. Regelstrukturen sind beispielsweise die Schule, aber auch – etwa bei Erstgesprächen – die Sicherheitsdirektion. Das Bund möchte nur in besonderen Fällen die spezifische Integrationsförderung anbieten. Auch das ist kongruent mit der Zuger Gesetzgebung. Der Bund möchte ferner, dass Bund und Kantone die Mittel für die Integrationsförderung auf insgesamt rund 110 Millionen Franken pro Jahr erhöhen. Das meiste, was der Bund vorsieht, betrifft überhaupt nicht unser Integrationsgesetz, sondern das EG AuG. Es geht um die Niederlassungsbewilligung nach zehn Jahren, die nur noch erteilt werden soll, wenn die betreffende Person integriert ist. Es geht auch um die Integrationsvereinbarung, die ursprünglich für die Kantone obligatorisch sein sollte, nach der Vernehmlassung nun aber im Ermessen der zuständigen kantonalen Behörde liegen soll, wobei der Bund den Kantonen bei Personen mit Integrationsdefiziten den Abschluss einer solchen Vereinbarung empfiehlt.
Das ist der Inhalt der sehnlichst erwarteten Medienmitteilung des Bundes. Es wurde vom Kommissionspräsidenten bereits gesagt, dass ein Vertreter des Bundes in der Kommission war und uns auch dort bestätigte, dass die Zuger Gesetzgebung mit jener des Bundes kongruent ist.
Die Direktion des Innern ist seit zirka zwei Jahren an der Ausarbeitung des kantonalen Integrationsprogrammes. Ein Grobentwurf muss Ende Jahr dem Bund eingereicht werden. Danach folgen Programmvereinbarungen mit den Kantonen. Bei der Einreichung Ende Jahr – hier wendet sich die Regierungsrätin speziell an Kantonsrat Brandenberg – müssen die Kantone auch ihre rechtlichen Grundlagen einreichen.
Fragen der Zuwanderung und des Zusammenlebens mit Staatsangehörigen anderer Nationen bewegen die Schweiz und auch die Zuger Öffentlichkeit wie kaum ein anderes Thema. Oft entwickeln sich hitzige Debatten aufgrund einer Tages-

aktualität, die dann einzelne Parteien zu nutzen wissen. Für die Schweiz stellt aber die mittel- und längerfristige Perspektive in der Migrationspolitik eine der zentralen Zukunftsfragen dar. Integrationspolitik ist nur ein ganz kleiner Teil der gesamten Migrationspolitik, und heute diskutieren wir lediglich über diesen kleinen Teil. Einerseits dürfte die Schweiz auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein attraktives Land bleiben, welches dadurch einem erhöhten Migrationsdruck ausgesetzt ist. Andererseits ist die Schweiz – wie bereits mehrmals erwähnt – aufgrund ihrer prosperierenden Wirtschaft mit den Bedürfnissen nach qualifizierten Arbeitskräften auf die Zuwanderung angewiesen. Natürlich versuchen wir, dass auch Frauen und Mütter an ihren Arbeitsplätzen bleiben, aber das reicht nicht und wird auch nicht von allen unterstützt. Ein weiterer Grund, warum wir auf die Zuwanderung angewiesen sind, ist die demografische Alterung. Die Zuwanderung führt nun aber nicht nur zu tosendem Beifall, sie löst auch Besorgnis und Ängste aus, sei dies wegen der begrenzten natürlichen Ressourcen – im Kanton Zug etwa der Wohnraum –, sei dies wegen der Beanspruchung der Infrastruktur, oder sei dies in Zusammenhang mit der Integrationsfähigkeit und -bereitschaft der Zuziehenden und der ansässigen Bevölkerung. Aufgabe der Regierung und des Parlamentes im Bereich der Integrationspolitik – als Teil der Migrationspolitik – ist es auch, die Ängste unserer Bevölkerung ernst zu nehmen. Die vordergründig verschiedenen Interessen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen diskutiert werden. Die Herausforderung liegt darin, einen gemeinsamen Nenner zu finden, um den Herausforderung für die nächsten Jahrzehnte gerecht zu werden. Wir sprechen hier nicht nur von einer vierstelligen Zahl an Zuwachs von ausländischen Personen pro Jahr. In der Schweiz sprechen wir von rund 60'000 mehr ausländischen Personen pro Jahr.

Die vorberatende Kommission hat hervorragende Arbeit geleistet. Auch die Stawiko hat sich sehr ernsthaft mit der Vorlage befasst. Würden wir hier im Saal eine Umfrage machen, was Sie unter Integration verstehen, würden wir achtzig verschiedene Meinungen hören. Es geht nicht um links oder rechts, wie die vorberatende Kommission bewiesen hat. Sie hatte den Mut, sich auf das Thema einzulassen, über die Kantonsgrenze hinauszuschauen, auch einmal andere Fachpersonen anzuhören, und war gewillt, eine zukunftsfähige Integrationspolitik zu definieren für ein friedliches Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Bevölkerung. Vielleicht war die vorberatende Kommission für den Kanton Zug beim einen oder anderen Paragraphen der Zeit einen Schritt voraus. Sie hat aber schlussendlich in der Schlussabstimmung ihre Änderungsvorschläge mit 12 zu 0 Stimmen einstimmig verabschiedet. Sie alle haben nun die einmalige Chance, die Integrationspolitik im Kanton Zug mitzuprägen.

In der Detailberatung werden die Grundsätze, Erstgespräche versus Erstinformation und die Änderung des Schulgesetzes die drei grossen Themen sein. Bezüglich der Grundsätze macht der Regierungsrat beliebt, sämtliche Grundsätze aus dem Gesetz zu streichen. Er ist der Meinung, Grundsätze gehören ganz generell nicht in das Gesetz. Die fünf Grundsätze sind dem Regierungsrat so oder so ein Anliegen. Sie sind auch im Bericht und Antrag sinngemäss aufgeführt und decken sich mit der schweizerischen Integrationspolitik, gehören aber nicht ins Gesetz.

Die Erstgespräche lehnt der Regierungsrat ab. Er gab die Erstgespräche zwar in die Vernehmlassung, wo sie recht gut aufgenommen wurden. Dass die Wirtschaftskammer nicht Stellung genommen hat, obwohl die Erstgespräche in der Vernehmlassung drin waren, haben wir sehr schade gefunden. Der Regierungsrat beantragt aber nun, die Erstgespräche nicht einzuführen. Wir gingen ursprünglich davon aus, das sämtliche Personen beim Amt für Migration vorbeigehen und den Ausländer-

ausweis abholen, dass also so oder so ein persönlicher Kontakt stattfindet. Dies ist aber nicht mehr der Fall. Zahlreiche Ausländerinnen und Ausländer gehen beim Amt nicht mehr vorbei, müssten also zu einem Gespräch eingeladen werden. Die Kosten würden 477'000 Franken pro Jahr ausmachen. Die Regierung kam zum Schluss, dass dieser Aufwand und der Ertrag an Integration nicht stimmig wären und der genannte Betrag vermutlich für anderes besser gebraucht werden könnte. Schliesslich ist die Regierung auch der Meinung, dass sich der Kanton Zug bereits durch eine sehr gute Willkommenskultur auszeichnet, dass diese aber nicht an eine einzelne Stelle delegiert werden kann, sondern auf allen Ebenen gepflegt werden muss.
Zur Schulgesetzänderung macht die Regierung beliebt, diese heute in 1. Lesung zu behandeln, da sie einen direkten Zusammenhang mit der Integration hat. Die Regierung ist interessiert an der Meinung des Kantonsrates, wird dann aber beliebt machen, die Änderung des Schulgesetzes abzulehnen. Sollten die Parteien der Meinung sein, dass sie materiell diese Änderung möchten, dann möchten wir beliebt machen, dies in die noch bis zum 14. Oktober laufende Vernehmlassung einzubringen. Es ist allerdings eine kleine Schulgesetzänderung, die auf das Schuljahr 2013/14 bereits in Kraft treten soll. Auch die nächste, grössere Schulgesetzänderung ist bei der Bildungsdirektion bereits in Erarbeitung und wird ziemlich genau ein Jahr später in die Vernehmlassung kommen; das ist immer noch früher, als wenn der Motionsweg gewählt würde. Der Regierung ist es ein Anliegen, dass eine ordentliche Vernehmlassung durchgeführt werden kann, in der auch die Schulen, Schulbehörden und Gemeinde Stellung nehmen könnten.
Lassen Sie uns heute Nachmittag gemeinsam die Integrationspolitik prägen. Treten Sie deshalb auf dieses Gesetz ein.

Die **Vorsitzende** ist froh, wenn es eine Diskussion darüber gibt, wie bezüglich der Änderung des Schulgesetzes vorgegangen werden soll. Die Vernehmlassung läuft ja bereits und ist beispielsweise bei der FDP schon abgeschlossen; es müssten jetzt also alle nochmals mit einem Nachtrag eingeladen werden. Sie hat nicht gewusst, dass die nächste Schulgesetzrevision schon ein Jahr später kommen wird.

➔ EINTRETENSENTSCHEID: Der Rat beschliesst mit 55 zu 22 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrats

35. Sitzung: Donnerstag, 30. August 2012 (Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.10 – 16.50 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Beat Dittli

517 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 79 Mitgliedern.

Abwesend ist: Alois Gössi, Baar.

518 Mitteilungen

Die Vorsitzende schlägt vor, zuerst das Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung zu beraten und die Überweisung parlamentarischer Vorstösse (Traktandum 3) anschliessend vorzunehmen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

TRAKTANDUM 11:

519 Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz)
Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2073.1/2 - 13866/67); Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission (2073.3 - 14106); Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (2073.4 - 14123).

Fortsetzung der Debatte in der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 516).

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass mit der Synopse im Bericht und Antrag der Stawiko gearbeitet wird. Sie fragt, ob der Kommissionspräsident, der Präsident der Stawiko oder die Fraktionssprechenden das Wort wünschen. Das ist nicht der Fall.

Titel und Ingress

Es liegen keine abweichenden Anträge vor. Titel und Ingress sind so beschlossen.

§ 1 «Zweck»

Thomas Aeschi erinnert daran, dass am 28. November 2010 das Schweizer Volk über die Ausschaffungsinitiative der SVP abstimmte. Gleichzeitig legte das Parla-

ment dem Volk einen Gegenvorschlag vor, nämlich den sogenannten Integrationsartikel. Das Verdikt des Volkes war eindeutig: 52,9 Prozent befürworteten die SVP-Ausschaffungsinitiative, und 54,2 Prozent lehnten die Einführung eines Integrationsartikels in der Bundesverfassung ab. Dass nun der Zuger Regierungsrat aufgrund von Artikel 53 und 124 des Ausländergesetzes ein neues Integrationsgesetz einführen möchte, mutet etwas abenteuerlich an. Im Bundesgesetz werden einzig eine Ansprechstelle für Integrationsfragen sowie ein Informationsauftrag seitens der Verwaltung gefordert. Es kann keineswegs von einem umfassenden Auftrag zur Integrationsförderung die Rede sein, wie dies die Regierung schreibt. Im Gegenteil: Es wird ein Minimalangebot zur Förderung der Integration gefordert, mehr nicht.
Aus diesem Grund stellt die SVP unter § 1 den folgenden Antrag: Der erste Satz soll wie folgt abgeändert werden: «Dieses Gesetz bezweckt, ein Minimalangebot zur Förderung der Integration der Migrationsbevölkerung im Kanton Zug bereitzustellen.» Der zweite Satz soll gestrichen werden.
Bezüglich des ersten Satzes ist die SVP – wie schon erwähnt – der Meinung, dass das Bundesgesetz lediglich einen Minimalangebot fordert. Der zweite Satz ist nach Ansicht des Votanten falsch, da die Rechte und Pflichten der Migrationsbevölkerung im eidgenössischen Ausländergesetz, nicht im Zuger Integrationsgesetz geregelt werden. Zudem enthält dieser Satz Doppelspurigkeiten im Vergleich zum ersten Satz wie auch zum Ausländergesetz, welche unbedingt vermieden werden sollten.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, erinnert daran, dass es der Wille des Parlaments war, ein Integrationsgesetz auszuarbeiten. Zum Begriff Minimalangebot führt sie aus, dass das ein sehr unklarer und nicht sehr zweckdienlicher Begriff sei. Was genau gemacht wird, ist im Massnahmenplan definiert und hat auch Auswirkungen auf den Leistungsauftrag und das Budget, auf welche das Parlament auch wieder Einfluss hat.
Zum Zweckartikel: Selbstverständlich sollen Rechte und Pflichten auch in diesem Gesetz geregelt werden.

➔ Der Rat stimmt dem ersten Satz in der Fassung der Regierung, der Kommission und der Stawiko mit 51 zu 19 Stimmen zu.

➔ Der Rat lehnt die Streichung des zweiten Satzes mit 50 zu 18 Stimmen ab und stimmt damit der Fassung gemäss Antrag der Regierung, der Kommission und der Stawiko zu (inklusive Korrektur des Kommafehlers).

§ 2 «Begriffe»

Thomas Aeschi stellt namens der SVP-Fraktion den Antrag, in § 2 den Teilsatz «unabhängig ihrer Nationalität» zu streichen. Auch hier handelt es sich um einen Pleonasmus: Der Begriff «aus dem Ausland in die Schweiz zugezogenen Personen» umfasst bereits alle Nicht-Schweizer Nationalitäten. Wir schlagen deshalb vor, auf solche Doppelspurigkeiten im Gesetz zu verzichten.
Des Weiteren möchte die SVP-Fraktion den folgenden Satz einfügen: «Personen, die sich aus beruflichen Gründen für weniger als drei Jahre im Kanton Zug aufhalten (Expatriates), sind von diesem Gesetz ausgenommen.»
Wir sind der Meinung, dass für Expatriates, welche nur für kurze Zeit in der Schweiz arbeiten, nicht die gleichen Integrationsverpflichtungen gelten sollen wie für Personen, welche mit einem langfristigen Horizont in die Schweiz einwandern. Stellen Sie sich den Siemens-Manager vor, welcher während seiner Karriere für die

Dauer von zwei Jahren auf einen Posten in Zug versetzt wird. Soll dieser tatsächlich zu einer Integration verpflichtet werden, auch wenn er zwei Jahre später das Land bereits wieder verlässt? In unseren Augen wird hier viel Geld ohne Sinn und Zweck aus dem Fenster geworden. Wir bitten Sie deshalb, dem vorgeschlagenen neuen Satz unter § 2 zuzustimmen und Expats, die sich für weniger als drei Jahre im Kanton Zug aufhalten, grundsätzlich von diesem Gesetz auszunehmen.

Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard** erläutert, dass die Wendung «unabhängig ihrer Nationalität» meint, dass auch Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen, die beispielsweise in dritter Generation wieder in die Schweiz zurückziehen, ebenfalls beispielsweise die Erstinformation erhalten. Es ist deshalb wichtig, dass diese Wendung im Text drinbleibt.
Zum Antrag bezüglich der Expats: Am Vormittag wurden die neuesten Studien bereits mehrmals erwähnt. Auch die NZZ hat kürzlich berichtet, dass über 70 Prozent der angeblichen Expats mehr als drei Jahre und knapp die Hälfte mehr als sieben Jahre bleiben. Der Antrag der SVP wäre zudem schwierig durchzusetzen, weil viele Expats zum Zeitpunkt der Einreise noch nicht wissen, ob sie drei oder vier oder fünf Jahre bleiben. Wenn wir Personen haben, die nach vier oder fünf Jahren trotzdem in die öffentliche Schule kommen, ist es wichtig, dass auch diese bei der Einreise zum Beispiel mit der Erstinformation bedient wurden.

Manuel Brandenberg hält fest, dass der Antrag bezüglich Expats auf der Linie der Zuger Wirtschaftskammer liegt. Ihn würde deshalb die Meinung eines Vertreters der Wirtschaftspartei, der FDP, interessieren.

➔ Der Rat stimmt dem § 2 in der Fassung der Regierung, der Kommission und der Stawiko mit 52 zu 21 Stimmen zu.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, den Satz «Personen, die sich aus beruflichen Gründen für weniger als drei Jahre im Kanton Zug aufhalten (Expatriates), sind von diesem Gesetz ausgenommen» einzufügen, mit 21 zu 47 Stimmen ab.

§ 3 (neu) «Grundsätze»

Die **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat einen Antrag auf Streichung des gesamten Paragraphen stellt. Diesem Antrag wird der bereinigte § 3 (neu) gegenübergestellt.

§ 3 (neu) Abs. 2

Die Stawiko beantragt «fordert von der Migrationsbevölkerung» statt «erwartet von der Migrationsbevölkerung».

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Stawiko mit 46 zu 21 Stimmen zu.

§ 3 (neu) Abs. 5

Die Stawiko beantragt die Streichung des ganzen Absatzes.

Eusebius Spescha hält fest, dass sich die Kommission bei der Formulierung dieser Grundsätze im neuen § 3 vom Basler Integrationsgesetz inspirieren liess. Das ist ein relativ neues Gesetz, das in der Schweiz in weiten Kreisen bekannt wurde, weil es eine relativ klare Haltung vermittelt. Der Kanton Basel hat eigenständig zu formulieren versucht, was wir einerseits fordern und was wir andererseits geben. Die Kommission hat das genutzt und wollte die eigenständigen Formulierungen auch in diesem Gesetz haben. Und da gehört alles dazu. Man kann nicht in einem Teil herausbrechen. Auch der Abs. 5 mit dem Nicht-Diskriminierungsgebot gehört in diese Thematik und muss ein Auftrag der ganzen Integration sein. Man kann nicht einseitig nur die Forderung stellen, die ausländischen Personen müssten sich integrieren, sondern wir müssen mit Nicht-Diskriminierung auch dafür sorgen, dass sie integriert werden können
Es gibt eine Grundsatzdebatte unter Juristen, ob es sinnvoll sei, in kantonalen Gesetzen Aussagen zu wiederholen, die in ähnlicher Weise bereits im Bundesgesetz formuliert sind. Tatsächlich kann man rechtsphilosophisch darüber streiten, ob die Wiederholung das Gelbe vom Ei sei oder nicht. Die eher pragmatisch und weniger rechtsphilosophisch geprägte Feststellung des Votanten ist, dass es besondere Situationen gibt, wo es Sinn macht, in einem Gesetz die wichtigen Aussagen zusammenzuhaben. In diesem Sinn bittet er den Rat, den Abs. 5 zu belassen und nachher den gesamten Grundsätzen zuzustimmen, damit im Integrationsgesetz des Kantons Zug alle relevanten Aussagen in einem Guss enthalten sind.

Für **Adrian Andermatt** geht es hier nicht um einen Juristenstreit, sondern darum, ob etwas, das in der Bundesverfassung festgeschrieben ist – nämlich der Gleichbehandlungsgrundsatz –, hier wiederholt werden muss. Faktisch wird zum Ausdruck gebracht, dass die Migrationsbevölkerung noch etwas gleicher sei als wir alle. Das ist nicht nötig. Wir können darauf vertrauen, dass die Bundesverfassung genügend klare Regeln enthält, die für uns alle gelten.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Stawiko auf Streichung von Abs. 5 mit 42 zu 28 Stimmen zu.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, erwähnt, dass sich im Bericht und Antrag des Regierungsrats auf Seite 14 sechs Grundsätze finden, welche die Regierung überall einbringen wird. Die Zuger Gesetzgebung ist sehr schlank, und wir sind stolz darauf, dass es kein Kochbuch ist. Das wurde bis anhin immer so gehandhabt. Eine Wiederholung von Bundesrecht – auch die anderen Paragraphen finden Sie in irgendeinem Bundesrecht wieder – wollen wir nicht. Deshalb macht die Regierung beliebt, den ganzen § 3 (neu) zu streichen.

➔ Der Rat stimmt mit 47 zu 30 Stimmen der Streichung des bereinigten § 3 (neu) zu.

§ 3 (bisher) «Allgemeine und spezifische Integrationsförderung»

Thomas Aeschi beantragt namens der SVP-Fraktion, den Titel auf «Integrationsförderung» abzuändern. Des Weiteren soll unter Abs. 1 die Wendung «in erster Linie» sowie der Text ab «Freizeitangebote» gestrichen werden. Der Absatz lautet neu dann wie folgt: «Der Kanton und die Einwohnergemeinden fördern die Integration über die Regelstrukturen, insbesondere über die Schule, die Berufsbildung, die

Arbeitswelt und die familienergänzende Kinderbetreuung.» Abs. 2 soll ersatzlos gestrichen werden.
Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es nur *eine* Integrationsförderung geben soll, welche jedoch für alle gleich gilt. Sobald man anfängt zu unterscheiden zwischen einer allgemeiner und einer spezifischen Integrationsförderung, lassen sich fast unendliche Ansprüche daraus ableiten. Auch ist nicht einzusehen, dass der Staat nun auch noch in die Freizeitangebote und in die Arbeit der Vereine eingreifen soll. Vereine sind privat finanziert und entstehen aufgrund der privaten Initiative von Bürgern. Die SVP ist der Meinung, dass sich der Staat hier nicht einmischen soll, da Vereinsaktivitäten jedem Bürger selbst überlassen sind.

Manuela Weichelt-Picard erläutert, dass allgemeine und spezifische Integrationsförderung genau die vom Bund verfolgte Politik ist. Die Integration in die Regelstrukturen ist sehr wichtig. Vereine gehören auch dazu, und wenn Vereine speziell etwas für die Integration tun, soll dies – wenn gewünscht – auch gefördert werden.
Die spezifische Integrationsförderung ist in bestimmten Fällen einfach nötig. Wenn man keine spezifische Integrationsförderung mehr hätte, würde zum Beispiel eine Fachstelle Migration oder gewisse Angebote der Frauenzentrale wegfallen. Es geht nicht alles über die Regelstrukturen. Es gibt einen kleinen Teil, der spezifisch gefördert werden muss.

➔ Der Rat stimmt der von Regierungsrat, Kommission und Stawiko vorgeschlagenen Fassung des Titels mit 41 zu 33 Stimmen zu.

§ 3 (bisher) Abs. 1

Thomas Aeschi wiederholt die bereits formulierten Anträge der SVP-Fraktion zu Abs. 1 und Abs. 2.

➔ Der Rat lehnt den Antrag, die Wendung «in erster Linie» zu streichen, mit 38 zu 31 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag, den Passus «Freizeitangebote und Vereine sowie die Institutionen der sozialen Sicherheit und des Gesundheitswesens (allgemeine Integrationsförderung)» zu streichen, mit 41 zu 30 Stimmen ab.

§ 3 (bisher) Abs. 2

➔ Der Rat lehnt den Antrag, Abs. 2 ersatzlos zu streichen, mit 47 zu 25 Stimmen ab.

§ 4 «Vollzugsbehörden»

§ 4 Abs. 1

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Vorschlag der vorberatenden Kommission anschliesst, statt von einer «politischen Integration» von einer «staatspolitischen Integration» zu sprechen.

Manuel Brandenberg hält fest, dass die SVP sich hier nicht zu Wort gemeldet hätte, wenn der Regierungsrat seinen Antrag nicht zurückgezogen hätte. Die SVP-Fraktion hält an der ursprünglichen Fassung der Regierung fest und stellt den Antrag, diese beizubehalten.

Arthur Walker orientiert, dass die vorberatende Kommission die betreffende Stelle auf Antrag der Kommissionsmitglieder aus der SVP von «politisch» zu «staatspolitisch» geändert hat.

Eusebius Spescha liefert noch die Begründung nach. In der Kommission wurde gesagt, dass «politisch» auch als Stimm- und Wahlrecht verstanden werden könnte, «staatspolitisch» hingegen offener und unverdächtiger sei. Deshalb hat sich die Kommission für die in diesem Zusammenhang wahrscheinlich korrektere Formulierung «staatspolitisch» entschieden.

Die **Vorsitzende** bittet, das Kommissionsgeheimnis zu wahren.

Auch **Oliver Wandfluh** wollte erstens an das immer so hochgepriesene Kommissionsgeheimnis erinnern. Zweitens ist zu sagen, dass ja nicht die ganze Fraktion in der Kommission ist. Zum Glück haben wir auch bei der SVP demokratische Verhältnisse und keine Diktatur der Kommissionsmitglieder.

Manuel Brandenberg wurde vom Fraktionschef angewiesen, den Antrag wieder zurückzuziehen. Wir sind inzwischen überzeugt worden von den in diesem Rat vorgetragenen Argumenten.

Die **Vorsitzende** begrüsst an dieser Stelle auch Finanzdirektor Peter Hegglin und hofft, dass er in Bern viel erreicht hat.

§ 4 Abs. 2, Satz 1

Die von der Kommission vorgeschlagene Änderung zu «gemäss § 6» wird hinfällig.

§ 4 Abs. 2, Satz 2

Thomas Aeschi spricht zum gesamten § 4 und stellt namens der SVP-Fraktion die folgenden Anträge:
• Unter Abs. 2 soll der Satz «Er [= der Regierungsrat] kann eine Kommission einsetzen, die ihn in Integrationsfragen berät» gestrichen werden. Im Kanton Zug haben wir heute bereits mehr als genügend Kommissionen. Gerade bei der Integrationstätigkeit soll der Kanton gemäss dem Ausländergesetz mit den Gemeinden, den Sozialpartnern, den Nichtregierungsorganisationen und den Ausländerorganisationen zusammenarbeiten. Die SVP ist der Meinung, dass die Informationen aus diesen Organisationen genügen, um die kantonale Integrationspolitik zu steuern, und dass es dafür keiner Integrationskommission bedarf.
• Unter Abs. 4 soll der erste Satz wie folgt angepasst werden: «Der Kanton führt die Fachstelle Integration. Der Regierungsrat bestimmt die ausführende Direktion.» Die SVP ist der Meinung, dass es in der Kompetenz der Exekutive liegen soll, den richtigen Ort für die Ansprechstelle für Integrationsfragen zu definieren. Es gibt

keinen Grund, diese auf Gesetzesstufe regeln zu wollen. Er bittet, dieser Kompetenzdelegation an den Regierungsrat zuzustimmen.
• Unter Abs. 5 folgt die SVP-Fraktion der Version der Stawiko.

Da dies sein letztes Votum hier im Zuger Kantonsrat ist, dankt Thomas Aeschi der Kantonsratspräsidentin und den Kantonsratskolleginnen und -kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit und das politische Engagement im Dienst des Volkes. Er dankt auch der Regierung für das jederzeit korrekte Verhalten dem Kantonsrat gegenüber. Er freut sich, nun seine gesamte Kraft und Energie in Bern einzusetzen zu können – für die Schweiz und natürlich auch für den Kanton Zug.

Rupan Sivaganesan stellt namens der Alternativ-Grünen Fraktion den Antrag, den zweiten Satz von Abs. 2 wie folgt zu ändern: «Er setzt eine Kommission ein, die ihn in Integrationsfragen berät.» Man muss hier nicht etwas neu erfinden. Es gibt bereits seit 2000 eine Kommission mit etwa elf Mitgliedern, drei davon vertreten Ausländerorganisationen. Es macht also Sinn, die bestehende Kommission hier einfliessen zu lassen.

Manuela Weichelt-Picard bittet namens des Regierungsrats, beiden Anträgen nicht zuzustimmen. Wir wollen nicht gezwungen werden, die bestehende Kommission für Integrationsfragen und gegen Rassismus weiterzuführen, möchten aber die Möglichkeit haben, eine Kommission einzusetzen. Die Direktion des Innern hat einige Kommissionen, etwa die Sozialkommission, bis vor kurzem die Behindertenkommission, die genannte Kommission für Integrationsfragen und gegen Rassismus. In diesen Kommissionen sitzen immer wieder die gleichen Leute aus Kirche, Gemeinden, verschiedenen Organisationen und anderen Direktionen. Unser Ziel ist eine einzige Kommission, die uns sowohl in Integrationsfragen als auch in anderen sozialen Fragen berät. Wir bitten Sie deshalb, dem Antrag der Regierung, der vorberatenden Kommission und der Stawiko zu folgen und eine «kann»-Formulierung zu ermöglichen.

➔ Der Rat stimmt mit 57 zu 8 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats («kann … einsetzen») zu.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung des zweiten Satzes mit 35 zu 32 Stimmen ab.

§ 4 Abs. 4

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

§ 4 Abs. 4, Satz 1

Die SVP-Fraktion hat ihren Antrag zu diesem Satz bereits formuliert. Er entspricht – wie die **Vorsitzende** erwähnt – einem von der CVP vorbereiteten Antrag.

Eusebius Spescha kann mit der vorgeschlagenen Formulierung «Der Kanton führt die Fachstelle Integration» grundsätzlich leben. Es ist ihm allerdings nicht einsichtig, wieso es den von der SVP vorgeschlagenen zweiten Satz «Die Regierungs-

rat bestimmt die ausführende Direktion» braucht. Es ist seiner Meinung nach in anderen Gesetzen geregelt, dass dies Aufgabe der Regierung ist. Man kann den zweiten Satz also streichen. Wenn man schon eine Bereinigung in Richtung Schlankheit wünscht, dann soll man hier konsequent sein und sich auf die Aussage «Der Kanton führt die Fachstelle Integration» beschränken. Der Rest ist nicht nötig.
Grundsätzlich plädiert der Votant dafür, dass man die Gesetze in diesem Bereich entlastet und nicht überall anführt, wer die ausführende Direktion ist. Man müsste dies aber in Zukunft durchgängig tun, denn in mindestens 50 Prozent der Gesetze steht jeweils eine Direktion drin. Im Gesundheitsgesetz beispielsweise wird mindestens fünfzigmal die Gesundheitsdirektion erwähnt, im Polizeigesetz ist es die Sicherheitsdirektion. Da müsste man in Zukunft konsequent sein und bei einer Überarbeitung die Gesetze auch daraufhin anschauen.

Die **Vorsitzende** fragt den Fraktionschef der CVP und den Kommissionspräsidenten an, ob sie sich dem Vorschlag von Eusebius Spescha anschliessen können, den zweiten Satz («Der Regierungsrat bestimmt die ausführende Direktion») wegzulassen. Das ist der Fall. Auch die SVP-Fraktion schliesst sich diesem Vorschlag an.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, kann bestätigen, dass die Zuger Gesetzgebung etwa je zur Hälfte der einen oder anderen Form folge. Die Ansprechstelle für Integration musste dem Bund schon vor längerer Zeit gemeldet werden, es ist die Direktion des Innern. Daran ändert die jetzige Gesetzgebung nichts.
Die Regierung möchte beliebt machen, dass im Ratsbüro besprochen wird, ob man die Direktionen künftig konsequent nicht mehr nennen will. Diese Praxisänderung soll aber nicht in einem laufenden Gesetzesprozess geschehen, der bereits durch die vorberatende Kommission durch ist und weder in der Stawiko noch sonstwo eine Diskussion ausgelöst hat.

➔ Der Rat stimmt der Version «Der Kanton führt die Fachstelle Integration» (ohne Nennung der ausführenden Direktion) mit 43 zu 26 Stimmen zu.

§ 4 Abs. 5, Satz 3

Die **Vorsitzende** hält fest, dass der Version des Regierungsrats und der Stawiko («Ansprechstelle») ein Antrag der vorberatenden Kommission gegenübersteht («Ansprechperson»).

➔ Der Rat stimmt mit 51 zu 15 Stimmen der Version «Ansprechstelle» zu.

§ 5 «Massnahmenplan»

§ 5 Abs. 3 (neu)

Die vorberatende Kommission schlägt einen neuen Abs. 3 vor. Die CVP-Fraktion beantragt, im neuen Abs. 3 die sachliche Zuständigkeit (Satz 1) wie folgt zu formulieren: «Der Kanton untersucht …» (statt «Die Direktion des Innern untersucht …»). Der **Kommissionspräsident** schliesst sich dem Vorschlag der CVP an.

➔ Der Rat lehnt mit 21 zu 50 Stimmen den neuen, bereinigten Abs. 3 ab.

§ 6 «Zusammenarbeit»

Es liegen keine abweichenden Anträge vor. Der Paragraph ist so beschlossen.

§ 7 «Information»

Manuel Brandenberg beantragt namens der SVP-Fraktion, den ganzen § 7 zu streichen. Die Fraktion ist der Meinung, dass es auch hier Zurückhaltung braucht. Man soll nicht zu viel staatliche Information produzieren, die auch immer kostenwirksam ist und sehr viel Geld kostet. Es gibt Broschüren und verschiedene Publikationen, die der Bürger sehr oft gar nicht braucht und die bei den meisten sehr schnell im Altpapier landen. Der Bürger soll sich selber informieren, soll eigenverantwortlich handeln. Wir finden deshalb, dass es diese staatliche Information im Integrationsbereich nicht braucht.
Man kann dem entgegenhalten, dass das Bundesrecht das vorschreibt. Genau das ist der zweite Grund für den Streichungsantrag, denn das Bundesrecht allein genügt. Art. 54 AuG und Art. 3 VIntA sind ausdrücklich zitiert. Wir brauchen die Gesetzesgrundlage im kantonalen Recht nicht. Mit der Streichung dieses Artikels leisten Sie einen Beitrag zu einem noch besseren Staatshaushalt im Kanton Zug.

Kommissionspräsident **Hans Christen** hat schon am Morgen gesagt, dass unsere Bevölkerung zu diesem Thema sehr viele Fragen stellt und dass auch eine gewisse Unruhe festzustellen ist. Die Bevölkerung hat Anspruch auf Information. Das darf auch etwas wert sein. Dieses Geld ist sehr gut angelegt ist, wenn man die Bevölkerung über den Stand der Migration informiert. Der Votant hört öfters von gewissen Unannehmlichkeiten, weshalb er den Rat ersucht, diesen Paragraphen zu unterstützen. Er ist im Sinne unserer Bevölkerung.

Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard** hält fest, dass die Kantone einen Informationsauftrag haben. Das ergibt sich aus dem AuG. Es geht hier darum, wie dieser Auftrag ausgestaltet wird, nämlich dass der Kanton *und* die Einwohnergemeinden einen Informationsauftrag haben. Sie dankt deshalb dem Rat für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

➔ Der Rat stimmt mit 39 zu 28 Stimmen für die Beibehaltung von § 7.

§ 8 (bisher) «Erstinformation» *(bzw. «Erstgespräch» im Antrag der vorberatenden Kommission)*

Die **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Vorschlag der Regierung und jener der vorberatenden Kommission fundamental gegenüberstehen und daher einander als Hauptanträge gegenübergestellt werden. Zu beiden Fassungen gibt es Abänderungsanträge, die gemäss § 61 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats zuerst zur Abstimmung gebracht werden, im Sinne einer Bereinigung der zwei Hauptanträge.

Beratung des Antrags des Regierungsrats («Erstinformation»)

Jürg Messmer hält fest, dass er sich schon in seiner ersten Sitzung als Kantonsrat zu sprechen erlaubt und hofft, dass der Rat ihm dies verzeiht – immerhin ist er schon seit langem in der Politik tätig.
Die SVP-Fraktion beantragt eine Änderung im Antrag des Regierungsrats. Es heisst dort, die Erstinformation werde «mit Informationsmaterialien in mehreren Sprachen» sichergestellt. Die Sprachen in der Schweiz sind im Artikel 70 der Bundesverfassung klar definiert: Amtssprachen, also die im Verkehr zwischen den Behörden sowie zwischen den Behörden und der Bevölkerung verwendeten Sprachen, sind auf Bundesebene Deutsch, Französisch und Italienisch, im Verkehr mit Personen rätoromanischer Sprache auch das Rätoromanische. Man kann davon ausgehen, dass in Zug nur sehr wenige Personen für das Rätoromanische in Frage kommen. Der Antrag der SVP-Fraktion lautet deshalb, den entsprechenden Passus zu «mit Informationsmaterialien in den Amtssprachen der Schweiz sowie in Englisch» abzuändern. Mit Englisch sollte die ganze zusätzliche Palette abgedeckt sein.

Kommissionspräsident **Hans Christen** hat grundsätzlich gegen den Antrag der SVP nichts einzuwenden. Er macht durchaus Sinn. Wenn man aber in der Stadt Zug einkaufen geht, hört man auch sehr viel Russisch, fast so viel wie Englisch. Wir sollten es der Regierung überlassen, in welchen Sprachen sie die Informationsmaterialien zur Verfügung stellen will, und das nicht in einem Gesetz festlegen. Das kann sich innerhalb der nächsten vier, fünf Jahre ändern.

Auch **Rupan Sivaganesan** kann den Antrag der SVP gut nachvollziehen, leben doch im Kanton Zug über hundert Nationalitäten. Es macht deshalb keinen Sinn, die Informationsmaterialien in jeder Sprache anzubieten. Momentan erhalten alle Neuzuziehenden von der Fachstelle Migration einen Brief mit einem Willkommenspaket, dies in etwa zehn verschiedenen Sprachen. Die Angeschriebenen können sich dann bei der Fachstelle Migration melden, wenn sie irgendeine Beratung oder Information brauchen. Der Votant bittet den Rat, § 8 unverändert zu belassen.

Aufgrund seiner Wurzeln im Rätoromanischen hat **Eusebius Spescha** wenig Freude an der angesprochenen Diskriminierung seiner Sprachgruppe. Er würde gerne auch mal hier im Rat ein Votum auf Rätoromanisch halten.
Entweder sagen wir, in Zug ist Deutsch die Amtssprache; dann gibt es nur Informationen in Deutsch. Oder wir halten es für sinnvoll – und das ist die Position des Votanten und seiner Fraktion –, bei der Erstinformation dafür zu sorgen, dass wichtige Personengruppen, die hierhin kommen, in vernünftigem Mass in ihrer eigenen Sprache informiert werden. Es geht nicht darum, in fünfhundert Sprachen einen Willkommensgruss anzubieten, aber für wichtige Sprachgruppen soll die Information in der jeweiligen Sprache zur Verfügung stehen. Wir haben ja ein Interesse daran, dass die Zuziehenden mit Erstinformationen versorgt werden und wissen, wie es bei uns etwa mit dem Abfall und so fort funktioniert.

Jürg Messmer erinnert daran, dass es immer heisst, die Integration laufe über die Sprache. Wenn man die Leute in ihrer Landessprache begrüsst, gibt es für sie keinen Grund, die Fremdsprache Deutsch zu lernen. Sie stellen dann fest, dass alle sie verstehen können und alle sich bemühen. Und genau da liegt der Hund begraben: *Wir* bemühen uns.

Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Regierung darin stützte, dass zu Beginn, bei der Einreise, die Zuziehenden wenn möglich in ihrer eigenen Sprache begrüsst werden und die Erstinformation erhalten. Es geht darum, unter anderem Rechte und Pflichten so mitzuteilen, dass die Zuziehenden sie verstehen können. Die Kommission hat aber auch Wert darauf gelegt, dass Deutsch gefordert wird, wenn Personen länger hier sind.

➔ Der Rat stimmt mit 40 zu 24 Stimmen für die vom Regierungsrat beantragte Version («mit Informationsmaterialien in mehreren Sprachen»).

Beratung des Antrags der vorberatenden Kommission («Erstgespräch»)

Zum Antrag der vorberatenden Kommission spricht zuerst **Stefan Gisler**. Die AGF unterstützt Erstgespräche, wie sie die Kommission vorschlägt. Sie ist aber nicht der Meinung, dass bereits im Rahmen des Erstgesprächs – wie das die Kommission vorsieht – Integrationsvereinbarung ausgesprochen werden können. Sie stellt deshalb den Antrag, den letzten Teilsatz in Abs. 3 zu streichen. Der betreffende Absatz soll neu also heissen: «Der Regierungsrat regelt, in welchen Fällen anlässlich des Erstgesprächs Integrationsempfehlungen ausgesprochen werden.» Es ist nicht möglich, bereits nach mehreren Tagen oder Wochen – das Gespräch soll ja innert zwei Monaten stattfinden – die Integrationsdefizite der betreffenden Person festzustellen und schon eine Vereinbarung über die zu leistenden Massnahmen abzuschliessen. Es kann beispielsweise sein, dass die betreffende Person innert drei, vier oder fünf Monaten Deutsch lernt, so dass es unsinnig ist, ihr nach einem Monat bereits eine Auflage zu machen, die sie sowieso erfüllen wird. Eine Integrationsvereinbarung macht allenfalls Sinn, wenn man nach einigen Jahren entsprechende Defizite feststellt. Alles andere ist unseriös.
Dazu kommt, dass Integrationsvereinbarungen, wie wir sie nach dem Luzerner Modell vorsehen wollen, rechtlich gar nicht durchsetzbar sind. Es braucht zuerst auch noch eine juristische Verfügung. Wir werden dies im Rahmen des Ausländergesetzes behandeln, weshalb es keinen Sinn macht, dies schon hier, im Integrationsbereich, einfliessen zu lassen.

Für **Thomas Lötscher** ist aus den bisherigen Voten klar geworden, dass es die Kommissionsvariante schwer haben wird. Trotzdem will er eine Lanze dafür brechen.
Der Zuger Erfolg hängt mit der Zuwanderung zusammen, aber breite Teile der Bevölkerung reagieren zunehmend kritisch auf die negativen Auswirkungen und sind nicht mehr bereit, diese widerspruchslos hinzunehmen. Dazu gehören nicht nur die ewigen Nörgler des Zuger Erfolgs, sondern ein breiter Bevölkerungsquerschnitt aus Alteingesessenen, jungen Familien, Gewerblern, leitenden Angestellten und so fort. Es geht nicht nur um die Wohn- und Lebenshaltungskosten, sondern auch um das Auftreten gewisser Zuzüger, deren mangelnde Integration und fehlende Bereitschaft, sich in der Gesellschaft aktiv zu engagieren. Der Regierungsrat hat dies schon seit geraumer Zeit erkannt und spricht von Wachstum mit Grenzen. Die Kommission ist deshalb in ihrer Arbeit nur konsequent – und wird ja auch von der Stawiko unterstützt. Die aktuelle Entwicklung birgt gesellschaftlichen Zündstoff. Die für viele überraschende Annahme der Zweitwohnungsinitiative ist eine von diversen Varianten, wie eine unkontrollierte Entladung aussehen kann. Für viele mag dieses Beispiel eine Bagatelle sein, die sie nicht mehr betrifft. Die Kommission will gravie-

rendere Hüftschüsse vermeiden. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist auf lange Frist ein äusserst wichtiges Gut. Wir wollen eine Willkommenskultur pflegen, aber auch mit den Zuwanderern in einen qualifizierten Kontakt treten. Dabei wollen wir auch unsere Erwartungen äussern und aufzeigen, wie bei uns Gesellschaft und Staat funktionieren. Gerade Letzteres ist nicht zu unterschätzen. Viel Zuwanderer kommen aus Staaten, wo Rechtsstaatlichkeit, Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit klein geschrieben werden, und wo stattdessen Korruption und staatliche Willkür an der Tagesordnung sind. Diese Menschen müssen zuerst erkennen, dass der Staat bei uns nicht ihr Gegner ist, sondern von der Gemeinschaft getragen wird. Die Erstgespräche sind daher auch für die Vertrauensbildung gut. Die Erfahrungen anderer Kantonen zeigen denn auch, dass dies von den Zuwanderern geschätzt wird und dass auch ein Grossteil derer die begrüssende Hand schüttelt, die von Gesetzes wegen nicht dazu gezwungen werden können. Der Votant wünscht sich, dass nicht nur arme Türken, sondern auch reiche Russen mit unseren Gepflogenheiten bekannt gemacht und geschätzte Mitglieder der Gemeinschaft werden. Er empfiehlt deshalb, der Kommissionsvariante zuzustimmen und sich für die Erstgespräche auszusprechen. Seine Ausführungen betreffen übrigens Männer und Frauen gleichermassen.

Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard** hält fest, dass der Regierungsrat – wie schon am Morgen erwähnt – die Erstgespräche ablehnt. Diese waren gemäss dem Luzerner Modell zwar in der Vernehmlassungsvorlage drin, bei der nochmaligen Analyse und besonders der Kosten/Nutzen-Analyse kamen wir aber zum Schluss, dass die rund 477'000 Franken pro Jahr wahrscheinlich sinnvoller und mit mehr Gewinn eingesetzt werden können. In Luzern dauern die Erstgespräche rund 30 bis 60 Minuten pro Person. Wahrscheinlich können wir auf einem anderen Weg mehr Integration erreichen.

➔ Der Rat stimmt dem Abs. 3 in der Version der vorberatenden Kommission mit 28 zu 20 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt dem bereinigten § 8 gemäss Antrag der Regierung mit 42 zu 28 Stimmen zu.

§ 9 «Sprach- und Integrationskurse»

Manuel Brandenberg stellt namens der SVP-Fraktion den Antrag, § 9 gänzlich zu streichen. Wir möchten auf die Eigenverantwortung der Zuziehenden setzen und finden, diese sollten sich selber so einrichten, dass sie die Sprache lernen können. Dazu gibt es bereits verschiedene Angebote, so dass es für ein bedarfsorientiertes Mass an Deutsch- und Integrationskursen nicht noch ein Angebot des Kantons braucht. Das kann auch der Private lösen, das muss – wie so manches – nicht der Staat tun.

➔ Der Rat lehnt die Streichung von § 9 mit 35 zu 27 Stimmen ab.

§ 10 «Sprachliche Frühförderung»

Es liegen keine abweichenden Anträge vor. Der Paragraph ist so beschlossen.

§ 11 «Beratung»

Für **Manuel Brandenberg** liegt hier wieder ein staatliches Beratungsangebot vor, zu dem er die Frage stellt, ob der Kanton wirklich sicherstellen muss, dass die Neuzuzüger beraten werden, wie sie sich hier integrieren sollen. Soll das wirklich ins Gesetz geschrieben werden? Beratung lässt sich problemlos privat organisieren. Der Kanton muss nicht vorsorglich eine Beratung anbieten, natürlich mit entsprechendem Aufwand an Ressourcen und zulasten des Staatshaushalt. Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, man solle hier zurückhaltend sein und diesen Paragraphen streichen. Wer Beratung braucht, bekommt sie trotzdem.

Stefan Gisler hat die Streichungskaskade der SVP bisher gelassen entgegengenommen. Die entsprechenden Anträge wurden ja auch zu Recht in der Regel abgelehnt. Es ist Vogel-Strauss-Politik, wenn wir zwar Leute aus dem Ausland hier haben und auch hier haben wollen – auch die Unternehmen wollen das –, sie aber nicht beraten, informieren und integrieren dürfen. Das führt nicht weiter; damit gewinnen wir keinen Blumentopf und schon gar kein erfolgreiches Zug. Es geht hier beispielsweise auch um das Angebot der Fachstelle Migration. Wenn Sie diesen Paragraphen streichen, dann streichen Sie auch dieses bedarfsgerechte Beratungsangebot für Fragen der Integration, die der Kanton leistet. Auch die Wirtschaftskammer dürfte froh sein, dass es dieses Angebot gibt. Wenn wir solche etablierten, bedarfsgerechten Angebote aufrechterhalten, dann sparen wir – wie vom Stawiko-Präsidenten bereits erwähnt – auch Folgekosten. Das Erstgespräch wurde nun gestrichen. Umso mehr sollte man intervenieren können oder ein Angebot aufrechterhalten, wenn jemand sich interessiert und etwas wissen *will*.
Die Debatte ist etwas zu einer Jekami-Streichungs-Debatte geworden. Die vorberatende Kommission hat diese Fragen ausführlich besprochen und ist zum Schluss gekommen, den § 11 mit nur geringfügigen Änderungen zu belassen.

Manuel Brandenberg entgegnet, dass es hier nicht um ein Jekami, sondern um eine parlamentarische Debatte geht. Wenn wir unterliegen, dann unterliegen wir eben, und wenn wir obsiegen, dann obsiegen wir. Jekami kann auch sein, alles einfach in ein Gesetz hineinzuschreiben. Er wäre vorsichtig mit solchen Unterstellungen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, betont, dass nicht der Kanton selbst diese Beratungsgespräche führt. Es gibt verschiedene Leistungsvereinbarungen. Bereits genannt wurde die Fachstelle Migration, die sehr professionelle Beratungen durchführt, auch die Frauenzentrale berät Migrationspersonen in gewissen Bereichen. Es lohnt sich und wird längerfristig sicher günstiger, wenn Sie den Antrag der Regierung, der Kommission und der Stawiko unterstützen.

§ 11 Abs. 1

➔ Der Rat stimmt mit 55 zu 12 Stimmen dem Abs. 1 in der Version der vorberatenden Kommission zu.

§ 11 Abs. 2

Bezüglich Abs. 2 frägt die **Vorsitzende** die Direktorin des Innern, ob sich die Regierung dem Antrag der Kommission anschliesse. Das ist der Fall.

Manuel Brandenberg beantragt namens der SVP-Fraktion in Abs. 2 eine etwas schärfere Regelung, die aber immer noch sachgerecht ist: «Die Nutzerinnen und Nutzer tragen die Beratungskosten». Das ist als Grundsatz zu verstehen: Sollte jemand das nicht können und die Beratung wirklich brauchen, gibt es übergeordnetes Recht, das ihm den Anspruch auf einen Erlass der Kosten einräumt. Als Grundsatz soll aber festgeschrieben werden, dass die Kosten selber zu tragen sind.

Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard** macht beliebt, den Antrag der Regierung, der vorberatenden Kommission und der Stawiko zu unterstützen. Die Beratungskosten sollen angemessen verrechnet werden. Es geht hier um Prävention, und es kann nicht sein, dass wir nachher die Leute in die Sozialhilfe treiben. Vielmehr sollen sie sich angemessen an den Kosten beteiligen.

➔ Der Rat stimmt dem Abs. 2 in der Version der vorberatenden Kommission mit 39 zu 25 Stimmen zu.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf Streichung des bereinigten § 11 mit 45 zu 22 Stimmen ab.

§ 12 «Beiträge an Einwohnergemeinden und Dritte»

Beni Riedi beantragt im Namen der SVP-Fraktion, den § 12 zu streichen. Die Gemeinden sollen selbständig entscheiden, wie weit sie die Integration fördern wollen und dementsprechend diese auch selber finanzieren.

Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard** betont, dass Integration eine Querschnittsaufgabe ist. Auch der Bund sieht vor, dass Bund, Kantone *und* Gemeinden für die Integration arbeiten. Das impliziert, dass auch die Gemeinden Programme anbieten. Die Projekte, die man zum Teil auch beim Bund einreicht, sehen immer eine Beteiligung der Gemeinden vor.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf Streichung des § 12 mit 41 zu 17 Stimmen ab.

§ 14 (neu) «Vollzug»

Beni Riedi beantragt im Namen der SVP-Fraktion die Streichung des neuen § 14. Es soll der Regierung überlassen sein, ob sie die Vollzugbestimmungen erlassen möchte oder nicht.

Kommissionpräsident **Hans Christen** stellt die Frage, ob es überhaupt Schlussbestimmungen braucht.

Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard** antwortet darauf, dass die Regierung eigentlich keine Schlussbestimmungen vorgesehen hat. Nun hat der Rat aber beschlossen, dass in den Gesetzen immer nur vom Kanton die Rede sein soll. Deshalb braucht es nun eine Vollzugsverordnung, in der wir die Delegation wieder vornehmen können. Es braucht diesen Paragraphen also.

➔ Der Rat stimmt dem neuen § 14 mit 50 zu 18 Stimmen zu.

§ 13 «Inkrafttreten»

Es liegen keine abweichenden Anträge vor. Der Paragraph ist so beschlossen.

Änderung des Schulgesetzes vom 27. September 1990 (BGS 412.11)

Die **Vorsitzende** orientiert, dass das Integrationsgesetz als Beratungsgegenstand in Zusammenhang mit den vorgeschlagenen Bestimmungen des Schulgesetzes steht. Es fragt sich, ob dieser offensichtliche Konnex auch ein sogenannter «unmittelbarer Zusammenhang» im Sinne von § 50 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats ist. Wenn der Kantonsrat einen unmittelbaren Zusammenhang *nicht bejaht*, ist die Teilrevision des Schulgesetzes in das Motionsverfahren zu verweisen; die Anträge der vorberatenden Kommission gelten dann als Kommissionsmotion. *Bejaht* der Rat einen unmittelbaren Zusammenhang, muss er darüber befinden, ob er die Vorlage, so wie sie heute vorliegt, in einer 1. Lesung in der Detailberatung behandeln will oder den Teil betreffend die Teilrevision des Schulgesetzes an den Regierungsrat zurückweisen will mit dem Auftrag, eine Vernehmlassung durchzuführen und dem Kantonsrat einen Zusatzbericht vorzulegen; für diese Teilrückweisung braucht es gemäss § 43, letzter Satz, der Geschäftsordnung des Kantonsrats das einfach Mehr.
Es liegt die Empfehlung – aber kein Antrag – der Stawiko vor, diesen Teil der Vorlage in das Motionsverfahren zu verweisen.

Kommissionspräsident **Hans Christen** hat bereits am Morgen angeregt, zwischen der 1. und 2. Lesung eine Kommissionssitzung abzuhalten, in welcher die Kommission diese Frage nochmals eingehend behandeln soll. Er fragt die **Vorsitzende**, ob dem etwas entgegenstehe. Diese erläutert, dass das bedeuten würde, diesen Teil nicht heute, sondern erst in der 2. Lesung zu beraten. Das aber geht nicht, denn wir können nicht in der 2. Lesung die 1. und die 2. Lesung durchführen.

Gregor Kupper hat sich als Präsident der Stawiko mit seiner Kommission nicht abgesprochen. Er ist aber der Meinung, dass es sinnvoll ist, heute eine erste Beratung durchführen und anschliessend diese zwei Paragraphen an die Regierung zurückweisen mit dem Auftrag, das Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Dann kann dem, was wir bemängelt haben – dass nämlich keine Vernehmlassung darüber geführt wurde und wir bezüglich der Kosten noch keine Grundlagen haben – Genüge getan werden, und in der 2. Lesung können wir dann die Paragraphen verabschieden oder ablehnen. Der Antrag lautet also: Beraten und dann zurückweisen. Der **Landschreiber** stellt fest, dass dies zulässig sei.

Markus Jans und die SP-Fraktion sind grundsätzlich für eine Beratung heute. Die Fraktion hat die sprachliche Frühförderung kontrovers diskutiert. Sie hat auch vernommen, dass auch die Schulrektoren der einzelnen Gemeinden das an einer ihrer Konferenzen besprochen haben und überrascht waren, dass das so vorgesehen ist. In diesem Sinne ist die Fraktion klar für die Zuweisung an das Schulgesetz, aber die Vernehmlassung bei den Schulen sollte unbedingt durchgeführt werden. Im Grundsatz sind wir für die Zuweisung an das Schulgesetz, es wäre aber auch möglich, das einem anderen Gesetz zuzuweisen, etwa dem Sozialhilfegesetz. Für die Zuweisung zum Schulgesetz spricht insbesondere, dass der Rektor dort eine Weisungsbefugnis hat, die in anderen Gesetzen nicht geregelt ist. Sofern man das einem anderen Gesetz zuweist, braucht es dort auch eine Weisungsbefugnis.

Vroni Straub-Müller teilt mit, dass sich die AGF grundsätzlich dem Votum der SP anschliessen kann. Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Verankerung der sprachlichen Frühförderung im Schulgesetz. Wir möchten aber doch gerne eine angemessene Vernehmlassung und vor allem die Fachmeinung der Rektorinnen und Rektoren einholen. Das Schulgesetz ist jetzt in der Vernehmlassung. Ob es bereits für diese vor der Tür stehende nächste Revision reicht, werden wir sehen. Aber auch die übernächste Revision steht schon vor der Tür, und bis zu diesem Zeitpunkt wird es mit Sicherheit reichen. Eine Motion dauert mit Bestimmtheit länger.

Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard** spürt, dass es allen etwas unwohl ist. Es gilt deshalb die Frage zu klären, welches das beste Vorgehen sei. Die Regierung beantragt, heute die 1. Lesung vorzunehmen und den betreffenden Paragraphen abzulehnen. Es sind noch zu viele Fragen offen, etwa bezüglich Finanzierung oder Vollzugstauglichkeit. Die vorberatende Kommission hat sich leiten lassen von Basel-Stadt, wo die sprachliche Frühförderung eingeführt wurde. Das ist aber relativ neu, so dass noch keine Evaluation stattfinden konnte. Die Regierung möchte beliebt machen, die Schulgesetzänderung jetzt im Rahmen des Integrationsgesetzes abzulehnen und die entsprechenden Anliegen im Rahmen eines Vorstosses oder der Vernehmlassung einzubringen. Der Bildungsdirektor hat zugesichert, dann auch die Lehrerschaft und die Gemeinden anzuhören und aufzuzeigen, wie die sprachliche Frühförderung zu vollziehen wäre. Und wie bereits gesagt: Auch die übernächste Schulgesetzrevision ist bereits unterwegs; der Bildungsdirektor will sie im Frühling 2013 in die Regierung bringen, dann folgt die Vernehmlassung. Eine Motion könnte auch dort direkt aufgenommen werden.

Thomas Lötscher ist immer noch irritiert, jetzt aber auf einem etwas höheren Niveau. Wenn wir die Synergien der bestehenden Aktivitäten nutzen möchten, dann dürfen wir jetzt diesen Teil nicht ablehnen, sondern müssen ihn zurückweisen, damit daran weitergearbeitet werden kann. Eine Ablehnung wäre ja ein Entscheid.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Regierung eigentlich dasselbe möchte wie die Stawiko, nämlich die vorgeschlagenen Änderungen in der Detailberatung streichen.

Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard** sieht die Problematik bei einer Zurückweisung mit dem Auftrag auf die 2. Lesung darin, dass dann die 2. Lesung erst in einem Jahr stattfinden könnte. Das Ganze ist abklärungsbedürftig und braucht Zeit. Wir möchten uns dann auch die Zeit nehmen und aus der Vernehmlassung nicht eine Alibiübung machen.

Die **Vorsitzende** fragt den Rat, ob die Detailberatung jetzt durchgeführt werden solle. Der Rat scheint einverstanden zu sein.

Kommissionspräsident **Hans Christen** macht auf § 54 der Geschäftsordnung aufmerksam, wo es unter dem Titel «Rückweisung an die Kommission» heisst: «Nach Schluss der Beratung kann der Rat die Vorlage zur Revision und Bereinigung des Textes an die Kommission zurückweisen. Dies muss geschehen, wenn die Kommission es verlangt.» Man müsste jetzt also die Kommission anfragen.

Landschreiber **Tobias Moser** informiert, dass der Rat heute die Detailberatung durchführen kann. Wenn das geschieht, sagt der Rat implizit, dass die beantragten Änderungen zum Schulgesetz in einem engen Zusammenhang zum Integrationsgesetz stehen. In dieser Detailberatung können alle Arten von Anträgen gestellt

werden, der Rat kann sich zum Antrag der Kommission äussern und auch die Streichungsanträge von Stawiko und Regierung zur Abstimmung bringen. Nach § 43 der Geschäftsordnung kann aber auch das gesamte Teilpaket Schulgesetz zurückgewiesen werden, entweder an die Regierung oder an die Kommission. Im vorliegenden Fall wäre eine Rückweisung an die Regierung sinnvoll, weil die Bildungsdirektion im Besonderen noch nicht einbezogen war und auch nicht das Gespräch mit Lehrerverbänden und Gemeinde suchen konnte. Wenn der Rat das alles nicht will, können diese Aspekte aber auch in der Schulgesetzrevision I und II wieder eingebracht werden. Der Rat kann das Thema also in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren wieder aufgreifen, auch wenn er heute nein dazu sagt. Es gibt keine Einrede der behandelten Sache wie in einem Zivilprozess.
Zusammenfassend: Grundsätzlich scheint der Rat die Detailberatung heute durchführen zu wollen oder aber – das ist die andere Meinung – er plädiert für eine Zurückweisung; Letzteres würde gemäss § 43 geschehen, da § 54 eher untergeordnete Änderungen betrifft, die man in die Obhut der Kommission geben kann. Der Landschreiber schlägt vor, nun über das Vorgehen abzustimmen: Detailberatung ja oder nein beziehungsweise Zurückweisung an die Regierung.

Stefan Gisler dankt für die Klärung. Die AGF möchte die Beratung angehen und dann den Streichungsantrag der Stawiko gutheissen. Dann ist das Integrationsgesetz in 1. Lesung besprochen, es folgt in sechzig Tagen die 2. Lesung, und das Integrationsgesetz – ohne den Schulbereich – steht.
Die AGF und viele weitere Ratsmitglieder wollen den Aspekt der sprachlichen Frühförderung im Schulbereich. Das lässt sich im Rahmen der Vernehmlassungen zu den zwei Schulgesetzrevisionen einbringen oder aber im Rahmen einer Motion, die sicher in der zweiten Revision einbezogen werden kann. Dann können wir das im Rahmen der Schulgesetzrevision in aller Ruhe wieder besprechen. Wenn jetzt eine Zurückweisung erfolgt, muss der Regierungsrat das beraten, es verzögert sich, und die 2. Lesung des Integrationsgesetzes kommt dann irgendwann. Und wenn wir irgendwann zum Schluss kommen, dass es doch zum Schulgesetz gehört, dann ist dort der Zug auch schon wieder abgefahren. Deshalb unser Vorschlag: *Tabula rasa* heute, Neuberatung im Rahmen der Schulgesetzrevision.

Daniel Thomas Burch stellt den Antrag auf Teilrückweisung gemäss § 43. Wir haben heute zwar ein Gesetz und Paragraphen, kennen die Auswirkungen aber nicht.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass Anträge auf Beratung beziehungsweise auf Teilrückweisung, das heisst auf eine Rückweisung des Schulgesetzes, vorliegen.

➔ Der Rat stimmt mit 42 zu 25 Stimmen für eine Teilrückweisung, das heisst für die Rückweisung des Schulgesetzes.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass damit heute nicht über das Schulgesetz beraten wird. **Gregor Kupper** macht darauf aufmerksam, dass gemäss § 43 nun noch darüber entschieden werden muss, ob die Rückweisung an die Regierung oder an die Kommission erfolgt.

➔ Der Rat stimmt mit 57 zu 10 Stimmen für eine Teilrückweisung an die Regierung.

➔ Damit ist der erste Teil der 1. Lesung (ohne Schulgesetz) abgeschlossen.

TRAKTANDUM 3:
Überweisungen parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

520 Traktandum 3.1: **Motion von Thomas Aeschi betreffend Teilrevision FHG zur Erhöhung der Transparenz der staatlichen Leistungserbringung vom 16. August 2012 (Vorlage Nr. 2174.1 - 14139)**

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

521 Traktandum 3.2: **Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Transparenz bei Regierungsratsbeschlüssen vom 3. August 2012 (Vorlage Nr. 2173.1 - 14137)**

➔ Die Interpellation wird zur Beantwortung an den Regierungsrat überwiesen.

522 Traktandum 3.3: **Interpellation von Thomas Aeschi betreffend Überprüfung der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Kanton Zug vom 17. August 2012 (Vorlage Nr. 2175.1 - 14140)**

➔ Die Interpellation wird zur Beantwortung an den Regierungsrat überwiesen.

523 Verabschiedung von Protokollführer Guido Stefani

Die **Kantonsratspräsidentin** begrüsst Guido Stefani und seine Gattin. Der langjährige Protokollführer des Kantonsrats tritt per Ende August 2012 aus dem Dienst des Kantons aus.
Lieber Guido, am Tag zu Allerheiligen im November 1999 hast Du Deinen Dienst als Protokollführer angetreten. In dieser Zeit liefen weit über achttausend Seiten Protokolle von Kantonsratssitzungen, Kommission- und Bürositzungen aus Deiner Feder. Wir Kantonsratsmitglieder haben Deine Präzision im Ausdruck und in der Wortwahl enorm geschätzt und ganz selten eine Korrektur verlangt. Du hast Dir höchstens erlaubt, etwas in eine ansprechende und stilistisch richtige Form zu giessen, was hier am Rednerpult holperig und unschön getönt hat. Nie aber hast Du Dir angemasst, materielle Korrekturen vorzunehmen. Du warst das sprachliche Gewissen im Rat. Unabhängig davon, wie lebhaft die Diskussionen zwischen Akteuren im Kantonsrat hin und her wogten, hast Du wie ein Fels in der Brandung, Ruhe bewahrt und Dich konsequent auf Dein Protokoll konzentriert. Deine auffälligste Willensäusserung ereignete sich beim Scheitern der Parlamentsreform im Jahr 2001. Aufgewühlt bewegtest Du Deine Lippen und sagtest mit leichtem Erheben der Augenbrauen leise und für Deine Verhältnisse fast schon geschwätzig: «Unsäglich!»
Als Kulturliebhaber und ehemaliger Kulturredaktor wirst Du zusammen mit Deiner geschätzten Gemahlin den neuen Lebensabschnitt geniessen und Dich vermehrt wieder in der Kulturszene bewegen und auf «Wanderschaft» begeben. Du hattest eine ausserordentlich nahe Beziehung zur Baarburg. Du marschiertest dort schon sage und schreibe zirka tausend Mal hinauf und liessest Dich von der mystischen Ruhe und dem Weitblick beeindrucken. Darüber hinaus führst Du ein genaues Tagebuch über diese Besuche und bist somit wohl der weltweit beste Kenner

dieser Bergplateaus. Und so werden Wanderungen und Reisen zu Deinem neuen Lebensabschnitt gehören.
Lieber Guido, geschätzter Protokollführer, in all den Jahren bei uns hast Du unzählige Spuren in schriftlicher Form hinterlassen. Protokolle, welche uns immer wieder an Guido Stefani erinnern werden, begleiten uns. Du gehst in die Zuger Geschichte ein. Geniesse zusammen mit Deiner Gemahlin die neue Freiheit und die Möglichkeit, Deine persönlichen Vorlieben zu pflegen. Dazu wünsche ich Dir im Namen des Kantonsrates und der Regierung Freude, Kraft und Wohlergehen. Wir danken Dir für Deine Umsicht, Deine Freundlichkeit und Deine hohe Fachkompetenz. Du hast den Kantonsrat leider auch durch schwierige Zeiten begleiten müssen, und auch dies hast Du mit grosser Würde getan, ohne je Deine Person in den Vordergrund zu stellen.
Als Zeichen des Dankes darf ich Dir im Namen des Rates einen Gutschein für das KKL übergeben. Erfülle Dir und Deiner Gattin damit einen langgehegten Wunsch. Lass es Dir gut gehen und denke ab und zu an uns Zuger. Willkommen bist Du uns jeder Zeit. So sagen wir «Adieu» und «Auf Wiedersehen» zugleich, verbunden mit aufrichtigem Dank für Deinen riesengrossen Einsatz.

(Unter lang anhaltendem Applaus nimmt Guido Stefani den Gutschein in Empfang.)

Guido Stefani: Seit dreizehn Jahren sitze ich regelmässig in diesem Saal und höre Ihnen zu. Zum ersten und letzten Mal wechseln wir nun die Rolle, und ich darf auch etwas sagen. Das fällt mir schwer. Es liegt eher in meiner Natur, zuzuhören, als zu sprechen. Das Protokollieren wurde mir zwar nicht gerade in die Wiege gelegt, aber als Journalist und Tagebuchschreiber hatte ich 1999 gute Grundlagen für diese Aufgabe. Zudem habe ich bereits 1986 mit einem Protokoll meiner Baarburgbesuche begonnen, das ich weiterhin führe, womit ich in einem kleinen Bereich über die Pension hinaus Protokollführer bleiben werde. 249 Kantonsratssitzungen habe ich protokolliert und dabei 8484 Seiten gefüllt. Hat diese Papierflut überhaupt einen Sinn? Wer soll das alles lesen? Zum Teil sind sicher Sie die ersten Leserinnen und Leser. Vielleicht kontrollieren Sie jeweils, ob Ihr Votum korrekt wiedergegeben ist. Und wenn Sie ein neues Votum vorbereiten, lesen Sie nach, was in früheren Debatten zu diesem oder ähnlichen Problemen gesagt wurde. Ein saftiges Zitat der gegnerischen Ratsseite macht sich immer gut.
Wichtiger aber sind die Kantonsratsprotokolle als politisches Gedächtnis des Kantons. Wenn der Stadttunnel einmal fünfzig Jahre alt sein wird, möchte man wissen, wie es überhaupt dazu gekommen ist und wer sich wie dafür speziell eingesetzt hat. Oder um ein aktuelles Beispiel aus meinen Baarburg-Protokollen zu nehmen: In den 1960er Jahren hat man am Sockel der Baarburg eine Abfalldeponie ausgerechnet über einer wichtigen Trinkwasserleitung eingerichtet, weshalb nun eine Sanierung mit Kosten von über 13 Millionen Franken nötig ist. Dazu stellen sich Fragen: Wurde damals transparent über dieses Vorhaben informiert, und gab es denn keine Widerstände? Oder wurde die Sache gar am Parlament vorbei entschieden?
Als Protokollführer des Kantonsrats habe ich nicht nur einen sinnvollen Beitrag für die kollektive Erinnerung des Kantons geleistet, sondern auch persönlich viel gelernt. Vorher hatte ich als pflichtbewusster Stimmbürger und passionierter Zeitungsleser oft den Eindruck, Politiker seien vor allem extravertierte Plaudertaschen, die sich gerne in den Medien sehen. Nun weiss ich, dass engagiertes Politisieren vor allem Arbeit ist. Man muss sich immer wieder neu in andere Probleme einarbeiten, um zu einer differenzierten Meinung zu kommen und diese im Rat und in der

Öffentlichkeit überzeugend vertreten zu können. Dabei ist es wichtig, dass man nicht von Vorurteilen geblendet ist und sachlich bleibt.
Sie wissen alle, dass die Realität nicht immer so aussieht. Es werden Vorlagen bekämpft oder Vorstösse eingereicht, bei denen es weniger um die Sache geht als darum, einer Regierungsrätin, einem Regierungsrat oder dem politischen Gegner an den Karren zu fahren. Bei solchen Schaukämpfen habe ich als Zuhörer, der zu Passivität und Neutralität verpflichtet war, oft gelitten. Und ich habe unseren früheren Landschreiber Tino Jorio bewundert, weil er selbst bei abstrusen Vorstössen und auch während lautstarken Auseinandersetzungen immer sachlich und neutral bleiben konnte. Diese Gelassenheit wünsche ich mir für meine Zeit als Pensionierter, wenn ich am Politisieren nicht mehr hinter den Regierungspulten, sondern nur noch über die Medien Anteil nehmen werde. Ich werde die politische Entwicklung im Kanton Zug als ehemaliger Insider weiterhin interessiert verfolgen. Aber im Zentrum meiner Interessen werden Musik und Literatur stehen. Und mit dem Kanton Zug werde ich vor allem über die Baarburg in Kontakt bleiben, deren verborgene Geschichte mich weiterhin fasziniert. Ich habe die Baarburg bis heute über zweitausend Mal besucht und hoffe, in meinem restlichen Leben mindestens weitere zweitausend Begehungen zu schaffen.
Ich danke Vreni Wicky für die lobenden Worte und Ihnen allen für das grosszügige Geschenk und das geduldige Anhören meiner Abschiedsworte. Ich danke dem Landschreiber, der stellvertretenden Landschreiberin, der Regierung, dem Standesweibel, der Redaktionskommission und den Mitarbeitenden der Staatskanzlei für die stets gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen allen viel Glück und Erfolg in Ihrer politischen und privaten Zukunft

(Der Rat applaudiert.)

524 Verabschiedung von Kantonsrat Thomas Aeschi

Die **Vorsitzende** wendet sich an Nationalrat und Kantonsrat Thomas Aeschi: Vor ein paar Tagen mussten wir Dein Rücktrittsschreiben aus dem Kantonsrat entgegennehmen. Jeder Rücktritt während der Legislatur wird bedauert – in Deinem Fall umso mehr, da Du ein sehr aktives Kantonsratsmitglied warst. Wir können es aber hinsichtlich Deiner Verantwortung in Bern verstehen wenn Du Deine Agenda entlastest. Wir wünschen Dir auf Deinem privaten, beruflichen und politischen Weg alles Gute, viel Befriedigung und Erfolge. Im Namen des Kantonsrates und des Regierungsrates danke ich Dir für Deinen Einsatz zum Wohle der Zugerinnen und Zuger. Vielleicht findest Du ja einmal wieder Zeit, Dich auf unserer Gästebank im Saal niederzulassen. Das würde uns sehr freuen.

(Der Rat applaudiert.)

525 Nächste Sitzung

Donnerstag, 27. September 2012

Am Nachmittag findet der traditionelle Kantonsratsausflug statt, und um 19.00 Uhr sind die Ratsmitglieder in die St.-Oswalds-Kirche in Zug zum öffentlichen Gedenken an das Attentat von 2001 eingeladen.

Protokoll des Kantonsrats

36. Sitzung: Donnerstag, 27. September 2012
Zeit: 08.30 – 11.30 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Beat Dittli

526 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Irène Castell-Bachmann, Stefan Gisler, Martin Stuber, André Wicki, alle Zug; Gabriela Ingold, Thomas Werner, beide Unterägeri.

527 Mitteilungen

Die **Kantonsratspräsidentin** bemerkt einleitend, dass es heute für einige nicht einfach war, den Kantonsratssaal zu betreten. Heute jährt sich zum elften Mal das tragische Ereignis im Zuger Regierungsgebäude. Unsere Gedanken und Gefühle sind am 27. September in besonderem Mass bei allen Opfern, deren Angehörigen und allen anderen Betroffenen. Unsere Sitzung an diesem Jahrestag soll Zeichen dafür sein, dass wir uns der Gewalt nicht beugen und einander im gegenseitigen Respekt begegnen. Alle sind eingeladen, heute Abend um 19.00 Uhr am öffentlichen Gedenkanlass in der St.-Oswalds-Kirche in Zug teilzunehmen.

Am Nachmittag findet der traditionelle Kantonsratsausflug statt, der den Rat zum Mittagessen in die Alpwirtschaft Zuger Alpli und – mit der Geschichtenerzählerin Maria Greco – in die Welt der Zuger Sagen und Legenden führt.

Die **Vorsitzende** begrüsst die Sekundarklasse 3c der Oberstufe Sennweid Baar mit den Lehrpersonen Yvonne Mäder und Bruno Wirth. Der Besuch erfolgt im Rahmen des Projekts «Schulen nach Bern», bei welchem die Jugendlichen als Nationalratsmitglieder agieren. Bereits letztes Jahr mussten Vorstösse eingereicht werden, die mit anderen Schulklassen – darunter zwei französischsprachigen – vorberaten werden. Am 1. November 2012 findet dann eine Sitzung im Nationalratssaal statt. Die nächste politische Generation holt sich also hier bei uns Impulse.

528 Traktandenliste

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 30. August 2012.

2.1. Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Baar.
2.2. Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch ein neues Mitglied des Kantonsrates.

3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Ersatzwahl in eine Kommission des Kantonsrates: Mitglied der Konkordatskommission.

4.2. Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG).

4.3. 1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-Industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ) für das Kombinierte Brückenangebot (KBA)
2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das Gewerblich-Industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ).

5. Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons an die Veranstalter von Grossanlässen für die Kosten von Extrabussen und Extrazügen.

6. Postulat von Daniel Stadlin betreffend Solarkataster.

7. Interpellation von Thiemo Hächler betreffend gängige Praxis bei Unterschutzstellungen der Denkmalpflege.

8. Interpellation von Zari Dzaferi betreffend Einführung der überarbeiteten Zeugnisse im Schuljahr 2011/12.

9. Interpellation Beda Schlumpf und Daniel Abt betreffend temporäre Humus- und Aushubdepots in der Landwirtschaftszone.

TRAKTANDUM 1:

529 Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 30. August 2012

➔ Der Rat ist mit der Traktandenliste einverstanden.

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 30. August 2012 werden ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 2.1:

530 Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Baar

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2180.1 - 14155).

Gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen (WAG) befindet der Rat über die Ersatzwahl von Gabriela Peita-Dossenbach für den per Ende August 2012 zurückgetretenen Kantonsrat Thomas Aeschi. Gabriela Peita-Dossenbach ist bereits im Saal. Die **Vorsitzende** fragt, ob es einen anderslautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrats gibt. Das ist nicht der Fall.

➔ Der Rat genehmigt die Ersatzwahl von Gabriela Peita-Dossenbach.

Die **Kantonsratspräsidentin** gratuliert der neu gewählten Kantonsrätin**.** Gabriela Peita-Dossenbach tritt ihr Amt sofort an.

TRAKTANDUM 2.2:

531 Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch ein neues Mitglied des Kantonsrates

Gabriela Peita-Dossenbach möchte den Eid ablegen. Sie tritt nach vorne, der Rat erhebt sich. Der Landschreiber verliest die Eidesfomel. Gabriela Peita-Dossenbach spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Die **Kantonsratspräsidentin** heisst die neu gewählte Kantonsrätin herzlich willkommen und wünscht ihr viel Energie und Befriedigung bei ihrer politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

TRAKTANDUM 3:
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

532 Traktandum 3.1: **Interpellation von Karin Andenmatten und Anna Bieri betreffend Nutzung der Geothermie im Kanton Zug vom 3. September 2012 (Vorlage Nr. 2179.1 - 14153)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat.

533 Traktandum 3.2: **Interpellation von Thomas Waser betreffend Verteilung und Unterbringung der Asylanten im Kanton Zug vom 13. September 2012 (Vorlage Nr. 2181.1 - 14156)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 4:
Kommissionsbestellungen:

534 Traktandum 4.1: **Ersatzwahl in eine Kommission des Kantonsrates: Mitglied der Konkordatskommission**
Als Ersatz für den verstorbenen Kantonsrat Werner Villiger schlägt die SVP-Fraktion Kantonsrätin Gabriela Peita-Dossenbach vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

535 Traktandum 4.2: **Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2176.1/.2 - 14145/46)

➔ Überweisung an die Raumplanungskommission.

536 Traktandum 4.3:
– 1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-Industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ) für das Kombinierte Brückenangebot (KBA)
– 2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ)
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2177.1/.2/.3 - 14147/48/49).

Martin Pfister stellt den Antrag, dieses Geschäft nicht nur an die Kommission für Hochbauten, sondern auch an die Bildungskommission zu überweisen. Beim Bau von Schulhäusern geht es um mehr als nur um den Bau von fehlenden Räumen. Bildungspolitische Fragestellungen sind von mindestens ebenso grosser Bedeutung wie hochbaupolitische Überlegungen. Das kann nach den Erfahrungen der letzten Jahre mit Schulhausbauten im Kanton Zug eigentlich nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt werden.
Die beiden Kantonsratsbeschlüsse für Objektkredite am Gewerblich-Industriellen Bildungszentrum Zug (GIBZ) müssen deshalb auch von der Bildungskommission beraten werden. Es mag für Verwaltung und Regierungsräte zuweilen etwas lästig sein, Hochbauten im Bildungsbereich auch bildungspolitisch zu hinterfragen und das gleiche Geschäft in mehreren Kommissionen zu beraten. Die bildungspolitische Sicht, der Bedarfsnachweis, die Überprüfung der inhaltlichen Pläne eines Schulhausbaus sind aber geradezu Voraussetzung für die Beurteilung des Baus durch die Spezialisten in der Hochbaukommission. Diese Arbeitsteilung entspricht der bewährten Praxis, vergleichbar mit der unbestrittenen Praxis, die finanziellen Fragen immer auch von der Stawiko prüfen zu lassen.

Oliver Wandfluh hat gerne Senf, findet es aber komplett überflüssig, dass jeder und jede zu allem und jedem seinen Senf dazugeben will. Der Bedarf und die Notwendigkeit dieser Vorlage sind ausgewiesen. Auch die Teilnehmer des Standortworkshops beantragen in diesem Fall die Fortsetzung des parlamentarischen Verfahrens.
Der Votant sieht keine Notwendigkeit, die Bildungskommission, der er ebenso angehört wie der Hochbaukommission, hinzuzuziehen. Es handelt sich hier vorwiegend um ein Bauvorhaben. Wir müssen nicht händeringend um eine Beschäftigung für die Bildungskommission suchen. Es irritiert den Votanten sehr, dass diese Vorlage an der nächsten Sitzung der Bildungskommission bereits traktandiert ist, obwohl erst jetzt über eine entsprechende Überweisung beraten wird. Er bittet den Rat, diesen Antrag anzulehnen.

Moritz Schmid ist überrascht über den Antrag, hat er doch als Doyen der Fraktionsvorstehenden allen Fraktionschefs seine Vorschläge für die Kommissionsbestellungen zugeschickt. Vier Fraktionschefs haben geantwortet, dass sie mit dem Vorschlag der Überweisung an die Hochbaukommission einverstanden sind.
Die an die Baudirektion angegliederte Hochbaukommission ist sehr wohl im Stande, zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion das Raumprogramm für das GIBZ bereitzustellen und dieses in der Kommission zu behandeln. Er war überrascht, als er heute Morgen bei Oliver Wandfluh die Einladung für die am 8. November vorgesehene Sitzung der Bildungskommission sah. Keiner – ausser vielleicht Stefan Gisler – hat gewusst, dass ein solcher Antrag kommt. Er bittet, den Antrag von Martin Pfister zurückzuweisen. In der SVP-Fraktion konnte diese Frage noch behandelt werden, weil der Votant das Gesuch am Montagvormittag noch gesehen hat. Die SVP hat einstimmig die Nicht-Überweisung an die Bildungskommission beschlossen. Der Votant findet den Antrag und die Einladung an die Bildungskommission weit daneben.

Anna Lustenberger-Seitz weiss nicht, wer von den Anwesenden damals der Einführung einer Bildungskommission zugestimmt hat. Sie glaubt sich aber zu erinnern, dass auch die SVP damals dafür war. Die Votantin selbst war dagegen, wie mehrheitlich auch – wenn sie sich richtig erinnert – ihre Fraktion.

Es geht genau um die Frage, wer solche Geschäfte beraten soll. Vorher war das meistens eine Ad-hoc-Kommission, in welcher neben Leuten aus dem Hochbau oft der Bildungsdirektor Einsitz nahm. Das klappte gut. Nun haben wir eine Bildungskommission eingeführt. In der fraglichen Vorlage geht es um ein Thema, das Bauen und Bildung gleichermassen betrifft. Die Votantin bittet deshalb, dem Antrag von Martin Pfister zuzustimmen, genauso wie der Rat einmal der Gründung einer Bildungskommission zugestimmt hat.

➔ Der Rat entscheidet mit 42 zu 27 Stimmen, das Geschäft nur an die Kommission für Hochbauten und die Stawiko zu überweisen.

537 Traktandum 4.4: **Verfassungsinitiative betreffend «Ja zu Personenwahlen» (Majorzinitiative)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2169.1 - 14128).

538 Traktandum 4.5: **Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1984 sowie des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG)**
Es liegen vor: Bericht und Anträge des Regierungsrats (2170.1./2./3./4 - 14129/30/31/32).

Die SP-Fraktion ersucht darum, in beide Kommissionen an Stelle von Barbara Gysel neu Alois Gössi, Baar, zu wählen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

TRAKTANDUM 5:

539 **Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons an die Veranstalter von Grossanlässen für die Kosten von Extrabussen und Extrazügen**
Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2150.1/.2 - 14078/79); Bericht und Antrag der Kommission für den öffentlichen Verkehr (2150.3 - 14127); Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (2150.4 - 14141).

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Daniel Eichenberger** informiert, dass die Kommission für den öffentlichen Verkehr am 25. Juni 2012 über diese «Lex EVZ» beraten hat. Aus streng liberaler Sicht wären wohl gewisse Zweifel angebracht, ob der Kanton sich an der Finanzierung von Extra- bzw. Zusatzbussen im Rahmen von kommerziellen Grossveranstaltungen beteiligen solle. Dennoch waren sich alle Anwesenden einig, dass die bisherigen Erfahrungen durchwegs sehr positiv sind und das Angebot von Extrakursen nach EVZ-Spielen von der sportbegeisterten Zuger Bevölkerung, insbesondere von Familien, sehr geschätzt wird. Deshalb wurde einstimmig Eintreten beschlossen, und das ist auch der Antrag der Kommission.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** verweist auf den Bericht. Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung mit zwei kleinen Ergänzungen.

Für **Zari Dzaferi** ist es absolut sinnvoll, wenn die Bevölkerung für den Besuch einer Grossveranstaltung den öffentlichen Verkehr benutzt, sei dies aus verkehrstechni-

schen oder auch ökologischen Gründen. Daher hat die SP-Fraktion Verständnis dafür, wenn Veranstalter für ihr ÖV-Angebot unterstützt werden, denn die Bevölkerung hat einen Mehrwert davon.
Veranstalter von gesellschaftlichen Anlässen wie dem Zuger Seefest oder «Rock the Docks», an welchen viele Vereine ehrenamtlich mitwirken, werden zu Recht mit Beiträgen aus dem Lotteriefonds unterstützt. Auch der EVZ bietet seit mehreren Jahren ein solches ÖV-Angebot an: Nach den Spielen können die Fans mit dem Eintrittsticket gratis nach Hause fahren. Bis und mit Saison 2009/10 wurden diese Kosten von den Zuger Gemeinden sowie den Nachbargemeinden Arth, Sins und Küssnacht übernommen. Seither finanziert der EVZ dieses Angebot selber. Nun soll der Kanton dieses ÖV-Angebot finanziell mitunterstützen.
Es ist völlig unbestritten, dass dieses Angebot viele Vorteile bringt. Zu den verkehrstechnischen und ökologischen Vorteilen kommt hinzu, dass die Sicherheit erhöht wird, wenn die Gäste nach emotional geladenen Sportspektakeln so rasch wie möglich im umliegenden Gebiet verteilt werden. Daher hat die SP-Fraktion Verständnis, wenn der Kanton 40 Prozent der Kosten für dieses ÖV-Angebot übernimmt. Wir dürfen aber nicht aus dem Auge verlieren, dass wir mit einem solchem Beitrag indirekt eine Firma, nämlich die EVZ Sport AG, unterstützen. Diese Firma hat sich in letzter Zeit lautstark darüber beschwert, dass sie einen höheren Anteil an den Sicherheitskosten für ihre Heimspiele übernehmen muss. «Das lassen wir uns nicht gefallen», sagte EVZ-Verwaltungsrat Adrian Risi Ende Februar zu mehreren Medien, als hier im Rat das neue Polizei-Organisationsgesetz verabschiedet wurde, welches dem EVZ 60 Prozent der Sicherheitskosten überbindet. Mit einer Initiative will die EVZ Sport AG zusammen mit neun weiteren Vereinen eine Grundversorgung von 24 kostenlosen Einsatzkräften erreichen. Inwieweit die dafür notwendigen Unterschriften gesammelt wurden, ist dem Votanten nicht bekannt. Sollte diese Initiative dereinst aber angenommen werden, subventioniert der Steuerzahler indirekt erneut die EVZ Sport AG. Schreibt der EVZ Gewinne, wenn ein Spieler für einen hohen Betrag an einen anderen Verein verkauft oder ein finanzkräftiger Sponsor – beispielsweise Novartis – an Land gezogen wird, profitiert aber nicht der Kanton, es profitieren vielmehr ebenfalls die Aktionäre der EVZ Sport AG.
Um nicht einen einzigen profitorientierten Verein oder eben eine Firma zu bevorzugen, wollte die SP-Fraktion, dass der Kanton grundsätzlich 40 Prozent der Kosten für das ÖV-Angebot an Grossanlässen mit über 1000 Menschen übernimmt. Damit wären auch Anlässe, welche von verschiedenen ehrenamtlichen Vereinen getragen werden, eingeschlossen gewesen. Regierungsrat Matthias Michel hat uns allerdings aufgezeigt, dass dies zu einer Verschlechterung für nichtkommerzielle Veranstaltungen führen würde. Diese können nämlich gut über den Lotteriefonds bedient werden, da dieser genügend dotiert sei. Das bestellte Zusatzangebot an Bussen wird in der Regel zu 100 Prozent vergütet. Würden wir die nichtkommerziellen Anlässe unter den Kantonsratsbeschluss stellen, würde ihre Vergütung nur noch 40 Prozent betragen. Die SP-Fraktion wird deshalb auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen, wenn auch mit Bedenken.

Für **Anna Lustenberger-Seitz** müsste der Titel dieser Gesetzesvorlage eigentlich «Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons an den EVZ» heissen, denn es profitiert nur der EVZ. Dieser Titel wäre ehrlicher, aber allenfalls kämen dann bereits Zweifel auf, ob diese Mitfinanzierung auch wirklich ganz korrekt ist. Trotzdem wird die Mehrheit der AGF eintreten und diesem Beschluss zustimmen, und zwar aus ganz einfachen Gründen: Wir finden den Busbahnhof eine gute Sache. Kinder, Jugendliche und Erwachse kommen so auf direktem Weg wieder

nach Hause. Das Angebot ist umweltfreundlich und entlastet das Hertiquartier und die Stadt Zug, da es von vielen Matchbesucher und -besucherinnen genutzt wird.
Es gibt aber auch einige Gründe, die dagegen sprechen. Der EVZ könnte die ganzen Kosten selber tragen, wie dies auch andere Clubs, zum Beispiel der SCB, tun. Dort sind Hin- und Rückfahrt im Ticket inbegriffen, und der Club übernimmt die Kosten zu 100 Prozent. Der EVZ hat genug Geld. Immerhin kann er sich leisten, zwei Lockout-Spieler aus der nordamerikanischen Profiliga NHL einzustellen, mit Versicherungssummen zwischen 50'000 und 100'000 Franken pro Monat. Der Busbahnhof bringt auch ein Mehr an Zuschauern, also mehr Einnahmen. Und wir wissen immer noch nicht sicher, ob der EVZ die Initiative betreffend Polizeikosten einreicht oder nicht. Man hört zwar munkeln, dass dies nicht geschehen soll, aber wir haben es noch nirgends schriftlich.
Muss der Staat wirklich der Privatwirtschaft unter die Arme greifen? Immer wieder hören wir ja das Argument, der Staat soll sich nicht einmischen. Aber genau auch darum kann eine Mehrheit unserer Fraktion der Übernahme von 40 Prozent der Kosten für das zusätzliche ÖV-Angebot zustimmen. Diese Lösung zeigt nämlich auf, wie Private und öffentliche Hand *gemeinsam* etwas im Interesse der Öffentlichkeit erreichen können. Erinnern wir uns doch auch bei anderen solchen Gelegenheiten wieder an dieses Beispiel.

Daniel Eichenberger hält fest, dass die SVP traditionell positiv gegenüber Anliegen des Sports und dessen Trägern eingestellt ist, im Übrigen auch gegenüber anderen Grossanlässen mit kommerziellem Charakter. Die SVP-Fraktion ist daher für Eintreten und folgt den Anträgen der beiden Kommissionen. Sie hofft auch, dass dieser Entscheid die sportlichen Leistungen und das Wettkampfglück des EVZ beflügeln möge, damit auch in Zukunft die Zugerinnen und Zuger in Scharen die entsprechenden Zusatzangebote des ÖV nutzen werden.

Philippe Camenisch ist glücklich, im Namen der FDP mitteilen zu können, dass sowohl Eintreten auf die Vorlage als auch deren Annahme unbestritten sind. Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag der Kommission einstimmig und vorbehaltlos zu. Gleiches gilt für den Antrag der Stawiko.
Mittlerweile wurde auch bekannt, dass sich die Lage rund um die verrechneten Polizeikosten und um die geplante Gesetzesinitiative zum gleichen Thema entspannt. Aus der Mitteilung der Regierung an die Fraktionen geht hervor, dass mit der Revision der Kostenersatzverordnung die Stundenansätze für polizeiliche Leistungen im Sinne der Gemeinden und Veranstalter reduziert wurden. Zudem soll seitens der Initianten auf die Einreichung einer in die ähnliche Richtung zielende Gesetzesinitiative verzichtet werden. Auf die 2. Lesung hin werden wir auch dies definitiv wissen. Das ist alles in allem eine positive Entwicklung.
Eines scheint der FDP-Fraktion noch wichtig zu sein: Die explizite Ausrichtung auf kommerzielle Anlässe ist ein zentrales Merkmal dieses Gesetzes. Das darf aber nicht dazu führen, dass bisherige Beitragsmodi für nichtkommerzielle Grossanlässe verschlechtert und die betreffenden Veranstalter schlechter als bisher gestellt werden.
Die FDP-Fraktion unterstützt – wie eingangs erwähnt – den Stawiko-Antrag bezüglich § 1 Abs. 3. Die Botschaft ist klar. Der Votant geht davon aus, dass sich die Ratsmehrheit wie die FDP positiv zu dieser Vorlage ausspricht und dankt dafür.

Martin Pfister hält fest, dass die CVP-Fraktion die Überlegungen des Regierungsrats, der Kommission für den öffentlichen Verkehr und der Stawiko zur Vorlage

teilt. Die Fraktion unterstützt grundsätzlich den vorgeschlagenen Kantonsratsbeschluss mit den von Stawiko und Kommission beantragten Änderungen in § 1.
Bekanntlich steht dieser Beschluss im Kontext mit der Einführung des neuen Vergütungssystems für Sicherheitsdienstleistungen des Kantons, das wir vor fast genau einem Jahr verabschiedet haben. Fünf Mitglieder der damaligen vorberatenden Kommission wollten dem EVZ mit ihrer Motion eine Brücke für die Akzeptanz der neuen Regelung bauen. Während den Kommissionsberatungen gingen wir noch davon aus, die Gemeinden würden sich weiterhin an den Kosten des Busbahnhofs beteiligen, was sich noch vor der Schlussabstimmung als falsch erwies. Selbstverständlich hätten wir diese Motion nicht eingereicht, wenn wir nicht auch vom Nutzen des kostenlosen Busbahnhofs nach EVZ-Spielen überzeugt gewesen wären.
Doch was geschah in der Folge? Zweifellos muss man die grossen Anstrengungen des EVZ bei der Verbesserung der Sicherheit in und um das Stadion anerkennen. Anstatt sich aber über die Reduktion der Sicherheitskosten von 100 Prozent, wie es das alte Gesetz vorsah, auf 60 Prozent zu freuen, focht die Führungsetage des Zuger Eishockey-Clubs mit der Zuger Polizei und der Sicherheitsdirektion einen juristischen Kleinkrieg um Aufgebote und Entschädigungen aus. Mit der Lancierung einer Volksinitiative und einer mehr oder weniger offenen Diffamierung der kantonalen Verantwortlichen bei Fans und in der Öffentlichkeit glaubte man, den Fünfer und das Weggli zu gewinnen. Der EVZ riskiert mit seinem Verhalten allerdings nun beides zu verlieren.
Die CVP-Fraktion kann diesem Kantonsratsbeschluss in der Schlussabstimmung nur zustimmen, wenn der EVZ vorher alle bisherigen Rechnungen des Kantons für die Sicherheitsleistungen bezahlt hat, alle Beschwerden gegen den Kanton erledigt sind und der Verein bzw. das entsprechende Komitee öffentlich erklärt hat, auf die Einreichung der angekündigten Initiative zu verzichten. Da in der zweiten Lesung nur noch über schriftlich eingereichte Anträge beraten werden kann und der Regierungsrat vor der Schlussabstimmung somit keine Möglichkeit hat, von sich aus über die Bereinigung der Streitpunkte mit dem EVZ zu berichten, stellen wir hiermit folgenden Antrag:
«Der Regierungsrat erstattet dem Kantonsrat vor der zweiten Lesung der Kantonsratsvorlage 2150 schriftlich Bericht über offene Rechnungen und Beschwerden des EVZ im Zusammenhang mit den Sicherheitsdienstleistungen des Kantons an EVZ-Spielen und über einen allfälligen Verzicht auf die Einreichung einer Volksinitiative für eine Revision des Polizei-Organisationsgesetzes, die eine Reduktion der Entschädigung von polizeilichen Leistungen zur Folge hätte.»
Die Antworten des Regierungsrats werden eine wesentliche Grundlage für den Entscheid der CVP-Fraktion sein, diesem Kantonsratsbeschluss zuzustimmen oder ihn abzulehnen. Der Votant bittet den Rat, den Antrag seiner Fraktion gutzuheissen.

Als Mitunterzeichner der entsprechenden Motion begrüsst **Daniel Stadlin** die vom Regierungsrat ausgearbeitete Vorlage. Dass es dabei vor allem um die Anlässe des EVZ geht, ist naheliegend. Nichtkommerzielle Grossanlässe werden ja bereits aus dem Lotteriefond mitfinanziert. Das zusätzliche Busangebot des EVZ bildet zwar keine Sicherheitsmassnahme gemäss Polizei-Organisationsgesetz. Nach Heimspielen die Matchbesucher mit Extrabussen und Extrazügen nach Hause zu befördern, liegt aber gleichwohl im öffentlichen Interesse, erhöht diese Massnahme doch ebenfalls die Sicherheit rund ums Stadion. Daher ist es zweifellos sinnvoll, die Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln bei EVZ-Spielen durch den Kanton zu fördern und im gleichen Umfang wie bei den eigentlichen Sicherheitsmassnahmen finanziell zu unterstützen. Die Grünliberalen werden der Vorlage in der ergänzten Fassung zustimmen.

Philip C. Brunner ging eigentlich davon aus, dass sich bei diesem Geschäft alle einigermassen einig sind. Er rechnete zwar mit etwas privatwirtschaftlicher Kritik von linker Seite, insgesamt aber doch mit einem grossen Wohlwollen gegenüber dem EVZ. Nun aber stellt Martin Pfister namens der CVP Forderungen in den Raum, die zu einem unsympathischen Kleinkrieg mit dem EVZ führen. Diesen gilt es zu vermeiden.
Es liegt nun eine Vorlage vor, und Sicherheitsdirektor Beat Villiger wird in der Lage sein, auf dieser Basis einen Konsens mit dem EVZ zu finden. Wir sollten nicht Abhängigkeiten schaffen in der Art von «Wenn ihr dies nicht tut, dann tun wir jenes nicht» und ähnlich. Es ist richtig, dass der EVZ sich wahrscheinlich nicht besonders glücklich verhalten hat, aber hier geht es um eine Massnahme auch zur Popularisierung des öffentlichen Verkehrs bei der Jugend. Wir sollten also die Emotionen zurücknehmen. Regierungsrat Villiger ist Manns genug, eine Lösung zu finden, so dass wir nicht in fast erpresserischer Art und Weise den Drohfinger gegenüber dem EVZ erheben müssen.
Im Übrigen hat auch die Stadt Zug in der Vergangenheit eine gewisse Grosszügigkeit gegenüber den EVZ gezeigt. Wir alle wissen, was das neue Stadion gekostet hat, und dass die Stadt auf Mieteinnahmen verzichtet. Es ist also nicht so, dass der Kanton der Grosszügige und der EVZ der Böse ist. Es gibt auch noch andere Mitspieler.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** wendet sich zu Beginn an die Schülerinnen und Schüler auf den Besucherbänken. Er freut sich über ihren Besuch. Wir beschäftigen uns hier mit sehr lebensnahen Themen, bei denen auch die Schülerinnen und Schüler mitreden könnten und von denen auch sie betroffen sind. Es ist – wie man heute sehen konnte – auch so, dass zuweilen länger darüber debattiert wird, wer nun ein Geschäft beraten darf. Es ist erfreulich, dass unsere Geschäfte so begehrt sind, dass sich gleich mehrere Kommissionen darum reissen.
Der Volkswirtschaftdirektor stellt mit Freude fest, dass der Rat den von der Motion angeschobenen Puck gut aufnimmt. Wir sollten diesen Puck nun langsam ins Tor bringen, bevor die Saison vorbei ist. Der Regierungsrat hat den Detailanträgen der Stawiko und der vorberatenden Kommission nichts entgegenzusetzen und ist mit beiden Änderungsvorschlägen einverstanden.
Der Regierungsrat hat schon in der Motionsantwort ziemlich genau vorgezeichnet, wie die Regelung aussehen könnte. Der Rat hat damals mit 46 zu 9 Stimmen zugestimmt, dies auch im Wissen darum, dass diese Regelung im Moment ein einziges Unternehmen betrifft und man sich fragen kann, welches hier die Aufgabe des Staates sei. Veranstalter – ob kommerziell oder nichtkommerziell – übernehmen einen Teil der öffentlichen Sicherheit im weiteren Sinne, und genau das gelten wir hier ab. Auch aus liberaler Sicht kann man der vorliegenden Regelung also zustimmen.
Die CVP will vor der 2. Lesung wissen, was genau Sache ist. Das ist verständlich, will man doch vor dem Schuss aufs Tor wissen, ob noch Störfeuer vorhanden ist oder nicht. Wie wir den Fraktionschefs mitgeteilt haben, können wir davon ausgehen, dass erstens die noch hängigen Beschwerden betreffend Polizeikosten erledigt sein werden, und dass zweitens immerhin der EVZ als einer der Initianten in Aussicht gestellt hat, die angedrohte Initiative nicht einzureichen. Gerade deshalb braucht es nun unsere Zustimmung zur 1. Lesung. Offensichtlich tagt am 3. Oktober das Initiativkomitee, und dann werden wir Genaueres wissen. Der Regierungsrat wehrt sich nicht dagegen, in einem Bericht den Stand der Dinge nochmals zu bestätigen. Vermutlich wird das aber nicht mehr sein als das, was ohnehin öffentlich bekannt sein wird. Wir werden – ohne dass hier noch über Anträge ab-

gestimmt werden muss – dem Rat vor der 2. Lesung relativ informell schriftlich bekanntgeben, wie der Stand dieser Initiative ist und ob wir bezüglich Beschwerden oder sonstigen Rechnungen im Reinen sind, immer unter Wahrung des Amtsgeheimnisses. Wir hoffen, dannzumal wirklich sagen zu können, dass der EVZ uns nichts mehr schuldet und keine Beschwerden mehr hängig sind.
Noch zu den Polizeikosten: Der Regierungsrat hat sich in der Sitzung am letzten Dienstag über die Stundenansätze unterhalten und beschlossen, die Ansätze zu reduzieren. Die geschah nicht wegen des EVZ, sondern generell, also auch gegenüber den Gemeinden. Wir haben erkannt, dass die Ansätze zum Teil etwas hoch sind, vor allem auch bei den Sicherheitsassistenten. Der EVZ profitiert jetzt natürlich auch davon, aber es war keine «Lex EVZ», sondern eine Abwägung, wie hoch die verrechneten Kosten sowohl bei der Polizei als auch bei den Sicherheitsassistenten sein sollen. Auch das scheint auf guten Boden zu fallen, sowohl bei den Gemeinden als auch beim EVZ. Auch vor diesem Hintergrund erwartet der Volkswirtschaftsdirektor, dass dieser Puck mitten in der Saison ins Tor gebracht wird.

Die **Vorsitzende** fragt Martin Pfister, ob die CVP-Fraktion auf die Antwort der Regierung hin ihren Antrag zurückziehe.

Martin Pfister hält fest, dass der Volkswirtschaftsdirektor versprochen hat, vor der 2. Lesung dem Rat schriftlich Bericht zu erstatten. Das reicht uns. Es muss also nicht über den Antrag abgestimmt werden.

➔ EINTRETENSENTSCHEID: Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
Es erfolgen keine Wortmeldungen.

§ 1 «Beitragsvoraussetzungen»

Abs. 1, Buchstabe a

Die Kommission für den öffentlichen Verkehr beantragt, die Legaldefinition wie folgt zu ändern: «Beim Grossanlass handelt es sich um eine kommerzielle Veranstaltung im Kanton Zug mit mindestens 1'000 Besucherinnen und Besuchern» (statt «um eine Veranstaltung im Kanton Zug mit mindestens 1'000 Besucherinnen und Besuchern»). Stawiko und Regierungsrat schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Abs. 1 Buchstabe c

Martin Pfister stellt namens der CVP-Fraktion den Antrag, Buchstabe c sei neu wie folgt zu formulieren: «Das Gesuch um einen Beitrag geht mindestens drei Monate vor Beginn der Grossveranstaltung oder des ersten Anlasses desselben bei der zuständigen Direktion ein» (statt «bei der zuständigen Volkswirtschaftsdirektion»). Er verweist zur Begründung auf die Debatte über das Integrationsgesetz, in

welcher darüber gesprochen wurde, künftig die zuständige Direktion nicht mehr im Gesetz festzuschreiben, sondern es dem Regierungsrat zu überlassen, welcher Direktion er die Geschäfte zuweist.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** erinnert daran, dass in der Zuger Gesetzgebung die zuständige Direktion teilweise offen gelassen, an ganz vielen Orten aber auch explizit genannt ist. Wenn es sonnenklar ist, wurde bisher die zuständige Direktion jeweils im Gesetz genannt. Das ist auch hier der Fall. Wir wollen möglichst direkte Wege auch in der Gesetzgebung und nicht einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf bei der Regierung provozieren, dass nämlich in der nächsten Fassung der Delegationsverordnung diese Aufgabe der Volkswirtschaftsdirektion zugewiesen werden muss. Die Regierung ist in klaren Fällen also für die direkte Bezeichnung der Direktion.
Im Gesamtkontext geht es hier im weiteren Sinne um ein öffentliches Verkehrsangebot. Im Gesetz über den öffentlichen Verkehr sind die Aufgaben des Kantonsrats, des Regierungsrats, der Volkswirtschaftsdirektion und des Amts für öffentlichen Verkehr im Sinne einer Hierarchie beschrieben. Die Nennung der Direktion stimmt mit dieser Hierarchie überein. Der Regierung hält aus diesen Gründen an der vorgeschlagenen Fassung fest.

➔ Der Rat stimmt mit 52 zu 20 Stimmen dem Antrag der CVP-Fraktion zu.

Abs. 2
Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abs. 3
Die Stawiko beantragt einstimmig folgende Änderung: «Extrakurse … werden dann vom Kanton unterstützt, wenn ausserkantonal erschlossene Gemeinwesen ebenfalls einen angemessenen Beitrag leisten» (statt «einen Beitrag leisten»). Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag der Stawiko einverstanden.

§ 2 «Beitragshöhe» *und* ***§ 3 «In-Kraft-Treten»***
Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Es folgt eine 2. Lesung.

TRAKTANDUM 6:

540 Postulat von Daniel Stadlin betreffend Solarkataster

Es liegen vor: Postulat (2075.1 - 13873); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2075.2 - 14136).

Daniel Stadlin dankt dem Regierungsrat für den ausführlichen Bericht. Über den Antrag, das Postulat sei erheblich zu erklären, ist er sehr zufrieden.
Wie der Bundesrat und der Nationalrat erachtet auch der Regierungsrat die Schaffung eines Solarkatasters als ein wichtiges Informationsinstrument zur Ver-

wirklichung der Ziele, zu denen er sich im Energie-Leitbild 2011 bekannt hat. Dabei hält der Regierungsrat fest, dass die technischen Voraussetzungen für die Einführung eines Solarkatasters im Kanton Zug grösstenteils bereits vorhanden sind oder demnächst geschaffen werden. Mit der Internetplattform ZugMap.ch steht ein hervorragendes Geoinformationssystem zur Verfügung, das mit geringem Aufwand mit einem Solarkataster ergänzt werden kann. Es ist sicher richtig, die Umsetzung und Einführung des Solarkatasters mit den Bestrebungen und Massnahmen des Bundes abzustimmen. Dadurch können Doppelspurigkeiten vermieden und Geld gespart werden. Es wäre natürlich interessant zu wissen, wie die dazugehörige Terminplanung aussieht. Die Absicht des Regierungsrates, im Rahmen der laufenden Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes für Solaranlagen nur noch ein Anzeigeverfahren vorzusehen, ist sehr zu begrüssen und wird die Nutzung der Solartechnologie weiter fördern. Eine wichtige Grundlage wird dabei der Solarkataster bilden. Der Votant bittet den Rat, das Postulat gemäss Antrag des Regierungsrats zu unterstützen und erheblich zu erklären.

Barbara Gysel erinnert daran, dass der Atomausstieg beschlossene Sache ist und heutzutage kaum jemand mehr um erneuerbare Energien herumkommt – hüben wie drüben. Wir brauchen aber ein ganzes Bündel von Massnahmen, um die Energiewende zu schaffen. Dazu gehört etwa die eidgenössische Stromeffizienz-Initiative, die vor rund einem Monat von Umweltverbänden lanciert wurde. Dass wir hier vor Ort das Geodatenportal ZugMap.ch nun um einen Solarkataster ergänzen können, ist für die SP-Fraktion ebenfalls sehr begrüssenswert. Nur mit vereinten Kräften und einem ganzen Set von Massnahmen werden wir imstande sein, den Anteil an erneuerbaren Energien zu steigern.
Trotz der grundsätzlichen und grossen Unterstützung der SP ein nüchterner Blick: Die SP erachtet den Solarkataster als geeignete und sinnvolle Massnahme zur Potenzialabschätzung der Sonnenenergienutzung im Kanton Zug. Er kann sich als interessantes Steuerungselement für die Politik erweisen, etwa um daraus Ziele abzuleiten. Ob sich Hauseigentümerinnen und -eigentümer aber effektiv neu zur Nutzung der Solarenergie bewegen lassen, hängt nicht nur vom Kataster ab. Wichtig bleiben beispielsweise finanzielle Anreize oder Erleichterungen im Bewilligungsverfahren.
Die SP-Fraktion unterstützt einstimmig die Erheblicherklärung des Postulates. Gleichzeitig fordert sie die Regierung auf, sich weiterhin und mit Vehemenz für die effektive Nutzung von erneuerbaren Energien einzusetzen.

Anna Lustenberger-Seitz erklärt, dass auch die AGF die Erheblicherklärung des Postulates unterstützt. Für ihre Fraktion ist es eines der zentralen Anliegen, dass von Bund, Kanton und Gemeinden, aber auch von jeder einzelnen Person alles unternommen werden muss, um vom Atomstrom wegzukommen. Die Grünen Schweiz haben auch mit den beiden zu Stande gekommenen Initiativen Atomausstieg und Grüne Wirtschaft gezeigt, wie ernst ihnen dieses Anliegen ist. Für eine klimafreundliche und atomfreie Energieversorgung muss das Potenzial der Solarenergie voll ausgeschöpft werden.
Die Abkehr von der fossilen und atomaren Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien und ihrer effizienten Nutzung hat bereits begonnen. Solarstrom, eine der wichtigen Säulen der Energiewende, ist für Private, Gemeinden und Energieversorger auch preislich interessant. Der Kanton Zug soll alles unternehmen, um erneuerbare Energien noch mehr zu fördern. Mit diesem Postulat schaffen wir eine praktische und kundenfreundliche Dienstleistung. Auch dieses kleine Puzzleteil kann bei der angestrebten Energiewende helfen und für Hausbesitzer Anreiz für eine

baldige Investition sein. Einen schonenden Umgang mit den noch vorhandenen Ressourcen sind wir den zukünftigen Generationen mehr als schuldig.

Walter Birrer stellt – gerade bei einem Blick nach draussen – fest, dass die Solarenergie zweifelsohne besser oder intensiver genutzt werden kann. Solarenergie ist sexy, und jeder, der nur schon die Förderung dieses Energiebereiches erwähnt, erhält gute Schlagzeilen. Sexy zu sein, genügt aber nicht: Wir sollten realistisch sein, auch wenn dies nicht die erhofften Sympathien einbringt.
Der vorgeschlagene Solarkataster ist eine Spielerei, denn jeder Hausbesitzer, der sich auch nur minimal mit den Himmelsrichtungen auskennt und nicht den ganzen Tag mit geschlossenen Augen im Dunkeln sitzt, weiss sehr wohl, ob eines seiner Dächer für die Solarnutzung geeignet ist oder nicht. Falls er sich tatsächlich ernsthaft für eine Solaranlage interessiert, verlässt er sich nicht auf einen Solarkataster, sondern prüft die Situation zuerst mit dem Fachmann. Wenn es dann tatsächlich um die Realisierung geht, müssen Winkel und Neigung genau berechnet werden, um ein gutes Resultat zu erhalten. Da hilft der Solarkataster nicht weiter. Viel wirkungsvoller als diese Spielerei, die übrigens auch in Fachkreisen so genannt wird, sind konkrete Massnahmen wie etwa die Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens.
Was kosten eigentlich der Unterhalt dieses Systems und seine ständige Aktualisierung? Im Kanton Zug wird viel gebaut, und die Aktualisierung der neuen Dächer müsste laufend vorgenommen werden. Beim aufgeführten Beispiel aus Wiesbaden geschieht dies mit hochauflösenden Laserscannern mittels Befliegung. Ob das ökologisch sinnvoll ist?
Gemäss Antwort des Regierungsrates ist der Bund lediglich am Prüfen der Möglichkeit, gemeinsam mit den Kantonen einen Solarkataster zu erheben. Warten wir doch das definitive Resultat ab. Voreilig in Aktivismus zu verfallen, ist absolut verfehlt. Mit diesem Kataster schaffen oder ermöglichen wir nicht eine einzige zusätzliche Solaranlage. Sparen wir deshalb das Geld für diese Spielerei.
Die SVP-Fraktion beantragt einstimmig, das Postulat nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Pirmin Frei weist darauf hin, dass Daniel Stadlin das Urheberrecht des vorliegenden Postulats nicht für sich beanspruchen kann. Auch andernorts sind entsprechende parlamentarische Vorstösse eingereicht oder flächendeckende Solarkataster bereits realisiert worden. Immerhin ist das Postulat aber gut gemeint.
Die Energiewende kommt bestimmt, auch wenn wir allenfalls unglücklich sind über die Art und Weise, wie sie eingeläutet wurde, und skeptisch, ob sie sich an den Terminplan des Bundesrats hält. Auch wir im Kanton Zug müssen einen Beitrag dafür leisten. Wir können dies auch tun, indem wir etwa – wie schon erwähnt – Bewilligungsverfahren auf ein Minimum reduzieren und dadurch Kosten senken. Nicht jedes Mittel eignet sich dazu, die Energiewende einzuläuten, oder rechtfertigt den Aufwand. Der Solarkataster, wie er angedacht ist, ist offenbar technisch machbar. Er würde eine Information liefern, aber eben nur eine, und das ist nicht genügend für den Entscheid zugunsten einer Solaranlage. Insofern ist ein Solarkataster zwar ein nettes Hilfsmittel, aber nicht mehr.
In der Bevölkerung besteht eine hohe Sensibilität für das Thema Energie im Allgemeinen und für Solarenergie im Speziellen. Wer baut oder umbaut, wird auch ohne Anstoss von aussen die Möglichkeit «Solar» prüfen. Technische Lösungen sind vorhanden, Informationsmaterial steht tonnenweise zur Verfügung, Fachpersonal wird laufend geschult – einen Solarkataster braucht es an sich nicht. Wären nicht zwei Vorstösse im eidgenössischen Parlament hängig, so müsste man

hier im Kanton diese Übung abbrechen und Postulat für nicht erheblich erklären. Aufgrund der erwähnten nationalen Situation schliesst sich CVP-Fraktion aber einstimmig dem Antrag der Regierung an, das Postulat erheblich zu erklären, eine allfällige Bundeslösung abzuwarten und Postulat als erledigt abzuschreiben.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, dankt dafür, dass die Antwort des Regierungsrats grossmehrheitlich gut aufgenommen wurde. Wie auch im Bericht steht, hat sich die Regierung im Leitbild «Energie im Kanton Zug 2011» das Ziel gesetzt, einen deutlich höheren Anteil erneuerbarer Energien zu erwirken. Ein wichtiger Teil davon ist die Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes, die verfahrensmässige Erleichterungen für Solaranlagen ermöglichen soll; die entsprechende Vorlage wurde heute an die Raumplanungskommission überwiesen. Ein weiteres Puzzleteilchen ist das vorliegende Postulat. Wir sprechen dabei von kommunalen, nicht von kantonalen Geodaten, wie das erst kürzlich im Rahmen des Geoinformationsgesetzes beraten wurde. Kommunale Daten können auf Wunsch der Gemeinden auf ZugMag.ch aufgeschaltet werden, und es ist klar, dass sich die Gemeinden auch finanziell daran beteiligen müssen. Die Votantin dankt für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

➔ Der Rat folgt mit 48 zu 16 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats, das Postulat unter Berücksichtigung der vom Bund getroffenen Entscheide und Massnahmen erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

TRAKTANDUM 7:

541 Interpellation von Thiemo Hächler betreffend gängiger Praxis bei Unterschutzstellungen der Denkmalpflege

Es liegen vor: Interpellation (1974.1 - 13553); Antwort des Regierungsrats (1974.2 - 14111).

Thiemo Hächler ist – was wohl niemanden erstaunt – mit der Antwort auf seine Interpellation keineswegs zufrieden. Es erstaunt aber sehr, dass die Beantwortung seiner Anfrage fast zwei Jahre in Anspruch nahm. Er hofft nicht, dass er mit seinen drei kurzen Fragen allzu viel Aufwand ausgelöst hat.
Tatsache ist: Die Zeit läuft, und das kantonale Amt für Denkmalpflege treibt – wie der Votant fast sagen möchte – sein Unwesen, aber sagen wir mal seine Arbeit weiter. Das mag hart klingen, aber der Votant muss die Sache nun einmal beim Namen nennen. Bereits vor bald zwei Jahren ist er zusammen mit einem Ratskollegen persönlich bei der zuständigen Regierungsrätin vorstellig geworden. Zusammen mit dem Amtsleiter hat sie sich Zeit genommen, die Angelegenheit mit uns zu diskutieren und sich über unseren Unmut informieren zu lassen. Verschiedene Zugeständnisse und scheinbare Erkenntnisse liessen uns damals auf Veränderungen hoffen. Leider blieb es bei der Hoffnung.
Zum Inhalt der Interpellation: Einerseits muss der Votant feststellen, dass die Sichtweise der Regierung, welche in der Antwort auf die Interpellation dargelegt wird, mit derjenigen vor Ort wenig bis gar nichts zu tun hat. Was die Regierung schreibt, hat weder mit dem Gebäude noch mit dem Leben und den zwingenden Bedürfnissen eines gewerbetreibenden Gastwirtes und Familienvaters sehr viel zu tun. Der Votant verzichtet darauf, objektbezogene Darstellungen und Behauptungen zu kommentieren. Es geht bei seiner Interpellation nicht um ein Einzelobjekt, sondern um denkmalpflegerische Grundsatzentscheide.

Wie die Regierung selber schreibt, ist die Verschärfung der Unterschutzstellungskriterien, welche anlässlich der letzten Gesetzesrevision beschlossen wurde, als politisches Signal zu werten. Dieses bringt unmissverständlich zum Ausdruck, dass der Rat sich gegen eine übertriebene Unterjochung durch die Denkmalpflege in unserem Kanton ausspricht. Im Weiteren schreibt der Regierungsrat, dass seiner Ansicht nach der kantonalen Denkmalkommission in Zukunft eine entscheidende Rolle zukomme und jede Unterschutzstellung eine ermessensweise Beurteilung verlange. Das ist richtig. Nur berücksichtigt erstens eine ausgewogene Beurteilung die Interessen beider involvierten Parteien. Und zweitens kann eine ermessensweise Beurteilung durch die Denkmalkommission nach Meinung des Votanten gar nicht stattfinden, da sich das Interesse und der Wille dieser Kommission bereits aus ihrer Aufgabe ergeben. Genau dafür, nämlich für die ermessensweise Beurteilung, ist der Regierungsrat da. Wenn beide Seiten einer Beurteilung auf dem Tisch liegen, Fakten geprüft sind und die Tragweite eines Beschlusses abgeschätzt werden kann, dann kann der Regierungsrat in seiner politischen Zusammensetzung einen ausgewogenen und angemessenen Entscheid fällen. Dass sich der Regierungsrat in dieser ureigenen Aufgabe durch eine Kommission bevormunden lässt, kann und will der Votant nicht verstehen. Wenn es nun inskünftig so ist, dass die Denkmalkommission eine derart starke Position bezüglich weitreichender Entscheide bezieht, dann ist es nicht nur wichtig, sondern geradezu unerlässlich, diese Kommission aufzulösen und neu zusammenzusetzen. Da sie mit ihrer Entscheidungsstärke faktisch die Rolle des gewählten Regierungsrates übernimmt, muss sie im Sinne des Souveräns entsprechend den Fraktionsstärken zusammengesetzt sein.

Der Votant kommt nun zu jenem Teil der Interpellationsantwort, der ihn viel mehr beschäftigt als der ein Einzelobjekt betreffende inhaltliche Teil. Er ist – vermutlich nicht als Einziger – bisher davon ausgegangen, dass die zwei Räte, welche sich hier im Saal befinden, respektvoll und ehrlich miteinander umgehen. An Abmachungen hält man sich, und Aufträge sind zu erfüllen. Es ist nicht das erste Mal, dass der Votant in seiner naiven Haltung enttäuscht wird. Es hat auch schon früher Wahl- und Abstimmungsprozedere gegeben, welche ihn erstaunt und eines Besseren belehrt haben. Die Dimension aber, wie sich die Regierung hier über einen der wichtigsten Punkte in der Kommissionsarbeit und auch in der Ratsdebatte hinwegsetzt, erstaunt den Votanten doch sehr, macht ihn wütend und unsicher. In der Kommission wurde sehr lange darüber verhandelt, ob eine Unterschutzstellung gegen den Willen des Eigentümers möglich sein soll oder nicht, ob der Regierungsrat dieses Instrument braucht oder nicht. Im Kommissionsbericht steht: «Gegen den expliziten Willen der Eigentümerschaft ist seit 2001 noch ein einziges Objekt unter Schutz gestellt worden. Innerhalb des ganzen Zeitraumes seit 1991 ist Stefan Hochuli ein einziger Fall bekannt, wo das Verwaltungsgericht gegen den Willen einer Gemeinde eine Unterschutzstellung vorgenommen hat. Das zeigt deutlich, dass das 'Schreckensgespenst Denkmalpflege' doch etwas relativiert werden muss.» Dies sei die gängige Praxis, und an dieser werde man auch nichts ändern. Es wurde uns erklärt, dass im Extremfall – und nur dann – zur Erreichung eines Entscheides die Möglichkeit bestehen sollte, eine Unterschutzstellung auch ohne Zustimmung des Eigentümers durchsetzen zu können. Erst nach einer langen Diskussion und Erklärungen bezüglich Handlungsfähigkeit im Extremfall hat die Kommission zugestimmt, dass im Gesetzestext nicht stehen muss, eine Unterschutzstellung gegen den Willen des Eigentümers sei nicht möglich. Auch in anderen Kommissionen – beispielsweise zu Sicherheitsvorlagen Polizeigesetz und Polizei-Organisationsgesetz – hat sich der Votant als Kommissionsmitglied schon von einer vernünftigen Begründung leiten lassen. Der Wille der Kommission wird in

solchen Fällen protokolliert und sei auch für später in den Materialien festgehalten. So wird uns verkauft, dass eine sinnvolle Massnahme vielleicht nicht im Gesetz Einzug hält, aber dennoch im Sinne der Kommissionsarbeit umgesetzt werde. So beschliessen wir die Ergebnisse der Kommissionsarbeit, tragen diese in die Fraktionen, empfehlen unseren Parteikollegen zuzustimmen, und so wird es dann im Rat auch beschlossen.
Trotzdem muss der Votant feststellen, dass seit dem In-Kraft-Treten des neuen Gesetzes offensichtlich Unterschutzstellungen gegen den Willen der Eigentümerschaft durchgesetzt werden. Und nun lesen wir in der Antwort auf die Interpellation: «Der Regierungsrat und die Direktion des Innern haben die Praxis der Unterschutzstellung entsprechend angepasst und stehen zu dieser Praxis.» So stellt sich das der Votant nicht vor. Die Vorgaben durch die Kommission waren klar, sie sind in den Materialien festgeschrieben und gelten auch für die Direktion des Innern.
Unterschwellig wird dem Votanten vorgeworfen, er habe mit seiner Interpellation das Kommissionsgeheimnis verletzt. Interessanterweise konnte man ihm auch bei der Staatskanzlei nicht eine abschliessende Antwort auf die diesbezügliche Anfrage geben. Seine Meinung zum Kommissionsgeheimnis war und ist bisher diejenige, dass das Amtsgeheimnis so lange gilt, wie die Kommission besteht. Wenn aber der Rat das Geschäft behandelt hat und entsprechende Aufträge erteilt sind, erlischt die Aufgabe der Kommission. Und dann ist es eben in den Materialien niedergeschrieben. Wenn diese – sei es im Beschwerdefall, bei einem Gerichtsfall oder anlässlich einer weiteren Behandlung durch den Rat – nicht beigezogen werden könnten, dann können wir ab sofort auf den Verweis auf die Materialien verzichten. Dann haben wir aber eine andere Aufgabe bei künftigen Kommissionsarbeiten. Wir dürfen dann nur noch glauben und akzeptieren, was wortwörtlich im Gesetzestext abgebildet ist, und sonst gar nichts. Wenn wir beispielsweise in der Tiefbaukommission tagen, dann sitzen neben mir auch Kantonsratsmitglieder von der linken Ratsseite. Obwohl diese nicht leidenschaftliche Autofahrer zu sein scheinen, arbeiten sie aktiv mit und tragen mit ihren Voten und Rückfragen viel zum Resultat der Kommissionsarbeit bei. Der Votant schätzt ihre Mitarbeit und ihre völlig andere Sichtweise durchaus. Oftmals würde ein Anliegen von der Ratslinken in der Kommission vielleicht keine Mehrheit finden, und trotzdem dankt der zuständige Regierungsrat für den Hinweis und versichert, diesen aufzunehmen und in die weitere Planung einfliessen zu lassen. Darauf verlassen wir uns, und darauf sind wir auch angewiesen. Den gleichen respektvollen Umgang und die Bearbeitung ihrer Aufgaben erwartet der Votant aber auch von der Direktion des Innern.
Wir wissen nun, dass sich das Amt für Denkmalpflege nicht am Willen der vorberatenden Kommission orientiert. Was die politische Reaktion auf diese Erkenntnis ist, bleibt abzuwarten. Die Interpellationsantwort macht den Votanten unglücklich. Er ist nun wirklich nicht ein Kind von Traurigkeit, aber wenn Verlässlichkeit und Ehrlichkeit nicht mehr als Grundlage für unsere politische Tätigkeit dienen dürfen, dann weiss er nicht, wie er sich künftig verhalten soll. Es wird sicher nicht einfacher. Er dankt für die Aufmerksamkeit – und freut sich auf einen gemütlichen Nachmittag.

Esther Haas weist darauf hin, dass das Gasthaus Ochsen das historische Dorfbild von Oberägeri prägt und für viele ein Stück Heimat ist. Ein Abriss dieses Gebäudes schlüge eine tiefe Wunde ins Dorf und in die Seele vieler Oberägerinnen und Oberägerer. Darum will auch der Gemeinderat Oberägeri dieses Haus schützen. Die AGF unterstützt den Gemeinderat Oberägeri, der gegen den Abriss des Ochsen ist. Auch die Bevölkerung würde eine Zerstörung von Ochsen und Dorfbild kaum gutheissen.

Die Eigentümer mussten mit einer Unterschutzstellung rechnen, da sie das Gebäude im Wissen kauften, dass dieses im Inventar der schützenswerten Objekte ist. Die polemische Frage des Interpellanten, ob die Regierung es begrüsse, Hauseigentümer in wirtschaftliche Misslage zu bringen, hat die Regierung sachlich beantwortet, indem sie aufzeigt, dass Unterschutzstellungen keine finanziellen Nachteile haben und dass eine wirtschaftliche Nutzung sowie ein Umbau möglich sind. Im Gegenteil: Nach einem Abriss wären Vorschriften zu Baulinien und -abständen einzuhalten, die zu Einschränkungen und Verlusten führen können. Auch könnte die Eigentümerschaft bei der Renovation des jetzigen Gebäudes mit einem beträchtlichen Unterstützungsbeitrag der öffentlichen Hand rechnen. Gut beratene Eigentümer ziehen dies alles Betracht.
Nochmals: Der Gemeinderat Oberägeri, die Denkmalpflege und die Regierung tun das einzig Richtige, wenn sie bedeutende historische Bauten langfristig schützen und nicht ganze Dörfer dem kurzfristigen Profitdenken opfern und schleifen lassen. Bauten wie der Ochsen sind wichtig für die Identifikation mit der Heimat für die heutige Bevölkerung und für künftige Generationen.
Und noch eine allgemeine Bemerkung zur Interpellation respektive zu Ehrlichkeit und Transparenz: Thiemo Hächler ist als Berater auf der Lohnliste der Eigentümer des Ochsen. Wir alle vertreten hier im Rat gewisse Grundwerte, Bevölkerungsgruppen und Interessen. Doch so unverhohlen wie mit dieser Interpellation hat wohl noch selten jemand private wirtschaftliche Interessen in den Rat getragen, ohne sie offenzulegen.

Philip C. Brunner ist namens der SVP-Fraktion und im Gegensatz zur AGF dem Interpellanten sehr dankbar, dass er dieses Thema aufgegriffen hat. Er selber hat oder vertritt in Oberägeri keine Interessen.
«Denk mal nach!» – und dann muss jeder sehen, dass es hier um etwas ganz Wichtiges geht, nämlich um das Eigentum. Dieses ist auch staatspolitisch wichtig, gibt es doch – neben Heimatliebe und Identifikation – unserem Land auch Stabilität. Es ist tatsächlich so, dass weit über den Ochsen hinaus Besitzer von Liegenschaften in unserem Kanton sehr beunruhigt sind über gewisse Tendenzen. Die Eigentümer sind aufgefordert selbstverantwortlich zu handeln, und der Staat soll bitte – das geht an die Direktion des Innern – Mass halten und Vernunft walten lassen. Wenn das Vertrauen in die Behörden verlorengeht, dann haben wir sehr schwierige Verhältnisse. Wenn dieses Vertrauen – wie in einem Fall in der Stadt Zug eben erlebt – fehlt und gewisse Kreise Fundamentalopposition machen, dann ist das für alle Seiten schlecht. Die in der Interpellation aufgegriffene Dimension ist wichtig. Selbstverständlich geht es nicht darum, alles einfach den Eigentümern zu überlassen. Treibt es aber bitte nicht zu weit, beachtet die Verhältnismässigkeit und legt vor allem diese eigentumsfeindliche Haltung ab, die in verschiedener Hinsicht durchschimmert.
Die SVP-Fraktion teilt die Forderung des Interpellanten bezüglich Denkmalkommission. Gerade wenn es um heikle Entscheide geht, sollten nicht sogenannte Fachleute zum Zug kommen. Wir sind in der Politik im Milizsystem durchaus in der Lage, eben diese Vernunft walten zu lassen und durchzusetzen.

Manuel Brandenberg ist froh, dass es in diesem Rat auch Personen gibt, die private und nicht staatliche Auftraggeber haben.

Bezüglich eines respektvollen und ehrlichen Umgangs miteinander verweist die Direktorin des Innern **Manuela Weichelt-Picard** auf § 45 der Geschäftsordnung des Kantonsrats, nach welchem Mitglieder des Kantonsrats ihre Interessen-

bindungen bekanntgeben müssen. Der Interpellant hat das unterlassen und bis heute dem Kantonsrat nicht angemeldet, dass seine persönlichen Interessen unmittelbar von der Interpellation bzw. vom Unterschutzstellungsverfahren betreffend die Liegenschaft Gasthaus Ochsen in Oberägeri berührt sind. Er ist beratender Architekt der Eigentümerschaft. Respektvoller und ehrlicher Umgang miteinander würde bedeuten, dass eine solche Interessenbindung nicht im Nachhinein vom Regierungsrat oder einem anderen Ratsmitglied offengelegt werden muss. Es geht hier nicht darum, ob jemand in der Privatwirtschaft tätig ist oder nicht. Es geht lediglich darum, seine Interesse zu deklarieren. Danach ist es durchaus legitim, Fragen zu stellen.

Denkmalpflege und die Erhaltung auch alter Häuser hat viel mit unserer Kultur und Geschichte zu tun. Viele von uns sind sehr stolz, wenn sie Touristinnen und Touristen unsere Altstadt und schöne alte Häuser zeigen können. Der Kanton Zug stellt keineswegs übertrieben Häuser unter Denkmalschutz. Wir haben einen geschützten Bestand von rund 1,8 Prozent sämtlicher Gebäude im Kanton, was verglichen mit anderen Kantonen ein kleiner Bestand ist. Gab es Beschwerden gegen eine Unterschutzstellung, so wurden diese vom Verwaltungsgericht jeweils abgewiesen, was wir auch dahingehend werten, dass die Praxis der Denkmalpflege und des Regierungsrats gestützt wird. Das Verwaltungsgericht hat die Anwendung des Gesetzes als korrekt bezeichnet.

Bezüglich Kommissionsgeheimnis hat die Regierung lediglich darauf hingewiesen, dass sie nicht weitere Protokollstellen zitieren könne, da die betreffenden Protokolle nicht öffentlich seien. Die Regierung hat in ihrer Antwort aber verschiedene Berichte und Anträge zitiert. So hat sie in ihrem Bericht und Antrag zur damaligen Gesetzesrevision klar festgehalten, dass trotz der höheren Anforderungen eine Unterschutzstellung bei triftigen Gründen weiterhin auch gegen den Willen der Grundeigentümer erfolgen kann. Die vorberatende Kommission hat damals auch festgehalten, dass den erhöhten Anforderungen ganz speziell in denjenigen Fällen Bedeutung zukommt, in denen die Eigentümerschaft und die Standortgemeinde gegen eine Unterschutzstellung sind. Im vorliegenden Fall möchte die Gemeinde die Unterschutzstellung.

Die Praxis bezüglich der Unterschutzstellung wurde angepasst, das zeigen auch die Verwaltungsgerichtsentscheide. Die vom Interpellanten kritisierte Denkmalkommission ist im Gesetz geregelt. Dort ist auch festgehalten, dass Vertreter der Gemeinden, des Hauseigentümerverbands, des Bauernverbands, der historischen Vereine und des Heimatschutzes in der Kommission Einsitz nehmen. Es kommt in dieser Kommission also eine ganze Palette von verschiedenen Interessen zusammen. Die Kommission macht sich die Entscheide nicht leicht, sie nimmt sehr viele Augenscheine vor und geht in die Häuser hinein. Aufgaben und Funktion der Denkmalkommission entspringen nicht der Willkür eines Amtes, einer Direktion oder des Regierungsrats, sondern sind im Gesetz geregelt.

Seit der Erhöhung der Anforderungen zur Unterschutzstellung wurden zahlreiche Liegenschaften aus dem Inventar schützenswerter Objekte entlassen und damit gerade nicht unter Schutz gestellt. Auch das ist ein Beweis für die Veränderung der Praxis. Zum vorliegenden Fall, zur Liegenschaft Ochsen in Oberägeri, hat der Regierungsrat ausgeführt, dass die Eigentümerschaft sehr oft auch von einer Unterschutzstellung profitiert, unter anderem dank der Bestandesgarantie. So muss das geschützte Denkmal im Gegensatz zu einem Ersatzbau allfällige Baulinien und Abstandsvorschriften nicht respektieren, was in vielen Fällen einen grossen ökonomischen Vorteil für die Eigentümerschaft darstellt. Im Falle des Ochsen in Oberägeri wurde der Eigentümerschaft aus Steuergeldern sogar eine Nutzungsstudie finanziert, um aufzuzeigen, was mit dieser Liegenschaft gemacht werden kann.

Auch wurde der Schutzumfang sehr genau festgehalten, so dass die Eigentümerschaft mit dieser Liegenschaft Diverses machen kann. Festzuhalten bleibt auch nochmals, dass die betreffende Eigentümerschaft das Gasthaus Ochsen in Kenntnis davon gekauft hat, dass dieses Gebäude im Inventar der schützenswerten Denkmäler enthalten ist.

Weil er sich nachträglich zu seiner Interessenbindung äussern will, erhält **Thiemo Hächler** ausnahmsweise nochmals das Wort. Denkmalpflege ist für den Votanten – wie unschwer zu bemerken ist – eine Angelegenheit, die ihn aufregt und erregt. Auf diesem Hintergrund hat er es unterlassen, seine Interessenbindung offenzulegen. Er entschuldigt sich für diesen Fauxpas, er tut ihm leid. Er ist Berater und Planer für die Eigentümerfamilie Soldner, welcher das Gasthaus Ochsen gehört. Das hat aber nichts mit dem zu tun, wonach er in seiner Interpellation gefragt hat, nämlich nach der gängigen Praxis der Denkmalpflege. Das wurde hier gut und ausführlich beantwortet, wenn auch nicht im Sinne des Votanten. Das Gasthaus Ochsen ist als Beispiel dafür aufgeführt, wie sich die Direktion des Innern verhalten hat. Es geht in der Interpellation bis auf ganz wenige Worte nicht um dieses Objekt, sondern um die Praxis der Unterschutzstellungen.

Die **Vorsitzende** hofft, dass Eigentümer, seien es Private oder die öffentliche Hand, gleich behandelt werden. Sie bedauert immer noch den Rückbau des Hauses im Roost, welches der Stadt Zug gehörte. Es wäre das älteste Haus im Ballenberg gewesen, wurde aber vor zwei Jahren abgerissen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis. Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

TRAKTANDUM 8:

542 Interpellation von Zari Dzaferi betreffend der Einführung der überarbeiteten Zeugnisse im Schuljahr 2011/12

Es liegen vor: Interpellation (2111.1 - 13984); Antwort des Regierungsrats (2111.2 - 14085).

Zari Dzaferi legt zunächst gerne seine Interessensbindungen offen. Er unterrichtet als Sekundarlehrer im Kanton Zug und arbeite mit dem neuen Beurteilungsinstrument. Er bedankt sich beim zuständigen Regierungsrat für die Beantwortung seiner Interpellation, will jedoch klar gesagt haben, dass er bei der Beantwortung seiner Fragen von der Regierung deutlich mehr erwartet hätte. Die Interpellationsantwort ist aus seiner Sicht nämlich sehr schönrednerisch und ohne empirische Hintergründe, etwa Umfragen und so weiter, ausgefallen. Um das an einem Beispiel zu illustrieren: In der Frage 4 («Wie viel Zeit wird für das seriöse Ausfüllen des neuen Beobachtungs- und Beurteilungsbogens gerechnet?») fragt der Interpellant explizit nach einer Zeiteinheit, einem quantitativen Wert, wobei er auch mit einem Richtwert zufrieden gewesen wäre. Die Regierung antwortet folgendermassen: «Es gehört zu den Kernaufgaben der Lehrpersonen, Lern- und Leistungsprozesse professionell zu gestalten und die erbrachten Leistungen und Lernfortschritte zu beurteilen. Der zeitliche Aufwand zur Beobachtung und Beurteilung der Schülerinnen und Schüler ist Teil ihres Berufsauftrages und in der Gesamtarbeitszeit eingerechnet.»
War das nicht auch schon früher so, nämlich damals, als unser Kanton noch weniger aussagekräftige Zeugnisse hatte? Damals mussten Lehrpersonen lediglich das «Arbeitsverhalten» und das «Verhalten in der Gemeinschaft» bewerten. Wenn sich

der Votant an seine Sekundarschulzeit erinnert, dann sah dies folgendermassen aus: Hatte man beispielsweise mehr als sechs Mal in einem Semester die Hausaufgaben vergessen, gab es ein «Befriedigend» im «Arbeitsverhalten». Hatte man die Hausaufgaben über neun Mal vergessen, gab es ein «Unbefriedigend». Bei fünf und weniger Einträgen gab es ein «Gut». Das heutige Zeugnis unterscheidet zwischen Lern-, Sozial- und Selbstkompetenzen. Die Lehrperson muss zu jedem dieser Kompetenzfelder sechs Unterkategorien bewerten, wobei sie von einem Plus-plus («++») bis zu einem Minus-minus («--») aus vier Kategorien auswählen kann. Der Votant stimmt daher der Regierung zu, dass das neue Zeugnis individueller auf die Lernenden eingeht als das vorherige. Die Bewertung von Arbeits-, Selbst- und Sozialkompetenz gibt ein breiteres Bild ab. Sicher stimmen aber alle Anwesenden zu, dass der damit verbundene Aufwand – sei dies für Administration oder qualitative Beobachtungen – bedeutend grösser sein muss. Die Lehrperson beschäftigt sich nämlich noch vertiefter mit der Beurteilung des Kindes und bewertet für das Zeugnis achtzehn Unterkriterien, welche schliesslich in die drei Kompetenzfelder münden. Damit sagen Lehrpersonen mehr über ihre Lernenden aus als «Gut» im «Arbeitsverhalten» oder «Befriedigend» beim «Verhalten in der Gemeinschaft».
Hinzu kommt, dass die Lehrpersonen ihre Bewertungen – und dies absolut zu Recht – auch vor kritischen Eltern mit entsprechenden Beobachtungen und Belegstücken transparent machen sollen. Ein Kollege des Votanten musste sich erst kürzlich in einem langen Elterngespräch rechtfertigen, warum die Tochter beim Kriterium «Organisiert Arbeiten sinnvoll» nur ein Plus («+») und nicht ein Plus-plus («++») erhalten hat; ihre Kollegin bei einem anderen Lehrer habe für die gleiche Leistung nämlich ein Plus-plus erhalten. Dass dieses Elterngespräch etwas länger gedauert hat, kann man sich gut vorstellen. Die Regierung schreibt hingegen – und genau deshalb spricht der Votant von Schönrednerei –, dass die neue Beurteilung gemäss «Beurteilen und Fördern» (B&F) mit dem bisherigen Aufwand für die Beurteilung der Rubriken «Arbeitsverhalten» und «Verhalten in der Gemeinschaft» vergleichbar sei. Der Votant ersucht den Bildungsdirektor dringend zu erklären, wie er zu diesem Schluss kommt. Wurden Erhebungen oder Umfragen durchgeführt, die zu diesen Resultaten führten? Wurden also Lehrpersonen explizit zum Aufwand von früher und zum Aufwand von heute befragt? Für diese Aussage hätte man nämlich einen Ist-Zustand ermitteln und diesen mit dem Jetzt-Zustand vergleichen sollen.
Auch schreibt die Regierung, dass sämtliche Fachlehrpersonen ebenfalls die gesamten Beurteilungsbogen für alle Lernenden auszufüllen haben. Eine Fachlehrperson mit acht Klassen muss jetzt also bei rund 150 Lernenden jeden Fragebogen einzeln ausfüllen. Das war früher nicht so. Wie viel Zeit bräuchte man, um die zahlreichen Unterkriterien zu bewerten, die dann letztendlich in den Lernstand in den entsprechenden Kompetenzfeldern münden? Pro Kompetenzfeld sind es zwölf Unterkriterien, pro Beurteilungsbogen also sage und schreibe 48 Unterkriterien. Es gäbe also für eine solche Fachlehrperson mit rund 150 Lernenden gegen 7200 Kriterien zu bewerten. Dieses fiktive Beispiel zeigt auf, dass der Aufwand gegenüber früher bedeutend grösser ist. In welchem Zeitfenster soll dies erledigt werden – und zwar nicht einfach nur so, sondern professionell? Die Beurteilung sollte ja wirklich etwas über die Lernenden aussagen.
Im Rahmenkonzept «Gute Schulen. Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» steht: «Die wichtigste Ressource jeder Schule sind kompetente, motivierte und gesunde Lehrerinnen und Lehrer». Sofern es der Direktion für Bildung und Kultur nicht gelingt, Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Lehrpersonen entlasten, ist die Aussage betreffend gesunde Lehrpersonen ein Hohn. Zumal

allgemein bekannt ist, dass Lehrpersonen heute ein immer breiteres Aufgabenfeld abdecken müssen.
Mit dem neuen Zeugnis ist wiederum eine Aufgabe ausgiebig ausgedehnt worden. Nun müssen wir uns dringend fragen, ob mit dieser Ausdehnung die Gesamtarbeitszeit der Lehrpersonen von rund 1940 Jahresstunden angestiegen ist, ob also noch mehr Arbeitsstunden verlangt werden, oder ob die Lehrpersonen irgendwo Abstriche machen müssen, sei dies bei der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts oder etwa bei der Schulentwicklung.
Bezüglich der Einführung des neuen Beurteilungskonzeptes hat der Votant mit mehreren Lehrpersonen aus verschiedenen Schulgemeinden diskutiert und herausgefunden, dass die neue Beurteilungsform je nach Gemeinde und zum Teil sogar je nach Schulhaus anders gehandhabt wird. Dabei schreibt die Regierung in der Interpellationsantwort explizit: «Ziel von "Beurteilen und Fördern" ist die kantonsweit einheitliche Anwendung der Grundsätze und die damit verbundene Beurteilungsqualität.» Zwar wurde den Lehrpersonen eine Anleitung abgegeben. Informiert ist aber nicht instruiert. Eine eigentliche Schulung, in welcher alle Lehrpersonen des Kantons auf das neue Zeugnis praktisch eingeschult wurden, hat nicht stattgefunden. Und so hat jede Gemeinde eine eigene Interpretation und Vorgehensweise, um mit dem neuen Beurteilungsinstrument zu arbeiten. Dies kann auch gut sein, denn jedes Schulhaus hat ja eine eigene Schulhauskultur. Wenn die Zeugnisse aber kantonsweit einheitlich sein sollten, dann müsste man die Kriterien aber trotzdem mehr oder weniger gleich beurteilen. Ansonsten sind sie für Wirtschaft und Gewerbe nutzlos. Es stellt sich auch die Frage, wie der Gewerbeverband mit der Endform dieses neuen Zeugnisses einverstanden ist. Wird die Bewertung dieser Kompetenzfelder von Lehrbetrieben auch wirklich mehr genutzt als vorher und für eine allfällige Anstellung auch berücksichtigt?
Der Votant möchte aber unmissverständlich gesagt habe, dass er es wichtig findet, dass eine Lehrperson mehr über seine Schülerinnen und Schüler aussagen kann. Es macht ihm deshalb auch nichts aus, dass er seine Lernenden noch genauer beobachten soll und dementsprechend mehr Zeit dafür aufwendet. Allerdings muss hier auch erwähnt werden, dass Lehrpersonen für solche Reformen auch mehr Ressourcen brauchen. Man kann nämlich nicht einfach B&F hinschreiben und meinen, jetzt sei alles einfach genial. Es braucht vielmehr zeitliche Mittel, um anspruchsvollere Bewertungsvorgaben auch seriös und professionell umzusetzen. Ein Vollpensum auf der Sekundarschule beinhaltet seit über dreissig Jahren die gleiche Anzahl Wochenlektionen. Der zeitliche Aufwand für Schulentwicklung, Elternarbeit sowie Administration sind in dieser Zeit durchs Band gestiegen.
Der Votant verfolgt die Bildungspolitik seit mehreren Jahren und stellt immer wieder fest, dass man oftmals auf Papier supertolle Konzepte ausarbeitet, welche die Schulqualität verbessern können. Meistens lässt man sich dann allerdings zu wenig Zeit, um solche Reformen passend einzuführen und einwirken zu lassen. Und noch viel wichtiger: Man gewährt keine zusätzlichen Ressourcen, damit ein neues Konzept auch in der Praxis professionell umgesetzt werden kann. Wenn man zusätzliche Arbeiten in der gleichen Zeitspanne zu erledigen hat, dann wird notgedrungen immer irgendwo die Qualität Einbussen erleiden. Dies ist in jedem Beruf so, von der Bauwirtschaft über die Gastronomie bis hin zum Schulwesen.
Wenn der Bildungsdirektor die Ansicht nicht teilt, dass das neue Zeugnis zwar individueller auf die Lernenden eingeht und mehr über sie aussagt, deshalb aber auch aufwändiger ist, dann soll er den Votanten vom Gegenteil überzeugen. Dafür könnte er beispielsweise von der Umfragesoftware IQES, welche der Kanton für recht viel Geld für solche Erhebungen angeschafft hat, Gebrauch machen und sämtliche Zuger Lehrpersonen dazu befragen.

Der Votant dankt seinen Ratskollegen und -kolleginnen für ihre Geduld bei diesem für ihn ungewöhnlich langen Votum und freut sich auf eine Stellungnahme des zuständigen Regierungsrates zu seinen Rückfragen und Anmerkungen.

Vroni Straub-Müller spricht namens der AGF. Als Schulpräsidentin der Stadtschulen Zug hat die Einführung der überarbeiteten Zeugnisse im Rahmen ihrer Tätigkeit begleitet. Nach zwei Durchgängen mit dem neuen Zeugnis kann heute gesagt werden, dass sich die städtischen Lehrpersonen mit den neuen kantonalen Beobachtungs- und Beurteilungsunterlagen zurechtfinden. Das neue Zeugnis hat sich eingespielt. Es gab aber beträchtliche Anfangsschwierigkeiten. Mit Sicherheit wurde das Einführungsprozedere vom Kanton unterschätzt. Die Einführungszeit war eindeutig zu kurz bemessen, was Unmut erzeugte: Reaktion statt Aktion, auch aufgrund des Top-down-Entscheides des Amts für gemeindliche Schulen.
Die Stadtschulen Zug haben zum besseren Verständnis zusätzliche Unterlagen für die Lehrpersonen und die Eltern geschaffen bzw. schaffen müssen. Die Beurteilung der überfachlichen Kompetenzen hat einige Fragen aufgeworfen. Es brauchte Rücksprachen mit der Schulaufsicht und mit anderen Gemeinden im Kanton.
Nach der Einschätzung der Votantin nützen die Änderungen im Zeugnis den Bedürfnissen der Wirtschaft respektive den Lehrmeistern. Die verantwortlichen Personen aus Wirtschaft und Gewerbe müssen sich in Zukunft aber genügend Zeit nehmen, die neuen Zeugnisse richtig zu lesen. Nebst den Leistungsnoten in den Fachkompetenzen sollen auch die Beurteilungen in den Lern-, Sozial- und Selbstkompetenzen gebührend Beachtung finden. Die Lehrpersonen jedenfalls sind bereit, den beträchtlichen Mehraufwand für die seriöse Beobachtung und Beurteilung der Schülerinnen und Schüler zu leisten.

Silvan Hotz ist Präsident des Zuger Gewerbeverbandes. Der Interpellant hat unter anderem gefragt, ob denn das Gewerbe die neuen Zeugnisse auch tatsächlich gebrauche. Er hat Zahlen präsentiert, nach denen die Bewertung schwieriger geworden sei und viel mehr Zeit koste. Wir gehen davon aus, dass die neuen Zeugnisse nach wie vor kompetent und richtig ausgefüllt werden. Es ist schade, dass es – wenn die Behauptung stimmt – in jeder Gemeinde oder gar in jedem Schulhaus eine andere Praxis gibt. Ob sich jede Lehrperson auf dasselbe Niveau eichen lässt, ist schwierig zu sagen. Der Interpellant hat auch kritische Eltern in Frage gestellt. Aber wollen wir nicht gerade Eltern, die sich für ihre Kinder einsetzen und sich für deren Bildung interessieren?
In unserem Betrieb werden die neuen, fachübergreifenden Kompetenzen genau angeschaut. Wir wollen wissen, wo der Schüler in der Lern-, Selbst- und vor allem in der Sozialkompetenz steht. Spätestens beim ersten Minus werden Fragen gestellt, entweder – dies leider noch zu wenig – gegenüber der Lehrperson, sicher aber gegenüber den Lernenden bzw. Bewerbenden. Probleme in der Lern-, Selbst- oder Sozialkompetenz, die sich in der Schule zeigen, haben wir nachher auch im Lehrbetrieb.
Wirtschaft und Gewerbe durften ihre Anregungen für das neue Zeugnis mit einbringen, und zum Teil wurden diese auch umgesetzt. Wir stehen hinter dem neuen Zeugnis. Wir schauen die Zeugnisse genau an, auch die überfachlichen Kompetenzen.

Zari Dzaferi merkt an, dass zu Recht genauer hingeschaut wird, wenn irgendwo ein Minus angebracht ist. Ein Minus bedeutet aber, dass etwas «Teilweise erreicht» ist. Ein Schüler, der sonst gut ist, sich im betreffenden Bereich aber noch verbessern kann, erhält ein Minus. Es ist den Eltern oft schwierig zu erklären, dass ein Minus durchaus in Ordnung ist, dass hier aber etwas noch besser werden kann.

Das ist ein Beispiel dafür, was in der Schule gedacht wird und wie dasselbe dann in der Wirtschaft aufgenommen wird.
Der Votant hat kritische Eltern nicht hinterfragt. Er hat nur angemerkt, dass solche Gespräche auch länger dauern können, weil hier auch viel Subjektivität mitspielt.

Beni Riedi ist etwas erstaunt über die Diskussion. Der Interpellant hat sich dieses Jahr im Abstimmungskampf vehement für Beurteilungsgespräche ausgesprochen. Die Zuger Bevölkerung hat sich für das transparente Notensystem entschieden. Der Votant ist nun ein wenig irritiert, weil im Abstimmungskampf sehr betont wurde, dass diese Gespräche ein riesiger Vorteil sind.

Eusebius Spescha gehört auch zu denen, die sich in der Abstimmungskampagne für die Beurteilungsgespräche eingesetzt haben. Die Interpellation wird jetzt in eine falsche Ecke abgedrängt. Es geht nicht darum, die neue Form der Beurteilungs- und Fördergespräche schlecht zu machen – ganz im Gegenteil: Die differenzierten Beurteilungen sind ein richtiger Weg. Wenn aber wirklich Qualität gefordert ist, dann braucht es einen Zusatzaufwand. Niemand kann genauere und differenziertere Beurteilungen fordern und gleichzeitig sagen, man solle das locker so abwickeln wie bisher. Differenzierte Beurteilungsformen bedeuten – das ist die Aussage der Interpellation – auch ein Mehr an Zeit und Aufwand.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** geht zuerst auf die Frage nach dem konkreten Zeitbedarf ein. Der Interpellant hat in seinen Ausführungen die Antwort grösstenteils schon gegeben. Es gibt für Lehrpersonen eine Gesamtarbeitszeit von rund 1940 Stunden pro Jahr. 39 mal 28–30 Lektionen à 45 Minuten davon sind Unterrichtsverpflichtung, die im Schulzimmer geleistet werden muss. Das ist etwa die Hälfte der Gesamtarbeitszeit. Der Rest ist reserviert für Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, für Weiterbildung, Elternarbeit, Schulentwicklung und so fort. Das ist ein relativ grosses und flexibles Gefäss.
Wir überprüfen im Auftrag des Bildungsrats zurzeit intensiv den Berufsauftrag der Lehrpersonen. Es ist nicht so, dass immer nur Zusatzbelastungen auf die Lehrpersonen zukommen. Ab und zu werden auch Massnahmen eingeleitet, welche die Lehrpersonen entlasten sollen, etwa die Einführung elektronischer Tools, Bildungsurlaube oder zusätzliche Ferienwochen, die im Verlauf der letzten dreissig Jahre seitens des Bildungsrats beschlossen wurden. Die Rechnung ist also komplex. Dazu kommt, dass die Erfassung von Zeiten und Präsenzen nicht gerade ein Lieblingsthema der Lehrerschaft wäre. Im Rahmen der Abklärungen zum Berufsauftrag werden wir aber sehr genau prüfen müssen, wie gross die Belastung in den einzelnen Teilbereichen des Berufsauftrags ist, welche Ressourcen für die Unterrichtsverpflichtung und die Vor- und Nachbereitung benötigt werden, welche Zeitgefässe für Elternarbeit, Weiterbildung und so weiter zu reservieren sind.
Zum tatsächlichen Aufwand für die zusätzliche Präzision bei der Beurteilung der überfachlichen Kompetenzen haben wir in der Interpellationsantwort ausgeführt, dass die Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Lehrpersonen zustande kam und dass auch bei den Rektoren eine Vernehmlassung durchgeführt wurde. Wir haben uns bemüht, das Fuder nicht zu überladen.
Die Haltung des Regierungs- und des Bildungsrats zur einheitlichen Handhabung der Beurteilungskriterien im Kanton ist in der Interpellationsantwort wiedergegeben. Wir möchten kein Kochbuch liefern im Sinne von «Dreimal zu spät kommen gibt ein Minus». Das haben wir ausgeführt und begründet. Wenn Wirtschaft und Gewerbe bei einem Minus hellhörig werden und bei der Lehrperson nachfragen, dann wird auch eine differenziertere Antwort als «Viermal zu spät gekommen» erwartet. Man

will genauer erfahren, wieso der Lehrer als Klassen- oder Fachlehrperson beispielsweise die Lernkompetenz eines Schülers als nur «Teilweise beobachtet» im Sinne von «Lernziele noch nicht vollständig erreicht» beurteilt hat, wo also noch Defizite vorhanden und noch Fortschritte zu machen sind. Die Schule ist dem Gewerbe Auskünfte schuldig, die mehr als eine Strichli-Liste sind, wie oft der Schüler zu spät gekommen ist oder vor die Türe geschickt werden musste.
Die Eichung dieser überfachlichen Kompetenzen über den ganzen Kanton hinweg ist nicht bis ins letzte Detail zu leisten. Das ist auch die Haltung des Bildungsrats. Man muss auch festhalten, dass die Eichung bei den überfachlichen Kompetenzen komplexer ist als bei den fachlichen Kompetenzen, da die Persönlichkeit und die Haltungen der Lehrpersonen hier eine wesentliche Rolle spielen.
Der Bildungsdirektor freut sich, dass sich die neuen Zeugnisse in der Stadt Zug gut eingespielt haben. Erfreulich ist auch, dass Beurteilung der überfachlichen Kompetenzen nicht als Instrument *per se* in Frage gestellt wird. Als Fazit kann man sagen, dass sich die Übung gelohnt hat. Es wäre für diejenigen Kinder, die nicht davon hätten profitieren können, schade gewesen, wenn man damit ein Jahr zugewartet hätte. Zur Frage, ob die Einführung überhastet war oder nicht: Aller Anfang ist immer schwer. Der Einführungsaufwand wäre für die Lehrpersonen, die Rektorate und die Schulgemeinden nicht wirklich kleiner gewesen, wenn man sich ein Jahr länger hätte darauf einstellen können. Die Lehrpersonen sind auch in fachdidaktischer Hinsicht ausgebildet und haben die Kompetenz, überfachliche Themenkreise zu beurteilen. Es geht darum, das in der Lehrerweiterbildung schulintern zu thematisieren und schulhausweit oder gemeindeweit auszubilden.
Zur Frage, wie die Beurteilung der überfachlichen Kompetenzen zu derjenigen der fachlichen Kompetenzen steht: Es geht nicht darum, dass das eine das andere ersetzen soll. Wie in der Interpellationsantwort ausgeführt, kam der Impuls von der Nahtstelle, nämlich aus Gewerbekreisen, und es war explizit der Wunsch auch des Gewerbes, dass beides ausgewiesen werden soll.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis. Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

TRAKTANDUM 9:

543 Interpellation Beda Schlumpf und Daniel Abt betreffend temporäre Humus- und Aushubdepots in der Landwirtschaftszone

Es liegen vor: Interpellation (2156.1 - 14096); Antwort des Regierungsrats (2156.2 - 14154).

Beda Schlumpf legt zuerst die Interessenbindung offen: Beide Interpellanten sind privatwirtschaftlich im Bauhauptgewerbe tätig. Er dankt der Regierung für die zügige Beantwortung. Diese wirft allerdings noch einige Fragen auf. Juristisch gesehen mögen die Antwort korrekt sein. Den möglichen «Kann»-Spielraum in der Gesetzgebung konnte oder wollte man offenbar aber nicht sehen.
In den Vorbemerkungen wird darauf verwiesen, dass staatliches Handeln im öffentlichen Interesse liegt und verhältnismässig sein soll, dies gemäss Bundesverfassung Art. 5 Abs. 2. Hier zwei Beispiele, welche Auslöser für die Interpellation waren:
• Beispiel 1, Baustelle Schürmatt in Baar: Das ist eine Baustelle, an der zwei Wohnbaugenossenschaften beteiligt waren und wo Wohnbauförderungsgelder investiert wurden. Dort wurden rund 12'000 Kubikmeter Aushub- und Humusmaterial ab- und wieder zurückgeführt. Die Mehrkosten von rund 450'000 Franken hätte

man sich sparen können, wenn man das Material direkt in der angrenzenden Landwirtschaftszone deponiert hätte.
• Beispiel 2, eine Baustelle in Zug am Zugerberg: Rund 10'000 Kubikmeter wurden durch die Stadt weggeführt und für die Hinterfüllarbeiten wieder zurücktransportiert. Diese rund 1700 bis 1800 Lastwagenfahrten hätte man sich sparen können, denn auch hier wäre in der angrenzenden Landwirtschaftszone eine Deponie möglich gewesen. Dabei handelt es sich nicht um ein Sparpotenzial für die Unternehmer, sondern für die Bauherrschaft.
Zu folgenden Antworten auf die Fragestellungen möchten die Interpellanten noch Ergänzungen in schriftlicher Form:
• Auf Frage 2.2 («Wie sieht die allgemeine Praxis in der Schweiz aus?») antwortet der Regierungsrat: «Die Praxis sieht nicht anders aus als im Kanton Zug, weil überall dasselbe Recht, d.h. die Regelungen nach Bundesrecht (Raumplanungsgesetz und Raumplanungsverordnung) gelten.» Aus Praxiserfahrungen unserer Unternehmung speziell mit der öffentlichen Hand anderer Kantone weiss der Votant aber, dass das anders aussieht. Deshalb unsere Fragestellung: Auf welche Grundlagen stellen Kantone wie Luzern, Aargau und Zürich ihre Entscheide ab, und wieso sind solche Entscheide im Kanton Zug schwer möglich?
• Die Frage 2.4 («Hält sich der Kanton Zug bei seinen eigenen Projekten an diese Praxis?) antwortet der Regierungsrat: «Der Kanton Zug hält sich bei seinen eigenen Bauvorhaben an die Praxis.» Das sieht leider ganz anders aus. Beim Ausbau der Verbindung Knoten Grindel – Bibersee beispielsweise waren schon in den Submissionsunterlagen sechs Depots von rund 11'200 Quadratmetern ausgeschrieben und auch planerisch festgehalten, wobei nur ein einziges dieser Depots *nicht* in der Landwirtschaftszone liegt. Auch im Richtplan und im Zonenplan lassen sich in den betreffenden Bereichen keine Sonderzonen oder Baulinien finden, welche ein Depot ermöglicht hätten. Unsere Fragen lauten deshalb: Wie erklärt sich diese Diskrepanz zwischen der Antwort des Regierungsrats und der Praxis des Kantons? Auf welche gesetzliche Grundlage stellt der Kanton diese Depots ab?
• Auf Frage 2.5 («Sieht der Kanton Zug ein Sparpotenzial bei seinen eigenen Projekten?») antwortet der Regierungsrat, kurz gesagt: «Kein Sparpotenzial.» Unsere Fragestellung lautet deshalb: Welche finanziellen Konsequenzen hätte es für den Kanton, wenn er sich effektiv an die Gesetzgebung halten würde und zum Beispiel beim Ausbau Verbindung Knoten Grindel – Bibersee seine Depots nicht in der Landwirtschaftszone erstellen würde und das Material auf ordnungsgemässe Deponien abführen würde?
• Auf die Frage 2.6 («Wie sieht der mögliche Spielraum aus?») erhielten wir die Antwort (Auszug): «Im Übrigen aber müssen die mit der Bauausführung betrauten Fachleute vorteilhafte Lösungen ausserhalb der eigentlichen Baustelle suchen.» Genau das wollten wir mit unserer Interpellation eigentlich erreichen, und insofern sind wir froh, dass die Baufachleute des Kantons dieselben Ansätze wie wir gefunden haben. Unsere Fragestellung aber heisst: Wieso hat der private Bauherr nicht dieselben Optionen wie der Kanton?
Der Votant dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Zusatzfragen.

Hanni Schriber-Neiger hält namens der AGF fest, dass das bundesrechtliche Gesetz keinen Handlungsspielraum für Aushubdepots in der Landwirtschaftszone kennt. Das findet die AGF gut. Der sensible Boden, ein beschränktes Gut, braucht Schutz und von Seiten der Nutzniessenden einen verantwortungsbewussten Umgang. Es muss Sorge getragen werden zum Kulturland und zur Qualität des Bodens. Denn Boden ist nicht einfach Dreck, sondern eines der kostbarsten Güter der Menschheit. Wir vergessen manchmal, dass dieses einmalige Ökosystem für

Mensch, Tier und Pflanzen die Ernährungsgrundlage bildet. Wir müssen auch den kommenden Generationen unbedingt Böden übergeben, die weiterhin fruchtbar und nicht belastet sind. Der grosse Wirtschaftsdruck mit dem Bauboom führt bei uns dazu, dass der Boden immer mehr in Bedrängnis kommt. Von Tag zu Tag gibt es weniger Produktionsflächen. Dazu kommen die Verdichtung durch schwere Fahrzeuge sowie Bodenerosion.
Die AGF unterstützt die Haltung des Regierungsrats, dass auch in Zukunft Humusdeponien – auch temporäre Depots – nicht in die Landwirtschaftszone gehören. Wenn Deponien in der Landwirtschaft eine Sonderregelung bekommen, ist zu befürchten, dass auch Geländeanpassungen stattfinden würden. Das wollen wir auf keinen Fall.

Thomas Rickenbacher hält fest, dass die CVP-Fraktion das Anliegen der zwei Interpellanten teilt. Selbstverständlich kann die Landwirtschaftszone nicht sämtliche Depots von Humus- und Aushubmateriel aufnehmen. Auf freiwilliger Basis würde man aber punktuell bestimmt sehr gute und sinnvolle Lösungen finden können.
Für die CVP-Fraktion geht die Aufzählung der Vorteile über die finanzielle Frage hinaus. Von weniger Transportfahrten würde die Ökologie und insbesondere auch die Verkehrssicherheit massvoll profitieren können.
Blickt man auf die künftige Bautätigkeit im Kanton Zug, wäre eine pragmatische Lösung bestimmt sinnvoll. Leider können wir aber das eidgenössische Raumplanungsgesetz nicht ändern. Das ist in dieser Frage eigentlich schade.

Adrian Andermatt betont, dass die Kosten ein sehr wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang sind. Wie bereits angesprochen, geht es aber auch um weitere Aspekte, dies nicht nur – aber hier in besonderem Masse – bei grossen Bauvorhaben der öffentlichen Hand. Es geht auch um Sicherheit und um Immissionsschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner von Baustellen. Das Kulturland wird durch temporäre Aushubdeponien doch überhaupt nicht verletzt. Es geht um eine Abwägung der Interessen: Wollen wir unzählige Lastwagenfahrten dulden, nur damit Aushubmaterial temporär zonenkonform zwischengelagert wird? Oder findet man pragmatische Lösungen – natürlich im Rahmen des Möglichen –, um unnötige Lastwagenfahrten zu unterbinden und damit die Sicherheit aller Beteiligten, der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Kinder zu gewährleisten und gleichzeitig auch dem Immissionsschutz gerecht zu werden? Immissionsschutz gehört auch zum Umweltgedanken, nicht nur das Kulturland, das in diesem Fall nur temporär beansprucht wird. Selbstverständlich müsste der Ursprungszustand wieder hergestellt werden, wenn der temporäre Humusberg wieder abgeführt wird.
In diesem Sinne ist zu hoffen, dass gerade bei den kommenden grossen Strassenprojekten des Kantons nicht unnötige Fahrten gemacht werden, wenn man den Aushub temporär auch in der Nähe deponieren kann. Die Bevölkerung ist sicher dankbar, wenn man hier das Bestmögliche macht.

Baudirektor **Heinz Tännler** hat Verständnis für das geschilderte Anliegen und die Thematik, die immer wieder zu Diskussionen führt. Es gilt aber einige Punkte richtigzustellen. Dass die Antworten des Regierungsrats juristisch korrekt sind, wurde bereits festgehalten. Es gibt aber auch eine glasklare Bundesgerichtspraxis: Temporäre Aushubdeponien in der Landwirtschaftszone sind nicht erlaubt. Es gibt auch keine «Kann»-Möglichkeit, vor allem nicht für private Bauherren. Allerdings geschieht ausserhalb der Bauzone vieles, und manchmal gilt hier der Grundsatz «Wo kein Kläger, da kein Richter». Wo aber ein Kläger ist, da wird Bundesrecht angewendet, und dann sind solche Deponien nicht möglich.

Zu den erwähnten Beispielen mit Mehrkosten von 450'000 Franken bzw. 10'000 Kubikmeter Aushub: Das sind das grosse Mengen. Es ist auf der einen Seite richtig, dass mit diesen Lastwagen nicht herumgekarrt werden soll. Auf der anderen Seite handeln wir uns aber auch dann Probleme ein, wenn die Landwirtschaftszone für eine Zwischendeponierung benützt wird.
Der Baudirektor konnte die Pläne zum Bauprojekt Knoten Grindel – Bibersee, die er von Beda Schlumpf eben erhalten hat, nicht anschauen und will auch nichts behaupten. Er wird diesem Fall aber noch speziell nachgehen. Bei Strassenbauvorhaben, für die ein öffentliches Interesse im Richtplan ausgewiesen ist, sind wir verpflichtet, entsprechende Baulinien zu fixieren. Das ergibt eine Sonderzone, in welcher Installationsplätze und auch Zwischendepots erlaubt sind. Hier besteht eine Differenz zu privaten Bauherren. Es gibt bei öffentlichen Bauvorhaben auch den Sonderfall, dass für temporäre Lärmschutzwälle Aushubmaterial im Sinne einer Zwischenlagerung verwendet werden kann. Was genau beim Projekt Knoten Grindel – Bibersee der Fall ist, wird der Baudirektor noch prüfen. Sicher ist, dass bei der Tangente Zug/Baar sowie bei der Umfahrung Cham/Hünenberg Baulinien festgesetzt wurden.
Bezüglich der Praxis in andern Kantonen muss man differenzieren. Zum einen sind Kantone wie Zürich, Aargau oder Luzern bedeutend grösser als der Kanton Zug. Wenn man beispielsweise im Kanton Zürich oben auf dem Zimmerberg eine Baustelle hat, dann muss man den Aushub bis weit in Richtung Birrfeld hinunterkarren, weil es in der Nähe keine Deponie gibt. Baut man im Kanton Zug, sind die Distanzen bedeutend kleiner. Zum anderen hat sich der Baudirektor genau über die Praxis im Kanton Zürich informiert. Eigentlich ist es keine Praxis, sondern ein Pilotversuch, und der Baudirektor bezweifelt, dass daraus eine Praxis wird. Der zuständige Zürcher Amtsleiter ist sich bewusst, dass das, was sie da machen im Kanton Zürich, nicht bundesrechtskonform ist. Interessant ist der Kriterienkatalog im Kanton Zürich. Erstens muss man für eine Temporärdeponie in der Landwirtschaftszone nachweisen – und das ist in den anderen genannten Kantonen nicht anders –, dass kein zweckmässiger Alternativstandort innerhalb der Bauzone vorhanden ist. Zweitens muss die unmittelbare Nähe gegeben sein. Drittens dürfen keine neuen Erschliessungsstrassen erstellt werden. Viertens ist keine Zwischenlagerung von Material für die Verwendung ausserhalb des Bauareals erlaubt, man muss das zwischengelagerte Material also wieder in die betreffende Baute einbauen. Entscheidend ist auch, dass ein ordentliches Bewilligungsverfahren mit raumplanerischer Beurteilung und Mitbericht aller Fachstellen durchgeführt werden muss, dass eine Baubegleitung erfolgen muss, dass die Wiederherstellung und die Prüfung der Wiederherstellung sichergestellt werden müssen, dass die Bodenfruchtbarkeit wiederhergestellt und nachgewiesen werden muss. Es ist ein riesiger administrativer Aufwand. Und der springende Punkt: Im Kanton Zürich wurden im Zuge dieses Pilotversuchs innerhalb von dreiviertel Jahren fünf Gesuche eingereicht. Zwei davon konnten nach langen Verfahren bewilligt werden, die andern wurden nicht bewilligt. In den meisten Fällen wurden gar keine Gesuche gestellt, da die Auflagen und die administrativen Hürden sehr hoch sind. Die Übungsanlage im Kanton Zürich ist aus Sicht des Baudirektors nicht so verheissungsvoll, wie man denken könnte, und es ist davon auszugehen, dass dieser Pilotversuch nicht zur Praxis wird.
Im Kanton Zug haben wir eine andere Situation. In den Kiesgruben im Berg und im Ennetsee haben wir Deponien in überschaubarer Entfernung und müssen nicht viele Kilometer weit fahren wie in anderen Kantonen. Wir wollen nicht das Risiko eingehen, vernässte Böden zu haben, die man nicht mehr sauber bewirtschaften kann. Der Baudirektor kann dazu ein Lied aus den 1970er-Jahren singen, als man

im Autobahnbau Aushubmaterial einfach in der Landwirtschaftszone deponierte. Schon drei Mal hat man seither rekultiviert, und auch jetzt sind wir wieder an einem Nachhaltigkeitsprojekt, das Millionen kostet – zum Glück kommt der Bund dafür auf. Wenn Böden einmal vernässt und verhärtet sind, dann sind sie kaputt, was uns als Bewilligungsbehörde dann auch Scherereien einbringt.
Der Baudirektor verspricht aber, mit dem Kanton Zürich in Kontakt zu bleiben. Sollte sich aus dem Zürcher Pilotprojekt etwas auch juristisch Korrektes ergeben, dann werden wir dieses Thema wieder aufnehmen und prüfen. Zuerst muss aber der Zürcher Pilotversuch abgeschlossen und in einem Schlussbericht evaluiert sein.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis. Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

544 Nächste Sitzung

Donnerstag, 25. Oktober 2012 (Halbtagessitzung mit Mittagessen)

Nachtrag:
Am 3. Oktober informierte die Kantonsratspräsidentin die Mitglieder des Kantonsrats, dass die Sitzung vom 25. Oktober 2012 mangels genügender Traktanden abgesagt werden muss. Die nächste Sitzung findet am ***29. November 2012*** *statt (Ganztagessitzung).*

Protokoll des Kantonsrats

37. Sitzung: Donnerstag, 29. November 2012 (Vormittagssitzung)
Zeit: 08.30 – 12.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. September 2012.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung).
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG), Änderung von § 10.
3.2. Gesetz über die Wirtschaftspflege im Kanton Zug (Wirtschaftspflegegesetz).
3.3. Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse (Pensionskassengesetz).
3.4. Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz).
3.5. Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung des Konkordats vom 15. November 2007 über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen.
3.6. Kantonsratsbeschluss betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrates.
3.7. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Kauf des ETH-Versuchsbetriebs Chamau/Schachen in der Gemeinde Hünenberg und für bauliche Anpassungen in der Chamau, Hünenberg, und in der Schluecht, Cham.

4. Feststellung der Gültigkeit der Gesamterneuerungswahlen 2012 der Gerichte für die Amtsdauer 2013–2018.
5. Wahlen bei den richterlichen Behörden für die Amtsdauer 2013–2018.

5.1. Wahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter am Obergericht.
5.2. Wahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht.
5.3. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Obergerichtes.
5.4. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Verwaltungsgerichtes.
5.5. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Kantonsgerichtes.
5.6. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Strafgerichtes.

6. Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons an die Veranstalter von Grossanlässen für die Kosten von Extrabussen und Extrazügen.
7. Budget 2013 und Finanzplan 2013–2016.
8. Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz).
9. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG).

10. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Sanierung und Ausbau der Sihlbruggstrasse, Abschnitt Sihlbrugg-Knoten Sand AG Neuheim, einschliesslich bergseitigem Radstreifen, Gemeinde Neuheim.
11. Postulat von Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Autos und Sozialhilfe.
12. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Nutzung und Gestaltung des Aussenraumes zwischen Bahnhof und Metalli in der Stadt Zug.
13. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Krankenversicherung und Zugang zur Gesundheitsversorgung der Sans-Papiers.
14.1. Interpellation von Pirmin Frei betreffend Geothermie.
14.2. Interpellation von Karin Andenmatten und Anna Bieri betreffend Nutzung der Geothermie im Kanton Zug.

545 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Urs Raschle, Zug; Roland von Burg, Hünenberg; Beda Schlumpf, Steinhausen.

546 Mitteilungen

Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky erinnert einleitend daran, dass Zug im Oktober Gastkanton an der OLMA in St. Gallen war. Die 70. OLMA Schweizer Messe für Landwirtschaft und Ernährung bot eine unglaubliche Vielfalt. Die Sprecherin erwähnt drei für unseren Kanton wichtige Ereignisse (Reihenfolge nach Ablauf): Am Donnerstag, 11. Oktober, fand die offizielle Eröffnung mit Ansprachen im Theater St. Gallen statt. Unser Landammann beeindruckte mit einer brillanten Rede, und die Auftritte von Zuger Künstlern wie «Alphorn Grooves» mit Hans Kennel und die unglaubliche Zuger Breakdance-Formation «Dirty Hands» bleiben nicht nur den Zugern in bester Erinnerung.
Am Freitag folgte der traditionelle Fussballmatch. Die Zuger Zehn mit Bieri, Brandenberg, Dzaferi, Gisler, Gössi, Hürlimann, Hunn, Schleiss, Wandfluh und Wicki (mit i) schlugen sich auf dem Feld und im Nachtleben unvergesslich. Nach knapp einer Minute Spielzeit stand es schon 1:0 für die St. Galler. Dieses Führungstor gab den Mannen aus der Bratwurstmetropole aber keineswegs Sicherheit, denn die Zuger OLMA-Gäste nahmen mit ihrem sehr starken und ballsicheren Mittelfeld (Dzaferi) das Spiel in die Hand. Die Grünen hechelten dem Ball hinterher und hatten keine Chancen. Wie Bomben schlugen die Zuger Bälle in das St. Galler Netz ein; noch selten wurden die St. Galler Spieler derart vorgeführt – kollektiver Tiefschlaf gepaart mit individuellen Fehlern. Das Verdikt: 1:4 in der Pause!
Die zweite Halbzeit verlief dann weniger erfolgreich für die Zuger. Ob die schlussendliche Niederlage – wie im Nachhinein diskutiert – tatsächlich durch den Wechsel vom Kunstrasen auf echtes Grün bedingt war, oder ob es am Pausentee lag: Wir wissen es bis heute nicht. In die Geschichte eingehen wird auch die erste gelbe Karte, welche je bei einem OLMA-Match wegen Reklamierens vergeben wurde. Dabei hatte OW aus B es ja nur gut gemeint …

Die dritte Halbzeit: In dieser Disziplin konnte Zug von niemandem ausgedrippelt werden. Der gemeinsame, etwas längere Schlummerbecher in der Alp 7 war sicherlich ein weiteres Erlebnis für beide Teams. Die Zuger haben alles gegeben – und dennoch musste sich nur ein einziges Mannschaftsmitglied wegen Unpässlichkeit für den Umzug am Samstag entschuldigen.
Damit sind wir beim grossartigen, unvergesslichen Umzug angelangt. Die Zuger Gemeinden haben auf eindrückliche Art das Zuger Brauchtum gezeigt. Bestens organisiert durch Mitarbeiter der Volkswirtschaftsdirektion, hat alles erstklassig funktioniert und bleibt unvergesslich. Herzlichen Dank allen Beteiligten.

Im Weiteren weist die Vorsitzende auf Wunsch der Sportchefs Anna Bieri und Zari Dzaferi auf zwei Sporttermine hin:
- Curling: Donnerstag, 31. Januar 2013, ab 17.30 Uhr (nach der Kantonsratssitzung), in Zug.
- Parlamentarier-Skirennen der Kantonsräte von Schwyz und Zug: Samstag, 9. März 2013 (Details folgen).

TRAKTANDUM 1

547 **Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. September 2012**

Die **Kantonsratspräsidentin** macht beliebt, die Änderung des Gemeindegesetzes (Traktandum 8) nicht heute zu behandeln, sondern am 13. Dezember 2012 zu traktandieren. So haben alle Kantonsratsmitglieder und vor allem die Fraktionen mehr Zeit für die Vorbereitung der Vorlage.

➔ Der Rat ist einverstanden.

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 27. September 2012 wird ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 2
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 3
Kommissionsbestellungen:

548 Traktandum 3.1: **Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG), Änderung von § 10**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Obergerichts (2189.1/.2 - 14171/72).

Gestützt auf § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrates (BGS 141.1) erfolgte am 9. Oktober 2012 eine Direktüberweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

➔ Der Rat ist einverstanden.

549 Traktandum 3.2: **Gesetz über die Wirtschaftspflege im Kanton Zug (Wirtschaftspflegegesetz)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2193.1/.2 - 14179/80).

Die Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Philip C. Brunner, Kommissionspräsident

Adrian Andermatt	Georg Helfenstein
Monika Barmet	Silvan Hotz
Walter Birrer	Andreas Hürlimann
Manuel Brandenberg	Martin Pfister
Irène Castell-Bachmann	Urs Raschle
Hans Christen	Beni Riedi
Barbara Gysel	Leonie Winter

➔ Der Rat ist einverstanden.

550 Traktandum 3.3: **Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse (Pensionskassengesetz)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2192.1/.2 - 14177/78).

Die Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Gabriela Ingold, Kommissionspräsidentin

Philip C. Brunner	Gabriela Peita
Daniel Thomas Burch	Eusebius Spescha
Hans Christen	Cornelia Stocker
Stefan Gisler	Rainer Suter
Andreas Hausheer	Silvia Thalmann
Silvan Hotz	Arthur Walker
Franz Peter Iten	Matthias Werder

➔ Der Rat ist einverstanden.

551 Traktandum 3.4: **Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2194.1/.2 - 14181/82).

Überweisung an die Kommission Organisationsgesetz, bestehend aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Andreas Hürlimann, Kommissionspräsident

Karin Andenmatten	Barbara Gysel
Adrian Andermatt	Georg Helfenstein
Walter Birrer	Gabriela Ingold
Christine Blättler-Müller	Franz Peter Iten
Philip C. Brunner	Martin Pfister
Daniel Thomas Burch	Moritz Schmid
Hans Christen	Thomas Wyss

➔ Der Rat ist einverstanden.

552 Traktandum 3.5: **Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung des Konkordats vom 15. November 2007 über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2186.1/.2/.3 - 14164/65/66).

Überweisung an die Konkordatskommission.

➔ Der Rat ist einverstanden.

553 Traktandum 3.6: **Kantonsratsbeschluss betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrates**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2183.1/.2 - 14160/61).

Die **Vorsitzende** informiert, dass der vorliegende Entwurf der Geschäftsordnung des Regierungsrats mit dem neuen Werkzeug Lexwork erarbeitet wurde. Lexwork ist das Tool zur Erlassverwaltung in der kantonalen Verwaltung Zug. Seit Mitte Oktober arbeiten alle Direktionen mit diesem Tool, um neue Erlasse zu erstellen, bestehende Erlasse zu ändern oder aufzuheben.
Im Internet stehen alle Versionen der bereinigten Gesetzessammlung (BGS) seit 1. Januar 2011 online zur Verfügung. Neue bzw. geänderte Gesetze werden tagesaktuell freigeschaltet. Interessierte finden die Gesetzsammlung im Internet unter www.zug.ch/bgs oder direkt unter zg.clex.ch. Unter dem gleichen Link ist auch die chronologische Gesetzessammlung (GS) aufgeschaltet. Die einzelnen GS der Bände 28 bis 31 sind mit der BGS verlinkt. Die Bände 22 bis 27 sind in Arbeit.

Die Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Andreas Hausheer, Kommissionspräsident

Monika Barmet	Gabriela Ingold
Manuel Brandenberg	Franz Peter Iten
Philip C. Brunner	Dominik Lehner
Daniel Thomas Burch	Eugen Meienberg
Pirmin Frei	Oliver Wandfluh
Stefan Gisler	Florian Weber
Alois Gössi	Thomas Wyss

➔ Der Rat ist einverstanden.

554 Traktandum 3.7: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Kauf des ETH-Versuchsbetriebs Chamau/Schachen in der Gemeinde Hünenberg und für bauliche Anpassungen in der Chamau, Hünenberg, und in der Schluecht, Cham**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2195.1/.2 - 14188/89).

Eine grosse Mehrheit der Fraktionschefs ist für die Bildung einer Ad-hoc-Kommission. Diese besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Markus Jans, Kommissionspräsident

Anna Bieri	Karl Nussbaumer
Philip C. Brunner	Thomas Rickenbacher
Peter Diehm	Hanni Schriber-Neiger
Maja Dübendorfer Christen	Beat Sieber
Georg Helfenstein	Oliver Wandfluh
Franz Hürlimann	Matthias Werder
Dominik Lehner	Beat Wyss

➔ Der Rat ist einverstanden.

Nachträglich beantragt die FDP-Fraktion, Renato Sperandio anstelle von Dominik Lehner in diese Kommission zu wählen.

➔ Der Rat ist einverstanden

TRAKTANDUM 4

555 **Feststellung der Gültigkeit der Gesamterneuerungswahlen 2012 der Gerichte für die Amtsdauer 2013–2018**

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2178.1 - 14152).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass bei den richterlichen Behörden für die Amtsdauer 2013–2018 stille Wahlen erfolgten. Gegen den Beschluss des Regierungsrats vom 29. Mai 2012 betreffend Gewählterklärung der Richterinnen und Richter ist die Rechtsmittelfrist unbenutzt abgelaufen. Gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (WAG) muss der Kantonsrat die Gültigkeit der Wahl feststellen.
Der Regierungsrat stellt dem Rat diesen Antrag. Es wird kein Gegenantrag gestellt.

➔ Der Rat stellt die Gültigkeit der Gesamterneuerungswahlen 2012 der Gerichte für die Amtsdauer 2013–2018 fest.

TRAKTANDUM 5

Wahlen bei den richterlichen Behörden für die Amtsdauer 2013–2018

Die **Vorsitzende** erläutert die verfassungsrechtliche Ausgangslage: Gemäss § 41 Bst. l Ziff. 2 der Kantonsverfassung muss der Kantonsrat für die Dauer von sechs Jahren aus den Mitgliedern der betreffenden Gerichte die hauptamtlichen Richterinnen und Richter wählen. Anders ausgedrückt: Der Kantonsrat muss aus den vom Volk gewählten Richterinnen und Richtern die hauptamtlichen – nicht aber die nebenamtlichen – bestimmen.
Für das Kantonsgericht und das Strafgericht erübrigt sich die Wahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter, weil der Kantonsrat am 26. Januar 2012 die Anzahl der vollamtlichen Mitglieder des Kantonsgerichts auf 9, der vollamtlichen Mitglieder des Strafgerichts auf 4 und der Ersatzmitglieder für das Kantons- und Strafgericht auf 6 festgesetzt hat und die Mitglieder des Kantonsgerichts und des Strafgerichts ausschliesslich hauptamtlich tätig sind. Aufgrund stiller Wahl steht gerade die nötige Anzahl Richterinnen und Richter für diese Funktionen fest.

Ebenfalls am 26. Januar 2012 hat der Kantonsrat für das Obergericht die Zahl der vollamtlichen Mitglieder auf 5 und der nebenamtlichen Mitglieder auf 2 festgesetzt, weshalb heute aus der Reihe der 7 Mitglieder des Obergerichts 5 hauptamtliche Mitglieder zu wählen sind.
Mit Kantonsratsbeschluss vom 29. Januar 2009 wurde für das Verwaltungsgericht ab dem Jahr 2009 ein drittes Vollamt bewilligt, weshalb der Kantonsrat heute aus der Reihe der 7 Mitglieder des Verwaltungsgerichts 3 hauptamtliche Mitglieder zu wählen hat.
Weiter muss der Kantonsrat gemäss § 41 Bst. l Ziff. 3 und 4 der Kantonsverfassung für die Dauer von sechs Jahren die Präsidien des Kantonsgerichts, des Strafgerichts, des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts aus den Mitgliedern des betreffenden Gerichts wählen.

Es sind also 12 Wahlen vorzunehmen, für die auf jedem Platz ein Set mit zwölf Wahlzetteln bereitliegt. In der Vorlage Nr. 2178.1 sind die Namen sämtlicher Richterinnen und Richter aufgeführt. Die Vorsitzende wird dem Rat jeweils die Vorschläge der Fraktionen mitteilen und den Kreis der wählbaren Personen in Erinnerung rufen. Wenn eine nicht wählbare Person gewählt wird, ist der betreffende Stimmzettel ungültig. Es handelt sich um echte Wahlen und nicht nur um Bestätigungswahlen. Zu schreiben ist somit nicht «Ja» oder «Nein», sondern Name und Vorname.
Die Stimmenzähler sammeln die Wahlzettel in ungefähr 5 Minuten *en bloc* ein und ziehen sich in das Regierungsratszimmer zur Auszählung zurück. Der Landschreiber und der Standesweibel unterstützen sie dabei.

Traktandum 5.1: **Wahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter am Obergericht**

Es sind aus der Reihe der 7 Mitglieder des Obergerichts 5 hauptamtliche Mitglieder zu wählen.

556 ***Erstes hauptamtliches Mitglied des Obergerichts***
Antrag der FDP-Fraktion: Iris Studer-Milz. Wählbar ist nur ein Mitglied des Obergerichts.

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
76	76	13	0	63	32

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Erhard Lanz	1
Felix Horber	1
Iris Studer-Milz	61

➔ Gewählt ist Iris Studer-Milz.

557 ***Zweites hauptamtliches Mitglied des Obergerichts***

Antrag der CVP-Fraktion: Peter Huber. Wählbar ist nur ein Mitglied des Obergerichts.

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
76	76	1	0	75	38

Stimmen hat erhalten:	Anzahl Stimmen
Peter Huber	75

➔ Gewählt ist Peter Huber.

558 ***Drittes hauptamtliches Mitglied des Obergerichts***

Antrag der SP-Fraktion: Alfred Iten. Wählbar ist nur ein Mitglied des Obergerichts.

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
76	76	6	0	70	36

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Paul Kuhn	1
Alfred Iten	69

➔ Gewählt ist Alfred Iten.

559 ***Viertes hauptamtliches Mitglied des Obergerichts***

Antrag der SVP-Fraktion: Felix Ulrich. Wählbar ist nur ein Mitglied des Obergerichts.

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
76	76	6	0	70	36

Stimmen hat erhalten:	Anzahl Stimmen
Felix Ulrich	70

➔ Gewählt ist Felix Ulrich.

560 ***Fünftes hauptamtliches Mitglied des Obergerichts***

Antrag der CVP-Fraktion: Paul Kuhn. Wählbar ist nur ein Mitglied des Obergerichts.

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
76	76	1	0	75	38

Stimmen hat erhalten:	Anzahl Stimmen
Paul Kuhn	75

➔ Gewählt ist Paul Kuhn.

Traktandum 5.2: **Wahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht**

Es sind aus der Reihe der 7 Mitglieder des Verwaltungsgerichts 3 hauptamtliche Mitglieder zu wählen.

561 ***Erstes hauptamtliches Mitglied des Verwaltungsgerichts***
Antrag der CVP-Fraktion: Peter Bellwald. Wählbar ist nur ein Mitglied des Verwaltungsgerichts.

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
76	76	1	0	75	38

Stimmen hat erhalten:	Anzahl Stimmen
Peter Bellwald	75

➔ Gewählt ist Peter Bellwald.

562 ***Zweites hauptamtliches Mitglied des Verwaltungsgerichts***
Antrag der Alternativen Fraktion: Felix Gysi. Wählbar ist nur ein Mitglied des Verwaltungsgerichts.

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
76	76	12	0	64	33

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Jacqueline Iten-Staub	1
Felix Gysi	63

➔ Gewählt ist Felix Gysi.

563 ***Drittes hauptamtliches Mitglied des Verwaltungsgerichts***
Antrag der FDP-Fraktion: Gisela Bedognetti-Roth. Wählbar ist nur ein Mitglied des Verwaltungsgerichts.

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
76	76	10	0	66	34

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Rosemarie Rossi Andenmatten	1
Gisela Bedognetti-Roth	65

➔ Gewählt ist Gisela Bedognetti-Roth.

564 Traktandum 5.3: **Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Obergerichts**

Antrag der FDP-Fraktion: Iris Studer-Milz. Wählbar ist nur ein Mitglied des Obergerichts.

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
76	76	22	0	54	28

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Paul Kuhn	1
Peter Huber	3
Iris Studer-Milz	50

➔ Gewählt ist Iris Studer-Milz.

565 Traktandum 5.4: **Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Verwaltungsgerichts**

Antrag der CVP-Fraktion: Peter Bellwald. Wählbar ist nur ein Mitglied des Verwaltungsgerichts.

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
76	76	2	0	74	38

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Felix Gysi	1
Peter Bellwald	73

➔ Gewählt ist Peter Bellwald.

566 Traktandum 5.5: **Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Kantonsgerichts**

Antrag der FDP-Fraktion: Beat Furrer. Wählbar ist nur ein Mitglied des Kantonsgerichts.

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
76	76	7	1	68	35

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Rolf Meyer	1
Beat Furrer	67

➔ Gewählt ist Beat Furrer.

567 Traktandum 5.6: **Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Strafgerichts**

Antrag der SVP-Fraktion: Carole Ziegler. Wählbar ist nur ein Mitglied des Strafgerichts.

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
76	76	14	0	62	32

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Marc Siegwart	3
Carole Ziegler	59

➔ Gewählt ist Carole Ziegler.

Die **Kantonsratspräsidentin** gratuliert allen Gewählten und wünscht ihnen für die nächste Amtszeit alles Gute und viel Befriedigung.

TRAKTANDUM 6

568 **Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons an die Veranstalter von Grossanlässen für die Kosten von Extrabussen und Extrazügen.**
Es liegen vor: Ergebnis der 1. Lesung (2150.5 - 14158); Antrag des Regierungsrats zur 2. Lesung (2150.6 - 14170); Bericht des Regierungsrats zur 2. Lesung (2150.7 - 14185).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat einen Antrag auf die 2. Lesung eingereicht hat: Er beantragt, den erheblich erklärten Teil der Motion von Martin Pfister, Martin B. Lehmann, Anna Lustenberger, Moritz Schmid und Daniel Stadlin betreffend Übernahme von Kosten der Zugerland Verkehrsbetriebe (ZVB) bei Grossanlässen (Vorlage Nr. 2087.1 - 13907) als erledigt abzuschreiben. Ausserdem hat der Regierungsrat dem Rat den in der 1. Lesung versprochenen Bericht zukommen lassen.

Martin Stuber weist darauf hin, dass es gemäss Zusatzbericht des Regierungsrats zwischen der Regierung und dem EVZ zu einem Vergleich gekommen sei: «Die EVZ Sport AG zog diese Beschwerden am 22. September 2012 in einem gleichentags abgeschlossenen Vergleich zurück.» Der Votant ist der Meinung, dass die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, zu wissen, worin dieser Vergleich besteht. Immerhin geht es hier um Steuergelder, und die «Lex EVZ» verlangt volle Transparenz. Er möchte vom Volkswirtschaftsdirektor wissen, was in diesem Vergleich steht.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** nimmt Stellung nach Rücksprache mit dem Sicherheitsdirektor, der die Verhandlungen mit dem EVZ geführt hat. Es ist ein Prinzip des Rechtsstaats, dass sich auch der Staat, wenn er mit Privaten verhandelt, an die abgeschlossenen Vereinbarungen hält, inklusive Stillschweigepflicht. Er kann deshalb keine Zahlen bekanntgeben, möchte aber trotzdem grösstmögliche Transparenz schaffen.
Beim Streit zwischen dem EVZ und dem Kanton ging es bekanntlich darum, dass der EVZ der Meinung war, es seien zu viele, über das notwenige Mass hinaus-

gehende Polizeidienstleistungen verrechnet worden. Es gibt tatsächlich einen Ermessensspielraum in der Frage, wie viele Polizisten aufgeboten werden müssen. Auch floss – wie im Zusatzbericht erwähnt – in die Überlegungen ein, dass allseits eine Einigung mit dem EVZ erwartet wurde und niemand jahrelange Prozesse wünscht; zu anerkennen sind auch die Bemühungen des EVZ, selber für mehr Sicherheit zu sorgen.
Im Rahmen des erwähnten Ermessens hat der Sicherheitsdirektor im Vergleich zu erkennen gegeben, dass die Rechnungen auf das notwendige Mass beschränkt und das allenfalls überschüssige Polizeiangebot nicht verrechnet würden. Und im Rahmen dieses Ermessens hat der Sicherheitsdirektor dann das notwendige und zumutbare Mass an Polizeidienstleistungen in Rechnung gestellt. Diese Rechnungen wurden schlussendlich auch bezahlt.
Wichtig ist, dass die Regierung sich in der Frage der Stundenansätze für die Polizeieinsätze genau an die Vorgabe des Polizeiorganisationsgesetzes vom 10. Dezember 2011 gehalten hat. Diese Ansätze sind nicht verhandelbar. Im Ermessen steht einzig, ob man allenfalls etwas mehr oder weniger Polizeiaufgebot bestellen bzw. in Rechnung stellen konnte. Im Rahmen dieses Ermessens haben wir gehandelt und den Vergleich abgeschlossen. Die Rechtsstaatlichkeit blieb auf jeden Fall gewahrt.

➔ SCHLUSSABSTIMMUNG: Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 68 zu 5 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Es wird beantragt, die Motion von Martin Pfister, Martin B. Lehmann, Anna Lustenberger, Moritz Schmid und Daniel Stadlin betreffend Übernahme von Kosten der Zugerland Verkehrsbetriebe (ZVB) bei Grossanlässen (Vorlage Nr. 2087.1 - 13907) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

TRAKTANDUM 7

569 Budget 2013 und Finanzplan 2013–2016

Es liegen vor: Gedrucktes Budget; Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (2191.1 - 14176).

Die Stellvertretende Landschreiberin übernimmt den Platz des Landschreibers.

Die **Vorsitzende** weist für die heute relevanten Verfahrensfragen auf die Systematik der Vorlage hin:
• Auf Seite 5 im Budgetbuch finden sich die sechs Anträge des Regierungsrates.
• Angaben zum Budget 2013 sind im Budgetbuch immer in der blauen Spalte aufgeführt.
Im Weiteren gibt die Vorsitzende folgende Hinweise zum Vorgehen:
• In der Eintretensdebatte können wie gewohnt Argumente zum Geschäft an sich vorgebracht und sowohl zum Budget als auch zum Finanzplan gesprochen werden.
• In der Detailberatung folgen wir ab Seite 41 des Budgetbuches der sogenannten Institutionellen Gliederung. Wir behandeln Budget und allfällige Leistungsaufträge und beraten:

- zuerst die Gesetzgebenden Behörden;
- danach direktionsweise – und nicht Kostenstelle für Kostenstelle – die kantonale Verwaltung; selbstverständlich können jedoch bei jeder Kostenstelle Anträge gestellt werden;
- darauf die Richterlichen Behörden;
- und schliesslich die zwei selbständigen öffentlichen Anstalten, nämlich die Pädagogische Hochschule Zug und die Interkantonale Strafanstalt Bostadel.

Für die Detailberatung sind folgende Punkte wesentlich:

• Pro Kostenstelle stehen praktisch auf einen Blick die Angaben sowohl zur Laufenden Rechnung als auch zur Investitionsrechnung zur Verfügung sowie bei der Verwaltung in den meisten Fällen auch die Leistungsaufträge.

• Im Finanzplan sind die weiteren Planjahre 2014–2016 gerade neben dem Planjahr Nr. 1, also dem Budgetjahr 2013 dargestellt. Das gilt sowohl für die Laufende Rechnung als auch für die Investitionsrechnung.

Die Vorsitzende wird rechtzeitig erklären, welche Arten von Anträgen gestellt werden können.

Nach dem ersten Block der Detailberatung folgen zuerst die Abstimmungen über die Anträge des Regierungsrates zum Budget 2013 und zu den Leistungsaufträgen 2013. Mit diesem Vorgehen behandeln wir die Anträge 1, 2, 3 und 4 auf Seite 5 im Budgetbuch. Anschliessend führen wir die Detailberatung weiter in Bezug auf die Festsetzung des Steuerfusses der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2013 – das ist Antrag 5 auf Seite 5 im Budgetbuch – und in Bezug auf die Kenntnisnahme des Finanzplanes 2013–2016 – das ist Antrag 6 auf Seite 5 im Budgetbuch – und stimmen zu diesen beiden Punkten ab.

EINTRETENSDEBATTE

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** weist darauf hin, dass das Budget bereits zum zweiten Mal in der neuen Form vorliegt. Die neue Art der Berichterstattung für die Rechnung und für die Rechenschaftsablage des Regierungsrats wird im nächsten Juni für das Jahr 2012 erstmals folgen. Dann wird die erste Gesamtbeurteilung des Projekts Pragma möglich sein.

Das heute zu behandelnde, umfangreiche Buch bildet die Grundlage für folgende drei Bereiche, die wir diskutieren und über die wir entscheiden müssen:

• Erstens das Budget der Laufenden Rechnung 2013 mit allen Leistungsaufträgen und Globalbudgets: Der Regierungsrat legt die Laufende Rechnung mit einem Defizit von 25,9 Millionen Franken von, dies nach Auflösung der Steuerausgleichsreserve von 47,5 Millionen Franken, die wir schon jahrelang in der Bilanz mitschleppen.

• Zweitens das Budget über die Investitionsrechnung 2013 mit Budget- und Verpflichtungskrediten: Die Investitionsrechnung rechnet mit Nettoinvestitionen von 109 Millionen Franken, was zu einem schon fast historisch tiefen Selbstfinanzierungsgrad von 13,2 Prozent führt; dieser ist Ausdruck des negativen Ergebnisses und des erarbeiteten Cash-flow. Das heisst, dass wir seit langem erstmals wieder unsere Investitionen aus dem Spartopf finanzieren müssen. Wenn wir anschliessend über die Investitionsrechnung diskutieren, ist zu beachten, dass die Regierung das im Budgetbuch sauber ausgewiesen hat. Wir haben Budgetkredite und Verpflichtungskredite. Budgetkredite genehmigen wir mit dem Budget und geben diese frei; die Regierung kann ab 1. Januar 2013 also darüber verfügen. Im Gegen-

satz dazu müssen Verpflichtungskredite jeweils dem Rat vorgelegt werden oder wurden bereits vorgelegt.

• Drittens zum Finanzplan 2013–2016: Der Finanzplan kommt etwas weniger optimistisch daher als vor einem Jahr. Er rechnet mit Defiziten von anfänglich 61,6 Millionen Franken, die sich im Rahmen der Finanzplanperiode auf 33,1 Millionen Franken reduzieren. Wenn wir den Blick über die Finanzplanperiode hinaus werfen bis ins Jahr 2020, können wir auf die Auswertungen des BAK Basel zurückgreifen, welches für die ganze Periode mit kleineren Defiziten rechnet und vor allem davon ausgeht, dass es nach unserer Finanzplanperiode gelingt, wieder ausgeglichene oder sogar positive Rechnungsabschlüsse vorzulegen. Das zeigt auf, dass § 2 des Finanzhaushaltgesetzes, wonach mittelfristig ausgeglichene Ergebnisse bewerkstelligt werden sollen, auch eingehalten werden kann.

Die Stawiko-Delegationen haben sich wiederum mit allen drei Bereichen intensiv auseinandergesetzt. Sie haben mit den Direktionsvorstehenden schriftlich Fragen und Antworten ausgetauscht, haben auf den Direktionen und in einzelnen Ämtern Gespräche geführt und das Ergebnis ihrer Beratungen und Besprechungen in Stawiko-internen Berichten zusammengefasst. Diese Berichte dienten als Grundlage für die Arbeit der erweiterten Stawiko, die am 6. November zusammenkam und bei der Beratung von Finanzdirektor Peter Hegglin und von Herren und Damen der Finanzverwaltung und der Finanzkontrolle unterstützt wurden. Nach der Präsentation der Jahresrechnung durch den Finanzdirektor konzentrierte sich die Diskussion in der Stawiko auf zwei Hauptbereiche. Das eine war das System Pragma mit Leistungsaufträgen und Globalbudgets, das in der Diskussion relativ viel Zeit in Anspruch nahm; das zweite – weniger verwunderlich – war die Detailberatung des Budgets.

Zuerst zu Pragma generell: Bezüglich Leistungsaufträgen und Globalbudgets haben wir im Stawiko-Bericht vor einem Jahr fünf Forderungen aufgestellt. Drei davon wurden erfüllt und sind erledigt, zwei harren noch der Erfüllung. Wir haben in der Stawiko nach wie vor Mühe, die Verknüpfung von Leistungsaufträgen und Globalbudgets zu bewerkstelligen und das auch seriös zu beurteilen. Hier muss festgestellt werden, dass wir diesbezüglich noch immer ein bisschen die Katze im Sack kaufen müssen. Die Stawiko hat letztes Jahr gefordert, die Globalbudgets zumindest auf die Leistungsgruppen hinunterzubrechen. Diese Forderung wurde uns bis jetzt nicht erfüllt. Wir sind der Meinung, dass das bei den Ämtern, die bereits eine Kosten-Leistungs-Rechnung führen, absolut machbar ist, und bei den anderen Ämtern zumindest geschätzt werden könnte. Das würde uns ermöglichen, diese Leistungsgruppen zu gewichten, bessere Informationen darüber zu kriegen, was wichtig und weniger wichtig, was kostenintensiv oder weniger kostenintensiv ist, und uns auf diejenigen Brocken zu konzentrieren, die wichtig sind. Der Finanzdirektor hat uns signalisiert, dass er für die Stawiko-Arbeit in Zukunft diese Daten liefern wird.

Dann hat die Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung wiederum zu Diskussionen geführt. Auf Seite 4 des Stawiko-Berichts findet sich eine Aufstellung, in welchen Ämtern die Kosten-Leistungs-Rechnung bereits eingeführt ist oder in den nächsten ein, zwei Jahren eingeführt werden soll. Hier fällt auf, dass wir in der Direktion des Innern noch in keinem einzigen Amt eine Kosten-Leistungs-Rechnung haben, und es auch nicht geplant ist, eine solche einzuführen. Die Stawiko fordert, dass wir eine Übersicht über sämtliche Ämter – das sind ungefähr 55 – erhalten, aus welcher ersichtlich wird, wo die Kosten-Leistungs-Rechnung eingeführt ist, wo diese wann eingeführt werden soll und wo sie nicht eingeführt werden soll – und das bitte mit Begründung.

Zur Detailberatung: In der Laufenden Rechnung stellen wir diverse Änderungsanträge: zur Ombudstelle, zum Amt für Denkmalpflege und Archäologie, zum Rettungsdienst, zum Gesundheitsamt; wir kommen in der Detailberatung darauf zurück.
In der Investitionsrechnung gab ein Kredit zu reden, nämlich die 200'000 Franken für die Mobilgeräte unseres Rates. Hier ging die Diskussion letztlich darum, ob das ein Budgetkredit oder ein Verpflichtungskredit werden soll. Mit Stichentscheid des Präsidenten haben wir entschieden, das wie beantragt beim Budgetkredit zu belassen, in der Meinung, dass unser Büro kompetent genug ist, am Schluss diesen Kredit freizugeben. Den Finanzplan haben wir im Rahmen der Diskussion über die Laufende Rechnung diskutiert. Hier haben wir keine zusätzlichen Bemerkungen anzubringen.
Dann haben wir Neuland beschritten: Auf Seite 239 des Budgetbuches findet man erstmals das Budget für die PHZ. Das Gesetz als Grundlage für diese PHZ werden wir an unserer nächsten Sitzung behandeln. Wir sprechen jetzt also ein Budget, das noch keine gesetzliche Grundlage hat. Wir gehen davon aus, dass der Bildungsdirektor dieses Budget nicht in Anspruch nimmt, wenn unsere Beratungen scheitern sollten; Letzteres scheint allerdings nicht der Fall zu sein, da Kommission und Stawiko einstimmig oder grossmehrheitlich hinter der gesetzlichen Vorlage stehen.
Der Bostadel macht wiederum einen ganz kleinen Überschuss. Es ist erfreulich: Da entwickelt sich ein Geschäft für unseren Kanton. Hoffentlich bleibt das so.
Wir haben auch noch über die Gebäudeversicherung diskutiert. Wir sind informiert worden, dass die Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung in der Pipeline ist und Anfang nächsten Jahres in die Vernehmlassung geht. Wir haben hier moniert, dass im Buch das Budget der Gebäudeversicherung nicht abgedruckt ist. Es wurde uns versichert, dass das ab 2014 der Fall sein wird.
Im Weiteren weist der Stawiko-Präsident auf die Beilagen zum Stawiko-Bericht hin. Die erste Beilage enthält die Finanzierungsprognosen bis 2030. Wir alle wissen, dass in unserem Kanton grosse Investitionsvorhaben anstehen. Umso wichtiger ist es, uns immer wieder damit auseinanderzusetzen, wie wir diese auch finanzieren wollen. Der Stawiko-Präsident empfiehlt dieses Papier unbedingt zum Studium. Zusammen mit dem Baudirektor und dem Finanzdirektor soll es immer wieder auf den aktuellen Stand gebracht werden.
Die zweite Beilage hält die Entwicklung der Spezialfinanzierung Strassenbau fest. Diese weist auf Ende der Finanzplanperiode noch einen stattlichen Bestand aus, den wir wahrscheinlich in den Folgejahren tatsächlich auch verwenden werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Spezialfinanzierung irgendwann ins Minus gerät.
Alle Anwesenden wissen, dass per Ende 2011 die Personalplafonierung abgeschafft wurde. Wir haben verlangt, dass wir jeweils eine Übersicht über die Entwicklung der Personalstellen erhalten. Wir geben diese bewusst als Beilage im Stawiko-Bericht dazu, damit der Rat in der Lage ist, sich selbst eine Übersicht über die neuen Stellen zu beschaffen und deren Begründung kurz nachzulesen.
Der Finanzstatus ist schon bekannt. Das ist jeweils die Information, was sich nach der letzten Budgetgenehmigung getan hat, was Regierungsrat oder Kantonsrat an zusätzlichen Aufgaben beschlossen haben. Dann findet sich als Beilage auch noch die Tabelle über die Behandlung der einzelnen Leistungsaufträge und Globalbudgets. Diese gibt einen guten Überblick, welche Anträgen möglich sind und wie damit umgegangen wird.
Die Stawiko beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen, die dann in der Detailberatung zur Sprache kommen, zuzustimmen. Die CVP schliesst sich diesem Antrag an.

Gabriela Ingold hält fest, dass die FDP-Fraktion einstimmig auf das Budget eintritt und den Finanzplan zur Kenntnis nimmt. In der Detailberatung wird sie sämtliche Anträge der Stawiko unterstützen. Die Globalbudgets mit Leistungsaufträgen sind nach wie vor als sehr grosse Herausforderung zu sehen. Die Mitglieder der Fraktion verlassen sich aufgrund des neuen Systems vermehrt auf die Aussagen und die Beurteilung ihrer Stawiko-Mitglieder. Durch den Personalstellenüberblick im Stawiko-Bericht gelingt jedoch ein gewisser Link. Die neuen Stellen, welche auf 2013 geschaffen werden, sind nachgewiesen und nachvollziehbar. Die Stellenerhöhung beim Rettungsdienst tragen wir mit und begrüssen die Erstellung eines Gesamtkonzepts. Trotzdem blicken wir mit Sorge auf den Ausbau des Verwaltungsapparates. An dieser Stelle appelliert die Votantin einmal mehr an die Mitglieder des Rates, bei der Bewilligung von neuen Staatsaufgaben und der Genehmigung von neuen Gesetzen diesen Aspekt nicht aus den Augen zu verlieren. Allgemein möchten wir den Regierungsrat auffordern, die Stellenentwicklung und somit die Personalkosten zu überwachen, damit für zukünftige Generationen keine strukturellen Probleme geschaffen werden.
Die Dokumentationsflut bzw. Dokumentationswut soll eingedämmt werden. Wir anerkennen, dass gewisse Publikationen aufgrund eines gesetzlichen Auftrages erstellt werden müssen. Es fragt sich hier allerdings, mit welchen Mitteln dies geschehen soll. Wir fordern vermehrt Zurückhaltung und auch den Verzicht auf Hochglanzbroschüren.
Die Unabhängigkeit der Ombudsstelle wird einmal mehr überstrapaziert. Es ist technisch machbar, innerhalb der Geschäftsverwaltungssoftware des Kantons der Ombudsfrau den alleinigen Zugriff auf ihre Dossiers zu geben. Ob ein externer Administrator vertrauenswürdiger sei als der hauseigene des AIO, der notabene der Schweigepflicht untersteht, gestatten wir zu hinterfragen.
Die Diskrepanz beim Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz mit sage und schreibe 28 Prozent oder gar einem Drittel gegenüber der Vorlage, welche wir im Januar dieses Jahres im Rat behandelt haben, ist erschreckend. Gerade in der Phase der Umstellung auf die Globalbudgets ist dies wenig vertrauensbildend. Wir haben zudem von verschiedenen Seiten gehört, dass heute bereits klar ist, dass in diesem Amt das Budget 2013 nicht reichen wird und die effektiven Kosten noch höher sein werden. Vielleicht kann uns die Direktorin des Innern heute dazu noch nähere Informationen geben. Wir fordern deshalb den Gesamtregierungsrat mit Nachdruck auf, in Zukunft bei sämtlichen Vorlagen mit Offenheit und Transparenz über sämtliche finanziellen Auswirkungen zu informieren. Sollten die Kosten aufgrund von unbekannten Parametern nicht abschätzbar sein, dann muss dies dem Kantonsrat angezeigt werden. Unsere Fraktion wird zukünftige Vorlagen für neue Aufgaben daher noch kritischer als bislang hinterfragen.

Thomas Wyss dankt namens der SVP-Fraktion der Regierung im Allgemeinen und Finanzdirektor Peter Hegglin im Besondern sowie natürlich auch der Verwaltung für die grosse Arbeit rund um Budget und Finanzplan. Die Umstellung auf Pragma ist nicht einfach. Sie verlangt von allen Beteiligten einen Mehraufwand. Für die grosse Arbeit, die der Finanzdirektor von aller Herrgottsfrühe bis spät in die Nacht für den Kanton Zug und seine Bürger leistet, möchten wir uns erkenntlich zeigen, indem wir ihn hier und jetzt unterstützen und ermuntern, ein ausgeglichenes Budget oder besser noch ein Budget mit einem kleinen Überschuss zu erzielen, was sicher auch im Interesse des Finanzdirektors ist.
Die SVP-Fraktion hat diesen Schritt an ihrer Sitzung kontrovers diskutiert. Wir orientierten uns nicht einfach an den Vorkommnissen in der Stadt Zug, sondern wir

wollen damit ganz klar ein bewusstes Zeichen für eine nachhaltige Finanzpolitik setzen. Als ehemaliger Landwirt weiss der Finanzdirektor besser als viele von uns, dass man dem Boden nicht mehr entnehmen kann, als man ihm gibt. Ähnlich verhält es sich mit einem Staatshaushalt oder einem ganz ordinären Haushalt: Man soll und darf nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Wohin es führt, wenn von diesem Grundsatz abgewichen wird, sieht man heute in extremis in Europa.
Wenn wir der Regierung helfen, ein Budget mit einem positiven Saldo zu präsentieren, so setzen wir damit ein klares Zeichen auch nach aussen und für die künftige Gestaltung des Finanzplans. Es muss möglich sein, auch in den nächsten Jahren mindestens ausgeglichene Voranschläge zu planen. Die Gefahr, dass sich die makroökonomische Lage in Europa und auch in der Schweiz schon bald verschlechtert, ist gross. Umso wichtiger und ein Gebot der Stunde ist es deshalb, äusserst diszipliniert zu haushalten.
Die SVP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag**, die Kostenbasis generell um 30 Millionen Franken zu reduzieren. Wie die Regierung das bewerkstelligen will, sei ihr überlassen. Die beantragte Kürzung entspricht lediglich 2,1 Prozent des Gesamtaufwandes von 1,4 Milliarden Franken. Es sollte deshalb problemlos möglich sein, diesen Betrag aus dem Staatshaushalt zu streichen.
Dass sich der Kanton Zug anstrengt, im Budget schwarze Zahlen zu präsentieren, setzt auch das richtige Zeichen in Bezug auf die NFA-Diskussion sowie den europäischen Steuerstreit, wo wir wohl schon am 4. Dezember unschöne Neuigkeiten erhalten werden. In Bezug auf diese beiden Herausforderungen stehen wir im Übrigen voll und ganz hinter der Strategie der Regierung und des Finanzdirektors, der – das darf und muss hier laut und deutlich gesagt werden – die Interessen des Kantons Zug und der Schweiz in diesen Fragen bestens vertritt. Er verdient jede Unterstützung – auch was ein ausgeglichenes Budget betrifft.
Als Konsequenz aus diesem Kürzungsantrag wird sich die SVP-Fraktion bei den Leistungsaufträgen der Stimme enthalten. Die Anträge der Stawiko unterstützt die SVP-Fraktion vollumfänglich. Auch was die Ausführungen im Stawiko-Bericht mit Blick auf die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde betrifft, so können wir dem nur beipflichten. Mehr noch: Die Kostenüberschreitung zeigt ganz klar, was wir eigentlich schon alle wissen und was in diesem Rat auch schon mehrmals gesagt wurde: Immer, wenn zentralisiert wird, laufen die Kosten aus dem Ruder. Das gilt nicht nur in Bezug auf die Kantone gegenüber der Schweiz, sondern auch bezüglich der Gemeinden gegenüber dem Kanton. Die Episode unterstreicht auch, was von den Ideen eines Stadtkantons Zug zu halten ist: nichts.
Um die Kosten für zwei zusätzliche Rettungssanitäter zu kompensieren, beantragen wir zusätzlich, auf die beantragte Juristenstelle in der Generaldirektion zu verzichten. Wie der Gesundheitsdirektor mit Blick auf seine illustre Vergangenheit im Sicherheitsbereich zu sagen pflegt: «Front vor Büro» – oder so ähnlich.
Um einen eigenen Beitrag zu einem ausgeglichenen Budget zu leisten, beantragen wir schliesslich, auch jene 200'000 Franken aus dem Budget zu streichen, die für die Anschaffung mobiler Geräte für den Kantonsrat vorgesehen sind. Die Begründung dafür wird später Beni Riedi liefern.

Andreas Hürlimann hält fest, dass die Alternativen für Eintreten auf das Budget 2013 sind. Echt erstaunt zeigt sich die AGF, dass wohl zum ersten Mal überhaupt in der Geschichte von Seiten der Stawiko ein Antrag auf zusätzliche Stellen gestellt wird. Dies ist zumindest ungewöhnlich und würde höchstwahrscheinlich bei einer linken Direktion nie passieren. Kein Verständnis hat die AGF für den Antrag auf die Streichung der Stellen im Bereich der Gesundheitsprävention. Gerade Prävention

hilft spätere höhere Gesundheitskosten zu vermindern. Die AGF ist daher der Meinung dass in diesem Bereich nicht gespart werden soll.
Auch den Streichungsantrag von 150 000 Franken bei der Direktion des Innern im Bereich Publikationen im Amt für Denkmalpflege und Archäologie unterstützt die AGF erwartungsgemäss nicht. Dieser Antrag soll gemäss Stawiko-Bericht als «Signal für die ganze kantonale Verwaltung inkl. Schulen verstanden werden». Ein solches Signal jedoch einzig an eine Direktion und besonders in einem bei vielen bürgerlichen Politikern nicht beliebten Gebiet wie der Archäologie und Denkmalpflege auszusenden, zeugt nicht gerade von einem staatsmännischen Blick fürs Ganze.
Einige Worte zum Kollegialitätsprinzip: Hierbei besteht die Regierung aus gleichberechtigten Mandatsträgern, welche die in geheimer Abstimmung gefassten Entschlüsse nach aussen mit einer Stimme vertreten. Dieses Prinzip gilt nach der vorherrschenden Meinung in unserer Fraktion auch für den Regierungsrat des Kantons Zug und somit auch für den Gesundheitsdirektor. Und das Organisationsgesetz sagt übrigens im Abschnitt über den Regierungsrat: «Er entscheidet als Kollegium.» Wenn der Gesundheitsdirektor nun vollmundig in der Zeitung «Zentralschweiz am Sonntag» vom 18. November 2012 behauptet, dass er zwei zusätzliche Stellen beantragt habe, dann vertritt er nach Aussen wohl nicht die Meinung und den gültigen Beschluss des Regierungsrates. Falls die Regierung durch den Antrag der Stawiko nochmals auf die Stellen im Rettungsdienst zurückkommt und diesen allenfalls sogar zustimmt, dann ist dies der Zeitpunkt, um dies auch gegen aussen oder gegenüber Kommissionen zu vertreten. Aber wie sich die Regierung dazu stellt, werden wir erst heute in der Detailberatung des Budgets erfahren – und nicht aus der Sonntagsausgabe der Lokalzeitung.
Die Stawiko ist über die Entwicklungen im Bereich des Amts für Kindes- und Erwachsenenschutz *not amused*. Das ist bis zu einem gewissen Grad verständlich und nachvollziehbar. Niemand will von neuen Entwicklungen überholt werden, und die Zunahme der Fälle ist – wie sich zeigt – ein schweizweites Phänomen. So hat beispielsweise die Sendung «10 vor 10» bereits im August dieses Jahres Auszüge aus einer Statistik über Kindesschutzmassnahmen publik gemacht. Diese zeigen, dass die Behörden 2011 in einer so hohen Zahl von Fällen wie noch nie Massnahmen zum Schutz von Kindern ergriffen. Die Statistik zeigt eine Zunahme der Kindesschutzmassnahmen von rund 10'000 Fällen im Jahr 2001 um mehr als die Hälfte auf 16'000 Fälle im Jahr 2011. Besonders stark nahmen dabei die sogenannten Erziehungsbeistandschaften zu. Dabei wird der Familie ein Sozialarbeiter zugeteilt, der die überforderten Eltern unterstützt und das Kind schützt. «Wir gehen davon aus, dass die gestiegene Scheidungsrate ein Grund dafür ist», sagte beispielsweise die Leiterin des Amtes für Kindesschutz der Stadt Bern im erwähnten Beitrag des Schweizer Fernsehens. Auch Zug ist keine Insel der Glückseligen und kann sich daher dieser Entwicklung nicht entziehen.
Die AGF ist der Meinung, dass der Regierungsrat und insbesondere die Direktion des Innern immer offen und transparent über die Entwicklungen informiert hat. Zu versuchen, hier einen Vorwurf an die Regierung über Falsch- oder Nichtinformation des Kantonsrates zu konstruieren, blendet die eben beschriebenen grösseren Zusammenhänge vollständig aus.
Im Ausblick gilt einmal mehr festzuhalten, dass die Regierung in ihrer Budgetierung und in den Zahlen für den Finanzplan hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Zuger Finanzhaushalts sehr zurückhaltend ist und liebend gerne Defizite in Aussicht stellt. Die Referenzzahlen von BAK Basel zeigen nach wie vor ein zuversichtlicheres Bild des Kantons Zug. Diese negativen Zahlen dürfen nicht zu Spar-

übungen und präventiven Kürzungen führen. Die AGF setzt sich für ein gutes Leistungsangebot zu Gunsten der Mehrheit der Zugerinnen und Zuger ein. Und dabei hilft ein «Schnell-schnell-über-alles-hinweg»-Kürzungsantrag, wie dies die SVP eben erwähnt hat, überhaupt nichts.
Zum Schluss einige Ausführungen zum SVP-Rasenmäher-Kürzungsantrag: Im Rahmen der Pragma-Debatte äusserte die AGF Befürchtungen, es könnte zu solchen unspezifischen Kürzungsanträgen kommen. Das wurde verneint, gerade auch vom damaligen Kommissionspräsidenten aus der Reihe der SVP. Es wurde angeführt, dass Streichungen wie früher konkret beantragt werden sollen, statt nur zu einzelnen Konten halt pro Amt mit konkreter Aussage, welche Leistung wieso verändert wird. Was stellt sich die SVP denn vor? Wo soll gekürzt werden? Soll die rund 30 Millionen teure Planung für das neue Verwaltungszentrum auf Eis gelegt werden? Soll der Strassenunterhalt reduziert werden? Soll die Wirtschaftspflege reduziert werden? Soll nun der RDZ doch nicht ausgebaut und das Sekretariat der Gesundheitsdirektion doch nicht aufgeblasen werden? Oder soll die beschlossene Aufstockung der Zuger Polizei wieder rückgängig gemacht werden? Solche Anträge, wie sie die SVP angekündigt hat, sind nicht zielführend, wenig konstruktiv und bringen den Kanton Zug sicher nicht einen Schritt voraus.
Die AGF ist für Eintreten und wird sich in der Detailberatung zusätzlich einbringen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass über sämtliche Anträge, ob von links oder rechts, abgestimmt wird. Sie sind legitim und gesetzeskonform. Wir werden dann sehen, ob sie durchkommen oder nicht.

Alois Gössi hält fest, dass die SP-Fraktion dem Budget 2013, das – ohne die Berücksichtigung der Auflösung der Steuerausgleichsreserven von rund 47,5 Millionen Franken – einen Ausgabenüberschuss von 73,4 Millionen Franken vorsieht, zustimmt.
In der Finanzplanung 2013–2016 sind die geplanten Defizite der nächsten Jahre höher, als sie noch letztes Jahr absehbar waren, aber sie reduzieren sich über die Planperiode von 73,4 Millionen Franken für 2013 bis auf rund 33 Millionen Franken. Die Defizite der nächsten Jahre halten sich in einem Rahmen, den wir als vertretbar betrachten, dies auch aufgrund der Reserven, die wir in den letzten Jahren aufgrund der sehr guten Ergebnisse anlegen konnten. Natürlich sollte es mittel- bis langfristig das Ziel sein, wieder ausgeglichene Staatsrechnungen zu haben.
Wir unterstützen die Anträge der Stawiko für zusätzliche 162'000 Franken beim Rettungsdienst, damit eine optimalere Versorgungssicherheit im Rettungsbereich im Kanton Zug gewährleistet ist. Den Kürzungsanträgen beim Gesundheitsamt und bei der Ombudsstelle stimmen wir zu. Nicht einheitlicher Meinung ist die Fraktion in Bezug auf die Budgetreduktion von 150'000 Franken beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie.
Hinsichtlich der Investition von 200'000 Franken für die Ausrüstung von uns Kantonsräten mit einem iPad begrüssen wir es explizit, dass das Büro des Kantonsrats schlussendlich den Kredit freigeben soll, wenn klar ist, was wir neben dem iPad alles dafür erhalten – und auch klar ist, ob sich diese Investition auch wirklich lohnt. Zuerst also abklären und dann entscheiden.
Wir diskutierten das Budget 2013 nun schon zum zweiten Mal mit Globalbudgets und Leistungsaufträgen. Ohne den begleitenden Bericht der Stawiko ist ein solches Budget, beispielsweise bei der Gesundheitsdirektion, für die Kantonsräte jedoch praktisch nicht les- und interpretierbar; das gilt zumindest für diejenigen, die nicht der Stawiko angehören und damit nicht über zusätzliche Informationen verfügen.

Die Stawiko fordert deshalb zu Recht, dass bei den Ämtern eine Aufteilung des Globalbudgets auf die Leistungsgruppen vorgenommen wird. Diese Information sollte aber nicht nur der Stawiko, sondern allen Kantonsräten zur Verfügung stehen.
Der Stawiko-Präsident sagte im letzten Jahr zum Budget 2012: «Wir werden uns wohl in Zukunft vermehrt mit den Leistungen, die wir vom Staat wünschen und erwarten, befassen und erst in zweiter Linie damit, was diese Leistungen tatsächlich kosten.» Und wenn man den Stawiko-Bericht dieses Jahres anschaut, wurde gerade dies nicht gemacht. Es wurde wie üblich vor allem auf die Kosten geschaut. Hier wäre auch noch ein Umdenken nötig.
Zum SVP-Antrag für ein ausgeglichenes Budget 2013: Wenn die SVP es ernst meint mit einem ausgeglichenen Budget, müsste sie statt einer Reduktion des Aufwands um 30 Millionen Franken doch eine solche um rund 75 Millionen Franken verlangen. Denn erst wenn keine Auflösung von stillen Reserven mehr stattfindet, kann von einem ausgeglichenen Budget die Rede sein. Alles andere ist Kosmetik. Die SVP sollte sagen, welche Leistungen sie nicht mehr oder nur noch in reduziertem Rahmen will. Sie soll diese Verantwortung übernehmen und nicht auf den Regierungsrat abwälzen. Wir werden den Antrag der SVP ablehnen.
Die SP-Fraktion stimmt dem Budget 2013 sowie den Leistungsaufträgen und dem Steuerfuss von 82 Prozent zu und nimmt auch Kenntnis vom Finanzplan 2013–2016.

Ivo Hunn fragt einleitend, ob ein Budget eigentlich per Naturgesetz steigt. Das haben sich die Grünliberalen bei der Beratung des Budgets gefragt. Vergleicht man das Budget 2011 (Aufwand 1'310 Millionen Franken) mit dem Budget 2013 (Aufwand 1'432 Mllionen) respektive mit dem Plan 2015 (Aufwand 1'499 Millionen), so ist die Antwort «Ja». Im Schnitt steigt das Budget pro Jahr um 40 Millionen Franken. Zusätzlich wird in Zukunft mit sinkenden Einnahmen gerechnet.
Die Gründe für den Mehraufwand sind vielfältig. Ein Grund ist sicher die steigende Zahl neuer Gesetze, welche hier im Kantonsrat beschlossen werden. Eine mögliche visionäre Lösung könnte sein, dass für jedes neue Gesetz ein altes gestrichen werden muss. Dies könnte direkt in der Vorlage mit Kostenaufwand und Kostenminderung aufgezeigt und vorgeschlagen werden. Ein weiterer Grund sind die nicht genau deklarierten respektive abschätzbaren Folgekosten neuer Ämter und Aufgaben. Nehmen wir das bereits erwähnte Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz. Es wird in der Vorlage 2036 immer das Jahr 2008 erwähnt, eine Umfrage im 2011 bestätigte die Pensenberechnung – und nun ist im Budget 2013 trotzdem eine Steigerung des Personalaufwands notwendig. Wir von den Grünliberalen sind selbstkritisch und fragen uns, ob wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte unsere Verantwortung in der Beratung und Prüfung der Vorlagen zu wenig wahrnehmen. Oder ist unser politisches Milizsystem an die Grenze des Machbaren gelangt? Wir denken, dass diese beiden Fragen in jeder Fraktion grundsätzlich diskutiert werden müsste.
Eine mögliche Korrektur der getroffenen Entscheide kann über die Beratung des Budgets erfolgen. Hier sei erwähnt, dass die GLP grundsätzlich die Meinung vertritt, dass der Regierungsrat ein ausgeglichenes Budget vorlegen muss. Einen Antrag zur Kürzung des budgetierten Defizits von 25,9 Millionen Franken werden wir jedoch nicht stellen.
Einen zusätzlichen Appell richten wir an die Stawiko. Betrachten wir die Anträge der Stawiko, die insgesamt einen Minderaufwand von 97'000 Franken, also weniger als ein Promille des gesamten Budgets beantragen, dann kann die Aussage, damit Signalwirkung zu erzielen, nicht wirklich ernst genommen werden.
Die Grünliberalen sind heute für Eintreten und unterstützen die Anträge des Regierungsrates und der Stawiko.

Martin Stuber fühlt sich durch das Votum von Ivo Hunn etwas herausgefordert. Was ist der Treiber für das Budget? Gesetze – so hat Ivo Hunn gesagt – seien ein Grund, warum das Budget steigt. Der Sprechende ist seit zehn Jahren Kantonsrat, hat vorher zehn Jahre im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug gearbeitet – und hat gesehen, was der Treiber für Gesetze ist. Gesetze werden nicht proaktiv von der Verwaltung geschaffen, nur weil irgendjemandem in den Sinn kommt, man könnte da oder dort noch ein Gesetz machen. Das ist nicht die politische Realität. Die politische Realität ist vielmehr, dass wir in einer extrem dynamischen Gesellschaft leben. Noch nie hat sich eine Gesellschaft so schnell und so tiefgreifend verändert wie die unsrige in den letzten zwanzig Jahren. Im Kanton Zug ist das noch speziell verschärft. Wir sind *der* Wachstumskanton in der Schweiz. Da ist es nur logisch, dass auch die staatlichen Aufwendungen steigen. In der Regel sind neue Gesetze oder die Erweiterung von Gesetzen – und das darf der Regierungsrat durchaus als Kompliment verstehen – eine Antwort auf gesellschaftliche Entwicklungen, auf gesellschaftliche Bedürfnisse, die sich verändert haben oder neu kommen. Seien wir ehrlich: Der Haupttreiber für das Budget ist das Wachstums des Kantons. Und der Votant glaubt nicht, dass die Grünliberalen gegen dieses Wachstum sind.

Philip C. Brunner fühlt sich nun von Martin Stuber und auch vom Sprecher der Grünliberalen ebenfalls ein bisschen herausgefordert. Er will zum Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz sprechen. Es wurde gesagt, das sei nicht so gut gelaufen, und die Stawiko zeigt sich in ihrem Bericht sehr ungehalten.

Die **Vorsitzende** interveniert, dass im Moment über Eintreten debattiert wird, worauf Philip C. Brunner sein Votum auf später verschiebt.

Manuel Brandenberg bringt eine kurze Replik an zur Aussage von Martin Stuber, die Dynamik der gesellschaftlichen Veränderung führe dazu, dass wir mehr Geld, mehr Gesetze etc. brauchen: Diese Dynamik hat es immer gegeben, das ist überhaupt nichts Neues. Und wenn man heute versucht, 30 Millionen Franken zu sparen, dann ist das nicht eine Kriegserklärung an irgendeinen Regierungsrat, sondern die Übernahme von Verantwortung in schlechter werdenden Zeiten. Warum sollen wir dem Regierungsrat also nicht einfach diesen Sparauftrag geben? Es ist unsere Verantwortung, das zu bestimmen; der Regierungsrat kann das dann detailliert ausarbeiten – unabhängig von der gesellschaftlichen Veränderung, die immer etwa gleich ist.

Gregor Kupper stellt fest, dass die SVP immer für eine Überraschung gut ist. Leider war dieser Antrag bisher kein Thema, auch nicht ansatzweise. Das ist zu bedauern, könnten wir in der Stawiko doch gerade solche Diskussionen grundsätzlicher Art sehr detailliert führen und Überlegungen dazu anstellen. Wir könnten eine solchen Antrag materiell abschätzen, aber auch überprüfen, welches Vorgehen sinnvoll ist, und dazu im Rat entsprechend Stellung nehmen. Das wurde leider verpasst.
Der Votant kann dazu keine Meinung der Stawiko abgeben, hat aber eine persönliche Meinung dazu. Es scheint, dass mit diesem Antrag auf eine schweizerische SVP-Linie geschwenkt werden soll, mit einer Hau-ruck-Politik, die selbstverständlich morgen mit Schlagzeile in der Zeitung steht. Es ist schade, wenn auch unsere SVP den gutbürgerlichen Pfad verlassen und eine Politik betreiben will, die nicht zielführend ist. Wir haben bisher immer verlässliche und berechenbare Wege beschritten, dies zum Schutz unserer Bürger, insbesondere aber auch als Signal für

unsere Wirtschaft, die wusste, dass sie im Kanton einen sicheren Wert hat. Diesen Pfad sollten wir nicht verlassen. Bei Annahme dieses Antrages würden wir bis im nächsten Februar Übungen um das Budget herum veranstalten, die selbstverständlich auch in den Medien entsprechendes Echo fänden. Der Votant empfiehlt deshalb dringend, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Stefan Gisler stellt fest, dass pointierte und inhaltlich vielleicht auch interessante Voten Resonanz finden. Darum hat wohl auch Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky auf Andreas Hürlimann regiert. Der Votant bittet die Vorsitzende, sich die beiden letzten Male auf die Sitzungsleitung zu fokussieren und nicht jedes Votum zu kommentieren. Dazu hat sie dann nächstes Jahr als einfaches Mitglied des Rats wieder Gelegenheit.
Die AGF hat nie in Frage gestellt, über den SVP-Antrag abzustimmen. Sie stimmt sehr gerne über diesen 30-Millionen-Kürzungsantrag ab – und wird Nein stimmen. Zu den Gründen dafür hat der Stawiko-Präsident bereits einige gute Ausführungen gemacht. Ein Staatshaushalt besteht nicht nur aus Ausgaben, sondern auch aus Einnahmen, und gerade die SVP hat in den letzten Jahren aktiv mitgeholfen, die Einnahmen mit fragwürdigen Steuersenkungen effektiv zu senken – unter anderem mit dem Argument, es bestehe ja ein struktureller Überschuss. Wir warnten während Jahren davor, dass dies nicht der Fall sei. Wir warnten vor den möglichen langfristigen Folgen für die Staatsfinanzen und auch vor den Auswirkungen auf die Gemeinden. Die Stadt Zug beispielsweise moniert, dass ihr auch aufgrund von kantonalen Steuersenkungen Geld für wichtige Investitionen fehlt.
Der Stawiko-Präsident hat es erwähnt: Der SVP-Antrag ist ein Rasenmäher-Antrag, unspezifisch und nicht der Weg, den wir hier beschreiten sollten. Die AGF erwartet von der SVP konkrete Hinweise, wo wieso gespart werden soll. Oder wie stellt der Rat sich das vor? Soll die Regierung freie Hand haben, diese Kürzungen vorzunehmen, ohne dass der Kantonsrat darüber befinden kann? Der Votant will ein Mitspracherecht bezüglich Finanzen; er will nicht übergangen werden in der Frage, wo gespart werden soll. Oder soll die Regierung eine Vorlage präsentieren, wo sie diese 30 Millionen einsparen will? Und was ist in der Zwischenzeit? Gilt dann Notrecht? Ist das Budget dann nicht bewilligt? Diese Fragen hätte der Redner gerne auch vom Finanzdirektor beantwortet.
In diesem Sinne wehrt sich der Votant für die Mitsprache des Kantonsrats. Der Rat soll spezifisch über Kürzungsanträge und Leistungskürzungen entscheiden können und dies nicht einfach an die Regierung delegieren.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** führt aus, dass das Budgetbuch – wie vom Stawiko-Präsidenten bereits gesagt – in diesem Jahr zum zweiten Mal in dieser Form vorliegt. Ihr soll auch die Rechnungslegung folgen. Der Finanzdirektor hat vor zwei Tagen den Startschuss für die Erstellung des Geschäftsberichts gegeben. Im Kantonsrat wird also heute das Budget für das nächste Jahr beraten, und in der Direktion wurde schon mit der Erstellung des Geschäftsberichts 2012 begonnen.
Das vorliegende Budget ist wieder eine Verbesserung zum Budgetbuch des letzten Jahres. Wir haben die Lesbarkeit so zu verbessern versucht, dass nicht nur Stawiko-Mitglieder den Inhalt verstehen, sondern dass jedes Mitglied des Kantonsrats sich möglichst rasch einen Überblick über die Finanzen und die Aufgaben des Kantons verschaffen kann. Neu sind beispielsweise auf Seite 5 alle Anträge des Regierungsrats aufgeführt. Früher fand sich das ungefähr auf Seite 30 bis 40, jetzt ist es vorne. Man sieht dort genau aufgelistet, um was es geht. Auf den folgenden Seiten findet man unter dem Titel «In Kürze» neue übersichtliche Tabellen, mit deren Hilfe

man sehr schnell eine Gesamtschau gewinnt. Das gilt auch bei den Direktionen mit den Leistungsaufträgen, mit den gesetzlichen Grundlagen, mit den Leistungsgruppen, mit dem Globalbudget, mit der Investitionsrechnung und mit den dazugehörenden Kommentaren. Mit diesen Kommentaren sollte bei jedem Amt nachvollziehbar sein, welche Aufgaben zu- oder abgenommen haben, was weggefallen oder neu dazugekommen ist. Das sollte relativ einfach lesbar sein, auch wenn das Budgetbuch ziemlich dick ist und seine Lektüre natürlich Zeit braucht. Es wird nicht erwartet, dass jedes Kantonsratsmitglied in jedem Amt alles fundiert studiert. Wo aber das entsprechende Interesse vorhanden ist, kann man sich jetzt schnell einen Überblick verschaffen – dies im Gegensatz zu früher, als man nur Zahlen hatte und nicht wusste, was das Amt mit den jeweiligen Beträgen tat. Das ist jetzt offen und transparent.

Neu ist auch die PHZ drin. Sie war schon früher drin, aber nicht als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt, sondern als Position bei der DBK, als Leistungseinkauf beim Konkordat.

Zur Aussage, ein Globalbudget könne nicht in Verbindung gebracht werden mit den Leistungsaufträgen, mit den Zielsetzungen: Die Stawiko hat diese Forderung im letzten Jahr gestellt. Wir wollten dieser Forderung konzeptionell nachkommen, indem mit einer Ausbreitung der Kosten-Leistungs-Rechnung das Globalbudget überall auf die Leistungsgruppe heruntergebrochen werden kann. Wir sind mit der Ausbreitung nicht so weit. Wir haben dazu auch Umfragen bei den Direktionen und Ämtern gemacht. Die Notwendigkeit, eine Kosten-Leistungs-Rechnung einzuführen, wird nicht überall gleich euphorisch aufgenommen. Es gibt halt auch Aufwand; die Ämter können in dieser Zeit nicht ihre Kernaufgabe erfüllen, sondern sind mit administrativen Aufgaben befasst. Deshalb geht der Regierungsrat nochmals über die Bücher und versucht anhand einer Kriterienliste die Einführung bei den Ämtern – wo es Sinn macht – an die Hand zu nehmen und umzusetzen. Da sind wir auf dem Weg. Das Anliegen, dass das Globalbudget prozentual auf die Leistungsgruppe heruntergebrochen werden kann, nehmen wir auf den Geschäftsbericht und das nächste Budget hin auf. Die Meinung ist aber schon so – und so hat der Finanzdirektor auch die Stawiko verstanden –, dass das eine interne Angabe an die Stawiko-Delegation bzw. die Stawiko ist, die nicht irgendwo im Budgetbuch einen Niederschlag findet.

Bezüglich Budgetkürzung verweist der Finanzdirektor auf Seite 7 im Budgetbuch, wo in einer Übersicht die Entwicklung des Aufwands, des Ertrags und des Saldos und ganz zuunterst die Veränderungen auf der Aufwandseite aufgelistet sind. Wenn man diese Position zuunterst und die Position auf der nächsten Seite oben zusammenzieht, kommt man auf eine Aufwandsteigerung von über 50 Millionen Franken. Diese stehen für mehr Ressourcenausgleich, für höhere Beiträge bei AHV und IV, für höhere Abschreibungen aufgrund des Kantonsratsbeschlusses, Polycom einzuführen, für die neue Spitalfinanzierung, für einen höheren Beitrag im ZFA. Die Aufwandsteigerung ist also klar begründet, und wenn man jetzt sagt, es sollen 30 Millionen Franken gestrichen werden: Diese Positionen können wir nicht streichen. Die hat zum Teil der Rat beschlossen, zum Teil sind es Vorgaben des Bundes. Wo gehen wir dann hin? Wir müssten dann die allgemeinen Aufgaben überprüfen, die bisher schon bestanden. Der Finanzdirektor hat aber noch sehr gut in Erinnerung, dass der Kantonsrat einstimmig den Regierungsrat beauftragte, eine Staatsaufgabenreform an die Hand zu nehmen. Wir haben versucht, das konzeptionell umzusetzen. Man war einstimmig der Meinung zu sparen. Sobald aber die ersten Vorschläge kamen, sagte das Parlament: «Ja, schon sparen, aber nicht hier und nicht hier und nicht hier.» Und am Schluss wurde zu allen Sparvorschlägen

Nein gesagt, und das Projekt wurde abgeschlossen und beerdigt. Deshalb hat der Finanzdirektor grosse Vorbehalte gegenüber dem Vorschlag, pauschal 30 Millionen Franken zu streichen. Im Grundsatz sind sich alle einig, aber im Einzelfall wird sich der Rat wieder nicht einigen können. Deshalb ruft der Finanzdirektor den Rat auf, dem pauschalen Kürzungsantrag der SVP-Fraktion nicht zuzustimmen, sondern bei neuen Aufgaben und bei der Aufgabenentwicklung immer hinzuschauen, dass diese nicht zu stark ansteigen. Die Aufgabe haben wir mit unserer Finanzstrategie gemacht. Wir haben Wachstumsvorgaben, die auch in diesem Budget eingehalten wurden. Wenn man langfristig hinschaut, dann unterstützt sogar BAK Basel diese Aussage. Für 2020 sieht das BAK Basel unsere Finanzlage sogar besser als wir selber. Und wenn der Finanzdirektor als Landwirt zitiert wird, dann ist es ja nicht nur dort, sondern allgemein bekannt, dass auf sieben gute Jahre manchmal sieben schlechtere Jahre folgen können. Umso wichtiger ist es, in den sieben guten Jahren vorzusehen, dass es mal schlechter gehen könnte. Das haben wir getan. Wir haben in den letzten Jahren vorsichtig gearbeitet. Wir haben ein Eigenkapital von über 1 Milliarde Franken, und wenn jetzt mal ein Defizit im Budget steht, dann entspricht das der Vorgabe, dass der Staatshaushalt im Lot gehalten werden muss. Dieses Defizit können und müssen wir durchhalten. Wenn man die Seite 7 nochmals betrachtet, sieht man, dass bei den Erträgen auch die Direkte Bundessteuer um 7 bis 8 Prozent tiefer ist, dass auch der Kantonssteuerertrag im nächsten Jahr tiefer ist. Es ist auch die wirtschaftliche Lage, die sich im Budget 2013 widerspiegelt; eine wirtschaftliche Lage, die – davon ist der Finanzdirektor überzeugt – wieder besser werden soll.
Es wurde gesagt, dass die Direktion des Innern (DI) keine Bemühungen unternommen habe, eine Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) einzuführen. Für morgen ist eine Besprechung angesetzt, in welcher die Geschäftsleitung der DI mit der Finanzdirektion die Einführung der KLR in der DI bespricht und allenfalls auch plant.
Dass das Milizsystem an seine Grenzen komme, sollte man hier nicht denken bzw. nicht ins Spiel bringen. Der Finanzdirektor ist ein Fan des Milizsystems. Man sollte daran festhalten. Das Fachwissen aus dem Rat kann nirgends besser eingebracht werden als im Milizsystem.
Der Finanzdirektor empfiehlt abschliessend dem Rat, den Anträgen der Regierung zu folgen. In einzelnen Anträgen folgt der Regierungsrat der Stawiko; dazu werden die Direktionsvorsteher in der Detailberatung Stellung nehmen. Bezüglich der Überprüfung der Drucksachen: Die Stawiko beantragt, bei der Direktion des Innern die Dokumentation der Untersuchungen und Projekte um die Hälfte zu streichen. Der Regierungsrat empfiehlt, das nicht zu tun, ist aber bereit, die generelle Überprüfung aller Drucksachen an die Hand zu nehmen. Wir werden eine Auslegeordnung erstellen und prüfen, was an Publikationen notwendig ist, welche Publikationen noch erstellt und dem Rat zugestellt werden sollen. Diesen Auftrag nehmen wir entgegen, finden es aber falsch, über das Budget in einem Bereich eine Kürzung vorzunehmen. Es gibt ja auch in anderen Direktion Publikationen, über welche man sprechen könnte; es ist deshalb nicht richtig, eine Direktion in diesem Rahmen abzustrafen.

EINTRETENSENTSCHEID

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten vorliegt.

➔ Damit ist Eintreten beschlossen.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** erläutert das Vorgehen: Wir gehen das Budgetbuch gemäss der Institutionellen Gliederung durch und behandeln am Schluss die Anträge des Regierungsrates. Sie bittet bei Wortmeldungen um folgende Angaben:
• bei Wortmeldungen zu Kostenstellen *mit* Leistungsauftrag: Seite im Budgetbuch, Kostenstellen-Nummer und Name der Kostenstelle;
• bei Wortmeldungen zu Kostenstellen *ohne* Leistungsauftrag: zusätzliche Nennung der Kostenstelle der betroffenen Kontonummer.
Bei allfälligen Anträgen ist jeweils zu unterscheiden, ob es sich um eine Kostenstelle *mit* oder *ohne* Leistungsauftrag handelt. Es sind folgende Anträge möglich:

Bei Kostenstellen mit Leistungsauftrag:
• Antrag auf Ablehnung des jeweiligen Leistungsauftrages als Ganzes (vgl. § 7 Abs. 5 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung [Organisationsgesetz] vom 29. Oktober 1998 [BGS 153.1]). Ein solcher Antrag ist ein Gegenantrag zum Antrag des Regierungsrates.
• Antrag auf Änderung (Erhöhung oder Senkung) des Globalbudgets der Laufenden Rechnung, also nur des Saldos (vgl. § 7 Abs. 6 Organisationsgesetz). Ein solcher Antrag ist ebenfalls ein Gegenantrag zum Antrag des Regierungsrates.
• Antrag auf Änderung (Erhöhung oder Senkung) der Investitionsrechnung. Ein solcher Antrag ist ebenfalls ein Gegenantrag zum Antrag des Regierungsrates.
Gemäss § 7 Abs. 6 Organisationsgesetz gilt bei den Kostenstellen *mit* Leistungsauftrag bei Änderungen durch den Kantonsrat Folgendes:
• Verweigert der Kantonsrat die Genehmigung eines Leistungsauftrages als Ganzes, legt der Regierungsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag samt entsprechendem Globalbudget vor.
• Ändert der Kantonsrat das Globalbudget, *kann* der Regierungsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten, *muss* das aber nicht tun.

Bei Kostenstellen ohne Leistungsauftrag:
• Antrag auf Streichung einer Position.
• Antrag auf Erhöhung einer Position.
• Antrag auf Senkung einer Position.
Solche Anträge sind Gegenanträge zum Antrag des Regierungsrates.

Im Folgenden werden nur jene Kostenstellen aufgeführt, zu welchen in der Beratung das Wort ergriffen bzw. ein Antrag gestellt wurde.

Gesetzgebende Behörden
Kostenstelle 1000 (Kantonsrat)

Beni Riedi erinnert daran, dass im Ratssaal noch vor kurzem ein Laptop-Verbot galt. Dieses wurde bekanntlich gelockert bzw. aufgehoben. Erstaunlicherweise findet man nun bereits im Budget 2013 einen Budgetkredit von 200'000 Franken zur Anschaffung von Mobilgeräten. Die SVP kämpft für einen schlanken, effizienten Staat. Tablets für den Kantonsrat, finanziert durch die Steuergelder der Zuger Bevölkerung, lehnen wir einstimmig ab. Gerade wir Politiker müssen mit dem guten

Beispiel vorangehen und mit den finanziellen Mitteln haushälterisch umgehen. Im Namen der SVP-Fraktion stellt der Redner einen **Streichungsantrag:** Der Budgetkredit IT 1000.0001 «Infrastruktur Kantonsrat» sei aus dem Budget 2013 zu streichen. Zusätzlich stellt er den **Antrag,** die Abstimmung darüber sei unter Namensaufruf durchzuführen.

Die Abstimmung zum Antrag, die folgende Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen, ergibt folgendes Resultat:
• für eine Abstimmung per Handmehr: 45 Stimmen
• für eine Abstimmung unter Namensaufruf: 27 Stimmen.
Gemäss Geschäftsordnung des Kantonsrats muss eine Abstimmung unter Namensaufruf durchgeführt werden muss, wenn mehr als 20 Ratsmitglieder dies verlangen.

➔ Der Rat hat demnach mit 27 Stimmen entschieden, die folgende Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Die **Vorsitzende** hält für die folgende Abstimmung fest, dass «Ja» die Zustimmung zum Antrag der Regierung, «Nein» die Zustimmung zum Streichungsantrag der SVP-Fraktion bedeutet.

Die Ratsmitglieder werden von der Stellvertretenden Landschreiberin mit Namen aufgerufen und stimmen wie folgt:

Manuel Brandenberg: –
Philip C. Brunner: Nein
Philippe Camenisch: Ja
Irène Castell-Bachmann: Ja
Hans Christen: Ja
Stefan Gisler: Nein
Barbara Gysel: Ja
Alice Landtwing: Ja
Jürg Messmer: Nein
Rupan Sivaganesan: Nein
Eusebius Spescha: Ja
Daniel Stadlin: Nein
Cornelia Stocker: Ja
Vroni Straub-Müller: Nein
Martin Stuber: Nein
Silvia Thalmann: Ja
André Wicki: Nein

Thiemo Hächler: Ja
Barbara Strub: Ja
Beat Wyss: Ja
Thomas Wyss: Nein

Gabriela Ingold: Ja
Beat Iten: Ja
Franz Peter Iten: Nein
Renato Sperandio: Ja
Arthur Walker: Ja

Thomas Werner: Nein

Monika Barmet: Ja
Frowin Betschart: Ja
Karl Nussbaumer: Nein

Daniel Abt: Nein
Adrian Andermatt: Ja
Maja Dübendorfer Christen: Ja
Zari Dzaferi: Ja
Daniel Eichenberger: Nein
Pirmin Frei: Nein
Alois Gössi: Ja
Silvan Hotz: Ja
Ivo Hunn: Ja
Anna Lustenberger-Seitz: Nein
Gabriela Peita: Nein
Martin Pfister: Ja
Beni Riedi: Nein
Heini Schmid: Ja
Oliver Wandfluh: Nein

Walter Birrer: Nein
Christine Müller-Blättler: Ja
Christoph Bruckbach: Ja
Peter Diehm: Nein
Esther Haas: Nein
Georg Helfenstein: Nein

Markus Jans: Ja	Monika Weber: Ja
Thomas Rickenbacher: Ja	
Beat Sieber: Ja	Kurt Balmer: Ja
Rainer Suter: Nein	Daniel Thomas Burch: Ja
	Dominik Lehner: Ja
Karin Andenmatten: Nein	Flavio Roos: Nein
Anna Bieri: Nein	Hanni Schriber-Neiger: Nein
Hubert Schuler: Ja	Matthias Werder: Nein
Thomas Villiger: Nein	
Leonie Winter: Nein	Franz Hürlimann: Nein
	Moritz Schmid: Nein
Daniel Burch: Nein	Florian Weber: Nein
Andreas Hausheer: Nein	
Andreas Hürlimann: Nein	Gregor Kupper: Ja
Eugen Meienberg: Ja	Thomas Lötscher: Nein

Manuel Brandenberg war nicht anwesend, als sein Name aufgerufen wurde. Die **Vorsitzende** kann seine nachträgliche Stimme deshalb nicht akzeptieren.

Manuel Brandenberg hält sich selbstverständlich an die Geschäftsordnung, diese sieht seines Wissens die Reihenfolge aber nicht vor. Er lässt sich aber gerne von Seiten der juristischen Beratung korrigieren.

Heini Schmid zitiert § 64 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats: «Als Stimmende dürfen nur die Mitglieder gezählt werden, die unmittelbar nach Verlesung ihres Namens die Stimme abgegeben haben.» Alle hier haben festgestellt, dass Manuel Brandenberg im Moment, als sein Name aufgerufen wurde, nicht anwesend war. Die Reihenfolge ist unerheblich. Seine Stimme darf deshalb nicht nachträglich gezählt werden.

➔ Der Rat genehmigt demnach mit 38 zu 37 Stimmen den Antrag der SVP-Fraktion, bei der Kostenstelle 1000 (Kantonsrat) den Budgetkredit IT 1000.0001 «Infrastruktur Kantonsrat» im Betrag von 200'000 Franken zu streichen.

Allgemeine Verwaltung
Kostenstelle 1128 (Ombudsstelle)

Gregor Kupper beantragt namens der Stawiko, das Konto 311 um 30'000 Franken zu reduzieren. Die mit diesem Betrag abzudeckende Insellösung für die Informatik der Ombudsstelle hält die Stawiko für nicht erforderlich, die damit verbundene Vorsichtsmassnahme für übertrieben. Die Informatik der Ombudsstelle kann durchaus ins Netz der kantonalen Verwaltung eingebunden werden. Heutige technische Möglichkeiten erlauben es, die Daten so abzusichern, dass ein Fremdzugriff nicht möglich ist. Die Sicherheitsstandards können gewährleistet werden. Die Bedürfnisse, welche die Ombudsstelle hat, haben andere Ämter auch, beispielsweise das Personalamt oder die Steuerverwaltung. Auch da kann letztlich – wenn Missbrauch betrieben wird – irgendein Supporter irgendwelche Daten holen, wie wir das bei den Banken erlebt haben. Wenn ein externer Supporter, der ein separates System unterstützen müsste, mehr Vertrauen geniesst als die kantonalen Angestellten, dann ist

das ein schlechtes Zeichen gegenüber unserer Verwaltung. Die Stawiko beantragt die Reduktion um 30'000 Franken mit 12 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 4 Abs. 3 des Ombudsgesetzes die Ombudsperson mit beratender Stimme an der Behandlung des Budgets der Ombudsstelle teilnehmen kann.

Ombudsfrau **Katharina Landolf** schätzt es sehr, dass sie das Budget der Ombudsstelle vor dem Rat vertreten kann und bedankt sich dafür. Es geht bei ihren Ausführungen nicht um das gesamte Budget der Ombudsstelle, sondern nur um den Antrag für einen Beitrag von 30'000 Franken für den Ersatz des bisherigen Geschäftsverwaltungssystems und die Ersatzkosten für den Server. Es geht nicht darum, dass die Ombudsfrau sich einbildet, sie brauche neu eine Insellösung; es geht vielmehr um den Ersatz der bisherigen Insellösung.
Die Sprecherin erlaubt sich einen kurzen Exkurs zur Frage, weshalb die Ombudsstelle nicht an die Systeme der kantonalen Verwaltung angeschlossen ist. Dafür gibt es historische, demokratische und vor allem technische Gründe. Der Kantonsrat hat vor ungefähr drei Jahren entschieden, dass das bisherige, unbefristete Pilotprojekt «Vermittler in Konfliktsituationen» in eine parlamentarische Ombudsstelle überführt werden soll. Das Vermittlerprojekt war noch der Verwaltung – konkret der Sicherheitsdirektion – angegliedert, der Vermittler war vom Regierungsrat angestellt, und damit war die Vermittlerstelle Teil der Verwaltung. Schon damals war dieser Stelle aber in fachlicher und organisatorischer Hinsicht eine völlige Unabhängigkeit zugeschrieben. Die Sprecherin zitiert aus dem Tätigkeitsbericht 2003: «Die Vermittlungsstelle muss von der Verwaltung und den Behörden örtlich und organisatorisch unabhängig sein. Sie soll sich in ihrem Erscheinungsbild klar von demjenigen der kantonalen Verwaltung unterscheiden.» Sie zitiert weiter aus der Motion Bär/Durrer/Tännler und der JPK vom 4. April 2006: «Wie eine Ombudsstelle soll der Vermittler verwaltungsunabhängig konzipiert sein.» Es wurden damals als Folge dieses Grundsatzes bewusst Räume ausserhalb der kantonalen Verwaltung gemietet; dem Vermittler wurden eine Ausnahme von der Corporate Identity und optisch ein eigener Auftritt zugestanden. Der Vermittler hatte eine eigene Telefonanlage und einen eigenen Server, weil er aus Vertraulichkeitsgründen nicht mit dem kantonalen Netzwerk verbunden sein konnte. Für die Geschäftsverwaltung hatte er eine Unterlizenz von Konsul. Die Vertraulichkeit war zudem gewährleistet durch eine externe Systemadministration.
Für die Vertrauensbildung und eine erfolgreiche Ombudstätigkeit sind die Verschwiegenheit und Unabhängigkeit Grundvoraussetzung. Das sah auch der Kantonsrat so, weshalb er sich für eine parlamentarische Ombudsstelle entschied. Die Vertraulichkeit ist das höchste Gut der Ombudsstelle. Indem sich der Kantonsrat vor drei Jahren für eine parlamentarische Ombudsstelle entschied, hat er auch die bisher dem Vermittler freiwillig zugestandene organisatorische Unabhängigkeit gesetzlich verankert. Die Ombudsstelle ist gemäss Ombudsgesetz nicht Teil der Exekutive, nicht Teil der Legislative und nicht Teil der Justiz, untersteht aber der Kontrolle durch die Legislative, ausgeübt durch die JPK. Sie ist damit sowohl organisatorisch als jetzt auch institutionell unabhängig. Tatsächlich besteht also eine gegenüber der Vermittlerstelle verstärkte und nun gesetzlich verankerte Unabhängigkeit.
Die Ombudsstelle hat in der bisherigen Infrastruktur des Vermittlers ihren Betrieb aufgenommen und mit den gleichen Mitteln weitergearbeitet. Sie hat auch die Unterlizenz für das Geschäftsverwaltungssystem Konsul übernommen. Konsul ist nun

aber ein System, das nicht mehr weiter entwickelt und nicht mehr gewartet wird. Deshalb hat der Kanton auf Gever umgestellt. Für die Ombudsstelle entstand dadurch ein Problem, denn ein Zugriff auf Gever ist grundsätzlich nur innerhalb des Netzes der kantonalen Verwaltung möglich, und mit diesem Netzt ist die Ombudsstelle – wie ausgeführt – aus historischen Gründen eben nicht verbunden. Um die Unabhängigkeit und Vertraulichkeit der Ombudsstelle weiterhin zu wahren, musste zudem eine Lösung gesucht werden, in welcher die Systemadministratoren keinen Zugriff auf die Daten der Ombudsstelle haben.
Technisch sind wir also aus den erwähnten historischen und demokratischen Gründen nicht mit dem kantonalen Netz verbunden. Die Ombudsstelle hat drei Arbeitsplätze, die über einen eigenen Server Zugriff auf den gemeinsamen Datenspeicher haben. Wir benötigen den Server zudem zur Verwaltung der Termine, die eigene Domain für E-Mails und unsere Website, zur Sicherung der Daten und der Geräteadministration. Wir haben einen VDSL-Anschluss mit einem externen Provider. Unsere Abklärungen bezüglich Mitbenutzung von Gever haben ergeben, dass ein Zugriff via VDI-Stick an sich möglich wäre, jedoch aus Sicht des Staatsarchivs, das Gever betreut, keinesfalls für den alltäglichen Gebrauch geeignet ist, dies wegen eines aufwändigen Logins, Fehlermeldungen bei ungenügender Verbindungskapazität und so fort. Von diesem Lösungsansatz wurde uns dringend abgeraten. Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Tatsache, dass es sich bei Gever und eine Standard-Applikation handelt, die bezüglich Funktionalitäten grundsätzlich für alle Mandanten identisch aussieht. Zusatzprogrammierungen seien technisch möglich, aber nicht im bisherigen Gever-Ausbreitungsauftrag enthalten. Allfällige Zusätze müssten von der jeweiligen Dienststelle selbständig finanziert werden. Die Ombudsfrau hat den gesetzlichen Auftrag, dem Kantonsrat Bericht über ihre Geschäftstätigkeit zu erstatten. Eine Statistik, wie sie im Bericht der Ombudsstelle zuhanden des Kantonsrats bisher erstellt wurde, wäre deshalb ohne zusätzlichen Kostenaufwand mit der heute bestehenden Gever-Lösung nicht mehr möglich.
Die Ombudsstelle untersteht der Aktenführungsverordnung und dem Archivgesetz des Kantons. Im Archivierungsvertrag mit dem Staatsarchiv wurde eine digitale Archivierung der Akten vereinbart, mit einer Schutzfrist von 100 Jahren. Die ordnungsgemässe Führung der Akten ist ohne Geschäftsverwaltungssystem heute praktisch nicht mehr durchführbar. Wir sehen uns deshalb gezwungen, uns nach einer anderen Lösung umzusehen. Die Ombudsstelle beantragt mit dem fraglichen Budgetposten nicht eine Neuanschaffung von bisher nicht benötigten Mitteln, sondern den Ersatz der bisher schon vom Vermittler und seit zwei Jahren von der Ombudsstelle genutzten Mittel. Wir haben drei Offerten für einfache Geschäftsverwaltungssysteme eingeholt und uns für die kostengünstigste und einfachste Variante entschieden, die zudem auch keine Folgekosten verursacht. Die Offerte für dieses System beläuft sich auf 20'000 Franken. Bei der Erstellung des Budgets im Frühjahr 2012 waren uns die effektiven Kosten noch nicht bekannt, weshalb wir vorsichtig mit 25'000 Franken budgetiert haben. Beim Ersatz des mittlerweile vierjährigen Servers handelt es sich um Ersatz der Hardware, und dafür wurden 5000 Franken budgetiert.
Abschliessend hofft die Votantin, mit ihren Ausführungen die Notwendigkeit dieser Budgetposition etwas näher erläutert zu haben und dankt für die Aufmerksamkeit.

➔ Der Rat entscheidet mit 57 zu 18 Stimmen, den Budgetposten 311 der Kostenstelle 1128 (Ombudsstelle) gemäss Antrag der Stawiko um 30'000 Franken zu kürzen.

Direktion des Innern
Kostenstelle 1552 (Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz)

Philip C. Brunner kommt nicht mit einem Antrag, hat sich in der Eintretensdebatte aber etwas herausgefordert gefühlt durch die Voten auch der bürgerlichen Vertreter. Wir müssen uns an der eigenen Nase nehmen. Er zitiert aus dem Bericht der damaligen Kommission zu den finanziellen Auswirkungen: «Aus der Kommission wird beantragt, es seien vor der Beschlussesfassung die finanziellen Auswirkungen aufzuzeigen, welche die Organisation der Fachbehörde unter der Trägerschaft der Gemeinden hätte.» Der Votant kann sich gut erinnern, wie die Gemeindepräsidentin von Steinhausen die Hände von sich warf und sagte, sie müsse einen Juristen haben und käme nicht mehr klar. Und dann: Die Kommission lehnte den Antrag, vor der Beschlussesfassung einen Aufklärungsauftrag über die finanziellen Auswirkungen der verschiedenen Organisationsformen – die zwei extremsten sind diejenige, die wir gewählt haben, nämlich jene beim Kanton, und die andere wäre jene bei den Gemeinden gewesen – mit 7 zu 6 Stimmen bei einer Enthaltung ab, also relativ knapp; hätte einer die Meinung geändert, hätten wir über die finanziellen Auswirkungen doch etwas mehr erfahren. Und es geht noch weiter: Mit Stichentscheid des Präsidenten wurde der Antrag, die Fachbehörde sei auf kommunaler Ebene anzusiedeln, abgelehnt und damit der Vorlage des Regierungsrats zur Bildung einer kantonalen Fachbehörde zugestimmt. Wenn jetzt hier lamentiert wird, man hätte und man sollte und so weiter: Alle wissen, wie sich die Fünfzehner-Kommissionen zusammensetzen. Es müssen bürgerliche Politiker gewesen sein, welche diese Lösung wollten. Jetzt haben wir den Salat, und jetzt muss man hier nicht die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Der Sprecher will hier nicht die Direktion des Innern speziell verteidigen, muss aber immerhin feststellen, dass diese tut, was der Auftrag war. Der Votant war damals dagegen; aus seiner Sicht ist es immer günstiger, wenn man näher bei den Familien ist.
Der Votant ruft den Rat auf, sich in diesem Sinn Überlegungen zu machen, wenn er solche Gesetze macht. Herr Stuber und Herr Gisler haben es gesagt. Wir machen die Gesetze, *we are the law-makers.* Diese Verantwortung müssen wir ertragen und nicht nachher der Regierung Vorwürfe machen, wenn das Budget nicht so aufgeht, wie wir uns das vorstellen.

Pirmin Frei: Ab 1. Januar 2013 bestehen für den Bereich Kinder- und Erwachsenenschutz beim Kanton eine Fachbehörde sowie ein Mandatsführungszentrum. Die CVP war grossmehrheitlich gegen eine Kantonalisierung der Mandatsführungen. Die Kosten waren für uns ein – wenn auch nicht das entscheidende – Argument.
Nach dem Kantonsratsentscheid von Anfang Jahr wurde unter Federführung der Direktion des Innern das neue Amt aufgebaut. Bereits im September liess man uns per elektronischen Newsletter wissen, man sei auf Kurs, man habe 33 Personen eingestellt, davon 26 in Vollzeit. Spätestens jetzt mussten wir Kantonsräte uns die Augen reiben, nachdem in der Kantonsratsvorlage der Personalbedarf für Fachbehörde und Mandatsführungszentrum mit gerundet 23–26 Stellen beziffert worden war, also rund einem Drittel weniger, als ein halbes Jahr später angestellt war.
Heute präsentiert uns die Regierung ein Budget mit Kosten von rund 6 Millionen Franken für Personal und Betrieb, inklusive die externen Mandatsführungen durch Private und Fachstellen. Diese 6 Millionen Franken übersteigen die in der Kantonsratsvorlage für 2013 vorgesehenen Kosten um 26 Prozent.
Die Stawiko hat in ihrem Bericht ihren Unmut darüber deutlich zum Ausdruck gebracht. Was man im Stawiko-Bericht nicht lesen kann, ist, dass die Direktion des

Innern am 31. Mai 2011 die Gemeinden aufgefordert hatte, ihr die aktuellen Fallzahlen bis am 14. Juni 2011 zu melden. Wenn die Regierung ein halbes Jahr später – Anfang 2012 zur 2. Lesung – eine Vorlage präsentiert, die noch immer auf den Zahlen von 2008 basiert, obwohl man im Besitze von aktuelleren Zahlen war oder hätte sein müssen, so muss sich der Votant als Parlamentier fragen, ob er für seine Entscheide in diesem Saal überhaupt noch die Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern übernehmen kann. Das Thema ist zu ernst, als dass wir im Rahmen dieser heutigen Budgetdebatte nach denjenigen suchen sollten, die die politische Verantwortung für diese Tragödie zu tragen haben. Wir müssen uns vielmehr fragen, wie wir damit umgehen.

Etwas scheint dem Sprechenden zum Vornherein wichtig zu sein: Sollte die Regierung im Falle einer Budgetkürzung auf die Gefahr von Staatshaftungen hinweisen, müsste dies scharf zurückgewiesen werden. Der Staat ist verpflichtet, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Wenn im Laufe eines Jahres ausserordentliche Umstände hinzutreten, so muss die Regierung frühzeitig über eine mögliche Budgetüberschreitung informieren, die Aufgaben aber auch weiterhin vollständig und sorgfältig erledigen. Spätestens bei der Rechnungsabnahme müsste sie dann begründen, weshalb es zu einer Budgetüberschreitung gekommen ist. Sind die Gründe plausibel, wird der Kantonsrat dies ohne weiteres akzeptieren. Das Budget ist und bleibt – auch wenn wir darüber formell beschliessen – letztlich nur ein Planungsinstrument, auch im Zeitalter von Pragma.

Die CVP-Fraktion stellt den folgenden **Kürzungsantrag:** *«Das Globalbudget für das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (Budgetposition 1552) für 2013 sei auf der Höhe der Kantonsratsvorlage vom 5. April 2011 festzusetzen, d.h. auf 4'739'100 Franken abzüglich die Kostenbeteiligung der betreuten Personen von 400'000 Franken.»*

Die CVP ist überzeugt, dass sich das neue Amt mit diesem Budget ohne Einbusse bei der Qualität der Mandatsführungen führen lässt:

• Wenn die im Budget erwähnte KOKES-Empfehlung auf 60–80 Mandate pro 100-Prozent-Pensum lautet, so kann man in der Praxis ohne schlechtes Gewissen an den oberen Rand dieser Empfehlung gehen; bei 10 Mitarbeitenden wären das immerhin 100 Fälle. Dies kann umso mehr geschehen, als gemäss Privatbeiständen, die wir bei uns in der Fraktion haben, viele Mandate nur relativ wenig Aufwand mit sich bringen und sehr effizient abgewickelt werden können.

• Private Mandatsführungen sind erfahrungsgemäss günstiger als amtliche. Es gehört zu den wichtigsten Pflichten des neuen Amtes, Privatpersonen für diese wichtige Aufgabe zu gewinnen. In der Kantonsratsvorlage und in der vorberatenden Kommission zeigte man sich bei der Direktion des Innern in dieser Richtung zuversichtlich.

• Selbstverständlich kosten auch Mandatsführungen durch Fachstellen. Namentlich diejenigen Fachstellen, deren Trägerschaft – nicht die Mandatsführenden – auf Milizbasis arbeitet und demzufolge keinen teuren Wasserkopf finanzieren muss, dürften deutlich weniger kosten als Mandatsführungen durch das kantonale Mandatsführungszentrum.

• Sollten seitens von Fachstellen mit Leistungsauftrag hohe bzw. zu hohe Kosten für Mandatsführungen geltend gemacht werden, so kann man ohne weiteres auch einmal den Leistungsauftrag dieser Fachstellen überdenken.

• Und *last but not least*: Aufgrund von Abklärungen leisten sich einige Gemeinden weiterhin Pensen, die sie trotz Kantonalisierung des Kinder- und Erwachsenenschutzes nicht aufgeben wollen. Die Gemeinden, die sich für diesen Weg entschie-

den haben, dürfen nach unserer Auffassung nicht einfach aus ihrer Pflicht entlassen werden.
Nach einem Jahr wird sich weisen, ob das Amt für Kinder- und Erwachsenenschutz die skizzierten Sparpotenziale nutzen konnte. Der Kantonsrat andererseits wird sich danach ein Bild machen können, ob der Kantonalisierungsentscheid in Bezug auf die Mandatsführungen auch tatsächlich richtig war.

Stefan Gisler erinnert daran, dass dieser Rat in anderen Fällen mit kurzfristig anfallenden höheren Ausgaben weniger Problem hat. So beantragte der Baudirektor wenige Wochen, nachdem der Rat den Kredit für das generelle Projekt des Stadttunnels gutgeheissen hatte, einen Zusatzkredit von 1,55 Millionen Franken. Das wurde im Rat zwar etwas lau gerügt, aber bewilligt. Rügen darf man auch hier, aber bitte bewilligen Sie dann am Schluss.
Beim Kindes- und Erwachsenenschutzrecht monieren nun die Antragsteller, sie wären von der Regierung in der Ratsdebatte vom Januar 2012 bezüglich Kosten nicht korrekt informiert worden. Kantonsrat Brunner hat bereits auf die Verantwortung des Rates während dieser Beratungen hingewiesen. Der Votant verweist auf den damaligen regierungsrätlichen Bericht und Antrag und zitiert: «Die detaillierten Kosten für die heutige Umsetzung des Vormundschaftswesens im Kanton Zug lassen sich nicht aus den verfügbaren Daten erheben. Entsprechend schwierig ist die Bezifferung der finanziellen Auswirkungen der Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts im Kanton Zug.» Und weiter: «Die qualitativen Anforderungen des Bundesrechts und die damit verbundene Professionalisierung werden dabei zwangsläufig zu einem Anstieg der Kosten führen.» Das war transparent.
Die Angaben zu den geplanten Ressourcen für die kantonale Behörde inkl. unterstützende Dienste entsprachen somit den bisher gesetzten Pensen, wie die Gemeinden es auf der Basis der Erhebung 2008 meldeten. Leider spiegelten diese Angaben der Gemeinden die Realität im 2012 nicht wider. 2008 meldeten die Gemeinden 400 Mandate, und so wären beim Kanton fünf Stellen für die Mandatsführung und vier Stellen für die Sachbearbeitung nötig gewesen. Die Erhebung im Juli 2012 ergab nun eine Anzahl von 550 Mandaten. Andreas Hürlimann hat auf das schweizweit starke Wachstum hingewiesen. Da sind mehr Stellen nötig. Zudem hat der Bund erst im Sommer 2012, also lange nach der Kantonsratsdebatte, Vorgaben für die Mandatsführung erlassen, die mehr Personalressourcen pro Fall verlangten. Auch das führte zu einem Mehraufwand. Beides hat die Regierung nun im Budget 2013 sauber ausgewiesen. Wäre es dem Rat lieber gewesen – wie Kantonsrat Frei quasi vorschlug –, die Regierung hätte nichts gesagt und der Rat hätte dann in der nächsten Rechnungsdebatte nachträglich eine Abweichungsbegründung zur Kenntnis nehmen müssen? Der Sprecher bevorzugt den sauberen Weg der transparenten Information. Diesen Weg wählte die Direktion des Innern im Übrigen auch, als sie im Budget 2012 800'000 Franken weniger für den Kindes- und Erwachsenenschutz beantragte, als die vom Kantonsrat gutgeheissene Vorlage es vorher auswies. Dort wurde dann auch kein Antrag gestellt, es solle im Budget der gleiche Betrag eingesetzt werden.
Kurzfristige externe Faktoren, nämlich höhere Fallzahlen und personalintensivere Vorgaben des Bundes, führten zu Mehrkosten von 1,3 Millionen Franken gegenüber der Vorlage. Die CVP tut nun fast so, als hätte die Regierung die zusätzlichen 150 Fälle sowie den vom Bund verlangten höheren Mandatsaufwand selber generiert. Fakt ist: Der Kanton übernimmt nur die realen und aktuellen Mandate der Gemeinden. Fakt ist auch: Der Kanton setzt simpel die neuen Bundesvorgaben um. Die Mehrkosten wären im Übrigen auch bei den Gemeinden angefallen. Den Steuer-

zahler kostet der Kindes- und Erwachsenenschutz – anders als Kantonsrat Brunner es vielleicht sieht – also faktisch nicht mehr, es wird einfach durch den Kanton statt die Gemeinden bezahlt.
Der Wunsch, Regierung und Gemeinden hätten den Rat bereits im Januar 2012 über die aktuellen Fallzahlen informieren sollen, kann der Votant verstehen – das wäre optimal gewesen. Aber jetzt aus Trotz und weil man den damaligen Kantonsratsbeschluss sowie den Wunsch aller Bürgergemeinden, diese Aufgaben abzutreten, grundsätzlich nicht mittragen will, die nachweislich notwendigen Gelder zu streichen, das wäre fahrlässig.
Die von der CVP beantragte Kürzung von 1,3 Millionen Franken heisst nichts anderes, als dass diese 550 Fälle nicht pflichtgemäss betreut werden können. Der Votant spricht von *Fällen* – in Wahrheit sind es *Menschen*, die im Stich gelassen würden. Was ist denn eine Familie? Dazu gehören die Eltern, aber auch Kinder und Grosseltern. Nun ist es in der Gesellschaft so, dass einige Familien je nach persönlicher Lebenssituation und Umfeld gerade den Kindern sowie den älteren Menschen nicht den wichtigen Beistand, Geborgenheit, Pflege zu geben vermögen. In der Vernehmlassung zum Kinder- und Erwachsenenschutzrecht schrieb die Familienpartei CVP darum richtigerweise, dass das Wohl schutzbedürftiger Kinder und Erwachsener im Vordergrund stehe. Wie die CVP findet auch der Sprechende, dass die Gesellschaft und somit die Politik tatsächlich die Pflicht hat, diese Menschen zu schützen und zu betreuen. Dafür braucht es Mittel. Deshalb fordert der Votant den Rat auf, den Streichungsantrag abzulehnen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** hält fest, dass die Stawiko selbstverständlich auch am liebsten einen Kürzungsantrag gestellt hätte. Andererseits waren wir uns aber bewusst, dass wir ab dem 1. Januar 2013 zusammen mit der Regierung und der Verwaltung die Verantwortung für diesen Bereich tragen, und da sind wir es den Betroffenen schuldig, dass das auch irgendwie funktioniert. Wir hätten auch nicht gewusst, welchen Betrag, welche Kürzung wir beantragen sollten. Deshalb haben wir darauf verzichtet. Wir haben aber im Stawiko-Bericht ausführlich zum ganzen Thema Stellung genommen. Und der Stawiko-Präsident versichert: Jedes Wort, das da steht, ist *sehr* ernst gemeint. So kann man mit einem Parlament definitiv nicht umgehen!
Die Stawiko hätte in dieser Situation allenfalls die Möglichkeit – und das werden wir sicher diskutieren –, ein externes Gutachten über die Organisation erstellen zu lassen, um zu schauen, ob hier über die Stränge gehauen wurde oder ob der Ausbau des Amtes wirklich in dem Mass erforderlich war. Aber gerade hier zeigt sich wieder, dass eine Kosten-Leistungs-Rechnung in Zusammenhang mit den ganzen Kostenblöcken in den verschiedenen Abteilungen Transparenz schaffen würde. Der Stawiko-Präsident bedauert sehr, dass es unterlassen wurde, hier nicht gerade von Anfang an eine moderne, zeitgemässe Organisation aufzubauen, die für ein solches Amt von dieser Grösse zwingend und dringend erforderlich wäre.
Die Stawiko kann zum Antrag der CVP-Fraktion nicht Stellung nehmen, da diesbezüglich nicht beraten wurde. Einige Worte aber noch zu Kantonsrat Brunner: In der Vorlage waren Stellen in der Bandbreite von 23,45 bis 25,75 beantragt. Wenn man schon eine Bandbreite angibt, dann kann es nicht sein, dass die Höchstzahl überschritten wird, und zwar im Ausmass von einem Drittel. In der Privatwirtschaft wäre ein Verantwortlicher weg von seinem Posten, wenn er so kutschiert. So geht es einfach nicht. Da geht der dringende Appell an die Regierung, klarere, durchdachtere und wirklich verlässliche Vorlagen vorzulegen. Sonst kommen wir in solchen Sachen nicht weiter.

Markus Jans ist doch etwas überrascht vom Antrag der CVP-Fraktion. Zur Erinnerung: Als die Kommission eingesetzt wurde, hat der damalige Fraktionschef die Direktion des Innern ziemlich gerügt, was sie sich überhaupt vorstelle. Der Votant kann sich nichts anderes vorstellen, als dass das jetzt die Schelte im Nachhinein ist – und das umso heftiger.
Im Vormundschaftsbereich geht es grundsätzlich um Menschen. Die Staatshaftung ist tatsächlich gegeben, und wenn gesagt wurde, dass diese nicht gegeben sei, dann ist das falsch. Wir haben jetzt eine saubere Vorlage des Regierungsrats mit den notwendigen Stellen, transparent und offen. Wäre das Gleiche im nächsten Jahr bei der Rechnungsabnahme gekommen, dann würde es heissen: Seid ihr nicht bei Trost, uns nicht rechtzeitig zu informieren? Man kann sich nur vorstellen, wie es dann von bürgerlicher Seite tönen würde.
Die Mandatsführung kann nicht aufgeschoben werden. Wenn eine vormundschaftliche Massnahme notwendig ist, dann ist diese auszuführen, sonst kommen wir zu ähnlichen Zeitungsmeldungen, wie wir sie heute gelesen haben – vielleicht in ganz anderen Bereichen.
Von einem Wasserkopf kann nicht die Rede sein. Es ist aufgezeigt, wie viele Mandate pro 100-Prozent-Stelle benötigt werden. Als die Gemeinden wussten, dass die Mandatsführung zum Kanton übergeht, haben sie sehr zurückhaltend Personalentscheide gefällt. Sie haben notwendiges Personal nicht mehr eingestellt und darauf gewartet, dass die Mandate zum Kanton gehen. Einige Mandatsführungen mussten sogar per Notfall an den Kanton übergeben werden, weil die Gemeinden diese nicht mehr wahrnehmen konnten und das Personal nicht angestellt hatten. Sie haben ihre Pflicht nicht mehr wahrgenommen. Wenn nun der Antrag kommt, den gleichen Betrag wie 2011 zu belassen und das Budget um 1,3 Millionen Franken zu kürzen, kann dem Stawiko-Präsidenten nur zugestimmt werden: Da übernehmen wir unsere Verantwortung schlichtweg nicht. Wer einen solchen Antrag unterstützt, hat die Verantwortung zu übernehmen, wenn wir bei den vormundschaftlichen Massnahmen ein Desaster erleben. Und das werden wir ganz sicher, hundertprozentig.
Wenn zwischen der Privatwirtschaft und dem Staat verglichen wird, dann muss darauf hingewiesen werden, dass in der Privatwirtschaft – siehe Banken – bei Gewinnerwartung sofort notwendiges Personal angestellt wird – auch wenn nachher ein riesiger Verlust produziert wird. So geht das nicht! Der Votant bittet den Rat dringend, den Streichungsantrag der CVP-Fraktion abzulehnen.

Thomas Lötscher legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist Vorstandsmitglied von «Punkto Jugend und Kind», einer jener Organisationen, welche vom Kanton in dieser Sache mandatiert werden.
Er versteht den Unmut über die sich schon wieder ändernden Budgetzahlen. Besonders unangenehm ist dies, weil der Rat in Kenntnis der effektiven Zahlen Anfang Jahr eventuell eine andere Lösung beschlossen hätte. Für die Ungenauigkeit der Zahlen gibt es allerdings plausible Gründe:
• Die Herkunft der Mandatsfälle und damit auch der Zahlen ist sehr heterogen. Private Organisationen, Gemeinden und Private sind involviert. Die Zahlen waren schwierig und zum Teil erst spät erhältlich
• Der Bund schreibt die Einführung zwingend per 1. Januar 2013 vor und lässt nur sehr wenig Zeit zur Umsetzung.
• Die Direktion des Innern musste von Null auf ein neues Amt aus dem Boden stampfen, dies bei einem durch die schweizweiten Änderungen extrem trockenen Arbeitsmarkt in diesem Bereich. Erfahrungswerte fehlten somit.

• Die Referenzzahlen stammen aus dem Jahr 2008. Seither ist nicht nur der Kanton deutlich gewachsen, sondern auch die Fallzahl pro Einwohner.
Dass die Direktion des Innern seinerzeit bei den Zahlen eine Bandbreite angab, erweckte den Eindruck einer Genauigkeit, die so nicht existierte. Dies war ein Fehler, zu welchem die zuständige Regierungsrätin bereits gestanden ist – und sie wird es heute vielleicht nochmals tun. Hingegen kann sie für die Entwicklung der Realität nicht verantwortlich gemacht werden.
Wir aber sollten der Realität ins Auge sehen. Der Bund zwingt uns, diese Aufgabe wahrzunehmen. Somit bringen uns Budgetkürzungen nichts, denn die Fallzahlen nehmen darauf keine Rücksicht. Entsprechend grösser wäre einfach die Abweichung in der Rechnung. Pragmatischer wäre es, die Budgetzahl zu akzeptieren im Wissen darum, dass die effektive Zahl höher sein wird. Nach einem Jahr Betrieb soll sich die zuständige Stawiko-Delegation schwerpunktmässig mit diesem Amt befassen. Vielleicht ergeben sich mit einem Jahr praktischer Erfahrung Ansatzpunkte für Optimierungen.
Seitens «Punkto Jugend und Kind» als Leistungserbringer ist Folgendes festzuhalten: Punkto ist nicht gewinnorientiert und hat keine Reserven. Wenn heute der Betrag für Punkto reduziert wird, müsste Punkto die Mandatsführung abgeben.
In diesem Sinn empfiehlt der Redner dringend, diesem Budgetposten zuzustimmen. Die Arbeit muss getan werden, ist also gebunden. Optimierungen sind über die Zeit vielleicht möglich. Der ganze Wurf innert Jahresfrist ist allerdings nicht realistisch.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hat Verständnis für das Unbehagen beim Blick auf das Budget 2013. Ihr ging es im Mai dieses Jahres auch so, als sie von ihren Mitarbeitenden informiert wurde, dass das Budget etwa in diesem Rahmen ausfallen werde. Auch sie hat zuerst so reagiert wie der Rat und hat die Mitarbeitenden gebeten, alles genau aufzuzeigen. Vorwürfe an die Regierung, man hätte beim Bericht und Antrag etwas anderes schreiben können, sind fehl an Platz und müssen in aller Deutlichkeit zurückgewiesen werden.
Die Direktorin des Innern hat den Bericht und Antrag des Regierungsrats nochmals genau studiert. Wir haben dort deutlich geschrieben, dass die Massnahmen und Anordnungen ansteigen, und dass es dadurch sehr schwierig sei, überhaupt zu budgetieren. Zudem kann man nicht auf dem bestehenden Recht aufbauen, sondern es ist neues Recht. Das haben wir auf Seite 4 und auf Seite 33 bei den finanziellen Auswirkungen beschrieben. Wir haben auch die neuste KOKES-Zahl von 2009 noch eingefügt. Es wurde korrekt erwähnt, dass wir bei den Gemeinden nochmals nachgefragt haben, ob sich Veränderungen bei den Pensen ergeben hätten. Das haben wir sogar im Januar 2011 nochmals gemacht. Nur: Die Gemeinden haben das beantwortet, wonach wir gefragt haben. Wie Markus Jans bereits gesagt hat, haben die Gemeinde keine Leute mehr angestellt; zum Teil hat das Personal auch gekündigt, weil bekannt war, dass die Stellen bald gestrichen würden. Auf den Gemeinden hatte es also kein Personal mehr, und die Mandate mussten zum Teil im Auftragsverhältnis vergeben werden. Das sieht man bei den Stellen nicht. Wenn wir bei den Gemeinden fragen, wie viele Stellenprozente sie hätten, geben sie uns nicht an, welche Drittaufträge noch vorhanden seien. Sie haben uns auch nicht angegeben, dass das noch arbeitende Personal teilweise die Ferien nicht mehr beziehen konnte und massiv Überzeit machte.
Die Frage, wann die Regierung vom starken Anstieg wusste, wurde ebenfalls genau abgeklärt. Im Bericht und Antrag des Regierungsrats sind die Zahlen bis und mit 2009 ausgewiesen. Schon dort sieht man eine gewisse Steigerung. Die sehr

grosse Steigerung der Fallzahlen hat aber zwischen 2010 und 2011 stattgefunden. Das sieht man in der KOKES-Statistik, welche die Gemeinde jedes Jahr abliefern, und diese Zahlen waren am 23. Mai 2012 konsolidiert. Da war dieser extrem starke Anstieg klar ersichtlich. Zu diesem Zeitpunkt war die Debatte im Kantonsrat abgeschlossen, und auch die Referendumsfrist war vorbei. Die KOKES-Zahlen zeigen die Massnahmen und geben nicht wieder, wie viele Mandate es sind. Zum Teil bedeutet eine Massnahme nämlich mehr als ein Mandat, die Zahlen sind also nicht eins zu eins übertragbar. Auch kann man nicht sagen, was der Anstieg der Massnahmen für das Budget heisst. Wenn nämlich die massive Erhöhung der Massnahmen durch private Mandatsführer getragen würde, wären die Budgetabweichungen sehr gering, denn die Privaten sind die günstigsten. Die Gemeinden haben aber seit 2008 total nur ungefähr 15 zusätzliche private Mandatsträger akquirieren können, nicht mehr, und bei Kindesschutzfällen sind es zum Teil über 100 Prozent Steigerung. Die Anzahl privater Mandatsführungen haben die Gemeinden also nicht gesteigert. Dadurch haben nicht nur Fachstellen wie Punkto massiv mehr Fälle erhalten, sondern auch die Gemeinden, sei es dass diese die Fälle durch ihr Personal betreut oder Aufträge an Dritte vergeben haben, aber nicht an Fachstellen, sondern an andere, sehr gut bezahlte Personen, welche die Mandate führten.
Von den Zahlen bezüglich Massnahmen hat die Direktorin des Innern also Mitte Mai 2012 Kenntnis gehabt. Natürlich ist auch sie jetzt schlauer als 2008/09, als dieses Projekt geplant wurde. Was würde sie heute anders machen? Sie hat damals gesagt, man müsse den ganzen Aufbau der neuen Behörde, die ganze Gesetzgebungsarbeit primär mit internen Ressourcen lösen können. Wir haben für die Projektleitung 60 Stellenprozent beantragt und auch bekommen. Diese hat mehrheitlich Gesetzesarbeit gemacht, die heute noch nicht fertig ist. Es gab auch Verordnungsänderungen, immer noch pendent ist auch die Verordnung bezüglich der Entschädigung der Mandatsführenden. Es war sehr viel Gesetzesarbeit zu leisten. Heute würde die Sprecherin das nicht mehr so machen, sondern ganz klar mehr Ressourcen beantragen für die Projektplanung und den Projektaufbau. Betrachtet man Nachbar- und andere Kantone, sieht man, dass da sehr viel mehr Personal für diese Bereiche eingesetzt wurde. Wir werden bestraft dafür, dass wir hier wirklich zu sparsam waren.
Normalerweise hat man bei der Budgetierung auch ein ganzes Amt mit Rechnungsführer und einer Crew, die das Budget berechnet. Auch das hatten wir hier nicht. Die Präsidentin des neuen Amtes – sie ist hier anwesend – hat im August ihre Stelle angetreten, als der Budgetprozess bereits fertig war. Sie hat teilweise noch an ihrer anderen Stelle gearbeitet, wie viele andere Personen auch, und beginnt jetzt – wie von Thomas Lötscher ausgeführt – auch mit den Fachstellen zu verhandeln. Das wurde auch von der FDP angesprochen hat. Die Fachstellen kommunizieren uns heute, dass sie von den Gemeinden nicht kostendeckend bezahlt wurden und dass ihre Fallzahlen auch in diesem Ausmass gestiegen sind. Die Direktorin des Innern ist der Meinung, dass Fachstellen wie Punkto für eine gesetzliche Aufgabe nicht Spendengelder verwenden sollten, sondern dass diese aus Steuergeldern bezahlt werden muss und die Anliegen dieser Fachstellen berechtigt sind.
Positiv zu vermerken ist, dass der Aufbau der neuen Behörde äusserst gut angelaufen ist. Wir haben bis heute auch nicht mehr Stellen besetzt als ausgewiesen. Zwar kommt man beim Total Personal auf mehr, es sind aber Teilzeitstellen. Das Personal ist auf Kurs und auch immer noch anwesend – dies im Unterschied etwa zu Schwyz und Uri, wo der Präsident oder die Präsidentin bereits wieder gegangen sind, oder zu Winterthur, wo das Vizepräsidium schon wieder neu besetzt werden

muss. Wir haben heute – Holz berühren – eine Crew, die gut zusammenarbeitet und bereit ist, am 1. Januar 2013 die Dossiers zu übernehmen.
Es wurde auch auf das Budget 2012 hingewiesen. Um es zu wiederholen: Im Budget 2012 hat die Regierung 800'000 Franken weniger budgetiert, als im damaligen Regierungsratsantrag angegeben worden war. Damals hat niemand – auch Pirmin Frei nicht – die Regierung oder die Direktion des Innern gelobt, dass sie tiefer budgetierten. Die Regierung macht, was sie kann, und budgetiert ehrlich auf dem Hintergrund des Wissens, das sie hat. Und wir werden das Budget auch nicht ausschöpfen, so wie wir das dazumal im damaligen Regierungsratsantrag für 2012 beantragt haben.
Die Direktorin des Innern weist nochmals darauf hin, dass es hier um die Schwächsten in unserer Gesellschaft geht. Die Einwohner- und Bürgergemeinden haben die betreffenden Massnahmen bereits verfügt, wir brauchen dieses Personal also am 1. Januar 2013. Ein anonymisiertes Beispiel soll zeigen, dass man nicht einfach locker sagen kann, das sei mit weniger Personal zu machen. Es handelt sich um einen Kindesschutzfall: Ein Kindsvater von zwei Minderjährigen stirbt nach langer Krankheit. Die Ehe zwischen den Kindseltern verlief bis zum Tod des Kindsvaters sehr konfliktreich, und der sehr wohlhabende Kindsvater setzt die überlebende Ehegattin auf den Pflichtteil. Da er zudem befürchtet, dass die alkoholabhängige und psychisch labile Kindsmutter den Nachlass der zwei sechs- und achtjährigen Mädchen nicht im Interesse der Kinder verwenden könnte, hält er testamentarisch fest, dass die Verwaltung des Kindesnachlasses durch die Kindesschutzbehörde überwacht wird. Diese setzt einen Vertretungsbeistand zur Wahrung der finanziellen Interessen der Kinder ein; der eingesetzte Mandatsträger überprüft im Weiteren auch die familiäre Situation, weil – wie gesagt – die Mutter alkoholabhängig und psychisch labil ist.
Man könnte hunderte von solchen Fällen aufzählen. Wenn der Rat beschliesst, das Budget wie vorgeschlagen zu genehmigen, dann bestraft er damit Kinder und ältere Menschen die ihren Beistand brauchen – auch nach dem 1. Januar 2013 noch.
Das Finanzhaushaltgesetz (FHG) wurde bereits erwähnt. Es handelt sich um eine gebundene Ausgabe aufgrund einer Rechtsgrundlage oder eines Gerichtsurteils, in welchem der Betrag dem Umfang nach vorgeschrieben ist. Weder die Stawiko noch die Stawiko-Delegation, bestehend aus einem CVP- und einem SVP-Mitglied, haben einen Kürzungsantrag beschlossen. Stimmen Sie daher dem Antrag der Stawiko und der Regierung zu, auch wenn Sie mit dem Modell, das der Kantonsrat damals beschlossen hat, nicht einverstanden sind.

Die **Vorsitzende** liest noch einmal den Kürzungsantrag der CVP-Fraktion vor. Der Antrag bedeutet, dass das Globalbudget 2013, das einen Aufwand von 6'016'800 Franken ausweist, auf 4'339'100 Franken, d. h. um 1'677'700 Franken gekürzt werden soll.

➔ Der Rat stimmt dem Kürzungsantrag der CVP-Fraktion mit 39 zu 33 Stimmen zu.

Direktion des Innern
Kostenstelle 1580 (Amt für Denkmalpflege und Archäologie)

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** weist darauf hin, dass im Globalbudget des Amts für Denkmalpflege und Archäologie 387'000 Franken für Druckkosten und Publikationen eingerechnet sind. Die Details zu dieser Position finden sich auf

Seite 6 des Stawiko-Berichts. Druckerzeugnisse in diesem Bereich haben vor allem wissenschaftlichen Charakter. Es ist mit Sicherheit nicht die höchstmögliche Qualitätsstufe erforderlich, und wo immer möglich sollte heute in diesen Bereichen auf die elektronische Publikation ausgewichen werden. Gerade im wissenschaftlichen Bereich werden heute Informationen primär im den elektronischen Medien gesucht und gefunden. Es ist auch so, dass alle Druckerzeugnisse früher oder später elektronisch eingelesen werden, weil auf diesem Weg gesucht wird. Die Stawiko hält den Betrag von 387'000 Franken für überrissen und beantragt, ihn um 150'000 Franken zu kürzen.
Die Stawiko hat diese Publikationen zum Anlass genommen, generell über die Publikationswut in der kantonalen Verwaltung zu diskutieren. Sie hat die Regierung aufgefordert, ihr wieder mal einen Überblick über die Publikationen in der gesamten Verwaltung zu vorzulegen und allfällige Reduktionen in Angriff zu nehmen. Der Regierungsrat wurde aufgefordert, bis Juni 2013, d. h. bis zur Sitzung der erweiterten Stawiko zur Rechnung 2012, Bericht zu erstatten.

Anna Lustenberger hält fest, dass die Ausführungen im Stawiko-Bericht zu den Publikationen in der Alternativ-Grünen Fraktion nachvollzogen werden können. Auch wir sind der Meinung dass überall mit Druckerzugnissen heruntergefahren werden sollte, nicht nur in der Politik – ganz nach dem Motto «Weniger ist oft mehr.» Daher finden wir die Aufforderung an den Regierungsrat, geplante Publikationen auf ihre Notwendigkeit zu prüfen, richtig. Dass aber nun gleich als Beispiel bei einem Amt der Rotstift angesetzt wird – quasi als Signal für andere Direktionen und auch nach einem Motto, nämlich «Schaut her, unsere Warnung ist ernst zu nehmen, wir setzen sie gleich mal als Zeichen um» –, ist nicht nachvollziehbar.
Erstens fragen wir uns, warum denn nicht bei allen Direktionen in diesem Punkt gekürzt wurde. Die Votantin hat auch schon Publikationen der Baudirektion per Post erhalten, wenn es wieder um Strassenprojekte ging; wir haben auch schon einmal ein Give-away der Volkswirtschaftsdirektion erhalten mit einer Lippenpomade, einer Pflegecrème und dem Slogan «Pflege ist unsere Aufgabe» – gemeint war «Wirtschaftspflege». All dies hat die Votantin noch nie ausgewiesen gesehen wie beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie. Haben die Stawiko-Delegationen in allen Direktionen nach den Budgets der Publikationen gefragt, Herr Stawiko-Präsident? Wir hätten gerne eine Antwort darauf.
Zweitens findet die Votantin es wichtig, dass gerade das Amt für Archäologie und Denkmalpflege informiert, und diese Informationen müssen nun halt auch mal zusätzlich bildlich dargestellt werden. Die geplanten Publikationen auf Seite 6 im Stawiko-Bericht haben alle ihre Berechtigung. Es kann doch nicht eine wissenschaftliche Arbeit gemacht werden, und dann darf aber nichts publiziert werden. Die Sprecherin schätzt die Publikationen und die Arbeit des Amtes. Sie interessiert sich für die mittelalterlichen Kirchen und die Entstehung der Pfarreien im Kanton Zug. Gerade das Buch «Gräber, Gaben, Generationen. Der frühmittelalterliche Friedhof (7. Jahrhundert) von der Früebergstrasse in Baar» findet sie höchst interessant, denn als Nachbarin konnte sie die Ausgrabungen mitverfolgen und war beeindruckt von der Arbeit dieser Leute und der Präsentation dieser Publikation. Es gibt dazu noch ein zweites Buch. Die Votantin hat es sich gekauft hat, man bekommt es nicht einfach gratis. Wenn das alles per Internet gesendet werden muss – kann das jemand hier lesen? Die Votantin braucht dazu eine Brille! Ein zweites Buch ist noch viel kleiner geschrieben. Und das alles soll per Internet an Forschungsinstitute, Fachhochschulen, Hochschulen, an die Kantonsschule, an die

Schüler gesendet werden – denn diese arbeiten mit diesen Publikationen –, wenn nun fast um die Hälfte gekürzt wird.
Wenn wir nun dieses Budget kürzen, das offen und ehrlich vorliegt, muss ja dem Amt fast geraten werden, ihre Leistungsgruppe anzupassen und künftig nicht mehr so transparent zu sein. Will der Rat dies wirklich? Die Alternativ-Grüne Fraktion ist deshalb gegen die Kürzung dieses Budgetpostens und bittet den Rat, diese Kürzung ebenfalls abzulehnen.

Dominik Lehner legte zuerst seine Interessenbindung offen: Er arbeitete als jugendlicher Kantischüler auf den Ausgrabungen der Kantonsarchäologie, und an diesem kostengünstigen Mitarbeiter von damals ist bis heute etwas archäologischer Staub hängengeblieben.
Der Votant pflichtet dem Regierungsrat und auch Gregor Kupper bei, dass es wichtig ist, im Kanton Zug etwas mehr Bescheidenheit bei allen Publikationen an den Tag zu legen. Er nimmt nicht die Baudirektion, sondern als bildungsfreundlicher Politiker den Bereich Bildung als Beispiel: Da ist seiner Meinung nach auch klar etwas mehr Bescheidenheit bei Publikationen angebracht.
Dass heute aber an einem einzigen Amt ein Exempel statuiert werden soll, das empfindet der Sprecher nicht als weise. Er legt das am Beispiel der römischen Mühle von Hagendorn dar. Es ist nicht so, dass sich die Kantonsarchäologie vor zehn Jahren überlegte, welche wissenschaftliche Arbeit man in Angriff nehmen und welches Buch man dann im Jahr 2013 publizieren könnte. Es ist umgekehrt: Ein lokaler Gewerbebetrieb wollte in heiklem Gebiet bauen; die Chamer Politiker erinnern sich sicher an die entsprechende Gemeindeabstimmung. Die Kantonsarchäologie hat zu keiner Zeit von ihrem Recht Gebrauch gemacht, einen Baustopp zu verfügen, sie hat vielmehr mit hohem Personaleinsatz innert kürzester Zeit dort ihre Ausgrabung durchgeführt. Diese Grabung erfordert es, die Ergebnisse auch wissenschaftlich zu publizieren. Der Votant findet es gut, dass der elektronische Weg gebraucht wird; wir haben aber gerade vorhin auch gemerkt, dass es auch bei uns im Zuger Kantonsrat noch nicht ganz so weit ist, dass alle auf den elektronischen Weg setzten wollen.
Überlegt man sich, wie es in ähnlichen Bauprojekten oder ähnlichen Gebieten ist, dann kann es nicht sein, dass wir eine tolle Autobahn bauen, dass am Schluss aber das Ägerital nicht auf dem Ausfahrtschild signalisiert ist. Etwa gleich unnötig ist es, ein wissenschaftliches Projekt voranzutreiben und am Schluss keine Publikation dazu herzustellen. Der Votant bittet, hier weise zu sein und etwas Weitsicht zu bewahren. Und er hofft, dass vielleicht im Jahre 4000, also in etwa zweitausend Jahren, eine weitere Publikation durchgewinkt wird für ein anderes Chamer Bauprojekt, dannzumal vielleicht mit dem Titel «Rettungsgrabung Gymnasium Röhrliberg»

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, erinnert daran, dass die Stawiko bis Juni 2013 einen Bericht des Regierungrats bezüglich aller Publikationen erwartet. Die Regierung hat signalisiert, dass sie diesen Bericht vorlegen wird. Nun aber möchte die Stawiko vorgängig auch noch eine Direktion bzw. ein Amt abstrafen.
Worum geht es, welche Publikationen sind im Budget 2013 fällig? Es ist zum Beispiel eine Monographie über die Kirche St. Oswald, eine der bedeutendsten spätgotischen Kirchen und ein Bau von nationaler Bedeutung; oder es ist eine Publikation über historische Holzbauten, ein Forschungsprojekt zusammen mit der Universität Zürich und dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF), welches die Ergebnis-

se von vierzig Jahren bauhistorischer Untersuchung präsentiert. Der Kanton Zug hat viel profitiert von den Universitäten und vom Nationalfonds. Was müssen wir machen, wenn heute dieser Betrag gestrichen wird? Schreiben wir dem Nationalfonds und der Universität Zürich, es tue uns leid, der Kanton Zug habe das Budget gestrichen? Es kommt vielleicht zu Verzögerungen, und wenn wir das erst in ein, zwei Jahren publizieren, kostet es – wie wir alle wissen – mehr.
Im Stawiko-Bericht wird gesagt, man könnte die Sachen günstiger publizieren. Wenn Sie ein Buch wie jenes über die mittelalterlichen Kirchen im Kanton Zug betrachten, dann sehen Sie, dass die Schriftgrösse bereits verkleinert wurde. Aber der Text muss ja auch noch lesbar sein; es geht nicht, die Schrift noch mehr zu verkleinern, um noch mehr Text auf einer Seite unterbringen zu können. Es wurde auch bereits das dünnste Papier verwendet, mit dem der Druck der Rückseite nicht auf der Vorderseite erscheint. Wir könnten jetzt noch unseren Zuger Druckereien schreiben, der Kantonsrat erachte sie als zu teuer – und dann die Produktion ins Ausland verlagern. Bis heute hat die Direktorin des Innern das Amt immer angehalten, die Druckereien im Kanton Zug zu berücksichtigen. Wenn es günstiger sein soll, müssen wir das ändern und die Produktion ins Ausland verlegen. Und da kann die Innendirektorin nicht mehr dahinterstehen. Sie bittet deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen und diese Kürzung heute nicht vorzunehmen.

➔ Der Rat lehnt die von der Stawiko beantragte Kürzung um 150'000 Franken mit 37 zu 31 Stimmen ab.

Die Beratung wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

Protokoll des Kantonsrats

38. Sitzung: Donnerstag, 29. November 2012 (Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.15 – 17.10 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Beat Dittli

570 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Urs Raschle, Zug; Roland von Burg, Hünenberg; Beda Schlumpf, Steinhausen.

571 Mitteilung

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (Traktandum 2) nach der Beratung des Budgets folgt.

TRAKTANDUM 7

572 Budget 2013 und Finanzplan 2013–2016

Es liegen vor: Gedrucktes Budget; Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (2191.1 - 14176).

Fortsetzung der Beratung von Vormittag (siehe Ziffer 569).

Gesundheitsdirektion
Kostenstelle 4000 (Direktionssekretariat)

Thomas Wyss stellt namens der SVP-Fraktion den Antrag, auf die zusätzliche Juristenstelle bei der Gesundheitsdirektion zu verzichten, dies auch als Kompensationsmassnahme für die Einstellung von zwei zusätzliche Rettungssanitätern. Es ist sinnvoller, das Geld an der Front statt im Büro einzusetzen, zumal ja dem Gesundheitsdirektor schon zwei Juristinnen zur Verfügung stehen. Wir stellen also den **Antrag,** das Budget für das Direktionssekretariat um 160'000 Franken zu reduzieren.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** geht davon aus, dass die Ratsmitglieder den Bericht der Stawiko gelesen haben. Der Antrag auf Kürzung um 160'000 Franken wurde auch in der Stawiko gestellt und dort mit 11 zu 4 Stimmen abgelehnt. Der Gesundheitsdirektor hatte Gelegenheit, den Kommissionsmitgliedern persönlich zu begründen, wieso diese zusätzlichen Kosten anfallen, und er hat das so überzeugend getan, dass wir seinem Antrag folgten. Es sei nun ihm überlassen, diese Begründung auch hier vorzubringen und den Rat ebenfalls zu überzeugen.

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** nimmt an, dass wahrscheinlich viele auf diesen Moment gewartet haben, nämlich dass der Gesundheitsdirektor endlich am Rednerpult steht und zu einem Thema Stellung nimmt. Es ist für ihn eine sehr wichtige Stelle, die er heute zu verteidigen hat. Er wehrt sich dagegen, dass es um eine Kompensation gehen soll. Selbstverständlich – wir werden es später hören – ist Rettungsdienst eine Frontstelle, und es gilt «Front vor Büro». Die Juristenstelle, die hier beantragt wird, ist aber ebenfalls eine entscheidende Front, die es zu bewältigen gilt.
Der Gesundheitsdirektor hat der Stawiko aufgezeigt, dass er bei seinem Amtsantritt im Februar 2012 versuchte, seine Direktion nach dem KISS-Prinzip zu durchleuchten: Was herrscht für eine **K**ultur, mit welchen **I**nstrumenten wird gearbeitet, welche **S**trategie und welche **S**trukturen sind in den einzelnen Ämtern vorhanden? Unter «Instrumenten» wurde nach den EDV-Mitteln und den Prozessen gefragt; unter «Strukturen» ging es um die Frage, ob Organigramme vorhanden und die Auslastungen belegt seien und ob man das mit Zahlen darlegen könne. Die Stärken/Schwächen-Analyse aus dieser KISS-Struktur hat ergeben, dass wir im Direktionssekretariat eine Überlastung haben. Es fehlt die Kapazität für Führung, Controlling und Steuerung – und gerade hier im Parlament wurde immer betont, man solle die Generalsekretariate so stärken, dass das Controlling innerhalb der Direktion vorgenommen werden kann. Des Weiteren sind mit der Einführung des Medizinalberufegesetzes, der neuen Spitalfinanzierung und des KVG neue Aufgaben im Rahmen der Bundesgesetzgebung zu bewältigen, welche nachher der Bevölkerung zu Gute kommen. Zudem moniert die Stawiko seit drei Jahren, dass im Generalsekretariat 1590 Stunden Überzeit besteht – und das offenbar seit vielen Jahren –, weshalb keine Aus- und Weiterbildung möglich sei. Auch war im Direktionssekretariat in den letzten Jahren ein grosser Personalwechsel zu verzeichnen: Innerhalb von zwei Jahren waren vier Generalsekretärinnen oder -sekretäre am Werk. Das zeigt, dass die Kapazitäten ausgeschöpft waren, insbesondere mit der Spitalfinanzierung und dem Medizinalberufegesetz. Wir sprechen hier von einem Sekretariat, das über 10,65 Stellen verfügt. Es wurde letztmals 2007 von 9,85 Stellen auf den heutigen Stand aufgestockt, dies bei einer enormen Zunahme von Aufgaben, welche – wie erwähnt – mit der Gesetzgebung auf Stufe Bund auf uns gekommen sind.
Die zweite Problematik, die sich bei der Stärken/Schwächen-Analyse gezeigt hat, war der Rettungsdienst (RDZ). Auch hier hat sich ergeben, dass eine hohe Belastung und im Bereich der Administration eine Überlastung vorhanden sind – und dass vor allem ein Konzept fehlt, wie die Gesundheitsversorgung im Rettungsdienst sichergestellt werden soll. Die Konsequenz daraus war, dass der Gesundheitsdirektor in der Budgetbesprechung mit dem Finanzdirektor erstens die heute zur Diskussion stehende Juristenstelle und zweitens die zwei Stellen im RDZ beantragte. Aufgrund der Vorgaben im Personalbereich mussten die zwei RDZ-Stellen aber zurückgestellt werden. Es wurde deshalb vorgesehen, dem Regierungsrat ein Aussprachepapier zu präsentieren, um festzulegen, welche Versorgung im Bereich Rettungsdienst der Zuger Bevölkerung zur Verfügung stehen soll. Das wäre im nächsten Jahr gekommen. Die Stawiko-Delegation hat aber reagiert und gesagt, diese Stellen müssten sofort bewilligen werden. So kam es dazu, dass die Stawiko die zwei RDZ-Stellen beantragt, die auch für den Gesundheitsdirektor sehr wichtig sind. Zudem haben wir sofort eine Strategie bezüglich RDZ entwickelt bzw. sind daran sie zu entwickeln. Die Gesundheitskommission des Kantonsrats, die Sovoko (Konferenz der Sozialvorsteher) und die Stawiko kennen diese Strategie.
Die Stawiko hat auch festgestellt, dass der neue Gesundheitsdirektor gewillt und motiviert ist, seine Direktion an die Hand zu nehmen. Dazu braucht er die entspre-

chenden Voraussetzungen. Er möchte eine Gesundheitsdirektion führen, welche im gesundheitspolizeilichen Bereich Akzente setzt – und dort braucht es eine Juristenstelle. Es geht nicht um einen Personalaufbau oder um ein überdotiertes General- oder Direktionssekretariat, sondern um Anpassungen, damit gearbeitet und die alten Pendenzen erledigt werden können.
Zur Juristenstelle: Vielfach versteht man darunter irgendeinen *Sesselfurzer,* der nur Gesetze bearbeitet. Um genau das geht es hier nicht. Wir brauchen keinen Verwaltungsjuristen, sondern möchten für die *Frontbereiche* einen Juristen oder eine Juristin anstellen. Was bedeutet das? Mit dem Medizinalberufegesetz haben wir seit Ende 2008 die Möglichkeit, Disziplinarverfahren zu eröffnen, anfechtbare Verfügungen zu erlassen, Verweise, Verwarnungen und Bussen bis zu 20'000 Franken sowie befristete oder definitive Berufsverbote auszusprechen. Das stellt entsprechende Anforderungen an die rechtsstaatlichen Abläufe. Es ist also eine klare Frontaufgabe, die wir hier zu lösen haben. Im Moment haben im Kanton Zug 1500 Frauen und Männer eine Bewilligung für die Ausübung eines Medizinalberufs. Hier muss eine Kontrolle erfolgen, zumal auch in den Medien und auch aus der Bevölkerung immer mehr Beschwerden oder Anmerkungen gemacht werden. Beispielsweise hatten wir ein Verfahren, als ein besorgter Bürger uns meldete, dass in einer Zahnarztpraxis sehr wahrscheinlich nicht mit sterilen Spritzen gearbeitet werde. Da muss der Staat aufgrund der Gesetzgebung sofort reagieren. Es kommt allenfalls zu einer nicht angemeldeten Inspektion, die der Kantonsarzt zusammen mit der Juristin vornimmt, quasi zu einer Tatbestandsaufnahme in der fraglichen Praxis, vergleichbar mit einer gerichtspolizeilichen Aufgabe. Daraus resultiert allenfalls eine superprovisorische Verfügung, vielleicht sogar eine Verfügung, dass in dieser Praxis mit diesen Mitteln nicht mehr gearbeitet werden darf. Weiter können Apparaturen abgestellt oder sichergestellt werden, es werden Verfügungen gemacht für die Mängelbehebung, und es kann bis zu einem Disziplinarverfahren führen, in dem entsprechende Verwarnungen, Verweise und so fort ausgesprochen werden. Das alles muss selbstverständlich mit juristisch sauberer Arbeit abgedeckt sein, kann doch bei einer schlechten Verfügung der Staat auf Schadenersatz verklagt werden. Es handelt sich bei dieser Stelle, die der Gesundheitsdirektor hier mit Herzblut verteidigt, also um eine untersuchungsrichterliche bzw. staatsanwaltschaftliche Tätigkeit mit entsprechenden Anforderungen, bis hin zur erstinstanzlichen Urteilsredaktion, die hieb- und stichfest sein muss. Wir haben dafür klare gesetzliche Vorschriften in § 14 des Gesundheitsgesetzes und im gesundheitspolizeilichen Bereich. Insbesondere mit den Zulassungen von Ärzten, die enorm zugenommen hat, ist es notwendig, dass wir vermehrt kontrollieren. 2011 haben wir aufgrund der Kapazitäten nur gerade zwei Arztpraxen oder Physiotherapien inspizieren können. Das ist zu wenig in dieser Phase, da sehr viele neue Zuzüge von Ärzten, Zahnärzten, Physiotherapeuten, Psychologen etc. erfolgen
Es ist dem Gesundheitsdirektor ein Anliegen, klar zu vermerken, dass es hier nicht um eine Verwaltungsstelle, sondern um eine Verstärkung im gesundheitspolizeilichen Bereich geht. Er bittet den Rat, dem Antrag der Stawiko und des Regierungsrats zu folgen, keine Abstrafung zu machen und die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass hier eine Schwachstelle behoben werden muss.

➔ Der Rat folgt mit 56 zu 18 Stimmen dem Antrag der Regierung und der Stawiko.

Gesundheitsdirektion
Kostenstelle 4021 (Rettungsdienst)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein schriftlicher Antrag der Stawiko vorliegt, bei der Kostenstelle 4021 (Rettungsdienst) zusätzlich zwei Stellen zu bewilligen, was zu einer Erhöhung des Globalbudgets um 162'000 Franken führt.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** merkt an, dass es wahrlich nicht üblich sei, dass die Stawiko die Erhöhung von Aufwandpositionen beantragt. Hier hält die Stawiko das aber einstimmig für erforderlich. Sie beantragt, den finanziellen Rahmen für die Anstellung von zwei zusätzlichen Rettungssanitätern zu schaffen, weil die Zustände im RDZ schlicht nicht mehr verantwortbar sind. Der Gesundheitsdirektor hat den Votanten informiert, dass das im Stawiko-Bericht erwähnte Konzeptpapier bereits vorliegt und am nächsten Dienstag in den Regierungsrat geht. Damit können die Voraussetzungen geschaffen werden, dass man diese zwei Stellen dann auch möglichst schnell besetzen kann. Der Stawiko-Präsident beantragt, diese Budgeterhöhung zu genehmigen. Er hat gehört, dass auch der Regierungsrat damit einverstanden ist.

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann:** Beim Rettungsdienst geht es um Menschen und um Leben und Tod. Damit aber nicht ein falscher Eindruck entsteht: Wir haben im Kanton Zug einen hervorragenden Rettungsdienst. In der Agglomeration ist der Rettungsdienst innerhalb von fünfzehn Minuten vor Ort. Wenn der Gesundheitsdirektor irgendwo einen Herzinfarkt oder etwas Ähnliches erleiden müsste, dann wünscht er sich das hier im Kanton Zug. Man stelle sich die Umstände etwa im Kanton Uri vor, wo von Altdorf aus beispielsweise ins Schächental ausgerückt wird. Es soll in der Bevölkerung aufgrund dieser Debatte keine Verunsicherung geben, da sei irgendetwas nicht gut. Wir haben im Kanton Zug ein wirklich hochstehendes Rettungswesen. Es stehen von Montag bis Freitag tagsüber von 07.30 Uhr bis 17.30 Uhr zwei Rettungswagen mit je zwei Rettungssanitätern und ein weiterer Rettungswagen mit *einer* Person Besatzung zur Verfügung. Während der Nachtzeit von Montag bis Sonntag verfügen wir aber nur über *ein* Fahrzeug mit zwei Rettungssanitätern sowie ein zweites Fahrzeug mit *einem* Rettungssanitäter. Das ist suboptimal. Wenn irgendwo im Kanton gleichzeitig zwei Ereignisse passieren, dann kann es sein, dass die benötigten Rettungsmittel nicht zur Verfügung stehen. Mit den beantragten zwei zusätzlichen Stellen werden wir auch in den Nachtstunden über zwei Rettungswagen verfügen, wenn auch nicht an allen Tagen. Wir werden es fertigbringen, mit diesen zwei Wagen sehr wahrscheinlich die Schwergewichte Freitag- und Samstagnacht abzudecken. Das sind ja die *Rush-hour*-Zeiten im Bereich der Rettungssanität.
Scheinbar gab es seit Jahren immer ein Feilschen um diese Stellen. Eigentlich wäre es ja einfach, wenn von politischer Seite die Vorgaben festgelegt wären. Wenn die Politik beispielsweise sagt, wir wollen während 24 Stunden gleichzeitig an drei Orten – im Ägerital, in der Agglomeration Zug/Baar und im Ennetsee – intervenieren können, dann braucht es drei Rettungswagen mit je zwei Leuten während 24 Stunden. Das ist eine einfache Milchbüechlirechnung. Genau dieses Konzept, das der Stawiko-Präsident angesprochen hat, kommt am nächsten Dienstag als Aussprachepapier in den Regierungsrat. Dieser wird angefragt, welche Versorgung mit welcher Intensität der Zuger Bevölkerung zur Verfügung stehen soll. Nachher wird der Gesundheitsdirektor den Willen des Regierungsrats umsetzen, und der Kantonsrat wird sicher davon hören. Die zwei Stellen, die heute allenfalls bewilligt

werden, präjudizieren überhaupt nichts, denn bei jedem Modell, das wir beurteilen werden, müssen mehr Rettungsmittel zur Verfügung stehen als im Moment.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Regierung mit dem Antrag der Stawiko einverstanden erklärt und kein weiterer Antrag zu diesem Budgetposten vorliegt. Damit erübrigt sich eine Abstimmung.

➔ Die Erhöhung des Globalbudgets um 162'000 Franken ist damit beschlossen.

Gesundheitsdirektion
Kostenstelle 4055 (Gesundheitsamt)

Gregor Kupper lehnt namens der Stawiko die Erhöhung um 0,6 Stellen ab und beantragt die Kürzung des Globalbudgets um 79'000 Franken. Das Schwerpunktprogramm zur Stärkung der Gesundheit der Zuger Familien ist auch mit den vorhandenen 11,15 Stellen zu schaffen. Der Gesundheitsdirektor hat das zwar nicht gerade zugegeben, aber doch signalisiert, dass er flexibel genug sei und das sicher bewerkstelligen könne. Damit hat er sich mit dieser Kürzung einverstanden erklärt.

Andreas Hürlimann erinnert daran, dass der Gesundheitsdirektor die Erhöhung des Personalbestands im Direktionssekretariat mit neuen Auflagen und Aufgaben von Seiten des Bundes rechtfertigte. Urs Hürlimann hat dargelegt, dass er damit gute Voraussetzungen für zukünftige Arbeiten schaffen will. Das ist nachvollziehbar: Der Staat muss seinen Verpflichtungen nachkommen. Wir hätten uns jedoch gewünscht, dass dies der Rat auch im Bereich der Direktion des Innern mehrheitlich so gesehen hätte.
Auch im Gesundheitsamt braucht es genügend Ressourcen. Die Zuger Regierung hat die Gesundheitsdirektion beauftragt, ein Schwerpunktprogramm zur Stärkung der Gesundheit der Zuger Familien ab dem Jahr 2013 zu schaffen. Der Regierungsrat hat dies denn auch als Auftrag in seinen Legislaturzielen festgehalten.
Die Notwendigkeit und das Potenzial von Gesundheitsförderung und Prävention im Gesundheitswesen werden von vielen Entscheidungsträgern anerkannt. Die zukünftigen Herausforderungen im Gesundheitswesen liegen aus bevölkerungsbezogener Sicht in den wachsenden psychischen Belastungen und den Folgen des vom Wohlstand geprägten Lebensstils, der immer weniger körperliche Aktivität erfordert und zu Fehlernährung führt. Dieses Problem im Rahmen der Gesundheit von Zuger Familien anzugehen, erachten wir als richtig und sehr wichtig, gerade auch um spätere, viel höhere Kosten abzudämpfen oder gar ganz zu verhindern.
Die AGF stellt daher den **Antrag,** auf die Kürzung von 79'000 Franken im Gesundheitsamt zu verzichten und diese wichtige Aufgaben in der Gesundheitsförderung nicht zu vernachlässigen.

Für Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** stellt sich beim Thema Gesundheitsförderung und Prävention die Frage, was hier staatliche Aufgabe sei. Er hat in der Stawiko für diese Stelle gekämpft, wenn auch nicht mit demselben Herzblut wie vorhin. Wir sind im Kanton Zug nämlich hervorragend aufgestellt, schweizweit mustergültig und in verschiedenen Bereichen – etwa psychische Gesundheit oder Tabak- und Alkoholprävention – absolute Spitze. Wir haben im Gesundheitsamt ein topmotiviertes Team, das hervorragende Arbeit leistet. Wir sind im Moment daran, zu definieren, wo wir mit der Gesundheitsförderung und Prävention hin wollen. Wir

schauen das genau an, definieren die Schwergewichte in diesem Bereich und werden allenfalls im nächsten Jahr mit entsprechenden Anträgen oder Forderungen auftreten. Im Leitsatz für die Arbeit im Gesundheitsamt heisst das so: «Gesundheitsförderung und Prävention sind primär Privatsache. Statt auf Vorschriften und Verbote setzen wir auf Anreize, Information und Beratung.» Das ist die Auffassung des Gesundheitsdirektors von Prävention und Gesundheitsförderung: Dass der Staat Anreize schafft, Information und Beratung betreibt und möglichst NGOs motiviert, in eigener Verantwortung Präventions- und Gesundheitsförderungsprogramme durchzuführen. Wenn man sieht, wie die Einführung der «Zahntante» in der Zahnpflege vor dreissig Jahren dazu führte, dass unsere Jugend heute wunderbare Zähne hat, dann ist das sehr wahrscheinlich eine sehr wirksame, nachhaltige staatliche Förderung von Prävention oder Gesundheitsförderung gewesen. Mit unseren Chefbeamten im Gesundheitsamt werden wir überlegen, wo wir die Schwergewichte für eine Gesundheitspolitik im Bereich der Prävention oder Gesundheitsförderung setzen, dies auf dem Hintergrund der Information bzw. der Trends, dass wir erstens in den nächsten Jahren über alle Altersgruppen hinweg eine enorme Zunahme von psychisch kranken Menschen haben werden, zweitens mit einer Zunahme von chronisch kranken Menschen und drittens aufgrund der demografischen Entwicklung mit einer Zunahme von Alterskrankheiten und Demenz rechnen müssen. Auf diesem Hintergrund werden wir für das nächste Jahr die Massstäbe im Bereich der Prävention oder Gesundheitsförderung neu setzen, die Schwergewichte ausrichten und das dann entsprechend umsetzen.
Es geht hier also nicht darum, irgendwo etwas zu kürzen oder gar bei Jugendlichen oder Kindern in der Prävention nachlässig zu werden; genau dort nämlich müssen wir ansetzen. Es geht vielmehr darum, einen kurzen Marschhalt zu machen, anzuschauen, was wir alles machen – und wir tun sehr viel Gutes –, und nachher zu sagen, wie wir Gesundheit und Prävention in den nächsten Jahren fördern wollen.

➔ Der Rat stimmt dem Kürzungsantrag der Stawiko mit 64 zu 10 Stimmen zu.

Richterliche Behörden
Kostenstelle 6106 (Strafgericht: Verwaltung)

Der Landschreiber übernimmt an dieser Stelle den Platz der Stellvertretenden Landschreiberin.

Kurt Balmer muss zuerst leider feststellen, dass niemand vom Gericht anwesend ist. Fredi Iten war zwar am Vormittag da, hat aber offensichtlich nicht damit gerechnet, dass sich diese Debatte über den Mittag hinaus erstreckt und am Nachmittag noch jemand das Wort zu diesem Titel ergreift.
Der Votant macht sich gewisse Gedanken bzw. stellt eine Frage zum Konto 300, in dem es um die Vergütungen an Richter und Richterinnen des Strafgerichts geht. Sieht man diese Position und die Budgets der Gerichte etwas genauer an, dann stellt man fest, dass beim Strafgericht für das Jahr 2013 eine Erhöhung der Vergütungen um 4,3 Prozent budgetiert ist. Vergleicht man mit dem Kantonsgericht, stellt man ein Budgetminus von 2,4 Prozent fest, beim Obergericht ist es ein Plus von 0,5 Prozent und beim Verwaltungsgericht ein Minus von 0,6 Prozent. Der Vergleich zeigt also budgetmässig einen massiven Unterschied. Hinzu kommt, dass im Konto 301 bei den Angestellten der entsprechenden Gerichte die Tendenz genau gleich ist; auch hier haben wir beim Strafgericht eine Erhöhung um 3,5

Prozent. Das gibt zu Fragen Anlass, wobei auch gewisse E-Mails in Hinblick auf das heutige Votum nicht ganz zur Zufriedenheit des Sprechenden geführt haben. Der Votant hätte gerne eine wirklich plausible Erklärung für diese deutliche Erhöhung des Budgets im Bereich Gehälter/Vergütungen an die Strafrichter.
Er weist noch auf folgende Punkte hin: Es ist ihm nicht bekannt, dass die Zahl der Richterstellen oder Arbeitspensen für Strafrichter erhöht wurden. Offenbar wurde die JPK darüber informiert, dass das Obergericht einer Strafrichterin für ein halbes Jahr, d. h. die Hälfte von 2012, das Pensum von 100 auf 80 Prozent kürzte resp. diese Kürzung genehmigte. Der Votant nimmt dies zur Kenntnis, hat dazu aber gewisse grundsätzliche Bedenken. Er kann sich kaum vorstellen, dass eine verantwortungsvolle Position von 100 auf 80 Prozent gekürzt werden kann. Und geht man hier von einer 42- oder einer 45-Stunden-Woche aus? Im Übrigen würden 80 Prozent von 120 Prozent auch 96 Prozent ergeben.
Der Votant hat gewisse Bedenken, wenn man bei qualifizierten Richtern eine solche Pensenreduktion genehmigt und so vielleicht etwas spart. Auf die Länge spart man sicher nichts. Er möchte auf jeden Fall beliebt machen, dass künftig eine solche Kürzung um 20 Prozent nicht mehr genehmigt werden soll und jemand entweder 100 Prozent oder 50 Prozent arbeitet. Denn 80 Prozent ist etwas schwer, es dürften vielleicht auch 70 oder 75 Prozent oder dann 90 Prozent sein.
Um diesbezüglich das Fass noch fast zum Überlaufen zu bringen, hat sich der Votant über den Mittag vom Baudirektor sagen lassen, dass Amtsvorsteher bis hin zum Regierungsrat – selbstverständlich ohne diese – alle stempeln, Richterinnen und Richter hingegen nicht. Da hat der Votant doch gewisse Bedenken, ob man bei einer solchen Pensenreduktion von 100 auf 80 Prozent das Richtige macht.
Es ist dem Votanten im Übrigen bekannt, dass GOG § 14 Abs. 5 das Obergericht ermächtigt, im Rahmen von 20 Prozent hier etwas zu machen. Er findet es aber falsch, wenn hier eine 20-prozentige Reduktion genehmigt wurde. Er drückt damit seinen Unmut aus, dass eine Budgeterhöhung für 2013 allenfalls so begründet werden soll, ist aber gespannt, welche definitive Begründung er hören wird.
Man kann auch annehmen, dass die Begründung für die Budgeterhöhung nicht auf dem vermehrten Einsatz von Ersatzrichtern beruhtt. Dazu kommt wahrscheinlich auch nicht das Argument, dass die neue StPO definitiv eingeführt worden ist und ihre Wirkungen entfaltet hat; auch dieses Argument entfällt. Ferner kann sich der Votant auch nicht vorstellen, dass Strafrichtern ein Bonus gewährt wird, höchstens ein Dienstaltersgeschenk, was scheinbar im Jahr 2013 für eine Richterin oder eine Richter fällig werden soll. Es kann auch nicht sein, dass zufällig mehrere Richter gleichzeitig in eine höhere Einkommensstufe fallen. Für den Votanten ist die Tendenz im Budget 2013 und auch im Finanzplan störend, dass – ungleich zu den andern Gerichten – beim Strafgericht eine ziemlich starke Steigung vorhanden ist. Diese Tendenz stört ihn.
Der Votant möchte eine Erklärung. Er gibt aber zu, dass es für den Finanzdirektor wohl schwierig ist, dazu heute eine Erklärung zu finden. Dem Obergericht ist es bewusst, dass heute diese Debatte stattfindet, und es ist sehr schade, dass kein Vertreter des Obergerichts anwesend ist. Falls er keine befriedigende Erklärung erhält, stellt er den Antrag, das Budget für die Vergütungen an die Strafrichterinnen und Strafrichter einzufrieren, also das Budget 2013 auf dem Betrag zu belassen, den das Budget 2012 enthielt – also keine Erhöhung für 2013. Er hofft auf die Unterstützung des Rats und dankt für die Aufmerksamkeit.

Die **Vorsitzende** fragt nach, ob ein offizieller Antrag gestellt wurde. Das ist noch nicht der Fall. Sie weist darauf hin, dass im Gesetz über die Organisation der Zivil-

und Strafrechtspflege (Gerichtorganisationsgesetz) in § 14 Abs. 5 steht: «Das Obergericht kann während der laufenden Amtsperiode im Rahmen der für ein Gericht gesamthaft festgelegten Stellenprozente und mit Zustimmung der betroffenen Personen die Beschäftigungsgrade der Richterinnen und Richter bis zu höchstens 20 Stellenprozent verändern.» Ihres Wissens wurden diese Stellenprozente den Gerichten schon einmal zugebilligt, wurden bisher aber noch nicht beansprucht.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** muss aufpassen, dass er nicht zu viel sagt, sind aufgrund der Gewaltenteilung die Gerichte doch völlig autonom, nicht nur von der Zuständigkeit und Abläufen, sondern auch vom Personalrecht her. Der Finanzdirektor hat gestern, als er vom Votum und den Fragen von Kurt Balmer hörte, bei den Gerichten sondiert, auch um zu schauen, dass jemand anwesend sein könnte, wenn das Thema hier diskutiert wird. Der zuständige Vertreter war – wie bereits gesagt wurde – am Morgen hier; für den Nachmittag musste er sich leider entschuldigen.
Der Finanzdirektor versucht, soweit er kann, eine Antwort zu geben. Es ist so, wie die Präsidentin gesagt hat: Der Kantonsrat hat Stellenprozente für die Gerichte bewilligt, und im Vergleich mit der Verwaltung und den Stellen der Regierung ist das Parlament gegenüber den Gerichten immer grosszügiger gewesen. Die Gerichte haben einen grösseren Etat, und diesen haben sie nicht ausgeschöpft. Die Richter handhaben das wahrscheinlich ähnlich wie wir Regierungsräte. Sie sind ja auch gewählt, sind eine Behörde, und wie die Regierungsräte haben sie keine Zeiterfassung und Ferienabrechnung, auch keinen Arbeitsvertrag Wir müssen unsere Aufgaben erfüllen, und eine Normalarbeitszeit reicht da natürlich nicht. Ob das bei den Richtern gleich ist, weiss der Finanzdirektor nicht. Es weiss aus einem E-Mail der Generalsekretärin des Obergerichts, dass die JPK in einer Sitzung, bei der auch Kurt Balmer anwesend war, darüber informiert wurde, dass ein Richter oder eine Richterin sein/ihr Pensum von 100 auf 80 Prozent reduziert habe und dass man jetzt schauen wolle, wie sich die Geschäftslast entwickle; je nach dem werde die Reduktion wieder rückgängig gemacht. Eigentlich macht es ja Sinn, dass man den Arbeitsumfang reduzierte, als im vergangenen Jahr die Geschäftslast das zuliess. Jetzt, da es wahrscheinlich wieder mehr Geschäftsfälle gibt, wurde das Pensum wieder auf 100 Prozent angehoben. Diese 20 Stellenprozent erklären die Erhöhung um 4,3 Prozent bei Position 300 (Vergütungen an die gewählten Richter). Bei Position 301 sind es ein Dienstaltersgeschenk und individuelle Lohnerhöhungen für die entsprechenden Angestellten.
Die übrigen Fragen kann der Finanzdirektor nicht beantworten. Vielleicht könnte das der Präsident der Justizprüfungskommission tun, oder man müsste die Gerichte auffordern, direkt Antworten auf die noch im Raum stehenden Fragen zu geben. Im Übrigen empfiehlt der Finanzdirektor natürlich, dem Antrag des Gerichts zu folgen und die beantragten Kürzungen nicht vorzunehmen.

Die **Vorsitzende** fragt Kurt Balmer nochmals an, ob er nun einen konkreten Antrag stelle.

Kurt Balmer hat in seinem Votum bereits auf GOG § 14 Abs. 5 hingewiesen. Er hat diesen Artikel, der vor seiner Zeit als Kantonsrat erlassen wurde, gestern Abend nochmals im Detail konsultiert. Er hätte sich diesem Artikel vehement widersetzt und überlegt sich, ob das gegebenfalls motioniert werden soll. Es steht in diesem Artikel nämlich nicht, ob man ein Pensum auf 80 Prozent reduzieren soll oder nicht; es steht lediglich, dass über eine 20-prozentige Erhöhung diskutiert resp. entschieden werden soll, und dass ein Minimum von 50 Prozent gegeben ist.

Es geht hier nicht um juristische Spitzfindigkeiten, sondern um die bereits erläuterte Tendenz. Vergleicht man gesamthaft die Vergütungen an die Strafrichter mit jenen an das Kantons-, das Verwaltungs- und das Obergericht, dann sind die allgemeine Tendenz im Finanzplan und insbesondere die Budgetzahl für 2013 mit einer Erhöhung um 4,3 Prozent sehr störend. Deshalb macht der Votant den konkreten Antrag, möchte vorerst aber noch auf zwei Punkte hinweisen. Erstens ist es seines Erachtens nicht korrekt, bereits heute zu sagen, das Strafgericht habe im Jahr 2013 mehr Geschäfte zu bewältigen. Vielmehr war es so, dass das Strafgericht im Jahr 2012 eine grössere Pendenzenzahl oder mindestens vereinzelte grössere Pendenzen hatte und aus verschiedenen Gründen offensichtlich nicht in der Lage war, diese rechtzeitig zu erledigen. Scheinbar sind diese Pendenzen jetzt aber abgebaut – was ein Grund wäre, das Budget für 2013 nicht zu erhöhen.
Zweitens: Es ist richtig, dass die JPK über die Pensenreduktion bei einer Strafrichterin informiert wurde. Wir hatten dazu aber überhaupt nichts zu sagen und haben das lediglich zur Kenntnis genommen. Der Votant äussert seinen Unmut und stellt formell den **Antrag,** das Konto 300 im Budget 2013 sei von 936'900 Franken auf 898'600 Franken zu kürzen. Er dankt für die Unterstützung.

Die **Vorsitzende** präzisiert, dass damit bei Konto 300 eine Kürzung um 38'300 Franken auf die Höhe des Vorjahrs beantragt sei.

Philip C. Brunner hat viel Verständnis fürs Sparen – er erinnert an den Antrag der SVP-Fraktion, generell 30 Millionen zu sparen. Hier aber hat er den Eindruck eines Schmetterlingssammlers, der mit dem Schmetterlingsnetz irgendwo herumfuchtelt, jetzt irgendeine Prozentzahl eingefangen hat – zufällig 4,3 Prozent –, und nun wird auf dem Strafgericht herumgehackt. Es gäbe im selben Bereich noch andere Zahlen: Die Staatsanwaltschaft beispielsweise geht um 5,8 Prozent hinauf, was über 400'000 Franken sind. Wir müssen hier doch die grossen Linien sehen. Der Votant möchte keinen Rückkommensantrag stellen, aber der Bildungsdirektor beispielsweise – das hat hier kein Mensch gesagt – und auch der Baudirektor sparen, nämlich über 1 Million und bzw. 4 Millionen Franken. Das hat es in diesem Kanton noch gar nie gegeben. Wahren Sie also die grossen Linien und lehnen Sie den Antrag ab, zumal wir die Hintergründe der Verträge dieser Richter und Richterinnen nicht kennen. Es ist im Übrigen eine eher peinliche Debatte. Sehen Sie auf die grossen Linien, kürzen Sie das Budget um 30 Millionen Franken, dann soll sich die Regierung um die Details kümmern.

➔ Der Rat lehnt den Kürzungsantrag von Kurt Balmer mit 58 zu 5 Stimmen ab.

Die Stellvertretende Landschreiberin übernimmt wieder den Sitz des Landschreibers.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen. Die **Vorsitzende** hält zusammenfassend fest, dass die Detailberatung zu folgenden Abweichung vom gedruckten Budget geführt hat:
- Kostenstelle 1000 (Kantonsrat): Streichung von 200'000 Franken.
- Kostenstelle 1128 (Ombudsstelle): Reduktion des Budgets in der Kontengruppe 311 um 30'000 Franken.
- Kostenstelle 1552 (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde): Reduktion um 1'677'700 Franken.

- Kostenstelle 4021 (Rettungsdienst): Erhöhung des Globalbudgets um 162'000 Franken.
- Kostenstelle 4055 (Gesundheitsamt): Reduktion des Globalbudgets um 79'000 Franken.

Insgesamt handelt es sich um eine Kürzung des Budgets um 1'824'700 Franken.

Bevor über den Antrag auf Genehmigung des bereinigten Budgets 2013 abgestimmt wird, ist über den Antrag der SVP-Fraktion betreffend pauschale Budgetkürzung von 30 Millionen Franken zu befinden. Dieser Antrag ist zulässig. § 7 Abs. 6 des Organisationsgesetzes (BGS 153.1) sieht zwar vor, dass der Kantonsrat im Grundsatz über das Globalbudget jeder einzelnen Kostenstelle abstimmen kann. Es ist aber auch möglich, einen Erhöhungs- oder Kürzungsantrag über die Gesamtheit der Saldi aller Kostenstellen einzubringen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Budget pauschal um 30 Millionen Franken zu kürzen, mit 50 zu 17 zu Stimmen ab.

ABSTIMMUNGEN

➔ Der Rat stimmt dem bereinigten Budget mit 45 zu 13 Stimmen zu.

Leistungsaufträge: Die **Vorsitzende** hält fest, dass es zu den Leistungsaufträgen in der Detailberatung keine abweichenden Anträge zur gedruckten Fassung gab.

➔ Der Rat genehmigt mit 52 zu 2 Stimmen die Leistungsaufträge 2013.

Leistungsauftrag und Globalbudget der Pädagogischen Hochschule Zug: Es erfolgen keine Wortmeldungen. Es liegt somit nur der Antrag des Regierungsrats vor.

➔ Der Rat stimmt dem Leistungsauftrag und Globalbudget der Pädagogischen Hochschule Zug stillschweigend zu.

Budget 2013 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel: Das Wort wird nicht gewünscht. Es liegt somit nur der Antrag des Regierungsrats vor.

➔ Der Rat stimmt dem Budget 2013 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel stillschweigend zu.

Festsetzung des Steuerfusses der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2013: Das Wort wird ebenfalls nicht verlangt. Der Regierungsrat beantragt, diesen Steuerfuss für 2013 unverändert bei 82 Prozent zu belassen.

➔ Der Rat setzt den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2013 unverändert bei 82 Prozent fest.

Finanzplan 2013–2016: Es liegt nur der Antrag der Regierung vor. Gemäss § 21 Abs. 1 Satz 2 des Finanzhaushaltgesetzes nimmt der Kantonsrat lediglich Kenntnis davon. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2013–2016.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass damit Budget und Finanzplan verabschiedet sind. Es erfolgt keine Schlussabstimmung, weil kein Fall einer sinngemässen Anwendung von § 59 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrates vorliegt.

TRAKTANDUM 2
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

573 Traktandum 2.1: **Motion von André Wicki betreffend zwei Ergänzungen des Planungs- und Baugesetzes vom 20. September 2012 (Vorlage Nr. 2184.1 - 14162)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

574 Traktandum 2.2: **Motion von Leonie Winter, Thiemo Hächler und Oliver Wandfluh betreffend Nutzung des tiefen Untergrundes (Geothermie) vom 28. September 2012 (Vorlage Nr. 2187.1 - 14167)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

575 Traktandum 2.3: **Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Internierung abgewiesener Asylbewerber vom 27. September 2012 (Vorlage Nr. 2185.1 - 14163)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

576 Traktandum 2.4: **Interpellation von Andreas Hürlimann betreffend Ende der Steuer-Sorglosigkeit für Pauschalbesteuerte und andere Steuerflüchtlinge? vom 28. September 2012 (Vorlage Nr. 2188.1 - 14168)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

577 Traktandum 2.5: **Interpellation von Daniel Stadlin betreffend irreführende und unzureichende Signalisation der Autobahn A4 und der Verzweigung Blegi Richtung A4a vom 25. Oktober 2012 (Vorlage Nr. 2190.1 - 14175)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

578 Traktandum 2.6: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitik kein «Wachstum mit Grenzen» vom 16. November 2012 (Vorlage Nr. 2196.1 - 14190)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

579 Traktandum 2.7: **Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Verleihung des Innovationspreises an die Cham Paper Group vom 16. November 2012 (Vorlage Nr. 2197.1 - 14191)**

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** kommt dem Wunsch nach rascher Beantwortung nach und macht das mündlich.
Am 16. November 2012 reichte die Alternativ-Grüne Fraktion die vorgenannte Interpellation ein. Sie erachtet es als empörend und bedenklich, dass eine Unternehmung, welche die Mehrheit ihrer Belegschaft im Zusammenhang mit Produktionsverlagerungen ins Ausland entlässt, den Zuger Innovationspreis erhält. Sie stellt dem Regierungsrat diesbezüglich vier Fragen. Dazu macht der Volkswirtschaftsdirektor zuerst zwei Vorbemerkungen:
• Rahmenbedingungen des Zuger Innovationspreises: Der Zuger Innovationspreis wird seit 1993 jedes Jahr verliehen. Aktuelle Rechtsgrundlage dafür ist der Kantonsratsbeschluss betreffend Vergabe von Innovationspreisen im Wirtschaftsbereich vom 23. März 2000 (BGS 913.1). Danach kann der Regierungsrat an Unternehmen, Einzelpersonen und Organisationen Innovationspreise bis maximal 50'000 Franken pro Jahr vergeben für wirtschaftlich, sozial oder ökologisch sinnvolle Modelle – worunter Produkte, Dienstleistungen und Prozesse zu verstehen sind – zur Schaffung neuer oder Erhaltung bestehender Arbeitsplätze im Kanton Zug. Die Preissumme beträgt derzeit – das definiert jeweils der Regierungsrat – 20'000 Franken. Der Preis soll zum Ausdruck bringen, dass der Kanton Zug innovative Firmen fördern und damit die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts erhalten will.
• Herausforderungen des Produktionsstandorts Schweiz: In der Vergangenheit wurden mehrere produzierende Unternehmen des 2. Sektors ausgezeichnet. Darin kommt das Anliegen des Regierungsrates zum Ausdruck, dass dieser Sektor im Kanton Zug stark bleiben soll – gerade weil sich der Produktionsstandort Schweiz in einer schwierigen Lage befindet. Wegen des weltweiten Konkurrenzkampfes sind die Preise für die meisten Industrieprodukte kontinuierlich gesunken. Dies bringt eine Verlagerung von der traditionellen Massenproduktion in eine High-Tech-Nischenproduktion mit sich. Massiv verschärft wurde diese Situation in den letzten zwei Jahren durch einen starken Franken, welcher die vor allem exportorientierten Produktionsunternehmen vorteilweise unlösbare Aufgaben stellte. Im Kanton Zug hatte dieser Strukturwandel in den vergangenen Jahren ebenfalls Auswirkungen. Produzierende Unternehmen wie die PPC in Cham oder die Nähma in Unterägeri mussten beide schliessen mussten.
Generell gelten diese Rahmenbedingung auch für die papierverarbeitende Industrie. Diese leidet zusätzlich im weltweiten Vergleich unter den relativ hohen Energiepreisen. Dies hat dazu geführt, dass in dieser Branche die Zahl der Beschäftigten in den letzten drei Jahren schweizweit von rund 3000 auf rund 2000 Personen gesunken ist. Papierfabriken in Biberist, Balsthal, Deisswil und Attisholz mussten gänzlich schliessen, Unternehmen in Perlen, Landquart, Grellingen und Cham wurden bzw. werden restrukturiert.

Zu Frage 1 («Wie kann die Regierung ausgerechnet eine Firma, die 70 Prozent ihrer Beschäftigten entlässt, mit einem Preis belohnen?»): Die Cham Paper Group hat Anfang 2011 bekanntgegeben, dass sie einen wesentlichen Teil ihrer Produktion aufgeben oder in ihre Tochtergesellschaften in Italien auslagern muss. Angesichts eines Exportanteils von 99 Prozent litt die Unternehmung besonders unter den vorgängig erwähnten Faktoren (globale Konkurrenz, Energiepreise, starker Franken) und sah sich mit massiven Verlusten konfrontiert. Die Konkurrenten der Cham Paper Group im angrenzenden Ausland und in Asien können deutlich billiger produzieren. Angesichts der schwierigen Lage wäre es durchaus möglich gewesen, dass die Cham Paper Group den gesamten Produktionsstandort in Cham geschlossen und ins Ausland verlagert hätte. Genau dies hat die Cham Paper Group nicht getan, sondern versucht, mit dem grossen Einsatz aller Beteiligten (Mitarbeitende, Management, Aktionariat) einen Teil ihrer Aktivitäten in Cham zu erhalten.
Cham Paper Group hat dabei eng mit Behörden und Gewerkschaften kooperiert, frühzeitig alle Betroffenen über ihre weitere Zukunft informiert, ein firmeninternes Jobcenter eingerichtet und dank grossen Anstrengungen dafür gesorgt, dass möglichst wenig Personen effektiv arbeitslos werden. Ursprünglich geplant war, in Cham von den insgesamt 325 Arbeitsplätzen rund 225 in zwei Etappen abzubauen. Inzwischen kann gesagt werden, dass rund 90 Personen in Cham verbleiben werden. Bisher musste die Unternehmung 80 Personen kündigen; 72 weitere Personen haben bereits vor der Kündigung eine Anschlusslösung in der Form eines neuen Arbeitsvertrags, einer festen Stellenzusage oder einer Pensionierung gefunden. Nach Abschluss des Sozialplans haben die Sozialpartner, nämlich einerseits die Cham Paper Group und andererseits die vier involvierten Gewerkschaften (Arbeitnehmerverband der Cham Paper Group, Unia, Syna, Schweizerischer Papier- und Kartonarbeitnehmerverband) in einer gemeinsamen Medienmitteilung das Resultat als «sinnvollen Sozialplan» einlässlich gewürdigt.
Die Unternehmensstrategie ermöglicht es, dass nun rund 90 Arbeitsplätze in Cham erhalten bleiben. Dank einer innovativen Nischenstrategie mittels Rohpapierbeschichtung können neue Produkte lanciert werden. In diesem Zusammenhang hat die Unternehmung bereits 20 Millionen Franken in den Standort Cham investiert und wird in den nächsten Monaten weitere 20 Millionen Franken investieren. Sie setzt damit ein klares Zeichen, dass sie an die Zukunft und an den Produktionsstandort Cham glaubt. Dazu gehören auch Entwicklung und Vertrieb des Spezialpapiers Barnamic. Deshalb hat der Regierungsrat eine industrielle Unternehmung mit dem Innovationspreis ausgezeichnet, welche in einem schwierigen Umfeld versucht, mit hochinnovativen Produkten und Prozessen zumindest einen Teil ihrer Aktivitäten im Hochpreisland Schweiz am Standort Cham zu erhalten. Im Gegensatz zu den Interpellanten spricht der Regierungsrat der Cham Paper Group die Preiswürdigkeit nicht ab.

Zu Frage 2 («Sendet die Regierung damit nicht das Signal aus, dass Entlassungen bei der Beurteilung einer Firmenleistung keine Rolle spielen?»): Der Zuger Innovationspreis kann gemäss gesetzlicher Grundlage auch an Unternehmen vergeben werden, die Arbeitsplätze erhalten, wie dies bei der Cham Paper Group der Fall ist. Dass gleichzeitig zum Erhalt von 90 Arbeitsplätzen ein wesentlicher Arbeitsplatzabbau notwendig war, spricht für den Regierungsart nicht gegen die Preisverleihung, sondern zeigt eben gerade, dass mit innovativen Produkten in einem Nischenmarkt eine Industrie auch in der Schweiz aufrechterhalten werden kann. Das ist das Signal.

Zu Frage 3 («Welche Rolle spielen soziale Aspekte bei der Auswahl der Preisträger?»): Da es sich beim Preis um einen Innovationspreis handelt, steht die Innovationskraft eines Produkts bzw. einer Dienstleistung im Vordergrund. Gewichtet wird sodann die Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen, was an sich ein wichtiger sozialer Aspekt ist, besonders, wenn Arbeitsplätze im industriellen Bereich erhalten werden. Im Fall der Cham Paper Group spielt eine wesentliche Rolle, dass dank der preisgekrönten Innovation rund 90 Arbeitsplätze erhalten werden können. Dass gleichzeitig aufgrund der erwähnten externen Einflussfaktoren viele Arbeitsplätze in Cham abgebaut werden müssen, ist sehr bedauerlich. Unter diesen Umständen ist jedoch der von den Gewerkschaften akzeptierte und als sinnvoll titulierte Sozialplan positiv zu würdigen.

Zu Frage 4 («Wie kann der Volkswirtschaftsdirektor behaupten [gemäss Zuger Zeitung], es komme bei einem Innovationspreis auf das Produkt und nicht die Firma an? Sind es nicht die [möglicherweise entlassenen] Angestellten dieser Firma, denen diese die Innovation verdankt?»): Der Innovationspreis wird immer einer Unternehmung vergeben, dies aufgrund eines innovativen Produkts oder einer innovativen Dienstleistung. Der Volkswirtschaftsdirektor hat die entsprechende Frage der Neue Zuger Zeitung in einem E-Mail an die Redaktion wie folgt beantwortet (was davon publiziert wurde, ist Sache der Zeitung): «Eben gerade, weil dieses innovative Produkt dafür sorgt, dass an einem (teuren) Standort Schweiz/ Cham 90 Arbeitsplätze erhalten bleiben, wird eben nicht zwischen Produkt und Arbeitsplätzen getrennt; ohne dieses Produkt wären der Zuger Standort und diese Arbeitsplätze kaum mehr zu halten.» Selbstverständlich verdankt die Cham Paper Group ihren Erfolg auch ihren Mitarbeitenden; viele davon waren an der Preisverleihung denn auch anwesend.

Zu Frage 5 («Ist diese fragwürdige Preisverleihung nicht ein Grund dafür, die Zusammensetzung der Jury des Zuger Innovationspreises zu überdenken?»): Nein. Erstens war die Preisverleihung aus Sicht des Regierungsrates richtig. Zweitens hat die Jury die Aufgabe, die eingegangenen Bewerbungen zu prüfen und dabei dem Regierungsrat das innovativste Modell für den Preis vorzuschlagen. Die Jury besteht heute aus fünf erfahrenen und mit der Zuger Wirtschaft bestens vertrauten Personen. Zwei vertreten die Zuger Wirtschaftskammer (je den Bereich Industrie und Dienstleistung), eine Person den Zuger Gewerbeverband und eine Person die Gewerkschaften. Der Volkswirtschaftsdirektor hat den Vorsitz. Der Regierungsrat ist bei seinem Entscheid über sämtliche Bewerbungen informiert und im Besitz der entsprechenden Unterlagen. Es liegt nicht an der Jury, eine führende Bewerbung aus politischen Gründen zurückzustufen. Sie hat aber im Antrag an den Regierungsrat darauf hingewiesen, dass sich die Cham Paper Group in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld bewegt, was Restrukturierungen nötig macht. Damit hat die Jury die für den regierungsrätlichen Entscheid nötige Transparenz gewährleistet.

Esther Haas bedankt sich namens der AGF bei der Regierung für die rasche Beantwortung der Fragen. Dass ein Chamer Traditionsunternehmen den Innovationspreis zugesprochen bekommt, findet sie an und für sich positiv und müsste sie auch ein bisschen stolz machen. Der Cham Paper Group ist es gelungen, eine Verpackungslösung für Nahrungsmittel zu entwickeln, welche den gleichen Schutz bietet wie Kunststoff oder Aluminium, die aber rezyklierbar und damit umweltverträglicher ist. Hier stimmt die Votantin mit der Antwort der Regierung überein:

Das ist lobenswert. Nicht zu diesem Loblied passt allerdings die vor einem Jahr beschlossene Entlassung von 220 Mitarbeitenden. Diese Arbeitsplätze werden aber nicht etwa liquidiert – wie Regierungsrat Matthias Michel erklärt hat –, sondern ins günstigere Italien verschoben. Da ist es stossend, wenn genau diese Firma, die zwei Drittel der Belegschaft entlässt, mit einem Preis ausgezeichnet wird. Der Innovationspreis «will die Bestrebungen von Unternehmen unterstützen, welche aufgrund von volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch sinnvollen und innovativen Modellen neue Arbeitsplätze schaffen oder bestehende Arbeitsplätze erhalten». Der soziale Aspekt scheint bei der Preisvergabe völlig ausgeblendet worden zu sein.
Die Regierung rechtfertigt die Preisverleihung damit, dass dank der innovativen Nischenstrategie der Cham Paper Group 90 Arbeitsplätze in Cham bleiben. Wenn aber in der Neuen Zuger Zeitung zu lesen ist, dass der CEO der Cham Paper Group davon ausgehe, dass die Firma noch zwei bis drei Jahre in Cham produziere, es aber offen lässt, was danach kommt, muss man stutzig werden. Ein klares Bekenntnis zum Standort Cham tönt ganz anders. Wir von der AGF hätten hier ein klares Commitment der Familie Buhofer erwartet als Voraussetzung für den Erhalt des Innovationspreises.
Die Preisverleihung ist ungeschickt und lässt jegliches Fingerspitzengefühl vermissen. In diesem Entscheid steckt eine Form von Gleichgültigkeit den Entlassenen gegenüber, die wir aufs Schärfste kritisieren. Bei künftigen Preisvergaben erwartet die AGF, dass den sozialen Aspekten die gleiche Bedeutung zugemessen wird wie der Innovation selber – so, wie es die Ziele der Innovationspreises auch vorsehen.

Für **Irène Castell-Bachmann** ist die jährliche Verleihung des Zuger Innovationspreises etwas äusserst Positives. Entsprechend war die Presse während der letzten zwanzig Jahre, also seit es den Innovationspreis gibt. In diesem Jahr nun gab es Misstöne – zu Unrecht nach Ansicht der FDP-Fraktion. Die FDP steht hinter der diesjährigen Verleihung.
Die FDP-Fraktion konnte sich darüber vergewissern, dass die aufgestellten Kriterien auch in diesem Jahr eingehalten wurden. Die Preisvergabe erfolgte in Zusammenhang mit einem innovativen Produkt, dank welchem 90 Arbeitsplätze in Cham gesichert werden konnten. Die FDP-Fraktion erachtet einzig den Zeitpunkt der Preisvergabe als nicht ideal. Erst vor kurzem wurden 70 Prozent der Belegschaft mit Umstrukturierungen konfrontiert. Die FDP hat deshalb Verständnis, dass für eine direkt betroffene Person die diesjährige Preisleihung ein grösstes Ärgernis darstellt und Wut auslöst. Gleichzeitig ist es aber auch so, dass wegen der preisgekrönten Innovation in Cham 90 Stellen – das sind 27 Prozent der bisherigen Stellen – gesichert werden konnten, dies in einer arg gebeutelten Branche. Mehrere Papierfabriken in der Schweiz mussten in den letzten Jahren schliessen. Das blieb der Cham Paper Group erspart, nicht zuletzt wegen der Innovation. Die Innovation, die nur dank grosser Investitionen erfolgen konnte, verdient deshalb besondere Anerkennung.

Daniel Eichenberger hält fest, dass die SVP die Interpellationsantwort des Regierungsrats gut nachvollziehen kann. Es freut uns zu erfahren, dass die Cham Paper Group trotz schwierigem Umfeld innovativ bleibt. Eine weitergehende Beurteilung der unternehmerischen Tätigkeit und der dazu notwendigen Entscheidungen masst sich die SVP nicht an.
Das Intermezzo um den Innovationspreis 2012 zeigt jedoch klar auf, dass die Preisvergabe bestenfalls unnütz und überflüssig ist. Es bestätigt auch, dass die generell

ablehnende Haltung der SVP gegenüber der kantonalen Innovationsförderung vor rund anderthalb Jahren in diesem Rat richtig war. Innovationsförderung ist grundsätzlich keine Aufgabe des Staates. Der Votant will seine Worte von damals nicht wiederholen, aber sie waren zutreffend. Trotzdem stand die SVP im Frühjahr 2011 mit ihrer Ablehnung allein auf weiter Flur.
Die Interpellation der AGF ist einfach Klassenkampf. Wir hoffen, dass wir uns in Zukunft nun nicht regelmässig mit Interpellationen über die richtige oder falsche Wahl des Innovationspreisgewinners befassen müssen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 8

580 Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)

Das Traktandum wird auf die nächste Sitzung verschoben (siehe Ziffer 547).

TRAKTANDUM 9

581 Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG).
Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2122.1/.2 - 14008/09); Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission (2122.3 - 14183).

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Hans Christen** informiert, dass die vorberatende Kommission die Vorlage des Regierungsrates an zwei Sitzungen am 27. Juni 2012 und am 14. September 2012 beraten und verabschiedet hat. Die Kommission beschloss einstimmig mit 13:0 Stimmen und ohne Enthaltungen, auf die Vorlage einzutreten.
Die Regelung des Ausländerrechts liegt in der Kompetenz des Bundes. Die Kantone haben das Bundesrecht zu vollziehen und dazu die Zuständigkeiten und die noch offenen Verfahrensfragen zu regeln. Der gesetzgeberische Freiraum ist gering, da die materiell-rechtlichen Vorgaben betreffend Ein- und Ausreise, Aufenthalt und Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländer weitestgehend im Bundesrecht festgelegt werden.
Die vorberatende Kommission hatte in früheren Sitzungen auch das Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz) beraten und im Bericht festgehalten, dass im EG AuG eine neue Bestimmung betreffend Integrationsvereinbarungen aufgenommen werden sollte.
In der Detailberatung hat sich die Kommission mit sämtlichen Bestimmungen befasst. Im ihrem Bericht und Antrag wird lediglich auf diejenigen Bestimmungen eingegangen, bei welchen ein Änderungsantrag gestellt oder über einzelne Punkte vertieft diskutiert wurde. Aus diesem Grund kann auf die Vorlage Nr. 2122.3 sowie auf die Synopse EG AuG verweisen werden.
An der zweiten Kommissionssitzung vom 14. September 2012 wurde vor allem die Bestimmung betreffend verbindliche Sprachkenntnisse für den Erhalt einer Niederlassungsbewilligung behandelt sowie die Frage der Einführung von Integrationsvereinbarungen besprochen. Der Votant verweist auf Seite 3 des Berichts und Antrags der Kommission. Der Paragraph 8 «Nachweis von Deutschkenntnissen»

wurde von der Kommission sehr intensiv behandelt. Die Kommission folgte alsdann mit 14:1 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.
Da in der vorberatenden Kommission keine Änderungen beschlossen wurden, ist die Synopse mit Vergleich zum EG ANAG gemäss Ergebnis der 2. Lesung des Regierungsrats vom 6. März 2012 immer noch aktuell.
Die Kommission stimmte der Vorlage in der Schlussabstimmung mit 14:1 Stimmen ohne Enthaltungen zu. Die gleiche Meinung vertritt auch die FDP-Fraktion, für die der Votant hier ebenfalls spricht. Die FDP-Fraktion empfiehlt, auf die Vorlage einzutreten, vermehrte Deutschkompetenz zu fordern und den Vorschlägen der vorberatenden Kommission zuzustimmen.
Die am 12. Juni 2008 als erheblich erklärte Motion von Rupan Sivaganesan, Rosemarie Fähndrich Burger, Eusebius Spescha, Vreni Wicky, Beatrice Gaier und Markus Jans betreffend sprachliche Integration von Ausländerinnen und Ausländern vom 3. Mai 2007 ist mit dem vorgesehenen Paragraphen 8 des EG AuG erfüllt. Die Motion kann deshalb als erledigt von der Geschäftsliste abgeschrieben werden. Die Kommission stimmt der Abschreibung mit 12:2 Stimmen und einer Enthaltung zu.
Zusammenfassend beantragt die vorberatende Kommission dem Kantonsrat:
• auf die Vorlage Nr. 2122.1/2 - 14008/09 einzutreten und ihr zuzustimmen;
• die als erheblich erklärte Motion von Rupan Sivaganesan, Rosemarie Fähndrich Burger, Eusebius Spescha, Vreni Wicky, Beatrice Gaier und Markus Jans betreffend sprachliche Integration von Ausländerinnen und Ausländern vom 3. Mai 2007 (Vorlage Nr. 1531.1 - 12374) als erledigt abzuschreiben.

Frowin Betschart teilt mit, dass die CVP-Fraktion das EG AuG unterstützt und einstimmig für Eintreten ist. In der Detailberatung folgen wir dem Antrag der Regierung und der vorberatenden Kommission und stellen keine Anträge.
Der Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern in den Kanton Zug wird uns – auch mit diesem Gesetz – weiterhin beschäftigen. In der Bevölkerung ist die sprachliche Ausdrucksfähigkeit von Ausländerinnen und Ausländern ein grosses Thema, egal, ob hochqualifizierte oder einfache Arbeitskraft. Dass aber Integrationsvereinbarungen rechtlich wenig sinnvoll sind, ist heute klar. Dennoch: Eine gewisse Ernüchterung, nicht klarere Bedingungen stellen zu können, bleibt.

Oliver Wandfluh hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist und dem Antrag des Regierungsrats zustimmt.

Stefan Gisler wünscht sich einleitend, dass die SVP in Sachen Ausländerfrage immer so knapp wäre.
Im Rahmen der Beratung des EG-AuG – das steht in aller Deutlichkeit im Kommissionsbericht – erkannte die vorberatende Kommission einhellig, dass Integrationsvereinbarungen nur mit viel Aufwand und in Kombination mit rechtlich einwandfreien Verfügungen erstellt werden können. Und sie erkannte, dass die Wirkung solcher Vereinbarungen gerade im Hinblick auf den Aufenthaltsstatus äusserst gering ist. Für Zug heisst dies gemäss Kommissionsbericht: «Bei den Neuzuziehenden sind es jährlich ca. 3000 Personen im Kanton Zug, bei denen die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung an keine Bedingung geknüpft werden kann. Bei den restlichen 150 bis 250 neu zuziehenden Personen pro Jahr handelt es sich grösstenteils (ca. 90 Prozent) um höchstqualifizierte Drittstaatsangehörige.» Der Grund ist – wieder aus dem Kommissionsbericht zu ersehen –, dass der verbleibende gesetzgeberische Freiraum zu gering ist; die meisten Vorgaben werden vom Bund gemacht. Darum verzichtete die Kommission ohne Gegenantrag auf die Einführung

von Integrationsvereinbarungen. Das macht umso mehr Sinn, als dieser Rat hier im Rahmen der Beratung des Integrationsgesetzes auf die Einführung von Erstgesprächen mit Integrationsvereinbarungen verzichtet hat.
Nun, was bleibt übrig? Nebst kleineren Anpassungen geht es um § 8: Die Niederlassung C soll nur nach dem Erbringen des Nachweis von genügend Deutschkenntnissen erteilt werden. Die Alternativen lehnen § 8 grossmehrheitlich ab. Sprachkenntnisse sind tatsächlich ein wichtiger Beitrag zur Integration. Doch heisst es aus unserer Sicht nicht, dass jemand, wenn er/sie nur schlecht Deutsch sprechen kann, nicht sonst gut integriert ist. Und umgekehrt garantieren gute Deutschkenntnisse keine Integration der betreffenden Person in anderen Bereichen. Deutsch soll gefördert werden, soll aber kein Killerkriterium bei der Erteilung der Niederlassung sein, wenn sonst alles stimmt.
Zudem ist diese Bestimmung wiederum nur für einen Teil der Ausländerinnen und Ausländer anwendbar. Es trifft z. B. hochqualifizierte Expats aus den USA, Indien oder Australien, aber auch bildungsfernere Arbeitnehmende, die seit Jahren beispielsweise in der Landwirtschaft, im Bau etc. tätig sind und nie richtig Deutsch gelernt haben. Beide Gruppen will die AGF nicht diskriminieren. Auch ist das geforderte Sprachniveau aus unserer Sicht schlicht zu hoch. Der Votant hatte bei den SBB Mitarbeitende, die in Französisch und Italienisch dieses Sprachniveau hätten erreichen sollen, um den Job zu behalten; und wertvolle Mitarbeitende schafften dies selbst nach Jahren von Kursbesuchen und Auslandaufenthalten nicht. Vielleicht kann der Sicherheitsdirektor nochmals ausführen, welche Niveaus schriftlich und mündlich erreicht werden müssen, damit wir uns ein Bild machen können. Und schliesslich bestehen bereits heute objektive, harte Kriterien bezüglich der Erteilung der Niederlassungsbewilligung wie finanzielle Unabhängigkeit sowie ein einwandfreier Leumund. Das genügt aus unserer Sicht.
Alles in allem: Die AGF ist für Eintreten, beantragt die Streichung von § 8 und wird dem Gesetz nicht zustimmen, falls die zu hohe Sprachhürde drin bleibt.

Eusebius Spescha erinnert namens der SP-Fraktion daran, dass bei der Behandlung des Integrationsgesetzes gemeinsam festgestellt wurde, dass ein Ausländeranteil von fast einem Viertel eine Herausforderung für eine Gesellschaft ist. Die damalige Debatte hat der SP-Fraktion aber deutlich gezeigt, dass in diesem Rat keine Mehrheit für eine aktive und lösungsorientierte Integrationspolitik zu finden ist. «Dienst nach Vorschrift», lautete damals die Devise: Wir tun, was der Bund vorschreibt. Nicht mehr, wenn's geht, auch weniger.
Genau dies ist der Gehalt des neuen EG AuG. Wir legen fest, wer was und – wo nötig – auch wie zu tun hat. Mehr nicht. Eintreten ist also fast zwingend, Zustimmung auch. Der Votant will aber nicht verhehlen, dass die SP-Fraktion dies mit erheblichem Unwillen tut. Integrationsgesetz und EG AuG wären eine Chance für eine gestaltende Politik gewesen. Diese Chance lassen wir ungenutzt verstreichen.
Die SP wird in der Detailberatung einen Antrag für eine Ergänzung des Gesetzes stellen. Wir schlagen die Einsetzung einer Härtefallkommission vor. Diese Kommission hat die Aufgabe, Härtefallgesuche in den Fällen zu begutachten, in denen gegen Entscheide des Migrationsamtes von Bundesrechts wegen kein Rechtsmittel zur Verfügung steht. Damit besteht die Möglichkeit in Fällen, in welchen eine Ausweisung als nicht angemessen beurteilt wird, neu zu beurteilen.

Ivo Hunn teilt mit, dass die Grünliberalen für Eintreten sind und die Vorlage EG AuG unterstützen. Sie befürworten, dass Bewährtes weitergeführt und Vereinheitlichungen vorgenommen werden. Weiter unterstützen die Grünliberalen die Koppe-

lung der Deutschkenntnisse resp. einer Landessprache an die Niederlassungsbewilligung; sie unterstützen auch, dass auch Ehegattin/Ehegatte bzw. Partnerin/Partner ihre Deutschkenntnisse nachweisen müssen. Sie sind wie der Regierungsrat der Meinung, dass die kommunikativen Fähigkeiten mit dem Referenzniveau B1 und die schriftlichen Fähigkeiten mit dem Referenzniveau A2 in der Verordnung festgelegt werden sollen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** stellt fest, dass da und dort die Meinung herrschte, dieses Einführungsgesetz auch dazu zu verwenden, etwas mehr Ausländerpolitik hereinzubringen, ein Ausländergesetz oder Integrationsgesetz zu schaffen. Es ist jedoch Aufgabe des Bundes, ein Ausländerrecht zu schaffen und die entsprechenden politischen Inhalte zu bestimmen. Hier haben wir es mit einem reinen Ausführungsgesetz zu tun. Der Sicherheitsdirektor ist deshalb der vorberatenden Kommission dankbar, dass sie eine klare Trennung zwischen dem Integrationsgesetz und dem EG AuG beschlossen hat.
Dieses Gesetz ist vor allem für die Verwaltung, für das Amt für Migration, sehr wichtig, geht es doch auch um Regelungen für über 28'000 Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Zug, die hier einem Anteil von über 25 Prozent der Wohnbevölkerung ausmachen. Das Amt für Migration prüft die Erteilung, die Verlängerung oder den Entzug von ausländerrechtlichen Bewilligungen. Das Gesetz ist ein sehr wichtiges Mittel, damit dieses Amt überhaupt seine Tätigkeit ausführen kann.
Auch der ganze Asylbereich wird hier abgedeckt. Der Kanton Zug bekommt ja 1,4 Prozent aller Asylsuchenden in der Schweiz zugewiesen. Auch da ist das Amt für Migration zuständig, wenn es etwa darum geht, Asylbewerber nach Nichteintretensentscheiden auszuweisen, in die Ausländerhaft zu nehmen usw. Die Palette der Aufgaben dieses Amtes ist sehr gross.
Es wurde angesprochen, dass man über Integrationsvereinbarungen diskutiert hat. Man hat dann gesehen, dass diese kaum Wirkung entfalten dürften, weil man letztlich nur bei einem ganz kleinen Teil Sanktionen aussprechen könnte, wenn die Vereinbarung nicht eingehalten würde. Wir müssen hier ohnehin keine Regelungen aufnehmen, denn das Bundesgesetz definiert klar, dass man solche Vereinbarungen heute schon machen kann. Das wird durch das Amt auch gemacht, wenn es solche für nötig erachtet.
In Hinsicht auf die Detailberatung hält der Sicherheitsdirektor schon jetzt fest, dass er gegen die Einführung einer Härtefallkommission und auch gegen die Aufnahme einer Sprachreferenz ist. Dafür gibt es gute Gründe.

EINTRETENSENTSCHEID

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
Es erfolgen keine Wortmeldungen.

1. Abschnitt «Allgemeine Bestimmungen»
Es erfolgen keine Wortmeldungen.

2. Abschnitt «Zuständigkeiten»

Barbara Gysel legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Sie ist ehrenamtliches Vorstandsmitglied im Verein Asylbrücke. Der Verein hat sich auch im Rahmen der Vernehmlassung zum EG AuG zu dieser Vorlage geäussert.
Die SP-Fraktion stellt den **Antrag,** den 2. Abschnitt («Zuständigkeiten») um einen neuen Paragraphen 6 zur Einsetzung einer Härtefallkommission zu erweitern. Der Antrag lautet wie folgt: *§ 6 (neu) Der Regierungsrat setzt eine Härtefallkommission ein.*
Dieser Paragraph würde zu einer Verordnung durch den Regierungsrat führen. Dabei können die Aufgaben der Härtefallkommission wie folgt definiert werden:
a. Stellungnahme bei Härtefallgesuchen von abgewiesenen Asylsuchenden und Asylsuchenden mit einem Nichteintretensentscheid oder einem hängigen Verfahren, sowie vorläufig aufgenommenen Personen.
b. Stellungnahme bei Härtefallgesuchen von Ausländerinnen und Ausländern, die seit mehreren Jahren hier leben und die in der Schweiz noch nie ein asyl- oder ausländerrechtliches Bewilligungsverfahren durchlaufen haben, also sogenannte «Sans-papiers».
c. Die Sicherheitsdirektion könnte der Kommission zudem allgemeine Fragen zum Asyl- und Ausländerrecht unterbreiten.
Wir schlagen demnach eine «Soft-Variante» analog zum Kanton Zürich vor. Die Härtefallkommission nähme ausschliesslich zu Gesuchen zuhanden der Sicherheitsdirektion *beratend* Stellung. Sie hätte explizit keine Entscheidkompetenzen inne. Vielmehr stünde das Einholen einer Zweitmeinung im Vordergrund. Wir wünschen ein unabhängiges Gremium, das wohl wenige Einzelfälle pro Jahr zusätzlich beurteilen würde – unter dem Aspekt des «Mehraugenprinzips».
Es gibt im Bereich der Verfahren im Bereich des AuG und Asylgesetzes zwei grundsätzliche Annahmen, die uns zu diesem Antrag motivieren.
• Erstens: Im Asylbereich ist bundesgesetzlich noch immer keine Rechtsweggarantie gewährleistet. In manchen Fällen stehen den Betroffenen schlicht keine Rechtsmittel zur Verfügung. Die Kommission könnte also entsprechende Fälle beratend begutachten. Die Fälle, in denen sich die Beurteilung des Migrationsamtes und der Härtefallkommission nicht decken, könnten dem Sicherheitsdirektor vorgelegt werden. Bei positiver Beurteilung könnte dem Bund wiederum ein Gesuch um eine Aufenthaltsbewilligung gestellt werden. Die Erfahrung der bereits existierenden Kommission im Kanton Zürich zeigt indes, dass dort die Härtefallkommission in den meisten Fällen die Haltung des Migrationsamtes bestätigt hat.
• Zweitens handelt es sich bei vielen Fällen bei Asylsuchenden und anderen Ausländerinnen und Ausländern um einen sehr sensiblen Bereich, dies sowohl aus der Sicht von Gesuchstellenden als auch aus Sicht der Öffentlichkeit. Es gibt auch im Kanton Zug immer wieder Einzelfälle, die zu Diskussionen – gar in den Medien – führen. Die Existenz einer Härtefallkommission kann also auch als Beitrag zur Beruhigung verstanden werden. Und aus dem Kanton Zürich weiss man, dass das dortige Migrationsamt die Kommission nicht als zusätzliche Belastung empfindet.
Zusammenfassend: Unterstützen Sie den Antrag für eine Härtefallkommission in dieser einfachen Variante. Die Kommission hätte keine Entscheidkompetenzen; es ginge um eine beratende Rolle, um eine «Aussensicht» bei sensiblen, eben bei Härtefällen. Sie würde eine Möglichkeit schaffen, Gesuche aufzunehmen, wo von Bundesrecht wegen keine anderen Rechtsmittel zur Verfügung stehen.
Zum Schluss dankt die Votantin dem Sicherheitsdirektor und der Verwaltung für die Vorabklärungen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass es Kantone gibt, die eine sogenannte Härtefallkommission haben. Eine solche – so der Antrag – soll nun auch im Kanton Zug eingesetzt werden. Wenn er den Antrag richtig versteht, soll nur ins Gesetz kommen, dass eine Kommission eingesetzt wird; das Nähere soll der Regierungsrat in einer Verordnung regeln.
Er begründet, warum es keine Härtefallkommission braucht: Der Sicherheitsdirektion ist es ein grosses Anliegen, das Asylgesetz konsequent umzusetzen. Das heisst, dass Personen mit einem rechtskräftig angelehnten Asylgesuch die Schweiz so bald als möglich verlassen müssen. Bei der Prüfung möglicher Härtefälle orientiert sich das Amt für Migration streng an der Praxis des Bundesgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts. Dabei wird jeweils auch das Gespräch mit den Betroffenen gesucht, unter anderem auch, um Integrationsdefizite anzusprechen und entsprechende Anreize zu schaffen. Liegen die Voraussetzungen für einen Härtefall vor, nehmen wir die Möglichkeit wahr, dem Bund ein Gesuch für eine humanitäre Aufenthaltsbewilligung einzureichen. Das kommt immer wieder vor, aber wir sprechen hier von 3 bis 5 Fällen pro Jahr.
Die heutige Praxis des Amtes für Migration ist effizient und fair. Soll nun für diese geringe Anzahl pro Jahr eine separate Härtefallkommission gebildet werden? Aus der Sicht des Amtes wird eine solche Kommission nicht befürwortet. Sie führt zu einer Verlängerung des Verfahrens, dazu kommen die Kosten. Zürich beispielsweise verfügt über ein neunköpfiges Gremium. In Anbetracht der geringen Anzahl Fälle sieht der Sicherheitsdirektor hier ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis. In diesem Sinne bittet er den Rat, den Antrag abzulehnen.

➔ Der Rat lehnt die Einführung einer Härtefallkommission mit 54 zu 14 Stimmen ab.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zum 2. Abschnitt.

3. Abschnitt «Amtshilfe und Datenbekanntgabe»
§ 7 Abs. 2

Kurt Balmer stellt den **Antrag,** § 7 Abs. 2 sei gänzlich zu streichen. Er ist für eine straffe Gesetzgebung: Wenn es Gesetze nicht unbedingt braucht, dann sollten sie gestrichen werden. Hier haben wir schon eine geeignete, klare und bessere Bundesgesetzgebung, weshalb er für die Streichung ist.
Seine diesbezügliche Interessenbindung: Der Votant ist im Hauptberuf auch Strafverteidiger, nicht im Kanton Zug, sondern in andern Kantonen. Seines Erachtens ist der fragliche Absatz im Entwurf der Regierung ein massiver Stoss gegen die Unschuldsvermutung. Man geht hier – das steht so auch in der Botschaft – deutlich weiter als das Bundesgesetz. Es ist ein Schuss über das Ziel hinaus, weil sämtliche SVG-Delikte, auch nur sehr kleine Übertretungen, hier automatisch integriert sind. Der Votant hat einen kleinen, wohlwissend nicht sehr repräsentativen Vergleich angestellt und die entsprechende Gesetzgebung in andern Kantonen angeschaut. Er muss festhalten, dass der Kanton Aargau in diesem Bereich nichts legiferiert und sinngemäss auf die Bundesgesetzgebung verweist; genauso tun es Bern und Luzern. Der Votant kann allerdings keine Gewähr geben, er hat sich nicht abschliessend informiert.
Was geschieht, wenn der vorgeschlagene § 7 Abs. 2 bewilligt wird? Es bedeutet, dass sämtliche Unfallrapporte, insbesondere auch SVG-Delikte lediglich mit Sachschaden, automatisch und ohne dass bereits ein Strafverfahren hängig ist, an das

entsprechende Amt für Migration weitergeleitet werden. Der Kripo-Chef hat das bestätigt und ausdrücklich gesagt, dass die entsprechenden Rapporte wöchentlich oder täglich und unabhängig von Strafverfahren ans Amt für Migration fliessen, sobald eine Person mit ausländischer Nationalität in einen kleinen Verkehrsunfall lediglich mit Sachschaden involviert ist. Was das Amt für Migration aus diesen Rapporten macht, ist selbstverständlich eine andere Sache; es nimmt diesbezüglich eine Wertung vor. Der Votant ist aber dagegen, dass solche Aktenberge auf Vorrat ans Amt für Migration gehen. Gegenüber der rechten Ratsseite erlaubt er sich den Hinweis, dass wir zur Zeit auch eine Schengen-Vorlage beraten und er die Befürchtung hat, dass solche Unfallrapporte und entsprechende Einträge schlussendlich automatisch im EU-Bereich landen; gegenüber der linken Seite weist er darauf hin, dass hier eine Datenflut organisiert wird und die Fichierung dementsprechend sehr weit geht. Dem muss man definitiv Einhalt gebieten. Der Votant weist auch darauf hin, dass er gewisse Probleme mit dem Datenschutzgesetz in diesem Bereich hat. Es gibt ja keine automatische formelle Information an die Betroffenen, dass diese Daten ans Amt für Migration fliessen. Gegebenenfalls würde sich sonst jemand entscheiden, gar nicht Auto zu fahren, wenn er weiss, dass er damit eine Mitteilung an das Amt für Migration riskiert.
Zugegebenerweise lautet das aktuelle zugerische Gesetz schon genau gleich. Der Votant betont aber, dass man rechtsstaatlich auch klüger werden und hinzulernen kann. Wenn es nicht unbedingt sein muss, kann man es besser machen und das entsprechende Gesetz streichen. Der Vorschlag lautet also: Es soll nicht jedermann wegen Bagatelldelikten ans Amt für Migration gemeldet werden. Der Votant macht dem Rat deshalb beliebt, § 7 Abs. 2 zu streichen, und dankt für die Unterstützung.

Thomas Werner bittet, dem Antrag von Kurt Balmer nicht zu folgen. Die erwähnten SVG-Delikte – das ist klar – können jedem passieren. Es gibt aber auch andere sogenannt kleine Delikte, etwa Handel mit kleinen Mengen von Drogen, Drogenkonsum oder Tätlichkeiten. Das Migrationsamt leitet aufgrund von solchen Delikten überhaupt nichts ein, es geht schlussendlich aber darum, dass es einen Gesamtüberblick über die betreffende Person erhält. Da kann es doch nützlich sein, wenn man schon weiss, dass jemand zum Beispiel zu Hause schon fünf Mal die Familie geschlagen hat und dann wegen einer gröberen Körperverletzung angeklagt wird. Das rundet das Bild ganz sicher ab. Man kann dann nicht sagen es sei ein Ausrutscher.
Der Votant bittet den Rat nochmals, dem Antrag von Kurt Balmer nicht zu folgen.

Für Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** ist es eine ganz wichtige Regelung, die hier aufgenommen bzw. übernommen wird. Es wird überhaupt nicht über das Ziel hinausgeschossen; der betreffende Absatz war im Übrigen auch in der vorberatenden Kommission überhaupt kein Thema.
Das Bundesgesetz sieht vor, dass die Polizei sowie die Gerichts- und Strafuntersuchungsbehörden die Ansetzung und die Einstellung von Strafuntersuchungen, Verhaftungen und Entlassungen sowie alle zivil- und strafrechtlichen Urteile dem Amt für Migration melden müssen, wenn Ausländer betroffen sind. Es ist richtig, dass wir etwas über das Bundesgesetz hinausgehen. Das ist aber auch legal. Zürich, Aargau und Baselland haben die gleiche Regelung wie der Kanton Zug. Diese Regelung hat sich bewährt. Das Amt für Migration ist auf solche Meldungen angewiesen. Natürlich hat es auch Bagatellfälle darunter. Das wird bei der Polizei nicht triagiert, sondern erst im Amt für Migration. Wenn Fälle nicht weiter behandelt

bzw. beurteilt werden müssen, werden die betreffenden Meldungen geschreddert. Zugegebenerweise ist der Datenschützer nicht ganz glücklich über diese Regelung, aber er hat sie im Rahmen der Beratungen in der Kommission nicht weiter moniert.
Es geht hier um ein sehr wichtiges Frühwarnsystem. Wir können nicht warten, bis die Urteile rechtskräftig sind, und erst dann Bewilligungen nicht oder vielleicht nur befristet erteilen. Der Sicherheitsdirektor bittet deshalb, diese Bestimmung auch in die neue Fassung des EG AuG aufzunehmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Kurt Balmer, § 7 Abs. 2 zu streichen, mit 57 zu 8 Stimmen ab,

4. Abschnitt «Niederlassungsbewilligung»
§ 8 (Deutschkenntnisse)

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass Stefan Gisler namens der AGF bereits in der Eintretensdebatte die Streichung von § 8 beantragt hat.

Für **Rupan Sivaganesan** ist es nicht einfach, gegen seine eigene Fraktion zu sprechen, er möchte aber auf zwei Aspekte hinweisen.
Das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer sagt in § 34 Abs. 4 über die Niederlassungsbewilligung: «Sie kann bei erfolgreicher Integration, namentlich wenn die betroffene Person über gute Kenntnisse einer Landessprache verfügt, nach ununterbrochenem Aufenthalt mit Aufenthaltsbewilligung während der letzten fünf Jahre erteilt werden.» Ein Teil der EU- und EFTA-Bürgerinnen und -Bürger und anerkannte Flüchtlinge sind direkt privilegiert, indem sie bereits nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz die Niederlassung erhalten. Andere Ausländerinnen und Ausländer müssen zehn Jahre ausharren. Mit der Umsetzung dieser Motion gibt es eine Chance zur Gleichstellung: Wenn die Sprache beherrscht wird, können alle schon nach fünf Jahren die Niederlassung beantragen. Leider nehmen das viele bisher nicht in Anspruch. Das sollte sich ändern. Schliesslich ist Sprache einer der Schlüssel zur Integration. Es braucht auch weitere Massnahmen, zu erinnern ist etwa an das Antidiskriminierungsgesetz oder Chancengleichheit.
Der zweite Aspekt: Für den Votanten heisst Niederlassung und Sich-Niederlassen: Ich habe mich entschieden, hier Wurzeln zu schlagen. Ich will mich hier zuhause fühlen. Das ist mein Daheim. Dann macht es Sinn, dass ich mich niederlasse. Als Ausländer will ich dann eine Niederlassungsbewilligung C.
Wer mehr als nur ein, zwei oder drei Jahre hier bleibt, mehr als fünf oder sechs oder sogar mehr als zehn Jahre, sollte Teil der Gesellschaft sein können. Er oder sie sollte beruflich die gleichen Chancen haben, sollte sich frei bewegen können und sich unabhängig fühlen. Damit das klappt, muss die Kommunikation stimmen.
Das trifft aber längst nicht auf alle Menschen zu, auch wenn sie schon etliche Jahre hier leben. Gemeint sind jetzt nicht Glencore-Manager aus den USA oder aus Skandinavien; die kommen mit Englisch bestens zurecht, sei es im Geschäft, in der internationalen Privatschule der Kinder, bei ihrem englischsprachigen Arzt etc. Der Votant meint vielmehr Menschen wie Du oder ich: Menschen, denen man jeden Tag auf der Strasse oder beim Einkaufen, beim Gang auf die Behörde oder im Wartezimmer begegnet. Diese Menschen putzen dann etwa Ihr Büro oder kochen Ihr Essen im Restaurant, oder sie arbeiten auf dem Bau. Das sind alles wichtige Jobs, aber warum sollte jemand sein Leben lang dort bleiben?

Und diese Menschen müssen beispielsweise ihre Kinder als Übersetzer mitnehmen, wenn sie zum Arzt gehen, oder irgendeinen Übersetzer – auch wenn es um intime Sachen geht. Oder sie verstehen nicht recht, welche Probleme ihr Sohn in der Schule hat – weil sie die Sprache nicht können. Entsprechend können sie ihrem Kind auch nicht helfen, wenn es beispielsweise um den Schulübertritt geht. Und sie können sich auch nicht wehren, wenn ihr Kind nicht in die Sekundarschule kommt, obwohl es eigentlich die gleichen Leistungen erreicht wie ein Kind aus einer Schweizer Familie.
Sprache ist ein wichtiger Schritt zur gesellschaftlichen Integration. Gerade für wenig privilegierte Menschen ist Sprachkompetenz ein Schlüssel für die Verständigung mit anderen, für die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben, für weitere Ausbildung und Berufsfindung.
Der Votant hat bereits einige Beispiel gebracht: Unter solchen Kommunikationsbarrieren leiden vor allem auch Frauen mit Kindern, die nicht oder noch nicht berufstätig sind. Sie fühlen sich im Alltag eingeschränkt und abhängig, können nicht einmal mit ihren Nachbarn kommunizieren. Nur in ihren eigenen Kreisen können sie sich sprachlich frei bewegen. Das fördert weder ihre persönliche Entfaltung noch ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration. Und es wirkt sich auch auf ihre Kinder aus. Deshalb ist es sehr wichtig, dass die Menschen für ihren Alltag und für ihre Zukunft hier im Kanton Zug die Ortssprache lernen.
Der Votant ist überzeugt: Die Bemühungen, die Sprache zu lernen, sind gross. Hier geht es zuerst einmal um Anreize. Man kann eine vorzeitige Niederlassungsbewilligung beantragen nach fünf statt erst nach zehn Jahren Aufenthalt in der Schweiz, wenn man das Sprachniveau A2 vorweist.
Die Vernehmlassung des Bundes zur Änderung des Ausländergesetzes ist abgeschlossen. Darin wird eine gewisse Integration, auch sprachlich, als Voraussetzung für die Niederlassungsbewilligung betrachtet. Daher sind wir hier im Kanton Zug mit unserer Neuregelung auf dem richtigen Weg.
In der Medienmitteilung des Bund 29. August 2012 wird angekündigt, die Kantone und Bund erhöhen die Mittel für die Förderung der Integration auf insgesamt rund 110 Millionen Franken jährlich. Das ist gut und wichtig. Aber diese Mittel kommen nur bei denen an, die sie brauchen, wenn wir auch ein Anreize schaffen. Dann erreichen diese Menschen ihre Ziele. Durch Integration, Selbstverwirklichung und echte Chancengleichheit. Um auf gleiche Augenhöhe mit uns und Ihnen allen hier im Saal zu gelangen. Um nichts anderes geht es hier.
Der Votant schliesst mit dem Zitat einer Juristin, die ursprünglich aus Marokko kommt und in der Zentralschweiz lebt: «Ohne Kommunikation keine Integration. Wenn ich die örtliche Sprache beherrsche, kann ich mich auch gegen Diskriminierung wehren» (Wafaa Bensaid). Er bittet den Rat, den Antrag der Regierung und Kommission zu unterstützen.

Für **Philip C. Brunner** ist nicht ganz klar, ob Rupan Sivaganesan eine Streichung von § 8 beantragt bzw. ob dieser Streichungsantrag gestellt wurde.

Die **Vorsitzende** stellt klar, dass die AGF den Antrag stellt, § 8 zu streichen. Rupan Sivaganesan stellt sich gegen den Antrag seiner Fraktion und möchte § 8 belassen.

Philip C. Brunner kann festhalten, dass sein Gefühl demnach richtig war. Er stimmt nämlich selten gleich wie Rupan Sivaganesan – eher schon gleich wie Martin Stuber, der aber offenbar gleicher Meinung wie die Fraktion ist. Der Votant

unterstützt ebenfalls den Streichungsantrag, aber aus ganz anderen Gründen. Wir sind ein Wirtschaftsplatz und angewiesen auf Leute von ausserhalb des EU-Raums. Die Massenzuwanderung können wir nicht mehr steuern, sie kommt aus dem EU-Raum – die Position der SVP dazu ist bekannt. Wir haben aber nie gesagt, die Wirtschaft brauche gar niemanden mehr. Wir predigen nicht die Insel – auch wenn man uns das unterstellt.
Er will das nun richtig verstehen und frägt Sicherheitsdirektor Villiger: Muss der amerikanische Spezialist, der von einer Zuger Firma nach Zug geholt werden will, beweisen können, dass er Deutsch kann, andernfalls kriegt er keine Bewilligung? Ist das richtig? In der Kommission wurde gesagt, auf Ebene Bund seien gewisse Bestrebungen im Gang, welche diese Bestimmung obsolet werden liessen. So steht es im Protokoll der Kommission. Der Votant möchte seine Frage klar beantwortet haben, damit er weiss, wie er stimmen muss.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** ruft in Erinnerung, dass der Kantonsrat eine Motion erheblich erklärt, in der es um die Aufnahme und Regelung der Sprachreferenz ging. Er hat nun etwas Mühe zu verstehen, dass man jetzt wieder das Gegenteil beantragt, hat doch der Regierungsrat genau diese Sprachreferenz, wenn es um die Erteilung von Niederlassungen geht, ins Gesetz aufgenommen.
Stefan Gisler hat gefragt, wie die Unterscheidung bei der Spracherfordernis sei. Wenn wir nach dem jetzt geltenden GER (Gemeinsamer europäischer Referenzrahmen für Sprachen) gehen, gibt es eine Abstufung von A1 bis C2. Wir hatten bisher A2, also recht tief. Wir würden das in der Schriftlichkeit beibehalten, aber etwas erhöhen beim Verständnis und in der mündlichen Kommunikation. Irrtum vorbehalten, geht man davon aus, dass der Bund bei der Revision des Ausländergesetzes die Referenz auf B1 erhöht. Es gibt aber noch das Konzept «fide», das auch zur Diskussion steht. Wir haben deshalb schon in der Vorlage gesagt, dass wir bezüglich der Referenz schauen werden, was der Bund macht. Wir haben die Möglichkeit, das auf dem Verordnungsweg zu regeln und werden das entsprechend tun.
Wer ist überhaupt betroffen? Es geht in erster Linie um diejenigen ausländischen Staatsangehörigen, die frühzeitig eine Niederlassungsbewilligung beantragen können; es gibt auch Staatsverträge, aufgrund derer man solche Erfordernisse gar nicht verlangen kann. Es sind beispielsweise die Drittstaaten, die darunter fallen, oder die EU-8 und EU-Zweitstaaten, also – bei Letzteren – etwa Bulgarien oder Rumanien oder – bei den EU-8 – Estland, Litauen und so weiter. Bei allen andern Staaten, etwa den EU-15 mit beispielsweise Portugal, kann man das nicht verlangen. Auch die USA und Kanada gehören zu den Staaten, welche die Erfordernisse nicht erbringen müssen.
Der Sicherheitsdirektor bittet auch im Sinne der erheblich erklärten Motion und der Absicht, über die Sprache zu integrieren, die Niederlassung vor allem dort, wo sie frühzeitig erteilt werden kann, an eine Sprachreferenz zu binden.

➔ Der Rat stimmt mit 56 zu 6 Stimmen für die Beibehaltung von § 8.

Zu den weiteren Abschnitten erfolgen keine Wortmeldungen mehr. Es folgt eine 2. Lesung

TRAKTANDUM 10

582 **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Sanierung und Ausbau der Sihlbruggstrasse, Abschnitt Sihlbrugg-Knoten Sand AG Neuheim, einschliesslich bergseitigem Radstreifen, Gemeinde Neuheim.**

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2163.1/.2 - 14108/09); Bericht und Antrag der Kommission für Tiefbauten (2163.3 - 14173); Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (2163.4 - 14174).

Die Kantonsratspräsidentin macht darauf aufmerksam, dass sich in der zweiten Fussnote der Vorlage 2163.2 ein Fehler eingeschlichen hat: Der Beschluss ist nicht bereits am 6. März 2004 in Kraft getreten, sondern wird gemäss § 2 am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten.

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Daniel Thomas Burch** informiert, dass die Kommission für Tiefbauten anlässlich ihrer Sitzung vom 21. September 2012 den Antrag der Regierung beraten und gutgeheissen hat. Drei Woche später, während den Niederschlägen Anfang Oktober, zeigte sich, dass die Sanierung dieser Strasse dringend notwendig ist. Als Folge dieser Regenfälle rutschten rund 1500 Kubikmeter Erd- und Gesteinsmaterial zur Sihl und machten die Strasse unpassierbar. Der Verkehr musste einspurig und mittels Lichtsignalanlagen geführt werden.
Die Baudirektion ordnete Sofortmassnahmen an und beurteilte die Lage neu. Es zeigte sich, dass die im Abschnitt des Rutschgebietes vorgesehene Stützkonstruktion um ca. 50 Meter auf rund 90 Meter verlängert werden muss. Zusätzlich wird auf Grund des instabilen Hanggebietes der Bau dieser Stützmauer aufwendiger. Die Baudirektion rechnet mit Mehraufwendungen von ca. 500'000 Franken. Um in allen Belangen sicher zu gehen – es bestehen noch geologische Unsicherheiten –, beantragt sie die Position «Unvorhergesehenes» von 10 auf 15 Prozent und somit den Gesamtkredit von 17,7 auf neu 18,5 Millionen Franken zu erhöhen. Diesem Antrag haben in einer E-Mail-Umfrage alle Kommissionmitglieder zugestimmt.
Die Finanzierung dieser Sanierung und des Ausbaus gehen zu Lasten der Spezialfinanzierung «Strassenbau». Abzüglich der bereits beschlossenen und des vorliegenden Kreditantrages beträgt der verfügbare Rest-Rahmenkredit rund 80 Millionen Franken.
Bei der Beratung der Vorlage hat die Kommission folgende Punkte intensiv diskutiert. Die Ergebnisse dieser Diskussionen sind im Bericht ausführlich erläutert. Der Kommissionspräsident verzichtet auf eine detaillierte Wiederholung und fasst sie kurz zusammen:
• Ausbaugeschwindigkeit: Die Sihlbruggstrasse wird baulich so ausgelegt, dass sie mit einer minimalen Geschwindigkeit von 60 Stundenkilometer sicher befahren werden kann. An der signalisierten Höchstgeschwindigkeit von 80 Stundenkilometer – wie für Ausserortsstrassen üblich – ändert sich nichts.
• Stützmauer in der Laubaukurve: Die Baudirektion konnte darlegen, dass sich die geplante zweiteilige Stützmauer wesentlich besser in die Umgebung einzugliedern vermag als eine 11 Meter hohe aus einem Stück. Damit werden den Anliegen des Landschaftsschutzes Rechnung getragen und die von der Baudirektion genannten Mehrkosten von 60'000 Franken für die zweiteilige Stützmauer gerechtfertigt.

• Parkplätze entlang der Sihl: Die geplante Aufhebung der Parkplatz an der Sihl wurde von der Kommission nicht goutiert. Diese Parkplätze werden vorwiegend von Erholungssuchenden benutzt, welche von dort aus entlang der Sihl spazieren bzw. wandern. Der Regierungsrat nahm unser Anliegen auf und versicherte, dass diese Parkplätze mangels Alternativen erhalten bleiben. Das war für einige Kommissionsmitglieder auch eine Voraussetzung, um den Antrag zuzustimmen.
• Busbuchten im Gebiet Tal: Hinterfragt wurden auch die Bushaltestellen auf der Fahrbahn. Die Baudirektion konnte uns überzeugen, dass auf Grund der geringen Verkehrsfrequenzen und des Busfahrplans Mehrkosten von 100'000 bis 150'000 Franken pro Haltestelle nicht gerechtfertigt sind.
• Sinn und Zweck der Verkehrszählanlage: Mit dem Einbau einer fixen Verkehrszählanlage sollen permanent die Verkehrsbewegungen erfasst und ausgewertet werden. Dies ist notwendig, um künftig genaue Verkehrsmodelle erstellen zu können. Die Kosten von ca. 150'000 Franken lassen sich damit rechtfertigen.
Zusammenfassend beantragt die Kommission einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit dem beantragten Objektkredit und der Erhöhung von 17,7 auf 18,5 Millionen Franken zuzustimmen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** beantragt Eintreten und Zustimmung, dies auch zur beantragten Erhöhung des Kredits auf 18,5 Millionen Franken.

Monika Barmet hält fest, dass der Hangrutsch von Anfang Oktober unterhalb des Strassenabschnittes, über den beraten wird, aufzeigt, wie dringend der Bedarf zur Sanierung dieses Gebietes ist. Die Strasse, die nach wie vor eine wichtige Verbindung von Ägeri/Menzingen/Neuheim zum Kanton Zürich und der Zentralschweiz ist, ist dringend sanierungsbedürftig. Es ist deshalb sofortiger Handlungsbedarf angezeigt. Die CVP-Fraktion stimmt der Freigabe des Objektkredits für die Sanierung und dem beantragten Vorgehen einstimmig zu.
Es handelt sich um ein anspruchvolles Projekt, mit dem verschiedene Ziele erfüllt werden: von der Strassenentwässerung, der Erstellung eines Radstreifens, der Stabilisierung der Strasse, dem Erstellen einer Verkehrszählanlage bis zur Berücksichtigung der Bedürfnisse und Sicherheit der Radfahrer und Fussgänger. Das sind Massnahmen, die massgeblich zur Sicherheit im Strassenabschnitt dienen. Aber auch die Parkierungsmöglichkeiten sind ein Bedürfnis und dienen der Erschliessung des Naherholungsgebiets. Die dem Stawiko-Bericht beigefügten Kostenvergleiche sind interessant, zeigen aber doch auf, wie unterschiedlich die Situationen und Sanierungsmassnahmen sind. Vergleiche sind eigentlich gar nicht möglich; zu individuell sind die jeweiligen Sanierungsprojekte.
Die CVP-Fraktion kann auch der Erhöhung des Kredits zustimmen – auch wenn sie insgeheim hofft, dass die im Zusatzbericht erwähnten 500'000 Franken reichen werden.

Peter Diehm stellt fest, dass die Natur schneller war: Der Kanton *wollte* die Strasse sanieren, jetzt *muss* er.
Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt dem Geschäft zu. Zu diskutieren gaben einzig die Fahrbahnhaltestellen bei der Sand AG. Es werden immer mehr Haltestellen auf die Fahrbahn verlegt, dies – so die Meinung des Votanten und auch einiger seiner Fraktionskolleginnen und -kollegen – konzeptionslos. Es scheint, dass dafür nur die Kosten ausschlaggebend sind. Der Votant jedenfalls findet es störend, wenn er im Ausserortsbereich mit vierzig Stundenkilometer hinter einem Bus herschleichen muss, nur weil dieser den Fahrplan einhalten muss. Das

ist wohl schon jedem Ratsmitglied mal passiert – wenn nicht, fährt dieses Ratsmitglied vermutlich nicht Auto.

Karl Nussbaumer: Die SVP-Fraktion hat die Vorlage besprochen und wird dem Kredit zustimmen. Die meisten Argumente sind schon gesagt und müssen nicht wiederholt werden. Ausser: Wer nicht glaubt, dass diese Strasse dringend saniert werden muss, kann gerne vor Ort einen Augenschein vornehmen. Durch die starken Regenfälle im Oktober dieses Jahres ist wiederum ein Teil der Strasse abgerutscht, wie schon in vorherigen Jahren. Deshalb bittet der Votant auch im Namen der SVP-Fraktion, diesem Objektkredit zuzustimmen.

Martin Stuber hält das Votum seiner Fraktionskollegin Anna Lustenberger, die sich unwohl fühlte und die Sitzung frühzeitig verlassen hat.
Die AGF ist für Eintreten und stimmt dem neu vorgeschlagenen Kredit von 18,5 Millionen Franken zu. Die Strasse ist sanierungsbedürftig, zudem begrüssen wir den Radstreifen, der nun bergwärts gebaut wird.
Das Thema Parkieren an dieser Strecke wurde nach der Kommissionssitzung nochmals abgeklärt; gemäss Stawiko-Bericht gibt es keine andere Möglichkeit. Personen, die dort zum Spazieren hinfahren, werden weiterhin an gewissen Stellen am Rande parkieren können – aus diesem Grund ist das eine der gefährlichsten, wenn nicht die gefährlichste Töffstrecke im Kanton Zug. Diese Situation entspricht nicht dem regierungsrätlichen Bericht. Dort wurden diese Parkierungsmöglichkeiten aufgehoben. Daher stellt sich die Frage, ob es nun nicht doch an gewissen Stellen eine Temporeduktion benötigt. Immerhin gibt es auch Bushalte ohne Buseinbuchtungen. Dass diese Strasse ausserorts ist, ist kein Grund für das Beibehalten von Tempo 80. Der Vergleich mit einer Passstrasse hinkt, und die Begründung, man müsse ja nicht mit 80 Stundenkilometern fahren, ist nicht haltbar. Auf der Strecke Tännlimoos–Blickensdorf, ebenfalls ausserorts, wurde nach tragischen Unfällen die entsprechende Temporeduktion angebracht. Dies sollte also auch bei anderen Strassen ausserorts möglich sein. Wir bitten den Baudirektor oder den Sicherheitsdirektor, zu diesem Punkt differenzierter Stellung zu nehmen.

Christoph Bruckbach: Die SP-Fraktion stimmt dieser Vorlage grundsätzlich zu, ist jedoch der Meinung, dass die Erhöhung des Objektkredits um 0,8 Millionen Franken nicht gerechtfertigt ist und dieser Posten eigentlich beim «Unvorhergesehenen» abgerechnet werden soll. Natürlich sind die Hangrutsche zu einem Zeitpunkt erfolgt, in dem die Vorlage schon ausgearbeitet war. Trotzdem sind sie Unvorhergesehenes und gehören in diesen Bereich der Kreditvorlage.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt einleitend für die gute Aufnahme des Kreditbegehrens seitens der Kommission, die auf dem Zirkularweg auch die zusätzlichen 800'000 Franken debattiert hat. Er dankt auch der Stawiko, bei der er wegen des Zusatzkredits ebenfalls noch vorsprechen durfte.
Der Präsident der vorberatenden Kommission hat das meiste gesagt. Es handelt sich um ein Gebiet um Neuheim, das geologisch sehr sensibel ist. Nicht nur der Strassenabschnitt von Sihlbrugg zur Sand AG, sondern auch der Strassenabschnitt vom Lättich Richtung Baarburgrank und Neuheim sowie jener vom Lättich Richtung Sihlbrugg sind geologisch sehr heikel und verursachen grosse Probleme. Wir sind jetzt mit dem ersten Sanierungsprojekt hier im Kantonsrat; die weiteren in diesem Gebiet werden folgen.

Zu dem von Monika Barmet gemachten Hinweis bezüglich Benchmark: Im Stawiko-Bericht ist aufgezeigt worden, dass es – obwohl die Stawiko dies verlangt – sehr schwierig ist, Vergleichsprojekte heranzuziehen. Es kommt darauf an, wie viele Kunstbauten notwendig sind. Gerade bei diesem Projekt sind sehr viele Kunstbauten nötig; bei anderen Projekten – beispielsweise Ebertswilerstrasse – sind die Kunstbauten marginal, womit natürlich der Quadratmeterpreis völlig different ist. Einen Vergleich anzustellen ist schwierig. Wir haben es trotzdem versucht und werden dies auch in Zukunft tun. Der Baudirektor ist aber froh über den Hinweis von Monika Barmet, dass das nicht für bare Münze genommen werden soll.
Dass die Fahrbahnhaltestellen kritisiert werden, ist nichts Neues. Aber Fahrbahnhaltestellen sind nicht einfach schlecht, sondern können auch Vorteile haben. Es sind auf der einen Seite die Kosten: Wir sparen Etliches ein, wenn wir Fahrbahnhaltestellen und nicht Busbuchten machen. Man muss auch wissen, dass wir auf dieser Strecke schon heute Fahrbahnhaltestellen haben; wir machen also nichts anderes als das, was heute schon besteht. Dass das konzeptionslos geschehe, kann man nicht sagen, vor allem nicht vor dem Hintergrund, dass auf dieser Strecke ein Tagesdurchschnittsverkehr von nicht einmal 4000 Fahrzeugen zirkuliert. Wenn da die Automobilisten mal ein Problem haben, wenn sie hinter einem Bus 10 oder 15 Sekunden lang warten müssen – ach Gott, es gibt auf dieser Welt Schwierigeres zu bestehen.
Zur Parkierungsmöglichkeit, die in Hinblick auf eine allfällige Temporeduktion von 80 auf 60 Stundenkilometer angesprochen wurde: Bezüglich einer Abweichung von der Höchstgeschwindigkeit sind rechtliche Grundlagen zu berücksichtigen, nämlich das Strassenverkehrsgesetz und die Signalisationsverordnung. Es ist möglich, von der Höchstgeschwindigkeit abzurücken, das ist aber an Voraussetzungen geknüpft. Diese sind einerseits materieller Art: Es muss eine Gefahr vorliegen, die nur schwer oder nicht rechtzeitig erkennbar ist; oder bestimmte Strassenbenützer müssen eines besonderen, nicht anders zu erreichenden Schutzes bedürfen – da könnte man interpretieren, der Schutzgedanke sei durch diese Parkierungsmöglichkeit gegeben; oder es müssen Strecken mit grosser Verkehrsbelastung sein, bei denen es um eine Verbesserung des Verkehrsflusses geht; oder es müssen Umweltschutzgründe vorliegen, die man selbstverständlich immer geltend machen kann. Und der formelle Punkt: Es braucht ein Gutachten, das die Legitimation für eine solche Reduktion geben muss.
Die Baudirektion hat zusammen mit der Polizei vor dieser Kantonsratsdebatte einen Augenschein genommen. Die Polizei, die dafür massgebend ist, wird keine Geschwindigkeitsreduktion verfügen, weil sie die genannten Voraussetzung nicht erfüllt sieht. Sie wird auch kein Gutachten erstellen Es bleibt also bei der Höchstgeschwindigkeit von 80 Stundenkilometern. In Zusammenhang mit der Parkierungsmöglichkeit haben wir die Sichtweiten etc. sauber abgeklärt, auch unter Berücksichtigung der Rodungsbewilligung, die wir in Zusammenhang mit der Strassensanierung haben. Die Normvorgaben sind bei dieser Parkierung gegeben; von den Sichtverhältnissen her haben wir keine Probleme. Zusammengefasst kann man sagen, dass der Parkplatz, so wie er auch heute schon benutzt wird, erhalten bleiben kann und alle notwendigen Sichtweiten gemäss VSS-Normen eingehalten und sichergestellt sind.
Der Baudirektor bittet im Weiteren, auch der Krediterhöhung um 800'000 Franken zuzustimmen. Er hat die Argumentation von Christoph Bruckbach, das müsse über die Position «Unvorhergesehenes» abgebucht werden, nicht verstanden. Diese Position ist auf die 17,7 Millionen Franken bezogen. Jetzt aber haben wir aufgrund der Regenfälle veränderte Verhältnisse. Wir müssen das Projekt anpassen und die

Stützmauern verlängern, was zu Mehrkosten führt. Auch transparenzhalber kommen wir mit diesen zusätzlichen 800'000 Franken. Wir werden alles daran setzen, dass wir nicht die ganzen 800'000 Franken, sondern die angezeigten 500'000 Franken brauchen – nicht mehr und nicht weniger. Wird diesen 800'000 Franken nicht zugestimmt, müssten wir ein Provisorium machen, das ebenfalls 200'000 bis 300'000 Franken kosten würde. Nach einem Jahr könnten wir es wieder abbrechen – und hätten dann diesen Betrag in den Sand gesetzt.
Der Baudirektor dankt für die zustimmende Haltung und bittet, dem Antrag des Regierungsrats stattzugeben.

EINTRETENSENTSCHEID

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** informiert, dass nur eine Lesung vorgenommen wird, da der Kantonsrat zur Durchführung des Strassenbauprogramms bereits einen Rahmenkredit für Allgemeine Projektierungen und Generelle Planungen von Neubauprojekten bewilligt hat und hier nur ein sogenannt einfacher Kantonsratsbeschluss verabschiedet wird.

§ 1

Die **Vorsitzende** wiederholt den Antrag der Stawiko: Der Objektkredit sei von 17,7 Millionen Franken auf 18,5 Millionen Franken zu erhöhen. Die Kommission für Tiefbauten hat diesem Antrag mit Zirkularbeschluss zugestimmt, der Regierungsrat schliesst sich ebenfalls an. Die SP-Fraktion stellt – wie eine Nachfrage ergibt – den Antrag, den Objektkredit bei 17,7 Millionen Franken zu belassen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf eine Erhöhung auf 18,5 Millionen Franken mit 57 zu 5 Stimmen zu.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 58 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Das Geschäft ist damit abgeschlossen.

583 Nächste Sitzung

Donnerstag, 13. Dezember 2012 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

39. Sitzung: Donnerstag, 13. Dezember 2012 (Vormittagssitzung)
Zeit: 08.30 – 12.35 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
3. Kommissionsbestellungen:
3.1. Änderung des Schulgesetzes (Bereinigung)
3.2. Ersatzwahl in eine Kommission des Kantonsrates: Kommission für Hochbauten
4. Verfassungsinitiative betreffend «JA zu Personenwahlen» (Majorzinitiative)
5. Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz): Schulgesetz
6. Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug
7. Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV)
9. Geschäfte, die an der Kantonsratssitzung vom 29. November 2012 nicht behandelt werden konnten
10. Wahlen (zeitlich fest zwischen 11.00 und 12.00 Uhr):
10.1. Wahl der Kantonsratspräsidentin oder des Kantonsratspräsidenten
10.2. Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Kantonsrates
10.3. Wahl von zwei Stimmenzählerinnen bzw. Stimmenzählern des Kantonsrates
10.4. Wahl der Frau Landammann oder des Landammanns
10.5. Wahl der Statthalterin oder des Statthalters
11. Verabschiedungen der Kantonsratspräsidentin und des Landammannes (am Schluss der Sitzung)

584 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Mitgliedern.

Abwesend sind: Silvia Thalmann, Zug; Roland von Burg, Hünenberg.

585 Mitteilung

Die **Kantonsratspräsidentin** informiert, dass Tele1 und die Neue Zuger Zeitung ab 11.00 Uhr Aufnahmen machen möchten, und bittet um die Genehmigung des Rats.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 1

586 Traktandenliste

Es liegt ein Änderungsantrag zur Traktandenliste vor: Die Vorlage gemäss Traktandum 8 «Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV)» war noch nicht in der Staatswirtschaftskommission. Im Einvernehmen zwischen dem Stawiko-Präsidenten und dem Volkswirtschaftsdirektor wird das Geschäft abtraktandiert.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 2
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 3
Kommissionsbestellungen:

587 Traktandum 3.1: **Änderung des Schulgesetzes (Bereinigung)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2198.1/.2 - 14194/95).

➔ Überweisung an die Bildungskommission.

588 Traktandum 3.2: **Ersatzwahl in einen Kommission des Kantonsrats: Kommission für Hochbauten**

Kantonsrat Daniel Burch, Steinhausen, hat per Ende 2012 seinen Rücktritt aus der Kommission für Hochbauten erklärt. Als Ersatz schlägt die SVP-Fraktion Kantonsrat Moritz Schmid vor.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

589 Traktandum 3.3: **Ersatzwahlen in die Bildungskommission**

Kantonsrat Thomas Lötscher, Neuheim, hat am 29. November 2012 seinen Rücktritt aus der Bildungskommission erklärt. Als Ersatz schlägt die FDP-Fraktion Barbara Strub vor. Als Ersatz für Hubert Schuler schlägt die SP-Fraktion Zari Dzaferi vor.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

590 Traktandum 3.4: **Ersatzwahl in die Kommission für das Gesundheitswesen**

Als Ersatz für Hubert Schuler schlägt die SP-Fraktion Beat Iten vor.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 4

591 **Verfassungsinitiative betreffend «JA zu Personenwahlen» (Majorzinitiative)**
Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2169.1 - 14128); Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission (2169.2 - 14192).

Die **Vorsitzende** informiert, dass der Regierungsrat und die vorberatende Kommission beantragen, der Verfassungsinitiative zuzustimmen. Die Staatswirtschaftskommission hat dieses Geschäft nicht vorberaten.

EINTRETEN

Die **Vorsitzende** hält fest, dass Eintreten – weil es sich um eine Verfassungsinitiative handelt – rechtlich zwingend ist, sofern nicht ein formeller oder anderer rechtlicher Mangel geltend gemacht wird. Die Staatskanzlei hat mit Verfügung vom 23. Januar 2012 festgestellt, dass die Verfassungsinitiative formell richtig zustande gekommen ist. Eintreten dürfte unbestritten sein, so dass keine eigentliche Eintretensdebatte geführt wird. Ohne Gegenantrag ist Eintreten beschlossen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst stillschweigend Eintreten.

BERATUNG ZUR SACHE

Die **Vorsitzende** hält fest, dass es keine eigentliche Detailberatung gibt. Es wird direkt zur Sache gesprochen. Wir gehen vor gemäss § 79 Abs. 2 in Verbindung mit § 35 Abs. 4 und 5 der Kantonsverfassung.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** beantragt namens der vorberatenden Kommission, gemäss dem Antrag des Regierungsrates der Verfassungsinitiative «Ja zu Personenwahlen» zuzustimmen. Er dankt Regierungsrätin Manuela Weichelt und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Direktion des Innern für die angenehme Zusammenarbeit und Unterstützung.
Die Frage, wie im Kanton Zug die Exekutiven zu wählen sind, beschäftigt uns schon seit längerer Zeit und ist zu einem Zankapfel zwischen den Parteien geworden. Infolgedessen ist ein unvoreingenommener Zugang zu dieser Frage fast nicht mehr möglich, und man kann davon ausgehen, dass die Meinungen zu dieser Frage im Ratsaal gemacht sind. Als Präsident der vorberatenden Kommission hat der Sprechende einerseits die Mehrheitsmeinung der Kommission zu vertreten und andererseits bei einer so kontroversen Frage die starke Minderheit der Kommission nicht durch ein einseitiges, flammendes Votum vor den Kopf zu stossen. Die Argumente für und gegen die Initiative kann man den Berichten des Regierungsrates

und der Kommission entnehmen; sie müssen nicht wiederholt werden. Der Votant erlaubt sich darum ein paar persönliche Bemerkungen zu dieser Frage.
Beim Entscheid, ob Proporz oder Majorz, geht es nicht um eine Frage von richtig oder falsch, von demokratisch oder undemokratisch. Vielmehr ist für die Haltung der Parteien ihre jeweilige Interessenlage entscheidend. Dabei wird die Wahrnehmung der Parteien wesentlich durch die Erfahrungen in der Vergangenheit mitgeprägt. Kleinere und stark wachsende Parteien begrüssen die Dynamik des Proporzes; grössere, eher schrumpfende Parteien begrüssen die höhere Stabilität des Majorzsystems. Die einen hoffen, eher Mandate zu gewinnen, die anderen hoffen, die Mandate eher behalten zu können. Wie wir aufgrund der jüngsten Wahlergebnisse alle wissen, wachsen bei keiner Partei die Bäume in den Himmel, noch stürzt eine Partei ins Bodenlose ab. Keiner hier im Saal weiss, ob ihm in Zukunft der Proporz oder der Majorz helfen wird. Je nachdem, ob er einen Exekutivsitz zu verteidigen oder zu erringen hat, findet er wohl an der einen oder der anderen Wahlart seinen Gefallen. In diesem Sinne bittet der Sprechende die Ratsmitglieder, weniger auf die aktuellen Interessen ihrer Partei zu schielen als sich vielmehr zu fragen, welche Wahlart den Interessen unseres Kantons und unserer Bevölkerung in Zukunft am besten gerecht wird. Wollen Sie eine gestärkte, von den Parteien unabhängigere Exekutive, dann wählen Sie den Majorz. Wollen Sie in der Regierung ein möglichst breites Meinungsspektrum, dann wählen Sie den Proporz. Gerade die Ereignisse der jüngsten Zeit haben den Kommissionspräsidenten darin bestärkt, dass wir in unseren Regierungen auf starke Persönlichkeiten angewiesen sind, die auch bei hohem Wellengang das Ruder fest in der Hand halten können. Er beantragt darum mit der Mehrheit der Kommission, dieser Verfassungsinitiative zuzustimmen.

Alois Gössi: Es dürfte niemanden verwundern, dass die SP-Fraktion gegen die Majorzinitiative – beschönigend «Ja zu Personenwahlen genannt – ist.
Wieso wird überhaupt ein erneuter Wechsel vom Proporz- zum Majorz-Wahlsystem bei den Exekutiven im Kanton Zug angestrebt? Es sind dies die Bestrebungen der CVP und der FDP, der Verliererparteien bei den Wahlen im Kanton Zug, über die letzten Jahrzehnte betrachtet. Diese zwei Parteien versuchen jetzt mit allen Mitteln, mit dem Majorz auch mittel- bis langfristig ihre Macht in den Exekutiven, sei es im Regierungsrat oder in den Gemeinderäten, zu behalten respektive nicht noch mehr zu verlieren. Mit dem Proporz sehen sie hier aktuell Gefahren, und nun suchen sie ihr Heil im Majorz. Und mit dem Majorz sollen dann endlich Persönlichkeiten gewählt werden. Sind denn ihre aktuellen Regierungsräte, beispielsweise Landammann Matthias Michel oder sein Vorgänger als Landammann, Peter Hegglin, keine Persönlichkeiten, weil sie im Proporz-Wahlsystem gewählt wurden?
Für uns ist es eine grundsätzliche Frage zum Wahlsystem: Erhalten bei Exekutivwahlen alle politischen Kräfte gemäss ihrem Stimmenanteil einen Sitz in der Exekutive, sind also auch kleinere Parteien gemäss ihrem Stimmenanteil in der Exekutive vertreten, oder lassen wir uns von den zwei stärksten Parteien majorisieren und sind somit mehr oder weniger auf einen freiwilligen Proporz angewiesen? Interessant ist übrigens, dass gerade die FDP in letzter Zeit vom Proporz-Wahlsystem bei Rücktritten profitierte, zweimal im Zuger Stadtrat und einmal im Regierungsrat – ein Nachrücken, das es dann unter dem Majorz nicht mehr gäbe.
Im Bericht der vorberatenden Kommission steht, dass mit vier politischen Blöcken mit je 20 bis 25 Prozent Wähleranteil die Einführung des Majorz ideal sei. Dies gilt aber nur theoretisch. Da heute die wenigsten Wähler Mitglieder einer Partei sind, tendenziell jedoch mit einer Partei liebäugeln, ist es faktisch doch so, dass:
• bürgerliche Wähler linke Kandidaturen eher weniger unterstützen würden – was auch umgekehrt gilt;

• CVP- und FDP-Wähler wahrscheinlich zuerst gegenseitig ihre Kandidaturen wählen – das Paradebeispiel sind die letzten Ständeratswahlen – und teilweise noch die Kandidaten der SVP berücksichtigen würden;
• SVP-Kandidaten neben den SVP-Wählern teilweise noch von FDP- und CVP-Wählern unterstützt würden.
So sieht es dann mit den gleichmässigen Blöcken von 20 bis 25 Prozent schon ganz anders aus. Es läuft – wie oben ausgeführt – auf eine massive Bevorzugung von FDP- und CVP-Kandidaten im Majorzsystem hinaus.
Die SP-Fraktion wird die Initiative «Ja zu Personenwahlen» ablehnen.

Stefan Gisler: Bei Majorz ist es möglich, dass in einer Gemeinde eine Partei mit Wähleranteil von 51 Prozent 100 Prozent der Sitze macht. Die anderen Parteien mit 49 Prozent machen null Sitze. Genau dieser mögliche Ausschluss von grossen Minderheiten der Bevölkerung führte zum traditionellen Zuger Proporz. 1885 fanden Erneuerungswahlen für den Stadtzuger Einwohnerrat – so hiess damals der Stadtrat – statt, noch im Majorzsystem. Das führte zwischen den damals einzigen Parteien, den Katholisch-Konservativen – heute die CVP – und den Liberalen – heute die FDP – zu Zwistigkeiten. Denn in der Stadt Zug wurden, wie schon drei Jahre zuvor, fünf Liberale in den Stadtrat gewählt. Die Liberalen verzichteten erneut darauf, anders als in den anderen Zuger Gemeinden üblich, eines ihrer Mandate freiwillig an die grosse Minderheitspartei, die Katholisch-Konservativen, abzutreten. Die «Neue Zuger Zeitung» kritisierte damals: «Eine nicht gerade rühmliche Ausnahme davon macht die Stadtgemeinde Zug, wo der ungefähr gleich starken konservativen Partei nun wiederholt weder im Einwohnerrat noch in der Rechnungs-Prüfungscommission eine Vertretung zugestanden wurde.»
Die Bevölkerung hatte damals genug vom Machtgehabe einer einzelnen Partei. Dass die CVP in den Kirchgemeinden alle Sitze haben durfte, war offenbar kein Trost. Und so wurden 1894 in Zug die Proporzwahlen eingeführt, nicht nur für den Kantonsrat, nein, bewusst auch für die Exekutiven von Kanton und Gemeinden. Und so wich die doch sehr amerikanische «The winner takes it all»-Mentalität dem proporzdemokratischen Gedanken.
Porporz fördert die Einbindung der Anliegen möglichst vieler Bürgerinnen sowie aller relevanten politischen Kräfte in die Regierungsverantwortung. Die GLP schrieb in ihrer Medienmitteilung zu Majorz/Proporz, Majorz führe zu Konsens, weil damit die Mitte gestärkt werde. Das Gegenteil wird der Fall sein: Majorz führt zu Konfrontation, denn sobald grosse Minderheiten von der Regierung ausgeschlossen werden, gibt es mehr Opposition, mehr destruktive Widerstandspolitik aus dem Parlament. Ein Miteinander funktioniert auch auf Regierungsebene besser als ein Gegeneinander. Damit sind wir in Zug bislang sehr gut gefahren.
In anderen Kantonen wurde ebenfalls ab 1890 der Proporz eingeführt – für die Legislativen; Kantonsregierungen werden damals wie heute nur in Zug und im Tessin im Proporz gewählt. Aber in 30 Prozent aller Schweizer Gemeinden finden die Exekutivwahlen ebenfalls im Proporz statt. Wir sind also – neben dem Tessin – nicht die einzige Proporz-Insel. In einigen Kantonen gibt es ein Nebeneinander von Proporz und Majorz, beispielsweise in Bern. Bemerkenswert ist: In 90 Prozent der Berner Gemeinden mit Proporz gibt es bei Wahlen mehr Kandidierende als Sitze. Bei Berner Majorzgemeinden gibt es das nur bei 57 Prozent der Wahlen. Proporz heisst also auch mehr Auswahl für die Stimmbürgerinnen, und mehr Auswahl heisst mehr politischer Wettbewerb – und somit ist es auch kein Wunder, dass in Proporzgemeinden die Wahlbeteiligung höher ist als in Majorzgemeinden, wo der Stimmbürger rasch den Eindruck kriegt, dass seine Stimme eh nicht zählt.

Im Kommissionbericht wird angeführt, Proporz führe dazu, dass eine Person mit 800 Stimmen nicht gewählt würde, eine andere mit 300 hingegen schon. Das entspricht ziemlich genau der Situation in Oberägeri. Als FDP-Gemeinderätin Rogenmoser Anfang Jahr zurücktrat, rutschte Marcel Güntert von der FDP dank Proporz nach. Er hatte 433 Stimmen gemacht. Kandidat Nussbaumer von der CVP mit über 700 Stimmen rutschte nicht nach. Ist das nun ungerecht? Ist Güntert von der FDP nur ein halber Gemeinderat? Oder nehmen wir Regierungsrat Urs Hürlimann: Er rutschte auch dank Proporz als Nachfolger von Joachim Eder nach. Er hatte erheblich weniger Wähler und Wählerinnen auf seiner Seite als Patrick Cotti oder Markus Jans. Heisst das, dass Markus Jans heute als Regierungsrat hier sitzen sollte anstelle von Urs Hürlimann? Der Votant glaubt daran, dass Urs Hürlimann zu Recht als Regierungsrat amtiert, denn die Bevölkerung kennt den Proporz seit 1894. Sie wählt bewusst das Gesamtpaket der Liste. Im Majorz würde sich das Wahlverhalten komplett ändern.
Die FDP engagiert sich für den Majorz, ist aber selber der grösste Profiteur des Proporzsystems. Wenn es der FDP ernst wäre mit dem Anliegen einer Volkswahl, dem Wettbewerb nach jedem Rücktritt eines Exekutivmitglieds, dann hätte sie in letzter Zeit die Gelegenheit gehabt, sich sowohl beim Regierungsratswechsel wie auch in Oberägeri, besonders aber in der Stadt Zug dem Volk zur Wahl zu stellen. Das machte die FDP nicht. In Zug rutschte Ivo Romer im 2009 für Ueli Straub nach, der über Nacht aus dem Amt flüchtete. Letzte Woche rutschte Karl Kobelt aus bekannten Gründen für Ivo Romer nach.
Natürlich ist Proporz eine Herausforderung für die Parteien, mehrere valable Kandidierende zu finden. Aber nur weil es die FDP zumindest in der Stadt Zug offenbar nicht schafft, Stadträte zu stellen, die im Amt verbleiben, sollte nicht gleich das ganze Wahlsystem gewechselt werden. Kurzfristige Ereignisse sollten uns nicht beeinflussen. Der Votant vermutet, dass die CVP – bei der dieses Jahr in Walchwil Stefan Hermann für Monika Hürlimann und 2009 in Unterägeri Franz-Peter Iten nachrutschten – und die FDP, wie es der Kommissionspräsident bereits andeutete, wirklich einfach ihre Macht erhalten wollen. Auf nationaler Ebene verlieren beide Parteien Wähleranteile, und so sehen sie ihre Vormachtstellung in Regierung und Gemeinderäten gefährdet.
CVP und FDP und vorhin auch der Kommissionspräsident betonen immer wieder, dass mit dem Majorz endlich echte Persönlichkeiten in die Exekutive wollen. Heisst dies, dass heute in der Regierung keine Persönlichkeiten sitzen? Sind Beat Villiger, Peter Hegglin, Urs Hürlimann und Landammann Matthias Michel keine Persönlichkeiten? Da widerspricht der Votant der CVP und der FDP: Auch wenn er inhaltlich mit diesen vier Regierungsräten nicht immer einer Meinung ist, so sind es doch Persönlichkeiten. Es ist zu befürchten, dass wir gerade mit Majorz weniger Persönlichkeiten in den Regierungen und Exekutiven haben werden. Personen mit echten Ecken und Kanten droht der Weichspüler, wollen sie doch nicht nur innerhalb ihrer Partei, sondern für *alle* wählbar sein, weshalb sie dann links und rechts jedem alles versprechen. Zudem wird bei Majorz so sehr auf die Person gesetzt, dass amerikanische Verhältnisse drohen: Der mit dem grössten Budget, der grössten Medienkampagne wird das Rennen machen.
Die AGF setzen auf den bewährten Zuger Proporz, unabhängig davon, was er uns bringen wird. Denn nochmals: Die Bevölkerung soll auch in der Regierung repräsentativ vertreten sein. So binden wir alle Kräfte in die Verantwortung ein.

Beni Riedi: Die SVP-Fraktion steht geschlossen zu unserem etablierten Proporz-System. Alle Exekutivämter im Kanton Zug im Majorzverfahren zu wählen, macht überhaupt keinen Sinn. Das Majorzsystem ist eine reine Personenwahl. Gerade für

weniger bekannte oder jüngere politisch aktive Leute wird damit eine erfolgreiche Wahl erschwert. Man darf sogar behaupten, dass nicht immer die bekannteste oder lauteste Persönlichkeit auch die fähigste Person ist. Es ist absolut möglich, mit dem Proporzsystem Persönlichkeiten zu wählen. Weshalb man da eine Änderung anstrebt. ist fraglich.
Der Votant zitiert aus dem Bericht und Antrag des Regierungsrates: «Obwohl in den kantonalen Abstimmungen vom 28. September 1997 und 10. Juni 2001 die entsprechenden Vorlagen von den Stimmberechtigten bislang verworfen wurden, sprechen dennoch diverse Gründe für einen Systemwechsel.» Man kann sich fragen, ob gewisse Politiker überhaupt noch auf das Volk hören möchten, oder ob ihnen das Volk gar ein Dorn im Auge ist. Zweimal bestätigten die Stimmberechtigten, dass sie weiterhin im bewährten Verfahren wählen möchten. So scheint die ganze Diskussion schon fast eine Zwängerei zu sein: Man versucht es alle paar Jahre wieder und hofft, dass das Volk irgendwann mal Ja sagen wird.
Zu beachten ist auch, dass beim Majorzsystem kein Nachrutschen mehr möglich ist. Es scheint schon fast paradox, dass genau die Parteien am meisten von dieser Methode profitiert haben, welche nun das System ändern möchten. Beim Majorzsystem müssten in solchen Fällen jedes Mal Neuwahlen stattfinden.
Die SVP-Fraktion wird die Verfassungsinitiative «Ja zu Personenwahlen» ablehnen.

Irène Castell-Bachmann will sich kurz halten und auf der Sachebene bleiben: Die FDP stimmt geschlossen für die Majorzinitiative. Damit wird dem unüberschaubaren Wahlprozedere mit Haupt- und Unterlisten ein Ende gesetzt, und die echten Kandidaten und Kandidatinnen treten wieder in den Vordergrund. Ihr individuelles Leistungsvermögen tritt vor ihre Parteizugehörigkeit – was nicht heisst, dass die derzeit in der Exekutivverantwortung stehenden Politiker nicht über die notwendigen Fähigkeiten verfügen. Dass die FDP, die zugegebenermassen in letzter Zeit vermehrt vom Nachrücken profitierte, dennoch nicht für die Beibehaltung des Proporzwahlsystems ist, spricht für sich.
Das überschaubare Wahlprozedere unter dem Majorzverfahren ist wählerfreundlicher und fördert die aktive Mitwirkung der Wähler und Wählerinnen, was wiederum der Demokratie zuträglich ist. Mit dem Majorz erhalten auch fähige parteilose Personen und Mitglieder kleiner Parteien eine faire Chance. Dies alles erklärt, warum 24 Kantone längst das Majorzsystem anwenden. Lassen wir den Kanton diesen folgen.

Martin Pfister: Machen wir uns nichts vor: Die Voten, die wir uns gegenseitig halten, haben wenig Einfluss auf unser Abstimmungsverhalten von heute, so wenig wie dies nur selten der Fall ist. Wir sprechen hier mehr zur Öffentlichkeit, zu den Besuchern und zu den Medien, als zu uns selbst. Auch die Moralkeule wurde in dieser eigentlich recht banalen wahltechnischen Frage schon heftig geschwungen.
Um was geht es? Beim Wechsel vom Parteienproporz zum Personenwahlsystem bei Exekutivwahlen geht es im Wesentlichen um die Modernisierung unseres kantonalen Wahlsystems; eine Modernisierung, die von praktisch allen Kantonen in der Schweiz schon vollzogen wurde. Der Zuger Proporz, den wir in den letzten Jahren mehrmals angepasst haben und zu dem das eigentlich etwas exotische Proporzwahlrecht für Exekutiven gehört, stammt aus der Pionierzeit des Proporzes in der Schweiz. Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg wurden in achteinhalb Kantonen verschiedene Proporzverfahren entwickelt. Auf diesen Erfahrungen aufbauend, wurde 1918 dann der Proporz für die Nationalratswahlen eingeführt. Die meisten Kantone wählten ihre Exekutiven allerdings nie nach Proporz. Majorz für Exekutiven ist heute in den Schweizer Kantonen so selbstverständlich

wie der Proporz für die Parlamente. Nur noch zwei «gallische Dörfer» halten am Proporz für den Regierungsrat und die Gemeindeexekutiven fest, darunter bis heute der Kanton Zug. Beim zweiten Kanton, dem Tessin ist das Festhalten vielleicht verständlich. Dem Tessin wurde das Proporzwahlrecht 1891/92 nach einem Staatsstreich und anschliessender Besetzung durch Bundestruppen von Bundesrat aufgezwungen. Der Votant hat bereits in der Kommission Stefan Gislers geschichtlichen Exkurs gekontert, aber offensichtlich ohne grosse Wirkungen. Selbstverständlich war es für die spezifischen Zuger Verhältnisse des 19. Jahrhunderts richtig, den Proporz auch für Exekutiven einzuführen. In der Zwischenzeit aber gab es nur ein einziges Experiment, in dem so ein Schreckensszenario ausprobiert wurde, nämlich in Genf, als man eine bürgerliche Regierung zu etablieren versuchte; dieses Experiment in den Neunzigerjahren ist gescheitert. Sonst sind alle Regierungen in der Schweiz proportional zusammengesetzt, auch mit Majorzwahlrecht. Wir wollen auch für Zug ein modernes Wahlrecht für Exekutiven. Die moralische Entrüstung in dieser Frage scheint ein lokal zugerisches Problem zu sein. An anderen Orten, also fast überall in der Schweiz, ist Majorz für Exekutiven kein Problem und kein Thema.

Es ist verständlich, wenn sich Parteien aus einer Abwägung der eigenen Chancen gegen die Initiative stellen. Majorzwahlen haben den Vorteil, dass verdiente und glaubwürdige Persönlichkeiten eher gewählt werden als unbekannte. Im schweizerischen System mit dem Kollegialitätsprinzip spielen die Interessen der Parteien in Exekutiven zu Recht eine untergeordnete Rolle. Parteien, denen solche Persönlichkeiten fehlen, haben es zweifellos schwieriger bei Exekutivwahlen. Das gilt jedoch für alle Parteien, auch für die FDP und CVP. Unbegründet ist die Angst, dass kleine Parteien allein aufgrund des Systems aus dem Regierungsrat und den Gemeinderäten verdrängt würden. Einige Beispiele dazu:

• Bis vor einem Jahr gehörte dem Zürcher Regierungsrat eine Person an, deren Partei im Kantonsrat lediglich eine Stärke von 7,25 Prozent erreichte.

• In der Stadt Winterthur ist ein Politiker Stadtpräsident, dessen Partei im Parlament 7,6 Prozent Wähleranteil erreicht.

• In Genf erreichte die Partei eines Mitglieds der Stadtregierung 8 von 80 Sitzen im Stadtparlament.

• In Wädenswil wird der Stadtpräsident, der sogar mit einem zweiten Parteikollegen im Stadtrat sitzt, im 35-köpfigen Gemeindeparlament von nur vier Parlamentariern aus seiner Partei unterstützt.

Alle diese Persönlichkeiten wurden mit dem Majorzwahlsystem in ihre Exekutiven gewählt. Die Wähleranteile dieser Beispiele entsprechen etwa jenem der Grünliberalen im Kanton Zug bei den letzten Nationalratswahlen.

Man erahnt es: Bei den aufgeführten Beispielen handelt es sich Exekutivmitglieder der CVP. Man könnte nun behaupten, es sei ungerecht gegenüber grösseren Parteien, die in den erwähnten Gemeinden und Kantonen mehr Wähleranteile erreichen als die CVP. Das hat sicher etwas für sich. Aber zu behaupten, kleinere Parteien würden durch das Majorzwahlsystem in den Exekutiven benachteiligt, und die Volksinitiative von FDP und CVP entspringe dem Machterhaltungstrieb grösserer Parteien im Kanton Zug, ist zweifellos nicht zutreffend. Es ist erfreulich, dass dies auch die GLP gemerkt hat, wie heute einer Zeitungsmeldung zu entnehmen ist.

Der Votant wiederholt nochmals kurz die wichtigsten Argumente, welche für die Initiative sprechen:

• Das Personenwahlrecht für die Exekutiven im Kanton Zug ist eine Modernisierung des Wahlsystems, die längst fällig ist. Majorzwahlen entsprechen dem Charakter von Exekutivwahlen weit besser als das bisherige Proporzsystem im Kanton Zug.

• Das Personenwahlrecht ist einfacher und verständlicher. Wählerinnen und Wähler können parteiübergreifend tatsächlich jene Personen wählen, die ihnen zusagen.
• Mit dem Majorz fallen Streichen, Kumulieren und Panaschieren weg. Jede Stimme kommt direkt der Kandidatin oder dem Kandidaten zu, nicht der Partei und damit auch nicht andern Kandidierenden auf der Liste.
• Das Personenwahlrecht für Exekutiven vereinfacht die Wahlvorbereitung auch für Parteien. Künftig kann darauf verzichtet werden, eine grosse Zahl von Kandidierenden aufzustellen, die von Vorneherein keine Chance auf eine Wahl haben, nur weil die Listen gefüllt werden müssen.
• Mit dem Personenwahlrecht können auch Parteilose oder Persönlichkeiten aus Parteien in Exekutiven gewählt werden, die nach dem heutigen System keine Chance auf eine Wahl hätten. Dies müsste eigentlich gerade auch attraktiv für kleinere Parteien oder für Parteien sein, die schlechte Erfahrungen mit dem Proporzwahlsystem gemacht haben.
So ruft der Sprechende denn wenigstens die Wählerinnen und Wähler auf, im Juni des nächsten Jahres ein überzeugtes Ja zur Initiative «Ja zu Personenwahlen» einzulegen. Denn – hier wendet er sich an seinen Vorredner Beni Riedi – wir hören auf das Volk und lassen es im nächsten Juni darüber abstimmen.

Daniel Stadlin: Wie schon mehrfach erwähnt wurde, ist die GLP für die Majorzinitiative – obwohl dadurch für Newcomer und Kleinparteien der Zugang in die Exekutiven erschwert wird. Wir sind dafür, weil:
• Sachpolitik wichtiger ist als Parteipolitik;
• beim Majorz nicht Parteien, sondern Personen im Vordergrund stehen;
• Majorzwahlen transparent sind und parteipolitische Spielereien auf Kosten der Wähler verhindern;
• beim Majorzverfahren die Wählerinnen und Wähler die Gewissheit haben, dass ihre Stimme ausschliesslich denjenigen zugutekommt, die sie auch gewählt haben;
• das Majorzverfahren ein Nachrücken Nichtgewählter ausschliesst.
Gegnerinnen und Gegner monieren, die Parteien würden so nicht mehr ihrem Wählerinnen- und Wähleranteil entsprechend vertreten sein, und die Wählerstärke der Parteien würde sich nicht mehr in den Exekutiven widerspiegeln. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Im heutigen Zuger Stadtrat jedenfalls ist eine Kleinpartei geradezu krass übervertreten. Seine Zusammensetzung widerspiegelt eben gerade nicht den Wählerwillen.
24 Kantone wählen ihre Exekutiven im Majorz. Haben diese dadurch ein Legitimationsproblem oder gar ein Demokratiedefizit? Wohl kaum, denn die Exekutive ist ein Gremium, welches nach dem Kollegialprinzip funktioniert und daher als Gesamtbehörde in der Verantwortung steht.
Die Majorzwahl erhöhe den Personenkult, mache den Wahlkampf teuer und schwäche die politische Risikofreude, da mit einem Auge immer auf den Wahlkampf geschielt werde. Ist das heute etwa anders?
Mit der Majorzwahl wird die Mitte gestärkt, die bei der Lösung der politischen Fragen in der Schweiz eine wichtige Rolle spielt. Die grossen Würfe in der Schweizer Politik kommen aus der Mitte. Die Polparteien mit ihren zum Teil unheiligen Allianzen boykottieren diese dagegen immer wieder. Die GLP sieht sich als Brückenbauerin, die lösungsorientiert arbeitet, fern von allem Populismus. Deshalb unterstützt sie die Majorzinitiative.

Eusebius Spescha findet es spannend, dass die Vertreterin der FDP sagt, sie wolle sachpolitisch sein und dann als Erstes eine Aussage macht, die schlichtweg falsch ist: Im Zuger Proporz kennen wir keine Listenverbindungen oder Unterlistenverbin-

dungen, sondern es gibt eine Liste pro antretende Partei oder Parteiengemeinschaft. Das Ganze ist daher überhaupt nicht unübersichtlich.

Martin Stuber spricht zum Rat und nicht zur Kamera und hofft, dass hier eine Debatte untereinander und nicht für das Schaufenster geführt wird.
Es ist ihm eigentlich sehr sympathisch, in einem gallischen Dorf zu leben. Er hat damals alle Asterix-Bände verschlungen und ist froh, dass es diese gallischen Dörfer gegeben hat, die Widerstand gegen den Mainstream geleistet haben. Der Mainstream, das sind amerikanische Wahlverhältnisse, wie wir sie jetzt wieder erlebt haben bei den Wahlen zur amerikanischen Präsidentschaft. Es sind Wahlen, bei denen jene Leute am meisten Chancen haben, welche viel Geld im Rücken haben, welche ihre Meinung nach Umfrageergebnissen ausrichten. Diese Amerikanisierung hält ganz langsam Einzug auch in der Schweiz. Man spürt das überall. Die systemische Basis dafür ist der Majorz. Es ist kein Zufall, dass die USA, wo der Majorz am ausgeprägtesten ist – *the winner takes it all* –, oder Grossbritannien die seit Jahrzehnten mit Abstand am schlechtesten regierten Länder sind und komplett abgewirtschaftet wurden. Das hat sehr viel damit zu tun, dass in diesen Ländern ein absoluter Majorz herrscht.
Es wurde von Modernisierung gesprochen. Das ist ein schlechter Witz. Modernisierung heisst für FDP und CVP: zurück zu 1885. Man sollte nicht vergessen, dass 30 Prozent aller Gemeinden in der Schweiz im Proporz wählen. Sind das alles Vollidioten, die sich endlich modernisieren sollten? Es waren FDP und CVP, die uns den Nationalratsproporz mit seiner Unübersichtlichkeit beschert haben, welche die FDP-Sprecherin kritisiert hat. Wir Linke haben uns dagegen gewehrt und uns für einen *straighten* Proporz eingesetzt. Es ist sehr zu hoffen, dass wir vielleicht irgendwann wieder darauf zurückkommen. Der Votant will das aber nicht qualifizieren, wir bleiben heute ja sachlich.
Kommissionspräsident Heini Schmid hat sinngemäss gesagt, der Majorz sei die Garantie für führungsstarke Persönlichkeiten. Sind denn die Zuger und Tessiner Regierungen viel schlechter als alle anderen kantonalen Regierungen? Das wäre ja der Umkehrschluss. Man kann die ganze Kampagne von FDP und CVP und die Inhalte der Websites – wenn man sie inhaltlich zu Ende denkt – gar nicht anders interpretieren und muss man zum Schluss kommen, dass diese sieben Personen hier eine ganz klar schlechtere, weil im Proporz gewählte Regierung sein müssen als die übrigen kantonalen Regierungen. Das glaubt der Kommissionspräsident doch wohl selber nicht!
Der Sprecher ist Bürger einer kleinen solothurnischen Gemeinde und verfolgt – gewissermassen als Hobby –, was politisch im Kanton Solothurn läuft. Solothurn hat Majorzwahlsystem. Vor einigen Jahren geriet die Kantonalbank in eine brutale Krise. Ein Teil der Regierung hat damals komplett versagt. Das hat den Kanton Solothurn Milliarden gekostet, die beissen heute noch dran und sind immer noch am Abzahlen. Hatte das politische Folgen bei der solothurnischen Regierung? Nein, das Machtkartell hat zusammengehalten, und bei den nächsten Wahlen hat man sich gemeinsam halten können, und alles geht weiter wie bisher. Genau dazu führt der Majorz.
Wenn FDP und CVP ihre eigenen Worte wirklich ernst nehmen, dann müssen sie heute ein Bekenntnis dazu ablegen, dass – auch wenn die Listenausgestaltung heute kein Thema ist – auf den Listen keine Parteien stehen; dass es eine leere Liste gibt und eine Liste mit den Kandidierenden. Wenn der Votant dieses *commitment* heute nicht hört, dann sind FDP und CVP für ihn wirklich komplett unglaubwürdig geworden.

Noch zwei Sätze zur GLP: Es ist niemandem verboten, politischen Selbstmord zu begehen; das gehört zur Demokratie. Und als Zweites: Zug und die Stadt Zug sind nicht Luzern.

Für **Thomas Lötscher** ist es erstaunlich, wie viel Polemik hier in eine Sache gelegt wird, die letztendlich für die Weiterentwicklung unseres Kantons überhaupt keine Rolle spielt. Es ist bisweilen sogar amüsant – vor allem dann, wenn eine Partei, die über die vergangenen Jahre pulverisiert wurde, uns als Verlierer darstellt.
In der Sache soll ein Argument, das überhaupt keine Gültigkeit hat, wirklich vehement entkräftet werden: Schon mehrfach wurde heute wie auch in Leserbriefen ein Vergleich mit den USA gemacht. Das ist insofern völlig falsch, weil die USA ein klassisches Zweiparteienland sind. Dort gilt wirklich: *The winner takes it all*, entweder alles oder nichts. Dazu kommt, dass Amerika von der Bevölkerung her, die den Präsidenten wählen soll, enorm viel grösser ist als wir. Der persönliche Kontakt der Politiker mit der Bevölkerung findet gar nicht statt. Ein Wahlkampf ist deshalb zwangsweise eine riesengrosse Marketing-Angelegenheit. Das ist bei uns anders und wird nach wie vor auch anders bleiben.
Martin Stuber hat nicht verstehen können, weshalb wir eine Modernisierung wollen. Wie bereits gesagt wurde, sind wir seit Ende des 19. Jahrhundert kein Zweiparteiensystem mehr, sondern haben hier in diesem Saal sechs Parteien. Wir haben auch vier ungefähr gleich grosse Blöcke. Die Voraussetzung, die seinerzeit berechtigterweise zur Einführung des Proporzes geführt hat, gibt es nicht mehr. Es hat in den letzten paar Jahrzehnten auch noch eine zweite gesellschaftliche oder auch politische Entwicklung stattgefunden: Die Bevölkerung bekennt sich heute grösstenteils nicht mehr zu einer Partei. Früher war ein riesengrosser Teil der Bevölkerung in einer Partei aktiv oder fühlte sich ihr zumindest nahe verbunden. Heute ist der grösste Teil der Bevölkerung parteiungebunden und will das auch explizit sein; nur noch eine kleine Minderheit ist in einer Partei. Vor diesem Hintergrund sind wir alle hier im Saal absolut nicht repräsentativ. Wir, die in einer Partei sind und diese vorwärts bringen wollen, haben es ganz einfach im Proporz. Wir nehmen einfach unsere Liste und werfen sie ein – fertig. Wer aber parteiungebunden ist, möchte nicht einfach einen Parteizettel einwerfen, sondern möchte sich ein Team aus jenen Leuten zusammenstellen, die er für tauglich erachtet. Und er möchte vielleicht auch einen Ausgleich schaffen. Er hat auch im Majorzsystem die Möglichkeit, Vertreter verschiedener Parteien aufzuschreiben – und er wird das auch tun, wie die Realität in den anderen Kantonen zeigt. Wie schon ausgeführt wurde, haben wir keine Kantone mehr, die nur von der CVP oder nur von der FDP regiert werden. Wir haben auch in Majorzkantonen breite Mischungen und in der Exekutive sogar Mitglieder, die parteilos sind. Die Vielfalt ist also gegeben.
Diese Argumente zeigen, dass wir mit dem Majorz eine Modernisierung in dem Sinne erreichen, dass wir das Wahlsystem an die heutigen realen Gegebenheiten in der Gesellschaft anpassen.

Martin Stuber will keine Geschichtsstunde abhalten, aber es ist wohl unbestrittenermassen klar, dass die USA ein Zweiparteiensystem sind *wegen* dem Majorz – nicht umgekehrt. Ähnliches gilt auch für Grossbritannien, das *de facto* ebenfalls fast ein Zweiparteiensystem ist, auch wegen dem Majorz.
Leider hat er von seinem Vorredner kein Bekenntnis dazu gehört, wie die Listenausgestaltung im Majorz – falls FDP und CVP vor dem Volk gewinnen würden – aussehen soll. Er wartet immer noch auf eine entsprechende Aussage. Wir haben heute schon eine leere Liste, auf welcher die Wählenden ihre präferierten Personen aufschreiben können.

Manuel Brandenberg möchte nach all den Ausführungen auch noch einige Aspekte, die für den Proporz sprechen, anzubringen versuchen. Zunächst einmal ist der Proporz eine Garantie dafür, dass sämtliche politischen Strömungen und das Gedankengut aller Bürger nach Möglichkeit auch in der Regierung vertreten sind. Es kommen also nicht nur Einzelne, die am meisten haben, quasi kumuliert in die Regierung, sondern eben alles, was in der Bevölkerung an Meinungen vertreten ist. Zudem führt der Proporz dazu, dass Inhalte im Wahlkampf eine grössere Rolle spielen als Personen. Parteien, die für etwas einstehen und von denen man weiss, wofür sie einstehen und wofür nicht, werden durch den Proporz bevorzugt. Der Majorz hingegen bevorzugt diejenigen Parteien, die ein weniger genaues Programm und vielleicht nicht so klare Konturen haben, bei denen man nicht immer genau weiss, wofür und wogegen sie einstehen. Nicht umsonst kommt die Initiative aus den Reihen der CVP und FDP, nun verstärkt durch die Grünliberalen, die sich offenbar auch langsam Gedanken um ihre Konturen oder Nichtkonturen machen.
Wichtig ist auch, dass wir im Kanton Zug seit 1894 unser bewährtes Proporzsystem haben. Auch wenn wir von einem CVP-Sprecher als gallisches Dorf verunglimpft werden, so muss doch gesagt werden: Es lebt sich gut in diesem gallischen Dorf. Das ist kein Argument gegen die Beibehaltung unseres bewährten Wahlsystems. Es gibt auch einen ganz allgemeinen Grundsatz: Was sich bewährt, soll man nicht ändern, *never change a winning team*. Nur Leute, die etwas Neues schon unbesehen für etwas Besseres halten, kommen in Versuchung, etwas Bewährtes zu ändern.
Die Frage der Zwängerei wurde von unserem Sprecher Beni Riedi bereits aufgeworfen. Man kann sich wirklich fragen, ob es nach bereits zwei Volksentscheiden innerhalb der letzten fünfzehn Jahre nicht wirklich etwas strapazierend ist, wenn man nun nochmals kommt und nochmals versucht, den Majorz einzuführen.
Letztlich geht es hier nicht um Sachpolitik, auch wenn das die Sprecher der Mitte mit wunderbaren Worten vertreten haben. Es geht um Machtpolitik. Die Mitte weiss natürlich ganz genau: Wenn der Majorz kommt, wird sie massiv zulegen, weil sie einfach besser – man kann sagen: vernetzt ist im Kanton Zug. Deshalb sollte man vorsichtig sein, wenn es darum geht, unser bewährtes Proporzsystem über den Haufen zu werfen.
Ein Letztes, bevor die Präsidentin zur Glocke greift: Die SVP wird dieses neue System nicht nur heute ablehnen sondern es auch mit Vehemenz an der Urne bekämpfen. Und sie wird dabei durchaus auch unheilige Allianzen eingehen.

Martin Pfister bemerkt einleitend, dass unheilige Allianzen bei uns durchaus eine gewisse Tradition haben.
Martin Stuber hat die CVP und FDP schon zweimal aufgefordert, zu einer nicht traktandierten Frage Stellung zu nehmen. Wir sind uns in diesem Rat gewohnt, über das zu sprechen, was traktandiert ist. Es ist selbstverständlich, dass die CVP bei der konferenziellen Anhörung und später im Parlament zu diesen Fragen Stellung nehmen wird. Es ist aber nicht angebracht, sich zu nicht traktandierten Themen zu äussern.
Wir sprechen auch nicht über die USA, deren demokratisches System – nebenbei bemerkt – für die Schweiz Vorbildcharakter hatte und in vielerlei Hinsicht bis heute hat. Im Übrigen hätte das Solothurner Kantonalbank-Debakel auch mit Proporz nicht verhindert werden können. Der Votant fügt auch noch hinzu, dass er niemanden als Vollidioten bezeichnen würde, weil er oder sie für das Proporzsystem bei der Wahl von Exekutiven ist, weder die 30 Prozent der Gemeinden, die ihre Exekutiven mit Proporz wählen – aber auch nicht die 70 Prozent der Gemeinden, welche ihre Exekutiven mit Majorz wählen.

Die Direktorin des Innern, **Manuela Weichelt-Picard**, hält sich kurz: Der Regierungsrat befürwortet die Verfassungsinitiative «Ja zu Personenwahlen». Die Exekutivmitglieder im Kanton und in den Gemeinden sollen neu im Majorzverfahren gewählt werden. Bei der letzten Revision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes im Jahr 2006 wurde der Listenstimmenproporz zugunsten des Nationalratsproporzes aufgegeben. Dieser erweist sich jedoch für die Wahlen von Exekutivbehörden als ungeeignet. Eine Rückkehr zum Listenstimmenproporz ist aber unter Berücksichtigung des Parlamentswillens nicht opportun. Stattdessen soll für die Wahlen der Exekutivbehörden das Majorzsystem eingeführt werden. Der Regierungsrat beantragt, die Verfassungsinitiative «Ja zu Personenwahlen» zu unterstützen.

➔ Der Rat spricht sich mit 43 zu 33 Stimmen für die Annahme der Majorzinitiative aus.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass Gesetze gemäss § 55 Abs. 1 der Geschäftsordnung in einer zweiten Lesung beraten werden. Für Verfassungsänderungen gilt dies erst recht. Wir nehmen die zweite Lesung und die Schlussabstimmung an der Kantonsratssitzung vom 28. Februar 2013 vor. Die Volksabstimmung findet am 9. Juni 2013 statt.

TRAKTANDUM 5

592 Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz): Schulgesetz

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2073.1/.2 - 13866/67); Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission (2073.3 - 14106); Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (2073.4 - 14123); Teilergebnis der 1. Lesung (ohne Schulgesetz) (2073.5); Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats (2073.6 - 14200).

Die **Kantonsratspräsidentin** hält fest, dass die 1. Lesung des Schulgesetzes fortgesetzt wird, nachdem an der Sitzung vom 30. August 2012 eine Teilrückweisung der Teilrevision des Schulgesetzes an den Regierungsrat erfolgte. Neu liegt der Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats vor (Vorlage 2073.6 - 14200). Der Regierungsrat beantragt, die von der vorberatenden Kommission beantragte Änderung des Schulgesetzes (vgl. Vorlage 2073.3 - 14106) abzulehnen.

DETAILBERATUNG der Teilrevision zum Schulgesetz (1. Lesung)

Kommissionspräsident **Hans Christen** orientiert, dass sich am 16. November 2012 vier Kommissionsmitglieder an der konferenziellen Anhörung zur sprachlichen Frühförderung von Kleinkindern mit je einer Vertretung der Bildungsdirektion, der Direktion des Innern sowie Mitgliedern der gemeindlichen Schulpräsidenten- und Rektorenkonferenz und Pierre Felder, Leiter der Volksschulen von Basel-Stadt, der die Lösung des Kantons Basel-Stadt vorstellte, in Menzingen getroffen haben, um den Antrag der vorberatenden Kommission zum Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung zu besprechen. Aus der sehr angeregten Diskussion ergab sich seitens der gemeindlichen Schulpräsidenten und Rektoren ein grossmehrheitlich positives Echo für die Lösung, wie sie die vorberatende Kommission vorschlägt. Seitens der Gemeinden wird aber noch mehr Zeit benötigt, um gewisse Abklärungen zu tätigen.

Die vorberatende Kommission hat sich dann am 30. November 2012 zu einer zusätzlichen Sitzung getroffen, um nochmals über den Antrag der Kommission zu beraten. Aufgrund der Diskussion an der genannten konferenziellen Anhörung wie auch aufgrund des der Kommission zugestellten Zusatzberichts und Antrags des Regierungsrates ist die Kommission zum Schluss gekommen, ihren Antrag vom 7. Mai 2012 zur Änderung des Schulgesetzes vom 27. September 1990 (BGS 412.11), neu § 6a und § 21, zurückzuziehen und für dieses Anliegen den Motionsweg zu wählen.
Die Motion der vorberatenden Kommission zum Integrationsgesetz wurde am 30. November 2012 eingereicht. Die Kommission ersucht den Regierungsrat, die Motion bei der nächsten Schulgesetzrevision, die bereits am Frühjahr 2013 in die Vernehmlassung geht, einzubeziehen.
Der Kommissionspräsident kann auch als Sprecher der FDP-Fraktion mitteilen, dass die FDP diesem Vorgehen zustimmen wird

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** hält fest, dass der Rückzug des Antrags der vorberatenden Kommission den Forderungen der Stawiko entspricht.

Eusebius Spescha: Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass die sprachliche Frühförderung ein Gebot der Stunde ist. Die Faktenlage ist hier eindeutig: Rückstände, welche beim Eintritt in die Schule bestehen, werden in der Regel nicht mehr aufgeholt.
Wie die konferenzielle Anhörung mit den gemeindlichen Schulvertretungen aber gezeigt hat, braucht es offenbar noch Zeit, um die für den Kanton Zug passende Lösung zu finden. Auch wenn uns diese zeitliche Verzögerung eigentlich nicht so passt, stimmen wir dem von der vorberatenden Kommission eingeschlagenen Weg zu. Es ist sicher vernünftiger, wenn die zuständigen Direktionen, nämlich die Direktion des Innern und die Direktion für Bildung und Kultur, zusammen mit den Gemeinden eine angepasste Lösung erarbeiten, als wenn wir jetzt etwas mit dem Brecheisen erzwingen. Wir wären aber den Beteiligten dankbar, wenn sie diese Abklärungen zielgerichtet und zügig an die Hand nehmen würden.

Philip C. Brunner war zusammen mit dem Kommissionsmitglied Oliver Wandfluh an der Anhörung in Menzingen. Es braucht tatsächlich Zeit. Er wünscht dem Bildungsdirektor viel Erfolg und dass er eine gute Lösung findet. In diesem Sinne schliesst er sich dem Antrag der Vorredner an.

Bildungsdirektor Stephan Schleiss und die Direktorin des Innern, Manuela Weichelt-Picard, wünschen das Wort nicht.

Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.

TRAKTANDUM 6

593 Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2152.1/.2 - 14083/84); Bericht und Antrag der Bildungskommission (2152.3 - 14197); Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (2152.4 - 14198).

Die **Vorsitzende** begrüsst die Vertreter der Pädagogischen Hochschule Zug, namentlich die Rektorin Brigit Eriksson-Hotz.

EINTRETENSDEBATTE

Martin Pfister als Präsident der Bildungskommission hält fest, dass vermutlich fast alle eine ähnliche Erfahrung und Feststellung gemacht haben: Eine Schule kann noch so hervorragend eingerichtet und ausgestattet sein, sie kann noch so gut organisiert und geführt werden, ihr kann noch so ein guter oder schlechter Ruf anhaften; entscheidend für die Qualität des Unterrichts, für das Lernklima und all das, was Bildung sonst noch ausmacht, ist die Qualität der Lehrpersonen. Eltern wissen es: Wenn ihre Kinder in ihrer Schulkarriere auf ausgezeichnete Lehrpersonen treffen, dann ist immer auch eine Portion Glück dabei. Wir haben im Kanton Zug eine grosse Zahl hervorragender Lehrpersonen, und wir haben bis heute auch Lehrpersonen in genügender Zahl. Dieser Umstand bedeutet für die Lebensqualität in einem Kanton, für die Perspektiven seiner Bewohnerinnen und Bewohner und für einen Wirtschaftsstandort viel. Wir haben dies wesentlich unserer eigenen Lehrerinnen- und Lehrerbildung im Kanton Zug zu verdanken. Lange wurde sie umsichtig und mit grosser Ausstrahlung von kirchlichen Institutionen geführt. Seit rund zehn Jahren besteht sie als eigene Hochschule in einem Zentralschweizer Verbund. Das Scheitern der gemeinsamen Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz ist bekannt und soll hier nicht mehr aufgerollt werden.
Der grosse Konsens über den hohen Stellenwert gut ausgebildeter Lehrpersonen und der anerkannte Leistungsausweis der Lehrerinnen- und Lehrerbildung im Kanton Zug über Jahrzehnte ist wohl der Hauptgrund dafür, dass die Bildungskommission auf die regierungsrätliche Vorlage für ein PH-Gesetz trotz hoher Kosten und nicht einfacher Vorgeschichte einstimmig eingetreten ist. Das vorliegende Gesetz über die Pädagogische Hochschule ermöglicht es unserer PH, die Tradition der Zuger Lehrerbildung in den nächsten Jahren in Ruhe weiterzuführen und weiterzuentwickeln.
Wie dem Bericht zu entnehmen ist, befasste sich die Bildungskommission eingehend mit übergreifenden Fragestellungen. Unter anderem sprach sie sich ausdrücklich für eine breite Ausbildung aus. Lehrpersonen, die in acht und nicht nur sieben Fächern ausgebildet sind, können von den Schulgemeinden viel einfacher eingesetzt werden. Wir erachten es auch als richtig, dass die Dozierenden an der Pädagogischen Hochschule neu nach Zuger Personalrecht entlöhnt werden, was zu beachtlichen Mehrkosten führt. Kritisch, aber zustimmend nahm die Bildungskommission die Vertragssituation mit den Schulen St. Michael und auch mit Luzern unter die Lupe.
In der Detailberatung wurde hauptsächlich die Frage der Unabhängigkeit der Pädagogischen Hochschule kontrovers diskutiert. Dies führte zu Anträgen unter § 7 und § 10. Die Kommission ist der Meinung, dass die Pädagogische Hochschule nicht wie ein kantonales Amt geführt, sondern mit einer möglichst grossen Autonomie ausgestattet werden soll. Der Sprecher kommt in der Detailberatung darauf zurück. Schliesslich soll die Pädagogische Hochschule Abklärungen zur Eignung zum Lehrberuf vornehmen und in begründeten Fällen die Zulassung zum Studium verweigern bzw. den Ausschluss anordnen können. Entsprechende Anträge stellt die Bildungskommission in der Detailberatung.
Die Bildungskommission dankt der Direktion für Bildung und Kultur für die gute Vorbereitung der Vorlage empfiehlt dem Rat Eintreten auf die Vorlage sowie Zustimmung zu ihren Anträgen in der Detailberatung. Die CVP-Fraktion schliesst sich der Bildungskommission an.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** hält fest, dass Martin Pfister eigentlich schon alles Wesentliche gesagt hat. Auch Zug wird in Zukunft gute Lehrinnen und Lehrer

brauchen. Deshalb ist es nur recht, wenn wir – wie schon in der Vergangenheit – auch in Zukunft über eine eigene Ausbildungsstätte verfügen. Wir erhalten damit ein Mittel, um die Ressourcen für unsere kantonalen und gemeindlichen Schulen sicherzustellen.
Bei der heute zu beschliessenden PHZ handelt es sich um eine echte Zuger Lösung: klein, fein – und teuer. Ausgehend von der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) wird gesamtschweizerisch mit Kosten von 30'000 Franken pro Studierenden gerechnet. Die Kosten in Zug werden global betrachtet ca. 54'000 Franken betragen. Man muss allerdings aufpassen, dass man hier nicht Äpfel mit Birnen vergleicht. Die Zahlen der FHV sind wenig transparent; sie sind ein Mix aus den Zahlen von allen Kantonen, von grossen und kleinen Schulen, teilweise sind Infrastrukturen nicht inbegriffen oder dann eben voll inbegriffen. Man muss also aufpassen, wenn man die Kosten direkt vergleicht. Der Stawiko-Präsident hat im Anschluss an die Stawiko-Sitzung vom Bildungsdirektor noch Zahlen von in etwa vergleichbaren Schulen erhalten, nämlich aus den Kantonen Graubünden und Schwyz, und hier halten unsere Kosten durchaus einem Vergleich stand. Mit 300 Studierenden haben wir in Zug eine sehr kleine Schule, und es ist logisch, dass damit die Fixkosten auf wenige Köpfe verteilt werden und diese Pauschale in die Höhe getrieben wird. So gesehen wäre es billiger, wenn wir unsere Studenten einfach in andere Kantone schicken und die Fallkostenpauschale von 25'500 Franken bezahlen würden. Ob dann immer ausgerechnet für die Zuger Studierenden genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stünden, ist allerdings in Frage zu stellen. Das wäre eine kurzsichtige Politik, weshalb die Stawiko auch den Antrag der Regierung unterstützt.
Zum Bericht der Stawiko erwähnt der Präsident zwei Punkte. Der eine Punkt ist die Anpassung der Gehälter der Ausbildner an die Besoldungsordnung des Kantons Zug. Das haben wir kritisch hinterfragt, sind aber auch der Meinung, dass das richtig sei und so umgesetzt werden soll. Der zweite Punkt, der zu Diskussionen Anlass gab, ist der Vorsitz im Hochschulrat. Darauf wird in der Detailberatung zurückzukommen sein.
Die Stawiko beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen gemäss Bericht zuzustimmen.

Eusebius Spescha: Mit der aktuellen Vorlage schlagen wir im Buch der Lehrerbildung im Kanton Zug ein neues Kapitel auf. Auch wenn es sicher nicht zwingend ist, dass der Kanton Zug eine eigene Pädagogische Hochschule führt, so macht es doch Sinn und kann zu einer angepassten Weiterführung einer langen Tradition der Lehrerbildung führen. Wir können damit Spielräume auftun für eine qualitativ gute Lehrpersonenausbildung, welche den regionalen Bedürfnissen Rechnung trägt.
Die SP-Fraktion ist bereit, dieses Projekt mitzutragen, ist deshalb für Eintreten und wird die Vorlage unterstützen. Wir sind explizit auch damit einverstanden, dass eine Kooperation mit der PH Luzern gesucht wird, und freuen uns, dass diese Zusammenarbeit auf gutem Wege zu sein scheint.
Vorbehalte haben wir gegenüber der Behauptung, dass durch die Führung einer eigenen PH keine Mehrkosten entstehen; das hat auch das Votum des Stawiko-Präsidenten bestätigt. Wir gehen davon aus, dass die eigene PH uns etwas kosten wird und auch kosten darf. Es wäre gut, wenn diese Rechnung dann gelegentlich mal transparent dargestellt wird.
Auch wenn die vorgesehene Organisation vernünftig ist, so würden wir diese mit immerhin fünf Führungsebenen nicht wirklich als schlank bezeichnen. Dann gibt es aber noch ein Fragezeichen, und zwar bei den Kosten. Wie die Stawiko schreibt, betragen Verwaltungs- und Informatikaufwand und übriger Sachaufwand 12,4 Pro-

zent des Gesamtaufwands. Wir haben den Eindruck, dass hier zu überhöhten Preisen bei den Schulen St. Michael eingekauft wird. Wir erwarten von der Stawiko, dass sie auf diesen Vertrag noch einen kritischen Blick wirft.

Esther Haas hält fest, dass die AGF stehen der neuen Pädagogischen Hochschule Zug positiv gegenüber. Abgesehen davon, dass es die zugerische Tradition weiterzuführen gilt, Standort der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung zu sein, erachten wir es als Privileg sich als kleiner Kanton eine eigene PH leisten zu können. Die direkte Einflussnahme auf die Schulentwicklung und die Bestimmung von Anzahl und Inhalt der Unterrichtsfächer sind Vorteile einer eigenen PH, die sich der Kanton Zug nicht nehmen lassen darf.
Es ist die Kernaufgabe einer Pädagogischen Hochschule, die praxisnahe Ausbildung von Lehrpersonen zu gewährleisten. Mit der Schaffung einer eigenen PH bekennt sich der Kanton Zug zu einer fundierten, breit abgestützten Lehrerbildung und damit generell zur Bildung, der einzigen nie versiegenden Ressource. Die «alte» PHZ schaffte es, eine breite Vernetzung mit Kooperationsschulen im Kanton Zug und den Nachbarkantonen herzustellen. Diese Vernetzung stärkt die Qualität der praxisnahen Ausbildung und betont deren Wichtigkeit.
Eine praxistaugliche Ausbildung muss ergänzt und gestützt werden durch Forschung und Entwicklung sowie durch ein breites Dienstleistungsangebot für werdende und bereits etablierte Lehrpersonen. Wir begrüssen es, dass sich der Regierungsrat klar für eine starke Forschung und Entwicklung ausspricht und in diesem Bereich eine enge Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen anstrebt.
Mit der Weiterführung der PH Zug kann der Kanton auf die Schulentwicklung direkt Einfluss nehmen und unseren lokalen Bedürfnissen Rechnung tragen. Beispiele dazu sind die Grund- oder Eingangsstufe oder das Altersdurchmischte Lernen. Oder der Kanton Zug kann die von vielen geforderte Ausbildung in acht statt wie bisher sieben Unterrichtsfächern anbieten.
Kaum etwas spricht also gegen die Führung einer eigenen Pädagogischen Hochschule durch den Kanton Zug. *Einen* kritischen Aspekt gilt es aber zu erwähnen: Innerhalb eines Radius' von 50 Kilometern wird es künftig vier selbständige PH geben. Konkurrenz ist im Bildungsbereich nicht *per se* schlecht. Um aber den wirtschaftlichen Erfolg – sprich genügend Studierende – zu sichern, ist es durchaus denkbar, dass die PH Zug Studierende zulässt, welche die Aufnahmebedingungen nicht erfüllen würden. Der gute Ruf der PH Zug hält hier momentan dagegen, dennoch muss dieser Aspekt im Auge behalten werden. Denn es reicht ja schon, wenn eine PH beginnt, die Aufnahmemodalitäten zu lockern, was die übrigen Hochschulen zwingen kann, nachzuziehen.
Noch einige Bemerkungen zu drei eher administrativen Aspekten:
• Gebührenregelung: Werden ausländische Studierende allenfalls zur Puffermasse aufgrund der Gebührenregelung? Ist es denkbar, dass die Gebühren für ausländische Studenten auch dann nach unten korrigiert werden, sobald die Anzahl Studierende nach unten tendiert? Der Regierungsrat kann uns hier bestimmt genauer Auskunft geben.
• Gehaltsklassen: Wir finden es gerechtfertigt, dass Dozierende der PH Zug eine Gehaltsklasse höher eingestuft werden als Gymnasiallehrpersonen, handelt es sich doch um Dozierende einer Hochschule. Die Anpassung an die Besoldungsstruktur des Kantons Zug ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Arbeitsverhältnisse werden auf den 1. August 2013 durch die PH Zug übernommen. Die Anpassung an das Zuger Personalrecht wird aber erst auf den 1. August 2014 vorgenommen. Warum man sich für diese Anpassung ein Jahr Zeit lassen muss, wird aus der Vorlage nicht klar.

• Die PH Zug als öffentlich-rechtliche Anstalt oder als Amt? Wenn der Kanton Zug im Bereich Liegenschaften grundsätzlich die Strategie «Eigentum vor Miete» verfolgt, stellt sich für uns die Frage, weshalb man dies nicht auch bei der PH Zug angestrebt hat. Und hätten wir nicht ein einfacheres Konstrukt, wenn die administrative Verwaltung der PH Zug direkt bei der DBK wäre statt mittels komplizierter Struktur bei der Schulen St. Michael AG? Die Frage lautet also, wieso die PHZ nicht als eigenständiges Amt geführt wird. Hier fehlten die vertiefte Antwort und Abklärung im Rahmen der Behandlung dieses Geschäftes. Es bräuchte eine klare Liste der Vor- und Nachteile beider Systeme. Als Letztes stellt sich uns noch die Frage, ob bereits Aus- und Erweiterungsbauten geplant sind, und ob die aktuellen Raumverhältnisse bei den Hörsälen und vor allem bei der Mensa genügen?
Trotz dieser Unklarheiten sagt die AGF ja zu PH Zug. Die Vorteile für den Kanton Zug überwiegen, wenn er die Pädagogische Hochschule in eigener Regie führt.

Thomas Wyss: Das Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug findet die Zustimmung der SVP-Fraktion. Diese hofft und weiss, dass damit die Basis für eine nachhaltige Lehrerausbildung im Kanton Zug gelegt wird. «Ehret das heimische Schaffen» – das gilt auch hier.
Kritische Stimmen waren in der Fraktion wie schon vorher in der Bildungskommission und der Stawiko zur Besoldung der Dozenten zu hören. Da diese nicht mehr wie bislang nach dem Luzerner, sondern neu nach dem Zuger Personalrecht entlöhnt werden, ergeben sich für den Kanton Zug Mehrkosten von jährlich 1,3 Millionen Franken. Das ist nicht wenig und sollte nicht einfach leichtfertig hingenommen werden.
Die SVP-Fraktion liess sich jedoch überzeugen, dass diese Zusatzinvestition notwendig und sinnvoll ist und zwar aus folgenden Gründen. Unser geschätzter Bildungsdirektor weist immer wieder darauf hin, dass alle erfolgreichen Schulen auf drei Säulen namens Lehrkörper, Ziele und Zeit ruhen. Die Lehrerperson fördert und fordert, hohe Ziele spornen an und führen zu Höchstleistungen, und das Erreichen der hohen Ziele braucht Zeit, die wir unseren Schülerinnen und Schülern für das Lernen zur Verfügung stellen müssen.
Wenn wissenschaftlich untersucht wird, was denn nun Schulqualität ausmacht, zeigt sich, dass die Lehrperson am wichtigsten ist. Für die Ausbildung dieser Lehrer sind nur die besten Dozenten gut genug. Die SVP-Fraktion ist willens, ihnen diesen finanziellen *upgrade* zu gewähren. Wir hoffen jedoch – das sei auch der Frau Rektorin Eriksson-Hotz mit auf den Weg gegeben –, dass diese grosszügige Geste auch mit einer entsprechend grosszügigen Leistung honoriert wird.
Was die Zusammensetzung des Hochschulrats betrifft, so unterstützt die SVP-Fraktion die Regierung und die Stawiko – nicht aber die Bildungskommission –, wonach der Bildungsdirektor diesen Hochschulrat von Amtes wegen präsidieren soll. Wir sehen den Regierungsrat für diese PH in der Verantwortung. Und diese Verantwortung soll sich auch im Organigramm des strategischen Organs spiegeln.

Dominik Lehner hält fest, dass gute Zuger Schulen der FDP wichtig sind – und sie haben auch ihren Preis, in diesem Fall 8,35 Millionen Franken pro Jahr. Wir wollen jedoch die Ausbildung unserer guten Lehrerinnen und Lehrer nicht den Luzernern oder Zürchern gänzlich überlassen. Zu entscheidend ist die Qualifikation der Zuger Lehrerinnen und Lehrer. Darum begrüsst die FDP-Fraktion eine eigenständige PH Zug und ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage.
In der Detailberatung schliessen wir uns den Anträgen der Stawiko an. Zu diskutieren gab auch in der FDP-Fraktion besonders die Frage, wer den Hochschulrat präsidieren soll. Wir sind grossmehrheitlich der Meinung, dass nach dem Prinzip

«Wer bezahlt, befiehlt» der Bildungsdirektor das strategische Organ führen soll, auch wenn die PH Zug dadurch etwas an Unabhängigkeit verliert.
Bei der begrüssenswerten Zulassungsbeschränkung ist zu hoffen, dass der Ruf unserer PH Zug bald so brillant in die Schweiz hinaus schallt, dass wir aus der Flut von Bewerberinnen und Bewerbern nur die Besten für die Ausbildung in Zug gewinnen können.
Wenn der Votant noch einmal die Chance hätte, die Ausbildung zur Lehrperson anzutreten, dann würde er es mit Freude ab Sommer 2013 in Zug tun.

Ivo Hunn teilt mit, dass die Grünliberalen für Eintreten auf die Vorlage sind, obwohl sie immer noch der Meinung sind, dass es nicht zwingend ist, eine eigene Pädagogische Hochschule im Kanton Zug zu haben. Lehrkräfte in den umliegenden Kantonen auszubilden, wäre für die Grünliberalen ein durchaus gangbarer Weg. Sie sehen aber auch die Vorteile einer eigenen PH Zug, etwa die Attraktivitätssteigerung des Standorts Zug, die direkte Einflussnahme auf das Bildungswesen und nicht zuletzt auch die Erhaltung der Arbeitsplätze.
Für die Grünliberalen ist das Zusammenspiel von Forschung und Lehre ein zentraler Bestandteil einer qualitativ hochstehenden PH Zug. Eine Hochschule ohne adäquate Forschungstätigkeit ist kaum konkurrenzfähig. Für eine positive Weiterentwicklung des Bildungswesens ist sie aber unabdingbar. Wir werden unser Augenmerk darauf richten, welche Forschungstätigkeiten die PH Zug in Zukunft erbringt.
Zu § 22 «Kündigung» möchten wir vom Bildungsdirektor wissen, was «besondere Umstände» in Bezug auf die Kündigungstermine resp. Kündigungsfristen sind und ob diese in der Verordnung definiert werden. In der Detailberatung stimmen wir den Anträgen zu § 13, 24 und 35 zu.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** freut sich vorab, dass niemand einen Nichteintretensantrag gestellt hat, auch die GLP nicht, die als einzige Partei die Notwendigkeit einer eigenen Lehrerbildung im Kanton Zug bezweifelt. Er bedankt sich dafür herzlich. Offenbar wird allgemein und breit anerkannt, dass für die Schulqualität die Qualität der Lehrpersonen etwas vom Wichtigsten, der zentrale Faktor ist, wie das mehrfach erwähnt wurde.
Der Bildungsdirektor möchte bei der Würdigung der Eintretensvoten nichts aufgreifen, was in der Detailberatung nochmals zur Sprache kommen wird; namentlich zum Präsidium des Hochschulrats wird er sich erst später äussern. Als Erstes greift er die vom Stawiko-Präsidenten thematisierte Kostenfrage auf. Es ist natürlich so, dass eine kleine Hochschule ein Kostenhandicap hat wegen der mangelnden Grössenvorteile. Die Kleinheit der Schule ist da ein Nachteil. Diesem Kostennachteil stehen aber pädagogische Vorteile gegenüber. Diese müssen uns etwas wert sein. Die mangelnde Transparenz bei den Kostenvergleichen ist effektiv ein Problem. Die Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP) ist aber daran, dieses Problem zu adressieren. Man entwickelt, angelehnt an die Fachhochschulen, ein eigenes Rechnungsmodell; wir haben in unserem Bericht darauf verwiesen. Wir wollen dieses Modell dann auch an der PH Zug zur Anwendung bringen, damit wir Kostenvergleiche haben. Die entsprechende Gesetzesbestimmung ist damit begründet. Der Anspruch ist, die Transparenz zu verbessern und uns mit anderen Hochschulen vergleichbarer Grösse vergleichen können. Auf den Kostenvergleich, den eine externe Firma im Vorfeld gemacht hat, hat der Stawiko-Präsident bereits verwiesen. Es wurden die Kostenblöcke analysiert und verglichen mit den Hochschulen in Graubünden und Schaffhausen. Sie wurden als vergleichbar taxiert. Wir scheinen da also kein strukturelles Problem zu haben.

Der wesentlichste Punkt, auf den schon mehrere Votanten hingewiesen haben, sind die zu erwartenden Mehrkosten im Bereich des Personals. Das Grundproblem ist, dass wir uns den Lohnkosten der Mittelschullehrpersonen angleichen möchten. In der Struktur der Lehrerlöhne im Kanton Zug ist es so: Je höher die Schulstufe, desto höher werden die Lehrpersonen eingestuft. Diese Systematik wollen wir beibehalten. Damit ist die Sekundarstufe II die tiefste Stufe, in die wir die Lehrpersonen der Tertiärstufe einstufen können. Es ist nun mal so, dass die Mittelschullehrpersonen im Kanton Zug mehr verdienen als im Kanton Luzern. Bei den Berufseinsteigern sind es 20 Prozent mehr, wobei sich das über den Verlauf der Berufskarriere abmildert. Insgesamt wird – das hat sich bei der Konkretisierung der Personalerwägungen gezeigt – der ursprüngliche Rahmen von maximal 1,3 Millionen Franken Mehrkosten nicht ausgeschöpft werden müssen, wie die Rektorin der PHZ gestern auf Nachfrage nochmals bestätigt hat. Wir gehen heute davon aus, dass die Mehrkosten rund 1 Million Franken betragen werden, was bezogen auf die rund 14 Millionen Franken Personalkosten eine Lohnsteigerung von ca. 7 Prozent ausmacht. Für den Einzelfall ist mit der Neueinstufung je nach Dienstalter von Mutationsgewinnen von 5 bis 10 Prozent auszugehen. Im Einzelfall kann es aber auch keine Lohnerhöhung geben. Das ist in der Systematik nicht ausgeschlossen. Der Kostenblock «Personelles» – das hat die Rektorin dem Bildungsdirektor bestätigt – ist wichtig, ihm wird weiterhin hohe Beachtung geschenkt. Das Kostenhandicap der kleinen Schule bedingt, dass man sich bei diesem Posten wirklich Mühe gibt, das Wachstum in Grenzen zu halten.

Die Organisationsstruktur wurde von zwei Votanten als nicht schlank, als kompliziert taxiert. In der Vernehmlassung haben wir andere Antworten bekommen; da wurde die schlanke Struktur von den meisten Vernehmlassungsteilnehmern explizit begrüsst. Auch der Bildungsdirektor hat den Eindruck, die Organisationsstruktur sei schlank geraten, aber selbstverständlich darf man da anderer Auffassung sein.

Ein besonderes, mehrfach thematisiertes Problem scheint die Rolle der Schulen St. Michael AG zu sein. Heute ist die Schulen St. Michael AG der Träger der Teilschule Zug im Rahmen des PHZ-Konkordates, in Zukunft wird sie nur noch zwei Rollen haben. Sie ist erstens die Eigentümerin und Vermieterin des Schulhauses. Es stand für uns nie zur Diskussion, dieses Schulhaus käuflich zu erwerben – die Schulen St. Michael AG möchte dieses Gebäude schlichtweg nicht verkaufen – oder gar auf die grüne Wiese zu gehen. Das sind keine Alternativen. Die zweite Rolle der Schulen St. Michael AG: Sie ist Leistungserbringerin im Bereich der Verwaltungsdienstleistungen. Wir kaufen diese Verwaltungsdienstleistungen *en bloc* ein. Wir haben dieses Angebot geprüft. Es wurde als marktüblich taxiert. Wenn man das Planbudget der PH Schwyz als Massstab nimmt, bei allen Vorbehalten bezüglich der Vergleichbarkeit von Kostenblöcken: Die PH Schwyz geht von einem Sachaufwand von total 3,4 Millionen Franken, bei der PH Zug sind es 4,3 Millionen. Man muss dazu aber wissen, dass die PH Schwyz mit 180 Studierenden rechnet und wir mit 300. Auf den Kopf heruntergebrochen, kaufen wir die Verwaltungsdienstleistungen bei der Schulen St. Michael AG sicher nicht zu überhöhten Preisen ein.

Von einer Votantin wurde verlangt, die PH solle als eigenes Amt geführt werden. Das ist für die Regierung nie in Frage gekommen. Die Autonomie ist im Hochschulbereich wichtig, und wenn man diese Hochschule wie ein Amt führen würde, wäre sie wohl zu stark eingeschränkt. Das blieb für uns ein hypothetisches Modell, ein Referenzmodell, das aus Gründen der Autonomie aber klar verworfen wurde. Der Bildungsdirektor wehrt sich gegen den Vorwurf, man hätte das zu wenig abgeklärt. Das wurde durchaus geprüft und dann in der Regierung – und nicht etwa in der DBK – so entschieden.

Bezüglich der Ausbauten: Es sind keine geplant, und es werden auch nie irgendwelche Ausbauten geplant werden. Der Perimeter auf dem Areal St. Michael ist verbaut, es hat keinen Platz mehr. Der Bildungsdirektor will dort auch keine Baukräne oder Provisorien haben. Genau aus diesem Grund braucht es die Zulassungsgrenze von 300 Studenten. Im Moment könnten wir überrannt werden und dürften die Studenten nicht abweisen. Es soll in Zukunft nicht passieren können, dass wir in Verlegenheit geraten und irgendwelche Schulräume dazumieten oder Provisorien bauen müssen; das wäre zu teuer. Das Paket 300 Studenten auf dem Areal St. Michael ist optimal, und davon wollen wir uns nicht entfernen. Es hat auch strategische Vorteil im bereits erwähnten Sinne: Wenn zu viele Studenten kommen, haben wir das Privileg, die Besten auswählen zu dürfen.
Bezüglich der Gründe für die Kündigungstermine: Im Grundsatz werden die Leute an der PH Zug nach dem Zuger Personalrecht angestellt und hätten die Möglichkeit, jederzeit zu kündigen. Lehrpersonen haben aber weniger Kündigungsmöglichkeiten und -termine. Sie dürfen nur auf Ende des Semesters kündigen und müssen entsprechende Kündigungsfristen beachten. Deshalb braucht es diese Ausnahmebestimmung im Gesetz. Im Grundsatz gilt das Zuger Personalrecht, es gibt aber Vorbehalte für die Personalklassen Dozent und Besondere wissenschaftliche Mitarbeitende sowie besondere Bestimmungen bezüglich Kündigungsterminen und -fristen. Das ist damit begründet, dass wir unterrichten und Semesterstrukturen haben. Selbstverständlich wird das auch in der Personalverordnung seinen Niederschlag finden.
Der Bildungsdirektor bedankt sich nochmals für das Ausbleiben eines Nichteintretensantrags und freut sich auf die Detailberatung.

EINTRETENSENTSCHEID

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
Keine Wortmeldungen.

1. Abschnitt «Allgemeine Bestimmungen»
§ 7 Abs. 2 Bst. c

Kommissionspräsident **Martin Pfister** erklärt, dass der folgende Antrag der Bildungskommission mit dem Antrag zu § 10 zusammenhängt, in dem es um das Präsidium des Hochschulrats geht.
Der Bildungskommission ist es mit einem Abstimmungsverhältnis von 7 zu 3 Stimmen ein Anliegen, der Pädagogischen Hochschule eine grössere Autonomie als vorgesehen zuzugestehen. Sie ist mehrheitlich der Meinung, dass die PH nicht wie ein kantonales Amt geführt werden soll, damit sie sich auch unternehmerisch entwickeln kann. Da sie auf ausserkantonale Absolventinnen und Absolventen angewiesen sein wird, steht sie in einem gewissen Wettbewerb mit den Pädagogischen Hochschulen. Der Bildungsdirektor soll deshalb nicht von Amtes wegen den Hochschulrat präsidieren. Damit können auch Rollenkonflikte zwischen dem Regierungsrat als Aufsichtsgremium und dem Hochschulrat als strategisches Gremium vermieden werden. Es ist für die Mehrheit der Bildungskommission problematisch, wenn der Regierungsrat die Aufsicht über die PH Zug ausübt und gleichzeitig – in

der Person des Bildungsdirektors bzw. der Bildungsdirektorin – deren strategisches Organ präsidiert. Dem wurde von der Minderheit der Kommission entgegengehalten, dass es richtig sei, wenn der zuständige Regierungsrat oder die Regierungsrätin in der von ihr beaufsichtigten Institution Verantwortung übernehme. Wie dem Antrag entnommen werden kann, ist die Bildungskommission nicht so weit gegangen, es *a priori* auszuschliessen, dass der Bildungsdirektor den Hochschulrat präsidiert. Sie ist einfach dagegen, dass er es von Amtes wegen tut. Sie vertraut darauf, dass der Regierungsrat diesbezüglich die richtigen Entscheide trifft.
Die Anträge im Wortlaut sind der Vorlage zu entnehmen. Die CVP-Fraktion schliesst sich mehrheitlich den Anträgen der Bildungskommission an.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** «Wer zahlt, befiehlt» – wir haben es schon gelesen und gehört. Das sehen auch die Regierung und die Stawiko so. Bei der PH Zug werden wir eine Organisation in Form einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt haben. Wie die Erfahrung zeigt, sind solche Anstalten – zum Beispiel die Gebäudeversicherung – wirklich relativ selbständig. Der Bildungsdirektor ist das Verbindungsglied zwischen dieser Anstalt und der Regierung. Er ist verantwortlich gegenüber dem Regierungsrat, aber auch gegenüber dem Kantonsrat. Er muss für den Leistungsauftrag und das Globalbudget geradestehen und dieses hier im Rat vertreten. Wir wollen bewusst nicht nur die schulische, sondern auch die politische und damit die finanzielle Verantwortung beim Bildungsdirektor gebündelt haben. Wir sind uns bewusst, dass das von ihm hin und wieder wahrscheinlich einen Spagat verlangt; das ist aber gewollt – und richtig so. Nur so ist sichergestellt, dass in der Schule auch die politische Seite immer wieder zum Tragen kommt.
Der Stawiko-Präsident empfiehlt, dem Antrag von Regierung und Stawiko zu folgen.

Für Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** geht es in der Tat um die Frage, wie autonom diese Hochschule ausgestaltet werden soll. Die Regierung ist der Meinung, die Autonomie spiegle sich genügend in der Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt, die selbständig ist. Dieser Argumentation folgt auch die Stawiko. Man muss sich auch fragen, auf welche Bereiche sich die Autonomie einer Hochschule wirklich beziehen kann. Sie ist selbstverständlich dort autonom, wo es um die Inhalte von Lehre und Forschung geht, aber nicht dort, wo es beispielsweise um die Kostenstrukturen geht; da ist die Hochschule selbstverständlich dem Kantonsrat Rechenschaft schuldig. Der entsprechende Budgetvorbehalt ist systeminhärent.
Es geht auch darum, dass eine gewisse Konsistenz in den strategischen Bildungsgremien besteht. Die Mittelschulkommission und der Bildungsrat für die Volksschule werden vom Bildungsdirektor präsidiert; auch das strategische Organ auf der Tertiärebene, eben dieser PH, soll von ihm präsidiert werden. Diese Lösung ist auch in anderen Kantonen üblich und in Schwyz und Luzern ebenfalls so vorgesehen. Das wichtigste Argument aber ist, dass sich die Regierung für diese Schule effektiv in der Verantwortung sieht. Diese Verantwortung soll auch im Organigramm erkennbar sein und mit der Organisationsstruktur der Schule in Übereinstimmung sein.
Der Bildungsdirektor empfiehlt, dem Antrag von Regierung und Stawiko zu folgen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Bildungskommission für § 7 Abs. 2 Bst. c beantragt, dass auch der Präsident bzw. die Präsident des Hochschulrats durch den Regierungsrat zu wählen sei.

➔ Der Rat stimmt mit 57 zu 17 Stimmen für die Fassung des Regierungsrats.

§ 10 Abs. 1

Die **Vorsitzende** hält fest, dass über diesen Absatz eben schon beraten wurde. Es bleibt bei der Fassung des Regierungsrats.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 13 Abs. 2 Bst. i

Die **Vorsitzende** weist auf den Antrag der Bildungskommission hin, als zusätzliche Zuständigkeit der Hochschulleitung «die Verweigerung der Zulassung zum Studium» einzufügen. Stawiko und Regierungsrat stimmen dem Antrag zu.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag stillschweigend ebenfalls zu.

§ 24 Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist auf den Antrag der Bildungskommission hin, Abs. 2 um den Satz «Zu deren Feststellung können Abklärungen angeordnet werden» zu ergänzen. Stawiko und Regierungsrat schliessen sich diesem Antrag an.

Philip C. Brunner muss hier das Stakkato der Paragraphen unterbrechen. Wir reden über etwas Wichtiges, das auch in den Details nochmals diskutiert werden sollte. Er möchte vom Bildungsdirektor wissen, was es genau heisst, wenn gemäss § 24 Abklärungen angeordnet werden können? Sind das nicht Kosten, die ewiglich weiterlaufen?

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** erklärt, dass es bei dieser Bestimmung darum geht, Leute vom Studium fernhalten zu können, die sich aus persönlichen Gründen nicht dazu eignen. Das wären Leute, welche die fachlichen Anforderungen erfüllen, bei denen aber beispielsweise ein charakterliches Problem besteht, etwa ein offensichtliches Suchtproblem oder ein pädophiler Hintergrund, der ruchbar wird. Wenn man solche Leute vom Studium abhalten möchte, dann ist das ein schwerwiegender Eingriff ins Grundrecht. Deshalb braucht es auf hoher formeller Ebene eine Berechtigung, entsprechende Abklärungen anzuordnen. Nicht die Regierung, sondern die entsprechende Behörde, wohl der Hochschulrat, wird solche Zulassungsverweigerungen aussprechen. Das ist im Gesetz geregelt.
Was die Kosten betrifft: Es werden Ausnahmefälle sein. Wir müssen hier eine Bestimmung schaffen, damit wir den Einzelfall nicht regeln müssen, aber im Gesetz die Handhabe haben, entsprechend handeln zu können, wenn ein Verdacht besteht. Die Kostenfolge ist vernachlässigbar, weil es sich um Einzelfälle handeln wird.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Bildungskommission zu.

3. Abschnitt «Promotion» und 4. Abschnitt «Rechtspflege»
Keine Wortmeldungen.

5. Abschnitt «Übergangs- und Schlussbestimmungen»
§ 35 Abs. 3

Die **Vorsitzende** verweist auf den Antrag der Bildungskommission, den Passus «des Jahres 2012» zu streichen. Stawiko und Regierungsrat schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag der Bildungskommission stillschweigend einverstanden.

Keine weiteren Wortmeldungen. Es folgt eine 2. Lesung.

TRAKTANDUM 10 (eingeschoben)
Wahlen

Die **Vorsitzende** begrüsst die Gäste aus Hünenberg und Baar, die wegen der Wahlen gekommen sind, und heisst sie herzlich willkommen. Sie macht darauf aufmerksam, dass eine Wahl nach der andern durchgeführt wird, Schritt um Schritt, alles in Würde. Zwischen den Wahlgängen ist mit Wartezeiten zu rechnen, bis die Stimmenzähler ihre Arbeit erledigt haben.
Anschliessend liest sie die entscheidenden Passagen der Geschäftsordnung vor, nämlich § 67 Abs. 1 und 2, § 69 und § 70 Abs. 1. Dann schreitet der Rat zu den Wahlen.

594 Traktandum 10.1: **Wahl der Kantonsratspräsidentin oder des Kantonsratspräsidenten**

Markus Jans hält namens der SP-Fraktion fest, dass vor einem Jahr Hubert Schuler zum Vizepräsidenten des Kantonsrats gewählt wurde. Er schlägt vor Hubert Schuler heute zum Kantonsratspräsidenten zu wählen.

Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Die **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass gemäss § 40 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Kantonsrats zur Präsidentin oder zum Präsidenten gewählt werden kann, dies für die Dauer von zwei Jahren. Wahlzettel mit anderen Personen sind gemäss § 69 Abs. 1 Ziff. 3 der Geschäftsordnung nicht gültig.

Usanzgemäss verlässt der Kandidat freiwillig den Saal und wählt nicht für sich selber. Dann werden die Wahlzettel ausgeteilt, ausgefüllt und wieder eingesammelt. Die Auszählung erfolgt im Kantonsratssaal, wenn nötig unter Hilfeleistung durch den Landschreiber und den Standesweibel.

Der Kandidat betritt den Saal wieder. Die **Kantonsratspräsidentin** gibt das Resultat bekannt:

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
77	77	14	18	45	23

Die Vorsitzende korrigiert diese Angaben nachträglich wie folgt:

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
77	77	14	0	63	32

Stimmen haben erhalten:

	Anzahl Stimmen
Hubert Schuler	45
Eusebius Spescha	2
Markus Jans	2
Alois Gössi	4
Moritz Schmid	3
Manuel Brandenberg	2
Franz Hürlimann	2
Martin Stuber	3

➔ Gewählt ist mit 45 Stimmen Hubert Schuler.

(Der Rat applaudiert. Kantonsrätin Barbara Gysel überreicht dem neu gewählten Kantonsratspräsidenten einen Blumenstrauss.)

Huber Schuler: Sie haben mich zum Kantonsratspräsidenten gewählt. Damit haben Sie mir das Vertrauen ausgesprochen, und dafür bedanke ich mich herzlich bei Ihnen und freue mich auf dieses herausfordernde und anspruchsvolle Amt des höchsten Zugers.
«Man muss Menschen zuhören!» Mit diesem Leitgedanken will ich die nächsten zwei Jahren mein Amt gestalten. Zuhören sollen wir als Politikerinnen und Politiker nicht nur im Ratssaal. Auch an Kommissionssitzungen, bei Veranstaltungen und im Kontakt mit der Bevölkerung. Gut zuhören braucht Vorbereitung durch Studium der Kantonsratsvorlagen, Recherchieren für eigene Vorstösse, Austausch mit Gleichgesinnten und Andersdenkenden. Dies leisten Sie alle in unserem Milizsystem in der Freizeit und neben ihrem Beruf. Dieser Einsatz für die Allgemeinheit ist nicht selbstverständlich, und dafür danke ich euch.
Mit der Wahl zum Kantonsratspräsidenten beginnt für mich ab heute eine neue, spannende Herausforderung. In meiner bisherigen politischen Arbeit habe ich mich stets für Transparenz, Offenheit, Ehrlichkeit und nachvollziehbare Entscheidungen eingesetzt. Wenn unser Milizsystem von der breiten Bevölkerung verstanden und getragen werden soll, müssen die oben aufgeführten Attribute umgesetzt werden. Meine berufliche Tätigkeit als Sozialarbeiter hilft mir dabei entscheidend. Ich kann gut auf Menschen zugehen, mit ihnen Gespräche führen, ihnen zuhören und ihre Sorgen und Anliegen verstehen. Mit meiner persönlichen und offenen politischen Art will ich auch ein Kantonsratspräsident sein, den man spürt und der auch greifbar ist für das ganze Volk.
In meinen Präsidialjahren setzte ich mich vor allem dafür ein, dass unser Kanton auch weiterhin lebenswert ist. Unser Kanton soll für Familien, Kinder, Junge, die älter werdende Generation, aber auch für Wirtschaft und Arbeitswelt attraktiv sein. Viele Themen müssen wir gemeinsam lösen, um die Zukunft anzupacken. Hier denke ich insbesondere an Themen wie die gesellschaftliche Veränderung, die wirtschaftliche Entwicklung, die Finanzierung der Infrastrukturen, das Wohnen für die Bevölkerung aus allen Schichten. So darf der stetige Wachstumszwang nicht

einfach weniger gut qualifizierte Arbeitsplätze oder günstigen Wohnraum wegrationalisieren.
Das steigende Tempo ist überall spür- und messbar, ob in unserem Ratsbetrieb, in der täglichen Arbeit, in der Wirtschaft oder in der Familie. Diese Temposteigerung ist für den Menschen nicht nur gut. Oft muss es schnell gehen – dies kann zu unqualifizierten Entscheidungen führen, welche wiederum medial aufgezeigt werden. Ich fordere sie auf, wieder vermehrt zuzuhören und für die Diskussionen genügend Zeit zu lassen bevor dann der wohlüberlegte Entscheid gefällt wird.
Ein anderes wichtiges Thema ist die gesellschaftliche Entwicklung des Individualismus, teilweise der überbordenden Egoismen und die stetigen persönlichen Optimierungen. Menschenfreundliche Werte und humanistische Haltungen müssen wieder mehr in den Mittelpunkt des Denkens und Handelns gerückt werden. In der heutigen Gesellschaft mit der zunehmenden Verschärfung der Ellbogengesellschaft droht die Humanität an den Rand gedrängt und nur noch als Floskel verwendet zu werden. Die heutige Haltung einer Multiegoistengesellschaft soll so umgestaltet werden, dass unser Gestaltungsraum nicht nur zum Nutzen der Individuen, sondern als Ganzes wahrgenommen werden kann.
Politik ist eine Gesellschaftsaufgabe, und wir müssen für die anstehenden Aufgaben gemeinsam in Respekt und Achtung Lösungen finden. Dieser Aufgabe sind wir als gewählte Volksvertreterinnen und Vertreter verpflichtet.
Zum Schluss will ich danken. Als Erstes danke ich der scheidenden Präsidentin Vreni Wicki für ihren Einsatz zugunsten unseres Kantons. Sie hat den Rat sachlich, rechtlich korrekt und menschlich geleitet. Das Arbeitsklima hier vorne auf dem «Bock» und im Ratsbüro war immer kollegial.
Zum Zweiten danke ich der Staatskanzlei für den tollen Einsatz für das Präsidium. Mit diesem Einsatz ist es möglich, dass die Aufgaben des Kantonsratspräsidiums im Milizsystem bewältigt werden können.
Danke sagen will ich auch meiner Familie, insbesondere meiner Frau Brigitte, meinen Mitarbeitenden, Freunden und allen, die mich mittragen und bereit sind, mir ab und zu ein kritisches Feedback zu geben. Ich wünsche uns allen zwei spannende und erfolgreiche Jahre. Für die Festtage wünsche ich jetzt schon Ihnen und Ihren Familien alles Gute und *es guets Neus*.
Ich erkläre die Annahme der Wahl.

Für **Regula Hürlimann,** Gemeindepräsidentin von Hünenberg, ist es eine Freude und eine Ehre, bei den ersten Gratulanten zu sein. Sie ist zusammen mit Gemeindeschreiber Guido Wetli und Gemeindeweibel Beat Luthiger vom Ennetsee angereist, um zu gratulieren und natürlich ein Geschenk zu bringen. Das Amt des Kantonsratspräsidenten ist anspruchsvoll, und man muss über viele Eigenschaften verfügen, um allen Ansprüchen gerecht zu werden. Der Präsident hat unter anderem die Aufgabe, zu führen und zu repräsentieren, nicht in erster Linie zu politisieren. Dass Du, lieber Hubi, das Zeug dazu hast, davon sind wir überzeugt, und Du wirst in den kommenden zwei Jahren auch Deine Skeptiker noch überzeugen.
Für eine optimale Amtsführung ist eine top Verpflegung matchentscheidend. Wie das Parlament vor wichtigen Entscheiden, so hat auch die Gemeindepräsidentin eine Lagebeurteilung gemacht, mit einer kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmenplanung. Die kurzfristige Verpflegung geht über den Magen, und mit vollem Magen sind wir generell genügsamer, können besser zuhören und bessere Lösungen finden. Aber auch eine mittel- und langfristige Verpflegung ist während diesen zwei Jahren unerlässlich – die Gemeindepräsidentin denkt hier an den Kopf, an die Seele und an die Gesundheit. Sie will heute aber nur den ersten Teil abhandeln, der zweite Teil folgt morgen.

Für die kurzfristige Verpflegung hat sie dem neuen Kantonsratspräsidenten eine Wegzehrung mitgebracht. Die erste Idee war, unseren Dorfmetzger zu berücksichtigen, doch dann kam die Erleuchtung, dass der Beschenkte ja Vegetarier ist. Der Metzger hat aber auch gute vegetarische Produkte.

(Die Gemeindepräsidentin überreicht dem neugewählten Kantonsratspräsidenten eine «Wegzehrung» mit verschiedenen lokalen, vegetarischen Produkten und Getränken. Der Rat applaudiert.)

Die Gemeindepräsidentin freut sich, alle Angemeldeten morgen in Hünenberg zu begrüssen. Wer sich noch nicht angemeldet hat und das jetzt bedauert, kann das noch nachholen – wir sind sehr flexibel.
Die Gemeindepräsidentin hat auch für das Parlament etwas für den Magen mitgebracht – die Sitzung geht ja am Nachmittag noch weiter. Es ist ein Plastiksack aus Hünenberg, der für jeden etwas enthält, um am Nachmittag gute kurz-, mittel- und langfristige Entscheide zu fällen. Sie wünscht dem Rat eine gute Sitzung.

Die **Vorsitzende** dankt der Delegation aus Hünenberg und ist froh, wenn ihr Nachfolger genügend Kalorien auftanken kann.

595 Traktandum 10.2: **Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Kantonsrats**

Karl Nussbaumer schlägt namens der SVP-Fraktion Moritz Schmid als Vizepräsidenten des Kantonsrats vor. Moritz Schmid wurde von der SVP-Fraktion einstimmig nominiert. Er ist seit dem 1. Januar 1999 im Kantonsrat und seit acht Jahren Fraktionschef. Dieses Amt führt er gewissenhaft und mit grosser Freude aus. Seit fünf Jahren amtet er auch als Doyen der Fraktionschefs. Da Moritz Schmid sein Arbeitspensum reduziert hat und noch rund 50 Prozent arbeitet, ist die SVP-Fraktion überzeugt, dass er die nötige Zeit für das Vizepräsidium aufbringen kann und wird.
Gemäss Turnus ist die SVP an der Reihe, das Vizepräsidium zu stellen. Der Votant bittet den Rat deshalb, Moritz Schmid die Stimme zu geben.

Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Der Kandidat verlässt freiwillig den Saal. Die Wahlzettel werden ausgeteilt, ausgefüllt und wieder eingesammelt. Nach der Auszählung betritt der Kandidat den Saal wieder, und die **Vorsitzende** gibt das Resultat bekannt:

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
77	77	6	1	70	36

Stimmen haben erhalten:

	Anzahl Stimmen
Moritz Schmid	65
Karl Nussbaumer	2
Oliver Wandfluh	1
Walter Birrer	1
Andreas Hürlimann	1

➔ Gewählt ist mit 65 Stimmen Moritz Schmid.

(Der Rat applaudiert.)

Moritz Schmid dankt herzlich für die Wahl zum Vizepräsidenten des Kantonsrats. Das Amt wird für ihn, für seine Familie und seine Partei eine grosse Ehre und Herausforderung sein. Er wird bemüht sein, sein neues Amt objektiv und neutral wahrzunehmen.
Der Sprechende gratuliert Huber Schuler im Namen der SVP-Fraktion zur Wahl zum neuen Kantonsratspräsidenten. Er freut sich auf eine angenehme Zusammenarbeit mit ihm.

(Der Rat aplaudiert.)

Traktandum 10.3: **Wahl von zwei Stimmenzählerinnen bzw. Stimmenzählern des Kantonsrats**

Die **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass die Kandidaturen von den vorherigen Wahlen abhängen: Stimmenzählende sollen nicht derselben Fraktion angehören wie das Präsidium und das Vizepräsidium. Aufgrund von § 67 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrates beantragt die Vorsitzende eine Einzel- und nicht eine Listenabstimmung.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Für die folgenden zwei Wahlen sind gemäss § 9 Satz 2 der Geschäftsordnung vorgängig zwei Ersatzstimmenzählende zu wählen. Die **Vorsitzende** macht beliebt, dies usanzgemäss in offener und mutmasslich sogar stiller Wahl zu tun. Sie schlägt die zwei Sportchefs Anna Bieri und Zari Dzaferi vor – jung, schnell, dynamisch. Die Vorgeschlagenen nehmen eine allfällige Wahl an.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass sie FDP-Fraktion Beat Sieber zur Wiederwahl und die CVP-Fraktion Franz-Peter Iten zur Wahl als Stimmenzähler beantragen. Es werden keine weiteren Anträge gestellt.

Andreas Nussbaumer gratuliert vorerst im Namen der CVP-Fraktion dem neuen Kantonsratspräsidenten zu seiner ehrenvollen Wahl und wünscht ihm viel Freude und Erfolg in seinem Amt als höchster Zuger. Ebenso gratuliert er Moritz Schmid zur Wahl als Vizepräsident.
Die CVP-Fraktion schlägt – wie schon gesagt – Franz-Peter Iten als neuen Stimmenzähler vor. Der Vorgeschlagene ist seit 2002 Mitglied des Kantonsrats und mit den Abläufen bestens vertraut.

Die Kandidierenden verlassen freiwillig den Saal. Die Wahlzettel werden ausgeteilt, ausgefüllt und wieder eingesammelt. Nach der Auszählung durch die Ersatzstimmenzählenden betreten die Kandidierenden den Saal wieder, und die **Vorsitzende** gibt die Resultate bekannt:

596 Wahl des 1. Stimmenzählers

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
77	76	1	0	75	38

Stimmen haben erhalten:

	Anzahl Stimmen
Beat Sieber	72
Franz-Peter Iten	1
Anna Bieri	1
Daniel Abt	1

➔ Gewählt ist mit 72 Stimmen Beat Sieber.

597 Wahl des 2. Stimmenzählers

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
77	76	2	1	73	37

Stimmen haben erhalten:

	Anzahl Stimmen
Franz-Peter Iten	63
Beat Sieber	1
Monika Barmet	1
Beat Iten	1
Thiemo Hächler	1
Anna Bieri	3
Zari Dzaferi	3

➔ Gewählt ist mit 63 Stimmen Franz-Peter Iten.

Die Vorsitzende gratuliert den Gewählten herzlich.

(Der Rat applaudiert.)

598 Traktandum 10.4: **Wahl der Frau Landammann oder des Landammanns**

Andreas Hausheer empfiehlt namens der CVP-Fraktion, Sicherheitsdirektor Beat Villiger als Landammann für die nächsten zwei Jahre zu wählen. Beat Villiger wurde vor sechs Jahren in den Regierungsrat gewählt, und vor zwei Jahren hat ihm der Kantonsrat sein Vertrauen als Statthalter ausgesprochen. Der Votant dankt dem Rat, wenn er Beat Villiger heute auch das Vertrauen als Landammann ausspricht und seine Wahl unterstützt.

Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Die **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 46 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Regierungsrats für die Dauer von

zwei Jahren zum Landammann gewählt werden kann. Wird auf einen Wahlzettel ein anderer Name aufgeschrieben, ist dieser Wahlzettel gemäss § 69 Abs. 1 Ziff. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrates ungültig.

Der Kandidat verlässt freiwillig den Saal. Die Wahlzettel werden ausgeteilt, ausgefüllt und wieder eingesammelt. Nach der Auszählung betritt der Kandidat den Saal wieder, und die **Vorsitzende** gibt das Resultat bekannt:

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
77	77	9	1	67	34

Stimmen haben erhalten:

	Anzahl Stimmen
Beat Villiger	59
Heinz Tännler	2
Urs Hürlimann	3
Manuela Weichelt-Picard	1
Peter Hegglin	2

➔ Gewählt ist mit 59 Stimmen Beat Villiger.

(Der Rat applaudiert. Der neugewählte Landammann erhält einen Blumenstrauss überreicht.)

Beat Villiger dankt für die ehrenvolle Wahl zum Landammann und für das Vertrauen, das in der Politik nicht immer so ganz selbstverständlich ist. Er dankt Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky für die Ausübung ihres Amtes in den letzten zwei Jahren sowie Landammann Matthias Michel, der sein Amt ebenfalls würdevoll ausgeübt hat. Er gratuliert auch dem neuen Kantonsratspräsidenten Huber Schuler und dem neuen Vizepräsidenten Moritz Schmid zu ihrer Wahl.
Der neugewählte Landammann fühlt sich durch diese Wahl sehr geehrt. Es ist keine Selbstverständlichkeit, wenn man als «Ausserkantonaler» mit dem Amt des Landammanns betraut wird – das zeigt einmal mehr die Integrationsfähigkeit dieses Kantons. Als gebürtiger Sinser ist er aber ein Zuger – und dies aus Überzeugung und im Herzen
Gleichwohl ist diese Wahl nicht überraschend gekommen. Das hat nichts mit der Person des Neugewählten zu tun, denn meistens wird der Statthalter ja zum Landammann gewählt. Diese Berechenbarkeit zeichnet auch unseren Staat aus, dessen Vertreter wir alle sind. Manchmal geht im politischen Alltag der Blick auf das Grundsätzliche vergessen. Täglich erreichen uns Bilder aus autoritären Staaten. Es stimmt uns nachdenklich, dass die Menschen dort im Kampf für eine demokratische Gesellschaft ihr Leben riskieren müssen. Wir haben die Demokratie, wir leben sie, wir können stolz sein auf sie, aber wir müssen zu ihr auch Sorge tragen. Denn die Verlässlichkeit unserer politischen Institutionen ist Garant für Stabilität und Wohlstand.
Als blühender Kleinstaat stehen wir in ständigem Austausch mit anderen Kantonen und mit dem Bund. Diese Zusammenarbeit wird sich in den kommenden Jahren auf vielen Ebenen noch verstärken. Sie bringt nicht nur tragfähige Lösungen hervor, die Kooperation unter Kantonen und mit dem Bund ist vor allem auch sehr wichtig, wenn die Kantone ihre Souveränität behalten und nicht immer mehr zu Befehls-

empfängern des Bundes werden wollen. Unsere Fähigkeit zum Dialog hat sich bewährt und beweist, dass nicht das Hinterste und Letzte geregelt werden muss. Wenn wir diese Freiheit und diese Freiräume behalten und erhalten wollen, muss die Politik dies auch mit Taten unterstreichen und vor allem die Regelungsdichte nicht immer weiter vorantreiben. Auch hier: Mit Zug einen Schritt voraus.
Die Gefahr, die Bodenhaftung zu verlieren, sieht der neugewählte Landammann nicht. Die Bevölkerung ist uns ja nahe, wir sind ein Teil davon. Darum hat Beat Villiger sich vorgenommen, als Landammann ganz bewusst weiterhin unter die Leute zu gehen, auch ab und zu an Stammtischen teilzunehmen. Den Kontakt zu den Menschen will er auch pflegen, um sich selbst und die Bevölkerung daran zu erinnern, dass die Politik das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger zur Aufgabe hat. Für den Dienst an der Bevölkerung werden wir gewählt – oder wie Cicero es sagte: «Der Staatsdienst muss zum Nutzen dieser geführt werden, die ihm anvertraut werden, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist.»
Wenn wir uns als Politiker engagieren, dann nicht nur in diesem Saal. Wir sind auch Politiker, wenn wir am Einkaufen sind, unseren Beruf ausüben oder uns in Vereinen betätigen. Wir alle sind die Aussenminister unseres demokratischen Systems, unserer demokratischen Überzeugung. Das wollen wir beibehalten.
Dem neugewählten Landammann wurde soeben die Aufgabe übertragen, für die kommenden zwei Jahre auf diesem Weg voranzugehen. Er nimmt die Wahl mit Freude an.

(Der Rat applaudiert.)

Der Baarer Gemeindepräsident **Andreas Hotz,** selber ehemaliges Mitglied des Kantonsrats und Fraktionschef, betont, dass man auch in turbulenten Zeiten – oder dann erst recht – Feste feiern soll, wie sie fallen, und Glückwünsche überbringen soll, wo sie angebracht sind. Er dankt dem Parlament für die Möglichkeit, dem Baarer Beat Villiger zur glanzvollen Wahl zum Landammann herzlich zu gratulieren. Gleichzeitig hofft er, dass sein Kurzauftritt nicht als Akt provinzieller Selbstüberschätzung betrachtet wird, sondern als Ausdruck purer Freude und Begeisterung ob der der Gemeinde Baar zugekommenen Ehre.
Vor einigen Minuten hat der Rat den aus dem weit abliegenden Sins herkommenden, somit immigrierten und nur dank aufwändiger Integrationsmassnahmen zwischenzeitlich auch in Baar assimilierten Mitbewohner Beat Villiger für die Jahre 2013/14 zum Landammann des Kantons Zug gewählt. Mit dieser Wahl ehrt der Rat nicht nur den ehemaligen Gemeindeschreiber von Baar selbst, sondern auch seine Familie und seinen in der Zwischenzeit klar definierten Lebensmittelpunkt Baar. Im Namen des heute vom ehemaligen, nach wie vor bestaussehenden Standesweibel Paul Langenegger und vom Redner selbst repräsentierten Gemeinderates von Baar, vor allem aber auch im Namen der Bevölkerung von alt fry Baar gratuliert er dem Neugewählten von ganzem Herzen zur Landammannwahl. Er wünscht ihm bei der Führung und Repräsentierung der Zuger Kantonsregierung eine glückliche Hand, viel Durchhaltevermögen, Rückgrat und nicht zuletzt eine Menge Spass und Freude.
Es ist für den Baarer Gemeindepräsidenten auch eine Ehre, dem langjährigen Gemeinde-Mitarbeiter Hubert Schuler zur Wahl als Kantonsratspräsident herzlich zu gratulieren, Auch ihm wünscht er eine erfolgreiche, spannende Zeit und ein diszipliniertes, möglichst gut vorbereitetes Parlament. Er ruft die Ratsmitglieder auf, den heutigen Baarer Tag im Zuger Rat zu geniessen.

(Der Rat applaudiert. Die Delegation aus Baar überreicht den zwei neu Gewählten einen kleinen Gruss in Form eines «süssen Strausses».)

599 Traktandum 10.5: **Wahl der Statthalterin oder des Statthalters**

Namens der SVP-Fraktion gratuliert **Moritz Schmid** vorerst Beat Villiger zu seiner ehrenvollen Wahl zum Zuger Landammann. Im Namen seiner Fraktion schlägt er Regierungsrat Heinz Tännler als Statthalter für die Jahre 2013/14 vor. Der Vorgeschlagene wohnt in der Stadtgemeinde Zug und ist seit sechs Jahren im Regierungsrat. Vor einem beruflichen Abstecher ausserhalb des Kantons politisierte er einige Jahre im Zuger Parlament. Er hat die Zuger Politik bestens kennengelernt.
Der Redner bittet den Rat, Heinz Tännler zum Statthalter zu wählen und dankt für die Unterstützung.

Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Die **Vorsitzende** hält fest, dass nur ein Mitglied des Regierungsrats zum Statthalter gewählt werden kann.

Der Kandidat verlässt den Saal. Die Wahlzettel werden ausgeteilt, ausgefüllt und wieder eingesammelt. Nach der Auszählung betritt der Kandidat den Saal wieder, und die **Vorsitzende** gibt das Resultat bekannt:

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
75	75	3	0	72	37

Stimmen haben erhalten:

	Anzahl Stimmen
Heinz Tännler	69
Peter Hegglin	1
Manuela Weichelt-Picard	2

➔ Gewählt ist mit 69 Stimmen Heinz Tännler.

(Der Rat applaudiert.)

Heinz Tännler dankt herzlich für die ehrenvolle Wahl. Er nimmt die Wahl an.
Eine Wahl ist ein Zeichen der Anerkennung, bekanntlich bringt Würde aber auch Bürde mit sich. Wer sich einer Wahl stellt, tut deshalb gut daran, die Zusatzbelastungen der künftigen Charge abzuklären und einzukalkulieren. Das ist im Falle einer Statthalternomination nicht ganz einfach. Niemand weiss nämlich so ganz genau, was es mit diesem Amt auf sich hat. Man spricht von Stellvertretung, andere sagen, es gehe in den zwei Amtsjahren vor allem darum, das Repräsentieren als Landammann einzuüben, sprich: Rhetorik zu schulen oder die Hüften für den Foxtrott zu lockern.
Solche Auskünfte konnten den Redner als pflichtbewussten Statthalterkandidaten allerdings nicht befriedigen. Er hat deshalb das getan, was Ratsuchende heute immer tun: Sie wenden sich vertrauensvoll an Wikipedia, die verlässliche Quelle jeder Schülerarbeit. Und das elektronische Superhirn wusste auch in diesem Fall Bescheid. Mit geschwellter Brust konnte der Sprechende lesen, dass die Anfänge des Statthalterwesens bis in die Antike zurückreichen, zu den Römern und sogar zu den alten Persern, welche erstmals mit Statthalter operierten. Der Statthalter war damals ein Verwalter für eine bestimmte Region, wo er stellvertretend für den jeweiligen König und mit weitreichenden Regierungsvollmachten ausgestattet Ver-

waltungsaufgaben wahrnahm. Er war also ein mächtiger Mensch, dem sogar ein Heer zur Seite gestellt wurde, um seine Aufgaben erfolgreich durchzusetzen.
Was heisst das nun für die Wahl des Sprechenden? Wird er von König Beat in die Zuger Provinzen entsendet, um den Zehnten einzutreiben? Oder wird er den Auftrag erhalten, selbstherrliche Dorfkönige zur Staatsräson zu bringen – was in zwei Fällen nun automatisch vonstatten gegangen ist? Und wird man ihm eine Kavallerie zur Seite stellen, damit er bei bockigen Gemeindebehörden den Steinbrück machen kann? Nein, natürlich nicht. Das Zuger Statthaltermodell ist nicht mit dem antiken Vorbild zu vergleichen. Es ist gewissermassen eine Bonsai-Version für Kleinstkantone. Der Amtsinhaber wird nur mit überschaubaren Mitteln ausgestattet, ohne grössere Machtbefugnisse und selbstverständlich ohne militärischen Begleitservice.
In diesem Sinne nimmt Heinz Tännler die neue Funktion gerne an und schliesst mit drei Punkten: Erstens wird Landamman Beat Villiger natürlich immer auf seine volle Unterstützung zählen können; zweitens wünscht er dem Rat eine gute Weihnachtszeit, einen guten Rutsch ins neue Jahr und – drittens – gute Gesundheit.

(Der Rat applaudiert.)

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

40. Sitzung: Donnerstag, 13. Dezember 2012 (Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.30 – 17.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky, Zug

Protokoll
Beat Dittli

600 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Hans Christen, Silvia Thalmann, beide Zug; Roland von Burg, Hünenberg; Beda Schlumpf, Steinhausen.

TRAKTANDUM 2:
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

601 Traktandum 2.1: **Motion von André Wicki betreffend Beseitigung steuerlicher Begünstigung von Ausländerinnen und Ausländern durch die Besteuerung an der Quelle vom 28. November 2012 (Vorlage Nr. 2201.1 - 14203)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

602 Traktandum 2.2: **Motion der vorberatenden Kommission zum Integrationsgesetz betreffend obligatorische sprachliche Frühförderung vor dem Eintritt in den freiwilligen Kindergarten vom 30. November 2012 (Vorlage Nr. 2202.1 - 14204)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

603 Traktandum 2.3: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Anpassung der Sozialhilfe an das Notwendigste vom 3. Dezember 2012 (Vorlage Nr. 2205.1 - 14209)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

604 Traktandum 2.4: **Postulat von Daniel Stadlin betreffend Unterweisung von lebensrettenden Sofortmassnahmen an den öffentlichen Schulen vom 22. November 2012 (Vorlage Nr. 2199.1 - 14196)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag

605 Traktandum 2.5: **Postulat von Zari Dzaferi betreffend W-LAN und Stromanschlüsse im Kantonsratssaal vom 29. Nov. 2012 (Vorlage Nr. 2203.1 - 14207)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

606 Traktandum 2.6: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Tangente Zug-Baar (TZB) vom 26. November 2012 (Vorlage Nr. 2200.1 - 14199)**

Baudirektor **Heinz Tännler** beantwortet die Interpellation mündlich. Er verzichtet auf die einleitenden Bemerkungen und kommt direkt zu den Antworten.

• Zu Frage 1 («Bei der TZB handelte es sich ursprünglich um eine zweispurige Verbindungsstrasse mit einer Kapazität von etwa 20'000 Fahrzeugen. Beim Auflageprojekt wurde eine Hochleistungsstrasse mit einer Kapazität von mehr als 30'000 Fahrzeugen gezeigt. Wie begründet der Regierungsrat diese massive Erhöhung der Leistungsfähigkeit? Wie erklärt der Regierungsrat den Widerspruch zum Richtplan, welcher im Strassenverkehr eine angebotsorientierte Planung vorsieht?»): Die geplante Kantonsstrasse Tangente Zug/Baar weist an verschiedenen Stellen unterschiedliche Verkehrsbelastungen auf. Die grösste Belastung auf der gesamten Neubaustrecke ergibt sich laut Verkehrsgutachten auf dem Abschnitt zwischen den Knoten Industrie- und Rigistrasse. Dort beträgt der durchschnittliche tägliche Verkehr (DTV) nach der Eröffnung der Tangente 22'500 Fahrzeuge. Im Zusatzbericht des Regierungsrates vom 2. Dezember 2008 (Vorlage Nr. 1646.4/1694.2 - 12948) wird auf Seite 10 dargelegt, dass zu demselben Zeitpunkt im fraglichen Abschnitt mit einem DTV von 22'050 zu rechnen sei. Damit kann festgestellt werden, dass die Zunahme beim DTV zwischen dem Generellen Projekt und dem Bauprojekt lediglich 450 Fahrzeuge pro Tag beträgt. Diese Zunahme liegt durchaus im Toleranzbereich. Ein Widerspruch zwischen Generellem Projekt und Auflageprojekt ist nicht gegeben.
Einen DTV von 30'000 Fahrzeugen gibt es auf der Tangente nirgends. Die öffentlich aufgelegten Verkehrszahlen der Tangente haben auch Aussagen über die Verkehrsbelastung von Strassenstücken ausserhalb des Neubauprojektes enthalten. Aus dem öffentlich aufgelegten Datenmaterial ergibt sich ein einziger Streckenabschnitt mit einem DTV von 30'000 Fahrzeugen. Dieser Abschnitt erstreckt sich zwischen der Autobahnausfahrt Baar und dem Knoten Süd-/Weststrasse. Es sollte jedoch klar sein, dass dieser Strassenabschnitt nicht Bestandteil der Tangente Zug/Baar ist, sondern bereits Bestandteil der Nordzufahrt und des Ausbaus des Autobahnanschlusses Baar war.

• Zu Frage 2 («Die TZB wurde damit begründet, dass die Berggebiete eine direkte Anbindung an die Autobahn erhalten sollten. Im Auflageprojekt wird aber auch der grössere Teil der Verbindung in den Ortskern Baar über die TZB abgewickelt. Wie begründet der Regierungsrat diese Änderung? Wieso wird die Ägeristrasse, welche als Kantonsstrasse ausgelegt ist, dermassen stark entlastet und die Rigistrasse, welche gemäss Strassenreglement der Gemeinde Baar in diesem Bereich eine gemeindliche Sammelstrasse ist, dermassen massiv mehr belastet?»): Gemäss Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 26. Februar 2008 (Vorlage Nr. 1646.1 - 12640) hat die Tangente folgende Funktionen zu erfüllen (vgl. Seite 5): verbinden, erschliessen, entlasten, vernetzen. Damit steht fest, dass die neue Kantonsstrasse nicht nur den Berggemeinden eine direkte Verbindung zur Autobahn gewährleisten soll. Sie soll vielmehr auch die Gemeinden Zug und Baar miteinander verbinden und erschliessen und die Nord-Süd-Beziehungen sicherstellen.
Die Ägeristrasse soll mit der Eröffnung der Tangente zur Gemeindestrasse abgestuft werden. Sie hat keine dosierende Wirkung zu erfüllen. Der Anschluss Margel wird aus Sicherheitsgründen mit einer Lichtsignalanlage ausgerüstet. Die wesentliche Verkehrsentlastung ergibt sich auch ohne Dosierung bei der Lichtsignalanlage. Die Rigistrasse ist und bleibt als Sammelstrasse eine Gemeindestrasse. Sie wird für die Gebiete Sonnenweg, Leihgasse und Grund zur attraktiven Verbin-

dung zum übergeordneten Strassennetz, was nicht zuletzt auch ein Grund für die Verkehrszunahme auf der Rigistrasse ist und wesentlich zur Entlastung des Dorfkerns von Baar beiträgt.

• Zu Frage 3 («Wie will der Regierungsrat die Anwohner der Rigistrasse schützen? Wie will der Regierungsrat die Abnahme des Verkehrs der Rigistrasse innerhalb von Baar lösen? Wie will der Regierungsrat den Busverkehr auf der Rigistrasse gewährleisten?»): Wie soeben dargelegt, wird die Attraktivität der Rigistrasse als Sammelstrasse und Zubringer zum übergeordneten Strassennetz durch die Tangente gesteigert. Die Verkehrszunahme von heute 8'500 auf inskünftig 13'500 Fahrzeugen pro Tag ist beachtlich. Die Verkehrszunahme wird jedoch nicht während den Morgen- oder Abendspitzenstunden stattfinden. Die Morgenspitze nimmt von heute 790 Fahrzeugen auf 670 Einheiten pro Stunde im Jahr 2030 sogar ab, während die Abendspitze von heute 770 auf 900 Fahrzeugen leicht zunimmt. Das bedeutet, dass die Verkehrszunahme im Tagesverlauf stattfinden wird, was für den Busverkehr auf der Rigistrasse unproblematisch ist. Der Gemeinderat Baar hat zugesichert und ist mit einer Motion aufgefordert, mit Verkehrslenkungsmassnahmen auf seinem Strassennetz die Attraktivität der Rigistrasse zu drosseln. Unter Federführung der Gemeinde und in Zusammenarbeit mit dem Kanton werden die Anliegen der Motion derzeit intensiv geprüft. Es ist nun auch eine Interpellation auf dem Weg. Der Baudirektor hat auch mit dem Motionär Adrian Andermatt ein Gespräch geführt. Wir werden Lösungen präsentieren, mit welchen hier eine Entlastung erreicht wird. Es ist aber noch zu früh für Antworten, das wird Anfang des nächsten Jahres der Fall sein.

• Zu Frage 4 («Der Neubau der Brücke im Margel war nicht Teil des generellen Projekts und somit auch nicht Teil der Abstimmungsvorlage. Wie begründet der Regierungsrat diese zusätzliche Brücke? Inwiefern ist es rechtlich zulässig, eine zusätzliche Brücke, welche nicht Teil des bewilligten Baukredits war, trotzdem mit diesem Baukredit zu planen und zu bauen?»): Die Kantonsratsvorlage des Regierungsrats vom 26. Februar 2008 (Vorlage Nr. 1646.1 - 12640) ist eindeutig. Zur Margelbrücke vergleiche Seite 4 Abs. 4 («Mit einer Brücke soll die Ägeristrasse neu über den heute noch eingedolten Margelbach geführt und das einstmals aufgefüllte Bachtobel wiederum in seine frühere Form zurückgeführt werden») oder Seite 14 Abs. 2, Seite 16 Abs. 4 und Seite 18 Abs. 1. Und zur Renaturierung vergleiche Seite 29 Abs. 4 («Dank der Renaturierung der Fliessgewässer Grossacherbach, Margelbach, Mittelbach und Geissbüelbach werden charakteristische natürliche und gliedernde Landschaftselemente wiederhergestellt. Diese werten das Landschaftsbild im Umfeld der Strasse auf») oder weitere Verweise auf Seite 4 Abs. 4, Seite 14 Abs. 2, Seite 27 Abs. 5, Seite 30 Abs. 4 und Seite 31 Abs. 7. Daraus erhellt, dass sowohl die Margelbrücke als auch die Renaturierung des Margelbachs Bestandteil des Generellen Projektes sowie der Kreditvorlage waren.

• Zu Frage 5 («Hat der Regierungsrat die Auswirkungen des Brückenbaus auf das Quellwassergebiet Neuguet/St.-Martins-Quellen abgeklärt? Welche Massnahmen sind zum Schutz der Quellen vorgesehen? Zudem ist der heutige Bachdurchlass so konzipiert, dass vor dem Bachdurchlass ein grösserer Rückhalteraum besteht. Mit der neuen Brücke verschwindet dieser. Welche Massnahmen sind vorgesehen, um die unterliegenden Gebiete bei grösseren Regenfällen vor Überschwemmungen zu schützen?»): Das Entwässerungskonzept der Tangente Zug/Baar wird stark durch die Grundwasserfassung Sternen und die dazugehörigen Schutzzonen geprägt. Im Abschnitt Knoten Süd-/Weststrasse bis zum Knoten Rigistrasse ist die Verkehrs-

belastung so hoch, dass gemäss BAFU-Wegleitung (Gewässerschutz bei der Entwässerung von Verkehrswegen) das Strassenwasser zwingend gefasst und gereinigt werden muss.
Die St.-Martins-Quelle wird durch den Bau der Tangente nicht beeinträchtigt, da deren Einzugsgebiet oberhalb des Projektperimeters liegt. Trotzdem wird die Quelle während der Bauzeit sicherheitshalber überwacht.
Der Richtplan sieht die Einrichtung einer Radstrecke zwischen Margel und Talacher vor. Die Projektierung ist bereits im Gang. Die Realisierung ist im Rahmen des Strassenbauprogramms ab 2014 vorgesehen. Der damit verbundene Ausbau und die Sanierung der Ägeristrasse werden auch Massnahmen zum Schutz der St.-Martins-Quelle vorsehen.
Die Tangente hat ausserdem positive Auswirkungen auf den Margelbach. Das Strassenabwasser wird inskünftig nicht mehr in den Bach geleitet, sondern der Strassenabwasserbehandlungsanlage zugeführt, welche in die Lorze entwässert wird. Zudem führt diese Ableitung auch zu einer wesentlichen Entlastung des Margelbachs bei Starkregenereignissen. Unter Berücksichtigung des beschränkten Einzugsgebietes des Margelbachs kann eine Gefährdung des Siedlungsgebietes an der Weinbergstrasse ausgeschlossen werden.

• Zu Frage 6 («Wieso soll auf den Bau des Panoramawegs verzichtet werden?»): Die Grundeigentümerschaft hat sich insbesondere wegen den Nutzungseinschränkungen gegen den Bau des Panoramaweges ausgesprochen und den freihändigen Erwerb der notwendigen Rechte durch den Kanton verweigert. Der Baudirektor erwähnt als Klammerbemerkung, dass er sich in dieser Sache fast kaputt gearbeitet hat: Er hat sich eingesetzt für den Panoramaweg, aber es war eine sehr schwierige Geschichte – und es ist einfach nicht gegangen. Weil die Tangente Zug/Baar die Umweltverträglichkeit bereits ohne den Bau dieses Weges zu bestehen vermag, hätte der Kanton einen enteignungsrechtlichen Erwerb der notwendigen Wegdienstbarkeit kaum durchsetzen können. Die Zwangsvollstreckung hätte vor dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit nicht standgehalten. In der Folge musste der Kanton im Einvernehmen mit der Gemeinde Baar auf den Bau dieses Weges verzichten.
• Zu Frage 7 («Wieso wird der Fussweg beim Grossacherbach auf die südliche Seite des Bachs verlegt, obwohl der Fussweg damit unmittelbar neben die Strasse zu liegen kommt und noch unattraktiver und möglicherweise auch gefährlich wird?»): Die Gründe, welche zur Verlegung des Fussweges entlang des Grossacherbachs führten, sind ähnlich jenen, welche den Kanton zum Verzicht auf den Panoramaweg bewogen haben. Der Bau des Fussweges am ursprünglich geplanten Standort scheiterte ebenfalls am freihändigen Rechtserwerb. Trotzdem verkommt die neue Wegführung nicht zu einem Trottoir. Zwischen der neuen Strasse und dem Fussweg wird ein breiter Landstreifen verbleiben, der die Attraktivität des Weges steigert. Von einer Gefährdung der Fussgängerinnen und Fussgänger aufgrund der Verschiebung des Fussweges kann keine Rede sein.

Eusebius Spescha dankt dem Regierungsrat für die schnelle Beantwortung der Interpellation. Er spricht als Vertreter der SP-Fraktion, ist aber gleichzeitig auch Präsident der Grünen Lunge Zug-Baar. Der Transparenz halber hält er zudem fest, dass die Grüne Lunge Zug-Baar zusammen mit VCS und WWF Einsprache gegen die Tangente Zug/Baar gemacht hat. Inhalt der heutigen Diskussion ist aber nicht diese Einsprache, sondern die Grundsatzfrage, welche Bedeutung ein Generelles Projekt hat.

Wir halten an unserer Aussage fest, dass das aufgelegte Projekt erheblich vom Generellen Projekt abweicht, welches der Kantonsrat beschlossen hat und das auch die Grundlage für die Volksabstimmung bildete. Daran ändern auch die Antworten der Regierung nichts, auch wenn es einen einzelnen Punkt gibt, wo die Regierung Recht hat und unsere Feststellung falsch ist. Zu einzelnen Punkten halten wir Folgendes fest:

• Bei der TZB handelte es sich ursprünglich um eine zweispurige Verbindungsstrasse mit einer Kapazität von etwa 20'00 Fahrzeugen. Beim Auflageprojekt wurde eine Hochleistungsstrasse mit einer Kapazität von mehr als 30'000 Fahrzeugen gezeigt. Dass die errechneten ausgewiesenen Belastungen noch nicht bei 30'000 Fahrzeugen liegen, haben wir auch gesehen. Nur ist dies kein Trost. Die Realität wird nämlich sein, dass die Kapazitäten sehr schnell auch tatsächlich genutzt werden. Wenn wir wollen, dass 20'000 Fahrzeuge fahren, dann bauen wir eine Strasse, die 20'000 Fahrzeuge zulässt. Das ist angebotsorientierte Verkehrspolitik, wie dies der Richtplan verlangt. Wenn wir aber eine Strasse bauen, welche 30'000 Fahrzeuge zulässt, dann werden dort innert Kürze auch 30'000 fahren. Dann werden aber die Belastungen nicht mehr zumutbar sein. In allen Vorlagen des Regierungsrats zur TZB ist nirgends die Rede davon, dass deren Leistungsfähigkeit hoch sein soll. Erreicht wird diese Leistungsfähigkeit übrigens über den Knotenausbau.

• Zum Thema Ägeristrasse/Rigistrasse: Der Votant hat die Vorlagen 1646 (ursprünglicher Bericht und Zusatzbericht) nochmals intensiv studiert. Im ersten Bericht wurden für die Rigistrasse 4700 Fahrzeuge ausgewiesen, für die Ägeristrasse 3700. Im Zusatzbericht waren es dann 8700 für die Rigistrasse und 4500 für die Ägeristrasse. Im Auflageprojekt sind es 13'800 für die Rigistrasse und 2500 für die Ägeristrasse. Das macht doch schlicht und einfach keinen Sinn. Wieso soll aus der als Kantonsstrasse gebauten und entsprechend belastbaren Ägeristrasse eine Gemeindestrasse werden und dafür die Rigistrasse in diesem Ausmass belastet werden? Das war so nie Inhalt des TZB-Projektes. Wer vom Berggebiet in das Gewerbegebiet Baarermatt/Göbli oder auf die Autobahn will, soll die TZB nutzen. Wer aber in die Stadt Baar will, fährt doch vernünftigerweise über die Ägeristrasse. Dies muss unbedingt sichergestellt werden. Da sind die Gemeinde Baar und die Baudirektion gefordert, Lösungen zu finden. Diese Mehrbelastung der Anwohnenden im Bereich Rigistrasse ist nicht notwendig und muss deshalb gestoppt werden. Dass sich die Verkehrsbelastung auf den ganzen Tag verteilen soll, wird wohl auch kaum jemanden freuen, ganz sicher nicht die Eltern der Kindergärtner, welche davon betroffen sind. Dass der Busverkehr nicht beeinträchtigt sein soll, ist bei den aktuellen Strassenverhältnissen wohl auch nicht wirklich glaubhaft.

• Zum Thema Margel: Recht hat die Regierung, was den Neubau der Brücke im Margel betrifft. Diese war tatsächlich Teil des Generellen Projekts, wenn auch etwas verdeckt, weil in den Plänen der Vorlage fast nicht lesbar, aber im Text – wie vom Baudirektor richtig gesagt – ist sie tatsächlich klar und deutlich enthalten. Aber gerade deshalb irritiert es, wieso die Auswirkungen dieser Brücke in den Unterlagen bei der Planauflage so stiefmütterlich behandelt werden. Natürlich ist das eigentliche Quellgebiet oberhalb der Brücke. Für die Brücke müssen aber Abtragungen vorgenommen werden, welche durchaus Einfluss haben könnten. Dies sollte unseres Erachtens seriös untersucht werden. Dass die Strassenentwässerung so viel Wasser abnehmen wird, dass ein Starkregenereignis keine Gefährdung mehr darstellt, hören wir gerne. Wir hoffen nur, dass auch der Regen dies hört und sich an diese Vorgaben hält. Unsere diesbezügliche Skepsis bleibt.

• Zum Wegnetz: In den Vorlagen wurde ein attraktives Fusswegnetz versprochen. Im aktuellen Projekt wird der Panoramaweg, eine wichtige Fusswegverbindung, gänzlich gestrichen, der Fussweg entlang des Grossacherbachs deutlich verschlech-

tert. Wo die Regierung einen breiten Landstreifen sieht, haben wir auf den Plänen nicht gesehen. Auf den Sprecher jedenfalls wirkt der grössere Teil dieses Landstreifens eher magersüchtig. Selbst verständlich haben wir auch gesehen, dass die beteiligten Planer und Behörden gerade im Bereich Landschaft mit Sorgfalt geplant haben. Aber was nützt dies, wenn ein wichtiger Weg offenbar gar nicht gebaut werden kann und ein anderer Weg so nahe an die Strasse kommt, dass er extrem unattraktiv wird. Der Votant glaubt dem Baudirektor gerne, dass er sich mit Vehemenz für die Lösung des Landerwerbungsproblems engagiert hat. Das Unbefriedigende aber ist, dass wir halt trotzdem diese Wege am Schluss nicht so haben, wie wir sie eigentlich gerne hätten.
Insgesamt stellen wir fest, dass wir mit der Genehmigung des Generellen Projekts und des Baukredits ein Projekt auf den Weg geschickt haben, zu dem wir eigentlich nichts mehr sagen können, auch wenn es – zumindest aus unserer Sicht – einen Weg einschlägt, welcher nicht mehr den ursprünglichen Aussagen entspricht.

Anna Lustenberger legt ihre Interessenbindung dar: Sie ist Einwohnerin von Baar – und Baar hat dieses Projekt abgelehnt. Sie ist Mitglied der Grünen Lunge, aber nicht im Vorstand.
Es soll zügig vorangehen: Das Credo unseres Baudirektors kennen wir zwischenzeitlich alle bestens. Auch mit der Tangente Zug/Baar soll es zügig vorangehen, obwohl hier viele Fragen und Stolpersteine aufgetaucht sind. Aber diese beeindrucken anscheinend nicht. Nur so kann sich die Votantin die Aussage im «Zugerbieter» zu den eingegangenen Einsprachen erklären, dass man diese «binnen drei Monaten in trockenen Tüchern haben will».
Einiges ist im aufgelegten Projekt anders, als noch im Generellen Projekt aufgezeigt wurde. Verschiedene Leute und Gruppierungen wehren sich nun mit Einsprachen dagegen. Die vielen Einsprachen und die Vorstösse zeigen heute auf: Das Projekt ist schlecht geplant. Baarer und Baarerinnen wehren sich zum Beispiel gegen die neue Situation Rigistrasse. Und genau diese Frage wird in dem Sinn beantwortet, dass dieses Quartier durch die Anbindung ans übergeordnete Strassennetz für die Bewohner und Bewohnerinnen attraktiver werde, und das gäbe halt auch Mehrverkehr. Die Leute dort wollen das gar nicht. Sie wollen weniger Verkehr, sie sorgen sich um die Sicherheit ihrer Kinder, die dort zahlreich wohnen und die Rigistrasse auf dem Schulweg überqueren müssen. Sie haben keine Ambitionen, dass sie schneller auf dem übergeordneten Strassennetz sein müssen. Sie wollen ein Quartierleben.
Auf die Lösungsvorschläge der eingesetzten Projektgruppe, die sich dieses Themas annehmen wird, ist die Votantin sehr gespannt. Sie hat die Worte des Baudirektors vorhin wohl gehört, dass man Lösungen suchen möchte. Sie hat trotzdem Zweifel. Aus ihrer Sicht sollte diese Projektgruppe von einer neutralen Person geführt werden, also weder vom Baarer Bauchef noch von unserem Baudirektor. Statt Turbo ist jetzt Zuhören beim Volk gefragt. Der Baudirektor kann nicht einfach Beton und Strassenverkehr über Inwil und der Rigistrasse ausgiessen.
Anscheinend können Wege nicht gebaut oder nicht dort durchgeführt werden, wie dies gemäss Generellem Projekt hätte sein sollen. Die notwendigen Rechte konnten nicht erworben werden. Hätte dies nicht bereits vor der Abstimmung klar geregelt werden müssen?
Die AGF hat – wie alle wissen – Mühe mit Generellen Projekten. Auch dieses zeigt wieder auf, dass eine Aufteilung in einen Planungs- und einen späteren Baukredit eben durchaus Sinn machen würde. Genau die Fragen der Interpellation der SP, die 60 Einwendungen wären mit der eigentlichen Planung aufgedeckt worden. *Jetzt* wäre der Zeitpunkt für eine Abstimmung da. Die Argumente für eine seriöse Pla-

nung, dass dabei Zeit verloren gehe, halten definitiv nicht mehr. Das sieht man nun bei der Verzögerung des Projektes UCH, und auch die Tangente Baar/Zug wird vermutlich in absehbarer Zeit noch nicht gebaut werden können.
Aus Fehlern soll man lernen: Das erhoffen wir uns sehr für das Projekt Stadttunnel, denn allzu oft haben wir nun erfahren, dass man mit dem Slogan «Eile mit Weile» bedeutend besser gefahren wäre.

Karl Nussbaumer: Die mündliche Beantwortung der Interpellation der SP-Fraktion durch den Regierungsrat überzeugt. An sich bräuchte sie keine Ergänzungen mehr. Die Antworten des Regierungsrates lassen an Eindeutigkeit und Klarheit nichts zu wünschen übrig. Wie es für den Regierungsrat üblich ist, hat er die Fragen zuvorkommend und ohne irgendwelchen Unterton beantwortet.
Trotzdem muss der Votant sagen, dass er die Stossrichtung der Interpellation der SP-Fraktion keineswegs versteht. Der Regierungsrat und die kantonale Verwaltung werden mit Fragen eingedeckt, welche die SP-Fraktion ohne grossen Aufwand mit einem Blick in die Kantonsratsvorlage des Regierungsrates vom 26. Februar 2008 sowie in den Zusatzbericht vom 2. Dezember 2008 selbst hätte beantworten können. Mit Blick auf die Vorlagen des Regierungsrates stellt der Votant fest:
• dass es nirgends auf der Tangente einen DTV von 30'000 Fahrzeugen gibt;
• dass die neue Kantonsstrasse nicht nur den Berggemeinden eine direkte Verbindung zur Autobahn gewährleisten soll, sondern dass sie vielmehr auch die Gemeinden Zug und Baar miteinander verbinden und erschliessen soll.
• dass sowohl die Margelbrücke als auch die Renaturierung des Margelbachs Bestandteil des Generellen Projektes sowie der Kreditvorlage waren.
Der Votant fragt sich deshalb, wieso es dieser Interpellation der SP-Fraktion überhaupt bedarf. Er kann darauf keine schlüssige Antwort geben. Verkennt die SP-Fraktion vielleicht, dass das Generelle Projekt der TBZ vom Kantonsrat verabschiedet und der Kredit beschlossen ist? Oder will sie aus den Einsprachen Kredit schlagen? Das Zuger Stimmvolk hat bei einer Stimmbeteiligung von 61,8 Prozent diesem Kreditbeschluss mit einem Ja-Stimmenanteil von 59 Prozent zugestimmt hat. Was wollen Sie mehr, liebe Mitglieder der SP-Fraktion**.** Wo bleibt Ihr Demokratieverständnis?
Des Weiteren wissen wir aus dem von uns genehmigten Generellen Projekt, dass die neue Kantonsstrasse nicht nur Zug, Baar sowie – was den Votanten als Bergler besonders freut – die Berggemeinden direkt an die Autobahn anschliessen soll, sondern dass auch die Gemeinden Zug und Baar miteinander verbinden und damit die Nord-Süd-Beziehungen sicherstellen soll. Dadurch wird selbstverständlich die Attraktivität der Rigistrasse als Sammelstrasse und Zubringer zum übergeordneten Strassennetz gesteigert. Dies erklärt auch deren Verkehrszunahme. Aufgrund einer gemeindlichen Motion untersucht federführend der Gemeinderat von Baar in enger Zusammenarbeit mit der Baudirektion Möglichkeiten, die Rigistrasse teilweise vom Mehrverkehr zu entlasten. Das ist gut so. Alle, insbesondere auch die Motionäre müssen sich jedoch bewusst sein, dass der Verkehr auf der Rigistrasse hausgemacht ist. Optimierungen und Justierungen auf dem kommunalen Verkehrsnetz der Gemeinde Baar werden sicherlich möglich sein – mehr aber nicht. Am vom Kantonsrat genehmigten System der Tangente gibt es *nichts* mehr zu ändern. Auch das gehört nach Meinung des Votanten zum Demokratieverständnis.

Heini Schmid gibt einleitend seiner Freude Ausdruck, dass Eusebius Spescha sich sehr um Baar kümmert, war er doch massgeblich daran beteiligt, dass heute die Tangente Zug/Baar durch Baar geführt wird und nicht die Umfahrung von Zug realisiert wurde. In diesem Sinne kann es sich der Votant nicht verkneifen, auf eine ge-

wisse Scheinheiligkeit bei der Argumentation hinzuweisen. Aber immerhin: Es ist schön, wenn man sich um Baar kümmert.
Der Votant möchte klar dem Eindruck widersprechen, dass in Baar nur die Rigistrasse ein Thema ist. Selbstverständlich ehrt es Adrian Andermatt, dass er sich einsetzt für die Leute, die dort wohnen – der Votant selbst hat dort auch Liegenschaften und ist von der Tangente auch als Landeigentümer betroffen. Aber Baar besteht nicht nur aus der Rigistrasse. Wir haben das Problem, dass die Rigistrasse den Verkehr zwischen Inwil und Baar aufnehmen muss, was zwangsläufig zu einer gewisse Grundbelastung führt. Wenn man jetzt so tut, dass die Ägeristrasse nicht wesentlich entlastet werde, dann ist das falsch. Die CVP von Baar hat sich vehement dafür eingesetzt, weil wir gesehen haben, dass wir mindestens *ein* Quartier wesentlich vom Durchgangsverkehr entlasten können. Das können wir leider bei der Rigistrasse nicht, weil sie den Verkehr von Inwil her aufnehmen *muss.*
Es ist erstaunlich, dass die Parteien, die das Kammerprinzip und die Kanalisierung des Durchgangsverkehrs wollen, jetzt plötzlich so à la Deutsche, die den Flugverkehr überall hin exportieren wollen, den Verkehr über ganz Baar ausgiessen wollen. Wie sie das mit ihrem Grundcredo vereinbaren können, den Verkehr zu kanalisieren, ist völlig schleierhaft. Wir wollen in Baar, dass wenigstens *ein* Quartier wesentlich profitiert und nicht der ganze Verkehr wie bis anhin über alle Quartiere ergossen wird. In diesem Sinne halten wir Kurs. Wir wollen in Baar eine wesentliche Entlastung der Ägeristrasse und – damit verbunden – des Kerngebiets. Wir wollen insbesondere nicht den ganzen Verkehr des Kantons überall, sondern wir wollen Kammern ohne Durchgangsverkehr bilden, wie das modernen Verkehrskonzepten entspricht.

Eusebius Spescha hat bereits erwähnt, dass wir in einem Punkt eine Fehlaussage gemacht haben. Das betrifft die Brücke im Margel. Er wäre aber froh, wenn andere auch die Grösse hätten, zuzugestehen, dass gewisse Aussagen von heute so nie in der Vorlage gemacht wurden. Er hat die Vorlagen wirklich nochmals sehr gründlich studiert. Es gibt nirgends eine Aussage, dass über die Tangente Zug/Baar die Gemeinden Zug und Baar direkt verbunden werden sollen. Es gibt Aussagen zur Erschliessung des Gewerbegebiets etc., aber die andere Aussage ist dort nicht enthalten. Wenn man jetzt von Heini Schmid hört, dass es offenbar ein Konzept war bzw. noch immer ist, alles auf die Tangente und auf die Rigistrasse zu schieben, damit die Ägeristrasse massiv entlastet werden kann, dann ist das in dieser Deutlichkeit nie gesagt worden. Und das ist auch eine politische Diskussion wert.

Adrian Andermatt will nicht im Kantonsrat eine innergemeindliche Debatte führen. Die Aussagen von Heini Schmid sind aber schlicht falsch und müssen korrigiert werden. Im Rahmen des Projekts ist man von gewissen, von der Baudirektion zur Verfügung gestellten Verkehrszahlen ausgegangen. Man ging davon aus, dass der Verkehr auf der Rigistrasse ungefähr gleich bleibt, und unter dieser Prämisse hat man die Ägeristrasse entlastet. Gestützt auf dieses Projekt, das vom Kantonsrat und einem Grossteil der Bevölkerung abgesegnet wurde und das der Votant auch ganz klar akzeptiert, ist nun aber, wie man heute weiss, ein Projekt entstanden, welches andere Konsequenzen in Bezug auf den innergemeindlichen Verkehr in Baar hat. Die Ägeristrasse wird enorm viel mehr entlastet, als eigentlich vorgesehen war, und auch die Zugerstrasse wird stärker entlastet. Und da gibt es noch die Rigistrasse – der Votant ist Anwohner –, und die hat nun einfach Pech: Sie soll künftig nicht weniger, sondern etwa 40 Prozent mehr Verkehr haben.
Es ist deshalb absolut legitim, das Projekt, so wie es heute steht, nochmals kritisch in den Details zu hinterfragen und insbesondere zu fragen, wie der innergemeindliche Verkehr gelenkt werden kann, damit nicht eine so einseitige Belastung ent-

steht. Es geht nicht darum, den Verkehr in sämtlichen Quartierstrassen zu haben. Es wird aber verkannt, dass die Ägeristrasse eine Kantonsstrasse ist, ursprünglich gebaut, um Baar mit den Berggemeinden zu verbinden. Sie soll jetzt ein bisschen entlastet werden, weil ja die Tangente diese Funktion übernimmt. Das ändert aber nichts daran, dass die Ägeristrasse eine Kantonsstrasse ist.
Die Rigistrasse wurde ursprünglich als Erschliessungsstrasse für Inwil gebaut. Es geht nicht darum, dass sie den Verkehr zwischen Inwil und Baar nicht aufnehmen soll. Es geht vielmehr darum, dass nicht der ganze Verkehr über die Tangente kanalisiert wird und dann den Umweg über die Rigistrasse ins Dorf macht – jener Verkehr, der «natürlicherweise» die Ägeristrasse nehmen würde. Es geht nicht darum, sämtlichen Verkehr umzulotsen, sondern es geht auch darum – und das ist der wichtigste Punkt –, dass die Tangente das hält, was sie ursprünglich versprochen hat: Nämlich dass keiner der Baarer Tangentenzubringer mit Mehrverkehr belastet werde. Das ist auch die Stossrichtung der Baarer Motion, die nicht einfach vom Votanten stammt, sondern von sehr vielen Leuten als Mitmotionären unterzeichnet wurde. Und das ist auch der Inhalt der Interpellation, die der Votant heute zusammen mit anderen Baarer Kantonsräten eingereicht hat: Dass man noch so weit Justierungen an der Tangente vornimmt, dass der innergemeindliche Verkehr in Baar vernünftig gelenkt wird, und zwar im Rahmen dessen, was der Kanton 2009 versprochen hat, – nicht mehr, aber ganz sicher auch nicht weniger.

Daniel Thomas Burch dankt der Regierung für die rasche Beantwortung der Interpellation. Die Antworten der Regierung sind für den Votanten nachvollziehbar. Er versteht nicht, dass man Fragen aufwerfen kann, welche in der Vorlage ausgeführt worden sind. Es ist zu verstehen, dass nicht alle Freude haben an dieser Strasse, aber es geht jetzt darum, gemeinsam eine Lösung zu finden, um den Volkswillen umzusetzen und diese Strasse zu bauen. Mit Polemik kommen wir da nicht weiter. Wäre es für die Interpellanten, statt der Regierung den Vorwurf zu machen, sie komme da nicht weiter, vielleicht auch eine Möglichkeit, sich bei den Grundeigentümern einzusetzen, damit die gewünschten Wege gebaut werden könnten?

Baudirektor **Heinz Tännler** scheint es, dass mit der Diskussion wieder fundamental vorne begonnen wird. Das geht nicht. Wir haben in unserem Kanton verschiedene Interessen. Wir haben ein Bevölkerungswachstum und werden – auch wenn wir auf die Bremse stehen wollen – um 2030 bei 130'000 oder 135'000 Einwohnern sein. Und *jede het e Göppel* wenn nicht sogar zwei oder pro Familie drei und fährt auf den Strassen herum, obwohl wir den öffentlichen Verkehr *pushen* und unterstützen. Und wenn beim Sumpf eine Busspur gebaut werden soll, muss der Baudirektor sechs Monate lang mit dem Grundeigentümer diskutieren, bis eine Linie gefunden und die Busspur gebaut werden kann. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass Interessenkollisionen vorhanden sind.
Natürlich können wir Strassen auch *nicht* bauen und schauen, was dann mit dem Verkehr passiert. Dann haben wir ein Chaos in diesem Kanton, das gilt es festzuhalten. Wir haben, was den Individualverkehr betrifft, eine angebotsorientierte Verkehrspolitik, an welche wir uns mit den Projekten UCH, TBZ und Stadttunnel – die Nordstrasse ist schon gebaut – halten. Dann ist Ende der Durchsage. Aber diese Strassen *müssen* wir bauen, sonst haben wir ein Problem.
Zur Ablehnung in Baar: Man könnte jetzt meinen, in Baar seien fast alle gegen die Tangente gewesen. Die Differenz betrug 200 Personen; das Stimmenverhältnis war 3500 zu 3300, also sehr knapp. Der Kanton aber hat klar entschieden. Es wurde auch gesagt, die Einsprachen zeigten, dass das Projekt schlecht geplant sei. Das muss klar dementiert werden: Die Planung ist sehr gut, und die Beteiligten haben

es nicht verdient, von einer Kantonsrätin zu hören, die Planung sei schlecht. Sie arbeiten gut, sind Ingenieure, machen tolle Arbeit. Man muss auch wissen, dass in einem Generellen Projekt die Linie und die Knoten festgelegt werden, es braucht ein Normalprofil und eine Kostenschätzung. Davon sind wir nicht abgewichen. Wenn irgendwo noch Verflechtungsspuren eingebaut werden müssen, hat das mit einer Abweichung vom Generellen Projekt nichts zu tun.
Der Baudirektor hat die Einsprachen allesamt angeschaut. Es sind 55, und keine einzige ist fundamentaler Natur. Die Einsprachen richten sich also nicht gegen das Strassenprojekt als solches; es werden vielmehr einzelne Interessen vertreten, beispielsweise Lärmschutz, Kinder oder Sicherheit, die wir aufnehmen und bearbeiten müssen. Unser Rechtsstaat gibt die Möglichkeit für Einsprachen, auch damit wir zuhören, Anliegen aufnehmen – und schauen, dass das Projekt noch besser wird. Wenn es Einsprachen gibt, bedeutet das nicht, dass das Projekt oder die Planung schlecht sind.
Dass wir vom Generellen Projekt abgewichen seien, ist nicht der Fall. Auch juristisch gesehen sind wir nicht davon abgewichen in dem Sinne, dass nochmals die Meinung des Kantonsrats und des Volkes eingeholt werden müsste. Wir haben das Generelle Projekt mit dem Auflageprojekt eingehalten. Daran gibt es nichts zu rütteln.
Es scheint, dass die Rigistrasse das grosse Problem ist. Das wurde auch mit der Motion und anderen Vorstössen angesprochen. Es ist richtig, dass der DTV steigt. Man muss aber sehen, dass die Rigistrasse nur in einem ganz bestimmten Teil Richtung Inwil 13'500 Fahrzeuge DTV hat. Je näher wir zum Bühlplatz kommen, desto mehr sinkt der Verkehr. Das Problem ist die Attraktivität der Tangente. Der hausgemachte Verkehr geht auf die Tangente, was zu einer Zunahme des Verkehrs führt. Heute wird anders in dieses Quartier gefahren, nämlich von Norden her, nicht von Süden. Wenn die Tangente einmal steht, ist es attraktiver, von der Tangente her in das Quartier Rigistrasse zu fahren. Das führt zu dieser Zunahme des DTV. Wir nehmen dieses Problem aber auf, und werden Lösungen finden. Ob wir auf 9000 Fahrzeuge herunterkommen, ist eine andere Frage; wir können aber sicher noch gewisse Optimierungen vornehmen.
Der Baudirektor möchte nicht, dass die TBZ mit der UCH in Verbindung gebracht wird. Bei der UCH sind vielleicht Fehler gemacht worden. Der Baudirektor musste dieses Projekt durchstossen vor dem Volk, und die flankierenden Massnahmen wurden nicht diskutiert. Das wird jetzt nachgeholt, dieser Prozess wird sauber zu Ende geführt. Die UCH hat aber nichts mit der TBZ zu tun.
Es wurde in der Debatte gesagt, man könne jetzt nichts mehr sagen. Nun ja: Das Volk hat abgestimmt. Und nun verlangt die Grüne Lunge, die wir immer eingeladen und informiert haben, in ihrer Einsprache, in der Detailplanung und in der Ausführung eng mitbeteiligt zu werden und Entscheidungen treffen zu können – so hat es der Baudirektor gelesen. Aber irgendwo hört die Demokratie auf, muss Vertrauen in die Verwaltung und die Ausführenden gesetzt werden. Es kann nicht sein, dass das Volk über jeden Randstein und jeden Fussgängerstreifen entscheidet. Wir werden die Grüne Lunge weiterhin informieren und auf dem Laufenden halten, aber die Entscheidungen sind jetzt auf operativer Ebene zu fällen.

Eusebius Spescha möchte, dass es korrekt wiedergegeben wird: Die Grüne Lunge machte den vom Baudirektor erwähnten Vorschlag nicht in der Einsprache selber, sondern in einem ergänzenden Brief an die Baudirektion. Dort heisst es wörtlich: «Angesichts der Bedeutung, welchen den Massnahmen im Bereiche des Langsamverkehrs und der Natur und Landschaft zukommt, schlagen wir vor, für die nächsten Phasen der Planung und für die anschliessende Umsetzung eine Begleitgruppe zu

bilden, welche diese Arbeiten begleitet und mithilft, optimierte Lösungen zu finden. Die unterzeichnenden Organisationen sind auch bereit, mit geeigneten Persönlichkeiten in einer solchen Begleitgruppe mitzuwirken.» Das ist die explizite Formulierung. Wir haben in unseren Gesprächen immer gesagt, dass wir den Volksentscheid für die Tangente Zug/Baar akzeptieren. Wir machen keine Fundamentalopposition, weder mit Einsprachen noch mit diesem Begleitschreiben. Es ist der Versuch, in bestimmten Bereichen, wo tatsächlich noch Schwachstellen vorhanden sind, zu besseren Lösungen zu verhelfen. Es ist ein Angebot mitzuhelfen – und nichts anderes.

Baudirektor **Heinz Tännler** muss zugeben, dass er das nicht genau gelesen hat, und nimmt die letzte Kritik zurück.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat Kenntnisnahme beantragt.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

607 Traktandum 2.7: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Budgetkürzung 2013 beim Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz vom 30. November 2012 (Vorlage Nr. 2204.1 - 14208)**

Die Direktorin des Innern, **Manuela Weichelt-Picard,** beantwortet die Interpellation namens des Regierungsrats mündlich. Sie hält einleitend fest, dass CVP-Kantonsrat Pirmin Frei an der Budgetsitzung vom 29. November 2012 beantragte, das Globalbudget für das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (Budgetposition 1552) für 2013 sei auf die Höhe der Kantonsratsvorlage vom 5. April 2011 festzusetzen, d.h. auf 4'739'100 Franken abzüglich den Ertrag (Kostenbeteiligung der betreuten Personen) von 400'000 Franken. Aufgrund eines offensichtlichen Missverständnisses wurde beim Kürzungsantrag, der mit 39 zu 33 Stimmen gutgeheissen wurde, der für 2013 budgetierte Ertrag von Fr. 550'000 nicht berücksichtigt. Es ist davon auszugehen, dass dem Parlament nicht bewusst war, dass es damit das Budget auf einen Betrag kürzte, der deutlich unter dem im regierungsrätlichen Antrag von 2011 vorgesehenen Betrag liegt. Im Rahmen der Protokollgenehmigung an der Sitzung von Ende Januar 2013 wird Kantonsrat Pirmin Frei beantragen, dieses Missverständnis zu bereinigen.
Der Regierungsrat bedauert, dass zum Zeitpunkt der Ausarbeitung der Vorlage zum EG ZGB noch nicht ersichtlich war, dass die Fallzahlen bei den Mandatsführungen in den kommenden Jahren derart massiv ansteigen werden. Bei den Ausgaben für die Tätigkeit des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz handelt es sich um budgetmässig gebundene Ausgaben; deshalb ist der Spielraum der Legislative ausnahmsweise sehr gering (vgl. ausführlich Antwort zu Frage 5). Das Amt wird jedoch während des Jahres selbstverständlich laufend überprüfen, welche Ausgaben für die Aufgabenerfüllung zwingend notwendig sind.

• Zu Frage 1 («Kann der gesetzliche Auftrag gemäss EG ZGB der KESB, die der Kantonsrat zu Beginn des Jahres 2012 beschlossen hat, mit dem reduzierten Budget überhaupt umgesetzt werden?): Nein, der gesetzliche Auftrag könnte mit der massiven Kürzung nicht mehr umgesetzt werden. Der gesetzliche Auftrag des KES (KESB, unterstützende Dienste, Revisorat und Kanzlei, Mandatszentrum) besteht darin, das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht bundesrechtskonform anzuwenden und umzusetzen. Die Massnahmen, welche die KESB gestützt auf das ZGB anordnet, können vom Regierungsrat zahlenmässig nicht beeinflusst werden.

Für die Mandatsführung ist dabei als Qualitätskriterium eine maximale Anzahl von Fallzahlen zu definieren, welche von einer Beiständin, einem Beistand oder einem Vormund geführt werden. Gemäss der Praxisanleitung der Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz ist von einer Fallzahl von 60 bis maximal 80 pro 100 Prozent Mandatsführung auszugehen. Der Regierungsrat ist bei der Budgetierung für das Mandatszentrum von durchschnittlich 70 Mandaten pro 100 Stellenprozente Mandatsträger/in ausgegangen. Er hat damit keine Stellen auf Vorrat geschaffen und wird dies auch in Zukunft nicht tun.
Aufgrund der Budgetdebatte wird die Zahl auf durchschnittlich 80 Fälle pro 100 Prozent Mandatsführung im Sinne einer Maximalgrenze erhöht und darf nicht überschritten werden, ansonsten eine massgeschneiderte Massnahmenführung, wie es das neue Recht verlangt, nicht mehr gesetzeskonform ausgeübt werden kann. Vorbehalten bleiben Abweichungen bei äusserst komplexen Fällen.
Würde die Budgetkürzung umgesetzt, könnte diese Maximalzahl bei der Mandatsführung durch das Mandatszentrum nicht eingehalten werden. Würden die Stellenprozente bei der Mandatsführung nicht erhöht, wäre derzeit mit einer Fallzahl von 97 pro 100 Prozent Stelle Mandatsführung zu rechnen. Neu angeordnete Massnahmen könnten vom Mandatszentrum nicht übernommen werden.
Die Fachstellen wie Punkto Jugend und Kind und Pro Senectute führen heute insgesamt 262 Mandate. Würde die Budgetkürzung umgesetzt, könnten die Fachstellen nicht alle diese Mandate weiterführen. Die obige durchschnittliche Maximalzahl von Fällen wird grundsätzlich auch bei den Fachstellen angewendet werden müssen. Allerdings ist zu beachten, dass Kindesschutzmandate durchschnittlich aufwändiger sind; deshalb muss die Maximalfallzahl in diesem Bereich tiefer liegen (60–70 Fälle). Vorbehalten bleiben jedoch auch hier Abweichungen bei äusserst komplexen Kindeschutzfällen. Die Fachstellen werden den Nachweis erbringen müssen, dass sie einem interkantonalen Benchmark standhalten können.
Die Beibehaltung der rund 300 privaten Mandatsträger/innen (PriMas) mit insgesamt rund 400 Mandaten ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen. Würde die Budgetkürzung umgesetzt, könnten die PriMas während ihrer Mandatsführung vom Mandatszentrum nicht betreut werden, was sich kontraproduktiv auf die Anzahl PriMas auswirken könnte.

• Zu Frage 2 («Kann das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz den Leistungsauftrag, wie dieser auf Seite 71 des Budgets 2013 nachzulesen ist, trotz der Budgetkürzung erfüllen? Wenn Nein: Welche Zielsetzungen gemäss Budget 2013 (Seite 72 bis 75) müssen angepasst werden?»): Der Leistungsauftrag könnte mit der Budgetkürzung nicht erfüllt werden. Die Aufgaben des KES sind gesetzlich vorgeschrieben, die dafür vorgesehenen Ausgaben müssen zwingend getätigt werden. Das Mandatszentrum ist von Gesetzes wegen zuständig für die Führung der von den Gemeinden übertragenen Mandate. Aufgrund der Budgetkürzung würde dem Mandatszentrum das dazu notwendige Personal fehlen. Weiter wäre das Mandatszentrum aufgrund fehlender personeller Ressourcen nicht in der Lage, neue Mandate aufzunehmen, auch wenn die KESB dies verfügt. Damit würde Bundesrecht verletzt, da angeordnete Massnahmen effektiv geführt werden müssen.
Die meisten Zielsetzungen können aus rechtlichen Gründen nicht angepasst werden; die Zielerreichung der Umwandlung von Massnahmen ins neue Recht könnte zwar um ein Jahr verschoben werden, die Anpassung dieses Zieles macht aber keinen Sinn, weil auf die Durchführung der Tätigkeit nicht verzichtet werden kann. Die Ausgaben würden lediglich ein Jahr später anfallen. Für das Budget 2014 müssten demzufolge mehr befristete Stellen budgetiert werden als vorgesehen,

damit die nach bisherigem Recht angeordneten Massnahmen fristgerecht gemäss Art. 14 SchlT ZGB ins neue Recht überführt werden können.

• Zu Frage 3 («Ein Teil der Mandate wird extern geführt und mit einem Leistungsauftrag vergeben: Punkto Jugend und Kind für Kinder und Pro Senectute für ältere Menschen. Was sind die Konsequenzen der Budgetkürzung für diese Organisationen oder wenn diese die Aufträge nicht mehr übernehmen können?»): Wenn es sich bei den Ausgaben für die Mandatsführung durch Fachstellen nicht um budgetmässig gebundene Ausgaben handeln würde, könnte der Regierungsrat aufgrund der Budgetkürzung die Leistungsvereinbarung mit Punkto Jugend und Kind nicht wie geplant abschliessen. Auch die Mandate, welche die Pro Senectute führt, können nicht ohne Budgetüberschreitung bezahlt werden. Würden die Fachstellen in Zukunft weniger Mandate führen können als bisher, würden ihnen die entsprechenden Einnahmen fehlen bzw. müssten sie Stellenprozente kürzen. Problematisch wäre insbesondere, dass bereits angeordnete Massnahmen weder durch das Mandatszentrum noch durch die Fachstellen geführt werden könnten.

• Zu Frage 4 («Wie wirkt sich das reduzierte Budget nun auf die Fälle, sprich Menschen, die dahinter stehen aus? Mit was für Konsequenzen ist wegen der Budgetkürzung zu rechnen?»): Wenn angeordnete Massnahmen nicht geführt würden, wäre der Kindes- und Erwachsenenschutz nicht mehr gewährleistet, d. h.heisst das Wohl der schutzbedürftigen Kinder und Erwachsenen wäre gefährdet. Sie hätten beispielsweise niemanden mehr, der ihre Interessen vertritt. Wenn aufgrund der mangelhaften Auftragserfüllung den Schutzbedürftigen oder Dritten Schäden entstehen, ist der Kanton gemäss nArt. 454 ZGB dafür haftbar.

• Zu Frage 5 («Kann aufgrund der ausserordentlichen Situation das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz mehr Geld ausgeben als sie gemäss dem Globalbudget zur Verfügung hat, weil die finanziellen Mittel zur Erfüllung der Aufgabe als gebundene Ausgabe einzustufen sind?»): In den Paragraphen 25 und 26 des Finanzhaushaltgesetzes ist definiert, wann eine Ausgabe als gebunden einzustufen ist: Sie muss zur Erfüllung der gesetzlich geordneten Verwaltungsaufgaben unbedingt erforderlich sein. Und es darf hinsichtlich der Höhe, des Zeitpunktes ihrer Vornahme oder anderer wesentlicher Modalitäten keine grosse Handlungsfreiheit bestehen. Diese Bedingungen sind vorliegend im Grundsatz erfüllt: Die gesetzliche Grundlage besteht und das Amt muss am 1. Januar 2013 seine Tätigkeit aufnehmen.
Zusätzlich stellt sich noch die Frage nach der Ausgabenhöhe. Unsere Ausführungen stützen sich auf das Gutachten der Universität Bern vom August 2004 betreffend Zuständigkeitsfragen im Finanzhaushaltsrecht des Kantons Zug. Wenn die Ausgaben auf Grund einer gesetzlichen Regelung zwingend getätigt werden müssen, spricht man von einer «budgetmässigen Gebundenheit». Das Gutachten stellt fest, dass jede Ausgabe zwingend ins Budget aufzunehmen ist.
Die für das Jahr 2013 budgetierten Beträge stützen sich auf den aktuellen Stand des Wissens und sind aus heutiger Sicht zwingend notwendig, um die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen. Ein ins Gewicht fallender Entscheidungsspielraum der Legislative ist hier ausnahmsweise aufgrund der Bundesgesetzgebung sowie aufgrund des vom Kantonsrat beschlossenen Gesetzes nicht gegeben.
Das Amt wird jedoch während des Jahres selbstverständlich laufend überprüfen, welche Ausgaben für die Aufgabenerfüllung zwingend notwendig sind. Wir versichern Ihnen, dass der Regierungsrat auch bei der Steuerung des neuen Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz selbstverständlich die Grundsätze von § 7 des

Organisationsgesetzes beachtet. Neben der Gesetzmässigkeit sind dies die Wirksamkeit, die Qualität, die Kundenfreundlichkeit und nicht zuletzt die Wirtschaftlichkeit. Allerdings ist zu beachten, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gemäss n§ 34 Abs. 1 EG ZGB in ihrer Tätigkeit unabhängig ist.

Markus Jans dankt namens der Interpellanten und der SP-Fraktion dem Regierungsrat für die mündliche Beantwortung der Interpellation. Nun steht fest, dass mit der Budgetkürzung der gesetzliche Auftrag der KESB in letzter Konsequenz nicht mehr umgesetzt werden kann. Selbst die Fachstellen wie «punkto Jugend und Kind» und die Pro Senectute, könnten aufgrund der Budgetkürzung nicht alle Mandate weiterführen. Auch der Leistungsauftrag könnte mit der Budgetkürzung nicht erfüllt werden. Aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben können aber beim Leistungsauftrag kaum oder gar keine Abstriche gemacht werden.
Der Votant hat bereits anlässlich der Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass der Kanton gemäss Art. 454 ZGB bei Nichterfüllung seiner Pflichten gegenüber den Schutzbedürftigen haftbar wäre.
Der Regierungsrat musste wohl nicht sehr lange darüber debattieren, dass es sich bei den Ausgaben der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde um eine gebundene Ausgabe handelt. Aufgrund dieser Ausgangslage wird wohl das Budget 2013, trotz anders lautendem Auftrag einer bürgerlichen Mehrheit des Kantonsrats, entsprechend dem Antrag des Regierungsrats voll ausgeschöpft werden. Damit war der Antragsteller damals schon einverstanden. Weshalb dann dieser etwas unüberlegte Kürzungsantrag? Dieser lässt sich wohl nur damit begründen, dass sich der Antragsteller bis heute mit der Lösung, die KESB vollständig dem Kanton zu übertragen, nach wir vor nicht anfreunden kann. Bei solchen Vorstössen ist dann Wut ein schlechter Ratgeber. Konsequent umgesetzt würde der Antrag nämlich auch heissen, dass zukünftig gebundene Ausgaben gar nicht mehr budgetiert werden müssen. Ende Jahr müsste dann nur noch das Endresultat bekannt gegeben werden. Wäre das im Sinne des Antragstellers? Die SP fordert daher, dass zukünftig auf solche Spielchen verzichtet wird und nicht mit dem Rasenmäher Kürzungen beantragt werden, die gar nicht eingehalten werden können.
Der Antrag hat letztlich bewirkt, dass auf die Mitarbeitenden der KESB ein noch grösserer Druck ausgeübt wurde. Sie können ihre sehr schwierige Arbeit aber nur dann entsprechend sorgfältig ausüben, wenn auch die notwendigen Zeitressourcen zur Verfügung stehen, d. h. ihnen nicht noch mehr Mandate übertragen werden. Sonst passieren Fehler, die nicht passieren dürften, denn es geht um Menschen. Der erhöhte Druck führt zu Unzufriedenheit und nicht zuletzt auch zu Kündigungen, was die SP nicht will. Die KESB ist im Aufbau, und es muss eine Vielzahl von Problemen gelöst werden. Der Votant hat engsten Kontakt mit der KESB und kann sagen, dass die Mitarbeitenden alles geben, damit dieser Start auch gelingt. Er ruft den Rat auf, der KESB die nötige Zeit zu geben, damit ihr nicht schon beim Start den Schnauf ausgeht. Es ist der Direktion des Innern gelungen, das neue Amt mit sehr guten Fachleuten zu besetzen – vorzüglich zu besetzen im Vergleich mit andern Kantonen – und den gebotenen Auftrag auf den 1. Januar 2013 tatsächlich auch umzusetzen. Die Mitarbeitenden der KESB geben zurzeit alles, damit die KESB in Fahrt kommt. Dafür gehört ihnen ein grosses Dankeschön – und ganz bestimmt keine Budgetkürzung. In diesem Sinne dankt die SP-Fraktion für die klare Antwort des Regierungsrats und nimmt sie positiv zur Kenntnis.

Philip C. Brunner stellt einleitend fest, dass die Diskussion weniger mit der KESB zu tun hat, sondern eigentlich staatspolitisch ist. Er dankt der Direktorin des Innern für die rasche und ausführliche Antwort. Er hat sich bereits in der Budgetdebatte zu

diesem Thema geäussert und sieht sich darin bestätigt, dass der Rat und insbesondere die Kommission die Fehler schon sehr früh gemacht haben, die jetzt ausgebadet werden müssen.
Nach Meinung der SVP-Fraktion geht es nicht an, Entscheidungen des Parlaments – das ist der staatspolitische Teil – bereits einen Tag nach der Debatte hier wieder neu aufzurollen. Wir haben einen Entscheid gefällt. Achtzig Ratsmitglieder haben sich Gedanken gemacht und entschieden. Der Antrag von Kantonsrat Frei im Namen der CVP-Fraktion fand eine Mehrheit. Wenn wir jeden Entscheid, den das Parlament fällt, am nächsten Tag sofort in eine Motion umschreiben, um den Entscheid wieder umzukehren, können wir aufhören.
Vierzehn Tage später haben wir nun die Antwort, dass es in etwa so weitergeht, wie bisher angedacht – mit wortreichen Begründungen auf vier Seiten. Kantonsrat Jans sagte, dass es um Menschen geht. Das ist richtig, aber es geht auch in der Schule, im Gesundheitswesen, im Rettungsdienst, auf den Baustellen der Baudirektion um Menschen. Ja, es geht um *bedürftige* Menschen, natürlich. Aber andere Direktionen müssen auch sorgfältig arbeiten. Auch wir müssen sorgfältig arbeiten in den Kommissionen, um am Schluss nicht auf emotional gefärbte Auftritte von – man muss fast sagen: hysterischen – Gemeindepräsidenten hineinfallen, die einen vermeintlichen Notstand beklagen und mit veralteten oder Jahre alten Fallzahlen operieren, so dass die Kommission am Schluss leider die falschen Entscheidungen trifft.
Der Sprecher erlangt, dass Entscheide des Parlaments respektiert und ohne Wenn und Aber umgesetzt werden. Wenn das nicht mehr gemacht wird, können wir einpacken. Oder dann muss der Kanton – hier wendet sich der Votant an den Finanzdirektor – in der Budgetdebatte sagen, dass von den 1,4 Milliarden des Budgets 1,2 Milliarden gebundene Ausgaben seien, über die nicht diskutiert werden könne, für die es unbeeinflussbare gesetzliche Notwendigkeiten gebe. Der Parameter des Parlaments wäre dann noch die Differenz, das Delta von 200 Millionen; darüber könnte noch diskutiert werden. Es ist kaum aber so, dass das Parlament das so möchte. Es hat den Respekt und auch die Verantwortung, über das Ganze einen Entscheid zu fällen. Der Entscheid bezüglich KESB war nicht emotional, sondern klug diskutiert bzw. begründet. Kommen wir also nicht 24 Stunden später wieder mit neuen Vorstössen, sondern lassen wir die Sache sich entwickeln und zeigen dann auf, dass wir möglicherweise nicht Recht gehabt haben.
In diesem Sinne ermahnt die SVP-Fraktion die Regierung, die Budgetvorgaben einzuhalten, bestmöglich zu sparen, wie es das Ziel ist, und aufzuzeigen, wo gespart werden kann – wie es verschiedene Regierungsräte in ihren Direktion getan haben. Wenn es unvermeidlichen Situationen gibt, wo es nicht mehr geht, dann muss die Regierung proaktiv dem Parlament Bericht erstatten, und dann können wir über diese Fälle diskutieren. Der Votant wünscht allen Beteiligten in der KESB und auch in der Direktion des Innern einen guten Start.

Pirmin Frei: Mit einer Mehrheit von 39 zu 33 Stimmen hat der Kantonsrat an seiner letzten Sitzung eine Budgetkürzung beim Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz beschlossen. Dem Antrag der CVP lagen die Zahlen der Kantonsratsvorlage vom 5. April 2011 zugrunde. Etwas anderes wollen wir auch heute nicht. Insofern schliessen wir uns der Feststellung der Regierung an, dass es sich hier um einen offensichtlichen Rechnungsfehler handelt. Der Votant wird daher zu gegebener Zeit einen Protokollberichtigungsantrag stellen, damit auch formell das Missverständnis bereinigt ist.
Der Kindes- und Erwachsenenschutz ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Es geht um Menschen und Menschlichkeit, um Verantwortung gegenüber Menschen und Verantwortlichkeit. Wir sollten das Thema deshalb nicht verpolitisieren, vor allem

nicht verparteipolitisieren und schon gar nicht ins stereotype, aber falsche Schema «Links = gut und verständnisvoll, bürgerlich = schlecht und borniert» drängen. Aber wir dürfen auch nicht so tun, als ob die Politik beim Thema Kindes- und Erwachsenenschutz gar nichts zu sagen hätte. Sonst ist Pragma am Ende, bevor es richtig begonnen hat. Und die Politik darf auch kritisch hinterfragen – nicht plump bestreiten –, was Dachorganisationen von Amtsstellen in der Regel mit Eigeninteressen empfehlen.

Wenn der Votant nun die Antwort der Regierung hört, so staunt er, wie resistent die Regierung gegen politische Beschlüsse der Ratsmehrheit ist. Es ist ihm bewusst, dass die Direktion des Innern und die Mitarbeitenden des neuen Amtes keine Freude an diesem Entscheid hatten. Aber man hätte doch erwartet, dass die Regierung heute aufzeigen würde, wie sie dem Auftrag des Parlaments nachkommen will, welche Sofortmassnahmen angeordnet werden bzw. wurden und wo sie Sparpotenzial sieht. Nach dem Vortrag der Direktorin des Innern wissen wir nun vor allem, warum man den Budgetbeschluss nicht umsetzen kann und was die Universität Bern unter einer gebundenen Ausgabe versteht.

In der Antwort der Regierung wird als Qualitätskriterium eine maximale Anzahl von Fallzahlen von 60 bis maximal 80 pro 100 Prozent Mandatsführung erwähnt. Das sind Empfehlungen der KOKES. Diese Zahlen sind sicherlich nicht aus der Luft gegriffen, es sind aber letztlich doch nur Zahlen und in sich undifferenziert. Die KOKES-Empfehlungen bilden die Grundlage für die regierungsrätliche Rechnerei. Die Regierung nimmt dann die heute bekannten Fallzahlen und stellt noch fest, dass die Zahlen 2011 markant gestiegen seien. Dann wird das alles arithmetisch verknüpft, man kommt auf 97 Fälle pro 100 Prozent Mandatsführung – und folgert dann: Das geht nicht, Budgetbeschluss *so what,* vorwärts marsch. So weit, so gut! Aber: Erst seit Anfang Dezember befinden sich die Dossiers der Gemeinden bei der KESB, für eine Sichtung und Beurteilung der Dossiers blieb noch keine Zeit. Man kennt also weder die Qualität noch den Aufwand der Fälle; man schätzt. Die Gründe für den markanten Anstieg der Fallzahlen 2011 kennt man vielleicht. Doch weiss man, wie viel Aufwand diese zusätzlichen Fälle mit sich bringen? Weiss man, ob der Aufwand linear ist im Vergleich zu den bisherigen Fällen? Man *vermutet*, dass man die PriMas halten kann. In der Kommission seinerzeit war man zuversichtlicher.

Sodann wurde von der Direktion des Innern stets behauptet, dass die Nähe zwischen Fachbehörde und Mandatszentrum Synergien mit sich bringe und effizient sei. In der regierungsrätlichen Rechnerei bleibt das völlig unberücksichtigt – oder hat der Votant da etwas übersehen? Man weiss, dass die Gemeinden gewisse Mandate noch weiterführen und deshalb ihr Personal zum Teil nicht vollständig abgebaut haben. Hat man geprüft, ob man hier die Gemeinden in der Verantwortung behalten kann?

Kurzum: Wenn er sich die vielen Unbekannten vor Augen führt, so fühlt sich der Redner darin bestätigt, dass der Rat richtig entschieden hat, den finanziellen Rahmen für dieses neue Amt eng zu halten. Genau so tut dies nämlich eine Familie zu Beginn des Jahres, wenn sie nicht weiss, was alles im Laufe der nächsten zwölf Monate auf sie zukommen wird.

Gespannt war der Votant auf die Antwort zu Frage 4: Würde sich die Regierung ins Fahrwasser der Direktorin des Inneren begeben, die in der Öffentlichkeit behauptete, die Betroffenen hätten als Folge der Budgetkürzung Nachteile zu gewärtigen? «Nein, die Betroffenen werden und *dürfen* keine Nachteile spüren!»: Diese Antwort hätte der Votant auf die tendenziöse Frage der Interpellanten von der Regierung erwartet – und keine Belehrungen über die Staatshaftung.

Die Vorlage KESB stand von Anfang an unter einem unglücklichen Stern. Skepsis machte sich bereits in der Kommission breit. Die Kosten waren ein Thema, wenn auch nicht das entscheidende. Und wenn es um Menschen geht, so ist das auch richtig. Aber letztlich muss sich das, was wir ab dem nächsten Jahr haben, an dem messen, was wir vorher hatten, qualitativ und kostenmässig. Deshalb sind die Direktion und die KESB eingeladen, den etwas engeren Rahmen, den der Kantonsrat ihnen gegeben hat, als Chance zu sehen und zu nutzen. Falls aber der Kantonsrat Ende Jahr sehen würde, dass der Elefant, den er Anfang Jahr geboren hat, zu einem Mammut geworden ist, werden wir uns ernsthaft fragen müssen, ob wir die Mandatsführungen nicht lieber wieder in die Verantwortung der Gemeinden legen sollten.

Eugen Meienberg kann sich voll und ganz den Ausführungen seines Vorredners anschliessen. Einmal mehr wäre es wünschenswert, ja sogar fast zwingend, im Kindes- und Erwachsenenschutz über eine Kosten-Leistungs-Rechnung zu verfügen. Warum ist dies eigentlich nicht der Fall?
Der Sprecher nutzt diese Interpellation für eine Nachfrage und die Aufforderung zu einer Bestätigung durch die Regierung. In § 33 haben wir die Erwachsenenschutzbehörde mit fünf Mitgliedern bestimmt, dies im klaren Bewusstsein, dass mit dieser grossen Besetzung eine 7 x 24-Stunden-Erreichbarkeit garantiert wird. Es ist sehr wichtig, dass auch an den Wochenenden jederzeit ein entscheidungsbefugtes Behördemitglied erreichbar ist, wenn in Notsituationen vormundschaftliche Massnahmen anzuordnen sind
Sieht der Regierungsrat die Erwachsenenschutzbehörde mit fünf Mitgliedern als gebundene Ausgabe? Wenn ja: Funktioniert ab dem 1. Januar 2013 der 7x 24-Stunden-Pikettdienst? Ist jederzeit ein Mitglied der Erwachsenenschutzbehörde mobil erreichbar? Der Votant dankt im Voraus für eine entsprechende Bestätigung.

Thomas Lötscher weist nochmals auf seine Interessenbindung hin: Er ist Vorstandsmitglied von «punkto Jugend und Kind», dem Trägerverein der Organisation, welche für den Kanton Zug einen Grossteil der Kindesschutz-Mandate führt.
Als in diesem Rat der Antrag zur Budgetkürzung gestellt wurde, warnte der Votant davor und empfahl stattdessen, ein Betriebsjahr der neuen Organisation laufen zu lassen, um den Betrieb anschliessend durch die Stawiko-Delegation kritisch prüfen zu lassen. Mit der praktischen Erfahrung hätten sich die Folgejahre seriös budgetieren und allfällige Optimierungsmassnahmen umsetzen lassen. Bekanntlich hat der Rat anders entschieden, und dieser demokratische Entscheid ist zu akzeptieren.
Nur, was hat uns dieser Entscheid gebracht? Keinen Monat später wissen wir, dass der Antrag selber falsche Zahlen enthält. Das ist aber nicht das grösste Problem. Gravierender ist die Unsicherheit für den operativen Betrieb und die betroffenen Mitarbeiter. Für punkto stellen sich folgende Fragen:
• Wie wird die Direktion des Innern den Auftrag bei reduziertem Budget umsetzen?
• Wird punkto die Mandate behalten können?
• Wird punkto die Qualität aufrechterhalten können?
Solche Fragen haben Auswirkungen auf den Personalbestand. Nebst der Verunsicherung beim Personal musste bereits eine Anstellung sistiert werden. Punkto muss nun dringend wissen, was dieser Antrag für Folgen hat. Steht dieses Parlament noch hinter der Arbeit von Organisationen wie punkto und Pro Senectute?
Der Verweis des Antragstellers in einem Leserbrief, dass es sich um eine gebundene Ausgabe handle und das Geld ungeachtet des Kürzungsantrags ausgegeben werden könne, mutet etwas seltsam an. Wer stellt denn schon einen Änderungsantrag mit dem Ansinnen, dass sich nichts ändere?

Selbstverständlich ist der Votant dafür, dass der Kindes- und Erwachsenenschutz wie geplant – und durch Bundesgesetzgebung ultimativ gefordert – umgesetzt wird. Letztlich geht es um dramatische Schicksale. Er hat zwei Beispiele dabei, erspart dem Rat aber den Vortrag derselben. Nur ein paar Eckdaten zum familiären Hintergrund eines betroffenen Jugendlichen: Die Familie hat finanzielle Probleme und ist geprägt von häuslicher Gewalt. Die Mutter hat gesundheitliche Probleme und leidet unter Depressionen. Sie liess sich 2004 scheiden, heiratete 2005 wieder, erneut häusliche Gewalt. Die zweite Scheidung erfolgte 2011. Die Mutter lebt seit 2011 im Ausland. Auch der Vater heiratete wieder, hat aus dieser Ehe zwei Kinder, liess sich 2010 scheiden, ging 2011 Konkurs, hat eine Anzeige wegen Körperverletzung am Hals und ist inzwischen mit unbekanntem Aufenthalt abgetaucht. Der 17-jährige Jugendliche konsumiert Cannabis, hat keine Ausbildung und keine Arbeit.
Es ist sehr zu hoffen, dass die christliche Familienpartei und die anderen Unterstützer des Kürzungsantrags mit dem Votanten einig sind, dass wir Kinder und Jugendliche mit solchen Schicksalen nicht im Stich lassen dürfen, und dass wir deren Betreuung aufrecht erhalten müssen; dass weiter punkto die richtige Organisation dafür ist und ihren Job weiterhin in der gebotenen Qualität ausführen sollte.
Vom Antragsteller und seinen Unterstützern erwarte ich diesbezüglich eine Meinungsäusserung, damit die Direktion des Innern auch weiss, in welche Richtung sie marschieren soll. Für punkto ist es von eminenter Wichtigkeit, sehr schnell zu wissen, wie es jetzt weitergehen soll.
Der Votant hofft, dem Rat auch im Namen von Kindern und Jugendlichen danken zu können, die hier im Kanton Zug, vor unseren eigenen Haustüren, auf der Schattenseite des Lebens stehen und unserer Hilfe dringend bedürfen.

Stefan Gisler dankt der Regierung für die Antwort, die er in dieser Klarheit von einer bürgerlichen Regierung nicht erwartet hätte; von einer Regierung, in welcher SVP und CVP notabene zusammen eine Mehrheit bilden könnten. Es sind ja genau diese Parteien, welche die Budgetkürzung durchdrückten, und offenbar teilen nicht alle ihre Regierungsmitglieder die Haltung der Fraktionen, sind also resistent. Es scheinen also doch Persönlichkeiten in der Regierung zu sitzen, auch wenn sie mit Proporz gewählt wurden.
Man kann es gar nicht genug betonen: Die Regierung wies bereits in der Vorlage zum Kindes- und Erwachsenenschutz zwei Dinge deutlich aus. Erstens, dass die Daten zur Berechnung der Anzahl zu bewilligender Stellen nicht präzise sind und mehr Personalressourcen als in der Vorlage ausgewiesen wahrscheinlich seien. Zweitens, dass der Bund bald Bestimmungen erlasse, welche auch mehr Personalressourcen erforderten. Beides ist nun 2012 eingetreten. Die Gemeinden meldeten höher Fallzahlen, und der Bund setzte die Maximalmandatszahl herunter. Beides hat der Finanzdirektor in seiner Budgeterstellung transparent ausgewiesen, und der Aufwandbedarf war klar.
Interessant sind die Ausführungen zu Frage 5, die besagen, dass die für 2013 budgetierten Beträge für den Kindes- und Erwachsenenschutz gemäss Zuger Finanzhaushaltsgesetz tatsächlich gebundene Ausgaben zur Gesetzesumsetzung sind und ins Budget *müssen*. Kann dies der Finanzdirektor als Hüter des FHG heute so nochmals bestätigen? Oder gäbe es Lücken im FHG, die eine Budgetkürzung dennoch ermöglichen würden? Und in welchem Bereich und welcher Höhe? Der Votant dankt dem Finanzdirektor für eine Antwort.
Nun, der Kanton übernimmt Anfang 2013 die bestehenden Fälle von den Gemeinden, und auch die bestehenden Leistungsaufträge mit Pro Senectute und «punkto Jugend und Kind» laufen weiter. Und der Kanton unterstützt auch die privaten Mandatsträgerinnen mit dem Mandatszentrum im bisherigen Umfang. Der Kanton

generiert nicht absichtlich mehr Fälle oder Aufgaben, wie insinuiert wird. Der Kanton betreut schlicht die Menschen, die schon heute unter Schutz stehen gemäss gesetzlichen Vorgaben. Kürzungen würden vorab Kinder, Schwächere und auch älteren Menschen treffen, die unseren Schutz, unsere Betreuung benötigen. Bereits die angekündigte Ausreizung der maximalen Mandatshöhe von 80 Fällen pro 100 Prozent Mandatsführungen sowie die angetönte Preisdrückerei bei Fachstellen ist heikel. Wenn nämlich die Kürzung wirklich wie beantragt durchgezogen würde, müsste die Regierung die Leistungsaufträge mit den Fachstellen Pro Senectute und «punkto Jugend und Kind» künden oder zumindest massiv ändern und Fälle in den Gemeinden belassen, obwohl dazu jede gesetzliche Grundlage ab 2013 fehlt. Die Antwort zeigt auf, dass der Streichungsantrag nur umzusetzen wäre, wenn der gesetzliche Auftrag zum Schutz nicht wahrgenommen würde. Das reiche Zug spart also auf dem Buckel der Schwächsten? Und das gesetzeswidrig? Das kann nicht sein.
Pirmin Frei hat vorhin gesagt, die Regierung wisse quasi nicht, wie hoch die Kosten werden. Er hingegen weiss das offenbar schon: Sie werden um 1,6 Millionen oder vielleicht um 1,3 Millionen oder um wie viel auch immer tiefer. Der Votant vertraut da lieber der Regierung. Frei hat sich vorhin im Rat und auch in Leserbriefen herausgewunden und gesagt, es werde dann schon irgendwie für alle gesorgt, trotz Kürzungsentscheid; man habe einfach mal ein Signal zum Sparen gesetzt, es gebe dann halt Budgetüberschreitungen. Das ist Sankt-Florians-Politik. Und schon gar nicht sollte man einen Streichungsantrag machen, der offensichtlich verwirrender und missverständlicher nicht sein könnte, so dass er korrigiert werden muss. Es ist zu begrüssen, dass das Missverständnis im Rahmen der Protokollgenehmigung aufgelöst werden soll. Der Rat soll dann aber darüber befinden, welche Kürzung er nun wirklich will und oder ob er überhaupt eine Kürzung will – wenn man denn weiss, was die CVP will.

Manuel Brandenberg hat etwas Mühe damit, dass man nur von Pirmin Frei spricht. Er erinnert daran, dass der Rat mit einer eindeutigen Mehrheit von 39 zu 33 Stimmen beschlossen hat, diese Kürzung vorzunehmen. Es geht also nicht um Pirmin Frei, sondern um einen demokratisch gefällten Entscheid dieses Rats.
Zur Frage der gebundenen Ausgabe, die uns immer wieder beschäftigt: Der Votant erinnert sich etwa an Polycom und die Frage, ob man das dem fakultativen Referendum unterstellen dürfe oder nicht; die knappe Mehrheit des Rats fand damals, das sei eine gebundene Ausgabe, wobei es aber *gute* juristische Gründe gab, das anders zu sehen. Auch hier gibt es wieder sehr gute Gründe zu sagen, dass wir einen Spielraum haben. Natürlich besteht die gesetzliche Verpflichtung, dieses Erwachsenenschutzgremium zu halten und zu unterhalten. § 25 des FHG sagt aber noch ein Wörtlein mehr, als die Regierungsrätin vorgelesen hat. Eine gebundene Ausgabe liegt nicht dann vor, wenn hinsichtlich ihrer Höhe keine grosse Handlungsfreiheit besteht – wie es die Direktorin des Innern gesagt hat –, sondern wenn hinsichtlich ihrer Höhe keine *verhältnismässig* grosse Handlungsfreiheit besteht. Genau dieses Wörtlein gibt uns einen gewissen Handlungsspielraum Mit dem bereinigten Antrag von Pirmin Frei, der ja zu einer kleineren Kürzung führt, sind wir immer noch im Rahmen des Gesetzes, und dann muss diese Behörde schauen, wo sie sparen kann – und selbstverständlich muss sie ihre gesetzlichen Aufgaben trotzdem erfüllen. Wenn dazu auch Anpassungen von Leistungsvereinbarungen mit punkto oder anderen Organisationen notwendig sind, dann ist dies zu tun, wenn dieser Rat das so beschlossen hat.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, spricht zuerst zum Thema gebundene Ausgaben: Was Kantonsrat Manuel Brandenberg verlesen hat, betrifft neue Ausgaben. Der Regierungsrat, von dem die Antwort stammt, hat – unter anderem gestützt auf das Gutachten – entschieden, dass es gebundene Ausgaben sind. Bei diesen sind zwei unterschiedliche Arten zu unterscheiden. Hier handelt es sich um gesetzlich gebundene Ausgaben, was nur etwa 10 Prozent aller im Budget ausgewiesenen Aufgaben betrifft, und diese können wirklich nicht gekürzt werden. Aus diesem Grund hat die Regierung die entsprechenden Ausführungen gemacht. Selbstverständlich ist das auch die Meinung des Finanzdirektors.
Wo gespart werden kann, hat die Regierung aufgezeigt. Wir gehen auf 80 Fälle pro 100 Prozent Mandatsführung, mit Ausnahmen bei den wirklich intensiven Fällen. Die Regierung hat bei der Budgetierung – mit 70 Fällen pro 100 Prozent – mit 1,6 Stunden direkter Betreuung pro Monat gerechnet. Das ist nicht zu viel. Die Personen, um die es hier geht – sei es bei punkto, bei Pro Senectute oder bei der Fachstelle des Kantons selbst –, sind nicht um die einfachen Fälle, die keine Zeit brauchen. Diese sind bei den privaten Mandatsführenden, bei Frau Müller oder Herr Meier. Bei den Fachstellen, welche die komplizierteren Fälle betreuen, kann nicht weiter reduziert werden, als die Regierung aufgezeigt hat.
Es wurde die Erwartung geäussert, dass die Zahl der privaten Mandatsführenden erhöht werden soll. Das versuchen wir. Es ist aber daran zu erinnern, dass die Einwohner- und Bürgergemeinden in den letzten Jahren diese Zahl – es sind 300 Personen, welche 400 Mandate führen – nicht erhöhen konnten. Wenn die Gemeinden keinen wesentlichen Anstieg erreichen konnten, dann kann die Direktorin des Innern heute nicht versprechen, dass der Kanton das schaffen wird. Unser Ziel ist aber, diese Zahl zu halten und sicher keine Leute zu verlieren.
Die Gemeinden wurden kritisiert, sie seien hysterisch. Die Direktorin des Innern hat die Gemeinden überhaupt nicht als hysterisch erlebt. Sie haben auch nicht veraltete Zahlen geliefert. Die KOKES-Statistik ist jeweils im Mai bereit. Bericht und Antrag des Regierungsrats stammen von Anfang April 2011, demnach waren die Zahlen von 2009 drin. 2010 war dann eine kleine Reduktion der Fallzahlen zu verzeichnen, was uns aber auch nichts gebracht hätte. Die grosse Steigerung zeigte sich 2011 und vermutlich jetzt auch 2012. Es sind Fälle, welche die Bürger- und Einwohnergemeinden verfügt haben. Beispielsweise haben von 2008 bis 2011 im Bereich Kindesschutzfälle die neuen Massnahmen um 106,45 Prozent zugenommen. Schweizweit war in diesem Zeitraum eine Zunahme von 12,3 Prozent zu verzeichnen. Der Kanton Zug liegt zwar gesamthaft gesehen immer noch unter dem Durchschnitt, aber wir holen auf. Das hat logischerweise auch Kostenfolgen.
Natürlich darf man das Budget kritisch hinterfragen; das ist die Pflicht des Parlaments. Die Stawiko-Delegation, bestehend aus einem SVP- und einem CVP-Vertreter, haben das Budget sehr wohl kritisch hinterfragt, ebenso die Stawiko. Beide sind zum Schluss gekommen, dass es nicht verantwortbar wäre, einen Kürzungsantrag zu stellen.
Es wurde gesagt, die Gemeinden würden noch immer Mandate führen, und man könnte doch schauen, ob das nicht weiterhin geschehen könne. Die meisten Gemeinden haben das Personal schon abgebaut. Nur ganz wenige Gemeinden führen noch einzelne Mandate weiter, weil zum Beispiel Kinder gerade volljährig werden und es nicht sinnvoll ist, nochmals einen Wechsel vorzunehmen. Diese Gemeinden werden aber vom Kanton ab 1. Januar 2013 bezahlt. Die Gemeinden sind von Gesetzes wegen nicht mehr zuständig und werden deshalb vom Kanton entschädigt.
Zur Frage von Kantonsrat Meienberg: Ja, die Behörde und die unterstützenden Dienste funktionieren, wenn es notwendig ist. Wir haben in intensiven Gesprächen das Bedürfnis der Polizei abgeklärt. Es funktioniert alles, allerdings – wie die Re-

gierung aufgezeigt hat – nicht mit dieser Budgetkürzung. Wir könnten sonst – wie auch Kantonsrat Thomas Lötscher aufgezeigt hat – mit punkto keine Leistungsvereinbarung abschliessen. Die Regierung hat bereits signalisiert, dass man eine Leistungsvereinbarung abschliesst. Das werden wir machen.
Es wird erwartet, dass der Regierungsrat sagt, die Betroffenen dürften keine Nachteile erleiden. Wir sind der Meinung, dass die Regierung das gesagt hat, und das nicht als Drohung. Wir haben gesagt, dass wir den Pflichten, die wir von Gesetzes wegen haben, nachkommen werden. Das hat aber die Konsequenz, dass wir diese Kürzung nicht umsetzen können. Das ist wirklich nicht eine Drohung, sondern einfach Transparenz.
Die Direktorin des Innern dankt für die Kenntnisnahme. Sie hat heute Abend eine Zusammenkunft mit den Mitarbeitenden und hofft, dass wir Beruhigung in diese Sache hineinbringen können, auch bei den Fachstellen.

Andreas Hausheer weiss, dass man nach der Regierung eigentlich nicht mehr spricht. Aber schon bei der Budgetdebatte wurde er als Mitglied der Stawiko-Delegation angesprochen. Wir und die Direktion des Innern haben keine Probleme miteinander. Es ist aber nicht Aufgabe der dieser Delegation, Anträge an die Stawiko zu stellen. Es ist vielmehr ihre Aufgabe, der Stawiko Bericht zu erstatten über Sachen, die anders sind. Dass die Stawiko-Delegation keine Anträge gestellt hat, kann nicht dahingehend interpretiert werden, dass wir nichts festgestellt hätten und mit allem einverstanden seien. So geht es dann auch wieder nicht.
Zum Antrag von Pirmin Frei: Wenn man nicht mehr darüber diskutieren kann, wie man eine gebundene Ausgabe ausführt – ob luxuriös, sehr schlank oder irgendwie in der Mitte –, dann muss man die Budgetdebatte grundsätzlich in Frage stellen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Kantonsratspräsidentin **Vreni Wicky** hält fest, dass jetzt beinahe zwei Stunden über das Traktandum 2 debattiert wurde. Es ist demokratisch richtig, dass jeder sprechen darf. Es fragt sich aber, wo die Effizienz bleibt. Diese mündlichen Beantwortungen liegen uns schwer auf. Sie bedauert, dass der Rat nicht weiter gekommen ist.

608 Traktandum 2.8: **Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Tüftellabor Einstein vom 3. Dezember 2012 (Vorlage Nr. 2206.1 - 14210)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 7
Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)

TRAKTANDUM 8
Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen HFSV)

TRAKTANDUM 9
Geschäfte, die an der Kantonsratssitzung vom 29. November 2012 nicht behandelt werden konnten.

Die Traktanden 7 bis 9 können aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

TRAKTANDUM 10
Wahlen

Traktandum 10 wurde bereits am Vormittag behandelt (siehe Ziffern 594–599).

TRAKTANDUM 11
609 Verabschiedungen der Kantonsratspräsidentin und des Landammanns

Verabschiedung von Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky

Moritz Schmid: Vor vier Jahren, liebe Vreni, bist Du zur Vizepräsidentin gewählt worden, vor zwei Jahren hat Dich das Zuger Parlament zur höchsten Zugerin gewählt. Und schon ist heute wieder Zeit, Rückschau zu halten.
«Mit etwas Wehmut halte ich heute die letzte Bürositzung, es fast nicht zu glauben», hast Du uns mit leicht bedrückter Stimme am letzten Donnerstag vor der Kantonsratssitzung gesagt. Gekonnt, souverän vorbereitet und mit Überlegenheit hast Du uns durch die meist ganztägigen Sitzungen der letzten zwei Jahre geführt, eine Hand immer in Griffnähe der ominösen Glocke, die Du Deine ganze Amtsperiode hindurch nie vernachlässigt hast und von der Du ab und zu schnell Gebrauch gemacht hast – um ehrlich zu sein: auch ab und zu einsetzen *musstest.* Auch wenn die politische Einstellung diametral verschieden war: Nie habe ich von Dir eine negative Äusserung gegenüber einer Person an sich mitbekommen.
Wir denken gerne an Deine überlegte Sitzungsführung, an Deine spontanen, träfen Sprüche, die Du als Kommentar zwischendurch fallengelassen hast. «Sie sind doch nicht schon so alt, dass man Ihre Fahrtüchtigkeit testen muss?» fragtest Du den Oberägerer Thiemo Hächler; oder «Alter spielt keine Rolle, ausser man ist eine Flasche Wein», stelltest Du fest, als Dir der Vizepräsident zum 60. Geburtstag gratulierte, und doppeltest sofort nach: «Jetzt bin ich wirklich perplex. Jetzt wissen Sie, wie alt ich bin.»
Dass Du am gemeinsamen Mittagessen festgehalten hast, ist keine Überraschung. Die grösste Überraschung für unser Parlament war, das Du nicht nur den *Body Mass Index* (BMI) einzelner Parlamentsmitglieder vor Augen hattest, nein, Du warst auch bemüht, die Arbeitszeit zu optimieren. Das war der Grund, dass wir auf das Dessert verzichten mussten.
Liebe Vreni, nach dieser Sitzung wirst Du Deinen Platz wieder in den Reihen der CVP-Fraktion einnehmen und vielleicht mit etwas Wehmut zum Platz Deiner letzten beiden Jahre hoch schauen. Der eine oder andere politische, aber auch nichtpolitische Gedanke wird Dir wieder durch den Kopf gehen. So etwa die begeisternden Parlamentsbesuche unter anderen im Kanton Uri, wo Dich die Ruhe im Parlamentssaal überraschte. Was die Urner mit dem neu erstellten Reussdelta aus Ausbruchmaterial aus dem Gotthard-Basistunnel fertiggebracht haben, begeisterte Dich vollends.
Die Begeisterung über den Parlamentsbesuch in Herisau im Kanton Appenzell Ausserrhoden, verbunden die Besichtigung der Bergkäserei Gais, wo Du mit dem gewünschten «Zäuerli» empfangen wurdest, hat dazu geführt, dass an einige Freunde und Bekannte als Weihnachtsgruss Käsemischungen aus der Bergkäserei Gais für Fondue bestellt und verteilt wurden.
Dein letzter grosser Auftritt war die OLMA in St. Gallen. Das Fussballteam mit seinem Fantrupp musste sich leider am verregneten Freitagnachmittag bis Samstag in der Früh ohne die führende Hand mit der ominösen Glocke durchkämpfen.

Aber am Samstag sahen wir eine begeisterte, zufriedene Kantonsratspräsidentin einen sensationellen OLMA-Umzug anführen. Eine Vreni Wicky, die freudestrahlend wie ein junges Mannequin aus ihrer wie massgeschneiderten Zuger Sonntagstracht strahlte. Die Zeit in St. Gallen war nur zu schnell vorbei.
Wir gönnen es Dir, dass Du in Zukunft wieder etwas mehr Zeit für Dich und Deine Familie hast; dass Du genügend Zeit hast, um Dein Reisegepäck sorgfältig vorzubereiten, wenn Du Deine über alles geliebten Enkelkinder und Deine Tochter mit Schwiegersohn, die zurzeit in Singapur weilen, besuchen gehst. Wir wünschen Dir Zeit, um den Kauf der schönen Staatskirschflasche aus der Manufaktur Niederer in Hergiswil zu überprüfen, die Du Dir für höhere Besuche in Singapur organisiert hast, zum Beispiel für den Rektor der International School, in der Deine Enkelkinder im Moment den Schulunterricht besuchen – die Schule wird übrigens vom Kanton Zug finanziell unterstützt; auch der Schweizer Botschafter in Singapur könnte zum Empfänger einer solchen schönen Flasche werden. Wir wünschen Dir – wie gesagt – Zeit, den Kauf gründlich zu überprüfen: Ist der Verschluss dicht? Ist die Flasche für eine liegende Lagerung oder den Transport geeignet? – und weitere solche Sachen. Die Überraschung wäre dann nicht so gross, wenn Du feststellen musst, dass sich der Inhalt dieser Flasche auf dem Weg nach Singapur verflüchtigt hat. Mit anderen Worten: Der *spirit of Zug* hat sich auf dem Weg zu Deinen Liebsten verflüchtigt.
Ich danke Dir im Namen aller hier Anwesenden herzlich, dass Du unserem Kanton während zwei Jahren vorgestanden hast auf eine sympathisch lächende, offene und auch träfe Art. Ich wünsche Dir alles Gute, verbunden mit der Hoffnung, dass Du in der zweiten Reihe wieder Platz findest und uns weiterhin mit Rat und guten Ideen beiseite stehst. Deine Bescheidenheit hat uns überzeugt. Herzlichen Dank!

(Der Rat applaudiert.)

Moritz Schmid fährt fort: Als kleine Erinnerung an Deine Präsidialzeit überreiche ich Dir im Namen aller Parlamentarier ein kleines, aber treffendes Geschenk. Es ist eine Silberglocke mit Gravur, damit Du nicht mehr für uns, aber zuhause die Glocke in die Hand nehmen kannst und Deinem lieben Beat den Marsch … Im Weiteren überreiche ich Dir einen Gutschein für das Gasthaus Muottas Muragl, damit Du dort, wo Du den grössten Teil unserer Sitzungen vorbereitet hast, mit Deinem Beat ein feines Essen einnehmen kannst. Und nach dem Essen kommt der kulturelle Teil. Der Kanton Zug schickt bekanntlich einen grossen Kulturbeitrag nach Zürich. Damit Du auch dort einen Besuch abstatten kannst, überreiche ich Dir einen Gutschein für das Schauspielhaus Zürich und hoffe, dass Du das geniessen kannst. Nimm Deine Glocke mit und benutze sie!

(Der Rat applaudiert erneut.)

Kantonsratspräsidentin **Vreni Wicky**: Ich begrüsse auch meinen Ehemann hier, dem mein erster Dank gilt. Er hat mich während den zwei Jahren immer unterstützt. Nach zwei intensiven, wunderbaren Jahren ist es Zeit, Abschied zu nehmen – Abschied vom Präsidium, aber nicht vom Rat. Die Zeit ist wie im Fluge vergangen, bestimmt ein gutes Zeichen. Sie alle haben dazu beigetragen. Ich durfte einem effizienten Rat vorstehen und habe Ihr Engagement jederzeit sehr geschätzt. Dafür gebührt Ihnen ein herzliches Dankeschön.
Einen besonderen Dank spreche ich Moritz Schmid, dem Fraktionschef der SVP, aus für die wohlwollenden, fast übertriebenen Worte und die grosszügigen Geschenke. Ich bin etwas beschämt, das habe ich gar nicht verdient.

Ein grosser Dank geht an die Verwaltung. Zu jeder Zeit standen mir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Rat und Tat zur Seite, und ich bin stolz auf die Zuger Verwaltung. Die Kundenfreundlichkeit, die hohe Fachkompetenz und die effiziente Erledigung von Anfragen sind eine Standortqualität, die kein anderer Kanton in der Schweiz bietet. Ein Geschäftsmann hat mich, nachdem er zu einem Gespräch bei der Volkswirtschaftdirektion war, mit den Worten empfangen: «Jetzt weiss ich, warum Zug diesen Erfolg hat!»
Speziell erwähnen will ich den Parlamentsdienst und die Staatskanzlei mit dem Landschreiber Tobias Moser und der Landschreiberin Renée Spillmann sowie den Damen Monika Benhaida, Sandra Käch, Elisabeth Käppeli und Hildegard Steiner. Ein Dank geht an den Standesweibel Hans Peter Rosenberg und seinen Stellvertreter Andreas Bühlmann. Der neue Standesweibel hat sich schnell und gut eingelebt und mich bei meinem Wunsch, die Mittagessen zu straffen, voll unterstützt. Ich danke auch der Sicherheitsdirektion und dem Sicherheitsdienst der Zuger Polizei für den leider notwendigen Schutz!
Ich durfte auch einen verlässlichen Souffleur an meiner Seite wissen. Urs Marti hat mich bei allen militärischen Verpflichtungen begleitet und mich auf dem Feld und in den Unterkünften vor Fauxpas bewahrt, indem er mir als einfacher Soldatenmutter jeweils den richtigen Grad zugeflüstert hat. Ganz herzlichen Dank. Ich werde unsere gemeinsamen Besuche bei den Diensttuenden der Armee, welche ich sehr bewundert habe, vermissen. Ein grosses Merci geht an die beiden Protokollführer Guido Stefani und Beat Dittli für die sehr gute, nicht immer einfache Abfassung der Ratsprotokolle.
Ich danke unserem Landammann Matthias Michel und der ganzen Regierung. Unsere Zusammenarbeit war geprägt von Goodwill, sie war unkompliziert und effizient. Geschätzter Herr Landammann, zusammen durften wir während zwei Jahren unseren Kanton vertreten, wir hatten gemeinsame Auftritte, und damit sind unvergessliche Erlebnisse verbunden. Einer der Höhepunkte war die OLMA. Da hat sich Zug als Gastkanton von seiner schönsten Seite gezeigt.
Ein weiterer Dank geht an die Medienschaffenden. Sie tragen eine grosse Verantwortung in der parteineutralen Berichterstattung über die Ratsdebatten.
Ich danke allen, die mithelfen, unsere Gemeinschaft im Kanton Zug mitzugestalten. Verantwortung für unseren wunderschönen Kanton zu übernehmen, soll oberstes Ziel bleiben. Meine Amtszeit mag enden, meine Liebe zum Kanton und dessen Menschen bleibt.
Ich wünsche meinem Nachfolger Hubert Schuler viel Glück im Amt, eine geschickte Hand in der Führung der Ratsdebatten und die gleiche Unterstützung, die ich erfahren durfte.
Ohne Sie, meine geschätzten Damen und Herren, wären diese zwei erfolgreichen Jahre nicht möglich gewesen. Nochmals einen ganz herzlichen Dank für die angenehme und wohlwollende Zusammenarbeit. Ich verabschiede mich von Ihnen als Kantonsratspräsidentin mit den herzlichsten Wünschen für Ihre weitere private, politische und berufliche Zukunft. Für die kommenden Festtage wünsche ich Ihnen von Herzen Glück und Segen.

(Der Rat applaudiert.)

Verabschiedung von Landammann Matthias Michel

Stefan Gisler: Eine Laudatio zu halten, ist eine Ehre, sie für den Landammann zu halten, eine *hohe* Ehre.
Zwei Aufgaben prägen das Amt des Landammanns: Die Innenpolitik, also die Führung des Regierungskollegiums, und die Aussenpolitik, nämlich die Vertretung von Zug und seinen Menschen gegen aussen.
Zur Innenpolitik: Die Regierungssitzungen leitete der Landammann – so hörte ich – sehr effizient. Ob es daran lag, dass alle Regierungsmitglieder durch Deine Eröffnungsrede wussten, dass der Dirigentenstock in der Schublade des Sitzungspults lag, bereit, einen schärferen Takt vorzugeben, oder daran, dass Du ein ausgebildeter Mediator bist: Ich weiss es nicht und werde das Kollegialitätsprinzip deswegen nicht strapazieren. Jedenfalls sei es an den Sitzungen noch schneller gegangen, nachdem der Landammann in seinen Heimatkanton Glarus quasi in die Lehre ging, dort an einer Regierungssitzung teilnahm und beeindruckt war, dass die Regierung in Glarus bereits ab 11 Uhr Kaffee trinkt. Jedenfalls verwendete die Regierung daraufhin weniger Zeit zum Sitzen und viel mehr Zeit zum effektiven Arbeiten, zum Ausarbeiten von Vorlagen. Darüber haben wir Kantonsräte uns zugegebenermassen «durchwachsen» gefreut, hiess es doch für uns: Mehr arbeiten und weniger Kaffee trinken. Betonen will ich, dass Deine Zusammenarbeit mit dem Kantonsratspräsidium hervorragend war, und auch das Büro schätzte die gute Kommunikation, die der Landammann zusammen mit der Regierung mit uns pflegte, gerade bezüglich der Belastungen des Milizparlaments und der Regierung – wir alle sitzen letztlich im selben Boot. Für Dein Verständnis auch für uns Kantonsrätinnen und Kantonsräte danke ich Dir.
Auch trat die Regierung mit Matthias Michel als Landammann als Einheit auf, als kollegiale Behörde. Das Kollegialitätsprinzip zählt, und ein einiger Auftritt der Regierung ist zentral. Sie steht und fällt miteinander, in den Geschäften, in der Aussenwahrnehmung, und Matthias Michael hat die Regierung als Kollegium sehr gut geführt.
Zur Aussenpolitik: Eine schöne Textstelle, gesprochen von den Eidgenossen in Schillers «Wilhelm Tell», zitierte Matthias Michel am diesjährigen Morgartenschiessen: «Vereint sind auch die Schwachen mächtig.» Der Landammann sinnierte weiter: «Ist nun der Individualismus eines Tell unser Wert oder die Solidarität der Eidgenossen? In unserem Staat versuchen wir, zwischen beiden Werten eine Verbindung und einen Ausgleich zu schaffen.» Unser Landammann hat genau dieses gelebt und gefördert: die Gleichwertigkeit von Individualismus und Solidarität. Matthias war ein Landammann für alle Zugerinnen und Zuger, unabhängig von deren Herkunft oder Haltungen, so wie er es in seiner Antrittsrede auf dem Burgbachplatz im Dezember 2010 versprochen hatte: «Wenn ich Sie heute als Zugerin oder Zuger anspreche, so meine ich damit alle hier Wohnenden, unabhängig von Nationalität und Herkunft. Und in diesem Sinn möchte ich mich als Landammann dafür einsetzen, dass wir alle Zugerin und Zuger sind.»
Ich habe im Rahmen der Recherche für heute zahlreiche Reden unseres Landammanns gelesen. Dabei tat er in der einen oder anderen Form immer sein Credo des gleichwertigen Nebeneinanders von Individualismus und Solidarität oder auch von Wirtschaft und Staat und generell des Miteinanders kund. Sei es, wenn er bei der 125-Jahr-Feier der Metall Zug von einer starken, eigenständigen, unabhängigen Schweiz in guter Zusammenarbeit mit einer funktionierenden EU sprach. Sei es, wenn er bei der letzten Diplomfeier der Berufsschule für Gesundheits- und Krankenpflege das Motto der Lernenden «Alle im gleichen Boot» aufgriff und die Wichtigkeit gerade dieser Berufswahl von Individuen für uns als Gesellschaft aufzeigte,

angesichts der demografischen Entwicklung. Sei es, wenn er an der Generalversammlung der Gemeinnützigen Gesellschaft ganz als Liberaler aufzeigte, dass in einer Zeit der Umwälzungen der Staat nicht alles richten soll und kann, doch persönliches wie gesellschaftliches Engagement zum Wohle aller wichtig sei und gefördert sein solle. Sei es, wenn er bei der Einweihung des Roche-Hochhauses in Rotkreuz betonte, dass ein Unternehmen, das Marktführerschaft hat und anstrebt, national und international von Bedeutung ist und langfristigen Erfolg haben will, mehr als gute Jahresumsatz- und Gewinnzahlen liefern muss. Es müsse alle Dimensionen, welche wirtschaftlich, gesellschaftlich und ökologisch wichtig sind, mit einbeziehen.

Ob seine Aussage bei der 150-Jahr-Feier der Brauerei Baar, der Bildungs- und Kulturdirektor werde sicherlich die Bierkultur in den Lehrplan 21 einbauen, nun bierernst oder als Bieridee zu verstehen war, soll uns der Wirtschaftsdirektor bei nächster Gelegenheit erklären - am besten bei einem Bier.

Nun, Matthias Michael hatte sein Ohr immer beim Volk, so sehr, dass der Landammann an eben diesem Morgartenschiessen glaubte, er könne ohne Hörschutz dem Schiessen des Volkes zuhören. Er lieh sich dann aber doch bei einem Schützen einen Pamir aus, um das Fest unbeschadet zu überstehen. Wie Sie alle wissen, kann es für volksverbundene Politiker wie Matthias aber auch sehr anstrengend sein, das Ohr immer beim Volk zu haben. Matthias Michel jedenfalls lernte den Pamir schätzen und nahm ihn kurzerhand mit nach Hause. Doch bald meldete sich der gehörschutzlose Besitzer, um der Abschottung des Landammanns ein Ende zu bereiten. Matthias Michel schickte ihm den Gehörschutz aber nicht einfach zu, sondern nahm sich die Zeit, bei einem Kaffee die Leihgabe persönlich zurückzugeben. Das freute den Schutzspender sehr, und so kehrte Matthias bald wieder hörend zum Volke zurück.

Matthias repräsentierte Zug und seine Menschen sowie die Wirtschaft frisch und jugendlich – man erinnere sich an seine Rap-Einlage inkl. Tschäpper am Bahnhof Oberwil anlässlich der Einführung des S2-Halbstundentakts. Er repräsentierte charmant – keiner lobte die OLMA-Bratwurst oder die Glarner Kalberwurst in St. Gallen besser als er. Doch obwohl Matthias Michel ein wirklich gut aussehender Landamman war – quasi der Richard Gere unter den Regierungspräsidenten –, wurde er gerade an der OLMA optisch-repräsentativ klar überstrahlt, als er den Festzug anführte: überstrahlt von unserer Kantonsratspräsidentin Vreni Wicky in ihrer Zuger Festtagstracht und überstrahlt von seiner Frau Christina in ihrer Zuger Sonntagstracht

Matthias gab Zug an der OLMA, aber auch an anderen Veranstaltung ein sympathisches Gesicht, und er hatte auch politisches Gewicht in nationalen Gremien, sei es als Vorsitzender der Europakommission der Konferenz der Kantone, als Präsident der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs, als Vizepräsident der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich oder als Mitglied des leitenden Ausschusses der Konferenz der Kantone. Matthias Michels Überzeugung war, dass er Zugs Interessen in der Schweiz besser vertreten kann, wenn er nach Bern, Zürich oder Genf reist. Er war ein offensiver, selbstbewusster und doch bescheidener Repräsentant unseres Kantons.

Apropos Auftritt: Genf, gewohnt hohe Tiere aus allen Ländern zu empfangen, wollte den Landammann mit viel Pomp, Trara und Sicherheitseskorte vom Bahnhof abholen. Doch es stieg nur die Entourage um den Landschreiber aus. Matthias hatte aufgrund einer Arbeitssitzung erst einen Zug erwischt, der eine halbe Stunde später eintraf. Ratlos fragten die Genfer Gastgeber, was sie tun sollen, worauf der Landschreiber beschied, der v Landammann fände seinen Weg schon. Und tatsächlich: Die eskortierte Entourage traf gleichzeitig am Bestimmungsort in Genf ein wie der

mit ÖV und zu Fuss angereiste Landammann. So zeigte unser Landammann, wie Zug funktioniert: kurze Wege, unkompliziert, bürgernah.
An Internationalen Auftritten wie am Wirtschaftsforum im Südtirol oder beim Europaforum in Niederösterreich wurde Matthias Michel auch einem hohen Staatsmann gleich empfangen. So viel Etikette war dem Landammann fast schon nicht Recht, wie er in einer Rede in Walchwil vor kurzem beschrieb: «In Österreich und im Südtirol hat der Landeshauptmann eine grosse Machtstellung, die er über Jahre innehat. In unserem Land ist das undenkbar. Durch unser System der Beteiligung aller grösseren Parteien an der Regierungsmacht und durch die Rotation des Regierungspräsidenten alle Jahre oder alle zwei Jahre wird jegliche Machtansammlung in einer Person vermieden. Das ist gut so. Deshalb werde ich das Amt des Landammanns, dessen ich überhaupt nicht müde bin, Ende Jahr mit Überzeugung weiter geben.»
Lieber Matthias, Du gibst nun wie angekündigt Dein Amt weiter. *Primus inter pares* wird nun Beat Villiger sein. Du warst zwei Jahre unser Repräsentant – eben nicht unser Regent. Doch zumindest zum Abschied soll ein bisschen Königshausstimmung aufkommen mit unserem royalen Abschiedsgeschenk. Du und Deine Frau Christina seid ja oft im Stoos, wo ihr eine kleine Ferienwohnung habt. Dort entstehen auch die besten Reden und die besten Visionen des Landammanns. Vielleicht habt ihr jetzt, wenn Du nicht mehr so viele Reden und Visionen vorbereiten musst, etwas mehr Zeit für Gemeinsamkeit. Du musst für unser Geschenk in Deinem akribischen Zeitmanagement, das mir schriftlich vorliegt und dank welchem Du die landammännische Mehrbelastung auch gut gemanagt hast, ca. vier Stunden vorsehen. Wir schenken euch eine sogenannte Königspaar-Massage im Wellness-Hotel dort oben.
Lieber Matthias, in Deiner Eröffnungsrede sagtest Du, Politik solle man mit Gelassenheit und Grandezza betreiben. Gelassenheit und Grandezza, das wünsche ich darum mir selbst, allen Kantonsrätinnen und Kantonsräten, den Medien und den Gästen, nicht nur im Hinblick auf die kommenden Festtage, sondern auch im neuen Jahr und in künftigen Jahren. Politik mit Gelassenheit und Grandezza: Das tatest und tust Du, lieber Matthias. Vielen herzlichen Dank für Dein vorbildliches Wirken für uns alle und für Zug.

(Der Rat applaudiert, und Stefan Gisler überreicht dem abtretenden Landamman das erwähnte Geschenk.)

Landammann **Matthias Michel:** Vorerst danke ich dem Laudator Stefan Gisler bestens. Abgesehen vom Inhalt, hätten Sie keine bessere Stimme wählen können – schon mit ihrer Sonorität bringt sie diesen Raum zum Schwingen. Inhaltlich aber müssen Sie wissen, dass Stefan Gisler ein Oberwiler ist wie ich. Durch diese Oberwiler *Connection* war zum Vornherein gesichert, dass er sicher nichts gegen mich vorbringen würde. Das hat er auch gehalten. Man deckt sich ja, wenn man sich kennt.
Ich nehme mir die Freiheit eines abtretenden Landammanns, mich noch etwas zu entlasten, bevor ich befreit und leichten Schrittes von dannen ziehe bzw. im Regierungszimmer einen Sitz weiter rutsche, sozusagen ins Stöckli, wo auch Altlandammann Peter Hegglin schon sitzt. Vor zwei Jahren habe ich hier nach der Wahl zum Landammann gesagt, dass wir an dieser Stelle nicht nur Personen feiern, sondern das Funktionieren unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen, und dass gerade deshalb die Schweiz und für viele andere Länder ein Vorbild sei. Ich habe damals gesagt: «Schon deshalb sollten wir in unserem Tun als Behörden dieses Vorbildes würdig sein.»

Wenn ich auf die lokalen Geschehnisse der letzten Wochen zurückblicke, so ist diese Würde auf verschiedenen Seiten leider abhandengekommen. Exekutivpolitiker haben – selbst wenn die rechtliche Beurteilung ihres Tuns zum Teil noch aussteht – ihre Integrität zumindest aufs Spiel gesetzt und damit zu Recht Anlass zu tiefen Verunsicherungen und Zweifeln in der Bevölkerung gegeben. Und noch mehr: Diese Verunsicherungen und Zweifel breiten sich dann über ganze Räte und Institutionen aus. Dass dies geschehen ist, bedaure ich sehr, denn in unserem demokratischen Rechtsstaat ist das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in unsere Behörden und Institutionen sehr wichtig.
Schlimm finde ich, dass – ausgehend von Ereignissen, die ich nicht rechtfertige und die es leider offenbar gibt – nun ganze Gremien ins falsche Licht und ins Zwielicht geraten. So haben sich sogar Mitglieder unseres Regierungsrats in den letzten Tagen auf der Strasse und in den Medien die Frage gefallen lassen müssen, was denn eigentlich im Zuger Regierungsrat bzw. im Kanton los sei. Kein Wunder, wenn Medien von «Bananenrepublik Zug» und «italienischen Verhältnissen» schreiben und kolportieren, man kenne sich im Kanton Zug halt und decke sich, so lange man könne – und damit suggerieren, dass so alles vertuscht werde. Meine Damen und Herren, wir in diesem Saal kennen uns alle, aber ich bin weit davon entfernt zu sagen, dass wir alles vertuschen und uns decken und Bananenrepublik betreiben.
Und noch weiter: In einer Basler Zeitung nahm Oberkommunikator Stöhlker unseren Finanzdirektor Hegglin ins Visier, welcher eine Witwe um Millionen von Franken betrogen haben soll. Er musste das natürlich richtigstellen. Aber ich traue meinen Augen und Ohren zum Teil nicht mehr. Da wird alles in einen Topf geworfen, entweder aus Unkenntnis, aus Unsorgfalt oder aus bewusstem Politiker-Bashing. Generalrundumschläge ohne jegliche Differenzierungen müssen sich fast alle gefallen lassen, welche im Kanton Zug – sei es als Milizparlamentarier oder sonstwie – behördlich tätig sind. Das ist absolut unwürdig. Da kämpfe ich um die Würde Ihres und unseres Rates.
Die besagten Medien treten eigentlich an für Transparenz und schaffen das meist auch – ich bin froh darum, Medien als Sparring-Partner zu haben. Sie treten für Transparenz an im Sinne der Stärkung unserer Demokratie und unserer Institutionen. Wenn Medien aber in dieses Fahrwasser gelangen, bewirken sie mit solchen Rundumschlägen genau das Gegenteil: Die Institutionen werden geschwächt, Verunsicherung macht sich breit, und würdig ist das alles nicht. Ich meine, wir alle, einschliesslich der Medien haben, haben die Pflicht, mit Fehlern und Missbräuchen im Rechtsstaat richtig und würdig umzugehen, im Interesse unserer Institutionen. Danke, dass ich mich hier mit diesen Gedanken etwas erleichtern durfte, das beschäftigt mich wirklich in diesen Tagen.
Ich bin dankbar, dass wir im Zuger Regierungsrat in den vergangenen Jahren gute Arbeit mit integren Persönlichkeiten leisten konnten. Diese Personen, unser Kollegium, haben sich sehr engagiert; für mich war die Sitzungsleitung streng, aber schön, und wir konnten einige der vor zwei Jahren in Aussicht genommenen Ziele verwirklichen. Liebe Kollegin, liebe Kollegen, ich danke euch bestens.
Auch seitens des Kantonsratspräsidiums habe ich grosses Wohlwollen erlebt. Vreni Wicky sass mir zwar im Nacken, aber in einer Art, dass ich es nicht spürte. Danke, Vreni, für die sehr natürliche und selbstverständlich empfundene Art der Zusammenarbeit. Gegen aussen: Es war ein Höhepunkt, als ich neben der Kantonsratspräsidentin in der Zuger Festtagstracht und Hand in Hand mit meiner Gattin in der Sonntagstracht den Festumzug an der diesjährigen OLMA in St. Gallen anführen durfte. Ich kam mir vor wie ein kleiner Konfirmand, aber ich habe gestrahlt, und mein Herz hat höher geschlagen. Ich habe darob fast vergessen, dass es zwischen

Kantonsrat und Regierungsrat vor etwa anderthalb Jahren eine Verstimmung gab wegen der schon vorher erwähnten Sitzungsplanung. Ich kann mich erinnern, dass damals dem jetzt neu gewählten Kantonsrats-Vizepräsidenten ob dieser Planung bzw. Unplanung fast der Kragen platzte. Die Knöpfe sind inzwischen wieder angenäht, die Verstimmung hat sich gelegt.
Ich danke auch Landschreiber Tobias Moser, der sich seit gut einem Jahr bestens eingearbeitet hat, vor einem Jahr die Führung der Staatskanzlei wieder übernommen und dadurch den Landammann entlastet hat. Ich danke auch seiner Stellvertreterin Renée Spillmann, dem Standesweibel und dem ganzen Staatskanzlei-Team, welches uns hervorragend unterstützt hat. Der neue Kantonsratspräsident, dem ich zur Wahl gratuliere, und mein Nachfolger werden einen sehr guten Stab zur Seite haben. Auch meinem Nachfolger Beat Villiger gratuliere ich und freue mich für dich. Du wirst ein schönes Amt übernehmen und dieses mit Würde, mit der Dir eigenen ruhigen Art, verknüpft mit Deinem feinen Humor, bestens ausüben. Ich danke Ihnen allen für den Respekt, den ich immer wieder spüren durfte, und wünsche Ihnen zum Schluss gute Festtage.

(Der Rat applaudiert.)

Kantonsratspräsidentin **Vreni Wicky** wünscht allen Ratsmitgliedern und ihren Angehörigen besinnliche Festtage und privat wie beruflich alles Gute im neuen Jahr.

610 Nächste Sitzung

Donnerstag, 31. Januar 2013 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

41. Sitzung: Donnerstag, 31. Januar 2013 (Vormittagssitzung)
Zeit: 08.30 – 12.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 29. November und vom 13. Dezember 2012
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Gesetz über die Videoüberwachung des öffentlichen und des öffentlich zugänglichen Raums (Videoüberwachungsgesetz, VideoG)

4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham

4.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Renaturierung des Tobelbachs, Gemeinde Cham

5. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG)
6. Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG)
7. Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)
8. Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG)
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV)
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung des Konkordats vom 15. November 2007 über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
11. Motion von Philip C. Brunner betreffend Anpassung des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe
12. Postulat von Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Autos und Sozialhilfe
13. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Nutzung und Gestaltung des Aussenraumes zwischen Bahnhof und Metalli in der Stadt Zug
14. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Krankenversicherung und Zugang zur Gesundheitsversorgung der Sans-Papiers

15.1. Interpellation von Pirmin Frei betreffend Geothermie

15.2. Interpellation von Karin Andenmatten und Anna Bieri betreffend Nutzung der Geothermie im Kanton Zug

611 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Rupan Sivaganesan, Eusebius Spescha, beide Zug; Walter Birrer, Cham.

612 Mitteilungen

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** begrüsst erstmals zur Kantonsratssitzung. Insbesondere heisst er die Schülerinnen und Schüler einer 4. Klasse der Kantonsschule Zug willkommen, welche mit ihrem Lehrer Philippe Weber die heutige Sitzung verfolgen.

Der Kantonsratspräsident hat sich überlegt, was er in seiner Amtszeit weiterführen möchte, und was allenfalls angepasst werden sollte. Es sind nur zwei kleine Änderungen resp. ein Wunsch, da er das Privileg hat, ein gut funktionierendes Parlament übernehmen zu dürfen. In den sechs Jahren, seit er Kantonsrat ist, hat der neue Vorsitzende immer wieder gehört, dieses oder jenes sei nur eine Frage der Selbstverantwortung. Selbstverantwortung wird oft von den andern eingefordert. Das Parlament darf aber mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb bittet der Kantonsratspräsident, eine Flüsterkultur zu pflegen.
Nach dem guten Essen wird von vielen etwas Süsses als Dessert gewünscht. Auch der Vorsitzende schätzt das sehr. Das Dessert wurde nicht abgeschafft, weil damit Geld gespart werden kann, sondern weil der zusätzliche zeitliche Aufwand oft das Zeitbudget sprengte. Der Kantonsratspräsident möchte den Versuch starten, das Essen wieder durch ein kleines Dessert abzurunden. *(Der Rat applaudiert.)* Die Gastwirte werden eine schnelle Bedienung sicherstellen. Die Ratsmitglieder sind gebeten, jeweils zügig zu und von den Restaurants bzw. in den Bus zu wechseln.
Gemäss Bürobeschluss werden gebrannte Wasser nach dem Essen wieder teilweise bezahlt. Verantwortungsbewusste Volksvertreter wissen aber, dass sie nach zwei, drei Gläsern Wein und einer Portion Schnaps nicht mehr fahrtüchtig wären. Die Aufmerksamkeit im Rat darf sicher auf eine ähnliche Stufe gestellt werden. Der Präsident bittet auch in diesem Punkt um mehr Selbstverantwortung. Wir haben von der Bevölkerung einen Auftrag erhalten; um diesen zu erfüllen, sind wir hier.

TRAKTANDUM 1

613 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Die Traktandenliste wird ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 2

614 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 29. November und vom 13. Dezember 2012

Pirmin Frei erinnert daran, dass er an der Kantonsratssitzung vom 29. November 2012 folgenden Antrag gestellt hat: «Das Globalbudget für das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (Kostenstelle 1552) für 2013 sei auf der Höhe der Kantonsratsvorlage vom 5. April 2011 festzusetzen, d. h. auf 4'739'100 Franken abzüglich die Kostenbeteiligung der betreuten Personen von 400'000 Franken.» Dieser Antrag ist im Kantonsratsprotokoll vom 29. November 2012 korrekt wiedergegeben. Er wurde im

Rat als Budgetkürzung um 1'677'700 Franken interpretiert und so zur Abstimmung gebracht, ohne dass jemand, insbesondere auch der Antragsteller nicht, opponiert hätte. Der Antrag wurde bekanntlich vom Kantonsrat gutgeheissen.
Inhaltlich liegt aber ein Missverständnis und/oder ein Rechnungsfehler vor. Daher braucht es eine Richtigstellung dieses Beschlusses. Materiell wollte der Antragsteller nämlich mit seinem Antrag lediglich – aber immerhin – eine Budgetkürzung von 1'127'700 Franken bewirken. Dieser Betrag ist die Differenz zwischen den Nettokosten des regierungsrätlichen Budgetvorschlags und den Nettokosten gemäss dem Antrag des Regierungsrats an die vorberatende Kommission vom 5. April 2011.
Es ist dem Votanten wichtig, dies hier richtigzustellen. Somit beantragt er dem Rat, den Beschluss vom 29. November 2012 betreffend die Budgetkürzung bei der Kostenstelle 1552 statt auf 1'677700 Franken neu auf 1'127'700 Franken festzusetzen. Dieses Vorgehen ist mit dem Landschreiber sowie mit der Direktorin des Innern und dem Finanzdirektor abgesprochen. Der Votant schlägt folgendes Vorgehen vor:
• Mit dieser Richtigstellung ändern sich sowohl der Saldo des Aufwandes der Kostenstelle 1552 als auch der Gesamtsaldo des Budget 2013.
• Die Finanzdirektion wird nach dieser Richtigstellung zu Handen des Kantonsrates die aktualisierte Fassung des Budgets 2013 liefern.
• Der Kantonsrat nimmt dann die neuen Zahlen der guten Ordnung halber an der nächsten Sitzung zustimmend zur Kenntnis.
Der Votant bittet, diesem Antrag und Vorgehen zuzustimmen, und ersucht um Nachsicht für die entstandene Verwirrung

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 29. November und vom 13. Dezember 2012 werden ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 4
Kommissionsbestellungen:

615 Traktandum 4.1: **Gesetz über die Videoüberwachung des öffentlichen und des öffentlich zugänglichen Raums (Videoüberwachungsgesetz; VideoG)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2207.1/.2 - 14211/12).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Hans Christen, Kommissionspräsident

Daniel Abt	Georg Helfenstein
Kurt Balmer	Beat Iten
Christine Blättler-Müller	Alice Landtwing
Daniel Burch	Beni Riedi
Pirmin Frei	Flavio Roos
Stefan Gisler	Cornelia Stocker
Andreas Hausheer	Thomas Wyss

➔ Der Rat ist einverstanden.

616 Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2210.1/.2 - 14218/19).

➔ Überweisung an Kommission für Hochbauten.

617 Traktandum 4.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Renaturierung des Tobelbaches, Gemeinde Cham**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2212.1/.2 - 14225/26).

➔ Überweisung an Kommission für Tiefbauten.

618 Traktandum 4.4: **Ersatzwahl in eine Kommission des Kantonsrats: Raumplanungskommission**

Die SVP-Fraktion beantragt, Gabriela Peita als Ersatz für Oliver Wandfluh in die Raumplanungskommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

619 Traktandum 4.5: **Ersatzwahl in eine Kommission des Kantonsrats: Bildungskommission**

Die SVP-Fraktion beantragt, Beni Riedi als Ersatz für Oliver Wandfluh in die Raumplanungskommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

620 Traktandum 4.6: **Ersatzwahl in eine Kommission des Kantonsrats: Kantonsratsbeschluss betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats**

Die CVP-Fraktion beantragt, Silvia Thalmann als Ersatz für Eugen Meienberg in die Kommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

621 **Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG)**
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2122.4 - 14206).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 63 zu 8 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Der Regierungsrat beantragt, die Motion von Rupan Sivaganesan, Rosemarie Fähndrich Burger, Eusebius Spescha, Vreni Wicky, Beatrice Gaier und Markus Jans betreffend sprachliche Integration von Ausländerinnen und Ausländern vom 3. Mai 2007 (Vorlage Nr. 1531.1 - 12374) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Damit ist das Geschäft abgeschlossen.

TRAKTANDUM 6

622 **Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG)**

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2170.1/.2/.3/.4 - 14129/30/31/32); Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission (2170.5 - 14224).

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Heini Schmid** dankt Regierungsrätin Manuela Weichelt und den Mitarbeitern ihrer Direktion für die gute Unterstützung und die angenehme Zusammenarbeit bei der Beratung dieser Vorlagen. Seit die Kommission diese Geschäfte durchberaten hat, haben sich insbesondere auf Bundesebene durch die Gewährleistung der Schwyzer Verfassung durch den Ständerat die Ereignisse überschlagen. Der Kommissionspräsident bringt deshalb zwei Vorbemerkungen an.

• Nach der Beratung in der Kommission wurde festgestellt, dass die Vorlage 2170.2 betreffend die Unvereinbarkeit im Generellen und der Unvereinbarkeit zwischen dem Amt des Regierungsrates und einem Mandat im eidgenössischen Parlament nicht als eine, sondern als zwei Vorlagen vor das Volk gebracht werden sollten. Dies, weil in den zwei Verfassungsbestimmungen § 20 und § 45 zwei verschiedene Fragen geregelt werden, bei denen jeweils mit Ja oder Nein abgestimmt werden kann. Der Regierungsrat wird darum auf die zweite Lesung diese Verfassungsänderungen in zwei verschiedene Vorlagen aufteilen, damit die unverfälschte Willensäusserung gewährleistet ist.

• An ihrer Sitzung von 8. November 2012 hat die Kommission ihre Beratungen abgeschlossen. Am 28. November 2012 hat der Ständerat als erster Rat die Verfassung des Kantons Schwyz gewährleistet, obwohl sowohl der Bundesrat als auch die vorberatende Kommission beantragt hatten, § 48 Abs. 2 der Schwyzer Verfassung nicht zu gewährleisten. Falls der Nationalrat in der Märzsession dem Entscheid des Ständerats folgt, würde dies bedeuteten, dass die Bundesversammlung dem Kanton Schwyz zugesteht, dass die Gemeinden nach wie vor uneingeschränkt die Wahlkreise bilden und somit kein doppelter Pukelsheim eingeführt werden muss.

Aufgrund dieser neuen Ausgangslage hat die Kommission am 16. Januar, gestützt auf ein Aussprachepapier der Direktion des Innern, das weitere Vorgehen insbesondere für die heutige Sitzung noch einmal beraten. Die Kommission hat dabei mit 14 zu 2 Stimmen beschlossen, dem Rat analog zum Kommissionsbericht zu beantragen, in der ersten Lesung auf die Vorlage einzutreten und ihr gemäss den Anträgen der Kommission zuzustimmen. Für den Fall, dass der Nationalrat in der Märzsession dem Ständerat folgen und damit die Schwyzer Verfassung gewährleisten sollte, hat die Kommission beschlossen, dem Rat eine Verfassungsänderung vorzuschlagen, aus der hervorgeht, dass im Kanton Zug ein Wahlverfahren gemäss Doppeltem Pukelsheim ausgeschlossen wird.

Dieses Vorgehen hat die Kommission beschlossen, um sicherzustellen, dass – falls die Verfassung des Kantons Schwyz nicht gewährleistet wird – wir der Aufforderung des Bundesgerichtes nachkommen und rechtzeitig das Wahlgesetz revidieren können. Denn falls wir heute nicht in erster Lesung das neue Wahlgesetz beraten, ist eine Einführung vor den nächsten Gesamterneuerungswahlen im Herbst des nächsten Jahres nicht mehr realistisch. Die Kommission wollte aber unter allen Umständen verhindern, dass wir ohne verfassungskonformes Wahlrecht dastehen, wenn die Bundesversammlung die Meinung des Bundesgerichtes stützen, also die Verfassung des Kantons Schwyz nicht gewährleisten würde.
Zweitens wollte die Kommission sicherstellen, dass schlussendlich das Zuger Stimmvolk über die Frage «Doppelter Pukelsheim – Ja oder Nein?» entscheiden kann. Die Kommission ist der Meinung, dass diese wichtige Frage durch das Volk und nicht alleine durch die Parteien entschieden werden soll. Es besteht ja auch die Möglichkeit, auf die zweite Lesung hin zu beantragen, die Verfassungsänderung betreffend Doppeltem Pukelsheim abzulehnen und somit die bisherige Verfassungsbestimmung beizubehalten. In einem solchen Fall wäre keine Volksabstimmung notwendig. Die Kommission will aber unbedingt, dass es für das Bundesgericht klar ist, dass das Zuger Stimmvolk analog zur Situation in Schwyz ausdrücklich über diese Frage abgestimmt hat. Dieses Vorgehen erscheint der Kommission auch darum als angezeigt, weil für die anderen Verfassungsbestimmungen im Herbst sowieso eine Volksabstimmung stattfinden wird.
Was die eigentliche Beratung der Verfassung und Wahlgesetzänderungen anbetrifft, verweist der Kommissionspräsident auf den Kommissionsbericht. Er will an dieser Stelle aber darauf eingehen, wie wichtig es ist, heute auf diese Vorlage einzutreten. Falls der Rat heute auf die Vorlage nicht eintritt, gibt es keine Möglichkeit mehr, auf das Ergebnis der Gewährleistung der Schwyzer Verfassung auf Bundesebene reagieren zu können. Bei Nichteintreten gibt es keine zweite Lesung. Der Kantonsrat hat entschieden, dass wir den Doppelten Pukelsheim nicht wollen – und damit basta. Sollte die Schwyzer Verfassung aber nicht gewährleistet werden, würden wir uns im Widerspruch zum Bundesgericht und zur Bundesversammlung befinden. Wir würden uns weigern, ein Urteil des Bundesgerichts – des höchsten Gerichts der Schweiz – bzw. einen Beschluss der Bundesversammlung umzusetzen. Die Kommission kam nach langer Diskussion klar zu Überzeugung, dass ein solcher ziviler Ungehorsam in dieser Frage ein absolutes *No-Go* darstellt. Es wäre doch das Ende unseres Staates, wenn jeder frei entscheiden kann, ob er das Urteil eines demokratisch legitimierten Gerichtes umsetzen muss oder nicht. Wie können wir denn gerade von Ausländern erwarten, dass diese unsere Rechtsordnung einhalten sollen, wenn wir selber dies bei der ersten sich bietenden Gelegenheit auch nicht tun? Die Kommission will, dass der Kantonsrat weiterhin das Steuer in der Hand behält und in Kenntnis der Entscheide auf Bundesebene in der zweiten Lesung frei entscheiden kann. Darum bittet die Kommission, auf die Vorlage einzutreten und ihren Änderungsanträgen zuzustimmen.

Eugen Meienberg spricht namens der CVP-Fraktion. Er korrigiert einleitend einen Versprecher von Kommissionspräsident Heini Schmid: Die Kommission hat mit *12* zu 2 Stimmen das weitere Vorgehen beschlossen, nicht mit 14 zu 2 Stimmen.
Einem Unbeteiligten die zeitlichen und sachlichen Zusammenhänge in diesem Geschäft zu erklären ist sehr schwierig. Noch schwieriger jedoch ist es jemandem zu erklären, wie die Zuteilung mit dem doppelproportionalen Divisorverfahren, mit Listengruppendivisoren und den Wahlkreisdivisoren funktioniert und am Schluss diejenige Kandidatin oder Kandidat aus Gemeinde X und nicht Y gewählt ist. Prof. Dr. Friedrich Pukelsheim rechnet sicher richtig und auch die Computer, nachvollziehen kann man es jedoch kaum. Wenn man glaubt, dass der Doppelte Pukelsheim das einzig gerechte Verfahren ist, stimmt das so nicht. Man verlagert mögliche Ungerechtigkeiten vom

Kanton zu den Wahlkreisen, sprich Gemeinden. In einem von Professor Pukelsheim mitverfassten Rückblick auf die Zürcher Kantonsratswahlen 2011 steht, dass es zu «zahlreichen», also nicht – wie immer wieder suggeriert wird – zu nur wenigen gegenläufigen Sitzvergebungen gekommen ist. Im gleichen Aufsatz kommen die Verfasser zum Schluss, dass im System des Doppelten Pukelsheim sogar mehr Ungerechtigkeiten, wenn man sie denn so nennen will. entstanden sind als im alten Wahlsystem. Die Pukelsheim-Methode ist definitiv kein Allerweltsmittel.
Dieses Verfahren will die CVP eigentlich nicht. Von daher könnte getrost nicht auf das Geschäft eingetreten werden. Es gibt jedoch ein Bundesgerichtsurteil, welches besagt, dass das Zuger Wahlsystem geändert werden sollte. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission hat wohl der Not gehorchend Ja zu einem Systemwechsel gesagt, denn der Kommissionpräsident hat die Mitglieder *sehr* eindringlich und vehement gewarnt, dass ein Staatswesen – in unserem Fall der Kanton Zug – sich einem Bundesgerichtsurteil nicht verweigern sollte. Ebenso hat in der vorberatenden Kommission wohl die Einstellung, dass das Volk über diese Frage abstimmen soll, eine entscheidende Rolle gespielt, dass der Verfassungsänderung überhaupt zugestimmt worden ist. Denn nur eine Verfassungsabstimmung, wie auch immer sie ausgestaltet ist, kann eine solche Abstimmung quasi provozieren.
Nun haben wir jedoch vorhin gehört, dass der Kanton Schwyz sich durch die Stimmbevölkerung eine neue Kantonsverfassung geben liess, wo eben gerade das System des Doppelten Pukelsheim verboten ist und auch die Gemeindegrenzen zugleich die Wahlkreise definieren. Der Ständerat war sich seiner Verantwortung bewusst und hat folgerichtig diese Verfassung gewährleistet. Einen solch hochbrisanten und nur politischen Entscheid sollen *Politiker* fällen, nicht Richter. Es ist zu hoffen, dass der Nationalrat inklusive unsere drei Zuger Vertreter sich dessen auch bewusst ist und die neue Schwyzer Verfassung auch gewährleistet.
Das ergibt für unsere Verfassungs- und Wahlgesetzänderung natürlich eine ganz andere Grundlage. Über das weitere Prozedere gab es in der CVP-Fraktion verschiedene Meinungen. Es wurde angeregt, mit der Behandlung des Geschäftes zuzuwarten, bis der Nationalrat im Falle Schwyz entschieden hat – also Abtraktandierung. Eine satte Mehrheit der CVP-Fraktion ist jedoch der Meinung, dass es eine Verzögerung nicht verträgt und wird daher heute nicht gegen Eintreten stimmen, sollte ein solcher Antrag gestellt werden. Damit halten wir uns sämtliche Optionen für eine zweite Lesung offen. In der Detailberatung wird die Mehrheit der CVP-Fraktion gegen den Doppelten Pukelsheim stimmen.
Der Votant fasst zusammen:
• Erstens: Die CVP Fraktion ist grossmehrheitlich für Eintreten und Beratung heute in erster Lesung. Damit wird eine Volksabstimmung erst möglich. Damit halten wir uns alle Optionen für eine zweite Lesung offen und damit kann der Zeitplan im Hinblick auf die nächsten Wahlen einigermassen eingehalten werden. In diesem Zusammenhang erlaubt sich die CVP-Fraktion die Rüge an den Regierungsrat, sich zu lange für die Ausarbeitung der Vorlage Zeit genommen zu haben.
• Zweitens: In der Detailberatung wird die Mehrheit der CVP-Fraktion den doppelten Pukelsheim nicht unterstützen.
• Drittens: Wir unterstützen damit grundsätzlich den vorhin vom Kommissionspräsidenten vorgezeichneten Weg mit dem Auftrag an die Direktion des Innern zur Ausarbeitung eines angepassten Verfassungsartikels

Irène Castell-Bachmann: Die FDP-Fraktion wird in der ersten Lesung dem sogenannten Doppelten Pukelsheim zustimmen. Aufgrund des Bundesgerichtsentscheids besteht zum heutigen Zeitpunkt im Kanton Zug auf Verfassungs- und Gesetzesstufe bezüglich des Sitzzuteilungsverfahrens Handlungsbedarf.
Anders kann jedoch aufgrund unseres Staatsverständnisse und unseres Verständnisses der Gewalten die Rechtslage aussehen, wenn nach dem Ständerat auch der

Nationalrat die Schwyzer Verfassungsbestimmung «Jede Gemeinde bildet einen Wahlkreis» gewährleisten sollte. Die FDP-Fraktion spricht sich für diese Verfassungsbestimmung aus dem Nachbarkanton aus und würde es deshalb sehr begrüssen, wenn nach dem Ständerat auch der Nationalrat in den nächsten Wochen die Gewährleistung des genannten Verfassungsartikels aussprechen würde. Im Gegensatz zu der darin festgehaltenen klaren und einfachen Regelung – jede Gemeinde bildet einen Wahlkreis – ist die Methode des Doppelten Pukelsheim für die Bürgerinnen und Bürger rechnerisch intransparent. Ein nicht nachvollziehbares Wahlsystem ist in einer Demokratie problematisch.
Falls der Zweitrat in Bern die schwyerische Verfassungsbestimmung gewährleistet, behält sich die FDP-Fraktion bereits heute vor, zu prüfen, ob sie sich in der zweiten Lesung gegen den Doppelten Pukelsheim aussprechen wird, indem auf Verfassungsstufe der Doppelte Pukelsheim ausgeschlossen würde. Ebenfalls zustimmen – und dies uneingeschränkt – wird die FDP-Fraktion den vorgeschlagenen Änderungen betreffend die Unvereinbarkeitsbestimmungen. Die FDP-Fraktion wird zudem in der Detailberatung beantragen, in § 38 Abs. 3 der Kantonsverfassung die folgende Bestimmung aufzunehmen: «Jedem Wahlkreis werden mindestens zwei Sitze zugeteilt.»

Beni Riedi nimmt es vorweg: Die SVP-Fraktion lehnt die Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug sowie des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen entschieden ab. Dass mit der Sitzzuteilung nach der Methode Pukelsheim der Wille der Stimmberechtigten in der Sitzverteilung im Kantonsrat am gerechtesten abgebildet wird, ist nach unserer Auffassung eine völlig falsche Annahme.
Wir sind überzeugt, dass das bisherige Wahlverfahren im Kanton Zug am demokratischsten und dementsprechend auch vorzuziehen ist. So möchten wir auch in Zukunft, dass die Zuger Gemeinden ihre Vertreter in den Kantonsrat wählen können. Mit der Methode Pukelsheim werden die Kompetenzen teilweise dem Kanton übertragen. Neu kann es durchaus sein, dass am Schluss die übrigen Stimmen von einer Gemeinde in eine andere Gemeinde übertragen und addiert werden. Das kann dazu führen, dass kleinere Parteien in einer Gemeinde einen Sitz erhalten können, obwohl ihr Wähleranteil in dieser Gemeinde dafür nicht ausreichen würde. Genau bei diesen sogenannten «Unterzuteilungen» sind Zweifel gegenüber der Nachvollziehbarkeit angebracht, denn diese werden von einem Computerprogramm vollzogen. Rein logisch bedacht, scheint der SVP Kanton Zug ein Computerprogramm, welches sich mathematisch nicht herleiten oder fundieren lässt, der Willkür derjenigen Person ausgesetzt, welche das Programm bedient und zu einem Ergebnis bringt
Die Methode Pukelsheim weist gröbere Mängel auf. Den vom Bundesgericht definierten Grenzwert von 10 Prozent notwendigen Stimmenanteilen für ein Kantonsratsmandat erachten wir als Affront gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Bei diesem Bundesgerichtsurteil handelt es sich um einen starken Eingriff in die Autonomie und die Souveränität des Kantons Zug.
Die SVP-Fraktion möchte, dass die Gemeinden uneingeschränkt als Wahlkreise bestehen sollten und zwar so, wie sie seit Jahren im Kanton Zug bestehen. Der jüngste Entscheid des Ständerates in Sachen Wahlgesetz im Kanton Schwyz vom Dezember 2012 bestätigt die SVP-Fraktion in ihrer kritischen Haltung. Im Namen der SVP-Fraktion beantragt der Votant dem Rat Nichteintreten auf die Vorlage. Zeitlich bedeutet das einen Verlust von drei Monaten

Stefan Gisler: Unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht auf ein Wahlsystem, das ihren Willen und ihre Stimmen möglichst genau abbildet. Heute sind je nach Gemeindegrösse 20 bis 30 Prozent der abgegeben Stimmen wertlos. Dieser Stimmenraub gerade bei den Bürgerinnen und Bürgern in den kleinen Gemeinden muss aufhören. Dies führt auch dazu, dass dann die Stimme einzelner Wählenden in

einigen Gemeinden viel höher gewichtet wird als in anderen. Das ist ungerecht. Das Prinzip «Eine Personen, eine Stimme» muss bestmöglich umgesetzt werden. Nur mit dem vorgeschlagenen Doppelproporz Pukelsheim spiegelt die Zusammensetzung des Kantonsrates den Willen der Wählenden im Kanton gut wieder.
Unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht auf ein Wahlsystem, das bundesverfassungskonform ist. Die Verfassung, die sich das Schweizer Volk gegeben hat, ist zu respektieren. Das Bundesgericht hat – wie vom Kommissionspräsidenten vorhin ausführlich dargelegt – klar gesagt, dass heutige Zuger Wahlsystem anzupassen ist. Es ist staatspolitisch höchst bedenklich – und das steht so auch im Kommissionsbericht –, wenn wir als gewählte Kantonsparlamentarier die Entscheide des Bundesgerichts nicht respektieren würden. Wieso sollte sich dann die Bevölkerung an Gerichtsentscheide halten?
Unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht auf ein Wahlsystem, das stabil ist und nicht alle Jahre wieder ändert. Dieser Rat hier hat dem Volk schon mehrere Wahlsystemwechsel zugemutet. Mit der Einführung des Doppelproporzes, des Pukelsheim, würde auf lange Sicht ein rechtlich korrektes und stabiles Wahlsystem noch vor den nächsten Wahlen eingeführt. Machen wir dies nicht, wählen wir den Weg der Unsicherheit und haben das Risiko einer Bevormundung durch das Bundesgericht oder durch Notrecht durch die Regierung.
Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen unterstützt die AGF die Wahlgesetzänderung in der Fassung, wie sie im Bericht der vorberatenden Kommission vorgeschlagen wird. Wir tragen auch alle Änderungsvorschläge der Kommission mit. Wir sind nicht aus Not, sondern aus Überzeugung dafür, da Not nicht immer der beste Ratgeber ist.
Die Vorlage der Kommission nimmt Rücksicht auf die gewachsenen Strukturen und belässt jede einzelne Gemeinden als Wahlkreis, und jede einzelne Gemeinde wird auch künftig im Kantonsrat vertreten sein. Es wurde schon ausgeführt, das System Pukelsheim mit Ober- und Unterzuteilung sei kompliziert – zu kompliziert, um von den Mitgliedern des Rats bzw. von den Bürgern und Bürgerinnen verstanden zu werden. Vorab: Der Votant findet es schwieriger, das heutige System Hagenbuch-Bischoff mit der Restmandateverteilung genau zu erklären. Pukelsheim findet er einfach, trotz Computer:
• Erstens ist vor den Wahlen klar, wie viele Sitze jede Gemeinde im Kantonsrat haben wird.
• Zweitens gibt es für die Wahlstimmen eine Oberzuteilung und eine Unterzuteilung.
• Drittens ordnet die Oberzuteilung auf kantonaler Ebene aufgrund der abgegebenen Stimmen der Bevölkerung die Anzahl Kantonsratssitze pro Liste definitiv zu.
• Viertens wird mit der Unterzuteilung dann eruiert, in welchen Gemeinden die jeweiligen Listen, wie viele Sitze machen.
• Fünftens kann es dabei zu den sogenannt gegenläufigen Sitzverteilungen kommen. Das kann dazu führen, dass eine Liste trotz höherer Stimmenzahl in einer Gemeinde einen Sitz weniger macht als eine andere; in einer anderen Gemeinde aber macht sie dann trotz tieferer Stimmenzahl einen Sitz mehr. Die vorher erwähnte Untersuchung der letzten Zürcher Kantonsratswahlen zeigte auf, dass es beim Pukelsheim in 24 Fällen zu gegenläufigen Sitzverteilungen kam. Sie zeigte aber auch auf – und das wurde vorhin verschwiegen –: Hätte noch das alte Wahlsystem Hagenbuch-Bischoff gegolten, wäre es in 23 Fällen ebenfalls zu Verschiebungen gekommen. Und: Zug ist viel kleiner als Zürich, also wird es hier zu weniger Verschiebungen kommen. Fazit: Beim Pukelsheim werden Parteien gemäss kantonaler Wählerstärke im Parlament vertreten sein. Keine Partei und keine Gemeinde verliert im Rahmen der gegenläufigen Sitzverteilung Kantonsratssitze.
Nun gibt es offenbar Kreise in diesem Rat, welche um jeden Preis verhindern wollen, dass das Prinzip «Eine Person, eine Stimme» so gut wie möglich umgesetzt werden soll. Sie wollen keinen Pukelsheim. Es stört sie nicht, dass ein Teil der Bevölkerung

ihrer Stimme beraubt wird. Dabei klammern sie sich an jeden Strohhalm. Dieser Strohhalm heisst Gewährleistung der Wahlgesetzänderung des Kantons Schwyz durch den Ständerat. Diese wurde ja mit dem knappen Resultat von 22 zu 24 Stimmen gegen den Willen des Bundesrats und der staatspolitischen Kommission gewährleistet. Das neue Schwyzer Wahlsystem will sichern, dass jede Gemeinde einen Wahlkreis bildet und Anspruch auf einen Sitz hat. Wörtlich heisst es dort in der Verfassung: «Jede Gemeinde bildet einen Wahlkreis. Die Sitze werden unter die Gemeinden im Verhältnis zu ihrer Wohnbevölkerung verteilt, wobei jede Gemeinde Anspruch auf einen Sitz hat.» Ja, in Schwyz führt dies faktisch dazu, dass der Pukelsheim verunmöglicht wird, denn dieser hätte in Schwyz die Gemeinden zu gemeinsamen Wahlkreisen gezwungen. Das war der Stein des Anstosses, das haben die Schwyzer abgelehnt. Doch Schwyz ist nicht Zug. Würden wir in Zug den Schwyzer Verfassungs-Paragrafen einführen, wäre Pukelsheim noch immer möglich. In Zug können wir auch *mit* Pukelsheim sehr wohl sichern, dass jede Gemeinde einen Wahlkreis bildet und noch mindestens einen Sitz hat. Genau dies steht in der Vorlage.
Nun will sich die Kommission aber an diesem Strohhalm festklammern und empfiehlt die heutige Beratung des WAG. Allenfalls würde dann auf die zweite Lesung hin alles wieder geändert, je nach Entscheid des Nationalrats. Auch die AGF rät, heute einzutreten, damit wir keinen Scherbenhaufen haben, wenn der Nationalrat die Gewährleistung nicht vollziehen sollte. Falls er es nicht tut, haben wir ein Wahlgesetz, das bundesgerichtskonform ist, und können 2014 auch wählen gehen. Falls der Nationalrat gewährleistet, heisst es hier für einige:«Juhui, wir folgen den Schwyzern.» Davor warnt der Votant schon heute ausdrücklich. Wir wissen nicht, wie das Bundesgericht den Fall Schwyz neu beurteilen würde. Dann ist Zug nicht gleich Schwyz. Wir wissen auch nicht, ob National- und Ständerat eine entsprechende Zuger Verfassungsänderung nach Schwyzer Beispiel gewährleisten würde. Wir wissen auch nicht, was das Bundesgericht zur Zuger Kehrwende sagen würde. Und wir wissen auch nicht, was das Zuger Volk zur Kehrwende sagen würde. Das sind zu viele Unsicherheitsfaktoren, um den Bürgerinnen und Bürgern im Herbst 2014 stabile Wahlen garantieren zu können.
Wer also den staatspolitisch sicheren Weg gehen will, sagt heute nicht nur Ja zum Eintreten und stimmt Gesetz und Verfassung im Sinne der Kommission zu, sondern auch in der zweiten Lesung. Das gibt dann dem Volk auch die Möglichkeit, real der Einführung von Pukelsheim zuzustimmen oder nicht.

Alois Gössi: Die SP-Fraktion ist unbestritten und vorbehaltlos für Eintreten auf diese Vorlage und schliesst sich fast allen Änderungsanträgen der vorberatenden Kommission an.
Bei den Kantonratswahlen, die bei uns im Proporzwahlsystem durchgeführt werden, haben wir sehr ungleiche Verhältnisse: In Neuheim braucht es mindestens 33,3 Prozent der Stimmen für einen Sitz, in Zug genügen 5 Prozent. Für ein Verhältniswahlrecht, wie wir es haben, sind jedoch Quoren von mehr als 10 Prozent für einen Sitz nicht zu vereinbaren. Unterschiedlich grosse Wahlkreise, wie wir sie haben, bewirken, dass im Vergleich unter den Wahlkreisen nicht jeder Wählerstimme das gleiche politische Gewicht zukommt. Diese Verfassungswidrigkeit stellte ja kürzlich auch das Bundesgericht fest, das über unser Wahlsystem für den Kantonsrat zu befinden hatte. Zug ist übrigens kein Einzelfall; auch in anderen Kantonen gab es ähnliche Urteile.
Eine Wählerstimme soll inskünftig im ganzen Kanton Zug gleich viel Gewicht erhalten. Wegen der Erfolgswertgleichheit der Stimmen bedeutet dies, dass alle Stimmen im ganzen Wahlgebiet, also auch mit Blick auf die Wahlkreise, genau gleich viel zur Wahl eines Mitglieds des Kantonsrats beitragen sollen.
Die Umsetzung dieser Forderung ist nur mit dem Doppelten Pukelsheim sinnvoll. Die Wahlkreise auf Ebene Gemeinde bleiben erhalten, und jede Gemeinde ist weiterhin

entsprechend ihrer Grösse im Kantonsrat vertreten. Die Sitzzuteilung wird einfach in zwei Schritten gemacht: zuerst die Sitzzuteilung der einzelnen Parteien auf Ebene Kanton, dann die Zuteilung dieser Sitze auf die Gemeinden. Dass die Zuteilung der Sitze auf die einzelnen Parteien auf Ebene Gemeinde nicht sehr transparent ist, ist der grosse Nachteil des Systems Pukelsheim.
Aber nichtsdestotrotz ist die SP-Fraktion *für* diese Änderung. Wir haben kein Verständnis für die bürgerlichen Parteien, die nun mit allen Mitteln versuchen, den Doppelten Pukelsheim zu verhindern. Ihnen kommt die Gewährleistung der Schwyzer Verfassung gerade recht. Diese lässt explizit verschieden grosse Wahlkreise zu. Die genannten Bürgerlichen hoffen, dass nach dem Ständerat auch der Nationalrat die Verfassung gewährleistet. Danach soll dann für die zweite Lesung das jetzige System in der Zuger Verfassung zementiert werden, so dass es bei uns keinen Pukelsheim mehr geben kann.
Die SP-Fraktion lehnt dieses Vorgehen entschieden ab. Wir gehen nicht fehl in der Annahme, dass in einem solchen Fall das Ganze wohl wiederum beim Bundesgericht in Lausanne landen wird. Wie dann die Wahlen 2014 laufen würden, ist völlig unklar; in der letzten Kommissionssitzung wurde auch schon die Anwendung von Notrecht erwähnt.
Abschliessend noch vier Bemerkungen zu den materiellen Änderungen, die ersten zwei zum System Pukelsheim:
• Wie stimmen der Regelung zu, dass die stimmenstärkste Liste einer Gemeinde mindestens einen Sitz erhält. Dies könnte für Neuheim relevant sein, wenn Neuheim nur noch einen Sitz erhält. Dieser Sitz soll explizit bei der stimmenstärksten Liste liegen.
• Wir lehnen ein Quorum für eine Kantonsratssitz ab, auch wenn es nur 5 Prozent der Stimmen in einer Gemeinde oder 3 Prozent kantonal ist. Wir befürchten keine grosse Verzettelung der Mandate auf neue Gruppierungen oder Parteien. Wer die nötige Anzahl Stimmen hat – es würde mindestens 1,25 Prozent aller Stimmen für ein Mandat brauchen –, soll in den Kantonsrat einziehen können.
• Wir befürworten ausserdem, dass ein Regierungsrat nicht gleichzeitig National- oder Ständerat sein kann. Das Amt des Regierungsrats ist ein Vollamt und ein 100- oder noch mehr Prozent-Job. Er oder sie kann nicht gleichzeitig beide Ämter verantwortungsbewusst ausüben, ohne eines davon oder beide zu vernachlässigen.
• Wir wollen keine Lex Neuheim. Wir wollen, dass Neuheim die Kantonsratsmandate gemäss der Bevölkerungszahl zugewiesen erhält; eine Bestandesgarantie von zwei Kantonsratssitzen lehnen wir ab. Wir wollen keine Begünstigung von Neuheim zulasten der anderen Gemeinden.

Daniel Stadlin: Zürich, Aargau und Schaffhausen haben es bereits; Nidwalden wird 2014 erstmals so wählen und Freiburg voraussichtlich 2016; in Bern steht es zur Debatte; zu den Entwicklungen betreffend Schwyz will sich der Votant jetzt nicht äusser: Der Trend hin zu Wahlsystemen, die den Wählerwillen möglichst exakt abbilden, ist offensichtlich. Systematische Verzerrungen auf Kosten der Kleinen werden immer weniger akzeptiert. Die Sitzverteilung muss eine möglichst genaue Übereinstimmung mit den Wahlergebnissen haben. Dass die grossen Parteien, die in zu kleinen Wahlkreisen ihre Sitze praktisch auf sicher haben, das System nicht freiwillig ändern wollen, liegt auf der Hand. Letztlich geht es auch um Machterhalt. Die korrekte Abbildung des Wählerwillens ist jedoch ein urdemokratisches Anliegen. Seit das Bundesgericht festgestellt hat, dass das Proporzwahlrecht, verbunden mit zu kleinen Wahlkreisen, zu Ungerechtigkeiten führt, lösen historisch gewachsene Wahlsysteme in der Schweiz Diskussionen aus. Der Bundesgerichtsentscheid vom 20. Dezember 2010 zwingt nun auch den Kanton Zug, das Wahlsystem entsprechend anzupassen. Die Grünliberalen unterstützen die Teilrevision der Kantonsverfassung und des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen, weil dadurch:

• die historisch gewachsenen Wahlkreise, welche durch die einzelnen Einwohnergemeinden gebildet werden, in einer verfassungskonformen Ausgestaltung beibehalten werden können;
• mit dem Sitzzuteilungsverfahren des Doppelten-Pukelsheim die Gemeinden ihrer Grösse entsprechend im Kantonsrat vertreten sein werden;
• jede Wählerstimme im Kanton gleiches Gewicht haben wird;
• alle Parteien und politischen Gruppierungen gemäss ihrer Wählerstärke im Kantonsrat vertreten sein werden. Dies gilt natürlich nur wenn kein Mindestquorum ins Gesetz aufgenommen wird.
Zum Antrag der Kommission nehmen wir in der Detailberatung Stellung. Wir sind für Eintreten und werden dem Wahlsystem des Doppelten Pukelsheim zustimmen.

Thomas Lötscher: Tausende Menschen geben bis zu einem definierten Zeitpunkt einen Zettel ab; am Wochenende arbeitet eine Maschine und spuckt ein Resultat aus, das alle akzeptieren: Der Votant findet das ein sehr gutes System – für die Ziehung des Schweizer Zahlenlottos. Als Kind hat er jeden Samstag fasziniert dieser Maschine zugeschaut und versucht die Zahlen zu erraten, während die Kugeln noch rollten. Der Votant findet das System aber nicht tauglich für eine demokratische Wahl. Die SVP will den doppelten «Pumuckl» nicht, auch die CVP und die FDP wollen ihn nicht. Aber welcher Weg ist zielführend? Die Strategie der SVP – so sympathisch sie dem Votanten ist – führt ins juristische Abseits. Das Risiko einer Ungültigkeitserklärung für die Zuger Wahl durch das Bundesgericht wäre gross. Der von Kommissionspräsident und Rechtsanwalt Heini Schmid aufgezeigte Weg bringt die grösste Chance, dass die Zuger Bevölkerung ihr Wahlsystem wieder souverän selber bestimmt. Die SVP-Mitglieder mögen sich das bitte überlegen.

Anna Lustenberger-Seitz hat vor ein paar Jahren– vermutlich als eine der ersten Personen – im Kantonsrat den Begriff Pukelsheim gebraucht. Dieses Wahlsystem war damals noch sehr jung; es wurde im Kanton Aargau, in der Stadt Zürich, nachher auch in den Kantonen Zürich und Schaffhausen verwendet und dann auch in weiteren Kantonen eingeführt – auf Geheiss des Bundesgerichts. Bevölkerung und Parlament haben das Wahlsystem Doppelter Pukelsheim gutgeheissen. Und jetzt spürt man im Rat, dass dieses System nicht akzeptiert wird. Schon damals konnte die Votantin nicht verstehen, dass man dieses System anscheinend der Zuger Bevölkerung nicht zutraut, und jetzt wurde es vom Vorredner sogar noch lächerlich gemacht.
Bis der Begriff bzw. das System Doppelter Pukelsheim auftauchte, vertrat die Votantin die Meinung, dass man Wahlkreise neu einteilen müsse. Doch man stelle sich das im Kanton Zug, der so auf seine Autonomie setzt, vor: Unterägeri, Oberägeri und vielleicht noch Neuheim wären ein Wahlkreis; die Stadt Zug und Walchwil ein zweiter, Baar, Steinhausen und der Ennetsee. Vier Wahlkreise waren damals die Vorstellung. Das kam allerdings im Kantonsrat, bei den Gemeinden und bei der Bevölkerung schlecht an. Und genau der Doppelte Pukelsheim ist das System, dass die Gemeinden weiterhin Wahlkreise bleiben können – ein gutes System also, das keine grosse Änderung mit sich bringt.
Was kann man aus den heutigen Voten mitnehmen? Die Votantin hat realisiert, dass der Rat dieses System schlichtweg nicht will und es der Zuger Bevökerung weiterhin nicht zutrauen will. Es wird ungerecht genannt mit der Begründung, die Leute im Kanton Zug wollten das nicht. Dabei ist es total gerecht. Natürlich wurden die Gründe in den Voten anders benannt, es wurde rechtlich argumentiert. Das ist das eine. Und das Zweite: Der Rat will einfach nicht, dass die Linke einmal Recht hat. Wir haben aber schon mehrmals bewiesen, dass das Bundesgericht auch uns Recht geben kann.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern: Der Kommissionspräsident hat bereits ein ausgezeichnetes Votum für Eintreten gehalten. Die Regierungsrätin dankt ihm und den Kommissionsmitgliedern für die gute und engagierte Zusammenarbeit.
Der Regierungsrat beantragt ebenfalls Eintreten auf die Vorlage. Er hat ein Urteil schnell umgesetzt. Er hat das gemacht, was wir auch von allen Einwohnenden verlangen. Das Urteil ist glasklar: Unsere Kantonsratswahlen sind verfassungswidrig. Die unterschiedlich grossen Wahlkreise sind mit dem Proporzwahlrecht nicht vereinbar. In der Stadt Zug kann mit 5 Prozent Stimmenanteil ein Sitz im Kantonsrat erzielt werden; in der Gemeinde Menzingen braucht es für einen Sitz 25 Prozent Stimmenanteil.
Gewählte Politikerinnen und Politiker haben sich genauso wie Frau Müller und Herr -ic an Urteile zu halten. Es steht dem Regierungsrat nicht gut an, wenn er sich über Urteile hinwegsetzen würde. Dem Regierungsrat standen verschiedene Modelle zur Wahl, wie inskünftig die Kantonsratssitze vergeben werden; in der Vorlage wurden etwa die Wahlkreisverbände oder die Änderung zu grösseren Wahlkreisen ausgeführt. Der Regierungsrat hat sich für die Methode Doppelter Pukelsheim entschieden. Diese Methode hat grosse Vorteile. Beispielsweise können wir mit ihr die historisch gewachsenen Wahlkreise beibehalten und müssen nur das Sitzzuteilungsverfahren ändern.
Die vorberatende Kommission hat die Vorlage des Regierungsrates in wesentlichen Teilen verändert. Wenn der Rat die Anträge der vorberatenden Kommission annimmt, dann kann nicht mehr vom Doppelten Pukelsheim gesprochen werden, denn dieses System ist ein mathematisch klar festgelegtes Verfahren. Die Kommission ist in einigen wichtigen Bereichen vom Sitzzuteilungsverfahren nach der Methode Pukelsheim abgewichen, beispielsweise mit der Wahlsperrklausel oder der Sitzgarantie für die stärkste Partei des Wahlkreises; auch der angekündigte Antrag der FDP ist eine Abweichung von der Methode Pukelsheim. Es handelt sich somit bei der Vorlage der Kommission um eine spezifisch zugerische Ausgestaltung der Sitzzuteilung: Richtig ist deshalb, die Variante der Kommission als «Neues Zuger Sitzzuteilungsverfahren für Kantonsratswahlen» zu bezeichnen. Es gibt dann auch keine Missverständnisse mehr zur Vorlage des Regierungsrats.
Kurz zur Gewährleistung der Schwyzer Verfassung:
• Fakt ist, dass wir heute nicht wissen, ob die Schwyzer Verfassung gewährleistet wird oder nicht.
• Dem Regierungsrat ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Bindung des Bundesgerichts an die Gewährleistung der Schwyzer Verfassungsbestimmung für den Kanton Zug wahrscheinlich nicht bedeutet, dass sich das Bundesgericht bei einer Beschwerde gegen das geltende Zuger Wahlsystem auch an den Schwyzer Gewährleistungsentscheid gebunden fühlt. Es ist wahrscheinlicher, dass das Bundesgericht, falls der Kanton Zug jetzt das Wahlsystem nicht anpassen und den Bundesgerichtsentscheid vom Dezember 2012 ignorieren würde, eine Stimmrechtsbeschwerde wiederum gutheissen würde. Es würde dann argumentieren, dass die Zuger Verfassung von anno dazumal mit den jetzigen Wahlkreisen vor vielen Jahrzehnten gewährleistet wurde. Inzwischen sei neues Bundesrecht entstanden, der die Erfolgswertgleichheit der Stimmen vorschreibt. Daher habe sich seit der Gewährleistung der Zuger Verfassung das Bundesrecht massgeblich geändert. Dieses spätere höherrangige Recht gehe der früheren Gewährleistung vor. Zudem gehe es bei der Schwyzer Gewährleistung um ein anderes Verfahren und um einen anderen Kanton. Analogieschlüsse seien nicht zulässig. Jeder Kanton müsse verfahrensrechtlich für sich selber betrachtet werden.
Somit wäre aus einer Gewährleistung der Schwyzer Verfassung, wenn diese überhaupt zustande kommt, für den Kanton Zug überhaupt nichts gewonnen. Im Gegenteil. Für die Gesamterneuerungswahlen des Kantonsrats 2014 würde eine rechtlich absolut unsichere Lage geschaffen, wenn wir jetzt nicht ein bundesverfassungskonformes Wahlsystem schaffen.
Noch ein letzter Punkt, warum der Regierungsrat Eintreten auf die Vorlage beantragt: Wir alle haben eine Verantwortung gegenüber dem Volk, geordnete Wahlen durchzu-

führen, auch geordnete Kantonsratswahlen. Helfen Sie mit, dass dies möglich ist. Treten Sie ein und entscheiden Sie bei der neuen Zuger Sitzzuteilung für die Kantonsratswahlen, was Sie für eine verfassungskonforme Ausgestaltung möchten. Wird der Regierungsrat je gezwungen sein, eine Notverordnung zu erlassen, ist es äusserst hilfreich, wenn der Rat heute in einer ersten Lesung sagt, wie er die Ausgestaltung einer verfassungskonformen Sitzzuteilung haben möchte; denn Regierung und vorberatende Kommission sind sich nicht in allen Punkten einig. Zwischen der ersten und zweiten Lesung findet – wie bereits erwähnt – nochmals eine Kommissionssitzung statt. Der Termin ist bereits abgemacht. Dann wissen wir auch mehr, was auf nationaler Ebene läuft.
Schliesslich noch ein Hinweis an die SVP und Kantonsrat Beni Riedi: Im Januar 2012 wurde die Vernehmlassungsantwort der SVP zu dieser Vorlage geschrieben. Die SVP schreibt: «Die SVP Kanton Zug anerkennt die Notwendigkeit, das Wahlverfahren des Kantonsrates aufgrund des Bundesgerichtsurteils vom 20 .Dezember 2010 neu zu regeln. Zur Zeit ist der Kanton Zug allerdings an das zitierte Bundesgerichtsurteil gebunden, weshalb die vom Regierungsrat ausgearbeitete Vorlage von der SVP Kanton Zug begrüsst wird.» Wir sind zurzeit immer noch an das Bundesgerichtsurteil gebunden. Die Regierung bittet auch die SVP sehr, hier einzutreten.

Manuel Brandenberg spricht ausnahmsweise nach der Frau Direktorin des Innern. Er hält fest, dass die SVP ihre Vernehmlassung *vor* dem Entscheid des Ständerats geschrieben hat.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag der SVP-Fraktion auf Nichteintreten vorliegt. Da es sich um drei Teilbereiche handelt, schlägt er vor, zuerst darüber abzustimmen, ob *en bloc* oder einzeln über Eintreten abgestimmt wird.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat stimmt mit 69 zu 0 Stimmen für einen Eintretensbeschluss *en bloc*.

➔ Der Rat stimmt mit 57 zu 15 Stimmen für Eintreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

– Verfassung des Kantons Zug: Präzisierung von Bestimmungen über die Unvereinbarkeit (Vorlage 2170.2)

Titel und Ingress

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 20 Abs. 1 Bst. b

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrates unbestritten ist.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 20 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission folgende Änderung beantragt: «Das Gleiche ist zu *beachten* zwischen *Mitgliedern* und *Schreiberin oder Schreiber* einer solchen Behörde.» Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 45 Abs. 2

Der Vorsitzende hält fest, dass der Regierungsrat die Aufhebung von Abs. 2 beantragt. Die Kommission stellt den Antrag: «In den eidgenössischen Räten dürfen keine Mitglieder des Regierungsrates sitzen.» Wir stellen diese beiden Anträge direkt gegenüber, weil sie sich ausschliessen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid:** Bei § 45 der Kantonsverfassung ist die vorberatende Kommission ganz anderer Meinung als der Regierungsrat. Während der Regierungsrat keine Unvereinbarkeit zwischen einem Mandat in der Bundesversammlung und dem Amt des Regierungsrats sieht, will die Kommission die gleichzeitige Ausübung verunmöglichen. Für die Kommission ist das auch zeitlich sehr anspruchsvolle Amt des Regierungsrates schlicht nicht vereinbar mit der auch zunehmenden Belastung als nationaler Parlamentarier. Die Kommission will, dass die Mitglieder des Regierungsrat die volle Aufmerksamkeit und Arbeitsleistung direkt dem Kanton Zug widmen. Den Vorschlag der Reorganisation innerhalb des Regierungsrates erachten wir nicht als wünschbar und praktikabel. Die Regelungen der Einzelheiten erfolgt dann bei § 45 WAG.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, beantragt namens des Regierungsrats dass die Unvereinbarkeit «Regierung und nationales Amt» weder in der Verfassung noch im Gesetz geregelt wird. Fragen der Belastung der Regierungsratsmitglieder sollen nicht Gegenstand der Gesetzgebung sein, zumal der Regierungsrat selbst die Geschäftsbereiche der Direktionen und damit die Geschäftslast der einzelnen Regierungsratsmitglieder festlegen kann. Es ist für den Regierungsrat denkbar, Direktionen mit kleinerer Geschäftslast einzurichten, die eine gleichzeitige Mitgliedschaft in den eidgenössischen Räten erlauben würde. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass bei jeder Wahl das Volk entscheiden soll, ob und wie viele der kandidierungswilligen Regierungsratsmitglieder den Kanton Zug auch noch im Stände- oder im Nationalrat vertreten.

➔ Der Rat stimmt mit 57 zu 10 Stimmen dem Antrag der Kommission zu.

Referendumsklausel, Regelung des Inkrafttretens und Hinweis auf die Pflicht zur Gewährleistung durch die Bundesversammlung

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

– Verfassung des Kantons Zug: Änderung des Verfahrens bei Kantonsratswahlen (Vorlage 2170.3)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in dieser Vorlage auf Stufe der *Kantonsverfassung* entschieden wird, ob der Kantonsrat künftig nach dem System des Doppelten Pukels-

heim gewählt werden soll. Damit sich der Rat ein Bild machen kann von der Ausgestaltung dieses neuen Wahlrechts, schlägt er vor,
• zuerst die Verfassungsänderung, also Vorlage 2170.3, und dann die Vorlage 2170.4, die Teilrevision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes, in der Detailberatung zu behandeln;
• danach, also erst nach der Detailberatung der Gesetzesvorlage 2170.4, einen allfälligen Antrag auf Nicht-Einführung des Doppelten Pukelsheim als Paket zur Abstimmung zu bringen.
Dieses Vorgehen ist kompatibel mit § 61 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats.

➔ Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

Titel und Ingress

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 38

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission keine vom Vorschlag des Regierungsrats abweichenden Anträge gestellt hat.

Beni Riedi beantragt namens der SVP-Fraktion, die geltenden Bestimmungen der Kantonsverfassung so zu belassen, wie sie es seit Jahren schon sind. Um genau zu sein: Wer hätte gedacht, dass wir schon satte 116 Jahre verfassungswidrig gewählt haben? Man kann gespannt sein, ob dereinst ein Antrag gestellt wird, eine Kommission ins Leben zu rufen, welche einen Bericht zwecks Entschuldigung an die Bevölkerung für dieses über hundert Jahre dauernde «Unrecht» verfassen soll.
Wie der Votant bereits in seinem Eintretensvotum erwähnt hat, weist die Methode Pukelsheim gröbere Mängel auf. Wir möchten, dass auch in Zukunft die Zuger Gemeinden autonom ihre Vertreter in den Kantonsrat wählen können.

Irène **Castell-Bachmann**: Wie bereits erwähnt, stellt die FDP-Fraktion in § 38 Abs. 3 den **Antrag,** den letzten Satz des regierungsrätlichen Antrags wie folgt zu ändern: «Jedem Wahlkreis werden mindestens zwei Sitze zugeteilt.» Wir verankern damit in der Verfassung das Jahr und Tag praktizierte ungeschriebene Recht von mindestens zwei Sitzen pro Gemeinde. Es gibt keinen Grund, dieses nicht beizubehalten.
Moderne Staaten verfügen über Zweikammerparlamente. Die grosse Kammer repräsentiert proportional die Bevölkerung der einzelnen Wahlkreise. Die kleine Kammer dagegen gewährt jedem Wahlkreis gleich viele Vertreter. Das gilt für die Schweiz genauso wie für die USA. Beide reservieren pro Wahlkreis zwei Sitze in der kleinen Kammer. Das hat sich bewährt. Die Votantin ruft den Rat auf, in analoger Anwendung auch einem kleinen Wahlkreis auch künftig im Kanton im Kantonsparlament zwei Sitze zu lassen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** orientiert, dass die Kommission diesen Antrag der FDP auch beraten und ihn mit 10 zu 3 Stimmen abgelehnt hat. Massgebend für die Entscheidung der Kommission war, dass jede Mindestvertretung dazu führt, dass in andern Gemeinden der Anspruch auf Sitze reduziert wird. Das ist – wie im Kommissionsbericht nachzulesen ist – nicht sehr dramatisch, aber der Rat sollte sich bewusst sein, dass jede Mindestvertretung auf Kosten anderer Gemeinden geht und

die Gleichheit der Stimmen eingeschränkt wird. Grundsätzlich stehen Mindestvertretungen auch nicht im Einklang mit dem Proporzwahlgedanken. Es war in der Kommission aber unbestritten, dass es sinnvoll ist, dass jede Gemeinde mindestens einen Kantonsrat stellen kann. Auch wir sind der Überzeugung, dass es sehr wichtig ist, dass die Anliegen jeder Gemeinde durch eine Person in den Rat eingebracht werden können.

Thomas Lötscher: Man kann sich natürlich fragen, was der beantragte Passus bringt. Alois Gössi hat in seine Eintretensvotum davon gesprochen, dass er die Gemeinde Neuheim nicht bevorzugen möchte. Bei den Gemeinden will er – im Gegensatz zu den Parteien – keinen Minderheitenschutz betreiben. Es geht aber nicht um eine zusätzliche Bevorzugung, sondern wir verankern in der Verfassung das seit 1942 praktizierte ungeschriebene Recht von mindestens zwei Sitzen pro Gemeinde. In der Vergangenheit hat Neuheim, die kleinste Zuger Gemeinde, davon profitiert. Damit ist auch die Interessenbindung des Votanten kundgetan. Er kann keinen Grund erkennen, weshalb man die Position der kleinsten Zuger Gemeinde im Zuger Parlament, die heute schon nicht sehr dominant ist, noch weiter schwächen, ja sogar marginalisieren soll.
Moderne Staaten verfügen – wie bereits ausgeführt – über Zweikammerparlamente. Dadurch findet ein Interessenausgleich statt. Letztlich entscheidet die Mehrheit – was in einer Demokratie nur richtig ist. Aber die Kleinen erhalten die Chance, sich bei den Grossen Gehör zu verschaffen, ihre Position zu argumentieren und zu überzeugen. Das ist im Interesse eines Ausgleichs und einer breiteren Akzeptanz der Entscheide. Nun wäre es zweifellos überrissen, wollte man im Kanton Zug ein Zweikammerparlament einführen. Aber ein Minimum von zwei Sitzen ist wahrlich nicht übertrieben. Neuheims Vertretung wäre dann immer noch weniger als ein Neuntel jener von Zug, aber wenigstens nicht mehr ein Neunzehntel. Den anderen Gemeinden tut dies gemäss Arithmetik der Kommission auch nicht weh. Statt 387 Stimmen pro Sitz bedürfte es deren 392, was gerade einmal 5 Stimmen mehr sind. Was aber bedeutet es für Neuheim? Um die eigenen Positionen einbringen zu können, spielt es eine grosse Rolle, ob man gerade mal in *einer* Fraktion vertreten ist oder doch immerhin in zweien.
Wir befinden heute darüber, ob wir mit dem doppelten Pukelsheim ein System einführen wollen, dessen Verfahren derart abenteuerlich und unvorhersehbar ist, nur um kleinen Parteien mehr Sitze zuzuschanzen. Parteien kommen und gehen. Seit 1848 hat sich die Parteienlandschaft im Kanton Zug mehrfach dramatisch verändert. Die Gemeinden sind aber seit 1848 dieselben geblieben. Der Kanton definiert sich über die Gemeinden, nicht über die Parteien. Eine kleine Minderheit der Bevölkerung ist Mitglied einer Partei, aber jede Zugerin und jeder Zuger ist Mitglied einer Gemeinde. Dabei haben kleine Gemeinden zuweilen andere Anliegen als grosse. Stürzen Sie die kleine Gemeinde Neuheim nicht in die absolute politische Bedeutungslosigkeit, sondern gewähren Sie ihr die Mindestvertretung, welche ihr seit 1942, also seit über siebzig Jahren zugestanden wird, und unterstützen Sie bitte den Antrag der FDP-Fraktion.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, betont, dass es dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, dass jede Gemeinde im Kantonsrat vertreten ist. Deshalb schlägt er vor, dass jeder Gemeinde verfassungsrechtlich ein Sitz garantiert wird. Dem Regierungsrat ist es jedoch auch wichtig, dass das Wahlsystem gerecht ist und die Sitzverteilung ohne Bevorteilung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe erfolgt.
Wenn einer Gemeinde wie Neuheim nun zwei Sitze zugeteilt würden, obwohl sie aufgrund der Bevölkerungszahl nur Anspruch auf einen Sitz hätte, widerspricht dies dem Gerechtigkeitsgedanken völlig. Die Stimmberechtigten der Gemeinde Neuheim wären damit klar übervertreten, eine der anderen zehn Gemeinden müsste einen Sitz abgeben und wäre untervertreten. Das widerspricht auch dem Grundsatz der Stimm-

wertgleichheit, denn für einen Sitz in Neuheim würde es viel weniger Stimmen brauchen als für einen Sitz in einer anderen Gemeinde.
Eine Garantie auf zwei Sitze hat auch überhaupt nichts mit dem Ständeratsmodell zu tun. Denn erstens kennen wir im Kanton Zug kein Zweikammersystem, und zweitens käme diese Zweisitzklausel ja nur für Neuheim zur Anwendung, in allen anderen Gemeinden nicht. Wir würden ja nicht den Beschluss fassen «Jede Gemeinde hat zwei Sitze».
Der Regierungsrat lehnt den Änderungsantrag aus den genannten Gründen ab und wird darin auch von der vorberatenden Kommission unterstützt.

Der **Vorsitzende** erläutert das Vorgehen: Zuerst wird § 38 Abs. 3 hinsichtlich der Frage «ein oder zwei Sitze» bereinigt, anschliessend wird darüber abgestimmt, ob der ganze § 38 zu streichen sei.

In der Abstimmung kommen die Stimmenzähler zu folgendem Ergebnis: 32 zu 31 Stimmen für die Zuteilung von *einem* Sitz. Dieses Ergebnis wird wenig später durch die Stimmenzähler korrigiert: 39 zu 32 Stimmen für die Zuteilung von *zwei* Sitzen. Nach einer Intervention von **Andreas Hausheer,** es herrsche Verwirrung darüber, über was jetzt wirklich abgestimmt werde, entscheidet der Vorsitzende, die Abstimmung zu wiederholen.

➔ Der Rat stimmt mit 39 zu 33 Stimmen für den Antrag der FDP-Fraktion, also für die Zuteilung von mindestens *zwei* Sitzen pro Wahlkreis.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** erinnert daran, dass sich der Rat grundsätzlich ohne Kommentar und Gegenstimmen darauf geeinigt hat, nach Abschluss der Beratung zu § 52 WAG die Grundsatzabstimmung zur Methode Pukelsheim durchzuführen. Es ist das gute Recht der SVP, hier jetzt eine Abstimmung zu fordern, und der Sprecher ist auch froh, wenn diese durchgeführt wird. Er bittet den Rat aber, am Grundsatz festzuhalten, dass der «Zuger Pukelsheim» zuerst definiert wird und erst dann entschieden wird, ob dieser begraben oder in der ersten Lesung bestätigt werden soll. So kommen wir materiell vorwärts und wissen, wie der Pukelsheim – falls er käme – aussehen sollte oder müsste, und können dann dem Volk dann auch sagen ob wir ihn wollen oder nicht.

➔ Der Rat stimmt mit 45 zu 27 Stimmen dem bereinigten § 38 in der neuen Fassung zu.

§ 78 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission den Antrag stellt, die vom Regierungsrat vorgeschlagene Ergänzung, wonach die Gesamterneuerungswahlen des Kantonsrats sich nach dem Verhältniswahlrecht im Sinne von § 38 richten sollen, in einem separaten Abs. 2^{bis} aufzunehmen. Inhaltlich stimmen die Anträge überein. Der Antrag der Kommission sieht bewusst einen Absatz 2^{bis} vor, damit dieser Absatz im Verfassungstext unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung zur Majorzinitiative vom 9. Juni 2013 bestehen bleiben kann.
Der Regierungsrat ist damit einverstanden, dass sein Zusatz neu in einem Abs. 2^{bis} verankert wird.

Beni Riedi: Da der Kantonsrat dem Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von § 38 nicht Folge geleistet hat, wird die SVP-Fraktion keine weiteren Streichungsanträge in diesem Sinne beantragen. Sie wird die Vorlage aber entschlossen ablehnen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen. Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keinen Antrag und demnach auch keine Abstimmung gibt.

➔ § 78 Abs. 2 ist unverändert als § 78 Abs. 2bis beschlossen.

Referendumsklausel, Regelung des Inkrafttretens und Hinweis auf die Pflicht zur Gewährleistung durch die Bundesversammlung

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

– Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG) (Vorlage 2170.4)

Titel und Ingress

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 8 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine abweichenden Anträge der Kommission gibt.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend einverstanden.

F. «Elektronische Datenverarbeitung»: § 23a Elektronische Erfassung und Auswertung der Wahl- und Stimmzettel

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine vom Vorschlag des Regierungsrats abweichenden Anträge vorliegen.

Philip C. Brunner merkt an, dass hier mehrfach von einem «EDV-Programm» die Rede ist. Er stellt die Frage, ob das im Jahr 2013 der richtige Ausdruck sei. Man spricht heute immer mehr von «IT». Deshalb die Frage eines Informatik-Anwenders: Ist «EDV» der richtige Begriff?

Landschreiber **Tobias Moser** kann beruhigen: EDV ist in der deutschen Sprache die Abkürzung für «Elektronische Datenverarbeitung», und «IT» steht für englisch «Information Technology». Der Landschreiber würde es schätzen, vorderhand bei der Amtssprache Deutsch bleiben zu dürfen, auch wenn diese im vorliegenden Fall etwas altbacken daherkommt.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag des Regierungsrats einverstanden.

§ 29 Ausschreibung
§ 30 Abs. 2
§ 31 Abs. 1 und 2
§ 33 Abs. 1 und 3

Der **Vorsitzende** hält einzeln fest, dass es keine vom Vorschlag des Regierungsrats abweichenden Anträge gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend mit den Anträgen des Regierungsrats einverstanden.

§ 41 Unvereinbarkeit

Der Vorsitzende hält fest, dass die Kommission den Antrag stellt, einen neuen Abs. 3 aufzunehmen. Dieser Paragraph steht in Zusammenhang mit § 45 Abs. 2 der Kantonsverfassung. Der Rat hat vorhin statuiert, dass keine Regierungsmitglieder in den eidgenössischen Räten sitzen dürfen; somit ist eine Regelung zulässig und erforderlich, wie sie die Kommission in § 41 Abs. 3 des Gesetzes beantragt.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der vorberatenden Kommission stillschweigend zu.

§ 44 Abs. 1
§ 51 Nachrücken

Der **Vorsitzende** hält einzeln fest, dass es keine von den Vorschlägen des Regierungsrats abweichenden Anträge gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend mit den Anträgen des Regierungsrats einverstanden.

Verfahren zur Wahl des Kantonsrats

Der **Vorsitzende:** Wir kommen zur Debatte des Systems des Doppelten Pukelsheim. Am Ende der Debatte zu den Paragraphen 52a bis 52f des Wahl- und Abstimmungsgesetzes (WAG) stimmen wir wie angekündigt über den Antrag betreffend Einführung bzw. Nichteinführung des Systems des Doppelten Pukelsheim *en bloc* ab, also über § 38 Abs. 4 der Kantonsverfassung und die Paragraphen 52a bis 52f des Wahl- und Abstimmungsgesetzes (WAG).

§ 52a Verfahren
§ 52b Zuständigkeit

Der **Vorsitzende** hält einzeln fest, dass es keine von den Vorschlägen des Regierungsrats abweichenden Anträge gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend mit den Anträgen des Regierungsrats einverstanden.

§ 52c Listengruppen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es zu Abs. 1–3 keine vom Vorschlag des Regierungsrats abweichenden Anträge gibt, und dass die vorberatende Kommission den Antrag stellt, einen neuen Abs. 4 aufzunehmen.

Irène Castell-Bachmann: Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass der neue Abs. 4 der vorberatenden Kommission zu Abs. 3 und dafür Abs. 3 des regierungsrätlichen Antrags zu Abs. 4 werden sollte.

Der **Vorsitzende** bestätigt: Wenn Abs. 4 angenommen wird, wird die Nummerierung der zwei Absätze geändert.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** informiert, dass die Kommission mit 10 zu 2 Stimmen beschlossen hat, analog zur Lösung für den Kanton Aargau Mindestquoten von 5 Prozent in einer Gemeinde oder 3 Prozent im ganzen Kanton vorzuschlagen. Im Gegensatz zum Regierungsrat erachten wir die Gefahr der politischen Zersplitterung als gegeben. Ohne Quoten braucht es ja nur einen Achtzigstel der Stimmen des ganzen Kantons, um im Parlament mit einem Sitz vertreten zu sein, da für die Mandatszuteilung neu nicht mehr die Gemeinde, sondern der ganze Kanton massgebend ist. Insbesondere für Gruppierungen, die in jeder Gemeinde ein paar Stimmen zusammenkratzen können, wäre es viel leichter, einen Sitz zu ergattern. Wir wollen aber nicht, dass am Ende der Kantonsrat sich nur noch aus einem Sammelsurium von Piraten, Freibeutern und anderen Splittergruppen zusammensetzt, welche an gar keiner Kommissionssitzungen mehr teilnehmen können, weil diese sehr oft monothematischen Gruppierungen keine Fraktionsstärke aufweisen. Indem entweder das eine oder andere Quorum erfüllt werden kann, schlagen wir die für die kleinen Parteien liberalste Möglichkeit vor. Denn die Kommission will einen handlungsfähigen Kantonsrat, aber nicht das Entstehen neuer politischen Gruppierungen unnötig erschweren.

Beni Riedi beantragt im Namen der SVP-Fraktion, keinen neuen § 52c Abs. 4 aufzunehmen und dementsprechend die geltenden Bestimmungen zu belassen. Mit § 52c Abs. 4 werden Minderheiten zugunsten der stärksten Parteien ausgegrenzt. Ein solches Vorgehen akzeptiert die SVP-Fraktion nicht.

Die Direktorin des Innern, **Manuela Weichelt-Picard,** beantragt namens des Regierungsrats, den Antrag der vorberatenden Kommission abzulehnen, da die vorgeschlagene Wahlsperrklausel die mit dem neuen Sitzzuteilungssystem erzielte Stimmwert- und Erfolgswertgleichheit wieder schmälert. Der Kanton Zug hat keine Parteienzersplitterung zu befürchten. Bei den letzten Gesamterneuerungswahlen hätten sämtliche Parteien, die mindestens eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten in den Kantonsrat einziehen lassen konnten, einen Wähleranteil von mindestens 5 Prozent erzielt, weshalb von einer Gefahr der Parteienzersplitterung keine Rede sein kann. Zudem weist der Regierungsrat darauf hin, dass für die Erzielung eines direkten Mandates – d.h. ohne Restmandate – bei den letzten Gesamterneuerungswahlen in Risch beispielsweise 284 und in Menzingen 394 eingelegte Listen benötigt wurden. Mit dem neuen Sitzzuteilungsverfahren werden gemäss Berechnung unter Annahme gleich hoher Stimmbeteiligung etwa 387 Listen pro Sitz benötigt, also eher mehr als bisher, wenn auch im ganzen Kanton. Eine weitere Heraufsetzung der Schwelle für die Erzielung eines Mandates ist daher nicht gerechtfertigt.
Das neue Sitzzuteilungsverfahren zeichnet sich dadurch aus, dass jede Partei möglichst genau nach ihrem Wähleranteil im Kantonsrat vertreten ist und jede Stimme im Kanton gleich viel zählt. Mit der Einführung von Wahlsperrklauseln würden diese Vorteile beeinträchtigt, da damit Stimmen für Gruppierungen, welche die Wahlsperrklausel nicht erreichen, wertlos blieben. Bezüglich der beiden Kantone, die bereits eine Wahlsperrklausel kennen, ist festzuhalten, dass diese viel grössere Parlamente aufweisen als der Kanton Zug; Zürich hat 180 Sitze, Aargau 140 Sitze. Daher liegt dort das natürliche Quorum für die Erlangung eines Sitzes ohne Sperrklausel klar unter 1 Prozent. In diesen beiden Kantonen ist die Gefahr der Parteienzersplitterung somit einiges grösser als im Kanton Zug. Auch aus diesem Grund erachtet es die Regierung als sachlich nicht gerechtfertigt, im Kanton Zug eine Wahlsperrklausel einzuführen.

➔ Der Rat stimmt mit 42 zu 28 Stimmen dem Antrag der Kommission zu, einen neuen Abs. 4 einzufügen.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass aus gesetzessystematischen Gründen die Reihenfolge der Abs. 3 und 4 umzukehren ist.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 52d Oberzuteilung auf die Listengruppen
§ 52e Unterzuteilung auf die Listen

Der **Vorsitzende** hält einzeln fest, dass es keine von den Vorschlägen des Regierungsrats abweichenden Anträge gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend mit den Anträgen des Regierungsrats einverstanden.

§ 52f Sitzverteilung innerhalb der Listen
§ 52f Abs. 1–3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine von den Vorschlägen des Regierungsrats abweichenden Anträge gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend mit dem Antrag des Regierungsrats einverstanden.

§ 52f Abs. 1bis neu

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission den Antrag stellt, dass die stimmenstärkste Liste in jedem Wahlkreis mindestens einen Sitz erhalten soll. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

Für **Beni Riedi** zeigt § 52f Abs. 1bis, dass die Methode Pukelsheim kein bisschen gerechter ist. Das Wahlverfahren ist grundsätzlich falsch – oder wie ist zu erklären, dass bei einem sogenannt gerechteren Verfahren ein zusätzlicher Abs. 1bis eingeführt werden muss, welcher lautet: «In jedem Wahlkreis bekommt die stimmenstärkste Liste mindestens einen Sitz»? Ohne diesen Absatz könnte es mit der Methode Pukelsheim vorkommen, dass die stimmenstärkste Liste in einer Gemeinde aufgrund der neuen Regelungen, welche heute wohl gutgeheissen werden, kein Anrecht auf ein Kantonsratsmandat hat. Wie erklärt man den Stimmbürgern, dass nun die stimmenstärkste Liste das Mandat an eine stimmenschwächere Liste abgeben muss? Das widerspricht jedem demokratischen Rechtsverständnis. Aus diesem und auch den vorgängig genannten Gründen hat die SVP-Fraktion die aufgezwungenen Änderungen abgelehnt und wird auch die gesamte Vorlage ablehnen.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag der Kommission einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat nun zur Abstimmung über den Antrag betreffend Einführung bzw. Nichteinführung des Systems des Doppelten Pukelsheim kommt. Es wird *en bloc* über § 38 Abs. 4 der Kantonsverfassung und die Paragraphen 52a bis 52f des Wahl- und Abstimmungsgesetzes abgestimmt.

➔ Der Rat stimmt dem Doppelten Pukelsheim mit 37 zu 29 Stimmen zu.

4. Majorzwahlen: § 56 Abs. 3 und 3bis
5. Wahlprüfung: § 61
§ 64
§ 65
§ 69 Überschrift sowie Abs. 13

Der **Vorsitzende** hält einzeln fest, dass es keine von den Vorschlägen des Regierungsrats abweichenden Anträge gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend mit den Anträgen des Regierungsrats einverstanden.

Änderung übrigen Rechts

– Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen (BGS 151.1)

§ 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission den Antrag stellt, diesen Paragraphen aufzuheben. Diese Bestimmung steht im Zusammenhang mit § 45 der Kantonsverfassung. Der Rat hat vorhin statuiert, dass in den eidgenössischen Räten keine Regierungsmitglieder vertreten sein dürfen; somit steht die Regelung in § 4 der Geschäftsordnung des Regierungsrates in Konflikt mit der neuen Lösung und muss entfallen. Von der Gesetzessystematik her gehört eine Regelung betreffend die Unvereinbarkeit ohnehin ins Wahl- und Abstimmungsgesetz. Diese stand ja in § 41 Abs. 3 WAG soeben zur Debatte.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 7

623 Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2108.1/.2 - 13974/75); Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission (2108.3 - 14184).

Der **Vorsitzende** fasst zusammen: Die Kommission beantragt Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Kommission sowie Als-Erledigt-Abschreibung der Motion von Anna Lustenberger-Seitz betreffend Anpassung des Gemeindegesetzes an die kirchlichen Realitäten vom 27. Juni 2002 (Vorlage Nr. 1035.1 - 10929) und der Motion von Beat Sieber und Peter Diehm betreffend Einführung einer gemeindlichen Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission vom 9. September 2010 (Vorlage Nr. 1967.1 - 13532).

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** informiert, dass die vorberatenden Kommission in drei Sitzungen – die letzte fand im Juni 2012 statt – intensiv über dieses Gesetz debattiert hat. Sie macht verschiedene Änderungsanträge. Eintreten war um-

stritten. Befürwortende Voten machten geltend, dass es zwei erheblich erklärte Motionen umzusetzen gelte, und es müssten auch weiter gesetzlichen Anpassungen an die heutigen Realitäten vorgenommen werden. Das Gemeindegesetz müsse daher früher oder später einer Revision unterzogen werden. Falls auf die Vorlage nicht eingetreten werde, sei es fraglich, wann eine entsprechend Revision wieder an die Hand genommen werde. Es bestehe durchaus Bedarf, bestimmte Punkte neu bzw. zusätzlich zu regeln. Hervorzuheben sei etwa, dass die Revision vorsehe, den Gemeinden die Einführung von Globalbudget und Leistungsauftrag zu erlauben oder die Schaffung einer Rechnungsprüfungskommission mit erweiterten Aufgaben im Sinne einer Geschäftsprüfungskommission zu ermöglichen. Diese und weitere Gründe führten die Befürworter des Eintretens an. Voten, die sich gegen Eintreten aussprachen, meinten, es sei ohnehin eine Totalrevision dieses Gesetzes notwendig, und diese Teilrevision sei deshalb abzulehnen.
Nach einer intensiven Debatte beschloss die Kommission – es wurde ein Nichteintretens-Antrag gestellt – mit 7 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung, auf die Vorlage einzutreten. In diesem Sinne beantragt der Sprecher namens der Kommission, auf die Vorlage, für die er der Direktion des Innern seinen Dank ausspricht, einzutreten.

Andreas Hausheer erinnert daran, dass die CVP bereits in der Vernehmlassung darauf aufmerksam gemacht hat, dass sie statt der vorgeschlagenen Teilrevision eine Totalrevision des Gemeindegesetzes verlangt. Entsprechend hat sie bereits in der Vernehmlassung darauf hingewiesen, nicht auf die Teilrevision einzutreten. Auch die meisten Gemeinden äusserten in der Vernehmlassung den Wunsch, dass eine Totalrevision an die Hand genommen werden solle. Der Regierungsrat will von sich aus aber keine Totalrevision vornehmen. Er führt als Begründung sinngemäss an, dass Teile einer solchen Totalrevision nicht mehrheitsfähig resp. politisch nicht erwünscht seien. Leider führt er nicht näher aus, welche Teile er meint und warum er zu dieser Beurteilung kommt. Von daher können wir mit dieser Argumentation nichts anfangen.
Weiter sei aus Sicht der Regierung nicht davon auszugehen, dass durch eine Totalrevision eine bessere Übersichtlichkeit erreicht werden könne. Damit wird implizit bestätigt, was die CVP in der Vernehmlassung gesagt hat, nämlich dass das jetzige Gemeindegesetz unübersichtlich ist. Zum andern ist es für uns bedenklich, wenn schon zum Vornherein davon ausgegangen wird, dass Verbesserungen gar nicht möglich sein sollen.
Die jetzt aufgenommenen Revisionspunkte sind nicht von derartiger Wichtigkeit, dass der Umweg über eine Teilrevision gemacht werden muss. Die Gefahr ist bei diesem Vorgehen zu gross, dass die Totalrevision dann auf die sehr lange Bank geschoben wird, nach dem Motto: Jetzt ist mal was gemacht, jetzt warten wir mit allem anderen wieder zu.
Die CVP-Fraktion hält daran fest, statt der Teilrevision umgehend eine Totalrevision an die Hand zu nehmen. Sie sieht die Gefahr, dass die auch von den Gemeinden geforderte Totalrevision aufgrund der jetzigen Teilrevision auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird. Sie stellt darum den **Antrag,** nicht auf das Geschäft einzutreten. Anschliessend wird sie dann mittels Motion eine Totalrevision fordern.

Adrian Andermatt orientiert, dass die FDP-Fraktion die Vorlage und dabei auch das Eintreten intensiv diskutiert hat. Die Fraktion teilt die Auffassung der Regierung, dass das heute geltende Gemeindegesetz grundsätzlich revisionsbedürftig ist. Sie hat sich aber auch die Frage gestellt, ob eine Teilrevision ausreichend ist, oder ob dieses in die Jahre gekommen Gesetz nicht direkt einer Totalrevision unterworfen werden sollte. Die Anpassung des Gemeindegesetzes an die gelebten Realitäten, die Schaffung zeitgemässer Strukturen inklusive der Diskussion pro und kontra Einführung der Möglichkeit von Pragma auf Gemeindeebene sowie ganz allgemein die angestrebte

Stärkung der Gemeindeautonomie sind für die FDP aber diejenigen zentralen Aspekte dieser Teilrevision, welche für Eintreten sprechen.
Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage. Das Eintreten ist aber nicht als Persilschein zu verstehen, eine allfällige, auch von der FDP gewünschte Totalrevision auf die lange Bank zu schieben.

Stefan Gisler hält namens der AGF fest, dass das heutige Gemeindegesetz veraltet ist, in einigen Punkten zumindest sehr. Deutlich sagen darum alle Gemeinden im Rahmen der Vernehmlassung, dass sich das über dreissigjährige Gesetz zwar bewährt habe, sie jedoch seit Jahren auf revisionsbedürftige Punkte hingewiesen hätten. Alle Gemeinden begrüssen darum in ihren Vernehmlassungen das neue Gesetz, welches wichtige Anpassungen an die heutige Realität beinhalte. Und explizit schätzen die Gemeinden, dass sie im Rahmen einer Arbeitsgruppe in die Erarbeitung dieses Gesetzes miteinbezogen wurden. Sie betonen, dass mit dem Gesetz die Organisationsfreiheit und Autonomie der Gemeinden gestärkt werde. Ausser der CVP haben sich auch alle Parteien für die Teilrevision ausgesprochen. Die AGF schliesst sich dieser Grundhaltung der Zuger Gemeinden an und ist für Eintreten, zumal die Version der vorberatenden Kommission die Gemeindeautonomie noch mehr stärkt als die regierungsrätliche Vorlage.
Das Hauptargument, dass man sich eine Totalrevision wünsche und darum diese Teilrevision ablehne, ist nicht nachvollziehbar. Von den Nein-Sagern hat man bis heute nicht gehört, welche anderen Punkte sie denn zusätzlich ins Gesetz hätten aufnehmen wollen. Der Votant hoffte, heute Konkretes zu hören, doch hat Andreas Hausheer in seinem Nichteintretens-Antrag keinen einzigen weiteren konkreten Revisionspunkt aufgeführt.
Zudem wissen alle, wie komplex Totalrevisionen sind. Mit einem Nichteintreten verzögern wir die dringend nötigen und von den Gemeinden gewünschten Anpassungen wahrscheinlich um Jahre. Und wenn die Vorlage dann kommt, droht wieder ein Nein. Denn je umfangreicher Änderungen sind, desto höher ist das Nein-Risiko. Davor warnt der Votant eindringlich. Produzieren Sie heute keinen Scherbenhaufen zu Lasten der Gemeinden. Besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach, besser eine reale Teilrevision als eine hypothetische Totalrevision. Zudem, geschätzte CVP: Wieso nicht das eine tun und das andere nicht lassen, wie das vom FDP-Redner bereits angetönt wurde? Machen wir heute die Teilrevision, und gehen wir dann daran, zusätzlich notwendige Änderungen auszumachen, vorzubereiten, genau zu definieren und umzusetzen, auch im Rahmen einer Totalrevision.
In der Überzeugung, der Rat werde die Vernunft walten lassen, die Gesamtregierung und alle Gemeinden sowie Kirchgemeinden zu stützen, wird der Votant zu den einzelnen Punkten in der Detailberatung sprechen. Die AGF wird oft die Regierung, in einigen Punkten die Kommission stützen. Dazu wird sie zwei eigene Anträge einbringen: Einerseits soll den Gemeindebevölkerungen die autonome Möglichkeit geben werden, Ausländerstimmrecht erteilen zu können; das andere wäre die – vielfach geforderte und auch geschmähte – Einführung von Gemeindeparlamenten ab 15'000 Einwohnerinnen.

Alois Gössi: Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage und wird sich auch den meisten Änderungsanträgen der vorberatenden Kommission anschliessen. Diese Vorlage wurde von der vorberatenden Kommission beraten, die letzte Sitzung fand Ende Juni 2012 statt; der Kommissionspräsident hat sich mit viereinhalb Monaten übermässig viel Zeit genommen für seinen Bericht. Wir erachten die Überarbeitung des Gemeindegesetzes im Rahmen einer Teilrevision als gerechtfertigt.
Das Gemeindegesetz soll den aktuellen Gegebenheiten, wie sie wirklich sind, Rechnung tragen. Die Gemeinden sollen mehr Organisationsfreiheit erhalten, auch soll eine gesetzliche Grundlage für die gemeindlichen Delegationen geschaffen werden. Wir

befürworten, dass die Gemeinden mehr Möglichkeiten erhalten, aber wir wollen nicht, dass den Gemeinden zwingend definiert wird, wie sie es machen müssen. Wir sind prinzipiell – mit einer, zwei Ausnahmen – für mehr Gemeindeautonomie. Wir werden auch beantragen, den Gemeinden die Möglichkeit zu schaffen, das Ausländerstimmrecht einzuführen.
Zur Gemeindeautonomie, beispielsweise bei der Besetzung der Kommissionen: Die Einwohnergemeinden sollen selber bestimmen können, wie sie ihre Kommissionen besetzen. Oder bei der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget: Auch hier soll jede Gemeinde bestimmen können, ob sie das will oder nicht. Der Kanton soll dies nicht zum Vornherein verunmöglichen.

Ivo Hunn: Die Grünliberalen unterstützen mehrheitlich – sogar grossmehrheitlich! – die Änderungen des Gemeindegesetzes und sind für Eintreten auf die Vorlage. Das Gemeindegesetz hat über dreissig Jahre lang seinen Zweck erfüllt. Es ist trotzdem an der Zeit, dieses Gesetz den heutigen Gegebenheiten anzupassen und *jetzt* eine Teilrevision vorzunehmen. Die Grünliberalen unterstützen die Kompetenzdelegationsnorm, die Führung mit Leistungsaufträgen und Globalbudget und die klarere Abgrenzung zwischen Rechnungsprüfungs- und Geschäftsprüfungskommission. Sie begrüssen, dass die Organisationsfreiheit der Gemeinden gestärkt wird. In der Detailberatung stellen die Grünliberalen Anträge zu den Paragraphen 23, 59 und 66.

Die Direktorin des Innern, **Manuela Weichelt-Picard**, hält fest, dass der Regierungsrat dem Rat Eintreten auf die Vorlage beantragt. Das Gemeindegesetz ist in seiner Struktur hervorragend aufgebaut. Es ist logisch, übersichtlich und nachvollziehbar, es hat sich bewährt – ein riesiges Kompliment an das Parlament von anno dazumal. Möchte eine Partei, wie von Andreas Hausheer angetönt, eine Totalrevision, dann ist sie frei, eine Motion einzureichen und detailliert zu erläutern, was sie sich unter einer Totalrevision vorstellt; was geändert werden soll, dass es einer Totalrevision würdig ist: Soll der Kanton Zug zu einem Stadtkanton werden? Sollen die Bürgergemeinden abgeschafft werden? Soll etwas Wesentliches bei den Korporationen geändert werden? Es müsste in einer Motion klar gesagt werden, in welche Richtung eine Totalrevision gehen soll. Für die Regierung ist klar, dass eine Teilrevision dringend nötig ist. Das Gemeindegesetz wird bei den Einwohner- Kirch-, Korporations- und Bürgergemeinden tagtäglich gebraucht, es ist für diese sehr wichtig und muss der Realität angepasst werden.
Wir haben die alte Motion aus dem Jahr 2002 von Anna Lustenberger betreffend Anpassung an die kirchlichen Realitäten. Seit Jahren wurde versprochen, dass diese Motion mit einer Teilrevision des Gemeindegesetzes realisiert werde. Wir haben auch die Motion von Beat Sieber und Peter Diehm betreffend Einführung einer gemeindlichen Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission. Die FDP Cham hat im Sommer 2009 auf Gemeindeebene eine Motion zur Einführung einer Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission eingereicht; sie wurde von der Gemeindeversammlung im Dezember 2009 erheblich erklärt. Auch dort wurde auf die kommende Teilrevision des Gemeindegesetzes verwiesen. Es gibt zahlreiche Punkte, auf welche die Gemeinden warten. Die Gemeinden haben bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes mitgearbeitet und erwarten nun, dass es auch behandelt wird. Wenn zusätzlich eine Totalrevision gefordert wird, dann reichen Sie eine Motion ein, aber verhindert Sie jetzt nicht eine Teilrevision, die für die Gemeinden notwendig ist.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 38 zu 32 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass in der 1. Lesung Beratungen und gegebenenfalls Abstimmungen zu den wesentlichen Bereichen wie Gemeindeautonomie, geheime oder offene Wahlen, Organisation der Kommissionen, Leistungsaufträge und Globalbudget sowie Kompetenzen der Gemeindeversammlung. stattfinden. Für den Fall, dass diese Abstimmungen Auswirkungen auf weitere Paragraphen haben, schlägt er vor, dass die Direktion des Innern diese Anpassungen und Abgleichungen auf die 2. Lesung vornehmen soll und der Rat erst dann über die weiteren Anträge abstimmt.

➔ Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

§ 3 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat den zwingenden Erlass einer gemeindlichen Verfassung beantragt, während die Kommission die Ansicht vertritt, dass es den Gemeinden freigestellt sein soll, in welcher Erlassform sie ihre Angelegenheiten regeln wollen und sie auch nicht zwingend ihre Erlasse systematisch zu ordnen haben.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** ergänzt, dass in der Kommission die Abstimmung für den abweichenden Antrag mit 10 zu 3 Stimmen ziemlich deutlich ausfiel. Ansonsten wurden die Argumente, weshalb die Kommission den Gemeinden hier mehr Freiraum lassen will als der Regierungsrat, bereits vorgelegt.

Adrian Andermatt: Die FDP-Fraktion unterstützt hier die Version der Regierung. Es ist ein klarer Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger in sämtlichen Gemeinden und diese Bürgerinnen und Bürger können auch nur dann ihre Rechte wirklich wahrnehmen, wenn sie einem systematischen Erlass gegenüberstehen bzw. Erlassen und Gemeindeordnungen, die systematisch geregelt sind. Diese sollten auch öffentlich zugänglich sein. Aus unserer Sicht hat dies wenig mit Gemeindeautonomie bzw. mit der Frage zu tun, wie weit die Gemeindeautonomie geht. Es geht hier vielmehr darum, den Leuten die Möglichkeit zu geben, sich überhaupt zu informieren, damit sie ihre politischen Rechte wahrnehmen können. Wir beantragen daher, der Regierung zu folgen.

Stefan Gisler möchte die Worte seines Vorredners unterstützen und verstärken. Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber auch die Wirtschaft haben Anspruch auf eine übersichtliche, transparente und klare Darstellung und Festlegung von Rechten, Erlassen, Richtlinien und Reglementen in ihrer jeweiligen Gemeinde. Eine Gemeindeordnung macht diese Transparenz möglich. Sie macht möglich, dass die Bürgerinnen und auch die Unternehmerinnen ihre Rechte besser kennen und einfordern können. Zudem beschneidet sie die Gemeindeautonomie in keiner Weise, denn bezüglich des Inhalts der Gemeindeordnung ist die Gemeinde ja immer noch frei. Daher macht der Votant dem Rat beliebt, Rechtsunsicherheiten und Streitigkeiten zu verhindern, die aufgrund einer fehlenden Gemeindeordnung und daraus entstehender Missverständnisse entstehen können. Helfen Sie mit, Klarheit und Transparenz zu schaffen.

Alois Gössi: Auf der Ebene des Bundes haben wir eine Bundesverfassung, auf der Ebene des Kantons eine Kantonsverfassung. Und was haben wir bei den Gemeinden? Einzelne Gemeinden wie Baar oder Steinhausen haben eine Gemeindeordnung; die Stadt Zug als Spezialfall – die einzige Zuger Gemeinde mit einem Parlament – ist speziell geregelt. Die Gemeindeordnung ist ja sinngemäss die Verfassung einer

Gemeinde. Bei den anderen Gemeinden, die keine solche haben, ist wahrscheinlich alles in diversen Reglementen irgendwo definiert.
Wir möchten wirklich beliebt machen, das unter anderem auch systematisch geordnet werden soll – auch wenn es wahrscheinlich gegen die Gemeindeautonomie geht. Jede Gemeinde soll eine Verfassung, sei es im Sinne einer Gemeindeordnung, von Organisationsbeschlüssen oder Statuten. In diesem Sinne unterstützen wir den Vorschlag des Regierungsrats.

Heini Schmid gibt zu bedenken, ob es wirklich sinnvoll ist, dass jede Gemeinden eine eigene Verfassung, eine Gemeindeordnung macht. Bis anhin war es im Kanton Zug so, dass die Gemeinden sich auf das Gemeindegesetz stützten, und dieses war so umfassend, dass es die grundsätzlichen Organisationsfragen und damit auch die verfassungsmässigen Bestimmungen für eine Gemeinde regelte. Das war bisher die staatspolitische Tradition im Kanton Zug.
Jetzt wird darüber diskutiert, aber der wesentliche Punkt wird gar nicht diskutiert: nämlich ob es wirklich sinnvoll ist, dass Baar eine Gemeindeordnung hat, dass auch Steinhausen diese Aufgabe macht und und und. Diese Gemeinden haben keine Parlamente, und sie haben auch nicht die wirkliche Erfahrung in der Gesetzgebung. Das ist ein kleiner Hinweis darauf, dass eine Gesamtrevision des Gemeindegesetzes, die sich mit den wirklich fundamentalen Fragen auseinandersetzt, wohl nicht ganz unnötig gewesen wäre.

Die Direktorin des Innern, **Manuela Weichelt-Picard,** hält fest, dass die wichtigsten Beschlüsse in einer Verfassung stehen müssen. Oder können Sie sich einen Kanton ohne Verfassung vorstellen? Auch Kantone müssen eine Verfassung haben, und es käme keinem Kanton in den Sinn, diese als nicht sinnvoll zu bezeichnen. Wenn die Stimmberechtigten Kompetenzen an den Gemeinderat delegieren, dann sollen sie dies auch in einem zentralen Ort und übersichtlich festgehalten haben.
Gemeindeordnungen, Organisationsbeschlüsse und Statuten sind drei Begriffe für eine Verfassung auf Gemeindestufe. Bei der Reformierten Kirchgemeinde Zug, bei der Stadt Zug, bei den Einwohnergemeinden Steinhausen und Baar nennt man sie Gemeindeordnung. Organisationsbeschlüsse gibt es bei vielen Gemeindearten, teilweise sind es mehrere Organisationsbeschlüsse. Das Wort Statuten wird vor allem bei Korporationen gebraucht. Es sind aber alles Begriffe für Verfassungen auf Gemeindeebene.
Das Recht zur Selbstorganisation der Gemeinden zieht Pflichten nach sich. Eine dieser Pflichten ist der Erlass einer Gemeindeordnung bzw. von entsprechenden Organisationsbeschlüssen oder Statuten. Dies dient der Transparenz des geltenden Rechts und der Rechtssicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Ebenfalls aus Gründen der Transparenz sollen sämtliche Erlasse öffentlich zugänglich und überdies systematisch geordnet sein. Heute sind sie sehr oft – wenn überhaupt – schwer auffindbar. Dies ist nicht kundinnen- und kundenfreundlich.
Zum Votum von Kantonsrat Schmid: Natürlich kann sich der Regierungsrat auch vorstellen, den Gemeinden behilflich zu sein und eine Mustergemeindeordnung zur Verfügung zu stellen. Man könnte auch die Gemeindeordnung von Baar nehmen, und schauen, was hier positiv und was vielleicht noch verbesserungswürdig ist. Wir fordern nicht von den Gemeinden dass sie hier alleine im Regen stehen. Hier kann der Regierungsrat sicher behilflich sein.
Die Direktorin des Innern dankt für die Unterstützung des Regierungsrats und einen Entscheid wirklich im Sinne unserer Bevölkerung.

➔ Der Rat folgt mit 40 zu 27 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

§ 5ter

Der **Vorsitzende** informiert, dass die Anträge des Regierungsrates und der Kommission zwei sich ausschliessende Systeme enthalten. Deshalb werden zuerst beiden Varianten bereinigt und dann die bereinigten Fassungen von Regierungsrat und Kommission einander gegenübergegenübergestellt. Dieses Vorgehen entspricht § 61 Abs. 1 der Geschäftsordnung. Der Kommissionspräsident ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

§ 5ter Abs. 1

Franz Hürlimann hält fest, dass in § 5ter eine Diskrepanz zwischen dem Antrag der Regierung und der Kommission besteht. Er unterstützt den Antrag der Kommission, dies mit einem Zusatz- resp. **Unterantrag.** Der neue Wortlaut soll heissen: «Soweit die Kantonsverfassung nicht die Urnenwahl vorschreibt *und sie niemand verlangt,* gilt das offene Handmehr.»
Der Votant begründet seinen Antrag wie folgt: In einer bescheidenen Berg- und Talgemeinde äussert sich der stimmberechtigte Förster an der Korporationsgemeinde zu einem vorgeschlagenen Geschäft gegen die Meinung der Verwaltung. Dafür handelt er sich den Zorn des zuständigen Verwaltungsrats ein und muss sich massive Drohungen gefallen lassen. An einer der nächsten Gemeindeversammlungen soll eben dieser Verwaltungsrat zum Präsidenten gewählt werden. Der Förster als Mitglied der Gemeinde und Angestellter der Korporation nimmt wie immer pflichtgemäss an der Versammlung teil. Nur schon die Unterstützung des Antrags für eine geheime Wahl, die einen Sechstel der anwesenden Stimmberechtigen erfordert, würde sich für ihn negativ auswirken, sitzt doch der zu wählende Präsident am Ratstisch und kann das Stimmverhalten der Stimmbürger mühelos kontrollieren, zumal die Beteiligung an diesen Gemeindeversammlungen gut überschaubar ist.
Verlaufen solche Wahlen frei und unabhängig, wenn der zu Wählende die Stimmabgabe über sich selbst persönlich überwachen kann? Kein Gesetz verlangt nämlich, dass er für dieses Traktandum in den Ausstand treten soll. Und wer die Anstandsregeln nicht kennt, kann auch keine einhalten.
Das darf heutzutage nicht mehr sein. Angesichts der eher kleinen Beteiligung an den Korporations-, Bürger-, und Kirchgemeinden bringt eine Urnenwahl keine grossen zusätzlichen Aufwendungen mit sich. Es betrifft – wenn überhaupt – nur die Wahlen, und das auch nur alle vier Jahre einmal.
Wie der erwähnte Förster gewählt hat, kann man sich denken. Mit dem Inkrafttreten des oben gestellten Antrags könnte er sich künftig frei und unabhängig äussern, und seine Persönlichkeitsrechte wären gewahrt.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** lehnt namens der Kommission diesen Änderungsantrag ab. Die Kommission ist für die Beibehaltung der bisherigen Ordnung. Grundsätzlich soll in der Gemeindeversammlung das offene Handmehr gelten, es sei denn, ein Sechstel der Stimmberechtigten stimmt einem Antrag auf geheime Abstimmung zu.
Die von Franz Hürlimann angesprochene Problematik besteht selbstverständlich, dies bei jeder offenen Abstimmung. Letztendlich würde der Antrag aber dazu führen, dass ein einzelner Stimmbürger immer dafür sorgen kann, dass geheim abgestimmt werden muss. Das ist irgendwie auch komisch – und man könnte dann ja gleich die geheime Abstimmung als Grundsatz ins Gesetz hineinschreiben, wie das auch der Regierungsrat vorschlägt. Die Kommission ist aber deutlich der Ansicht, dass es beim offenen Handmehr bleiben soll, dieser guten alten demokratischen Tradition bei uns, der Versammlungsdemokratie mit Hand hoch, Hand nicht hoch oder Enthaltung. Dass das

auch Sichtbarkeit mit sich bringt, dessen ist sich die Kommission bewusst. Sie möchte aber an der Tradition festhalten.

Stefan Gisler weist darauf hin, dass der Kommissionspräsident – sei es willentlich oder wohl eher aus Versehen – wählen und abstimmen verwechselt hat. Es geht hier nicht darum, Abstimmungen per Handmehr im Rahmen einer Korporationsversammlung über Sachgeschäfte zu verhindern. Es geht darum, dass die *Organe* in einer geheimen Wahl gewählt werden; es geht um Wahlen, nicht um Abstimmungen. Vor einem Monat wählte der Kantonsrat den Landammann und den Statthalter, das Kantonsratspräsidium und das -vizepräsidium, dies geheim und schriftlich. Auch die Kantonsratsmitglieder wurden vom Volk geheim und schriftlich gewählt, ebenso die Gemeinderäte und Parlamente. Das hat grosse Vorteile für die Demokratie: Nur wenn geheim gewählt werden kann, sind der Wähler und die Wählerin geschützt vor Druckversuchen und können seinen bzw. ihren Willen frei zum Ausdruck bringen. Es ist – wie vom Vorredner am Beispiel eines Forstangestellten gut ausgeführt – höchst unangenehm, wenn in offenem Handmehr der eigene Chef, der überdies noch zuschaut, gewählt werden soll. Man mag ihn ja als Chef gut finden, möchte ihn aber nicht unbedingt als Bürgerpräsident haben. Vielleicht hat man dann doch etwas Hemmungen, ihn nicht zu wählen.
Auch Mitglieder von Bürger-, Kirchen- und Korporationsgemeinden sollen die gleichen Rechte haben wie wir in diesem Rat und sollen – wie die Bürgerinnen und Bürger ihre Kantonsratsmitglieder – geheim und schriftlich wählen können. Das Recht auf eine geheime und freie demokratische Wahl ist wichtig. Der Votant möchte das auch als Bürger der Stadt Zug so handhaben – auch wenn er mit dem Bürgerrat der Stadt Zug ausdrücklich sehr zufrieden ist

Manuela Weichelt, Direktorin des Innern, hält fest, dass das Wahlgeheimnis einer der wichtigsten Grundpfeiler der freien und unverfälschten Willenskundgabe in der Demokratie ist. Dieses wird beim offenen Handmehr aber verletzt. Die geheime Abstimmung dient der Sicherung der freien Willensbildung und Willensäusserung. Durch die geheime Stimmabgabe soll verhindert werden, dass jemand unter Druck nicht seinen tatsächlichen Willen zum Ausdruck bringen kann. Sie wird damit dem Grundsatz gerecht, dass kein Abstimmungsergebnis anerkannt wird, das nicht den freien Willen der Stimmberechtigten zuverlässig und unverfälscht zum Ausdruck bringt. Die geheime Wahl trägt den kleinräumigen Verhältnissen in den Gemeinden besser Rechnung. Selbst im Kantonsrat führen wir die Wahlen – wie bereits erwähnt – geheim durch.
Franz Hürlimann hat ein Beispiel erwähnt. Der Regierung sind weitere Beispiele bekannt, was mit ein Grund ist, warum wir diese Variante vorschlagen. Das Ansinnen von Franz Hürlimann würde bedeuten, dass der Rat den Antrag des Regierungsrats unterstützen sollte.
Der **Vorsitzende** schlägt vor, zuerst über den Antrag der Regierung bzw. über den Kommissionsantrag zu § 5^{ter} und anschliessend über den Antrag von Franz Hürlimann abzustimmen, da dieser in beide Varianten aufgenommen werden kann.

➔ Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat stimmt mit 37 zu 34 Stimmen dem Antrag der Kommission zu.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Franz Hürlimann mit 53 zu 9 Stimmen zu.

§ 5ter Abs. 2

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass in § 5ter Abs. 2 zur Ungültigkeit von Wahlzetteln die Regierung einen anderen Antrag stellt als die Kommission. Zurzeit steht die Antrag der Kommission im Raum. Im Kommissionsantrag zu Abs. 2a wird für die Ungültigkeit von Wahlzetteln auf das Wahl- und Abstimmungsgesetz (WAG) verwiesen. Der Regierungsrat regelt die Ungültigkeit in § 5ter Abs. 2 aber anders als im WAG. Nach dem Vorschlag der Kommission wären im Gegensatz zum Vorschlag der Regierung Wahlzettel auch ungültig, wenn sie nicht amtlich, nicht speziell gekennzeichnet oder nicht handschriftlich geändert worden sind; so steht es im WAG § 19 Abs. 1 Bst. a–c. Steht eine nicht wählbare Person auf dem Wahlzettel, ist dies gemäss Vorschlag der Kommission kein Ungültigkeitsgrund, weil dies eben im WAG nicht vorgesehen ist.
Die Direktorin des Innern bittet deshalb, bezüglich Abs. 2 zur Ungültigkeit der Stimme die Variante des Regierungsrats zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat vorhin über den ganzen § 5ter als Block abgestimmt hat und das Wort anfänglich zum ganzen Paragraphen frei war. Der Rat hat sich klar für die Variante der Kommission entschieden. Er sieht im Moment keine Möglichkeit, noch einmal darüber zu diskutieren oder abzustimmen. Allenfalls müsste die Regierung für die 2. Lesung einen Antrag stellen.

Philip C. Brunner stellt einen **Rückkommensantrag.** Er teilt die Auffassung der Direktorin des Innern. Auch er war konzentriert auf die Wahlverfahren und den Antrag Hürlimann und war sich nicht bewusst, dass es auch schon um Abs. 2 ging. Auch er war erstaunt, als der Vorsitzende plötzlich schon mit § 6 fortfahren wollte. Er macht beliebt, den von der Direktorin des Innern angesprochenen Punkt jetzt gleich zu klären und nicht auf die 2. Lesung zu verschieben.

➔ Der Rat stimmt dem Rückkommensantrag mit 55 zu 5 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, dass § 5ter jetzt einzeln durchgegangen wird.

Philip C. Brunner interveniert und stellt klar, dass der Sinn seines Antrags war, bei Abs. 2 weiterzufahren und über die verschiedenen Vorschläge von Regierungsrat und vorberatender Kommission zu beraten.

Arthur Walker stellt fest, dass vorhin abgestimmt und dem Antrag Hürlimann zugestimmt wurde. Gemäss diesem Antrag ist es möglich, eine geheime Abstimmung durchzuführen. Deshalb muss jetzt auch für diese Variante über Abs. 2, wie ihn die Regierung vorschlägt, beraten werden.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** betont, dass die Kommission am alten System festhält und die detaillierte Regelung des Regierungsrats ablehnt. Der Regierungsrat will genau definieren, wann eine Stimme ungültig ist, beispielsweise dann, wenn sie eine ehrverletzende Äusserung enthält. Das alles ist aber im Kommissionsantrag auch enthalten, nämlich im Abs. 2a der Kommission. Dort ist geregelt, wie bei geheimen Wahlen – wenn sie denn mal verlangt werden – zu verfahren ist. Aus Sicht der Kommission braucht es nicht die detaillierte Regelung des Regierungsrats.

Die Direktorin des Innern, **Manuela Weichelt-Picard,** zeigt den Unterschied zwischen der Regierung und der vorberatenden Kommission auf: Die Kommission verweist auf das WAG, die Regierung hingegen hat die Punkte, die zu Ungültigkeit führen, aus dem WAG übernommen und zusätzlich noch Ziff. 3 («[… wenn der Wahlzettel] den

Namen einer nicht wählbaren Person enthält») eingefügt; Letzteres ist im Antrag der vorberatenden Kommission nicht enthalten. Die Variante des Regierungsrats ist also präziser und deshalb unterstützungswürdig.

➔ Der Rat stimmt mit 34 zu 30 Stimmen für den Antrag der Kommission.

§ 5ter Abs. 2a

➔ Es erfolgen keine Wortmeldungen Der Rat stimmt mit 39 zu 17 Stimmen für den Antrag der Kommission.

§ 5ter Abs. 2c

➔ Es erfolgen keine Wortmeldungen Der Rat stimmt mit 46 zu 14 Stimmen für den Antrag der Kommission.

Der **Vorsitzende** hält der guten Ordnung halber nochmals fest, dass der Rat vorhin bezüglich § 5ter Abs. 1 klar entschieden hat, dass die Variante der Kommission gültig sein soll, unter Einbezug des Antrags Hürlimann. Damit ist § 5ter abgeschlossen.

Anmerkung: Aus gesetzestechnischen Gründen wird § 5bis zu § 5a und § 5ter zu § 5b.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

42. Sitzung: Donnerstag, 31. Januar 2013 (Nachmittagssitzung)
Zeit: 13.50 – 17.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

624 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Irène Castell-Bachmann, Rupan Sivaganesan, beide Zug; Walter Birrer, Cham.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt nach Abschluss der Beratungen zu Traktandum 7)

TRAKTANDUM 7
625 Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)

Fortsetzung der Beratung vom Vormittag (siehe Ziffer 623)

§ 6

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats unbestritten ist.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend zu.

§ 7 Abs. 1

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die vorberatende Kommission im zweiten Satz eine Änderung vorschlägt: «Leiterinnen bzw. Leiter gemeindlicher Dienststellen dürfen innerhalb derselben Gemeinde nicht gleichzeitig Mitglied der Rechnungsprüfungskommission oder des Gemeinderates sein.» Der Regierungsrat ist damit einverstanden.

Alois Gössi stellt fest, dass der Regierungsrat hier beantragte, dass gemeindliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht innerhalb derselben Gemeinde Mitglied der Rechnungsprüfungskommission sein können. Die Kommission änderte den Artikel nun so, dass Leiter oder Leiterinnen einer gemeindlichen Dienststelle nicht gleichzeitig Mitglied des Gemeinderates und der Rechnungsprüfungskommission sein können. Es ging der Kommission darum, dass problematische Situationen verhindert werden sol-

len, wenn ein Gemeinderat oder eine Gemeinderätin auch Dienststellenleiterin oder Leiter ist. Der Votant unterstützt dies. Mit der vorgesehenen Änderung wird es nun aber – zumindest theoretisch – wieder möglich sein, dass ein gemeindlicher Mitarbeiter oder eine gemeindliche Mitarbeiterin Mitglied der Rechnungsprüfungskommission sein können, sofern sie keine gemeindliche Dienststelle leiten.
Der Votant stellt deshalb namens der SP-Fraktion den **Antrag**, den zweiten Satz in Abs. 1 wie folgt zu ändern: «Leiterinnen bzw. Leiter gemeindlicher Dienststellen dürfen innerhalb derselben Gemeinde nicht gleichzeitig Mitglied des Gemeinderates sein. Gemeindliche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter dürfen innerhalb derselben Gemeinde nicht gleichzeitig Mitglied der Rechnungsprüfungskommission sein.»
Der Unterschied zur Fassung der vorberatenden Kommission besteht darin, dass Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission nicht gemeindlicher Mitarbeiter oder Mitarbeiterin sein dürfen. Es geht hier um eine klare Gewaltentrennung: Mitarbeiter einer Gemeinde sollen sich nicht via Rechnungsprüfungskommission selber prüfen können. Dies wird mit dem Antrag verhindert.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** orientiert, dass die Kommission diese Problematik auch besprochen hat. Sie ist der Meinung, dass man den Kreis der Personen, die der Rechnungsprüfungskommission (RPK) nicht angehören dürfen, auf die *Leiter* gemeindlicher Dienststellen beschränken soll. Wenn alle Mitarbeiter einer Gemeinde nicht in der RPK sein dürfen, ist das sehr einschränkend für eine Gemeinde bei der Auswahl der Personen. Und eine Bemerkung zur Gewaltentrennung: Wenn wir dieselbe Regelung im Kantonsrat hätten, dürften beispielsweise kantonale Angestellte nicht in der Staatswirtschaftskommission sein – offenbar dürfen sie es aber, was ein Argument für die Gegenseite ist *(der Rat lacht).*
Trotzdem hält die Kommission an ihrer Version fest, dies wegen der Grösse der Auswahl für diese nicht allzu begehrten Ämter in den zum Teil kleinen Gemeinden.

Adrian Andermatt unterstützt den vorliegenden Antrag. Es kann nicht sein, dass ein Mitarbeiter einer Gemeinde auch Mitglied der RPK dieser Gemeinde sein kann. Der Votant kann sich nicht erinnern, dass in der Kommission explizit darüber diskutiert wurde.

➔ Der Rat stimmt mit 52 zu 13 Stimmen dem Antrag der SP-Fraktion zu.

§ 7 Abs. 2
§ 10
§ 11 Abs. 2 Ziff. 4
§ 12 Abs. 1 und neue Abs. 4 und 5
§ 13

Der **Vorsitzende** stellt einzeln fest, dass die Anträge des Regierungsrats unbestritten sind.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend der jeweiligen Version des Regierungsrats zu.

§ 14 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission vorschlägt, § 14 Abs. 1 sei entgegen dem Antrag der Regierung nicht aufzuheben und die Zusammensetzung

der Kommissionen habe sich nach dem Parteienproporz der letzten Wahlen zu richten. Zudem sollen die Parteien bei einer Fachkommission entsprechende Fachpersonen vorschlagen.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** informiert, dass hier der Gedanke der Kommission war – und es war ein knapper Entscheid –, die Parteien auf Gemeindeebene zu stärken und sie vermehrt in die gemeindliche Arbeit einzubinden. Es soll ihnen eine Plattform geboten werden, dass sie attraktiver werden und entsprechend ihrem Wähleranteil in einer Kommission vertreten sein können. Das war das Hauptargument.
Es gab den Einwand, dass Fachpersonen nicht unbedingt in einer Partei seien. Dazu wurde in der Diskussion gesagt, eine Fachperson müsse nicht Mitglied einer Partei sein; die Parteien würden begrüsst, gemäss ihrem Proporz eine Fachperson zu schicken, womit auch ein gewisses Proporzionalitätsverhältnis gegeben ist. Der Kommission scheint es wichtig zu sein, dass die Mitgliedschaft in einer Partei nicht nötig ist; die Partei wird einfach angefragt und schickt jemanden. Ob die betreffende Fachperson Parteimitglied ist oder nicht, ist eine Frage der Partei und nicht der Gemeinde.

Alois Gössi stellt fest, dass es hier um die Gemeindeautonomie geht. Sollen wir den Einwohnergemeinden zwingend vorschreiben, wie sie ihre Kommissionen bestellen sollen, oder sollen diese eigenständig bestimmen können, wie sie ihre Kommissionsmitglieder wählen? Mit dem Zwang zum Parteienproporz schränken wir den Kreis der Kommissionsmitglieder massiv ein. Nur noch von Parteien Auserwählte könnten in den Kreis der Kommissionen aufgenommen werden. So schliessen wir sehr viele Personen aus, denn nur eine Minderheit ist heute noch Mitglied einer Partei. Der Votant macht beliebt, den Kommissionsantrag abzulehnen und den Vorschlag des Regierungsrats zu unterstützen.
Für den Fall, dass der Antrag der vorberatenden Kommission angenommen wird, stellt der Votant namens der SP-Fraktion den **Eventualantrag,** in Abs. 1 sei der Satz «Handelt es sich um eine Fachkommission, werden die Parteien aufgefordert, eine entsprechende Fachperson vorzuschlagen» zu streichen.
Bei der Einwohnergemeinde Baar gibt es folgende Fachkommissionen: Energiefachkommission, Kommission für Altersfragen, Informatikkommission, Nomenklaturkommission – diese befasst sich mit den Namen von neuen Strassen –, Turn- und Sportkommission, Musikschulkommission sowie die Friedhofskommission. Wofür braucht es hier Parteienvertreter, die mitbestimmen? Was bringt es, wenn in einer Friedhofskommission drei, vier, fünf Parteienvertreter dabei sind? Die Gemeinden sollten deshalb mindestens die Fachkommissionen selber bestimmen können.

Stefan Gisler legt vorab seine Interessenbindung offen: Er ist Mitglied der Feuerschutzkommission der Stadt Zug, zusammen mit Ratskollegin Vreni Wicky und Ratskollege Hans Christen. Die Feuerschutzkommission ist nicht parteipolitisch zusammengesetzt, sondern eine gute Mischung von Fachleuten und Politikern; Hans Christen als ehemaliger Feuerwehrler vereinigt sogar beide dieser Eigenschaften.
Wenn dieser Antrag durchkommt, würden theoretisch alle CVP-Mitglieder in der Feuerschutzkommission – nämlich Vreni Wicky und Hugo Halter – ihren Sitz verlieren, da im Wahlorgan der Stadt, im Stadtrat, ihre Partei nicht vertreten ist – ausser es würde sich beispielsweise die SP erbarmen und Vreni Wicky vorschlagen, damit sie drinbleiben könnte. Explizit Parteilose in der Feuerschutzkommission würden ebenfalls nicht in der Kommission verbleiben können. Das ist völlig unangemessen, auch nach dem Feedback aus der Feuerschutzkommission. Unangemessen wäre es auch, wenn in der Stadt Zug nun alle Kommissionen zu 60 Prozent durch uns Linke besetzt würden,

da wir in der Stadt im Moment gerade die Mehrheit haben. Überhaupt würde mit jeder Wahl der Exekutive, des Wahlorgans der Kommissionen, die Zusammensetzung der Fachkommissionen ändern. Langjährige Fachpersonen könnten ihr Knowhow nicht mehr einbringen.
Ausserparlamentarische Kommissionen, also Fachkommissionen, sind dazu da, die Exekutive fachlich zu beraten und den Link zur Bevölkerung – und nicht *per se* zu Parteien – sicherzustellen. Es tut gut, dass diese Personen nicht mit politischen Parteien verknüpft sein müssen, sondern frei agieren können. Auch lassen sich so Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheide miteinbeziehen, die ausserhalb der Parteien agieren. Kommissionen dienen gerade *nicht* als Plattform für Parteien, wie vom Kommissionspräsidenten gesagt, sondern sollen *Fach*kommissionen sein.

Jürg Messmer: Liest man den Antrag der vorberatenden Kommission genau durch, dann sieht man, dass sich der Antrag von Alois Gössi eigentlich erübrigt. Es wird nämlich geschrieben: «Handelt es sich um eine Fachkommission, werden die Parteien aufgefordert, eine entsprechende Fachperson vorzuschlagen.» Wenn also Stefan Gisler seine Arbeit in der Feuerschutzkommission gut macht, könnte er sogar von der SVP vorgeschlagen werden. Es steht nirgends geschrieben, dass die betreffende Fachperson politisch angeschlossen sein muss. Sie muss einzig von einer Partei vorgeschlagen werden. Wir können deshalb dem Antrag der vorberatenden Kommission problemlos zustimmen.

Philip C. Brunner hatte diese Woche Gelegenheit, bei der CVP politischen Weiterbildungsunterricht zu geniessen – er hat heute aber trotzdem die SVP-Kravatte angezogen. Hängen geblieben ist bei ihm der wirklich staatspolitische Auftritt des Parteipräsidenten an der Delegiertenversammlung, der auch Werbung gemacht hat für die Majorzabstimmung im Juni. Und wenn FDP und CVP diese Abstimmung gewinnen, dann könnten sie – wenn wir hier zustimmen – direkt Einfluss nehmen auf die entsprechenden Kommissionen. Dann wären sie wirklich *sackstark*.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, legt dar, dass § 14 Abs. 1 in der heutigen Fassung bestimmt, dass eine Kommission aus mindestens drei Mitgliedern besteht. Der Sinn dieser Bestimmung liegt darin, dass die Zahl drei der kleinstmöglichen Zahl zur Mehrheitsbildung entspricht. Dies ist offensichtlich, weshalb auf eine derartige Regelung ohne weiteres verzichtet werden kann. Der Regierungsrat beantragt deshalb, Abs. 1 zu streichen.
Zu Abs. 2: Der Regierungsrat möchte den Gemeinden nicht vorschreiben, ob die Kommissionen aufgrund fachspezifischer oder parteipolitischer Kriterien zu besetzen sind. Er möchte nicht in die Gemeindeautonomie eingreifen. Wo es sinnvoll ist, sollen die Gemeinden ihre Kompetenzen behalten.
Die Vorschläge der vorberatenden Kommission sind zudem sehr widersprüchlich. Wenn der Parteienproporz nur für die Einwohnergemeinden eingeführt werden soll, darf er gar nicht hier unter § 14 des Gemeindegesetzes geregelt werden. Wenn man die Struktur dieses Gesetzes anschaut, dann sind § 1–54 die gemeinsamen Bestimmungen. Wenn also hier diese Bestimmung aufgenommen wird, dann gilt dies für sämtliche Gemeindearten, also auch für Kirch- und Bürgergemeinden. Das ist kaum im Sinn des Rates, weshalb die Votantin bittet, dem Antrag der vorberatenden Kommission nicht zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** legt das Vorgehen fest: Zuerst wird Abs. 1 bereinigt und der Antrag der vorberatenden Kommission jenem der SP-Fraktion (Streichung des letzten Satzes

von Abs. 1) gegenübergestellt. Darauf wird die obsiegende Version dem Antrag des Regierungsrats (Aufhebung von Abs. 1) gegenübergestellt.

➔ Der Rat stimmt mit 49 zu 8 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission zu.

➔ Der Rat stimmt mit 38 zu 33 Stimmen für den Antrag der Regierung.

§ 15
§ 15 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission vorschlägt, auch bei im Amt bestätigten Behördenmitgliedern sei ein Protokoll über die Amtsübergabe zu erstellen. Der Regierungsrat opponiert nicht gegen diesen Vorschlag.

➔ Der Rat ist stillschweigend ebenfalls einverstanden.

Anmerkung zu § 15 Abs. 2: Die Fassung des Regierungsrats ist überflüssig.

§ 17 Abs. 2

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag des Regierungsrats in der Kommission zu keinen anderslautenden Anträgen führte.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend ebenfalls zu.

Anmerkung: Aus gesetzestechnischen Gründen wird § 17bis zu § 17a.

§ 18 Abs. 2

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag des Regierungsrats in der Kommission zu keinen anderslautenden Anträgen führte.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend ebenfalls zu.

§ 18a

Der **Vorsitzende** erläutert, dass der Regierungsrat mit § 18a den Gemeinden die Möglichkeit einräumen will, die dem Gemeinderat unterstellten Organe mit Leistungsaufträgen und Globalbudgets zu führen. Die vorberatende Kommission beantragt die ersatzlose Streichung des neuen § 18a.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** wiederholt, dass es hier um die Möglichkeit der Einführung von Globalbudgets und Leistungsaufträgen geht – Pragma bei den Gemeinden, könne man sagen. Es war eine grundsätzliche Diskussion in der Kommission, und man hat knapp entschieden. Die kritischen Stimmen obsiegten. Sie denken, dass mit dieser Möglichkeit die Transparenz und das Mitwirkungsrecht der Legislative geschwächt würden, weil die Exekutive sehr stark alles selber bestimmen kann; die Gemeindeversammlung oder – in der Stadt Zug – das Parlament könnten nicht mehr

zu einzelnen Ausgabeposten mitreden, wie das heute möglich ist. Auch war man der Meinung, eine Stärkung der Exekutive auch in diesem Bereich, also bei den Finanzen, wäre nicht das richtige Signal. Eine starke Minderheit hingegen fand, man müsse den Gemeinden die Möglichkeit und die Autonomie, Globalbudgets und Leistungsaufträge einzuführen, geben.

Stefan Gisler setzt sich – wenn es die Kommission nicht tut – für die Gemeindeautonomie ein. Er war immer ein Gegner von Pragma. Der Rat selbst hat in der letzten Budgetdebatte mehr als kritische Voten gegenüber Pragma geäussert; auch der Kommissionspräsident hat sich dazu geäussert, wieso Pragma gerade für Gemeinden schwierig sein könne. Aber im Sinne ihrer Autonomie darf wohl jede Gemeinde selber sehenden Auges in ihr eigenes Unglück bzw. in Pragma rennen. Es liegt nicht am Kantonsrat, den Gemeinden hier Vorschriften zu machen. Jede Gemeinde soll frei bestimmen können, wie sie Rechnung und Budget vorlegt. Letztlich bestimmen in der Gemeinde die Gemeindeversammlung, also die Bürgerinnen und Bürger, ob sie Pragma einführen wollen oder nicht.

Alois Gössi beantragt namens der SP-Fraktion, § 18a wie vom Regierungsrat vorgeschlagen in das Gesetz zu übernehmen. Beim Kanton haben wir mit Pragma zwingend – abgesehen von ein paar Ausnahmen wie die Gerichte – Leistungsaufträge und Globalbudgets eingeführt. Wir sollten dies auch den Gemeinden ermöglichen. Ob sie es dann auch tatsächlich tun, ist eine ganz andere Frage, müsste dieser Entscheid doch durch einen Gemeindeversammlungsbeschluss abgesegnet werden. § 18a ermöglicht es den Gemeinden, falls dort ein Bedarf und Wunsch besteht, Leistungsaufträge und Globalbudgets einzuführen. Es wird ihnen aber nicht zwingend vorgeschrieben, dies ganz im Sinne der Gemeindeautonomie. In diesem Sinne macht die SP-Fraktion beliebt, den Antrag der Kommission abzulehnen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hat es eingangs schon erwähnt: Es war eine Arbeitsgruppe, welche mitgeholfen hat, diese Teilrevision zu erarbeiten. Auch Mitglieder der Gemeinden waren dabei, und es wird gewünscht, dass es die Möglichkeit gibt, Leistungsaufträge und Globalbudgets in den Gemeinden einführen zu können. Es geht also nicht um eine Pflicht. In Verbindung mit § 32 des Finanzhaushaltgesetzes wird damit aber die gesetzliche Grundlage geschaffen. Es obliegt dann der Gemeindeversammlung oder in der Stadt Zug dem Grossen Gemeinderat, zu entscheiden, ob Globalbudget und Leistungsauftrag eingeführt werden oder nicht. Es macht auch Sinn, eine einheitliche gesetzliche Formulierung für diejenigen Gemeinden zu haben, die das demokratisch an der Gemeindeversammlung einführen möchten, damit am Schluss nicht fünf, sechs oder elf verschiedene Modelle von Leistungsaufträgen und Globalbudgets vorliegen.

➔ Der Rat stimmt mit 44 zu 25 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats zu.

§ 23
§ 23 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat eine Prüfung der genehmigten Budgets und Jahresrechnungen auf die formellen Voraussetzungen des Finanzhaushaltsgesetzes beantragt. Die vorberatende Kommission beantragt Beibehaltung des alten § 23 Abs. 1.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, bittet darum, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen. Die Gemeinden müssen bereits heute nach geltendem Recht das Budget und die Jahresrechnung einreichen. Die bisherige Regelung ist aber sehr allgemein gehalten und regelt nicht, ob überhaupt geprüft werden soll; es muss lediglich eingereicht werden. § 23 Abs. 1 des Gemeindegesetzes umschreibt die Finanzaufsicht lediglich derart, dass der Regierungsrat die in den §§ 37ff. vorgesehenen Massnahmen ergreifen konnte, wenn die Finanzbeschlüsse und die Vermögensverwaltung einer Gemeinde mit den Grundsätzen einer gesunden Finanzverwaltung unvereinbar waren und wenn durch einen Gemeinderats- oder Gemeindebeschluss erhebliche Vermögenswerte gefährdet wurden. Es wurde aber nicht gesagt, was unter «Grundsätzen einer gesunden Finanzverwaltung» oder «Gefährdung erheblicher Vermögenswerte» konkret zu verstehen ist. Der neue § 23 definiert klar, was in Ergänzung zu den Prüfungen der Rechnungsprüfungskommission zu überprüfen ist, ob die genehmigten Budgets (§ 20) und Jahresrechnungen (§ 22) die formellen Voraussetzungen des Finanzhaushaltgesetzes erfüllen. Dort werden diejenigen Bereiche, die die Aufsicht zu prüfen hat, konkret und präzise definiert und umschrieben.

➔ Der Rat stimmt mit 44 zu 21 Stimmen für den Antrag der Kommission.

§ 23 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat eine Berichterstattung an den Gemeinderat über das Prüfungsergebnis beantragt, welche auch Empfehlungen und allfällige Beanstandungen enthalten kann. Die vorberatende Kommission beantragt Beibehaltung des alten § 23 Abs. 2.

➔ Der Rat stimmt mit 42 zu 18 Stimmen für den Antrag der Kommission.

§ 23 Abs. 2a

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass der von der Regierung beantragte neue Abs. 2a jetzt eigentlich obsolet ist. Der Regierungsrat zieht seinen Antrag aber nicht zurück.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** meint, dass die Löschung des vom Regierungsrat beantragten neuen Abs. 2a die logische Konsequenz dessen ist, dass der Rat vorhin die Anträge der Kommission unterstützt hat. Die Kommission ist wie die Mehrheit des Rats für die Beibehaltung der bisherigen Regelung. Es kommt dann noch Abs. 3 gemäss bisheriger Fassung, über den wir nicht bestimmen müssen. Abs. 2a würde nur passen, wenn sich in den beiden ersten Absätzen die Regierung durchgesetzt hätte.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 36 Abs. 1

➔ Der Rat ist mit dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend einverstanden.

§ 37
§ 37a
§ 39, Abs. 1 Ziff. 1 und 3
§ 49 Abs. 1
§ 57e^{bis} Abs. 1 und 2
§ 57f Abs. 1 und 4

Der **Vorsitzende** hält einzeln fest, dass die Anträge des Regierungsrats jeweils unbestritten sind.

➔ Der Rat ist mit den beantragten Änderungen jeweils stillschweigend einverstanden.

§ 59
§ 59 Abs. 1 Ziff. 3

Der Vorsitzende hält fest, dass die vorberatende Kommission eine Neuformulierung von § 59 Ziff. 3 vorschlägt: «der Erlass von Bestimmungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, deren Durchsetzung sowie die Kontrolle ihrer Einhaltung.» Der Regierungsrat stimmt dieser Änderung zu.

➔ Der Rat ist mit dem Vorschlag der Kommission stillschweigend einverstanden.

§ 59 Abs. 1 Ziff. 9

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats unbestritten ist.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend zu.

§ 59 Abs. 1 Ziff. 13 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, neu sei als Ziff. 13 «die familienergänzende Kinderbetreuung» einzufügen. Die vorberatende Kommission schlägt die Streichung von Ziff. 13 (neu) vor. Der Regierungsrat hingegen möchte die familienergänzende Kinderbetreuung als Aufgabe der Einwohnergemeinde erwähnt haben.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg:** In § 59 Abs. 1 sind die Aufgaben der Einwohnergemeinde aufgezählt. Gemäss Direktion des Innern ist das nur eine deklaratorische Aufzählung, also keine Verpflichtung, das alles zu tun. Dennoch hat die Kommissionsmehrheit gefunden, man solle die familienergänzende Kinderbetreuung nicht als neue Aufgabe der Einwohnergemeinde ins Gesetz schreiben, auch nicht deklaratorisch. Denn letztlich ist es den Privaten anheimgestellt, wie sie das regeln wollen. Die Gemeinde soll hier nicht überfordert werden, es soll nicht eine Vorschrift zulasten der Gemeinde sein. Man hat in der Kommission auch an die Harmos-Abstimmung erinnert, bei der dies ebenfalls ein Teil der Abstimmung war, und das Volk hat – wenn auch knapp – Nein gesagt zu Harmos. Das wollte man in der Kommission respektieren.

Markus Jans erinnert daran, dass alle Gemeinden in den letzten Jahren in die familienergänzende Kinderbetreuung investiert haben. Es entstanden Mittagstische,

Freizeitbetreuungen, Kindertagesstätten und mehr. Die Gemeinden haben erkannt, dass die familienergänzende Kinderbetreuung ein wichtiger Pfeiler für eine attraktive Gemeinde ist und die Integration begünstigt. Für einmal sollen die Gemeinden mit einem Gesetz nicht zu etwas verpflichtet werden, das dringend an die Hand genommen werden muss. Im Gesetz soll gemäss Vorschlag des Regierungsrats im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung das abgebildet werden, was die Gemeinden bereits tun. Damit wird nur die geschaffene Realität im Gesetz abgebildet. Obwohl eine solche Aufzählung nur deklaratorischen Wert hat, ist es für die SP-Fraktion wichtig, die vorhandene Realität ins Gesetz aufzunehmen. Leider lehnte die vorberatende Kommission den Vorschlag des Regierungsrats ab und hat die Aufgabe der familienergänzenden Kinderbetreuung wieder aus dem Gesetz gestrichen.
Die SP-Fraktion beantragt, § 59 Ziff. 13 «die familienergänzende Kinderbetreuung» im Gesetz zu belassen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass § 59 dazu dient, einzelne Aufgaben der Einwohnergemeinde aufzuzählen, dies im Sinne einer Orientierungsfunktion. Er dient der Abgrenzung der Aufgaben gegenüber anderen Gemeindearten, nämlich Bürger-, Korporations- und Kirchgemeinden. Deren Aufgaben sind in den §§ 120 und 129 ebenfalls definiert. Die Kommission hat § 59 noch vor dem Kinderbetreuungsgesetz debattiert. Hier im Rat wurde das Kinderbetreuungsgesetz angenommen. Es ist deshalb nichts als logisch, hier auch die Kinderbetreuung aufzunehmen, insbesondere weil dies auch der explizite Wunsch der Einwohnergemeinden war.

➔ Die Abstimmung führt zu einem Ergebnis von 30 zu 30 Stimmen. Mit Stichentscheid des Präsidenten folgt der Rat dem Antrag des Regierungsrats.

Anmerkung: Am Schluss der Beratungen wird dazu ein Rückkommensantrag gestellt *(siehe unten Seite 1402).*

Alois Gössi stellt namens der SP-Fraktion den **Antrag,** als zusätzlicher Punkt sei hier «Förderung von Wohnraum zu tragbaren Bedingungen» aufzunehmen. Dies ist keine neue Aufgabe. Wir haben diese Gemeindeaufgabe vor einigen Jahren beim Wohnraumförderungsgesetz bereits so beschlossen. Mit unserem Vorschlag zeigen wir explizit auf, dass wir diese Aufgabe als eine wichtige Aufgabe der Einwohnergemeinden betrachten. Eine Zustimmung zu diesem Antrag sollte eigentlich gegeben sein, haben doch die bürgerlichen Parteien in der letzten Zeit schon – oder endlich – erkannt, dass im Kanton Zug Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen für die Bevölkerung je länger je mehr ein Problem ist und Massnahmen dagegen gefordert sind. Er dankt für die Unterstützung des Antrags.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** orientiert, dass dieser Antrag bereits in der Kommission gestellt und dort mit 10 zu 1 Stimmen abgelehnt wurde.

Philip C. Brunner ruft den Rat auf, diesen Antrag der SP-Fraktion abzulehnen. Das Problem ist nicht der Staat oder Private, die dieses Problem nicht lösen könnten. Das Problem ist die Masseneinwanderung, die unaufhaltsam jährlich 80'000 Leute in unser Land schwemmt, das ist 1 Prozent der Wohnbevölkerung. Und dieses zusätzliche Prozent bringt nicht das Wachstum, das es eigentlich bringen sollte. Das sind nicht die Leute, die uns Economiesuisse vorrechnet und die angeblich so wahnsinnig wichtig sind für unsere Betriebe, für die Wirtschaft und für den allgemeinen Wohlstand. Das sind sehr viele Familiennachzüge, die dann eingeschult werden können, für die es

Strassen braucht und für die dann wieder weitere Forderungen von der linken Seite kommen, die durch ein bürgerliches Parlament umgesetzt werden können.
Der Antrag ist absolut unnötig. Die Gemeinden sind fähig, hier autonom zu handeln – in der Stadt Zug beispielsweise durch eine Initiative der Linken, die angenommen wurde. Und es ist so: Der Staat macht es nicht günstiger, und es ist die Mehrheit, die das finanziert. Der Roost ist teurer, als wenn Private gebaut hätten. Lehnen Sie den Antrag mit gutem Gewissen ab und geben Sie jetzt nicht der Linken die Möglichkeit, sich als die grossen Wohnraumbeschaffer zu profilieren.

Heini Schmid legt seine Interessenbindung vor: Nach der Terminologie von Alois Gössi vermietet er zu untragbaren Preisen. Der Bund geht voran mit der neuen Terminologie, dass es jetzt «tragbare Mietzinsen» heissen soll, und alle Privaten – so der Umkehrschluss – haben untragbare Mietzinsen. Wenn schon, wäre der Votant für den Begriff «gemeinnütziger Wohnungsbau», wie bis anhin.

Vreni Wicky macht darauf aufmerksam, dass jetzt ganz genau zu sehen ist, warum die CVP eine Totalrevision wollte. Dann hätte der Rat nämlich das alles aufführen können und müsste jetzt nicht einzelne Forderungen in diesen Artikel hineinbauen. Die Votantin möchte die Frau Regierungsrätin auch fragen, was in Ziff. 10 die «Sittenpolizei» ist. Welche Gemeinde hat noch eine Sittenpolizei? Wir könnten hier noch Verschiedenes aufführen, beispielsweise Kommissionen. Diese Diskussion wurde aber verpasst, weil man dem Antrag der CVP für eine Gesamtrevision nicht zugestimmt hat.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 58 zu 14 Stimmen ab.

§ 59 Abs. 1 Ziff. 14

Der Vorsitzende hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats unbestritten ist

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend zu.

§ 61 Abs. 1a (neu) und Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Anträge des Regierungsrats unbestritten sind. Es erfolgen keine Wortmeldungen

➔ Der Rat ist mit den Anträgen des Regierungsrats stillschweigend einverstanden.

§ 63

Barbara Gysel: Wie der Rötel zum Zugersee, so gehört die politische Mitsprache zum Leben in den schweizerischen Kantonen. Diese Mitsprache sollte auch Migrantinnen und Migranten offen stehen. Namens der SP-Fraktion stellt die Votantin daher den folgenden **Antrag:** Neu § 63a «Ausländerstimmrecht»: «Die Einwohnergemeinde kann durch Gemeindebeschluss das Stimmrecht auch in der Gemeinde wohnhaften Personen ausländischer Nationalität mit Niederlassungsbewilligung verleihen.»
Die Meinungsäusserungs-, die Versammlungs-, die Vereins-, und die Petitionsfreiheit sind im weiteren Sinn politische Rechte. Sie gelten auch für ausländische Personen. Solche Rechte ermöglichen eine indirekte Beteiligung an politischen und gesellschaft-

lichen Entscheidungsprozessen. Bisher ist die direkte Beteiligung ausschliesslich durch die Integration von Ausländerinnen in die schweizerischen Parteien sowie die Wahrnehmung der politischen Aktivrechte möglich. Das Wahrnehmen dieser Aktivrechte geschieht bis heute im Kanton Zug einzig durch die Einbürgerung. Die SP will dies erweitern und möchte daher auch das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen mit Niederlassung als Mittel für politische Partizipation fördern. Unsere Demokratie hat sich immer durch Erweiterungen entwickelt. Vor rund vierzig Jahren war es das Frauenstimmrecht, jetzt ginge es um Personen mit Migrationshintergrund. Eine vollständige Integration bedingt gleiche Teilhabechancen am politischen und gesellschaftlichen Leben im Kanton Zug für alle Einwohnerinnen.
Die politische Partizipation für Personen ohne Schweizerpass soll also durch die Erteilung des Stimmrechts für niedergelassene Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene möglich sein, aber nicht verpflichtend. Eine solche Regelung kennen bereits heute einige Kantone und Gemeinden in der Schweiz, etwa in Genf Neuenburg, Jura, in der Waadt, in Freiburg, im Aargau oder in Graubünden. Der Antrag der SP beinhaltet bewusst eine «kann»-Formulierung. Die Gemeinden würden also nicht zur Einführung verpflichtet.
Die Votantin dankt für die Unterstützung dieses Antrags, und sie dankt dem Landschreiber für die vorgängigen Abklärungen.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** erinnert sich, dass dieser Antrag bereits in der Kommission gestellt und dort klar abgelehnt wurde. Man wollte dort das Ausländerstimmrecht nicht einführen, dies mit der Begründung, dass die Einbürgerung der letzte Schritt der Integration sei, und mit der Einbürgerung sollen auch die vollen Bürgerrechte, das Wahl- und Stimmrecht auf sämtlichen Ebenen, gegeben sein – nicht vorher. Das war der Tenor in der Kommission.

Adrian Andermatt hält fest, dass die FDP bereits im Rahmen der Vernehmlassungsantwort Stellung zu dieser Frage genommen hat, die eigentlich nicht mehr Teil der heutigen Vorlage ist. Die FDP hat klar die Position vertreten – und das tut sicher auch die FDP-Fraktion hier im Rat –, dass die Möglichkeit zur Erteilung des Ausländerstimmrechts nicht ein Mittel der Integration sein kann. Erst wer integriert ist – und das ist man hoffentlich mit der Einbürgerung – soll auch dieses Recht erhalten.

Stefan Gisler: Auch die AGF stellt den **Antrag,** dass Gemeinden künftig per Gemeindebeschluss das Stimmrecht an Personen ausländischer Nationalität mit Niederlassungsbewilligung verleihen können. Auch hier ist die AGF etwas liberaler als die FDP und will die Gemeindeautonomie stärken: Jede Gemeinde soll selber bestimmen können, ob sie für Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C das Stimmrecht auf gemeindlicher – nicht auf kantonaler oder nationaler – Ebene einführen will. Dazu braucht es einen demokratischen Beschluss an der Gemeindeversammlung oder im Rahmen einen gemeindlichen Urnenabstimmung. Die Gemeinde kann dabei auch zusätzliche Auflagen bezüglich Wohnsitzdauer machen.
Die Einführung des Stimmrechts stärkt die Integration jener Menschen, die seit Langem in einer Gemeinde wohnen, das soziale und gesellschaftliche Leben mitgestalten und Steuern zahlen. Die Kirchgemeinden in Zug haben ihren ausländischen Mitgliedern das Stimmrecht bereits gegeben, und sie machen damit gute Erfahrungen. Viele Kantone in der Schweiz erlauben ihren Gemeinden, dass passive Stimmrecht auf kommunaler Ebene einzuführen: Neuenburg, Waadt, Jura, Freiburg, Genf, Basel Stadt sowie Graubünden und Appenzell Ausserrhoden. In Appenzell Ausserrhoden könne Ausländer sogar Gemeinderäte werden – so weit gehen wir hier nicht.

Schenken Sie der Schweizer Bevölkerung in den Gemeinden das demokratische Recht und auch das Vertrauen, selber über das Stimmrecht von Ausländerinnen und Ausländern bestimmen zu dürfen.

Heini Schmid bezieht sich auf § 50 der Geschäftsordnung, wo es heisst, dass Anträge, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Beratungsgegenständen stehen, aus der Beratung ausgeschieden werden. Er stellt den **Antrag,** den vorliegenden Antrag aus der Beratung auszuscheiden, weil weder der Regierungsrat noch die vorberatende Kommission einen entsprechenden Antrag gestellt haben. Damit steht § 63 nicht zur Diskussion. Der Votant sieht auch keinen thematischen Zusammenhang: Haben wir irgendwann in dieser Revision irgendetwas bezüglich Stimmrecht auf Gemeindeebene behandelt? Es gibt keinen unmittelbaren Zusammenhang.
Bei einer Totalrevision wäre es möglich, zu allen Paragraphen einen Antrag zu stellen. Bei einer Teilrevision stehen nur die in Beratung gesetzten Paragraphen zur Diskussion. Und hier gibt es keinen Zusammenhang mit einem anderen Paragraphen, der eine Behandlung dieses Antrags begründen würde.

Landschreiber **Tobias Moser** hat beide Anträge zur Vorprüfung erhalten und in einer wohlwollenden Auslegung von § 50 Abs. 1 der Geschäftsordnung entschieden, dass der unmittelbare Zusammenhang besteht. In der Vorlage des Regierungsrats steht, dass es um die Stärkung der Gemeindeorganisationsautonomie geht, und letztlich ist die fakultative Einräumung von Stimmrechten an Ausländerinnen und Ausländern ein Teil dieser Organisationsautonomie. Man kann das aber auch anders auslegen, wie der Antrag von Heini Schmid zeigt.

Karl Nussbaumer bittet im Namen der SVP-Fraktion, den Antrag nicht zu unterstützen und vom Ausländerstimmrecht abzusehen. Das Schweizer Bürgerrecht muss nach Auffassung der SVP-Fraktion auch in Zukunft Voraussetzung für die demokratischen Mitbestimmungsrechte, auch auf Gemeindeebene, sein. Die Erteilung des Stimmrechts an Ausländer birgt angesichts der durch die Personenfreizügigkeit herrschenden Masseneinwanderung die Gefahr, dass die Schweizer Bürger in ihrer eigenen Wohngemeinde durch Ausländer überstimmt würden. Diese Vorstellung ist für die SVP-Fraktion unerträglich. Wir sind hier klar der Auffassung, dass unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger den Prozess der Einbürgerung zuerst absolvieren sollen, bevor sie mit umfassenden Mitbestimmungsrechten ausgestattet werden. Das Stimm- und Wahlrecht vorauseilend, in der Hoffnung auf eine motivierende Integrationswirkung zu vergeben, halten wir für verfehlt. Wir erinnern auch daran, dass ein Stimmberechtigter mit Schweizer Bürgerrecht ein viel grösseres Interesse an einem sorgsamen Umgang mit den Gemeindefinanzen als ein Stimmberechtigter ohne Schweizer Bürgerrecht hat.
Aus all diesen Gründen bittet der Votant den Rat, den Antrag abzulehnen und § 63a «Ausländerstimmrecht» ersatzlos gestrichen zu lassen.

Thomas Lötscher: Die Auslegung der Geschäftsordnung mag grenzwertig sein, die aufgeworfene Frage aber ist es nicht. Sie ist sehr zentral und wichtig. Auch in Hinblick auf den Respekt vor unserer Bevölkerung und deren Befindlichkeit sollten wir diese Entscheidung nicht *en passant* übers Knie brechen. Sie kann allenfalls motioniert werden, hier aber ist sie falsch am Platz. Persönlich ist der Votant der Meinung, dass das Ausländerstimmrecht in unser gesellschaftliches Umfeld etwa so gut passt wie ein Hammerhai in den Zugersee.

Zari Dzaferi ist selber jemand, der sich eingebürgert hat, sich also – so die gehörte Auffassung – vollständig integriert hat und nun das Recht hat, sich politisch zu beteiligen und abzustimmen. Nehmen wir aber Leute, die seit x Jahren hier auf Baustellen oder in Fabrikgebäuden arbeiten, sich vielleicht aber nicht vollständig imstande fühlen, einen Einbürgerungsprozess zu durchlaufen, aber dennoch ihre Steuern bezahlen und ihre Leistungen erbringen: Diese Menschen dürfen nicht abstimmen, ob beispielsweise in ihrer Wohngegend eine Zone 30 eingeführt werden soll oder nicht. Der Votant fragt sich, ob das der richtige Weg ist. Ausserdem ist eine «kann»-Formulierung vorgeschlagen; jede Gemeinde kann das also für sich selber bestimmen. Sollte beispielsweise Baar absolut dagegen sein, dann ist das gerechtfertigt und in Ordnung. Sollte die Nachbargemeinde Steinhausen entscheiden, das Ausländerstimmrecht doch einzuführen, dann soll sie das einführen.
Die politisch rechte Seite verwendet einerseits immer wieder Begriffe wie Masseneinwanderung und Masseneinbürgerung. Sie ist in diesem Sinne also dagegen, dass diejenigen, die sich einbürgern wollen, dies auch tatsächlich tun. Andererseits sagt sie, das Stimmrecht sei an die Einbürgerung gebunden. Nur: Entweder lässt sich die Rechte darauf ein, dass sich mehr Leute einbürgern, oder sie erleichtert ein politisches Engagement der Ausländerinnen und Ausländer. Für eines von beiden müsste sie sich entscheiden. Wenn sie das nicht tut, dann handelt sie – der Votant entschuldigt sich für den Ausdruck – etwas heuchlerisch.
Im Übrigen war das Thema Ausländer- und Ausländerinnenstimmrecht schon in der Vernehmlassungsvorlage enthalten. Und um es zu betonen: Es handelt sich um eine «kann»-Formulierung, nicht um eine Pflicht.

Heini Schmid hat vorhin keinen Ordnungsantrag gestellt, und es ist deshalb zulässig, die Diskussion zu führen. Es fragt sich aber, ob es nicht sinnvoller wäre, zuerst über das Vorgehen zu sprechen und darüber zu entscheiden.
Die Ausführungen des Landschreibers zum unmittelbaren bzw. mittelbaren Zusammenhang sind ein Paradebeispiel für den Unterschied zwischen mittelbar und unmittelbar. Selbstverständlich gibt es sehr viele mittelbare Zusammenhänge zu einzelnen Fragen des Gemeindegesetzes. Wenn das entscheidende Argument aber wäre, dass die Gemeindeautonomie betroffen ist, dann könnte man eigentlich alle Anträge stellen. Mittelbar ist hier nämlich alles miteinander verbunden. Der entscheidende Punkt aber ist, dass es um einen *unmittelbaren* Zusammenhang gehen muss.
Als Hintergrund ist auch die Frage zu beachten, wer grundsätzlich denn das Recht hat, etwas als Thema bzw. Antrag in den Rat einzubringen. Das ist einerseits der Regierungsrat, dessen vornehmstes Recht es ist, die politische Agenda zu bestimmen. Auch die vorberatende Kommission hat nach der Geschäftsordnung dieses Recht. Das hat der frühere Landschreiber immer mit Verve unterdrückt – aus Angst, das genau solches passiert wie jetzt: dass nämlich ohne Vernehmlassung, aus dem Stegreif heraus und aus purer Freude debattiert wird – jetzt beispielsweise über das Ausländerstimmrecht. Aber wir sind daran interessiert, eine geordnete, unter Einbezug der ganzen Gesellschaft stattfindende Debatte zu führen. Darum ist das Antragsrecht beschränkt. Wenn weder die Kommission noch die Regierung einen Paragraphen zur Diskussion stellen, dann muss dieser Paragraph, wenn er im Rat zur Sprache kommen soll, wirklich in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einem anderen Paragraphen stehen. Wenn wir uns daran nicht halten, führt das zu Beratungen, in welcher jeder Parlamentarier das Gefühl hat, er könne ans Rednerpult treten und irgendetwas postulieren. Es führt zu unkoordinierten und vor allem wenig gehaltvollen Debatten, weil niemand vorbereitet ist. Das sollte nicht Schule machen.

Philip C. Brunner bedankt sich bei Heini Schmid, dessen Meinung er 120-prozentig teilt. Es wurde ein Antrag gestellt, die Debatte nicht weiter fortzuführen. Der Präsident hat entschieden, sie weiterzuführen. Das ist nicht richtig. Es ist jetzt – wie es der Antrag von Heini Schmid verlangt – darüber abzustimmen, ob der Rat über das Thema Ausländerstimmrecht debattieren will oder nicht. Es ist nicht korrekt, den gut begründeten Antrag einfach links liegen zu lassen.

Der **Vorsitzende** merkt an, Heini Schmid habe eben selber gesagt, er habe keinen Antrag gestellt. Er frägt nach, ob Philip C. Brunner einen Ordnungsantrag gestellt habe. Das ist der Fall. Der Vorsitzende beendet die Debatte.

➔ Der Rat beschliesst mit 54 zu 17 Stimmen, nicht weiter über den Antrag der SP-Fraktion und der AGF betreffend Ausländerstimmrecht zu debattieren.

§ 64
§ 64 Abs. 2 Ingress und Ziff. 5

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Anträge des Regierungsrats unbestritten sind.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend zu.

§ 64 Abs. 2 Ziff. 6

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine Ergänzung um «die zur Vertretung befugten Dienststellen» vorschlägt. Der Regierungsrat stimmt dieser Änderung zu.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend ebenfalls zu.

§ 66
§ 66 Abs. 2 Ingress

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Genehmigung der Gemeindeordnungen, der Organisationsbeschlüsse oder der Statuten in einer Urnenabstimmung beantragt; zudem können weitere Geschäfte der Urnenabstimmung unterworfen werden, wenn ein entsprechendes Begehren gestellt wird. Die vorberatende Kommission will den Kreis der einer Urnenabstimmung unterworfenen Geschäfte kleiner halten. Absatz 2 Ziff. 1 ist unbestritten; zur Debatte steht nur der Ingress von § 66 Abs. 2.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg:** Hier geht es darum, dass die Kommission die bisherige Fassung beibehalten, die Autonomie der Gemeinden wahren und nicht vorschreiben will, dass die Gemeindeordnungen, Organisationsbeschlüsse oder Statuten zwingend der Urnenabstimmung zu unterstellen sind. Anders als der Regierungsrat will die Kommission das wie bisher in der Freiheit der Gemeinden belassen.

Karl Nussbaumer stellt im Namen der SVP-Fraktion und von alt Kantonsrat Thomas Aeschi folgenden **Antrag:** § 66 Abs. 2 neu: «Positive und negative Beschlüsse der Gemeindeversammlung sind der Urnenabstimmung zu unterstellen, wenn dies von einem

Zwanzigstel der Stimmberechtigten innert 90 Tagen, gerechnet ab Veröffentlichung, schriftlich verlangt wird.» Es gibt folgende Gründe für diesen Antrag:
• Zu tiefe Stimmbeteiligung: An den Gemeindeversammlungen der zehn Zuger Gemeinden ohne eigene Legislative nehmen im Regelfall nur zwei bis fünf Prozent der Stimmberechtigten teil. Es wird deshalb immer wieder von «demokratisch schlecht legitimierten Entscheiden» gesprochen.
• Vorkommen von selektiver Mobilisierung: Gelegentlich kommt es zu Fällen von selektiver Mobilisierung, bei denen eine Interessengruppe Stimmbürger aktiv mobilisiert, um den eigenen Interessen zu einer Mehrheit zu verhelfen.
• Stärkung der demokratischen Legitimation der Gemeindeversammlung: Um die demokratische Legitimation und das politische Instrument der Gemeindeversammlung als Ganzes zu stärken, soll ein fakultatives Referendum zu den Beschlüssen der Gemeindeversammlung eingeführt werden. Erfahrungen in anderen Kantonen zeigen, dass dies ein bewährtes und massvoll eingesetztes Mittel ist, um die demokratische Legitimation der Beschlüsse der Gemeindeversammlung zu erhöhen.
Sollte jetzt argumentiert werden, eine Urnenabstimmung sei bereits heute möglich, wenn im Vorfeld die Unterschriften gesammelt werden: Dazu kann man nur sagen, dass diese Stimmensammlung vor der Gemeindeversammlung kaum vorkommt und auch nicht dem üblichen Ablauf entspricht. Im Parlament stimmt man ja auch zuerst im kleinen Kreis ab und ergreift dann das Referendum. Unterschriften zu sammeln, ohne den Beschluss der Gemeindeversammlung abzuwarten, macht staatspolitisch wenig Sinn.

Martin Pfister gibt die Folgen dieses Antrags zu bedenken. Mitte Dezember bewilligt die Gemeindeversammlung in der Budgetversammlung das Budget, dann folgt eine dreimonatige Referendumsfrist, in welcher das Budget nicht gültig wäre; möglicherweise kommen die Unterschriften zusammen, und es vergehen weitere zwei Monate bis zur Abstimmung: Ein halbes Jahr ohne gültiges Budget, das kann man einer Gemeinde nicht zumuten. Und der Antrag betrifft auch alle anderen Beschlüsse der Gemeindeversammlungen. Wer die Gemeindeversammlung wirklich stärken möchte, darf diesem Antrag nicht zustimmen.

Adrian Andermatt stimmt inhaltlich zu hundert Prozent mit Martin Pfister überein. Er macht darauf aufmerksam, dass Karl Nussbaumer seinen Antrag im Namen von alt Kantonsrat Thomas Aeschi gestellt hat. Er stellt der Verfahrensleitung die Frage, ob ein Nicht-Kantonsrat überhaupt einen Antrag stellen kann.

Der **Vorsitzende** stellt klar, dass der Antrag im Namen der SVP-Fraktion *und* von alt Kantonsrat Aeschi gestellt wurde. Das Erste ist mehr zu gewichten.

Alois Gössi erinnert an den Beschluss von heute Morgen, dass eine Gemeinde mindestens eine Gemeindeordnung. einen Organisationsbeschluss oder Statuten haben muss. Das ist quasi eine gemeindliche Verfassung, und eine solche darf nicht an einer Gemeindeversammlung beschlossen werden, sondern soll der Urnenabstimmung unterliegen. Der erste Satz von § 66 Abs. 2 soll deshalb in der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Formulierung im Gesetz drinbleiben.

Die Direktorin des Innern, **Manuela Weichelt-Picard,** erinnert daran, dass vor der jetzigen Diskussion über den Antrag der SVP-Fraktion bzw. von Thomas Aeschi eigentlich über den Antrag der Regierung debattiert wurde, dass Gemeindeordnungen, Organisationsbeschlüsse oder Statuten, also die Verfassungen auf Gemeindeebene, der Urnenabstimmung unterliegen sollen, was ja auch für die Kantonsverfassung gilt. Die vorberatende Kommission hat diesbezüglich eine andere Haltung. Die Frage steht

in einem Zusammenhang mit dem bereits revidierten § 3 Abs. 2, nach dem neu die Gemeinden zwingend eine Verfassung haben müssen, die – so nun der Antrag des Regierungsrats – ebenso zwingend an die Urne kommen müsse.
Der Antrag von Thomas Aeschi bzw. der SVP-Fraktion wurde bereits in der vorberatenden Kommission behandelt; vielleicht kann der Kommissionspräsident noch etwas dazu sagen. Die Kommission hat den Antrag mit 10 zu 3 Stimmen abgelehnt. Es wurde bereits gesagt, dass die Gutheissung dieses Antrags ein effizientes Arbeiten auf Gemeindeebene schwierig machen würde. Jeder Beschluss wäre über längere Zeit in einem Schwebezustand, was auch der Rechtssicherheit abträglich wäre.

➔ Der Rat stimmt mit 39 zu 15 Stimmen § 66 Abs. 2 Ziff. 1 in der Version des Regierungsrats zu und lehnt damit den Antrag der SVP-Fraktion ab.

➔ In der Abstimmung über den bereinigten § 66 Abs. 2 stimmt der Rat mit 46 zu 22 Stimmen für den Antrag der Kommission.

§ 66 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag der Kommission nach der Abstimmung zu § 18a obsolet ist.

➔ Der Rat ist stillschweigend mit dem Antrag des Regierungsrats einverstanden.

§ 66 Abs. 5

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Ivo Hunn beantragt, die vom Regierungsrat vorgeschlagene Ergänzung, also der Nebensatz «spätestens jedoch zusammen mit dem nächsten nach Ablauf dieser Frist stattfindenden eidgenössischen oder kantonalen Urnengang», sei zu streichen Der Antragsteller will also beim geltenden Recht bleiben.

Ivo Hunn stellt überdies den **Antrag,** im ersten Satz von Abs. 5 die Wendung «in der Regel» ebenfalls zu streichen, so dass Abs. 5 noch lautet: «Die Urnenabstimmung ist innert drei Monaten nach der Gemeindeversammlung durchzuführen.» Die Grünliberalen sind der Meinung, dass die Abhängigkeit von den nationalen Abstimmungen nicht nötig ist resp. dazu führen kann, dass es bis zur Urnenabstimmung bis zu sechs Monate dauern könnte. Zum Beispiel: Findet im März die Gemeindeversammlung statt und wird die nationale Abstimmung im Juni mangels Vorlagen gestrichen, dann würde in diesem schlimmsten Fall die Urnenabstimmung erst im September erfolgen, also sechs Monate später. Diese mögliche Frist ist aus unserer Sicht viel zu lange und darf nicht zur Anwendung kommen.

Die Direktorin des Innern, **Manuela Weichelt-Picard,** bittet namens des Regierungsrats, diesen Antrag abzulehnen, Gemäss heutigem § 66 Abs. 5 ist die Urnenabstimmung in der Regel innert zwei Monaten nach der Gemeindeversammlung durchzuführen. Dies ist aus organisatorischen Gründen – Vorbereitung und Druck der Vorlagen, Zustellung etc. – jedoch kaum möglich. Daher haben die Gemeinden gebeten, die Urnenabstimmung in der Regel neu innert drei Monaten nach der Gemeindeversammlung durchführen zu können. Findet aber kurz danach eine eidgenössische Abstimmung statt, macht es Sinn, dass die Abstimmungen zusammengelegt werden können.

➔ Der Rat stimmt mit 60 zu 2 Stimmen für den Antrag des Regierungsrats.

§ 69
§ 69 Ziff. 1 und 4

Der **Vorsitzende** erläutert, dass diese beiden Ziffern in den beiden Fassungen des Regierungsrates und der Kommission je zusammengehören. Da sich der Rat in der Abstimmung zu § 3 für die Fassung des Regierungsrats entschieden hat, ist hier folgerichtig ebenfalls die Fassung gemäss Antrag des Regierungsrats im Gesetz zu verankern.

➔ Der Rat stimmt der Fassung des Regierungsrats stillschweigend zu.

§ 69 Ziff. 10a

Der Antrag des Regierungsrats kommt nicht zur Sprache.

➔ Der Antrag des Regierungsrats ist damit beschlossen.

§ 75 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats auf Aufhebung unbestritten ist.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend zu.

§ 76 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Unterbrechung der Beratung bis zur Erledigung des Ordnungsantrags beantragt. Die vorberatende Kommission beantragt den unverzüglichen Entscheid der Versammlung über den Ordnungsantrag.

Hanni Schriber-Neiger: Die AGF begrüsst die Integration von § 75 Abs. 3 in § 76 Abs. 2. Wir unterstützen den Antrag der Regierung mit der neuen Regelung, wonach in Zukunft die Beratung an der Gemeindeversammlung über den Hauptgegenstand bis zur Erledigung des Ordnungsantrages unterbrochen wird. Die neue Regelung der Regierung lässt es zudem auch zu, dass nach einem Ordnungsantrag noch weiter diskutiert werden kann. Dieses Vorgehen sorgt bei den Versammlungsanwesenden für mehr Klarheit und ist für sie auch besser nachvollziehbar.
Bisher war es so, dass über einen Ordnungsantrag umgehend und ohne weitere Diskussion sofort abgestimmt werden musste. Dies führte jeweils an der Gemeindeversammlung dazu – was die Votantin in ihrer Gemeinde mehrmals erlebte –, dass es immer wieder Abstimmungsprobleme gab und die Anwesenden konsterniert oder verblüfft waren. Als langjährige Weibel-Stellvertreterin der Gemeinde Risch ist die Votantin auch persönlich an einem regulären Versammlungsverlauf sehr interessiert.
Noch ein Satz zur Einsetzung der Kommission: Die AGF findet es wichtig und richtig, dass die Gemeindeversammlung ein Geschäft nur an eine bereits bestehende Kommission überweisen oder zurückweisen kann. Es ist zu beachten, dass die Einwohner-

gemeinden in der Vernehmlassung den Revisionsvorschlag des Regierungsrats ausdrücklich begrüssen. Die Votantin bittet deshalb um Unterstützung für den Antrag des Regierungsrats bei § 75 und § 76, denn er wird in Zukunft an den Gemeindeversammlungen für mehr Klarheit sorgen.

Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard** macht darauf aufmerksam, dass § 75 Abs. 3 in § 76 Abs. 2 integriert wird. Neu soll die strikte Regelung, wonach über Ordnungsanträge unverzüglich abzustimmen ist, etwas gelockert werden. Bis zur Erledigung des Ordnungsantrags wird die Beratung über den Hauptgegenstand unterbrochen. Diese Regelung erlaubt, dass über einen Ordnungsantrag gegebenenfalls noch beraten werden darf. In bestimmten Fällen kommt diese Möglichkeit einer Notwendigkeit gleich, etwa dann, wenn beispielsweise unklar ist, ob es sich bei einem Antrag auf Rückweisung eines Geschäftes um einen echten oder unechten Rückweisungsantrag handelt. Die Rechtsprechung macht nämlich eine Unterscheidung zwischen echtem und unechtem Rückweisungsantrag. Ein echter Rückweisungsantrag liegt beispielsweise vor, wenn die Gemeindeversammlung eine Vorlage mangels Abklärungen oder Informationen nicht beurteilen kann und die Vorlage zur Ergänzung zurückgewiesen wird. Ein unechter Rückweisungsantrag unterscheidet sich vom echten dadurch, dass er eine Änderung der Vorlage bezweckt oder sinngemäss auf eine Ablehnung der Vorlage zielt. Während über einen echten Rückweisungsantrag separat abgestimmt werden muss, kann über einen unechten Rückweisungsantrag in der Schlussabstimmung befunden werden. Diesbezüglich gibt es auch einen Verwaltungsgerichtsentscheid. Dass solche Fragen noch kurz diskutiert werden sollen, ist heute in einigen Gemeindeversammlungen bereits üblich. Bedenken darüber, dass sich die Versammlungsdauer in die Länge ziehen könnte, wenn über Ordnungsanträge nicht mehr zwingend unverzüglich abgestimmt wird, können mit der Redezeitbeschränkung begegnet werden; sind zahlreiche Wortbegehren gestellt, kann der Präsident – wie in § 75 Abs. 2 geregelt – die Redezeit beschränken.

➔ Der Rat stimmt mit 36 zu 29 Stimmen für den Antrag der Kommission.

§ 77
§ 77 Abs. 2 und 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass diese beiden Absätze in den Fassungen des Regierungsrats und der Kommission je zusammengehören. Da sich der Rat in der Abstimmung zu § 5ter für die bereinigte Fassung der Kommission entschieden hat, ist hier folgerichtig ebenfalls die Fassung gemäss Antrag der Kommission im Gesetz zu verankern.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend zu.

§ 77 Abs. 4 und 5

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat ein genaues Prozedere zur Abstimmung über mehrere Anträge beantragt, während die Kommission dem Präsidenten Kompetenz zur Bestimmung der Reihenfolge einräumen will. Es stehen sich zwei «Systeme» gegenüber: Wir stellen § 77 Abs. 4 und 5 laut Fassung der Regierung *en bloc* gegenüber § 77 Abs. 4 laut Fassung der Kommission.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** erläutert, dass die Kommission sich hier nicht zu sehr in die Verhandlungsführung des amtierenden Präsidenten an der Gemeindeversammlung einmischen will. Der Antrag des Regierungsrats sieht ein sehr detailliertes Prozedere vor, wie Abstimmungen, wenn es knapp wird, vollzogen werden müssen. Wenn man sich die Dynamik einer Versammlung vor Augen hält, kann es schwierig werden, immer buchstabengetreu genau das zu tun, was der regierungsrätliche Vorschlag Schritt für Schritt vorsieht. Das ist in der Theorie schön, könnte aber auch Grundlage für viele Beschwerden oder Anfechtungen sein. Denn weil es so detailliert geregelt ist, wird man wohl fast immer etwas finden, das vielleicht nicht ganz richtig gelaufen ist.
Die Kommission ist der Ansicht, man sollte es weiterhin der Versammlung überlassen, bei Streifragen über das Vorgehen *ad hoc* zu entscheiden, ob man so oder anders prozedieren will.

Alois Gössi macht dem Rat beliebt, hier den Vorschlag des Regierungsrats zu unterstützen und denjenigen der vorberatenden Kommission abzulehnen. Der Gemeinderat soll nicht je nach seinen Vorlieben oder Präferenzen bestimmte Abstimmungsreihenfolgen definieren können, sondern er soll – wie auch hier im Kantonsrat – sich an Vorgaben halten.
Es gab vor ein paar Jahren in Baar eine Abstimmung über den Steuerfuss. Im Vorfeld war bekannt, dass vier verschiedene Steuerfüsse beantragt werden. Das vom Gemeinderat vorgeschlagene und auch durchgeführte Abstimmungsverhalten war wie folgt:
• Erste Abstimmung: Der niedrigste und höchste Steuerfuss stehen sich gegenüber.
• Zweite Abstimmung: Der Sieger aus der ersten Abstimmung wird dem dritten, nicht vom Gemeinderat stammenden Vorschlag gegenübergestellt.
• Dritte Abstimmung: Der Sieger der zweiten Abstimmung wird schlussendlich dem Vorschlag des Gemeinderats gegenübergestellt.
Sinngemäss ist dieses Abstimmungsprozedere in etwa das Gleiche, wie wenn bei einem Schwingfest der Titelverteidiger bereits für den Schlussgang gesetzt ist. So etwas kann und darf nicht sein. Zugegeben: Die Abstimmungen waren sehr effizient, genau drei Abstimmungen für vier verschiedene Vorschläge, aber mit einer massiven Bevorzugung des gemeinderätlichen Vorschlags.
Können sich die Ratsmitglieder ein solches Abstimmungsprozedere hier im Kantonsrat vorstellen? Der Votant auf jeden Fall nicht. Deshalb ruft er dazu auf, den Vorschlag des Regierungsrats anzunehmen und denjenigen der Kommission abzulehnen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass die Arbeitsgruppe mit Gemeindevertretenden dies gewünscht hat. Es vereinfacht die Arbeit in der Praxis. Sie bittet deshalb, dem Antrag der Gemeinden bzw. des Regierungsrats zuzustimmen.

➔ Der Rat stimmt mit 40 zu 27 Stimmen für den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 81
§ 81 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats unbestritten ist.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend zu.

§ 81 Abs. 3 (neu)

Markus Jans: Im Kantonsrat ist es üblich, dass Interpellationen in der Regel schriftlich beantwortet werden. Selbst wenn sich der Regierungsrat entscheidet, eine Interpellation mündlich zu beantworten, erhält die Interpellantin bzw. der Interpellant die Antwort des Regierungsrats am Morgen vor der Kantonsratssitzung per E-Mail zugestellt. Dieses Vorgehen spricht für den Regierungsrat, wäre er dazu doch nicht verpflichtet. Im Sinne einer guten Zusammenarbeit hat sich dieses Vorgehen in der Zwischenzeit eingespielt, und wir möchten es nicht mehr missen.
In den Gemeinden wird die Beantwortung von Interpellanten unterschiedlich gehandhabt. Es wäre aber wünschenswert, wenn sich die Gemeinden gleich wie die Regierung verhalten würden. Obwohl schon mehrfach gefordert, verweigern gewisse Gemeinden die vorzeitige Bekanntgabe der Antwort an die Interpellantin bzw. den Interpellanten. Die SP-Fraktion schlägt deshalb vor, folgenden neuen Abs. 3 in § 81 «Interpellationsrecht» aufzunehmen: «Die Gemeindebehörde stellt der Interpellantin, dem Interpellanten die Antwort des Gemeinderates zu den gestellten Fragen am Tag vor der Gemeindeversammlung bis spätestens 12.00 Uhr elektronisch zu.»
Für die Gemeinde entsteht durch diese Dienstleistung kein Mehraufwand. Der Gemeinderat benötigt zur Verabschiedung der Interpellationsantwort an seiner Sitzung so oder so eine schriftliche Antwort. Es braucht also nur noch einen Mausklick, und die Interpellantin, der Interpellant kann mit der Antwort bedient werden. Das ermöglicht der Interpellantin, dem Interpellanten, eine fundierte Auseinandersetzung mit der Antwort des Gemeinderates. Diese Dienstleistung unterstützt die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Bevölkerung.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** orientiert, dass nach seiner Erinnerung in der Kommission darüber nicht debattiert wurde. Er kann also keine Kommissionsmeinung vertreten. Persönlich findet er das einen guten Vorschlag.

Heini Schmid unterstützt den Antrag von Markus Jans, möchte ihn aber dahingehend ergänzen, dass nicht nur der Interpellant bzw. die Interpellantin den Text erhält, sondern – wie im Kantonsrat – auch alle Parteien. Das gewährleistet die Chancengleichheit in der kommenden Debatte.
Thomas Lötscher stellt eine verfahrenstechnische Frage: Ist es zulässig, den Kommunikationskanal auf den elektronischen Weg zu beschränken? Müsste nicht auch an Interpellanten gedacht werden, die kein E-Mail haben?

Der **Vorsitzende** schlägt vor, das Wort «elektronisch» zu streichen. Die SP-Fraktion ist damit sowie mit dem Vorschlag von Heini Schmid einverstanden. Der bereinigte Antrag lautet damit wie folgt: «Die Gemeindebehörde stellt der Interpellantin, dem Interpellanten und den Parteien die Antwort des Gemeinderates zu den gestellten Fragen am Tag vor der Gemeindeversammlung bis spätestens 12.00 Uhr zu.»

Der Rat stimmt mit 69 zu 2 Stimmen dem bereinigten Antrag der SP-Fraktion zu.

§ 84 Abs. 1
§ 85 Abs. 3 (Aufhebung)
§ 87 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2 (Aufhebung) und Abs. 3 (Neuformulierung)
§ 87a (neu)

Der **Vorsitzende** hält einzeln fest, dass die Anträge des Regierungsrats jeweils unbestritten sind.

➔ Der Rat stimmt den beantragten Änderungen jeweils stillschweigend zu.

§ 88
§ 88 Abs. 1 Ziff. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats unbestritten ist.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend zu.

§ 88 Abs. 1 Ziff. 6

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Korrektur eines redaktionellen Versehens vorschlägt: Neu heisst es: «… werden dem Rat Sitzungsprotokolle *zur Genehmigung* … vorgelegt.» Der Regierungsrat stimmt dieser Korrektur zu.

➔ Der Rat ist stillschweigend ebenfalls einverstanden.

§ 88 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats unbestritten ist.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend zu.

§ 89 Ziff. 3
§ 90 Abs. 1 und 2

Der **Vorsitzende** hält einzeln fest, dass die Anträge des Regierungsrats jeweils unbestritten sind.

➔ Der Rat stimmt den beantragten Änderungen jeweils stillschweigend zu.

§ 92
§ 92 Abs. 1 Ziff. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine Präzisierung vorschlägt, dass nämlich der Gemeindescheiber «*in der Regel* als öffentliche Urkundsperson …» amten soll. Der Regierungsrat stimmt dieser Korrektur zu.

➔ Der Rat ist stillschweigend ebenfalls einverstanden.

§ 92 Abs. 1 Ziff. 5 und Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält einzeln fest, dass die Anträge des Regierungsrats jeweils unbestritten sind.

➔ Der Rat stimmt den beantragten Änderungen jeweils stillschweigend zu.

§ 93a (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats unbestritten ist.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend einverstanden.

§ 94
§ 94 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats unbestritten ist.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend einverstanden.

§ 94 Abs. 2 Ziff. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats zu § 94 Abs. 2 im Grundsatz unbestritten ist. Da sich der Rat in der Abstimmung zu § 18a für die Fassung des Regierungsrats entschieden hat, ist bei § 94 Abs. 2 Ziff. 2 folgerichtig ebenfalls die Fassung gemäss Antrag des Regierungsrats im Gesetz zu verankern.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 94 Abs. 3

Der Antrag des Regierungsrats kommt nicht zur Sprache.

➔ Der Antrag des Regierungsrats ist damit beschlossen.

§ 94 Abs. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat einen zwingenden Beizug von Sachverständigen in der Rechnungsprüfungskommission unter bestimmten Voraussetzungen beantragt. Die Kommission beantragt eine «kann»-Bestimmung. Wir stellen die beiden Anträgen einander gegenüber.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg:** Es geht hier um die Freiheit der Gemeinde und der gemeindlichen Rechnungsprüfungskommission, ob diese eine sachverständige Person beiziehen *muss,* oder ob sie es *kann*. Der Regierungsrat sagt, dass unter gewissen Voraussetzungen Sachverständige beigezogen werden *müssen*, die Kommission ist der Ansicht, dass unter den gleichen gewissen Voraussetzung das geschehen *kann*; die Gemeinde ist aber immer noch frei und damit natürlich auch verantwortlich für ihr Tun.

Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard:** Es ist heute absolut notwendig, dass die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission Fachkenntnisse im Bereich des Rechnungswesens, der Rechnungslegung und der Revision mitbringen. Der Regierungsrat verzichtet jedoch darauf, für die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission entsprechende fachliche Wählbarkeitsvoraussetzungen vorzuschreiben – was in § 6 hätte passieren müssen. Einerseits fällt es in die Wahlfreiheit der Stimmberechtigten und liegt es im Interesse der Gemeinden und örtlichen Parteien selbst, fähige Personen zu wählen bzw. zur Wahl vorzuschlagen. Andererseits ermöglicht der neue § 94 Abs. 4, dass die Rechnungsprüfungskommission Sachverständige beiziehen kann, sofern die Durchführung ihrer Aufgaben besondere Fachkenntnisse erfordert oder im Rahmen der ordentlichen Prüfung nicht gewährleistet werden kann. Diese Verpflichtung stellt im Vergleich zur bisherigen Bestimmung eine Verschärfung dar; bisher konnte sie den Zuzug von Expertinnen und Experten dem Gemeinderat lediglich beantragen. Die neu geschaffene Kompetenz ist nebst der Sicherstellung einer professionellen Rechnungsprüfung auch deshalb wichtig, um die Unabhängigkeit der Rechnungsprüfungskommission gegenüber den zu prüfenden Gremien sicherzustellen.
Der Regierungsrat bittet, seinem Antrag zu folgen, dass die Rechnungsprüfungskommission Sachverständige beiziehen *mus*s, sofern die Durchführung ihrer Aufgaben besondere Fachkenntnisse erfordert oder im Rahmen der ordentlichen Prüfung nicht gewährleistet werden kann.

➔ Der Rat stimmt mit 48 zu 11 Stimmen für die «kann»-Version der Kommission.

§ 96
§ 96 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Rat in der Abstimmung zu § 18a für die Fassung des Regierungsrats entschieden hat. Deshalb ist hier folgerichtig die Fassung gemäss Antrag des Regierungsrats im Gesetz zu verankern, also *mit* dem Passus zur Antragstellung zu den Leistungsaufträgen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Anmerkung: Am Schluss der Beratungen wird dazu ein Rückkommensantrag gestellt (siehe unten Seite 1404).

§ 96 Abs. 2 und 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats unbestritten ist.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend einverstanden.

§ 97
§ 97 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats unbestritten ist.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend einverstanden.

§ 97 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Rat in der Abstimmung zu § 14 für den Antrag des Regierungsrats entschieden hat. § 14 ist systematisch in den «Gemeinsamen Bestimmungen» des Gemeindegesetzes verankert. In § 97 Abs. 2, der sich nur auf die Einwohnergemeinden bezieht, sollte daher Kongruenz zu § 14 bestehen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

§ 99 Abs. 1
§ 100 (Aufhebung)
§ 101 Ziff. 2

Der **Vorsitzende** hält einzeln fest, dass die Anträge des Regierungsrats jeweils unbestritten sind. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat ist mit den beantragten Änderungen jeweils stillschweigend einverstanden.

§ 102

Stefan Gisler: In § 102 geht es um die Gemeindeparlamente. Und um nicht von Heini Schmid mit einem Ordnungsantrag, zu dem man im Übrigen auch noch sprechen dürfte, wieder zurückgepfiffen zu werden, stellt er klar, dass dieses Thema bereits in der Kommission behandelt wurde. Er stellt den folgenden **Antrag:** «Gemeinden mit mehr als 15'000 Stimmberechtigten führen einen Grossen Gemeinderat (Gemeindeparlament) ein.» Darüber hat die Kommission befunden, auch war das Thema Teil der Vernehmlassung zur ursprünglichen Vorlage des Regierungsrats.
Der Votant weiss, dass dieser Antrag hier nicht auf viel Gegenliebe stossen wird, vor allem nicht auf die Gegenliebe der Baarerinnen und Baarer. Anträge soll man jedoch nicht nur nach Machbarkeit, sondern auch nach Überzeugung stellen, und es wäre gut, wenn das Kantonsparlament dazu Stellung bezieht.
Ab einer gewissen Grösse ist die Einführung eines Gemeindeparlamentes vorteilhaft. Die Vielzahl von Geschäften einer grösseren Gemeinde wird von einem Parlament effizient beraten, und die Exekutive wird nahe begleitet und kontrolliert. Zudem ist das Volk über regelmässige Volksabstimmungen sowie über das Initiativ- und Referendumsrecht noch immer sehr gut in den demokratischen Prozess einbezogen. Die Delegation der Legislative an ein Parlament ist dann wichtig, wenn nur noch wenige Prozente der Bevölkerung an den Gemeindeversammlungen teilnehmen – so wenig, dass die demokratische Legitimation gewisser Entscheide in Zweifel gezogen werden könnte. Die Demokratie spielt sehr gut mit Parlamenten; wir hier sind ja auch eines, und es wäre wohl Unfug zu behaupten, der Kanton sollte wieder mittels einer Versammlungsdemokratie gelenkt werden. Die Frage ist, ab welcher Grösse es angemessen ist Parlamente einzuführen. Die AGF findet, ab 15'000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** bestätigt, dass in der Kommission über diesen Antrag abgestimmt wurde. Er wurde sehr klar verworfen, nachdem zunächst darüber debattiert worden war, ob man darüber überhaupt abstimmen könne – die Frage wegen § 50 der Geschäftsordnung war auch auf dem Tapet. Wir haben entschieden, grosszügigerweise darüber abzustimmen. Wir waren aber klar der Meinung, dass man das den Gemeinden nicht vorschreiben soll. Die Gemeinden sollen frei entscheiden können, ob sie ein Gemeindeparlament einzuführen wollen oder nicht.

Es entspricht eigentlich nicht **Heini Schmids** Rollenverständnis, Diskussionen abzuwürgen. Sowohl das Ausländerstimmrecht wie auch die Frage gemeindlicher Parlamente sind sehr diskussionswürdige Themen, aber es sollte für die Beratungen im Rat eine Linie gefunden werden. Er kann sich nur wiederholen: Dieser Antrag wurde – leider vielleicht – von der Kommission nicht gestellt, und in diesem Sinne ist er nicht in den Ratsbetrieb eingebracht. Es ist aus seiner Sicht auch nicht von einem anderen Paragraphen her ein Sachzusammenhang gegeben. Der Votant stellt deshalb den **Ordnungsantrag,** nicht über den Antrag von Stefan Gisler zu debattieren.

Eusebius Spescha: Es gilt die heikle Frage zu beantworten, wann ein Thema eingebracht ist und wann nicht. Der Votant weist darauf hin, dass in der Vorlage des Regierungsrats auf Seite 39 ein Kapitel «Einführung eines Grossen Gemeinderats» steht, wie es übrigens auf Seite 33 auch ein Thema «Ausländerstimmrecht» gibt. Wenn in der Vorlage ein solches Kapitel namentlich enthalten ist und auf immerhin einer halben Seite Überlegungen zur Einführung eines Grossen Gemeinderates gemacht werden, dann ist es wohl keine Überstrapazierung der Geschäftsordnung, wenn dieses Thema als eingebracht gilt und es hier diskutiert wird und dazu Anträge gestellt werden können. Sonst würde das heissen, dass nur das als eingebracht gilt, was im eigentlichen Gesetzestext steht. Das wäre nach Ansicht des Votanten eine sehr enge Interpretation der Geschäftsordnung.

Heini Schmid: Glücklicherweise wird der Rat in Kürze über die neue Geschäftsordnung beraten und abstimmen können. Es ist jetzt eine Lehrstunde, um dann – geschärft durch die heutige Debatte – entscheiden zu können, wie man das haben will. Der Votant ist nicht der Meinung, dass man das unnötig verengen sollte. Er erinnert aber daran, dass der frühere Landschreiber Tino Jori immer die Praxis predigte, selbst die vorberatende Kommission habe kein Antragsrecht im Rat, und dass er die Kommissionen immer auf den Motionsweg verwies. Was der Regierungsrat nicht einbringt, kann also nicht diskutiert werden. Es ist nicht eine Frage von richtig oder falsch. Vielmehr muss der Rat seinen Weg finden. Wir brauchen eine Regelung, an die wir uns alle halten.

Stefan Gisler denkt, dass der Rat davon absehen sollte, sich selbst zu sehr einzuschränken. Auch ist in § 50 der Geschäftsordnung klar zum Ausdruck gebracht, dass Beratungsgegenstände, die einen unmittelbaren Zusammenhang haben, beraten werden – und andere nicht. Unmittelbarer Zusammenhang: Darüber streiten wir jetzt. Wenn etwas aber in der Vernehmlassung und in der Vorlage der Regierung steht, wenn die Kommission unter Kommissionspräsident Brandenberg dazu debattiert und auch abgestimmt hat, wenn also eine Meinungsbildung stattgefunden hat, dann sollte auch im Rat darüber verhandelt und abgestimmt werden können. Sonst kommt es so weit, dass alle Anträge, die in einer Kommission nicht durchkommen, im Rat nicht mehr auf den Tisch kommen können. Das geht nicht.
Im Übrigen ist auch der Landschreiber zu stützen. Wir haben bereits in Zusammenhang mit dem Ausländerstimmrecht angefragt, ob unser Antrag zulässig sei, und das wurde uns zugesichert. Wir haben die Vorabklärung und unsere Hausaufgaben also gemacht. Es ist deshalb nicht richtig, wenn man die Diskussion hier abklemmt. Zudem ist es eine Abstimmung über die Gemeindeparlamente, und es ist einfacher, wenn der Rat hier einfach Stellung bezieht, anstatt sich hinter einem juristischen Konstrukt zu verstecken. Das Thema *war* in der Vernehmlassung, es *war* in der Vorlage, es *wurde* in der Kommission beraten – wieso dann hier nicht? Der Votant will nicht, dass der Rat seine eigene Freiheit zu debattieren einschränkt.

Auch Landschreiber **Tobias Moser** hat gerne formelle Vorgaben. Ein Thema, das – wie im Fall von Ausländerstimmrecht und Gemeindeparlamente – in der Vorlage der Regierung eingebracht und auch in der Kommission bearbeitet wurde, soll man seiner Meinung nach auch im Plenum zur Sprache und zum Antrag bringen können. Man sollte nicht zu formalistisch sein und nur das debattieren, was in der Synopse bzw. formell in der Vorlage daherkommt; sonst könnte der Rat letztlich ja keine Abänderungs- und Unterabänderungsanträge mehr stellen. Für den Landschreiber ist der Zusammenhang sowohl in § 63 als auch in § 102 ein unmittelbarer. Das letzte Wort hat allerdings das Plenum, die Verfahrensautonomie liegt beim Kantonsrat.

➔ Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von Heini Schmid mit 34 zu 29 Stimmen zu.

§ 107
§ 107 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Rat in der Abstimmung zu § 18a für die Fassung des Regierungsrats entschieden hat. Deshalb ist hier folgerichtig die Fassung gemäss Antrag des Regierungsrats im Gesetz zu verankern, also *mit* dem Passus zu den Leistungsaufträgen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

§ 107 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats unbestritten ist.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend einverstanden.

§ 111 Abs. 1 Ziff. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats unbestritten ist.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend einverstanden.

§ 123

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag der Kommission zu § 123 obsolet ist, da bei § 97 Abs. 2 der Vorlage des Regierungsrats entsprochen wurde.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** nimmt kurz Stellung zur Aussage, welche Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard bei § 14 gemacht hat. Die Direktorin des Innern hat dort – gemäss einer gewissen Praxis des Rats – als letztes Wort gesagt, dass der Parteienproporz in sämtlichen Gemeindearten gelten würde. Das ist nicht richtig, denn das wäre genau der Vorbehalt gewesen, über den der Rat jetzt aber nicht mehr abstimmen muss – es war einfach nicht zutreffend. Die Kommission hatte

nämlich entschieden, dass der Parteienproporz nur für die Einwohnergemeinde gelten würde. Dies sei der guten Ordnung halber gesagt. Wenn man schon das letzte Wort hat, dann sollte man vorsichtig und umsichtig damit umgehen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, stellt klar, dass § 1 bis § 54 die gemeinsamen Bestimmungen sind. Ursprünglich wollte die vorberatende Kommission, eine einheitliche Regelung für die Fachkommissionen aller Gemeindearten, weshalb diese in § 14 festgehalten wurde. Später, in der Diskussion, wollte man diese Regelung nur für einzelne Gemeindearten und hat Ausnahmen gemacht. Fakt ist, dass der Abschnitt «Gemeinsame Bestimmungen», also § 1 bis § 54, für alle gilt.

§ 132

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag der Kommission zu § 132 obsolet ist, da bei § 97 Abs. 2 der Vorlage des Regierungsrats entsprochen wurde.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 134

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich zwei Systeme gegenüberstehen:
• Erstens: Der Regierungsrat schlägt den fakultativen Beizug von Pfarrerinnen oder Pfarrern oder der Pfarreileitung mit eingeschränkter thematischer Zuständigkeit vor; diesen Beizug soll die Gemeinde per Beschluss anordnen.
• Zweitens: Die Kommission beantragt, dass Pfarrerinnen oder Pfarrern oder die Pfarreileitung mit einer Vertretung dem Kirchenrat von Amtes wegen angehören sollen; zuständig für die Anordnung soll die Kirchgemeindeversammlung sein.
Beide Anträge sehen nur eine beratende Stimme vor.
Unabhängig vom System-Entscheid stellt die SVP-Fraktion den **Antrag,** der Pfarrerin bzw. dem Pfarrer und der Pfarreileitung im Kirchenrat per Gesetz Stimmrecht und nicht nur beratende Stimme einzuräumen.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg:** Die bisherige Regelung war so, dass der Pfarrer oder die Pfarrerin Stimmrecht hatten. Die Gemeinde hat beschlossen, ob diese im Rat seien oder nicht, aber wenn sie im Rat waren, dann hatten sie Stimmrecht. Die vorberatende Kommission will wenigsten die Möglichkeit beibehalten, dass der Pfarrer oder neu auch die Pfarreileitung von Amtes wegen im Kirchenrat zugegen ist, allerdings nur noch mit beratender Stimme. Der Antrag des Regierungsrats würde nur den situativen Beizug von Personen der Geistlichkeit oder von Pfarreileitern für einzelne Geschäfte und auch nur mit beratender Stimme vorsehen. Die Kommission macht beliebt, dass die betreffenden Personen permanent im Kirchenrat mit beratender Stimme dabei sein können, wenn die Gemeinde das so will.

Karl Nussbaumer hält fest, dass der Vorsitzende den **Antrag** der SVP-Fraktion bereits gesagt hat. Es ist wichtig und auch richtig, dass der Pfarrer oder Gemeindeleiter im Kirchenrat vertreten ist und zwar als vollwertiges Mitglied mit allen Rechten und Pflichten. Es sind in der Vergangenheit auch keine Missstände feststellbar gewesen, und darum gibt es keinen Grund dies zu ändern. Hier erwartet der Votant insbesondere von der CVP, welche ja die Kirche vertritt, eine klare Unterstützung. Die Kirche wird es ihr danken.

Der Votant führt noch ein Beispiel an: Er ist Feuerwehrkommandant, und in dieser Funktion ist er auch in der Feuerschutzkommission. Es macht auch in der Kirche Sinn, dass diese Leute im Kirchenrat vollwertig vertreten sind.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, erläutert, dass gemäss § 135 des Gemeindegesetzes die Kirchgemeindeversammlung den Pfarrer wählt. Damit unterstehen die Pfarrer als Mitarbeitende der Kirchgemeinde der Aufsicht des Kirchenrates. Der Regierungsrat erachtet die Situation, dass der Kirchenrat die Aufsichtsbehörde der Mitarbeitenden ist, zu denen auch die Pfarrerinnen und Pfarrer zählen, als nicht vereinbar. Pfarrpersonen als Mitglieder des Kirchenrats einerseits und als Mitarbeitende andererseits beaufsichtigen sich so selber. Das ist ein Dilemma, zu dem es diverse Bundesgerichtsentscheide gibt. Das Bundesgericht kam klar zum Schluss, dass die Mitgliedschaft von Pfarrpersonen im Kirchenrat mit dessen Aufsichtsfunktionen nicht zulässig ist.
Der Regierungsrat sieht aber das Dilemma und schlägt deshalb vor, dass durch Gemeindebeschluss bestimmt werden kann, dass die Pfarrerinnen bzw. die Pfarrer oder die Pfarreileitung vom Kirchenrat zu Themen und Fragestellungen mit theologischen und religiösen Komponenten mit beratender Stimme beigezogen werden können. Mit der Einsitznahme von Pfarrerpersonen bzw. Mitgliedern der Pfarreileitung in den Kirchenrat von Amtes wegen würden operative und strategische Aufgaben vermischt.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, zuerst über das System – Regierung oder Kommission – abzustimmen und erst anschliessend über den Antrag der SVP-Fraktion, dass Pfarrerin, Pfarrer oder Pfarreileitung von Gesetzes wegen Stimmrecht haben sollen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

➔ Der Rat stimmt mit 60 zu 5 Stimmen für den Antrag der Kommission.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 51 zu 18 Stimmen ab.

§ 135 Abs. 1

Der Antrag des Regierungsrats kommt nicht zur Sprache.

➔ Damit ist der Antrag des Regierungsrats beschlossen.

§ 140 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass § 140 Abs. 1 nach der Abstimmung zu § 97 Abs. 2 obsolet ist.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Änderungen anderer Erlasse

– Änderungen im Wahl und Abstimmungsgesetz (WAG)

§ 67 Abs. 2 Satz 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat eine Beschwerdefrist von 3 Tagen beantragt. Die Kommission stellt Antrag auf 10 Tage.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** orientiert über die Debatte in der Kommission. Man fand, dass drei Tage zu kurz seien, um eine seriöse Beschwerde ausarbeiten zu können, muss man doch manchmal Unterlagen und allfällige Beweismittel sammeln. Und drei Tage sind einfach eine abschreckend kurze Frist. Im Sinne der Stärkung des Rechtsstaates kam man auf zehn Tage. Das immer noch kürzer ist als übliche Fristen bei Rechtsmitteln, aber es ist ein guter Kompromiss.

➔ Der Rat folgt mit 55 zu 12 Stimmen dem Antrag der Kommission.

– Änderungen im Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats

§ 3, 4 und 8

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat den von der vorberatenden Kommission vorgeschlagenen Anpassungen in § 3 Abs. 1, Abs. 2 Bst. c und d sowie in Abs. 3 zustimmt. Die übrigen Anträge des Regierungsrates zu § 3, 4 und 8 sind unbestritten.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend zu.

– Änderungen im Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz)

§ 40 Abs. 1

Der Vorsitzende hält fest, dass Antrag des Regierungsrates unbestritten ist.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend zu.

Gregor Kupper äussert zwei Bitten: Als Erstes bittet er die Staatskanzlei, dem Rat als Ergebnis der heutigen Beratung nicht nur die bereinigte Fassung der Teilrevision, sondern das gesamte Gemeindegesetz unter Berücksichtigung dieser Teilrevision zuzustellen. Er begründet seine Bitte an einem Beispiel: In § 64 sind die Organe der Gemeinden vorgeschrieben. Das sind unter anderem der Gemeinderat, der Gemeindepräsident, der Gemeindeschreiber, die Rechnungsprüfungs- und weitere Kommissionen sowie die Angestellten. Wenn wir dann nach vorn zu § 5 gehen, wo die Wahlen umschrieben sind, heisst der Titel des zweiten Abschnitts «Wahl der Gemeindeorgane». Das heisst, dass die Angestellten eigentlich an der Gemeindeversammlung zu wählen

sind. Für den Votanten ist das Gesetz in sich so nicht griffig. Es sind ihm auch weitere Punkte aufgefallen. So wird auch im allgemeinen Teil immer nur vom Gemeinderat gesprochen; wir haben aber Bürgerräte, Korporationsräte, Kirchenräte. Auch das sind Punkte, die eine Totalrevision geltend gemacht hätten.
Die zweite Bitte geht an die Kommission. Wenn der Rat das Gesetz in der vollständigen Fassung erhalten hat, dann soll doch die Kommission zumindest nochmals darüber gehen und schauen, welche Widersprüche es allenfalls noch enthält, um dann auf die zweite Lesung hin die entsprechenden Anträge zu stellen.

Oliver Wandfluh stellt für § 59 Abs. 1 Ziff. 13 («die familienergänzende Kinderbetreuung») einen **Rückkommensantrag** gemäss § 53 der Geschäftsordnung. Er hat bei der Abstimmung mitgezählt und ist auf ein anderes Resultat gekommen. Im Sinne eines fairen demokratischen Entscheides bittet er um die Unterstützung seines Rückkommensantrag und um die Wiederholung der Abstimmung.

➔ Der Rat stimmt dem Rückkommensantrag mit 36 zu 29 Stimmen zu.

Martin Stuber weiss nicht, ob sich die Mehrheit des Rats bewusst ist, was sie eben getan hat. Das hat ja fast präjudizierenden Charakter: Wenn in Zukunft Abstimmungen ganz knapp ausfallen – das nächste Mal vielleicht nicht 30 zu 30, sondern 31 zu 30 Stimmen – dann geht man nach vorne, sagt, man habe mitgezählt und es sei eine Stimme nicht gezählt worden, und stellt einen Rückkommensantrag. Es geht dem Votanten hier nicht um die Einzelfrage, sondern um das Prinzip. Und das ist absolut hochproblematisch.
Der Votant stellt den **Antrag,** die erneute Abstimmung zu § 59 Abs. 1 Ziff. 13 sei unter Namensaufruf durchzuführen.

Beni Riedi hofft, dass so schnell wie möglich eine elektronische Abstimmungsanlage zur Verfügung steht, welche transparent die Abstimmungsresultate zeigt. Dann sind Diskussionen, wie sie jetzt geführt werden, nicht mehr nötig.

Stefan Gisler bittet den Landschreiber um eine Auskunft. In § 53 der Geschäftsordnung steht zum Thema «Rückkommensanträge»: «Nach Schluss der artikel- oder abschnittweisen Beratung kann jedes Mitglied beantragen, auf einzelne bestimmt zu bezeichnende Artikel oder Abschnitte zurückzukommen.» Es steht nicht, dass man am Schluss einer ganzen Beratung wieder auf Artikel 30 oder was auch immer zurückkommen kann. Ein Rückkommensantrag muss – so interpretiert der Votant die Geschäftsordnung – immer am Ende eines Artikels gestellt werden und nicht am Ende eines ganzen Gesetzes. Sonst kommen wir dahin, dass wir am Ende des Gesetzes das Ganze mit Rückkommensanträgen nochmals durchberaten. Der Votant respektiert die Hoheit des Rates, glaubt aber, dass die Abstimmung, die vorhin durch den Landschreiber und das Präsidium zugelassen wurde, so gar nicht geht.

Nach dem Verständnis von Landschreiber **Tobias Moser** muss es, wenn dies bei einer kleineren Einheit, also der paragraphen- oder abschnittsweisen Beratung, möglich ist, erst recht auch am Schluss einer gesamthaften Beratung möglich sein, einen Rückkommensantrag zu stellen.

Stimmenzähler **Franz Peter Iten** stellt klar, dass sich die SVP-Fraktion das Resultat der fraglichen Abstimmung selber zuzuschreiben hat. Im Moment, als abgestimmt und gezählt wurde, wurde innerhalb der Fraktion gesprochen, und es wurde schlicht ver-

gessen, die Hand hochzuhalten. Wir Stimmenzähler haben das bemerkt und zur Fraktion gesagt: «Jetzt habt ihr aber etwas verschlafen.»

➔ Der Rat stimmt dem Antrag, die erneute Abstimmung zu § 59 Abs. 1 Ziff. 13 sei unter Namensaufruf durchzuführen, mit 34 Stimmen zu. Das erforderliche Quorum sind 20 Stimmen.

Die Ratsmitglieder werden vom **Landschreiber** namentlich aufgerufen und stimmen zum Antrag des Regierungsrats, in § 59 Abs. 1 sei als Ziff. 13 neu «die familienergänzende Kinderbetreuung» aufzuführen, wie folgt:

Brandenberg Manuel	Nein
Brunner Philip C.	Nein
Camenisch Philippe	--
Castell-Bachmann Irène	--
Christen Hans	Ja
Gisler Stefan	Ja
Gysel Barbara	Ja
Landtwing Alice	Ja
Messmer Jürg	Nein
Raschle Urs	Nein
Sivaganesan Rupan	--
Spescha Eusebius	Ja
Stadlin Daniel	Ja
Stocker Cornelia	Nein
Straub-Müller Vroni	Ja
Stuber Martin	Ja
Thalmann Silvia	Ja
Wicki André	Nein
Wicky Vreni	Nein
Hächler Thiemo	Nein
Strub Barbara	Nein
Wyss Beat	Ja
Wyss Thomas	Nein
Ingold Gabriela	Nein
Iten Beat	Ja
Iten Franz Peter	Nein
Sperandio Renato	Nein
Walker Arthur	Ja
Werner Thomas	Nein
Barmet Monika	Ja
Betschart Frowin	Ja
Nussbaumer Karl	Nein
Abt Daniel	Nein
Andermatt Adrian	Nein
Dübendorfer Christen Maja	Nein
Dzaferi Zari	Ja

Eichenberger Daniel	Nein
Frei Pirmin	Nein
Gössi Alois	Ja
Hotz Silvan	Nein
Hunn Ivo	Ja
Lustenberger-Seitz Anna	Ja
Peita Gabriela	Nein
Pfister Martin	Ja
Riedi Beni	Nein
Schmid Heini	Ja
Wandfluh Oliver	Nein
Birrer Walter	--
Blättler-Müller Christine	Ja
Bruckbach Christoph	Ja
Diehm Peter	Nein
Haas Esther	Ja
Helfenstein Georg	Ja
Jans Markus	Ja
Rickenbacher Thomas	Ja
Sieber Beat	Ja
Suter Rainer	Nein
Andenmatten Karin	Ja
Bieri Anna	Ja
Schuler Hubert	--
Villiger Thomas	Nein
von Burg Roland	Nein
Winter Leonie	Ja
Burch Daniel	--
Hausheer Andreas	Ja
Hürlimann Andreas	Ja
Meienberg Eugen	Ja
Schlumpf Beda	Ja
Weber Monika	Ja
Balmer Kurt	Nein
Burch Daniel Thomas	Nein
Lehner Dominik	Ja

Roos Flavio	Nein
Schriber-Neiger Hanni	Ja
Werder Matthias	Nein
Hürlimann Franz	Ja
Schmid Moritz	Nein

Weber Florian	Nein
Kupper Gregor	Nein
Lötscher Thomas	Ja

➔ Der Rat stimmt mit dem Antrag des Regierungsrats mit 39 zu 35 Stimmen zu.

Anmerkung: Das in der Versammlung vom Vorsitzenden bekanntgegebene Resultat (Zustimmung zum Antrag des Regierungsrats mit 41 zu 33 Stimmen, bei 5 Abwesenden und 1 Stimmenthaltung) war aufgrund eines Rechnungsfehlers bezüglich der Anzahl Ja- und Nein-Stimmen nicht korrekt. Am Abstimmungsergebnis ändert sich nichts.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** macht auf ein Versäumnis aufmerksam. Bei § 96 Abs. 1 wurde die Variante der Kommission nicht jener des Regierungsrats gegenübergestellt. Es wurde dort gesagt, aufgrund des Entscheids, dass Pragma auf Gemeindeebene kommen könne (§ 18a), müsse die Fassung der Kommission nicht mehr zur Abstimmung gebracht werden. Nach Meinung des Kommissionspräsidenten *muss* aber darüber abgestimmt werden. Die Kommission hat ihren Gegenantrag nämlich auch deshalb gestellt, weil sie – anders als der Regierungsrat – nicht will, dass der Bericht der Rechnungsprüfungskommission standardmässig auch der Direktion des Innern zuzustellen sei. Die Kommission will das den Gemeinden nicht vorschreiben.
Im Namen der vorberatenden Kommission stellt der Votant deshalb einen **Rückkommensantrag** zu § 96 Abs. 1.

➔ Der Rat stimmt dem Rückkommensantrag mit 60 zu 1 Stimme zu.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass sich in § 96 Abs. 1 zwei verschiedene Anträge gegenüberstehen, nämlich derjenige des Regierungsrats und derjenige der vorberatenden Kommission.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** präzisiert den Antrag: Der regierungsrätliche Antrag zu § 96 Abs. 1 soll mit «… öffentlicher Mittel fest» enden, der Rest von Abs. 1 sei zu streichen. Es soll also keine Zustellung des Berichts an die Direktion des Innern geben, und auch den letzten Satz des regierungsrätlichen Antrags braucht es nicht.
Geht man vom ursprünglichen Antrag der Kommission aus, dann muss dieser – weil Pragma angenommen wurde – im Sinne des ersten Teils des regierungsrätlichen Antrags leicht abgeändert werden.

Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard**: Um die Gemeindeaufsicht wahrzunehmen, braucht die Regierung Unterlagen. Sie bittet deshalb um die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

➔ Der Rat stimmt mit 38 zu 33 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats zu.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

626 Traktandum 3.1: **Postulat von André Wicki und Manuel Brandenberg betreffend Erhöhung der Polizeipräsenz in bestimmten Quartieren der Stadt Zug vom 19. Dezember 2012 (Vorlage Nr. 2211.1 - 14221)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

627 Traktandum 3.2: **Interpellation von Hubert Schuler betreffend IV-Stelle des Kantons Zug vom 10. Dezember 2012 (Vorlage Nr. 2208.1 - 14213)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

628 Traktandum 3.3: **Interpellation von Adrian Andermatt betreffend Tangente Zug/ Baar: Optimale Verkehrsführung in Baar vom 13. Dezember 2012 (Vorlage Nr. 2209.1 - 14215)**

Baudirektor **Heinz Tännler** beantwortet die Interpellation mündlich. Er macht folgende Vorbemerkungen:
Die Aussagen im Rahmen der Volksabstimmung betreffend Objektkredit für Planung, Landerwerb und Bau des Projektes Tangente Zug/Baar fussten auf dem Generellen Projekt, welches der Kantonsrat gleichzeitig beschloss. Mit dem Generellen Projekt sollte der im kantonalen Richtplan zum Ausdruck gebrachte verkehrspolitische Wille einer Umsetzung zugeführt werden. Das Generelle Projekt musste sich dabei definitionsgemäss zur Linienführung, zu den Normalprofilen, den Anschlusspunkten sowie zur Kostenschätzung äussern. Mehr nicht.
Nach der Rechtskraft des Objektkredits hat sich die Baudirektion an die Ausarbeitung des Auflageprojekts der Tangente Zug/Baar gemacht. Während dieser Planungsphase unterlag das Strassenbauprojekt ständigen Veränderungen in Bezug auf das Wachstum der Siedlungen, der Agglomeration und des Verkehrs. Dabei wurde die geplante neue Strasse ständig optimiert.
In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Strategie zur Entlastung der beiden Achsen Zugerstrasse – zugunsten eines leistungsfähigen Feinverteilers – und Ägeristrasse auf Wunsch der Gemeinde Baar erfolgten. Der Kanton ist diesem Begehren gefolgt und hat entsprechende Massnahmen ins Projekt einfliessen lassen. Selbstverständlich durften dabei die übrigen Projektziele nicht ausser Acht gelassen werden, namentlich die Anbindung der Berggemeinden, die Entlastung des Ortskerns der Gemeinde Baar, die bessere Erreichbarkeit der Arbeitsplatzgebiete von Zug und Baar sowie der Schutz der Siedlungsgebiete vor Immissionen. Diese Projektziele wurden an weiteren öffentlichen Interessen, insbesondere am Landschafts- und Ortsbild gemessen und flossen ins Auflageprojekt hinein.
Die öffentliche Auflage des Strassenprojekts erfolgte im Oktober/November 2012. Damit steht fest, dass Anpassungen und Optimierungen am Auflageprojekt nur noch soweit erfolgen können, als die Projektziele in ihrer Gesamtheit weiterhin eingehalten werden können und keine Wiederholung der öffentlichen Auflage verursachen.
Der Regierungsrat beantwortet die von den Interpellanten gestellten Fragen wie folgt:

• Zu Frage 1 («Ist der Regierungsrat bereit, die für eine optimale Verkehrsführung in der Gemeinde Baar erforderlichen Massnahmen im Rahmen seiner Zuständigkeit auf,

an und neben der Tangente Zug/Baar umzusetzen, wobei diese Massnahmen im Rahmen eines gemeinsamen Projekts der Gemeinde Baar und dem Kanton Zug unter Beizug eines unabhängigen, externen Verkehrsplaners zur Zeit erarbeitet werden?»): Der Regierungsrat ist selbstverständlich bereit, unter Federführung des Gemeinderates Baar – das wurde so vereinbart – den mit der kommunalen Motion aufgeworfenen Fragenkomplex gesamtheitlich, aber auch in Bezug auf die Rigistrasse zu prüfen, Verbesserungen im Bereich Verkehrslenkung und Sicherheit zu erarbeiten und sich für deren Umsetzung einzusetzen.

• Zu Frage 2 («Ist der Regierungsrat in diesem Zusammenhang auch bereit, allenfalls erforderliche An-passungen an der heute bestehenden und in der öffentlichen Projektauflage publizierten Planvariante vorzunehmen, wobei dies insbesondere auch die Kreisel und Kreuzungen inklusive Signalisation auf der Tangente Zug/Baar betreffen könnte?»): Über diverse Variantenstudien wurden die verschiedenen Zielsetzungen vom Generellen Projekt ins Auflageprojekt überführt und weiterentwickelt. Das vorliegende Auflageprojekt vermag diese Projektziele am besten zu erreichen. Verbesserungen sind selbstverständlich immer noch möglich. Sie dürfen aber – wie bereits dargelegt – nicht dazu führen, dass die öffentliche Auflage der Tangente Zug/Baar wiederholt werden muss.
Nehmen wir das Beispiel Knotengestaltung: Im Variantenstudium wurde insbesondere der Ausgestaltung der Knoten spezielle Beachtung geschenkt. Eine Anpassung der Knotenformen hätte weitreichende Konsequenzen, welche sich infolge zusätzlicher Fahrstreifen im Knotenbereich auf das Ausmass des Landerwerbs, auf das Landschaftsbild sowie auf die Ökologie auswirken würden. Selbstverständlich sind Justierungen und Veränderungen in kleinerem Umfang immer noch möglich. Der definitive Signalisationsplan ist noch in Ausarbeitung. Auch hier sind Anpassungen immer noch möglich. Diese Möglichkeiten gilt es nun auszuschöpfen. Man muss sich bewusst sein, dass wesentliche Anpassungen wohl auf dem gemeindlichen Strassennetz notwendig sein werden.

• Zu Frage 3 («Sollte der Regierungsrat eine der Fragen mit Nein oder mit teilweise Nein beantworten, ersuchen wir um eine detaillierte Begründung. Dies insbesondere auch unter Berücksichtigung des Umstandes, dass im Zeitpunkt der Abstimmung im Jahre 2009 gemäss den von der Baudirektion zur Verfügung gestellten Verkehrszahlen der Bevölkerung suggeriert wurde, dass keiner der Tangentenzubringer – Zuger-, Rigi- und Ägeristrasse – mit massgeblichem Mehrverkehr belastet werden und die genannten Massnahmen genau dies bewirken bzw. sicherstellen sollen.»): Der Regierungsrat bejaht beide vorangehenden Fragen. Trotzdem ist an dieser Stelle kurz auf die Verkehrszunahme auf der Rigistrasse einzugehen.
Die dem Kanton bereits im Jahre 2008 zur Verfügung gestandenen Verkehrsdaten zeigten bereits damals eine deutliche Verkehrsentlastung auf der Zuger- und der Ägeristrasse. Diese Aussagen wurden mit dem aktuellen Verkehrsmodell 2010 bestätigt. Die Differenzen auf der Rigistrasse ergeben sich vor allem im Tagesgang und nicht in den morgendlichen und abendlichen Spitzenstunden. In den Spitzenstunden bleiben die Verkehrsbelastungen praktisch gleich. Dies wurde auch in einer persönlichen Besprechung mit dem Interpellanten sauber dargelegt.
Die Zunahme im Tagesverlauf ist einerseits aufgrund der 2010 neu erhobenen Verkehrdaten (Nordstrasse und Autobahn A4 im Knonaueramt) sowie den damit verbundenen Verlagerungen von Verkehrsströmen und andererseits modelltechnisch begründet. Die Parametrierung des Modells für die parallel führenden Strassen (Nordstrasse, Zuger-/Baarerstrasse, Industrie-/Rigistrasse) ist komplex und kann kaum genau abgebildet werden.

Es ist gut möglich, dass sich mit dem neuen kantonalen Verkehrsmodell – voraussichtlich ab Ende 2014 – die prognostizierten Verkehrswerte erneut ändern werden. Daraus erhellt, dass die Ermittlung der Verkehrsbelastung keine exakte Wissenschaft, sondern lediglich eine Prognose ist, welche jeweils von verschiedenen Faktoren beeinflusst wird.
Eine letzte Klammerbemerkung: Die Aufträge sind erteilt, die Offerten eingegangen, mit den Verkehrsspezialisten werden intensive Abklärungen vorgenommen. Wir werden zeitgerecht, so schnell als möglich entsprechende Massnahmen vorlegen. Wir sind mit Volldampf dran.

Adrian Andermatt dankt dem Baudirektor und seinen Mitarbeitenden für die speditive Beantwortung der Interpellation und für die Bereitschaft, die Sache zusammen mit der Gemeinde Baar nochmals zu analysieren. Gemäss Baudirektion liegt die Grenze dort, wo es zu einer erneuten öffentlich Planauflage kommt. Der Votant ist der Meinung, dass man im heutigen Zeitpunkt keine absoluten Grenzen ziehen sollte. Man sollte vielmehr die Analyse des unabhängigen Verkehrsplaners, zusammen mit der Gemeinde Baar und dem Kanton, abwarten. Dann gilt es die Vor- und Nachteile der einzelnen Varianten abzuwägen. Das kann unter Umständen auch zu einer erneuten Planauflage führen. Das will niemand, aber man sollte es nicht absolut ausschliessen.

Martin Stuber versteht den Frust in Baar ziemlich gut. Er erinnert daran, dass die Gemeinde Baar die Tangente damals an der Urne abgelehnt hat. Einer der Streitpunkte war die Wirkung der Tangente für Baar selber. Ein anderer Diskussionspunkt hier im Rat war das Vorgehen. Es ging um das zwei- oder einstufige Vorgehen. Das hört der Baudirektor wahrscheinlich nicht gerne – aber der Votant kann ihn auch nicht immer loben. Die Begründung für das zweistufige Verfahren – zuerst Projektierungskredit und dann Baukredit, beides mit Volksabstimmung – bestätigt sich jetzt: Nur wenn man zweistufig vorgeht, wissen die Leute, was sie bekommen. Der Votant ist sich ziemlich sicher, dass die Ablehnung in Baar dann noch deutlicher ausgefallen wäre.
Jetzt wird – durchaus zu Recht – vor allem über die Rigistrasse gesprochen. Es gibt aber noch einen weiteren grossen Knackpunkt, nämlich die Kreuzung Südstrasse/ Weststrasse draussen im Neufeld. Diese war schon damals bei der Abstimmung ein grosser Diskussionspunkt. Wir haben damals aufgrund der Zahlen der Baudirektion nachgewiesen, dass diese Kreuzung kollabieren wird, wenn die Tangente geöffnet wird. Jetzt wissen wir, dass schon die Eröffnung der Nordstrasse zu Überlastungen führt, trotz Bypass. Der Votant ist sicher, dass heute nicht zum letzten Mal über die Tangente diskutiert wird.

Baudirektor **Heinz Tännler** will kurz, aber stringent noch zwei, drei Dinge sagen. Er hat Adrian Andermatt versprochen, die Sache Ernst zu nehmen, und das tut er auch. Was aber würde eine öffentliche Auflage heissen? Das Volk hat in der Abstimmung mit 60 Prozent zugestimmt. Wenn das Projekt jetzt verändert wird, dann bedeutet das eine Verzögerung um zwei bis drei Jahre. Dessen muss man sich bewusst sein. Wir wer,den aber Resultate bringen. Man muss auch auf der Gemeindestrasse, im gemeindlichen Perimeter arbeiten, und dort bringen wir die Resultate hin. Wir sind aber auch flexibel in unserem Bereich und werden das tun, was notwendig ist.
Frust in Baar – das hat Martin Stuber etwas absolut ausgedrückt. Dass die Tangente in Baar abgelehnt wurde, ist zu respektieren, aber die Differenz betrug etwa 300 Stimmen; das Stimmenverhältnis lag – wenn sich der Baudirektor richtig erinnert – bei etwa 3100 zu 3400 Stimmen. Die Tangente wurde also nicht grossmehrheitlich abgelehnt. Und es war der Wunsch der Gemeinde, den Verkehr von der Ägeristrasse und der Baarerstrasse zu verlagern. Darunter hat die Rigistrasse – sagen wir es mal so –

etwas gelitten. Es war also die frustrierte Gemeinde Baar, die uns auf diesen Weg geführt hat. Wir haben diesen Wunsch aufgenommen und versuchen, ihm zu entsprechen.
Das zweistufige Verfahren wird immer wieder ins Spiel gebracht. Der Baudirektor warnt davor, weil dann – so wagt er zu behaupten – keine Infrastrukturen mehr gebaut werden. Da geht es in den Projektierungskredit: schon da eine Riesendiskussion, Volksabstimmung und so weiter, und am Schluss wird über Randsteine abgestimmt – in einem Zeitrahmen von fünf bis zehn Jahren ist das Parlament beschäftigt und muss sich mit Theorien auseinandersetzen. Der Baudirektor warnt vor der Annahme, dass das zweistufige Verfahren besser sein soll.
Die Kreuzung Südstrasse/Weststrasse ist nicht überlastet; zumindest hat der Baudirektor keine diesbezüglichen Rückmeldungen. Überlastet ist in den Stosszeiten allenfalls die Nordstrasse. Wir haben immer gesagt, dass der Knoten Süd-/Weststrasse bei der Eröffnung der Tangente funktioniert. Dass es zu gewissen Zeiten allenfalls Rückstaus geben wird, soll nicht bestritten werden. Wenn wir aber gar keine Strassen und keine Tangente bauen, wenn wir die Nordstrasse nicht gebaut hätten und keinen Stadttunnel bauen würden, dann versaufen wir im Verkehr. Der Baudirektor ist mit seinem Vorredner einig, dass wir zu viel Autoverkehr haben. Da müssen wir halt dafür besorgt sein, dass die Infrastrukturen einigermassen bereitstehen und diesen Verkehr schlucken können.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

629 Traktandum 3.4: **Eingabe T.B. betreffend Ambulanter Psychiatrischer Dienst (APD)**

Mit Schreiben vom 20. Dezember 2012 an den Kantonsrat des Kantons Zug hat T.B. aus S. Fragen zum Ambulanten Psychiatrischen Dienst gestellt. Der Landschreiber hat diese Eingabe gemäss (§ 19 Abs. 2 Bst. b der Geschäftsordnung des Kantonsrates direkt an die Justizprüfungskommission zur Prüfung weitergeleitet.

Der Vorsitzende dankt dem Rat für die engagierte und konzentrierte Mitarbeit.

630 Nächste Sitzung

Donnerstag, 28. Februar 2013 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

43. Sitzung: Donnerstag, 28. Februar 2013 (Vormittagssitzung)
Zeit: 08.30 – 12.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Huber Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 31. Januar 2013
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Teilrevision des Energiegesetzes

4.2. Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmmungsgesetz, WAG) betreffend Gestaltung der Wahlzettel bei Majorzwahlen

4.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Neue Zahlen zur Entwicklung der Bevölkerung bis 2030; Begrenzung der Ausdehnung der Siedlungsfläche; Bauliche Verdichtung nach innen; Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen; Leitbild Lorzenebene)

4.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Ausbau des Littibachs, Gemeinde Baar

4.5. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzungen und einen Büroausbau bei der Liegenschaft Artherstrasse 25 in Zug

5. Verfassungsinitiative betreffend «Ja zu Personenwahlen» (Majorzinitiative)
6. Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz)
7. Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug
8. Übertretungsstrafgesetz (ÜStG)
9. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG), Änderung von § 10
10. Geschäfte, die an der Kantonsratssitzung vom 31. Januar 2013 nicht behandelt werden konnten:

10.1. Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG)

10.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV)

10.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung des Konkordats vom 15. November 2007 über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

10.4. Motion von Philip C. Brunner betreffend Anpassung des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe

10.5. Postulat von Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Autos und Sozialhilfe

10.6. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Nutzung und Gestaltung des Aussenraumes zwischen Bahnhof und Metalli in der Stadt Zug

10.7. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Krankenversicherung und Zugang zur Gesundheitsversorgung der Sans-Papiers
10.8.1. Interpellation von Pirmin Frei betreffend Geothermie
10.8.2. Interpellation von Karin Andenmatten und Anna Bieri betreffend Nutzung der Geothermie im Kanton Zug
11. Motion von Manuel Brandenberg betreffend Stärkung der Gemeindeautonomie im Kanton Zug
12. Postulat von Zari Dzaferi betreffend W-LAN und Stromanschlüsse im Kantonsratssaal
13. Interpellation von Andreas Hürlimann betreffend Ende der Steuer-Sorglosigkeit für Pauschalbesteuerte und andere Steuerflüchtlinge
14. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend irreführende und unzureichende Signalisation der Autobahn A4 und der Verzweigung Blegi Richtung A4a
15. Interpellation von Hubert Schuler betreffend IV-Stelle des Kantons Zug

631 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Mitgliedern.

Abwesend sind: Jürg Messmer, Zug; Gregor Kupper, Neuheim.

632 Mitteilungen

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Kantonsrat Beda Schlumpf, Steinhausen, ihm seinen Rücktritt per Ende Februar 2013 bekanntgegeben hat. Mit Bedauern und gleichzeitig mit Respekt und Verständnis nehmen wir von dieser Demission Kenntnis. Es freut uns, lieber Beda, dass Du Deinen letzten Sitzungstag noch mit dem Rat absolvierst. Wir danken Dir für Deine Arbeit zum Wohl des Kantons Zug und wünschen Deinen Kindern und Dir alles Gute.

TRAKTANDUM 1

633 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Die Traktandenliste wird ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 2

634 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 31. Januar 2013

Der **Vorsitzende** macht auf einen Verschrieb in Ziffer 619 des Protokolls aufmerksam: Unter Traktandum 4.5 erfolgte die Ersatzwahl von Kantonsrat Beni Riedi in die *Bildungskommission,* nicht in die Raumplanungskommission. Die im Internet veröffentlichten Mitgliederlisten dieser Kommissionen sind korrekt.

➔ Im Übrigen werden die Protokolle der Sitzung vom 31. Januar 2013 ohne Änderungen genehmigt.

635 Protokollerklärung

Im Nachgang zur Sitzung vom 31. Januar 2013 hält der **Vorsitzende** zuhanden des Protokolls Folgendes zum Budget 2013 fest: Gestützt auf die Beschlüsse des Kantonsrats vom 29. November 2012 und 31. Januar 2013 zur Kostenstelle 1552 (Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz) betreffend die Reduktion des Globalbudgets um 1'127'700.– Franken hat die Finanzdirektion für das Budget 2013 eine Übersicht über die aktuellen Zahlen erstellt. Die Mitglieder des Kantonsrats haben dieses Dokument am 7. Februar 2013 per E-Mail erhalten. Damit ist das Budget 2013 formell richtig beschlossen.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 4
Kommissionsbestellungen:

636 Traktandum 4.1: **Teilrevision des Energiegesetzes**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2217.1/.2 - 14236/37).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Anna Bieri, Kommissionspräsidentin

Daniel Abt	Silvan Hotz
Walter Birrer	Hanni Schriber-Neiger
Philip C. Brunner	Rainer Suter
Hans Christen	Arthur Walker
Maja Dübendorfer Christen	Florian Weber
Pirmin Frei	Thomas Werner
Barbara Gysel	Beat Wyss

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

637 Traktandum 4.2: **Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmmungsgesetz, WAG) betreffend Gestaltung der Wahlzettel bei Majorzwahlen**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2218.1/.2 - 14238/39).

Die Fraktionschefs machen beliebt, für diese Vorlage die bestehende WAG-Kommission als vorberatende Kommission einsetzen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Die Alternativ-Grüne Fraktion beantragt, Anna Lustenberger-Seitz als Ersatz für Stefan Gisler zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

638 Traktandum 4.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Neue Zahlen zur Entwicklung der Bevölkerung bis 2030; Begrenzung der Ausdehnung der Siedlungsfläche; Bauliche Verdichtung nach innen; Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen; Leitbild Lorzenebene)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2214.1/.2 - 14231/32).

➔ Überweisung an die Raumplanungskommission.

639 Traktandum 4.4: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Ausbau des Littibachs, Gemeinde Baar**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2213.1/.2 - 14227/28).

➔ Überweisung an die Kommission für Tiefbauten.

640 Traktandum 4.5: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzungen und einen Büroausbau bei der Liegenschaft Artherstrasse 25 in Zug**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2215.1/.2 - 14233/34).

➔ Überweisung an die Kommission für Hochbauten.

641 Traktandum 4.6: **Ersatzwahl des Kantonsrats: Kantonsratsbeschluss betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats**

Die FDP-Fraktion beantragt, Hans Christen als Ersatz für Dominik Lehner zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

642 **Verfassungsinitiative betreffend «Ja zu Personenwahlen» (Majorzinitiative): 2. Lesung**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass an der Kantonsratssitzung vom 13. Dezember 2012 die Initiative «Ja zu Personenwahlen» (Majorzinitiative) angenommen wurde. Da es sich um eine Initiative auf Verfassungsstufe mit der Möglichkeit eines Gegenvorschlags auf derselben Stufe handelt, erfolgt heute eine zweite Lesung und danach die Schlussabstimmung (§ 44 der Kantonsverfassung in Verbindung mit § 55 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats). Es sind keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Verfassungsinitiative «Ja zu Personenwahlen» (Majorzinitiative) mit 44 zu 33 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen. Die Volksabstimmung findet am 9. Juni 2013 statt.

TRAKTANDUM 6

643 Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz): 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2073.7 - 14216).

Es sind keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 56 zu 19 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Der Regierungsrat, die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission beantragen, die Motion von Eusebius Spescha und Markus Jans betreffend Schaffung eines Integrationsgesetzes (Vorlage Nr. 1525.1 - 12352) sei als erledigt abzuschreiben.

Eusebius Spescha hält fest, dass Markus Jans und er vor fünf Jahren die Motion zur Schaffung eines Integrationsgesetzes eingereicht haben. Mit der heutigen Schlussabstimmung ist dieses Anliegen formell erfüllt, die Motion kann deshalb abgeschrieben werden.
Wir haben damals die Motion eingereicht, weil wir überzeugt waren und immer noch sind, dass die soziale Integration eines der Schlüsselthemen unserer Gesellschaft ist. Und zwar nicht nur die soziale Integration der Migrationsbevölkerung, sondern auch die Integration von Behinderten, von Armen, von Suchtkranken usw. Würde man soziale Integration in physikalischen Begriffen ausdrücken, so könnte man von Kohäsion sprechen. Sind die Kohäsionskräfte zu schwach, so fliegt das Ganze auseinander. Ist die soziale Integration zu schwach, haben wir soziale Probleme.
Mit dem verabschiedeten Gesetz bekennt sich der Kantonsrat mehrheitlich dazu, Integration aktiv zu gestalten. Allerdings sind die beschlossenen Massnahmen eher am unteren Ende des von uns Erwarteten. Wir beide sind überzeugt, dass über kurz oder lang mehr notwendig sein wird. Da hoffen wir und vertrauen auch auf die vielen bereits heute aktiven Akteure, dass sie dranbleiben und ihre Bemühungen mit Beharrlichkeit fortsetzen.
Ab heute liegt die Verantwortung für die Umsetzung des Gesetzes bei der Regierung. Wir hoffen und erwarten, dass die Regierung sich engagiert auf diese Arbeit einlässt. Dazu muss hier aber doch noch eine kritische Bemerkung angebracht werden. Offenbar ist bei der Vorbereitung des Vollzugs bei den involvierten Stellen viel Unmut entstanden, weil die zuständige Direktion bei den Deutschkursen auf Subjektfinanzierung umstellen will. Wir haben hier im Rat der Formulierung «angemessene Beteiligung an den Kosten» nicht zuletzt deswegen zugestimmt, weil die Regierung uns darauf hingewiesen hat, dass die Vorgabe «im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» zu unverhältnismässigem Verwaltungsaufwand führen würde. Es ist deshalb unverständlich, wenn dies nun trotzdem genau mit diesem Aufwand umgesetzt werden soll. Wir ersuchen die Regierung dringend, hier nochmals über die Bücher zu gehen.

➔ Die Motion wird als erledigt abgeschrieben. Damit ist dieses Geschäft abgeschlossen.

TRAKTANDUM 7

644 Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug: 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2152.5 - 14217).

Es sind keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 72 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft abgeschlossen.

TRAKTANDUM 8

645 Übertretungsstrafgesetz (ÜStG)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2123.1/.2 - 14010/11); Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission (2123.3 - 14202).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Kommission beantragt.

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Alois Gössi** dankt einleitend Regierungsrat Beat Villiger, Elisabeth Heer Dietrich, Generalsekretärin der Sicherheitsdirektion, Hauptmann Eugen Marty, Chef Sicherheitspolizei bei der Zuger Polizei, und Peter Ulmann, Co-Leiter beim Amt für Wald und Wild, für die gute Unterstützung und die angenehme Zusammenarbeit bei der Beratung dieser Vorlage.
Die vorberatende Kommission hat das Übertretungsstrafgesetz (ÜStG) an fünf Sitzungen beraten und verabschiedet. Sie ist mit 15 zu 0 Stimmen auf die Vorlage eingetreten und hat sie bei der Schlussabstimmung mit 9 zu 6 Stimmen gutgeheissen. Im Weiteren beantragt die Kommission jeweils grossmehrheitlich, die Motion von Daniel Abt zur Verminderung von Littering und diejenige von Andreas Hausheer betreffend Erhebung von Ordnungsbussen als erledigt abzuschreiben.
Worum geht es beim neuen ÜStG? Das bestehende Polizeistrafgesetz vom 26. Februar 1981 wurde einer Totalrevision unterzogen. Bestehende Übertretungsstrafbestände wurden auf ihre Aktualität überprüft. Nicht alle bestehende Übertretungsstrafbestände aus dem Polizeistrafgesetz wurden in das neue ÜStG übernommen. Bei der Überführung in das neue ÜStG wurde keine einzige neue Strafbestimmungen erlassen; einzelne wurden jedoch angepasst, so beispielsweise beim Bettelverbot.
Als neue Strafbestimmung wird das Littering, das Wegwerfen von Kleinabfällen, unter Strafe gestellt. Dies ist die Umsetzung der erheblich erklärten Motion von Daniel Abt zur Verminderung von Littering. Ebenfalls ermöglicht das ÜStG neu Ordnungsbussen für klar definierte Übertretungen auszustellen; bis anhin musste die Polizei immer eine Anzeige erstellen. Ordnungsbussen gibt es jetzt schon, aber nur im Bereich Verkehr; denken wir an Parkbussen oder Bussen für überhöhte Geschwindigkeiten, wo die Polizei einkassiert oder einem Einzahlungsschein übergibt. Täterinnen oder Täter können beim ÜStG auch auf einer Anzeige beharren

oder eine Ordnungsbusse mit 30 Tagen Bedenkfrist erhalten, oder sie können die Busse sofort bezahlen, da werden ihre Personalien auch nicht aufgenommen.
In der Kommission wurde die Befürchtung geäussert, dass durch das Einführen der Ordnungsbussen die Busstätigkeit ausgeweitet werde. Eine Ordnungsbusse zu erteilen geht ja viel schneller, als eine Anzeige zu erstellen – hier wird mit durchschnittlich drei Stunden Aufwand pro Anzeige gerechnet. Aber es ist weder geplant noch beabsichtigt, eine Ausweitung der Busstätigkeit vorzunehmen. Dies erklärten sowohl die Polizei, das Amt für Wald und Wild sowie auch der Sicherheitsdirektor.
Die Kommission beschloss gegenüber dem Vorschlag des Regierungsrats einige Änderungen am ÜStG. Sofern diese vom Regierungsrat bestritten sind, wird der Kommissionspräsident sich später dazu äussern.
Den grössten Teil der Kommissionsberatungen hat der Bussenkatalog in Anspruch genommen. Der Regierungsrat schlug Bussen in der Höhe von Fr. 100.–, Fr. 200.– und Fr. 300.– vor. Die Kommission schuf noch eine zusätzliche vierte Kategorie von Fr. 50.–. Sie versuchte, eine Qualifizierung der Bussenhöhe vorzunehmen. Der Raster war dazu wie folgt:
• Fr. 50.– bei kleinen Übertretungen ohne Aufwand und Schaden;
• Fr. 100.– bei Übertretungen mit einem Aufräumaufwand;
• Fr. 200.– bei irgendwelchen Schädigungen;
• Fr. 300.– bei Gefährdungspotenzial für eine Drittperson.
Die Kommission hat jede einzelne Busse diskutiert. Die Grundlage für die Änderungen der Bussenhöhe gegenüber dem Regierungsrat war jeweils die Definition der Schwere der Tat – also der vorher erwähnte Raster – sowie das eigene Empfinden der Kommissionsmitglieder zur Bussenhöhe bei einer Tat. Dies würde es schwer machen, die verschiedenen Änderungsanträge der Kommission zu begründen, da das subjektive Abstimmungsverhalten der Kommissionsmitglieder bei den einzelnen Abstimmungen begründet werden müsste. Der Kommissionspräsident wird deshalb bei den verschiedenen Änderungsanträgen zur Bussenhöhe auf ein Kommissionsvotum verzichten.
Die Fragwürdigkeit von einzelnen Vergehen, die zu einer Busse führt, wurde in der Kommission ebenfalls sehr lange und breit diskutiert. Aber alle diese Vergehen, ausser Littering, gibt es schon. Es wurden keine neuen Straftatbestände geschaffen, sondern bestehende Straftatbestände können neu statt mit einer Anzeige einfach mit einer Ordnungsbusse belegt werden.
Im Sinne dieser Ausführungen bittet die Kommission, auf die Vorlage einzutreten und ihren Änderungsanträgen zuzustimmen.

Stefan Gisler stellt vorab fest, dass Bussen allein keine Probleme lösen. Es braucht noch mehr Prävention im öffentlichen Raum durch gute Präsenz beispielsweise der Polizei sowie durch Zivilcourage von uns Bürgerinnen und Bürgern. Darum begrüsst die AGF ausdrücklich mehr Bemühungen des Sicherheitsdirektors in diesem Bereich.
Mit der Einführung des Ordnungsbussenverfahrens statt Strafverfahren für Bagatellvergehen – wie Abfall liegenlassen, Reitverbot missachten, Angeln ohne Angelschein, unerlaubt Feuer machen – werden diese Verstösse in einem einfacheren Verfahren geregelt, analog zu Bussen statt Strafverfahren für einfache Verkehrsdelikte. Das ist für Polizei und Justiz, aber auch für Bürgerinnen und Bürger – sofern sie denn eine solche Übertretung begehen – einfacher. Ein Strafverfahren hat immer eine aufwendige Bearbeitung bei Polizei und/oder Gericht zur Folge und ist auch für die betroffene Person eine weitreichende Geschichte. Die AGF sagt Ja zu diesem Systemwechsel, zumal die Bürgerinnen und Bürger noch

immer das Recht haben, die Busse abzulehnen und ein ordentliches Strafverfahren zu verlangen.
Das Gesetz bringt – das ist bei der Beratung zu beachten – keine neuen Straftatbestände, ausser Littering gemäss der Motion Abt sowie Betteln, das generell verboten werden soll. Die AGF kann dem neuen Littering-Verbot zustimmen. Nein sagen wir zum generellen Bettelverbot. Das heutige Gesetz ahndet bereits die Störung im öffentlichen Raum und gewerbsmässiges Betteln.
Zu den Bussen selbst: Die Bussenhöhen sollen verhältnismässig sein. Die AGF stützt die Vorschläge des Sicherheitsdirektors – ausser im ersten Bereich der Ordnungsbussen: Bei den Übertretungen im Bereich Ruhe und Ordnung folgen wir vollumfänglich der Kommission.
Noch ein letzter Punkt: Zentral für die AGF ist, dass nur genau definierte Personengruppen Bussen verteilen können. Dies sind Polizei, Sicherheitsassistenten sowie die kantonalen Förster, die Wildhüter und die Fischereiaufsicht, wie dies die Kommission explizit vorschlägt. Privatpersonen sollen anderen Privatpersonen keine Bussen geben dürfen. Und Angestellte von privaten Sicherheitsfirmen sind nichts anderes als Privatpersonen.

Markus Jans: Die schnelle und die administrativ wenig aufwendige Abwicklung von strafrechtlichen Ahndungen durch Bussen im Rahmen des Ordnungsbussenverfahrens wird von der SP-Fraktion unterstützt. Wichtig für die SP-Fraktion ist, dass fehlbare Personen, die mit dem Ordnungsbussenverfahrens nicht einverstanden sind, nach wie vor den Sachverhalt im Rahmen eines Strafverfahrens klären lassen können. Dies Verfahren ist zwar für die Betroffenen meistens teurer, ist aber für einen Rechtstaat zwingend.
Die Aufnahme des Tatbestandes des Litterings ins Gesetz wird kaum eine abschreckende Wirkung zeigen. Es ist aber zumindest ein erster Schritt in die richtige Richtung zur Bekämpfung des Litterings. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass es hier noch einige weitere Schritte braucht, bis sich der Normalzustand bezüglich der Abfallbeseitigung wieder einstellt.
Der Ausweitung der Funktionsträgerinnen und -träger, die zur Erhebung von Ordnungsbussen ermächtigt werden, stimmt die SP-Fraktion nach längerer Diskussion zu. Die SP-Fraktion möchte nicht, dass die Gruppe der Funktionsträger noch mehr erweitert wird. Dies vor allem deshalb, weil sonst die Bürgerinnen und Bürger bald nicht mehr wissen, wer berechtigt ist, Ordnungsbussen anzuordnen. Wenig erfreut ist die SP-Fraktion über die Anträge der Kommission zum Bussenkatalog. Diese werden alle abgelehnt, wirken sie doch mehr als willkürlich – oder anders gesagt: Der Bussenkatalog der Kommission richtet sich eher nach dem persönlichen Empfinden oder nach der persönlichen Erfahrungen der einzelnen Kommissionsmitglieder. Die SP-Fraktion wird diesbezüglich einen Antrag stellen.
In diesem Sinne unterstützt die SP-Fraktion die Vorlage zum ÜStG und stimmt mit wenigen Ausnahmen den Anträgen der Kommission zu.

Philip C. Brunner begrüsst den Rat zum heutigen Haupttraktandum – zumindest aus seiner Sicht. «Übertreten» bedeutet im Schulsport, dass man beim Weitsprung die markierte Zone für den Absprung übertritt. Man patzt – und genau das ist mit diesem Gesetz passiert. Und wie der Sportrichter die rote Karte zeigt, so muss auch der Votant – und dies mehrfach – die rote Karte zeigen:

- Zur Zeitplanung: Es hat Jahre gedauert, um etwas relativ Einfaches, das in den Vorstössen Abt und Hausheer gefordert wurde, umzusetzen. Und jetzt kommt alles miteinander.

- Der Umfang entspricht nicht dem Auftrag. Wir wollten ein Littering-Gesetz, und jetzt kriegen wir etwas fast Flächendeckendes.
- Zum Kommissionsbericht: Es hat drei Monate gedauert, bis wir diesen Bericht erhielten. Zwar hat sich die Kommission auch Zeit gelassen, aber sie hat intensiv diskutiert – und es war nicht so harmonisch, wie das vorhin von linker Seite dargestellt wurde. 9 zu 6 in der Schlussabstimmung: Die SVP-Fraktion kann noch Hoffnungen haben.

Man konnte es am Mittwoch in der Zeitung lesen: «SVP auf Konfrontationskurs». Es gab Zeiten im Kantonsrat, da noch jeder wusste, was die TF 61 ist. Dort heisst eine Form der Kampfführung «Hinhaltender Kampf». Und genau das werden wir tun. Wir werden Antrag um Antrag stellen, auch wenn das den Rat möglicherweise langweilt. Wir können dieses Gesetz nicht einfach durchwinken, denn es geht hier um *Basics* der bürgerlichen Freiheiten. Dieses Gesetz steht nicht isoliert da, sondern hängt mit anderen Gesetzen zusammen. Zu erwähnen ist beispielsweise das «Gesetz betreffend Anpassung kantonaler Erlasse an den Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates der Europäischen Union vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten […]», ein Riesendossier mit fünf Teilen, und beim fünften Gesetz werden wir richtig genagelt. Auch das Hooligan-Gesetz kann man in diesem Zusammenhang sehen, ebenso das Video-Gesetz. Alles kommt jetzt miteinander. Wie will der Regierungsrat nun messen, welche Massnahmen zu welchen Resultaten führen? Er geht mit dem Holzhackerbeil an die Sache heran. Wir brauchen aber chirurgisch detaillierte Stichlein. Nur dann wissen wir, welche Reaktionen ausgelöst werden. Es ist nicht damit getan, dass man mit einem solch übertriebenen Gesetz losschlägt, wo gar keine Probleme bestehen. Natürlich gibt es Probleme an bestimmten Örtlichkeiten und *Hotspots.* Aber hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen.

Die ausgesprochenen Bussen werden zunehmen. Ein Beispiel: Es gab in Sachen Jagd im Jahr 2011 fünf Vorfälle. Und nun findet man einen ganzen Abschnitt mit mehr als einem Dutzend Sachen, die unter das Übertretungsstrafgesetz fallen. Findet der Rat nicht auch, dass das übertrieben ist? Wir brauchen ein Littering-Gesetz, nicht ein flächendeckendes Übertretungsgesetz für alles und jedes. Die Vorredner haben schon erwähnt, dass mit zwei Ausnahmen, nämlich Littering und Betteln, eigentlich schon heute alles geregelt ist.

Der Votant ruft den Rat auf, an seine Verantwortung zu denken. *We are the Lawmakers,* wir machen die Gesetze, und wir müssen nicht Gesetze *à gogo* machen, sondern sie fein abstimmen auf die Bedürfnisse. Was hier vorgebracht wird, ist einfach abzulehnen. Der Votant stellt deshalb im Namen der SVP-Fraktion einen **Antrag** auf Nichteintreten.

Irène Castell-Bachmann informiert, dass die FDP-Fraktion geschlossen auf die Vorlage eintreten wird. Der Einstieg in die Vorlage gestaltete sich etwas schwierig. Ursprünglich stand nur das explizite Unter-Strafe-Stellen von Littering zur Diskussion. In der Folge wurde eine umfangreichere Gesetzesvorlage präsentiert, was zunächst den falschen Anschein erweckte, das neue Gesetz würde nicht dem Gewünschten entsprechen, jedoch sehr wohl seine Grundlage – namentlich bezüglich des Umfangs – in der Motion Hausheer hat.

Die FDP-Fraktion begrüsst, dass mit dem vorliegenden Gesetz Littering explizit geregelt wird und in diesem Zusammenhang künftig nicht mehr auf die polizeiliche Generalklausel zurückgegriffen werden muss. Ferner begrüsst die FDP-Fraktion, dass mit dem vorliegenden Gesetz das bisherige Polizeigesetz den aktuellen Bedürfnissen angepasst wird, ohne – abgesehen von Littering – neue Straftatbestände

zu schaffen. Das neue Gesetz wird die Arbeit der Polizei an der Front erleichtern, namentlich in klaren und einfachen Fällen die staatlichen Verfahren massiv verkürzen und so Bürokratie abbauen.
Was den Bussenkatalog des Regierungsrats betrifft, erachtet die FDP-Fraktion diesen im Grossen und Ganzen als ausgewogen. Wichtig erachten wir, dass die Festsetzung der Bussenhöhen nach möglichst objektiven Gesichtspunkten vorgenommen wird und nicht primär personenbezogene Überlegungen.

Kurt Balmer legt vorerst seine Interessenbindung dar: Er ist auch Strafverteidiger. Mit der Einführung des Ordnungsbussenverfahrens werden die Verfahren deutlich vereinfacht, und unter Umständen gräbt sich der Votant selbst das Wasser ab. Das neue Verfahren ist aber trotzdem sinnvoll, wenn man Mass hält und nicht überbordet. Es ist klar zu betonen, dass es bei dieser Vorlage – vorbehältlich von Weiterungen, welche der Kantonsrat beschliesst und für die er auch die Verantwortung übernehmen müsste – nicht um eine weitere Pönalisierung respektive um die Einführung von zusätzlichen Verboten geht; vielmehr dient die Vorlage sowohl dem einzelnen Bürger respektive Betroffenen als auch dem Staat respektive der Verwaltung. Wir schaffen also – das wurde heute noch nicht gesagt – eine klassische *Win-win*-Situation. Der Kantonsrat hat nicht häufig die Chance, ein Verfahren zu vereinfachen und gleichzeitig die Kosten und den Aufwand für den betroffenen Bürger zu senken. Tatsache ist, dass keine Gebühren mehr anfallen, tendenziell die einzelne Busse wohl sinkt, die unangenehme Sache sofort ohne weiteres erledigt werden kann und auch kein Eintrag erfolgt. Gleichzeitig profitiert der Staat, also Polizei und Verwaltung, davon, dass *viel* weniger Aufwand verursacht wird, welcher nicht verrechnet werden kann; es sollten – so die Meinung des Votanten – sogar freie Personalkapazitäten entstehen. Machen Sie den Vergleich mit dem eidgenössischen Ordnungsbussengesetz für das Strassenverkehrsgesetz (SVG). Das ganze System würde nicht heute mehr funktionieren, wenn wir auf eidgenössischer Stufe für das SVG dieses Verfahren nicht hätten – und dieses hat sich bewährt, auch wenn es immer wieder einzelne Ungerechtigkeiten gibt. Der Votant bittet deshalb, bei den nicht unwichtigen Einzelfragen an diese Eigenschaften zu denken und nicht sofort immer die Vertrauensfrage für die ganze Vorlage zu stellen.
Zum ganzen Bussenkatalog hat die CVP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen, weil hier doch offensichtlich völlig unterschiedliche Meinungen – man könnte auch sagen: Betroffenheiten – existieren, mit einer gewissen Tendenz, die regierungsrätlichen Vorgaben zu bestätigen. Immerhin ist die CVP-Fraktion klar dagegen, Teilbereiche aus dem Bussenkatalog zu entfernen. Persönlich ist der Votant auch der Meinung, dass es ein Gesamtsystem im Bussenkatalog braucht, und er wagt an dieser Stelle eine gewisse Kritik am Ergebnis – das betrifft nur den Bussenkatalog – der Kommission. Der Kantonsrat kann es heute besser machen. Man darf einfach die Bussen nicht soweit reduzieren, dass die Einhaltung der gesetzlichen Regel vernachlässigt wird.
Die einzige neue Strafbestimmung Litterung ist in der CVP-Fraktion unbestritten, und es bleibt zu hoffen, dass das Gesetz grundsätzlich wenig zur Anwendung gelangt, weil der Abschreckungsgedanke bereits völlig ausreicht. Wenn nämlich der Aufräumaufwand der Gemeinden sinkt, hat das neue Gesetz den Zweck voll erreicht. Es geht nicht darum, möglichst viel zu büssen.
In der Detailberatung wird der Votant insbesondere zum wichtigen Kompetenzartikel § 18 Änderungsanträge stellen. Dort geht nämlich darum, wer konkret nebst den Polizisten und Sicherheitsassistenten noch weiter Bussen ausstellen kann.

Zum Votum von Philip Brunner erlaubt sich der Votant zwei Sätze. Entweder man hat im Kanton Zug entsprechenden Strafbestimmungen und setzt diese auch durch. Zu verweisen ist hier auf den heute noch nicht genannten § 93 im Gerichtsorganisationsgesetz (GOG), nach welchem die Polizei bzw.die entsprechende Behörde von Amtes wegen eine Anzeige machen *muss;* tut sie das nicht, begeht sie eine Amtspflichtverletzung. Oder alternativ: Man gibt auf und bestraft nicht mehr. Dann aber muss man hier im Parlament konsequent sein und die entsprechenden Strafbestimmungen definitiv streichen. Von der SVP hat man aber nicht die Absicht gehört, die entsprechenden Strafbestimmungen definitiv zu streichen.
Wie die Kommission ist auch die CVP-Fraktion ohne Gegenstimme für Eintreten auf diese Gesetzesvorlage.

Daniel Stadlin: Die GLP begrüsst die Einführung des Übertretungsstrafgesetzes. Konsequent angewendet, kann es durchaus seine Wirkung entfalten. Uns ist aber bewusst, dass auch mit diesem Gesetz gesellschaftliche Fehlentwicklungen nicht nachhaltig gestoppt werden können. Daher muss die geplante Informationskampagne im Bereich Littering möglichst breit angelegt werden und auch die Schulen einbeziehen. Ansonsten bleibt das Gesetz mit grosser Wahrscheinlichkeit wirkungslos. Unseres Erachtens kann jedoch die Littering-Problematik nur mit einer national eingeführten Depotgebühr auf Verpackungen, Gebinde, Take-Away usw. nachhaltig verbessert werden.
Unsere liberale Gesellschaft mit grossen Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten steht auf dem Fundament der Verantwortung. Dieses Verantwortungsbewusstsein ist in den letzten Jahren jedoch immer mehr abhandegekommen. Besonders akut ist das Problem, wenn Alkohol oder Drogen mit im Spiel sind. Inzwischen ist für viele Zugerinnen und Zuger der Leidensdruck zu gross geworden, die rote Linie mehr als nur überschritten. Sie akzeptieren nicht mehr, dass eine Minderheit mit ihrem unverantwortlichen Handeln die Freiheit der Mehrheit einschränkt. Vermüllung und Sachbeschädigungen sollen wieder als asozial, respektlos und verpönt gelten. Ein griffiges Gesetz im Rücken kann da hilfreich sein.
Wir verlagern zunehmend unsere Aktivitäten wie Aufenthalt, Verpflegung, Information, Unterhaltung, Erholung oder Freizeit aus dem privaten Bereich in die Öffentlichkeit. Die Folge davon ist eine zunehmende Vermüllung des öffentlichen Raumes – und dies, obwohl liegengelassene Abfälle als höchst störend empfunden werden und als unangemessenes Fehlverhalten gewertet werden. Die Beseitigung von Littering verursacht zudem gegenüber der Entsorgung von Kübelabfällen überproportionale Kosten, da gelitterte Abfälle breit verteilt sind und meistens nicht durch maschinelle Methoden erfasst werden können. Einfach alles liegen zu lassen, ist zudem äusserst respektlos gegenüber jenen, die jeweils frühmorgens den liegengelassenen Abfall einsammeln und entsorgen müssen. Littering ist aber nicht nur ein Problem im Siedlungsraum. Diese Unsitte manifestiert sich auch in den Naherholungsgebieten oder entlang den Überlandstrassen. Auf Weideland kann Abfall sogar Tiere töten. Dieser Umstand muss im Bussenkatalog noch berücksichtigt werden. Mit dem ÜStG wird es jedoch endlich möglich sein, den Tatbestand Littering «innerorts» an Ort und Stelle zu büssen. Ob aber 100 Franken die beabsichtigte abschreckende Wirkung haben werden, ist eher zu bezweifeln. Dies gilt auch für Vandalismus wie Verunreinigung oder Verunstaltung öffentlich zugänglicher Bauten oder Anlagen. Strafen entfalten ihre nachhaltige Wirkung nur dann, wenn sie auch wehtun. Matchentscheidend werden jedoch eine hohe Kontrollhäufigkeit und ein konsequentes Büssen sein. Deshalb muss die Befugnis zur Er-

hebung von Ordnungsbussen auch die Gemeinden einbeziehen. Einen entsprechenden Antrag werden die Grünliberalen in der Detailberatung stellen.
Ansonsten beurteilen die Grünliberalen das ÜStG und den Bussenkatalog als ausgewogen und umfassend. Sie sind für Eintreten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** dankt einleitend dem Kommissionspräsidenten und den Kommissionsmitgliedern ebenfalls für die gute Zusammenarbeit. Er dankt auch den Fraktionen, welche die Vorlage genau geprüft und diskutiert haben. Und er hofft, dass er trotz der roten Karten von Philip C. Brunner noch sprechen darf.
Das neue Übertretungstrafgesetz (ÜStG) ist nichts anderes als die Umsetzung der erheblich erklärten Motionen. Diese wurden von allen Parteien, auch von der SVP, einstimmig angenommen, und wenn gesagt wurde, das sei noch die alte Fraktion gewesen, dann ist darauf hinzuweisen, dass die SVP-Fraktion auch in ihrer Vernehmlassung Ende November 2012, also in dieser Amtsperiode, klipp und klar positiv Stellung zum neuen ÜStG genommen hat, auch zum neuen Verbot bezüglich Littering. Es ist richtig, dass das Polizeistrafgesetz totalrevidiert bzw. durch das neue ÜStG aufgehoben und ersetzt wird, weil dieses Gesetz veraltete Bestimmungen enthält, die so nicht mehr geahndet werden können oder in andere Gesetze übernommen wurden. Der Regierungsrat tut nichts anderes, als ein schlankes, moderates und modernes ÜStG für den Kanton Zug vorzulegen, das neu auch ein Littering-Verbot enthält. Man konnte dieser Tage vom Städteverband hören, wie wichtig es ist, dem Littering den Kampf anzusagen, und dass die entsprechenden Bemühungen Erfolg gezeigt haben, indem man Littering bestraft und anzeigt.
Die SVP hat diese Woche in der neuen Zuger Zeitung gesagt: «Der Regierungsrat will jetzt alles und jedes regeln und den unbescholtenen Bürger für alles Mögliche und Unmögliche bestrafen.» Der Sicherheitsdirektor ist mit dieser Aussage überhaupt nicht einverstanden und will auch hier bei den Fakten bleiben: Der Regierungsrat legt eine Vorlage vor, die weniger Straftatbestände enthält als das heutige Gesetz. Es werden – ausser im Bereich des Littering – keine neuen Straftatbestände eingeführt, und auch der Bussenkatalog wurde nur angepasst. Neu ist, dass die Bagatelldelikte mit einer Ordnungsbusse geahndet werden können, also anonym bleiben. Und wichtig ist für die Einwohnerinnen und Einwohner auch, dass nicht nur die Verfahren einfacher und kostengünstiger werden, sondern auch die Höhe der Busse nicht einkommensabhängig ist.
Es ist mitnichten so, dass – wie teilweise gesagt wurde – die Maus einen Berg geboren hat. Der Regierungsrat hat eine Vorlage ausgearbeitet, die zurückhaltend strafbares Verhalten wertet und zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger das Ordnungsverfahren einführen will. Andere Kantone, vor allem diejenigen in der Zentralschweiz, haben das Ordnungsbussensystem bereits eingeführt. Wir sind fast der einzige Kanton in der Deutschschweiz, der dieses Verfahren noch nicht hat. Die Resultate in den anderen Kantonen sind sehr gut; man möchte dort das neue System nicht mehr missen.
Die Ahndung des Littering wird zugegebenermassen nicht ganz einfach sein. Wir setzen aber noch zwei, drei Jahre auf Prävention, in Zusammenarbeit von Polizei und Gemeinden und zusammen mit der ZEBA. Wir haben ein grösseres Kampagnenprojekt in der Schublade, und wenn der Kantonsrat dem Gesetz zustimmt, werden wir dieses Projekt parallel dazu starten. Es wird also nicht nur das Bussensystem eingeführt, sondern auch eine Präventionskampagne gestartet. Die Budgets sind in den Gemeinden, beim Kanton und bei der ZEBA bereits vorhanden. Auch Kantons- und Stadtrat André Wicki hat über die Medien immer wieder ein Littering-Konzept gefordert, und er dürfte am meisten Freude darüber haben, dass dieses

Konzept endlich kommt. Wenn seine Partei, die SVP, nicht eintreten will, dann werden wir dieses Gesetz, auf das auch die Gesellschaft schon lange wartet, nicht bekommen.
Zum impliziten Vorwurf von Stefan Gisler, es sei im Bereich der Prävention zu wenig gemacht worden: Der Kanton Zug hat in den letzten Jahre bezüglich Prävention mehr gemacht als alle anderen Kantone, und gerade der Bereich Zivilcourage war und ist ein Hauptthema mit Preisverleihung und Kursen. Zu den drei roten Karten von Philip C. Brunner ist zu sagen, dass bezüglich der Zeitplanung keine Fristen überschritten wurden oder der Kantonsrat um neue Fristen angegangen werden musste. Wahrscheinlich ist es – was die Komplexität anbelangt – etwas vom Schwierigsten, Gesetzesvorlagen in den Kantonsrat zu bringen: die benötigte Zeit, die verschiedenen Vernehmlassungsverfahren etc. Gute Gesetze brauchen ihre Zeit, zumal auch die Gemeinden stark eingebunden wurden.
Zum Umfang ist zu sagen, dass einzig die beiden Motionen in das Gesetz aufgenommen wurden. Der Kantonsrat wusste bei der Erheblicherklärung ganz genau, was mit dieser Gesetzesvorlage auf ihn zukommt, wurde doch in der Erheblicherklärungsvorlage schon alles aufgezeigt. Es ist deshalb etwas erstaunlich, wenn man heute nicht mehr darauf zurückkommen will. Dass der Kommissionsbericht zu spät gekommen sei, dazu kann der Sicherheitsdirektor keine Stellung nehmen; dazu müssten sich der Kommissionspräsident und die Staatskanzlei äussern.
Der Sicherheitsdirektor wiederholt, dass im neuen ÜStG keine neuen Straftatbestände enthalten sind, sondern es im Gegenteil sogar weniger sind als im heutigen Gesetz. Er dankt dem Rat für sein Eintreten und seine Zustimmung zum regierungsrätlichen Antrag.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 57 zu 18 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

Philip C. Brunner stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Vorlage sei an die vorberatende Kommission zurückzuweisen. Auch aus den übrigen Fraktionen hat man Kritik gehört. Die Kommission hat teilweise den Weg verloren und auch beim Bussenkatalog eher zufällig entschieden. Sie muss alles nochmals beraten.
Im Übrigen ist es überhaupt nicht so, dass die SVP das Littering quasi befürwortet. Auch wir sind dagegen. «Littering» ist ein Fremdwort, aber eigentlich geht ja es um «Güselpolitik», um jene Wohlstandsverwahrlosung, die sich in herumliegenden Flaschen und Abfällen aller Art an öffentlichen Orten zeigt. Wir finden das überhaupt nicht gut und begrüssen dieses Gesetz selbstverständlich. Auch Stadtrat André Wicki hätte es schon längst haben wollen, aber eben nicht flächendeckend, denn mit der Jagd und der Fischerei hat er nicht so viel am Hut. Sein Ziel war ein Littering-Gesetz. Indirekt gibt es der Regierungsrat auch selber zu: Wir sind einer der letzten Kantone, die in dieser Sache etwas unternehmen, und der Votant muss den Vorwurf wiederholen, dass man da ein Problem, das es leider auch in Zug gibt, vor sich her geschoben hat. Der Kantonsrat als *Law-maker* hätte rasch und gezielt etwas machen können, würde jetzt – zwei Jahre später – die Ergebnisse bereits kennen und könnte, wenn nötig, die Strafen nochmals verschärfen. Der Votant bedauert wirklich, dass das neue Gesetz erst jetzt kommt.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es für die Rückweisung an die Kommission zwei Drittel der Anwesenden braucht.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Geschäft sei an die Kommission zurückzuweisen, mit 55 zu 18 Stimmen ab.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
§ 1
§ 2
§ 3
§ 4
§ 5

➔ Es erfolgen keine Wortmeldungen. Der Rat folgt damit stillschweigend dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 5 «Verunreinigung durch Kleinabfälle»

Namens der SVP-Fraktion stellt **Philip C. Brunner** den **Antrag,** § 5 sei um einen neuen Abs. 3 zu erweitern: «Entsorgt die fehlbare Person unverzüglich und ordnungsgemäss die weggeworfenen oder liegen gelassenen Kleinabfälle, kann von einer Busse abgesehen werden.» Es handelt sich um eine Art Verwarnung.
Dieser Antrag wurde bereits in der Kommission gestellt, scheiterte dort aber knapp. Er steht in Zusammenhang mit dem von der Kommission beantragten neuen Abs. 2 in § 6, der dasselbe Vorgehen vorsieht, wenn man etwas an Bäume klebt. Es macht wenig Sinn und ist nicht logisch, diese Art Verwarnung beim eigentlichen Littering nicht vorzusehen, sie hingegen einzuführen, wenn man etwas an Bäume oder Wände hängt.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** bestätigt, dass dieser Antrag in der Kommission bereits intensiv diskutiert wurde. Schlussendlich wurde dort der Antrag mit 6 zu 4 Stimmen abgelehnt. Es geht hier um eine Wiedergutmachung. Der Kantonsrat hat vor einigen Jahren eine diesbezügliche Motion, welche die Wiedergutmachung beinhaltete, nicht erheblich erklärt. Die Kommission war der Meinung, dass es eine klare Formulierung des strafbaren Verhaltens im Gesetz sowie eine konsequente Durchsetzung durch die Polizei braucht, um die Littering-Problematik ernsthaft anzugehen. Aus diesem Grund lehnt die Kommission diesen zusätzlichen Absatz mit der Wiedergutmachung ab.

Kurt Balmer hält fest, dass die CVP-Fraktion diesen Antrag zu § 5 nicht diskutiert hat, wohl aber den analogen Antrag zu § 6 Abs. 2. Er spricht also nicht für die CVP. Da eine gewisse Analogie besteht, bringt er die gleichen Argumente vor, wie er sie für § 6 Abs. 2 vorbringen würde.
Das Ordnungsbussenverfahren ist grundsätzlich ein klares, einfaches und rasches Verfahren. Es dürfte in der Praxis äusserst schwierig sein, vor Ort ein gewisses Ermessen walten zu lassen, eine Diskussion zuzulassen – auch Spielraum dafür zu geben, dass ein Betroffener den Polizisten gegebenenfalls unter Druck setzen kann, indem er sagt: «Ich bin zwar erwischt worden, ich kann das aber sofort aufräumen, und dann dürfen Sie mir keine Busse geben.» Der Votant warnt davor, hier ein grosses Ermessen ins Gesetz einzuführen. Das entspricht nicht dem System

einer Ordnungsbusse und ist auch im eidgenössischen Ordnungsbussensystem nicht integriert. Auch sollte man im Gesetz konsequent sein und diese Regelung entweder in § 5 *und* § 6 aufnehmen oder sie in beiden Artikeln streichen. Es wäre nicht systemgerecht, die Wiedergutmachung nur in *einem* Paragraphen zu integrieren. Der Votant empfiehlt aber, das reine Ordnungsbussenverfahren einzuführen und auf ein solch grosses Ermessen zu verzichten.
Es kommt noch dazu, dass der Votant insbesondere bei § 6 grosse Bedenken hat, dass ein Schaden überhaupt wieder gutgemacht werden kann. Häufig sind Dritte betroffen, und für diese kann der Polizist nicht reden. Und ob bei § 5 die Verunreinigung tatsächlich zu hundert Prozent entfernt werden kann, ist ebenfalls fraglich. In diesem Sinne bittet der Votant, dem Antrag der SVP-Fraktion zu § 5 nicht zu folgen und auch bei § 6 den Abs. 2 zu streichen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger:** Der Regierungsrat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion ebenfalls ab. Kurt Balmer hat sehr zutreffend ausgeführt, wo die Schwierigkeiten liegen. Um aus der Praxis zu sprechen: Wenn man bei Littering eine Wiedergutmachung einführen würde, dann müsste niemand mehr vor einer Busse Angst haben. Man wirft den Abfall weg, und wenn man gesehen wird, sagt der Polizist oder Sicherheitsassistent: «Du muss das auflesen, dann gibt es keine Busse.» Das kann es nicht sein. Es ist auch daran zu erinnern, dass der Kantonsrat unter anderem in Zusammenhang mit der Motion Hausheer beschlossen hat, dass es im Kanton Zug keine Wiedergutmachungsgrundlage geben soll.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 50 zu 17 Stimmen ab.

§ 6 «Andere Verunreinigungen»
§ 6 Abs. 1 Bst. c

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission den Zusatz «oder anderen Stellen» vorschlägt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an. Redaktionell muss es im Antrag der Kommission «öffentlichen» statt «öffentlich» heissen.

➔ Der Rat schliesst sich dem Antrag der Kommission stillschweigend an.

§ 6 Abs. 2

Für **Philip C. Brunner** muss der Rat nun konsequenterweise dem **Antrag** der SVP-Fraktion folgen, § 6 Abs. 2 zu streichen, dies in Analogie zu § 5. Es ist nicht logisch, die Möglichkeit zur Wiedergutmachung an einem Ort zu haben und am anderen Ort nicht, wie es auch der Sicherheitsdirektor eben begründet hat.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission hier eine Wiedergutmachungsklausel beantragt, der Regierungsrat eine solche hingegen ablehnt.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** orientiert, dass die Mehrheit der Kommission hier eine Wiedergutmachungsmöglichkeit beschloss, die sie – dies ist ein Widerspruch – in § 5 noch ablehnte. In diesem speziellen Fall will die Kommission, dass eine Wiedergutmachung erfolgen kann, wenn der ordnungsgemäss Zustand der

Bauten, Anlagen oder Bäume wieder hergestellt wird. Die Busse soll in einem solchen Fall entfallen.

➔ Der Rat folgt mit 62 zu 8 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und der SVP-Fraktion.

§ 7 «Vermummungsverbot»

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag des Regierungsrats.

§ 8 «Gefährdung durch Tiere»

Philip C. Brunner stellt fest, dass § 8 über die ursprüngliche Idee des Littering-Gesetzes hinausgehe und dass hier *de facto* eine Leinenpflicht eingeführt werde. Zwar hat der Regierungsrat hat in seiner Antwort auf eine entsprechende Vernehmlassung gesagt, dem sein nicht so, aber von der Begründung her ist es eine Leinenpflicht. Die SVP-Fraktion stellt den **Antrag,** § 8 sei komplett zu streichen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** führt aus, dass es hier nicht um Hunde oder eine Leinenpflicht, sondern allgemein um Tiere geht. Die Sicherheitsdirektion erarbeitet im Moment auch ein Hundegesetz, wie es die Gemeinden vom Kanton fordern. Dafür liegt keine Motion oder ähnlich vor, aber nachdem der Bund das nicht geregelt hat, müssen es die Kantone tun.
In § 8 aber geht es allgemein um Tiere. Wer ein Tier hält, muss entsprechend sorgfältig sein, und da können auch Handlungen passieren, die unter das Strafrecht fallen. Das wurde hier aufgenommen und war in der Kommission auch kein Thema.

➔ Der Rat stimmt mit 54 zu 18 Stimmen für den Antrag des Regierungsrats.

§ 9 Abs. 1 Bst. a

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission einen Zusatz zum Tatbestand vorschlägt. Strafbar soll nur sein, wer aussergewöhnlichen Lärm verursacht, «der über das üblicherweise zu tolerierende Mass am fraglichen Ort oder im Zusammenhang mit einer traditionellen Veranstaltung hinausgeht». Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Es erfolgen keine Wortmeldungen. Der Rat stimmt damit stillschweigend zu.

§ 10 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Fassung des Regierungsrats auf § 18 Abs. 2 verweist und eine Delegationsmöglichkeit zu Gunsten des Regierungsrates vorsieht. Die Kommission schlägt eine reine Verweisungsnorm vor. Es stehen sich zwei gegensätzliche Systeme gegenüber.
Der Vorsitzende schlägt vor, die Detailberatung und Abstimmung zu § 18 Abs. 2 abzuwarten. Die Formulierung von § 10 Abs. 2 ergibt sich danach automatisch.

➔ Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

§ 11 «Meldepflichtige Anlässe»

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission die ersatzlose Streichung dieser Bestimmung beantragt. Der Regierungsrat hält an seiner Fassung fest.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** wiederholt, dass die Kommission beantragt, § 11 ganz zu streichen. Die Meldepflicht ist in § 20 des Polizeiorganisationsgesetzes geregelt. Die Mehrheit der Kommission liess sich vom Argument überzeugen, es störe, wenn eine Busse erteilt werden kann, auch wenn dem Veranstalter eines Anlasses nicht klar sei, dass eine Meldepflicht vorliegt – und dies vor allem auch dann noch, wenn zwar nichts passiert, jedoch ein Polizist erscheinen würde und ein ordentliches Verfahren – die Missachtung der Meldepflicht würden nicht im Ordnungsbussenverfahren abgehandelt – gegen den Veranstalter eröffnen möchte. Der Votant bittet den Rat, den Streichungsantrag zu unterstützen.

Kurt Balmer: Mit § 11 würde eine neue Straftatbestimmung eingeführt, was dem Votanten sich sehr sympathisch ist. Ziel des Ordnungsbussenverfahrens ist – wie bereits erwähnt – ein einfaches, rasches und klares System. Der Votant wird aber noch aufzeigen, dass Sache mit den meldepflichtigen Anlässen nicht sehr klar ist.
Wenn Anlässe im öffentlichen Raum bewilligungspflichtig sind, dann ist eine Meldepflicht darin bereits automatisch enthalten, weshalb darüber nicht weiter diskutiert werden muss. Wenn es aber um Privatanlässe geht, könnte der Schuss für die betreffenden Privaten auch hinten hinausgehen. In der Kommission wurde das Beispiel genannt, dass dann wild parkiert wird und die Leute erschrecken, wenn alle eine Parkbusse kriegen. *Das* wird nachhaltig sein, nicht die Einführung einer neuen Straftatbestimmung.
Man muss aufpassen mit der Aussage, es gebe für Private keine meldepflichtigen Anlässe. Bis anhin bestand eine Meldepflicht mit Strafbestimmung für Anlässe im Wald, und diese Bestimmung wird weiterhin gelten, wenn der Rat das heute beschliesst. Es gibt also bereits meldepflichtige Anlässe mit einer Straftatbestimmung, und es wäre schön gewesen, wenn in der Botschaft oder im Gesetz darauf hingewiesen worden wäre. Man erkennt die entsprechende Bestimmung aber in Ziff. 7.2.
Der Votant hat im Internet nachgeschaut, um welche Anlässe es überhaupt gehen könnte. Der Bürger sollte aufgrund einer Analyse im Internet beurteilen können, ob er einen Anlass melden soll oder nicht. Der entsprechende Anweisung heisst: «Sollten Sie eine Frage mit "Ja" oder "Ich weiss nicht" beantworten, ist Ihr Anlass melde- und/oder bewilligungspflichtig.» Die einzelnen Fragen sind nach Ansicht des Votanten allerdings nicht sehr tauglich, was anhand von vier willkürlich ausgewählten Beispielen gezeigt werden soll:

- Beispiel 1: «Werden mehr Fahrzeuge erwartet als ordentliche Parkplätze verfügbar sind?» Mit anderen Worten: Wenn drei Gäste mit drei Autos eingeladen sind und im Quartier nur zwei Besucherparkplätze zur Verfügung stehen, müsste dieser völlig private Anlass der Polizei gemeldet werden.
- Beispiel 2: «Hat die Besucherzahl oder die Zusammensetzung der Besucher ein Risiko- oder Konfliktpotenzial zur Folge?» Schon wenn man das nicht sicher weiss, muss eine Meldung erfolgen.

- Beispiel 3: «Handelt es sich um eine motor- oder radsportliche Veranstaltung?» Wenn also eine vereinsinterne Velofahrt organisiert wird, muss dieser Anlass der Polizei gemeldet werden.
- Beispiel 4: «Ist für die Veranstaltung die Benützung von Gewässern notwendig?» Wenn also auf einem Floss im See – der Votant ist im Vorstand eines Wasserskiclubs – eine kleine vereinsinterne Veranstaltung organisiert wird, müsste dieser Anlass grundsätzlich der Polizei gemeldet werden.

Es kann doch nicht sein, dass man sich aufgrund solcher Kriterien allenfalls strafrechtlich verantwortlich macht. Wenn eine Meldepflicht mit Strafbestimmung eingeführt werden soll, dann müsste der Sicherheitsdirektor dazu klar sagen, welche verlässlichen Kriterien für eine Strafbestimmung existieren.
Der Votant bittet, dem Kommissionsantrag zu folgen und auf die Einführung von § 11 zu verzichten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger:** § 11 ist eine neue Bestimmung, die viel zu diskutieren gab, offenbar auch in den Fraktionen. Man darf sie aber nicht ins Lächerliche ziehen. Es geht nicht um zwei oder drei Fahrzeuge. Die Polizei stellt aber immer wieder fest, dass da und dort grössere private Anlässe organisiert werden, ohne dass die Polizei einbezogen wird. In der Website wird auf die Sicherheitsrisiken hingewiesen, es werden Fragen gestellt, und je nachdem kann man das mit der Polizei beraten und ein Sicherheitskonzept erarbeiten. Aktuell ist die Bestimmung bezüglich Meldepflicht nicht strafbar, und das soll mit dem neuen § 11 bereinigt werden. Der Regierungsrat bittet deshalb um Zustimmung.

➔ Der Rat folgt mit 60 zu 10 Stimmen dem Streichungsantrag der Kommission.

§ 12 Bst. c

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission die ersatzlose Streichung von § 12 Bst. c beantragt. Der Regierungsrat hält an seiner Fassung fest.

Kommissionspräsident **Alois Gössi:** Wenn eine Organisation vom Kanton einen öffentlichen Auftrag mit einer Leistungsvereinbarung erhält, soll diese Organisation – beispielsweise die GGZ oder die Frauenzentrale – nicht das Recht erhalten, jemanden mit einer Busse zu bestrafen, wenn Angaben zur Person auf eine berechtigte Aufforderung hin verweigert werden. Werden Angaben zur Person gewünscht oder benötigt, soll dies nicht durch die Organisation aufgenommen werden können, sondern es muss dazu zwingend die Polizei oder Sicherheitsassistenten gerufen werden. Die Kommission erachtet es hier als sehr heikel – dies drückt auch das Stimmenverhältnis von 12 zu 0 Stimmen aus –, dass strafrechtliche Konsequenzen zu gegenwärtigen sind, falls sich eine Person weigert, sich gegenüber einer Privatperson auszuweisen. Der Votant bittet, diesen Streichungsantrag zu unterstützen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger**: Wenn beauftragte Dritte ordnungsgemäss legitimiert und berechtigt sind, Angaben über eine Person anzufordern, dann ist auch die Durchsetzung für den konkreten Fall sicherzustellen. Man muss das auch in der praktischen Anwendung sehen: Wenn Gemeinden beispielsweise Sicherheitspersonal für die Bewachung von Anlagen und Bauten anstellen, dann sind das nicht immer Sicherheitsassistenten, die dazu befugt sind, entsprechende Angaben zu verlangen. Es können auch Securitas-Leute oder andere Sicherheitsdienste sein.

Diese müssen die Möglichkeit haben, mindestens die Personalien anzufordern. Andernfalls müssten immer, wenn es zu Fragen kommt, Polizisten herbeigerufen werden, um den Tatbestand zu untersuchen oder anzuzeigen.
Ein anderes Beispiel: Letztes Jahr musste eine inhaftierte Person für längere Zeit hospitalisiert werden. Dafür gibt es eine geschlossene Einrichtung im Inselspital Bern. Weil diese aber voll war, musste die betreffende Person in unserem Kantonsspital hospitalisiert und über eine längere Zeit rund um die Uhr bewacht werden. Dafür wurde Securitas-Personal angestellt. Wenn in einem solchen Fall Besuch kommt, muss dieses Personal die Möglichkeit haben, die Personalien des Besuchers zu verlangen, andernfalls müsste die Polizei herbeigerufen werden.
Vor diesem Hintergrund bittet der Sicherheitsdirektor, die beantragte Streichung abzulehnen.

➔ Der Rat folgt mit 48 zu 18 Stimmen dem Streichungsantrag der Kommission.

Philip C. Brunner geht namens der SVP-Fraktion noch weiter und stellt den **Antrag,** der ganze § 12 sei zu streichen. Es ist ein Hilfssheriff-Paragraph, mit dem – plakativ ausgedrückt – nicht der Hilfssheriff-Stern, sondern eine Plakette mit dem Kantonswappen ausgeteilt wird. Und wer diese hat, schiesst dann auch ein bisschen schneller, weil er etwas ungeübter ist als die wirklichen Sheriffs, die ausgebildet und trainiert sind.
Im Übrigen ist die Verweigerung von Angaben durch andere gesetzliche Bestimmungen, beispielsweise «Behinderung einer Amtshandlung», bereits griffig geregelt. Wir müssen aufpassen, dass wir mit unserer Gesetzesflut nicht überborden.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest dass die Regierung bei ihrem Antrag bleibt.

➔ Der Rat stimmt mit 54 zu 20 Stimmen für den Antrag der Regierung.

§ 13 «Titelanmassung, unbefugte Berufsausübung»

Philip C. Brunner stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** § 13 sei zu streichen. Wir reden von einem Littering-Gesetz, und hier geht es um den falschen Doktortitel. Das Gesetz muss entschlackt werden.

Thomas Lötscher hat eine Frage zu § 13 und gleichzeitig zu § 15: Er hat diese beiden Tatbestände im Bussenkatalog nicht gefunden und ist der Meinung, dass sie dort auch aufgeführt sein müssten.

Thomas Werner warnt davor, § 13 zu bagatellisieren. Wenn dieser Paragraph ins ÜStG, also ins System der Ordnungsbussen, aufgenommen wird, kann jemand einen Beruf ausüben, den er nicht darf, oder sich mit einem Titel schmücken, den er nicht hat, und wenn er erwischt wird, kann er die Busse bezahlen, und alles ist anonym erledigt. Wenn dieser Tatbestand nicht aufgenommen wird, gibt es ein Verfahren. Und in diesem Fall ist das Verfahren zu empfehlen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** begründet, warum der Straftatbestand von § 13 im Bussenkatalog nicht aufgeführt ist. Die Bestimmung steht bereits im Polizeistraf-

gesetz, das aufgehoben wird, und wenn sie nicht übernommen wird, fällt sie dahin. Sie wird aber nicht im Ordnungsbussenverfahren, sondern im normalen Anzeigeverfahren geahndet. Hier kommt also nur das ordentlichen Anzeigeverfahren zur Anwendung.
Die Anmassung von Titeln kantonaler Hochschulen oder die unbefugte Berufsausübung kann schon heute mit § 15 des Polizeistrafgesetzes verfolgt werden. Würde § 13 gemäss Antrag der SVP-Fraktion gestrichen, würde die Rechtsgrundlage für die strafrechtliche Verfolgung fehlen. § 13 muss deshalb unbedingt im ÜStG bleiben.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP-Fraktion mit 53 zu 16 Stimmen ab.

§ 14 «Betteln»

Pirmin Frei ist begeistert ob der Prägnanz von § 14: «Wer bettelt, wird mit Busse bestraft.» Mit andern Worten: Wer sich zwischen Metalli und Neustadt-Center hinsetzt, eine leere Kaffeetasse ausstreckt und von einem Polizisten gesehen wird, erhält – zack – 100 Franken Busse. Gerade weil diese Bestimmung so *sec* daherkommt, lohnt es sich, sich kurz Gedanken zu machen, worum es hier eigentlich geht.
Der Kanton Zug hat schon seit Längerem ein Bettelverbot. Seine Relevanz ist gleich Null. Trotzdem will die Regierung daran festhalten und beruft sich dabei auf Beispiele von Städten wie Genf, Zürich und Bern. Auch der Votant würde in einer Stadt betteln: hohe Bevölkerungsdichte, entsprechend hohe Frequenzen, eine gewisse Anonymität. Was in Städten richtig und allenfalls auch wichtig ist, muss das für Zug noch lange nicht sein. Wie viele Bettler haben Sie in den letzten zwölf Monaten im Kanton Zug gesehen? Und um die Sache noch etwas schwieriger zu machen: Wie viele leere Kaffeetassen wurden Ihnen in den letzten zwölf Monaten im Kanton Zug, aber ausserhalb der Stadt Zug, hingehalten? Das ist der empirische Teil des Gedankengangs.
Zum rechtlichen Teil: Wir befinden uns hier im Bereich des Strafrechts. Dieses will ein bestimmtes Tun, das besonders gefährlich, besonders schädlich oder besonders schändlich ist – stehlen, betrügen, rasen, verunreinigen – sanktionieren. Oder es will jemanden bestrafen, der rechtswidrig einen Zustand schafft, der nicht ohne Weiteres rückgängig gemacht werden kann, etwa bei Sachbeschädigung oder Körperverletzung. Und was genau ist Betteln? Betteln ist – etwas technokratisch gesagt – in der Öffentlichkeit um einen finanziellen Beitrag ersuchen, oder – etwas prosaischer und schöner – es ist ein bewusster Entscheid, von Almosen zu leben. Ist Betteln gefährlich oder schändlich, verletzt es irgendetwas oder irgendjemanden? Jedermann ist frei, am Bettler vorbeizugehen, und genau so frei ist der Bettler, sich hinzusetzen und um ein Almosen zu bitten. Beides betrifft die persönliche Freiheit. Soll Betteln wirklich verboten werden, nur weil es dunkle Gestalten und Familienclans gibt, die ihre Frauen und Jungen auf die Pirsch schicken? Werden da nicht die Falschen bestraft? Oder müssten wir nicht andere Tätigkeiten auch bestrafen, beispielsweise Sportwetten?
Selbstverständlich kann es beim Betteln eine Art und Weise geben, die als strafwürdig angesehen werden kann. Das ist dann der Fall, wenn die Bettelei aggressiv betrieben wird, wenn beispielsweise der Bettler einen Passanten verfolgt oder ihm die Kinder entgegenstreckt, um besonderes Mitleid zu erwecken. Das geht in den Bereich der Nötigung.

Der Votant stellt den **Antrag,** § 14 sei zu streichen. Und *eventualiter* stellt er den **Antrag** auf folgenden Wortlaut: «Wer *in aggressiver Weise* bettelt, wird mit Busse bestraft.»

Stefan Gisler zeigt sich ebenso erfreut wie überrascht über die liberale Haltung seines Vorredners. Schon heute gibt es in § 24 des Polizeistrafgesetzes ein Bettelverbot. Darin wird heute geregelt, dass Betteln verboten ist, wenn dabei die öffentliche Ruhe gestört wird bzw. Menschen belästigt werden; ebenso ist das gewerbsmässige Betteln. Ein generelles Bettelverbot ist ein unnötiges neues Gesetz. Dem Bürger und der Bürgerin ist die Entscheidung zuzumuten, anständiges Betteln entweder zu belohnen, indem man etwas in die Kaffeetasse legt, oder eben nicht zu belohnen. Legendär ist «He, häsch mer en Stutz?» in Zürich. Der Votant selbst ist solchen Personen immer wieder begegnet, er hat immer Nein gesagt und immer anständige Reaktionen erhalten.
In einer liberalen Gesellschaft muss man nicht alles verbieten, auch wenn es einen ein bisschen stört oder das Stadtbild stören könnte. Betteln ist in Zug kein virulentes Problem. Dazu ein generelles Verbot zu erlassen, geht in unserer liberalen Gesellschaft zu weit. Der Votant stellt daher den **Antrag,** die heute gültige Formulierung gemäss § 24 des Polizeistrafgesetzes sei beizubehalten und soll die jetzige Formulierung in § 14 des ÜStG ersetzen.

Thomas Werner: Betteln hat in vielen Städten der Schweiz seit der Personenfreizügigkeit, an der die SVP definitiv nicht schuld ist, extrem zugenommen. Auch in der Stadt Zug hat Betteln gegenüber früher zugenommen. Pirmin Frei hat ein Bild von Bettlern gezeichnet: arme, randständige Leute, die zu wenig zum Überleben haben. Für diese Leute haben wir genügend soziale Einrichtungen, sie sind bei uns gut aufgehoben. Der Votant zeichnet ein anderes Bild von Bettlern: Bettlerbanden aus Rumänien und dem Osten, die ihre eigenen Kinder und Alten missbrauchen, diese teilweise sogar absichtlich verstümmeln, damit sie mit dem Mitleid, das sie erwecken, mehr erbetteln. Auf diesem Hintergrund muss man das Betteln ganz klar büssen und der Polizei das Instrument geben, erbetteltes Geld abzunehmen. Es wurde schon verschiedentlich erklärt, dass das neue ÜStG die Arbeit der Polizei vereinfachen solle. Dass dem Bettler nun noch Aggressivität nachgewiesen werden muss, bevor man ihm eine Busse geben kann, das würde zu weit führen.
Der Votant empfiehlt auch den Antrag von Stefan Gisler zur Ablehnung. Er möchte aber später allenfalls auf Stefan Gisler zurückkommen, beispielsweise wenn es um die Bussen im Bereich Fischerei geht. Er ist der Ansicht, dass die Benutzung eines falschen Angels – für die man gebüsst wird – nicht schlimmer ist als Betteln. Auch hier soll die Verhältnismässigkeit gewahrt und das Ordnungsbussengesetz in diesem Sinne angewandt werden.

Kommissionspräsident **Alois Gössi:** Die aktuell gültige Regelung zum Betteln in § 24 des Polizeistrafgesetzes sagt aus, dass der- oder diejenige, der aus Arbeitsscheu oder Gewinnsucht bettelt oder für sich betteln lässt, mit Busse bestraft wird.
Die Kommission wurde dahingehend informiert, dass es dazu bisher zu zirka zwanzig Anzeigen gekommen ist. Die Anzeigen erfolgten, weil Personen aggressiv von Bettlern bedrängt wurden. Die Polizei handelte nicht von sich aus, sondern aufgrund von Anzeigen von dritter Seite.
Die klare Formulierung eines allgemeinen Bettelverbots erleichtert die Arbeit der Polizei, da die heutige Formulierung nicht so gut handhabbar ist. Was soll denn unter Gewinnsucht oder Arbeitsscheu verstanden werden, und wie kann die Polizei

das feststellen? Der Kanton Genf hob vor Jahren das Bettelverbot auf, führte es später aber schnell wieder ein. Grund dafür war, dass sich die «Liberalisierung» des Bettelns herumsprach und die Auswirkungen stark spürbar waren. Dies wünschen wir nicht für den Kanton Zug.
Zum Antrag von Pirmin Frei: Was ist der Unterschied zwischen normalem und aggressivem Betteln? Und wie soll die Polizei entscheiden, ob normales Betteln oder aggressives Betteln vorliegt, ob eine Ordnungsbusse zu erteilen oder Anzeige zu erstatten sei? Wünschbar sind klare Gesetzesvorgaben, und das ist «aggressives Betteln» definitiv nicht.
In diesem Sinne bittet der Kommissionspräsident, den Vorschlag des Regierungsrats und der Kommission zu unterstützen.

Stefan Gisler kommt zur Klärung zurück auf das Votum von Thomas Werner und die Bilder der katastrophalen Folgen bandenmässigen Bettelns, die dort gezeichnet wurden. In § 24 des heutigen Polizeistrafgesetzes ist bandenmässiges Betteln bereits verboten und wird geahndet. Das will der Votant beibehalten; es ist nicht sein Antrag, dass das Bild, das Thomas Werner geschildert hat, erlaubt sein dürfte.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, § 14 beizubehalten und auch den Änderungsantrag von Pirmin Frei abzulehnen. Betteln ist in Zug – wie schon gesagt wurde – kein Riesenproblem, aber es kommt doch immer wieder zu Vorfällen und polizeilichen Anzeigen, immerhin zwischen zehn und zwanzig Mal pro Jahr. Es ist auch nicht immer einfach, zwischen Strassenmusik und Bettelei zu unterscheiden. Die neue Bestimmung legt das klarer fest. Auch bei uns sind Bettlerbanden am Werk, wie in Genf, wo man das Bettelverbot aus diesem Grund wieder einführen musste. Es geht vor allem um diese Bettlerbanden aus Rumänien und dem Ostblock, nicht um unsere Leute; bei uns muss niemand auf die Strasse, da spielen andere soziale Einrichtungen.
Der Antrag von Pirmin Frei enthält einen etwas unbestimmten Rechtsbegriff, und man müsste in der Anwendung schauen, wie aggressives und weniger aggressives Betteln zu definieren wären.

Der **Vorsitzende** schlägt folgendes Vorgehen vor: Zuerst wird der Antrag des Regierungsrats und der Kommission respektive der Antrag von Pirmin Frei zur Ergänzung mit «in aggressiver Weise» bereinigt, anschliessend findet eine Dreifachabstimmung statt. Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat lehnt die Ergänzung mit der Wendung «in aggressiver Weise» mit 57 zu 15 Stimmen ab.

In der folgenden Dreifachabstimmung gemäss § 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats wird wie folgt gestimmt (jedes Ratsmitglied hat 1 Stimme):
• Fassung des Regierungsrats und der Kommission: 49 Stimmen.
• Formulierung gemäss altem Recht (Antrag Stefan Gisler): 13 Stimmen.
• Streichung von § 14 (Antrag Pirmin Frei): 6 Stimmen.

➔ Der Rat folgt damit dem Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine zweite Abstimmung braucht, da mit dem ersten Ergebnis das absolute Mehr erreicht wurde.

§ 15 «Missachten von Ruhetags- und Ladenöffnungsbestimmungen»

Philip C. Brunner stellt namens der SVP-Fraktion einen **Antrag** auf Streichung. Die Missachtung von Ruhetags- und Ladenöffnungsbestimmungen gehört nicht hierher, da es dafür andere gesetzliche Grundlagen gibt. Auch ist es bei der Fülle an verschiedenen Ausnahmebestimmungen für die büssende Person eine relativ gefährliche Geschichte, und es ist Willkür möglich.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger:** Wenn § 15 gestrichen würde, hätte man keine strafrechtlichen Möglichkeiten mehr, Verletzungen von entsprechenden Ruhezeiten zu ahnden. Das wäre falsch. Es gilt hier die gleiche Begründung wie bei § 13 zu Titelanmassungen etc.

Beni Riedi möchte klarstellen: Wenn etwas aus diesem Katalog gestrichen wird, heisst das nicht, dass keine Ahndung erfolgt. Es heisst vielmehr, dass nicht das Ordnungsbussenverfahren, sondern das ordentliche Verfahren zur Anwendung kommt. Wenn die SVP-Fraktion also etwas streichen will, dann heisst das nicht, dass das entsprechende Vergehen nicht geahndet werden soll. Es bedeutet vielmehr, dass wir eine stärkere Ahndung vorziehen.

Andreas Hausheer weiss nicht, ob jedermann das Funktionieren des Gesetzes verstanden hat. Das Ordnungsbussenverfahren gilt bei Straftatbeständen, die im Anhang erwähnt sind. Wenn etwas nicht im Anhang steht, kommt automatisch das ordentliche Verfahren zur Anwendung. Man muss § 15 nicht streichen. Deshalb erübrigt sich auch die Frage, die Polizist Thomas Werner zu § 13 gestellt hat. Titelanmassung kommt im Anhang nicht vor, wird also automatisch mit dem ordentlichen Verfahren geahndet.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP-Fraktion mit 56 zu 16 Stimmen ab.

§ 16 «Grundsatz»

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat als Grundsatz die zwingende Durchführung eines Ordnungsbussenverfahrens vorschlägt, die Kommission hingegen eine «kann»-Formulierung beantragt.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** hält fest, dass ein Bürger beim Ordnungsbussenverfahren die Wahl zwischen drei Varianten hat:
- Er kann die Ordnungsbusse sofort bezahlen.
- Er kann die Personalien angeben und eine dreissigtägige Bedenkfrist verlangen. Bezahlt er die Ordnungsbusse, ist die Sache erledigt, ansonsten erfolgt eine Anzeige.
- Er kann eine Anzeige verlangen.

Gemäss dem Vorschlag des Regierungsrats sind die Polizei und die weiteren Berechtigten, die eine Ordnungsbusse ausstellen können, zwingend verpflichtet, dem Bürger diese Auswahlmöglichkeit zu offerieren. Der Polizist bzw. die Polizistin kann also nicht entscheiden, ob er oder sie anstelle einer Ordnungsbusse eine Anzeige machen will.
Die Kommission befand, dass die Polizei ebenfalls über ein gewisses Ermessen verfügen soll, ob eine Ordnungsbusse ausgeteilt oder Anzeige erstattet werden

soll. Die Kommission ist jedoch der Meinung, dass die Ordnungsbusse der Regelfall sein und nur in speziellen Fällen eine Anzeige gemacht werden soll; Letzteres soll aber möglich sein.
Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass eine «kann»-Formulierung einem Bundesgerichtsurteil widerspricht. Das Bundesgericht urteilte, dass das Ordnungsbussenverfahren zwingend anzuwenden sei, wenn die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Kurt Balmer ergänzt, dass es hier um die «Waffengleichheit» zwischen dem Polizisten und dem Betroffenen geht. Er ist zugegebenermassen nicht immer *für* die Polizei, aber hier geht es um den Schutz der Polizisten. Er denkt an zwei konkrete Fälle, die er schon in der Kommission deklariert hat, nämlich um Schikane und Provokation. In diesen beiden Fällen ist der Votant der Meinung, dass auch der Polizist oder Sicherheitsassistent das Wahlrecht haben sollte, gegebenenfalls eine Anzeige zu machen, und nicht automatisch verpflichtet ist, das Ordnungsbussenverfahren durchzuführen.
Der Votant ist – entgegen der Darstellung des Kommissionspräsidenten – auch der Meinung, dass sich eine «kann»-Bestimmung durchsetzen lässt. Das Bundesgericht hat nur auf *Bundesebene* bestimmt, dass in jedem Fall das Ordnungsbussenverfahren durchzuführen sei. Auf *kantonaler* Ebene ist der Rat frei, ob obligatorisch das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung kommen soll. Kein Polizist wird freiwillig mehrere Stunden in das Schreiben eines detaillierten Rapports investieren.
Im Übrigen verweist der Votant nochmals auf die bereits erwähnte Bestimmung GOG § 93. Es wäre eine Amtspflichtverletzung, wenn der Polizist vorbeischauen und keine Anzeige machen bzw. keine Ordnungsbusse erteilen würde.

Heini Schmid hält fest, dass es hier um einen Grundsatz im Strafrecht geht; dass nämlich das *mildere* Recht angewendet werden muss. Diese Regel gilt auch intertemporal. Das Ordnungsbussenverfahren ist in den Auswirkungen milder, insbesondere bei den Verfahrenskosten, und deshalb würde ein Grundsatz des Strafgesetzbuchs verletzt, wenn dem Polizisten in diesem Bereich eine Wahlfreiheit gegeben würde. Der Entscheid über das Verfahren sollte nicht im Belieben der Vollzugsorgane sein.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger:** Der Regierungsrat beantragt, dass im Grundsatz immer das Ordnungsbussenverfahren anzuwenden ist. Wenn der Betroffene nicht liquide genug ist, dann muss der Büssende das Anzeigeverfahren wählen – auch das ist ein Grundsatz. Wenn schon das Bundesgericht entschieden hat, dass so zu verfahren sei, dann hat das – wie Abklärungen ergeben haben – analog auch für den Kanton Zug zu gelten. Es ist auch in der Praxis besser, weil es zu keiner Willkür kommt: zuerst das Ordnungsbussenverfahren, erst dann das Anzeigeverfahren.

➔ Der Rat stimmt mit 62 zu 6 Stimmen für den Antrag des Regierungsrats.

Eusebius Spescha stellt den **Antrag,** § 16 sei um einem neuen Abs. 2 zu erweitern: «Die Höhe der Bussen wird durch den Regierungsrat festgelegt.»
Am Rande einer Kommissionssitzung wurde gestern über die heutige Sitzung diskutiert. Nicht nur dem Votanten wurde es ein bisschen schwindlig bei der Vorstellung, dass heute mindestens zwanzig Einzelabstimmungen über die Höhe der Bussen durchgeführt werden müssen.
Der Votant ist keineswegs zu faul, die Hand in entsprechender Häufigkeit zu heben. Er findet es aber nicht sachgerecht, wenn hier im Rat eine Ausmarchung über

Bussenhöhen bei mehr als fünfzig Übertretungen vorgenommen wird. Das ist eher eine operative Frage von untergeordneter Bedeutung, die in die Zuständigkeit der Regierung gehören sollte. Zudem sollte die Wertung der Tatbestände einer inneren Logik folgen, was bei den Vorschlägen der Kommission nicht der Fall ist. Wieso die Verletzung von Vorschriften im Fischerei und Jagd nur mit einem Dumping-Preis von 50 Franken geahndet werden soll, ist dem Votanten rätselhaft geblieben.
Formell ist es sicher möglich, die Festlegung der Höhe der Busse an den Regierungsrat zu delegieren, wenn dies im Gesetz festgehalten wird. Der Votant konnte seinen Antrag heute Morgen noch kurz mit dem Landschreiber diskutieren. Dessen Vorschlag lautete, heute im Rat den Grundsatzentscheid zu fällen, dass die Höhe der Busse durch den Regierungsrat festgelegt wird; auf die zweite Lesung hin solle dann der Regierungsrat einen gesetzlich korrekten Umsetzungsvorschlag vorlegen, weil möglicherweise die vorgeschlagene Ergänzungsformulierung für einen Abs. 2 nochmals überprüft und allenfalls mit einer Vorschrift in einem anderen Artikel präzisiert werden müsste.
In diesem Sinne stellt der Votant der Antrag, dass die Höhe der Bussen durch den Regierungsrat festgelegt werden soll und dass dieser dem Rat auf die zweite Lesung einen konkreten Umsetzungsvorschlag unterbreiten soll.

Kommissionspräsident **Alois Gössi:** Die Kommission hat nur darüber diskutiert, ob eine Tat mit einer Ordnungsbusse sanktioniert werden kann, und welche Höhe die Busse haben soll. Sie hat nicht darüber diskutiert, ob die Bussenhöhe in einer Verordnung speziell geregelt werden soll, das heisst in der Kompetenz des Regierungsrats liegen soll. In diesem Sinne hat die Kommission keine Meinung zum Antrag von Eusebius Spescha.

Philip C. Brunner ist nicht erstaunt, dass von linker Seite dieser Vorschlag kommt. Er kann nicht für jeden Einzelnen seiner Fraktion sprechen, glaubt aber, dass seine Fraktion grossmehrheitlich dagegen ist, dem Regierungsrat diese Kompetenz zu geben. Die SVP hat einen Abstimmungskampf gegen die Gebührenerhöhung geführt, und Bussen sind letztlich auch Gebühren. Wenn der Regierungsrat einfach frei ist und irgendetwas passiert – eine allgemeine Empörung mit ein paar Leserbriefen in der «Neuen Zuger Zeitung» –, dann erhöht oder verdoppelt er die betreffende Busse. Das kann es nicht sein.
Natürlich ist es mühsam, hier im Rat über jede einzelne Busse abzustimmen. Der Votant frägt deshalb den Landschreiber bzw. den Sicherheitsdirektor, ob es alternative Vorschläge gebe. Könnte man die Beratung beispielsweise unterbrechen und den Bussenkatalog separat behandeln? Die SVP-Fraktion wird es dem Rat sowieso einfach machen: Sie wird zu relativ grossen Blöcken Streichungsanträge stellen, namentlich in den Bereichen Fischerei und Jagd. Unterstützt der Rat diese Anträge, wäre der zeitliche Aufwand nicht zu gross, und als Resultat hätte man ein schlankes Gesetz. Und der Kantonsrat hat immer noch das Sagen.

Auch **Stefan Gisler** wurde überrascht vom Antrag von Eusebius Spescha, der sich aber als Durchschlagung eines kordischen Knotens erweisen könnten. Zu Philip C. Brunner: Der Antrag kommt zwar von linker Seite, er geht aber an die stockkonservative, rechtsbürgerliche Regierung, so dass keine allzu grosse Gefahr besteht.
Wenn der Rat diese Kompetenz dem Regierungsrat überträgt, kann er immer noch selber bestimmen, wie hoch die Bussen sein können. In § 19 sind 600 Franken als Höchstbetrag für eine Ordnungsbusse festgelegt, was der Votant etwas hoch findet. Wenn der Rat dem Antrag zustimmt, kann er dann in § 19 festsetzen, wie

hoch die Regierung maximal gehen darf. Dann liegt die Kontrolle wirklich beim Parlament, das diesen Maximalbetrag zu jedem Zeitpunkt erhöhen oder senken kann. Der Votant macht beliebt, den Höchstbetrag bei 300 Franken festzulegen, wie das zurzeit auch im Bussenkatalog der Fall ist.

Heini Schmid stellt einleitend fest, dass das Strafrecht eine hochpolitische Angelegenheit ist. Zu meinen, es gebe ein werte- oder politikfreies Strafrecht – auch im Vollzug –, ist eine Illusion. Es ist deshalb richtig, dass die Politiker, die *Lawmakers*, sich dieser Aufgabe stellen und ihre politischen Wertungen einbringen. Kein Ratsmitglied kann sagen, seine Meinungen betreffend Bussenhöhen hätten nichts mit seiner politischen Haltung zu tun. Wollen wir lieber Asylbewerber oder Litterer oder Wirtschaftskriminelle verurteilen? Wo setzen wir die Ressourcen des Polizeiapparates ein? Das sind hochpolitische Fragen. Es ist deshalb wichtig, den Bussenkatalog hier zu diskutieren und dazu Stellung zu nehmen – auch wenn es mühsam ist.
Im Strafrecht gilt das Prinzip, dass für jede Strafe eine gesetzliche Grundlage vorhanden sein muss (Legalitätsprinzip). Der Votant ist nicht sicher, ob es zulässig ist, den Bussenkatalog in die Exekutive zu delegieren. Das könnte nämlich den Grundsatz einer formellen gesetzlichen Grundlage verletzen. Wenn man so vorgehen will, müsste man das auf die zweite Lesung hin vorbereiten und erst dann – in Kenntnis, ob es überhaupt zulässig sei – darüber entscheiden. Jetzt soll alles mit Hauruck gehen. Wenn man delegiert, müssen die Grundsätze der Delegation genau umschrieben sein. Das Gesetz ist nicht auf dieses Vorgehen ausgerichtet, weshalb der Votant davor warnt, eine grundsätzliche Änderung vorzunehmen. Er weiss auch nicht, ob der SVG-Bussenkatalog vom Bundesrat oder vom Parlament erlassen wurde. Mit einer Hauruck-Übung einen wesentlichen Teil zu delegieren, bedeutet auch, dass der Rat seine politische Verantwortung nicht wahrnimmt.
In diesem Sinne bittet der Votant, der Vorlage des Regierungsrats zu folgen.

Irène Castell-Bachmann ist klar gegen die generelle Delegation. Kernfrage ist für sie, wie der Bussenkatalog durchbesprochen werden muss. Muss jede Position einzeln durchberaten werden, oder kann ein «Päckli» gemacht werden?

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass beim Bund die Regelung wie folgt ist: Der Gesamtbundesrat regelt in der Ordnungsbussenverordnung (OBV) alle Bussen*höhen*, dies ebenfalls in einer Bussenliste im Anhang. Das ist vom Gesetz an den Bundesrat delegiert. Für eine solche Delegation muss der Rechtsgrundsatz «Nulla poena sine lege certa» – wie die Römer sagten – eingehalten sein. Die Eckpunkte müssen im formellen Gesetz verankert sein.
Es war deshalb heute Morgen das Anliegen des Landschreibers, dass der Regierungsrat die Gelegenheit haben muss, das Gesetz zu durchforsten. Nach einer ersten Einschätzung müssten sicher zwei Paragraphen geändert bzw. angepasst werden, denn es ist ein anderes System.
Die Frage von Irène Castell-Bachmann beantwortet der Landschreiber wie folgt: Wenn der Rat die Stufe Gesetz beibehält, spielt es keine Rolle, ob die Bussenliste innerhalb eines Paragraphen oder zuletzt als Anhang – was aus gesetzestechnischen Gründen zu begrüssen ist – abgearbeitet wird. Es spielt keine Rolle, ob es sich um einen Paragraphen oder eine Ziffer handelt. Für den Anhang gilt der Grundsatz: Detailberatung in allen Einzelheiten, also Beratung von Straftatbestand, Bussenhöhe etc., auch Streichungsanträge sind möglich. Um einen ganzen Block zu streichen, müsste der Block zuerst bereinigt und dann über den entsprechenden

Streichungsantrag abgestimmt werden. Der Rat kann sich dort also mit allen Mitteln der Geschäftsordnung einbringen.

Martin Pfister würde es begrüssen, wenn die anstehenden Fragen auf die zweite Lesung hin aufgearbeitet und dem Rat schriftlich eine saubere Entscheidungsgrundlage vorgelegt würde. Eusebius Spescha hat beantragt, dass die *Höhe* der Bussen durch den Regierungsrat festgelegt werden soll. Bedeutet das, dass der Bussen*katalog* weiterhin durch den Kantonsrat festgelegt würde?

Eusebius Spescha: Der Antrag ist zwar kurzfristig auf der Basis eines Gesprächs vor allem mit CVP-Ratskollegen entstanden; er ist deshalb aber nicht unausgegoren, wie Heini Schmid suggeriert.
Es soll hier das gleiche Prinzip angewandt werden wie im Strassenverkehrsrecht, wo im Gesetz die Straftatbestände festgelegt sind und der Bundesrat über die Höhe der Bussen entscheidet. Es gibt also eine Präzedenzlösung in einem prominenten Gesetzesbereich. Die politische Diskussion, welche Tatbestände erfasst werden sollen, soll hier im Kantonsrat geführt werden – was weitgehend schon geschehen ist –, einzig die Höhe der Bussen soll durch den Regierungsrat festgelegt werden. Heute soll der entsprechende Grundsatzentscheid gefällt werden, und auf die zweite Lesung soll der Regierungsrat die genauen gesetzlichen Bestimmungen – eine Ergänzung von § 16 und wohl eine oder zwei weitere Anpassungen – vorschlagen. Das ist durchaus seriöse und korrekte gesetzgeberische Arbeit und ein Vorgehen, das der Kantonsrat auch schon bei anderen Gesetzen gewählt hat.
Es geht dem Votanten also nicht darum, den Katalog inhaltlich nicht zu diskutieren. Es geht einzig darum, die Höhe der Bussen aufgrund von Rahmenbedingungen, die im Gesetz definiert werden, durch den Regierungsrat festlegen zu lassen.

Manuel Brandenberg kann sich vorstellen, dass der Regierungsrat sich auch Überlegungen hinsichtlich einer Delegation gemacht hat, ist er doch normalerweise nicht zurückhaltend, wenn es darum geht, sich selber Kompetenzen zu geben. Insofern dürfte der Rat also auf den Entscheid des Regierungsrats vertrauen.
Es ist – wie Heini Schmid zu Recht gesagt hat – eine politische Frage, was wie hoch gebüsst werden soll. Politisches Organ aber ist das Parlament. Das spricht dafür, dass der Rat sich diesem Marathon unterzieht.

Heini Schmid möchte nicht missverstanden werden: Es wäre absolut korrekt, hier den Grundsatzentscheid zu treffen und die gesetzlich Ausgestaltung der Regierung zu übertragen. Er möchte keine formellen Einwände machen, dass das nicht seriöse Gesetzgebung wäre.
Bezüglich des Bussenkatalogs muss man sich vergegenwärtigen, dass es beim SVG-Bussenkatalog um das geschützte Rechtsgut Sicherheit im Strassenverkehr geht. Politische Wertungen sind da an einen kleineren Ort, geht es doch immer darum, die Verkehrsteilnehmer zu schützen. Die innere Logik ist sichtbar und weniger politisch determiniert. Im vorliegenden Bussenkatalog aber geht es um ganz verschiedene Rechtsgüter, deren Gewichtung sehr unterschiedlich sein kann: So werden beispielsweise in Singapur für Littering Bussen von exorbitanter Höhe erteilt, weil man Littering als das Übelste empfindet; bei uns hingegen käme kaum jemand auf die Idee, das Wegwerfen eines Zigarettenstummels mit 10'000 Franken zu sanktionieren.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass sich der Regierungsrat nicht mit der Frage einer Delegation befasst hat. Für die Sicherheitsdirektion war es immer klar, dass der Kantonsrat sowohl die Straftatbestände als auch die Bussenhöhen beschliesst. Gesetzesbestimmungen und Bussenhöhen sind sehr stark miteinander verbunden, und die Legitimation des Gesetzes wird nicht kleiner, sondern grösser, wenn der Kantonsrat über das Ganze beschliesst. Natürlich ist der Regierungsrat grundsätzlich nicht gegen mehr Kompetenzen. Trotzdem schlägt der Sicherheitsdirektor – dies ohne Absprache mit dem Gesamtregierungsrat – aber vor, die Beratung fortzusetzen und dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Eusebius Spescha mit 40 zu 30 Stimmen ab.

§ 17 «Voraussetzungen»

Anmerkung: § 17 wurde versehentlich übersprungen und wird erst in der Nachmittagssitzung beraten (siehe Ziffer 655).

§ 18 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass diese Norm umschreibt, welche zusätzlichen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger zur Erhebung von Ordnungsbussen ermächtigt sind. Es stehen sich zwei gegensätzliche Systeme gegenüber, die sich ausschliessen:
- System des Regierungsrats: Delegationsnorm: Der Regierungsrat soll befugt sein, weitere Personen bezeichnen, die Ordnungsbussenkompetenzen haben.
- System der Kommission: Abschliessende Aufzählung im Gesetz.

Zuerst wird die Fassung des Regierungsrats beraten.

Daniel Stadlin stellt den **Antrag,** § 18 Abs. 2 sei wie folgt zu ergänzen: «Der Regierungsrat kann weitere Funktionsträgerinnen und -träger des Kantons *und der Gemeinden* sowie Personen, die Teil der kantonalen *und gemeindlichen* Behördenorganisation sind und hoheitliche Befugnisse ausüben … [Rest unverändert]».
Er begründet seinen Antrag wie folgt: Einerseits ermöglicht das Gesetz mit § 2 Abs. 1 den Gemeinden, für bestimmte Tatbestände Strafbestimmungen zu schaffen. Anderseits werden den Gemeinden keine eigenen Mittel zu deren Durchsetzung zur Verfügung gestellt. Kantone, die bereits über ein Übertretungsstrafgesetz verfügen, betonen jedoch immer wieder, wie wichtig es sei, dass Ordnungsbussen, insbesondere beim Littering, nicht nur von der Polizei oder von kantonalen Behörden ausgesprochen werden können. Der Kreis der Bevollmächtigten ist zusätzlich auf die Gemeinden auszuweiten. Die gut ausgebildete Polizei muss sich auf ihre wichtigen Kernaufgaben konzentrieren können. Weder die Polizei noch die wenigen Sicherheitsassistentinnen und -assistenten sind personell und zeitlich in der Lage, die zusätzlichen Aufgaben, insbesondere die Bekämpfung von Littering, wirksam zu übernehmen. Es wäre fatal, ein Gesetz zu verabschieden, das nicht umgesetzt werden kann, nur weil die Polizei die Prioritäten anders setzen muss.

Philip C. Brunner hält fest, dass die SVP-Fraktion dezidiert gegen diesen Antrag ist. Sie will diese Hilfssheriff-Praxis verhindern Er erinnert an seine Ausführungen im Eintretensvotum zu den Bestimmungen von Schengen/Dublin, welche die

Schweiz übernehmen muss. Das ist dort bereits geregelt oder zumindest vorgesehen. Die SVP-Fraktion lehnt den Antrag ab und wird zudem nach der Ausmarchung der beiden Varianten für die Streichung von § 18 Abs. 2 stimmen.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** spricht zum ganzen Abs. 2 und möchte als Erstes eine Ergänzung zum Kommissionsantrag beantragen: Der letzte Satz des regierungsrätlichen Antrags müsste auch im Antrag der Kommission stehen: «Sie haben sich gegenüber der fehlbaren Person mit einem amtlichen Ausweis zu legitimieren.»Das ist versehentlich nicht übernommen worden.
Mit 12 zu 0 Stimmen beschloss die Kommission einstimmig, dass die weiteren Funktionsträgerinnen und -träger, die Ordnungsbussen erheben dürfen, im Gesetz verankert und nicht in einer Verordnung geregelt werden. Diese Funktionsträger sind Försterinnen und Förster des kantonalen Amtes für Wald und Wild, der Korporationen und der Waldgenossenschaft Steinhausen im Bereich Wald sowie Wildhüterinnen und Wildhüter, Fischereiaufseherinnen und -aufseher des kantonalen Amts für Wald und Wild in ihren Gebieten. Soll es hier eine Ausdehnung auf weitere Funktionsträgerinnen- und -träger geben, wäre nach unserem Antrag der Kantonsrat zuständig und nicht der Regierungsrat.
Die Frage, ob diese Funktionsträgerinnen- und -träger auch Ordnungsbussen erheben dürfen, wurde intensiv diskutiert. Es wurde befürchtet, dass mit dem vereinfachten Verfahren mehr Bussen ausgestellt würden. In anderen Kantonen, die das Ordnungsbussenverfahren schon kennen, hat sich diese Befürchtung aber nicht bewahrheitet. Die speziell gekennzeichneten Funktionsträger sind Experten in ihrem Bereich. Sie haben das entsprechende Fachwissen und können die Lage besser einschätzen. Erhielten diese Funktionsträger die Kompetenz für Ordnungsbussen nicht, müssten sie bei einer Übertretung jeweils das ordentliche Verfahren mit einer Anzeige einleiten.
Das Anliegen von Daniel Stadlin wurde in dieser Form in der Kommission nicht diskutiert. Die Gemeinden haben aber die Möglichkeit, mittels Sicherheitsassistenten, die sie bei der Zuger Polizei einkaufen können, beispielsweise im Bereich Littering zu büssen. Und gemäss § 26 des ÜStG bestimmt der Regierungsrat in einer Verordnung diejenigen Tatbestände des Bussenkataloges, für deren Durchsetzung die Gemeinden mit der Polizei Verwaltungsvereinbarungen über den Beizug von Sicherheitsassistentinnen und -assistenten abschliessen können. Im Übrigen ist für gemeindliche Strafbestimmungen nur das ordentliche Verfahren möglich, also keine Ordnungsbussen. In diesem Sinne bittt der Kommissionspräsident, den Antrag von Daniel Stadlin abzulehnen.

Kurt Balmer: Die Kompetenznorm § 18 Abs. 2 ist eine der wichtigsten Normen des neuen Gesetzes. Zu den drei Themen Wald, Wild und Fischerei erwähnt der Votant, anlehnend an den Kommissionsvorschlag, drei Sprichwörter, welche seines Erachtens zur hier präsentiert Lösung der CVP-Fraktion passen:
• Es darf keinen Wald voll Kompetenzregelungen geben.
• Im Wildbereich sind zu viele Hunde des Hasen Tod.
• Besser einen kleinen Fisch als gar nichts auf dem Tisch.
Was heisst das konkret? Genau gleich wie die abschliessende Kompetenzregelung des Bussenkatalogs und aufgrund der Sensibilität und Bedeutung einer solchen Kompetenz hat sich die CVP-Fraktion grundsätzlich für die Lösung der Kommission entschieden. Der Kantonsrat soll es selbst in der Hand haben, wem die Bussenkompetenz erteilt wird, und es soll auch keine generelle Delegation an den

Regierungsrat geben. Das Gleiche hat der Rat vorhin mit Bezug auf den Bussenkatalog entschieden.
Der Votant stellt namens einer knappen Mehrheit der CVP-Fraktion den **Antrag,** Abs. 2 Bst. a der Kommissionsvariante sei gänzlich zu streichen. Die Überwachung von Ziff. 7 des Bussenkatalogs gehört nämlich nicht zum Aufgabenbereich der Förster, dies im Gegensatz zu Fischereiaufsehern und Wildhütern für ihre jeweiligen Bereiche. Hinzu kommt, dass – wiederum im Gegensatz zu Wildhütern und Fischereiaufsehern – beim Förster alle Personen, nämlich alle Waldgänger, betroffen sind und nicht nur Fischer oder Jäger wie in den anderen zwei Bereichen. Schliesslich sind auch Fragezeichen bezüglich der Akzeptanz resp. Durchsetzbarkeit zu setzen. Der Votant bittet deshalb, dem Streichungsantrag zu folgen.
Der Kommissionspräsident hat bereits darauf hingewiesen, dass die Bestimmung betreffend Ausweis gemäss letztem Satz der regierungsrätlichen Lösung bei der Kommissionsarbeit untergegangen ist. Die Variante der Kommission mit Streichung von Bst. a ist also durch den letzten Satz der Variante des Regierungsrats zu ergänzen. Zusammenfassend empfiehlt die CVP-Fraktion für § 18 Abs. 2 die Variante der Kommission mit Streichung von Bst. a, das Ganze ergänzt durch die erwähnte Ausweisbestimmung. Der Votant dankt für die Unterstützung.

Thomas Werner macht sich für den Streichungsantrag von Philip C. Brunner stark. Die Sache wird für Bürgerinnen und Bürger genauso unübersichtlich, wie es jetzt mit all den vorliegenden Anträgen ist. Heute ist es für jeden und jede klar: Wenn ich irgendwo einen *Seich* mache, dann werde ich von der Polizei oder vom Assistenzdienst gebüsst. Nachher müsste zuerst allen klargemacht werden, wer nun was büssen darf und was nicht. Es wird unübersichtlich, wenn wir der Regierung die Möglichkeiten geben, noch weiteren Personen diese Kompetenz zu geben. Es ist dem Votanten auch nicht wohl bei der Vorstellung, von Förstern, Wildhütern oder Fischereiaufsehern gebüsst zu werden, weil er zum Beispiel zum falschen Zeitpunkt einen Pilz pflückt oder sich mit der Familie falsch im Wald bewegt. Er beharrt darauf, dass in einem solchen Fall die Polizei erscheinen muss. Er bittet den Rat deshalb, dem Streichungsantrag von Philip C. Brunner zuzustimmen.

Heini Schmid weist auf einen speziellen Punkt hin, der ihm aus seiner Tätigkeit als Geschäftsleiter der Höllgrotten Baar vertraut ist. Wenn man im öffentlichen Raum Leute zurechtweist – beispielsweise wegen falschen Parkierens – und nicht durch eine Uniform geschützt ist, muss man insbesondere am Wochenende feststellen, dass die Leute überhaupt nicht mehr bereit sind, sich in ihrer Freizeit von irgendjemandem irgendetwas sagen zu lassen. Den Mitarbeitern der Höllgrotten ist es deshalb verboten, jemanden zur Rede zu stellen, wenn falsch parkiert oder Abfall liegen gelassen wird. Das Risiko, dass etwas passiert, ist einfach zu gross.
Dieser Gesichtspunkt sollte in die Beratung einfliessen. Man muss sich hineinversetzen in den Förster, der ohne Uniform jemanden anhält und eine Busse verhängt. Man muss diese Fälle beschränken auf Leute in Uniform, denn diese hat eine legitimierende und auch abschreckende Wirkung. Ein Förster ist –besonders am Wochenende, wenn solche Dinge geschehen – nicht daran interessiert, ohne Uniform auf Streife zu gehen und Leute zu büssen, die unberechtigterweise eine Waldstrasse benutzen, die sie vielleicht nicht einmal als solche erkennen.
Bei Wildhütern und Fischereiaufsehern liegen die Dinge etwas anders. Sie befassen sich mit ihrer Klientschaft: Jeder Jäger kennt seine Wildhüter und jeder Fischer seine Aufseher. Eine Legitimation ist nicht nötig und die Akzeptanz vorhanden, wenn kontrolliert oder gebüsst wird. Deshalb beantragt die CVP-Fraktion eine

Beschränkung auf diejenigen Leute, die bei den Rechtsunterworfenen, bei den zu Büssenden bekannt und dadurch auch legitimiert sind.

Stefan Gisler findet es schön, dass Polizist Thomas Werner keine Lust auf Bussen hat; vermutlich geht es allen so. Er warnt eindringlich vor dem Antrag von Daniel Stadlin, der letztlich dazu führt, dass jeder jeden büssen kann. Es ist deshalb gut, dass im Gesetz abschliessend festgehalten wird, wer die Befugnis zur Erhebung einer Ordnungsbusse hat.
Die AGF stellt sich klar auf die Seite der Kommission, dass nämlich nur die Polizei, die Sicherheitsassistentinnen und -assistenten sowie die zuständigen Fachpersonen aus Forst, Wildhut und Fischereiaufsicht Bussen erteilen können. Rechtsunterworfene sind wir alle. Macht man hier eine Unterscheidung, dann würde das bedeuten, dass der Votant – als Nicht-Jäger – beispielsweise im Bereich der Wildhüter seinen Hund wildern lassen könnte, obwohl das verboten ist. Nein, alle sind angehalten, ihre Hunde nicht wildern zu lassen. Dasselbe gilt im Bereich Fischerei: Die Strafbestimmung «Fahrlässiges Fangen von Fischen ist verboten» gilt nicht nur für Fischerinnen und Fischer, sondern für jedermann. Es leuchtet deshalb auch nicht ein, dass die CVP-Fraktion einen einzelnen Aspekt – Försterinnen und Förster– herausbrechen will.
Die Befürchtung, dass diese Funktionsträgerinnen in die *Bredouille* kommen, wenn sie das Ordnungsbussenverfahren anwenden, teilt der Votant nicht. Es sind erfahrene, geschulte Personen, die auf ihrem Fachgebiet hohe Kompetenz und Kenntnisse haben. Und wenn es Schwierigkeiten gäbe, könnten sie immer noch die Polizei hinzuziehen. Sie gehen auch nicht auf Streife, sondern arbeiten dort, und wenn sie einen Verstoss erkennen, können sie agieren, wie das auch explizit der Wunsch dieser Berufsgruppen ist. Man muss realistisch bleiben: Diese Personen werden sich nicht Gefahren aussetzen. Darum ist es auch wichtig, dass es nur diese Funktionsträgerinnen und -träger, diese fünf Gruppen sind – und nicht mehr. Diese können das: angemessen, in aller Kompetenz und fair gegenüber dem Betroffenen

Irène Castell-Bachmann: Für die FDP-Fraktion ist es entscheidend, dass in Abs. 2 die Personen, die mit dieser Kompetenz ausgestattet werden sollen, explizit aufgeführt werden. Die Streichung von Bst. a wurde in der Fraktion nicht diskutiert. Die Votantin selbst sieht keinen Grund dafür. Im Gegenteil: Es sind – wie der Vorredner bereits ausführte – Fachpersonen, welche beurteilen können, ob eine Tat rechtens ist oder nicht.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** entschuldigt sich zuerst dafür, dass der Passus bezüglich Ausweispflicht der Funktionsträger im Antrag der Kommission versehentlich nicht mitgekommen ist. Zur Frage, wer diese Funktionsträger abschliessend bestimmen soll, ob der Kantonsrat im Gesetz oder der Regierungsrat in einer Verordnung: Der Regierungsrat beantragt, dass dies in einer Verordnung geschehen soll, weil Funktionsträger je nach Situation und Bedürfnis ändern können und dann nicht gleich eine Gesetzesrevision nötig wäre.
Zum Antrag von Daniel Stadlin sagt der Sicherheitsdirektor, dass die Regierung keine weiteren Funktionsträger dazu nehmen möchte. Von Seiten der Gemeinden hat einzig die Stadt Zug den Zusatzantrag gestellt, dass auch Werkhofmitarbeiter Bussen im Rahmen von Littering ausstellen könnten. Der Sicherheitsdirektor sieht dafür aber keine Notwendigkeit, zumal diese Leute entsprechend geschult sein und ein Fachwissen mitbringen müssten, bevor sie Bussen ausfällen könnten. Der Sicherheitsdirektor bittet daher, diesen Antrag abzulehnen.

Zur Frage, wer neben den Polizisten und Sicherheitsassistenten noch büssen darf: Wenn wir für die Zukunft ein kompatibles Ordnungsbussensystem wollen, dann müssen alle Gesetze zusammengenommen werden, in denen Bagatellübertretungen geregelt sind. Dazu gehören die Fischerei, der Forst und die Jagd. Es ist ja auch für die Gebüssten ein Vorteil, wenn das neue Ordnungsbussensystem angewendet werden kann.
Der Sicherheitsdirektor ist auch gegen den Antrag von Heini Schmid. Es macht keinen Sinn, einen Teil herauszubrechen. Auch die Förster sind Wissensträger auf ihrem Gebiet – ob sie nun uniformiert sind oder nicht –, und es ist sinnvoll, dass auch dort das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung kommen kann. Alle diese Funktionäre haben eine Aufsichtsfunktion und müssen bei Vergehen schon heute Anzeige erstatten. Das wird mit dem Ordnungsbussenverfahren einfacher sein als heute. Zudem gibt es in den drei fraglichen Bereichen sehr wenige Anzeigen, nämlich weniger als zehn pro Kategorie und Jahr. Der Sicherheitsdirektor bittet deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen, dass erstens also die Funktionsträger via Verordnung bestimmt werden und zweitens die drei Kategorien Jagd, Fischerei und Wald im Gesetz belassen werden wie vorgesehen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag von Daniel Stadlin für beide Systeme anwendbar ist. Zuerst wird nun die Fassung der Regierung bereinigt.

➔ Der Rat stimmt mit 47 zu 2 Stimmen für den Antrag der Regierung und lehnt die von Daniel Stadlin beantragten Ergänzungen ab.

Zum System der Kommission erfolgen keine weiteren Wortmeldungen. Der **Vorsitzende** hält fest, dass Abs. 2 im Antrag der Kommission um den versehentlich nicht aufgenommenen Satz «Sie haben sich gegenüber der fehlbaren Person mit einem amtlichen Ausweis zu legitimieren» zu ergänzen ist.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat stimmt mit 33 zu 32 Stimmen gegen die Streichung von Abs. 2 Bst. a.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun der bereinigte Antrag des Regierungsrats demjenigen der Kommission und dann die obsiegende Variante dem Streichungsantrag der SVP-Fraktion gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat stimmt mit 63 zu 1 Stimmen für den Antrag der Kommission.

➔ Der Rat lehnt die Streichung von § 18 Abs. 2 mit 47 zu 20 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Rat bei § 18 Abs. 2 für das System der Kommission ausgesprochen hat. § 10 Abs. 2 ist entsprechend zu formulieren. Die Staatskanzlei wird das erledigen.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

44. Sitzung: Donnerstag, 28. Februar 2013 (Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.15 – 18.05 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

646 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Mitgliedern.

Abwesend sind: Barbara Gysel, Zug; Gregor Kupper, Neuheim.

647 Mitteilungen

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** schlägt für den Nachmittag folgendes Vorgehen vor: Nach Traktandum 3 wird Traktandum 9 behandelt, da die Obergerichtspräsidentin bereits anwesend ist. Anschliessend soll die Beratung von Traktandum 8 fortgesetzt werden.

➔ Der Rat ist mit dieser Änderung der Traktandenliste stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

648 Traktandum 3.1: **Motion von Vreni Wicky und Andreas Hausheer betreffend zu viel bezahlte Krankenkassenprämien vom 28. Januar 2013 (Vorlage Nr. 2216.1 - 14235)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

649 Traktandum 3.2: **Motion von Thomas Villiger betreffend Änderung des Planungs- und Baugesetzes vom 31. Januar 2013 (Vorlage Nr. 2220.1 - 14250)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

650 Traktandum 3.3: **Postulat von Philip C. Brunner, Martin Stuber und Zari Dzaferi betreffend Ausbau Gleis 1 Süd im Bahnhof Zug vom 2. Februar 2013 (Vorlage Nr. 2221.1 - 14251)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

651 Traktandum 3.4: **Interpellation von Georg Helfenstein und Kurt Balmer betreffend Stopp des Informatikprojekts für die Einwohnerkontrollen vom 30. Januar 2013 (Vorlage Nr. 2219.1 - 14243)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

652 Traktandum 3.5: **Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend «Leiter Aufsicht in den sozialen Diensten Asyl» vom 12. Februar 2013 (Vorlage Nr. 2222.1 - 14254)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

653 Traktandum 3.6: **Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend «Integrative Förderung» vom 14. Februar 2013 (Vorlage Nr. 2223.1 - 14255)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 9 (eingeschoben)

654 **Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG), Änderung von § 10**

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Obergerichts (2189.1/.2 - 14171/72); Bericht und Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission (2189.3 - 14249).

Der **Vorsitzende** begrüsst Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz. Er hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung beantragt.

EINTRETENSDEBATTE

Thomas Werner, Präsident der Erweiterten Justizprüfungskommission informiert, dass die Vorlage an einer kurzen Sitzung der Erweiterten Justizprüfungskommission durch die Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz vorgestellt wurde. Es geht um die Regelung der Zuständigkeit bei Betreibungen gegen den Kanton, gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen Rechts. Gemäss Einführungsgesetz zum Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (EG SchKG), § 10, ist bei Betreibungen gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen Rechts das Konkursamt zuständig. Bis anhin wurde § 10 trotz Gesetzeslücke auch für Betreibungen gegen den Kanton angewendet. Mit dem überarbeiteten § 10 kann nun diese Gesetzeslücke behoben werden.
Seit März 2011 können Betreibungen auch elektronisch entgegengenommen werden. Dazu benötigen die Betreibungsämter eine spezielle Software. Das Konkursamt verfügt nicht über diese Software, weshalb seither das Betreibungsamt Zug unter Aufsicht der II. Beschwerdeabteilung des Obergerichts stellvertretend für das Konkursamt diese Betreibungen entgegengenommen hat. Betreibungen gegen den Kanton sind zum Glück sehr selten, und es wäre nicht verhältnismässig, wenn das Konkursamt für die wenigen Betreibungen diese Software extra anschaffen müsste. Zudem müssten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den seltenen Fällen immer wieder neu ins Thema einarbeiten.

Damit weiterhin das Betreibungsamt diese Betreibungen entgegennehmen kann, muss § 10 des EG SchKG geändert werden. Darin soll festgeschrieben sein, dass das Betreibungsamt Zug für Betreibungen gegen den Kanton, gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts zuständig ist. Weil das Betreibungsamt Zug administrativ der Einwohnergemeinde Zug unterstellt ist, müssten Betreibungen gegen Zug durch das Betreibungsamt Baar entgegengenommen werden.
Bei der Beratung der Erweiterten Justizprüfungskommission war Eintreten auf die Vorlage unbestritten. Es handelt sich um die Bereinigung von Details, und die betroffenen Ämter sind allesamt mit dieser Änderung einverstanden. Es gibt keine finanziellen Auswirkungen; es wird lediglich eine bestehende Gesetzeslücke gefüllt und die Zuständigkeiten hinsichtlich der elektronischen Eingaben klar geregelt. Die Kommission entschied einstimmig, dem Antrag des Obergerichtes zuzustimmen.
Die Erweiterte Justizprüfungskommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und der vorgeschlagenen Gesetzesänderung zuzustimmen. Die SVP-Fraktion stimmt dieser Gesetzesänderung ebenfalls einstimmig zu.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Neuer Ingress
§ 10
Regelung des Inkrafttretens

➔ Der Rat ist mit den beantragten Änderungen jeweils stillschweigend einverstanden.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 8
655 Übertretungsstrafgesetz (ÜStG)

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Fortsetzung der Beratungen vom Vormittag (siehe Ziffer 645)

§ 17, Ingress zu Abs. 1

§ 17 wurde in der Beratung am Vormittag versehentlich übersprungen. Der **Vorsitzende** hält fest, dass diese Norm in Zusammenhang mit § 16 steht. Da sich der Rat bei § 16 für die zwingende Durchführung eines Ordnungsbussenverfahrens gemäss Antrag des Regierungsrats ausgesprochen hat, ist der Ingress zu Absatz 1 von § 17 entsprechend dem Antrag des Regierungsrats zu formulieren.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 19
§ 20
§ 21
§ 22
§ 23
§ 24
§ 25
§ 26
§ 27
§ 28

➔ Der Rat stimmt den Anträgen des Regierungsrats jeweils stillschweigend zu.

§ 29 «Änderungen bisherigen Rechts»

Philip C. Brunner stellt die Frage, ob sich aus Beschlüssen, die der Rat am Morgen gefasst hat, in § 29 irgendwelche Änderungen ergeben.

Das ist nicht der Fall. Es erfolgen keine Wortmeldungen zu einzelnen Punkten.

➔ Der Rat stimmt den Anträgen des Regierungsrats stillschweigend zu.

§ 30 «Aufhebung bisherigen Rechts»
§ 31 «Hängige Verfahren»
§ 32 «Inkrafttreten»

➔ Der Rat stimmt den Anträgen des Regierungsrats jeweils stillschweigend zu.

– Anhang zum Übertretungsstrafgesetz (ÜStG): Bussenkatalog

Der **Vorsitzende** hält fest, dass er nur diejenigen Ziffern aufruft, zu denen die Kommission einen abweichenden Antrag stellt. Bei den übrigen Ziffern gilt ohne Wortmeldung die vom Regierungsrat beantragte Fassung als beschlossen. Bei allfälligen Anträgen ist genau zu formulieren, ob:
• der Text des Straftatbestands geändert werden soll;
• die Höhe der Busse geändert werden soll;
• oder der Straftatbestand als Ganzes gestrichen werden soll.

1. Übertretungen im Bereich Ruhe und Ordnung
Ziff. 1.1

Daniel Stadlin stellt den **Antrag,** Ziff. 1.1 wie folgt zu präzisieren oder durch eine neue Ziffer zu ergänzen: «Verunreinigung von landwirtschaftlichem Grünland (Weideland, Mähweiden) durch Kleinabfälle Dosen, Flaschen, Papier, Verpackungen (§ 5 Abs. 1 ÜStG)». Er schlägt vor, dies mit 300 Franken zu ahnden.
Zur Begründung führt er an, dass längst nicht mehr nur Hundekot auf den Wiesen liegengelassen wird. Getränkedosen und anderer Abfall sorgen zunehmend für Probleme. Entlang von Strassen und Wegen ist die Landwirtschaft von der Problematik des

Litterings besonders betroffen. Für sie ist Littering nicht nur ein ästhetisches Problem. Abfall auf Wiesen, Weiden und in Feldern führt zunehmend zu ernsthaften gesundheitlichen Folgen für das Weidevieh. Er verursacht Verletzungen an Klauen, Maul, Speiseröhre und Verdauungsorganen und kann zu ernsthaften gesundheitlichen Beschwerden oder gar Tierverlusten führen. So sind auch schon Kühe gestorben oder mussten eingeschläfert werden. In Grenchen verlor auf diese Weise ein Bauer in den letzten zwei Jahren sechs seiner Tiere. Abfall tötet Tiere. Verunreinigung von landwirtschaftlichem Grünland durch Abfall ist daher als eigener Tatbestand zu ahnden, wobei die Busse gegenüber dem «normalen» Littering signifikant höher sein muss.

Eusebius Spescha möchte zwei Punkte geklärt haben, bevor über einzelne Sachverhalte diskutiert und abgestimmt wird. Zum einen versteht er den vorliegenden Anhang so, dass hier nur Sachverhalte aufgelistet sind, welche entweder im heute Morgen beratenen Gesetzesteil oder aber in einem anderen Gesetz aufgeführt sind. Bezüglich des Antrags von Daniel Stadlin bedeutet dies: Wenn ein zusätzlicher Sachverhalt geregelt werden soll, müsste das vorne im Gesetzestext geschehen; im Anhang wird nur noch der Bussentarif bestimmt. Er möchte geklärt haben, ob hier noch zusätzliche Sachverhalte aufgeführt werden können.
Zum andern versteht er den Bussenkatalog so, dass jede Streichung dazu führt, dass nicht im einfachen Ordnungsbussenverfahren gebüsst, sondern ein Anzeigeverfahren durchgeführt wird. Die Streichung hätte also nicht zur Folge, dass *keine* Busse erteilt wird, sondern dass eine Anzeige erfolgt. Der Votant möchte «offiziell» hören, dass diese Auffassung richtig ist.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bestätigt, dass Streichungen im Anhang bedeuten, dass dann nicht das einfache Verfahren, sondern das Anzeigeverfahren zur Anwendung kommt.
Die Regierung lehnt den Antrag von Daniel Stadlin ab, weil Weideland öffentlich zugänglich ist und damit in § 5 Abs. 1 ÜStG schon enthalten ist. Man kann sich fragen, was mit den Hunden ist, die sich im Weideland versäubern. Die Hundeversäuberung ist aber nicht Gegenstand dieses Littering-Gesetzes; nur wenn jemand ein Hundesäckchen wegwirft, dann ist das Littering. Die Frage soll aber im Zusammenhang mit dem Hundegesetz geklärt und dem Rat vorgelegt werden.

Landschreiber **Tobias Moser** beantwortet die zweite Frage von Eusebius Spescha mit «Ja»: Was im Bussenkatalog nicht aufgeführt ist, aber vorne in den Paragraphen erscheint, wird im Anzeigeverfahren geahndet. Das ist der Mechanismus von § 16 in Kombination mit dem Bussenkatalog.
Zur Frage eines zusätzlichen Ordnungsbussen-Tatbestands im Anhang: Der Antrag wurde im Sinne eines Spezialfalls von Ziff. 1.1 eingereicht, mit einem kleineren Anwendungsbereich, weil nur landwirtschaftliches Grünland – konkret Weideland und Mähweiden – betroffen sind. Aus Sicht des Landschreibers ist der Antrag zulässig.

Für **Heini Schmid** war die Hauptfrage von Eusebius Spescha, wo ein zusätzlicher Straftatbestand geregelt werden müsse. Er teilt die Meinung, dass im Bussenkatalog keine Straftatbestände definiert werden können. Dort wird nur geregelt, ob das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung komme, jeweils mit einem Hinweis auf die entsprechende Bestimmung im Gesetz. Für eine spezielle Strafe für Littering im Landwirtschaftsgebiet müsste man den Littering-Artikel um einen Abs. 2 erweitern, in dem gesagt wird, dass Littering im Landwirtschaftsgebiet oder auf Weideland beispielsweise mit einer doppelten Busse gemäss Ziff. 1.1 bestraft werde. Der Straftatbestand ist immer ausserhalb des Bussenkatalogs definiert, und es können hier nicht zusätzliche

Straftatbestände eingeführt werden. Es bräuchte einen Rückkommensantrag, um dann in § 5 Abs. 1 für Littering im Landwirtschaftsgebiet die doppelte Busse zu beantragen. Das wäre vom Mechanismus her richtig.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass jetzt zwei verschiedene Meinungen vorliegen, jene von Heini Schmid und jene des Landschreibers. Er schlägt vor, über den Antrag von Daniel Stadlin abzustimmen.

Manuel Brandenberg will seine Meinung auch noch einbringen, da auch beim Gericht demokratische Entscheide üblich sind, wenn man sich nicht einigen kann. Er teilt die Auffassung des Landschreibers. In § 5 Abs. 1 ist der Grundtatbestand festgehalten, der mit Busse bestraft wird. Man kann dann im Anhang durchaus ein qualifizierendes Element mit einem zusätzlichen Passus hineinnehmen: Wenn das öffentlich zugängliche *Weideland* verunreinigt wird, dann wird eine grössere Busse ausgesprochen. Das sollte zulässig sein.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, über den Antrag von Daniel Stadlin abzustimmen. Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Vorschlag.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Daniel Stadlin mit 56 zu 12 Stimmen ab.

Ziff. 1.3

➔ Der Rat folgt mit 53 zu 16 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziff. 1.4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission beantragt, den Straftatbestand dem Wortlaut von § 6 Abs. 1 Bst. c anzupassen. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Kommission stillschweigend zu.

Ziffer 1.5

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission beantragt, den Straftatbestand dem Wortlaut von § 9 anzupassen. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Kommission stillschweigend zu.

➔ Bezüglich der Bussenhöhe folgt der Rat mit 58 zu 12 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziffer 1.6

➔ Der Rat folgt mit 56 zu 12 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziffer 1.7

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission eine Neuformulierung des Straftatbestands beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag an.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Kommission stillschweigend zu.

Ziffer 1.8

Die Kommission beantragt eine Neuformulierung des Straftatbestands und eine Bussenhöhe von Fr. 300.–. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag in Bezug auf den Straftatbestand an.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Kommission in Bezug auf die Formulierung des Straftatbestands stillschweigend zu.

➔ Bezüglich der Bussenhöhe folgt der Rat mit 46 zu 27 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 200.–).

Ziff. 1.12

Philip C. Brunner beantragt namens der SVP-Fraktion, Ziff. 1.12 zu streichen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass Ziff. 1.12 zuerst hinsichtlich der Bussenhöhe bereinigt wird und dann über die beantragte Streichung abgestimmt wird.

➔ Der Rat folgt bezüglich der Bussenhöhe mit 52 zu 19 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

➔ Der Rat lehnt mit 51 zu 20 Stimmen den Streichungsantrag der SVP-Fraktion ab.

2. Übertretungen im Bereich Fischerei

Philip C. Brunner stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag** bzw. gleich fünf Anträge, es seien nämlich die Ziffern 2.1 bis 2.5, also der ganze Abschnitt zu Übertretungen im Fischereibereich, zu streichen. Es kann darauf verzichtet werden, da die Zahl der im Kanton Zug aktenkundigen Fälle die Einführung dieser Bestimmungen nicht rechtfertigen. Die SVP-Fraktion wird den gleichen Antrag auch für die Übertretungen im Bereich Jagd stellen.
Auf Nachfrage von Sicherheitsdirektor Beat Villiger bestätigt Philip C. Brunner, dass die Übertretungen im Bereich Fischerei nicht straffrei werden sollen, sondern nur aus dem Bussenkatalog entfernt werden sollen. Der vorberatenden Kommission wurde gesagt, dass im Jahr 2011 fünf Verfahren im Bereich Jagd geführt wurden, und man kann annehmen, dass es im Bereich Fischerei nicht viel mehr waren.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass analog zu vorher vorgegangen wird: Da in vier Ziffern des Abschnitts vom Regierungsrat bzw. der vorberatenden Kommission verschiedene Bussenbeträge beantragt werden, erfolgt zuerst die Bereinigung der einzelnen Ziffern. Anschliessend wird über den Streichungsantrag abgestimmt.

Ziffer 2.1

➔ Der Rat folgt mit 47 zu 25 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziffer 2.2

➔ Der Rat folgt mit 47 zu 23 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziffer 2.3

➔ Der Rat folgt mit 51 zu 22 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziffer 2.4

➔ Der Rat folgt mit 46 zu 26 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 200.–).

Kommissionspräsident **Alois Gössi** informiert, dass der Antrag auf Streichung von Abschnitt 2 schon in der Kommission gestellt, dort aber abgelehnt wurde. Die Antragsteller befürchteten, dass der Ordnungsbussenkatalog zu weit gehe und es inskünftig eine Bussenflut gebe. Dem widersprachen sowohl die Polizei, das Amt für Wald und Wild als auch der Sicherheitsdirektor. Es gibt keine Absicht, in diese Richtung vemehrt Ordnungsbussen auszustellen. Auch die Erfahrungen in anderen Kantonen bei der Einführung der Ordnungsbussen zeigten das gleiche Bild.
Das neue Verfahren mit der Ordnungsbusse ist ein schlankes und schnelles Verfahren, sowohl für die Täterinnen und Täter als auch für die Verwaltung. Die Kosten sind für beide Seiten tiefer, und die Angelegenheit ist rasch und anonym erledigt, sofern sofort bezahlt wird. In diesem Sinn bittet der Kommissionspräsident, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Manuel Brandenberg: Man könnte jetzt den Eindruck haben, die SVP-Fraktion betreibe ein Jekami-Spiel. Das ist nicht der Fall. Die SVP ist vielmehr der Meinung, das Ordnungsbussenverfahren führe zu mehr Bussen und mehr Polizei, weil es ein einfaches Verfahren zur Beschaffung von Geld ist. Das normale Verfahren, das die Konsequenz der Streichung ist, wird nicht so häufig durchgeführt werden. Die Polizisten haben dort ein Beweisverfahren durchzuführen, was viel komplizierter ist und nicht so schnell geht wie Ordnungsbussen einsammeln.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weist darauf hin, dass der Kantonsrat am Morgen bei § 18 die Funktionsträgerinnen und -träger in Forst, Wildhut und Fischerei zur Erhebung von Ordnungsbussen ermächtigt hat. Wenn man im Katalog nun den Bereich Fischerei streichen will, dann ist das eigentlich ein Rückkommensantrag auf § 18. Wenn der Rat dem Streichungsantrag folgt, bedeutet das im Klartext, dass im Bereich Fischerei nur das ordentliche Anzeigeverfahren gelten würde.
Im Übrigen ist es nicht so, dass künftig mehr Bussen ausgestellt werden sollen. Der Sicherheitsdirektor hat am Morgen den Sinn des Systems begründet. Es geht um eine Vereinfachung vor allem für die Bürgerinnen und Bürger, weil die richtigen Leute gleich vor Ort sind. Mit der Anzahl von Bussen bzw. Anzeigen hat das nichts zu tun. Der Sicherheitsdirektor bittet, den Beschluss vom Morgen jetzt auch in den Bussenkatalog zu übernehmen und damit das Ordnungsbussenverfahren auch in diesem Bereich zu ermöglichen.

Philip C. Brunner hat zwei Fragen. Erstens soll der Landschreiber dazu sagen, was er zu sagen hat; der Votant glaubt dem Sicherheitsdirektor nämlich nicht. Und zweitens stellt sich eine Frage zum Ablauf: Ist es überhaupt möglich, den ganzen Abschnitt in *einer* Abstimmung streichen, oder müssen wiederum fünf Abstimmungen durchgeführt werden?

Landschreiber **Tobias Moser** stellt klar, dass kein Rückkommensantrag im technischen Sinne vorliegt; der Rat kommt einfach nochmals auf diese Thematik zurück. Zur zweiten Frage: Wenn der Rat den Abschnitt über die Fischerei *en bloc* streicht, was zulässig wäre, dann wäre die Rechtsfolge davon, dass man die sachliche Zuständigkeit in § 18 Abs. 2 Bst. c nicht mehr braucht und streichen kann.

➔ Der Rat stimmt mit 49 zu 21 Stimmen dem bereinigten Antrag des Regierungsrats zu und lehnt damit die beantragte Streichung des ganzen Abschnitts 2 ab.

3. Übertretungen im Bereich Jagd

Franz Hürlimann will seine Emotionen in Grenzen halten, handelt es sich doch um ein Geschäft der Sicherheitsdirektion. Es war schon mehrmals zu hören: Die Kommissionsarbeit verzettelte sich über ein halbes Jahr oder noch länger. Eine gewisse Ausgewogenheit sucht man in dieser Vorlage deshalb vergeblich. Dies fiel dem Votanten spätestens dann auf, als es um mögliche persönliche Interessen bei Übertretungen ging. So meldeten zum Beispiel die Katzen-, Hunde- und Pferdeliebhaber, aber auch die Sportler ihre Interessen an. Der Votant selbst spricht für die Jäger.
Die meisten Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die heute über die Höhe des Strafmasses befinden, haben von der Jagd resp. von der Jagdausübung keine oder höchstens eine völlig falsche Vorstellung. Jäger absolvieren ein zweijähriges Praktikum mit einer anschliessenden Prüfung, die selbst Akademiker und ranghohe Politiker wie Christoph Blocher und Christophe Darbellay als sehr anspruchsvoll bezeichnen.
Die Jagd braucht ihre Regeln. Das ist selbstverständlich auch die Meinung des Votanten. Diese sind regional jedoch sehr verschieden. In Revierkantonen wie beispielsweise Zürich, Aargau oder Luzern kennt man die meisten der Strafbestimmungen im Kanton Zug nicht. Warum wohl? Weil sie nicht notwendig sind.
Im Bericht des Regierungsrats steht auf Seite 8: «Deshalb eignen sich nur solche Tatbestände für die Erledigung im Ordnungsbussenverfahren, welche als leichtere Gesetzesverstösse, sogenannte Bagatelldelikte, zu werten sind.» Warum sollen denn Bagatelldelikte für Jäger im Kanton Zug mit 100 Franken bestraft werden, wenn solche zum Beispiel im Strassenverkehrsgesetz mit 20 Franken gebüsst werden? Ist das vernünftig? Oder gelten im Strassenverkehr Dumping-Bussen?
Der Votant vertritt 300 Zuger Jäger inklusive deren Vorstand, dessen Vernehmlassungsantwort in der Vorlage leider nicht korrekt wiedergegeben ist. Jäger erfüllen im Auftrag des Staates eine Pflicht – und bezahlen dafür auch noch, dies nicht zu wenig. Die Zuger Jägerschaft ist geschlossen der Meinung, die Mindestbussen sollten bei 50 Franken angesetzt werden.
Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** die Mindestbussen im Absatz 3 seien generell bei 50 Franken anzusetzen, auch weil bei Ordnungsbussen im Bereich Wild und Jagd eine gewisse Willkür nicht auszuschliessen ist; auch wäre dadurch die Verhältnismässigkeit gewährleistet. Sollte dieser Antrag – wie anzunehmen ist – kein Gehör finden, wird der Votant den **Antrag** stellen, der Bereich Jagd sei gänzlich aus dem Ordnungsbussenkatalog zu streichen.

Der **Vorsitzende** schlägt das gleiche Vorgehen wie vorhin vor: zuerst die Bereinigung der einzelnen Ziffern, dann die Abstimmung über den Streichungsantrag. Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Ziff. 3.1

➔ Der Rat folgt mit 44 zu 23 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziff. 3.2

➔ Der Rat folgt mit 44 zu 22 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziff. 3.3

➔ Der Rat folgt mit 39 zu 21 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 300.–).

Ziff. 3.4

➔ Der Rat folgt mit 42 zu 21 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 200.–).

Ziff. 3.5

➔ Der Rat folgt mit 41 zu 23 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziff. 3.6

➔ Der Rat folgt mit 40 zu 22 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 200.–).

Ziff. 3.7

➔ Der Rat folgt mit 39 zu 21 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziff. 3.8

➔ Der Rat folgt mit 40 zu 20 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 200.–).

Ziff. 3.9

➔ Der Rat folgt mit 39 zu 22 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziff. 3.10

➔ Der Rat folgt mit 40 zu 21 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziff. 3.11

➔ Der Rat folgt mit 41 zu 22 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziff. 3.12

➔ Der Rat folgt mit 41 zu 26 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziff. 3.13

➔ Der Rat folgt mit 43 zu 21 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 200.–).

➔ Der Rat stimmt mit 45 zu 24 Stimmen dem bereinigten Antrag des Regierungsrats zu und lehnt damit die beantragte Streichung des ganzen Abschnitts 3 ab.

4. Übertretungen im Bereich Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz

Philip C. Brunner hält namens der SVP-Fraktion fest, dass es Abschnitt 4 nicht braucht. Er stellt den **Antrag,** die Ziffern 4.1 bis 4.15 seien global zu streichen. Für jene Ziffern, in denen der Regierungsrat eine Busse von 200 Franken vorsieht, stellt die SVP-Fraktion den **Antrag** auf 100 Franken. Das gilt für die Ziffern 4.5 sowie – gleichlautend mit dem Antrag der Kommission – für 4.10 und 4.15.

Der **Vorsitzende** schlägt auch hier das Vorgehen von vorhin vor: zuerst die Bereinigung der einzelnen Ziffern, dann die Abstimmung über den Streichungsantrag. Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Ziff. 4.5

➔ Der Rat folgt mit 38 zu 24 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 200.–).

Ziff. 4.10

➔ Der Rat folgt mit 37 zu 23 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 200.–).

Ziff. 4.15

➔ Der Rat folgt mit 35 zu 26 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 200.–).

➔ Der Rat stimmt mit 47 zu 14 Stimmen dem bereinigten Antrag des Regierungsrats zu und lehnt damit die beantragte Streichung des ganzen Abschnitts 4 ab.

5. Übertretungen im Bereich Gesundheit

Philip C. Brunner stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** der ganze Abschnitt 5 sei global zu streichen. Zu den einzelnen Bussen stellt die SVP keine Anträge.

Ziff. 5.1

➔ Der Rat folgt mit 36 zu 25 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 100.–).

Ziff. 5.2

Silvan Hotz legt einleitend seine Interessenbindung vor: Er ist Präsident des Zuger Gewerbeverbandes und vertritt unter anderem auch viele Detaillisten und Hoteliers mit Gastrobetrieben. Zudem ist er von diesem Gesetz auch direkt betroffen, weil in seinem Betrieb alkoholische Getränke und Tabak verkauft werden.
Für den Votanten ist es unverständlich, warum die Busse bei Ziffer 5.2 und 5.3 höher sein soll als bei 5.1 und 5.4. Worin besteht denn der Unterschied, ob einem Jugendlichen Alkohol verkauft wird oder Tabak? Beides ist gemäss Gesundheitsgesetz strafbar, und beides ist schädlich. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** die beiden Straftatbestände 5.2 und 5.3 seien ebenfalls mit 100 Franken zu büssen.
Die Begründung, warum die Bussen je 100 Franken und nicht 300 Franken betragen sollen, findet man im Kommissionbericht auf Seite 9. Da sind 300 Franken festgelegt bei Gefährdung von Dritten. Anders als in Ziffer 5.1, wo der Rat eben eine Busse von 100 Franken festgelegt hat, sind hier die Rauchenden die Täter, denn sie schädigen bewusst oder unbewusst unfreiwillige Dritte mit ihrem Rauch. Aber bei den Ziffern 5.2, 5.3 und 5.4 ist es so, dass gerade die Dritten, eben die Jugendlichen, diese Gefährdung selber wollen und suchen. Sie möchten freiwillig Alkohol oder Tabak kaufen und sind demnach eigentlich die Täter, denn sie verführen das Verkaufspersonal zu einer Straftat. Schlussendlich wird dann das Verkaufs- oder Servicepersonal gebüsst, weil es bei der Alterskontrolle zu wenig vorsichtig war. Wenn nun jemand der Meinung ist, dass der Betrieb diese Busse bezahlen muss, dann liegt er falsch. Alle Mitarbeiter sind zur Sorgfalt verpflichtet, sonst bezahlen sie die Busse selber.
Natürlich geht es hier um Jugendschutz. Wenn aber die Jugendlichen den Alkohol oder den Tabak nicht wirklich kaufen wollten, käme es nicht zu deren Gefährdung. Wenn der Rat hier festhält, muss er auch darüber diskutieren, ob in Zukunft nicht auch Jugendliche bestraft werden sollen, die ungerechtfertigterweise Tabak und Alkohol kaufen wollen.
Bis jetzt hat der Rat im Anhang bei allen Straftatbeständen, welche unfreiwillige Dritte – sei es Mensch, Tier oder Umwelt – gefährden oder schädigen, mit tieferen Bussen

belegt. Hier nun den Detailhandel oder den Gastrobereich mit 300 Franken für etwas zu bestrafen, nach dem Dritte gewollt und freiwillig fragen, ist nicht richtig. Der Votant bittet den Rat, seinem Antrag im Sinne einer Gleichbehandlung und Ausgewogenheit zuzustimmen und die Bussen bei den Ziffern 5.2, 5.3 und 5.4 einheitlich bei 100 Franken festzusetzen.

➔ Der Rat folgt mit 41 zu 23 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 300.–).

Ziff. 5.3

➔ Der Rat folgt mit 41 zu 23 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 300.–).

Ziff. 5.4

➔ Der Rat folgt mit 40 zu 23 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 300.–).

➔ Der Rat stimmt mit 48 zu 16 Stimmen dem bereinigten Antrag des Regierungsrats zu und lehnt damit die beantragte Streichung des ganzen Abschnitts 5 ab.

6. Übertretungen im Bereich Gastgewerbe

Philip C. Brunner setzt seine Interessenbindung als bekannt voraus. Zumindest die letzten fünf Abstimmungen waren ziemlich gewerbeunfreundlich. Jetzt aber sagt er etwas Erstaunliches: Er findet es lausig, wenn ein Gastgewerbebetrieb, der seine Öffnungszeiten überschreitet oder die polizeilich sehr wichtige Meldepflicht nicht erfüllt, nur mit 100 Franken bestraft wird. Bei diesen Vergehen muss ein Verfahren laufen. Deshalb stellt er im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Ziffern 6.1 und 6.2 seien aus dem Bussenkatalog zu streichen. Mit einer Busse kommen Fehlbare viel zu gut weg, und es wäre schade, wenn diese Vergehen mit einer Hunderternote erledigt werden könnten. Die Streichung aus dem Bussenkatalog wäre auch positiv für alle Gastgewerbebetriebe, die ihren Pflichten korrekt nachkommen – und das sind die allermeisten.
Wie soll das Unterlassen der Meldepflicht denn überhaupt gebüsst werden? Wenn ein Betrieb dreissig Zimmer hat, ist die Busse dann dreissig mal 100 Franken? Oder was geschieht, wenn der Hotelier oder sein Mitarbeiter an einem bestimmten Tag gerade keine Lust hatte, die Bulletins auszufüllen? Früher standen die Polizisten in voller Montur da, fragten nach Postleitzahl und Geburtsdatum und wollten bei unleserlichen Namen Genaueres wissen. Man darf hier härter an das Gewerbe ran. Das ist – aus Erfahrung heraus – die persönliche Haltung des Votanten. Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, dass diese Übertretungen sowieso aus dem Anhang herausgestrichen werden sollen; sie haben mit Littering nichts zu tun.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, *en bloc* über die Streichung Ziffern 6.1 und 6.1 abzustimmen.

➔ Der Rat stimmt mit 39 zu 21 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats zu und lehnt damit die beantragte Streichung des Abschnitts 6 ab.

7. Übertretungen im Bereich Wald

Philip C. Brunner stellt im Namen seiner Fraktion den Antrag, die Ziffern 7.1 bis 7.4 seien zu streichen. Der Weiteren setzt sich die SVP für eine generelle Bussenhöhe von 100 Franken in diesem Abschnitt ein, folgt in Ziffer 7.2 also dem Antrag der vorberatenden Kommission.

Ziff. 7.2

➔ Der Rat folgt mit 40 zu 17 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats (Busse Fr. 200.–).

➔ Der Rat stimmt mit 45 zu 14 Stimmen dem bereinigten Antrag des Regierungsrats zu und lehnt damit die beantragte Streichung des ganzen Abschnitts 7 ab.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Staatskanzlei die Nummerierung anpassen wird.

TRAKTANDUM 9

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG), Änderung von § 10

(wurde bereits vor Traktandum 8 behandelt, siehe Ziffer 654)

TRAKTANDUM 10

Geschäfte, die an der Kantonsratssitzung vom 31. Januar 2013 nicht behandelt werden konnten:

656 Traktandum 10.1: **Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG)**

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2176.1/.2 - 14145/46); Bericht und Antrag der Raumplanungskommission (2176.3 - 14222).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nebst dem Antrag des Regierungsrats der Antrag der Raumplanungskommission auf Eintreten und Zustimmung vorliegt. Die Staatswirtschaftskommission hat diese Gesetzesvorlage nicht vorberaten, weil sie keine finanziellen Auswirkungen hat.

EINTRETENSDEBATTE

Barbara Strub, Präsidentin der Raumplanungskommission: Die Änderung von § 44a des Planungs- und Baugesetzes erfolgt hauptsächlich auf Grund einer im April 2011 eingereichten und vom Parlament erheblich erklärten Motion. Ziel ist, dass die Erstellung neuer Solaranlagen unkompliziert und rasch bewilligt und umgesetzt werden kann. Das Verfahren zum Bau von neuen Solaranlagen auf bestehenden Gebäuden soll vereinfacht werden. Kürzere Verwaltungswege und weniger Bürokratie sind in dieser Sache gefordert und werden mit dem neuen Paragraphen möglich. So soll statt mit einer Baubewilligung mit einer Anzeige der Bau von nachträglich zu erstellenden Solaranlagen ermöglicht werden. Auch wenn solche Bauvorhaben nach wie vor in der Verantwortung der Gemeinden liegen, soll dies kantonal verankert werden. Der schlussendliche Entscheid liegt weiterhin bei der Baubehörde, welche die Anzeige erhält.

Möchte eine Bauherrschaft auf einem bestehenden Gebäude eine Solaranlage installieren, hat sie mit dieser Anpassung in § 44a neu lediglich eine schriftliche Bauanzeige bei der gemeindlichen Baubehörde einzureichen. Solaranlagen sollen analog zu geringfügigen Bauten, welche nachbarliche und öffentliche Interessen nicht erheblich berühren, gehandhabt werden, denn Einsprachen von Nachbarn sind grundsätzlich nicht möglich. Die baubewilligende Behörde, das heisst die Gemeinde, kann und soll diese Bauanzeige prüfen und im Zweifelsfall, bei einer schlechten Einpassung oder wesentlicher Beeinträchtigung der Umgebung durch die Solaranlage, ein Baubewilligungsverfahren eröffnen. Ansonsten kann die Anlage ohne Einwand der Behörde nach zwanzig Tagen gebaut werden.
Dass wir auf kantonaler Ebene diese Erleichterung schaffen, macht Sinn, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass das Raumplanungsgesetz, welches dies in § 18 auch regeln würde, die Hürde der Volksabstimmung auf eidgenössischer Ebene noch nicht genommen hat. Im Kanton Zug werden wir diese Erleichterung beibehalten, auch wenn das Raumplanungsgesetz am 3. März abgelehnt würde.
Die Raumplanungskommission hat diesem Artikel einstimmig zugestimmt. Die FDP-Fraktion wird anschliessend einen Änderungsantrag stellen, welchen die Regierung unterstützen kann. Die leicht modifizierte Formulierung entspricht materiell auch dem Anliegen der Raumplanungskommission. Gemäss einer E-Mail-Umfrage wird dieser Antrag von der Raumplanungskommission mit 8 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen.
Im Weiteren haben wir mit § 72 Abs. 4 eine Gesetzesänderung, welche die Bauabstände bei energetischen Massnahmen an bestehenden Gebäuden regeln soll. Das kurz vor der Abstimmung stehende Raumplanungsgesetz regelt detailliert bereits auf Bundesebene die Bauabstände. Eine Anpassung ist somit auch in unserem Planungs- und Baugesetz nötig. Für den Fall einer Annahme dieses Gesetzes am 3. März haben wir mit dem heutigen Beschluss die Änderung in § 72 bereits angepasst. Unser bisheriges Recht hat auf die Abstandsüberschreitung von 20 Zentimeter verzichtet. Dies wird nun aber vom Bund gefordert. Es betrifft bei energetischen Sanierungen die Gebäudehöhen, Gebäudeabstände wie auch Abstände zu Grenzen, Gewässern, Parkplätzen und Strassen. Dieser Paragraph war in unserer Kommission unbestritten. Er kommt nur bei Annahme des Raumplanungsgesetzes am 3. März zur Anwendung.
Die Kommissionspräsidentin bittet im Namen der Raumplanungskommission, auf diese Änderungen des Planungs- und Baugesetzes einzutreten und den beiden Paragraphen zu zustimmen. Ferner beantragt die Kommission, die beiden parlamentarischen Vorstösse, die Motion von Pirmin Frei betreffend kein Zuger Dach ohne Sonnenenergienutzung und die Motion von Thomas Lötscher, Philippe Camenisch, Daniel Abt und Daniel Burch betreffend Rechtssicherheit im Baubewilligungsverfahren, gemäss Antrag der Regierung als erledigt abzuschreiben. Hingegen beantragt die Raumplanungskommission, ihr eigenes Postulat betreffend Überprüfung der Ausnützungsziffer bei der Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe im Kanton Zug noch nicht als erledigt abzuschreiben. Die Kommission ist der Auffassung, dass der Regierungsrat der Frage nach dem Begriff «Ausnützungsziffer» vertiefter nachgehen muss. Die Kommissionspräsidentin verweist auf die Argumentation im Bericht und Antrag der Kommission und bittet, der dortigen Antrag zu folgen und das Postulat nicht als erledigt abzuschreiben.

Hanni Schriber-Neiger: In Zukunft soll mit einer einfachen Bauanzeige der Einbau von Solaranlagen zur Wärme- und Stromgewinnung auf Zuger Dächern möglich werden. Die Alternative Grüne Fraktion findet es sinnvoll, den Anteil der nachhaltigen Ressourcennutzung zu erhöhen und das Bewilligungsverfahren dazu zu vereinfachen. Will also jemand innerhalb der Bauzone auf dem eigenen Hausdach eine Strom-

produktionsanlage bauen, soll dies in unserem Kanton einer unkomplizierten und einheitlichen Bewilligungspraxis unterstellt werden. Eine sorgfältig integrierte Solaranlage auf eine bestehende Dachfläche kann sogar eine Aufwertung sein. Hat die Gemeinde aber Zweifel, dass die geplante Solaranlage sich nicht gut einpasst, hat sie die Möglichkeit ein normales Baubewilligungsverfahren zu eröffnen.
Die AGF ist für Eintreten und stimmt der Änderung des Planungs- und Baugesetzes zu. Sie unterstützt bei § 44 Absatz 1 den Antrag der FDP-Fraktion und Regierung.

Markus Jans hält fest, dass das Wesentliche von der Kommissionspräsidentin bereits ausführlich erläutert wurde. Die SP-Fraktion schliesst sich dieser Argumentation an, unterstützt die Änderung des Planungs- und Baugesetzes und freut sich darüber, dass die Solarenergie und Photovoltaikanlagen in Zukunft einfacher bewilligt werden.

Rainer Suter: Wollen wir vermehrt auf erneuerbare Energie setzen und diese auch auf oder um bestehende Gebäude installieren, macht es Sinn, das Planungs- und Baugesetz dahingehend anzupassen. Darum sollen die bestehenden Abstandsvorschriften um maximal 20 Zentimeter überschritten und die Bewilligungen im vereinfachten Verfahren abgewickelt werden können. Aus diesem Grund stimmt die SVP-Fraktion der Vorlage einstimmig zu.

Adrian Andermatt: Die FDP-Fraktion steht einer Bewilligungsvereinfachung bei Anlagen zur Gewinnung von Sonnenergie grundsätzlich positiv gegenüber. Sie ist geschlossen für Eintreten auf die Vorlage.
Im Gegensatz zur Regierung und zur vorberatenden Kommission, welche sich zwischenzeitlich aber angeschlossen haben, ist die FDP-Fraktion grossmehrheitlich der Auffassung, dass auch bei Solaranlagen kein Freipass bestehen darf. Diese Ansicht vertritt übrigens auch der Bundesgesetzgeber. Denn entgegen dem vorgeschlagenen und heute zu diskutierenden § 44a des kantonalen Planung- und Baugesetzes sieht das revidierte Raumplanungsgesetz das Melderecht lediglich dann vor, wenn die Solaranlagen «genügend angepasst» sind. Gemäss vorliegendem Planungs- und Baugesetz gilt die Anzeigepflicht jedoch ganz allgemein und somit ausnahmslos an Stelle der Baubewilligungspflicht. Dies geht nach Ansicht der FDP zu weit. Denn auch in diesem Zusammenhang muss der Grundsatz gelten, dass der Zweck nicht alle Mittel bzw. nicht alle Anlagen heiligt. Es gilt auch in diesem Zusammenhang genau wie bei den anderen geringfügigen Bauvorhaben eine Güterabwägung vorzunehmen. Denn eine Solaranlage kann durchaus auch berechtigte Interessen und somit auch das Eigentum Dritter übermässig tangieren. Dies gilt es zu berücksichtigen und entsprechend zu legiferieren.
Die FDP-Fraktion ist daher der Überzeugung, dass die berechtigten Interessen aller Beteiligter nur dann angemessen gewahrt werden können, wenn auch Solaranlagen nur dann dem vereinfachten Verfahren der Bauanzeige unterstellt werden dürfen, wenn diese – analog zu den anderen geringfügigen Bauvorhaben – die nachbarlichen und die öffentlichen Interessen nicht erheblich berühren. Die FDP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** den vorgeschlagenen § 44a Abs. 1 wie folgt zu formulieren: «Geringfügige Bauvorhaben *und Solaranlagen*, welche die nachbarlichen und die öffentlichen Interessen nicht erheblich berühren, sind der zuständigen Gemeindebehörde mit einer Bauanzeige zu melden.» Der zweite Satz («Für Solaranlagen gilt diese Anzeigepflicht allgemein an Stelle der Baubewilligungspflicht») sei zu streichen.

Thomas Rickenbacher: Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und stimmt den Paragraphen 44a und 72 Abs. 4 zu. Sie begrüsst die zwei konkreten Massnahmen zur Förderung von alternativen Energien bzw. für kürzere Wege bei energetischen Ver-

besserungen. Im Weiteren folgt die CVP-Fraktion den Anträgen der Raumplanungskommission, die beiden Motionen als erledigt abzuschreiben, nicht aber das Postulat der Raumplanungskommission.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die Unterstützung der Vorlage. Er zeigt sich etwas überrascht, dass der Motionär – als Sekretär von so vielen Organisationen – nicht als Rednerpult getreten ist, ist diesem aber dankbar für die gute Motion.
Der Baudirektor ist auch froh über den Antrag der FDP-Fraktion. Natürlich könnten er und Adrian Andermatt als Juristen über verschiedene Auslegungen diskutieren: Ist der Antrag des Regierungsrat so gemeint, wie Adrian Andermatt denkt, oder ist er nicht so gemeint? Damit genau diese Diskussion nicht geführt werden muss, ist der Antrag der FDP-Fraktion richtig und wird auch vom Regierungsrat unterstützt.
Die Kommissionspräsidentin hat die Abstimmung über das Raumplanungsgesetz am 3. März bereits erwähnt. In der Revision § 18a ist die Bestimmung über die Solaranlagen auch enthalten, wenn auch nicht wortgleich. Ungeachtet dessen ist es richtig, dass auf kantonaler Ebene dieses Gesetz stipuliert wird, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass § 18a, sollte die Revision des Raumplanungsgesetz vom Schweizer Volk positiv beurteilt werden, noch lange nicht in Kraft tritt; wir rechnen nach Rücksprache mit dem Bund und dem Amt für Raumentwicklung mit dem Inkrafttreten des revidierten Raumplanungsgesetzes frühestens per Mitte 2014.
Mit dem Antrag, das Postulat der Raumplanungskommission noch nicht als erledigt abzuschreiben, ist der Regierungsrat – entgegen dem ursprünglich gestellten Antrag – einverstanden.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1.Lesung)

Titel und Ingress
Zwischentitel «6.2 Baubewilligung und Baueinsprache»
§ 44 «Bewilligungspflicht»

➔ Der Rat folgt stillschweigend den jeweiligen Anträgen des Regierungsrats.

§ 44a (neu) «Pflicht zur Bauanzeige, Solaranlagen»
§ 44a (neu) Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat den Antrag der FDP-Fraktion zu § 44a (neu) Abs. 1 unterstützt. Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der FDP-Fraktion stillschweigend zu.

§ 44a (neu) Abs. 2, 3 und 4

➔ Der Rat stimmt den jeweiligen Anträgen des Regierungsrats stillschweigend zu.

Zwischentitel «10. Übergangs- und Schlussbestimmungen»
§ 72 Abs. 4
Referendumsklausel und Regelung des Inkrafttretens

➔ Der Rat stimmt den Anträgen des Regierungsrats jeweils stilschweigend zu.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung. Die Anträge betreffend Behandlung der Vorstösse kommen nach der Schlussabstimmung zur Sprache.

657 Traktandum 10.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV)**
Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2168.1/.2 - 14125/26); Bericht und Antrag der Konkordatskommission (2168.3 - 14193); Bericht und Antrag der Bildungskommission (2168.4 - 14201); Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (2168.5 - 14214).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nebst dem Antrag des Regierungsrats folgende Anträge vorliegen:
• Antrag der Konkordatskommission auf Eintreten und Zustimmung;
• Antrag der Bildungskommission auf Eintreten und Zustimmung;
• Antrag der Staatswirtschaftskommission auf Eintreten und Zustimmung.
Es handelt sich hier um den Beitritt zu einem Konkordat. Dem Konkordat kann nur als Ganzes zugestimmt werden. Aus diesem Grunde ist eine Detailberatung des Konkordates nicht möglich; das Konkordat wird dann in den Gesetzessammlungen «nur» als Anhang publiziert. Die Detailberatung beschränkt sich also auf den Kantonsratsbeschluss betreffend Konkordatsbeitritt. Selbstverständlich sind politische Meinungsäusserungen möglich.

EINTRETENSDEBATTE

Andreas Hausheer, Präsident der Konkordatskommission, orientiert, dass die Konkordatskommission einstimmig empfiehlt, auf das vorliegende Geschäft einzutreten und ihm auch in der Detailberatung gemäss dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen. Es macht Sinn, die Beitragsflüsse auch im für das duale Bildungssystem zentralen Tertiärbereich B einheitlicher zu regeln. Zwar existiert dafür seit 1998 die Fachhochschulvereinbarung, diese weist aber Mängel auf, die in der Zwischenzeit von niemandem mehr bestritten werden.
In einem ersten Schritt soll nun der Bereich der höheren Fachschulen aus dieser Fachhochschulvereinbarung herausgelöst werden. Leider konnte für den zweiten Bereich, also die eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen, noch keine abschliessende Lösung gefunden werden. Die Konkordatskommission hofft und erwartet, dass auch hier zügig eine Verbesserung erzielt wird.
Für die konkordatstechnischen Fragen und deren Antworten verweist der Votant auf den Kommissionsbericht. Zusammengefasst empfiehlt die Konkordatskommission aus folgenden Gründen, der Vorlage zuzustimmen:
• Erleichterter Zugang für Zuger Studierende an ausserkantonale Höhere Fachschulen durch die volle Freizügigkeit;
• Stärkung der Zuger Höheren Fachschulen durch die volle Freizügigkeit;

- Höhere Fachschulen entsprechen einem Bedürfnis der Wirtschaft; dazu finden sich weitere Ausführungen im Kommissionsbericht auf Seite 3.
- Die finanzielle Belastung des Kantons Zug ist unter der neuen Vereinbarung vergleichbar mit jener unter der alten Fachhochschulvereinbarung.

Eine kritische Bemerkung zur Vorlage muss der Präsident der Konkordatskommission dennoch an den Regierungsrat adressieren: Wieder einmal wurde versäumt, die Konkordatskommission rechtzeitig in den Prozess einzubeziehen. Der Regierungsrat hat dieses Versäumnis zwar erkannt und sich dazu auf Seite 2 seines Berichtes auch geäussert. Die Konkordatskommission kann die Erläuterungen mit *sehr* viel gutem Willen zwar nachvollziehen, behält sich aber vor, in Zukunft Geschäfte nicht mehr zu behandeln, bei denen die definierten Prozesse nicht eingehalten worden sind.
Der Kommissionspräsident darf auch noch die Haltung der CVP-Fraktion mitteilen: Eintreten ist unbestritten, ebenso die Zustimmung in der Detailberatung.

Martin Pfister, Präsident der Bildungskommission: Die Höhere Berufsbildung der Stufe Tertiär B, zu der die beiden Bildungswege Höhere Fachschule (HF) und Höhere Fachprüfung (HFP) gehören, nimmt im Kanton Zug zu Recht einen hohen Stellenwert ein. Diese Ausbildungsgänge entsprechen einer hohen Nachfrage und bedienen die Arbeitswelt mit hochqualifizierten Fachkräften auf der Stufe des mittleren Kaders. Die Tertiär-B-Stufe ist gewissermassen ein Filetstück des dualen Berufsbildungssystems. Der Regierungsrat hat dies in seiner Strategie und die Volkswirtschaftsdirektion noch etwas ausführlicher und genauer in ihren strategischen Eckwerten zu Berufsbildung von 2011 festgehalten. Die Bildungskommission unterstützt diese Schwergewichtssetzung des Regierungsrats ausdrücklich.
Als Interessenbindung legt der Votant offen, dass er selber Präsident eines Vereins im Kanton Zug ist, der eine Höhere Fachschule betreibt. Diese Höhere Fachschule nennt sich Höhere Fachschule für Naturheilverfahrung und Homöopathie (hfnh), zu der auch einige Ausführungen im Bericht der Stawiko stehen.
Obwohl es einzelne Mitglieder der Kommission etwas bedauern, dass in diesem Konkordat nur die Höheren Fachschulen unter ein neues Dach gestellt werden und nicht gerade auch die Höheren Fachprüfungen bzw. die Meisterprüfungen, stimmt die Bildungskommission dem Beitritt zu diesem Konkordat einstimmig zu. Die volle Freizügigkeit für Studierende anderer Kantone, welche das neue Konkordat bringt, liegt ganz im Interesse des Kantons Zug und seiner sieben Höheren Fachschulen, die viele Studierende aus andern Kantonen ausbilden. Mit der neu vorgeschriebenen Leistungsvereinbarung des Standortkantons mit den Höheren Fachschulen wird eine gute Grundlage für das Verhältnis dieser oft von Wirtschaft und Gewerbe getragenen Schulen zum Staat geschaffen.
Die Bildungskommission empfiehlt, dem Betritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen HFSV zuzustimmen.

Gabriela Ingold spricht für die Stawiko und verweist grundsätzlich auf deren Bericht und Antrag. Auch in der Stawiko war dieses Geschäft unbestritten, resultiert doch aus dem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung HFSV ein Mehrertrag von 50'000 Franken. Die Votantin bittet deshalb, dem Konkordat zuzustimmen.

Esther Haas legt vorerst ihre Interessenbindung dar: Sie ist Berufsfachschul-Lehrerin am Gewerblich-industriellen Bildungszentrum (GIBZ) in Zug.
Mit dem Beitritt zur HSFV tut der Kanton Zug einen weiteren Schritt zur Stärkung der erweiterten Berufsbildung. Angesichts der grossen Zahl der Lehrverhältnisse, die im Kanton Zug jährlich abgeschlossen werden, ist der Beitritt bedeutungsvoll, dies in dem Sinne, dass die durch den Kanton Zug bereits gelebt volle Freizügigkeit nun auch für

andere Kantone Geltung hat. Die Angebote der Höheren Fachschulen kommen den Fähigkeiten von vielen jungen Berufsleuten entgegen. Höhere Fachschulen sind Garanten für einen qualifizierten Berufsnachwuchs. Mit den Angeboten der Höheren Fachschulen bekommen jene Berufsleute eine adäquate Weiterbildung, die zwar Fach- und Führungsverantwortung übernehmen wollen, denen aber das Flair für wissenschaftlich-analytisches Denken abgeht oder denen das Interesse dafür fehlt. Die HFSV ist einerseits wegen der zirka 400 Zugerinnen und Zuger, die zurzeit an einer Höheren Fachschule studieren, zukunftsweisend. Andererseits profitieren auch die sieben im Kanton Zug angesiedelten Höheren Fachschulen, weil vielen auswärtigen Studierenden das Studium an einer Höheren Fachschule durch die finanziellen Beiträge ihrer Wohnsitzkantone überhaupt erst ermöglich wird. 400 Zuger Studierende an Höheren Fachschulen und sieben Höhere Fachschulen ergaben für den Kanton Zug einen Standortvorteil, den die AGF vorbehaltlos unterstützen will.

Zari Dfaferi spricht stellvertretend für Barbara Gysel, die aus beruflichen Gründen nicht mehr anwesend ist.
Die SP-Fraktion unterstützt den Beitritt zum Konkordat betreffend Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen einstimmig. Bildung ist *der* «Rohstoff» der Schweiz. Wir haben – auch in Zug – seit langem ein leistungsfähiges und vielfältiges Bildungssystem. Unsere Bevölkerung ist vergleichsweise gut ausgebildet. Das schweizerische Bildungswesen hat in den letzten zwei Jahrzehnten einige markante Veränderungen erfahren, welche die SP als Fortschritte wertet und gar im Parteiprogramm festhält: die grössere Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsgängen; die Aufwertung des Zweigs Berufsbildung durch die Einführung von Berufsmatura, Fachhochschulen und Höheren Fachschulen; die Gleichstellung der Geschlechter, vor allem auch bei den Studierenden an den Universitäten; die bessere internationale Verknüpfung der nationalen Bildungssysteme in Europa. Weitere Reformen sind unumgänglich. Für uns ist die Breite und Integrationskraft der Bildung entscheidend. Alle sollen entsprechend ihren Fähigkeiten in den Genuss von Bildung gelangen können.
Wir erleben in der Schweiz eine Bildungsexpansion. Innerhalb der Tertiärausbildung nehmen die Höheren Fachschulen einen wichtigen Stellenwert ein. Die SP unterstützt daher die bisherige Politik der vollen Freizügigkeit für Studierende aus dem Kanton Zug. Wir begrüssen es, wenn die anderen Kantone nun ebenfalls nachziehen.
Für die Zukunft fänden wir es längerfristig – über dieses Konkordat hinaus – auch sinnvoll, wenn im Bereich der Fachprüfungen – beispielsweise bei Meisterprüfungen in handwerklichen Bereichen – ebenfalls mindestens eine Konkordatslösung gefunden werden könnte.

Thomas Wyss teilt mit, dass das Geschäft in der SVP-Fraktion unbestritten war. Die SVP sieht den Beitritt zum HFSV auch als Bekenntnis zum dualen Bildungssystem, das auch der Bildungsdirektor– wie er unlängst in einem Artikel in der «Weltwoche» darlegte – sehr schätzt. Der Votant macht ferner darauf aufmerksam, dass der Beitritt gemäss Regierungsrat keine Mehrkosten verursacht, sondern insgesamt einen Mehrertrag von 50'000 Franken bringen soll. Man wird 2014 sehen, ob das in dieser Form zutrifft.

Dominik Lehner: Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage und stimmt ihr zu. Sie tut dies mit Überzeugung aus drei Gründen:
- erstens, weil die Zuger Wirtschaft eine hohe Nachfrage an Absolventen von Höheren Fachschulen aufweist und das Konkordat die Höheren Fachschulen stärkt;

- zweitens, weil das Konkordat den Firmen die volle Wahlfreiheit gewährt, wohin sie ihre Mitarbeitenden in Ausbildung geschickt werden können;
- und drittens, weil der Markt unter den Höheren Fachschulen zusätzlich angeregt wird.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** freut sich, dass die Vorlage eine gute Aufnahme findet – was bei Konkordaten ja nicht immer der Fall ist. Es kommt offensichtlich auf den Inhalt an und nicht auf den Titel «Konkordat».
Der Volkswirtschaftsdirektor hat sich vor der Konkordatskommission schon drei Mal verneigt und entschuldigt sich auch hier im Rat dafür, dass die Kommission nicht rechtzeitig, sprich *ab ovo*, ab Eisprung, beigezogen wurde; das Kind war eigentlich schon gezeugt, als die Kommission mitzuwirken begann. Der Regierungsrat hat sich aber nicht gescheut, vor die Konkordatskommission zu treten, denn wir können – wie schon mehrfach gesagt wurde – nur gewinnen. Die Freizügigkeit ist wichtig, gerade für einen kleinen Kanton mit sieben Höheren Fachschulen, welche den interkantonalen Markt nicht scheuen müssen, sondern sich diesem im Gegenteil gern stellen. Wie viel Mehrertrag für die *kantonalen* Schulen resultiert – es gibt auch *private* Höhere Fachschulen –, ist schwierig abzuschätzen. Der angenommene Betrag soll ein Zeichen sein, dass wir nicht mit mehr Aufwand rechnen. Auch wir sind gespannt, ob man zahlenmässig spürt, dass Zürcher oder Aargauer Studierende vermehrt an unsere Schulen kommen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress

Der **Vorsitzende** hält fest, dass im Ingress die Rechtsgrundlage anzupassen ist. Richtig ist § 41 Bst. i, nicht Bst. b. Die Staatskanzlei wird das korrigieren.

➔ Stillschweigende Genehmigung.

§ 1
§ 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine abweichenden Anträge der Kommissionen gibt.

➔ Stillschweigende Genehmigung.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

658 Traktandum 10.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung des Konkordats vom 15. November 2007 über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen**
Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2186.1/.2/.3 - 14164/65/66); Bericht und Antrag der Konkordatskommission (2186.4 - 14223).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nebst dem Antrag des Regierungsrats der Antrag der Konkordatskommission auf Eintreten und Zustimmung vorliegt.

EINTRETENSDEBATTE

Andreas Hausheer, Präsident der Konkordatskommission, tritt nochmals ans Rednerpult, auch wenn der Volkswirtschaftsdirektor vorhin die Arbeit der Konkordatskommission ein wenig ins Lächerliche gezogen hat. Er orientiert einleitend, dass sich die siebenköpfige Konkordatskommission parteipolitisch wie folgt zusammensetzt: je 2 Vertreter der FDP, der SVP und der CVP sowie 1 Vertreter der SP. Die Kommission entschied mit 7 zu 0 Stimmen, also auch ohne Enthaltungen, auf die Vorlagen im Zusammenhang mit den Änderungen des Hooligan-Konkordats einzutreten. In der Detailberatung wurde den Anträgen des Regierungsrats zugestimmt. In der Schlussabstimmung wurde der Vorlage 2186.2 (Änderung des Konkordats) mit 6 zu 1 Stimmen und der Vorlage 2186.3 (Umsetzung der Änderungen) mit 7 zu 0 Stimmen zugestimmt.
In der Kommissionssitzung zeigte Hugo Halter, Chef Spezialeinsätze und Dienstleistungen (SED) der Zuger Polizei, die aktuell im Kanton Zug gelebte Praxis auf. Soweit ersichtlich, ist im Kanton Zug mit dem EVZ nur *ein* Sportverein von den Änderungen direkt betroffen. Die Kommission hat deshalb eine Vertretung des EVZ zur Kommissionssitzung eingeladen, um die Beurteilung der Änderungen aus Sicht eines betroffenen Vereins zu erfahren.
Mit der beantragten Änderung reagiert die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) auf die Einschätzung, dass sich die Situation im Bereich der Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen mit den bisher getroffenen Massnahmen und dem bisherigen Konkordat nicht nachhaltig verbessert hat. Gemäss der KKJPD sind jedes Wochenende im Durchschnitt 900 Polizisten im Einsatz, was jedes Wochenende rund 1 Million Franken Kosten verursacht und die polizeilichen Kapazitäten für die übrigen Aufgaben entsprechend vermindert. Auch die Transportunternehmen werden gemäss der KKJPD noch immer stark belastet. Allein den SBB entstehen durch Beschädigungen, Reinigungen und Sicherheitsmassnahmen jährlich ungedeckte Kosten in der Grössenordnung von 3 Millionen Franken, und der reguläre Bahnverkehr wird durch die Fan-Transporte und deren Begleitumstände nachhaltig gestört.
Mit der zur Diskussion stehenden Änderung sollen den Behörden Instrumente für ein schweizweit koordiniertes Vorgehen gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Die verschiedenen vorgeschlagenen Massnahmen können in drei Gruppen eingeteilt werden:

- Massnahmen gegen gewalttätige Personen: Das wichtigste Instrument sind die Rayonverbote, die künftig für eine Dauer von bis zu drei Jahren und für die ganze Schweiz – statt wie bisher für maximal ein Jahr und regional nur beschränkt – erlassen werden. Daneben können Meldeauflagen schneller und umfassender angeordnet werden.
- Bewilligungspflicht: Die Idee hinter der Bewilligungspflicht ist, dass den zuständigen Behörden ein Instrument zur Verfügung gestellt wird, um den privaten Veranstaltern von Sportanlässen Auflagen machen und dadurch auf Bereiche Einfluss nehmen zu können, die im Zuständigkeitsbereich der privaten Veranstalter liegen. Wichtig ist

hier, dass die verschiedenen angedachten Massnahmen nicht angeordnet werden *müssen,* sondern situationsbedingt angeordnet werden *können.*
- Die weiteren Anpassungen des Konkordats sind im Bericht der Kommission beschrieben.

Die Konkordatskommission wurde im Rahmen des zweistufigen Verfahrens rechtzeitig miteinbezogen. Die dabei von der Kommission gestellten Anträge wurden teilweise übernommen, so etwa die Verschärfung bei den Rayonverboten. Für Weiteres kann auf Ziff. 3 des Kommissionsberichts verwiesen werden.

Welches wären nun die Auswirkungen der Konkordatsänderungen im Kanton Zug? Rechtlich wichtigste Änderung gegenüber der jetzigen Regelung stellt die unbedingte Bewilligungspflicht dar. Nach der geltenden Regelung kann zuerst über die zu treffenden Massnahmen quasi verhandelt werden, und erst bei Uneinigkeit besteht eine Bewilligungspflicht.

Die Beurteilung des EVZ zur Änderung des Konkordats findet sich unter Ziff. 5 des Kommissionsberichts. Die Ausführungen dazu wurden vom EVZ gegengelesen. Der Kommissionspräsident geht darauf nicht weiter ein. Die Kommission wurde darüber informiert, dass die Polizeieinsätze in der laufenden und in der letzten Saison reduziert werden konnten, dies insbesondere aufgrund der verbesserten baulichen Infrastruktur, des vom Parlament beschlossenen Kostenteilers von 60 zu 40 Prozent und der Vereinbarungen zwischen dem EVZ und der Polizei.

Die Kommission interessierte auch die Frage, ob der Kanton von sich aus eine kantonseigene Verschärfung, losgelöst vom Konkordat, quasi als «Zuger Lösung» vornehmen könnte. Theoretisch wäre das zwar möglich, für den Regierungsrat überwiegen hier aber die Nachteile deutlich. Unter anderem würde damit ein irritierendes, negatives politisches Signal an die anderen Kantone ausgesandt, nachdem der Kanton Zug eine Vorreiterrolle in Sachen Sicherheitsstandards übernommen habe.

Beschäftigt hat die Kommission auch die Situation, dass die Gewalt in der Mehrheit der Fälle nur von einer im Vergleich kleinen Gruppe ausgeht, die angedachten Massnahmen – wenn sie denn auch tatsächlich angeordnet werden – aber praktisch alle betreffen. Hierzu wurde ausgeführt, dass das Ziel aller Massnahmen, die letztlich angeordnet werden, ist, dem friedlichen Publikum friedliche Spiele zu ermöglichen. Bezogen auf den EVZ seien aufgrund der schon heute hohen und wirksamen Sicherheitsstandards keine rigorosen Massnahmen zu erwarten. Auch andernorts seien *alle* Personen von Sicherheitsmassnahmen betroffen, was nichts mit Kollektivstrafen zu tun habe.

Die Argumente *gegen* die Änderung des Konkordates lassen sich wie folgt zusammenfassen:
- Von Massnahmen aufgrund des Verhaltens von wenigen seien *alle* betroffen (Stichwort Kollektivstrafen).
- Personen von privaten Sicherheitsunternehmen, die dazu ermächtigt sind, dürften ohne konkreten Verdacht Personen des gleichen Geschlechts über den Kleidern am ganzen Körper nach verbotenen Gegenständen abtasten. Damit würden unmittelbare Persönlichkeitsrechte tangiert. Das stelle einen ungerechtfertigten Eingriff in die persönliche Integrität, Würde und Freiheit dar. Zudem sei davon auszugehen, dass mit der neuen Regelung potenziell eine grössere Anzahl von Personen Durchsuchungen über sich ergehen lassen müsse.
- Einige der angedachten Massnahmen scheinen unverhältnismässig und nur schwer oder gar nicht umsetzbar.

Die Argumente f*ür* eine Änderung des Konkordates lassen sich wie folgt zusammenfassen:
- Die Problematik der Gewalt im Umfeld von Fussball- und Eishockeyspielen sei nicht mehr länger einfach als gesellschaftliches Ereignis hinzunehmen. Es sei die vor-

nehmste Pflicht des Staats, Ordnung und Sicherheit auch in diesem Fall zu gewährleisten. Die Einführung einer Bewilligungspflicht sei der einzige Weg für die zuständigen Behörden, Einfluss auf Sicherheitskonzepte und Stadionordnungen zu nehmen.
- Selbst bei einer gewissen Skepsis gegenüber von ein, zwei angedachten Massnahmen sei es nicht gerechtfertigt, die Änderung als Ganzes abzulehnen. Zum einen sei keine Behörde gezwungen, diese Massnahmen anzuordnen. Zum anderen könnten bei einer Ablehnung auch alle unbestrittenen Änderungen – etwa die Verschärfung beim Rayonverbot und bei den Meldeauflagen – nicht umgesetzt werden.
- Die Möglichkeit der Einflussnahme der Behörden sei höher zu gewichten als die heraufbeschworene mögliche Gefahr, dass bei den Behörden das Augenmass für das Wesentliche und Machbare verloren gehen könnte. In diesem Zusammenhang wurde daran erinnert, dass es in der vorliegenden Thematik immer zwei Parteien gebe, bei denen das Augenmass verloren gehen könnte – was aber niemand hofft.

Nach intensiver Diskussion hat die Kommission entschieden, dem Rat Eintreten auf die beiden Vorlagen und Zustimmung gemäss dem Antrag des Regierungsrats zu beantragen.
Noch ein kleiner Blick über die Kantonsgrenzen hinaus, der auch in der Kommission gemacht wurde: Im Kanton Luzern hat das Parlament der Änderung mit 99 zu 3 Stimmen und im Kanton Zürich mit 132 zu 23 Stimmen zugestimmt. Im Kanton Zürich wurde das Referendum ergriffen, über welches noch in diesem Jahr abgestimmt wird.

Esther Haas: Das Spezielle an Konkordaten ist, dass Parlamente und Regierungen diese nur als Ganzes gutheissen oder ablehnen können. Für die AGF gibt es beim vorliegenden Konkordat leider wenig gutzuheissen und viel abzulehnen.
Ein erster Grund für unsere ablehnende Haltung liegt in der Geschichte dieses Konkordats. Für die sichere Durchführung der Fussball-EM 2008 und die Eishockey-WM 2009 konnte das eidgenössische Parlament von der Dringlichkeitsgesetzgebung überzeugt werden. Kernpunkte waren damals das Rayonverbot, Meldeauflagen und der Polizeigewahrsam. Diese Gesetzgebung war bis 2009 befristet und wurde anschliessend mittels Konkordat von den Kantonen in Kraft gesetzt. In den Diskussionen in den eidgenössischen Räten wurden die Massnahmen damals als *die* Lösung gepriesen, um die Probleme in den und um die Schweizer Sportstadien in den Griff zu kriegen. Nur drei Jahre später werden härtere Massnahmen gefordert; eine Verschärfung des Konkordats sei unabdingbar. Begründet wird dies mit einer Zunahme der Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen.
Hier muss die Votantin dem Kommissionspräsidenten Andreas Hausheer allerdings widersprechen. Eine grosse Rolle spielt nämlich die mediale Berichterstattung, welche suggeriert, dass sich die Situation rund um Sportveranstaltungen verschlimmert habe. Dem Einfluss der Medien kann sich die Politik kaum entziehen, zumal es sich mit einem medial aufgeblasenen Thema relativ leicht auf Stimmenfang gehen lässt. Aufhorchen lässt in diesem Zusammenhang folgendes Zitat: «Eine Umfrage der Koordinationsstelle "Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen" bei Fachleuten von Polizei, privaten Sicherheitsdiensten, Sportverbänden, Fan-Organisationen und Transportbetrieben ergab im Sommer 2011 ebenfalls mehrheitlich die Einschätzung, dass eine Zunahme der Gewalt festzustellen ist.» Die in diesem Zitat erwähnten und angeblich befragten Fan-Organisationen wurden aber nie mit dieser Umfrage bedient. Gespräche mit der Polizei, den Klubverantwortlichen sowie der SBB zeigen ein deutlich anderes Bild: Die Gewalt in und um Sportstadien hat in den letzten Jahren *abgenommen.* Die Zeitschrift «Beobachter» belegt diese Einschätzung in ihrer neuesten Ausgabe auch mit Zahlen: Vor einem Jahr waren 1210 Einträge in der HOOGAN-Datenbank, im Januar 2013 zählte man 1294 Einträge. Mal abgesehen davon, dass die Zuschauerzahlen in dieser Zeit sehr stark zunahmen, ist aber die Zahl der tatsächlichen Gewalttäter weit kleiner.

Zitat aus dem «Beobachter»: «Ist die Massnahme abgelaufen, bleibt die Person weitere drei Jahre gespeichert. Wird ein Name also wegen eines dreijährigen Stadionverbots ins HOOGAN getippt, bleibt er sechs Jahre gespeichert. So kommt es, dass von den 1294 registrierten "Gewalttätern" bloss 519 aktuell mit Massnahmen belegt sind, wie das Bundesamt für Polizei auf Anfrage des Beobachters sagt.» Es scheint mehr als fragwürdig, wenn der Gesetzgeber nicht-repräsentative Umfragen, welche zudem kein klares Ergebnis liefern, und falsch verwendete Zahlen als Argumente für eine Gesetzesverschärfung nimmt.

Mit einem weiteren Beispiel muss die Votantin dem Kommissionspräsidenten widersprechen: Es geht um die Kosten von 3 Millionen Franken, die angeblich der SBB entstehen und den Fans in Extrazügen angelastet werden. Diese Zahl ist eindeutig falsch, handelt es sich dabei doch um den Gesamtverlust, den die SBB mit dem Betrieb von Sonderzügen erwirtschaftet hat. Effektiv betragen die Aufwendungen der SBB für Schäden und Aufräumarbeiten 10 Prozent davon, wie ein SBB-Sprecher nachträglich korrigieren musste. Die Votantin will richtig verstanden sein: Das sind 10 Prozent zu viel. Sie setzt sich aber dafür ein, dass die Verhältnisse richtiggestellt werden. Die SBB sind im Übrigen weiterhin gewillt, Sonderzüge bereitzustellen. Das Chaos, das entsteht, wenn die Zuschauer auf die Regelzüge umsteigen, wäre vorprogrammiert. Und nebenbei gesagt: Die SBB kann bei Fan-Zügen vierzigjähriges Rollmaterial einsetzen, Züge, deren Komfort bei den meisten wahrscheinlich Nasenrümpfen hervorrufen würde.

Nun zu den einzelnen Verschärfungen:

- Art. 2: Hier geht es um gewalttätiges Verhalten im Vorfeld, während oder im Nachgang einer Sportveranstaltung. Es geht hier um die Frage, wie lange die Kausalität gegeben ist. Werden die Massnahmen des Konkordats auch noch angewendet, wenn Stunden nach der Sportveranstaltung eine gewalttätige Auseinandersetzung stattfindet und dabei eine Person involviert ist, die beispielsweise einen EVZ-Schal trägt?
- Art. 2, Abs. 1: Die Aufnahme von Artikel 126 StGB (Tätlichkeit) ist für die AGF nicht nachvollziehbar. Art. 126 StGB bestraft physische Einwirkungen im niedrigsten Bereich, wie sie in jeder Menschenansammlung vorkommen können. Die Verhältnismässigkeit zwischen der nicht vorliegenden Schwere der Tat und den möglichen Massnahmen, welche das Konkordat vorsehen, ist nicht gegeben. Ausserdem handelt es sich bei Tätlichkeiten um Antragsdelikte. Weshalb dies nun im Konkordat von Amtes wegen bestraft werden soll, ist nicht einleuchtend.
- Art. 3b «Durchsuchungen»: Unabhängig von einem konkreten Verdacht sollen künftig private Sicherheitsdienste Besucher am ganzen Körper abtasten dürfen, mit Verdacht auch im Intimbereich. Dass «glaubwürdige Aussagen» unter anderem auch von privaten Sicherheitsangestellten für einen Verdacht ausreichen, macht Artikel 3b zu einem äusserst heiklen Punkt. Die Votantin wird darauf zurückkommen.
- Art. 4, Abs. 2 und 3: Im neuen Konkordat kann ein Rayonverbot – das entgegen der Aussage von Andreas Hausheer absolut nicht unumstritten ist – bis zu drei Jahren verhängt werden. Da dieses Rayonverbot weitreichend definiert ist, führt diese Massnahme zu einschneidenden Einschränkungen im persönlichen Bereich. Das Skandalöse daran ist, dass die alleinige Aussage von Personen – auch privaten! – reicht, um diese staatliche Massnahme zu verfügen. Das Rayonverbot existiert in milderer Form bereits, die Vergangenheit zeigt aber, dass diese Verbote teilweise zu Unrecht ausgesprochen worden sind. Was dies konkret bedeutet, machte der «Beobachter» im bereits erwähnten Artikel ebenfalls deutlich: Im August 2012 behauptete ein Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes, bei der Eingangskontrolle in der St. Galler AFG-Arena von einem Fan getreten worden zu sein. Der junge Fan beteuerte von Anfang an seine Unschuld und verwies auf die Videoaufnahmen. Weil

die aufschiebende Wirkung hier entzogen wird, verbrachte der 18-Jährige zwei Tage in Untersuchungshaft. Neben dem Strafbefehl wurden ihm Stadion- und Rayonverbot sowie ein HOOGAN-Eintrag aufgebrummt. Im Rekursverfahren konnte mit neuem Videomaterial bewiesen werden, dass der Securitas-Mann gar nicht in der Nähe des Fans war, dieser also von Anfang an die Wahrheit gesagt hatte. Leider ist dieses Beispiel bei weitem kein Einzelfall. Die Frage der Beweiswürdigung ist zentral, vor allem vor dem Hintergrund, dass die «glaubwürdigen Aussagen» von privaten Sicherheitsleuten für eine Verurteilung ausreichen. Der HOOGAN-Eintrag wird aber auch bei einem Freispruch nicht zwingend gelöscht. Erfolgte nämlich der Eintrag beispielsweise nach dem Grundsatz «Im Zweifel für den Angeklagten», dann wird der HOOGAN-Eintrag stehengelassen, obwohl ein Freispruch erfolgte. Die Verschärfung bedeutet einen noch grösseren Einschnitt in die Grundrechte, ausgelöst von einem mehr als fehleranfälligen System. Die Votantin bittet eindringlich, dieser Rechtswidrigkeit bei der abschliessenden Abstimmung das nötige Gewicht zu geben.

- Art. 6 «Meldeauflage»: Ebenfalls bis zu drei Jahren soll eine Person verpflichtet werden können, sich während der Zeit, in der bestimmte Spiele stattfinden, bei einer bestimmten Amtsstelle melden zu müssen. Verliert man hier nicht das Augenmass, wenn jemand während drei Jahren sich bei jedem Spiel seines Lieblingsklubs bei einer Amtsstelle melden muss?
- Zum Alkoholverbot: Auch in diesem Punkt regiert die Unverhältnismässigkeit. Nicht die wirklichen Störer werden bestraft, sondern die grosse Masse, welche an einem Spiel gerne ein Bier trinkt. Auch hier wird die Freiheit einer grossen Mehrheit eingeschränkt. Zudem würde im Stadion eine Zweiklassengesellschaft geschaffen: der VIP-Sektor, wo weiterhin Alkohol getrunken werden darf, und der Rest, wo Alkoholkonsum verboten wäre.
- Zum Kombiticket: Als die Votantin erstmals von dieser Massnahme hörte, dachte sie an einen Scherz. Und dieser Scherz funktioniert folgendermassen: Wenn Ratsmitglied Jürg Messmer als bekennender Fan des Playoff-Teilnehmers EHC Biel mit allen anderen Bieler Fans ein Spiel in Zug besuchen will, muss er von Zug zuerst nach Biel fahren, um von dort mit dem Fan-Zug nach Zug zu kommen. Will er das Spiel im Gästesektor mitverfolgen, bekommt er nur ein Ticket, wenn er die Reise gemeinsam mit allen anderen Biel-Fans nach Zug macht. Dies ist kein Scherz, das vorliegende Konkordat sieht diese Massnahme vor. Wenn argumentiert wird, das Kombiticket habe für Zug kaum Relevanz, weil hier die Fans kaum mit ÖV anreisen, kann dies nicht als brauchbares Argument akzeptiert werden, haben wir es hier doch mit einem Konkordat zu tun, das nicht nur für Zuger Verhältnisse Geltung hat.

Noch etwas zu den in den Stadien präsenten Sicherheitsfirmen: Die Votantin ist sich bewusst, dass es Sicherheitsfirmen gibt, welche einen guten Job machen und durch ihr kompetentes Auftreten bereits bei der Eingangskontrolle deeskalierend wirken. Es gibt aber auch – und leider nicht selten – die anderen. So ist beispielsweise in einem Facebook-Eintrag von Angestellten einer Sicherheitsfirma zu lesen: «Am Samstag ficken wir die Inzuchtbuben vom Rhein gleich nochmals.» Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, woher die «Inzuchtbuben» kommen, «vom Zürichsee» oder «aus Luzern» wären andere Varianten gewesen. Diesem Beispiel wären noch weitere hinzuzufügen, wie unter anderem ein der Neuen Zürcher Zeitung Anfang September 2011 zugespielter E-Mail-Verkehr zwischen Angestellten einer Sicherheitsfirma belegt. In einem Schreiben diskutiert der Absender zum Beispiel über die Ausrüstung der Sicherheitsleute und wünscht sich einen Schild, «so dass wir auf die neue Saison hin vorbereitet sind auf viele schöne Schlachten». Die Ausschreitungen der Vergangenheit hauptsächlich auf solche Provokationen zurückzuführen, wäre falsch. Es lohnt sich aber trotzdem, genau hinzuschauen, denn letztlich – und das ist sehr wichtig – erhöht sich bei jedem Gewaltakt in einem Stadion auch die Legitimation der Sicherheitsdienste.

Private Sicherheitsfirmen erfüllen hoheitliche Aufgaben. Dies ist ein inakzeptabler Eingriff ins Gewaltmonopol des Staates.
Der einzige vom Konkordat im Kanton Zug konkret betroffene Verein, der EVZ, teilt diese Bedenken respektive die Ablehnung des Konkordats. An einer von der Sportkommission für die Kantonsrätinnen und -räte organisierten Veranstaltung strich der CEO des EVZ nicht umsetzbare Forderungen des Konkordats hervor, beispielsweise die Arrestzellen im Stadion und das Kombiticket. Gegenüber den Körperkontrollen ohne Verdacht hat der EVZ ebenfalls rechtsstaatliche Bedenken. Und letztlich stören sich auch die EVZ-Verantwortlichen an der Unverhältnismässigkeit der Massnahmen, weil bei ausverkaufter Bossard-Arena 7000 Leute Schikanen über sich ergehen lassen müssen, die allenfalls bei 10 unverbesserlichen Unruhestiftern angewendet werden müssten. Vereine, wie der EVZ investieren bereits jetzt in die Gewaltprävention. Der EVZ nimmt die Fan-Arbeit ernst.
Die AFG ist der Meinung, dass Gewalt bei Sportveranstaltungen ein umfassendes Problem ist, welches sich nicht mit rechtsstaatlich bedenklichen Massnahmen lösen lässt. Wir plädieren dafür, dass der Staat die Bemühungen der Vereine nicht nur anerkennt, sondern diese in dieser schwierigen Aufgabe auch unterstützt. Wir lehnen Gewalt an Sportveranstaltungen kategorisch ab, sehen das Ganze aber in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext. Wir wollen Hand bieten für nachhaltige Lösungen. Damit könnte verhindert werden, dass die Gewalt einfach an andere Orte, beispielsweise in untere Ligen, verschoben wird, wie dies in England und Deutschland der Fall ist. Symptombekämpfung, wie sie das Konkordat vorgibt, ist der falsche Weg. Oder wie es der Präsident des FC Basel, Bernhard Heusler, in der «Sportlounge» am vergangenen Montag sagte: «Es wird immer wieder Ereignisse geben, welche uns nicht gefallen. Sonst müssen wir aufhören, Fussball zu spielen und die Leute in ein solch hochemotionales Umfeld zu verführen, wenn wir meinen, dass wir nur die positiven Emotionen abholen können. Es wird immer wieder Eskalationen geben. Es ist aber wichtig, dass man als Klub, als Polizei, als Behörde und als Fan dazu schaut, dass man möglichst solche Situationen, welche zu Eskalationen führen, verhindern kann.»
Wir meinen: Es braucht den Dialog statt einer Dämonisierung. Deshalb stellt die AGF einen **Antrag** auf Nichteintreten.

Zari Dzaferi: Die Schweiz – und nicht nur die Schweiz – hat ein Problem mit randalierenden Fussballfans. Gewalt und Hooliganismus an Sportveranstaltungen sind verwerflich. Deren Bekämpfung ist notwendig. Aber der Zweck heiligt nicht die Mittel. Die geplanten Massnahmen beim vorliegenden Konkordat sind in Augen der SP nicht alle zielführend.
Die SP-Fraktion begrüsst es zwar ausdrücklich, dass auf Ebene der Veranstaltenden eine Bewilligungspflicht eingeführt wird. Sie anerkennt auch, dass der Kanton Zug mit seiner bisherigen Praxis gegen Gewalt im schweizweiten Vergleich recht weit ist. Die SP erachtet diese Bewilligungspflicht als wichtiges Mittel, um Veranstaltende stärker in die Pflicht zu nehmen. Selbst der EVZ sagt, dass zum Beispiel bauliche Massnahmen, aber auch die anteilige Finanzierung der Sicherheitsmassnahmen wichtige Hebel zu Verbesserungen sind. Die SP-Fraktion sieht im Konkordat aber auch Massnahmen, die grundsätzlich schlicht fragwürdig und teilweise grundrechtlich heikel sind:
• lückenlose ID-Kontrollen bei den Eingängen;
• Alkoholverbot, ausser im VIP-Bereich;
• ein festgeschriebenes Transportmittel für alle Gästefans bei Auswärtsspielen;
• teilweise gar Abtasten des ganzen Körpers inklusive Intimbereich.
Gehen wir auf diesen letzten Punkt noch etwas genauer ein: Das Abtasten des Körpers ist generell ein sehr sensibler Bereich. Nun sollen hier aber die Grundlagen geschaffen werden, dass es sogar ohne jegliches Verdachtsmoment privatem Sicher-

heitspersonal erlaubt sein soll, Zuschauerinnen und Zuschauer über den Kleidern abzutasten, auch im Intimbereich. Die SP findet verdachtsfreie Eingriffe so oder so heikel. Zusätzlich ist hier auch noch *privates* Sicherheitspersonal im Spiel. Das ritzt in diesem sensiblen Bereich doch am Gewaltmonopol des Staates. Es ist erst wenige Wochen her, seit hier beschlossen wurde, dass private Sicherheitsfirmen zudem keiner Bewilligungspflicht unterstehen sollen. Das ist gerade in diesem Anwendungsbereich nun sehr bedauerlich

Noch weitgreifender sind die möglichen Untersuchungen in Körperöffnungen. So kann die Polizei bereits bei mindestens vagem Verdacht zum Beispiel Vaginal- und Analuntersuchungen durchführen. In der Praxis sind die geplanten Massnahmen kaum mit rechtsstaatlichen Prinzipien der Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit und Willkürfreiheit vereinbar und beeinträchtigen unsere Grundrechte stark.

Befürwortende des Konkordates werfen nun ein, dass diese Massnahmen ja nicht an der Tagesordnung seien, dass sie «nur im Notfall» eingesetzt würden. Es gibt eine andere Lesart: Neue Gesetzesgrundlagen darf man nicht nur in ihrer «alltäglichen» Anwendung prüfen. Es muss immer auch das gesamte Potenzial eines Gesetzes beurteilt werden.

Die SP stört sich insgesamt daran, dass dieses Massnahmenbündel im Konkordat viele friedliche Fans unter Generalverdacht stellt. Der Sicherheitsdirektor behauptet in seinem Argumentarium zwar das Gegenteil: «Die Massnahmen treffen gezielt einzelne Chaoten.» Die SP-Fraktion meint, das Gegenteilige trete ein. Die ID-Kontrollen, die Körperuntersuchungen, das Alkoholverbot und verpflichtende Kombitickets bei Auswärtsspielen muten eher als Kollektivstrafe für viele an denn als ein effektives Bekämpfen von Gewalt der eher wenigen Randalierenden. Es sind über 4,5 Millionen Besuchende, die pro Saison ein Eishockey- oder Fussballspiel der obersten Liga besuchen. Gewalttätig sind im Verhältnis wenige – obschon jeder einzelne einer zu viel ist. Wagen wir zudem zu bedenken: Massnahmenvorschläge, welche die Gesamtheit der Fussballfans und Sektoren betreffen, stossen auch bei den gemässigten Fans auf Unverständnis und Widerstand. Eine pauschale Vorverurteilung von Fussball- oder Eishockeyfans leistet unter Umständen einer Solidarisierung Vorschuss. So können auch bei gemässigten Fans Sympathien für radikale Ideen und Verhalten steigen. Damit wäre genau das Gegenteil der gewünschten Gewaltreduktion erreicht.

Aus der Summe dieser Überlegungen wird die SP-Fraktion das Hooligan-Konkordat daher grossmehrheitlich ablehnen. Und ein Letztes: Einzelne Persönlichkeiten aus verschiedenen Parteien von links bis rechts sowie Personen ausserhalb der Politik planen, gegebenenfalls nach der zweiten Lesung das Referendum zu ergreifen.

Beni Riedi: Die Änderung dieses Konkordats gehört in die Kategorie der Blendgranaten. Wer möchte schon nichts gegen gewaltbereite Fans unternehmen? Oder anders ausgedrückt: Sicher niemand möchte gewaltbereite Fans schützen. Wenn man sich dieses Konkordat aber genauer anschaut, merkt man schnell, wie die Behörden das Problem in den Griff bekommen möchten. Es gehört schon fast zu einem Krankheitssymptom von Politikern und Behörden, dass man die gesamte Bevölkerung immer mehr wegen einzelner Querulanten bevormunden möchte, anstatt die Verursacher konsequent zu bestrafen. Wenn alle Kantone so konsequent gegen gewaltbereite Fans vorgehen würden wie der Kanton Zug, dann bräuchte es keine Konkordatserweiterung. Die gesetzlichen Grundlagen zur Bekämpfung von gewaltbereiten Fans sind bereits vorhanden. Das Konkordat betrifft Fussball- und Eishockeyspiele der jeweils obersten Ligen. Oder auf den Kanton Zug bezogen: Das Konkordat betrifft den EVZ. Der Kantonsrat kann dem Konkordat nur entweder zustimmen oder die Änderungen in der Gesamtheit ablehnen bzw. gar nicht auf die Vorlage eintreten.

Kurz einige Beispiele der neuen Änderungen als Input gegen dieses schädliche Konkordat: Die Fussball- oder in unserem Fall Eishockeyspiele der obersten Spielklasse sind bewilligungspflichtig. Das wird in unserem Kanton bereits so gemacht. Die Spiele der unteren Ligen oder andere Sportarten können von den Behörden als bewilligungspflichtig eingestuft werden. Diese unnötige Bürokratie hat auch weitere Folgen. So kann es sein, dass Bewilligungen neu mit noch mehr Auflagen, beispielsweise mit Kombitickets, verknüpft werden, welche mehr als absurd sind. So wird im Bericht der KKJPD zum Konkordat nahegelegt, Gästefans in Zukunft nur noch in bestimmten Zügen und mit Kombitickets zu Auswärtsspielen anreisen zu lassen. Ein Beispiel dazu wurde bereits ausgeführt. Ausserdem können via diese Auflagen Fahnen-, Choreo- und sogar Alkoholverbote im und ums Stadion auferlegt werden. Damit bestraft man alle Bürger, welche ein Spiel besuchen möchten, für das Fehlverhalten einzelner.
Interessanterweise wird über die Medien kommuniziert, dass Kantone bereits dem Konkordat zugestimmt haben. Der Votant glaubt nicht, dass ein Fussballclub im Schächental jemals nach diesem Konkordat geschrien hat. Neben dem Kanton Uri wäre noch Appenzell Innerhoden zu nennen – der Votant verzichtet auf eine zweite Bemerkung. Im Kanton Zürich wurde das Referendum ergriffen, und die Bevölkerung wird voraussichtlich am 9. Juni über dieses Konkordat abstimmen. Der Kanton Luzern wird – wie diese Woche den Medien zu entnehmen war – auf die Umsetzung bis auf weiteres verzichten, da einige Sportfans eine Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht haben. Nur gerade der Kanton St. Gallen hat dem Konkordat zugestimmt. Hingegen weiss man, dass in den beiden Basler sowie im Berner Parlament bereits heute dem Konkordat ein rauer Wind entgegenweht. Eine vernünftige gesamtschweizerische Lösung wird es mit diesem Konkordat wahrscheinlich nicht geben.
Die SVP-Fraktion kämpft gegen die ständige und zunehmende Bevormundung der Bevölkerung. Die Änderung des erst knapp zwei Jahre alten Konkordats ist unverhältnismässig, kostenintensiv, bürokratisch und – wie bereits mehrmals gesagt – eine Bevormundung aller Sportfans. Der Votant bittet aus diesem Grund, nicht auf die Vorlage einzutreten bzw. die Änderungen abzulehnen. Gerade der Kanton Zug zeigte in den letzten Jahren der gesamten Schweiz, dass durch eine gute Zusammenarbeit des Eishockeyvereins mit den Behörden sowie durch den Bau eines neuen Stadions die Probleme mit gewaltbereiten Fans in den Griff zu kriegen sind, ohne dass man die gesamten Sportfans unnötig bevormunden muss. Im Namen der SVP-Fraktion stellt der Votant den **Antrag,** nicht auf diese Vorlage einzutreten. In seinem eigenen Namen stellt er zusätzlich den **Antrag,** die Abstimmung sei unter Namensaufruf durchzuführen.

Maja Dübendorfer Christen: Nach der Nicht-Beratung im Januar hat die FDP-Fraktion die Gelegenheit genutzt, nochmals gründlich über die Vor- und Nachteil des Hooligan-Konkordats zu diskutieren. Die Votantin hofft, dass trotz gestriger Negativpresse die Mehrheit der FDP-Fraktion nach wie vor für den Beitritt zum Hooligan-Konkordat einstehen wird. Endlich haben wir die Möglichkeit, strengere und darum abschreckendere Richtlinien gegen Randalierer einzuführen. Die kantonalen Sicherheitsdirektoren, Sicherheitsdirektoren von Städten und auch die SBB sind klar für dieses Konkordat. Aber die Gegner sehen nicht, dass viele Massnahmen in Zug gar nicht mehr nötig sind, weil sie bereits angewendet werden; dass ein schweizweit umsetzbares Konkordat allen Kantonen unterschiedliche Möglichkeiten bieten muss; sehen Massnahmen, welche als Verschärfung noch im Köcher sind, bereits als eingeführt an. Dabei sind alle Auflagen als «kann»-Artikel formuliert.
Dieser Rat hat beschlossen, dass Sicherheitsfirmen über alle Zweifel erhaben sind. Er sollte deshalb auch das Vertrauen haben, dass die Sicherheitsfirmen mit Erfahrung und gesundem Menschenverstand vorgehen werden. Eine schweizweite, flächendeckende Intimkontrolle ist blanker Unsinn.

Die Zuger Polizei hat zusammen mit dem EVZ und der Stadt Zug bereits einen sehr hohen Sicherheitsstandard erreicht. Wir haben schon gehört, dass viele Massnahmen des Konkordates bereits umgesetzt sind. Wer nun vor diesem Hintergrund denkt, uns gehe dieses Konkordat deshalb nichts mehr an, liegt falsch. Die Illusion, gewünschte Verschärfungen im Nachgang auf dem Motionsweg einfach in unserem kantonalen Polizeigesetz anpassen zu können, ist ein klares Eigengoal. Sicher können wir beispielsweise unsere Daten an andere Kantone liefern. Diese sagen danke, aber sie müssen uns in keiner Weise mit ihren Daten beliefern – wir bleiben aussen vor.
Wollen wir nun unsere Fans, die wirklichen echten Fans, schützen? Oder wollen wir einen Täterschutz? Wenn wir unsere Fans wirkungsvoll schützen wollen, sollten wir dem Konkordat zustimmen. Hooligans sind keine echten Fans, und sie finden sicher und zuverlässig den Weg nach Zug, wenn wir auch hier ein weisser Fleck in der Landschaft bleiben. Und die Tatsache, dass bei einem Nicht-Zustandekommen dieses Konkordats vielleicht der Bund schlussendlich sagt, was Sache ist, dann aber ohne unsere Mitbestimmung, ist nicht zu vergessen.
Die Zuger Polizei bittet uns um unsere Zustimmung, damit sie über die Instrumente verfügt, auch zukünftig die notwendigen Massnahmen ergreifen zu können. Nur der Beitritt zum Konkordat wird weiterhin die gewünschte, präventive Wirkung zeigen. Stimmen Sie deshalb dem Konkordat zu.

Eugen Meienberg besuchte in der laufenden Saison fünf oder sechs Spiele des EVZ. Er musste nie eine ID zeigen und wurde auch nie einer Leibesvisitation unterzogen. Er fühlte sich im Stadion immer sicher, nicht zuletzt im Bewusstsein, dass rigoros kontrolliert und sanktioniert wird, wenn es sein muss. Wohl nicht zuletzt deswegen kommen einige sogenannte Fans nicht mehr nach Zug; die Angst aufzufliegen und weggewiesen zu werden, ist einfach zu gross. Im Umfeld der Bossard-Arena und des EVZ wird bereits nach den Normen des verschärften Konkordats gelebt, dies mit sehr gutem Erfolg. Es gibt viel weniger Vorfälle. Als Folge davon können viele Spiele in geringes Risiko eingestuft werden. Das macht den Aufwand für die Sicherheit auf Seiten der Polizei viel geringer, was sich wieder in kleinere Sicherheitskosten für den EVZ ummünzt. Alles in allem also ein Erfolg. Darum unterstützt die CVP-Fraktion grösstmehrheitlich die Änderung des Konkordats. Sie wird für Eintreten und die Änderung des Konkordats stimmen.
Dass Chaoten und Hooligans in und vor Sportarenen nichts zu suchen haben, darüber sind sich hier wohl alle einig. In einem Leserbrief von Barbara Gysel war zu lesen, dass es ja schweizweit nur 519 sind, und dass man – so interpretiert der Votant den Leserbrief – um diese wenigen kein grosses Aufheben machen soll. Es sei übertrieben, dass man deswegen mal die ID zeigen muss oder bei Verdacht abgetastet wird. Grundrechte würden da verletzt. Da bleibt die Frage an Barbara Gysel: Werden denn jedesmal, wenn man in ein Flugzeug steigen will, um nach Paris, Berlin, London oder New York zu fliegen, die Grundrechte verletzt? Bei jedem Check-In zeigt jeder seine ID oder seinen Pass, die Reiseutensilien werden gescannt, und man durchläuft eine eingehende Kontrolle. Und wenn die elektronischen Geräte rot zeigen, muss man sich einer Leibesvisitation unterziehen. Stehen denn alle Passagiere darum unter Generalverdacht? Sind da Grundrechte verletzt? Der Votant denkt das nicht. Betreffend Abtasten am ganzen Körper hätte sich Barbara Gysel statt an den Basler Genossen gescheiter an den eigenen Fraktionskollegen Alois Gössi gewandt. In seinem Schreiben als Präsident des Zuger Polizeiverbandes zum Konkordat hat dieser wohl alles ins richtige Licht gerückt. Panikmache und Übertreibungen wie im erwähnten Leserbrief sind fehl am Platz. Vielmehr können wir als Zuger zeigen, wie ein möglicher Weg im Umgang mit Gewalt anlässlich von Sportanlässen ist. Unterstützen

wir alle Kantone, indem wir auch der Änderung des Konkordats zustimmen und damit ein deutliches Zeichen setzen.
Die Grünalternativen sind offenbar auch gegen die Änderung. Sie haben diese Haltung von Anfang an eingenommen. Zweifel kommen jedoch auf, wenn gestern in der Zeitung zu lesen war, dass man sich über lange Zeit nur nebensächlich mit Sachpolitik hat auseinandersetzen können. Bei dieser Änderung wäre eine wirkliche Auseinandersetzung wirklich von Nöten gewesen, um zur Einsicht zu kommen, dass man der Änderung zustimmen muss, will man endlich schweizweit etwas unternehmen, um Gewaltexzesse bei Sportveranstaltungen möglichst zu verhindern. Hier ist halt einmal einen Datenabgleich mit der Hooligen-Datenbank nötig, und man muss halt mal eine ID zeigen, dies jedoch immer in gesetzlichem Rahmen. Dieser Rahmen soll in der ganzen Schweiz gleich sein.
Von der FDP-Fraktion erhielt man im Vorfeld auch verschiedenste Zeichen, dass man der Änderung nicht zustimmen werde. Denjenigen, welche immer noch negativ eingestellt sind, ist in Erinnerung zu rufen, dass die FDP Anfang 2012 ihrer Ständerätin Karin Keller-Sutter anlässlich der Wahl zur Politikerin des Jahres zur ehrenvollen Auszeichnung gratulierte, dies unter anderem mit der Begründung, dass ihre Forderung nach entschlossener Prävention und Bestrafung von Gewalt im Sport Massstäbe setze. Der Votant bittet die gesamte FDP-Fraktion, diese Massstäbe zu unterstützen.
Der Votant zitiert aus einer Vernehmlassungsantwort: «Aus Sicht der SVP sind die vom Vorstand der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) vorgeschlagenen Änderungen des Konkordates über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen zu befürworten.» So lautete die Stellungnahme der SVP Schweiz. Dem Fraktionsbericht der Zuger SVP-Fraktion vom 31. Januar ist zu entnehmen, dass die Änderung ein «Papiertiger» sei und dem gesunden Menschenverstand widerspreche. Da scheint der gesunde Menschenverstand in der schweizerischen Parteizentrale in Bern geblieben zu sein. Als es 2005 und später auch 2008 und 2009 zu Ausschreitungen und wüsten Szenen kam, schrie auch die SVP nach Massnahmen. Jetzt, da wir über etwas entscheiden können, was für die ganze Schweiz ein wichtiger und richtiger Schritt ist, krebst die SVP des Kantons Zug zurück. Der CVP würde man «Wischiwaschi» vorwerfen; wie man das, was die SVP-Fraktion hier macht, benennen soll, ist noch nicht bekannt: zuerst laut «pupen» – und dann?
Jeder, der heute Nein zur Änderung stimmt, muss sich in einem gewissen Sinn mitverantwortlich fühlen, wenn irgendwo wieder Randale und Sachbeschädigungen geschehen und – hoffentlich nicht – Personen zu Schaden kommen. Der Votant behauptet nicht, dass diese Vorfälle mit der Änderung des Konkordates zu verhüten sind. Mindestens aber ist es ein taugliches Mittel, um mögliche Exzesse zu mindern. Der Votant appelliert an die Vernunft seiner Ratskollegen: Sagen Sie Ja zur Änderung.
Schliesslich sei noch etwas zur Aussetzung der geplanten Massnahmen anlässlich der FCL-Heimspiele in Luzern gesagt. Wir Zuger sind uns ja von der Luzerner Regierung einiges gewohnt. Was sich diese Regierung leistet, ist für den Votanten aber unbegreiflich. Da will und bekommt sie vom Parlament den Auftrag, das verschärfte Hooligan-Konkordat umzusetzen. Beim ersten Hauch von ein bisschen Widerstand setzt man die Massnahmen aber aus und wartet nicht einmal ab, ob der Entscheid aufschiebende Wirkung hat. Das ist unglaublich und sieht nach Obstruktion aus. Es scheint, dass die zuständige Direktion in Luzern nicht hinter den beschlossenen Massnahmen steht. Auch wenn der Votant mit der eigenen Regierung nicht immer gleicher Meinung ist: So etwas traut er dem Zuger Regierungsrat nicht zu.
Der Votant hat sich fest vorgenommen, sein Votum am Schluss versöhnlich zu gestalten, auch wenn für ihn der Widerstand absolut unverständlich ist und ihn auf die Palme bringt. Er möchte dies mit einer Bitte machen, die Kantonsrat Thomas Wyss

anlässlich einer Kommissionssitzung zu einem anderen Thema formuliert hat: Bitte umarmen Sie den Zeitgeist – den Zeitgeist, welcher die Änderung des Konkordats dringend verlangt. Der Votant dankt für Eintreten und Zustimmung.

Thomas Lötscher hat – wie wahrscheinlich alle im Saal – die Nase voll von dieser sinnlosen Gewalt. Und doch ist er gegen Eintreten, trotz Zeitgeist. Zwei Argumente, die in der Debatte je länger je schriller vorgetragen werden, müssen einer kritischen Prüfung unterzogen werden:

- Erstens: Wer gegen das Konkordat sei, unterstütze die Hooligans. Das ist – zumindest die Gegner unter den Parlamentariern betreffend – Unsinn.
- Zweitens: Wenn wir dem Konkordat nicht zustimmten, brächen in Zug Chaos und Anarchie aus. Auch das stimmt nicht, denn wir haben schon viele der Regelungen umgesetzt und können die restlichen guten Elemente des Konkordats jederzeit in unsere Gesetzgebung überführen.

In den Augen des Sprechenden machen es sich die Sicherheitspolitiker zu einfach. Mit diesem Konkordat wird ein Trend bestätigt, den er sehr verurteilt: Verschiedene mögliche Auflagen haben den Charakter von Kollektivstrafen. Dabei spielt es keine Rolle, ob jemand friedlicher Matchbesucher oder gewalttätiger Chaot ist. Wir brauchen keine flächendeckenden Alkoholverbote und keine absurden Auflagen zur Wahl des Verkehrsmittels. Aber wir brauchen ein hartes, restriktives und kompromissloses Vorgehen gegen die konkreten Störer. Und gerade das fehlt zum Teil noch – nicht nur dem Votanten, sondern offenbar auch der Konkordatskommission: Man vermisst im Bericht Ausführungen, weshalb man sich nicht am diesbezüglich erfolgreicheren Ausland orientiert.

Wenn man beginnt, Veranstalter mit Eigeninitiative und Engagement zu drangsalieren und ganze Bevölkerungsgruppen, beispielsweise die Jugend, mit Pauschalverboten zu belegen, nur weil wir unfähig oder unwillig sind, die effektiven Chaoten zur Verantwortung zu ziehen, dann hat unsere freiheitliche, liberale Gesellschaft definitiv verloren – nicht nur an interessanten sportlichen Anlässen. Diesen Weg sind wir schon gefährlich weit gegangen. Wir sollten umkehren. Bewahren wir uns die Freiheit unserer liberalen Gesellschaft, fordern wir aber bei den einzelnen Individuen konsequent die Verantwortung ein, die mit dieser Freiheit verbunden ist. Einer gesetzlichen Regelung – ob Konkordat oder normale Gesetzgebung – wird der Votant dann zustimmen, wenn sie die Freiheit der unbescholtenen Bürger respektiert und gewährt, aber gegen gewalttätige Chaoten mit der nötigen Härte vorgeht.

Der Sprecher schliesst sein Votum mit dem Bild vom Hecht im Karpfenteich ab, dem Raubfisch inmitten friedlicher Fische. Wer die Verantwortung für den Karpfenteich trägt, möchte sicher den Hecht daraus entfernen, um ein Blutbad zu vermeiden. Es gibt dafür zwei Möglichkeiten. Man nimmt eine geeignete Angel mit einem geeigneten Köder und zieht – mit Geschick und Geduld – den Hecht aus dem Teich. Die andere Variante, schnell und bequem: Man wirft eine Stange Dynamit in den Teich. In Kürze schwimmt der Hecht mit dem Bauch nach oben, und man kann ihn bequem aus dem Teich entfernen. Es gibt bei dieser Methode allerdings ein nicht zu unterschätzendes Problem, von Fachleuten Kollateralschaden genannt: Die Karpfen tun es allesamt dem Hecht gleich und praktizieren ebenfalls das Rückenschwimmen. Der Votant appelliert deshalb an den Rat, das Dynamit unter Verschluss zu halten.

Ivo Hunn: Die Grünliberalen unterstützen die Änderungen des Konkordats und stehen voll und ganz für mehr Sicherheit an Sportveranstaltungen ein. Sie sind für mehr Rechtssicherheit, unterstützen eine HOOGAN-Datenbank mit Lesegerät, das Stadion- und Rayonverbot und die Meldepflicht. Sie sind auch für die Kontrollen an den Eingängen durch das Sicherheitspersonal.

Das Argument, dass mit Kontrollen Grundrechte verletzt würden, können die Grünliberalen nicht nachvollziehen. Wie soll mehr Sicherheit gewährleistet werden, wenn nicht kontrolliert werden soll? Das Beispiel Flughafen wurde bereits erwähnt. Auch hier im Haus werden, während der Kantonsrat debattiert, alle Personen im Eingangsbereich kontrolliert, dies zur Sicherheit des Rats. Diese Sicherheit steht auch allen Matchbesuchenden im Eishockey- oder Fussballstadion zu.

Karin Andenmatten wollte sich als Organisatorin der Infoveranstaltung der Gruppe KR Sport im Sinne der Neutralität an der heutigen Debatte nicht äussern. Nach den Ausführungen von Esther Haas muss sie aber etwas richtigstellen. Patrick Lengwiler, der CEO des EVZ, hat sich – wie Esther Haas betonte – gegenüber einzelnen Massnahmen wie Personenkontrollen und Kombitickets kritisch geäussert. Esther Haas hat aber unterschlagen, dass der EVZ die Verschärfung der Massnahmen gegenüber gewalttätigen Personen und die interkantonale Zusammenarbeit gegen Hooliganismus begrüsst. Sie hat auch unterschlagen, dass das Konkordat an der heutigen Praxis des EVZ wenig ändert.
Patrick Lengwiler hat sich differenziert, aber insgesamt weder für noch gegen das Konkordat geäussert. Die Votantin bittet Esther Haas, in Zukunft transparent und nicht tendenziös zu informieren.

Andreas Hausheer nimmt als Präsident der Konkordatskommission nochmals zu einigen Punkte Stellung. Bezüglich der 3 Millionen Franken der SBB hat Esther Haas von Gesamtschaden und er selbst von ungedeckten Kosten gesprochen. In der Zwischenzeit herrscht Einigkeit, dass da vom Gleichen gesprochen wurde, nämlich dass der SBB diese 3 Millionen Franken Kosten entstehen.
Die Rayonverbote und Meldeauflagen waren in der Kommission weder von links noch von der Mitte noch von rechts bestritten, auch nicht von Seiten des EVZ. Es wurde in der Debatte gesagt, dass der EVZ die Änderung des Konkordats ablehne. In Kapitel 5 des Kommissionsberichts, das gegengelesen wurde, steht, dass der EVZ einige Punkte gut finde und anderen kritisch gegenüberstehe. Die Kommission erhielt auf die explizite Frage, ob der EVZ dafür oder dagegen sei, keine Antwort; der EVZ spricht sich also weder dafür noch dagegen aus. Zumindest im privaten Gespräch aber stehen EVZ-Verwaltungsräte der Änderung positiv bis sehr positiv gegenüber.
Dass im Kommissionbericht nichts bezüglich des Auslands stehe, ist falsch. Auf Seite 4 des Berichts wird unter Ziff. 3 auf das Ausland Bezug genommen. Aus Platzgründen wird das aber nicht näher ausgeführt, sondern es wird auf den Bericht und Antrag des Regierungsrats verwiesen.
Losgelöst vom Kommissionspräsidium spricht der Votant auch noch zur Kontrolle über den Kleidern. An jedem Fasnachtsanlass irgendwo in Hünenberg oder Steinhausen mit etwas mehr Leuten ist es völlig normal, dass private Sicherheitsdienste die Leute abtasten. Es gibt dabei keinerlei Probleme, und niemand hat das Gefühl, es würden irgendwelche Menschenrechte verletzt.

Auch **Beni Riedi** geht kurz auf das Thema Durchsuchungen ein. Er weiss nicht, ob die Ratsmitglieder die Situation in der Bossard-Arena überhaupt kennen; ihm selbst als langjährigem EVZ-Fan ist sie vertraut. Früher, im Herti-Stadion, waren die Eingänge der Gästefans und der Heimfans am selben Ort, und es war üblich, dass man kontrolliert wurde. Heute aber sind die Gästefans von den Heimfans getrennt. Seit der Eröffnung der Bossard-Arena wurde der Votant noch nie kontrolliert. Es ist auch kein Bedarf da, denn es ist in den letzten Jahren nie etwas passiert. Die Gästefans werden natürlich kontrolliert, die Heimfans aber nicht. Es liegt im Ermessen des Veranstalters, des Sicherheitschefs der Bossard-Arena, die Regeln für das Stadion zu bestimmen,

denn er ist innerhalb des Stadions für die Sicherheit verantwortlich – nicht Bern und nicht der Kantonsrat, der ausserhalb des Stadions verantwortlich ist.
Aus der Vernehmlassung geht im Übrigen hervor, wie föderalistisch und freiheitlich die SVP ist. Sie schaut sich die Lage im Kanton Zug an und bildet sich eine eigene Meinung. Sie muss diese auch nicht immer wieder ändern und das über die Medien kommunizieren, wie das andere tun.
Es wird viel über die HOOGAN-Fälle gesprochen. Im Kanton Zug sind drei Leute erfasst. Die HOOGAN-Daten werden vom fedpol am Spieltag den Vereinen verschlüsselt zur Verfügung gestellt. Die Vereine sehen keine Daten, sie können nur abgleichen und entscheiden, ob eine bestimmte Person ins Stadion darf oder nicht. Die Schweizer Fussball- und Eishockey-Vereine arbeiten mit einem anderen Instrument, das sich Toolbox nennt. Diese Daten sind für die Polizei und die Vereine jederzeit zugänglich, mit Fotos und weiteren Informationen. Es wird also nicht mit verschlüsselten Daten aus Bern gearbeitet, sondern mit der Toolbox. Darin sind im Kanton Zug aktuell 25 Personen erfasst. 20 davon wurden bei Auswärtsspielen erfasst, was zeigt, dass der Abgleich zwischen den verschiedenen Stadien und Vereinen bestens funktioniert. Und es liegt im Ermessen des Sicherheitschefs, Stadionverbote auszusprechen, auch lebenslängliche. Der Sicherheitschef kann die Leute in der Toolbox erfassen, und jeder Verein hat Zugriff darauf. Die HOOGAN-Datenbank ist verschlüsselt, und die Vereine können da nichts ändern.

Jürg Messmer wurde bereits als Fan des EHC Biel/Bienne geoutet, was er seit über 35 Jahren tatsächlich ist. Er geht Spiele sowohl in der Bossard-Arena als auch in Biel anschauen.
Wenn das Hooligan-Konkordat kommt, wird er in Zukunft für den Besuch eines Spiels EVZ - EHC Biel von Zug mit dem Auto nach Biel fahren, sich dort das Kombiticket holen, mit dem Fan-Transporter nach Zug fahren und nach dem Spiel wieder nach Biel zurück reisen, und von dort mit dem Auto wieder nach Hause zu kommen; sein Sohn hingegen, der im selben Haushalt wohnt, kann direkt ins Stadion gehen. Das ist schlichtweg Blödsinn. Es gibt schon jetzt die Möglichkeit, Krawallbrüder oder Krawallschwestern – auch das gibt es – zu erfassen, ohne dass man das Hooligan-Konkordat haben muss. Als Eishockeyfan fühlt sich der Votant durch dieses Konkordat nicht beschützt, sondern bevormundet, und er wird dieser Geschichte sicherlich nicht zustimmen.

Manuel Brandenberg äussert sich kurz zu Eugen Meienberg und dessen Verantwortungsethik. Wenn hier jemand einem Konkordat nicht zustimmt, heisst das nicht, dass er mitverantwortlich wird für das Tun gewalttätiger Einzelpersonen. Der Votant würde mit einer solchen Ethik sehr vorsichtig sein. Jeder ist für sich selber verantwortlich.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** stellt viele Missverständnisse fest, und die Debatte erinnert ihn teilweise mehr an ein Betty-Bossi-Buch für Sicherheit als an eine Befehlsausgabe im Sinne des Konkordats.
Gewalt und Ausschreitungen an Sportveranstaltungen sind eine Realität. Es vergeht praktisch kein Wochenende ohne Vorfälle. Die Selbstregulierung bei den Clubs hat zu wenig gebracht, und die Zusammenarbeit mit den Behörden hat zu wenig funktioniert. Deshalb wollen die Kantone jetzt das Heft klar in die Hand nehmen und das bereits vorhandene Konkordat nachbessern. Zentral ist, dass künftig alle Kantone am gleichen Strick ziehen und nicht jeder etwas für sich macht. Nur dann lässt sich der Kampf gegen Hooliganismus gewinnen. Auch bei Diskussion in der Bevölkerung spürt der Sicherheitsdirektor Zuspruch, dass endlich mehr gemacht werden und härter durchgegriffen werden soll. Das genau ist der Inhalt des Konkordats.

Jene Kantone, die über das Konkordat bereits diskutierten, haben – wie bereits erwähnt wurde – grossmehrheitlich zugestimmt. In Zürich muss man beachten, wer denn das Referendum ergriffen hat: Es sind Fan-Organisationen und Interessengruppen sowie Teile von linken Parteien.
Was bringt die Revision denn wirklich? Wir können insbesondere frühzeitig Massnahmen anordnen, wenn die Sicherheit in Frage gestellt ist und die Clubs die Sicherheit nicht selber gewährleisten können oder wollen. Die Vorgaben des Konkordats sind Empfehlungen, nicht Vorschriften; die Behörden können sie modular anwenden, je nach Beurteilung der Situation. Esther Haas macht ein völliges Durcheinander: Alkoholverbot, Rayonverbot, Kombiticket. Man muss unterscheiden, bei welchen Spielen was möglich ist. Es gibt drei Kategorien von Spielen: grün = ohne Risiko; gelb = Risiko vorhanden; rot = hohes Risiko. Nur bei den roten Spielen kommt beispielsweise das Alkoholverbot; von einem *generellen* Alkoholverbot ist überhaupt nicht die Rede, auch in Zug nicht. Und überhaupt nicht vorstellen kann sich der Sicherheitsdirektor im Moment die Kombitickets, die tatsächlich in der Praxis sehr schwierig umzusetzen sind. In England, Holland und zum Teil auch in Deutschland werden sie aber mit Erfolg eingesetzt – und in England kommen aufgrund der härteren Massnahmen heute zirka 60 Prozent der Profispiele ohne Polizei aus. Da müssen wir erst noch hinkommen.
Was wir in Zug bereits haben, ist stark in das Konkordat eingeflossen. Man schaut auf Zug. Wenn heute ein Nein beschlossen würde, wäre das ein völlig falsches Signal an die übrige Schweiz, denn wir haben auch ein Interesse daran, dass andere Kantone mit ihren Clubs gleich verfahren wie Zug. Der Sicherheitsdirektor wollte sogar, dass die zugerische Lösung bezüglich Kosten in das Konkordat aufgenommen würde, aber dann wäre das Konkordat wohl erst recht zum Scheitern verurteilt gewesen. Man beneidet den Kanton Zug um den Entscheid des Kantonsrats, dass die Kosten überbunden werden. Und wir haben sehr gute Erfahrung gemacht mit diesem Entscheid: Die Kosten für den Kanton, aber auch für die Clubs sinken massiv. Eine Ablehnung des Konkordats würde auch bedeuten, dass die Verschärfungen bei uns nicht angewandt werden könnten. Die Hooligans würden in Zukunft in Zug also sanfter angefasst als andernorts.
Bezüglich der Durchsuchungen ändert sich mit einer Annahme des Konkordats im Kanton Zug überhaupt nichts. Die Bestimmungen des Konkordats stehen heute schon im Polizeigesetz. Schon heute werden wir bei privaten Anlässen abgetastet. Dabei spielt eine Kaskade, die im Polizeigesetz schon lange enthalten ist: Private Sicherheitskräfte – dies im Sinne eines Hausrechts, nicht hoheitlicher Funktionen – tasten verdachtslos nur über den Kleidern ab, natürlich immer Personen gleichen Geschlechts; wenn ein Verdacht vorliegt, muss die Polizei gerufen werden, welche unter den Kleidern bis in den Intimbereich untersucht; und wenn es noch weiter geht, dann muss Medizinalpersonal zugezogen werden.
Das Konkordat ist kein unqualifizierter Schnellschuss. Der Sicherheitsdirektor ist überzeugt, dass es der richtige Weg ist, welcher die Randalierer und Chaoten, nicht die friedlichen Matchbesucher trifft. Auf den Bahnhöfen werden durch Chaoten vielfach Freiheitsrechte von Familien und Personen, die mit Sport nichts zu tun haben, eingeengt. Auch da ist ein Teil des Konkordats.
Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat eindringlich, dem Konkordat zuzustimmen; andernfalls werden die bisherigen Anstrengungen etwas unglaubwürdig. Der Regierungsrat möchte seine Sicherheitspolitik spürbaren auch durch den Kantonsrat umsetzen können. In einer – etwas geheimen – Liste, der sogenannten Ereignisliste, werden vom EJPD von Januar bis November 2012 zirka 400 Ereignisse in den höchsten Eishockey- und Fussballligen aufgeführt. Der EVZ ist in dieser Liste mit 7 Einträgen enthalten, aber nur von Januar bis März 2012, also bis zum Zeitpunkt, als die Massnah-

men verstärkt wurden. Nachher kommt der EVZ nicht mehr vor. Grundsätzlich kann man aber nicht sagen, dass die Gewalt und die Vorfälle in den Stadien abgenommen hätten. Richtig ist gemäss fedpol, dass zirka 300 bis 400 Personen in der Schweiz als hoch gewaltbereit eingestuft werden und zirka 1500 bis 2000 weitere Personen situativ zu Gewalt neigen.
Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, ein klares Zeichen nach aussen zu setzen, auch weil wir zurzeit sehr im Fokus der Medien stehen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat stimmt dem Antrag, die Abstimmung über Eintreten oder Nichteintreten sei unter Namensaufruf durchzuführen, mit 25 Ja- und 31 Nein-Stimmen zu. Das erforderliche Quorum sind 20 Stimmen.

Die Ratsmitglieder werden vom **Landschreiber** namentlich aufgerufen und stimmen wie folgt:

Brandenberg Manuel	Nein
Brunner Philip C.	Nein
Camenisch Philippe	Enthaltung
Castell-Bachmann Irène	Ja
Christen Hans	Ja
Gisler Stefan	Nein
Gysel Barbara	Abwesend
Landtwing Alice	Nein
Messmer Jürg	Nein
Raschle Urs	Ja
Sivaganesan Rupan	Nein
Spescha Eusebius	Nein
Stadlin Daniel	Ja
Stocker Cornelia	Nein
Straub-Müller Vroni	Nein
Stuber Martin	Nein
Thalmann Silvia	Ja
Wicki André	Nein
Wicky Vreni	Nein
Hächler Thiemo	Ja
Strub Barbara	Nein
Wyss Beat	Ja
Wyss Thomas	Nein
Ingold Gabriela	Ja
Iten Beat	Nein
Iten Franz Peter	Nein
Sperandio Renato	Ja
Walker Arthur	Ja
Werner Thomas	Nein
Barmet Monika	Ja
Betschart Frowin	Ja

Nussbaumer Karl	Abwesend
Abt Daniel	Ja
Andermatt Adrian	Ja
Dübendorfer Christen Maja	Ja
Dzaferi Zari	Nein
Eichenberger Daniel	Nein
Frei Pirmin	Ja
Gössi Alois	Ja
Hotz Silvan	Ja
Hunn Ivo	Ja
Lustenberger-Seitz Anna	Nein
Peita Gabriela	Ja
Pfister Martin	Ja
Riedi Beni	Nein
Schmid Heini	Ja
Wandfluh Oliver	Nein
Birrer Walter	Nein
Blättler-Müller Christine	Ja
Bruckbach Christoph	Nein
Diehm Peter	Ja
Haas Esther	Nein
Helfenstein Georg	Nein
Jans Markus	Nein
Rickenbacher Thomas	Ja
Sieber Beat	Ja
Suter Rainer	Nein
Andenmatten Karin	Ja
Bieri Anna	Ja
Schuler Hubert	––
Villiger Thomas	Nein
von Burg Roland	Ja

Winter Leonie	Nein
Burch Daniel	Nein
Hausheer Andreas	Ja
Hürlimann Andreas	Nein
Meienberg Eugen	Ja
Schlumpf Beda	Nein
Weber Monika	Ja
Balmer Kurt	Ja
Burch Daniel Thomas	Nein

Lehner Dominik	Ja
Roos Flavio	Ja
Schriber-Neiger Hanni	Nein
Werder Matthias	Ja
Hürlimann Franz	Ja
Schmid Moritz	Nein
Weber Florian	Ja
Kupper Gregor	Abwesend
Lötscher Thomas	Nein

➔ Der Rat stimmt mit 38 zu 37 Stimmen bei 1 Enthaltung für Eintreten auf die Vorlage.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

– Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Vorlage Nr. 2186.2 - 14165)

Der **Vorsitzende** informiert, dass sich die Detailberatung bei Konkordaten auf den eigentlichen Konkordatsbeschluss, also den Kantonsratsbeschluss, beschränkt. Zu den einzelnen Bestimmungen des Konkordats kann der Rat keinen Beschluss fassen. Selbstverständlich sind aber politische Meinungsäusserungen möglich.

Titel und Ingress
§ 1
§ 2

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

– Umsetzung der Änderungen vom 2. Februar 2012 des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007: Änderungen kantonaler Erlasse (Vorlage Nr. 2186.3 - 14166)

Titel und Ingress

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag des Regierungsrats.

1. Polizeigesetz vom 30. November 2006

§ 18 Abs. 1 Bst. a

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag des Regierungsrats.

§ 20 Abs. 4 (neu)

Manuel Brandenberg stellt den **Antrag,** die Änderung sei abzulehnen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass der Regierungsrat bei seinem Antrag bleibt.

➔ Der Rat folgt mit 42 zu 21 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

§ 45a

Manuel Brandenberg erläutert, dass es jetzt um die Umsetzung des Konkordats im Gesetz gehe. Mit der Zustimmung zu den Paragraphen, die geändert werden sollen, wird das Konkordat umgesetzt. Deshalb sollte man diese Paragraphen ablehnen, damit das Konkordat nicht umgesetzt wird. Das ist der Hintergrund seines vorherigen Antrags und auch des **Antrags,** die Änderung von § 45a sei abzulehnen.

Andreas Hausheer ruft Manuel Brandenberg auf, den Entscheid von vorhin zu akzeptieren und nicht zu versuchen, diesen durch das Hintertürchen noch umzukehren.

➔ Der Rat folgt mit 40 zu 28 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

2. Gesetz über die Organisation der Polizei vom 30. November 2006

§ 20 Abs. 4 (neu)

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag des Regierungsrats.

II. (Inkraftsetzung)

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

659 Nächste Sitzung

Donnerstag, 21. März 2013 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

45. Sitzung: Donnerstag, 21. März 2013 (Vormittagssitzung)
Zeit: 08.30 – 11.55 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 28. Februar 2013
3. Kantonsrats-Ersatzwahl in der Gemeinde Steinhausen:
3.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl
3.2. Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch Mario Reinschmidt
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
5. Kommissionsbestellungen:
5.1. Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz)
5.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Bahnverkehr, Walchwil)
6. Wahlbestätigung betreffend Ersatzwahl eines vom Kanton zu wählenden Mitglieds der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank für den Rest der Amtsdauer 2011–2014 (bis Generalversammlung 2015)
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV): 2. Lesung
8. Kantonsratsbeschluss betr. Änderung des Konkordats vom 15. November 2007 über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen: 2. Lesung
9. Änderung des Schulgesetzes (Bereinigung)

An der Kantonsratssitzung vom 28. Februar 2013 nicht behandelte Geschäfte:

10. Motion von Manuel Brandenberg betreffend Stärkung der Gemeindeautonomie im Kanton Zug
11. Postulat von Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Autos und Sozialhilfe
12. Postulat von Zari Dzaferi betreffend W-LAN und Stromanschlüsse im Kantonsratssaal
13. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Nutzung und Gestaltung des Aussenraumes zwischen Bahnhof und Metalli in der Stadt Zug
14. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Krankenversicherung und Zugang zur Gesundheitsversorgung der Sans-Papiers
15.1. Interpellation von Pirmin Frei betreffend Geothermie.
15.2. Interpellation von Karin Andenmatten und Anna Bieri betreffend Nutzung der Geothermie im Kanton Zug
16. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend irreführende und unzureichende Signalisation der Autobahn A4 und der Verzweigung Blegi Richtung A4a

17. Motion von Thomas Aeschi betreffend Teilrevision FHG zur Erhöhung der Transparenz der staatlichen Leistungserbringung
18. Postulat der Justizprüfungskommission betreffend Schaffung einer zentralen Informationsstelle für Personen mit erhöhtem Konflikt-/Gewaltpotential
19. Interpellation von Thomas Aeschi betreffend Überprüfung der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Kanton Zug
20. Interpellation von Thomas Werner betreffend Verteilung und Unterbringung der Asylanten im Kanton Zug
21. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Internierung abgewiesener Asylbewerber
22. Interpellation von Kurt Balmer und Georg Helfenstein betreffend neue Software im Bereich Einwohnerkontrollregister
    Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Informatik beim Kanton Zug.
    Interpellation von Georg Helfenstein und Kurt Balmer betreffend Stopp des Informatikprojektes für die Einwohnerkontrollen.

660 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Vroni Straub-Müller, André Wicki, beide Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Adrian Andermatt, Oliver Wandfluh, beide Baar; Matthias Werder, Risch; Thomas Lötscher, Neuheim.

661 Mitteilungen

Regierungsrat Matthias Michel ist für die heutige Sitzung entschuldigt. Er hält am Freitagvormittag auf Einladung der Schweizer Botschaft in Polen am Collège d'Europe in Warschau einen Vortrag zum Thema «Swiss Federalism – A Model for the European Union?». Der Volkswirtschaftsdirektor braucht den heutigen Tag für die Hinreise und lässt sich daher für diese Sitzung entschuldigen.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** dankt der Sport-Chefin Anna Bieri für die Mit-Organisation des Parlamentarier-Skirennens vom 9. März 2013. Er gratuliert allen Medaillengewinnerinnen und -gewinnern sowie der Damengruppe, die einen Pokal gewann. *(Der Rat applaudiert.)*
Kantonsrat Adrian Andermatt, der sich beim Parlamentarier-Skirennen verletzte, konnte am Samstag nach Hause zurückkehren. Der Vorsitzende wünscht ihm für die Rehabilitation viel Geduld und Ausdauer.

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass am 17. März 1873, also vor 140 Jahren, der Kantonsrat zum ersten Mal in diesem Saal tagte. Der Rat darf sich über eine lange und gute Tradition der Demokratie in diesem Raum freuen.

TRAKTANDUM 1

662 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** hält fest, dass von Seiten des Rats keine Änderungsanträge vorliegen. Per E-Mail vom 8. März 2013 wurde den Ratsmitgliedern mitgeteilt, dass die zweite Lesung des Konkordats Sportveranstaltungen mit den dazugehörigen Gesetzesänderungen aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht heute, sondern erst an der Kantonsratssitzung vom 2. Mai 2013 erfolgen darf. Der Vorsitzende begründet diesen Entscheid: Die zweite Lesung von Gesetzesvorlagen findet gemäss § 55 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats frühestens zwei Monate nach der ersten Lesung statt. Laut § 55 Abs. 3 der Geschäftsordnung findet eine zweite Lesung von Beschlüssen zu *Konkordaten* bereits an der folgenden Kantonsratssitzung statt, wenn der Rat nichts anderes beschliesst. Im vorliegenden Fall gehören der Kantonsratsbeschluss betreffend die Zustimmung zur Änderung des Konkordats Sportveranstaltungen einerseits und die Änderungen des Polizeigesetzes und des Polizeiorganisationsgesetzes andererseits als «Paket» zusammen; sie setzen sich gegenseitig voraus und sind daher *en bloc* zu beraten bzw. zu verabschieden. Da gemäss § 44 der Kantonsverfassung die zweite Lesung von Gesetzen frühestens zwei Monate nach der ersten Lesung stattfinden darf, gilt diese längere Frist im vorliegenden Fall auch für den Kantonsratsbeschluss betreffend die Zustimmung zur Änderung des Konkordats. Damit entfällt Traktandum 8.

➔ Die Traktandenliste wird mit dieser Änderung stillschweigend genehmigt.

TRAKTANDUM 2

663 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 28. Februar 2013

➔ Das Protokoll der Vormittagssitzung vom 28. Februar 2013 wird ohne Änderungen genehmigt.

Das Protokoll der Nachmittagssitzung vom 28. Februar wird in der nächsten Sitzung genehmigt. Zur Vorbereitung auf die heutige Sitzung wurde den Ratsmitgliedern bereits ein Vorabzug mit den Traktanden betreffend die Konkordate versandt.

TRAKTANDUM 3

Kantonsrats-Ersatzwahl in der Gemeinde Steinhausen:

664 Traktandum 3.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2227.1 - 14271).

Gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen (WAG) befindet der Rat über die Ersatzwahl von Mario Reinschmidt für den per Ende Februar 2013 zurückgetretenen Kantonsrat Beda Schlumpf, Steinhausen. Mario Reinschmidt ist bereits im Saal. Der **Vorsitzende** fragt, ob es einen anderslautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrats gibt. Das ist nicht der Fall.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Mario Reinschmidt.

Der **Vorsitzende** gratuliert dem neu gewählten Kantonsrat. Mario Reinschmidt tritt sein Amt sofort an.

665 Traktandum 3.2: **Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch Mario Reinschmidt**

Mario Reinschmidt möchte den Eid ablegen. Er tritt nach vorne, und der Rat erhebt sich. Der Landschreiber liest die Eidesformel. **Mario Reinschmidt** spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst den neu gewählten Kantonsrat herzlich willkommen und wünscht ihm viel Energie und Befriedigung bei seiner politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

TRAKTANDUM 4
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 5
Kommissionsbestellungen:

666 Traktandum 5.1: **Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2226.1/.2 - 14262/63).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Wyss Thomas, Kommissionspräsident

Andenmatten Karin	Raschle Urs
Balmer Kurt	Schmid Moritz
Brunner Philip C.	Straub-Müller Vroni
Castell-Bachmann Irène	Thalmann Silvia
Christen Hans	Weber Florian
Gysel Barbara	Werner Thomas
Landtwing Alice	Wicky Vreni

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

667 Traktandum 5.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Bahnverkehr, Walchwil)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2228.1/.2 - 14272/73).

➔ Überweisung an die Raumplanungskommission und die Kommission für den öffentlichen Verkehr.

668 Traktandum 5.3: **Ersatzwahl des Kantonsrates in die Kommission für Hochbauten**

Die FDP-Fraktion beantragt, Mario Reinschmidt als Ersatz für den zurückgetretenen Beda Schlumpf zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 6

669 **Wahlbestätigung betreffend Ersatzwahl eines vom Kanton zu wählenden Mitglieds der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank für den Rest der Amtsdauer 2011–2014 (bis Generalversammlung 2015)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2229.1 - 14274).

Die zur Wahl vorgeschlagene Kantonsrätin Silvia Thalmann hat den Saal verlassen. Der **Vorsitzende** erläutert, dass der Regierungsrat die Wahlbehörde ist und der Kantonsrat die Wahl lediglich zu bestätigen hat. Er verweist auf § 71 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats: «Das dem Kantonsrat für Wahlen anderer Behörden zustehende Bestätigungsrecht wird in der Form ausgeübt, dass über die Bestätigung mit Stimmzettel durch einfaches Ja oder Nein abgestimmt wird.» In § 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats heisst es: «Sofern das absolute Mehr im ersten Wahlgang nicht erreicht wird, kann auf Verlangen von einem Viertel der anwesenden Mitglieder ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden.»

Philip C. Brunner spricht nicht zur bevorstehenden Wahl, sondern hat eine Frage. Der Regierungsrat bezieht sich in seinem Bericht und Antrag auf einzelne Paragraphen, unter anderem auf § 34, des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank. Dieses Gesetz stammt vom 20. Dezember 1973, ist also vierzig Jahre alt. Letzte Änderungen erfolgten Anfang 2007, also vor ungefähr sechs Jahren und damit vor der grössten Finanzkrise seit den Dreissigerjahren und dem Zweiten Weltkrieg. Seither hat sich vieles verändert, gerade auch im Bankenwesen. Die Bilanz der Zuger Kantonalbank beträgt mittlerweile 12,3 Milliarden Franken, eine Vielfaches gegenüber 1973.
Der Votant stellt deshalb die Frage, wann der Regierungsrat dem Kantonsrat die dringliche Revision des genannten Gesetzes vorzulegen gedenke. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass es genügend Gründe – als Stichwort ist unter anderem die Staatsgarantie zu nennen – für eine Revision gibt?

Finanzdirektor **Peter Hegglin** ist der Ansicht, dass das Alter eines Gesetzes nichts darüber aussagt, ob dieses noch aktuell ist. Die Regelungen zur Zuger Kantonalbank sind gut, besonders im Vergleich mit anderen Kantonen, wo die Kantonalbanken teilweise nicht einmal Aktiengesellschaften, sondern Anstalten des Kantons sind. Der Finanzdirektor geht mit seinem Vorredner aber einig, dass das Gesetz zu überarbeiten ist. Diese Arbeiten werden aufgenommen, gibt es doch noch weitere Themen zu berücksichtigen, beispielsweise die kürzlich angenommene Minder-Initiative. Die Revision wird nicht ein kleiner Wurf, sondern eine ziemlich substanzielle Angelegenheit sein, so dass sich die Vorarbeiten sicher in die nächste Legislatur hinein erstrecken werden. Das Geschäft wird von der Finanzdirektion, nicht von der Volkswirtschaftsdirektion bearbeitet.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen. Der **Vorsitzende** wiederholt, dass auf die Wahlzettel nur «Ja» oder «Nein» zu schreiben ist, aber keine Namen; andernfalls wäre der Wahlzettel ungültig. Die Stimmenzählenden teilen die Wahlzettel aus und sammeln sie wieder ein.

Nach der Auszählung gibt der **Vorsitzende** das Resultat bekannt:

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
72	72	1	1	70	36

Anzahl Ja-Stimmen	59
Anzahl Nein-Stimmen	11

➔ Der Rat bestätigt damit die Wahl von Silvia Thalmann.

TRAKTANDUM 7

670 Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV): 2. Lesung
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2168.6 - 14275).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 70 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen.

TRAKTANDUM 8

Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung des Konkordats vom 15. November 2007 über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen: 2. Lesung

Das Traktandum entfällt (siehe oben Ziff. 662).

TRAKTANDUM 9

671 Änderung des Schulgesetzes (Bereinigung)
Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2198.1/.2 - 14194/95); Bericht und Antrag der Bildungskommission (2198.3 - 14277),

EINTRETENSDEBATTE

Martin Pfister, Präsident der Bildungskommission: Die Eintretensdebatte in der Bildungskommission zu diesem Geschäft drehte sich fast einzig um die Frage, ob

es sich hier um eine Gesetzesrevision von hoher Relevanz handle, oder ob die zur Debatte stehenden Fragen doch eher nur von untergeordneter Bedeutung seien. Wenn solche Fragen im Zentrum stehen, dann steht es um ein Gesetz nicht so schlecht. Wie dem auch sei – die Bildungskommission trat einstimmig auf diese Teilrevision des Schulgesetzes ein.

Die Bildungskommission unterstützt auch ausdrücklich die mit dieser Teilrevision verbundene Gesetzesbereinigung, mit der die inhaltlichen Bestimmungen und die Zuständigkeitsnormen im Schulgesetz klar getrennt werden. Die Kommission war sich bei der Beratung bewusst, dass eine weitere Schulgesetzrevision vor der Tür steht und in dieser Vorlage nicht alle Fragen zur Diskussion gestellt sind, die sich beim Schulgesetz aus heutiger Sicht stellen. Immerhin können jedoch mit dieser Gesetzesrevision ein paar wichtige Lücken in der Schulgesetzgebung geschlossen und kleinere systematische Mängel und teilweise widersprechende Begrifflichkeiten gelöst werden.

Wie ihrem Bericht zu entnehmen ist, schlägt die Bildungskommission verschiedene redaktionelle Korrekturen vor. Dazu äussert sich der Präsident in der Folge nicht mehr. Zu den sechs materiellen Fragen, die in der Einleitung des Berichts des Regierungsrats aufgelistet sind, nimmt die Kommission wie folgt Stellung:

• Sie stimmt erstens dem Angebotsobligatorium für Musikschulen in den Gemeinden zu. Diese Forderung geht auf eine Motion von Vreni Wicky zurück, die bereits 2006 eingereicht wurde und nun endlich umgesetzt wird. Allerdings ist dieses Anliegen bereits durch eine Bundesvorlage – den Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung, worüber im letzten Jahr abgestimmt wurde – überholt worden. Die Motionärin Vreni Wicky bittet, dem Regierungsrat in ihrem Namen für die Umsetzung ihrer Motion zu danken – was der Votant hier gerne tut.

• Beim Thema der Privatschulung schliesst sich die Bildungskommission mit 10 zu 1 Stimmen dem Vorschlag des Regierungsrats an, der die Beibehaltung einer restriktiven Bewilligungspraxis dem liberaleren Vorschlag in der Vernehmlassungsvorlage vorzog. Eine Privatschulung von Kindern soll wie bisher nur in begründeten Ausnahmefällen genehmigt werden.

• Die Bildungskommission unterstützt die finanzielle Unterstützung von kantonal tätigen Elternorganisationen. Gemäss einer knappen Mehrheit der Kommission soll der Regierungsrat die Kompetenz erhalten, auch mit mehreren Elternorganisationen eine Subventionsvereinbarung abzuschliessen.

• Beim Informationsaustausch zwischen Lehrpersonen, Schulleitungen und Fachpersonen der Schuldienste, der in § 23a geregelt ist, schlägt die Kommission einstimmig eine substanzielle Erweiterung vor, die es den Lehrpersonen ermöglicht, wichtige Daten von Schülerinnen und Schülern im Übergabegespräch weiterzugeben. Es ist nach Meinung der Kommission richtig, dass die Weitergabe von wichtigen Daten über eine Schülerin oder einen Schüler auch ohne explizites Einverständnis der Erziehungsberechtigten möglich sein soll. Dazu muss eine klare gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die heute fehlt. Gemäss Vorschlag des Regierungsrats sollen abschliessend nur rein administrative Daten weitergegeben werden können, gemäss Liste auf Seite 26 des regierungsrätlichen Berichts «Name und Vorname der Schülerin oder des Schülers, Geburtsdatum, Adresse, Telefonnummer, bisherige Klasse, bisherige Lehrperson, Staatszugehörigkeit, Muttersprache, Konfession, Inhaberin oder Inhaber der elterlichen Sorge sowie allenfalls Vorname, Name, Adresse und Telefon einer allfälligen Tagesbetreuung». Dies ist nach Ansicht der Kommission klar zu wenig und nützt weder den betroffenen Kindern noch den Lehrpersonen, die für ihre Aufgabenerfüllung auf Informationen angewiesen sind. Die Kommission schlägt deshalb vor, dass auch «weitere schulrelevante Daten» weitergegeben werden können, sofern diese für die Aufgaben-

erfüllung erforderlich sind. Dem legitimen Recht von Erziehungsberechtigten auf Schutz ihrer Daten wird mit der Möglichkeit entsprochen, die Übergabe von Daten auszuschliessen. Illustrierende Beispiele sind im Kommissionsbericht aufgeführt.
• Schliesslich stimmt die Bildungskommission auch der Anpassung bezüglich unbefristeter Lehrbewilligungen und der Wiedereinführung von Noten ab der 2. Primarklasse zu. Die Bildungskommission ist zudem der Meinung, dass ein unbefristeter Schulausschluss ein operativer Entscheid ist und nicht von der Schulkommission, sondern vom Rektor bzw. der Rektorin getroffen werden sollte. Sie beantragt deshalb entsprechende Änderungen in den Artikeln 61 und 63.
Über die im Bericht des Regierungsrats eingangs skizzierten Themenfelder hinaus lösten zwei weitere Fragestellungen kontroverse Diskussionen aus: die Anzahl der schulfreien Halbtage in § 10 und der vom Regierungsrat vorgeschlagene Ausschluss von Personen zur Wahl in den Bildungsrat gemäss § 65, die eine Leitungsfunktion in einer den Beschlüssen des Bildungsrats unterstellten Schule ausüben.
Die Bildungskommission anerkennt das von Vertretern der Konferenz der Schulpräsidenten (SPKZ) vorgetragene Problem des Mangels an schulfreien Halbtagen in jenen Jahren, in denen die Fasnacht nicht in die Sportferien fällt. Sie unterstützt dennoch mit 7 zu 3 Stimmen den Vorschlag des Regierungsrats, an den acht freien Halbtagen festzuhalten. Dies ist eine klare, einfache Regelung und führt zu keinen weiteren Ausfällen von Unterrichtsstunden.
Die in § 65 vorgeschlagene Einschränkung der Wahl von Schulleitungsmitgliedern in den Bildungsrat wurde vom Regierungsrat auf Vorschlag einer Vernehmlassungsteilnehmerin in die Vorlage aufgenommen. Abgesehen von den Gründen für oder gegen diese Regelung, die auf Seite 8 des Kommissionsberichts nachgelesen werden können, ist die Kommission klar der Meinung, dass sich auch die betroffenen Instanzen in einer Vernehmlassung zu dieser Frage äussern sollten, bevor der Kantonsrat darüber befindet. Falls der Regierungsrat an seinem Vorschlag festhalten möchte, kann er ihn in der nächsten Schulgesetzrevision wiederum ins Vernehmlassungsverfahren einbringen. Die Kommission beantragt deshalb mit 9 zu 2 Stimmen, Absatz 1 von § 65 zu streichen.
Die CVP-Fraktion schliesst sich den Anträgen der Bildungskommission an.

Dominik Lehner hält fest, dass gute Schulen allen ein wichtiges Anliegen sind – ganz egal, ob es um Lehrer, Lehrkräfte oder Lehrpersonen geht. Das spürte man auch bei der intensiven Diskussion in der FDP-Fraktion zum vorliegenden Schulgesetz.
Unbestritten sind die vereinheitlichte Terminologie als auch die Trennung von Bestimmungen und entsprechenden Zuständigkeitsnormen. Ebenso positiv steht die FDP-Fraktion dem Angebotsobligatorium für Musikschulen und den Noten ab der 2. Primarklasse gegenüber. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage. Sie wird sich in der Detailberatung meist der vorberatenden Bildungskommission anschliessen. Der Votant begründet kurz zwei Ausnahmen:
• Der Verein «Schule und Elternhaus» leistet für unsere Schulen wertvolle Vernetzungsarbeit. Die FDP-Fraktion folgt der Argumentation des Regierungsrats, wonach im überschaubaren Kanton Zug es nur *einer* kantonalen Elternorganisation bedarf. So werden die Kräfte gebündelt, und es gibt einen klaren Ansprechpartner.
• Bei der Zusammensetzung des Schulrates (§ 65) folgt die FDP-Fraktion dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrats. Bestimmt geht operatives Know-how durch eine solche Gesetzesanpassung verloren, doch entspricht sie einer klaren Trennung von strategischer und operativer Verantwortung. Aus «Good Governance»-Gründen will die FDP am ursprünglichen Antrag der Regierung festhalten.

Zum Schluss noch ein Appell an den Bildungsdirektor: Die FDP-Fraktion unterstützt die regierungsrätliche Vorlage zur Privatschulung. Sie vertraut darauf, dass Gesuche weiterhin so restriktiv gehandhabt werden wie bisher, denn sie glaubt an die gute Volksschule.

Thomas Wyss: In der SVP-Fraktion war Eintreten auf die Vorlage unbestritten. Die SVP erkennt und anerkennt, dass die Gesetzesänderung die schöne Handschrift unseres tüchtigen und fleissigen Bildungsdirektors trägt.
Die SVP-Fraktion folgt mehrheitlich den Anträgen der Regierung. Die Fraktion verschliesst sich in Teilbereichen jedoch auch nicht den Änderungsanträgen der Bildungskommission, die sich intensiv mit dieser Vorlage befasste und in der die Lehrerkompetenz ausreichend vertreten ist. In verschiedenen Punkten wird die SVP-Fraktion eigene Änderungsanträge stellen. So ist sie gegen den automatischen Informationsaustausch von Schülerdaten zwischen den Lehrern und der Schulbürokratie ohne das Einverständnis der Eltern. Die Eltern sollen auch hier das letzte Wort haben.

Zari Dzaferi steht mit einem Laptop am Rednerpult; als einer der «Sans-Papiers» im Rat denkt er, dass das einen Versuch wert ist. Er legt seine Interessenbindung vor: Er unterrichtet als Sekundarlehrer in einer Zuger Gemeinde.
Die SP-Fraktion hat die Bereinigung des Schulgesetzes ausführlich diskutiert. Bildung ist schliesslich der wichtigste Rohstoff, denn die Schweiz und insbesondere unsere Region hat. In der Besprechung wurde vor allem die zukünftige Regelung bezüglich des Datenschutzes diskutiert. Die SP empfindet es als wichtig, dass die Weitergabe von schulrelevanten Daten rechtlich präziser festgehalten wird. Denn die rechtlichen Bestimmungen stimmen kaum mit der Praxis im Schulalltag überein. Das Bedürfnis, schulrelevante Informationen an die abgebende Lehrperson zu richten, ist vorhanden, das Bedürfnis, mehr Informationen über eine neue Klasse zu erhalten, ebenfalls. Dennoch ist dieser Paragraph auf beiden Seiten etwas heikel. Es ist einerseits heikel, wenn Lehrpersonen ungefiltertes Material weitergeben und somit die Bildungschancen eines Kindes beeinflussen können. Untersuchungen haben gezeigt, dass die ungefilterte Abgabe von Informationen über ein Kind die Erwartung der Lehrperson beeinflussen kann. Wenn die abnehmende von der abgebenden Lehrperson erklärt bekommt, dass Fritz ein Genie ist, dann wird diese Lehrperson Fritz tendenziell auch wie ein Genie behandeln – und umgekehrt. Die Studien von Robert Rosenthal haben gezeigt, dass die Erwartung der Lehrperson auf einen Schüler vor allem in unteren Klassen die weitere Entwicklung des Kindes stark beeinflussen kann. Gleichzeitig ist es aber noch heikler, wenn Informationen nicht weitergegeben werden. Es geht hier primär um das Wohl des Kindes. Man stelle sich nur vor, dass ein Kind Epilepsie hat und die annehmende Lehrperson aufgrund der Rechtslage keine Informationen dazu erhalten darf. Dies wäre fahrlässig. Aus diesen Überlegungen unterstützt die SP-Fraktion die von der Kommission vorgeschlagene Formulierung. Sie appelliert gleichzeitig auch an die Lehrpersonen, nur die wichtigsten schulrelevanten Informationen an abnehmende Lehrpersonen weiterzugeben.
Weiter gab in der SP-Fraktion die Zusammensetzung des Bildungsrates zu reden. Gemäss dem Antrag des Regierungsrats sollen dem Bildungsrat keine Personen mehr angehören dürfen, die in einer den Beschlüssen des Bildungsrats unterstellten Schule operative Leitungsfunktionen ausüben. Die SP ist der Ansicht, dass die Zusammensetzung des Bildungsrats bei der nächsten Schulgesetzrevision ausführlich diskutiert werden soll. Es ist nämlich wichtig, dass sich die betroffenen Gremien dazu äussern können. Die SP ist überzeugt, dass der Bildungsrat einen

erheblichen Einfluss auf die operativen Aufgaben der Schule hat. Es gibt im Kanton Zug wohl kaum ein Organ, das im Bereich der Schule so viele Kompetenzen hat wie der Bildungsrat. Daher ist es immens wichtig, dass darin operatives Know-how vertreten ist. Deshalb sollten Personen, welche sich in der operativen Führung einer Schule auskennen, nicht *per se* vom Mitwirken im Bildungsrat ausgeschlossen werden. Sollte für ein Mitglied einmal ein Interessenkonflikt bestehen, weil die eigene Schule betroffen ist, so kann dieses Mitglied immer noch in den Ausstand treten. Wie für die Bildungskommission ist auch für die SP der Mix aus verschiedensten Personen (Fachkräften) für die qualitative Zusammensetzung des Bildungsrats entscheidend.
Weiter ist die SP-Fraktion erfreut darüber, dass der Regierungsrat keine Liberalisierung der Schulpflicht anstrebt, sondern lediglich die bisherige, restriktive Praxis kodifizieren möchte. Wenn Eltern möchten, dass ihr Kind privat beschult wird, dann soll weiterhin eine hohe Hürde bestehen, damit ein entsprechendes Gesuch bewilligt wird – dies zum Wohl des Kindes, welches ein Anrecht auf Bildung hat, sowie auch zum Wohl der Schulen, welche solche Schülerinnen und Schüler nach einer temporären Privatschulung wieder aufnehmen.
Bei der Unterstützung von Elternorganisationen plädiert die SP-Fraktion dafür, dass der Regierungsrat mehrere Elternorganisationen subventionieren kann. Dies soll allerdings nur dann möglich sein, wenn die Elternorganisationen unterschiedlich ausgerichtet sind.
Die SP-Fraktion wird einstimmig auf die Vorlage eintreten und den Anträgen der Bildungskommission folgen.

Esther Haas stell fest, dass die Änderungen im neuen Schulgesetz vorwiegend formeller Natur und entsprechend unbestritten sind. Dennoch bleiben ein paar Punkte, auf die sie im Namen der AGF eingeht.
Zur Privatschulung: Ursprünglich strebte die Regierung eine weitreichende Form der Privatschulung an. Der Widerstand bei der Vernehmlassung gegenüber dem *Homeschooling* war gross, so dass die Möglichkeit der Privatschulung zwar im Gesetz verankert wird, aber mit rigorosen Einschränkungen. Die AGF steht dem *Homeschooling* nach wie vor skeptisch gegenüber, weil sie eine Verwässerung der Schulpflicht befürchtet. Zudem wäre es denkbar, dass Eltern, denen eine Lehrperson nicht passt, den Wunsch äussern, ihr Kind für ein halbes Jahr aus der Schule zu nehmen. Privatschulung könnte auch für extreme Gruppierungen, welche die soziale Isolierung ihrer Mitglieder zum Ziel haben, ein wunderbares Experimentierfeld sein. Privatschulung ist aber vor allem aus der Sicht des Kindes abzulehnen, weil die sozialen Kontakte für seine ganzheitliche Entwicklung von grosser Bedeutung sind. Die AGF stimmt § 74 zu unter der Bedingung, dass Privatschulung nicht die Regel wird, sondern die Ausnahme bleibt
Bei dem schulfreien Halbtagen stimmt die AGF den Überlegungen des Regierungsrats grundsätzlich zu, sie wird aber in der Detailberatung einen Antrag auf zehn schulfreie Halbtage für jene Jahre stellen, in denen die Fasnacht in die Unterrichtszeit fällt, weil es sonst in diesen Jahren zwei freie Halbtage weniger gibt.
Der im Vergleich zum geltenden Gesetz abgespeckte § 15 zu den Schulversuchen ist zu befürworten. Gleichzeitig ist die AGF froh, dass der in der Bildungskommission gestellte Antrag abgelehnt wurde, wonach Eltern, denen ein Schulversuch nicht in den Kram passt, ihre Kinder in einer anderen Gemeinde unterrichten lassen können.
Bei § 20 stimmt die AGF der Version der Bildungskommission zu. Es soll also möglich sein, dass nicht nur eine, sondern beispielsweise zwei Elternorganisationen, die unterschiedliche Zielsetzungen haben, subventioniert werden.

Beim Datenschutz in § 23 geht es aus Sicht der AGF darum, dass das Gesetz praxistauglich ist. So ist die AGF der Meinung, dass es unter Umständen wichtig sein kann, dass Daten zwischen abgebenden und abnehmenden Schulen weitergegeben werden. Bei diesem Datenaustausch muss es möglich sein, dass Inhalte wie beispielsweise das Verhalten der Schüler ausgetauscht werden – und nicht nur Name, Adresse und Geburtsdatum.
Ebenfalls der Bildungskommission folgt die AGF bei § 65, wo es um die Zusammensetzung des Bildungsrats geht. Folgt man den Vorstellungen der Regierung, so wäre es künftig Personen in operativen Führungsfunktionen aus einer der Bildungsdirektion unterstellten Schule verboten, Einsitz im Bildungsrat zu nehmen. Diese Einschränkung findet die AGF absurd. Ein derart einflussreiches Gremium wie der Bildungsrat muss fachlich breit abgestützt sein; da darf die schulische Seite nicht fehlen.
Eine weitere Anmerkung betrifft § 44, die kantonalen Schuldienste betreffend. Die AGF gilt bestimmt nicht als Fürsprecher von Privatschulen. Dennoch wird sie hier den Antrag stellen, dass Privatschulen bei der Verkehrsinstruktion gleich behandelt werden wie die öffentlichen Schulen und die Verkehrsinstruktionen der Zuger Polizei gratis beziehen können.
Die Einführung des neuen Gesetzes ist auf den 1. August 2013 terminiert. Auf dieses Datum ist auch die Einführung der Noten ab der 2. Primarschulklasse festgesetzt. Der AGF scheint der 1. August 2013 überhastet. Sie wird beantragen, die Inkraftsetzung des Gesetzes um ein Jahr zu verschieben, damit die involvierten Lehrpersonen seriös für die neue Situation vorbereitet sind.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** dankt vorab für die positive Aufnahme und freut sich, dass Eintreten nicht bestritten ist. Zu den wenigen strittigen Punkten, die sich abzeichnen, wird er sich in der Detailberatung äussern. Er dankt der Bildungskommission für ihre konstruktive und speditive Arbeit und dem Kommissionspräsidenten für die umsichtige Leitung. Der Regierungsrat schliesst sich in den meisten Fällen den Anträgen der Kommission an, was einiges dazu beitragen dürfte, dass die heutige Debatte nicht allzu ausufernd wird.
Es ist dem Bildungsdirektor wichtig, explizit auf die Aufteilung in zwei Schulgesetzrevisionen hinzuweisen. In die erste Revision hat man die Bereinigungsaspekte und Unumstrittenes wie die Musikschule genommen. Es wird eine zweite Revision folgen, in der es um materielle Punkte geht, die wesentlich umstrittener sein dürften; Stichwort dazu sind die Grundstufe, die Talentklasse Kunst und Sport, der Termin der Einschulung, die Frühförderung und so fort. Diese Aufteilung wurde noch in der letzten Legislatur vom Regierungsrat beschlossen. Dass es fast zweieinhalb Jahre gedauert hat, bis dieses Gesetz vorliegt, hat damit zu tun, dass zu Beginn der Legislatur das PH-Gesetz alleroberste Priorität hatte. Es geht aber im Schnellzugstempo weiter: Die zweite Revision ist in Erarbeitung, wird in Kürze ins verwaltungsinterne Mitberichtsverfahren gegeben und soll unmittelbar nach den Sommerferien in die externe Vernehmlassung gehen. Ungefähr Mitte November wird die Vernehmlassung enden, so dass das Gesetz nach der zweiten Lesung im Regierungsrat Anfang 2014 an den Kantonsrat überwiesen werden kann.
Der Bildungsdirektor greift einige Aspekte aus der Eintretensdebatte auf. In der Frage um den Datenaustausch schliesst sich der Regierungsrat grundsätzlich der substanziellen Erweiterung dieser Möglichkeiten, wie sie die Bildungskommission beantragt, an. Der Bildungsdirektor ist froh um den Hinweis von Zari Dzaferi zu dieser Thematik. Die Kommission hat nicht leichtfertig irgendetwas beantragt, sondern eine ausführliche, substanziierte Debatte geführt. Und wenn man Zari Dzaferi

hört, dann hört man einen Vertreter der Praxis, der dieses dringende Anliegen der Praxis heute entsprechend vertreten kann.
Bezüglich der Zusammensetzung des Bildungsrats schliesst sich die Regierung dem Antrag der Kommission an. Es besteht keine solche Dringlichkeit, dass man diese Frage heute einem Entscheid zuführen muss. Das Thema wird nochmals in die Vernehmlassung gegeben, die – wie gesagt – nach den Sommerferien startet, und auf der Basis der Rückmeldungen wird der Regierungsrat einen entsprechenden Antrag stellen. Es ist nicht so, dass man das operative Wissen aus dem Bildungsrat ausschliessen möchte. Es geht vielmehr um die Trennung der operativen und strategischen Funktionen. Heute beispielsweise ist jemand im Bildungsrat, der früher eine operative Leitungsfunktion in einer Schule hatte, diese im Moment aber nicht mehr innehat.
Zur Privatschulung ist zu sagen, dass der Regierungsrat auf die Vernehmlassungsergebnisse reagiert hat und vom ursprünglichen Ansinnen, hier eine Liberalisierung vorzunehmen, Abstand nehmen und die restriktive Praxis von heute beibehalten möchte, selbstverständlich vorbehältlich der Zustimmung des Kantonsrats. Zur Frage des Inkrafttretens wird der Bildungsdirektor im Namen des Bildungsrats eine Information geben. Der Bildungsrat hat gestern Nachmittag das Promotions- und Übertrittsreglement beraten und sich auch eingehend mit dieser Frage beschäftigt.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

§ 3 Abs. 3
§ 5 Abs. 3, Abs. 3a (neu) und Abs. 4
§ 6 Abs. 2
§ 8 Abs. 1 Bst. a
§ 9 Abs. 1 und Abs. 2
§ 10 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission jeweils dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 10 Abs. 3

Beat Iten möchte nochmals auf das Thema der schul- und unterrichtsfreien Halbtage zurückkommen. Die Bildungskommission hat dieses Thema diskutiert und sich mit 7 zu 3 Stimmen gegen eine Änderung der Formulierung von 2004 entschieden. Die Schule wird immer wieder aufgefordert, sich für unser Brauchtum und unsere Traditionen einzusetzen. Wenn sie dies tun will, setzt ihr dann jedoch das Schulgesetz wiederum Grenzen.
Es handelt sich bei der von der Schulpräsidentenkonferenz eingebrachten Änderung effektiv um einen «Fasnachtsartikel». Der Votant kommt aus einer Gemeinde, in der die jetzige Fassung von § 10 Abs. 3 dazu führt, dass ein Fasnachtstag ge-

strichen werden muss, wenn die Fasnacht vollumfänglich in die Schulzeit fällt. Dieses Thema wurde gerade diese Woche in der gemeindlichen Schulkommission diskutiert, und gezwungenermassen wurde entschieden, dass im nächsten Jahr der Schmutzige Donnerstag als schulfreier Tag gestrichen werden muss. Es versteht sich von selbst, dass dies nicht mit grosser Freude geschah und dass sich die Schulkommission damit in der Gemeinde auch nicht sehr viele Freunde schafft.
Es wäre grundsätzlich nicht so, dass die Schülerinnen und Schüler bei einer Lockerung der jetzigen Regelung insgesamt weniger Schultage hätten. In diesem Jahr fielen alle Fasnachtstage in die Sportferien, dafür fallen nun der Karfreitag und der Ostermontag in die Schulzeit. Im nächsten Jahr wird es genau umgekehrt sein: Die Fasnacht fällt vollständig in die Schulzeit, der Karfreitag und der Ostermontag fallen dafür in die Frühlingsferien.
Der Votant bittet daher, den Wunsch der Schulpräsidenten für eine Änderung dieses Artikels und damit indirekt auch unsere Bräuche und Traditionen zu unterstützen. Der **Antrag** lautet, § 10 Abs. 3 des Schulgesetzes sei so zu ändern, dass in den Jahren, in denen die Fasnacht vollständig in die Unterrichtszeit fällt, zwei zusätzliche freie Halbtage festgelegt werden können.

Kommissionspräsident **Martin Pfister** wiederholt, dass sich die Kommission mit 7 zu 3 Stimmen gegen den vorliegenden Antrag ausgesprochen hat. Ausschlaggebend waren zwei Gründe: Zum einen die Einfachheit der Lösung, wenn man es immer gleich handhabt mit acht Halbtagen; zum andern möchte man keine Ausweitung der zur Verfügung stehenden Halbtage. Man findet die acht Halbtage schon jetzt eine grosszügige Lösung.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass die Aussage des Antragstellers, die Schulgemeinden müssten die Fasnachtstage streichen, wenn die Fasnacht nicht in die Sportferien falle, natürlich nicht zutrifft. Es gibt genügend Tage, um sämtliche Fasnachtsanlässe schulfrei zu machen. Das Problem ist nicht die Fasnacht, es sind die Feiertagsbrücken. Dem Kommissionsbericht ist ein Erziehungsratsbeschluss aus dem Jahr 2005 beigelegt. Man hat damals beschlossen, dass die schulfreien Halbtage nicht nur zur Abfederung von lokalen Feiertagen, sondern auch für schulinterne Weiterbildungen verwendet werden können; Letzteres war früher nicht möglich. Seither haben sich Feiertagsbrücken eingebürgert, und offensichtlich ist man nicht gewillt, diese aufzugeben, wenn es für die Fasnacht nicht reicht. Wenn der Wille zu schulfreier Fasnacht besteht, dann ist das durchaus möglich, allerdings zulasten einer Feiertagsbrücke. Es gibt keinen Zwang, die Fasnacht *nicht* schulfrei zu machen.

➔ Der Rat stimmt mit 50 zu 19 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats zu.

§ 11: Überschrift des Paragraphen, Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 11a (neu): Abs. 1 bis 4
§ 11b (neu)
§ 12 Abs. 2
§ 13 Abs. 4
§ 14 Abs. 1
§ 14bis Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission jeweils dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 14bis Abs. 2

Thomas Wyss stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** der zweite Satz von § 14bis Abs. 2 («Der Stoff ist mit den Fächern Ethik und Religion sowie Lebenskunde abzustimmen») sei zu streichen. Im Sinne der Trennung von Kirche und Staat muss es den Kirchen überlassen werden, was sie im Religionsunterricht vermitteln wollen. Das stimmt auch reziprok: Die Kirchen haben richtigerweise ja auch keine Einflussmöglichkeiten auf die übrigen Fächer.

Martin Pfister hält fest, dass die Bildungskommission diese Frage nicht diskutiert hat. Er kann also keine Kommissionsmeinung abgeben.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** bittet, dem ursprünglichen Antrag zu folgen und den fraglichen Satz stehen zu lassen. Es ist eine Regelung, die seit Jahren bestens funktioniert und die auch in der Vernehmlassung kein Thema war; insbesondere die Kirchen haben sich dazu nicht geäussert und auch nie den Wunsch vorgebracht, davon abzuweichen. Auch inhaltlich macht es Sinn, wenn die genannten Fächer aufeinander abgestimmt werden. Es soll in der wertvollen Schulzeit nicht Stoff doppelt behandelt werden, nur weil keine Absprache stattfand.

Manuel Brandenberg erläutert die Befürchtung der SVP-Fraktion, dass eine *inhaltliche* Abstimmung gefordert werden könnte. Die vorliegende Formulierung birgt die Gefahr, dass irgendwann der Staat kommt und den Kirchen sagt, im Lebenskundeunterricht werde gelehrt, dass man sich ethisch in dieser oder jener Richtung verhalten solle; wenn die Kirche im Religionsunterricht sagt, moralisch sei das aber so und so, kann sich eine Diskrepanz ergeben. Wenn dann der Staat aufgrund einer gesetzlichen Grundlage eine inhaltliche Abstimmung fordern kann, kann das ein Eingriff in die Freiheit der Kirchen oder der anderen öffentlich anerkannten Religionsgemeinschaften sein. Der Antrag will also eine saubere Grundrechtsordnung.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP-Fraktion mit 56 zu 14 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

§ 14bis Abs. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 15 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Bildungskommission eine redaktionelle Anpassung vorschlägt. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Bildungskommission.

§ 15 Abs. 4

Thomas Wyss stellt namens der SVP-Fraktion einen **Änderungsantrag.** Neu soll es heissen: «Wenn einer Gemeinde aus einem Schulversuch Mehrkosten entstehen, hat sie diese selber zu tragen. Wurde der Schulversuch durch den Kanton veranlasst, so hat dieser die Mehrkosten zu tragen.»
Der Votant begründet die beantragte Änderung wie folgt: Wenn der Kanton am Anfang einer Reform steht, soll er diese auch bezahlen. Wenn hingegen Gemeinden den Anstoss für einen Schulversuch geben, sind sie in der Verantwortung.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** möchte mit einigen Fakten das Thema Schulversuche etwas entkrampfen. Im Kanton Zug laufen im Moment zwei Schulversuche: einerseits seit 2008 die Grundstufe in Oberägeri, andererseits seit 2009 die Kunst- und Sportklasse in Cham. Beide werden mit der nächsten Schulgesetzrevision beendet werden. Sie werden dann – je nach Entscheid des Kantonsrats – entweder ins ordentliche Gesetz überführt oder abgebrochen.
Was die Mitfinanzierung durch den Kanton betrifft: In Oberägeri bezahlt der Kanton keinen Rappen, die ganzen Mehrkosten werden dort durch die Gemeinde getragen. Bei der Kunst- und Sportklasse in Cham beteiligt sich der Kanton an der Finanzierung, dies mit einem Betrag von 50'000 Franken an die Entwicklung des Modells und weiteren 37'500 Franken an die Evaluation. Zudem hat man in Cham eine Defizitgarantie gesprochen; nach Abzug der Schülerpauschalen würde der Kanton die Hälfte eines allfälligen Defizits tragen, was bisher noch nicht nötig war.
Um beim Beispiel Kunst- und Sportklasse in Cham zu bleiben: Man muss anerkennen, dass der Versuch durchaus auch im Interesse des Kantons ist, auch wenn der Anstoss aus der Gemeinde kam. Vorher mussten die Zuger Sporttalente allesamt ausserkantonal platziert werden, da es im Kanton selbst kein entsprechendes Angebot gab. Der Druck zur Begabtenförderung ist vorhanden, nicht zuletzt stellt auch die Politik entsprechende Forderungen an die Schulen. Wenn man nun ein solches Angebot einrichten will, kann man entweder auf eine Schulgesetzrevision warten und dann – ohne entsprechende Erfahrungswerte – eine Regelung veranlassen, die allenfalls noch nachjustiert werden muss. Oder man kann den Ausnahmetatbestand Schulversuch schaffen, das Ganze an einem Ort austesten und dann – wenn die Details bekannt sind – dem Kantonsrat eine entsprechende Gesetzesrevision unterbreiten.
Es ist auch nicht so, dass man über das Geld die Schulversuchsaktivitäten wirksam steuern kann. Wenn eine Gemeinde eine gewisse Stossrichtung in der Schulentwicklung haben will, dann sind die Zuger Gemeinden finanziell so gut gestellt, dass sie sich dies in der Regel auch leisten können. Der Schulversuch in Cham war kaum abhängig von den 87'500 Franken, die der Kanton dazu beitrug. Entscheidend ist vielmehr, ob der Bildungsrat einen entsprechenden Antrag aus einer Gemeinde unterstützt und die Bildungsdirektion dann die Bewilligung erteilt. Und es wird nicht einfach alles Anbegehrte bewilligt. Zu Beginn dieser Legislatur beispielsweise wollte eine Schulgemeinde den Instrumentalunterricht der Musikschule als Alternative zum Musikunterricht der Volksschule in den Stundenplan integrieren, was der Bildungsrat aber ablehnte und die Bildungsdirektion dann auch nicht bewilligte.
Die vorgesehene Regelung ist also durchaus im kantonalen Interessen und wenig geeignet, Schulversuche effektiv zu unterbinden. Der Bildungsdirektor bittet daher den Rat, den vorliegenden Änderungsantrag abzulehnen.

➔ Der Rat stimmt mit 58 zu 14 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats zu.

§ 16 Abs. 1
§ 17 Abs. 2 und Abs. 3 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission jeweils dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 17 Abs. 4

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** wurde darauf aufmerksam gemacht, dass im Antrag des Regierungsrats versehentlich der Hinweis fehlt, dass Abs. 4 des geltenden Rechts («Spätestens ab der 4. Primarklasse hat die Beurteilung in Form von Leistungsnoten in Ziffern zu erfolgen») aufgehoben ist. In der geltenden Fassung des Gesetzes fehlt ein Abs. 3, weshalb in LexWork ein neuer Abs. 3 eingefügt werden konnte, ohne den alten aufzuheben. Es soll hier also nicht etwas am Parlament vorbei geändert werden, vielmehr ist der Antrag des Regierungsrats dahingehend zu ergänzen, dass § 17 Abs. 4 des geltenden Rechts aufgehoben ist.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 18 Abs. 2 und Abs. 3
§ 19 Abs. 1, Abs. 1a und Abs. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission jeweils dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 20 Abs. 3a (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Möglichkeit des Kantons verankern will, eine Elternorganisation finanziell unterstützen zu können; es versteht sich, dass bei erfüllten Voraussetzungen mehr als eine Elternorganisation berücksichtigt werden kann. Die Kommission schlägt eine Formulierung im Plural vor. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

Thomas Wyss stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** § 20 Abs. 3a sei zu streichen. Zum einen hält der Kantonsrat richtigerweise nicht sehr viel von «kann»-Bestimmungen, öffnen diese doch der Ausgabefreudigkeit von Regierungen in der Regel Tür und Tor. In der Sache selbst kann es nicht sein, dass jeder und jede Gruppierung, die sich selbst einbringt und die eigenen Interessen vertritt, dafür bezahlt wird. Es ist doch gerade charakterisierend für die und Aufgabe der Zivilgesellschaft, dass ehrenamtlich gearbeitet wird.
Ganz spezifisch geht es um die Organisation «Schule und Elternhaus». Hier stellt sich die Frage, ob diese tatsächlich den Anspruch einlösen kann, bei Vernehmlassungen für alle Eltern zu sprechen. Auf der offiziellen Homepage von «Schule und Elternhaus Schweiz» ist der Jahresbericht 2011 der letztverfügbare. Diesem zufolge hat die Kantonalsektion Zug gerade mal 145 Einzel- und Familienmitglieder.

Zum Vergleich: Im Kanton Zug gibt es gemäss Rechenschaftsbericht 2011 an den gemeindlichen Schulen rund 11'000 Schulkinder und 1400 Lehrpersonen.

Dominik Lehner wendet sich zuerst an seinen Vorredner: Es ist leider eine Tatsache, dass Ehrenamtlichkeit heute kein sonderlich breit abgestütztes Phänomen ist. «Schule und Elternhaus» leistet professionelle Arbeit, die es zu unterstützen gilt.
Die FDP-Fraktion hält – wie im Eintretensvotum bereits erwähnt – am ersten regierungsrätlichen Antrag fest. Sie will, dass nur *eine* Elternorganisation berücksichtigt wird, damit Klarheit bezüglich des Ansprechpartners besteht. Sie stellt den **Antrag,** die ursprüngliche Fassung des Regierungsrats ins Gesetz aufzunehmen.

Martin Pfister, Präsident der Bildungskommission, hält fest, dass die Kommission den Streichungsantrag der SVP-Fraktion nicht behandelte, sondern nur über die Frage des Plurals oder Singulars diskutierte. Er geht aber davon aus, dass die Kommission die Beibehaltung der Subventionsmöglichkeit für Elternorganisationen unterstützt.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** erläutert, dass § 20 die Elternmitwirkung regelt, und ein Absatz davon ist der kollektiven Mitwirkung durch Elternorganisationen, also der organisierten Elternarbeit gewidmet. Und da gibt es vereinsmässig ein Problem: Die Eltern wechseln in rascher Folge – klassischerweise erlischt das Interesse an der Mitwirkung in der Schule dann, wenn der Sprössling die Schule verlässt –, und diese Organisationen haben eine riesige Fluktuation. Das schlägt sich auch in den Mitgliederzahlen nieder; die von Thomas Wyss vorgelegte Grössenordnung ist richtig. Die Gemeinden aber schätzen die Konstanz beim Ansprechpartner, und seitens des Kantons ist man durchaus gewillt, hier einen gewissen Betrag an die Konstanz, an die Struktur einer Elternorganisation zu leisten.
Im Bericht des Regierungsrats ist zu lesen, dass bisher 25'000 Franken pro Jahr aus dem Lotteriefonds gesprochen wurden, dies zum einen für die Struktur – also dafür, dass eine Organisation über den ganzen Kanton eine gewisse Konstanz sicherstellt – und zum andern für Projekte. In Zukunft soll der Strukturbeitrag – rund 10'000 Franken pro Jahr, die für Infrastruktur und Sekretariatsleistungen ausgegeben werden – aus der Laufenden Rechnung bezahlt werden; der Lotteriefonds soll nach wie vor für Projekte, sofern sie als sinnvoll und unterstützungswürdig taxiert werden, zur Verfügung stehen. Die Frage der Eigenverantwortung kann man immer stellen. Wenn man die organisierte Elternarbeit aber zulässt, soll man sie ein Stück weit auch unterstützen, den Worten also Taten folgen lassen.
Zum Antrag der FDP-Fraktion, die Subventionsvereinbarung solle nur mit einer einzigen Organisation abgeschlossen werden können: Der Bildungsdirektor bittet, dem Antrag der Bildungskommission zu folgen. Dort wurde in der Diskussion gesagt, dass es nur eine einzige Organisation sein soll, so lange verschiedene Organisationen das Gleiche tun; wenn sich aber eine Organisation einem komplementären Auftrag widme – beispielsweise eine Elternorganisation für behinderte Kinder –, dann müsste diese auch unterstützt werden können.

Philip C. Brunner gibt zu bedenken, dass mit den vom Bildungsdirektor angeführten Argumenten jeder Verein, der Wert auf professionelle Strukturen legt, sich beim Kanton melden kann und 25'000 Franken kriegt. Er fragt den Bildungsdirektor, wer denn der Präsident von «Schule und Elternhaus» sei und wer dessen Vorstand angehöre. Wer erhält dieses Geld, um professionell die Eltern zu vertreten?
Der Kantonsrat vertritt – neben allen anderen Interessen von Bürgerinnen und Bürgern – auch die Eltern, und es geht nicht an, dass sich eine Organisation auch

noch irgendwie wichtig macht. Es ist schon kompliziert genug im Bildungswesen mit Bildungsrat, Kantonsrat und den Gemeinden, die – zu Recht – auch mitreden wollen. Und jetzt schaltet sich noch eine Elternorganisation ein, spielt sich auf, kriegt Geld und gibt vor, professionell die Eltern zu vertreten. Welche Eltern werden denn hier überhaupt vertreten?

Eusebius Spescha ist etwas erstaunt über das Votum von Philip C. Brunner. Die Schule soll ja auch den Interessen der Eltern Rechnung tragen, und das kann nicht geschehen, indem sie inhaltliche Fragen mit dem Kantonsrat diskutiert. Die Schule muss an Partnerinnen und Partnern im Rahmen von Elternorganisationen interessiert sein, mit denen sie gewisse Gespräche führen kann. Es ist unfair, wenn die Elternorganisation «Schule und Elternhaus», die über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte seriöse, inhaltlich gut abgestützte Arbeit geleistet hat, lächerlich gemacht und in die Beliebigkeit gezogen wird. Die Schule hat ein Interesse an Gesprächspartnern auch im Bereich der Eltern, und das sollte dem Rat 10'000 Franken wert sein.

Manuel Brandenberg hat nicht den Eindruck, dass Philip C. Brunner irgendjemanden lächerlich gemacht hat. Er hat vielmehr eine Grundsatzfrage gestellt: Wenn *ein* Verein von Staat Geld bekommt, warum erhalten dann alle anderen Vereine *kein* Geld? Diese Grundsatzfrage darf gestellt werden. Philip C. Brunner hat auch die Frage gestellt, wer konkret in diesem Verein Präsident bzw. Vorstandsmitglied sei – sprich: Wer bekommt dieses Geld vom Kanton? Die Beantwortung dieser Frage führt zu Transparenz.

Für Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** geht es nicht darum, hier *ad personam* zu legiferieren. Die Frage, wer Präsident und Vorstandmitglied sei, ist auf der Website transparent gemacht, und wer diese Namen im Kantonsratssaal heraustrompeten möchte, kann sich nochmals zum Wort melden. Es ist in der Gesetzgebung nicht relevant, wer diesen Vorstand besetzt. Relevant ist aber der Grundsatz, ob man die organisierte Elternmitwirkung zulassen will oder nicht, und der Kantonsrat hat beschlossen, diese zuzulassen. Nun gibt es ein Organisationsproblem, das von den Gemeinden moniert wird: Man möchte einen Ansprechpartner, der nicht jedes Jahr wechselt. Dieses Problem soll mit der vorgeschlagenen, spezifischen Lösung gelöst werden.
Die Frage ist nun, ob «Schule und Elternhaus» einen gesetzlichen Auftrag erfüllt. Wenn ja, dann soll die Finanzierung aus der Laufenden Rechnung erfolgen, und dazu soll hier die gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Ansonsten ist es so, dass eine Vielzahl von Vereinen über Leistungsvereinbarungen, Subventionsvereinbarungen oder Lotteriefondsbeiträge finanziert wird. Im Weiteren schreibt der der Verein «Schule und Elternhaus» nicht nur Vernehmlassungen, sondern er steht den gemeindlichen Schulen als Ansprechpartner zur Verfügung – und diese Mitarbeit wird geschätzt. Wenn der Verein nur Vernehmlassungen schreiben würde, dann wäre das tatsächlich eine Arbeit, die andere – etwa Parteien – gratis erledigen, und dann würde sich dieser Beitrag nicht rechtfertigen.
Der Bildungsdirektor hofft, dass er Eusebius Spescha richtig verstanden hat: Solange es um Schulgesetze oder gesetzliche Regelungen des Schulbereichs geht, ist sehr wohl der Kantonsrat zuständig, und *darüber* möchte der Bildungsdirektor mit dem Kantonsrat sprechen, nicht nur mit irgendwelchen Elternorganisationen. Die Schulen sind aber dankbar für einen niederschwelligen Ansprechpartner – und der Bildungsdirektor ist dem Rat dankbar für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

Der **Vorsitzende** erläutert das Vorgehen: Zuerst wird Abs. 3a bereinigt, dann über den Streichungsantrag der SVP-Fraktion abgestimmt.

➔ Der Rat stimmt mit 38 zu 31 Stimmen dem Antrag der FDP-Fraktion zu, die Fassung des Regierungsrats ins Gesetz aufzunehmen.

➔ Der Rat lehnt mit 47 zu 19 Stimmen den Streichungsantrag der SVP-Fraktion ab.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass der Regierungsrat in seinen Materialien festgehalten hat, die Wendung «eine Elternorganisation, welche …» sei bezüglich der Anzahl unbestimmt. Mit dem Abstimmungsergebnis hat sich die Lesart geändert: «eine» ist nicht mehr unbestimmt, sondern meint jetzt den Singular im Sinne von «eine einzige». Der Gesetzestext ändert sich nicht, wohl aber die Lesart.

§ 23a Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Bildungskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag des Regierungsrats.

§ 23a Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission auf die Einschränkung verzichten will, wonach die Daten nur bekanntgegeben werden dürfen, soweit diese für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Sie will also den letzten Teilsatz streichen. Der Regierungsrat schliesst sich der Fassung der Kommission an, weil die Erforderlichkeit ohnehin abgeklärt werden muss.

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag der Bildungskommission.

§ 23a Abs. 3 bis Abs. 5

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission vorschlägt, anstelle des Begriffs «bekannt geben» den Ausdruck «weiter geben» zu verwenden. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

Jürg Messmer stellt den **Antrag,** § 23 Abs. 3, 4 und 5 seien zu streichen. Seine Interessenbindung: Er hat Kinder und hofft, irgendwann Enkelkinder zu haben. Er wünscht sich daher ein gutes Schulgesetz. Bleiben die drei genannten Absätze im Gesetz, wird der Datenschutz aufs Gröbste verletzt. Der Votant macht zwei Beispiele:
• Karin hatte in der 3. Klasse Prüfungsangst. Sie wurde zum schulpsychologischen Dienst geschickt. Nun kommt sie in die 6. Klasse, und die Prüfungsangst ist kein Thema mehr. Trotzdem kann dies dem übernehmenden Lehrer mitgeteilt werden.
• Hans hat ein lausiges Schriftbild. Logopädie, Psychomotorik- und alle weiteren möglichen Therapien wurden durchgeführt. Nun kommt Hans in die 6. Klasse. Vom Schriftbild her wird er vermutlich einmal Arzt, denn dieses ist immer noch unleser-

lich – und das wird sich auch nicht mehr ändern. Ist die Information über die früheren Therapien für den abnehmenden Lehrer wirklich wichtig?
In einem Eintretensvotum wurde von einem Kind mit Epilepsie gesprochen. Aber Eltern haben doch ein Interesse daran, dass der Lehrer um dieses medizinische Problem weiss. Es muss deshalb nicht im Gesetz stehen, dass der abgebende den abnehmenden Lehrer darüber informiert. Die Eltern kommen doch automatisch zum neuen Lehrer, informieren ihn und bitten ihn, ein Auge auf ihr Kind zu haben. Der Votant hat an einem Elternabend miterlebt, wie ein Elternteil die Lehrperson informierte, sein Kind sei allergisch auf Ziegenmilch – für den Fall, dass die Klasse mal in ein Skilager gehe. Mit medizinischen Problemen kommen die Eltern von sich aus, vor allem wenn es wirklich bedrohliche Probleme sind.
Und noch ein weiteres Beispiel: Thomas ist am Wochenende mit seiner *Gang* unterwegs in der Stadt Zug. Er pöbelt und schlägt, immer gegen Gleichaltrige; er wurde bereits mehrfach aufgegriffen und in der Zwischenzeit auch schon zu Sozialarbeit verurteilt. Der abnehmende Lehrer weiss aber nicht, dass er ein Kind mit einem gewissen Gewaltpotenzial bekommt, und auch mit dem Gesetz, das der Rat jetzt diskutiert, wird der Lehrer in Zukunft nicht erfahren, dass er eventuell ein gewaltbereites Kind in der Klasse hat. Das aber wäre wichtig. Genau aus diesem Grund und weil die Eltern nicht einmal einbezogen werden müssen, ob diese Daten weitergegeben werden oder nicht, sollen Abs. 3, 4 und 5 gestrichen werden.

Martin Pfister, Präsident der Bildungskommission, informiert, dass sich die Kommission relativ lange mit dieser Frage auseinandergesetzt und sich um eine Lösung bemüht hat, die sowohl den Ansprüchen des Datenschutzes wie auch jenen der Schule, der Eltern und vor allem der Kinder genügt. Er nimmt die drei Beispiele von Jürg Messmer auf. Bei den ersten zwei Beispielen *dürfte* die Lehrperson die Information gar nicht weitergeben, wenn sie nicht für den Unterricht relevant sind. So steht es im Gesetz: Was für den Unterricht und für die Schule nicht relevant ist, darf nicht weitergegeben werden.
Beim dritten Beispiel versteht der Votant seinen Vorredner Jürg Messmer erst recht nicht: Wenn eine Lehrperson vom Gewaltpotenzial eines Schülers weiss, dann dürfte sie – wenn der Rat dem Streichungsantrag folgt – ihre Information nicht weitergeben. Wenn schulrelevant bei einem Schüler Gewaltpotenzial vorhanden ist, dann soll die Lehrperson – so die Meinung der Kommission – das der nachfolgenden Lehrperson weitermelden können. Der Bildungsdirektor wird sicher noch darauf eingehen, was Lehrpersonen über Straftaten ihrer Schüler erfahren und was nicht. Die Kommission ist aber klar der Meinung, dass es nicht reicht, wenn nur administrative Daten von einer Lehrperson zur anderen weitergegeben werden dürfen. Es müssen auch sensible Daten, die den Lehrpersonen bei ihrer Auftragserfüllung nützen, weitergegeben werden können. So können bespielweise Informationen über Krankheiten schulrelevant sein; weitere Beispiele finden sich im Kommissionsbericht. Die Kommission war grossmehrheitlich der Ansicht, dass die Ausweitung der Informationsmöglichkeiten wichtig ist und im Schulgesetz festgeschrieben werden soll.

Jürg Messmer weist darauf hin, dass es ein sehr breites Spannungsfeld ist, ob schulpsychologische Massnahmen von früher relevant oder nicht mehr relevant sind. Zum Thema Gewalt: Wenn die Gewalt ausserhalb der Schule geschieht, beispielsweise am Wochenende oder in der Stadt, dann wird die Lehrperson nicht über eine Verurteilung orientiert – sie *darf* gar nicht orientiert werden. Das kann auch mit dem Gesetz, wie es vorliegt, nicht geändert werden.

Wirklich störend aber ist, dass die Eltern nicht einmal angefragt werden müssen, ob Daten weitergegeben werden oder nicht. Der Votant stellt deshalb für den Fall, dass sein Streichungsantrag nicht durchkommt, den **Eventualantrag**, dass bei der Weitergabe von Daten das Einverständnis der Eltern eingeholt werden muss.

Eusebius Spescha stellt fest, dass es bei der Weitergabe von Informationen einzig um das Wohl des Kindes geht. Die Kommission hat versucht, eine Interessenabwägung in diesem Sinne vorzunehmen. Leider ist es nicht so, dass die Eltern immer wirklich für das Wohl des Kindes schauen; hie und da ist das auch eine Aufgabe der Schule. Alle, die Schulerfahrung und Schulpraxis haben, wissen, dass die Eltern keineswegs immer alles sagen, was schulrelevant ist. Das von Zari Dzaferi erwähnte Epilepsie-Beispiel ist nicht aus der Luft gegriffen. Es ist der Frau des Votanten tatsächlich passiert, und alle, die in der Schulpraxis stehen, können wahrscheinlich weitere solche Beispiele nennen. Es ist dem Votanten deshalb ein Anliegen, dass dieser Artikel in der Fassung der Kommission verabschiedet wird. Sie zwingt richtigerweise Schul- und Lehrpersonen dazu, sich klar zu überlegen, welche Informationen jetzt noch relevant sind und weitergegeben werden müssen und welche nicht. Diese Überlegung ist zum Wohl des Kindes vorzunehmen, und mit den Grundsätzen, welche die Kommission formuliert hat, wird auch garantiert, dass die für das Kind wichtigen Informationen weitergeben werden.
Die Information über Gewalt, die in der Freizeit ausgeübt wurde, ist nicht ein Thema des Schulgesetzes. Das muss in anderen Gesetzen verankert werden – was teilweise bereits geschehen ist.

Manuel Brandenberg stellt für den Fall, dass der Eventualantrag von Jürg Messmer keine Mehrheit findet, den **Unterantrag**, dass die Eltern wenigstens *orientiert* werden müssen, wenn Daten gemäss Abs. 3, 4 und 5 weitergegeben werden. Es soll also eine Meldepflicht geben. So soll nicht die Situation entstehen können, dass der Lehrer etwas weiss, ohne dass die Eltern davon Kenntnis haben.

Kommissionspräsident **Martin Pfister** weist Jürg Messmer und Manuel Brandenberg darauf hin, dass in Abs. 5 der Satz steht: «Weitere schulrelevante Daten können zwischen den abgebenden und übernehmenden Schulleitungsmitgliedern, Lehrpersonen und Fachpersonen der Schuldienste weiter gegeben werden, soweit diese für deren Aufgabenerfüllung erforderlich sind *und die Erziehungsberechtigten die Weitergabe nicht ausgeschlossen haben*.» Das hat zur Folge, dass die Rektorate – anders als es heute die Praxis ist – die Eltern darüber informieren müssen, dass diese die Weitergabe von Daten über ihre Kinder ausschliessen können. Und das hat wiederum die Möglichkeit zur Folge, dass gewisse Daten – wenn die Eltern das so wollen – nicht weitergegeben werden können. Die Kommission wollte damit den Datenschutz bzw. die andere Seite dieser Frage berücksichtigen.

Dominik Lehner bittet darum, die Lehrpersonen nicht zu Bürokratietigern zu machen, die bei jeder Information, die sie an einen Kollegen weitergeben müssen – zu Recht, weil es um professionelle Bildung geht –, die Eltern mit einem Schreiben darauf hinweisen müssen, beispielsweise dass die Lehrperson der 3. Klasse über die Psychomotorik-Therapie in der 2. Klasse informiert werde. Der Votant ist dezidiert der Meinung, dass nicht irgendwelche Kaffeekränzchen- und Lehrerzimmergespräche über Familienverhältnisse oder Ähnliches weitergegeben werden sollen. Es kann aber nicht sein, dass die professionelle Zusammenarbeit durch Bürokratie behindert werden soll. Da versteht der Votant die Vorschläge von Seiten der SVP überhaupt nicht.

Manuel Brandenberg begreift die Emotionalität von Dominik Lehner, der ja selber Lehrer ist. Was Martin Pfister gesagt hat, betrifft nur Abs. 5. Der Unterantrag bezüglich einer Meldepflicht bezieht sich aber auf die Absätze 3, 4 und 5. Im Weiteren sagt Abs. 5 nur: «[…], soweit […] die Erziehungsberechtigten» – ein furchtbarer Begriff – «die Weitergabe *nicht ausgeschlossen haben*.» Das ist schwächer als eine Meldepflicht, welche die Eltern besser schützen würde.

Arthur Walker hält fest, dass die Lehrpersonen zu einem Übergabegespräch *verpflichtet* sind, beispielsweise wenn ein Schüler von der 6. Klasse in die Oberstufe wechselt. Streicht man Abs. 3, 4 und 5, dann stellt sich die Frage, was die Lehrpersonen überhaupt noch zu besprechen haben. Sie wissen ja bereits alles. Die administrativen Daten werden geliefert, und vielleicht kann man noch über den EVZ, den FC Basel oder Ambri Piotta sprechen – aber sicher nicht mehr über die Schüler.

Jürg Messmer frägt bei Arthur Walker nach, welche Übergabegespräche denn bisher überhaupt geführt wurden. Bis jetzt fehlte ja eine rechtliche Grundlage, also konnten gar keine solchen Gespräche geführt werden.

Andreas Hausheer hofft, dass die SVP jetzt nicht plötzlich zum Freund des Datenschutzes wird, auch nicht in anderen Geschäften. Was die Strafverfolgung betrifft, gibt es im Gerichtsorganisationsgesetz (GOG) den § 94, welcher die Meldepflicht an die Schulbehörden regelt.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** zitiert den erwähnten § 94 GOG, wo in Abs. 1 steht: «Die Staatsanwaltschaft teilt die Eröffnung der Strafverfolgung wegen Verbrechen oder Vergehen mit a) der zuständigen kantonalen oder gemeindlichen Schulbehörde, wenn sich die Strafverfolgung gegen Schülerinnen und Schüler richtet und eine Gefahr für Lehrpersonen und Schülerinnen oder Schüler besteht oder die Strafverfolgung Auswirkungen auf den Schulunterricht hat.» Die Meldepflicht bei Straftaten besteht also schon heute.
In der Diskussion ist bisher etwas untergegangen, dass es für die Lehrpersonen ein dringendes Bedürfnis ist, hier klare Regelungen für die Praxis zu bekommen. Momentan wird die Praxis einzig durch das Datenschutzgesetz bestimmt, welches überall blockiert und keine der vorgeschlagenen, sehr eng definierten Ausnahmen kennt. Das ist nicht praxisfreundlich, und darunter leiden die Lehrerinnen und Lehrer. Sie werden in einen Graubereich gezwungen, wenn sie den Auftrag haben, die Schnittstelle zu optimieren – sich beispielsweise über die Zuweisung in die Oberstufe zu unterhalten –, und gleichzeitig ausser über Namen und Adressen keinen Dialog führen dürfen. Das ist nicht praxistauglich, und es besteht Handlungsbedarf. Wenn man in Beilage 2 zum Kommissionsbericht nachschaut, um welche Daten es konkret geht, dann versteht der Bildungsdirektor die Aufregung nicht ganz. Man soll sich auch nicht von Begriffen wie «Therapie» oder «Psychologen», die in der Debatte etwas dämonisiert wurden, in die Irre führen lassen. Wenn man die Schnittstelle zwischen Schulbehörden und Fachdiensten sauber regeln will, dann müssen diese Begriffe auftauchen, findet der Austausch doch tatsächlich zwischen diesen Personen statt.
Der Bildungsdirektor bittet den Rat, der von der Kommission vorgeschlagenen und vom Regierungsrat unterstützten Änderung zuzustimmen, ohne auf Eventual- und andere Anträge einzugehen. Die Lehrpersonen sind sehr froh um klare Regeln, an die sie sich – auch in Sachen Datenschutz – halten können.

Der **Vorsitzende** erläutert das Vorgehen: Zuerst wird über den Unterantrag, dann über den Eventualantrag der SVP-Fraktion abgestimmt, beide Male *en bloc* über die Abs. 3, 4 und 5; anschliessend wird der Streichungsantrag der SVP-Fraktion dem Antrag der Bildungskommission gegenübergestellt.

➔ Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat lehnt den Unterantrag der SVP-Fraktion, die Eltern seien über die Weitergabe von Daten gemäss Abs. 3, 4 und 5 zu informieren, mit 60 zu 8 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag der SVP-Fraktion, für die Weitergabe von Daten gemäss Abs. 3, 4 und 5 sei das Einverständnis der Eltern einzuholen, mit 60 zu 8 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, § 23a Abs. 3, 4 und 5 seien zu streichen, mit 60 zu 9 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass die Kommission vorschlägt, in Abs. 3 und 4 an Stelle des Begriffs «bekannt geben» den Ausdruck «weiter geben» zu verwenden. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden. Damit sind § 23a Abs. 3, 4 und 5 gemäss Antrag der Kommission gutgeheissen.

Der **Vorsitzende** macht noch einen sprachlichen Hinweis zu Abs. 3, erste Zeile: Das fehlende Genitivzeichen beim Wort «Besuch» wird auf die zweite Lesung ergänzt.

§ 23a Abs. 6

Der Vorsitzende hält fest, dass diese Bestimmung im Antrag der Bildungskommission dem Abs. 5 im Antrag des Regierungsrats entspricht. Diese Norm ist unbestritten.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 24 Abs. 3 und Abs. 4
Zwischentitel bei Ziffer 2.2.1: «Kindergartenstufe»
§ 25 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 26 Überschrift neu «Übertritt» sowie Abs. 1 und Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrates anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 30 Abs. 5

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier das Wort «Regelungen fehlt; dieses wird auf die zweite Lesung ergänzt. Die Bildungskommission schliesst sich dem Antrag des Regierungsrats an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Nachträgliche Anmerkung: Aus redaktionellen Gründen wird anstelle des vom Rat genehmigten Wortes «Regelungen» der Begriff «Bestimmungen» verwendet.

§ 30 Abs. 6
§ 31 Abs. 3 und Abs. 4
§ 32
§ 33 Abs. 1 und Abs. 2
§ 33bis Abs. 4 und Abs. 5
§ 34 Abs. 3 und Abs. 4
§ 34bis Abs. 2
§ 35 Abs. 1 und Abs. 2
§ 37 Abs. 2 und Abs. 3
§ 37bis Abs. 2 und Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 44 Abs. 2 (neu)

Esther Haas macht zuerst eine Anmerkung an die Adresse der SVP. In der Eintretensdebatte wurde frohlockt, die Vorlage trage die Handschrift des tüchtigen Bildungsdirektors. Offenbar war diese Handschrift für die SVP-Fraktion aber kaum leserlich, folgt doch nun in der Detailberatung Antrag auf Antrag.
Die AGF hat nicht so euphorisch frohlockt und erlaubt sich deshalb den **Antrag,** § 44 Abs. 2 sei zu streichen. Es geht hier um die Sicherheit der Kinder. Um diese zu gewährleisten, müssen die Kinder unbedingt Verkehrsinstruktion bekommen. Wenn nun die Einschränkung gemacht wird, dass Privatschulen für die Verkehrsinstruktion Gebühren bezahlen müssten, besteht die Gefahr, dass diese auf die Instruktion verzichten, um Kosten zu sparen.

Kommissionspräsident **Martin Pfister** informiert, dass die Bildungskommission diesen Antrag diskutierte und sich mit 10 zu 0 Stimmen dagegen aussprach. Zum Resultat dieser Abstimmung ist zu sagen, dass die Sprecherin der AGF in der Kommissionsitzung krankheitshalber fehlte.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** weist darauf hin, dass die Verkehrsinstruktion für Privatschulen ohnehin freiwillig ist. Wenn nun die Kostenpflicht – und es sind erhebliche Aufwendungen, die für die Polizei anfallen – gestrichen werden sollte, bietet das noch keine Gewähr, dass die Verkehrsinstruktion an den Privatschulen auch wirklich durchgeführt wird. Im Übrigen ist diese Instruktion auch ohne Polizist möglich: Wenn es zu teuer ist, einen Polizisten zu bezahlen, kann das auch eine Lehrperson der betreffenden Privatschule erledigen.

➔ Der Rat lehnt mit 52 zu 10 Stimmen den Streichungsantrag der AGF ab und genehmigt damit § 44 Abs. 2 gemäss Antrag des Regierungsrats.

§ 45 Abs. 1 Bst. c und Abs. 2
§ 45a (neu)
§ 47 Abs. 5
§ 48 Abs. 3
§ 53 Abs. 2 und Abs. 3
§ 54 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 60 Abs. 1 Bst. c

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission statt «Lehrern» den Ausdruck «Lehrpersonen» vorschlägt. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Kommission.

§ 61 Abs. 3 Bst. d

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 61 Abs. 3 Bst. d1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission beantragt, die vom Regierungsrat vorgeschlagene Bestimmung nicht ins Gesetz aufzunehmen. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat folgt stillschweigend der Fassung der Kommission

§ 63 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 63 Abs. 4 Bst. c

Der **Vorsitzende** informiert, dass die Kommission im Gesetz keine explizite sachliche Zuständigkeit der Lehrpersonen für die Erarbeitung von Stundenplänen verankern will. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Kommission.

§ 63 Abs. 4 Bst. d bis h

➔ Der Antrag des Regierungsrats wird nicht thematisiert und ist damit beschlossen.

§ 63 Abs. 4 Bst. i

Der **Vorsitzende** hält fest, dass diese Regelung von § 61 Abs. 3 Bst. d1 abhängt. Folglich entspricht der Gesetzestext hier der Fassung der Kommission.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 63 Abs. 4 Bst. j bis l

➔ Der Antrag des Regierungsrats wird nicht thematisiert und ist damit beschlossen.

§ 63 Abs. 5
§ 64

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 65 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission die Streichung des letzten Satzes von Abs. 1 vorschlägt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Vorschlag an; die Begründung im Kommissionsbericht überzeugt. Der Regierungsrat wird diesen Punkt in der nächsten Änderung des Schulgesetzes in die Vernehmlassung geben.

Dominik Lehner stellt namens der FDP-Fraktion den **Antrag,** hier die erste regierungsrätliche Fassung zu belassen, den Satz «Nicht in den Bildungsrat gewählt werden dürfen Personen, die in einer den Beschlüssen des Bildungsrates unterstellten Schule operative Leitungsfunktionen ausüben» also nicht zu streichen. Er hat in seinem Eintretensvotum bereits erwähnt, dass es hier um eine saubere Trennung geht. Mit diesem Passus ist nicht ausgeschlossen, dass operatives Know-how direkt in den Bildungsrat transferiert wird. Es ist beispielsweise möglich, dass eine Schulleitungsperson aus einem Nachbarkanton von einer Partei in den Bildungsrat gewählt wird; diese Vernetzung über den Kanton hinaus ist durchaus sinnvoll.

Kommissionspräsident **Martin Pfister** bittet im Namen der Kommission, diesem Antrag nicht zu folgen, dies vorerst aus formellen Gründen. Die Kommission ist mit 9 zu 2 Stimmen der Meinung, dass ein solcher Antrag in die nächste Schulgesetzrevision aufgenommen werden müsste. Beim Bildungsrat handelt es sich nicht um eine Fachbehörde, sondern um eine politische Behörde, und wenn man bei politischen Behörden die Wahlrechte einschränkt, muss das vertieft geprüft und in eine Vernehmlassung gegeben werden. Die FDP-Fraktion vergibt sich nichts, wenn sie dieses Anliegen in der zweiten Schulgesetzrevision nochmals einbringt.

Für Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** ist es tröstlich, dass die FDP-Fraktion den ursprünglichen Antrag des Regierungsrats zumindest verstehen kann – nachdem sich die Bildungskommission am Vorgehen des Regierungsrat doch sehr gestört hat. Aber wenn es um solche Einschränkungen geht, ist der Weg über die Vernehmlassung tatsächlich richtig. Die nächste Schulgesetzrevision steht vor der Tür, die Vernehmlassung wird noch in diesem Jahr, nach den Sommerferien, gestartet. Man vergibt sich tatsächlich nicht viel, wenn man das in die nächste Schulgesetzrevision aufnimmt. Deshalb hat der Regierungsrat verzichtet, seinen ursprünglichen Antrag aufrecht zu erhalten. Der Bildungsdirektor empfiehlt, dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zuzustimmen.

➔ Der Rat stimmt mit 41 zu 27 Stimmen dem Antrag der Kommission zu.

§ 65 Abs. 3: Ingress, Bst. a und Bst. e bis j
§ 65 Abs. 3a Bst. a bis g
§ 66 Abs. 3 Ingress und Bst. h bis r
§ 72 Abs. 1, Abs. 5
Zwischentitel 4 «Privatschulen und Privatschulung»
§ 74 Abs. 1

Der V**orsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 74 Abs. 2

Der **Vorsitzende** informiert, dass die Kommission aus gesetzestechnischen Gründen eine Formulierung im Singular vorschlägt. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Kommission.

§ 75 Abs. 1, Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 75 Abs. 4

Der **Vorsitzende** informiert, dass die Kommission aus redaktionellen Gründen beim Wort «Besitze» das «-e» weglässt. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Kommission.

§ 75 Abs. 6

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission eine redaktionelle Anpassung vorschlägt. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Kommission.

§ 76 Abs. 1 und Abs. 2
§ 77 Abs. 1 (Ingress) und Abs. 2
§ 78 Abs. 1 und Abs. 2
§ 79 Abs. 2 und Abs. 3
§ 82 Abs. 2 und Abs. 4
§ 84 Abs. 1 Bst. a und b
§ 85 Abs. 1 Bst. a: Ingress und Ziff. 1 bis 8

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Fremdänderungen

– Personalgesetz
§ 6 Abs. 2 Bst. a

– Einführungsgesetz Berufsbildung
§ 2 Abs. 1 Bst. f
§ 3a (neu)

– Gesetz über die kantonalen Schulen
§ 1 Abs. 1 Bst. d
§ 2 Abs. 1 Bst. d
Zwischentitel 2.4 «Brückenangebote»: aufgehoben
§ 28
§ 29

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Referendumsklausel

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag des Regierungsrats.

Regelung des Inkrafttretens

Der **Vorsitzende** erinnert an den in der Eintretensdebatte angekündigten **Antrag** der AGF, die Inkraftsetzung sei um ein Jahr zu verschieben.

Rainer Suter stellt fest, dass der Antrag der AGF nur eine Verzögerung für die Umsetzung des Volksentscheids zur Wiedereinführung von Noten ab der 2. Klasse ist. Die Schulzeit ist sehr kurz. Sie muss auch für die Schüler genutzt werden, die jetzt in dieser Phase stecken und ab dem Sommer in die 2. und 3. Klasse kommen. Diese Kinder wollen sich vergleichen und messen. Sie wollen Noten. Die Notengebung mit *Sünneli* und *Wölkli* ist vorbei.
Zu einer guten Schule gehört auch ein transparentes, gerechtes und differenziertes Beurteilungs- und Bewertungssystem. Als Vater von zwei schulpflichtigen Kinder ist es dem Votanten sehr wichtig zu wissen, wo seine Kinder mit ihren schulischen Leistungen stehen, und er ist es leid, am Ende des Schuljahrs den nicht möglichen *Sünnelischnitt* zu eruieren und auszurechnen. Der Antrag, das Schulgesetz erst per 1. August 2014 in Kraft zu setzen, ist abzulehnen.

Esther Haas betont, dass die AGF den demokratischen Entscheid aus der Volksabstimmung zur Wiedereinführung von Noten ab der 2. Primarklasse respektiert. Es geht bei ihrem Antrag darum, dass die Lehrpersonen, die bis jetzt in der Notengebung noch nicht geschult wurden, seriös auf dieses wichtige Thema vorbereitet werden können.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** erinnert daran, dass vor einem Jahr über die Verfassungsinitiative und die Gesetzesinitiative abgestimmt wurde, wobei die erste ein sofortiges Inkrafttreten und die zweite eine möglichst rasche Umsetzung verlangte. Die Bildungsdirektion musste sich also vor über einem Jahr Gedanken zur Umsetzung machen – vor allem für den Fall, dass die Verfassungsinitiative angenommen worden wäre. Sie hat sich Überlegungen gemacht, was vorzukehren sei, damit die Umsetzung so rasch wie möglich oder – schlimmstenfalls – sofort erfolgen könnte. Die Bildungsdirektion hat gegenüber den Gemeinden immer kommuniziert, dass die Umsetzung der Gesetzesinitiative auf das Schuljahr 2013/14 hin, also per 1. August 2013, ermöglicht werden müsse. Das bedeutet, dass die ersten Notenzeugnisse im Januar 2014 ausgehändigt werden, und das war auch am Abstimmungssonntag die Antwort auf entsprechende Fragen der Medien. Dieser Termin wurde erstmals am 12. März 2012 und seither vom Amt für gemeindliche Schulen immer wieder kommuniziert. Auf dieser Terminbasis wurde die Umsetzung geplant und vorbereitet.
Der Termin wurde seither politisch nie in Frage gestellt, und auch der Bildungsrat hat sich mit der Revision der Promotions- und Übertrittsreglemente darauf vorbereitet. Gestern hat der Bildungsrat getagt und über das Promotionsreglement, welches die Notengebung reglementiert, beschlossen. Dieses Reglement war vom 15. November 2012 bis zum 14. Februar 2013 in Vernehmlassung. In der Vernehmlassung wurde der Zeitplan von einzelnen gemeindlichen Schulen und politischen Akteuren als ambitiös kritisiert. Der Bildungsrat hat gestern das Inkrafttreten des Gesetzes offen gelassen, nicht weil er keine Meinung dazu hat, sondern weil er sich – im Wissen um den heutigen Antrag im Kantonsrat – nicht in Gegensatz zu einem allfälligen politischen Entscheid des Kantonsrats stellen wollte. Der Bildungsdirektor hat aber den Auftrag, dem Kantonsrat die Meinung des Bildungsrats mitzuteilen: Der Bildungsrat ist mehrheitlich der Meinung, dass die Umsetzung per 1. August 2013 zwar anspruchsvoll, aber möglich ist. Das Beurteilen und Bewerten von Schülern gehört zu den Kernkompetenzen der Lehrpersonen und wird an den Pädagogischen Hochschulen von allen gelernt. Wenn von Lehrpersonen der Zeitplan als ambitiös beurteilt wurde, dann hat das nichts mit Verzögerungstaktik oder mangelndem Willen zu tun, einen klaren Volksentscheid umzusetzen; es ist viel-

mehr der professionellen Auffassung des Berufs geschuldet, dass die betreffenden Lehrpersonen froh wären um mehr Zeit für die Vorbereitung und Umsetzung.

➔ Der Rat folgt mit 61 zu 10 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt die Stellvertretende Landschreiberin den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 10

672 **Motion von Manuel Brandenberg betreffend Stärkung der Gemeindeautonomie im Kanton Zug**

Es liegen vor: Motion (2127.1 - 14021); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2127.2 - 14241).

Motionär **Manuel Brandenberg** dankt dem Regierungsrat für die schnelle und kompetente Beantwortung und den Antrag auf Nichterheblicherklärung der Motion. Hintergrund der Motion war der Gedanke, die Gemeinden zu stärken, wenn es um die Verfassungsordnung im Kanton Zug geht. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort ein klares Bekenntnis zur Wichtigkeit der Gemeinden abgegeben und sagt explizit, dass auch für ihn die Gemeinden, so wie sie heute zusammengesetzt sind, sehr wichtig sind. Das darf auch als indirekte Absage an Vorstellungen interpretiert werden, die gemeindliche Ordnung mit den bewährten elf Einwohnergemeinden zu verändern. Im Weitern hat sich der Motionär von der Bundesrechtswidrigkeit seines Ansinnens überzeugen lassen, denn eine Erheblicherklärung könnte tatsächlich zu Konstellationen führen, in denen eine Sperrminorität von kleinen Gemeinden gegen die Mehrheit des Volkes eine Änderung der Verfassung verhindern könnte. Das widerspricht § 51 der Bundesverfassung, wie es der Regierungsrat zu Recht ausführt.
In diesem Sinne beantragt der Motionär zusammen mit dem Regierungsrat, seine eigene Motion nicht erheblich zu erklären. Er ist aber froh, dass die Stärkung der Gemeinden vom Regierungsrat explizit festgehalten wurde und heute auch Eingang ins Protokoll des Kantonsrats findet.

Frowin Betschart: Die CVP-Fraktion folgt einstimmig dem Antrag des Regierungsrats, die Motion nicht erheblich zu erklären. Der Regierungsrat erläutert in seinen Ausführungen nachvollziehbar die Gründe, welche gegen ein Gemeindemehr bei Verfassungsrevisionen sprechen, sei dies der klare Widerspruch zur Bundesverfassung oder der ebenfalls relevante Grund einer möglichen Störung des Friedens unter den Gemeinden. Der Grossteil der Zuger Gemeinden scheint mit der heutigen Situation hoch zufrieden zu sein und möchte diese nicht verändern.
Das klare Statement des Regierungsrats zur Zuger Gemeindenlandschaft und deren Autonomie ist lobenswert. Für die Nichterheblicherklärung spricht unter anderem auch folgende Passage aus der Motionsbegründung: «Diese Ideen verkennen, dass der Kanton Zug in seiner gewachsenen Struktur gut funktioniert.» Lassen wir den Kanton Zug weiterhin gut funktionieren.

Daniel Thomas Burch hält namens der FDP-Fraktion fest, dass der Vorschlag verfassungswidrig ist und sich die Motion damit erübrigt.

Eusebius Spescha: Die SP-Fraktion unterstützt die Nichterheblicherklärung der Motion. Die Argumente des Regierungsrats sind überzeugend. Der Votant möchte aber doch darauf hinweisen, dass es im Kanton Zug keine verfassungsrechtlich gesicherte Gemeindeautonomie gibt. Gemäss Zuger Kantonsverfassung sind die Gemeinden reine Verwaltungsbezirke, und auf Gesetzesstufe wird dann geregelt, was die Gemeinden können oder eben nicht können. Wenn man tatsächlich etwas für die Gemeindeautonomie tun möchte, wäre es sinnvoll, die Gemeindeautonomie in der Kantonsverfassung zu verankern. Das könnte allenfalls eine Idee für einen – für einmal klugen – Vorstoss der SVP sein.

Stefan Gisler: Die Regierung führt klar aus, dass das Anliegen eines Gemeindemehrs bei Verfassungsabstimmungen der Bundesverfassung, welche sich das Schweizer Volk gegeben hat, widerspricht. Auch Kantonsrat Brandenberg bestätigt diese Haltung, und der Votant wünscht sich, dass die SVP die Verfassung auch in anderen Fragen derart respektieren würde.
Was die Schweiz historisch kennt, ist die Souveränität der Kantone, denn die Schweiz war bis 1848 ein Staatenbund und die Tagsatzung einziges eidgenössisches Organ – jeder Stand hatte eine Stimme. Als 1848 der heutige Bundesstaat mit dem parlamentarischen Zweikammersystem gegründet wurde, wurde zum Schutz der Stände festgelegt, dass Verfassungsänderungen die Mehrheit der Kantone benötigen. Was die Schweiz bzw. die Kantone historisch nicht kennen, ist die Gemeindesouveränität. Die Kantone waren eben nie Gemeindebünde mit Gemeindesouveränität, sondern die Gemeinden verstanden sich immer als Teil der Kantone mit Autonomie in vielen Bereichen – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Übrigens hat der Kantonsrat im Gemeindegesetz diese Autonomie gestärkt, auch wenn diese nicht – wie bereits erwähnt wurde – in der Verfassung festgelegt ist. Noch nie wünschten sich Gemeinden oder die Bevölkerung in Zug ein Gemeindemehr bei Verfassungsabstimmungen. Der Vorstoss würde denn auch die traditionellen Rechte der Bevölkerung einschränken. Die Stimmen der einzelnen Bürgerin bzw. des einzelnen Bürgers würden je nach Wohnort unterschiedlich gewichtet. Eine Stimme in einer grösseren Gemeinde wäre dann plötzlich weniger wert. Das wäre stossend, wie auch Kantonsrat Brandenberg bestätigte. In diesem Sinne befürwortet der Votant vollumfänglich den Antrag des Regierungsrats.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, dankt für den interessanten Vorstoss, den die Regierung allerdings nicht unterstützen kann. Dass der Motionär nun die Regierung unterstützt und zur gleichen Einsicht kommt, ist erfreulich.
Wie bereits gesagt wurde, widerspricht der Vorstoss der Bundesverfassung, dies in dreifacher Hinsicht. Die Regierung hat ausgeführt, dass sie starke Gemeinden befürwortet und unterstützt. Die Direktorin verweist nochmals auf das Gemeindegesetz und dessen Teilrevision, in welcher der Regierungsrat auf Antrag der Gemeinden mehrere Vorschläge zur Stärkung der Gemeindeautonomie gemacht hat, beispielsweise bei den Kommissionen oder bei Leistungsaufträgen und Globalbudgets. Die Gemeinden sind froh, wenn das Parlament solche Anträge unterstützt und den Gemeinden ihre Autonomie gibt.
Dem Regierungsrat ist wichtig, dass der Friede unter den elf Einwohnergemeinden weiterhin besteht; es haben ja auch zehn Einwohnergemeinden die Motion zur Ablehnung empfohlen. Die Situation ist auch nicht vergleichbar mit dem Ständerat, weder historisch noch staatsrechtlich gesehen. Dass ihr die Gemeinden sehr wichtig sind, hat die Regierung auch in ihrer Strategie 2010–2014 ausgeführt. Sie möchte eine noch engere Zusammenarbeit und lädt die Gemeinden bei Vorhaben,

die diese betreffen, in der Regel sehr frühzeitig zur Mitwirkung ein. Das ist wichtiger als das Anliegen der Motion.

➔ Der Rat folgt dem Antrag des Regierungsrats und erklärt die Motion nicht erheblich.

TRAKTANDUM 11

673 **Postulat von Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Autos und Sozialhilfe**

Es liegen vor: Postulat (2067.1 - 13842); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2067.2 - 14169).

Thomas Werner dankt für die Beantwortung des Postulats, auch im Namen seines Mitpostulanten Karl Nussbaumer. Allerdings sind die Postulanten damit überhaupt nicht zufrieden. Bei der Durchsicht der Antwort beschlich sie das Gefühl, dass die Regierung wohl könnte, aber um alles in der Welt einfach nicht will.
Gleich zu Beginn ihrer Antwort schreibt die Direktion des Innern, dass eine Einzelfallbeurteilung zweckmässig und dazu keine Änderung im Sozialhilfegesetz nötig sei. Das ist komplett falsch. Genau um eine Einzelfallbeurteilung erreichen zu können, ohne massenhaft solche Beurteilungen durchführen zu müssen, ist eine Änderung im Gesetz nötig. Das schlagen die Postulanten wie folgt vor: Sozialhilfebezüger sollen neu im Grundsatz kein Anrecht auf ein Auto haben. Erst wenn sie von sich aus das Bedürfnis oder einen Grund ausweisen können – beispielsweise den Gebrauch zur Generierung eines Erwerbseinkommens, extrem abgelegenes Wohnen oder eine Gehbehinderung –, erst dann soll im Einzelfall geprüft werden, ob es ein Auto gibt oder nicht. Es geht hier auch um Rechtsgleichheit. Nach dem bestehenden Gesetz gibt es Gemeinden, die keine oder nur wenige Fälle überhaupt prüfen, und es gibt andere Gemeinden, die in jedem Fall prüfen. Das ist weder sozial noch fair. Eine Einzelfallprüfung betreffend Auto soll künftig nur nötig und möglich sein, wenn ein Sozialhilfebezüger von sich aus aktiv wird und einen wirklich ernsthaften Bedarf vorweisen kann.
Die Postulanten müssen lesen, dass es für Autos «normalerweise» kein Geld gibt, dass Auflagen «möglich» sind, dass aber nur bei Hinweisen auf eine Zweckentfremdung der Sozialhilfe und erst dann, wenn eine Weisung nicht eingehalten wird, die Sozialhilfe gekürzt werden «kann». Sie sehen hier ein wässeriges, zahnloses Gesetz, welches je nach Sozialvorsteher unterschiedlich ausgelegt wird. Auch das ist weder fair noch sozial.
Die Direktion des Innern sagt zwar, dass grundsätzlich nichts an ein Auto bezahlt wird. Der Grundbedarf der Sozialhilfe ist allerdings pauschalisiert, und der Sozialhilfeempfänger kann damit bezahlen, was er will. Leider gibt es Leute, denen das Auto wichtiger ist als die eigene Familie. Auch das ist nicht fair und nicht sozial.
Die Direktion des Innern wiederholt sich in ihrer Antwort immer und immer wieder. Ein generelles Autoverbot sei unverhältnismässig und deshalb nicht rechtmässig. Im Postulat wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es Ausnahmen geben kann. Es soll aber im Grundsatz umgekehrt werden, nämlich so, dass Sozialhilfebezüger kein Auto besitzen sollen, wenn sie nicht selber aktiv werden, sich melden und zwingende Gründe geltend machen können. Das ist auch einfacher für die Behörde, und es ist auch fair. Schliessen wir uns also denjenigen Kantonen an, die bereits eine gesetzliche Regelung für dieses Problem geschaffen haben.
Die Postulanten stellen den **Antrag,** das Postulat erheblich zu erklären und damit der Regierung den Auftrag zur Überarbeitung des Sozialhilfegesetzes zu geben.

Sie tun dies auch im Namen der ganzen SVP-Fraktion und der über dreissig Mitunterzeichner des Postulats. Auch eine Umfrage des «Tages-Anzeigers» vom 30. Januar 2012 zeigt auf, dass zwei Drittel der Bevölkerung der Meinung sind, dass Sozialhilfebezüger nicht *per se* ein Auto haben dürfen.

Markus Jans legt seine Interessenbindung dar: Er leitet den Sozialdienst der Stadt Zug. Einleitend hält er fest, dass die SP-Fraktion im Unterschied zu Thomas Werner die vorliegende Antwort nicht als Antwort von Manuela Weichelt, sondern als Antwort des Regierungsrats versteht und beurteilt.
Das Postulat von Karl Nussbaumer und Thomas Werner nimmt ein Thema auf, das mit grosser Regelmässigkeit in den Medien erscheint und in der Bevölkerung diskutiert wird. Die Antwort des Regierungsrats ist zwar ausführlich, wiederholt sich aber oft und ist deshalb nicht nur für Aussenstehende etwas verwirrlich. Der Regierungsrat hält in seiner Antwort richtig fest, dass wirtschaftliche Sozialhilfe eine Einzelfallbeurteilung ist, dass also jede Situation einzeln geprüft werden muss und die Leistungen je nach Situation anders beurteilt werden. Das Postulat verlangt, dass Sozialhilfebeziehende generell kein Auto ausleihen, mieten oder fahren dürfen. Mit dieser Forderung schiessen die Postulanten über das eigentliche Ziel hinaus. Trotzdem sieht die SP-Fraktion in einem ganz bestimmten Teil einen Handlungsbedarf. Die Zahlen sprechen für sich: Von 461 Neuanmeldungen für Sozialhilfe im Jahr 2010 hatten 100 Personen eine Motorfahrzeug. Nach einer individuellen Beurteilung wurde bei 20 Personen eine Kostenentschädigung für die Benützung des Autos in der Sozialhilfe berücksichtigt. Bei einer Quote von 0,216 betroffenen Haushalten im Kanton Zug kann sicher nicht von einem Missstand gesprochen werden. Trotz dieser geringen Quote ist die SP-Fraktion der Meinung, dass die Schlussfolgerungen des Regierungsrats nicht ausreichen. Die Budgets der Sozialhilfe sind sehr knapp bemessen und schränken mit zunehmender Haushaltsgrösse noch mehr ein. Ohne Verzicht und teilweise massive Einschränkungen hat ein Auto im Budget der Sozialhilfe keinen Platz. Dies trifft insbesondere bei Personen zu, die längere Zeit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Werden im Rahmen der Sozialhilfe Familien oder alleinerziehende Personen mit Kindern unterstützt, kann unmöglich ein Auto finanziert werden, ohne dass die Kinder darunter zu leiden haben, auch wenn der Wert des Autos unter dem Vermögensfreibetrag liegt. Dies ist auch dann der Fall, wenn auf das Erwerbseinkommen ein Erwerbsfreibetrag gewährt wird. Dieser ist nicht für den Kauf oder Unterhalt eines Autos gedacht, sondern dafür, dass die Sozialhilfebeziehenden nach der Ablösung von der Sozialhilfe über genügend Eigenmittel zur Bezahlung der Steuern, der Selbstbehalte von Arztrechnungen etc. verfügen und nicht in die Schuldenfalle geraten.
Alleinlebenden Personen ohne Kinderbetreuungspflichten sollen die finanziellen Mittel aus der Sozialhilfe eigenverantwortlich und nach eigenen Bedürfnissen einsetzen können. Wenn aber Familien mit Kindern Sozialhilfe beziehen, kann die gleiche Haltung nicht einfach übernommen werden. In einem solchen Fall muss das Wohl der Kinder höher bewertet werden als der Besitz eines Autos. Selbst die zusätzlichen Entschädigungen von EFB oder IZU reichen nicht aus, um die Kosten für eine Familie und Auto vollständig abzudecken. Mit der Darstellung der Regierung würde es den Sozialhilfebehörden verunmöglicht, Einschränkungen betreffend Autos zu machen. Bei Familien mit Kindern praktizieren die Einwohnergemeinden Baar und Zug bereits heute die Regelung, dass die Kontrollschilder innert Monatsfrist ab Fallaufnahme beim Strassenverkehrsamt deponiert werden müssen. In einem Beschwerdefall würde diese Haltung aber nicht gedeckt – so die Auskunft der Fachverantwortlichen des kantonalen Sozialamts. Von der Abgabe der Kontroll-

schilder ausgenommen wären selbstverständlich die Situationen, in denen jemand aus gesundheitlichen oder Arbeitsgründen auf ein Auto angewiesen wäre.
Die SP-Fraktion stellt den **Antrag,** das Postulat teilweise erheblich zu erklären. Der Regierungsrat wird eingeladen, das Sozialhilfegesetz so anzupassen, dass die Sozialhilfebehörden bei länger dauernden finanziellen Unterstützungen von Familien mit Kindern verlangen können, dass die Kontrollschilder beim Strassenverkehrsamt deponiert werden. Der Votant dankt für die Unterstützung dieses Antrags.

Esther Haas als Sprecherin der AGF kann nichts dagegen einwenden, wenn der individuelle Motorfahrzeugverkehr künftig etwas eingedämmt wird. Im Idealfall geschieht dies freiwillig und für alle. Aber: Es gibt auch bei den Sozialhilfebeziehenden Kranke, die auf ein Auto angewiesen sind, oder solche, die dank des Autos noch ein Erwerbseinkommen generieren können und nicht ganz vom Staat abhängig sind.
Schaut man etwas genauer hin, dann erledigt sich das Ziel des Postulats – keine Autos für Sozialhilfebeziehende – ohnehin von selbst. Viele Sozialhilfebeziehende veräussern das Auto von alleine, weil die wirtschaftliche Situation den Besitz eines Autos ohnehin verunmöglicht. Ist dies nicht der Fall, dann werden die zuständigen Sozialbehörden in den Gemeinden mit ihrer restriktiven Haltung aktiv. «Gewisse Leute haben immer noch das Gefühl, dass Sozialhilfebezüger ein Schoggileben führen. Heute schauen Sozialarbeiter viel genauer hin, damit kein Missbrauch betrieben wird», liess sich Franz Keiser, Sozialvorsteher von Neuheim, im «Tages-Anzeiger» zitieren – derselbe Franz Keiser, welcher der SVP laut «Tages-Anzeiger» wegen deren realitätsfremden Haltung den Rücken gekehrt hat. Wichtig ist den Gemeinden der Grundsatz der Verhältnismässigkeit. So macht es doch bezüglich der Mobilität einen gewaltigen Unterschied, ob Sozialhilfeempfangende beispielsweise im Zentrum von Cham wohnen oder in Niederwil.
Ganz absurd kommt die zweite Forderung des Postulats daher. Sozialhilfeempfangenden sollte auch untersagt werden, ein Auto zu mieten und dieses für die Mietdauer zu benutzen. Abgesehen von Problemen bei der Umsetzung führt das auch zu ganz praktischen Schwierigkeiten. Oder kann sich jemand im Saal vorstellen, wie man einen Tisch oder ein Sofa in einen ZVB-Bus zwängt, weil es Sozialhilfeempfangenden untersagt ist, ein Auto zu mieten?
Die AGF ist gegen die Erheblicherklärung des Postulats. Grundsätzlich finanziert die Sozialhilfe keine Autos; dies wird in den Zuger Gemeinden bereits heute sehr strikte gehandhabt. Es braucht demnach keine Revision des Sozialhilfegesetzes, weil ein generelles und absolutes Verbot den Grundsatz der Verhältnismässigkeit verletzen würde und damit rechtswidrig wäre.

Für **Philip C. Brunner** wird die Diskussion absurd, wenn die Grünen sich für die Mobilität einsetzen und die Vorzüge des motorisierten Individualverkehrs preisen. Das ruft nämlich nach der Frage, welche Ideologie nun über welcher steht: Ist es wichtiger, dass Sozialhilfebezügern ja nichts weggenommen wird; oder ist es wichtiger, dass das Auto verteufelt und der öffentliche Verkehr übersteigert wird?
Der Pragmatismus von Markus Jans hat dem Votanten gefallen. Es besteht tatsächlich ein Problem mit den Kontrollschildern, gibt es doch in der Schweiz – wie im «Tages-Anzeiger» aufgezeigt wurde – über 30'000 Fälle, die in etwa wie folgt ablaufen: Man fährt mit einem deutschen oder spanischen Nummernschild in die Schweiz, weil man in Ostdeutschland keine Stelle hat bzw. in Spanien die Arbeitslosigkeit mittlerweile nach EU-Modell über 20 Prozent liegt. Man spricht weder Deutsch noch hat man irgendwelche Qualifikationen, aber man sucht eine Stelle in der Schweiz, weil man zuhause – das ist traurige Realität, die der Votant in keiner Weise lächerlich machen will – darbende Angehörige hat. Man findet einen Schwei-

zer Arbeitgeber, der einen einstellt, weil er tatsächlich Arbeit hat. Dann aber zeigt sich, dass die Schwierigkeiten in diesem Job – nicht zuletzt aus sprachlichen Gründen – doch sehr gross sind. Man trennt sich, hat aber bereits – solche Fälle gibt es auch in der Stadt Zug – eine Arbeitsbewilligung, bezieht also Arbeitslosengeld, findet dann keine Stelle mehr – und irgendwann ist man in der Sozialhilfefalle. Nun kriegt man Geld, um die Wohnung auszustatten, dann kommt der Kindernachzug und so fort – und immer noch fährt man mit ausländischen Nummernschildern herum. Und nun der entscheidende Punkt: Diese Nummernschilder können einem Sozialhilfebezüger nicht weggenommen werden, sind sie doch irgendwo in Europa registriert. Diese Autos stehen dann in den Quartieren herum, und die Mitbewohner wundern sich, dass die Besitzer keine Motorfahrzeugsteuer bezahlen, aber Sozialhilfe bekommen und dem Steuerzahler zur Last fallen.
Man kann sagen, das seien Ausnahmen. Es sind aber – wie gesagt – 30'000 Fälle in der Schweiz, und der «Tages-Anzeiger» hat eine erschreckende prozentuale Zunahme von Fällen aufgezeigt, in denen Leute von der Sozialhilfe leben und – vielleicht – mit einem Auto herumfahren.

Markus Jans dankt seinem Vorredner für das Kompliment, weist aber darauf hin, dass dieser zum Freizügigkeitsabkommen gesprochen hat, das überhaupt nichts mit dem Thema Sozialhilfe zu tun hat; in diesem Sinne hätte der Vorsitzende das vorherige Votum unterbrechen können. Der Votant stellt ferner richtig: Wenn jemand nur zwei Monate in der Schweiz gearbeitet hat, kann er daraus keine Arbeitslosenentschädigung generieren; es braucht zwölf Monate ununterbrochene Arbeit innerhalb von zwei Jahren. Es gibt auch keinen Familiennachzug, wenn feststeht, dass jemand seinen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten kann. Und schliesslich ist es tatsächlich so, dass Leute aus dem Osten Deutschlands oder aus Spanien bei uns arbeiten wollen; sie haben das Anrecht, während fünf Monaten Arbeit zu suchen. In dieser Zeit haben sie keinen Anspruch auf Sozialhilfe, ausser im Fall einer Anstellung. Nun gibt es diverse KMU, welche für zwei Monate Leute einstellen, und sobald jemand eine Arbeit aufgenommen hat, besteht ein Anspruch auf Sozialhilfe. Der Votant ruft deshalb Philip C. Brunner auf, er solle mit seinen KMU-Kollegen sprechen, damit diese nur dann Arbeitsverträge ausstellen, wenn sie tatsächlich Arbeit haben – und dies nicht nur für eine oder zwei Wochen.
Zu den von Philip C. Brunner angesprochenen Fällen in der Stadt Zug: Auf 300 Fälle gibt es hier 3 solche Fälle.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern: Der Regierungsrat hat das Anliegen der Kantonsräte Nussbaumer und Werner geprüft und ist zum Schluss gekommen, keine Gesetzesänderung vorzusehen. Die nötigen Sanktions- und Eingriffsmittel sind bereits vorhanden: Auflagen und Weisungen sind schon heute möglich, wenn eine Zweckentfremdung der Sozialhilfe vorliegt, auch kann die Sozialhilfe bereits heute gekürzt werden, wenn Auflagen nicht erfüllt werden.
Zum Anliegen von Kantonsrat Jans verweist die Direktorin des Innern auf Seite 4 des regierungsrätlichen Berichts. Dort ist ausgeführt, dass schon heute eine entsprechende Auflage gemacht kann, wenn Drittpersonen – zum Beispiel Kinder – darunter leiden, dass Gelder aus der Sozialhilfe für Fahrzeugkosten verwendet werden. Ein generelles Verbot ist aber unverhältnismässig und damit rechtlich unzulässig; das sagen auch diverse Gerichtsurteile aus verschiedenen Kantonen.
Die wirtschaftliche Sozialhilfe liegt in der Zuständigkeit der Einwohner- und Bürgergemeinden. Die Direktorin des Innern verweist auf das letzte Traktandum, wo die Autonomie der Gemeinden hochgehalten und gesagt wurde, dass dieser wo immer möglich zu entsprechen sei. Hier nun liegt ein praktisches Beispiel vor, zumal vor-

hin auch aufgezeigt wurde, dass die Gemeinden verantwortungsvoll mit dieser Aufgabe, der wirtschaftlichen Sozialhilfe, umgehen. Aus der Sicht der Regierung ist es also nicht nötig, hier zusätzliche Gesetze zu schaffen.
Das Postulat fordert auch ein Verbot des Leasings von Autos. Der Regierungsrat weist darauf hin, dass diese Forderung bereits an den Vertragsbedingungen von Leasing-Verträgen scheitern würde. Diese werden oft vor Bezug von Sozialhilfeleistungen abgeschlossen und sind bei Eintritt in die Bedürftigkeit für die Vertragsparteien weiterhin verpflichtend. Ein Verbot würde auch der Wirtschaftsfreiheit widersprechen und wäre damit eine unzulässige Einschränkung der Grundrechte.
Der Regierungsrat hat auch die Stellungnahmen der Gemeinden ausgeführt und darauf verwiesen, dass die Gemeinden mit dieser Thematik sehr differenziert umgehen. Er verweist auf Seite 7 auch darauf, dass der Besitz eines Autos beispielsweise die Vermittelbarkeit im Arbeitsmarkt verbessern kann, was gerade kleinere Gemeinden und abgelegene Gebiete betrifft und längerfristig die Erwerbskompatibilität der betroffenen Personen steigert. Es ist deshalb nicht sinnvoll, ein generelles Verbot ins Gesetz aufzunehmen.
Der Regierungsrat bittet den Rat, verhältnismässig mit der vorliegenden Problematik umzugehen, dem Antrag auf Nichterheblicherklärung zu folgen und darauf zu vertrauen, dass die Gemeinden ihre Auflagen machen, wo es wirklich nötig ist.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei verschiedene Anträge gestellt wurden. Gemäss § 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats erfolgt eine Dreifach-Abstimmung, wobei jedes Mitglied des Rats eine Stimme pro Abstimmung hat.

Die folgende Abstimmung ergibt folgende Resultate:
• Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung: 12 Stimmen.
• Antrag der SVP-Fraktion auf Erheblicherklärung: 23 Stimmen.
• Antrag der SP-Fraktion auf Teilerheblicherklärung: 34 Stimmen.

Da keiner der Anträge das absolute Mehr erreichte, werden in einem zweiten Schritt die zwei Anträge mit den schlechtesten Resultaten einander gegenübergestellt. Diese Abstimmung ergibt folgende Resultate:
• Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung: 20 Stimmen.
• Antrag der SVP-Fraktion auf Erheblicherklärung: 40 Stimmen.

In einem dritten Schritt werden nun die Sieger der ersten und der zweiten Abstimmung einander gegenübergestellt.

➔ Der Rat erklärt mit 43 zu 24 Stimmen die Motion für teilerheblich gemäss dem Antrag der SP-Fraktion.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

46. Sitzung: Donnerstag, 21. März 2013 (Nachmittagssitzung)
Zeit: 13.50 – 16.50 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

674 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Vroni Straub-Müller, André Wicki, beide Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Adrian Andermatt, Baar; Matthias Werder, Risch; Thomas Lötscher, Neuheim.

TRAKTANDUM 4
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

675 Traktandum 4.1: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Einführung der Lizenz-/ Patentbox sowie einer Zinsbox im Kanton Zug vom 26. Februar 2013 (Vorlage Nr. 2225.1 - 14261)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

676 Traktandum 4.2: **Interpellation von Anna Bieri betreffend Umsetzung der Revision des Raumplanungsgesetzes vom 4. März 2013 (Vorlage Nr. 2230.1 - 14280)**

Baudirektor **Heinz Tännler** beantwortet die Interpellation mündlich, weil damit heute schon der Vorgang aufgezeigt werden kann, der zur Anpassung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes an das geänderte Raumplanungsgesetz führen wird. Die Abklärungen werden länger als das für eine schriftliche Interpellationsantwort zur Verfügung stehende halbe Jahr dauern, weshalb eine solche schriftliche Antwort nicht mehr aussagen könnte als die mündliche. Zudem liegt der Regierung daran, das Interesse für das wichtige Thema frühzeitig zu wecken.
Der Vorstoss knüpft an die Referendumsabstimmung vom 3. März 2013 an. Die Stimmberechtigten haben mit einem Ja-Anteil von 62,9 Prozent der Teilrevision vom 15. Juni 2012 des Raumplanungsgesetzes zugestimmt. Im Kanton Zug erreichte der Ja-Anteil der Stimmenden 71,4 Prozent und damit einen Spitzenwert unter den Kantonen, wie auch die Interpellantin feststellte. Sie führt das gute Ergebnis auf ein Unbehagen in der Zuger Bevölkerung zurück, da grosse Bautätigkeiten mit einem Verlust von Kulturland einher gehe. Der Kanton befinde sich in einem Dilemma zwi-

schen Wachstum, steuerlicher Attraktivität und Verlust an Landschaft und Grünflächen wie auch an Lebensräumen für Erholung und für die Natur.
Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass die Vorteile des geänderten Raumplanungsgesetzes für unsere Bevölkerung einsichtig waren und die Ja-Kampagne Früchte trug. Trotz grossem Wachstum ist es gelungen, Freiräume zu erhalten, beispielsweise die Lorzenebene. Ein hoher Anteil des Kantonsgebietes ist entweder Moorlandschaft oder gehört zu den Objekten des Bundesinventars der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung. Den Stimmenden war nicht zuletzt dieses wertvolle Erbe bewusst. Das teilrevidierte Raumplanungsgesetz bestärkt den Regierungsrat darin, zum Zugerland Sorge zu tragen.
Der Regierungsrat beantwortet die vier Fragen der Interpellantin wie folgt:

• Frage 1 («Wo besteht nach dem klaren Volksverdikt bei der Zuger Raumplanung Handlungsbedarf?»): Wir verstehen das Abstimmungsergebnis nicht als Verdikt, sondern als Auftrag, den eingeschlagenen Weg der Raumplanung im Kanton Zug weiterzugehen und vor allem das Planungs- und Baugesetz dem geänderten Bundesrecht anzupassen. Jüngstes Beispiel einer konsequenten Raumplanung ist Vorlage Nr. 2214.1/2 - 14231/32, die Anpassung des kantonalen Richtplans. Es geht dabei um die massvolle Entwicklung der Bevölkerung, um die Begrenzung der Siedlungsflächen usw. Das Bundesamt für Raumentwicklung hat in einer Stellungnahme zum Entwurf der Vorlage den Pioniercharakter dieser Richtplananpassung hervorgehoben.

• Frage 2 («Der Bundesrat schreibt in der Abstimmungsvorlage, dass die Kantone zunächst die kantonalen Richtpläne anzupassen hätten. Wie und bis wann gedenkt der Regierungsrat diese Umsetzung vorzunehmen? Setzt er sich dabei Fristen? In welcher Form werden dabei die Gemeinden und der Kantonsrat eingebunden sein?»): Die Baudirektion hat bereits Schritte unternommen, um eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Einwohnergemeinden zu bilden. Auch da sind wir die Ersten, die mit der Umsetzung dieser Richtplananpassung beginnen; in anderen Kantonen wird man noch so lange zuwarten, bis der Bund die Arbeitshilfen ausgearbeitet hat und erst dann reagieren. Diese Arbeitsgruppe soll sich der anstehenden Anpassung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes annehmen und Vorschläge unterbreiten. Der Regierungsrat wird dem Kantonsrat ein Gesamtpaket unterbreiten, damit die Beschlussfassung voraussichtlich im Herbst 2015 erfolgen kann. Selbstverständlich wird die kantonsrätliche Raumplanungskommission als Fachkommission wie auch die Einwohnergemeinden eingebunden sein.

• Frage 3 («Das revidierte Raumplanungsgesetz bezweckt eine klarere Trennung von Gebieten, die überbaut werden können und solchen, die «grün» bleiben sollen. Es wird eine kompakte Siedlungsentwicklung gefordert. Brachliegende Flächen in den Bauzonen sollen besser genutzt werden. Überdimensionierte Bauzonen müssen redimensioniert werden. Zudem erhalten die Fruchtfolgeflächen einen höheren Stellenwert. Wo sieht hier der Regierungsrat Handlungsbedarf, und wie will er diese Ziele erreichen?»): Vorlage Nr. 2214.1/2 - 14231/32 wurde bereits erwähnt. Es geht um den Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (neue Zahlen zur Entwicklung der Bevölkerung bis 2030; Begrenzung der Ausdehnung der Siedlungsfläche; bauliche Verdichtung nach innen; Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen; Leitbild Lorzenebene). Mit dieser Beschlussfassung sind die vom teilrevidierten Raumplanungsgesetz gesteckten Ziele zu einem Teil bereits erreicht. Von überdimensionierten Bauzonen kann im Kanton

Zug nicht die Rede sein. Handlungsbedarf besteht noch in der Anpassung des Planungs- und Baugesetzes, so zur Einführung einer Mehrwertabgabe als Ausgleich, wenn die Änderung eines Zonenplans bei bestimmten Grundstücken zu Mehrwerten führt.

• Frage 4 («In welcher Form und in welcher Höhe gedenkt der Regierungsrat die vom Volk beschlossene Mehrwertabschöpfung umzusetzen?»): Die Grundnorm des Raumplanungsgesetzes für Ausgleich und Entschädigung bei erheblichen Vor- und Nachteilen, die wegen Planungen entstehen, ist mit Art. 5 des Raumplanungsgesetzes unverändert geblieben. Der neue Art. 5 Abs. 1^{bis} bis 1^{sexies} RPG schreibt nun vor, dass Planungsvorteile mit einem Satz von mindestens 20 Prozent ausgeglichen werden. Gemeint sind Abgaben, die wegen Einzonungen zu erheben und bei der Überbauung des Grundstücks oder dessen Veräusserung fällig werden. Die Einzelheiten sind im kantonalen Recht auszuführen. Der Regierungsrat kann dieser Anpassung des Planungs- und Baugesetzes nicht vorgreifen. Klar ist, dass die Abgabe bei der Bemessung einer allfälligen Grundstückgewinnsteuer als Teil der Aufwendungen vom Gewinn in Abzug zu bringen sein wird, wie es Art. 5 Abs. 1^{sexies} RPG ausdrückt. Die Teiländerung des Planungs- und Baugesetzes wird somit dieser steuerrechtlichen Verknüpfung Rechnung tragen müssen. Umso mehr sind die Gemeinden in die Abklärungen einzubeziehen.

Die Interpellantin **Anna Bieri** dankt dem Regierungsrat und im Speziellen dem Baudirektor für die zackige Reaktion auf ihre Interpellation. Die Interpellation war eine genauso zackige Reaktion auf den zugerischen Spitzenwert bei der Abstimmung zur Revision des Raumplanungsgesetzes vom 3. März 2013. Wenn mit 71,4 Prozent Ja-Stimmen-Anteil in Zug ein schweizweites Spitzenresultat erzielt wurde, so wertet die Votantin dies als Ausdruck dafür, dass dieses Thema die Zugerinnen und Zuger nicht nur interessiert, sondern auch berührt und betrifft.
Ob dieses Ergebnis nun wie in der Antwort zu Frage 1 als «Verdikt» oder «Auftrag» gewertet wird, ist nebensächlich, zumindest ist es aber bestimmt kein Zufall, sondern ein klares Signal. Es ist ein Auftrag zur Korrektur, dem vielleicht mit Vorlage 2214 Rechnung getragen wird. Gerade weil hier noch vieles offen und nicht entschieden ist, ist der Volksentscheid auch ein Auftrag an Regierungs- und Kantonsrat, in Zukunft in der Raumplanung mit dem Boden haushälterisch umzugehen, in der Zeit bis zur Umsetzung keine Präjudizien zu schaffen und dafür die neuen Möglichkeiten, beispielsweise die Verdichtung nach innen, möglichst bald zu nutzen. Ziel der Votantin ist es, dass diese Vorlage nicht nur präventiv für ihren Pioniercharakter gerühmt wird, sondern auch nach Abschluss der Diskussionen tatsächlich eine Pioniertat ist.
In der Antwort zu Frage 3 vermisst die Votantin eine Aussage oder bestenfalls sogar konkrete Zahlen betreffend Fruchtfolgeflächen. Diese Thematik ist insofern sensibel, als dass das ackerfähige Land in direkter Konkurrenz zum Bauland steht. Betrachtet man die Siedlungsentwicklung im Talgebiet, so sind dort in den letzten Jahren bedeutende Flächen verloren gegangen. Die Vehemenz, mit der sich die Votantin für den Lebensraum Zug einsetzt, sollte jedoch keinesfalls als «Baustopp» interpretiert werden. Der Votantin ist die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Baubranche und der wirtschaftlichen Entwicklung des Standorts Zug voll bewusst. Die Frage ist einfach: Wie nutzen wir unser Bauland clever?
Es ist der Votantin wichtig, dass sich der Regierungs- sowie der Kantonsrat bewusst sind, dass Handlungsbedarf besteht. Dass der Regierungsrat die Interpel-

lation mündlich beantwortet und der Rat nun innert kaum 24 Stunden zur zugerischen Raumplanung Stellung bezieht, ist – um es positiv auszudrücken – eine doch sehr sportliche Vorgabe. Da der Regierungsrat jedoch den Antworten eine so hohe Dringlichkeit beimisst, hat er offenbar den Handlungsbedarf erkannt.

Hanni Schriber-Neiger: Die knappen Antworten der Regierung auf grundlegende Fragen der Interpellantin sind aus Sicht der AGF erste Hinweise zur Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes. Auch die Regierung sagt, dass die Umsetzung des Gesetzes eine längere Vorbereitung inklusive Arbeitsgruppe mit den Gemeinden erfordert. Die AGF lädt den Baudirektor ein, nebst der Raumplanungskommission auch Umweltverbände, Korporationen oder die Landwirtschaft ins Boot zu holen.
Die in der Interpellationsantwort skizzierte Zielrichtung der Anpassung kann die AGF unterstützen. Sie erwartet von der Regierung präzise Angaben und verbindliche Massnahmen, um die ausgeführten Ziele zu erreichen. Auch erwartet sie eine restriktive Handhabung von Ausnahmen auf Neueinzonungen. Im Kanton Zug gibt es heute noch 300 Hektaren eingezontes Bauland. Die AGF erwartet, dass der Kanton davon eine bestimmte Mindestfläche ausscheidet, um preiswerten Wohnraum zu ermöglichen bzw. den Gemeinden verbindlich Auflagen macht. Die AGF ist auch gespannt, wie die Lösung des Kantons bei der Mehrwertabschöpfung aussieht. Auch bei den Kleinstweilerzonen besteht Handlungsbedarf. Wie den Medien zu entnehmen war, muss der Kanton die sechs kleinsten Weiler aus dem Richtplan nehmen, was die AGF unterstützt.
Die AGF würde gerne vom Baudirektor bald erfahren, ob die Anträge der Regierung zu den Richtplananpassungen, über die der Kantonsrat bald beraten wird, vollumfänglich den Vorgaben des neuen Raumplanungsgesetzes entsprechen. Ebenfalls würde die AGF gerne wissen, ob ein allfälliger Mittelschulstandort Cham mit dem angenommenen Raumplanungsgesetz noch so wie angedacht möglich ist. Ebenfalls würde es die AGF interessieren, ob das Raumplanungsgesetz das Novartis-Projekt im Gut Aabach in Risch nicht vollständig verunmöglicht, da dem Schutz von Landwirtschaftszone und Seeuferschutzzone ein noch höherer Stellenwert zukommt. Wenn der Regierungsrat heute noch keine verbindlichen Aussagen zu diesen Fragen machen kann, dann erfährt die AGF gerne mehr im Rahmen der Beratung zum neuen Richtplan.

Für **Philip C. Brunner** geht es jetzt wirklich im Turbotempo vorwärts. Vor einigen Tagen hat der Kanton Zug Ja gesagt zum Raumplanungsgesetz, und bereits wird im Kantonsrat über diese Themen diskutiert. Überlegt man sich, welche Dossiers und Aufträge die Baudirektion zu bearbeiten hat – als grösste seien die Umfahrung Cham/Hünenberg, die Tangente Zug/Baar, das Verwaltungszentrum 3 und der Stadttunnel genannt –, dann sollte man dem Baudirektor auch die dafür nötige Zeit und Musse geben. Wenn es etwas gibt, das im Kantonsrat allen Fraktionen wichtig ist, dann ist es die Qualität. Die Vehemenz von Anna Bieri ist zwar löblich, wird hier aber am falschen Objekt praktiziert; es braucht diesen Rückenwind für die Baudirektion nicht. Der Votant möchte eher zu Besonnenheit, Ruhe und ein bisschen Pragmatismus aufrufen und den Baudirektor bitten, sich durch die Aufrufe aus dem Ennetsee mit den Projekten, über die man sich gerade aktiv in der Zeitung streitet, nicht zu sehr beeindrucken zu lassen. Der Votant rät zur Lektüre seines Artikels in der heutigen «Neuen Zuger Zeitung» zum offenen Visier. Es braucht etwas Gemeinsinn.

Baudirektor **Heinz Tännler** war nicht verärgert, sondern im Gegenteil froh über die Interpellation von Anna Bieri. Die mündliche Beantwortung hat im Büro des Kantonsrats offenbar zu Diskussionen geführt. Der Baudirektor hätte aber, wenn er die Interpellation erst nach sechs Monaten beantwortet hätte, nicht viel mehr mitteilen können. Die Umsetzung des Raumplanungsgesetzes läuft. Die Kantone haben fünf Jahre Zeit dafür, wobei die Planungshilfen des Bundes frühestens im Herbst vorliegen werden. Erst dann kann man analysieren, wie die Umsetzung in den Details konkret geschehen muss. Deshalb wollte der Baudirektor die Interpellation heute mündlich beantworten und über den Prozess informieren. Es ist selbstverständlich, dass die Gemeinden, Verbände, Pro Natura etc. und letztlich auch der Kantonsrat in diesen Prozess miteinbezogen werden.
Den Ja-Stimmen-Anteil von 71, 4 Prozent im Kanton Zug kann man verschieden werten. Es war ein schweizerisches, nicht nur ein zugerisches Thema – und ein Thema, das berührt. Im Kanton Zug haben wir in der Vergangenheit eine gute Politik gemacht und in dieser Frage gut kooperiert. Im Zuger Ja-Komitee haben Vertreter aus allen Bereichen mitgezogen, man hat das Thema gut beworben, und das hat zum entsprechenden Resultat geführt. Ob das Resultat ein Ausdruck von «Besorgnis ist, darüber möchte der Baudirektor nicht spekulieren.
Das Resultat ist nicht ein Verdikt, sondern ein Auftrag. Es gibt Herausforderungen für uns als flächenkleinen Kanton, aber wir erhalten von überall beste Noten für unsere Raumplanung, auch vom Bundesamt für Raumentwicklung. Die Richtplananpassung, die jetzt angegangen wird, hat – wie in der Interpellationsantwort erwähnt – Pioniercharakter.
Der Baudirektor findet die Haltung der Interpellantin gut, auf der einen Seite die Bauwirtschaft zu respektieren, auf der anderen Seite aber auch die Landschaft und die Freiräume zu berücksichtigen. Er ist damit hundertprozentig einverstanden; diese Haltung entspricht letztlich auch der Strategie des Regierungsrats. Das Thema wird aber ein Politikum bleiben.
Die Baudirektion wird die von der AGF genannten Verbände miteinbeziehen und die verlangten präzisen Angaben liefern; Letzteres wird aber noch ein Weilchen dauern. Im Übrigen wird die Revision des Raumplanungsgesetzes frühestens Mitte 2014 in Kraft treten.
Auch das von der AGF angesprochene Thema preiswerter Wohnraum wird in Zusammenhang mit der Anpassung des Richtplans diskutiert werden. Die Gemeinden setzen allerdings auf die Gemeindeautonomie. Die Baudirektion ist mit Vorschlägen auf die Gemeinden zugegangen. Als der Raumplaner und der Baudirektor aber als «Kommunisten» abgetan wurden, musste etwas «abgespeckt» werden. Die vorgeschlagene Lösung wird im Kantonsrat diskutiert werden.
Zu den angesprochenen Weilerzonen: Für den Baudirektor ist es nicht guter Stil, wenn mittels Leserbriefe politisiert wird. Er lädt Hanni Schriber-Neiger zu einem Gespräch über die Weilerzonen generell und die Weilerzone Breiten in Risch im Speziellen ein. Der Baudirektor hat dort nichts Unredliches getan, sondern das Problem gelöst.
Dass die kantonale Raumplanung mit dem Raumplanungsgesetz des Bundes kongruent sein muss, ist richtig. Ob der Mittelschulstandort Cham möglich sein wird oder nicht, ist ein spannendes Thema. Wenn Mitte 2014 das Raumplanungsgesetz in Kraft tritt, gilt ein Moratorium für fünf Jahre bzw. für so lange, bis ein genehmigter kantonaler Richtplan vorliegt. Es könnte also ab diesem Zeitpunkt nicht mehr eingezont werden. Der Baudirektor muss deshalb vom Kantonsrat relativ schnell wissen, ob der Mittelschulstandort Cham ein Thema sei oder nicht. Wenn ja, muss in Cham so schnell als möglich von der Landwirtschaftszone in die Zone ÖI B um-

gezont werden. Wenn das nicht bis Mitte 2014 möglich ist, ist der Zug abgefahren. Der Baudirektor hat bei Bundesrätin Doris Leuthard aber angeregt, Zonen ÖI B nicht in die RPG-Revision einzubeziehen. Die Landschaftsinitiative ist nämlich nicht davon ausgegangen, dass auch Bauten im öffentlichen Interesse tangiert würden; vielmehr hatte man die Ausfransung der Siedlungszonen im Blick. Der Baudirektor hofft, dass seine Anregung in Bern aufgenommen wird.
Auch über das Gut Aabach in Risch möchte der Baudirektor mit Hanni Schriber-Neiger gerne unter vier Augen sprechen; auch darüber sollte nicht via Leserbriefe diskutiert werden. Es ist im Moment ein Politikum und eine Rechtsfrage, ob der Baudirektor in diesem Zusammenhang in den Ausstand zu treten habe. Der Regierungsrat und das Verwaltungsgericht haben entschieden, dass das nicht der Fall ist, und jetzt ist diese Frage vor dem Bundesgericht. Der Baudirektor hat sich auch in diesem Fall redlich und im Interesse der Öffentlichkeit verhalten.
Der Aufruf von Philip C. Brunner zu Ruhe und Pragmatismus ist nicht falsch. Ein bisschen Tempo tut aber auch in der Politik gut.

➔ Der Rat nimmt die mündliche Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 12

677 Postulat von Zari Dzaferi betreffend W-LAN und Stromanschlüsse im Kantonsratssaal

Es liegen vor: Postulat (2203.1 - 14207); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2203.2 - 14240).

Zari Dzaferi: Die Regierung hat die Bitte, dieses Postulat möglichst rasch zu behandeln, ziemlich ernst genommen. Der Postulant dankt dafür. Er freut sich sehr über den bereits installierten W-LAN-Anschluss. Dieser ermöglicht den *Digital Natives* oder *Digital Immigrants,* die im Internet sauber abgelegten Kantonsratsvorlagen auch während den Sitzungen abzurufen. Das senkt auch den Bürokratie- und Administrationsaufwand mit Tausenden von Papierseiten, was auch die FDP freuen dürfte. Der Votant hat den Parlamentsdienst bereits gebeten, ihm den Postversand nicht mehr zuzustellen, sofern der Rat die Unterlagen ohnehin digital erhält. Der Aktenturm in seinem Büro ist fast verschwunden.
So sehr sich der Votant darüber freut, dass bereits ein W-LAN eingerichtet wurde, so sehr regt er sich darüber auf, dass seinem zweiten Anliegen, der Einrichtung von Steckdosen, bisher nicht Rechnung getragen wurde. Die Regierung schreibt dazu: «Wir gehen davon aus, dass die Benutzerinnen und Benutzer des Kantonsratssaals so organisiert sind, dass sie mit aufgeladenen Mobilgeräten arbeiten.» Wofür hält der Regierungsrat den Kantonsrat? Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind *professionals*. Der Grossteil kommt bestens vorbereitet in den Ratssaal. Dies gilt selbstverständlich auch für Batterien. Leider haben aber auch moderne Laptops keine Akku-Laufzeit von acht Stunden und mehr; der Laptop des Votanten etwa funktioniert nur noch, weil er über die Mittagpause am Stromanschluss der Medienvertreter aufgeladen werden konnte. Der Votant kann durchaus verstehen, dass die Einrichtung einzelner Stromanschlüsse an jedem Arbeitsplatz als unverhältnismässig und teuer beurteilt wird. Er wünscht sich dennoch, dass die Regierung dieses Anliegen ernst nimmt und die Installation von Sammelsteckdosen im Ratssaal ernsthaft prüft. Er kann sich nämlich vorstellen, dass im

Laufe der Zeit noch mehr Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Mitglieder des Regierungsrats die Möglichkeiten moderner Mobilgeräte nutzen möchten.
Der Votant bittet den Rat, sein Postulat in Bezug auf den Einbau von Steckdosen im Kantonsratssaal als erheblich zu erklären. Es bietet sich nämlich für die Regierung bald die Möglichkeit, eine Installation von Sammelsteckdosen zu prüfen – dann nämlich, wenn die elektronische Abstimmungsvorrichtung installiert wird. Der Votant ersucht daher den Regierungsrat, den Einbau von Sammelsteckdosen nochmals eingehend zu prüfen. Vielleicht kann er sich so ersparen, dereinst achtzig Mobilgeräte in den Büros der Staatskanzlei aufladen zu müssen.

Landammann **Beat Villiger** hält fest, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 32 zu 26 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 13

678 Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Nutzung und Gestaltung des Aussenraumes zwischen Bahnhof und Metalli in der Stadt Zug

Es liegen vor: Interpellation (2135.1 - 14046); Antwort des Regierungsrats (2135.2 - 14159).

Daniel Stadlin dankt dem Regierungsrat, ist mit der Antwort aber wirklich nicht zufrieden. Sie ist allgemein formuliert und bietet wenig Verbindliches. Der Regierungsrat hält zwar fest, die unbefriedigende Situation im Bereich Bahnhof–Metalli sei erkannt. Obwohl seit Jahren ein Gestaltungskonzept für die Baarer- und Zugerstrasse vorliegt, an einem Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Bahnhof und Baarerstrasse gearbeitet und noch in diesem Jahr der Belag erneuert wird, sind die vom Regierungsrat genannten Handlungsschwerpunkte wenig konkret. Einzig einige bescheidene punktuelle Verbesserungen im Bereich Fahrgastinformation, Beschilderung und Haltekanten sind für dieses Jahr geplant. Das ist insgesamt etwas wenig. Der grottenhässliche Metallzaun wird uns offenbar noch lange erhalten bleiben, ebenso der falsch platzierte Fussgängerstreifen oder die konzeptlose und behindernde Möblierung, obwohl gerade diese Unzulänglichkeiten noch heuer im Rahmen der vorgesehenen Belagserneuerung mit wenig Aufwand geändert und verbessert werden könnten.
Die städtebaulich in allen Belangen unbefriedigende und wenig einladende, ja geradezu hässliche Situation zwischen Bahnhof und Metalli muss endlich attraktiv und zeitgemäss gestaltet werden. Als Bürger dieser Stadt schämt sich der Interpellant für diesen deprimierenden, abweisenden und verwahrlosten Ort. Zug hat wirklich Besseres verdient. Es ist nicht zu verstehen, wieso damit bis zum Bau des Stadttunnels zugewartet werden soll. Überhaupt ist der Stadttunnel das Killerargument schlechthin, wenn es darum geht, nichts tun zu wollen. Nicht, dass der Votant dies der Stadt oder dem Regierungsrat vorwirft. Er weiss, dass im Hintergrund André Wicky wie auch der Baudirektor aktiv sind und auch einiges im Fluss ist. Aber er stellt einfach fest, dass seit bald 25 Jahren hier ausserordentlich wenig Konkretes geschieht, eigentlich so gut wie nichts. Die Aufwertung und Verbesserung der Aufenthaltsqualität dieses Gebietes mit dem wichtigsten ÖV-Knotenpunkt und dem meistfrequentierten innerstädtischen Bereich unseres Kantons müsste doch ein Anliegen von höchster Priorität der kantonalen und städtischen Siedlungs-

und Verkehrsplanung sein. Wenn es besser werden soll, muss es anders werden. Ob der Regierungsrat dies auch so sieht, geht aus der Interpellationsantwort leider nicht klar hervor.
Mit der Nordzufahrt konnte die angestrebte Entlastung der Baarerstrasse, insbesondere zwischen Gubel- und Gotthardstrasse, nachweislich erreicht werden. Die Verkehrsplaner haben ganz offensichtlich gute Arbeit geleistet. Zudem zeichnet sich bereits heute ab, dass der geplante Stadttunnel mit dem dazugehörenden Drei-Kammer-Verkehrssystem diesen Strassenabschnitt vom Durchgangsverkehr befreien wird. Mit der konkreten Umgestaltung zu einem verkehrsberuhigten Bereich mit Busbahnhof und Verweilzone könnte also bald begonnen werden. Der Bereich Bahnhof–Metalli muss, unabhängig ob nun der Stadttunnel jemals gebaut wird oder nicht, neu organisiert und gestaltet werden. Mit dem Diktat des motorisierten Individualverkehrs und der damit einhergehenden Durchschneidung, Behinderung und Verschandelung dieses von Bus- und Bahnbesuchern, Arbeitenden, Einkaufenden, Besuchern, Fussgängern und Anwohnern stark frequentierten innerstädtischen Gebietes, muss es möglichst bald ein Ende haben. Den Planungs- und Handlungshorizont einzig auf die Eröffnung des Stadttunnels in fünfzehn bis zwanzig Jahren auszurichten, ist definitiv zu weit weg und in Anbetracht der unbefriedigenden Situation, auch keine zufriedenstellende Strategie. Wie sagt es doch der Stadtpräsident? «Es gibt auch ein Leben *vor* dem Stadttunnel.»

Philip C. Brunner hält fest, dass die Gestaltung des Raums zwischen Bahnhof und Metalli in der Tat ein Problem der Stadt Zug sei. Er frägt sich, ob die Interpellation auf kantonaler Ebene richtig gewesen sei, zumal die GLP dieses Thema schon vor ungefähr drei Jahren im Grossen Gemeinderat als Petition einbrachte; das Stadtparlament hat sich damals relativ einfach davon verabschiedet.
Der Regierungsrat hält in seiner Antwort fest, dass sich das Gebiet Metalli–Bahnhof in den kommenden Jahren stark verändern wird. Das städtische Bauamt arbeitet bereits jetzt mit den privaten Grundeigentümern und der Baudirektion zusammen. Das mittel- und langfristige Ziel ist es, eine deutliche Aufwertung dieses Gebiets zu erreichen. Das will auch der Interpellant. Die kurzfristigen Massnahmen zur Verbesserung der Situation für die Benützer des Öffentlichen Verkehrs legt der Regierungsrat in seiner Antwort ausführlich dar. Die mittel- und langfristigen Massnahmen sind einerseits mit der Projektierung des Stadttunnels, andererseits mit dem Studienverfahren «Baarerstrasse West/Bahnhof» verknüpft. Der Stadttunnel, dessen Eröffnung für 2027 vorgesehen ist, wird im Bereich Metalli–Bahnhof zu einem massiven Rückgang des privaten Individualverkehrs führen. Es wird keinen Durchgangsverkehr mehr geben, einzig die direkte Zufahrt zu den Liegenschaften und die Anlieferung werden noch gewährleistet sein. Vom Öffentlichen Verkehr wird die Baarerstrasse weiterhin befahren werden. Dies alles wird natürlich nur der Fall sein, wenn das Stimmvolk dem Projekt Stadttunnel zustimmt bzw. eine Um- und Neugestaltung der Baarerstrasse und der Bushaltestellen ermöglicht.
Es ist wichtig, diese Projekte aufeinander abzustimmen, was – es sei wiederholt – Stadt und Kanton bereits jetzt tun. Mit dem Projekt für den Stadttunnel und dem erwähnten Studienverfahren liegt ein klarer Fahrplan oder – neudeutsch gesprochen – eine *Roadmap* vor, welche die Frage der Aufenthaltsqualität und die städtebaulichen Aspekte abdecken wird.
Die SVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Interpellationsantwort. Sie findet, die Situation sei nicht so schlimm, wie sie dargestellt wird – ganz im Gegenteil: Das Gebiet Metalli–Bahnhof ist kein *Slum,* sondern ein Gebiet mit Zukunft.

Für **Martin Stuber** ist das Thema ein Dauerbrenner. Er erinnert sich, dass im Grossen Gemeinderat schon 1991 über dieses Gebiet gesprochen wurde. Er erinnert sich auch, wie er über die vom damaligen Baudirektor Paul Twerenbold angeordnete Massnahme – einen Mittelzaun, der die Baarerstrasse buchstäblich abriegelte – fuchsteufelswild wurde. Das Gebiet dort und die Optimierung für den Bus sind in der Tat ein Dauerbrenner.
Der Votant begrüsst es, dass die GLP an diesem Thema dranbleibt, und er unterstützt grundsätzlich auch die Stossrichtung des Votums von Daniel Stadlin. Man muss allerdings eine kleine Korrektur anbringen: Es stimmt natürlich nicht, dass – wie der Interpellant schreibt – «der zukünftige Stadttunnel diesen Strassenabschnitt nicht oder nur unwesentlich tangieren wird». Genau das Gegenteil ist der Fall: Der fragliche Abschnitt ist ein Teil des Projekts «Zentrum^{plus}», und der Stadttunnel wird dort ganz neue Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, als wir heute haben. Man muss und darf aber nicht bis 2017 warten. Natürlich ist es richtig, eine Planung aus einem Guss zu machen – mit Stadttunnel und dem erwähnten Bebauungsplan «Baarerstrasse West/Bahnhof», der das grosse Geviert zwischen Baarerstrasse und Eisenbahngeleise von der Gotthardstrasse im Süden bis zur Gubelstrasse im Norden umfasst. Es ist aber auch richtig, so schnell wie möglich das zu verbessern, was man verbessern kann. Und dafür gibt es das Zehn-Punkte-Programm auf Seite 2 der regierungsrätlichen Antwort. Der Votant appelliert, dieses Programm so schnell wie möglich umzusetzen. Man soll weg mit den Mittelinseln und dem Zaun in der Mitte, und dringend nötig ist auch die Verbesserung der Kundenführung. Auch Besucher aus dem Ausland, die mit der Bahn ankommen, sind alles andere als begeistert über die Kundenführung im fraglichen Bereich.
Im Weiteren hätte sich der Sprecher ein klares und explizites Bekenntnis des Regierungsrats gewünscht, dass das betreffende Gebiet top-prioritär für den Langsamverkehr und den Öffentlichen Verkehr reserviert ist. Es ist auch gut vorstellbar, dass im erwähnten Bebauungsplan dort eine autofreie Siedlung vorgesehen wird. Das Gebiet wäre geradezu prädestiniert dafür. Natürlich braucht es gewisse Verkehrsflächen und Parkplätze für Zubringer und für die Anlieferung, sonst aber könnte man dort einen weitgehend autofreien Perimeter definieren. Wo, wenn nicht direkt neben dem Bahnhof und dem zentralen Bushof, könnte man denn sonst so etwas sinnvoll realisieren?
Und noch ein letzter, bisher nicht bekannter Parameter, der auch die Koordination zwischen den kantonalen Direktionen und Ämtern tangiert: Es gibt nicht nur den Stadttunnel, sondern auch eine 44-seitige Studie über die Verschiebung des Zuger Bahnhofs, datiert vom November 2012. Die Interpellationsantwort des Regierungsrats datiert zwar von Ende September 2012, der Votant nimmt aber an, dass der Regierung bekannt war, dass zu diesem Zeitpunkt am Abschluss der genannten Studie gearbeitet wurde. Die Kommission für den öffentlichen Verkehr liegt im Moment im Clinch mit dem Volkswirtschaftsdirektor bwz. mit dem Leiter des Amts für öffentlichen Verkehr, dass sie diese Studie auch zu sehen bekommt, tangiert sie doch stark auch das Thema der Weiterführung der S2 nach Baar. Es ist offensichtlich, dass die Antworten in dieser Studie auch für die hier diskutierte Frage ein zentraler Parameter sind. Der Votant fragt deshalb den Baudirektor, ob er dem Rat mehr zu diesem Thema sagen kann.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt zuerst dem Interpellanten Daniel Stadlin für seinen Vorstoss. Er stellt richtig, dass der zweite Teil der Belagsanierung – bis zum Gubelloch – noch nicht 2013, sondern erst im nächsten Jahr erfolgen wird. Das ist

vielleicht auch eine Chance, das eine oder andere aus der Interpellation noch mitzunehmen.
Daniel Stadlin hat den Bereich Metalli–Bahnhof als «verwahrlost» bezeichnet. Das ist ein starkes Wort, und Wolfgang Holz, der bestimmte Punkte in der Stadt Zug als «verwahrloste Orte» bezeichnet hat, hätte demnach auch diesen Ort erwähnen müssen – was er aber nicht getan hat. Der Bereich Metalli–Bahnhof ist nicht verwahrlost, er ist aber auch nicht schön.
Der Baudirektor hat bereits kurz nach seinem Amtsantritt intensive Gespräche mit der Stadt geführt, wie der Bereich Metalli–Bahnhof aufgewertet werden könne. Dann aber kam plötzlich die strategische Phase für die Projekte Stadttunnel und Zentrum^{plus}. Und Martin Stuber hat recht: Der fragliche Bereich ist in diesem Zusammenhang ein zentraler Punkt: Er wird verkehrsfrei, was zu einer komplett anderen Situation führt als heute. Dazu kommt die erste Planung rund um die Kantonalbank herum, die bald abgeschlossen wird und in ein Bebauungsplanverfahren hineinführt. All das hat den Regierungsrat bewogen, nicht jetzt irgendetwas zu machen für eine Zeit von vielleicht zehn oder fünfzehn Jahren – um dann wieder etwas Neues machen zu müssen. Der Regierungsrat ist zusammen mit der Stadt also der Meinung, dass jetzt saniert, aber nicht eine totale Umgestaltung dieses Bereichs an die Hand genommen werden soll.
Martin Stuber sagte, man sollte trotzdem schon jetzt Hand anlegen. Der Baudirektor nimmt das in Hinblick auf die Sanierung im nächsten Jahr auf; vielleicht kann man doch schon jetzt das eine oder andere verbessern und verschönern – über den genannten Zehn-Punkte-Plan hinaus auch im baulichen Bereich. Zum anderen Punkt aber muss man sagen, dass Bebauungsplanungen ihre Zeit brauchen. Es wird nicht morgen oder übermorgen einen rechtskräftigen Bebauungsplan geben, der dann auch realisiert wird.
Zur Kritik von Martin Stuber, der ein klares Bekenntnis des Regierungsrats bezüglich Top-Priorität erwartete: Der Baudirektor hat bereits Gespräche zum Wunsch nach einem autofreien Perimeter im Bereich des Bebauungsplans geführt. Die Kompetenz liegt allerdings bei der Stadt, und der Baudirektor ist nicht befugt, in deren Kompetenz einzugreifen. Er kann sich aber vorstellen, dass etwas geschieht in dieser Richtung.
Die von Martin Stuber erwähnte Studie gibt es offenbar. Die Baudirektion allerdings hat sie im Zeitpunkt, als die Interpellationsantwort verfasst wurde und diese in den Mitbericht und dann in den Regierungs- und Kantonsrat ging, nicht gekannt. Er ist überzeugt, dass auch der Regierungsrat keine Kenntnis davon hatte. Und man muss deutlich sagen, dass es sich um eine *Studie* handelt. Sie vertritt gewisse Haltungen bezüglich Standort des Bahnhofs, aber sie ist keineswegs verbindlich. Was letztlich herauskommt, ist eine ganz andere Frage. Der Baudirektor hat die Studie vor zirka zehn oder vierzehn Tagen zur Kenntnis genommen. Es sind aber noch sehr viele Fragen offen, und es geht um einen Zeithorizont von sehr vielen Jahren. Wie das Resultat aussehen wird, kann man nicht wissen. Umso richtiger ist es, an der Baarerstrasse nicht auf die Schnelle irgendetwas zu machen. Man muss vielmehr die Diskussionen um den Stadttunnel und den Bebauungsplan und auch die heutige Diskussion miteinbeziehen – und zum gegebenen Zeitpunkt das Richtige tun.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 14

679 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Krankenversicherung und Zugang zur Gesundheitsversorgung der Sans-Papiers

Es liegen vor: Interpellation (2162.1 - 14107); Antwort des Regierungsrats (2162.2 - 14186).

Manuel Brandenberg dankt dem Regierungsrat namens der SVP-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation. Hintergrund der Interpellation war die am 15. Juni 2012 geäusserte Absicht des Bundesrats, sämtlichen Sans-Papiers Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewähren. Die SVP nimmt zur Kenntnis, dass Sans-Papiers im Kanton Zug keinen Anspruch auf eine Prämienverbilligung haben, da Wohnsitz oder Aufenthalt eine Grundvoraussetzung dafür ist.
Etwas befremdlich ist für die SVP-Fraktion die Aussage in Antwort 5, wonach nichtstaatliche Anlaufstellen den Sans-Papiers dieses oder jenes Vorgehen empfehlen würden. Diese nichtstaatlichen Anlaufstellen könnten für den Regierungsrat eine Möglichkeit sein, zu Daten von Sans-Papiers zu kommen, diese allenfalls mit den Migrationsbehörden abzustimmen und so eine Kontrolle über die Personen zu erlangen, die in der Schweiz keinen oder keinen offiziellen Rechtstitel haben.

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** weist darauf hin, dass die Ausgangslage tatsächlich speziell ist: Sans-Papiers *können* sich nach KVG krankenversichern bzw. *müssen* sich gemäss Versicherungsobligatorium sogar versichern. Gleichzeitig aber dürfen sie gar nicht hier sein. Geht hier Ausländerrecht oder Krankenversicherungsrecht oder Datenschutz vor? Es ist sehr gut zu verstehen, dass man hierzu Fragen stellt; auch der Gesundheitsdirektor verspürt ein gewisses Unbehagen angesichts der offensichtlichen Widersprüche.
Bei nüchterner Betrachtung muss man allerdings feststellen, dass die rechtlichen Regelungen keinen Spielraum lassen, und selbst wenn man einen Datenabgleich vornehmen dürfte, würde das nur wenig bringen ausser viel Aufwand. Ein Grossteil der Sans-Papiers ist nämlich nicht krankenversichert, also auf diesem Weg nicht zu entdecken. Wo Handlungsspielraum besteht, ist die Situation klar: Es gibt im Kanton Zug keine individuelle Prämienverbilligung und auch keine speziellen Behandlungsangebote für Sans-Papiers, wie in einzelnen anderen Kantonen. Auch ist der Regierungsrat in Zusammenhang mit der Spitalfinanzierung seit diesem Jahr daran, die Wohnsitzkontrolle zu verschärfen und somit mehr Einfluss zu nehmen. Wo es sich lohnt und die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, da werden die Möglichkeiten genutzt. Für den Rest ist der Bund in der Pflicht.
Seit der Beantwortung der Interpellation hat sich nicht viel verändert. Der Bundesrat hält – wie er in seiner Antwort von 18. Februar 2013 auf eine Motion im Ständerat darlegt – an der rechtlichen Stellung der Sans-Papiers fest und sagt: «Der Bundesrat sieht keinen Bedarf für eine erneute Prüfung des Informationsaustauschs zwischen den Bereichen des Ausländerrechts, der Sozialversicherung und der Schwarzarbeit. Auch ist der Bundesrat weiterhin der Ansicht, dass eine generelle Regulierung des Aufenthalts von Sans-Papiers nicht zielführend ist.»
Bezüglich der nichtstaatlichen Anlaufstellen ist die Gesundheitsdirektion zusammen mit der Sicherheitsdirektion und den zuständigen Ämtern daran, das Problem im Auge zu behalten.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 15:

680 Traktandum 15.1: **Interpellation von Pirmin Frei betreffend Geothermie**
Traktandum 15.2: **Interpellation von Karin Andenmatten und Anna Bieri betreffend Nutzung der Geothermie im Kanton Zug**
Es liegen vor: Interpellation Frei (2164.1 - 14110); Interpellation Andenmatten/Bieri (2179.1 - 14153); Antwort des Regierungsrats (2164.2/2179.2 - 14187).

Karin Andenmatten dankt auch im Namen von Pirmin Frei und Anna Bieri für die ausführliche Einführung in die Geothermie in der Antwort des Regierungsrats, dank der alle im Saal einen minimalen gemeinsamen Wissensstand haben. Geothermie hat so viele Vorteile, dass sie wohl als eierlegende Wollmilchsau unter den Energieträgern bezeichnet werden kann. Die Energiegewinnung mittels Geothermie im grossen Stil stellt in vielerlei Hinsicht eine grosse Chance dar, die Zug als innovativer Kanton nicht vernachlässigen sollten. Dieser Meinung ist auch die CVP-Fraktion, für welche die Votantin hier ebenfalls spricht.
Als die Interpellanten die Antworten auf die zahlreichen Fragen der beiden Interpelationen lasen, ging es ihnen ein bisschen wie Doktor Faust: «Da steh ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor.» Dies mag zumindest teilweise darauf zurückzuführen sein, dass vertiefte Studien erst in Auftrag gegeben worden sind und die Ergebnisse erst im Frühjahr 2013 vorliegen werden. Wie die Interpellanten die Antwort vom November 2012 interpretieren, geht die Regierung jedoch unabhängig von den geologischen Abklärungen eher davon aus, dass die Nutzung von tiefer Geothermie im Kanton Zug ziemlich ausgeschlossen sein wird. Einerseits wird erwähnt, dass die Nutzung bestehender Fernwärmenetze dazu als nicht sinnvoll erachtet wird, und dass ein neues Fernwärmenetz wirtschaftlich untragbar wäre. Andererseits sei es nahezu unmöglich für einen Investor, die Fläche von 7000 Quadratmetern zu erwerben, welche für ein Geothermiekraftwerk zur Stromerzeugung notwendig ist.
Letzteres hängt eng mit der zentralen Frage – «des Pudels Kern», um bei Faust zu bleiben –, nämlich mit der Frage nach einer Richtplananpassung zusammen. Dazu hält sich der Regierungsrat ungewöhnlich bedeckt. Er verweist von Frage 5 der einen Interpellation auf Frage 5 der anderen Interpellation und zurück bzw. auf das Energieleitbild. Dort finden sich für die Massnahme «Erneuerung des kantonalen Richtplans» aber nur zwei Ziele: a) Mobilitätsbedürfnisse zu vermindern, und b) bei dichter Bebauung die Energieversorgung mit Umweltwärme, Abwärme und leitungsgebundener Energie auszuweisen. Nach einer Absicht, im Richtplan Zonen zur Erstellung einer Geothermieanlage im grösseren Rahmen vorzusehen, haben die Interpellanten auch da vergeblich gesucht. Deshalb hätten sie jetzt hier im Rat gerne eine Antwort darauf: Ist die Regierung bereit, Standorte für die Nutzung der tiefen Geothermie in den Richtplan aufzunehmen? Den Interpellanten scheint es wichtig, dass diese Frage unabhängig von Investitionskosten und Kosten-Nutzen-Fragen beantwortet wird. Gedanken zur Wirtschaftlichkeit müssen sich nämlich in erster Linie künftige Investoren machen, weniger der Kanton. Spätestens wenn sich die geologischen Voraussetzungen im versprochenen Bericht als möglicherweise günstig erweisen, ist es allerhöchste Zeit, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass potenzielle Investoren auch bereit sind, nach Zug zu kommen.
Die Interpellanten hoffen sehr, dass der pessimistische Grundton in den Interpellationsantworten kein Präjudiz ist für eine Nichterheblicherklärung der Motion Winter/Hächler/Wandfluh durch die Regierung. Wenn man die Energiewende wirklich voll-

ziehen will, müssen alle Hand bieten für innovative Lösungen – und zwar mit Volldampf und keinesfalls mit angezogener Handbremse.

Philip C. Brunner erinnert daran, dass uns vor zwei Jahren die traurigen Nachrichten aus Fukushima erreichten und damals sehr viel von Energiewende und Energiestrategie die Rede war. Mittlerweile hat die Begeisterung in der Schweiz bei denjenigen, die nicht nur fordern, sondern sich intensiv mit dem Thema auseinandersetzen, einer gewissen Ernüchterung Platz gemacht – ein hartes Erwachen sozusagen. Der Energieverbrauch in der Schweiz, insbesondere der Stromverbrauch, steigt weiterhin, und es wird eine grosse Herausforderung sein, nur schon den heutigen Bedarf sicherzustellen.
Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Regierungsrat sehr überzeugende Antworten auf die Fragen der zwei Interpellationen vorgelegt hat. Die Geothermie ist in der Tat eine verlockende Technik, sie ist aber mit vielen Risiken behaftet. Dabei ist nicht in erster Linie an petrothermale Systeme zu denken, die ein Aufbrechen von Gestein in der Tiefe bedeuten – ein solches System ist bekanntlich im Kanton Basel-Stadt gescheitert, an einem andern Ort könnte es vielleicht gelingen. Vielmehr sieht die SVP-Fraktion generell die Chance, Bandenergie zu erzeugen und damit langfristig die Kernkraftwerke zu entlasten, nicht aber sie zu ersetzen. Mit der Geothermie wachsen die Bäume nicht in den Himmel, wohl aber locken Chancen in der Tiefe. Wo der Bund mit hohen Subventionen – auch Risikogarantien genannt – den Investoren unter die Armen greift, könnten mit Glück neue Kraftwerke entstehen. Die Stromproduktion soll dank kostendeckender Einspeisevergütung und damit mit nochmaliger Subvention auf ein für Wirtschaft, KMU und Konsumenten erträgliches Preisniveau gebracht werden. Das könnte funktionieren. Damit wird die Geothermie einen nützlichen Beitrag zur Eigenversorgung unseres Landes leisten können.
Dass im Kanton Zug eine industrielle Geothermieanlage möglich ist, scheint sich vielleicht abzuzeichnen. Der Kantonsrat hat es in der Hand, mit dem Richtplan die Standortsuche zu fördern. Die Investitionen selber sind Sache der Privatwirtschaft. Einmal mehr geht es um Rahmenbedingungen, welche von denjenigen genützt werden können, die in diese Technologie investieren wollen. Die SVP-Fraktion wird dazu Hand bieten, wenn es so weit ist.

Markus Jans: Die Antwort des Regierungsrats zu den gestellten Fragen ist ausführlich und interessant. Mit der angestrebten Energiewende des Bundes ist es zwingend, dass wir uns mit alternativen Energien auseinandersetzen. Die SP des Kantons Zug und die SP Schweiz setzen sich aber nicht erst seit der Absichtserklärung des Bundes für erneuerbare Energien ein, sondern tut dies schon lange, denn die fossilen Energievorkommen sind bekanntlich endlich. Umso mehr benötigen wir in Sachen Energie ein Umdenken. Die SP versteht die Geothermie als *ein* Puzzleteil, das im Rahmen der gesamten Energiewende einzusetzen ist.
Für die SP-Fraktion ist vor allem die Antwort zur letzten Frage sehr aufschlussreich: «Tiefe und untiefe Geothermie könnte den gesamten Bedarf an Wärme im Kanton Zug vollständig abdecken, und der Strombedarf könnte zu einem erheblichen Teil abgedeckt werden.» Diese erfreuliche Tatsache zeigt in die von der SP angestrebte Richtung. Der Weg, um dieses Ziel zu erreichen, führt – wie vom Regierungsrat aufgezeigt – über einige Hürden. Es liegt an den Politikerinnen und Politikern, diese Hürden abzubauen und alternative Energien verstärkt zu fördern und zu unterstützen. Diese Aufgabe darf und kann nicht allein Privaten überlassen werden. Der Kanton und die Gemeinden stehen in der Pflicht, mit guten Rahmen-

bedingungen die Förderung von alternativen Energiequellen zu unterstützen. Im Bereich der Wärmepumpen zur Beheizung von Gebäuden hat der Kanton bereits grosse Anstrengungen unternommen. Der Kantonsrat hat den Regierungsrat mit der mehrmaligen Zustimmung zu den Rahmenkrediten zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf dabei unterstützt. Das Resultat lässt sich mehr als sehen, gibt es doch im Kanton Zug bereits zirka 3200 Erdsonden zur Beheizung von Gebäuden.
Die SP-Fraktion unterstützt den Regierungsrat in der Schaffung der raumplanerischen Massnahmen. Sie hofft, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat noch in dieser Legislatur griffige Vorschläge unterbreitet, welche Investoren auch im Kanton Zug dazu animieren, weitere Untersuchungen in dieser Richtung voranzutreiben.

Martin Stuber hält fest, dass das grösste Potenzial in der eingesparten Energie liegt. Er ist sicher, dass man in zwanzig oder fünfundzwanzig Jahren zurückschauen und den Kopf darüber schütteln wird, wie viel Energie im Jahr 2013 noch verschwendet wurde.
Der Votant hat sich gefreut über die Vorstösse: Drei KollegInnen aus CVP, FDP und SVP setzen sich für eine Form der erneuerbaren Energie ein – das ist super. Ohne massiven Ausbau der erneuerbaren Energien schaffen wir es nicht, von den AKW weg zu kommen, und bekanntlich sollten wir auch das Erdöl und Erdgas verlassen, bevor es uns verlässt. Daran ändert auch nichts, wenn in den nächsten zwanzig Jahren so viel Energie eingespart wird, wie der Votant sich das eigentlich wünscht.
Der Votant weist auf die Broschüre «Wegweiser in die 2000-Watt-Gesellschaft» hin, die in seinen Augen Pflichtlektüre für alle ist, die sich mit unserer Zukunft beschäftigen. Es ist eine Studie von Greenpeace, WWF, VCS und der Schweizerischen Energie-Stiftung. Auf Seite 5 wird auf die Geothermie eingegangen und deren Beitrag an die Erreichung einer Energieversorgung ohne AKW und mit einem markanten Rückgang an fossilen Energieträgern erläutert. Die AGF begrüsst sehr, dass dieses Potenzial nun auch im Kanton Zug erschlossen werden soll. Wie gross dieses Potenzial tatsächlich ist, wissen wir nicht, aber es ist an der Zeit, das eingehend abzuklären. Der Hinweis, dass Geothermie auch das Potenzial zu Fehlinvestitionen hat, ist richtig; ein Beispiel neueren Datums gibt es im Triemli in Zürich. Langfristig dürfte das Energiepotenzial der Geothermie aber grösser sein, als wir heute annehmen, denn der technische Fortschritt vor allem bei Tiefenbohrungen hat noch lange nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Auch die Kosten solcher Bohrungen werden noch deutlich sinken.
Zwei Bemerkungen zur Interpellation Bieri/Andenmatten: Das Potenzial für Photovoltaik und Sonnenkollektoren im Kanton Zug ist nicht zu unterschätzen. Es gibt auch hier sehr viele Dächer – und bekanntlich immer weniger Nebel. Und an einigen Orten windet es auch ziemlich stark. Mit den laufenden Fortschritten bei der Entwicklung von kleineren Windrädern lohnen sich auch kleinere Anlagen. Für diese beiden Formen der erneuerbaren Energie gilt der Leitsatz «Kleinvieh macht auch Mist», und ein Teil der Zukunft unserer Energieversorgung liegt klar in der dezentralen Energiegewinnung. Davon profitiert übrigens auch das Gewerbe am meisten. Dies wird in der Interpellation vielleicht etwas unterschätzt.
Mit der Antwort der Regierung ist die AGF *grosso modo* zufrieden. Einzig bei Frage 4 greift die regierungsrätliche Antwort vielleicht etwas zu kurz. Wie sieht es mit der Standortgerechtigkeit von geothermischen Anlagen bezüglich Wärmenutzung aus? Gerade dicht bebautes Gebiet mit eher älterer Bausubstanz und Gebiete, die verdichtet werden, eignen sich gut für Fernwärme, die im Kanton Zug ja noch nicht

sehr gut entwickelt ist und die übrigens auch der Grund für die – misslungene – Bohrung in Basel-Kleinhüningen war. Dieses Potenzial sollte im Kanton Zug flächendeckend und systematisch ausgelotet werden.
Zum Schluss möchte der Votant noch einen Werbespot anbringen. Weltmeister in der Nutzung der geothermischen Energie ist immer noch Italien, genauer gesagt die Toskana. In Larderello im Valle del Diavolo liegt das Zentrum der Geothermie in Italien. Dort erfährt man auf einem *corso didattico* unter anderem, dass zwar erst 5 Prozent des geothermischen Potenzials in diesem relativ kleinen Gebiet genutzt, aber schon damit der Strom für die ganze Eisenbahn in der Toscana produziert wird. Das *Museo geotermico* in Larderello ist ein Kleinod, nach dessen Besuch man gut Bescheid weiss über Geothermie und deren Geschichte. Der Eintritt ist gratis, und man muss nicht italienisch können – das Museum ist zweisprachig (italienisch/englisch).

Daniel Stadlin: Die GLP ist erfreut, dass das Amt für Umweltschutz das Potenzial von Tiefengeothermie zur Wärme- und Stromerzeugung im Kanton Zug abklären lässt, und ist auf die Ergebnisse sehr gespannt. Das Potenzial der Tiefengeothermie ernsthaft zu prüfen, ist sicher sinnvoll. Fallen die Resultate positiv aus, muss deren Nutzung dann auch entsprechend gefördert werden.
Die GLP stimmt mit dem Regierungsrat überein, in erster Priorität die Senkung des Energiebedarfs voranzutreiben. Insbesondere ist sie der Meinung, dass bei der Optimierung der Energieeffizienz von Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben wie auch im Wohnbereich noch beträchtlich Potenzial vorhanden ist. Der Fokus ist somit hauptsächlich auf solche Massnahmen auszurichten. Weiter ist die Nutzung der untiefen Geothermie eine einfache und schnelle Möglichkeit, den Anteil erneuerbarer Energie bei Heizung und Warmwasser, aber auch bei Kühlung signifikant zu erhöhen. Damit potenzielle Bauherren dieses Potenzial aber auch ausschöpfen können, muss der Informationsgehalt der Erdwärmenutzungskarte auf ZugMap erhöht werden. Bis anhin bezieht sie sich nur auf Erdsondenbohrungen für Sole-Wasser-Wärmepumpen und zeigt vor allem auf, was nicht erlaubt ist. Sie müsste mit Informationen über mögliche Standorte der Grund- und Seewassernutzung oder weitere thermoaktive Elemente wie Erdregister, Energiepfähle und Wärmekörbe ergänzt werden und darauf hinweisen, welche Systeme in welchem Gebiet sinnvoll und auch bewilligungsfähig sind. Wenn dies entsprechend kommuniziert wird, kann ein signifikanter Beitrag zur besseren Nutzung erneuerbarer Energien geleistet werden.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die zwei Interpellationen zu diesem wichtigen Thema. Die Beantwortung erfolgte schon vor geraumer Zeit, und in der Zwischenzeit ist viel geschehen – die Antwort würde heute wahrscheinlich etwas anders aussehen. Karin Andenmatten hat in ihrem Votum auf den zurückhaltenden Grundton hingewiesen, der sich in der Antwort auf die Frage, ob die Regierung bereit sei, im Richtplan Standorte für die Geothermie festzulegen, feststellen lässt. Der Baudirektor betont, dass der Regierungsrat gewillt ist, in diesem Thema vorwärts zu machen – sofern es sich auch wirtschaftlich rechtfertigen lässt.
Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Zum einen wurde der «Verein Geothermie» gegründet, der von zwei Zuger Nationalräten präsidiert wird und dem auch Mitglieder des Kantonsrats angehören. Mit diesem Verein wurde vereinbart, Quartalsgespräche zu führen und das in der Interpellationsantwort erwähnte Gutachten zu besprechen. Auch zu der in der Antwort erwähnten Abklärung liegt nun eine Antwort vor. Diese muss allerdings noch etwas verifiziert werden, bevor sie

mit dem Verein Geothermie besprochen und dann öffentlich gemacht wird. Diese Studie hatte geologische, technische und rechtlich-raumplanerische Abklärungen zum Ziel. Was die Resultate betrifft, so kann man vorwegnehmen, dass im Kanton Zug aus geologischer Sicht keine Gebiete ausgeschlossen werden müssen, dass es also auch im Kanton Zug möglich ist, mittels Geothermie einen Schritt vorwärts zu kommen. Der Regierungsrat wird am Ball bleiben und näher informieren, wenn die Studie effektiv fertiggestellt ist.
Zum zweiten wurde in der Zwischenzeit das sogenannte Erdölkonkordat aufgelöst das der Suche nach Gas und Erdöl diente und hinter dem sich die angeschlossenen Kantone – Thurgau, Zürich, Schaffhausen, Appenzell-Ausserrhoden, Zug und Aargau – etwas verschanzten. Das bedeutet, dass die Kantone nun rechtliche Grundlagen für Bohrungen in den Untergrund schaffen müssen. Es wird eine Mustergesetzgebung ausgearbeitet, die in den Kantonen umgesetzt werden soll, und auch der Bund wird über das Raumplanungsgesetz gewisse Vorgaben machen. Die diesbezügliche Motion hat also offene Türen eingerannt, und die entsprechende Vorlage wird nächstens in den Kantonsrat kommen.
Philip C. Brunner hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Fukushima zwar alle bewegt hat, sich heute aber eine gewisse Ernüchterung breit macht. Der Kanton Zug steht aber hinter der neuen Energiestrategie. Natürlich gibt es Fragezeichen, aber es gilt am Ball zu bleiben. Grosse Potenziale bestehen im Gebäudebereich. Bezüglich der Kernenergie ist der Baudirektor nicht gleicher Meinung wie Philip C. Brunner. Wenn man eine Strategie festlegt, dann muss man sie auch durchziehen – also weg von der Atomkraft. Es soll nicht wie in Deutschland sein, wo die entsprechende Politik falliert ist.
Mit Martin Stuber geht der Baudirektor in vielem einig. Bezüglich Energieeffizienz hat die Bevölkerung bisher rein gar nichts begriffen: Seit zwei Jahren wird kein bisschen mehr Energie eingespart, obwohl alle von der Energiefrage und von Fukushima sprechen. Die von Daniel Stadlin vorgebrachte Idee einer Erdwärmekarte wird der Baudirektor prüfen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 16

681 Interpellation von Daniel Stadlin betreffend irreführende und unzureichende Signalisation der Autobahn A4 und der Verzweigung Blegi Richtung A4a

Es liegen vor: Interpellation (2190.1 - 14175); Antwort des Regierungsrats (2190.2 - 14230).

Daniel Stadlin dankt für die speditive Beantwortung und ist erfreut: Nur wenige Tage nach Eingabe der Interpellation wurde die kritisierte, ungenügende bzw. fehlende Signalisation von Luzern her Richtung Zug-Zentrum und Baar wie von Geisterhand über Nacht korrigiert. Zum Glück hatte das ASTRA die nötige Einsicht und handelte rasch. Aus der Interpellationsantwort geht hervor, dass das Bundesamt mit der anfänglichen Signalisation zuerst Erfahrungen sammeln wollte, wobei rätselhaft bleibt, welcher Art diese hätten sein sollen. Vorsortierspuren nicht entsprechend zu beschriften, ist eigentlich an sich unsinnig und kaum je im Sinne der Verkehrsteilnehmer.
Wieso weiterhin von Zürich her auf der A4 bis kurz vor der Verzweigung Blegi Richtung A4a das Ziel Zug nicht angegeben resp. ausschliesslich das Fernziel

Chur signalisiert werden soll, ist nicht nachvollziehbar. Auf der Autobahn A1 von Zürich Richtung St. Gallen fehlte auf dem Abschnitt zwischen Zürich und Winterthur ursprünglich das Zwischenziel Winterthur ebenfalls. Hier hat das ASTRA nachträglich «Winterthur» signalisiert. Offenbar geht es eben doch. Wieso dies aber für das Zwischenziel Zug nicht möglich sein soll, geht aus der Antwort leider nicht hervor. Zug ist zwar kleiner als Winterthur, aber ein internationaler Wirtschafts- und Handelsplatz und sicher nicht irgendein Provinzkaff. Warum das ASTRA einmal eine Ausnahme macht, ein andermal aber nicht, bleibt sein Geheimnis, denn es begründet seinen Entscheid nicht, sondern verweist einfach auf Bundesrecht – Punkt. Das ist schon etwas dürftig, ja fast anmassend. Der Votant hofft doch sehr, dass hierzu das letzte Wort noch nicht gesprochen sei, und bittet den Baudirektor, dieses Dossier pendent zu halten.
Warum in Sihlbrugg auf der Kantonsstrasse Richtung A4a Zug nicht signalisiert werden soll, ist unverständlich. Zug als Fernziel auf grüner Tafel anzugeben, sei gemäss den rechtlichen Vorgaben nicht möglich, heisst es in der Antwort. Das versteht der Votant nicht, ist doch für Verkehrsanordnungen auf Kantonsstrassen die Sicherheitsdirektion zuständig.
Fazit: Das wichtigste Anliegen der Interpellation, die irreführende und unzureichende Signalisation von Luzern her vor der Verzweigung Blegi so zu ändern, dass keine unnötigen und gefährlichen Spurwechsel mehr nötig sind, wurde aufgenommen und zur vollen Zufriedenheit umgesetzt. Dafür ist der Interpellant dem ASTRA dankbar.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die Hinweise des Interpellanten. Aus der Antwort geht hervor, wo nicht der Kanton, sondern das ASTRA zuständig ist. Wenn man dort eine Anfrage macht und kreative Ideen einbringt, dann heisst es: «Geht nicht» – mit Verweis auf die Signalisationsverordnung. Beim Bund läuft halt vieles anders als im Kanton Zug. Der Baudirektor hat bezüglich der Signalisierung im Bereich Blegi–Rotkreuz und Blegi–Sihlbrugg schon vier Anläufe gemacht, und häppchenweise konnte das eine oder andere erreicht werden. Dank der Interpellation konnte nun wieder etwas mehr erreicht werden.
Den Fall Winterthur hat der Baudirektor beim ASTRA eingebracht. Vizedirektor Röthlisberger wurde diesbezüglich zwei Mal angeschrieben, hat aber jedesmal mit der Begründung abgelehnt, Zug sei ein untergeordneter Zielort – mit Verweis auf die Signalisationsverordnung. Der Baudirektor wird aber weiterhin versuchen, Optimierungen zu erreichen. Er hat in Zusammenhang mit der Interpellation aus Oberägeri, Unterägeri und Steinhausen sowie von Privaten weitere Hinweise erhalten, bis hin nach Zürich-West, wo Zug ebenfalls signalisiert werden sollte. Die Begehrlichkeiten sind gross. Der Baudirektor wird das Dossier in dem Sinne pendent halten, dass er mindestens mit einem Auge darauf achtet, dass die Signalisation funktioniert. Allzu grosse Hoffnungen kann er aber nicht machen.
Bezüglich Sihlbrugg hat der Baudirektor eine Mitteilung des Sicherheitsdirektors erhalten, dass die gewünschte Signalisationsänderung nicht möglich sei – mit Verweis auf rechtliche Grundlagen. Das ist zu respektieren.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 17

682 Motion von Thomas Aeschi betreffend Teilrevision FHG zur Erhöhung der Transparenz der staatlichen Leistungserbringung

Es liegen vor: Motion (2174.1 - 14139); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2174.2 - 14260).

Thomas Villiger spricht in Vertretung des Motionärs Thomas Aeschi. Die Motion verfolgt interessante Grundsätze der Rechnungsführung: zum einen die Erhöhung der Transparenz der staatlichen Leistungserbringung, zum anderen die höhere Aussagekraft der gemeindlichen Rechnung. Beides ist selbstverständlich anzustreben.
Die SVP-Fraktion kann die Bedenken des Regierungsrats nachvollziehen; sie sind plausibel. Die Motion hat aber dennoch eine interessante Diskussion ausgelöst, welche bestimmt von Nutzen war. Die SVP ist gespannt, wie sich HRM2 bezüglich Aussagekraft und Transparenz auf die gemeindliche Rechnung auswirkt.
Die SVP-Fraktion unterstützt einstimmig den Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung.

Philippe Camenisch dankt dem Regierungsrat für die klare, unmissverständliche Antwort. Er kann den Ausführungen nur beipflichten, möchte aber doch einige Bemerkungen anbringen.
Der Votant dachte stets, die SVP stehe für das Subsidiaritätsprinzip, also für die Gemeindeautonomie. Der Motionär ruft nun aber nach einem Diktat des Kantons. Dieser solle für mehr Transparenz sorgen, den Gemeinden eine einheitliche Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung ins Pflichtenheft schreiben und dabei *Benchmarks* je Verwaltungsbereich diktieren. Die SVP steht auch – wie die FDP – für weniger Staat. Thomas Aeschi aber motioniert das Gegenteil: Er will mehr regulieren. Die SVP wehrt sich auch unermüdlich gegen den Ausbau der Verwaltung, was auch dem Votanten nicht unsympathisch ist. Wollte man jedoch der Forderung des Motionärs nachkommen, wäre dies mit Aufwand in den einzelnen Gemeinden verbunden, ohne wirklich Nutzen zu stiften. Da könnte man nur sagen: Auch Geld zum Fenster hinauswerfen ist Littering und wird bald mit Busse bestraft. Aber wie gehört, hat man bei der SVP ein Einsehen.
Der Regierungsrat schreibt unter Punkt 2 in seiner Vorlage, welche Änderungen in der Struktur der Gemeinderechnungen ab 2015 in Kraft treten. Die beschriebenen Empfehlungen greifen schweizweit. Das von Thomas Aeschi motionierte Anliegen würde hingegen nur im Kanton Zug zur Anwendung gelangen. *Benchmarks* in einer heterogenen Vergleichsgruppe machen keinen Sinn.
Will man die Gemeinden weitergehend als heute über das Geld und die damit erbrachte Leistung führen, müssten diese die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) einführen. Das steht den Gemeinden bekanntlich frei. Wenn man jedoch sieht, welche zähen Klimmzüge die Einführung der KLR beim Kanton bedeutet, stellt sich die Frage, wie Gemeinden – vor allem kleine Gemeinden – mit solchen «Übungen» klar kämen. Teure Experten müssten beigezogen werden.
Doch was erkennen wir in dieser Motion? Die Vision des Motionärs zielt darauf, eine Gemeinde streng anhand von betriebswirtschaftlichen Kennzahlen zu führen. Diese Forderung ist legitim. Doch die politischen Realitäten lassen dies bei den grossen und damit strittigen Posten – Schulen, Unterhalt der Infrastruktur, Sozialausgaben oder Sicherheit, um einige zu nennen – nicht so einfach zu. Der Stimmbürger muss bei gewichtigen strukturellen Änderungen seine Zustimmung geben. Er entscheidet vielleicht emotional, aber sicher nicht aufgrund von Benchmarks. Man wird beispielsweise nie und nimmer durchbringen, in der Stadt Zug die Quartier-

schulen abzuschaffen, auch wenn das vielleicht eine Kostenersparnis wäre und man entsprechende Benchmarks in der Rechnung hätte.
Die in der regierungsrätlichen Vorlage skizzierten Änderungen mit der Einführung des Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden zielt in die richtige Richtung. Gerade der Ausweis einer Geldflussrechnung wird beispielsweise auf einen Schlag viel Transparenz bringen. Deshalb unterstützt der Votant den Antrag auf Nichterheblicherklärung der Motion.

Karl Nussbaumer weist darauf hin, dass es sich um eine persönliche Motion von Thomas Aeschi, nicht um einen Vorstoss der SVP-Fraktion handelt. Er bittet, nicht die ganze Fraktion ins gleiche Boot zu ziehen.

Für **Zari Dzaferi** ist es interessant, dass gerade ein Vertreter der SVP, die ständig die Gemeindeautonomie stärken möchte, nun die Gemeinden so drangsalieren will. Es ist nicht praxisgerecht, wenn der Kanton der Gemeinde eine Struktur für die Buchhaltung vorgibt, denn ein einheitlicher Kontenrahmen führt nicht zwingend zu einer Vergleichbarkeit. Was nützt es, wenn man es nach einer gleichen Systematik abrechnet – und es ist trotzdem nicht das Gleiche drin? Wenn beispielsweise eine Gemeinde eine Schulklasse mit sechzehn Schülern und eine Gemeinde eine Klasse mit zwanzig Schülern führt, werden sie unterschiedliche Kosten in ihrer Buchhaltung haben, auch wenn beide in der gleichen Kostenstelle abrechnen. Man kann also nicht einfach einen einheitlichen Kostenrahmen vorgeben, und alles wird transparenter. Der Votant bittet daher, den Anträgen der Regierung zu folgen.

Philip C. Brunner fühlt sich herausgefordert, nicht nur die Anliegen seiner Partei und seiner Fraktion, sondern auch diejenigen des Motionärs zu vertreten. Bezüglich HRM2 ist die Stadt Zug als Pionier vorausgegangen, und jetzt ziehen die anderen Gemeinden nach. Das bringt in der Tat eine bessere Vergleichbarkeit, die den Votanten auch als Steuerzahler der Stadt Zug interessiert.
Es gibt eine Studie, die viel gekostet hat und mit der versucht wurde, gewisse Schulgemeinden – kantonale wie ausserkantonale – miteinander zu vergleichen. Der Aussagewert dieser Studie war allerdings nicht sehr hoch. Die Schwierigkeit lag darin, dass gewisse Kosten an einem Ort mitgerechnet werden, am anderen hingegen nicht. Mit HRM2 wird eine gewisse Vergleichbarkeit erreicht. Es ist allerdings richtig, dass es eklatante Unterschiede zwischen den Gemeinden gibt, und zwar unabhängig von Grösse und Strukturen. Als SVP-Mitglied sich der Votant herausgefordert, hier etwas genauer hinzusehen, und genau das wollte auch der Motionär. Es geht also nicht um Subsidiarität oder Gemeindeautonomie; auch soll keineswegs der Kanton aufgefordert werden, diesbezüglich die Diktatur einzuführen. Es ist aber Aufgabe der Politiker und der interessierten Kreise, genau hinzuschauen, was die Exekutive macht. In diesem Sinne nimmt der Votant den Auftrag wahr, den seine Partei ihm gibt.

Manuel Brandenberg stellt fest, dass einige der Anwesenden ein völlig falsches Bild von der SVP haben. Für die Fraktion spricht der Fraktionssprecher. Daneben kann aber jedermann im eigenen Namen einen Vorstoss einreichen, und dann spricht er für sich selbst. Der Votant bittet, diese zwei Fälle zu unterscheiden.

Eusebius Spescha warnt davor, die Erwartungen an das neue Rechnungsmodell zu hoch anzusetzen. Es ist ja nicht so, dass bisher noch nichts geschehen und nun etwas ganz Neues entwickelt worden ist. Vor zwanzig oder dreissig Jahren wurde

ziemlich flächendeckend das sogenannte Buschor-Rechnungsmodell eingeführt, mit dem man ebenfalls Vergleichbarkeit erreichen wollte. Die Erfahrung zeigte aber, dass die Vergleichbarkeit nicht nur am Rechnungsmodell liegt, sondern von den darin gerechneten Inhalten abhängt. Einfach gesagt: Wenn ein Werkhof nur Strassenunterhalt und Kehrichtabfuhr betreibt, dann ist er im Quervergleich deutlich kostengünstiger als ein Werkhof, der beispielsweise auch noch Gartenunterhalt und andere grosse Aufgaben wahrnimmt oder – wie in der Stadt Zug – auch noch Festmobiliar vermietet. Unabhängig vom Rechnungsmodell und vom möglichst exakten Kontenplan kommt am Schluss etwas ganz anders heraus. Der Votant findet es zwar gut, dass das neue Modell eingeführt wird; es wird gegenüber den bisherigen Modellen sicher eine Präzisierung bringen. Man soll sich aber keine Illusionen machen: Vergleichbarkeit wird es auch mit diesem Modell nicht geben.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die positive Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort. Er kann versichern, dass der Regierungsrat kein falsches Bild von der SVP hat und den Motionär klar als Einzelperson identifiziert hat. Er kann beipflichten, dass die Vergleichbarkeit besser geworden bzw. mit HRM2 noch besser wird. Und es ist auch richtig, dass eine KLR allein noch nicht die Grundlagen für *Benchmarks* gibt. Dafür braucht es vertiefte Abklärungen. Der Finanzdirektor denkt auch an die Organisation der Gemeinden, die gewachsen ist und teilweise unterschiedliche Strukturen und Ressorts aufweist. Würde man ein einheitliches Rechnungsmodell verfügen, würde das eine einheitliche Organisation und entsprechende Umstrukturierungen der Gemeinden voraussetzen. So weit will und darf der Kantonsrat nicht gehen; die Autonomie und Rechtsstellung der Gemeinden ist zu achten und zu akzeptieren. Würde der Kantonsrat dem Motionsbegehren Recht geben, würde er weiter gehen als beim Kanton selber, wo die Zuständigkeit für die Einführung einer KLR bei der Exekutive liegt. Für die Gemeinden aber wäre es verbindlich auf Gesetzesebene. In diesem Sinne dankt der Finanzdirektor für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

➔ Der Rat erklärt die Motion nicht erheblich.

TRAKTANDUM 18

683 Postulat der Justizprüfungskommission betreffend Schaffung einer zentralen Informationsstelle für Personen mit erhöhtem Konflikt-/Gewaltpotential

Es liegen vor: Interpellation (2121.1 - 14007); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2121.2 - 14278).

Thomas Werner, Präsident der Justizprüfungskommission, dankt im Namen der JPK dem Regierungsrat für die Beantwortung des Postulats. Es ging darum, den Behörden ein Mittel zur Verfügung zu stellen, mit welchem sie sich besser vor querulatorischen, bedrohlich auftretenden und zum Teil gefährlichen Kunden schützen können, um so ihre eigene Sicherheit zu verbessern. Die Kommission ist froh, dass auch der Regierungsrat Handlungsbedarf sieht.
Die persönlichen Daten sind durch das Datenschutzgesetz sowie weitere kantonale Gesetze geschützt. Die Kommission sieht, dass das Einrichten einer Datenbank und deren Handhabung auf Grund des stark ausgebauten Datenschutzes sehr schwierig sind. Es wäre tatsächlich schwierig zu unterscheiden, ob jemand nur laut fuchtelnd und bedrohlich vor einem steht, oder ob der Betreffende eine Drohung im

eigentlichen Sinne ausspricht. Und welcher der beiden würde nun in der Datenbank erfasst? Oder würden gar beide registriert?
Der Regierungsrat hat deshalb in seiner Antwort nicht beschrieben, wie er eine Datenbank einrichten und betreiben würde. Er erwähnt aber sehr interessante Lösungsansätze, die genau in die richtige Richtung gehen, zum Beispiel die Erweiterung der Mitteilungspflichten resp. Mitteilungsrechte. Auch die Schaffung einer Rechtsgrundlage für den Informationsaustausch im Bereich der interdisziplinären Zusammenarbeit ist ein wichtiger und richtiger Ansatz. Da führt nämlich der Datenschutz zu grotesken Situationen. Man stelle sich etwa folgende Situation vor: Fachspezialisten der Sozialbehörde, der KESB und der Polizei bearbeiten gemeinsam einen Kindesschutzfall, bei welchem ein Elternteil nicht mit den Behörden einverstanden ist und sich diesen gegenüber schon bedrohlich verhalten hat. Nun setzen sich die Fachleute an einen Tisch, alle mit demselben Ziel, nämlich einem Kind in einer unhaltbaren Situation zu helfen, ohne das Kind oder sich selber dabei in Gefahr zu bringen. Es ist ärgerlich, wenn nun die einzelnen Fachspezialisten aus Datenschutzgründen Informationen zurückbehalten müssen, die ihrer eigenen Sicherheit dienen würden. Es gilt hier – wie im Strafrecht – eine Güterabwägung vorzunehmen: Ist nun der Datenschutz oder das Wohl und die Sicherheit eines Kindes oder der Behördenmitglieder wichtiger? Der Votant glaubt, dass es da beim Datenschutz noch Überarbeitungspotenzial gibt.
Auch die vorgeschlagene zentrale Ansprechperson ist für die JPK ein Schritt in die richtige Richtung; allerdings müssten dafür der Polizei die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Auch die Ergänzung des Organisationshandbuches ist ein sehr praktischer und tauglicher Vorschlag.
Die JPK begrüsst den Antrag der Regierung und bittet den Rat, das Postulat erheblich zu erklären und den Regierungsrat mit der Ausarbeitung und Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen zu beauftragen. Auch die SVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag einstimmig.

Georg Helfenstein: Die CVP-Fraktion beurteilt den Grundsatz des Regierungsrats positiv. Er will den Informationsaustausch unter den Behörden fördern und verbessern. Dazu braucht es gesetzliche Grundlagen, auch aus Datenschutzgründen.
In der Beantwortung weist die Regierung darauf hin, dass es bereits Rechtsmittel gibt, beispielsweise im Polizeigesetz bezüglich Datenaustausch. Ebenso führt die Polizei eine Personen- und Falldatenbank. Und es gibt die Möglichkeit, Meldung zu machen – aber leider nicht die Möglichkeit, Daten auszutauschen.
Die CVP unterstützt den Regierungsrat darin, dass der Informationsaustausch nur für Personen gelten kann, welche sich querulatorisch benehmen. Die Sammlung solcher Daten muss zwingend einer gesetzlichen Grundlage entsprechen, sie muss verhältnismässig und im öffentlichen Interesse sein. Aber nur mit dem Sammeln von Informationen ist es nicht getan, und eine Prävention wird nicht erreicht. Die Informationen müssen zwingend richtig analysiert und im gesetzlichen Rahmen verwendet werden. Es muss auch die Angst vor der Verletzung des Amtsgeheimnisses genommen werden. Da die Beschaffung von Daten über zwar auffällige, aber nicht straffällige Personen juristisch umstritten ist, betrachtet die CVP es als wichtig, dass ein ausgewogenes Gesetz geschaffen wird. Die Schaffung einer Ansprechperson oder Meldestelle muss in der Vorlage richtig ausgewiesen werden.
Mit der Zustimmung zur Antwort des Regierungsrats wird das Melderecht auf Behördenstufe erweitert und eine Rechtsgrundlage geschaffen, was dem Anliegen der JPK entspricht. Wichtig ist der Mehrkontakt unter den Ämtern und Behörden.

Die CVP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats im Sinn des Regierungsrats einstimmig.

Alois Gössi: Die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich – mit Ausnahme des Votanten – weder für eine Einführung der HOOGAN-Datenbank beim Hooligan-Konkordat noch für die Einführung einer neuen Querulanten-Datenbank.
Eine Querulanten-Datenbank, in der auffällige, jedoch nicht straffällige Personen erfasst würden, geht der SP zu weit. Auch juristisch ist eine solche Datenbank umstritten. Mögliche Gefahren, die von solchen Personen ausgehen,können auch auf andere Weise frühzeitig erkannt werden. Eine Möglichkeit ist die Verbesserung des Informationsflusses durch eine Erweiterung der Mitteilungspflichten, wie es der Regierungsrat vorschlägt. Heute schon gibt es eine Anzeigepflicht für Behördenmitglieder und gemeindliche oder kantonale Angestellte. Leider wird diese Pflicht aus diversen Gründen nicht immer erfüllt. Es ist zu begrüssen, dass bei der Zuger Polizei eine Ansprechperson benannt oder eine Ansprechstelle geschaffen werden soll. Diese könnte dann Anzeigen von strafbaren Handlungen wie Gewalt und Drohung gegen Beamte entgegennehmen und weitere Schritte in die Wege leiten.
Die SP begrüsst die Absicht des Regierungsrats, eine gesetzliche Grundlage für den Informationsaustausch bei der interdisziplinären Zusammenarbeit auszuarbeiten. Es wäre hilfreich, wenn nachgefragt werden kann, ob bestimmte Personen schon bei anderen Amtsstellen aufgefallen sind. Aber das Ganze ist ein heikles Thema: Wo ist die Grenze oder wo wird die Grenze gezogen zwischen echtem Bedrohungspotenzial und Personen, die einfach bei einer oder mehreren Amtsstellen «querulatorisch» auffallen?
Die SP-Fraktion ist für die Zustimmung zum Postulat der JPK gemäss den Anträgen des Regierungsrats.

Esther Haas: Das Anliegen der JPK für eine Querulanten-Datenbank ist nachvollziehbar, sind wir doch im Kanton Zug besonders sensibilisiert für diese Thematik. Dennoch geht die AGF mit der Regierung einig, dass eine solche Datenbank abzulehnen ist. Es ist auch in den Augen der AGF schwierig, unkonformes oder querulatorisches Verhalten, das einen Eintrag in eine Datenbank rechtfertigen würde, zu definieren. Es besteht grosses Missbrauchspotenzial. Seit dem Fichenskandal in den späten 1980er Jahren oder seiner Neuauflage mit dem Staatsschutzinformationssystem ISIS sind wir gebrannte Kinder.
Sozusagen als Kompromiss sieht die Regierung die Möglichkeit vor, bei der Zuger Polizei eine spezielle Ansprechperson oder Ansprechstelle zu bezeichnen. Hier könnten beispielsweise Drohungen gegen Behörden oder Beamte angezeigt werden. Da stellt sich aber allenfalls die Frage, ob die Zuger Polizei über die personellen Kapazitäten für diese Zusatzaufgabe verfügt. Auch mit dem pragmatischen Ansatz, den Informationsfluss unter den Behörden zu verbessern, bleibt das ewig gleiche Dilemma: So viel Informationen wie nötig, so viel Persönlichkeitsschutz wie möglich. Die Antwort des Regierungsrats auf das Dilemma überzeugt. Die AGF unterstützt dessen Vorschlag, dass künftig besser zwischen Amtsstellen koordiniert und auf das Anlegen von Fichen über Personen mit Konfliktpotenzial verzichtet werden soll.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** kann feststellen, dass Einigkeit über den Vorschlag des Regierungsrats herrscht, einerseits keine Datenbank einzurichten und andererseits den Datenfluss zu verbessern und diesen im Gesetz – voraussichtlich im GOG – zu regeln. Der Regierungsrat hat sich aber auch gefragt, ob eine zusätz-

liche Regelung nötig sei, dies auch im Wissen darum, dass seit dem Attentat von 2001 im baulichen Bereich einiges verbessert wurde und das Personal im Umgang mit schwierigen Kundinnen und Kunden geschult wird; auch hat der Kantonsrat ein Ombudsgesetz erlassen und das Mitteilungsrecht im Gesetz verankert. Im Vergleich mit anderen Kantonen steht der Kantons Zug schon heute recht gut wenn nicht sogar sehr gut da.
Es ist aber in der Tat so, wie auch die JPK festgestellt hat: Es gibt eine gewisse Grauzone, dann nämlich, wenn bestimmte Äusserungen nicht beanzeigt werden können. Da macht es Sinn, dass sich die Ämter untereinander austauschen können. Wenn das Kantonsgericht zum Beispiel in einem Scheidungsverfahren Auffälligkeiten feststellt, soll es dies der Polizei mitteilen können, wenn es eine Zwangsräumung in Auftrag gibt. Man muss aber auch die Verhältnismässigkeit sehen: Wir sprechen bei diesem Gefahren- oder Grauzonenbereich von maximal einem Dutzend Fällen pro Jahr, wobei die betreffenden Personen der Polizei vielfach schon bekannt sind. Das ist sehr wenig im Vergleich mit der Anzahl Kundenkontakte in der Verwaltung. Allein beim Strassenverkehrsamt beispielsweise sind es bei zirka 80'000 registrierten Fahrzeugen ungefähr ebensoviele Kundenkontakte, und pro Jahr gelangen vielleicht vier oder fünf bis maximal sechs Schreiben oder Anrufe an den Sicherheitsdirektor, in denen frustrierte Bürgerinnen oder Bürger etwas zu melden oder sich über etwas zu beklagen haben. Die Probleme lassen sich dann meist im Gespräch lösen, und wirklich ernst zu nehmende Drohungen sind sehr selten. Auch mittels Qualitätsmanagement in der Verwaltung wird dem Aspekt Rechnung getragen, dass der Umgang mit Kunden gut abläuft.
Zur Frage der polizeilichen Kapazität: Es ist heute schon so, dass die Polizei Gefährdungsmeldungen bearbeiten und abklären *muss*. Der Sicherheitsdirektor glaubt nicht, dass mit der neuen Regelung für die Polizei ein grosser Mehraufwand entsteht
In diesem Sinne dankt der Sicherheitsdirektor dem Rat für die Unterstützung des Postulats.

➔ Der Rat erklärt das Postulat erheblich.

TRAKTANDUM 19

684 Interpellation von Thomas Aeschi betreffend Überprüfung der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Kanton Zug

Es liegen vor: Interpellation (2175.1 - 14140); Antwort des Regierungsrats (2175.2 - 14259).

Manuel Brandenberg dankt namens der SVP-Fraktion für die gründliche Beantwortung der Frage und die Zusammenstellung aller Informatikprojekte, die vergeben wurde. Es ist im Sinne der Transparenz auch interessant zu sehen, welche Unternehmen Aufträge erhalten haben, da ja Informatikprojekte manchmal mit Komplikationen verbunden sein können. Etwas stutzig macht, dass IBM Schweiz für das Projekt «Steuerwesen INES/ISOV» Folgeaufträge für rund 6,7 Millionen Franken erhalten hat. Dazu schreibt der Regierungsrat, dass es noch keine Submissionsordnung für Informatikprojekte gegeben habe, als 1993 der Grundauftrag vergeben wurde; der Regierungsrat habe den Auftrag damals also frei vergeben können. Folgeaufträge habe man dann ohne formelles Submissionsverfahren vergeben können, unter der Voraussetzung, dass der ursprüngliche Anbieter quasi der

einzige ist, der auch die Folgearbeiten verrichten könne. Das war hier der Fall – mit 6,7 Millionen Franken vielleicht etwas unglücklich, juristisch aber wohl korrekt.
Im Übrigen hat die SVP-Fraktion mit einem kleinen Lächeln wahrgenommen, dass ein FDP-Exponent vom Regierungsrat einen schönen Auftrag von rund 1 Million Franken für die Jahre 2010 und 2011 erhalten hat.

Andreas Hürlimann: Zum Abschluss seiner Kantonsratskarriere hat Nationalrat Thomas Aeschi als Einzelperson den Kantonsrat nochmals mit einem Potpourri von Vorstössen beehrt. Bezüglich der Beschaffung von Hard- und Software herrscht im Kanton Zug bekanntlich Aufgabenteilung. Das AIO beschafft lediglich alle Hardware-Produkte, nicht fachanwendungsspezifische Software sowie die dazugehörigen Dienstleistungen und Verbrauchsmaterialien. Zudem entscheidet die jeweilige Direktion über die Verfahrensart bei einem Auftrag. Ob das gerade bei immer komplexer werdenden Projekten im Informatikbereich die korrekte Vorgehensweise ist, scheint dem Votanten aufgrund der aktuellen Debatte um Informatikprojekte mehr als nur etwas fragwürdig.
Der Vorstoss Aeschi ist sicherlich auch unter dem Eindruck des gescheiterten Projekts «Insieme» beim Bund entstanden. Nur schon die Erwähnung von «Insieme» öffnet im aktuellen Beraterumfeld Türen für Beratungsmandate im Beschaffungsbereich. Dabei ist klar, dass es einige Gründe und Klagen gibt, welche Beschaffungsstellen im öffentlichen Bereich zu Kopf- und Magenschmerzen verleiten. So besteht immer das Risiko, durch eine falsche Formulierung, einen minimalen Verfahrensfehler oder generell durch das Einspruchsrecht seitens möglicher Anbieter mit juristischen Problemen oder zumindest Diskussionen konfrontiert zu werden. Oder die jeweiligen Teilbereiche des Kantons oder Bundes können nicht wirklich sicher sein, dass bei einer Ausschreibung alles ordentlich durchgeführt wurde, weil in den jeweiligen Fachabteilungen das Wissen dazu fehlt. Im Kontext einer übergeordneten Optimierungs- und Standardisierungsanstrengung weiss man zwar meistens ziemlich genau, was man eigentlich möchte. Durch eine Ausschreibung in einem Einzelbereich und mit der Wahl einer nur dafür passenden Lösung können Pläne im Bereich Optimierung/Standardisierung aber zunichte gemacht werden – und so fort. Und wie man aktuell auf *computerworld.ch* in einem Artikel des CEO eines Service-Anbieters lesen kann, hat sich die Aufregung im Bereich Beschaffungen aufgrund des «Insieme»-Vorfalls auch noch nicht wirklich gelegt. Sie ist eher noch in zusätzliche Nervosität umgeschlagen. Das ist nicht wirklich hilfreich und treibt kurzfristig die Kosten für Projekte zusätzlich in die Höhe. Zumindest die externen Berater freut's.
Die AGF nimmt zur Kenntnis, dass alle Direktionen sowie das Obergericht und das Verwaltungsgericht bestätigt haben, dass die der Interpellationsantwort beiliegende Liste der Informatikprojekte vollständig und korrekt ist, und dass bei der Vergabe der einzelnen Aufträge die anwendbaren Vergaberegeln des Submissionsrechts eingehalten worden sind.

Für **Andreas Hausheer** ist vor allem der letzte Teil der Antwort interessant. Dort wird – etwas symptomatisch – das Projekt «Einwohnerkontrolle» aufgeführt, dessen Beginn schon sehr unglücklich war. Es wird nämlich ausgeführt, dass zwar die Rechtsgültigkeit gegeben sei, der Vertrag so aber gar nicht hätte abgeschlossen werden dürfen und nur wegen eines Entscheids mit aufschiebender Wirkung des Verwaltungsgerichts zustande kam. Das ganze Projekt stand also von Anfang an unter einem schlechten Stern, was auch ein Steilpass für die Diskussion zu Traktandum 22 und all diesen Informatikfiaskos sein dürfte.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** kann Manuel Brandenberg beruhigen: Beim Projekt INES/ISOV wurde wirklich vertieft geprüft, ob die Vergabe statthaft sei. Der Finanzdirektor weist auch darauf hin, dass die Lösung für den Bereich Steuern noch bis 2020 betrieben werden kann und erst dann eine Ablösung fällig wird. Schon jetzt werden strategische Überlegungen zu dieser Ablösung gemacht, handelt es sich doch um eine grosse «Kiste» mit sehr grossen Datenmengen, die migriert werden müssen.
Die Finanzdirektion will natürlich aus allen Erfahrungen und Fehlern, die im täglichen Prozess und in grossen Projekten gemacht werden, lernen und entsprechend reagieren bzw. korrigieren. Um anstehende Grossprojekte gut abwickeln zu können, wird sie sich sowohl fachlich als auch personell verstärken müssen. Die Herausforderungen nehmen sehr stark zu, nur schon wenn man an die elektronischen Kundenkontakte denkt, die fast rund um die Uhr angeboten werden müssen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 20

685 Interpellation von Thomas Werner betreffend Verteilung und Unterbringung der Asylanten im Kanton Zug

Es liegen vor: Interpellation (2181.1 - 14156); Antwort des Regierungsrats (2181.2 - 14258).

Thomas Werner dankt für die Beantwortung seiner Fragen zur Verteilung und Unterbringung der Asylanten im Kanton Zug. Er stellt fest, dass ab dem Jahre 2010 jährlich ein Zuwachs von über 100 Asylanten zu verzeichnen ist. Von den momentan 875 anwesenden Asylanten muss für 636 Asylanten eine Unterkunft zur Verfügung gestellt werden. Über ein Sechstel, nämlich 119 Asylanten, wohnt in Unterägeri. Die Verteilung ist gemäss § 12^{bis} des Sozialhilfegesetzes in erster Linie Sache des Kantons. Schaut man nun die Verteilung an, dann stellt man fest, dass die Regierung des Kantons Zug, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage ist, die Asylanten auch nur einigermassen fair auf die verschiedenen Gemeinden zu verteilen: Unterägeri mit massiv zu vielen Asylanten; Cham und Steinhausen ebenfalls mit mehr, als sie aufnehmen müssten; Zug, Baar, Menzingen und Oberägeri plus/minus im Soll. Diesen Gemeinden, welche sich Mühe geben und zum Teil massiv zu viele Asylanten aufgenommen haben, stehen beispielsweise Walchwil und Neuheim mit vier respektive null Asylanten gegenüber. Das ist keine Verteilung nach einem Verteilschlüssel. Wofür haben wir diesen Schlüssel überhaupt, wenn die Regierung nicht in der Lage ist, ihn auch nur annährend einzuhalten?
Dem Votanten scheint, dass der Regierungsrat bis anhin den Weg des geringsten Widerstandes gegangen. Das geht nicht. Auch wenn die Verhandlungen mit den Gemeinden schwierig sind, müssen diese gerade mit denjenigen Gemeinden, welche bis jetzt nicht zur Aufnahme von Asylanten bereit waren, vorangetrieben werden. Hauptverantwortlich dafür ist wahrscheinlich die unglücklich ausgefallene Überarbeitung von § 12^{bis} des Sozialhilfegesetzes.
Der Kanton übernimmt grundsätzlich die Kosten der Unterbringung und einen Teil der weiteren Kosten. Den Rest tragen die Gemeinden. Bei Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter heisst das, dass im Bereich Schule schnell hohe Kosten anfallen können. Zusätzlich tragen die Gemeinden auch das Risiko, dass die Asylanten bei entsprechender Änderung ihres Aufenthaltsstatus Sozialleistungen von der

Gemeinde beziehen dürfen. Das bedeutet für die Gemeinden mit zu vielen Asylanten ein hohes finanzielles Risiko.
Die Regierung sagt, dass marktübliche Preise bezahlt würden. Aber was heisst das für die einheimische Bevölkerung? Genau im tiefen Preissegment werden Wohnungen im Kanton Zug immer rarer. Immer mehr junge Einheimische und Familien müssen wegziehen, weil sie sich eine Wohnung beispielsweise im Ägerital nicht mehr leisten können. Der Votant kennt persönlich solche Familien. Und jetzt kommt der Kanton und mietet genau diese Wohnungen für Asylanten, genau diese dringend benötigten Wohnungen im tiefen Preissegment. Mit der Miete von Wohnungen für Asylanten dreht der Regierungsrat selber an der ungeliebten Preisspirale. Wenn die Regierung im Ägerital so weiter macht, kann man auch gleich Containersiedlungen für die einheimische Bevölkerung erstellen, um den Asylanten weiterhin Wohnungen mieten können. Der Votant bittet den Regierungsrat eindringlich, sein Vorgehen zu überdenken und zu Gunsten der einheimischen Bevölkerung zu ändern. Die Wut wächst im Ägerital, und die jetzige Situation bildet genau den Nährboden, auf dem Unmut, Ärger und zuletzt Fremdenfeindlichkeit wachsen.
Völlig unhaltbar findet der Votant die Begründung dafür, dass der Regierungsrat keine öffentlich einsehbare Liste der vom Kanton für Asylanten gemieteten Liegenschaften führen will: gewichtige öffentliche und private Interesse, Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, Anspruch auf Achtung der Privatsphäre, Sicherheit und Schutz der Asylanten. Vor wem müssen denn die Asylanten geschützt werden? Vor fremden Kriegsmächten? Oder etwa doch vor der einheimischen Bevölkerung? Dem Votanten scheint, dass in dieser Antwort etwas suggeriert werden soll. Welche gewichtigen öffentlichen Interessen würden denn verletzt? Wessen Privatsphäre wird nach Ansicht des Regierungsrats wie genau verletzt, wenn öffentlich bekannt ist, welche Liegenschaft vom Kanton für Asylanten gemietet wird? Ist es die Privatsphäre des Vermieters, der für die Liegenschaft einen marktüblichen Preis erhält? Nein, der Veröffentlichung dieser Daten steht nichts, aber auch gar nichts im Weg.
Zurück zur Unterbringung und Verteilung der Asylanten: Der Kanton als Verantwortlicher kann offensichtlich eine faire Verteilung der Asylanten unter den Gemeinden nicht durchsetzen. Das erstaunt nicht, sind doch keine Zwangs- respektive Ausgleichsmassnahmen im Gesetz vorgesehen. Es gibt verschiedene Ansatzpunkte, zum Beispiel eine Verlagerung der Zuständigkeit für die Unterbringung vom Kanton zu den Gemeinden oder im Gesetz festgeschriebene Konsequenzen, Zwangs- oder Ausgleichsmassnahmen – wie immer man das nennen will.
Der Votant sieht sich gezwungen eine Motion zur Überarbeitung des Sozialhilfegesetzes einzureichen, im Speziellen zur Überarbeitung von § 12^{bis} und der dazu gehörenden Verordnungen. Künftig müssen die Asylanten und die diesbezüglichen Kosten verbindlich gerecht unter die Gemeinden aufgeteilt werden. Mindestens die Kantonsräte der Gemeinden Baar, Zug, Unterägeri, Cham, Steinhausen, Menzingen und Oberägeri werden diese Motion unterstützen.

Markus Jans: Die Gutmenschen der FDP und SVP haben sich wieder einmal dem seit Jahr topaktuellen Thema der Asylsuchenden angenommen – obwohl eigentlich hinlänglich bekannt ist, dass die gesetzlichen Grundlagen zu diesem Thema nicht im Kanton Zug, sondern in Bundesbern erarbeitet und bestimmt werden.
Stellen die Gemeinden die geforderten Unterkünfte dem Kanton gestützt auf § 12^{bis} des Sozialhilfegesetzes zur Verfügung, gibt es von Risch bis Menzingen und von Walchwil bis Steinhausen einen grossen Aufschrei, dies immer mit den gleichen Argumenten, die Asylsuchenden nicht gerade hier, sondern an einem anderen Ort

unterzubringen. Dass es auch anders geht, hat eine KMU im Kanton Zug bewiesen. Ohne grosses Aufsehen erstellte sie auf ihrem eigenen Grundstück eine Unterkunft für 64 Asylsuchende und vermietete diese der Gemeinde. Die Gemeinde stellte die Unterkunft der Abteilung «Soziale Dienste Asyl» der Direktion des Innern zur Verfügung. Die Unterkunft nahm ihren Betrieb auf, und niemand merkte etwas davon. In der gleichen Gemeinde gab es an einem anderen Ort einen riesigen Aufschrei und Wirbel, als bekannt wurde, dass dort Asylsuchende untergebracht werden sollten. Nach über fünfzehn Monaten Betrieb ist es bis heute zu keinem einzigen Vorfall gekommen. Sämtliche Kontrollgänge der Securitas in der Nacht – und das sind einige hundert – verzeichneten ebenfalls keine Beanstandungen. Ähnliche Erfahrungen werden fast in allen Gemeinden gemacht, wo neue Asylunterkünfte eröffnet werden.
Die Verteilung der Asylsuchenden auf die Gemeinden ist schon längst geregelt und hat sich im Grossen und Ganzen bewährt. Die Reklamationen aus Unterägeri sind dem Votanten schon längst bekannt. Unterägeri wehrt sich gegen die angeblich überproportionale Aufnahme von Asylsuchenden. Es sei aber an dieser Stelle gesagt, dass gewisse Immobilienbesitzer in Unterägeri ihre Liegenschaften tatsächlich nur noch für Asylsuchende vermieten können; andere Personen würden da schon längst nicht mehr wohnen.
Um zum gleichen Thema anschliessend nicht nochmals ans Rednerpult treten zu müssen, nimmt der Votant auch gleich zur Internierung von abgewiesenen Asylsuchenden Stellung. Es ist tatsächlich eine unschöne Geschichte, wenn die immer gleichen Asylsuchenden fast täglich von der Polizei aufgegriffen werden und nicht ausgewiesen werden können. Für diese Menschen ist das Leben tatsächlich ohne Perspektive. Sie leben in unserem System, in unserer Kultur, und sind trotzdem davon ausgeschlossen. Auch wenn sie sich an die Regeln, Sitten und Bräuche unseres Landes halten würden, würde sich ihr Leben nicht verändern. Damit soll nicht das Verhalten dieser Personen gerechtfertigt, sondern nur aufgezeigt werden, wie hoffnungslos das Leben dieser Menschen hier und auch in ihrem Herkunftsland ist. Beim Bund eine Standesinitiative betreffend renitente Asylsuchende einzureichen ist nicht zielführend oder hätte etwa die gleiche Wirkung, wie wenn jemand Wasser in die Lorze tragen würde. Auf Bundesebene ist man sich der Sache sehr bewusst, und es wird nach geeigneten Lösungen gesucht. Aber wenn die Herkunftsländer sich weigern zu kooperieren, hat die ganze Schweiz das gleiche Problem.
Der Votant ist gespannt, wann die nächsten Interpellationen zu diesem Thema eingereicht werden – sie kommen ganz bestimmt. Zielführend wäre aber, wenn allfällige Interpellanten vor der Einreichung weiterer Interpellationen sich in der eigenen Gemeinde oder bei der eigenen Vertretung in Bern zum Stand der Gesetzesarbeit im Asylbereich erkundigen würden. Dann könnten sie nämlich auf die Einreichung weiterer Interpellationen zu diesem Thema verzichten. In diesem Sinne danken der Votant und die SP-Fraktion dem Regierungsrat für die Antworten zu den beiden Vorstössen.

Stefan Gisler hält fest, dass sich der Interpellant am Ungleichgewicht der Verteilung der Asylsuchenden zwischen den Gemeinden stört. Tatsächlich beherbergen Walchwil, Hünenberg, Baar und Risch viel weniger Personen aus dem Asylbereich, als gemäss Verteilschlüssel vorgesehen sind, und Neuheim beherbergt gar keine. Man versteht diesen Unmut. Auch die Wohn- und Heimatgemeinde des Votanten, die Stadt Zug, hat über längere Zeit zu wenige Asylsuchende aufgenommen. Dank des neuen Stadtrats, der die Inbetriebnahme des vorherigen Altersheims Waldheim als Unterkunft für Asylsuchende veranlasste, und dank der Initiative eines Unter-

nehmers, der im Choller Unterkünfte vermietet, zeigt sich nun auch die Stadt Zug solidarisch gegenüber den anderen Gemeinden. Das ist richtig so, denn § 12bis Abs. 3 des Sozialhilfegesetzes verpflichtet die Gemeinden, nach Massgabe der Bevölkerungszahlen Unterkünfte bereitzustellen; die Kosten übernimmt der Kanton. Diesem Grundsatz hat der Kantonsrat im Jahr 2009 im Rahmen der Revision des Sozialhilfegesetzes mit 66 zu 2 Stimmen zugestimmt. Leider hat es der Kantonsrat damals verpasst, in diesem Gesetz Sanktionsmöglichkeiten vorzusehen für den Fall, dass Gemeinden ihrer Verpflichtung nicht nachkommen. So bleibt der Regierung nur der Appell an die Solidarität unter den Gemeinden sowie die Aufforderung an die Gemeinden, untereinander das Gespräch zu suchen, um eine bessere Verteilung zu erreichen.
Das Begehren des Interpellanten, eine öffentliche Liste mit allen zur Unterbringung von Asylsuchenden genutzten Liegenschaften inklusive Mietpreisen zu führen, lehnt die Regierung zu Recht ab. Es ist nicht anzunehmen, dass die Hausbesitzer Freude daran hätten; zudem könnte man dann auch auf eine öffentliche Liste von allen von Kanton und Gemeinden zu irgendwelchen Zwecken gemieteten Gebäuden pochen. Der Votant vertraut der Regierung, insbesondere auch dank der Prüfung der Mietverträge durch die Baudirektion, dass angemessene Mieten bezahlt werden. Auch steht es dem Kanton bzw. der Baudirektion frei, selber Häuser zu erstellen; ob dies zielführender wäre als die Miete von Gebäuden, ist allerdings fraglich.
Zu den Kosten: Alle Gemeinden wollen Familien aufnehmen, nicht alleinstehende junge Erwachsene. Wenn dann aber Familien zugewiesen werden, lamentiert man über die (Schul-)Kosten. Hier besteht ein Widerspruch. Insgesamt machen aber die Gemeinden zusammen mit dem Kanton bei der Unterbringung von Asylsuchenden einen guten Job.
Der Votant wohnt als direkter Nachbar keine 200 Meter von einer grossen Asylunterkunft entfernt – inklusive Sichtkontakt – und passiert diese regelmässig. Er kann von keinerlei Problemen oder Konflikten berichten und empfindet die dort untergebrachten Personen nicht als Belastung. Auch Markus Jans hat schon darauf hingewiesen, dass es in der Stadt Zug zu keinen Vorfällen gekommen ist.

Eugen Meienberg informiert, dass er zusammen mit Andreas Hausheer heute eine Motion betreffend weitergehende Entschädigung von Gemeinden, welche gegenüber der proportionalen Verteilung zu viele Asylsuchende aufnehmen, eingereicht hat.

Franz Peter Iten legt seine Interessenbindung dar: Als ehemaliger Sozialvorsteher der Gemeinde Unterägeri einerseits und Vermieter von rund dreissig Wohnungen andererseits kennt er die Situation im Ägerital und teilweise auch im übrigen Kanton sehr gut.
Als Sozialvorsteher hat auch er sich darüber geärgert, dass Unterägeri so viele Asylanten aufnahm – wobei er selbst auch zu jenen gehörte, die das ermöglichten. Von den dreissig Wohnungen im Preissegment von 1500 und 1800 Franken exklusive Nebenkosten, die er vermietet, sind fünfzehn Wohnungen nicht an Schweizer, sondern an Ausländer vermietet. Der Grund dafür liegt darin, dass die Ansprüche der Schweizer, insbesondere der jungen Schweizer, so hoch geworden sind, dass sie gar nicht erfüllt werden können. Man erwartet einen Lift, einen Balkon, eine möglichst grosse Wohnfläche, einen Waschturm, einen gedeckten Abstellplatz oder eine Einzelbox für das Auto – und das alles bei einem Mietpreis in der genannten Höhe. Nur wenige Schweizer wollen einfachere Wohnungen mieten, und häufig sind das Personen, die unter Umständen schon in der Sozialhilfe drin stecken.

Will man dann solche Wohnungen und Häuser sanieren, wird man durch das Baugesetz und baurechtliche Ansprüche, die erfüllt werden müssen, behindert. Das führt dazu, dass man nicht verwirklichen kann, was man eigentlich verwirklichen möchte, um auch solche Wohnung wieder für Schweizer attraktiv zu machen. Der Votant könnte ein ganzes Buch über seine Erfahrungen in dieser Hinsicht schreiben. Sicher ist, dass die Situation nicht so einfach ist, wie Thomas Werner sie geschildert hat.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass in erster Linie der Kanton zuständig ist und die Gemeinden gemäss Gesetz den Kanton unterstützen sollen. Dies ist – wo immer möglich – auch passiert. Die Gemeinde Risch beispielsweise hat selbst gebaut für Asylsuchende. In Zug hat ein Privater ein schweizweit beachtetes Angebot gemacht und im Choller eine Asylunterkunft erstellt; die Stadt stellt ein bestehendes Altersheim vorübergehend zur Verfügung, und der Kanton beherbergt in seiner eigenen Unterkunft im alten Kantonsspital ebenfalls Asylsuchende. Die Gemeinde Hünenberg sucht aktiv nach einer Unterkunft oder nach Bauland.
Es gibt keine gesetzliche Grundlage, um dem Regierungsrat das Mieten von preisgünstigen Wohnungen zu verbieten, nur weil die Gemeinde XY bereits mehr Asylsuchende beherbergt, als sie nach Einwohnerschlüssel aufnehmen muss. Im Gesetz steht, dass der Kanton zuständig ist und die Gemeinden erst zur Aufnahme gemäss Einwohnerschlüssel verpflichtet sind, wenn der Kanton nicht mehr handlungsfähig ist.
Wollte man die Forderung von Kantonsrat Thomas Werner wirklich umsetzen und in denjenigen Gemeinden, die zu wenige Asylsuchende beherbergen, den benötigten Wohnraum mieten, steht man vor einem weiteren Problem. «Elegante Wohnung an Top-Lage», «Moderne 4,5-Zimmer-Garten-Maisonette-Wohnung», «Exklusive 5,5-Zimmer-Maisonette-Wohnung an ruhiger Lage mit traumhafter Sicht auf Zugersee, Rigi und Pilatus, im EG grosses Wohnzimmer mit Cheminee, Gäste-WC, Küche mit Vorratsraum etc.», «5,5-Zimmer-Einfamilienhaus mit Seesicht, 4 Schlafzimmern etc.»: Das sind Mietangebote aus den zwei letzten Ausgaben des Amtsblatts, alle in der Gemeinde, die mehr Wohnungen anbieten sollte. Die Mietkosten betragen 6500 Franken exkl. 500 Franken Nebenkosten für das 5,5-Zimmer-Einfamilienhaus bzw. 4300 Franken exkl. 300 Franken Nebenkosten für die 5,5-Zimmer-Maisonette-Wohnung mit Cheminee. Das ist nicht zu verantworten mit Steuergeldern. Man muss akzeptieren, dass die Situation in den verschiedenen Gemeinden sehr unterschiedlich ist. In gewissen Gemeinden kann man günstigen Wohnraum mieten, in anderen Gemeinden ist es einfach nicht verantwortbar.
Das Gesetz bietet noch eine weitere Variante. Man kann das Gemeindegesetz anwenden und diejenigen Gemeinden, die zu wenig mithelfen, ermahnen, ihnen eine Weisung erteilen oder eine Ersatzvornahme vornehmen; man kann sogar das Gemeindeorgan suspendieren. Das alles ist aber nur möglich, wenn der Regierungsrat der Meinung ist, dass in der betreffenden Gemeinde ein Missstand in der Gemeindeverwaltung vorliegt oder öffentliche Aufgaben vernachlässigt werden. Die Direktorin des Innern zweifelt daran, ob das in diesem Zusammenhang wirklich der Fall ist.
Die Regierung ist daran, mit den Gemeinden, die zu wenige Asylsuchende beherbergen, im Gespräch zu bleiben und ihnen auch von der Raumplanung her aufzuzeigen, wo allenfalls etwas zu bauen wäre. Gerade am letzten Dienstag war die gesamte Regierung in einer Gemeinde zu Besuch und hat unter anderem genau dieses Problem thematisiert.

Den Vorschlag, mit Geld einen gewissen Ausgleich zu schaffen, wird die Regierung genau anschauen und diskutieren. Man muss aber beachten, dass es verschiedene Lasten gibt. Die eine Gemeinde hat ein Gefängnis, die andere hat Zentrumslasten, die dritte eine Psychiatrie und so fort. Es ist nicht ganz einfach, allen Ansprüchen gerecht zu werden. Es wurde aber bereits gesagt: Im Grossen und Ganzen funktioniert es im Kanton Zug sehr gut, und die Gemeinden geben sich grosse Mühe, den Kanton zu unterstützen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Philip C. Brunner hat Mühe damit, dass die Sitzung jetzt beendet wird. Die Interpellation von Thomas Werner hat einen inneren Zusammenhang mit derjenigen von Thomas Lötscher, die jetzt nicht mehr zur Sprache kommt. Es wäre gut gewesen, wenn man die beiden Traktanden zusammengenommen hätte. Thomas Lötscher ist zwar persönlich nicht da, was für die Verschiebung des Traktandums spricht. Es wäre aber Zeit sparend, wenn man in Zukunft nicht zwei Mal über dasselbe Thema diskutieren würde.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es in seiner Kompetenz liegt, über das Ende der Sitzung zu entscheiden.

686 Nächste Sitzung

Donnerstag, 2. Mai 2013 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

47. Sitzung: Donnerstag, 2. Mai 2013 (Vormittagssitzung)
Zeit: 08.30 – 12.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 28. Februar und vom 21. März 2013
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Antrag der FDP-Fraktion betreffend Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse um das Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle

4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Kredit für die Verstärkung der Uferkonstruktion Hintersecki, Kantonsstrasse 25, Gemeinde Walchwil

4.3 Kantonsratsbeschluss betreffend Kredit für eine elektronische Busspur auf der Artherstrasse in Zug und für die Strassensanierung

5. Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG): 2. Lesung
6. Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz): 2. Lesung
7. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG), Änderung von § 10: 2. Lesung
8. Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG): 2. Lesung
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung des Konkordats vom 15. November 2007 über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen: 2. Lesung
10. Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse (Pensionskassengesetz)
11. Gesetz über die Wirtschaftspflege im Kanton Zug (Wirtschaftspflegegesetz)
12. Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG) betreffend Gestaltung der Wahlzettel bei Majorzwahlen

13.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ) für das Kombinierte Brückenangebot (KBA)

13.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ)

14. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Kauf des ETH-Versuchsbetriebs Chamau/Schachen in der Gemeinde Hünenberg und für bauliche Anpassungen in der Chamau, Hünenberg, und in der Schluecht, Cham
15. Kantonsratsbeschluss betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrates
16. Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug
17. Motion von Philip C. Brunner betreffend Anpassung des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe

18.1. Interpellation von Kurt Balmer und Georg Helfenstein betreffend neue Software im Bereich Einwohnerkontrollregister
18.2. Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Informatik beim Kanton Zug.
18.3. Interpellation von Georg Helfenstein und Kurt Balmer betreffend Stopp des Informatikprojektes für die Einwohnerkontrollen

19. Interpellation der SP-Fraktion und der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Geschlechtergleichstellung im Kanton Zug
20. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Internierung abgewiesener Asylbewerber
21. Interpellation von Andreas Hürlimann betreffend Ende der Steuer-Sorglosigkeit für Pauschalbesteuerte und andere Steuerflüchtlinge
22. Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitik kein «Wachstum mit Grenzen»
23. Interpellation von Hubert Schuler betreffend IV-Stelle des Kantons Zug

687 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Thiemo Hächler, Oberägeri; Beat Iten, Unterägeri; Adrian Andermatt, Baar; Beat Sieber, Cham; Karin Andenmatten und Leonie Winter, beide Hünenberg; Daniel Thomas Burch, Risch.

688 Mitteilungen

Landammann Beat Villiger wird am Anfang der Nachmittagssitzung fehlen. Er ersucht darum, die Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Internierung abgewiesener Asylbewerber nicht vor 16.00 Uhr zu beraten, weil er als Präsident der Zentralschweizer Regierungskonferenz in Zug eine Ausschusssitzung leiten muss.

Bildungsdirektor Stephan Schleiss nimmt heute an der Vorstandssitzung der Erziehungsdirektorenkonferenz teilt. Er lässt sich entschuldigen.

Stimmenzähler Beat Sieber ist heute abwesend. Da das Amt des Stimmenzählers eine durch Wahl des Kantonsrats bestimmte Charge ist, muss der Rat laut § 9 Satz 2 der Geschäftsordnung eine Stellvertretung wählen. Der Kantonsrat nimmt gemäss § 67 Abs. 1 der Geschäftsordnung die ihm zustehenden Wahlen eigentlich schriftlich und geheim vor. Usanzgemäss werden solche Ersatzwahlen aber in

offener Abstimmung erledigt, wenn nur eine einzige Kandidatur vorliegt und diesem Vorgehen keine Opposition erwächst. Kantonsrat Dominik Lehner stellt sich für die Stellvertretung an der heutigen Sitzung zur Verfügung.

➔ Der Rat wählt Dominik Lehner in stiller Wahl für den heutigen Sitzungstag als Ersatz-Stimmenzähler.

Es liegt das Gesuch vom 30. April 2013 des Journalisten Christian Keller des Regionalsenders «Telebasel» vor, an der heutigen Sitzung des Kantonsrats ausschnittsweise die Debatte zur zweiten Lesung des «Hooligan-Konkordats» zu filmen, um darüber eine 20-minütige Sendung zu erstellen. In Basel ist der Widerstand gegen das «Hooligan-Konkordat» relativ gross, in der restlichen Schweiz spricht sich jedoch eine Mehrheit dafür aus. Die unterschiedlichen Meinungen möchte der Journalist gerne einfangen.
Gemäss § 31bis Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats sind die «Wiedergabe der Verhandlungen in Radio und Fernsehen sowie Foto- und Filmaufnahmen […] zulässig, sofern der Rat nicht das Gegenteil beschliesst».

➔ Der Rat erteilt dem Journalisten Christian Keller des Regionalsenders «Telebasel» für die heutige Sitzung stillschweigend eine Filmerlaubnis im Kantonsratssaal.

TRAKTANDUM 1

689 Genehmigung der Traktandenliste

Philip C. Brunner und seine Fraktion verstehen nicht, warum Traktandum 18 (Interpellationen betreffend Software der Einwohnerkontrollen) nicht zusammen mit Traktandum 4.1 (Antrag der FDP-Fraktion betreffend Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse um das IT-Projekt Einwohnerkontrolle) behandelt wird. Er stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** Traktandum 18 sei abzutraktandieren. Für den Fall, dass dieser Antrag keine Zustimmung findet, stellt er den **Eventualantrag,** Traktandum 18 sei mit Traktandum 4.1 zusammenzunehmen. Der Rat soll zuerst über die Sache und anschliessend dann über den Antrag bezüglich Einsetzung einer Kommission diskutieren.

Kurt Balmer stellt namens der CVP-Fraktion den **Antrag,** Traktandum 18 sei vor Traktandum 4.1 zu behandeln. Unabhängig von der Qualifikation und vom Zeitpunkt der Behandlung von Traktandum 4.1 soll die materielle Diskussion zu den Interpellationen zeitlich vorher erfolgen.
Der Votant will sich an dieser Stelle nicht über Sinn oder Unsinn der Einsetzung einer solchen Kommission äussern. Es scheint aber sinnvoll zu sein, dass zuerst über die Angelegenheit diskutiert wird, bevor allenfalls sofort eine Kommission eingesetzt wird – zumal es eigentlich keinen grossen Wert mehr hat, nach allfälliger Einsetzung einer Kommission noch einmal unter Traktandum 18 separat darüber zu diskutieren. Es ist ja zumindest nicht ausgeschlossen, dass sich die Regierung zwischenzeitlich noch eines Besseren besonnen hat und mündlich heute allenfalls eine konkretere, klarere Antwort gibt, als sie schriftlich vorliegt. Sodann ist es auch sachlich wichtig, heute von verschiedener Seite direkt zu hören, welche Vorwürfe existieren und welche weiteren Erkenntnisse der Regierung bis heute erfolgt sind. Diese Basis ist unbedingt nötig für die Behandlung des Antrags der FDP-Fraktion.

Vielleicht findet nach der Diskussion im Parlament ja noch ein Stimmungsumschwung bezüglich der Einsetzung einer Kommission statt.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** schlägt vor, zuerst den Eventualantrag der SVP-Fraktion bzw. den Antrag der CVP-Fraktion, Traktandum 18 sei vor Traktandum 4.1 zu behandeln, zur Abstimmung zu bringen. Anschliessend soll über den Antrag der SVP-Fraktion, Traktandum 18 sei abzutraktandieren, abgestimmt werden. Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat beschliesst mit 69 zu 0 Stimmen, Traktandum 18 vor Traktandum 4.1 zu behandeln.

➔ Der Rat lehnt mit 46 zu 18 Stimmen den Antrag auf Abtraktandierung von Traktandum 18 ab.

Der **Vorsitzende** geht davon aus, dass der Rat damit einverstanden sind, dem Wunsch des Landammanns nachzukommen und die Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Internierung abgewiesener Asylbewerber (Traktandum 20) nicht vor 16.00 Uhr zu beraten.

➔ Der Rat genehmigt ohne weitere Wortmeldungen die geänderte Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

690 **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 28. Februar und vom 21. März 2013**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Änderungsanträge zum Nachmittagsprotokoll vom 28. Februar und zu den Protokollen vom 21. März 2013 vorliegen.

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzungen vom 28. Februar (Nachmittag) und vom 21. März 2013.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

691 TRAKTANDUM 18 (vorgezogen, siehe oben Ziffer 689):
Traktandum 18.1: **Interpellation von Kurt Balmer und Georg Helfenstein betreffend neue Software im Bereich Einwohnerkontrollregister**
Traktandum 18.2: **Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Informatik beim Kanton Zug.**
Traktandum 18.3: **Interpellation von Georg Helfenstein und Kurt Balmer betreffend Stopp des Informatikprojektes für die Einwohnerkontrollen**
Es liegen vor: Interpellation Helfenstein/Balmer (2137.1 - 14049); Interpellation Hausheer (2140.1 - 14052); Interpellation Helfenstein/Balmer (2219.1 - 14243); Antwort des Regierungsrats (2137.2/2140.2/2219.2 - 14265).

Georg Helfenstein nimmt an, dass alle das Spiel «Lueget nid ume, de Plumpsack gat ume» kennen. Er will die Spielregeln nicht näher erläutern, fragt sich aber, wer da im Kreis gesessen ist und gewartet hat, bis hinter seinem Rücken ein Sack herunterfällt. Und dieser Sack ist gefallen; da ist ein Klaussack wahrlich eine kleine Einkaufstasche. Bei der Antwort auf die drei Interpellationen fragt er sich, ob die drei Weisen da Pate gestanden sind: Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.
Nachdem der Votant bei der Beantwortung seiner Interpellation vom November 2011 zur Vorlage 2017.1 von alternativer Seite mit Vorwürfen abgekanzelt wurde, ist es ihm nun wirklich eine Genugtuung, dass er trotzdem Recht behalten hat und seine Fragen schon damals nicht nur wichtig, sondern dringend nötig waren. Man stelle sich vor, wie da weitergewurstelt worden wäre, wäre der Finger nicht in die Wunde gelegt worden. Der Patient wäre oder ist nun verblutet. Gemäss den Aussagen von damals waren keine Hinweise bekannt, dass das System nicht funktioniert; auch soll der Anbieter einen riesigen Effort geleistet haben. Das klang alles ganz gut, aber daraus wurde wohl nichts. Die ganze Angelegenheit hat schon fehlerhaft begonnen und wurde so weitergeführt. Auch die Kosten: Damals schätzte die Regierungsrätin die Mehrkosten auf 73'600 Franken für die Gemeinden, was total 184'000 Franken ergibt. Nun wird über Kosten von mehr 2,867 Millionen Franken gesprochen, dies für ein Programm, das nichts taugt und nicht funktioniert, entgegen den damaligen Äusserungen der verantwortlichen Regierungsrätin. Die Frechheit wäre noch gewesen, dass weitere 800'000 Franken notwendig gewesen wären, um halbwegs ein Programm ohne Garantie zu erhalten.
Neu ist die Finanzdirektion zuständig für das nun folgende Debakel. Peter Hegglin hat das einzig Richtige getan: Er hat die Notbremse gezogen, damit die Kosten nicht ins Uferlose laufen. Damit übernimmt er Verantwortung für etwas, das er nicht verbrochen hat, Kollegialbehörde hin oder her. Die Antwort des Regierungsrats erstaunt insofern, als mindestens zwei Eingaben nicht fristgerecht beantwortet wurden. Wäre dies gemacht worden, hätten sich wahrscheinlich auch keine Doppelspurigkeiten in der Fragestellung ergeben.
Die Antwort fällt umständlich, verwirrend und sehr schwerfällig aus – ein klares Zeichen dafür, dass zwar viel geschrieben, aber nicht viel gesagt wurde. Es wird zum Beispiel mitgeteilt, dass die Finanzdirektion nun zuständig sei, eine vernünftige Begründung dafür fehlt aber; diese lässt sich ja auch zwischen den Zeilen herauslesen. Es wird auf komplizierte Strukturen hingewiesen. Warum wechselt dann die verantwortliche IT-Person von der Direktion des Innern zur Finanzdirektion? Und warum muss die Direktion des Innern nun wieder jemanden mit einem 80-Prozent-Pensum anstellen, und für was genau? Die Aussagen der Regierung lösen mehr Fragen aus, als dass sie Antworten gegeben hätten.
Doch die Rüge gehört nicht nur der Regierung, sondern auch dem Vertragspartner. Die Regierung hat sich auf eine Firma verlassen, welche offensichtlich nicht in der Lage war, das verlangte Projekt zu realisieren. Von einem Vertragspartner aber ist zu erwarten, dass der Rückzug eines Lieferanten oder Untervertragspartners nicht über die Medien, sondern direkt dem Mitpartner kommuniziert wird –und das, bevor die Medien etwas erfahren. Das zeigt den Charakter auf, wie man mit seinem Dienstleistungspartner umzugehen pflegt. Von daher kann man der Regierung keinen Vorwurf machen. Die Regierung musste und wollte eine Lösung haben, sie wurde aber vom Anbieter im Stich gelassen. Die Folgen sind bekannt. Zwar schreibt die Regierung in ihrer Antwort, das Projekt sei nicht gescheitert. Aber was ist es dann? Die Regierung hat gegen die EDV-Strategie verstossen, keine Alleingänge zu machen. Auch hätten die Anforderungen der Gemeinden bereits früher vom AIO gebündelt und koordiniert werden sollen. Das ist nun ja der Fall.

In der Beantwortung der Fragen vermisst der Interpellant etwas ganz Wichtiges, nämlich Vorschläge oder Lösungen für die Zukunft. Das bleibt die Regierung dem Rat leider schuldig. Die Antwort weist auf Seite 5 und 6 nur darauf hin, was alles läuft, wie komplex es ist, und dass die Finanzstrategie alle 4 bis 6 Jahre angepasst werde. Vielleicht ist es an der Zeit, diese Strategie zu überdenken und anzupassen.
Der Votant stellt fest, dass die Kommunikation nach aussen, aber auch behördenintern schwach ist. Er kann es sich nicht erklären, dass das AIO nicht früher mit Fakten informiert wurde – und wenn, dann einfach mit schöngeschriebenen Fakten. Der Regierungsrat zeigt nicht sehr viel Grösse. Anstatt sich für gewisse Fehler zu entschuldigen, versteckt er sich hinter verworrenen und komplexen Aussagen. Ebenso sind Fragen nur teilweise beantwortet worden, weshalb der Interpellant sie hier nochmals stellt; er hat sie im Vorfeld bereits der Regierung zugesandt, nachdem ihm letztes Mal der Vorwurf gemacht wurde, sie nicht vorher mitgeteilt zu haben:

- Wiederholung der Frage 7 der Interpellation vom 30. Januar, welche ungenügend beantwortet wurde: Welchen Betrag muss jede einzelne Gemeinde übernehmen von den 40 Prozent der Anteilkosten? Erwartet wird eine Aufstellung über die Beträge der einzelnen Gemeinden.
- Ist für die Wartung der bestehenden Software EK V4 dieselbe Firma zuständig wie für deie Entwicklung der Software EK V5?
- Kann der Regierungsrat Aussagen zur Zukunft des Projektes machen und dazu, wie es nun genau weitergeht?

Das alles ist ein gewaltiges Debakel, und der Votant hat Recht behalten. Der Steuerzahler darf für dieses Malheur aufkommen, die Verantwortung wird von niemandem übernommen.

Andreas Hausheer dankt für die Beantwortung der Interpellation. Leider ist es gemäss Auskunft des Landschreibers nicht möglich, einen Antrag auf «Nichtkenntnisnahme» oder auf ablehnende Kenntnisnahme zu stellen. Es ist nur Kenntnisnahme möglich, dies ohne Wertung. Der Votant nimmt die Antwort der Regierung trotzdem ablehnend zur Kenntnis.
Auf die Frage 1 wird nicht mit einem klaren Ja oder Nein geantwortet. Auf eineinhalb Seiten wird viel geschrieben, aber ein Ja oder Nein scheut man. Es wird auf die 80-Prozent-Stelle des Informatikkoordinators bei der Direktion des Innern verwiesen. Diese Stelle wurde erst am 1. September 2012 besetzt, notabene gegen die Regeln der Informatikverordnung, die weniger Prozente vorsieht. Und bereits ist die Stelle wieder im Amtsblatt ausgeschrieben gewesen. Warum wurde diese Stelle wieder ausgeschrieben, obwohl die Sache mit der Einwohnerkontrolle nun von der Finanzdirektion an die Hand genommen worden ist?
In der heutigen Wortmeldung des Regierungsrats wird im Gegensatz zur Interpellationsantwort zumindest implizit zugegeben, dass sich die in der Informatikverordnung definierten Regeln nicht uneingeschränkt bewährt haben. Warum war der Regierungsrat nicht schon im Zeitpunkt der Interpellationsantwort bereit, dies so zu sagen? Hat man vor lauter diplomatischer Prosa den Sinn für das Wesentliche verloren?
Zur Frage 2: Es wird quasi aus einem Informatik-Lehrbuch abgeschrieben, aber kaum auf die Eigenheiten des kleinräumigen Kanton Zug eingegangen. Es ist kaum ein Wort darüber zu finden, ob sich die föderale Organisation bewährt hat oder nicht. Offenbar hat der Regierungsrat nun auch hier die rosarote Brille etwas zur Seite gelegt: In einer völligen Kehrtwende zur Interpellationsantwort will er nun prüfen, künftige IT-Grossprojekte zentral führen zu lassen. Welch' ein Unterschied zur nichtssagenden Interpellationsantwort!

Zur Frage 3: Diese Antwort ist irgendwie symptomatisch für die ganze Antwort. Alle Regeln, Reglemente etc. wurden offenbar eingehalten. Aber es existiert keine kritische Reflexion darüber, ob diese Regeln, Verordnungen oder Reglemente sich auch bewährten, oder ob sich Anpassungen aufdrängen. So sieht § 4 der Informatikverordnung die Beratung durch das AIO vor. Die Direktion des Innern aber beanspruchte – abgesehen von technischen Fragestellungen – offenbar keine Beratung betreffend Organisation und Verfahren der Projektführung.
Zur Frage 4: Offenbar wurde § 16 Abs. 2 der IT-Verordnung eingehalten. Trotzdem kam es zum Desaster. Auch hier hinterfragt der Regierungsrat die IT-Verordnung zumindest in der Interpellationsantwort noch in keiner Weise. Wenn doch alles korrekt abgelaufen ist: Warum ist dann passiert, was passiert ist?
Zur Frage 5: Auch aus dieser Antwort lässt sich das gleiche Fazit ziehen: Es wurden viele Berichte reglements- oder verordnungskonform erstellt. Und trotzdem kam es beim Grundbuch und bei der Einwohnerkontrolle zum Fiasko. Müssten da nicht mal die Reglemente und Verordnungen kritisch hinterfragt werden?
Zu hoffen ist, dass der Gesamtregierungsrat in Zukunft etwas offensiver und ehrlicher kommuniziert, wenn Probleme bestehen, und dass diese nicht mit Durchhalteparolen derart schöngeredet werden.

Kurt Balmer dankt ebenfalls für die Beantwortung. Die Spatzen haben es längst von den Dächern gepfiffen, aber leider hat es die verantwortliche Regierungsrätin lange nicht gemerkt, und trotz mehrerer parlamentarischer Vorstösse und äusserst kritischer interner Sitzungen mit den Verantwortlichen der Gemeinden hat es sehr lange gedauert, bis der Gesamtregierungsrat eingriff und die Reissleine zog. Die Gemeinden waren im Übrigen auch überhaupt nicht zufrieden mit dem Projektverlauf – um nicht zu sagen mit der Projektleitung. Zu verweisen ist beispielsweise auf die äusserst kritische Aussprache der gemeindlichen Verantwortlichen mit den kantonalen Projektverantwortlichen und zwei Regierungsräten vom 19. September 2012. Der damalige externe Ko-Projektleiter hat dannzumal auf die entsprechende Frage hin klar bestätigt, dass der Kanton Zug «den individuellen Lösungsansatz gewählt habe, ohne auf eine etablierte Standardlösung zu setzen» (Zitat aus dem entsprechenden Protokoll).
Damit wird klar gesagt, dass mit dem Alleingang und der Eigenentwicklung von Anfang an gegen die eigene Strategie gemäss Botschaft S. 2 verstossen wurde. Der Regierungsrat schreibt nämlich: «In der Offerte war festgehalten, dass […] zusammen mit einem Entwicklungs- und Vertriebspartner eine Einwohnerkontrolllösung entwickelt wird.» Was der Vertrag dann tatsächlich enthielt, schreibt der Regierungsrat in seiner Botschaft aber nicht. Um das Risiko noch zu *toppen,* hat offensichtlich die Regierung unverständlicherweise auf einen Dienstleistungs- statt Werkvertrag gesetzt, und nach grösseren Problemen wurde bereits im März 2012 eine Saldovereinbarung mit der Software-Firma abgeschlossen mit dem Effekt, dass für alle bisherigen Fehler irgendwelcher Natur der Zuger Steuerzahler zu hundert Prozent aufzukommen hat. Zudem wurde seitens des Kantons einmal der Rechtsvertreter gewechselt, und es stellt sich nachträglich klar heraus, dass der erste Millionenvertrag in diesem Umfang gar nicht von der Direktion des Innern hätte abgeschlossen werden dürfen. Das Verwaltungsgericht hat nämlich auf Begehren eines Mitbewerbers die Rechtswidrigkeit der Verfügung betreffend Abschluss des initialen Millionenvertrags festgestellt, und der Kanton hatte Glück, dass eine aussichtsreiche Zivilklage nicht geführt wurde; zu verweisen ist auf die Vorlage 2175.2. Der Schaden könnte heute auch deutlich höher sein: Der Kanton hatte Glück im Unglück. Dies sind doch – zurückhaltend formuliert – sehr viele negative Prämissen.

Völlig konträr dazu wird in der 15-seitigen Rechtfertigungsschrift der Regierung quasi mitgeteilt, dass nur eine ausserordentliche Anhäufung resp. Verkettung von unglücklichen Umständen dazu führte, dass das Projekt «nicht scheiterte, aber trotzdem misslang». Das ist eine fast nicht zu übertreffende Schönfärberei. Es fehlt im Bericht des Regierungsrats jegliche Selbstkritik. Negativ zusammengefasst lautet das Zwischenresultat nämlich wie folgt: Wir haben heute erstens einen Scherbenhaufen mit einer totalen Fehlinvestition von 2,8 Millionen Franken und zweitens eine teilentmachtete Regierungsrätin. Immerhin kann man heute positiv auch feststellen:

- Wir wissen definitiv, wo wir stehen, und beginnen erneut auf Feld 1.
- Trotz negativer Vorgeschichte ist Peter Hegglin bereit, in die Lücke zu springen und mit den Gemeinden eine geeignete Lösung umzusetzen.

Es hätte dem Regierungsrat gut angestanden, zu eigenen Fehlern zu stehen und nicht nur grundsätzlich auf die politische Verantwortung hinzuweisen. Der Regierungsrat betreibt hier reine Besserwisserei und eine Verdrängung klarer Schuldfaktoren. Die ganze Angelegenheit hat eine Dimension angenommen, bei der man auch die Vertrauensfrage stellen könnte. Zugunsten des Kantons zählt der Votant aber darauf, dass keine solchen DI-Leichen mehr begraben werden müssen. Allerdings stellen sich schon noch ein paar Fragen:

- Wieso hat der Regierungsrat überhaupt entschieden, dieses Dossier Peter Hegglin zu übertragen?
- Wieso nimmt heute mutmasslich Peter Hegglin mündlich Stellung?
- Wieso benötigt die Direktion des Innern weiterhin einen eigenen Informatikkoordinator und schafft damit einen Parallelbetrieb zum AIO?
- Wie funktioniert die weitere Zusammenarbeit zwischen der Direktion des Innern und dem AIO?
- Wie sieht die allfällige weitere Zusammenarbeit mit IBM aus, dies in Anbetracht der schlechten Erfahrungen?
- Gibt es weitere IT-Projekte, die kränkeln?
- Existieren noch Hoffnungsschimmer, dass Teile der Summe von 2,8 Millionen Franken nicht definitiv verloren sind, oder kann wenigstens ein Teil der Arbeiten für ein Nachfolgeprojekt verwendet werden?
- Wie heisst der Mitbewerber, der vor dem Verwaltungsgericht im Jahre 2008 obsiegte, und zieht die Regierung allenfalls in Betracht, jetzt diesen zu berücksichtigen?
- Welches sind die vier angeblich erfolgreich beendeten Teilprojekte des Gesamtprojekts «Volkszählung 2010» gemäss S. 3 der Antwort der Regierung? Insidern sind diese nämlich nicht bekannt.

Sehr unschön am Ganzen ist schliesslich, dass die Regierung scheinbar die Rechte der Volksvertreter nicht ganz ernst nimmt: Wie kann man sonst verstehen, dass die erste Interpellation zu diesem Thema erst nach elf Monaten statt gemäss Gesetz innert sechs Monaten beantwortet wird? Wenn der Votant Informationen erhält, dass trotz früher beantworteter Interpellation ein Projekt weiterhin intensiv kränkelt, so betrachtet er es als parlamentarische Pflicht, nachzufragen. Dass die Frist dann völlig unbenützt abläuft und eine Kleine Anfrage zur Frist nötig wird, führt zur Aufblähung des Staatsapparats. Die Anfrage war hier aber leider notwendig, um der Regierung aufzuzeigen, dass die systematische Nichteinhaltung der Frist nicht akzeptabel ist.

Zur Frage der Kommissionseinsetzung spricht der Votant jetzt nur kurz aufgrund des Sachzusammenhangs. Leider ist zu befürchten, dass bei einem relativ komplexen Projekt klare Fehler und Versäumnisse nicht auf die Schnelle erkannt werden können. Der Votant warnt auch davor, dem schlechten Geld nun noch viel gutes

Geld für Kommissionsarbeit und Expertisen nachzuwerfen. Es war wichtig aufzuzeigen, dass ein Informatikprojekt der Direktion des Innern massiv kränkelt, und der Votant ist überzeugt, dass die politischen Vorstösse auch für den Abbruch mitverantwortlich waren. Will man jetzt aus wahltaktischen Gründen eine PUK einsetzen, so könnte man sich auch fragen, ob der Gesamtregierungsrat stets adäquat handelte. Die Kompetenzen einer solchen Kommission sind gemäss § 21 der Geschäftsordnung relativ bescheiden. Sowohl kantonale Angestellte wie auch Externe, die von einer solchen Kommission einvernommen würden, müssen eigentlich gar nicht aussagen. Der Votant wagt heute die Aussage, dass die Schuldzuweisung sehr komplex sein wird und auch die Gesamtregierung keine Streicheleinheiten erhalten wird.
Das Projekt war offensichtlich ein Fass ohne Boden, und der Votant spricht Peter Hegglin seinen Dank aus, dass er den Mut hatte, jetzt einzuspringen und die Lücke zu schliessen. Geben wir ihm eine Chance, und verursachen wir nun keine neuen Querschläger.

Für **Martin Stuber** ist aus den Voten seiner Vorredner offensichtlich geworden, dass es der CVP vor allem darum geht, den eigenen Regierungsrat aus der Schusslinie zu nehmen und auf eine andere Regierungsrätin einzuhauen. Die AGF nimmt die Gesamtregierung sowie die Gemeinden und den Software-Hersteller in die Verantwortung. Das ist zielführend. Irritiert hat den Votanten, dass Kurt Balmer aus einem Protokoll zitiert hat; es wäre interessant, wenn alle dieses Protokoll erhalten würden. Nicht zu vergessen ist auch, dass die Antwort auf die Interpellation von der Gesamtregierung stammt. Der Votant dankt den Interpellanten, besonders Andreas Hausheer, der die entscheidenden Fragen für den Blick in die Zukunft stellt – und das sollte der Fokus sein.
«Doppelt so lang, dreimal so teuer und nur ein Viertel der angestrebten Funktionalität – aha, ein erfolgreiches IT-Projekt!» Man kann die drei Parameter beliebig variieren in diesem *running gag* der IT-Branche. Informatikprojekte sind ab einer gewissen Komplexitätsstufe generell sehr anspruchsvoll. Wenn sie eine bestehende Software ablösen, sind in der Regel noch anspruchsvoller, weil die Räder am fahrenden Zug gewechselt werden müssen. Projektmanagement, erfolgreiche Projektleitung und die Suche nach gutem Personal, welches die entsprechenden Fähigkeiten mitbringt, sind ein Dauerbrenner in der Informatik und eines der grössten Probleme in dieser Branche. Als Leiter der Informatik in einem KMU mit 120 Mitarbeitern mit einem betriebsweit eingesetzten ERP-System (SAP) und einem im Vergleich zur Betriebsgrösse breiten Software-Portfolio weiss der Votant, wovon hier gesprochen wird. Vor zwei Jahren musste – oder «durfte» – er die Projektleitung für ein grösseres fachbereichsübergreifendes SAP-Projekt übernehmen, das nicht vorwärts kam. Er und seine Mitarbeiter standen im Projektverlauf zweimal vor dem Abgrund: Es gab eine Budgetüberschreitung, es dauerte länger als geplant – aber am Schluss wurde das Projekt erfolgreich und zur Zufriedenheit der Benutzer produktiv gesetzt. Aber die Linie zwischen Scheitern und (Teil-)Erfolg ist bei solchen Projekten manchmal sehr dünn. Aus diesem Grund ist der Votant zurückhaltend damit, schon jetzt ein Urteil oder eine Vorverurteilung über ein gescheitertes Projekt abzugeben – und dies unabhängig davon, wen es direkt betrifft. In diesem Falle sind zwei Direktionen (Direktion des Innern und Finanzdirektion), ein Amt (AIO), im Wesentlichen ein externer Auftragnehmer (bekanntlich IBM, dessen Ruf in der Branche praktisch auf dem Nullpunkt ist) sowie die Gemeinden involviert.
Im Kantonsrat wurde schon einmal über die Einwohnerkontrolle gesprochen. Nun musste das Projekt offensichtlich gestoppt werden. Eine Menge Geld und – nicht

zu vergessen – eine Menge an verwaltungsinternen Ressourcen im Kanton und in den Gemeinden wurden in den Sand gesetzt. Die Fragen nach den Verantwortlichkeiten einerseits, aber ebenso – oder noch viel mehr – nach den Schlussfolgerungen, um in Zukunft wenn möglich das Fallieren von IT-Projekten zu verhindern, sollen und müssen den Rat beschäftigen. In beiderlei Hinsicht ist die Antwort der Regierung nicht zufriedenstellend, ja teilweise sogar sehr unbefriedigend. Zwar wird der Projektablauf recht detailliert und gut nachvollziehbar geschildert, aber im Übrigen bekommt man den Eindruck, dass die Regierung offenbar der Meinung ist, dass alle eigentlich alles richtig gemacht haben und kein Handlungsbedarf für die Zukunft besteht.
Hier versteht der Votant den Ärger der FDP und der Interpellanten: Das kann es ja nicht gewesen sein. Es ist nicht ersichtlich, was vorgekehrt wird, damit so etwas nicht wieder passiert, und es bleibt das mulmige Gefühl zurück, dass so etwas wieder passieren könnte. Genau das soll aber verhindert werden. Und das Projekt Einwohnerkontrolle ist nicht das einzige – diplomatisch ausgedrückt – problembehaftete IT-Projekt im Kanton Zug der letzten Jahre. Der Votant erinnert sich an Projekte in den Bereichen Handelsregister, Steuern (aufgebohrtes altes System, kein neues System) oder Grundbuch. Auch wenn man die Liste von IT-Projekten durchgeht, welche der Rat für die Beantwortung der Interpellation Aeschi im Zusammenhang mit der Vergabepraxis erhalten habt, stösst man auf grössere Fragezeichen. So hat beispielsweise die Webseite *www.zg.ch* samt Intranet gemäss dieser Aufstellung 1,4 Millionen Franken gekostet; hinter vorgehaltener Hand hört man, dass es einiges mehr gewesen sei. Wenn man nun unter *www.zg.ch* etwas sucht, kann man verzweifeln; nimmt man Google, dann findet man das Gesuchte. So hat der Votant heute unter *www.zg.ch* auf der Kantonsratsseite die E-Mail-Adresse des Standesweibels gesucht und als einziges Ergebnis einen Bericht vom 18. Dezember 2012 mit dem Titel «Der Kantonsrat hat einen Vogel», erhalten, in dem irgendwo der Standesweibel erwähnt wird. Ein normaler Ausdruck dieses Berichts ist überdies nicht möglich, man muss auf einen *Screenshot* ausweichen. Und das hat 1,4 Millionen Franken gekostet. Ein Kommentar dazu ist überflüssig.
Bei der Lektüre des ganzen Projektverlaufes fällt auf, dass es mit der Projektorganisation und der Projektführung ein endloses Hin und Her gab. Da wechselt 2009 der Projektleiter vom AIO in die Direktion des Innern, wird dann aber zwei Jahre später abgelöst – und so fort. Das muss man untersuchen: Wieso konnte es dazu kommen, und was muss man unternehmen, um solches künftig zu verhindern? Was also soll man tun? Andreas Hausheer stellt in der Einleitung seiner Interpellation die entscheidende Frage: «Zusammengefasst geht es um die Frage, ob es besser ist, Informatikprojekte grundsätzlich zentral zu betreuen oder – wie nach geltender Regelung – je nach Anwendungsfall beim AIO oder bei den zuständigen Direktionen und Ämtern.» Das ist genau die Frage, die allenfalls eine Kommission oder die Stawiko genau anschauen soll. Dahinter steckt auch die Grundsatzfrage, ob der Kanton Zug die richtige Informatik-Organisation hat. Das bejaht die Regierung in ihrer Antwort. Schaut man sich aber die Argumente dazu an, dann kann man nur den Kopf schütteln. So schreibt die Regierung auf Seite 6: «Nachteile dieser [zentralen] Organisationsform sind vor allem die grosse Entfernung zu den Anwenderinnen und Anwendern und das fehlende Verständnis für deren Bedürfnisse. Weitere Nachteile sind schwierige Priorisierungsentscheidungen und der Kontrollverlust über Geschäftsprozesse.» Für den Votanten sind diese Sätze ein Witz, und jeder, der sich in der Informatik auskennt, schüttelt da den Kopf. In einer zentralen Informatikorganisation hat man eine *Key-User*-Organisation, welche den Kontakt zu denjenigen Leuten sicherstellt, die bezüglich der Anwendungen Bescheid wissen. Mit einer zentralen Organisation ist auch die Priori-

sierung viel einfacher, und wenn die Prozesse nicht zentral von der Geschäftsleitung angeordnet und durchgesetzt werden, dann kann man gleich aufhören. In der Wirtschaft ist das zentrale Modell vorherrschend – dies mit Recht. Die dezentrale Struktur führt dazu, dass die einzelnen Direktionen eigene IT-Kompetenz aufbauen müssen, und es ist ein Problem, dass einige Direktionen diese Kompetenz zu wenig haben. Die Direktion des Innern ist eine vielfältige Direktion, und eine 80-Prozent-Stelle für IT ist sicher nicht übertrieben.
Der Votant zitiert weiter aus der Antwort des Regierungsrats, Seite 7: «Die Verwaltung des Kantons und der Gemeinden ist föderal organisiert. Dementsprechend ist in unserem Kanton wie in den meisten anderen Kantonen und im Bund auch die Informatik föderal organisiert.» Die Verwaltung des kleinen Kantons Zug mit derjenigen des Bundes zu vergleichen, das kann ja wirklich nicht ernst genommen werden. Ein Bundesamt alleine hat ja mehr Leute als die gesamte kantonale Verwaltung. Auch da kann man nur den Kopf schütteln.
Die Folgen dieser föderalen Organisationsform finden sich auf Seite 1 der Antwort: «Bezüglich der Beschaffung von Anwendungen, der operativen Projektabwicklung sowie dem Betrieb der Lösungen ist die IT-Organisation des Kantons arbeitsteilig ausgestaltet. Gemäss § 8 ITV beschaffen die Direktionen und Ämter die Software für Fachanwendungen und die zugehörigen Dienstleistungen wie Schulung, Wartung und Support.» Wendet man das nun auf das Projekt Einwohnerkontrolle an, stellt sich die Frage: Ist es richtig, dass eine Direktion die Verantwortung für eine Fachanwendung der Gemeinden übernimmt? Der Votant glaubt das nicht – und wenn man die detaillierte Schilderung des Projektverlaufs nachliest, dann glaubt man es noch viel weniger.
Ein eingehenderes Studium der Informatik Verordnung zeigt, dass die AIO sehr viel Zuständigkeiten und auch Kompetenzen hat, aber wenig Verantwortlichkeiten. Das ist gerade in einer föderalen Struktur sehr ungesund. Es muss ernsthaft geprüft werden, ob die kantonale Informatik nicht als Querschnittsamt, als zentraler Dienst aufgesetzt und nicht mehr in einem Departement angesiedelt wird. So wird es zur Gesamtverantwortung des Regierungsrats, was es auch sein sollte. Es gäbe auch noch andere solche Dienste, beispielsweise das Personalamt, wo man sich das überlegen müsste. Oder machen wir gleich Nägel mit Köpfen und schaffen ein separates IT-Kompetenzzentrum von Kanton und Gemeinden gemeinsam, welches im Auftragsverhältnis arbeitet. Das gibt es in anderen Kantonen schon, und es wäre interessant, das genauer anzuschauen, beispielsweise in einer Kommission oder in der Stawiko. Wir müssen das Rad ja nicht unbedingt neu erfinden.
Was macht nun der Kantonsrat in einer solchen Situation? Heute zu diskutieren und dann ohne Konsequenzen zur Tagesordnung zurückkehren, das geht angesichts dieser Antwort nicht. Entscheidend ist der Fokus: Was müssen wir tun, um in Zukunft erfolgreiche IT-Projekte zu generieren? Ob eine PUK das richtige Mittel ist, wird nachher diskutiert. Eine PUK ist eine *ultima ratio*, die nicht vorschnell eingesetzt werden sollte. So war es bei der Kreditüberschreitung Stadttunnel richtig, keine PUK einzusetzen, obwohl es dort auch um einen ansehnlichen Millionenbetrag ging. Eine andere Möglichkeit wäre, der Stawiko den Auftrag zu geben, die Informatikorganisation zu einem Kerngeschäft für 2013 zu machen. Entscheidend ist aber der Fokus: Vergangenheitsbewältigung ja, soweit sie dazu dient, für die Zukunft die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und Vorschläge für eine optimale Informatikorganisation zu machen. Man müsste auch herauszufinden versuchen, ob hier systemische Probleme vorliegen – und eines davon heisst nach Ansicht des Votanten IBM. Mit IBM sollte der Kanton nicht mehr zusammenarbeiten.

Philip C. Brunner hat das Pech, nach Martin Stuber zu sprechen und sagen zu müssen: «Der Stuber hat Recht.» Er dankt den Interpellanten, ist aber mit der Schlussfolgerung nicht einverstanden, vor allem nicht mit dem Märchen von der gefallenen Prinzessin und dem strahlenden Ritter aus der Regierung. Er findet dieses Manuela-*Bashing* unfair. Niemand sieht genau in diese Sache hinein, es gibt viele Vermutungen, und die CVP hat glänzend vorgeführt, wie eine grosse Fraktion ihre Regierungsräte in Schutz nimmt.
Hier geht es nicht um das IT-Projekt Einwohnerkontrolle. Was man hier sieht, ist wie eine tropfende Nase, die den Beginn einer Grippe anzeigt. Der zentrale Punkt ist nämlich das AIO, und da besteht ein Führungsproblem der Regierung. Es ist gut, dass das Parlament auf die tropfende Nase hinweist, die Grippe selbst wird aber grössere Auswirkungen haben. Die Informatik ist zentral für das Funktionieren des Kantons und der Gemeinden, und wir sind ihr leider so ausgeliefert, dass solche Grippezeichen ernstgenommen werden müssen.
Wenn heute beschlossen wird, eine Kommission einzusetzen oder das Thema der Erweiterten Stawiko zu übergeben, dann muss – wie Martin Stuber richtig gesagt hat – der Blick in die Zukunft gerichtet sein. Man kann lange darüber diskutieren, ob die Antwort der Regierung gut sei oder nicht. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass sie nicht gut sei. Sie wollte das Thema abtraktandieren, weil es sich nicht lohnt, sich das anzuhören, und weil die Regierung selbst nicht mehr ganz an ihre eigenen Antworten glaubt. Im Übrigen haben Erkundigungen bei Leuten, die mit dem AIO zu tun haben, ergeben, dass dieses Amt, das bei der Finanzdirektion angesiedelt ist, nicht den allerbesten Ruf hat. Natürlich kann man Finanzdirektor Peter Hegglin danken für seine grossartige Arbeit, aber in diesem zentralen Punkt besteht ein Führungsproblem.
Der Kanton müsste, wenn er die Frage nach einer Zentralisierung der Informatik stellt – wobei auch dezentrale Lösungen ihre Vorteile haben –, auch über eine Privatisierung des AIO sprechen, mit dem Kanton und den Gemeinden als Aktionären. Das haben einzelne Kantone bereits getan, so etwa Appenzell Ausserrhoden. Man kann nun argumentieren, dieser Kanton sei viel kleiner als Zug. Aber das nicht eine Frage der Grösse, sondern eine Frage der Verantwortung, die letztlich unteilbar ist. Das ist auch die Schwierigkeit, wenn man etwas zwischen zwei Direktionen aufteilt. Dann ist immer der andere schuld – wie das in der EDV häufig der Fall ist.
Wir müssen also genau hinschauen. Die SVP-Fraktion ist aber nicht für eine PUK. Es geht nicht darum, Schuldige zu jagen. Natürlich ist es bedauerlich, dass ein Betrag von 2,8 Millionen Franken – das entspricht 0,2 Prozent des kantonalen Budgets – in den Sand gesetzt wurde. Wir müssen aber in die Zukunft schauen. Wenn wir dieses Problem, das die Herren aus der CVP zu Recht angepackt und kritisiert haben, jetzt nicht lösen, werden wir immer wieder über missglückte IT-Projekte reden und immer wieder die gleiche Diskussion führen. Jetzt ist Führung gefragt. Der Votant bittet den Regierungsrat, das Problem Informatik zentral anzugehen, weil heute ohne Informatik leider nicht mehr viel geht. In diesem Sinne dankt der Redner den Interpellanten nochmals. Dem Regierungsrat kann er diesen Dank nicht aussprechen, denn die SVP missbilligt die regierungsrätliche Antwort, muss sie jetzt aber zur Kenntnis nehmen.

Thomas Lötscher weist als Fraktionssprecher der FDP darauf hin, dass es im höfischen Leben nebst den rettenswerten Prinzessinnen und den edlen Rittern auch noch die Narren gibt. Er ruft den Rat auf, sich hier nicht zum Narren zu machen. Die eben gehörten Voten sind das beste Argument für eine Kommission, die in Ruhe, mit Fachleuten und Fakten das Thema aufbereiten kann. Vermutungen und Schuldzuweisungen bringen uns keinen Schritt weiter.

Eusebius Spescha: Ein gescheitertes Informatikprojekt ist ärgerlich, und ärgerlich ist auch die kümmerliche Antwort des Regierungsrats. Es macht Sinn, dieser Sache kritisch nachzugehen, herauszufinden, was schiefgelaufen ist, und für die Zukunft Schlussfolgerungen zu ziehen – auch wenn ein mögliches Resultat ist, dass man nie mehr ein Projekt mit IBM abschliessen sollte. Aber IT-Projekte sind häufig teurer als veranschlagt, sie dauern länger als geplant, die Komplexität ist immer grösser als angenommen, das Risiko des Misslingens wahrscheinlich so hoch wie in keiner anderen Branche. Das dürften alle erfahren haben, die schon mit IT-Projekten zu tun hatten. Und das gilt nicht nur für die öffentliche Verwaltung. Banken, Versicherungen, Industrie und KMU dürften mindestens so viel Geld in die Informatik *verlocht* haben wie die öffentliche Verwaltung, und bei den grossen Informatik-*Flops* der Banken ist noch viel mehr Geld *den Bach ab gegangen*.
Es macht Sinn, über die Strategie zu diskutieren und das Projektmanagement zu hinterfragen. Man wird aber nie – egal wo und in welcher Branche – ein Projektmanagement entwickeln können, das vor *Flops* schützt. Es wird in der Informatik immer wieder *Flops* geben. Man kann höchstens froh sein, wenn man sie früh erkennt, aber man wird sie nie ganz vermeiden können. Da spielt es auch keine Rolle, ob die Informatik privatisiert ist oder nicht. Es gibt ebenso viele Beispiele von privatisierten wie von staatlichen Informatik-*Flops*.
Es macht also Sinn, das Ganze anzuschauen, zu analysieren, Schlussfolgerungen zu ziehen und besser zu werden. Aber seien wir bescheiden: Wir werden es nie schaffen, alle *Flops* zu vermeiden.

Kurt Balmer wurde auf das Protokoll angesprochen, das er zitiert hat. Er hat es dabei und könnte es auch verteilen. Er will aber nicht konkret sagen, wie er dazu gekommen ist. Es ist eine Frage des Fleisses. Der Votant verweist auf die aktuellen Recherchen der Medien hinsichtlich des in Diskussion sich befindenden Öffentlichkeitsgesetzes. Was ist in der Verwaltung nun wirklich geheim und was nicht? Man soll ihm die gesetzlichen Bestimmungen nennen, nach denen das zitierte Protokoll geheim ist und nicht – mindestens andeutungsweise – zitiert werden darf. Das Protokoll selbst enthält nirgends eine Bestimmung, dass es geheim sei, und der Votant geht im Prinzip davon aus, dass das Öffentlichkeitsgesetz wesentlich heute schon wirksam ist. Er hat kein Kommissionsgeheimnis verletzt bzw. keine Person dazu angestiftet, irgendein Geheimnis zu verletzen.
Zweitens wurde er indirekt angesprochen, er hätte Peter Hegglin ausführlich in Schutz genommen. Er hat in seinem vorherigen Votum mehrfach die Gesamtregierung gerügt und auch das AIO nicht geschont. Er hat lediglich Peter Hegglin seinen Dank dafür ausgesprochen, dass dieser bereit ist, in die Bresche zu springen und das Projekt weiterzuführen.

Für **Martin Stuber** ist klar, dass Kurt Balmer mit gezielt und selektiv *geleakten* Kommissionsprotokollen Politik zu machen versucht. Das Kommissionsgeheimnis verbietet ihm, seine Irritation in Bezug auf Balmers Verhalten noch in einer anderen Kommission zu erläutern. Er hat alle drei Sprecher der CVP angesprochen. Wenn man das Ganze zusammennimmt, kommt es etwa so an, wie es Philip C. Brunner geschildert hat.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** beginnt mit der Frage der Verantwortung. Der Regierungsrat hat in diesem Projekt Verantwortung übernommen, indem er am Schluss – vielleicht zu spät – die Reissleine gezogen und das Projekt gestoppt hat. Er hat auch bei der Ausschreibung, bei der bewusst eine Standard- und keine Individual-Software angestrebt wurde, Verantwortung übernommen. Der Anbieter,

welcher den Zuschlag erhielt, machte in der Offerte klar, dass er eine Standard-Lösung entwickle, zusammen mit einem Vertriebspartner.
Die Projektorganisation wurde aufgesetzt, wie es üblich ist, nämlich mit einem Projektleiter und einem Projektausschuss. Als man im Verlauf des Projekts zunehmend Probleme feststellte, wurde der Projektausschuss erweitert und am Schluss auch die politisch Verantwortlichen ganz zuoberst eingebunden. Solche Projekte sind – wie mehrfach gesagt wurde – nicht immer ganz einfach, man muss korrigieren und nachjustieren. Das ist auch hier geschehen. Man hat versucht, den neuen Gegebenheiten und Erkenntnissen Rechnung zu tragen, um das Projekt doch noch erfolgreich abzuschliessen.
Bei der fraglichen Software sind die Einwohnergemeinden die Nutzer, das Produkt aber wird vom Kanton eingekauft und betrieben. Das ist eine etwas spezielle Situation, weshalb auch die Gemeinden immer im Projektausschuss vertreten waren. Die Gemeinden waren auch dabei, als man die Kredite aufstockte; die zusätzlichen Kredite wurden durch den Regierungsrat bewilligt. Es gab mehrere solche Phasen, und die Gemeinden waren zum Teil mit einer grossen Delegation aufgeboten. Am Schluss war man immer der Meinung, dass es noch einen letzten Effort benötige, um die Software brauchbar zu machen. Man kann deshalb die Schuld nicht einfach irgendjemandem zuweisen. Es gab viele Akteure, die mitgearbeitet haben. Auch der Projektstopp am Schluss geschah in Absprache mit den Gemeindepräsidenten.
Zu den noch ausstehenden Kosten: Wir haben die gesetzliche Regelung, dass der Kanton 60 Prozent und die Gemeinden 40 Prozent der Kosten übernehmen. Ausstehend sind noch rund 600'000 Franken, die entsprechend dem genannten Schlüssel noch auf die Gemeinden zu verteilen sind.
Zur Frage der IT-Organisation: Es ist tatsächlich so, dass die Nase tropft. Es ist aber nicht alles krank. Der Finanzdirektor hat kürzlich aufgrund einer Medienanfrage abgeklärt, ob weitere Informatikprojekte des Kantons kränkeln. Das ist nicht der Fall. 2013 werden insgesamt 42 Projekte des Informatik-Portfolios bearbeitet. 23 davon sind Fachanwendungsprojekte, und 16 sind Infrastrukturvorhaben. Die Rücksprache mit den Fachverantwortlichen hat ergeben, dass es in keinem Projekt grössere kostenmässige oder zeitliche Abweichungen gibt. Das bedeutet auch, dass die IT-Organisationsform unseres Kantons nicht so schlecht ist, wie gesagt wurde. Nicht das AIO, sondern die Fachverantwortlichen in den Ämtern und Direktionen wissen, welche Software-Funktionen und Schnittstellen für die tägliche Arbeit benötigt werden; die Verantwortung dafür kann ihnen das AIO nicht abnehmen. Auch für die Weiterentwicklung der Software wissen die Leute an der Front, was es Neues gibt und was man übernehmen könnte.
Den Vergleich mit dem fahrenden Zug kann der Finanzdirektor nur unterstützen, und er macht sich auch entsprechende Sorgen in Hinblick auf kommende Grossprojekte. Die Software der Steuerverwaltung muss am Ende dieses Jahrzehnts abgelöst werden – bei fahrendem Zug und ohne Friktionen. Das wird nicht einfach sein, und es wird auch einiges kosten. Man wird für solche Grossprojekte zentral aufrüsten müssen, beispielsweise bei den Kompetenzen im Bereich Vertragswesen oder Projektmanagement, wo die Fachverantwortlichen wahrscheinlich nicht die nötigen Kompetenzen haben. Der Finanzdirektor hofft schon jetzt auf die Unterstützung des Kantonsrats, wenn im Budget dann entsprechende Anträge kommen.
Zu den Informatikkoordinatoren: Der bisherige Informatikkoordinator der Direktion des Innern wechselte zur Finanzdirektion, weil das Projekt Einwohnerkontrolle dorthin überging und der Finanzdirektor die betreffende Person übernehmen wollte. Die Direktion des Innern braucht aber wieder einen Informatikkoordinator für ihre andern Projekte, wie das auch die Informatikverordnung vorsieht.

Es sieht so aus, dass die bestehende Software-Lösung für die Einwohnerkontrolle noch ein paar Jahre weiterbetrieben werden kann, mindestens zwei bis drei Jahre. Für eine Ablösung steht damit genügend Zeit zur Verfügung. Man muss also nicht in Hektik verfallen, sondern kann die Ablösung seriös aufsetzen und – so hofft der Finanzdirektor – dann auch erfolgreich umsetzen.
Wieso übernimmt nun die Finanzdirektion dieses Projekt? Die Finanzdirektion hat mit dem AIO die zentrale Einheit für die Beschaffung und Ablösung der Hardware sowie die Definition von Architektur, Struktur und Konzepten in ihren Reihen. Da die Fachanwendungen ins System passen und unter der vorhandenen Infrastruktur funktionsfähig sein müssen, gibt es immer eine Schnittstelle zur Finanzdirektion. Aus diesem Grund hat der Finanzdirektor die Verantwortung für das Projekt übernommen und hofft, dieses erfolgreich weiterentwickeln zu können.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 4
Kommissionsbestellungen:

692 Traktandum 4.1: **Antrag der FDP-Fraktion betreffend Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse um das Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle**
Es liegt vor: Antrag der FDP-Fraktion (2232.1 - 14289).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Antrag der FDP-Fraktion auf § 21 der Geschäftsordnung stützt. Danach wird jede Kommission des Kantonsrats durch Wahl ihrer Mitglieder bestellt. Das gilt auch für die Wahl einer besonderen Untersuchungskommission, also einer PUK. Eine andere Rechtsauffassung geht davon aus, dass die Eingabe der FDP-Fraktion als Motion aufzufassen ist. Die Haltung des Regierungsrats dazu wird der Finanzdirektor darlegen. Rechtlich sind zu diesem Thema sowohl die Antragstellung als auch der Motionsweg zulässig. Der Rat ist frei zu entscheiden, welchen Weg er beschreiten will.
Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor:
1. Debatte
2. Grundsatzabstimmung: Antrag oder Motion?
3. Je nach «Kanal», den der Rat gewählt hat. gibt es weitere Abstimmungen.

Für **Stefan Gisler** führen alle Wege nach Rom, und dennoch möchte er den Ablauf leicht abändern. Auch die AGF fordert klar, dass die IT-Organisation des Kantons gerade in Hinblick auf interdisziplinäre und/oder kantonsübergreifende Projekte zu überprüfen sei – und dass auch zu überprüfen sei, ob nur die Nase tropft oder es wirklich kränkelt. Die AGF trägt die Aufträge des FDP-Vorstosses grundsätzlich vollumfänglich mit, ergänzt durch weitere Aufträge.
Zum Vorgehen: Es ist geplant, zuerst darüber zu entscheiden, ob es sich um einen einfachen Antrag oder um eine Motion handelt. Danach soll die Kommission und erst am Schluss deren Auftrag bestimmt werden. Die AGF stellt hingegen den **Antrag:**
• zuerst darüber zu entscheiden, ob es ein Antrag oder eine Motion sei;
• dann die Aufträge für die Kommission zu bestimmen;
• und erst am Schluss zu bestimmen, welche Kommission diese Aufträge bewältigen soll.

Zur Begründung führt der Votant an, dass zuerst der Inhalt des Geschäfts bekannt sein muss. Erst wenn man die Stossrichtung kennt, weiss der Rat, welches die am besten geeignete Kommission für diese Aufträge ist. Das ist kein Versuch, den FDP-Vorstoss oder dessen Inhalt abzuschwächen, sondern eine rein formelle Frage des Ablaufs.

Thomas Lötscher: Die FDP hat vier Fragestellungen formuliert, aber ihren Antrag bewusst offen gehalten, so dass der Kantonsrat bei Bedarf weitere zu klärende Punkte einbringen kann. Wenn die FDP-Fraktion thematisch offen ist, so ist sie es aber nicht beim Instrument: Die FDP hat bewusst die Einsetzung einer besonderen Untersuchungskommission nach § 21 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats beantragt. Es ist zu hören, man könnte dies auch der Stawiko übertragen oder über den Motionsweg lösen. Warum hat die FDP diesen Antrag gestellt und keine Motion eingereicht, und warum will sie nicht die Stawiko beauftragen?
Die erste und einfachste Antwort ist: Weil es die Geschäftsordnung des Kantonsrats genau so und nicht anders vorsieht. So ist der Aufgabenbereich der Stawiko in § 18 geregelt. Besondere Untersuchungen fallen nicht darunter. Diese sind in § 21 bei den Ad-hoc-Kommissionen geregelt. Die in § 38 geregelten Motionen bezwecken die Erarbeitung eines Gesetzes- oder Beschlussesentwurfs oder «bestimmte Massnahmen». Dazu gehört aber wohl kaum eine Untersuchung, wenn diese bereits früher in der Geschäftsordnung geregelt ist. Eventuell hätte die FDP eine Motion einbringen oder den Antrag stellen können, die Stawiko mit der Untersuchung zu beauftragen, denn dies ist nicht zwingend ausgeschlossen. Die FDP hat das aber nicht gemacht, sondern sich buchstabengetreu an die Geschäftsordnung gehalten und dies vom Landschreiber auch absegnen lassen.
Verfahrensmässig irritiert, dass der Kantonsratspräsident, ohne sich mit der Antragstellerin abzusprechen, darüber abstimmen lassen will, ob der Antrag in eine Motion umgewandelt werden soll, oder ob statt einer Ad-hoc-Kommission die Stawiko diese Aufgabe übernehmen soll. Der Votant bittet den Präsidenten, zu erklären, woher er die Legitimation dazu nimmt. In der Geschäftsordnung ist nichts zu finden, das ein solches Vorgehen legitimieren würde. Im Entferntesten könnte man auf § 39 Abs. 3 verweisen. Dort wird geregelt, dass der Rat auf Antrag eine Motion in ein Postulat umwandeln kann und umgekehrt. Aber erstens wird dort eine sinngemässe Rochade für einen *Antrag* mit keinem Wort erwähnt, und zweitens geht das für Motionen und Postulate auch nur dann, wenn der Einreicher einverstanden ist. Die FDP ist damit nicht einverstanden. Sie verlangt, dass ihr Antrag als solcher behandelt wird.
Auch die materiellen Erwägungen sprechen für den Antrag in der vorliegenden Form. Die drei Interpellationen zum Thema gaben der Regierung Gelegenheit, das Thema aufzubereiten und Transparenz zu schaffen. Die vorliegende Antwort wirft aber mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Die Regierung allein weiss, weshalb sie sich so schwer tut, die Dinge beim Namen zu nennen und Transparenz zu schaffen. Wenn nun wieder eine Motion auf den Weg geschickt wird, verlieren wir zuerst einmal viel Zeit. Dann erhalten wir wieder einen Bericht der Regierung. Was lässt erwarten, dass dieser Bericht besser sein sollte als der vorliegende?
Zur Stawiko: Der Votant will deren Kompetenz keinesfalls in Frage stellen – und dies nicht nur, weil er selber Mitglied ist. Die Stawiko hat aber ihren klar umrissenen Aufgabenbereich und ist damit sehr gut ausgelastet. Viel wichtiger scheint aber Folgendes: Wenn die Stawiko mandatiert wird, beraubt das die Parteien der Möglichkeit, gezielt Personen mit spezifischen Fähigkeiten für dieses Thema in die Kommission zu delegieren. Auch wenn Martin Stuber viel zu lange gesprochen hat, gehört gerade dieses Knowhow in die Kommission. Umgekehrt gibt es wahrschein-

lich auch Stawiko-Mitglieder, die in der Stawiko hervorragende Arbeit leisten, sich aber bei diesem Auftrag unwohl fühlen. Der Rat soll deshalb die Möglichkeit erhalten, eine spezifische Kommission für diese Aufgabe zu bestimmen.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass man sich bei der Vorbereitung der Sitzung gefragt hat, ob die Aufzählung in § 35 der Geschäftsordnung abschliessend sei oder nicht. Dort ist geregelt, wie ein Geschäft in den Kantonsrat gelangen kann. Der Landschreiber vertritt die Auffassung, dass gemäss § 21 Abs. 2 eine Besonderheit vorliegt, die vorgeht. Das heisst, dass man einen Antrag auf Bestellung, also auf formelle Wahl einer Kommission mit besonderen Aufgaben einbringen kann. Dies ist aber nicht die einhellige Meinung, und es war bis vor eineinhalb Jahren auch nicht die herrschende Meinung. Deshalb erachtete es das Kantonsratspräsidium nach Rücksprache mit verschiedenen Beteiligten als vorteilhaft, wenn man gemäss § 60 Abs. 1 vor der Abstimmung über diesen Antrag einen Vorschlag macht, wie man das handhaben will. Dieses Vorgehen ist auch vorteilhaft in Hinblick auf die anstehende Totalrevision der Geschäftsordnung. Wir wissen dann nämlich ein- für allemal, ob es Kantonsratsmitgliedern nur noch möglich sein soll, mit Motionen etwas in Bewegung bringen können, oder ob sie auch direkte Antragsrechte haben werden. Rein formell ist es nach der heutigen Geschäftsordnung nicht möglich, eine solche «Triage» zu machen, der Klärung halber empfiehlt der Landschreiber aber diesen Weg.

Thomas Lötscher kann die Ausführungen des Landschreibers nachvollziehen. Er interpretiert sie so, dass man damit für die kommende Geschäftsordnung ein Präjudiz schaffen will, dass die Parlamentarier in Zukunft so keine Untersuchungskommissionen mehr beantragen können, sondern ihr Anliegen motionieren müssen – und sich in der Bearbeitungszeit das Thema in der Regel wahrscheinlich bereits erledigt, bevor eine Kommission eingesetzt wird.

Andreas Hausheer orientiert, dass in dieser Verfahrensfrage etwa zwanzig E-Mails unter den Fraktionschefs hin- und hergingen. Eigentlich geht es um die Frage, ob weiterhin die strenge Regelung des Alt-Landschreibers gilt, dass nur auf dem Motionsweg etwas eingebracht werden kann, oder ob die etwas andere Auslegung des jetzigen Landschreibers zum Zug kommt, dass direkte Anträge möglich sein sollen. Er versteht das Präjudiz gerade umgekehrt, nämlich dass in Zukunft auch direkte Anträge möglich wären. Er unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen, damit der Rat sich nicht für die Zukunft selber einschränkt.

Thomas Lötscher hat ein Verständnisproblem, vielleicht weil er kein Jurist ist. Seine bescheidene Meinung von Recht ist, dass das, was im Gesetz steht, auch gilt, und Auslegung dann zur Anwendung kommt, wenn die Rechtslage nicht klar geregelt ist. Die Rechtslage ist aber in der Geschäftsordnung glasklar geregelt, und die FDP hat sich bei ihrem Antrag explizit auf die Geschäftsordnung berufen. Es gibt hier nichts auszulegen. Aber vielleicht kann man mit den nötigen juristischen Kenntnissen Gesetze auch völlig anders interpretieren, als sie verfasst sind.

Für **Manuel Brandenberg** ist das vorgeschlagene Vorgehen ein Steilpass für die FDP. Seine Fraktion ist gegen eine PUK. Wenn nun zuerst über die Frage «Antrag oder Motion?» entschieden werden soll, dann ist das eine Chance für die FDP: Vielleicht gibt es bei anderen Parteien doch noch eine Mehrheit für eine Motion. Natürlich kann der Präsident sofort über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen lassen, der Votant kann sich aber vorstellen, dass der Antrag dann keine Mehrheit

findet. Rechtlich ist es so, wie der CVP-Fraktionschef es gesagt hat: Es geht darum, dem Rat für die Zukunft die direkte Antragstellung für eine solche Kommission zu ermöglichen und nicht wie bisher einzig das Motionsverfahren.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** findet es delikat, aufgrund eines Sachverhalts ein Präjudiz zu schaffen. Bis heute galt aufgrund der Geschäftsordnung die Praxis, dass Geschäfte nur über Motionen bzw. über Berichte und Anträge in den Kantonsrat kamen. Die Geschäftsordnung sagt nichts zur Bildung einer PUK. Der Rat geht nun sehr weit, wenn er aus dem Stand heraus weitere Möglichkeiten eröffnen und diese auch gleich in der revidierten Geschäftsordnung abgebildet haben will. Eigentlich sollte es umgekehrt laufen: Die vorberatende Kommission sollte eine Auslegeordnung machen, die bisherige Praxis werten und vertieft prüfen, was künftig möglich sein soll – zumal wahrscheinlich viele Ratsmitglieder die Folgen dieses Entscheids gar nicht kennen. Der Finanzdirektor möchte deshalb beliebt machen, den bisherigen Weg zu gehen und den Vorstoss der FDP als Motion zu überweisen. Der Regierungsrat würde dann Bericht und Antrag stellen und alle im FDP-Antrag formulierten Aufträge aufnehmen – und dann könnte beraten werden. Andernfalls wird heute noch ellenlang über den genauen Auftrag für diese parlamentarische Kommission diskutiert – und dabei stehen noch weitere wichtige Geschäfte auf der Traktandenliste, die mindestens so dringlich sind.

Thomas Lötscher ist seit etwas mehr als zehn Jahren im Kantonsrat. In dieser Zeit – und auch viele Jahre zuvor – wurde noch nie eine spezielle Untersuchungskommission eingesetzt. Man kann also gar nicht von einer gängigen Praxis sprechen, die man jetzt breche. Die Aussage des Finanzdirektors, das sei in der Geschäftsordnung nicht geregelt und der Rat würde damit etwas Neues vom Zaun brechen, stimmt nicht. Der Votant zitiert § 21 Abs. 2 der Geschäftsordnung: «Der Kantonsrat kann aus seiner Mitte auch besondere Untersuchungskommissionen wählen. Diese sind befugt, alle im Dienst des Kantons stehenden Personen zur Sache einzuvernehmen. Die Einvernommenen sind vom Amtsgeheimnis entbunden.» Das deckt genau den vorliegenden Sachverhalt ab.
Die FDP-Fraktion erachtet es als wichtig, dass schnell vorwärts gemacht wird und dass Parlament, welches die Aufsichtsfunktion hat, schnell eingeschaltet wird. Es geht nicht darum, ein bisschen *Bashing* zu betreiben oder einen Sündenbock zu definieren – und dann zur Tagesordnung überzugehen. Es geht vielmehr darum, die Ursachen und Verantwortlichkeiten für das bisherige Scheitern finden und eine Basis für die Folgeschritte zu schaffen. Einerseits soll ermittelt werden, ob gegenüber den externen Anbietern nicht doch noch Ansprüche geltend gemacht werden können. Andererseits soll die Grundlage geschaffen werden, dass zukünftige Projekte besser laufen. Und letztlich soll auch abgeklärt werden, was im bestehenden Projekt noch zu retten ist. Der Bedarf nach einer funktionierenden EDV-Lösung ist ja immer noch gegeben. Auch hier besteht ein gewisser Zeitdruck. Das verlangt ein schnelles Handeln, damit die Weichen richtig gestellt werden und nicht noch länger in die falsche Richtung gefahren wird. Denn zumindest die Antwort 3.9 des Regierungsrats lässt darauf schliessen, dass diese Befürchtung nicht unbegründet ist, und es wäre jammerschade, wenn jetzt parallel weitergearbeitet und viel Geld ausgegeben würde – Geld, das dem bereits verlorenen auch noch hintennach geworfen würde.

Stefan Gisler hofft, dass sein eigener Antrag bezüglich Reihenfolge auch noch zur Abstimmung kommt. Zur Frage «Antrag oder Motion?» stellt er fest, dass Thomas Lötscher es unterlassen hat, auch Abs. 1 von § 21 der Geschäftsordnung vorzu-

lesen: «Der Kantonsrat kann für jedes in seine Kompetenz fallendes *Geschäft* eine Kommission zur Vorberatung und Antragstellung ernennen.» Das bedeutet, dass ein Geschäft vorhanden sein muss, wobei § 35 abschliessend festhält, auf welche Weise Geschäfte in den Rat kommen können: Für Fraktionen und Kantonsräte besteht laut Abs. 1 Ziff. 5 die Möglichkeit von Motionen, Postulaten und Interpellationen. Ist das Geschäft – in diesem Fall die Motion – dann im Rat behandelt und erheblich erklärt worden, wird die geeignete Kommission gemäss § 21 bestimmt.
Der Landschreiber hat ausgeführt, dass es dazu unterschiedliche Auffassungen gibt, und deshalb widersetzt sich der Votant trotz der aus seiner Sicht klaren Regelung in § 35 der vorgeschlagenen Abstimmung nicht. Es entspricht einer juristischen Logik und der bislang unwidersprochenen Praxis, dass zuerst ein Geschäft zustande kommen muss und dieses erst dann in eine Kommission gelangt. Es ist dem Votanten ein Anliegen, dass die IT-Organisation des Kantons überprüft wird, doch das soll verfahrenstechnisch auf korrektem Weg geschehen. Es ist daran zu erinnern, dass auch bei den Vorfällen im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug die SVP und CVP Motionen einreichten, die eine Überprüfung der Vorfälle und die Einsetzung einer Kommission forderten. Man ist gut beraten, denselben Weg auch jetzt zu gehen. Es ist auch möglich, eine Motion sofort zu behandeln, und wenn der Rat – und nicht nur die FDP – die Sache als dringend erachtet, dann kommt die nötige Zweidrittelsmehrheit auch zustande.

Thomas Lötscher möchte die Meinung des Landschreibers zu diesen Ausführungen hören.

Landschreiber **Tobias Moser:** Die Feststellung, dass gemäss § 21 Abs. 1 für Kommissionen ein Geschäft vorhanden sein muss, ist korrekt. Was ein Geschäft ist, definiert die Geschäftsordnung in § 35. Nach dem Verständnis des Landschreibers bezieht sich aber § 21 Abs. 2 nicht auf Geschäfte allein; die dortige Formulierung schränkt seines Erachtens nicht ein auf vorhandene Geschäfte. Die konkrete Handhabung der am 1. Dezember 1932 verabschiedeten Geschäftsordnung ist aber Sache des Rates.
Bezüglich der präjudiziellen Wirkung ist es für den Landschreiber wichtig, dass der Kantonsrat in Hinblick auf die Totalrevision der Geschäftsordnung sensibilisiert wird, welche Kanäle er künftig haben möchte. Es sind zwei Wege möglich. Er regt an, über die vorgesehene «Triage» abzustimmen und die vorgesehenen Abläufe einzuhalten.

Der **Vorsitzende** geht davon aus, dass die FDP-Fraktion darauf besteht, ihren Antrag nicht zu einer Motion zu ändern. Das trifft zu. Der Vorsitzende schlägt – wie vom Landschreiber angeregt – eine zusätzliche Abstimmung darüber vor, ob eine «Triage» gemacht werden soll oder nicht.

➔ Der Rat stimmt mit 51 zu 16 Stimmen für eine «Triage» zwischen Antrag oder Motion.

➔ Der Rat beschliesst mit 37 zu 33 Stimmen, den Vorstoss der FDP-Fraktion als Antrag zu behandeln.

➔ Der Rat stimmt mit 64 zu 6 Stimmen dem Antrag der AGF zu, zuerst den Auftrag der Kommission zu definieren und erst anschliessend zu bestimmen, welche Kommission diesen Auftrag bearbeiten soll.

Martin Stuber: Die AGF hat sich Gedanken zum Auftrag an die Kommission gemacht und schlägt einige Änderungen und Ergänzungen zum Antrag der FDP vor. Wichtig ist, sich auf die Zukunft zu konzentrieren, also die Erfahrungen aus diesem Projekt in Hinblick auf künftige Projekte auszuwerten. Diesem Zweck dienen die ergänzenden Vorschläge der AGF.

- Punkt 1 des Auftrags: Hier schlägt die AGF folgende Präzisierung vor *(Ergänzung kursiv):* «die Ursachen und Verantwortlichkeiten für die massiven Kosten- und Terminüberschreitungen sowie das Verfehlen der gesetzten Ziele ermitteln *und auch die Rolle von Gemeinden, IBM und AIO sowie den Einfluss des kantonsübergreifenden Charakters des Projektes beleuchten.»*
- Punkt 2: keine Änderungsvorschläge..
- Punkt 3: Die AGF schlägt die Streichung von Punkt 3 vor, da er dasselbe behandelt wie Punkt 4.
- Punkt 4: Die AGF schlägt vor, den Passus «Empfehlungen abgeben» zu präzisieren und Punkt 4 wie folgt zu formulieren *(Ergänzung kursiv):* «die generellen Vorgaben bezüglich Projektplanung und -organisation sowie bezüglich Zusammensetzung, Funktion, Anforderungen, Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung der Projektteilnehmenden überprüfen und [gestrichen: ~~Empfehlungen abgeben~~] *mögliche Lösungen aufzeigen, wie der Kanton künftig IT-Projekte effektiv und erfolgreich umsetzt (auch im Lichte der Erfahrungen anderer Kantone mit anderen IT-Organisationsformen).»*
- Punkt 5: keine Änderungsvorschäge.
- Zusätzlicher Punkt 6: Um umfassende Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen zu können, ist es sinnvoll, auch andere IT-Projekte genauer anzuschauen. Deshalb schlägt die AGF als zusätzlichen Punkt 6 vor: *«Überprüfungen anderer abgeschlossener und laufender IT-Projekte, welche überhöhte Kosten und/oder unvollständige Fertigstellung und/oder zu lange Projektdauer aufweisen (u.a. gemäss Beilage zur Vorlage 2175).»*

Martin Pfister gibt zu bedenken, dass die Führung von IT-Projekten eine operative Aufgabe des Regierungsrats ist. Er vermutet, dass die noch zu bestimmende Kommission einiges besser wissen wird als der Regierungsrat. Trotzdem sollten die Tätigkeiten, die der Rat jetzt initialisiert, nicht dazu führen, dass die Verantwortung über diese Projekte und Projektstrukturen vom Regierungsrat an den Kantonsrat oder eine Kommission übergeht. Die Verantwortung muss klar beim Regierungsrat bleiben. Insofern kann die Kommission höchstens Anregungen machen oder Wünsche an den Regierungsrat formulieren. Es darf dem Regierungsrat auch nicht die Möglichkeit gegeben werden, sich beim Scheitern des nächsten Projekts damit herauszureden, der Kantonsrat habe es ja so gewollt.

Thomas Lötscher konnte keine Rücksprache mit seiner Fraktion nehmen und äussert sich als Einzelsprecher zu den Änderungsvorschlägen der AGF. Es sind wichtige Ergänzungen. So kann die Ergänzung zu Punkt 1 wie vorgeschlagen übernommen werden, zumal es auch die Absicht der FDP-Fraktion war, den Fokus nicht nur auf die Direktion des Innern zu legen. Punkt 3 hingegen möchte der Votant belassen. Es geht der FDP nicht darum, dass die Kommission die IT-Struktur des Kantons umbaut. Die Frage, ob die bestehende Organisation grundsätzlich tauglich wäre, ist wichtig. Ist sie es, dann sollte man sie belassen und nicht mit Gewalt eine Neustrukturierung anstreben.
Auch mit der Präzisierung bei Punkt 4 kann der Votant leben. Beim neuen Punkt 6 aber ist etwas Vorsicht geboten, da mit diesem Auftrag eine riesengrosse administrative Übung ausgelöst wird. Die Möglichkeit aber, situativ einzelne abgeschlosse-

ne oder andere Projekte auch einzubeziehen zu können, falls man bei der Untersuchung des speziellen Projekts nicht weiterkäme, sollte offenbleiben. Punkt 6 sollte also nicht absolut, sondern aus Eventualauftrag bei Bedarf formuliert werden.

Martin Stuber ist einverstanden, auf die Streichung von Punkt 3 zu verzichten. Bei Punkt 6 schlägt er die Formulierung «*allfällige Überprüfung* anderer abgeschlossener und laufender IT-Projekte …» vor. Damit wäre dem berechtigten Anliegen von Thomas Lötscher Rechnung getragen.

Kurt Balmer ist aufgefallen, dass im bereinigten Vorschlag der AGF keine gewünschten Empfehlungen mehr enthalten sind. Er möchte aber unbedingt im Auftrag enthalten haben, dass Empfehlungen abgegeben werden, und legt deshalb nahe, Punkt 3 – wie von Thomas Lötscher ausgeführt – im Auftrag zu belassen.
Im Weiteren bringt er eine Berichtigung zu seinem vorherigen Votum zur Einsetzung einer Kommission an. Er ist aufgrund des etwas enttäuschenden Votums von Peter Hegglin zwischenzeitlich für die Einsetzung einer Kommission.

Andreas Hausheer weist darauf hin, dass der Regierungsrat einen Projektabschlussbericht in Aussicht gestellt hat, der bis Ende August vorliegen soll. Vor diesem Hintergrund erachtet es die CVP-Fraktion als sinnvoll, zielführend und am effizientesten, keine Parallelabklärungen zu treffen, sondern diesen Abschlussbericht abzuwarten. Die CVP-Fraktion stellt deshalb folgenden **Antrag:** «Die Kommission nimmt ihre Hauptarbeit (Untersuchungsarbeit im engeren Sinne) unmittelbar nach Vorliegen des Abschlussberichts des Regierungsrats auf, spätestens aber Ende August 2013.» Organisieren kann sich die Kommission bereits jetzt, es sollen aber unnötige und aufwendige Parallelarbeiten verhindert werden, da bestimmte Fragen allenfalls bereits mit dem Schlussbericht der Regierung geklärt werden.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass der Regierungsrat den Umfang oder die Tiefe der Untersuchung nicht einschränken will, auch um nicht den Anschein zu erwecken, dass etwas vertuscht oder beschönigt werden soll. Er macht aber darauf aufmerksam, dass bei der Kommissionsarbeit aufgrund der Verfassung zu beachten ist, was Aufsichtstätigkeit, also Aufgabe des Kantonsrats, und was Verwaltungstätigkeit, also Exekutivaufgabe ist. Mit der vorgeschlagenen Formulierung wird seines Erachtens nicht in die Zuständigkeit des Regierungsrats eingegriffen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, den Auftrag an die Kommission nun Punkt für Punkt zu bereinigen. Er stellt fest, dass keine Anträge auf Streichung einzelner Punkte gemacht wurden und die vorgeschlagenen Ergänzungen unbestritten sind. Der bereinigte Auftrag an die Kommission lautet demnach wie folgt:

«Die Kommission soll die Vorkommnisse um das Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle untersuchen. Namentlich soll sie:

1. *die Ursachen und Verantwortlichkeiten für die massiven Kosten- und Terminüberschreitungen sowie das Verfehlen der gesetzten Ziele ermitteln und auch die Rolle von Gemeinden, IBM und AIO sowie den Einfluss des kantonsübergreifenden Charakters des Projekts beleuchten;*
2. *allfällige Forderungen des Kantons gegenüber den Auftragnehmern zu Schadenersatz und/oder Rückvergütung getätigter Zahlungen prüfen;*
3. *die Tauglichkeit der bestehenden Projektorganisation, Verantwortungen und Kompetenzen für die erfolgreiche Fertigstellung des Projekts prüfen und allenfalls Empfehlungen abgeben;*

4. die generellen Vorgaben bezüglich Projektplanung und -Organisation sowie bezüglich Zusammensetzung, Funktion, Anforderungen, Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung der Projektteilnehmenden überprüfen und mögliche Lösungen aufzeigen, wie der Kanton künftig IT-Projekte effektiv und erfolgreich umsetzt (auch im Lichte der Erfahrungen anderer Kantone mit anderen IT-Organisationsformen);
5. allfällige weitere Fragestellungen untersuchen, welche ihr vom Kantonsrat im Rahmen der Einsetzung dieser Kommission übertragen werden;
6. allfällige Überprüfung anderer abgeschlossener und laufender IT-Projekte, welche überhöhte Kosten und/oder unvollständige Fertigstellung und/oder zu lange Projektdauer aufweisen (u.a. gemäss Beilage zu Vorlage 2175).»

➔ Der Rat ist mit dem bereinigten Kommissionsauftrag stillschweigend einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über den Antrag der CVP-Fraktion später beraten wird.

Heini Schmid: Die CVP-Fraktion hat ihren Antrag als Präzisierung des Auftrags aufgefasst, also als Ziff. 7. Die Kommission soll zusätzlich zum definierten Auftrag gebeten werden, ihre Hauptaufgabe erst nach Vorliegen des versprochenen Abschlussberichts der Regierung in Angriff zu nehmen. Die CVP schlägt vor, dass sich die Kommission mit der Regierung zu einer ersten Sitzung treffen soll, in welcher die Regierung ihre Absichten bezüglich Abschlussbericht darlegt, damit die Kommission ihre eigene Arbeit mit derjenigen der Regierung koordinieren kann. So werden Doppelspurigkeiten vermieden. Die CVP sieht das als Teil des Auftrags. Sie beantragt damit *nicht,* die Kommission erst nach Vorliegen des Abschlussberichts einzusetzen.

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag der CVP-Fraktion, den Auftrag an die Kommission wie folgt zu ergänzen:

«7. Die Kommission nimmt ihre Hauptarbeit (Untersuchungsarbeit im engeren Sinne) unmittelbar nach Vorliegen des Abschlussberichts des Regierungsrats auf, spätestens aber Ende August 2013.»

Der **Vorsitzende** hält fest, dass jetzt über die **Art der Kommission** beraten bzw. beschlossen wird.

Andreas Hürlimann: Aus Sicht der AGF braucht es keine Untersuchungskommission, da eine solche – wie bereits gehört – zu einer riesigen administrativen Übung verkommt. Zudem ist eine solche Kommission rein rückwärts gerichtet und geht nach getaner Arbeit auseinander. Das Geschäft mit den eben formulierten Aufträgen muss in eine Kommission gegeben werden, welche den allfälligen Prozess einer Neuausrichtung von Strategie und IT-Organisation begleiten kann. Aus Sicht der AGF ist die Erweiterte Staatswirtschaftskommission das geeignete Mittel dafür. So kann die Stawiko auch bei zukünftigen Delegationsbesuchen immer wieder vom *Knowhow* aus der bereits geleisteten Arbeit profitieren und den Finger – wo es nötig ist – auf den wunden Punkt legen. Allenfalls könnte es auch eine reguläre Ad-hoc-Kommission im Geist einer Pragma-Begleitkommission sein, welche aus dem Projektstopp lernt, weitere Abklärungen zur heutigen Organisation und Strategie

macht und dann den Prozess begleitet und in die Zukunft weiterführt. Die AGF stellt deshalb den **Antrag,** das Geschäft der Erweiterten Staatswirtschaftskommission zuzuführen und – falls dies nicht die Zustimmung des Rats findet – eine Begleitkommission einzusetzen, welche die Aufträge abklärt und die zukünftige IT im Kanton begleitet.
Unabhängig, ob Stawiko oder nicht: Für die AGF wird der Votant Einsitz in der Kommission nehmen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** erinnert an die Aussage von Philip C. Brunner, dass bloss über 0,2 Prozent des Budgets gesprochen werde und man den Blick doch nach vorne richten solle. Mit dem zweiten Teil dieser Aussage ist der Redner zu hundert Prozent einverstanden. Es geht aber auch darum, die Vergangenheit aufzuarbeiten, sonst macht der Blick in die Zukunft in dieser komplizierten Sache keinen Sinn. Wenn Philip C. Brunner von nur 0,2 Prozent des Budgets spricht, dann ist der Votant allerdings etwas anderer Meinung. Es geht um 2,8 Millionen Franken. Wenn das nur eine Bagatelle sein soll, dann kann getrost der Kompetenzbereich des Regierungsrats ausgedehnt werden, und eine ganze Menge Geschäfte müsste nicht mehr im Kantonsrat behandelt werden. Das kann es wohl nicht sein. Dass bei einem solchen Betrag ein Aufschrei durch den Rat und auch durch die Bevölkerung geht, ist verständlich. Man stelle sich beispielsweise vor, dass der Baudirektor einen Bau für 2,8 Millionen Franken realisieren würde und man am Schluss feststellen müsste, dass dieser Bau aus sicherheitstechnischen Gründen nicht bezogen werden kann und abgerissen werden muss: Da wäre der Aufschrei wahrscheinlich noch grösser.
Es steht im Raum, ob die Erweiterte Stawiko hier als Kommission eingesetzt werden soll. Der Votant hat am Wochenende den Fraktionsvorsitzenden per E-Mail mitgeteilt, dass er das für den falschen Weg hält. Es wurde gesagt, dass die CVP-Sprecher ihren Finanzdirektor reinzuwaschen versucht hätten, und als CVP-Mitglied möchte der Stawiko-Präsident sich nicht diesem Vorwurf aussetzen. Seine politische Nähe zum Finanzdirektor ist bekannt. Es dürfte auch nicht *sinnvoll* sein, dass ein CVP- oder AGF-Mitglied diese Kommission präsidiert. Auch stehen bei diesem Geschäft zwei Bereiche im Vordergrund: das Finanzielle und die Informatik. Die finanzielle Seite ist Vergangenheitsbewältigung und kann relativ schnell abgearbeitet werden. IT-Projekte hingegen folgen – wie gehört – eigenen Regeln. In der Stawiko finden sich nicht unbedingt die Informatik-*Cracks*, die hier im Rat sitzen. Es wäre deshalb wenig sinnvoll, die anstehende Aufgabe einer Kommission zu übertragen, die nach der Berichterstattung von diesen Fachleuten kritisiert und um zusätzliche Abklärungen gebeten würde. Es macht vielmehr Sinn, die Fachleute aus dem Kantonsrat in diese anspruchsvolle Kommissionsarbeit einzubinden. Der Stawiko-Präsident empfiehlt deshalb, den Weg einer separaten Kommission zu wählen. Der Vorschlag von Andreas Hürlimann, eine Ad-hoc-Kommission einzusetzen, ist überzeugend. Ob diese die Informatik des Kantons auch in Zukunft – analog zur Pragma-Kommission – begleiten soll, kann im Moment offen bleiben. Zu entscheiden ist das, wenn die entsprechende Arbeit getan ist und der Blick in die Zukunft gerichtet wird.

Markus Jans: Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass es für diese Untersuchung keine PUK braucht. Aus ihrer Sicht ist – entgegen dem Vorredner – die Stawiko die richtige Kommission. Die SP kann sich aber auch vorstellen, einer Ad-hoc-Kommission zuzustimmen. Sie unterstützt in diesem Sinne den Antrag der AGF.
Aus Sicht der SP ist es auch kein Problem, dass der Präsident der Stawiko derselben Partei angehört wie der Finanzdirektor; das Präsidium könnte für dieses Trak-

tandum vorübergehend ausgewechselt werden, wie das auch schon geschehen ist. Es ist auch nicht zwingend nötig, dass Informatik-*Cracks* in der Kommission sind, denn es geht nicht eigentlich um Informatikthemen, sondern darum, die Verantwortlichkeiten zu klären. Dazu hat es genügend kompetente Leute in der Stawiko oder allenfalls auch in einer Ad-hoc-Kommission.

Manuel Brandenberg: Die SVP-Fraktion unterstützt ebenfalls den Antrag auf eine Abklärung durch die Erweiterte Staatswirtschaftskommission. Sie findet, eine PUK sollte *ultima ratio* sein und nur für ganz gravierende Vorfälle in der Verwaltung eingesetzt werden. Die 2,8 Millionen Franken sind auch für die SVP gravierend. Wenn man aber bedenkt, dass damals im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug auch keine PUK eingesetzt wurde, wo 10 Prozent der Verurteilten ihre Strafe wegen Verjährung nicht antreten mussten, dann wäre es aus Sicht der SVP unverhältnismässig, für die heute anstehenden Abklärungen ein PUK einzusetzen. Sie unterstützt also den Antrag auf Abklärung durch die Erweiterte Stawiko, mit einem Ad-hoc-Präsidenten aus den Reihen der Kommission, damit für Gregor Kupper keine Loyalitätskonflikte entstehen.

Thomas Lötscher ist nach wie vor der Meinung, dass man für Aufgaben, die in der Geschäftsordnung definiert sind, auch die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Organe nehmen sollte. Abgesehen davon, dass das Kürzel PUK imagemässig belegt ist – weshalb es der Votant bislang auch nicht in den Mund nahm –, sieht er keinen Mehrwert in einer Ad-hoc-Kommission. Was ihn aber interessiert: Die Untersuchungskommission gemäss § 21 Abs. 2 hat die Befugnis, «alle im Dienst des Kantons stehenden Personen zur Sache einzuvernehmen. Die Einvernommenen sind vom Amtsgeheimnis entbunden.» Das ist ein zentraler Aspekt, und seine Frage an den Landschreiber lautet deshalb: Würde diese Befugnis auch einer Ad-hoc-Kommission und in diesem spezifischen Fall auch der Stawiko zustehen?

Für Landschreiber **Tobias Moser** lautet die Antwort zweimal nein. Die Regelung in § 21 Abs. 2 der Geschäftsordnung ist eine spezielle Regelung, welche eine Entbindung vom Amtsgeheimnis gemäss § 29 Personalgesetz nicht erfordert. Die Arbeitstechniken wären je nach eingesetzter Kommission anders.

Für **Thomas Lötscher** bedeutet diese Auskunft, dass man also nur dann für die Mandatierung der Stawiko oder einer ordentlichen Kommission sein kann, wenn man dieser Kommission die Flügel stutzen will.

Der **Vorsitzende** schlägt eine Dreifachabstimmung vor. Der Rat ist damit stillschweigend einverstanden. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass jedes Ratsmitglied eine Stimme hat.

Die Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
- Antrag der FDP-Fraktion, es sei eine PUK einzusetzen: 29 Stimmen.
- Antrag der AGF, das Geschäft sei an die Erweiterte Staatswirtschaftskommission zu überweisen: 30 Stimmen.
- Eventualantrag der AGF, das Geschäft sei an eine Ad-hoc-Kommission zu überweisen: 10 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun in einer zweiten Abstimmung festgelegt wird, welcher von den zwei Vorschlägen mit den wenigsten Stimmen, also PUK und Ad-hoc-Kommission, gestrichen wird. Es folgt ein kurzer juristischer Wortwechsel über

die Richtigkeit dieses Vorgehens bzw. die Formulierung der Abstimmungsfrage. Landschreiber **Tobias Moser** zitiert dazu die entsprechenden Bestimmungen in § 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung.

Markus Jans stellt fest, dass heute immer wieder vom Platz aus gesprochen wird und die entsprechenden Voten teilweise akustisch kaum zu verstehen sind. Er bittet im Sinne eines Ordnungsantrags, dass alle sich an die gewohnte Ordnung halten und ihre Anliegen vorne am Rednerpult vertreten mögen.

Die folgende zweite Abstimmung ergibt danach das folgende Resultat:
• Antrag der FDP-Fraktion (Einsetzung einer PUK): 31 Stimmen.
• Eventualantrag der AGF (Überweisung an eine Ad-hoc-Kommission): 37 Stimmen.

Die dritte Abstimmung ergibt das folgende Resultat:
• Antrag der AGF (Überweisung an die Erweiterte Staatswirtschaftskommission): 30 Stimmen.
• Eventualantrag der AGF (Überweisung eine Ad-hoc-Kommission: 39 Stimmen.

➔ Damit hat der Rat beschlossen, das Geschäft an eine Ad-hoc-Kommission zu überweisen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun über die **grundsätzliche Frage** abgestimmt wird, ob überhaupt eine Kommission eingesetzt werden soll.

➔ Der Rat beschliesst mit 47 zu 19 Stimmen, eine Kommission einzusetzen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nun noch um die **Besetzung dieser Kommission** geht. Der vom Büro des Kantonsrats ausgearbeitete Vorschlag ist aufgrund der Debatte nur noch teilweise gültig.

Thomas Lötscher hat zum einen ein Missverständnis zu klären: Die FDP-Fraktion ist am Montagabend in ihrer Fraktionssitzung davon ausgegangen, dass die Konferenz der Fraktionschefs das Präsidium der Kommission nicht eindeutig einer Partei zugeordnet hat. Sie war der Meinung, dass sowohl die SVP wie auch die FDP daran interessiert waren; aufgrund ihres Antrags war die FDP auch bereit, diese Verantwortung zu übernehmen und hat entsprechend nominiert. Der Votant hat nun aber festgestellt, dass die Fraktionschefs offenbar entschieden haben, das Präsidium der SPV anzuvertrauen. Die FDP will hier kein Präjudiz schaffen und eine Kampfwahl um ein Kommissionspräsidium initiieren, weshalb der Votant seine Nomination als Präsident zurückzieht.
Zum andern hat die FDP ihre Nominierungen für die Mitglieder einer Untersuchungskommission mit den entsprechenden Kompetenzen eingereicht. Der Rat hat sich nun aber für eine Kommission ohne Kompetenzen entschieden. Diese Lösung trägt nicht dazu bei, die Sache wirklich aufzuarbeiten. Namens seiner Fraktion möchte er deshalb die Mitglieder dieser Kommission neu nominieren können. Er selbst wird nicht in einer Kommission mitarbeiten, welche nur dazu dient, Geschehenes reinzuwaschen, und welche die wichtigen Fragen nicht stellen darf.

Markus Jans hält fest, dass die Kommissionsbestellung nicht ganz einfach war. Die Konferenz der Fraktionschefs hat mit 4 zu 1 Stimmen klar entschieden, das

Präsidium der SVP zu übergeben; die SVP hat diesem Entscheid kurz danach zugestimmt. Der Rat vergibt sich nichts, wenn die Nominationen nochmals in die Fraktionen zurückgenommen werden und die definitive Besetzung der Kommission an der nächsten Kantonsratssitzung beschlossen wird. Die Fraktionschefs scheinen – wie ein Blick in den Saal zeigt – mit diesem Vorschlag einverstanden zu sein.

Irène Castell-Bachmann hat eine Verständnisfrage: Der vorhin definierte Auftrag gilt – so nimmt sie an – auch für die jetzt beschlossene Ad-hoc-Kommission. Materiell sind somit deren Aufgaben dieselben, womit sie – so das Verständnis der Votantin – faktisch dasselbe ist wie eine PUK. Wenn das nicht zutrifft, stellt sich das Problem, wie denn die gestellten Fragen beantwortet werden können. Sie bittet den Landschreiber um Klärung.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass die Kommission sieben Teilaufträge hat. Die Kompetenzen der jetzt festgelegten Ad-hoc-Kommission sind aber nicht die gleichen wie diejenigen einer besonderen Untersuchungskommission gemäss § 21 Abs. 2 der Geschäftsordnung, ihre Arbeitsweise hingegen ist gleich. Die Kommission kann Expertinnen oder Experten zuziehen, und sie erhält die gewohnte Unterstützung der federführenden Direktion, welche auch das Sekretariat bestellt.
Es ist möglich, nach der heutigen Definition der Kommission und ihres Auftrags die Ernennung der Kommissionsmitglieder zu vertagen. Das hat auch damit zu tun, dass in Ziff. 7 des Auftrags formuliert wurde, dass die Kommission ihre Arbeit erst später aufnehmen soll. Es spricht also nichts dagegen, die Nominationen nochmals in die Fraktionen zurückzunehmen.

➔ Der Rat beschliesst stillschweigend, die Mitglieder der Ad-hoc-Kommission erst später zu bestimmen.

693 Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Kredit für die Verstärkung der Uferkonstruktion Hintersecki, Kantonsstrasse 25, Gemeinde Walchwil**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2233.1/.2 - 14291/92).

➔ Überweisung an die Kommission für Tiefbauten.

694 Traktandum 4.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Kredit für eine elektronische Busspur auf der Artherstrasse in Zug und für die Strassensanierung**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2234.1/.2 - 14293/94)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dieses Geschäft von der Kommission für Tiefbauten sowie der Kommission für den öffentlichen Verkehr (KöV) vorberaten werden soll.

Rainer Suter: Die Vorlage betreffend Kredit für eine elektronische Busspur auf der Artherstrasse in Zug ist bestimmt für die Behandlung in der Tiefbaukommission. Dies ist absolut richtig, da zirka drei Viertel der Kosten für die Sanierung eingesetzt werden müssen. Dass dieses Geschäft auch in die Kommission für den öffentlichen Verkehr eingebracht werden soll, ist nachvollziehbar. Es kann aber nicht sein, dass Vorlagen in immer mehr Kommission beraten werden. Um ein Geschäft in nützlicher Frist spruchreif zu setzen, braucht es einen effizienten Ablauf.

Dass die Regierungsräte ihre Vorlagen in immer mehr Kommissionen vortragen müssen, zieht ein Geschäft in eine ineffiziente Länge. Eine weitere Herausforderung ist das Finden der Termine für die Kantonsrätinnen und -räte. Dies zeigte sich auch bei der letzten Doodle-Umfrage in der Tiefbaukommission. Einen Termin zu finden, welcher den meisten passt, gestaltet sich als äusserst schwierig. Anders gesagt: Den Parlamentarierinnen und Parlamentariern geht die Zeit aus.
In Hinblick auf eine gute Effizienz stellt der Votant den **Antrag,** mit nur einer Kommission, nämlich der Tiefbaukommission, in dieses Geschäft zu gehen. Auch die SVP-Fraktion ist in diesem Geschäft klar gegen mehrere Kommissionen.

Martin Stuber ist immer für Effizienz zu haben. In diesem konkreten Fall ist das aber kein Problem, da die KöV sich sowieso in naher Zukunft trifft. Inhaltlich stellen sich in Zusammenhang mit dieser Busspur auch betriebliche Fragen. Es ist eine Investition in den Öffentlichen Verkehr, die nicht nur in Bezug auf bauliche, sondern auch in Bezug auf betriebliche und ÖV-relevante Fragen – allenfalls das Kosten/Nutzen-Verhältnis – angeschaut werden sollte.

Martin Pfister: Es ist nicht das erste Mal, dass ein Geschäft ein Mischgeschäft ist, das von mehreren Kommissionen beraten werden könnte oder sollte. Wenn klare Mischgeschäfte vorliegen und man *nicht* möchte, dass zwei Kommissionen sich damit beschäftigen, wäre die logische Konsequenz eine Ad-hoc-Kommission. Weil dieser Antrag aber nicht gestellt wird, stimmt der Votant für die Beratung in zwei Kommissionen.

Markus Jans: Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass Vorlagen nach Möglichkeit nicht in zwei Kommissionen besprochen werden sollten. Es macht auch hier keinen Sinn, denn es geht nicht um Fahrplanstabilität oder um ein grösseres oder kleineres ÖV-Angebot. Es geht um eine Bevorzugung des ÖV, die mit einer bestimmten Anlage bewerkstelligt werden kann. Es ist eine Tiefbau-Angelegenheit, die in dieser Kommission belassen werden soll.

Martin Stuber: Die geplante elektronische Busspur *ist* fahrplan- und kapazitätsrelevant, und es stellt sich auch die Kosten/Nutzen-Frage.

Dominik Lehner: Die FDP-Fraktion wollte denselben Antrag stellen wie Rainer Suter, und sie schliesst sich auch dem Votum von Markus Jans an. Sie ist ebenfalls für Effizienz und sieht nicht ein, weshalb in diesem speziellen Fall die KöV noch einmal über dieses Geschäft beraten soll. 2010 wurde bereits ausgiebig über den Öffentlichen Verkehr in diesem Bereich diskutiert.

➔ Der Rat beschliesst mit 44 zu 22 Stimmen, das Geschäft nur an die Kommission für Tiefbauten zu überweisen.

695 Traktandum 4.4: **Kommission betreffend Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz)**

Der **Vorsitzende** orientiert, dass die CVP-Fraktion darum ersucht, an Stelle von Karin Andenmatten neu Eugen Meienberg in diese Kommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

696 **Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG): 2. Lesung**

Es liegen vor: Ergebnis der 1. Lesung (2170.6/.7/.8/.9 - 14245/46/47/48); Anträge zur 2. Lesung von Eugen Meienberg (2170.10 - 14308), von Kurt Balmer (2170.11 - 14309), der Redaktionskommission (2170.12 - 14310) sowie von Thomas Lötscher (2170.13 - 14312).

Der **Vorsitzende** schlägt vor, die Vorlagen wie folgt zu behandeln:

5.1. Verfassung des Kantons Zug: Präzisierung von Bestimmungen über die Unvereinbarkeit (Vorlage 2170.6)

5.2. Verfassung des Kantons Zug: Präzisierung von Bestimmungen über die Unvereinbarkeit (Vorlage 2170.7)

5.3. Verfassung des Kantons Zug: Änderung des Verfahrens bei Kantonsratswahlen (Vorlage 2170.8)

5.4. Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen: Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG (Vorlage 2170.9)

Er hält fest, dass auf die zweite Lesung vier Anträge eingereicht wurden (siehe oben) und stellt die Vorfrage an Kantonsrat Kurt Balmer, ob dessen Antrag so interpretiert und eingeschränkt werden dürfe, dass nicht die gesamte Vorlage 2170 zurückgewiesen werden soll, sondern nur § 38 der Vorlage 2170.8 betreffend die Verfassungsänderung zum Verfahren bei Kantonsratswahlen sowie die dazugehörigen Passagen in der Vorlage 2170.9, also § 52a bis § 52f im Wahl- und Abstimmungsgesetz.
Dem Kopfnicken des Angefragten entnimmt der Vorsitzende Zustimmung. Der Antrag Balmer wird also nicht zu Beginn dieses Traktandums zur Abstimmung gebracht, sondern erst bei der Behandlung der Vorlage 2170.8.

5.1. Verfassung des Kantons Zug: Präzisierung von Bestimmungen über die Unvereinbarkeit (Vorlage 2170.6)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der ersten Lesung beschlossen wurde, die Vorlage betreffend § 20 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 sowie § 45 Abs. 2 der Kantonsverfassung in zwei separate Vorlagen aufteilen. So kann sich der Souverän einzeln zu den revidierten Verfassungsbestimmungen äussern.
Es sind keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 47 zu 10 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt. Die Volksabstimmung ist für den 22. September 2013 vorgesehen.

5.2. Verfassung des Kantons Zug: Präzisierung von Bestimmungen über die Unvereinbarkeit (Vorlage 2170.7)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 47 zu 16 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt. Die Volksabstimmung ist für den 22. September 2013 vorgesehen.

5.3. Verfassung des Kantons Zug: Änderung des Verfahrens bei Kantonsratswahlen (Vorlage 2170.8 - 14247)

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass auf die zweite Lesung Anträge zu dieser Vorlage eingegangen sind:

- Kurt Balmer beantragt Rückweisung des Geschäfts 2170.8 zur nochmaligen Prüfung an den Regierungsrat, eventualiter an die vorberatende Kommission, subeventualiter an eine neue Kommission. Dieses Begehren wird zuerst zur Abstimmung gebracht.
- Der Antrag von Eugen Meienberg will das heutige Wahlverfahren für die Kantonsratswahlen beibehalten und das doppelt-proportionale Zuteilungsverfahren nach der Pukelsheim-Methode ausschliessen. Dieser Antrag ist *en bloc* ein Gegenantrag zu § 38 der Kantonsverfassung in der Fassung der ersten Lesung.
- Die Redaktionskommission beantragt Anpassungen in den § 38 Abs. 4 und § 78. Diese werden in der Detailberatung bereinigt werden.
- Thomas Lötscher fordert für die Wahl des Kantonsrats ein Mischsystem: In den Einwohnergemeinden mit weniger als zehn Kantonsratssitzen sollen die Kantonsratsmitglieder neu im Majorz gewählt werden, bei den Einwohnergemeinden mit mindestens zehn Kantonsratssitzen im Proporz. Diese Anpassungen stellen ebenfalls einen Gegenantrag zu § 38 der Kantonsverfassung in der Fassung der ersten Lesung dar. Der Antrag Lötscher wird in einer Dreifachabstimmung dem Antrag Meienberg und dem Ergebnis von § 38 gemäss erster Lesung gegenübergestellt.

Nachdem § 38 der Kantonsverfassung bereinigt worden ist, wird noch § 78 finalisiert.

Eugen Meienberg möchte vorab seine Haltung zum System Pukelsheim, der doppelt-proportionalen Divisormethode, bekanntgeben. Er ist gegen diese Methode und möchte sie für den Kanton Zug verhindern. Diese Haltung möchte er auch durch den Zuger Souverän bestätigen lassen. Er ist überzeugt, dass das Zuger Stimmvolk ein Wahlverfahren mit dem Doppelten Pukelsheim, also dem Ergebnis der ersten Lesung, ablehnen wird. Dann wären wir wieder auf Feld 1, mit einem aus der Sicht des Votanten unschönen Bundesgerichtsurteil. Die Zuger Stimmbevölkerung soll bestimmen, wie sie wählen will, nicht Richter in Lausanne. Daher hat der Votant seinen Antrag gestellt, welchen die Direktion des Innern – sicher nicht mit Begeisterung – im Auftrag der vorberatenden Kommission erarbeitet hat und der anlässlich einer Kommissionssitzung noch leicht angepasst wurde.

Der Votant begründet, warum das Pukelsheim-Verfahren ausgeschlossen werden soll. Das Zuger Stimmvolk soll mit einem Ja sein Wahlverfahren befürworten können. Wir kommen so zu einer Verfassungsänderung, welche durch National- und Ständerat gewährleistet werden kann. Der Votant ist überzeugt, dass nach einem positiven Entscheid der Zuger Stimmbevölkerung bei weiteren Nationalrätinnen und -räten ein Umdenken und auch ein Einsehen einsetzt, dass der Souverän sein Wahlsystem bestimmen soll und nicht das Gericht. Dies ist – mit Blick auf die AGF – keine Trotzreaktion und auch kein Greifen nach einem Strohhalm. Der Votant wendet sich an den Zuger Souverän. Dieser soll entscheiden, was in den Wahlen gilt. Eine Trotzreaktion ist eher, wenn man an die Gerichte gelangt und das Stimmvolk umgehen oder gar nicht an die Urne rufen will.
Es ist klar, dass Zeit ins Land gehen und es für den Regierungsrat zeitlich eng wird, die Wahlen 2014 vorzubereiten. Nach dem jetzt angewendeten System dürfte dies allerdings kein Problem sein. Der Votant denkt darum, dass sein Antrag der richtige ist. Er dankt für die Unterstützung. Sollte in den folgenden Abstimmungen nicht sein eigener oder der Antrag Lötscher obsiegen oder eine Variantenabstimmung beschlossen werden und der Vorschlag 1. Lesung am meisten Stimmen erhalten, bittet er, in der Schlussabstimmung sich der Stimme zu enthalten. Es wird sicher Ja-Stimmen aus dem linken Lager geben, so dass es zu einer Volksabstimmung kommt. Sollte dann das Zuger Stimmvolk eine Verfassungsänderung gemäss 1. Lesung ablehnen, wird der Regierungsrat gut beraten sein, die Wahlen 2014 nach dem bisherigen System zu organisieren. Eine Änderung im Notrecht – oder wie immer es heisst – zum Pukelsheim nach einer negativen Abstimmung traut der Votant dem Regierungsrat nicht zu. Allerdings haben wir dann immer noch keine geänderte Verfassung.
Der Journalist Freddy Trütsch hat in seinem gestrigen Kommentar durchaus Recht: Wir müssen gut überlegen. Die beste Überlegung ist, dem Antrag des Votanten zu folgen. In der Schlussabstimmung kann man die Variante Lötscher oder Meienberg befürworten. Wichtig ist, dass wir zu einer Volksabstimmung kommen, welche bei positivem Ausgang eine geänderte Verfassung ohne Pukelsheim bringt.

Kurt Balmer spricht zu seinem – nun sinngemäss so interpretierten – Teil-Rückweisungsantrag. Nicht ganz überraschend hat er vor kurzem von einem Exponenten einer auch im Kantonsrat vertretenen Partei erfahren, dass er/sie gewillt ist, einen allenfalls eingeführten Pukelsheim wegen neu bekannten, massiven Ungerechtigkeiten bzw. Rechtsverletzungen gegebenenfalls auch mittels Beschwerde beim Bundesgericht anzufechten. Der Votant sagt heute nicht, dass er ein solches Vorgehen nicht in irgendeiner Weise eventuell nicht unterstützen wird.
Auch wenn andere grosse Kantone zwischenzeitlich den Pukelsheim praktizieren, heisst dies nicht, dass der souveräne Kanton Zug das Gleiche machen muss. Bei konsequenter Anwendung auf Bundesebene möchte der Redner einmal im Kanton Uri oder Appenzell Innerrhoden nachfragen, ob sie mit einem sogenannten Quotenvertreter glücklich wären.
Natürlich hegt der Votant grundsätzlich Sympathie für den Antrag Meienberg; er neigt jedoch zur Ansicht, dass so kurz nach dem eidgenössischen Entscheid zur Verfassung des Kantons Schwyz nicht ohne neue Erkenntnisse – es gibt diesbezüglich keinen Kommissionsbericht, kein Gutachten usw. – vielleicht als finanzieller Ausgleich gegenüber dem Kanton Zug als grossem NFA-Zahler in Bern die grosse Läuterung erfolgt.
Andererseits ist die Lösung Lötscher auch etwas gewagt, zumal sowohl in der Botschaft wie auch im Kommissionsbericht dazu ungenügende oder keine Ausführungen erfolgen und heute quasi eine Hauruck-Übung stattfindet. Der Votant wirft

Thomas Lötscher nicht vor, unsauber gearbeitet zu haben, aber er wirft der Kommission vor, sich total verspekuliert zu haben. Im Prinzip nur aus taktischen Gründen jetzt mehrheitlich den Pukelsheim zu bejahen und inkonsequenterweise dem Volk dann ein Nein zu empfehlen, ist nicht sehr sinnvoll. Das ist eine unglaubwürdige Politik, welche dem Volk nicht verkauft werden kann, auch nicht verstanden wird. Sie führt zu Politverdrossenheit oder zu Wahldenkzettel. Eventuell wird aber heute – wie gemunkelt wurde – als weitere Variante noch die Variantenabstimmung ins Spiel gebracht.
Es gibt zwar keinen Antrag auf Einführung des reinen Majorzsystems für Legislativwahlen. Der Votant kann sich dies aber auch vorstellen. Wieso hat der Regierungsrat oder die Kommission dies nicht geklärt? Dieses System funktioniert im Kanton Graubünden. Es wäre Kommissionsarbeit gewesen, dort nachzufragen resp. abzuklären, ob es auch für den Kanton Zug ein sinnvolles, valables Wahlsystem wäre.
Zu den Vorschlägen von Lötscher und Meienberg fehlen dem Votanten ergänzende Anträge zur sinngemässen Änderung des Gesetzes 2170.9. Es liegt hier nur die Version 1. Lesung vor. Das Gesetz müsste aber nachgebessert werden mit den Lösungen Meienberg oder Lötscher, mit einer allfälligen Referendumsmöglichkeit. Der Votant verweist als Beispiel auf § 52a des Gesetzes, wo es heisst: «Die Wahl des Kantonsrates wird nach doppelt-proportionalem Sitzzuteilungsverfahren durchgeführt.» Es gibt keinen diesbezüglichen Antrag; er müsste heute noch gemacht werden. Andernfalls würden Verfassung und Gesetzesbestimmung divergieren.
Dass das alles zeitlich etwas knapp würde, ist den Votanten durchaus bekannt. Man wird ihm wohl vorwerfen, die Rückweisung führe zu grossen zeitlichen Problemen und zu grossen Unsicherheiten. Die Unsicherheiten werden seines Erachtens aber nicht grösser, und nicht wirklich zu betonen ist, dass die Direktion des Innern gemäss seiner Berechnung für die Erarbeitung der Vorlage trotz Dringlichkeit über 15 Monate benötigte. Die CVP-Fraktion weiss auch, dass der Votant bereits im Hinblick auf die erste Lesung mit einem Rückweisungsantrag liebäugelte, diesen dann aber nicht stellte, weil er innerhalb der Fraktion keine Mehrheit fand. Gute Lösungen brauchen etwas Zeit. Dies gilt erst recht für ein Parlament, und man sollte sich jetzt nicht zu einem Schnellschuss hinreissen lassen, sonst geht es garantiert schief.
Offensichtlich will nun die Kommissionsmehrheit dringlich einen Volkentscheid, damit auch ein gewisser Druck auf die Gerichte und die Regierung erzeugt wird. Aber haben sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch schon überlegt, ob eine allenfalls knapp verlorene Volksabstimmung auch das gewünschte klare Signal erzeugt, um ungewünschtes Notrecht zu vermeiden oder Gerichte volksmilde zu stimmen?
Zum nötigen Quorum: Der Votant ist der Meinung, dass gemäss § 43 die beantragte Teilrückweisung nur eine einfache Mehrheit braucht; er weiss aber, dass der Landschreiber nicht die gleiche Meinung vertritt. Die Rückweisung ist im Gesetz nicht speziell erwähnt, die Überweisung von Abschnitten resp. Teilen ist aber im Gesetz klar mit einfachem Mehr erwähnt, und allfällige Empfehlungen des Büros haben keinen Gesetzescharakter. Das heisst für den Votanten, dass sein Rückweisungsantrag das einfache Mehr und nicht eine Zweidrittelsmehrheit benötigt.
Dieses Gesetz ist für den Votanten heute klar *noch* nicht erledigungsreif. Er bittet deshalb, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Thomas Lötscher hält fest, dass es vielleicht sogar eine «Dreizweitelsmehrheit» braucht, da die Geschäftsordnung ja auslegebedüftig ist.
Der Votant spricht für die FDP-Fraktion *und* als Antragsteller. Die FDP-Fraktion will den Pukelsheim nicht, und sie ist überzeugt, dass die Bevölkerung ihn auch nicht

will. Schon früher hat der Votant die Parallelen zur Ziehung der Lottozahlen aufgezeigt; eine weitere materielle Diskussion erübrigt sich. Vor diesem Hintergrund hat die FDP grosses Verständnis für die vorliegenden Anträge zur zweiten Lesung und natürlich auch für die zugrundeliegende Motivation. Sie findet es staatspolitisch höchst bedenklich, dass sich drei Bundesrichter über die Volksentscheide von souveränen Teilstaaten hinwegsetzen in einer Frage, die unbedingt in der Kompetenz des Volkes bleiben sollte.

Wenn die FDP diesen «Pumuckl» nicht will – und es scheint, dass sich alle bürgerlichen Parteien darin einig sind –, dann stellt sich die Frage, welcher Weg nun zielführend ist. Da Bundesgericht und Nationalrat nicht konsequent sind, ist diese Frage nicht einfach zu beantworten. Trotzdem soll es versucht werden.

Der Antrag Balmer macht Sinn aus der Optik von jemandem, der nicht in der vorberatenden Kommission war. Mit dem Wissen aus der Kommission kann man aber sagen, dass die vorgeschlagenen Lösungen diskutiert wurden und eine Rückweisung nur eine unnötige Verzögerung darstellt. Zu den Vorschlägen von Kurt Balmer:

- Reine Majorzwahl: Dies wäre zwar vom Bundesrecht her zulässig – was paradoxer nicht sein könnte –, mit Sicherheit ist es aber nicht mehrheitsfähig. Diese Lösung fällt schon darum ausser Betracht.
- Mischsystem: Dies entspricht dem Antrag Lötscher, worauf der Votant noch zu sprechen kommt.
- Beibehaltung des aktuellen Systems: Dies entspricht dem Antrag Meienberg. Auch darauf kommt der Votant noch zu sprechen.

So gut gemeint dieser Antrag ist: Er kostet nur Zeit, schafft Unsicherheit für die kommenden Wahlen und bringt uns nicht weiter.

Der Antrag Meienberg ist dem Votanten sympathisch, weil er von Herzen kommt. Er widerspiegelt die berechtigte Empörung über eine Behörde, die sich um die Gewaltentrennung und die Rechte der Stimmbürger foutiert. Nur: Es nützt nichts. Wenn wir den Antrag Meienberg unterstützen, stellen wir uns gegen Bundesrecht. Es ist unter keinen Titeln nachvollziehbar, weshalb uns das nationale Parlament und das Bundesgericht gewähren sollten, was man den Schwyzern verweigert. Um Dampf abzulassen und dem Wutbürger ein Ventil zu verschaffen, mag dieser Weg geeignet sein. Einer Lösung bringt er uns aber nicht näher.

Vor diesem Hintergrund favorisiert die FDP den Antrag Lötscher. Nicht, dass damit das Ei des Kolumbus gefunden worden wäre, aber im engen Korsett der Möglichkeiten, welche die Bundesrechtssprechung noch zulässt bzw. noch nicht verboten hat, scheint das die am wenigsten schlechte zu sein. Eine Garantie, dass das Bundesgericht bei einer allfälligen Beschwerde dieses System stützen würde, haben wir zwar nicht; denn wie wir wissen, ist das Bundesgericht hochgradig unberechenbar. Aber: Das Bundesgericht hat sich bisher noch nie explizit gegen die einzelnen Elemente dieses Vorschlags ausgesprochen. Das lässt ihm auch eine Hintertüre offen, den Anliegen der Kantone irgendwann noch gerecht zu werden. Die FDP kann sich gut vorstellen, dass mittlerweile auch das Bundesgericht froh wäre um einen Ausweg, auf dem es ohne Gesichtsverlust aus dem Schlamassel herauskäme.

Ist das Glas nun halb voll oder halb leer? Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Natürlich kann man nun sagen: «Ja, aber sie stirbt.» Hier die Fakten: Gegen ein Mischsystem Proporz-Majorz hat sich das Bundesgericht bisher nicht geäussert. Wichtig ist aber die Grenze für den Systemwechsel. Persönlich hätte der Votant diese gerne tiefer als bei 10 Sitzen angesetzt. Aufgrund der bundesgerichtlichen Ausführungen zur Erfolgswertgleichheit geht das aber nicht. Demnach sollten für einen Sitz nicht mehr als 10 Prozent der Stimmen nötig sein. Deshalb kommt der Proporz ohne Pukelsheim nur für Gemeinden mit mindestens 10 Sitzen zur Anwen-

dung. Beim Majorz dagegen spielt die Erfolgswertgleichheit paradoxerweise keine Rolle.
Natürlich kann der Kantonsrat dem Bundesgericht die Zähne zeigen – und sich diese einschlagen lassen. Bevor der Rat sich aber auf einen juristischen Sonderbundskrieg einlässt, sollte er nichts unversucht lassen, soviel wie möglich von dem zu retten, was ihm wichtig ist, und dort Abstriche zu machen, wo es wirklich nicht anders geht. In diesem Sinne empfiehlt die FDP-Fraktion folgendes Abstimmungsverhalten:
- Bei der Variantenabstimmung zur Rückweisung: Rückweisung an die Regierung.
- Beim grundsätzlichen Entscheid über eine allfällige Rückweisung: Nein zur Rückweisung.
- Bei der Verfahrensabstimmung: Zustimmung zum Antrag Lötscher.

Daniel Stadlin möchte etwas richtigstellen. Eugen Meienberg hat gesagt, für den Pukelsheim seien eh nur die Linken. Der Votant hält fest: Die GLP ist auch für den Pukelsheim, sie ist aber keine linke Partei. Diese Korrektur ist wichtig.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt

Protokoll des Kantonsrats

48. Sitzung: Donnerstag, 2. Mai 2013 (Nachmittagssitzung)
Zeit: 13.45 – 17.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

697 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Thiemo Hächler, Oberägeri; Beat Iten, Unterägeri; Walter Birrer und Beat Sieber, beide Cham; Leonie Winter, Hünenberg; Daniel Thomas Burch, Risch.

698 Änderung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** schlägt für die Nachmittagssitzung folgende Reihenfolge der Traktanden vor:
- Abschluss Traktandum 5
- Traktandum 3 (Überweisung parlamentarischer Vorstösse)
- Traktandum 7 (EG SchKG)
- Traktandum 8 (PBG)
- Traktandum 10 (Pensionskassengesetz)

Andreas Hausheer versteht nicht, warum Traktandum 9 («Hooligan-Konkordat») ausgelassen wird. Es sind dazu keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen, es kommt also direkt zur Schlussabstimmung. Er stellt den **Antrag,** Traktandum 9 auch zu beraten, dies in der vorgesehenen Reihenfolge, also nach Traktandum 8.

➔ Der Rat stimmt der Änderung der Traktandenliste und dem Antrag von Andreas Hausheer stillschweigend zu.

Anmerkung: Im Verlaufe des Nachmittags wird die Traktandenliste nochmals geändert (siehe Ziffer 719).

TRAKTANDUM 5

699 Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG): 2. Lesung

5.3. Verfassung des Kantons Zug: Änderung des Verfahrens bei Kantonsratswahlen (Vorlage 2170.8 - 14247)

Fortsetzung der Beratungen vom Vormittag (siehe Ziffer 696).

Kommissionspräsident **Heini Schmid** versucht, in dieser immer turbulenteren Angelegenheit einen konstruktiven Weg aufzuzeigen. Wie sich der ersten Lesung entnehmen lässt, ging es der vorberatenden Kommission in ihrer Arbeit hauptsächlich darum, dem Zuger Stimmvolk für die Volksabstimmung eine bundesgerichtskonforme Lösung vorlegen zu können. Das ist der rote Faden, der sich durch die ganze Kommissionsarbeit hindurch zog. In der Kommission herrschte keine grosse Begeisterung für eine Änderung des Wahlverfahrens, aber man fühlte sich immer einer bundesgerichtskonformen Lösung verpflichtet.
In ihrer Sitzung vom 3. April, in der die Auswirkungen der Abstimmungen auf Bundesebene betreffend Gewährleistung der Schwyzer Verfassung beraten wurden, hat die Kommission in Fortsetzung dieses roten Fadens entschieden, keinen Antrag zu stellen. Sie war und ist der Meinung, dass das Ergebnis der ersten Lesung – also Pukelsheim – immer noch die beste bzw. am wenigsten schlechte Variante ist, die dem bisherigen Gesetz gegenübergestellt werden kann. Das ist indirekt auch eine Antwort auf den Antrag Balmer auf Rückweisung, den die Kommission heute Morgen an einer ausserordentliche Sitzung noch beraten hat. Die Kommission ist klar der Meinung, dass – wenn das bisherige Recht nicht beibehalten werden kann – die Lösung Pukelsheim der einzige Ausweg ist. Der Kommission und der Regierung geht es darum, die Gemeinde als Wahlbezirk möglichst unangetastet zu lassen. Da sind Wahlkreisverbände nicht wirklich eine Lösung, sie verschlimmern das Problem nur.
Die Kommission hat in ihrer heutigen Sitzung auch den Antrag Lötscher, der eine Mischung von Majorz und Proporz vorschlägt, kurz gestreift. Es war klar, dass es nicht wirklich valabel ist, im Kanton Zug das Parlament im Majorz zu wählen. So dezidiert man der Meinung sein kann, Majorz sei richtig für die Exekutive – der Kanton Zug wäre schlecht beraten, aus Ärger über das Bundesgericht oder über wen auch immer für die Parlamentswahlen den Majorz zu wählen. Man ist nie gut beraten, wenn man aus einer negativen Erfahrung heraus etwas noch Negativeres wählt, nur um etwas Bestimmtes nicht tun zu müssen. Der von Thomas Lötscher vorgeschlagene Weg ist deshalb für die Kommission undiskutabel.
Die Kommission hat heute Morgen einstimmig beschlossen, dem Rat die Ablehnung des Rückweisungsantrags von Kurt Balmer zu empfehlen. Entweder geht es Richtung Pukelsheim – oder wir haben ein Problem mit dem Bundesgericht. Ein Experiment Richtung Majorz/Proporz oder Richtung Wahlkreisverbände lehnt die Kommission ab. Es ist ihr lieber, den Pukelsheim zu wählen, der die Gemeinden am intaktesten als Wahlkreise belässt. Sie ist auch der Meinung, dass die Sache entscheidungsreif ist. Entweder stimmt das Volk im September dem Pukelsheim zu oder es lehnt ihn – mit den vorgezeichneten Problemen – ab. Jetzt noch irgendwelche anderen Varianten zu evaluieren, ist nicht sinnvoll.
In der Sitzung vom 3. April hat die Kommission keine Anträge formuliert, weil sie zum Schluss kam, dass der Entscheid des Bundesparlaments es verunmöglicht, mit gutem Gewissen gegen den Pukelsheim anzutreten. Die Situation ist nun aber so, dass aufgrund der Vorberatungen in den Fraktionen eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass gar keine Volksabstimmung stattfindet. Das ist dann der Fall, wenn in der Schlussabstimmung zu § 38 ein Nein obsiegt – und die SVP will nein stimmen. Das wäre für die Kommission das schlimmste Ergebnis. Es ist nämlich wichtig, dass das Zuger Stimmvolk in dieser Frage das letzte Wort hat. Wir alle sind Partei, aber wenn es um unser Wahlverfahren geht, dann nimmt die Parteilichkeit um einen Faktor zwei zu. Die Kommission ist darum der festen Überzeugung, dass diese Frage am 22. September dem Stimmvolk zur Abstimmung vorgelegt

werden soll. Dann ist nämlich nicht der Kantonsrat der Schiedsrichter, vielmehr soll das Volk als oberster Verfassungsgeber sich seiner Verantwortung bewusst sein und einen Entscheid fällen.
Wenn nun die CVP-Fraktion beschlossen hat, den Antrag Meienberg zu unterstützen, dann besteht die Gefahr, dass eine allfällige Volksabstimmung lauten könnte: Wollt ihr das heutige Recht, oder wollt ihr Pukelsheim ausdrücklich ausschliessen? Eine solche Volksabstimmung, von der wir genau wissen, dass sie nicht bundesgerichtskonform ist, ist ein Leerlauf und bringt nichts. Die Kommission hat sich deshalb überlegt, wie dieses Dilemma – komplette Ablehnung der Vorlage oder eine nicht bundesgerichtskonforme Vorlage – gelöst werden kann. Sie schlägt mit einer knappen Mehrheit vor, eine *Variantenabstimmung* durchzuführen, also dem Volk neben dem bisherigen Recht zwei Varianten zu unterbreiten. Das ist nach § 28 WAG zulässig. Bei diesem Vorgehen wäre – so ist zu hoffen – eine von den zwei Varianten das Ergebnis 1. Lesung. Damit wäre sichergestellt, dass im September über die Frage «Pukelsheim ja oder nein» abgestimmt wird – und nicht eine Abstimmung durchgeführt wird, die der Verfassung bzw. der bundesgerichtlichen Rechtsprechung widerspricht. Im Namen der vorberatenden Kommission stellt der Votant also den **Antrag,** im Herbst eine Variantenabstimmung durchzuführen.
Zum Vorgehen: Es liegen – wenn dem Antrag Balmer auf Rückweisung nicht gefolgt wird – drei Anträge zur Auswahl vor: Antrag Meienberg, Antrag Lötscher und Ergebnis 1. Lesung. Die Kommission schlägt eine Variantenabstimmung vor, in der das bisherige Recht und die Varianten Meienberg und Ergebnis 1. Lesung – also Pukelsheim – zur Abstimmung kommen. Der Stimmbürger hat dann die Wahl zwischen dem bisherigen Recht, dem Pukelsheim und – mit dem Antrag Meienberg – dem ausdrücklichen Ausschluss von Wahlkreisverbänden und Pukelsheim in der Verfassung. So kann der Stimmbürger über den ganzen Variantenfächer abstimmen, der sich hier bietet. Der Kommission ist es – wie auch der Regierung – sehr wichtig, dem Volk etwas zu unterbreiten, das wirklich funktioniert. Sie kann es nicht verantworten, dem Volk eine Vorlage vorzulegen, von der schon jetzt klar ist, dass sie der aktuellen bundesgerichtlichen Rechtsprechung nicht entspricht. In der Hoffnung, dass mit der Variantenabstimmung auch die Version Pukelsheim vors Volk gebracht werden kann, stellt sie ihren Antrag auf Variantenabstimmung. Der Votant bittet die Ratsmitglieder, ihre staatspolitische Verantwortung wahrzunehmen und dem Stimmvolk mindestens eine bundesgerichtskonforme Variante zu unterbreiten. Sollte sich das Zuger Stimmvolk gegen diese Variante entscheidet, wird man weitersehen müssen.
Ein Vorteil des Vorschlags, eine Variantenabstimmung durchzuführen, liegt auch darin, dass niemand hier im Rat explizit erklären muss, ob er für oder gegen den Pukelsheim ist. Das ist ja das Dilemma insbesondere der CVP, die grosse Mühe hat zu erklären, dass sie hier zwar das Ergebnis 1. Lesung unterstützt, in der Volksabstimmung dann dazu aber nein sagen wird. Mit der Variantenabstimmung wird ein Bündel von Möglichkeiten vorgelegt, und alle sind frei, wie sie bei der Volksabstimmung entscheiden werden. Es geht jetzt also nicht um die Frage «Pukelsheim ja oder nein», sondern nur um den Entscheid für die Vorlage von drei verschiedenen Varianten.
Zusammengefasst bittet die vorberatende Kommission also:
- den Rückweisungsantrag Balmer abzulehnen;
- dem Antrag für eine Variantenabstimmung zuzustimmen, um dem Stimmvolk eine möglichst grosse Auswahl zu bieten und zu verhindern, dass im Rat gar kein Ergebnis zustande kommt;
- und in der Variantenabstimmung dem bisherigen Recht den Antrag Meienberg und das Ergebnis 1. Lesung gegenüberzustellen.

Stefan Gisler: Wie dem Kommissionspräsidenten ist es auch der AGF ein grosses Anliegen, dass die Bevölkerung über das Wahlsystem und insbesondere über den Pukelsheim oder mittlerweile wohl eher den «Zuger Doppelproporz» abstimmen kann.
Heute sind je nach Grösse der Gemeinde bis zu 33 Prozent der abgegebenen Wahlstimmen wertlos. Darum ist es richtig, dass der Kantonsrat in erster Lesung dem faireren neuen Wahlsystem des «Zuger Doppelproporz» zugestimmt hat. Es stoppt den Stimmenraub und sorgt dafür, dass das Prinzip «1 Person = 1 Stimme» besser – wenn auch nicht perfekt – zur Geltung kommt. Gleichzeitig ist garantiert, dass jede Gemeinde ein eigener Wahlkreis bleibt und mindestens zwei Vertreterinnen oder Vertreter in den Kantonsrat entsenden kann. Darum sagt die AGF überzeugt Ja zum Zuger Doppelproporz, um die Rechte des einzelnen Bürgers bzw. der einzelnen Bürgerin zu stärken, gerade auch in den kleinen Gemeinden.
Einige Zuger Parlamentarier klammerten sich an den Strohhalm, dass das Bundesparlament das verfassungswidrige Schwyzer Wahlsystem gewährleisten würde und darum auch Zug sein verfassungswidriges System aufrechterhalten könne. Dieser Strohhalm ist geknickt, und die Vorstösse einzelner Kantonsräte zur zweiten Lesung dienen alleine dem Interesse, ein eher ungerechtes Wahlsystem auf die eine oder andere Weise doch noch erhalten zu können – im Glauben, im Rat dann mehr Sitze zu machen.
In der Kommissionsarbeit und auch im Rahmen der ersten Lesung entwickelte sich in diesem Parlament eine isolationistische Verteidigungshaltung gegenüber Bundesparlament und Bundesgericht. Es ist staatspolitisch höchst bedenklich, diese beiden wichtigen Institutionen der Schweizer Demokratie für faktisch irrelevant zu erklären. Wenn Regierung und Kantonsrat von Zug einen Bundesgerichtsentscheid nicht akzeptieren, warum sollten dann die Bürgerinnen und Bürger dies tun? Wir rütteln so an den Grundfesten unseres Rechtsstaates und – wie bereits ausgeführt – auch an der Gewaltenteilung. Mit Aussagen von der Art, das Bundesgericht sei unberechenbar, rütteln wir auch an dessen Glaubwürdigkeit.
Zu den Anträgen: Den Änderungen der Redaktionskommission stimmt die AGF zu. Den Vorstoss Meienberg lehnt sie ab. Die AGF hält es für problematisch, das Volk genau über jenes Wahlsystem abstimmen zu lassen, welches vom Bundesgericht für verfassungswidrig erklärt wurde. Den Vorstoss Lötscher, die Kantonsratsmitglieder künftig in acht von elf Gemeinden mit Majorz statt Proporz wählen zu lassen, kann man nur als eine verzweifelte letzte Aktion interpretieren. Lötscher will die Revision mit einem Hauruck-Vorschlag, den weder Kommission noch Regierung wirklich beraten haben, in letzter Minute nutzen, um ein noch ungerechteres und je nach Gemeinde auch ganz unterschiedliches Wahlverfahren einzuführen. Dieses Wahlsystem würde ganz sicher nicht mehrheitsfähig sein, blickt man auf die rechte Seite des Rats.
Der Rückweisungsantrag Balmer ist ebenso klar abzulehnen. In der Kommission wurde aufgezeigt, dass der Fahrplan im Hinblick auf eine rechtzeitige Abstimmung eng ist. Ein Ja zur Zurückweisung würde die mögliche Einführung eines Wahlsystems schlicht verhindern. Wenn Balmer in seinem Vorstoss schreibt, die politische Diskussion sei noch nicht weit fortgeschritten, dann ist darauf hinzuweisen, dass die Regierung die WAG-Vorlage am 27. September 2011, also vor mehr als eineinhalb Jahren, in die Vernehmlassung gegeben hat. Bericht und Antrag der Regierung liegen seit dem 10. Juli 2012 vor. Wenn der Rat zurückweist, heisst dies nichts anderes, als dass Politikerinnen und Politiker nicht in der Lage sind, sich innerhalb dieses langen Zeitrahmens eine Meinung zu bilden.
Die AGF *war* in der Lage, sich eine Meinung zu bilden. Sie stimmt dem Ergebnis der ersten Lesung und somit dem Zuger Doppelproporz zu. Sie wendet sich auch

gegen eine taktische Variantenabstimmung, weil sie dem Volk keine Vorschläge unterbreiten will, die dem Bundesgericht und dem aktuellen Willen des Bundesparlaments widersprechen.

Alois Gössi: Die SP-Fraktion wird nur den Antrag der Redaktionskommission unterstützen. Die restlichen Anträge lehnt sie ab und hält am Ergebnis der ersten Lesung fest. Das Bundesgericht hat das jetzige Wahlsystem mit verschieden grossen Quoren für einen Kantonsratssitz in den einzelnen Gemeinden für verfassungswidrig erklärt, und nun liegt es am Kantonsrat, für die Wahlen im Herbst 2014 wieder ein gültiges Wahlsystem herzustellen. Der Weg dazu ist für die SP-Fraktion nur die Einführung des Doppelten Pukelsheim. Mit dem Antrag von Eugen Meienberg, ein Verbot des Pukelsheim in die Zuger Verfassung aufzunehmen und das jetzige Wahlsystem beizubehalten, wird gegen ein Bundesgerichtsurteil verstossen. Das Bundesgericht hat klar und deutlich entschieden, dass das jetzige Wahlsystem verfassungswidrig ist. Vielleicht erinnern sich die Ratsmitglieder noch an die konstituierende Kantonsratssitzung, in welcher sie den Eid oder das Gelöbnis ablegten. Dieses beginnt mit den Worten: «Ich schwöre oder gelobe es, die Verfassung und die Gesetze des Bundes und des Kantons getreu zu befolgen.» Und nun soll der Rat mit dem Antrag Meienberg gegen ein Bundesgerichtsurteil verstossen und den *Status quo* beim Wahlsystem für den Kantonsrat festhalten – und diesen Antrag womöglich noch zu einer Volksabstimmung bringen?
Den Antrag von Thomas Lötscher lehnt die SP schon aus prinzipiellen Gründen. Sie ist gegen eine Majorzwahl bei der Exekutive und lehnt erst recht eine solche Wahl auch für einen grossen Teils des Kantonsrats bei Gemeinden mit weniger als zehn Mandaten ab. Die SP hat zudem starke Zweifel, ob der Vorschlag Lötscher dem Kriterium der Erfolgswertgleichheit entspricht, wie dies das Bundesgericht fordert.
In diesem Sinne steht die SP-Fraktion für das Ergebnis der ersten Lesung ein und stimmt nur den Anträgen der Redaktionskommission zu. Eine Variantenabstimmung lehnt der Votant ab; er kann in diesem Punkt nur seine persönliche Meinung äussern, da der entsprechende Antrag in der Fraktion nicht beraten wurde. Er betrachtet das Ergebnis der ersten Lesung nach wie vor als die beste Lösung und möchte, dass nur der Pukelsheim dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird.

Für **Beni Riedi** klang das Votum des Kommissionspräsidenten so, als ob das Volk übergangen worden wäre und ein nicht legitimiertes System verwendet würde. Das Volk konnte vor über hundert Jahren seine Meinung äussern und hat damals die Verfassung gutgeheissen, und bis vor kurzem stand dieses Wahlverfahren auch nie zur Diskussion.
Der Votant spricht zu allen Vorstössen welche auf die heutige zweite Lesung eingereicht wurden. Um es vorwegzunehmen: Die SVP-Fraktion lehnt alle Vorstösse ausser denjenigen der Redaktionskommission ab. Der vom Bundesgericht definierte Grenzwert von 10 Prozent notwendigen Stimmenanteilen für ein Kantonsratsmandat erachtet die SVP als Affront gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Nun wurde bereits ein Antrag auf Majorzwahlen auch für die Mitglieder des Kantonsrats eingereicht. Es sollte allen bekannt sein, dass man mit dem Majorzsystem einen noch höheren Prozentwert erreichen muss als die 10 Prozent, welche von linker Seite angefochten wurden. Dass der Majorz dann aber vom Bundesgericht anerkannt wurde, zeigt, wie inkonsequent diese Entscheide sind.
Wie bereits im Eintretensvotum erklärt, findet es die SVP-Fraktion eine völlig falsche Annahme, dass mit der Sitzzuteilung nach der Methode Pukelsheim der Wille der Stimmberechtigten in der Sitzverteilung im Kantonsrat am gerechtesten ab-

gebildet werde. Der Votant betont nochmals, dass im Kanton Zug schon seit über 116 Jahren in einem bewährten Wahlverfahren gewählt wird.
Die SVP ist überzeugt, dass das bisherige Wahlverfahren im Kanton Zug eine echt demokratische und vom Souverän akzeptierte Lösung ist. Dementsprechend ist die SVP-Fraktion der Überzeugung, dass es richtig ist, auf diesem Wahlverfahren zu beharren. Sie lehnt aus diesem Grund die Vorlage ab.

Thomas Lötscher hat die wesentlichen Ausführungen zu den verschiedenen Anträgen bereits gemacht. Es geht jetzt nur noch darum, wie man die Situation einschätzt. Da haben es die Pukelsheim-Befürworter im Moment einfach; weniger einfach wird es bei der Abstimmung und den späteren Wahlen sein. Für die Pukelsheim-Gegner stellt sich mit dem neuen Vorschlag für eine Variantenabstimmung nun die Frage, ob man dem Pukelsheim – unter Umständen bewusst – eine rechtswidrige Alternative, also die Variante Meienberg, oder aber mit der Variante Lötscher eine Alternative gegenüberstellen will, die nicht gegen bestehendes Recht verstösst. Diese Grundsatzfrage muss man klären.
Die FDP-Fraktion ist – wie bereits ausgeführt – gegen die Rückweisung und für den Antrag Lötscher. Der neue Antrag der Kommission, dem Stimmvolk eine Variantenabstimmung vorzulegen, konnte in der Fraktion noch nicht besprochen werden. Der Votant empfiehlt, der Variantenabstimmung zuzustimmen und – unter der Voraussetzung, dass der Rat sich für die Variantenabstimmung entscheidet – in der Schlussabstimmung auch dem Gesetz zuzustimmen.

Für **Manuel Brandenberg** befindet sich der Rat in einem typischen Spannungsfeld zwischen Recht und Politik. Am Bundesgericht liegt es, dieses Spannungsfeld am Schluss zugunsten des Rechts aufzulösen; ob das Bundesgericht dies auch immer tut, ist eine andere Frage. Hier im Rat wird Politik gemacht, und heute geht es um eine eminent politische Entscheidung.
Es wurde viel von Bundesrecht und Bundesgerichtsentscheiden gesprochen. Hier gilt es zu unterscheiden: Bundesrecht ist das eine, ein einzelner Bundesgerichtsentscheid das andere. Nun liegt ein Bundesgerichtsentscheid vor, der den Kanton Zug betrifft und von diesem – rein rechtlich gesprochen – umgesetzt werden muss. Rechtlich gesprochen, haben wir also überhaupt keine Wahl: Wir müssen das tun, was das Bundesgericht gebietet. Dem gegenüber steht hier im Parlament die politische Frage, über die am Schluss vielleicht auch noch das Volk entscheiden kann.
Es wurde bereits erwähnt, dass 1894 von den Zuger Männern ein Entscheid getroffen wurde, der noch immer in Kraft ist, 115 Jahre lang hat niemand an diesem Entscheid gerüttelt, auch das Bundesgericht nicht. Und nun soll plötzlich alles anders sein. Das ist erstaunlich, weil die Bundesverfassung, welche die Grundlage des neuen, sehr jungen Bundesgerichtsentscheids ist, inhaltlich seit 1874 nicht geändert wurde. Die Bundesverfassung wurde 2000 total revidiert, aber nur im Sinne einer Nachführung. Das müsste doch heissen, dass auch der Entscheid des Zuger Souveräns von 1894 nach wie vor Bestand hat.
Nun ist das aber nicht so. Was ist also zu tun? Die SVP-Fraktion ist zu folgenden Schlüssen gekommen: Sie lehnt den Antrag von Kurt Balmer ab, weil nur schon eine Prüfung des Majorz keine gute Alternative zum bewährten bisherigen System ist. Den Antrag Lötscher lehnt die SVP ebenfalls ab, weil – wie gesagt – das jetzige System politisch bewährt ist und die SVP keinen Majorz für Gemeinden mit weniger als neun oder zehn Kantonsratssitzen einführen will. Dem Antrag der Redaktionskommission stimmt die SVP-Fraktion zu.
Für den Antrag Meienberg hegt der Votant persönlich grosse Sympathien, dies nicht, weil er etwas Neues bringt, sondern aus verfahrensrechtlichen Gründen. Der

Antrag würde nämlich – falls er vom Volk gutgeheissen wird – zu einem neuen Gewährleistungsverfahren über einen neuen Verfassungsartikel des Kantons Zug in der Bundesversammlung führen. Das könnte möglicherweise dazu führen, dass das Bundesparlament auf seinen Entscheid zu Schwyz zurückkäme. Dieser ist bekanntlich sehr knapp ausgefallen; wenn jemand auf die Toilette gegangen wäre, wie das in gewissen Fraktionen – auch hier im Kantonsrat – ab und zu propagiert wird, hätte der Entscheid auch anders ausfallen können. Deshalb glaubt der Votant aus persönlicher Sicht, dass man dem Antrag Meienberg zustimmen sollte. Er verankert das Verbot des Pukelsheim in der Zuger Kantonsverfassung und ist damit ein neuer Strohhalm für ein neues Verfahren im Bundesparlament. Man darf nicht vergessen, dass nicht nur der Kanton Schwyz, sondern auch der Kanton Zug in Bern gewichtig ist, bedenkt man, was der Kanton Zug auch für Bern tut.
Die Variantenabstimmung konnte in der SVP-Fraktion nicht besprochen werden. Die SVP ist aber eher skeptisch. Wenn man dem Antrag Meienberg zustimmt, dann sollte man nur diesen dem Volk vorlegen und der bisherigen Ordnung gegenüberstellen. Die Variantenabstimmung, wie sie die Kommission will, würde die SVP-Fraktion ablehnen.

Eusebius Spescha interessiert sich für Verfassungsrecht und staatsrechtliche Grundfragen, und er ist sehr überrascht über das Staatsverständnis, das namentlich Thomas Lötscher, aber auch andere hier an den Tag legen. Da wird die Verfassung, immerhin unser Grundrecht, plötzlich zu einem fast nebensächlichen Dokument, das man auch willkürlich zitiert. So hat Thomas Lötscher von einem souveränen Freistaat gesprochen, auch wenn es in § 3 der Bundesverfassung heisst: «Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist.» Der Votant ist auch überrascht, dass die Frage von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung einfach weggewischt wird. Er selbst ist glücklich, in einem Rechtsstaat zu leben, der die Gewaltenteilung kennt, und da ist es das Recht und die Pflicht des Bundesgerichts, über Grundsatzfragen, die ihm unterbreitet werden, zu entscheiden. Es ist möglich, dass eine Frage hundert Jahre lang dem Bundesgericht nicht vorgelegt wurde, ihm jetzt aber unterbreitet wird, weil sich die rechtlichen Auffassungen weiterentwickelt haben. Wir haben in Anspruch genommen, eine solche Grundsatzfrage dem Bundesgericht zu unterbreiten, und wer sich mit der Materie beschäftigt hat, weiss, dass das Bundesgericht in dieser Frage nicht unberechenbar ist, sondern in den letzten rund zehn Jahren sehr konstant entschieden hat. Es sei daran erinnert, dass wir bei der letzten WAG-Revision darauf aufmerksam gemacht haben, und weil das Bundesgericht da sehr berechenbar ist, sind wir mit der festen Überzeugung, dass es uns Recht geben wird, in dieses Verfahren eingestiegen.
Selbstverständlich muss niemand Freude an Bundesgerichtsentscheiden haben. Wenn sie aber gefällt sind, dann sind sie die Orientierung, an die man sich halten muss. Das bedeutet konkret, dass eine Lösung präsentiert werden muss, die diesen Gegebenheiten Rechnung trägt. Der Votant kann mit dem besten Willen nicht verstehen, wie man einen Antrag Meienberg unterstützen kann, der in der Kantonsverfassung etwas festschreiben will, das so heute nicht möglich ist. Natürlich kann man es darauf ankommen lassen und – wie es Manuel Brandenberg sagt – nochmals testen, ob das Bundesparlament als politische Behörde auch so konstant ist wie das Bundesgericht.
Der Pukelsheim macht auch dem Votanten nicht nur Freude. Verschiedene Kantone und Regionen haben dieses System aber eingeführt, anfänglich vielleicht mit Murren und Knurren, aber sie leben heute ganz gut damit. Der Votant hat noch nie aus einer solchen Gemeinde oder einem solchen Kanton gehört, dass das für

die Bevölkerung dermassen einschneidend und nicht nachvollziehbar sei. Auch im Kanton Zug wird man damit gut leben können. In diesem Sinne bittet der Votant, das Volk zur Pukelsheim-Lösung Stellung nehmen zu lassen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** möchte die Ratsmitglieder an ihre Verantwortung erinnern. Die Fraktionen haben ihre Entscheide getroffen, und alle hocken jetzt in den Schützengräben: Hier will man die Variantenabstimmung, dort will man sie nicht, und in der Mitte ist man etwas unbestimmt; man hat eine Richtung eingeschlagen und fühlt sich für das Ergebnis nicht verantwortlich – Hauptsache, man ist konsequent auf seiner Linie, stimmt immer nein oder immer ja. Die Verantwortung dafür zu übernehmen, was in Kürze hier entschieden wird, worüber das Volk abstimmen kann, das scheint niemanden zu interessieren. Dass mit der Variantenabstimmung eine Möglichkeit eröffnet wird, das Volk über den Pukelsheim abstimmen zu lassen, scheint – positiv ausgedrückt – das taktische Vermögen vieler zu übersteigen. Der Votant appelliert im Namen der Kommission an den Rat, seine staatspolitische Verantwortung wahrzunehmen und dem Volk den Katalog von Möglichkeiten zu unterbreiten. Niemand lehnt das Zuger Stimmvolk als Schiedsrichter ab. Eine Variantenabstimmung ermöglicht es, dass das Volk – in Kenntnis der bundesgerichtlichen Rechtssprechung etc. – darüber abstimmen kann, denn das Wahlgesetz *muss,* was immer der Rat tut, vor das Volk. Irgendwann *muss* die Verfassung geändert werden. Vor diesem Entscheid kann sich der Rat nicht drücken. Der Kommissionspräsident bittet inständig, den Variantenfächer zu ermöglichen. Wer die Variantenabstimmung nicht will, muss die staatspolitische Verantwortung dafür tragen, dass eine unnötige Volksabstimmung über zwei klar verfassungswidrige Vorlagen durchgeführt wird. Sich der Verantwortung zu entziehen mit der Begründung, man sei sich selbst treu geblieben, ist aufgrund der verfahrenen Situation ein bisschen billig. Die Kommission hat ihre Verantwortung wahrgenommen und eine Möglichkeit gesucht, unter Gesichtswahrung aller dem Volk etwas Vernünftiges zu unterbreiten.
Für die Variantenabstimmung besteht die Möglichkeit, dass der Antrag Lötscher, das Ergebnis 1. Lesung und bisheriges Recht obenauf schwingen. Dann würde klar bundesgerichtskonform abgestimmt. Wenn die Regierung nun die Möglichkeit der Variantenabstimmung schon jetzt mit dem Hinweis ausschliessen will, dass es vielleicht eine verfassungswidrige Abstimmung geben könnte, dann ist darauf hinzuweisen, dass die Kommission etwas wirklich Konstruktives vorzulegen versucht. Sie hat sich – teilweise gegen persönliche Überzeugungen – in vorbildlicher Weise zusammengerauft, um eine konstruktive Politik zu ermöglichen. Wenn am Schluss ein Scherbenhaufen zurückbleiben sollte, mögen die betreffenden Leute dann bitte vor das Volk hinstehen und zu ihrer Verantwortung stehen.
Der Votant bittet den Rat, sich seiner Verantwortung bewusst zu werden, aus den Schützengräben zu steigen, sich an der Sache zu orientieren und dem Zuger Volk das letzte Wort zu geben.

Andreas Hausheer weiss jetzt, was die SP will, was die AGF will und was die CVP will. Was die SVP will, weiss er noch nicht so genau: Der Fraktionssprecher hat sich gegen alles ausgesprochen, will also auch keine Volksabstimmung; der Fraktionschef und Kantonalpräsident hat Sympathien für die Variantenabstimmung durchblicken lassen, will also zumindest eine Abstimmung ermöglichen. Es ist aber unklar, was jetzt gilt.
Eine Kurzumfrage bei der CVP – in der Fraktionssitzung konnte die Frage nicht besprochen werden – hat ergeben, dass die Mehrheit *für* eine Variantenabstimmung ist. Erstens soll das Volk – 125 Jahre nach dem damaligen Entscheid der Männer –

abstimmen können. Zweitens ist die CVP gegen den Pukelsheim, was mit der Variantenabstimmung elegant gelöst werden kann. Der Votant bittet deshalb, den Vorschlag für eine Variantenabstimmung zu unterstützen.

Philip C. Brunner stellt fest, dass das kantonsrätliche Schiff mit vollem Wind, auf stürmischer See und mit der Klippe im Angesicht vorwärts fährt. Er schlägt vor, ein *Time-out* einzulegen, damit sich die Fraktionen besprechen und vielleicht den einen oder anderen Hinweis aufnehmen können. In diesem Sinn stellt er einen entsprechenden **Ordnungsantrag.** Dann könnte auch der Vorwurf, die SVP fürchte das Volk, entkräftet werden.

➔ Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag mit 50 zu 14 Stimmen zu.

Die Debatte wird für zehn Minuten unterbrochen.

Vreni Wicky wünscht vom Regierungsrat eine ehrliche Antwort: Was tut der Regierungsrat, wenn das Volk sich bei der Volksabstimmung gegen das Bundesgericht entscheidet? Wird die Regierung dann Notrecht geltend machen und für die nächsten Wahlen trotzdem den Doppelten Pukelsheim einführen?

Der **Vorsitzende** schlägt vor, dass sich nun die Fraktionschefs kurz äussern und nachher die Regierung Stellung nimmt.

Stefan Gisler hält fest, dass die Frage von Vreni Wicky in der Kommission ausführlich diskutiert wurde. Er geht davon aus, dass der Kommissionspräsident darüber informiert, was der Regierungsrat bezüglich Ersatzanordnung tun kann.
Die AGF hält daran fest, dass eine Abstimmung durchgeführt werden soll und zwar über ein bundesgerichtskonformes und der Bundesverfassung entsprechendes Verfahren. Sie will deshalb in einem ersten Schritt nur den Pukelsheim zur Abstimmung bringen. Wenn sich das Parlament aber entschliesst, dem Volk zwei Varianten vorzulegen und dies die Varianten Meienberg und Ergebnis 1. Lesung mit Pukelsheim wären, würde sich die AGF der Schlussabstimmung nicht verweigern.

Markus Jans: Die SP hält es – nach kurzer Absprache – gleich wie die AGF. Sie will den Pukelsheim zur Abstimmung bringen, das hat oberste Priorität. Sie würde sich ebenfalls einer Schlussabstimmung bzw. einer Zustimmung nicht verweigern, wenn in der Variantenabstimmung mit zwei Vorschlägen der Pukelsheim dabei ist.

Manuel Brandenberg: Die SVP-Fraktion ist in erster Linie für eine Volksabstimmung nur über die Variante Meienberg gegenüber bisherigem Recht. In zweiter Linie würde sie sich auch mit der Variantenabstimmung anfreunden und dieser wahrscheinlich auch zustimmen, wenn die Variante Meienberg allein nicht dem Volk unterbreitet werden kann.

Thomas Lötscher: Auch die FDP stimmt in diesen kooperativen *Mainstream* ein. Sie hält zuerst am Antrag Lötscher fest, wird aber die Variantenabstimmung unterstützen, in der Erwartung, dass nebst dem Pukelsheim noch etwas anderes dabei ist. Wenn die Variantenabstimmung so beschlossen wird, wird sie in der Schlussabstimmung zustimmen.

Andreas Hausheer: Die CVP ist bei ihrer Meinung geblieben: Variantenabstimmung ja, sicher mit dem Antrag Meienberg und wohl mit dem Ergebnis 1. Lesung.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** wurde bezüglich der Frage von Vreni Wicky angesprochen. Wie würde die Regierung reagieren, wenn in der Volksabstimmung der Pukelsheim abgelehnt würde und damit das bisherige Recht oder eine andere, nicht verfassungskonforme Variante zum Tragen käme? Die Frage wurde in der Kommission und auch mit der Direktorin des Innern diskutiert. Die Regierung kann diese Frage vor der Abstimmung eigentlich nicht beantworten, ähnlich wie ein Gericht, das die Frage nach dem Urteil ebenfalls nicht im Vorfeld beantworten kann. Es wäre auch eine unzulässige Beeinflussung des Stimmvolks, wenn der Regierungsrat schon im Voraus klipp und klar sagen würde, ob er Notrecht anwendet oder nicht. Auch liegen die Grundlagen und Erwägungen nicht vor, so dass der Regierungsrat – so die Meinung der Kommission und der Direktorin des Innern – vor der Abstimmung nicht explizit Stellung nehmen darf.
Selbstverständlich besteht die Möglichkeit von Notrecht, genauer gesagt einer sogenannten Ersatzvornahme. Wenn der Regierungsrat das Gefühl hätte, es herrschten verfassungswidrige Zustände, kann er eine Ersatzordnung einführen. Von der Regierung aber jetzt eine Stellungnahme zu verlangen, hiesse sie in ein Dilemma zu bringen, weil sie diese Frage gar nicht beantworten *darf.* Die Kommission hat sich damit zufriedengegeben. Sollte das Stimmvolk ein verfassungswidriges Ergebnis produzieren, so ist es klar, dass das übergeordnete Recht, das Bundesrecht, vorgeht. Das gilt ja auch bei den Gemeinden: Wenn eine Gemeinde etwas Verfassungs- oder Gesetzwidriges beschliesst, hat der Regierungsrat als übergeordnete Instanz das Recht, die untergeordnete Instanz – auch wenn diese in einer Volksabstimmung beschlossen hat – zu korrigieren. Das ist immer wieder insbesondere auf Seiten der SVP ein grosses Problem, weil die bundesstaatliche Organisation dem Volkswillen in einem Bundessstaat halt vorgehen *muss.*

Kurt Balmer stellt fest, dass sein Antrag auf Rückweisung fast etwas vergessen ging. Dabei hat der Rat doch selbst gezeigt, weshalb die Rückweisung das Beste wäre. Ein solches «Kabarett» wie heute hat der Votant – auch wenn er noch nicht allzu lange im Parlament sitzt – nämlich noch nie erlebt, und auch Ratsmitglieder, die schon länger dabei sind, haben wohl ebenfalls noch selten ein solches Prozedere erlebt. Das ist der beste Grund, den Rückweisungsantrag gutzuheissen.
Die staatsrechtliche Verantwortung hat ein Kantonsrat und insbesondere das Gremium *immer* zu berücksichtigen, unabhängig davon, ob nun Heini Schmid das Parlament noch einmal insbrünstig daran erinnert. Der Votant hat mit dem Rückweisungsantrag seine staatsrechtliche Verantwortung wahrgenommen. Er hat heute aber überhaupt nichts zum Zeitaspekt gehört. Zwar wirft man ihm vor, mit der Rückweisung könne man den zeitlichen Aspekt nicht mehr berücksichtigen und die Volksabstimmung nicht mehr durchführen. Konkret hat aber niemand aufgezeigt, dass es nicht reicht für den September oder dass eine spätere Abstimmung nicht dazu führen würde, rechtzeitig für die Wahlen 2014 ein entsprechendes Gesetz zu haben. Das vermisst er auch seitens der Kommission.
Obwohl die Unterstützung für seinen Rückweisungsantrag eher bescheiden zu sein scheint, möchte der Votant nochmals beliebt machen, diesen Antrag zu unterstützen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern: Der Regierungsrat hat sich vorhin ebenfalls kurz beraten. Sie empfiehlt, keine Variantenabstimmung durchzu-

führen. Die Direktorin des Innern wird dazu in der Detailberatung noch nähere Ausführungen machen.
Zum Antrag von Kurt Balmer: Der Regierungsrat beantragt die Ablehnung des Rückweisungsantrages. Die Ausgangslage hat sich entgegen der Antragsbegründung nicht geändert. Die Nichtgewährleistung der Schwyzer Verfassung durch den Nationalrat stützt den Antrag des Regierungsrats und des Kantonsrats gemäss erster Lesung. Die CVP-Motion betreffend Standesinitiative zur Souveränität der Kantone bei Wahlfragen kommt für die nächsten Wahlen im Kanton Zug deutlich zu spät. Nach einer allfälligen Erheblicherklärung durch den Kantonsrat in spätestens einigen Monaten wird diese der Bundesversammlung überwiesen. Dort beginnt dann ein relativ kompliziertes Verfahren zwischen den beiden Kammern. Selbst wenn die Standesinitiative von den Räten gutgeheissen würde, dauerte es noch Jahre, bis diese umgesetzt wäre.
Von einer Hauruck-Übung, wie Kurt Balmer schreibt, kann keine Rede sein. Die politische Diskussion wurde aufgrund der umfassenden Vorlage des Regierungsrats vom 10. Juli 2012 mit einem Umfang von 30 Seiten mit aller Sorgfalt eingeleitet. Die vorberatende Kommission hat an zwei Sitzungen die Vorlage einlässlich behandelt und einen umfassenden Bericht erstellt. Sie hat Schwachstellen der Pukelsheim-Methode durch geeignete Massnamen ausgemerzt und somit das System – speziell für Zuger Verhältnisse, das sogenannte Zuger Sitzzuteilungsmodell – sehr geschickt optimiert. Die Kommission hat das Heft in die Hand genommen und einen guten Job gemacht.
Entgegen den Ausführungen des Antragstellers sind andere Lösungen als der Pukelsheim wie die Änderung der Wahlkreiseinteilung und die Bildung von Wahlkreisverbänden in der Vorlage des Regierungsrats einlässlich dargelegt. Die Gutheissung des Antrags Balmer wäre verheerend. Sie bedeutete, dass für die Gesamterneuerungswahlen 2014 keine verfassungskonforme Rechtsgrundlage vorliegen würde. Der Regierungsrat bittet deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Der V**orsitzende** hält das Vorgehen für die folgenden Abstimmungen fest. Zum Antrag von Kurt Balmer auf Rückweisung: Zuerst wird über den Eventualantrag abgestimmt, d. h. über die Frage, an wen im Falle einer Rückweisung das Geschäft zurückgehen soll. Danach erfolgt die Abstimmung über die Grundsatzfrage «Rückweisung ja oder nein».
Bei der Frage des Adressaten einer Rückweisung liegen drei Anträge auf gleicher Hierarchiestufe vor: Der Rat kann darüber befinden, ob er die Rückweisung an den Regierungsrat, die bestehende Kommission oder an eine neue Kommission vornehmen will. Es wird also gemäss § 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung eine Dreifachabstimmung durchgeführt. Jedes Ratsmitglied hat pro Antrag eine einzige Stimme. Erreicht kein Antrag das absolute Mehr, wird darüber abgestimmt, welcher von den zwei Anträgen, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigten, aus der Abstimmung fällt.

Die Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
• Rückweisung an den Regierungsrat: 42 Stimmen.
• Rückweisung an die bestehende vorberatende Kommission: 19 Stimmen.
• Rückweisung an eine neue vorberatende Kommission: 1 Stimme.

➔ Der Rat beschliesst also die allfällige Rückweisung an den Regierungsrat.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die Abstimmung über den Hauptantrag von Kurt Balmer folgt: Rückweisung ja oder nein. Da die ganze Vorlage 2170.8 zurück-

gewiesen werden soll, ist gemäss § 43 der Geschäftsordnung sowie in sinngemässer Anwendung der Empfehlung Nr. 5 des Büros des Kantonsrats ein qualifiziertes Mehr von zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden Kantonsratsmitglieder erforderlich. Kurt Balmer hat in seinem Votum gesagt, er bezweifle dies, hat aber keinen entsprechenden Antrag gestellt. Es muss also nicht darüber abgestimmt werden, ob es tatsächlich das Zweidrittel-Quorum braucht oder nicht.

➔ Der Rat lehnt mit 64 zu 4 Stimmen eine Rückweisung ab.

DETAILBERATUNG (2. Lesung)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst die Fassung von § 38 der Kantonsverfassung gemäss erster Lesung bereinigt wird. Es kommt der Antrag der Redaktionskommission zur Abstimmung.

§ 38 Abs. 4 Satz 1

Der **Vorsitzende** informiert, dass der Zusatz «Die Zuteilung … erfolgt zuerst an die *Parteien und* politischen Gruppierungen …» vergessen ging; er gehört in den Verfassungstext dieser Fassung.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Variantenabstimmung

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nun um den Antrag der vorberatenden Kommission bezüglich Variantenabstimmung geht. Ein Antrag auf Variantenabstimmung ist gemäss § 28 des Wahl- und Abstimmungsgesetzes zulässig. Der Kantonsrat kann den Stimmberechtigten zwei Abstimmungsfragen sowie natürlich die Stichfrage vorlegen.
Der Vorsitzende legt das Vorgehen fest:
1. Abstimmung über die Grundsatzfrage: Variantenabstimmung ja/nein?
2. Falls ja: Dreifachabstimmung über die dem Volk vorzulegenden Fragen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern: Der Regierungsrat findet es grundsätzlich eine gute Idee, das Zuger Stimmvolk über zwei Varianten abstimmen zu lassen. Hier im speziellen Fall aber sollen dem Volk allenfalls zwei verfassungswidrige Anträge unterbreitet werden. Nur beim neuen Zuger Sitzzuteilungsmodell, das der Rat in erster Lesung beraten hat, sind wir sicher, dass es verfassungskonform ist. Bei den anderen Varianten sind wir sicher, dass sie verfassungswidrig sind. Man stelle sich nun vor: Wir legen dem Volk zwei Varianten vor und wissen schon heute, dass beispielsweise der Antrag Meienberg verfassungswidrig ist. Trotzdem legen wir ihn dem Volk vor, weisen im Abstimmungsbüchlein auf die Verfassungswidrigkeit hin – und sagen nachher: Wir haben das zwar gewusst, haben es aber trotzdem zur Abstimmung gebracht. Das ist für den Regierungsrat, der ja auch auf die Verfassung geschworen hat, ein sehr schwieriges Vorgehen.
In Anbetracht der Tragweite der kommenden Abstimmungen erlaubt sich die Direktorin des Innern zehn grundsätzliche staatspolitische Bemerkungen:

1. Wir müssen uns bewusst sein, dass – wie schon von Eusebius Spescha erwähnt – die Souveränität der Kantone durch die Bundesverfassung eingeschränkt ist.

2. Gerade im Abstimmungs- und Wahlbereich ist die Souveränität der Kantone erheblich eingeschränkt, und die Kantone *müssen* sich an die Bundesverfassung halten.
3. Die Bundesverfassung sagt klipp und klar: «Die politischen Rechte sind zu gewährleisten. Die Garantie der politischen Rechte schützt die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe».
4. Die Bundesverfassung verbietet bei unterschiedlich grossen Wahlkreisen, dass im Vergleich unter den Wahlkreisen jeder Wählerstimme nicht das gleiche politische Gewicht zukommt.
5. Sofern der Kantonsrat heute die Vorlage des Regierungsrats ablehnt, verletzt er elementares Bundesrecht. Es besteht kein Zweifel gemäss Lehre und Rechtsprechung, dass kantonales Recht, das dem Bundesrecht entgegensteht, nichtig ist. Dies hätte verheerende Folgen. Der Bundesstaat mit seinen Verfassungsgrundsätzen wird in seinem Fundament in Frage gestellt. Eine erneute Stimmrechtsbeschwerde vor Bundesgericht gegen einen Kantonsratsbeschluss, der dem vorgeschlagenen Proporzverfahren widerspräche, würde mit Sicherheit gutgeheissen. Die Ausgangslage hat sich für das Bundesgericht seit seinem letzten Entscheid vom 20. Dezember 2010 nicht verändert. Im Gegenteil. Das Bundesgericht wurde durch den Nationalratsentscheid vom 18. März 2013 bestätigt: Die Verfassung des Kantons Schwyz wurde damals nur teilweise gewährleistet.
6. Die Ablehnung der Vorlage gemäss erster Lesung wäre ebenfalls für den Regierungsrat verheerend. Es entspricht einem Grundsatz unseres Rechts, dass jede Rechtsanwendungsbehörde zur Beachtung des Vorrangs von Bundesrecht verpflichtet ist. Im Rahmen seiner Kompetenz, Vollziehungsverordnungen zu erlassen, ist der Regierungsrat auch befugt, für den verfassungskonformen Vollzug kantonalen Rechts zu sorgen.
7. Sofern der Kantonsrat heute eine verfassungswidrige Lösung wählt, müsste der Regierungsrat aufgrund des übergeordneten Rechts – der Not gehorchend – zwei Szenarien prüfen:

   • *Szenario 1:* Wird der Regierungsrat allenfalls zum ersten Mal in der Zuger Geschichte den Entscheid des Kantonsrats missachten müssen? Wenn ja, gäbe es eine eigentliche Verfassungskrise zwischen Regierungsrat und Kantonsrat. Der Regierungsrat müsste in diesem Falle erwägen, eine Verordnung für die Gesamterneuerungswahlen 2014 zu erlassen. Diese Verordnung sähe verfassungskonforme Wahlen 2014 vor. Sie wäre selbstverständlich nur befristet gültig. Das Bundesgericht hat eine solche Kompetenz für den Regierungsrat in einem analogen Fall ausdrücklich als möglich bezeichnet. Bei diesem Szenario ist zudem mit einer weiteren Stimmrechtsbeschwerde an das Bundesgericht zu rechnen, die gutgeheissen würde.
   Sofern eine bundesverfassungswidrige Bestimmung in der Kantonsverfassung gutgeheissen würde, würde zudem die Bundesversammlung die Gewährleistung nicht erteilen. Als Präzedenzfall würde die teilweise Nichtgewährleistung der neuen Verfassung des Kantons Schwyz am 18. März 2013 dienen.

   • *Szenario 2:* Der Regierungsrat beachtet den allfälligen verfassungswidrigen Entscheid des Kantonsrats und bereitet – obwohl er an die Verfassung gebunden ist – auf dieser Basis die Gesamterneuerungswahlen 2014 vor. Es ist mit einer weiteren Stimmrechtsbeschwerde an das Bundesgericht zu rechnen. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird das Bundesgericht die Stimmrechtsbeschwerde wieder gutheissen, dies knapp vor den Wahlen. Das Bundesgericht könnte ent-

scheiden, dass Wahlen auf der Basis des geltenden Rechts von vornherein nichtig seien. Es könnte argumentieren, dass der Kanton Zug seit seinem letzten Entscheid vom 20. Dezember 2010 genügend Zeit hatte, seine Rechtsgrundlagen verfassungskonform anzupassen. Zudem käme die Nichtgewährleistung der Verfassungsänderung durch die Bundesversammlung hinzu, sofern die Verfassung im Sinne der Anträge Meienberg und Lötscher geändert würde.
Es ist zu betonen, dass der Regierungsrat diesbezüglich noch keinen Entscheid gefällt hat, sich jedoch alle Optionen offen hält, welches Szenario er anwenden würde. Die Regierung bittet den Kantonsrat aber, als gesetzgebende Behörde das Heft selbst in die Hand zu nehmen, es nicht auf eine Stimmrechtsbeschwerde ankommen zu lassen, bei der das Bundesgericht festlegt, was zu tun ist, und den Regierungsrat nicht zu zwingen, mittels Verordnung verfassungskonforme Wahlen durchzuführen.

8. Besondere Sorge bereitet dem Regierungsrat ein Volksentscheid am 22. September 2013, falls das Volk die jetzige Variante «Zuger Sitzzuteilungsmodell» ablehnen sollte. Der Regierungsrat sähe sich vor die schwierige Frage gestellt, die Bundesverfassung zu befolgen oder den Volksentscheid zu beachten. Es käme – einfach fünf Monate später – zu denselben Szenarien wie oben dargelegt. Auch hier: Der Regierungsrat hat auch diesbezüglich noch keinen Entscheid gefällt.
9. Die Direktorin des Innern ruft den Kantonsrat auf, durch Zustimmung zur Vorlage der ersten Lesung eine klare Grundlage für den hoffentlich zustimmenden Volksentscheid am 22. September 2013 zu schaffen. Seien Sie bitte ehrlich. Sofern Sie ja sagen zum Pukelsheim, sagen Sie bitte auch ja dazu im Vorfeld der Volksabstimmung. Die Regierungsrätin erinnert höflich daran, dass im Vernehmlassungsverfahren die Mitwirkenden grossmehrheitlich dem Pukelsheim zustimmten.
10. Die Zeit bleibt nicht stehen. In siebzehn Monaten finden die Gesamterneuerungswahlen statt. Bereits jetzt müssen die ersten technischen, logistischen und organisatorischen Massnahmen getroffen werden. Die Parteien müssen sich bereits jetzt auf ein bestimmtes Wahlsystem stützen können, um rechtzeitig bei der Suche nach Kandidaten und hoffentlich auch Kandidatinnen sich ihre Gedanken machen und Strategien entwickeln zu können.

Dem Regierungsrat sind die Kantonsratswahlen sehr wichtig. Er setzt alles daran, dass:
a) zeitgerecht verfassungskonforme Wahlen durchführt werden können;
b) eine Staatskrise verhindert werden kann;
c) ein verfassungskonformes System gewählt wird, das auf die Zuger Verhältnisse Rücksicht nimmt und die Gemeinden als Wahlkreise belässt. Im schlimmsten Fall haben wir sonst irgendwann ein Modell, das nicht mehr die Gemeinden als Wahlkreise hat.

Zu den Anträgen von Eugen Meienberg und Thomas Lötscher: Aufgrund der obigen Ausführungen lehnt der Regierungsrat den Antrag Meienberg ab. Dieser berücksichtigt in keiner Weise die bundesstaatliche Rechtsordnung und spricht vom Bundesgericht despektierlich von «irgendwelchem Gericht». Es kann nicht sein, dass wir als staatlich gewählte Organe die Bürgerinnen und Bürger aufrufen, Gerichtsurteile zu missachten, und gleichzeitig verlangen, dass die gleichen Bürgerinnen und Bürger Urteile, die sie betreffen, einhalten. So verlieren wir an Glaubwürdigkeit.
Mit dem Antrag von Thomas Lötscher kann die Wahlrechtsgleichheit nicht garantiert werden. Das Bundesgericht hat es zwar in seinem Entscheid vom 20. Dezem-

ber 2010 offen gelassen, ob ein solches Mischsystem verfassungsmässig ist. Es ist aufgrund der Ausführungen im Bundesgerichtsurteil davon auszugehen, dass diese Lösung wiederum der Bundesverfassung widerspricht, eine Stimmrechtsbeschwerde gutgeheissen und die Bundesversammlung die Gewährleistung versagen würde. Sofern man im Bundesgerichtsurteil S. 12 die unterschiedlich grossen Quoren bei den neun kleineren Gemeinden anschaut, die nach dem Vorschlag Lötscher nach dem Proporzverfahren wählen, wird klar, dass die Erfolgsgleichwertigkeit nach diesem System nicht gegeben wäre. Das Risiko ist aus juristischer Sicht einfach zu gross, dass unsere Wahlen für ungültig erklärt werden.
Das zu den juristischen Argumenten. Die Direktorin des Innern erlaubt sich noch einen ganz praktischen Hinweis zum Antrag Lötscher: In Oberägeri, Unterägeri, Menzingen, Hünenberg, Steinhausen, Risch und Walchwil würde neu der Kantonsrat im Majorz gewählt. In Zug, Baar und Cham würde im Proporz gewählt. Es wird dem Volk also vorgeschlagen, für das gleiche Gremium zwei verschiedene Wahlsysteme anzuwenden. Das dem Volk zu erklären, ist eine Herausforderung und führt auf Glatteis.
Der Kantonsrat und später das Stimmvolk müssen sich über die Konsequenzen im Klaren sein, welche eine Ablehnung des verfassungsmässigen Zuger Sitzzuteilungsverfahrens nach sich ziehen würde. Stimmen Sie der Vorlage des Regierungsrats zu, lehnen Sie die Anträge Lötscher und Meienberg ab und vermeiden Sie eine eigentliche Staatskrise im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen 2014.

Thomas Lötscher nimmt den Appell gerne auf: Seien wir ehrlich. Die ganze Argumentation der Direktorin des Innern fusst auf der Prämisse, dass die Anträge Meienberg und Lötscher bundesrechtswidrig sind. Regierungsrätin Weichelt sagte: «Wir wissen mit Sicherheit, dass sie bundesrechtswidrig sind.» Der Votant aber behauptet, dass man das zwar in Bezug auf den Antrag Meienberg weiss, nicht aber in Bezug auf den Antrag Lötscher. Er hat seinen Antrag mit dem Landschreiber überarbeitet und wegen der Erfolgswertgleichheit bewusst die Grenze bei zehn Sitzen angesetzt. Er bittet den Landschreiber um seine Einschätzung darüber, ob man wirklich davon ausgehen kann, dass sein Antrag mit Sicherheit bundesrechtswidrig ist. Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt.
Zum Thema, dass der Antrag Lötscher zu zwei Wahlsystemen im Kanton Zug führt: Bereits heute gibt es zwei Systeme. Neuheim wählt bereits heute nach dem Majorzsystem. Der Votant möchte nicht so überheblich sein und davon ausgehen, dass die Bevölkerung in den anderen Zuger Gemeinden dümmer wäre als in Neuheim. Sie muss ja nur in einer Gemeinde wählen und käme damit zurecht.

Eugen Meienberg kommt sich nach dem vorherigen Frontalangriff bald vor wie ein Verbrecher, lässt sich aber nicht so schnell ins Bockshorn jagen. Nach seiner Rechtsauffassung – er ist kein Jurist – glaubt er nicht, dass nach einer allfälligen Gewährleistung der Verfassung durch die Bundesversammlung sein Antrag immer noch bundesrechtswidrig wäre. Er denkt, dass das Bundesgericht das neu beurteilen müsste, sollte jemand eine Beschwerde einreichen, und dann hätte man wieder neue Voraussetzungen. Er sieht das also ganz anders als die Regierung. Er sieht es auch so, wie es Stefan Gisler in der Kommissionsberatung immer wieder gesagt hat: Zug ist nicht Schwyz. Er hält deshalb an seinem Antrag fest.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nicht üblich ist, dass Mitglieder des Kantonsrats direkt dem Landschreiber Fragen stellen. Heute soll aber eine Ausnahme gemacht werden.

Landschreiber **Tobias Moser** kann die Frage von Thomas Lötscher schnell beantworten: Er weiss es nicht. Er hat das mit Thomas Lötscher tatsächlich besprochen, aber nicht durchgerechnet, wie die Erfolgswertgleichheit der Stimmen in den einzelnen Wahlkreisen ausfallen würde und ob das bundesrechtskonform wäre. Es weiss auch niemand, ob die Bundesversammlung das gewährleisten würde.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** ist etwas enttäuscht von der Regierung. Wenn man dem Volk eine Variantenabstimmung vorlegt und mindestens eine Variante, nämlich das Ergebnis 1. Lesung, bundesgerichtskonform ist, kann man doch davon ausgehen, dass das Bundesgericht sich vor der Abstimmung nicht äussert, da ja die Möglichkeit einer rechtskonformen Lösung besteht. Er bittet deshalb auch die Regierung, ihre staatspolitische Verantwortung wahrzunehmen und die Variantenabstimmung zu ermöglichen, damit das bestehende Dilemma gelöst werden kann. Wir brauchen nicht im Vorfeld noch korrekter zu sein als das Bundesgericht.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass nun zuerst über die Grundsatzfrage «Variantenabstimmung ja oder nein» abgestimmt wird. Falls ja, folgt eine Dreifachabstimmung über die dem Volk vorzulegenden Fragen.

➔ Der Rat stimmt mit 36 zu 34 Stimmen einer Variantenabstimmung zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die Ausmarchung der beiden Varianten folgt. Dies geschieht in einer Dreifachabstimmung gemäss 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Jedes Ratsmitglied hat pro Abstimmung eine einzige Stimme. Erhält kein Antrag die absolute Mehrheit der Stimmenden, wird darüber abgestimmt, welcher von den beiden Anträgen, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigen, aus der Abstimmung fällt. Die zwei verbleibenden Anträge sind dann die Varianten, die den Stimmberechtigten vorgelegt werden.
Es stehen sich gegenüber:
- § 38 der Kantonsverfassung gemäss 1. Lesung inklusive die soeben gemachte Ergänzung in Abs. 4 Satz 1.
- Antrag Eugen Meienberg betreffend Beibehalten des heutigen Wahlverfahrens und Ausschluss des doppelt-proportionalen Zuteilungsverfahrens nach der Methode Pukelsheim.
- Antrag Thomas Lötscher betreffend Mischsystem.

Die Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
- Ergebnis 1. Lesung: 20 Stimmen.
- Antrag Meienberg: 33 Stimmen.
- Antrag Lötscher: 17 Stimmen.

Die zweite Abstimmung ergibt folgende Resultate:
- Ergebnis 1. Lesung: 51 Stimmen.
- Antrag Lötscher: 17 Stimmen.

➔ Damit entscheidet der Rat, dass der Antrag Meienberg und das Ergebnis 1. Lesung (mit der heute beschlossenen Ergänzung) in die Variantenabstimmung aufgenommen werden.

§ 78 Abs. 2bis bzw. Abs. 2a

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Redaktionskommission und Thomas Lötscher identische Anträge stellen. Es liegt ein Versehen vor. Die richtige Version ist in der Synopse der kantonsrätlichen Kommission gemäss Antrag vom 8. November 2012 enthalten (Vorlage 2170.5 - 14224). Der erste Satz von § 78 Abs. 2bis, der fälschlicherweise in das Ergebnis 1. Lesung gerutscht ist («Bei diesen Wahlen … zur Anwendung kommen»), ist ersatzlos zu streichen. Dieser Satz entspricht unverändert § 78 Abs. 2 der geltenden Verfassung. Es ist in dieser Vorlage nur der oben zitierte, neue § 78 Abs. 2bis Satz 2 aufzuführen. Es handelt sich um einen Abs. 2bis, weil der geltende Abs. 2 sich je nach Ergebnis der Abstimmung am 9. Juni 2013 betreffend Majorzinitiative ändern kann. Abs. 2bis hingegen enthält nur die Thematik «Doppelter Pukelsheim» und hat nichts mit der Majorzinitiative zu tun. Zu beachten ist auch, dass aus gesetzestechnischen Gründen § 78 Abs. 2bis neu Abs. 2a heisst.

➔ Der Rat stimmt den Anpassungen in § 78 Abs. 2a stillschweigend zu.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 46 zu 16 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen. Die Volksabstimmung ist für den 22. September 2013 vorgesehen.

5.4. Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG) (Vorlage 2170.9 - 14248)

§ 52c Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag der Redaktionskommission vorliegt: «…nur teil, wenn ihre Liste wenigstens in einem Wahlkreis mindestens 5 % aller Parteistimmen des betreffenden Wahlkreises *oder im gesamten Kanton mindestens 3 % aller Parteistimmen erhält.*» Der Begründung des Antrags ist zu entnehmen, dass die Formulierung gemäss Ergebnis der 1. Lesung missverständlich ist.

➔ Der Rat stimmt der Anpassung von § 52c Abs. 3 WAG stillschweigend zu.

Thomas Lötscher macht darauf aufmerksam, dass § 52 und seine Buchstaben noch Formulierungen zu Pukelsheim enthalten. Das müsste für die Variantenabstimmung noch bereinigt werden. Er fragt an, ob das im Hintergrund geschieht, oder ob der Rat das auch Punkt für Punkt durchgehen muss.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, informiert, dass das im Hintergrund bereinigt wird.

Kurt Balmer hat in seinem Votum bereits darauf hingewiesen, dass sowohl der Antrag Meienberg wie der Antrag Lötscher diesbezüglich ergänzungsbedürftig sind.

Es heisst in § 52a Abs. 2: «Die Wahl des Kantonsrates wird nach dem doppeltproportionalen Sitzzuteilungsverfahren durchgeführt.» Für den Fall, dass der Antrag Meienberg durchkommt, haben wir kein anwendbares WAG, und es nicht zulässig, die Anpassung des Gesetzes an die Verwaltung zu delegieren. Regierungsrätin Weichelt hat heute klar gesagt, dass der Kantonsrat der Gesetzgeber sei. Es ist nicht zulässig, dass die Verwaltung anschliessend ein Gesetz ergänzend abändern kann. Gegebenenfalls muss der Kantonsrat dieses Gesetz anpassen. Wenn das nicht heute geschieht, muss es in einer kommenden Kantonsratsdebatte geschehen – mit dem Risiko, dass allenfalls dagegen separat das Referendum ergriffen wird. Dann haben wir den kompletten Salat.
Der Votant hat darauf hingewiesen, dass die Anträge unvollständig sind. Man hat nicht hingehört und einfach beschlossen. Und nun meint man, dem Volk etwas vorlegen zu können, auch wenn man keine komplette Lösung hat.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält fest, dass die Kommission *eingehend* über die Auswirkungen der jeweiligen Verfassungsbestimmungen diskutiert hat und auch darüber, ob es zulässig ist, dass, wenn diese oder jene Variante der Verfassung angenommen wird, *eo ipso* die nicht mehr konformen Bestimmungen in der Gesetzgebung – beispielsweise im zitierten § 52a – von der Staatskanzlei gestrichen werden können. Es ist gängige Praxis und nicht etwas Neues, dass der jeweiligen Verfassungsbestimmung widersprechende Artikel im Bereinigungsverfahren, das die Staatskanzlei vornimmt, gestrichen werden. Es wäre vielleicht sinnvoll, gewisse Fragen den Kommissionsmitgliedern zu überlassen.
Die Kommission hat heute Morgen auch noch eingehend abgeklärt, ob eine Gesetzesanpassung notwendig wäre, wenn der Antrag Lötscher mit dem Mischsystem angenommen worden wäre. Die Direktion des Innern hat das geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass es keine Gesetzesanpassung braucht. Wenn es positiv neue Gesetze braucht, dann – hier geht der Votant mit Kurt Balmer einig – ist allein der Kantonsrat zuständig. Wenn es aber darum geht, Gesetze zu streichen, die nicht mehr mit der Verfassung kompatibel sind, dann erledigt das nach gängiger Praxis die Staatskanzlei. Das wurde auch im Drehbuch vermerkt.

Thomas Lötscher bittet Kurt Balmer um ein Gefallen: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir ein kantonales Parlament und nicht ein britischer High Court sind. Halten Sie bitte kurze Voten und nicht ausufernde Plädoyers, und behandeln Sie uns Nicht-Juristen nicht wie Idioten.

Landschreiber **Tobias Moser** hat in Absprache mit der Direktorin des Innern und dem Kantonsratspräsidenten eine Ergänzung zu machen. Er unterstützt vollumfänglich das Votum von Kommissionspräsident Heini Schmid. Anders ausgedrückt: Wenn das Volk in der Abstimmung am 22. September die Variante Meienberg favorisiert, dann fallen die Bestimmungen von § 52a bis § 52f WAG weg. Das würde öffentlich mitgeteilt und wäre dank LexWork auch im Detail nachvollziehbar.

Manuel Brandenberg frägt, ob nicht eine ausdrückliche Ermächtigung in das Gesetz hineingeschrieben werden sollte, dass für den Fall, dass die Verfassung im Sinne des Antrags Meienberg geändert wird, diese und diese Artikel wegfallen. Das wäre formell korrekt, und die gesetzliche Grundlage wäre hier im Kantonsrat geschaffen worden. Der Votant stellt auf Nachfrage des Vorsitzenden aber ausdrücklich *keinen* entsprechenden Antrag.

Landschreiber **Tobias Moser** kann festhalten, dass sich alle Juristen hier für einmal einig sind. Wenn der Rat dem Votum von Manuel Brandenberg stillschweigend zustimmt, ermächtigt er die Staatskanzlei unter der Führung des Landschreibers, die nötigen Retuschen vorzunehmen und das Gesetz zu bereinigen. Die Verfassung geht dem Gesetz vor, und es geht nur noch um die Tilgung der obsoleten Bestimmungen auf Gesetzesstufe.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 43 zu 15 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Der Regierungsrat beantragt, die Motion von Andreas Hausheer betreffend Anpassung der gesetzlichen Regelungen für zweite Wahlgänge bei Ständeratswahlen vom 21. November 2011 (Vorlage Nr. 2096.1 - 13938) sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend zu.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen. Der **Vorsitzende** dankt dem Rat für die engagierte Debatte.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

700 Traktandum 3.1: **Motion von Andreas Hausheer und Eugen Meienberg betreffend weitergehende Entschädigung von Gemeinden mit gegenüber der einwohnerproportionalen Verteilung zu vielen Asylsuchenden vom 21. März 2013 (Vorlage Nr. 2231.1 - 14288)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

701 Traktandum 3.2: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Standesinitiative zur Wiederherstellung der Souveränität der Kantone bei Wahlfragen vom 28. März 2013 (Vorlage Nr. 2235.1 - 14295)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

702 Traktandum 3.3: **Motion der vorberatenden Kommission zur Änderung des Organisationsgesetzes betreffend Ergänzungen im Organisationsgesetz (§ 7) und im Finanzhaushaltgesetz (§§ 45 und 46) vom 4. April 2013 (Vorlage Nr. 2238.1 - 14301)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

703 Traktandum 3.4: **Motion von Thomas Werner betreffend Verteilung der Asylanten und die dadurch entstehenden Kosten im Kanton Zug vom 8. April 2013 (Vorlage Nr. 2239.1 - 14301)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

704 Traktandum 3.5: **Motion von Gabriela Ingold betreffend Grundstückgewinnsteuer vom 15. April 2013 (Vorlage Nr. 2242.1 - 14316)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

705 Traktandum 3.6: **Motion der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz vom 16. April 2013 (Vorlage Nr. 2243.1 - 14317)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

706 Traktandum 3.7: **Motion von Cornelia Stocker und Alice Landtwing betreffend Änderung § 19 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) vom 16. April 2013 (Vorlage Nr. 2245.1 - 14320)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

707 Traktandum 3.8: **Motion von Markus Jans «Neuer Mittelschulstandort auf dem Areal der Papierfabrik Cham» vom 21. April 2013 (Vorlage Nr. 2249.1 - 14325)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

708 Traktandum 3.9: **Postulat der CVP-Fraktion betreffend Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch vom 19. April 2013 (Vorlage Nr. 2248.1 - 14323)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

709 Traktandum 3.10: **Interpellation von Moritz Schmid betreffend Ausbau GIBZ Autotechnik vom 2. April 2013 (Vorlage Nr. 2236.1 - 14297)**

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel:** In Hinblick darauf, dass heute auch Raumbedürfnisse des Gewerblich-industriellen Bildungszentrum Zug (GIBZ) traktandiert waren, war es dem Regierungsrat wichtig, diese Interpellation möglichst schnell und mündlich zu beantworten.

Vorbemerkungen
Am GIBZ als grösste Schule des Kantons werden heute über 25 Berufe ausgebildet, dies mit grossem Erfolg. In verschiedenen Bereichen stösst das GIBZ räumlich an seine Grenzen und musste deshalb bereits die Ausbildung Fachangestellte

Gesundheit an die Zugerbergstrasse auslagern. Deshalb benötigt das GIBZ auf seinem Areal einen Erweiterungsneubau (Vorlage Nr. 2177.1/.2/.3 - 14147/48/49).
Mit zahlreichen Branchenorganisationen bestehen Vereinbarungen über die Nutzung von Schulräumlichkeiten am GIBZ, so auch für den Bereich Automobilgewerbe mit dem Schweizerischen Automobilgewerbe Verband Schweiz (AGVS), Sektion Zug. In den vergangenen Jahren hat der AGVS allerdings mehr Raum zugeteilt erhalten, als er mit der seinerzeitigen Vereinbarung angemietet hat. Aufgrund der Lage der Räume können diese zurzeit nur für das Automobilgewerbe sinnvoll genutzt werden. Auch bezüglich der aktuellen Fragestellungen war das GIBZ im Gespräch mit dem AGVS. Um die schulische Ausbildung des Industrie- und Gewerbebereichs, welche in der Schweiz in den letzten Jahren unter Druck gekommen ist, attraktiv zu halten und damit gut ausgebildete Berufsleute für den Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, ist das GIBZ immer wieder Kooperationen mit innovativen Partnerinnen und Partnern aus der Wirtschaft eingegangen. In diesem Kontext ist auch die Zusammenarbeit mit Porsche Schweiz, die ihren Sitz im Kanton Zug hat, eine Umsetzung der bisherigen erfolgreichen Strategie.

Antwort auf Frage 1 («Warum stellt das GIBZ trotz Raumknappheit der Privatwirtschaft für unbestimmte Zeit Schulraum zur Verfügung?»)
Die Kooperation mit Porsche entspricht dem Konzept des GIBZ, möglichst eng mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten und aktuelle Technologien zu integrieren. Die Raumknappheit am GIBZ betrifft nicht den Automobilbereich und kann nicht mit Einschränkungen dieses Bereichs behoben werden. Vielmehr werden die bisherigen Räume zugunsten der Automobiltechnik intensiver genutzt. Das GIBZ kann vom geplanten Schweizerischen Porsche-Technologiezentrum sowohl in der Grundbildung wie auch in der Weiterbildung, zu finanziell günstigen Bedingungen profitieren. Es ist geplant, einen Raum für dieses Zentrum zu nutzen, der bisher grossmehrheitlich als Ablageraum für verschiedene Institutionen rund um das Autogewerbe diente. Durch die Zusammenarbeit mit Porsche kann dieser Raum (Zimmer 3.021) nun optimal genutzt werden

Antwort auf Frage 2 («Wird Schulungsraum der Automobiltechnik Grundausbildung entzogen und der Firma Porsche neu vermietet?») und Frage 3 («Wurde abgeklärt, ob für die Grundbildung Automobiltechnik, Überbetriebliche Kurse, Qualifikationsverfahren der Automobildiagnostiker noch genügend zeitgemässer Schulraum zur Verfügung steht?»)
Der Automobiltechnik werden keine Räume fehlen: Sowohl die alljährlichen Qualifikationsverfahren im Juni, die Überbetrieblichen Kurse der Reifenpraktiker und -praktikerinnen, die Elektropraktika sowie die Theorie der Schweisskurse werden weiterhin am GIBZ durchgeführt. Der für Porsche vorgesehene Raum 3.021 wird heute schlecht (grösstenteils als Lagerraum) und auch für autotechnikfremde Tätigkeiten genutzt und ist überaltert. Eine Umnutzung durch Porsche ermöglicht also eine wesentlich bessere Ausnutzung des Raumes 3.021 sowie der beiden Demonstrationsräume. Entsprechend hat das GIBZ diese optimierte Nutzung mit Experten für Werkstattplanungen des Automobilgewerbes geklärt und von dieser wie auch von der Berufsbildungskommission des AGVS Zug Zustimmung erhalten. Das ist dem Volkswirtschaftsdirektor wichtig, weil vor etwa zwei Wochen ein Zeitungsartikel suggerierte, das Automobilgewerbe sei damit nicht einverstanden und nicht zufrieden. Das war früher mal der Fall, die Volkswirtschaftsdirektion hat aber in mehreren Besprechungen – zuletzt am letzten Freitag – die Zusicherung erhalten, dass die jetzigen Nutzung in Ordnung ist und die Zustimmung des Gewerbes findet.

Antwort auf Frage 4 («Wie hoch sind die Umbau-, Renovations- und Einrichtungskosten und wie werden diese finanziert? Was geschieht mit den bestehenden Einrichtungen?»)
Die Renovationsarbeiten des Raumes 3.021 beziehen sich lediglich auf das Auffrischen der Wände und des Bodens, die seit dem Neubau im Jahre 1999 nie mehr gestrichen wurden (Aufwand ca. CHF 15'000.–). Zudem wird eine Autoliftanlage (Aufwand: CHF 10'000.–) eingebaut, die auch für die GIBZ-Grund- und Weiterbildung eingesetzt wird. Weil die Arbeit rund um die Automobiltechnik zunehmend mit Elektronik, sprich Computern zu tun hat, wird neu ein kleiner Schulungsraum mit 12 Arbeitsstationen (Aufwand: CHF 13'000.– für Möbel und CHF 12'000.– für die PCs) eingerichtet, der auch von Lernenden des GIBZ genutzt werden kann. Insgesamt ist mit CHF 50'000.– zu rechnen. Zur besseren Nutzung dieser Räume und Anpassung an die heutigen Ausbildungsbedürfnisses im Automobilgewerbe wären diese Investitionen früher oder später ohnehin angefallen. Demgegenüber kann das GIBZ jährlich CHF 25'000.– Mieteinnahmen der Firma Porsche verzeichnen. Ein Teil der bestehenden Einrichtungen werden vom Hausdienst übernommen, der Rest muss wegen Überalterung entsorgt werden.

Antwort auf Frage 5 («In welcher Form stellt die Firma Porsche ihre Technologie allen Lernenden im Bereich Automobiltechnik zur Verfügung? Angeblich stellt die Firma Porsche der Grundbildung die neuesten Infrastrukturen kostenlos zur Verfügung. Besteht ein Lernkonzept, damit die Schule, die ÜK resp. die Diagnostiker ihre Jahresplanung vorbereiten können? (Einbinden der Porschetechnologie in die Lernprozesse der einzelnen Abteilungen)»
Die Firma Porsche stellt dem GIBZ leihweise und damit unentgeltlich für dessen Ausbildungszwecke neuste Automobile und entsprechende Peripherie-Geräte sowie Informations- und Messgeräte zur Verfügung. Ausserdem erhalten die Lehrpersonen des GIBZ im Sinne eines *Know-how*-Transfers die Möglichkeit, an den Kursen von Porsche kostenlos teilzunehmen. Die von Porsche zur Verfügung gestellten Sachmittel und Kurseinheiten werden gemäss vorhandenen Schullehr- und Semesterplänen in der Grund- und Weiterbildung des GIBZ koordiniert.

Antwort auf Frage 6 («Nach Information hat der AGVS Sektion Zug, welcher die ÜK gemäss Bildungsplan durchführt, ein Jahr Kündigungsfrist. Wie soll es möglich sein, dass die Firma Porsche den Technologiebetrieb auf den 1. August in Betrieb nehmen kann?»)
Das GIBZ hat zu keinem Zeitpunkt eine Kündigung des AGVS Sektion Zug in Betracht gezogen. Vielmehr sucht das GIBZ die Zusammenarbeit mit den Branchen- und Lehrbetrieben. Die vom AGVS angemieteten und für ihn reservierten Räume können weiterhin vom AGVS genutzt Seite werden. Für einen Anteil im Raum 3.021 wurde entsprechender Ersatz im Raum 3.015 angeboten. Somit verfügt der AGVS Sektion Zug für die Durchführung ihrer ÜK-Einheiten über genau gleich viel Platz wie vorher. Im Sinne der Lernortkooperation werden die einzelnen Räume am GIBZ, wie bei anderen Branchen üblich, unter den Bildungspartnern gut abgestimmt.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass mit der neuen Zusammenarbeit zwischen Porsche Schweiz und dem GIBZ nicht nur die Attraktivität der Ausbildung im Automobilbereich für Jugendliche steigt und die Abteilung Automobiltechnik insgesamt gewinnt, sondern auch das Konzept der engen strategischen Zusammenarbeit mit Partnern der Wirtschaft um ein weiteres Kapitel erfolgreich umgesetzt wird.

Abschliessend ist zu bemerken, dass der Regierungsrat nicht erst seit der Interpellation im Dialog mit dem Interpellanten ist. Im Rahmen der Sitzung der Hochbaukommission zum Erweiterungstrakt GIBZ konnten ihm Antworten aus Fragen mit gleicher Stossrichtung gegeben werden. Der Volkswirtschaftsdirektor hofft, dass diese Fragen nun auch öffentlich abschliessend geklärt sind.

Interpellant **Moritz Schmid** dankt dem Regierungsrat für die rasche Beantwortung seiner Interpellation, mit der er eigentlich nicht gerechnet hat. Wie so manche Eingabe hätte auch diese mit einem Telefon erledigt werden können. Leider war es nicht möglich, weil die Antworten aus der Direktion wie vom zuständigen Rektor nicht zufriedenstellend waren. Die vorliegende Interpellation hat nichts, auch nicht im Entferntesten, mit dem Erneuerungsbau GIBZ und Aufstockung KBA zu tun.
Vorgängig zu seiner Interpellation stimmte der Interpellant in der Hochbaukommission der Vorlage 2177 zu. Die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und deren Technologien begrüsst er als Gewerbler und das AGVS Sektion Zug als Lehrlingsausbildner. Leider wurde anfänglich meiner Interpellation dem AGVS Räumlichkeiten gestrichen, um die Porsche Technologie einzumieten. Dank der Interpellation konnte Regierungsrat Matthias Michel mit dem Autogewerbe eine einvernehmliche Lösung finden, was leider mit den verantwortlichen Leuten der Volkswirtschaftsdirektion und dem Rektor mündlich nicht möglich war.
Den angenommenen Ausgaben von 50'000 Franken für Sanierungen stehen jährliche Mietzinseinnahmen von 25'000 Franken entgegen, was sicher ein schöner Betrag ist. Aber wie lange bleibt Porsche Mieter dieser Räumlichkeiten? Wie der Presse zu entnehmen ist, nicht so lange. Notwendig, um die ÜK-Kurse durchführen zu können, wäre die Information, wann genau die Porsche-Technologien den Lehrlingen zeitmässig zur Verfügung stehen, damit die Lehrpläne für das folgende Schuljahr erstellt und in den Lehrplan eingebaut werden können.
Positiv an der Interpellation ist, dass sich Regierungsrat Michel die Zeit nehmen konnte, um mit den zuständigen Leuten des AGVS die angestandenen Probleme zu lösen. Zum letzten Absatz in der Beantwortung will der Votant nur sagen, was er eingangs schon erwähnt hat. Hätte er auf seine Fragen eine zufriedenstellende Antwort erhalten, so hätte es diese Interpellation nicht gebraucht. Auf jeden Fall hat die Interpellation nichts mit einem Verhindern der Erweiterungsbauten auf dem GIBZ-Areal tun.

Esther Haas legt zuerst ihre Interessenbindung vor: Sie ist Lehrperson an der betroffenen Schule GIBZ.
Zur Recht wird von den Berufsfachschulen gefordert, dass sie immer am Ball bleiben und bei den neuesten Entwicklungen mithalten können. Genau dies hat das GIBZ getan, als es eine Kooperation mit dem Autohersteller Porsche eingegangen ist. Aus diesem Grund ist die Stossrichtung der vorliegenden Interpellation rätselhaft. Die Lernenden in Grund- und Weiterbildung aus der Autobranche werden von gut geschulten Lehrpersonen mit der neuesten Technologie vertraut gemacht, ohne dass der bisher einzige Mieter, der Branchenverband AGVS, negativ betroffen wird. Vermutlich stört sich aber der AGVS am Umstand, dass mit dem Kooperationsvertrag auch sein Mietvertrag mit dem GIBZ möglicherweise einer Anpassung unterzogen werden muss. Laut den Recherchen der Votantin zahlte der AGVS für gewisse benutzte Räume gar keine und für andere eine viel tiefere als eine marktübliche Miete. Diese Anpassungen können für den AGVS im ersten Moment ärgerlich sein. Dass aber daraus gleich ein politischer Vorstoss konstruiert wird, ist ziemlich irritierend.

Die AGF begrüsst die fundierte Antwort der Regierung, meint aber, dass es für dieses Geschäft genügt hätte, die Fragen ausschliesslich mit der Schulleitung des GIBZ zu diskutieren.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hat Moritz Schmid nicht unterstellt, dass dieser etwas verhindern möchte. Interpellationen werden aber sensibel gelesen, und der entsprechende Konnex wurde darin gesehen, dass in der ersten Frage steht, weshalb am GIBZ trotz Raumknappheit der Privatwirtschaft Räume zur Verfügung gestellt würden.
Wie gesagt, sind die Fragen jetzt öffentlich geklärt. Der Volkswirtschaftsdirektor war aber seit Januar persönlich im Gespräch mit dem AGVS. So gesehen, ist es ja schön, dass nicht auf Interpellationen gewartet werden muss, bevor man das Gespräch mit jemandem sucht. Der Volkswirtschaftsdirektor hofft, dass jetzt alle zufrieden sind.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

710 Traktandum 3.11: **Interpellation von Gabriela Ingold und Barbara Strub betreffend Umfahrung Unterägeri bzw. Bauvorhaben im Kanton Zug vom 5. April 2013 (Vorlage Nr. 2237.1 - 14298)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

711 Traktandum 3.12: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend die negativen unternehmerischen Folgen des Rauchverbots und der staatlichen Präventionsgesetzgebung vom 12. April 2013 (Vorlage Nr. 2241.1 - 14313)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

712 Traktandum 3.13: **Interpellation von Zari Dzaferi betreffend der Umsetzung der Noteninitiative für Noten ab der 2. Klasse vom 17. April 2013 (Vorlage Nr. 2244.1 - 14318)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

713 Traktandum 3.14: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Massnahmen gegen Missstände in der Rohstoffbranche vom 19. April 2013 (Vorlage Nr. 2246.1 - 14321)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

714 Traktandum 3.15: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Familienpolitik muss Wahlfreiheit zur Lebensform ermöglichen vom 19. April 2013 (Vorlage Nr. 2247.1 - 14322)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 6

715 Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz): 2. Lesung

Das Traktandum wird verschoben (siehe oben Ziffer 698).

TRAKTANDUM 7

716 Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG), Änderung von § 10: 2. Lesung
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2189.4 - 14281).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind. Er hat deshalb mit der Obergerichtspräsidentin abgesprochen, dass sie auf eine Teilnahme an der Kantonsratssitzung verzichten kann.

SCHLUSSABSTIMMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 58 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

717 Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG): 2. Lesung
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2176.4 - 14268)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 63 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen parlamentarische Vorstösse zum Abschreiben vor:
- Motion von Thomas Lötscher, Philippe Camenisch, Daniel Abt und Daniel Thomas Burch betreffend mehr Rechtssicherheit in Baubewilligungsverfahren vom 17. August 2010 (Vorlage 1964.1 - 13506)
- Motion von Pirmin Frei betreffend kein Zuger Dach ohne Sonnenenergie-Nutzung vom 20. April 2011 (Vorlage Nr. 2043.1 - 13749)

➔ Der Rat schreibt die zwei Motionen stillschweigend als erledigt ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat in Bezug auf das Postulat der Raumplanungskommission betreffend Überprüfung der Ausnützungsziffer bei der Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) im Kanton Zug vom 8. April 2011 (Vorlage Nr. 2039.1 - 13742) beantragt, der Vorstoss sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Die

Raumplanungskommission hingegen beantragt, das Postulat sei nicht als erledigt abzuschreiben.

Barbara Strub, Präsidentin der Raumplanungskommission: Bei der Umsetzung der IVHB, welche bis spätestens 2025 zu erfolgen hat, ist der Begriff «Ausnützungsziffer» – Ausnahme vorbehalten – nicht mehr vorgesehen, sondern es sollen neue Nutzungsziffern eingeführt werden. Darum hat die Raumplanungskommission am 8. April 2011 mittels Postulat die Regierung eingeladen, nach einem Beitritt des Kantons Zug zur IVHB und bei deren Umsetzung die bisherige Regelung der Ausnützungsziffer grundsätzlich zu überprüfen und diese entweder neu zu definieren oder eine andere Nutzungsziffer gemäss IVHB zu bestimmen. Dies ist noch nicht geschehen.
Der Regierungsrat hat inzwischen den Beitritt des Kantons Zug zur IVHB erklärt. Die Umsetzung dieser Vereinbarung erfolgt mit deren Umsetzung in den Zonenplänen und Bauordnungen der Einwohnergemeinden, was noch einige Jahre dauern wird. Die Postulatsfrage, durch welche Nutzungsziffer die heutige Ausnützungsziffer in unserem Kanton in Zukunft ersetzt werden soll, ist noch nicht beantwortet. Eventuell soll die mögliche Ausnahme, die Ausnützungsziffer, weiterhin für Zug verwendet werden. Mit welchen Vor- und Nachteilen? Diese Fragen sind vom Regierungsrat noch nicht beantwortet. Deshalb stell die Raumplanungskommission den **Antrag,** dieses Postulat sei noch nicht abzuschreiben. Es ist der Raumplanungskommission bewusst, dass Postulate innert drei Jahren zu beantworten sind und in diesem Fall eine Verlängerung dieser Frist nötig ist, da die Abschreibung erst nach Klärung dieser Fragen in einiger Zeit erfolgen kann.
Die Votantin bittet im Namen der Raumplanungskommission, dieses Postulat noch nicht als erledigt abzuschreiben.

Baudirektor **Heinz Tännler:** Grundsätzlich kann man die Ausführungen der Präsidentin der Raumplanungskommission so stehen lassen, und es ist richtig, dass die RPK den Regierungsrat bzw. die Baudirektion mittels Postulat eingeladen hat, die Ausnützungsziffer zu überprüfen bzw. neu zu definieren. Die Baudirektion hat der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK), welche die Obhut über die IVBH hat, Folgendes mitgeteilt: «Wie der Kanton Aargau und andere Kanton bringt auch der Kanton Zug den Vorbehalt an, dass er an seiner bisherigen Definition der Ausnützungsziffer festhält bzw. diese prüft.» Damit hat die Regierung dem Postulat eigentlich schon Rechnung getragen. Sie wird diese Prüfung selbstverständlich vornehmen, nicht im Alleingang, sondern zusammen mit den Gemeinden, die dannzumal ihre Bauordnungen auch anpassen müssen.
Der Baudirektor macht gerne die Zusage, dass die Regierung im Sinne des Postulats der RPK vorgehen will. Wenn der Kantonsrat das Postulat jetzt aber nicht abschreiben will, dann geht auch keine Welt unter. Die Regierung wird das Begehren der RPK selbstverständlich einhalten.

➔ Der Rat erklärt das Postulat der Raumplanungskommission stillschweigend erheblich.

➔ Der Rat stimmt mit 52 zu 18 Stimmen dem Antrag der Raumplanungskommission zu, das Postulat nicht als erledigt abzuschreiben.

Damit ist das Geschäft Nr. 2176 für den Kantonsrat abgeschlossen.

TRAKTANDUM 9

718 **Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung des Konkordats vom 15. November 2007 über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen: 2. Lesung**

Es liegen vor: Ergebnisse der 1. Lesung (2186.5 - 14276 und 2186.6 - 14279).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

9.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen Vorlage Nr. 2186.5 - 14276

Andreas Hausheer stellt namens der CVP-Fraktion den **Antrag,** die Schlussabstimmung sei als geheime Abstimmung gemäss § 64 der Geschäftsordnung durchzuführen.

Beni Riedi ist etwas erstaunt über den Antrag der CVP. Man konnte heute in der «Neuen Zuger Zeitung» von Seiten der Mitteparteien lesen, dass in einigen Fraktionen Druck ausgeübt werde oder gar Fraktionszwang bestehe. Der Votant bittet die Ratsmitglieder, Mann oder Frau genug zu sein und wie gewohnt transparent und offen abzustimmen, andernfalls aber so ehrlich zu sein und nicht in den Medien von Fraktionszwang zu sprechen und dann eine anonyme Abstimmung zu verlangen. Er bittet, den Antrag der CVP-Fraktion abzulehnen.

Heini Schmid hält fest, dass Fraktionszwang unseren Parlamenten grundsätzlich fremd ist. Jeder Parlamentarier ist frei und vor seinem eigenen Gewissen verantwortlich; es herrschen keine deutschen Parlamentsverhältnisse. Der CVP ist diese Errungenschaft der Schweizer Parlamente sehr wichtig. Sie will die freie Meinungsbildung jedes Parlamentariers schützen. Das einzige taugliche Instrument für den Schutz vor dem Fraktionszwang ist die geheime Abstimmung, wie sie auch in der Geschäftsordnung vorgesehen ist.

Manuel Brandenberg weiss nicht, warum sich die CVP so auf Fraktionszwang fixiert. In der SVP gibt es keinen Fraktionszwang – auch wenn ihn der Votant persönlich manchmal gerne hätte. Auch er ist dafür, dass jedes Ratsmitglied frei abstimmt, aber auch zu seiner Stimme steht. Stimmen wir also ab wie immer: offen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag, die Schlussabstimmung sei geheim durchzuführen, mit 28 Ja- und 42 Nein-Stimmen zu. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Martin Stuber stellt den **Antrag,** die Schlussabstimmung sei unter Namensaufruf durchzuführen.

Der **Vorsitzende** zitiert aus § 64 Abs. 1 der Geschäftsordnung: «Erreicht ein Antrag auf geheime Abstimmung neben einem solchen auf Namensaufruf die notwendige Stimmenzahl, so entscheidet der Rat mit Stimmenmehrheit, welche von den beiden Stimmabgaben durchzuführen ist.» Es wird jetzt über Namensaufruf ja/nein und anschliessend allenfalls über die endgültige Art der Stimmabgabe abgestimmt.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag, die Schlussabstimmung sei unter Namensaufruf durchzuführen, mit 32 zu 28 Stimmen zu.

➔ Der Rat beschliesst mit 34 zu 32 Stimmen, die Schlussabstimmung geheim durchzuführen.

Die Stimmzettel werden ausgeteilt. Der **Vorsitzende** hält fest, dass «Ja» die Zustimmung zum Konkordat, «Nein dessen Ablehnung bedeutet. Da das Traktandum 9.2 (Änderungen kantonaler Erlasse, Vorlage 2186.6 - 14279) vom Resultat der Abstimmung abhängig ist, wird Traktandum 9 hier unterbrochen und mit Traktandum 10 weitergefahren.

(Ergebnis der geheimen Abstimmung sowie Fortsetzung und Abschluss der Beratungen zu Traktandum 9: siehe unten Ziffer 722).

719 Weiteres Vorgehen und Änderung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Traktandum 10 in der verbleibenden Zeit nicht durchberaten werden kann. Er frägt deshalb den Rat, ob bis gegen 17.30 Uhr weitergearbeitet werden kann.

Als Mitglied der vorberatenden Kommission weist **Philip C. Brunner** darauf hin, dass das Pensionskassengesetz (Traktandum 10) ein intensiver Brocken ist, der seriös beraten und nicht kurz vor Feierabend durchgedrückt werden sollte. Er schlägt vor, Traktandum 11 (Wirtschaftspflegegesetz) vorzuziehen.

Thomas Lötscher möchte beliebt machen, die geplanten Zeiten einzuhalten, da viele Ratsmitglieder noch weitere Verpflichtungen haben.

➔ Der Rat ist mit der Änderung der Traktandenliste gemäss Vorschlag von Philip C. Brunner stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 10

720 Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse (Pensionskassengesetz)

Das Traktandum wird verschoben (siehe Ziffer 719).

TRAKTANDUM 11

721 Gesetz über die Wirtschaftspflege im Kanton Zug (Wirtschaftspflegegesetz)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2193.1/.2 - 14179/80) und der vorberatenden Kommission (2193.3 - 14252).

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** informiert, dass die vorberatende Kommission das vorliegende Gesetz am 28. Januar in einer kurzen Nachmittagssitzung beraten hat. Es wurde ohne Enthaltungen eingetreten. In der Detailberatung wurden zwei Anträge gestellt: Ein Antrag auf Streichung von § 1 Abs. 3 wurde mit 11 zu 4 Stimmen abgelehnt; ein weiterer Antrag zu § 4 Abs. 1 und 2 auf Senkung der Zuständigkeit des Regierungsrats für jährliche Kosten von maximal 100'000 Franken auf 50'000 Franken bei Beitritt zu regionalen, nationalen oder internationalen Trägerschaften wurde mit 9 zu 6 Stimmen abgelehnt. In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission mit 14 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung der Vorlage zu.
Die SVP-Fraktion wird Änderungsanträge stellen, ist insgesamt aber grossmehrheitlich für dieses Gesetz. Der Kommissionspräsident dankt dem zuständigen Regierungsrat und seinen Mitarbeitern für die Vorbereitung und die hervorragende Arbeit.

Andreas Hürlimann: Mit der Totalrevision der Geschäftsordnung des Regierungsrats entfällt die bisherige Rechtsgrundlage für Wirtschaftspflegeaktivitäten im Kanton Zug. Dem neuen Gesetz kann auch die AGF zustimmen, sofern es denn um *sinnvolle* Wirtschaftspflege geht. Die AGF erwartet, dass bei der Haupttätigkeit der Kontaktstelle Wirtschaft tatsächlich – wie es im Titel des Gesetzes so schön heisst – um die *Pflege* geht. Ansässige Unternehmen sollen einfachen, unkomplizierten Zugang in die Verwaltung haben einen zentralen *One Stop Shop* als Ansprechstelle kennen und ihre Anliegen austauschen können.
Dass diese Aktivität gefolgt wird von der Netzwerkpflege und der Standortentwicklung, wozu auch die Jungunternehmerförderung oder Innovationspreise gehören, ist für die AGF verständlich. Allerdings erwartet sie gerade bei der Förderung mittels Innovationspreisen etc. in Zukunft wesentlich mehr Fingerspitzengefühl. Es geht nicht an, dass der Kanton ausgerechnet eine Firma auszeichnet, welche 70 Prozent der Stellen abbaut oder sich allenfalls mit seinen ausländischen Aktivitäten auf fragwürdigem sozial- oder umweltpolitischem Boden befindet.
Zudem erwartet die AGF auch, dass der Kanton mit seinen Kontakten aktiv Anliegen einbringt, so zum Beispiel im Rohstoffbereich. Hier könnte man im Minimum mit Basis des Grundlagenberichts des Bundesrats zur Rolle der Schweiz im internationalen Rohstoffhandel einige Aspekte thematisieren und die Weiterentwicklung der Standards vorantreiben. Dieser Bericht bestätigt übrigens viele Kritiken, die die Zuger Alternativen seit Jahrzehnten äussern. Ein aktives Einbringen von Anliegen erwartet die AGF auch bei der Mobilitätsberatung, wo Anreize für ein umweltfreundliches und gesundheitsförderndes Mobilitätsverhalten der Mitarbeitenden geschaffen werden können. Auch das Thema der Integration von Mitarbeitenden ist wichtig und nicht zu vernachlässigen. Es reicht hier definitiv nicht, wenn sich die Volkswirtschaftsdirektion mit dem Angebot beispielsweise an internationalen Schulen zufrieden gibt und das Gefühl hat, damit habe man für vom Ausland zugezogene Mitarbeitende genug getan. Der Kanton soll sich mit den Firmen auch bezüglich besserer Integration von Mitarbeitenden austauschen und beispielsweise

Hand bieten für eine bessere Vernetzung im Bereich der Freizeit (sprachliche Förderung, Sportvereine etc.).
Die AGF dankt dem Regierungsrat, wenn er ihre Vorbehalte ernst nimmt und diese in der täglichen Arbeit umsetzt. Die AGF wird eintreten und der Vorlage im Sinne der Regierung zustimmen.

Barbara Gysel: Die SP-Fraktion findet es wichtig, dass die neue Rechtsgrundlage geschaffen wird. Sie bedauert allerdings, dass die Ausrichtung der Aktivitäten einseitig vorgenommen wurde. Die jetzige Praxis hätte gewisse Korrekturen nötig.
Ein grundsätzlicher Gedanke: Auf der heutigen Traktandenliste stehen mit dem Wirtschaftspflegegesetz und der Interpellation zur Geschlechtergleichstellung zwei Themen, die auf den ersten Blick wenig gemein haben. Die Wirtschaftspflege ist in der Zuger Verfassung nicht explizit verankert. Das Wort «Wirtschaft» taucht nicht einmal auf. Und doch ist die Regierung willens, sehr viel zu investieren, wie diese Vorlage zeigt. Umgekehrt ist es bei der Geschlechtergleichstellung: § 5 unserer Verfassung ist zu entnehmen, dass der Kanton die Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann fördert. Die Interpellationsantwort der Regierung zeigt allerdings, dass es dort deutlich an Motivation und effektiven Handlungen mangelt. Das Beispiel des Wirtschaftspflegegesetzes zeigt, dass es auch anders gehen könnte.
Einige Punkte zur Vorlage im Detail: Die Regierung legt Wert auf den Begriff der «Wirtschaftspflege» versus «Wirtschaftsförderung». Damit soll betont werden, dass nicht wie in anderen Kantonen Unternehmen direkt angelockt und gefördert werden. Die SP stellt fest, dass die Regierung mit der Wirtschaftspflege aber offenbar primär die *Unternehmen* im Auge hat (siehe Kapitel 3 «Grundzüge der neuen Regelung» auf Seite 3 im regierungsrätlichen Bericht). «Wirtschaft» ist aber mehr als Unternehmen. Die SP versteht Wirtschaft im umfassenden Sinn als die Gesamtheit aller Einrichtungen und Handlungen zum Wohle des Menschen. Dazu gehören selbstverständlich Firmen, die dazu beitragen, aber ebenso private und öffentliche Haushalte. Ergo: Es geht hier um weit mehr als um Unternehmen als solches und um Arbeitgebende. Arbeitnehmende und private Haushalte gehören mitgedacht und mitgepflegt.
Es ist der SP daher ein Anliegen, in der Umsetzung das Gesetz beim Wort zu nehmen. § 1 (Zweck) Abs. 2 des Gesetzes lautet: «Kanton und Gemeinden erhalten bzw. schaffen gute Rahmenbedingungen für im Kanton Zug ansässige Unternehmen, deren Mitarbeitende, Kundinnen und Kunden sowie für Unternehmen, die beabsichtigen, sich im Kanton Zug anzusiedeln.» Die SP-Fraktion wird ihr Augenmerk darauf legen, dass die Regierung dies auch in der Praxis, also der Umsetzung des Gesetzes, so handhabt.
Bei der «Wirtschaftspflege von Ansässigen» ist es zu begrüssen, dass die Regierung – wie schon gehört – die öffentlichen Interessen bei den Firmenbesuchen miteinbringt – auch kritische Aspekte, wie sie im Kommissionsbericht Seite 3 erwähnt sind. Die SP begrüsst dies ausdrücklich. Umso mehr erstaunt dann das Zitat des so betitelten «Wirtschaftsförderers» und Leiters der Kontaktstelle Wirtschaft, Beat Bachmann in der Neuen Zuger Zeitung vom 20. April 2013: [Frage des Journalisten:] «Die Kehrseite des Erfolgs ist aber, dass es immer weniger bezahlbare Wohnungen für den Mittelstand gibt.» [Antwort Beat Bachmann:] «Dass sich die Wohnungssituation in dieser Hinsicht zugespitzt hat, darf man nicht verleugnen. Man kann jedoch nicht *den Fünfer und s Weggli* haben, das heisst: Es ist unrealistisch, wenn man denkt, man könne trotz erfolgreichem Wirtschaftsraum auch tiefe Preise für Wohnungen bezahlen.» Von einem Vertreter der öffentlichen Hand wäre etwas mehr

Weitsicht und Verpflichtung der Bevölkerung gegenüber zu erwarten. Die breite Bevölkerung darf nicht dem Wirtschaftswachstum «geopfert» werden.
Ein weiterer Punkt: Wir können nachlesen, dass Firmen nicht aktiv ab- oder angeworben würden. Das tönt nett, aber es ist nur die halbe Wahrheit: Leider ist unsere Tiefsteuerpolitik *die* Anlockung im erweiterten Sinn. Wenn wir behaupten, wir würden keine Unternehmen aktiv anwerben, dann ist das nicht die volle Wahrheit. Wir müssen also auch weiterhin die Steuerpolitik in die richtigen Bahnen lenken.
Gefragt wurde in der Kommission auch, ob keine Steuererleichterungen für natürliche und juristische Personen aufgrund des Steuergesetzes gewährt worden seien, was der Volkswirtschaftsdirektor bejahte, aber gleichzeitig darauf hinwies, dass eine Steuererleichterung nicht mit einer Spezialbesteuerung wie beispielsweise einer Holding-Besteuerung bei juristischen Personen oder einer Pauschalbesteuerung bei natürlichen Personen gleichgesetzt werden könne. Herr Regierungsrat, die SP wertet das so, dass mittels Spezialbesteuerungen durchaus «Geschenke» gemacht werden. Sind dazu mehr Details erhältlich?
Zusammenfassend: Die SP-Fraktion begrüsst es, dass über den «Anlockungsmagnet Tiefsteuern» nicht noch sehr viel weiter reichende Massnahmen getätigt werden, etwa die Anwerbung im Ausland, die internationale Netzwerkpflege etc. Zurückhaltung ist angezeigt, so lange wir nicht unsere kantonsinternen negativen Folgen bewältigen können. Zweitens legt die SP bei der Umsetzung des Gesetzes Wert auf die Pflege der Wirtschaft im erläuterten umfassenden Sinn: Die Interessen der Arbeitnehmenden und der breiten Bevölkerung – Stichwort Wohnungsknappheit – dürfen nicht zu kurz kommen. Es geht letztlich um nichts Geringeres als um funktionierende Sozialpartnerschaften und die Bewahrung des sozialen Friedens. Die SP unterstützt Eintreten mehrheitlich.

Beni Riedi: Die Erhaltung der Spitzenposition im Standortwettbewerb und die Weiterentwicklung der positiven Rahmenbedingungen für den Kanton Zug und die Wirtschaft sind der SVP-Fraktion natürlich ein wichtiges Anliegen. Dementsprechend sind wir von der Notwendigkeit dieses Gesetzes überzeugt. Einzig bei § 1 Abs. 3 gab es Diskussionen. Grossmehrheitlich ist die SVP der Meinung dass im Gesetz über die Wirtschaftspflege im Kanton Zugs auf eine spezielle Erwähnung der Innovations- und Technologieförderung sowie der Neuunternehmerförderung verzichtet werden kann. Es ist keine Staatsaufgabe, sich für die Innovations- und Technologieförderung einzusetzen. Das muss im Eigeninteresse jeder einzelnen Firma bleiben.
Die SVP Fraktion wird auf die Vorlage eintreten.

Irène Castell-Bachmann: Das Wirtschaftswachstum im Kanton Zug ist unter anderem auf die erfolgreiche Ansiedlung von Firmen zurückzuführen. Ein wesentlicher Beitrag zur erfolgreichen Ansiedlung und dadurch zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen leistete und leistet das Amt für Wirtschaft und Arbeit. Während früher der Hauptfokus auf die Neuansiedlung gerichtet war, steht heute die Pflege und Betreuung der ansässigen Firmen und damit der Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze im Vordergrund. Angesichts der Bedeutung der Wirtschaftspflege für den Kanton ist es angezeigt, die neu zu schaffende Grundlage in einem eigens dafür vorgesehenen Gesetz zu verankern.
Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und wird der Vorlage zustimmen.

Urs Raschle: Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und stimmt der Vorlage zu. Sie erachtet es als wichtig, dass der Kanton Zug das erfolgreiche Modell der

Wirtschafspflege weiterführen und so die Standortqualität halten kann. Die CVP begrüsst auch, dass das Amt für Wirtschaft und Arbeit mehr auf das Pflegen der guten Kontakte als auf das Ansiedeln ausgerichtet ist. Sie wünscht dem neuen Leiter der Kontaktstelle viel Elan und Erfolg.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** dankt für die gute Aufnahme. Er staunt über die grossen Erwartungen an dieses Gesetz und weist darauf hin, dass dieses der Ersatz für die bisherige, sehr kurze Regelung in der Geschäftsordnung des Regierungsrats ist. Es unterlegt die Tätigkeit der Kontaktstelle neu, sollte aber nicht zur Bibel für die Regierung hinaufstilisiert werden. Es gibt ganz verschiedene Gesetze in allen Bereichen, und die Balance muss stimmen. Barbara Gysel spricht an, dass der Regierungsrat auch die sozialen Bedürfnisse, die Bildungsbedürfnisse und so fort der Privatpersonen, der Jugendlichen und so weiter nicht vergessen dürfe. Das ist richtig, aber für den Sozial- und Bildungsbereich gibt es viele andere gesetzlichen Grundlagen. Insofern ist § 1 auch ein Programmartikel, der für den Regierungsrat nicht die Stütze für Investitionen oder laufende Ausgaben sein darf. Auch der Regierungsrat hat aber ein breites Verständnis von Wirtschaftspolitik, in dem verschiedenen Pfeiler – Bildung, Soziales, Ökologisches, Ökonomisches – zusammengehören.
Zur aktiven An- bzw. Abwerbung: Das Gesetz – das ist auch die bisherige Politik – steht ein für allgemein gute Rahmenbedingungen. Es muss aber nur eine einzige Firma mit einer gewissen Anzahl Arbeitsplätzen, dazu vielleicht noch im zweiten Sektor, wegziehen, dann kommen die Rufe bis hin zu Interpellationen, was der Staat denn eigentlich getan habe. Auch mit dem neuen Gesetz hat der Staat kein Zückerchen – beispielsweise Land oder eine gewisse Bezahlung pro Arbeitsplatz –, um eine Firma vom Wegzug abzuhalten. Das ist erstens nicht das regierungsrätliche Verständnis von Wirtschaftspflege, und zweiten muss viel früher dafür gesorgt werden, dass solche Unternehmen im Kanton Zug bleiben. In diesem Sinn versteht der Regierungsrat die Wirtschaftspflege zum Wohl des Ganzen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
§ 1 Abs. 1 und Abs.2

➔ Der Rat genehmigt stilschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 1 Abs. 3

Beni Riedi stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** § 1 Abs. 3 sei zu streichen.

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** hält fest, dass dieser Antrag bereits in der vorberatenden Kommission gestellt und dort mit 11 zu 4 Stimmen abgelehnt wurde. Die ausführliche Begründung der Volkswirtschaftsdirektion, warum es diesen Absatz braucht, findet sich auf Seite 3 des Kommissionsberichts.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ergänzt, dass direkt gestützt auf diesen Programmartikel kein Geld ausgegeben werden, man aber tätig werden kann. Wenn der Absatz gestrichen wird, bedeutet das für die involvierten Leute: Ob zweiter Sektor oder Dienstleistung, ob innovativ oder nicht, spielt keine Rolle. Das Gegenteil ist aber der Fall. Wir setzen hier einen Schwerpunkt, denn wo, wenn nicht in der Innovation und im zweiten Sektor, ist die Schweiz gefordert? Es geht um die Sorge um den Industriewerkplatz Zug und Schweiz. Wir geben hier einen Hinweis, dass uns innovative Unternehmen, der zweite Sektor, die Technologieförderung und die Förderung von Jungunternehmen politisch wichtig sind. Und nochmals: Wenn man mit Geld tätig werden will, braucht es einen Kantonsratsbeschluss, wie in einem oder zwei Fällen im Bereich der Innovationsförderung schon geschehen. Insofern wurde dieser Artikel also schon mit Massnahmen gefüllt, und der Volkswirtschaftsdirektor möchte an diesen Bekenntnissen des Kantonsrats festhalten. Die Rolle des Kantons in diesem Bereich bleibt aber sehr subsidiär.

➔ Der Rat folgt mit 48 zu 17 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

§ 2 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 3 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3

➔ Der Rat genehmigt stilschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 4 Abs. 1

Manuel Brandenberg stellt den **Antrag,** in § 4 Abs. 1 sei die Summe, die in der Kompetenz des Regierungsrats liegt, von 100'000 Franken auf 50'000 Franken zu reduzieren. Das müsste auch in § 4 Abs. 2 entsprechend beantragt werden.
In § 34 der Kantonsverfassung sind 50'000 Franken für wiederkehrende neue Aufgaben als Grösse für einen referendumspflichtigen Beschluss festgesetzt. Man würde diesen Paragraphen, der die Volksrechte festlegt, umgehen, wenn man im Gesetz sagt, dass das erst ab 100'000 Franken in den Kantonsrat kommt. Es geht darum, die Volksrechte zu respektieren.

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** verweist auf den Kommissionsbericht Seite 4. Die Kommission hat auch diesen Antrag abgelehnt, und zwar mit 9 zu 6 Stimmen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel:** Die Regierung hält an ihrem Antrag fest. Es ist allenfalls eine politische Frage, welche Delegation man der Regierung geben will. Die ausschliesslich rechtliche Begründung, das gehe nicht wegen der Volksrechte, ist schwierig. Dann dürfte nämlich *nie* in einem Gesetz eine Delegation über mehr als 50'000 Franken erfolgen. Das ist aber schon x-fach geschehen – etwa Metropolitankonferenz Greater Zurich Area –, und es ist auch richtig und auch rechtlich anerkannt, wenn es in einen genau umrissenen Bereich geschieht. Auch hier steht klar, dass das nur für den Beitritt zu gewissen Organisationen gilt. Das ist zulässig und im Sinne der Handlungsfähigkeit auch sinnvoll. Allenfalls müssten politische Gründe angeführt werden, wenn der Rat der Regierung das Vertrauen über 100'000 Franken nicht geben will.

➔ Der Rat stimmt mit 43 zu 23 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats zu.

§ 4 Abs. 2
§ 5

➔ Der Rat genehmigt stilschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 9 (Fortsetzung und Abschluss, vgl. oben Ziffer 718)

722 **Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung des Konkordats vom 15. November 2007 über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen: 2. Lesung**

9.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Vorlage Nr. 2186.5 - 14276)

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in geheimer Abstimmung mit 38 zu 33 Stimmen zu.

Beni Riedi stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag** auf ein Behördenreferendum. Die Begründung dafür liefert der Kommandant der Zuger Polizei, Karl Walker, in der Neuen Zuger Zeitung vom 27. April 2013: «Wir mussten in der vergangenen Saison gar keine Ordnungsdiensteinsätze für den EVZ leisten. Es fielen dadurch dem EVZ auch keine Kosten für polizeiliche Ordnungsdiensteinsätze an.»
Die Tatsache, dass wir im Kanton Zug die Problematik mit den gewaltbereiten Fans in den letzten Jahren insbesondere mit dem Bau der neuen Bossard-Arena im Griff haben, zeigt, dass die Änderungen des Konkordats ein typischer Fall von Gesetzesschreibung auf Vorrat ist. Aus diesem Grund ist aus Sicht der SVP eine Mitsprache der Zuger Bevölkerung absolut notwendig.

Der **Vorsitzende** informiert, dass Stimmenzähler Franz Peter Iten die Sitzung wegen der Reise nach Rom vorzeitig verlassen muss. Es braucht deshalb eine Vertretung. Der Vorsitzende schlägt Anna Bieri zur Wahl vor.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Esther Haas stellt im Namen der AGF ebenfalls den **Antrag** auf ein Behördenreferendum. Es geht hier um grundlegende Freiheitsrechte, weshalb die AGF eine Volksabstimmung will. Von dieser erhofft sie sich auch, dass alle Mitglieder des Kantonsrats den Mut zu einer klaren Stellungnahme für oder gegen das Konkordat haben werden.

Barbara Gysel: Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag auf ein Behördenreferendum. Sie ist gegen Hooliganismus, weil die Mehrheit der Fans gewaltfrei ist und

ungestört den Sport geniessen soll. Sie erachtet es als wichtig, dass sich auch die Stimmbevölkerung dazu äussern kann.
Das Hooligan-Konkordat ist ein Etikettenschwindel, weil es sich gegen alle Fans richtet. Wegen der legalen Handhabe für unverhältnismässige Eingriffe wäre die Betitelung «Anti-Fan-Konkordat» zutreffender. Es lohnt sich daher, die Meinung des Stimmvolks abzuholen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass für das Behördenreferendum gemäss § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung ein Quorum eines Drittels aller Mitglieder des Kantonsrats erforderlich ist. Das sind 27 Stimmen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf ein Behördenreferendum mit 30 Ja- und 31 Nein-Stimmen zu. Das erforderliche Quorum beträgt 27 Stimmen.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen.

9.2. Umsetzung der Änderungen vom 2. Februar 2012 des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007, Änderungen kantonaler Erlasse (Vorlage Nr. 2186.6 - 14279)

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt mit 36 zu 25 Stimmen der bereinigten Vorlage zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen.

Die Traktanden 12 bis 17 und 19 bis 23 können aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden. Traktandum 18 wurde vorgezogen (siehe Ziffer 691).

723 Nächste Sitzung

Donnerstag, 23. Mai 2013, Vormittag. Am Nachmittag führen die Fraktionen ihre Ausflüge durch.

Protokoll des Kantonsrats

49. Sitzung: Donnerstag, 23. Mai 2013
Zeit: 08.30 – 12.25 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Antrag der FDP-Fraktion betreffend Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse um das Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle

3.2. Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats

4. Übertretungsstrafgesetz (ÜStG): 2. Lesung
5. Änderung des Schulgesetzes (Bereinigung): 2. Lesung
6. Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz): 2. Lesung
7. Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse (Pensionskassengesetz)
8. Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl - und Abstimmungsgesetz, WAG) betreffend Gestaltung der Wahlzettel bei Majorzwahlen
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Bahnverkehr, Walchwil)

Pendenzen

10. Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz)
    Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines wirksamen Kontrollmechanismus über den Geschäftsgang in der kantonalen Verwaltung
    Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen zur Weitergabe von Informationen durch die Generalsekretärin, den Generalsekretär
11. Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham
12. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ) für das Kombinierte Brückenangebot (KBA)
    Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ)

13. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Kauf des ETH-Versuchsbetriebs Chamau/Schachen in der Gemeinde Hünenberg und für bauliche Anpassungen in der Chamau, Hünenberg, und in der Schluecht, Cham
14. Kantonsratsbeschluss betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats
15. Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug
16. Motion von Philip C. Brunner betreffend Anpassung des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe
17. Interpellation der SP-Fraktion und der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Geschlechtergleichstellung im Kanton Zug
18. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Internierung abgewiesener Asylbewerber
19. Interpellation von Andreas Hürlimann betreffend Ende der Steuer-Sorglosigkeit für Pauschalbesteuerte und andere Steuerflüchtlinge
20. Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitik kein «Wachstum mit Grenzen»
21. Interpellation von Hubert Schuler betreffend IV-Stelle des Kantons Zug
23. Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend «Leiter Aufsicht in den sozialen Diensten Asyl»

724 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Cornelia Stocker, André Wicki und Vreni Wicky, alle Zug; Daniel Eichenberger, Pirmin Frei und Ivo Hunn, alle Baar; Andreas Hürlimann, Steinhausen.

725 Mitteilungen

Der Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** begrüsst speziell die Schülerinnen und Schüler einer Klasse des «Vereins Verwaltungsweiterbildung Zentralschweiz». Sie verfolgen zusammen mit ihrem Leiter Tiziano Conte die heutige Sitzung.

An der heutigen Sitzung werden professionelle Fotos vom Betrieb im Kantonsrat gemacht. Der Saal wird so fotografiert, dass die Personen, insbesondere die Kantonsratsmitglieder, nicht identifizierbar sind, wohl aber der Kantonsratssaal erkennbar ist. Die Bilder werden für die Erläuterungen zur Volksabstimmung vom 22. September 2013 über die Vorlage «Verfassung des Kantons Zug § 38 und § 78 (Änderung des Verfahrens bei Kantonsratswahlen)» verwendet. Bildaufnahmen bedürfen gemäss § 31bis Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats der Bewilligung des Rates.

➔ Der Rat bewilligt stillschweigend die Fotoaufnahmen während der heutigen Sitzung.

Der **Vorsitzende** orientiert, dass die Kantonsratssitzung vom 28. November 2013 *extra muros* durchgeführt wird, nämlich bei der ZUWEBE in Baar. Er freut sich, dass der Rat wieder einmal ganz nah bei der Bevölkerung tagen wird.

TRAKTANDUM 1

726 Genehmigung der Traktandenliste

Es liegen keine Änderungsanträge zur Traktandenliste vor. Der **Vorsitzende** schlägt vor, die Traktanden 1 bis 9 so weit wie möglich zu behandeln. Sollte danach noch Zeit für weitere Geschäfte sein, wird er einen Vorschlag machen, welche Vorstösse von der Pendenzenliste noch beraten werden können.
Die Traktandenliste wurde neu strukturiert. Es werden neu die Pendenzen aufgeführt und damit transparent gemacht, welche Geschäfte bereit sind für die Behandlung im Rat.

Martin Stuber erinnert daran, dass eine Aufsichtsbeschwerde in Zusammenhang mit Traktandum 9 vorliegt; gestern Abend ist per Einschreiben, per Fax und per E-Mail noch eine Zusatzanfrage betreffend aufschiebender Wirkung eingegangen. Er möchte wissen, ob die aufschiebende Wirkung gegeben ist. Wenn ja, müsste das Traktandum verschoben werden; wenn nein, möchte er eine Begründung dafür und insbesondere eine Auskunft darüber, ob nicht das Risiko einer allfälligen Beschwerde besteht, wenn der Rat das Traktandum trotzdem behandelt. Das möchte der Votant nämlich nicht, das wäre Filibuster. Er möchte eine gewisse Sicherheit haben.

Landschreiber **Tobias Moser** hat die erwähnte E-Mail gestern Abend kurz vor 20.00 Uhr auch erhalten und sie heute Morgen bearbeitet. Formell ist von Andreas Schaub keine Eingabe eingegangen. Der Landschreiber hat ihm per E-Mail für die Vororientierung gedankt und ihn informiert, dass die Eingabe parlamentsrechtlich keine Bedeutung hat. Eine Aufsichtsbeschwerde ist ein ausserordentliches Rechtsmittel, ein Rechtsbehelf, der vom Gesetz her keine aufschiebende Wirkung auslöst, insbesondere nicht für ein politisches Geschäft, wie es hier vorliegt. Rein rechtlich könnte der Landschreiber darauf bestehen, dass die formelle Eingabe noch nicht vorliegt, er will die Leute aber nicht mit Formalismen belästigen. Seine Einschätzung also ist, dass dieses Geschäft, weil es schon traktandiert ist und in den Kommissionen bearbeitet wurde, heute behandelt werden kann.

➔ Der Rat genehmigt die Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

727 Traktandum 2.1: **Motion von Daniel Stadlin betreffend Lasten der Gemeinden im Kanton Zug vom 6. Mai 2013 (Vorlage Nr. 2254.1 - 14347)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

728 Traktandum 2.2: **Interpellation von Eusebius Spescha betreffend Mindestlöhne als Teil einer Strategie zur Armutsbekämpfung vom 27. Mai 2013 (Vorlage Nr. 2252.1 - 14345)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

729 Traktandum 2.3: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Unterstützungsgelder aus Lotterie- und Sport-Toto-Fonds vom 28. April 2013 (Vorlage Nr. 2253.1 - 14346)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

730 Traktandum 2.4: **Aufsichtsbeschwerde gegen den Gesamt-Regierungsrat vom 18. Mai 2013 von Andreas Schaub, Walchwil**

Der **Vorsitzende** informiert, dass Andreas Schaub, Walchwil, am 18. Mai 2013 dem Kantonsratspräsidenten eine Aufsichtsbeschwerde gegen den Regierungsrat eingereicht hat. Darin beantragt er unter anderem die Verweigerung bzw. Ablehnung der Richtplanänderung «Bahnverkehr Walchwil» und die Mandatierung des Regierungsrats, eine Expertise in Auftrag zu geben zur Erarbeitung einer Variante.
Gemäss § 41 Bst. k der Kantonsverfassung sowie Ziff. 1 Abs. 2 des Kantonsratsbeschlusses über die Behandlung von Oberaufsichtsbeschwerden durch den Kantonsrat vom 24. Februar 2005 (BGS 141.3) ist für die Behandlung von Aufsichtsbeschwerden gegen den Gesamtregierungsrat der Kantonsrat zuständig. Dieser beurteilt die Aufsichtsbeschwerde grundsätzlich nach vorgängiger Prüfung durch die Justizprüfungskommission (JPK) auf deren Bericht und Antrag hin.
Nun gibt es aber in § 41 der Geschäftsordnung des Kantonsrats eine besondere Regelung, die hier vorgeht. Wenn nämlich Beschwerden im Zusammenhang mit einem vor dem Kantonsrat hängigen Beratungsgegenstand stehen, werden sie der betreffenden kantonsrätlichen Kommission zur Begutachtung überwiesen. Dieser Fall liegt hier vor. Die jüngere und allgemeinere Zuständigkeitsnorm im Kantonsratsbeschluss über die Behandlung von Oberaufsichtsbeschwerden ist also nicht anwendbar. Der Vorsitzende beantragt daher:

1. dieses Geschäfts an die Raumplanungskommission zur Prüfung und Antragstellung zu überweisen;
2. die verfahrensrechtlichen Fragen betreffend den unter Traktandum 9 aufgeführten Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Bahnverkehr, Walchwil) (Vorlage Nr. 2228) erst unter diesem Traktandum zu behandeln.

Eugen Meienberg stellt zuerst fest, dass der Rat hier eine Beschwerde einer Kommission zuweisen soll, obwohl bei weitem nicht alle Ratsmitglieder – der Votant gehört auch dazu – den genauen Inhalt dieser Beschwerde kennen.
Die Beschwerde soll aufgrund der Geschäftsordnung der Raumplanungskommission zur Begutachtung überwiesen werden. Geht es in der Beschwerde nur um raumplanerische, nicht um verfahrens- oder sogar fahrplantechnische Fragen? Wenn man nicht den Kantonsratsbeschluss über die Behandlung bzw. Anzeigen gegenüber Mitgliedern der Gerichte und der Verwaltung (BSG 141.3) Ziff. 1.2 zur Anwendung bringen will, welcher aussagt, dass grundsätzlich die JPK bei Beschwerden gegen den Gesamtregierungsrat zuständig ist, warum wird die Beschwerde dann der Raumplanungskommission und nicht der Kommission für den öffentlichen Verkehr überwiesen? Hierzu wären weitere Ausführungen des Kantonsratspräsidenten sicher hilfreich.
So oder so stellt der Votant im Namen der CVP-Fraktion den **Antrag,** die Aufsichtsbeschwerde gegen den Gesamtregierungsrat betreffend Richtplanänderung «Bahnverkehr Walchwil» sei der JPK zur Prüfung und zu Bericht und Antrag zu überweisen.

Martin Stuber hat die Aufsichtsbeschwerde per E-Mail von Andreas Schaub bekommen, weiss aber nicht, wer sonst noch damit bedient wurde. Er hat mit Herrn Schaub schon telefoniert, hat ihn aber noch nie persönlich getroffen.
Liest man die Aufsichtsbeschwerde durch, kommt klar zum Ausdruck, dass diese auch in der Kommission für den öffentlichen Verkehr (KöV) behandelt werden muss. Unter Punkt 2 der Beschwerde ist Regierungsrat Matthias Michel bezüglich Gotthardkomitee angesprochen, bei Frage 2 und an weiteren Stellen ist die KöV angesprochen. Eigentlich liegt es auf der Hand, dass die Beschwerde – wenn nicht der JPK – *beiden* Kommissionen, die dieses Geschäft behandelt haben, vorgelegt werden muss.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein zusätzlicher Versand organisiert werden kann, wenn solche Eingaben gemacht werden. Andreas Schaub hat dem Kantonsratspräsidenten geschrieben, er habe nicht alle E-Mail-Adressen der Kantonsratsmitglieder zur Verfügung gehabt.
Es geht um ein raumplanerisches Geschäft, was der Hauptgrund dafür war, dass die Beschwerde der Raumplanungskommission überwiesen werden soll.

Es liegen drei Anträge vor. Die folgende Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
- Überweisung an die Raumplanungskommission: 0 Stimmen.
- Überweisung an Justizprüfungskommission: 53 Stimmen.
- Überweisung an die Raumplanungskommission und die Kommission für den öffentlichen Verkehr: 14 Stimmen.

➔ Der Rat beschliesst damit die Überweisung an die Justizprüfungskommission.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Beschwerde mit dem nächsten Versand allen Ratsmitgliedern verschickt wird.

TRAKTANDUM 3
Kommissionsbestellungen:

731 Traktandum 3.1: **Antrag der FDP-Fraktion betreffend Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse um das Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle (Vorlage 2232.1 - 14289)**

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Wyss Thomas, SVP, Kommissionspräsident

Bieri Anna, CVP	Iten Franz Peter, CVP
Brunner Philip C., SVP	Nussbaumer Karl, SVP
Burch Daniel Thomas, FDP	Reinschmidt Mario, FDP
Christen Hans, FDP	Walker Arthur, CVP
Gössi Alois, SP	Wandfluh Oliver, SVP
Helfenstein Georg, CVP	Weber Florian, FDP
Hürlimann Andreas, AGF	Wicky Vreni, CVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

732 Traktandum 3.2: **Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrats (2251.1/.2 - 14341/42).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Thalmann Silvia, CVP, Kommissionspräsidentin

Andermatt Adrian, FDP	Schmid Heini, CVP
Barmet Monika, CVP	Schriber-Neiger Hanni, AGF
Brunner Philip C., SVP	Spescha Eusebius, SP
Castell-Bachmann Irène, FDP	Strub Barbara, FDP
Hausheer Andreas, CVP	Villiger Thomas, SVP
Landtwing Alice, FDP	Walker Arthur, CVP
Nussbaumer Karl, SVP	Wyss Thomas, SVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 4

733 **Übertretungsstrafgesetz (ÜStG): 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2123.4 - 14267).

Der **Vorsitzende** weist der guten Ordnung halber darauf hin, dass die Staatskanzlei ab sofort den Erlasstext nach der ersten Lesung im Kantonsrat grundsätzlich zuerst der Redaktionskommission übermittelt. Diese Fachleute bereinigen die Erlasse systematisch. In der Bezeichnung des Ergebnisses der ersten Lesung findet sich deshalb eine Ergänzung betreffend die Arbeit der Redaktionskommission. Es ist dem Landschreiber wichtig, dass auch dieser Arbeitsschritt an einem kantonsrätlichen Erlass transparent ist. Die Staatskanzlei hat über den ganzen Ablauf der Erlass-Erstellung einen Prozessbeschrieb verfasst.
Im Übertretungsstrafgesetz hat die Redaktionskommission markante formelle Bereinigungen vorgesehen. So werden die Straftatbestände im Gesetz aus sprachlichen Gründen mit der Sanktionsandrohung, also der Rechtsfolge, eingeleitet. Es folgt danach jeweils die Umschreibung des Tatbestands.

Manuel Brandenberg schätzt die Arbeit der Redaktionskommission, mahnt aber zur Vorsicht. Er findet es etwas heikel, wenn Gesetzesbestimmungen so umgekehrt werden, dass die Rechtsfolge am Anfang steht. Die Redaktionskommission sollte bei ihrer Arbeit Zurückhaltung üben, denn der Rat ist der Gesetzgeber und bestimmt letztendlich auch den Wortlaut des Gesetzes.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 51 zu 20 Stimmen zu.

Es liegen zwei parlamentarische Vorstösse zum Abschreiben vor:
- Motion von Daniel Abt betreffend Verminderung von Littering vom 11. Mai 2007 (Vorlage 1536.1 - 12379).

• Motion von Andreas Hausheer betreffend Erhebung von Ordnungsbussen (direkte Bussenausfällung) vom 13. Oktober 2008 (Vorlage 1734.1 - 12887).

➔ Der Rat schreibt die zwei Motionen stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 5

734 Änderung des Schulgesetzes (Bereinigung): 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2198.4 - 14285).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 64 zu 4 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen.

TRAKTANDUM 6

735 Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz): 2. Lesung

Es liegen vor: Ergebnis der 1. Lesung (2108.4 - 14253); Antrag von Beni Riedi (2108.5 - 14257); Antrag des Regierungsrats (2108.6 - 14311); Antrag der SP-Fraktion (2108.7 - 14319); Antrag der SVP-Fraktion (2108.8 - 14324); Antrag von Manuel Brandenberg (2108.9 - 14348).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass folgende Anträge auf die zweite Lesung eingereicht wurden:
• Antrag von Beni Riedi (Vorlage 2108.5 - 14257)
• Antrag des Regierungsrats (Vorlage 2108.6 - 14311)
• Antrag der SP-Fraktion (Vorlage 2108.7 - 14319)
• Antrag der SVP-Fraktion (Vorlage 2108.8 - 14324)
• Antrag von Manuel Brandenberg (Vorlage 2108.9 - 14348)

6.1 Antrag Beni Riedi (Vorlage 2108.5 - 14257)

Beni Riedi beantragt, § 72 Abs. 1 wie folgt zu ändern: «Die Gemeindeversammlung ist mindestens 20 Tage zuvor im Amtsblatt auszuschreiben.» Bei dieser Verlängerung der Frist von zehn auf zwanzig Tage geht es dem Votanten darum, dass die Parteien und die Stimmbevölkerung in den Gemeinden mit Gemeindeversammlung mehr Zeit haben für eine solide Vorbereitung und eine solide Medienarbeit. Er erinnert daran, dass die «Zuger Woche» und der «Zugerbieter», wichtige Instrumente der Medienarbeit, nur einmal in der Woche erscheinen.

Alois Gössi: Die SP-Fraktion stellt einen **Eventualantrag** für den Fall, dass der Antrag von Beni Riedi zulässig ist und angenommen werden sollte. Sie unterstützt den Antrag von Beni Riedi, dass Gemeindeversammlungen mindestens zwanzig Tage zuvor im Amtsblatt ausgeschrieben werden müssen. Den Parteien soll genügend Zeit eingeräumt werden, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen und die Geschäfte der Gemeindeversammlung auch an einer Parteiversammlung zu diskutieren. Ebenfalls sollen die Stimmberechtigten mehr Zeit erhalten, sich mit den Gemeindevorlagen auseinanderzusetzen. Der Votant weiss aus eigener Erfahrung, dass es zeitlich kritisch werden kann, eine Parteiversammlung so anzusetzen, dass alle Teilnehmer schon die Vorlage erhalten resp. gelesen haben. Und in Baar sollte ja im Vorfeld der Gemeindeversammlung auch noch ein kleiner Artikel geschrieben und im «Zugerbieter» veröffentlicht werden.
Und jetzt kommt das grosse Aber: Der Antrag von Beni Riedi bewirkt nicht das, was sich der Antragsteller erhofft. Zwar muss die Gemeindeversammlung zwanzig Tage vorher im Amtsblatt ausgeschrieben werden. Aber dass auch die Vorlagen früher ins Haus geliefert werden müssen, steht nirgends. Die SP-Fraktion beantragt deshalb für den Fall, falls der Antrag von Beni Riedi zulässig ist und angenommen wird, dass § 72 Abs. 3 ebenfalls angepasst wird. Im Moment lautet er: «Berichte und Anträge sind mindestens zehn Tage vor der Gemeindeversammlung auf der Gemeindekanzlei aufzulegen und an die Haushaltungen in der Gemeinde zu verteilen.» Die SP-Fraktion **beantragt,** die Frist sei von zehn auf zwanzig Tage zu verlängern. Damit ist sichergestellt, dass die Vorlagen schon zwanzig Tage und nicht mehr spätestens zehn Tage vor der Gemeindeversammlung in den Haushaltungen eintreffen. Mit dem Antrag Riedi wird ja schon sichergestellt, dass Gemeindeversammlungen mindestens zehn Tage vorher ausgeschrieben werden.
Die SP ist der Meinung, dass ihr Antrag sogenannt konnex im Sinne von § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung und daher zulässig ist. Dort heisst es ja: «Anträge, welche mit neuen Anträgen zusammenhängen, können ohne Beachtung der Zehntagesfrist und auch noch anlässlich der zweiten Beratung gestellt werden.»

Kurt Balmer spricht namens der CVP-Fraktion gleich zu beiden Anträgen, nämlich zum Antrag Riedi und zu jenem des Regierungsrats, weil sie die gleiche oder ähnliche Problematik betreffen. Die CVP hat schon verschiedentlich darauf hingewiesen, dass sie das ganze Gemeindegesetz überarbeiten möchte: Heute liegt aber lediglich eine Teilrevision vor mit entsprechenden Konsequenzen. Sowohl der Antrag Riedi als auch der Antrag der Regierung sind weder in der Botschaft des Regierungsrats noch in der ursprünglichen Vernehmlassungsvorlage enthalten. Vielmehr geht es hier um völlig neue materielle Anträge, welche gemäss allgemein gängiger Praxis nicht im Rahmen einer Teilrevision behandelt werden können. § 72 Abs. 1 und § 39 Abs. 3, um die es hier geht, sind auch nie – ohne hier das Kommissionsgeheimnis zu verletzen – in der Kommission diskutiert worden.
Üblicherweise muss auch die Kommission, wenn sie Fragen ausserhalb der eigentlichen Revisionsvorlage integriert haben möchte, diese über den Motionsweg klären lassen. Diverse Kommissionsmotionen wurden so in letzter Zeit auch überwiesen. Hier nun eine Bevorzugung vorzunehmen und quasi über den Weg der zweiten Lesung eventuell sinnvolle Lösungen noch schnell zu integrieren, führt zu einer klaren Praxisänderung ohne gesetzliche Basis. Der Votant erkennt jedenfalls keinen unmittelbaren Sachzusammenhang gemäss § 50 der Geschäftsordnung mit andern diskutierten Punkten der Teilrevision.
Für den Antrag der Regierung gilt das Erwähnte erst recht, wenn man berücksichtigt, dass die Waffengleichheit selbstverständlich auch für die Regierung gilt. Es kann doch nicht sein, dass die Regierung die Gunst der Stunde nutzen will und

anlässlich der zweiten Lösung noch eine Lösung für eine vergessene Frage hineinschmuggeln kann. Wenn dies so wäre, gäbe es für die Regierung im Gegensatz zu den Parlamentariern in der zweiten Lesung im Prinzip gar keine Grenzen. Es würden Tür und Tor geöffnet. Die Regierung könnte so alles anlässlich der zweiten Lesung ergänzen, ohne jeglichen Zusammenhang mit der Botschaft.
Im Sinne von § 50 der Geschäftsordnung stellt der Votant im Namen der CVP-Fraktion den **Antrag,** einerseits den Antrag Riedi auszuscheiden und ins Motionsverfahren zu verweisen und andererseits auf den Antrag der Regierung nicht einzutreten. Eventualiter sei der Antrag Riedi abzulehnen, und die CVP würde eventualiter mehrheitlich den Antrag der Regierung gutheissen.

Beni Riedi ist etwas erstaunt über das Votum von Seiten der CVP. Er wollte ursprünglich, dass man die Frist für Anträge an die Gemeindeversammlung auf zwanzig Tage verlängert, und in der ersten Lesung wurde – was vielleicht nicht mehr alle wissen – diese Frist denn auch abgeändert. Er hat seinen Antrag auf die zweite Lesung nun auf die Ausschreibung konzentriert. Genau da besteht der direkte Zusammenhang: Wenn die Frist für Motionen und Initiativen verlängert wurde, kann auch die Frist für die Ausschreibung verlängert werden. So können die Parteien sich vorbereiten, und die Gemeinden können die Stimmbevölkerung informieren.

Stefan Gisler unterstützt seinen Vorredner Beni Riedi. Es gibt hier durchaus einen Zusammenhang. In der vorberatenden Kommission wurde in Zusammenhang mit Interpellationen und Vorstössen über die Fristen bezüglich Gemeindeversammlungen gesprochen, und in § 81 Abs. 2 hat der Kantonsrat dann auch beschlossen, diese Fristen zu verlängern. Das Thema Fristen ist also auf dem Tapet und soll hier auch behandelt werden. Der Votant warnt davor, dass der Rat sich das demokratische Recht nimmt, über unbestrittene Verbesserungen zu befinden. Es ist einfach, sich hier eine Meinung zu bilden und darüber abzustimmen. Zu erinnern ist an den willkürlichen Antrag der CVP bei der Behandlung des gleichen Gesetzes, nicht über das freiwillige Ausländerstimmrecht in den Gemeinden zu beraten, obwohl dieses Thema mit mehr als einer Seite im Bericht des Regierungsrats abgehandelt war. Dort wurde ein politischer Entscheid gefällt, was hier nicht nochmals geschehen soll. Die CVP verlangte immer eine Totalrevision. Wenn jetzt etwas mehr in die Teilrevision hineingegeben wird, ist sie aber dagegen. Das tönt nach Trotz.
Es ist bürgerrelevant, sich gut auf Gemeindeversammlungen vorbereiten zu können. Dazu braucht es eine rechtzeitige Information in der Ausschreibung und in der Zustellung nach Hause. Es ist ein Zeichen von guter Demokratie und Transparenz, dass die Bürgerinnen und Bürger die Informationen rechtzeitig erhalten, und es ist nicht einzusehen, weshalb sich die CVP dagegen sperren könnte, zumal sie *inhaltlich* nichts dagegen verlauten liess. Die AGF unterstützt den Antrag von Beni Riedi.

Heini Schmid weist darauf hin, dass der Rat zunehmend nicht mehr materiell entscheiden kann, sondern sich mit Verfahrensfragen befassen muss. Es wäre wichtig, wieder vermehrt materiell zu diskutieren – und nicht darüber, ob etwas zulässig sei oder nicht.
Er bittet, die ursprüngliche Praxis beizubehalten: Das Antragsrecht haben grundsätzlich die Regierung und die vorberatende Kommission. Diese können in der ersten und zweiten Lesung Anträge stellen, unabhängig von der Frage, ob ein enger Sachzusammenhang besteht oder nicht – wobei für die Kommission eher die Praxis galt, eine Kommissionsmotion einzureichen. Einzelne oder eine Fraktion aber – so der Umkehrschluss – haben kein Antragsrecht. Da nützt es auch nichts, wenn ein Thema in der Kommission *diskutiert* wurde. Man muss in der Kommission

eben durchbringen, dass diese einen entsprechenden Antrag stellt. Es reicht nicht zu sagen, der Sachzusammenhang sei gegeben, weil etwas in der Kommission diskutiert wurde.
Letztlich geht es darum, im Rat eine folgerichtige, seriöse Debatte führen zu können. Es kann nicht sein, dass jeder irgendeinen Sachzusammenhang kreiert und der Rat dann stundenlang darüber diskutiert, ob dieser nun besteht oder nicht. Das ist in höchstem Masse unproduktiv, auch kommt so der Rat unvorbereitet in irgendwelche Fragen hinein. Der Votant bittet deshalb, an der alten Praxis festzuhalten: Antragsrecht haben – auch ohne Sachzusammenhang – die Regierung und die Kommission. Für alle Übrigen besteht ein Antragsrecht nur für Sachen, die *wirklich* im Zusammenhang stehen – und dies bitte in enger Auslegung, sonst wird wieder stundenlang *darüber* diskutiert. Der Rat hat Gescheiteres zu tun, als sich dauernd über die Geschäftsordnung zu unterhalten.

Thomas Lötscher hält fest, dass Heini Schmid ihm aus dem Herzen gesprochen hat – er mag pragmatische Juristen. Materiell hat er den Eindruck, dass der Antrag von Beni Riedi das angestrebte Ziel nicht erreicht. Entscheidend für die Stimmbürger ist der Versand der Vorlage. Einfach nur das Traktandum im Amtsblatt lesen zu können, hilft für die Meinungsbildung nichts. Eigentlich müsste der Antrag also so formuliert werden, dass die Vorlagen mit einem grösseren Vorlauf verschickt werden. Vielleicht hat der Votant aber auch den Antrag nicht richtig verstanden.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** informiert, dass die Kommission den Antrag Riedi heute Morgen kurz besprochen und mit 7 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden hat, diesen zu unterstützen. Die Kommission hat aber nicht darüber entschieden, wie sie den Antrag der CVP-Fraktion behandelt will, ob also ein Sachzusammenhang besteht oder nicht. In früheren Sitzungen war die Kommission eher grosszügig mit der Auslegung des sachlichen Zusammenhangs, dies auch im Sinne der Sache und letztendlich des demokratischen Prinzips.
Zum Votum von Heini Schmid: Der Votant ist der Ansicht, dass grundsätzlich jedes einzelne Ratsmitglied das Antragsrecht hat und zehn Tag vor der Sitzung noch einen Antrag auf die zweite Lesung stellen kann. Er geht davon aus, dass Heini Schmid das genau gleich sieht.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern: Der Regierungsrat unterstützt den Antrag von Beni Riedi. Der innere Zusammenhang ist gegeben. Der Regierungsrat hat in § 81 Abs. 2, wo es um das Interpellationsrecht geht, die Frist bereits von zehn auf zwanzig Tage verlängert.
Den Antrag der SP-Fraktion hat der Regierungsrat nicht beraten, weshalb die Direktorin des Innern hier keine Meinung der Regierung abgeben kann. Es ist heute aber so, dass die Gemeinden *mindestens* zehn Tage vor der Gemeindeversammlung die Unterlagen verschicken müssen; sind sie früher bereit, kann das durchaus auch fünfzehn oder zwanzig Tage vorher sein.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, zuerst über die Anträge von Beni Riedi und der SP-Fraktion und anschliessend über den Antrag der CVP-Fraktion abzustimmen.

Stefan Gisler wehrt sich anstelle von Kurt Balmer. Nach der bisherigen Praxis müsste zuerst über den Antrag der CVP abgestimmt werden, den Antrag Riedi gar nicht zu behandeln. Erst dann soll inhaltlich über den Antrag abgestimmt werden. Der Votant empfiehlt nochmals, den Antrag der CVP abzulehnen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass er auch vom Landschreiber belehrt wurde, zuerst über die Ausscheidung des Antrags Riedi abstimmen zu lassen.

➔ Der Rat beschliesst mit 39 zu 28 Stimmen, den Antrag Riedi nicht auszuscheiden, sondern als Antrag an der heutigen Sitzung zu beraten.

Bezüglich des Eventualantrags der SP-Fraktion zu § 72 Abs. 3 erklärt Landschreiber **Tobias Moser,** dass dieser vor dem Hauptantrag (Antrag Riedi) zur Abstimmung gebracht werden muss. Fairerweise müsste der Rat das gleiche Verfahren wie vorhin wählen und zuerst ebenfalls darüber abstimmen, ob der Antrag zur Abstimmung gebracht oder auf den Motionsweg verwiesen wird.

Thomas Lötscher: Wir müssen aufpassen, dass wir uns jetzt nicht vollkommen der Lächerlichkeit preisgeben. Die beiden Anträge haben einen offensichtlichen Zusammenhang. Wenn wir entschieden haben, den einen Antrag jetzt zu behandeln, können wir doch nicht den andern auf den Motionsweg schicken. Das wäre wirklich *ge-gersauert.* Der Votant bittet die Ratsführung, Einsicht zu zeigen und die Anträge von Verfahren her gleich zu behandeln.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass Gleichbehandlung bedeuten würde, darüber abzustimmen. Wenn aber Stillschweigen herrscht, muss nicht abgestimmt werden.

➔ Der Rat beschliesst stillschweigend, den Eventualantrag der SP-Fraktion heute ebenfalls als Antrag im Rat zu behandeln.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass jetzt *inhaltlich* über den Antrag Riedi zu § 72 Abs. 1 abgestimmt wird: «Die Gemeindeversammlung ist mindestens 20 Tage zuvor im Amtsblatt auszuschreiben.»

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Beni Riedi mit 38 zu 24 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag der SP-Fraktion zu § 72 Abs. 3 zwar als Eventualantrag bezeichnet wurde, aber ebenfalls ein Hauptantrag ist. Er hat deshalb zuerst den Antrag Riedi zur Abstimmung gebracht. Er liest den Antrag der SP-Fraktion zu § 72 Abs. 3 vor: «Berichte und Anträge sind mindestens 20 Tage vor der Gemeindeversammlung auf der Gemeindekanzlei aufzulegen und an die Haushaltungen in der Gemeinde zu verteilen.»

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der SP-Fraktion mit 54 zu 2 Stimmen zu.

6.2 Antrag des Regierungsrats (Vorlage 2108.6 - 14311)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, § 39 Abs. 3 ersatzlos zu streichen.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** teilt mit, dass die Kommission dem Antrag der Regierung deutlich zustimmt.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats mit 58 zu 1 Stimmen zu.

6.3 Antrag der SP-Fraktion (Vorlage 2108.7 - 14319)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die SP-Fraktion beantragt, in § 59 Abs. 1 eine Ziff. 15 mit folgendem Wortlaut einzufügen: «[Der Einwohnergemeinde obliegt im Rahmen der Gesetze insbesondere:] 15. Förderung von Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen.»

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** informiert, dass die Kommission den Antrag deutlich ablehnt, dies einerseits, weil er schon gestellt wurde, andererseits wahrscheinlich auch aus materiellen Gründen.

Alois Gössi hält einleitend fest, dass normalerweise der Antragsteller das Recht auf das erste Votum hat.
Die SP-Fraktion stellt auf die zweite Lesung den **Antrag,** als zusätzliche Aufgabe der Einwohnergemeinden die Förderung von Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen aufzunehmen. Sie tut dies, obwohl ihr gleichartiger Antrag in der ersten Lesung abgelehnt wurde.
Wieso nochmals der gleiche Antrag? Es scheint unbestritten zu sein, dass im Kanton Zug ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum vorhanden ist. Viele Personen, die ihre Wohnung wechseln müssen, oder Jugendliche und junge Erwachsene, die von zuhause ausziehen, zügeln u. a. wegen der hohen Mietzinsen und trotz der tiefen Steuern vom Kanton Zug weg. Gleichzeitig gibt es einen Zuzug von gut bis sehr gut Verdienenden, die sich hohe oder sehr hohe Wohnkosten im Kanton Zug leisten können und wollen. Die SP sieht darin ein Problem. Der Kanton soll auch längerfristig eine bezüglich Alter, Zivilstand, Einkommen oder Herkunft ausgewogene Bevölkerung aufweisen.
Mit dem bestehenden Wohnraumförderungsgesetz sind die Einwohnergemeinden jetzt schon explizit aufgefordert, Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen zu fördern. Mit einer Richtplanänderung soll dieses Anliegen zusätzlich unterstützt werden; die entsprechende Vorlage ist nach der ersten Lesung des Gemeindegesetzes neu in den Kantonsrat gekommen und war der Auslöser für den Antrag der SP-Fraktion. Mit dieser Richtplanänderung sollen die Einwohnergemeinde mehr Möglichkeiten, aber auch mehr Verpflichtungen erhalten, Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen zu fördern.
Die Aufzählung der Aufgaben einer Einwohnergemeinde in § 59 Abs. 1 hat keinen verpflichtenden Charakter; dazu sind entsprechende Gesetze nötig. Aber angesichts des Mangels an bezahlbarem Wohnraum im Kanton Zug sowie der Tatsache, dass die Einwohnergemeinden in einem zweiten kantonalen Erlass, der erwähnten Richtplanänderung, die Verpflichtung, aber auch zusätzliche Möglichkeiten für die Förderungen von finanziell tragbarem Wohnraum erhalten sollen, findet es die SP-Fraktion mehr als berechtigt, die Förderung von Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen als eine weitere Aufgabe der Einwohnergemeinden im Gemeindegesetz aufzuführen, auch wenn die Aufzählung nur deklaratorischen Wert hat.

Karl Nussbaumer: Die SVP-Fraktion lehnt den Antrag der SP-Fraktion einstimmig ab. Der preisgünstige Wohnungsbau ist keine Staatsaufgabe, die den Gemeinden vorgeschrieben werden muss. Dieser Antrag ist für die SVP ein Paradebeispiel dafür, wie eine verfehlte Einwanderungspolitik, deren Verfehltheit nicht eingestanden wird, zu sozialistischen Markteingriffen führt. Zu teure Wohnungen, die sich normale Schweizer nicht mehr leisten können, sind eine Folge der Personenfreizügigkeit, für welche die SP immer noch glühend einsteht. Kappen wir die Personenfreizügigkeit, und der preisgünstige Wohnraum kommt von selber.

Stefan Gisler hält fest, dass die AGF den Antrag der SP-Fraktion unterstützt. Es war SVP-Kantonsrat Thomas Wyss, der in einem Leserbrief schrieb, man solle *Expats* keine Steine in den Weg legen. Es ist die SVP, welche die Einwanderungspolitik im Kanton Zug aktiv fördert, unterstützt und begrüsst. Das Votum von Karl Nussbaumer ist für den Votanten deshalb nicht nachvollziehbar. Es ist ein Markteingriff, mit Steuergesetzrevisionen und Tiefststeuern solche Firmen und damit die entsprechenden Arbeitskräfte anzuziehen. Es ist daher nicht mehr als recht, dass die Politik auch andere Massnahmen ergreift, um Gegensteuer zu geben, damit sich Zugerinnen und Zuger das Wohnen in Zug noch leisten können. Beides sind Markteingriffe.
Man kann inhaltlich anderer Meinung sein, aber die Regierung sieht das Problem sehr wohl. Darum hat auch der Baudirektor in seine Richtplanänderung die Bestimmung aufgenommen, dass die Förderung von bezahlbarem Wohnen in den Gemeinden möglich sein soll. Und es ist nicht mehr als recht, dass dies auch im Gemeindegesetz sein Abbild findet.

Thomas Wyss: Man muss – auch hier – unterscheiden zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum. Dass ein qualitatives Wachstum gut ist für den Kanton Zug, dürfte unbestritten sein. Dass das quantitative Wachstum nach den Regeln von Angebot und Nachfrage einen Einfluss auf die Wohnpreise haben *muss,* ist auch klar. Diese Frage kann in Zusammenhang mit der Richtplanänderung aber seriöser abgeklärt werden, als wenn entsprechende Bestimmungen jetzt ins Gemeindegesetz hineingeschmuggelt werden sollen.

Martin Stuber möchte das Votum von Thomas Wyss ausgedeutscht haben. Qualitatives Wachstum ist positiv besetzt, im Gegensatz zu quantitativem Wachstum: Wenige, aber qualitativ gute Zuzüger. Und gute Zuzüger – so ist aus dem Kontext zu interpretieren – sind reiche Zuzüger. Quantitative Zuzüger sind nicht so gute Zuzüger, eben der Rest. Das ist Apartheid.

Für **Heini Schmid** ist das, was gerade abläuft, ein Musterbeispiel für Politik: Es geht eigentlich um gar nichts, man diskutiert aber stundenlang, und jeder hat seine Positionen, die er wieder mal dem Publikum zum Besten geben will. Er stellt deshalb den **Antrag,** § 59 sei generell zu streichen. Es handelt sich um eine rein deklaratorische Bestimmung, die dazu führt, dass jede Partei ihre Vorlieben im Gemeindegesetz unterbringen will. Alle Aufgaben, die hier beschrieben sind, werden spezialgesetzlich geregelt, unter Festschreibung der Kompetenz der Gemeinde. Es geht nichts verloren, wenn der Programmartikel § 59 radikal aus dem Gemeindegesetz gestrichen wird. Der Rat kann sich so bei der nächsten Revision sicher auch die Diskussionen über Sinn oder Unsinn einzelner Bestimmungen ersparen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, warnt davor, das Kind gleich mit dem Bad auszuschütten. Die Regierung macht beliebt, am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten. Wie sie damals ausführte, dient dieser Paragraf der schnellen Abgrenzung der Aufgaben und Zuständigkeiten der Einwohnergemeinden von jenen der Bürger-, Korporations- und Kirchgemeinden.
Die Regierung lehnt den Antrag der SP-Fraktion wie auch den nachfolgenden Antrag der SVP-Fraktion ab, einerseits materiell, andererseits aber auch deshalb, weil beide Anträge bereits in der ersten Lesung gestellt und vom Kantonsrat abgelehnt wurden; der Antrag der SVP-Fraktion wurde in der ersten Lesung sogar *zweimal* gestellt und abgelehnt.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, zuerst nun über den Antrag der SP-Fraktion abzustimmen, dann den Antrag der SVP-Fraktion und anschliessend den Antrag von Heini Schmid zu behandeln. Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 53 zu 13 Stimmen ab. Es bleibt damit bei der Fassung gemäss erster Lesung.

6.4 Antrag der SVP-Fraktion (Vorlage 2108.8 - 14324)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die SVP-Fraktion beantragt, in § 59 Abs. 1 sei die Ziff. 13 mit dem Wortlaut «die familienergänzende Kinderbetreuung» zu streichen.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg:** Die vorberatende Kommission lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 10 zu 4 Stimmen ab, dies ebenfalls mit der Begründung, dass er in der ersten Lesung bereits gestellt wurde.

Karl Nussbaumer: Nachdem das Stimmvolk des Kantons Zug und die Mehrheit der Stände anfangs März gegen die Verpflichtung von Kantonen und Gemeinden, Kindertagesstätten zu errichten, gestimmt haben, sollte der Rat auf die erste Lesung zurückkommen und § 59 Abs. 1 Ziff. 13 wieder streichen. Der Volkswille im Kanton Zug ist zu beachten, dies schuldet das Parlament dem Volk als vorgesetztem Souverän. Zwar wissen wir, dass aus Ziff. 13 nicht abgeleitet werden kann, dass die Einwohnergemeinden verpflichtet sind, Kindertagesstätten zu errichten oder zu fördern. Der Klarheit halber aber sollte die Ziffer gestrichen werden, denn die Einwohnergemeinden sind aufgrund der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung ohnehin zuständig, wenn weder Bund noch Kanton für zuständig erklärt werden. Hören Sie auf das Stimmvolk, das sich ja auch bald wieder zum Integrationsgesetz äussern darf, und stimmen Sie dem Streichungsantrag zu.

Markus Jans: Der Antrag der SVP kommt nicht ganz unerwartet. Diese Partei hat bekanntlich wenig oder kein Verständnis für die familienergänzende Kinderbetreuung der Gemeinden, ausser wenn diese von der eigenen Schwieger- oder Grossmutter angeboten wird. Staatliche Erziehung ist ihr ein Graus, obwohl wahrscheinlich auch SVP-Parteimitglieder die Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung der Gemeinden rege nutzen. Nur: An die grosse Glocke hängen will das natürlich niemand.
Alle Gemeinden führen in der Zwischenzeit das Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung. Sie sehen das als Ergänzung zur Kinderbetreuung in der eigenen Familie. Niemand wird gezwungen, dieses Angebot zu nutzen. Werbung von Seiten der Gemeinden gibt es keine. Trotzdem übersteigt in vielen Gemeinden die Nachfrage das Angebot, und es bestehen Wartelisten.
Damit liegt der Antrag der SVP-Fraktion völlig quer in der Landschaft. Die Gemeinden übernehmen diese Aufgabe schon seit längerer Zeit. Dies gilt übrigens auch für die Langzeit-, Akut- und Übergangspflege gemäss § 59 Abs. 1 Ziff. 14, ohne dass die SVP der Meinung ist, dass diese Aufgabe gestrichen werden soll. Diese rein deklaratorische Kompetenzbestimmung ist im Spitalgesetz ausführlich geregelt.
Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass im Sinne einer reinen Orientierungsfunktion die Aufgabe der Gemeinden betreffend familienergänzende Kinderbetreuung im Gesetz aufzuführen ist. Sie empfiehlt deshalb, den Antrag der SVP abzulehnen.

Anna Lustenberger: Die AGF ist gegen den Streichungsantrag der SVP-Fraktion und bittet ebenfalls, diesen abzulehnen.
§ 2 des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung trägt den Titel «Angebote in den Einwohnergemeinden». Die Angebote sollen die Eltern tagsüber in der Betreuung von Kindern im Vorschulalter und im Schulalter ausserhalb der obligatorischen Schulzeit unterstützen. Die Gemeinden kommen dieser Aufgabe nach. Sie haben fast alle das Gesetz begrüsst, und im Rat wurde das definitive Gesetz angenommen.
Wenn nun im Gemeindegesetz verschiedene Aufgaben aufgezählt werden, für welche die Einwohnergemeinden zuständig sind, so ist die familienergänzende Kinderbetreuung eine dieser Aufgaben. Das hat auch der Rat so gewollt. Es ist eine gemeindliche Aufgabe, genauso, wie auch die Förderung des kulturellen Lebens und der Volksgesundheit, die Langzeitpflege sowie die Akut- und Übergangspflege zu den Aufgaben der Gemeinde gehören. Die Gemeinden sind damit auf keinen Fall überfordert, sonst hätten sie dieses Gesetz nicht begrüsst. Die SVP will die familienergänzende Kinderbetreuung einfach nicht aufgeführt haben. Bei der ersten Lesung hat Manuel Brandenberg die Abstimmung zu Harmos als Streichungsargument genommen, jetzt ist es der Verfassungsartikel für eine Bundeskompetenz zur Schaffung von ausserfamiliären Betreuungsformen in Kantonen und Gemeinden, der am 13. März abgelehnt wurde. Dabei wurde während der Abstimmungskampagne als Argument gegen diesen Verfassungsartikel oft gerade vorgebracht, dass dies Sache der Kantone und Gemeinden sei, nicht des Bundes. Der Kanton kommt dem nun ja bestens nach. Wenn die familienergänzende Kinderbetreuung nicht im Gemeindegesetz aufgeführt ist, führt das zur Horrorvision, dass in einer Gemeinde SVP- oder SVP-nahe Gemeinderatsmitglieder die entsprechenden Angebote einfach wieder abschaffen wollen. Die Votantin selbst sieht an einem von der Schule organisierten Mittagstisch in Baar die vielen Kinder berufstätiger Eltern, die dieses Angebot nutzen. Und vermutlich wird die Nachfrage noch zunehmen. Daher ist es wichtig, dass Ziff. 13 im Gemeindegesetz aufgeführt wird.
Zum Ablauf stellt die Votantin die Frage, ob es nun wirklich so sei, dass die Fraktionen der Reihe nach sprechen können. Bei den anderen Anträgen hat sie das nicht so wahrgenommen.

Der **Vorsitzende** stimmt zu, dass bei der Reihenfolge der vorherigen Voten die Fraktionsgrösse nicht berücksichtigt wurde. Er entschuldigt sich dafür.

Beni Riedi stellt klar, dass die familienergänzende Kinderbetreuung bis anhin im Gemeindegesetz nicht aufgeführt war; es wird etwas Neues eingeführt. Die Begründung für den Antrag der SVP wurde bereits genannt, nämlich die Volksabstimmung von Anfang März, in welcher die Mehrheit der Zuger Stimmenden den Familienartikel ablehnte. Die SVP ist nicht gegen die familienergänzende Kinderbetreuung an sich, sie ist aber der Meinung, dass diese in den Gemeinden bis jetzt bestens funktionierte. Die Gemeinden sollen auch weiterhin selber darüber bestimmen können. Dafür gibt es die Gemeindeversammlung. Die Vertreter der Gemeinde Baar wissen, dass in der Gemeindeversammlung darüber abgestimmt wurde, ob und in welchem Umfang man das möchte. Das sollen die Gemeinden weiterhin tun, und insbesondere sollen nicht kleinere Gemeinden, in denen bisher kein Bedarf an familienergänzender Kinderbetreuung besteht, dazu gezwungen werden.
Aus diesen Gründen empfiehlt der Votant, den Antrag der SVP zu unterstützen. Er stellt den **Antrag,** die diesbezügliche Abstimmung sei unter Namensaufruf durchzuführen.

Philip C. Brunner fühlt sich durch Votum von Markus Jans etwas herausgefordert. Markus Jans macht seine Sache natürlich gut. Er ist Teil dieser Sozialindustrie und muss schauen, dass dieses Anliegen überall Eingang findet. Er ist vom Staat besoldet und schaut für seine Kumpanen. Der Votant aber fordert, dass die Gemeinden eigenverantwortlich entscheiden, was für sie wichtig ist, und jederzeit die entsprechende Freiheit haben. Es ist überhaupt nicht nötig, die familienergänzende Kinderbetreuung im Gemeindegesetz auch noch aufzuführen – ganz abgesehen von den bisher gehörten Begründungen. Die SP hat es geschafft, schweizweit eine florierende Industrie aufzubauen, nicht nur in diesem Gebiet. Wieso will die SP nicht noch weitere Punkte aufführen, die der Staat übernehmen könnte? Das ist das politische Programm der SP, das sie gut umsetzt. Der Votant wird den Antrag der SP-Fraktion selbstverständlich ablehnen.

Alice Landtwing erinnert die SVP-Fraktion daran, dass es bei der Abstimmung im März gerade darum ging, dass das betreffende Anliegen nicht in die Verfassung kommt, sondern dass die Kantone und Gemeinden diese Aufgabe übernehmen. Sie hofft, dass Beni Riedi nicht darauf besteht, unter Namensaufruf abzustimmen. Die Traktandenliste soll endlich abgearbeitet und nicht von Sitzung zu Sitzung immer noch länger werden.

Markus Jans dankt Philip C. Brunner für das Kompliment, dass er sich für diese Leute einsetze. Brunner hat aber – obwohl er RPK-Präsident der Gemeinde Zug ist – übersehen, dass der Sozialdienst der Stadt Zug nichts mit der familienergänzenden Kinderbetreuung zu tun hat. Diese ist nämlich Sache des Bildungsdepartements. Mit seinem Votum macht Philip C. Brunner einen persönlichen Angriff und diffamiert öffentlich eine ganze Berufsgruppe. Das ist unanständig und gehört nicht hierher.

Der **Vorsitzende** fragt bei Beni Riedi nach, ob er auf dem Namensaufruf bestehe. Das ist der Fall. Der Vorsitzende hält fest, dass es dafür ein Quorum von 20 Stimmen braucht.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf eine Abstimmung unter Namensaufruf mit 53 zu 16 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von § 59 Abs. 1 Ziff. 13 mit 50 zu 17 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Heini Schmid, § 59 sei generell zu streichen, mit 39 zu 29 Stimmen ab.

6.5 Antrag von Manuel Brandenberg (Vorlage 2108.9 - 14348)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Manuel Brandenberg beantragt, § 5ter Abs. 1 wie folgt zu fassen: «Soweit die Kantonsverfassung nicht die Urnenwahl vorschreibt (§ 78 Abs. 1 lit. c) und vorbehältlich von Abs. 3 nachstehend, gilt das offene Handmehr.»

Manuel Brandenberg: Hintergrund des Antrags ist die erste Lesung, in der bestimmt wurde, dass ein Einziger die Urnenabstimmung verlangen kann. Wenn nur Wahlen traktandiert sind, kann die Versammlung bei einem solchen Antrag gleich

wieder geschlossen werden, was nicht der Sinn einer Gemeindeversammlung sein kann. Der vorliegende Antrag würde bewirken, dass – wie heute schon – ein Sechstel der anwesenden Stimmberechtigten die geheime Wahl verlangen kann. Das ist ein faires Quorum. Es ist immer noch eine deutliche Minderheit, die der Mehrheit geheime Wahlen aufzwingen kann. Dass dies ein Einziger tun könnte, wäre schon fast eine Diktatur des Individuums und nicht sehr demokratisch.
In seiner Funktion als Kommissionspräsident orientiert der Votant, dass die vorberatende Kommission seinem Antrag zugestimmt hat.

Franz Hürlimann hält fest, dass der Antrag Brandenberg die Verhältnismässigkeit in Frage stellt. Der Votant stimmt der Begründung unter Punkt 1 und 2 zu, in Punkt 3 kann er nicht zustimmen. Er hat die Gründe in der ersten Lesung aus eigenen Erfahrungen heraus bereits vorgebracht. Aus diesen vorgenannten Gründen muss es unbedingt die Möglichkeit geben, geheim wählen zu können, auch wenn es nur das Bedürfnis einer Einzelperson ist.
Der Antrag bedarf nebst der Änderung von § 5ter Abs. 1 auch einer Anpassung von § 77 Abs. 3 des Gemeindegesetzes, weil dort das Quorum für Wahlen geregelt wird (ein Sechstel der anwesenden Stimmberechtigten). Weil der geltende § 77 Abs. 3 das Quorum für Wahlen *und* Abstimmungen regelt, muss der Verzicht auf ein Quorum auf *Wahlen* beschränkt werden. Andernfalls könnte auch bei sämtlichen Sachabstimmungen ohne Quorum die geheime Abstimmung verlangt werden. Vorliegend geht es aber nur um die in der Gemeindeversammlung der Bürger-, Kirch- und Korporationsgemeinden zu erfolgende Wahl von Gemeindeorganen.
Der Votant stellt betreffend § 5ter Abs. 1 Gemeindegesetz den **Antrag,** diese Bestimmung sei wie folgt zu ändern: «Soweit die Kantonsverfassung nicht die Urnenwahl vorschreibt (§ 78 Abs. 1 lit. c) *und wenn keine geheime Wahl durchzuführen ist,* gilt das offene Handmehr.»
Betreffend § 77 Abs. 3 Gemeindegesetz stellt der Votant den konnexen **Antrag,** diese Bestimmung sei wie folgt zu ändern: «Wenn ein Sechstel der anwesenden Stimmberechtigten es verlangt, ist geheim zu ~~*wählen bzw.*~~ abzustimmen. *Wenn eine anwesende stimmberechtigte Person es verlangt, ist geheim zu wählen*.»
Das Anliegen des Votanten betreffend geheime Wahlen lässt sich nur umsetzen, wenn diese beiden Paragrafen im genannten Sinne angepasst werden. Das wurde von Landschreiber entsprechend abgeklärt. Der Antrag ist daher *en bloc* zur Abstimmung zu bringen.
Der Rat hat in der ersten Lesung das Anliegen des Votanten mit aller Deutlichkeit unterstützt. Der Votant bittet, die neue Fassung ebenfalls zu unterstützen, und dankt dafür.

Kommissionspräsident **Manuel Brandenberg** teilt mit, dass die vorberatende Kommission mit 8 zu 6 Stimmen beschlossen hat, den Antrag Brandenberg gegenüber dem Antrag Hürlimann zu unterstützen

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass der Antrag von Manuel Brandenberg entgegen der Fassung der ersten Lesung beim heute geltenden Recht bleiben will, nämlich dass das offene Handmehr gilt, soweit die Kantonsverfassung nicht die Urnenwahl vorschreibt. Bereits heute kann ein Sechstel der Anwesenden eine geheime Wahl verlangen. Warum explizit der Vorbehalt von Abs. 3 erwähnt wird, ist nicht klar. Dieser Absatz besagt, dass Bürger-, Kirchen- und Korporationsgemeinden die Urnenwahl durch Gemeindebeschluss einführen können; er gilt sowieso, auch ohne diesen Verweis. Der Mehrwert des Einschubs ist nicht ersichtlich.

Der Regierungsrat ist gegen den Antrag Brandenberg, unterstützt aber den Antrag Hürlimann. Das Stimmrecht soll frei und ohne Sanktionen ausgeübt werden können, wie von Franz Hürlimann in der ersten Lesung ausgeführt wurde. Der Rat ist dieser Argumentation gefolgt und wollte eine Änderung des heutigen Rechts. Der damalige Antrag Hürlimann bezweckte aber ein bisschen zu viel und hätte bedeutet, dass eine Versammlung womöglich hätte abgebrochen und eine Urnenabstimmung hätte durchgeführt werden müssen. Der modifizierte Antrag von Franz Hürlimann ist wesentlich anders und kann von der Regierung unterstützt werden. Die Bürger-, Kirch- und Korporationsräte müssen sowieso auf geheime Wahlen vorbereitet sein, die entsprechenden Papiere müssen für die Versammlung bereit sein. Die vorgeschlagene Regelung betrifft nur diese drei Gemeinden – die Einwohnergemeinden wählen an der Urne –, und es gibt alle vier Jahre Erneuerungswahlen. Der Aufwand ist also gering, die vorgeschlagene Regelung trägt aber etwas bei zum freien Stimmrecht. In diesem Sinne dankt die Direktorin des Innern für die Unterstützung des Antrags Hürlimann

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass über den Antrag Hürlimann *en bloc* abgestimmt wird. Dieser Antrag stellt einen sogenannt konnexen Antrag im Sinne von § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung dar. Solche Begehren sind auch ohne Beachtung der Zehntagesfrist zulässig.
Es liegen nun drei Versionen von § 5ter Abs. 1 vor, die gemäss § 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung in einer Dreifachabstimmung einander gegenübergestellt werden. Jedes Ratsmitglied hat pro Antrag eine einzige Stimme. Erreicht kein Antrag die absolute Mehrheit der Stimmenden, so wird darüber abgestimmt, welcher von den zwei Anträgen, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigten, aus der Abstimmung fällt.

Die folgende Dreifachabstimmung ergibt die folgenden Resultate:
• Antrag Manuel Brandenberg: 20 Stimmen
• Antrag Franz Hürlimann: 47 Stimmen.
• Fassung gemäss Ergebnis 1. Lesung: 1 Stimme.

➔ Damit stimmt der Rat dem Antrag von Franz Hürlimann zu.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 35 zu 32 Stimmen zu.

Karl Nussbaumer stellt den **Antrag,** es sei ein Behördenreferendum durchzuführen. Er ist zusammen mit der Mehrheit der SVP-Fraktion kurz und bündig der Meinung, dass das Volk das letzte Wort haben soll.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, bittet im Namen des Regierungsrats, den Antrag auf ein Behördenreferendum abzulehnen. Es gibt sehr viele Volksabstimmungen, was immer auch viel Geld kostet. Hier geht es um Motionen, die im Kantonsrats eingereicht und erheblich erklärt wurden, die Anpassungen an bereits bestehende Realitäten zum Ziel haben und nun abgeschrieben werden sollen. Es soll – wie zu hören ist – auch schon eine Motion vorbereitet werden, die eine Totalrevision des Gemeindegesetzes verlangt; das wird der Regierungsrat entgegennehmen und in Ruhe anschauen. Hier aber geht es um eine Teilrevision des Ge-

meindegesetzes und um die Abschreibung von Motionen. Der Regierungsrat bittet, jetzt nicht noch eine Volksabstimmung durchzuführen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für das Behördenreferendum gemäss § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung ein Quorum von einem Drittel aller Mitglieder des Kantonsrats erforderlich ist. Das sind 27 Stimmen.

➔ Der Rat lehnt mit 50 zu 17 Stimmen den Antrag auf ein Behördenreferendum ab.

Es liegen folgende parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor:
- Motion von Anna Lustenberger-Seitz betreffend Anpassung des Gemeindegesetzes an die kirchlichen Realitäten vom 27. Juni 2002 (Vorlage 1035.1 - 10929): Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.
- Motion von Beat Sieber und Peter Diehm betreffend Einführung einer gemeindlichen Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) vom 9. September 2010 (Vorlage 1967.1 - 13532): Der Regierungsrat beantragt, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.
- Am 2. Mai 2012 hat Thomas Aeschi eine Motion betreffend Fakultatives Referendum betreffend Beschlüsse der Gemeindeversammlung eingereicht (Vorlage 2144.1 - 14064). An der Kantonsratssitzung vom 31. Mai 2012 wurde die Motion gemäss § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Kantonsrats als sogenannter gewöhnlicher Antrag der vorberatenden Kommission zur Detailberatung des Gemeindegesetzes überwiesen. Die Kommission lehnte den Antrag ab. Im Rahmen der ersten Lesung hat der Rat den Antrag bei § 66 des Gemeindegesetzes behandelt und abgelehnt. Damit ist diese Motion als erledigt abgeschrieben.

➔ Der Rat beschliesst stillschweigend:
- die Motion von Anna Lustenberger-Seitz als erledigt abzuschreiben;
- die Motion von Beat Sieber und Peter Diehm erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
- die als Antrag bereits behandelte Motion von Thomas Aeschi als erledigt abzuschreiben.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

736 Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse (Pensionskassengesetz)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2192.1/.2 - 14177/78), der der vorberatenden Kommission (2192.3 - 14290), der Kommissionsminderheit (2192.4 - 14299) und der Staatswirtschaftskommission (2192.5 - 14300).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass folgende Anträge vorliegen:
- Antrag der Kommission: Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Kommission.
- Antrag der Kommissionsminderheit: Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Kommissionsminderheit.
- Antrag der Staatswirtschaftskommission: Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Staatswirtschaftskommission.

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsidentin **Gabriela Ingold:** Ende 2010 haben die eidgenössischen Räte die Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) beschlossen. Kernpunkt dieser Revision ist eine starke Verselbständigung der öffentlich-rechtlichen Pensionskassen. Gemäss den neuen Vorgaben kann der Gesetzgeber nur noch entweder die Finanzierung oder die Leistungen bestimmen. Dadurch findet eine Kompetenzverschiebung an das oberste Organ der Vorsorgeeinrichtung, den Vorstand, statt.
In der Folge sind nun die Kantone gehalten, bis spätestens 1. Januar 2014 ihre Gesetze entsprechend anpassen, was mit dieser Totalrevision für den Kanton Zug geschieht. Die Kommissionspräsidentin bedankt sich im Namen der Kommission beim Finanzdirektor, dem Generalsekretär und den Mitarbeitenden der Finanzdirektion sowie den zur Verfügung gestandenen Fachexperten für die sehr gute Zusammenarbeit und den Support. Die Materie ist äusserst komplex und verlangte der Kommission vieles ab. Diese war sich bei ihren Beratungen der grossen Verantwortung gegenüber dem Staatspersonal bewusst – und liess dabei auch das Wohl des Kantons nicht ausser Betracht. Eine gesunde zugerische Pensionskasse mit gedeckten Alterskapitalien und gesicherten Altersrenten ist das oberste Ziel.
In die Totalrevision flossen jedoch nicht nur Anpassungen an das neue Bundesrecht ein. Es muss zwingend auf veränderte Rahmenbedingungen wie die volatilen Finanzmärkte und vor allem auch auf die demografische Entwicklung reagiert werden. Nur durch Veränderung der Parameter wie technischer Zinssatz und Umwandlungssatz können die Renten langfristig verantwortungsvoll gesichert werden.
Es ist der Kommissionspräsidentin ein Anliegen festzuhalten, dass durch die Kompetenzverschiebung an den Vorstand diesem Gremium nicht nur die Kompetenzen, sondern auch mehr Aufgaben und vor allem grössere Verantwortung übertragen werden. Neu werden Anforderungen an Integrität, Loyalität und Unabhängigkeit im BVG festgesetzt. Diese gelten auch für die Organe der Zuger Pensionskasse. Der Vorstand wird gefordert sein, das Schiff Zuger Pensionskasse auf Kurs zu halten. Insbesondere wird er dem Umwandlungssatz grösste Beachtung schenken müssen, da heute mit dem gesetzlichen Satz von 6,8 Prozent und auch in Zukunft mit dem neuen Satz von 6 Prozent bei jeder Pensionierung Pensionsverluste entstehen, die die Kasse zu tragen hat.
Nachfolgend geht die Kommissionspräsidentin auf relevante Punkte ein, welche die Kommissionsarbeit massgebend geprägt haben. In der Kommission war unbestritten, bei der Wahl des gesetzgeberischen Steuerungselementes sich in § 2 zu Gunsten der Option «Finanzierung» zu entscheiden, dies klar nach dem Motto «Wer zahlt, befiehlt.» Die Leistungen hingegen werden fortan vom obersten Organ der Zuger Pensionskasse festgelegt.
Der Entscheid, ob man sich dem Vorschlag der Regierung zum System der Teilkapitalisierung mit Staatsgarantie anschliessen will, gab dagegen eine grössere Auseinandersetzung. Eine Vollkapitalisierung mit Wegfall der Staatsgarantie anzustreben, hätte durchaus auch seinen Reiz gehabt. Nach sorgfältigem Abwägen der Argumente schloss sich die Kommission aber dem Vorschlag der Regierung an. Ausschlaggebend für diesen Entscheid war die grosse finanzielle Belastung für sämtliche angeschlossenen Arbeitgeber sowie die unzähligen Beispiele anderer Kantone, bei welchen nach erfolgter Vollkapitalisierung trotzdem wieder Deckungslücken entstanden, die am Ende wieder der Steuerzahler berappt.
Die grösste Mühe bereitete der Kommission jedoch die Tatsache, dass der Kantonsrat in § 3 Abs. 2 die Ausgangsdeckungsgrade, deren Ansetzung ein gewichtiger Faktor der neuen Gesetzgebung ist, nicht festsetzen darf. Abklärungen bei der

Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht ergaben, dass mit einer Festsetzung im Gesetz gegen Bundesrecht verstossen würde. In der Folge erzwang die Kommission vom Vorstand der Zuger Pensionskasse eine Absichtserklärung. In dieser wird bestätigt, dass bei der Festlegung der Ausgangsdeckungsgrade den Empfehlungen der Pensionskassen-Experten gefolgt wird und diese aufgrund der Expertentabelle festgesetzt werden. Die Absichtserklärung sowie die Expertentabelle sind dem Kommissionsbericht beigelegt.
Die Aufteilung der Beiträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat die Kommission intensiv diskutiert. Sie liess alle möglichen Varianten rechnen und unterzog diese einer politischen Wertung. Für die Kommission war nach dieser Arbeit der Vorschlag des Regierungsrats nachvollziehbar. Die Kommission empfindet ihn als massvoll und stimmig. Weiter ist die Kommission davon überzeugt, dass das System der Staffelung der Sparbeiträge nach Alterskategorien in der ganzen Schweiz etabliert ist und deshalb neu auch wieder für den Kanton Zug angewendet werden soll.
Die Kommission ist einstimmig auf die Gesetzesvorlage eingetreten und hat sie in der Schlussabstimmung in der Form der Kommission mit 9 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Eusebius Spescha spricht als Vertreter der Kommissionsminderheit und gleichzeitig als Sprecher der SP-Fraktion. Dass das Pensionskassengesetz revidiert werden muss, ist unbestritten. Die Änderung des übergeordneten Rechts erfordert dies. Unabhängig davon gibt es aber bei der kantonalen Pensionskasse Handlungsbedarf, besteht doch erstens eine Unterdeckung und gibt es zweitens eine Quersubventionierung der Pensionierten zulasten der aktiven Versicherten. Dabei geht es gemäss den Berechnungen der Personalverbände um rund 300 Millionen Franken in den letzten acht bis zehn Jahren. Man könnte nun eine ausführliche und ideologische Debatte über Sinn oder Unsinn des Kapitaldeckungsverfahrens führen, doch soll diese Revision möglichst sachlich und besonnen angegangen werden.
«Die berufliche Vorsorge hat als zweite Säule neben der AHV/IV/EL als erste Säule die Aufgabe, den Versicherten die Fortsetzung ihrer bisherigen Lebenshaltung in angemessener Weise zu ermöglichen.» Dies ist der erste Satz auf der Website des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) zum Thema berufliche Vorsorge, und dies war und ist für Kommissionsminderheit und SP-Fraktion die Orientierung. Deshalb sind sie grundsätzlich bereit, diese Revision mitzutragen. Dies heisst: Sie akzeptieren – allerdings zähneknirschend – den Verzicht auf die Vollkapitalisierung, obwohl die Experten diese empfehlen und die meisten Kantone sie auch umsetzen; sie akzeptieren die Senkung des Umwandlungssatzes aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung sowie die tiefere Verzinsung aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.
Der Minderheitsbericht fokussiert auf drei zwingende Verbesserungen:
- Erstens: Die Sparbeiträge müssen höher sein, sonst ist das Ziel der «Fortsetzung der bisherigen Lebenshaltung in angemessener Weise» schlicht und einfach nicht erreichbar.
- Zweitens: Es ist nicht einzusehen, wieso die Arbeitgeber zulasten der Arbeitnehmer ihre Beiträge senken sollen.
- Drittens: Die Vollkapitalisierung sollte nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben, sondern mit der Erhöhung des Umlagebeitrags ernsthaft angegangen werden.

Die einzelnen Anträge werden in der Detailberatung begründet. Kommissionsminderheit und SDP-Fraktion beantragen, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung des Minderheitsberichts zuzustimmen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** hält fest, dass es der Stawiko dank des ausführlichen Berichts des Regierungsrats und dank guter und vertiefter Vorarbeit der vorberatenden Kommission mit einer entsprechend detaillierten Berichterstattung gelungen ist, diese komplexe Vorlage effizient in einer halbtägigen Sitzung zu beraten. Die Stawiko wurde dabei unterstützt von Finanzdirektor Peter Hegglin sowie – in juristischen Fragen – von Martin Bucherer, dem Generalsekretär der Finanzdirektion, und – in versicherungstechnischen Fragen – von Andreas Müller, einem Pensionskassenexperten von Swisscanto. Dass Gabriela Ingold, die Präsidentin der vorberatenden Kommission, ebenfalls in der Stawiko mitarbeitet und entsprechende Feedbacks geben konnte, dürfte bekannt sein.
Gabriela Ingold hat es schon erwähnt: Auslöser für diese Gesetzesrevision war die veränderte Bundesgesetzgebung, der sich der Kanton Zug schlicht anzupassen und entsprechend sein Gesetz total zu revidieren hat. Die Stawiko hat sich mit drei Bereichen intensiv auseinandergesetzt: Sie hat die Grundsätze der Revision diskutiert, sie hat über die Kosten diskutiert, und sie schlägt im Bereich der Details einige Änderungen vor. Zu den Grundsätzen: Die Stawiko schliesst sich den Überlegungen des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission an, dass die Teilkapitalisierung für unsere Pensionskasse wohl der richtige Weg ist. Auch die Aufteilung der Kompetenzen – Beiträge werden durch den Kanton, Leistungen durch den Vorstand festgesetzt – ist in der Stawiko auf Zustimmung gestossen. Mit Bedauern aber hat die Stawiko davon Kenntnis genommen, dass man mit dieser Gesetzesrevision wieder vom Einheitsbeitrag für das Personal weggeht und zu gestaffelten Beiträgen nach Alter umschwenkt. 2005 wurde das Modell der Einheitsbeiträge gewählt, weil Tendenzen erkennbar waren, dass auch in der breiten Pensionskassenlandschaft auf diese Lösung eingeschwenkt wird. Der Regierungsrat hatte das im damaligen Bericht so gut begründet, dass der Votant heute noch sagen muss, dass das eigentlich richtig wäre. Man hat sich da aber schlicht und einfach den anderen Pensionskassen anzupassen, weil sonst bei Stellenwechseln die ganze Geschichte nicht mehr aufgeht.
Im Bereich des Ausgangsdeckungsgrads hat sich die Stawiko belehren lassen müssen, dass die vorberatende Kommission wirklich das Menschenmögliche getan hat. Auch die Stawiko war nicht glücklich darüber, dass sie da nicht eingreifen und den Ausgangsdeckungsgrad bereits festsetzen konnte. Mit der erwähnten Absichtserklärung ist dem wahrscheinlich aber Genüge getan. Der Votant hofft und geht davon aus, dass sich der Vorstand an sein Wort hält.
Zu den Kosten: Der Regierungsrat erwähnt in der Finanztabelle auf Seite 35 Mehrkosten in der Grösse von 2,3 Millionen Franken. Das ist aber nur die halbe Miete: Die angeschlossenen Organisationen, Gemeinden und Institutionen werden zusammen Mehrkosten in der Grössenordnung von 4,4 Millionen Franken zu tragen haben, und es ist – wie der Finanzdirektor zusätzlich abklärte – davon auszugehen, dass davon via Leistungsvereinbarungen etc. zusätzliche Kosten in der Grössenordnung von 1,7 Millionen Franken auf den Kanton zukommen werden, weil die erwähnten Institutionen diese Mehrkosten schlicht nicht selber tragen können.
Die Stawiko unterstützt grundsätzlich die Anträge der vorberatenden Kommission, mit einigen Abweichungen. In materieller Hinsicht ist dies der Fall in § 4, wo die Stawiko der Meinung ist, dass für die Altersgruppe 21–24 Jahre keine Sparbeiträge erhoben werden sollten. In § 4 Abs. 4 ist die Stawiko der Meinung, dass beim Risikobeitrag nicht vom Verhältnis 50 zu 50 abgewichen werden sollte. Zwei weitere wichtige Anträge betreffen das Leistungsziel, das der Regierungsrat nach wie vor vorgeben will, und die Verantwortung des Vorstands.
Die Stawiko beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der vorberatenden Kommission resp. der Stawiko zuzustimmen.

Andreas Hausheer: Auch die CVP-Fraktion ist für Eintreten. Faktisch zwingt schon das Bundesrecht dazu, dies mit einer Vorgabe, die unverständlich scheint. Das Bundesparlament hat entschieden, dass der Kantonsrat nur noch über die Finanzierung oder über die Leistungen beschliessen kann. Hier werden zwei Sachen künstlich voneinander getrennt, die faktisch zusammengehören und gar nicht sauber getrennt werden können. Denn jeder Entscheid zu einer Leistung hat einen Einfluss auf die Finanzierung und umgekehrt.
Neben diesen rechtlichen Vorgaben drängt sich eine Revision des Pensionskassengesetzes auch aufgrund der schon mehrfach erwähnten Rahmenbedingungen auf. Eintreten ist in der CVP-Fraktion entsprechend unbestritten. Ebenso unbestritten ist, dass sich der Kantonsrat um die Finanzierungsfragen kümmern soll. In diesem Zusammenhang völlig unverständlich ist die Tatsache, dass der Kantonsrat bei der Bestimmung des Ausgangsdeckungsgrades schlicht keine Kompetenz haben soll. Schliesslich kann genau dessen Höhe massive finanzielle Auswirkungen für den Kanton haben. Je höher nämlich der Ausgangsdeckungsrad definiert wird, desto früher müssen Sanierungsmassnahmen paritätisch getragen werden. Oder umgekehrt: Je tiefer der Ausgangsdeckungsgrad festgelegt wird, desto länger bezahlen nur die Arbeitgeber die Umlagebeiträge. Nachdem die *second opinion* eines Expertenbüros zum Schluss gekommen ist, dass der Kantonsrat für die Bestimmung des Ausgangsdeckungsgrades zuständig ist, hat die Zentralschweizer Aufsicht das Gegenteil festgestellt. Interessant wäre zu wissen, wie die Oberaufsicht des Bundes dazu steht, aber dafür müsste der Hosenlupf gewagt und heute gesagt werden, dass der Kantonsrat für den Ausgangsdeckungsgrad zuständig sei. Das ist allerdings wenig realistisch.
In einer Absichtserklärung hat der Vorstand gegenüber der Kommission einen Ausgangsdeckungsgrad von zirka 84 Prozent genannt. Das heisst, dass es erst zu einer paritätisch finanzierten Sanierung kommt, wenn der Deckungsgrad unter 84 Prozent fällt. Verglichen mit der Praxis bei privaten Pensionskassen, bei denen Sanierungsmassnahmen spätestens bei einem Deckungsgrad von 90 Prozent ergriffen werden, sind diese 84 Prozent für die Arbeitnehmerschaft sehr komfortabel.
Insgesamt ist die CVP-Fraktion der Meinung, dass die Vorlage der Finanzdirektion ausgewogen ausgefallen ist. Es geht in keiner Art und Weise um eine Sparübung, sondern um eine Anpassung an Rahmenbedingungen, die auch im Bericht der Kommissionsminderheit als «leider zu akzeptieren» erkannt werden. Die Finanzdirektion hat eine ausbalancierte Vorlage ausgearbeitet, wofür ihr Anerkennung gebührt. Eintreten ist für die CVP-Fraktion unbestritten

Daniel Thomas Burch: Auch für die FDP-Fraktion ist Eintreten unbestritten. Es ist ihr ein zentrales Anliegen, dass die finanzielle Sicherheit der Vorsorgeeinrichtungen auch für zukünftige Rentnerinnen- und Rentnergenerationen gewährleistet ist. Sie sieht das Spannungsfeld zwischen den Generationen und anerkennt die grosse Herausforderung zwischen Finanzierung und Leistungen. Die Generationengerechtigkeit muss aufrecht erhalten bleiben, denn die Risiken tragen gemäss den heute gültigen gesetzlichen Rahmenbedingungen die aktiven Versicherten, sprich: die jungen Arbeitnehmenden. Wenn künftig zwei Aktive für die AHV eines Rentners oder einer Rentnerin aufkommen müssen, darf man sie nicht zusätzlich mit der Finanzierung der Pensionskassen der Pensionierten belasten.
In Anlehnung an die bundesrechtlichen Bestimmungen ist es der Regierung gelungen, eine ausgewogene Revisions-Vorlage vorzulegen. Die FDP stellt fest, dass die versicherten Arbeitnehmenden bei der Zuger Pensionskasse im Vergleich zu anderen Kantonen und Städten sowie insbesondere zu Angestellten bei KMU – die nicht zuletzt das tragende Rückgrat unserer Volkswirtschaft sind – auch nach der

Revision sehr komfortabel versichert sind. Die Sparanteile sind wesentlich höher als im BVG verlangt, ab dem 45. Altersjahr beispielsweise 30 bis 40 Prozent höher. Die Arbeitgebenden leisten bei der Zuger Pensionskasse einen höheren Beitrag als die Arbeitnehmenden. Zudem ist der versicherte Lohn bei der Zuger Pensionskasse nicht begrenzt. Davon profitieren vor allem die Besserverdienenden, in dem sie höhere Sparbeiträge und in der Folge höhere Pensionskassenleistungen erhalten.
Bei der anschliessenden Beratung ist folgende Tatsache im Auge zu behalten: Wenn man vom Arbeitgeber bzw. von Arbeitgebenden spricht, dann spricht man hier von Steuerzahlenden. Denn die Arbeitgeberbeiträge werden primär von den Zuger Steuerzahlenden entrichtet. Zu diesen gehören auch Leute, die uns im täglichen Leben begegnen, die weniger verdienen als die Angestellten der öffentlichen Hand und deren Pensionskasse lediglich dem BVG-Minimum entspricht.
Wegen der demografischen Entwicklung und der Situation an den Kapitalmärkten gibt es keine andere Option, als sich gemeinsam nach der Decke zu strecken. Die Lebenserwartung hat zugenommen. Das angesparte Vermögen muss über eine längere Zeit verteilt und somit der Umwandlungssatz gesenkt werden. Es kommt nicht in Frage, eine risikoreiche Anlagestrategie mit hohen Renditenversprechen zu wählen. Damit kann keine gesicherte Rente garantiert werden. Mit der vorliegenden Revision leisten Arbeitnehmer und Arbeitgeber – sprich: Steuerzahler – ihren Beitrag in einer fairen Balance. Die FDP-Fraktion unterstützt daher im Wesentlichen die Anträge der vorberatenden Kommission. Insbesondere trägt sie den Beschluss der Teilkapitalisierung mit.

Matthias Werder: Es wurde bereits ausführlich über die Vorlage informiert, eine Wiederholung ist unnötig. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und folgt den Anträgen der Stawiko und der vorberatenden Kommission.

Für **Stefan Gisler** macht die SVP-Fraktion es sich sehr leicht. Beim Gemeindegesetz, bei dem es um wesentlich weniger ging, zog sie mit Anträgen, Gegenanträgen, Winkelzügen und Hin-und-Her die Ratsdebatte sehr in die Länge. Das jetzt vorliegende Geschäft aber wird einfach durchgewinkt.
Sparen bei den Menschen – Klotzen bei Bauten und Strassen: So lautet offenbar das Motto der Zuger Regierung und des Kantonsrats. Der Baudirektor plant ein Verwaltungszentrum für 500 Millionen Franken und einen Stadttunnel für 950 Millionen Franken. Dafür ist offenbar Geld vorhanden, auch wenn man insbesondere beim Stadttunnel nicht genau weiss, aus welchem Topf das Geld denn nun kommen soll. Doch die Pension für die zahlreichen Angestellten wie Lehrpersonen, Werkhofmitarbeitende oder Hebammen soll mit dieser Revision faktisch um 12 Prozent gekürzt werden. Bereits mit der Revision 2008 wurden die Renten bis zu 20 Prozent gekürzt. Die erneute Rentenkürzung, diese faktische Salamitaktik des schleichenden Rentenklaus, zeugt von wenig Wertschätzung für die Menschen, die den Stadttunnel planen oder im neuen Verwaltungszentrum arbeiten sollen. Stossend ist, dass weder im Kommissions- noch im Stawiko-Bericht klar auf die drohenden Rentenkürzungen hingewiesen wird. Auch haben es die Kommissionspräsidentin und der Stawiko-Präsident nicht für nötig befunden, diese für die zahlreichen Versicherten nicht unwichtige Tatsache auch nur zu erwähnen.
Das Rentenziel betrug bis 1995 rund 58 Prozent des Bruttolohns. Heute liegt es noch bei 45 Prozent des Bruttolohns oder 60 Prozent des versicherten Lohns. Nach dieser Revision gemäss Vorschlag der Kommission ist von einem Rentenziel von weniger als 38 Prozent des Bruttolohns oder weniger als 50 Prozent des versicherten Lohns auszugehen.

Um die Renten einigermassen zu sichern und als Zeichen der Anerkennung für die Angestellten im öffentlichen Dienst, bittet der Votant den Rat, den Anträgen der Kommissionsminderheit zuzustimmen, denn:

- Antrag 1 zu den höheren Sparbeiträgen braucht es für fairere Renten;
- Antrag 2, eine Beitragsaufteilung von 63 zu 37 Prozent statt 60 zu 40 Prozent, wie von Kommission und Regierung vorgeschlagen, braucht es, damit die Arbeitnehmenden nicht stärker belastet werden;
- Antrag 3, einen höheren Umlagebeitrag, braucht es, damit die Kasse im Verfahren der Teilkapitalisierung, dem der Rat offenbar zustimmt, in einer realistischen Zeitspanne auf einen Deckungsgrad von 120 Prozent kommt, um dann quasi flügge zu werden und in die Unabhängigkeit entlassen zu werden. Belässt man den Umlagebeitrag bei 2 Prozent, wie Kommission und Regierungsrat beliebt machen, bleibt die Pensionskasse noch eine mittlere Ewigkeit in der Staatsgarantie. Dagegen hat der Votant prinzipiell nichts einzuwenden, es ist aber der falsche Weg.

Die Anträge der Kommissionsminderheit sind sowohl für den Kanton als auch für die angeschlossenen Arbeitgeber finanzierbar. Sie kosten Arbeitgeber nur rund 14 Millionen Franken mehr als eine Revision gemäss Kommissionsvorlage. Zug kann sich das leisten, und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind sich bewusst, dass sie dafür von den Angestellten einen guten Service erhalten. Die Begründung des FDP-Sprechers, andere hätten – in der Privatwirtschaft – auch schlechtere Pensionskassenrenten, ist eine Nicht-Begründung. Es geht ja nicht darum, alle auf dem tiefsten Niveau einzupendeln.

Wieso sollen sich Arbeitgeber stärker engagieren? Ein kurzer Blick zurück: Beim Primatwechsel Mitte der 1990er-Jahre haben die Arbeitgebenden die Deckungslücke von fast 100 Millionen Franken nicht geschlossen. Die Arbeitnehmenden haben mit faktischen Quersubventionierungen, etwa durch Pensionierungsverluste und Ausgleichszahlungen bei den Sparbeiträgen, massgeblich, nämlich mit rund 300 Millionen Franken, dazu beigetragen, dass die Kasse heute so gut dasteht. Eben durfte man dem Jahresbericht der Pensionskasse entnehmen, dass der Deckungsgrad zwischen 2011 und 2012 wieder angestiegen ist und auf über 96 Prozent liegt.

Zug preist sich gerne als Erfolgsmodell an. Ist das so? Ist es ein Erfolg, wenn reiche Ausländer von der Pauschalbesteuerung profitieren, wenn privilegierte Firmen gemessen an ihrer Leistungsfähigkeit kaum Steuern zahlen, wenn die Gemeinden Steuerfüsse am Laufmeter senken? Und ist es ein Erfolg, wenn im Gegenzug die Wohn- und Lebenskosten massiv steigen, wenn die Stadt Zug bei der Bildung sparen muss – und wenn faktisch nun auch die Pensionskassenrenten sinken? Machen Sie Zug zum Erfolgsmodell auch für die Angestellte in den öffentlichen Diensten. Schaffen Sie heute die Grundlage für eine wirtschaftlich stabile und gleichzeitig für Versicherte weiterhin attraktive Pensionskasse. Die AGF will dies. Sie kommt dem Rat entgegen, tritt ein und bittet darum, die Minderheitsanträge zu unterstützen.

Daniel Stadlin: Der GLP ist es wichtig, dass unser Kanton über ein attraktives und zeitgemässes Pensionskassengesetz verfügt, welches die Finanzierung auch langfristig sicherstellt. Darum unterstützt sie die Absicht, die Leistungen der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen und etwas zurückzunehmen. Im Vergleich zu privaten Pensionskassen bleiben die angestrebten Leistungen auch so komfortabel. Dass die Finanzierung der Pensionskasse bis zur Erreichung der Vollkapitalisierung vorerst einmal im System der Teilkapitalisierung geführt werden soll, findet die GLP richtig, sind doch die Kosten für die vollständige Sanierung – also inklusive Wertschwankungsreserve – mit ca. 650 Millionen Franken sehr hoch. Trotzdem ist eine Vollkapitalisierung anzustreben. Eine Teilkapitalisierung – oder Dauerunterdeckung – bedeutet ja nichts anderes, als dass laufende und heute versprochene Renten

nicht mit genügend Kapital unterlegt sind. Die Sanierung hat deshalb hohe Priorität. Technischer Zinssatz und Umwandlungssatz sind marktgerecht auszugestalten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Kasse weiterhin in Unterdeckung bleibt und letztlich der Steuerzahler für die Sanierungskosten aufkommen muss. Dass künftig der Kanton nur noch die Beiträge festlegen darf, ist aufgrund der Staatsgarantie auch nicht ganz ohne Risiko. Trotz dieser Vorbehalte beurteilt die GLP das vorliegende Gesetz als ausgewogen und ist für Eintreten.

Alois Gössi legt zuerst seiner Interessenbindung dar: Er ist Präsident des Verbandes der Zuger Polizei, eines der drei anerkannten Personalverbände beim Kanton Zug, und er spricht auch im Namen der anderen Personalverbände. Persönlich ist er aber nicht bei der Zuger Pensionskasse versichert.
Die Totalrevision des Pensionskassengesetzes ist nötig geworden wegen bundesrechtlicher Gesetzesänderungen. Die Personalverbände sind jedoch nur mässig zufrieden, wie sie ausgefallen ist. Sie begrüssen es, dass der Kantonsrat inskünftig für die Finanzierung und der Vorstand der Pensionskasse für die Leistungen zuständig sein wird. Gerne hätten sie gesehen, wenn bei der Pensionskasse eine Vollkapitalisierung vorgenommen worden wäre. Mit dem geplanten Umlagebeitrag von 2 Prozent soll nun quasi die Ausfinanzierung der Pensionskasse finanziert werden. Die Personalverbände finden jedoch, dass diese 2 Prozent absolut ungenügend sind, wenn man innerhalb einer vernünftigen Frist die Ausfinanzierung durchführen will. In diesem Sinne unterstützen sie die Verdoppelung des Beitrags auf 4 Prozent, wie es die Kommissionsminderheit vorschlägt.
Allein durch die Herabsetzung des Umwandlungssatzes um 0,8 Prozent auf 6 Prozent werden die Renten um rund 12 Prozent sinken. Schon deshalb sowie bei den gegenwärtigen Finanzmarktverhältnissen und einer Verzinsung der Sparbeiträge durch die Pensionskasse von aktuell 1,5 Prozent ist das angestrebte Leistungsziel von 45 Prozent des Bruttolohnes unrealistisch. Eine zusätzliche Erhöhung der Sparbeiträge, wie es die Kommissionsminderheit und auch verschiedene Zuger Gemeinden fordern, unterstützen die Personalverbände. Die Erhöhung der Sparbeiträge pro Versicherten gemäss den Vorschlägen des Minderheitsantrags wird es überhaupt erst ermöglichen, auch nur in die Nähe des angestrebten Leistungsziels bei den Renten von ca. 45 Prozent zu kommen. Die Höhe der Sparbeiträge ist ja nicht neu, sie wurde in früheren Jahren auch schon angewendet.
Zur Querfinanzierung bei der Pensionskasse durch die aktiv Versicherten: Im Bericht der Kantonsratskommission auf der Seite 8, unterste Zeile, wird erwähnt, dass eine Minderverzinsung von 1 Prozent einer Sanierungsmassnahme von 2 Prozent entspreche. Von 2004 bis 2013 mussten die aktiven Versicherten im Durchschnitt über 1,5 Prozent Minderverzinsung gegenüber den Rentenbeziehenden in Kauf nehmen. Diese 1,5 Prozent entsprechen einem Sanierungsbeitrag von 3 Prozent. Die aktiven Versicherten haben also in den letzten Jahren mit der tieferen Verzinsung jährliche Sanierungsbeiträge von rund 17 Millionen Franken geleistet. In den kommenden Jahren werden diese Sanierungsbeiträge weniger hoch sein, aber immer noch bei rund 10 Millionen Franken liegen.
Zwei Punkte, welche die vorberatende Kommission erfreulicherweise aufgenommen hat, sind für Personalverbände wichtig:

- Die Personalverbände begrüssen es, dass wenigstens bei den jüngsten Mitarbeitenden nun auch Sparbeiträge möglich werden. Dies entspricht einer Gleichbehandlung dieser Gruppe mit den über 65-Jährigen, welchen auch noch Sparbeiträge gutgeschrieben werden, falls sie über das Pensionierungsalter hinaus weiterarbeiten. Wenn Junge bereits früh in den Arbeitsprozess einsteigen, sind es

oft auch diese, die nach langer Arbeitstätigkeit früher pensioniert werden möchten. Die Sparbeiträge zwischen 21 und 24 erleichtern dies.
- Es gibt Arbeitgeber, die versichern ihre Mitarbeiter in der Pensionskasse freiwillig, obwohl diese weniger verdienen als die BVG-Eintrittschwelle von 21'060 Franken pro Jahr. Dies sind vor allem Mitarbeitende mit Teilzeitpensen u. a. im Kantonsspital. Gemäss neuem Recht ist dies nicht mehr möglich, und die Versicherten müssten aus der Zuger Pensionskasse austreten. Die Personalverbände begrüssen es explizit, dass die Arbeitgeber mit der Wahl des Vorsorgeplans solche Mitarbeiter weiterhin in der Zuger Pensionskasse versichern können. Sie würden es sehr begrüssen, wenn der Kanton Zug als Arbeitgeber dies bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – aktuell sind es rund achtzig Personen mit einem Jahreseinkommen von rund 12'000 bis 21'000 Franken, ebenfalls so handhaben würde. Hier wäre der Votant froh um eine Aussage des Finanzdirektors.

In diesem Sinne ist der Votant für Eintreten für die Vorlage und bittet, die Anträge der Kommissionsminderheit bei der Detailberatung zu unterstützen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt einleitend der Präsidentin der vorberatenden Kommission und dem Stawiko-Präsidenten für die positive Aufnahme der Vorlage und die fundierte Beratung. Es war dem Regierungsrat wichtig, die Vorlage möglichst transparent und verständlich darzustellen und den Rat für die Beratung mit allen nötigen Unterlagen, auch mit Papieren des Pensionskassen-Vorstandes und der Personalverbände, zu dokumentieren.

Eine Pensionskassen-Vorlage muss auf Kontinuität bauen, ist sie doch für Jahrzehnte und nicht nur ein paar wenige Jahre angelegt. Auch müssen die Regelungen berechenbar sein, sowohl für die Versicherten als auch für die angeschlossenen Organisationen. Die Vorlage ist ausgewogen. Sie ist einerseits für die Mitarbeitenden, von denen perfekte Leistungen erwartet werden, vertretbar. Will der Kanton solche Mitarbeitenden anstellen, konkurriert er mit dem Dienstleistungsbereich, mit Banken, Treuhandfirmen und anderen öffentlichen Arbeitsgebern. Deshalb müssen die Leistungen der Pensionskasse mit denjenigen dieser Bereiche verglichen werden. Im Bericht des Regierungsrats ist auf Seite 44 aufgezeigt, wo die kantonale Pensionskasse neu zu liegen kommt, und dieser Vergleich zeigt, dass wir nach wie vor in einem guten Feld sind, obwohl die Versicherten mit einem tieferen Umwandlungssatz eine tiefere Rente haben werden und die Arbeitgebenden höhere Kosten zu tragen haben. Es müssen also alle etwas bringen und etwas leisten. In diesem Zusammenhang von «Rentenklau» zu sprechen, ist falsch. Der Umwandlungssatz muss gesenkt werden, weil wir einfach immer älter werden. In den vergangenen Jahrzehnten stieg die Lebenserwartung pro Jahrzehnt um ein Jahr, im letzten Jahrzehnt waren es sogar zweieinhalb Jahre. Die Leute leben immer länger, und das angesparte Kapital muss länger reichen. Irgendjemand muss das bezahlen, sei es mit höheren Sparbeiträgen oder mit einem reduzierten Umwandlungssatz.

Daneben haben wir auch noch die Finanzmärkte. Jeder weiss, dass man auf einer Bank für sein Geld fast keinen Zins mehr erhält. Der technische Zins war früher bei 4 Prozent festgelegt. Diese Renditeerwartung war die Berechnungsbasis für die Festlegung des Umwandlungssatzes. Diese 4 Prozent sind heute weit von der Realität entfernt. Der Vorstand der Pensionskasse hat den Umwandlungssatz stufenweise auf 3 Prozent gesenkt, was höher ist als der den aktiv Versicherten vergütete Zins von 1,5 Prozent. Hier von Querfinanzierung zu sprechen, wird der Sache aber nicht ganz gerecht, weil der technische Zins eine erwartete Rendite auf dem angesparten Kapital ist, die zum Umwandlungssatz führt. Der technische Zins wird dem Rentenkapital nicht gutgeschrieben, er ist vielmehr eine Annahme, um dem Umwandlungssatz Rechnung zu tragen.

Mit der Änderung des BVG wollte der Bundesrat die Finanzierung der BVG-Kassen langfristig stabilisieren. Es sind vor allem Westschweizer Kassen, die einen sehr tiefen Deckungsgrad haben. Wir sind bei 96,2 Prozent, ein relativ guter Wert. Der andere Punkt war, die öffentlich-rechtlichen Kassen näher an die privatrechtlichen Kassen heranzuführen. Eine Ausnahme ist, dass bei den öffentlich-rechtlichen Kassen der Vorstand nicht alles, sondern entweder die Finanzierung *oder* die Leistung zu beschliessen hat; bei den übrigen Vorsorgewerken ist beides beim Vorstand angesiedelt. Der Regierungsrat schlägt vor, dass die Finanzierung in der Kompetenz des Kantonsrats liegt; das wurde gut aufgenommen. Der Ausgangsdeckungsgrad ist im Bericht aufgeführt. Der Vorstand hat in einer Absichtserklärung gesagt, dass er entsprechend dem Modell des Versicherungsexperten den Ausgangsdeckungsgrad festlegen werde. Aktuell sieht es so aus, dass der Deckungsgrad noch ansteigen wird.
Zur Voll- und Teilkapitalisierung: Als die Finanzdirektion mit der Erarbeitung des Berichts begann, lag der Deckungsgrad bei 92,2 Prozent. Ende letzten Jahres konnte er um 100 Millionen Franken verbessert werden, und könnte der Jahresabschluss *jetzt* gemacht werden, läge er nochmals um mehr als 100 Millionen Franken höher. Allein in der Phase der Beratung dieser Vorlage hat sich der Deckungsgrad über den Kapitalmarkt also um über 200 Millionen Franken verbessert. Hätte man irgendeine Summe definiert, die mit der Vollkapitalisierung durch den Kanton und die Gemeinden zu tragen gewesen wäre, hätte das sicher grosse Diskussionen ausgelöst. Deshalb ist der vorliegende, langfristig angelegte Vorschlag zielführender, reagiert er doch nicht auf solche Ausschläge am Kapitalmarkt. Er braucht auch keine Gemeindeversammlungsbeschlüsse, wie sie eine Vollkapitalisierung wahrscheinlich zur Folge gehabt hätte.
Zur Staffelung: Der Finanzdirektor hätte den Einheitssatz gern beibehalten. Wenn die Zuger Pensionskasse aber die einzige ist, die daran festhält, führt das zu «schrägen» Auswirkungen. Wenn Junge von einer anderen Kasse kommen, bringen sie viel zu wenig Vorsorgekapital mit, das sie bis 65 nicht mehr aufstocken können; und wenn umgekehrt Leute im mittleren Alter weggehen, nehmen sie zu viel Vorsorgekapital mit und bekommen beim nächsten Arbeitgeber noch einmal mehr, weil gegen das Pensionsalter hin die Beiträge ja steigen.
Zu den Kosten: Der Stawiko-Präsident hat gesagt, es werde nur die halbe Miete ausgewiesen, weil über Dritte, die eine Leistungsvereinbarung haben, noch rund 1,7 Millionen Franken zu finanzieren seien. Der Finanzdirektor geht aber nicht davon aus, dass einfach alles an den Kanton übertragen wird, da ein gewisser Teil wahrscheinlich auch über Effizienzsteigerungen oder sonstige Kosteneinsparungen aufgefangen werden kann.
Der Vergleich mit den Investitionen greift zu kurz. Man kann nicht Investitionen in Infrastruktur mit laufenden Ausgaben vergleichen. Eine Investition hält dreissig, vierzig Jahre, laufende Ausgaben hingegen fallen jedes Jahr an, und wenn sie höher angesetzt werden, dann fallen sie jedes Jahr höher an.
Der Finanzdirektor dankt nochmals für die gute Aufnahme der Vorlage. Er wird in der Detailberatung zu den einzelnen Punkten noch sprechen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

1. Pensionskassengesetz

Titel und Ingress
§ 1 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 2 Abs. 1 und Abs. 2

Der Vorsitzende hält fest, dass sich die Kommissionen dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 3 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission eine andere Fassung des letzten Satzes vorschlägt. Stawiko und Regierungsrat schliessen sich dieser Version an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Kommission.

§ 3 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission eine andere Fassung vorschlägt. Stawiko und Regierungsrat schliessen sich dieser Version an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Kommission.

§ 3 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko eine Ergänzung vorschlägt: «Die Finanzierung *und die Leistungen haben* sicherzustellen, dass ein einmal erreichter Deckungsgrad gehalten werden kann.»

Finanzdirektor **Peter Hegglin** möchte beliebt machen, dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrats zu folgen. Auch die vorgeschlagene Ergänzung umfasst nicht alle Parameter; es gäbe beispielsweise auch noch die Demografie oder die Entwicklungen am Kapitalmarkt. Alle Parameter können nicht aufgelistet werden. Abs. 2 und 3 legen fest, dass die Leistungen so festzulegen sind, dass sie erbracht werden können. Es braucht in Abs. 3 keine Ergänzung.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** In § 3 geht es um Grundsätze, und wenn hier erwähnt wird, dass allein die Finanzierung den Deckungsgrad sicherzustellen hat, dann ist das falsch, und man könnte gleich das Ganze weglassen. Andreas Hausheer hat gesagt, dass Finanzierung und Leistungen in einem Zusammenhang stehen und in sich greifen müssen. Es ist unverständlich, dass der Bund das auseinanderdividiert hat und der Regierung die Kompetenz für die Beiträge und dem Vorstand jene für die Leistungen zuweist. Wenn der Deckungsgrad sichergestellt werden muss, dann ist es erforderlich, dass das über das gesamte Regelwerk, über das ganze System passiert und nicht nur über die Finanzierung. Wenn das

nur auf die Finanzierung beschränkt würde, hätte das zur Folge, dass – sobald die Leistungen vom Vorstand zu hoch festgesetzt werden – der Deckungsgrad sinkt und beim Kanton die hohle Hand gemacht wird. Das kann nicht sein. Der Vorstand soll mit eingebunden werden in die Verantwortung, dass er die Leistungen so festsetzt, dass sie mithelfen, den Deckungsgrad zu sichern.

➔ Der Rat stimmt mit 48 zu 15 Stimmen der Fassung der Stawiko zu.

§ 4 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat beschliesst stillschweigend die Fassung des Regierungsrats.

§ 4 Abs. 2 Bst. a und Bst. a1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat der Fassung der vorberatenden Kommission anschliesst: Sparbeiträge von 10 Prozent sollen erhoben werden bei Mitarbeitenden im Alter von 21 bis 24 Jahren. Die Kommissionsminderheit macht den gleichen Vorschlag. Die Stawiko will an der ursprünglichen Version der Regierung festhalten, also Sparbeiträge erst ab Alter 25 erheben.

Kommissionspräsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass dieser Antrag in der Kommission mit 11 zu 4 Stimmen angenommen wurde. Infolge der demografischen Entwicklung sollen junge Arbeitnehmende auch im Alter von 21 bis 24 Jahren die Möglichkeit haben, bereits für ihre Altersrente zu sparen. Gemäss Finanzdirektion kostet dieser Zusatz rund 300'000 Franken pro Jahr. Infolge grösserer Sparguthaben kann später eine bessere Rente erwirkt werden. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieser Änderung stimmt.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** Die Stawiko lehnt Sparbeiträge für die Altersgruppe 17 bis 24 mit 5 zu 1 Stimmen ab. Bei den Beiträgen wurde – wie gehört – vom Einheitsmodell wieder zu den gestaffelten Beiträgen zurückgekehrt, weil die Mehrheit der Kassen gestaffelte Beiträge hat. Die Mehrheit der Kassen hat in diesem freiwilligen Bereich keine Beiträge. Das heisst, dass junge Arbeitnehmende, die den Kanton verlassen, zusätzlich finanziert wurden, während junge Arbeitende, die zum Kanton kommen, nichts mitbringen. Das ist eine Systemwidrigkeit, die bei den normalen Beiträgen ausgeschlossen wurde, hier aber wieder eingeführt werden soll. Der Votant beantragt im Namen der Stawiko, deren Fassung zu folgen.

Arthur Walker legt zuerst seine Interessenbindung dar: Er ist seit 1978 bei der Pensionskasse des Kantons Zug versichert und erreicht am 1. Januar 2014 das ordentliche Pensionsalter.
Die vorberatende Kommission hat erkannt, dass bei den jüngsten Mitarbeitenden auch Sparbeiträge weiterhin möglich sein sollen. *Weiterhin,* da dies bisher möglich war, und zwar auf freiwilliger Basis und in gegenseitiger Absprache zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Diese flexible Lösung lässt das Bundesgesetz nun leider nicht mehr zu. Und damit trifft es in erster Linie Mitarbeitende im Niedriglohnsegment und in typischen Frauenberufen, etwa Pflegeberufen.

Der Antrag der vorberatenden Kommission trägt diesem Umstand Rechnung. Die Kommission beabsichtigt damit auch eine gewisse Gleichbehandlung mit der Gruppe der über 65-Jährigen. Diesen werden auch noch zusätzliche Sparbeiträge gutgeschrieben. Wer aber früh in den Arbeitsprozess einsteigt, wird infolge langer Arbeitstätigkeit oft auch früher pensioniert. Die Sparbeiträge zwischen den Altersjahren 21 und 24 würden einen solchen vorzeitigen Altersrücktritt erleichtern. Der Votant bittet deshalb um die Unterstützung des Antrags der vorberatenden Kommission.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** unterstützt die Worte von Arthur Walker und möchte ebenfalls beliebt machen, den früheren Beginn des Sparens zu ermöglichen. Damit kann die Sensibilität für die Notwendigkeit der Vorsorge bei Jüngeren erhöht, eine längere Spardauer ermöglicht und damit einem noch tieferen Umwandlungssatz entgegengewirkt werden. Das alles würde dazu beitragen, auch im Rentenalter eine angemessene Lebensgrundlage zu haben. Der Finanzdirektor empfiehlt, dem Vorschlag der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

➔ Der Rat stimmt mit 38 zu 29 Stimmen der Fassung der vorberatenden Kommission zu.

§ 4 Abs. 2 Bst. b–i

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommissionsminderheit beantragt, die Prozentsätze der Sparbeiträge und die Alterskategorien gemäss Pensionskassengesetz aus dem Jahre 1994 festzusetzen. Dieses Sparbeitragssystem wird *en bloc* dem Antrag von Regierungsrat, Kommission und Stawiko gegenübergestellt.

Eusebius Spescha: Tatsache ist, dass die vorliegende Revision des Pensionskassengesetzes zu einer deutlichen, wenn nicht sogar massiven Reduktion der zu erwartenden Renten von mittel- bis langfristig rund 12 Prozent führt. Dies hat zwei Gründe: Einerseits wird der Vorstand aufgrund der höheren Lebenserwartung einen tieferen Umwandlungssatz festlegen müssen, andererseits sind die Verzinsungen heute deutlich tiefer als noch vor einigen Jahren. Diese Gegebenheiten muss man akzeptieren, ob man daran Freude hat oder nicht. Wenn man also will, dass die Renten nicht ganz so stark sinken, muss man mehr Geld in den Topf legen – das ist ein einfacher Mechanismus. Immerhin ist daran zu erinnern, dass in der letzten Revision noch 60 Prozent als Rentenziel angestrebt wurden. Jetzt ist man sehr bescheiden geworden und findet, dass wenigstens 50 Prozent angepeilt werden müssten. Wenn man aber die von der Kommissionsminderheit vorgeschlagene Anpassung bei den Sparbeiträgen nicht vornimmt, sind auch diese 50 Prozent nicht realistisch.
Der Antrag der Kommissionsminderheit ist kein Fantasieantrag. Er entspricht den Ansätzen, die im Pensionskassengesetz von 1994 festgelegt wurden und etwa zehn Jahre lang gültig waren. Wenn es damals während zehn Jahren möglich war, diese Sparbeiträge zu finanzieren, dann sollte das auch in Zukunft möglich sein. Dazu kommt, dass diese Beiträge nicht einfach zulasten der Arbeitgebenden gehen, sondern dass Arbeitnehmende und Arbeitgebende sie in gleichem Verteilschlüssel miteinander tragen. In der Kommission wurde gesagt, dass die Mehraufwendungen insgesamt etwa 7 Millionen Franken betragen würden. 3 Millionen davon tragen 8800 Arbeitnehmende und 4 Millionen die rund 100 angeschlossenen Arbeitgebenden.

Der Votant ruft den Rat auf, diesem Antrag zuzustimmen, damit auch in Zukunft die Rentnerinnen und Rentner eine vernünftige Rente haben.

Kommissionspräsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass sich die Kommission intensiv mit den Anliegen der Arbeitnehmerverbände auseinandergesetzt und auch die Argumente der Minderheit angehört und diskutiert hat. Der vorliegende Antrag wurde auch in der Kommission gestellt und mit 12 zu 3 Stimmen klar abgelehnt.
Die Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6 Prozent führt zu einer Reduktion der zukünftigen Altersrente im Umfang, wie es die Kommissionsminderheit in ihrem Bericht erwähnt. Der Regierungsrat hat jedoch darauf reagiert und deshalb neu die Staffelung der Sparbeiträge nach Alterskategorien mit veränderten Sparbeiträgen vorgesehen. Die Reduktion der Rente wird dadurch zum grössten Teil aufgefangen. Gegenüber dem heutigen Plan resultiert gemäss Tabelle auf Seite 19 im Bericht und Antrag der Regierung eine Einbusse von 1 Prozent – nicht 12 Prozent, wie im Eintretensvotum von Stefan Gisler gehört. Von «Rentenklau» kann keine Rede sein.
Der Finanzdirektor hat es bereits ausgeführt: Das angesparte Geld muss aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung auf mehr Jahre verteilt werden. Weder Regierung oder die vorberatende Kommission noch die Verantwortlichen der Zuger Pensionskasse können etwas dafür, dass die Lebenserwartung gestiegen ist. Die Kommission war dezidiert der Meinung, dass die Lösung der Zuger Pensionskasse nach wie vor sehr gut ist. Sie ist weitaus besser ausgestattet als solche vieler Steuerzahler. Auch in der Privatwirtschaft müssen die Arbeitnehmenden aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen mit kleineren Renten rechnen. Es geht nicht, dass das Staatspersonal hier auf Kosten der Steuerzahler mehr als privilegiert wird.
Um gewisse Ausfälle abzudecken, wird das private Sparen – im Rahmen des Drei-Säulen-Prinzips in der Schweiz die dritte Säule – an Bedeutung zunehmen. Die Kommissionspräsidentin bittet, den Antrag der Kommissionsminderheit abzulehnen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** geht mit der Kommissionsminderheit einig: Wenn der Umwandlungssatz sinkt, dann wird die Rente tiefer, und wenn man das kompensieren will, muss man die Sparbeiträge erhöhen. Das hat der Regierungsrat in seiner Vorlage bereits so vorgenommen: Die Tabelle auf Seite 3 unten im regierungsrätlichen Bericht zeigt, dass früher der Sparbeitrag – der Einheitssatz betrug 18,5 Prozent – mit 18,21 Prozent ausgewiesen ist – dies in Prozent der versicherten Lohnsumme –, weil es Leute gibt, die nicht versichert sind, sei es aus Altersgründen oder aufgrund einer tieferen Lohnsumme. Betrachtet man die rechte Spalte, dann sieht man, dass der Sparbeitrag auf 19,63 Prozent steigt. Diese Veränderung konnte vorgenommen werden, weil der Risikobeitrag heute mit 4 Prozent zu hoch dotiert ist. Es braucht nicht 4 Prozent Risikobeitrag, um die Invaliditätsfälle zu finanzieren; 2,5 Prozent reichen. Diese Veränderung wurde also vorgenommen, die Vorsorgekapitalien werden um diese Menge höher dotiert.
Zum Rentenziel: In der letzten Vorlage wurde von 59 oder 60 Prozent Rentenziel gesprochen, dies bei einer angenommenen Verzinsung von 3 Prozent; das Modell findet sich auf Seite 19 des Regierungsratsberichts. Weil eine Verzinsung von 3 Prozent aber illusorisch und nicht zu erreichen ist, wurde sie auf 1,5 Prozent reduziert. Unter dieser Annahme liegt das Rentenziel in der alten Vorlage bei 51 Prozent und jetzt in der neuen Vorlage bei 50 Prozent. Das ist das rechnerische Modell, je nach Biografie kann es Unterschreitungen oder auch Überschreitungen geben. Im rechnerischen Modell ist die Renteneinbusse zwar vorhanden, aber nicht so dramatisch und in einem vertretbaren Ausmass. Deshalb empfiehlt der Finanzdirektor, dem Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission zu folgen.

Stefan Gisler wendet sich an die Kommissionspräsidentin, die behauptet hat, er habe mit 12 Prozent eine Fantasiezahl in den Rat gesetzt. Er zitiert den Bericht des Regierungsrats, Seite 19 oben: «Die Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 % auf 6,0 % führt zu einer Reduktion der künftigen Altersrenten um rund 12 %.» Das ist eine Tatsache, und mit dem Antrag der Kommissionsminderheit soll dieser Tatsache entgegengewirkt werden. Auch die Kommissionsminderheit, die sich für die Arbeitnehmenden einsetzt, ist sich bewusst, dass das nicht nur die Arbeitgebenden zu bezahlen haben. Deshalb fusst ihr Vorschlag auch auf dem Gedanken, dass rund 3 Millionen Franken von den Arbeitnehmenden und rund 4 Millionen von den Arbeitgebenden kommen, um diese Sparbeiträge derart zu erhöhen, dass dem drohenden Rentenverlust *ein Stück weit* entgegengewirkt werden kann.

➔ Der Rat stimmt mit 56 zu 14 Stimmen der Fassung des Regierungsrats zu.

§ 4 Abs. 2 Bst. j

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in Bezug auf die Sparbeiträge der Alterskategorien 66–70 allseits Einigkeit herrscht.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die beantragten Änderungen.

§ 4 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommissionen dem Antrag des Regierungsrats anschliessen

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die beantragten Änderungen.

§ 4 Abs. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass bei dieser Bestimmung zwei Themenkreise je mit abweichenden Anträgen vorliegen, nämlich die Sparbeiträge und die Risikobeiträge.

1. Sparbeiträge

Regierungsrat, Kommission und Staatswirtschaftskommission beantragen, den Sparbeitrag der Arbeitgebenden auf 60 Prozent und denjenigen der Arbeitnehmenden auf 40 Prozent festzusetzen. Die Kommissionsminderheit beantragt eine Aufteilung von 63 Prozent zu 37 Prozent.

Kommissionspräsidentin **Gabriela Ingold:** Wie im Eintretensvotum bereits ausgeführt, hat sich die Kommission verschiedene Varianten bezüglich Aufteilung von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen rechnen lassen und diese analysiert. Es wurden in der Kommission verschiedene Anträge gestellt. Im Detail sind dies der Antrag der Kommissionsminderheit mit Aufteilung 63 zu 37 sowie ein Antrag mit Aufteilung 60 zu 40. Der Antrag 63 zu 37 erhielt 1 Stimme, der Antrag 60 zu 40 erhielt 4 Stimmen, und die Mehrheit von zwei Dritteln der Kommission war für die Version der Regierung. Die Kommission empfand diese Aufteilung im Hinblick auf die vorherige Diskussion in Bezug auf die Höhe und Staffelung der Sparbeiträge

als angemessen. Mit der gleichen Begründung wurde auch eine andere Aufteilung der Risikobeiträge mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Zudem sind die Risikobeiträge eher rückläufig, und eine differenzierte Aufteilung der Spar- und Risikobeiträge würde das System zusätzlich verkomplizieren. Die Kommissionspräsidentin bittet deshalb, dem Antrag der Regierung und der Kommission zuzustimmen.

Stefan Gisler: Wie gehört, will die Kommission das Beitragsverhältnis bei den Sparbeiträgen auf 60 Prozent (Arbeitgebende) zu 40 Prozent (Arbeitnehmende) festlegen. Für die Arbeitnehmenden stellt dies eine Erhöhung dar, für die Arbeitgebenden ist es eine Senkung ihres Beitrags. Die Kommissionsminderheit beantragt darum, die heute geltende Aufteilung von 63 Prozent zulasten der Arbeitgebenden und 37 Prozent zulasten der Arbeitnehmenden zu belassen. Das bewirkt für Arbeitnehmenden eine Entlastung von rund 3 Millionen Franken. Zu erinnern ist daran, dass die Arbeitnehmenden seit dem Wechsel des Primats bereits sehr viel dazu beigetragen haben, die Deckungslücke zu stopfen. Mit dieser erneuten Verschiebung der Lasten zulasten der Versicherten erhöht sich deren Zahlungspflicht langfristig. Wenn man bei dieser Vorlage von Ausgewogenheit spricht, dann wird vergessen, dass der Umlagebeitrag zulasten der Arbeitgebenden irgendeinmal wegfallen wird. Diese Verschlechterung des Beitragsverhältnisses hingegen wird heute für längere Zeit zementiert. Belasten Sie die Arbeitnehmenden, die eh schon mit einer tieferen Rente rechnen müssen, nicht noch mit höheren Sparbeiträgen aufgrund eines ungünstigen Beitragsverhältnisses.

Manuel Brandenberg stellt als Einzelsprecher den **Antrag,** dass die Arbeitgebenden und die Arbeitnehmenden je 50 Prozent sowohl der Sparbeiträge als auch der Risikobeiträge bezahlen. Dieses Verhältnis ist in der Privatwirtschaft üblich – es sei denn, ein Arbeitgeber ist besonders grosszügig, was es selbstverständlich auch gibt. Das Verhältnis 50 zu 50 ist auch für die Staatsangestellten gerecht. Diese leisten im Kanton Zug unbestrittenermassen gute Arbeit – der Amtsschimmel wiehert hier praktisch nicht –, sie sind mit der Pensionskasse aber schon jetzt gut gestellt.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** bittet, dem Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission zu folgen und jetzt nicht irgendwelche Übungen zu veranstalten. Es ist nicht ganz seriös, in dieser Vorlage mit doch massiven Parametern einfach das ganze System zu verändern. Die vorberatende Kommission hat sich intensiv damit befasst und ist nach der intensiven Prüfung verschiedener Varianten beim Antrag des Regierungsrats geblieben. Wenn dem Antrag Brandenberg Folge geleistet würde, wäre die Vorlage wirklich nicht mehr ausgewogen. Soweit sollte der Rat nicht gehen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass eine Dreifachabstimmung folgt, bei der jedes Ratsmitglied *eine* Stimme hat. Die Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
- Fassung des Regierungsrats, der Kommission und der Stawiko: 44 Stimmen.
- Fassung der Kommissionsminderheit: 14 Stimmen.
- Antrag Manuel Brandenberg: 10 Stimmen.

➔ Damit stimmt der Rat der Fassung des Regierungsrats zu.

2. Risikobeiträge

Regierungsrat und Kommission beantragen eine Aufteilung des Risikobeitrags von 60 Prozent zulasten der Arbeitgebenden und 40 Prozent zulasten der Arbeitnehmenden. Die Staatswirtschaftskommission schlägt eine Aufteilung zu je 50 Prozent vor.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** hält fest, dass die Stawiko auch diese Beiträge beraten hat und zur Überzeugung gelangt ist, dass es keinen Grund gibt, vom bisherigen Verteilschlüssel von 50 zu 50 abzuweichen – dies umso mehr, als es sich um einen variablen Satz handelt. Die Vorlage geht von insgesamt 2,5 Prozent Risikobeiträgen aus. Aus § 4 Abs. 3 geht aber hervor, dass es sich um einen flexiblen Satz handelt, der bis auf 4 Prozent hochgehen kann. Deshalb scheint es der Stawiko sinnvoll, wenn diese Beiträge paritätisch aufgeteilt werden. Im Übrigen ist auf das Votum von Manuel Brandenberg, der ja für beide Beiträge gesprochen hat, hinzuweisen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** empfiehlt auch hier, dem Antrag der Stawiko nicht zu folgen. Es ist in der neuen Beitragsaufteilung tatsächlich so, dass die Arbeitnehmenden eher mehr zu leisten haben als die Arbeitgebenden, wie das auf Seite 3 der regierungsrätlichen Vorlage aufgelistet ist. Mit dem Antrag der Stawiko käme noch ein Viertel Beitragsprozent zulasten der Arbeitnehmenden hinzu. Der Regierungsrat hat versucht, eine ausgewogene und in sich stimmige Vorlage zu gestalten. Deshalb beantragt er die Veränderung von vorher 50 zu 50 zu neu 60 zu 40, dies auch beim Sparbeitrag, wo das Verhältnis früher 36,8 zu 63,2 zulasten der Arbeitnehmenden war. Man muss das Ganze betrachten, und von daher empfiehlt es sich, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

➔ Der Rat folgt mit 47 zu 20 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

§ 4 Abs. 5

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auch hier zwei Themenkreise je mit abweichenden Anträgen vorliegen, nämlich:
• Sistierung oder Wegfall des Umlagebeitrags bei Wegfall der Staatsgarantie;
• Höhe des Umlagebeitrags.

1. Sistierung oder Wegfall des Umlagebeitrags bei Wegfall der Staatsgarantie

Der Regierungsrat ist für eine Sistierung und ein Wiederaufleben des Umlagebeitrags. Die Kommission ist für den Wegfall des Umlagebeitrags; die Stawiko schliesst sich diesem Antrag an.

Kommissionspräsidentin **Gabriela Ingold:** Der Sinn und Zweck dieser Gesetzesrevision besteht darin, die öffentlich rechtlichen Pensionskassen zu verselbständigen und sie – wie in der Privatwirtschaft üblich – einer Vollkapitalisierung mit entsprechender Wertschwankungsreserve zuzuführen. Bei deren Erreichen entfällt die Staatsgarantie. Es ist deshalb gemäss vorberatender Kommission systemwidrig, wenn man nun über die Hintertüre einen Umlagebeitrag wieder aufleben lässt. Zudem will die Kommission das oberste Organ der Pensionskasse in die Pflicht nehmen, wonach dieses dafür sorgen muss, eine einmal erreichte Vollkapitalisierung zu halten. Der Entscheid der Kommission war einstimmig.

Finanzdirektor **Peter Hegglin:** Der Regierungsrat hat diese Bestimmung im Vorfeld der heutigen Sitzung nochmals beraten und empfiehlt, an seiner Version festzuhalten, dies deshalb, weil sich ihm keine grundlegend neuen Erkenntnisse ergeben haben. Diese Bestimmung wurde nämlich schon in der Vernehmlassungsvorlage unterbreitet, und sie ist auf breite Unterstützung vor allem auch der Einwohnergemeinden gestossen.

➔ Der Rat folgt mit 59 zu 8 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

2. Höhe des Umlagebeitrags

Regierungsrat, Kommission und Stawiko beantragen, den Umlagebeitrag der Arbeitgebenden auf 2,0 Prozent des versicherten Lohnes festzusetzen. Die Kommissionsminderheit beantragt 4 Prozent.

Eusebius Spescha: Beim Antrag der Kommissionsminderheit geht es darum, aus der Geschichte zu lernen und die Ausfinanzierung ernsthaft anzustreben. Grundsätzlich dient der Umlagebeitrag dazu, die vorhandene Unterdeckung auszufinanzieren und über Jahre oder eher Jahrzehnte die Vollkapitalisierung zu erreichen. Gemäss den Ausführungen in der Kommission beträgt der Fehlbetrag bis zur Vollkapitalisierung etwa 700 Millionen Franken. 2 Prozent Umlagebeitrag ergeben gut 10 Millionen Franken Erträge. Da gemäss Bericht der Regierung die Hälfte des Umlagebeitrags dazu verwendet wird, die voraussichtlichen Pensionierungsverluste bis 2023 auszugleichen, stehen zur Ausfinanzierung lediglich 5 Millionen Franken zur Verfügung. Das ist angesichts der fehlenden 700 Millionen Franken kein echter Beitrag an eine Ausfinanzierung in einer vernünftigen Zeitspanne, das ist eher lächerlich.
Zudem muss man wissen, dass die Unterdeckung auch damit zu tun hat, dass 1995 beim Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat die damalige Deckungslücke von 97 Millionen Franken nicht ausfinanziert wurde, was heute einige der damals Beteiligten als Fehler betrachten. Aber auch nach 1995 musste die Pensionskasse weitere Lücken aus den Erträgen stopfen, da die berechneten Beiträge und die eingetroffene Realität nicht übereinstimmten. Um glaubwürdig zu sein, muss deshalb der Umlagebeitrag auf 4 Prozent erhöht werden. Auch das ist ein moderater Vorschlag, von Expertenseite wurden teilweise deutlich höhere Werte genannt.
Die Entwicklung der Pensionskassen hängt zu einem wesentlichen Teil von den Kapitalerträgen ab. Es wäre blauäugig, davon auszugehen, dass in Zukunft auf dem Kapital stabile Erträge erzielt werden können. Das war vielleicht vor zwanzig Jahren noch möglich. Die Entwicklung auf den Kapitalmärkten ist heute aber dermassen schnellen und grossen Schwankungen unterworfen, dass wir vermutlich zufrieden sein dürfen, wenn aus den Erträgen die Verpflichtungen finanziert werden können. 1995 durfte man vielleicht noch so naiv sein, zu hoffen, eine Deckungslücke würde sich durch eine geschickte Anlagepolitik auflösen. 2013 ist eine solche Hoffnung nur noch realitätsfremd. Von daher ist 4 Prozent Umlagebeitrag auch ein Beitrag dazu, zu verhindern, dass in naher Zukunft eine bedeutende Nachfinanzierung von mehreren hundert Millionen Franken zu leisten ist.

Kommissionspräsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass der gleiche Antrag, wie ihn die Kommissionsminderheit stellt, auch in der Kommission gestellt und mit 13 zu 2 Stimmen abgelehnt wurde. Die Ablehnung erfolgt insbesondere, weil für die Arbeitgeber Zusatzkosten von rund 10 Millionen Franken pro Jahr entstehen würden. Das ist für viele der angeschlossenen Arbeitgeber kaum tragbar. Die Kommission war

insbesondere auch im Hinblick auf die Aufteilung der Spar- und Risikobeiträge, bei welchen sie ja dem Vorschlag der Regierung gefolgt ist, der Meinung, dass eine Erhöhung des Umlagebeitrags nicht mehr massvoll und stimmig wäre. Die Kommissionspräsidentin bittet, den Antrag abzulehnen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** schliesst sich dem Votum der Kommissionspräsidentin an.

➔ Der Rat stimmt mit 58 zu 13 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats zu.

§ 4 Abs. 6

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei Anträge vorliegen, nämlich erstens die Fassung des Regierungsrats und zweitens die Fassung der Kommission; die Stawiko schliesst sich diesem zweiten Antrag an.

Kommissionspräsidentin **Gabriela Ingold:** Gemäss aktuellem Gesetz der Zuger Pensionskasse aus dem Jahr 2008 darf ein Teuerungsausgleich nur dann erfolgen, wenn die Kasse dazu wirtschaftlich in der Lage ist. Dass nun ein Teuerungsausgleichsfonds für die Renten geschaffen werden soll, war für einige Mitglieder der Kommission systemwidrig. Ebenfalls widerspricht die Ausrichtung einer Teuerung der Philosophie des Bundesgesetzgebers, wonach Leistungsverbesserungen erst erfolgen sollen, wenn die Kasse über freie Mittel verfüge. Ein Streichungsantrag für den ganzen Abs. 6 wurde allerdings knapp abgelehnt.
Aus den genannten Gründen genehmigte die Kommission jedoch mit 11 zu 4 Stimmen den Antrag auf Streichung des zweiten Satzes, welcher eine Erhöhung der Teuerung auf 2 Prozent vorsieht. Grundsätzlich wollte die Kommission durch die Genehmigung eines Teuerungsbeitrages von 0,5 Prozent dem Vorstand die Möglichkeit belassen, insbesondere bei den tiefen Renten in Zukunft gewisse Anpassungen vornehmen zu können.
Analog den Argumenten beim Aufleben des Umlagebeitrags wollte die Kommission zudem präzisiert haben, dass der Beitrag für den Teuerungsfond beim Wegfall der Staatsgarantie entfällt. Teuerungszulagen müssen beim Erreichen der Vollkapitalisierung voll und ganz durch erwirtschaftete Mittel finanziert werden. Damit will die Kommission den Vorstand in die Pflicht nehmen. Die Kommissionspräsidentin bittet daher, dem Antrag der Kommission zu folgen.

Stefan Gisler hält fest, dass dieser Absatz eigentlich zwei verschiedene Anträge der Kommission enthält. Einerseits geht es um die Höhe des Beitrags an den Teuerungsfonds, andererseits um einen allfälligen Wegfall des Teuerungsfonds bei Wegfall der Staatsgarantie. Zur Höhe des Beitrags stellt der Votant den **Antrag,** an der ursprünglichen Regelung des Regierungsrats festzuhalten, dass der Pensionskassenvorstand den Beitrag in einen Teuerungsfonds auf maximal 2 Prozent erhöhen kann; der zweite Satz von § 4 Abs. 6 in der Fassung der Regierung soll also auf jeden Fall übernommen werden. Je nach realer Teuerung muss der Vorstand nämlich in der Lage sein, diesen Beitrag anpassen zu können. Da der Vorstand paritätisch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretenden zusammengesetzt ist, kann man wohl davon ausgehen, dass eine solche Erhöhung nur dann zustande kommt, wenn es wirklich von Nöten ist. Schränken Sie hier die operative Freiheit des Vorstands nicht voreilig und unnötig ein.

Zum zweiten Teil innerhalb dieses Absatzes, zum Wegfall bzw. Nicht-Wegfall des Beitrags nach Erreichen der «Selbständigkeit»: Auch nach dem Wegfall der Staatsgarantie soll die dann flügge gewordene Kasse das Recht haben, einen Beitrag in einen Teuerungsfonds zu erheben. Gerade weil sie dann unabhängig ist, soll sie auch flexible Instrumente für die Sicherung von Renten und für die eigene wirtschaftliche Sicherheit erhalten. Schränken Sie nicht heute den Spielraum der künftig eigenständigen Kasse ein. Das wäre unliberal und eine übertriebene Einmischung des Kantonsrats ins operative Geschäft des künftig eigenständigen Vorstands einer eigenständigen Kasse.

Auch Finanzdirektor **Peter Hegglin** bittet, dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrats zu folgen. Wie die Kommissionspräsidentin gesagt hat, kann seit 2008 eine Teuerung auf die Renten gewährt werden, wenn freie Mittel vorhanden sind. Weil aber keine freien Mittel vorhanden waren, wurde nie eine Teuerung gewährt, und das wird wahrscheinlich noch längere Zeit so bleiben. Daraus ergab sich die Idee des Teuerungsfonds. 0,5 Prozent würde die Möglichkeit schaffen, 0,25 Prozent Teuerung pro Jahr auszurichten. Man muss also vier Jahre lang Beiträge erheben, um 1 Prozent Teuerung auf die Renten gewähren zu können. Das ist sehr bescheiden. Die Möglichkeit, diese 0,5 Prozent auf 2 Prozent zu erhöhen, steht deshalb im Antrag, weil die Teuerung heute sehr tief ist. Wer aber sagt uns, dass sie in absehbarer Zeit nicht wieder massiv ansteigen könnte? Und dann sollte doch der Vorstand, der ja paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt ist, zuständig sein, diesen Beitrag zu erhöhen, um allenfalls auf die Teuerung reagieren zu können.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, zuerst über § 4 Abs. 6 und anschliessend – je nach Ausgang der Abstimmung – über den Antrag der Kommissionsminderheit abzustimmen, den zweiten Satz des regierungsrätlichen Antrags in die Fassung der Kommission einzufügen. Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Vorschlag.

➔ Der Rat stimmt mit 44 zu 26 Stimmen für die Fassung der Kommission.

➔ Der Rat lehnt mit 44 zu 15 Stimmen den Antrag der Kommissionsminderheit ab, den zweiten Satz des regierungsrätlichen Antrags in die Fassung der Kommission einzufügen.

Die Beratung von Traktandum 7 wird hier wegen der fortgeschrittenen Zeit unterbrochen. Die Traktanden 8 und 9 können aus Zeitgründen ebenfalls nicht mehr beraten werden.

737 Nächste Sitzung

Donnerstag, 27. Juni 2013 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

50. Sitzung: Donnerstag, 27. Juni 2013 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 11.55 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 2. Mai und vom 23. Mai 2013
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Realisierung eines neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) auf dem GS 456, Zugerstrasse 50 in Steinhausen

4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für die Erdverlegung der Verteilleitung zwischen Altgass und Herti, Einwohnergemeinden Baar und Zug

4.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für Massnahmen bei der Übertragungsleitung für Elektrizität

5. Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse (Pensionskassengesetz): Fortsetzung der 1. Lesung
6. Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG) betreffend Gestaltung der Wahlzettel bei Majorzwahlen
7. Geschäftsbericht 2012, Jahresrechnung 2012
8. Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2012:

8.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2012.

8.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2012.

9. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Bahnverkehr, Walchwil).
10. Zwischenbericht zu den per Ende März 2013 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen.
11. Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2012.
12. Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts über die Jahre 2011 und 2012.
13. Motion von Philip C. Brunner betreffend Anpassung des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe.
14. Interpellation von Hubert Schuler betreffend IV-Stelle des Kantons Zug.
15. Interpellation von Zari Dzaferi betreffend Umsetzung der Noteninitiative für Noten ab der 2. Klasse.

738 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Irène Castell-Bachmann und Stefan Gisler, beide Zug; Renato Sperandio, Unterägeri; Zari Dzaferi, Baar; Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg; Flavio Roos, Risch; Thomas Lötscher, Neuheim.

739 Mitteilungen

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** begrüsst speziell das Schülerparlament Steinhausen, das von Lehrer Gerhard Rüttimann begleitet wird. Er freut sich, wenn sich die Jugend für die Zukunft des Kantons Zug interessiert.

Der Bildungsdirektor wird die Sitzung um 16.00 Uhr verlassen, weil er in Baar eine Festrede an der Maturafeier der Kantonsschule Zug hält.

TRAKTANDUM 1

740 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

741 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 2. Mai und vom 23. Mai 2013

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 2. Mai und 23. Mai 2013 werden ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 4

Kommissionsbestellungen:

742 Traktandum 4.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Realisierung eines neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) auf dem GS 456, Zugerstrasse 50 in Steinhausen**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2256.1/.2 - 14354/55).

➔ Überweisung an die Kommission für Hochbauten.

743 Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für die Erdverlegung der Verteilleitung zwischen Altgass und Herti, Einwohnergemeinden Baar und Zug**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2258.1/.2 - 14358/59).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Diehm Peter, FDP, Kommissionspräsident

Andenmatten-Helbling Karin, CVP	Schmid Moritz, SVP
Barmet Monika, CVP	Schriber-Neiger Hanni, AGF
Birrer Walter, SVP	Strub Barbara, FDP
Frei Pirmin, CVP	Suter Rainer, SVP
Gössi Alois, SP	Weber Florian, FDP
Reinschmidt Mario, FDP	Wicky Vreni, CVP
Rickenbacher Thomas, CVP	Wyss Thomas, SVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

744 Traktandum 4.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für Massnahmen bei der Übertragungsleitung für Elektrizität**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2260.1/.2 - 14361/62).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass dieses Geschäft an die gleiche Ad-hoc-Kommission überwiesen wird wie die Vorlage 2258 (siehe oben).

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

745 Traktandum 4.4: **Ersatzwahl in die Kommission «Totalrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrats» (Vorlage 2251)**

Die SVP-Fraktion beantragt, an Stelle von Thomas Villiger neu Manuel Brandenberg zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

746 **Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse (Pensionskassengesetz): Fortsetzung der 1. Lesung**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2192.1/.2 - 14177/78), der vorberatenden Kommission (2192.3 - 14290), der Kommissionsminderheit (2192.4 - 14299) und der Staatswirtschaftskommission (2192.5 - 14300).

DETAILBERATUNG (1. Lesung): Fortsetzung (siehe Ziff. 736)

§ 5 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 6 Abs. 1 und Abs. 2
§ 7 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommissionen jeweils dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat ist genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 7 Abs. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission beim versicherten Lohn vorschlägt, dass die Zuger Pensionskasse in den Vorsorgeplänen die Möglichkeit von tieferen Eintrittsschwellen vorsieht. Regierungsrat und Stawiko schliessen sich diesem Antrag an.

Vroni Straub-Müller stellt namens der AGF den **Antrag,** § 7 Abs. 4 wie folgt zu formulieren: «Die Zuger Pensionskasse sieht in ihren Vorsorgeplänen vor, die Eintrittsschwelle bei der Hälfte der BVG-Eintrittsschwelle festzusetzen.»
Allein die Zuger Verwaltung und vor allem das Zuger Kantonsspital haben heute schon viele versicherte Personen in diesem Einkommenssegment. Sie haben heute das Anrecht auf eine Versicherung. Würde man diesen Paragraphen gemäss Antrag des Regierungsrats belassen, würde allen Arbeitnehmenden mit einem Einkommen unter der BVG-Eintrittschwelle – das sind zurzeit 21'000 Franken Jahreslohn brutto – das Recht genommen, sich versichern zu lassen, und ebenso würde den Arbeitgebern das Recht genommen, eine solche Versicherung anzubieten.
Die Kommission sieht vor, dass der Arbeitgeber einen Vorsorgeplan mit einer Eintrittsschwelle bei der Hälfte des BVG-Grenzwerts freiwillig anbieten darf – eben *darf,* nicht *muss*. Das ist für den Arbeitnehmenden nicht positiv. Er sollte das Recht und die Pflicht haben, sich versichern zu lassen.
Wenn argumentiert würde, dass die so erzielte Rente unwesentlich sei, darf nicht vergessen werden, dass es bei einem Jahreseinkommen von zirka 20'000 Franken immerhin zu einer monatlichen IV-Rente von 750 Franken kommen würde. Das ist kein unbedeutender Betrag. Und wenn argumentiert würde, dass Personen mit so tiefen Einkommen sich gar nicht versichern lassen wollten, weil sie das Geld lieber flüssig hätten, dann ist dagegen zu halten, dass es vorausschauend ist, trotzdem etwas zur Rentensicherung beizutragen. Es hilft letztlich auch dem Kanton und den Gemeinden, die Versicherungen zu entlasten, wenn dank dieser Massnahme das Risiko sinkt, dass aufgrund einer ungenügenden Rente die Sozialversicherungen einspringen müssen.

Philip C. Brunner unterstützt den Antrag seiner Vorrednerin. In der Kommission wurde davon gesprochen, dass das den Kanton bzw. die angeschlossenen Arbeitgeber 132'00 Franken kosten würde. Aus bürgerlicher Sicht gibt es ein wichtiges Argument für den Antrag: Wenn eine IV-Rente ausgerichtet wird, geschieht dies sehr oft zugunsten der Gemeinden. Wenn der Rat den Antrag ablehnt, werden IV-Fälle direkt über Steuergelder finanziert werden müssen, denn meistens fällt genau diese Gruppe von Leuten durch alle Maschen und landet in der Sozialhilfe. Lässt man diese Leute mitmachen, so wie Vroni Straub ausgeführt hat, nimmt man sie in die Verantwortung und beteiligt sie am Risiko. Es geht aus bürgerlicher Sicht also nicht darum, jetzt diese 132'000 Franken zu sparen, sondern um das Anliegen, die Gemeinden – besonders kleine Gemeinden – zu entlasten, weil ein Sozialhilfefall rasch in grössere Summen gehen kann. Der Votant bittet deshalb um Unterstützung für den Antrag der AGF.

Kommissionspräsidentin **Gabriela Ingold:** In der Kommission wurde der Antrag auf eine zwingende Formulierung ebenfalls gestellt. Er hatte jedoch keine Chance. Die grosse Mehrheit der Kommission möchte, dass jeder Arbeitgeber selbst entscheiden kann, ob er seine Mitarbeitenden mit einer tieferen Eintrittsschwelle versichern will. Durch tiefere Eintrittsschwellen werden mehr Arbeitnehmende – eben solche mit tiefen Einkommen – erfasst. Dies kann bei einzelnen Arbeitgebern zu einem enormen administrativen Aufwand und zu beträchtlichen Zusatzkosten führen. Der Staatshaushalt wird also auch wieder belastet, wenn das Arbeitnehmer von Gemeinden etc. sind. Die Kommissionspräsidentin bittet deshalb, der Version der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** wiederholt, dass der Regierungsrat sich der vorberatenden Kommission und der Stawiko anschliesst. Das Anliegen, diese Möglichkeit zu schaffen, ist berechtigt – aber nur die Möglichkeit, nicht eine Verpflichtung. Beraten wird ja der Standardvorsorgeplan, der für die Kantonsangestellten gilt. Daneben aber gibt es 105 weitere Organisationen, die sich – grösstenteils freiwillig – der kantonalen Pensionskasse angeschlossen haben. Eine Verpflichtung könnte dazu führen, dass sich die eine oder andere Organisation nach einem anderen Versicherer umschaut. Der Finanzdirektor versteht das Anliegen, hält es aber nicht für richtig, es verpflichtend in die kantonale Pensionskassenregelung zu schreiben.

➔ Der Rat folgt mit 54 zu 15 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 8 Abs. 1 und Abs. 2

Der Vorsitzende hält fest, dass sich die Kommissionen jeweils dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats zu.

§ 9

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko Antrag auf Streichung von § 9 stellt.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** Der Bund schreibt in seiner Gesetzgebung vor, dass die Kompetenzen bezüglich Festsetzung von Beiträgen und Leistungen klar zu trennen sind. Der Kantonsrat hat denn auch in der letzten Sitzung in den ersten Paragraphen beschlossen, dass der Kanton die Beiträge, der Vorstand der Pensionskasse die Leistungen festsetzt. Nun versucht der Regierungsrat aber, indirekt auf die Leistungen Einfluss zu nehmen, indem er Leistungsziele festlegt. Das führt dazu, dass die Verantwortlichkeiten wieder verwischt werden, dies in einer Form, wie es der Bundesgesetzgeber gerade nicht wollte.
Zudem ist zu berücksichtigen, dass der Kanton als Arbeitgeber letztendlich nur etwa einen Drittel der Versicherten vertritt; zwei Drittel sind andere angeschlossene Institutionen. Wenn der Kanton also Leistungsziele festsetzen wollte, müsste er konsequenterweise ein Vernehmlassungsverfahren bei allen angeschlossenen Arbeitgebenden durchführen. Die Stawiko ist klar der Meinung, dass nicht über ein Hintertürchen die Verantwortlichkeiten wieder verwischt werden sollten, und beantragt deshalb die gänzliche Streichung von § 9.

Kommissionspräsidentin **Gabriela Ingold** informiert, dass diese Thematik in der Kommission ebenfalls diskutiert wurde. Einzelne Kommissionsmitglieder störten sich daran, dass dieser Artikel im Widerspruch dazu sei, dass neu der Vorstand die Leistungsziele festlege. Nach Anhörung der Argumente des Finanzdirektors konnte sich die Kommission damit einverstanden erklären, dass es sich seitens der Regierung um eine Absichtserklärung handelt und sie nicht eine Kompetenzverschiebung anstrebt. Ein Streichungsantrag wurde in der Kommission nicht gestellt.

Arthur Walker: Bis 1995 betrug die Altersrente rund 58 Prozent des Bruttolohns. Bis heute ist die Rente bei vollzähligen Beitragsjahren auf 45 Prozent gesunken. Bei allem Verständnis für die demografische und wirtschaftliche Entwicklung: Es kann weder dem Kantonsrat noch dem Regierungsrat als verantwortungsbewusste Behörden gleichgültig sein, unter welchen finanziellen Voraussetzungen die in der Pensionskasse Versicherten ihren dritten Lebensabschnitt antreten werden. Gerade im Kanton Zug sollte man sich zu einem Rentenziel von 45 Prozent bekennen. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht und Antrag das Leistungsziel genannt, eine Streichung gemäss Antrag Stawiko lehnt der Votant deshalb ab. Er dankt für die Unterstützung des Antrags der Regierung und vorberatenden Kommission.

Finanzdirektor **Peter Hegglin:** Selbstverständlich akzeptiert der Regierungsrat die Aufgabenteilung und die Zuweisung der Verantwortlichkeiten. Er hat im Bericht und Antrag an den Kantonsrat aber doch eine Auslegeordnung gemacht und den Vorsorgeplan umschrieben, wie ihn der Vorstand wahrscheinlich umsetzen wird. Dort ist auch beschrieben, wo der durchschnittliche Rentensatz liegen sollte. Gemäss Seite 19 des Berichts soll der durchschnittliche Rentensatz 50 Prozent betragen, wenn man über die ganze Dauer versichert ist und Beiträge bezahlt.
Es ist nicht die Absicht des Regierungsrats, Einfluss auf den Vorstand zu nehmen. Vielmehr will der Regierungsrat sagen, dass er – wenn er ein Leistungsziel festsetzen würde – sich seinem Bericht und Antrag orientieren würde. Damit möchte der Regierungsrat deklarieren, dass es ihm nicht gleichgültig ist, in welche Richtung die Pensionskasse geht. So hat er diesen Artikel verstanden. Der Bericht ist die Grundlage, und wenn man sehen würde, dass es grosse Abweichung davon gibt, dann hätte der Vorstand den Auftrag, den Regierungsrat zu informieren, und dieser hätte dann die Möglichkeit, wieder Bericht und Antrag zuhanden des Parlaments zu erstellen, wenn er es als notwendig erachtet. Andere Möglichkeiten hat der Regierungsrat nicht. Es ist eine Absichtserklärung, um den Versicherten und den angeschlossenen Organisationen zu zeigen, dass es dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen ist, wie sich die Pensionskasse und das Leistungsziel entwickelt.

➔ Der Rat stimmt mit 38 zu 30 Stimmen für die Fassung des Regierungsrats.

§ 10 Abs. 1 Bst. a bis c
§ 11 Abs. 1 und Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommissionen dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die jeweiligen Anträge des Regierungsrats.

§ 11 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission beim letzten Satz eine andere Formulierung vorschlägt. Regierungsrat und Stawiko schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Kommission.

§ 11 Abs. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat bei § 9 die Fassung von Regierungsrat und Kommission unterstützt hat. Folgerichtig bleibt es bei § 11 Abs. 4 bei der Fassung von Regierungsrat und Kommission.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 12 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko in Satz 2 eine Änderung vorschlägt: Der Vorstand soll explizit für die Gesamtleitung der Zuger Pensionskasse verantwortlich sein.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** Es besteht ein Unterschied zwischen «die Verantwortung wahrnehmen» und «verantwortlich sein». Es geht hier um eine Pensionskasse mit 8800 Versicherten, mit einem Vermögen von 2,5 Milliarden Franken und mit entsprechenden Verpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmenden. Da geht es wirklich darum, Verantwortung zu übernehmen. Der Stawiko ist der Begriff «die Gesamtleitung wahrnehmen» zu schwach. Sie will dem Vorstand bewusst machen, dass er – und nur er allein – *verantwortlich* ist für diese Kasse. Auch da gilt es abzugrenzen zwischen den Verantwortlichkeiten der Arbeitgebenden – hier speziell des Kantons – und des Vorstands, der mit Festsetzung von Leistungen und mit der Verwaltung dieses gewaltigen Vermögens in der Verantwortung steht. Deshalb schlägt die Stawiko eine Verstärkung des zweiten Satzes vor: «[Der Vorstand] ist verantwortlich für die Gesamtleitung …».

Finanzdirektor **Peter Hegglin:** Es ist auch für den Regierungsrat klar, dass der Vorstand die oberste Verantwortung hat. Es heisst im ersten Satz: «Der Vorstand ist das oberste Organ des Zuger Pensionskasse.» Damit und mit der Aufgaben- und Verantwortungszuteilung gemäss BVG und Gesetz ist es natürlich so, dass der Vorstand für die Gesamtleitung verantwortlich ist. Es ist eher eine Wortspielerei, ob man «die Gesamtleitung wahrnehmen» oder «für die Gesamtleitung verantwortlich sein» schreibt, die Aussage ist bei beiden Formulierungen dieselbe. Man hat auch in der Kommission darüber gesprochen, aber der Regierungsrat möchte bei seiner Formulierung bleiben.

➔ Der Rat stimmt mit 60 zu 6 Stimmen für die Fassung der Stawiko.

§ 12 Abs. 2 Bst. a bis e
§ 12 Abs. 3
§ 13 Abs. 1 und Abs. 2
§ 14 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 15 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 16
§ 17 Abs. 1 und Abs. 2
§ 18
§ 19

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommissionen dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

II. Fremdänderungen

Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats vom 1. Februar 1990 (Stand 1. Januar 2009)

§ 8 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat diverse Anpassungen vorschlägt. Die Kommission übernimmt alle diese Änderungen, und die Stawiko stellt keine abweichenden Anträge.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorgeschlagenen Änderungen.

Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994) (Stand 4. August 2010)

§ 20 Abs. 2 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat einen neuen Abs. 2 vorschlägt. Die Kommission übernimmt diese Änderung, und die Stawiko stellt keine abweichenden Anträge.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend zu.

§ 21 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommissionen dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 21 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat als zusätzliche Voraussetzung für eine Überbrückungsrente eine ununterbrochene Tätigkeit während mindestens fünf Jahren beim Kanton Zug beantragt. Die Kommission schliesst sich diesem Antrag an. Die Stawiko beantragt, diese Dauer auf zehn Jahre festzusetzen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** Über die Anspruchsberechtigung auf eine Überbrückungsrente wurde in der Stawiko intensiv diskutiert. Es geht darum, wie lange ein Mitarbeiter beim Kanton angestellt sein muss, bis er Anspruch auf eine Überbrückungsrente hat. Die Überlegung, dass nach der Formulierung der vorberatenden Kommission jemand, der mit 58 Jahren beim Kanton eintritt, mit 63 Jahren Anspruch auf eine vorzeitige Pension mit Überbrückungsrente hat, gab schliesslich in der Stawiko den Ausschlag, diese Frist auf zehn Jahre zu verlängern. Die Stawiko beantragt dem Rat, diese zehn Jahre zu beschliessen.

Kommissionspräsidentin **Gabriela Ingold** kann zwar keine Kommissionsmeinung abgeben, aber doch sagen, dass über diesen Punkt auch in der vorberatenden Kommission sehr intensiv diskutiert wurde. Fünf Jahre wurden als eher tief beurteilt, es wurde jedoch kein entsprechender Antrag gestellt. Es wurde auch kein Antrag auf Streichung des Absatzes gestellt.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** empfiehlt, beim Vorschlag des Regierungsrats zu bleiben. Heute gibt es keine Mindestfrist, und weil es in der praktischen Anwendung Fälle gab, die stossend waren, hat der Regierungsrat vorgeschlagen, dass jemand mindestens fünf Jahre beim Kanton arbeiten muss, bis er Anspruch auf eine Überbrückungsrente hat. Diese Frist auf zehn Jahre zu verlängern – also von null auf zehn Jahre –, findet der Regierungsrat übertrieben. Im Sinne einer pragmatischen Personalpolitik bittet der Finanzdirektor, diese Frist auf fünf Jahre festzusetzen.

➔ Der Rat stimmt mit 39 zu 27 Stimmen dem Antrag der Stawiko zu.

§ 21 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommissionen dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 6

747 **Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG) betreffend Gestaltung der Wahlzettel bei Majorzwahlen**

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2218.1/.2 - 14238/39) und der vorberatenden Kommission (2218.3 - 14307).

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Heini Schmid** beantragt namens der vorberatenden Kommission, der Vorlage in der abgeänderten Form der Kommission zuzustimmen. Er dankt Regierungsrätin Manuela Weichelt und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Direktion des Innern für die gute Zusammenarbeit.
Die Kommission unterstützt den Vorschlag des Regierungsrats, bei Majorzwahlen künftig nicht mehr vorgedruckte Wahlzettel mit den Namen der Kandidierenden und mit Listenbezeichnungen zu verwenden, sondern einen einzigen Wahlzettel mit leeren Linien, ergänzt durch ein Informationsbeiblatt mit allen Kandidierenden. Damit soll der Grundsatz der Personenwahl stärker zum Ausdruck kommen.
Was die einzelnen Paragraphen betrifft, besteht nur noch bei § 32a Abs. 1 eine Differenz zwischen der Regierung und der Kommission. Die Kommission findet es übertrieben, dass gemäss dem Vorschlag des Regierungsrats für jeden Kandidaten ein eigener Wahlvorschlag mit jeweils zehn Unterschriften erforderlich ist. Die Kommission will, dass ein Wahlvorschlag so viele Kandidierende umfassen kann, wie Sitze zu vergeben sind. Dies bedeutet beispielsweise, dass eine Partei, die mit drei Gemeinderatskandidaten kandidiert, nicht *drei* Wahlvorschläge mit insgesamt dreissig unterschiedlichen Unterschriften einreichen muss, sondern nur *einen* Vorschlag mit zehn verschiedenen Unterschriften. Im Vergleich zu anderen Kantonen haben wir schon ein relativ striktes Wahlanmeldeverfahren. Die Mehrheit der Kommission glaubt nicht, dass es noch zusätzliche Hürden braucht.

Anna Lustenberger-Seitz: Die AGF ist für Eintreten auf die Vorlage über die Ausgestaltung der Wahlzettel. Nach der Abstimmung vom 9. Juni 2013 ist es klar: Der Wahlzettel für die Exekutivwahlen soll neu die Personenwahl hervorheben. Das haben die Initianten auch in ihren Leserbriefen immer wieder betont. Der neu gestaltete Wahlzettel soll also ganz klar den Willen der Personenwahl wiedergeben. Mit einem an Stimmbürger und Stimmbürgerinnen verschickten leeren Wahlzettel, auf dem die Wahlberechtigten von Hand ihre Kandidaten und Kandidatinnen aufschreiben, ist dies sicher gegeben. Die AGF befürwortet auch das Beiblatt mit den kandidierenden Personen, so wie es vorgeschlagen wird.
Zu den einzelnen Anträgen der Kommission: Bei § 32a unterstützt die AGF die Regierung. Sie findet es richtig, dass für jede kandidierende Person ein eigener Wahlvorschlag eingereicht werden muss. Dies rechtfertigt den Begriff Personenwahl am besten. Daher ist es für die AGF auch richtig, dass jeder Wahlvorschlag von zehn Personen unterschrieben werden muss; das ist kein Aufwand.
Bei § 39 Abs. 1 und Abs. 1a unterstützt die AGF den ursprünglichen Antrag der Regierung: Das Beiblatt soll mindestens Nachnamen und Vornamen, Jahrgang, Wohnadresse und den Zusatz «bisher» enthalten. Mit dem Wort «mindestens» steht es allen Kandidierenden frei, ob sie den Beruf genannt haben wollen oder nicht. Die AGF kann sich vorstellen, dass der Beruf nicht immer genannt werden möchte – oder eben gerade schon. Die AGF begrüsst die bisherige, liberale Praxis, die bis jetzt zu keinen Problemen geführt. Sie stellt daher den **Antrag,** das Erfordernis der Nennung der Berufsbezeichnung sei in § 39 Abs. 1 und 1a zu streichen. Die AGF

ist auch dafür, dass im ganzen Gesetz der Begriff «Familienname» durch «Nachname» ersetzt wird.
Die Votantin betont nochmals, dass es beim Majorzwahlsystem konsequenterweise keine Wahlzettel mit vorgedruckten Namen geben darf. Ansonsten würde ja wieder die Partei in den Vordergrund rücken, was eine grosse Mehrheit des Souveräns nicht mehr will. In einigen Kantonen ist bei Exekutivwahlen im Majorzsystem die Änderung mit dem leeren Wahlzettel schon eingeführt – gerade weil man auf den Begriff «Persönlichkeitswahlen» gepocht hat.

Alois Gössi: Die Vorlage erhält leider ein grösseres Gewicht wegen der kürzlich erfolgten Annahme der Majorzinitiative. Sie wird vor allem relevant werden bei den Wahlen für die kantonalen und gemeindlichen Exekutiven. Mit den Vorschlägen des Regierungsrates resp. mit den Änderungen der vorberatenden Kommission ist die SP-Fraktion praktisch vollständig einverstanden. Das Wichtigste ist, dass es zwei Zettel geben wird: ein vorgedrucktes Beiblatt mit dem Namen, dem Vornamen und weiteren Angaben zu allen Kandidierenden zu Informationszwecken sowie ein leeres Wahlblatt, das es dann für die Wahl auszufüllen gilt. Die SP begrüsst auch die Änderung, dass die Wahlvorschläge für Majorzwahlen bei der Einreichung mit zehn Unterschriften pro Wahlvorschlag und nicht mehr pro Kandidat oder Kandidatin versehen sein müssen. Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage.

Philip C. Brunner spricht im Namen der SVP-Fraktion. Der Sonntag, 9. Juni 2013, war ein historischer Tag. Das Zuger Volk hat sehr klar zum Ausdruck gebracht, was es will, und hat der Volksinitiative für die Majorzwahl bei Exekutiven deutlich zugestimmt. Es war eine erfreulich demokratische Diskussion, die vom Zuger Souverän souverän entschieden wurde. Die SVP respektiert dieses Resultat und die damit einhergehende Verfassungsänderung. Das Volk hat (j-)A gesagt, der Kantonsrat muss heute B sagen.
Die vorberatende Kommission hat den Vorschlag des Regierungsrats im Grossen und Ganzen unterstützt. Die SVP-Fraktion tut das auch. Sie ist für Eintreten. Bei § 32a Abs. 1 folgt sie dem Antrag der Kommission, ebenso bei § 39 Abs. 1 und 1a. Die Kommission ist seinerzeit mit 14 zu 0 Stimmen eingetreten und hat mit 12 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Vorlage zugestimmt. Die SVP-Fraktion empfiehlt, es der Kommission gleichzutun.

Hans Christen: Die FDP-Fraktion schliesst sich grossmehrheitlich den Anträgen der vorberatenden Kommission an, die sich intensiv mit der Gestaltung der neuen Wahlzettel auseinandergesetzt hat, und unterstützt diese ohne Vorbehalt. Sie ersucht den Rat, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern: Der Regierungsrat hat immer betont, dass er die Vorlage unabhängig vom Ausgang der Abstimmung über die Majorzinitiative beantragt. Er hat deshalb die Vorlage bereits Ende Januar 2013 zuhanden des Kantonsrats verabschiedet. Es ist dem Regierungsrat wichtig, dass bei Majorzwahlen der Grundsatz «Köpfe statt Parteien» zu Ende geführt wird und auch die Gestaltung der Wahlzettel dem Grundsatz der Personenwahlen entspricht. Dies ist mit dem heutigen System nicht gewährleistet: Der Vordruck der Listenbezeichnung und der Kandidierenden hat eine präjudizierende Wirkung. Dem Regierungsrat ist es wichtig, dass neu den Stimmberechtigen ein einziger Wahlzettel mit fünf oder sieben leeren Linien – je nach Gremium – zusammen mit einem Informationsblatt zugestellt wird. Das hat sich in andern Kantonen, etwa im Aargau

oder im Kanton Solothurn, bereits bewährt. Auf dem Beiblatt finden die Wählenden die Kandidierenden im Überblick, einheitlich und aussagekräftig dargestellt. Der Regierungsrat bittet den Rat, seinem Antrag zuzustimmen.
Abschliessend dankt die Direktorin des Innern dem Präsidenten und den Mitgliedern der vorberatenden Kommission für die gute Vorarbeit. Die Kommission hat einstimmig Eintreten beschlossen und dem Antrag des Regierungsrats ohne Gegenstimme bei zwei Enthaltungen zugestimmt.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
§ 29 Abs. 1
§ 32 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 32a Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission vorschlägt, dass ein Wahlvorschlag nicht mehr Namen enthalten darf als zu vergeben sind.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass zwischen der Kommission und dem Regierungsrat eine Differenz besteht. Der Regierungsrat schlägt vor, dass auf einem Wahlvorschlag nur eine Person aufgeführt wird, mit zehn Unterschriften pro Wahlvorschlag. Bei den Nationalratswahlen sind pro Kandidierenden hundert Unterschriften zu sammeln, was nie zu Problemen führte. Dem Regierungsrat ist es wichtig, dass der Grundsatz «Personen vor Parteien» zu Ende gedacht wird und jede unterzeichnende Person pro Wahlvorschlag sagen kann: Diese Person möchte ich vorschlagen, jene andere aber nicht. Es sollen also nicht vier oder fünf Personen auf der Liste stehen, die man unterzeichnet. Der Regierungsrat beantragt also, hier wirklich dem Grundsatz des Majorzgedankens zu folgen.

➔ Der Rat stimmt mit 59 zu 9 Stimmen für die Fassung der Kommission.

§ 32a Abs. 2 und Abs. 3
§ 34 Abs. 3 (aufgehoben)
§ 37 Listen bei Proporzwahlen (Überschrift geändert)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission jeweils dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 37a

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission verschiedene Präzisierungen vorschlägt, denen sich der Regierungsrat anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend Fassung der Kommission.

§ 39 Abs. 1 und 1a

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission in § 39 Abs. 1 verschiedene Präzisierungen vorschlägt, denen sich der Regierungsrat anschliesst. Bei § 39 Abs. 1a schliesst sich die Kommission grundsätzlich dem Antrag des Regierungsrats an, hat aber rechtlich korrekt den Begriff «Familienname» durch «Nachname» ersetzt. Der Regierungsrat heisst dies gut.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Kommission.

Zum Antrag der AGF auf Streichung des Erfordernisses der Nennung der Berufsbezeichnung in § 39 Abs. 1 und Abs. 1a hält der **Vorsitzende** fest, dass dieser Antrag beide Normen betrifft, aber nur einmal darüber abgestimmt wird.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AGF mit 62 zu 4 Stimmen ab.

Alois Gössi: Wie sollen bisherige Amtsinhaber, die wieder kandidieren, auf dem Beiblatt behandelt werden? Die Meinung der SP-Fraktion ist klar: Sie sollen speziell gekennzeichnet, aber nicht auf irgendeine zusätzliche Art und Weise bevorzugt werden.
Die SP-Fraktion ist dafür, dass der Zusatz «bisher» für Wiederkandidierende auf das Beiblatt kommt. Sie ist auch dafür, dass die Berufsbezeichnung «Regierungsrat» oder «Gemeinderat» aufgeführt werden kann. Sie ist aber klar dagegen, dass die Bisherigen noch weiter bevorzugt werden, indem sie auf dem Wahlzettel zuerst innerhalb eines eigenen Blocks und die neu Kandidierenden erst in einem zweiten Block aufgeführt werden. Speziell zu erwähnen, dass ein bisheriger Amtsinhaber oder Amtsinhaberin wieder kandidiert: Ja. Aber deshalb soll ein Amtsinhaber oder eine Amtsinhaberin nicht noch weiter zusätzlich bevorzugt werden.
Der Votant stellte den entsprechenden Antrag schon bei der Kommissionsberatung. Der Antrag wurde aber mit dem Argument abgelehnt, dass die Mandatsträger ein Voll- oder Hauptamt übernehmen und ihre Arbeitsstelle dafür aufgeben, und dass ihre Wahlchancen deshalb nicht unbegründet gemindert werden sollen. Damit ist der Votant einverstanden; sie erhalten ja den Zusatz «bisher». Aber sollen sie deswegen unbotmässig weiter bevorzugt werden, auch wenn es wahrscheinlich nur psychologisch ist, dass sie am Anfang in einem eigenen Block aufgeführt werden?
Man stelle sich vor, dass fünf bisherige Amtsinhaber wieder kandidieren und dazu fünf neue Kandidaten. Die fünf Amtsinhaber werden mit dem Zusatz «bisher» im ersten Block mit dem Vermerk «Bisherige» aufgeführt und erst danach die neu Kandidierenden. Es ist doch davon auszugehen, dass wahrscheinlich einige Wählende einfach mal die ersten fünf Kandidierenden nehmen und diese übertragen, nicht weil es Bisherige sind, sondern weil sie am Anfang stehen. Mit einem Mischsystem von Bisherigen und Neuen wäre die einseitige Bevorzugung einer Gruppe,

der Bisherigen, viel weniger der Fall. Ein Problem bleibt trotzdem bestehen, nämlich das Problem mit dem Nachnamen: Je weiter vorne im Alphabet, desto weiter oben steht ein Name auf der Liste.
Die SP-Fraktion stellt zu § 39 Abs. 1a den folgenden **Antrag**: Der Satz «Diesem Wahlzettel wird ein Beiblatt zur Information beigelegt, auf dem zuerst alle kandidierenden Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber und danach alle neu Kandidierenden in alphabetischer Reihenfolge nach den Anfangsbuchstaben der Nachnamen aufgeführt sind» soll abgeändert werden zu *«Diesem Wahlzettel wird ein Beiblatt zur Information beigelegt, auf dem alle Kandidierenden in alphabetischer Reihenfolge nach den Anfangsbuchstaben der Nachnamen aufgeführt sind.»* Falls dieser Antrag angenommen würde, müsste § 37a Abs. 1 sinngemäss nachträglich noch geändert werden.

Kommissionspräsident **Heini Schmid:** In verdankenswerter Weise hat Alois Gössi bereits die Argumente aufgeführt, die in der Kommission vorgebracht wurden. Das Hauptproblem ist, dass bei der Reihenfolge immer eine gewisse Willkürlichkeit bestehen bleibt. Auch das Alphabet ist eine gewisse Willkürlichkeit: Niemand kann etwas dafür, dass sein Nachname mit A- oder dann eben mit Z- beginnt.
Auch in Hinblick auf die Abstimmungsresultate ist der Rat auf dem richtigen Kurs, wenn er versucht, den bisherigen Amtsinhabern einen gewissen Bonus einzuräumen. Die Kommission glaubt, dass es auch einen sachlichen Grund dafür gibt, die prominenten Plätze, die tatsächlich die Wahlchance erhöhen, denjenigen zu geben, welche schon ein Mandat haben. Jeder Politiker weiss, wie unangenehm eine Abwahl ist. Bei Legislativmitgliedern ist das verschmerzbar. Bei Exekutivmitgliedern aber wiegt eine Abwahl schwer, weshalb die Kommission auf dem Hintergrund, dass es immer eine gewisse Ungerechtigkeit geben wird, vorschlägt, denjenigen Leuten einen Vorteil zu geben, welche ihre Existenz mit der Politik verdienen und ihre bisherige Lebensplanung für die Politik aufgegeben haben. Das Stimmvolk hat durch die Zustimmung zum Majorz klar auch seinen Willen bezeugt, den bisherigen Amtsinhabern einen gewissen Bonus zu geben. In diesem Sinne bittet der Votant, dem Antrag der Kommission und der Regierungsrats zu folgen und die Bisherigen auf dem Beiblatt zuerst aufzuführen. Man muss betonen, dass hier nicht vom Wahlzettel, sondern vom Beiblatt die Rede ist. Es braucht einen bewussten Akt, die zuerst Aufgeführten auf den Wahlzettel zu übertragen. Es ist also nicht mehr dieselbe Bevorzugung wie früher bei den vorgedruckten Wahlzetteln. Jetzt besteht die Bevorzugung nur noch darin, dass die Bisherigen auf dem Beiblatt an erster Stelle stehen.

➔ Der Rat folgt mit 62 zu 6 Stimmen dem Antrag der Kommission.

§ 53 Abs. 1 Bst. a bis c und Abs. 2
§ 56 Abs. 2 und Abs. 3
§ 61 Abs. 1
Regelung zum Referendum und zum Inkrafttreten

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission jeweils dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats zu.

Zum **Antrag** der vorberatenden Kommission, in allen Bestimmungen des Gesetzes den Begriff «Familienname» durch «Nachname» zu ersetzen, hält der **Vorsitzende** fest, dass der Regierungsrat einverstanden ist, diese redaktionelle Anpassung vorzunehmen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Kommission stillschweigend zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Direktion des Innern die Anpassungen im Ergebnis der ersten Lesung einarbeiten wird.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Direktorin des Innern nun die Sitzung verlässt. Sie geht nach Emmetten, wo sie an der Vorstandssitzung und an der anschliessenden Plenarversammlung der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren teilnimmt.

TRAKTANDUM 7

748 Geschäftsbericht 2012, Jahresrechnung 2012

Es liegen vor: Geschäftsbericht 2012; Bericht und Antrag der Erweiterten Staatswirtschaftskommission (2264.1 - 14376).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Staatswirtschaftskommission beantragt, den Anträgen des Regierungsrats zuzustimmen.

EINTRETENSDEBATTE

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es den Ratsmitgliedern freisteht, in der Eintretensdebatte auch – aber nur bezüglich des Eintretens – zur Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2012 (Traktandum 8) zu sprechen, weil Jahresrechnung und Verwendung des Ertragsüberschusses materiell zusammenhängen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** Der Geschäftsbericht 2012 ist ein Blick zurück auf das verflossene Jahr. Wer ihn studiert hat, stellt fest, dass er bezüglich der Zahlen keine allzu grossen Überraschungen und nicht allzu viel wirklich Neues enthält. Neu ist aber die Präsentation des Jahresrückblicks: Statt einer dicken Jahresrechnung und eines noch dickeren Rechenschaftsberichts hat der Rat neu einen schon fast schlanken Geschäftsbericht erhalten. Zusätzlich kann man sich neu auf der Statistik-Website des Kantons und in den verschiedenen Publikationen der Direktionen und Ämter orientieren.
Der Geschäftsbericht in seiner neuen Form wurde von der Stawiko sehr gut aufgenommen. Er vermittelt Transparenz und bietet einen umfassenden Überblick über die Tätigkeit der einzelnen Direktionen und Ämter. Die Umstellung auf die neue Berichterstattung hat zweifellos grosse Arbeit und viel Einsatz aller Beteiligten erfordert. Der Stawiko-Präsident dankt der Regierung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für diesen gelungenen Wurf, aber auch für das im Bericht zum Ausdruck kommende Kostenbewusstsein in der ganzen Verwaltung.

Statt wie budgetiert 3,8 Millionen Franken Defizit weist die Jahresrechnung in der Laufenden Rechnung einen Überschuss von 6 Millionen Franken aus. Dazu beigetragen haben 37 Millionen Minderausgaben, aber auch 27 Millionen weniger Einnahmen. Diese Mindereinnahmen sind zweifellos auf eine doch etwas optimistische Budgetierung des Steuerertrags zurückzuführen. Beigetragen haben aber auch andere Änderungen, wie im Bericht des Regierungsrats zu lesen ist. Die Stawiko-Delegationen haben wiederum die Rechnung studiert, haben mit den Direktionen Gespräche geführt, haben Fragen gestellt und versucht, die ausgewiesenen Zahlen, Leistungsaufträge etc. zu plausibilisieren, und sie haben darüber der Erweiterten Stawiko intern Bericht erstattet. An einer Sitzung hat die Erweiterte Stawiko diese Berichte diskutiert, hinterfragt, sie hat ergänzende Auskünfte verlangt – und sie ist zum Ergebnis gekommen, dass dem Rat die Abnahme der Jahresrechnung beantragt werden kann.
Die Stawiko hat aber auch vier grundsätzliche Themen diskutiert:
• Zum einen geht es um ergänzende Angaben im Geschäftsbericht bezüglich der Indikatoren und Zielgrössen. Wenn beispielsweise steht, ein Ziel sei zu 100 Prozent erreicht worden, möchte die Stawiko in Zukunft auch wissen, was denn diese 100 Prozent tatsächlich sind.
• Ein zweites Thema ist der Dauerbrenner Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR). Hier hat der Rat eine Übersicht darüber erhalten, wo die Einführung der KLR geplant ist. Diese Aufstellung befriedigt allerdings nicht ganz. Sie ist zeitlich relativ kurz begrenzt, und die Stawiko möchte auch für die nicht erwähnten Folgejahre wissen, wo die Reise hingeht. Vor allem aber hat die Stawiko festgestellt, dass in der Direktion des Innern und in der Sicherheitsdirektion die Liebe zur KLR offensichtlich nicht sehr gross ist. Die Stawiko hat den Regierungsrat aufgefordert, sie noch besser zu dokumentieren. Sie möchte auch die nicht rapportierten Folgejahre sehen und wissen, ob in weiteren Jahren weitere Einführungen geplant sind. Sie möchte aber auch wissen, warum die KLR in einzelnen Ämtern nicht eingeführt wird. Es ist beispielsweise nicht einzusehen, warum fünf Direktionen im Direktionssekretariat die KLR anwenden und zwei einfach nicht. Hier will die Stawiko weiterkommen, das wird auch in den kommenden Budget- und Rechnungssitzungen hier im Rat ein Dauerthema sein.
• Zu den Publikationen: Bei der Beratung des Budgets 2013 hat der Rat verlangt, im Publikationsdschungel wieder mal einen gewissen Überblick zu schaffen. Es wurde festgestellt, dass verschiedene Publikationen hinterfragt werden können, und der Rat hat die Regierung aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen. Die Antwort des Regierungsrats weist Publikationen in der Grössenordnung von 1,2 Millionen Franken aus. Die Stawiko hat aber festgestellt, dass im Budget dafür insgesamt ungefähr der doppelte Beitrag eingesetzt, dass also die Hälfte schlicht nicht erfasst wurde. Sie hat nun verlangt, dass diese Arbeit für die Budgetdebatte im Herbst nachgeholt wird. Sie möchte wissen, wie sich der Gesamtposten auf die einzelnen Publikationen verteilt, und sie möchte eine Stellungnahme haben, ob diese Publikationen alle erforderlich sind und ob nicht mehr auf elektronische Berichterstattungen ausgewichen werden kann.
• Der vierte Punkt betrifft die Personalstellen. Wie schon in den letzten Vorlagen zu Rechnung und Budget ist den Stawiko-Bericht als Information die Übersicht über die Personalstellen beigefügt. Die Stawiko hat bezüglich Personalwesen keine Ausreisser festgestellt und war mit der ihr vorgelegten Tabelle befriedigt.
Damit kommt der Votant zu Details der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung:
• Die von der Stawiko formulierte Forderung bezüglich Staatskanzlei hat sich erledigt. Die Stawiko hat die Zusage, dass die geforderten Angaben zur Aufteilung

des Globalbudgets auf die einzelnen Leistungsgruppen etc. in Zukunft auch geliefert werden.
• Beim Sozialamt hat die Stawiko festgestellt, dass da ein Posten in der Investitionsrechnung durchgerutscht ist, von dem der Rat erst jetzt Kenntnis erhalten hat. Es sind 2,2 Millionen Franken für den Kauf und den Umbau eines Tageszentrums. Dieser Posten hat nie zu einer Vorlage im Rat, aber auch nie zu einer Budgetierung geführt, weil sich das in der zeitlichen Abfolge ganz einfach nicht machen liess. Die Stawiko musste sich belehren lassen, dass der Regierungsrat mit dem Gesetz über soziale Einrichtungen die entsprechende Kompetenz hat. Trotzdem ist die Stawiko mit dieser Lösung nicht ganz zufrieden und wird bei der Revision des Finanzhaushaltgesetzes versuchen, dass bei solch grossen Posten zumindest die Stawiko doch irgendwie Informationen erhält, und zwar wenn die Ausgaben anstehen und nicht erst mit der Rechnungsablage.
• Bezüglich Kindes- und Erwachsenenschutz wird im Stawiko-Bericht darauf hingewiesen, welche grossen Fallzahlen im entsprechenden Amt bearbeitet werden müssen. Es zeigt sich da, dass die vom Kantonsrat im November vorgenommene Kürzung des Budgets wohl nicht zum Tragen kommen wird. Es handelt sich hier um gebundene Ausgaben- Der Rat hat also eigentlich keine Einflussmöglichkeiten und wird mit entsprechenden Budgetüberschreitungen rechnen müssen.
• Bezüglich Amt für Wohnungswesen hat die Stawiko einen Bericht der Finanzkontrolle erhalten, der – aus Sicht der Stawiko – unverhältnismässig viele Bemerkungen und Empfehlungen erhalten hat. Die Stawiko hat das zum Anlass genommen, die Volkswirtschaftsdirektion zu den nötigen Bereinigungen aufzufordern. Die Volkswirtschaftsdirektion hat die entsprechenden Schritte bereits eingeleitet, und der Volkswirtschaftsdirektor wird bei der Budgetberatung 2014 die Stawiko-Delegation entsprechend informieren.
• Beim Rettungsdienst hat die Stawiko bezüglich Ausbau eines Fahrzeugs Fragen gestellt. Der Stawiko-Präsident geht davon aus, dass der Gesundheits- oder der Finanzdirektor diese anschliessend beantworten wird.
• Die Bilanz ist im Rechenschaftsbericht auf wenige Seiten konzentriert – fast nur Zahlen, natürlich mit einigen Ausführungen zu einzelnen Positionen vorne im Regierungsratsbericht. Die Stawiko hat den Finanzdirektor gebeten, die Bilanz noch ein bisschen transparenter darzustellen, zu erklärungsbedürftigen Positionen Fussnoten einzufügen usw. Die Bilanz weist ein Eigenkapital von 1,2 Milliarden Franken aus; der Kanton Zug verfügt also nach wie vor über eine sehr gesunde und solide finanzielle Basis. Im Bericht der Stawiko wird erwähnt, dass eine Rückzahlung von 3,6 Millionen Franken ans ASTRA in der Bilanz nicht berücksichtigt wurde. Das ist bei der Erstellung des Jahresabschlusses irgendwie durchgerutscht, wobei diese Rückzahlung – es handelt sich um zu viel erhaltenen Beiträge –, keinen Einfluss auf die Laufende Rechnung hat, weil sie erfolgsneutral zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau erfolgt.
• Im Geschäftsbericht sind wiederum die diversen Verpflichtungskredite, die ausstehen, aufgeführt. Der Stawiko sind Posten beim Amt für öffentlichen Verkehr aufgefallen, wo grosse Differenzen zwischen dem noch verfügbaren Bruttokredit und dem erforderlichen Rest-Nettokredit bestehen. Die Volkswirtschaftsdirektion hat die entsprechenden Fragen schriftlich beantwortet, und der Stawiko-Präsident ist mit der Antwort zufrieden. Die Differenzen kommen weitgehend daher, dass – neben Kosteneinsparungen – im Nettokredit die Beiträge des Bundes und der Gemeinden abgezogen sind, womit sich die restlichen, noch erforderlichen Ausgaben doch erheblich reduzieren.
Die Finanzkontrolle hat die Jahresrechnung und die Separatfonds geprüft und der Stawiko schriftlich und mündlich ausführlich Bericht erstattet. Die Finanzkontrolle

empfiehlt sowohl die Abnahme des Geschäftsberichts – also der Jahresrechnung des Staates – wie auch der Separatfonds.
Ein Blick in die Zukunft: Als Beilage zum Stawiko-Bericht haben die Ratsmitglieder den Finanzstatus erhaltet. Dieser beinhaltet alle im Kantonsrat und im Regierungsrat seit der letzten Budgetierung beschlossenen Geschäfte und ermöglicht einen Blick darauf, wie sich diese Geschäfte auswirken. Noch interessanter aber ist die Finanzierungsprognose bezüglich der anstehenden Investitionen. Es sind in diesen Tabellen sämtliche grösseren Investitionen aufgeführt, die heute bekannt sind. Die Tabellen bieten eine umfassende Übersicht, zeigen aber auch die Aufteilung auf die einzelnen Jahre, wobei sich alle bewusst sind, dass es sich dabei jeweils um sportliche Vorgaben handelt; in Tat und Wahrheit werden sich auch in Zukunft einzelne Projekte wohl nach hinten verschieben. Dem steht der Nachweis gegenüber, dass die Finanzierung dieser Investitionen möglich ist. Bis gegen 2020 sind diese Angaben einigermassen verlässlich, darüber hinaus wird es schon eher zu einem Kaffeesatzlesen.
Der Stawiko-Präsident stellt den **Antrag,** auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen des Regierungsrats, wie sie auf Seite 5 abgedruckt sind, zuzustimmen. Die CVP-Fraktion schliesst sich diesen Ausführungen und insbesondere dem Dank an Regierung und Verwaltung an.

Andreas Hürlimann: Die AGF hat den Geschäftsbericht 2012 der Regierung intensiv studiert und beraten. Die neue Form führt nach der persönlichen Meinung des Votanten in die richtige Richtung und vermittelt dem Lesenden auf eine bessere und informativere Art, was im vergangenen Jahr alles gelaufen ist – besser als dies der bisherige Rechenschaftsbericht und das Zahlenbuch konnten. Der Votant dankt der Regierung und der Verwaltung für die Efforts in dieser Sache.
Allerdings gibt es aus den Reihen der AGF auch Stimmen, welche der Meinung sind, dass der Geschäftsbericht für Nicht-Stawiko-Mitglieder noch nicht übersichtlich genug sei. Mit Pragma sei nicht vereinfacht, sondern faktisch eine Doppelstruktur aufgebaut worden, mit Leistungsaufträgen, KLR und Finanzzahlen. Zudem hat auch der Stawiko-Bericht Diskussionen ausgelöst. Hier wurde bemängelt, dass falsche Fokussierungen vorgenommen wurden. So stehen Kleinigkeiten wie Publikationen im Zentrum des Berichts, während die grossen Linien und Hauptbrocken in der Rechnung weniger abgehandelt werden. Und noch eine Anmerkung zu den Publikationen: Die Direktion des Innern ist mit der Archäologie wohl das einzige Amt, das wissenschaftlich forscht und entsprechend eben auch publiziert. Die Baudirektion hingegen publizierte achtzig Medienmitteilungen – auch eine mehr oder minder nützliche Zahl, woran sich die Direktionen untereinander messen können.
Der Votant macht einige generelle Hinweise zu Fakten, welche der AGF bei der Beratung aufgefallen sind:
• Steuererträge: Der Bericht weist Mindereinnahmen von 66 Millionen Franken gegenüber der Rechnung 2011 aus, dies trotz Wachstum bei Bevölkerung und Firmen. Dies scheint der AGF im Bericht ungenügend kommentiert zu sein. Zudem reissen *Steuersenkungen* Löcher in unseren Staatshaushalt, nicht eine in der Schweiz bis jetzt nicht erkennbare Wirtschaftskrise. Und nun wird bereits die Unternehmenssteuerreform III diskutiert, welche erneut zu Steuerausfällen von bis zu 5 Milliarden Franken führen wird – sofern man nach den Erfahrungen bei der Unternehmenssteuerreform II den Berechnungen des Bundes trauen kann. Dies wird unweigerlich zu höheren Gebühren für die Bevölkerung oder schlechterem *Service public* führen. Bundesrätin Widmer-Schlumpf und der Zuger Regierungsrat Peter Hegglin in seiner Funktion als Präsident der Schweizerischen Finanzdirektorenkonferenz wiegeln hier jedoch ab: «Es ist keine Steuersenkungsvorlage.» Doch es gibt keine

konkreten Vorschläge, wie die Mindereinnahmen kompensiert werden sollen – ausser: eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. So würde die Belastung von Firmen hin zu Haushalten verschoben. Dies kann ja wohl nicht das Ziel sein.
• Zum Personalaufwand: Hier wird die AGF die Überstundensaldi sowie die Belastung der Mitarbeitenden sicherlich genau im Auge behalten.
• Zu den Bundesbeiträgen: Wenn hier im Kantonsratssaal immer das Lamento betreffend Ausgaben zum NFA zu hören ist, dann darf man in diesem Jahr sicher auch darauf hinweisen, dass der Kanton Zug vom Bund 40 Millionen Franken mehr erhalten hat als 2011. Und solange bürgerliche Vertreterinnen und Vertreter aus Regierung und Parlament nach wie vor über Steuersenkungen diskutieren können, solange wird man Zug in den anderen Kantonen nicht wirklich ernst nehmen können, was die Höhe an der NFA-Belastung angeht.
• Zu den Aufwänden generell: Es fällt auf, dass alle Direktionen unter Budget sind. Da fragt man sich schon: Wurde hier durchs Band falsch budgetiert, gibt es eine verkappte Sparübung, oder werden geplante Projekte einfach durchs Band nicht umgesetzt?
Die AGF bedankt sich bei den kantonalen Angestellten und bei der Regierung für die Arbeit im letzten Jahr. Sie ist gespannt, wie sich die zukünftige Berichterstattung noch verbessern lässt – ein Schritt in die richtige Richtung wurde bereits gemacht.

Alois Gössi: Der Kanton Zug machte im Jahre 2012 einen Gewinn von 6 Millionen Franken, dies bei einem geplanten Defizit von rund 4 Millionen Franken; er schloss also um fast 10 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Der Grund dafür liegt darin, dass die Ausgaben sich um viel mehr reduzierten als die Erträge. Die Steuererträge für das Jahr 2012 waren zu optimistisch geschätzt, ein Minus von 53,5 Millionen Franken gegenüber dem Budget. Auswirkungen der letzten kantonalen Steuergesetzrevision sowie die Unternehmenssteuerreform II – diese unter anderem mit steuerfreien Dividenden bei Publikumsgesellschaften – haben das Ihrige dazu beigetragen, dass es markant weniger Steuereinnahmen gab. Und die Unternehmenssteuerreform III kündigt sich – wie bereits erwähnt – auch schon an mit weiteren Steuerausfällen. Auf der anderen Seite gab es viel mehr Erträge beim Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer 2012, dies jedoch nur wegen eines Spezialfalls aus dem Jahr 2011. Und wie schon üblich, wurde auch viel weniger investiert als geplant, mit weniger Abschreibungen, also weniger Aufwendungen, als Folge.
Keine grosse Begeisterung gab es bei der SP über die neue Form des Geschäftsberichts. Die Kantonsräte erhalten ja nur noch die Totalzahlen der Einnahmen und Ausgaben pro Amt sowie die Angabe, ob die gesteckten Ziele pro Amt erreicht, teilweise erreicht oder gar nicht erreicht wurden. Die Mitglieder der SP-Fraktion stürzten sich also – neben möglichen Budgetabweichungen pro Amt – auf die weissen oder halb weissen, halb blauen Kreise bei der Zielerreichung und schauten, ob die Erklärungen für die Nicht- oder nur teilweise Erreichung der Ziele mindestens ansatzweise nachvollziehbar waren. Und dann hatte es sich. Man konnte sich nicht mehr wie früher auf Zahlen stützen oder diese interpretieren. Aber das ist Pragma und vom Rat grossmehrheitlich so gewollt. So wissen die Kantonsräte bis jetzt beispielsweise nicht, dass es Kosten von 257'942.60 Franken minus ein Beitrag der Stadt Zug von 50'000 Franken für die Präsentation des Stadttunnels an der Zuger Messe gab. Bekannt wurde dem Votanten diese Zahl nur, weil er Mitglied der Erweiterten Staatswirtschaftskommission ist. Diesen grosse Betrag ist für den Votanten völlig unverhältnismässig. Eine runde Viertelmillion Franken nur für PR für den Stadttunnel auszugeben, sprengt jede Grenze, auch wenn es eine Sonderschau an der Zuger Messe war.

Was der Votant persönlich auch vermisst, ist der Rechenschaftsbericht, dieses dicke, blaue Buch mit ein paar hundert Seiten Umfang, das wahrscheinlich von den Kantonsräten – wohl milde ausgedrückt – wenig gelesen oder überhaupt nicht konsultiert wurde. Auch der Votant tat es jeweils nicht durchgängig, er las aber doch einige Kapitel, die ihn interessierten. Und hier hätte es im Rechenschaftsbericht 2012, wenn er noch erstellt worden wäre, ein Kapitel zum Fortschritt der Tangente Zug/Baar gegeben. Dies versprach jedenfalls vor einigen Jahren der Baudirektor dem Kantonsrat, dies als Antwort auf einen Antrag von linker Seite zur zweiten Lesung dieses Projekts, in dem leider vergeblich gefordert wurde, dass der Kantonsrat vor dem Bau den Baukredit freigeben muss und nicht der ganze Kredit gemeinsam für die Projektierung und den Bau gesprochen wird. Es würde den Votanten interessieren, wie der Baudirektor seinem Versprechen ab dem nächsten Jahr nachkommen will, jetzt da es keinen eigentlichen Rechenschaftsbericht mehr gibt.
Die SP-Fraktion stimmt dem Jahresbericht, der Jahresrechnung sowie der Jahresrechnung der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel und den abgeschlossenen Verpflichtungskrediten zu.

Thomas Wyss will – bevor er zur Stellungnahme der SVP zu Rechnung und Geschäftsbericht kommt – einige Worte zum Hinschied eines Mitbürgers sagen, der heute in Israel beigesetzt wird. Sein Entscheid, den Kanton Zug als Wohn- und Arbeitsort zu wählen, hat dem Kanton sowie vorab den Gemeinden Zug und Baar direkt und indirekt zum Vorteil gereicht. Das hatte und hat Auswirkungen auf die Staatsfinanzen. Dafür sei dem verstorbenen Marc Rich gedankt. In Glencore und in der Schweizerischen Stiftung für den Doron Preis, die von alt Regierungsrat Georg Stucky präsidiert wird, lebt er weiter.
Der Geschäftsbericht und die Rechnung wurden in der SVP-Fraktion gut aufgenommen. Man sieht, dass die Regierung und die Verwaltung gut und effizient arbeiten und mit den Mitteln haushälterisch umgehen. Die SVP-Fraktion dankt der Regierung dafür und bittet sie, diesen Dank an die Verwaltung weiterzugeben.
Die Rechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von über 6 Millionen Franken und somit 9,8 Millionen Franken besser ab als budgetiert, was erfreulich ist. Ein weniger gutes Bild zeigt der Vergleich mit der Rechnung 2011. Die Ausgaben stiegen um 2,4 Prozent oder 31,1 Millionen Franken an, während die Einnahmen um 3,5 Prozent oder 47,6 Millionen Franken fielen. Der Ertragsüberschuss schrumpfte damit von 84,8 Millionen auf die erwähnten 6 Millionen Franken. Das ist keine gefreute Entwicklung, auch wenn sie erklärbar ist: 2011 profitierte der Kanton Zug indirekt von einem einmaligen Ereignis. Die laufenden Ausgaben müssen im Auge behalten werden. Dass gemäss Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2016 mit Defiziten von insgesamt fast 180 Millionen Franken gerechnet wird – und das ohne böse Überraschungen als Folge der Unternehmenssteuerreform III – ist ein Warnzeichen.
Der Auslandhilfe kann die SVP-Fraktion nicht zustimmen. An der Fraktionssitzung wurde argumentiert, der Ertragsüberschuss von 6 Millionen Franken sei nichts anderes als Geld, das der Fiskus dem Bürger zu viel weggenommen habe; moralisch gehöre das Geld immer noch dem Steuerzahler und nicht gut meinenden Regierungs- oder Kantonsräten. Für die SVP-Fraktion ist klar, dass mildtätige Spenden keine Staatsaufgabe sind. Der einzelne Bürger kann das genauso gut selber machen, es braucht dafür nicht den Kanton. Zudem ist die Entwicklungshilfe keine kantonale Aufgabe, sondern eine Aufgabe des Bundes.

Gabriela Ingold spricht namens der FDP Fraktion zu den Traktanden 7 und 8, also zum Geschäftsbericht mit Jahresrechnung sowie zur Verwendung des Ertragsüberschusses.
Zum Geschäftsbericht und zur Jahresrechnung 2012: Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten. Der neue Geschäftsbericht ist informativ und übersichtlich gestaltet. Die FDP-Fraktion schliesst sich dem Urteil der Stawiko an: Das Dokument kann als gelungen bezeichnet werden. In Bezug auf die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) erneuert die FDP ihre Forderung, dass diese flächendeckend in der gesamten Verwaltung einzuführen ist, weil sonst die Globalbudgets nicht nachvollziehbar sind. Es ist ihr erklärtes Ziel, die erbrachten Leistungen auch messen zu können. Bei den Ämtern, bei denen die KLR nicht eingeführt werden soll, muss der Stawiko eine detaillierte Begründung vorgelegt werden.
Es ist schön, dass das Ergebnis 2012 um rund 10 Millionen Franken besser ausgefallen ist als budgetiert. Statt einer roten kann eine schwarze Zahl ausgewiesen werden und dies notabene bei sinkenden Steuereinnahmen. Hierfür gilt der gesamten Verwaltung Respekt sowie Dank, und es zeugt von grossem Kostenbewusstsein innerhalb der Verwaltung.
Der Kanton Zug befindet sich nach Meinung der FDP-Fraktion jedoch an einem Scheideweg. Je nachdem, wie es dem Kanton gelingt, sich im Wandel der internationalen und nationalen Steuergebaren und insbesondere beim Thema NFA zu positionieren, wird es sich zeigen, wohin der Weg führt. Die privilegierte Stellung innerhalb der Schweiz sieht die FDP in Gefahr. Sie verlangt deshalb von der Regierung Massnahmen, die unseren Wohlstand sichern werden. Zudem brauchen die Zuger Unternehmen und die hier niedergelassenen Konzerne dringend Planungssicherheit. Die FDP wird alles daran setzen, um die Standortvorteile zu erhalten. Ihres Erachtens braucht es neben tiefen Steuerbelastungen insbesondere einen schlanken Staat mit schlanken Gesetzen. Wo immer möglich, müssen die wuchernde Bürokratie bekämpft und der Staatshaushalt optimiert werden.
Über die Kosten- bzw. Finanzierungsprognose für Grossprojekte, die dem Stawiko-Bericht beigelegt ist, ist die FDP-Fraktion – gelinde gesagt – gar nicht glücklich. Die enormen Kostenüberschreitungen machen ihr grosse Sorgen. Sie kann schon heute kommunizieren, dass sie für Fremdverschuldungen im grossen Stil nie Hand bieten wird. Bei den laufenden Ausgaben sowie Ausgaben für Infrastrukturprojekte muss Mass gehalten werden. Im Übrigen unterstützt die FDP-Fraktion die Aufträge und Forderungen der Stawiko voll und ganz.
Zur Verwendung des Ertragsüberschusses: Sofern es die Ergebnisse erlauben, hat die Auslandhilfe Tradition. Durch die globale Wirtschaft profitiert unser Standort vom Ausland. Die FDP-Fraktion erachtet es deshalb als sinnvoll, der vorgeschlagenen Auslandhilfe von 300'000 Franken zuzustimmen. Die Auswahl der vorgeschlagenen Projekte wurde verantwortungsvoll vorgenommen und verdient unser Vertrauen. Sollte ein Antrag auf eine Erhöhung der Auslandhilfe gestellt werden, wird die FDP-Fraktion diesen ablehnen.

Martin Stuber bittet einleitend den Ratspräsidenten, das Zeitmanagement so zu handhaben, dass der Rat zu einer vernünftigen Zeit in die Kaffeepause gehen kann; es ist ja bekannt, wie lange die Eintretensdebatte zum Jahresbericht dauert. Im Weiteren hält er fest, dass der Begriff «wuchernde Bürokratie», den seine Vorrednerin verwendet hat, eine Beleidigung ist für die rund 1900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung. Der Kanton Zug hat keine wuchernde Bürokratie, wirklich nicht.
Den Votanten beschäftigt aber etwas anderes, nämlich die Finanzierungsprognose im Stawiko-Bericht. «Gouverner, c'est prévoir» – das ist bekannt. Gregor Kupper

hat in seinem Votum die solide finanzielle Basis des Kantons erwähnt. Wir sitzen tatsächlich auf einem Geldberg von 1,2 Milliarden Franken, was für einen so kleinen Kanton ziemlich viel ist. Die Finanzierungsprognose im Stawiko-Bericht sind ein wichtiges Steuerungsinstrument, die mittel- und langfristig zeigen soll, wohin die Reise geht. Staatsfinanzen sind nämlich wie ein grosser Tanker, man kann sie nicht einfach schnell wenden und kehren.
Schaut man sich nun die Finanzierungsprognose 2013–2020 genauer an, dann stellt man fest, dass der Kanton Zug in dieser Zeit mit den geplanten Investitionen sein Vermögen bis auf 240 Millionen Franken hinunter konsumiert. Das ist ziemlich bemerkenswert, und der Votant ist etwas erstaunt, dass das im Stawiko-Bericht nirgends erwähnt ist und in der Stawiko offenbar auch nicht diskutiert wurde. Grundsätzlich stört es den Votanten nicht *per se*, dass der Kanton sein Vermögen investiert, wenn die Investitionen sinnvoll sind und für die Bevölkerung ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis herausschaut. Man muss auf den geplanten Vermögensabbau aber aufmerksam machen und diesen auch entsprechend werten.
Schaut man sich dann aber den Ausblick 2021–2031 an, dann stellt man einen Tabubruch fest: Der Kanton Zug verschuldet sich bis Ende 2030 mit 665 Millionen Franken. Für den Votanten ist eine so massive Verschuldung ein *No-Go.* Der Grund für die Verschuldung ist offensichtlich der Stadttunnel, der nicht aus dem Strassenbaufonds spezialfinanziert werden kann. Diese Tatsache muss bei der Diskussion des Stadttunnels *à fond* ausdiskutiert und sehr sorgfältig angeschaut werden. Ein *No-Go* für den Votanten und wohl auch für seine Fraktion ist auch, dass Filetstücke verkauft werden, um die Verschuldung abzuwenden, beispielsweise das Areal des ehemaligen Kantonsspitals.
Und schliesst hat der Votant noch eine Frage: Ist beim Ausblick 2021–2031 die Umfahrung Unterägeri enthalten oder nicht? Nach der Rechnung des Votanten ist sie nicht enthalten, er möchte aber nicht etwas behaupten, sondern beim Regierungsrat nachfragen.

Philip C. Brunner muss – wenn Martin Stuber das hier tut – sich in Hinblick auf die folgende Debatte ebenfalls warmlaufen. Er dankt der Stawiko, dass sie in ihrem Bericht auf Seite 5 einige Ausführungen zum Thema Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde macht. Er bedauert, dass die Direktorin des Innern nicht anwesend ist, möchte seine Ausführung aber nicht als *Manuela-Bashing* verstanden wissen. Die Zahlen, die hier präsentiert werden, haben vielleicht auf die Rechnung 2012 noch keinen grossen Einfluss gehabt, müssen aber im Auge behalten werden. Der Votant war in der entsprechenden Kommission und kann sagen, dass alles ziemlich genau so herausgekommen ist, wie die SVP-Vertreter befürchtet haben. Es geht nicht darum, diese bedauerlichen Fälle und gefährdeten Personen hier auch noch zu *bashen*. Der Kantonsrat muss aber ein Auge darauf haben, und der Votant ist der Stawiko dankbar, dass sie das tut und mit Stand Mai 2013 bereits ein paar aktuelle Zahlen erhalten hat.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme des neuen Berichtskonzepts. Es soll aufgrund der Erfahrungen und Rückmeldungen laufend verbessert werden, um noch mehr Transparenz und Aussagekraft zu erreichen. Der Geschäftsbericht kommt jetzt in Form *eines* Buches daher, was eine massgebliche Änderung gegenüber dem letzten Bericht ist, der mit dem Rechenschaftsbericht zwei Bücher umfasste. Und anders, als gesagt wurde, hat der Regierungsrat im damaligen Rechenschaftsbericht nie Rechenschaft abgelegt; das war vielmehr eine Auflistung von Massnahmen und Statistiken, aber nicht eine politische Würdigung der Tätigkeit im vergangenen Jahr. Das ist jetzt anders. Es gibt

am Anfang eine Würdigung des Regierungsrats, und es gibt eine Würdigung bei jeder Direktion und bei jedem Amt. Hat man die Ziele und das, was man politisch als Schwerpunkt gesetzt hat, erreicht oder nicht? Auf diesem Weg ist weiterzugehen. Wenn der Kantonsrat noch weitere Informationen wünscht, sind diese auf der Statistik-Website abrufbar und aktuell nachgeführt. Auch dort ist man am Ausbauen, und der Baudirektor wird noch ein Gesetz über die Statistik-Website bzw. die gesetzliche Grundlage dazu vorlegen. Dann wird der Kantonsrat dazu noch Stellung nehmen können und einen vertieften Einblick erhalten.
Es wurde ausgeführt, dass das Ergebnis wesentlich besser als budgetiert ist. Der Finanzdirektor will das nicht wiederholen, sondern direkt auf die grundsätzlichen Fragen und Bemerkungen eingehen, die geäussert wurden.
• Die erste Empfehlung der Stawiko lautet, bei der Erfolgskontrolle der Indikatoren und Zielgrössen systematischer zu werden und messbare Bezugsgrössen anzugeben. Der Finanzdirektor nimmt dieses Anliegen gerne auf, wenn möglich bereits auf das Budget 2014, bei substanzielleren Veränderungen auf die Folgejahre hin.
• Bezüglich der Empfehlung der Stawiko zur Kosten-Leistungs-Rechnung: Der Regierungsrat wird den Zeithorizont erweitern und ein, zwei Jahre dazunehmen, in der Hoffnung, die Ausbreitung zu erweitern. Er möchte aber nach wie vor keine vorbehaltlose Ausbreitung der KLR in allen Ämtern, sondern nur dort, wo es Gründe und Argumente für die Einführung gibt. Wenn die KLR nicht eingeführt werden soll, wird der Regierungsrat das begründen.
• Die Überprüfung der Publikationen wird der Regierungsrat nochmals vornehmen, insbesondere die Frage, ob man Dokumente, beispielsweise Gesetzessammlungen, nicht mehr drucken, sondern nur noch elektronisch zur Verfügung stellen soll.
• Bezüglich des Betrags beim Sozialamt zur Beschaffung einer Institution: Das war eine einmalige Möglichkeit. Man konnte sich in einem Gewerbebetrieb, der aufgelöst wurde, engagieren und damit Menschen mit einer Behinderung eine sinnvolle Tätigkeit neu anbieten. Diese Möglichkeit war zeitlich sehr begrenzt, weshalb diese Ausgabe nicht ins Budget aufgenommen werden konnte. Der Regierungsrat hat von seinen Möglichkeiten gemäss Sozialhilfegesetz Gebrauch gemacht und diesen Betrag gesprochen. Es ist in diesem Sinne eine gebundene Ausgabe mit gesetzlicher Grundlage. Die Stawiko will das bei der nächsten Revision des Finanzhaushaltgesetzes aber prüfen. Diese Revision soll nächstens an die Hand genommen und die Projektorganisation dazu in den nächsten Wochen definiert werden.
• Bezüglich der Empfehlung beim Amt für Wohnungswesen: Die Volkswirtschaftsdirektion hat die Stawiko bereits informiert, und der Stawiko-Präsident war mit diesen Ausführungen einverstanden. Die Berichte der Finanzkontrolle werden von den zuständigen Ämtern und Regierungsräten jeweils intensiv studiert, und den Empfehlungen wird entsprechend Rechnung getragen.
• Zu den Verpflichtungskrediten beim Amt für öffentlichen Verkehr wurde bereits gesagt, dass wegen des Bruttoprinzips die Einnahmen nicht aufgeführt werden. Auch dort konnte der Sachverhalt erläutert und geklärt werden.
• Die Empfehlung, die Bilanz mit Fussnoten zu ergänzen und so zu mehr Transparenz beizutragen, wird geprüft. Es ist auch im Interesse des Regierungsrats, dass die Bilanz nicht nur ein Zahlenfriedhof, sondern aussagekräftig und nachvollziehbar ist.
• Zur Finanzierungsprognose bis ins Jahr 2031 hat der Stawiko-Präsident bereits richtig gesagt, dass schon der Horizont bis 2020 sehr lang und die Prognose bis 2031 fast wie Kaffeesatzlesen und extrem schwierig ist. Diese Prognose kann nicht verbindlich sein, es sind Annahmen. Es ist aber nicht ganz abwegig, wenn man mit Zeithorizont 2031 sagt, der Kanton müsse sich für Investitionen verschulden. Als der Finanzdirektor sein Amt antrat, musste der Kanton jedes Jahr für den laufenden

Betrieb jeweils für ein paar Monate rund 100 Millionen Franken Schulden machen, bis die Steuererträge wieder eingingen. Heute sind wir in der glücklichen Lage, dass wir eine Liquidität von über 1 Milliarde Franken haben. Es sind aber sehr viele und sehr grosse Investitionen geplant. Damit werden aber auch Gegenwerte geschaffen, das Verwaltungsvermögen steigt an, es sind Bauwerke, die dreissig, vierzig, fünfzig Jahre Bestand haben. Jahrhundertbauwerke schon bei der Realisierung voll finanziert zu haben, ist ein hehres Ziel, und kaum jemand, der sich ein Einfamilienhaus leistet, kann dieses bei der Realisierung auch schon abbezahlen. Der Kanton Zug konnte in den letzten Jahren immer alles finanzieren, aber bei Jahrhundertbauwerken muss man von dieser Optik etwas Abstand nehmen. Zu beachten ist auch, dass die Finanzierungsprognose umfassend ist und alle Bauvorhaben enthält. Alle wissen aber, dass Projekte schnell um ein, zwei, drei Jahre nach hinten verschoben oder gar nicht realisiert werden. Aus dieser Sicht ist die Prognose mit einer Fremdverschuldung von 600 Millionen Franken als das zu betrachten, was es ist, nämlich als Zielgrösse. Man soll nicht allzu schwarz sehen.

• Zur Unternehmenssteuerreform III: Der Regierungsrat hat zum Zwischenbericht des Steuerorgans des Bundesrats eine Stellungnahme verfasst und explizit gesagt, dass für ihn diese Reform keine Steuersenkungsrunde, sondern eine Änderung der Steuersystematik ist. Heute gibt es im Unternehmenssteuerrecht ordentliche Steuersätze für die normal ansässigen Firmen und eine privilegierte Steuerbelastung für mehr mobile Formen wie Holdings, Domizil- und Gemischte Gesellschaften. Diese Systematik, die es in ähnlicher Form auch in anderen Staaten gibt – auch das Hochsteuerland Frankreich etwa kennt für seine juristischen Personen sehr vorzügliche Steuerregelungen –, stösst international zunehmend auf Ablehnung. Wenn die Schweiz isoliert ihre eigene Systematik hat, wird es zunehmend schwierig, das dem Ausland zu erklären. Deshalb soll das umgebaut und der internationalen Systematik angeglichen werden. Das kann je nach Kanton zu Steuerausfällen führen. Im Kanton Zug sollte das aber nicht der Fall sein, die natürlichen Personen müssen also nicht mit höheren Steuern belastet werden. Andere Kantone sind anders aufgestellt und werden individuell beurteilen müssen, welche Instrumente sie einsetzen. Jetzt von Zahlen in der Grössenordnung zwischen 1,5 und 5 Milliarden Franken zu sprechen, ist mehr als Kaffeesatzlesen, zumal der erwähnte Bericht des Steuerorgans ein Zwischenbericht ist, der vertieft und weiterbearbeitet wird.

• Die Umfahrung Unterägeri ist in der Finanzierungsprognose nicht enthalten. Dieses Projekt wurde nach hinten verschoben, womit sich auch der Gemeinderat Unterägeri einverstanden erklärt hat.

• Zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde bestätigt der Finanzdirektor das Gesagte. Die Fälle nehmen zu, was sich auch im Budget 2014 zeigen wird. Beim Wechsel von den Gemeinden zum Kanton wurden einzelne Fälle zurückgehalten, was zu Beginn dieses Jahres bei der neuen Behörde zu einer enormen Flut führte. Man hofft jetzt, dass sich das langsam normalisiert und der Ausbau dann irgendwann ein Ende findet.

Der Finanzdirektor dankt nochmals für die positive Aufnahme des Geschäftsberichts 2012 und kann versichern, dass die Mitarbeitenden des Kantons wie auch der Regierungsrat sich sehr bemühen, die anvertrauten Mittel sorgsam einzusetzen. Der Staat setzt auch nicht übermässig Speck an, sondern bleibt – auch dank Steuerwettwerb – schlank.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nur *eine* Lesung gibt. Die Obergerichtspräsidentin bzw. der Verwaltungsgerichtspräsident stehen auf Pikett und würden kurzfristig hergebeten, falls sich Fragen ergeben sollten. Die Anträge des Regierungsrats auf Seite 5 des Jahresberichts werden am Schluss behandelt.
Der Vorsitzende ruft die Abschnitte einzeln auf. Es erfolgen Wortmeldungen zu folgenden Abschnitten:

Volkswirtschaftsdirektion (ab Seite 121)

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michael:** Die Volkswirtschaftsdirektion wurde – wie bereits erwähnt – von der Stawiko aufgefordert, zum Thema Rahmenkredite im Bereich öffentlicher Verkehr Stellung zu nehmen. Die Stawiko wurde diese Woche bereits eingehend informiert, doch soll auch hier im Rat noch eine kurze Zusammenfassung vorgelegt werden – auch zuhanden des Protokolls.
Die Stawiko weist auf erhebliche Diskrepanzen zwischen den noch zur Verfügung stehenden Restkrediten und dem jeweils erwähnten Restbedarf hin. Dies trifft zu und hat mit dem sogenannten Bruttoprinzip zu tun, nach welchem solche Verpflichtungskredite vom Kantonsrat brutto gesprochen und als solche ins Budget eingestellt werden. In den fünf bei der Volkswirtschaftsdirektion und einem bei der Baudirektion aufgeführten Verpflichtungskrediten wird die Rechnung letztlich besser abschneiden als budgetiert. In Wesentlichen sind dafür Beiträge des Bundes und anderer Kantone – bei grenzüberschreitenden Projekten – sowie zum Teil auch von Gemeinden verantwortlich. Zum Zeitpunkt des Beschlusses im Kantonsrat wurden solche Beiträge häufig zwar in Aussicht gestellt, waren aber noch nicht gesprochen. Und auch wenn sie gesprochen wurden, ist nach dem Bruttoprinzip der Bruttokredit einzustellen. Es ist also naturgemäss, dass diese Kredite nicht voll ausgeschöpft werden. Die Detailinformationen haben die Mitglieder der Erweiterten Stawiko erhalten. Es geht hier – dies zu Protokoll – alles mit rechten Dingen zu.
Im Zusammenhang mit dem Sozialamt – der Volkswirtschaftsdirektor spricht hier als Stellvertreter der Direktorin des Innern – wurde die Kompetenz des Regierungsrats bis zu 5 Millionen Franken angemerkt. Auch das ist es – wie Gregor Kupper schon gesagt hat – gesetzlich mit rechten Dingen zugegangen. Der Regierungsrat hat diesen Spielraum, und dieser ist nach Ansicht des Volkswirtschaftsdirektors auch richtig. Der Kantonsrat hat sich vor nicht allzu vielen Jahren bewusst an das Spitalgesetz angelehnt, in dem bei den Spitalinvestitionen dem Regierungsrat eine solche Kompetenz eingeräumt wurde. Es gibt im Bereich des Sozialamts etwa vierzehn, primär private Einrichtungen – Werkstätten, Tagesheime etc. –, die mit Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton zusammenarbeiten. Dieses Modell, auf das wir stolz sind, verspricht eine grosse Handlungsfähigkeit der betreffenden Institutionen. Diese Handlungsfähigkeit wird erhalten, wenn der Regierungsrat Investitionen bis zu 5 Millionen Franken in eigener Kompetenz tätigen kann. Der Volkswirtschaftsdirektor versteht aber, dass die Stawiko nicht erst im Nachhinein, sondern vorgängig informiert werden will. Dieses Anliegen nimmt der Regierungsrat gerne entgegen.
Zur schon vielbesprochenen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde: Der Volkswirtschaftsdirektor nimmt den Dank von Philip C. Brunner zuhanden der Direktorin des Innern gerne entgegen. Diese hat sich zu Recht in die Stawiko einladen lassen, um über den laufenden Prozess und den Stand der Dinge zu rapportieren. Schon bei der Budgetierung war absehbar, dass es viel mehr Fälle sind als damals angenommen. Der Regierungsrat hat einen klaren Fokus auf diesen Bereich. So wird

beispielsweise mit «punkto Jugend und Kind» nur eine zweijährige und nicht wie üblich dreijährige Leistungsvereinbarung abgeschlossen, um schneller steuern zu können. Auch wurde ein FiKo-Auftrag erteilt, und die entsprechenden Empfehlungen werden in die Verhandlungen und den weiteren Fortgang einfliessen.
Die unverhältnismässig vielen Feststellungen und Empfehlungen im FiKo-Bericht zum Amt für Wohnungswesen sind dem Volkswirtschaftsdirektor natürlich auch aufgefallen. Diese Empfehlungen sollen aber nicht direkt umgesetzt, sondern zuerst geprüft werden, denn unverhältnismässig ist nicht nur die Anzahl der Feststellungen, unverhältnismässig gross wären auch der Aufwand und die Bürokratie, wenn diese Empfehlungen eins zu eins durchgesetzt würden. Gewisse Empfehlungen machen Sinn; andere machen, wenn man Kosten und Nutzen betrachtet, keinen Sinn. Der Regierungsrat wird das wie immer ernsthaft prüfen und umsetzen, was sinnvoll erscheint.

Baudirektion (ab Seite 175)

Andreas Hürlimann ist aufgefallen, dass beim Amt für Umweltschutz, Abteilung Luft, im Geschäftsbericht auf Seite 192 steht, dass die weitere notwendige Sanierung der Luft stagniert. Er fragt deshalb, welche Anstrengungen und Massnahmen von der Baudirektion als nächstes in Angriff genommen werden, um die Luftschadstoffe zu verringern. Oder wurden bereits im laufenden Geschäftsjahr weitere Massnahmen umgesetzt?

Baudirektor **Heinz Tännler** bestätigt die Stagnation seit dem Jahr 2000. Die Baudirektion hat fünf Massnahmen gemäss dem 2007 vom Regierungsrat verabschiedeten «Zentralschweizer Massnahmenplan Luftreinhaltung II» ergriffen:
• Massnahme Z2 (Saubere Fahrzeugflotten der kantonalen Verwaltungen und von beauftragten Dritten): Mit der Massnahmen Z2 haben sich die Zentralschweizer Kantone verpflichtet, ihre Fahrzeugflotten nach ökologischen Grundsätzen zu betreiben und bei der Auftragsvergabe an Dritte dieselben Kriterien zu berücksichtigen. Auch die Gemeinden werden von den Kantonen dabei unterstützt, vergleichbare Beschaffungsrichtlinien für eigene Fahrzeuge und Dienstleistungen durch Dritte anzuwenden.
• Massnahmen Z5 (Partikelfilterpflicht für Fahrzeuge und Maschinen über 37 kW im ortsfesten Einsatz): Diese Massnahme braucht nicht ausgeführt zu werden, da unlängst in Rat beim Einführungsgesetz zum Umweltschutzgesetz darüber diskutiert wurde und das Thema wohl noch in bester Erinnerung ist.
• Emissionsminderung bei grossen Holzfeuerungen («Zuger Massnahme»): Auch diese Massnahme wurde in Zusammenhang mit dem Einführungsgesetz zum Umweltschutzgesetz diskutiert und in die Gesetzgebung aufgenommen. Dazu und zur Massnahmen Z5 finden auch Beratungen und Kontrollen statt.
• Massnahme Z7 (Reduktion der Ammoniakverluste in der Landwirtschaft): Ammoniak gehört zu den stickstoffhaltigen Verbindungen und stammt vor allem aus der Landwirtschaft. Hohe Ammoniakverluste führen zu übermässigen Einträgen von Stickstoff in empfindliche Ökosysteme, Folgen sind u. a. eine gewisse Überdüngung oder Versäuerung sowie ein Nährstoffungleichgewicht im Boden. Zu hohe Stickstoffeinträge bewirken auch eine Veränderung in der Artenzusammensetzungen und haben negative Auswirkungen auf die Biodiversität. Zudem bildet sich aus Ammoniak auch in der Atmosphäre sekundärer Feinstaub. Mit der Massnahmen Z7 wird versucht, bis 2015 den Ammoniakausstoss um 11 Prozent zu senken. Vor zwei oder drei Wochen war ein Aussprachepapier in der Regierung, nach welchem bis spä-

testens 2030 ein Reduktionsziel von 30 Prozent erreicht werden soll. Die Diskussion um die konkrete Umsetzung wird nun zwischen dem Landwirtschaftsamt und dem Amt für Umweltschutz geführt.
• Die fünfte Massnahme ist die Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung im Themenbereich «Luft». Über die Zentralschweizer Umweltdirektorenkonferenz (ZUDK) laufen verschiedenen Projekte, auch für Schulklassen
Es ist – wie gesagt – richtig, dass eine Stagnation eingetreten ist. Auf der anderen Seite sind in den letzten zehn Jahren immer mehr Belastungen dazugekommen, beispielsweise durch mehr Verkehr. Vor diesem Hintergrund ist eine Stagnation nicht nur schlecht, sondern es ist ein gewisser Erfolg, dass die Luft nicht schlechter geworden ist. Wir müssen aber am Ball bleiben.
Der Baudirektor nimmt noch Stellung zu zwei Hinweisen der SP-Fraktion:
• Die Sonderschau «Stadttunnel und Zentrum^{plus}» an der letztjährigen Zuger Messe hat 257'942.60 Franken gekostet. Das hat seine Gründe. Zum einen ist eine Sonderschau über den Stadttunnel etwas anderes als beispielsweise eine Bienchenausstellung des Amts für Raumplanung. Zum anderen wollte die Baudirektion eigentlich keine Sonderschau machen. Als die Finanzdirektion aus verschiedenen Gründen relativ kurzfristig auf eine Sonderschau verzichtete, hat man in der Regierungsratssitzung den Baudirektor angeschaut und gesagt: «Heinz, mach doch Du eine Sonderschau, Du hast sicher ein gutes Thema.» Der Baudirektor schlug das Thema «Stadttunnel» vor. Da es keine Vorlaufzeit gab, mussten viele Arbeiten an Dritte in Auftrag gegeben werden. Wäre mehr Zeit zur Verfügung gestanden, wären die Kosten sicher tiefer gewesen. Normalerweise kostet eine Sonderschau 100'000 bis 150'000 Franken. Die Kosten einer Sonderschau im Energiebereich vor drei Jahren und auch dieses Jahr belaufen sich auf 60'000 bis 70'000 Franken. Die Baudirektion hat diese Kosten im Griff.
• Zum Versprechen bezüglich Tangente Zug/Baar: Im Geschäftsbericht hat es einen Hinweis zum Auflageprojekt. Der Baudirektor kann dieses Versprechen auch einlösen, indem jeweils in den Sitzungen der Tiefbaukommission über alle Projekte, insbesondere über die Tangente Zug/Baar informiert wird. Das ist natürlich nur ein beschränkter Kreis, aber immerhin ist die SP dort auch vertreten, und die Informationen könnenin die Fraktionen weitergeleitet werden. Der Baudirektor wird sich das Vorgehen überlegen und den Fragesteller Alois Gössi kontaktieren.

Gesundheitsdirektion (ab Seite 243)

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** nimmt Stellung zu zwei Fragen der Stawiko bezüglich des Einsatzleitfahrzeugs des Rettungsdiensts Zug (RDZ), welches 2011 beschafft und Anfang 2012 in Betrieb genommen wurde:
• Dieses Fahrzeug wird nicht für Patiententransporte eingesetzt. Es ist ein Einsatzleitfahrzeug, ein mobiler Kommandoposten für Grossereignisse, um die Verbindung mit der Feuerwehr und der Polizei sicherzustellen. Es geht um die Komplementierung einer sogenannten Wagenburg mit den Einsatzleitfahrzeugen der Polizei, der Feuerwehr und eben des RDZ. Der Vorteil dieses Einsatzleitfahrzeugs vor Ort liegt vor allem im Koordinationsbereich. Hier werden etwa die Einweisungen der Patienten in die verschiedenen Spitäler koordiniert. Das Fahrzeug ist ziemlich gross mit Informatik ausgestattet. Chassis und Aufbau haben eine Lebensdauer von rund zwanzig Jahren, selbstverständlich nicht der Technik- und Informatikbereich. Es ist eine Komplementierung im Rahmen der Katastrophenvorsorge und deckt insbesondere auch die Bedürfnisse des Koordinierten Sanitätsdiensts ab, wo eine überregionale zentralschweizerische Zusammenarbeit erfolgt.

• Das Fahrzeug wurde 2013 einmal eingesetzt, dies bei einem Chemieeinsatz mit verschiedenen Feuerwehren und 23 Patienten, die vor Ort ab dieser mobilen Einsatzleitstelle in die entsprechende Behandlung vermittelt und abgerufen wurden.

Anträge des Regierungsrats (Seite 5)

Der **Vorsitzende** liest die Anträge des Regierungsrats vor:
1. Es sei der Geschäftsbericht 2012, bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung zu genehmigen;
2. es seien die im Anhang zur Jahresrechnung als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite zu genehmigen;
3. es sei die Jahresrechnung 2012 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass praxisgemäss keine separate Schlussabstimmung durchgeführt wird. Das Geschäft ist damit erledigt.

TRAKTANDUM 8

749 **Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2012:**
• Traktandum 8.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2012**
• Traktandum 8.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2012**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2257.1/.2 - 14356/57) und der Erweiterten Staatswirtschaftskommission (2257.3 - 14375).

EINTRETENSDEBATTE

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Eintretensdebatte zum gesamten Traktandum 8 geführt wird, weil beide Beschlüsse materiell zusammenhängen.
Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** Der Regierungsrat beantragt, vom Ertragsüberschuss von rund 6 Millionen Franken 300'000 Franken für Auslandhilfe zu verwenden und 5,7 Millionen Franken dem freien Eigenkapital zuzuweisen. Die Stawiko hat kurz über diesen Antrag beraten und einzelne Projekte hinterfragt. Sie ist zur Überzeugung gelangt, dass der Antrag der Regierung genehmigt werden kann. Die in den Vorjahren erfolgten Anträge auf Verdoppelung oder Streichung der Auslandhilfe sind in der Stawiko ausgeblieben.

Markus Jans: Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses aus der Laufenden Rechnung 2012 den Antrag, für verschiedene Projekte 300'000 Franken zu bewilligen. Damit sollen sieben Projekte unterstützt werden. Das Projekt «Kwanza Projekt – Schule für Handwerk, Haus- und Landwirtschaft» in Tansania beansprucht vom Gesamtkredit 40 Prozent, nämlich 120'000 Franken. Die anderen sechs Projekte teilen sich, was übrigbleibt. Das sind pro Projekt ca. 30'000 Franken. Diesen Verteilschlüssel erachtet die SP-Fraktion als nicht optimal. Trotzdem ist sie mit dem Vorschlag des Regierungsrats einverstanden. Gleichzeitig erachtet sie aber die Auslandhilfe von 5,22 Prozent im Ver-

gleich mit dem Gewinn von 5,7 Millionen Franken als zu kleinlich. Sie stellt deshalb den **Antrag,** die Auslandhilfe um 300'000 Franken auf 600'000 Franken zu verdoppeln. Der Regierungsrat wird ermächtigt, die zusätzlichen 300'000 Franken an gemeinnützige Organisationen mit ZEWO Zertifizierung zu verwenden.
Mit der Rechnung 2011 bewilligte der Kantonsrat 700'000 Franken für die Auslandhilfe. Mit dem Antrag auf 600'000 Franken wird zwar nicht mehr ganz das letztjährige Resultat erreicht, man nähert sich diesem aber wenigstens an. Die SP-Fraktion dankt für die Unterstützung ihres Antrags, welcher das Leid auf dieser Welt etwas lindert.

Anna Bieri: «The same procedure as every year, James» – und so konnte die Votantin ihr Votum vorbereiten im Wissen, dass erneut dieser Tigerteppich im Kantonsratssaal ausgelegt wird. Anders als Butler James wird der Zuger Kantonsrat diese Modesünde hoffentlich elegant überspringen – nur sind es mittlerweile bereits zwei Tigerfelle, denen es auszuweichen gilt.
Die Auslandhilfe hat Tradition im Kanton Zug, sofern die massgebenden Parameter gemäss langjähriger Praxis dies erlauben – ein bewährtes System, wie der Kantonsrat es mag. Doch nicht nur aus Traditionsgründen sollte dieses System beibehalten werden. Durch die globale Wirtschaft profitierent Zug und damit auch der Kanton vom Ausland und gerade auch von Gebieten, in denen es um die Lebensbedingungen der Menschen schlecht bestellt ist. Es ist nicht an der Votantin, das zu werten, zu beurteilen oder gar zu verurteilen. Und die traditionelle Auslandhilfe kann auch nicht als irgendeine Form der Abgeltung gewertet werden. Wenn man jedoch bereit ist, über die Schweizer Grenzen hinaus zu wirtschaften, dann darf auch die Solidarität nicht an der Grenze Halt machen. «Dinner for one» wäre in jeder Hinsicht ein schlechter Titel für die Verwendung des Ertragsüberschusses.
Selbstverständlich gäbe es noch weitere Projekte und Möglichkeiten der Hilfeleistung, die genauso berechtigt sein mögen. Die Votantin akzeptiert hier die Kompetenz der Regierung und unterstützt deren Anträge. Eine Vervielfachung erachtet sie nicht als sinnvoll. Ihre Interessenbindung: Sie kennt Richard Balmer, den Vater des mit 120'000 Franken am grosszügigsten bedachten Projekts in Tanzania, persönlich. Aber das ist ja genau der Witz der Sache: Wahrscheinlich kennt jeder Hünenberger Kantonsrat, ja jede Hünenbergerin und jeder Hünenberger diesen Mann persönlich. Er lebt mit der Bevölkerung und ist hier verankert, und mit dem gleichen Herzblut wie hier ist er auch bei seinen sinnvollen, nachhaltigen Projekt, einer Schule für Handwerk, Haus- und Landwirtschaft, in Tanzania tätig. Liebe SVP, besser als jede Zertifizierung: Fragen Sie ihre Hünenberger Fraktionskollegen, diese können Sie davon überzeugen.
Die Votantin dankt für die Unterstützung des regierungsrätlichen Vorschlags und schliesst mit dem für Butler James üblichen Schlusszwinkern: «Well, I've done my very best» – und hofft, damit auch die SVP zu überzeugen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** empfiehlt, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Beträge nicht zu verändern. Wenn ausgeführt wurde, der Verteilschlüssel sei nicht optimal und Zuger Projekte würden zu stark unterstützt, so war es – wie schon in den letzten Jahren – gerade das Ziel, vor allem Zuger Projekte und Trägerschaften mit einem Bezug zum Kanton Zug zu fördern, auch um den Einsatz der gesprochenen Mittel überprüfen zu können. Von den beantragten 300'000 Franken sind 140'000 Franken für Projekte aus dem Kanton Zug vorgesehen.
Wenn angemerkt wurde, der Betrag sei zu gering und kleinlich im Verhältnis zum Ertragsüberschuss, so gilt es zu berücksichtigen, dass aus der Laufenden Rechnung schon 200'000 Franken für ein Spital in Haiti und 30'000 Franken für Soforthilfe für

Flüchtlinge in Syrien gesprochen wurde. Rechnet man das mit, beträgt die Summe 530'000 Franken. Dazu kommt, dass Auslandhilfe nicht eine primäre Aufgabe der Kantone, sondern eine Aufgabe des Bundes ist. Der Rat schafft hier aber eine Rechtsgrundlage für die Auslandhilfe des Kantons und knüpft auch an die Tradition an: Wenn Ertragsüberschüsse vorliegen, wird ein kleiner Teil für Projekte eingesetzt, von denen zu hoffen ist, dass sie nachhaltig wirken. Es sind vor allem Projekte für Hilfe zur Selbsthilfe und damit zur Verbesserung der Lebensgrundlagen in den betreffenden Ländern.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Entscheid über die Verwendung des Ertragsüberschusses davon abhängt, wie der Rat vorgängig über die Auslandhilfe entscheidet. In der Detailberatung wird daher zuerst der Antrag zur Auslandhilfe und erst danach der Antrag betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses behandelt.

Kantonsratsbeschluss betreffend Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2012 (Vorlage 2257.2)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nur *eine* Lesung gibt, weil die Gesamtausgaben weniger als 500'000 Franken betragen. Dieser Kantonsratsbeschluss untersteht somit nicht dem fakultativen Referendum (§ 34 Abs. 1 der Kantonsverfassung und § 55 Abs. 1 der Geschäftsordnung).
Der Vorsitzende ruft die einzelnen Seiten auf. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf Verdoppelung des Betrags mit 58 zu 13 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 54 zu 15 Stimmen zu.

Kantonsratsbeschluss betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2012 (Vorlage 2257.1)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Ausgabenbeschluss gefällt wurde und nun die Zuweisung des verbleibenden Ertragsüberschusses erfolgen kann. Dazu ist nur *eine* Lesung notwendig, weil es sich hier gemäss Antrag des Regierungsrats nicht um eine Ausgabe im Sinne des Finanzhaushaltgesetzes handelt. Der Regierungsrat beantragt die Äufnung des freien Eigenkapitals im Betrag von Fr. 5'737'657.25. Die Stawiko schliesst sich diesem Antrag an.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

TRAKTANDUM 9

750 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Bahnverkehr, Walchwil)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2228.1/.2 - 14272/73), der Raumplanungskommission (2228.3 - 14304), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (2228.4 - 14343) und der Kommissionsminderheit KöV (2228.5 - 14344).

Der **Vorsitzende** legt fest, dass zuerst die unter Traktandum 3 vorgesehene, mit Traktandum 9 inhaltlich zusammenhängende Interpellation bearbeitet wird.

➔ Der Rat ist mit dieser Änderung der Traktandenliste stillschweigend einverstanden.

751 Interpellation der Kantonsräte Martin Stuber und Florian Weber betreffend «Zuger Interessen oder Gotthardkomitee?» vom 4. Juni 2013 (Vorlage 2267.1 - 14384)

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** verliest die Antwort des Regierungsrats:

Antwort auf Frage 1 («Wie stellt sich der Regierungsrat zur zitierten Position des Gotthardkomitees?»)

Beim zitierten Papier des Gotthardkomitees (GHK) handelt sich um ein Strategiepapier des GHK, das auf Basis einer Studie des bekannten Instituts für Verkehrsplanung und Transportsysteme (IVT) der ETH Zürich erstellt wurde. Es beinhaltet umfangreiche Forderungen zum Ausbau der Zulaufstrecken auf beiden Seiten des Gotthards und ist langfristig ausgerichtet.

Das IVT der ETH Zürich hat in seinen Vorarbeiten richtigerweise erkannt, dass an der Nord-Süd-Achse unter anderem entlang des Zugersees ein Kapazitätsengpass besteht und die Linienführung für die Weiterentwicklung des Bahnsystems am Zugersee nicht klar ist. Es ist daher folgerichtig, dass sich das GHK auch für den Bahnausbau am Zugersee einsetzt, dies für den Personenfernverkehr und den Regionalverkehr, nicht aber für den Güterverkehr.

Die Formulierung eines «schrittweise doppelspurigen Ausbaus» kann im aktuellen Kontext missverstanden werden. Gemeint sind nur die im Richtplan vorgesehenen doppelspurigen Ausbauten entlang der bestehenden Strecke. Es ist auch nach Rückfrage bei Vertretern des GHK klar, dass damit nicht eine durchgehende Doppelspur entlang der bisherigen Linienführung gemeint ist. Diese könnte die Ziele des GHK vor allem in Bezug auf die geforderten Fahrzeiten für einen attraktiven Personenverkehr gar nicht erfüllen. Gemäss Positionspapier des GHK müsste nämlich mit einer durchgehenden Doppelspur der Standard von Hochgeschwindigkeitsverbindungen (HGV) erreicht werden, was wesentlich andere Kurvenradien und lange Tunnelbauten erfordern würde. In diesem Sinn entspricht die Forderung des GHK auch den Vorgaben des Zuger Richtplans, der auch für den Regierungsrat verbindlich ist. Der Regierungsrat ist deshalb auch einverstanden mit dem Antrag der Raumplanungskommission vom 3. April 2013, wonach der Richtplan so geändert werden soll, dass am Ostufer des Zugersees keine Variante des langfristigen NEAT-Zubringers entlang der heutigen Strecke am Zugersee realisiert werden kann; vielmehr müsste – wie beantragt wird – dieser Zubringer unterirdisch erfolgen.

Antwort auf Frage 2 («Setzt sich der Regierungsrat innerhalb des GHK dafür ein, dass dieses seine Position bezüglich der erwähnten Problematik revidiert und die

Forderung einer durchgehenden, womöglich offen geführten Doppelspur entlang des Zugersees umstandslos fallen lässt?»)
Da das GHK nach richtiger Interpretation gar keine offen geführte durchgehende Doppelspur entlang des Zugersees fordert, muss es seine Position auch nicht überdenken. Aufgrund der teilweise missverständlichen Formulierung im Strategiepapier werden sich die Vertreter des Kantons im GHK dafür einsetzen, dass bei einer Neuauflage des Papiers geeignetere Formulierungen verwendet werden. Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung am Positionspapier des GHK. Voraussichtlich wird diese Anpassung im Jahre 2014 erfolgen, wenn das Grossprojekt «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur» (FABI) von Volk gegebenenfalls angenommen wird. Der Regierungsrat wird dann die entsprechende Präzisierung anbringen.

Antwort auf Frage 3 («Falls das GHK zu diesem Schritt trotz der Intervention der Zuger Regierung nicht bereit ist: Fasst der Regierungsrat den Austritt aus dem GHK ins Auge oder zumindest die Sistierung der Mitgliedschaft, solange das GHK an seiner den Interessen der Zuger Bevölkerung widersprechenden Position festhält?»
Der Regierungsrat zweifelt nicht daran, dass die beschriebene Interpretation der fraglichen Formulierung von anderen Komiteemitgliedern, also von anderen Kantonen geteilt wird, dass nämlich das GHK keine durchgehende offene Doppelspur entlang der bisherigen Strecke fordert und somit keine den Interessen des Kantons Zug widersprechende Position vertritt. Von daher ist eine Sistierung oder Aufkündigung der Mitgliedschaft kein Thema.

Antwort auf Frage 4 («Ist der Regierungsrat bereit, eine bindende schriftliche Garantie abzugeben, dass in den nächsten fünfzig Jahren kein offen verkehrender Güterverkehr entlang des Ostufers des Zugersees geführt werden wird?»).
Mangels Zuständigkeit für den Netzzugang bei Bahnanlagen könnte der Regierungsrat rechtlich oder politisch gar keine solchen Garantien abgeben. Auch die SBB kann Garantien im verlangten Sinn nicht abgeben, da es diese eisenbahn- und verwaltungsrechtlich nicht gibt. Vielmehr muss die SBB als Infrastrukturbetreiberin den Transportunternehmen den diskriminierungsfreien Zugang zur Bahninfrastruktur gewähren (Art. 9a Abs. 1 Eisenbahngesetz; SR 742.101).
Grundsätzlich ist die Strecke Zug–Arth-Goldau aus technischer Sicht für Güterzüge befahrbar. Für spezielle Kundenbedürfnisse sind einzelne Güterzüge gelegentlich über diese Strecke gefahren. Auch in ausserordentlichen Situationen wie etwa dem kürzlichen Erdrutsch in Immensee mussten Güterzüge die Strecke befahren. Aber ein regelmässiger Güterverkehr auf dieser Strecke kann auch langfristig ausgeschlossen werden, da weder entsprechende Nachfragen, Infrastrukturen noch Planungen bestehen und auch rechtlich kein leistungsfähiger Güterzugskorridor möglich ist, wie nachfolgend dargelegt wird:
• Neben den grossen Bahn-Güterverkehrsachsen in der Schweiz fehlt für häufige Fahrten entlang des Zugersee-Ostufers die Nachfrage. Es bestehen weder im Raum Zug noch im Raum Zürich entsprechende Industrieunternehmen, welche in grossem Ausmass Güter ins Tessin oder in den norditalienischen Raum exportieren oder aus diesen Räumen importieren. Eine solche Entwicklung wird auch in Zukunft nicht erwartet. Es fehlt zudem die Kapazität auf den Zulaufstrecken um Zürich herum. Deshalb wurde während der erwähnten Streckensperrung in Immensee das Gros des anfallenden Güterverkehrs auf der Achse Basel–Mailand über die Lötschbergstrecke abgewickelt.

• Der Transitgüterverkehr am Gotthard wird kurz-, mittel- und langfristig immer von Basel via Freiamt–Rotkreuz Richtung Süden verkehren. Aus diesem Grund wird die Strecke Zug–Walchwil–Arth Goldau auch nicht mit dem entsprechenden Lichtraumprofil zum Transport von Lastwagen mit 4 m Eckhöhe ausgebaut.
• Eine Fahrplantrasse für den Güterverkehr ist langfristig in keiner Planung des Bundes und der SBB vorgesehen.
• Rechtlich gesehen haben Güterzüge keinen Vorrang. Gemäss Eisenbahngesetz (Art. 9a Abs. 2) hat der vertaktete Personenverkehr höchste Priorität. Dies bedeutet, dass Güterzüge nur dann verkehren könnten, wenn kein vertakteter Personenzug unterwegs ist. Da die Strecke Zug-Arth/Goldau bekanntlich durch Personenverkehr ausgelastet ist, kann aus eisenbahnrechtlicher Sicht gar kein leistungsfähiger Güterzugskorridor errichtet werden.
Als weiteres rechtliches und politisches Instrument soll nun neu im Richtplan des Kantons Zug unter V 7.6 eine Aufgabe aufgenommen werden, wonach sich der Kanton gegen die allfällige Führung des Transitgüterverkehrs entlang des östlichen Zugerseeufers einsetzen kann bzw. muss. Falls wider Erwarten der Bund oder die SBB jemals eine solche Linienführung des Güterverkehrs planen würden, wäre somit der Regierungsrat bereits frühzeitig legitimiert, dagegen anzukämpfen. In diesem Sinne bittet der Volkswirtschaftsdirektor um Kenntnisnahme.

Martin Stuber spricht für die Interpellanten und legt vorerst seine Interessenbindung dar: Er arbeitet in einer Privatfirma, die Güterwagen vermietet. Die Gruppe hat 30'000 Güterwagen, die in ganz Europa verkehren, sehr viele auch in der und durch die Schweiz.
Der Votant dankt der Regierung für ihre Anwort und findet es auch interessant zu wissen, wer das Positionspapier des GHK geschrieben hat. Er hat die Bedenken aus Walchwil wegen des Güterverkehrs entlang der Ostseite des Zugersees lange nicht geteilt und immer wieder darauf hingewiesen, dass die Hauptarterie für den Transitverkehr tatsächlich so verläuft, wie es der Volkswirtschaftsdirektor beschrieben hat, und auch in Zukunft so verlaufen wird. Die Interpellation hat auch den Sinn gehabt, hier eine gewisse Klärung zu bringen. Die Antwort des Regierungsrats bringt insofern eine gewisse Klärung, als sie eine klare Haltung der Zuger Regierung zum Güterverkehr dem Ostufer des Zugersees entlang zum Ausdruck bringt. Das ist positiv. Es sind klare, unmissverständliche Aussagen.
Etwas schwieriger ist die Position des GHK zu beurteilen, wenn man das Positionspapier dieses Komitees durchliest, den Aufbau und die Grafik mit einem dicken roten Strich entlang der Ostseite des Zugersees beachtet – und wenn man liest: «Die heute einspurige Strecke soll kurzfristig bei Walchwil mit einer Doppelspurinsel verstärkt werden. Längerfristig ist eine durchgehende Doppelspur zwischen Zug und Goldau dringend erforderlich.» Es gibt keine Aussage dazu, ob diese Doppelspur offen oder im Tunnel geführt wird, und es ist schade, dass es keine wenigstens offiziöse Verlautbarung des GHK gibt – auch nicht auf der Website –, wie das gemeint ist. Wenn man daran denkt, dass im GHK dreizehn, also viele Kantone sowie diverse Handelskammern vertreten sind, dann ist unklar, wie breit der Konsens für die Aussage ist, das sei ein Missverständnis, und man zweifle nicht daran, dass die beschriebene Interpretation der fraglichen Formulierung von den anderen GHK-Mitgliedern geteilt werde. Zumindest ein kleines Fragezeichen ist hier angebracht.
Der entscheidende Punkt aber ist die Antwort auf Frage 4. Der freie Netzzugang bedeutet, dass ein Gütereisenbahnunternehmen eine Trasse beantragen kann, beispielsweise für einen Blockzug einmal täglich vom Güterbahnhof Limmattal nach Genua. Man muss aber wissen, dass die Trassenvergabe ändern wird. Das ist ein

Prozess, der im Moment in Bundesbern läuft, und es gibt dazu den Bericht einer Kommission Blumenthal, in welchem breit abgehandelt ist, wie man den Netzzugang in Zukunft handhaben soll. Der Trend ist eindeutig: Der Netzzugang wird freier – und damit der Einfluss der SBB und auch des Bundesrats kleiner. Und der diskriminierungsfreie Zugang zur Bahninfrastruktur ist per Gesetz gewährleistet. Auf diesem Hintergrund ist die Aussage des Volkswirtschaftsdirektors, dass ein regelmässiger Güterverkehr auf dieser Strecke auch langfristig ausgeschlossen werden kann, doch sehr stark zu relativieren.
Es kommen noch zwei weitere Elemente dazu: Zum einen ist die Zukunft des Rangierbahnhofs Limmattal völlig offen. Im Moment ist ein Moderator eingesetzt, weil hier sehr divergierende Interessen aufeinandertreffen. Sogar innerhalb der SBB gibt es verschiedene Fraktionen, was die Rolle dieses Rangierbahnhofs betrifft. Heute kommt man vom Rangierbahnhof Limmattal direkt auf die Strecke, die auf der Ostseite des Zugersees durchführt. Da ist die Zukunft wirklich offen, und es gibt Konzepte – oder es hat sie mindestens gegeben –, dass man beispielsweise den Überlauf auf dieser Strecke abwickeln will.
Das Zweite ist der Zimmerberg-Basistunnel. Dieser wird jetzt in FABI projektiert und soll im Zeitfenster 2025–2030 gebaut werden. Der Zimmerberg-Basistunnel wurde ursprünglich ausdrücklich auch für den Güterverkehr konzipiert. Und wenn er dann mal gebaut und mit dem Personenverkehr kapazitätsmässig eventuell nicht ausgelastet ist, und je nachdem, was mit dem Rangierbahnhof Limmattal passieren wird: Da kann man heute wirklich nicht mit gutem Gewissen sagen, dass es auf der Linie Zugersee-Ost ganz bestimmt keinen ins Gewicht fallenden Güterverkehr geben werde. Die Bedenken, die aus Walchwil kommen, sind auf diesem Hintergrund etwas besser zu verstehen. Was es heisst, wenn plötzlich Güterzüge verkehren, hat man beispielsweise in Oberwil bei der kürzlichen Sperrung bei Immensee erleben können. Es müssen nicht zwölf Güterzüge pro Tag sein, schon zwei oder drei bedeuten starke Immissionen, das darf man nicht *vernüütigen*.
Und zu guter Letzt eines der *dirty little secrets,* das – aus gutem Grund – in der Schweiz noch nie diskutiert wurde: Es gibt eine gültige, als Gesetz beschlossene EU-Richtlinie, welche dem Güterverkehr auf den Güterkorridoren, die seit 2010 in einer anderen Richtlinie definiert sind, den Vorrang vor dem Regionalverkehr gibt. Und machen wir uns nichts vor: Die kleine Schweiz wird über kurz oder lang diese Richtlinie wahrscheinlich nachvollziehen. Die Geschichte mit dem Güterverkehr wird uns in den nächsten Jahren unter verschiedenen Aspekten also noch beschäftigen, auch unter dem Aspekt Zugersee-Ost.

➔ Der Rat nimmt die mündliche Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

51. Sitzung: Donnerstag, 27. Juni 2013 (Nachmittag)
Zeit: 14.00 – 17.10 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

752 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Irène Castell-Bachmann und Stefan Gisler, beide Zug; Renato Sperandio, Unterägeri; Zari Dzaferi, Baar; Georg Helfenstein, Cham; Flavio Roos, Risch; Thomas Lötscher, Neuheim.

753 Mitteilungen

Der Kantonsratspräsident begrüsst speziell Irene Teismann und Sabine Kälin, die mit einer Gruppe von Asylbewerbenden aus Afghanistan, Eritrea, Syrien, Tibet und der Türkei die Sitzung des Kantonsrats besuchen. Die Asylbewerbenden lernen bei Frau Teismann und Frau Kälin Deutsch und machen sich an der heutigen Sitzung ein Bild unseres politischen Systems.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

754 Traktandum 3.1: **Motion von Daniel Stadlin betreffend Tempo 30 auf Kantonsstrassen in Ortszentren vom 13. Juni 2013 (Vorlage 2271.1 - 14389)**

Thiemo Hächler ist Fussgänger, Radfahrer, Autofahrer und gewerbetreibender Bewohner im schönen Kanton Zug und stellt im Namen der Mehrheit der CVP-Fraktion **Antrag** auf Nichtüberweisung der Motion. Er begründet den Antrag wie folgt: Das eidgenössische Recht regelt das beschriebene Anliegen bereits genügend. Bekanntlich überschreibt Bundesrecht das kantonale Recht. Im Kanton Zug gilt der Grundsatz, auf eine solche Nachdoppelung einer bestehenden Rechtsgrundlage zu verzichten.
Wie der Motionär schreibt, gibt es bereits heute in einzelnen Fällen, wenn andere Verkehrsmassnahmen nicht zum Ziele führen, Tempo-30-Begrenzungen auf Kantonsstrassen, was im Bedarfsfall offensichtlich auch durch das Bundesgericht gestützt wird. Es gibt durchaus Verkehrssituationen, die nicht durch andere Massnahmen als durch eine massive Temporeduktion korrigiert werden können. Genau für diese Fälle legt das Strassenverkehrsgesetz des Bundes die Richtlinien bereit. Im Bereich der Tempo-30-Zonen verfügt der Bund über eine abschliessende Bundeskompetenz. Der Bund hat die erforderlichen Rechtgrundlagen erlassen. Folglich

besteht kein Raum für zusätzliche Regelungen auf kantonaler Ebene. Eine weitergehende Aufnahme in die Gesetze des Kantons Zug würde also einer Signalwirkung zur Förderung solcher Tempo-30-Zonen auf Kantonsstrassen gleichkommen. Das wollen wir nicht.
Eine Tempo-30-Zone ist nicht nur eine Geschwindigkeitsreduktion, sie erfordert nebst der Signalisation auch wesentliche bauliche Massnahmen. Das Bundesrecht schreibt dazu unter anderem: «Die Übergänge vom übrigen Strassennetz in eine Zone müssen deutlich erkennbar sein. Die Ein- und Ausfahrten der Zone sind durch eine kontrastreiche Gestaltung so zu verdeutlichen, dass die Wirkung eines Tores entsteht.» Und weiter kann man nachlesen: «Zur Einhaltung der angeordneten Höchstgeschwindigkeit sind nötigenfalls weitere Massnahmen zu ergreifen, wie das Anbringen von Gestaltungs- oder Verkehrsberuhigungselementen.»
Wenn man solche Massnahmen auf den Zuger Kantonsstrassen fördert, dann muss man sich nicht wundern, wenn der Schwerverkehr auf genauso mühsam zu befahrene Quartierstrassen, Schleichwege oder Abkürzungen ausweicht. Und spätestens dann hat man nichts erreicht, sondern einfach ein neues Problem. Der Votant bittet deshalb, den Antrag auf Nichtüberweisung zu unterstützen.

Es ist **Daniel Stadlin** klar, dass sein Anliegen in der Bundesgesetzgebung geregelt ist, doch lässt der Bundesgerichtsentscheid einen gewissen Handlungsspielraum zu, und die Kantone sollten diesen auch nutzen können. Umfragen bestätigen es regelmässig: Sicherheit ist ein wichtiges Bedürfnis der Einwohnerinnen und Einwohner. Mit Tempo 30 im Ortszentrum erhöht sich nachweislich die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden.
Es gibt den Slogan «Slow down, take it easy». Langsamer unterwegs und trotzdem schnell am Ziel. Eine Verringerung der Geschwindigkeiten ist nicht – wie oft behauptet – leistungsmindernd. Das gilt insbesondere bei stark belasteten Ortsdurchfahrten. Solche sind kein geschlossenes System, sondern sie bestehen aus Einmündungen, Kreuzungen, Grundstückzufahrten, Parkfeldern am Strassenrand. Die Fahrbahn wird von Fussgängern gequert, und im Verkehrsfluss bewegen sich auch langsame Velofahrer. Dementsprechend oft wird gebremst, beschleunigt, abgebogen, überholt. Es entsteht ein Ziehharmonikaeffekt mit Stauabschnitten und halbleeren Strassen. Für einen dermassen unregelmässigen Verkehrsfluss ist eine niedrige Geschwindigkeit am leistungsfähigsten. Bei Tempo 30 verstetigt sich der Verkehrsfluss: Autofahrerinnen und Autofahrer müssen seltener abbremsen und anhalten.
Die Strasse ist auch ein sozialer Lebensraum. Ein tieferes Tempo des Autoverkehrs hilft, die Lebens- und Wohnqualität der Bevölkerung, aber auch die wirtschaftliche Attraktivität des Orts zu erhöhen. Tempo-30-Zonen bedeuten für den Autoverkehr nicht etwa Stillstand, sondern sie ermöglichen mehr Gestaltungsraum, von dem alle profitieren. Es lässt sich wertvoller Platz gewinnen und die Trennwirkung von Strassen verringern. Dadurch entsteht Raum für kommerzielle und gesellschaftliche Aktivitäten, die Aufenthaltsqualität steigt.
In Luzern hat die CVP vor kurzem eine Motion zu dieser Thematik eingereicht. 31 Kantonsrätinnen und -räte haben sie unterzeichnet. Auch im Kanton Zug sollte die Regierung dieses Anliegen prüfen können. Der Votant bittet deshalb, seine Motion zu überweisen, und dankt für die Unterstützung.

Jürg Messmer teilt namens der SVP-Fraktion mit, dass seine Fraktion den Antrag der CVP unterstützt. Sicherheit durch Tempo 30 ist eine gefährliche Sicherheit, und wenn überall Tempo 30 vorgeschrieben ist, hat das nichts mehr mit Sicherheit zu tun.

➔ Der Rat stimmt mit 41 zu 23 Stimmen für die Nichtüberweisung der Motion.

755 Traktandum 3.2: **Postulat von Kurt Balmer betreffend Arbeitspensen der ordentlich gewählten Richter vom 14. Mai 2013 (Vorlage 2255.1 - 14353)**

➔ Überweisung an das Obergericht und das Verwaltungsgericht zu Bericht und Antrag.

756 Traktandum 3.3: **Postulat der CVP-Fraktion betreffend mehr Benutzerfreundlichkeit beim Tarif- und Zonensystem des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zug vom 21. Mai 2013 (Vorlage 2263.1 - 14371)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

757 Traktandum 3.4: **Postulat von Daniel Stadlin betreffend Homeoffice für Mitarbeitende der Kantonalen Verwaltung vom 12. Juni 2013 (Vorlage 2270.1 - 14388)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

758 Traktandum 3.5: **Postulat der SP-Fraktion betreffend mehr Transparenz in der Politikfinanzierung vom 16. Juni 2013 (Vorlage 2272.1 - 14390)**

Manuel Brandenberg stellt den **Antrag,** das Postulat nicht zu überweisen. Es ist nicht notwenig, Auskunft darüber zu geben, wer einem in der Politik Geld gibt. Man muss auch sonst nicht Auskunft geben, wer einem Geld gibt, beispielsweise wenn man privat ein Darlehen erhält. Das ist Privatsache, und so soll es auch in der Politik sein. Politische Parteien sind private Vereine. Es gibt keinen Grund, hier irgendwelche Vorschriften zu machen. Hinter dem Postulat steht das ganze Spektrum der sozialistischen Denkstörung, Geld *per se* als etwas Verdächtiges und Staat und Behörden als etwas Gutes zu betrachten. Das ist eine Denkstörung, denn oft sind Staat und Behörden nicht gut, Geld und privat aber etwas sehr Gutes. Man denke nur an die vielen privaten karitativen Werke, die es gibt. Der Votant bittet deshalb, seinem Antrag zuzustimmen.

Markus Jans dankt für die interessanten Ausführungen seines Vorredners und den vertieften Einblick in eine Sichtweise, die er schlichtweg nicht versteht. Der Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates zur Politfinanzierung kommt nicht ganz unerwartet. Aber was spricht gegen Transparenz? Gibt es etwas zu verheimlichen? Die gleichen Parteien, welche sich seit Jahren für das Bankgeheimnis und die Steuerhinterziehung einsetzen, stehen vor einem Scherbenhaufen. Sie mussten ihre Stellung hundertprozentig wechseln, mussten den Sicherheitsgraben aufgeben und daraus heraustreten.
Mit der Annahme des Majorz' ist es für die Bevölkerung noch wichtiger zu wissen, von wem die Kandidatinnen und Kandidaten ihr Geld für den Wahlkampf erhalten, damit klar wird, wessen Diener die Kandidierenden einmal sein werden. In Bern gibt es unzählige Lobbyisten, so dass man sich dort überlegen muss, wie man diese wieder aus dem Bundeshaus herausbringt, damit das Politisieren überhaupt noch möglich ist. Natürlich ist im Kantonsrat diese Situation noch nicht erreicht. Aber glaubt der Rat etwa, diese Lobbyisten hätten gar keinen Einfluss, und man müsse, wenn man von jemandem 50'000 oder 100'000 Franken erhält, später darauf nicht Rücksicht nehmen?

Die linken Parteien haben mit der Transparenz der Politfinanzierung kein Problem, da sie weder von der Wirtschaft noch von privaten Gönnern Geld erhalten. Sie bezahlen die Wahlen und Abstimmungskämpfe in der Regel selber. Hat der Rat Angst, dass die Spenden zurückgehen könnten, wenn diese offengelegt werden? Dieser Eigennutz kann nicht als politisches Handeln eines Parlamentes verstanden werden.
Die SP-Fraktion hat bewusst ein Postulat und keine Motion eingereicht. Damit erhält der Regierungsrat für seine Antwort einen grösseren Spielraum. Der Votant kann versichern, dass das Anliegen mit einer Nichtüberweisung nicht vom Tisch ist. Die SP-Fraktion bleibt dran. Der Votant dankt, wenn der Rat sich *jetzt* der Problematik stellt und gemeinsam nach Lösungen sucht, indem er das Postulat überweist.

Martin Pfister: Die CVP-Fraktion hat nicht über die Überweisung oder Nichtüberweisung des vorliegenden Postulats abgestimmt. Persönlich würde es der Votant begrüssen, wenn der Regierungsrat einen Bericht zu dieser Frage erstellte, denn die Frage der Parteienfinanzierung ist wichtig. Zumindest die CVP – und das gilt wohl auch für andere Parteien – ist für die seriöse Erfüllung ihrer Aufgaben unterfinanziert.
Im Unterschied zu den linken Parteien, die das immer nur fordern, möchte der Votant hier Transparenz herstellen und offenlegen, wie es sich mit der Parteienfinanzierung in der CVP verhält. Die CVP erhielt im letzten und vorletzten Jahr keine einzige Spende über 3000 Franken. Bei den letzten Wahlen gab es drei Spender mit mehr als 3000 Franken. Zwei davon waren nicht CVP-Mitglieder, sondern Mitglieder einer anderen Partei. Diese Spender würden ihren Beitrag – wenn Transparenz verlangt würde – wahrscheinlich nicht mehr spenden, weil sie ihre eigene Partei nicht desavouieren möchten; und der Votant würde diese Spenden ablehnen, weil er nicht möchte, dass seine Fraktionsmitglieder und die Mitglieder seiner Partei wissen, woher die Spenden kommen. In der CVP wissen nämlich nur der Kassier, der Geschäftsführer, der Fraktionschef und der Parteipräsident, woher die Spenden kommen, und der Votant möchte nicht, dass die drei erwähnten Spenden irgendeinen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten der Fraktion hätten.
Bei der letzten Abstimmung – um die Transparenz zu Ende zu führen – erhielt die CVP keine Spende über 1000 Franken; einzig ein Realspender hat wahrscheinlich in Realien einen höheren Beitrag gegeben. Genau dort aber fängt das Problem an: Betrachtet man den Aufwand des Votanten für diese Abstimmung – er erhält von der CVP keine Spesenvergütung und keine Präsidiumsentschädigung –, dann liegt der Beitrag seiner Firma an die Partei wahrscheinlich bei weit über 3000 Franken pro Jahr. Die Frage ist dann allerdings, mit welchem Stundenansatz gerechnet ist. Und wahrscheinlich ist es bei allen Realspenden schwierig zu sagen, ob es sich um einen Parteienspende handelt oder nicht.
Der Votant hat nun Transparenz hergestellt, und der Rat kann selber entscheiden, ob es ihm etwas nützen würde, die Namen der erwähnten drei Spender, die wahrscheinlich nicht mehr spenden würden, zu erfahren. Der Votant bezweifelt, dass das einen politischen Einfluss haben würde. Er würde es aber begrüssen, wenn der Regierungsrat einen Bericht zur Parteienfinanzierung vorlegen würde. Es ist ein echtes Problem, und der Rat sollte sich mit dieser Frage auseinandersetzen. Der Ansatz der SP allerdings leistet keinen wirklichen Beitrag zu Transparenz.

➔ Der Rat stimmt mit 41 zu 24 Stimmen für die Nichtüberweisung des Postulats.

759 Traktandum 3.6: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Vollzug der «Lex Koller» im Kanton Zug vom 20. Mai 2013 (Vorlage 2261.1 - 14368)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

760 Traktandum 3.7: **Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend geplante Einführung elektronischer Fussfesseln im Kanton Zug vom 20. Mai 2013 (Vorlage 2262.1 - 14370)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

761 Traktandum 3.8: **Interpellation von Gabriela Peita betreffend illegale oder legale langfristige Parkmöglichkeit an der Kantonsstrasse Sihlbruggstrasse Richtung Walterswil, Strassenbezeichnung N8 vom 30. Mai 2013 (Vorlage 2266.1 - 14383)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

Traktandum 3.9: **Interpellation von Martin Stuber und Florian Weber betreffend Zuger Interessen oder Gotthardkomitee vom 4. Juni 2013 (Vorlage 2267.1 - 14384)**

Die mündliche Beantwortung dieser Interpellation erfolgte bereits in der Vormittagssitzung (siehe Ziffer 751).

TRAKTANDUM 9 (Fortsetzung, siehe Ziffer 750)

762 **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Bahnverkehr, Walchwil).**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2228.1/.2 - 14272/73), der Raumplanungskommission (2228.3 - 14304), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (2228.4 - 14343) und der Kommissionsminderheit (2228.5 - 14344).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass neben dem Antrag des Regierungsrats vorliegen:
- Antrag der Raumplanungskommission auf Eintreten und Zustimmung mit einer Änderung;
- Antrag der Kommission für den öffentlichen Verkehr (KöV) auf Eintreten und Zustimmung mit den Änderungen der Kommission;
- Anträge der Minderheit der Kommission für den öffentlichen Verkehr:
  1. Die Regierung gibt unverzüglich eine von den SBB unabhängige Expertise zur Variante Gleis 1/Murpfli in Auftrag, welche folgende Punkte abklärt:
     a. Betriebliche Tauglichkeit für die Anforderungen des Fern- und Regionalverkehrs;
     b. Mögliches Angebot (Halbstundentakt S2 Zug–Arth-Goldau);
     c. Genauere Baukostenschätzung:
     d. Dauer der notwendigen Streckensperrung.
  2. Aussetzung der Vorlage bis:
     a. die KöV Einsicht in das Vorprojekt hatte;

b. die Studie zur zweiten Teilergänzung Stadtbahn Zug Mitgliedern der KöV zur Verfügung gestellt wurde;
c. zum Vorliegen der unabhängigen Expertise unter Punkt 1.

3. Eventualantrag, falls Antrag 2 abgelehnt wird: Die Studie zur zweiten Teilergänzung Stadtbahn Zug wird den Mitgliedern der KöV zur Verfügung gestellt.

Die am 18. Mai 2013 eingereichte Aufsichtsbeschwerde gegen den Regierungsrat (vgl. Ziffer 730) hat parlamentsrechtlich keinen Einfluss auf die Traktandierung und Behandlung der Vorlage. Die vom Beschwerdeführer gestellten Anträge auf Ablehnung der Richtplanänderung bzw. Sistierung des Geschäfts sowie auf Einholen einer Expertise sind Begehren, die auch Kantonsratsmitglieder stellen dürfen. Solche Anträge liegen denn auch vor bzw. werden aller Voraussicht nach gestellt. Der Vorsitzende schlägt daher vor, das Geschäft grundsätzlich wie geplant zu beraten.
Dieser Kantonratsbeschluss ist nicht allgemein-, sondern behördenverbindlich. Es gibt daher nur *eine* Lesung.

EINTRETENSDEBATTE

Barbara Strub, Präsidentin der Raumplanungskommission: In der Sache Doppelspurinsel Walchwil, welche seit dreieinhalb Jahren als Zwischenergebnis im Richtplan ist, soll heute nun entschieden werden. Wie alle wissen, wurde dieser Antrag vor einem Jahr von der Regierung kurz vor seiner definitiven Behandlung zurückgezogen. Inzwischen wurden seitens der SBB, der Volkswirtschaftsdirektion, der Regierung und der Gemeinde Walchwil in enger Zusammenarbeit weitere, intensive Abklärungen und Informationsveranstaltungen durchgeführt.
Die Doppelspurinsel in Walchwil, welche von den SBB ausgebaut werden wird, dient in erster Linie den zukünftigen Entwicklungen des Schienenverkehrs. Sie wird vor allem nötig, weil:
• der Fernverkehr Zürich–Tessin–Mailand ab 2017 im Halbstundentakt in der Hauptverkehrszeit geführt werden soll;
• gleichzeitig eine Kreuzungsmöglichkeit zwischen dem Fernverkehr und der Stadtbahn Zug nicht beeinträchtigt werden soll;
• die Lage der Kreuzungsstelle sich aus betrieblichen Rahmenbedingungen zwischen Arth und Zug ergibt;
• die Länge der Doppelspurinsel flexible Kreuzungen ermöglicht.
Das komplexe Verkehrssystem auf dem Schienennetz fordert von den Behörden und allen Interessenten und Betroffenen eine gute Zusammenarbeit. Lediglich lokales Denken hat hier keinen Platz.
Zu den Varianten der Doppelspurinsel in Walchwil: Ein Tunnelportal mitten im Ortskern würde einen grossen Eingriff ins Ortsbild bedeuten. Bei der späteren Durchfahrt von Zügen entstehen starke Immissionen wie Erschütterungen und Lärm. Die Walchwiler, d. h. die Gemeindevertreter, die Dorfbewohner, die Pendlerinnen und Pendler, die Ortsbildschützer und alle, die eine hohe Wohnqualität bewahren wollen, bevorzugen daher von den drei untersuchten Varianten die offene Doppelspurinsel, wie von der Regierung beantragt. Mit dieser Lösung werden zudem die Verbindungen mit der Stadtbahn für die Walchwiler besser. Die Haltestelle Hörndli wird in beiden Richtungen angefahren werden können.
Die vorgesehene Sperrung der Bahnstrecke für vermutlich eineinhalb Jahre hat nicht nur mit der Doppelspurinsel, sondern vielmehr mit einer Totalsanierung der Strecke Zug–Arth-Goldau zu tun. Diese umfassende Sanierung der Gesamtstrecke ist nötig und muss von den SBB ohnehin angepackt werden. Sie kann mit einer

Totalsperrung effizient durchgeführt werden. Ohne Sperrung würde diese Sanierung bis zu sechs Jahre in Anspruch nehmen. Nachtarbeit, Lärm, grosse Unannehmlichkeiten etc. und eine jahrelange Baustelle möchte die Gemeinde Walchwil verständlicherweise nicht.
Die Strecke Walchwil–Zug wird jedoch während dieser Sanierung und dem Bau der Doppelspurinsel für die Pendlerinnen und Pendler nicht gesperrt, vielmehr wird der ÖV vorübergehend von der Schiene auf die Strasse verlegt. Für gute Verbindungen anstelle der S-Bahn wird gesorgt werden. Die Fernverkehrszüge werden während der Bauzeit über das Westufer des Zugersees umgeleitet. Dies scheint sowohl für die SBB wie auch für den Kanton Zug resp. für Rotkreuz die beste Lösung zu sein, da die Termine mit der Eröffnung des NEAT-Tunnels zusammenpassen.
Die Angst, dass in naher Zukunft der Güterverkehr über die Strecke am Ostufer des Zugersees geführt werden könnte, haben sowohl die SBB wie auch das Bundesamt für Verkehr bis zum Jahr 2050 ausgeschlossen. Um im Richtplan dieses Anliegen zu fixieren, soll neu der Zusatz unter Kapitel V 7.6 zum Bahngüterverkehr wie folgt aufgenommen werden: «Der Kanton Zug setzt sich beim Bund dafür ein, dass der Transitgüterverkehr via Freiamt–Rotkreuz–Gotthard geführt wird.» Die Votantin bittet, diesem Antrag der Raumplanungskommission zuzustimmen.
Das Unbehagen, die Strecke Zug–Arth-Goldau würde mit den Jahren zu einer durchgehenden Doppelspurstrecke ausgebaut, konnte ausgeräumt werden. Die langfristige Verkehrsführung der NEAT Zugersee, welche zweispurig sein wird, steht mit dem Bau der Doppelspurinsel in Walchwil in keinem Zusammenhang, da die Zeithorizonte unterschiedlich sind. Um abzusichern, dass die heutige oberirdische Linienführung über Walchwil zukünftig nicht als zweispuriger NEAT-Zubringer ausgebaut werden wird, beantragt die Raumplanungskommission einstimmig im Kapitel V.4.5. einen neuen Text und eine neue Karte. Der Text und die neue Karte sind auf Seite 2 des Berichts und Antrags der Raumplanungskommission zu sehen. Wie man dort auch sieht, erlaubt diese neu definierte Zone keinen Ausbau der bisherigen Strecke.
Ein zweispuriger NEAT-Zubringer soll, sofern er auf der Ostseite des Zugersees realisiert werden würde, unterirdisch gebaut werden. Nach wie vor ist jedoch vom Bund noch nicht entschieden worden, auf welcher Seite des Zugersees der NEAT-Zubringer einst durch unseren Kanton geführt werden wird. Wir reden da von einem Zeithorizont von fünfzig Jahren.
Zu den Kosten: Wie im Bericht und Antrag der Regierung zu lesen ist, ist dieses Vorhaben im ZEB geregelt und vom eidgenössischen Parlament bereits beschlossen. Es entstehen für den Kanton Zug bei dieser Lösung keine Kosten. Die Raumplanungskommission hat diese Festsetzung im Richtplan schwerpunktmässig aus raumplanerischer Sicht betrachtet, hinterfragt und beraten. Dabei wurden auch die Interessen sowohl der SBB und als auch der Gemeinde Walchwil in die Meinungsbildung miteinbezogen.
Zusammenfassend kann gesagt werden, dass aus der Sicht der Raumplanungskommission die Doppelspurinsel Walchwil vom Zwischenergebnis in die Festsetzung übertragen werden kann, weil sie aus unserer Sicht am richtigen Ort liegt. Diese Festsetzung inklusiv die neuen Beschlüsse hat die Raumplanungskommission einstimmig mit 14 zu 0 Stimmen beschlossen.

Daniel Eichenberger, Präsident der Kommission für den öffentlichen Verkehr (KöV): Dass sich auch die KöV zusätzlich zur Raumplanungskommission mit dem Thema dieser Richtplananpassung befasst hat, geht auf einen entsprechenden Antrag von Martin Stuber zurück, den dieser an der Kantonsratssitzung vom 29. März 2012 stellte und der mit 34 zu 29 Stimmen gutgeheissen wurde. In der Kommission prä-

sentierte Martin Stuber dann umgehend eine Alternativvariante zum Projekt der SBB, die eine Ausweichstelle im Gebiet Murpfli anstatt beim Bahnhof Walchwil vorschlägt. Unter Einbezug der zuständigen kantonalen Behörden wie des Amtes für den öffentlichen Verkehr der Volkswirtschaftsdirektion, des Kantonsplaners aus der Baudirektion sowie Vertretern der SBB analysierte die KöV die Vor- und Nachteile der Varianten.

Es wurde schon ausgeführt, dass durch den Rückzug der Vorlage durch die Regierung ein einjähriger Unterbruch in der Behandlung dieses Geschäfts entstand. In dieser Zeit führte die SBB zwei Informationsveranstaltungen durch: Im Herbst 2012 waren die Mitglieder der KöV und der Raumplanungskommission nach Luzern eingeladen, um dort die Situation der Bahnlinie am Ostufer des Zugersees unter anderem anhand von Simulationen besser verstehen zu können. Am vergangenen 17. Juni wurde das Vorprojekt «Zugersee Ost», welches die Streckensanierung inklusive Bau der Doppelspurinsel in Walchwil beinhaltet, näher und detailliert vorgestellt. Die SBB hielt insbesondere aus Gründen der Sicherstellung der Fahrplanstabilität stets an der ursprünglichen Variante mit der Doppelspurinsel in Walchwil fest und lehnt eine Verschiebung ins Gebiet Murpfli ab. Die KöV führte am 11. April 2013 nochmals eine Halbtagessitzung zu dieser Richtplananpassung durch, wobei noch einmal die Argumente der Murpfli-Befürworter angehört wurden. Diese beantragten, dass sich die Kommission eine Studie aus dem Jahr 2012 zu einem dritten Gleis Zug–Baar bzw. zur zweiten Teilergänzung der Stadtbahn Zug aushändigen lassen und deren Inhalt auch in die Diskussion einbeziehen solle.

Die Mehrheit der KöV war jedoch der Auffassung, dass aufgrund der bestehenden ausführlichen Vorlage, der Präsentation der von der SBB erstellten Fahrplansimulation und der zusätzlichen Erläuterungen durch die Volkswirtschaftsdirektion und die SBB kein Bedarf besteht, Einsicht in weitere Studien zu nehmen oder neue, zusätzliche Studien in Auftrag zu geben. Der Antrag wurde deshalb mit 8 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Ein nachfolgender Eventualantrag, eine Zusammenfassung der beiden Studien zum dritten Gleis Baar–Zug und zur Verschiebung des Bahnhofs Zug zu verlangen, wurde mit 8 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen ebenfalls abgelehnt. Es war nicht Ziel und Zweck der Übung, dass die KöV weite Teile der Zuger Eisenbahninfrastruktur plötzlich in Frage stellt und neu plant, um die Alternative Murpfli besser erscheinen zu lassen oder zu legitimieren. Wichtig für die Mehrheit der Kommission war auch, dass die Gemeinden Walchwil und Zug grundsätzlich ihre Zustimmung zum vorgesehenen neuen Richtplaneintrag mit einer Doppelspurinsel gegeben haben.

Betreffend Leistungssteigerung der Achse Zug–Arth-Goldau wurde vom Vertreter der SBB erläutert, dass die Kapazität für die Züge auf dieser Linie nach dem Ausbau von heute etwa 110 auf rund 130 Züge pro Tag erhöht werden könnte – nicht auf ein Mehrfaches, wie teilweise befürchtet wird.

Die Richtplananpassung, wie sie heute vorliegt, d. h. mit einer Doppelspurinsel in Walchwil, steht im Einklang mit einer Gesamtkonzeption für den öffentlichen Schienenverkehr im Kanton Zug, welche auch vom Kantonsrat in seinen bisherigen Entscheidungen getragen wurde. Zu dieser Gesamtkonzeption gehört auch ein Zeitplan, dessen Einhaltung heute mit der Zustimmung zur Richtplananpassung unterstützt werden kann. Weitere Expertisen und Beratungen würden lediglich Zeit und Geld kosten und das Projekt unnötig verzögern. Weder Anwohnerinnen und Anwohner noch die Kunden des öffentlichen Verkehrs würden verstehen, wenn man die dringend notwendige und unbestrittene Totalsanierung dieser Strecke nicht nutzt, um einen Ausbau zur Verbesserung der Stabilität und der Kapazität herbeizuführen. An der zweiten Informationsveranstaltung der SBB wurde das Vorprojekt vorgestellt und plausibel erklärt, warum in diesem Streckenbereich eine

serielle, d. h. an einem Ende beginnende und Stück für Stück fortschreitende Sanierung mit Totalsperrung nötig ist und nicht gleichzeitig an mehreren Stellen entlang der ganzen Strecke gearbeitet werden kann. Das wurde insbesondere damit erklärt, dass die Topografie und die Zufahrtsmöglichkeiten für die Baufahrzeuge problematisch ist und die Kantonsstrasse Zug–Arth durch den Baustellenverkehr massiv belastet würde. Auch die relativ lange Dauer der Sperrung von ungefähr eineinhalb Jahren konnte anhand der grossen Anzahl Tunnels, Brücken und anderer Ingenieurbauten, die allesamt saniert werden müssen, erklärt werden.
Der Votant bittet deshalb im Namen der KöV, die Anträge der Minderheit auf weitere Expertisen und Sistierung abzulehnen und der vorliegenden Richtplananpassung mit den Änderungsvorschlägen der Kommissionen zuzustimmen. An der Schlussabstimmung stimmt die KöV der Vorlage 2228.2 mit 11 zu 3 Stimmen ohne Enthaltung zu. Die KöV empfiehlt, das Postulat der Kantonsräte Philip C. Brunner, Martin Stuber und Zari Dzaferi betreffend Ausbau Gleis 1 Süd im Bahnhof Zug (Vorlage 2221.1) für nichterheblich zu erklären.

Martin Stuber spricht für die Minderheit der KöV. Er ist schon das elfte Jahr Mitglied der KöV und kann sich nicht erinnern, so intensive Diskussionen wie zum Thema Doppelspur Walchwil erlebt und auch geführt zu haben. Schon mehr als einmal wurde er von seiner Frau gefragt, warum er sich das antue und warum er so viel Zeit und Energie in diese Doppelspurfrage stecke – Originalzitat der Ehefrau: «Wenn die SBB unbedingt ihre Schtutz wott verbrätle, denn laa si doch.» Und beim Auseinandergehen der KöV nach der letzten Sitzung ist der Vertreter der SBB, Markus Geyer, immerhin Stellvertreter des Chefs Division Infrastruktur, auf den Votanten zugekommen und hat gefragt, was diesen antreibe. Er hat dies respektvoll gefragt; Respekt haben wir bei den SBB inzwischen immerhin gewonnen.
Die Antwort des Votanten ist immer die gleiche: In der Schweiz sind heute Projekte für den Ausbau und die Verbesserung der Bahninfrastruktur von über 40 Milliarden Franken in der Pipeline. Das Geld für diese Investition haben wir nicht. In Bern hat das Parlament letzte Woche für den ersten Ausbauschritt 6,4 Milliarden Franken beschlossen, um Projekte bis ins Jahr 2025 zu finanzieren. Aber schon die Finanzierung des zweiten Ausbauschritts hängt in der Luft. Gleichzeitig ist die Bahnrechnung stark defizitär, vor allem wegen der Schuldzinsen, aber nicht nur deswegen: Es gibt auch ein betriebliches Defizit. Und Investitionen haben immer Folgekosten. Bei der Bahn sind das steigende Betriebskosten. Das beschäftigt den Votanten schon längere Zeit – und zunehmend, denn das Problem wird immer dringlicher. Wenn die Investitionen nicht höhere Erträge generieren, welche die durch die Investition verursachten Betriebskosten decken können – und dazu gehört auch die Amortisation der Investition –, dann steigen die Defizite im Öffentlichen Verkehr. Das ist nicht nachhaltig. Wer für den ÖV ist, sorgt sich um das optimale Kosten-Nutzen-Verhältnis für jede Investition in die Bahninfrastruktur. Jeder Franken muss optimal investiert werden. Das sagt der Votant als überzeugter Grüner und überzeugter Verfechter des Öffentlichen Verkehrs. Herr Geyer von der SBB hat die Begründung des Votanten zur Kenntnis genommen und nicht widersprochen.
Alle hier im Saal sind Steuerzahler und Steuerzahlerinnen und bezahlen auch Bundessteuer. Es stimmt: Das Geld für die Doppelspur in Walchwil ist schon gesprochen. Das ist wohl mit ein Grund, dass sich die SBB kaum bewegt hat in dieser Frage. Aber den Bürgerinnen und Bürgern kann doch nicht egal sein, was mit den Bundessteuern gemacht wird. Das ist die Triebfeder des Votanten. Und zur Deklaration der persönlichen Interessen: Der Votant ist Mitglied der Genossenschaft «Rigihüsli» und oft auf der Rigi-Scheidegg. Er ärgert sich immer über die schlechten Anschlüsse Richtung Zug, wenn er von der Rigi kommt. Alle anderen Destina-

tionen haben schlanke Anschlüsse, nicht aber Zug. Mit dem vorgeschlagenen durchgehenden Halbstundentakt müsste in Arth-Goldau nicht mehr über eine halbe Stunde gewartet werden. Eines der schönsten Bahnhofbüffets in der Schweiz gibt es auch nicht mehr – im Bahnhof Arth-Goldau zu warten, ist nicht sehr lustig.
Der Minderheitsbericht wurde vom Sprechenden und von Philip C. Brunner, Thomas Werner und Zari Dzaferi unterschrieben – schön ausgewogen, nur die Mitte fehlt leider. Der Votant konzentriert die Ausführungen auf vier Punkte; zu den Anträgen der Kommissionsminderheit spricht er in der Detailberatung.
• Zur zweijährigen Sperrung: Mit den bisherigen Anstrengungen und konstruktiver Opposition wurde nun doch einiges erreicht. Das fragwürdige Vorhaben der SBB, die Sache kurz und *sec* und ohne grosse Rücksicht auf die Betroffenen durchzuziehen, konnte verhindert werden. Was erreicht wurde – das streitet der Volkswirtschaftsdirektor zwar ab, aber vor einem Jahr war die Vorlage in diesem Rat wahrscheinlich auf der Kippe, bevor sie zurückgezogen wurde –, ist eine um ein halbes Jahr kürzere Sperrung. Der vom Kommissionspräsidenten erwähnte Infoanlass der SBB am 17. Juni 2013 ging auf einen Antrag in der KöV zurück, sich das Vorprojekt vorstellen zu lassen, und dabei wurde auch mitgeteilt, dass die Strecke nur anderthalb statt zwei Jahre gesperrt werde. Zweitens stehen jetzt auch mehr Informationen zu Verfügung, auch unerfreuliche. Man stelle sich vor, der Rat hätte diese Vorlage vor einem Jahr verabschiedet, und ein Monate später wäre ausgekommen, dass der S2-Verkehr in Walchwil schon 2014 massiv eingeschränkt wird. Das hätte bei einigen zu ziemlich langen Gesichtern geführt. Diese Information haben wir nur, weil das Geschäft zurückgezogen wurde. Im Weiteren wurden in Rotkreuz Optimierungen gemacht mit den längeren provisorischen Perrons. Das Argument, dass man in Rotkreuz nicht mehr ein- und aussteigen könne, wenn die Züge während zwei Jahren die Spitzkehre machen, ist damit vom Tisch. Das ist gut so, denn davon profitieren die Rotkreuzer ein wenig. Und schliesslich ist die Sperre in der Schweiz zu einem Thema geworden. In Zürich und Schwyz hat es Vorstösse gegeben, im Ständerat gibt es die leider noch nicht beantwortete Interpellation Eder. Es wurde also etwas erreicht. Was aber immer noch feststeht – und das ist wirklich eines der beiden grossen Probleme –, ist die immer noch anderthalbjährige Sperrung der Bahnstrecke mit allen damit verbundenen Folgen. Und was auch immer noch feststeht: Diese Streckensperrung findet genau am Tag der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels statt. Das ist am 17. Juni von der SBB bestätigt worden: An dem Tag, an dem der Gotthard-Basistunnel eröffnet wird, wird der Zulauf für anderthalb Jahre gesperrt. Ob das halbe Jahr, das gewonnen wurde, mit einem unterjährigen Fahrplanwechsel weitergegeben wird, konnte die Leiterin SBB Netzentwicklung, Daria Martinoni, am Infoanlass am 17. Juni nicht sagen. Die Sperre wird in der regierungsrätlichen Vorlage und auch im Kommissionsbericht *vernüütiget.* Da hat sich leider nichts bewegt, weder beim Regierungsrat noch bei den SBB. Wir aber haben uns bewegt. Wir sehen heute ein, dass es für einen optimalen und auch kostengünstigen Ablauf der Streckensanierung eine Vollsperrung braucht. Philip C. Brunner und der Sprechende waren am 3. April beim BAV – der Sektionschef Grossprojekte, Rudolf Sperlich, und der zuständige Beamte haben sich anderthalb Stunden Zeit genommen. Dabei kristallisierte sich unter anderem heraus, dass die Variante, die Streckensanierung und den nötigen Doppelspurausbau getrennt zu betrachten, gar nie untersucht worden ist. Wie auch? Die 1,7 km Doppelspur nördlich des Bahnhofs Walchwil in schwierigstem geologischem Gelände zu bauen, das ist der Treiber für die Sperre, das lässt sich wirklich nur unter Sperrung bauen. Eine Alternative dazu wurde aber gar nie in Betracht gezogen. Und als eine Variante auftauchte, die zum grössten Teil im laufenden Betrieb gebaut werden kann, brauchte es enormen politischen Druck, bis sie von der SBB

überhaupt nur schon halbwegs ernsthaft angeschaut wurde. Eine zeitoptimierte Streckensanierung könnte vom BAV beauftragt werden; das hat auch der SBB-Vertreter in der Kommission bestätigt. Und deshalb wollten wir auch Einsicht in das Vorprojekt. Daraus wird ersichtlich, wie viel Spielraum bezüglich Bauzeit drinliegt.
Am Infoanlass der SBB vom 17. Juni 2013 wurde das Vorprojekt nun vorgestellt, mit anschliessender Diskussion. Der Sprechende stellte die Frage gleich zu Beginn: Wie lange muss gesperrt werden, wenn nur die Streckensanierung gemacht wird? Die Variante Murpfli kann im Gegensatz zur Doppelspur Walchwil im laufenden Betrieb gebaut werden. Die Antwort der SBB: ein Jahr. Die Aussage, auf die wir seit anderthalb Jahren gewartet haben – hier war sie endlich. Die SBB hat sich ja immer geweigert, die beiden Projekte getrennt anzuschauen. Der Druck der Opposition, vielleicht auch aus dem BAV und sicher durch die Interpellation Eder hat gewirkt. Aber da ist noch Luft drin. Anschlussfrage: Wurde gerechnet, wie lange die Sperre dauert, wenn im unbewohnten Gebiet im Dreischichtbetrieb gearbeitet wird? Antwort der SBB: nein. Die lange gehegte Vermutung, dass bei einer Konzentration auf die Streckensanierung und bei entsprechend frühzeitigem Auftrag die SBB sehr wohl in der Lage wären, die Arbeiten für die Streckensanierung mit einem Effort in ein halbes Jahr zu drücken, verdichtet sich zu einer wahrscheinlichen Annahme. Aber auch schon die Reduktion auf ein Jahr wäre ein grosser Gewinn. Und lange Streckenabschnitte südlich von Walchwil führen durch weitgehend unbewohntes Gebiet. Dort kann im Dreischichtbetrieb zügig gearbeitet werden.
• Zur Variante Gleis 1/Murpfli: KöV-Präsident Daniel Eichenberger hat nicht erwähnt, wieso es zum Anlass in Luzern gekommen ist. Eine Delegation war Anfang Juli letzten Jahres beim Chef Division Infrastruktur, Philippe Gauderon, und dieser hat nach anderthalbstündiger intensiver Diskussion zugesagt, dass er die Variante Gleis 1/Murpfli simulieren lassen. Es wurde Stillschweigen in der Öffentlichkeit verabredet, weil die Diskussion damals unschöne Formen angenommen hatte; diese Abmachung wurde von beiden Seiten eingehalten. Dann hat die SBB den erwähnten Anlass veranstaltet und die Resultate gezeigt. Leider aber hat die SBB – dies wegen eines angeblichen Abkreuzungskonflikts – unseren Fahrplan nicht simuliert, sondern einen anderen, der natürlich nachteiliger war als die offizielle Version. Aber gemäss Vorlage – und das ist indirekt ein Resultat dieser Abklärung der SBB – ist die Doppelspur Murpfli baulich machbar, sie funktioniert und ist deutlich kostengünstiger als die Doppelspur in Walchwil. 50 oder 40 Millionen statt 90 Millionen Franken – das ist Geld. Der Ausbau des Gleis 1 steht im Richtplan und soll bis 2015 festgesetzt werden. Weshalb also nicht den Bau etwas vorziehen und so dem angeblichen Abkreuzungskonflikt der S2 mit der S24 aus dem Weg gehen? Und ob sich dieser Abkreuzungskonflikt tatsächlich nicht betrieblich lösen liesse, wäre Gegenstand der unabhängigen Expertise.
Der Charme der Murpfli-Variante ist, dass sie sich weitgehend im laufenden Betrieb bauen lässt, nur sehr wenige Leute vom Baulärm betroffen sind und es einen sehr guten Zugang von der Artherstrasse her gibt. Und wegen der besseren Fahrplanlage steht in Goldau genügend Wendezeit zur Verfügung, und es ist ohne Zusatzkompositionen ein durchgehender Halbstundentakt bis Arth-Goldau möglich. Bei der offiziellen Variante bleibt die S2 jede Stunde in Walchwil stehen, wartet und kehrt dann um. In unserer Variante fährt sie bis Arth-Goldau, weil sie genügend Wendezeit hat. Weshalb die offizielle Variante mehr Fahrplanstabilität bringen soll, ist schleierhaft. Bei unserer Variante erhält die S2 vier Minuten mehr Fahrzeit, also vier Minuten mehr Spielraum.
Der Antrag, die beiden vorliegenden Varianten durch eine von den SBB unabhängige Expertise prüfen zu lassen, liegt angesichts des Sachverhalts auf der Hand.

• Zur Zukunft der S2 wird der Votant später etwas sagen.
• Zur Finanzierung – einem ziemlich *dicken Hund* in der offiziellen Vorlage: In der regierungsrätlichen Vorlage wird behauptet, dass die Finanzierung der Variante Gleis 1/Murpfli durch den Bund unsicher, ja unwahrscheinlich sei. Das ist eine befremdliche Schutzbehauptung. Der Auslöser ist bei beiden Projekten der Ausbau des Fernverkehrs, und sowohl die Vorlage des Regierungsrats wie auch der Kommissionsbericht spielen hier falsch. In der Vorlage steht auf Seite 17: «Für die Umsetzung des Angebotskonzepts ZEB hat das Parlament auf Antrag von SBB und BAV im ZEB-Gesetz vom 1. September 2009 den Bau einer Doppelspur Walchwil festgelegt.» Erstens ist die Doppelspur Murpfli zu 100 Prozent kompatibel zum ZEB-Gesetz und somit vom Bund zu finanzieren. Und zweitens trifft die oben zitierte Aussage in der Vorlage 2228.1 gar nicht zu. Im ZEB Gesetz von 2009 steht nämlich *nichts* von einer Doppelspur Walchwil. Der Votant zitiert § 4 des ZEB-Gesetzes: «Zug-Arth-Goldau: Leistungssteigerung Knoten Arth-Goldau und Kapazitätsausbau.» Wie dieser Kapazitätsausbau bewerkstelligt wir, steht im ZEB-Gesetz nicht. Im Kommissionsbericht wiederum steht zu diesem Thema: «Bezüglich Finanzierung führte die SBB noch einmal klar aus, dass alle von ihr vorgeschlagenen und vom Regierungsrat für gut befundenen Bahnprojekte im Rahmen der Zufahrtsstrecken der NEAT im Raum Zug durch den Bund finanziert werden und keine finanzielle Beteiligung des Kantons zu erwarten ist.» Das ist schlicht erfunden. Der Votant kann sich an keine solche Aussage erinnern, und sie ist im ausführlichen 19-seitigen Kommissionsprotokoll auch nirgends enthalten. Im Gegenteil: Es war auffällig, dass sich Herr Geyer von der SBB in der KöV zur Finanzierung nicht geäussert hat. Der Votant fragt deshalb den KöV-Präsidenten, wie er dazu kommt, eine solche Aussage in den Bericht zu schreiben. Geäussert hat sich Herr Geyer in der KöV aber zum Thema: Was passiert, wenn der Kanton Zug das SBB-Projekt nicht will? Diese Frage muss sich der Rat ja stellen, wenn er die Richtplanänderung ablehnt. Sinngemäss hat Markus Geyer ausgeführt, dass die SBB den Auftrag hat, die Kapazität auf der Strecke Zug–Arth-Goldau zu steigern. Man hat dem BAV einen Vorschlag gemacht, und das BAV hat der SBB den Auftrag für die Doppelspurinsel Walchwil erteilt. Falls das anders sein sollte, müsste man erneut ans BAV gelangen, und das BAV müsste dann wieder neu entscheiden. Und genau das Gleiche hat auch das BAV gesagt. Das BAV kann den Auftrag nämlich ändern. Die beiden Herren vom BAV haben aber auch gesagt – das möchte der Votant fairerweise nicht verschweigen –, dass es dazu sehr gute Gründe brauche. Eine unabhängige Expertise würde diese Gründe ziemlich sicher liefern.
Die Kommissionsminderheit der KöV unterstützt Eintreten, weil auch sie der Überzeugung ist, dass der durchgehende Halbstundentakt zwischen Zürich und Tessin sinnvoll ist; schliesslich soll das teuerste Loch in der Schweiz nicht nur für Güter-, sondern auch für Personenverkehr genutzt werden. Sie ist auch der Meinung, dass dieser Ausbau nicht auf Kosten der S2 gehen darf. Aber sie favorisiert eine ihrer Ansicht nach bessere Lösung.

Markus Jans: Eine bald unendliche Geschichte soll heute ihren Abschluss finden. Auch die SP-Fraktion hat sich in früheren Stellungnahmen für eine Tunnellösung der Umfahrung von Walchwil ausgesprochen. Die Zuger Regierung, der Gemeinderat Walchwil, die SBB, die Raumplanungskommission und die Kommission für den öffentlichen Verkehr sprechen sich aber für eine offene Linienführung aus. Als direkt Betroffener und Interessenvertreter der Bevölkerung von Walchwil muss zumindest der Gemeinderat wissen, was er seiner Bevölkerung zumutet. In Sachen Doppelspurinsel ist bereits alles gesagt und geschrieben worden. Die SP-Fraktion

ist der Meinung, dass die Fakten auf dem Tisch liegen und heute darüber befunden werden kann. Sie wird ebenfalls zustimmen.
Die zweijährige Sperrung ist ein weiterer Streitpunkt. Es ist allen klar, dass die Strecke zwischen Zug und Walchwil saniert werden muss. Nur über das Wie und Wie lange herrscht keine Einigkeit. Der Druck aus dem Kantonsrat und der Komitees hat erreicht, dass sich die SBB ernsthafte Gedanken macht, ob überhaupt und dann wie lange die Strecke gesperrt werden muss. Die führte bekanntlich zur Verkürzung der Sperrung auf anderthalb Jahre und zu Kostenreduktion. Die SP-Fraktion unterstützt aber eine Vollsperrung und das aus zwei Gründen:
• Ohne Sperrung müsste vor allem in der Nacht gearbeitet werden. Das würde heissen, dass die Anwohnerinnen und Anwohner mit starken Lärmbelästigungen über mehrere Jahre zu rechnen hätten. Das will die SP nicht, denn einen ruhigen Schlaf schätzen wohl alle.
• Arbeiten in der Nacht ist der Gesundheit und dem Familienleben ebenso abträglich wie Lärm. Die Arbeitnehmenden und die Familien haben darunter zu leiden. Die SP bevorzugt daher auch aus gewerkschaftlichen Gründen die Tagarbeit.
Die Gegner der Doppelspurinsel fahren für Ihre Kampagne mit starkem Gepolter auf. Bei genauem Hinschauen stehen auch handfeste Einzelinteressen dahinter. Es ist das gute Recht eines jeden, sich für oder gegen eine Sache einzusetzen. Die Erwartung aber, dass jemand eine lebenslange Garantie oder ein ebenso langes Versprechen für die eine oder andere Variante abgibt, ist etwas lebensfremd. Jeder und jede im Rat weiss zur Genüge, dass sich Meinungen ändern können und Gesetze oft schneller angepasst werden, als einem lieb ist.
Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Regierungsrats in der Fassung der Raumplanungskommission zu.

Daniel Eichenberger teilt mit, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist.

Adrian Andermatt: Die FDP-Fraktion hat das vorliegende Geschäft intensiv diskutiert und sich dabei von ihren Mitgliedern der Raumplanungskommission wie auch der KöV über die Details der Vorlage informieren lassen. Insbesondere hat sie auch die Variante Murpfli/Gleis 1 genauer unter die Lupe genommen. Bezüglich der genannten Variante hat sie auch zur Kenntnis genommen, dass die in erster Linie betroffene Gemeinde Walchwil, handelnd durch ihren Gemeinderat, hinter der regierungsrätlichen Vorlage steht und somit die Doppelspurinsel Walchwil unterstützt.
Die FDP-Fraktion hat einstimmig Eintreten beschlossen und wird der Vorlage in der Version der Raumplanungskommission zustimmen. Sie unterstützt somit die offene Linienführung mittels einer Doppelspurinsel mit einer Länge von rund 1,7 km im Raum Walchwil und die entsprechende Festsetzung im Richtplan.
Das Postulat der Kantonsräte Brunner, Stuber und Dzaferi betreffend Ausbau Gleis 1 Süd im Bahnhof Zug lehnt die FDP-Fraktion ab. Weiter lehnt sie die Anträge in Sachen Offenlegung gewisser Studien ab, Letzteres einzig und alleine deshalb, weil dies keinen Zusatznutzen bringt. Die Fakten liegen auf dem Tisch; es liegt am Kantonsrat, nun im Interesse des Nah- und Fernverkehrs einen raschen Entscheid herbeizuführen.

Martin Pfister trägt das Votum von Georg Helfenstein vor, der – wahrscheinlich weil es regnet – als Dachdeckermeister im Moment andere Prioritäten setzt.
Die CVP des Kantons Zug hat an der Fraktionssitzung eingehend über dieses Thema beraten und ist zu folgendem Schluss gekommen: Die NEAT braucht eine rasche Verbindung, und die Teilstrecke Walchwil ist ein Puzzleteil in der gesamten NEAT-Strategie. Aus diesem Grund ist die Doppelspurinsel Walchwil notwendig.

Dass die SBB die Planung und Realisierung dieser Strecke nicht zeitgleich auf die Eröffnung des NEAT-Basistunnels schafft, ist ein anderes Thema, aber es ist nun mal so und kann nicht geändert werden. Die CVP unterstützt die von der Regierung gestellten Anträge im Wissen darum, dass sich gleich zwei Kommissionen eingehend mit dieser Thematik auseinander gesetzt haben und ziemlich eindeutige Resultate vorlegten.
Im September letzten Jahres hat die SBB in Luzern interessierte Kantonsräte zu einer Informationssitzung eingeladen. Dabei wurden die Schwierigkeiten der Fahrplanstabilität aufgezeigt. Es gibt für die CVP keinen Grund, das nicht zu glauben, zumal ja die SBB in der Schweiz wahrscheinlich das sicher grösste Fachwissen in dieser Beziehung aufweist.
Die von der Regierung unterstützte Variante ist keine Beeinträchtigung für die Stadtbahn Zug. Es fehlt im Moment an einer Kreuzungsmöglichkeit auf dieser Strecke, und die Länge und Lage des Bahntrasses ergeben sich aus dem Fahrplankonzept. Gerade die Länge der Doppelspur erlaubt eine flexible Handhabung, und der Halbstundentakt nach Walchwil und Goldau ist nach wie vor möglich. Es stellt sich jedoch die Frage, wie gross das Interesse in Goldau an diesem Halbstundentakt wirklich ist. Die Kantone Uri und Schwyz sind an einer raschen Verbindung nach Zug und Zürich interessiert.
Gemäss Bericht des Regierungsrats wurden drei Varianten geprüft, wobei sich die offene Linienführung als die beste Lösung herausgestellt hat. Und ganz wichtig: Die Doppelspurinsel Walchwil wird vom Bund finanziert, was bei einer Variante Murpfli, so wie es die Gegner wollen, wohl kaum der Fall wäre. Auch die CVP moniert die zweijährige Totalsperre der Bahnstrecke, aber die Vorteile überwiegen am Schluss doch:
• Das bestehende Trassee kann restauriert werden, was auch notwendig ist.
• Die Bauarbeiten für die Ausbaustrecke Doppelspur können intensiver und ungestörter vorangetrieben werden.
• Die Sicherheit der Ausführungsarbeiten ist besser gewährleistet.
• Die Bauzeit reduziert sich massiv gegenüber einem Ausbau mit Sanierung unter Fahrbetrieb.
Die CVP vertritt den Standpunkt, dass seit dem Bericht des Regierungsrats kaum neue Fakten dazugekommen sind. Der Regierungsrat und die SBB haben die Fragen zufriedenstellend beantwortet und die nötigen Informationen geliefert. Als Milizpolitiker müssen wir uns auf die Fachleute verlassen können. Wir brauchen keine Zeitverzögerung in dieser Frage, sondern eine vorwärts gerichtete Strategie.
Kurz zusammengefasst:
• Ausbau im Bahnhof Zug von Gleis 1 bringt kaum einen Mehrwert. Im Gegenteil: Es wird für die Passagiere umständlicher.
• Die Sperrung der Strecke ist für die Sanierung derselben optimaler, die Arbeitssicherheit um vieles höher.
• Die Variante Murpfli bringt keine Fahrplanstabilität.
Die CVP-Fraktion unterstützt daher grossmehrheitlich die Anträge der Regierung und der beiden Kommissionen.

Daniel Stadlin: Die Zusatzabklärungen haben offensichtlich keine neuen Fakten und Argumente gegen den Doppelspurausbau Walchwil hervorgebracht. Die Ausgangslage ist dieselbe wie 2012. Die Ausweichstelle Murpfli ist primär auf den Regionalverkehr ausgerichtet und passt schlecht ins nationale und internationale Bahnverkehrskonzept. Eine entsprechende Studie der SBB zeigt auf, dass eine andere zeitliche Führung der Strecke entlang des Zugersees zu Problemen im Knoten Zürich führen könnte. Denn hier geht es ja nicht nur um eine Regionallinie, sondern

um den übergeordneten nationalen und internationalen Eisenbahnverkehr. Für unseren Kanton ist es von zentraler Bedeutung, dass der Bahnhof Zug weiterhin im Konzept der SBB als international angebundener NEAT-Knotenpunkt verbleibt. Dies darf keinesfalls diffusen Partikularinteressen geopfert werden. Da der Richtplan nur die raumrelevanten Grundzüge festlegt, ist zudem der angepasste Richtplaneintrag noch keine Zustimmung zur vorliegenden Projektversion der SBB, sondern ein Bekenntnis zur Notwendigkeit einer Lösung. Die SBB hat sicher kein Interesse, dabei das Falsche zu tun. Sie ist weder dumm noch arglistig, wie die Gegner der Doppelspur Walchwil gerne monieren. Ein Ablehnen der Richtplananpassung wäre somit kaum zielführend. Es fragt sich was damit bewirkt werden kann, wenn die Planungshoheit bei der SBB liegt und somit die oberste Entscheidungsinstanz nicht der Kanton Zug, sondern der Bund ist. Die Doppelspurinsel Walchwil ist, zusammen mit dem Ausbau der Strecke Zug–Arth-Goldau für Doppelstockzüge, Teil der beschlossenen und finanzierten zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur ZEB und vom Bund an die SBB zur Realisierung in Auftrag gegeben worden. In Anbetracht der Tatsache, dass eine Richtplananpassung mit ihren Verfahrensschritten von der öffentlichen Auflage über den Kantonsrat bis hin zur Festsetzung schätzungsweise ein bis zwei Jahre in Anspruch nimmt, ist es nicht sinnvoll, auf der politischen Ebene den dringend notwendigen Ausbau der Strecke am östlichen Seeufer zu blockieren. Es kann sicher nicht im Sinne des Kantons Zug sein, wenn die Leistungsfähigkeit der Nord-Süd-Achse für den Personenverkehr bei Inbetriebnahme des Ceneri-Basistunnels nicht gegeben sein wird.
Noch kurz zur Streckensperre. Bekanntlich hat die SBB die Einwände der Bevölkerung ernst genommen und den Projektablauf zeitlich gestrafft. Die nun vorgesehene achtzehnmonatige Sperre erachtet die GLP für ein solch anspruchsvolles Infrastrukturprojekt, als akzeptabel.
Die GLP ist für Eintreten und wird der Vorlage in der Fassung der Raumplanungskommission zustimmen.

Franz Hürlimann ist in dieser Angelegenheit nicht so blauäugig wie seine Vorredner. Der riesige Aufwand für den Bau einer Doppelspurinsel Walchwil dient letztendlich nur dazu, die Reisezeit um etwa eine Minute zu verkürzen. Darum kommt der Votant zur Erkenntnis: Für die Richtplanänderung zugunsten einer Doppelspurinsel in Walchwil sind die ganze Debatte und der damit verbundene Aufwand absolut unnötig. Er gibt dem Projekt den simplen Titel: Grosse Kosten, kleiner Nutzen.
Eine Doppelspurinsel in Walchwil suggeriert die Gewährleistung des Halbstundentakts, was in Tat und Wahrheit in keiner Weise zutrifft. Ein anderer Nutzen ist für die nächsten Dezennien nicht auszumachen. Denn für die NEAT braucht es die Doppelspurinsel nicht, wie die Vertreter von der SBB selber aussagen.
Eine Gilde von selbsternannten Spezialisten erstellt ein Projekt nach eigenem Gutdünken. Eine unabhängige Stelle wäre womöglich zu einer differenzierteren Ansicht gekommen. Aber selbsternannte Fachleute, die selbstgemachtes Recht ausüben, haben eben niemandem Rechenschaft abzulegen. Für sie ist es auch ganz normal, eine Bahnstrecke zwischen Zug und Arth-Goldau für zwei Jahre zu sperren. Wie schon gehört, hat der öffentliche Druck in dieser Beziehung bereits Wirkung gezeigt, wenn auch nicht zur vollen Zufriedenheit. Wenigstens dürfen wir jetzt mit anderthalb Jahren Bauzeit rechnen.
Mit Schaufel und Pickel begann man vor 120 Jahren mit dem Bau der Bahnlinie Zug–Arth-Goldau. Schwierigstes Gelände musste durchquert, ein Dutzend Tunnels und ebenso viele Viadukte gebaut werden, und nach gut zwei Jahren war die Bahnlinie eröffnet. Das kann man in den Geschichtsbüchern nachlesen. Und heute

braucht man mit modernsten Maschinen immer noch mehr als die Hälfte der Zeit für die Sanierung. Da läuft doch etwas aus den Verhältnissen!
Die Vertreter der SBB lassen wohl freundlich mit sich reden und machen im Gegenzug selbstherrlich einfach, was sie wollen. Ob der Richtplan nun geändert wird oder nicht: Bei Verhandlungen mit Privateigentümern hat sich die SBB diesbezüglich bereits so geäussert: «Die können machen, was sie wollen. Wenn wir bereit sind, fahren unsere Maschinen auf.» So wie mit uns, so läuft es bei den SBB auch betriebsintern. Sprechen Sie einmal mit SBB-Angestellten, egal in welcher Position, über Betriebsklima, Motivation etc. Sie werden Erstaunliches hören. Oder kennen Sie jemanden, der bei der SBB arbeitete, bis er 65-jährig wurde?
Der Wirrwarr von Aussagen und Gegenaussagen, von Behauptungen und Widerreden im Vorfeld zu dieser Debatte ist beispiellos und muss den Rat nachdenklich stimmen. Warum verpflichtet sich die Regierung so vehement der SBB, die Sachverhalte vorenthält und die Wahrheit verschweigt? Will der Rat, dass die Strecke nach weiteren zehn Jahren wegen des angekündigten Doppelspurausbaus im Jahr 2030 wieder für Jahre gesperrt wird? «Ein Schildbürgerstreich erster Güte», um einen Leserbrief zu zitieren. Da hilft es auch nichts, wenn der Volkswirtschaftsdirektor behauptet: «Die wissen, wie man plant und baut und betreibt.» Der Votant zitiert dazu aus der aktuellen schweizerischen Eisenbahnrechnung, erschienen am 10. April dieses Jahres: «Die Eisenbahnunternehmen verbuchten im Jahr 2011 einen Ertragsüberschuss von 376 Millionen Franken. Der Gesamtertrag (inkl. Subventionen) betrug 10,39 Milliarden Franken, während der Aufwand 10,02 Milliarden Franken ausmachte. Ohne die Subventionen betragen die Einnahmen allerdings nur 7,04 Milliarden Franken, während die Ausgaben unter Berücksichtigung des Zinsaufwands der kumulierten Defizite seit 1990 und der Spezialfinanzierungen 17,23 Milliarden Franken ausmachen.» Dies ergibt dann einen tatsächlichen Verlust von sage und schreibe 10,19 Milliarden Franken, was einem schmalen Kostendeckungsgrad von gerade mal 40,9 Prozent entspricht. *Momoll,* Herr Volkswirtschaftsdirektor, die wissen, wie man plant und baut und betreibt. Betreiben sollte hier – meint der Votant – der Gläubiger, und das sind die Steuerzahler.
Bis heute ist uns die SBB den effektiven Bedürfnisnachweis über das Projekt schuldig geblieben. Aber eben, in Sachen Schulden kennt man sich ja bei der SBB aus. Auf einer solchen Basis sieht der Votant absolut keinen Grund, dieser Richtplanänderung zuzustimmen. Auf solche Händel lässt er sich nicht ein. Wie ihm das Geschäft vorkommt, erklärt er mit dem Gleichnis vom Verhältnis zwischen Mensch und Hund: Einer trägt dem anderen im Plastiksäckli die feuchte Kacke hinterher – und nun sage man, wer der Chef ist.
Der Votant stellt abschliessend den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten.

Hanni Schriber-Neiger erachtet als Mitglied der Raumplanungskommission die Richtplanänderung für die Freihaltung des Geländes «Doppelspurinsel Walchwil» für notwendig. Diese ermöglicht die Umsetzung des mittelfristigen Fahrplankonzepts mit integralem, d. h. regelmässigem Halbstundentakt im Regionalverkehr von Baar-Lindenpark bis Walchwil. Damit neben dem prioritären Fernverkehr auch immer ein gesicherter Halbstundentakt des Regionalverkehrs bis mindestens Walchwil machbar ist, sieht die Votantin den Ausbau Doppelspurinsel in Walchwil am richtigen Ort. Sie gibt dieser Variante den Vorzug, da mit diesem Lösungsvorschlag ein stabiler Fahrplan garantiert wird. Ein stabiler Fahrplan ermöglicht eine Transportkette, auf die sich die Reisenden verlassen können, auch mit kleinen Verspätungen.
Für die betroffenen Pendlerinnen und Pendler erachtet die Votantin eine eineinhalbjährige Streckensperrung als zumutbar. Lieber einen fixen Ersatzfahrplan über

die ganze Sanierungszeit mit etwas längerer Reisezeit als ein mehrmals wechselndes Angebot. Welche Bauweise für die Sanierung schlussendlich gewählt wird, bestimmt die SBB, auch mit Einbezug der betroffenen Kantone.
Als Rischerin/Rotkreuzerin ist der Votantin auch Folgendes wichtig: Die Voraussetzungen für eine akzeptable Streckensperrung werden in Rotkreuz geschaffen. Der Fernverkehr Zürich–Tessin wird via Rotkreuz geführt. Während der Zugshalte in Rotkreuz werden die Bahnkunden offiziell ein- und aussteigen können. Auch gab es eine Zusage von der SBB für eine notwendige Perronverlängerung, da in Rotkreuz genügend Platz vorhanden ist. Die Votantin wird also dem Antrag der Regierung und Kommission zur Richtplanänderung zustimmen

Florian Weber: Der Kantonsrat hat am 31. August 2010 den Regierungsrat beauftragt, sich für eine Tunnellösung bei der SBB einzusetzen. Nun, einige Jahre später, will dieser mit Bericht und Antrag den Zonenplan anpassen und verlangt vom Kantonsrat eine Anpassung des Richtplans für einen offenen Doppelspurausbau in Walchwil. Die Vorlage ist etwas fraglich, wenn eine Studie vorliegt, die als Gegenvariante zu einem offenen Ausbau zwei Tunnelvarianten, die in der Mitte des Dorfes enden, aufzeigt. Auch etwas fraglich stimmt den Votanten die Bewertung resp. Gewichtung in der Studie:
• Ist die Akzeptanz bei der Bevölkerung tatsächlich so hoch? Es scheint, dass die Studie die Wertung für einen offenen Ausbau gar etwas hoch ansetzt.
• Umwelttechnisch lässt sich die offene Variante anscheinend gleich gut ins Bild integrieren wie die Tunnelvarianten. Wenn der Tunnel in der Mitte des Dorfs endet, dann kann man das vielleicht noch unterschreiben.
• Sicher ist, dass der Panoramaweg der Walchwiler Bevölkerung nicht so wichtig ist, dass man auf eine richtige Tunnelvariante verzichten würde.
• Wenn man schon von Varianten spricht, dann sollte man auch eine richtige Tunnelvariante bringen und nicht zwei Stummelvarianten.
• Im technischen Bericht der Variantenstudie wird explizit auf den Vorteil hingewiesen, dass der Doppelspurausbau auch dazu genutzt werden kann, die Strecke Zug–Arth-Goldau doppelspurig auszubauen.
• Die Ansätze die von Emch+Berger WSB AG für die Aufwendungen des Tunnelbaus verwendet wurden, wurden von einem diplomierten Ingenieur ETH und Verkehrsplaner, der sich mit Bahnfragen auseinandersetzt, auf die Hälfte geschätzt.
Zum Kommissionsvorschlag betreffend NEAT-Zubringer in den Berg: Der Votant wagt zu bezweifeln, dass der NEAT-Zubringer je in den Berg verlegt wird, wenn die Hälfte der Strecke schon ausgebaut wurde und mit einem ungefähr 2 Kilometer langen doppelspurigen Tunnel südlich von Oberwil, der in den gewünschten offenen, doppelspurigen Ausbau mündet, schon praktisch die ganze Arbeit getan ist.
Der Votant wird den Antrag von Franz Hürlimann unterstützen und für Nichteintreten stimmen. Für den Fall, dass der Rat auf das Geschäft eintritt, stellt er den **Antrag,** das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine unabhängige Studie für einen Tunnel durchzuführen, der nördlich ausserhalb von Walchwil beginnt und südlich nach St. Adrian endet. Damit wird die Grundlage geschaffen, auch wirklich über Varianten zu befinden. Zu glauben, dass im Nachhinein ein Tunnel gebaut werden kann, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Der Entscheid soll jedoch auch anhand von richtigen Varianten gefällt werden. Der Rat verbaut sich mit einem solchen Entscheid nichts, muss sich aber in der Zukunft keine Vorwürfe machen, einen Entscheid gefällt zu haben, den er bereuen muss und den er auf unvollständigen Grundlagen gefällt hat. Es geht heute nicht um einen Entscheid für oder gegen ein Konkordat oder eine Busspur. Es geht um einen Entscheid für sämtliche zukünftige Generationen.

Philip C. Brunner dankt vor allem seinen Vorrednern Hürlimann und Weber für ihre Ausführungen. Er befasst sich seit bald zweieinhalb Jahren mit diesem Thema, hat sehr viel gelernt – auch dass vieles, was hier am Rednerpult vorgetragen wurde, leider nicht stimmt –, und je länger er sich mit dem Thema befasst, desto mehr hat er die Illusionen verloren. Es spielt eigentlich gar keine Rolle, was der Rat heute entscheidet. Der Rat ist in einer ähnlichen Situation wie das eidgenössische Parlament bei der Lex USA.
Wie bereits zu verstehen war, vertritt die SVP-Fraktion grossmehrheitlich eine andere Meinung als der Votant. Er respektiert das, bittet aber, in demokratischer und republikanischer Tradition auch seine abweichende Meinung zu respektieren. Als vom Volk gewählter Vertreter, welcher geschworen hat, das Beste und nur das Beste für Zug und seine Bürger zu tun, appelliert er an die Toleranz und politische Hygiene, sich ein paar weiterführende Gedanken machen zu können.
De quoi s'agit-il? Es wird hier eine Phantom-Diskussion geführt. Es wurde gesagt, das Projekt Murpfli sei aus verschiedenen Gründen abzulehnen. Es gibt aber gar kein Projekt Murpfli. Das Murpfli ist eine Idee, ein Vorschlag. Es geht um 100'000 Franken, die der Kantonsrat heute beschliessen könnte, um das mal abzuklären. Mitte Mai hat unser traditionsbewusster Regierungsrat die stolze Summe von einer halben Million Schweizerfranken für einen 700-Jahr-Anlass aus dem Sport-Toto-Fonds bewilligt – der Votant spricht von der Morgartenfeier 2015. Da springt das Herz des SVP-Kantonsrats, des Freundes des Morgartenschiessens, und hoffentlich ist er nicht der einzige im Saal, der sich freut. Gut gemacht, sehr geehrte Dame und Herren Regierungsräte, wirklich sehr grosszügig. Aber für eine Studie, die kaum 100'000 Franken kosten würde, haben wir offenbar kein Geld – kein Geld dafür, dass seriös diskutiert werden könnte und nicht eine Phantomdiskussion geführt werden müsste.
Ja, Murpfli ist nicht Morgarten. Da ging es um die Freiheit der frisch gegründeten Eidgenossenschaft, um die erste militärische Bewährungsprobe, um Mut gegen die Habsburger, um Aufopferung gegen den bösen Feind aus dem feindlichen östlichen Reich Österreich-Habsburg. Da ging es um Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, keine fremden Richter, Kaiser oder Könige zu akzeptieren …
(Der Vorsitzende ermahnt den Redner, zum Geschäft und nicht über die Schlacht am Morgarten zu sprechen.)
Es geht auch hier um Selbstbehauptung und Unabhängigkeit. Die Präsidentin der Raumplanungskommission hat gesagt, eine lokalen Betrachtungsweise sei hier fehl am Platz. Hier wird offenbar über nationale Verkehrspolitik diskutiert. Dafür aber ist der Votant nicht gewählt worden. Er ist gewählt worden, um im Kanton Zug das Beste für das Volk zu tun. Die Österreicher von heute heissen doch Schweizerische Bundesbahnen. *(Der Rat lacht.)* Die SBB sind der Staat im Staat. In den Büros in Bern, wo Millionen aus AHV, NFA usw. hingeschickt werden, sitzen sie in ihren Büros, lächeln über diesen Zuger Ministaat, dieses aufmüpfige, bürgerliche Kantönli – die sollen doch zahlen und nochmals zahlen, damit wir weitermachen können mit unseren Projekten zum Ausbau des Öffentlichen Verkehrs. Im Durchgangskantönli wollen ein paar Ewiggestrige eine eigene Meinung zur europäischen Verkehrsarchitektur, zur Verbindung von Norden und Süden, einbringen – lachhaft!
Natürlich hat man das Möglichste gemacht. Die Herren Regierungsrate haben in ihren Reihen, wie man gesehen hat, zum Rechten geschaut – zum Rechten und zum Linken. Diese Opponenten sind ja unglaublich aufmüpfig und frech. Jeder kennt das Sprichwort, das hier zwar nicht wörtlich, aber im Geist zitiert wurde: «Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul.» Wir, die SBB, haben einen Auftrag, einen parlamentarischen Auftrag sogar, geben 190 Millionen Franken ein, um dort das 21.Verkehrsjahrhundert einzuläuten oder – wie der Baudirektor meint – um

Tschutschu mit dem S2-Bähnchen zu fahren. Und die sind noch dagegen, verstehen gar nichts. Das ist ja fast so wie damals, als die ersten Autos herumfuhren und nicht alle gleich Feuer und Flamme waren, unglaublich.
Die Vorredner haben einige technische Details zu diesem Geschäft gesagt. Der Votant wiederholt das nicht. Er hat eine alternative, eine bürgerlich-konservative Position: Diese Staatsbahn nimmt keine Rücksichten, weder auf ihre eigenen Kunden noch auf die Landschaft oder Natur und schon gar nicht auf die Menschen, die hier wohnen. Für 17 Milliarden Franken hat man den Gotthard-Basistunnel gebaut – das finanzielle Desaster ist heute schon absehbar –, und aus Gründen des nationalen Konsenses wurde noch ein zweites Jahrhunderbauwerk ins Wallis gestellt, der Lötschberg-Basistunnel. Und jetzt überlegt man sich, wie man das Problem der Zufahrten lösen will. Tolle Planung aus Bern, tolle politische Salamitaktik. Der Votant ruft den Rat auf, nein zu sagen und damit ein Zeichen gegen dieses Diktat der SBB zu setzen. Leider sind die Gesetze so, dass man das Zuger Parlament zum Vollzug gar nicht braucht. Das werden der Volkswirtschaftsdirektor und der Baudirektor bestätigen müssen. Der Beschluss, den der Rat heute fällt, hat *de facto* eine reine Alibifunktion. Der gigantischste aller Staatsbetriebe, welche dieses Land je gesehen hat, die SBB, macht, was er will. Er hat keinen Respekt vor der Geschichte und vor dem Eid, den die Ratsmitglieder hier abgelegt haben. Hier geht es nicht um ein lästiges Konkordat, das man künden kann, auch nicht um eine Pensionskassenregelung, die man abändern kann. Hier wird ein gigantisches Bauwerk erstellt, das in ein paar Jahrzehnten, wenn nicht sogar in hundert Jahren noch immer dasteht.
Vor fünfzig Jahren: Bern-Grauholz, Das ist dort, wo die Berner Truppen 1798 im Freiheitskampf gegen Frankreich jämmerlich versagt haben, weil die alte eidgenössische Politik sie verraten hat. Dort hat damals das verkehrsgeile Publikum mehrreihig gejubelt am Rand der N1, heute A1, als die ersten Autos stinkend vorbeifuhren. In der Zwischenzeit hat sich der *Mainstream* geändert. Es ist es schwierig geworden mit dem motorisierten Individualverkehr, so schwierig, dass der Zuger Baudirektor mittlerweile jeden Schmetterling umdreht, damit er einen Quadratmeter Strasse bauen darf. Martin Stuber und seine grünen Freunde liefern um jeden Quadratmeter Strasse fundamentale Kämpfe. Der Wind hat gedreht. Heute ist es der motorisierte Privatverkehr, der geschlossene Türen hat; man müsste sie öffnen. Beim ÖV aber schaut man nicht hin. Da geht es genauso, wie es die Obrigkeit in Bern will. Es wird in ein paar Jahren wichtig sein, dass dieses Parlament diese Diskussion nachlesen kann. Der Votant weiss, dass er vielleicht nicht der Populärste ist nach diesem Votum; es ist aber sehr wichtig, dass man an die Dimensionen des heutigen Entscheids denkt. Es ist wahnsinnig, wie der ÖV ohne Rücksicht auf die Bevölkerung einem Mobilitätswahn der Bahnen huldigt. Wahnsinnig ist nicht der Votant, sondern jene, die unter diesen Vorzeichen einer solchen Vorlage zustimmt. Der Votant ruft den Rat auf, unangepasst zu sein und Widerstand zu leisten.

Martin Stuber möchte mit seinem Vorredner gelegentlich über Morgarten diskutieren, ist jetzt aber dem Rat noch Auskunft über die Haltung der AGF schuldig. Die AGF ist für Eintreten, weil sie beide Anliegen des Ausbaus – Halbstundentakt im Fernverkehr ohne Einschränkung der S2 – unterstützt. Sie ist aber grossmehrheitlich der Meinung, dass auch eine anderthalbjährige Sperrung immer noch zu lang ist. Man muss einen Weg suchen, um die Sperrung so kurz wie möglich zu halten. Auch muss die Alternative zum offiziellen Doppelspurprojekt geprüft werden; die AGF unterstützt deshalb grossmehrheitlich die Forderung nach einer unabhängigen Expertise.
Markus Jans hat die Zustimmung der SP-Fraktion unter anderem mit der Position des Gemeinderats Walchwil begründet. Immerhin zwei von drei Kantonsräten aus

Walchwil aber sind dagegen. Weshalb der Gemeinderat Walchwil die offizielle Variante, welche der Bevölkerung anderthalb Jahre lang massivste Bauimmissionen entlang der 1,7 Kilometer langen Neubaustrecke zumutet, als Nonplusultra hinstellt, ist ein Rätsel. Vielleicht hat es damit zu tun, dass der Gemeindepräsident von Walchwil in einer recht grossen Metallbaufirma in Baar als Verwaltungsratspräsident amtet – vielleicht gehört ihm die Firma auch –, welche direkt oder indirekt ansehnliche Geschäfte mit der SBB tätigt.
Von allen Fraktionen ausser der AGF ist sehr viel Vertrauen zur SBB geäussert worden. Die Opponenten sagen aber, dass es eine unabhängige Expertise braucht. Die Walchwiler Opposition hat recht, wenn sie bemängelt, dass erstens der technische Bericht bezüglich der Varianten Tunnel oder offene Linienführung von der SBB, also von einer Partei, in Auftrag gegeben wurde; beauftragt wurde das Büro Emch+Berger WSB AG. Am Infoanlass am 17. Juni war ein leichtes Knistern im Saal spürbar, als der Votant den SBB-Vertreter fragte, wer die externen Planungsaufträge für den Doppelspurausbau und die Streckensanierung erhalte. Man kann es sich denken: Es ist Emch+Berger WSB AG, also *justament* jenes Büro, welches die Variantenstudie zur Frage Tunnel oder offene Doppelspur verfasst hat. Der SBB-Sprecher betonte, dass der Auftrag in einem normalen Ausschreibungsverfahren vergeben wurde. Das ist sicher so gewesen, aber der Umstand wirft ein Schlaglicht auf ein wirkliches Problem in der Schweiz: Die SBB ist mit grossen Abstand der grösste Besteller von solchen Dienstleistungen, und jede Firma, welche Aufträge der SBB möchte oder darauf angewiesen ist, wird sich sehr gut überlegen, wie sie sich mit der SBB stellt. Aus diesem Grund ist eine unabhängige Expertise wirklich nötig; wahrscheinlich muss man dafür sogar ins Ausland gehen, wo es aber vermutlich eher noch günstiger sein wird als in der Schweiz.
Es war ein guter Schachzug der SBB, das man jetzt in Rotkreuz ein- und aussteigen kann. Hanni Schriber-Neiger hat aber die Auswirkungen der Sperrung auf die S1 nicht erwähnt. Die Verspätungen im Nord-Süd-Verkehr, die es gibt und in den nächsten Jahren weiterhin geben wird, werden die S1 zwischen Rotkreuz und Baar unmittelbar tangieren. Und dann wird der Umstand zum Tragen kommen, dass der Fernverkehr in der Schweiz Priorität hat. Es wird also zu Verspätungen der S1 zwischen Rotkreuz und Baar kommen; es wird Fälle geben, wo die S1 in Zug statt in Baar wenden wird; das steht heute schon fest. Der Votant glaubt nicht, dass das ein Vorteil ist für die Rotkreuzer.

Baudirektor **Heinz Tännler** will zehn Punkte vortragen:
1. Die zentrale Frage: Was ist eigentlich das Wesentliche bei diesem Geschäft? Die zum Teil turbulente Vorgeschichte dieses Geschäftes lässt den Baudirektor düster ahnen, dass teilweise vergessen wird, worüber eigentlich gesprochen wird. Manchmal fühlt und fühlte sich der Baudirektor bei den Zuger Diskussionen in operative Arbeitsgruppen der SBB versetzt, in denen über Fahrplankonzepte im Detail, über Betriebspläne und über ein Bauprojekt im Einzelnen gesprochen und beraten wird. Das mag für die einen richtig sein, ist aber falsch.
2. Die zentrale Antwort: Wir sind in einem Raumplanungsgeschäft. Konzentrieren wir uns also auf den Kern des Geschäfts. Wir sind auf der Stufe des kantonalen Richtplans, und dieser ist lediglich behördenverbindlich; die einzelnen Grundeigentümer haben immer noch das Recht, Einsprachen zu machen und sich zu wehren. Und was ist ein kantonaler Richtplan in seiner Substanz? Er ist nichts anderes als eine räumliche Freihaltung des Bodens für bestimmte Zwecke, die nach einer Abwägung der unterschiedlichen Interessen vorzunehmen ist. Wir haben hier Raumplanung zu betreiben, nicht Eisenbahnbau.

3. Wozu dient dieses Geschäft? Dieses Raumplanungsgeschäft dient zur Umsetzung von – demokratisch zustande gekommenem – Eisenbahnrecht. Der Kanton ist in dieser Frage ein juristisch untergeordnetes, kleines Rädchen in einem grossen Uhrwerk. Dieses Uhrwerk heisst internationale Eisenbahnverbindungen, heisst Bund und heisst nationale, seit mehr als hundert Jahre bestehende Eisenbahngesellschaft SBB. Hier geht es um § 18 des übergeordneten, eidgenössischen Eisenbahngesetzes. Dieses hält in Abs. 1 klipp und klar fest: «Eisenbahnanlagen dürfen nur mit einer Plangenehmigung erstellt oder geändert werden.» Somit: Bundesrecht. In Abs. 2 wird festgehalten: «Genehmigungsbehörde ist das Bundesamt für Verkehr.» Somit: Zuständigkeit der Bundesbehörden. Und in Abs. 4 wird es ganz entscheidend: «Kantonale Bewilligungen und Pläne sind nicht erforderlich. Das kantonale Recht ist zu berücksichtigen, soweit es das Eisenbahnunternehmen in der Erfüllung seiner Aufgaben nicht unverhältnismässig einschränkt.» Somit: Das kantonale Raumplanungsrecht hat den Rechtscharakter eines kantonalen Antrags an den Bund im Rahmen eines nationalen Projekts. Kurz und bündig: Bund und SBB haben einen kleinen Spielraum, um unsere kantonalen Anliegen und Interessen zu berücksichtigen. Diesen Spielraum haben sie in unserem Interesse und entgegenkommend bei weitem erfüllt.
4. Entgegenkommender Bund und konziliante SBB: Bund und besonders die SBB haben aufgrund des hartnäckigen Nachfragens und Nachhakens Studien in Auftrag gegeben, sind mit uns mehrfach zusammengesessen, haben geduldig alle Fragen beantwortet und haben immer grosses Verständnis für unsere Anliegen gezeigt. Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Die SBB hätten aufgrund ihrer starken juristischen Stellung einfach das eisenbahnrechtliche Plangenehmigungsverfahren beim Bundesamt für Verkehr einleiten können. Unsere raumplanerischen Anträge, soweit sie von den SBB abweichen, hätte das Bundesamt für Verkehr in der Plangenehmigungsverfügung, also in der der Baubewilligung, abschmettern können. Wir hätten dann diese Verfügung in einem langwierigen Verfahren und mutmasslich erfolglos auf dem Rechtsmittelweg anfechten können. All das hat die SBB nicht gemacht, sie war konziliant und hat auf die Interessen des Kantons Rücksicht genommen.
5. Es geht um nationale und internationale Interessen. Wir haben es mit einem Projekt mit einer nationalen, sogar internationalen Dimension zu tun. Es geht in der Substanz um die Inbetriebnahme der NEAT-Strecke auf der Nord-Süd-Achse mit Gotthard- und Ceneri-Basistunnel sowie um das nationale Angebot betreffend zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur. In diesem nationalen und internationalen Zusammenhang sind Massnahmen zur Leistungssteigerung auf der stark ausgelasteten Strecke Zug–Arth-Goldau erforderlich. Damit dies – zudem – ohne Einschränkung für unseren Regionalverkehr möglich ist, wird bei Walchwil dieses zweite Gleis gebaut. Dass der Kanton Zug ein kleiner *Player* in diesem «grossen ferrovialen Welttheater» sind, ist offensichtlich und muss akzeptiert werden. Räumen wir uns die Rolle ein, die uns gebührt. Und diese Rolle haben wir alle nicht so schlecht gespielt. Wir haben ein Resultat, das gerade auch die Interessen betreffend Zuger Stadtbahn wahrt.
6. Was soll nun gebaut werden? Ein externes Büro untersuchte im Auftrag der SBB und des Kantons verschiedene Lösungsmöglichkeiten für die Doppelspurinsel. Am 28. Juni 2012 hat der Regierungsrat die Vorlage kurzfristig aus dem Kantonsrat zurückgezogen, und zwar aus verhandlungstaktischen Gründen. Daraufhin wurden nochmals Zusatzabklärungen gemacht, und am 7. September 2012 hat die SBB die umfangreichen betrieblichen und baulichen Abklärungen dem Bundesamt für Verkehr sowie den Vertretern des Kantons Zug präsentiert. Das Bundesamt als kritisches Aufsichtsorgan über die SBB hat sich detailliert ins Bild setzen lassen. Die Bundesvertreter kamen klar zum Schluss, dass das Projekt so umzusetzen ist, wie

es vorgesehen war. Das übereinstimmende Ergebnis dieser vielen Abklärungen leuchtet aufgrund des gesunden Menschenverstandes ohne weiteres ein: Ein zweites Gleis in offener Linienführung im Bereich des bestehenden Bahntrassees auf einer Länge von knapp 2 Kilometern ist das Beste. Diese Variante – verglichen mit Tunnelvarianten – ist offensichtlich billiger, rascher zu realisieren, benötigt weniger Land Dritter, ist landschaftsschonender und am richtigen Ort. Mit dieser Variante erhalten alle alles, nämlich die SBB die Massnahmen zur Leistungssteigerung, auch im Hinblick auf die NEAT, und der Kanton Zug den Halbstundentakt der Stadtbahn S2 mit regelmässigem Halt an der Haltestelle Walchwil Hörndli. Es ist eine *Win-win*-Situation.

7. Andere Varianten und Fragestellungen stehen jetzt und hier nicht zur Debatte:

- Ausbau Gleis 1 Süd: Dieses Projekt ist nach überzeugenden Ausführungen der SBB und des BAV überflüssig.
- Spange Rotkreuz: Diese bringt weder der SBB noch dem Kanton Zug Vorteile.
- Langfristige Linienführung am Zugersee: Ein rein theoretischer Ausbau des NEAT-Zubringers am Zugersee ist zeitlich – sofern überhaupt - noch so weit entfernt, dass wir uns im Dunstkreis nicht mehr erfassbarer Zukunft befinden.
- Güterverkehr: Der Regierungsrat lehnt ein Führung von Güterzügen quer durch den Kanton Zug ab und hat diese Haltung konsequent vertreten. Eine solche Führung von Güterzügen entlang des Ostufers des Zugersees ist denn auch in keiner Planung der SBB oder des Bundes vorhanden. So etwas ist aus Sicht des Baudirektors heute Utopie.

8. Die jüngste Information durch die SBB vor wenigen Tagen mit folgenden frohen Botschaften:

- Das Projekt wird günstiger.
- Die Sperre dauert weniger lang.
- Abschliessende Abklärungen zeigen, dass nur der Ausbau Walchwil eine optimale Einbindung der Doppelspur und Abstimmung auf das nationale Entwicklungsprogramm gewährleistet.
- Die Streckensperre ist auch durch die Sanierungsarbeiten auf der Strecke mit ihren zahlreichen Kunstbauten bedingt und kommt in jedem Fall, auch wenn die Doppelspur nicht realisiert würde.

9. Der Regierungsrat beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr im Sinne der Raumplanungskommission zuzustimmen.

10. Der Baudirektor dankt für die Aufmerksamkeit.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** äussert sich zu fünf Punkten, dies um dem allfälligen Vorwurf zuvorzukommen, es werde etwas widerspruchslos zur Kenntnis genommen oder gar gutgeheissen, wenn man nichts dazu sagt.

1. Zur Frage, ob die Umfahrung auch eineinhalb und nicht zwei Jahre daure, hat sich der Volkswirtschaftsdirektor von der SBB versichern lassen, dass die Dauer von eineinhalb Jahren innerhalb der SBB abgestimmt ist und eingehalten werden kann. Aufgrund der Ergebnisse des Vorprojekts hat sich die SBB entschieden, den Fahrplan unterjährig so anzupassen, dass nach eineinhalb Jahren die neu gebaute Strecke Zug–Arth-Goldau wieder befahren werden kann. Ein solcher unterjähriger Fahrplanwechsel funktioniert, und die SBB haben entsprechende Erfahrungen damit. Man kann also davon ausgehen, dass die Umfahrung über Rotkreuz so lange dauert wie die Streckensperrung.

2. Man ist in der Diskussion auf derart viele Schauplätze ausgewichen, dass das Grundsätzliche etwas aus dem Blickfeld geraten ist. Dass Alternativideen wie Murpfli eingebracht wurden, ist grundsätzlich gut. Wenn man dann aber erkennt, dass diese Variante Neu- und Ausbauten im Bahnhof Zug braucht und weitere

Nachteile hat, dann muss man sich von dieser Idee wieder verabschieden können. Die heutige Debatte und viele Leserbriefe haben gezeigt, dass der Hauptgrund, weshalb man die Doppelspurinsel Walchwil nicht will, die Dauer der Streckensperrung ist. Da setzt man dann also die Variante Murpfli hin, plant darum herum und rechnet in Leserbriefen vor, wie man den Fahrplan organisieren muss, damit das Murpfli funktioniert und das Umsteigen auf die Rigi besser klappt. Die dahinter liegende Logik bzw. Planungsunlogik ist die folgende: Man setzt eine Idee hin, um erstens eine Sanierung zu erleichtern, zweitens dann den Fahrplan darauf auszurichten und drittens eine Bergbahn besser zu bedienen. Wenn der Volkswirtschaftsdirektor etwas gelernt hat in seinen Jahren als ÖV-Direktor, dann ist es, dass die bewährten und auch völlig unbestrittenen Planungsgrundsätze aber gerade umgekehrt laufen. Man schaut sich erstens das heutige und das potenzielle zukünftige Fahrplanangebot an; daraus leitet sich zweitens ab, welche Infrastruktur es braucht, um am richtigen Ort kreuzen zu können; drittens wird geschaut, wie anstehende Sanierungen am besten realisiert und mit einem Ausbau kombiniert werden können; und viertens hat sich in einer Transportkette der Letzte, die Bergbahn, nach dem vorhergehenden Angebot zu richten, nicht umgekehrt. Von der Planungslogik her wird hier also total verkehrt argumentiert.

3. Martin Stuber hat bezüglich Finanzierung das ZEB-Gesetz erwähnt und gesagt, dass theoretisch auch die Variante Murpfli finanzierbar wäre. Natürlich kann man theoretisch darüber diskutieren. Es ist aber eine Tatsache, dass das Bundesamt für Verkehr, welches die Aufträge vergibt, bis heute eine ablehnende Haltung zur Finanzierung des Murpfli einnimmt und sagt, das sei heute nicht finanziert. Der Volkswirtschaftsdirektor hält sich an diese Aussage. Zweitens muss man bei der Gesetzesauslegung manchmal auch die Anhänge lesen. In der Botschaft zum ZEB-Gesetz, Anhang 14, sind 110 Millionen Franken eingestellt für «Leistungssteigerung Knoten Arth-Goldau und Doppelspurinsel», wobei mit Letzterem nur die Doppelspurinsel Walchwil gemeint sein kann. Geht man dann tiefer hinein in die Pläne, ist das dort auch entsprechend eingezeichnet. Wenn also die Finanzierung der Variante Murpfli auf dieses Gesetz abgestützt werden soll, dann sehen wir alt aus. Wir hätten schwache Karten, wenn wir dem Bundesamt vorrechnen wollten, dass der Bund das Murpfli auch bezahlen müsse. Der Bund muss nämlich gar nichts und richtet sich zudem nach den erwähnten Planungsgrundsätzen der SBB und nach der Fahrplanstabilität. In den Leserbriefen zum ÖV wird am meisten reklamiert, wenn es Verspätungen gibt. Es kann deshalb nicht sein, dass wir der SBB ein Modell vorschlagen, welches nicht fahrplanstabil ist, und damit die Bevölkerung mit Verspätungen plagen.

4. Immer wieder kommt das Thema «Interessen» zur Sprache. Die SBB ist auch deshalb mächtig, weil sie einerseits Infrastrukturen baut und diese dann auch betreibt. Gerade darin liegt aber die Chance. Die SBB betreibt unsere Stadtbahn und muss garantieren, dass diese ihr Angebot stabil fahren kann. Die SBB, welche die Infrastruktur baut, ist also selber interessiert daran, dass das klappt. Da braucht es keine unabhängigen Expertisen.

5. In vielen Leserbriefen war zu lesen, dass die Variante Murpfli zwar den Nachteil habe, dass die S2 in Zug stehen bleibe, aber das sei ja nicht so schlimm. Es ist aber zu sagen, dass die Haltestelle Baar-Lindenpark heute die drittstärkste Haltestelle auf dieser Linie ist, gleich stark wie Zug-Oberwil, wo gegen 600 Leute ein- und aussteigen. Stellen sie sich vor, man würde Zug-Oberwil nicht mehr anfahren. Und wenn man schaut, was im Umfeld von Baar-Lindenpark noch kommt – rund 2000 Arbeitsplätze und Wohnungen für 1800 Personen sind in Bebauungsplänen angedacht, dies noch ohne Siemens, welche über einen Umzug in diese Region

nachdenkt –, dann kann es nicht sein, dass die dortige Haltestelle nicht mehr berücksichtigt werden soll.
Man muss akzeptieren, dass sich die genannten Punkte nicht ändern, wenn noch eine zusätzliche Runde gedreht und Expertisen erstellt werden. In diesem Sinne dankt der Volkswirtschaftsdirektor dem Rat, wenn er im Interesse des Zuger ÖV und der Stadtbahn auf das Geschäft eintritt und dem Antrag des Regierungsrats zustimmt. Es nützt auch nichts, SBB-*Bashing* zu betreiben – gerade der Kanton Zug, wo die SBB im Auftrag des Kantons Zug die Stadtbahn betreibt und deren Haltestellen gebaut hat und das sehr gut funktioniert.

Martin Stuber erhält ausnahmsweise nochmals das Wort. Er kann zwei Punkte nicht unwidersprochen lassen:
• Die Variante Murpfli ist nicht das Kind der zweieinhalbjährigen Sperre, sondern einer kleinen Expertengruppe, die sich in der Planung von Bahninfrastruktur auskennt und das seit Jahrzehnten betreibt. Ausgangspunkt sind die betrieblichen und die Kostenvorteile; dazu lässt sich das Murpfli auch noch unter Betrieb bauen, es gibt also eine kürzere Sperre. Diese vier Punkte findet man auch im Antrag für eine unabhängige Expertise. Es ist eine unstatthafte Verkürzung zu sagen, in den Leserbriefen gehe es nur um die Sperrung. Das Murpfli hat einen Vorteil bezüglich Sperrung, aber der Treiber für die Idee ist etwas ganz anderes.
• Die Ausführungen des Baudirektors zur rechtliche Situation sind richtig. Rudolf Sperlich, Leiter Grossprojekte beim Bundesamt für Verkehr, der über das Vorprojekt entscheidet, hat deutlich gesagt, dass der Rat heute beschliessen kann, was er will, und man keine Chance hat, wenn das Bundesamt und die SBB sich auf den Buchstaben des Gesetzes berufen. Herr Sperlich hat aber auch gesagt, dass man dann auch politische Überlegungen anstellen müsse etc. Es ist als klar signalisiert worden, dass sich das Bundesamt nicht verschliessen wird, wenn der Kanton Zug eine andere Variante vorschlägt.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 61 zu 5 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Finanzdirektor als Präsident der Finanzdirektorenkonferenz nach Bern an eine Veranstaltung musste und deshalb die Sitzung verlassen hat.

Der Vorsitzende hält fest, dass vorab nun die **Verfahrensanträge** behandelt werden.

Rückweisungsantrag von Florian Weber mit dem Auftrag, eine unabhängige Studie für einen Tunnel einzuholen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dieser Antrag ein Quorum von zwei Dritteln der Anwesenden braucht.

➔ Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag mit 61 zu 7 Stimmen ab.

Antrag der Kommissionsminderheit auf Aussetzung der Vorlage

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag der Kommissionsminderheit die Aufträge enthält, der KöV Einsicht in das Vorprojekt zu geben, die Studie zur zweiten Teilergänzung Stadtbahn Zug den Mitgliedern der KöV zur Verfügung zu stellen und eine unabhängige Expertise zu erstellen. Diese drei Präzisierungen des Antrags enthalten Aufträge. Juristisch gesehen sind dies Befristungen und/oder Bedingungen. Der Antrag auf Aussetzung oder Sistierung/Suspendierung ist ein Antrag auf Verschiebung des Geschäfts gemäss § 43 der Geschäftsordnung. Zur Annahme ist ein qualifiziertes Mehr von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder erforderlich. Der Gegenantrag der Regierung und der Kommission für öffentlichen Verkehr lautet: keine Aussetzung.
Bevor über den Antrag auf Aussetzung bzw. Verschiebung der Vorlage abgestimmt werden kann, muss der Rat gemäss § 61 Abs. 1 der Geschäftsordnung über den **Eventualantrag** der Kommissionsminderheit befinden. Dieser zielt auf Folgendes ab: Falls der Antrag der Kommissionsminderheit auf Verschiebung des Geschäfts abgelehnt wird, soll die Studie zur zweiten Teilergänzung Stadtbahn Zug den Mitgliedern der KöV zur Verfügung gestellt werden.

Esther Haas: Die AGF setzt sich für einen leistungsfähigen, zahlbaren Öffentlichen Verkehr ein, zum Vorteil von Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt. Darum befürwortet sie einen Ausbau der Strecke zwischen Zug und Arth-Goldau – einen Ausbau allerdings, der keine lange Streckensperrung zur Folge hat, keine unnötige Lärm- und Baubelastung der Walchwiler Bevölkerung mit sich bringt, nicht unnötig teuer ist und der vor allem nicht nur für einem reibungslosen Betrieb des Fernverkehrs sorgt, sondern optimal ist für die Stadtbahn: Die AGF fordert einen durchgehenden Halbstundentakt zwischen Zug und Arth-Goldau
Auf dem Tisch liegen zwei Vorschläge. Wenn der Rat ja sagt zur Richtplanänderung, stellt er die Weiche Richtung Variante Walchwil. Wenn er nein sagt, bleiben alle Möglichkeiten offen. Um zu einer guten Entscheidung zu kommen, benötigen die Mitglieder des Kantonsrats umfassende Informationen. Gemäss Volkswirtschaftsdirektion ist eine angeblich geplante Wetterführung der heutigen S2 bis nach Baar ein Kernargument gegen den Ausbau von Gleis 1 im Bahnhof Zug. Doch macht eine Weiterführung der S2 nach Baar überhaupt Sinn? Auskunft darüber könnte die in der Verschiebungsstudie Bahnhof Zug erwähnte Studie «Drittes Gleis Zug–Baar» geben. Die Volkswirtschaftsdirektion verweigert den Einblick in diese Studie, und die vorberatenden Kommissionen hätten gemäss § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung Einsichtsrecht in diese Studie. Die AGF bedauert den Mangel an freiwilliger Transparenz durch die Volkswirtschaftsdirektion. Sie bedauert auch, dass die Kommission die Einsicht in das Dokument von sich aus nicht wollte. Unabhängig davon, wie man zur Vorlage steht: Fakt ist, dass der Rat nicht über die vollständigen Entscheidungsgrundlagen verfügt. Darum ist ein Ja zum Antrag der Kommissionsminderheit das einzig Richtige: nämlich die Vorlage auszusetzen, bis die KöV Einsicht in die entsprechenden Dokumente hatte. Wie soll man der Bevölkerung erklären, dass der Rat nicht alle Informationen hatte, diese auch nicht wollte und trotzdem abstimmte? Das hört sich nicht gut an. Wenn der Rat keinen Einblick erhält, bleibt nur eines: die Richtplanänderung ablehnen. Dann stehen immer noch beide Optionen offen, es dauert dann einfach etwas länger.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel:** Offensichtlich hat Esther Haas auch gleich Argumente zum Rückweisungsantrag vorgebracht, und ein Teil des Rück-

weisungsantrags ist der Eventualantrag – das Abstimmungsprozedere scheint etwas schwierig zu sein.
Die Volkswirtschaftsdirektion war immer bereit, der KöV Einblick in die erwähnte Studie zu ermöglichen Die KöV wollte das aber nicht. Die Meinung war klar: Wir behandeln das hier vorliegende Geschäft – und nicht ein anderes. Und die besagte Studie hätte mit einem anderen, vielleicht einmal in den Kantonsrat kommenden Geschäft «Zweite Teilergänzung Stadtbahn» zu tun. Die Volkswirtschaftsdirektion findet es richtig, dass sich die KöV nicht auf ein anderes Geschäft einlässt.
Es stimmt auch nicht, dass das Kernargument gegen die Variante Murpfli bzw. für Walchwil die Weiterführung der S2 nach Baar sei. Kernargumente sind, dass die Doppelspurinsel Walchwil eine gute, stabil funktionierende Lösung ermöglicht und dass mit dem Murpfli die S2 die Haltestelle Baar-Lindenpark nicht mehr angefahren werden kann. Die Variante Murpfli würde aber auch die mögliche Option einer die Weiterführung der S2 nach Baar verhindern, und diese Option sollte man sich offenhalten. Wenn das ein Thema wird, kommen alle relevanten Studien, die dann aktuell sind auf den Tisch. Heute aber ist diese Studie nur eine Einzelbetrachtung für *einen* Aspekt der Weiterführung. Es ist also auch ein Grundsatz der Effizienz, dass die vorberatende Kommission die nötigen Information zusammenträgt, gleichzeitig aber auch diejenigen Informationen, die es für den heutigen Entscheid nicht braucht, nicht sehen will.
Der Volkswirtschaftsdirektor dankt dem Rat, dass er in diesem Sinne sowohl den Eventualantrag als auch die weiteren Rückweisungsanträge ablehnen.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag der Kommissionsminderheit, die Studie zur zweiten Teilergänzung Stadtbahn Zug sei den Mitgliedern der KöV zur Verfügung zu stellen, mit 48 zu 9 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält das weitere Vorgehen fest. Bevor der Rat über den Antrag auf Aussetzung bzw. Verschiebung der Vorlage befinden kann, muss über die damit verbundenen Befristungen und/oder Bedingungen abgestimmt werden. Dies geschieht in Einzelabstimmungen, damit die Ratsmitglieder ihren Willen präzise zum Ausdruck bringen können.
Zum Antrag, der KöV sei Einsicht in das Vorprojekt zu geben, weist der Vorsitzende der guten Ordnung halber darauf hin, dass die KöV mit 9 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen hat, sich von den Bundesbehörden oder von der SBB zu einer Informationsveranstaltung zum Vorprojekt einladen zu lassen. Eine allfällige Ablehnung bei der folgenden Abstimmung präjudiziert somit nichts bezüglich dieses KöV-Beschlusses und lässt diesen vollumfänglich stehen.

Martin Stuber zieht namens der KöV-Minderheit diesen Antrag zurück, weil das Anliegen erfüllt ist. Er zieht auch den zweiten Antrag bezüglich der Studie zur zweiten Teilergänzung Stadtbahn Zug zurück, da schon vorher darüber abgestimmt wurde; es soll hier kein Filibuster betrieben werden.
Der Kern der Geschichte ist, dass die unabhängige Expertise in Auftrag gegeben wird. Der Votant ruft nochmals in Erinnerung, wozu diese dienen würde:
• Sie klärt erstens die betriebliche Tauglichkeit der Variante Murpfli für die Anforderungen des Fern- und Regionalverkehr ab, weil das – entgegen den Äusserungen verschiedener Votanten – bisher effektiv nicht abgeklärt wurde. Philip C. Brunner hat richtig gesagt, dass die Variante Murpfli kein Projekt ist, sondern eine Idee, und diese wurde nicht seriös und *à fond* geprüft; man hat den entsprechenden Fahrplan nicht simuliert.

• Sie prüft das mögliche Angebot. Funktioniert der Halbstundentakt S2 Zug–Arth-Goldau wirklich? Auch die KöV-Minderheit hält sich an die Planungsgrundsätze. Der Vorschlag Murpfli wurde nicht wegen des Anschlusses an die Rigi gemacht, hätte aber den Vorteil, dass man diesen auch noch hätte.
• Sie liefert eine genauere Abschätzung der Baukosten. Heute sind das relativ schwammige Zahlen. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Doppelspur in Walchwil dreimal so viel kostet wie der Doppelspurausbau in Rotkreuz und nicht 2 Kilometer wie in Rotkreuz, sondern nur 1,7 Kilometer lang ist. Murpfli wird im offenen Gelände gebaut, so dass man wohl mit etwa der Hälfte der Kosten rechnen kann. Es ist also sicher sinnvoll, die Baukosten genauer abzuschätzen.
• Sie klärt ab, wie lange für den Bau der Variante Murpfli gesperrt werden muss.
Wenn der Rat Weitsicht zeigt und zeigen will, dass der Kanton ein eigenes, sachlich fundiertes *Standing* hat, dann stimmt er für diese Expertise.

Philip C. Brunner weist noch auf zwei Punkte hin:
• Zwischen Zug und Arth-Goldau wird die Strecke gesperrt, es wird gebaut, und alle Züge fahren über Rotkreuz. Dann kommt eine Regenperiode, und zwischen Immensee und Arth-Goldau geht – wie vor einigen Wochen erlebt – ein Erdrutsch nieder. Dann fahren, wie der Volkswirtschaftsdirektor gesagt hat, die Güterzüge zwar über den Lötschberg, aber die ganze hier vorgebrachte Argumentation fällt in sich zusammen. Wir könnten tatsächlich an zwei Orten Sperrungen haben, nicht nur an einem Ort. Denken Sie also etwas breiter!
• Der zweite Punkt mündet in eine Frage. Es wurde in der Eintretensdebatte als grosser Erfolg dargestellt, dass die Sperrung nur achtzehn Monate dauern soll. Die Züge der SBB verkehren bekanntlich nach einem publizierten Fahrplan, der aber nur einmal jährlich, jeweils im Dezember, geändert wird. Bringt die Verkürzung der Bauzeit tatsächlich etwas? Wird man nicht zwei Jahre via Rotkreuz fahren müssen? Welche Lösung sieht da die Regierung?

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hat es bereits ausgeführt: Die SBB sagt, dass sie eine unterjährige Anpassung des Fahrplans vornehmen wird. Sie wägt ja auch ab zwischen infrastrukturellen Bedürfnissen (Sanierung, Streckensperrung etc.) und dem Anliegen, die Kunden möglichst schnell wieder auf die gewohnte Strecke zu bringen. Die SBB haben bereits Erfahrungen mit unterjährigen Anpassungen, und 2014 wird es eine solche wegen der Eröffnung der Durchmesserlinie Zürich geben. Anders gesagt: Man wartet nicht mit der Eröffnung der Durchmesserlinie Zürich, um den Fahrplan erst im Dezember anpassen zu müssen.
Es ist auch daran zu erinnern, dass die KöV sich vertieft mit der Frage von zusätzlichen Expertisen auseinandersetzte. Sie hält das nicht für nötig, und darauf darf der Rat vertrauen. Weitere Expertisen werden zu einer Verzögerung führen, und es wird so sein, dass die Doppelspurinsel – wo immer sie dann auch ist – nicht mehr im Rahmen der Streckensanierung realisiert werden kann. Das heisst, das zwischen Ende 2016 und Mitte 2018 saniert und später dann nochmals gebaut wird, mit allen Auswirkungen. Das kann der Bevölkerung nicht zugemutet werden.
Zudem: Die Expertise wird sich auf einen möglichen zukünftigen und von der SBB erstellten Fahrplan abstützen. Es wird dann heissen, die SBB sei nicht unabhängig, ein Dritter müsse einen Fahrplan erstellen. Das kann es nicht sein, denn um die SBB auch als Fahrplangestalterin wird man nicht herumkommen. So unabhängig, wie gesagt wird, wird die Expertise – wer immer sie erstellt – nicht sein, denn der Anknüpfungspunkt ist immer ein Fahrplan.
Und als Letztes: Das Murpfli ist offenbar kein Projekt, sondern eine Idee: Der Volkswirtschaftsdirektor kennt aber keine Idee, die schon derart genau studiert wurde,

fahrplantechnisch, betrieblich, baulich, kostenmässig. Es liegen klare Resultate vor, und weitere Expertisen bringen d in der Entscheidung nicht weiter. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt deshalb für die Ablehnung dieses Antrags.

Zur nun folgenden Abstimmung über den Antrag bezüglich einer von den SBB unabhängigen Expertise zur Variante Gleis 1/Murpfli schlägt der **Vorsitzende** vor, nicht vorgängig einzeln über die vier Punkte zum Umfang der Expertise abzustimmen. Der Rat ist damit stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat stimmt mit 51 zu 10 Stimmen gegen das Einholen einer unabhängigen Expertise.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat nun zum eigentlichen Hauptantrag betreffend Verschiebung der Vorlage kommt.

Martin Stuber zieht den Antrag auf Aussetzung der Vorlage zurück.

DETAILBERATUNG

Richtplan Kapitel V 4.7: Richtplantext Ziffer 6

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats in den Kommissionen unbestritten blieb.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend zu.

Richtplan Kapitel V 4.8: Richtplantext

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission die Streichung des Vorhabens «3. Doppelspurinsel Walchwil, Planquadrat R9–T11» beantragt, da dieses Vorhaben unter V 4.7 neu als Ziffer 6 aufgeführt wird. Der Regierungsrat stimmt dieser redaktionellen Bereinigung zu. Es liegen keine anderen Anträge vor.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Raumplanungskommission stillschweigend zu.

Richtplan Kapitel V 4.8: Richtplantext und Richtplankarte

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Raumplanungskommission die Streichung des bisherigen Richtplantexts «Der Kanton setzt sich beim Bund für eine landschafts- und ortsverträgliche Tunnellösung beim Vorhaben Nr. 3 ein» beantragen, nachdem eine Tunnellösung nicht mehr opportun ist, sondern die Doppelspurinsel offen geführt werden soll. Es liegen keine anderen Anträge vor.

➔ Der Rat stimmt dem vorliegenden Antrag stillschweigend zu.

Richtplan Kapitel V 4.8: Richtplantext und Richtplankarte

Der **Vorsitzende** hält fest, dass aufgrund der Streichung des Vorhabens Nr. 3 gemäss Antrag der Raumplanungskommission der Text nachzuführen ist. Im Absatz «Der Bund und die SBB …» entfällt nämlich auch die Aufzählung des Vorhabens Nr. 3. Es liegen keine anderen Anträge vor.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Raumplanungskommission stillschweigend zu.

Richtplan Kapitel V 4.5 betreffend Linienführung NEAT: Richtplantext und Richtplankarte

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission Folgendes beantragt: «… Der Kanton Zug setzt sich beim Bund für einen siedlungs-, landschafts- und lärmverträglichen NEAT-Zubringer ein. Dabei werden Tunnellösungen bevorzugt. Er favorisiert eine östliche, unterirdische Linienführung mit Anschluss des Bahnhofs Zug.» Dieser Antrag umfasst die Darstellung auf der Teilkarte V 4.5, Linienführung NEAT.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Raumplanungskommission mit 56 zu 2 Stimmen zu.

Richtplan Kapitel V 7.6 betreffend Bahn-Güterverkehr: Richtplantext

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für öffentlichen Verkehr folgendes beantragt: «Der Kanton setzt sich dafür ein, dass der Transitgüterverkehr nicht via Baar–Zug–Walchwil–Arth-Goldau geführt wird.» Der Regierungsrat hingegen beantragt folgende Formulierung: «Der Kanton Zug setzt sich beim Bund dafür ein, dass der Transitgüterverkehr via Freiamt–Rotkreuz–Gotthard geführt wird.» Die Raumplanungskommission schliesst sich dieser Fassung an.

Martin Stuber möchte die Variante des Regierungsrats beliebt machen, dies mit einer Ergänzung. Denkt man an das Votum vor der Mittagspause, dann ist es sinnvoll, hier einen grossen Fuss in die Türe zu halten und nicht nur den Transitgüterverkehr via Freiamt–Rotkreuz–Gotthard, sondern jenen über die Linie Zugersee-Ost zu erwähnen. Der Votant schlägt folgende Formulierung vor: «Der Kanton Zug setzt sich beim Bund dafür ein, dass der Transitgüterverkehr via Freiamt–Rotkreuz–Gotthard *und kein Güterverkehr über die Linie Zugersee-Ost* geführt wird.» Dann sind die am Morgen gehörten Bekenntnisse der Regierung auch im Richtplan umgesetzt.
Auf die Frage des Vorsitzenden, ob es sich dabei um eine Untervariante handelt, antwortet der Votant, dass der Regierungsrat vielleicht seinen Vorschlag aufnimmt.

Landschreiber **Tobias Moser** macht darauf aufmerksam, dass Martin Stubers Anliegen in beide Varianten eingebaut werden könnte. Es kann darüber also separat abgestimmt werden.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** findet es etwas gefährlich, hier *ad hoc* Anträge zu stellen. Er hat sich gerade sagen lassen, dass die vorgeschlagene Ergänzung bedeutet, dass sich der Kanton auch gegen heutige Transporte – beispielsweise der Gebrüder Risi AG vom Kiesaushub am Gotthard nach Steinhausen – wehrt. Es kann also sein, dass der von niemandem bemängelte *Status quo* be-

troffen sein könnte. Der Volkswirtschaftsdirektor warnt in diesem Sinne vor möglichen Konsequenzen eines Antrags, den weder der Regierungsrat noch eine Kommission geprüft hat.

Martin Stuber ergänzt seinen Vorschlag wie folgt: «… und kein *nennenswerter* Güterverkehr …». Dann hat der kleinräumige Güterverkehr Platz. Der Votant weist darauf hin, dass die Opposition in Walchwil sich zu einem guten Teil auch gegen den Güterverkehr wendet. Wenn das in den Richtplan eingebaut werden kann, dann wäre das sicher auch im Sinn der Regierung.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, zuerst über die Varianten von KöV und Regierungsrat und anschliessend über den Antrag von Martin Stuber abzustimmen, weil diese in beide Varianten eingebaut werden kann. Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat stimmt mit 48 zu 7 Stimmen für die Fassung des Regierungsrats.

➔ Der Rat lehnt die Ergänzung «und kein nennenswerter Güterverkehr über die Linie Zugersee-Ost» mit 34 zu 16 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit die Änderungen im Richtplan beschlossen sind. Die Staatskanzlei passt zusammen mit der Baudirektion den Text in Ziffer I des Kantonsratsbeschlusses sowie den Richtplantext und die Richtplankarten an.

Landschreiber **Tobias Moser** hält zuhanden des Protokolls fest, dass im Kantonsratsbeschluss in § 1 Abs. 1 ein Bst. c eingefügt werden wird, der den neuen Beschluss V4.5 zur Linienführung NEAT enthält. Was der Rat zum Text des Richtplans beschlossen hat, wird also noch in den Kantonsratsbeschluss aufgenommen.

Ziffern II bis IV des Kantonsratsbeschlusses

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 51 zu 8 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, das Postulat betreffend Ausbau Gleis 1 Süd in Zug der Kantonsräte Philip C. Brunner, Martin Stuber und Zari Dzaferi (Vorlage Nr. 2221.1 - 14251) nicht erheblich zu erklären. Die Kommission für den öffentlichen Verkehr und die Raumplanungskommission schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat stimmt mit 54 zu 6 Stimmen für die Nichterheblicherklärung des Postulats.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

763 Änderung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** stellt den Antrag, nun direkt Traktandum 11 zu behandeln, da die Präsidentin des Obergerichts, Iris Studer-Milz, am 4. Juli und im August ortsabwesend ist und dann dieses Geschäft nicht vertreten kann.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 10

Zwischenbericht zu den per Ende März 2013 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen

Das Traktandum wird aus zeitlichen Gründen nicht behandelt (siehe Ziff. 763).

TRAKTANDUM 11

764 Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2012

Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht; Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (2268.1 - 14385).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Präsidentin des Obergerichts, Iris Studer-Milz, zwar orientiert, aber noch nicht im Ratssaal eingetroffen ist. Er schlägt vor, trotzdem mit der Debatte zu beginnen.

EINTRETENSDEBATTE

Thomas Werner, Präsident der Justizprüfungskommission (JPK), dankt als Erstes all jenen, welche der JPK anlässlich der Visitationen kompetent und offen Rechenschaft abgelegt haben, aber auch allen Mitgliedern der engen JPK und deren juristischer Sekretärin, Annatina Caviezel, für den grossen Einsatz und für die Unterstützung, die sie geleistet haben. Der JPK-Präsident kann vorausschicken, dass die Justiz im Kanton Zug funktioniert und dass einige – wenn auch noch nicht ganz alle – alten Pendenzen definitiv erledigt werden konnten.
Die JPK hat den Vollzugs- und Bewährungsdienst, die Ombudsstelle, das Kantonsgericht, das Verwaltungsgericht, die Staatsanwaltschaft, das Strafgericht und das Obergericht visitiert. Dazu hat sie zwei Gruppen gebildet, wobei die juristische Sekretärin als Protokollführerin und der Präsident bei jeder Visitation dabei waren. Die JPK hat bei allen Visitationen strikte geprüft, ob und allenfalls warum Fälle liegengeblieben sind, wieviele Pendenzen vorhanden sind und wie lange die durchschnittliche Verfahrensdauer war. Es zeichnet sich ab, dass sich die neuen Verfahrensbestimmungen der Schweizerischen Zivilprozessordung (ZPO) bewährt haben, die neue Strafprozessordnung (StPO) aber zu einem erheblichen Mehraufwand führt. Die JPK darf aber festhalten, dass im Kanton Zug versucht wird, nicht nur gut, sondern auch effizient zu arbeiten.
Da der Vollzugs- und Bewährungsdienst nicht der Justiz untersteht, informiert der Votant darüber separat. Der Vollzugs- und Bewährungsdienst im Kanton Zug funktioniert. Die Verjährungen – ausschliesslich bei geringfügigen Strafen – kamen nicht aus Untätigkeit zustande, sondern weil Personen untergetaucht sind oder sich ins Ausland abgesetzt haben. Diese Personen werden im Fahndungssystem RIPOL

ausgeschrieben, und da kommt es vor, dass die Verjährung eintritt, bevor die gesuchten Personen dem Strafvollzug zugeführt werden können. Schweizweit gibt es im geschlossenen Vollzug noch immer gravierende Platzprobleme. Diese Situation muss auch der Kanton Zug aufmerksam beobachten und wenn nötig für zusätzliche Plätze im Vollzug besorgt sein. Die elektronischen Fussfesseln kommen nur für Betroffene in Frage, welche nicht flucht- und wiederholungsgefährdet sind.
Auch die Ombudsstelle ist nicht der Justiz unterstellt. Bei deren Visitation konnte die JPK feststellen, dass sie ihre Arbeit zielgerichtet wahrnimmt, die Fallzahlen sich ungefähr auf dem Vorjahresniveau befanden und die budgetierten 1,7 Stellenprozente erneut nicht genutzt werden mussten. Es reichten 1,55 Stellenprozente.
Die Staatsanwaltschaft konnte ihre Pendenzen insgesamt auf einem vernünftigen Mass stabilisieren. Durch die Verstärkung des Jugenddienstes bei der Zuger Polizei musste auch die Jugendanwaltschaft personell verstärkt werden. Der vom Obergericht bewilligte Ausbau ist umgesetzt. Zusätzlich wurde bei der Staatsanwaltschaft eine Stelle eines polizeilichen Protokollführers geschaffen. Dies dient der Aus- und Weiterbildung für potenzielle Führungskräfte der Polizei.
Das Projekt «Vermögenseinziehung» wird ab 2014 in die Umsetzungsphase kommen. Das heisst, dass gerade im Bereich Vermögens- oder Betrugsdelikte zusätzlich zur eigentlichen Strafe vermehrt und effizient die Vermögen der Straftäter eingezogen werden können. Diese Vorgehensweise hat sich in anderen Kantonen schon sehr gut bewährt.
Die Staatsanwaltschaft befürchtet, dass mit der Einführung des neuen Übertretungsstrafgesetzes (ÜStG) mit einem Anstieg der Einsprachen wegen verhängter Bussen und somit mit einem Mehraufwand zu rechnen ist, der sich auch dahingehend auswirken könnte, dass bei der Staatsanwaltschaft mehr Personal eingestellt werden muss. Der Votant erlaubt sich an dieser Stelle die Bemerkung, dass die Befürworter des neuen ÜStG in der Debatte mit Aufwandminderung argumentiert haben. Scheinbar waren die damals geäusserten Bedenken doch nicht ganz falsch.
Beim Strafgericht konnte die Erledigungsquote gesteigert und die Pendenzenzahl verringert werden. Die wenigen, eher alten Pendenzen – das sind Fälle, die im Jahr 2011 beim Strafgericht eingegangen sind – sind nicht wegen Untätigkeit des Gerichts noch nicht erledigt, sondern wegen Gutachten, Eingaben der Verteidigung etc. Beim Kantonsgericht ist leider eine rückläufige Erledigungsquote zu verzeichnen. Anscheinend haben der Konflikt und die zur Lösung des Konflikts getroffenen Massnahmen einige Ressourcen gebunden. Die enge JPK hat sich natürlich diesbezüglich vom Obergericht über den Konflikt und die getroffenen Massnahmen laufend orientieren lassen. Der neue Verhaltenskodex, die Konfliktmoderation mit externen Experten sowie eine ab Januar 2013 neue Geschäftsordnung des Kantonsgerichts haben zu einigen Reibungsverlusten geführt, was sich negativ auf die Arbeitslast auswirkte. Den Antrag auf eine zusätzliche, unbefristete Gerichtsschreiberstelle wurde durch das Obergericht begründet abgelehnt (siehe Seite 4 des JPK-Berichts). Das Obergericht hat dem Kantonsgericht wiederum eine befristete Gerichtsschreiber-Springerstelle zur Verfügung gestellt. Im Wissen, dass durch die ganze Konfliktsituation und zur endgültigen Bereinigung dieses Konflikts Ressourcen gebunden wurden und werden und zur Entlastung des Präsidialamts regt die JPK an, dass das Kantonsgericht die interne Arbeitsorganisation kritisch hinterfragen soll. Allenfalls liegt bei der Arbeitszuteilung und bei den Arbeitsabläufen noch Potenzial zur Effizienzsteigerung. Grundsätzlich geht die JPK davon aus, dass die Geschäftslast zeitgerecht bewältigt werden kann, wenn sich die Mitglieder des Kantonsgerichts auf ihre Arbeit und nicht den Konflikt konzentrieren.
Wegen eines Pendenzenüberhangs in der 1. Abteilung hat das Kantonsgericht in den letzten zwei Jahren diverse Pendenzenabbaukonzepte beschlossen. Deren

Auswirkungen sind noch nicht ganz klar und für das Obergericht nicht zufriedenstellend. Die Justizverwaltungsabteilung des Obergerichts hat eine externe Fachperson mit der Analyse der Pendenzensituation beauftragt. Die JPK wird sich über diese Resultate und allfällig zu treffende Massnahmen orientieren lassen.
Auch in diesem Berichtsjahr gab es wieder Fälle, an welchen über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten nicht gearbeitet wurde (sogenannte «Bearbeitungslücke»). Das Kantonsgericht führt diese Bearbeitungslücken auf die Arbeitsbelastung zurück. Allerdings konnte die JPK feststellen, dass viele der älteren Verfahren abgeschlossen werden konnten. Bei den nun noch vorhandenen alten Fällen liegt die Verfahrensverzögerung in Umständen, die der Verfahrensleitung des Gerichts entzogen sind. Zusammengefasst kann also gesagt werden, dass das Kantonsgericht in der Berichtsperiode stärker als zunächst angenommen unter dem Konflikt gelitten hat, was sich negativ auf die Stimmung und auch auf die Effizienz ausgewirkt hat. Mit den eingeführten Verhaltensregeln konnte eine Beruhigung der Situation, aber wohl noch nicht die definitive Lösung des Konflikts erreicht werden. Persönlich ist der JPK-Präsident der Meinung, dass sich die Mitglieder des Kantonsgerichts ihres Privilegs, eine solche Tätigkeit ausüben zu können, mehr bewusst sein und ihre Vorbildfunktion in der Gesellschaft wahrnehmen sollten.
Zum Obergericht: Die Verfahrensdauer der 1. Zivilabteilung bezeichnet das Obergericht als noch nicht ganz zufriedenstellend, weil einige der Fälle nicht innerhalb der angestrebten Frist von einem Jahr erledigt werden konnten. Dies ist auf den Wechsel der Zivilprozessordung einerseits und andererseits darauf zurückzuführen, dass, wenn das Obergericht selber Beweisverfahren durchführen muss – beispielsweise wenn Gutachten erstellt werden müssen –, sich die Verfahrensdauer sofort stark verlängert. Das Obergericht ist aber zuversichtlich, dass, sofern sich die Neueingänge nicht markant steigern, die Verfahrensdauer von einem Jahr künftig eingehalten werden kann. Auch in der 2. Abteilung konnten die Zielvorgaben nicht ganz erreicht werden. Dies trifft auch auf die strafrechtliche Abteilung zu. Hier sind allerdings zum dritten Male in Folge die Eingänge gestiegen. Falls diese Tendenz weiter anhält, müssten in diesem Bereich Massnahmen ergriffen werden. Anders ist die Situation bei der Beschwerdeabteilung: Dort konnten die Ziele betreffend Prozessdauer vollständig erreicht werden.
Im Bereich der Justizverwaltung wurde die Geschäftsordnung des Kantonsgerichts einer Teilrevision unterzogen und durch den Kantonsrat im August 2012 genehmigt; die Ratsmitglieder erinnern sich wohl an die Anstandsregeln, welche bei vielen für Kopfschütteln sorgten. Der Konflikt konnte im für den Rechenschaftsbericht massgeblichen Zeitraum tatsächlich vorübergehend beruhigt werden. Die Obergerichtspräsidentin wird in diesem Zusammenhang aber über weitere Details und allenfalls geplante Massnahmen informieren.
Im Namen seiner Kommission stellt der JPK-Präsident den **Antrag,** erstens den Rechenschaftsbericht für das Jahr 2012 zu genehmigen und zweitens den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeitenden der von der JPK besuchten Institutionen den besten Dank für die geleistete Arbeit und den engagierten Einsatz auszusprechen. Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag einstimmig.

Der **Vorsitzende** begrüsst hier die Präsidentin des Obergerichts, Iris Studer-Milz.

Alois Gössi stellt namens der SP-Fraktion fest, dass die Gerichte im Kanton Zug im letzten Jahr im Grossen und Ganzen gut gearbeitet haben. Dies zeigt auch der Bericht der Justizprüfungskommission. Erwähnenswert sind folgende Punkte:
• Der Vollzugs- und Bewährungsdienst hat leider auch dieses Jahr wieder genügend Kundschaft gehabt und nach wie vor das Problem, nicht über genügend Vollzugs-

plätze zu verfügen. Auch 2012 hat – wie schon 2011 – eine einzige Person überproportional viele Kosten verursacht. Es gibt aber auch weiterhin verjährte Fälle, die nicht umgesetzt werden konnten, aber es sind erstens nur geringfügige Strafen, und zweitens konnten die Täter oder Täterinnen trotz Ausschreibung im RIPOL nicht ergriffen werden.
• Bei der Staatsanwaltschaft ist das konsequente Einziehen von Vermögen für das Jahr 2014 geplant. Schon im letzten Rechenschaftsbericht stand das Gleiche, nämlich dass die Staatsanwaltschaft diesen Bereich ausbauen wolle. Weitergekommen ist man also nicht sehr viel seit dem letzten Jahr.
• Das Strafgericht konnte die Pendenzenzahl erfreulicherweise recht reduzieren, wobei leider trotzdem noch zwei Verfahren wegen der Verletzung des Beschleunigungsgebots eine Strafmilderung zur Folge hatten. Beim Kantonsgericht scheint die Personalsituation respektive – als Auswirkung davon – die Anzahl der pendenten Fälle teilweise kritisch zu sein. Ein Grund dafür ist sicher der im letzten Jahr ausgebrochene Konflikt bei den Kantonsrichtern, der viel Zeit absorbierte. Dieser Konflikt wurde mit verschiedenen Massnahmen, u. a. mit einer Änderung der Geschäftsordnung und einer externen Konfliktmoderation, angegangen. Die Situation im Kantonsgericht wird im Bericht des Obergerichts mit «fragiler Stabilität» beschrieben. Dies betrifft aber eher die Vergangenheit. Die Situation eskalierte in der Zwischenzeit, wie die Obergerichtspräsidentin noch ausführen wird. Die SP hofft und fordert, dass dieses Problem möglichst schnell gelöst wird, und dass das Kantonsgericht wieder zu hundert Prozent und mit allen neun Richtern seiner eigentlichen Aufgabe, der Richtertätigkeit, nachgehen kann
• Das Kantonsgericht hat in den letzten zwei Jahren für die 1. Abteilung verschiedene Pendenzenabbaukonzepte beschlossen. Die Auswirkungen dieser Konzepte resp. deren Umsetzung scheint aber unklar und ungenügend zu sein. Jetzt gibt es einen erneuten Anlauf: Eine externe Fachperson wird eine weitere Analyse der Pendenzensituation vornehmen – mal schauen, was dieses Mal herauskommen wird. Es ist für die SP-Fraktion aber ein doch eher beunruhigendes Zeichen, dass es im Kantonsgericht wirklich nicht optimal läuft.
• Das Obergericht selber konnte nicht alle gesteckten Ziele erreichen. Auch hier geht es mehrheitlich um den Pendenzenabbau oder um die Prozessdauer.
Die SP-Fraktion ist für die Genehmigung des Rechenschaftsberichts des Obergerichts wie später auch für denjenigen des Verwaltungsgerichts. Sie dankt allen Mitarbeitern der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, der Ombudsstelle sowie des Vollzugs- und Bewährungsdienstes für ihre gute, aber nicht immer einfache Arbeit im letzten Jahr.

Andreas Hausheer spricht namens der CVP und in Vertretung von Kurt Balmer. Er konzentriert sich auf zwei Punkte:
• Die CVP-Fraktion nimmt mit Erstaunen zur Kenntnis, dass in Zusammenhang mit der Visitation bei der Staatsanwaltschaft diese davon ausgeht, dass – gestützt auf das vom Kantonsrat beschlossene Übertretungsstrafgesetz (ÜstG) – Ordnungsbussen zu einem Mehraufwand aufgrund von Anfechtungen führen. Bisher gab es ja gar keine kantonalen polizeilichen Erledigungen in diesem Gebiet. Personelle Begehren wären aus Sicht der CVP jedenfalls unangebracht, da das ÜStG insbesondere auch bezweckte, den Justizapparat, sprich die Staatsanwaltschaft, zu entlasten.
• Zum Kantonsgericht: Die JPK hat in ihrem Bericht klar festgehalten, dass der bekannte interne Konflikt beim Kantonsgericht zu einer rückläufigen Erledigungsquote geführt hat. Dies ist grundsätzlich auch nicht erstaunlich; erstaunlich ist vielmehr, dass bisher eigentlich immer das Gegenteil behauptet wurde. Negativ fällt sodann ins Gewicht, dass der Konflikt beim Kantonsgericht und beim Obergericht nicht

unbescheidene Ressourcen gebunden hat. Aufgrund des Berichts der JPK muss davon ausgegangen werden, dass erneut Unruhe ausgebrochen ist. Angenommen, dass tatsächlich nach wie vor Handlungsbedarf besteht, ist die Geduld der CVP-Fraktion langsam erschöpft. Die CVP erwartet, dass bis Ende September 2013 eine definitive Bereinigung beim Kantonsgericht stattfindet, ansonsten dann die Politik zwecks Sicherung der Funktionabilität der Justiz zum Beispiel mit einer besonderen Untersuchungskommission eingreifen müsste. Wenn der Kantonsrat schon bei einem misslungenen EDV-Projekt einen solchen Schritt in Erwägung zieht, dann muss dies im Bereich der Justiz erst recht gelten. Die CVP will eine funktionierende und leistungsfähige Justizorganisation im Kanton Zug.
Zum Schluss: Erstens will eine nicht bescheidene Minderheit der CVP den Rechenschaftsbericht des Obergerichts nicht genehmigen; namens der Mehrheit beantragt der Votant aber doch die Genehmigung. Zweitens erwartet die CVP bis spätestens Ende September 2013 einerseits eine umfassende Information über die aktuelle Situation und andererseits die Umsetzung der notwenigen Massnahmen, damit der interne Konflikt gelöst werden kann. Andernfalls wird die CVP-Fraktion die Einsetzung einer besonderen Untersuchungskommission fordern.

Iris Studer-Milz, Präsidentin des Obergerichts, kann sich zum Rechenschaftsbericht kurz halten: Die Zivil- und Strafrechtspflege funktioniert weiterhin gut, was auch von der JPK attestiert wird. Die Pendenzensituation ist überall erträglich bis gut, und die Verfahren können nun zeitgerecht erledigt werden. Insbesondere konnte auch das Strafgericht die letzten Altlasten bereinigen, und bezüglich der personellen Dotation befindet man sich in allen Bereichen auf einem guten Stand. Die Präsidentin dankt auch im Namen des Plenums des Obergerichts den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz für den grossen Einsatz
Der Sicherheitsdirektor hat die Obergerichtspräsidentin vorhin noch gebeten, sich zu etwas zu äussern, das sie selbst nicht gehört hat. Der Präsident der JPK – so wurde sie informiert – habe gesagt, dass das neue ÜStG zu mehr Arbeit führe. Das ist nicht die Aussage des Obergerichts, und auch der Oberstaatsanwalt hat das der Obergerichtspräsidentin nicht in diesem Sinne gesagt. Und selbst wenn das zwei- oder dreihundert Fälle mehr wären, wäre das nach Einschätzung der Votantin – es handelt sich ja um kleine Fälle –mit den vorhandenen Ressourcen zu erledigen.
Der Rechenschaftsbericht bezieht sich auf das vergangene Jahr, und das laufende Jahr steht nicht zur Diskussion. Trotzdem muss die Obergerichtspräsidentin dem Kantonsrat als Oberaufsichtsbehörde eine Mitteilung machen, die das laufende Jahr betrifft. Das Obergericht als Aufsichtsbehörde über die erstinstanzlichen Gerichte eröffnete am 27. Mai 2013 gegen ein Mitglied des Kantonsgerichts eine Administrativuntersuchung und suspendierte dieses deswegen einstweilen von seinem Amt. In der Untersuchung wird abgeklärt, ob das betreffende Mitglied im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit Amtspflichten verletzt hat. Das Plenum des Kantonsgerichts hatte bereits am 3. Mai 2013 dem Gerichtsmitglied vorsorglich die ihm zugeteilten Dossiers entzogen und dessen Arbeitspensum zu gleichen Teilen auf die übrigen acht Mitglieder des Kantonsgerichts übertragen. Dem betreffenden Mitglied wird seitens des Kantonsgerichts insbesondere vorgeworfen, durch sein Verhalten im Betrieb ein normales Arbeitsklima verunmöglicht zu haben. Die einstweilige Suspendierung dient einerseits der ungestörten Durchführung der Administrativuntersuchung, anderseits der Gewährleistung eines ungestörten Arbeitsklimas, des geordneten Arbeitsablaufes und der Funktionsfähigkeit der erstinstanzlichen Zivilrechtspflege. Die Leistungsfähigkeit sowohl des Richterkollegiums wie auch der Mitarbeitenden war in letzter Zeit wegen des neuen Konflikts erheblich beeinträchtigt. Der ursprüngliche, im Jahr 2011 beim Kantonsgericht ausgebrochene Konflikt konnte mit

verschiedenen Massnahmen (Änderung der Geschäftsordnung, Erlass eines Verhaltenskodexes, Konfliktmoderation mit Fachexperten) sowie dem Wechsel im Präsidium nach Einschätzung des Obergerichts weitgehend bereinigt werden.
Das Obergericht hat den ehemaligen Bundesrichter Niccolò Raselli mit der Durchführung der Administrativuntersuchung beauftragt. Niccolò Raselli war von 1979 bis 1994 Präsident des Ober- und Verwaltungsgerichts des Kantons Obwalden und von 1995 bis 2012 Bundesrichter. Mit der eingeleiteten Administrativuntersuchung will das Obergericht den Sachverhalt rasch, kompetent, unabhängig und umfassend abklären lassen. Die Güterabwägung zwischen öffentlichem Interesse einerseits und dem Persönlichkeitsschutz des Betroffenen anderseits erlaubt auch keine Namensnennung. Das Obergericht wird aber über das Ergebnis der Administrativuntersuchung zu gegebener Zeit informieren. Während der laufenden Abklärung können keine weiteren Auskünfte erteilt werden.
Um einen Anstieg der Pendenzen und der Verfahrensdauer der Prozesse beim Kantonsgericht zu verhindern, wird das Obergericht dem Kantonsrat einen Antrag zur Wahl eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds für eine befristete Zeitdauer beantragen. Die entsprechende Stelle wird demnächst ausgeschrieben, und der Antrag dürfte voraussichtlich im Laufe des Monats August eingereicht werden können. Abschliessend hofft die Obergerichtspräsidentin, dass nach durchgeführter Administrativuntersuchung eine für alle Seiten befriedigende und einvernehmliche Lösung gefunden werden kann.

Thomas Werner, Präsident der JPK, möchte etwas richtig stellen. Er weiss nicht von wem die Obergerichtspräsidentin den Auftrag erhielt, zur Aussage der Staatsanwaltschaft betreffend ÜStG Stellung zu nehmen. Im Bericht der JPK steht auf Seite 3: «Erwähnenswert ist weiter, dass durch die Einführung des kantonalen Übertretungsstrafgesetzes (ÜStG) und die Anwendung des darin enthaltenen Strafenkatalogs mit einem Anstieg der Einsprachen wegen verhängter Bussen zu rechnen ist. Der Mehraufwand hängt davon ab, wie die Bussen akzeptiert werden. Dies führt möglicherweise zu einem personellen Mehraufwand bei der Staatsanwaltschaft.» Es handelte sich also nicht um einen von JPK-Präsidenten erfundene Passage.

EINTRETENSENTSCHEID

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** fragt, ob ein Ratsmitglied zu einer bestimmten Seite des Berichts eine Bemerkung habe. Das ist nicht der Fall.

➔ Der Rat hat somit den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2012 geprüft und genehmigt.

Im Namen des Kantonsrats dankt der **Vorsitzende** den Richterinnen und Richtern und allen Mitarbeitenden der Zivil- und Strafjustiz für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

Die Traktanden 10 sowie 12 bis 15 können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr behandelt werden.

765 Verabschiedung von Kantonsrat Daniel Eichenberger

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Kantonsrat Daniel Eichenberger, der Präsident der Kommission für den öffentlichen Verkehr, per 30. Juni 2013 demissioniert hat und heute seinen letzten Einsatz im Kantonsrat hatte. Der Vorsitzende dankt dem abtretenden Kantonsrat für seinen Einsatz zum Wohl des Kantons Zug und wünscht ihm viel Freude und Erfolg an seiner neuen beruflichen Wirkungsstätte bei der Direktion für Bildung und Kultur. *(Der Rat applaudiert.)*

766 Nächste Sitzung

Donnerstag, 4. Juli 2013 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

52. Sitzung: Donnerstag, 4. Juli 2013 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 11.50 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Kantonsrats-Ersatzwahl in der Gemeinde Baar
2.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl
2.2. Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch Gloria Isler
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
4. Kommissionsbestellungen
5. Gesetz über die Wirtschaftspflege im Kanton Zug (Wirtschaftspflegegesetz): 2. Lesung
6. Geschäfte, die am 27. Juni 2013 nicht behandelt werden konnten:
6.1 Zwischenbericht zu den per Ende März 2013 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen
6.2 Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts über die Jahre 2011 und 2012
6.3 Motion von Philip C. Brunnner betreffend Anpassung des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe
6.4 Interpellation von Huber Schuler betreffend IV-Stelle des Kantons Zug
6.5 Interpellation von Zari Dzaferi betreffend Umsetzung der Noteninitiative für Noten ab der 2. Klasse
7. Gesetz betreffend Anpassung kantonaler Erlasse an den Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates der Europäischen Union vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, sowie weitere Gesetzesänderungen
8. Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz)
   Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines wirksamen Kontrollmechanismus über den Geschäftsgang in der kantonalen Verwaltung
   Motion der Erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen zur Weitergabe von Informationen durch die Generalsekretärin, den Generalsekretär
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham
10. 1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ) für das Kombinierte Brückenangebot (KBA)

2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ)

11. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Kauf des ETH-Versuchsbetriebs Chamau/Schachen in der Gemeinde Hünenberg und für bauliche Anpassungen in der Chamau, Hünenberg, und in der Schluecht, Cham
12. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Renaturierung des Tobelbachs, Gemeinde Cham
13. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Ausbau des Littibachs, Gemeinde Baar
14. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Neue Zahlen zur Entwicklung der Bevölkerung bis 2030; Begrenzung der Ausdehnung der Siedlungsfläche; Bauliche Verdichtung nach innen; Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen; Leitbild Lorzenebene)
15. Kantonsratsbeschluss betreffend Kredit für die Verstärkung der Uferkonstruktion Hintersecki, Kantonsstrasse 25, Gemeinde Walchwil
16. Kantonsratsbeschluss betreffend Kredit für eine elektronische Busspur auf der Artherstrasse in Zug und für die Strassensanierung
17. Kantonsratsbeschluss betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats

Pendenzen

18. Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug
19. Motion von André Wicki betreffend Beseitigung steuerlicher Begünstigung von Ausländerinnen und Ausländern durch die Besteuerung an der Quelle
20. Motion von Leonie Winter, Thiemo Hächler und Oliver Wandfluh betreffend Nutzung des tiefen Untergrundes (Geothermie)
21. Interpellation der SP-Fraktion und der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Geschlechtergleichstellung im Kanton Zug
22. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Internierung abgewiesener Asylbewerber
23. Interpellation von Andreas Hürlimann betreffend Ende der Steuer-Sorglosigkeit für Pauschalbesteuerte und andere Steuerflüchtlinge.
24. Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitik kein «Wachstum mit Grenzen»
25. Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend «Leiter Aufsicht in den sozialen Diensten Asyl»

767 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Gabriela Ingold, Unterägeri; Monika Barmet, Menzingen; Zari Dzaferi, Baar; Florian Weber, Walchwil.

768 Mitteilung

Der Bildungsdirektor nimmt heute Morgen in der Pädagogischen Hochschule Zug an der letzten Sitzung des PHZ-Konkordatsrats teil. Er wird um 10.00 Uhr den Saal verlassen und am Nachmittag von Anfang an wieder anwesend sein.

TRAKTANDUM 1

769 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Die vorliegende Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

TRAKTANDUM 2

Kantonsrats-Ersatzwahl in der Gemeinde Baar:

770 Traktandum 2.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2240.1 - 14306).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Ersatzwahl von Gloria Isler für den per Ende Juni 2013 zurückgetretenen Kantonsrat Daniel Eichenberger befindet. Gloria Isler ist bereits im Saal.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Gloria Isler.

Der **Vorsitzende** gratuliert Gloria Isler. Sie tritt ihr Amt sofort an.

771 Traktandum 2.2: **Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch Gloria Isler**

Gloria Isler will den Eid ablegen. Der **Vorsitzende** bittet sie, nach vorne zu treten. Der **Landschreiber** liest die Eidesformel vor. Gloria Isler spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst die neue Kantonsrätin im Rat willkommen und wünscht ihr viel Energie und Befriedigung bei ihrer politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 4
Kommissionsbestellungen:

772 Traktandum 4.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den «Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus»: Planung, Landerwerb und Bau, mit Genehmigung des Generellen Projekts**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2274.1/.2 - 14392/93).

➔ Überweisung an die Kommission für Tiefbauten.

773 Traktandum 4.2: **Ersatzwahlen für den aus dem Rat zurückgetretenen Kantonsrat Daniel Eichenberger**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Gloria Isler für die Kommission für das Gesundheitswesen und Thomas Wyss für die Kommission für den öffentlichen Verkehr vorgeschlagen sind.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

774 Traktandum 4.3: **Ersatzwahl für das Präsidium der Kommission für den öffentlichen Verkehr**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Moritz Schmid vorgeschlagen ist.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

775 Traktandum 4.4: **Kommission betreffend:**
– Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für die Erdverlegung der Verteilleitung zwischen Altgass und Herti, Einwohnergemeinden Baar und Zug
– Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für Massnahmen bei der Übertragungsleitung für Elektrizität

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die SVP-Fraktion darum ersucht, an Stelle von Walter Birrer neu Philip C. Brunner in diese Kommission zu wählen. Die CVP-Fraktion ersucht darum, an Stelle von Pirmin Frei neu Franz P. Iten in diese Kommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

776 **Gesetz über die Wirtschaftspflege im Kanton Zug (Wirtschaftspflegegesetz): 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2193.4 - 14363).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 68 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Das Geschäft ist damit für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6
Geschäfte, die am 27. Juni 2013 nicht behandelt werden konnten:

777 Traktandum 6.1: **Zwischenbericht zu den per Ende März 2013 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2259.1 - 14360) und der Erweiterten Staatswirtschaftskommission (2259.2 - 14374).

EINTRETENSDEBATTE

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission, stellt fest, dass vor einem Jahr fünf, jetzt aber wieder sechzehn parlamentarische Vorstösse fällig sind, und der Kantonsrat entsprechende Verlängerungen auszusprechen hat. Die Stawiko hat mit Bedauern vom Anstieg Kenntnis genommen, weist aber auch darauf hin, dass verschiedene dieser Vorstösse in Zusammenhang mit anstehenden Gesetzesrevisionen und Kantonsratsbeschlüssen behandelt werden sollen. Zwei Anträge haben in der Stawiko zu sprechen gegeben:
• Motion der Kommission Polycom, für die der Regierungsrat eine Frist bis Ende Mai 3013 beantragt: Diese Frist ist bereits abgelaufen. Der Stawiko-Präsident geht davon aus, dass der Sicherheitsdirektor dazu anschliessend Stellung nimmt.
• Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Vergleichbarkeit der Schulnoten: Hier ist die Stawiko der Meinung, dass dieses Geschäft zusammen mit der heute zu diskutierenden Interpellation von Zari Dzaferi hätte abgehandelt werden können.
Die Stawiko beantragt, auf die Vorlage einzutreten und den beantragten Fristerstreckungen stattzugeben.

Andreas Hausheer trägt das von Monika Barmet vorbereitete Votum vor. Die CVP-Fraktion hat mit zwei Vorstössen zum Kinder- und Jugendmedienschutz Massnahmen und gesetzliche Grundlagen gefordert. Einer davon ist auf Seite 5 des Zwischenberichts aufgeführt. Zum Vorgehen des Regierungsrats betreffend ihrer Motion nimmt die CVP-Fraktion wie folgt Stellung:
Auch wenn die CVP mit dem Regierungsrat einig ist, dass mit dem Einreichen der geforderten Standesinitiative die Motion in diesem Punkt als erledigt abgeschrieben werden kann, ist sie mit dem Vorgehen nicht einverstanden. Es ist unüblich, in Zusammenhang mit der Beratung des Zwischenberichts eine Motion zu behandeln resp. als erledigt abzuschreiben. Die CVP-Fraktion bittet den Regierungsrat, in Zukunft ein anderes Vorgehen zu wählen.

Esther Haas: Die AGF durfte erfreut zur Kenntnis nehmen, dass die Direktion des Innern bei den parlamentarischen Vorstössen keine Pendenzen hat. Wenn es bei einem Vorstoss mal zu einer Verlängerung kommen muss, hat die AGF aber durchaus Verständnis dafür. So hatte sie auch Verständnis beim Einreichen ihrer Kleinen

Anfrage zum Kollegialitätsprinzips. Da die Regierung im Kollektiv nach Rom reiste, willigte die AGF ein, das Eingabedatum um zwei Wochen nach hinten zu schieben, damit die Regierung die Frist von 30 Tagen einhalten konnte. Dennoch verspätete sich die Antwort um fast einen Monat. Künftig wird die AGF bei Fristen wohl weniger kulant sein.

Landammann **Beat Villiger** antwortet auf zwei Fragen
• Er gibt zu und entschuldigt sich auch dafür, dass für die Polycom-Motion eine etwas sportliche Verlängerungsfrist beantragt wurde, die nicht eingehalten werden konnte. Bei der Finalisierung des Geschäfts tauchte nämlich noch eine Frage auf, die unbedingt geklärt werden musste. Das Geschäft ist in der Direktion jetzt aber bereinigt und geht in Regierungsrat. Der Landammann bittet, die Frist bis Ende Sommerferien zu verlängern.
• Zur CVP-Motion zum Kinder- und Jugendmedienschutz: Es ist tatsächlich so, dass ein einziger Punkt erheblich erklärt wurde, nämlich die Einreichung einer Standesinitiative. Diese wurde 2010 nach der Erheblicherklärung sofort eingereicht. Beim Bund sind aber im Moment verschiedene Anträge aus Kantonen sowie aus dem National- und Ständerat sistiert, und der Bundesrat wurde beauftragt, dazu Bericht und Antrag zu stellen. Dieser Antrag liegt noch nicht vor. Der Landammann hofft, bei der Revision des kantonalen Filmgesetzes, in dem der Jugendschutz ebenfalls ein Thema ist, mehr über den Stand der Dinge beim Bund berichten zu können. Es geht dem Regierungsrat nicht darum, eine neue Form für Abschreibungen einzuführen. Hier liegt ein spezieller Fall, der sich so aufgedrängt hat, auch nach dem Motto «Kurze Wege». Der Landammann bittet, auch hier zuzustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass unter der Kategorie A noch nicht behandelte parlamentarische Vorstösse zur Fristerstreckung unterbreitet werden; unter die Kategorie B fallen bereits erheblich erklärte Vorstösse, deren Fristen zu erstrecken sind. Es gibt nur *eine* Lesung. Der Vorsitzende wird den regierungsrätlichen Bericht mit den einzelnen Fristerstreckungsbegehren seitenweise durchgehen. Die Erweiterte Staatswirtschaftskommission schliesst sich den jeweiligen Anträgen des Regierungsrats an.
Zu Seite 3, Ziffer 11, Motion von Thomas Lötscher, Philippe Camenisch, Daniel Abt und Daniel Thomas Burch betreffend Noven im Verwaltungsgerichtsbeschwerdeverfahren vom 27. Mai 2011 (Vorlage 2054.1 - 13798) orientiert der Vorsitzende, dass die Angaben im Bericht des Regierungsrats im Zeitpunkt der Erstellung des Berichts richtig waren. Nachträglich hat sich ergeben, dass die Berichterstattung und Antragstellung im Rahmen des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts aus zeitlichen Gründen nicht möglich war. Das Verwaltungsgericht wird nun eine separate Vorlage ausarbeiten. Sicherheitshalber beantragt es Fristverlängerung bis Ende Jahr. Die Vorlage liegt aber schon vorher vor.

➔ Der Rat ist mit dem Vorgehen betreffend Motion Lötscher/Camenisch/Abt/Burch stillschweigend einverstanden.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat genehmigt den Antrag des Regierungsrats stillschweigend.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

778 Traktandum 6.2: **Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts über die Jahre 2011 und 2012**
Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht; Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (2265.1 - 14382).

Der **Vorsitzende** begrüsst den Präsidenten des Verwaltungsgerichtes, Dr. Peter Bellwald.

EINTRETENSDEBATTE

Thomas Werner, Präsident der Justizprüfungskommission (JPK), möchte aus aktuellem Anlass und weil die JPK nach der letzten Kantonsratssitzung das Gefühl hatte, dass sich einige Kantonsratsmitglieder vor den Kopf gestossen fühlten, einige Informationen abgeben. Diese sollen dazu verhelfen, die Situation rund um das Kantonsgericht zu beruhigen. Höchste Priorität hat ja das Funktionieren des Gerichts, und genau darauf sollte man sich konzentrieren.
Es stand die Frage im Raum, warum die JPK nicht über den Konflikt informiert hat. Mittlerweile war in der Zeitung schon zu lesen, dass sich die JPK bei ihren Ausführungen natürlich auf die für den Rechenschaftsbericht massgebliche Zeit konzentrierte. Während dieser Zeit hat das Obergericht als Aufsichtsbehörde des Kantonsgerichts die JPK jeweils über die Entwicklungen und die getroffenen Massnahmen informiert, so auch über die letzte, unerfreuliche Entwicklung, die zu einer Freistellung und Untersuchung führte. Das Obergericht als Aufsichtsbehörde nahm seine Pflicht wahr, die JPK und kurz darauf den Kantonsrat darüber zu informieren. Ob der Name der betreffenden Person genannt werden sollte oder nicht, wurde auch in der JPK diskutiert. Schlussendlich lag aber der Entscheid bzw. die entsprechende Abwägung beim Obergericht.
Nun zum Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts über das Jahr 2012: Die JPK hat am 29. April 2013 das Verwaltungsgericht visitiert. Auch hier wurden die von der JPK gestellten Fragen beantwortet und eingehend besprochen. Am 5. Juni 2013 hat die enge JPK den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts im Zirkulationsverfahren einstimmig genehmigt.
Das Verwaltungsgericht arbeitet jeweils mit Arbeitsgruppen, bestehend aus einer Richterperson und zwei Gerichtsschreibern bzw. Gerichtsschreiberinnen. Die Arbeitsbelastung war im für den Rechenschaftsbericht massgeblichen Zeitraum wegen des krankheitsbedingten Ausfalls einer Richterperson über einen längeren Zeitraum sehr hoch, mussten doch während Monaten die Geschäfte dieser Person auf die anderen verteilt werden. Ansonsten wird hier die Personalsituation als nahezu ideal bezeichnet.
Das Verwaltungsgericht hat sich zum Ziel gesetzt, die Pendenzenzahl unter 200 zu halten, was zum dritten Mal in Folge gelungen ist. Deshalb werden von 5 möglichen Gerichtsschreiberstellen momentan nur 3,6 Stellen besetzt. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass – wie schon in den Vorjahren – die Erwartungen

der Verfahrensbeteiligten an eine rasche Erledigung der Fälle erfüllt und die gesetzlichen Vorgaben betreffend Verfahrensdauer eingehalten werden.
Am 1. Januar ist das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht in Kraft getreten. Bis dato sind in diesem Bereich 23 Fälle eingegangen. Erste Hochrechnungen ergeben eine Jahreszahl von ca. 70 Verfahren. Früher war in diesem Bereich jeweils mit ca. 35 Verfahren zu rechnen. Bis jetzt ist eine erhebliche Aufstockung des Personals nicht erforderlich. Es handelt sich aber in diesem Bereich oft um schwierige Fälle, auch weil dabei nebst der Rechts- auch eine Ermessenskontrolle vorzunehmen ist.
Die Prüfung des Rechenschaftsberichts wie auch die Visitation haben der JPK gezeigt, dass im Verwaltungsgericht verantwortungsbewusst, effizient und in einem guten, positiven Arbeitsklima gearbeitet wird. Die JPK hat innerhalb der Gerichtsorganisation klare Verantwortlichkeiten, klare Strukturen und eine kompetente Führung angetroffen, welcher sie ihren Dank aussprechen möchte. Der JPK-Präsident bedankt sich aber auch bei allen Mitgliedern der JPK für die ambitionierte, gute Zusammenarbeit und ihren Einsatz.
Die JPK stellt einstimmig den **Antrag,** den Rechenschaftsbericht für das Jahr 2012 zu genehmigen und den Richtern und Richterinnen sowie allen Mitarbeitenden des Verwaltungsgerichts den besten Dank für die geleistete Arbeit und den engagierten Einsatz auszusprechen. Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag einstimmig.

Adrian Andermatt zitiert aus dem Antrag der JPK: «Sowohl die Prüfung des Rechenschaftsberichts wie auch die Visitation des Gerichtes zeigen, dass das Verwaltungsgericht verantwortungsbewusst und effizient arbeitet; die anhängigen Verfahren werden innert angemessener Frist und sachgerecht erledigt. Die Mitarbeitenden sind fachlich kompetent und verfügen mehrheitlich schon über langjährige Gerichtserfahrungen. Zurzeit sind weder personelle noch verfahrensrechtliche Massnahmen erforderlich.» Die FDP-Fraktion nimmt dies sehr gerne zur Kenntnis. Sie wünscht dem Verwaltungsgerichtspräsidenten und seinem Team weiterhin effizientes Richten im Interesse des Kantons Zug und dankt allen Beteiligten für ihren geschätzten Einsatz. Sie unterstützt selbstverständlich den Antrag der JPK.

Verwaltungsgerichtspräsident **Peter Bellwald** hätte – wenn er sich selbst nicht sehr gut kennen würde – nach diesen Voten fast das Gefühl, er sei wirklich gut. Er ist nicht besser als andere, gibt sich aber viel Mühe.
Der Votant dankt im Namen des Verwaltungsgerichts dem Präsidenten und den Mitgliedern der JPK für ihre kompetente Visitation und ihren wohlwollenden Bericht. Dem Kantonsrat als Ganzes dankt er dafür, dass er dem Gericht auch in den vergangenen zwei Jahren die erforderlichen personellen und materiellen Mittel für eine ordnungsgemässe und effiziente Bewältigung seiner Arbeit bewilligt hat. Nicht zuletzt auch dank dieser Unterstützung ist es gelungen, die Zahl der pendenten Verfahren auf Ende 2012 auf die sehr tiefe Zahl von 115 Verfahren zu reduzieren. Auch wenn die Pendenzenzahl wegen der neuen Verfahren aus dem Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts bis Ende 2013 wieder etwas ansteigen dürfte – zur Zeit sind es schon über 40 Fälle –, so ist es sicher, dass sie sich auch dannzumal in verantwortbarem Rahmen halten wird.
Im September 2014 ist der Kanton Zug Gastgeber der Schweizerischen Verwaltungsrichtertagung. Das Verwaltungsgericht, welches diese Tagung organisiert, hofft, dass der Anlass dank eines vom Kantonsrat im Herbst noch zu bewilligenden finanziellen Beitrags in würdigem Rahmen wird durchgeführt werden können. Der Verwaltungsgerichtspräsident dankt im Voraus für die Unterstützung

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Damit hat der Rat den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts über die Jahre 2011 und 2012 geprüft und genehmigt.

Der **Vorsitzende** dankt im Namen des Kantonsrats den Richterinnen und Richtern und allen Mitarbeitenden des Verwaltungsgerichts für die geleistete Arbeit.

779 Traktandum 6.3: **Motion von Philip C. Brunnner betreffend Anpassung des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe**
Es liegen vor: Motion (2153.1 - 14086); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2153.2 - 14220).

Motionär **Philip C. Brunner** ist froh, dass dieses Geschäft nun endlich in den Rat kommt, bereitet er sich doch seit letztem November immer wieder vor, hier etwas zu Tourismus zu sagen.
Es geht nicht um Geld oder andere Fragen, sondern um die Erheblicherklärung seiner Motion – also darum, in einer Kommission einige Fragen zu Zug Tourismus besprechen zu können. Die Interessenbindung des Votanten ist bekannt: Er arbeitet seit vierzig Jahren in der Hotel- und Tourismusbranche. Bezüglich Verkehrsvereinen und Vermarktung von Hotels hat er in dieser Zeit einen unglaublichen Wandel erlebt. Früher waren Verkehrsvereine fast genossenschaftliche Zusammenschlüsse zur Selbsthilfe. Dieses Milizsystem stiess irgendwann aber an seine Grenzen. In der Stadt Zug hat der Verkehrsverein vor einigen Jahren neue, andere Aufgaben, nämlich die Stadtführungen, übernommen. Die ursprüngliche Aufgabe und das entsprechende Geld wurden der professionellen Organisation Zug Tourismus übertragen; der damalige Stadtrat Hans Christen hat dabei in bestem freisinnig-radikalem Sinne Pionierarbeit geleistet. Andernorts haben sich die alten Strukturen erhalten, also jene Vereine, bei denen man mit 20 Franken Mitglied sein kann und in denen man sich einmal im Jahr zu einem feinen Essen trifft – dies auf Kosten der Gäste, welche die Logiernächtetaxe bezahlt haben. Neben Hans Christen hat auch Heini Schmid grosse Verdienste um den Zuger Tourismus; er hat in Milizarbeit und eigennützig – nein: natürlich *uneigennützig* Zug touristisch etwas positionieren können.
Es geht nicht nur um die Erheblicherklärung der Motion, sondern auch um eine Weichenstellung für Zug Tourismus. Früher war die Vermittlung von Hotels eine Kernaufgabe der Verkehrsvereine. Das hat sich mit der Globalisierung und dem Internet komplett verändert. Zug Tourismus muss eine neue Aufgabe finden, wobei es in Richtung Kompetenzzentrum gehen muss. Die Hotels und Hoteliers kommen mit der unglaublichen Veränderung fast nicht nach, und Zug Tourismus könnte mithelfen, die Marketingstrategien der Hotels zu verbessern. Wer Briefe an die Kantonsräte schickt und unterschwellig behauptet, die grossen Profiteure von Zug Tourismus sässen in der Stadt Zug, der täuscht sich: Heute vermittelt Zug Tourismus direkt kaum *eine* Hotelreservation pro Tag. Die Hotels in der Stadt, aber auch an anderen Orten können also sehr gut ohne Zug Tourismus auskommen. Und wenn

die Hoteliers der Stadt Zug jährlich über 100'000 Franken an Zug Tourismus überweisen, dann geschieht das in erster Linie aus Solidarität gerade auch mit dem Ägerital und jenen Hotelbetrieben, die von ihrer Lage her nicht am Geschäftstourismus partizipieren können. Der Geschäftstourismus ist vor allem abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton Zug und mit Marketing nur schwierig zu beeinflussen. Die Stadtzuger Hoteliers könnten mit den erwähnten 100'000 Franken auch etwas Eigenes machen, beispielsweise den Wirtschaftsapéro der Stadt *sponsern* und sich dort eine super Plattform für Werbung in eigener Sache schaffen. Das Geld wäre so vermutlich viel besser eingesetzt, als wenn man es Zug Tourismus überweist. Die Letzten, die von Zug Tourismus profitieren, sind also sicher die Hotelbetriebe in der Stadt.
Was geschieht, wenn Zug Tourismus nicht gestärkt wird? Der Kantonsrat hat heute mit 68 zu 0 Stimmen einem Wirtschaftspflegegesetz zugestimmt; der Staat organisiert künftig das Marketing für die Wirtschaft. Wenn Zug Tourismus nicht gestärkt wird, wird die Volkswirtschaftsdirektion mit dem Hinweis auf Arbeitsplätze und einige hundert Millionen Umsatz und Wertschöpfung eine Tourismusfachstelle schaffen müssen. Dann haben wir einen staatlichen Zug Tourismus. Das ist nicht das, was der Votant sucht. Er möchte, dass die Privatwirtschaft sich beteiligt, aber auch einen direkten Vorteil daraus ziehen kann.
In diesem Sinne ruft der Votant dazu auf, die Motion erheblich zu erklären und damit die Bemühungen zu unterstützen, die in den vergangenen Jahren durch Leute hier im Saal und viele andere geleistet wurden.

Karin Andenmatten-Helbling: Die Hotellerie im Kanton Zug ist im Wandel. Mit dem Eintritt von neuen grossen Playern erfährt die Branche einen Wachstumsschub mit ungewissem Ausgang Die Konkurrenz für gewisse Betriebe wird sprunghaft zunehmen. Es ist ein guter Zeitpunkt, dass die Politik sich Gedanken macht, welche Rolle der Staat – wie bereits ausgeführt – in diesem Wirtschaftszweig künftig spielen soll.
Das Gesetz über die Beherbergungsabgabe, welches den Gemeinden grossen Spielraum lässt, war 1998 zwar gut gemeint, hat in der Praxis aber zu unzulänglichen Marktverzerrungen geführt, welche die CVP grundsätzlich ablehnt. Sie befürwortet daher die flächendeckende Mindestabgabe von 90 Rappen. Ungleich ist die heutige Praxis auch in Bezug auf die Finanzierung von Dienstleistungen und Angeboten von Zug Tourismus. Die Stadt Zug überweist ihre gesamten Beherbergungsabgaben an Zug Tourismus, hat mit diesem Dienstleister allerdings auch einen Leistungsauftrag und weiss also, was sie für ihr Geld erwarten darf. Alle anderen Gemeinden leisten einen scheinbar diffusen Solidarbeitrag, ohne Leistungsauftrag, basierend auf einem *Gentlemen's Agreement*, d. h. ohne rechtliche Verpflichtung und ohne Gewissheit, welche Leistungen sie dafür erwarten dürfen.
Zug Tourismus hat mit seiner Grösse zweifelsohne eine Infrastruktur und organisatorische Möglichkeiten, Marketing für die Region zu betreiben, welche einzelne Gemeinden und Verkehrsvereine nicht haben. Wenn künftig 50 Prozent der minimalen Beherbergungsabgabe für zentrales Marketing aufgewendet werden, kann in einem Leistungsauftrag definiert werden, welche Leistungen die Gemeinden und die Hoteliers dafür erhalten. Die andere Hälfte der Beherbergungsabgaben oder was darüber hinausgeht, kann weiterhin für lokale Bedürfnisse bzw. die individuelle Marktbearbeitung eingesetzt werden. Die CVP-Fraktion unterstützt diese salomonische Lösung des Regierungsrats. Gruppenrabatte hingegen lehnt sie ab, da Gruppen für Gastgeber *per se* eine Aufwandreduktion bedeuten und die CVP keine neuen Ungleichbehandlungen schaffen will. Die CVP-Fraktion empfiehlt, die Motion in der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Ausgestaltung erheblich zu erklären und das Gesetz über die Beherbergungsabgabe entsprechend anzupassen.

Dominik Lehner: Für die FDP-Fraktion ist Zug Tourismus eine wichtige Institution, welche nicht mehr wegzudenken ist. Zug Tourismus ist eine kompetente Anlaufstelle für sämtliche Tourismusanliegen des ganzen Kantons. Es profitieren davon alle Betriebe – egal, ob sie für Zug Tourismus bezahlen oder nicht.
Zwischen den lokalen Verkehrsvereinen und Zug Tourismus bestehen auf verschiedenen Ebenen Kooperationen. Teilweise wurden diese durch *Goodwill*-Zahlungen abgegolten. Eine solche Regelung ist unprofessionell. Gute Arbeit soll auch entsprechend entschädigt werden.
In einem stark umkämpften Tourismusmarkt ist es wie in der Wirtschaft unumgänglich, die Ressourcen zu bündeln. Gemeinsam kann man mehr bewegen und die Mittel gezielter einsetzen. Für eine flächendeckende Erhebung der Beherbergungsabgaben nach dem Verursacherprinzip hat sich deshalb auch die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmer ausgesprochen. Die Befürchtungen gewisser Regionen, sie würden durch Zug Tourismus nicht adäquat vertreten, sind verfehlt. Verfolgt man die Aktivitäten und besucht man die Internetseite von Zug Tourismus, dann sieht man, dass der gesamte Kanton und sämtliche Regionen namhaft vertreten sind. Prominent vertreten ist auch das Ägerital, dies auch mit einem Link auf seine Homepage.
Die Mehrheit der FDP-Fraktion ist der Überzeugung, dass der vom Regierungsrat vorgezeigte Weg richtig ist. Sie schliesst sich deshalb dem Antrag gemäss Punkt 5a an, die Motion im Bereich der Erhebung der Beherbergungsabgaben für den ganzen Kanton und einer Zuweisung von 50 Prozent dieser Einnahmen an Zug Tourismus erheblich zu erklären. In Bezug auf gesetzliche Reduktionen für Gruppen soll die Motion nicht erheblich erklärt werden.

Thomas Werner: Der Motionär, ein Hotelier aus Zug, hat gesprochen und argumentiert. Nach Meinung des Votanten hat er seine Prinzipien aufgegeben und in alle Himmelsrichtungen argumentiert. Seine Argumente – beispielsweise, dass das Ägerital mehr profitiere – sind aber nur mit sehr viel Fantasie nachzuvollziehen.
Bei dieser Vorlage geht es einerseits um Zentralisierung, andererseits ganz simpel und klar um das Beschaffen von mehr Geld für Zug Tourismus. Es gibt mittlerweile genügend Beispiele, die zeigen, dass die Zentralisierung trotz aller Versprechungen im Vorfeld schlussendlich auf jeden Fall mehr und nicht weniger Geld kostet. Aus Fehlern sollte man lernen und sie nicht immer und immer wieder begehen.
Zur Zentralisierung ist zu sagen, dass Zug Tourismus einen kleinen Betrag gewinnen würde. Auf der Verliererseite stünden die anderen Gemeinden im Kanton Zug und vor allem der Verkehrsverein Ägerital-Sattel. Diese Region arbeitet sehr gut zusammen und konnte ihre Marke, nämlich das Naherholungsgebiet Ägerital-Sattel, erfolgreich auf dem Markt platzieren. Das Erfolgsrezept lautet nicht Zentralisierung und Vereinheitlichung, sondern direkter Einsatz vor Ort, präsent sein, sein Segment konsequent vermarkten – kurz gesagt: Nähe zu den Unternehmen und Kunden. Das Naherholungsgebiet Ägerital spricht eine komplett andere Kundschaft an als die Hauptkundschaft von Zug Tourismus. Es ist also dringend notwendig, dass Ägerital-Sattel weiterhin die eigene Marke vertreten und das Geld dafür einsetzen kann. Es besteht die Angst, dass das Geld, wenn es nun nach Zug geschickt werden soll, im Topf von Zug Tourismus versickert, natürlich für die Interessen aller, aber ohne besonderen Gewinn für das Ägerital. Man braucht kein Hellseher zu sein, um zu realisieren, dass bei einer Zentralisierung das Geld wahrscheinlich eher zum Topf von Zug Tourismus gehören würde. Warum soll den Gemeinden vorgeschrieben werden, ob und wieviel Beherbergungsabgaben sie einziehen müssen? Das sollte jede Gemeinde für sich entscheiden können. Natürlich soll Zug Tourismus nicht aufgelöst werden, und es ist auch nicht so, dass Zug

Tourismus nichts erhält. Es besteht bereits ein *Agreement*, und was besteht und sich bewährt hat, muss nicht in einem neuen Gesetz geändert werden.
Zug Tourismus muss sich über den Widerstand und die Skepsis nicht wundern. Zu schlecht sind wahrscheinlich die Erfahrungen, die Ägerital-Sattel mit Zug Tourismus gemacht hat. Der erste Schritt ist die Zentralisierung, der zweite – wenn alle anderen Mitstreiter verschwunden sind – ist der Ruf nach mehr Geld; das wagt der Votant schon jetzt vorauszusagen. Es gibt keinen vernünftigen Grund, dieses gut funktionierende System zu ändern.
Die angesprochenen unterschiedlich langen Spiesse der Hoteliers im Kanton Zug kann man so nicht gelten lassen. Ob jetzt einer pro Nacht 90 Rappen oder 1,50 Franken Beherbergungsabgabe bezahlt, hat nichts mit einer Wettbewerbsverzerrung zu tun. Auch hier spricht also nichts für eine Gesetzesänderung.
Es handelt sich hier ein Beispiel einer geplanten, unnötigen Gesetzesänderung in einem Bereich, der eigentlich wunderbar funktioniert hat. Lieber als ein unnötiges zusätzliches Gesetz ist dem Votanten *kein* Gesetz. Im Namen der SVP-Fraktion empfiehlt der Votant, die Motion nicht erheblich zu erklären und sie abzuschreiben.

Beat Iten macht zuerst eine kleine Randbemerkung: Manchmal erstaunt es ja doch, von welcher Seite plötzlich Anträge und Motionen für Abgaben kommen, von einer Seite nämlich, welche sich sonst vehement gegen Abgaben und Gebühren wehrt. Die SP kann sich grundsätzlich der Meinung anschliessen, dass eine Vereinheitlichung in der Praxis der Beherbergungsabgaben und die Erhebung solcher Abgaben in allen Gemeinden sinnvoll sind. Von den Gemeinden und Verkehrsvereinen erhält Zug Tourismus einen Beitrag gemäss einem *Gentlemen's Agreement*. Es ist sinnvoll, dieses *Agreement* auf eine andere Basis zu stellen und eine grössere Verbindlichkeit für diesen Teil zu schaffen. Über den Anteil, den Zug Tourismus von diesen Abgaben erhalten soll, kann dagegen diskutiert werden. Gemäss den Ausführungen in der Motionsbeantwortung bezahlt der Kanton bereits einen namhaften Beitrag an Zug Tourismus. Der Votant geht davon aus, dass damit zu einem grossen Teil die Basisdienstleistungen für die Vermarktung des gesamten Kantons entschädigt werden.
Es gibt ja auch genügend Erfahrungen mit der Kantonalisierung und Zentralisierung von Organisationen und Leistungen. Zentralisierungen werden immer mit dem Argument der Synergie und Konzentration der Kräfte begründet. Leider explodieren dann nicht selten kurz nach der Zentralisierung die Kosten. Die Befürchtungen des Votanten gehen also dahin, dass ohne klare Aufträge und Regelungen die Beiträge für Zug Tourismus in einem grossen Topf verschwinden und keine Leistungen mehr in die lokalen Destinationen zurückfliessen.
Konkret wird Zug Tourismus wohl auch in Zukunft das Hauptgewicht seiner Tätigkeit auf das Tal und auf die Vermarktung des Geschäftstourismus legen und sich nur in bescheidenem Umfang für die übrigen Regionen und Anliegen einsetzen. Der Votant spricht hier nicht nur als SP-Vertreter, sondern auch als Vertreter des Ägeritals, das bezüglich Tourismus zumindest teilweise ganz anders ausgerichtet ist. Für das Ägerital ist die Zusammenarbeit mit der Region Sattel/Schwyz mindestens so wichtig wie die Zusammenarbeit mit der Region Zug, zumal die Region Sattel touristisch sehr innovativ ist.
Den Votanten stört auch die Aussage in der Motion, dass bei 50 Prozent der Abgabegelder an Zug Tourismus ungezielte Aktionen im Tourismusbereich in den Gemeinden oder durch Verkehrsvereine vermieden werden können. Es ist wohl eine Unterstellung, dass die Tourismusgelder in den Gemeinden und in den Verkehrsvereinen in ungezielte Aktionen investiert werden, und dass diese Gelder von Zug Tourismus dann gezielter eingesetzt werden. Bei anderen Themen würde die

Argumentation des Motionärs wohl genau umgekehrt lauten, nämlich dass grosse Organisationen ineffizient seien und die Gelder vor Ort viel gezielter und effizienter eingesetzt werden können.
Die SP-Fraktion sagt grundsätzlich ja zur Motion, mit Vorbehalt. Über die Details des Gesetzes muss sicher noch in einer Kommission diskutiert werden.

Vroni Straub-Müller: Die AGF ist mit dem Vorschlag des Regierungsrats einverstanden und dankt dem Motionär, dass er diese Gesetzesänderung auf den Weg geschickt hat.
Mit der Erhebung einer Beherbergungsabgabe werden wichtige touristische Dienstleistungen und Infrastrukturangebote in den Gemeinden finanziert. Die Hotelbranche im Kanton Zug profitiert während der Woche hauptsächlich vom Geschäftstourismus. Um die Angebote an den Wochenenden besser auszulasten, ist mehr und viel Marketingaufwand nötig. Dieser soll über die Beherbergungsabgabe mitfinanziert werden und teilweise an Zug Tourismus zu entrichten sein.
Zug Tourismus ist die tragende Organisation für Dienstleistungen und Basismarketing. Die Stadt Zug hat – wie bereits gehört – ihre Aufgaben in diesem Bereich mittels Leistungsauftrag an den Verein übertragen. Von den Angeboten des Tourismusdienstleisters profitieren die Hoteliers aller Zuger Gemeinden.
Die AGF ist damit einverstanden, dass der Kanton auf eine Reduktion der Abgaben bei Gruppen verzichtet. Erstens sind Gruppen im Kanton Zug bei weitem nicht das Hauptzielpublikum, und im Übrigen müssen ja auch bei Gruppen die Infrastrukturleistungen erbracht werden. Es ist nach Meinung der AGF auch richtig, dass mindestens die Hälfte der Abgabeerträge an Zug Tourismus und deren Dienstleistungen fliessen. Die Stadt Zug gibt diese Abgaben vollständig an Zug Tourismus weiter.
Zug Tourismus wurde in letzter Zeit stark professionalisiert und ausgebaut. Eine Zusammenarbeit mit Zug Tourismus mittels Leistungsaufträgen könnte bestimmt auch anderen Gemeinden Vorteile bringen und den gesamten Auftritt des Kantons Zug stärken. Die AGF empfiehlt, dem Antrag der Regierung zuzustimmen.

Franz-Peter Iten legt zuerst seine Interessenbindung offen: Erstens hat er über fünf Jahre lang als freier Mitarbeiter verschiedene Tourismus-Events im Auftrag der Sattel-Hochstuckli AG auf dem Hochstuckli organisiert; zweitens hat er einen Schwager, der ein Hotel im Ägerital betreibt; drittens arbeitet seine Frau wie auch er selber ca. 30 Prozent in der Gastronomie; viertens hat er davon Kenntnis, dass eine Kantonsrätin Verwaltungsrätin eines Hotels im Ägerital ist; und fünftens kennt er natürlich den Motionär, der in einem gewissen Sinne ein Berufskollege ist. Sein Votum war seit November 2012 bis gestern im politischen Kühlschrank eingelagert und hat in der Zwischenzeit die eine oder andere leichte Veränderung (Eisbildung) erfahren, die aber weder auf die verschiedenen beim Votanten und sicher auch bei den übrigen Kantonsratsmitglieder eingetroffenen Schreiben verschiedener Organisationen noch auf einige Telefonate und zwischenzeitlich erfolgte Gespräche zurückzuführen sind.
Nach Meinung des Votanten entspricht eine Beherbergungsabgabe nicht mehr der heutigen Zeit und sollte aus der Gesetzgebung gestrichen werden. Der Votant hält sich da den Weg einer neuen Motion offen und wird – je nach heutigem Entscheid – entsprechend weitere und vertiefte Abklärungen treffen und dann entsprechend handeln. Man sollte sich aber auch über die Existenzberechtigung der Tourismusorganisationen im Kanton Zug und auch schweizweit in der heutigen Form Gedanken machen. Vielleicht führen neue Formen in einer Zeit der hochentwickelten Kommunikation zu einer andern Art von Werbung für den Tourismus. Alle sind gefordert, gefordert für eine nachhaltige Zukunft.

Die Motion Brunner verlangt, dass alle Gemeinden im Kanton Zug eine Beherbergungsabgabe von 90 Rappen erheben müssen; mindestens 50 Prozent der Einnahmen aus der Beherbergungsabgabe sind für die Mitfinanzierung von Dienstleistungen und Angeboten der kantonalen Tourismusorganisationen zu verwenden. Tatsache ist, dass die Beherbergungsbetriebe im Ägerital nie oder fast nie vom Angebot von Zug Tourismus oder von den Verkehrsvereinen der beiden Berggemeinden profitiert haben. Die erfolgreichen Angebote sind grösstenteils nur auf Initiative der Beherbergungsbetriebe aus dem Ägerital selber mit Mund-zu-Mund-Werbung aufgrund von guten Leistungen für die Gäste usw. im In- und Ausland erfolgt. Der Votant zählt sich da als Mund-zu-Mund-Werber auch dazu.
Als Beispiel dienen zudem zwei für das Ägerital negative Präsentationen an zwei Messen, die zwar nicht durch die Tourismusvereine organisiert wurden, sondern durch die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zug, deren verantwortliche Personen nicht ganz einschätzen können, ob es im Kanton Zug genug Hotelzimmer hat oder nicht. Dem Votanten bekannte Belegungszahlen aus Gastronomiebetrieben im Kanton Zug zeigen ein ganz anderes Bild. Trotzdem werden immer noch mehr neue Hotelzimmer im Einzugsgebiet der Stadt Zug und Umgebung – neutral formuliert – anscheinend für Geschäftsleute generiert. Das hat Gott sei Dank auch der Zug-Tourismus-Chef und Kantonsratskollege Urs Raschle erkannt, indem er in der Neuen Zuger Zeitung vom 5. Juni 2013 festhält: «Grosser Verlierer ist das Ägerital, das seine Betten immer weniger mit Geschäftsleuten füllen kann.»
Mit dem Rauchverbot, mit der Promillegrenze und schlussendlich auch mit den verschiedenen Bussen gemäss Bussenkatalog im Übertretungsstrafgesetz wurden viele Entscheide getroffen, die sich negativ auf die Gastronomie auswirken werden bzw. ausgewirkt haben, wie die Beispiele von Schliessungen traditioneller Betriebe im Ägerital zeigen. Fairerweise ist darauf hinzuweisen, dass man sich auch im Gastromarkt mit kundenfreundlichen Angeboten positionieren soll und muss. Dass da der eine oder andere Gastrobetrieb vielleicht die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat, hat auch der Votant festgestellt und stimmt leider.
Zu den zwei negativen Präsentationen für das Ägerital: Zum einen war ja der Kanton Zug 2010 an der LUGA und zum andern auch an der OLMA vom letzten Jahr als Gastkanton vertreten. Wenn man die beiden Präsentationen an den beiden Ausstellungen durch die Verantwortlichen des Kantons vergleicht, so ergeben sich in etwa gleiche Bilder: Der Kanton Zug wurde zwar in verschiedenen und zum Teil sehr ausführlichen Facetten gut bis sehr gut präsentiert, vom Ägerital sah man jedoch an beiden Ausstellungen sozusagen nichts – *sorry,* immerhin jeweils kommentarlose Stand- bzw. Laufbilder.
Was hat das mit der Motion Brunner zu tun? Sehr viel sogar. Mit der Umsetzung der Motion Brunner wird das Ägerital einmal mehr an den Rand des Kantons Zug gedrängt. Gut, das Ägerital befindet sich natürlich am Rande des Kantons Zug, und gerade aus diesem Grunde hat es ja die Zusammenarbeit mit dem Kanton Schwyz bzw. der Gemeinde Sattel mit dem vielseitigen Angebot des Hochstucklis gesucht und dieses mit dem Angebot des wunderschönen Ägeritals auch aktiv verbunden. See und Berge in unmittelbarer Nachbarschaft lassen viele Ideen zu, und dazu braucht das Ägerital Zug eigentlich nicht. Das soll nicht heissen, dass das Ägerital nicht offen ist für eine beidseitig erfolgreiche Vermarktung des Angebots des Ägeritals und des *gesamten* Kantons Zug. Das Ziel soll sein, unsere Angebote in die ganze Schweiz zu tragen, sogar noch viel mehr, nämlich in die ganze Welt hinaus.
Hand aufs Herz: ein wunderschönes Tal im Kanton Zug. Wir können ja auch nichts dafür, dass wir da leben. Der Votant begreift einfach nicht, dass man sich gegenseitig fast bekämpft – die Morgartenschlacht lässt grüssen – und nicht ein gemeinsames Ziel verfolgt. Man sollte in der heutigen Zeit Wege finden und Ziele definie-

ren, die nicht nur über den Finanzausgleich führen, sondern für den Kanton Zug als Gesamtes und für alle Gemeinden förderlich sind. Der Votant vermisst die vielgerühmte Solidarität, dies umso mehr, weil ihm seine Heimat, die Schweiz, der Kanton Zug und schlussendlich auch sein Ägerital, sehr am Herzen liegen.
Im Jahre 2015 findet die 700-Jahr-Feier der Schlacht am Morgarten statt. Der Votant ist überzeugt, dass dieses Ereignis für das Ägerital *und* den Kanton Zug einiges bewegen wird. Dann stehen vermutlich verschiedene Organisationen mit oder ohne Beherbergungsgebühren zuvorderst an der Front. Das Ägerital weiss dies zu schätzen.
Der Votant unterstützt den Antrag der SVP-Fraktion, die Motion Brunner nicht erheblich zu erklären.

Urs Raschle setzt seine Interessenbindung als bekannt voraus: Als Geschäftsführer von Zug Tourismus darf er Tag für Tag den herrlichen Kanton Zug gegen aussen *promoten*. Deshalb ist die heutige Debatte etwas schwierig für ihn, und er wird sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Er ist nämlich nur der operativ ausführende Chef; die Strategie wird vom Vorstand und auch vom Kantonsrat festgelegt.
Es geht darum, die Leistungsaufträge für Zug Tourismus für die Zukunft zu definieren. Im Moment gibt es davon gerade mal zwei: Einerseits sagt der Kanton bzw. die Volkswirtschaftsdirektion, dass Zug Tourismus sechs Tage pro Woche geöffnet hat und ein Basismarketing organisiert, beispielsweise einen Prospekt und den Internet-Auftritt; beim Auftrag der Stadt Zug geht es andererseits darum, auch am siebten Tag der Woche geöffnet zu haben sowie eine Erst-August-Feier zu organisieren. Das ist alles. Es gibt keinen anderen Leistungsauftrag einer Gemeinde, auch nicht von Ägerital-Sattel, und das war bisher auch nie der Fall. Der Votant entdeckte 2008, dass im Ägerital die Wogen etwas gar hoch gehen, und versuchte das Gespräch zu finden. Am 1. Januar 2009 konnte dann die Marketinggruppe, die etwas eingeschlafen war, reaktiviert werden, und zusammen mit Kollegen aus dem Ägerital konnte der Votant einen neuen Auftritt definieren, mit Internet-Auftritt und Prospekten. Selbstverständlich wurde diese Aufgabe bzw. deren Kosten vom Vorstand von Zug Tourismus genau beobachtet, denn es gab ja keinen Leistungsauftrag. Als es dann darum ging, diese Aufgaben, welche insbesondere der Votant ziemlich kostenlos übernommen hatte, zu finanzieren, war plötzlich die Diskussion beendet: Das Ägerital war an einer Kooperation nicht interessiert. Seitdem ist die Situation etwas schwierig, wobei aber zu betonen ist, dass man – beispielsweise beim neuen Internet-Auftritt – zusammenarbeitet.
Heute geht es nun darum, dass man die Zukunft dieser Gelder und auch die Zukunft von Zug Tourismus definieren soll. Damit ist man an einem interessanten Punkt angelangt. Tourismus ist nämlich ein Wirtschaftsfaktor, vielleicht nicht gerade im Kanton Zug, aber in Bergregionen wie Graubünden oder Wallis, wo der Tourismus wirtschaftlich die Nummer eins ist. Deshalb wird Tourismusmarketing immer wichtiger. Man *muss* zusammenarbeiten. Zug Tourismus macht dies mit den Partnern Zürich Tourismus und Schweiz Tourismus und hat dort interessante Türen und Quellen, die genutzt werden können und selbstverständlich auch dem Ägerital zur Verfügung stehen, wenn Leistungsaufträge etc. vorhanden sind. Die vorliegende Motion bietet die Chance, die zukünftige Ausrichtung zu definieren. In diesem Sinne dankt der Votant für die positiven Voten und bittet, der Motion zuzustimmen.

Thomas Wyss ist ein Fan des Ägeritals und seiner Leute. Wenn man in Steinhausen aufgewachsen und in Cham wohnhaft gewesen ist und nun im Ägerital wohnt, dann merkt man, dass die Ägerer etwas anders sind. Sie haben viel Eigeninitiative,

lösen ihre Probleme selber und rufen nicht bei erster Gelegenheit nach dem Staat. Nun aber soll diese Eigeninitiative unterbunden werden, dies durch eine Kantonalisierung, die es schlicht und einfach nicht braucht. Der Votant bittet daher, die Motion Brunner nicht erheblich zu erklären.

Als **Thomas Lötscher** – als Neuheimer – die vorliegende Motion gelesen hatte, wähnte er sich im falschen Film und liess vor seinem geistigen Auge ein paar Kantonsratssitzungen der jüngeren Vergangenheit ablaufen; durch die verzögerte Behandlung dieses Geschäfts ist diese Vergangenheit etwas länger geworden.
• Als das Gebührengesetz im Kantonsrat behandelt wurde, äusserte Thomas Villiger die SVP-Ansicht, dass im Zweifelsfall auf ein neues Gesetz zu verzichten sei. Die SVP scheute die Gebührenerhöhungen wie der Teufel das Weihwasser: «Auf keinen Fall kann es für die SVP in Frage kommen, mit einem neuen Gebührengesetz die Gebühren zu erhöhen. Dies widerspricht der Konzeption eines schlanken und bürgerfreundlichen Staates.»
• Anlässlich der Beratung zum Kinderbetreuungsgesetz sprach SVP-Sprecher Thomas Werner der Gemeindeautonomie das Wort.
• Ins gleiche Horn stiess SVP-Kantonalpräsident Manuel Brandenberg bei der Beratung des Integrationsgesetzes. Als eloquenter und belesener Redner schloss er mit einem Zitat von Charles Baron de Montesquieu: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, *kein* Gesetz zu machen.»
Die SVP hat voll ins Schwarze getroffen. Ebenso wichtig, wie unnötige Gesetze zu vermeiden, ist es natürlich, bestehende Gesetze nicht unnötig zu verschärfen. Der Votant empfiehlt natürlich nicht, SVP-Parolen blind zu übernehmen. Im vorliegenden Fall hätte Philip C. Brunner allerdings gut daran getan, auf seine Kollegen zu hören. Klientelpolitik ist zuweilen verführerisch: Andern Gutes zu tun, tut doppelt gut, wenn das Gute einem selber zugutekommt. Klientelpolitik ist nicht *per se* schlecht, und letztlich vertreten alle irgendwelche Interessen. Aber wenn das eigene Handeln so offensichtlich und gleich mehrfach gegen ansonsten hart vertretene eigene Grundsätze läuft, sollte man sein eigenes Verhalten nochmals hinterfragen.
Auf die Erhöhung der Abgaben verzichten, die Gemeindeautonomie wahren und unnötige Regelungen vermeiden: Das ist das ordnungspolitische Gebot der Stunde. Das richtet sich explizit nicht gegen Zug Tourismus, eine Organisation, deren Engagement und Kreativität der Votant schätzt. Allerdings sollten die Zusammenarbeit und auch die Finanzierung im gegenseitigen Einvernehmen und nicht über kantonal verordnete Zwangsabgaben erfolgen.
Die Position des Ägeritals wurde von Ägerer Rednern bereits dargelegt und ist nachvollziehbar. Der Votant bestreitet nicht, dass es auch Synergien und Zusammenarbeitspotenzial zwischen dem Ägerital einerseits und der Stadt und vor allem dem Kanton Zug andererseits gibt, gerade in der Kombination von Geschäfts- und Freizeittourismus. Aber dazu sollen die Akteure auf freiwilliger Basis und als gleichberechtigte Partner zusammenarbeiten können. Die vom Motionär initiierte und von der Regierung leider unterstützte Strategie wird kaum aufgehen. Der Geschäftsführer von Zug Tourismus hat in der Zeitung dargelegt, dass der Zustupf zwar willkommen sei, aber die Probleme nicht nachhaltig löse. Da wäre es doch sinnvoller, zuerst ein Gesamtkonzept zu entwickeln und alle Akteure einzubeziehen, als Zwangsabgaben übers Knie zu brechen und anschliessend zu schauen, was man damit so machen könnte. Das Votum von Urs Raschle mit der Forderung nach einer umfassenden Leistungsvereinbarung spricht ebenfalls für diesen Lösungsansatz.
In diesem Sinne beantragt der Votant, die Motion nicht erheblich zu erklären und das Gesetz über die Beherbergungsabgabe in der heutigen Form zu belassen.

Beat Wyss ist Mitglied des Verkehrsvereins Oberägeri. Er vertritt eine kleine Minderheit des Kantons, das schöne Ägerital – eine Perle, wie man zu sagen pflegt. Aber Perlen sind nicht einfach zu züchten, und so ist es auch mit dem Ägerital und dem Tourismus. Das Ägerital weist einen ganz anderen Tourismus auf als der Rest des Kantons. Die Zusammenarbeit zwischen Sattel und dem Ägerital funktioniert bestens, im Sinne einer super Erholungs- und Ferienregion.
Der Votant kann es nicht verstehen, dass Philip C. Brunner von der SVP mit seiner Motion den Verkehrsvereinen im Ägerital einen existenziellen Grundstein wegnehmen will. Da soll einfach Geld abgezweigt werden, ohne einen genauen Auftrag zu fixieren. Es ist sinnvoll, Leistungsvereinbarungen mit Zug Tourismus abzuschliessen. Wichtig ist aber auch, dass diese Vereinbarungen kontrolliert werden können. Das Ägerital ist mit Sicherheit auf die Unterstützung von Zug Tourismus angewiesen und schätzt die Zusammenarbeit sehr. Der Votant kann sich jedoch nicht vorstellen, wie Zug Tourismus die unterschiedlichen Bedürfnisse unter einen Hut bringen will: Zug mit Geschäftstourismus und das Ägerital mit Freizeit- und Erholungstourismus. Daher muss für die Region Ägerital-Sattel eine andere Lösung gefunden werden.
Dass die finanzielle Lage des Tourismus im Kanton Zug verbessert werden muss, sieht der Votant ein. Die Motion führt aber zu einer weiteren Zentralisierung, und damit steht die Perle Ägerital erneut als Verliererin da, weil sie gegen den grossen Geschäftstourismus, wegen des Geldes, an Glanz verliert. Vor Ort werden die nötigen Mittel fehlen, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Verkehrsvereine würden in ihrer Existenz bedroht. Die Motion schlägt den falschen Weg ein und ist daher nicht erheblich zu erklären.

Daniel Thomas Burch: Der Kanton Zug ist weder vom Tourismus noch von der Hotellerie abhängig. Er ist primär ein Wirtschaftskanton, und die Steuereinkünfte der juristischen Personen stammen aus der Industrie, dem Gewerbe und den Dienstleistungen.
Die Beherbergungsabgabe zur Finanzierung der Tourismusaktivitäten im Kanton Zug ist sehr fragwürdig. Fährt beispielsweise ein Carunternehmer eine Wandergruppe auf den Raten und nimmt diese im Ausflugsrestaurant das Mittagessen ein, dann bezahlt sie keine Abgabe an die Tourismusförderung, kann aber trotzdem die Wanderwege trotzdem kostenlos benützen. Übernachtet ein Seminarteilnehmer im Seminarhotel am Ägerisee, muss ein Obolus für den Aufenthalt bezahlt werden, obwohl der Betreffende möglicherweise das Hotel nie verlassen hat. Wenn Touristen eine Rundfahrt auf dem Zugersee unternehmen, fällt kein Groschen in die Kasse der Tourismusförderung. Dasselbe gilt, wenn Touristen sich in einer Konditorei mit Zuger Kirschtorte verköstigen.
Wo bleibt da das Verursacherprinzip? Weshalb sollen nur den Personen, die im Kanton Zug übernachten ein kleiner Beitrag zur Tourismusförderung abgezwackt werden? Grundsätzlich sollte man das Konzept und die Aufgaben von Zug Tourismus überprüfen. Die Interessen der verschiedenen Regionen sind unterschiedlich. Das Ägerital hat andere Bedürfnisse als die Stadt Zug oder der Ennetsee. Die geforderte Lösung, wonach alle Gemeinden im Kanton Zug eine Beherbergungsabgabe mit einem Minimalbeitrag von 90 Rappen erheben müssen, ist nicht zielführend. Wenn man im wohlhabenden Kanton Zug für eine Übernachtung beispielsweise im Swisshotel im Einzelzimmer ab 220 Franken bezahlt, machen die geforderten 90 Rappen gerade mal 0,4 Prozent aus. Für 90 Rappen pro Übernachtung und Person soll ein hoher administrativer Aufwand für die Abrechnung bei den betroffenen Unternehmen wie auch bei den Gemeinden betrieben werden. Das kann wohl nicht die Lösung sein.

Eine Übernachtungsabgabe ist nichts anderes als eine Steuer. Wo bleiben da die Stimmen, die sich gegen Bürokratie in der Verwaltung wehren? Der Absender dieser Motion gehört einer fast ausnahmslos sehr staatskritischen Partei an, die ihr Credo von weniger Steuern und Abgaben sonst hoch- resp. anderen vorhält. Man muss Thomas Werner danken für seine warnenden Worte an seinen Parteikollegen, den Motionär, zu diesem Flickwerk. Es macht keinen Sinn, einer unbefriedigenden Situation mit einer ebenfalls unbefriedigenden Lösung zu begegnen. Der Votant ruft den Rat auf, ein Zeichen zu setzen und diese Steuer im Kanton Zug abzuschaffen. Er empfiehlt, die Motion nicht erheblich zu erklären, und erwartet vom Motionär und den betroffenen Kreisen kreativere Lösungen.

Martin Stuber: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Der Votant lädt Thomas Wyss ein, gemeinsam mit ihm einen Vorstoss zur Schifffahrt auf dem Ägerisee einzureichen, nämlich dass die Ägerer, die sich ja gewohnt sind, ihre Probleme selber zu lösen, ihre Schifffahrt selber finanzieren sollen. Der Votant erinnert sich an eine Diskussion in der Kommission für den öffentlichen Verkehr, in der es darum ging, die Ägerisee-Schifffahrt vor dem buchstäblichen Untergang zu bewahren. Er möchte den Volkswirtschaftsdirektor fragen, wieviel die Ägerisee-Schifffahrt den Kanton jährlich kostet. Selber hat er die Zahl nicht im Kopf, weiss aber, dass es nicht ein vierstelliger Betrag ist.

Heini Schmid legt seine doppelte Interessenbindung dar: Er ist einerseits Präsident von Zug Tourismus, andererseits ist er als Geschäftsführer der Familienstiftung Höllgrotten Baar sehr an einem funktionierenden Tourismusnetzwerk im Kanton Zug interessiert. Der Freud'sche Versprecher von Philip C. Brunner war richtig: Der Votant engagiert sich *eigennützig* im Tourismus – und es freut ihn, dass so intensiv und mit so viel Herzblut über das Thema Tourismus diskutiert wird.
Zu den liberalen Bedenken bezüglich der Tourismusfinanzierung: In der Finanzwissenschaft ist es gang und gäbe, über die sogenannten öffentlichen Güter zu diskutieren. Das ist zum Beispiel ein Leuchtturm, an dem jeder vorbeifährt, für den aber niemand bezahlt – und wenn man ihn nicht finanzieren kann, dann hat man ein Problem. Dasselbe gilt für den Internet-Auftritt, den Zug Tourismus professionell und mit grossem Aufwand betreibt und mit dem der Kanton Zug effizient vertreten wird. Die Beherbergungsabgabe ist ein sehr effizientes Mittel, um gerade von den Gästen, die sich ja über den Kanton Zug informieren wollen, dafür einen Finanzierungsbeitrag einzufordern. Man soll also nicht aus urliberalen Überlegungen heraus denken, die Finanzierung von Zug Tourismus sei antiquiert. Diese entspricht vielmehr klar der Finanztheorie, wonach man öffentliche Güter über Beiträge wie die Beherbergungsabgabe finanzieren muss. Die Beherbergungsabgabe ist sehr effizient in der Erhebung und zieht genau die Profiteure dieser Leistung zur Finanzierung bei.
Es braucht heute unheimlich viel *Know-how* und Personaleinsatz, um halbwegs professionell den Kanton Zug, seine Landschaft und seine Betriebe vermarkten zu können. Das wirkliche Problem ist, die wenigen Mittel effizient einzusetzen. Der Votant ist sehr gespannt auf den Vorschlag der Regierung und besonders auf die Diskussion in der Kommission, wie die Zusammenarbeit ausgestaltet werden soll. Der Kanton Zug kann es sich aber nicht leisten, mehrere professionelle Tourismusorganisationen zu finanzieren. Die Mittel müssen zwingend gebündelt werden, damit die entsprechenden Aufgaben erledigt werden können. In diesem Sinne bittet der Votant, die Motion erheblich zu erklären, damit die Details der Zusammenarbeit etwa zwischen Zug Tourismus und dem Ägerital und die weiteren Fragen diskutiert und gute Lösungen gefunden werden können.

Renato Sperandio kann das Votum von Thomas Werner voll unterstützen. Er führt noch Folgendes an: So unterschiedlich die erhobenen Abgaben in den Gemeinden sind, so differenziert sind auch die Stellungnahmen der Vernehmlassungsteilnehmer. Während einige Gemeinden die Motion gänzlich ablehnen, stimmen ihr andere zu; wiederum andere Gemeinden heissen die beantragte Gesetzesänderung teilweise gut. Sehr unterschiedlich sind auch die Antworten der Kur- und Verkehrsvereine.
Der Motionär möchte mindestens 50 Prozent der Einnahmen aus der Beherbergungsabgabe Zug Tourismus zukommen lassen, der Regierungsrat schlägt 50 Prozent des Minimalbeitrags von 90 Rappen vor. Auch hier herrscht keine Einigkeit.
Der Kanton Zug ist ein Wirtschaftskanton. Er lebt weder vom Tourismus noch von der Hotellerie. Die vorgesehene Anpassung des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe bedeutet einen Eingriff in die Gemeindeautonomie. Diese Autonomie sollte beibehalten oder gestärkt, nicht aber geschwächt werden. Sollten nun 50 Prozent der Beherbergungsabgabe oder 50 Prozent des Minimalbeitrags an Zug Tourismus fliessen, so würden die Kur- und Verkehrsvereine um einem wesentlichen Anteil ihrer Einnahmen gebracht. Sie könnten ihre Aufgaben nicht mehr voll erfüllen.
Der Votant unterstützt den Antrag, auf diese Motion nicht einzutreten und sie nicht erheblich zu erklären. Der Motionär hat in seinem Votum von einer Kommission gesprochen. Dies ist zwar nicht Gegenstand der Motion, wäre aber ein sinnvoller Weg, um über dieses Geschäft, über Bedingungen und Aufträge zu reden und diese zu regeln.

Daniel Thomas Burch nimmt kurz Stellung zum Votum von Heini Schmid. Es geht hier spezifisch darum «das bestehende Gesetz über die Beherbergungsabgabe […] so zu ändern, dass alle Gemeinde im Kanton Zug eine Beherbergungsabgabe mit einem Minimalbetrag von Fr. 0.90 erheben müssen». Es geht um diese Steuer und nicht um die zukünftigen Aufgaben und Kompetenzen von Zug Tourismus. Letzteres wird in der Motion nicht verlangt und gehört auch nicht in den Kantonsrat. Das kann privatwirtschaftlich ausgearbeitet werden, und wenn es dann nötig ist, dass der Staat mitfinanzieren muss oder kann, dann kann man immer noch kommen. Die Motion aber verlangt 90 Rappen und nichts anderes.

Motionär **Philip C. Brunner** darf feststellen, dass man sich mit dem Thema intensiv und mit vielen Emotionen beschäftigt hat. Er hat vor allem festgestellt, dass nächstes Jahr Wahlen stattfinden, auch im Ägerital, und die geballte politische Kraft des Ägeritals wurde eindrücklich demonstriert. Er rät, der Motion zuzustimmen, damit die Probleme in einer Kommission wirklich diskutiert werden können.
Es ist dem Votanten auch klar, dass er willkommenes Objekt geworden ist, um eine Spaltung zwischen ihm und seiner Fraktion herbeizureden. Der Transparenz halber möchte er sagen, dass die SVP-Fraktion die Ablehnung der Motion mit der Mehrheit von einer Stimme beschlossen hat. Man hat ihm auch unterstellt, er würde hier Eigeninteressen vertreten. Tatsächlich hat sein Betrieb letztes Jahr ein paar wenige Buchungen von Zug Tourismus erhalten. Er hat an Zug Tourismus aber auch 12'000 Franken überwiesen, dies im Sinne der Solidarität und natürlich auch des Gesetzes. Und Gesetze müssen für alle gelten, nicht nur für einige. In diesem Sinne sieht sich der Votant nicht in Konflikt mit den Zielen der SVP.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** macht zwei einleitende Bemerkungen:
• Die heutige Debatte zeigt, wie gross der Stellenwert des Tourismus auch im Kanton Zug ist.
• Es ist legitim, dass sich Vertreter des Ägeritals zu Wort melden. Offenbar haben sie es aber nicht vermocht, die Fraktionen zu überzeugen. Nur gerade *eine* Fraktion

wendet sich – und dies, wie gehört, mit knapper Mehrheit – gegen die Erheblicherklärung.
Die Leistungen von Zug Tourismus sind – auch wenn es hier teilweise anders tönt – weitgehend unbestritten. Vor vier Jahren, als es darum ging, das Tourismusgesetz unbefristet zu erklären, wurden die Leistungen von Zug Tourismus gelobt, und es wurde auch gesagt, man würde es begrüssen, wenn die Finanzierung besser geregelt würde – wobei sich jeweils nur die Frage stellt, ob nun der Kanton seinen doch schon erheblichen Beitrag erhöhen solle oder die Branche bzw. die Nutzer zur Kasse gebeten werden. Und in diese Richtung geht ja die Motion.
Es geht schlichtweg darum, die Finanzierungssicherheit zu stärken. Der Verein hat ein relativ bescheidenes Eigenkapital und steht auf relativ unsicherer Basis. Gesichert sind der Beitrag des Kantons und jener der Stadt; die erwähnten *Gentlemen's Agreements* sind zwar gut in Gutwetterphasen, aber doch relativ unsicher. Überall, auch beim Kanton, wird nach Finanzierungssicherheit, Finanzstrategie etc. geschrieen, und darauf hat auch ein Verein wie Zug Tourismus Anrecht.
Es geht auch darum, Kosten und Nutzen etwas besser zu verteilen. Man sollte nicht so tun, als beginne bei der Lorzentobelbrücke ein total anderer Tourismus. Klar gibt es Spezialitäten wie die Zusammenarbeit mit Sattel-Hochstuckli, aber das Ägerital profitiert auch vom Geschäftstourismus, einige Ägerer Hotelbetriebe sehr stark, nicht zu vergessen die Hotelanteile der dortigen Rehabilitationsanstalten.
Gegen eine Erhöhung der Finanzierungssicherheit und eine etwas gleichmässigere Beteiligung der Branche an der Finanzierung kann eigentlich niemand etwas haben. Es geht dann noch um den Umfang der Verpflichtung, wobei der vorgeschlagene Ansatz nach Ansicht des Volkswirtschaftsdirektors sehr moderat ist. Die Hälfte von 90 Rappen, also 45 Rappen, ist weniger als ein Drittel dessen, was die Ägerer Betriebe jetzt an die Gemeinde bzw. die dortige Tourismusorganisation abgeben. Dass die Gemeinden Unter- und Oberägeri die neue Regelung grundsätzlich ablehnten, wie teilweise behauptet wird, stimmt nicht. Beide Gemeinderäte haben in der Vernehmlassung gesagt, sie seien für eine flächendeckende Einführung einer Abgabe. Bezüglich der Höhe halten sie 90 Rappen für möglich, wobei Zug Tourismus aber nicht unbedingt die ganzen 45 Rappen erhalten solle; für beide Gemeinderäte ist das Modell aber denkbar, wenn es nicht mehr als 45 Rappen ist. Für beide Ägerer Gemeinderäte ist das, was heute vorgelegt wird, also ein akzeptables Ergebnis. Es geht also nicht um Grundsatzopposition.
Der Volkswirtschaftsdirektor warnt vor einer ganz neuen Ausrichtung von Zug Tourismus und davon, diese im Gesetz vorzuschreiben. Heute steht im Gesetz: «Zug Tourismus verwendet den Betrag gemäss der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton für den Betrieb einer kantonalen Tourismus-Anlaufstelle und für ein Basismarketing.» Vom Basismarketing profitieren viele Hotelbetriebe, die Direktbuchungen erhalten, auch wenn im Gesetz nicht steht, Zug Tourismus müsse Kunden vermitteln. Zum Leistungsauftrag: Im Vorstand von Zug Tourismus sind die Branche, aber auch die Gemeinden vertreten, beispielsweise mit einem ehemaligen Ägerer Gemeinderat, der auch die Interessen des Ägeritals einzubringen hat. Dort wird die Leistungsvereinbarung von dieser Seite her entworfen, so dass die Branche und die Gemeinden einen direkten Einfluss auf den Inhalt, auf das Angebot von Zug Tourismus haben. Es ist davor zu warnen, das von politischer Seite her zu definieren, weil dann die Flexibilität und Marktnähe dieser *Private Public Partnership* verloren geht. Je mehr im Gesetz geregelt wird, umso mehr wird es *public* statt *private*.
Und wenn von Zentralisierung und Kantonalisierung geredet wird: Die Gefahr ist anders. Wenn die Branche und die Nutzer es nicht schaffen, die Finanzierung langfristig sicherzustellen, dann müssen entweder Leistungen von Zug Tourismus abgebaut werden – was heute noch nicht vorgeschlagen wurde –, oder der Kanton

springt ein. *Das* wäre dann eine wirkliche Kantonalisierung: Der Kanton erhöht seinen Beitrag und möglicherweise auch seinen Einfluss im Vorstand. *Das* wäre Zentralisierung, aber nicht die heute vorgeschlagene Lösung.
Dass im Ägerital schlechte Erfahrungen mit Zug Tourismus gemacht worden seien: Der Volkswirtschaftsdirektor hatte Vertreter von Ägerital Tourismus *face to face* in seinem Büro, und diese haben ihm nichts gesagt von schlechten Leistungen von Zug Tourismus. Das Zug Tourismus von zwei, drei Votanten schlechtgeredet wird, kann es doch nicht sein. Und es kann es auch nicht sein, dass der kleine Kanton Zug mit x Leistungsvereinbarungen oder x separaten Organisationen seine eigenen Brötchen bäckt. Zentralschweiz Tourismus vermarktet schon längst kantonsübergreifend die Zentralschweiz. Die Zeit, als einzelne Tourismusdestinationen oder – auf dem Stoos – gar einzelne Skiliftbetriebe sich das Leben schwermachten, ist vorbei. Wer nimmt, muss auch etwas geben, und mit der Zustimmung zur Motion ebnet der Rat einen Weg zu einer guten Finanzierungslösung, ohne das Gesetz und den gut formulierten Auftrag an Zug Tourismus umzustülpen.
Karin Andenmatten hat gesagt, der Regierungsrat habe eine salomonische Lösung gefunden. Die Regierungsräte sind zwar keine Richter, aber Salomons offenbar schon. Der Volkswirtschaftdirektor dankt für die Zustimmung.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei Anträge vorliegen:
- Antrag des Regierungsrats: Die Motion sei in dem Sinn *erheblich* zu erklären, als das Gesetz über die Beherbergungsabgabe in dem Sinn zu ändern sei, dass:
  – im ganzen Kanton ein Minimalbeitrag von Fr. 0.90 pro erwachsene Person und Logiernacht zu erheben ist;
  – ein Teil der Einnahmen aus der Beherbergungsabgabe zur Mitfinanzierung von Dienstleistungen und Angeboten von Zug Tourismus an die kantonale Tourismusorganisation geleistet werden müssen. Dieser Teil ist im Gesetz neu definitiv festzulegen und wird auf jeden Fall 50 Prozent des gesetzlichen Minimalbeitrags betragen.

  Sie sei in dem Sinn *nicht erheblich* zu erklären, als keine gesetzlichen Reduktionen für Gruppen vorgesehen werden.
- Antrag von Philip C. Brunner: Erheblicherklärung.
- Antrag der SVP-Fraktion: Nichterheblicherklärung.

Philip C. Brunner zieht seinen Antrag auf Erheblicherklärung zurück.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 44 zu 26 Stimmen teilweise erheblich gemäss Antrag des Regierungsrats.

780 Traktandum 6.4: **Interpellation von Huber Schuler betreffend IV-Stelle des Kantons Zug**
Es liegen vor: Interpellation (2208.1 - 14213); Antwort des Regierungsrats (2244.2 - 14367).

In Vertretung des Interpellanten spricht **Markus Jans.** Die IV ist auf Bundesebene seit längerer Zeit immer wieder in den Schlagzeilen. Das war der Anlass für die vorliegende Interpellation. Der Votant dankt der Regierung für ihre Antwort. Es ist grundsätzlich klar, dass die Invalidenversicherung unter der materiellen Aufsicht des Bundes steht und vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) auch überprüft wird. Zudem ist zur Kenntnis zu nehmen, dass die IV-Stelle des Kantons Zug

bei der Vergabe von Gutachteraufträgen seit März 2012 die Plattform SuisseMED@P einsetzt, die die Aufträge nach dem Zufallsprinzip zuteilt. Die auf dieser Plattform erfassten Gutachterstellen haben mit den BSV eine Vereinbarung abgeschlossen. Für diese Gutachter sind die IV-Stellen die Hauptauftraggeber. Die am häufigsten geäusserte Kritik ist damit nach wie vor nicht eliminiert. Die Gutachterstellen sind von ihrem Hauptauftraggeber abhängig und werden bewusst oder unbewusst den Willen und die Ziele des Auftraggebers unterstützen.
Es ist wohl auch unbestritten, dass in jedem Gutachten und in jeder Beurteilung eines Gutachtens ein erheblicher Ermessensspielraum besteht. Dieser wird auf der IV-Stelle Zug wohl kaum zu Gunsten der Gesuchsteller interpretiert. Wie sonst ist es zu erklären, dass der Kanton Zug bei der Zusprache von Renten im schweizerischen Vergleich seit Jahren bei den Kantonen mit den tiefsten Neurentnerzahlen liegt? Dieser Ermessensspielraum geht grundsätzlich auch aus den Gerichtsentscheiden hervor. Es stimmt bedenklich, dass in rund einem Fünftel der Fälle, die ans Gericht weitergezogen werden, die Beschwerden ganz oder teilweise gutgeheissen oder für weitere Abklärungen an die IV-Stelle zurückgewiesen werden. Damit sind aus der Sicht des Gerichts rund 20 Prozent der an diese Instanz gelangenden Fälle falsch oder unbefriedigend entschieden worden. Da es bei diesen Entscheiden, wie in der Interpellationsantwort ausgeführt, um existenzielle Fragen geht, ist dieser Anteil zu hoch. Es darf grundsätzlich ja auch nicht sein, dass Entscheide anders ausfallen, wenn ein Rechtsanwalt oder das Gericht involviert ist.
Die Antwort des Regierungsrats entspricht in etwa den Erwartungen des Interpellanten. Es ging und geht nicht darum, der IV-Stelle Fehler zu unterstellen. Der Interpellant glaubt, dass die IV-Stelle rechtlich korrekt arbeitet. Es geht vielmehr um die Haltung, mit der IV-Entscheide gefällt werden, und darauf kann die Regierung durchaus einen gewissen Einfluss geltend machen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** kann in Ergänzung der Antwort auf Frage 3 mitteilen, dass der dort erwähnte Arzt, der auch IV-Gutachten erstellte, vom Bezirksgericht Zürich noch aus Mangel an Beweisen, mittlerweile aber auch vom Obergericht des Kantons Zürich nicht nur aus diesem Grund, sondern deshalb freigesprochen wurde, weil sein Gutachten nachweislich keine Falschbeurkundung war. Mit diesem Urteil bleibt also weder an diesem Gutachter noch am fraglichen Fall irgendein Makel hängen.
Zu den Beschwerdefällen: 20 Prozent heisst nicht, dass diese materiell auch Recht bekommen haben. Es können auch Rückweisungen, Formalitäten, irgendwelche Details oder zusätzliche Gutachten sein. Es wurden also nicht 20 Prozent der Fälle von der IV-Stelle materiell falsch beurteilt. Es ist richtig, dass die IV-Stelle Zug im interkantonalen Vergleich gut dasteht. Dass es im Kanton Zug wenige Neurenten gibt, kann politisch auch positiv gewürdigt werden. Die Entwicklung der letzten Jahre, die zum Glück jetzt etwas gebremst werden konnte, ist wohl allen bekannt. Das Ziel sind ja nicht möglichst viele, sondern möglichst wenige Renten. Und wenn man keine Beschwerden hat, liegt die Vermutung nahe, dass wahrscheinlich sehr grosszügig berentet wird. Das will aber niemand, vielmehr sollen die Leute – wenn möglich – entweder präventiv oder später wieder in die Arbeitswelt integriert werden. Dass es da eine gewisse Konsequenz und vielleicht auch Hartnäckigkeit der IV-Stellen braucht, ist im Einzelfall zwar nicht angenehm, aber richtig – auch wenn man damit riskiert, dass gewisse Beschwerden gutgeheissen werden. Die IV-Stelle Zug ist hier aber nicht auf einer schlechten Linie.
Dass der Regierungsrat auf die Haltung der IV-Stelle durchaus Einfluss nehmen könne, ist nicht richtig. Der Regierungsrat kann diesbezüglich keine Weisungen geben und hält sich – wie gewohnt – an diese rechtsstaatliche Ordnung.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

781 Traktandum 6.5: Interpellation von Zari Dzaferi betreffend Umsetzung der Noteninitiative für Noten ab der 2. Klasse

Da der Bildungsdirektor erst am Nachmittag wieder anwesend ist, schlägt der **Vorsitzende** vor, dieses Traktandum am Nachmittag nach Traktandum 3 zu behandeln.

➔ Der Rat ist mit dieser Änderung der Traktandenliste stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 7

782 Gesetz betreffend Anpassung kantonaler Erlasse an den Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates der Europäischen Union vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, sowie weitere Gesetzesänderungen

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Staatswirtschaftskommission dieses Geschäft nicht abschliessend beraten konnte und noch Abklärungen treffen muss. Das Geschäft wird frühestens für die Kantonsratssitzung vom September traktandiert.

TRAKTANDUM 8

783 Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz)
Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines wirksamen Kontrollmechanismus' über den Geschäftsgang in der kantonalen Verwaltung
Motion der Erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen zur Weitergabe von Informationen durch die Generalsekretärin, den Generalsekretär
Es liegen vor: Motion der CVP-Fraktion (1681.1 - 12750); Motion der Erweiterten Justizprüfungskommission (1923.1 - 13371); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2112.1/1681.3/1923.2/2112.2 - 13988/89); Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission (2112.3/1681.4/1923.3 - 14303).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nebst dem Antrag des Regierungsrats der Antrag der vorberatenden Kommission auf Eintreten und Zustimmung vorliegt.

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Andreas Hürlimann:** Die vorberatende Kommission hat dieses Geschäft an drei halbtägigen Sitzungen beraten. Bei der Beratung wurde sie von Finanzdirektor Peter Hegglin und von Roland Infanger, juristischer Mitarbeiter, welcher das Protokoll erstellte, unterstützt. Roland Infanger wurde übrigens vor kurzem in Obwalden als neuer Kantonsgerichtspräsident gewählt; der Votant gratuliert ihm nochmals herzlich zu seiner ehrenvollen Wahl. Als zusätzliche Fachreferenten hat die Kommission Ignaz Civelli, Staatsarchivar, für die Elektronische Geschäftsverwaltung, Adrian Modly, stv. Abteilungsleiter Rechtsabteilung, für das

Interne Kontrollsystem Steuerverwaltung (IKS) und Walter Hunziker, Leiter Finanzkontrolle, für das IKS aus Sicht Finanzkontrolle beigezogen. Der Kommissionspräsident dankt allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit.
Wie man dem Bericht von Regierungsrat und Kommission entnehmen kann, sind die vorgeschlagenen Änderungen am Gesetzestext marginal. Wohl auch deshalb hat es sich die Kommission nicht einfach gemacht und sich über diverse weitere Massnahmen informiert und diese beraten. Daraus ist unter anderem auch die Kommissionsmotion entstanden, welche der Rat bereits an der Sitzung vom 2. Mai an den Regierungsrat überwiesen hat.
An ihren Beratungen wurde die Kommission von Finanzdirektor Peter Hegglin über die bereits getroffenen Massnahmen im heutigen Vollzugs- und Bewährungsdienst informiert. So konnte die Kommission unter anderem zur Kenntnis nehme, dass ein Qualitätsmanagement-System (QMS) eingerichtet ist und auch funktioniert. Zudem besteht eine elektronische Geschäftskontrolle mit allen fallrelevanten Angaben. Ergänzt wird dies durch Fallbesprechungen und Visitationen der JPK sowie des Direktionsvorstehers.
Zur elektronischen Geschäftsverwaltung: Mit GEVER hat der Kanton Zug eine geregelte elektronische Aktenführung, die sichere Nachvollziehbarkeit und Transparenz gewährleistet. GEVER ist auch die Grundlage für eine Langzeitarchivierung. Der Regierungsrat hat entschieden, mit diesem System heute noch bestehende Lücken zu schliessen und für die Geschäftsverwaltung mit freiem Textgut dieses System zu verwenden. Daneben sind aber weiterhin auch Fachapplikationen, beispielsweise im Bereich eines Personalinformationssystems oder im Bereich der Steuerverwaltung, möglich. Die flächendeckende Ausbreitung von GEVER in der kantonalen Verwaltung sollte bis Ende 2013 abgeschlossen sein. Eventuell kann der Finanzdirektor bekanntgeben, ob dieses Ziel erreicht wird.
Die Kommission liess sich auch über das IKS der Steuerverwaltung informieren. Ein IKS beinhaltet alle Methoden und Massnahmen zur Sicherstellung von Unternehmenszielen. Ziel sind die Einhaltung von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien, die Sicherstellung von Effizienz und Effektivität sowie die Vermeidung von Fehlern und das Verhindern von betrügerischem Verhalten. Für die erfolgreiche Umsetzung eines IKS ist die Auseinandersetzung mit Risiken – Risikoanalyse und Entscheidung, wie man mit Risiken umgehen will – zentral. Zudem braucht es ein Monitoring und eine Auseinandersetzung mit Kosten und Nutzen der diskutierten Massnahmen. Gerade die Auseinandersetzung mit Risiken hat die Kommission dazu bewogen, sich über das vorhandene Risikoinventar des Kantons informieren zu lassen. Ebenso wollte die vorberatende Kommission Informationen zu Kontrollmechanismen in anderen Kantonen in einem Vergleich präsentiert bekommen. Diese Punkte wurden an einer zweiten Kommissionsitzung besprochen. Ebenfalls an einer zweiten Sitzung konnte sich die Kommission mit dem Leiter der Finanzkontrolle, Walter Hunziker, über das Thema «IKS aus Sicht der Finanzkontrolle» unterhalten. Dabei wurde ein gewisser Systematisierungsbedarf innerhalb der kantonalen Verwaltung festgestellt.
Die vorberatende Kommission sieht Handlungsbedarf bezüglich Kontrolle und Aufsicht auf strategischer, regierungsrätlicher Ebene. Sie vertritt die Ansicht, dass sich der Regierungsrat direktionsübergreifend und systematisch mit allen Risiken, Gefahren und Chancen zu befassen hat, was heute, wie die Beratung zur Änderung des Organisationsgesetzes gezeigt hat, nicht vollumfänglich gewährleistet ist. Um diesem Anliegen weiter Nachdruck zu verschaffen hat die Kommission die bereits erwähnte Motion eingereicht. Dieser Vorstoss soll zusätzliche Punkte im Organisations- sowie im Finanzhaushaltgesetz im eben erwähnten Sinne regeln. Zudem gibt dieses Vorgehen der Kommission der Regierung die Gelegenheit, die damit

einhergehenden Auswirkungen vertieft zu prüfen und dem Kantonsrat mit Bericht und Antrag zur weiteren Beratung vorzulegen.
Kontrolle ist wichtig und erforderlich. Allerdings geht es nicht ohne einen Grundstock an Vertrauen. Die Verhältnismässigkeit ist auch bei der Kontrolle zu wahren; es gilt, die Risiken abzuwägen und situativ geeignete Kontrollinstrumente einzuführen. Ansonsten leidet die Produktivität, und es wird ein administrativer Überbau erzeugt, welcher – und das kann der Votant aus eigener Erfahrung in grossen Unternehmen in der Wirtschaft sagen – die rasche und unkomplizierte, bürgernahe Handlungsfähigkeit schnell begrenzen würde.
Gestützt auf diese Ausführungen sowie ihren Bericht beantragt die Kommission, auf die Vorlage Nr. 2112.2 einzutreten und ihr zuzustimmen sowie die Motion der CVP-Fraktion vom 28. Mai 2008 (Vorlage 1681.1) und die Motion der Erweiterten Justizprüfungskommission vom 29. Mai 2009 (Vorlage 1923.1) als erledigt abzuschreiben. Mit den vorgeschlagenen Änderungen dieser Vorlage und den Anregungen aus ihrer Motion ist die Kommission überzeugt, dass die Verwaltung ihre Prozesse im Griff hat, die Informationen zuverlässig sind, das Vermögen des Kantons – und zwar in den Bereichen Finanzen, HR, *Know-how,* aber auch Image – gesichert ist und alle nötigen Rahmenbedingungen eingehalten werden.
Die AGF teilt diese Meinung und schliesst sich den Anträgen der vorberatenden Kommission an.

Christine Blättler-Müller: Wie vom Kommissionspräsidenten erwähnt, hat die CVP-Fraktion im Mai 2008 mit einer Motion den damaligen Regierungsrat aufgefordert, Abklärungen betreffend Einführung eines wirksamen Kontrollmechanismus' über den Geschäftsgang in der kantonalen Verwaltung zu treffen. Grund der Motion waren die Vorkommnisse im damaligen Amt für Straf- und Massnahmenvollzug. Im Motionstext wurde bewusst offen gelassen, ob verwaltungsinterne, parlamentarische oder externe Kontrollorgane geschaffen werden sollen. Der Kantonsrat hat die Motion 2009 knapp erheblich erklärt. Die Erweiterte Justizprüfungskommission reichte 2009 vier Vorstösse ein, die in engem Zusammenhang mit der Motion der CVP standen. Die Motion, dass der Anspruch der Generalsekretärin oder des Generalsekretärs auf umfassende Information zum aktuellen Stand sämtlicher wichtiger Geschäfte rechtlich verankert wird, erklärte der Kantonsrat 2010 erheblich.
Der Regierungsrat schreibt in seinem Bericht, dass es *den* einzigen und wirksamen Kontrollmechanismus nicht gebe. Er zählt auch die sieben bestehenden und geplanten Kontrollmechanismen in seinem Bericht auf. Es ist dem Regierungsrat gelungen, ein sehr schlankes Modell vorzuschlagen, nämlich auf die Einführung eines umfassenden Kontrollmechanismus zu verzichten. Als Quintessenz hat er nur die gesetzliche Verankerung der Informationsweitergabe an den Generalsekretär bzw. die Generalsekretärin vorgelegt. Diese Gesetzesvorlage wirkt äusserst bescheiden. Etwas, was eine verantwortungsvolle Führungsperson sowieso stetig und selbstverständlich macht, soll in ein Gesetz geschrieben werden.
Die Motion der Erweiterten Justizprüfungskommission hat der Regierungsrat erfüllt. Die Motion der CVP hingegen verlangte, Abklärungen zu treffen, welche Art von Mechanismen geeignet seien, Kontrollen zu gewährleisten, und die nötigen gesetzlichen Grundlagen dafür auszuarbeiten. Die CVP forderte, verschiedene Möglichkeiten einer internen, externen oder parlamentarischen Kontrolle aufzuzeigen. Es stimmt, dass der Regierungsrat in den vergangenen Jahren sein Führungsinstrumentarium kontinuierlich erweitert und verbessert hat, und doch ist die CVP-Fraktion enttäuscht, dass sich der Regierungsrat nicht tiefer mit einzelnen Kontrollmechanismen auseinandergesetzt hat. Der CVP fehlt es ganz klar an einem strategischen

Risikomanagement durch den Gesamtregierungsrat. Es ist zum Teil unverständlich, dass der Regierungsrat diese Chance nicht umfassender wahrgenommen hat.
Die CVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage. Sie sieht jedoch wie die vorberatende Kommission ganz klar Handlungsbedarf bezüglich der Kontrolle und Aufsicht auf der strategischen Ebene. Mit der vom Kantonsrat schon überwiesenen Motion der vorberatenden Kommission erwartet die CVP-Fraktion eine breite Auslegeordnung mit den entsprechenden konkreten Anwendungsfällen zum Thema Risikoorientierung auf der strategischen und der operativen Ebene. Das «Gärtlidenken» der einzelnen Direktionen soll vor dem Gesamtregierungsrat endlich halt machen. Die CVP fordert, dass der Regierungsrat die Aufsicht über die Staatsverwaltung direktionsübergreifend und gesamthaft wahrnimmt. Der Regierungsrat muss sich systematisch mit allen relevanten Risiken, den Gefahren und den Chancen direktionsübergreifend befassen. Dazu braucht es keinen Riesenapparat von Kontrollmechanismen. Befürchtungen, damit nur die Verwaltung aufzublähen und zu behindern, sind deshalb hier nicht angebracht. Die Votantin ruft den Regierungsrat auf, sich diesen Forderungen nicht zu verschliessen. Unter Umständen kann dies gar zu mehr Synergien und Kosteneinsparungen führen.

Adrian Andermatt: Der Hintergrund der Vorlage ist hinlänglich bekannt. Es geht um die Aufarbeitung der Vorkommnisse im damaligen Amt für Straf- und Massnahmenvollzug. Verschiedene Vorstösse im Kantonsrat wurden erheblich erklärt, so auch die Kommissionsmotion. Für die FDP-Fraktion war Eintreten unbestritten, und sie stimmt der Vorlage auch zu.
Im vorliegenden Geschäft geht es nicht um das – relativ bescheiden ausgefallene – Ergebnis. Zentral ist die Aufarbeitung, die Auseinandersetzung mit der Thematik innerhalb der Kommission, innerhalb der Fraktionen und ganz bestimmt auch innerhalb des Regierungsrats. Zentral ist auch, dass die Regierung Massnahmen getroffen hat: Ein QMS wurde eingeführt, das IKS und GEVER als elektronisches Geschäftsverwaltungssystem erweitert. Das Ergebnis ist – wie gesagt – bescheiden, die Diskussion war zentral. Wir sind auf einem richtigen Weg. Und man darf nicht vergessen: Übertriebener Bürokratismus nützt hier langfristig nichts, denn den Einzelfall wird er nicht verhindern können.

Thomas Wyss: Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und stimmt zu. Die Ereignisse im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug liegen schon einige Zeit zurück, und die Regierung macht ihre Aufgabe gut. Der Votant schliesst sich seinem Vorredner an: Man muss aufpassen, dass nicht irgendetwas kreiert wird, das am Schluss keinen Mehrnutzen bringt.

Barbara Gysel: Die Schweizer Verwaltungen und Regierungen in allen Kantonen haben in den letzten Jahren zahlreiche Reformen durchgeführt. Unabhängig von den Vorkommnissen im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug kann es daher als quasi «natürlicher» Prozess betrachtet werden, dass die strategischen und operativen Verwaltungstätigkeiten und deren Controlling überprüft werden. Die SP-Fraktion ist ebenfalls einstimmig für Eintreten und stimmt der Vorlage zu, macht aber dennoch einige, auch kritische Anmerkungen.
Es hat sich herausgestellt, dass die Zuger Verwaltung im interkantonalen Vergleich eher wenige Instrumente systematisch nutzt. Vom einfachen Regierungsratsbeschluss in Obwalden bis hin zum Kompetenzzentrum in Luzern reicht das Spektrum der Grundlagen, die in anderen Kantonen beim internen Kontrollsystem genutzt werden. Eine gesetzliche oder konzeptionelle Grundlage fehlte im Kanton Zug bisher gänzlich. Die SP anerkennt zwar, dass eine gewisse Freiheit in der Ausge-

staltung und Nutzung der Controlling-Instrumente sinnvoll ist. Aber dennoch begrüsst sie es, wenn sich die Regierung weiterhin um mehr Systematik in diesen Fragen bemüht. Ebenfalls unterstützt es die SP, dass sich die Risikoorientierung nicht nur ausschliesslich auf versicherungsrelevante Aspekte bezieht, sondern auf der strategischen Ebene weiter verstanden und geprüft wird.
In der Kommissionsarbeit wurde wiederholt über die direktionsübergreifende Zusammenarbeit der Regierung diskutiert. Auch der SP ist es ein Anliegen, dass sich die Regierungsratsmitglieder nicht primär als Direktionsvorstehende verstehen. Sie sind vielmehr Teil der Gesamtregierung. Wie man auf nationaler Ebene den «Kantönligeist» kennt, spürt man kantonal zuweilen auch in den Direktionen ein «Gärtlidenken», wie es im Kommissionsbericht auf Seite 5 genannt wird. Die vorberatende Kommission einigte sich darauf, diesen Aspekt im Kommissionsbericht zu belassen und keinen Antrag zu stellen.
Die Zuger Verwaltung hat grundsätzlich einen guten Ruf. Die SP-Fraktion spricht den Verwaltungsangestellten und der Regierung den Dank dafür aus.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** kann bestätigen, dass heute eigentlich eine Selbstverständlichkeit geregelt wird, die in den Direktionen bereits tagtäglich umgesetzt wird. Eine gute Steuerung der Direktion ist nur ja möglich, wenn die massgeblichen Personen umfassend informiert sind. Der Regelungsbedarf ergab sich aus den damaligen Vorfällen im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und wurde von der Erweiterten Justizprüfungskommission und auch vom Rat als notwendig erachtet. Zusammen mit der gesetzlichen Grundlage hat der Regierungsrat auch eine Auslegeordnung der heute eingeführten Steuerungsinstrumente vorgelegt. Er hat auch ausgeführt, dass das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug heute gut funktioniert.
Als wichtige Steuerungselemente erwähnt der Finanzdirektor die flächendeckende Einführung von Leistungsaufträgen mit jährlicher Berichterstattung, die Verordnung zur Steuerung der Prozesse, die elektronische Geschäftsverwaltung und deren laufende Ausbreitung und Verbesserung, die schon bei sechzehn Ämtern eingeführten QMS sowie das bei schon mindestens elf Ämtern eingeführte IKS. Zum IKS führt der Finanzdirektor aus, dass die systematische Einführung eines identischen IKS für alle Amtsstellen aber zu einem nicht verantwortbaren administrativen Aufwand führen würde, ist doch ein IKS beispielsweise bei der Steuerverwaltung mit über hundert Mitarbeitenden ganz anders und viel umfangreicher als ein IKS in einem Generalsekretariat mit 7–10 Mitarbeitenden. Der Regierungsrat braucht hier einen gewissen Spielraum bei der Einführung. Das Risikoinventar als weiteres Steuerungsinstrument wird alle 3–4 Jahre nachgeführt und überprüft.
Der Finanzdirektor dankt der vorberatenden Kommission für ihre umfangreiche Arbeit. Die bereits überwiesene Kommissionsmotion gibt dem Regierungsrat die Gelegenheit, die Thematik vertieft zu prüfen. Wichtig ist aber, dass die Produktivität und der «Zuger Geist» nicht verlorengehen. Fehlleistungen sollen verhindert werden, aber man muss sich von der Illusion verabschieden, dass man jeden Fehler verhindern könne. Auch in Kantonen mit eigentlichen Fachstellen für Risikobeurteilung passieren Fehler.
Zum Stichwort «Gärtlidenken» führt der Finanzdirektor aus, dass der Regierungsrat gut zusammenarbeitet und seine Verantwortung als Gremium wahrnimmt. Jeder Regierungsrat leitet aber eine Direktion und kennt primär deren Risiken, und es wäre für den Finanzdirektor schwierig, auch die Risiken in anderen Direktionen zu beurteilen. Der Regierungsrat wird aber aufgrund der erwähnten Motion – wie gesagt – das Thema vertieft prüfen und allfällige Änderungen in die nächste Revision des Finanzhaushaltgesetzes einfliessen lassen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
§ 3 Abs. 7
II. Referendumsklausel und Inkrafttreten

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die jeweiligen Anträge des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 9

784 **Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham**

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2210.1/.2 - 14218/19), der Kommission für Hochbauten (2210.3 - 14336) und der Staatswirtschaftskommission (2210.4 - 14337).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nebst dem Antrag des Regierungsrats folgende Anträge vorliegen:
• Antrag der Kommission für Hochbauten auf Eintreten auf Vorlage 2210.2 - 14219 und Zustimmung mit den von der Kommission beantragten Änderungen in § 1 und § 2. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Hochbaukommission an.
• Antrag der Staatswirtschaftskommission auf Zustimmung zu den Anträgen der Kommission, wobei in § 1 der Projektierungskredit auf 1,4 Millionen Franken reduziert werden soll.

EINTRETENSDEBATTE

Eusebius Spescha, Präsident der Hochbaukommission, hält einleitend fest, dass die Anlage in der Schönau der Ausbildung aller Bereiche der Notorganisation dient. Auch wenn alle hoffen, dass die verschiedenen Dienste der Notorganisation möglichst nie zum Einsatz kommen müssen, so sind doch alle dankbar, über gut ausgebildete Einsatzkräfte zu verfügen, welche in der Lage sind, in Notsituationen der Bevölkerung kompetent zu helfen. Dass sie dies können, haben Zivilschutz, Feuerwehr und die weiteren Dienste schon vielfach unter Beweis gestellt.
Die Kommission hat sich vor Ort ein Bild über den Zustand und die geplanten Veränderungen des Ausbildungszentrums in der Schönau gemacht. Dieser Augenschein zeigte, dass die von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen angemessen und vernünftig sind. Nach dreissig Jahren Betrieb und aufgrund teilweise geänderter Nutzungsanforderungen ist eine gesamthafte Erneuerung absolut am Platz.
Der Bericht zeigt, welche Aspekte in der Kommission im Wesentlichen diskutiert wurden. In einem Punkt schlägt die Kommission eine Änderung gegenüber dem Regierungsrat vor. Sie ist klar der Überzeugung, dass der Spielraum für die Projek-

tierung relativ eingeschränkt ist, so dass ein umfassender Planer-Wettbewerb ein zu gross dimensioniertes Verfahren wäre. In Übereinstimmung mit der Baudirektion schlägt die Hochbaukommission deshalb ein vereinfachtes Verfahren vor, das zudem rund 330'000 Franken billiger ist.
Im Namen der einstimmigen Kommission beantragt der Kommissionspräsident Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung zu den Anträgen und Empfehlungen der Kommission.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** hält fest, dass die Stawiko mit den Ausführungen in den Berichten des Regierungsrats und der Hochbaukommission grundsätzlich einverstanden ist. Sie stellt allerdings einen weiteren Kürzungsantrag um 65'000 Franken auf 1,4 Millionen Franken. Die Mehrheit der Stawiko ist der Meinung, dass an diesem Objekt aus finanziellen Gründen auf «Kunst am Bau» verzichtet werden soll. Dafür sind im Projektierungskredit ca. 65'000 Franken enthalten, im Objektkredit werden es 200'000 Franken sein. Selbstverständlich ist die Stawiko auch der Meinung, dass die Bausubstanz in ihrer Form und Filigranität erhalten werden soll; auf zusätzliche «Kunst am Bau» kann aber verzichtet werden.
Mit der in § 2 vorgesehenen Vorbereitung der Generalplaner-Submission vor Ablauf der Referendumsfrist ist die Stawiko grundsätzlich einverstanden. Sie fragt sich allerdings, wieso dieses Geschäft, bei dem offenbar ein zeitlicher Druck besteht, in der Finanztabelle zum Finanzplan 2002–2015 nicht vorgesehen war. Handelt es sich um eine plötzliche Hauruck-Übung, oder fehlt es im Regierungsrat an strategischem Denken? Der Votant erwartet dazu noch entsprechende Ausführungen.
Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung mit einem Kreditbetrag von 1,4 Millionen Franken.

Beat Wyss legt zuerst sein Interessenbindung dar: Er ist Mitglied der Feuerwehr Oberägeri, die mehrmals im Jahr an Kursen und Übungen in der Schönau ist. Als Angehöriger der Armee hat er mit der Zuger Luftschutzkompanie, später Rettungskompanie I/28 mehrere Wiederholungskurse in der Schönau gemacht, zum letzten Mal im Jahr 2003. Danach verzichtete die Armee auf diese Truppenunterkunft. Heute ist die Schönau Hauptstützpunkt des Zivilschutzes, und sämtliche Blaulichtorganisationen üben auf diesem Areal. Der Votant wurde vor Ort über die Belegung resp. Benutzung des Ausbildungszentrums informiert und konnte sich überzeugen, dass diese Anlagen viel gebraucht werden.
Der Bau einer Halle für den Zivilschutz sowie der Ausbau der Cafeteria und der Einbau eines Lifts sind begründet. Der Sanierungsbedarf betreffend wärmetechnische Massnahmen ist sehr gut ersichtlich. Es macht Sinn, dem Gebäude einen neuen Mantel zu geben, um die Heizwärme im Gebäude zu behalten. Wie viel von der jetzigen Struktur wieder in Erscheinung treten soll, soll den Architekten überlassen werden.
Die CVP ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten, und der Projektierungskredit war unumstritten. Zu reden gab die «Kunst am Bau». Man kann sich fragen, ob an diesem Standort «Kunst am Bau» angebracht ist und wie viele Leute hier ein Kunstwerk bestaunen würden. Die CVP-Fraktion hat sich mehrheitlich für den Antrag der Stawiko ausgesprochen, an diesem Standort auf «Kunst am Bau» zu verzichten und den dafür vorgesehenen Betrag von 200'000 Franken einzusparen. Zudem ist sie der Meinung, anstelle eines Generalplaner-Projektwettbewerbs eine einfachere Variante für die Vergabe zu wählen. Eine Generalplaner-Submission bringt eine Einsparung von 335'000 Franken.
Der Zivilschutz, der seinen Hauptstandort in der Schönau hat, wurde früher oft belächelt. Bei den Unwettern 2003 und 2005 im Ägerital konnte der Votant sich per-

sönlich von der Zivilschutzorganisation überzeugen. Der Zivilschutz war innert kürzester Zeit vor Ort, unterstützte die Feuerwehren und leistete hervorragende Arbeit. Auch die Feuerwehren im Kanton Zug sind gut ausgebildet und leisten ebenfalls hervorragende Arbeit. Wenn es brennt oder schnelle Hilfe kommen soll, sind sie zur Stelle. Das muss aber immer wieder geübt und weiter ausgebildet werden. Aus diesem Grund verdienen es die Einsatz- und Rettungsdienste des Kantons Zug, angemessene Arbeits- und Ausbildungsbedingungen zu erhalten. Die Schönau ist und bleibt eine gute Sache.

Daniel Abt: Die FDP-Fraktion unterstützt die zu beratende Vorlage und wird darauf eintreten. Insbesondere begrüsst sie den Vorschlag der Hochbaukommission, dass die Gebäudehülle mit einer Lösung ausgeführt werden soll, bei der die Effizienz im Vordergrund steht. Eine aufwendige und bauphysikalisch risikoreichere Sanierung, bei der das strukturierte Fassadenbild erhalten würde, findet sie fehl am Platz. Ebenso bevorzugt die FDP die Generalplaner-Submission, mit der eine wesentliche Kostenersparnis in Aussicht gestellt werden kann. Mit einer deutlichen Mehrheit unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag der Stawiko, auf den Budgetposten «Kunst am Bau» zu verzichten.

Karl Nussbaumer ist Feuerwehrkommandant in Menzingen und nutzt die Anlagen in der Schönau ebenfalls. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage und sieht einen Umbau und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau als Notwendigkeit an. Die Besichtigung und Sitzung vor Ort ermöglichte den Kommissionsmitgliedern, das zu sanierende Objekt besser beurteilen zu können.
Mit der Armeereform XXI wurden auch in der Schönau Veränderungen vorgenommen. Die Armee hat auf ihre Truppenunterkunft verzichtet und die Nutzung dem Kanton Zug überlassen. Der Kanton Zug nutzt die Liegenschaft für die Ausbildung des Zivilschutzes, und die Feuerwehr kann mit dem Ausbildungszentrum einige Synergien nutzen.
Die SVP-Fraktion sieht ein, dass die gestiegenen Ansprüche und das vergrösserte Kursangebot Veränderungen bezüglich Cafeteria im Erdgeschoss und Küche im Untergeschoss notwendig machen. Sie unterstützt ebenso den Einbau eines neuen Lifts, der die Abläufe vereinfacht und das Haus auch rollstuhlgängig macht. Sie unterstützt die Sanierung des Gebäudes bezüglich Heizung, Dach und Fassade. Die SVP-Fraktion begrüsst auch den Wunsch der Hochbaukommission, das Vordach über der Lagerhalle von 2,50 Meter auf 3,00 Meter zu verbreitern, um bei schlechtem Wetter im Freien Theorie erteilen zu können. In einem Punkt hält sich die Begeisterung aber in sehr engen Grenzen. Bezüglich «Kunst am Bau» ist die SVP überzeugt, dass auf diese Ausgabe verzichtet und die Einsparung in die erwähnte Vordachverlängerung investiert werden kann.
Die SVP Fraktion ist für Eintreten und stimmt dem Antrag mit den Änderungen der Kommission und Stawiko grossmehrheitlich zu.

Markus Jans: Grundsätzlich ist die SP-Fraktion nicht gegen eine Renovation des Ausbildungszentrums Schönau. Bei ihren Beratungen hat sich aber eine Frage ergeben. Im Bericht der Kommission für Hochbauten steht auf Seite 3 im 6. Absatz: «Angesichts des grossen Parkplatzes wurde die Idee geäussert, hier eine Asylunterkunft zu erstellen. Dies ist aus zwei Gründen nicht opportun. Einerseits ist eine Erweiterung der Kläranlage in Vorabklärung. Diese müsste aufgrund der gegebenen räumlichen Strukturen unter dem Parkplatz erfolgen.» Es geht der SP nicht um das Asylzentrum, sie stellt aber die grundsätzliche Frage, ob eine Sanierung des Ausbildungszentrums an diesem Ort überhaupt notwendig bzw. sinnvoll ist.

Dieser Frage liegt die Überlegung zugrunde, dass die Kläranlage auch in nächster Zukunft im Gleichschritt mit dem Kantons weiter wachsen wird. Wer das Wachstum der Kläranlage in der Vergangenheit beobachtete, kommt unschwer zum Schluss, das sich diese auch in den nächsten Jahren ausbreiten und mehr Platz beanspruchen wird. Der Platzbedarf einer Kläranlage ist bekanntlich sehr gross.
Die SP-Fraktion stellt noch keinen diesbezüglichen Antrag, wünscht aber vom Baudirektor eine Auskunft zum Platzbedarf der Kläranlage über die nächsten dreissig Jahre. Konkret fragt sie den Baudirektor, ob die Kläranlage Schönau sich in den nächsten dreissig Jahren auch ohne das Grundstück des Ausbildungszentrums Schönau den Anforderungen entsprechend entwickeln resp. ausgebaut werden kann. Je nach Antwort wird die SP-Fraktion auf die Vorlage eintreten und dieser entsprechend dem Antrag der vorberatenden Kommission zustimmen.

Stefan Gisler: Die AGF nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Baudirektion das zweistufige Verfahren wiederbelebt. Das muss aus Sicht der AGF wieder Standard werden, gerade bei grösseren Bauvolumen. Wenn hier ein zweistufiges Verfahren gewählt wird, muss dies umso mehr auch beim Stadttunnel der Fall sein, wo es nicht um 17 Millionen, sondern um 1 Milliarde Franken geht.
Als Mitglied der Feuerschutzkommission der Stadt Zug betont der Votant, dass die Blaulichtorganisationen eine gute Infrastruktur brauchen. Die AGF erkannt heute aber noch nicht, ob wirklich volle 17,6 Millionen Franken für Instandsetzung und Erweiterung der Schönau zu investieren sind. Sie erwartet daher vom Baudirektor ein abgespecktes, auf Funktionalität und Energiesparmassnahmen reduziertes, gut begründetes Projekt. In diesem Sinn befürwortet die AGF auch den Stawiko-Antrag für einen Projektierungskredit von 1,4 Millionen Franken und erwartet, dass die Baudirektion dies auch einhält.
Zum Vordach gibt der Votant zu bedenken, dass Notfälle nicht nur bei Schönwetter stattfinden, und es nicht schadet, wenn man auch im Regen übt.

Daniel Stadlin arbeitet als kantonaler Beauftragter für Kulturgüterschutz eng mit der Zivilschutzorganisation zusammen und kennt das Ausbildungszentrum Schönau daher sehr gut.
Die Zivilschutzorganisation des Kantons Zug ist effizient, verlässlich, schnell und unbürokratisch. Daher wird ihre Arbeit zunehmend sehr geschätzt. Sie erbringt wichtige Dienstleistungen für unsere Bevölkerung, schwergewichtig bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen. Angehörige des Zivilschutzes kümmern sich aber auch um die Betreuung schutzsuchender Personen und den Schutz von Kulturgütern. Zudem unterstützt sie die Führungsorgane und die Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes und leistet gemeinnützige Einsätze sowie Instandstellungsarbeiten nach Schadensereignissen. Und dies soll auch in Zukunft so sein. Damit die Zivilschutzorganisation diese Aufgaben zweckmässig und effizient wahrnehmen kann und auch weiterhin jederzeit im ganzen Kanton sofort einsatzfähig ist, braucht sie eine entsprechende Infrastruktur. Das jetzige Ausbildungszentrum, das heute auch von Feuerwehren, Polizei und Rettungsdienst intensiv genutzt wird, bietet diese jedoch nur bedingt. Raumordnung und Nutzungsmöglichkeiten entsprechen nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen.
Die GLP unterstützt daher die Absicht des Regierungsrats, das jetzige Ausbildungszentrum zu optimieren und baulich der heutigen Nutzung anzupassen. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind angemessen und notwendig, sieht man vom Posten «Kunst am Bau» ab. Die GLP ist für Eintreten und wird dem Projektierungskredit in der bereinigten Fassung von 1,4 Millionen Franken zustimmen.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die gute Aufnahme des Geschäfts und geht auf einzelne Punkte und Fragen aus der Debatte ein.
• Der Kommissionspräsident hat das vereinfachte Verfahren für den Planerwettbewerb angesprochen. Der Baudirektor teilt mit, dass der Regierungsrat dieses auch von der Stawiko und weiteren Votanten angeführte Anliegen unterstützen wird.
• Mit dem vorgeschlagenen Verzicht auf «Kunst am Bau» ist der Regierungsrat nicht einverstanden. Nicht nur die Filigranität des Baus, sondern auch prinzipielle Gründe haben die Kommission und den Regierungsrat bewogen, hier an «Kunst am Bau festzuhalten. Andernfalls müsste grundsätzlich darüber diskutiert werden, wo «Kunst am Bau» notwendig oder richtig ist und wo nicht.
• Gregor Kupper hat den Finanzplan angesprochen. Es liegt hier tatsächlich ein Fehler vor, von dem der Baudirektor nicht genau sagen kann, weshalb er passiert ist. Er vermutet, dass man zuerst – aus Gründen der Dringlichkeit – einen Objektkredit beantragen wollte, die Dringlichkeit später dann nicht mehr gegeben war und man das zweistufige Verfahren durchführen konnte. Vermutlich ging im Rahmen dieses Prozesses der Eintrag in die Finanztabelle vergessen.
• Dass die Sanierung sinnvoll ist, war in der Kommission unbestritten. Nur ein Beispiel: Von der Küche muss das warme Essen über eine Rampe *hochgewägelet* werden, und wenn man oben ist, ist die warme Suppe wahrscheinlich kalt. Solche betrieblichen Umstände sind nicht haltbar. Der Sanierungsbedarf ist ausgewiesen, davon hat sich auch die Kommission bei ihrem Augenschein überzeugen können.
• Zum Platzbedarf der Kläranlage: Eine Besprechung mit dem Geschäftsführer des GVRZ hat ergeben, dass dieser heute noch kein Projekt hat, man aber am Überlegen ist, wie und wann erweitert werden soll. Wenn in Richtung Schönau erweitert wird, dann könnte der Kanton auf dem Parkplatzareal Platz für eine unterirdische Anlage anbieten, die auch für die Zukunft ausreichen würde. Weitere Abklärungen fanden nicht statt. Der Zeitpunkt der Erweiterung steht noch nicht fest.
• Der Betrag von 17,6 Millionen Franken ist eine Grobkostenschätzung, und die Baudirektion wird sich anstrengen, diesen Betrag zu unterschreiten. Ein abgespecktes Projekt kommt aber nicht in Frage. Die einzelnen, in der Kommission diskutierten Baumassnahmen werden ausgeführt.
Der Baudirektor dankt der Hochbaukommission und der Stawiko sowie Urs Marti, Leiter des Amtes für Zivilschutz und Militär, und Sicherheitsdirektor Beat Villiger für ihre Mitarbeit.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge des Regierungsrats.

§ 1 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei sich ausschliessende Hauptanträge vorliegen:
• Antrag der Hochbaukommission auf einen Projektierungskredit von 1,465 Millionen Franken inkl. MWST (Preisstand: Zürcher Baukostenindex 1. April 2012). Der Re-

gierungsrat schliesst sich diesem Antrag an und lässt seinen ursprünglichen Antrag fallen.
• Antrag der Staatswirtschaftskommission auf einen Projektierungskredit von 1,4 Millionen Franken inkl. MWST (Preisstand: Zürcher Baukostenindex 1. April 2012).
Der Kürzungsantrag der Stawiko rührt daher, dass sich deren Mehrheit gegen einen Kredit von 65'000 Franken für «Kunst am Bau» ausgesprochen hat.
Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Zuerst wird über die Grundsatzfrage abgestimmt, ob der Kantonsrat für das vorliegende Instandsetzungs- und Erweiterungsprojekt einen Kredit von 65'000 Franken für «Kunst am Bau» sprechen will. Je nach Ausgang dieser Abstimmung obsiegt der Antrag von Hochbaukommission und Regierungsrat oder jener der Staatswirtschaftskommission.

Eusebius Spescha, Präsident der Hochbaukommission: Es ist Teil der kulturellen Verpflichtungen des Kantons, jeweils einen bescheidenen Teil des Baukredits für «Kunst am Bau» zu verwenden. Es ist nicht einzusehen, wieso dies nicht auch bei diesem Projekt gelten soll. Zivilschützer und Feuerwehrleute sind nicht Bürger zweiter Klasse, die zwar gut genug sind, in der Not zu helfen, aber denen Kultur vorenthalten werden soll. Auch diese Personen haben es verdient, sich mit Kunst auseinandersetzen zu dürfen, und sie werden dies mehrheitlich auch zu schätzen wissen. Die Kommission ist mit 8 zu 5 Stimmen der Meinung, dass der Baukredit auch einen Betrag für «Kunst am Bau» vorsehen soll.
Unbefriedigend ist nach Ansicht der Kommission, dass die Verfahren zur Auswahl der Kunst unterdessen so aufwendig geworden sind, dass das Verfahren – etwas salopp gesagt – bald teurer ist als die eigentlichen Kunstobjekte. Die Kommission wünscht deshalb vom Regierungsrat, diesbezüglich einfachere Verfahren einzuführen.

Heini Schmid möchte ebenfalls eine Lanze brechen für die Kultur. Anlässlich der Kommissionssitzung wurde gesagt, da unten bei den Feuerwehrleuten und Zivilschützern brauche es keine Kultur. Der Votant hofft aber, dass es in der Schweiz noch Künstler gibt, die auch für ein solches Zielpublikum das nötige Fingerspitzengefühl haben und auch diesem den Aufenthalt bereichern können.
Streicht man hier die Kultur, dann stellt sich die Frage, an welchen Gebäuden im öffentlichen Besitz man überhaupt noch Kunst anbringen soll. In der Schönau gibt es viel Publikum, und man investiert besser dort in Kultur, wo nicht kantonale oder kommunale Angestellten tagein, tagaus immer an das gleiche Kunstwerk schauen, sondern wo Tausende im Jahr durchzirkulieren und sich an Kultur erfreuen können. Die Schönau ist genau ein solcher Ort. Es gehört zu Zivilschutz und Feuerwehr, dass es Wartezeiten gibt – und damit die nötige Musse, um etwas Tiefgang in das Leben eines Zivilschützers oder Feuerwehrmannes zu bringen. Der Votant – das ist seine Interessenbindung – war erfolgreicher Atomspürer mit einer glanzvollen Karriere im Zivilschutz und musste während vielen Stunden an Wände ohne Kunst schauen. Die Schönau ist genau der richtige Ort für «Kunst am Bau».

Karl Nussbaumer muss richtigstellen, dass man in der Feuerwehr zwischen den Pausen nicht viel Zeit hat, um irgendwelche Kunstwerke anzuschauen. Genau deshalb würden Feuerwehrleute nicht verstehen, wenn viel Geld für «Kunst am Bau» statt für Besseres ausgegeben würde.

Baudirektor **Heinz Tännler** möchte, dass ernsthaft über «Kunst am Bau» debattiert wird, Atomspürer hin oder her. Sonst müsste – wie schon gesagt – wirklich eine Grundsatzdiskussion darüber geführt werden, wo «Kunst am Bau» wirklich ange-

bracht ist, auch über die gesetzliche Grundlage dafür, die seit etwa 1980 in Kraft ist und nun seit fünf oder sechs Jahren anwendet wird.
Über die Form der «Kunst am Bau» in der Schönau wurde noch nicht diskutiert. Das muss nicht unbedingt eine Statue, sondern kann eine ganz andere Form sein, die sehr geeignet ist und auch jedem Feuerwehrmann gefällt.
Was Eusebius Spescha bezüglich Verfahren gesagt hat, ist richtig. Beim Zeughaus hat das Verfahren tatsächlich mehr gekostet als die Kunst selbst. Um auf einfachere Verfahren umschwenken zu können, braucht der Baudirektor aber die Rückendeckung des Kantonsrats, ist er doch auch mit der fordernden Haltung von kunstbeflissenen Personen und Kommissionen konfrontiert, die Wettbewerbe durchführen und Jurysitzungen abhalten wollen. Man müsste in der Hochbaukommission mal darüber diskutieren, damit der Baudirektor auch die Handhabe hätte, ein Verfahren beispielsweise ohne das Kunsthaus durchzuführen.

➔ Der Rat folgt mit 44 zu 24 Stimmen dem Antrag der Staatswirtschaftskommission und lehnt den Kredit von 65'000 Franken für «Kunst am Bau» ab.

§ 2 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Hochbaukommission den Antrag stellt, anstelle eines Generalplaner-Projektwettbewerbs eine Generalplaner-Submission zu beginnen. Die Stawiko stimmt diesem Antrag zu, und auch der Regierungsrat schliesst sich an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Hochbaukommission.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

53. Sitzung: Donnerstag, 4. Juli 2013 (Nachmittag)
Zeit: 14.00 – 17.20 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

785 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Martin Stuber, Zug; Gabriela Ingold, Unterägeri; Monika Barmet, Menzingen; Zari Dzaferi, Baar.

786 Mitteilungen

Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel lässt sich für die Sitzung entschuldigen. Er nimmt an einer Sitzung des Konkordatsrats der Fachhochschulen Zentralschweiz teil.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

787 Traktandum 3.1: **Postulat von Florian Weber und Franz Hürlimann betreffend Ausbau des Autobahn-Halbanschlusses Arth vom 18. Juni 2013 (Vorlage 2273.1 - 14391)**

Philip C. Brunner stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** das Postulat nicht zu überweisen. Die SVP versteht das Anliegen grundsätzlich, das Problem liegt aber darin, dass der gewünschte Autobahn-Halbanschluss auf Schwyzer Boden liegt. Der Schwyzer Baudirektor, mit dem der Votant zusammen mit Martin Stuber intensiv über das Projekt Doppelspurinsel Walchwil gesprochen hat, schrieb in Zusammenhang mit diesem Projekt in einer E-Mail: «Es geht um ein Projekt auf dem Hoheitsgebiet des Kantons Zug, und da ist es aus meiner Sicht angebracht, dass wir uns als Nachbarn nicht in die politischen Diskussionen des Standortkantons einschalten.» Genau das gilt in diesem Fall auch umgekehrt. Es ist schon viel erreicht, wenn unser Baudirektor mit dem Baudirektor des Kantons Schwyz das Gespräch sucht und bilateral auf das Problem hinweist. Es ist tatsächlich stossend, dass man von Walchwil aus bis nach Goldau bzw. Immensee fahren muss, um auf die Autobahn Richtung Süden zu kommen. Das Anliegen ist unbestritten. Der Rat sollte aber nicht ein politisches Zeichen setzen, dass der Kanton Zug überall bei den Nachbarn mitredet, sonst riskiert er, dass reziprok die anderen Kantone auch bei zugerischen Fragen mitsprechen. Der Votant und auch der Postulant Franz Hürlimann würden dann wohl zu den Ersten gehören, die sich dagegen wehrten.

Die Postulanten haben mit ihrem Vorstoss das Problem dokumentiert, und es ist aktenkundig, was der Wunsch des Kantons Zug ist. Die Überweisung wird aber nur zur Antwort der Baudirektion führen, dass der Kanton Zug hier nichts machen kann. Deshalb bittet der Votant, das Postulat nicht zu überweisen. Das ist nicht böse gemeint, sondern ein Gebot der politischen Klugheit.

Mitpostulant **Florian Weber** fragt: Wenn nicht jetzt, wann dann? Es gibt jetzt, da die ganze Diskussion um die Sperrung der Eisenbahnstrecke geführt wird, eigentlich kein besseres Mittel, dem Regierungsrat unter die Arme zu greifen und ihm ein gewisses Druckmittel in die Hand zu geben. Das Postulat ist das richtige Mittel und sollte unbedingt überwiesen werden.

Baudirektor **Heinz Tännler** ist sich bewusst, dass es nicht opportun ist, jetzt etwas zu sagen. Er möchte aber auf einen nicht ganz unwichtigen Punkt hinweisen: Wenn von Seiten des Kantons Zug «Druck» ausgeübt wird für einen Halbanschluss in Arth, kann der Schuss gewaltig nach hinten losgehen. Dann wird nämlich dieses nicht unbestrittene Geschäft im Kanton Schwyz und besonders im ASTRA so aufgefasst, dass man einen Halbanschluss für den *Kanton Zug* bauen soll, nicht für den Kanton Schwyz. Das ist ein relativ sensibles Geschäft, und der Baudirektor wurde von seinem Schwyzer Kollegen gebeten, hier nicht zu offensiv zu sein.

➔ Der Rat überweist mit 31 zu 28 Stimmen das Postulat an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

788 Traktandum 6.5 (nachgeholt): **Interpellation von Zari Dzaferi betreffend Umsetzung der Noteninitiative für Noten ab der 2. Klasse**
Es liegen vor: Interpellation (2244.1 - 14318); Antwort des Regierungsrats (2208.2 - 14242).

Alois Gössi spricht in Vertretung des Interpellanten Zari Dzaferi, der aus beruflichen Gründen an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Der Interpellant dankt den zuständigen Personen dafür, dass die Interpellation noch vor den Sommerferien beantwortet wurde. Er stimmt dem Regierungsrat zu, dass es sich bei der Einführung der Noten ab der 2. Klasse um die Umsetzung eines Volksbegehrens handelt und der Wille des Souveräns schnellstmöglich umzusetzen ist. Es stellt sich jedoch immer wieder die Frage, wie schnell man bei Reformen sein darf, ohne dass die Qualität darunter leidet.
Für den Interpellanten ist das Tempo, in welchem Reformen in der Schule umgesetzt werden, einmal mehr zu hoch. Im Schuljahr 2011/12 wurden überarbeitete Zeugnisse eingeführt. Das war grundsätzlich etwas Gutes und ein Fortschritt im Bildungswesen. Allerdings wurde die neue Handhabung im Eilverfahren eingeführt. Die Lehrpersonen mussten innerhalb kürzester Zeit Massnahmen treffen, um die Schülerinnen und Schüler gemäss den neu formulierten Kompetenzen zu beurteilen. Man kann nicht wirklich sagen, dass die Beurteilung der Kompetenzen einheitlich war. Sie ist es auch heute noch nicht.
Es wäre schade, wenn sich dieses Szenario wiederholen würde und der Bildungsdirektor sowie die DBK nichts daraus gelernt hätten. Damals gab Regierungsrat Schleiss zu, dass das Tempo der Einführung gewiss anspruchsvoll war. Auch das Tempo der Umsetzung der Noteninitiative ist hoch. Selbst Schulpräsidenten und Rektoren beurteilten den Zeitplan für die Wiedereinführung von Noten ab der 2. Klas-

se als ambitiös. Dem Interpellanten ist es wichtig, dass die Lehrpersonen genügend Zeit haben, um sich auf die veränderten Anforderungen vorzubereiten. Schliesslich bricht damit eine neue Schulkultur an, an welche sich die betroffenen Primarlehrpersonen gewöhnen müssen.
Es ist nämlich nicht so einfach, mit einer Zahl den Wert einer Arbeit zu beurteilen. Auch müsste die Notengebung standardisiert werden. Im Gegensatz zu einer subjektiven Beurteilung der Lehrperson möchte man mit Noten etwas objektiv Vergleichbares darstellen. Daher müsste man sich zumindest im Schulhaus klar absprechen, wie man Arbeiten bewerten soll. Es bräuchte eine Einarbeitungsphase, damit die Notengebung möglichst objektiv wird. Lehrpersonen müssen ausreichend Zeit haben, um sich innerhalb der Jahrgangteams abzusprechen, wie sie die Notengebung gestalten möchten, und allenfalls auch, um Absprachen mit Lehrpersonen der 4. bis 6. Klasse zu treffen. Es geht nämlich auch darum, einheitliche Bewertungsraster zu erarbeiten, damit Schülerleistungen in der gesamten Primarstufe möglichst einheitlich beurteilt werden können. Die Einführung von Noten ab der 2. Klasse ist also mehr als eine technische Einführung in das LehrerOffice – das die Lehrpersonen eigentlich bereits kennen sollten – und ein Studium der Broschüre «Beurteilen und Fördern».
Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass die Beurteilung der fachlichen Fähigkeiten sehr komplex sei und hohe Ansprüche an die Lehrperson stelle. Das Setzen einer Note sei hingegen lediglich der letzte Schritt in einem Prozess. Der Interpellant hätte sich gewünscht, dass der Regierungsrat den Gemeinden, Schulen und Lehrpersonen etwas mehr Zeit gewährt hätte, damit dieser letzte Schritt im Prozess ein trittfester Schritt ist.

Jürg Messmer erschrak, als er diese Interpellation im Briefkasten hatte. Seine Frau macht zurzeit die Ausbildung an der PHZ, und der Votant fragte sich, ob sie wirklich an einer Hochschule studiert oder an irgendeinem *Kürsli* teilnimmt. Wenn diese Personen auf die Kinder losgelassen werden sollen, dann kann man doch erwarten, dass in ihrer Ausbildung die Notengebung und die Beurteilung ein Thema ist. Und das ist der Fall: Die Lehrpersonen werden auf die Bewertung und Benotung der Kinder vorbereitet.
Die SVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für seine guten Antworten und ist damit zufrieden. Es kann nicht sein, dass auf Biegen und Brechen versucht wird, die vom Volk klar angenommene Notengebung ab der 2. Klasse zu torpedieren und hinauszuzögern. Braucht es wirklich nochmals ein Jahr, um die Lehrer darin auszubilden, wie man eine Note gibt? Sie beurteilen heute schon, und die bisherige Bewertung war genau so verwirrend, wie das von gewissen Kreisen jetzt befürchtet wird. Was hiess es denn, wenn auf dem Notenblatt der Tochter des Votanten «Sehr gut, mega super erledigt» stand? Welche Note ist das? Eine Sechs? Oder was ist ein «Knapp ungenügend»? Der Votant ist dankbar für Noten, die Eltern auch lesen können und die klar sagen, wo Defizite sind, wo die Eltern mit den Kindern nochmals an den Tisch sitzen und ein wenig nachüben müssen. Es ist noch nie ein Kind am Frust gestorben, weil es eine Drei nach Hause gebracht hat. Wenn der Fritzli nebenan eine 4,5 gehabt hat, dann ist das aber ein Ansporn, vielleicht noch eine halbe Stunde mehr Zeit zu investieren, um eine bessere Note zu erreichen.
Die SVP dankt dem Regierungsrat, dass die Notengebung ab der 2. Klasse fristgerecht umgesetzt wird, und dass er für diejenigen Lehrpersonen eine Schulung anbietet, die mit LehrerOffice Easy unsicher sind. Der Votant ist überzeugt, dass die Kinder beim ersten Zeugnis nach den Sommerferien strahlen werden dank einer Note im Zeugnis, die ihnen zeigt, wo sie stehen. Es wird auch das eine oder andere enttäuschte Gesicht geben, wenn es halt mal nur für eine 3,5 gereicht hat; man wird

dafür nach dem ersten Semester aber wieder vermehrt dahinter sitzen. Die SVP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort dankbar zur Kenntnis und ist zufrieden.

Esther Haas: Am 11. März 2012 stimmte das Zuger Stimmvolk für die Wiedereinführung von Noten ab der 2. Klasse – ein demokratisch lupenreiner Entscheid, den es nicht anzuzweifeln gilt. Kopfzerbrechen verursacht heute nicht mehr der Entscheid, sondern der Zeitpunkt der Umsetzung. «Sportliches Tempo» kann man dies flockig nennen. Doch ist sportlich in diesem Fall auch seriös? Nein, meinen die direkt involvierten Lehrpersonen und Schulleitungen. Nein sagte auch die AGF bei der Kantonsratsdebatte am 21. März dieses Jahres. Die Abstimmung zum Antrag, das Ganze um ein Jahr zu verschieben, wäre der Moment gewesen, den Lehrpersonen den Rücken zu stärken und ihre Bedenken ernst zu nehmen. Ausserhalb der AGF fanden noch zwei Mitglieder des Kantonsrats dieses Anliegen für unterstützenswert. Somit war für die AGF die Sache erledigt.
Die vorliegende Interpellation wartet mit überprüfenswerten Fragen auf, leider zum falschen Zeitpunkt. Es wäre sicher interessant gewesen, zu erfahren, für wie viele Lehrpersonen die Einführung von Noten Neuland bedeutet. Man hätte zur Beantwortung die nötigen Zahlen bereitstellen können, auch wenn die Regierung in ihrer Antwort dies als zu aufwendig beurteilt. Aber eben: Diese und andere Fragen hätten von Zari Dzaferi bei der politischen Implementierung gestellt werden müssen. Die AGF hat dies in besagter Kantonsratsdebatte mit ihrem Abstimmungsverhalten getan, weil ihr die Lehrpersonen, welche das forsche Umsetzungstempo kritisierten, wichtig waren. Ihnen hätte man damals den Rücken stärken müssen.

Für **Thomas Werner** ist es schlicht schleierhaft, was Zari Dzaferi mit seiner Interpellation erfahren oder bewirken wollte. Was heisst «schnelle Umsetzung nach einem Jahr»? Das ist doch nicht schnell, das ist langsam – oder sicher genügend. Dass Lehrpersonen geschult werden müssen, stimmt gar nicht. Seit die Noten abgeschafft worden sind, wurde den Kindern mit einem Doppelplus, einem Plus, einem Minus oder einem Doppelminus, je nachdem auch mit einem *Smiley* oder einem *Lätsch* erklärt, ob sie ihre Lernziele erreicht haben oder nicht. Im Hintergrund wurden die Prüfungen aber dennoch im LehrerOffice erfasst, und dort waren die Noten bereits sichtbar. Es braucht also keine zusätzliche Schulung, Evaluierung oder Statistik, denn die Lehrpersonen kennen das alles schon und langweilen sich ob den ständigen Weiterbildungen, welche Zeit kosten und an welchen sie nichts Neues erfahren.
Die jungen Lehrpersonen, welche noch keine Erfahrungen mit Noten haben, lernen dies im Lehrbetrieb. Sie werden von einem *Götti* betreut, so dass es überhaupt keine Probleme gibt. Der Votant ist überdies überzeugt, dass die Lehrpersonen im Kanton Zug kompetent und geschult genug sind, um ohne grosse Schulungsprojekte wieder Noten anstatt Plus, Doppelplus oder Minus zu verteilen.

Beni Riedi möchte die angesprochene Geschwindigkeit etwas relativieren. Wenn Lehrpersonen aus dem Kanton Zug in einen anderen Kanton umziehen, welcher schon Noten hat, dann können sie auch nicht ein Jahr warten, bis sie ihre Schüler benoten. Die Interpellation ist auch sonst fragwürdig, und dass der Interpellant heute nicht selber hier ist und sicher nicht daran arbeitet, sich umzustimmen und die Umsetzung der Noteninitiative vorzubereiten, zeigt, dass es nicht um ein eigenes Interesse, sondern um irgendwelche anderen Aspekte geht.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** nimmt Stellung zu jenen Fragen und Aspekten, welche nicht schon in der Interpellationsantwort beantwortet wurden.

• Selbstverständlich muss ein Lehrer, wenn er in einen andern Kanton wechselt, sofort Noten erteilen können. Das gilt auch für Absolventen der PH Zug, die beispielsweise im Kanton Glarus oder im Aargau, wo Notengebung ab der 1. Klasse seit jeher Pflicht ist, mit Unterrichten beginnen. Handwerklich besitzen die Lehrpersonen das nötige Rüstzeug und müssen sich nicht mehr vorbereiten. Auch Zari Dzaferi muss sich nicht vorbereiten. Er unterrichtet auf der Oberstufe, wo seit jeher Noten erteilt werden.
• Das Tempo, mit der die Volksinitiative umgesetzt wird, ist sehr schnell. Die Umsetzung erfolgt auf den erstmöglichen Zeitpunkt, ist aber – darauf besteht der Bildungsdirektor – seriös vorbereitet. Das «sportliche Tempo» wurde mittels Vernehmlassung beurteilt. Diese dauerte vom 15. November 2012 bis zum 14. Februar 2013 und führte zu einem 52-seitigen Bericht, der die Stellungnahmen zu den Entwürfen der zwei massgeblichen Reglemente, des Promotionsreglements und des Übertrittsreglements, auswertet. Nur ganz vereinzelt wurde der Zeitplan thematisiert. Die meisten Gemeinden haben keine Rückmeldung zum Zeitplan gemacht und diesen nicht moniert. Die Auswertung ist im Übrigen auf der Website des Bildungsrats frei einsehbar.
• Die Kritik, dass die Zahl der betroffenen Lehrpersonen hätte eruiert werden müssen, lässt der Bildungsdirektor nicht gelten. In der schriftlichen Antwort wurde eine recht genaue Schätzung gemacht: 77 Klassen mit maximal 120 Lehrpersonen sind direkt betroffen, wovon erfahrungsgemäss 90–110 Lehrpersonen zum ersten Mal Noten erteilen. Das ist – mit vertretbarem Aufwand – erstaunlich genau beziffert.
• Dass Jürg Messmer über die Interpellation erschrocken ist, tut dem Bildungsdirektor leid. Es ist tatsächlich so, dass das Erteilen von Noten zum handwerklichen Rüstzeug einer jeden Lehrperson gehört und an der PH auch entsprechend gelehrt wird. Nicht richtig ist, dass nach den Sommerferien die ersten Zeugnisse erteilt werden. Die ersten Zeugnisse mit Noten in der 2. Klasse wird es im Januar 2014 geben, also fast zwei Jahre nach dem Volksentscheid.
• Wo es bei der Umsetzung nicht um handwerkliche Aspekte, sondern um schulhausinterne Absprachen geht, muss man sich in den Lehrerteams tatsächlich koordinieren. Diese Arbeit kann die Bildungsdirektion den Lehrerteams nicht abnehmen, doch sind dafür im Berufsauftrag entsprechende Zeitgefässe definiert.
Der Bildungsdirektor dankt für die einigermassen positive Aufnahme der Interpellationsantwort.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 10

789 **1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ) für das Kombinierte-Brücken-Angebot (KBA)**
2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ)
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2177.1/.2/.3 - 14147/48/ 49), der Kommission für Hochbauten (2177.4 - 14286) und der Staatswirtschaftskommission (2177.5 - 14287).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Hochbauten beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge zuzu-

stimmen. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Eintreten auf beide Vorlagen und Zustimmung je in der Fassung des Regierungsrats.

EINTRETENSDEBATTE

Eusebius Spescha, Präsident der Hochbaukommission: Das schweizerische Bildungssystem ist insbesondere wegen der Berufsbildung eines der besten dieser Welt, wenn nicht sogar das beste. Kein anderes Land schafft es, eine so hohe Quote von Menschen mit mindestens einer beruflichen Grundbildung aus dem Bildungssystem zu entlassen. Dem gilt es Sorge zu tragen. Und dazu gehören gute Rahmenbedingungen für die Berufsbildung.
Wie in den Berichten von Regierung und Kommission dargestellt, ist der schulische Teil der Berufsbildung eine zwingende Aufgabe der Kantone. Die Kommission hat sich zuerst ausführlich mit der Notwendigkeit der vorgeschlagenen baulichen Erweiterungen beschäftigt und ist klar zum Schluss gekommen, dass der Raumbedarf sowohl beim KBA wie auch beim GIBZ eindeutig ausgewiesen ist. Dieser Bedarf hat vor allem damit zu tun, dass neue Berufe dazugekommen sind – etwa die Fachangestellte Gesundheit –, aber auch damit, dass die GIBZ in der beruflichen Weiterbildung und in der Validierung äusserst erfolgreich arbeitet. Dies verdient auch Anerkennung insbesondere gegenüber den Verantwortlichen.
Die Kommission hat sich in einem zweiten Schritt mit den vorgeschlagenen Lösungen beschäftigt. Angestrebt wurde die Vergrösserung des Trakts 5, so dass die Baumassnahmen im Trakt 1 überflüssig geworden wären, was kostenmässig ziemlich interessant gewesen wäre. Die Baudirektion hat dies vertieft abgeklärt, mit folgendem Ergebnis: Möglich ist einzig und alleine, Trakt 5 sechsgeschossig zu bauen. Dies reicht aber nicht zur Erfüllung des Raumbedarfs. Deutlich wurde aber auch, dass das Areal des GIBZ mit dem Bau des Trakts 5 und der Aufstockung von Trakt 1 ausgenutzt ist. Das sechste Geschoss von Trakt 5 ist also faktisch die letzte Erweiterungsmöglichkeit.
Bei anderen Bauten – etwa beim Gerichtsgebäude oder beim Zuger Spital – hat der Rat gelernt, dass nachträgliche Aufstockungen nur theoretische Möglichkeiten sind, praktisch aber nicht realisiert werden. Wer will schon bei einem Spital oder bei einer Schule im laufenden Betrieb eine Aufstockung umsetzen? Deshalb stellt die Hochbaukommission den Antrag, jetzt den sechsten Stock im Rohbau zu realisieren und den Ausbau dann mit einem einfachen Kantonsratsbeschluss freizugeben, wenn der Bedarf ausgewiesen ist. Dieser Antrag beruht auf folgenden Prämissen, die sich auf Aussagen der Baudirektion in der Kommission abstützen:
• Ein sechstes Geschoss ist baurechtlich möglich.
• Es gibt keine weiteren Verdichtungsmöglichkeiten.
• Ein nachträglicher Ausbau ist unrealistisch, also jetzt oder nie.
Ein früherer Bildungsdirektor hat im Kantonsrat einmal gesagt: «Die Kantonsschule ist gebaut.» Dieser Satz hat ihm zu Recht viel Häme eingetragen. Denn selbstverständlich änderten sich auch an der Kantonsschule die Bedürfnisse, und aktuell sind ja im Mittelschulbereich erkleckliche Ausbauvorhaben in der *Pipeline*. Genauso dumm ist es auch zu sagen, die Bedürfnisse der Berufsfachschulen seien auf lange Sicht befriedigt. Dies ist Unsinn. Der Kommissionspräsident nennt ein Beispiel: Gegenwärtig wird diskutiert, bei höherschwelligen, wissensbasierten Mangelberufen wie Informatikern ein Basisjahr in der Berufsfachschule anzubieten, mit Erwerb von Grundkenntnissen, Digitalkenntnissen, technischem Englisch etc. Das ist eine hochspannende Idee. Damit könnten in diesen Branchen, welche bisher beim Anbieten von Lehrstellen recht zurückhaltend waren, mit grosser Wahrscheinlichkeit viele neue und dringend notwendige Lehrstellen geschaffen werden. Für die Umsetzung

einer solchen Idee würde an der GIBZ aber schon wieder der Platz fehlen. Und das ist nicht die einzige Idee, die in der Berufsbildung diskutiert wird.
Die Kommission für Hochbauten beantragt dem Kantonsrat einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und den beiden Beschlüssen in der Fassung der Kommission zuzustimmen. Diese Haltung wird auch von der SP-Fraktion geteilt.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** Die Hochbaukommission hat die Fragen des Bedarfs und des Standorts detailliert abgeklärt und im Bericht gut erläutert. Etwas weniger genau wurde die Kostenfrage abgeklärt. Die Stawiko hat das nachzuholen versucht und die zusätzlichen Informationen, die sie erhalten hat, ihrem Bericht beigefügt, damit der Rat sich ein Bild über die Kosten machen kann. Der Eindruck, es handle sich um eine *sehr* teure Lösung, konnte nicht vollständig ausgeräumt werden. Die Stawiko sieht sich aber nicht in der Lage, konkrete Kürzungsanträge zu stellen. Sie fordert aber den Regierungsrat auf, die Kosten wirklich im Griff zu behalten, das Notwendige zu realisieren und das Wünschbare wegzulassen.
Den Antrag der Hochbaukommission auf das sechste Geschoss hat die Stawiko abgelehnt. Es geht um 3,09 Millionen Franken. Der Baudirektor hat versichert, dass der Bedarf in diesem Bereich langfristig abgedeckt ist, wobei mit «langfristig» das Jahr 2030 und 135'000 Einwohner gemeint sind. Ob das sinnvoll oder Unsinn ist, wird der Baudirektor dem Rat erläutern. Die Stawiko ist auf jeden Fall der Meinung, auf das sechste Geschoss zu verzichten. Sie hält die zusätzlichen Investitions- und Betriebskosten für nicht verantwortbar. Das sechste Geschoss nur im Rohbau zu erstellen, macht keinen Sinn. Wenn nämlich der Rohbau steht, dann werden auch entsprechende Bedürfnisse vorhanden sein, was unmittelbar zu einem Endausbau führen wird – was ja auch sinnvoll wäre. Die Stawiko beantragt also, den Kredit bei 22,62 Millionen Franken, wie vom Regierungsrat beantragt, zu belassen. Zu bedenken ist dabei, dass heute noch verschiedene weitere Geschäfte zu beraten sind. Wenn der Rat alle Vorlagen durchwinkt, spricht er heute Kredite in der Grössenordnung von 60 Millionen Franken. Die Investitionsrechnung weist pro Jahr jeweils Investitionen in der Grössenordnung von 100 Millionen Franken aus; der Rat spricht heute Nachmittag also fast zwei Drittel eines Jahresvolumens an Investitionen des Kantons. Das ist viel Geld, und der Rat ist gehalten, da einzuschreiten, wo Sparpotenzial vorhanden ist.
Die Stawiko beantragt einstimmig, auf das Geschäft einzutreten und den Vorlagen 2177.2 und 2177.3 in der Fassung des Regierungsrats zuzustimmen.

Frowin Betschart: Für die CVP-Fraktion ist es wichtig, das duale Bildungssystem zu stärken und die positive Entwicklung des GIBZ resp. KBA weiter voranzutreiben. Sie ist einstimmig für Eintreten. Ebenfalls ist eine Mehrheit der CVP-Fraktion für die von der Hochbaukommission beantragte Erhöhung des Baukredits um 3,1 Millionen Franken für ein sechstes Geschoss im Trakt 5. Ein sechstes Geschoss macht Sinn, zumal nach dem vorliegenden Projekt kein weiterer Ausbau auf dem Areal mehr möglich ist. Es hat sich bei einem bedeutenden kantonalen Bauwerk in Baar, dem Kantonsspital, gezeigt, dass man für einen Ausbau im Hinblick auf die Zukunft meist nur *eine* Chance hat.

Daniel Abt: Die FDP-Fraktion nimmt das GIBZ als wichtiges Kompetenzzentrum für die Berufsbildung wahr und ist beeindruckt vom *Drive,* der an dieser Schule herrscht. Sie anerkennt den zusätzlichen Raumbedarf, welcher mit der vorliegenden Vorlage realisiert werden soll. Sie ist allerdings nicht begeistert, dass der zusätzliche Raum mit drei verschiedenen Eingriffen realisiert werden soll. Während ihr die Erstellung des Trakts 5 wirtschaftlich günstig erscheint, ist sie der Auffassung, dass die

Kosten für den Umbau der Hauswartwohnungen und für die Aufstockung zwar begründet und nachvollziehbar sind, die Schmerzgrenze pro realisierten Quadratmeter aber deutlich erreichen. Viel lieber würde die FDP einer Vorlage zustimmen, welche die Realisierung eines Trakts 5 mit sieben Geschossen beabsichtigt und so die geforderten Raumbedürfnisse befriedigt. Der FDP ist dabei bewusst, dass die Realisierung von sieben Geschossen die in der Regelbauweise maximal zulässige Bauhöhe von 25 Metern voll ausnützen, allenfalls um wenige Dezimeter überschreiten würde. Völlig unverständlich ist für die FDP-Fraktion allerdings die Haltung der Stadt Zug, die an besagtem Standort, in unmittelbarer Nähe von Hochhäusern und Hochregallagern und in direkter Nachbarschaft zu einem neungeschossigen Gebäude, partout kein siebengeschossiges Gebäude akzeptieren will.
Die FDP-Fraktion tritt einstimmig auf das vorliegende Geschäft ein und stimmt ihm zu. Uneinig ist sie sich über den zukunftsgerichteten Vorschlag der Kommission, bereits heute ein sechstes Geschoss im Rohbau zu erstellen. Während eine knappe Minderheit bereits heute Raumreserven in einem sechsten Geschoss realisieren möchte, lehnt die Mehrheit der FDP diesen Antrag ab.

Oliver Wandfluh teilt mit, dass die SVP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist.

Esther Haas gibt einleitend ihre Interessenbindung bekannt: Sie arbeitet als Lehrperson am GIBZ. Sie macht zuerst einige Bemerkungen zum Umbau des Trakts 1: Die Regierung zeigt in der Vorlage deutlich auf, wie prekär sich die Raumsituation am GIBZ für das KBA präsentiert. Deshalb stimmt die AGF diesem Kredit vorbehaltlos zu. Das Erfolgsmodell Brückenangebote ist ein fester Bestandteil der zugerischen Schul- und Berufsbildung und verdient es, mit einem adäquaten Raumangebot ausgestattet zu werden.
Gleiches gilt für den Neubau von Trakt 5 am GIBZ. Die knappe Raumsituation stellt gewisse Abteilungen vor grosse logistische Herausforderungen. So musste beispielsweise die Ergänzende Bildung aus Platzgründen an die Zugerbergstrasse ausgelagert werden; weitere Beispiele werden im Bericht des Regierungsrats genannt. Einziger Diskussionspunkt in der Vorlage ist der Vorschlag der Hochbaukommission, quasi vorausschauend bei Trakt 5 ein sechstes Stockwerk im Rohbau zu erstellen. Selbstverständlich schätzen es alle, über grosszügige Platzverhältnisse zu verfügen. Der Vorschlag käme aber einer Luxuslösung gleich. Die geplanten fünf Stockwerke entsprechen exakt dem Raumkonzept des GIBZ. Die Schule stützt sich in diesem Konzept auf Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung des Bundesamts für Statistik. Diese Zahlen liefern die grösstmögliche Sicherheit, dass fünf Stockwerke genügen. Es wäre interessant gewesen, vom Volkswirtschaftsdirektor zu erfahren, wie *er* den Vorschlag der Hochbaukommission für den sechsten Stock einschätzt.
Die AGF gibt dem vorliegenden Projekt sonst die volle Unterstützung und schafft damit eine wichtige Grundlage, dass die Berufslernenden optimal nach ihren Neigungen gefördert werden können.

Ivo Hunn: Der GLP ist das duale Bildungssystem sehr wichtig. Sie unterstützt daher die Förderung und die Beibehaltung der Angebotsvielfalt der Berufslehren. Dass die beiden Schulen GIBZ und KBA an einem Ort zentralisiert und so Synergien genutzt werden können, ist sicher sinnvoll. Der zusätzliche Raumbedarf am GIBZ kann mit einer Verdichtung auf dem Areal langfristig abgedeckt werden. Aus diesem Grund unterstützt die GLP die Aufstockung des Trakts 1 um ein Geschoss und auch die Erstellung eines Neubaus. Dabei ist die GLP für die fünfgeschossige Variante wie auch für den Ausbau im Minergiestandard. Bei den Kosten ist auch die GLP der Meinung, dass der Betrag von insgesamt 30,8 Millionen Franken etwas

hoch angesetzt ist. Aus diesem Grund pflichtet sie dem Einwand der Stawiko bei, bei den Ausgaben Zurückhaltung walten zu lassen.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die gute Aufnahme der Vorlage und hält fest, dass der Kommissionsbericht wirklich sehr gut abgefasst ist. Er geht deshalb nicht auf bildungstechnische Fragen ein, sondern auf in der Debatte erwähnte Punkte.
• Zum zusätzlich vorgeschlagenen, sechsten Stockwerk bei Trakt 5 bzw. zum vorausschauenden Blick: Diese Medaille hat zwei Seiten, und die Hochbaukommission hat ebenso recht wie die Stawiko. Die Baudirektion hat den Platzbedarf abgeklärt und sich dabei auf das Bevölkerungswachstum bis 2030 gestützt. Die Hochbaukommission ist nun überzeugt, mit einem sechsten Geschoss auch gleich den Bedarf für später zu decken. Irgendwann hat man aber immer zuwenig Platz, sei es im Kantonsspital, im GIBZ oder wo auch immer. Die Regierung hat darüber nochmals diskutiert und hält an ihrem Antrag mit fünf Geschossen fest.
• Es ist richtig, dass das kein billiges Projekt ist, auch wenn standardmässig gebaut wird. Die Baudirektion wird bei der Ausführung aber darauf achten, die Kosten so gut wie möglich im Griff zu behalten.
• Der Hinweis von Gregor Kupper, dass der Rat heute über 60 Millionen Franken diskutiere, ist nicht ganz richtig. Es sind sogar 80 Millionen Franken, denn bei der Schönau geht es erst um den Projektierungskredit, und eigentlich muss man mit dem Objektkredit von 17 oder 18 Millionen Franken rechnen.
• Zur Frage, ob sechs oder gar sieben Geschosse gebaut werden sollen, wurde die Haltung der Stadt Zug angesprochen. Der Hinweis mag auf den ersten Blick richtig sein, die Diskussion bezüglich der Eingliederung von Trakt 5 war aber – wie in der Kommission dargelegt – schwierig. Baubewilligungsbehörde ist die Stadt Zug, und darauf muss man Rücksicht nehmen. Und wenn man das Verwaltungsgerichtsurteil zum Bebauungsplan Salesianum gesehen hat, dann versteht man die Zurückhaltung der Stadt Zug gerade auch gegenüber der öffentlichen Hand, dem Kanton. Natürlich gibt es beim GIBZ bereits ein mehrgeschossiges Gebäude, das ist aber altrechtlich. Auf diesem Hintergrund kann sich der Kanton nicht mehr herausnehmen als ein Privater. Der Baudirektor versteht die Haltung der Stadt, wonach das Geviert der GIBZ mit dem neuen Trakt 5 wirklich voll ausgenützt ist und man nicht noch weiter gehen kann. Beim Waldheim besteht die genau gleiche Situation, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Dort sagt der Kanton der Stadt, dass eine höhere Ausnützung nicht möglich ist. Es macht auch keinen Sinn, dass am Schluss zwar ein Kantonsratsbeschluss für sechs oder gar sieben Geschosse vorliegt, die Baubewilligung dann aber nicht erteilt wird.
• Bei den Prognosen des Bundesamts für Statistik muss man vorsichtig sein, denn dieses Bundesamt hat *immer* falsche Prognosen gemacht. Die Baudirektion stützt sich nicht auf diese Prognosen ab, sondern hat bessere Prognosen.
• Die Einschätzung des Volkswirtschaftsdirektors bezüglich des sechsten Stockwerks ist irrelevant. Der Regierungsrat sagt, er könne mit fünf Geschossen leben, und daran hätte und hat sich auch der Volkswirtschaftsdirektor zu halten. Seine persönliche Meinung ist hier also nicht von Bedeutung.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ) für das Kombinierte-Brücken-Angebot (KBA)

Titel und Ingress
§ 1 und § 2
§ 3 Referendumsklausel und Inkrafttreten

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommissionen jeweils dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ)

Titel und Ingress

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 1

Für **Eusebius Spescha,** den Präsidenten der Hochbaukommission, ist es von strategischer Wichtigkeit, sich mit den Vor- und Nachteilen eines sechsten Geschosses auseinanderzusetzen und sich bewusst zu sein, welche Bedeutung das hat. Es ist richtig von der die Hochbaukommission, dass sie dieses sechste Geschoss in die Diskussion eingebracht hat.
In der Berufsbildung hat die Bevölkerungsentwicklung eine absolut untergeordnete Bedeutung für den Raumbedarf. Schaut man zwanzig Jahre zurück, dann hat der zusätzliche Raumbedarf, der am GIBZ entstanden ist, überhaupt nichts mit der Bevölkerungsentwicklung, sondern mit beruflichen Entwicklungen – beispielsweise neuen Berufen – zu tun. So gibt es beispielsweise die Fachangestellte Gesundheit, heute der fünfmeist gewählte Beruf, erst seit etwa 2005. Hätte man 1999 über die heutige Frage und den Raumbedarf diskutiert, dann wäre dieser Beruf nicht im Raster der Wahrnehmung gewesen – und heute ist er eine Realität. Validierung, vor fünfzehn Jahren kein Thema, ist heute am GIBZ ein wichtiger Ausbildungsbereich, in dem in einem bedeutenden Ausmass berufliche Nachqualifikation stattfindet. Wer immer, ob Bau- oder Volkswirtschaftsdirektor, kann heute im Ernst behaupten, er wisse, welches die inhaltlichen Entwicklungen in der Berufsbildung – der Votant spricht nicht von der quantitativen Entwicklung der Bevölkerung – in den nächsten fünf bis Jahren sein werden? Vor diesem Hintergrund wäre es strategisch richtig, heute die von der Kommission vorgeschlagene Raumreserve zu schaffen, weil die inhaltliche Entwicklung der Berufsbildung mit Sicherheit in eine Richtung gehen wird, die zusätzlichen Bedarf schafft; schon in wenigen Jahren wird der Kantonsrat

wieder mögliche Erweiterungen diskutieren. Deshalb bittet der Kommissionspräsident den Rat, weitsichtig zu denken und dem Vorschlag der Kommission zuzustimmen.

Roland von Burg ist – so seine Interessenbindung – seit mehr als 25 Jahren Berufsschullehrer. Er kann Eusebius Spescha nur unterstützen: Er hat es noch nie erlebt, dass die Zahlen bzw. der Raumbedarf rückläufig waren. Neue Berufe können sehr schnell entstehen, auch werden an der GIBZ teilweise Berufe für die ganze Zentralschweiz unterrichtet. Die Bevölkerungsentwicklung im Kanton Zug spielt also überhaupt keine Rolle. Der Votant kennt auch keine Statistik, die im Voraus sagen könnte, welche Berufe sich wie entwickeln. Er unterstützt deshalb den Vorschlag der Hochbaukommission und bittet den Rat, diesem zu folgen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass jetzt § 1 Abs. 2 beraten wurde. Diese Bestimmung stellt verfahrensrechtlich einen **Eventualantrag** dar für den Fall, dass der Rat in § 1 Abs. 1 das sechste Geschoss überhaupt gutheisst. Die Kommission will ein sechstes Geschoss vorerst nur im Rohbau erstellen. Der Kantonsrat soll mit einem sogenannten einfachen Kantonsratsbeschluss die Fertigstellung und Nutzung freigeben können.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Eventualantrag, das sechste Geschoss vorerst nur im Rohbau zu erstellen und die Fertigstellung und Nutzung mit einem einfachen Kantonsratsbeschluss freizugeben.

Zu § 1 Abs. 1 hält der **Vorsitzende** fest, dass zwei Anträge vorliegen:
• Regierungsrat und Stawiko beantragen einen fünfgeschossigen Erweiterungsbau als Trakt 5 mit einem Objektkredit von 22,62 Millionen Franken.
• Die Kommission für Hochbauten will einen sechsgeschossigen Erweiterungsbau und einen entsprechend höheren Objektkredit von 25,71 Millionen Franken.

➔ Der Rat folgt mit 37 zu 32 Stimmen dem Antrag der Kommission für Hochbauten.

§ 2
§ 3 Referendumsklausel und Inkrafttreten

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Hochbaukommission jeweils dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 11

790 **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Kauf des ETH-Versuchsbetriebs Chamau/Schachen in der Gemeinde Hünenberg und für bauliche Anpassungen in der Chamau, Hünenberg, und in der Schluecht, Cham**

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2195.1/.2 - 14188/89), der vorberatenden Kommission (2195.3 - 14266) und der Staatswirtschaftskommission (2195.4 - 14283).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission Eintreten und Zustimmung unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge beantragt. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Eintreten und Zustimmung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge.

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Markus Jans** hält fest, dass es lange her ist, seit sich die Kommission im Februar in der Chamau traf. Die Voraussetzungen für eine Besichtigung der Chamau und der Schluecht waren nicht die besten. Alle bekamen etwas von der Kälte ab, es schneite, und einige mussten feststellen, dass sich Tanzschuhe mit glatter Ledersohle für eine Besichtigung der Chamau bei dieser Wetterlage definitiv nicht eignen. Trotzdem liessen es sich die Mitglieder der Kommission nicht nehmen, beide Gehöfte genau unter die Lupe zu nehmen. Hans-Rudolf Wettstein, Betriebsleiter der Chamau, und Martin Pfister, Rektor des Landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrums, wurden von den Kommissionsmitgliedern mit Fragen eingedeckt und konnten diese auch beantworten. Man spürte förmlich, dass sie sich mit der Materie sehr genau auseinandergesetzt hatten und auch auf die schwierigsten Fragen präzise Antworten geben konnten. Das hat die Kommissionsarbeit erleichtert.
Die verschiedenen Gebäulichkeiten in der Chamau wurden begutachtet, und grossmehrheitlich war man mit den Vorschlägen einverstanden, dieses oder jenes Gebäude abzureissen und/oder neu zu erstellen. Die Holzschnitzelheizung muss bis Ende 2014 erneuert werden. Je nachdem, bis wann der Kaufvertrag unterschrieben werden kann, wird noch der Bund oder dann der neue Eigentümer, der Kanton Zug, die Sanierung bezahlen müssen. Der Stall für die Kälber- und Munimast soll ersatzlos abgerissen werden. Der Versuchsstall soll zu Schulungs- und Büroräumlichkeiten umgenutzt und der Milchviehstall ersetzt werden, da die Bausubstanz schlecht ist. Unter den Fachleuten in der Kommission entbrannte dann eine Diskussion, ab wann sich ein Melkroboter lohnen würde. Hier gingen die Meinungen auseinander.
Bei der Liegenschaft Schachen gab es zusätzliche Fragen, dies insbesondere deshalb, weil sich die Gebäulichkeiten in einem guten Zustand befinden, Teile davon aber trotzdem abgerissen werden sollen. Es zeichnete sich bereits bei der Besichtigung ab, dass nicht alle mit der Abparzellierung und dem Verkauf der Liegenschaft einverstanden waren.
Die Gebäulichkeiten der Schluecht befinden sich in einem recht guten Zustand. Die notwendigen jährlichen Unterhaltsarbeiten werden durchgeführt, und es braucht deshalb für die vorgesehenen Veränderungen nicht so viel Geld wie in der Chamau. Der Stall für die Schweinemast wird rückgebaut, und die Gebäulichkeiten werden als stilles Lager genutzt. Die Nachbarn werden dafür sicher dankbar sein.
In der Detailberatung haben die Kommissionsmitglieder länger über die Frage der Abparzellierung und den Gebäudekomplex Schachen diskutiert. Am Schluss setzte sich bei der Kommission aber klar die Meinung durch, dass die Liegenschaft im Eigentum des Kantons zu belassen sei und keine Abparzellierung vorgenommen

werden soll. Dies würde auch heissen, dass die zum Abbruch vorgesehenen Gebäulichkeiten nicht abgerissen werden sollen. Begründet wurde diese Haltung insbesondere damit, dass es auch im Kanton Zug genügend soziale Aufgaben zu erfüllen gäbe, für die sich ein solches Grundstück mit den darauf befindlichen Gebäulichkeiten hervorragend eignen würde. Hier hat die Kommission nicht die gleiche Meinung wie die Stawiko, die den Vorschlag der Kommission ablehnt. Aufgrund des eindeutigen Abstimmungsresultats von 12 zu 0 Stimmen in der Kommission geht der Kommissionspräsident davon aus, dass sich die Kommissionsmitglieder dafür einsetzen werden, dass der Antrag der Kommission, den Hof Schachen nicht zu verkaufen, nicht nur Sache des Kommissionspräsidenten ist.
Die Kommission hat der Vorlage mit der vorgängig erwähnten Änderung mit 12 zu 0 Stimmen zugestimmt. Der Kommissionspräsident dankt dem Rat, wenn er den Anträgen der Kommission folgt.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** Die Stawiko unterstützt dieses Geschäft im Grundsatz einstimmig. Sie hat allerdings zwei Änderungsanträge. Einerseits beantragt sie, das Besucherzentrum zu streichen. Dieses ist zwar wünschbar, aber nicht notwendig. Es verursacht nicht nur Investitions-, sondern auch jährliche Betriebskosten, die in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen. Spazierende Familien wollen den Betrieb und die Tiere sehen, nicht irgendwelche Informationstafeln. Die Stawiko beantragt also, den Kredit in § 2 Bst. a um 600'000 Franken auf 8,8 Millionen Franken zu reduzieren.
Auch den Hofladen betrachtet die Stawiko als sinnvoll, fragt sich aber, welcher Landwirt sich einen Hofladen für 200'000 Franken leisten könnte. Die betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkte sind hier völlig ausser Acht gelassen. Die Stawiko beantragt, den Kredit um 100'000 Franken auf immer noch grosszügige 100'000 Franken zu kürzen und den Gesamtkredit unter § 2 Bst. b folglich auf 0,675 Millionen Franken zu reduzieren.
Den Antrag der vorberatenden Kommission, in den Kantonsratsbeschluss die Bestimmung aufzunehmen, den Schachen nicht zu verkaufen, sondern im Eigentum des Kantons zu belassen, lehnt die Stawiko ab. Es gibt keine überzeugenden Argumente für diesen Antrag. Die Stawiko ist sich bewusst, dass damit die Kompetenz beim Regierungsrat liegt; dieser kann gemäss Finanzhaushaltgesetz § 35 über Liegenschaften im Finanzvermögen bis zu 5 Millionen Franken verfügen. Die Stawiko ist aber sicher, dass der Regierungsrat diese Liegenschaft nicht verkauft, bevor er abgeklärt hat, ob sie nicht einem sinnvollen, im Interesse des Kantons liegenden Zweck zugeführt werden kann. Es gibt also keinen Grund, die Kompetenz des Regierungsrats einzuschränken.
Die Stawiko beantragt Zustimmung zum Geschäft im Sinne ihrer Anträge.

Anna Bieri: «Ist der Winter hart und weiss, wird der Sommer schön und heiss.» Eigentlich müsste der Rat jetzt brutal schwitzen, denn bei der Kommissionssitzung und der zugehörigen Besichtigung der Chamau besuchte die Kommission eine kalte, charmante Winterlandschaft. Doch nicht nur dieser Charme der Chamau ist ein positiver Aspekt der vorliegenden Vorlage. Grundsätzlich erachtet die CVP-Fraktion den Kauf der Chamau und die damit verbundenen baulichen Verbesserungen in der Chamau und der Schluecht als sinnvoll. Der Kauf bietet dem Kanton Zug und der landwirtschaftlichen Bildung Chancen, die es in kluger Weise zu nutzen gilt. Eintreten war für die CVP unbestritten.
Dennoch gilt es drei wichtige Vorbehalte und Bedenken zu diskutieren:
• Ist der Unterricht über die Distanz Chamau–Schluecht sinnvoll möglich? «Ja», war die klare Antwort des Schuldirektors. Dank der speziellen Stundenplanstruktur

wird es möglich sein, den Unterricht für die angehenden Bauern und deren Lehrpersonen sinnvoll zu gestalten.
• Der Kanton Zug benötigt für die Realisierung verschiedener Bauprojekte Landwirtschaftsland an günstiger Lage. Dazu muss er Teile der Betriebsfläche des Landwirtschaftlichen Berufs- und Bildungszentrums Schluechthof in Cham einsetzen. Für die CVP ist es von grosser Bedeutung, dass mit dieser für alle Seiten verträglichen Lösung die Zersplitterung der landwirtschaftlichen Schule Schluechthof bereits wieder endet. Die Votantin bittet den Baudirektor um eine Bestätigung dieses Anliegens.
• Für einen praxisnahen Unterricht braucht es nebst dem Schulgebäude einen als Vorbild dienenden Schulgutsbetrieb. Mit dem Erwerb der Chamau ergibt sich die Möglichkeit, den durch Realersatzansprüche verkleinerten Gutsbetrieb Schluechthof teilweise auszulagern. Dass die Chamau als Einheit wie geplant dem Realteilungsverbot unterliegt, liess die letzte Skepsis der Votantin weichen.
Zu den einzelnen Anträgen: Eine Mehrheit der CVP-Fraktion wird dem Antrag der Kommission folgen, den Schachen als Einheit im Besitz des Kantons zu behalten. Viele haben das Konzept für eine landwirtschaftliche Arbeitsstätte für Menschen mit Behinderung erhalten. Eine gute Idee – vielleicht nicht mehr, aber zumindest zeigt das Konzept, dass es sinnvolle Projekte gibt, die der Kanton mit dem Schachen verwirklichen könnte.
Über Rückbauten wurde viel diskutiert, jedoch kein Antrag gestellt. Auch namens der Mehrheit ihrer Fraktion appelliert die Votantin, den Schafstall im Schachen stehen zu lassen, zumindest bis der Verwendungszweck des Schachen dereinst geklärt sein wird. Die Votantin ist aber persönlich dezidiert der Auffassung, dass Legehennenstall & Co. abgebaut werden müssen. Bei der Besichtigung wurde einsichtig, dass diese Gebäude in einem Zustand sind, in dem sie keinen Nutzen bringen können, denn «Wenn es in die Suppe hagelt, ist das Dach wohl schlecht vernagelt.» Es bedarf in der Landwirtschaftszone auch keiner baulichen Reserven. Der Kanton soll hier seine Vorbildrolle wahrnehmen.
Zu den Anträgen der Stawiko: Die CVP ist grossmehrheitlich der Ansicht, dass 600'000 Franken für ein «einfaches» Besucherzentrum ein zu hoher Betrag ist, und unterstützt den entsprechenden Reduktionsantrag. Schwieriger wird die Entscheidung beim zweiten Stawiko-Antrag. In der Schluecht gibt es bereits einen erstklassigen Hofladen. Offenbar hat sich im Bericht aber ein Fehler eingeschlichen. Auf Nachfrage geht es bei diesem Betrag um eine Umnutzung der heutigen Remise in Räumlichkeiten für Ausbildungen im Bereich Hofverarbeitung. Es geht vor allem darum, die Kompetenzen in der Verarbeitung von Produkten und damit ein Teil der Wertschöpfung auf den Landwirtschaftsbetrieben zu erhalten und zu fördern. Die Votantin bittet den Baudirektor hier um Klärung der Situation.
Fazit: Die CVP ist der Überzeugung, dass mit dieser Vorlage den jungen Bauern eine moderne, aber auch situationsgerechte Ausbildungsstätte geboten werden kann. Gleichzeitig werden mit der Schluecht und der Chamau zwei schützenswerte Grünflecken mitten in den Naherholungsgebieten des Ennetsees erhalten. «Ist der Juli schön und klar, gibt's ein gutes Bauernjahr»: In diesem Sinne dankt die Votantin namens der CVP für ein klares Ergebnis zu dieser guten Lösung für die Zuger Landwirtschaft und den gesamten Kanton Zug.

Maja Dübendorfer Christen: Die FDP Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage und stimmt dem Kauf des ETH-Versuchsbetriebs Chamau sowie den Anpassungen in der Schluecht zu. Der Kanton kann hier die Voraussetzungen schaffen, um das Landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum weiter zu stärken und für die Zukunft zu rüsten.

Dem Antrag der vorberatenden Kommission in § 2 Abs. 1, welcher will, dass der Schachen im Eigentum des Kantons verbleiben soll, stimmt die FDP nicht zu. Trotzdem gibt sie dem Regierungsrat den Tipp, keine voreiligen Abbrucharbeiten oder Verkauf in Angriff zu nehmen. Frühzeitig hat eine Zuger Institution ihr Interesse signalisiert. Sie will die Eingliederung von Jugendlichen mit geistiger Behinderung in die bäuerliche Welt im eigenen Kanton ermöglichen.
Auch die Anträge der Stawiko fanden in der FDP-Fraktion keine Mehrheit. Die Kürzung zulasten des ehemaligen Eberstalls in der Chamau ist in der FDP knapp gescheitert. Der historisch interessante Bau ist ideal gelegen für das geplante und mit Sicherheit Beachtung findende Besucherzentrum. Der zweite Antrag, die Kürzung um 100'000 Franken beim Gutsbetrieb Schluecht, wird von der FDP grossmehrheitlich nicht unterstützt. Zur Erinnerung: Der Rat sprach letzte Woche dreimal so viel für Bildungsprojekte ins Ausland. Die FDP findet die Umnutzung der Remise neben dem Hofladen für Kurse und Ausbildungen im Bereich der Verarbeitung von Hofprodukten sehr weitsichtig. Räumlichkeiten, in denen Lebensmittel verarbeitet werden, müssen aber hohen Anforderungen entsprechen, welche ihren Preis haben. Mit einer Kürzung würde ein sinnvoller Ausbau verhindert und faktisch durch die Hintertür das Ausbildungsangebot eingeschränkt – ein Angebot übrigens, das andere Bildungs- und Beratungszentren nahezu nicht anbieten und das darum überregionale Aufmerksamkeit bekommen wird.
Mit ihrer Zustimmung anerkennt die FDP-Fraktion die kantonale und überregionale Bedeutung, welche die Schluecht für die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung hat. Die einmalige Chance, nun auch in der Chamau ergänzende und weiterführende Angebote ermöglichen zu können, sollte gepackt werden. Nicht vergessen darf man, dass mit dem Erwerb der Chamau in der Schluecht wertvolles Landwirtschaftsland für Realersatz frei wird, damit landwirtschaftliche Betriebe weiterhin existenzsichernde Grössen haben.
Persönlich irritiert die Votantin nach wie vor die Tatsache, dass in der Schluecht die Tiere und ihre Gerüche die nachbarschaftliche Bevölkerung angeblich massiv stören könnten und sie darum in die Chamau umziehen müssten. Hier stimmt der Vergleich vom Huhn und Ei nicht: *hier* weiss die Votantin, wer zuerst war.

Karl Nussbaumer dankt im Namen der SVP-Fraktion der Baudirektion für die sehr gute Vorlage. Der Erwerb des ETH-Versuchsguts Chamau ist für den Kanton Zug und für das LBBZ eine einmalige Chance, unter anderem weil damit:
• dem Gutsbetrieb des LBBZ Schluechthof Entwicklungsmöglichkeiten und langfristige Perspektiven für einen optimierten Gutsbetrieb eröffnet werden;
• die überregionale Ausstrahlungskraft und die Position des LBBZ Schluechthof als landwirtschaftliches Bildungs- und Beratungszentrum gestärkt wird;
• am Schluechthof zusätzliche Flächen am richtigen Ort frei werden, die als Realersatz insbesondere für die Umfahrung Cham/Hünenberg gebraucht werden können.
Der Votant legt die Meinung der SVP-Fraktion zu drei Punkten dar:
• Besucher-Infozentrum in der Chamau: 600'000 Franken für die Instandsetzung von Dach, Wänden, Holzwerk, Fenster, Boden, Elektroinstallationen usw. des ehemaligen Eberstalles zur Nutzung als Besucher-Infozentrum sind unbestritten ein hoher und stolzer Preis. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass ein Besucherzentrum zwar einem Bedürfnis der Bevölkerung entspricht und seine Berechtigung hat, jedoch nicht zum Preis von 600'000 Franken. Sie erwartet von der Baudirektion, dass hier die Kosten wesentlich unterschritten werden.
• Die SVP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den Antrag der Hochbaukommission, den Schachen nicht zu verkaufen. Der Schachen soll im Eigentum des Kantons bleiben.

• Für die Instandhaltung und Erweiterung des Hofladens in der Schluecht werden in der Vorlage 200'000 Franken beantragt. In diesem Betrag sind auch die Instandhaltung der an den Hofladen angrenzenden Remise und des Schweinestalls enthalten, welche zukünftig als Lager und Infrastruktur für den Hofladen genutzt werden sollen. Die SVP-Fraktion kann sich dem Antrag der Stawiko bezüglich Reduktion des Budgets um 100'000 Franken anschliessen und ist überzeugt, dass die Baudirektion trotz dieser Kürzung den Hofladen gemäss Vorlage wird bauen können.
Die SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr mit den drei beantragten Änderungen grossmehrheitlich zu.

Hanni Schriber-Neiger: Die AGF unterstützt den Kauf des ETH-Versuchsbetriebs Chamau. Das Angebot des Landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrums Schluechthof wird damit für Lernende sinnvoll ergänzt. Die AGF begrüsst auch die Vorschläge mit den verschiedenen Neu- und Umbauten an beiden Schulungsstandorten. Auch die verschiedenen Verbesserungsmassnahmen in der Chamau kommen aus raumplanerischer Sicht bei der AGF gut an. Bei der Alternativenergie möchte die AGF aber gerne ein paar Dächer mehr mit Fotovoltaikanlagen sehen – nicht nur ein einziges.
Grossmehrheitlich ist die AGF auch für ein bescheidenes Besucherzentrum im jetzigen Eberstall. Es ist heute nötig, den Spazierenden und den Kindern die Zusammenhänge der Landwirtschaft genauer und attraktiv zu erklären. Da reicht es nicht, nur die Ziegen zu streicheln. Das neu ausgebaute Infogebäude wird eine preisgünstige Langzeitwerbung für die Landwirtschaft sein, die für natürliche und gesunde Nahrungsmittel einsteht. Das LBBZ wird auch als «das grüne Kompetenzzentrum» bezeichnet, und da sollte dieser Zusammenhang auch in der Chamau in einem kleinen Besucherzentrum erklärt werden. Selbstverständlich will die AGF in der Chamau keinen chilbiähnlichen Betrieb mit grossen Tagungen oder Ähnlichem, sondern ein zeitgemässes Schulungszentrum mit Landwirtschaftsbetrieb.
Die AGF unterstützt den Antrag der Kommission, dass das Gehöft Schachen nicht verkauft werden soll. Gerade solche Liegenschaften mit Nebengebäuden sind im Kanton Zug Mangelware oder werden zu überhöhten Preisen angeboten. Das heisst: Keine Mittelstandsfamilie oder keine soziale Institution hat die Möglichkeit, ein solches Gehöft zu erwerben. Der Schachen soll also Eigentum des Kantons bleiben, der ihn nach Bedarf verpachten kann. Bei der Frage des Rückbaus des Schafstalls stimmt die AGF der Regierung zu und möchte diesen wie vorgesehen rückbauen – ausser er wird ausdrücklich von der Pächterschaft für landwirtschaftliche Zwecke genutzt und nicht als Lagerhalle für eine Firma umgenutzt. Die AGF will sicher sein, dass dort in der Landwirtschaftszone nicht heimlich ein Gewerbebetrieb entstehen kann. Die AGF ist für Eintreten.

Franz Hürlimann wendet sich zuerst an Anna Bieri: «Ist der Winter kalt und blass, bleibt es auch im Sommer nass.» Er ist dafür, 775'000 Franken in den Schluechthof zu investieren. Er ist auch dafür, den hohen Betrag von 6,4 Millionen Franken für Um- und Neubauten in der Chamau zu investieren. Er ist dafür, die Futtersilos abzubrechen, obwohl sie für eine wirtschaftliche Weiterführung des Betriebs noch lange ausreichen würden – die Kosten für Abbruch und Neubau eines Fahrsilos belaufen sich zusammen immerhin auf 290'000 Franken. Er ist dafür, einen vor zwei Jahren fertiggestellten Eberstall wieder rückzubauen. Er ist dafür, die Remise abzureissen, obwohl sie den neuen Anforderungen sicher noch genügen würde. Er ist überhaupt dafür, dem Projekt aus Überzeugung zuzustimmen.
Aus dieser Überzeugung und im Wissen, dass Neubauten immer mit hohen Kosten verbunden sind, ist er aber dagegen, Gebäude, die anderweitig noch benötigt wer-

den können, ebenfalls abzubrechen. Der Schafstall im Schachen ist das Neueste und Beste, das für die Schafzucht zu haben ist. Wird der Schafstall entfernt, muss der Nachbar in absehbarer Zeit keine hundert Meter davon entfernt einen neuen Schafstall erstellen. Da gäbe es doch Wege für eine konstruktive Zusammenarbeit. Wenn die Stawiko vorschlägt, dass Einsparungen gemacht werden können, kann man diese 50'000 Franken für einen Rückbau ebenfalls einsparen.
Auf dem Gelände Chamau befinden sich zwei weitere Ställe, die für 80'000 Franken rückgebaut werden müssen – Gebäude notabene, die der Kanton auch für andere Zwecke nutzen könnte, beispielsweise als Winterlager für Boote und Wohnwagen, was heute in der Landwirtschaft als Zusatzeinkommen toleriert wird. Der Kanton hat bis auf den Raten hinauf Plätze und Räumlichkeiten gemietet, um beispielsweise Güter der Kantonsarchäologie unterzubringen.
Insgesamt könnten also Kosten von 130'000 Franken zusätzlich eingespart werden, ohne weiteren Aufwand zu betreiben. Dazu kommt, dass ab sofort jährliche Einnahmen von mehreren Tausend Franken generiert werden könnten, ohne etwas dafür zu tun. Der Votant stellt deshalb den **Antrag:**
• den Schafstall im Schachen nicht rückzubauen, dies im Sinne der Kommission;
• die Legehennen- und Hühnerställe *vorerst* nicht rückzubauen, wobei «vorerst» bedeutet: Sollte sich keine Verwendungsmöglichkeit ergeben, könnte der Rückbau zu jedem späteren Zeitpunkt, ohne den Betrieb der Chamau zu beeinträchtigen, erfolgen.
«Wenn der Hagel vom Himmel fällt, dieses Dach noch lange hält»: In diesem Sinne dankt der Votant für die weitsichtige Unterstützung.

Wenn **Peter Diehm** als Nichtwissender den Stawiko-Antrag zum Hofladen in der Schluecht liest, dann muss er ihn unterstützen und sagen, dass dafür kein Franken lockergemacht werden muss, denn der heutige Hofladen ist toll im Schuss. Es geht aber nicht um den Hofladen, sondern um Ausbildung. Man will dort eine Ausbildungsstätte für die Verarbeitung von Hofprodukten schaffen. Dafür braucht es Chromstahl, Wasser, sanitäre Anlagen etc., zumal diese Einrichtungen auch ein Vorbild für die Bauern und Bäuerinnen sein sollen, die das später auch auf dem eigenen Hof anwenden wollen. Damit die Landwirtschaftliche Schule Kurse für die Verarbeitung anbieten will, braucht sie diesen Ausbau.
Der Votant war schon etliche Male auf der Schluecht und hat schon oft mit dem Geschäftsführer gesprochen. Die Landwirtschaftliche Schule wird nach marktwirtschaftlichen Prinzipien geführt, und der Geschäftsführer gibt keinen Franken aus, wenn es nicht notwendig ist. Der Votant dankt in diesem Sinne für die Zustimmung zu den geplanten Schulungsräumen.

Philip C. Brunner: Bauern waren – wie auch die zitierten Bauernregeln zeigten – schon immer abhängig vom Wetter und haben dieses deshalb genau beobachtet. Dabei fielen ihnen gewisse Regelmässigkeiten bei den Wetterabläufen und der Entwicklung von Obst und Gemüse auf. Auch der Votant – obwohl nicht Bauer – beobachtet gewisse Abläufe. Gestern war in der Zeitung zu lesen, dass der NFA-Beitrag des Kantons Zug mittlerweile auf 280 Millionen Franken gestiegen ist, das sind 767'000 Franken pro Tag. Der Verkauf des Schachen würde gemäss Bericht der Regierung 1,2 Millionen Franken bringen. Der Betrag, den der Kanton für diesen Hof löst, würde also genau eineinhalb Tage lang den NFA speisen. Es gibt aber immer wieder neue Bedürfnisse, nicht nur aus dem Sozialbereich, sondern auch aus dem Sport, der Bildung etc. Der Votant empfiehlt deshalb im Sinne der Nachhaltigkeit, den Schachen nicht aufgrund kurzfristiger finanzieller Überlegungen zu verkaufen. «Kommt Zeit, kommt Rat»: Man wird für den Schachen eine gute

Lösung finden, und wenn er zwischenzeitlich für eine Familie eine Unterkunft bietet und dem Kanton etwas Mietzins bringt, dann ist das auch nicht schlecht.
Der Kommissionspräsident hat die Kommissionsmitglieder aufgefordert, ihm ein bisschen Rückenwind zu geben. Der Votant hält fest, dass die Kommission in dieser Frage eine sehr klare Meinung hatte und den Schachen im Besitz des Kantons behalten will. Damit wird auch das Kompetenzzentrum in der Schluecht für die Zukunft gestärkt. Der Rat hat sehr weitsichtig entschieden, dem Gewerbe in der GIBZ einen sechsten Stock zu schenken, und es wäre sehr kurzfristig, den Schachen aus der Hand zu geben und sich damit Möglichkeiten für die Zukunft zu verbauen.

Auch Baudirektor **Heinz Tännler** versucht sich mit einem Bauernspruch: «Das Votum von Franz Hürlimann war kurz und knapp, da machen die Bauern und der Baudirektor nicht schlapp.» Er dankt der vorberatenden Kommission und ihrem Präsidenten, die sich eingehend mit dem Geschäft auseinandergesetzt haben. Er dankt auch der ETH und besonders Prof. Boutellier für den zweijährigen, nicht immer einfachen Prozess. Er macht schliesslich darauf aufmerksam, dass das Geschäft noch vom Kanton Zürich bzw. vom kantonsrätlichen Beschluss in Zürich abhängt. Wenn es dort keine Zustimmung gibt, kann der heutige Beschluss des Zuger Kantonsrats nicht umgesetzt werden.
Das Ziel der Vorlage ist – wie gehört – zweifacher Natur: einerseits das LBBZ in der Schluecht, andererseits der Realersatz für die Umfahrung Cham/Hünenberg. Das ist eine gute Sache: Zu Diskussionen geführt haben die folgenden Punkte:
• Bezüglich Schachen hat der Regierungsrat nochmals diskutiert, und er hält an seinem Antrag fest, dass der Schachen verkauft werden kann bzw. – mit den Worten des Stawiko-Präsidenten gesprochen – dass der Regierungsrat die Kompetenz hat, den Schachen zu verkaufen. Ob er ihn verkauft oder nicht, ist heute noch unsicher. Verschiedene Votanten haben gefordert, dass der Schachen im Besitz des Kantons bleiben *muss.* Ob dort eine soziale Institution oder was auch immer platziert werden kann, ist im Moment offen. Der Baudirektor wäre aber froh, wenn die entsprechende Kompetenz beim Regierungsrat bleiben würde, damit dieser die nötigen Abklärungen vornehmen kann, aber auch frei ist, den Schachen allenfalls abzuparzellieren und zu veräussern. Der Baudirektor kann zusichern, dass der Schachen nicht an einen russischen Oligarchen verkauft würde, auch wenn dann vielleicht mehr als 1,2 Millionen Franken herausschauen würden, sondern dass vernünftig verkauft würde.
• Die Legehenne- und Hühnerställe in der Chamau sind in einem himmeltraurigen Zustand und müssen abgebrochen werden. Andernfalls müsste in ihren Unterhalt investiert werden. Das will der Regierungsrat nicht, weil einerseits mit dem Rückbau Kulturland gewonnen wird und es andererseits keinen Bedarf für diese Bauten gibt. Falls es irgendwann einen Bedarf gibt, kann man immer noch gezielt eine Stallung bauen. Der Schafstall im Schachen ist zugegebenermassen nicht in einem schlechten Zustand, die Regierung soll aber frei darüber verfügen und ihn allenfalls zurückbauen können. Es ist aber richtig, dass man im Moment zuwarten kann. Das nimmt der Baudirektor entgegen. Die Regierung soll aber frei sein und in einem späteren Zeitpunkt allenfalls darauf zurückkommen können.
• Mit «Besucherzentrum» sind nicht nur irgendwelche Informationstafeln und auch kein Streichelzoo gemeint. Der Baudirektor ist der Meinung, dass ein Besucherzentrum in der Chamau absolut seine Berechtigung hat. Der Regierungsrat hält an seinem entsprechenden Antrag fest.
• Bezüglich des Hofladens hat der Baudirektor die Stawiko falsch informiert, wofür er sich entschuldigt. Es geht nicht um den Ausbau und die Verschönerung des bestehenden Hofladens, sondern um einen Umbau und eine Umnutzung der Remise,

um Kurse im Bereich Verarbeitung von Hofprodukten anbieten zu können. Auch hier hält der Regierungsrat an seinem Antrag fest.
• Die heutige Zersplitterung des Schluechthofs wird mit dem Kauf der Chamau nicht grösser, sondern kann mit entsprechenden Zusammenlegungen verringert werden.
• Über die Zahl des Fotovoltaikanlagen kann man diskutieren. Die Baudirektion ist hier eher zurückhaltend. Es soll nicht alles mit Fotovoltaikanlagen zugepflastert werden, auch weil das – wie ein Beispiel in der Gemeinde Baar zeigt – eine *himmeltraurige Gattig* macht. Man kann bei Bedarf später immer noch eine zweite oder dritte Anlage montieren.
Zusammengefasst hält der Regierungsrat an seinen Anträgen bezüglich Hofladen, Besucherzentrum und Rückbauten fest. Was den Schachen anbelangt, bittet der Regierungsrat, den Entscheid bezüglich Verkauf etc. in seiner Kompetenz zu belassen; der Baudirektor versichert, dass allfällige Nutzungen geprüft werden und man nicht einfach einen Verkauf vornimmt.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
§ 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die jeweiligen Anträge des Regierungsrats.

§ 2 Abs. 1 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission einen neuen Abs. 1 beantragt: «Das Gehöft Schachen bleibt Eigentum des Kantons.» Die Staatswirtschaftskommission lehnt diesen Antrag ab.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Kommission mit 54 zu 13 Stimmen zu.

§ 2 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Zustimmung zu § 2 Abs. 1 zu einer redaktionellen Anpassung führt: Der bisherige § 2 Abs. 1 Bst. a und b wird zu § 2 Abs. 2 Bst. a und b. Bezüglich der Kreditsummen stellt die Stawiko abweichende Anträge, auch ist hier noch über die zwei Anträge von Franz Hürlimann abzustimmen.

§ 2 Abs. 2 Bst. a, Gutsbetrieb Chamau, Hünenberg

➔ Der Rat stimmt mit 40 zu 27 Stimmen für den Antrag der Staatswirtschaftskommission, also für eine Kreditsumme von 8,8 Millionen Franken.

Zu den Anträgen von Franz Hürlimann stellt **Markus Jans** die Meinung der vorberatenden Kommission klar: Jetzt, da der Hof Schachen im Eigentum des Kantons bleibt, soll nichts abgerissen werden. Er stellt die Frage, ob nun über den Schafstall tatsächlich speziell abgestimmt werden muss.

Baudirektor **Heinz Tännler** ist froh, wenn darüber abgestimmt wird. Was mit dem Schachen genau geschieht, liegt ja in der Kompetenz des Regierungsrats, und es könnte sein, dass der Baudirektor in einer schlechten Stunde den Abbruch freigibt, während er sich in einer guten Stunde für einen sozialen Zweck einsetzen wird – sofern der Regierungsrat ihn nicht zurückpfeift. Der Baudirektor ist also dankbar für eine klare Stellungnahme des Kantonsrats zum Rückbau des Schafstalls.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nicht um die operative Arbeit des Regierungsrats geht, sondern um die mögliche Kürzung des eben bewilligten Kredits um 50'000 Franken. Und dazu hat der Kantonsrat das letzte Wort.

Franz Hürlimann betont, dass es um eine Kürzung der Ausgaben bzw. um eine Einsparung von 50'000 Franken geht.

➔ Der Rat stimmt mit 49 zu 10 Stimmen dem Antrag Hürlimann bzw. der Kürzung des Kredits auf 8,75 Millionen Franken zu.

Zum zweiten Antrag von Franz Hürlimann, vorerst auf den Abbruch der Legehennen- und Hühnerställe zu verzichten: Baudirektor **Heinz Tännler** bittet den Rat, diesen Abbruch bzw. den entsprechenden Kreditbetrag zu bewilligen. E handelt sich um ein *Gehütt* in schlechtem baulichem Zustand. Wenn man dort irgendetwas machen möchte, müsste man Geld in die Hand genommen werden. Das Geld für den Abbruch würde nicht gespart, sondern müsste für Instandstellungsarbeiten aufgewendet werden. Und das würde mehr als 80'000 Franken kosten. Das ist unnötig ausgegebenes Geld, denn für die zwei Ställe gibt es keinen Bedarf.

Kommissionspräsident **Markus Jans** teilt mit, dass die Kommission diese Ställe begutachtet hat und klar der Meinung war, dass sie abgerissen werden sollen. Das wäre auch eine Wiederherstellung von Kulturland, das wieder genutzt werden kann. Ob *Gehütt* oder nicht: Die zwei Ställe werden nicht mehr benötigt und können entfernt werden.

➔ Der Rat lehnt mit 60 zu 6 Stimmen die weitere Reduktion der Kreditsumme um 80'000 Franken ab.

Der **Vorsitzende** hält abschliessend fest, dass der Rat damit einen Kredit von 8,75 Millionen Franken für den Gutsbetrieb Chamau bewilligt hat.

§ 2 Abs. 2 Bst. b, Gutsbetrieb Schluecht, Cham

➔ Der Rat stimmt mit 45 zu 19 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission auf einen Kredit von 0,775 Millionen Franken zu.

§ 3 und § 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 12

791 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Renaturierung des Tobelbachs, Gemeinde Cham

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2212.1/.2 - 14225/26), der Kommission für Tiefbauten (2212.3 - 14349) und der Staatswirtschaftskommission (2212.4 - 14350).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Tiefbauten Eintreten und Zustimmung mit zwei Änderungen beantragt. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Zustimmung zu den Anträgen der Tiefbaukommission.

EINTRETENSDEBATTE

Daniel Thomas Burch, Präsident der Kommission für Tiefbauten, verweist auf den Bericht und Antrag der Kommission sowie die Ausführungen im Antrag der Regierung und beschränkt sich auf die wichtigsten Punkte.
Im Bibersee soll wieder ein See entstehen. Der Mitte des 19. Jahrhunderts verlandete See soll mit diesem Renaturierungsprojekt wieder geschaffen werden. Ob sich da wieder Biber ansiedeln werden, ist ungewiss. Es ist vorgesehen, den Bibersee nach Abschluss der Arbeiten in ein kantonales Naturschutzgebiet zu überführen. Gleichzeitig mit der Schaffung des Sees werden beim Tobelbach und beim Dürrbach die Massnahmen unserer Vorfahren rückgängig gemacht, die Betonelemente entfernt und ein natürlicher Bachlauf geschaffen. Das Ganze kostet 8,5 Millionen Franken. Davon werden rund 43 Prozent, also 3,67 Millionen Franken, vom Bund übernommen. Speziell an diesem Projekt ist, dass der Kanton den betroffenen Landwirten für die beanspruchte Landfläche keinen Realersatz anbieten muss, dies dank der Firma Risi AG, welche sich bereit erklärt hat, die Landfläche für den See und das Umgelände zu Eigentum zu übernehmen und im Gegenzug den Landwirten das qualitativ bessere Land der früheren Deponie abzutreten. Diese Lösung wurde von den Landwirten und der Firma Risi selbständig ausgehandelt und von der Baudirektion koordiniert.
Die Kommission hat sich gefragt, weshalb das Projekt in zwei Etappen realisiert werden soll, und ob dies nicht zusätzlich Kosten verursache. Die Etappierung von ca. fünf Jahren wurde von den betroffenen Landwirten explizit gewünscht. Während dieser Zeit sollen Erfahrungen mit der Pflege und Bewirtschaftung gesammelt werden und allfällige Erkenntnisse bei der Realisierung der zweiten Etappe einfliessen. Mehrkosten sollen dadurch keine entstehen.
Gemäss der regierungsrätlichen Vorlage ist kein Landerwerb durch den Kanton nötig. Da drängt sich die Frage auf, weshalb im Kreditbegehren 450'000 Franken für Entschädigungen und Grenzmutationen enthalten sind. Mit der Aufweitung der Bachsohle von 2 auf 4 Meter wird die landwirtschaftliche Nutzfläche verringert. Die-

ser Verlust muss vom Kanton entschädigt werden. Weitere Kosten entstehen durch verschiedene, rechtlich notwendige Massnahmen wie öffentliche Beurkundungen, Handänderungen, Verträge etc. Die detaillierte Kostenzusammenstellung findet sich im Kommissionsbericht auf Seite 4.
Die benötigten Flächen für den Bachbau liegen weitgehend innerhalb der Gewässerparzelle der Bodenverbesserungsgenossenschaft Oberwil-Cham. Diese hat dem Projekt mit 75 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt, wobei alle betroffenen Landwirte ja gesagt haben. Die Gemeinde Cham wie auch der Verein «Lebensraum Landschaft Cham» unterstützen dieses Projekt ebenfalls.
In der Detailberatung nahm die Kommission das Anliegen der Redaktionskommission bezüglich der Genitivformen auf und beantragt, die jeweiligen -e- zu streichen. Zudem beantragt sie, dass im Objektkredit gemäss § 1 die Mehrwertsteuer inbegriffen ist.
Im Namen der Kommission beantragt der Votant, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den redaktionellen Änderungen zuzustimmen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** verweist auf den Bericht seiner Kommission. Diese beantragt Eintreten und Zustimmung in der Fassung der Tiefbaukommission.

Franz Hürlimann: Das Gebiet Bibersee in der Gemeinde Cham war, wie es der Name sagt, früher ein in sumpfiges Umgelände eingebetteter See. Im Zuge der Landesversorgung wurde das ganze Gebiet nach und nach trockengelegt, so wie es sich heute präsentiert. Bachbegradigungen und Meliorationen waren die Zeichen der Zeit. Üppige, abwechslungsreiche Landschaften mussten einer rationelleren Bewirtschaftung weichen. Die neuen Zeichen der Zeit heissen Biodiversität. Damit verbunden, bietet sich die Möglichkeit, einen Teil des ehemaligen Bibersees mit seiner näheren Umgebung wieder in seinen natürlichen Zustand zurückzuversetzen. Gleichzeitig ist es auch ein Auftrag aus dem Richtplan. Die Gemeinde Cham unterstützt das Projekt und realisiert angrenzend im Bereich Bachtalen gleichzeitig mittels Landerwerb einen kleinen Erholungspark.
Die Realisierung erfolgt in zwei Schritten. In der ersten Etappe wird der See freigelegt und der untere Teil des Tobelbachs zusammen mit dem Dürrbach ausgedolt. Die Ufer- und Sohlenbildung soll möglichst naturnah und zurückhaltend ausfallen. In einer späteren Etappe wird das Bachbett des dazwischen liegenden Teils des Tobelbachs im Bereich Oberwil geöffnet.
Neben all den guten Argumenten für das Projekt gibt es allerdings eine nicht unbeträchtliche Nebensache, und das ist der hohe Preis von 8,5 Millionen Franken. Auch wenn sich der Bund voraussichtlich mit 3,7 Millionen Franken beteiligt, bleiben dem Kanton immer noch beträchtliche Kosten. Die CVP-Fraktion unterstützt die Vorlage trotzdem grossmehrheitlich.

Peter Diehm: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt diesem Geschäft mehrheitlich zu. Wichtig ist, dass der Kanton bei solchen Projekten pragmatisch vorgeht. Er soll sich fragen, wo Handlungsbedarf besteht, was realisierbar ist, er soll das Kosten-Nutzen-Verhältnis abschätzen und auch die Landeigentümer miteinbeziehen. Eine generelle Frage ist, was die Natur kosten darf. In diesem Fall wird aus einem toten Gewässer und Gewässerraum wieder ein attraktiver Lebensraum gemacht für Amphibien, Fische und alles, was da kreucht und fleucht.
Kurz zusammengefasst: Alle Landeigentümer sind mit dem Projekt einverstanden, die Vorverträge sind unterzeichnet, die Landschaft wird aufgewertet, ein zerstörter Lebensraum wird wiederhergestellt, die Biodiversität wird erhöht. In diesem Sinne dankt der Votant – er ist Präsident des Zuger Kantonalen Fischereiverbands und interessiert an guten Lebensräumen für Fische – für die Zustimmung zur Vorlage.

Christoph Bruckbach: Die SP-Fraktion ist erfreut darüber, dass ein Objektkredit für ein Renaturierungsprojekt beantragt wird. Dass für einmal die Natur und damit ein Naherholungsgebiet im Ennetsee von einer Kreditvorlage profitieren kann, ist nicht alltäglich. Die SP ist für Eintreten und stimmt dem Antrag der Regierung zu.

Anna Lustenberger-Seitz: Die AGF sagt ebenfalls ja zu diesem Projekt. Renaturierungen sind gerade im Kanton Zug nötiger denn je. Jedes mögliche Stück Land, das renaturiert werden kann, sollte natürlich oder wieder natürlich gemacht werden. Sie sind wichtig für Menschen, Pflanzen und Tiere. Gemäss der «Neuen Zuger Zeitung» vom Dienstag sind in der Schweiz achtzig Vogelarten bedroht, weil sie immer weniger den Raum und die Lebensumstände finden, die sie benötigen. Die vorgesehene Renaturierung ist nur ein Tropfen auf einen heissen Stein, doch kann gerade der neue See, der nach Erstellen ein Naturschutzgebiet wird, etwas zur Verbesserung der Situation beitragen. In diesem Sinn versteht die AGF nicht, wenn einzelne Kantonsratsmitglieder die im Richtplan festgelegten Projekte zur Renaturierung in Frage stellen.
Ein Erholungsgebiet für Menschen: Dahinter setzt die AGF Fragezeichen, denn bei der Besichtigung war der Lärm der nahen Strassen stark hörbar. Auch in Naherholungszonen sollte es möglichst ruhig sein. Oder muss man sich einfach damit abfinden, dass dies im Kanton Zug immer weniger der Fall sein wird? Das will die AGF nicht, und sie wird sich weiterhin gegen einen Bauboom im Kanton Zug wehren.
Zum Projekt selber: Natürlich wäre es gut, die ganze Renaturierung könnte in *einer* Etappe geschehen. Bei den Verhandlungen war aber grosses Fingerspitzengefühl seitens des Kantons nötig, damit die Eigentümer des benötigten Lands und die verschiedenen Interessenvertreter- und -vertreterinnen zum Projekt ja sagen konnten. Das respektiert die AGF. Natürlich sind die Kosten hoch, aber viele Naturräume wurden von Menschen zu intensiv bewirtschaftetem Landwirtschaftsland gemacht oder verbaut – zu viele, wie Berichte wie derjenige zu den bedrohten Vogelarten zeigen. Es ist nun an uns, dies wieder zu korrigieren. In diesem Sinn wird die AGF der Vorlage zustimmen

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die wohlwollende Aufnahme des Projekts und geht auf ein paar wenige Punkte ein.
• Die Kosten sind tatsächlich veritabel. Bei solchen Projekte muss dem Bund aber immer die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden, andernfalls gibt es keine Bundesbeiträge. Die Baudirektion konnte aufzeigen, dass die Kosten verhältnismässig sind, was auch dazu führte, dass sich der Bund mit einem mutmasslich hohen Betrag beteiligt.
• Es ist nicht das erste und letzte Mal, dass die Natur von einer Kreditvorlage profitiert. Es gibt in der Baudirektion sehr viele grüne Projekt, beispielsweise die viel diskutierte Schmetterlingsbrücke in der Blegikurve in Cham, die Lorzenaufweitung und viele weitere Projekte. Das wird die Baudirektion auch weiterführen.
• Tatsächlich wir hier ein Richtplanauftrag ausgeführt. Auch die Baudirektion hätte dieses Projekt gerne in einem Zug durchgezogen, sie nimmt aber Rücksicht auf die Grundeigentümer und die Bodenverbesserungsgenossenschaft.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Tiefbauten gegenüber dem Antrag des Regierungsrats folgende Änderungen vorschlägt:
• In § 1 des Kantonsratsbeschlusses soll die Mehrwertsteuer von 8 Prozent inbegriffen sein.
• Der Genitiv von «Tobelbach» soll «Tobelbachs» heissen.
Regierungsrat und Stawiko schliessen sich diesen Änderungen an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorgeschlagenen Änderungen.

Titel und Ingress
§ 1 und § 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 13

792 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Ausbau des Littibachs, Gemeinde Baar

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2213.1/.2 - 14227/28), der Kommission für Tiefbauten (2213.3 - 14351) und der Staatswirtschaftskommission (2213.4 - 14352).

EINTRETENSDEBATTE

Daniel Thomas Burch, Präsident der Tiefbaukommission: Die Bilder der Überschwemmungen in weiten Teilen Europas sind wohl allen noch präsent. Obwohl der Littibach kaum so grosse Schäden verursachen kann wie der Inn und die Donau, ist es für die Kommissionsmitglieder unbestritten, dass in diesem Gebiet Massnahmen zum Schutz gegen Hochwasser getroffen werden müssen. Mit dem Ausbau des Littibachs wird nebst dem Hochwasserschutz auch die Ökomorphologie, also der Lebensraum für eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen verbessert, u. a. auch die Fischgängigkeit. Das Projekt ist in der Vorlage der Regierung ausführlich beschrieben und erläutert. Der Kommissionspräsident beschränkt sich deshalb auf zusätzliche Erläuterungen zu den Kosten.
Die Gesamtkosten dieses Projekts belaufen sich auf 5,2 Millionen Franken. Beim Studium der Vorlage ist aufgefallen, dass die Zahlen der Kostenzusammenstellung auf Seite 8 der regierungsrätlichen Vorlage nur schwer in Übereinstimmung zu bringen sind mit den Angaben im Kostenverteiler auf Seite 9. Die Baudirektion erklärte die Differenz mit der Verteilung des Betrags für Unvorhergesehenes und Rundung der Beträge. Die Baudirektion hat zugesichert, künftig einfach nachvollziehbare Beträge anzugeben.
In der Kommission wurde festgestellt, dass die Subventionsbeiträge des Bundes für den Tobelbach und den Littibach unterschiedlich ausfallen. Beim Tobelbach handelt es sich um ein reines Renaturierungsprojekt. Beim Littibach wird nicht nur der Bach zur Verbesserung des Hochwasserschutzes saniert, sondern zusätzlich die Strasse und damit auch verschiedene Werkleitungen und die Schmutzwasser-

leitung Walterswil–Baar etwas verlegt. Daher verlangt der Bund die Prüfung der Wirtschaftlichkeit. Spezialbauwerke und Werkleitungen werden vom Bund nicht zu 100 Prozent, sondern nur zum Zeitwert angerechnet. Dadurch fällt das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei Littibach für die Subventionierung etwas ungünstiger aus als beim Tobelbach. Der Bund beteiligt sich bei diesem Projekt mit einem Beitrag von rund 1 Million Franken, was rund 20 Prozent der Gesamtkosten ausmacht.
Die Tiefbaukommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Analog zum Kantonsratsbeschluss zum Tobelbach beantragt sie, bei den Genitivformen des Namens Littibach das -e- zu streichen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** verweist auf den Bericht seiner Kommission. Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung zur Vorlage in der Fassung der Tiefbaukommission.

Franz Hürlimann: «Wenn es in Strömen vom Himmel giesst, das Wasser immer *nidsi* fliesst.» Es geht hier um ein Hochwasserschutzprojekt, das vor vierzig Jahren für ein zehnjähriges Schadenereignis gebaut wurde. In den letzten Jahren war leider eine starke Zunahme von Unwettern zu verzeichnen. Deshalb soll die neue Hochwasserschutzmassnahme einem fünfzigjährigen Ereignis standhalten.
Seit 2009 ist der Kanton zuständig für Hochwasserschutzprojekte. Die Überlegungen zu dieser Massnahme im Gebiet Deinikon gehen von der in der Gefahrenkarte der Gemeinde Baar verzeichneten Risiken aus. Es ist die zweite Schutzmassnahme nach der Renaturierung der Lorze im Bereich Ziegelhütte. Durch die Ausweitung des Litibachs wird dieser gleichzeitig ökologisch massiv aufgewertet. Die CVP-Fraktion stimmt auch diesem Geschäft grossmehrheitlich zu.

Peter Diehm: Auch die FDP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt diesem Geschäft mehrheitlich zu. Das Projekt dient vorwiegend dem Hochwasserschutz. Das Gewässer und der Gewässerraum werden so gestaltet, dass sie einer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt als Lebensraum dienen. Der Hochwasserschutz wird verbessert, die Landeigentümer sind mit dem Projekt einverstanden, und die Fischgängigkeit wird verbessert. Letzteres ist insofern von Bedeutung, als die Lorze im Lorzentobel beeinträchtigt ist von den Hangrutschungen im Bereich Wildenburg und dort ein ganzer Jahrgang von Seeforellen auf einen Schlag vernichtet werden könnte; der Littibach kann in einem solchen Fall als Ausweichgewässer für Laichungen der Seeforelle dienen. Schliesslich werden durch das vorliegende Projekt das Gewässer und der Gewässerraum aufgewertet.
Der Votant erinnert an die Überschwemmungen in Deutschland vor rund einem Monat. Hochwasserschutz beginnt an der Quelle. Wenn die Bäche eingeengt werden und das Wasser möglichst schnell abfliessen soll, kommt im Unterlauf innert kürzester Zeit sehr viel Wasser zusammen, so dass auch noch so hohe Dämme brechen können oder überspült werden. Dazu gibt es heute sehr viele zubetonierte Flächen, und für die Landwirtschaft wurden sehr viele Drainagen gelegt. Man muss wieder zulassen, dass das Wasser dort, wo es verantwortbar ist, über die Ufer treten kann, und darf die Bäche nicht in zu enge Korsetts zwängen.

Christoph Bruckbach: Die Argumente für Eintreten wurden schon alle erwähnt: der Hochwasserschutz, die – teilweise wirksame – Renaturierung etc. Richtig ist auch der Beitrag der Gemeinde Baar wegen der Umlegung der Strasse. Die SP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten und stimmt dem Antrag der Regierung zu.

Anna Lustenberger-Seitz: Auch die AGF ist für Eintreten und stimmt dem Ausbau des Littibachs zu. Hier steht – wie schon mehrmals gesagt – der Hochwasserschutz im Vordergrund. Die vorgesehene, eher kleine Renaturierung kann die AGF akzeptieren, weil der Weg entlang des Littibachs in das recht ruhige Naherholungsgebiet, zum Beispiel zum Milchsuppenstein, führt.
Die Bevölkerung an der Deinikonerstrasse musste sich in den letzten Jahren immer öfters mit der Gefahr einer Überschwemmung auseinandersetzen, seien es die Gärtnerei oder die dortigen Landwirte. Dieser Ausbau ist sehr nötig, das bestätigen auch Anwohnerinnen und Anwohner. Es seien nicht nur die Wetterextremitäten, die zugenommen hätten, sondern auch die vielen betonierten Parkplätze im Industriegebiet Walterswil, die zu mehr Wasser im Littibach führten. Das Wasser kann zu wenig versickern. Betrachtet man rückblickend die Wettersituationen der letzten Monate, muss man für solche und auch weitere Projekte unbedingt offen sein, denn sie sind dringend notwendig – zum Schutz von allen.
Die Votantin dankt dem Baudirektor und seinen Mitarbeitenden für ihr Verhandlungsgeschick, das auch hier nötig war.

Philip C. Brunner stellt eine Frage an die Baudirektor. Für den Hochwasserschutz wird im Kanton Zug viel Geld verbaut. Wie wird der Erfolg gemessen? Wenn erfolgreich verbaut wird, hört man nichts, und die Zeitungen haben nichts zu schreiben. Wenn es aber eine Überschwemmung gibt, wird das meist mit einem Jahrhundert- oder Jahrtausendereignis begründet, das nicht voraussehbar gewesen sei. Was – das ist die konkrete Frage – macht die Baudirektion nach Fertigstellung der Hochwasserschutzmassnahmen? Gibt es eine Erfolgskontrolle?

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die Unterstützung des Projekts Littibach und des Hochwasserschutzes. Die von Anna Lustenberger-Seitz angesprochenen Verhandlungen, die die Baudirektion zu führen hatten, waren in der Tat sehr schwierig, aber alle Einsprachen sind – wie auch beim Tobelbach – definitiv erledigt.
Nach dem Abschluss solcher Projekte werden die betreffenden Bach- und Flussabschnitte durch die Abteilung Wasserbau zusammen mit den Gemeinden ständig kontrolliert. Ob die getroffenen Massnahmen funktionieren, zeigt am besten ein Hochwasser. Mit dem Projekt Littibach wird garantiert, dass ein fünfzigjähriges Hochwasser abgefangen werden kann. Die Erfahrung wird zeigen, dass dieses Projekt erfolgreich war und der Hochwasserschutz im Gebiet Deinikon nun wirklich gut ist.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Der Vorsitzende hält fest, dass die Kommission für Tiefbauten gegenüber dem Antrag des Regierungsrates folgende Änderungen vorschlägt:
• Im Objektkredit gemäss § 1 des Kantonsratsbeschlusses soll die Mehrwertsteuer von 8 Prozent inbegriffen sein.
• Der Genitiv des Namens «Littibach» soll «Littibachs» heissen.
Regierungsrat und Stawiko schliessen sich diesen Änderungsvorschlägen an.

➔ Der Rat stimmt den von der Tiefbaukommission vorgeschlagenen Änderungen stillschweigend zu.

Titel und Ingress
§ 1 und § 2

➔ Der Rat stimmt den jeweiligen Anträgen des Regierungsrats stillschweigend zu.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

793 Änderung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** schlägt vor, zur optimalen Nutzung der Zeit Traktandum 14 zu überspringen und mit Traktandum 15 fortzufahren.

➔ Der Rat ist mit dieser Änderung der Traktandenliste stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 15

794 Kantonsratsbeschluss betreffend Kredit für die Verstärkung der Uferkonstruktion Hintersecki, Kantonsstrasse 25, Gemeinde Walchwil

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2233.1/.2 - 14291/92), der Kommission für Tiefbauten (2233.3 - 14377) und der Staatswirtschaftskommission (2233.4 - 14378).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sowohl die Kommission für Tiefbauten als auch die Stawiko beantragen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

EINTRETENSDEBATTE

Daniel Thomas Burch, Präsident der Tiefbaukommission: «Vorbeugen ist besser als heilen» gilt auch für die Uferkonstruktion Hintersecki. Mit der vorgesehenen Sanierung soll grösserer Schaden vermieden werden. Die Sanierung ist unumgänglich, um die Sicherheit der Strasse weiterhin zu gewähren. Die Kosten für diese Sanierung betragen 3,15 Millionen Franken und gehen voll zu Lasten des Strassenbauprogramms 2004–2014.
Die Kommission anerkennt die Notwendigkeit als gegeben und die Art der Sanierung als zweckmässig. Sie begrüsst auch, dass der Seezugang im bisherigen Rahmen gewährleistet und attraktiv gestaltet wird. An der Strasse und am Trottoir werden keine Veränderungen vorgenommen und nur allfällige Bauschäden repariert.
Der im regierungsrätlichen Bericht aufgeführte Kostenvoranschlag war der Kommission zu wenig detailliert. Die gewünschte feinere Kostenaufteilung findet sich auch im Kommissionsbericht. Im Kostenvoranschlag sind für Unvorhergesehenes 15 Prozent budgetiert. Dies lässt sich damit begründen, dass das genaue Ausmass der Schäden unter Wasser nur schwierig zu bestimmen ist. Zudem sind bei den Bauarbeiten, welche vom See aus getätigt werden müssen, gewisse Unsicherheiten zu berücksichtigen. 15 Prozent für Unvorhergesehenes sind daher gerechtfertigt.
Die Tiefbaukommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** verweist wiederum auf den Bericht. Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung.

Franz Hürlimann: Inhalt dieses Projekts ist eine reine Sanierungsmassnahme an der Kantonsstrasse. Die Sanierung wird notwendig, weil die über vierzigjährige Ufermauer weitgehend schadhaft und teilweise unterspült ist. Weil sie zudem auf unstabilem Untergrund liegt, muss sie auf der ganzen Länge mit aufwendigen Erdankern verstärkt werden. Zudem spielt ein gewisser Faktor für Unvorhergesehenes mit, da viele Arbeiten unter Wasser erledigt werden müssen. Für das Auge ändert sich äusserlich nichts; Walchwil bleibt in seiner Schönheit auch dem See entlang erhalten. Allenfalls führt die Sanierung zu einer ökologischen Aufwertung. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung.

Peter Diehm: Auch die FDP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Moritz Schmid: Die Vorlage wurde vom Baudirektor und vom stellvertretenden Kantonsingenieur Stefan Vollmann auf eindrückliche Art und Weise erklärt. Die SVP-Fraktion sieht die Notwendigkeit einer Ufersanierung im Gebiet Hintersecki in Walchwil ein. Sie ist für Eintreten und stimmt der Kreditvorlage von 3,15 Millionen Franken einstimmig zu.
Es ist dem Votanten ein grosses, auch von der SVP-Fraktion unterstütztes Anliegen, dass die sanierte Ufermauer wieder als freier Seezugang und als eines der wenigen öffentlichen Badeplätzchen in Walchwil benutzt werden kann.

Christoph Bruckbach: Die Uferkonstruktion im Bereich Hintersecki ist in einem bedauernswerten Zustand. Eine weitere Verschlechterung muss baldmöglichst gestoppt werden. Die projektierte Verstärkung mit dem speziellen Spundwandtyp und deren Verankerung in der Moräne unter den Deltaablagerungen verspricht eine Lebensdauer von sechs bis acht Jahrzehnten. Diese lange Dauer war für die SP-Fraktion ein ganz wesentlicher Aspekt der Vorlage. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt der Vorlage zu.

Anna Lustenberger-Seitz teilt mit, dass die AGF dem Geschäft zustimmt.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt auch hier für die gute Aufnahme der Vorlage. Das Projekt ist dringend notwendig und muss realisiert werden, um nicht die entsprechenden, bereits genannten Risiken einzugehen.
Die Anregung, dass die sanierte Ufermauer wieder als Badeplatz genutzt werden kann, wurde auch in der Kommission diskutiert und stiess dort auf Zustimmung. Die Baudirektion wird die entsprechenden Anpassungen vornehmen, so dass ein öffentlicher Zugang sichergestellt und wieder gebadet werden kann.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur *eine* Lesung vorgenommen wird und die Kommission für Tiefbauten sich dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

Titel und Ingress
I.
§ 1

II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die jeweiligen Anträge des Regierungsrats.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 64 zu 0 Stimmen zu.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 16

795 Kantonsratsbeschluss betreffend Kredit für eine elektronische Busspur auf der Artherstrasse in Zug und für die Strassensanierung

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2234.1/.2 - 14293/94), der Kommission für Tiefbauten (2234.3 - 14379) und der Staatswirtschaftskommission (2234.4 - 14380).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Tiefbauten Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung beantragt. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Eintreten und Zustimmung mit einer Änderung.

EINTRETENSDEBATTE

Daniel Thomas Burch, Präsident der Tiefbaukommission: An der Kantonsratssitzung vom 27. Mai 2010 wurde die Freigabe eines Objektkredits in der Höhe von 4,2 Millionen Franken für das Projekt ÖV-Feinverteiler bewilligt. Nebst der Sanierung der Artherstrasse sollte eine rund 300 Meter lange Busspur zur Sicherstellung eines zuverlässigen Busangebots erstellt werden. Dass die Strasse saniert und Massnahmen zur Sicherstellung eines zuverlässigen Busbetriebs getroffen werden sollten, waren im Rat kaum bestritten. Mehr zu reden gab die geplante zusätzliche Busspur, welche auch von den betroffenen Anwohnern bekämpft wurde. Trotzdem trat der Rat mit 58 zu 8 Stimmen auf die Vorlage ein und stimmte ihr mit 47 zu 21 Stimmen zu. Der Rat anerkannte damals die Notwendigkeit, nicht nur die Strasse zu sanieren, sondern auch die Situation für den ÖV zu verbessern. Daran dürfte sich in der Zwischenzeit nichts geändert haben.
Mit dem vorliegenden Projekt sollen folgende fünf Ziele erreicht werden:
• höhere Fahrplanstabilität in den Morgenspitzen;
• Sanierung der Strasse;
• Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrende;
• weitgehende Erhaltung des bisherigen Erscheinungsbilds;
• Ersatz und Neubau von Werkleitungen, wobei es insbesondere um Parkleitsystem, Strassenbeleuchtung und Meteorwasser geht.
In der Kommission war die eigentliche Sanierung der Artherstrasse unbestritten, und die Beratung konzentrierte sich primär auf die elektronische Busspur sowie deren Funktion und Auswirkungen auf den Verkehr. Mit der elektronischen Busspur soll einzig und allein die Fahrplanstabilität während der Stosszeiten zwischen 7.00 Uhr und 9.00 Uhr sichergestellt und den Passagieren der sichere Anschluss an den Zug und den Bus gewährleistet werden. Während der restlichen Tageszeit ist diese Anlage nicht in Betrieb. S dient nicht zur generellen Verkürzung der Fahrzeiten.

Folgende Fragen wurden in der Kommission intensiv beraten:
• Wie funktioniert diese Anlage? Das System erkennt wo, wann und wieviel Verkehr vorhanden ist und startet das entsprechende Programm. Die elektronische Busspur wird 300 Meter vor der Haltestelle Fridbach aktiviert. Der stadtauswärts fahrende Verkehr wird im Mänibach angehalten. Der Verkehr stadteinwärts wird verzögert angehalten, und die Ampeln bei den drei privaten Ausfahrten schalten auf Rot. Wenn alles auf Rot steht und die Fahrspur frei ist, erhält der Buschauffeur die entsprechende Information. Er entscheidet dann, ob er nun auf der linken Fahrbahn die stehende Kolonne passieren will. Hat der Bus den Knoten Mänibach passiert, wird die Strecke in beiden Fahrtrichtungen wieder freigegeben.
• Wieso gibt es erst eine solche Anlage in der Schweiz? Die Antwort ist einfach: Eine elektronische Busspur ist nur dort realisierbar, wo keine oder nur sehr wenige Zufahrten bestehen und die ganze Strecke einsehbar ist. Solche Situationen gibt es in Schweizer Städten kaum.
• Wie gross ist die Zeitersparnis für den Bus? Die Zeitersparnis beträgt 5–7 Minuten. Diese Zeit ist für die Reisenden entscheidend, wenn sie mit der SBB am Bahnhof Zug oder mit dem Bus Richtung Cham–Steinhausen weiterreisen wollen.
• Wie lange müssen Autofahrende warten, wenn sie stadteinwärts fahren? Sie müssen genau so lange warten, bis die Leute aus- und eingestiegen sind und der Bus wieder auf der richtigen Spur fährt. Diese Wartezeit holen sie wieder auf, weil während dieser Zeit der Verkehr Richtung Zug weiter geflossen ist. Man rechnet, dass über die ganze Strecke für den Individualverkehr Richtung Zug kaum ein Zeitverlust resultiert. Die Stadtauswärtsfahrenden müssen so lange warten, bis die Spur für den Bus frei ist, dieser die 300 Meter zurückgelegt hat und die Strecke wieder freigegeben wird.
• Warum kostet die Lösung heute mehr als 2010? Das vorliegende Projekt wird statt 4,2 Millionen Franken neu 6,1 Millionen Franken kosten, also 1,9 Millionen Franken mehr. Der Grund liegt darin, dass im neuen Projekt die Artherstrasse zusätzlich vom Casino bis zum Knoten Fridbach saniert werden soll, also rund 400 Meter mehr. Zudem werden vier Bushaltestellen behindertengerecht ausgebaut.
• Wie viel würde die Sanierung ohne elektronische Busspur kosten? Die Strassensanierung alleine, also ohne elektronische Busspur, würde – jetzt wird es spannend – rund 5,1 Millionen Franken kosten. Das wäre ein reines Sanierungsprojekt ohne Anspruch auf Bundesgelder. Wird die elektronische Busspur realisiert, übernimmt der Bund 40 Prozent der Kosten, das sind ca. 2,4 Millionen Franken. Die Rechnung für den Kanton sieht somit wie folgt aus:
– ohne elektronische Busspur: 5,1 Millionen Franken
– mit elektronischer Busspur: 3,7 Millionen Franken.
Fazit: Wird mit der Strassensanierung auch eine elektronische Busspur implementiert, fallen für den Kanton 1,4 Millionen Franken geringere Kosten an.
Die Tiefbaukommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten, den Kreditbeschluss vom 27. Mai 2010 aufzuheben und neu einen Rahmenkredit von 6,1 Millionen Franken zulasten des Strassenbauprogramms 2004–2014 zu gewähren.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** kann sich den Ausführungen von Daniel Thomas Burch anschliessen. Die Stawiko hat lediglich einen Ergänzungsantrag zu § 2 Abs. 1. Gemäss § 28 Abs. 3 des Finanzhaushaltgesetzes ist bei einem Verpflichtungskredit auf die damit verbundenen Einnahmen hinzuweisen. Deshalb **beantragt** die Stawiko die folgende Ergänzung: «… abzüglich eines mutmasslichen Bundesbeitrags von 2,44 Millionen Franken.» Die Stawiko beantragt, auf das Geschäft einzutreten und ihm mit der beantragten Ergänzung zuzustimmen.

Franz Hürlimann: Eine elektronische Busspur in dieser Ausführung ist einmalig in der Schweiz. Gegenüber dem alten, konventionellen Projekt verlängert sie sich von 500 Meter fast das Doppelte auf 910 Meter zwischen Casino und Fridbach. In den nächsten Jahren ist mit einer deutlichen Zunahme des ÖV aus dem Gebiet Roost, Oberwil und Walchwil zu rechnen. Zeit zum Handeln ist auch gegeben durch den anderthalbjährigen Unterbruch der Bahnstrecke Zug–Arth-Goldau, den der Rat ja kürzlich mit Beflissenheit akzeptierte.
Ziel der Busspur ist die Minimierung von Verlustzeiten zur Hauptverkehrszeit am Morgen zwischen 07.00 Uhr und 08.30 Uhr. Sie ist auch ein Kompromiss zwischen Motorisiertem Individualverkehr und ÖV, platzsparend und wohl die beste Lösung für den Langsamverkehr, um eine bessere Fahrplanstabilität einhalten zu können.
Leider gibt die Stadt ihre Parkplätze seeseitig entlang der Strasse auf. Dass die Strasse aber vor allem im nördlichen Bereich endlich einen neuen Strassenkörper erhält, ist absolut notwendig. Zusammen mit der Sanierung werden auch die Werkleitungen ersetzt und zusätzliche Leitungen eingebaut. Die Baudirektion wird höflich ersucht, auf ein zeitlich straffes Bauprogramm zu achten.
Die neue Ausführung der Busspur mag auf den ersten Blick teurer sein, doch gilt es zu überlegen, dass der Kanton mit ihrer Realisierung – wie vom Kommissionspräsidenten bereits ausgeführt – eigentlich Geld einsparen kann.
Die CVP stimmt der Vorlage mehrheitlich zu. In eigener Sache bemerkt der Votant, dass die Verkehrsteilnehmenden auf der Artherstrasse wegen der Werkleitungen ein Dreivierteljahr lang mit Lichtsignalen beglückt wurden. Die Walchwiler bedanken sich bei der Geschäftsleitung der GVRZ und den Spezialisten für das Kanalnetz dafür, dass es vor zwei Jahren noch nicht nötig war, in den geöffneten Gruben ihre Leitungen zu ersetzen, was nun nachgeholt werden soll. So darf man also wieder mit einer monatelangen, unnötigen Verkehrsbehinderung rechnen. Der Votant bittet den Baudirektor, den verantwortlichen Stellen seinen Unmut weiterzuleiten.

Peter Diehm: Die Artherstrasse muss zweifellos saniert werden. Mit einer elektronischen Busspur spart der Kanton dabei sogar noch 1,4 Millionen Franken. Diese ist eigentlich nur virtuell vorhanden, wird nur wenn nötig eingeschaltet und ist, wenn kein entsprechender Verkehr herrscht, nicht in Betrieb. Das ist eine sehr gute Lösung im Vergleich zu dem, was der Rat früher einmal beschlossen hat, nämlich die Realisierung einer echten Busspur. Die FDP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Roland von Burg: Es handelt sich bei dieser Vorlage um ein ausgewogenes, gutes Projekt. Nebst finanziellen Überlegungen sprechen weitere Gründe dafür:
• Die Artherstrasse ist schadhaft und muss umfassend saniert werden. Auch Walchwiler und Oberwiler verdienen es, die Stadt Zug auf einer guten Strasse zu verlassen. Gleichzeitig werden diverse Werkleitungen ersetzt oder neu erstellt. Die alte Strassenbeleuchtung wird vollständig durch lichtstreuungsarme LED-Beleuchtungskörper mit besserem Wirkungsgrad ersetzt.
• Gegenüber einer physischen Busspur hat die elektronische Busspur den Vorteil, dass kein privates Land erworben werden muss. Dies wäre in Anbetracht der vielen Einsprachen nur schwierig zu realisieren gewesen. Daher ist die elektronische Busspur massiv günstiger.
Aus diesen Gründen empfiehlt die SVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Der Votant hat ebenfalls eine persönliche Bemerkung anzubringen: *Einen* Schönheitsfehler hat das Projekt, nämlich die Radwegquerung beim Mänibach. Bei genauem Studium des Projekts sieht man aber, dass sich die Querung nicht anders realisieren lässt. Und *einen* Schönheitsfehler darf jedes Projekt haben.

Christoph Bruckbach: Der ursprüngliche Vorschlag für eine separate Busspur wurde vom Regierungsrat fallengelassen. Der nun vorliegende Antrag der Regierung scheint die einzig machbare Lösung zu sein, welche dem Bus den Vortritt ermöglicht. Durch dieses Vortrittsrecht ist dann auch die Fahrplanstabilität für den öffentlichen Verkehr in Spitzenzeiten gewährleistet. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung zum Antrag des Regierungsrats.

Anna Lustenberger-Seitz: Das vorliegende Projekt gab in der AGF einiges zu reden. Grundsätzlich zur Diskussion standen Fragen wie: ÖV für jeden Preis – oder stellen wir uns auch gegen ÖV-Projekte, die unserer Meinung nach ineffektiv sind? Sollen Projekte einfach durchgewinkt werden, weil sie Bundessubventionen bekommen? Geht der Aspekt Kosten/Nutzen bei diesem Projekt auf?
Auch wenn der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs ein Kernanliegen der Grünen ist, findet die AGF, dass nicht alles unterstützt werden muss, wenn es ihr nicht sinnvoll erscheint. Eine Mehrheit der AGF wird daher auf die Vorlage nicht eintreten und dem Projekt nicht zustimmen, dies aus folgenden Gründen:
• Die Mehrheit sieht in diesem Projekt eine verfrühte, unnötige Strassensanierung im Mäntelchen einer Busspur. Die Strasse ist in keinem so schlechten Zustand, dass sie schon saniert werden muss. Die Regierung schlägt eine Busspur vor, um die Sanierung vom Bund gleich noch mitsubventionieren zu lassen.
• Die Busbevorzugung liegt mit der Dossierstelle bei der Haltestelle Mänibach und der Doppelspur bis Salesianum nach Meinung der Mehrheit der AGF am falschen Ort. Das Rotlicht müsste grundsätzlich viel früher ausgelöst werden, also praktisch dort, wo der Bus noch nicht im Stau steht. Nur so ist gewährleistet, dass er freie Fahrt auf der besagten Strecke hat, ohne dass er auch noch im Stau stehen oder den Gegenverkehr abwarten muss. Die vorgeschlagene Lösung ist ineffizient.
• Für Velofahrende ist der Vorschlag nicht optimal. Noch immer muss beim Mänibach die Strasse überquert werden. Hier wird auf lange Sicht eine Chance vertan, die Velos einseitig zur Altstadt zu führen.
Eine Minderheit, zu der auch die Votantin gehört, wird dem Projekt zustimmen. Hauptargument der Minderheit ist, dass die geplante elektronische Busspur zur Fahrplanstabilität beitragen soll und kann.
Auf Nachfrage des Vorsitzenden bestätigt die Votantin, dass sie namens der AGF einen **Antrag** auf Nichteintreten stellt.

Philip C. Brunner gehört eher zu den Autofahrern – und er hat ein ungutes Gefühl. Er ist der Meinung – und hat diesbezüglich mit dem Baudirektor eine Flasche Wein gewettet –, dass eine elektronische Busspur nicht funktioniert. Es findet es nicht transparent, wenn hier 6,1 Millionen Franken bewilligt werden können, und möchte den Kredit aufteilen in die 5 Millionen Franken für die Sanierung der Strasse inkl. Werkleitungen und 1,1 Millionen Franken für die elektronische Busspur. Dann kann er der Strassensanierung zustimmen, dies ohne Busspur. Bei der jetzigen Ausgangslage muss er gegen den Gesamtkredit stimmen, wenn er gegen die Busspur ist. Der Votant hat – wie gesagt – ein ungutes Gefühl. Der Autofahrer wird förmlich hintangestellt und der Öffentliche Verkehr übermässig bevorzugt, was der Votant in dieser Form nicht richtig findet. Natürlich kommt es an der Artherstrasse am Morgen zu einem Stau, dies aber in einem überschau- und berechenbaren Zeitabschnitt von etwa zwei Stunden. Der Votant setzt sich deshalb für den Stadttunnel ein und hofft, dass dieser langfristig das Problem löst.
Der Votant stellt also den **Antrag,** den Gesamtbetrag von 6,1 Millionen Franken auf zwei Beträge aufzuteilen, wobei über die Einzelbeträge noch zu sprechen ist. Er möchte differenziert abstimmen können.

Hans Christen hat eine Frage betreffend flankierende Massnahmen. Wenn man von Oberwil her kommt, kann man beim Fridbachweg rechts abzweigen. Dort besteht zwar ein Fahrverbot. Trotzdem werden sehr viele Autofahrer, wenn es wegen der elektronischen Busspur zu einem Rückstau kommt, via Fridbachweg zur Hofstrasse fahren, was bei der Einmündung Hofstrasse/Zugerbergstrasse zu noch mehr Rückstau führt. Welche konkreten Massnahmen sind zur Lösung dieses Problems vorgesehen?

Baudirektor **Heinz Tännler** hält einleitend fest, dass der Regierungsrat sich dem Ergänzungsantrag der Stawiko anschliesst. Zu einzelnen Anregungen bzw. Fragen:
• Die Baudirektion gibt sich *immer* Mühe, ihre Projekte zeitlich straff zu realisieren. Man ist allerdings vom Wetter abhängig, was gelegentlich zu Verzögerungen führt. Die Bemerkung in eigener Sache von Franz Hürlimann wird der Baudirektor weiterzuleiten versuchen, er möchte aber niemandem einen Vorwurf machen. Wichtig ist, dass die Werkleitungen, die jetzt gebaut werden, zu keiner zeitlichen Verlängerung der Baustelle führen.
• Die Radquerung beim Mänibach ist in der Tat keine super-optimale Lösung. Man kann den Langsamverkehr aber nicht seeseitig bis zum Casino führen, weil es dort private Ein- und Ausfahrten gibt.
• Es ist nicht so, dass die elektronische Busspur einfach so durchgewinkt wird. Das Kosten-Nutzen-Verhältnisse erachtet der Baudirektor als sehr hoch, weshalb er nicht versteht, dass die AGF nicht auf die Vorlage eintreten will.
• Dass die Strasse eigentlich nicht saniert werden müsse und der Zustand der Strasse nicht schlecht sei, ist falsch. Die Strasse ist in einem miserablen Zustand, sie zerfällt und ist eine *Holperpiste* sondergleichen. Sie muss wirklich saniert werden, sonst werden die Kosten irgendwann exorbitant höher.
• Die Busbevorzugung ist genau am richtigen Ort. Das haben verschiedene Abklärungen und Augenscheine ergeben. Ein Rückstau bis zum Fridbach wird kaum der Fall sein, und der Bus wird nicht in Stau stehen.
• Trotz des unguten Gefühls von Philip C. Brunner: Elektronische Lösungen funktionieren, sei es im Ausland oder in der Schweiz, beispielsweise in Rapperswil-Jona. Sie sind auch keine Benachteiligung des MIV. Dieser wartet einfach an einem anderen Ort, kann dann aber zufahren und ist plus/minus auf die Sekunde zur gleichen Zeit vorne am Kolinplatz.
• Es sind immer die Stosszeiten, diese zwei Stunden, für welche Massnahmen getroffen werden müssen.
• Den Stadttunnel sollte man bei diesem Projekt nicht ins Spiel bringen. Es geht noch *saulange,* bis der Stadttunnel – wenn überhaupt – kommt.
• Eine Aufteilung auf zwei Teilbeträge ist ein völlig falscher Ansatz. Jetzt zu sanieren und in einem späteren Zeitpunkt die elektronische Busspur einzubauen, ist ineffizient. Und vor allem gehen Bundesbeiträge von 2,4 Millionen Franken verloren.
• Flankierende Massnahmen wurden in der Kommission ebenfalls diskutiert. Die Baudirektion hat sich verpflichtet, diese Frage genau anzuschauen und es beim Fridbach nicht einfach mit einem Fahrverbot zu belassen. Der Baudirektor kann noch keine Lösung präsentieren. Hans Christen kann aber sicher sein, dass dieses Problem aufgenommen und so gelöst wird, dass die aufgezeigte Problematik nicht zur Realität wird.
Abschliessend bittet der Baudirektor, den Antrag auf Nichteintreten und den Antrag auf Kreditaufteilung abzulehnen und den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Philip C. Brunner zieht seinen Antrag auf Aufteilung des Kredits zurück.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat stimmt mit 57 zu 5 Stimmen für Eintreten auf die Vorlage.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nur *eine* Lesung gibt. Die Kommission für Tiefbauten schliesst sich dem Antrag des Regierungsrats an.

Titel und Ingress
I.
§ 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 2 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission am Ende von § 2 Abs. 1 eine Ergänzung beantragt: «… abzüglich eines mutmasslichen Bundesbeitrags von 2,44 Millionen Franken.» Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 54 zu 7 Stimmen zu.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt

Die Traktanden 14 und 17 können aus zeitlichen Gründen nicht mehr behandelt werden.

796 Nächste Sitzung

Donnerstag, 29. August 2013 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

54. Sitzung: 29. August 2013 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 11.35 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 27. Juni und vom 4. Juli 2013
3. Kantonsrats-Ersatzwahl in der Stadt Zug:

3.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl
3.2. Ablegung des Eids oder Gelöbnisses durch Manfred Wenger

4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
5. Kommissionsbestellungen:

5.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel S9; Mittelschulstandorte)

6. Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse (Pensionskassengesetz, PKG): 2. Lesung
7. Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG) betreffend Gestaltung der Wahlzettel bei Majorzwahlen: 2. Lesung
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham: 2. Lesung

9.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ) für das Kombinierte-Brücken-Angebot (KBA): 2. Lesung
9.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ): 2. Lesung

10. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Kauf des ETH-Versuchsbetriebs Chamau/Schachen in der Gemeinde Hünenberg und für bauliche Anpassungen in der Chamau, Hünenberg, und in der Schluecht, Cham: 2. Lesung
11. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Renaturierung des Tobelbachs, Gemeinde Cham: 2. Lesung
12. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Ausbau des Littibachs, Gemeinde Baar: 2. Lesung

Geschäfte, die am 4. Juli 2013 nicht behandelt werden konnten

13. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Neue Zahlen zur Entwicklung der Bevölkerung bis 2030; Begrenzung der Ausdehnung

der Siedlungsfläche; Bauliche Verdichtung nach innen; Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen; Leitbild Lorzenebene)

14. Kantonsratsbeschluss betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats

15. Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)
16. Teilrevision des Energiegesetzes
17. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzungen und einen Büroausbau bei der Liegenschaft Artherstrasse 25 in Zug
18. Motion der SP- und der Alternativen Fraktion betreffend Velowegverbindung über oder unter der Chamerstrasse im Gebiet Alpenblick–Kollermühle
19. Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug
20. Motion von André Wicki betreffend Beseitigung steuerlicher Begünstigung von Ausländerinnen und Ausländern durch die Besteuerung an der Quelle
21. Motion von Leonie Winter, Thiemo Hächler und Oliver Wandfluh betreffend Nutzung des tiefen Untergrundes (Geothermie)

Pendenzen

22. Postulat von Manuel Brandenberg und Philip C. Brunner betreffend Kreuz im Gerichtssaal des Obergerichts des Kantons Zug
23. Interpellation der SP-Fraktion und der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Geschlechtergleichstellung im Kanton Zug
24. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Internierung abgewiesener Asylbewerber
25. Interpellation von Andreas Hürlimann betreffend Ende der Steuer-Sorglosigkeit für Pauschalbesteuerte und andere Steuerflüchtlinge
26. Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitik kein «Wachstum mit Grenzen»
27. Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend «Leiter Aufsicht in den sozialen Diensten Asyl»
28. Interpellation von Gabriela Ingold und Barbara Strub betreffend Umfahrung Unterägeri bzw. Bauvorgaben im Kanton Zug

797 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 70 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Irène Castell-Bachmann, Alice Landtwing, beide Zug; Franz Peter Iten, Unterägeri; Frowin Betschart, Menzingen; Adrian Andermatt, Baar; Kurt Balmer, Dominik Lehner, Flavio Roos, Matthias Werder, alle Risch; Franz Hürlimann, Walchwil.

798 Mitteilungen

Der Gesundheitsdirektor muss sich heute entschuldigen. Er ist in Bern an einer Sitzung der Gesundheitsdirektorenkonferenz.

Die Sportchefs des Kantonsrats, Anna Bieri und Zari Dzaferi, haben auf heute um 18.30 Uhr in den Boccia Club Zug zum Boccia-Plausch eingeladen. Der Vorsitzende hofft, dass alle Teilnehmenden den Schwung aus der heutigen Sitzung mitnehmen und keine ruhige Kugel schieben werden.

Stimmenzähler Franz Peter Iten ist nach einem Sturz mit dem Fahrrad rekonvaleszent und heute abwesend. Da das Amt des Stimmenzählers eine durch Wahl des Kantonsrats bestimmte Charge ist, muss der Rat laut § 9 Satz 2 der Geschäftsordnung eine Stellvertretung wählen. Der Kantonsrat nimmt gemäss § 67 Abs. 1 der Geschäftsordnung die ihm zustehenden Wahlen eigentlich schriftlich und geheim vor. Usanzgemäss werden solche Ersatzwahlen aber in offener Abstimmung erledigt, wenn nur eine Kandidatur vorliegt und diesem Vorgehen keine Opposition erwächst. Kantonsrätin Anna Bieri stellt sich für die Stellvertretung an der heutigen Sitzung zur Verfügung.

➔ Der Rat wählt Anna Bieri in stiller Wahl für den heutigen Sitzungstag als Ersatz-Stimmenzählerin.

Ab 13.30 Uhr finden heute die Beerdigung und der Trauergottesdienst von alt Kantons-, Regierungs- und Nationalrat Thomas Fraefel statt. Eine Delegation des Regierungsrats wird mit dem stellvertretenden Standesweibel den Kanton vertreten. Zudem werden der Kantonsratspräsident und einige Kantonsratsmitglieder an der Beerdigung und der Trauerfeier teilnehmen. Der Kantonsratsvizepräsident leitet die Nachmittagssitzung. Der Rat wird zu Beginn der Nachmittagssitzung situativ beschliessen, ob er allenfalls die Traktandenliste umstellen muss.

Der Zuger Bauernverband spendiert dem Rat heute Morgen wiederum ein Znüni mit saisonalen Produkten. Es ist bereits eine erfreuliche Tradition, dass der Kantonsrat an der ersten Sitzung nach den Sommerferien mit diesem «Parlamentarierznüni» verwöhnt wird. Der Vorsitzende dankt dafür herzlich. *(Der Rat aplaudiert.)*

Die Fussballmannschaft des Kantonsrats hat am Wochenende vollen Einsatz gezeigt. Zwar dürfte das Resultat noch etwas besser werden – die Elf belegt den vierzehnten Platz –, die Mannschaft hat aber immerhin einen Bergkäse gewonnen, den sie ebenfalls zum Znüni spendiert. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 1

799 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

800 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 27. Juni und vom 4. Juli 2013

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 27. Juni und 4. Juli 2013 werden ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3
Kantonsrats-Ersatzwahl in der Stadt Zug

Kantonsrat André Wicki per 31. Juli 2013 aus dem Rat zurückgetreten. Der **Vorsitzende** dankt ihm für seinen Einsatz zum Wohl des Kantons Zug und wünscht ihm weiterhin viel Freude und Erfolg bei seiner Tätigkeit als Stadtrat von Zug.

801 Traktandum 3.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2282.1 - 14415).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Ersatzwahl von Manfred Wenger für den zurückgetretenen André Wicki befindet. Manfred Wenger ist bereits im Saal. Es gibt keinen anderslautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrats.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Manfred Wenger.

Der **Vorsitzende** gratuliert Manfred Wenger zu seiner Wahl. Der neue Kantonsrat tritt sein Amt sofort an.

802 Traktandum 3.2: **Ablegung des Eids oder Gelöbnisses durch Manfred Wenger**

Manfred Wenger möchte den Eid ablegen. Er tritt nach vorne, und der Landschreiber liest die Eidesformel. Manfred Wenger spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst Manfred Wenger herzlich willkommen im Kantonsrat und wünscht ihm viel Energie und Befriedigung bei seiner politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

TRAKTANDUM 4
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 5

Kommissionsbestellungen:

803 Traktandum 5.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel S9; Mittelschulstandorte) (Vorlage 2283.1/.2 - 14416/17)**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass diese Vorlage auf Antrag der Konferenz der Fraktionschefs der Bildungskommission und der Raumplanungskommission – in dieser Reihenfolge – überwiesen werden soll.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

804 Traktandum 5.2: **Ersatzwahl für den aus dem Rat zurückgetretenen Kantonsrat André Wicki**

Als Ersatz für André Wicki schlägt die SVP-Fraktion Manfred Wenger als Mitglied der Raumplanungskommission vor.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

805 Traktandum 5.3: **Ersatzwahl in der Hochbaukommission**

Der Sitz der AGF in der Hochbaukommission ist durch den Fraktionswechsel von Kantonsrat Rupan Sivaganesan zur SP-Fraktion neu zu besetzen. Die AGF schlägt Martin Stuber vor.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 6

806 **Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse (Pensionskassengesetz, PKG): 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2192.6 - 14331).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind. Er macht zwei gesetzestechnische Hinweise:
• Die Staatskanzlei wird künftig bei neuen Erlassen die Regelung betreffend Referendum und Inkrafttreten nur noch unter Ziffer IV aufführen. In der Bereinigten Gesetzessammlung (BGS) erscheint dann diese Norm nicht mehr im Gesetzestext. Sie ist nur noch in der rechtlich verbindlichen Fassung der Amtlichen Sammlung (GS) enthalten, eben unter Ziffer IV. In den Änderungstabellen am Ende aller Erlasse findet man in der ersten Zeile die Hinweise auf das Beschlussdatum und des Inkrafttretens der «Erstfassung». Publikationsrechtlich ist das korrekt so.
• Für das Pensionskassengesetz bedeutet dies, dass der Text von § 19 neu zu Ziff. IV wird; § 19 entfällt. Die Redaktionskommission ist mit diesem Vorgehen einverstanden und hat das Ergebnis der ersten Lesung bereits entsprechend angepasst.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 61 zu 4 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Das Geschäft ist damit für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

807 **Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG) betreffend Gestaltung der Wahlzettel bei Majorzwahlen: 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2218.4 - 14396).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 65 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

808 **Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham: 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2210.5 - 14403).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 66 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 9

809 Traktandum 9.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ) für das Kombinierte-Brücken-Angebot (KBA): 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2177.6 - 14404).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 67 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Hingegen soll das Geschäft mit den Vorlagen 2131.1/2/3/4 - 14034/35/36/37 als erledigt abgeschrieben werden. Da die Abschreibung im Zusammenhang mit Traktandum 9.2. steht, wird der Rat nach der Beratung von 9.2. darauf zurückkommen.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

810 Traktandum 9.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ): 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2177.7 - 14405).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 60 zu 5 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Hingegen sei das Geschäft mit den Vorlagen 2131.1/.2/.3/.4 - 14034/35/36/37 als erledigt abzuschreiben:
1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von An- und Umbauten auf dem GS 1426, Zugerbergstrasse 22 in Zug, für das Integrations-Brückenangebot (IBA) und für das Amt für Brückenangebote (ABA).
2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ), für das Kombinierte Brückenangebot (KBA),
3. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ).

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf Abschreibung des Geschäfts 2131 stillschweigend zu.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 10

811 **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Kauf des ETH-Versuchsbetriebs Chamau/Schachen in der Gemeinde Hünenberg und für bauliche Anpassungen in der Chamau, Hünenberg, und in der Schluecht, Cham: 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2195.5 - 14406).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 67 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 11

812 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Renaturierung des Tobelbachs, Gemeinde Cham: 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2212.5 - 14407).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 62 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 12

813 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Ausbau des Littibachs, Gemeinde Baar: 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2213.5 - 14408).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 66 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 13

814 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Neue Zahlen zur Entwicklung der Bevölkerung bis 2030; Begrenzung der Ausdehnung der Siedlungsfläche; Bauliche Verdichtung nach innen; Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen; Leitbild Lorzenebene)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2214.1/.2 - 14231/32) und der Raumplanungskommission (2214.3 - 14364).

EINTRETENSDEBATTE

Barbara Strub, Präsidentin der Raumplanungskommission: Dass der Kanton Zug in den letzten Jahren sehr stark gewachsen ist, bringt nicht immer nur Vorteile. Der Regierungsrat hat dies auch erkannt und das «Wachstum mit Grenzen» in seine Strategie aufgenommen. Hier im Saal sind sich sicher alle einig, dass mit dem Wachstum effektiv sorgfältig und haushälterisch umgegangen werden muss. Mit den heute beantragten Richtplananpassungen soll für den Kanton Zug ein moderates, verlangsamtes Wachstum erzielt werden. Auch wenn die Raumplanung dieses Wachstum nur beschränkt beeinflussen kann, kann sie dieses in gewünschte

Bahnen lenken und dadurch etwas steuern. Instrumente dazu sind die Aussagen zur Entwicklung der Siedlungsgebiete, die Siedlungsbegrenzungslinien oder Siedlungserweiterungsgebiete sowie die Förderung der Verdichtung.
Die Einschränkung der Siedlungsgebietserweiterung und keine grossen Neueinzonungen in den Gemeinden sollen helfen, die Balance zwischen Siedlungsgebieten einerseits und Erholungszonen und Natur andererseits zu erhalten und zu gewährleisten. Die heute rechtskräftig eingezonten Baugebiete sollen beibehalten werden und zukünftig eine stark nach innen ausgelegte Verdichtung ermöglichen. Es ist wichtig, dass man künftiges Wachstum vor allem über die Verdichtung vorantreibt. Das heisst, dass die gemeindlichen Bauordnungen nachziehen müssen, sofern dies nötig ist. Die Gemeinden sind also gefordert, an den vorgesehenen Orten zu verdichten – beispielsweise über ein Bebauungsplanverfahren – und ihre Baugesetze so anzupassen, dass in den vorgesehenen Gebieten auch in die Höhe gebaut werden kann. Sonst wird nichts erreicht.
Zusätzlich zu den Anträgen der Regierung beantragt die Raumplanungskommission einstimmig, die Gemeinden zu verpflichten, sich im Zonenplanverfahren die Qualitäten der Verdichtung grundeigentümerverbindlich zu sichern. Die Kommission möchte sicherstellen, dass nicht nur eine hohe Ausnützung realisiert wird, sondern die Überbauungen auch städtebauliche Qualitäten aufweisen. Darum beantragt sie unter 5.2.3, Bst. d, die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer mit folgendem neuen Satz in die Pflicht zu nehmen: «Die Gemeinden sichern die Qualitäten des städtebaulichen Verfahrens grundeigentümerverbindlich im Zonenplanverfahren.» Dieser Satz scheint der Raumplanungskommission nötig, da im kantonalen Richtplan nur die Gemeinden nicht aber die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer verpflichtet sind.
Neu soll der Richtplan einen Text zu «Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen» erhalten. Um die Terminologie der kantonalen Gesetzgebung anzupassen, beantragt die Raumplanungskommission, überall im Richtplan den Begriff «preisgünstiger Wohnraum» zu verwenden. Dieser Begriff kommt in der Zuger Gesetzgebung vor und bedeutet sinngemäss das Gleiche. Zusätzlich sollen in diesem Abschnitt auch die Interessen der Grundeigentümer Erwähnung finden und der Passus «Bebauungspläne» gestrichen werden, Letzteres, damit nicht der Eindruck entsteht, dass bei Bebauungsplänen die Mehrausnützung immer für den preisgünstigen Wohnungsbau eingesetzt werden muss.
Als weiteres Kapitel stehen die Anpassungen betreffend Lorzenebene an. Dieses Gebiet soll weiterhin der Erholung dienen, Natur und Landschaft sollen erhalten bleiben. Die Raumplanungskommission ist mit den Anträgen der Regierung einverstanden, beantragt aber, zusätzlich auch hier den Satz aufzunehmen, die Interessen der Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen seien zu berücksichtigen.
Mit diesen Richtplanänderungen – so die Hoffnung – soll die «Balance zwischen natürlichen Ressourcen und Wachstum» gefördert und erhalten werden. Man darf aber nicht glauben, dass mit dieser Richtplananpassung das Wachstumsproblem von 100 auf 0 Prozent sinken wird. Es sollen jedoch die Rahmenbedingung geschaffen werden, weshalb die Votantin beantragt, die von der Kommission vorgeschlagenen Richtplananpassungen zu unterstützen.

Hanni Schriber-Neiger: Die AGF unterstützt die grundsätzliche Zielrichtung der Richtplananpassung, nämlich mit einer stärkeren Begrenzung der Einwohner- und Siedlungsflächenentwicklung bis 2030 dem anhaltend hohen Boden- und Landschaftsverbrauch entgegenzuwirken. In den letzten Jahrzehnten ist der Kanton Zug überdurchschnittlich gewachsen, und 2012 befanden sich 2100 Wohnungen im Bau. Der grosse Wirtschaftsdruck und der Bauboom, verursacht auch durch die

Tiefsteuerpolitik, sorgen im Kanton Zug dafür, dass der fruchtbare Boden leider immer mehr in Bedrängnis gerät.
Im Kanton gibt es heute immer noch 300 Hektaren eingezontes Bauland. Weitere Siedlungen dürfen nicht mehr ungebremst ins Grüne wachsen. Ihre Ränder, sprich die Siedlungsbegrenzungslinien, sind strikt einzuhalten bzw. bei zu grosszügigem Spielraum weiter zurückzunehmen. In Zukunft soll in der Agglomeration verdichtet und trotzdem mit hoher Qualität gebaut werden, wie es dies der Regierungsrat vorschlägt. Er muss aber auch den Mut aufbringen, die Wirtschafts- und Ressourcenpolitik konsequent auf Nachhaltigkeit auszurichten. Damit liesse sich der negative Trend etwas bremsen.
Zu den Wohnzonen: Die sehr grosse Anzahl von Arbeitsplätzen im Verhältnis zur Wohnbevölkerung im Kanton Zug führen zu den bekannten negativen Auswirkungen wie starke Verkehrszunahme und steigende Wohnungspreise. Dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn die Zahl der Arbeitsplätze in ein ausgewogenes Verhältnis zur Einwohnerzahl gebracht werden kann. In Zukunft wird es im Kanton Zug in ganz bestimmten Gebieten weitere Hochhäuser geben. Die AGF kann diesen Anpassungen im Richtplan zu den Hochhäusern zustimmen.
Zur Siedlungserweiterung: Die Umzonung von zu grossen Arbeitszonen in Wohnen, um Neueinzonungen zu vermeiden, wird – sofern die Wohnqualität gut ist – von der AGF begrüsst. Die Gemeinden können im Rahmen der nächsten Zonenplanrevision keine neuen Einzonungen mehr vornehmen; dafür soll verdichtet werden. Dazu macht der Kanton entsprechende, strenge Vorgaben. Das unterstützt die AGF. Bei allfälligen Neueinzonungen soll die Zone öffentliches Interesse für Bauten und Anlagen *nicht* ausgenommen, sondern miteingerechnet werden, denn auch Zonen für öffentliches Interesse sind schlussendlich Bauzonen. Die AGF stellt dazu bei S 1.2.2 einen Antrag: Der gelbe Satz soll gestrichen werden.
Zum preisgünstigen Wohnraum: Die AGF fordert ein klares Bekenntnis zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum. Mit einem zusätzlichen Bst. f möchte die Mehrheit der AGF beim Punkt S 10.1.1 eine Einkommensobergrenze für Nutzniesser von preisgünstigem Wohnraum festlegen und stellt dazu einen Antrag. Der Begriff «tragbar» soll genauer definiert und nach oben eingeschränkt werden. Das heisst unter Bst. f: «für steuerbare Einkommen bis 100'000 Franken.»
Zum Leitbild Lorzenebene: Die AGF begrüsst das Leitbild für die Lorzenebene. Die vorhandenen Naturwerte werden gestärkt und erweitert, z. B. mit Flussaufweitung und -renaturierungen. Die Lorzenebene stellt für die umliegenden Orte einen sehr wichtigen Naherholungsraum dar. Deshalb machen ein engmaschiges, autofreies Wegnetz und punktuelle Erholungseinrichtungen Sinn. Die Landwirtschaft behält auch in einer aufgewerteten Landschaft ihre Rolle. Statt der Aufhebung des festen Campingplatzes möchte eine Mehrheit der Fraktion einen temporären Campingplatz. Der Pächter hätte damit eine soziale Kontrolle. Die AGF begrüsst hier die Verlegung des Verkehrs bzw. des Parkierens nördlich oder hinter die Bahngeleise.
Zur Aufhebung der Strasse: Eine Mehrheit der Fraktion will, dass die Verlängerung der General-Guisan-Strasse durch das Naherholungsgebiet bereits jetzt aus dem Richtplan genommen wird und nicht mehr geprüft werden soll. Dazu stellt ein AGF-Mitglied einen Antrag.
Die AGF ist für Eintreten auf diese Vorlage.

Markus Jans: Die Vorlage des Regierungsrates zur Richtplananpassung enthält viele gute Ansätze und konstruktive Vorschläge, die von der SP-Fraktion unterstützt werden. Erfreut ist die SP insbesondere darüber, dass auch die Regierung einsieht, dass das Wachstum im Kanton Zug begrenzt werden soll. Zudem werden mit der Begrenzung der Ausdehnung der Siedlungsflächen und der Verdichtung

nach innen alte SP-Anliegen in den Richtplan aufgenommen. Auch mit dem Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen wird ein altes SP-Anliegen wenn auch nicht umgesetzt, aber immerhin angesprochen. Weiter erachtet die SP die vorgesehene Anpassung des Richtplans zur Lorzenebene als sehr sinnvoll und richtig. Trotz der grundsätzlich guten Aufnahme der Anpassung des Richtplans stellt die SP-Fraktion in der Detailberatung Anträge für weitere Verbesserungsmöglichkeiten.
Zum Bevölkerungswachstum: Die intensive Bautätigkeit vor allem in den Gemeinden Zug, Baar, Cham und Risch sind statistisch und optisch deutlich erkennbar. Das damit verbundene Bevölkerungswachstum nur auf einen positiven Wanderungssaldo und die prosperierende Wirtschaft zu beschränken, greift aber deutlich zu kurz. Insbesondere muss auf das steuerliche Umfeld hingewiesen werden, das aus SP-Sicht wesentlich zu dieser Entwicklung beitrug. Die SP hält deshalb bereits an dieser Stelle fest, dass es nebst raumplanerischen Massnahmen zur Beschränkung des Wachstums auch dringend eine Abkehr von der Steuerdumping-Politik braucht, um dem Siedlungsdruck entgegenzuwirken. Es fallt zusätzlich auf, dass sich die Arbeitsplatzentwicklung stark auf die Stadt Zug und die Gemeinden Baar und Risch beschränkt. Die Berggemeinden hingegen stagnieren bei der Ansiedlung von Arbeitsplätzen, ohne dass raumplanerisch darauf reagiert wird. Die Gebiete für die möglichen Siedlungserweiterungen sind insbesondere in den Gemeinden Cham, Baar, Oberägeri und Walchwil sehr gross ausgefallen (blaue Flächen auf der Karte Seite 12 im Bericht des Regierungsrats). Dies widerspricht dem sorgsamen Umgang mit den landschaftlichen Ressourcen. Es besteht die begründete Gefahr, dass die Gemeinden verleitet werden, möglichst viel von den blauen Zonen umzuwandeln. Insbesondere in der Gemeinde Cham wäre dies absolut störend, werden doch in den nächsten Jahren 11 Hektaren des Papieri-Areals einer neuen Nutzung zugeführt.
Zur Verdichtung nach innen: Es ist ein altes SP-Anliegen, dass sich die Siedlungen nach innen entwickeln. Eine Verdichtung stellt sowohl an den Städtebau als auch an die Architektur hohe Ansprüche. Die Verdichtung nach innen geht einher mit Verlust von Raum und dem Gewinn von Enge. Insbesondere die Bereitstellung von Freiraum und guter Infrastruktur ist daher für ein Zusammenleben unter teilweise ganz anderen Voraussetzungen von grosser Bedeutung.
Zum preisgünstigen Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen: Diese Richtplananpassung ist der SP-Fraktion ein *sehr* wichtiges Anliegen, dies insbesondere deshalb, weil der Kanton Zug auch in Zukunft nicht nur Reichen Wohnraum bieten soll. Eine gut durchmischte Bevölkerung zu erhalten, ist anzustreben. Eine «Monacoisierung» des Kantons Zug lehnt die SP entschieden ab. Der Kanton und die Gemeinden sind in der Pflicht Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen zu unterstützen. Die von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen werden von der SP-Fraktion unterstützt.
Zur Lorzenebene: Die SP-Fraktion erachtet die vorgesehenen Massnahmen zur Lorzenebene als sehr sinnvoll. Eine Zerschneidung der Lorzenebene durch Infrastrukturen ist unerwünscht. Daher soll diese weitmöglichst von Infrastrukturbauen entlastet resp. ausgeräumt werden. Dies betrifft auch den Campingplatz.
Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und stellt bei der Detailberatung Anträge.

Walter Birrer: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und anerkennt, dass mit der Richtplananpassung verschiedene Ziele verfolgt werden. Der Kanton Zug strebt ein langsameres Wachstum der Bevölkerung an, und der Richtplan schränkt die weitere Ausdehnung des Siedlungsgebiets mit einer starken Verdichtung ein. An der Fraktionssitzung der SVP wurde dazu festgehalten, dass im Kanton Zug wohl noch nie so viel Wohnraum erstellt wurde wie jetzt. Das Zusatzangebot werde jedoch

durch die im Zusammenhang mit der Einwanderung stehenden Bewegungen absorbiert.
Im Richtplan soll gemäss Antrag der Regierung die Schaffung von Wohnraum «zu tragbaren finanziellen Bedingungen» oder – wie es nun gemäss Antrag der Raumplanungskommission heisst – von «günstigem Wohnraum» verankert werden. Wie das geschehen soll, ist nach Ansicht der SVP-Fraktion suboptimal. Der Passus sollte ganz gestrichen werden. Falls der Kantonsrat auf Ausführungen zu «günstigem Wohnraum» oder zu «Wohnraum zu finanziell tragbaren Bedingungen» besteht, so soll er sich gemäss Antrag der SVP an liberalen Grundsätzen orientieren. Falls bei Umzonungen und Bebaungsplänen ein Anteil für preisgünstigen Wohnungsbau festgelegt wird, so muss diese Verpflichtung für den Bauherrn immer mit der Gewährung einer höheren Ausnutzung belohnt werden.
Beim Thema Lorzenebene wurde in der SVP-Fraktion besonders über den Campingplatz diskutiert. Dass der Campingplatz einer der attraktivsten Orte am Zugersee ist, sieht auch die SVP. Dieser Ort soll für die Zuger Bevölkerung zugänglich gemacht werden, wie es das Leitbild vorsieht. Trotzdem ist die SVP klar der Meinung, dass auch eine Veränderung an diesem Standpunkt möglich ist. Zumindest für jene Campierer und Gäste aus dem Inland und Ausland, die nur für ein paar Tage am Zugersee ihr Zelt aufstellen möchten – in der Fachsprache «Passanten» genannt –, muss ein solcher Platz zur Verfügung stehen. Es sollen aber keine Dauerplätze mehr vorgesehen sein. Der Baudirektor hat in der Kommission versprochen, für diese «Passanten»-Campierer eine Lösung zu finden. Die SVP-Fraktion beantragt unter L 11.3 Lorzenebene, Bst. b, die folgende Ergänzung: «Temporäre Stellplätze für Passanten sind weiterhin gestattet.» In der Raumplanungskommission wurde diese Ergänzung bei einem Stimmenverhältnis von 6 zu 6 mit dem Stichentscheid der Präsidentin abgelehnt. Die SVP-Fraktion wünscht, dass Feriengäste, welche am Zugersee Camping-Ferien machen wollen, weiterhin willkommen sind.

Renato Sperandio: Mit dem Richtplan wird bestimmt, wie sich das Kantonsgebiet räumlich entwickeln soll. Der geltende Richtplan 2004 hat sich in den Grundzügen bewährt, soll nun aber den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Eintreten auf dieses Geschäft ist unbestritten.
Der Kanton Zug ist in den vergangenen Jahren sehr stark gewachsen. Mit der Richtplananpassung soll das Wachstum verlangsamt werden. Für das Jahr 2030 wird von einer Bevölkerung von 135'000 Personen ausgegangen. Das künftige Wachstum wird sich auf das bestehende Siedlungsgebiet konzentrieren. Auf grossflächige Neueinzonungen soll verzichtet werden. Neu werden Gebiete für Verdichtung bezeichnet, wo die Gemeinden handeln können. Mit dem Leitbild Lorzenebene wird für den Erhalt dieses für Zug wichtigen Erholungsraums gesorgt.
Die FDP-Fraktion hat die Berichte des Regierungsrats und der Raumplanungskommission geprüft. Sie folgt den Ausführungen der Kommission und stimmt den entsprechenden Anträgen grossmehrheitlich zu.
Die FDP möchte jedoch auf den Punkt «Finanzielle Auswirkungen» auf Seite 34 des Berichts und Antrags des Regierungsrats hinweisen. Hier wird festgehalten, dass mit der vorliegenden Anpassung des Zuger Richtplans keine Kosten für den Kanton Zug entstehen. Dies mag zum heutigen Zeitpunkt wohl stimmen. Stehen dann aber zu einem späteren Zeitpunkt auf dieser Richtplananpassung basierende Projekte zur Diskussion, sollte sich der Kantonsrat an diesen Punkt erinnern. Die entsprechenden Projekte dürfen dann nicht nur durchgewinkt werden mit der Begründung: Wir müssen das nun tun, es steht ja so im Richtplan. Die FDP behält sich vor, das Kosten-Nutzen-Verhältnis von allfälligen Massnahmen kritisch zu prüfen, Korrekturen vorzunehmen oder Anträge gar abzulehnen.

Heini Schmid: Die CVP-Fraktion beantragt, auf die Anpassung des kantonalen Richtplans einzutreten und der Vorlage in der Form der vorberatenden Kommission zuzustimmen. Mit der vorliegenden Richtplanänderung entspricht der Regierungsrat einem grossen Bedürfnis der Zuger Bevölkerung und der CVP. Dem ungebremsten Wachstum der Siedlungsfläche in die Landschaft hinein müssen Schranken gesetzt werden. Schon vor längerer Zeit hat die CVP die Baudirektion gebeten, entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Diese hat gehandelt, und dafür gebührt dem Baudirektor und seinem Team, aber auch den Gemeinden und dem Gesamtregierungsrat Dank.
Mit dieser Vorlage wird eine neue Epoche in der Entwicklung unseres Kantons eingeleitet. Wir sind kein Dorf mehr, das sich unbeschwert ins reichlich vorhandene Grün hineinfressen kann, sondern wir sind zur Stadt, zur Agglomeration geworden, wo der Platz knapp wird und wir dem verbleibenden Grün Sorge tragen müssen. Dementsprechend planen wir nun wie eine Stadt. Wir verdichten, schützen die Landschaft, schaffen mit der Lorzenebene unseren *Hyde Park* und versuchen, trotz knappen Angebot und hohen Preisen durch den preisgünstigen Wohnungsbau eine gute soziale Durchmischung zu gewährleisten.
Die CVP trägt, ja fordert diesen Paradigmawechsel. Sie warnt aber davor zu glauben, dass mit dieser Weichenstellung nun alle Probleme gelöst sind. Trotz Verdichtung wird sich das Angebot verknappen, die Preise für das Wohnen werden steigen, die soziale Durchmischung wird trotz preisgünstigem Wohnungsbau abnehmen. Die zum Teil sehr hohen Dichten werden zu Wohnformen führen, die nicht unbedingt dem Geschmack der Zuger entsprechen. Ob die Siedlungsqualität wirklich gehalten werden kann, ist mehr als fraglich und bedarf grösster Anstrengungen und Durchsetzungsvermögen von Planer und Behörden. Darum ist es für die CVP ganz wichtig, dass, bevor aufgezont wird, auch die Auflagen für die Bauherren im Bereich der Siedlungsqualität fixiert sind. Trotz dieser Bedenken gibt es keine Alternative zur Verknappung des Baulandes und zur verdichteten Bauweise, denn kein Wachstum darf grenzenlos sein.
Die CVP wird die Entwicklungen genau verfolgen und undogmatisch reagieren, wenn sie sieht, dass sich der Kanton Zug nicht im Interesse von allen entwickelt. Denn eines ist klar: Wir sind dafür verantwortlich, dass auch unsere Kinder einmal sagen können: «Zug ist meine Heimat, und ich wohne gerne hier.»

Daniel Stadlin: Die Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr ist im Kanton Zug hoch. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen ist eine Begrenzung des Flächenverbrauchs unabdingbar. Der demografische Wandel, hohe Infrastrukturkosten sowie Energieeffizienz erfordern eine nachhaltige, zukunftsorientierte Siedlungsentwicklung, die sich verstärkt auf den Siedlungsbestand konzentriert und sich nach innen entwickelt. Ziel des Flächensparens und der Innenentwicklung ist jedoch nicht eine Verdichtung um jeden Preis oder die Bebauung wertvoller innerörtlicher Grünflächen. Massgebend ist eine an der Lebensqualität der Nutzer orientierte Siedlungsentwicklung, die ökologischen und ökonomischen, sozialen und kulturellen Aspekten Rechnung trägt.
Die aktuelle Entwicklung zeigt: Auch wenn der Bevölkerungsdruck wächst, findet Siedlungsverdichtung nach innen nicht von selbst statt. Der Staat muss mit raumplanerischen Leitplanken eine Entwicklung vorgeben. Verdichtung setzt aber Akzeptanz der Bevölkerung voraus und braucht deshalb Augenmass und massgeschneiderte städtebauliche Lösungen für den jeweiligen Ort. Die Forderung nach Innenentwicklung und Verdichtung darf nicht zum Vorwand für spekulative Mehrwerte verkommen. Qualität muss auch in Zukunft Vorrang vor Quantität haben.

Die GLP unterstützt die vorgesehenen Anpassungen im kantonalen Richtplan. Sie findet es richtig, dass sich die Baudirektion mit der Thematik Wachstum intensiv auseinandersetzt und entsprechende regulierende Parameter definiert, insbesondere in den Gebieten mit Verdichtungspotenzial. Ob dabei eine möglichst ausgewogene Balance zwischen Angebot und Nachfrage gefunden wurde, wird sich zeigen müssen. Spätestens beim Vorliegen der Erfolgskontrolle wird man es wissen. Wahrscheinlich bräuchte es noch zusätzlich ein Anreizsystem, damit eingezontes Bauland rasch seiner Zweckbestimmung zugeführt werden kann und die angestrebte Verdichtung auch tatsächlich realisiert wird. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Preise der verbleibenden Baulandreserven stark zunehmen werden. Weiter unterstützt die GLP das Vorgehen des Kantons, mittels raumplanerischen Massnahmen preisgünstigen Wohnraum zu fördern. Die dazu definierten Grundsätze erachtet sie als zweckmässig. Die Lorzenebene als Naherholungsraum ist geprägt durch landwirtschaftliche Nutzungen. Daher begrüsst die GLP es sehr, diese «grüne Lunge» als Landwirtschaftszone zu erhalten und für die Naherholung nur, wo angebracht, punktuell zu verbessern und aufzuwerten.
Die Richtplan-Anpassungen erachtet die GLP als gut, zielführend und den Anforderungen an unsere Region angemessen. Besonders begrüsst sie die geforderte Stärkung der Qualität der Zentrumsgebiete. Zudem wird der breit geforderte Abgleich von Siedlung und Verkehr richtplanerisch verankert. Die Anerkennung der Freiräume und der Gestaltung des Strassenraums als integraler Bestandteil des Ortbilds sieht die GLP als wichtiges Zeichen. Insgesamt handelt es sich um eine gute Vorlage. Die GLP ist für Eintreten.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt einleitend dem Regierungsrat. Das Thema ist aufgrund der Strategiediskussion so richtig ins Rollen gekommen. Auch von Seiten der CVP wurden Impulse eingebracht, die der Regierungsrat aufnahm. Der Baudirektor dankt auch den Gemeinden, mit denen etwa zwei Jahre lang Diskussionen – anfänglich schwierige, am Schluss sehr gute – geführt wurden. Ohne Gemeinden geht es nicht. Der Baudirektor dankt weiter der Raumplanungsdiskussion für die gute und interessante Diskussion sowie dem Rat für die gute Aufnahme der Vorlage. Es ist ein Gebot der Stunde, dass die Vorlage nun festgeschrieben und umgesetzt wird. Auf Bundesebene wurde über die RPG-Revision I abgestimmt, und es geht in der ganzen Schweiz in dieselbe Richtung. Es ist – wie bereits gesagt wurde – ein Paradigmenwechsel. Man kann aber sagen, dass der Kanton Zug schon in der Vergangenheit, in den letzten zehn Jahren, keine schlechte Raumplanung gemacht hat, die auch ihre Früchte trägt.
Zu den angekündigten Anträgen der Raumplanungskommission wird der Regierungsrat seine Zustimmung geben. Zur Anregung von Hanni Schriber-Neiger, dass die Zonen ÖI B nicht ausgenommen werden sollen, wird der Baudirektor – falls in der Detailberatung ein entsprechender Antrag kommen – anderer Meinung sein. Diese Zonen sollen, weil es im öffentlichen Interesse ist, von der Einzonungsreduktion ausgenommen sein. Zum preisgünstigen Wohnungsbau: Es ist sicher ein hehrer Vorschlag, eine Einkommensgrenze im Richtplan vorzuschreiben, nur ist das nach Meinung des Baudirektors nicht richtplanwürdig. Das geht zu stark ins Detail und greift auch in die Autonomie der Gemeinden ein. Es gibt ein Wohnbauförderungsgesetz, in welchem klar geregelt ist, wer vom preisgünstigen Wohnungsbau profitieren kann und wer nicht, und an dieses Gesetz werden sich – wie der Kanton – auch die Kommunen halten müssen. Bezüglich der General-Guisan-Strasse findet es der Baudirektor falsch, diese Verlängerung hauruck aus dem Richtplan zu streichen. Man soll die Baudirektion prüfen lassen – das Resultat wird richtig herauskommen.

Der Baudirektor bittet auch, den von Markus Jans angetönten Schulstandort in Cham – Röhrliberg versus Papieri-Areal – nicht in der heutigen Debatte zum Thema zu machen. Diese Frage wird separat behandelt werden.
Zum Vorschlag, den preisgünstigen Wohnungsbau zu streichen: Hier ist der Baudirektor ganz anderer Meinung. Hier sollte der Rat etwas visionär sein und Pioniergeist an den Tag legen. Der Bund hat dem Kanton Zug attestiert, dass es eine hervorragende Geschichte sei, den preisgünstigen Wohnungsbau in die Richtplanung aufzunehmen. Man hat nun Angst, dass das verpflichtend ist, und man müsse die Gemeinden unterstützen – also keine «kann»-Vorschrift. Das ist richtig. Es ist eine Art *lex imperfecta*, die man grundsätzlich nicht einfordern kann. Wenn aber die Ortsplanrevisionen kommen und die Gemeinden in diesem Punkt nicht handeln, dann hat der Kanton den Hebel, um preisgünstigen Wohnungsbau zu fordern, ansonsten wird die Ortsplanrevision nicht genehmigt. Der Baudirektor rät deshalb, am preisgünstigen Wohnungsbau festzuhalten.
Bezüglich der finanziellen Auswirkungen kann der Baudirektor mitteilen, dass die Staatswirtschaftskommission für ihren *Workshop* auch die Baudirektion aufgeboten hat. Man wird diese Frage sicher kurz diskutieren, und die Baudirektion wird die Empfehlungen aus diesem *Workshop,* wie mit den finanziellen Auswirkungen von Richtplananpassungen vorzugehen sei, selbstverständlich aufnehmen.
Zum Anreizsystem, damit eingezontes Land überbaut werden soll, verweist der Baudirektor auf die RPG-Revision I, welche eine Mehrwertabgabe vorsieht. Der Rat wird diesbezüglich noch die Gelegenheit haben, indirekt über die Abschöpfung ein Anreizsystem zu schaffen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Richtplan Kapitel G 1.1 Ziele zur Raumordnungspolitik

G 1.1.4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat von einem maximalen Wachstum von 135'000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2030 ausgeht. Die Raumplanungskommission schliesst sich dem an, jedoch unter Streichung des Wortes «maximal». Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Raumplanungskommission.

Richtplan Kapitel G 1.5 Verteilung von Einwohnerinnen und Einwohner

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Änderung des Titels in «Bevölkerungsverteilung» und im ersten Absatz ausserdem den Zusatz «(ständige Wohnbevölkerung)» beantragt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Richtplan Kapitel G 1.6 Verbindlichkeit

G 1.6.1
G 1.6.2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass im Kantonsratsbeschluss in § 1 Abs. 1 Bst. a die Aufzählung mit «G 1.6.1» zu ergänzen ist. Die Staatskanzlei erledigt das.

Richtplan Kapitel S 1.2 Gebiete für die Siedlungserweiterung (Wohnen)

Markus Jans stellt namens der SP-Fraktion den **Antrag,** unter S 1.2.2 die Fassung des Regierungsrats beizubehalten, also die Formulierung «Im Rahmen der nächsten Revision der Nutzungsplanung verzichten die Gemeinden auf substanzielle neue Einzonungen. Kleine Arrondierungen der Bauzonen bleiben bei ausgewiesenem Bedarf möglich.» Die Raumplanungskommission will das Wort «~~Kleine~~ Arrondierungen» ersatzlos streichen. Es war für sie war unklar, wann eine Arrondierung noch als «klein» zu gelten hat. Mit der Streichung dieses Wortes fehlt aber der Versuch, die Arrondierungen zu begrenzen. Ohne das Wort «klein» darf arrondiert werden, was gewünscht wird, denn die Begrenzung ist aufgehoben. Dies führt ohne Umschweife zur Ausdehnung der Siedlungsfläche, was die SP Fraktion explizit nicht will. Sie will lieber eine etwas schwammige Begrenzung als gar keine.

Barbara Strub teilt mit, dass dieser Antrag in der Raumplanungskommission abgelehnt wurde.

Hanni Schriber-Neiger hält fest, dass die AGF den Antrag der SP unterstützt. Sie selber stellt im Namen der AGF den **Antrag,** der neue Satz 3 im Antrag der Raumplanungskommission («Ausgenommen sind die Zonen des öffentlichen Interesses für Bauten und Anlagen») sei zu streichen. Auch Zonen des öffentlichen Interesses zählen zu den Bauzonen und können nicht separat herausgebrochen werden.

Heini Schmid nimmt Stellung zu beiden Anträgen. Bei der Zone des öffentlichen Interesses ist es wichtig, dass ausgewiesene Bedürfnisse der öffentlichen Hand – etwa Schulraumplanung – nicht unnötig behindert werden, zumal nicht einfach auf Vorrat hin überbaut wird. Er bittet deshalb, dem Antrag der Kommission zu folgen. Auch der Regierungsrat ist nicht unglücklich, wenn ihm die Umsetzung seiner Vorhaben nicht unnötig erschwert wird. Wenn 2020 noch 10 Hektaren bzw. 100'000 Quadratmeter eingezont werden sollen und allein schon für ein Schulhaus 3 oder 4 Hektaren gebraucht werden, bleibt nicht mehr viel übrig. Der Votant möchte bei Schulbauten nicht nur auf Verdichtung setzen, weil dann schnell kein Sportfeld etc. mehr möglich ist. Das macht keinen Sinn, und man sollte sich das Leben nicht unnötig schwer machen.
Zu den «kleinen» Arrondierungen: Es ist wichtig, dass die Gesamtbilanz nicht betroffen wird, also auch kleine Arrondierungen in der Bilanz drin sind. Man wollte in der Kommission nicht definieren, was «kleine» Arrondierungen sind. Es ist aber klar, dass 2020 – und das sollen sich alle hinter die Ohren schreiben – 10 Hektaren zur Verfügung stehen. Das ist sehr wenig, und wenn man eine kleine Arrondierung vornimmt, konsumiert man damit bereits einen Teil dieses Kuchens. Auch die neue Bundesverordnung sieht eine Gesamtbilanz über den ganzen Kanton vor. Es ist

deshalb nicht einzusehen, weshalb unnötigerweise ein Begriff verwendet werden soll, der in der Umsetzung nur schwierig wird.

Baudirektor Heinz Tännler bittet bezüglich der Zonen ÖI B ebenfalls, dem Antrag der Raumplanungskommission zu folgen. Heini Schmid hat von 3 bis 4 Hektaren für eine Schulanlage gesprochen. Kommt dann noch ein Ökihof und vielleicht irgendeine weitere Anlage im öffentlichen Interesse hinzu, ist bereits Ende der Durchsage. Das war und ist nicht die Meinung, zumal für Zonen ÖI B auch bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden müssen – gesetzliche Grundlage, Verhältnismässigkeit, das öffentlichen Interesse muss ausgewiesen sein. Die Hürden sind hoch, und es wird nicht einfach ÖI B auf Vorrat eingezont. Dazu kommt, dass der Bund im Vernehmlassungsverfahren bezüglich Verordnung zum RPG I die Zonen ÖI B ebenfalls ausnimmt. Wenn der Bund nach der hitzigen Diskussion dazu nun richtigerweise einlenkt und die Zonen ÖI B ausnimmt, soll der Kanton das auch tun und nicht strenger sein als der Bund.
Die Argumente bezüglich «kleine Arrondierungen» wurden bereits vorgebracht. Es ist tatsächlich so, dass die kleinen Arrondierung – wie Heini Schmid gesagt hat – in der Gesamtbilanz enthalten sind. Der Kanton wird sich hier beim eigenen Wort nehmen, und Baudirektion und Regierungsrat werden, wenn bei Ortsplanrevisionen in einer Gemeinde grossflächig eingezont werden soll, das nicht durchlassen. Heute sind etwa 2200 Hektaren verbaut oder eingezont, und der Kanton hat immer gesagt, dass pro Ortsplanrevision maximal 10 Hektaren im ganzen Kanton eingezont werden. Er wird nicht weiter gehen, und die Antragstellerin kann diesbezüglich die Baudirektion und den Regierungsrat beim Wort nehmen. Man kann den Vorschlag der Raumplanungskommission also guten Mutes annehmen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, den Teil S 1.2.2 nun Satz für Satz durchzugehen und über die entsprechenden Anträge abzustimmen.

S 1.2.2, Satz 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und Kommission die Streichung von Satz 1 beantragen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Streichung von Satz 1.

S 1.2.2, Satz 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und Kommission die Ergänzung mit diesem Satz beantragen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die beantragte Ergänzung.

Zusätzlicher Satz der Raumplanungskommission betreffend Ausnahmen zugunsten der Zonen des öffentlichen Interesses für Bauten und Anlagen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der Raumplanungskommission anschliesst. Die AGF beantragt, diesen Satz zu streichen.

➔ Der Rat genehmigt mit 58 zu 6 Stimmen den Antrag der Raumplanungskommission und des Regierungsrats.

Satz 3 betreffend Arrondierungen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission die Streichung des Wortes «Kleine» vorschlägt und sich der Regierungsrat diesem Antrag anschliesst. Die SP-Fraktion beantragt, das Wort «Kleine» nicht zu streichen.

➔ Der Rat genehmigt mit 53 zu 16 Stimmen die Streichung des Worts «Kleine».

Letzter Satz des Antrags des Regierungsrats betreffend die Pflicht der Gemeinden, gewisse Punkte aufzuzeigen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Einleitungssatz unbestrittenermassen erforderlich ist für die nachfolgende Aufzählung.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Aufzählung (Bst. a–c)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Richtplan Kapitel 1.5 Umnutzungsgebiete Arbeiten–Wohnen

1.5.1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats auf Streichung anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Richtplan Kapitel 1.6 Gebiete mit raumplanerischem Koordinationsbedarf

1.6.1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats auf Streichungen von Nr. 6 (betreffend die Gemeinden Cham und Steinhausen) anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Richtplan Kapitel S 3 Hochhäuser

S 3.1 Gebiete mit möglichen Standorten für Hochhäuser

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission den Anträgen des Regierungsrats zu S 3.1.1, S 3.1.2 und 3.1.3. anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Richtplan Kapitel S 5.1 Siedlungsqualität

S 5.1.1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

S 5.1.2

Der Vorsitzende hält fest, dass die Raumplanungskommission eine nicht abschliessende Aufzählung vorschlägt, indem das Wort «beispielsweise» eingefügt wird. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Richtplan Kapitel S 5.2 Dichten der Siedlungen

S 5.2.1 und S 5.2.2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

S 5.2.3: Einleitung und Bst. a

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst. Die Grundsätze sind unbestritten.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

S 5.2.3 Bst. b

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Zusatzantrag von Daniel Stadlin auf ergänzende Nennung des Langsamverkehrs vorliegt. Formell soll im Richtplantext nach «ÖV» auch «LV» für «Langsamverkehr» aufgeführt werden. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

S 5.2.3 Bst. c

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

S 5.2.3 Bst. d

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission beantragt, einen zusätzlichen Bst. d einzufügen, welcher die Gemeinden verpflichtet, im Zonenplanverfahren die Qualitäten des städtebaulichen Verfahrens grundeigentümerverbindlich sicherzustellen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Raumplanungskommission.

S 5.2.2: Abschnitte betreffend Ausnützungsziffer (mit Aufzählung a und b) und Umnutzung

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

S 5.2.4 und S 5.2.5
Karte «Gebiete für Verdichtung und Zentrumsgebiete», Teil West

Der Vorsitzende hält fest, dass die Kommission sich den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Karte «Gebiete für Verdichtung und Zentrumsgebiete», Teil Ost

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission einen Antrag auf Anpassung stellt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Richtplan Kapitel S 10 Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen

S 10 Überschrift

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission eine andere Bezeichnung vorschlägt, nämlich «Preisgünstiger Wohnraum». Die Regierung schliesst sich diesem Antrag an.

Manuel Brandenberg stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** den Titel S 10 so zu belassen, wie er jetzt ist. Sie ist grundsätzlich gegen die Verstärkung der Förderung des preisgünstigen Wohnraums. Der Staat sollte vorsichtig sein, wenn er in die Bodenpolitik eingreift. Das hat auch viel mit Freiheit zu tun. Die SVP ist immer noch der Ansicht, dass man die Zuwanderung begrenzen müsste. Dann müsste man im Kanton Zug keine solche Blut-und-Boden-Politik machen, mit Zugriff

auf das Eigentum der Grundeigentümer und Vorschriften darüber, wie teuer ihre Wohnungen sein dürfen.

➔ Der Rat folgt mit 38 zu 25 Stimmen den Antrag der Raumplanungskommission und des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatskanzlei die Anpassungen, die sich aus diesem Entscheid ergeben, vornehmen wird. Das betrifft die folgenden Normen des Richtplantexts:
• S 10.1.1: Ingress
• S 10.1.1: Bst. d
• S 10.1.1: Bst. e.
• S 10.1.2

S 10.1 Grundsätze

Manuel Brandenberg teilt mit, dass die SVP das ganze Thema «Preisgünstiger Wohnraum» streichen möchte, und stellt den **Antrag,** Abschnitt S 10.1 sei ganz zu streichen. Die SVP findet, man sollte diese Frage der Freiheit der Eigentümer und der von diesen beauftragten Planern überlassen. Für den Fall, dass dieser Antrag abgelehnt wird, stellt er den **Eventualantrag,** dass in S 10.1.1 eine «kann»-Formulierung zu verwenden sei, also «Kanton und Gemeinden *können* die Schaffung und den Erhalt von Miet- und Eigentumswohnungen als preisgünstigen Wohnraum unterstützen». Die jetzige Formulierung ist verbindlich, was keine Wahl zulässt. Die «kann»-Formulierung wäre auch ein Signal im Sinne der Gemeindeautonomie.
Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt sich Manuel Brandenberg damit einverstanden, zuerst die ganze Thematik durchzuberaten und am Schluss über den Antrag auf eine «kann»-Formulierung abzustimmen.

Markus Jans stellt namens der SP-Fraktion einen Antrag zu S 10.1.1. Die Fassung der Kommission lautet heute wie folgt: «Kanton und Gemeinden unterstützen die Schaffung und den Erhalt von Miet- und Eigentumswohnungen als preisgünstigen Wohnraum. Dazu unterstützen sie unter Berücksichtigung der Interessen der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer u. a.: [Aufzählung].» Die SP stellt den **Antrag,** den letzten Satz («Dazu unterstützen sie unter Berücksichtigung der Interessen der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer u. a.:») zu streichen. Die Interessen der Grundeigentümer sind oft nicht die gleichen wie die der öffentlichen Hand. Der Umsetzung von preisgünstigem Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen stehen die Interessen der Grundeigentümer eventuell gegenüber. Die Interessen der Öffentlichkeit sind hier höher zu gewichten als diejenigen von Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer. Der ursprüngliche Satz des Regierungsrates ohne den Umweg über die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer hilft dem öffentlichen Interesse mehr und soll daher beibehalten werden.

Hanni Schriber-Neiger teilt mit, dass die AGF die Anträge der SVP-Fraktion zu S 10 natürlich nicht unterstützt. Die AGF kann die SVP auch nicht verstehen, denn teure Wohnungen beschäftigen die Zuger Bevölkerung, besonders Personen und Familien mit mittleren Einkommen. Es ist unverständlich, dass die SVP, die vorgibt, sich für die Mittelschicht einzusetzen, diesen Streichungsantrag stellt.
Die AGF stellt den **Antrag,** die Aufzählung in S 10.1.1 um einen neuen Bst. f. mit dem Text «für steuerbare Einkommen bis Fr. 100'000.-» zu ergänzen, dies trotz der

Ausführungen des Baudirektors. Preisgünstiger Wohnraum soll nur für Personen geschaffen werden, die das benötigen. Im Kommissionsbericht steht, dass mittlere Einkommen bis 180'000 Franken profitieren können. Das ist der AGF zu hoch. Es braucht eine Obergrenze, nach Meinung der AGF 100'000 Franken.

Heini Schmid: Die CVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass der von Raumplanungskommission und Regierung vorgeschlagene Weg richtig ist. Es ist symptomatisch, dass die politischen Pole hier extreme Anträge stellen. Das ist meistens ein Zeichen dafür, dass der Mittelweg der richtige ist, und dafür setzt sich die CVP ein. Sie hat sich schon bei der Revision des Wohnraumförderungsgesetzes intensiv für ein vernünftiges Instrumentarium engagiert. Der soziale bzw. preisgünstige Wohnungsbau ist ein Musterbeispiel dafür, dass der Markt nicht alles richten kann, nimmt dieser doch keine Rücksicht auf die Finanzkraft der Nutzer. Weil ein typisches Marktversagen vorliegt – nicht nach dem Bedürfnis wird zugeteilt, sondern nach der Finanzkraft – muss sich der Staat sich hier engagieren. Es gibt einfach Schichten, die in diesem Bereich zu kurz kommen.
Es stellt sich nun die Frage, wie sich der Staat einsetzen soll. Die CVP ist ganz klar der Meinung, dass der Staat frühzeitig eingreifen und sich rechtzeitig Land sichern muss. Das ist längerfristig der günstigste Weg, die Bedürfnisse von einkommensschwächeren Schichten zu berücksichtigen. Es braucht eine aktive Landpolitik der Gemeinden und des Kantons. Man sieht das in der Stadt Zürich, wo 25 Prozent aller Wohnungen durch gemeinnützige Wohnbauinstitutionen angeboten werden. Das ist finanzpolitisch viel sinnvoller, als Einzelfälle via Sozialhilfe etc. zu unterstützen. Es ist wichtig, hier die Grundsätze festzuhalten, denn wenn die Finanzierung längerfristig gesichert werden soll, muss sich der Staat bei Ein- und Umzonungen rechtzeitig die Landflächen sichern.
Es ist klar, dass solche Vorschriften nicht unbedingt im Interesse der Grundeigentümer sind. Es geht aber vor allem darum, bei der Einzonung grosser Areale nicht Vorschriften beispielsweise bezüglich preisgünstiger Wohnungen in jedem Block zu machen – das wäre eigentümerunfreundlich –, sondern rechtzeitig einen Teil des Areals für eine Wohnbaugenossenschaft auszuscheiden und so auf die Bedürfnisse der Grundeigentümer Rücksicht zu nehmen. Das wollte die Raumplanungskommission ausdrücken: Es gibt Möglichkeiten, beide die berechtigten Interessen von Grundeigentümern rechtzeitig und in gehörigem Ausmass zu berücksichtigen. In diesem Sinne bittet der Votant, die Anträge abzulehnen, welche von denjenigen der Raumplanungskommission abweichen.

Barbara Strub, Präsidentin der Raumplanungskommission: Die Grundsätze in diesem Kapitel des Richtplans können nicht als Verpflichtung, sondern nur als Appell verstanden werden. Es ist aber logisch, dass eine Gemeinde nur dann preisgünstige Wohnungen erstellen bzw. unterstützen kann, wenn sie selber solches Land besitzt. Das gilt für den Kanton.
Ein Zusatz mit steuerbaren Einkommen gehört nicht in den Richtplan, werden diese doch in den entsprechenden Gesetzen erwähnt. Wenn der preisgünstige Wohnungsbau im Kanton Zug funktionieren soll, dann dürfen in diesem Abschnitt keine Zahlen stehen. Der entsprechende Antrag wurde in der Raumplanungskommission nicht gestellt. Aus den Protokollen geht jedoch hervor, dass die Raumplanungskommission diesen Antrag ablehnt. Wir bereits erwähnt, möchte die Kommission die Grundeigentümer einbeziehen und erhält nichts von einer gänzlichen Streichung des Abschnitts.

Manuel Brandenberg hat vergessen, den zweiten Satz in S 10.1.1 zu erwähnen, wo – in Ergänzung des Eventualantrags der SVP-Fraktion – ebenfalls ein «können» hineinkommen soll. Der Satz soll also heissen: «Dazu können sie […] unterstützen.»
Dass das Bedürfnis für preisgünstigen Wohnungsbau ausgewiesen sei, bezweifelt der Votant. In der Stadt Zug wohnen sehr oft Leute mit überdurchschnittlichem und weit überdurchschnittlichem Einkommen in preisgünstigen Wohnungen, die sich über neue, preisgünstige Wohnungen den Komfort einer Neuwohnung leisten, während wirklich arme Leute in älteren, noch billigeren Wohnungen wohnen. Es ist eine nicht ganz redliche Diskussion, die hier geführt wird, denn letztendlich ist es die Zuwanderung, die zu alledem führt. Es ist nicht sehr konsequent, dass man gegen die Zuwanderung nichts tut.
Den Antrag der Linken betreffend Einkommensgrenze lehnt die SVP selbstverständlich ab.

Stefan Gisler repliziert auf Manuel Brandenberg. Vordergründig – und wirklich nur vordergründig – wendet sich die SVP mit Pauken und Trompeten gegen die Zuwanderung. Hintergründig tut sie nichts, aber auch gar nichts, um die negativen Folgen der Zuwanderung abzufedern – hier in Zug etwa die hohen Wohnkosten, unter denen viele Zuger und Zugerinnen leiden. Die SVP setzt sich mit ihrem Streichungsantrag einzig dafür ein, dass mit der Zuwanderung einfach noch möglichst viel Geld verdient werden kann. Das ist nicht bürgerfreundlich – und nicht einmal eigentümerfreundlich in dem Sinne, dass auch viele Eigentümer sich der Problematik bewusst und durchaus bereit sind, günstigen Wohnraum zu schaffen, wie das in Zug vielerorts bereits geschieht. Der Richtplan gibt nun einen Rahmen dafür, was – wie Heini Schmid sehr gut ausgeführt hat – eine Investition in die Zukunft ist und langfristig Kosten zu vermeiden hilft. Der Votant bittet in diesem Sinne, den scheinheiligen Antrag der SVP abzulehnen.

Manuel Brandenberg: Man sollte nicht zurückweichen, wenn man frontal angegriffen wird, sonst kommt der Feind immer näher. Die Terminologie «vordergründig» und «hintergründig» kennt der Votant eigentlich nur aus der Psychiatrie. Zwar ist er selber nicht Psychiater, er kann aber versichern, dass die SVP mit der Masseneinwanderungsinitiative auf Bundesebene ernsthaft darum bemüht ist, die Zuwanderung einzuschränken. Da kann man wohl nicht sagen, die SVP sei scheinheilig und tue nichts. Mit der Annahme der SVP-Initiative werden viele Probleme aus dem Richtplan erledigt.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass die Masseneinwanderungsinitiative nicht Thema von heute ist. Er will kein Risiko eingehen und ruft deshalb den Rat auf, dem preisgünstigen Wohnungsbau zuzustimmen – eine Fundamentaldiskussion bringt nichts.
• Der Baudirektor bittet den Rat, den Antrag der SVP, alles zu streichen, nicht zu unterstützen. Der Richtplan ermöglicht es, einen Tatbeweis zu erbringen und entsprechende Rahmenbedingungen festzuschreiben, dies in Übereinstimmung mit den Gemeinden, welchen den vorliegenden Vorschlag unterstützen und sich dafür einsetzen wollen. Der Baudirektor glaubt nicht, dass mit preisgünstigem Wohnungsbau und entsprechenden Regelungen die liberale Grundhaltung in irgendeiner Art verletzt wird. Der Kantonsrat hat – wie bereits gesagt wurde – Millionen gesprochen für die Wohnbauförderung. Der politische Wille, das auch über die Richtplanung umzusetzen, sollte deshalb vorhanden sein.
• Die «kann»-Formulierung ist – anders als der Baudirektor das etwas unüberlegt gesagt hat – juristisch mehr als ein blosser Appell. Deshalb ist der Antrag auf eine

«kann»-Formulierung nicht ganz ohne. Die Formulierung «Der Kanton und die Gemeinden unterstützen …» ist zwar eine *lex imperfecta,* die heute nicht eingefordert werden kann. Man kann sie aber dann einfordern, wenn die Gemeinden bei der Ortsplanrevision, die nächstens folgt, nichts unternehmen. Dann kann der Kanton die Genehmigung in diesen Punkten verweigern und die Gemeinden zum entsprechenden Tatbeweis verpflichten.
• Zur Streichung des Passus' zu den Interessen der Grundeigentümer: Es ist für den Baudirektor nicht unwichtig, dass man auf die Interessen der Grundeigentümer Rücksicht nimmt. Er verweist auf ein Beispiel aus der Stadt Zug, wo man die Interessen der Grundeigentümerschaft nicht sehr ernst genommen hat; es gab einen Haufen Beschwerdeverfahren, und am Schluss hat man einvernehmlich und unter Berücksichtigung der Interessen der Grundeigentümer bessere Lösungen gefunden.
• Die Einkommenshöhe von 100'000 Franken lehnt der Baudirektor ab. Das gehört nicht in den Richtplan. Auch sind in der Bundes- und in der kantonalen Gesetzgebung die Parameter klar definiert, wer Anspruch auf preisgünstigen Wohnraum hat. Das reicht. Auch muss die Zuständigkeit und Autonomie der Gemeinden respektiert werden. Es ist deshalb nicht nötig, eine Einkommensschranke zu setzen.

S 10.1.1 Ingress

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für den Ingress zu S 10.1.1 zwei Ergänzungen vorgeschlagen wurden:

• Erstens: Die Raumplanungskommission schlägt vor, den zweiten Satz zu ergänzen mit «unter Berücksichtigung der Interessen der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer». Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an. Die SP-Fraktion stellt den Antrag, diesen Passus zu streichen.

➔ Der Rat genehmigt mit 53 zu 12 Stimmen den Antrag der Raumplanungskommission und des Regierungsrats.

• Zweitens: Die AGF stellt den Antrag, den ersten Satz wie folgt zu ergänzen: «Kanton und Gemeinden unterstützen die Schaffung und den Erhalt von Miet*wohnungen für steuerbare Einkommen bis zu 100'000 Franken sowie von* Eigentumswohnungen als preisgünstigen Wohnraum.»

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AGF mit 54 zu 13 Stimmen ab und genehmigt damit die Formulierung gemäss Antrag Raumplanungskommission.

S 10.1.1 Bst. a

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission hier eine andere Formulierung beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Raumplanungskommission.

S 10.1.1 Bst. d

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission die Streichung des Passus' «und Bebauungsplänen» beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Raumplanungskommission.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Änderung in «kann»-Formulierungen in S 10.1.1, Satz 1 und 2, mit 44 zu 23 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP auf Streichung des ganzen Absatzes S 10.1 mit 47 zu 17 Stimmen ab.

S 10.1.2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Text hier – wie bereits erwähnt – an die Änderung der Überschrift von Kapitel S 10 angepasst wird.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Richtplan Kapitel L 11.3 Lorzenebene

L 11.3.1, Abschnitt 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

L 11.3.1, Abschnitt 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission beantragt, vor der Aufzählung der Massnahmen den Passus «unter Berücksichtigung der Interessen der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer» einzufügen. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag nachträglich an.

Markus Jans stellt namens der SP-Fraktion den **Antrag,** die ursprüngliche Fassung des Regierungsrats («Um dieses Ziel zu erreichen, setzen Kanton und Gemeinden folgende Massnahmen um:») beizubehalten. Die Raumplanungskommission verlangt, dass die Umsetzung der Massnahmen unter der Berücksichtigung der Interessen der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer zu erfolgen habe. Es ist kein Geheimnis, dass die Interessen der Grundeigentümer und des Staates – wie schon vorhin gesagt – nicht immer die gleichen sind. In der Stadt Zug wurden diesbezüglich verschiedene Entscheide im Rahmen des Zonenplanes an der Urne entschieden. Die Grundeigentümer waren mit der vorgesehenen Umzonung nicht einverstanden. Eine Einigung war aufgrund von finanziellen Interessen nicht möglich. Daher musste an der Urne entschieden werden. Das Resultat war ganz bestimmt

nur im Interesse der Grundeigentümer. Das Interesse des Staates ist hier aber höher zu gewichten.

Barbara Strub, Präsidentin der Raumplanungskommission, teilt mit, dass der Antrag der Kommission einstimmig erfolgt. Es geht um ein Miteinander, nicht um ein Gegeneinander. Die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer in der Lorzenebene sind die Landwirte, die hier miteinbezogen werden müssen.

➔ Der Rat genehmigt mit 55 zu 7 Stimmen den Antrag der Raumplanungskommission und der Regierung.

L 11.3.1, Abschnitt 2, Bst. a

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

L 11.3.1, Abschnitt 2, Bst. b

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die SVP-Fraktion die folgende Ergänzung beantragt: «Temporäre Stellplätze für Passanten sind weiterhin gestattet.»

Barbara Strub stellt fest, dass viele Leute eine Campiermöglichkeit am Seeufer begrüssen. Dem steht mit dem vorgeschlagenen Bst. b nichts gegenüber. Der von der Raumplanungskommission und der Regierung beantragte Text bedeutet, dass der Campingplatz *in der heutigen Form* bis spätestens 2022 aufzuheben ist. Der Kanton beabsichtigt lediglich, die fixen Stellplätze aufzugeben. Das impliziert, dass Campieren in einer anderen Form weiterhin möglich sein soll. Der beantragte Zusatz erübrigt sich also.

Vroni Straub-Müller weist darauf hin, dass die ständige Wohnbevölkerung in dieser Umgebung laufend zunimmt. Es ist wichtig, dass diese Leute ein Naherholungsgebiet haben. Die AGF unterstützt deshalb das Ansinnen, die fest installierten Standplätze aufzuheben. Sie unterstützt auch den Antrag der SVP, dass für Passanten Plätze zur Verfügung stehen sollen.

Manfred Wenger: Verschiedene Mitglieder des Kantonsrats campieren mit ihren Kindern gerne im Tessin oder anderswo in der Schweiz. Zugerinnen und Zuger geniessen in der ganzen Schweiz Gastrecht. Gewähren wir auch anderen Schweizern Gastrecht? Wollen wir ein Monaco werden, wo Campieren verboten ist, oder wollen wir eine normale Schweizer Stadt bleiben? Der Votant spricht sich in diesem Sinne für den von der SVP-Fraktion beantragten Zusatz in Bst. b aus.

Philip C. Brunner führt in der Kollermühle einen Tourismusbetrieb und kennt dieses Gebiet sehr gut. Es geht in Bst. b nicht nur um den Campingplatz, sondern auch um weitere Konflikte, etwa zwischen den Leuten, die ihre Freizeit geniessen, den Velofahrern, die von der Arbeit nach Hause fahren, und den Campingplatzbenutzern, die auch nicht alle zu Fuss kommen. Es gibt zwischen dem Schiessplatz Choller und dem Campingplatz diverse sehr gefährliche Stellen, und der Votant wundert sich, dass da keine schweren Unfälle passieren. Der Campingplatz ist am falschen Ort. Es kann sich nicht ausdehnen, ist er doch gefangen zwischen der SBB-Linie und dem Radweg bzw. der Fahrbahn, dies an der schmalsten Stelle

zwischen See und Bahngeleise. Man müsste darüber nachdenken, wo es einen geeigneteren Platz für den Campingplatz gäbe. Eine Verlegung würde nämlich die ganze Situation enorm entschärfen und auch das Überleben des Campingplatzes begünstigen. So wie jetzt kann es nicht weitergehen, vom baulichen Zustand des TCS-Gebäudes mit Restaurant und Sanitäranlagen gar nicht zu sprechen.
Auf leisen Pfaden kommt nun ein Antrag, den der Votant nicht unterstützen kann. Es heisst in Bst. b: «Die fixe Parkierung südlich der SBB-Geleise ist aufzuheben.» Die betreffenden Parkplätze waren an den heissen Tages des vergangenen Sommers vermutlich die bestfrequentierten. Das Problem besteht darin, dass es sich dabei um die letzten Gratisparkplätze in diesem Gebiet handelt. Es gibt deshalb Leute, die jeden Tag mit dem Auto kommen, beim Campingplatz südlich der Bahngeleise ihr Auto hinstellen, das Velo ausladen und via Chamer Fussweg und Chamerstrasse zur Arbeit in der Innenstadt fahren. Wenn während des Tages die Badenden kommen, sind alle Parkplätze besetzt. Es muss deshalb eine Lösung gefunden werden, die einerseits die Gefährlichkeit und die beschriebenen Konflikte löst, andererseits aber auch sicherstellt, dass beispielsweise ältere oder gehbehinderte Leute dorthin fahren können. Die Stadt Zug hätte es eigentlich in der Hand, auf ihrem Grundstück westlich der Einfahrt in den Campingplatz eine Lösung zu realisieren, die auch dem Ziel der Entflechtung entspräche. Das muss raumplanerisch in Zusammenarbeit mit der Stadt organisiert werden. Der Votant stellt aber den **Antrag,** auf die globale Aufhebung der fixen Parkierung südlich der Geleise zu verzichten und den entsprechenden Satz durch eine offenere Formulierung zu ersetzen. Man kann es besser machen als heute.

Markus Jans: Die SP-Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, dass nicht nur der Campingplatz, sondern auch die Parkplätze am falschen Ort sind. Es gibt zu viele Konflikte, wie der Votant, der täglich zwei Mal an diesem Platz vorfährt, aus eigener Erfahrung weiss. Von Oktober bis April gibt es keine Probleme, aber von Mai bis in den September ist die Parkierungsanlage recht gut frequentiert. Es wurde bereits aufgezeigt, in welcher Richtung es geht: Die Stadt Zug hat es in der Hand hat, hier eine entsprechende Lösung zu finden. Der Votant bittet dringend, dem Antrag von Philip C. Brunner nicht zuzustimmen. Die Lösung kann nur darin liegen, dass man die Parkierungsmöglichkeit nördlich, nicht südlich der Bahnlinie anlegt.

Baudirektor **Heinz Tännler** beginnt mit dem Antrag von Philip C. Brunner. Die vorgeschlagene Formulierung «Die fixe Parkierung südlich der SBB-Geleise ist aufzuheben» ist genügend offen. Sie bedeutet *e contrario,* dass vorübergehende Parkierungsmöglichkeiten geschaffen werden können, beispielsweise für Surfer, die ihre Gerätschaften abzuladen haben. Die eigentlichen Parkierungsmöglichkeiten aber sollen nördlich der Geleise geschaffen werden, denn südlich davon haben wir in den Sommermonaten ein totales *Puff.* Die fixe Parkierung südlich der Geleise soll auch aufgehoben werden, damit nicht diejenige Klientel, die Philip C. Brunner genannt hat, die Parkplätze besetzt.
Temporäre Stellplätze auf dem Campingplatz sollen weiterhin möglich sein, Der Baudirektor hat persönlich keine Probleme, wenn der betreffende Satz im Richtplan steht. Das ist auch die Absicht des Regierungsrats, die auch von der Kommission unterstützt wurde. Einen geeigneten anderen Platz für den Campingplatz zu suchen, ist auch in der genannten Arbeitsgruppe ein Thema. Grosse Hoffnungen kann man aber nicht machen. Am Zugersee ist der Platz beengt. In Unterägeri aber gibt es einen wunderbaren Campingplatz, und die Baudirektion hat der Gemeinde Unterägeri die Möglichkeiten gegeben, diesen Platz noch zu erweitern.

➔ Die Abstimmung über den Antrag der SVP-Fraktion auf Ergänzung von Bst. b mit dem Satz «Temporäre Stellplätze für Passanten sind weiterhin gestattet» ergibt ein Resultat von 33 zu 33 Stimmen. Mit Stichentscheid des Präsidenten genehmigt der Rat die Fassung des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun in einer zweiten Abstimmung über den Antrag Brunner für eine offene Formulierung der Parkmöglichkeiten abgestimmt wird.

Baudirektor **Heinz Tännler** hat Philip C. Brunner so verstanden, dass die Formulierung etwa wie folgt lauten würde: «Die fixe Parkierung südlich der SBB-Geleise ist aufzuheben; Parkplätze für eine vorübergehende Kurzparkierung bleiben zulässig.» Den Einwand von Philip C. Brunner, dass dieser Vorschlag mit «kostenlos» zu ergänzen sei, kontert der Baudirektor: «Nein, 'kostenlos' gehört nicht in den Richtplan. Das gehört in die Zuständigkeit der Stadt Zug, nicht des Kantons.»

Eusebius Spescha findet es daneben, dass ein Ratsmitglied es nicht fertigbringt, einen ausformulierten Antrag vorzulegen, wie das die Geschäftsordnung verlangt, und dass deswegen jetzt im Saal eine Formulierungsübung gemacht werden muss für etwas, das nachher sowieso abgelehnt wird. Entweder gibt es einen ausformulierten Antrag, oder sonst ist der entsprechende Antrag nach Ansicht des Votanten nicht behandelbar. Philip C. Brunner könnte seine Anregung auch mit einem Postulat einbringen.

Philip C. Brunner bleibt bei seiner ursprünglichen Idee und möchte den Satz «Die fixe Parkierung südlich der SBB-Geleise ist aufzuheben» ersatzlos streichen.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag von Philip C. Brunner mit 48 zu 15 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

L 11.3.1, Abschnitt 2, Bst. c–f

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** macht darauf aufmerksam, dass Abschnitt 2 von L 11.3.1 in den nächsten Jahren zu Kreditanträgen der Baudirektion führt, sei es für die ökologische Aufwertung im Bereich des Zugerseeufers oder bei Bst. e für die Erdverlegung von Leitungen. Der Stawiko-Präsident bittet den Rat, sich dieser Problematik bewusst zu sein. Im Rahmen der Richtplanung werden immer wieder Beschlüsse gefasst, die der Regierungsrat später zu Recht als Auftrag auffasst, was zu entsprechenden Kreditvorlagen führt. Der Rat ist dann jeweils erstaunt, welche Millionenbeträge wieder ausgegeben werden sollen. Die Stawiko greift dieses Thema nächste Woche in ihrer Klausursitzung das Thema auf und wird versuchen, bei künftigen Revisionen des Richtplans etwas mehr Klarheit zu schaffen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Richtplan Kapitel V 3 Kantonsstrassen

V 3.3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

Stefan Gisler macht darauf aufmerksam, dass der Rat eben dem Leitbild Lorzenebene zugestimmt hat. Die Lorzenebene soll ein Raum für Natur, Landwirtschaft und Erholung sein, unter Berücksichtigung der Interessen der Grundeigentümer. Darum ist es aus Sicht der AGF nur logisch, dass die im Richtplan enthaltene Verlängerung der General-Guisan-Strasse, die mitten durch die Lorzenebene führt, heute schon zu streichen ist. Es ist nicht nachvollziehbar, was es da noch gross und womöglich kostenwirksam abzuklären gibt. Wenn die Streichung vorgenommen wird, dann wird hier – mit Blick auf das Votum von Gregor Kupper – von der Baudirektion ganz sicher kein Strassenbaukredit beantragt werden.
Stadtzugerinnen und -zugerinnen in Zug-West befürchten, dass es aufgrund der geplanten Ausfahrt Gubelloch des Stadttunnels dannzumal mehr Verkehr im Quartier gibt und dieser dann direkt über die heutige bzw. verlängert General-Guisan-Strasse in die Riedmatt geführt wird. Wenn die Verlängerung heute gestrichen wird, ist das auch ein Zeichen, dass ein grosses Wohnquartier nicht zusätzlich belastet wird. Prüfen bis 2017, wie es jetzt im Text steht, heisst nichts anderes, als dass man sich eine Hintertüre offenlässt, dass die Verlängerung nach der Stadttunnel-Abstimmung doch noch kommt – und mithin eine Garantie, dass man Nein-Stimmen zum Stadttunnel generiert. Nochmals: Die Lorzenebene ist für Natur, Landwirtschaft und Erholung da, nicht für eine leistungsfähige Verbindungsstrasse. Das ist heute schon einsehbar, und man kann der stark belasteten Baudirektion weitere Abklärungen ersparen.

Barbara Strub, Präsidentin der Raumplanungskommission, erinnert daran, dass die Verlängerung der General-Guisan-Strasse heute bereits im Richtplan enthalten ist. Es geht hier um eine Anpassung. Der Kanton soll mit dieser Änderung im Richtplantext prüfen, welche Auswirkungen es hätte, wenn man die General-Guisan Strasse nicht verlängern würde. Es sollen die Grundlagen geschaffen werden, um in drei Jahren zu entscheiden, wie es mit dieser Strasse weitergehen soll. Die Fragen, ob diese Strasse nie gebaut, ob sie als Tunnellösung gebaut und ob sie in Zusammenhang mit einem eventuellen Autobahnhalbanschluss funktionieren könnte, sind noch nicht geklärt, weil dieses Thema nicht zuoberst auf der Prioritätenliste der Baudirektion stand. Lassen wir die Baudirektion diese Abklärungen seriös zu Ende führen und entscheiden in drei Jahren, wenn alle Fakten auf dem Tisch sind. Die Raumplanungskommission ist mit der vorgeschlagenen Richtplanänderung einstimmig einverstanden und lehnt den Antrag der AGF ab.

Heini Schmid: Es wäre schön, wenn die Verkehrsprobleme im Kanton Zug zu lösen wären, indem man einfach eine Strasse aus dem Richtplan hinausstreicht. Die Verlängerung der General-Guisan-Strasse hat aber zu tun mit dem Autobahn-Halbanschluss Steinhausen. Für alle geplanten Vorhaben gibt es zwei Schwierigkeiten: einerseits die Kreuzung Alpenblick, anderseits die Kreuzung Südstrasse/ Weststrasse in Baar, über welche auch die Umfahrung von Baar läuft. Als Barer hat der Votant ein eminentes Interesse daran, dass diese Umfahrung funktioniert und nicht der ganze Verkehr wieder ins Zentrum zurückflutet. Wie der Verkehr aus dem Ballungsraum Stadt Zug auf die Autobahn kommt, ist ein Problem der Stadt Zug,

das sich nicht einfach mit der Streichung der Verlängerung der General-Guisan-Strasse löst. Man muss den hehren Wunsch, die Lorzenebene möglichst intakt zu halten, und die Überprüfung der General-Guisan-Strasse nutzen, um dieses Problem längerfristig durchzudenken und eine vernünftige Lösung zu präsentieren. Es ist wichtig, dass die Baudirektion das Problem erkannt hat und Lösungen aufzeigen will, die sowohl dem Schutz der Lorzenebene als dem berechtigten Bedürfnis, all diesen Verkehr möglichst umwelt- und siedlungsschonend auf die Autobahn zu bringen, Rechnung tragen. Es wohnen auch Leute an der Chamerstrasse und an der Steinhauserstrasse in Zug, sogar immer mehr. Eine Gesamtsicht tut Not, und es kann nicht angehen, dass Richtplanung gemacht wird, indem man aus einen vorhandenen Konzept einfach ein Stück herausbricht und meint, das Problem sei damit gelöst.

Martin Stuber: Wenn die Verlängerung der General-Guisan-Strasse gestrichen wird, werden Rahmenbedingungen gesetzt, wie das Problem gelöst bzw. nicht gelöst werden soll. Die Streichung nicht zu vollziehen, heisst der Gegnerschaft des Stadttunnels, die sich jetzt formiert, einen Steilpass zu liefern. Man wird dann beispielsweise das Votum der Präsidentin der Raumplanungskommission schon im ersten Flyer zitieren. Die Befürworter des Stadttunnels werden dann in Zug-West einen sehr schweren Stand haben. Das soll man sich bewusst sein. Die Wahrscheinlichkeit, dass die General-Guisan-Strasse nachher gestrichen wird, ist nach Einschätzung des Votanten sehr hoch. Für die politische Auseinandersetzung um den Stadttunnel aber hat es keinen Einfluss, wie hoch das einzelne Kantonsrats- oder Regierungsmitglied diese Wahrscheinlichkeit einschätzt. Solche Abstimmungskämpfe werden bekanntlich sehr plakativ geführt. Der Votant bittet deshalb den Rat, sich den Ruck zu geben und die Verlängerung herauszustreichen. Das würde helfen, in der Stadt eine produktivere Diskussion um den Stadttunnel zu führen.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der AGF mit 50 zu 13 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass darauf verzichtet wird, die soeben beschlossenen Änderungen im kantonalen Richtplan nochmals Punkt für Punkt im Erlasstext im Kantonsratsbeschluss (Vorlage 2214.2 - 14232) durchzugehen. Die Staatskanzlei wird zusammen mit der Baudirektion die Finalisierung der Dokumente besorgen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 49 zu 13 Stimmen zu.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

55. Sitzung: 29. August 2013 (Nachmittag)
Zeit: 14.00 – 17.25 Uhr

Vorsitz
Kantonsratsvizepräsident Moritz Schmid, Walchwil

Protokoll
Beat Dittli

815 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 69 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Irène Castell-Bachmann, Alice Landtwing, beide Zug; Franz Peter Iten, Unterägeri; Frowin Betschart, Menzingen; Adrian Andermatt, Heini Schmid, beide Baar; Kurt Balmer, Dominik Lehner, Flavio Roos, Matthias Werder, alle Risch; Franz Hürlimann, Walchwil.

816 Mitteilungen

Kantonsratspräsident Hubert Schuler vertritt den Rat heute Nachmittag an der Beerdigung und am Trauergottesdienst von alt Kantons-, Regierungs- und Nationalrat Thomas Fraefel.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Traktandum 14 entfällt, da Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel heute Nachmittag abwesend ist.

TRAKTANDUM 4
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

817 Traktandum 4.1: **Motion von Daniel Stadlin und Philip C. Brunner betreffend Folgekosten bei Gesetzen und Kantonsratsbeschlüssen vom 27. Juni 2013 (Vorlage 2275.1 - 14397)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

818 Traktandum 4.2: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens vom 2. Juli 2013 (Vorlage 2276.1 - 14398)**

Manuel Brandenberg teilt mit, dass sich die SVP-Fraktion sehr lange mit diesem Motionsbegehren befasst hat und einen **Antrag** auf Nichtüberweisung stellt. Sie tut dies vor allem aus Gründen der Gewaltentrennung. Die SVP will nicht, dass beispielsweise ein für sechs Jahre gewählter Richter aufgrund irgendeiner politischen

Konstellation plötzlich um sein Amt bangen muss. Bei einer Legislatur von sechs Jahren für Richter und vier Jahren für Parlamentarier kann man auch vom zeitlichen Ablauf her auf ein Amtsenthebungsverfahren verzichten; das Volk kann es nach vier bzw. sechs Jahren wieder richten. Ein weiterer Grund ist die Stabilität der Rechtsordnung mit Legislative, Judikative und Exekutive. Die SVP findet es nicht gut, wenn das Parlament beginnt, allfällige Amtsenthebungsgelüste auszuleben. Das führt zu einer Verunsicherung der Mandatsträger. Richter sind sensible Personen und werden – wenn ein Amtsenthebungsverfahren eingeführt wird – in Versuchung kommen, mehr auf die Partei und das Netzwerk der involvierten Personen zu schauen. Amtsenthebungsverfahren haben auch keine Tradition in der Schweiz Der Rat sollte deshalb am stabilen System mit den drei unabhängigen Gewalten, die voreinander keine Angst haben müssen, sich aber gegenseitig achten, festhalten und den Antrag auf Nichtüberweisung unterstützen.

Andreas Hausheer beantragt namens der CVP-Fraktion, die Motion zu überweisen. Damit kann ein für alle Mal geklärt werden, was möglich ist und was nicht. Wenn argumentiert wird, es könne aus rein politischen Gründe zu Amtsenthebungen kommen, dann muss man einfach den Motionstext zu Ende lesen. Es steht in der Begründung, dass eine Amtsenthebung nach geltendem Recht offenbar auch bei objektiv groben Amtsverletzungen nicht möglich ist. Das wird von der Bevölkerung nicht verstanden. Wie soll man jemandem erklären, dass ein Behördenmitglied – es geht nicht nur um Richter, sondern allgemein um Behördenmitglieder –, das Amtspflichten objektiv grob verletzt hat, noch dreieinhalb Jahre lang den vollen Lohn bezieht? Es ist auch auf ein Votum von Nationalrat Thomas Aeschi in der «Neuen Zuger Zeitung» vom 29. Juni zu verweisen, wo dieser sagte, grundsätzlich müsse man sich schon Gedanken machen, ob es richtig sei, dass ein Richter, der die Amtspflichten verletzt habe, nicht abgesetzt werden könne. Diese Aussage geht genau in dieselbe Richtung wie die Motion, was auch Thomas Aeschi dem Votanten gestern nochmals bestätigt hat.

➔ Der Rat überweist die Motion mit 49 zu 12 Stimmen an den Regierungsrat.

819 Traktandum 4.3: **Motion der SP-Fraktion betreffend maximale Lohnschere in der Zuger Kantonalbank vom 9. Juli 2013 (Vorlage 2278.1 - 14410)**

Thomas Wyss stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Die Motion zielt darauf ab, die «1:12-Initiative», über die im November an der Urne abgestimmt wird, auf die Zuger Kantonalbank anzuwenden. Ein solches Ansinnen ist politisch falsch und wirtschaftlich kurzsichtig. Wir wollen und müssen der Zuger Kantonalbank Sorge tragen. Sie ist eine der besten, wenn nicht sogar die beste Kantonalbank der Schweiz und trägt zur grossen Prosperität des Kantons Zug bei. Wir wollen und sollen dieser Perle den notwendigen Spielraum in der Personalpolitik lassen.
Die Leistung der Geschäftsleitung zu überwachen und auch in finanzieller Hinsicht zu bewerten, ist Sache des Bankrats. Dieses Organ hat in der Vergangenheit dafür gesorgt und wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass die ZKB-Ier verdienen, was sie verdienen. Schliesslich ist es aus Sicht der SVP-Fraktion auch nicht ernsthaft, vor einem Volksentscheid über eine Initiative deren Anliegen bereits verbindlich in die kantonale Gesetzgebung überführen zu wollen.

Pirmin Frei: Landauf, landab wird zurzeit dieses Motionsanliegen diskutiert. In einigen Wochen weiss man, ob das Schweizer Volk rigide Eingriffe in die Privatautonomie, in die Sozialpartnerschaft und in die Eigentumsrechte will. Sagt das Volk ja dazu, gilt das Verdikt auch für die Zuger Kantonalbank, und es müssten dort die Salärstrukturen zumindest überprüft werden. Sagt das Volk hingegen nein, so will es offensichtlich keine gesetzlichen Eingriffe in die Salärpolitik privatwirtschaftlicher Organisationen, auch nicht bei der ZKB.
Wird die SP-Motion heute überwiesen, werden Regierung und Verwaltung zum Handeln auf Vorrat gezwungen. Das sollte der Rat nicht tun. Der Votant **beantragt** deshalb Nichtüberweisung, weil er den Regierungsrat und die Verwaltung vor unnützer Arbeit verschonen möchte.

Markus Jans: Die SP-Fraktion hat sich gut überlegt, zu welchem Zeitpunkt sie ihre Motion einreicht. Es geht darum, im Kanton Zug ein Zeichen zu setzen. Geht man davon aus, dass eine einfache Angestellte in der Zuger Kantonalbank 3000 Franken verdient, dann verdient die bestbezahlte Person 36'000 Franken. So viel kann man gar nicht verdienen. Oder gibt es Ratsmitglieder, die 36'000 Franken im Monat verdienen? Gerade die Banken haben in den letzten Jahren die Lohnschere extensiv geöffnet, was genau zu dieser Diskussion geführt hat. Die SP will das mit ihrer Motion in Kanton Zug verhindern, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der «1:12-Initiative». Im Kanton Zug soll nicht eine vom Staat garantierte Bank von solchen Exzessen profitieren. Die SP-Fraktion **beantragt** deshalb Überweisung der Motion und hofft auf die Unterstützung des Rats.

➔ Der Rat beschliesst mit 42 zu 15 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

820 Traktandum 4.4: **Motion der FDP-Fraktion betreffend Kostentransparenz und Effizienzsteigerung in der Volksschule vom 17. Juli 2013 (Vorlage 2280.1 - 14413)**

Philip C. Brunner stellt keinen Antrag auf Nichtüberweisung, ganz im Gegenteil: Die SVP-Fraktion freut sich über diesen Vorstoss. Er erinnert aber daran, dass Thomas Aeschi vor ziemlich genau einem Jahr, am 16. August 2012, eine Motion eingereicht hat, in der es um eine Teilrevision des Finanzhaushaltgesetzes zur Erhöhung der Transparenz der staatlichen Leistungserbringung ging. Die Regierung hat am 19. Februar 2013 eine Antwort gegeben (Vorlage 2174.2), und der Kantonsrat hat vor weniger als sechs Monaten, am 21. März 2013 in der Nachmittagssitzung, diese Motion behandelt. Man kann sich nur wundern, welche Aussagen damals gemacht wurden. Philippe Camenisch – der Votant zitiert aus dem Protokoll – «dankt dem Regierungsrat für die klare, unmissverständliche Antwort. [… Er] dachte stets, die SVP stehe für das Subsidiaritätsprinzip, also für die Gemeindeautonomie. Der Motionär ruft nun aber nach einem Diktat des Kantons. Dieser solle für mehr Transparenz sorgen, den Gemeinden eine einheitliche Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung ins Pflichtenheft schreiben und dabei *Benchmarks* je Verwaltungsbereich diktieren. Die SVP steht auch – wie die FDP – für weniger Staat. Thomas Aeschi aber motioniert das Gegenteil: Er will mehr regulieren.»
Der Votant hat sich – wie gesagt – gefreut über die Motion der FDP. Der Rat hat aber ein ganzes Jahr verloren. Auch war die Motion von Thomas Aeschi viel breiter angelegt und zielte auf das Finanzhaushaltgesetz. Der Regierungsrat hat aber die Nichterheblicherklärung beantragt, und der Kantonsrat ist ihm gefolgt. Es hat doch keinen Sinn, so zu arbeiten. Gute Vorstösse, für die gedanklich etwas gearbeitet

wurde, werden in Bausch und Bogen verworfen, und ein halbes Jahr später ist man genau gleich weit. Das kostet auch viel Geld.
Die SVP-Fraktion ist für die Überweisung. Der Votant bittet den Rat aber, sich zu überlegen, was er hier abstimmt.

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

821 Traktandum 4.5: **Interpellation von Beni Riedi betreffend Benutzung der neuen Medien durch die Insassen der Strafanstalt Bostadel vom 8. Juli 2013 (Vorlage 2277.1 - 14409)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

822 Traktandum 4.6: **Interpellation von Andreas Hausheer, Manuel Brandenberg und Daniel Thomas Burch betreffend möglicher Auswirkungen einer Annahme der Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» auf den Kanton Zug und die Gemeinden im Kanton Zug vom 16. Juli 2013 (Vorlage 2279.1 - 14412)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

823 Traktandum 4.7: **Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Verhältnismässigkeit in der Strafverfolgung und -zumessung vom 6. August 2013 (Vorlage 2281.1 - 14414)**

Für **Manuel Brandenberg** zeigt diese Interpellation ein wenig, wohin Ideen wie Amtsenthebungsverfahren etc. führen, nämlich zu einer Durchbrechung der Gewaltenteilung. Es wurde etwas geschrieben in der «Neuen Zuger Zeitung» – ob es stimmt, weiss letztendlich niemand –, und schon wird parlamentarisch in ein laufendes Verfahren eingegriffen, dies mit Fragen, die sich eigentlich dem höheren Richter, wenn das Verfahren denn weitergezogen wird, stellen müssten, aber nicht dem Parlament. Das ist gefährlich und nicht tugendhaft.

➔ Überweisung an das Obergericht zur Beantwortung unter Mitbericht der Sicherheitsdirektion.

824 Traktandum 4.8: **Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz und Stefan Gisler betreffend Fremdsprachenunterricht an den obligatorischen Schulen vom 16. August 2013 (Vorlage 2284.1 - 14419)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 14

825 **Kantonsratsbeschluss betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats**

Das Traktandum wird verschoben (siehe Ziff. 816).

TRAKTANDUM 15

826 Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2194.1/.2 - 14181/82) und der vorberatenden Kommission (2194.3 - 14326).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission Eintreten und Zustimmung unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge beantragt.

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Andreas Hürlimann:** Mit der vorliegenden Teilrevision des Personalgesetzes sollen die Anstellungsverhältnisse vereinheitlicht und eine gesetzliche Grundlage für das *Whistleblowing* geschaffen werden. Das Begünstigungsverbot und das Verbot der Annahme von Geschenken werden zudem neu in das Personalgesetz eingefügt. Personalgeschäfte betreffend das oberste Kader sollen gemäss Regierungsrat neu an die Direktionen delegiert werden können, was der Kommission aber zu weit geht; sie möchte Geschäfte zu Amtsleitenden nach wie vor im Gesamtregierungsrat belassen. Zudem werden die Kompetenzen und Aufgaben des Personalamtes auf Gesetzesstufe definiert.
Die vorberatende Kommission hat die Vorlage an zwei Sitzungen beraten und sich auch durch diverse Abklärungsaufträge vertieft mit gewissen Aspekten auseinandergesetzt. Die wichtigsten Themenfeldern sind:
• Meldung von Missständen *(Whistleblowing):* Wie dem Kommissionsbericht zu entnehmen ist, gelangte der Datenschutzbeauftrage an die Kommission und erinnerte daran, dass bereits diverse Regelungen bestehen, um bezüglich strafbarer Handlungen oder Missständen finanzieller Natur ohne Probleme aktiv werden, d. h. diese zu melden oder zur Anzeige bringen zu können. Auch arbeitsrechtliche Missstände können direkt mit der/dem Vorgesetzten bzw. deren/dessen vorgesetzter Stelle auf dem internen Dienstweg – allenfalls unter Beizug des Personalamts oder der Ombudsstelle – geklärt werden. Im Rahmen der kantonsrätlichen Oberaufsicht über die Verwaltung kann zudem noch eine Kantonsratskommission über die Missstände informiert werden. Diese bereits vorhandenen Instrumente seien – so die Leseart des Datenschutzbeauftragten – genügend. Diese Ansicht teilt die vorberatende Kommission nicht. Sie ist der Ansicht, dass es einer gesetzlichen Regelung für die Meldung von Missständen bedarf. Verhindert werden soll aber, dass die Meldestelle für Missstände zur Anlaufstelle unzufriedener Mitarbeitender wird, die so den internen Dienstweg umgehen wollen. Die *Whistleblowing*- Regelung soll nur Fälle abdecken, bei welchen keine anderen Handlungsoptionen bestehen. Aber gerade für solche Fälle ist eine zusätzliche Regelung eben notwendig. Wer in der öffentlichen Verwaltung nach Ausschöpfung des Dienstwegs Hinweise auf in Ausübung seiner Tätigkeit wahrgenommene interne Unregelmässigkeiten, Korruption oder Gesetzesverletzungen macht – also der *Whistleblower* –, soll vor Kündigung oder Repressionen besser geschützt werden.
• Art des Arbeitsverhältnisses: Der Staat als Arbeitgeber hat bereits heute nach geltendem Recht gewisse Verfahrensgarantien einzuhalten, welche im Obligationenrecht so nicht vorgesehen sind. Zu diesen Verfahrensgarantien gehören beispielsweise die Gewährung des rechtlichen Gehörs oder die Begründungspflicht bei Kündigung etc. Diese Garantien gelten unabhängig davon, ob es sich um ein öffentlich-rechtliches Arbeitsverhältnis oder um eines nach Obligationenrecht handelt. Aus diesem Grund sollten nach herrschender Lehre im öffentlichen Dienstrecht keine zivilrechtlichen Arbeitsverhältnisse eingegangen werden. Dieser Lehrmeinung

trägt die Revision Rechnung. Die Kommission befürwortet diese Änderung, zumal durch klar definierte Abweichungen auch festgehalten werden kann, dass beispielsweise mit landwirtschaftlichen Hilfskräften wie bis anhin im landwirtschaftlichen Normalarbeitsvertrag die 45-Stunden-Woche vertraglich vereinbart werden kann oder in gewissen Bereichen die obligationenrechtlichen Bestimmungen für anwendbar erklärt werden können.
• Beförderungen: Ebenfalls diskutiert wurden die Beförderungsrichtlinien. Der Umfang der Beförderungen ist beim Kanton Zug von den hierfür zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln abhängig. Die Beförderungssumme wird jährlich im Rahmen der Beförderungs- und Budgetrichtlinien durch den Regierungsrat festgelegt. Für weitere Details hierzu verweist der Votant auf den Kommissionbericht.
• Vaterschaftsurlaub: In der Kommission wurde ein Antrag diskutiert, den Vaterschaftsurlaub neu auf Gesetzesstufe zu regeln und diesen im Einklang mit der Regelung beispielsweise der Stadt Zug zu bringen. Die Mehrheit der Kommission erachtet jedoch die von der Regierung im Rahmen der Arbeitszeitverordnung getroffene Regelung als genügend. Dort sind fünf Tage festlegt, was angemessen und ausreichend ist. Deshalb wird von einer Ausweitung auf zehn Tage abgeraten.
• Lohnfrage: Seitens der Finanzdirektion wurde versichert, dass das geltende Besoldungssystem ausreichend ist, um Kaderstellen zu besetzen. Von der möglichen Erhöhung der Maximallöhne um einen Viertel hat man in den letzten Jahren nur vereinzelt Gebrauch machen müssen. Aktuell gibt es keine Mitarbeitenden welche über die höchste Lohnklasse hinaus Zulagen beziehen. Von der Schaffung einer 27. Lohnklasse wird deshalb abgesehen.
• Verbot der Annahme von Geschenken: Mit dieser Bestimmung wird eine gesetzliche Grundlage zur Korruptionsbekämpfung geschaffen. Man will damit aber auch die Mitarbeitenden für diese Problematik sensibilisieren. Der Begriff «Vorteile» umfasst nämlich sowohl materielle als auch immaterielle Vorteile, und insbesondere gehörten dazu auch Einladungen zu Veranstaltungen oder versprochene zukünftige «Leistungen». Die Kommission unterstützt diese Regelung. Es wird aber explizit angeregt, dass Ausnahmeregelungen – eben «Geschenke von geringem Wert» – ausserhalb des Gesetzes in irgendeiner Form konkretisiert werden sollen.
• Finanzielle Auswirkungen: Es ist nur mit geringen, kaum quantifizierbaren Mehraufwänden im Bereich einer allfälligen Erhöhung des Personalaufwands bei einer *Whistleblowing*-Meldestelle und im Bereich der wohl geringfügig kleineren Einnahmen aus Spruchgebühren infolge der Erhöhung der Streitwertgrenze zu rechnen.
Im Namen der Kommission dankt der Votant dem Rat, wenn dieser auf die Vorlage eintritt und sie mit den Änderungen der Kommission unterstützt.

Esther Haas: Die AGF ist einstimmig für Eintreten und freut sich insbesondere, dass am bewährten Lohnsystem nicht gerüttelt wird. Die Votantin spricht hauptsächlich zu jenen Punkten, wo Regierung und Kommission abweichende Haltungen haben oder wo die AGF Anträge stellen wird.
Bei § 1 Abs. 4 folgt die AGF dem Vorschlag der Regierung. Sie erachtet es als angebracht, dass wichtige, das oberste Kader betreffende Personalentscheidungen wie Anstellungen und Entlassungen weiterhin bei der Gesamtregierung angesiedelt sind. Alle anderen Personalgeschäfte sollen aber künftig den einzelnen Direktionen überlassen sein. Mit dieser Änderung wird eine Entlastung der Gesamtregierung erreicht.
Die Schaffung einer *Whistleblower*-Stelle ist für die AGF eine Notwendigkeit. Bei dieser Stelle können konkrete Missstände und Unregelmässigkeiten gemeldet werden. Die AGF schlägt vor, dass diese Aufgabe der Ombudsstelle übertragen wird. Nach ihrem Dafürhalten muss die Meldestelle vom Kantonsrat bestimmt und die

Aufgaben und Kompetenzen vom Regierungsrat geregelt werden. Die AGF wird in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen, weil sie die Gewaltenteilung ernstnimmt und diese sicherstellen will.
Bei § 34 wird die AGF in der Detailberatung beantragen, dass Personen mit öffentlichen Nebenämtern 15 statt 12 Tage bezahlten Urlaub bekommen. Dies entspricht den Empfehlungen des SECO und ermöglicht auch Angestellten, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Die AGF versteht ihren Antrag als Beitrag zur Pflege des Milizsystems in der Schweizer Demokratie.
Eine zentrale Forderung in der Vernehmlassungsantwort der AGF war die Festschreibung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs von mindestens 10 Tagen. Die AGF wird diesen in der Detailberatung beantragen, vor allem weil führende Arbeitgeber schon längst weiter gehen. So werden junge Familien gestärkt, und es ist ein Bekenntnis, dass auch Väter Verantwortung in der Kinderbetreuung übernehmen. Zum Kostenfaktor des Vaterschaftsurlaubs: Generell tragen Kantonsangestellte das gute Funktionieren des Kantons Zug mit, was von verschiedensten Seiten immer wieder erwähnt und entsprechend gelobt wird. Geht es aber um die konkreten Taten, wird beim Personal geknausert. Beim Vaterschaftsurlaub darf dies aber nicht der Fall sein. Für die AGF ist der Vaterschaftsurlaub kein Geschenk, sondern eine zeitgemässe Selbstverständlichkeit.
Geschenke anzunehmen, soll den Kantonsangestellten künftig ohnehin grundsätzlich verboten sein. Die AGF unterstützt dieses Verbot, weil man so möglichen Befangenheiten der Mitarbeitenden vorbeugen kann.

Barbara Gysel hält namens der SP-Fraktion fest, dass der Kanton Zug insgesamt über ein modernes Personalgesetz verfügt. Die vorgesehenen Änderungen sind für die SP-Fraktion zwar relevant, sie sind in ihren Augen aber keine grösseren, heiklen Eingriffe und Anpassungen.
Die SP begrüsst es, dass die Grundlagen für das *Whistleblowing* geschaffen werden. Sie unterstützt ausdrücklich auch die Massnahmen zur Korruptionsbekämpfung und die Erschwerung von Begünstigungen und der Annahme von Geschenken. In dieser Frage wird sie in der Detailberatung einen zusätzlichen Antrag stellen.
Es ist bemerkenswert, dass «Transparency International» aufgrund einer repräsentativen Befragung, eines eigentlichen «Korruptionsbarometers», die Parteien als korrupteste Institution beurteilt; an zweiter Stelle folgen die Medien sowie der Privatsektor, an vierter Stelle das Parlament. Korruption in der Verwaltung ist in der Schweiz hingegen kaum ein Thema, wie die Umfrage zeigt. Rund die Hälfte der Befragten gab an, Korruption im staatlichen Dienst sei eher kein oder gar kein Problem. Allerdings machen rund vier von zehn Befragten in der Schweiz eine Zunahme der Korruption in den letzten zwei Jahren aus. So scheint es erst recht wichtig, sowohl die Korruptionsbekämpfung als auch das *Whistleblowing* im Kanton Zug zu pflegen. Würden Schweizerinnen und Schweizer auf einen Korruptionsfall stossen, würden ihn – nach eigenen Angaben – 92 Prozent melden. Damit ist die Meldebereitschaft deutlich höher als in anderen Ländern; in Westeuropa sind es lediglich 73 Prozent der Befragten. Es ist zu hoffen, dass dies auch für Zug zutrifft.
Unter weiteren Massnahmen und Leistungen des Kantons Zug als Arbeitgeber wurde auch die Mobilitätsförderung behandelt. Die SP würde es begrüssen, wenn nicht nur die Abgabe von Halbtax-Abos, sondern generell mit einer Gutschrift in der gleichen Höhe weitere Abonnemente wie etwa der Zuger Buspass unterstützt werden könnten.
Zu § 60, welcher jetzt den Mutterschaftsurlaub zum Thema hat, der nach mindestens zwei Jahren Arbeitsverhältnis sechzehn Wochen beträgt: Die SP sieht es wie die ALG als Gebot der Zeit, im Gesetz auch einen Vaterschaftsurlaub einzuführen.

Auch der Bundesrat will einen solchen in Zukunft gewähren, und seit dem 1. Juli dieses Jahren erhalten die Mitarbeiter des Bundes bei der Geburt eines Kindes zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Die Bundesverwaltung folgt damit einem Trend, der in den letzten Jahren einen Grossteil der Schweizer Arbeitgeber erfasst hat. Viele Unternehmen haben einen Vaterschaftsurlaub von ein bis zwei Wochen eingeführt, bei vollem Lohn.
Die SP ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage und wird dieser ansonsten gemäss den Anträgen der Regierung und Kommission zustimmen. Sie möchte es nicht unterlassen, dem Personal des Kantons Zug ganz herzlich zu danken für die tägliche Arbeit jetzt und auch in Zukunft.

Walter Birrer: Die SVP-Fraktion hat die Änderungen des Personalgesetzes eingehend diskutiert. Eintreten war unbestritten. Die SVP schätzt die Arbeit und die Leistungen des Staatspersonals und dankt dafür bestens.
Bei der Beratung des Gesetzes war der Votant sehr erstaunt über die Beilage 2 mit insgesamt siebzehn Benefits: Vaterschaftsurlaub von fünf Tagen, Reisechecks, «Sport am Mittag» etc. Die SVP dankt für die Transparenz. In der Fraktion war § 34 betreffend zwölf bezahlte Tage für öffentliche Nebenämter ein grosses Thema. Viele im Rat haben keine solche Entschädigung, sie müssen Ferien oder unbezahlten Urlaub nehmen; auch der Votant ist als KMU davon betroffen. Die SVP wird bei der Detailberatung hierzu einen Antrag stellen.
In § 57, der die Entschädigung eines Halbtax-Abonnements für den Arbeitsweg vorsieht, ist die SVP klar der Meinung, dass die Angestellten, die ihren Wohnort nicht in der Nähe ihres Arbeitsorts wählen, nicht belohnt und mit einem Halbtax-Abonnement unterstützt werden sollen. Die Personen mit einem langen Arbeitsweg sind ja auch für die Umwelt eine Belastung und kosten Ressourcen. In der Kommission wurde dieser Vorschlag ebenfalls abgelehnt. Die SVP unterstützt auch hier – wie eigentlich in sämtlichen Anträgen – die Kommission.
Esther Haas hat davon gesprochen, dass man noch ein Brikett mehr drauflegen könnte. Auch als KMU könnte man noch ein Brikett mehr drauflegen, den Angestellte bessere Löhne zahlen, die Häuser ein bisschen teurer bauen, die Wohnungen etwas teurer werden lassen. Wo aber bleibt das preisgünstige Wohnen, wenn man auf der KMU-Seite diese Löhne bezahlen müsste? Das klafft doch auseinander: hier das Staatspersonal, dort die KMU. Wo geht die Reise hin? Soll es im Kantonsrat nur noch Staatspersonal geben und keine KMU-Vertreter mehr, welche dafür ihre Freizeit einsetzen oder auf Ferien und Lohn verzichten? Das muss bei der Beratung überlegt werden.

Gabriela Ingold: Auch für die FDP-Fraktion ist Eintreten unbestritten. Bei § 1 Abs. 4 unterstützt die FDP mehrheitlich den Antrag der Regierung. Sie will nicht, dass sich der Gesamtregierungsrat mit Personalfragen eines einzelnen Amtsleitenden zu befassen hat. Vielmehr ist die FDP der Meinung, dass der Regierungsrat grundsätzlich strategische Vorgaben geben muss. Im Einzelfall soll jedoch jeder Departementsvorsteher Führungsverantwortung übernehmen. Die Verwaltung wird dadurch effizienter, und unnötige Bürokratie kann vermieden werden.
Die Beibehaltung der bisherigen Lohnklassen und den Verzicht auf eine zusätzliche Klasse befürwortet die FDP. Die neu geschaffenen Gesetzesartikel erachtet sie als funktional und sinnvoll. Die Verankerung von *Whistleblowing*-Regeln ist für die FDP-Fraktion unbestritten. Die getroffenen Lösungen erscheinen umfassend und schützen die betroffenen Mitarbeiter. Die durch die Kommission eingeführte Missbrauchsbestimmung in Form von § 28 Abs. 3. begrüsst die FDP. Auch § 28^{quater} erhält die volle Zustimmung der FDP. Es wird damit eine gesetzliche Grundlage gegen

Korruption in der Verwaltung geschaffen. Die Bestimmung ist zeitgemäss und schliesst eine Lücke im Personalgesetz. Es ist wichtig, dass die Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung für dieses Thema sensibilisiert werden. Die Ausdehnung des Vaterschaftsurlaubs lehnt die FDP-Fraktion vehement ab.
Die FDP dankt der Kommission für den Abklärungsauftrag bzw. die Beilage 2 im Kommissionsbericht, welche einen interessanten und umfassenden Überblick über die Lohnnebenleistungen gibt.

Georg Helfenstein: Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage. Bei § 1 unterstützt sie mehrheitlich die Regierung, die Diskussionen zeigten aber für beide Seiten – Kommission wie Regierung – Verständnis. Wichtig scheint in beiden Fällen, dass Kontrolle und Informationsaustausch gewährleistet sind.
Bei § 4 unterstützt die CVP die auch im Bericht in den Materialien erwähnte Regelung, dass bei landwirtschaftlichen Angestellten Ausnahmeregelungen möglich sind, ohne dabei das öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnis zu missachten.
Dass das *Whistleblowing* in § 28 geregelt wird, ist aus Sicht der CVP sehr wichtig. Sie unterstützt die schlanke Gesetzgebung, erwartet aber von der Regierung, dass sie in der Verordnung den Inhalt des Kommissionsberichts miteinbezieht. Vor allem erachtet die CVP die Ombudstelle als geeignete Meldestelle, so dass der Kanton mit einer schlanken, bestehenden Struktur die Problematik des *Whistleblowings* lösen kann. Den von der Kommission eingebrachten Abs. 3 bezüglich Missbrauch unterstützt die CVP ebenfalls.
Bei § 34 ist die CVP-Fraktion einverstanden, damit der Regierung eine flexible Handhabung zur Verfügung steht. Das Ziel muss aber sein, diese Belastung möglichst auf die arbeitsfreie Zeit zu legen. In der Privatwirtschaft werden selten solche Zusagen gemacht.
§ 57 gab etwas mehr zu diskutieren. Aus Sicht der CVP muss bei diesem Paragraphen die Betrachtung im Gesamtkontext zu jedem einzelnen Angestelltenvertrag stehen. Die CVP erwartet, dass die Regierung das Mobilitätsmanagement gezielt einsetzt und die Materialien im Bericht der Kommission berücksichtigt, bezogen vor allem auf die Diskussion um die Halbtax-Abonnemente. Mit zugedrückten Augen sagt die CVP ja zu diesem Paragraphen, vor allem weil es einer Legalisierung der bisherigen Praxis gleichkommt.

Martin Pfister: Wie dem Kommissionsbericht zu entnehmen ist, haben vier Mitglieder der vorberatenden Kommission die Vorlage in der Schlussabstimmung abgelehnt. Es war während der Kommissionsberatungen nicht zu erkennen, wo der Dissens besteht und warum diese vier Mitglieder die Vorlage ablehnten. Auf Nachfrage erklärten die betreffenden Kommissionsmitglieder, das gehe die übrigen Kommissionsmitglieder im Moment nichts an, und man werde das dann in der Kantonsratsdebatte erfahren. Der Votant bittet, dass mindestens eines dieser Mitglieder den Rat heute oder in der zweiten Lesung aufklären soll, warum sie in der Schlussabstimmung die Vorlage ablehnten.

Philip C. Brunner stellt dem Landschreiber die Frage, ob es für die Beratung dieses Gesetzes Ausstandsgründe gebe. Er geht davon aus, dass es im Rat Leute hat, die selber vom Gesetz betroffen sind und jetzt über ihren Lohn mitbestimmen. Diese Personen müssten aus der Sicht des Votanten in den Ausstand treten. Und die zweite Frage lautet: Wer ist davon betroffen? Der Votant ist sehr überrascht, dass sich bisher niemand beim Vorsitzenden gemeldet und erklärt hat, dass er sich im Ausstand befindet.

Landschreiber **Tobias Moser** erläutert, dass es keine Ausstandsregelung gibt. Die Mitglieder der Legislative sind gesetzlich und verfassungsmässig verpflichtet, ihre Funktion gemäss ihrem verfassungsmässigen Auftrag auszuüben. Es gibt in der Debattenordnung den Hinweis auf die Interessenbindung, den Sprechende anzubringen haben, wenn sie etwas kommentieren oder einen Antrag stellen.
Es gibt sicher Ratsmitglieder, die von der Teilrevision des Personalgesetzes betroffen sind. Allerdings sind die Regelungen zum Lohn nicht in dieser Revision enthalten. Allfällig betroffene Ratsmitglieder können hier also nicht über ihren Lohn debattieren, sondern nur über die anderen Regelungen

Philip C. Brunner fragt konkret nach, wer denn jetzt in den Ausstand geht. Es geht zwar nicht um den Lohn, aber um Begünstigungen. Niemand *muss* in den Ausstand treten, der Votant aber *würde,* wenn er betroffen wäre.

Landschreiber **Tobias Moser** wiederholt, dass niemand in den Ausstand treten muss. Es ist aber selbstverständlich möglich, dass man auf die Toilette gehen oder einen Kaffee trinken gehen kann. Die einzige Verpflichtung, welche die Ratsmitglieder von Rechts wegen haben, ist die Darlegung der Interessenbindung. Es kann auch kein Kantonsratsmitglied von seinen Ratskollegen verlangen, sich als Betroffene von dieser oder jener Regelung zu deklarieren.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die positive Aufnahme der Gesetzesrevision. Aus den Voten lässt sich entnehmen, dass Eintreten unbestritten ist und nur in einzelnen Detailfragen Änderungen beantragt werden.
Es ist richtig, dass der Kanton Zug ein gutes, modernes Personalgesetz hat. Der Regierungsrat wurde mit gewissen Änderungen beauftragt, einerseits aufgrund der Vorfälle im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug – das betrifft etwa das *Whistleblowing,* das Begünstigungsverbot, das Verbot der Annahme von Geschenken und teilweise die Kompetenzen und Aufgaben des Personalamts –, andererseits aufgrund weiterer Motionen, etwa bezüglich der 27. Lohnklasse. Weitere Änderungen bringt der Regierungsrat von sich aus ein, weil er im Vollzug des Gesetzes gewisse Anliegen erkannt hat. Mit den beantragten Änderungen wird das Personalgesetz wieder auf dem neusten Stand sein, und es wird keine Pendenzen mehr abzuarbeiten geben.
Der Finanzdirektor dankt der vorberatenden Kommission und ihrem Präsidenten für die gute Arbeit. Die Kommission erteilte der Finanzdirektion fünf zusätzliche Abklärungsaufträge, etwa zu den Lohnnebenleistungen, den sogenannten *Fringe Benefits*, die in der Beilage 2 zum Kommissionsbericht aufgelistet und dargelegt sind. Man kann dort sehen, dass es sich dabei nicht um exorbitante Leistungen handelt, sondern dass diese sich in der Grössenordnung von etwa 1 Prozent des gesamten Personalaufwands bewegen. Das ist eine gute und vertretbare Grössenordnung.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 1 Abs. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission den Änderungsvorschlag des Regierungsrats ablehnt und zudem vorschlägt, «Chefbeamtinnen oder Chefbeamten» wie folgt zu ergänzen: «Chefbeamtinnen und oder Chefbeamten».

Kommissionspräsident **Andreas Hausheer** verdeutlicht, weshalb die vorberatende Kommission hier eine andere Meinung hat als der Regierungsrat. Die Kommission zeigte zwar Verständnis für das Bedürfnis nach Entlastung des Regierungsrats. Ihr ist es aber wichtiger, die Entscheidungen betreffend Amtsleitende im Sinne des rechtsgleichen Vollzuges, des Gleichbehandlungsgrundsatzes und der *Unité de doctrine* beim Gesamtregierungsrat zu belassen. Der Gesamtregierungsrat trägt ja auch die Verantwortung für das einwandfreie Funktionieren der Verwaltung. Die Kommission schlägt daher mit 9 zu 6 Stimmen vor, den Änderungsvorschlag abzulehnen und der ursprünglichen Fassung gemäss geltendem Recht zuzustimmen. Änderungen in diesem Bereich gehören zwingend vor den Gesamtregierungsrat.
Im Übrigen hat sich in die Synopse ein Fehler eingeschlichen. Die Kommission will den Wortlaut der alten Fassung und nicht das komische «und oder», das jetzt in der Synopse steht.

Hans Christen weist darauf hin, dass es keine «Chefbeamte» mehr gibt; der Beamtenstatus wurde aufgehoben. Der entsprechende Passus müsste also geändert werden.

Landschreiber **Tobias Moser** antwortet, dass sich die Regierung und die vorberatende Kommission dessen bewusst sind. Bei Teilrevisionen gilt aber die Tradition, die Begrifflichkeit nicht zu ändern, weil sonst auch andernorts Begriffe angepasst werden müssten und damit die Revision unübersichtlich würde. Der Rat muss sich also gedulden – vermutlich bis zur nächsten oder übernächsten Legislatur, wenn das Personalgesetz totalrevidiert wird.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** stellt den Antrag, dem regierungsrätlichen Vorschlag zu folgen. Der Regierungsrat kann die Anliegen der vorberatenden Kommission sehr wohl nachvollziehen. Es ist auch im Interesse der Regierung, dass ein rechtsgleicher Vollzug stattfindet und das Personalrecht nicht in jeder Direktion unterschiedlich gehandhabt wird. Das gilt nicht nur in Zusammenhang mit den Amtsleitenden, sondern natürlich auch mit allen anderen Angestellten. Daher ist das Personalamt in personalrechtliche Änderungen einzubeziehen. Wenn beispielsweise ein Arbeitsvertrag abgeschlossen wird, spricht das Personalamt mit, auch über die Höhe der Einstufung. Kommt es nicht zu einer Einigung zwischen Personalamt und Direktion, gibt es als erste Eskalationsstufe den Finanzdirektor, der auch an den Gesamtregierungsrat gelangen kann.

Die Anstellung und Entlassung der Amtsleitenden liegt unbestrittenermassen in der Kompetenz des Regierungsrats. Es kann aber unterjährig immer wieder Änderung in Zusammenhang mit deren Beschäftigung geben, beispielsweise die Ermöglichung von Teilzeitarbeit oder der Bezug von unbezahlten Ferien. Der Finanzdirektor hat in seiner Direktion beispielsweise einen national anerkannten Experten für Steuerfragen, der etwa alle zwei Jahr als Dozent für steuerliche Fachseminarien auf nationaler Ebene oder auch immer wieder als Prüfungsexperte für die Prüfungen zum Steuerexperten angefragt wird. Heute ist es so, dass es für die entsprechende Bewilligung jedesmal einen Beschluss des Gesamtregierungsrats braucht. Dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, dass diese Kompetenz an den Direktionsvorsteher übertragen werden kann. Es geht also nicht um Anstellung oder Entlassung, sondern um solche kleineren Anliegen.

➔ Der Rat stimmt mit 32 zu 24 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats zu.

§ 2 Abs. 2–3
§ 4 Abs. 3
§ 10bis Abs. 1–3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 28bis

Walter Birrer stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** den ganzen Artikel mit allen drei Absätzen zu streichen.

Manuel Brandenberg erläutert den von seinem Parteikollegen eingebrachten Antrag. Die SVP findet die ganze neue Bestimmung bezüglich *Whistleblowing* nicht nötig. Es gibt schon jetzt Möglichkeiten, sich bemerkbar zu machen, etwa die Ombudsstelle. Das bedeutet nicht, dass die SVP es nicht wichtig findet, dass Beamte es melden, wenn etwas nicht in Ordnung ist. Es braucht aber keinen neuen Artikel mit drei Absätzen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** empfiehlt, dem Streichungsantrag der SVP nicht stattzugeben. Diese Bestimmung ergab sich aus den Vorfällen im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug bzw. aus einer erheblich erklärten Motion der damaligen Kommission. In der vorberatenden Kommission wurde eine ausführliche Diskussion über diesen Artikel geführt. Es wurde dort über die unterschiedliche Tiefe der Regelungsformen gesprochen. Man hätte viel weiter gehen können bis hin zum Gesetz. Der Regierungsrat will aber nicht alles detailliert regeln, wie das beispielsweise der Kanton St. Gallen tut. Es braucht aber diese Bestimmung. Es wurde richtigerweise gesagt, dass es bereits entsprechende Instrumente gibt; es gibt auch die Verpflichtung für Mitarbeitende, bei strafbaren Handlungen mit den Vorgesetzten zu sprechen bzw. Anzeige zu erstatten. Problematisch ist es aber, wenn dann nichts passiert. Es gibt in den Medien immer wieder Fälle, in denen Mitarbeitende intern nicht weiter kamen und dann an die Öffentlichkeit traten. Am Schluss hatten diese Mitarbeitenden zwar einen Missstand aufgezeigt, es wurde ihnen aber die Stelle

gekündigt. Die vorgeschlagene Bestimmung dient auch dazu, dass solche Mitteilungen nicht nach aussen an die Medien gehen müssen, sondern an eine bezeichnete Stelle. Und der Mitarbeiter ist geschützt, wenn er an diese Stelle gelangt, er muss für sich keine Nachteile in Kauf nehmen und nicht kann vom Vorgesetzten – quasi aus Rache – entlassen werden.

Manuel Brandenberg teilt mit, dass die SVP-Fraktion ihren Streichungsantrag zurückzieht.

§ 28bis Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission, um Missverständnissen vorzubeugen, beantragt, den Begriff «Meldung» anstelle von «Anzeige» zu verwenden. Der Regierungsrat schliesst sich der Fassung der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Kommission.

§ 28bis Abs. 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 28bis Abs. 3 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission den folgenden neuen Abs. 3 vorschlägt: «Die Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter verstossen gegen die Treuepflicht, wenn sie das Recht auf Meldung offensichtlich missbrauchen.» Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an. Aus dem bisherigen Abs. 3 wird neu Abs. 4.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 28bis Abs. 4

Esther Haas legt nachträglich ihre Interessenbindung dar: Als Kantonsangestellte ist sie vom vorliegenden Gesetz selber betroffen.
Die AGF stellt den **Antrag,** Abs. 4 wie folgt zu ergänzen: «Der Kantonsrat bestimmt die Ombudsstelle als Meldestelle. Der Regierungsrat regelt deren Aufgaben und Kompetenzen.» Die Begründung dafür liegt darin, dass hier die Gewaltenteilung tangiert wird. Die AGF nimmt – wie bereits erwähnt – die Gewaltentrennung ernst und will diese sicherstellen.

Kommissionspräsident **Andreas Hürlimann** teilt mit, dass kein Kommissionsmitglied materielle Einwände gegen die Bestimmung der Ombudsstelle als Meldestelle äusserte. Die Kommission hat die verschiedenen Argumente – darunter die Gewaltentrennung – abgewogen und ist zum Schluss gekommen, dass mit dem Regierungsrat bzw. dem Verordnungsweg die Flexibilität besser gewährleistet ist. Wenn es nicht optimal laufen würde, könnte die Justizprüfungskommission immer noch mit einem entsprechenden Antrag an den Regierungsrat gelangen, Auch so wäre der

Einfluss des Kantonsrats also gewährleistet. Die vorberatenden Kommission hat den Antrag, wie er jetzt von Esther Haas gestellt wurde, mit 11 zu 2 Stimmen abgelehnt und empfiehlt dem Rat, die Formulierung der Regierung zu übernehmen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** teilt mit, dass er sich dem Votum des Kommissionspräsidenten anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt mit 45 zu 14 Stimmen die Fassung des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission.

§ 28ter Abs. 1–2
§ 28^{quater} Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 28^{quater} Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

Barbara Gysel stellt namens der SP-Fraktion den **Antrag,** Abs. 2 am Schluss wie folgt zu ergänzen: «Diese [= die Geschenke von geringem Wert] sind der vorgesetzten Stelle bekanntzugeben.»
Es ist grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn eine Person, welche mit einer Dienstleistung sehr zufrieden war, sich bei der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter der Verwaltung mit einem kleinen Geschenk bedankt. Für die betroffenen Mitarbeitenden ist es aber manchmal nicht so einfach zu entscheiden, was denn nun ein Geschenk von geringem Wert ist. Hier hilft Transparenz. Wenn alle verpflichtet sind, der vorgesetzten Stelle zu melden, was sie angenommen haben, ist ein offener Austausch möglich, und das Ganze reguliert sich fast von alleine.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** kann keine gefestigte Haltung des Regierungsrats bekunden, weil er den Antrag eben zum ersten Mal gehört hat. Grundsätzlich wäre im Personalgesetz ja gar nichts zu regeln, weil das Verbot der Annahme von Geschenken und von Begünstigung im öffentlichen Dienst schon im Gerichtsorganisationsgesetz geregelt ist. In der täglichen Arbeit stellt man aber immer wieder fest, dass das Verbot, Vorteile anzunehmen oder sich begünstigen oder übermässig beschenken zu lassen, in weiten Kreisen und über viele Hierarchiestufen hinweg nicht genügend bekannt ist. Die Aufnahme ins Gesetz hat also auch das Ziel, die Mitarbeitenden noch mehr für diese Problematik zu sensibilisieren. Es ist momentan sowieso eher der Trend, bei Geschenken kritischer zu sein. Im Kanton Zug galt schon lange die Regel, dass man das annehmen darf, was man an einem Tag essen und trinken kann, wobei die Spannweite noch eher etwas enger wird als diese Regelung.
Im Kommissionsbericht wird für den Entscheid, ob man ein Geschenk annehmen soll oder nicht, explizit der Einbezug des Vorgesetzen erwähnt. Der Regierungsrat hat es nicht als notwendig erachtet, das gesetzlich zu normieren. Er baut auch auf

die Eigenverantwortung des Mitarbeitenden. Wegen einer Schokolade muss man den Vorgesetzten sicher nicht informieren; wenn es hingegen ein Nachtessen ist, vielleicht sogar zusammen mit einem Sportanlass, dann ist die Information des Vorgesetzten sicher angebracht. Und wenn es gar ein Nachtessen mit Übernachtung ist, dann ist die Annahme des Geschenks sicher ausgeschlossen. Alles zu normieren, macht aber wenig Sinn. Auch wenn der Finanzdirektor ein gewisses Verständnis für den Antrag der SP-Fraktion hat, kann man es mit dem Gesetz in der vorliegenden Fassung und den Ausführungen in den Materialien belassen, wie das auch die vorberatenden Kommission vorschlägt. Es braucht keine weitere Bestimmung.

➔ Der Rat genehmigt mit 43 zu 8 Stimmen die Fassung des Regierungsrats.

§ 29 Abs.1 und 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats

§ 34 Abs. 2

Walter Birrer stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** den bezahlten Urlaub für die Ausübung eines öffentlichen Amts auf 6 Tage zu kürzen, den entsprechenden Passus in § 34 Abs. 2 also wie folgt zu formulieren: «wird bezahlter Urlaub bis zu 6 Arbeitstagen pro Kalenderjahr gewährt.» Der Votant ist ein KMU und stimmte – dies als Antwort auf die Aufforderung von Martin Pfister – in der Kommission in der Schlussabstimmung gegen die Vorlage. Wenn er morgen Nachmittag auf die Baustelle geht und Leute trifft, welche die Zeitung gelesen haben, wird er zu hören bekommen: «Jetzt geht ihr noch auf 15 Tage oder sogar noch weiter. Was ist denn der Unterschied zwischen dem Staatspersonal und uns, die auf den Baustellen arbeiten? Warum haben wir nicht auch 15 Tage unbezahlten Urlaub?» Der Votant muss dann antworten: «Bezahlt nur die Steuern, dann können wir das andere ja erledigen.» Diese *goodies* werden in der Arbeitswelt nicht wirklich toleriert. Und auf die Frage «Was können wir tun?» würde der Votant antworten: «Wir haben zu wenige KMU im Kantonsrat.» Oder vielleicht stimmen die KMU falsch, das werden wir nachher sehen. Die KMU-Vertreter müssen für ihre eigenen Leute einstehen. Das Staatspersonal kann bei Entscheidungen, die es betreffen, selber mitbestimmen. Das können die KMU-Angestellten nicht. Darum hofft der Votant heute auf die Vertreter der KMU.

Stefan Gisler stellt folgenden **Antrag:** «Für die Ausübung eines öffentlichen Nebenamtes wird ein bezahlter Urlaub bis zu 15 Arbeitstagen pro Kalenderjahr gewährt. Bei Teilzeitpensen wird der Urlaub anteilmässig berechnet.» In § 324a des Obligationenrechts steht zur Lohnfortzahlungspflicht: «Wird der Arbeitnehmer aus Gründen, die in seiner Person liegen, wie Krankheit, Unfall, Erfüllung gesetzlicher Pflichten oder *Ausübung eines öffentlichen Amtes,* ohne sein Verschulden an der Arbeitsleistung verhindert, so hat ihm der Arbeitgeber für eine beschränkte Zeit den darauf entfallenden Lohn zu entrichten.» Wer ein öffentliches Amt ausübt, hat also das *Recht* auf bezahlten Urlaub – und der Votant ermuntert seinen Vorredner Walter

Birrer, dieses Recht auch einfordern. Auch das Staatsekretariat für Wirtschaft (SECO) schreibt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die ein öffentliches Amt – beispielsweise als Parlamentarier im Zuger Kantonsrat – ausüben, ein Lohnanspruch für eine beschränkte Zeit zusteht. Das SECO hält fest, dass es im ersten Dienstjahr in der Regel einen Lohnanspruch für 15 Arbeitstage geben soll. Vielerorts gilt die Praxis, dass in den folgenden Dienstjahren für eine längere Zeit – gemäss Berner oder Zürcher Skala – bezahlter Urlaub gewährt wird. Soweit will der Votant nicht gehen. Er hält 15 Tage für angemessen. Auch hält er es für angemessen, dass sich der Anspruch gemäss Anstellungsprozenten reduziert, dass also jemand, der 50 Prozent arbeitet, nur 7,5 Tage gewährt bekommt. Wenn die Regierung nun 12 Tage vorschlägt, liegt sie tiefer als die gängige Praxis. Die Lohnfortzahlung während 15 Tagen pro Jahr ist in den Personalverordnungen der Bundesämter, von zahlreichen kantonalen Verwaltungen, beispielsweise in St. Gallen, Basel-Stadt, Bern, Aargau festhalten – ja sogar im Nachbarkanton Schwyz, der ja wirklich nicht für Grosszügigkeit bekannt ist. Viele grosse Städte kennen die 15 Tage, aber auch Unternehmen wie Swisscom oder SBB oder zahlreiche Banken, etwa die Crédit Suisse, sehen diese 15 Tage vor. Wieso gewähren diese Arbeitgeber die 15 Tage? Wegen unserer Form der Demokratie. So soll die Erfüllung öffentlicher Aufgaben im Milizsystem ermöglicht werden. Unsere Demokratie baut darauf auf, dass auch weniger gut bezahlte Angestellte politisch aktiv sein können. ohne ihr berufliches Pensum reduzieren und finanzielle Einbussen in Kauf nehmen zu müssen. Dieser Paragraph und insbesondere der Antrag auf eine Reduktion auf 6 Tage wecken den Verdacht, dass man Angestellten möglichst hohe Hürden aufbauen will, damit sie sich nicht am politischen Leben beteiligen können. Im Sinne einer lebendigen Demokratie, an welcher möglichst alle teilhaben können, bittet der Votant deshalb, den Antrag auf 15 Tage zu unterstützen

Kommissionspräsident **Andreas Hausheer:** Nach geltendem Recht besteht ein absoluter Anspruch auf Gewährung von 12 bzw. bei Teilzeitarbeit auf eine anteilsmässig reduzierte Anzahl Tage Urlaub für die Ausübung eines öffentlichen Nebenamts. Dieser Anspruch wird mit der Gesetzesänderung eingeschränkt: Unbezahlter Urlaub soll lediglich im benötigten Umfang bis maximal 12 Tage gewährt werde, soweit die Ausübung eines Nebenamts nicht in der arbeitsfreien Zeit möglich ist.
Im Rahmen eines Abklärungsauftrags wurde die Kommission in ihrer zweiten Sitzung über die geltenden Grundlagen und die Kriterien sowie über die Praxis bei der Bewilligung der Ausübung öffentlicher Nebenämter informiert. Unter anderem wird bei der Bewilligung darauf geachtet, dass die zeitliche Gesamtbelastung nicht wesentlich mehr als 110 Prozent beträgt. Zum Zeitpunkt der Kommissionssitzung verfügten insgesamt sechzig Personen über eine Bewilligung für ein öffentliches Nebenamt. Diese betreffen nicht nur Kantons- oder Gemeinderatsmandate, sondern auch Friedensrichterin bzw. Friedensrichter oder Pilzkontrolleurin bzw. Pilzkontrolleur. Letztere Beispiele zeigten, dass der Maximalanspruch an Urlaub auch unter der geltenden Regelung nicht immer ausgeschöpft wird, da bei gewissen Ämtern die zeitliche Beanspruchung gar nicht so hoch ist. Zudem ist die Kommission der Meinung, dass man mit der neuen Regelung besser auf den Einzelfall fokussieren kann. Der erhöhten Flexibilität der Mitarbeitenden ist auch durch die Einführung der Jahresarbeitszeit Rechnung getragen worden.
Die vorberatende Kommission empfiehlt daher, den Änderungen gemäss Vorschlag der Regierung zuzustimmen und so auch die goldene Mitte zwischen der Forderung der SVP und jener der AGF zu finden.

Beni Riedi arbeitet in der Privatwirtschaft und hat heute unbezahlten Urlaub. Was Stefan Gisler bezüglich OR gesagt hat, ist sicher richtig. Wenn man aber in der Privatwirtschaft auf dieses Recht auf Urlaub pocht, ist man je nachdem sogar noch schlechter gestellt.
Will der Votant für sein Mandat als Kantonsrat eine Woche Ferien haben, dann ist er in einer Bringschuld. Sein Arbeitgeber könnte ihm die zusätzliche Ferienwoche zwar geben, gleichzeitig aber die Frage stellen, ob die Mitarbeit in dieser oder jener Kommission tatsächlich nötig sei. Für sich persönlich hat der Votant deshalb entschieden, unbezahlten Urlaub zu nehmen, um weder gegenüber seinem Arbeitgeber noch gegenüber sonst jemandem irgendeine Verpflichtung zu haben. Er findet auch 6 Tage noch sehr gut gerechnet, liegt es doch in der Verantwortung eines jeden Einzelnen, was er investieren möchte oder nicht. In diesem Sinne unterstützt er den Antrag seiner Fraktion. Man muss wirklich kein schlechtes Gewissen haben, wenn man – neben allen *goodies,* die später zur Sprache kommen – hier eine Kürzung auf 6 Tage vornimmt.

Für **Silvan Hotz** zeigt das Votum von Stefan Gisler, dass die linke Seite nur so weit lesen will, wie es ihr auch wirklich passt. Gisler hat § 324 OR zwar zitiert, allem Anschein nach aber nicht ganz verstanden. Es steht nämlich: «Wird der Arbeitnehmer […] *ohne sein Verschulden* an der Arbeitsleistung verhindert, […].» Es ist ja nicht so, dass Stefan Gisler unschuldig im Kantonsrat sitzt. Vielmehr *wollte* er auf die Wahlliste, betrieb Wahlkampf etc., und indirekt trägt er also mindestens eine kleine Schuld an seiner Wahl. Deshalb stimmt seine Auslegung von § 324 OR nicht. Einmal mehr wird einfach die Türe weiter aufgemacht. Das kommt irgendwann auf die Wirtschaft zurück, die nachziehen muss. Das geht so nicht. Der Votant wird deshalb den SVP-Antrag unterstützen.

Stefan Gisler hält an seiner Definition von § 324a OR fest und verweist auf ein Bundesgerichtsurteil von 1998, das diesen Lohnanspruch festsetzt. Man kann den Anspruch auch auf Null streichen. Wenn das aber jemand einklagen würde, wären nicht mehr die 15 Tage, sondern die tatsächlichen Tage das Thema – und jeder weiss, dass Mitglieder des Kantonsrats mehr als 15 Tage pro Jahr für ihr Mandat einsetzen. Auf der Website des SECO kann man nachschlagen, dass der Anspruch gesetzlich besteht. Es ist sehr nobel von Beni Riedi, wenn er darauf verzichtet. Bisher ist der Votant immer davon ausgegangen, dass die SVP Recht durchsetzen will. Das soll Beni Riedi in diesem Fall freiwillig nicht tun. Man kann den Anspruch aber nicht einfach als ungültig erklären.

Georg Helfenstein findet es schade, dass jetzt die Staatsangestellten, die 12 Tage erhalten sollen, und die armen übrigen Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden. Es ist aber nicht ganz so, wie es Stefan Gisler sagt. Jeder Verband hat seinen Gesamtarbeitsvertrag, und im Verband, dem der Votant angehört, heisst es explizit, dass im Falle eines politischen Amts Arbeitgeber und Arbeitnehmer diese Frage gemeinsam regeln sollen. Das ist eine vernünftige Lösung. 15 Tage sind für den Votanten aber zu viel. Eigentlich sind ihm auch 12 Tage grundsätzlich zu viel, vor allem aber bedauert er, dass – wie gesagt – das Staatspersonal und private Angestellte gegeneinander ausgespielt werden.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** empfiehlt, an der Formulierung des Regierungsrat und der Kommission festzuhalten. Die 12 Tage haben sich in der Praxis bewährt. Im Kanton haben sechzig Leute eine entsprechende Bewilligung, es ist aber eher die Minderheit, welche diese 12 Tage in Anspruch; ein Pilzkontrolleur beispiels-

weise benötigt nicht unbedingt 12 Tage für sein Nebenamt. Der Regierungsrat wollte diese Regelung in dem Sinne flexibilisieren, dass der Anspruch auf 12 Tage nur dann besteht, wenn es notwendig ist. Wenn sich beispielsweise Sitzungstage mit der Arbeitszeit überschneiden, dann darf die betreffende Person am Arbeitsplatz fehlen; sonst aber soll sie ihr Nebenamt in der arbeitsfreien Zeit ausüben. Die Regelung ist auch in Zusammenhang mit der Einführung der Jahresarbeitszeit zu sehen, welche den Mitarbeitenden eine flexible Planung ihrer Arbeitszeit ermöglicht.
Eine Erhöhung auf 15 Tage findet der Finanzdirektor auch in Zusammenhang mit der Arbeitsbelastung der betreffenden Mitarbeiter nicht angebracht. Man soll vielmehr mit Überzeugung bei 12 Tagen bleiben, auch vom Milizgedanken her. Die öffentliche Hand kann nicht von der Privatwirtschaft erwarten, dass Leute aus KMU sich Zeit für die Parlamentsarbeit nehmen, wenn sie selbst ihren Angestellten diese Zeit nicht auch gibt. Der Staat hat hier auch eine gewisse Vorbildwirkung.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es eine Dreifachabstimmung gemäss § 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung gibt. Jedes Kantonsratsmitglied hat nur eine Stimme. Es liegen folgende Anträge vor:
• Antrag Regierungsrat und vorberatende Kommission: 12 Tage
• Antrag SVP-Fraktion: 6 Tage
• Antrag AGF: 15 Tage

Die Dreifachabstimmung ergibt die folgenden Resultate:
• Antrag Regierungsrat und Kommission (12 Tage): 27 Stimmen
• Antrag SVP-Fraktion (6 Tage): 22 Stimmen
• Antrag AGF (15 Tage): 10 Stimmen

Da das absolute Mehr von 30 Stimmen nicht erreicht wurde, werden nun die zwei Anträge mit den schlechtesten Resultaten einander gegenüber gestellt. Diese Abstimmung ergibt die folgenden Resultate:
• Antrag SVP-Fraktion (6 Tage): 31 Stimmen
• Antrag AGF (15 Tage): 20 Stimmen

➔ In der abschliessenden Abstimmung genehmigt der Rat mit 37 zu 24 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission (12 Tage).

§ 37ter Abs. 3
§ 51 Abs. 1
§ 56bis Abs. 1–2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 57 Abs. 1–2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

Jürg Messmer stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** den ganzen § 57 ersatzlos zu streichen. Es ist nicht notwendig, dass der Steuerzahler weitere Vergünstigungen gewährleistet und diese bezahlen muss.

Andreas Hürlimann hält fest, dass die Kommissionsmitglieder im Hinblick auf die zweite Kommissionssitzung mit einer Übersicht über die Anstellungsbedingungen, Lohnnebenleistungen und *Fringe Benefits* in der kantonalen Verwaltung bedient wurden (Beilage 2 zum Kommissionsbericht). Insgesamt macht der Betrag dieser Leistungen – die Pensionskassenbeiträge ausgenommen – einen Betrag von deutlich weniger als 3 Millionen Franken aus, was – wie bereits erwähnt – weniger als 1 Prozent des gesamten Personalaufwands entspricht.
Mit der neu hinzugefügten, allgemein gehaltenen Bestimmung in Abs. 2 ermöglicht man dem Kanton beispielsweise den Betrieb von Personalkantinen und Erfrischungsräumen oder dass der Kanton als Arbeitgeber Einrichtungen für die familienergänzende Kinderbetreuung unterstützen kann. Weiter soll der Kanton die Möglichkeit haben, ein ökologisches, gesundheitsbewusstes oder sicherheitsförderndes Verhalten seiner Mitarbeitenden gezielt unterstützen zu können. Darunter fällt beispielsweise das für Mitarbeitende vergünstigte Angebot «Sport am Mittag» des Amts für Sport. Mit einer Streichung von Abs. 2 würde diesen Massnahmen die bis anhin fehlende rechtliche Grundlage verwehrt bleiben. Dies kann nicht der Absicht entsprechen, dass der Kanton Zug ein attraktiver Arbeitgeber bleiben soll, was er auch wegen solcher – bei Gott nicht übertriebener – Zusatzleistungen ist. Diese sind auch in der Privatwirtschaft bei ähnlicher Anzahl Mitarbeitenden nicht unüblich und zum Teil noch viel besser ausgebaut.
Kritisiert wurde in der Kommission aber die unflexible und flächendeckende Abgabe der Halbtax-Abonnemente. Die ausschliessliche Finanzierung nur einer Abonnementsart im Hinblick auf die Förderung der Benutzung des öffentlichen Verkehrs für den Arbeitsweg scheint der Kommission – so die überwiegende Meinung – unausgewogen und nicht zweckmässig.
Die Kommission spricht sich für die vom Regierungsrat beantragten Ergänzungen bei § 57 aus und erachtet diese als richtig und wichtig für einen modernen Arbeitgeber. Sie sagt aber mit 7 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen explizit nein zur flächendeckenden Abgabe eines Halbtax-Abonnements an die Mitarbeitenden. Den Streichungsantrag der SVP lehnt der Votant ab.

Für **Philip C. Brunner** sind die fraglichen Leistungen nicht modern, sondern paradiesisch. Er erinnert daran, dass am Morgen auch das Pensionskassengesetz durchgewinkt wurde. Im Übrigen ist Beilage 2 – was hoffentlich ohne Verletzung des Kommissionsgeheimnisses gesagt werden kann – nicht einfach in den Kommissionsbericht hineingerutscht, sondern musste erkämpft werden, und der Votant dankt auch den Vertretern der FDP dafür, dass sie hier für etwas Transparenz sorgten.
Am Morgen hat der Rat rund 80 Millionen Franken in die Infrastruktur des Kantons investiert, teilweise in Projekte, bei denen es keine Wahl gab. Verfolgt man die Diskussion auf Ebene Bund, hat man nicht das Gefühl, dass der Kanton Zug in ein paar Jahren eine paradiesische Steuersituation hat. Was also muss getan werden, wo kann man ansetzen? Alle KMU-Vertreter wissen, dass man nur beim Personal ansetzen kann. Die SVP-Fraktion im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug hat schon vor Jahren davor gewarnt, was heute ausgebadet wird, und man wird am Schluss nicht darum herumkommen, auch beim Personal der Stadtverwaltung zu kürzen. Der Votant warnt davor, überattraktive Angebote zu schaffen, die man am Schluss nicht mehr loskriegt. Er ruft den Rat auf, § 57 abzulehnen. «Moderner, attraktiver Arbeitgeber» tönt zwar gut, am Schluss muss aber der Steuerzahler das

tragen. Schaut man in Beilage 2 bei der Pensionskasse die Verteilung an – Arbeitnehmende 8,8 Prozent, Arbeitgebende 13,7 Prozent –, dann kann sich der Rat die Reka-Checks wirklich schenken.

Andreas Hausheer macht Philip C. Brunner darauf aufmerksam, dass man am Morgen beim Pensionskassengesetz viel mehr hätte sparen können, und dass gewisse Ratsmitglieder, die sich jetzt als *Hardliner* darstellen, in dieser Frage ziemliche *Softliner* waren. Man soll deshalb jetzt nicht um Kantinen und ähnliches ein solches Theater machen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass der Kanton Zug seine Pensionskasse mit relativ geringem finanziellem Aufwand fit halten kann. Im Kanton Basel-Landschaft kostet die Sanierung der Pensionskasse 5 Milliarden Franken, im Kanton Wallis und den Westschweizer Kantonen wird es wahrscheinlich nicht viel anders sein. Auch der Kanton Zug hat Umlagebeiträge gesprochen, dies aber im einstelligen Millionenbereich für Kanton und Gemeinden *und* angeschlossene Institutionen. Man muss das also relativieren. Die Zuger Pensionskasse kann mit moderaten Kosten in die Zukunft geführt werden – auch weil der Kantonsrat bei den letzten Revisionen verantwortungsvoll gehandelt hat.
Den SVP-Antrag zu genehmigen, heisst das Kind mit dem Bad ausschütten. Man muss auch Kosten und Wirkung vergleichen. Viele Lohnnebenleistungen haben eine viel grössere Wirkung, als sie kosten. Es geht – wie gesagt – um weniger als 1 Prozent der gesamten Personalkosten. Alle kennen das «Aabächli», wo Mitarbeitende günstiger essen können, einerseits sicher, weil der SV-Service preisgünstiger arbeiten kann als andere Institutionen, andererseits aber auch, weil der Kanton den Raum gratis zur Verfügung stellt und dem SV-Service die Miete – ungefähr 200'000 Franken jährlich – erlässt. Folgt der Rat dem Antrag der SVP, fehlt die gesetzliche Grundlage, um den Mitarbeitenden diese Vergünstigung zu gewähren. Ein anderes Beispiel ist die ausserfamiliäre Kinderbetreuung. Der Kanton hat sich vor vielen Jahren einem Verein angeschlossen, der den angeschlossenen Organisationen Krippenplätze zur Verfügung stellt. Der Kanton bezahlt dort einen Jahresbeitrag von 9000 Franken und hat eine Defizitdeckung von 26'000 Franken übernommen, die bisher noch nie bezahlt werden musste. Und das sehr vielfältige, rege genutzte Angebot «Sport am Mittag» ist nicht nur selbsttragend, sondern der Kanton macht dort sogar vorwärts – ganz abgesehen davon, dass gesunde, fitte Mitarbeitende auch bereit sind, gute Leistungen zu bringen. Zum Vorschlag, die Mitarbeitenden mit einem Halbtax-Abonnement auszustatten – der Vorschlag kommt aus dem Mobilitätsmanagement und hätte den Nebeneffekt, dass der Kanton für SBB-Spesen nur noch den Halbtax-Preis bezahlen müsste – hat die vorberatende Kommission deutlich nein gesagt, was der Regierungsrat bei der weiteren Beratung berücksichtigen wird.
Der Finanzdirektor empfiehlt, § 57 nicht zu streichen, sondern ihm zuzustimmen.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP-Fraktion mit 43 zu 13 Stimmen ab und genehmigt damit die Fassung von Regierungsrat und Kommission.

§ 58bis Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 60 Mutterschaftsurlaub

Vroni Straub-Müller stellt den bereits angekündigten **Antrag** der AGF zum Vaterschaftsurlaub. Die Votantin weiss, wovon sie spricht: Sie hat über 25 Jahre lang als Hebamme gearbeitet und weiss, welche wichtige Rolle die Väter gerade nach der Geburt haben – und nicht nur neun Monate vorher.
§ 60 ist um den folgenden Absatz zu ergänzen: «Die Mitarbeitenden haben ohne Gehaltsabzug und ohne Kürzung der Ferien Anspruch auf 10 Tage Vaterschaftsurlaub. Der Vaterschaftsurlaub ist innert 6 Monaten nach der Geburt zu beziehen.»
Die Begründung für diesen Antrag lautet wie folgt: Die Geburt eines Kindes ist ein einschneidendes Ereignis und verändert die Strukturen im Leben einer Familie. Die Zeit rund um die Geburt ist bereichernd und schwierig zugleich. Heute sorgen viele Paare partnerschaftlich für ihre Kinder. Väter möchten von Anfang an eine Beziehung zu ihrem Kind aufbauen. Entsprechend gross ist das Bedürfnis nach einem Vaterschaftsurlaub – wobei «Urlaub» eigentlich nicht das richtige Wort dafür ist: Ein richtiger Urlaub sieht anders aus. Das wissen alle, die schon einmal ein Neugeborenes in den ersten Wochen und Monaten pflegen und begleiten durften. Trotzdem: Die Kinder sollen die Chance erhalten, von Geburt an von beiden Elternteilen betreut zu werden.
Fortschrittliche und wettbewerbsorientierte Schweizer Arbeitgeber gewähren bereits heute bis zu 20 Tagen Vaterschaftsurlaub, beispielsweise Mobility. Drei Wochen erhalten die Väter bei der Raiffeisen- oder bei der Clariant-Bank. 10 Tage – wie der Vorschlag der AGF – erhalten Mitarbeitende zum Beispiel bei der Migros, der SRG, der Stadt Zürich, der UBS, der Bundesverwaltung und auch bei der Stadt Zug. Der Kanton Zug wäre also in bester Gesellschaft, wenn der Rat dem Antrag der AGF zustimmt. Für einen fortschrittlichen, familienfreundlichen Arbeitgeber, der auch eine Vorbildfunktion wahrnehmen will, ist es heute der perfekte Zeitpunkt, einen angemessenen Vaterschaftsurlaub einzuführen. Und um ehrlich zu sein: In der ersten Zeit nach der Geburt sind die Väter doch sowieso nicht ganz bei der Sache. Sie sind doch mit dem Kopf und dem Herzen mehr daheim als bei der Arbeit.
Die Votantin ruft den Rat auf, Flagge zu zeigen und dem Antrag der AGF zuzustimmen.

Kommissionspräsident **Andreas Hausheer** teilt mit, dass sich der Regierungsrat an der Kommissionsitzung gegen die Aufnahme und Festlegung des Vaterschaftsurlaubs im Gesetz aussprach. Es wurde u. a. argumentiert, eine solche Festlegung sei im Rahmen der aktuellen Revisionsvorlage nicht vorgesehen, weshalb auch die diesbezüglichen finanziellen Auswirkungen nicht beziffert werden konnten. Die Mehrheit der Kommission erachtet zudem die im Rahmen der Schaffung der Arbeitszeitverordnung getroffene Regelung, welche den Umfang des Vaterschaftsurlaubs auf 5 Tage festlegt, als angemessen und ausreichend.
Die vorberatende Kommission lehnt den Antrag auf Regelung des Vaterschaftsurlaubs auf Gesetzesstufe und dessen Festlegung auf 10 Tage mit 9 zu 3 Stimmen ab und bittet den Rat, diesen Antrag ebenfalls abzulehnen.

Für **Cornelia Stocker** ist es toll, wenn Männer ihre Vaterrolle aktiv leben. In dieser Hinsicht hat in den letzten Jahren ein spürbarer Wertewandel stattgefunden. Früher haben frischgebackene Väter ihre Arbeitgeber um Ferientage gebeten, um die Partnerin in den ersten Tagen nach der Geburt zu unterstützen. Heute ist die Forderung nach bezahltem Vaterschaftsurlaub gang und gäbe. Man muss bei dieser Diskussion aber auch an die Selbständigerwerbenden und die Gewerbetreibenden denken. Ihnen bezahlt niemand die Freitage, auch keine Versicherung. Sie verzich-

ten zugunsten der Familie auf Verdienst. Sie nehmen ihre Verantwortung auf ihre Weise genauso wahr wie jene mit bezahltem Vaterschaftsurlaub. Unter diesem Aspekt ist eine Ausdehnung des Vaterschaftsurlaubs zulasten der Steuerzahlenden im Moment nicht gegeben.

Barbara Gysel: Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der AGF. Da es auch beim Bund in diese Richtung geht, sieht sie es als Gebot der Stunde, einen Vaterschaftsurlaub zu erweitern.

Für **Philip C. Brunner** ist es das Gebot der Stunde, hart zu bleiben. Man muss nur schauen, wie es dem sozialistischen Europa, den Ländern im Süden oder Frankreich geht, und wie lange der Export von Autos nach China die deutsche Wirtschaft fit hält. Kommt nun eine deutsche Firma in die himmlischen Verhältnisse von Zug, gewährt sie einen Vaterschaftsurlaub – die Hälfte von dem, was sie in Europa gibt. Und nun soll der Kanton Zug nachziehen? Man kann diesen Antrag mit gutem Gewissen ablehnen. Er kommt aus der sozialistischen Küche, und wer sich ein bisschen für Wirtschaft interessiert, kann sehen, welches die Auswirkungen sind: Die Leidenden sind die Arbeitnehmenden, sie sind nämlich arbeitslos.

Finanzdirektor **Peter Hegglin:** Der Regierungsrat hat sich am 4. Oktober 2011 zum letzten Mal mit diesem Thema befasst. Damals wurde die Arbeitszeitverordnung angepasst, wobei der Vaterschaftsurlaub auf 5 Arbeitstage festgelegt wurde, ebenso der Adoptionsurlaub. Das ist der Grund, warum dieses Anliegen, das schon in der Vernehmlassung eingebracht wurde, nicht in die Gesetzesrevision aufgenommen wurde. Der Regierungsrat stellt keinen weitergehenden Antrag und hält es im Gesamt-*Setting* aller Anstellungsbedingungen für angemessen, es bei 5 Tagen zu belassen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AGF mit 42 zu 14 Stimmen ab.

§ 70 Abs. 4
§ 72 Abs. 1–7
§ 73bis Abs. 1–4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 74 Abs. 1–2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission gegen eine Änderung dieses Paragraphen ist, ausser in Abs. 1. Hier soll im Wortlaut des regierungsrätlichen Antrags der Begriff «dieses Gesetzes» durch «dieser Gesetzänderung» ersetzt werden.

Kommissionspräsident **Andreas Hürlimann** teilt mit, dass es hier lediglich um eine redaktionelle Anpassung geht. Inhaltlich wird nichts geändert, und die Kommission hat sich inhaltlich auch nicht damit beschäftigt. Materiell sind die Anträge des Regierungsrats und der Kommission identisch, gemäss Staatskanzlei ist aber die Fassung der Kommission gesetzestechnisch besser nachvollziehbar.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** ist einverstanden mit der Variante der Kommission.

➔ Der Rat stimmt der Fassung der vorberatenden Kommission stillschweigend zu.

IV. Referendumsklausel und Inkrafttreten

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 16

827 Teilrevision des Energiegesetzes

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2217.1/.2 - 14236/37) und der vorberatenden Kommission (2217.3 - 14411).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission Eintreten und Zustimmung und Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge beantragt.

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsidentin **Anna Bieri:** Die vorberatende Kommission benötigte viel Energie bei der Beratung dieser Teilrevision des Energiegesetzes. Die Präsidentin dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Baudirektion und dem Baudirektor für die Unterstützung, welche es erlaubte, dass die Kommission mit voller Kraft *powern* konnte. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, hatte dies aber noch nicht Einigkeit zur Folge. Die Debatte wurde kontrovers geführt. Die Kommission empfiehlt schlussendlich aber mit 9 zu 6 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten. Warum?
Es wurde moniert, dass seit der Überweisung der Motion von Daniel Thomas Burch im Jahre 2009, welche das *piece de résistance* dieser Vorlage verursachte, der Markt bereits selbst aktiv regulierend gewirkt hat. Eine zusätzliche Regelung sei unnötig. Zudem – und damit wurde bereits beim Eintreten immer wieder auf § 9 Bezug genommen – sind die Alternativen zu fossilen Heizformen meist stromintensiv. Stromgewinnung, so lehrt die jüngste Vergangenheit leider, kann ebenfalls Umweltrisiken bergen. So hat sich die Kommission bemüht, die Diskussion jeweils auch in den nationalen Kontext zu stellen, ohne zu meinen, die Energiewende im Alleingang schaffen zu können.
Trotz dieser Bedenken hat die Kommission Eintreten beschlossen. Die Vorlage wurde als sehr moderat empfunden. Sie enthält keine gravierenden Hauruck-Übungen, und lange Fristen sorgen für Rechtssicherheit. Sie enthält aber das Grundbekenntnis zum energieeffizienten Bauen bei Neubauten, und belässt gleichzeitig die Möglichkeit zu Ausnahmeregelungen, wo es nötig ist. Obwohl die Diskussion um die CO_2-Reduktion im Schatten um die Atomdebatte in den Hintergrund getreten ist, ist dies nach wie vor eine bedeutende Zielsetzung für die Umwelt. Dies hat auch der Kantonsrat 2009 so beurteilt und den Regierungsrat mit der Ausarbeitung der vorliegenden Vorlage beauftragt.
Die vorberatende Kommission empfiehlt, auf die Vorlage einzutreten. Die CVP wird es ihr gleichtun.

Hanni Schriber-Neiger: Die AGF tritt ein auf die Teilrevision des Energiegesetzes, die aus ihrer Sicht moderat ausgefallen ist. Beim wichtigsten Artikel der Vorlage, bei § 9, fordert sie, dass ab 2030 auf Heizöl Extra leicht sowie Erdgas bei Neubauten zu verzichten ist. In Zukunft gehört zu einer verantwortungsvollen Energienutzung die Abkehr von fossilen Energieträgern und deren Verbot. Dass eine Mehrheit der Kommission diesen Paragraphen als Ganzes ablehnt, kann die AGF nicht nachvollziehen. Um bereits heute und nicht erst 2019 Planungssicherheit zu schaffen, wird sie folgenden **Antrag** stellen: «Auf fossile Energieträger ist bei neuen Gebäuden für Heizöl und Erdgas ab 2030 gänzlich zu verzichten.»
Zu § 4 (neu) betreffend intelligente Zähler für Strom oder Gas: Die sogenannten *Smart Meter* dienen dazu, Haushalten beim Energiesparen zu helfen. Doch dazu braucht es keine umfangreiche Datensammlung an die Adresse der WWZ. Die AGF will dem *Big brother* vorbeugen und verlangt, dass die Angaben zum privaten Stromverbrauch an die Stromlieferanten auf das für die Rechnungsstellung Nötigste zu beschränken sind. Sie wird einen Antrag stellen, der dieses Anliegen präzisiert.

Barbara Gysel: Die Schweiz und auch Zug stehen in der Energiepolitik vor einer grossen Weichenstellung. Nach der Katastrophe von Fukushima im März 2011 wurde von Bundesrat und Parlament der Atomausstieg beschlossen. Sie ist da, die Energiewende – wenigstens auf dem Papier und auch in Form der Energiestrategie 2050 des Bundesrats. Zentrale Pfeiler der neuen Strategie sind Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien. Es wird in dieser Frage immer Verliererinnen und Gewinnerinnen geben, doch in finanzieller Hinsicht scheint sich der Wechsel zu lohnen: Die Energiewende kostet weniger als die Nicht-Wende. Eine Studie der Schweizerischen Energiestiftung vom Juni 2013 besagt, dass eine rasch umgesetzte Energiewende spätestens ab 2040 kostengünstiger ist als die Nicht-Wende.
Die vorliegende Teilrevision behandelt nun sehr partiell das Ersetzen von fossilen Brennstoffen im Gebäudebereich. Die SP-Fraktion begrüsst die Stossrichtung des Regierungsrats ausdrücklich, von fossilen Energien Abstand zu nehmen resp. längerfristig darauf zu verzichten. Damit eine schnelle und nachhaltige CO_2-Reduktion erfolgen kann, sind aber umfassendere und vor allem schnellere Massnahmen in verschiedenen Bereichen notwendig. In der Vorlage stimmt für die SP lediglich die Stossrichtung. Die vorgeschlagene Teilrevision ist aus ihrer Sicht viel zu moderat und folgt auch nicht den Leitlinien der Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (ENDK). Die Harmonisierung unter den Kantonen, wie von der ENDK angestrebt, lässt sich nicht erkennen. Es ist darauf hinzuweisen, dass auf Bundesebene bereits Massnahmen geplant sind, die weit über das in der Motion Burch Geforderte hinausgehen. Die Vorlage ist aus Sicht der SP ungenügend, weil ihr erstens ein sofortiges Verbot von Heizölanlagen in Neubauten wichtig wäre. Da dies im Rat aber kaum auf fruchtbaren Boden fallen wird, wird die SP in der Beratung einen Antrag auf den Verzicht ab 2020 stellen. Das soll auch einen normativen Charakter haben. Zweitens sind für die SP weitere materielle Punkte wichtig, etwa eine Bewilligungspflicht für den Einsatz bestehender Öl- und Gasheizungen. Die SP behält sich auch vor, mit weiteren Vorstössen in dieser Richtung aktiv zu werden, da einige Vorstösse in der vorberatenden Kommission nicht gewinnbringend eingebracht werden konnte. Die SP bedauert es, dass der politische Wille, sich zu erneuerbaren Energien zu bekennen, zuweilen sehr gering scheint.
Die SP-Fraktion ist für Eintreten. Wenn wir eine Zukunft haben wollen, muss der Einstieg in den Ausstieg gelingen. Die SP wird sich vorbehalten, das Energiegesetz in der Schlussabstimmung – weil zu ungenügend und zu wenig umfassend – abzulehnen. Abschliessend legt die Votantin ihre Interessensbindung dar: Sie ist Präsidentin des WWF Zug.

Rainer Suter legt seine Interessenbindung offen: Sein Arbeitgeber ist die WWZ Energie AG. Einleitend hält er fest, dass der Ersatz von Erdgas und Erdöl kritisch zu hinterfragen ist. Substitutionen sind nur sinnvoll, wenn Lösungen vorliegen, die in Sachen Verfügbarkeit, Energieeffizienz und Kosten konkurrenzfähig sind. Erdgas ist der umweltschonendste fossile Energieträger. Es ist noch lange verfügbar und hat praktisch keine Feinstaub-Emissionen bei der Verbrennung. Zu bemerken ist, dass aber jede Energiequelle Vor- und Nachteile mit sich bringt. Durch den Einsatz von Erdgas statt Öl ist bis jetzt der grösste Beitrag an die CO_2-Reduktion in der Schweiz geleistet worden. Öl ist aber heute noch wichtig, beispielsweise für abgelegene Orte, die nicht oder fast nicht erschlossen sind; sein Einsatz ist weiterhin möglich nach § 7 des Energiegesetzes: «Wenn es nicht anders geht, können auch Ausnahmen gewährt werden.» Holz hat den Nachteil der Freisetzung von Feinstaub, wird aber in heimischen Wäldern gewonnen. Die Nachteile von Sonne und Wind sind klar: Scheint die Sonne nicht, oder ist der Wind ein flaues Lüftchen, geht bei diesen alternativen Energien gar nichts mehr.
Bevor man voreilig Erdgas und Erdöl durch andere Energiequellen ersetzt, ist es zwingend, vorgängig in die Forschung und Weiterentwicklung anderer Energieträger sowie entsprechender Anwendungstechnologien zu investieren, um die Versorgungssicherheit von Volk und Wirtschaft nicht zu gefährden.
Die SVP kommt nicht umhin zu bemerken, dass die Unterstützung durch Bund und Kanton im Bereich der erneuerbaren Energie einen starken Eingriff in den privaten Wettbewerb darstellt. Die SVP ist stets kritisch, wenn aufgrund einer Ideologie – sei es nun der Klimawandel oder die sozialistische Gleichheit – in den freien Markt eingegriffen wird.
Kritik wurde vor allem laut betreffend Zeitpunkt der Motion – aus welchen Gründen diese auch immer gestellt wurde. Die Kantone sind an der Ausarbeitung der «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich» (MuKEn) 2014. Will man den MuKEn eine Chance geben und nicht bereits jetzt weitergehende, abweichende Regelungen treffen, muss man die Vorlage ablehnen. Im Namen der SVP stellt der Votant deshalb **Antrag** auf Nichteintreten. Wenn trotzdem eingetreten wird, wird er in der Detaildebatte noch auf gewisse Punkt hinweisen

Daniel Abt: Die FDP-Fraktion wird auf das Energiegesetz eintreten und den Anträgen der vorberatenden Kommission folgen. Sie macht sich wie gewohnt für technologisch geeignete und wirtschaftliche Lösungen stark. Insbesondere seit Fukushima und dem darauf angestrebten Ausstieg aus der Kernenergie ist ein ausgewogener Energie-Mix von grösster Wichtigkeit, Dazu gehören für die FDP auch die Energieträger Erdöl und Gas. Das Gasnetz soll erhalten und ausgebaut werden können, dient es doch auch als Verteilnetz für Biogas oder als Grundlage für die «Power to Gas»-Technologie. Der Einbau von Ölheizungen im Neubaubereich ist klar rückläufig. Auch beim Ersatz von bestehenden Ölheizungen ist ein deutlicher Trend zu ökologischeren Heizsystemen erkennbar. Trotzdem kann eine Ölheizung je nach Objekt die effizienteste Heizlösung sein, zum Beispiel weil Erdsonden geologisch nicht möglich sind oder andere Heizsysteme einen ungenügenden Wirkungsgrad aufweisen.
Die Motion Burch ist – wie gehört – mittlerweile bereits überholt. Die vorberatende Kommission hat dies erkannt, und die FDP-Fraktion wird ihren Anträgen folgen.

Daniel Stadlin: Der Verzicht auf Heizöl bei Neubauten ab 2030 ist ein vernünftiger Entscheid. Dadurch unterstützt man die Bestrebungen des Bundes, den CO_2-Ausstoss zu reduzieren, und bekennt sich zu einer Abkehr von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus dem Ausland. So wird der Einsatz erneuerbarer Ener-

gien gefördert und werden klare Rahmenbedingungen für Bauherren, Architekten und Heizungsfachleute gesetzt. Zusätzlich wird die lokale Industrie unterstützt, da erfahrungsgemäss bei alternativen Heizsystemen ein grösserer Teil der Wertschöpfung in der Schweiz bleibt als bei Ölheizungen. Der fossile Brennstoff ist zwar insgesamt nach wie vor die häufigste Heizwärmequelle. Bei Neubauten ist er aber mittlerweile in den hintersten Absatzrängen anzutreffen, und dies obwohl Heizöl nach wie vor eine beliebte «Backup-Energie» ist, die mit anderen Energieträgern oft in Kombination – Heizöl/Solarzellen, Gas/Heizöl oder sogar Wärmepumpe/Heizöl – eingesetzt wird. Gemäss aktuellen Markterhebungen haben aber Wärmepumpen klar die Nase vorn, während Ölheizungen auf einen Anteil von unter 5 Prozent gefallen sind. Bis 2030 geht es noch siebzehn Jahre. Das ist technologisch gesehen eine sehr lange Zeit. Bis dann wird Erdöl sicher auch signifikant teurer sein. Dass es dann immer noch einfach so verbrannt werden kann, ist eher unwahrscheinlich.
Beim Erdgas ist die Entwicklung weniger absehbar. Bereits besteht die Möglichkeit, das bestehende Gasnetz für Biogas oder für synthetisches, aus erneuerbarer Energie hergestelltes Gas verwenden zu können. Da diese Entwicklung zum heutigen Zeitpunkt aber noch unsicher ist, macht es Sinn, den Entscheid, ob Gas auch bis 2030 als Energieträger zum Heizen zugelassen werden soll, auf 2019 zu vertagen. Zu diesem Zeitpunkt sollte es dann klar sein, ob der Einsatz von Erdgas zum Heizen mit den neuen Gebäudevorschriften überhaupt noch möglich sein wird.
Ab 2018 wird mit der geplanten Revision der «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich» (MuKEn) bereits das sogenannte «Nullenergiehaus» bei Neubauten zum Standard. Das revidierte Energiegesetz läuft also den aktuellen Entwicklungen etwas hinterher und tut somit niemandem wirklich weh.
Die GLP ist für Eintreten und wird dem Antrag des Regierungsrats zustimmen, dies aber nicht, weil die Gesetzesänderungen niemandem wehtun, sondern weil die GLP die energetischen Bemühungen des Kantons grundsätzlich unterstützt.

Baudirektor **Heinz Tännler** bestätigt, dass sich die energiepolitische Situation seit dem Einreichen der Motion Burch verändert hat. Im Nachgang zu Fukushima haben sich Entwicklungen ergeben, die sich vorher wahrscheinlich niemand ausdenken konnte. Trotzdem gibt es gute Gründe für die Teilrevision des Energiegesetzes. Erstens steht der Kanton grundsätzlich hinter der Strategie des Bundes. Es ist zwar noch eine Strategie; man muss aufpassen, dass diese nicht zu Schlagwörtern verkommt, und deshalb jetzt Nägel mit Köpfen machen. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ist nach wie vor gross, und ein gesetzlicher Rahmen, um sich von dieser Abhängigkeit zu lösen, ist sicher nicht falsch – auch wenn er moderat ist. Zur Meinung, dass der Markt es schon richten werde, erwähnt der Baudirektor, dass heute Morgen in der Diskussion um die Richtplananpassung zu hören war, dass der Markt allein nicht alles richtet und es gesetzliche Rahmenbedingungen braucht. Man darf – auch als Befürworter des Markts – nicht blauäugig sein: Auch in der Energiepolitik braucht es gewisse, von der Politik gesetzte Rahmenbedingungen. Das geschieht hier mit einem schlanken Gesetz und einem erträglichen Zeithorizont. Man muss es als Support und nicht als Behinderung anschauen, dass in siebzehn Jahren – so der Vorschlag des Regierungsrats – nicht mehr fossil mit Erdöl Extra leicht geheizt werden darf. Das führt zu regulatorischer Sicherheit.
Zum Verzicht auf Erdgas: Der Regierungsrat hat sich zugegebenermassen etwas schwergetan mit dem Erdgas. Die WWZ hat bis dato etwa 150 Millionen Franken in das Erdgasnetz investiert, auch hat Erdgas positive Effekte und ist nicht *per se* schlecht. Aus diesen Gründen und auch, um die Entwicklung – auch auf Bundesebene – abzuwarten, schlägt der Regierungsrat vor, im Moment zuzuwarten und im Jahr 2019 mittels einfachem Beschluss auf diese Frage zurückzukommen.

Der Baudirektor ist gespannt auf den angekündigten Antrag der AGF zu den *Smart Meters*. Die Baudirektion hat darüber intensiv mit dem Datenschutzbeauftragten diskutiert – und der Baudirektor möchte nicht von neuem mit diesen Diskussionen beginnen. Dass in der Vorlage keine Harmonisierung mit der ENDK zu erkennen sei, muss der Baudirektor präzisieren. Es gibt neben dem Gesetz noch die MuKEn, die auch der Kanton Zug wird einführen müssen. Dort ist die Harmonisierung logischerweise gegeben.
Zur Aussage, dass Substitution nur dort erfolgen soll, wo sie wirtschaftlich vertretbar ist: Bei Erdöl ist die Substitution ökonomisch absolut vertretbar, und es gibt auch mehr als eine Handvoll Substitutionsmöglichkeiten. Dazu kommt im Gesetz die schon von der Kommissionspräsidentin erwähnte Ausnahmebestimmung. Die Aussage, dass der Markteingriff aufgrund einer Ideologie erfolge, kann der Baudirektor nicht nachvollziehen.
Die MuKEn sind im Moment in Diskussion und werden 2018 in Kraft gesetzt. Der Baudirektor ist gespannt, was herauskommt, denn immer, wenn es darum geht, Nägel mit Köpfen zu machen, beginnen die Diskussionen und geht man auf Freiwilligkeit. Das ist das Problem, auch bei den MuKEn. Bezüglich des von Daniel Stadlin erwähnten «Nullenergiehauses» präzisiert der Baudirektor, dass die ENDK nicht darauf, sondern auf *Nearly Zero Emission* setzt. Das ist etwa Minergie-Standard und die Vorgabe in den MuKEn.
Abschliessend ruft der Baudirektor den Rat auf, ein Zeichen zu setzen und auf das Gesetz, das schlank bleibt und nicht einschränkt, einzutreten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 38 zu 20 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 2 Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 3 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

Rainer Suter stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** in § 3 Abs. 1 den zweiten Teil des Satzes («so dass auf fossile Energieträger möglichst verzichtet werden kann») ersatzlos zu streichen. Die Gründe dafür hat er in seinem Eintretensvotum bereits erläutert.

Kommissionspräsidentin **Anna Bieri** teilt mit, dass sich die vorberatende Kommission mit 9 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung gegen die Streichung dieses Teilsatzes ausgesprochen hat. Bei dieser Ausführung wird der Grundsatz bzw. das Bekenntnis, den Energieverbrauch bei Neubauten möglichst gering halten zu wollen, festgeschrieben. Es geht weder um Lenkung noch um Verbote. Die Kommission ist der Ansicht, dass man diesen Teilsatz belassen *muss,* will man die Vorlage nicht des letzten Filetstücks berauben. Auch die CVP empfiehlt, diesen Streichungsantrag abzulehnen.

Baudirektor **Heinz Tännler** schiesst sich den Ausführungen der Kommissionspräsidentin an.

➔ Der Rat lehnt mit 40 zu 16 Stimmen den Streichungsantrag der SVP ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

§ 3 Abs. 2–3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 4a Abs. 1–3 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission diesen neuen Paragraphen aus datenschutzrechtlichen Gründen beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich an.

Martin Stuber deklariert seine Interessenbindung: Er ist Stromkonsument. In Zeiten von PRISM, TEMPORA und wie all die gigantischen Datenstaubsauger des US-Geheimdiensts NSA und des britischen Schnüffelcenters GHCQ sonst noch heissen, ist die Sensibilität zum Thema «gläserner Bürger» stark gewachsen. Es ist deshalb sehr zu begrüssen, dass die Kommission sich dieses Themas angenommen und einen neuen § 4a ins Gesetz geschrieben hat – und dass auch die Regierung das aufgenommen hat
Die *Smart Meter,* welche sich um den Stromverbrauch und bald einmal auch um den Gasverbrauch in Gebäuden kümmern, sind nämlich genau das: *smart.* Die kleinen Geräte messen nicht nur den Stromverbrauch, sondern haben auch das Potenzial, ihn zu steuern – fernzusteuern. Wird unser Stromverbrauch permanent beobachtet, gewinnt man einen äusserst detaillierten Einblick in das Leben eines/einer jeden Einzelnen. Und kann der *Smart Meter* ferngesteuert den Stromverbrauch steuern, dann ist die Bevormundung nicht mehr weit: Dann sagt irgendwann mal der Stromversorger, wann wir waschen können.
Die AGF will beides nicht. Es genügt, wenn der *Smart Meter* zuhause dabei hilft, sparsamer mit dem immer grösseren werdenden, Strom verbrauchenden Gerätepark umzugehen. Das ist wohl auch gemeint, wenn im Gesetz ganz klar der Rahmen abgesteckt und das Missbrauchspotenzial solcher *Smart Meter* auf das Minimum reduziert werden soll. Das findet die volle Unterstützung der AGF. Die Formulierung «muss der Zähler die erfassten Daten während wenigstens 30 Tagen bis zur Weiterleitung sammeln» ist allerdings ein bisschen unglücklich. Für den Votanten als Informatiker ist es klar, dass eine Datensammlung ein Set von Einzeldaten ist,

und ob dieses Set nach dreissig Tagen oder jeweils nach fünf Minuten *real time* weitergeleitet wird, ist unerheblich, denn der Stromversorger hat alle Daten. Die Meinung in der Kommission war wohl, dass die Daten in zwei Zahlen zusammengefasst werden, nämlich in Stromverbrauch über dreissig Tage im Hochtarif und im Niedertarif. Das haben die Kommissionspräsidentin und auch der Datenschützer bestätigt. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** die Wendung «bis zur Weiterleitung sammeln» zu ersetzen durch «vor der Weiterleitung aggregieren». Mit «aggregieren» ist klar, dass damit die zusammengefassten Verbrauche gemeint sind. Die vorgeschlagene Änderung erfordert auch im nachfolgenden Teil des Satzes eine Anpassung, wobei man hier auch gleich noch die Verschlüsselung hineinnehmen sollte, also «und die verschlüsselte Übertragung dieser aggregierten Daten für die Kundschaft». Es ist heute technisch kein Problem mehr, die Datenübertragung zu verschlüsseln, und es ist daran zu erinnern, dass das Abziehen von Daten zum Teil von unverschlüsselten Verbindungen erfolgte.
Zu den Ausnahmeregelungen will sich der Votant noch vertieft befassen. Eventuell wird er sich in der zweiten Lesung noch dazu äussern.
Es ist gut, die vorliegende Thematik heute zu regeln. Die Entwicklung steht erst am Anfang, und wenn ein Gesetz mal gemacht ist, dauert es seine Zeit bis zur Umsetzung. Deshalb sollte man es von Anfang an richtig machen.

Kommissionspräsidentin **Anna Bieri** teilt mit, dass über den von Martin Stuber vorgebrachten Antrag in der Kommission nicht abgestimmt wurde. Aus der Diskussion ist aber klar, dass die Kommission mit «sammeln» die aggregierte Datenüberweisung und nicht das Senden zu einem späteren Zeitpunkt meinte. Insofern präzisiert der Antrag Stuber die Kommissionsmeinung.

Baudirektor **Heinz Tännler** schliesst sich dem Antrag von Martin Stuber und den Ausführungen der Kommissionspräsidentin an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag von Martin Stuber und damit die so bereinigte Fassung von § 4a.

§ 6 Abs. 2 Bst. a–c

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst. Infolge der unter § 4 Bst. a geregelten datenschutzrechtlichen Belange erübrigt sich in § 6 Abs. 2 Bst. b der Satzteil «sowie den Schutz von Daten aus der Ablesung von elektrischer Energie» sowie der ganze Bst. c1. Der Regierungsrat ist mit dieser Anpassung einverstanden.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend zu.

§ 9 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission die ersatzlose Streichung beantragt. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

Beat Wyss stellt den **Antrag,** § 9 Abs. 1 zu streichen bzw. wie folgt zu ersetzen: «Bei neuen Gebäuden ist ab 2030 gänzlich auf Heizöl Extra leicht zu verzichten.» Erdgas möchte der Votant nicht prinzipiell verbieten, da offen ist, welche Rolle es

in Zukunft spielen wird. Daher ist der Votant noch vorsichtig, dort irgendwelche Vorgaben zu setzen. Im Bereich Heizöl jedoch muss man der Wirtschaft die Richtung vorgeben. Hier muss ein Zeichen gesetzt werden, damit andere Technologien gefördert werden können. Der Pfahl, der eingeschlagen werden soll, heisst: Verbot von Heizöl Extra leicht in neuen Gebäuden ab 2030. Damit wird der Wirtschaft eine klare Vorgabe gegeben, dass Heizungen mit Öl keine Zukunft mehr haben. Die Wirtschaft kann sich so in die richtige Richtung entwickeln.
Öl ist ein wertvoller Rohstoff, und man muss damit sorgfältig umgehen. Der Rohstoff wird in Zukunft rarer und hat es nicht verdient, verbrennt zu werden. Zudem gibt es bereits jetzt andere gute Heizsysteme. Der Kanton Zug kann hier eine Vorbildfunktion übernehmen und einen klaren Weg aufzeigen.
Persönlich sieht der Votant einen grossen Wandel in der Gesellschaft und in der Wirtschaft. Es werden neue Technologien entwickelt. Es werden Gebäude gebaut, die mehr Energie erzeugen, als sie verbrauchen; es werden neue Gesellschaften gegründet, um selber vor Ort Energie herzustellen. Die gesamte Energiebranche ist im Wandel, und dieser Wandel ist gut. Unsere Kinder werden es uns danken.
Man muss allen innovativen Firmen und Leuten noch etwas Zeit geben. Die Energiewende ist nicht von heute auf morgen zu schaffen. Der Votant ist aber überzeugt, dass man in fünf Jahren schon sehr weit sein wird. Er empfiehlt dem Rat, das beantragte Verbot für Heizöl bei Neubauten anzunehmen. Es ist kein grosser Clou, sondern ein kleiner Pfahl, der hier eingeschlagen wird. Aber viele kleine Pfähle geben auch einen starken Hag.

Pirmin Frei glaubt, dass sich in diesem Saal alle einig sind, dass wir in Bezug auf Energie und Umwelt vor grossen Herausforderungen stehen. Es gibt lediglich unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf die Art und Weise, wie mit diesen Herausforderungen umzugehen ist, welche Prioritäten gesetzt werden sollen und welchen Fahrplan man sich selber auferlegt.
Als kantonaler Gesetzgeber hat der Kantonsrat auf diese beiden komplexen Problem- und Themenbereiche nur beschränkten Einfluss, wenngleich der Bausektor, in dem wesentliche Potenziale liegen, unter kantonaler Hoheit steht. Die Regierung will mit dieser Vorlage zweierlei: Sie will erstens die erheblich erklärte Motion Burch umsetzen und zweitens die CO_2-Emmissionen aus Gebäuden reduzieren. Beides ist sehr löblich. Doch entscheidend ist die Frage, ob diese Vorlage zu einer CO_2-Reduktion beiträgt. Der Votant sagt nein, denn im Ein- und Mehrfamilienhaus-Neubaubereich – also bei Leistungen bis ungefähr 500 kW – werden bereits heute rund 80 Prozent der installierten Heizungen mit erneuerbaren Energien betrieben werden. In diesem Bereich – der Votant spricht ausschliesslich vom Neubau – spielt Öl eine absolut marginale Rolle. Im ersten Quartal 2013 wurde in der Schweiz noch 149 Ölheizungen installiert, 26 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Im Neubaubereich werden Ölheizungen nur noch dann installiert, wenn Leistungen von mehr als 500 kW verlangt werden, also in grösseren Gewerberäumen oder Hotels etc., und kein Erdgas in Verfügung steht. In diesen Fällen – und nur dann – gibt es keine echte und keine auch ökonomisch verantwortbare Alternative zu Öl. Die Regierung reiht sich mit dieser Vorlage nahtlos in die Reihe derjenigen ein, die nach Fukushima laut schreien: «Jetzt muss etwas passieren» – um kleinlaut nachzulegen: «Aber es darf nichts geschehen.»
Wollte man im Kanton Zug tatsächlich CO_2 reduzieren, so gäbe aus der Sicht des Votanten zwei Möglichkeiten:
• Entweder man verbietet generell fossil betriebene Heizungen, also nicht nur Öl, sondern konsequenterweise auch Gas, dies nicht nur im Neubau, sondern auch bei Sanierungen, wo heute Ölheizungen zum Teil noch gut verkauft werden;

• oder man definiert Gebäudestandards hinsichtlich CO_2-Emission und zwingt die Eigentümer, die diese Standards nicht einhalten können, zur Gebäudesanierung.
Dazu aber bräuchte es Mut. Dieser Mut fehlt der Regierung offensichtlich. Als überzeugter Kämpfer für die Anliegen der erneuerbaren Energien bedauert der Votant dies ausserordentlich. Er kann sich ohne Wenn und Aber hinter die Grundsätze in § 3 Abs. 1 stellen – also möglichst nicht fossil heizen –, nicht aber hinter § 9, der durch den Markt überholt und der letztendlich nichts anderes als ein zahnloser Tiger ist. Der Votant stellt deshalb den **Antrag**, § 9 zu streichen.

Barbara Gysel: Die SP-Fraktion wünscht – wie im Eintretensvotum angekündigt – eine Änderung des Zeitpunkts. Am liebsten wäre ihr ein Verbot per sofort. Da sie diese Forderung aber als unrealistisch erachtet, stellt sie den **Antrag,** § 9 Abs. 1 wie folgt zu formulieren: «Auf fossile Energieträger gemäss § 3 ist bei neuen Gebäuden für Heizöl Extra leicht ab *2020* gänzlich zu verzichten.» Sie verweist im Übrigen auf die Ausführungen im Eintretensvotum.

Kommissionspräsidentin **Anna Bieri** hält fest, dass § 9 in der Kommission einiges zu diskutieren gab; auch sie verweist auf ihr Eintretensvotum. Einig war man sich zumindest, dass die Unterscheidung Erdgas/Erdöl sinnvoll ist. Die Kommission diskutierte die gesamte Bandbreite an möglichen Anträgen, auch eine Variante des jetzigen SP-Antrags, welche aber abgelehnt wurde. Schlussendlich stand die komplette Streichung, wie sie jetzt auch von Pirmin Frei gefordert wird, dem Antrag, wie er von Beat Wyss formuliert wurde, gegenüber.
Zum Erdöl: Eine Minderheit der Kommission sah den Verzicht auf Heizöl als sinnvoll an. Dieses Verbot sei zeitgemäss, weil es einerseits der Zielsetzung CO_2-Reduktion und andererseits bereits heutigen Baustandards entspricht. Ausnahmen sind – wie erwähnt – durch § 7 möglich. Diese Selbstregulierungskraft des Markts sprach für die Mehrheit der Kommission gegen ein Verbot von Heizöl ab 2030.
Zum Erdgas: Ein Verzicht auf Erdgas zum jetzigen Zeitpunkt wurde als unverhältnismässig beurteilt. Im zugerischen Erdgasnetz stecken Investitionen von über 100 Millionen Franken. Das Damoklesschwert einer Frist wird von der Kommission negativ eingestuft. Schafft die Kommission damit eine «Lex WWZ»? Die Kommission bildet sich nicht ein, dass Erdgas die perfekt grüne Energiequelle ist. Die Bundesstrategie sieht aber vor, Erdgas zur Überbrückung im Ziel «Energiewende» zu nutzen. Es ist also keine Lex WWZ, die Kommission strebt damit vielmehr eine Einbettung der kantonalen Energiepolitik in die Bundesstrategie an.
Zusammengefasst empfiehlt die Kommission, sowohl auf das Erdölverbot als auch auf die Setzung einer Frist beim Erdgas zu verzichten und damit die kompette Streichung von § 9. Die CVP-Fraktion favorisiert diese Streichung gegenüber dem regierungsrätlichen Vorschlag, bevorzugt jedoch die Mischform, wie sie Beat Wyss vorgeschlagen hat.

Mario Reinschmidt legt zuerst seine Interessenbindung offen: Sein Arbeitgeber ist die WWZ Energie AG.
Unser Erdgasnetz wird zusätzlich eine wichtige Rolle als zukünftiger Transportweg und Speicher für Wind- und Sonnenstrom sowie Biogas einnehmen. Erdgasnetze können riesige Mengen von überschüssigen Wind- und Sonnenstrom speichern und dorthin transportieren, wo sie benötigt werden. Wie ist das möglich? An wind- und sonnenreichen Tagen wird oft viel mehr Strom produziert, als benötigt wird. Deswegen müssen Wind- und Solaranlagen manchmal abgeschaltet werden. Es ist schade, wenn diese kostbare erneuerbare Energie nicht genutzt wird. Abhilfe kann in Zukunft das Erdgasnetz schaffen. Der überschüssige Wind- und Sonnenstrom

wird in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas umgewandelt. So erzeugtes Gas nennt man Wind- oder Sonnengas. Auch das ökologisch nachhaltige Biogas, gewonnen z.B. aus Küchenabfällen und anderem Grüngut, gelangt von der Biogasanlage Inwil (Kanton Luzern) über das gleiche Erdgasnetz zum Heizen in unsere Haushalte oder als Treibstoff für Erdgasfahrzeuge zur Tankstelle Chollermüli.
Wind-, Sonnen- und Biogas können ins bestehende Erdgasnetz eingespeist und damit transportiert werden. Da das bestehende Gasnetz in der Lage ist, sehr grosse Energiemengen zu transportieren, kann Wind und Sonnenstrom auch über weite Distanzen transportiert werden, z.B. aus windreichen Küstengegenden bis zu den Kunden in der Schweiz.
Im Winter importiert die Schweiz grosse Mengen «dreckigen» Kohlestrom aus Deutschland und europäische Oststaaten. Der Kohlestrom soll in Zukunft längerfristig und schrittweise durch CO_2-neutralen Windstrom ersetzt werden. Wind-, Sonnen- und Biogas kann mittels stromerzeugender Heizungen oder Brennstoffzellen in CO_2-neutrale Wärme und Strom umgewandelt werden. Dabei können sehr hohe Wirkungsgrade erreicht werden. Solche stromerzeugende Heizungen oder Brennstoffzellen sind bereits heute im Kanton Zug in Betrieb und erzeugen neben Wärme auch wertvollen Strom.
Die bestehende Erdgasinfrastruktur stellt einen wirtschaftlichen und energetischen Standortvorteil für den Kanton Zug dar, der in Zukunft noch wichtiger wird. Diese Infrastruktur muss aber unterhalten und erneuert werden, was Investitionssicherheit – dies über 2019 hinaus – erfordert. Wenn im Kanton Zug das Erdgas verboten wird, kann das Netz nicht mehr gepflegt werden, und die Chance als Transportweg und Speicher für Wind- und Sonnenstrom wird vertan. Aus diesem Grund **beantragt** der Votant die ersatzlose Streichung von § 9 Abs. 1. Er könnte aber auch damit leben, wenn der Teilsatz bezüglich Erdgas gestrichen würde.

Philip C. Brunner möchte anhand eines empirischen Beispiels zeigen, wie der Markt funktioniert. Heute wird nirgends mehr mit Kohle geheizt, weil die vom Markt gegebenen Nachteile diesen Energieträger schlichtweg zum Verschwinden gebracht haben. Man kann also § 9 getrost und mit gutem Gewissen streichen. Der Markt wird spielen, und der kleine Kanton Zug muss nicht künstlich in diese Energiegeschichte hineinspielen.

Rainer Suter stellt einen zusätzlichen **Antrag.** Wenn nicht gemäss Antrag der vorberatenden Kommission entschieden wird, soll in § 9 Abs. 1 ein referendumspflichtiger Beschluss und nicht nur ein einfacher Beschluss erforderlich sein.
Was bisher noch nicht gesagt wurde: Der Bund setzt voll auf Wärme-Koppelungsanlagen, die beispielsweise mit Gas produzieren und die ebenfalls ein Speicher sind. Wenn das Gas wegfällt, ist das ein riesiger Nachteil für den Kanton Zug. Man muss genau wissen, worüber man abstimmt. Man kann Energieträger umwandeln, und Gas kann man – im Gegensatz zu Strom – speichern.

Baudirektor **Heinz Tännler** stellt fest, dass es langsam kompliziert wird – und dabei ist der Antrag des Regierungsrats doch so einfach. Der Baudirektor nimmt zu einzelnen Voten wie folgt Stellung:
• Zu Pirmin Frei: Der Regierungsrat hat damals beantragt, die Motion Burch nicht erheblich zu erklären, der Kantonsrat hat aber anders entschieden. Der Regierungsrat *will* also nicht umsetzen, sondern er *muss*. Es ist richtig, dass das Erreichen der Klimaziele mit Fragezeichen verbunden ist. Die Regierung hat sich aber schon etwas überlegt, wenn sie für Erdöl Extra leicht den moderaten Termin 2030 festgelegt – und für Erdgas einen Ausweg gesucht hat. So schlecht ist die regierungsrätliche Vorlage

nun wirklich nicht. Im Übrigen kennt der Baudirektor die Verbände, welche Pirmin Frei vertritt. Da stimmt auch nicht alles und wird zum eigenen Vorteil vieles gemacht, was nicht viel bringt. Die von Frei vorgebrachten Zahlen kann der Baudirektor nicht verifizieren. Aber wenn der Markt bis 2030 tatsächlich alles regelt, dann kann man diesen Termin ja getrost im Gesetz festschreiben und ab dann auf Heizöl Extra leicht in Neubauten verzichten. Das ist ein verhältnismässiger Vorschlag, der keinem einzigen KMU, keinem Hauseigentümer und keinem Investor wehtut.
• Zum Vorschlag von Beat Wyss, auf die Erwähnung des Erdgases zu verzichten: Der Baudirektor hält am Antrag des Regierungsrats fest. Der Vorschlag zeigt aber auf, dass gewisse Sympathien vorhanden sind, hat doch der Regierungsrat dieselben Überlegungen gemacht und aufgezeigt, dass Erdgas nicht nur im Kanton Zug, sondern ganz generell eine nicht unwichtige Rolle spielt.
• Kohle mag vielleicht im Kanton Zug und in der Schweiz keine Rolle mehr spielen. In Deutschland aber spielt Kohle eine sehr entscheidende Rolle für die Stromproduktion, und dies immer mehr. Und die Schweiz importiert Kohlestrom und wird dies immer mehr tun. Zu tun, als ob die Kohle kein Problem mehr wäre, ist etwas fadenscheinig.
Der Baudirektor rät – dies im Gegensatz zur Kommissionspräsidentin – § 9 nicht zu streichen. Der Artikel ist moderat, angebracht und verhältnismässig. Es tut dem Kanton Zug gut, ein Zeichen zu setzen. In diesem Sinne bittet der Baudirektor, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** eröffnet nun den Abstimmungsreigen. In der ersten Abstimmung stehen sich gegenüber:
• Antrag von Beat Wyss, § 9 Abs. 1 wie folgt zu formulieren: «Bei neuen Gebäuden ist ab 2030 gänzlich auf Heizöl Extra leicht zu verzichten.»
• Antrag der SP-Fraktion, § 9 Abs. 1 wie folgt zu formulieren: «Auf fossile Energieträger gemäss § 3 ist bei neuen Gebäuden für Heizöl Extra leicht ab 2020 gänzlich zu verzichten.»

➔ Der Rat genehmigt mit 25 zu 13 Stimmen den Antrag von Beat Wyss.

Martin Stuber macht darauf aufmerksam, dass man die zwei Anträge, über die eben abgestimmt wurde, nicht einander gegenüberstellen kann. Sie haben nebeneinander Platz, und der Votant möchte beiden zustimmen können. Die Frist und die Frage bezüglich Gas sind zwei getrennte Sachen.

Landschreiber **Tobias Moser** teilt mit, dass aus der Eintretensdebatte noch ein Antrag der AGF offen ist, den er allerdings nicht schriftlich erhalten hat und der die fossilen Energieträger betrifft. Es liegt die spezielle Situation vor, dass die einzelnen fossilen Energieträger einzeln zur Abstimmung gebracht werden müssen und die bereits durchgeführte Abstimmung hinfällig wird. Andernfalls kann der Rat seinen Willen nicht einzeln kundtun. Zuerst muss also einzeln zur Abstimmung gebracht werden, auf welche fossilen Energieträger verzichtet werden soll, und in einem zweiten Schritt ist die Frage zu klären, zu welchem Zeitpunkt – 2030 gemäss Antrag Regierung oder 2020 gemäss Antrag SP-Fraktion – das der Fall sein soll.
Es geht im Moment eigentlich darum, den Antrag des Regierungsrats zu § 9 Abs. 1 zu bereinigen. Wenn der Rat bezüglich der fossilen Energieträger und bezüglich des Zeitpunkts entschieden hat, muss noch die Frage geklärt werden, ob der Kantonsrat mit einfachem oder – so der Antrag von Rainer Suter – mit referendumspflichtigem Beschluss den Verzicht auf Erdgas anordnen soll. Wenn all dies bereinigt ist, wird der regierungsrätliche Antrag demjenigen der Kommission auf gänz-

liche Streichung – er wird unterstützt von Pirmin Frei und Mario Reinschmidt – gegenübergestellt. Der Rat kann also am Schluss sagen, ob er die Bestimmung, wie er sie geformt hat, überhaupt haben will oder nicht.

Für **Thomas Lötscher** war die vorherige Abstimmung nicht nutzlos. Er ist der Meinung, dass sich der Rat jetzt über die Frist geeinigt hat für den Fall, dass das Erdöl in der Bestimmung drinbleibt. Der nächste Schritt müsste sein, ob diese Bestimmung mit oder ohne Erdgas gelten soll, und wenn das bereinigt ist, geht es noch um Zustimmung bzw. Ablehnung der ganzen Bestimmung.

Landschreiber **Tobias Moser** schlägt vor, die erste Lesung zu unterbrechen und in der nächsten Sitzung abzuschliessen. Es liegen sehr verschiedene Anträge und sehr verschiedene Behauptungen vor. Der Landschreiber würde gerne in einem *Time-out* die Anträge gegenüberstellen und schauen, wie das zur Abstimmung gebracht werden soll.

Mario Reinschmidt ist der Ansicht, dass die Diskussion weitergeführt werden sollte. Andernfalls fängt der Rat in der nächsten Sitzung wieder von vorne an. Er stellt den **Antrag,** zuerst über die zwei Medien Gas und Öl abzustimmen, damit man für die weitere Diskussion klare Rahmenbedingungen hat.

Martin Stuber hält fest, dass der Landschreiber keine Ordnungsanträge stellen kann. Deshalb stellt *er* den **Antrag,** dem Vorschlag des Landschreibers zu folgen und die erste Lesung zu unterbrechen.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass damit zwei Verfahrensanträge vorliegen, nämlich jener von Mario Reinschmidt, die Bereinigung fortzuführen, und jener von Martin Stuber, die Debatte zu unterbrechen. Ordnungsanträge kommen sofort zur Abstimmung.

➔ Der Rat folgt mit 37 zu 13 Stimmen dem Antrag auf Unterbrechung der ersten Lesung.

Landschreiber **Tobias Moser** bittet, ihm die einzelnen Anträge zu § 9 schriftlich zukommen zu lassen. Der **Vorsitzende** empfiehlt seinen Ratskollege in Hinblick auf weitere Traktanden, Anträge vorgängig zur Kantonsratssitzung einzureichen.

Die Traktanden 17 bis 21 können aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

828 Nächste Sitzung

Donnerstag, 26. September 2013, 08.30–12.00 Uhr. Am Nachmittag findet der traditionelle Kantonsratsausflug statt.

Abschliessend lädt der **Vorsitzende** den Rat zum öffentlichen Gedenkanlass für das Attentat von 2001 am Donnerstag, 27 September 2013, 19.00 Uhr, in der St.-Oswalds-Kirche in Zug, ein.

Protokoll des Kantonsrats

56. Sitzung: Donnerstag, 26. September 2013
Zeit: 08.30 – 12.05 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 29. August 2013
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Teilrevision des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe
4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Bodensanierung von Nachfolgeschäden des Nationalstrassenbaus
4.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme vom mehrjährigen Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)
4.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung der Kantonsstrasse N, Neuheimerstrasse, Abschnitt Kreisel Lättich bis Baarburgrank, Gemeinde Baar
4.5. Wahl eines ausserordentlichen Ersatzmitgliedes des Kantonsgerichts

5. Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz): 2. Lesung

Geschäfte, die am 29. August 2013 nicht behandelt werden konnten:

6. Teilrevision des Energiegesetzes
7. Kantonsratsbeschluss betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzungen und einen Büroausbau bei der Liegenschaft Artherstrasse 25 in Zug
9. Motion der SP- und der Alternativen Fraktion betreffend Velowegverbindung über oder unter der Chamerstrasse im Gebiet Alpenblick–Kollermühle
10. Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug
11. Motion von Leonie Winter, Thiemo Hächler und Oliver Wandfluh betreffend Nutzung des tiefen Untergrunds (Geothermie)

Pendenzen

12. Motion von André Wicki betreffend Beseitigung steuerlicher Begünstigung von Ausländerinnen und Ausländern durch die Besteuerung an der Quelle
13. Motion von Vreni Wicky und Andreas Hausheer betreffend zu viel bezahlte Krankenkassenprämien
14. Postulat von Manuel Brandenberg und Philip C. Brunner betreffend Kreuz im Gerichtssaal des Obergerichts des Kantons Zug

15. Postulat von Florian Weber und Franz Hürlimann betreffend Ausbau Autobahn-Halbanschluss Arth
16. Interpellation der SP-Fraktion und der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Geschlechtergleichstellung im Kanton Zug
17. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Internierung abgewiesener Asylbewerber
18. Interpellation von Andreas Hürlimann betreffend Ende der Steuer-Sorglosigkeit für Pauschalbesteuerte und andere Steuerflüchtlinge
19. Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitik kein «Wachstum mit Grenzen»
20. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Tüftellabor Einstein
21. Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend «Leiter Aufsicht in den sozialen Diensten Asyl»
22. Interpellation von Gabriela Ingold und Barbara Strub betreffend Umfahrung Unterägeri bzw. Bauvorgaben im Kanton Zug
23. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Massnahmen gegen Missstände in der Rohstoffbranche
24. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Vollzug der «Lex Koller» im Kanton Zug
25. Interpellation von Beni Riedi betreffend Benutzung der neuen Medien durch die Insassen der Strafanstalt Bostadel
26. Interpellation von Andreas Hausheer, Manuel Brandenberg und Daniel Thomas Burch betreffend möglicher Auswirkungen einer Annahme der Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» auf den Kanton Zug und die Gemeinden im Kanton Zug

829 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Alice Landtwing, Urs Raschle und Eusebius Spescha, alle Zug; Silvan Hotz und Oliver Wandfluh, beide Baar.

830 Mitteilungen

Es findet eine Halbtagessitzung statt. Ab Mittag geht der Rat auf den traditionellen Kantonsratsausflug. Dazu eingeladen ist auch der Gemeinderat von Hünenberg.
Der Volkswirtschaftsdirektor kann am Ausflug nicht dabei sein, weil er den Kanton Zug in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) an deren Plenarversammlung in Genf vertritt.

Der **Vorsitzende** kann drei «frohe Botschaften» verkünden:
• Kantonsrätin Gabriela Ingold hat am 5. Juli 2013 Willi Ruesch geheiratet. Der Rat wünscht den frisch vermählten Eheleuten weiterhin alles Gute auf ihrem gemeinsamen Lebensweg. *(Der Rat applaudiert.)*
• Kantonsrat Dominik Lehner und seine Frau Andrea freuen sich über die Geburt ihrer Zwillinge Noel und Liam, die am 26. August 2013 auf die Welt gekommen

sind. Der Rat gratuliert den stolzen Eltern und wünscht den jungen Erdenbürgern sowie der ganzen Familie alles Gute. *(Der Rat applaudiert.)*
• Am 9. September 2013 hat Sandra Käch, Mitarbeiterin im Parlamentsdienst, geheiratet. Der Rat gratuliert dem jungen Ehepaar und wünscht ihm alles Gute im Hafen der Ehe. Sandra Käch heisst neu Sandra Sambach.

Der **Vorsitzende** will in einer Konsultativabstimmung anfragen, ob die Mitglieder des Kantonsrats damit einverstanden sind, in seiner Präsidialzeit eine Kantonsratssitzung «extra muros» durchzuführen. Diese Thematik wird auch im Rahmen der Totalrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrats zur Sprache kommen.
Der Vorsitzende hat nach der letzten Sitzung das Ergebnis einer Konsultativumfrage erhalten. 49 Mitglieder des Kantonsrats sind der Ansicht, dass Kantonsratssitzungen grundsätzlich im Kantonsratssaal stattfinden sollen. Nach der Geschäftsordnung beruft der Kantonsratspräsident den Rat ein. Zur Einberufung gehört auch die Festlegung des Sitzungsorts. Aus folgenden Überlegungen möchte der Vorsitzende eine Sitzung «extra muros» durchführen:
• Den Unmut einer grossen Anzahl von Parlamentarierinnen und Parlamentariern über eine Kantonsratssitzung in der Zuwebe versteht der Vorsitzende nicht. Es ist auch Aufgabe der Politik, ihre Entscheidungen aufzuzeigen sowie Kontakte mit der Bevölkerung aufzunehmen und zu pflegen.
• Zu oft werden die Parlamente als unantastbar, als etwas in einem Glas- oder Elfenbeinturm wahrgenommen. Nun besteht die Möglichkeit, bei einem Teil der Bevölkerung in einem Gebäude, welches mit einem hohen Beitrag des Kantons finanziert wurde, diese Trennlinie aufzuweichen.
• Politik soll für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Bevölkerung gemacht werden. Deshalb war es dem Vorsitzenden von Anfang an klar, dass nebst einer sozialen Institution auch ein Betrieb der Wirtschaft angefragt werden soll. Wie die Fraktionschefs bereits wissen, hat der Vorsitzende Kontakt mit der Firma Roche in Rotkreuz aufgenommen, so dass im nächsten Jahr dort eine Kantonsratssitzung stattfinden könnte.
• Wenn der Rat nicht bereit ist, seine Politik darzustellen – ausser kurz vor den Wahlen –, darf er sich nicht beklagen, wenn die Politikverdrossenheit wächst.
Nach der Wahrnehmung des Vorsitzenden sind die Meinungen zur Frage einer Sitzung «extra muros» gemacht. Aus seiner Sicht braucht es keine Debatte. Da aber bereits eine Wortmeldung eingegangen ist, soll eine kurze Debatte geführt werden.

Monika Barmet legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Sie ist Vorstandsmitglied der Zuwebe, in deren Räumlichkeiten die Sitzung vom November geplant ist.
Die Votantin will sich nicht dazu äussern, ob Kantonsratssitzungen grundsätzlich ausserhalb des Regierungsgebäudes stattfinden können oder nicht. Dazu gibt es andere Gelegenheiten, zum Beispiel bei der Beratung der Geschäftsordnung des Kantonsrats. Wenn die Abstimmung heute aber ergibt, dass generell keine Kantonsratssitzungen extern stattfinden sollen, dann möchte sie doch darum bitten, dass wenigstens die geplante Sitzung im November extern stattfinden kann, denn in der Zuwebe wurde bereits vieles geplant und Zeit für Abklärungen investiert. Die Zusage wurde gemacht. Die Votantin bitte den Präsidenten, dieses Anliegen beim Abstimmungsvorgehen zu berücksichtigen.
Die Votantin ruft ihre Kolleginnen und Kollegen – alle sind jung, offen für Neues, dynamisch und extrem flexibel – auf, sich auf das geplante Vorhaben einzulassen. Die Zuwebe freut sich, Gastgeber zu sein.

Manuel Brandenberg teilt mit, dass die SVP-Fraktion geschlossen gegen Sitzungen «extra muros» ist. Es geht nicht um die Zuwebe oder ein anderes Unternehmen, sondern um einen Grundsatz. Der Kantonsratssaal ist der Ort, wo der Kantonsrat tagt, und das sollte beibehalten werden.

Für den **Vorsitzenden** versteht es sich von selbst, dass er das Ergebnis der Konsultativabstimmung umsetzen wird.

➔ Der Rat spricht sich mit 49 zu 14 Stimmen gegen eine Kantonsratssitzung «extra muros» aus.

TRAKTANDUM 1

831 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

832 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 29. August 2013

➔ Die Protokolle der Sitzung vom 29. August 2013 werden ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

833 Traktandum 3.1: **Motion von Andreas Hausheer betreffend Vertretung der Kantonsratsbeschlüsse durch den Regierungsrat gegen aussen vom 13. September 2013 (Vorlage 2293.1 - 14449)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

834 Traktandum 3.2: **Interpellation von Urs Raschle betreffend Umsetzung eines Motorikparks im Kanton Zug vom 30. August 2013 (Vorlage 2288.1 - 14439)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

835 Traktandum 3.3: **Interpellation von Philip C. Brunner betreffend Streichung der Verlängerung der General-Guisan-Strasse im kantonalen Richtplan vom 12. September 2013 (Vorlage 2292.1 - 14448)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 4
Kommissionsbestellungen:

836 Traktandum 4.1: **Teilrevision des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2290.1/.2 - 14441/42)

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Vroni Straub-Müller, AGF, Oberwil, Kommissionspräsidentin

Karin Andenmatten-Helbling, CVP, Hünenberg
Monika Barmet, CVP, Edlibach
Philip C. Brunner, SVP, Zug
Hans Christen, FDP, Zug
Gabriela Ingold, FDP, Unterägeri
Gloria Isler, SVP, Baar
Beat Iten, SP, Unterägeri
Franz Peter Iten, CVP, Unterägeri
Heini Schmid, CVP, Baar
Renato Sperandio, FDP, Unterägeri
Cornelia Stocker, FDP, Zug
Thomas Werner, SVP, Unterägeri
Beat Wyss, CVP, Oberägeri
Thomas Wyss, SVP, Oberägeri

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden

837 Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Bodensanierung von Nachfolgeschäden des Nationalstrassenbaus**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2285.1/.2 - 14420/21).

➔ Überweisung an die Kommission für Tiefbauten.

838 Traktandum 4.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme vom mehrjährigen Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2287.1/.2 - 14427/28).

➔ Überweisung an die Bildungskommission.

839 Traktandum 4.4: **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung der Kantonsstrasse N, Neuheimerstrasse, Abschnitt Kreisel Lättich bis Baarburgrank, Gemeinde Baar**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2291.1/.2 - 14444/45).

➔ Überweisung an die Kommission für Tiefbauten.

840 Traktandum 4.5: **Wahl eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Kantonsgerichts**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Obergerichts (2286.1 - 14425).

➔ Überweisung an die Justizprüfungskommission.

841 Traktandum 4.6: **Budget 2014 und Finanzplan 2014–2017**

➔ Direktüberweisung an die Staatswirtschaftskommission.

842 Traktandum 4.7: **Ersatzwahl in die Kommission für Tiefbauten**

Die SVP-Fraktion ersucht darum, an Stelle von Roland von Burg neu Philip C. Brunner in die Kommission für Tiefbauten zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

843 **Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz): 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2112.4 - 14400).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 71 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen folgende parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor.
• Die erheblich erklärte Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines wirksamen Kontrollmechanismus über den Geschäftsgang in der kantonalen Verwaltung vom 28. Mai 2008 (Vorlage 1681.1 - 12750) sei als erledigt abzuschreiben.
• Die erheblich erklärte Motion der Erweiterten Justizprüfungskommission vom 29. Mai 2009 (Vorlage 1923.1 - 13371) betreffend Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen, damit der/die Generalsekretär/in den aktuellen Stand sämtlicher wichtiger Geschäfte kennt und verpflichtet ist, bei Ausfall der/des Direktionsvorstehenden dem stv. Regierungsratsmitglied die nötigen Informationen weiterzugeben, sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die zwei Vorstösse stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

844 **Teilrevision des Energiegesetzes**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2217.1/.2 - 14236/37) und der vorberatenden Kommission (2217.3 - 14411).

DETAILBERATUNG (Fortsetzung 1. Lesung)

§ 9 Abs. 1

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Rat dieses Geschäft in der letzten Sitzung bis und mit § 6 fertig beraten hat. Bei § 9 Abs. 1 wurden die Abstimmungen vertagt. Er orientiert über die schriftlich eingegangenen Anträge:

• Antrag des Regierungsrats: Der Antrag findet sich Seite 4 der Synopse in der Vorlage 2217.3 - 14411.
• Antrag der vorberatenden Kommission und von Mario Reinschmidt auf ersatzlose Streichung.
• Antrag der AGF: «Auf fossile Energieträger ist bei neuen Gebäuden für Heizöl ‹Extra-leicht› und Erdgas ab 2030 gänzlich zu verzichten.»
• Antrag von Beat Wyss: «Bei neuen Gebäuden ist ab 2030 gänzlich auf Heizöl ‹Extra-leicht› zu verzichten.»
• Antrag der SP-Fraktion: «Auf fossile Energieträger gemäss § 3 ist bei neuen Gebäuden für Heizöl ‹Extra-leicht› ab 2020 gänzlich zu verzichten.»
• Antrag von Rainer Suter, wonach bei Obsiegen des regierungsrätlichen Antrags der Kantonsrat nicht mit einem einfachen, sondern mit einem referendumspflichtigen Kantonsratsbeschluss eine Anordnung treffen soll.

Gestützt auf § 61 Abs. 1 der Geschäftsordnung werden Unterabänderungsanträge vor den Abänderungsanträgen zur Abstimmung gebracht. Das Vorgehen ist deshalb wie folgt:
• Zuerst wird geklärt, auf welche fossilen Energieträger bei neuen Gebäuden gegebenenfalls verzichtet werden soll, also auf Heizöl «Extra-leicht» und/oder Erdgas. Beim Erdgas muss vorweg die Zusatzfrage beantworten werden, in welcher Form der Kantonsrat seine Anordnung gegebenenfalls treffen muss.
• Danach wird der Zeitpunkt festgelegt, ab welchem ein allfälliger Verzicht auf Heizöl «Extra-leicht» gelten soll, also ab 2030 oder ab 2020.
• Am Schluss wird die bereinigte Fassung von § 9 Abs. 1 dem Antrag der Kommission auf Streichung gegenübergestellt.

In Bezug auf einen allfälligen Verzicht auf Erdgas gibt es noch Klärungsbedarf. Im Einvernehmen mit dem Regierungsrat hält der Vorsitzende für das Protokoll fest, dass der Regierungsrat einen allfälligen Verzicht auf Erdgas – genau wie bei Heizöl «Extra-Leicht» – ebenfalls erst ab dem Jahr 2030 beantragt. Frühestens 2019 soll nach Antrag der Regierung der Kantonsrat über einen Verzicht überhaupt befinden. Im Erlasstext sollte es also heissen: «[…] frühestens *im Jahre 2019 per 2030* anordnet.» Die Redaktionskommission wird diesen Passus auf die zweite Lesung hin bereinigen.
Zum konkreten Vorgehen: Es werden nur die Abweichungen der jeweiligen Anträge zur Abstimmung gebracht. Zu diesem Zweck müssen die einzelnen Themen – juristisch sind das die jeweiligen Tatbestandselemente –, nicht die vollständigen Anträge in ihrem Wortlaut einander gegenübergestellt werden. Nur so lässt sich der genaue Wille der Antragstellenden einerseits und des Kantonsrats anderseits eruieren. Nicht strittige Teile der Regelungen – etwa dass nur neue Gebäude betroffen sind – werden dabei nicht thematisiert.

➔ Der Rat ist mit dem vorgeschlagenen Vorgehen stillschweigend einverstanden.

Kommissionspräsidentin **Anna Bieri** hält sich mit Blick auf die persönliche Energiebilanz der Ratsmitglieder möglichst kurz und verzichtet auf Wiederholungen aus der ersten Debatte. Sie fast die wichtigsten Punkte zusammen und erläutert die Kommissionshaltung zu dieser Vorlage, auf die der Rat bereits eingetreten ist und zu der die Kommission aus den folgenden Gründen Zustimmung empfiehlt:
• Die vorliegende Teilrevision ist nach zugerischer Manier schlank und auf den Punkt gebracht. Umfassende, detailliert ausgearbeitete Energiegesetz-Teilrevisionen anderer Kantone – beispielsweise in Luzern – wurden zwischen diametral unterschied-

lichen Ansprüchen verschiedener Fronten derart zerrieben, dass sie chancenlos untergingen. Die hier vorliegende Gesetzesvorlage ist moderat, gewährleistet Rechtssicherheit, ermöglicht sinnvolle Ausnahmen und schafft keine ausufernden Verwaltungsübungen.
• Die vorliegende Teilrevision setzt ein klares Signal, dass – auch nach Fukushima – die CO_2-Reduktion als erklärtes Ziel weiterverfolgt werden muss.
• Die vorliegende Teilrevision ist im gesamtschweizerischen Kontext verträglich. Der Kanton Zug schafft damit keine «Ego-Lösung», sondern sieht seinen Beitrag zur Energiewende als kompatiblen Baustein.
Die Kommission empfiehlt jedoch, § 9 gänzlich zu streichen. Sie ist der Meinung, dass in § 3 die Absicht, künftig sparsam mit Energie umzugehen – und zwar so, dass «auf fossile Energieträger möglichst verzichtet werden kann» –, genügend deutlich ausgedrückt wird. Ein explizites Verbot eines fossilen Energieträgers ist nicht nötig, ja sogar kontraproduktiv, da der Markt diesem Anliegen bereits in der Vergangenheit Rechnung getragen hat und auch weiterhin tragen wird. So basieren wohl über 50 Prozent der Heizungen im Kanton Zug auf Heizöl, dennoch werden heute bereits weniger als 30 Ölfeuerungen jährlich neu eingebaut.
Die Kommission hat die meisten Anträge, wie sie heute gestellt werden oder ähnlich geartete, diskutiert. In der Debatte wurde stets zwischen Erdgas und Erdöl differenziert. Die Kommission war sich wohl bewusst, dass auch Erdgas nicht die pure Ökovariante ist. Dennoch schneidet Erdgas betreffend Klimaschädlichkeit um 25 Prozent besser ab als Heizöl. Erdgas hat zudem im gesamtschweizerischen Kontext eine Schlüsselrolle. Schlussendlich obsiegten in der Kommission der Antrag auf die Teilstreichung der Erdgasklausel, wie er heute von Beat Wyss vertreten wird, sowie der komplette Streichungsantrag. Die Kommission favorisiert den Antrag auf komplette Streichung mit 8 zu 6 Stimmen.

Hanni Schriber-Neiger begründet im Namen der AGF kurz deren Antrag zu § 9. Zu einer verantwortungsvollen Energienutzung gehört in Zukunft die Abkehr von allen fossilen Energieträgern, weshalb diese verboten werden sollen. Bei der Verbrennung von Erdgas wird nur 25 Prozent weniger Kohlendioxid (CO_2) freigesetzt als bei Heizöl, was zur Aufheizung der Erdatmosphäre beiträgt. Verglichen mit einer Kohleheizung ist dies natürlich ein riesiger Fortschritt, aber in unserem Land wird nur noch marginal mit Kohle geheizt.
Die Votantin ruft den Rat auf, für die Betroffenen schon heute und nicht erst 2019 Planungssicherheit zu schaffen und damit auf erneuerbare Energien zu setzen, statt noch lange die immer höher werdenden Energierechnungen bei russischen Erdgas-Konzernen zu bezahlen. Der Antrag der AGF lautet deshalb: «Auf fossile Energieträger ist bei neuen Gebäuden für Heizöl ‹Extra-leicht› und Erdgas ab 2030 gänzlich zu verzichten.»

Mario Reinschmidt teilt in Ergänzung zu seinem letzten Votum mit, dass der Bundesrat Anfang September die Energiestrategie 2050 verabschiedete, welche u. a. klar beschreibt, dass Wärmekraftkopplungsanlagen resp. stromerzeugende Heizungen einen wichtigen Beitrag zur Stabilität des lokalen Verteilnetzes und zur Versorgungssicherheit leisten. Dafür wird das Erdgasnetz zwingend benötigt. Die bevorstehenden Stromlücken, mehrheitlich an kalten, verregneten und nebligen Tagen, können nur mit stromerzeugenden Heizungen gedeckt werden.
Die nationale Energiestrategie 2050 des Bundesrats regelt den Umgang mit Erdgas und beschreibt die Bedeutung von Erdgas. § 9 Abs. 1 torpediert diese nationale Strategie. Aus diesem Grund beantragt der Votant die ersatzlose Streichung von § 9 Abs. 1.

Baudirektor **Heinz Tännler** kann auf das Votum von Kommissionspräsidentin Anna Bieri verweisen, möchte aber noch einige Zahlen vorlegen. Im Kanton Zug gibt es nach wie vor einen hohen Anteil an fossil betriebenen Anlagen: Rund 70 Prozent der bestehenden Gebäuden werden mit fossilen Energieträgern – etwa 55 bis 60 Prozent mit Öl und 15 Prozent mit Gas – geheizt. Bezogen auf die Leistung liegt der fossile Anteil noch höher: Über 90 Prozent der Wärmeenergie im Kanton Zug wird fossil erzeugt. Der Bestand an Ölheizungen ist leicht rückläufig. Im Jahr 2000 gab es rund 9000 Anlagen, 2011 waren es noch etwa 8700 Anlagen. Zwischen 2009 und 2011 hat der Bestand jährlich um 0,6 Prozent abgenommen, um etwa 40 bis 50 Anlagen pro Jahr.
Auch die Anzahl neu installierter Ölheizungen ist – wie bereits erwähnt – gesunken, zwischen 1998 und 2008 von etwa 100 bis 120 Anlagen auf etwa 50 Anlagen pro Jahr. In den letzten fünf Jahren ist die Zahl bei jährlich etwa 30 neuen Anlagen konstant geblieben. Der Bestand an Gasheizungen ist gestiegen, ebenso die Anzahl Wärmepumpen, diese aber nur um 17 Prozent zwischen 2009 und 2011.
Fazit: Im Kanton Zug wird immer noch mit fossilen Energieträgern geheizt, auch bei Neubauten. Zwar ist ein Trend in Richtung erneuerbare Heizenergie sichtbar. Dieser ist aber noch relativ zaghaft. Es ist deshalb nicht falsch, in § 9 für einen Zeithorizont 2030 verbindlich festzulegen, was Heizöl «Extra-leicht» anbelangt. In diesem Sinne hält der Regierungsrat an seinem Antrag fest.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun zuerst über die Unterfrage abgestimmt wird, wie der Kantonsrat bei einem allfälligen Verzicht auf Erdgas seine Anordnung treffen soll. Dem Antrag des Regierungsrats auf einen einfachen Kantonsratsbeschluss steht der Antrag von Rainer Suter gegenüber, der einen referendumspflichtigen Kantonsratsbeschluss verlangt.

➔ Der Rat folgt mit 34 zu 33 Stimmen dem Antrag auf einen referendumspflichtigen Kantonsratsbeschluss.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die Grundsatzfrage geklärt wird, ob überhaupt ein Verzicht auf Erdgas vorgeschrieben werden soll, wie es auch Teil des Antrags der AGF ist. Gemäss Antrag von Beat Wyss soll der Verzicht für Erdgas nicht gelten.

➔ Der Rat genehmigt mit 54 zu 17 Stimmen den Antrag von Beat Wyss, keinen Verzicht auf Erdgas vorzuschreiben.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der folgenden Abstimmung die Frage geklärt wird, ob der Verzicht auf Heizöl «Extra-leicht» ab 2030 oder ab 2020 gelten soll.

➔ Der Rat genehmigt mit 58 zu 15 Stimmen den Antrag, ab 2030 auf Heizöl «Extra-leicht» zu verzichten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zum Schluss § 9 Abs. 1 in der bereinigten Fassung noch dem Antrag der vorberatenden Kommission und von Mario Reinschmidt auf Streichung gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat beschliesst mit 41 zu 31 Stimmen die ersatzlose Streichung von § 9 Abs. 1.

IV. Referendumsklausel und Inkrafttreten

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 7

845 Kantonsratsbeschluss betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2183.1/.2 - 14160/61) und der vorberatenden Kommission (2183.3 - 14315).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge beantragt.

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Andreas Hausheer:** Der Regierungsrat beantragt mit dem vorliegenden Geschäft dem Kantonsrat eine Totalrevision der Geschäftsordnung des Regierungsrats (GO RR) aus dem Jahr 1949, dies insbesondere aus zwei Gründen:
• Erstens finden sich in diversen, zeitlich gegenüber der GO RR neueren Gesetzen und Ausführungsbestimmungen Regelungen, die der geltenden GO widersprechen. In der Vergangenheit wurde jeweils entweder vergessen oder darauf verzichtet, die GO RR formell anzupassen. Dies soll nun nachgeholt werden.
• Zweitens haben sich im Lauf der letzten Jahre Abweichungen zwischen der GO RR und der gelebten Praxis ergeben. Die GO soll also sozusagen an die aktuellen Verhältnisse angepasst werden. Der Votant erlaubt sich die Bemerkung, dass es etwas stossend ist, dass die Praxis in der Vergangenheit abgeändert wurde, ohne vorher die Vorgaben durch den Kantonsrat ändern zu lassen. Er fordert den Regierungsrat auf, künftig die korrekte Reihenfolge zu beachten: Zuerst ist der Kantonsrat am Zug, dann erst kann die Praxis angepasst werden – nicht umgekehrt.
Regierungsrat spricht in seiner Vorlage von sogenannt «sanften Reformpunkten» und von «Nachführungen». «Sanfte Reformpunkte» sind völlig neue Bestimmungen oder aber bestehende Bestimmungen, die materiell geändert wurden. Unter «Nachführungen» versteht der Regierungsrat einerseits Bestimmungen, die zwar materiell von der bisherigen GO übernommen, aber sprachlich angepasst oder inhaltlich gestrafft wurden, andererseits gegenüber der bisherigen GO gestrichene Bestimmungen.
In der Eintretensdebatte wurden der Kommission seitens des Regierungsrats nochmals die Beweggründe für die Totalrevision, deren Ziele und deren zentrale Elemente aufgezeigt; dazu kann auf den Kommissionsbericht in Verbindung mit dem Bericht des Regierungsrats verwiesen werden. Eintreten auf die Vorlage war in der Kommission mit 14 zu 0 Stimmen ohne Enthaltung unbestritten. In der Detailberatung wurden insgesamt neun Anträge gestellt. Bei vier Paragraphen hat die Kommission schliesslich gegenüber dem regierungsrätlichen Vorschlag abweichende Beschlüsse gefällt. Diese sind im Kommissionsbericht zusammenfassend unter Ziffer 1 aufgeführt.
Ein Thema, das nicht direkt Gegenstand dieser Vorlage ist, aber gleichwohl zu Diskussionen Anlass gegeben hat, betrifft die Frage der Zuständigkeit des Kantonsrats für die GO RR. Gemäss § 48 der Kantonsverfassung wird die GO RR «durch ein vom Kantonsrate aufzustellendes Reglement bestimmt». Der Regierungsrat erwägt

gemäss seinen Ausführungen, diese Zuständigkeit des Kantonsrats mittelfristig ersatzlos aufzuheben, dies verbunden mit folgender Ergänzung von § 2 Abs. 5 des Organisationsgesetzes: «Der Regierungsrat erlässt für seine Tätigkeit eine Geschäftsordnung.» Ein Zeitplan für eine entsprechende Verfassungsrevision besteht nicht. Sie soll später mit einer anderen Revision dem Kantonsrat und dem Volk unterbreitet werden. Die Kommission diskutierte diese Stossrichtung und war mehrheitlich der Auffassung, dass der Kantonsrat auch künftig die Grundzüge der GO RR festlegen soll.
Zum Schluss äussert sich der Votant noch zu seiner eigenen Interpellation betreffend Transparenz bei Regierungsratsbeschlüssen vom 3. August 2012 (Vorlage 2173.1), dies vorerst in seiner Funktion als Kommissionspräsident. Im Rahmen der Ausführungen zum vorgeschlagenen § 9 der neuen GO RR, in welchem es um das Ratsgeheimnis geht, beantwortet der Regierungsrat die Interpellation. Die Kommission hat länger darüber diskutiert, ob sie diese Interpellation jetzt schon zur Kenntnis nehmen will, oder ob eine Kenntnisnahme erst später im Rahmen der Diskussion zum Öffentlichkeitsgesetz erfolgen soll. Da die Thematik im Rahmen des Öffentlichkeitsgesetzes wiederum politisch diskutiert und auch entschieden wird, ist die Kommission mehrheitlich der Auffassung, dass eine Kenntnisnahme zum jetzigen Zeitpunkt Sinn macht, zumal die Mitglieder des Kantonsrats allfällige Fragen und politische Wertungen bei der Beratung des Öffentlichkeitsgesetzes einbringen können. Auf eine materielle Diskussion wurde darum verzichtet. Die Kenntnisnahme kann somit nicht als Willensäusserung der Kommission aufgefasst werden, ob sie mit den Antworten des Regierungsrats einverstanden ist oder nicht. Persönlich kann der Votant mit der Meinung der Kommission leben, er geht aber davon aus, dass im Rahmen der Beratungen des Öffentlichkeitsgesetzes auch tatsächlich wieder darauf zurückgekommen werden *darf* und dann nicht argumentiert wird, dass das nicht Gegenstand der dannzumaligen Diskussion sei.
Abschliessend beantragt der Votant namens der Kommission, auf die Vorlage einzutreten, ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen und von der Beantwortung der Interpellation Hausheer im Sinne der unter Ziffer 6 des Kommissionsberichts gemachten Ausführungen Kenntnis zu nehmen. Die CVP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten.

Hans Christen: Die Geschäftsordnung des Regierungsrats muss in der Tat revidiert werden, wurde sie doch bereits 1949 erlassen – und ist demnach ein Jahr älter als der Votant. Viele Bestimmungen gelten aufgrund später in Kraft getretener Gesetze nicht mehr. Die Totalrevision mit neu 29 statt bisher 64 Paragraphen macht Sinn, da damit ein effizienter Ratsbetrieb sichergestellt wird.
Die FDP-Fraktion schliesst sich den Anträgen der vorberatenden Kommission an, die sich intensiv mit dieser Vorlage auseinandergesetzt hat, und unterstützt diese ohne Vorbehalt. Im Besonderen zu erwähnen ist, dass die FDP-Fraktion den Antrag der Kommission bei § 14 Abs. 2, der vorschreibt, dass eine Stimmenthaltung nicht zulässig ist, als sehr wichtigen Antrag einstimmig unterstützt.
Im Namen der FDP-Fraktion ersucht der Votant den Rat, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der vorberatenden Kommission zuzustimmen. In eigener Sache dankt der Votant für den Blumenstrauss, der heute den Ratssaal in Erinnerung an das Attentat vor zwölf Jahren schmückt.

Thomas Wyss: Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage. Sie anerkennt, dass ein grosser Teil der Änderungen durch das neue Organisationsgesetz notwendig wurde, und sie sieht den Zusammenhang mit der Revision der Geschäftsordnung des Kantonsrats. Dass der Erlass mit 30 Paragraphen weniger

als halb so umfangreich ist wie der bisherige, soll Massstab sein: Kurze Gesetze sind gute Gesetze.
Die SVP-Fraktion unterstützt in § 1 über den Eid oder das Gelöbnis die Anträge der vorberatenden Kommission. Auch in § 8 über die Ausstandsregeln unterstützt sie die Kommission. Sie appelliert jedoch an die Regierung, § 8 Abs. 5 grosszügig und etwa mit Blick auf die Serviceclubs auszulegen, zumal ja in Abs. 2 familiäre Beziehungen bis in den hintersten Winkel ein Grund sind, in den Ausstand zu treten. Gemäss Abs.5 treten Regierungsräte in den Ausstand, «wenn sie bei objektiver Betrachtungsweise offensichtlich den Anschein der Befangenheit erwecken». Dies kann gerade bei Serviceclubs der Fall sein, und die SVP wünscht dem Regierungsrat bei der Anwendung der Geschäftsordnung das entsprechende Feingefühl.
Zu einem starken Regierungsrat, der im Rahmen des Kollegialitätsprinzips funktionieren soll, gehört nach Ansicht der SVP-Fraktion auch die Möglichkeit der Stimmenthaltung. In § 14 will die SVP – entgegen dem Antrag der vorberatenden Kommission – dem Regierungsrat dieses Recht nicht nehmen. Die SVP unterstützt aber die Kommission bei § 15, der die Rückkommensanträge regelt.

Alois Gössi: Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf die revidierte Geschäftsordnung des Regierungsrats und stimmt auch den Anträgen der vorberatenden Kommission zu. Was bringt eigentlich die Revision?
• Das revidierte Gesetz ist viel schlanker geworden und umfasst neu 30 statt wie bisher 64 Paragraphen. Viele unnütze oder veraltete Paragraphen wurden eliminiert.
• Mit der revidierten Geschäftsordnung soll der Ratsbetrieb des Regierungsrats rascher und einfacher werden; von der materiellen Arbeit des Regierungsrats ist hier nicht die Rede.
• Wichtige Verfahrensfragen sollen präzisiert und eindeutig wiedergegeben werden.
• Die im Laufe der Jahre oder gar Jahrzehnte gelebte Praxis im Regierungsrat wird auch in der Geschäftsordnung wiedergegeben.
Weiter bringt die Revision die folgenden Änderungen:
• Eine Stimmenthaltung ist bei Abstimmungen nicht mehr zulässig.
• Ausstände werden im Protokoll aufgeführt.
Eher unbefriedigend ausgefallen ist § 15 zu den Rückkommensanträgen, insbesondere die Absätze 2, 3 und 4. Wer § 15 schon beim ersten oder zweiten Durchlesen versteht, dem ist herzlich zu gratulieren. Der Votant selbst hatte und hat immer noch seine liebe Mühe, ihn zu verstehen, obwohl er in der vorberatenden Kommission war. Eine bessere und verständliche Fassung wäre wünschenswert, damit dieser Paragraph nicht nur von den Regierungsräten, sondern auch von anderen Personen verstanden werden kann.

Stefan Gisler: Die AGF unterstützt die Vorlage gemäss Kommission. Eine Abweichung betrifft § 14 Abs. 2: Die AGF will den Regierungsräten wie bisher die Gelegenheit geben, sich begründet der Stimme enthalten zu können – ein Recht, das ja auch die Mitglieder das Kantonsrats haben.
Zentral scheint der AGF die Verankerung des Kollegialitätsprinzips sowie der Umstand, dass der Kantonsrat auch künftig die Geschäftsordnung der Regierung beschliesst. Letzteres gibt dem Parlament die Sicherheit, dass in der Regierung nach Regeln verhandelt wird, hinter denen auch das Parlament stehen kann. Das erhöht das Vertrauen des Parlaments in die Entscheidungen der Regierung, was wiederum auch der Regierung zugutekommt.
Zur Kollegialität, die Usus ist und mit § 11 erstmals in der Geschäftsordnung explizit festgeschrieben wird: Was die Regierung unter Kollegialitätsprinzip versteht, ist leider nicht in Bericht und Antrag enthalten. Grundsätzlich müssen sich die Regie-

rungsmitglieder in der Öffentlichkeit und gegenüber dem Kantonsrat an Regierungsentscheide halten. Auch ist zu erwarten, dass sie sich an bestehenden Gesetzen und Kantonsratsbeschlüssen orientieren. In der Kleinen Anfrage der AGF zum Kollegialitätsprinzip von diesem Sommer (Vorlage 2269) hält die Regierung einige Grundsätze dazu fest. Interessant ist Grundsatz 4: «Der Regierungsrat ist nach dem definitiven Entscheid durch die eidgenössischen Räte grundsätzlich nicht mehr an die Vernehmlassungsantworten zuhanden der Bundesbehörden oder Fachdirektorenkonferenz gebunden.» Im Klartext heisst das, dass grundsätzlich ein Regierungsmitglied künftig bei nationalen Vorlagen im Abstimmungskampf öffentlich frei Stellung beziehen kann – ausser die Regierung beschliesse eine spezifische Bindung für ein Geschäft.
Die AGF sagt Ja zur Geschäftsordnung, will aber vom Regierungsrat noch einige Aussagen zur Kollegialität und deren künftiger Handhabung. Wie handhabt die Regierung künftig öffentliche Aussagen bei nationalen Geschäften und Abstimmungen wirklich? Wie handhabt es die Regierung, wenn ein Regierungsmitglied offensichtlich bestehende Kantonsratsbeschlüsse und Gesetze ohne Absprache mit der Regierung öffentlich kritisiert?

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** geht davon aus, dass die vorgeschlagene Revision der GO RR schlank über die Bühne gehen wird, dies auch deshalb, weil die Fraktionen sich mehrheitlich den Kommissionsanträgen anschliessen. Dies tut auch der Regierungsrat – mit einer Ausnahme: Beim Thema Stimmenthaltung möchte er die jahrzehntelange und bisher völlig unbestrittene Praxis nicht unnötigerweise ändern.
Der Volkswirtschaftsdirektor dankt dem früheren Landschreiber Tino Jorio, dem es ein jahrelanges Anliegen war, die Revision der Geschäftsordnungen des Kantons- und auch des Regierungsrats in die Wege zu leiten, die Gesetzesredaktion zu übernehmen – und damit die Geschäftsordnungen auch denjenigen Verhältnissen anzupassen, die er selber jahrelang mitgeprägt hat. Offenbar konnte Tino Jorio aber ohne schlechtes Gewissen mit den veränderten Verhältnissen bzw. damit leben, dass gewisse Regelungen in der heute gültigen GO wie etwa diejenige, dass eine Sitzung des Regierungsrats in der Regel drei Stunden dauert, bisher nicht angepasst wurden. Der Regierungsrat hat sich nämlich erlaubt, diese Regel zu verletzen und ab und zu etwas länger als drei Stunden zu tagen.
Der Regierungsrat nimmt zur Kenntnis, dass der Kantonsrat daran festhält, weiterhin über die GO RR zu beschliessen. Als Begründung wurde angeführt, dass der Regierungsrat durch eine Geschäftsordnung, über welche demokratisch abgestimmt wurde, gestärkt werde. Diese Stärkung freut den Regierungsrat. Bezüglich § 15 zu den Rückkommensanträgen ist festzuhalten, dass differenzierte Regelungen auch eine differenzierte Niederlegung im Gesetz brauchen. Die acht Personen, die diese Regel verstehen müssen – sieben Regierungsräte und der/die Landschreibende –, verstehen sie und handhaben sie mit gutem Erfolg.
Der Volkswirtschaftsdirektor möchte das Thema Kollegialität in dieser Debatte nicht ausbreiten. Wer darüber wirklich diskutieren möchte, soll eine Interpellation und nicht eine Kleine Anfrage einreichen. Der Regierungsrat hat in der Kleinen Anfrage Auskunft gegeben und will hier keine Debatte über das Kollegialitätsprinzip und dessen künftige Handhabung führen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nur eine Lesung gibt, ausser der Rat beschliesst – gestützt auf § 55 Abs. 4 der Geschäftsordnung – eine zweite Lesung.

Titel und Ingress
§ 1 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 1 Abs. 2 und Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission die Regelungen präzisiert und in zwei Absätze aufgeteilt hat. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt die Fassung der vorberatenden Kommission.

§ 2 Abs. 1
§ 3 Abs. 1
§ 4 Abs. 1 und Abs. 2
§ 5
§ 6 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 6 Abs. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

Alois Gössi: In § 6 Abs. 4 heisst es, dass die Frau Landammann oder der Landammann «*ausnahmsweise* verwaltungsinterne und/oder verwaltungsexterne Sachverständige an die Sitzungen einladen» kann. Was heisst hier «ausnahmsweise»? Für den Votanten heisst dies, dass es relativ selten vorkommt, vielleicht zwei- bis dreimal im Jahr; alles andere ist nicht mehr ausnahmsweise, sondern geht in Richtung Regelmässigkeit.
Die Mitglieder der vorberatenden Kommission wurden in der Kommissionssitzung informiert, dass Sachverständige regelmässig an den Regierungsratssitzungen teilnehmen. «Regelmässig» heisst ca. alle zwei Monate – jedenfalls so regelmässig, dass man nicht mehr von «ausnahmsweise» sprechen kann. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** «ausnahmsweise» durch die Wendung «bei Bedarf» zu ersetzen. Die Formulierung «bei Bedarf» ist materiell keine Änderung, bildet aber die

Realität besser ab. Es liegt weiterhin an der Frau Landammann oder dem Landammann zu entscheiden, ob externe Personen zu Regierungsratssitzungen eingeladen werden – dies aber nicht mehr «ausnahmsweise», was ja nicht der Fall ist, denn es passiert regelmässig.

Kommissionspräsident **Andreas Hausheer** informiert, dass in der Kommission ein ähnlicher Antrag gestellt wurde: nicht «bei Bedarf», sondern «wenn es angemessen erscheint». Dieser Antrag wurde von der Kommission mit 10 zu 4 Stimmen abgelehnt. In diesem Sinne beantragt die Kommission, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** geht davon aus, dass sich die Praxis des Regierungsrats nicht ändert, ob man nun «ausnahmsweise» oder «bei Bedarf» schreibt. Mit «ausnahmsweise» wollte der Regierungsrat zum Ausdruck bringen, dass es nicht die Regel sein soll, im Regierungszimmer mit Sachverständigen über operative Details zu diskutieren. Sollte das der Fall sein, ist die betreffende Vorlage nicht entscheidungsreif. Es gab in gewissen Jahren eine Tendenz, sehr detailversessen zu beraten. Das Wort «ausnahmsweise» ist ein Zeichen dafür, dass der Regierungsrat die Vorlagen entscheidungsreif haben will und sie andernfalls zurückschickt. Es ist klar, dass Sachverständige sowieso nur bei Bedarf eingeladen werden. Der Kantonsrat kann deshalb getrost dem regierungsrätlichen Antrag zustimmen.

➔ Der Rat genehmigt mit 54 zu 14 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 7 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 8 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 8 Abs. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, der Ausstand sei im Protokoll vorzumerken, wie dies bereits im geltenden Recht der Fall ist. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 9 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 10

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats

§ 11 Abs. 1 und Abs. 2

Stefan Gisler weist darauf hin, dass Regierungsrat Mathias Michel in der Eintretensdebatte mehr oder minder elegant versuchte, den Fragen zum Kollegialitätsprinzip auszuweichen, und nicht darauf eingehen wollte, wie die Regierung künftig den neuen § 11 handhaben werde. § 11 steht *heute* zur Diskussion, und der Votant lässt sich nicht auf den Interpellationsweg verweisen.
Es steht in § 11 ganz klar, dass sich ein Regierungsratsmitglied nur aus persönlichen Gründen vom Kollegialitätsprinzip entbinden lassen kann. In der Antwort des Regierungsrats auf die Kleine Anfrage wurde *nach* diesem Gesetz ganz neu interpretiert, dass sich ein Regierungsratsmitglied bei nationalen Themen nicht mehr an das Kollegialitätsprinzip halten muss, sofern die Beratung auf Bundesebene abgeschlossen ist. Deshalb stellt der Votant nochmals die Frage: Wie will die Regierung künftig das Kollegialitätsprinzip leben? Der Votant erinnert daran, dass in der Kommission die Einführung von § 11 und die Festschreibung des Kollegialitätsprinzips umstritten waren und mit 9 zu 5 Stimmen gutgeheissen wurden. Er wünscht deshalb einige qualifizierte Aussagen dazu – und dies *heute*.

Andreas Hausheer unterstützt das Anliegen von Stefan Gisler. Es ist richtig, dass zur Handhabung des Kollegialitätsprinzips *heute* Auskunft gegeben werden soll, wenn Fragen dazu gestellt werden.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel:** Hier wird ein Grundsatz statuiert, der eigentlich selbstverständlich ist. Würde man ausdeutschen, in welchen Fällen das Kollegialitätsprinzip wie gehandhabt wird, käme man nicht auf dreissig, sondern auf sechzig Paragraphen. Jede Grundregel muss ausgelegt werden, und die Regierung hat im Fall der genannten Kleinen Anfrage eine konkrete Auslegung dazu gemacht, wie das Kollegialitätsprinzip bei Vernehmlassungen gehandhabt wird. Man kann diesbezüglich natürlich anderer Meinung sein. Die Erfahrung zeigt aber, dass vom Zeitpunkt an, in dem der Regierungsrat sich im Rahmen einer Vernehmlassung äussert, sich im Verlauf der Gesetzesberatung nochmals massgebliche Veränderungen ergeben können. Wenn der Regierungsrat wieder eine verbindliche Haltung beispielsweise zur Volksabstimmung, für welche dann der definitive Text vorliegt, festlegen wollte, müsste er sich nochmals abstimmen. Das tut er in der Regel nicht, denn er äussert sich nicht zu nationalen Volksabstimmungen. Man muss das also dynamisch sehen: Selbst wenn der Regierungsrat sagt, er halte sich grundsätzlich an Entscheide, die im Rahmen der Vernehmlassung gefällt wurden, so ändert sich die Basis durch die Veränderung der Gesetzesvorlage wieder.
Genau das war der Punkt in der Diskussion, die der Regierungsrat in Zusammenhang mit der Kleinen Anfrage führte: Wie weit darf sich eine Vorlage verändern, damit der Regierungsrat sich noch an seine in der Vernehmlassung geäusserte Haltung gebunden fühlt? Dazu lässt sich keine Regel definieren, denn die Veränderungen können von null bis hundert Prozent reichen. Der Regierungsrat konnte also zwischen zwei Wegen wählen: Entweder darf sich, wenn der Regierungsrat sich einmal geäussert hat, kein Regierungsmitglied mehr zur betreffenden Volksabstimmungsvorlage äussern, ausser es kommt in den Regierungsrat und frägt nach, wie *jetzt* die regierungsrätliche Haltung ist; oder – und diesen Weg hat der Regierungsrat gewählt – man geht aus der Erfahrung, dass sich Vorlagen bis zur Volksabstimmung stark verändern können, davon aus, dass die Bindung an die damalige Haltung mit der Zeit abnimmt und der Regierungsrat – wenn er es als wichtig erachtet – seine Meinung in einem Regierungsratsbeschluss bekräftigen kann. Man kann also je nach dem von der einen oder anderen Seite her kommen. Das

stellt aber nicht das Kollegialitätsprinzip als solches in Frage. Dieses aber in jeder Verästelung zu legiferieren, ist nicht möglich, das unterliegt dem Anwendungsfall.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst und kein anderslautender Antrag gestellt wurde.

➔ Der Rat genehmigt die Anträge des Regierungsrats zu § 11 Abs. 1 und 2.

§ 12 Abs. 1 und Abs. 2
§ 13 Abs. 1 und Abs. 2
§ 14 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 14 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss Vorschlag der Kommission Stimmenthaltungen nicht mehr zulässig sein sollen. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag, der dem geltenden Recht entspricht, fest.

Kommissionspräsident **Andreas Hausheer:** In der Kommission wurde von der Vertretung des Regierungsrats ausgeführt, dass der regierungsrätliche Vorschlag, Stimmenthaltung nur mit Begründung zuzulassen, der bisherigen Praxis entspreche. Der Grund dafür sei, dass man Stimmenthaltungen eigentlich nicht möchte, und mit der Begründungspflicht werde die Hürde dafür höher. Diese Regelung wurde von der Kommission u. a. mit dem Hinweis auf die Praxis in verschiedenen Gemeindeexekutiven dahingehend verschärft, dass Stimmenthaltungen nicht mehr zulässig sein sollen, da man Beschlüsse haben möchte, nicht Stimmenthaltungen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel:** Es ist eine seit Jahrzehnten völlig unbestrittene Praxis, dass man sich im Regierungsrat der Stimme enthalten darf. Angesichts dieser Tatsache würde die Beweislast, wenn man hier etwas ändern möchte, eigentlich bei den Antragstellenden liegen. Der einzige Grund, der angeführt wurde, nämlich der Stimmzwang in einigen Gemeindeexekutiven, genügt nicht.
Die Revision der GO RR hat – wie bereits erwähnt – das Ziel, gewisse Regeln zu aktualisieren oder einer sanften Reform zu unterziehen. Aus der Sicht des Regierungsrats dient der Antrag auf Einführung des Stimmzwangs weder dem einen noch dem anderen Ziel. Erstens ist es keine Aktualisierung – im Gegenteil: Es gab im Kanton Zug noch nie eine Regel, dass sich kantonale Behörden nicht der Stimme enthalten dürfen. Und es gibt nachvollziehbare Gründe für eine Stimmenthaltung. Sie lassen sich nach der Erfahrung des Volkswirtschaftsdirektors in drei Kategorien einteilen:
• Eine Person ist aufgrund von Gewissensfragen in einem Dilemma.
• Man enthält sich der Stimme, um einen Konsens nicht zu stören, den man ja – Stichwort Kollegialitätsprinzip – gegen aussen vertreten muss.
• Ein Regierungsratsmitglied findet die Entscheidungsgrundlagen noch nicht ausreichend und möchte das Geschäft nochmals an den Absender zurückgeben, findet

dafür aber keine Mehrheit. Das Geschäft wird also beraten, das betreffende Regierungsmitglied aber fühlt sich ausserstande, seine Stimme abzugeben, und will nicht allenfalls falsch abstimmen.
Nach der Erfahrung des Volkswirtschaftsdirektors kommen Stimmenthaltungen sehr selten vor, und die Begründung war jeweils nachvollziehbar. Die diesbezügliche Praxis des Regierungsrats war immer völlig unproblematisch.
Man muss in dieser Sache auch nicht mit den Gemeinden vergleichen, sondern auf die kantonale Verwaltung schauen. Der Regierungsrat wäre die einzige kantonale Behörde, bei der ein Stimmzwang eingeführt wird. Weder im Kantonsrat und in dessen Kommissionen noch in den beratenden Kommissionen des Regierungsrats oder im Bildungsrat gibt es einen Stimmzwang. Wenn überhaupt, dann sollte man eine Grundsatzdebatte lancieren, ob man den Stimmzwang als Prinzip einführen möchte oder nicht – und nicht eine einzelne Behörde herauspicken. Auch im Bundesrat gibt es übrigens keinen Stimmzwang. Dort würde es – wie vor Jahren einmal debattiert – allenfalls Sinn machen. Es wurde damals gesagt, dass der Bundesrat – abgesehen von der Zauberformel – ganz bewusst aus Personen aus verschiedenen Landesgegenden und Sprachregionen zusammengesetzt ist, und diese sollen ihre Stimme abgeben, um das nationale Gleichgewicht zu gewährleisten. Aber auch für den Bundesrat kam man nach einer langen Debatte davon ab, nicht zuletzt deswegen, weil es – abgesehen von der persönlichen Meinungsfreiheit – möglich sein soll, in einem Team auch ohne Abstimmung einen Konsens zu erzielen. Wenn der Kantonsrat also – wie in einem Votum erwähnt – den Regierungsrat und die Kollegialität stärken will, dann muss er die bisherige Praxis stehen lassen.
Zusammengefasst fehlen aus der Sicht des Regierungsrats also triftige Gründe, die bisherige Praxis zu ändern. Auch wäre der Stimmzwang ein völlig neues, fremdes Element im Rahmen der kantonalen Behörden. Deshalb bittet der Volkswirtschaftsdirektor den Rat, dem regierungsrätlichen Antrag zuzustimmen.

➔ Der Rat folgt mit 62 zu 8 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

§ 14 Abs. 3 und Abs. 4
§ 15 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 15 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission eine Präzisierung vorschlägt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Kommission.

§ 15 Abs. 3 und Abs. 4
§ 16 Abs. 1 und Abs. 2
§ 17 Abs. 1 und Abs. 2
§ 18 Abs. 1 und Abs. 2
§ 19 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 20 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 21
§ 22
§ 23
§ 24 Abs. 1 und Abs. 2
§ 25 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3 und Abs. 4
§ 26 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 27
§ 28
§ 29

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 72 zu 0 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor:
• Die Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Transparenz bei Regierungsratsbeschlüssen vom 3. August 2012 (Vorlage 2173.1 - 14137) sei zur Kenntnis zu nehmen.

➔ Der Rat nimmt die Interpellation von Andreas Hausheer zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** weist der Transparenz halber darauf hin, dass der Erlass noch von der kantonsrätlichen Redaktionskommission bearbeitet wird. Die Publikation im Amtsblatt und das Inkrafttreten werden spätestens im November 2013 erfolgen.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

846 **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzungen und einen Büroausbau bei der Liegenschaft Artherstrasse 25 in Zug**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2215.1/.2 - 14233/34), der Kommission für Hochbauten (2215.3 - 14401) und der Staatswirtschaftskommission (2215.4 - 14402).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Hochbauten Eintreten und Zustimmung zur Vorlage, die Staatswirtschaftskommission Eintreten und Zustimmung unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge beantragen.

Da der Präsident der Kommission für Hochbauten, Eusebius Spescha, abwesend ist und in der Kommission seine Vertretung nicht abgesprochen wurde, stellt sich die Frage, ob das Geschäft abtraktandiert oder ohne Stellungnahme der Hochbaukommission durchberaten werden soll.

Thomas Lötscher schlägt vor, das Traktandum an den Schluss zu verschieben, damit sich die anwesenden Mitglieder der Hochbaukommission absprechen und auf die Debatte vorbereiten können.

Thiemo Hächler ist der Ansicht, dass die Kommissionsmitglieder ihre Informationen und ihre Meinung in die Fraktionen getragen haben und die Meinungen eigentlich gemacht sind. Ob Kommissionspräsident Eusebius Spescha zum Geschäft spricht oder nicht, ist für die Sache vermutlich unerheblich, zumal die Kommission keine knappen Entscheide gefällt hat. Er schlägt vor, das Geschäft wie geplant zu beraten und – wo nötig – auch darüber abzustimmen.

Der **Vorsitzende** entscheidet, das Geschäft zu beraten. Der Rat ist einverstanden.

EINTRETENSDEBATTE

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** hält fest, dass die Berichte der Regierung und der Hochbaukommission ausführlich Stellung nehmen zu den baulichen Aspekten des Geschäfts. Er selbst beschränkt sich auf drei finanzielle Aspekte:
• Die Stawiko hat zur Kenntnis genommen, dass dem Kantonsrat einmal mehr eine Vorlage mit einem sehr hohen Kreditbetrag für die Renovation und den Ausbau einer Liegenschaft vorgelegt wird. Sie hat das Geschäft mit der Vorlage 2010 verglichen, bei welcher der Rat einen Kredit von 900'000 Franken für den Ausbau der obersten drei Stockwerke für den Schulpsychologischen Dienst bewilligte. Hier aber spricht man von 4,7 Millionen Franken. Die Stawiko hat den Baudirektor in ihre Sitzung eingeladen und sich darüber aufklären lassen, wie sich diese Kreditsumme ergibt. Der Baudirektor hat darauf hingewiesen, dass man für sechs Stockwerke nicht einfach den Kredit für die drei Stockwerke duplizieren könne. Vielmehr ergäben sich durch die Verwaltungsnutzung des *ganzen* Gebäudes erhebliche Mehrkosten für die grundsätzliche Renovation und den grundsätzlichen Ausbau etwa im Bereich der Elektroanlagen. Die Darstellung des Baudirektors befriedigte die Stawiko, und sie konnte den Ausführungen folgen.
• Der Kredit von 531'000 Franken für die Möblierung hat in der Stawiko eine grosse Diskussion ausgelöst. Der Regierungsrat erwähnt in der Vorlage, dass in den beiden Abteilungen, die in das Haus einziehen sollen, relativ neue Möbel vorhanden sind und diese gezügelt werden sollen. Es geht also einzig um Ergänzungen und allenfalls um die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Die Stawiko war trotz der zusätzlichen Erklärungen des Baudirektors nicht unbedingt befriedigt. Sie fordert die Regierung auf, in diesem Bereich wirklich Zurückhaltung zu üben und das Wünschbare klar vom Notwendigen zu trennen.
• Das Personalhaus wird im Finanzvermögen des Kantons geführt. Der Regierungsrat will das so belassen und nur den Investitionskredit in der Verwaltungsrechnung führen. Da offensichtlich aber eine langfristige Nutzung geplant ist, **beantragt** die Stawiko im Sinne von § 24 Abs. 2 des Finanzhaushaltgesetzes, das Personalhaus abzuparzellieren und auch ins Verwaltungsvermögen zu überführen. Es kann ja nicht sein, dass ein Gebäude in einem Bereich und die Investitionen in dieses Gebäude in der Investitionsrechnung geführt werden. Auch wenn die Liegen-

schaft nur mit dem Buchwert überführt wird – dieser beträgt noch 1 Franken –, ist dafür doch ein Kantonsratsbeschluss notwendig. Darum beantragt die Stawiko, den Beschluss mit einem neuen § 2 zu versehen, der wie folgt lautet: «Das Grundstück ist abzuparzellieren und vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen zu übertragen.» Der bisherige § 2 wird dadurch zu § 3. Der Antrag der Stawiko wird offenbar auch vom Regierungsrat unterstützt.
Zusammenfassend beantragt die Stawiko einstimmig, auf das Geschäft einzutreten und ihm mit der genannten Änderung zuzustimmen.

Thiemo Hächler legt seine Interessenbindung vor: Er hat von Berufes wegen ab und zu mit Ämtern der kantonalen Verwaltung zu tun; ansonsten fühlt er sich frei und unbeeinflusst.
An der Kommissionssitzung haben die Kommissionsmitglieder vom Baudirektor gehört, bei dieser Vorlage handle es sich um einen Befreiungsschlag. Die Räumlichkeiten an der Aa platzen anscheinend aus allen Nähten, und ein Durchkommen zu den Toilettenräumen scheint offenbar schwierig zu sein. Ein Augenschein vor Ort hat den Votanten allerdings beruhigt: Es gibt weder asiatische Büroraumeinteilungen noch Arbeitsplätze auf dem Korridor oder im Treppenhaus.
Einmal mehr kommt der Baudirektor mit einer Vorlage in den Kantonsrat, welche nach relativ viel Geld verlangt, um im alten Kantonsspital provisorische Büroräume auf – man höre und staune – sechs Geschossen auszubauen. Der Votant ist der Ansicht, dass an dieser Stelle von Verkauf, Umnutzung, Kunsthaus, Hotelprojekt etc. die Rede war. Dass immer wieder Millionenbeträge in ein – mit Verlaub gesagt – Abbruchobjekt investiert werden, ist seiner Meinung nach nicht gerade sinnvoll und weitsichtig. Nun, der Baudirektor spricht von einem Zeitraum von mindestens acht Jahren und davon, dass dies die weitaus kostengünstigste Lösung sei, als Übergang bis zur Nutzung des neuen Verwaltungsgebäudes «Fokus».
Und hier liegt für den Votanten das nächste Unbehagen: Wie selbstverständlich wird vom Projekt «Fokus» gesprochen, einem Projekt, welches wiederum rund eine halbe Milliarde Franken verschlingen soll, dies für unzählige zusätzliche Arbeitsplätze für Behörden, welche einem später vielleicht das Leben schwer machen und sicher immer wiederkehrende Kosten verursachen. Manchmal versteht der Votant die Welt nicht mehr. Der Kantonsrat hat nämlich noch nicht gesagt, dass er das Projekt «Fokus» will, und somit wird also nicht von einem bestimmten Zeitraum für die Büroräume an der Artherstrasse 25 gesprochen, sondern von einem weiteren *Providurium.* Aber wenigstens lassen sich dann die Kosten des jetzt vorliegenden Umbaus etwas besser rechtfertigen und auf mehrere Jahre verteilen.
Die immer wiederkehrende Frage nach dem Bedarfsnachweis wird der Hochbaukommission normalerweise nicht so richtig beantwortet. Der Baudirektor erklärt sich jeweils damit, er bekomme die Raumbedürfnisse aus den anderen Direktionen aufgetragen und habe diese einfach zu erfüllen. In dieser Sache aber hat er es nicht ganz so einfach, da er zur Verstärkung seines eigenen Hochbauamts – zur Bearbeitung des Projekts «Fokus» – und des Tiefbauamts – zur Verstärkung des Teams Stadttunnel – dringend mehr Platz benötige. Nachdem der Kantonsrat nun also gut 30 Millionen Franken gesprochen hat, damit verschiedene Planer sich um ein Projekt kümmern können, werden auch noch die eigenen Personalbestände ausgebaut, um die Arbeiten von fremd vergebenen Aufgaben zu bearbeiten. Welche Bauherrschaft hat schon Geld, um einen Architekten einzustellen, welcher seinen Architekten beaufsichtigt?
So schlecht, wie es gerade getönt hat, ist die Vorlage aber doch nicht. In den bereits ausgebauten Räumlichkeiten des Schulpsychologischen Dienstes konnte sich die Hochbaukommission ein Bild über den geplanten Ausbaustandard und die vorge-

sehenen Gebäudeanpassungen machen. Soviel will positiv bemerkt sein: Man kann sagen, dass diese Räume wirklich nur zweckdienlich ausgebaut wurden. Es sieht hell und sauber aus, hat die nötige Qualität und wirkt auf Personal und Besucher professionell. Luxus jedoch sucht man vergebens – und das ist auch gut so.
Die Kosten in der Höhe von gut 4,7 Millionen Franken wirken hoch, wurden der Kommission jedoch plausibel dargelegt. Auf Nachfrage hin wurde auch versichert, dass nach dem Auszug des Tiefbauamts aus dem Verwaltungsgebäude an der Aa dort nicht auch noch Kosten anfallen werden, bevor diese Räume den Ansprüchen des Hochbauamts genügen. Trotz aller kritischen Fragen konnte der Vorlage nicht wirklich widersprochen werden, und so wurde sie denn auch nach einer kurzen, aber ausführlichen Bearbeitung durch die Hochbaukommission einstimmig abgesegnet und zur Ausführung empfohlen. Dies empfehlen der Votant und auch die Mehrheit der CVP-Fraktion ebenfalls, ohne dabei aber viel Freude zu verspüren.
In der CVP-Fraktion hat das Ausgeben von so grossen Beträgen für eine Übergangslösung Unbehagen ausgelöst und Anlass zu vertieften Diskussionen gegeben. Es seien deshalb noch ein paar Fragen an die Adresse des Baudirektors erlaubt:
• Herrscht im Kanton Zug wirklich eine derartige Platznot, dass immer wieder provisorische Lösungen für Schul- oder Verwaltungsräume in Millionenhöhe ausgeführt werden müssen?
• Wird nicht allzu leicht der Personalbestand aufgestockt, ohne die daraus folgenden Raumprobleme zu berücksichtigen?
• Wäre allenfalls eine Personalplafonierung ein Mittel, um dieses stetige Wachstum wieder zu begrenzen?
• Braucht es wirklich alle in Vorbereitung stehenden Infrastrukturen, also nebst dem Stadttunnel das Projekt «Fokus», das Kantonale Labor, den Strassenausbau Nidfuren–Schmidtli? Ist das alles wirklich notwendig, oder sind es einfach nur Projekte, welche zwar reizvoll sind, auf der Zeitachse durch den Kantonsrat aber durchaus etwas verschoben werden könnten?
Es geht nicht darum, Trübsal zu blasen oder gar vom Weltuntergang zu sprechen. Es gilt aber zu bedenken, was passiert, wenn die gute Milchkuh Zug etwas abspecken muss, wenn sie mal etwas weniger Milch gibt oder wenn an anderen Stellen der Schuh drückt.

Daniel Abt: Auf den ersten Blick und vor allem unter der Voraussetzung, dass man von einer Nutzungsdauer von acht Jahren ausgeht, scheint es sich um eine grosse Investition zu handeln. Betrachtet man allerdings, dass rund 50 Prozent des Kredits für die Instandstellung des Gebäudes verwendet werden, relativieren sich die Kosten. Es besteht die Möglichkeit bzw. ist beinahe sicher, dass das Gebäude länger als acht Jahre genutzt wird, voraussichtlich jedoch von einer anderen Institution. Damit sind die Kosten gerechtfertigt. Die FDP-Fraktion wird die Vorlage unterstützen.

Karl Nussbaumer: Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und stimmt der Vorlage mit der von der Stawiko beantragten Änderung zu.
In der SVP-Fraktion wurde hin und her diskutiert, ob die Artherstrasse 25 der richtige Standort für eine Auslagerung des Tiefbauamts sei. Die SVP sieht aber, dass in der Baudirektion in den nächsten Jahren grosse Projekte anstehen, etwa die Tangente Baar/Zug oder die Umfahrung Cham/Hünenberg. Deshalb ist eine Auslagerung des Tiefbauamts infolge Platzmangels am bestehenden Standort nachvollziehbar. Auch die Auslagerung des Amts für gemeindliche Schulen kann die SVP unterstützen. Statt wie jetzt die Räume teilweise leer stehen zu lassen, findet es die SVP-Fraktion sinnvoller, diese sinnvoll zu nutzen. Gleichzeitig kann wieder Luft im Verwaltungszentrum 1 geschaffen werden.

Markus Jans teilt mit, dass die Vorlage in der SP-Fraktion unbestritten war. Entgegen der Meinung eines Vorredners handelt es sich beim Hochhaus im Areal des alten Kantonsspitals nicht um ein Abbruchobjekt; als Leiter der Sozialen Dienst der Stadt Zug war der Votant dort selber langjähriger Mieter, und er bedauerte es sehr, dass seine Dienststelle dieses Haus verlassen musste. Dieses lässt sich durchaus sinnvoll sanieren und auch umnutzen, was sinnvoller ist, als das Haus weiterhin leer bzw. kaum genutzt stehen zu lassen.
Die Invesititonen von total ca. 5,5 Millionen Franken sind aufgeteilt in Renovationskosten und Kosten für den für die künftige Nutzung notwendigen Umbau. Diese Aufteilung macht Sinn. Die SP-Fraktion ist auch überzeugt, dass die Nutzungsdauer von acht Jahren ziemlich sicher überschritten wird, wie sich das bei Provisorien immer wieder zeigt – und auch bewährt. Die SP ist deshalb für Eintreten auf die Vorlage und unterstützt sie.

Philip C. Brunner wendet sich besonders an seinen Vorredner Thiemo Hächler. Dass dieses Hochhaus noch steht, hängt historisch damit zusammen, dass die Einwohner der Stadt Zug am 28. September 2008 zur damaligen Vorlage «Belvedere» Nein gesagt haben. Es gab damals eine riesige Hochhaus-Diskussion, und man hat von «Hochhauskolossen» gesprochen. So ist dieses Hochhaus erhalten geblieben. Zum kommenden Projekt in unmittelbarer Nähe wird es eine neue Debatte geben.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die letztlich nicht schlechte Aufnahme der Vorlage. Als er vor sieben Jahren in den Regierungsrat kam, sagten alle, es sei wichtig, dass geplant und vorwärts gemacht werde. Daran hat sich die Baudirektion gehalten, und man muss aufpassen, dass man jetzt nicht den Mut verliert. Und letztlich wird jeder Kredit durch den Kantonsrat beschlossen bzw. nicht beschlossen; der Rat behält also alle Fäden in der Hand. Wenn Zug und die Innerschweiz im heute in der «Neuen Zuger Zeitung» veröffentlichten *Ranking* wieder an vorderster Position stehen, dann hat das – nebst vielen anderen wichtigen Faktoren – auch damit zu tun, dass hier auch die Infrastruktur stimmt oder stimmig gemacht wird.
Zum Thema Abbruchobjekt: Das Haus Artherstrassse 25 ist kein Abbruchobjekt, sondern von der Substanz her ein hervorragendes Gebäude. Die Investition in das Gebäude ist also nicht hinausgeworfenes Geld. Dazu kommt, dass dieses Haus nicht verkauft werden kann – und auch nicht soll –, weil im Moment ein Bebauungsplanverfahren läuft und in diesem Zusammenhang auch die Nutzungen festgelegt werden; es sind ja auch Motionen dazu eingereicht worden.
Die Kosten von 4,7 Millionen Franken sind – das gibt der Baudirektor offen zu – weidlich hoch. Man kann sie aber nicht mit den 900'000 Franken für den Schulpsychologischen Dienst vergleichen. Wenn man nämlich sechs Stockwerke ausbaut, gibt es Auflagen beispielsweise im Bereich Brandschutz, um die man nicht herumkommt. Deshalb und zusammen mit allen weiteren Faktoren ergeben sich die 4,7 Millionen Franken. Und der Raumbedarf ist ausgewiesen.
Das Projekt «Fokus» wird nicht einfach realisiert. Der Kantonsrat hat aber einem Projektierungskredit zugestimmt und der Baudirektion einen entsprechenden Auftrag gegeben. Teil dieses Auftrags ist es auch, eine Nulllösung, eine 50-Prozent-Lösung, eine 100-Prozent-Lösung, eine Etappierung etc. aufzuzeigen. Was am Ende des Tages herauskommt, wird man sehen.
Bezüglich der externen Planer ist es nicht so, dass Architekten von Architekten beaufsichtigt werden. Die externen Planer und Ingenieure arbeiten am Projekt, und *inhouse* gibt es den Projektleiter, der das Projekt als Ganzes unter Kontrolle halten muss. Es sind zwei verschiedene Ebenen ohne Parallelitäten.

Die von Thiemo Hächler gestellten Fragen beantwortet der Baudirektor wie folgt:
• Es herrscht im Kanton Zug keine grundsätzliche Platznot, die immer wieder nach Provisorien und *Providurien* ruft. Man muss aber zur Kenntnis nehmen, dass sich die Verwaltung an die neuen Gegebenheiten, die starken Zunahme von Bevölkerung und Arbeitsplätzen, anpassen muss. Das führt zu einer Steigerung. Schaut man aber in andere Kantone, hat der Kanton Zug eine schlanke, bürgernahe Verwaltung, und es wird kein Wasserkopf aufgebaut. Auch bei den Schulräumen braucht es mehr Platz. Die Schülerzahlen sind gewachsen, es gibt neue Lernformen etc. Auch hier muss man sich an den Gegebenheiten orientieren.
• Zur Frage, ob der Personalbestand allzu leicht aufgestockt werde: Wir haben einen Finanzdirektor, der die strategische Vorgabe bezüglich Personalwachstum genau im Auge behält und den übrigen Direktionen zu Recht auf die Füsse tritt, damit der Personalbestand nicht unnötig aufgestockt wird. Das alte System einer Personalplafonierung wurde verlassen, und *back to the roots* ist nicht nötig. Die strategischen Vorgaben werden eingehalten.
• Die Frage, ob alle in Vorbereitung stehenden Infrastrukturen auch wirklich nötig sind, wird beispielsweise auch im Rahmen der Tiefbaukommission Stadttunnel gestellt, um Hinweise bezüglich Priorität, Verschiebung, allfälliger Verzicht zu erarbeiten. Es ist ein Faktum, dass die rosigen Zeiten, die der Kanton Zug erlebt hat, in den nächsten Jahren wahrscheinlich vorbei sind. Natürlich können die Zahlen von Jahr zu Jahr ändern, und manchmal ist es ein Kaffeesatzlesen. Aber auch die Baudirektion muss sich an die Finanzplanung und die Finanzierungsprognose der Finanzdirektion halten. Aufgrund eines Entwurfs des Finanzdirektors hat der Baudirektor denn auch schon die Aufträge erteilt, im Bereich Tiefbau, insbesondere beim Strassenbauprogramm, massiv hinunterzugehen. Das führt – dies sei zu Protokoll gegeben – zu einer Reduktion von etwa 200 Millionen Franken. Im Hochbau geht das in die gleiche Grössenordnung. Die Baudirektion ist sich also bewusst, dass nicht alles finanziert und gebaut werden kann, dass man sich nach der Decke strecken und die Planung auch nach der Finanzplanung ausrichten muss. Es gilt also, Prioritäten zu setzen, da und dort zu verzichten, zu unterscheiden zwischen sinnvoll und nicht sinnvoll, zwischen notwendig und wünschbar. Die Baudirektion nimmt diese Zeichen auf, nicht zuletzt auch als Auftrag aus der Tiefbaukommission in Zusammenhang mit dem Stadttunnel. In diesem Sinne hofft der Baudirektor, auch weiterhin Vertrauen wecken zu können, dass diejenigen Investitionen, welche die Baudirektion realisieren will, auch realisiert werden können.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission für Hochbauten und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Ingress

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission folgende Ergänzung vorschlägt: «[…] gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b der Kantonsverfassung, *§ 13 Abs. 3* und § 28 Abs. 2 Bst. b des Finanzhaushaltgesetzes vom 31. August 2006 […]». Der Regierungsrat schliesst sich der Meinung der Stawiko an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Staatswirtschaftskommission.

I.
§ 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission für Hochbauten und die Stawiko dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko der Ansicht ist, dass es eines Übertrags vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen bedarf, und dass sie deshalb einen neuen § 2 beantragt: «Das Grundstück ist abzuparzellieren und vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen zu übertragen.» Daraus folgend wird der bisherige § 2 neu zu § 3. Der Regierungsrat schliesst sich der Meinung der Stawiko an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

IV. Referendumsklausel und Inkrafttreten

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine abweichenden Anträge der Kommissionen gibt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 9

847 **Motion der SP- und der Alternativen Fraktion betreffend Velowegverbindung über oder unter der Chamerstrasse im Gebiet Alpenblick–Kollermühle**
Es liegen vor: Motion (1608.1 - 12539); Berichte und Anträge des Regierungsrats (1608.2 - 12917 und 1608.3 - 14418).

Markus Jans hält namens der Motionärinnen fest, dass der Regierungsrat beantragt, die vorliegende Motion abzuschreiben. Damit wird auch eine leidvolle Geschichte, die seit 1995 andauert, erledigt. Interessant ist zu verfolgen, wie sich die Argumentation des Regierungsrats in dieser Zeit verändert hat. Bei der ersten Beantwortung der Motion meinte der Regierungsrat noch, dass es eine zusätzliche

Lichtsignalsteuerung für die Überquerung der Chamerstrasse brauche. Diese aber würde den Verkehrsfluss zu stark behindern, und Kosten und Nutzen würden zu weit auseinanderklaffen. Zudem brauche die Brücke einen Aufprallschutz, damit sie nicht zusammenbreche, falls ein Lastwagen mit gehobener Brücke unter der Unterführung durchfahren würde.
«Kommt Zeit, kommt Rat.» Wer heute die Kreuzung Alpenblick betrachtet, reibt sich verwundert die Augen darüber, was in der Zwischenzeit alles möglich wurde und was sich alles verändert hat. Sogar eine zusätzliche Lichtsignalanlage für den motorisierten Verkehr hat ca. 50 Meter vor der Alpenblickkreuzung noch Platz gefunden. Erstaunt ist man auch, wie grosszügig die Autofahrenden in absehbarer Zeit über die Alpenblickkreuzung geführt werden. Da ist es nur logisch, dass es eine ebenso gute Verbesserung für den Langsamverkehr braucht.
Mit der Erfüllung der Motion der SP und der AGF – sie wird erst noch erfüllt, soll aber heute bereits abgeschrieben werden – wird für den Langsamverkehr eine Lösung herbeigeführt, die eine wirkliche Verbesserung darstellt. SP und AGF gehen selbstredend davon aus, dass die von der Baudirektion vorgelegten Pläne tatsächlich verwirklicht werden und sind daher mit der Abschreibung der Motion einverstanden.

Philip C. Brunner spricht für die SVP-Fraktion, legt aber doch seine persönliche Interessenbindung offen: Er ist mit seinem Betrieb praktisch Nachbar der Kreuzung Alpenblick.
Es ist in der Tat eine lange, leidvolle Geschichte, und nicht nur der eben kritisierte motorisierte Verkehr hat zugenommen, sondern auch der Velo- und Fussgängerverkehr, insbesondere in Zusammenhang mit der neuen S-Bahn-Station Rigiblick, die ein etwas abgeschottetes Dasein fristet und von der Chamerstrasse her praktisch nicht erreichbar ist. Die SVP stimmt der Abschreibung der Motion zu und geht davon aus, dass der Baudirektor sein Wort hält, das Anliegen aus dem bereits vorhandenen Kredit umzusetzen und die entsprechenden Arbeiten – nachdem keine Einsprachen eingegangen sind – bis Herbst 2014 abzuschliessen.
Der Votant kennt das Gebiet sehr gut und hat sich vom Baudirektor die detaillierten Pläne zeigen lassen. Da entsteht ein kleines Veloparadies mit drei Brücken – ein richtiges Velodrom mit verschiedenen Kurven. Noch erstaunlicher aber ist die Tatsache, dass im Internet nicht weniger als 24 Dokumente zu diesem Projekt aufgeschaltet sind: Statik der verschiedenen Brücken, Landerwerbsplan, Längen-, Quer- und Normalprofile, Situationsplan etc. Man muss sich fragen, ob tatsächlich jedes Detail in die Öffentlichkeit gebracht werden muss. Ist es nötig, dass jeder Hobby-Ingenieur sich bis zur letzten Schraube informieren kann? Natürlich geht es um Steuergelder. Aber muss man wirklich einen solchen Aufwand betreiben, und sind die Kosten für diesen bürokratischen Aufwand wirklich vertretbar?

Anna Lustenberger-Seitz: Es ist momentan eine Riesenbaustelle im Gebiet Alpenblick. Die langen Wartezeiten bei den Lichtsignalen für Velofahrende und Fussgängerinnen und Fussgänger sind den meisten bekannt. Es ist dringend nötig, dass diese Situation verbessert wird, denn viele Zugerinnen und Zuger aus dem Ennetsee fahren mit dem Velo zur Arbeit oder in die Schule. Das Projekt wurde vom Vorredner vorgestellt, und die Votantin hofft nun, dass dieses im Rat auch durchkommt. Man kann sich freuen auf das gut vorbereitete Projekt.
Die AGF begrüsst natürlich, dass die Motion umgesetzt werden soll. Dass sie schon abgeschrieben werden soll, obwohl der Kredit bei der Baudirektion noch nicht wirklich bewilligt wurde, ist ein etwas unübliches Verfahren. Baudirektor Heinz Tännler hat aber mehrfach versprochen, dass die Motion umgesetzt werde, und die

Votantin bittet ihn, dieses Versprechen auch hier im Kantonsrat offiziell noch zu wiederholen. Die AGF wird der Abschreibung aber auf jeden Fall zustimmen.
Anna Lustenberger hält abschliessend fest, dass dies ihr letztes Votum im Kantonsrat ist – wobei sie eigentlich lieber zu einem etwas kontroverseren Thema gesprochen hätte. Es ist für sie ein denkwürdiger Tag, auch in Erinnerung an das Attentat von 2011, bei dem sie ebenfalls im Saal sass, und in tiefer Verbundenheit mit allen, die damals mit ihr im Saal sassen. Sie dankt für die Freundlichkeit und Herzlichkeit, die sie im Parlament immer erfahren durfte, und bittet den Rat, ihren Sohn und Nachfolger ebenso freundlich aufzunehmen – er ist nicht so linksradikal, wie er in den Medien dargestellt wurde, hat er doch vieles von seiner Mutter geerbt. Sie wünscht den Mitgliedern des Kantonsrats von Herzen alles Gute. *(Der Rat applaudiert.)*

Es tut Baudirektor **Heinz Tännler** leid, dass er heute für Anna Lustenberger nicht ein provokativeres Geschäft vorlegen konnte. Er dankt für die gute Aufnahme der Vorlage. Der Radweg ist eine wirklich tolle Sache, und der Baudirektor verspricht, dass er spätestens Anfang des kommenden Monats die Baubewilligung von ca. 2,1 Millionen Franken unterschreiben wird. 2014 wird das Projekt dann realisiert. Im Übrigen hat «Pro Velo» die Baudirektion nach der Projektauflage noch auf einen zusätzlichen Aspekt zur Verbesserung hingewiesen – eine Brücke kann optimiert werden –, was ebenfalls aufgenommen wurde.
Zu den von Philip C. Brunner angesprochenen, im Internet aufgeschalteten Plänen und Unterlagen: Für alle Projekte, ob klein oder gross, produziert die Baudirektion eine Reihe von Dokumenten. Bei einem Auflageverfahren müssen sämtliche Unterlagen und Detailpläne aufgelegt werden. Unsere Demokratie fordert, dass jeder Bürger Einsicht nehmen und allenfalls Einwendungen machen bzw. Einsprache erheben kann. Ob das Bürokratie ist oder nicht, will der Baudirektor nicht kommentieren. Sicher ist, dass es nicht möglich ist, einen eleganten Slalomlauf um das Auflageverfahren bzw. um die gesetzlichen Grundlagen herum zu machen.

➔ Der Rat schreibt die Motion mit 65 zu 0 Stimmen im Sinne der Erwägungen des Regierungsrats als erledigt ab.

TRAKTANDUM 10

848 Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug.
Es liegen vor: Motion (1714.1 - 12821); Berichte und Anträge des Regierungsrats (1714.2 - 13825 und 1714.3 - 14296).

Thomas Villiger stellt im Namen der Motionäre den **Antrag,** an der teilweise erheblich erklärten Motion festhalten, wie dies der Kantonsrat am 10. November 2011 mit 45 Stimmen verabschiedet hat. Sie sind nicht bereit, die Motion abzuschwächen und in ein teilweise erheblich erklärtes Postulat umzuwandeln. Der Kantonsrat hat die Motion teilweise erheblich erklärt und der Regierung damit einen Auftrag erteilt.

Thomas Lötscher: Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Einbürgerungskriterien nicht im Gesetz, sondern in der Verordnung zu regeln sind. Einerseits erhöht dies die Flexibilität, andererseits sichert es eine gewisse Einheitlichkeit. So spielen gerade die Anforderungen an die Sprachkenntnisse auch in anderen Berei-

chen eine wichtige Rolle. Sie sollen deshalb koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Am einfachsten gelingt dies über den Verordnungsweg.
Allerdings hat die FDP Verständnis für die materiellen Anliegen der Motionäre oder Postulanten und fordert folgende Nachbesserungen:
• Die FDP ist überzeugt, dass das Sprachniveau bei einer Einbürgerung höher liegen sollte als bei einer Niederlassungsbewilligung. Die Einbürgerung ist der krönende Abschluss einer gelungenen Integration, es soll also auch eine positive Entwicklung erkennbar sein.
• Dass man bei der Sprachkompetenz Zugeständnisse macht, wenn geistige oder körperliche Behinderungen den Spracherwerb verunmöglichen, ist für die FDP vertretbar. Hingegen kann sie Analphabetismus ohne zugrunde liegende Behinderung nicht als Begründung für eine Dispens vom Spracherwerb akzeptieren.
Die FDP verlangt, dass diese Anliegen aufgenommen werden, unabhängig davon, ob die Regelung in einem Gesetz oder einer Verordnung erfolgt. In diesem Sinn ist es sicher angebracht, dass die entsprechende Norm in die Vernehmlassung gegeben wird. Die FDP-Fraktion erwartet eine entsprechende Vernehmlassung von der Direktion des Inneren. Der Umwandlung in ein Postulat kann sie zustimmen.

Zari Dzaferi: Der Regierungsrat schlägt vor, die teilweise erheblich erklärte Motion betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien in ein Postulat umzuwandeln. Dies erlaubt der Regierung, eine Bürgerrechtsverordnung auszuarbeiten und einheitliche Standards zu den sprachlichen Qualifikationen bei Einbürgerungen festzulegen. Die SP-Fraktion erachtet dieses Vorgehen grundsätzlich als richtig. Es macht auch Sinn, dass sich der Regierungsrat bei der Auslegung der Sprachstandards am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen orientiert. Die sechsstufige Skala von A1 bis C2 definiert die Sprachkompetenzen «recht umfassend» und hat sich mittlerweile auch im Bildungswesen bewährt. Man muss sich aber bewusst sein, dass das Spektrum auf einer der sechs Stufen immer noch recht gross ist.
Es geht in der Motion um einheitliche Einbürgerungskriterien. Man darf sich aber nicht vormachen, dass man etwas hundertprozentig immer gleich beurteilen kann – besonders dann, wenn es um Sprachqualifikationen geht. Als Lehrperson, die u. a. auch Deutsch unterrichtet, ist sich der Votant dessen jeden Tag bewusst. Es braucht bei jemandem, der mit vierzig Jahren in die Schweiz eingewandert ist, mehr Toleranz als bei jemandem, der hier geboren und aufgewachsen ist. In der Umsetzung gilt es auch solche Kriterien zu bedenken. Es gibt nämlich einen klaren Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Generation: Man kann von der zweiten Generation gewiss mehr erwarten.
Die SP findet es zentral, dass sich die Regierung klar gegen rein schriftliche Tests ausspricht. Schliesslich hat die mündliche Kommunikation einen mindestens gleich grossen Anteil an der täglichen Kommunikation wie die schriftliche Kommunikation. Ein Blick auf den Lehrplan unserer Volksschulen im Fach Deutsch zeigt klar, dass auf die mündliche Kommunikation auch in unserem Schulwesen sehr viel Wert gelegt wird.
Die Festlegung der mündlichen Kommunikation auf dem Level B1 und der schriftlichen Kommunikation auf dem Level A1 ist angemessen und sollte – wie es auch der Nationalrat fordert – die «Fähigkeit, sich im Alltag in Wort und Schrift in einer Landessprache gut zu verständigen», garantieren. Die SP-Fraktion wird den Anträgen des Regierungsrats folgen.

Für **Stefan Gisler** hat sich die Ausgangslage verändert, seit die Motion eingereicht wurde, und die Motionäre rennen eigentlich offene Türen ein. Der Kantonsrat hat in diesem Jahr das Einführungsgesetz zum Ausländergesetz (EG AuG) verabschie-

det. Dieses sieht vor, dass Ausländerinnen und Ausländer – sofern sie keinen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Niederlassungsbewilligung haben – nur dann eine Niederlassungsbewilligung erhalten, wenn sie die erforderlichen Sprachkenntnisse nachweisen. Der Kantonsrat hat dabei akzeptiert, dass die Regierung in einer Verordnung regelt, welches genau die erforderlichen Sprachkenntnisse sind. Das hat die Regierung getan: In der Verordnung zum EG AuG, das seit dem 15. Juli 2013 in Kraft ist, verlangt sie für die mündlichen Sprachkenntnisse das Niveau B1 und für die schriftlichen das Niveau A2. Da der Kantonsrat also bereits im Bereich des AuG zugelassen hat, dass die konkret verlangten Niveaus auf Verordnungsstufe geregelt werden, kann er dem Antrag der Regierung, dies auch bei den Einbürgerungskriterien auf dem Verordnungsweg zu tun, problemlos stattgeben. Es ist auch daran zu erinnern, dass auf Bundesebene die Revision des Bürgerrechtsgesetzes läuft. Der aktuelle Stand ist, dass für eine Einbürgerung die Niederlassungsbewilligung und damit die Kenntnisse einer Landessprache erforderlich sind. Also auch hier: Die Motion rennt offene Türen ein.
Zur Sprache als angeblich alleinigem Gradmesser für die Integration: Die Erfahrung des Votanten zeigt etwas anders. Personen auch ohne sehr gute Deutschkenntnisse, dafür aber mit perfekter Kenntnis des Französischen, Englischen oder sonst einer Sprache, können sehr wohl gut in Nachbarschaft, Beruf und Vereinen integriert sein. Gleichzeitig ist es aber möglich, dass Personen mit guten Deutschkenntnissen gesellschaftlich schlecht integriert sind. Menschen müssen im Rahmen der Einbürgerung also in ihrer Gesamtheit und nicht nur aufgrund ihrer Sprachkompetenz beurteilt werden. Auch muss man aufpassen, dass die Anforderungen gerade im schriftlichen Bereich nicht so hoch geschraubt werden, dass selbst viele Schweizerinnen und Schweizer Mühe hätten, sie zu erfüllen – oder dass der von der SVP gegründete Verein «Neue Heimat Zug» keine Neumitglieder mehr findet. Dem Votanten ist dabei die Haltung des Ständerats sympathisch. Dieser will einfach, dass sich Einbürgerungswillige in einer Landessprache verständigen können. Er ist damit lebensnaher als der Nationalrat, der die Messlatte sehr hoch setzt – ähnlich der Messlatte, die der FDP-Sprecher vorhin angesprochen hat.
Die AGF stimmt den Anträgen des Regierungsrats zu.

Manuel Brandenberg: Der Regierungsrat will eine vom Parlament teilweise erheblich erklärte Motion in ein Postulat umwandeln. Er will einen Parlamentsbeschluss rückgängig machen und abschwächen. Das Parlament hat beschlossen, die Sprachkenntnisse ins Gesetz aufzunehmen, und nun sagt der Regierungsrat, dass er die Regelung bei sich behalten und in der Verordnung vornehmen will. Stimmt man dem Antrag der Regierung zu, relativiert man die Bedeutung des Kantonsrats erheblich, und es ist zu befürchten, dass weitere solche Vorschläge des Regierungsrats kommen. Der Rat könnte also ein Präjudiz schaffen, das nicht in Ordnung ist. Wenn das Parlament etwas erheblich erklärt hat, dann sollte der Regierungsrat entsprechend handeln und nicht nachher eine andere Meinung in den Kantonsrat bringen. Das ist grundsätzliche Ansicht, welche die SVP-Faktion bewegt, dem Antrag des Regierungsrats nicht zuzustimmen.
Zum Votum von Thomas Lötscher: Einheitlichkeit kann auch in einem Gesetz gewährleistet werden – sogar viel stabiler, weil ein Gesetz nicht wie eine Verordnung jede Woche vom Regierungsrat wieder abgeändert werden kann. Auch Flexibilität kann in einem Gesetz eingehalten werden.
Stefan Gisler hat gesagt, es sei bereits alles im EG AuG im Rahmen der C-Bewilligung geregelt. Dort hat man gesagt, dass die Details hinsichtlich Sprachkenntnisse für eine C-Bewilligung in der Verordnung geregelt werden sollen – was nach Ansicht des Votanten in Ordnung ist. Hier aber geht es um die Einbürgerung. Das ist

ein weiterer Schritt. Er macht Personen ausländischen Hintergrunds zu Schweizer Bürgern mit vollem Stimmrecht, letztendlich also zu Verfassungsgebern in Bund und Kantonen. Damit rechtfertigt es sich, die Sprachkenntnisse auf einer höheren Ebene zu regeln – eben im Gesetz, wie vom Rat beschlossen, und nicht wie für die C-Bewilligung, also die Niederlassung, in einer Verordnung. Aus diesen Gründen empfiehlt der Votant, am Beschluss des Kantonsrats festzuhalten und den Antrag des Regierungsrats abzulehnen.
Im Übrigen ist zu präzisieren, dass der von Stefan Gisler erwähnte Verein «Neue Heimat Schweiz» nicht von SVP-Mitgliedern gegründet wurde, sondern parteiunabhängig ist.

Auch **Vreni Wicky** bekennt sich klar zur Haltung, die der Kantonsrat schon einmal festgelegt hat. Zu einer Verordnung hat der Kantonsrat nichts mehr zu sagen. Ein Gesetz hingegen wird immer wieder im Kantonsrat beraten; dieser behält damit ein Mitbestimmungsrecht. Sie erinnert daran, was in der Verordnung zum Kinderbetreuungsgesetz abgelaufen ist.
Die Votantin bittet deshalb den Rat, an seiner am 10. November 2011 beschlossenen Haltung festzuhalten. Nur so kann verhindert werden, dass plötzlich eine Verordnung in Sachen Sprachkompetenz vorgelegt wird, zu welcher der Rat nichts mehr zu sagen hat.

Manuela Weichelt Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass der Regierungsrat seit November 2011 auch gescheiter werden konnte. Die Überlegungen, welche die Regierung zu ihrem Antrag bewogen haben, wurden bereits erwähnt; sie haben mit der Bundesgesetzrevision und dem EG AuG zu tun. Der Regierungsrat bittet, seinem Antrag zu folgen, damit für eine Detailregelung nicht eine Gesetzesrevision bemüht werden muss, sondern das Anliegen der Motionäre in den nächsten Monaten auf Verordnungsebene umgesetzt werden kann.
Es ist vor allem aus gesetzestechnischen Gründen sinnvoll, die sprachlichen Anforderungen, welche Einbürgerungswillige erfüllen müssen, in einer Verordnung zu regeln. Die Grundvoraussetzung, nämlich dass Einbürgerungswillige über genügende Sprachkenntnisse zur Verständigung mit Behörden und Mitbürgerinnen und Mitbürgern verfügen müssen, steht bereits heute im kantonalen Bürgerrechtsgesetz. Die Festlegung der konkret geforderten Sprachniveaus, die Präzisierungen bezüglich Anerkennung von verschiedenen Diplomen und Schulen sollen in einer Verordnung geregelt werden. Es handelt sich dabei um ein Gebiet von eher technischer Natur, bei welchem sich zurzeit sehr vieles in Bewegung befindet. In diesem Zusammenhang ist auf das Projekt «fide» des Bundes und auf die laufende Revision des Bürgerrechtsgesetzes hinzuweisen. Dort wird auf nationaler Ebene über die Sprachkenntnisse diskutiert. Der Regierungsrat hat in der Vorlage aufgezeigt, dass viele andere Deutschschweizer Kantone die Details auf der Verordnungsebene regeln. Man kann damit schneller auf neue Erkenntnisse oder Veränderungen auf Seite Bund reagieren. Im EG AuG hat der Rat im Januar dieses Jahres gutgeheissen, dass nur der Grundsatz auf Gesetzesebene festgehalten und die Details in der Verordnung geregelt werden. Die Direktorin des Innern kann der FDP versichern, dass der Regierungsrat gerne bereit ist, den Bürgergemeinden und Parteien die Änderung der Verordnung in die Vernehmlassung zu geben.
Zusammenfassend bittet der Regierungsrat um die Unterstützung der Vorlage. Sie ermöglicht die Regelung dieser Materie auf der gesetzestechnisch angemessenen Stufe, erlaubt die schnellere Anpassung an Veränderungen der Bundesgesetzgebung und bläht das Gesetz nicht unnötig auf.

Beni Riedi entschuldigt sich, dass er nach der Vertreterin des Regierungsrats nochmals das Wort ergreift. Das Votum der Direktorin des Innern hat ihn aber ein wenig verwirrt. Der Regierungsrat muss weder klüger noch dümmer werden, sondern nur das ausführen, womit ihn der Kantonsrat beauftragt.

➔ Der Rat lehnt mit 36 zu 34 Stimmen die Umwandlung der teilweise erheblich erklärten Motion in ein teilweise erheblich erklärtes Postulat ab.

TRAKTANDUM 11

849 Motion von Leonie Winter, Thiemo Hächler und Oliver Wandfluh betreffend Nutzung des tiefen Untergrundes (Geothermie).

Es liegen vor: Motion (2187.1 - 14167); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2187.2 - 14386).

Leonie Winter als Vertreterin der Motionäre legt vorab ihre Interessenbindung offen: Sie ist im Vorstand des Vereins Geothermische Kraftwerke Zug.
Die Motionäre danken dem Regierungsrat für den guten Bericht und begrüssen den Antrag, die Motion erheblich zu erklären. Die Sicherstellung einer zukünftigen Energieversorgung, die sowohl preiswerte Energie liefert als auch die natürlichen Ressourcen schont, ist eine vordringliche Aufgabe der Gesellschaft. Klar gibt es entlang der Parteien Vorlieben für und Vorbehalte gegenüber gewissen Energieträgern. Es liegt aber in unserer Verantwortung, alle möglichen Varianten zu prüfen, und die Tiefengeothermie ist eine dieser Varianten. Aus heutiger Sicht verspricht sie CO_2-neutrale Bandenergie und Unabhängigkeit. Es ist allen klar, dass die Technik noch in den Kinderschuhen steckt. Solange aber Politik und Wirtschaft kein ernsthaftes Interesse signalisieren, wird die Forschung nur schleppend vorangehen.
Man ist heute in Zug noch lange nicht so weit, Bohrungen vorzunehmen. Es gilt erst einmal die Grundlagen zu schaffen und dabei auch die Risiken kennenzulernen. Risiken bedeuten aber auch Chancen. Die Ereignisse in St. Gallen zeigen: Wir wissen viel zu wenig über unseren Untergrund. Offenbar war unerwartet gefundenes Gas die Ursache für die notwendig gewordene Druckspülung, die dann zu den Erschütterungen führte. Die Überraschung war gross, die Empörung blieb im Vergleich zu Basel jedoch aus. Dies kommt daher, dass die Bevölkerung der Stadt St. Gallen das Projekt per Volksentscheid unterstützt und finanziert. Über das Projekt wurde laufend informiert, die Risiken wurden nie verschwiegen.
Es braucht Investitionen in die Untersuchung des tiefen Untergrunds und in neue Bohrtechniken. Wie gesagt: Die Tiefengeothermie steht noch am Anfang. Trotzdem zeigen Dutzende von funktionierenden Anlagen weltweit, dass das Potenzial der tiefen Erdwärme brach liegt und genutzt werden könnte. Mit der Schaffung der Grundlagen zur Prüfung aller Optionen ist der Kanton Zug auf dem richtigen Weg. Der Verein Geothermische Kraftwerke Zug unter dem Präsidium der Nationalräte Gerry Pfister und Thomas Aeschi setzt sich für die Förderung der Tiefengeothermie ein. Er unterstützt die Bestrebungen des Kantons Zug, das geothermische Potenzial auf dem Kantonsgebiet zu erforschen.
Die Motionäre fordern eine investitionsfreundliche Gesetzgebung auf Kantonsebene, weshalb sie bitten, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen und die Motion erheblich zu erklären. Die FDP-Fraktion steht hinter diesem Vorhaben und wird der Erheblicherklärung zustimmen. Im Sinne einer zeitlich effizienten Kantonsratssitzung kann die Votantin auch die einstimmige Unterstützung der CVP-Fraktion erwähnen.

Markus Jans: Bereits bei der Beantwortung der Interpellationen von Pirmin Frei sowie von Karin Andenmatten und Anna Bieri betreffend Nutzung der Geothermie im Kanton Zug durch den Regierungsrat unterstützte die SP-Fraktion die Haltung der Regierung. Erfreut stellt sie fest, dass sich der damals eher pessimistische Grundton des Regierungsrats zur Nutzung des tiefen Untergrunds etwas aufgeweicht hat. Soll die Energiewende tatsächlich vollzogen werden, braucht es auch Anpassungen oder eben neue Gesetze. Der Regierungsrat macht dazu einen konstruktiven Vorschlag, der von der SP-Fraktion unterstützt wird. Insbesondere unterstützt die SP auch, dass bei der Ausarbeitung des Gesetzes die Haftungsfrage klar geregelt wird, damit man zu einem späteren Zeitpunkt bei dieser Fragestellung nicht die gleichen Probleme hat wie heute bei den AKW. Auf einer ausreichenden gesetzlichen Grundlage sollte es möglich sein, auch im Kanton Zug das Potenzial der Geothermie zu erschliessen und zu nutzen. In diesem Sinne unterstützt die SP-Fraktion die Erheblicherklärung der Motion.

Martin Stuber hält einleitend fest, dass nicht nur der Regierungsrat, sondern alle im Saal eigentlich Tag für Tag etwas klüger werden sollten. Die Geothermie ist ein gutes Beispiel, um dies zu illustrieren.
Nach dem Erdbeben in St. Gallen ist die Euphorie bezüglich Geothermie endgültig verflogen. Das ist nicht tragisch, sondern vielleicht gut so, denn die Geothermie ist immer wieder für Überraschungen gut – auch wenn es bisher in der Regel leider unangenehme Überraschungen waren. Es sind aber nicht nur die Erdbeben. Susan Boos, in der Schweiz wahrscheinlich eine der besten Journalistinnen für Energiefragen, hat im Sommer in einem Artikel in der «WOZ» auf eine weitere Gefahr hingewiesen: «Jedes Gestein in der Schweiz enthalte Spuren von Uran, Thorium oder Kaliumisotopen, konstatiert [der Strahlenschutzexperte Heinz] Surbeck. Gewisse Gesteinsformationen respektive Gewässer sind aus geologischen Gründen stärker mit Radionukliden belastet als andere. […] Beim Bohren entstehen Schlämme, die radioaktiv belastet sein können.» Es ist in der Schweiz also offenbar so, dass wir in den Gesteinen sehr viele Radionuklide haben. Und was die von Leonie Winter angesprochenen Forschung betrifft: Es ist eines der *dirty little secrets*, dass in der Schweiz immer noch ein hoher dreistelliger Millionenbetrag für Nuklearforschung, aber fast kein Geld für Geothermie ausgegeben wird. Das muss dringend umgepolt werden; vielleicht könnte man Gerhard Pfister und Thomas Aeschi entsprechend instruieren, damit sie in Bern diesbezüglich vorstellig werden können. Vom Baudirektor möchte der Votant wissen, ob in der Vertiefungsstudie, die in der sehr guten Vorlage des Regierungsrats erwähnt ist, auch die erwähnten Fragen bezüglich Radioaktivität im Zuger Untergrund abgeklärt sind.
Die gute Nachricht ist, dass gemäss Bundesamt für Energie die Geothermie für die Energiewende nicht zwingend notwendig ist. Dass sie gefördert werden soll, ist keine Frage, der Beitrag aber, den sie leisten kann, ist relativ klein. Im Artikel in der «WOZ» finden sich die entsprechenden Zahlen: Man muss 600 Mal die Anlage von St. Gallen realisieren, um den Beitrag der Geothermie, wie er in der Strategie 2050 vorgesehen ist, nämlich 4 bis 5 Terawattstunden, zu erreichen; das wären 1200 Bohrlöcher. Das bedeutet, dass kein Zeitdruck besteht und man die Sache in Ruhe und seriös angehen kann. Dass die AGF die Förderung dieser Energieform unterstützt, ist selbstverständlich.
Was unter dem Boden ist, gehört *de facto* und *de iure* dem Kanton. Das klingt einfach, ist aber fundamental. Dazu 26 unterschiedliche Gesetze zu machen, ist nicht sinnvoll, und ein Konkordat wäre schwerfällig. Es ist also zu hoffen, dass ein sehr gutes Mustergesetz vorgelegt wird, das möglichst viele Kantone ohne Bedenken übernehmen können. Ein ganz zentraler Punkt für die Akzeptanz der Geothermie –

und eigentlich eine fundamentale Aufgabe eines Rechtsstaats – ist dabei die saubere Klärung der Haftungsfrage. Es darf nicht dasselbe geschehen wie in den USA, wo man als Bürger zum Teil überhaupt keine Möglichkeit mehr hat, sich dagegen zu wehren, wenn in der Nähe das Grundwasser durch *Fracking* verschmutzt wird. Es ist wichtig, dass dieser Punkt im Gesetz sauber geklärt ist. Dazu gehört auch, dass eine seriöse Risikoanalyse obligatorisch ist. Zudem sollte man – was im Moment in der Vorlage noch fehlt – die Prozesswärme thematisieren. Diese ist beispielsweise für die Papierindustrie – Stichwort Perlen – sehr wichtig. Es soll also nicht einfach nur ein investitionsfreundliches Gesetz werden, sondern ein Gesetz, das die wichtigen Fragen klärt.
Knackpunkt in den Augen des Votanten ist das *Fracking,* das Aufsprengen von Gestein in der Tiefe durch Flüssigkeit unter hohem Druck. In St. Gallen wird die sogenannte petrothermale Geothermie angewandt, bei der auch das *Fracking* zum Einsatz kommt, allerdings nur mit Wasser. Das kann zu Erdbeben führen, ist ansonsten aber wenig problematisch. Wird *Fracking* aber für die Erdgas- und Erdölförderung benutzt, dann presst man nicht nur Wasser, sondern Cocktails mit bis zu 150 Chemikalien – richtige Schweinereien – in den Boden, mit allen entsprechenden Folgen inklusive der Geschichte, dass plötzlich Gas aus dem Wasserhahn kommt. Die AGF ist angesichts der schlechten Energieeffizienz und der Umweltrisiken sowie auf dem Hintergrund, dass man sich von den fossilen Energieträgern verabschieden sollte, klar gegen *Fracking* für die Förderung von Erdöl und Erdgas, und sie möchte vom Baudirektor wissen, ob der Wille besteht, ein Verbot dieses *Fracking* ebenfalls ins Gesetz aufzunehmen. Im Kanton Genf ist ein Verbot des *Fracking* für Erdgas und Erdöl in Vorbereitung; im Kantons Neuenburg, wo ein englisches Konsortium im Val de Travers nach Erdgas bohren und dieses mittels *Fracking* fördern will, gibt es eine entsprechende Volksinitiative. Das Thema muss also ernst genommen und diskutiert werden.
Der Votant freut sich auf die Vertiefungsstudie, auf ein interessantes Gesetz und auf sachliche Diskussionen im Kantonsrat. Selbstverständlich ist die AGF für die Erheblicherklärung der Motion.

Philip C. Brunner wird gegen die Erheblicherklärung der Motion stimmen. Er liest die «WOZ» nicht, hat dafür aber die «Basler Zeitung» abonniert, die er als alternatives Medium empfehlen kann.
Er ist mit vielen Überlegungen von Martin Stuber einverstanden. Man muss aber davor warnen, sich im kleinen Kanton Zug in dieser Sache zu sehr zu engagieren. Verfolgt man die Diskussionen um die Verkehrsumleitung nach Allenwinden, dann stellt sich wirklich die Frage, wer in unserem Mini-Kanton auf seinem Gemeindegebiet die Bohrung starten und die mit dem *Fracking* verbundenen Risiken auf sich nehmen möchte. Im Übrigen steht der Kanton Zug gerade in Energiefragen sehr gut da und hat dank der Bemühungen der WWZ im Elektrizitätsbereich die tiefsten Energiepreise der Schweiz. Der Votant weiss nicht, welcher Teufel Thomas Aeschi und Oliver Wandfluh geritten hat. Vermutlich ist man populär, wenn man in dieser Sache irgendwelche Neuigkeiten in die Medien bringen und seinen Namen darunter lesen kann. Das ist aber keine seriöse Politik – und nach Meinung des Votanten auch nicht das, was die SVP tun sollte. Die SVP sollte vielmehr warnen vor erheblichen Risiken. Der Rat sollte sich gut überlegen, ob er beim Baudirektor ein Gesetz in Auftrag geben will, das in einigen Jahren sowieso durch ein Bundesgesetz dahinfällt. In gewissen Regionen der Schweiz mag das Sinn machen, für die Energieprobleme im Kanton Zug aber ist das keine Lösung.

Baudirektor **Heinz Tännler** äussert sich zuerst zum eben erwähnten Gesetz aus Bern. Nach seinen Informationen werden dort Grundlagen erarbeitet, die in den Kantonen noch vertieft und dann entsprechend umgesetzt werden müssen. Man wird dann diskutieren können, ob alle 26 Kantone je ein eigenes, auf ihre Bedürfnisse abgestütztes Gesetz ausarbeiten sollen oder nicht. Aus Bern kommt aber nicht einfach ein sakrosanktes Gesetz. Der Baudirektor würde sich – vor dem Hintergrund des Föderalismus – auch zur Wehr setzen, wenn alles zentralistisch aus Bern dahergeschwommen käme.
Wo stehen wir? Die Baudirektion hat – auch in Zusammenarbeit mit dem Verein Geothermische Kraftwerke Zug – in einer Grundlagenstudie abgeklärt, ob im Kanton Zug überhaupt ein Potenzial an tiefer Geothermie vorhanden ist. Das Resultat war positiv. In einer zweiten Phase sollen nun die vorhandenen geologischen und seismischen Daten ausgewertet sowie allfällige Nutzungskonflikte – etwa in Zusammenhang mit dem Grundwasser – und das Erdbebenrisiko genau geprüft werden. In einer dritten und letzten Phase sollen schliesslich noch weitere Abklärungen durchgeführt werden, um letztlich ein Dossier zusammenstellen zu können, das einem möglichen Investor die Grundlagen bietet, sich einerseits von der Sache, andererseits von der rechtlichen Seite her Überlegungen zu einer allfälligen Investition machen zu können. Das ist der Stand der Dinge.
In verschiedenen Voten wurde von den Risiken gesprochen. Man muss sich bewusst sein, dass es – ganz unabhängig von *Fracking* ja oder nein – in der Schweiz generell und im Kanton Zug im Besonderen ein Risiko gibt: Wir sind stark besiedelt. Einfach irgendwo ein Loch zu machen und zu meinen, es klappe alles – so einfach ist es nicht. Die bisher durchgeführten Untersuchungen zeigen aber, dass es möglich ist.
Zu Markus Jans: Der Regierungsrat ist nicht pessimistisch, sondern will mit klarem, kühlem Kopf vorgehen. Er will nicht emotional dreinschiessen, sondern mit *ratio* operieren und die Grundlagen sauber abklären.
Martin Stubers Bemerkungen zur Forschung im Bereich Geothermie sind richtig, und man soll den entsprechenden Appell an die Nationalräte Aeschi und Pfister weiterleiten. Es ist in der Tat bedenklich, welche Forschungsgelder bisher in die Geothermie flossen. Zwar setzen alle Parlamentarier in Bern auf dieses Ross und betrachten Geothermie als eine grosse Sache, es fliessen dann aber doch nur läppische 1 oder 2 Milliönchen pro Jahr in diese Forschung hinein. Das ist natürlich keine gute Politik. Im Kanton Zug finanzieren der Regierungsrat und die Baudirektion die vorhin genannten Abklärungen. Das ist gut investiertes Geld. Martin Stubers Frage bezüglich Radioaktivität nimmt der Baudirektor auf; er wird sie in die Abklärungen hineintragen.
Auch der Baudirektor würde 26 Gesetze schlecht finden Die Stossrichtung ist die folgende: Die sechs Kantone des sogenannten Erdölkonkordats wollen eine mehr oder minder einheitliche gesetzliche Grundlage schaffen, in die auch alle von Martin Stuber gestellten Fragen aufgenommen werden sollen. Die Grundlagen sind bereits vorhanden. Wenn die beantragte Erheblicherklärung gutgeheissen wird, kann der Regierungsrat relativ bald mit einem entsprechenden Gesetzesvorschlag in den Kantonsrat kommen. Ob das *Fracking* dort abgehandelt wird, kann man im Moment noch nicht sagen. Der Baudirektor weist aber darauf hin, dass beispielsweise in der Axpo die Strategie gilt, *Fracking* nicht zu unterstützen. Das ist ein klares Zeichen auch gegenüber den Kantonen.
Selbstverständlich ist die von Philip C. Brunner angesprochene Standortfrage im Kanton Zug ein Problem. Das ist aber kein Grund, jetzt einfach nein zu sagen und sich keine Gedanken zur Geothermie im Kanton Zug zu machen. Man kann im Übrigen davon ausgehen, dass bezüglich *Fracking* noch Fortschritte gemacht

werden, auch dank der Erfahrungen, die man in Basel und St. Gallen gewinnt. Dass der Kanton Zug die tiefsten Energiepreise hat, ist nicht nur den WWZ, sondern auch der CKW und der Axpo zu verdanken. Man muss deshalb zu diesen Produzenten auch ein bisschen Sorge tragen und aufpassen, dass man in Bundesbern die Stromproduzenten nicht mit Regulatorien niederarbeitet. Da würde nämlich auch Kapital des Kantons Zug die Lorze hinuntergehen.
Zusammengefasst hält der Regierungsrat an seinem Antrag fest und dankt für die Unterstützung.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 53 zu 14 Stimmen erheblich.

850 Verabschiedungen

Kantonsrat **Dominik Lehner** hat per 30. September 2013 demissioniert. Der Rat dankt ihm für seinen Einsatz zum Wohl des Kantons Zug und wünscht ihm viel Erfolg bei seiner neuen Aufgabe als stellvertretender Gesamtschulleiter der Gemeindeschule Schwyz und weiterhin viel Glück und Freude besonders auch als Vater seiner Zwillinge. *(Der Rat applaudiert.)*

Auch Kantonsrätin **Anna Lustenberger-Seitz** hat ihren Rücktritt erklärt, dies per 30. Oktober 2013. Sie zieht sich nach fast fünfzehn Jahren aus dem kantonalen Parlament zurück. Der Rat dankt ihr für ihren Einsatz zum Wohl des Kantons Zug und wünscht ihr einen guten Start in ihre kantonsratsfreie Zeit. *(Der Rat applaudiert.)*

851 Nächste Sitzung

Donnerstag, 31. Oktober 2013 (Ganztagessitzung)

852 Weitere Informationen

Die Ratsmitglieder sind eingeladen, am Freitag, 27. September, um 19.00 Uhr in der St.-Oswalds-Kirche in Zug am öffentlichen Gedenkanlass für das Attentat von 2001 teilzunehmen.

Die übernächste Kantonsratssitzung findet am Donnerstag, 7. November 2013, statt (Ganztagessitzung). Es ist das Ziel des Vorsitzenden, das Jahr mit möglichst wenigen Pendenzen abzuschliessen.

Protokoll des Kantonsrats

57. Sitzung: Donnerstag, 31. Oktober 2013 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.20 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26. September 2013
3. Kantonsrats-Ersatzwahl in der Gemeinde Risch:

3.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl
3.2. Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch Bernadette Flach

4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
5. Kommissionsbestellungen:

5.1. Teilrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank betreffend Altersgrenze
5.2. Ersatzwahl in die Kommission für den öffentlichen Verkehr
5.3. Ersatzwahl in die Kommission für das Gesundheitswesen
5.4. Ersatzwahl in die Bildungskommission

6. Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz): 2. Lesung
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzungen und einen Büroausbau bei der Liegenschaft Artherstrasse 25 in Zug: 2. Lesung
8. Gesetz über die Videoüberwachung des öffentlichen und des öffentlich zugänglichen Raums (Videoüberwachungsgesetz; VideoG)
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Kapitel S9; Mittelschulstandorte)
10. Motion von André Wicki betreffend Beseitigung steuerlicher Begünstigung von Ausländerinnen und Ausländern durch die Besteuerung an der Quelle
11. Motion der SVP-Fraktion betreffend Anpassung der Sozialhilfe an das Notwendigste
12. Motion von Vreni Wicky und Andreas Hausheer betreffend zu viel bezahlte Krankenkassenprämien
13. Postulat von Florian Weber und Franz Hürlimann betreffend Ausbau Autobahn-Halbanschluss Arth
14. Interpellation der SP-Fraktion und der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Geschlechtergleichstellung im Kanton Zug.
15. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Internierung abgewiesener Asylbewerber
16. Interpellation von Andreas Hürlimann betreffend Ende der Steuer-Sorglosigkeit für Pauschalbesteuerte und andere Steuerflüchtlinge

17. Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitik kein «Wachstum mit Grenzen»
18. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Tüftellabor Einstein
19. Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend «Leiter Aufsicht in den sozialen Diensten Asyl»
20. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend die negativen unternehmerischen Folgen des Rauchverbots und der staatlichen Präventionsgesetzgebung
21. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Massnahmen gegen Missstände in der Rohstoffbranche
22. Interpellation von Eusebius Spescha betreffend Mindestlöhne als Teil einer Strategie zur Armutsbekämpfung
23. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Vollzug der «Lex Koller» im Kanton Zug
24. Interpellation von Beni Riedi betreffend Benutzung der neuen Medien durch die Insassen der Strafanstalt Bostadel
25. Interpellation von Andreas Hausheer, Manuel Brandenberg und Daniel Thomas Burch betreffend möglicher Auswirkungen einer Annahme der Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» auf den Kanton Zug und die Gemeinden im Kanton Zug

853 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Irène Castell-Bachmann, Zug; Gabriela Ingold und Thomas Werner, beide Unterägeri.
Der Sitz der zurückgetretenen Kantonsrätin Anna Lustenberger-Seitz ist derzeit vakant.

854 Mitteilungen

Der **Vorsitzende** begrüsst speziell Dorothea Frei, 1. Vizepräsidentin des Gemeinderats der Stadt Zürich, welche am Morgen als Gast an der Sitzung teilnimmt.

Anfang Oktober ist das neue «Tugium» herausgekommen. Die Kantonsrätinnen und Kantonsräte erhalten die jeweilige Nummer nur auf ausdrückliche Bestellung. Wer das neue Tugium noch nicht bestellt und per Post zugestellt erhalten hat, kann heute beim Protokollführer und Tugium-Redaktor noch ein Exemplar beziehen.

Landammann Beat Villiger muss sich für die Nachmittagssitzung entschuldigen. Er nimmt an der Zentralschweizer Polizeidirektorenkonferenz teil.

Der **Vorsitzende** macht den Rat auf folgende nachträgliche redaktionelle Anpassung in der am 29. August 2013 in der Schlussabstimmung mit 69 zu 0 Stimmen verabschiedeten Vorlage 2218.5 (WAG) aufmerksam: In § 29 und § 61 des WAG wird fälschlicherweise eine Ausschreibungsfrist der Wahlen von 10 Wochen aufgeführt. Korrekterweise wird in den Fussnoten zu § 29 und § 61 in der Vorlage 2218.5 die Ausschreibungsfrist von 12 Wochen erwähnt, welche in den Gesetzestext hätte

integriert werden müssen. Dies ist versehentlich unterblieben. Da es sich um ein offensichtliches redaktionelles Versehen handelt, wird es von der Redaktionskommission nachträglich berichtigt. Damit korrespondieren § 29 und § 61 WAG korrekt mit dem ebenfalls revidierten § 31 Abs. 1 WAG.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden

TRAKTANDUM 1

855 **Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

856 **Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26. September 2013**

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 26. September 2013 wird ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Kantonsrats-Ersatzwahl in der Gemeinde Risch:

857 Traktandum 3.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2289.1 - 14440).

Der Rat befindet gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen (WAG) über die Ersatzwahl von Bernadette Flach für den per Ende September 2013 zurückgetretenen Kantonsrat Dominik Lehner. Bernadette Flach ist bereits im Saal. Es gibt keinen anderslautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrats.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Bernadette Flach.

Der **Vorsitzende** gratuliert Bernadette Flach zur Wahl. Die Gewählte tritt ihr Amt sofort an.

858 Traktandum 3.2: **Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch Bernadette Flach**

Bernadette Flach möchte den Eid ablegen. Der **Vorsitzende** bittet sie, nach vorne zu treten. Der Rat erhebt sich. Die stellvertretende Landschreiberin liest die Eidesformel.

Bernadette Flach spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst Bernadette Flach willkommen im Rat und wünscht ihr viel Energie und Befriedigung bei ihrer politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

TRAKTANDUM 4
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 5
Kommissionsbestellungen:

859 Traktandum 5.1: **Teilrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank betreffend Altersgrenze**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2296.1/.2 - 14453/54).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden sieben Mitgliedern:

Thomas Wyss, SVP, Oberägeri, Kommissionspräsident

Karin Andenmatten-Helbling, CVP, Hünenberg	Gloria Isler, SVP, Baar
Hans Christen, FDP, Zug	Cornelia Stocker, FDP, Zug
Andreas Hürlimann, AGF, Steinhausen	Vreni Wicky, CVP, Zug

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

860 Traktandum 5.2: **Ersatzwahl in die Kommission für den öffentlichen Verkehr**

Die FDP-Fraktion ersucht darum, dass Mario Reinschmidt neu und an Stelle von Dominik Lehner in der Kommission für den öffentlichen Verkehr Einsitz nehmen soll.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

861 Traktandum 5.3: **Ersatzwahl in die Kommission für das Gesundheitswesen**

Die FDP-Fraktion ersucht darum, dass Bernadette Flach neu und an Stelle von Dominik Lehner in der Kommission für das Gesundheitswesen Einsitz nehmen soll.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

862 Traktandum 5.4: **Ersatzwahl in die Bildungskommission**

Die FDP-Fraktion ersucht darum, dass Bernadette Flach neu und an Stelle von Dominik Lehner in der Bildungskommission Einsitz nehmen soll.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 6

863 Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz): 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2194.4 - 14432).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 54 zu 15 Stimmen zu.

Es liegen folgende parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor.

• Die erheblich erklärte Motion der CVP-Fraktion zur Schaffung einer 27. Gehaltsklasse vom 27. Juni 2008 (Vorlage 1700.1 - 12794) sei als erledigt abzuschreiben.

• Das teilweise erheblich erklärte Postulat der Erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Abklärung des Gefährdungspotenzials, insbesondere Begünstigungspotenzial, bei Verwaltungshandlungen innerhalb der gesamten kantonalen Verwaltung und bei Bedarf Treffen von Massnahmen vom 29. Mai 2009 (Vorlage 1922.1 - 13371) sei als erledigt abzuschreiben.

• Die erheblich erklärte Motion der Erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Einführung eines einheitlichen und umfassenden Absenzenmanagements vom 29. Mai 2009 (Vorlage 1924.1 - 13371) sei als erledigt abzuschreiben.

• Die erheblich erklärte Motion der Erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Anspruch auf «Whistleblowing» in der kantonalen Verwaltung vom 29. Mai 2009 (Vorlage 1925.1 - 13371) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die vier Vorstösse stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

864 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzungen und einen Büroausbau bei der Liegenschaft Artherstrasse 25 in Zug: 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2215.5 - 14455).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Redaktionskommission mit E-Mail vom 14. Oktober 2013 an den Präsidenten der Hochbaukommission, Eusebius Spescha, den Hinweis gemacht hat, dass künftig in allen Ausgabenbeschlüssen die Mehrwertsteuer ohne konkreten Satz angeben werden soll, also nur «inkl. MWST». Da sich der Mehrwertsteuer-Satz im Laufe von mittellang dauernden Projekten ändern kann, kommen möglicherweise – gestützt auf den gleichen Ausgabenbeschluss – unterschiedliche Sätze zur Anwendung, weshalb auf die Nennung des Mehrwertsteuer-Satzes verzichtet werden soll.

Eusebius Spescha, Präsident der Hochbaukommission, hält fest, dass der Beschluss, der jetzt zur Schlussabstimmung vorliegt, nicht ganz identisch ist mit demjenigen, der in der letzten Sitzung diskutiert wurde, indem die Nennung des Mehr-

wertsteuer-Satzes wegfällt. Diese Änderung mag nur redaktionell erscheinen, kann aber doch eine grössere Bedeutung haben. Steht im Beschluss «inkl. 8 % MWST», dann bedeutet das, dass sich bei einer Erhöhung des Mehrwertsteuer-Satzes auf beispielsweise 10 Prozent der Kredit um 2 Prozent erhöht. Wird der Mehrwertsteuer-Satz nicht benannt, dann wird bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer der Kredit faktisch um 2 Prozent gekürzt.
Im vorliegenden Beschluss spielt das wohl keine Rolle, weil das Bauvorhaben wahrscheinlich schnell umgesetzt wird. Die Frage hat finanztechnisch aber doch eine relativ grosse Bedeutung und sollte für künftige Projekte von der Stawiko behandelt werden. Der Votant hat sich bereits mit dem Stawiko-Präsidenten abgesprochen: Das Thema kommt in der nächsten Stawiko-Sitzung zur Sprache. Es ist wichtig, dass hier eine klare Grundlage geschaffen und geklärt wird, wie diese Frage in Zukunft behandelt werden soll.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es in § 1 des Kantonsratsbeschlusses heisst: «[…] wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Objektkredit von Fr. 4'735'000.– inkl. MWST […] bewilligt.»

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 68 zu 3 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

865 Gesetz über die Videoüberwachung des öffentlichen und des öffentlich zugänglichen Raums (Videoüberwachungsgesetz; VideoG)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2207.1/.2 - 14211/12), der vorberatenden Kommission (2207.3 - 14314) und der Staatswirtschaftskommission (2207.4 - 14426).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission Eintreten und Zustimmung unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge beantragt. Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge.

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Hans Christen:** Aufgrund der erheblich erklärten Motion von Andreas Hausheer soll im Kanton Zug ein Gesetz über die Videoüberwachung eingeführt werden. Mit dem Videoüberwachungsgesetz soll eine Rechtsgrundlage für den präventiven Einsatz von Bildaufzeichnungs- und Bildübermittlungsgeräten durch kantonale und gemeindliche Organe im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum im Kanton Zug geschaffen werden. Dieser Bereich ist derzeit nicht geregelt.
Die vorberatende Kommission hat die Gesetzesvorlage des Regierungsrats vom 4. Dezember 2012 in zwei Sitzungen beraten und verabschiedet. Der Kommissionspräsident dankt den Mitgliedern der Kommission für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. An der ersten Kommissionssitzung führte Regierungsrat Beat

Villiger in die Vorlage ein und beleuchtete die Hintergründe sowie die zentralen Punkte der Vorlage. Marcel Tobler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Sicherheitsdirektion, erläuterte anschliessend die einzelnen Paragraphen des Gesetzes im Detail. Hptm Thomas Armbruster, Chef Kriminalpolizei der Zuger Polizei, präsentierte die geplante Umsetzung der Vorlage in der Praxis. Dr. Rene Huber, Datenschutzbeauftragter des Kantons Zug, legte aktuelle und künftige Herausforderungen des Datenschutzes dar. Zur Abrundung der Einführungen beurteilte der Gastredner, Dr. Lucien Müller, Universität St. Gallen und Bundesamt für Polizei (fedpol), ein ausgewiesener Experte des schweizerischen Rechts im Bereich der Videoüberwachung, die Vorlage nach aktuellen juristischen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten und zog Vergleiche zu den bestehenden Rechtsgrundlagen anderer Kantone und Städte. Lucien Müller erachtete die Vorlage mit den Kriterien und Erfordernissen gemäss Rechtsprechung und Lehre als vereinbar und lobte den Gesetzesvorschlag im Vergleich mit anderen Kantonen. Sie weise einen guten Detaillierungsgrad auf und regle viele Fragen, die andernorts überhaupt nicht oder nur vage geregelt würden. Die von den Kommissionsmitgliedern gestellten Fragen und die Antworten der Fachleute sind dem Kommissionsbericht zu entnehmen.
Nach der Eintretensdebatte begrüsste die Kommission das Vorliegen eines umfassenden Gesetzes und erachtete den Entwurf als gute Grundlage für die weitere Beratung. Die Kommission beschloss mit 15 zu 0 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.
In der zweiten Sitzung wurde das Videoüberwachungsgesetz im Detail beraten. Die Anträge zu den einzelnen Paragraphen sind ebenfalls dem Kommissionsbericht zu entnehmen. In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission der durchberatenen Vorlage mit 10 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 1 abwesenden Kommissionsmitglied zu.
Zusammenfassend beantragt die vorberatende Kommission dem Kantonsrat mit 15 zu 0 Stimmen, auf die Vorlage des Regierungsrats einzutreten; mit 10 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Vorlage mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen; mit 14 zu 0 Stimmen, die Motion Andreas Hausheer betreffend Überwachung öffentlicher Orte mit Überwachungskameras vom 17. September 2009 (Vorlage 1606.1 - 12534) als erledigt abzuschreiben.

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die Stawiko dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 5. September 2013 beraten und einstimmig Eintreten beschlossen hat. In finanzieller Hinsicht kann auf die Finanztabelle auf Seite 37 des regierungsrätlichen Berichts verwiesen werden. Die Investitionen von 726'000 Franken bewegen sich in der bereits in der letzten Finanzplanung vorgesehenen Grössenordnung. Die Laufenden Kosten sind schwieriger abzuschätzen. Die Regierung rechnet mit zwei zusätzlichen Personalstellen und setzt dafür 312'000 Franken pro Jahr ein. Nicht in die Finanztabelle eingeflossen sind die Laufenden Kosten für Betrieb und Unterhalt; diese liegen wohl erst vor, wenn das Detailkonzept bekannt ist. Andererseits sind auch die Einnahmen aus diesem Geschäft nicht in der Finanztabelle enthalten. Es geht dabei vor allem um Beiträge der Gemeinden, da das Vorhaben ja mit den Gemeinden koordiniert wird und teilweise auch von den Gemeinden getragen werden muss.
In sachlicher Hinsicht wird die Stawiko zu § 6 Abs. 2 einen Ergänzungsantrag stellen. Im Übrigen schliesst sie sich den Anträgen der vorberatenden Kommission und teils der Variante der Regierung an. Zusammenfassend beantragt die Stawiko dem Kantonsrat, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den in der Synopse aufgeführten Änderungen zuzustimmen.

Stefan Gisler: Die AGF ist für Eintreten, dies aber nicht, weil sie die Videoüberwachung neu einführen oder ausbauen möchte. Sie beurteilt vielmehr den Nutzen der Videoüberwachung sehr skeptisch. Laut Sicherheitsdirektor sind aber auch ohne dieses Gesetz schon heute und auch in Zukunft in Zug Videoüberwachungen des öffentlichen Raums grundsätzlich möglich. Dazu wird der Sicherheitsdirektor hier im Rat sicher noch Stellung nehmen. Das neue Gesetz regelt nun diese Überwachung und verhindert immerhin den schlimmsten *Big-Brother*-Wildwuchs.
Überwachen Kanton und Gemeinden den öffentlichen Raum, braucht es eine gesetzliche Grundlage, die das Kosten-Nutzen-Verhältnis, die Verhältnismässigkeit und den Persönlichkeitsschutz der Bevölkerung garantiert. Die AGF fordert diesbezüglich strengere Auflagen als Regierung und Kommission und wendet sich vor allem gegen flächendeckend eingesetzte Videoüberwachungen. Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass Videoüberwachungen die Kriminalitätsrate nicht senken, sondern örtlich verlagern. Zum Thema Kosten/Nutzen: In London, der wohl am stärksten mit Videokameras überwachten Stadt, werden nur 3 Prozent aller Diebstähle auf offener Strasse durch Kameras aufgeklärt. Dafür wird ein unbescholtener Passant, der sich einen Tag lang in der Stadt aufhält, im Schnitt 300 Mal vom Kamerasystem erfasst. Die Polizei ertrinkt in der Bilderflut und kommt anderen Aufgaben nicht mehr nach. Es darf also nicht sein, dass wegen der hohen Kosten für Installation und Betrieb anderweitig Gelder für die Sicherheit fehlen. Auch im Kommissionsbericht steht klar, dass die Videoüberwachung als zusätzliches, unterstützendes Element in die Sicherheitsstrategie eingebettet sein soll und andere Massnahmen nicht ersetzt. Die AGF ist dezidiert der Meinung, dass Kameras erst eingesetzt werden dürfen, wenn andere Massnahmen wie Polizeipräsenz, Respektpatrouillen oder bauliche Gestaltungsmassnahmen nichts genutzt haben.
Die AGF stimmt allen zusätzlichen Anträgen der vorberatenden Kommission zu und wird in der Detailberatung einige zusätzlich Anträge stellen. Sie will unter anderem bei § 9, dass einzig die Zuger Polizei Videos auswertet.

Beat Iten: Sicherheit, Überwachen, Abhören sind heute *in* und kommen offenbar auch zunehmend unter Freunden vor. Der Kantonsrat hat sich in diesem Jahr schon mehrmals mit diesen Themen befasst. Es hat das Übertretungsstrafrecht und das Hooligankonkordat ausgiebig diskutiert und verabschiedet. Mit dem Videoüberwachungsgesetz wird dieses Thema nun weitergeführt. Überwachung, Bestrafung, ordnungspolitische Themen und Massnahmen haben Hochkonjunktur.
Die SP ist gegenüber dieser Entwicklung eher skeptisch, insbesondere auch gegenüber der Wirksamkeit solcher Massnahmen. Auch gegenüber der Videoüberwachung besteht bei der SP eine gewisse Skepsis. Mit der Videoüberwachung kann jeweils nur ein beschränktes Gebiet abgedeckt werden. Die Schauplätze verlagern sich einfach, und es entwickelt sich ein Katz-und-Maus-Spiel, wie es heute bereits beim Einsatz von Sicherheitspatrouillen beobachtet werden kann. Die überwachten Plätze, werden gemieden, andere Plätze rücken ins Zentrum. So wird vermutlich auch die Wirkung der Videoüberwachung überschätzt, da deren Einsatz noch unflexibler ist als die Überwachung durch den Sicherheitsdienst.
Aus diesen Gründen stellt die SP-Fraktion grossmehrheitlich den **Antrag** auf Nichteintreten. Sollte der Rat trotzdem eintreten, begrüsst die SP, damit es zu keiner inflationären Anwendung der Videoüberwachung kommt, grundsätzlich die Ergänzung der Kommission, die explizit einen zurückhaltenden Einsatz postuliert.
Zu diskutieren gaben in der SP-Fraktion auch die Kosten dieser Installationen. Der hohe Preis hat vielleicht aber die positive Wirkung, dass zuerst wirklich andere Mittel geprüft werden. Ebenso zu denken geben der SP die budgetierten zwei Personalstellen. Es müsste doch möglich sein, eine Videoüberwachung mit einem

deutlich tieferen Personalbestand zu betreiben, zumal ja niemand eine flächendeckende Überwachung will.
Die SP spricht sich also grundsätzlich für Nichteintreten aus, dies in der Hoffnung, dass damit die Videoüberwachung nicht zum Alltag in unserer Gesellschaft wird.

Jürg Messmer legt zuerst seine Interessenbindung dar: Er bewegt sich öfters mal im öffentlichen oder öffentlich zugänglichen Raum, könnte also von einer Videoüberwachung direkt betroffen sein
Die SVP-Fraktion ist grossmehrheitlich für Eintreten. Zwar waren gewisse Bedenken gegen die Videoüberwachung auf öffentlichem Grund vorhanden, insbesondere gegen die ständige und immer weiter gehende Überwachung der Bevölkerung, sei es beim Einkaufen, beim Flanieren am Seeufer oder beim Picknicken an einem lauschigen Plätzchen. Die SVP hofft jedoch, dass mit dem vorliegenden Gesetz die Grundlagen geschaffen werden, damit nicht einfach wild drauflos überwacht wird, sondern die Videoüberwachung gezielt und nur an den notwendigen Standorten eingesetzt wird.
Die SVP wird bei der Detailberatung vor allem die Fassung der Regierung unterstützen, aber auch eigene Anträge zu verschiedenen Paragraphen einbringen.

Cornelia Stocker: Die FDP-Fraktion unterstützt ebenfalls das Eintreten auf die Vorlage, dies trotz ihrer allgemein zurückhaltenden Einstellung gegenüber neuen Gesetzen. Videoüberwachungen tangieren die Grundrechte teilweise in einem sehr sensitiven Bereich. Daher erachtet es die FDP als notwendig, Geltungsbereich, Zweck und Grundsätze sowie Zuständigkeit umfassend in einem Gesetz zu regeln.
Mit der Zustimmung zum Gesetz erwartet die FDP von der Regierung pragmatische und situative Einsetzung von Videoüberwachungskameras. Die Polizei darf ihre Strassenpräsenz nicht zugunsten der Bildschirmüberwachung am Schreibtisch schmälern. Die Anschaffung von hochauflösenden Kameras, welche eine Gesichtserkennung ermöglichen, ist ein Muss, denn ohne eine solche Möglichkeit macht der Einsatz nicht wirklich Sinn.
Die für Überwachung und Auswertung nötige Infrastruktur ist sehr kostspielig. Nicht nur deshalb, sondern auch weil sie keinen totalitären Überwachungsstaat will, fordert die FDP die pragmatische und situative Einsetzung von Kameras. Es gibt durchaus Fälle, wo eine gute Ausleuchtung denselben präventiven Effekt wie die Installierung einer Kamera bringen kann. Als Frau schätzt die Votantin persönlich Videokameras in Parkhäusern, während eine Installation bei der Rössli-Wiese schon eher in Richtung «Big Brother is watching you» geht. Britische Verhältnisse – dort gibt es über 4,2 Millionen Überwachungskameras – will die FDP in Zug keinesfalls. Nur schon wegen der hohen Anschaffungskosten wird es sich die öffentliche Hand nicht leisten können, jeden Veloständer zu überwachen, um *Lüftlibuben* das Handwerk zu legen. Das wäre unverhältnismässig.
Die Regierung schreibt in ihrem Antrag, dass die Zuger Polizei zum heutigen Zeitpunkt vom Bedarf nach zwei zusätzlichen Vollzeitstellen ausgeht. Dies ist für die FDP-Fraktion nicht nachvollziehbar. Die Videoüberwachung soll unter anderem die Aufklärung von Straftaten erleichtern und somit den Aufwand reduzieren. Im Stellenplan darf es keine Erhöhung geben resp. müsste diese durch Einnahmen aus Leistungsvereinbarungen mit Gemeinden oder Dritten abgegolten werden. Vom in diesen Tagen im Kanton Zug gestarteten elektronischen Anzeige-Schalter erwartet die FDP eine Entlastung für die Polizei. Die frei werdenden Kapazitäten sind daher umzulagern. Auf die zweite Lesung hin verlangt die FDP vom Regierungsrat klärende, verbindliche Antworten.

Christine Müller-Blättler: Es liegt ein vorbildlicher Gesetzesentwurf vor. Sicherheitsdirektor Beat Villiger und seinen Mitarbeitenden gehört ein Kränzchen gewunden. Mit dieser Vorlage erfüllt der Regierungsrat den Auftrag, den der Kantonsrat ihm mit der Erheblicherklärung der Motion Hausherr gegeben hat. Es wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, in welcher die Aspekte der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit und die Anliegen des Datenschutzes zu gelten haben. Zentral ist auch, dass mit dem vorliegenden Erlass auf Gesetzesstufe eine für den Kanton und alle Gemeinden analog geltende Rechtsgrundlage für den Einsatz von Videoüberwachungen erarbeitet wurde. Denn schon länger wird man an verschiedenen Orten gefilmt, und es macht deshalb Sinn, dass ein Rahmengesetz für den öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum geschaffen wurde. Für alle, für Alt und Jung, ist die Sicherheit in den Gemeinden und im Kanton mitentscheidend für das persönliche Wohlbefinden. Die Sicherheit ist ein Standortfaktor für Kanton und Gemeinden. Sie wird gesellschaftspolitisch immer mehr gewichtet.
In diesem Gesetz sprechen wir von einer dissuasiven Form der Videoüberwachung, die gleichzeitig auch bei der Verbrechensaufklärung herangezogen werden kann. Ihr Zweck ist die Prävention. An einzelnen, genau bestimmten öffentlichen und öffentlich zugänglichen Orten wird sie als Mittel zum Schutz von Personen und Sachen vor strafbaren Handlungen eingesetzt. Sie passt in die sicherheitspolitische Gesamtstrategie der Regierung. Die CVP-Fraktion ist sich bewusst, dass die Videoüberwachung kein Allerheilmittel sein wird, aber als Teil des Sicherheitskonzepts macht sie Sinn. Die Videoüberwachung unterstützt die Sicherheitsorgane. Die CVP erwartet aber weiterhin die Präsenz der Polizei. Manche wünschen sich mehr und manche weniger davon, auch das ist nachvollziehbar.
Eine Videoüberwachung im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum tangiert leider auch die verfassungsrechtlich geschützten Grundrechte. Die CVP-Fraktion verlangt von der Regierung die Einhaltung der definierten Grenzen bei der Umsetzung. Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit muss bei den Bewilligungen und Installationen und deren technischen Einstellungen immer eingehalten und respektiert werden.
Aus diesen Gründen braucht es diese Vorlage. Dem öffentlichen Interesse an Sicherheit schreibt die CVP-Fraktion jedoch eine etwas höhere Bedeutung zu als dem Datenschutz. Der Datenschützer soll bitte – bei allem Respekt gegenüber seinem Amt – die Verhältnismässigkeit dieses Gesetzes nicht allzu stark strapazieren, wenn er die Bewilligungsentscheide zur Einsicht erhält. Genauso ist zu erwähnen, dass das Gesetz in hohem Masse dem Datenschutz Rechnung trägt. Der Datenschutz ist hier wirklich nicht zu lasch. Man muss keine Angst vor dem Ausdruck «Big Brother is watching you» haben. Die CVP hat aber genug von Vandalismus, von Personenübergriffen und gewalttätigen Ausschreitungen.
Für die CVP ist die Sicherheit im Kanton Zug kein Lippenbekenntnis. Sie hat das Hooligankonkordat unterstützt, das ebenfalls ein Teil der sicherheitspolitischen Gesamtstrategie des Kantons Zug ist. Genauso unterstützt die CVP-Fraktion dieses Rahmengesetz zur Videoüberwachung. Das Gesetz enthält viele Paragraphen. Sie sind nötig, denn eine Videoüberwachung im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum darf nur unter strengen Anforderungen eingesetzt werden. Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

Ivo Hunn: Die GLP unterstützt die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Videoüberwachung im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum. Sie ist aber klar der Meinung, dass die Grundsätze des Datenschutzes und der Verhältnismässigkeit immer strikte eingehalten werden müssen, und ist für einen sehr zurückhaltenden Einsatz von Videoüberwachungen. Die Erforderlichkeit hat in jedem Fall und

klar ersichtlich zu sein. Dies bedeutet, dass im ersten Schritt immer zuerst die sogenannten milderen Massnahmen überprüft und umgesetzt werden müssen.
Die GLP ist für Eintreten auf die Vorlage und unterstützi in der Detailberatung bei § 3 und § 14 die Anträge der vorberatenden Kommission.

Philip C. Brunner war bei der Sitzung der SVP-Fraktion nicht anwesend, sonst wäre vielleicht das Resultat nicht so verheerend herausgekommen. Er ist strikt gegen Eintreten und dankt der SP für ihren Antrag auf Nichteintreten. Er hofft, dass es auch auf bürgerlicher Seite noch ein paar Skeptiker gibt.
Was hat man bisher in der Eintretensdebatte gehört? Die AGF, die FDP und die GLP sind skeptisch, stimmen aber zu. Die SVP ist grossmehrheitlich ebenfalls für das Gesetz, ein bisschen Skepsis war aber auch hier herauszuhören. Die CVP singt das hohe Lied auf ihren Sicherheitsdirektor, aber gibt es denn in der CVP keine Konservativen mehr, die der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger das Wort reden? Eine Mehrheit des Rats ist skeptisch, sagt aber, man müsse halt und man könne nicht dagegen sein und man sei doch für die Sicherheit. Man ist zwar für weniger Gesetze, tritt aber eine Gesetzesflut los: ein Hooligangesetz, ein völlig übertriebenes Litteringgesetz, ein Videogesetz – und in der nächsten Sitzung wird sich der Rat noch mit EU-Gesetzen in diesen Bereichen befassen. Der Rat öffnet die Büchse der Pandora. Er ist wie ein Zauberlehrling, der zwar ein bisschen Skepsis verspürt vor seinem Experiment, aber aus *Gwunder* und Interesse unbedingt mit den Chemikalien herumhantieren muss – und am Schluss dann vor dem entsprechenden Resultat steht.
In der Tagespresse wird seit Wochen über die Problematik der Überwachung geschrieben. Die Parlamentarier in England, in den USA oder in Deutschland waren vermutlich auch skeptisch, der Terrorismus aber erforderte diese Massnahmen. Die Argumente gegen das Videogesetz wurden ausgebreitet. Man darf nicht glauben, dass man mit ein paar Kameras an neuralgischen *Hotspots* das Problem lösen kann. Es wird neue *Hotspots* geben, man wird aufrüsten, und es wird nicht bei den zwei beantragten Stellen bleiben. Beim Litteringgesetz hat auch niemand gesagt, dass es einen *Littering-Manager* gibt, wie er jetzt in der Stadt Zug mit 60 Prozent eingeführt wurde. Man wird feststellen, dass man am Bahnhof die Probleme nicht in den Griff kriegt, dass es weitere Kameras und weitere Stellen braucht. Das führt zu genau jenem Totalitarismus, den keiner will. Der Staat hat dann einen Informationsvorsprung gegenüber seinen Bürgern. Zwar wird hier das hehre Wort vom Amtsgeheimnis geredet, das eingehalten werde. Glauben Sie das alles nicht, denn es handelt sich hier um Menschen, die Interessen haben. Der Staat hat ein Interesse an Sicherheit, doch muss man dieses Interesse anders durchsetzen, nämlich mit Kontrollen. In diesem Sinne fordert der Votant den Rat auf, den Antrag auf Nichteintreten zu unterstützen.

Stefan Gisler hat sehr viel Verständnis für die Argumente seines Vorredners, und wenn er an das Votum der CVP-Sprecherin denkt, welche die Videoüberwachung doch etwas geschönt dargestellt hat, kann er die Bedenken noch mehr teilen. Er weist aber darauf hin, dass bei Nichteintreten keine kantonale Regelung zustande kommt, dafür aber die elf Gemeinden eingeladen wären, elf gemeindliche Regelungen zu erlassen. Dass das besser wäre, wagt der Votant zu bezweifeln. Ihm wäre ein Gesetz auf kantonaler Ebene lieber, und er bittet Philip C. Brunner auch um Unterstützung für die Anträge der AGF, die das Gesetz noch mehr einschränken und die Bürgerrechte besser schützen will. Falls diese Anträge nicht durchkommen, kann man die Vorlage in der Schlussabstimmung immer noch ablehnen.

Jürg Messmer hat sich vom flammenden Votum seines Parteikollegen fast überzeugen lassen. Philip C. Brunner bedenkt aber nicht, wo überall es heute schon Videoüberwachung gibt: im öffentlichen Verkehr, bei jedem Einkauf, in Restaurants – wohl auch in jenem von Philip C. Brunner. Es ist dem Votanten deshalb lieber, wenn der Rat Eintreten beschliesst, das Gesetz berät und diesem dann – je nachdem – zustimmt oder nicht. Nichteintreten ist dem Votanten zu billig, und er ist sicher, dass auch Philip C. Brunner schlussendlich überzeugt sein wird. Andernfalls müsste man mal genau überprüfen, wer die Videoaufzeichnungen in der Bar von Philip C. Brunners Hotel anschaut.

Andreas Hausheer ist etwas erstaunt, dass die SP-Fraktion gegen Eintreten ist – zumal ihr grosser Bruder AGF für Eintreten ist, weil sie eine klare gesetzliche Grundlage und keinen Wildwuchs möchte. Er erinnert Philip C. Brunner daran, dass die SVP-Fraktion 2009 der Motion Hausheer einstimmig zustimmte. Es sei – so das Protokoll – «sinnvoll und konsequent, hier eine Gesetzesgrundlage zu schaffen», und «Überwachungskameras wirken präventiv und schrecken manchen Halbstarken von Raufereien und Schlägereien ab».
Der Votant ist für Eintreten auf die Vorlage, die jetzt endlich da ist, und er ist froh, dass sie von den neutralen Experten gelobt wird. Er hofft, dass der Rat die Vorlage nicht noch mehr abschwächt – wie das die vorberatende Kommission getan hat –, damit sie ein bisschen griffig ist.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** dankt einleitend der vorberatenden Kommission unter der Führung von Hans Christen für ihre kompetente und zielführende Arbeit, aber auch der Staatswirtschaftskommission, die sich nicht nur mit den Kosten, sondern auch mit inhaltlichen Aspekten des Gesetzes auseinandergesetzt hat. Wenn Philip C. Brunner seine Parteikollegen als Zauberlehrlinge und sich selbst in dieser Sicherheitsfrage als Meister sieht, dann ist das seine Sache. Man muss aber sehen, dass das Volk in Sicherheitsfragen klar und deutlich entscheidet: beim Hooligankonkordat mit 81 Prozent Zustimmung, und auch beim Litteringgesetz hört man, wie die Bevölkerung froh ist, dass endlich etwas getan wird, und man genug hat von den steigenden Kosten, welche die Gemeinden für das Aufräumen etc. übernehmen müssen. Der Sicherheitsdirektor versichert, dass trotz Videoüberwachung die Präsenz der Polizei nicht vermindert wird. Das Videosystem ist kein Ersatz für die Polizei, sondern nur eine Unterstützung für diese.
Es ist durch alle Parteien spürbar, dass man bei der Videoüberwachung Zurückhaltung üben soll. Man ist sich heute schon gewohnt, dass man überwacht wird, bei Banken, Geldautomaten oder beim Einkaufen; bei den Grossverteilern geht man schweizweit und auch im Kanton Zug in die Richtung von mehr Kontrollen durch Videoüberwachung. Wir dürfen uns allerdings nicht mit London vergleichen. Man muss aber sehen, dass die Videoüberwachung bei uns mit Erfolg eingeführt wurde. In den ZVB-Bussen beispielsweise, die mit Videokameras ausgestattet sind, hat man viel weniger Vorfälle, und im EVZ-Stadion lässt sich heute bei Vorfällen die Täterschaft viel häufiger eruieren, was zu einer deutlich höheren Sicherheit geführt hat. Wir befinden uns heute aber in einer rechtlichen Grauzone, was die Videoüberwachung anbelangt, und hier will der Regierungsrat Sicherheit und Klarheit schaffen. Der Staat muss dabei unterschiedlichen Interessen genügen und Widersprüchliches bewältigen: Videoüberwachung tangiert die Bewegungsfreiheit und in einem hohen Mass auch den Datenschutz. In vielen Kantonen und Gemeinden hat man deshalb in den letzten Jahren gesetzliche Grundlagen zur Videoüberwachung geschaffen, so auch 2012 in Luzern. Dass Luzern immer wieder als schlechtes Beispiel aufgeführt wird, hat seinen Grund darin, dass in Luzern schlechte Anlagen in-

stalliert wurden und die Auswertungen entsprechend schlecht waren. Das soll im Kanton Zug vermieden werden: Es ist wichtig, dass – auch in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden – das richtige Material bestellt und installiert wird, je nach Anforderungen. Auch im Kanton Zug soll die höchste Behörde, die Exekutive, die Bewilligungsinstanz sein, ohne die Möglichkeit zur Delegation. Solche Entscheidungen sollen – wie auch in anderen Kantonen – nicht an eine Verwaltungsstelle delegiert werden können.
Die Vorlage und die Umsetzung des Konzepts wurden mit den Gemeinden intensiv abgesprochen, sind die Gemeinden doch in einem hohen Mass betroffen. Tritt der Kantonsrat nicht auf die Vorlage ein, führt das zu einem Wildwuchs. Allenfalls schaffen die Gemeinden dann interne Regelungen und Verordnungen, was nicht im Interesse unseres überblickbaren Kantons sein kann.
Die Kosten wurden so gut als möglich ermittelt. Es gibt bei den technischen Geräten aber eine rasante Entwicklung. Die Gemeinden haben mitgeteilt, ob und wann sie sich die Anschaffung und Installation solcher Geräte vorstellen könnten. Nicht alle Gemeinden sind schon dafür oder bereit mitzudiskutieren. Es gibt aber drei, vier Gemeinden, die sich ernsthaft Gedanken machen, nach Inkrafttreten des Gesetzes die Videoüberwachung einzuführen. Für den Kanton entstehen Kosten von ca. 720'000 Franken in den nächsten Jahren für die Beschaffung; dazu kommen Personalkosten, wobei man von zwei Stellen spricht. Hier wurde nicht sehr reduziert budgetiert, sondern davon ausgegangen, dass es, wenn die Gemeinden auch solche Installationen wollen, letztlich um ca. zwei Stellen gehen könnte. Es braucht eine Stelle beim Kanton für den Aufbau und Betrieb, aber auch für die Zusammenarbeit mit den Gemeinden; die zweite Stelle würde bei der Polizei eingegliedert, aber durch die Gemeinden finanziert. Der Sicherheitsdirektor kann sich aber vorstellen, dass man in den nächsten zwei, drei Jahren mit *einer* Stelle auskommt und diese erst noch teilweise von den Gemeinden mitfinanziert wird; im Moment sind also keine zwei Stellen notwendig. Der Sicherheitsdirektor geht auch davon aus, dass die Gemeinden zwar die Installationen beschaffen müssen und wollen, *das Handling* aber über die Polizei abwickeln wollen, mit Leistungsvereinbarungen und entsprechender Verrechnung durch den Kanton. Im Moment steht im Maximum *eine* Stelle zur Diskussion, und diese soll durch die Gemeinden teilweise mitfinanziert werden. Von zwei Stellen ist im Moment nicht die Rede, bei einem Vollausbau aber sind – wie aufgezeigt – zwei Stellen nötig.
Der *E-Police*-Schalter hat mit der heutigen Debatte wenig zu tun. Er ist ein Pilotprojekt, mit dem über eine gewisse Zeit geschaut werden soll, ob er eine Entlastung bringt. Auch das Gegenteil kann der Fall sein, dass nämlich viel mehr Anzeigen erstattet werden, was zu entsprechend mehr Aufwand führt.
Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, im Sinne des Antrags des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission auf die Vorlage einzutreten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 63 zu 9 Stimmen Eintreten auf die Vorlage.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
§ 1 Abs. 1 und Abs. 2
§ 2 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. a bis f

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 3 Abs. 1

Stefan Gisler stellt einen **Antrag,** der schon in der vorberatenden Kommission zur Debatte stand. § 3 Abs. 1 soll wie folgt ergänzt werden: «Videoüberwachungen dürfen eingesetzt werden, soweit sie geeignet und erforderlich sind *und sofern keine anderen Massnahmen verhältnismässiger sind*.» Im Kommissionsbericht ist auf Seite 5 ausgeführt, dass bei Videoüberwachungen grosse Zurückhaltung angebracht sei und die Verhältnismässigkeit gewährleistet sein müsse. Das wurde heute in verschiedenen Voten betont. Mit dem beantragten Zusatz soll dies nicht nur im Bericht, sondern auch im Gesetz deutlich zum Ausdruck gebracht werden. Kameraüberwachungen sind weder besonders effektiv noch besonders günstig, und strafbares Verhalten wird einfach verlagert. Darum sollten andere Massnahmen angewandt oder zumindest geprüft werden, bevor die öffentliche Hand Kameras installiert. Es ist die Ausdeutschung, was Verhältnismässigkeit bedeutet.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bittet den Rat, den Antrag der AGF abzulehnen. Die Formulierung «Videoüberwachungen dürfen eingesetzt werden, soweit sie geeignet und erforderlich sind» besagt bereits, dass solche Überwachungen zurückhaltend einzusetzen sind; auch in den Materialien wird x-mal darauf hingewiesen. Auch für die Gesuche wird es Auflagen geben, das sieht die Verordnung vor. Damit wird bereits gesagt, dass auch andere Massnahmen zu prüfen sind. Und wenn man «andere Massnahmen» in das Gesetz schreibt: Welche Massnahmen sind damit gemeint? Das Gesetz verliert dadurch an Klarheit.

➔ Der Rat genehmigt mit 39 zu 27 Stimmen die Fassung des Regierungsrats.

§ 3 Abs. 1 Bst. a und b
§ 3 Abs. 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 3 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission folgende Ergänzung vorschlägt: «Videoüberwachungen sind bewilligungspflichtig *und sind zurückhaltend einzusetzen.*» Die Stawiko schliesst sich dieser Version an; der Regierungsrat hält an seiner Fassung fest.

Jürg Messmer teilt mit, dass die SVP-Fraktion hier die Fassung der Regierung unterstützt. Die Verhältnismässigkeit betreffend Einsatz von Videoüberwachungen wird bereits unter § 1 und 2 klar genug geregelt. Die SVP will ein schlankes Gesetz und findet, dass die Formulierung der Regierung genügt.

Philip C. Brunner stellt den **Antrag** auf folgende Formulierung: «Videoüberwachungen sind bewilligungspflichtig *und sind zurückhaltend und verhältnismässig einzusetzen*.» Damit werden auch die 27 Ratsmitglieder, die bei § 3 Abs. 1 für den Antrag der AGF gestimmt haben, einbezogen, und auch der Antrag der Stawiko ist in dieser Formulierung enthalten.

Thomas Lötscher: Nach einigen Jahren politischer Arbeit sollte eigentlich jedem bekannt sein, dass der Staat nicht anders als verhältnismässig handeln kann und darf. Verhältnismässigkeit ist einer der Grundsätze für staatliches Handeln. Es ist deshalb widersinnig, in einzelnen Gesetzestexten die Verhältnismässigkeit nochmals zu stipulieren. Man müsste sich dann ja fragen, wo der Staat unverhältnismässig handeln darf. Man kann die vorgeschlagene Ergänzung zwar theoretisch ins Gesetz aufnehmen, sie ist aber irrelevant.

Für **Manuel Brandenberg** ist es überhaupt nicht widersinnig, den Begriff «verhältnismässig» in einzelnen Gesetzen zu verwenden. Man kann nicht davon ausgehen, dass jeder Beamte, der ein Gesetz oder eine Verordnung anwendet, die Bundesverfassung so gut kennt wie Kantonsrat Lötscher.

Stefan Gisler bittet den Rat, entweder dem Antrag Brunner oder zumindest dem Antrag der vorberatenden Kommission zuzustimmen. Die in der Eintretensdebatte geäusserten Bedenken hinsichtlich der Verhältnismässigkeit der Anwendung müssen doch irgendwo im Gesetz ihren Niederschlag finden. Die Auffassung, dass ein Gesetz je schlanker desto besser sei, teilt der Votant nicht. Wenn der Rat ein Gesetz erlässt, dann darf er der Regierung nicht den Freiraum geben, *irgendetwas* zu machen – was der Votant dem Sicherheitsdirektor allerdings nicht unterstellen will. Wenn der Rat etwas will und das auch deutlich sagt, dann kann man das auch ins Gesetz schreiben.

Adrian Andermatt: Es geht hier nicht um die Schlankheit eines Gesetzes oder darum, einem einzelnen Beamten genau zu sagen, was er darf oder nicht. Es geht schlicht und einfach um Gesetzgebungstechnik, und man sollte sich daran halten, was hier *lege artis* ist, nämlich dass man nicht alles wiederholt, was bereits gegeben ist. In § 3 Abs. 1 steht, dass die Massnahme «geeignet und erforderlich» sein muss. Es macht deshalb keinen Sinn, in Abs. 3, wo es um die Bewilligung geht – und Bewilligungen können erst erteilt werden, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind –, nochmals zu erwähnen, dass die Massnahme zurückhaltend eingesetzt werden müsse. Wenn man dieses Anliegen nochmals oder noch deutlicher formulieren möchte, hätte man das in Abs. 1 tun müssen. Mit der Wendung «geeignet und erforderlich» ist die Zurückhaltung von Gesetzes wegen explizit erwähnt, und der Grundsatz der Verhältnismässigkeit ist – wie bereits erwähnt wurde – sowieso gegeben. Die Bedenken, die zu Recht geäussert wurden, werden damit berücksichtigt. Der Votant bittet den Rat, dem regierungsrätlichen Vorschlag zu folgen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Die vorgeschlagene neue Formulierung würde in der Praxis mehr Verwirrung stiften als Nutzen bringen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, den Antrag von Philip C. Brunner als Unterantrag zum Antrag der vorberatenden Kommission zu betrachten, zuerst also diesen zu bereinigen und die obsiegende Variante dann der Fassung des Regierungsrats gegenüberzustellen. Der Rat ist damit einverstanden.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Philip C. Brunner, die Fassung der Kommission mit «und verhältnismässig» zu erweitern, mit 53 zu 16 Stimmen ab.

➔ Der Rat genehmigt mit 39 zu 23 Stimmen die Fassung des Regierungsrats.

§ 4 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 Bst. a bis c
§ 4 Abs. 4
§ 5 Abs. 1 Bst. a und b, Abs. 2 und Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 6 Abs. 1

Stefan Gisler stellt im Namen der AGF den **Antrag,** die Höchstdauer einer Bewilligung auf drei statt fünf Jahre festzusetzen; die Regierung sah ursprünglich sogar nur zwei Jahre vor. Wird eine Kamera betrieben, muss im Sinne der Verhältnismässigkeit und des Kosten-Nutzen-Verhältnisses regelmässig überprüft werden, ob die Kamera wirklich am richtigen Ort das Richtige macht. Fünf Jahre sind eine lange Zeit, und gerade im öffentlichen Raum kann es da zu grossen Änderungen, etwa zur Verlagerung von *Hotspots,* kommen. Die Kamerabetreiber sind den Bürgerinnen und Bürgern *früher* rechenschaftspflichtig, ob die Überwachung ihren Zweck erfüllt oder nicht.
Zu bedenken ist auch: Nicht nur beim Installieren entstehen Kosten, sondern auch das Betreiben ist teuer und verursacht Personalkosten. Jede Woche, jeder Monat, jedes Jahr, während welchem eine Videokamera betrieben, gewartet, ausgewertet wird, kostet Steuergeld. Es gibt auch keinen *Return on Investment* und keine Amortisation – die Kamera kostet einfach fortwährend. Darum macht eine Beschränkung auf drei Jahre auch aus Kostengründen Sinn.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** ist überzeugt, dass in vielen Fällen keine Bewilligung auf fünf Jahre erteilt wird. Bei einer Entsorgungs-Sammelstelle aber, wo aufgrund von Erfahrungen seit Jahren eine Bewachung gewünscht wurde, dürfte eine Fünfjahres-Bewilligung eher möglich sein als andernorts. Der Sicherheitsdirektor bittet deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen.

➔ Der Rat genehmigt mit 54 zu 17 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 6 Abs. 2 Bst. a und b

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 6 Abs. 2 Bst. c

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko eine Ergänzung vorschlägt, nämlich «die *maximalen* Betriebszeiten der Videoüberwachung». Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** Die Stawiko will, dass in der Bewilligung festgehalten wird, wann *maximal* eine Videoüberwachung betrieben werden darf, und nicht, *wann* überwacht wird. Die Bewilligung wird gemäss § 7 im Amtsblatt publiziert, ist also öffentlich. Die Stawiko will nun nicht, dass der Benutzer einer öffentlichen Anlage sich in der falschen Sicherheit wiegt, die Anlage sei überwacht und er könne sie nachts um ein Uhr problemlos benutzen – und dann läuft die Kamera doch nicht. Bei Abs. 1 wurde vorhin darüber diskutiert, dass die Bewilligung auf fünf Jahre erteilt werden kann. Es kann nun aber sein, dass eine Gemeinde nach zwei Jahren zum Schluss kommt, die Überwachung sei nicht mehr nötig. Das wissen die Einwohnerinnen und Einwohner aber nicht und gehen fälschlicherweise davon aus, dass die Überwachung noch immer betrieben wird. Solche Fälle will die Stawiko vermeiden: Es soll klar sein, dass eine Überwachungsanlage in der genannten Zeit *laufen darf*, nicht dass sie *läuft.* Der Stawiko-Präsident bittet den Rat deshalb, den Zusatz «die *maximalen* Betriebszeiten» zu unterstützen.

Jürg Messmer stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** Bst. c ersatzlos zu streichen. Es macht doch keinen Sinn, die Betriebszeiten einer Videoüberwachung öffentlich bekanntzugeben. Wie stellt sich der Rat die Wirksamkeit einer Kamera vor, von der allgemein bekannt ist, dass sie beispielweise von 17.00 bis 02.00 Uhr aktiv ist? Es ist klar, dass eine allfällige Straftat dann auf die nicht überwachte Zeit verlegt wird. Für die Rössliwiese in Zug, von der dann beispielweise allgemein bekannt wäre, dass sie bis 00.30 Uhr überwacht wird, würde das heissen, dass ab 01.00 Uhr der Abfall liegen gelassen werden kann und Damen sexuell belästigt und vergewaltigt werden können – oder was auch immer. Für eine Videoüberwachung muss grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass sie 24 Stunden in Betrieb ist; alles andere macht keinen Sinn. Deshalb beantragt die SVP-Fraktion die Streichung von Bst. c und bittet den Rat um Unterstützung.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Die Betriebszeiten müssen für Betroffene möglichst genau ausgewiesen werden, mit klarem Anfang und Ende. Das ist auch der Wunsch des Datenschutzbeauftragten. Die Pflicht zur Angabe mit «maximalen Betriebszeiten» könnte dazu verleiten, die Betriebszeiten nur ungenau auszuweisen, was dem Gebot der Eindeutigkeit und Nachvollziehbarkeit widerspricht. Wenn der Rat ein Gesetz mit genauen Vorgaben wünscht, dann muss das insbesondere hier der Fall sein.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 61 Abs.1 GO KR zuerst die Unterabänderungsanträge bereinigt werden. Der Rat stimmt also zuerst über den Antrag auf «die *maximalen* Betriebszeiten» im Gegensatz zu bloss «die Betriebszeiten» ab und äussert sich dann in einer zweiten Abstimmung zur beantragten Streichung von Bst. c.

➔ Der Rat genehmigt mit 45 zu 20 Stimmen die Fassung des Regierungsrats («die Betriebszeiten der Videoüberwachung»).

➔ Der Rat lehnt die Streichung von Bst. c mit 37 zu 28 Stimmen ab.

§ 6 Abs. 2 Bst. d bis i

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 6 Abs. 3 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission einen zusätzlichen Abs. 3 vorschlägt: «Das Gesuch um Verlängerung oder Erneuerung enthält einen Evaluationsbericht über die Wirksamkeit und die Kosten.» Die Stawiko schliesst sich dieser Version an, der Regierungsrat hält an seiner Fassung fest.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bestätigt, dass der Regierungsrat auch hier an seinem Antrag festhält. Jede Verlängerung setzt ohnehin eine neue Bewilligung voraus, und in § 6 ist schon aufgelistet, welche Angaben sie enthalten muss. Der Vorschlag der Kommission würde das ganze Bewilligungsverfahren unnötig aufblähen. Die Bewilligungsbehörde wird sicherlich immer auch die Frage stellen, warum eine Überwachung weiterhin nötig ist, und sie wird die nötigen Fakten – etwa einen Polizeibericht – einholen. Dass ein spezieller Evaluationsbericht eingereicht werden muss, geht der Regierung zu weit.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der vorberatenden Kommission mit 53 zu 19 Stimmen ab.

§ 7 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 8 Abs. 1 Bst. a

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 8 Abs. 1 Bst. b

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine Präzisierung vorschlägt: «[Die Polizei kann die Echtzeitüberwachung anordnen, …] wenn angenommen werden muss, dass im überwachten Gebiet, im überwachten Bau oder in der überwachten Anlage ~~*eine besondere Gefährdungssituation*~~ *eine Gefahr für Leib und Leben* besteht.» Die Stawiko lehnt diesen Antrag ab. Der Regierungsrat hält an seiner ursprünglichen Fassung fest.

Stefan Gisler wundert sich, dass der Kommissionspräsident zu den verschiedenen Anträgen nicht Stellung nimmt, wurde doch in der Kommission auch über diesen Antrag ausführlich diskutiert. Echtzeitüberwachung ist ein massiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und nur dann angezeigt, wenn Leib und Leben – ein juristisch abgesicherter Begriff – in Gefahr sind. Der Votant wundert sich auch über die Sonntagsredner im Rat. Im Eintreten haben alle die Verhältnismässigkeit, den Persönlichkeitsschutz etc. betont, und jetzt werden alle Anträge, in denen es irgendwie um eine Einschränkung des Gesetzes geht, einfach abgelehnt. So will man keinen Evaluationsbericht bei der Betriebsbewilligung für eine Kamera; die Kamera wird aufgestellt und läuft dann einfach weiter – das hat nichts mit Einschränkung zu tun. Hier, bei der Echtzeitüberwachung, kann der Rat eine Schritt tun und den Einsatz auf die Fälle einschränken, in denen Leib und Leben potenziell in Gefahr sind. Der Begriff «besondere Gefährdungssituation» ist ungenau.

Der Votant bittet den Rat, dafür zu sorgen, dass die AGF das Gesetz am Schluss nicht ablehnen oder gar das Referendum ergreifen müssen, weil einfach zu viel und flächendeckend überwacht werden kann und während der Beratung keinen einschränkenden Massnahmen zugestimmt wird.

Jürg Messmer: Was ist denn eine Gefahr für Leib und Leben? Wenn beispielsweise Damen auf einem öffentlichen Platz öfters und regelmässig belästigt werden, besteht noch lange keine Gefahr für Leib und Leben. Wenn dann aber trotzdem etwas Tragisches passiert, dann hört man gewisse Leute bereits schreien, man hätte die Tat mit einer Echtzeitüberwachung verhindert können. Die SVP-Fraktion unterstützt hier klar die Fassung der Regierung und ist überzeugt, dass dies die richtige Formulierung ist.

Für Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** würde die von der Kommission vorgeschlagene Formulierung dem Gesetz einen wichtigen Zahn ausreissen. Die Einschränkung ist nicht zweckmässig, deckt sie doch Vandalismus oder einen «Saubannerzug» nicht ab. Er bittet den Rat, den Antrag der Kommission abzulehnen.

➔ Der Rat genehmigt mit 55 zu 16 Stimmen die Fassung des Regierungsrats.

§ 8 Abs. 2 und Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem Antrag des Regierungsrates anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 9 Abs. 1 Bst. a bis d

Stefan Gisler teilt mit, dass § 9 in der vorberatenden Kommission heftig umstritten war; ein Rückweisungsantrag wurde mit 8 zu 6 Stimmen nur knapp abgelehnt. Es geht darum, wer Kameras installieren und – vor allem – wer die Aufnahmen einsehen darf. Mit der jetzigen Formulierung können die berechtigten Stellen irgendjemandem, auch einer Privatperson, erlauben, die Aufnahmen auszuwerten. Die AGF stellt deshalb den **Antrag,** dass Abs. 1 mit den Bst. a und b bestehen bleiben soll; die zuständige Exekutive – Regierungsrat oder Gemeinderat – kann also die Stellen bezeichnen, welche die Geräte installieren, warten, einstellen und steuern. Aber statt Bst. c beantragt die AGF die folgende Formulierung als neuen Abs. 2: «Die Zuger Polizei ist als einzige Stelle berechtigt, Bildaufzeichnungen zu bearbeiten und auszuwerten.» Dass ist eine klare Aussage, dass nur die Polizei die Aufnahmen einsehen und auswerten darf. In der jetzigen Formulierung – es sei wiederholt – kann jeder Gemeinderat bzw. der Regierungsrat beliebige Stellen und letztlich auch Privatpersonen und -firmen mit der Auswertung beauftragen. Das ist zu heikel. Die Kommission hat betont, dass Videoüberwachungen heikel sind bezüglich Persönlichkeits- und Freiheitsrechten der Bürgerinnen und Bürger. Darum ist es zu vermeiden, dass Private solche Einsichten in die Privatsphäre erhalten.

Kurt Balmer stellt den **Antrag,** den ganzen § 9 an den Regierungsrat oder die vorberatende Kommission zurückzuweisen. Er ist mit dem Antrag der AGF nicht ganz zufrieden und geht noch etwas weiter. Die Regelung von Bearbeitung und Auswer-

tung von Bildaufzeichnungen, insbesondere also Abs. 1 Bst. c und d, ist ein zentraler Punkt in diesem Gesetz. Es geht hier um polizeiliche Kompetenzen, und diese darf man nicht nach Belieben freigeben, wie es die Regierung hier vorschlägt. Gemäss Vorlage des Regierungsrats gibt es zwölf verschiedene Stellen, nämlich elf gemeindliche Exekutive sowie der Regierungsrat, welche beliebig sogenannte berechtigte Stellen für die Auswertung und Bearbeitung von Videoaufnahmen bezeichnen können, ohne zusätzliche Ausbildung und ohne irgendwelche anderen Auflagen. Es gäbe alsdann zwölf verschiedene Systeme im Kanton Zug.
Grundsätzlich ist aber die Polizei für die entsprechenden Auswertungshandlungen zuständig. Im Bedarfsfall kann selbstverständlich die Polizei Hilfspersonen für die Bearbeitung und Auswertung beiziehen; das System darf und soll aber nicht so funktionieren, dass die gesamte Auswertung ins Ermessen der jeweiligen gemeindlichen Exekutive übertragen wird. Wenn das regierungsrätliche System umgesetzt wird, so bedeutet dies, dass an einem Ort vielleicht ein spezieller Sicherheitsdelegierter und andernorts ein Abwart zuständig ist. Selbstverständlich qualifiziert der Votant mit seiner Aussage die genannten Jobs nicht. Seines Erachtens ist aber das von der Regierung gewählte System von § 9 falsch.
Zum Vergleich: Im Strassenverkehrsbereich bearbeitet und verwertet allein die Polizei z. B. die Radarmessungen oder auch Rotlichtübertretungen. Der Votant möchte den Aufschrei nicht hören, wenn plötzlich jeder Kanton eine private Firma oder eine andere behördliche Instanz als die Polizei mit Geschwindigkeitsmessungen beauftragen würde. Bei § 9 geht es aber im Prinzip um genau die gleiche Problematik, nämlich um die Prüfung und Auswertung von allfälligen Delikten. Dabei geht der Votant auch davon aus, dass Videoaufnahmen nicht zu statistischen oder anderen Zwecken ausgewertet werden sollen und dürfen.
Folgendes Beispiel zeigt die Problematik gut auf: An einer gemeindlichen Schule gibt es *Gerüchte* über eine Erpressung, eine Drohung oder eine Körperverletzung zwischen Schülern. Die berechtigte Schulleitung – sofern in der Gemeinde so vorgesehen – will/muss den Gerüchten nachgehen und erkennt aufgrund von Videoaufnahmen gewisse Auffälligkeiten bei gewissen Schülern. Solche Erkenntnisse können rasch zu falschen Vorverurteilungen führen. Wenn noch kein Strafverfahren gemäss § 9 Abs. 2 im Gange ist, soll nicht quasi eine private Untersuchung mittels Videoaufnahmen zu falschen Schlussfolgerungen führen. Auch solche Abklärungen mittels Videoaufnahmen gehören in den Polizeibereich.
Der vorgeschlagene Paragraph hat aber auch einen grundsätzlichen Systemfehler. Beim eben genannten Beispiel kann resp. darf die Polizei nicht einmal in die Videoaufnahmen Einsicht nehmen, da gemäss Abs. 2 noch kein Strafverfahren hängig ist. Mit anderen Worten: Gemäss § 9 Abs. 2 und unter der Voraussetzung, dass die betreffende Exekutive nicht ausdrücklich die Polizei als berechtigt erklärt, ist es der Polizei verboten, die Videoaufnahmen zu sichten. Im Weiteren ist es auch merkwürdig, dass die Polizei gegebenenfalls nicht einmal die berechtigte Stelle kontrollieren darf und immer zuerst ein Strafverfahren anhängig gemacht werden muss. Die von der gemeindlichen oder kantonalen Exekutive berechtigte Stelle sollte mindestens theoretisch auch irgendwie überprüft werden können.
Schliesslich ist der Votant auch noch darauf gestossen, dass die Anordnung und Auswertung der Echtzeitüberwachung gemäss Abs.1 Bst. d auch durch jene Stelle – also nicht zwingend die Polizei – erfolgt. Ergänzend zu § 8, wo die Polizei berechtigt wird, ist auch die von der Gemeinde legitimierte Stelle berechtigt, Echtzeitüberwachungen anzuordnen und auszuwerten. Es kann doch nicht sein, dass sogar Echtzeitüberwachungen im kleinen Kanton Zug gegebenenfalls von zwölf oder dreizehn Stellen – zusätzlich zur Polizei – angeordnet und ausgewertet werden. Telefonüberwachungen müssen zwingend richterlich genehmigt werden, Echtzeit-

überwachungen hingegen nur durch eine vom Gemeinderat beliebig bestimmte Stelle: Dieses System geht nicht auf.
Gesamthaft gesehen, enthält § 9 zu viele Mängel, welche nicht sofort durch eine einfache Formulierungsänderung verbessert werden können. Eine grundsätzlich zulässige Rückweisung des gesamten § 9 drängt sich deshalb auf. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass Im Antrag der AGF die Echtzeitüberwachung nicht berücksichtig worden ist; auch da besteht ein Mangel.

Stefan Gisler hat den Mangel entdeckt und ergänzt seinen **Antrag.** § 9 Abs. 2 soll wie folgt lauten: «Die Polizei ist die einzige Stelle, die berechtigt ist, [dann folgen Bst. c und d in der Fassung des Regierungsrats, allerdings neu als Bst. a und b]». Es ist also ganz einfach: Es müssen nur zwischen Bst. b und c ein Abs. 2 eingeschoben und die Bst. c und d zu Bst. a und b umbenannt werden. Dann ist auch den langen Ausführungen von Kurt Balmer Genüge getan.

Kommissionspräsident **Hans Christen** kann zum Antrag von Kurt Balmer keine Stellung nehmen, da dieser in der Kommission nicht diskutiert wurde; persönlich lehnt er ihn aber ab. Die Polizei hat sich gegen die alleinige Kompetenz zur Sichtung und Auswertung entschieden, weil jede Gemeinde ihr eigenes System betreiben kann und die Polizei aufgrund der unterschiedlichen technischen Ausstattungen mit verschiedensten Auswertungs-Tools arbeiten müsste. Wenn die Auswertung generell der Polizei übergeben würde, müsste dies mit einem einheitlichen Tool möglich sein. Das führt auch zu Kosten für den Kanton, die Gemeinden müssten für die Auswertung des Bereichs Ruhe und Ordnung also einen Leistungseinkauf tätigen. Die fraglichen Stellen sind von der Polizei technisch und nicht bezüglich der Auswertung beurteilt worden. Für die Polizei ist klar, dass in diesem Bereich die Ermittlung innerhalb des polizeilichen Auftrags zu tätigen wäre. Wenn aber die Gemeinden auswerten müssen, entspricht dies einem enormen Aufwand, der nicht Polizeiaufgabe ist. § 9 ist aus dieser Sicht korrekt und richtig; zu beachten ist auch der Zusammenhang mit § 10. Der Antrag des Regierungsrats macht Sinn.

Christine Blättler-Müller korrigiert den Kommissionspräsidenten: Die vorberatende Kommission hat den Antrag von Kurt Balmer auf Teilrückweisung sehr intensiv diskutiert, kam aber zum Schluss, am Vorschlag des Regierungsrats festzuhalten.

Kurt Balmer bestätigt, dass er seinen Antrag schon in der Kommission stellte und diese sehr ausführlich darüber diskutierte. Auch in der Fraktion ist sein Antrag schon lange bekannt. Was der Rat heute tut, ist eigentlich Kommissionsarbeit: Er bereinigt im Detail den Wortlaut eines Gesetzesartikels. Das macht keinen grossen Sinn. Der Votant ist auch nicht ganz überzeugt von der ergänzten Version von Stefan Gisler. Er hält deshalb an seinen Rückweisungsantrag fest. Falls dieser abgelehnt wird, wird er den Antrag von Stefan Gisler unterstützen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bittet, die zwei Anträge abzulehnen. Das Gesetz baut auf der Kompetenzzuordnung innerhalb des Kantons auf: Der Kanton bzw. die Polizei ist für die Sicherheit verantwortlich, die Gemeinden für Ruhe und Ordnung. Wenn die Datenbearbeitung und -auswertung nun ausschliesslich der Polizei übertragen werden, greift man in die Gemeindeautonomie ein. Der Regierungsrat möchte die klare Trennung der Kompetenzen durchziehen. Das führt nicht zu zwölf verschiedenen Systemen. Im Übrigen ist auch der Vergleich mit dem Strassenverkehr und den Geschwindigkeitsmessungen nicht zutreffend; dort ist nämlich klar der Kanton bzw. die Polizei zuständig. Bei den Gemeinden sieht die Regierung auch

aus Datenschutzgründen vor, dass die Exekutive sagt, wer Daten bearbeiten darf. Wird beispielsweise im Schulbereich eine Kamera installiert, muss der Gemeinderat in der Bewilligung definieren, wer die Daten einsehen darf. Es ist nicht die Meinung, dass der Schulleiter und der Abwart Einsicht nehmen können; vielmehr wird der Gemeinderat die richtige zuständige Person dafür vorsehen. Diese kann bei einem Vorfall nicht noch den Abwart beiziehen, sondern muss selber Einsicht nehmen oder einen Antrag auf ein Strafverfahren stellen. Dann kommt die Staatsanwaltschaft zum Zug, und diese kann dann weitere Personen einbeziehen, wie das in Abs. 2 festgelegt wird. Man darf also nicht davon ausgehen, dass Krethi und Plethi Daten bearbeiten dürfen. Auch wird die Polizei die Gemeinden in Bewilligungsfragen gut beraten, etwa in der Frage, wie man die Einsichtsberechtigten am besten definieren soll. In diesem Sinne bittet der Sicherheitsdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen, wie das auch die vorberatende Kommission nach intensiver Diskussion getan hat.

Kommissionspräsident **Hans Christen** entschuldigt sich für seine vorherige Aussage. Kurt Balmer hat seinen Antrag tatsächlich schon in der Kommission gestellt, die Kommission hat ihn aber mit 8 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Martin Stuber fühlt sich durch die Aussagen von Sicherheitsdirektor Beat Villiger herausgefordert. Der jetzt diskutierte Artikel ist wirklich das *pièce de résistance* des ganzen Gesetzes, und man hat nun gehört, wie er gehandhabt werden soll: *Summa summarum* wird ein Gemeinderat beschliessen können, dass ein Hausabwart die Videoaufnahmen auswertet. Wenn dieser Paragraph im Kantonsrat gemäss Antrag der Regierung durchkommt, werden dem Schnüffelstaat wirklich Tür und Tor geöffnet. Dann wird die AGF ernsthaft diskutieren müssen, ob sie nicht das Referendum ergreifen muss. Man muss sich vor Augen halten, was es bedeutet, wenn die von der Regierung vorgeschlagene und zu Recht intensiv diskutierte Regelung durchkommt. Der Votant bittet den Rat, dem Antrag von Stefan Gisler zuzustimmen.

Thomas Lötscher kann, was die bisherigen Teile betrifft, voll und ganz hinter diesem Gesetz stehen, und er ist an einem griffigen Instrument interessiert, um die Probleme im öffentlichen Raum zu bewältigen. Bei der im Moment diskutierten Thematik hat er aber ein etwas unsicheres Gefühl. Einerseits möchte er sicherstellen, dass in diesem sensiblen Bereich die Einsicht in das Videomaterial nicht an Dritte abgetreten wird, beispielsweise an private Firmen oder weniger qualifizierte Behördenstellen. Andererseits aber wird das Ganze, wenn die Kompetenz ausschliesslich der Polizei zugewiesen wird, sehr aufwendig und in der Eskalationsstufe vielleicht auch etwas überdimensioniert. Es wäre deshalb sinnvoll, diesen Teil nochmals genau anzuschauen, um sicher zu sein, dass die Daten in einem kleinen Kreis bleiben, die Handlungsfähigkeit aber doch gegeben ist. Der Votant würde deshalb eine Zurückweisung oder allenfalls einen entsprechend abgeklärten Antrag auf die zweite Lesung hin begrüssen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, zuerst § 9 Abs. 1 zu bereinigen und dann über die Teilrückweisung des ganzen § 9 abzustimmen. Er liest den ergänzten Antrag der AGF nochmals vor.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der AGF mit 38 zu 30 Stimmen zu.

In der folgenden Abstimmung stimmt der Rat mit 51 zu 17 Stimmen für die Teilrückweisung von § 9. Dabei zeigt sich aber eine Unklarheit: An wen erfolgt die Rück-

weisung? Antragsteller **Kurt Balmer** erklärt auf die entsprechende Frage des Vorsitzenden hin, die Rückweisung erfolge an den Regierungsrat. Der **Vorsitzende** ergänzt, es sei dann der Regierung überlassen, was sie auf die zweite Lesung hin daraus mache.

Andreas Hausheer weist darauf hin, dass über § 9 nicht abgestimmt wurde, es dazu also keine zweite Lesung geben kann. Er versteht die Rückweisung so, dass ein Zwischenbericht gemacht werden muss. Man kann ein Gesetz, in dem ein Paragraph in der ersten Lesung nicht genehmigt wurde, nicht in zweiter Lesung beraten.

Martin Stuber: Kurt Balmer hat bei seinem Antrag offen gelassen hat, ob die Rückweisung an den Regierungsrat oder an die vorberatende Kommission erfolgen soll; auch der Auftrag ist nicht ganz klar. Er stellt den **Antrag** bzw. präzisiert den Antrag Balmer dahingehend, dass eine Rückweisung an die Kommission erfolgen soll. In der Kommission ist speziell der Antrag vor Stefan Gisler zu prüfen und allenfalls noch zu präzisieren, um dann mit einem klaren Antrag in den Rat zu kommen.

Kurt Balmer ist mit der von Martin Stuber vorgeschlagenen Präzisierung seines Antrags einverstanden.

Markus Jans zitiert § 50 der Geschäftsordnung des Kantonsrats: «Jedes Mitglied hat das Recht, Abänderungs-, Zusatz- und Streichungsanträge zu stellen. Sie sind dem Präsidenten schriftlich einzureichen.» Kurt Balmer müsste seinen Antrag also schriftlich einreichen – was er als Jurist wissen müsste. Da der Antrag nicht schriftlich vorliegt, geht der Votant davon aus, dass er ungültig ist.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass eine Rückweisung in seinem Verständnis etwas anderes ist als ein gewöhnlicher Antrag. Die Haltung von Markus Jans geht ihm zu weit. Er schlägt vor, nochmals über die Teilrückweisung *an die Kommission* abzustimmen. Der Rat ist damit einverstanden.

➔ Der Rat weist § 9 mit 56 zu 16 Stimmen zurück an die vorberatende Kommission.

Martin Stuber erinnert daran, dass erste Lesung – wie von Andreas Hausheer erläutert – nicht abgeschlossen werden kann. Er hält es für sinnvoll, die Debatte hier zu unterbrechen und sie weiterzuführen, wenn § 9 zurück in den Rat kommt.

Heini Schmid erklärt, dass der Rat einzelne Artikel mit einfachem Mehr zurückweisen kann. Wenn die Debatte jetzt abgebrochen wird, weist der Rat faktisch mehr als einen Artikel zurück, und dafür ist ein anderes Mehr, nämlich zwei Drittel, notwendig. Es ist deshalb folgerichtig, die Beratung zu Ende zu führen, da der Rat ja nur einen Paragraphen zurückweist.

Hans Christen geht davon aus, dass es eine zweite erste Lesung gibt. Die Kommission wird über § 9 nochmals beraten und mit einem neuen Bericht und Antrag in den Rat kommen.

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass bei der Beratung des Integrationsgesetzes auch einzelne Artikel zurückgewiesen wurden, dennoch aber das ganze Gesetz durchberaten wurde.

Gregor Kupper ruft den Rat auf, sich doch an seine eigene Geschäftsordnung zu halten. Er zitiert § 54: «Nach Schluss der Beratung kann der Rat die Vorlage zur Revision und Bereinigung des Textes an die Kommission zurückweisen.» Der Antrag muss also am Schluss gestellt werden, mit dem Auftrag, § 9 nochmals zu überdenken, neu zu formulieren und neu in den Rat zu bringen. Das ist der einzig richtige Weg. Wenn bei jedem Paragraphen über eine allfällige Rückweisung abgestimmt wird, hat man am Schluss nur noch Chaos.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass die bereits vorgezogene Abstimmung am Schluss nochmals wiederholt wird.

Heini Schmid hält fest, dass der zitierte § 54 der Geschäftsordnung einen ganz anderen Fall betrifft. Entscheidend ist § 43, der besagt, dass einzelne Artikel mit einfachem Mehr an die Kommission zurückgewiesen werden können. Eine andere Bestimmung in § 43 sagt, dass nach Eintreten die ganze Vorlage mit Zweidrittelsmehrheit an die Kommission oder die Regierung zurückgewiesen werden kann. Es ist also völlig klar, dass der Rat einzelne Artikel mit einfachem Mehr zurückweisen kann. Es folgt aus dieser Bestimmung auch, dass es hinsichtlich des betreffenden Paragraphen nochmals eine erste Lesung gibt. Andernfalls müsste der Rat einen Abklärungsauftrag zuhanden der zweiten Lesung verlangen, wie das schon hundertfach geschehen ist. Das wäre vielleicht sinnvoller gewesen, aber der Rat hat nun entschieden, den § 9 zur nochmaligen Beratung und Antragstellung an die Kommission zurückzuweisen.

Der **Vorsitzende** zitiert noch § 43 der Geschäftsordnung: «Der Rat kann jedoch immer mit einfacher Mehrheit die Überweisung einzelner Abschnitt oder Artikel an die Kommissionen oder an den Regierungsrat zur nochmaligen Prüfung und Berichterstattung beschliessen.» Es hat also alles seine Richtigkeit: § 9 ist an die Kommission zurückgewiesen.

§ 10 Abs. 1 und Abs. 2
§ 11 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 12 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission folgende Formulierung beantragt: «Das zuständige Organ stellt durch geeignete technische und organisatorische Massnahmen sicher, dass *nicht ausgewertete Daten spätestens nach 100 Tagen gelöscht* oder innerhalb dieser Frist in ein Strafverfahren überführt werden.» Der Regierungsrat präzisiert seinen Antrag wie folgt: «Das zuständige Organ stellt durch geeignete technische und organisatorische Massnahmen sicher, dass ~~*gespeicherte*~~ Daten spätestens nach 100 Tagen ~~*unbearbeitet*~~ gelöscht oder innerhalb dieser Frist in ein Strafverfahren überführt werden.» Die Stawiko stellt keinen Antrag, kann diese Unterscheidung jedoch nicht genau nachvollziehen und bittet daher den Präsidenten der vorberatenden Kommission, diesen Sachverhalt mündlich zu erläutern.

Kommissionspräsident **Hans Christen** erläutert, dass beide Anträge eigentlich das gleiche Ziel verfolgen: Daten, die nicht in ein Strafverfahren überführt werden, sollen nach spätestens 100 Tagen gelöscht werden. Es geht bei der Diskussion um eine redaktionelle Frage im Zusammenhang mit den Begriffen «bearbeiten» (= jeder technische Umgang mit Daten) und «auswerten» (= Bilddaten sichten und inhaltlich beurteilen). Die Überlegung des Regierungsrats: Die Daten müssen nach spätestens 100 Tagen gelöscht werden, wenn sie unbearbeitet sind – also nur gespeichert sind und ohne weitere Verwendung bleiben – oder in ein Strafverfahren überführt werden (wenn sie dafür taugen). Die Kommission hielt die Formulierung des Regierungsrats für sprachlich unklar und hat dazu Folgendes festgehalten: «Die Löschung von Daten müsse auch dann erfolgen, wenn diese zuvor z. B. technisch bearbeitet wurden oder z. B. unbrauchbar, unverwertbar etc. sind. Als Unterscheidungsmerkmal gelte nicht das Bearbeiten, sondern das Auswerten. Nicht ausgewertete Daten sollen gelöscht werden.» Die Kommission schlägt daher vor, dass spätestens nach 100 Tagen «nicht ausgewertete Daten […] gelöscht oder […] in ein Strafverfahren überführt werden.»
Mittlerweile ist der Kompromiss des Regierungsrats bekannt geworden. Aus persönlicher Sicht – ohne Rücksprache mit den Kommissionsmitgliedern – kann der Votant diesen Vorschlag unterstützen, da er Klarheit bringt.

Jürg Messmer stellt namens der SVP-Fraktion den folgenden **Antrag:** «[…] dass gespeicherte Daten spätestens *nach einem Jahr gelöscht* oder innerhalb dieser Frist […].» Die Begründung dafür: Heute werden Strafverfahren immer komplizierter. Mit den ganzen Vorermittlungen und Abklärungen dauert es zum Teil länger, bis ein Strafverfahren eröffnet wird. Aus Sicht der SVP sind 100 Tage zu kurz angesetzt. Aus diesem Grund bittet sie, den Antrag auf ein Jahr zu unterstützen.
In eigenem Namen stellt der Votant noch einen weiteren Antrag. Es ist ihm aufgefallen, dass im ganzen Gesetz nirgends steht, wie lange *mindestens* die Daten aufbewahrt werden müssen. Er erinnert an den Fall der vermissten jungen Frau, bei welchem die Polizei im Laufe der Ermittlung Daten von Überwachungskameras im Bahnhof einsehen wollte; diese Daten waren allerdings bereits gelöscht. Es müsste im Gesetz doch irgendwo stehen, wie lange die Daten mindestens aufbewahrt werden. Der Votant stellt daher den **Antrag,** den entsprechenden Passus wie folgt zu formulieren: «[…] dass gespeicherte Daten *frühestens nach 30 Tagen* und spätestens nach einem Jahr gelöscht oder innerhalb dieser Frist […].»

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** glaubt, dass der präzisierte Antrag des Regierungsrats unbestritten und inhaltlich auch klarer ist. Zum Antrag bezüglich 100 Tagen führt er aus, dass die Regierung sich am Bundesgericht orientierte, das nicht über 100 Tage hinausgeht. Auf diesem Hintergrund fragt es sich, ob ein Gericht länger aufbewahrte Daten überhaupt verwenden dürfte. Dazu kommt, dass ein System umso teurer zu stehen kommt, je länger die Daten aufbewahrt werden müssen. Es fallen Riesenmengen an Daten an, die gespeichert werden müssen. Auch aus diesem Grund schlägt der Regierungsrat 100 Tage vor.
Ob eine Mindestdauer für die Aufbewahrung der Daten festgelegt werden soll, ist eine politische und eine Kostenfrage. Die für die Daten zuständige Person hat jetzt die Möglichkeit, die Daten beispielsweise 50 Tage, in speziellen Fällen vielleicht sogar 100 Tage aufzubewahren; dann aber müssen sie gelöscht werden, sofern sie nicht in ein Strafverfahren überführt wurden. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, der bereinigten regierungsrätlichen Version mit 100 Tagen, die auch von der Kommission unterstützt werden, zuzustimmen.

Jürg Messmer ist nicht Jurist, er ist aber der Auffassung, dass bei der Telefonüberwachung die Daten 6 Monate oder sogar ein Jahr lang aufbewahrt werden müssen. Offenbar *können* Daten so lange aufbewahrt werden, und es ist nicht einzusehen, weshalb das beim Videogesetz nicht möglich sein soll.

Andreas Hausheer hat zwar eine gewisse Sympathie für das Anliegen der SVP-Fraktion, der Entscheid des Bundesgerichts auf 100 Tage schränkt den Spielraum vermutlich aber ein. Im Sinne eines Kompromisses stellt er den **Antrag** auf folgende Formulierung der fraglichen Stelle: «[…] dass gespeicherte Daten *frühestens nach 20 Tagen und spätestens nach 100 Tagen* gelöscht oder innerhalb dieser Frist […].»

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 61 Abs.1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats zuerst die Unterabänderungsanträge bereinigt werden. Das bedeutet, dass der Rat zuerst über die *Art* der zu löschenden Daten und in einer zweiten Abstimmung über den *Zeitpunkt* der Löschung abstimmt.

➔ Der Rat genehmigt mit 61 zu 1 Stimmen die (überarbeitete) Fassung des Regierungsrats.

➔ Der Rat genehmigt mit 53 zu 15 Stimmen den Antrag des Regierungsrats auf eine Löschung der Daten bzw. Überführung in ein Strafverfahren «spätestens nach 100 Tagen».

➔ Der Rat stimmt mit 38 zu 26 Stimmen der bereinigten Fassung des Regierungsrats zu.

§ 13 Abs. 1
§ 14 Abs. 1 Bst. a bis e

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 14 Abs. 1 Bst f (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, eine neue Bestimmung aufzunehmen: «f) Inhalt der Gesuchsverlängerung oder -erneuerung.» Die Stawiko stimmt diesem Antrag zu; der Regierungsrat hingegen hält an seinem Antrag fest, will also keine neue Bestimmung f) aufnehmen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weist darauf hin, dass in § 14 mit «insbesondere» aufgelistet wird, mit welchen Fragen sich die Bewilligungsbehörde befassen muss. Daraus geht hervor, dass es keine neue Definition braucht, weil es schon vorher klar ausgeführt wird. Er bittet, den Antrag der Kommission abzulehnen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der vorberatenden Kommission mit 47 zu 17 Stimmen ab.

§ 15 Abs. 1
§ 16 Abs. 1
II.
III.
IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass wegen der Teilrückweisung von § 9 die erste Lesung noch nicht abgeschlossen ist.

TRAKTANDUM 9

866 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Kapitel S9; Mittelschulstandorte)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2283.1/.2 - 14416/17), der Raumplanungskommission (2283.3 - 14462) und der Bildungskommission (2283.4 - 14463).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass neben dem Antrag des Regierungsrats vorliegen:
• Antrag der Raumplanungskommission: Eintreten und Zustimmung unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge;
• Antrag der Bildungskommission: Eintreten und Zustimmung unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge.
Dieser Kantonratsbeschluss ist nicht allgemein verbindlich, sondern nur behördenverbindlich. Es gibt daher nur eine einzige Lesung.

EINTRETENSDEBATTE

Barbara Strub, Präsidentin der Raumplanungskommission: Die Richtplananpassungen sind ein wichtiger Schritt bei der Standortplanung der Mittelschulen. Schon bei den letzten Richtplanentscheiden zu den Mittelschulen im Jahre 2008 nahm der Rat in den Richtplan auf, dass bei einer künftigen Schulraumplanung die Ennetseegemeinden entsprechend den Möglichkeiten zu berücksichtigen sind. Eine solche Möglichkeit bietet sich heute. Ja, es bieten sich gleich zwei solcher Möglichkeiten in Cham.
Unbestritten war für die Raumplanungskommission, dass die Festlegung der künftigen Mittelschulstandorte eine grosse Flexibilität in der Planung gewährleisten muss. Auch sie hat sich mit grundsätzlichen Bildungsthemen der verschiedenen Schultypen im Mittelschulsegment auseinandergesetzt. So hat sie sich davon überzeugen lassen, dass vor allem das Langzeitgymnasium mehr Kapazität braucht und die Schule am Lüssiweg entlastet werden muss. Für das Kurzzeitgymnasium gibt es momentan in Menzingen pro Jahrgang zwei bis drei Klassen, künftig werden es vielleicht drei bis vier Klassen sein. Es gibt im Kanton Zug aber nach wie vor zu wenige Schülerinnen und Schüler für eine Aufteilung des Kurzzeitgymnasiums auf zwei Standorte.
Sinnvoll scheint es der Raumplanungskommission auch, die beiden Schulen FMS und WMS gemeinsam an einem Ort zu führen. Da der Richtplan die Schulorte festlegt, stellt sie sich einstimmig hinter den grundsätzlichen Antrag der Regierung, im Richtplan keine Schultypenbezeichnungen wie FMS, WMS, KZG oder LZG mehr aufzunehmen und die bestehenden zu streichen.

Zum neuen Standort Cham: Da sich nun die Möglichkeit eines Mittelschulstandorts in Cham ergibt, ist die Raumplanungskommission einstimmig für die Aufnahme eines solchen Standorts in die Richtplanung. Neben dem Allmendhof wurde neu auch das Papieri-Areal ins Spiel gebracht. Die Baudirektion hat für beide Standorte je eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Diese zeigen, dass an beiden Standorten eine Schule gebaut werden könnte. Auf dem Papieri-Areal hat es viele Bauten, die unter Schutz stehen. Zudem würden die bestehenden Hochspannungsleitungen eine Mittelschule mit Hochbauten massiv einschränken und die Realisation erschweren. Der Landerwerb in der Papieri ist sodann viel teurer als im Röhrliberg. Aus all diesen Gründen befände man sich auf diesem Areal von Anfang an in einem engen Korsett.
Der Standort Röhrliberg bietet hingegen viel mehr Flexibilität und Ausbaupotenzial. Mit den bestehenden Schulen im Röhrliberg könnten auch sinnvolle Synergien genutzt werden. Bei dem noch einzuzonenden Land handelt es sich um eine Zone des öffentlichen Interesses, also zum Beispiel für eine Schule, deren Bedarf ausgewiesen ist. Solche Zonen werden in der Verordnung zum neuen Raumplanungsgesetz ausgenommen. Einer Einzonung dieses Gebiets steht demzufolge nichts im Weg. Der endgültige Entscheid liegt jedoch nach einem entsprechenden Beschluss des Kantonsrats beim Chamer Souverän.Aufgrund der Abwägung der Vor- und Nachteile hat sich die Raumplanungskommission mit 10 zu 3 Stimmen für den Standort Röhrliberg/Allmendhof in Cham ausgesprochen.
In der Grundsatzfrage über die Anzahl Standorte der Mittelschulen waren sich die Mitglieder der Raumplanungskommission einig, dass mit vier Standorten eine regionalpolitisch ausgewogene Lösung vorliegt, welche allen Schultypen genügend Raum und auch Erweiterungen zulässt.
Am Lüssiweg in Zug sind Provisorien geplant, welche laut Baudirektor noch Ende dieses Jahres als Objektkredit in den Kantonsrat kommen und Platz für 18 Schulzimmer bieten sollen. Die Provisorien werden so erstellt, dass sie auch genutzt werden können, wenn Sanierungen und Umbauarbeiten an den beiden roten Trakten der Kantonsschule anstehen. Diese Sanierungen werden jedoch erst in Angriff genommen, wenn die neuen Schulen realisiert sein werden.
Der Standort an der Hofstrasse soll bestehen bleiben. Dort ist aktuell die Fachmittelschule (FMS) untergebracht. Die Variante, dass die Wirtschaftsmittelschule (WMS) mit der FMS an diesem Standort gebaut wird scheint bildungspolitisch optimal zu sein. Diese Variante kostet jedoch 60 Millionen Franken mehr als die Variante mit dem Alleingang der FMS. Vor allem das Kostenargument hat die Raumplanungskommission dazu bewogen, sich mit 11 zu 2 Stimmen gegen einen Ausbau an der Hofstrasse auszusprechen.
Die Schulen brauchen den politischen Entscheid bald möglichst, weil akuter Platzmangel herrscht. Der Rat sollte nun entscheiden, damit der Bau der dringend notwendigen Provisorien nicht noch weiter hinausgezögert wird.
Beim neuen Punkt S 9.2.3 des Richtplans, der Erschliessung neuer Mittelschulstandorte, wie ihn der Regierungsrat beantragt, geht es in keiner Weise um neue Verkehrsverbindungen, sondern um Optimierungen der bestehenden Linien. Es geht darum, dass sich die Schulleitungen und der Öffentliche Verkehr künftig besser miteinander absprechen. Es geht darum, dass eine Schule bei der Ausgestaltung des Stundenplans vielleicht auch mal daran denkt, wie die Busse oder Züge verkehren. In diesem Sinn ist die Raumplanungskommission mit 12 zu 1 Stimmen für die Aufnahme dieses Punkts in den Richtplan.
Hingegen ist die Raumplanungskommission mit 8 zu 5 Stimmen gegen den Punkt S 9.2.4. Sie ist gegen eine Streichung des Standorts Hofstrasse aus dem Richtplan, weil die FMS weiter betrieben werden muss. Ohne diesen Punkt ist die Mittel-

schulplanung flexibler möglich. Es bestehen eh keine Absichten, an der Hofstrasse in den nächsten vier Jahren etwas zu planen und zu überbauen. Die Abstimmung über die Einzonung im Röhrliberg in Cham findet zu einem Zeitpunkt statt, da an der Hofstrasse noch alles möglich und die Flexibilität gewährleistet ist.
Die Raumplanungskommission unterstützt einstimmig den Antrag des Regierungsrats zu den Motionen. Die Votantin bittet den Rat, die Richtplananpassungen im Sinne der Raumplanungskommission zu unterstützen.

Martin Pfister, Präsident der Bildungskommission: Der Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung der Standorte der kantonalen Mittelschulen im Richtplan ist ein etwas verwirrliches Geschäft, wenn man es rein formell betrachtet. Es geht heute um die ziemlich banale Anpassung ein paar weniger Richtplaneinträge – und dennoch geht es um sehr viel mehr als um die paar Worte, über die heute diskutiert wird. Der Rat behandelt ein übergeordnetes bauliches Konzept für die kantonalen Mittelschulen, das in den nächsten Jahren hohe Investitionen auslösen wird und das weit über die raumplanerischen Überlegungen hinaus die Zuger Mittelschulen auch inhaltlich und organisatorisch prägen wird. Beide vorberatenden Kommissionen nahmen denn auch in freier Umsetzung der Geschäftsordnung Abstimmungen vor, die nicht direkt mit dem Richtplantext zusammenhängen, aber doch zur Klärung der nächsten Planungsschritte beitragen.
Die Bildungskommission kommt zum Schluss, dass die Richtplananpassung generell richtig ist, den bildungspolitischen Überlegungen das nötige Gewicht zugemessen und daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden. Auf einzelne Differenzen in der Beurteilung kommt der Votant noch zu sprechen. Er erspart dem Rat Ausführungen zur langen Vorgeschichte der Mittelschulplanung im Kanton Zug. Sie ist allen wohlbekannt. Wahrscheinlich ist es den bildungspolitischen Diskussionen der letzten Jahre im Kantonsrat geschuldet, dass in diesem Prozess, der heute mit der Richtplananpassung einen Meilenstein passiert, systematischer und mit einer umfassenden Fokussierung auf die Aspekte der Bildung vorgegangen wurde. Dafür dankt der Votant im Namen der Bildungskommission dem Regierungsrat und den Verantwortlichen in den Direktionen. Die Bildungskommission stimmt den bildungspolitischen Grundsätzen und Kriterien, die dieser Vorlage zugrunde liegen, ausdrücklich zu.
Das Zauberwort bei der Beurteilung der bildungspolitischen Parameter heisst Flexibilität. Die Schulraumplanung muss in den nächsten Jahren über ein Höchstmass an Veränderungs- und Entwicklungspotenzial verfügen, weil die Prognosen der Schülerzahlen über einen so grossen Zeitraum sehr unsicher sind. Obwohl die Bemühungen des Regierungsrats, die Sekundarstufe 1 und den dualen Bildungsweg zu stärken, unbestritten sind, bleibt doch die reale Entwicklung der Gymnasialquote im Kanton Zug unsicher. Es ist auch nur schwer abschätzbar, welche Auswirkungen die Ansiedlung eines Gymnasiums im Ennetsee auf die Zahl von Gymnasiasten und Gymnasiastinnen in diesen Gemeinden hat. Man wird zudem in den nächsten Jahren beobachten müssen, ob es gelingt, die Attraktivität des Kurzzeitgymnasiums zu stärken oder zumindest zu erhalten. Aus dieser Überlegung heraus wäre es angebracht gewesen, wenn das Kurzzeitgymnasium etwas zentraler liegen oder an mehreren Schulen angeboten würde. Aufgrund der geringen Zahl von Klassen des Kurzzeitgymnasiums, nämlich zwei bis drei pro Jahrgang, ist das Potenzial für mehrere Standorte aber schlicht nicht gegeben. Der Entscheid für das Kurzzeitgymnasium in Menzingen stärkt diesen Standort. Zudem ist Jugendlichen in diesem Alter ein etwas längerer Anreiseweg durchaus zuzumuten.
Zugleich sollen sich die Mittelschulen auch inhaltlich möglichst dynamisch entwickeln und profilieren können. Die Bildungskommission unterstützt deshalb die Überlegungen des Regierungsrats, auf die Festlegung von Schultypen im Richtplan

zu verzichten. Er geht bildungspolitisch und auch ökonomisch von einer idealen Schulhausgrösse von zwischen 400 und 1000 Schülerinnen und Schülern aus. Dazu werden mindestens drei Mittelschulstandorte benötigt. Die vorliegende Planung ermöglicht der Kantonsschule Lüssiweg die Reduktion auf eine pädagogisch vernünftige und der Kantonsschule Menzingen den Ausbau auf eine wirtschaftlich vertretbare Schulgrösse. Die Bildungskommission möchte grossmehrheitlich am Standort Menzingen festhalten, weil sich dieses kleine Gymnasium von den beiden anderen, grösseren Mittelschulen im Profil klar unterscheiden wird. Dies wird der Mittelschullandschaft im Kanton Zug gut tun. Zudem haben regionalpolitische und auch finanzielle Überlegungen eine Rolle gespielt. Ein Verzicht hätte für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre umfangreiche und teure Provisorien zu Folge gehabt. Es ist sinnvoller, in einen bestehenden Schulstandort und in dauerhafte Gebäude zu investieren.
Umstritten war die Frage der Zusammenführung der Wirtschaftsmittelschule mit der Fachmittelschule am Standort Hofstrasse. Dies war das Resultat des Mitwirkungsprozesses und entspricht der Variante 11. In der Bildungskommission war man sich weitgehend einig, dass sich die Zusammenführung dieser auf die Berufswelt und nicht auf die Universität ausgerichteten Mittelschulen eigentlich aufdrängen würde. Insbesondere wäre dadurch die Fachmittelschule gestärkt worden. Die Hälfte der Bildungskommission unterstützt jedoch die Überlegungen des Regierungsrats, der die daraus entstehenden Vorteile als nicht so gross beurteilt, als dass sich die rund 60 Millionen Franken Mehrkosten rechtfertigen würden. Immerhin möchte jedoch die Bildungskommission mit der Streichung des Satzes in S 9.2.4 in der Detailberatung den Standort Hofstrasse als Schulstandort langfristig sichern. Damit bleibt die Möglichkeit offen, dort bei einer allfällig veränderten Ausgangslage die WMS anzusiedeln.
Schliesslich prüfte die Bildungskommission auch den Standort Papieri als Alternative zum Allmendhof in Cham. Dabei konnte sie feststellen, dass auch auf dem Papieri-Areal eine neue Mittelschule grundsätzlich möglich wäre. Der Standort Allmendhof hat jedoch bezüglich Entwicklungspotenzial und Flexibilität klare Vorteile. In der Bildungskommission wurde kein Antrag zum Mittelschulstandort in Cham gestellt.
Die Bildungskommission empfiehlt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Sie verbindet damit die Hoffnung, dass die Chance, die mit der neuen Mittelschulplanung für die Schulentwicklung an den Gymnasien verbunden ist, von diesen auch aktiv genutzt werden. Die Bildung bleibt auch für den Kanton Zug der Rohstoff Nummer eins. Die CVP-Fraktion schliesst sich dieser Meinung an.

Hanni Schriber-Neiger: Die AGF begrüsst den Antrag der Regierung, die Mittelschule künftig im Richtplan auf vier Standorte zu setzen. Als einzige Fraktion setzte sich die AGF bereits im Sommer 2012 im Kantonsrat faktisch für den heutigen Vorschlag ein – Ja zum neuen Standort Cham mit gleichzeitiger Investition in die bestehenden Standorte Menzingen, Lüssiweg Zug und Hofstrasse Zug – und wollte keinen Planungs- und Baustopp, da die Schulen schon länger an Raumnot leiden.
Bei der neuen Ausgangslage mit dem grossen Landstück in Cham gibt die AGF dem Areal Röhrliberg/Allmendhof den Vorrang. Für den allfälligen späteren Bedarf sieht sie im Röhrliberg mehr Entwicklungspotenzial, als es beim Papieri-Areal der Fall ist. Mit dem neuen Mittelschulstandort Cham kann der Kanton die nötigen Voraussetzungen für den Bau eines Langzeitgymnasiums schaffen. Zudem macht dieser neue Standort auch aus raumplanerischen Überlegungen Sinn, da bekanntlich die Region Ennetsee weiterhin wachsen wird.

Bei den Variantenvorschlägen bevorzugt die AGF die Variante 11, weil sie bildungsstrategisch die bessere ist. Beim Standort Hofstrasse hält die AGF an der ursprünglich geplanten Fach- und Wirtschaftsmittelschule unter einem Dach fest. So werden Synergien genutzt und Pensen- wie auch Schülerschwankungen besser aufgefangen. Auch würde am Lüssiweg ohne WMS mehr Raum für künftiges Wachstum freigehalten, denn mit der Variante 12 würden gegen tausend Schüler am Lüssiweg unterrichtet, was als oberste Grenze betrachtet wird.
Der AGF ist es wichtig, dass die Tradition «Athene als Mittelschulstandort» weiterhin bestehen bleibt. Sie möchte aber vom Baudirektor noch einige Ausführungen hören, was anstatt einer Wirtschaftsmittelschule auf dem Theiler-Areal in Zukunft alles geplant ist.
Mit dem heutigen Beschluss erwartet die AGF von der Regierung und vom Kantonsrat, dass die Blockierung des dringenden Aus- und Umbaus von FMS, WMS, Brückenangeboten, Kanti und Kurzzeitgymnasium aufgehoben und die Realisierung umgehend in Angriff genommen wird. Die AGF ist für Eintreten; bei Punkt S 9.2.4 ist sie für die Streichung, wie dies Raumplanungs- und Bildungskommission vorschlagen.

Markus Jans: Die SP-Fraktion hat sich intensiv mit der Richtplananpassung betreffend Mittelschulstandorte auseinandergesetzt. Es geht vorliegend «nur», aber immerhin um die Richtplananpassung für vier Mittelschulstandorte im Kanton Zug. Wie Gregor Kupper aber an der letzten Sitzung bereits erwähnt hat, hat ein solcher Entscheid im Rahmen des Richtplans in einer späteren Phase auch erhebliche finanzielle Auswirkung. Es sind mit Baukosten von ca. 250 Millionen Franken zu rechnen. Werden die Betriebskosten eingerechnet, belaufen sich die finanziellen Auswirkungen auf 600 Millionen Franken.
Die SP-Fraktion ist mit der Variante 12 nur teilweise einverstanden. Es stellen sich wichtige Zusatzfragen:
• Auf Seite 9 des Berichts des Regierungsrats wird ausgeführt, dass der Standort Lüssiweg Zug mittels neuer Schulhaus- und Turnhallenbauten für rund 70 Klassen Schulräume anbieten könnte. Warum sind für 70 Klassen Erweiterungsbauten nötig, wenn schon heute 85 Klassen dort unterrichtet werden?
• Bei der Variante V12 und 117 Klassen im Jahre 2030 gäbe es gegenüber 2012 34 Klassen weniger am Lüssiweg in Zug, dafür 30 Klassen neu in Cham. Warum dieser Rückbau in Zug und der Ersatz in Cham? Muss die Schulgrösse unbedingt unter 1000 Schüler gebracht werden, egal wie hoch die Investitionen sind? Bei der Variante 12 und 130 Klassen im Jahre 2030 müssen gegenüber 2012 24 Klassen neu untergebracht werden. 14 davon sollen in Menzingen einquartiert werden. Ist es wirklich sinnvoll, für das Manko von 10 Klassen einen ganzen neuen Standort auszuwählen? Wäre es nicht sinnvoller, die fehlenden 10 Klassen in Zug, entweder am Lüssiweg oder an der Hofstrasse, unterzubringen? Damit könnte zum Beispiel auf den Standort in Cham und damit auf die Einzonung von 4 Hektaren wertvollem landwirtschaftlichem Kulturland verzichtet werden.
Überhaupt stellen sich beim Standort Cham Allmendhof/Röhrliberg einige Fragen, auch betreffend Glaubwürdigkeit des Regierungsrats. In seiner Strategie 2010–2018 hält der Regierungsrat zum Thema Balance zwischen Wachstum und Wahrung natürlicher Ressourcen fest: «Positive und aktive Bewältigung der Konfliktpotenziale zwischen wirtschaftlicher Prosperität und starkem Wachstum unter Wahrung der endlichen natürlichen Ressourcen. Der Kanton Zug fördert den sparsamen und nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und Landschaften.» Gemäss Bundesamt für Statistik gingen im Kanton Zug in den Jahren 2004–2012 312 Hekta-

ren landwirtschaftlicher Nutzfläche verloren. Ein diesbezüglicher Marschhalt wäre aus Sicht der SP-Fraktion richtig.
Zudem hat der Regierungsrat in einer früheren Mitteilung festgehalten, dass im Rahmen der nächsten Ortsplanungsrevision maximal 10 Hektaren Landwirtschaftsland für den ganzen Kanton neu eingezont werden sollen. In Cham sollen in den nächsten zwei bis vier Jahren 12 Hektaren des Papierfabrikareals umgezont und 4 Hektaren in der Allmend eingezont werden. Wo bleiben da die hehren Absichten und Strategien des Regierungsrats, wenn er zulässt oder sogar noch ausdrücklich wünscht, dass eine Gemeinde allein bereits 16 Hektaren ein- und umzonen kann? Die SP Fraktion versteht diese Haltung des Regierungsrats nicht und ist mehr als erstaunt, dass er bei der ersten ernsthaften Prüfung seiner Ziele und Strategien bereits zurückbuchstabiert.
Wenn in Cham ein Mittelschulstandort überhaupt gebaut werden soll, dann nur auf dem Areal der Papierfabrik. Die SP-Fraktion hat die Argumente des Regierungsrats gegen den Standort der Mittelschule auf dem Papieri-Areal gelesen. Sie gewichtet diese aber klar anders. Sie ist nicht bereit, weitere 4 Hektaren Landwirt- schaftsland zu opfern, sprich einzuzonen. Sie stellt deshalb bereits im Rahmen der Eintretensdebatte den **Antrag,** den Mittelschulstandort Cham auf dem Areal der Papierfabrik festzusetzen.
Die SP Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage, verlangt aber klare Antworten auf ihre Fragen und insbesondere ein klares Signal für den Umgang mit den endlichen Ressourcen.

Karl Nussbaumer dankt im Namen der SVP Fraktion zuerst der Regierung dafür, dass sie mit dieser Vorlage den Bedürfnissen zwischen Berg und Tal Rechnung trägt. Die SVP unterstützt die Haltung des Regierungsrats und einer breit zusammengesetzten Arbeitsgruppe, «Cham Allmendhof» als einen weiteren Mittelschulstandort in den Richtplan aufzunehmen, um damit die nötigen Voraussetzungen für den Bau eines Langzeitgymnasiums zu schaffen. Damit kann die Kantonsschule am Lüssiweg in Zug entlastet werden. Die SVP unterstützt auch den Entscheid, die Planung für den Standort Menzingen, wo ein Kurz- und Langzeitgymnasium entstehen soll, fortzuführen, damit mit dem Neubau innert nützlicher Frist begonnen werden kann und so auf einen Teil der Provisorien verzichtet werden kann.
Den Verzicht auf einen Neubau an der Hofstrasse in Zug kann die SVP nachvollziehen, da mit dieser Variante ca. 50 bis 80 Millionen Franken eingespart werden können. Die SVP sieht auch, dass die Zusammenarbeit und der Austausch der WMS und FMS verstärkt werden können und dafür geeignete Massnahmen wie auch bildungspolitische Synergien realisiert werden müssen. Es ist auch richtig, dass der Kanton vorgesehen hat, das frei bleibende Gelände des Theiler-Areals als langfristige Reserve zu behalten. Auch soll der Standort Zug Hofstrasse bis zur rechtskräftigen Einzonung in Cham im Richtplan festgesetzt bleiben.
Zusammenfassend kann die SVP-Fraktion die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Standorte für die Mittelschulstandorte unterstützen. Die SVP wird auf die Vorlage eintreten und in der Detailberatung die beiden Anträge des Regierungsrats unterstützen. Sie unterstützt auch den Antrag der Regierung, die Motionen von Daniel Thomas Burch und den Menzinger Kantonsratsmitgliedern als erledigt abzuschreiben und die Motion von Markus Jans nicht erheblich zu erklären.

Beat Sieber: Die FDP-Fraktion folgt einstimmig den Anträgen der vorberatenden Kommissionen mit vier Mittelschulstandorten und spricht sich ebenfalls für die Variante 12 aus. Die aufgezeigten bildungspolitischen Aspekte und vor allem der benötigte zusätzliche Schulraumbedarf sind für die FDP unbestritten. Mitentschei-

dend ist auch die Tatsache, dass während der Renovationsarbeiten an den bestehenden Schulbauten genügend geeignete Schulräume zur Verfügung stehen. Der Verzicht auf die schulische Typenbezeichnung im Richtplan macht Sinn und bringt Flexibilität für die Zukunft. Würden nicht die geschätzten Mehrkosten von 60 Millionen Franken zu Buche schlagen, wäre die Variante 11, die der Votant in der Kommission unterstützte, mit der Wirtschaftsmittelschule an der Hofstrasse statt am Lüssiweg zu favorisieren.

Daniel Stadlin: Die GLP befürwortet die vier Mittelschulstandorte in der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Ausgestaltung. Dass bei der Standortwahl in Cham der Röhrliberg als bessere Variante abschneidet, ist nachvollziehbar, ebenso der Verzicht auf den Neubau für die Wirtschaftsmittelschule an der Hofstrasse. Variante 12 weiter zu bearbeiten, macht am meisten Sinn. Die Vorlage bildet eine realistische, der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Kantons Zug angemessene Mittelschulplanung. Die GLP ist für Eintreten.
Was jedoch weit kritischer scheint, als in der Vorlage dargestellt, ist die Einzonung im Röhrliberg. Im Richtplan ist das einzuzonende Gelände nur etwa zur Hälfte im Gebiet für Siedlungserweiterung; der Rest liegt in der Landwirtschaftszone. Nach dem neuen Raumplanungsgesetz (RPG) müssen die Kantone ihr Siedlungsgebiet im Richtplan jedoch abschliessend festlegen. Gemäss RPG-Artikel 8 (neu) legt der Richtplan im Bereich Siedlung insbesondere fest, wie gross die Siedlungsfläche insgesamt sein soll, wie sie im Kanton verteilt sein soll und wie ihre Erweiterung regional abgestimmt wird. Ob da ihm Rahmen des neuen RPG nicht noch Überraschendes auftritt, kann zum jetzigen Zeitpunkt also nicht wirklich ausgeschlossen werden. Zug hat zwar in Sachen haushälterischer Umgang mit dem Boden seine Hausaufgaben bisher gut gemacht. Bei der nächsten Revision der Nutzungsplanung verzichten die Gemeinden auf substanzielle neue Einzonungen. Ausgenommen bleiben Zonen für Bauten und Anlagen des öffentlichen Interesses. Ob aber die Einzonung im Röhrliberg, wie vom Regierungsrat im Bericht erläutert, in diesem Umfang ohne Probleme durch den Bund genehmigt wird, ist aus heutiger Sicht nicht so sicher. Denn obwohl im Bericht keine Flächenangaben gemacht werden, muss die einzuzonende Fläche gemäss den Abbildungen erheblich sein.

Esther Haas: Kaum ein anderes Geschäft hat den Rat in der laufenden Legislatur mehr beschäftigt als die Mittelschulstandorte. Der Rat befindet heute über eine Richtplanänderung, welche – so ist zu hoffen – die Zustimmung des Rats finden und die Planung der Mittelschulstandorte in Stein meisseln wird.
Der Bericht des Regierungsrats beginnt mit dem Satz: «Der Regierungsrat bevorzugt vier Mittelschulstandorte im Kanton Zug.» Diese Haltung widerspiegelt genau den Weg, welchen die AGF seit Beginn der Debatte verfolgt hat. Die Votantin zitiert aus ihrem Votum anlässlich der Kantonsratssitzung vom 28. Juni 2012: «Auch wenn die Bauprojekte an der Hofstrasse und in Menzingen umgesetzt werden, lohnt es sich für den Kanton, den Standort Cham für eine kantonale Schule raumplanerisch zu sichern und langfristig zu planen, was dort entstehen könnte.» Die Option Cham als Mittelschulstandort wird realistisch, die bereits bestehende Planung soll wie vorgesehen weiter verfolgt werden. Diese Lösung ist das Resultat eines breit abgestützten und spannenden Mitwirkungsverfahrens. Im Mitwirkungsverfahren gab es schliesslich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Varianten 11 und 12. Die AGF bevorzugt Variante 11, also FMS und WMS an der Hofstrasse unter einem Dach. Mit Variante 12 und damit einer räumlichen Trennung von FMS und WMS entstehen Hürden, welche die Nutzung von Synergien sehr schwierig machen.

Generell muss aber bei allen planerischen Überlegungen die Bildung im Mittelpunkt stehen. Mit vier Mittelschulen leistet sich der Kanton Zug nicht einfach etwas, das viel Geld kostet. Dieses unbestrittenermassen viele Geld muss es uns wert sein, weil Bildungsinvestitionen ein wichtiges Element sind für die Zukunft des Kantons Zug, denn:
• Schülerinnen und Schüler bekommen ein breites schulisches Angebot;
• das Lehrerkollegium profitiert von langfristig konstanten Pensen;
• die Schulqualität entwickelt sich in einem Umfeld, wo ein steter pädagogischer und didaktischer Austausch stattfinden kann;
• vier Standorte bieten die Möglichkeit, Schulen zu planen, welche die Idealgrösse von 400 bis 1000 Lernenden weder unter- noch überschreiten.
Die Votantin bittet deshalb, der Richtplananpassung zuzustimmen, vorzugsweise der Variante 11, unabhängig davon, was am Standort Cham passieren wird.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass Mitwirkung und Partizipation hier einmal mehr zu einen guten Ergebnis geführt haben. Es wurde effizient acht Monate lang und in drei *Workshops* gearbeitet, wobei der Fokus vor allem auf die Bildung, aber auch auf andere Kriterien wie die Kosten gerichtet war. Von den Personen aus dem Bildungsbereich, die an den *Workshops* teilnahmen, war zu hören, dass in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren nie mehr ein so guter Prozess, auch hinsichtlich der bildungspolitischen Eckwerte, stattfand. Für die gute Zusammenarbeit dankt der Baudirektor allen Beteiligten.
Prognosen zur Entwicklung der Schülerzahlen ergaben Zahlen zwischen 1700 und 2400. Sehr wichtig ist deshalb eine flexible, modulare, ausbaubare Planung. Dies ist auch deshalb wichtig, weil man jetzt an einem Punkt ist, an dem man keine Fehlinvestitionen mehr tätigen möchte.
Den Voten war zu entnehmen, dass vier Standorte mehr oder minder unbestritten sind und wahrscheinlich nur noch über Variante 11 und 12 diskutiert wird. Der Regierungsrat hat sich für die Variante 12 entschieden. Zwar gibt es bei der Variante 11 Synergien, aber die Kostenfrage ist ebenso wichtig; immerhin können mit Variante 12 etwa 60 bis 70 Millionen Franken gespart werden. Der Finanzdirektor fordert die Baudirektion in letzter Zeit immer wieder auf, die Kosten auch im Investitionsbereich zu senken; es gibt auch Motionen der CVP in dieselbe Richtung. Da darf man die Kostenfrage nicht ausser Acht lassen, zumal 60 Millionen Franken ein *satter* Betrag sind. Und wenn die Bildungspolitik sagt, dass mit Variante 12 kein Schaden und kein Verlust entstehen, dann ist man gut beraten, trotz «Synergieverlust» auf Variante 12 einzusteigen.
Bezüglich der Hofstrasse haben Fachkräfte aus der Bildungsdirektion, der Direktion des Innern und der Baudirektion bereits mit einer strategischen Planung begonnen. Dieser Prozess hat viele Möglichkeiten aufgezeigt, ist aber noch nicht abgeschlossen. Wenn die Variante 12 gewählt wird, gibt es einen gewissen Bedarf für die FMS, nämlich denjenigen, der eigentlich mit WMS/FMS abgeholt worden wäre, und da wird man für Optimierungen noch einige Franken in die Hand nehmen müssen. Auf der anderen Seite gibt es einen Sanierungsbedarf im Verwaltungsgebäude Hofstrasse 15, es gibt das Theilerhaus, wo die Planung schon fortgeschritten ist, und es gibt auch noch viele weisse Felder, für die man auch den preisgünstigen Wohnungsbau, wie er jetzt ja im Trend liegt, in den Fokus nimmt. Der Katalog ist breit, es sind aber noch keine verbindlichen Auskünfte möglich.
Markus Jans hat die Glaubwürdigkeit des Regierungsrats in Frage gestellt. Die Einzonung im Allmendhof sei mit der regierungsrätlichen Strategie nicht zu vereinbaren und gehe auch nicht einher mit der Richtplananpassung auf Bundesebene. Da reibt sich der Baudirektor schon etwas verwundert die Augen. Erstens hat der

Regierungsrat einen Auftrag. Der Kantonsrat hat – *nachdem* die Regierung die Strategie festgelegt hatte und man schon wusste, dass der Bund die Revision RPG I angeht – zwei Motionen grösstmehrheitlich, wenn nicht sogar einstimmig erheblich erklärt, im Ennetsee – und es stand nur der Allmendhof zur Diskussion – den beschriebenen Prozess in Gang zu bringen. Dass Nutzland verloren gegangen sei und man einen Marschhalt einlegen müsse: Der Kantonsrat hat kürzlich die Richtplananpassung «Wachstum mit Grenzen» vorgenommen, in der genau dieses Petitum aufgenommen wurde. Dass jetzt die Glaubwürdigkeit des Regierungsrats in Frage gestellt sei, muss der Baudirektor in aller Deutlichkeit zurückweisen. Nebst den erheblich erklärten Motionen muss man auch in Erinnerung zu rufen, was die RPG-Revision I bewerkstelligen wollte: Es ging darum, das Ausfransen von Wohnzonen in die Landschaft hinaus zu verhindern und jene Kantone zur Räson zu rufen, die überdimensionierte Flächen eingezont hatten. Dieses vom Volk gutgeheissene Anliegen kann man jetzt nicht missbrauchen, um öffentliche Interessen zu verhindern. Es geht im Allmendhof nicht um eine Bauzone für Einfamilienhäuser, sondern um eine Zone ÖIB, um eine Schule zu erstellen. Dafür wird der Baudirektor – das weiss er heute schon – die Genehmigung des Bundes erhalten, mit jeder Garantie.

Warum will man nicht die Schule am Lüssiweg ausbauen? Darüber wurde intensiv diskutiert, und alle waren sich einig: Es gibt eine ökonomische Untergrenze von 400 Schülern und eine pädagogische Obergrenze von 1000 Schülern. Hält man sich an diesen Leitgedanken, kann man am Lüssiweg nicht weiter ausbauen. Natürlich gab es dort mal ein Ausbauprojekt. Aus der Not heraus, weil im Ennetsee nichts zur Verfügung stand, hat man am Lüssiweg ein *Gemurkse* gemacht – und in der Hochbaukommission bereits darüber debattiert und beschlossen. Das *Gemurkse* hätte sich verwirklichen lassen, wäre aber alles andere als optimal gewesen. Deshalb braucht es den Standort im Ennetsee.

Zum Papieri-Areal: Man hat sich im Mitwirkungsprozess intensiv bemüht, Argumente für diesen Standort liefern zu können, und es gab Testplanungen, Machbarkeitsstudien etc. Zuletzt aber sind alle, auch die Gemeinde, deren Haltung ja nicht unwesentlich ist, sowie der Eigentümer, die Bildungsdirektion und die Baudirektion zum Schluss gelangt: Wenn man ins Papieri-Areal ginge, würde die Testplanung für dieses Areal verzögert, und man würde dort wieder von vorne beginnen. Irgendwann aber muss man aufhören, immer wieder von vorne zu beginnen. Zudem ist die Papieri das Entwicklungsgebiet von Cham. Es ist sehr ideal zum Wohnen, zum Arbeiten, vielleicht auch für Kultur, aber nicht unbedingt für eine Schule. Man konnte auch aufzeigen, dass eine Schule dort ein totales *Gemurkse* mit engen Platzverhältnissen ergäbe. Die Flexibilität, die sehr wichtig ist, wäre verbaut auf ewige Zeiten, und eine allfällige Erweiterung in vielleicht zehn oder fünfzehn Jahren wäre dort nicht möglich. Der Standort Papieri wäre zudem teurer als der Allmendhof, es gibt dort keine Synergien mit der bestehenden Schule im Röhrliberg – und der Kanton hat keine Vorverkaufsverträge. Das alles spricht für den Standort Allmendhof und dafür, dort etwas Rechtes und Zukunftgerichtetes zu machen.

Die Genehmigung für die Einzonung im Röhrliberg – es wurde bereits ausgeführt – wird der Baudirektor *todsicher* erhalten. Man ist mit der Verordnung zur RPG-Revision I jetzt einen Schritt weiter. Der Baudirektor hat in der letzten Debatte zum Richtplan ausgeführt, dass Zonen öffentlichen Interesses sofort eingezont werden können, wenn andernorts im Kanton eine gleich grosse Planungszone über ein ÖIB-Gebiet gelegt wird; wenn man dann den Bedarf ausweisen kann und die Genehmigung des Richtplans vorliegt, kann die Planungszone wieder eliminiert werden. Heute ist man weiter, und es sieht nicht schlecht aus: Die Chance liegt bei 50 zu 50, dass ÖIB-Zonen generell ausgenommen werden. Dann wird es ohnehin kein

Problem mehr geben, was grundsätzlich auch Sinn macht. Nebenbei bemerkt: Der Kantons Zug wird aufgrund der Richtplananpassung «Wachstum mit Grenzen» den Richtplan nach Bern schicken und sagen, dass er die Revision RPG I bereits zu 100 Prozent erfüllt und keine Anpassungen mehr nötig sind – ausser hinsichtlich der Mehrwertabgabe, was aber ein planungsrechtliches Problem ist.
Der Baudirektor dankt nochmals allen, die am Planungsprozess mitgearbeitet haben, und bittet den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

58. Sitzung: Donnerstag, 31. Oktober 2013 (Nachmittag)
Zeit: 14.05 – 16.35 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

867 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Irène Castell-Bachmann und Eusebius Spescha, beide Zug; Gabriela Ingold, Unterägeri.
Der Sitz der zurückgetretenen Kantonsrätin Anna Lustenberger-Seitz ist derzeit vakant.

TRAKTANDUM 4
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt nach Abschluss des Traktandums 9)

TRAKTANDUM 9 (Fortsetzung der Beratung vom Vormittag)

868 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Kapitel S9; Mittelschulstandorte)
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2283.1/.2 - 14416/17), der Raumplanungskommission (2283.3 - 14462) und der Bildungskommission (2283.4 - 14463).

DETAILBERATUNG

Richtplantext, Kapitel S 9.2 Vorhaben

S 9.2.1

Markus Jans: Der Baudirektor hat vor der Mittagspause alle Vorteile des Areals Röhrliberg/Allmendhof aufgezeigt und sich in einem flammenden Votum für diesen Standort eingesetzt. Deshalb will der Votant nochmals die Vorteile des Papieri-Areals aufzeigen. Er hat in seinem Eintrittsvotum bereits erwähnt, dass die SP-Fraktion den Antrag stellen wird, den Mittelschulstandort Cham nicht im Röhrliberg/ Allmendhof, sondern auf dem Papieri-Areal festzusetzen. Er hat dazu bereits einige Argumente geliefert. Es gibt aber noch einige mehr.
Der Regierungsrat wurde beauftragt zu prüfen, ob die Mittelschule nicht auf dem Papieri-Areal realisiert werden könnte. Seine Antwort fällt eindeutig und klar aus:

«Die Machbarkeitsstudien zeigen, dass an beiden Standorten eine Schule grundsätzlich denkbar ist. Beide Standorte haben Chancen für eine Mittelschule, aber auch Risiken.» Dabei fällt insbesondere die Aufzählung der Vorteile des Standorts Papieri auf. Der Regierungsrat schreibt:
«a) Es ist keine Einzonung im Gebiet Röhrliberg/Allmendhof notwendig. Die Flächen bleiben der Landwirtschaft erhalten, und der haushälterische Umgang mit dem Boden ist umfassend garantiert.
b) Es entsteht eine Schule in einem attraktiven, urbanen Quartier. Dies kann die Profilierung der Schule stärken.»
Zu den Risiken des Standorts Röhrliberg schreibt der Regierungsrat:
«a) Es braucht eine Einzonung durch den Chamer Souverän. Sofern diese Einzonung abgelehnt wird, ist auch der Standort Papieriareal nicht mehr verfügbar.
b) Das Potential von Einsprachen ist am Standort Röhrliberg/Allmendhof höher. Dies könnte zu zeitlichen Verzögerungen führen.»
Bei vielen anderen Kriterien schneiden die beiden Standorte vergleichbar ab:
«a) Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr
b) Erschliessung zu Fuss und mit dem Velo
c) Grösse der Schule
d) Verdrängung bestehender Nutzungen
e) Zeitplanung».
Und was sagt die Gemeinde Cham zum Papierfabrikareal? «Der Gemeinderat Cham erachtet die bevorstehende Umzonung auf dem Fabrikareal ‹Papieri› von rund 11 Hektaren als grosse Chance für den Standort Cham. Die Lage des Planungsareals bezüglich Zentrum und Bahnhof ist hervorragend. Die Distanz vom Bahnhof zur Mitte des Fabrikareals ‹Papieri› beträgt ca. 1000 Meter. Es besteht ein dichtes Netz für den Langsamverkehr, Busse verkehren auf der Sinser- und Knonauerstrasse. Der motorisierte Verkehr fliesst ebenfalls über diese Kantonsstrassen. Der Autobahnanschluss ist sehr nah. Durch die geplante Umfahrung Cham Hünenberg verbessert sich die Erschliessungsqualität für den motorisierten Individualverkehr zusätzlich.»
Das alles sind beste Argumente für eine nachhaltige Nutzung des Papieri-Areals als Standort der Mittelschule. Die SP-Fraktion stellt den deshalb **Antrag,** in Kapitel S 9.2.1 Ziff. 11 «Röhrliberg Allmendhof» zu ersetzen durch «Papieri-Areal».

Barbara Strub, Präsidentin der Raumplanungskommission, hat in ihrem Votum am Vormittag die wichtigsten Vor- und Nachteile der beiden Areale in Cham aufgezeigt. Es geht um die Anpassung des Richtplans für die Mittelschulen, und alle hier im Saal wollen eine Mittelschule in Cham. Es wurde hat bereits aufgezeigt, dass man im Papieri-Areal bereits bei der Planung in einem sehr engen Korsett steckt und nachher keine Flexibilität und Ausbaumöglichkeiten mehr hat. Die Votantin bittet den Rat, dem grossmehrheitlichen Entscheid der Raumplanungskommission zu folgen und das Areal Röhrliberg/Allmendhof zu unterstützen.

Martin Pfister, Präsident der Bildungskommission, hält fest, dass die Bildungskommission nicht über die Frage abgestimmt hat, ob Röhrliberg/Allmendhof oder Papieri-Areal zu bevorzugen sei. Sie hat geprüft, ob das Papieri-Areal grundsätzlich als Bildungsstandort möglich wäre, und sich versichern lassen, dass das der Fall sei. Sie hat auch die Kriterien für die einzelnen Standorte geprüft, wobei das Kriterium der Flexibilität eines der wichtigsten in der bildungspolitischen Beurteilung der einzelnen Standorte ist. Die Beurteilung der Frage, welcher Standort in Cham zu bevorzugen sei, hat sie der Raumplanungskommission überlassen.

Baudirektor **Heinz Tännler** schickt voraus, dass die Abklärung hinsichtlich des Standorts Papieri-Areal sehr seriös durchgeführt wurden – was *notabene* auch viel Geld gekostet hat. Der Baudirektor muss aber den Finger in die Höhe halten. Wenn man von Nachhaltigkeit spricht, ist es völlig falsch, im Papieri-Areal eine Schule zu bauen. Es wurde mehrfach betont, wie wichtig Flexibilität ist. Die Prognosen rechnen für die Mittelschule mit 1700 bis 2400 Schülerinnen und Schülern; sie sind also recht ungenau. Baut man nun auf dem Papieri-Areal, wird man den Bedarf plötzlich nicht mehr decken können und auf die grüne Wiese gehen müssen. Der Baudirektor garantiert, dass es so kommen wird. Die Maturitätsquote wird nämlich sicher nicht sinken, sondern wahrscheinlich steigen. Wenn man im Papieri-Areal baut, ist das Risiko gross, dass man sich in zehn Jahren im Kantonsrat darüber unterhalten muss, wo die Erweiterung der Schule realisiert werden soll. Ist das nachhaltig? Nein, das ist dummes Zeug.
Der Kanton hat die Chance zu einem Befreiungsschlag. Es war ja auch Sinn und Zweck der Motionen, in Cham den Standort Allmendhof zu sichern. Und jetzt kommt man und macht das Korsett wieder enger, einfach weil es ein Areal gibt, in das man eine Schule hineinpfropfen kann. Dort aber gibt es Hochspannungsleitungen, und als Nächstes werden die Lehrer kommen und sagen, sie könnten bei diesen Leitungen keine Schule mehr halten. Hinter dem Gelände liegt eine Freihaltezone, da wird man keine Sportplätze erstellen können, sondern unterirdische Turnhallen bauen und darauf einen Sportplatz anlegen müssen – und so weiter und so fort.
Man muss hier Sachpolitik machen. Man muss dem Souverän in Cham aufzeigen, dass es eine Schule im Ennetsee braucht, und zwar auf dem Allmendhof. Sonst gibt es eben keine Schule in Cham. Dann geht der Baudirektor lieber wieder an die Hofstrasse und realisiert dort den Platzbedarf. Irgendwo muss man doch einen Punkt machen und sich dafür einsetzen, dass nicht ständig immer wieder von vorne begonnen wird. Projektierungskredite, Planungskredite, Machbarkeitsstudien: Dabei gibt es eine tolle Möglichkeit, im Allmendhof eine Schule zu bauen. Die Vorteile sind aufgezeigt worden: Dort hat man Flexibilität, Erweiterungsmöglichkeiten – etwa für einen allfälligen neuen Schultyp – und Platz für etwas Gutes.
Die Gemeinde Cham klagt, sie möchte mehr juristische Personen und damit mehr Steuerpotenzial. Im Papieri-Areal kann sie entsprechende Möglichkeiten schaffen. Und auf der anderen Seite, im Allmendhof, hat man eine gute Möglichkeit für die Schule und die Schulerweiterung. Es ist auch so, dass es im Allmendhof bzw. im Röhrliberg etwa drei bis vier Optionen gibt. Es gibt dort schon eingezontes Land, die Tartananlage, das vom Kanton der Gemeinde Cham verkaufte ÖIB-Land. Die Schule kann auch auf schon eingezontem Land realisiert und der Allmendhof allenfalls optional für Sportanlagen genutzt werden. Man hat dort also eine ganz andere Flexibilität. Deshalb bittet der Baudirektor den Rat, dem Regierungsrat den Rücken stärken, damit diese Schule im Allmendhof realisiert werden kann, zum Wohl der Schülerinnen und Schüler, der Bildung und des Kantons Zug.

Markus Jans lässt offen, ob die Bezeichnung «dumm» aus dem Mund des Baudirektors hier richtig ist, findet sie aber zumindest deplaziert. Die Hochspannungsleitung führt im Übrigen nicht über das Areal, über das hier gesprochen wird, sondern verläuft ca. 100 Meter weiter nördlich. Man weiss auch nicht, was in Zukunft mit dem Pavatex-Areal geschieht. Der Votant ist überzeugt, dass es dort längerfristig, in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren, eine Veränderung gibt; das zeichnet sich ab, wenn man die Bauten betrachtet. Ob man genug flexibel ist oder nicht, hängt davon ab, wie viel Fläche man beansprucht. Wenn man auf dem Papieri-Areal die gleiche Fläche wie im Allmendhof/Röhrliberg beansprucht, nämlich 4 Hektaren, ist man auch dort genug flexibel.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 62 zu 8 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

S 9.2.2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats auf Streichung.

S 9.2.3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Daniel Stadlin den **Antrag** stellt, den Richtplantext wie folgt zu ergänzen: «Der Kanton optimiert in Zusammenarbeit mit den Betreibern des öffentlichen Verkehrs, *den Gemeinden* und den Schulleitungen die Erschliessung der Standorte der Mittelschulen *mit dem öffentlichen Verkehr sowie dem Fuss- und Veloverkehr*.» Der Regierungsrat hält an seiner Fassung fest.

Daniel Stadlin begründet seinen Antrag wie folgt: Bei der Erschliessungs-Optimierung spielt die Standortgemeinde eine wichtige Rolle und ist daher in die Zusammenarbeit einzubeziehen. Im Bericht wird sowohl dem öffentlichen Verkehr als auch dem Langsamverkehr gleiches Gewicht beigemessen. Im Richtplan hingegen geht es nur noch um den öffentlichen Verkehr. Schulen müssen jedoch gut und sicher sowohl mit dem öffentlichen Verkehr als auch mit dem Langsamverkehr erreichbar sein. Der Langsamverkehr bildet deshalb einen integralen Bestandteil eines übergeordneten Erschliessungskonzepts von Schulanlagen. Er kann einen beträchtlichen Anteil der Kurzstreckenmobilität abdecken. Fuss- und Veloverkehr haben ein grosses Potenzial zur Verbesserung des Verkehrssystems und zur Entlastung der Umwelt. Dafür braucht es sichere, attraktive und zusammenhängende Wegnetze. Sie sind eine zentrale Voraussetzung für mehr Bewegung der Schülerinnen und Schüler im Alltag und in der Freizeit. Der Langsamverkehr bildet quasi das überall verfügbare «Bewegungs- und Fitnesscenter».

Barbara Strub, Präsidentin der Raumplanungskommission, hat schon am Morgen auf dieses Thema hingewiesen. In der Raumplanungskommission wurde die Frage aufgeworfen, ob dieser Passus überhaupt in den Richtplan gehört. Streng genommen, gehört er nicht hierher, geht es doch nicht um mehr Buslinien oder -verbindungen, sondern um eine Absprache der Schulleitungen mit den ÖV-Betreibern. Die Raumplanungskommission hat den Passus schlussendlich unterstützt, weil er ein Anliegen aufnimmt, das im Mitwirkungsverfahren von vielen Seiten eingebracht wurde. Man kann sich aber wirklich die Frage stellen, wie weit man im Richtplan gehen soll, was alles abgeklärt werden muss.

Baudirektor **Heinz Tännler:** Es ist ein hehres Anliegen, das Daniel Stadlin einbringt, und die Regierung nimmt es *per se* ernst. Es ist aber im Kapitel V 9.3 des Richtplans bereits abgedeckt: «Gemäss kantonalem Richtplan realisiert der Kanton Zug in Zusammenarbeit mit den Gemeinden das festgesetzte Radstreckennetz etappenweise und unterstützt Massnahmen zur weiteren Förderung des Velos.» Damit ist bereits alles gesagt. Es geht aber noch weiter: «Bund, Kanton und Gemeinden stimmen ihre Standortentscheide für öffentliche Bauten und Anlagen mit Publikumsverkehr auf die räumlichen Ziele des Richtplans ab. Des Weitern sind öffentliche Bauten und Anlagen gut mit dem öffentlichen Verkehr sowie Rad- und Fuss-

wegen zu erschliessen.» Das Anliegen von Daniel Stadlin ist also heute schon im Richtplan enthalten.
Was die Regierung hier aber will, ist eine Art «Spezialität». Beispiel Menzingen: Zwar sagt der Richtplan bereits, dass der öffentliche Verkehr und der Langsamverkehr für den Schulstandort stimmen müssen. Es kann aber noch einen Schritt weiter gehen, indem die Betreiber des öffentlichen Verkehrs zusammen mit der Schulleitung und gestützt auf Stundenpläne die Fahrpläne optimieren. Das geht über das in V 9.3 formulierte Mass hinaus und betrifft vor allem die Schulleitungen und das Amt für den öffentlichen Verkehr. Die Regierung hat auch festgestellt, dass die Fuss- und Velowege zu den bestehenden und den neu geplanten Schulen schon heute sehr gut sind und mehr als genügen. Deshalb ist es nicht notwendig und wäre es falsch, die beantragte Ergänzung in S 9.2.3 aufzunehmen.

➔ Der Rat genehmigt mit 62 zu 8 Stimmen die Fassung des Regierungsrats.

S 9.2.4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass beide Kommissionen die Streichung der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Festsetzung im Richtplan beantragen. Der Regierungsrat schliesst sich nachträglich dem Streichungsantrag an.

➔ Der Rat stimmt dem Streichungsantrag der Kommissionen stillschweigend zu.

Vorlage 2283.2 - 14417

Titel und Ingress

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 1 Abs. 1

Der **Vorsitzende** liest § 1 Abs. 1 vor: «Folgende Anpassungen des kantonalen Richtplans werden angenommen: a) Festsetzung der Mittelschulstandorte im Kanton Zug (Kapitel S 9.2.1 [geändert]), S 9.2.2 [gestrichen] und S 9.2.3 [neu]).»

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 55 zu 3 Stimmen zu.

Es liegen folgende parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor:
• Die Motion von Daniel Thomas Burch und weiteren Kantonsrätinnen und Kantonsräten betreffend Standortfrage Kantonsschule Zug vom 30. März 2012 (Vorlage 2133.1 -14044) sei als erledigt abzuschreiben.
• Die Motion der Menzinger Kantonsräte betreffend Evaluation und Planung der Mittelschulstandorte (Sekundarstufe II) vom 10. April 2012 (Vorlage 2134.1-14045) sei als erledigt abzuschreiben.
• Die Motion von Markus Jans betreffend «Neuer Mittelschulstandort auf dem Areal der Papierfabrik Cham» vom 22. April 2013 (Vorlage 2249.1-14325) sei nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist das Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen.

TRAKTANDUM 4
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

869 Traktandum 4.1: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Kanton Zug vom 26. September 2013 (Vorlage 2300.1 - 14466)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

870 Traktandum 4.2: **Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend gleiche Abgangsentschädigungen für gewählte Behördenmitglieder des Kantons vom 7. Oktober 2013 (Vorlage 2303.1 - 14469)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

871 Traktandum 4.3: **Postulat der SVP-Fraktion betreffend 45 Ämter sind genug vom 18. September 2013 (Vorlage 2294.1 - 14450)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

872 Traktandum 4.4: **Postulat der CVP-Fraktion betreffend Begrenzung des Personalwachstums (Personalwachstum und Bevölkerungswachstum im Gleichschritt) vom 26. September 2013 (Vorlage 2301.1 - 14467)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

873 Traktandum 4.5: **Postulat von Kurt Balmer betreffend (Teil-)Rückbau der Armee-Tankanlage in Rotkreuz vom 21. Oktober 2013 (Vorlage 2306.1 - 14475)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

874 Traktandum 4.6: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Strafvollzug im Kanton Zug vom 23. September 2013 (Vorlage 2295.1 - 14451)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

875 Traktandum 4.7: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Fragen der Bewirtschaftung von Kunstgegenständen des Kantons Zug und Einrichtungsmobiliar des Kantons Zug vom 4. Oktober 2013 (Vorlage 2302.1 - 14468)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

876 Traktandum 4.8: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Höhe der Staatsausgaben pro Kopf im Kanton Zug vom 18. Oktober 2013 (Vorlage 2304.1 - 14473)**
Traktandum 4.9: **Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Vergleich der Staatsausgaben der verschiedenen Schweizer Kantone vom 18. Oktober 2013 (Vorlage 2305.1 - 14474)**

Finanzdirektor **Peter Hegglin** beantwortet die zwei Interpellationen mündlich. In der «SonntagsZeitung» vom 13. Oktober 2013 wurde eine Auswertung zu den Staatsausgaben pro Kopf von Kantonen und Gemeinden publiziert, worauf die erwähnten Interpellationen eingegangen sind.
Zu den Grundlagen und zur Systematik: Die in der «SonntagsZeitung» veröffentlichten Zahlen beziehen sich auf die Jahresrechnung 2011 und zeigen lediglich die Ausgaben der Kantone und ihrer Gemeinden. Wenn man als Beispiel die in der Auswertung genannten Verwaltungsausgaben von Zug von 1666 Franken pro Kopf betrachtet, so handelt es sich nicht nur um die Verwaltungsausgaben des Kantons, sondern auch um diejenigen der elf Zuger Gemeinden. Die Gemeinden haben einen erheblichen Einfluss auf die Statistik. Die Gesamtausgaben von Kanton und Gemeinden betragen rund 1,9 Milliarden Franken. Der Anteil der Gemeinden daran liegt bei rund 600 Millionen Franken oder rund 31 Prozent. Nimmt man nur die Verwaltungsausgaben, liegen die Gesamtkosten von Kanton und Gemeinden bei rund 192 Millionen Franken, wobei der Anteil des Kantons rund 106 Millionen Franken beträgt. Der Gemeindeanteil liegt bei den Verwaltungsausgaben also bei rund 45 Prozent.
Es handelt sich um eine reine Betrachtung der Ausgabenseite. Einnahmen, auch solche, die direkt mit den Ausgabenkategorien zusammenhängen, sind nicht Teil der Auswertung. Dazu ein Beispiel: Die Ausgaben für den Zuger Finanzausgleich von 72 Millionen Franken fallen auf der einen Seite bei den Gebergemeinden als Ausgaben an; beim Kanton sind es dann zuerst Einnahmen. Dann werden sie ein zweites Mal zu den Ausgaben des Kantons gerechnet, weil der Kanton ja die Zahlungen abwickelt. Dasselbe gilt auch für die 36 Millionen Franken, mit denen sich die Gemeinden am Nationalen Finanzausgleich beteiligen. Es wird also immer doppelt gerechnet. Speziell zu beachten ist die Zahlung in den Nationalen Finanzausgleich von 239 Millionen Franken, die in der Kategorie «Finanzen» verbucht ist. Bei allen Nehmerkantonen gibt es hier natürlich keine Ausgaben. Darauf hat der Finanzdirektor die «SonntagsZeitung» hingewiesen, als er vor der Publikation mit den Zahlen konfrontiert wurde. Die Zeitung hat seine Angaben zwar bestätigt, die Zahlen aber trotzdem kommentarlos publiziert.
Im Weiteren gibt es in allen Kantonen und Gemeinden wesentliche Unterschiede in der Verbuchungsmethodik, die bei einer Analyse der Zahlen beachtet werden müss-

ten. Zum Beispiel haben der Kanton Genf und seine Gemeinden die höchsten Verwaltungsausgaben mit 1918 Franken pro Kopf. Der Kanton Zug und seine Gemeinden liegen mit angeblich 1666 Franken pro Kopf auf dem zweiten Platz. Dabei ist aber zu beachten, dass in kleineren Gemeinwesen das Verwaltungspersonal oft auch Aufgaben in anderen Bereichen, z. B. im Bauwesen oder in der Finanzverwaltung übernimmt. Dies ist im relativ kleinen Kanton Zug wohl oft der Fall. Trotzdem wird der ganze Personalaufwand vollständig der Aufwandkategorie «Verwaltungsausgaben» belastet. Ein grösseres Gemeinwesen hat für diese Aufgaben klar zuweisbares Personal, das dann als Aufwand unter den einzelnen Aufwandkategorien anstatt in den Verwaltungsausgaben erscheint. Zudem werden bei den Verwaltungsausgaben auch die Abschreibungen mitgezählt. Da der Kanton Zug relativ grosse Investitionen tätigt, erscheinen seine Verwaltungsausgaben auch als hoch.
Die hohen Verwaltungsausgaben hängen im Kanton Zug aber unter anderem auch mit der hohen Dichte an Unternehmen zusammen. Diese erwirtschaften rund die Hälfte des Steuerertrags. Das kommt auch im Ressourcenindex zum Ausdruck: Der Kanton Zug liegt in Bezug auf die Finanzstärke zweieinhalb Mal über dem schweizerischen Durchschnitt. In vielen Kantonen beträgt der Anteil der Unternehmen am Steuerertrag lediglich rund 10 Prozent. Unsere weit überdurchschnittliche und grosse Anzahl von Unternehmen, von denen wir auch profitieren, bedingen entsprechende Arbeiten und Angebote in der Verwaltung. So benötigt der Kanton Zug beispielsweise ein – im Vergleich zu seiner Grösse – grosses Handelsregisteramt und eine grosse Steuerverwaltung. Andererseits will der Kanton Zug seinen Einwohnerinnen und Einwohnern in der Verwaltung auch Dienstleistungen in einer guten Qualität anbieten. Auch die Bevölkerung erwartet einen gewissen Standard.

Die Fragen der zwei Interpellationen beantwortet der Finanzdirektor wie folgt:
• Zu den Fragen 1 und 2 der SVP-Interpellation und den Fragen 1 und 2 der Interpellation Lötscher hat der Finanzdirektor bereits in den einleitenden Ausführungen Stellung genommen. Die Auswertung der «SonntagsZeitung» berücksichtigt viele verschiedene Sachverhalte in den einzelnen Kantonen und Gemeinden nicht. Ohne eine fundierte Analyse ist es dem Regierungsrat nicht möglich, daraus korrekte Schlussfolgerungen zu ziehen.
• Zu Frage 3 der SVP-Interpellation *(«Ist der Regierungsrat bereit, dem Kantonsrat im Hinblick auf das Budget 2015 und von da an jeweils ein Budget zu unterbreiten, in welchem die gebundenen Ausgaben mit Begründung bezeichnet werden, damit der Kantonsrat weiss, wo er Ausgabenkürzungen beschliessen kann?»)*: Der Kantonsrat hat beschlossen, im Kanton Zug die Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget einzuführen. Dies ist seit dem Jahr 2012 der Fall. Somit sollen nicht mehr Beschlüsse über einzelne Ausgabenpositionen oder Konti gefällt werden. Wenn der Kantonsrat Kürzungen vornehmen möchte, sollen konkrete Leistungen hinterfragt resp. reduziert werden. Grundsätzlich kann der Finanzdirektor auch sagen, dass alle im Budget eingestellten Beträge gebundene Ausgaben sind, weil ja der Kanton nur Aufgaben erfüllen kann, die eine gesetzliche Grundlage haben. Es ist bei der Erfüllung dieser Aufgaben aber möglich, zwischen einer minimalen, einer guten und einer sehr guten Lösung zu wählen; da gibt es eine gewisse Bandbreite. Teilweise sind es auch Investitionskredite, die noch nicht beschlossen sind; diese sind im Budget aber entsprechend markiert.
• Zu Frage 3 *(«Suchte der Regierungsrat bis anhin den Vergleich mit anderen Kantonen [Benchmarking], um seine Kosten zu plausibilisieren und zu hinterfragen? Wenn ja: zu welchen Ergebnissen kam er?»),* Frage 4 *(«Wenn nein: Gedenkt der Regierungsrat in Zukunft solche Zahlen zu erheben und die Ergebnisse dem Parlament oder mindestens der Stawiko als Entscheidgrundlagen für zukünftige Aus-*

gaben- und Budgetbeschlüsse verfügbar zu machen und auch in die eigene Arbeit einzubeziehen?») und Frage 5 der Interpellation Lötscher *(«Es zeichnet sich ab, dass auch für den Kanton Zug die [Finanz-]Bäume nicht in den Himmel wachsen. Was will die Regierung unternehmen, um die Kostenstruktur des Kantons Zug im interkantonalen Vergleich zu verbessern oder mindestens um dem Parlament aussagekräftige Vergleichszahlen als Entscheidgrundlagen vorlegen zu können?»)*: In Teilbereichen hat der Kanton Zug bereits interkantonale Vergleiche angestellt. Ein umfassendes Benchmarking mit anderen Kantonen liess er jedoch bisher nicht durchführen. Ein solches Benchmarking ist ausserordentlich aufwendig, da nicht nur die eigenen Zahlen analysiert werden müssen. Damit ein Vergleich vorgenommen werden kann, müssen auch die Zahlen der für den Vergleich heranzuziehenden Kantone detailliert untersucht und analysiert werden. Dafür stehen intern die notwendigen finanzwissenschaftlichen Ressourcen nicht zur Verfügung.
Andere Kantone – u. a. der Kanton Bern – haben von BAKBASEL einen *Review* des eigenen Finanzhaushalts (inkl. aller Gemeinden) vornehmen lassen; das *Executive Summary* vom 19. April 2013 wurde dem Rat verteilt. Dabei wurde die Aufgabenseite in 32 Felder unterteilt. Beim Beispiel Landwirtschaft gibt Bern 48 Millionen Franken aus, wovon der Kanton 94 Prozent trägt; die restlichen 6 Prozent werden von den Gemeinden getragen. In der Spalte «BM 1» ist ersichtlich, wo der betreffende Kanton im Verhältnis zu den anderen Kantonen steht, wobei 100 für gleich hohe Kosten wie der Durchschnitt der anderen Kantone steht. Die Zahl 74 bedeutet also, dass der Kanton Bern für die Landwirtschaft 26 Prozent weniger ausgibt als der Durchschnitt der anderen Kantone. So geht es durch alle Aufgabenfelder. Die Überlegung ist, für den Kanton Zug eine entsprechende Studie erstellen zu lassen. Das soll aber vorher mit der Stawiko diskutiert werden, und der Antrag für den entsprechenden Nachtrag im Budget soll über den Stawiko-Bericht gestellt werden. Das ist sinnvoller, als wenn der Regierungsrat von sich aus einen Bericht und Antrag erstellt, der wohl nicht mehr rechtzeitig auf die Stawiko-Sitzung fertig wird und erst nachträglich dem Kantonsrat überwiesen werden könnte. Es sollte im Sinne einer pragmatischen Zusammenarbeit von Regierung und Parlament möglich sein, an der nächsten Stawiko-Sitzung darüber beraten zu können.
BAKBASEL ist prädestiniert, solche umfassenden Analysen vorzunehmen, hat es das doch schon für mehrere Kantone getan, etwa für SG, BE, SH, TG, AR, LU und SZ. BAKBASEL hat die entsprechenden Grundlagen und könnte auch für den Kanton Zug aussagekräftige Zahlen zusammenstellen. Es ist zu hoffen, dass die jährlich wiederkehrenden Falschmeldungen damit ein Ende haben. Denn wenn man nur schon die NFA-Zahlungen abziehen würde, wäre der Kanton Zug beim Aufwand im Mittelfeld.

Thomas Wyss dankt im Namen der SVP-Fraktion der Regierung für die rasche und umfassende Beantwortung der Interpellation. Die Ausführungen von Finanzdirektor Peter Hegglin sprechen für sich. Die erwähnte Publikation hat ganz offensichtlich einmal mehr ein Bild gezeichnet, das nicht oder nicht vollständig der Realität entspricht. Das ändert jedoch nichts daran, dass man im Kanton Zug der Ausgabenentwicklung höchste Aufmerksamkeit schenken muss. Die SVP wird im Rahmen der Beratung des Budgets denn auch für einen ausgeglichenen Voranschlag plädieren.
Unbefriedigend ist die Antwort auf Frage 3 der SVP-Interpellation bezüglich der gebundenen Ausgaben. Die SVP ist nach wie vor überzeugt, dass es sinnvoll ist, trotz Globalbudgets die gebundenen Ausgaben zu bezeichnen. Nur so weiss man, wo der Regierungsrat innerhalb des Globalbudgets überhaupt Spielraum hat. Die SVP-Fraktion bleibt hier dran.

Stefan Gisler: Die Regierung relativiert in ihrer Antwort fundiert die von der «Sonntagszeitung» mit eher geringer politisch-volkswirtschaftlicher Sachkenntnis recherchierten Zahlen bezüglich der Verwaltungsausgaben von Kanton und Gemeinden. Hier wurden nicht nur Äpfel mit Birnen, sondern riesige Halloween-Kürbisse mit Erbsen verglichen. Entscheidend ist: Wer auch nur über grundlegende volkswirtschaftliche Kenntnisse verfügt, beachtet, dass ein Kanton nicht nur aus Einwohnerinnen und Einwohnern besteht, sondern dass auch angesiedelte Firmen und pendelnde Arbeitnehmende öffentliche Dienstleistungen benötigen und somit Verwaltungsaufwand und -kosten generieren. Die Fixierung auf die Pro-Kopf-Kosten, die auch in den Interpellationen festzustellen ist, ist einseitig und widerspiegelt nicht die Breite der öffentlichen Aufgaben eines Wirtschaftsstandorts wie Zug.
Die AGF hält die Zuger Verwaltung für schlank, und Zug verfügt auch nicht über zu viel Personal. Wäre dem nicht so, hätte der Kantonsrat und vor allem die Stawiko über Jahre hinweg massive Fehleinschätzungen gemacht. Bezüglich der gebundenen Ausgaben ist darauf hinzuweisen, dass die AGF Pragma immer abgelehnt hat.

Thomas Lötscher dankt dem Finanzdirektor für die schnelle und gute Antwort auf seine Interpellation. Er kann Stefan Gisler beruhigen: Er hatte schon beim Lesen des Zeitungsartikels den Eindruck, dass die Aussagekraft der Vergleiche beschränkt sei. Dass sie *de facto* aber völlig unbrauchbar ist und die journalistische Arbeit nicht einmal Minimalstandards punkto Qualität zu erfüllen vermag, war nicht zu erwarten. So sind finanzielle Transferzahlungen zwischen den Gemeinwesen, also NFA und ZFA, für die Beurteilung der Effizienz oder Sparsamkeit untauglich. Auch andere Faktoren, auf die in der Interpellationsantwort hingewiesen wird, waren nicht von vorneherein bekannt. Bereinigt man die Zahlen der Finanzen des Kantons Zug entsprechend, so belaufen sich die Pro-Kopf-Ausgaben in Zug nicht mehr auf exorbitante 2302 Franken, sondern lediglich auf 424 Franken.
Immerhin hat der Zeitungsartikel eine gute Diskussion ausgelöst, und der Regierungsrat hat den Ball gekonnt aufgenommen. Es ist sehr zu begrüssen, dass die Regierung eine brauchbare Vergleichsbasis schaffen will. Das erleichtert auch der Stawiko die Erfüllung ihrer Aufgabe, denn ohne gewisse Vergleichszahlen ist es bei vielen Vorlagen schwierig zu beurteilen, in welcher Grössenordnung sich die Ausgaben bewegen. In der Regel klingen die Begründungen des Regierungsrats plausibel und nachvollziehbar. Wie andere Kantone mit demselben Thema umgehen, bleibt aber jeweils unbekannt. Dass die Regierung in diesem Sinne etwas tun will, ist – wie gesagt – sehr zu begrüssen. Sie wird auch einen guten Kompromiss zwischen dem Aufwand, um hier zusätzliche Transparenz schaffen zu können, und den Kosten finden. Es ist sicher nicht die Meinung, dass flächendeckend und über jedes einzelne Projekt ein *Benchmarking* betrieben werden soll. Es ist aber wichtig zu wissen, wie der Kanton Zug in den einzelnen Bereichen im interkantonalen Vergleich ungefähr dasteht.

Andreas Hausheer stellt fest, dass man unter dem Strich nun etwa gleich gescheit ist wie vorher. Man weiss nun aufgrund von konkreten und auch korrekten Beispielen, dass der Regierungsrat berechtigte Vorbehalte gegenüber den Vergleichen macht. Man weiss nun auch, dass der Regierungsrat mit den eigenen Mitteln nicht abschliessend beurteilen kann, wo der Kanton tatsächlich steht. Um Klarheit zu schaffen, müsste der Rat nun 75'000 Franken für eine saubere Auslegeordnung sprechen. Sehr löblich ist, dass der Finanzdirektor nicht einfach am Kantonsrat vorbei einen Auftrag erteilt, wie dies in andern Direktionen allenfalls gemacht würde. Der Votant ist gerne bereit, das benötigte Geld aufzuwenden, damit das ungute Bauchgefühl ausgeräumt werden kann. Er wird am kommenden Mittwoch in der

Budgetdiskussion der Erweiterten Staatswirtschaftskommission den entsprechenden Antrag stellen, auch um einen Entscheid der Stawiko und des Kantonsrats dazu zu provozieren, ob das ein echtes oder ein aufgebauschtes Problem sei. Das Thema wird den Kantonsrat also sicherlich noch beschäftigen.

Für **Martin Stuber** ist klar, dass die «SonntagsZeitung unter jedem journalistischen Standard arbeitet. Er leistete vor einigen Jahren zusammen mit einem Journalisten der «SonntagsZeitung» Zivildienst und erhielt dabei anhand einiger Beispiele einen detaillierten Einblick in die Arbeitsweise dieser Zeitung. Seine persönliche Schlussfolgerung war, keine Sonntagszeitungen mehr zu lesen. Es ist auch psychohygienisch nicht schlecht, mal einen Tag Ruhe vor der Welt zu haben und sich bestimmte Artikel zu ersparen.
Vergleiche wie derjenige in der «SonntagsZeitung» sind aus einem ganz simplen Grund schwierig: Wir leben in einem föderalistischen Staatswesen. Nicht nur Vergleiche unter den Kantonen, sondern auch solche unter Gemeinden sind schwierig, weil jeder auf seiner Stufen Spielraum hat und es entsprechende Unterschiede gibt. Man sollte sich solche Vergleiche gar nicht anschauen, denn sie sind in der Schweiz in der Regel wertlos. Interessant wäre allenfalls eine Diskussion über die Ausgaben in den einzelnen Bereichen, aber auch da ist der Vergleich schwierig. Bei der Gesundheit beispielsweise steht der Kanton Zug mit 1000 Franken pro Kopf ganz am Schluss. Basel-Stadt gibt 3500 Franken aus, was sicher mit der Universität zu tun hat, und an dritter Stelle steht Nidwalden. Man fragt sich da, ob denn die Leute im Kanton Zug so gesund seien, oder was sonst der Grund sein könnte. Bei den Finanzen ist Zug an der Spitze. Das ist zu erwarten, denn die vielen hier ansässigen Firmen kosten natürlich auch. Beim Umweltschutz hingegen ist Zug wieder ganz hinten: Zug gibt nur 578 Franken, der Kanton Uri hingegen 1357 Franken pro Kopf aus. Möglicherweise sind da alle Lawinenverbauungen enthalten, die es im Kanton Zug glücklicherweise nicht braucht. Man sieht, dass diese Vergleiche sehr schwierig sind. Der Votant hat deshalb nichts gegen die 75'000 Franken für ein aussagekräftiges *Benchmarking*. Er verspricht sich davon allerdings nicht allzu viel: Sehr viel gescheiter wird man auch nach einem *Benchmarking* nicht sein.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** teilt mit, dass die Stawiko den ihr zugespielten Ball selbstverständlich aufnehmen wird. Er geht davon aus, dass die Stawiko dem beantragten Kredit von 75'000 Franken zustimmen und dem Rat zu gegebener Zeit den entsprechenden Antrag als Budget-Nachtrag stellen wird. Selbstverständlich ist auch die Stawiko an *Benchmarks* interessiert, ist man doch gerade unter Pragma auf Vergleichsmöglichkeiten angewiesen. Wenn dadurch mehr Transparenz und Klarheit entsteht, sollte das den beantragten Betrag wert sein.

Philip C. Brunner: Ein gescheiter Mann soll angeblich mal gesagt haben, man solle keiner Statistik glauben, die man nicht selber gefälscht habe – und so kommt es dem Votanten auch vor mit den Vergleichen in der «SonntagsZeitung». Er findet es wichtig, eigenverantwortlich seine Zahlen anzuschauen und selbstkritisch zu sein mit den Ausgaben. *Benchmarks* mögen vielleicht da oder dort einen Hinweis geben, verantwortlich für das Budget aber ist der Kantonsrat. Wenn jetzt die Zahlen aus dem Ruder laufen und ein Defizit von 74 Millionen Franken herausschaut, dann ist das ein Hinweis, über die Kosten nachzudenken. Dafür braucht es keine Vergleiche, die dazu noch – wie ausgeführt wurde – zum Teil sehr fragwürdig sind. Man kann Zug nicht mit Kantonen vergleichen, die Passstrassen haben oder Strassenprojekte, die Zug bereits realisiert hat. Im Gesundheitswesen zum Beispiel wird in Zug in der Politik und in der Öffentlichkeit viel zu wenig gewürdigt, dass es heute –

nach sehr emotionalen Diskussionen vor ein paar Jahren – ein zentrales Spital gibt. Die Stadt Zug musste sich damit abfinden, dass das Kantonsspital nicht mehr idyllisch am See, sondern in Baar steht. Ähnlich sind auch die jetzigen Diskussionen in der Stadt Zug: Man will eine Zentralisierung der Stadtverwaltung. Auf kantonaler Ebene spricht man schon seit einiger Zeit vom Projekt «Fokus», und der Kantonsrat hat einen Planungskredit bewilligt. Das ist nicht nur eine Investition, sondern auch eine Sparmassnahme im Rahmen der Laufenden Rechnung.
Der Votant warnt vor zu viel Hysterie, würde aber – wenn er in der Staatswirtschaftskommission wäre – dem Antrag von Andreas Hausheer zustimmen. Einige Grundlagen können nicht schaden, man darf das Ganze aber nicht überbewerten.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 10

877 Motion von André Wicki betreffend Beseitigung steuerlicher Begünstigung von Ausländerinnen und Ausländern durch die Besteuerung an der Quelle

Es liegen vor: Motion (2201.1 - 14203); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2201.2 - 14381).

Andreas Hürlimann dankt André Wicki namens der AGF für seinen Vorstoss, der zeigt, dass sich nicht nur Linke und Grüne an der steuerlichen Ungleichbehandlung stören, sondern auch weitere politische Kreise das verfassungsmässige Gleichbehandlungsgebot konsequent umgesetzt haben wollen. Denn eines ist für die AGF klar: Die Ungleichbehandlung von in- und ausländischen Personen ist nicht mehr haltbar – aus Gründen der Steuergerechtigkeit gegen aussen wie gegen innen. Mit den genau gleichen Argumenten, welche André Wicki in seiner Motion aufgeführt hat, könnte man nämlich auch bezüglich der ungerechten Pauschalsteuer argumentieren. Es ist allgemein bekannt: Unsere Regierung argumentiert bei der Steuerpolitik jeweils dem eigenen Vorteil entsprechend. Einmal will sie eine schweizweite Lösung, wie beispielsweise bei der Pauschalbesteuerung. Ein anderes Mal pocht sie auf die kantonale Steuerhoheit, wenn es um Zuger «Spezialitäten» geht. Das ist weder geradlinig noch verständlich.
Der Regierungsrat hat sich in seiner Antwort auf die Motion Wicki bemüht zu betonen, dass das aktuelle Zuger Steuergesetz die Gleichbelastung von quellenbesteuerten und ordentlich besteuerten Personen grundsätzlich sachgerecht regelt. Trotzdem kommt auch die regierungsrätliche Antwort zum Schluss, dass eine vollständige Gleichbelastung, bei der die Steuerrechnung bei einer oder einem Quellenbesteuerten gleich hoch ist wie bei einer ordentlich besteuerten Person, aktuell nicht zu erreichen ist. Hier muss nachgebessert werden.
Egal unter welcher Steuermaxime: Das verfassungsrechtlich verankerte Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit muss eingehalten werden. Und: Es darf keine Ungleichbehandlung von in- und ausländischen Personen geben. Das heisst aber nicht, dass man nun Steuerausfälle provozieren und einfach für alle den Steuersatz auf das Dumping-Niveau der Privilegierten senken soll.
Die AGF wird sich darum zusammen mit anderen Parteien und Organisationen zum Beispiel für die eidgenössische Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung einsetzen und hier in Zug die Abschaffung weiterer ungerechter Steuerprivilegien wieder einmal konkret in die Diskussion einbringen.
Der Votant ruft seine Ratskollegen auf, es wie der Zürcher FDP-Nationalrat Ruedi Noser zu halten und gemeinsam zum folgenden Fazit zu kommen: «Steuerprivile-

gien, die Ausländer besser stellen als Schweizer, sind nicht haltbar.» Und dies gilt auch für die Besteuerung juristischer Personen. Diese Haltung vertrittt die AGF schon seit Jahrzehnten. Die offizielle Schweiz hat diese Problematik aber bis heute verschlafen und reagiert nun einmal mehr erst nach massivem Druck von aussen. Schade, dass es immer nach dem gleichen Muster ablaufen muss.

Manuel Brandenberg dankt der Regierung namens der SVP-Fraktion für die Beantwortung der Fragen von André Wicki. Der Regierungsrat hat die Angelegenheit auf den Punkt gebracht, wie sie sich nach geltendem Recht darstellt. Die SVP findet auch, dass das Anliegen von André Wicki sehr begründet ist und es nicht zu Diskriminierungen von Schweizern gegenüber von Ausländern kommen soll. Sie nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Finanzdirektoren bereits daran sind, eine Ausgleichung auch für diejenigen zu finden, die nur eine Aufenthaltsbewilligung haben, so dass künftig auch Personen mit nur einjähriger Bewilligung normal besteuert werden.
Der Rundumschlag der AGF über die steuerliche Gesetzgebung des Kantons Zug war zu erwarten. Diese Gesetzgebung ist aber doch so erfolgreich, dass sie auch gute Löhne für Personen zahlen kann, die das System, von dem sie selber leben, dauernd nur kritisieren. Zu sagen ist auch, dass die von der AGF angesprochene Pauschalbesteuerung nichts zu tun hat mit dem Anliegen der Motion Wicki, sondern Ausländer betrifft, die in der Schweiz kein Einkommen erzielen. Das ist etwas ganz anders. Hier geht es darum, dass die Einkommen von in der Schweiz wohnhaften Ausländern und diejenigen von Schweizern nicht ganz genau gleich besteuert werden. Das ist ein wesentlicher Unterschied, und der Votant bittet die AGF, hier sachlich zu bleiben. Normalerweise und wenn es ihren Mühlen passt, appelliert die AGF auch gerne an die Sachlichkeit.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** geht mit Andreas Hürlimann einig, dass Gleichbehandlung eine oberste Maxime ist: Gleichbehandlung bei gleichen Voraussetzungen, Ungleichbehandlung, wenn es ungleich ist. Es ist auch richtig, dass die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgen soll. Der Finanzdirektor ist aber überzeugt, dass das Zuger Steuerrecht entsprechend ausgestaltet und – wie bereits ausgeführt wurde – differenziert ist. Ausländer, die bei uns arbeiten, werden an der Quelle, auf dem Lohn, besteuert, was zum Teil auch im Sinne einer Sicherungssteuer notwendig ist, weil die entsprechenden Personen das Land vielleicht schon längst verlassen haben, bis sie etwas deklarieren müssen. Das ist bei der Aufwandbesteuerung, die eigentlich eine Hilfsmethode zum Erfassen der steuerbaren Einkommen und Vermögen ist, ganz anders. Man muss das klar unterscheiden.
Die Antwort des Regierungsrats führt aus, dass im Kanton Zug die Regelungen bei der Quellenbesteuerung zu ganz minimalen Abweichungen führt. In anderen Kantonen sind die Unterschiede viel grösser, und besonders dort, wo die Steuerbelastung auf Gemeindeebene hoch ist, kann sich eine Ungleichbehandlung ergeben.
Abschliessend hält der Finanzdirektor, dass Andreas Hürlimann keinen anderen Antrag als denjenigen des Regierungsrats gestellt hat.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 64 zu 0 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 11

878 **Motion der SVP-Fraktion betreffend Anpassung der Sozialhilfe an das Notwendigste**

Es liegen vor: Motion (2205.1 - 14209); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2205.2 - 14459).

Manuel Brandenberg dankt im Namen der SVP-Fraktion dem Regierungsrat für den Bericht und Antrag zu ihrer Motion vom 3. Dezember 2012. Der Dank soll aber keineswegs so verstanden werden, dass er irgendeinen Enthusiasmus oder eine Begeisterung der SVP-Fraktion für die Haltung des Regierungsrats ausdrückt. Im Gegenteil: Die SVP ist enttäuscht über die Antwort des Regierungsrats. Enttäuscht nicht etwa deshalb, weil diese Antwort technisch und juristisch nicht fachmännisch erstellt worden wäre. Enttäuscht ist die SVP, weil der Regierungsrat bemüht ist, das berechtigte Anliegen der SVP schlicht zu negieren. Das Anliegen dieser Motion liegt darin, dass niemand, der nicht arbeitet, besser leben soll als jemand, der arbeitet. Von einem bürgerlichen Regierungsrat würde die SVP eigentlich erwarten, dass er diese Ansicht zunächst einmal teilt.
Der Regierungsrat bringt verschiedene Argumente gegen die Motion vor, auf die der Votant kurz eingehen möchte. Erstens behauptet der Regierungsrat, das betreibungsrechtliche Existenzminimum sei oft höher als das sozialrechtliche Existenzminimum gemäss SKOS-Richtlinien. Sollte dieses Argument zutreffen – was die SVP bestreitet – wäre es immer noch nahe gelegen, die Motion wenigstens als teilerheblich in dem Sinne zu erklären, dass die Sozialhilfe im Kanton Zug in Zukunft deutlich unter dem Standard gemäss SKOS-Richtlinien ausbezahlt würde. Denn dies ist ja ein Anliegen, welches weit über die SVP hinaus in den letzten Monaten in der Schweiz aufgenommen worden ist. Man muss die verschiedenen Missbräuche im Sozialwesen nicht noch einmal wiederholen.
Zurück zum Argument, die SKOS-Richtlinien seien strenger als das betreibungsrechtliche Existenzminimum: Der Regierungsrat untermauert dieses Argument mit zwei Fallbeispielen in der Beilage. Diese Fallbeispiele sind aus der Sicht der SVP nicht aussagekräftig, weil jeweils nur der Grundbetrag, die Wohnungskosten und die Krankenkassenkosten miteinander verglichen werden. Ausgeblendet werden bei beiden Beispielen des Regierungsrats die mannigfachen Zusatzleistungen, welche in den SKOS-Richtlinien vorgesehen sind. Da sind – um einige davon aufzuzählen – zum einen die situationsbedingten Leistungen, wie sie genannt werden. Dazu gehören:
- Hilfe, Pflege und Betreuung zuhause oder in Tagesstrukturen;
- Transport zur nächstgelegenen Behandlungsstelle;
- Hilfsmittel;
- über die Grundversorgung hinausgehende Kosten (Alternativ- und Komplementär-Medizin, Zahnversicherung für Kinder, Krankentaggeldversicherung etc.), Berufsauslagen (ÖV, Autofahrkosten, Mahlzeiten etc.);
- familienergänzende Betreuung;
- Spielgruppe zur sozialen Integration und Sprachförderung;
- Freizeitaktivitäten für Kinder;
- Schullager, Musikunterricht, Instrumentenmiete und -kauf, Nachhilfeunterricht etc.;
- besondere Kleider;
- Urlaubs- und Erholungsaufenthalte für langfristig unterstützte Personen;
- Umzugskosten;
- Möbel und Einrichtungsgegenstände;
- Hausrat- und Haftpflichtversicherungen;
- Aufenthaltsbewilligungen;

- Mehrkosten für die Ausübung eines Besuchsrechts (Reise- und Verpflegungskosten);
- weitere Kosten im Ermessen der Sozialbehörde;
- Telefonkosten ins Ausland.

Zu diesen situationsbedingten Leistungen kommen noch die sogenannten Integrationszulagen. Sie werden nicht erwerbstätigen Personen gewährt, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und sich besonders um ihre soziale- oder berufliche Integration sowie um diejenige von Menschen in ihrer Umgebung bemühen. Die Integrationszulage beträgt zwischen 100 und 300 Franken pro Person und Monat. Im vom Regierungsrat vorgelegten Beispiel der Familie mit zwei Kindern liegt die Integrationszulage somit zwischen 200 und 600 Franken pro Monat, womit man allein dadurch bei einem sozialhilferechtlichen Existenzminimum von 4360 bis 4760 Franken pro Monat ist. Demgegenüber liegt das betreibungsrechtliche Existenzminimum bei 4550 Franken, also niedriger. Nicht eingerechnet sind bei diesem Minimalbeispiel die vorher erwähnten zahlreichen situationsbedingten Leistungen, die oft bis regelmässig noch dazukommen.

Ändert man das regierungsrätliche Beispiel dahingehend, dass es sich bei der Familie mit zwei Kindern um etwas ältere Kinder im Alter von 17 und 18 Jahren handelt, erhöhen sich die Integrationszulagen – es gibt deren vier – von gesamthaft 400 auf gesamthaft 1200 Franken pro Monat. Dies ergibt ein sozialhilferechtliches Existenzminimum von 4560 bis 5360 Franken für diese Familie. Demgegenüber liegt das betreibungsrechtliche Existenzminimum nach wie vor bei 4550 Franken. Allein die praktisch standardmässig ausbezahlten Integrationszulagen führen also dazu, dass das betreibungsrechtliche Existenzminimum tiefer ist als das sozialhilferechtliche Existenzminimum gemäss SKOS-Richtlinien. Wie erwähnt, hätte sich die SVP gewünscht, der Regierungsrat hätte diese Realien in seine Berechnungen miteinbezogen. Zusammengefasst sieht man, dass die Aussage des Regierungsrats, das betreibungsrechtliche Existenzminimum sei grosszügiger als das SKOS-Existenzminimum, nur dann vertretbar ist, wenn man die zahlreichen situationsbedingten Leistungen und die standardmässig bezahlten Integrationszulagen ausblendet, was nicht der Realität entspricht.

Der Regierungsrat argumentiert weiter, die SKOS-Richtlinien hätten sich als Referenzgrösse durchgesetzt. Er argumentiert auf Seite 2 seines Berichts etwa, mit einheitlichen Richtlinien für die Sozialhilfe über die Kantonsgrenze hinaus werde eine Sogwirkung auf Sozialhilfebeziehende bzw. deren Verdrängung in andere Kantone verhindert. Könnte man das gleiche Argument nicht auch für einen einheitlichen Steuersatz bringen? Könnte das gleiche Argument nicht auch vorgebracht werden, um sämtliche Bereiche, in denen die Kantone zuständig sind, zu vereinheitlichen? Ein schlechtes Argument des Regierungsrats.

Zu guter Letzt bringt der Regierungsrat ein offenbar gegenüber dem Kantonsrat zum Standard erhobenes Argument: Er erachtet das Gesetz als «ungeeignetes Gefäss» zur Umsetzung der Motion. Der Regierungsrat findet, eine Anpassung auf Verordnungsstufe würde vollständig genügen. Der Votant möchte die Argumente nicht wiederholen, die anlässlich der letzten Kantonsratsdebatte vorgebracht wurden, als es darum ging, auf Antrag des Regierungsrats eine erheblich erklärte Motion dieses Rats in ein Postulat umzuwandeln. Der Votant erinnert sich indes gut, wie auch da der Regierungsrat argumentierte, «gesetzestechnisch» gehöre dieses Thema auf die Verordnungsstufe. Es ist – darüber sind sich wohl alle einig – vor allem ein politischer und nicht ein technischer Entscheid, was in ein Gesetz und was in eine Verordnung gehört. Wenn nun der Kantonsrat findet, die Richtgrössen für die Sozialhilfe sollten insofern ins Gesetz gehören, als die SKOS- Richtlinien

eben nicht Richtgrösse sein dürfen, dann ist das ein parlamentarischer Entscheid, der zu respektieren ist.
Aus all diesen Gründen stellt der Votant den **Antrag,** die Motion der SVP Fraktion in dem Sinne erheblich zu erklären, als das Sozialhilfegesetz dahingehend geändert wird, dass Grundlage für die Sozialhilfe der betreibungsrechtliche Notbedarf und nicht die SKOS-Richtlinien sind. Sollte der Rat diesen Hauptantrag ablehnen, was leider gut vorstellbar ist, stellt die SVP den **Antrag,** ihre Motion wenigstens in dem Sinne teilerheblich zu erklären, als die SKOS-Richtlinien als Grundlage der Sozialhilfe im Sozialhilfegesetz ausgeschlossen werden, wobei der Regierungsrat ermächtigt wird, auf dem Verordnungsweg die Bemessungsgrundlage der Sozialhilfe festzulegen, allerdings mit der parlamentarischen Auflage, dass sie um mindestens 15 Prozent unter den SKOS-Richtlinien liegt.

Esther Haas spricht im Namen der AGF. Die in der Motion kritisierten SKOS-Richtlinien als zentrales Arbeitsinstrument der direkten Sozialhilfe gewährleisten eine einzelfallgerechte Beurteilung der Situation von in Schwierigkeiten geratenen Personen. Sie sind ein taugliches Mittel zur Berechnung der erforderlichen Sozialhilfe. Die SKOS-Richtlinien definieren das soziale Existenzminimum. Zusätzlich zum absoluten Existenzminimum umfasst das soziale Existenzminimum die Teilhabe am Arbeits-, Sozial- und Kulturleben. Vielleicht stören sich die Motionäre am Zusatz, dass auch für die «Teilhabe am Sozial- und Kulturleben» etwas übrig bleiben sollte. Betrachtet man die absoluten Zahlen der Beispiele am Schluss des Berichts, wird jedem schnell klar, dass für die Teilhabe am Sozial- und Kulturleben nicht wirklich etwas übrig bleibt. Auf die Bedeutung der Teilhabe am Sozial- und Kulturleben in der Armutsbekämpfung will die Votantin nicht weiter eingehen, die absoluten Zahlen zeigen ganz einfach, wie knapp die SKOS-Richtlinien rechnen. Und jetzt will die SVP dem Rat klarmachen, dass an diesen Richtlinien geschraubt werden soll – selbstverständlich nach unten. Demnach soll – quasi zur Finanzierung der Steuergeschenke – auf Kosten der Ärmsten gespart werden. Da machte es sich die SVP-Fraktion aber gar einfach, wenn sie brav die Handlungsanweisungen der nationalen Parteileitung befolgt und das Thema auch nach Zug bringt. Denn die erwähnten Rechenbeispiele im Bericht weisen noch auf einen anderen Aspekt hin, der dem Anliegen der Motionäre die endgültige Abfuhr erteilen muss. Als Alternative zu den SKOS-Richtlinien schlagen die Motionäre vor, das betreibungsrechtliche Existenzminimum als Richtgrösse festzusetzen. Es lassen sich aber nur schwer absolute Aussagen machen, dass das betreibungsrechtliche Existenzminimum tiefer sein soll – auch wenn man vorhin anderes gehört hat. Die berechneten Beispiele am Schluss des Berichts lassen eher den Umkehrschluss zu, weil das betreibungsrechtliche Existenzminimum sehr oft höher liegt als das sozialhilferechtliche.
Die SKOS-Richtlinien machen auch deshalb Sinn, und entsprechend orientieren sich alle Kantone daran. Sie gewährleisten Rechtsgleichheit und – genauso wichtig – sie verhindern Sozialtourismus. Nicht einheitliche Regelungen würden dem Sozialtourismus Vorschub leisten. Vor allem darf man aber eines nicht aus den Augen verlieren: Die Sozialhilfe liegt bei den Einwohner- und Bürgergemeinden, und diese wollen die einheitlichen SKOS-Richtlinien. Die Regelungen lassen den Kommunen einen gewissen Ermessensspielraum. Situationsbedingte Leistungen machen es möglich, dass die Sozialhilfegelder gezielt eingesetzt werden können. Die SKOS-Richtlinien sehen zudem ein Anreiz- bzw. Sanktionssystem vor, um die Eigenverantwortung der Sozialhilfebeziehenden zu stärken. Gerade die SVP pocht doch immer wieder auf Eigenverantwortung – hier kann sie wahrgenommen werden.
Stärkung von Eigenverantwortung beinhaltet aber auch den respektvollen Umgang mit Betroffenen. Sozialhilfebezug ist nach wie vor bei sehr vielen Menschen mit

dem Gefühl von Versagen und Scham verbunden. Das wird der Votantin immer wieder vor Augen geführt, wenn beispielsweise Lernende einen geschuldeten Geldbetrag nicht sofort begleichen können, weil sie zuerst mit der Sozialbehörde Rücksprache nehmen müssen. Sie finden dann jeweils alle möglichen Begründungen, weshalb sie den Geldbetrag noch nicht dabei haben, aus Angst, die Klasse könnte erfahren, dass sie von der Sozialhilfe leben. Wenn Familien in die Armut geraten und Sozialhilfe beanspruchen müssen, sind es sowieso die Kinder, welche darunter zu leiden haben. Selbstverständlichkeiten wie die Teilnahme an einem Kindergeburtstag und das Mitbringen eines Geschenks werden ihnen verwehrt, weil Eltern mit jedem Franken rechnen müssen. Kaum jemand im Saal kann sich vorstellen, wie es ist, wenn man aus materieller Not in die gesellschaftliche Isolation abgleitet.
Zum Schluss noch etwas zum Missbrauch in der Sozialhilfe: Missbrauch durch Sozialhilfebezüger gibt es. Dies darf aber nicht zum Generalverdacht von allen Hilfsbedürftigen führen. Schliesslich stellt man die Arbeitgeber auch nicht unter Generalverdacht, nur weil ein paar unverbesserliche Arbeitgeber beispielsweise bewusst Lohndumping betreiben.
Die SKOS-Richtlinien sind Garant für eine wirksame, fachliche und menschlich vertretbare Sozialhilfepraxis, deren Anwendung sich im Kanton Zug bewährt hat.

Markus Jans: Die SP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für den ausführlichen und objektiven Bericht zu den Sozialleistungen. Auch sie ist klar für die Beibehaltung der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, die sogenannten SKOS-Richtlinien.
Auslöser für die von der SVP schweizweit lancierten Motionen zur Anpassung der SKOS-Richtlinien nach unten oder deren gänzliche Abschaffung ist die Äusserung des Präsidenten der SKOS, Walter Schmid, im Nachgang zum Bundesgerichtsurteil im Fall Berikon, dass Sozialhilfebeziehende unabhängig vom Verhalten Anrecht auf Sozialhilfe hätten. Die Sozialhilfe ist mitunter mit schwierigen Personen und Situationen konfrontiert, die Verfahren in der Sozialhilfe müssen aber rechtsstaatlich korrekt und im Sinne der Rechtsgleichheit für alle Personen gleich angewendet werden. Das hat grundsätzlich nichts mit den SKOS-Richtlinien zu tun. Das Bundesgericht hat entschieden, dass im Fall Berikon die Gemeinde grundlegende Verfahrensfehler machte, was dazu führte, dass der Entscheid der Gemeinde Berikon vom Bundesgericht nicht sanktioniert wurde.
Die SKOS ist ein Fachverband, der sich für die Ausgestaltung und Entwicklung der Sozialhilfe in der Schweiz einsetzt. Er ist entstanden, weil nach einheitlichen Kriterien in der Sozialhilfe gerufen wurde. Der Verband erarbeitet Richtlinien für die Bemessung der Sozialhilfe und passt diese regelmässig an. Die SKOS-Richtlinien haben empfehlenden Charakter. Verbindlich werden sie erst durch die kantonale Gesetzgebung, die kommunale Rechtsetzung und die Rechtsprechung. Unter den rund tausend Vereinsmitgliedern sind alle 26 Kantone und ein Grossteil der Städte und Gemeinden vertreten.
Die SP-Fraktion hält nichts davon, anstelle der SKOS-Richtlinien das betreibungsrechtliche Existenzminimum als Referenzgrösse anzuwenden. Wenn sich die Sozialhilfe nach unten zu orientieren hat, hätte dies zur Folge, dass die Minimallöhne in der freien Wirtschaft auch nach unten angepasst würden. Diese Erfahrungen hat man in Deutschland mit Hartz IV gemacht. Die prekären Anstellungsverhältnisse sind noch prekärer geworden. Die SP-Fraktion findet es sehr problematisch, wenn man die Schwächsten in der Gesellschaft materiell noch schwächer stellt. Das würde die soziale Integration dieser Leute ganz sicher nicht fördern.
Die Richtlinien der SKOS werden von Praktikerinnen und Praktikern erarbeitet und am Schluss vom SKOS-Vorstand verabschiedet, dem alle Kantone, viele Gemein-

den, Städte, Bundesämter, Verbände und private Hilfswerke angehören. Als Verband engagiert sich die SKOS für eine fachlich gute und korrekte Sozialhilfe, sie leistet insbesondere für ihre Mitglieder fundierte Grundlagenarbeit und Beratung sowie sozialpolitische Lobbyarbeit. Die SKOS-Richtlinien sind breit anerkannt und ein zentrales Arbeitsinstrument für Behörden und Mitarbeitende von Sozialdiensten. Die Richtlinien haben – wie bereits gesagt – empfehlenden Charakter und erreichen erst mit ihrer gesetzlichen Verankerung rechtliche Verbindlichkeit in den Kantonen. Durch ihre vergleichbare Anwendung verringern sich die Unterschiede bei den Leistungen für Sozialhilfebeziehende, und den Behörden steht ein sowohl zwischen den Kantonen als auch ein innerkantonal verwendbares System zur Verfügung, das sich in der Praxis bewährt hat.
In seiner täglichen Arbeit als Leiter der Sozialen Dienste der Stadt Zug ist der Votant – damit legt er auch seine Interessenbindung offen – auf klare Richtlinien und Verfahren angewiesen. Die heutige Rechtsprechung ist in der Sozialhilfe nicht einfacher als bei anderen Verfahren. Auch das betreibungsrechtliche Existenzminimum ist nicht einfacher zu handhaben und bietet aufgrund seiner Komplexität noch mehr Angriffsflächen für rechtliche Einwände. Die SKOS-Richtlinien als Ganzes sind ein umfangreiches Regelwerk und haben sich bewährt. Mit dem Austritt aus der SKOS haben sich vier Gemeinden medial in Szene gesetzt. Dass sie aber weiterhin die SKOS-Richtlinien anwenden und kein neues Instrument erfunden haben, war den Medien keine Zeilen wert.
Manuel Brandenberg hat gesagt, dass die Zulagen für eine Familie im Rahmen der minimalen Integrationszulage bis zu 1200 Franken oder noch höher gehen können. Richtig ist, dass diese Zulage für eine Familie auf 800 Franken begrenzt ist.
Die SP-Fraktion dankt dem Rat, wenn er im Sinne des Regierungsrats die Motion nicht erheblich erklärt und sie als erledigt abschreibt.

Franz-Peter Iten dankt im Namen der CVP vorerst der Regierung für den ausführlichen Bericht und Antrag. Die Motion der SVP verlangt im Endeffekt, dass in Zukunft die SKOS-Richtlinien im Kanton Zug nicht mehr angewendet werden sollen. Neu sollen die Richtlinien für die Berechnung des betreibungsrechtlichen Existenzminimums (BEM) angewendet werden.
Der Regierungsrat erachtet es als sinnvoll, die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) weiterhin anzuwenden, weil diese in allen Kantonen die Basis für die Berechnung der Sozialhilfe bilden und sich bewährt haben. Zudem hält der Regierungsrat richtigerweise fest, dass das Existenzminimum der Sozialhilfe oft tiefer ist als das betreibungsrechtliche Existenzminimum, was der Votant als ehemaliger Sozialvorsteher der Gemeinde Unterägeri nur bestätigen kann. Um ein Beispiel zu erwähnen: In den SKOS-Richtlinien ist der Grundbedarf für eine Person mit maximal 986 Franken festgehalten, während die BEM-Richtlinien den Notbedarf für alleinstehende Schuldner bei 1200 Franken ansetzen. Würde die Forderung der Motion umgesetzt, hätten Sozialhilfebezüger tendenziell mehr Geld zur Verfügung, was ja sicher nicht Absicht und Ziel der Motionäre ist. Nach Ansicht des Votanten zielt der Grundgedanke der Motion darauf hin, dass ein weiterer Schritt zur Bekämpfung des Ausländeranteils in der Schweiz gemacht werden soll. Dass mit diesem Vorgehen unsere eigenen Landsleute auf der Strecke bleiben, interessiert die Motionäre anscheinend nicht. Und was vor allem nachdenklich stimmt, ist die Tatsache, dass man vergisst und vollumfänglich ausblendet, dass es jeden treffen könnte und jeder zum Bezüger von wirtschaftlicher Sozialhilfe werden könnte.
Die über 120 A5-Seiten grossen SKOS-Richtlinien bilden eine hervorragende Grundlage für alle Einwohner- und Bürgergemeinden, in deren Zuständigkeit die wirtschaftliche Sozialhilfe in erster Linie bekanntlich fällt. Die SKOS-Richtlinien haben sich

für die Ausgestaltung und Bemessung der wirtschaftlichen Sozialhilfe als Referenzgrösse für die Kantone und die Gerichte – zu betonen: auch für die Gerichte – durchgesetzt und bewährt, obwohl es sich eigentlich nur um Empfehlungen für die beteiligten Sozialorgane handeln. Würden diese Richtlinien im Kanton Zug ausser Kraft gesetzt, müssten zusätzlich zu den BEM-Richtlinien eigene detaillierte Richtlinien für den Kanton Zug auf Verordnungsstufe erstellt werden, weil die BEM-Richtlinien die Vielfalt von Fragestellungen nicht abbilden. Und da besteht wohl der grosse Unterschied. Entsprechend detaillierte Angaben in ein Gesetz aufzunehmen, würde dessen Rahmen sprengen.
Die Motionäre blenden zudem völlig aus, dass die SKOS-Richtlinien es zulassen, besondere wirtschaftliche, gesundheitliche und familiäre Situationen von unterstützten Personen im Bonus- oder Malussystem zu berücksichtigen. Der Regierungsrat kann zudem gemäss Sozialhilfeverordnung heute schon ergänzende und präzisierende Vorschriften zu den SKOS-Richtlinien erlassen oder festlegen, dass bestimmte Teile im Kanton Zug nicht anwendbar sind. Es ist aber auch mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass für die besonderen Lebenssituationen von jungen Erwachsenen, wozu die 18- bis 25-Jährigen – also unsere Zukunft – gehören, eine mehrseitige differenzierte Praxishilfe seitens der SKOS besteht, die sich ebenfalls bewährt hat und im BEM überhaupt nicht berücksichtigt wird.
Die Motionäre monieren, dass die einheitliche Anwendbarkeit der SKOS-Richtlinien für die ganze Schweiz dem föderalistischen Gedanken widerspreche und dem Kanton Zug die Möglichkeit nehme, selber über die Höhe der Sozialhilfe zu bestimmen. Ob der föderalistische Gedanke im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Sozialhilfe richtig sei, ist zu bezweifeln und in Abrede zu stellen. Immer wieder wird zudem seitens der SVP darauf hingewiesen, dass es nicht angehe, dass durch unterschiedliche Praxen Sogwirkungen für den Kanton Zug im Vergleich zur Schweiz oder zu Europa entstehen. Da erstaunt die Haltung der SVP schon ein bisschen. Es muss hier auf verfassungsmässige Prinzipien wie Rechtsgleichheit und Willkürverbot hingewiesen werden.
2004 wurden die SKOS-Richtlinien letztmals umfassend überarbeitet. 2005, 2007, 2008 und 2010 wurde weitere Ergänzungen aufgenommen, womit auch festgehalten ist, dass die Richtlinien der veränderten Situation der Gesellschaft und Wirtschaft Rechnung trägt. Dies wird auch in Zukunft so sein. Es ist der CVP-Fraktion wichtig, dass die SKOS-Richtlinien laufend überprüft werden und somit der Entwicklung der wirtschaftlichen Sozialhilfe rechtzeitig und zeitgemäss Rechnung getragen wird. Das beinhaltet aber auch die Prüfung der monatlichen Grundbeträge wie auch der Zuschläge zum monatlichen Grundbetrag. Da muss eine kritische Prüfung erlaubt sein.
Zusätzliche Abklärungen bei gemeindlichen Sozialabteilungen im Kanton Zug und darüber hinaus haben zudem ergeben, dass die SKOS-Richtlinien für die Arbeit der Sozialorgane sehr wichtig sind. Es ist den Sozialbehörden wichtig, dass sie sich auf Unterlagen stützen können, die praxiserprobt, zeitgemäss und fundiert sind. Ein Wermutstropfen bei den SKOS-Richtlinien ist die Integrations- oder Minimalzulage, die in der Praxis viel zu diskutieren gibt. Wenn ein Beurteilungspunkt immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt, ist er nicht praxisnah. Deshalb sollte diese Zulage praxisbezogen hinterfragt und eventuell gestrichen werden – oder es sollte ein anderer Weg beschritten werden. Was aber auch immer wieder zu Behinderungen in der Arbeit der wirtschaftlichen Sozialhilfe führt, ist der Datenschutz im Allgemeinen, im gemeindeinternen Verhältnis, im Verhältnis unter den Gemeinden und Kantonen schweizweit und nicht zuletzt auch europaweit. Aus Datenschutzgründen können nicht immer alle Angaben, die für eine Berechnung der wirtschaftlichen

Sozialhilfe notwendig sind, in Erfahrung gebracht werden. Auch da sollte möglichst schnell eine Lösung gefunden werden, die diese Missstände beseitigt.
Aufgrund all dieser Überlegungen, aufgrund seiner eigenen Erfahrungen als ehemaliger Sozialvorsteher und auch als Begleiter von Sozialhilfebezügern kann der Votant, aber auch die CVP-Fraktion die Haltung der Regierung nur unterstützen, die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären und sie als erledigt abzuschreiben.

Beni Riedi: Falls ohne SKOS-Richtlinien wirklich mehr Gelder gesprochen werden könnten, dann sollten ja gerade die linken Parteien für die Motion der SVP sein. Eventuell ist es aber doch nicht so, weshalb der Votant um Unterstützung der SVP-Fraktion bittet.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern: Die SVP möchte – wie gehört – die SKOS-Richtlinien als Richtgrösse für die Sozialhilfe ersatzlos aus dem Sozialhilfegesetz gestrichen haben. Die Regierung hätte es sich einfach machen und in einer Kürzestantwort mitteilen können, dass es nichts aus dem Gesetz zu streichen gibt, das gar nicht im Gesetz steht. Dort steht nämlich in § 20: «Die Unterstützung deckt den Bedarf für einen angemessenen Lebensunterhalt» – kein Wort also von SKOS-Richtlinien. Warum aber hat der Regierungsrat einen anderen Weg gewählt? Grundsätzlich ist die Diskussion über die soziale Stabilität, wozu auch die Sozialhilfe gehört, interessant und wichtig. Politische und soziale Stabilität ist ein zentraler Standortfaktor, und die Bemühungen darum gehen auf die «Konferenz der Armenpfleger» vor ca. hundert Jahren zurück. Später wurde die SKOS gegründet, der primär die Kantone und Gemeinden angehören, also genau diejenigen Leute, die auch die Verantwortung tragen. Dadurch sind die SKOS-Richtlinien sehr breit abgestützt. Das BIP und die Sozialkosten – dazu gehört viel mehr als nur die wirtschaftliche Sozialhilfe – entwickeln sich im Gleichschritt, die wirtschaftliche Sozialhilfe hingegen ist in der Schweiz seit längerem konstant. Wenn nun die SKOS-Richtlinien empfehlen, den Grundbedarf für einen Vier-Personen-Haushalt bei 17,05 Franken pro Person und Tag festzusetzen, kann dies nach Meinung der Regierung nicht als zu viel bezeichnet werden. Wenn Manuel Brandenberg die Leistungen mit Anreizcharakter anprangert, weiss er vermutlich nicht, dass vor ca. acht Jahren die SKOS ihre Richtlinien angepasst hat. Der Grundbedarf wurde damals um 7 Prozent gekürzt, dafür wurden Leistungen mit Anreizcharakter eingeführt. Dies geschah auf Wunsch der Kantone und Gemeinden, welche dafür die Verantwortung tragen.
Ein Wechsel zum betreibungsrechtlichen Existenzminimum (BEM) schafft – wie ebenfalls schon gesagt wurde – neue Ungerechtigkeiten. Junge Erwachsene etwa würden besser gestellt. Die SKOS-Richtlinien gehen davon aus, dass sie noch zu Hause wohnen können und keine Unterstützung für eine eigene Wohnung brauchen; das ist beim BEM anders. Familien hingegen würden mit dem BEM schlechter gestellt. Manuel Brandenberg hat verschiedene weitere Leistungen bei den SKOS-Richtlinien erwähnt. Er hätte auch die Richtlinien des Obergerichts für die Berechnung des BEM vorlesen können, in denen es zum Teil ähnlich tönt: «Stehen dem Schuldner zur Zeit der Pfändung unmittelbar grössere Auslagen für Arzt, Arzneien, Franchise, Geburt, Betreuung und Pflege von Familienangehörigen oder für einen Wohnungswechsel etc. bevor» – die Direktorin des Innern will die x Seiten nicht alle vorlesen –, können diese auch angerechnet werden.
Es darf auch nicht vergessen werden, dass Alleinerziehende die grösste Gruppe in der Sozialhilfe sind. Soll ein Kind einer Alleinerziehenden nicht mehr an einem Kindergeburtstag teilnehmen können, weil man sich das Geschenk nicht leisten kann? Soll dieses Kind nicht mehr ins Klassenlager gehen dürfen und schon früh

den Armutstempel auf der Stirn tragen? Im Kanton Zug gibt es in der Sozialhilfe einen steigenden Anteil von Personen im Vorpensionierungsalter. Das sind Leute, die über Jahre hart gearbeitet und Steuern und AHV-Beiträge bezahlt haben – und ihre Stelle kurz vor der Pensionierung verloren haben. Sollen diese Leute gestraft werden?
Die Einwohner- und Bürgergemeinden halten an den SKOS-Richtlinien fest. Diese bieten den Gemeinden die nötige Handlungsfreiheit, um je nach Haushaltsituation individuell reagieren zu können; auch Kürzungen sind möglich. Es geht nicht an, die Gemeinden zu bevormunden. Aus all diesen Gründen beantragt der Regierungsrat, die Motion nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei Hauptanträge vorliegen:
• Antrag des Regierungsrats: nicht erheblich erklären und als erledigt abschreiben.
• Antrag der SVP-Fraktion: erheblich erklären.
• Antrag der SVP-Fraktion: teilerheblich erklären mit dem Wortlaut, dass die SKOS-Richtlinien als Grundlage der Sozialhilfe im Sozialhilfegesetz ausgeschlossen werden, wobei der Regierungsrat ermächtigt wird, auf dem Verordnungsweg die Bemessungsgrundlage der Sozialhilfe festzulegen, allerdings mit der parlamentarischen Auflage, dass sie um mindestens 15 Prozent unter den SKOS-Richtlinien liegt.
Gemäss § 61 Abs. 2 GO KR und gemäss Praxis gibt es eine Dreifachabstimmung. Jedes Ratsmitglied hat eine Stimme.

Die folgende Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
• Antrag des Regierungsrats: 49 Stimmen
• Antrag der SVP-Fraktion auf Erheblicherklärung: 18 Stimmen
• Antrag der SVP-Fraktion auf Teilerheblicherklärung: 0 Stimmen

➔ Damit erklärt der Rat die Motion nicht erheblich und schreibt sie ab.

TRAKTANDUM 12

879 **Motion von Vreni Wicky und Andreas Hausheer betreffend zu viel bezahlte Krankenkassenprämien**

Es liegen vor: Motion (2216.1 - 14235); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2216.2 - 14438).

Vreni Wicky muss dem Gesundheitsdirektor heute etwas an den Karren fahren, lädt ihn aber schon jetzt zum Friedensbier nach der Sitzung ein. Sie dankt der Regierung für die Antwort. Die Regierung hat sich Mühe gegeben, das Resultat ist aber ernüchternd und unbefriedigend für die Motionäre. So schreibt der Regierungsrat zum Beispiel: «Die obligatorische Krankenpflegeversicherung wird im Umlageverfahren finanziert, wobei die Prämien jeweils im Vorjahr festgelegt werden.» Das ist eigentlich nichts Neues. Und dann weiter: «Die effektiven Ausgaben sind erst im Nachhinein bekannt, so dass es unausweichlich zu Differenzen kommt. Solche Schwankungen von Jahr zu Jahr sind normal und systembedingt.» Wenn solche Schwankungen von zu wenig bezahlten Prämien – beispielsweise fast 832 Millionen Franken im Kanton Bern – bis hin zum Kanton Waadt, welcher über 602 Millionen Franken zu viel einbezahlt hat, vom Regierungsrat als «normal» angeschaut werden, versteht man die Finanzwelt des Gesundheitsdirektors nicht mehr. Man fragt sich, welches private Unternehmen solche Budgetabweichungen als nor-

mal taxieren kann. Jedenfalls war das Missbehagen in der Bevölkerung nach Bekanntwerden dieser immens fehlerhaften Rechnung des Bundes gross. Ebenso hat sich die zuständige Kommission im Ständerat nicht nur empört, sondern kurzfristig – zum Teil während der Sommerferien – zu Kommissionssitzungen aufgerufen.
Am 2. Juli dieses Jahres hat dann diese Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats den Antrag gestellt, rund die Hälfte der Differenzbeträge – über 800 Millionen Franken – auszugleichen, und zwar über drei Jahre. Die Kosten sollen zu je einem Drittel von den Versicherten in den Kantonen mit zu tiefen Prämien, den Krankenversicherungen und dem Bund getragen werden, was bedeutet, dass wiederum der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird. *Notabene* kam dieser Antrag nach dem Einreichen der zur Diskussion stehenden Motion und auf Grund des Drucks der zuständigen ständerätlichen Kommission und der Empörung in der Bevölkerung zustande.
Um zum wesentlichen Punkt zu kommen: Die Antwort des Regierungsrats zeigt, dass er die Anliegen der Motionäre und den Unmut eines grossen Teils der Zuger Bevölkerung in keiner Weise erkannt hat. Den Motionären ging es nicht «nur» um die 1,7 Millionen Franken zu viel bezahlte Zuger Prämien, sondern es geht darum, als Zuger nicht alles zu schlucken. Mit keinem Wort wird im Bericht und Antrag des Regierungsrats darauf eingegangen, beim Bund einmal zu intervenieren und die Interessen der Zuger Bevölkerung zu vertreten. Mit keinem einzigen Wort wird erwähnt, dass die Regierung willens war oder ist, sich für die Zugerinnen und Zuger einzusetzen, wie es die Motion klar formuliert: «Der Regierungsrat wird gebeten, die vom Kanton Zug zu viel bezahlten Krankenkassenprämien seit Einführung des KVG beim Bundesamt für Gesundheit samt Verzugszinsen zurückzufordern.» Der Gesundheitsdirektor will dies anscheinend nicht, hat das Grundanliegen der Motionäre nicht erkannt und hat nicht interveniert. Die Mo-tionäre sind enttäuscht über die Antwort, weil dieses Grundanliegen nicht gebührend berücksichtigt wird. Der Bund sollte doch endlich merken, dass der Kanton Zug kein «Kopfnickerkanton» ist und schön brav immer alles schluckt. Mindestens ein klares Bekenntnis zur Absicht, sich für den Kanton einzusetzen, hätte der Antwort gut getan.
Auch mit einer nun sicher folgenden, rhetorisch brillanten Antwort lässt sich diese für die Zuger Bevölkerung unbefriedigende Schlussfolgerung nicht wegdiskutieren. Deshalb stellt die Votantin den **Antrag** auf Erheblicherklärung der Motion.

Beni Riedi: Dem Bericht der Regierung lässt sich entnehmen, dass das KVG in der Vergangenheit nicht richtig vollzogen wurde. Ist jemand im Saal erstaunt, dass es nicht so recht gelingen will, das KVG ordnungsgemäss zu vollziehen? Der Votant ist es nicht. Er fragt sich, ob es daran liegt, dass Bundesbern und mit dem BAG das schlimmste und unnötigste aller Bundesämter den Vollzug macht? Entgegen seiner Gewohnheit muss der Votant hier den Bund und seine Behörden in Schutz nehmen: Nein, es liegt nicht daran. Es liegt daran, dass das KVG ein schlechtes Gesetz ist. Dieses Gesetz schiesst völlig über das Ziel hinaus. Und heute leben alle im Glauben, dass eine Schweiz ohne KVG gar nicht mehr möglich wäre. Bis 1996 war es aber möglich. Die meisten hier im Saal haben noch Erinnerungen an die Zeit vor dem KVG. Damals gab es keine unversorgten Patienten, kein Notfall wurde an der Schwelle des Spitals zurückgewiesen, für alle war ausreichend gesorgt. Was anders war, war das Niveau der Krankenkassenprämien. Diese haben sich in gut fünfzehn Jahren deutlich mehr als verdoppelt.
Die Dienstleistungen, welche im KVG enthalten sind, wurden stetig ausgebaut. Mittlerweile sind die Krankenkassenprämien aber so hoch, dass selbst im reichen Kanton Zug gegen 30'000 Einwohner auf Prämienverbilligung angewiesen sind und dafür über 50 Millionen Franken eingesetzt werden müssen. Das ist ein deutliches

Zeichen, dass das KVG so nicht weiter funktionieren kann. Es wurde nichts besser, aber alles teurer. Das KVG ist eine regelrechte eidgenössische Misserfolgsgeschichte.
Man ahnt es schon: Genau eine Partei warnte damals vor der Annahme des Gesetzes: Es war die SVP. Die CVP und die FDP glaubten Bundesrätin Dreifuss, die – das ist kein Witz – im Abstimmungskampf sagte, es werde nicht nur besser, sondern auch billiger. Im Dezember 1994 nahm das Volk mit knappen 51,8 Prozent das KVG an, und seither kommen wir aus dem Schlamassel nicht mehr hinaus. Daran wird auch die vorliegende CVP-Placebo-Empörungsmotion nichts ändern.
Wie im Bericht der Regierung zu lesen ist, liegen die derzeit ausgewiesene Abweichung von 1,7 Millionen Franken im Bereich der normalen Schwankungsbreite; bereits 2012 könne der Saldo wieder in den negativen Bereich kippen. Es gibt somit keinen Anlass, aufgrund einer Momentaufnahme beim Bund mit einer Rückerstattungsforderung vorstellig zu werden. Der Votant ruft den Rat deshalb auf, für den Antrag der Regierung zu stimmen.

Daniel Thomas Burch dankt namens der FDP-Fraktion dem Regierungsrat für die differenzierte Auslegeordnung zur Problematik der zu viel bezahlten Prämien. Tatsächlich ist die Situation ärgerlich und die Empörung verständlich, aber die Stossrichtung der Motion ist falsch. Trotz des nahenden Wahlkampfs gilt es, die Verhältnismässigkeit zu wahren. Wenn man wegen knapp 1,7 Millionen Franken einen NFA-Boykott fordert, verkennt man die wahren Probleme des Kantons. 1,7 Millionen Franken entsprechen lediglich 14 Franken pro Kopf der Bevölkerung, und das über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren, also weniger als 1 Franken pro Jahr. Dagegen zahlt jede Zugerin und jeder Zuger für den NFA jährlich exakt 2500 Franken mehr, das heisst 2514 Franken – *da* muss man den Hebel ansetzen. Beim Ausgleich der zu viel bezahlten Krankenkassenprämien ist das Bundesparlament nämlich bereits am Werk, und der Ständerat hat auch schon eine Lösung gefunden. Zudem sind Bestrebungen im Gang, dass künftig die Prämien konsequent den Kosten in den einzelnen Kantonen entsprechen.
Der Regierungsrat hat klar aufgezeigt, dass für Schnellschüsse kein Bedarf besteht. Dieser Schlussfolgerung schliesst sich die FDP-Fraktion an. Sie weiss dabei auch den CVP-Finanzdirektor auf ihrer Seite. Gerne zitiert der Votant dazu aus einem Zeitungsinterview vom 26. Januar 2013:
Frage: «Peter Hegglin, Genf und weitere Kantone drohen damit, die Zahlungen an den Finanzausgleich zu sistieren, wenn zu viel einbezahlte Krankenkassenprämien nicht zurückbezahlt werden. Wie werten Sie als Vizepräsident der Finanzdirektorenkonferenz diese Drohung?»
Antwort von Peter Hegglin: «Diese zwei Themen haben rechtlich miteinander nichts zu tun. Eine einseitige Verrechnung ist deshalb nicht statthaft. Wenn man mit den Entscheiden nicht einverstanden ist, gibt es Rechtsmittel, aber auch den Weg mit politischen Instrumenten. Sollten solche Drohungen erfolgreich sein, wäre das unserem Rechtsstaat abträglich.»
Die FDP-Fraktion teilt die Haltung des Finanzdirektors und hat seiner Aussage nichts hinzuzufügen. Sie bittet, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Für **Philip C. Brunner** gibt es nur ein Wort: Das ist eine Punktlandung.

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** ist über die emotionalen Voten zu dieser Motion nicht überrascht. Tatsächlich bewegen die Themen NFA und Krankenkassenprämien die Gemüter. Der Gesundheitsdirektor kann den Ärger gut verstehen. Aber es ist völlig unverhältnismässig und auch falsch, der Regierung vorzuwerfen, sie habe

die Anliegen der Motionäre nicht ernst genommen, beim Bund keinen Einhalt gefordert oder sich nicht für die Bedürfnisse der Zuger Bevölkerung eingesetzt. Über das KVG kann man geteilter Meinung sein. In der Bevölkerung hört man, dass wir zwar hohe Kosten hätten, die Leistungen des Gesundheitssystems insbesondere im Kanton Zug aber entsprechend gut seien. Zudem liegt der Kanton bezüglich der Belastung durch die obligatorische Gesundheitsausgaben an erster Stelle – oder anders gesagt: Wir geben als Bürger am wenigsten Geld für die Gesundheit aus, dies auch aus der Sicht des Staates. Mit Poltern löst man in diesem Bereich keine Probleme, erst recht nicht im vorliegenden Fall, der Rückzahlung der zu viel oder zu wenig bezahlten Prämien. Selbst im Kanton Genf mit 350 Millionen Franken zu viel bezahlten Prämien haben sich die Wogen inzwischen wieder geglättet. Wie es dort heisst, begrüsse man die Lösung, die sich im Bundesparlament jetzt in der Herbstsession und sicher in der Frühjahrssession abzeichnet. Von einem Genfer NFA-Boykott hört man auf jeden Fall nichts mehr.
Auch für den Kanton Zug empfiehlt es sich, kühlen Kopf zu bewahren. Betrachtet man alle seit 1996 im Kanton Zug zu viel oder zu wenig bezahlten Prämien – der Gesundheitsdirektor präsentiert dazu ein entsprechendes Diagramm –, so zeigt es sich, dass in den ersten beiden Jahren über 10 resp. 15 Millionen Franken zu viel bezahlt wurden. 2001 und 2002 waren es dafür 10 bzw. 12 Millionen Franken zu wenig. Total wurden in diesen sechzehn Jahren 40 Millionen zu viel und 38,4 Millionen Franken zu wenig bezahlt, per Saldo also 1,6 Millionen Franken zu viel – in der Tat eine Punktlandung. Die Situation kann sich aber schnell ändern. Beispielsweise war der Kanton Zug 2010 per Saldo 4,8 Millionen im Minus. Wenn man 2011 zurückfordert, so hätte man 2010 also zurückzahlen müssen. Das aber wäre völliger Unsinn. Vielmehr braucht es eine nachhaltige Regelung.
Eine solche Lösung wird derzeit im Bundesparlament beraten in Zusammenhang mit dem neuen Krankenversicherungsaufsichtsgesetz. Die Zukunft dieser unsäglichen Situation ist geregelt, und es geht jetzt noch um die Bewältigung der Vergangenheit von 1996 bis heute. Der Anstoss erfolgte vor allem auf Druck der Kantone, insbesondere auch von Zug. Zwei Punkte sind dabei wichtig: Erstens die Forderung, dass alle Jahre bis zurück nach 1996 einbezogen werden. Das ist für den Kanton Zug ganz wichtig, wie man auf der Grafik gesehen hat. Zum Glück ist der Ständerat auf diese Linie eingeschwenkt. Die Kommission wollte nämlich nur die letzten zwölf Jahre berücksichtigen, was für Zug ein Minus bedeutet hätte.
Die zweite Forderung des Regierungsrats ist, dass sich der Bund finanziell an der Lösung beteiligt. So hat die Zuger Regierung bereits 2011 in einer Vernehmlassung klargestellt, dass «der Bund die Hauptverantwortung für das Malaise trägt. Er hat es unterlassen, die gesetzlichen Bestimmungen so auszugestalten, dass es gar nicht erst zu Differenzen wegen zu viel bzw. zu wenig bezahlter Prämien kommt.» Und weiter: «Es ist nicht einzusehen, wieso nun die Kantone [...] für diese Versäumnisse büssen sollen. Wenn in diesem Zusammenhang an die freundeidgenössische Solidarität appelliert wird, ist aus Zuger Sicht darauf hinzuweisen, dass beim interkantonalen Finanzausgleich diese Solidarität bereits aufs Äusserste strapaziert wird.»
Der Regierungsrat hat also kein Blatt vor den Mund genommen und sich seit Jahren in dieser Sache eingesetzt. Er ist und bleibt am Ball. Letztlich entscheidet das Bundesparlament, und dort gilt es Einfluss zu nehmen. Ein NFA-Boykott ist in diesem Zusammenhang weder zulässig noch hilfreich. Der Regierungsrat bittet deshalb, die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 51 zu 14 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 13

880 Postulat von Florian Weber und Franz Hürlimann betreffend Ausbau Autobahn-Halbanschluss Arth

Es liegen vor: Postulat (2273.1 - 14391); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2273.2 - 14423).

Franz Hürlimann dankt vorerst der Regierung für die prompte Antwort. Sie zeigt deutlich auf, wo der Widerstand gegen einen Halbanschluss an die A4 bei Arth zu finden ist.
Das zunehmende Verkehrsaufkommen entlang des Zugersees ist Hintergrund für die Besorgnis vieler Walchwiler. Wird der Stadttunnel dereinst eröffnet, wird der Verkehr noch deutlich zunehmen. Wenn auch das Ergebnis der Antwort für die Postulanten enttäuschend ist, gibt die Regierung doch wenigstens die Gewissheit, dass sie das Anliegen aufgenommen hat und hoffentlich auch weiter verfolgen wird. Die Schwerfälligkeit des Bundesamts für Verkehr (ASTRA) ist ja aus anderen Fällen bestens bekannt. So bleibt wenigstens die Hoffnung, dass man eventuell – und dann auch nur vielleicht – bei einer Sanierung, jedoch nicht vor 2022, wieder darüber nachdenken wird.

Rainer Suter dankt der Baudirektion für die ausführliche und interessante Antwort auf das Postulat. Die Auskunft war wieder einmal sehr überzeugend und klar. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag der Regierung zu, das Postulat erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.
Als regelmässiger Benutzer dieser Autobahn für die Fahrt von Cham ins Wallis ist dem Votanten dieser Nationalstrassenabschnitt bestens bekannt. Ob dies auch bei den beiden Postulaten so ist, entzieht sich seiner Kenntnis. Mit den Ausfahrten Arth mit einer Autobahndistanz von 5 Kilometer ab Küssnacht, weiter nach Goldau 7 Kilometer, nach Seewen 3 Kilometer und Brunnen mit 11 Kilometer ist dieser Streckenabschnitt bestens erschlossen. Bei diesen Zahlen erkennt man gleich, dass das zuständige Bundesamt ASTRS den Halbanschluss in Arth mit Auffahrt Richtung Zug mit der Einfahrten-Distanz Küssnacht–Goldau von 12 Kilometer nicht zuoberst auf seiner Prioritätenliste hat. Dennoch ist der Baudirektor mit seinem Amtskollegen aus Schwyz in Verbindung, um sich dieser Herausforderung zu stellen und ein möglichst gutes Ergebnis in diesem Verkehrsdossier zu erzielen.
Bedenkt man nun, dass der Halbanschluss auf dem Hoheitsgebiet des Kantons Schwyz liegt und das ASTRA dafür zuständig ist, fragt man sich, ob dieses Postulat wirklich notwendig war und ob nicht eine Vorabklärung beim Baudirektor genügt hätte, bevor man das ganze «Rösslispiel» in Bewegung setzt. Das sehr belastete Tiefbauamt wäre darüber sicherlich nicht traurig gewesen.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass die von Franz Hürlimann angenommene Verkehrszunahme wegen des Stadttunnels nicht so sicher ist. Modellberechnungen zeigen vielmehr, dass die Verkehrszunahme – wenn überhaupt – relativ marginal sein wird. Man kann also nicht sagen, dass der Stadttunnel zu einer exorbitanten Verkehrszunahme führt. Und was die Schwerfälligkeit des ASTRA betrifft: Erstens ist beim ASTRA das Geld nicht vorhanden, nicht einmal für den betrieblichen Unterhalt, geschweige denn für gewisse Investitionen. Man muss deshalb Prioritäten setzen. Zum andern ist eine Autobahn keine Erschliessungsstrasse, und alle drei oder fünf Kilometer Auf- und Abfahrten zu haben, ist für ein übergeordnetes Strassennetz ein Problem. Das führt zur angesprochenen «Schwerfälligkeit», hat das ASTRA doch auf anderen Strecken grössere Herausforderungen als gerade in Arth. Der Regierungsrat versteht aber das Anliegen des Postulats. Er hat sich für Walch-

wil eingesetzt und drei Mal nachgestossen, auch kürzlich wieder. Es ist also nicht der Kanton Zug, der dem Ansinnen entgegenstehen würde.
Eine Hoffnung gibt es: Wenn die Autobahn A4 zwischen Arth und Küssnacht einmal saniert wird, besteht die Chance, dass für die Sanierung eine Transportpiste gebaut wird und allenfalls daraus ein Halbanschluss entstehen könnte. Das steht aber noch in den Sternen.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 55 zu 1 Stimmen erheblich und schreibt es als erledigt ab.

881 Nächste Sitzung

Donnerstag, 7. November 2013 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

59. Sitzung: Donnerstag, 7. November 2013 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.25 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
3. Kantonsrats-Ersatzwahl in der Gemeinde Baar:
3.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl
3.2. Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch Andreas Lustenberger
4. Kommissionsbestellungen
5. Gesetz betreffend Anpassung kantonaler Erlasse an den Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates der Europäischen Union vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, sowie weitere Gesetzesänderungen
6. Postulat von Manuel Brandenberg und Philip C. Brunner betreffend Kreuz im Gerichtssaal des Obergerichts des Kantons Zug
7. Geschäfte, die am 31. Oktober 2013 nicht behandelt werden konnten:
7.1. Interpellation der SP-Fraktion und der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Geschlechtergleichstellung im Kanton Zug
7.2 Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Internierung abgewiesener Asylbewerber
7.3. Interpellation von Andreas Hürlimann betreffend Ende der Steuer-Sorglosigkeit für Pauschalbesteuerte und andere Steuerflüchtlinge
7.4. Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitik kein «Wachstum mit Grenzen»
7.5. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Tüftellabor Einstein
7.6. Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend «Leiter Aufsicht in den sozialen Diensten Asyl»
7.7. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend die negativen unternehmerischen Folgen des Rauchverbots und der staatlichen Präventionsgesetzgebung
7.8. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Massnahmen gegen Missstände in der Rohstoffbranche
7.9. Interpellation von Eusebius Spescha betreffend Mindestlöhne als Teil einer Strategie zur Armutsbekämpfung
7.10. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Vollzug der «Lex Koller» im Kanton Zug
7.11. Interpellation von Beni Riedi betreffend Benutzung der neuen Medien durch die Insassen der Strafanstalt Bostadel

7.12. Interpellation von Andreas Hausheer, Manuel Brandenberg und Daniel Thomas Burch betreffend mögliche Auswirkungen einer Annahme der Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» auf den Kanton Zug und die Gemeinden im Kanton Zug

8. Interpellation von Gabriela Ingold und Barbara Strub betreffend Umfahrung Unterägeri bzw. Bauvorgaben im Kanton Zug.

882 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 71 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jürg Messmer und Cornelia Stocker, beide Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Beat Iten, Unterägeri; Gloria Isler, Baar; Christoph Bruckbach, Cham; Thomas Villiger und Leonie Winter, beide Hünenberg; Monika Weber, Steinhausen.

883 Mitteilungen

Der Bildungsdirektor muss sich für die Vormittagssitzung entschuldigen. Als Präsident der Bildungsdirektorenkonferenz eröffnet er in Luzern die Zentralschweizer Bildungsmesse ZEBI. Für die Nachmittagssitzung wird er wieder zurück sein.

Der Finanzdirektor wird in der Nachmittagssitzung fehlen. Er ist an einer Anhörung bei der WAK des Ständerats in Bern.

Der Baudirektor ist im Moment noch im Saal, wird aber in einer halben Stunde die Sitzung verlassen. Er nimmt an einer Verwaltungsratssitzung der AXPO teil.

Ein Kamerateam des Fernsehsenders «France 2» wird heute ein Interview mit Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel machen. Dieser wird daher phasenweise den Saal verlassen. Die Journalisten aus Frankreich möchten auch Aufnahmen vom Parlamentsbetrieb machen. Gestützt auf § 31bis Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung fragt der **Vorsitzende** den Rat, ob er damit einverstanden ist.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Auf Bitte des Landschreibers teilt der **Vorsitzende** mit, dass in § 51 Abs. 1 des Wahl- und Abstimmungsgesetzes (WAG, BGS 131.1) der Passus «[...] und der Regierungsrat bei Regierungsratswahlen» mit dem Inkrafttreten der Änderung von § 78 Abs. 2 und 3 der Kantonsverfassung (Majorzwahl für den Regierungsrat) obsolet geworden ist. Es ist im Regierungsrat kein Nachrücken mehr möglich. Die Kantonsverfassung als übergeordneter Erlass geht dem Gesetz vor. Der genannte Teil des Gesetzes darf daher nicht mehr angewendet werden. Die Staatskanzlei wird folglich in der rechtlich nicht verbindlichen Bereinigten Gesetzes-Sammlung (BGS) diesen Passus entfernen.

Manuel Brandenberg dankt der Staatskanzlei dafür, dass sie den erwähnten Passus nur in der rechtlich nicht verbindlichen Bereinigten Gesetzes-Sammlung entfernt. Die Übergangsbestimmungen gemäss § 2 der Kantonsverfassung sehen nämlich vor, dass ein Gesetz möglichst rasch formell revidiert werden muss. Er

geht davon aus, dass auch der Kantonsrat irgendwann auch noch formell über diese Aufhebung beschliessen wird.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die formelle Aufhebung durch den Kantonsrat selbstverständlich noch erfolgen wird.

TRAKTANDUM 1

884 Genehmigung der Traktandenliste

Aufgrund diverser Absenzen von Regierungsratsmitgliedern und politischer Aktualität schlägt der **Vorsitzende** folgende Umstellungen vor:

• Im Anschluss an Traktandum 6 (Postulat Brandenberg/Brunner) werden behandelt:
- Interpellation der SP-Fraktion und der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Geschlechtergleichstellung im Kanton Zug
- Interpellation Messmer/Brunner betreffend «Leiter Aufsicht in den sozialen Diensten Asyl».

• Am 24. November 2013 findet die Abstimmung zur «1:12-Initiative» statt. Die Beantwortung der Interpellation Hausheer/Brandenberg/Burch betreffend mögliche Auswirkungen auf den Kanton Zug bei Annahme macht nach dem Abstimmungssonntag keinen Sinn mehr, weshalb das Geschäft 2279.1 ebenfalls vorgezogen werden soll.

• Da der Finanzdirektor am Nachmittag abwesend ist, wird die Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitk kein «Wachstum mit Grenzen» heute nicht behandelt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 2

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 3

Kantonsrats-Ersatzwahl in der Gemeinde Baar:

885 Traktandum 3.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl**

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2298.1 - 14460).

Der Rat befindet gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Ersatzwahl von Andreas Lustenberger für die per 30. Oktober 2013 zurückgetretene Kantonsrätin Anna Lustenberger-Seitz. Andreas Lustenberger ist im Saal. Es gibt keinen anderslautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrats.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von **Andreas Lustenberger**

Der **Vorsitzende** gratuliert Andreas Lustenberger zu seiner Wahl. Der Gewählte tritt sein Amt sofort an.

886 Traktandum 3.2: **Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch Andreas Lustenberger**

Andreas Lustenberger möchte den Eid ablegen. Der Vorsitzende bittet ihn, nach vorne zu treten. Der Rat erhebt sich. Der Landschreiber liest die Eidesformel.

Andreas Lustenberger spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst Andreas Lustenberger herzlich willkommen im Rat und wünscht ihm viel Energie und Befriedigung bei seiner politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

TRAKTANDUM 4
Kommissionsbestellungen:

887 Traktandum 4.1: **Ersatzwahl in die Kommission für Tiefbauten**

Die AGF ersucht darum, Andreas Lustenberger neu und an Stelle von Anna Lustenberger-Seitz in die Kommission für Tiefbauten zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

888 **Gesetz betreffend Anpassung kantonaler Erlasse an den Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates der Europäischen Union vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, sowie weitere Gesetzesänderungen**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2165.1/.2/.3/.4/.5/.6 - 14116/17/18/19/20/21), der Erweiterten Justizprüfungskommission (2165.7 - 14372) und der Staatswirtschaftskommission (2165.8 - 14373).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission Eintreten und Zustimmung unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge beantragt. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Eintreten und Zustimmung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge.

EINTRETENSDEBATTE

Thomas Werner, Präsident der Erweiterten Justizprüfungskommission: Die Erweiterte Justizprüfungskommission hat die Vorlagen über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, sowie weitere Gesetzesänderungen an drei Sitzungen im Oktober, November und Dezember 2012 beraten. Bei dieser Vorlage geht es um die Umsetzung des erwähnten Rahmenbeschlusses, welcher Anpassungen diverser kantonaler Gesetze nach sich zieht. Das heute geltende Recht entspricht nicht den Vorgaben hinsichtlich der institutionellen Unabhängigkeit des

Datenschutzbeauftragten. Zur Herstellung dieser Unabhängigkeit gibt es verschiedene Varianten: einerseits Wahl durch den Kantonsrat oder durch eine kantonsrätliche Kommission, andererseits aber auch die Wahl durch den Regierungsrat, wobei diese Wahl durch den Kantonsrat zu genehmigen wäre. Der Bund hat den Systemwechsel bereits vollzogen. Neu muss die Wahl des Datenschutzbeauftragten, welche durch den Bundesrat erfolgt, vom Parlament genehmigt werden. Bei den Kantonen sieht es so aus, dass zehn Kantone die Wahl des Datenschutzbeauftragten durch den Kantonsrat eingeführt haben. Drei davon tun dies durch eine kantonsrätliche Kommission, und drei weitere Kantone haben die Lösung des Bundes übernommen. Der Antrag des Regierungsrats sieht vor, dass im Kanton Zug der Datenschutzbeauftragte analog zur Ombudsperson künftig durch den Kantonsrat gewählt wird. Dadurch soll gewährleistet sein, dass der Datenschutzbeauftragte völlig losgelöst von der Regierung und Verwaltung arbeitet.
In der Erweiterten Justizprüfungskommission wurde in der Eintretensdebatte zuerst eingehend darüber diskutiert, was überhaupt passieren würde, wenn man nicht eintreten und in dieser Angelegenheit einfach nichts tun würde. Es würde im Moment wohl tatsächlich nichts ändern. Von Zeit zu Zeit wird aber geprüft, wie die Staaten die Abkommen ratifizieren, und die Gesetzgebung des Kantons Zug würde evaluiert werden. Wird dabei festgestellt, dass die zugerische Gesetzgebung nicht schengenkonform ist, würde dazu ein offizieller Bericht erstellt mit der Empfehlung, dass dieser Zustand innert Frist zu ändern sei. Die Kündigung des Abkommens mit der Schweiz wegen eines einzelnen Kantons ist zwar eher unwahrscheinlich, trotzdem ist die Kommission der Ansicht, dass dies dem Kanton Zug oder mindestens seinem Ansehen eher schaden würde. Auch die Zuger Polizei ist in das Schengen-Informationssystem ein- oder vielleicht besser gesagt angebunden. Hier besteht eine europaweite Fahndungsdatenbank, welche einigermassen gut funktioniert und für die Polizeiarbeit wichtig ist, auch wenn kürzlich die Leistung dieses Systems geschmälert wurde.
Durch die Wahl des Datenschutzbeauftragten durch den Kantonsrat wird dessen Stellung aufgewertet, und es fragt sich, ob und wie überhaupt noch Einfluss genommen werden kann. Gerade die Wahl resp. Wiederwahl gab zu Diskussionen Anlass. So könnte zum Beispiel der Datenschützer nicht einfach nicht mehr gewählt werden. Die Kommission wird deshalb in der Detailberatung entsprechende Anträge zur Wahl resp. Wiederwahl des Datenschutzbeauftragten stellen.
Weiter stellte die Kommission fest, dass die institutionelle Frage gleichermassen den Datenschutzbeauftragten wie auch die Ombudsperson betrifft. Beide sollen so verwaltungsunabhängig wie möglich sein. Die Kommission ist deshalb der Meinung, dass es gerechtfertigt ist, auch beim Wahlmechanismus beide Stellen gleich zu behandeln, und schlägt auch entsprechende Änderungen im Ombudsgesetz vor.
Der Präsident der Justizprüfungskommission dankt nochmals herzlich für die guten und intensiven Diskussionen sowie für die Unterstützung aller Beteiligten. Die Kommission stimmte mit 15 zu 0 Stimmen für Eintreten. Nach der Beratung stimmte die Justizprüfungskommission der Vorlage 2165.2 unter Berücksichtigung der von ihr vorgeschlagenen Änderungen einstimmig zu.

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission: Eine alte Vorlage kommt heute hoffentlich zu einem guten Abschluss. Die Vorlage des Regierungsrats datiert vom Juni 2012; die Justizprüfungskommission (JPK) hat ihre Beratung im Dezember 2012 abgeschlossen, der entsprechende Bericht lag allerdings erst im Mai 2013 vor. Als Folge konnte die Stawiko das Geschäft an ihrer Sitzung vom 12. Juni zum ersten Mal behandeln. Dabei beschränkte sie sich auf die Vorlage 2165.2, weil nur diese Vorlage finanzielle Auswirkungen hat. In der ersten Sitzung

ergaben sich personalrechtliche Fragen, die nicht abschliessend geklärt werden konnten. Die Stawiko gab deshalb der Finanzdirektion einen Abklärungsauftrag. Im Verlauf des Sommers erhielt sie die entsprechenden Antworten, so dass sie im September das Geschäft in einer zweiten Sitzung abschliessend behandeln konnte. Die Antworten der Finanzdirektion flossen in die Beratung ein und finden auch ihren Niederschlag im Bericht der Stawiko.
Die Stawiko hat in ihrer Diskussion festgestellt, dass es um zwei Hauptthemen geht: einerseits um Wahl, Wiederwahl oder Abwahl der Amtsträger Datenschutz und Ombudsstelle, andererseits – und damit verbunden – um finanzielle Auswirkungen wie Abgangsentschädigung, Gehaltseinstufung etc. Die Stawiko ist zum Schluss gekommen, die von der JPK vorgeschlagene Amtszeitbeschränkung nicht zu unterstützen. Für diesen Entscheid sprechen verschiedene Gründe. Einerseits ist die Amtszeitbeschränkung ein Instrument, das im Kanton Zug vollständig unbekannt ist; dem Votanten ist auch beim Bund nichts Derartiges bekannt. Zudem wäre der *Knowhow*-Verlust zu gross, wenn nach acht Jahren jeweils gewechselt würde. Die Erfahrung geht verloren, und geeignete neue Kandidaten stehen in diesen Spezialgebieten nicht einfach auf der Matte. Die Stawiko schlägt dem Rat deshalb vor, die Anträge der JPK bezüglich Amtszeitbeschränkung nicht zu unterstützen und den Anträgen des Regierungsrats zu folgen. Als Folge davon ist zu erwähnen, dass die Artikel, welche die erwähnten finanziellen Auswirkungen haben, natürlich obsolet werden, wenn die Amtszeitbeschränkung nicht kommt.
Zur Kernaufgabe der Stawiko – sie hat die finanziellen Auswirkungen einer Vorlage zu prüfen –: Der Regierungsrat erwähnt, dass bei der Polizei zusätzliche 0,7 Stellen geschaffen werden müssen. Die Stawiko folgt diesem Antrag und ist der Meinung, dass diese Mittel korrekt und richtig eingesetzt werden. Sie beantragt, auf das Geschäft einzutreten und ihm mit den in der Synopse wiedergegebenen Änderungen zuzustimmen.

Eugen Meienberg macht, bevor er die Haltung der CVP-Fraktion zum Eintreten auf diese Vorlage darlegt, ein paar Vorbemerkungen. 2008 wollte man in vorauseilendem Gehorsam gewisse Anpassungen im zugerischen Recht vornehmen, obwohl der Rahmenbeschluss noch gar nicht vorlag. Der damalige Landammann ging am Tag der Kantonsratssitzung extra zur Post und schaute im Postfach nach, ob die Beschlüsse als Begründung eingetroffen seien. Die Kommission und der Kantonsrat liessen sich aber nicht beeindrucken und bestimmten damals, dass man die Beschlüsse dann anpassen solle, wenn sie wirklich vorliegen und man weiss, was Sache ist. Man sprach damals von Abmahnungen und Sanktionen seitens der EU gegen die Schweiz, weil der Kanton Zug nicht sofort vollziehe. Es wurden verschiedene Szenarien herumgereicht, und man hätte meinen können, Zug werde von der Landkarte gestrichen. Auch der Datenschützer glaubte, nicht genügend unabhängig zu sein, wenn er wie andere Staatsangestellte durch den Regierungsrat gewählt werde.
Passiert ist nichts. Zug ist immer noch auf der Landkarte, und der Datenschutzbeauftragte konnte in völliger Unabhängigkeit seiner Arbeit nachgehen und am Ende des Jahres in seinem Tätigkeitbericht darlegen, was er alles gemacht und erreicht oder nicht erreicht hat. Er konnte sich in seinem Bericht auch immer wieder genügend über die Regierung und den Kantonsrat beschweren, zuletzt nachzulesen im Tätigkeitsbericht 2012; zu empfehlen ist dort das Kapitel «Mitarbeit bei der Gesetzgebung».
Nun liegen die verbindlichen Vorgaben vor. Die Vorlage wurde durch die Kommission Ende 2012 fertig beraten, und im Mai 2013 folgte der Kommissionsbericht. Das Geschäft wurde vor den Sommerferien schon einmal traktandiert, dann aber

wieder von der Traktandenliste entfernt, weil Abklärungsaufträge der Stawiko noch Zeit brauchten. Die CVP-Fraktion bemängelt die lange Dauer, bis das Geschäft nach Abschluss der Kommissionsarbeit in den Kantonsrat kommt. Das macht die Beratung nicht einfacher. 2008 war der Turbo drin, jetzt ein Bremsklotz. Ob das wohl mit der Parteizugehörigkeit der Kommissionspräsidien zu tun hat? So oder so: Es hat wirklich zu lange gedauert.
Im Namen der CVP-Fraktion muss der Votant noch eine weitere Mängelrüge anbringen: Im Kommissionsbericht sind lediglich die Abstimmungsresultate beim Eintreten und bei der Schlussabstimmung vermerkt. Es würde aber auch interessieren, wie die Stimmungslage bei den vorgebrachten Änderungsanträgen ist; man könnte diese dann in der Vorberatung in den Fraktionen entsprechend gewichten. Die CVP-Fraktion wünscht also vom Verfasser der JPK-Berichte, jeweils die Stimmenverhältnisse bekanntzugeben.
Die CVP-Fraktion hat einstimmig Eintreten auf die Vorlage beschlossen. In der Fraktion wurden zwei Grundsatzentscheide betreffend die Wahl der Ombudsstelle und des Datenschutzbeauftragten gefällt. Eine Mehrheit der CVP-Fraktion unterstützt bei der Wiederwahl den Vorschlag des Regierungsrats. Der Votant verhehlt aber nicht, dass es gewisse Bedenken gibt, ob das nach unserem Recht geht, oder ob schlussendlich nicht doch Schengen-Recht zum Zuge kommt. Bei der Frage der Amtszeitbeschränkung sagt eine satte Mehrheit der CVP-Fraktion, dass Neuwahlen immer möglich sind; sie will also keine Amtszeitbeschränkung. In der Folge werden die entsprechenden Anpassungen in den verschiedenen Gesetzen unterstützt. Eigentlich wäre der Votant froh, wenn man diese Grundsätze auch heute so fällen und die Vorlage dann entsprechend der gewählten Variante durchberaten könnte. Das würde es für alle ein bisschen einfacher machen – wenn dies überhaupt möglich ist.
Abschliessend noch ein Satz zur Geschäftsordnung des Kantonsrats im Hinblick auf die Prüfung des Kantons- und Strafgerichts: Die CVP-Fraktion lehnt den angekündigten Ordnungsantrag der Kommission Geschäftsordnung Kantonsrat mehrheitlich ab. Wird dieser tatsächlich gestellt, wird sich der Votant dazu nochmals zu Wort melden.

Adrian Andermatt als Sprecher der FDP-Fraktion hält zuerst die Ausgangslage fest: Der Kantonsrat hat wenig Spielraum bei dieser Vorlage. Es gilt, kantonale Gesetze anzupassen. Es geht um einen höheren Standard im Bereich Datenschutz und um die Unabhängigkeit der Datenschutzstelle. Offenbar genügen die heutigen formellen Grundlagen der Datenschutzstelle dieser Unabhängigkeit nicht – obwohl dem Votanten nicht bekannt ist, dass die offenbar ungenügende formelle Unabhängigkeit materiell je zu einem Problem geführt hätte. Die Wahl bzw. Unabhängigkeit soll gemäss Regierung dem Modell der Ombudsperson folgen; die Wahl soll also durch den Kantonsrat erfolgen.
Die FDP-Fraktion nimmt den beschränkten Handlungsspielraum zur Kenntnis. Eintreten war unbestritten. Im Ergebnis folgt die FDP dem Vorschlag der Regierung, jedoch mit den von der JPK beantragten Anpassungen.
Zum Kantonsrat als Wahlbehörde: Der Regierungsrat schlägt den Kantonsrat als Wahlbehörde vor, was die JPK als vorberatende Kommission unterstützt. Es wird also eine politische Wahl gewünscht. Bei einer solchen Wahl entscheidet eine Mehrheit, und deren Entscheid kann man nicht sachlich oder logisch begründen – es ist schlicht und einfach die Willkür der Mehrheit. Das ist bei einer politischen Wahl gewünscht und unabdingbar – und auch gut so. Der Regierungsrat sieht dies leider anders. Eine Nichtwiederwahl soll nur dann zulässig sein, wenn es dafür einen sachlichen Grund im Sinne des Arbeitsrechts gibt. Eine Nichtwiederwahl darf also

nicht sozusagen willkürlich erfolgen. Die Regierung verweist dabei auf Lehre und Rechtsprechung in diesem Bereich.
Für die FDP ist dies ein Widerspruch. Wenn der Kantonsrat wählt, dann entscheiden 41 Stimmen darüber, wer gewählt ist. Das ist Demokratie, und das muss jeder, der sich einer Wahl stellt, akzeptieren, auch Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt der Ombudsperson oder des Datenschützers. Es gilt aber auch die Konsequenzen daraus zu ziehen, dass Lehre und Rechtsprechung in diesem Zusammenhang offenbar höhere, für den Votanten nicht nachvollziehbare Voraussetzungen stellen, nämlich das Verbot angeblicher Willkür bzw. der sachliche Grund, der vorliegen muss. Genau das ist der Grund, weshalb die JPK, aber auch die FDP-Fraktion zum Schluss gekommen sind, dass der Kantonsrat, wenn er seine Wahlfreiheit behalten will, zu Massnahmen greifen muss, die er selbst *per se* wohl auch nicht gut findet: Die einzige Möglichkeit, hier Paroli zu bieten, liegt in der Beschränkung der Amtszeit, so dass eine Wiederwahl faktisch nur einmal möglich ist. So sichert sich der Kantonsrat zumindest die Freiheit, nach zwei Amtsperioden, also nach acht Jahren, eine Neuwahl vornehmen zu können. Die ach so notwendige, auch unbestrittene Unabhängigkeit leidet ja auch ein bisschen, wenn man zu lange im Amt ist. Es ist also ein positiver Nebeneffekt, wenn es nach acht Jahren wieder einen neuen Wind und eine neue Unabhängigkeit auch in personeller Hinsicht gegenüber den Behörden gibt, mit denen diese Stellen eng zusammenarbeiten müssen.
Der Votant hat es vorweggenommen: Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorschlag der JPK auf Amtszeitbeschränkung, d. h. auf eine einmalige Möglichkeit zur Wiederwahl. Und was für den Datenschutzbeauftragten gilt, muss selbstverständlich auch für die Ombudsperson gelten, weshalb die FDP-Fraktion auch die entsprechenden Anpassungen im Ombudsgesetz unterstützt.

Manuel Brandenberg dankt namens der SVP-Fraktion dem Regierungsrat und der JPK für die geleistete Arbeit. Der Kantonsrat *muss* – wie bereits gehört – auf diese Vorlage eintreten. Es ist übergeordnetes Recht, zumindest formell; bei vielem, was im Schenken-Acquis enthalten ist, kann man sich streiten, ob es auch materiell wirklich Recht für den einzelnen Bürger ist – oder einfach nur Recht für die Behörden, um deren Arbeit zu vereinfachen und manchmal – zu denken ist da an gewisse Abkommen im Bereich der Betrugsbekämpfung – vielleicht sogar am Bürger vorbei, ohne dass dieser weiss, was hinter seinem Rücken alles getan und ausgetauscht wird. Es ist – wie gesagt – übergeordnetes Recht. Auch die SVP ist deshalb für Eintreten, dies einstimmig bei einer Enthaltung.
Auch die SVP-Fraktion hat sich Gedanken gemacht zum Passus hinsichtlich der Wiederwahl der Ombudsperson und des Datenschutzbeauftragten bzw. der sachlich hinreichenden Gründe. Wie Adrian Andermatt ist auch die SVP der Auffassung, dass Demokratie etwas Abstraktes ist. Auch wenn es manchmal wehtut: Ein Mehrheitsentscheid ist zu akzeptieren. Man kann ihn kaum begründen, und jeder, der an ihm teilnimmt, hat einen eigenen, manchmal willkürlichen oder emotionalen Grund für seinen Entscheid. Das soll auch so sein, das ist eben Demokratie. Deshalb wird die SVP-Fraktion den Antrag unterstützen bzw. notfalls selber stellen, den Passus «aus sachlich hinreichenden Gründen» beim Thema Wiederwahl zu streichen. Hat dieser Streichungsantrag Erfolg, dann unterstützt die SVP die Varianten des Regierungsrats und der Stawiko, also ohne Amtszeitbeschränkung. Wenn hingegen eine Nichtwiederwahl begründet werden müsste, dann unterstützt die SVP-Fraktion die Variante der JPK mit einer Amtszeitbeschränkung von acht Jahren.
Beim Eintretensvotum von Adrian Andermatt kam dem Votanten immer wieder das Einbürgerungsurteil des Bundesgerichts von 2003 in den Sinn. Damals hat es begonnen mit der Begründungspflicht für Mehrheitsentscheide. Früher entschied der

Souverän in den Gemeinden, ob jemand eingebürgert wird oder nicht. Das war ein abstrakter Entscheid. Heute ist das anders: Der Entscheid muss begründet werden, auch wenn das aus den genannten Gründen eigentlich gar nicht möglich ist.
In der Detailberatung wird die SVP-Fraktion noch einige Änderungsanträge einbringen, in den grossen Linien aber der JPK zustimmen.

Alois Gössi teilt mit, dass die SP-Fraktion auf die Vorlage eintritt. Es muss hier ein kantonaler Erlass an übergeordnetes EU-Recht angepasst werden; hauptsächlich geht es um die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten.
Zwischen der letzten Kommissionssitzung von Mitte Dezember 2012 und dem Versand des Berichts Ende Mai 2013 vergingen mehr als fünf Monate. Da hat sich der Kommissionspräsident sehr viel Zeit gelassen für seine Berichterstattung.
Wie soll inskünftig der Datenschutzbeauftragte gewählt werden? Die SP unterstützt die vom Regierungsrat vorgeschlagene Form, dass die Justizprüfungskommission die Wahl selbständig vorbereiten und dem Kantonsrat einen Antrag zur Wahl oder Wiederwahl machen soll. Die SP findet dies unabhängiger – und um das geht es ja –, als wenn der Kantonsrat die durch den Regierungsrat bereits erfolgte Wahl nur bestätigen soll, was auch möglich wäre.
Am meistens gab bei der SP zu diskutieren, ob der oder die Datenschutzbeauftragte einer Amtszeitbeschränkung von acht Jahren unterliegen soll oder nicht. Die SP-Fraktion will hier einhellig keine Amtszeitbeschränkung. Das Hauptargument war: Wieso soll man den Datenschutzbeauftragten oder die Datenschutzbeauftragte, falls er oder sie einen guten Job macht, nach acht Jahren – plakativ gesagt – in die Wüste schicken, wieso einen guten oder sehr guten Datenschutzbeauftragten ohne zwingenden Grund einfach loswerden und auf sein *Knowhow* verzichten? Die SP gewichtet hier das Argument, dass der Datenschutzbeauftragte mit den Jahren seine Unabhängigkeit verliere, sich in die Verwaltung integriere resp. Teil davon werde und nicht mehr genügend kritisch sei, nicht sehr hoch. Oder hat jemand beim jetzigen Datenschutzbeauftragen, der sein Amt nun doch schon einige Jahre ausübt, dieses Gefühl? Auf der anderen Seite müssen aber das Wahlvorbereitungsgremium, also die Justizprüfungskommission, und auch der Kantonsrat den Mut haben und sich die Freiheit nehmen, einem Datenschutzbeauftragten die Wiederwahl nicht zu gewähren, falls sich herausstellen würde, dass er oder sie den Anforderung nicht genügt.
Im Weiteren ist die SP-Fraktion dagegen, dass doppelt negative Formulierungen in das Gesetz aufgenommen werden sollen, wie es die Kommission vorschlägt. Die Formulierung «nicht zwingend unvereinbar» soll positiv formuliert werden, wie es der Regierungsrat vorschlägt. Mit den restlichen Gesetzesänderungen, wie vom Regierungsrat vorgeschlagen, ist die SP-Fraktion einverstanden.

Esther Haas teilt mit, dass sich die AGF den anderen Fraktionen anschliesst und ebenfalls für Eintreten auf die Vorlage ist. Im Datenschutzgesetz müssen Änderungen vorgenommen werden, weil das geltende Recht den Vorgaben des Rahmenbeschlusses nicht entspricht. Die geforderte institutionelle Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten verlangt eine Änderung des Wahlprozederes. Die AGF befürwortet die Wahl durch den Kantonsrat. Mit dieser Änderung wird die vom Rahmenbeschluss vorausgesetzte Unabhängigkeit des oder der Datenschutzbeauftragten von der Regierung bzw. der Verwaltung gewahrt. Die ausdrückliche Aufnahme einer Beschränkung der Amtsdauer ins Gesetz findet die AGF schlecht. Eine explizite Ausbildung zur Datenschutzbeauftragten gibt es nicht. Deshalb muss man davon ausgehen, dass es für diesen Job eine gewisse Einarbeitungszeit braucht. So gesehen, ist die von der Kommission geforderte Beschränkung nicht adäquat.

Die Komponente «Erfahrung» kann mit einer Beschränkung nicht ausgespielt werden. Das gleiche Vorgehen muss auch beim Gesetz über die Ombudsstelle angewandt werden. Im Übrigen gilt generell: Für Regierungsrätinnen und -räte gibt es auch keine Amtszeitbeschränkung.
Die AGF hält wie schon bei der Debatte zum Ombudsgesetz einen gewissen Spielraum bei der Festlegung des Gehalts für wichtig, um möglichst geeignete Personen als Datenschutzbeauftragte zu gewinnen. Von der Festschreibung einer bestimmten Lohnklasse ist deshalb unbedingt abzusehen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** dankt der JPK für die gute Zusammenarbeit und die Mitwirkung bei dieser Vorlage. Dass die Bearbeitung der Vorlage so lange dauerte, lag nicht an der Sicherheitsdirektion.
Es wurde richtig gesagt, dass man schon im Rahmen der Vorlage zur Ombudsperson dieses Thema aufnehmen wollte, nicht allein wegen des Schengen-Rechts, sondern wegen der Forderung nach Unabhängigkeit für die Ombudsperson wie auch für den Datenschutzbeauftragten. Der Rat wollte das damals nicht. Wichtig aber ist, dass es jetzt geregelt wird, auch unter dem Druck oder Régime des Schengen-Rechts. Die zentrale Frage ist, wie die Unabhängigkeit für die Zukunft gewährleistet werden soll. Es kann nämlich nicht angehen, dass die vom Datenschutzbeauftragten zu kontrollierende Verwaltung über die Anstellung und personalrechtlichen Massnahmen entscheiden kann, weil sonst unangenehme und kritische Personen mit personalrechtlichen Massnahmen unter Druck gesetzt werden könnten. Mit der künftigen Wahl durch den Kantonsrat kann die unabhängige Wahrnehmung der Aufgaben gewährleistet und sichergestellt werden.
Auch die JPK und Stawiko unterstützen dieses Vorgehen, auch bezüglich der Anstellungsbedingungen und Wahlvoraussetzungen. Bezüglich der Vornahme der Wahl gehen die Meinungen auseinander. Der Sicherheitsdirektor bittet, hier die Anträge der Stawiko und des Regierungsrats zu unterstützen. Wichtig ist auch das Fachwissen der beiden Personen, die sehr gut sein müssen und deshalb nicht auf die Schnelle auf der Strasse gefunden werden können, weshalb der Regierungsrat eine mehrfache Wiederwahl gewährleisten will. Ob bei einem allfälligen Antrag auf Nichtwiederwahl eine sachliche Begründung vorgelegt werden muss, war auch im Regierungsrat eine zentrale Frage, und der Sicherheitsdirektor ist der Stawiko dankbar, dass sie mit einer Motion etwas Druck wegnimmt. Auch der Regierungsrat ist jetzt der Meinung, dass man den betreffenden Passus weglassen kann, dies mit Blick auf die Genehmigung der Stawiko-Motion, wo auch die Frage der Abgangsentschädigung gelöst werden kann.
In der Vorlage 2165.3 (Polizeiliche Massnahmen) geht es darum, verschiedene polizeiliche Bestimmungen nach den Bundesvorgaben zu aktualisieren, beispielsweise jene für die Observation durch Polizeiangehörige oder die Suche nach einer Person in Not. Das bietet auch die Möglichkeit, terminologische Anpassungen und Präzisierungen vorzunehmen. Als Beispiel kann die Revision der Bestimmungen über die Erfassung erkennungsdienstlicher Daten genannt werden, welche an den neuesten Stand der Technik angepasst werden können. Diese Anpassungen waren in der JPK und in der Stawiko unbestritten.
Zur Vorlage 2165.4 bezüglich Schutz vor häuslicher Gewalt: Hier geht es um die erheblich erklärte Motion von Hubert Schuler, welche rechtliche Grundlagen für polizeiliche Massnahmen fordert, um Eltern von gewalttätigen Jugendlichen zu schützen. Die Revision regelt auch den Gewahrsam und die Pflicht zur Information im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht bzw. der diesbezüglichen neuen Behörde. JPK und Stawiko stimmen der Revision zu. Es geht in dieser Vorlage auch um die

Bestimmung, ob eine Beitragsleistung im Gesetz verankert werden kann oder nicht. Der Sicherheitsdirektor wird in der Detailberatung darauf zurückkommen.
Die Vorlage 2165.5 zum «Hooligankonkordat» hat nichts mit der kürzlich beschlossenen und vom Volk genehmigten Erweiterung zu tun. Es geht hier um eine Überführung von der Verordnung ins Gesetz. Auch das ist unbestritten. Schliesslich die Vorlage 2165.6 bezüglich Polizei-Organisationsgesetz: Hier bestehen Differenzen. Behörden, Dienststellen und Partner des Kantons, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, haben immer wieder das Bedürfnis, Sicherheitsassistenten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben einzusetzen, so etwa das Amt für Wald und Wild oder die Zugerland Verkehrsbetriebe. Mit dem Einsatz von Sicherheitsassistenten sollen beispielsweise unzulässige Handlungen in Naturschutzgebieten konsequent unterbunden werden können. Es soll diesen Organisationen ermöglicht werden, Sicherheitsassistenten anzustellen, nicht nur *Securities* aus dem privaten Bereich.
Der Sicherheitsdirektor dankt für die Zustimmung zum Eintreten und zu den Anträgen des Regierungsrats.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Vorlage 2165.8: Gesetz betreffend Anpassung kantonaler Erlasse an den Rahmenbeschluss 2008/977/JI des EU-Rates vom 27. November 2008

Titel und Ingress

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

II. Fremdänderungen:
1. Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats vom 1. Dezember 1932 (Stand 1. Januar 2012)

§ 19 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest: Die Erweiterte Justizprüfungskommission schlägt die Ergänzung vor, dass die Rechenschaftsberichte des Kantons- und des Strafgerichts zusätzlich durch die JPK geprüft werden. Die Stawiko nimmt zu diesem Antrag nicht Stellung. Der Regierungsrat hält an seiner Fassung fest. Das Obergericht hat mit Schreiben vom 22. August 2013 an die Erweiterte Justizprüfungskommission diese ersucht, von einer Ergänzung von § 19 Abs. 1 GO KR abzusehen.

Thomas Werner bestätigt, dass die JPK zu § 19 Abs. 1 den Antrag stellen wollte, dass sie auch die Rechenschaftsberichte des Kantons- und des Strafgerichts prüft. Im erwähnten Schreiben vom 22. August 2013 machte das Obergericht darauf aufmerksam, dass es sich hier um eine Systemwidrigkeit handelt, weil die Aufsicht über die erste Instanz dem Obergericht obliegt. Nicht alle Mitglieder der JPK teilen diese Meinung, die grosse Mehrheit zeigte sich bei einer Konsultativabstimmung bzw. E-Mail-Umfrage aber damit einverstanden, der Argumentation des Ober-

gerichts zu folgen, so dass die JPK den Antrag auf Änderung von § 19 Abs. 1 nicht stellt.

Silvia Thalmann, Präsidentin der vorberatenden Kommission Revision GO KR, teilt mit, dass die Kommission den Antrag, den die JPK jetzt nicht gestellt hat, an ihrer dritten Sitzung am vergangenen Montag diskutierte. Sie beschloss, im Rat dazu einen Hauptantrag und einen Eventualantrag zu stellen. Dazu hat sie sämtliche Kommissionsmitglieder für die erste Lesung der Schengen-Vorlage bezüglich dieses konkreten Absatzes und dieses konkreten Themas vom Kommissionsgeheimnis entbunden.
Die Kommissionspräsidentin wird das vorbereitete lange Votum nun aber nicht halten. Die vorberatende Kommission GO KR ist jedoch froh, dass dieser Themenbereich, der ja nichts mit der Schengen-Vorlage zu tun hat, jetzt beiseitegelassen werden kann, und dass sie sich in aller Ruhe und in der nötigen Tiefe mit der Thematik auseinandersetzen kann. Die Votantin möchte in diesem Sinne zum Ausdruck bringen, dass die Mitglieder der Kommission GO KR den Antrag des Regierungsrats unterstützen.

➔ Der Rat genehmigt § 19 Abs. 1 in der Fassung des Regierungsrats.

§ 19 Abs. 2 Bst. d

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 19 Abs. 2 Bst. e

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission die Streichung dieser Bestimmung beantragt. Die Stawiko äussert sich zu diesem Antrag nicht, der Regierungsrat schliesst sich dem Streichungsantrag an.

➔ Der Rat stimmt dem Streichungsantrag stillschweigend zu.

§ 19 Abs. 2 Bst. f

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

2. Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994 (Stand 4. August 2010)

§ 1 Abs. 2 und Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Erweiterte Justizprüfungskommission und die Stawiko dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 45 Abs. 6

Der **Vorsitzende:** Die Erweiterte Justizprüfungskommission beantragt, dass das Jahresgehalt der oder des Datenschutzbeauftragten und der Ombudsperson nach vier Amtsjahren demjenigen der 23. Gehaltsklasse entspricht, dies in Anlehnung an ihren Antrag zu § 12 Abs. 1 Ombudsgesetz und § 18 Abs. 2 Datenschutzgesetz, wonach eine Amtszeitbeschränkung vorzusehen sei.
Da die Änderung von § 45 Abs. 6 Personalgesetz in engem Zusammenhang mit der beantragten Amtszeitbeschränkung im Ombuds- und Datenschutzgesetz steht, soll zuerst die Fremdänderung im Ombuds- und Datenschutzgesetz hinsichtlich der Wiederwahl bereinigt und dann im Anschluss an die Fremdänderungen im Datenschutzgesetz über die Gehaltsklasse debattiert werden. Der Rat ist mit diesem Vorgehen einverstanden. *(zur Fortsetzung siehe Seite 1975)*

3. Gesetz über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz) vom 27. Mai 2010 (Stand 4. August 2010)

§ 4 Abs. 2 und Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Erweiterte Justizprüfungskommission und die Stawiko dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 12 Abs. 1

Der **Vorsitzende:** Der Regierungsrat hält an der bisherigen Fassung fest. Die Erweiterte Justizprüfungskommission beantragt eine Ergänzung: «Es ist nur eine Wiederwahl möglich.» Die Stawiko lehnt diesen Antrag ab.

JPK-Präsident **Thomas Werner** teilt mit, dass sich die JPK mit 12 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung klar für den Zusatz «Es ist nur eine Wiederwahl möglich» ausgesprochen hat. Juristen, die sich dem Datenschutz verschreiben oder Ombudsperson sein wollen, sind zahlreich vorhanden, und es schmälert den Stellenwert der Stelle nicht, wenn man von Anfang an weiss, dass es keine Lebensstelle, sondern eine auf doch immerhin acht Jahre befristete Stelle ist. Gefragt sind fähige und flexible Leute, keine Starrköpfe. Es schadet nichts, wenn sich die gewählten Personen nach einiger Zeit wieder umorientieren oder sich an einem anderen Ort dem Datenschutz widmen bzw. als Ombudsperson betätigen. Fähige Leute finden nach acht Jahren problemlos eine neue Anstellung. Die JPK will nicht Gefahr laufen, eine gewählte Person, die sich nicht bewährt, auf Lebzeiten ertragen zu müssen. Sie bittet deshalb um die Zustimmung zu ihrem Antrag.

Gregor Kupper hat in der Eintretensdebatte bereits gesagt, dass der Erfahrungs- und *Knowhow*-Verlust zu gross ist, wenn man hier eine Amtszeitbeschränkung vornimmt, wie sie überhaupt nicht üblich ist. Das Prozedere läuft ja wie folgt ab: Die JPK schlägt einen Datenschützer bzw. eine Ombudsperson vor, wobei es ihr frei steht, zwei Vorschläge zu machen. Der Kantonsrat nimmt dann die Wahl vor – wobei eine echte Wahl nur stattfindet, wenn mehrere Varianten vorliegen. Der Stawiko-Präsident hat ein wenig den Eindruck, dass es hier um eine «Lex Huber»

oder eine «Lex Landolf» geht. Das kann nicht sein. Das Gesetz muss personenunabhängig ist, und da ist es sinnvoll, keine Amtszeitbeschränkung aufzunehmen.
Der von Manuel Brandenberg erwähnte Artikel bezüglich Begründung einer Nichtwiederwahl – wobei es nicht um eine Nichtwiederwahl, sondern um die *Wahl* einer Ombudsperson bzw. eines Datenschützers geht – wurde bereits gestrichen, so dass die Forderung der SVP erfüllt ist. Die Stawiko empfiehlt deshalb, auf den vorgeschlagenen Zusatz zu verzichten.

Adrian Andermatt betont, dass es geht nicht um eine «Lex wer auch immer» geht, sondern um ein Gesetz, das abstrakt sein und für alle gelten soll, unabhängig davon, wer diese Position innehat. Das Gesetz darf nicht personenbezogen sein.
Der sachliche Grund wird gestrichen, dies in einem kantonalen Gesetz. Die Regierung verweist auf Lehre und Rechtsprechung, wobei mit Letzterem das Bundesgericht gemeint ist. Wenn dieses bestimmte Anforderungen stellt, kann man im Kanton Zug streichen, so viel man will – es gilt trotzdem. Es ist also ein netter, leider aber untauglicher Versuch.
Jeder Kanton hat Ombudspersonen und Datenschützer, teils mehr, teils weniger. Dass es nicht möglich sein soll, für diese Stellen nach acht Jahren rechtzeitig eine geeignete Nachfolge zu finden, ist sehr zu bezweifeln, zumal ja alle wissen, dass die Amtszeit des Amtsinhabers dann definitiv ausläuft. An einen *Knowhow*-Verlust glaubt der Votant nicht. Es gibt genügend Leute, die sich mit diesen Themen befassen, nicht nur Amtsinhaber, sondern auch Juristinnen und Juristen in der Privatwirtschaft.
Der folgende Punkt hat auch mit anderen Themen zu tun, die noch zu besprechen sind: Anders als bei einem Regierungsrat, der im Oktober gewählt wird und sein Amt im Januar, also nach zwei Monaten, antritt, erfolgt die Wahl der Ombudsperson bzw. des Datenschützers mindestens sechs Monate vor Ablauf der Amtsperiode. Man hat bei einer allfälligen Nichtwiederwahl also mehr als genügend Zeit, sich neu zu orientieren; man hat faktisch eine sechsmonatige Kündigungsperiode. Das sei nur nebenbei bemerkt, auch hinsichtlich der Frage einer Abgangsentschädigung im Fall der Nichtwiederwahl.
Die Unabhängigkeit hat der Votant bereits in seinem Eintretensvotum erwähnt. Es ist ein Teil der Unabhängigkeit, dass nicht auf Jahrzehnte hinaus die gleiche Person diese Stelle innehat. Und zu guter Letzt: Die Begründung, warum die FDP eine Amtszeitbeschränkung will, hängt schlicht und einfach damit zusammen, das sich der Kantonsrat als Wahlbehörde nicht entmündigen lassen sollte. Der Votant staunt etwas, dass das dem Kantonsrat komplett egal zu sein scheint, auch dass er keine echte Wahl hat und nur bestätigen soll. Auch als Parlamentarierin und Parlamentarier muss man für seine Rechte kämpfen. Wenn der Rat Wahlbehörde sein will, dann soll er auch die entsprechenden Freiheiten haben. Ansonsten stellt sich die Frage, weshalb er sich überhaupt als Wahlbehörde zur Verfügung stellt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hat schon in der Eintretensdebatte gesagt, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Der Erhalt und die Sicherstellung des Fachwissens hat Priorität. Auch mit der Regelung des Regierungsrats hat der Kantonsrat jederzeit die Möglichkeit, einen Amtsinhaber nicht wiederzuwählen bzw. eine andere Person zu wählen. Mit der Stawiko-Motion ergibt sich auch die Möglichkeit, die Entschädigungsfrage zu regeln.
In diesem Sinn bittet der Sicherheitsdirektor, dem Antrag der Regierung zu folgen. Andernfalls würde im Kanton Zug erstmals für zwei Funktionen eine Amtszeitbeschränkung eingeführt, und man müsste sich die Frage stellen, ob das nicht auch für den Regierungsrat, die Gemeinderäte, den Kantonsrat etc. geschehen müsste.

➔ Der Rat folgt mit 35 zu 25 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

§ 12 Abs. 3 Satz 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission eine doppelte Verneinung am Ende des ersten Satzes beantragt: «soweit es mit den Bestimmungen des Ombudsgesetzes nicht zwingend unvereinbar ist.» Die Stawiko unterstützt den Antrag der Regierung, nämlich die Formulierung «soweit es mit den Bestimmungen des Ombudsgesetzes vereinbar ist.»

JPK-Präsident **Thomas Werner:** Die Erweiterte Justizprüfungskommission spricht sich einstimmig dafür aus, dass dieser Satz eine andere Gewichtung erhält. Es soll nicht das Personalrecht primär *nicht* auf den Datenschützer oder die Ombudsperson anwendbar sein, weil er bzw. sie eine spezielle Stellung innehat, sondern das Personalrecht soll primär auch für ihn oder sie gelten, ausser es liegen zwingende Gründe vor, welche aufgrund der Stellung des Datenschutzbeauftragten oder der Ombudsperson eine Ausnahme erlauben. Schliesslich gilt das Personalrecht auch für den Datenschutzbeauftragten und die Ombudsperson, und so sind die Ausnahmen klar definiert. Der JPK-Präsident bittet um Unterstützung dieses Antrags.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Die Bestimmungen des Personal-, Finanzhaushalt- und Archivgesetzes kommen nur zur Anwendung, wenn diese den Grundsatz der Unabhängigkeit nicht tangieren. Diese zwingende Vorgabe gilt insbesondere mit Bezug auf Kündigungsvorschriften oder Mitarbeiterbeurteilungen, die Weisungsgebundenheit oder Vereinbarungen über Zielvorgaben haben. Diese Auslegung muss sich am Grundsatz der Unabhängigkeit orientieren, was mit dem Vorschlag des Regierungsrats verdeutlicht wird. Der Vorschlag der JPK streicht diesen Grundsatz und schlägt eine Formulierung vor, um den Schwerpunkt auf die Anwendbarkeit dieser Gesetze hervorzuheben. Er reduziert auch aufgrund der doppelten Verneinung die Lesbarkeit, ohne dass sich die Ausgangslage ändert. Diese Gesetze werden nur dann zur Anwendung kommen, wenn sie mit den spezialrechtlichen Bestimmungen und Regelungen im Einklang stehen. Zudem geht auch hier die Vorgabe der unabhängigen Aufgabenwahrnehmung vor, und die Auslegung wird sich immer daran orientieren müssen. Der Regierungsrat spricht sich folglich gegen diese auch schwerfällige und etwas unklare Formulierung aus.

➔ Der Rat genehmigt mit 37 zu 24 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 12 Abs. 3 Satz 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, in § 12 Abs. 3 als zweiten Satz aufzunehmen: «Insbesondere muss dabei der Grundsatz der Unabhängigkeit beachtet werden.» Die Erweiterte Justizprüfungskommission beantragt Streichung, die Stawiko hingegen unterstützt den Antrag der Regierung.

Manuel Brandenberg: Die SVP-Fraktion unterstützt hier die JPK. Der Grundsatz der Unabhängigkeit ist schon in den Grundlagen des Gesetzes enthalten. Auch der Entscheid, dass der Kantonsrat die Wahlbehörde ist und diese Personen nicht vom Regierungsrat angestellt werden, spricht dafür, diesen Passus zu streichen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinen Antrag festhält.

➔ Der Rat folgt mit 40 zu 21 Stimmen dem Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission.

§ 12 Abs. 4 Satz 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission eine doppelte Verneinung am Ende des ersten Satzes beantragt: «als es mit den Bestimmungen des Ombudsgesetzes nicht zwingend unvereinbar ist.» Die Stawiko unterstützt den Antrag der Regierung, nämlich die Formulierung «als es mit den Bestimmungen des Ombudsgesetzes vereinbar ist.»

➔ Der Rat genehmigt mit 43 zu 19 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 12 Abs. 4 Satz 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, in Abs. 4 als zweiten Satz aufzunehmen: «Insbesondere muss dabei der Grundsatz der Unabhängigkeit beachtet werden.» Die Erweiterte Justizprüfungskommission beantragt Streichung, die Stawiko hingegen unterstützt den Antrag der Regierung.

➔ Der Rat folgt mit 41 zu 19 Stimmen dem Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission.

§ 16 Abs. 1 und Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Erweiterte Justizprüfungskommission und die Stawiko dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 18 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission beantragt, dass die Wahl der Ombudsperson und der Stellvertretung bis am 31. Dezember 2014 bisherigem Recht unterstehen soll. Stawiko und Regierung unterstützen diesen Antrag.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission

§ 18 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission folgende Anpassung beantragt: «Die bisherige Ombudsperson und die bisherige Stellver-

tretung können vom Kantonsrat unter Wahrung des Besitzstandes für die Amtsperiode 2015–2018 nach neuem Recht gewählt werden. Es ist nur eine Wiederwahl möglich.» Die Stawiko unterstützt diesen Antrag, allerdings ohne den zweiten Satz, ebenso die Regierung.
Der Rat hat bereits bei § 12 Abs. 1 Ombudsgesetz über eine allfällige Wiederwahl abgestimmt und sich dort für eine mögliche Wiederwahl entschieden. Über den zweiten Satz wird deshalb nicht mehr abgestimmt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Staatswirtschaftskommission.

§ 18 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission die Streichung von Abs. 3 beantragt. Stawiko und Regierung unterstützen diesen Antrag.

➔ Der Rat genehmigt stilschweigend dem Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission.

4. Datenschutzgesetz vom 28. September 2000 (Stand 8. November 2008)

Titel am Anfang des Dokuments
§ 18 Abs. 2 Satz 1 und 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich weder die Erweiterte Justizprüfungskommission noch die Stawiko gegen den jeweiligen Antrag des Regierungsrats ausgesprochen hat.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 18 Abs. 2 Satz 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission die Aufnahme des Satzes «Es ist nur eine Wiederwahl möglich» beantragt. Die Stawiko lehnt diesen Antrag ab, und die Regierung hält ebenfalls an ihrer Fassung fest.

JPK-Präsident **Thomas Werner** hält fest, dass hier und im Folgenden dieselben Argumente wie beim Ombudsgesetz gelten und deshalb direkt abgestimmt werden kann. Der Rat ist damit stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat genehmigt mit 32 zu 23 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 18 Abs. 4 Satz 1

➔ Der Rat genehmigt mit 32 zu 28 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 18 Abs. 4 Satz 2

➔ Der Rat stimmt mit 42 zu 23 Stimmen dem Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission zu.

§ 18 Abs. 5 Satz 1

➔ Der Rat genehmigt mit 34 zu 27 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 18 Abs. 5 Satz 2

➔ Der Rat stimmt mit 43 zu 20 Stimmen dem Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission zu.

§ 18a Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass weder die Erweiterte Justizprüfungskommission noch die Stawiko einen anders lautenden Antrag gestellt hat.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats

§ 18a Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission entgegen dem Aufhebungsantrag der Regierung, der von der Stawiko gestützt wird, die Aufnahme eines neuen Abs. 2 beantragt: «Die Ausübung eines öffentlichen Nebenamts oder eines Nebenerwerbs im Rahmen der beruflichen Tätigkeit bedarf der Bewilligung durch die Justizprüfungskommission.» Der Regierungsrat schliesst sich nachträglich dem Antrag der JPK an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission.

§ 18a Abs. 3
§ 18b Abs. 1
§ 18c Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 18d Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Erweiterte Justizprüfungskommission und die Stawiko dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 18e Abs. 1 und 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission die Streichung von «und kantonale Direktionen» beantragt. Der Regierungsrat stimmt dem Streichungsantrag zu.

Manuel Brandenberg stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag** auf Streichung des ganzen § 18e. Die kantonale Datenschutzstelle genügt, und es braucht nicht noch weitere Datenschutzstellen in den Gemeinden und in jeder Direktion. Sollte der Streichungsantrag für den ganzen Paragraphen nicht durchkommen, unterstützt die SVP den Antrag der JPK.

Alois Gössi verlangt namens der SP-Fraktion sinngemäss dasselbe wie Manuel Brandenberg. Sie stellt den **Antrag,** dass § 18e neu heisst: «Die kantonale Datenschutzstelle ist für die Gemeinden zuständig.»
Der Regierungsrat beantragte hier, dass sowohl bei den Direktionen wie auch bei den Gemeinden eigene unabhängige Datenschutzstellen geschaffen werden können. Die Kommission war sich einig, dass *eine* Datenschutzstelle bei der kantonalen Verwaltung mehr als genügt. Die SP-Fraktion geht hier noch einen Schritt weiter und beantragt, dass die kantonale Datenschutzstelle ebenfalls zwingend für die Gemeinden zuständig ist. Es sollen keine gemeindlichen Datenschutzstellen aufgebaut werden können, auch wenn der Gesetzesvorschlag nur eine «kann»-Formulierung ist. Der SP-Fraktion graut vor zwölf möglichen Datenschutzbeauftragten im Kanton Zug – neben dem kantonalen Datenschutzbeauftragten noch in jeder Einwohnergemeinde einer –, auch wenn dies wahrscheinlich nie der Fall sein würde. Dies führte zu noch grösseren Verunsicherungen und nötigen Absprachen unter den verschiedenen Datenschutzstellen. Eine einzige kantonale Datenschutzstelle, auch für die verschiedenen Gemeinden, genügt. Und reicht allenfalls das Pensum des Datenschutzbeauftragten nicht für die zusätzliche Betreuung der Gemeinden, kann allenfalls immer noch dessen Pensum erhöht werden. Die SP bittet, ihren Antrag zu unterstützen.

JPK-Präsident **Thomas Werner** rät, dem Antrag der SP-Fraktion nicht zu folgen. Der Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission ist ausgewogen. Er schreibt den Gemeinden auch nichts vor, sondern überlässt es ihnen, wie sie das regeln wollen. Ausserdem birgt der SP-Antrag die Gefahr, dass die kantonale Datenschutzstelle bis ins Unermessliche vergrössert wird, dies mit dem Argument, man sei auch für die Gemeinden zuständig.

Manuel Brandenberg teilt mit, dass die SVP an ihrem Antrag auf Streichung des ganzen § 18e festhält. Dann besteht wirklich keine Gefahr, dass bei den Gemeinden auch noch etwas aufgebaut wird, das immer grösser und unkontrollierbarer wird. Persönlich wird der Votant *eventualiter* dem Antrag der SP-Fraktion zustimmen, die SVP-Fraktion hat darüber aber nicht befunden.

Adrian Andermatt bezweifelt, ob mit dem Antrag der SVP-Fraktion den Gemeinden tatsächlich die Legitimation entzogen wird, nicht doch selber etwas zu machen. Die Gemeinden können dann im Rahmen der Gemeindeautonomie selbst bestimmen, ob sie eine Datenschutzstelle wollen oder nicht. Es wird einfach die gesetzliche Regelung auf kantonaler Ebene gestrichen.
Beim Antrag der SP sieht auch der Votant die Gefahr einer Aufblähung, wenn die kantonale Datenschutzstelle *per se* auch für die Gemeinden zuständig ist. Die gol-

dige Lösung ist die Variante der JPK. Damit können die Gemeinden dieses allfällige gemeindliche Problem – wenn sie wollen und ökonomisch denken – mittels einer Leistungsvereinbarung mit der kantonalen Datenschutzstelle lösen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** unterstützt das Votum von Adrian Andermatt. Der SP-Antrag würde dazu führen, dass alles der Kanton zu machen hätte und die Gemeinden nichts mehr tun dürften. Damit würde und Autonomie der Gemeinden beschnitten. Auch gäbe es Personalanträge des Datenschutzes. Es besteht schon heute eine gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden, die nach Auskunft des Datenschutzbeauftragten immerhin etwa 25 bis 30 Prozent der Arbeit der Datenschutzstelle beansprucht, dies natürlich zulasten des Kantons.
Der SVP-Antrag birgt die Gefahr einer gewissen Rechtsunsicherheit. Ob die Gemeinden dann tatsächlich keine Datenschutzstelle einrichten dürften, ist rechtlich unklar und müsste im Detail abgeklärt werden. Die Regelung, die der Regierungsrat vorschlägt, ist auf diesem Hintergrund die beste, weshalb der Sicherheitsdirektor bittet, sie zu unterstützen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden bestätigt der Sicherheitsdirektor, dass die Regierung der Fassung der JPK zustimmt. Der **Vorsitzende** schlägt darauf vor, zuerst den Vorschlag der JPK dem Antrag der SP-Fraktion gegenüberzustellen und anschliessend separat über den SVP-Antrag auf Streichung des ganzen § 18e abzustimmen. Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat genehmigt mit 42 zu 24 Stimmen den Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf Streichung des ganzen § 18e mit 33 zu 21 Stimmen ab.

§ 18e Abs. 3

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats

§ 19 Abs. 1 Bst. h

Manuel Brandenberg stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** den Passus «und vertritt diesen im Kantonsrat persönlich» zu streichen. Es reicht, wenn der Bericht der oder des Datenschutzbeauftragten erstattet und zur Kenntnis genommen wird. Es ist nicht notwendig, diesen Bericht im Kantonsrat persönlich zu vertreten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** erklärt, dass sich dieser Passus aus der institutionalisierten Unabhängigkeit erklärt. Das ist auch bei den Gerichten so, und es ist folgerichtig, es in diesem Gesetz auch für diese beiden Funktionen so zu regeln.

➔ Der Rat genehmigt mit 36 zu 26 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 20a Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3 und Abs. 4
§ 24 Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats

§ 26a Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission beantragt: «Die Wahl der oder des Datenschutzbeauftragten durch den Kantonsrat erfolgt erstmalig für die Amtsperiode 2015–2018.» Der Regierungsrat schliesst sich dieser Anpassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Erweiterten Justizprüfungskommission.

§ 26a Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission beantragt:«Die Anstellung der oder des Datenschutzbeauftragten untersteht bis am 31. Dezember 2014 bisherigem Recht.» Der Regierungsrat schliesst sich dieser Anpassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Erweiterten Justizprüfungskommission.

§ 26a Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission beantragt: «Die oder der bisherige Datenschutzbeauftragte kann vom Kantonsrat unter Wahrung des Besitzstandes für die Amtsperiode 2015–2018 nach neuem Recht gewählt werden. Es ist nur eine Wiederwahl möglich.» Stawiko und Regierung unterstützen diesen Antrag, allerdings ohne den zweiten Satz.
Der Rat bereits bei § 18 Abs. 21 Datenschutzgesetz über eine allfällige Wiederwahl abgestimmt und sich dort für eine mögliche Wiederwahl entschieden. Über den zweiten Satz wird deshalb nicht mehr abgestimmt. Der Rat ist damit einverstanden.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Stawiko.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass bei **§ 45 Personalgesetz** noch eine Pendenz besteht *(siehe Seite 1967).* Nachdem sich der Kantonsrat für die Möglichkeit einer Wiederwahl ausgesprochen hat, stellt sich die Frage, ob die Erweiterte Justizprüfungskommission an ihrem ihren Antrag festhält.

JPK-Präsident **Thomas Werner** teilt mit, dass die JPK ihren Antrag zurückzieht.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass demnach die Fassung der Stawiko gilt und es keine weitere Abstimmung zu diesem Punkt gibt.

5. Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) vom 1. April 1976 (Stand 1. Januar 2013)

§ 61 Abs. 1 Ziff. 2 und Ziff. 3

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

6. Polizeigesetz vom 30. November 2002 (Stand 1. Januar 2013)

§ 38 Abs. 2
§ 38a Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 Bst. a bis c
§ 38b Abs. 1 Bst. a bis f
§ 38c Abs. 1 Bst. a und b, Abs. 2 und Abs. 3
§ 38d Abs. 1 Bst. a bis c, Abs. 2 und Abs. 3
§ 38e Abs. 1 Bst. a bis e, Abs. 2 und Abs. 3
§ 40 Abs. 4
§ 43 Abs. 2 und Abs. 4
§ 43a Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 43a Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission die Vernichtung von Aufzeichnungsmaterial spätestens nach 180 Tagen beantragt, während die Stawiko den Antrag der Regierung auf Vernichtung nach 100 Tagen unterstützt. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

JPK-Präsident **Thomas Werner:** Geschieht ein Verbrechen, beispielsweise eine Vergewaltigung durch einen Wiederholungstäter, verwerfen alle empört die Arme und verlangen mehr Sicherheit und konsequentes Durchgreifen der Polizei. Die Kriminalpolizei erhält Hinweise oder Verdachtsmomente gegen einen Drogenhändler, einen Sexualverbrecher oder Betrüger. Es wird ein polizeiliches Ermittlungsverfahren – das ist noch kein Strafverfahren – eingeleitet. Bei einem solchen Verfahren sind hundert Tage nichts. Der Votant spricht aus Erfahrung. Sexualstraftäter, die einerseits vorsichtig sind und andererseits zum Glück nicht täglich eine Frau oder ein Kind missbrauchen, können nur überführt werden, wenn Verdachtsmomente, Aufzeichnungen von Überwachungen oder Erkenntnisse aus verdeckten Ermittlungen länger aufbewahrt werden können. Zu diesem Zeitpunkt wissen die Polizisten noch nicht, wann und ob überhaupt es für ein Strafverfahren reicht. Da kann es doch einfach nicht sein, dass ein Ermittler, der nach hundert Tagen noch nicht genügend Beweise für ein ordentliches Strafverfahren gesammelt hat, fortlaufend die gesammelten Daten und Erkenntnisse, die älter als hundert Tage sind, löschen muss. Man darf diese Daten nicht mit Videodaten vergleichen. Das sind nicht Daten, die einfach an einer Ecke durch eine Videokamera aufgenommen werden. Es sind Daten, die ermittelt werden mussten, die durch eine Observation aufwändig zusammengetragen werden mussten. Da ist Arbeit dahinter, und deshalb darf man hier nicht mit dem Videogesetz vergleichen. Man nimmt dem Bäcker, der Brot backen will, auch nicht fortlaufend das Mehl weg – so gäbe es keine Brötchen.

Der Votant ruft den Rat auf, der JPK zu folgen, Ja zur Sicherheit zu sagen und dem Antrag auf mindestens 180 Tage Aufbewahrung zuzustimmen.

Gregor Kupper kann nicht für die Stawiko sprechen, aber die vom Vorredner vorgebrachten Gründe leuchten ihm ein. Er fragt sich aber, ob man dann den Artikel konsequenterweise nicht mit dem Zusatz «in einem eingeleiteten *Ermittlungs- oder* Strafverfahren» ergänzen müsse. Bei einem Ermittlungsverfahren können nämlich unter Umständen auch 180 Tage knapp werden. Um darüber diskutieren zu können, stellt er den **Antrag** auf die erwähnte Ergänzung.

Manuel Brandenberg teilt mit, dass die SVP-Fraktion den Antrag der JPK unterstützt. Zum Antrag von Gregor Kupper hält er fest, dass «innerhalb eines eingeleiteten Strafverfahrens» wahrscheinlich die kantonale Kompetenz sprengen würde.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** äussert sich zuerst zum Antrag Kupper: Wenn ein Strafverfahren eingeleitet wird, gilt diese Bestimmung sowieso nicht mehr. Dann müssen Daten, so lange das Verfahren läuft, nicht gelöscht werden. Der Antrag kann so eigentlich gar nicht zur Abstimmung kommen. Ein Ermittlungsverfahren ist noch *kein* Strafverfahren, ein eingeleitetes Strafverfahren hingegen *ist* ein Strafverfahren.
Der Sicherheitsdirektor hat die Frage der Frist gestern noch mit dem Chef der Zuger Kriminalpolizei – auch er ist sehr erfahren – besprochen. Dieser hat schon in der JPK ausgeführt, dass hundert Tage reichen. Es besteht – ob man das wahrhaben will oder nicht – hier auch eine klare Parallelität zu den Aufbewahrungsfristen im Videogesetz. Die Polizei kann im Rahmen einer Observation Bild- und Tonaufzeichnungen machen, und die Rechtsprechung des Bundesgerichts betreffend Aufzeichnung gelangt auch hier zur Anwendung. Ein Verfahren muss innert nützlicher Frist eingeleitet werden; andernfalls wird die Aufbewahrung der Aufzeichnung unverhältnismässig. Das Bundesgericht sieht hundert Tage als gerechtfertigt an. Einheitliche Fristen sowohl für Aufzeichnungen im Rahmen einer Observation als auch einer Videoüberwachung bedeuten auch eine einfache und sichere Handhabung in der Praxis; das soll auch hier angestrebt werden. Zudem steht die Zuger Gesetzgebung mit den vorgeschlagenen hundert Tagen auch in Einklang mit dem Strafgesetzbuch, wonach bei einem Anzeigedelikt eine Person innert drei Monaten aktiv werden und Strafanzeige erstatten muss. Diese Bestimmung ist Ausfluss des verfassungsrechtlichen Beschleunigungsgebots. Folglich sollen auch die Behörden innert dieser Frist ein Verfahren einleiten müssen, wenn die Observation zum Beispiel strafrechtlich relevantes Verhalten aufzeigt. Auch besteht in der Praxis kein Bedarf nach einer längeren Aufbewahrungsfrist, und auch was die Observation anbelangt, ist zwingend, dass diese von der Staatsanwaltschaft genehmigt werden muss, wenn sie länger als dreissig Tage dauert. Es ist davon auszugehen, dass dann in der Regel ein konkreter Verdacht vorliegt und ein Strafverfahren eingeleitet wurde oder in Kürze eingeleitet wird. Dazu kommt – wie auch beim Videogesetz erwähnt –, dass ein System umso kostspieliger ist, je länger Daten aufbewahrt werden müssen. Der Sicherheitsdirektor bittet deshalb, dem Antrag auf hundert Tage zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, Abs. 2 zuerst hinsichtlich des Antrags Kupper zu bereinigen und anschliessend über die Dauer der Aufbewahrung abzustimmen. Der Rat ist einverstanden.

➔ Der Rat lehnt die von Gregor Kupper beantragte Ergänzung mit 39 zu 26 Stimmen ab.

➔ Der Rat genehmigt mit 38 zu 26 Stimmen die Fassung der Erweiterten Justizprüfungskommission.

§ 43b Abs. 1 Bst. a und b sowie Abs. 2
§ 45c Abs. 1 Bst. a bis c
III.
IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Vorlage 2165.3: Polizeigesetz (Polizeiliche Massnahmen)

Titel und Ingress
§ 6 Abs. 2
§ 10b Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 10c Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3
§ 10d Abs. 1
§ 11 Abs. 1 Bst. c
§ 19 Abs. 1 Bst. b
Titel am Anfang des Dokuments: «2.2.4. Erkennungsdienstliche Erfassung»
§ 21 Abs. 1 Bst. c
§ 22 Abs. 1 Bst. a

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 22 Abs. 1 Bst. d

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission hier den Antrag auf Streichung stellt. Der Regierungsrat stimmt diesem Antrag zu. Es handelt sich dabei um eine formelle Änderung, da Schrift- und Handproben neu in Bst. e zusammengefasst werden.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission.

§ 22 Abs. 1 Bst. e bis g, Abs. 2
§ 23 Abs. 1
§ 26 Abs. 1 Bst. a bis d, Abs. 2 und Abs. 3
Titel am Anfang des Dokuments: «2.2.5. Sicherstellung von Tieren und Gegenständen»
§ 27 Abs. 1 Bst. a bis c, Abs. 2
§ 28 Abs. 1 Bst. a und b, Abs. 2
§ 29 Abs. 1 Bst. a bis e, Abs. 2 Bst. a und b
§ 29a Abs. 1, Abs. 2 Bst. a und b

§ 30 Abs. 1
§ 33 Abs. 1
§ 35 Abs. 1 Bst. b
§ 36 Abs. 4
II.
III.
IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Vorlage 2165.4: Polizeigesetz (Ergänzende Bestimmungen zum Schutz vor häuslicher Gewalt)

Titel und Ingress
§ 17 Abs. 1 Bst. a bis c, Abs. 2 Bst. a bis c, Abs. 3
§ 17a Abs. 1 und Abs. 2
§ 18 Abs. 1 Bst. c, Abs. 2
§ 18a Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 18a Abs. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission hier den Antrag auf Streichung stellt. Der Regierungsrat möchte Abs. 4 aus Gründen der Systemkonformität beibehalten.

JPK-Präsident **Thomas Werner:** Die gewaltbereite Person schädigt nicht nur Personen, sondern verursacht viele Kosten, beispielsweise für die Betreuung der Opfer oder für den ganzen Justizapparat, der tätig wird. Eine Statistik, was die Beratungsgespräche mit den Tätern tatsächlich bringen, konnte der JPK nicht vorgelegt werden. Schliesslich soll ein Täter für seine Beratung selber aufkommen müssen und zwar so, dass die Beratungsstelle selbsttragend ist. Es darf vermutet werden, dass die Täter ihr Geld nicht gerne für Beratungen ausgeben. Dem muss vorgebeugt und das Geld schon vorzeitig im Strafverfahren abgenommen werden. Mit der «kann»-Formulierung weckt man Begehrlichkeiten, die innert Kürze zum Standard werden und den Steuerzahler viel Geld kosten. Der JPK-Präsident bittet deshalb um Unterstützung für den Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission.

Christine Blättler-Müller unterstützt die Fassung des Regierungsrats und nicht die Forderung nach Streichung des Absatzes, wie von der Erweiterten Justizprüfungskommission vorgeschlagen. Bei der Abstimmung zur Streichung dieses Paragraphen hat sie sich in der Erweiterten Justizprüfungskommission noch der Stimme enthalten. Seither ist etwas Zeit vergangen, und die Votantin ist etwas weiser geworden. Sie ist überzeugt, dass Abs. 4, wie ihn die Regierung vorschlägt, seine volle Berechtigung hat.
Gleichzeitig muss sie auch ihre Interessenbindung bekanntgeben: Sie ist Präsidentin der «Frauenzentrale Zug», welche unter dem Handlungsfeld «eff-zett» (= Fachzentrum) mit einer Leistungsvereinbarung die Opferberatung für den Kanton

Zug durchführt. Die Votantin will hier aber nicht eine neue Beratungsstelle für die Frauenzentrale sichern. Nein, bei § 18a Abs. 4 geht es um Beiträge an eine Beratungsstelle für Täter. Diese Beratung macht «Agredis – Gewaltberatung von Mann zu Mann» in Luzern. Damit weist die Votantin auf eine vielleicht nicht direkt erkennbare Opferhilfe hin, die indirekt den Opfern zugutekommt.
Aktuell stützt sich die Beitragsleistung des Kantons an die freiwillige Täterberatung auf § 38 des Sozialhilfegesetzes. Eigentlich wäre hiermit die Rechtsgrundlage genügend geschaffen. Nur ist sie nicht wirklich systemkonform und zu weit von der Polizei entfernt. Die häusliche Gewalt gehört auch im Kanton Zug zum Arbeitsalltag der Polizei. Die Polizei hat nicht nur die Verfolgung und Aufklärung von Straftaten in ihrem Auftrag, sondern auch deren Prävention. Es gehört leider auch zur Realität der häuslichen Gewalt, dass die meisten Täter wieder in ihre Familien zurückkehren, denn die Frauen – als Opfer der häuslichen Gewalt in der Mehrheit – sind meistens vom Täter finanziell abhängig. Genau deshalb kann mit einer Täterberatung den Opfern zusätzlich geholfen werden. Opfer bei häuslicher Gewalt sind nicht nur die Frauen, sondern vor allem auch die Kinder, die alles mitbekommen, denn oft sind es Wiederholungstäter. Zum Schutz der Opfer soll das Beratungsangebot für Täter vorankommen. Bei einem Einsatz zu häuslicher Gewalt weist die Polizei auf die Beratungsstelle hin und meldet den Täter an diese weiter. Die Beratungsstelle meldet sich dann beim Täter. Dieser entscheidet, ob er die Beratung annehmen will. Die Beratung kann jedoch bei einem Strafverfahren richterlich verfügt werden.
Aus diesen Gründen macht es mehr Sinn, diese Bestimmung im Polizeigesetz aufzuführen. Denn die Sozialhilfe versteht sich im Wesentlichen als eine öffentlich-rechtliche individuelle Hilfe im Sinne einer staatlichen Mindestsicherung. Hier aber geht es um Schutz vor Gewalt in den eigenen vier Wänden, und da ist die Polizei logischerweise nahe am Geschehen. Die Votantin dankt für die Unterstützung.

Philip C. Brunner hat dem Votum seiner Vorrednerin mit Interesse zugehört. Es war sehr viel von *Tätern* die Rede. Der Votant geht davon aus, dass auch die *Täterinnen* gemeint sind.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass es vor allem um die Opfer geht. Die Polizei muss fast täglich wegen häuslicher Gewalt ausrücken. Je nach Vorfall wird die Täterin oder der Täter – in diesem Fall die erwähnte Beratungsstelle, das frühere «Mannebüro Luzern» – gemeldet, und die Beratungsstelle meldet sich beim Täter. Dieser muss nicht, kann aber die Beratung in Anspruch nehmen, muss diese aber – im Gegensatz zu den Ausführungen des JPK-Präsidenten – selber bezahlen. Im Vergleich mit anderen Kantonen der Zentralschweiz hatte der Kanton Zug in den letzten Jahren weitaus am meisten Fälle von häuslicher Gewalt. Woran das liegt, ist nicht genau bekannt: Man weiss nicht, ob vielleicht die Präventionskampagnen der letzten Jahre dazu geführt haben, dass die Meldeschwelle tiefer geworden ist, oder ob hier wirklich mehr geschlagen wird als andernorts. Die gute Arbeit der Polizei und der Beratungsstellen im Kanton Zug hat mindestens dazu geführt, dass sich die Zahlen reduziert haben. Es ist deshalb wichtig, in diesem Gesetz zu dokumentieren, dass Beiträge möglich sind. Der Kanton Zug hat mit dem erwähnten Büro einen Leistungsvertrag, der den Kanton 12'000 Franken pro Jahr kostet. Es ist nicht das Ziel, mit der Aufnahme von Abs. 4 mehr Geld ausgeben zu können. Vielmehr soll dokumentiert werden, dass man weiterhin in der Prävention – vor allem zum Schutz der Opfer – tätig sein und die Opferzahlen reduzieren will.

➔ Der Rat genehmigt mit 36 zu 28 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats

Vorlage 2165.5: Polizeigesetz (Umsetzung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen mit Anpassungen der Rechtspflegebestimmungen)

Titel und Ingress
Titel am Anfang des Dokuments (neu): «2.2.2a. Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen»
§ 18b, Abs. 1 Bst. a und b

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 18b Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission hier den Antrag stellt, dass Personen, gegen welche solche Massnahmen angeordnet wurden, nach Möglichkeit fotografisch erfasst werden und somit bei Möglichkeit auch erfasst werden müssen. Der Regierungsrat lehnt diesen Antrag ab und beantragt, dass die Polizei erfassen *kann*.

JPK-Präsident **Thomas Werner:** Die Erweiterte Justizprüfungskommission beantragt hier eine Einengung des Handlungsspielraums bzw. eine Klärung des Auftrags. Es gibt tatsächlich Situationen, in welchen durch die Polizei nicht fotografiert werden kann. Deshalb hat die JPK die Wendung «nach Möglichkeit» in ihrem Vorschlag, damit die Polizei auch vor allfälligen Rechtsansprüchen geschützt wäre. Im Grundsatz will die JPK aber, dass der klare und unmissverständliche Auftrag gilt, dass Personen, welche randalieren und Veranstaltungen stören, fotografisch erfasst werden.

Für Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** handelt es sich hier um eine semantische Diskussion: Beide Antragssteller wollen letztlich das Gleiche. Man muss immer auch die Verhältnismässigkeit sehen. Wenn die Polizei eine fotografische Aufnahme machen will, dann macht sie diese auch. Sie «kann Personen […] fotografisch erfassen»: Es ist unklar, wo der Unterschied zur Formulierung der JPK liegt.
Mit dem Hinweis auf die Verhältnismässigkeit will der Sicherheitsdirektor auch die Kosten ansprechen. Es führt zu einem Mehraufwand, wenn alles fotografisch erfasst würde. Die Praxis zeigt auch, dass die Polizei das richtig macht, und der vorgeschlagene Paragraph ist in diesem Sinne auch system- und praxisgerecht.

➔ Der Rat genehmigt mit 45 zu 19 Stimmen die Fassung der Erweiterten Justizprüfungskommission.

§ 18c Abs. 1 Bst. a und b, Abs. 2
§ 45 Abs. 2
§ 45a
§ 45b Abs. 1, Abs. 2
II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Vorlage 2165.6: Gesetz über die Organisation der Polizei (Polizei-Organisationsgesetz)

Titel und Ingress
Titel am Anfang des Dokuments (geändert): «5. Verhältnis der Einwohnergemeinden zur Polizei und Leistungseinkäufen»

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 18a Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Erweiterte Justizprüfungskommission den Antrag stellt, dass bloss mit öffentlichen Aufgaben betraute *Verkehrsbetriebe* mit der Polizei Vereinbarungen über den Beizug von Sicherheitsassistentinnen und -assistenten im Rahmen der polizeilichen Aufgäben abschliessen können. Der Regierungsrat beantragt «mit öffentlichen Aufgaben betraute Personen und Organisationen».

JPK-Präsident **Thomas Werner** orientiert, dass der Regierungsrat an der Sitzung der Erweiterten Justizprüfungskommission erklärte, dass es sich hautsächlich und mit erster Priorität um die Verkehrsbetriebe handelt. Für die JPK ist deshalb klar, dass diese Priorität auch im Gesetz festgehalten werden muss. Sie will die unklare Bezeichnung «Personen und Organisationen» nicht im Gesetz. Sie befürchtet eine Ausweitung. Bei prekären Situationen, beispielsweise in einem Naturschutzgebiet, kann immer noch die zuständige Direktion Sicherheitsassistenten einsetzen oder sich bei der Polizei melden, und diese schickt dann die Sicherheitsassistenten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger:** Es wurde in diesem Zusammenhang auch gefragt, ob die Gemeinden bezüglich der Anstellung von Sicherheitsassistenten betroffen sind. Das ist in § 17 Polizei-Organisationsgesetz geregelt. Hier geht es um eine Ausweitung, sei es – wie von der JPK vorgeschlagen – nur auf die ZVB oder – wie vom Regierungsrat beantragt – auf jene Organisationen, welche für den Staat Aufgaben erfüllen. Diese Organisationen sollen nicht nur private Sicherheitsdienste anstellen können, wenn es um Sicherheitsaufgaben geht, die nicht unbedingt die Polizei wahrnehmen muss. Die Abgrenzung ist keineswegs kompliziert. Es ist im Vorschlag des Regierungsrats klar gesagt, wer das tun könnte. So wäre es beispielsweise «Punkto Jugend und Kind» möglich, statt einer *Security* aus dem privaten Bereich einen Sicherheitsassistenten anzustellen, der auch etwas ausgeweitete polizeiliche Möglichkeiten hätte und etwa Befragungen durchführen könnte.
Letztlich ist diese Ausweitung natürlich eine politische Frage. Der Sicherheitsdirektor hält auf jeden Fall am Antrag des Regierungsrats fest.

➔ Der Rat folgt mit 45 zu 19 Stimmen dem Antrag der Erweiterten Justizprüfungskommission.

§ 18a Abs. 2 und Abs. 3
§ 20a
II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 6

889 Postulat von Manuel Brandenberg und Philip C. Brunner betreffend Kreuz im Gerichtssaal des Obergerichts des Kantons Zug.
Es liegen vor: Postulat (2161.1 - 14105); Bericht und Antrag des Regierungsrats, des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts (2161.2 - 14394).

Manuel Brandenberg dankt namens der Postulanten für den ausführlichen und kompetenten Bericht, insbesondere für die tiefgreifenden verfassungsrechtlichen Ausführungen, welche eine schöne Auslegeordnung über den aktuellen Stand in diesem Bereich sind. Es hat die Postulanten auch sehr gefreut, dass im Bericht zum Ausdruck kommt, dass aufgrund der Rechtsprechungspraxis zurzeit aus verfassungsrechtlicher Sicht nichts dem Ansinnen entgegenstünde, im Saal des Obergerichts ein Kreuz anzubringen. Die Postulanten haben auch die sehr differenzierten Ausführungen zu den Rechtsprechungen dazu in der Schweiz und im Ausland begrüsst.
Das Anliegen des Postulats war ursprünglich, ein Kreuz oder Kruzifix im Saal des Obergerichts anzubringen. Dieser Saal ist zwar modern und funktional, er wirkt aber sehr leer, und irgendwie ist kein Geist in diesem Saal – *nihil* könnte man auf Lateinisch sagen. Die Postulanten wollten helfen, in diesem Saal etwas Geist zu versprühen, selbstverständlich ohne der religiösen Neutralität des Staates und der Rechtsprechung entgegenzuwirken.
Die Postulanten halten zusammen mit der SVP-Fraktion an diesem Begehren fest: Sie möchten, dass im Obergerichtssaal ein Kreuz angebracht wird. Nicht etwa, um Nichtchristen oder Andersgläubige oder Ungläubige zu diskreditieren, sondern ganz im Gegenteil: Das Kreuz soll Ausdruck unserer Geschichte, unserer Kultur, unseres jahrhundertelangen Zusammenlebens im Kanton Zug sein.
Etwas zum Formellen: Aus Sicht der Postulanten ist das Postulat durch das Votum von Adrian Andermatt anlässlich der Überweisungsdiskussion nicht erweitert worden, wie es die Regierung, das Obergericht und auch das Verwaltungsgericht verstanden haben wollen. Es ist nicht möglich, dass ein Nicht-Postulant durch ein Votum ein Postulat erweitern kann, zumal Adrian Andermatt ja keine Vollmacht eines der Postulanten hatte, in ihrem Namen irgendeinen Antrag zu stellen. Formell ist es also nicht ganz korrekt, von einer Erweiterung des Postulats zu sprechen. Gegenstand der Diskussion ist also einzig das Postulat betreffend Kreuz im Obergerichtssaal. Das andere war ein Abklärungswunsch, der nun zu einer Erweiterung des Postulats emporgehoben wurde. Selbstverständlich schätzen und anerkennen die Postulanten die durch den Regierungsrat und die Gerichte zum Ausdruck gebrachte Wertschätzung gegenüber Adrian Andermatt, man sollte aber bei den For-

men des Ratsbetriebs bleiben: Es geht hier um ein Postulat von Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg betreffend Kreuz im Obergerichtssaal.
Der Votant dankt nochmals für die kompetenten Ausführungen, die eine wertvolle Diskussion ermöglichten. Es wäre Ausdruck der gemeinsamen Geschichte und Kultur, wenn man am Obergericht ein Kreuz hätte. Wenn der Rat demokratisch anders entscheidet, haben dem alle – Ungläubige, Gläubige und Andersgläubige – zu folgen, ob es ihnen gefällt oder nicht. In diesem Sinne beantragt der Votant auch im Namen der SVP-Fraktion, das Postulat erheblich zu erklären und auf die Teilerheblicherklärung nicht einzutreten, weil diese nicht möglich ist.

Hanni Schriber-Neiger: Die AGF nimmt mit gemischten Gefühlen Kenntnis von der Antwort des Regierungsrats. Diese lässt sich in etwa so zusammenfassen: Analog zum für das friedliche Zusammenleben in der Schweiz ganz zentralen § 15 der Bundesverfassung («Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist gewährleistet») postuliert die Regierung als Praxis im Kanton Zug: «Das Recht zum Auf- oder Abhängen von Kreuzen und Kruzifixen in öffentlichen Gebäuden und Räumen ist gewährleistet.»
Beruhigend ist, dass der Regierungsrat in der Praxis für Zurückhaltung plädiert: «Die Gestaltung, Grösse und Platzierung von Kreuzen ist angesichts der Glaubens- und Gewissensfreiheit und dem Gebot der religiösen Neutralität situativ zu beurteilen.» Das heisst für die AGF: tendenziell eher Kreuze abhängen als neu aufhängen, vor allem in öffentlichen Räumen und Gebäuden mit Publikumsverkehr. Politisch interessant ist, dass aus den Reihen der SVP bei diesem Thema versucht wird, ihren CVP-Sitznachbarinnen und -Sitznachbarn hier im Saal das Weihwasser streitig zu machen.
Womit die Votantin beim Kantonsratsaal angelangt ist: Die AGF sieht am ehesten einen Handlungsbedarf in diesem Saal. In der Antwort des Regierungsrats wird erläutert, was der Unterschied zwischen einem Kreuz und einem Kruzifix ist. Das Kruzifix ist im Gegensatz zum Kreuz ganz klar konfessionell verortet, und das Riesenkruzifix hier im Kantonsratssaal geht auf die lange dauernde Dominanz der katholischen Kirche in unserem Kanton zurück. Die Zeiten haben sich geändert, und es ist abzusehen, dass es im Kanton Zug bald keine Mehrheitsreligion mehr geben wird. Von 1970 bis 2010 ist der Anteil der katholischen Wohnbevölkerung von über 80 auf 55 Prozent gesunken, und dieser Trend hält an. Und nebenbei bemerkt: Die Konfessionslosen haben die Reformierten zahlenmässig bereits überholt. Für die in diesem Saale ausgeübte Tätigkeit - Kantonsrätinnen und Kantonsräte vertreten die gesamte Zuger Bevölkerung – ist dieses grosse Kruzifix fehl am Platz. Ein schlichtes Kreuz könnte genügen. Der Regierungsrat schreibt es in seiner Antwort auf Seite 10: «Die Beschränkung des Kruzifixes auf eine bestimmte christliche Konfession verstärkt noch dessen bekenntnismässigen Gehalt.» Der Kantonsrat macht Politik auf der Grundlage der Verfassung und nicht der Religion.

Philip C. Brunner schliesst sich den Bemerkungen von Manuel Brandenberg an. Die zwei Postulanten sind zwar in derselben politischen, nicht aber kirchlichen Fraktion; der Votant ist nämlich Protestant und zudem noch einige Wochen lang Mitglied des Grossen Kirchgemeinderats der Reformierten Kirche Kanton Zug. Er hat dafür gekämpft, dass der Grosse Kirchgemeinderat hier im Kantonsratssaal und nicht in einem anonymen Kirchgemeindehaus – leider *auch* ohne Kreuz – tagt; das Kruzifix ist ihm auf jeden Fall lieber als gar kein Symbol.
Der Votant ist *sehr* beeindruckt von der Antwort, für die sich Exekutive und Judikative zusammengetan haben. Es ist eine vorbildliche Antwort. Die Postulanten wollten keineswegs – wie von der Vorrednerin unterstellt – irgendeine Polemik ent-

fachen, aber immerhin hat es das Postulat auf die Frontseite des «Blick» und in die nationalen Medien geschafft. Der Votant hofft nun sehr, dass die fundierte Antwort nicht einfach eine Postulatsantwort ist, die jetzt im Internet und in den Papierkörben verschwindet, sondern auch entsprechend gelebt wird.
Der Votant würde dafür kämpfen, dass das jetzige Kreuz im Kantonsratssaal hängen bleibt – aus ganz verschiedenen, nicht zuletzt auch historischen Motiven. Man muss seine Wurzeln kennen und wissen, woher man kommt. Das ist für die Zukunft dieses Kantons, der Schweiz und Europas nicht unwesentlich. Dass das Thema von der SVP aufgegriffen wurde, ist eher zufällig. Die Bemerkungen der AGF-Sprecherin haben dem Votanten überzeugt, dass es wichtig war, diese Antworten von der Regierung zu erhalten.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, dankt für das Lob zum Bericht und Antrag von Obergericht, Verwaltungsgericht und Regierungsrat, das sie gerne an die Mitarbeitenden weitergeben wird. Im Namen des Obergerichts bittet sie, das Begehren, im Saal des Obergerichts ein Kreuz oder Kruzifix anzubringen, nicht erheblich zu erklären. Gemäss kantonaler Verfassung ist die Justizverwaltung Sache der Gerichte, und der Kantonsrat kann das Obergericht nicht verpflichten, ein Kreuz aufzuhängen.
Im Namen des Regierungsrats, des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts bittet die Direktorin des Innern, das ergänzende Begehren, Kreuze oder Kruzifixe in öffentlichen Verwaltungsgebäuden generell abzuklären, erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat hat vorhin mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass er das Anliegen von Adrian Andermatt gar nicht hätte abklären sollen. Er ist dennoch froh darüber, sind die Ergebnisse doch sehr interessant. Die Regierung und die Gerichte haben bestimmt, dass die bestehenden Kreuze in öffentlichen Verwaltungsgebäuden sowie das Kruzifix im Verwaltungsgerichtssaal belassen werden. Es gibt kein generelles Verbot von Kreuzen. Zurzeit besteht jedoch nicht die Absicht, weitere Kreuze aufzuhängen, weder in den öffentlichen Verwaltungsgebäuden noch im Obergerichtssaal. Die Ausführungen im Bericht beziehen sich auf öffentliche kantonale Verwaltungsgebäude, nicht auf den öffentlichen Raum im Allgemeinen, auch nicht auf gemeindliche Verwaltungsgebäude oder Schulen. Im Rahmen des Verfassungsrechts und der Rechtsprechung sind die Gemeinden aufgrund der geltenden kantonalen Rechtslage in diesem Bereich autonom. Regierung und Gerichte haben Kriterien aufgezeigt, nach denen ein konkreter Antrag im Einzelfall geprüft wird (Bericht Seite 10):
• Deutet das Kreuz, besonders durch seine Dominanz und Platzierung, auf eine unzulässige Identifizierung des Staats mit einer Religion hin?
• Gibt es zumutbare, nicht diskriminierende Ausweichmöglichkeiten für Andersdenkende, sofern sie staatliche Leistungen beanspruchen oder staatliche Funktionen ausüben?
• Werden die religiösen oder weltanschaulichen Gefühle Dritter verletzt?
Der Minderheitenschutz ist durch einzelfallgerechte Lösungen zu gewährleisten. Ein Kreuz oder Kruzifix ist allenfalls für einzelne staatliche Handlungen zu verhüllen, vorübergehend zu entfernen oder die staatliche Handlung in einen Raum ohne Kreuz zu verlegen.
Die Direktorin des Innern ersucht den Kantonsrat um Unterstützung für die pragmatische Lösung, welche die Gerichte und die Regierung erarbeitet haben. Der konfessionelle Frieden und das harmonische Zusammenleben der verschiedenen Kulturen sind allen wichtig.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag von Manuel Brandenberg und der SVP-Fraktion betreffend Erweiterung des Postulats korrekt ist. Er schlägt deshalb eine zweistufige Abstimmung vor:
• Abstimmung über das eigentliche Begehren des Postulats: Der Antrag des Obergerichts dazu lautet: «Es sei das Begehren, im Gerichtssaal des Obergerichts ein Kreuz oder Kruzifix anzubringen, nicht erheblich zu erklären.»
• Behandlung des zusätzlichen Begehrens, welches die Regierung aufgrund des Votums von Adrian Andermatt aufgenommen hat. Hier geht es zuerst um Eintreten bzw. Nichteintreten. Falls sich der Rat für Nichteintreten entscheidet, ist das Postulat als erledigt abzuschreiben. Falls Eintreten beschlossen wird, wird über den Antrag des Regierungsrats zum zusätzlichen Begehren abgestimmt.
Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat folgt 36 zu 28 Stimmen dem Antrag des Obergerichts und erklärt das eigentliche Postulatsbegehren, im Gerichtssaal des Obergerichts ein Kreuz oder Kruzifix anzubringen, nicht erheblich.

➔ Der Rat beschliesst mit 49 zu 2 Stimmen, nicht auf das Zusatzbegehren einzutreten, und schreibt das Postulat als erledigt ab.

TRAKTANDUM 7
Geschäfte, die am 31. Oktober 2013 nicht behandelt werden konnten

890 Traktandum 7.1: **Interpellation der SP-Fraktion und der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Geschlechtergleichstellung im Kanton Zug.**
Es liegen vor: Interpellation (2145.1 - 14065); Antwort des Regierungsrats (2145.2 - 14305).

Eusebius Spescha als Vertreter der Interpellantinnen: Nachdem der Kantonsrat Ende Oktober 2010 entschieden hatte, die Kommission für Chancengleichheit von Frau und Mann ersatzlos zu streichen, haben SP, Alternative, weitere Organisationen und eine Reihe von Privatpersonen beim Bundesgericht gegen diesen Entscheid Beschwerde eingereicht. In einem wegweisenden Urteil vom 21. November 2011 ist das Bundesgericht zum Schluss gekommen, dass der Kanton Zug verfassungsmässig verpflichtet ist, eine Ersatzlösung zu treffen.
Das Urteil des Bundesgerichts kann in zwei Hauptaussagen zusammengefasst werden:
1. Der Kanton Zug ist gemäss Verfassung verpflichtet, sich aktiv für die Gleichstellung einzusetzen.
2. Der Kanton hat eine gewisse Gestaltungsfreiheit, wie er dies tun will. Insofern wurde auch die Beschwerde abgewiesen, da damit die abgelehnte Weiterführung der Gleichstellungskommission angefochten wurde. Eine andere Möglichkeit bestand aus verfahrensrechtlichen Gründen gar nicht.
In seinen Ausführungen hält das Bundesgericht fest: «Im Ergebnis ist der Kanton Zug […] verpflichtet, einen Ersatz für die bisherige Kommission für die Gleichstellung bzw. die Chancengleichheit von Frau und Mann vorzusehen.» Und weiter: «Problematisch erscheint jedoch, dass der Kantonsrat in seinem Beschluss vom 28. Oktober 2010 die Weiterführung der Gleichstellungskommission bzw. die vorgeschlagene Schaffung einer Chancengleichheitskommission abgelehnt hat, ohne eine Ersatzlösung vorzusehen.»

In § 8 Abs. 3 der Bundesverfassung wurde ein Sozialgestaltungsauftrag erkannt, der auf Abbau bestehender Stereotypisierungen und diskriminierender Strukturen hinarbeiten soll, und es wurde ausdrücklich festgehalten, dass es «gezielte Massnahmen» braucht, «um stereotype Rollenbilder und gesellschaftlich institutionalisierte Verhaltensmuster und damit einhergehende Benachteiligungen zu beseitigen, sowie ein Umdenken [...] einzuleiten». Damit wird eine Politik der Gleichstellung verlangt, die über gesetzgeberische Akte hinausgeht. Das Bundesgericht hält weiter klar fest, dass auch dort, wo keine subjektiven gerichtlich durchsetzbaren Verpflichtungen angenommen werden, die «Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women» (CEDAW) «nicht nur politische oder moralische Absichtserklärungen» enthält, sondern rechtlich verbindlich ist.
Das Bundesgericht prüfte ausführlich, wie es im Kanton Zug mit der Geschlechtergleichstellung steht und bejaht ein Defizit. Es erkennt, dass es institutionelle und organisatorische Vorkehrungen braucht: «So muss bestimmt werden, welche staatlichen Stellen zur Förderung der Gleichstellung berufen sind, welche Kompetenzen ihnen hierbei zustehen und über welche personellen und finanziellen Ressourcen sie verfügen». Das Bundesgericht hält auch fest, dass die meisten Kantone eine Fachstelle oder eine entsprechende Kommission kennen. Es meint aber, man könne die Gleichstellung auch anderweitig organisieren. Das Bundesgericht bezeichnet den Zustand im Kanton Zug sinngemäss als bedenklich, nämlich als «geeignet, die Umsetzung des verfassungsrechtlichen Auftrags zur Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton Zug zu gefährden oder sogar zu vereiteln».
Der Regierungsrat hat sich ein Jahr Zeit gelassen, die Interpellation zu beantworten, und er hat insgesamt sogar fast anderthalb Jahre Zeit gehabt, das Urteil zu analysieren und zu überlegen, wie die künftige Gleichstellungspolitik des Kantons Zug aussehen könnte. Herausgekommen ist eine der peinlichsten Interpellationsbeantwortungen, welche der Votant je gelesen hat. Dass die Vorlage des Regierungsrats im Oktober 2010 abgelehnt wurde, liegt in der Verantwortung des Kantonsrats. Dafür kann der Regierungsrat nichts. Dass der Regierungsrat aber den Verfassungsauftrag der Bundesverfassung und der Kantonsverfassung negiert und auch das vernichtende Urteil des Bundesgerichts weitgehend ignoriert, dafür kann er etwas. Dass jede Direktion die Aufgabe erhält, irgendwie ein bisschen etwas für die Gleichstellung zu tun und dass dann die zu dieser Aufgabe Verknurrten noch in einer verwaltungsinternen Fachgruppe ihre unfreiwilligen Erfahrungen austauschen müssen, ist ja wohl kein ernsthafter Beitrag zu einer Gleichstellungspolitik, die diesen Namen verdient.
Das Bundesgericht hat richtigerweise gesagt, dass die Kantone einen Gestaltungsfreiraum haben, wie sie diese Aufgabe erfüllen wollen. Es hat aber klar geurteilt, dass der Kanton etwas tun *muss.* Hätten die Bundesrichter diese Interpellationsantwort gekannt, ist sich der Votant nicht sicher, ob sie dann nicht anders geurteilt hätten, indem sie zum Beispiel festgehalten hätten, dass die Gleichstellungskommission weiterzuführen ist, bis eine echte Ersatzlösung getroffen ist. Für den Votanten ist die Antwort des Regierungsrats eine Art Rechtsverweigerung.

Thomas Lötscher hat unlängst von Eusebius Spescha ein Exemplar der Bundesverfassung erhalten, wofür er ihm neben dem persönlich erfolgten jetzt auch noch ein öffentliches Dankeschön ausspricht. Er hat darin § 8 Abs. 3 zur Gleichberechtigung von Mann und Frau nachgelesen. Dort geht es um die Gleichstellung der Geschlechter, nicht aber um Gleichmacherei. Wie das Bundesgericht daraus einen gesellschaftlichen Umerziehungsauftrag an die Kantone adressieren kann, ist dem Votanten schleierhaft. Staatliche Projekte zur Umerziehung der eigenen Bevölke-

rung sind aus totalitären Staaten bekannt, einer liberalen, freiheitlichen Demokratie aber völlig unwürdig.
Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die sehr gute Beantwortung dieser Interpellation und für den darin ersichtlichen Grundsatz, in dieser Sache nur das absolute Minimum zu unternehmen und den demokratischen Parlamentsentscheid zu akzeptieren. Das zuweilen weltfremde Bundesgericht hat immerhin die linke Beschwerde gegen die Abschaffung der Gleichstellungskommission abgewiesen.

Rainer Suter spricht für die SVP-Fraktion. Laut einer kürzlich durchgeführten Umfrage mit 8500 Teilnehmern waren 81 Prozent der Befragten der Meinung, dass genug gemacht worden ist für die Gleichberechtigung. Es scheint, dass die Menschen des Themas allmählich überdrüssig sind.
Drei Jahre ist es her, seit der Kantonsrat beschlossen hat, die Kommission für die Chancengleichheit von Frau und Mann zu streichen. Diesen demokratischen Entscheid wollten die Linke und einige Privatpersonen nicht akzeptieren und bemühten mit diesem Thema das Bundesgericht. Dieses erkannte in Ziff. 1 des Urteilsdispositives, welches in erster Linie verbindlich ist, Folgendes: «Die Beschwerde wird im Sinne der Erwägungen abgewiesen, soweit darauf einzutreten ist.» Das Bundesgericht hat die Beschwerde gegen den Kanton Zug also abgewiesen. Es hat klar festgehalten, der Kanton Zug könne nicht zu einer bestimmten institutionellen Massnahme zur Förderung der Gleichstellung verpflichtet werden. Indes müsse der Kanton Zug einen Ersatz für die bisherige Kommission für die Gleichstellung vorsehen. Allerdings stehe die Wahl dazu, wie der Kanton Zug dies zu tun habe, im Ermessen des Kantons. Das Bundesgericht hielt dort auch Folgendes fest: «[Der Kanton Zug] ist daher nicht verpflichtet, eine Kommission oder Fachstelle zu schaffen, sondern kann die Umsetzung des Gleichstellungsauftrags auch mit anderen Mitteln verfolgen.» Damit hat das Bundesgericht dem Kanton Zug die grösstmögliche Freiheit belassen.
In seiner Antwort auf die Fragen 2 und 3 nennt der Regierungsrat die Massnahmen, die er in den nächsten Jahren vorsieht. Angesichts des milden bundesgerichtlichen Urteils scheinen der SVP-Fraktion diese Massnahmen grundsätzlich angemessen. Eine Anlauf- und Kontaktstelle für Gleichstellungsfragen jedoch ist aus Sicht der SVP-Fraktion nicht notwendig. Sie widerspricht auch dem parlamentarisch zum Ausdruck gebrachten Willen, die Kommission abzuschaffen. Das Gleiche gilt für die Ausarbeitung von Empfehlungen, das Einholen und Erstellen von Gutachten und Studien sowie Öffentlichkeitsarbeit.
Es sei noch einmal daran erinnert, dass das Bundesgericht die Beschwerde der Linken gegen den Kanton Zug abgewiesen hat. Es hat nur in den Erwägungen gesagt, dass der Kanton Zug gehalten sei, einen Ersatz für die Gleichstellungskommission vorzusehen. Zu Frage 4 teilt der Regierungsrat mit, er werde eine verwaltungsinterne Fachgruppe einsetzen. Es sollen die Direktionen jeweils eine verantwortliche Person als Mitglied ernennen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es ausreichend sei, eine einzige verwaltungsinterne Anlaufstelle für Fragen der Gleichstellung zu benennen. Eine Person in jeder Direktion und zusätzlich eine verwaltungsinterne Fachgruppe sind zu viel.
Eine vehemente Absage erteilt die SVP-Fraktion dem Regierungsrat, soweit er dem Gedanken des *Gender Mainstreaming* Rechnung tragen will. *Gender Mainstreaming* hat nichts mit dem Gleichstellungsauftrag der Bundesverfassung zu tun. Es handelt sich dabei um eine Ideologie, welche mittlerweile den Charakter einer Weltanschauung hat. Die SVP-Fraktion fordert den Regierungsrat auf, davon Abstand zu nehmen, *Gender Mainstreaming* in irgendeiner Art und Weise zu fördern oder es gar seinem Handeln zu Grunde zu legen. Der Votant weiss, dass sehr viele Frauen sich weder

durch den Feminismus noch durch die Ideologien wie das *Gender Mainstreaming* vertreten fühlen.
Betreffend Frage 5 ist die SVP-Fraktion erstaunt, dass die Direktion des Innern für Honorare Dritter im Gleichstellungsbereich einen Betrag von 80'000 Franken vom Regierungsrat zugesprochen erhält. Die SVP-Fraktion möchte wissen, welche Dritten mit diesem Betrag beglückt werden. Sie kann sich vorstellen, dass es sich dabei um die staatsnahen Institutionen und Organisationen im Kanton Zug handelt, deren Vorstände, Stiftungs- und Verwaltungsräte sich in erster Linie durch die Gemeinsamkeit auszeichnen, dass sie eine SVP-freie Zone sind.
Noch einige Gedanken zu Schluss:
• Die linken Parteien bearbeiten dieses Thema derart, dass der Eindruck entstehen könnte, die feministische Geschlechter-Gleichstellung sei ein Thema der Frauen. Sie ist es nicht, sie ist ein Thema der Linken.
• Bereits 1958 wurde «Frauen im Laufgitter» veröffentlicht, spätestens seitdem ist das Thema aktuell. Das Gleichstellungsgesetz wurde 1981 in der Bundesverfassung verankert.
• In den letzten dreissig Jahren hat sich sehr viel getan in Sachen Gleichstellung von Frau und Mann. Mittlerweile sind viele Frauen der festen Überzeugung, dass es an der Zeit ist, von der Opferrolle wegzukommen. Man kann feststellen, dass die Geschlechterpolitik schon längst auf Augenhöhe stattfindet. Der konstruktive Dialog zwischen den Geschlechtern ist Realität. Die heutige junge Generation, das heisst unsere Zukunft, ist emanzipiert. Ist es noch nötig sich für ein Thema stark zu machen, das der Vergangenheit angehört und gelöst wurde?
Abschliessend dankt der Votant im Namen der SVP-Fraktion dem Regierungsrat für die geleistete Arbeit zur Beantwortung der linken Interpellation.

Esther Haas spricht gleichzeitig als Fraktionssprecherin und als Vertreterin der mitinterpellierenden AGF. Sie dankt dem Regierungsrat für seine Antwort, auch wenn die AGF vom Inhalt enttäuscht ist. Die Antwort fällt äusserst mager aus.
Der Kantonsrat hat die von der Regierung vorgeschlagene Kommission für Chancengleichheit von Mann und Frau damals zwar mit 37 zu 36 Stimmen abgelehnt, aber 36 Kantonsräte und -rätinnen haben der Kommission zugestimmt. Ein gutes Jahr ist seit dem Einreichen der Interpellation vergangen, und die Vorschläge in der Antwort der Regierung sind äusserst minimal und werfen zudem viele Fragen auf. Der Bericht zeigt Massnahmen auf ohne Signalwirkung nach aussen. Und genau in der Gesellschaft fehlt es noch an vielen Orten an der Umsetzung der Gleichstellung.
Ein aktuelles Beispiel? Im Artikel in der «SonntagsZeitung» über die teuerste Verwaltung in der Schweiz hiess es, eine Sekretärin verdiene schon im ersten Jahr monatlich 6100 Franken. Was löst das bei den hier Anwesenden oder bei der Bevölkerung aus? Ersetzt man nun das Wort «Sekretärin» mit dem Wort «Sekretär», also «Ein Sekretär verdient schon im ersten Jahr monatlich 6100 Franken»: Wer erhält wohl das grössere Verständnis für den guten Lohn?
Immer noch sind in verschiedenen Bereichen die Löhne für Mann und Frau für die gleiche Arbeit verschieden. Im Jahr 2000 haben die Frauen 21 Prozent weniger verdient, im Jahr 2010 waren es 18 Prozent weniger. Geht es in diesem Tempo weiter, ist die Lohngleichheit in 66 Jahren Realität – also, erst, wenn die momentan junge, erwerbstätige Generation vielleicht Urgrosseltern ist. Wo ein Mann heute 50 Franken verdient, bekommt eine Frau für die gleichwertige Arbeit im Mittel nur 41 Franken. Nur ein Teil davon ist auf eine schlechtere Ausbildung zurückzuführen, der grosse Rest beruht immer noch auf Diskriminierung. Jede zehnte arbeitende Person arbeitet zu Tiefstlöhnen, die nicht zum Leben reichen. Nach wie vor sind

besonders die Frauen betroffen, was sich auch auf das Rentenalter auswirkt. Man könnte diese Liste noch weiterführen.
Die Votantin arbeitet tagtäglich mit jungen Frauen und Männern zusammen. Wenn Rainer Suter das Gefühl hat, die Botschaft der Gleichstellung sei bei den Jugendlichen angekommen, dann irrt er. Junge Frauen stellen sich nach wie vor hinten an und machen sich noch immer kleiner, als sie eigentlich sind. Es wäre eine Aufgabe der Gleichstellungsbemühungen, schon die jungen Mädchen in ihrem Gleichwertigkeitsgefühl zu fördern.
Nun zum Bericht: Die aufgeführten Punkte 1 bis 5 zeigen wenig konkrete Massnahmen. Wie soll die Öffentlichkeitsarbeit funktionieren? Was konkret soll in der Öffentlichkeit gemacht werden? Wie wird die Anlauf- und Kontaktstelle für Gleichstellungsfragen geführt? Sind in den Direktionen Ressourcen vorhanden, um sich dieses Themas auch noch anzunehmen? Von wem wird die Aufgabe wahrgenommen, mit wievielen Stellenprozenten? Ist diese Zusatzaufgabe budgetiert? Auch hier stellen sich mehr Fragen, als Antworten gegeben wurden. Das ist keine Signalwirkung nach aussen.
Die AGF versteht nicht, dass ein neues Gleichstellungsgesetz erarbeitet werden soll, obwohl die rechtlichen Grundlagen schon heute vorhanden sind. Das gibt wieder Arbeit für die Direktion des Innern, es gibt einen Kantonsratsbeschluss, der wieder bachab gehen könnte – es wird so oft von schlanken Gesetzen gesprochen, von einem Rat, der effizienter arbeiten soll. Für die AGF braucht es kein neues Gesetz, das unnötige Arbeit mit sich bringt. Warum nicht eine Fachstelle schaffen, die eigens für die Frage der Gleichstellung zuständig ist, analog zur Ombudsfrau oder zum Datenschutzbeautragten, mit einem jährlichen Bericht an den Kantonsrat? Das wäre eine Massnahme gewesen, die ein Signal gesetzt hätte, auch gegen aussen.

Barbara Gysel: Die Schweizerinnen erhielten 1971 endlich das Stimm- und Wahlrecht, 123 Jahre nach den Männern. Das war ein entscheidender Schritt hin zu einer formalrechtlichen Gleichstellung der Geschlechter. Das Prinzip der Gleichstellung der Geschlechter gilt im schweizerischen Recht aber gerade mal seit 1981. Vorher war es zulässig, Frauen und Männer ungleich zu behandeln. Das liberale Prinzip der Gleichheit der Individuen, ein Leitgedanke des Bundesstaates von 1848, wurde nicht auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern angewendet.
Erst im Juni 1981 wurde das Prinzip der gleichen Rechte von Mann und Frau in der Bundesverfassung verankert. Der Verfassungsartikel garantiert die formale Gleichbehandlung von Frauen und Männern und verpflichtet. Er verlangt aber noch mehr – nachzulesen etwa bei der Eidgenössischen Frauenkommission –, nämlich die Verwirklichung der *tatsächlichen* Gleichstellung von Mann und Frau. Die Bereiche Arbeit, Familie und Bildung werden ausdrücklich erwähnt. Es wurde tatsächlich – wie von Rainer Suter erwähnt – schon viel erreicht, gleichzeitig bleibt aber noch viel zu tun, etwa punkto Lohngleichheit.
Das Bundesgericht hat mit seinem Entscheid über die Abschaffung der Gleichstellungskommission klipp und klar gezeigt: Aus der Bundesverfassung leitet sich ein Gleichstellungsauftrag ab. Der Gleichstellungsauftrag leitet sich auch aus internationalen Konventionen ab, etwa aus der bereits erwähnten CEDAW, dem Übereinkommen von 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, das für die Schweiz am 26. April 1997 in Kraft getreten ist. Im Rahmen ihrer Verpflichtung, über die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen Bericht zu erstatten, hat die Schweiz seit 2001 Berichte abgeliefert. Die Berichte werden jeweils dem CEDAW-Ausschuss der UNO präsentiert. Das hat nichts mit Weltfremdheit zu tun, wie von Thomas Lötscher angetönt. Dieser Ausschuss würdigt das Erreichte und formuliert Empfehlungen für das weitere Vorgehen. Vor der Tür

stehen der vierte und fünfte Bericht der Schweiz an den Ausschuss; sie sind in wenigen Monaten fällig. Die Interpellationsantwort der Regierung zeigt, dass sie es mit der effektiven Umsetzung wenig ernst meint. Anders lässt sich nicht erklären, wie dürftig die Massnahmen geplant werden. Auf Seite 2 der regierungsrätlichen Antwort ist zu lesen, dass ein verwaltungsinternes *Fachgrüppli* für die dezentralen Personen eingesetzt werden soll. Es gibt dazu jede Menge Frage: Ist diese Gruppe bereits eingesetzt? Wie oft traf sie sich? Welches sind die Ressourcen?
Am Schluss bleibt der Votantin schlicht und einfach ein Aufruf: Werte Regierung, dieses Bundesgerichtsurteil hat in der ganzen Schweiz und teilweise auch international Aufsehen erregt. Geben wir uns in der Umsetzung des Gleichstellungsauftrags nicht weiterhin eine Blösse. Beweisen wir, dass wir etwas tun können. Und nach dem Votum von Rainer Suter ist die Votantin geneigt zu sagen: Schämen wir uns nicht für unsere Gleichstellungspolitik.

Barbara Strub: 2010 hat der Kantonsrat entschieden, die Gleichstellungskommission nicht weiter zu führen, und jede Direktion beauftragt, die rechtlich erreichte Gleichstellung auch in der Praxis umzusetzen und zu leben. Die SP reichte darauf zusammen mit weiteren Organisatoren und Privatpersonen beim Bundesgericht eine Beschwerde ein. Diese wurde abgewiesen. Weil der Kanton eine gewisse Gestaltungsfreiheit hat, wie er sich für die Gleichstellung einsetzt.
Die Votantin stellt folgende Frage: Auf welcher Grundlage entscheidet der Regierungsrat – wie in seiner Antwort auf die Frage 5 der Interpellation erwähnt – über die Einsetzung einer Fachgruppe für die Gleichstellung von Frau und Mann als Plattform, dies zum Preis von 80'000 Franken im ersten Jahr? Die Votantin dankt dem Regierungsrat für seine Antwort.

Christine Blättler-Müller legt ihre Interessenbindung nochmals dar: Sie ist Präsidentin der Frauenzentrale Zug. Diese hat sich seit ihrem Bestehen für die Gleichstellung der Frauen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft eingesetzt. Gleichzeitig war die Votantin auch die letzte Präsidentin der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zug. Sie betont, dass sie den Gang ans Bundesgericht damals nicht unterstützte, auch die Frauenzentrale Zug nicht.
Was der Regierungsrat da erarbeitet hat, ist nach Meinung der Votantin von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Und ganz einfach: Die Regierung erfüllt ihren verfassungsmässigen Auftrag nicht. Sie hat ein verwaltungsinternes Teilprojekt auf die Beine gestellt, das zur Besenkammer verstauben wird. Denn es fehlt ihm das Fundament, es fehlt ihm die Strategie.
Die Regierung hat einen Auftrag, der in der kantonalen Verfassung verankert ist. Er lautet: Der Kanton fördert die Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau. Als Präsidentin der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann (GLK), der vorberatenden Kommission zur Weiterführung der GLK, hat die Votantin damals erklärt, dass dazu nicht unbedingt eine Fachstelle oder eine Kommission erheblich sei. Die CEDAW-Ratifizierung und der Verfassungsauftrag sei der gesetzliche Rahmen, der die Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann dem Kanton Zug vorschreibt. Diese dürfen keine toten Buchstaben bleiben, sondern müssen umgesetzt werden. Dafür braucht es notwendigerweise institutionelle Ressourcen. Das Parlament hat mit dem Entscheid, die GLK nicht weiterzuführen, die ganze Aufbauarbeit und das gewonnene Wissen sowie die Vernetzung mit verschiedenen Partnern und Partnerinnen des Kantons und auf nationaler Ebene die Lorze hinabgespült.
Der Bundesgerichtsentscheid liess die Hoffnung aufkeimen, dass nun eine Strategie für die Gleichstellung für den Kanton Zug erarbeitet würde mit der Vision «Zug –

ein Schritt voraus»; die Hoffnung auch, dass nun endlich konkrete Taten folgen werden. Die Votantin erwartete Beispiele wie: Der Kanton Zug als zweitgrösster Arbeitgeber unterstützt den verfassungsmässigen Grundsatz «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» und setzt ihn um; die Löhne zwischen Mann und Frau der kantonalen Verwaltung werden regelmässig geprüft – wie es die Bundesverwaltung erledigt hat, wo innerhalb von vier Jahren bis Ende 2014 die Diskriminierungen beseitigt werden. Wie hat das der Bund geschafft? Er hat das Computerprogramm «Logib» eingesetzt. Dieses wurde vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann entwickelt. Es ist für Unternehmen mit mindestens fünfzig Angestellten geeignet und steht diesen kostenlos zur Verfügung. Logib berechnet, wie sich lohnrelevante Faktoren wie Ausbildung, Berufserfahrung, Anforderungsniveau und Funktion auf den Lohn auswirken. Das Geschlecht wird als weitere Variable einbezogen. Wenn keine Diskriminierung vorliegt, hat diese Variable keinen Einfluss auf den Lohn.
Heute wird in der Wirtschaft von einer *Diversity*-Agenda gesprochen. Das Ziel einer solchen ist es, möglichst viele Talente in einem Unternehmen zu haben. Solche Lösungen hat die Votantin von der Regierung erwartet, das wäre deren Aufgabe gewesen. Die Regierung spricht nicht einmal von einer *Gender Diversity*. Gleichstellung von Mann und Frau ist ein *Top-down*-Auftrag und kein partizipierendes Projekt, wie die Regierung es sich ausgedacht hat.
Das Resultat ist eine Enttäuschung. Die Frauen haben den Beweis angetreten, dass sie Verantwortung übernehmen und die gesellschaftlichen Pflichten mittragen wollen. So lange die Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch nicht erreicht, die Berufswahl immer noch ein Geschlecht hat, der Lohn für gleiche Arbeit immer noch nicht gleich ist, so lange in Führungspositionen in der Wirtschaft und der Verwaltung Frauen in der Minderheit sind und Frauen in der kantonalen Politik untervertreten sind, zählt das sich ewig wiederholende Argument, dass die Gleichberechtigung heute selbstverständlich, akzeptiert und erreicht sei, einfach nicht. Es kann doch nicht sein, dass das Parlament die Regierung mit einer Quotenbestimmung in die Pflicht nehmen muss, damit wichtige Positionen in der Verwaltung mit Frauen besetzt werden. Die Regierung soll gute Lösungen finden, um einen Missstand zu beheben. Sie hat die Freiheit, die Strukturen und Arbeitsbedingungen entsprechend einzurichten. Sie muss den Ton angeben.
Das *Gärtlidenken* der Regierung kommt in der Antwort auf diese Interpellation kristallklar zum Vorschein. Die Regierung hat die strategische Gesamtverantwortung nicht übernommen, denn die Gleichstellung von Frau und Mann ist eine Querschnittsaufgabe. Sie hat versucht, den verdorrten Rosengarten etwas zu dekorieren, gleichzeitig noch lästiges Ungeziefer fernzuhalten oder zu verscheuchen. Dabei hat sie das Wichtigste zur Pflege eines Rosengartens vergessen: Sie hat den Mist nicht geführt.

Andreas Hausheer wollte zu diesem Thema eigentlich nicht sprechen. Was nun aber alles gesagt wurde, hinterlässt das Gefühl: In was für einer schlimmen Welt müssen wir da leben! Der Votant ist sehr offen für Fragen der Gleichstellung, glaubt aber, dass einiges, was heute gesagt wurde, kontraproduktiv ist.
Zu Barbara Gysel: Wir müssen uns wirklich nicht schämen für unsere Gleichstellungspolitik! Es ist nicht einfach alles schlecht. Es war beispielsweise ein grosses Anliegen, mehr Akademikerinnen zu haben. Heute ist es so, dass – über alles betrachtet – mehr als 50 Prozent aller Studierenden an den Universitäten Frauen sind. Muss sich der Votant jetzt diskriminiert fühlen, weil er als Mann zur Minderheit gehört? Oder zu Esther Haas, die gesagt hat, man solle fördern, dass sich Mädchen gleichwertiger fühlen: Wie soll man – staatlich verordnet – Gleichwertig-

keitsgefühle stärken? Beim Elternbesuchstag im Kindergarten hatte der Votant überhaupt nicht das Gefühl, dass da etwas falsch läuft – aber wahrscheinlich versteht er das Ganze einfach nicht. Er bittet aber, nicht mit Aussagen, wie sie heute gemacht wurden, die positive Haltung zu gefährden, die viele Leute diesem Thema gegenüber haben.

Stefan Gisler: Wieder einmal haben es Mitglieder der ehemals staatstragenden FDP nicht unterlassen können, eine der Säulen unseres Rechtsstaates, die Judikative, pauschalisierend schlechtzumachen, indem sie das Bundesgericht als weltfremd bezeichnen. Die Aufgabe des Bundesgerichts ist es, die individuellen Rechte jedes Bürgers und jeder Bürgerin zu schützen, dies auch gegenüber Mehrheitsentscheiden, die ja – wie der Rat heute von Adrian Andermatt gelernt hat – politisch und nicht immer objektiv sind. Es stimmt, dass das Bundesgericht nicht sagt, Zug *müsse* eine Gleichstellungskommission haben. Es hat aber klar zum Ausdruck gebracht, dass ein Verfassungsauftrag besteht, die Gleichstellung zu fördern. Die Regierung anerkennt dies auch mit einem Satz in ihrer Antwort, allerdings ist dann aus der Antwort nicht ersichtlich, wer was warum macht und welche Ressourcen für diesen verfassungsmässigen Auftrag eingesetzt werden. Das ist mager angesichts der real existierenden Differenzen nur schon bei den Löhnen.
Christine Blättler-Müller hat die Regierung zu Recht kritisiert, pointiert und fundiert. Und sobald jemand das tut, heisst es: Bitte keine so laute Kritik, sonst schadet ihr eurem eigenen Anliegen. Dieses Anliegen ist schon lange wichtig und wird immer wieder negiert. Die SVP bezeichnet das Thema als altbacken und behauptet, die Jugend sei heute emanzipiert. Sieht man sich aber gewisse Sendeformate im Fernsehen an, etwa den «Bachelor», kann man dieser Aussage sicher nicht zustimmen. Und als sich nach den letzten Kantonsratswahlen die SVP-Fraktion nur aus Männern zusammensetzte, sagte ein SVP-Mitglied doch tatsächlich zum Votanten: «Endlich eine richtige SVP-Fraktion, nämlich eine Fraktion ohne Frauen!» Es gibt also noch vieles zu tun, und es wäre zu begrüssen, wenn der Regierungsrat etwas klarer darlegen würde, was er denn wirklich tun will, um den Verfassungsauftrag umzusetzen.
Gleichstellung ist keine linke Politik und auch keine Frauenpolitik. Sie ist eine Gesellschaftsaufgabe, welche auch die Männer betrifft. Von einer Gleichwertigkeit von Mann und Frau profitiert der Votant auch als Mann, denn auch er will beispielsweise die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um Teilzeit arbeiten und seine Tochter mitbetreuen zu können. Auch das ist Gleichstellung. Es geht nicht um Mann gegen Frau, sondern um ein Miteinander, was aber einige der Vorredner offenbar vergessen haben. Es ist auch das Anliegen, das Christine Blättler-Müller pointiert und fundiert eingebracht hat.

Philip C. Brunner stellt fest, dass die Gleichstellung jetzt gross zelebriert wurde. Er schlägt vor, die Wendung «Mann und Frau» durch «Familien» zu ersetzen. Es geht nämlich genau um diese Frage. Diese wühlt jetzt das ganze Land auf, wenn es mit der Familieninitiative um Gleichstellung vor dem Steuervogt geht. Ersetzt man das Wort «Frauen» durch «Familien», dann sieht man, wie bizarr die Aussagen von gewissen Leuten hier im Saal waren.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, erlaubt sich nach diesen vielen Voten vorab zwei Feststellungen:
• Die Regierung negiert den Auftrag der Gleichstellung nicht. Sie hat aber eine Gratwanderung zwischen dem erwähnten Entscheid des Kantonsrats einerseits und dem Bundesgerichtsentscheid und der Verfassung andererseits zu bewerkstelligen.

Der Regierung ist es klar, dass sie verpflichtet ist, die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann zu fördern. Es ist ihr auch klar, dass das Ziel der tatsächlichen Gleichstellung im Kanton Zug – wie auch in der übrigen Schweiz – noch nicht erreicht ist.

• Nach den heutigen Voten muss man festhalten, dass die Gleichstellung offenbar noch viel mehr polarisiert als Kreuze und Kruzifixe.

Es wurde verschiedentlich gefragt, was die Regierung seit der Beantwortung der Interpellation getan habe. Die Regierung hat die Fachgruppe «Gleichstellung von Frau und Mann» eingesetzt. Diese besteht aus Vertretungen der verschiedenen Direktionen und der Staatskanzlei und ist auf Kaderebene angesiedelt, um ihr das nötige Gewicht zu geben. Die Fachgruppe wird sich voraussichtlich im Dezember zum ersten Mal treffen. Der externe Auftrag ging an die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, mit der eine Zusammenarbeit vereinbart wurde. Die Frage nach der Parteizugehörigkeit kann die Direktorin des Innern nicht beantworten, da bei der Vergabe von Aufträgen nicht auf die Parteizugehörigkeit geschaut wird.

Rechtsgrundlage für die Einsetzung der Fachgruppe ist § 47 der Kantonsverfassung und § 2 des Organisationsgesetzes. Es ist ein allgemeiner Grundsatz, dass der Regierungsrat für die Führung der Verwaltung zuständig ist, weshalb er auch eine Arbeitsgruppe einsetzen darf.

In der Zwischenzeit wurde auch eine erste Auslegeordnung gemacht in Hinblick auf die Erarbeitung eines kantonalen Gleichstellungsgesetzes. Dieses soll eine Grundlage schaffen, damit der Regierungsrat und die Verwaltung die Aufgabe wahrnehmen können, die sie gemäss Verfassung und verschiedenen Bundesgerichtsurteilen haben. Der Regierungsrat hat aber – wie verschiedentlich gesagt wurde – einen Handlungsspielraum, und er ist der Meinung, dass es ein kantonales Gesetz braucht, denn ohne Gesetz kann der Staat nicht handeln. In diesem kantonalen Gesetz sollen dann auch die Leitplanken gesetzt werden. Der Kantonsrat wird heute also nicht zum letzten Mal zum Thema Gleichstellung diskutiert haben. Die Direktorin des Innern hofft aber sehr, dass auch bei diesem Thema ein gemeinsamer Nenner gefunden und der soziale Friede gewahrt werden kann.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

60. Sitzung: Donnerstag, 7. November 2013 (Nachmittagssitzung)
Zeit: 14.15 – 17.10 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

891 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 71 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jürg Messmer und Cornelia Stocker, beide Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Beat Iten, Unterägeri; Gloria Isler, Baar, Christoph Bruckbach, Cham; Thomas Villiger und Leonie Winter, beide Hünenberg; Monika Weber, Steinhausen.

TRAKTANDUM 2
892 Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass keine neuen Vorstösse eingegangen sind.

TRAKTANDUM 7 (Fortsetzung)
Geschäfte, die am 31. Oktober 2013 nicht behandelt werden konnten:

893 Traktandum 7.6 (vorgezogen): **Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend « Leiter Aufsicht in den sozialen Diensten Asyl »**
Es liegen vor: Interpellation (2222.1 - 14254); Antwort des Regierungsrats (2222.2 - 14332).

Philip C. Brunner möchte keine grosse Polemik entfachen, denn der Hintergrund der Interpellation ist ein sehr ernstes Problem. Der Votant ist deshalb froh, dass dieses Thema – nach mehreren Verschiebungen – im Rat endlich zur Sprache kommt. Natürlich kann man die Frage stellen, ob es die richtige Flughöhe sei, wenn der Kantonsrat im Rahmen einer Interpellation über Vorgänge auf der Stufe «Leiter Aufsicht in den sozialen Diensten Asyl» spricht. Nein, das ist es nicht. Was aber hätten die Leute in der Verwaltung, die mit zum Teil unglaublichen Vorgängen konfrontiert waren, tun sollen? Leider gibt es keine gesetzliche Grundlage für das *Whistleblowing*. Natürlich hätten diese Personen zur Ombudsstelle gehen können. Sie hätten vermutlich aber wie alle *Whistleblower* viel riskiert. Edward Snowden ist zwar für die Medien ein Held, und die westeuropäischen Politiker möchten sich mit seiner Hilfe nun auch selber zu Helden machen. *Whistleblowing* ist aber sehr gefährlich: Man kann seine Karriere ruinieren und entlassen werden, und selbstverständlich überlegt sich jeder, ob er dieses Risiko eingehen will. Darum ist der Kantonsrat das richtige Forum, um über diese Probleme zu reden.

Die SVP-Fraktion bzw. -Parteileitung und offenbar auch die Direktion des Innern haben in dieser Sache anonyme Schreiben erhalten. Darauf soll nicht eingegangen werden, doch zeigen diese Schreiben, welche unguten Gefühle es in diesem Zusammenhang gibt. Der entscheidende Punkt ist: Der Staat muss das, was er tut, gut tun. Andernfalls verliert er das Vertrauen derjenigen, die von staatlichem Handeln betroffen sind. Dass mittlerweile jeder Entscheid – auch in anderen Bereichen, etwa Strassenbau oder Polizeiwesen – in Frage gestellt und bis zum Bundesgericht und noch weiter weitergezogen wird, ist auch Ausdruck einer Vertrauenskrise. Die höchst merkwürdigen Vorfälle, die offenbar vorgekommen sind und die auch von der Regierung bestätigt wurden, haben die Öffentlichkeit erschüttert. Natürlich ist der Kantonsrat eigentlich nicht das richtige Podium, über dieses Thema zu sprechen, weil es – wie die Regierung ausführt – mit Persönlichkeits- und Datenschutz zu tun hat, und natürlich führt ein solcher Vorstoss zu neuer Unruhe.
Führung und Vertrauen sind das, was wir brauchen. Wenn das nicht bzw. ungenügend vorhanden ist, wird man, wenn Fehler passieren, nicht dazu stehen können. Es gibt – ohne dass der Votant mit der CVP über die Bibel diskutieren will – den Satz: «Wer ohne Fehler ist, werfe den ersten Stein». Natürlich passieren Fehler, aber man muss auch dazu stehen können. Die Antwort auf die Interpellation aber ist der Versuch, sich reinzuwaschen von Vorfällen, die nicht in Ordnung sind. Wenn es niemanden gibt, der die Voraussetzungen erfüllt, dann kann es doch nicht sein, dass man alle möglichen Touren machen muss, um eine Bewilligung zu erhalten, damit man jemanden anstellen kann. Es ist höchst merkwürdig, was da abgelaufen ist. Natürlich sind die anonymen Schreiben nicht ernst zu nehmen und müssen im Papierkorb landen. Dass aber solche Papiere weiterhin in Umlauf sind, zeigt, dass es nicht nur Rauch, sondern vermutlich auch ein kleines Feuerchen gibt.
Es geht nicht um eine Abrechnung mit der Direktorin des Innern oder mit der Regierung. Der Votant hofft, dass mit den personellen Änderungen im Sozialamt zumindest die Direktorin des Innern sich nicht persönlich um die Lösung dieser Probleme bemühen muss. Es hat aber auch Mittäter gegeben oder – etwas anders ausgedrückt – Leute, die mitgegangen sind. Und alle kennen das Sprichwort: «Mitgegangen, mitgehangen.» Gemeint sind diejenigen Leute, welche die Bewilligungen besorgt haben und geschaut haben, dass der Deckel einigermassen drauf ist. Das schadet unserem Kanton, es schadet dem Vertrauen der Bürger in die Regierung und in die Verwaltung. Natürlich hat der Kanton rund 1500 Mitarbeiter; die sollen hier nicht auseinandergenommen werden.
Die Folgerung Nummer eins ist deshalb, dass es in der Direktion des Innern mehr Führung braucht, insbesondere im betreffenden Bereich, damit man wieder Vertrauen haben kann. Und zweites, ganz dringend: Wenn wir sauber bleiben wollen in unserem Kanton, dann braucht es ein wasserdichtes *Whistleblowing*-Gesetz, welches es erlaubt, dass Betroffene sich für ihre Anliegen wehren können.
Der Votant hofft, dass jetzt nicht eine grosse Verteidigungsrede kommt, sondern dass man Fehler zugeben kann. Fehler passieren überall und sind auch in Ordnung. Man muss aber dazu stehen und darlegen können, was man morgen und übermorgen besser machen wird.

Vroni Straub-Müller hält fest, dass die Interpellation sie geärgert hat – was wahrscheinlich niemanden interessiert. Was aber alle zumindest ein bisschen stören sollte, ist die Grundhaltung, die in der Interpellation spürbar ist und jetzt geradezu eine Verschwörung herbeiredet. Das stört die Votantin – oder hat sie vielleicht schlicht etwas nicht verstanden?
Es steht einem ehemaligen Auswanderungsland schlecht an, Asylsuchende wie Menschen zweiter oder dritter Klasse zu behandeln. Die Votantin ist froh, dass die

ausführliche und detaillierte Antwort der Regierung für sich spricht. Es ist beeindruckend, wie umsichtig, sachgerecht und vernünftig in diesem heiklen Bereich, in einem Gestrüpp von Gesetzen und Verordnungen, vorgegangen wurde.
Die SVP beklagt immer die hohen Kosten. Seien wir doch froh, wenn es Asylbewerbende gibt, die den Rank finden, die niemandem auf der Tasche liegen und gute Arbeit leisten.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass es sich hier nicht um eine Kaderposition handelt, wie die Interpellation suggeriert. Es geht vielmehr um eine sehr untergeordnete Position. Der Regierungsrat ist der Sache nachgegangen. Sie sieht keinen Fehler bei der Anstellung, die der Amtsleiter getätigt hat. Die Amtsleitenden sind angehalten, die bestqualifizierte Person anzustellen. Der Regierungsrat geht davon aus, dass dies auch im fraglichen Fall geschah, auch wenn es sich um einen ehemaligen Asylbewerber handelt. Auch diese Personen haben das Recht auf eine Chance im Arbeitsmarkt.

Philip C. Brunner ist enttäuscht von der Haltung der Direktorin des Innern und dem Motto «Es handelt sich um eine untere Charge». Immerhin führt diese Person elf Personen. Im Schweizer Militär galt, dass ein Gruppenführer im Rang eines Korporals sieben bis acht Leute einigermassen führen kann. Es ist wirklich nicht eine unterste Charge, wie es dargestellt wurde.
Natürlich ist es erfreulich, wenn Asylbewerber einen Job finden. Aber ist es Staatsaufgabe, Jobs für Asylbewerber zu schaffen – und das in der Art und Weise, wie es hier geschehen ist? Das glaubt der Votant nicht. Bei aller Hochachtung für die Arbeit in diesem Bereich, auch durch Mitarbeiter des Kantons Zug und des Bundes: Man muss in dieser Sache ein bisschen Fingerspitzengefühl haben. Das vermisst der Votant bei der Direktorin des Innern. In einem heiklen Bereich einfach zu sagen: «Wir haben uns in diesem Gesetzesdschungel absolut korrekt verhalten» und «Schwamm darüber»: Das kann es nicht sein. Die SVP-Fraktion ist mit dieser Antwort des Regierungsrats nicht zufrieden.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern: Die Führung haben die Amts- und Abteilungsleitungen. Die zur Diskussion stehende Position ist weder eine Amts- noch eine Abteilungsleitung. Den Plan für Nachtwachen zu machen, ist keine Führungsfunktion. Die Direktorin des Innern bittet, dies zur Kenntnis zu nehmen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

894 Traktandum 7.12 (vorgezogen): **Interpellation von Andreas Hausheer, Manuel Brandenberg und Daniel Thomas Burch betreffend möglicher Auswirkungen einer Annahme der Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» auf den Kanton Zug und die Gemeinden im Kanton Zug**
Es liegen vor: Interpellation (2279.1 - 14412); Antwort des Regierungsrats (2279.2 - 14443).

Andreas Hausheer dankt der Regierung für die zeitgerechte und klare Antwort auf die Interpellation. Es ist erfreulich, dass der Regierungsrat bei dieser Interpellation wie auch bei anderen Themen – etwa Pauschalbesteuerung oder «Ohne Steuerpolitik kein ‹Wachstum mit Grenzen›» – seine diplomatische Zurückhaltung für einmal abgelegt hat und Klartext redet.

Der Votant geht auf vier Punkte ein: Erstens macht der Regierungsrat eine Auslegeordnung über die Kaskade wirtschaftsfeindlicher Vorlagen, über die in nächster Zeit abgestimmt wird und die in ihrer Gesamtheit den Wirtschaftsstandort gefährden. Selbstverständlich ist es das Recht eines jeden, eine Initiative zu was auch immer zu lancieren. Heikel wird es dann, wenn bewährte Werte wie die Rechts- oder die Planungssicherheit aufs Spiel gesetzt werden. Es kann doch beispielsweise nicht angehen, dass man morgen für etwas bestraft wird, was man heute in Einklang mit dem Gesetz tut. In ihrer Gesamtheit führen all diese Initiativen zu einer Unsicherheit, die dem Vertrauen in unser Land und in unser Wirtschaftssystem Schaden zufügt, auch wenn letztlich keine einzige angenommen wird. Es geht auch um das Signal, das ausgesendet wird.
Als Zweites – und damit kommt der Votant zur «1:12-Initiative» – wird aus der Antwort des Regierungsrats deutlich, dass die Initiative eine eigentliche *Black Box* darstellt in Bezug auf die Folgen für die Sozialversicherungen. So ist es offenbar unmöglich, eine einigermassen zuverlässige Prognose zu den Folgen für die AHV/IV/EO zu machen. So will die Landesregierung gemäss der «Neuen Zürcher Zeitung» nicht einmal darüber spekulieren, da sich die dafür zuständigen Departemente der Bundesräte Berset und Schneider-Ammann nicht auf eine gemeinsame Schätzung einigen konnten. Soll man einer solchen *Black Box* mit unabsehbaren Folgen zustimmen? Klar nein.
Als Drittes nun zum Kanton Zug: Der Regierungsrat rechnet mit Netto-Steuerausfällen von 39 Millionen Franken, wenn der Lohndeckel bei 500'000 Franken greifen würde. Auch bei einem Lohndeckel von 750'000 Franken wären es netto noch 31,5 Millionen Franken. Wie soll das kompensiert werden? Vermutlich durch höhere Steuern. Damit würde der negative Effekt der Initiative nur noch grösser.
Als Viertes ist die Initiative schliesslich auch eine *Black Box* in Bezug auf den zugerischen und den nationalen Finanzausgleich. Der Kanton Zug zahlt heute schon mehr als genug in den NFA. Offenbar ist es den Befürwortern der Initiative völlig egal, ob der Kanton Zug noch mehr geschröpft wird, und offenbar nehmen sie dieses Risiko bewusst in Kauf. Das ist nicht verantwortungsbewusst, weshalb der Votant am 24. November 2013 Nein stimmen wird.

Daniel Thomas Burch schliesst sich den Worten seines Vorredners an und dankt namens der FDP-Fraktion der Regierung für die umfangreichen Abklärungen und den ausführlichen Bericht. Die im regierungsrätlichen Bericht aufgezeigten Auswirkungen beschränken sich primär auf die zu erwartenden Steuerausfälle im Kanton Zug. Die möglichen und wahrscheinlichen Auswirkungen auf die Finanzen der Sozialinstitutionen, insbesondere der AHV/IV, werden nicht beziffert. Ebenfalls sind die monetären Auswirkungen durch die Auslagerung oder den Abbau von Stellen im Tieflohnbereich nicht qualifiziert. Es ist nicht falsch, dass die Regierung sich nicht auf Spekulationen einlässt und die *Black Box* nicht zu öffnen versucht. Immerhin sind die Ausführungen des Regierungsrats zuverlässiger als jene des Bundes.
Die Antwort der Regierung zeigt, dass der Kanton Zug im *besten* Fall mit Steuerausfällen von netto 24 Millionen Franken pro Jahr zu rechnen hätte. Die Steuerausfälle bei den Gemeinden würden zudem mehr als 30 Millionen Franken betragen. Diese Ausfälle könnten durch Steuererhöhungen oder durch Leistungsabbau wettgemacht werden. Die Leidtragenden wären der Mittelstand, welcher mit deutlich höheren Steuern die Ausfälle wettmachen müsste, oder die weniger Bemittelten, die mit Leistungskürzungen zu rechnen hätten.
Die Antwort des Regierungsrats zeigt, dass die Schweizer und insbesondere die Zuger Bevölkerung gut beraten ist, wenn sie diese Initiative ablehnt. Damit vermeidet sie Steuererhöhungen und Leistungsabbau, höhere Sozialbeiträge, höhere

Arbeitslosenzahlen sowie eine deutliche Reduktion der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen und Arbeitgeber. Der Votant ruft deshalb auf, die Initiative abzulehnen.

Manuel Brandenberg dankt namens der SVP-Fraktion ebenfalls für die Beantwortung der gemeinsamen Interpellation der bürgerlichen Parteien. Liest man die Antwort des Regierungsrats, könnte man fast auf die Idee kommen, *für* die Initiative zu stimmen. Man kann nämlich lesen, dass eine Annahme zu Steuerausfällen von bis zu 24 Millionen Franken führt, und aus der Sicht der SVP ist es immer gut, wenn der Staat weniger Geld zur Verfügung hat; dann wird er schlanker, und die Freiheit des Einzelnen wird grösser. Die SVP ist durch die Antwort des Regierungsrats also fast etwas in Versuchung geführt worden. Für die Sozialversicherungen werden schweizweit Einnahmenausfälle von 290 bis 460 Millionen Franken prognostiziert. Das ist ebenfalls gravierend, und da werden die Schwächsten geschädigt, sollte die Initiative angenommen werden. Auch hier ist die SVP mit der Regierung völlig einig und wird die Initiative natürlich ablehnen.
Man hört bei Volksinitiativen oft, dass übergeordnete Verfassungsgrundsätze verletzt würden, insbesondere wenn es Volksinitiativen der SVP sind. Sie würden gegen das Völkerrecht, das Verhältnismässigkeitsprinzip oder Ähnliches verstossen. Wieso hört man bei dieser Initiative eigentlich nicht, sie verstosse gegen den Grundsatz der Eigentumsgarantie, der auch in der Bundesverfassung verankert ist? Wenn jemand 2 oder 10 oder sogar 100 Millionen Franken im Jahr verdienen soll und das der Wille des Aktionärs, also des Eigentümers ist, dann soll der Betreffende es verdienen. Der Eigentümer sagt, was mit seinem Geld passiert. Wenn wir mit diesem Grundsatz aufhören – und typischerweise sind es die Linken, die damit aufhören wollen –, dann werden wir in unserem Land sehr schnell auch andere wichtige Grundsätze über Bord werfen. Der Votant ruft deshalb zu einem Nein zu dieser unsäglichen Initiative auf, welche die Eigentumsgarantie, ein Freiheitsrecht der Bundesverfassung, verletzt.

Der Rat ist vielleicht überrascht, aber **Eusebius Spescha** ist in einem Punkt mit seinen Vorrednern einverstanden: im Dank an den Regierungsrat bezüglich der vorsichtigen und sorgfältigen Beantwortung der Interpellation. Wohl wenig überraschend ist, dass der Votant inhaltlich anderer Meinung ist: Er findet die «1:12-Initiative» eine gute Sache und wird ihr zustimmen. Eine Diskussion über das Thema hier im Saal macht keinen Sinn. Spannend aber ist, dass ausgerechnet eine Partei wie die SVP, die sich rühmt, das Ohr am Puls des Volkes zu haben, hier ein unbestrittenes Problem völlig negiert: Dass gewisse Leute horrend viel Geld bekommen und es eigentlich gar nicht verdienen, wird von einer grossen Mehrheit der Bevölkerung als absolut störend empfunden. Es ist auch nicht die gelebte Praxis des grössten Teils der Wirtschaft. Die meisten KMU etc. leben mit Lohndifferenzen von 1:5 oder 1:6 die Idee von 1:12 vernünftigerweise bei Weitem. Es sind nur ganz kleine Teile der Wirtschaft, die anderes leben. Es ist deshalb sehr wichtig, diese Diskussion zu führen und zu schauen, ob regulatorische Leitplanken nicht sinnvoll wären. Schaut man nämlich genauer hin, dann haben diese Grösstverdienste wirklich nichts mit echten Verdiensten zu tun. Häufig haben Leute diese wunderbaren Einkommen erhalten, die nach wenigen Jahren von ihren Posten entfernt werden mussten, weil sie eine Bank an die Wand gefahren oder ähnlichen Unsinn produziert hatten. Der echte Verdienst ist hier nicht wirklich ersichtlich.
Interessant und originell ist die Art und Weise, wie Manuel Brandenberg die Eigentumsgarantie interpretiert. Dieses Argument, das der Votant bisher noch nie hörte, hat in Tat und Wahrheit aber nichts mit der 1:12-Initiative zu tun. Das Eigentum auch

derjenigen, die dermassen viel verdienen, ist selbstverständlich garantiert. Garantiert ist bei der Annahme der «1:12-Initiative» auch, dass diese Personen zukünftig nicht mehr so viel verdienen werden. In diesem Sinne würde sich der Votant freuen, wenn auch einige weitere Mitglieder des Rats am 24. November ein Ja in die Urne legen.

Andreas Lustenberger dankt im Namen der AGF den Interpellanten für die umfassenden Fragen zu den Auswirkungen der «1:12-Initiative» auf den Kanton Zug und der Regierung für die spannenden Ausführungen. Die in der Antwort erwähnten diffusen Ängste betreffend negativer Auswirkungen einer gerechten Lohnverteilung teilt die AGF nicht. Die Diskrepanz zwischen dem tiefsten und dem höchsten Lohn in einer Unternehmung hat erst in den letzten fünfzehn Jahren astronomische Ausmasse erlangt. 1998 war man bei einem Verhältnis von 1:13 und 1984 sogar noch bei 1:6. Wieso der Regierungsrat bei der jetzigen astronomischen Lohnschere von «erfolgreicher Schweizer Tradition» spricht, ist nicht zu verstehen. Diese Aussage zeigt höchstens, wie stark sich der ausbeuterische Neoliberalismus in der Politik auch bei uns innert kürzester Zeit ausbreiten konnte.
Betrachtet man die vom Regierungsrat als möglich erachteten Ausfälle genauer, springt einem die geringe Ausfallsumme sofort ins Auge, ebenso – wie schon mehrfach erwähnt – die vielen Unsicherheiten über die zusätzlichen Einnahmen von Gewinnsteuer und Steuereinnahmen durch höhere Renditen. Die Frage nach dem «Was wäre, wenn …?» nimmt schon fast wahrsagerische Züge an. Die Regierung geht von 19 bis 24 Millionen Franken Steuerausfällen aus, je nach Szenario. Dieser Betrag wird um eine von der Regierung nicht bezifferte Summe aus Steuererträgen durch Dividendenausschüttungen weiter reduziert.
Der Bundesrat hat in seiner Beantwortung einer «1:12-Interpellation» diesen September auf konkrete Aussagen zu möglichen Auswirkungen verzichtet; die «Neue Zürcher Zeitung» titelte damals «Der Bundesrat wagt sich nicht aufs Glatteis». Nun haben wir eine Zuger Antwort, und diese lässt alle Schreckensszenarien komplett verblassen. Vergleicht man die Ausfälle zum Beispiel mit dem Loch, dass die Familieninitiative in die Staatskassen reissen würde, geht es hier um viel weniger. Apropos Löcher: Gemeinsam werden wir ja vielleicht schon bald über eine Milliarde Franken hier hinten im Berg verbuddeln.
Das Erfolgsmodell Schweiz beruht nicht auf der kurzfristigen Bereicherung einiger Weniger, sondern auf der gemeinsamen Erwirtschaftung und der gerechten Verteilung des Wohlstands. Es braucht die Konsumkraft der breiten Masse, um unser wirtschaftliches Rückgrat, die KMU, zu stärken. Dass heute 1 Prozent der Bevölkerung 50 Prozent des ganzen Wohlstands besitzt, ist eine Fehlentwicklung, die es zu korrigieren gilt. Da nützt auch die einseitige Studie der HSG nichts. Die aktuelle Diskussion über die Verteilung des Wohlstands, über Lohnexzesse, Mindestlöhne, *Working Poor* oder über hohe Lebenskosten für Familien und den Mittelstand wird in den nächsten Jahren noch stärker geführt werden. Das zwingt alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte als Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung, zu handeln, um die gesamte Schweiz wieder zurück auf einen erfolgreichen und gerechten Kurs zu bringen. Die Mitglieder der AGF und hoffentlich auch viele weitere Ratsmitglieder stimmen deshalb am 24. November Ja.

Daniel Stadlin: Die Antwort des Regierungsrates zeigt es: Was oben abgeschnitten wird, wird nicht nach unten umverteilt. Dem Staat entgehen so grosse Steuererträge, im Kanton Zug immerhin zwischen 44 und 54 Millionen Franken. Die Initiative lässt zudem völlig offen, wie diese Ausfälle kompensiert werden sollen. Das wird wohl wieder einmal an der Mittelschicht hängen bleiben. Grossverdiener ver-

fügen meistens über ein Internationales Geschäfts- und Beziehungsnetz und sind sehr mobil. «Ich bin dann mal weg», ist für sie überhaupt kein Problem. Die Initiative ist vielleicht gut gemeint, aber es fehlt ihr der konstruktive und weitsichtige Ansatz. Es macht keinen Sinn, das erfolgreiche Schweizer Wirtschaftsmodell, um welches uns ganz Europa beneidet, ohne irgendwelchen Nutzen zu schwächen. Für die Schweiz, insbesondere für den Kanton Zug, würde es jedenfalls sehr schwierig, ja vielleicht sogar unmöglich, neue Unternehmen anzusiedeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Gemäss Regierungsrat müsste sogar mit dem Wegzug von Firmen gerechnet werden.
Die Annahme der Initiative würde die Schweiz wirtschaftlich destabilisieren. Da sie auf dem populistischen Fundament von Neid und Missgunst aufbaut, gefährdet sie zudem den gesellschaftlichen Zusammenhalt unseres Landes. Ihr Anspruch, die Schweiz gerechter zu machen, löst sie jedenfalls nicht ein. Im Gegenteil: Indem sie die ganze Schweiz für das Fehlverhalten einiger weniger bestraft, schafft sie neue Ungerechtigkeiten. Diese Volksinitiative macht niemanden wirklich reicher, aber ganz viele ärmer – auch den Kanton Zug.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist froh, dass man sich darüber einig ist, dass der Regierungsrat das Thema sorgfältig bearbeitet und nicht unnötig schwarz gemalt hat. Die Regierung hat nicht einfach das schlechteste Szenario genommen, das eintreten könnte, sondern ein vorsichtiges Szenario gewählt, das nicht mit der Abwanderung von Unternehmen rechnet. Auch so kommt er auf zweistellige Millionenausfälle, nicht nur für den Kanton, sondern auch für die Gemeinden.
Eusebius Spescha hat erwähnt, dass der grösste Teil der Wirtschaft schon heute die Forderung der Initiative erfülle und diese nur wenige Unternehmen betreffe. Der Volkswirtschaftsdirektor findet es schlecht, dass wegen des Verhaltens Weniger – einige nennen es Missbrauch – alle über einen Leisten geschlagen werden und unter einer staatliche Regulierung leiden sollen. Eusebius Spescha hat auch postuliert, der Staat solle für einen *echten* oder gerechten Verdienst besorgt sein. Der Volkswirtschaftsdirektor hat in seiner politischen Erfahrung gelernt, dass der Staat seine Grenzen hat und nicht für die abschliessende Gerechtigkeit auf Erden sorgen kann. Täte er dies, hätten wir einen totalitären Staat, und niemand in diesem Rat – von rechts bis links – fordert das. Auch die Gesellschaft hat die Rolle, den Finger auf wunde Punkt zu legen, wenn der Staat keine Regulierung vornimmt. Da ist es dem Volkswirtschaftsdirektor lieber, wenn der Staat für gewisse Abläufe oder Zuständigkeiten sorgt. Erwähnt sei die Minder-Initiative, deren Auswirkungen noch abzuwarten sind, die aber mindestens nicht materielle Grenzen gesetzt, sondern einfach die Aktionärsdemokratie gestärkt hat.
Der Volkswirtschaftsdirektor findet es erfreulich, dass Andreas Lustenberger als *Youngster* sich bereits in seiner ersten Sitzung zu Wort meldet. Das war in früheren Zeiten anders, aber bei der hohen Fluktuation im Rat wird es unumgänglich sein, ab und zu jemanden zu hören, der eben erst den Eid abgelegt hat und sein Votum schon vorher vorbereitet hat. Gratulation! Der Volkswirtschaftsdirektor versteht, dass Andreas Lustenberger aus seiner Haltung heraus den Neoliberalismus zu kritisieren versucht – was vielleicht fehl am Platz ist. Er bittet immer wieder darum, zu schauen, wo die Schweiz beispielsweise betreffend Lehnschere oder betreffend Arm und Reich steht. Es gibt den bekannten Gini-Index, der die Schere zwischen Arm und Reich bemisst. Die Schweiz steht in dieser Hinsicht relativ gut da. Man sollte sich also davor hüten, Rezepte aus anderen Ländern zu übernehmen, die dort nicht einmal umgesetzt sind – aus Ländern, die diesbezüglich schlechter abschneiden als die Schweiz. Die breite Masse, also der Mittelstand, und deren Konsumkraft sei zu stärken: Es wurde von grünliberaler Seite aber auch gesagt, dass

die breite Masse bei einer Annahme der Initiative nicht mehr verdienen werde. Und wenn es um Umverteilung geht: Diese findet heute bereits statt – durch unsere Steuergesetzgebung und weil gewisse Leute und Unternehmen nicht linear, sondern progressiv Steuern bezahlen. Dieses System ist bei uns anerkannt; einige wenige Länder und Kantone arbeiten anders, nämlich mit der *Flat Tax.*
Gestern wurde in der «Neuen Zürcher Zeitung» erklärt, welche Überlegungen sich Unternehmen für den Fall einer Annahme der «1:12-Initiative» machen. Und man staunt. Die Überlegungen gehen nämlich dahin, wie man gewisse Tätigkeiten mit tiefen Löhne auslagern kann, damit man mit der «1:12-Initiative» leben kann. Dem Volkswirtschaftsdirektor wäre lieber, die Unternehmen würden ihre Energien in Wertschöpfung und Innovation stecken statt in Überlegungen, wie man mit staatlichen Regelungen, die auch der Regierungsrat ablehnt, zurechtkommt. Dass das der falsche Weg ist, haben heute Morgen auch die Journalisten von «France 2» bemerkt. Diese machen eine Tour durch die Schweiz, beleuchten den Erfolg unseres kleinen Landes – und können aus französischer Sicht nicht verstehen, weshalb eine basisdemokratische, föderalistische Nation trotz ihrer langen Verfahren erfolgreich sein kann. *Eine* Erkenntnis ist, dass vielleicht gerade diese Langsamkeit und die politische Stabilität ein Erfolgsrezept ist. Tatsächlich sind die Berechenbarkeit und die stabilen Rahmenbedingungen sehr wichtig, läuft man doch nicht jedes Jahr Gefahr, der Staat reguliere hier und hier und hier, zum Teil sogar rückwirkend – wie bei der Initiative zur Erbschaftssteuer. Frankreich ist das Paradebeispiel, wie der Staat durch Regulierungen und massive sektorielle Subventionen versucht hat, die Industrie und die industrielle Arbeitsplätze zu retten. Das ist hehr – alle Politiker sprechen heute von Re-Industrialisierung. Was aber ist geschehen? Frankreich hat heute weniger als 10 Prozent Arbeitsplätze im industriellen Sektor, trotz der genannten Massnahmen. Wahrscheinlich ist es eben genau umgekehrt: Gerade *wegen* dieser strukturerhaltenden Regulierung und Subventionierung ist die Industrie in Frankreich kaputt gegangen. In der Schweiz haben wir nach wie vor einen Anteil von ungefähr einem Viertel industrieller Arbeitsplätze. Man muss aus dieser Geschichte lernen, und dann versteht man auch, dass der Regierungsrat die «1:12-Initiative» in den Kontext mit anderen anstehenden Initiativen gesetzt hat, die vom Staat eine Regulierung der Mindestlöhne und von anderem wollen. Der Regierungsrat hält das definitiv für den falschen Weg.

Stefan Gisler hält es nicht für angemessen, dass der Regierungsrat die AGF belehrt, wer wann zum ersten Mal im Rat spricht. Die AGF ist liberal genug, die qualifizierteste Person ans Rednerpult zu schicken.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

895 Traktandum 7.2: **Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Internierung abgewiesener Asylbewerber**
Es liegen vor: Interpellation (2185.1 - 14163); Antwort des Regierungsrats (2185.2 - 14264).

Thomas Lötscher dankt vorab der Regierung für die umfassende Beantwortung. Er begrüsst, was inzwischen auf Bundesebene in die richtige Richtung gelaufen ist. Dass im Bereich des Asylmissbrauchs noch Einiges zu tun bleibt, zeigt das kürzliche Interview der «Neuen Zuger Zeitung» mit einem Asylbewerber aus Eritrea. Der Mann erklärte freimütig, dass er in Italien die Abnahme der Fingerabdrücke ver-

weigerte, um in die Schweiz reisen zu können. Hier besteht noch Handlungsbedarf: Asylsuchende, die sich schon zu Beginn des Verfahrens – und natürlich auch später – renitent verhalten, sollten aus dem Aufnahmeprozess ausgeschlossen und zurückgeschickt werden. Im Übrigen kann es nicht sein, dass das Erstland die erkennungsdienstlichen Abklärungen nicht konsequent durchsetzt. Hier ortet der Votant gesamteuropäischen Abstimmungsbedarf, zumal die Schweiz eine der grössten, wenn nicht sogar die grösste Aufnahmequote aufweist.
Am 21. März wurde im Kantonsrat die Interpellation von Thomas Werner betreffend Verteilung und Unterbringung der Asylanten im Kanton Zug behandelt und beinahe auch die jetzt zur Sprache stehende Interpellation. Der Votant war damals abwesend, konnte aber im Protokoll Markus Jans' Votum nachlesen, in welchem dieser auch zum Vorstoss des Votanten Stellung nahm und diesen und Thomas Werner als «Gutmenschen» ihrer Parteien bezeichnete. Für Markus Jans behandeln die zwei Interpellationen offenbar das gleiche Thema. Dass es Thomas Werner lediglich darum geht, legal anwesende Asylanten gerecht auf die Gemeinden zu verteilen, während es in der Interpellation Lötscher um die Behandlung illegal anwesender Ausländer geht, scheint Jans keiner Differenzierung würdig. Zudem verharmlost er die Probleme mit abgewiesenen Asylbewerbern und beleidigt jene, die dies nicht tun. Damit negiert er auch den Unmut in der Bevölkerung über die Missstände und erweist den anerkannten Flüchtlingen einen Bärendienst.
Auch wenn der Votant versucht, im Wesentlichen ein guter Mensch zu sein, so sieht er sich sicher nicht als Gutmenschen. Denn der Gutmensch mag es gut meinen, aber nicht unbedingt gut machen. Oft steckt ein übertrieben moralisierendes und naives Verhalten dahinter, und Probleme werden eher schöngeredet als gelöst. Wenn Markus Jans also auf der Suche nach einem Gutmenschen ist, soll er doch einen Blick in den Spiegel riskieren. Vielleicht wird er fündig.

Philip C. Brunner dankt namens der SVP-Fraktion dem Interpellanten für seinen Vorstoss und ist froh, dass dieser endlich behandelt wird. Es ist auch froh, dass auch Leute von der FDP dieses Thema zur Sprache bringen. Es ist nicht allzu lange her, seit im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug FDP-Vertreter der SVP Rassismus und mehr vorwarfen, als diese sich zum Thema Asyl und Missbrauch im Asylwesen äusserten. Der Votant dankt auch der Regierung für ihre Ausführungen, die allerdings vor der Abstimmung vom 9. Juni 2013 geschrieben wurden; damals hat das Schweizer Volk in dieser Sache bekanntlich Klartext gesprochen.
Es wird nicht das letzte Mal sein, dass in diesem Rat zum Thema Asylbewerber gesprochen wird. Es bestehen für einzelne Gemeinden Pläne des Bundes, die aus der Distanz zumindest kritisch beobachtet werden können. In den Zeitungen konnte man lesen, dass in Neuheim ein veritables Problem besteht: Diese Gemeinde wird von Asylbewerbern überflutet. Wohl aus diesem Grund hat Thomas Lötscher seine Interpellation eingereicht. Vielleicht aber sollte man die Probleme dort angehen, wo sie wirklich sind. Und das ist sicher nicht in Neuheim.

Stefan Gisler: Die Interpellation von Thomas Lötscher war wohl auf die Asylabstimmung im Sommer 2013 *getimed,* aber einige Aspekte sind auch heute noch relevant. Der Interpellant fordert – auch wenn er heute dazu wenig gesagt hat – Internierungslager und schnellere Asylverfahren. Beides liegt in der Kompetenz des Bundes, nicht der Kantone. Die Regierung hält fest, dass die Sicherheitsdirektion und auch die Direktion des Innern beim Bund die Zuger Interessen gut vertreten. Und sie bestätigt in ihrer Antwort auch, dass der Bund diesbezüglich unter der Federführung von EJPD-Vorsteherin Sommaruga eine gute, lösungsorientierte Zusammenarbeit mit den Kantonen pflegt.

Zu den geforderten Internierungslagern: Die wiederholte Straffälligkeit einiger Personen mit Status NAE/NEE – das sind in Zug rund ein Dutzend Personen, wie aufgrund anderer Vorstösse zu diesem Thema bekannt ist – ist stossend. Diese Minderheit bringt auch die anderen rund 600 Asylsuchenden im Kanton in Verruf, die sich wohl verhalten. Ohne die Probleme mit dieser Gruppe zu negieren, muss man doch festhalten, dass Zug in der Unterbringung von Asylsuchenden grundsätzlich wenige bis keine Probleme kennt. Der Votant kann das als Direktanwohner einer grösseren Asylunterkunft auch aus persönlicher Sicht bestätigen. Es gilt aus Sicht der AGF deshalb, die heute bestehenden rechtsstaatlichen Massnahmen von Beuge- und Durchsetzungshaft sowie natürlich der regulären Haft bei Straffälligkeit von Personen im Asylbereich zu nutzen. Die AGF ist aber dezidiert der Auffassung, dass aufgrund einer ordentlichen gerichtlichen Verurteilung bestimmt werden muss, wie lange jemand ins Gefängnis muss oder interniert wird; Renitenz – wie im Vorstoss erwähnt – ist kein strafrechtlicher Begriff. Es darf darum zu keinen willkürlichen, allenfalls gar unbefristeten Internierungen kommen, angeordnet durch Verwaltungsangestellte statt durch Gerichte. Der schweizerische Rechtsstaat muss immer gewahrt werden.
Zu den schnelleren Verfahren, die in der Interpellation ebenfalls gefordert werden: Die AGF unterstützt Reformen von Bundesrätin Sommaruga für ein beschleunigtes Asylverfahren. Es wurde auch Zeit dafür, nachdem alt Bundesrat Blocher das Asylwesen durch Stellenabbau ausgehöhlt hatte. Der vormalige Flüchtlingsdelegierte des Bundes, vormalige FDP-Politiker und ehemalige Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Peter Arbenz, kommentierte dies Anfang Jahr so: «Blocher hat das Bundesamt für Migration zerhackt.». Darum fordert Sommaruga heute zu Recht mehr Stellen, um Gesuche schneller zu bearbeiten. Und immerhin: Von 2010 bis 2012 – das blendet die SVP immer aus – sank die Dauer von der Einreichung des Asylgesuchs bis zum erstinstanzlichen Entscheid von 240 auf 170 Tage; das müsste auch Interpellant Thomas Lötscher glücklich machen. Auch die durchschnittliche Verfahrensdauer von der Einreichung bis zur Rechtskraft sank seit 2008 – *post* Blocher – kontinuierlich auf heute rund 400 Tage.
Eine Frage bleibt: Wenn ein solches Internierungslager – ein schreckliches Wort – nach Zug käme, würde die FDP dieses unterstützen? Oder ist die Interpellation Lötscher ein Vorstoss bar jeglicher Lösungsorientierung? Und was meint der Sicherheitsdirektor zu einer solchen Institution hier im Kanton Zug?

Markus Jans ging davon aus, dass der Interpellant sich mit den Antworten des Regierungsrats auseinandersetzen würde. Das war leider nicht der Fall, vielmehr verirrte er sich auf ein Nebengeleise, das ziemlich unwichtig ist. Da fragt es sich, warum er überhaupt eine solche Interpellation einreicht.
Der Votant hat – im Gegensatz zu Thomas Lötscher – jahrelange Erfahrung in der direkten Betreuung Asylsuchender. Er hat diverse Unterkünfte eingerichtet und ist immer wieder auf der Suche nach Unterkünften. Er ist in diesem Sinne weder ein «Gutmensch» noch irgendetwas anders, sondern versucht aktiv, das Problem im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu lösen. Hätte der Interpellant auch nur einigermassen die Tageszeitungen gelesen, hätte er seine Interpellation schlichtweg nicht einreichen müssen, denn es ist hinlänglich bekannt, was auf Bundesebene Sache ist. Der Bund ist grundsätzlich für den Vollzug des Asylwesens verantwortlich. Die Kantone haben nur die Aufgabe, die Asylsuchenden anständig unterzubringen. Es ist zu hoffen, dass der Interpellant nicht zu jenen gehört, welche sofort die grossen weissen Ballen an die Strassen stellen, sobald über die Erstellung einer Asylunterkunft in der Nähe eines Wohnorts diskutiert wird, und die es als Horrorszenario darstellen, wenn Asylsuchende in die Gegend kommen.

Die letzte Erfahrung des Votanten war, dass im Vorfeld der Unterbringung von Asylsuchenden ein relativ grosser Aufstand stattfand, man nun aber zwei Jahren sehr gut und ohne einen einzigen Zwischenfall über die Runde gebracht hat. Dafür kann man *allen* ein Kränzchen winden, auch denen, die damals kritisch waren und mehr Sicherheit forderten. Immer wieder lässt sich feststellen, dass die unmittelbare Nachbarschaft, wenn die Asylsuchenden eingezogen sind, zufrieden ist mit der Situation.

Thomas Lötscher spricht nochmals, weil er explizit um eine Aussage gebeten wurde. Er hat sich materiell kurz gehalten, weil er – wie bereits gesagt – mit den Ausführungen des Regierungsrats zufrieden ist. Dazu kommt, dass seit damals, als er die Interpellation einreichte, auf Bundesebene einiges geschehen ist und eine Verbesserung stattgefunden hat.
Es geht ihm um eine Unterscheidung. Bei Asylanten – also bei Menschen, die sich zu Recht bei uns aufhalten, sich in einem Asylverfahren befinden oder bereits als Flüchtlinge anerkannt wurden und auch entsprechend zu behandeln sind – hat er keinerlei Probleme, wenn es irgendwo im Kanton Zug entsprechende Unterkünfte gibt. Ein anderes Thema sind aber diejenigen, die effektiv abgewiesen wurden, denen der Status als Flüchtling nicht zuerkannt wurde, die sich weigern auszureisen und die auch nicht hinausgeworfen werden können, weil keine Rücknahmeabkommen vorhanden sind. Für diese Personen müssten Möglichkeiten geschaffen werden, sie so unterbringen zu können, dass sie zur Ausreise motiviert werden. Das kann nicht im urbanen Gebiet, nicht im Kanton Zug, nicht in Neuheim und Menzingen sein, sondern beispielsweise eher in den Bergen, unter Umständen sogar im Ausland. Solche Lösungen wären auch ein Wirtschaftsfaktor und könnten in den betreffenden Gebieten die Wirtschaft ankurbeln.
Es geht dem Votanten wirklich darum – und das wurde von linker Seite noch immer nicht verstanden –, dass klar unterschieden wird zwischen Menschen, die sich ordentlich bei uns aufhalten, die unseren Schutz verdienen, die anständig behandelt werden und die Infrastruktur zur Verfügung haben sollen, und jenen Leuten, die unser System ausnützen wollen, die kriminell werden und denen es in keiner Weise um politisches Asyl geht. Diese Personen sollten wir so schnell wie möglich loswerden.
Zu Philip C. Brunner kann der Votant nicht viel sagen, hat er doch nicht richtig verstanden, worum es diesem ging. Der Votant ist aber auch nicht sicher, ob Philip C. Brunner es selber begriffen hat.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** räumt ein, dass die Fragen des Interpellanten eher den Bund betreffen. Die Asylfrage betrifft aber auch die Kantone, und diese haben in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewirkt, dass die Verfahren beschleunigt werden. Bundesrätin Sommaruga hat die Kantone der Anliegen aufgenommen, auch im Rahmen einer Arbeitsgruppe, welcher der Sicherheitsdirektor selber angehört. Heute gehen die Verfahren schneller, und die Zahl der Asylbewerber hat sich reduziert – wobei Letzteres natürlich je nach Situation in den Problemländern wieder ändern kann. Es hat sich also wirklich etwas getan. Auch die Volksabstimmung vom 9. Juni hat auf diesem Weg geholfen. Es stellen sich jetzt verschiedene Fragen, etwa in Zusammenhang mit den sogenannten Bundeszentren, in denen man vor allem die Dublin-Fälle schneller abwickeln will, oder dem vorgesehenen Renitentenzentrum
Anders als von Stefan Gisler behauptet, gibt es im Kanton Zug mehr als nur ein Dutzend abgewiesener Asylbewerber mit NAE/NEE-Status. Vor allem gibt es hier im Verhältnis zu anderen Kantonen mehr abgewiesene Leute aus Algerien. Das Problem ist, dass die Schweiz mit diesem Staat wohl ein Rücknahmeabkommen

hat, die betreffenden Personen aber nicht zurückgeführt werden können, weil Algerien nicht mitmacht und die Rückflüge nicht begleitet werden. Man arbeitet auf Bundesebene daran, dass hier etwas geschieht. Der Sicherheitsdirektor selber ist mit dem algerischen Konsul zusammengesessen, wurde aber eigentlich nur ausgelacht. Der Konsul hat zwar zugegeben, dass es im Kanton Zug viel mehr abgewiesene Algerier gibt als in anderen Kantonen, er hat aber auch die Frage gestellt, was denn mit den Abertausenden in Frankreich oder Deutschland geschehen solle. Für ihn ist das Problem des Kantons Zug eher marginal. Man wird deshalb weiterhin dranbleiben müssen, dass diese Leute zurückgeführt werden können. Es gibt die Variante, sie mit Geld zur Rückkehr animieren. Das entspricht aber nicht den ethisch-moralischen Überlegungen des Regierungsrats, vor allem nicht bei Personen, die kriminell geworden sind. Wenn sie nicht zurückgeführt werden, besteht eine weitere Gefahr darin, dass diese Leute immer mehr in eine Negativspirale oder in Suchtverhalten hineingeraten und krank werden und letztlich allenfalls sogar in ein Altersheim aufgenommen werden müssen. Das sind neue Probleme. Und je länger die Leute nicht zurückgeführt werden können, umso schwieriger wird es auch, sie in ihrem Heimatland wieder zu integrieren. Das sind wirklich grosse Herausforderungen, und es ist zu hoffen, dass der Bund in der Diskussion mit solchen Ländern nicht nur die Asylfrage bespricht, sondern diese Dossiers auch mit anderen Problemkreisen verknüpft. Man hört immer wieder, die Schweiz könne die Algerier nicht zurückführen, weil die Ölfrage mitspiele und wir mehr Bittsteller gegenüber Algerien seien als umgekehrt. Es wird Aufgabe der schweizerischen Aussenpolitik sein, hier Lösungen herbeizuführen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

896 Traktandum 7.3: **Interpellation von Andreas Hürlimann betreffend Ende der Steuer-Sorglosigkeit für Pauschalbesteuerte und andere Steuerflüchtlinge**
Es liegen vor: Interpellation (2188.1 - 14168); Antwort des Regierungsrats (2188.2 - 14229).

Interpellant **Andreas Hürlimann:** Die Regierung präsentiert in ihrer Antwort einige interessanten Ausführungen und Erläuterungen, wenn auch einige Punkte nicht oder nur sehr flüchtig beantwortet wurden. Nach Studium der Antwort komme der Votant zum Schluss, dass es hier wohl noch ein weiteres Grundproblem anzugehen gilt: Der ausländerrechtliche Status resp. der zivilrechtliche Wohnsitz scheint problematisch und teilweise fragwürdig. Wie ein solcher Status denn effektiv aussieht, ist nicht klar und lässt sich aus den Antworten des Regierungsrats zu wenig herauslesen. Fairerweise muss gesagt werden, dass auch keine explizite Frage in diese Richtung gestellt wurde. Aber die Ausführungen der Regierung lassen mit vielen raumöffnenden Antworten vermuten, dass hier viel individueller Spielraum vorhanden ist und nicht immer mit gleich langen Ellen gemessen wird.
Der Votant bittet den Regierungsrat, sich nicht gleich beleidigt oder angegriffen zu fühlen, wenn ein Vorstoss zur Abwechslung einmal einen etwas plakativeren Titel trägt. Die einleitenden Bemerkungen in dieser Hinsicht sind völlig deplatziert. Dass die Pauschalbesteuerung nicht ganz unproblematisch ist, hat die Regierung unlängst in einer anderen Antwort auf einen Vorstoss in dieser Sache selbst zugegeben: «In der Pauschalbesteuerung kann eine sachlich nicht gerechtfertigte Privilegierung reicher Steuerpflichtiger gesehen werden. Sie ist unter dem Aspekt der

Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Rechtsgleichheit nicht ganz unproblematisch.»
Mit der Pauschalsteuer zahlen reiche, angeblich nicht erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer anstelle der Steuer auf dem effektiven gesamten Einkommen und Vermögen einen Pauschalbetrag, der sich nach den Wohnkosten bemisst – bisher das Fünf-, neu das Siebenfache. Die Pauschalsteuer ist nach Ansicht des Votanten ein krasser Verstoss gegen die Steuergerechtigkeit und verletzt die verfassungsrechtlichen Grundsätze der Rechtsgleichheit und der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Sie privilegiert reiche Ausländerinnen und Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz und untergräbt die Steuermoral. Keineswegs garantiert ist, dass nur nichterwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer pauschalbesteuert werden. Das zeigen die Beispiele von Pauschalbesteuerten wie Ingvar Kamprad, der von der Schweiz aus die Geschicke des IKEA-Konzerns leitet, von Michael Schumacher, der sich wieder als Rennfahrer bemüht, oder von Viktor Vekselberg, der von Zug aus sein Imperium verwaltet und früher in Zürich pauschal besteuert wurde.
Zudem – und dies ist definitiv stossend an der Antwort der Regierung – fragt sich der Votant, wie man sich betreffend steuerrechtlichem Status auf das Amts- oder Steuergeheimnis berufen kann. So entzieht man diesen Umstand der demokratischen Kontrolle vollends. Das darf nicht sein. Die Regierung verweigert zu Frage 3 eine allgemein gültige Antwort – weshalb der Votant der Regierung nochmals eine Frage stellt: Wie soll man sich denn in solch einer Frage politisch aktiv engagieren, wenn man nicht einmal weiss, wie eine Person oder Unternehmen tatsächlich besteuert wird? Es geht hier ja nicht darum, Details mit genauen Frankenbeträgen offen zu legen. Es geht nur um den Grundsatz, wie jemand besteuert wird.
Die Bevölkerung akzeptiert nicht mehr, dass Leute in Zug in den Genuss von Privilegien kommen, aber nur ab und zu hier anwesend sind und damit zusätzlich noch mithelfen, Wohnungen und Liegenschaften vom Markt zu nehmen, welche trotzdem nicht bewohnt sind. Das geht nicht. Es wird erwartet – und dies nicht nur vom Votanten –, dass der Wohnsitz und Lebensmittelpunkt sehr genau und korrekt abgeklärt wird. Um auf das in der Interpellation vom Votanten ausgeführte Beispiel Frank Stronach zu sprechen zu kommen: Es ist nicht gerechtfertigt, wenn sich eine Person in einem Nachbarland aktiv politisch engagiert und gleichzeitig ein Steuerdomizil im Kanton Zug hat. Genau da stellt sich mehr als die nur kleine Frage, ob es sich hier um einen Scheinwohnsitz handelt, sondern es wäre auch wichtig zu wissen, wie eine solche Person besteuert wird. Die Zeitschrift «Bilanz» führt Stronach jeweils in der Liste der reichsten Schweizer; das Wirtschaftsmagazin «Forbes» führte ihn 2012 auf der Liste «The World's Billionaires» weltweit auf Rang 1015 und für Kanada auf Rang 22. Auch diese Listen zeigen, dass hier wohl noch etwas genauer untersucht werden muss, ob diese Person hier in Zug zuhause ist und die entsprechenden Privilegien dann auch anfallen können.
Die Forderung nach genauerer Kontrolle des Wohnsitzes von Ausländerinnen und Ausländern in Zug ist nach wie vor zentral. Dazu ein Beispiel, welches von einer in Lausanne und Zug wohnhaften Person stammt: Die Waadt hat anscheinend für Abklärungen einen zwei- bis dreiseitigen Fragebogen, mit welchem die Lausanner Steuerverwaltung genauer beurteilt, ob der Steuersitz beispielsweise im Kanton Zug rechtens ist oder nicht. Eine Frage lautet etwa: «Haben Sie ein Haustier, und wer füttert es regelmässig?» Dieses Beispiel zeigt, dass es die Lausanner Behörden recht genau nehmen. Etwas mehr Einsatz seitens der Zuger Behörden wäre nicht nur wünschenswert, sondern auch mit Blick auf den Aufwand zumutbar. Nur wer seinen Lebensmittelpunkt in Zug hat, «darf» hier Steuern zahlen, kann auch in den Genuss von – aus Sicht der AGF teilweise fragwürdigen – Steuerprivilegien kommen

und darf hier Eigentum kaufen. So will es das Gesetz. Die Finanz-, die Sicherheits- und die Volkswirtschaftsdirektion müssen genauer prüfen, ob Ausländerinnen und Ausländer hier wirklich wohnen oder nur mit einem kalten Bett die Steuern optimieren und die Wohnpreise weiter nach oben drücken.

Karin Andenmatten-Helbling: Die AGF hat an der letzten Kantonsratssitzung bei der Beratung des Gesetzes über die Videoüberwachung den Datenschutz hoch gewichtet. Mit der vorliegenden Interpellation von Andreas Hürlimann hingegen wird der Regierungsrat aufgefordert, Informationen über Einzelpersonen zur öffentlichen Diskussion freizugeben, welche zweifelsohne dem Datenschutz unterstehen. Soll denn der Datenschutz für die Herren Stronach und Vekselberg nicht gelten, nur weil sie vermögend sind? Die Regierung hat sich erfrischend dezidiert und überhaupt nicht flüchtig zu dieser Frage geäussert und dem Rat gleichzeitig ein Nachschlagewerk zum Thema Pauschalbesteuerung unterbreitet. Die CVP dankt dafür und hofft, dass seitens der AGF nicht in der nächsten Legislatur schon wieder ein Vorstoss zum selben Thema gemacht werden muss. Schliesslich ist – wie in der Beantwortung dargelegt – «der Vollzug der entsprechenden Bundesgesetze Aufgabe der Verwaltung und nicht der Politik».
Unter anderem wurde im Bericht des Regierungsrats prominent festgehalten – und das ist besonders brisant angesichts der mutmasslichen Absicht des Interpellanten –, dass der Kanton Zug gerade nicht profitieren würde, wenn er von der Pauschalbesteuerung absehen würde, sondern im Gegenteil eine Einnahmeneinbusse hinnehmen müsste. Wer hätte denn etwas davon, wenn diese bei einem Grossteil der hier Anwesenden willkommenen Geldgeber verbannt würden? Weder international tätige Personen, die nirgends mehr sesshaft sein dürfen, noch der Kanton Zug mit seiner bisher erfolgreichen Standortpolitik – und schon gar nicht Empfängerinnen von Dienstleistungen wie individuellen Prämienverbilligungen oder Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger. Aus Sicht der CVP ist die wiederholte, um nicht zu sagen systematische Verunglimpfung von vermögenden ausländischen Steuerzahlern für den Kanton Zug nicht nur sorglos, sondern schlicht verantwortungslos.

Thomas Lötscher dankt im Namen der FDP-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation. Er kann sich im Wesentlichen seiner Vorrednerin anschliessen. Zu dem vom Interpellanten erwähnten Fragebogen: In der Familie des Votanten sollten die Katzen eigentlich von den Kindern gefüttert werden, *de facto* tut dies aber meistens seine Frau. Es ist dem Votanten unklar, wie er dieses Faktum im Fragebogen angeben würde – aber er wird ja nicht pauschal besteuert.
Die Pauschalbesteuerung ist eine langjährige Praxis im Kanton Zug. Sie hilft auch, die Bürokratie in Grenzen zu halten. Das ist keine Schutzbehauptung. Betrachtet man nämlich, wie mobil pauschalbesteuerte Personen sind, ist es zum Teil recht schwierig zu definieren, wo diese einen Wohnsitz haben. Oft sind sie auf mehreren Kontinenten unterwegs. Den Aufwand, den man betreiben müsste, um festzustellen, dass jemand seinen Lebensmittelpunkt vielleicht doch nicht hier in Zug hat, ist riesig. Dass dieser Aufwand dort, wo man sich etwas davon verspricht, betrieben wird, ist nachvollziehbar.
Der Votant stellt nicht in Abrede, dass man das System allenfalls noch verbessern könnte; er stellt auch nicht in Abrede, dass gewisse Leute durch die Maschen fallen und das System missbrauchen. Deswegen aber das ganze System der Pauschalbesteuerung zu verteufeln, geht zu weit. Es geht auch zu weit, diese Personen als Steuerflüchtlinge zu verunglimpfen. Diese Wortwahl passt nicht, denn die betreffenden Personen halten sich zu Recht hier auf und bezahlen ihre Steuern gesetzesgemäss. Es ist in diesem Sinne alles korrekt.

Thomas Wyss dankt auch namens der SVP-Fraktion für die ausführliche Antwort. Sie ist eine Fundgrube für Informationen zum Thema Pauschalbesteuerung. Gefehlt hat dem Votanten das innere Feuer der Regierung für dieses Instrument und letztlich auch für den Finanzplatz. Das Instrument der Pauschalbesteuerung ist sinnvoll, international akzeptiert und auch eine sehr günstige Variante für die Steuerverwaltung, handelt es sich zum Teil doch – wie bereits gesagt wurde – um extrem komplexe und komplizierte Fälle. Dank der Pauschalbesteuerung kann man hier mit relativ wenig Aufwand relativ viel an Steuern generieren.
Der Votant ruft den Regierungsrat zu etwas mehr Begeisterung für unser System und unseren Finanzplatz auf. Das ist eine gute Sache, zu der man stehen kann, die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen schafft und die man keineswegs verstecken muss.

Barbara Gysel: Die SP des Kantons Zug ist überzeugt, dass spätestens angesichts der Finanzmarktkrise, der milliardenschweren Rettungsaktionen für Banken und auch der bekannten Arbeitslosenzahlen in weiten Teilen der Bevölkerung eine erhöhte Sensibilisierung für Gerechtigkeit Einzug gehalten hat, auch in steuerlichen Belangen. Viele sind nicht mehr bereit, die Steuerpolitik ausschliesslich am Kriterium der ökonomischen Effizienz auszurichten. Sie sind auch nicht mehr bereit, in fiskalischen Belangen denjenigen Grundwert beiseite zu schieben, der eigentlich das Fundament jeder Gesellschaft bilden sollte, nämlich die faire Verteilung der Lasten. Wie die Regierung in ihrer Beantwortung der Interpellation aber wortreich und teilweise fast technokratisch ausführt, ist die praktizierte Pauschalbesteuerung rechtens. Doch nicht alles, was rechtens ist, ist auch gerecht. Die heute praktizierte Pauschalbesteuerung stellt eine Verletzung des Prinzips der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dar und widerspricht zudem dem Grundsatz der Rechtsgleichheit, welcher auch in der Verfassung des Kantons Zug verankert ist. Zudem führt diese Vorzugsbehandlung begüterter Ausländer zur massivsten degressiven Besteuerung in der Schweiz. Es ist Zeit, dass die Pauschalbesteuerung im ganzen Land abgeschafft wird.

Daniel Stadlin weiss nicht, ob alle Pauschalbesteuerten Steuerflüchtlinge sind, und er ist sicher, dass es auch der Interpellant nicht weiss. Er weiss aber, dass der Interpellationstitel suggestiv und polemisch ist. Pauschalbesteuerte und andere Steuerflüchtlinge, Asylanten und andere Kriminelle: Wieder einmal wird eine einzelne Personengruppe politisch instrumentalisiert und unter Generalverdacht gestellt. Die dahinterstehende Politik ist immer die gleiche, egal von welcher ideologischen Seite sie kommt: Mit einem fiktiven Feindbild wird Stimmung in eigener Sache gemacht. Das ist bedenklich, zeugt von schlechtem Stil und ist sicher keine konstruktive Politik.
Die leider weit verbreitete Pauschalverurteilungs-Sorglosigkeit ist gefährlich. Sie schürt Intoleranz und Missgunst und untergräbt den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Das ist geradezu das Gegenteil von dem, was wir brauchen. Politik mit sozialem Anspruch grenzt nicht aus, sondern fügt zusammen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** nimmt zuerst Stellung zur Aussage des Interpellanten, es gebe ein Grundproblem mit dem Status und damit einen individuellen Spielraum in der Anwendung. Es ist in der Gesetzgebung immer so, dass es ein gewisses Ermessen gibt – und das ist auch richtig. Es gab in der Geschichte immer wieder Staaten oder Herrscher, die der Verwaltung und den Gerichten keinerlei Ermessen zu geben versuchten – beispielsweise in Preussen –, mit entsprechend

umfangreichen Gesetzessammlungen, um jedem Einzelfall gerecht zu werden. Das funktioniert nicht. Deshalb muss es hier – wie überall – ein Ermessen geben.
Der Votant rügt auch die Pauschalbesteuerung an sich. Bei dieser Interpellation ging es aber um Fragen des Vollzugs, nicht um die politische Frage «Pauschalbesteuerung ja oder nein», die ja auch Inhalt einer kommenden Volksinitiative ist. Es ging also um «technische» Fragen, und entsprechend hat der Regierungsrat auch technische – um nicht zu sagen «technokratische» – Antworten gegeben. Man sieht daran auch, dass der Vollzug sich richtigerweise nicht an einer ideologisch-politischen Haltung orientiert. Es sind vielmehr klare Voraussetzungen, die im Vollzug entsprechend differenziert sind. Und Fragen eher technischer Art eignen sich wohl auch nicht, um emotionale Begeisterungsstürme für unser Steuersystem auszulösen. Ab und zu zeigt der Regierungsrat durchaus seine Begeisterung. So hat er in der Beantwortung der Interpellation zur «1:12-Initiative» den ganzen Kontext gezeigt und aufgelistet, was alles den Erfolg einschränken könnte; in diesem Zusammenhang hat er – notabene – auch die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung erwähnt.
Der Volkswirtschaftsdirektor wird in Zusammenhang mit dem Vorstoss der SP betreffend «Lex Koller» noch einiges zum Vollzug bezüglich Wohnort sagen. Der Rat hat sicher auch Verständnis, dass hier nicht Einzelfälle beraten werden können. Das ist Sache des Vollzugs und auch der gerichtlichen Kontrolle. Es sind ja richtigerweise auch die Gerichte, welche die Einzelfälle letztinstanzlich überprüfen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** orientiert, dass ein Fotograf der «Neuen Zuger Zeitung» Aufnahmen des Kantonsratssaals mit dem Kruzifix als Hauptmotiv machen möchte. Gemäss § 31bis Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats braucht es dazu die Genehmigung des Rats.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Traktandum 7.4: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitik kein «Wachstum mit Grenzen»**

Das Traktandum wird wegen Abwesenheit des Finanzdirektors verschoben (siehe Ziff. 884).

897 Traktandum 7.5: **Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Tüftellabor Einstein**
Es liegen vor: Interpellation (2206.1 - 14210); Antwort des Regierungsrats (2206.2 - 14424).

Thomas Lötscher dankt vorab der Regierung für die umfassende Beantwortung der Interpellation und die bisherige grosszügige Unterstützung des Tüftellabors Einstein. Er legt seine Interessenbindung dar: Er ist in keiner Weise am Tüftellabor Einstein beteiligt, kennt jedoch einige Exponenten des Trägervereins und wurde

von dieser Seite um Unterstützung angefragt. Da er diese Institution eine sehr gute Sache findet, hat er diese Interpellation eingereicht.
Nachdem der Initialaufwand beim Aufbau des Tüftellabors Einstein geleistet wurde, wäre es schade, wenn das Erreichte in sich zusammenfallen würde. Wenn man schon immer beklagt, dass Schulabgänger einerseits zu wenig vorbereitet sind auf die Anforderungen einer handwerklichen Berufslehre und andererseits zu sehr in die gymnasiale Bildung oder den kaufmännischen Bereich drängen, müsste man doch Voraussetzungen schaffen, um die gewünschten Korrekturen einzuleiten. Man beklagt einen Mangel an Ingenieursnachwuchs, aber auch generell in MINT-lastigen Berufen. MINT umfasst Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Alle kennen das: Wenn man sich entscheiden muss, wählt wohl jeder jene Variante, welche er kennt oder sich zumindest gut vorstellen kann. Das dürfte bei Schulabgängern nicht anders sein. Da die Schule aber nicht alle Disziplinen und Fertigkeiten umfassend vermitteln kann, bedarf es eines Freizeitangebots, um den handwerklichen Bereich kennenlernen und dafür ein Interesse entwickeln zu können. In den Bereichen Musik und Sport ist das längst selbstverständlich.
Der Regierungsrat liegt mit seinen Antworten sachlich gesehen sicher nicht falsch, ausser eventuell mit der Aussage, die Mitfinanzierung durch das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) scheine aussichtslos zu sein. Nach Meinung des Votanten kann das BSV ein Modellprojekt auf der Basis des neuen Gesetzes dann mitfinanzieren, wenn das Projekt im ausserschulischen Bereich stattfindet und Kinder und Jugendliche erreicht – was beim Tüftellabor Einstein gegeben ist–, und wenn das Projekt entweder neu ist oder eine Weiterentwicklung – ebenfalls gegeben – vorgesehen ist, die eine Vorbildwirkung haben kann – auch das ist gegeben. Laut BSV hat ein Projekt wie das Tüftellabor Einstein durchaus sehr gute Chancen.
Das Tüftellabor steht heute an einem Scheideweg: Entweder wird es durchstarten können und die Trägerschaft nachhaltig sichern über die Zeit bis 2015 hinaus, wo die Räumlichkeiten im alten Kantonsspital wieder zurückgegeben werden müssen. Dazu muss die Finanzierung sicher auf die Pfeiler Private, Wirtschaft und öffentliche Hand abgestützt werden. Andernfalls hat das Tüftellabor Einstein nur noch die Möglichkeit, frühzeitig die Konsequenzen zu planen und 2015 die Räumlichkeiten fristgemäss und sauber übergeben zu können.
In der regierungsrätlichen Antwort fehlt dem Votanten die klare Aussage, ob die Regierung dieses Angebot will, ob sie es als sinnvoll erachtet, sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung dieses Kinder- und Jugendangebots einzusetzen, welches Synergien schafft zwischen schulischer Bildung, motorischer Förderung, Berufseinstieg, Entwicklung handwerklicher Fähigkeiten, Arbeitstechnik und Übernahme von Verantwortung. Der Votant kann nicht erkennen, ob die Regierung das Angebot zwar gerne hätte, aber keine Möglichkeiten sieht, oder ob es ihr gleichgültig ist. Abschliessend stellt der Votant deshalb die klare Frage: Ist die Regierung bereit, mit den Exponenten des Tüftellabors zusammenzusitzen und gemeinsam Ansätze für einen Weiterbetrieb zu erörtern und dabei auch die Mitfinanzierung durch das Bundesamt für Sozialversicherung nochmals fundiert zu prüfen?
Abschliessend weist der Votant darauf hin, dass am Samstag, 9. November, das Jahresfest des Tüftellabors Einstein in den Räumlichkeiten des alten Kantonsspitals stattfindet. Alle sind eingeladen zu diesem Tag des offenen Labors ab 13 Uhr.

Beni Riedi spricht für die SVP-Fraktion und findet es immer wieder interessant, wie viele sogenannte Anschubfinanzierungen im Verlauf der Jahre schon fast zur Staatsaufgabe mit staatlicher Defizitgarantie mutieren. Man stellt dem Parlament einen Antrag für einen Kredit für ein bis drei Jahre Anschubfinanzierung inklusive unentgeltliche Nutzung kantonaler Räumlichkeiten und beantragt anschliessend

immer wieder eine Verlängerung der Unterstützung. Nicht selten profitieren die Freisinnigen bei solchen Finanzierungen von Steuergeldern. Doch, so hart es klingt: Irgendwann muss auch der Staat einen Schlussstrich ziehen. Und so steht im Bericht der Regierung: «Das Tüftellabor Einstein beabsichtigt, die Lücke von der Schule zur Berufswelt zu schliessen. Dieser umfassende Anspruch konnte bisher leider nicht erfüllt werden.»

Vroni Straub-Müller spricht für die AGF. Treffpunkt: Artherstrasse 27 in Zug. Mitnehmen: Schere, Lineal, eine Kartonschachtel sowie Picknick. Was erwartet Dich? Wir bauen ein Spektrometer, um das Sonnenlicht zu untersuchen.
So etwa tönt es, wenn das Tüftellabor neben seinem Grundangebot auch Tüftelcamps für Kinder anbietet, ganz gemäss dem Motto «Experimentieren – staunen – erfinden». Das Tüftellabor deckt eine Lücke zwischen schulischen und ausserschulischen Angeboten. Ob es sich nun um Begabtenförderung handelt, gar zu qualifiziertem Nachwuchs in der Technik führt oder einfach Kinder dazu ermuntert, mutig und phantasievoll mit Schere oder dem Bunsenbrenner umzugehen: Das Tüftellabor ist eine Universal-Freizeitwerkstatt für Kinder und Jugendliche. Es bietet aber auch einen Beschäftigungsplatz für Menschen ohne Arbeit an, ist in der Lehrerbildung mit der PH Zug unterwegs und leistet grosse Freiwilligenarbeit. Die Stadt Zug ist stolz, mit dem Tüftellabor das dritte seiner Art in der Schweiz zu beherbergen. Sie unterstützt das Tüftellabor mit einem wiederkehrenden Beitrag von 5000 Franken im Jahr.
Die regierungsrätliche Antwort auf die Interpellation kommt etwas gar defensiv daher und attestiert dem Tüftellabor wenig Eigeninitiative, was die Mittelbeschaffung angeht. Nach Dafürhalten der Votantin zeigt das Tüftellabor aber sehr viel Eigeninitiative, um Gelder von Stiftungen, Firmen oder auch Gemeinden zu generieren: Insgesamt werden gemäss Jahresrechnung 75'000 Franken hereingeholt. Wenn nun aber ab 2015 die Räumlichkeiten wegfallen, steht das Tüftellabor vor einem echten Problem. Im schlimmsten Fall muss der Betrieb eingestellt werden.
Natürlich kennt auch die Votantin mittlerweile ein bisschen die Crux mit den Anschubfinanzierungen. Und doch hat sich das Tüftellabor zwischenzeitlich bewährt und seinen Platz in der Bildungslandschaft gefunden. Kanton, Stadt, Gemeinden und private Träger sollten gemeinsam mit dem Tüftellabor eine Perspektive für den Betrieb über das Jahr 2015 hinaus erarbeiten.

Eusebius Spescha ist etwas irritiert. Er kennt das Tüftellabor zwar nicht speziell gut, findet es aber eine sympathische Idee, und nach allem, was er darüber gelesen hat, ist es sicher etwas ganz Tolles. Er kann auch gut nachvollziehen, dass die Regierung diese Idee grosszügig unterstützt und mit einer Anschubfinanzierung geholfen hat, das Tüftellabor auf den Weg zu bringen. Und das war's dann auch. Was muss denn noch mehr sein? Wieso muss die Regierung die Frage beantworten, ob sie das Tüftellabor wolle oder nicht? Das ist doch keine Frage der Regierung. Es geht hier um eine spannende, verdienstvolle und interessante Privatinitiative, aber es ist nicht Aufgabe des Staates, für deren Überleben zu sorgen. Dass ausgerechnet jene Partei, welche immer davon spricht, dass der Markt über den Erfolg eines Angebots entscheiden solle, hier staatliche Unterstützung will, ist irritierend. Wenn das Angebot wirklich so toll ist, finden sich auch die nötigen Kinder und Eltern, die es unterstützen. Und wenn es nicht so toll ist, dann ist es nicht die erste Privatinitiative, die stirbt. Die Regierung hat sich zu Recht bisher grosszügig gezeigt, aber jetzt müssen auf privater Ebene gute Lösungen gefunden werden, sonst ist das Projekt halt leider gestorben.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss:** Ein Teil des Problems scheint zu sein, dass das Areal des alten Kantonsspitals, wo das Tüftellabor Einstein jetzt untergebracht ist, nicht auf alle Zeit hin zur Verfügung steht. Der Initialaufwand im alten Kantonsspital hat also ein Ablaufdatum. Die Förderung von MINT-Kompetenzen bzw. der Handwerksberufe ist ein Thema, das die Bildungsdirektion auch in Zusammenhang mit dem Lehrplan beschäftigt, und die Bildungsdirektion sieht sich hier in der Pflicht. Das ist auch angedeutet, wenn es in der regierungsrätlichen Antwort heisst, dass die Reichweite des Tüftellabors beschränkt sei und sich auch eine Vielzahl anderer Organisationen auf diesem Gebiet verdient mache. Der Regierungsrat schätzt den Einsatz des Tüftellabors sehr und hat dieses gerne mit einer Anschubfinanzierung und der Verlängerung der kostenlosen Benutzung der Räumlichkeiten im Kantonsspital unterstützt. Er hat in der Interpellationsantwort darauf hingewiesen, dass es sich um eine Anschubfinanzierung handelte, weil der Verein Tüftellabor genau eine solche verlangt hatte. Selbstverständlich ist der Regierungsrat – wie schon in der Vergangenheit – jederzeit bereit, mit dem Tüftellabor zusammenzusitzen, auch hinsichtlich der Abklärungen mit dem Bundesamt für Sozialversicherung.
Dass das Tüftellabor seinen Anspruch «umfassend» nicht habe einlösen können, hat Beni Riedi missverstanden. Die Regierung wollte in ihrer Antwort sagen, dass die Reichweite des Tüftellabors nicht ausreicht, weshalb er vor allem die öffentliche Schule in der Pflicht sieht, in diesem Bereich tätig zu sein. Diese Aufgabe kann nicht an Private delegiert werden, vielmehr müssen in der Lehrplandiskussion und in der Berufswahlvorbereitung Lösungen erarbeitet werden.
Der Bildungsdirektor schliesst mit dem Angebot an das Tüftellabor, sich zu melden. Wenn es in Bern irgendeinen Beitrag zu holen gibt, dann ist er gerne bereit, dazu seine Unterstützung zu leisten.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Traktandum 7.6: **Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend « Leiter Aufsicht in den sozialen Diensten Asyl »**

Das Traktandum wurde bereits zu Beginn der Sitzung behandelt (siehe Ziff. 893).

898 Traktandum 7.7: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend die negativen unternehmerischen Folgen des Rauchverbots und der staatlichen Präventionsgesetzgebung**
Es liegen vor: Interpellation (2241.1 - 14313); Antwort des Regierungsrats (2241.2 - 14461).

Philip C. Brunner spricht in Vertretung von Jürg Messmer, der als Fraktionssprecher der SVP vorgesehen war. Im Unterschied zu Jürg Messmer ist der Votant Nichtraucher.
Die SVP-Fraktion dankt der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Ob die Raucherregelung einen Einfluss – ob im positiven oder negativen Sinne – auf Gastrobetriebe hat, lässt sich offenbar nicht eruieren. Die SVP nimmt positiv zur Kenntnis, dass der Kanton lediglich Bundesrecht vollzieht. Eine Lockerung der Raucherregelung ist somit infolge bundesgesetzlicher Vorgaben ausgeschlossen. Für Raucher ist zumindest erfreulich, dass keine Verschärfung geplant ist.

Zu den Fragen 1 und 2: Wie bereits erwähnt, lässt sich nicht schlüssig abklären, ob das Rauchverbot einen direkten Einfluss auf Umsatzeinbussen hat. Es gibt Restaurantbetriebe, welche trotz Rauchverbot sehr gut florieren, andere wiederum haben klare Umsatzeinbussen. Ob es jedoch wegen des Rauchverbots so ist, oder ob allfällig der Chef, das Essen oder die Bedienung einen entsprechenden Einfluss haben, sei dahingestellt. Die SVP-Fraktion ist der Regierung dankbar, dass sie auf eine teure Datenerhebung verzichtet hat. Denn wie immer das Resultat ausgefallen wäre, einen Einfluss auf die Raucherregelung hätte es nicht gehabt.
Zur Frage 4: Es ist erfreulich, dass der Regierungsrat die Ziffer 5 der Leitlinien der Gesundheitsdirektion hoch hält: «Gesundheitsförderung und Prävention sind primär Privatsache.» Dies gilt jedoch nicht nur in Gesundheitsfragen, sondern ganz allgemein.
Die SVP-Fraktion dankt der Regierung nochmals für die gute und ausführliche Beantwortung der Interpellation und nimmt sie wohlwollend zur Kenntnis.

Zari Dzaferi: Der SP wird insbesondere von rechter Seite immer wieder vorgeworfen, dass ihre Vorstösse rein populistischer Natur seien und mit einem Anruf in der entsprechenden Direktion geklärt werden könnten. Die hier vorliegende Interpellation ist ein Paradebeispiel eines Vorstosses, der lediglich ein populistisches Thema medienwirksam *pushen* möchte. Dass damit auch die Verwaltung beschäftigt wird, scheint die SVP nicht zu kümmern. Der nächste Vorstoss, um die Verwaltungskosten zu senken, ist ja bereits im Köcher.
In der SVP-Fraktion gibt es mindestens einen ausgewiesenen Rechtsanwalt. Daher versteht der Votant eine solche Interpellation nicht. Denn mit der Raucherregelung in der Gastronomie vollzieht der Kanton Zug lediglich Bundesrecht; er hat dazu nichts zu sagen. Das wissen auch Leute, die kein Jus-Studium absolviert haben. In der Antwort der Regierung wird klar, dass sich der Kanton Zug nur an die Mindestvorgaben des Bundes hält. Mindestens ein Dutzend Kantone haben noch schärfere Gesetze erlassen, die unter anderem Raucherlokale ganz verbieten. In acht dieser Kantone sind zudem auch bediente *Fumoirs* nicht erlaubt. Die SP-Fraktion ist deshalb überzeugt, dass man im Kanton Zug sehr wohl Rücksicht auf die Gastrobetriebe genommen hat. Dies wird der Gesundheitsdirektor sicherlich bestätigen.
Die SVP möchte offenbar einzig und allein den Regierungsrat dazu bewegen, einem Umsatzrückgang bei den Gastrobetrieben aufgrund der Raucherregelung zuzustimmen. Allein mit Studien lässt sich dies jedoch kaum bestätigen oder widerlegen. Dagegen spricht nur schon der Fakt, dass die Anzahl Gastrobetriebe in den letzten fünfzehn Jahren um rund 50 Prozent zugenommen hat. Mehr Betriebe bringen auch mehr Konkurrenz und können ebenfalls zu einem Umsatzrückgang führen. Aber auch wenn man einen Teil der Umsatzeinbussen auf die Raucherregelung zurückführen könnte, wäre dies immer noch vertretbar. Mehrere Studien zeigen weltweit auf, dass Rauchverbote einen positiven Effekt auf die öffentliche Gesundheit haben. Man kann dafür auch nach Genf, Graubünden oder ins Tessin – alles Kantone mit einem noch restriktiveren Gesetz – schauen. Seit der Einführung des Rauchverbots sind dort die Spitaleinlieferungen wegen Herzinfarkten um bis zu 21 Prozent zurückgegangen. Eine Vergleichsstudie im Kanton Luzern – während der gleichen Zeit, aber ohne Rauchverbot – zeigte eine leichte Zunahme der Herzinfarkte. Studien hin oder her: Man muss sich bewusst sein, dass letztendlich auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschützt werden müssen, die in der Gastronomie tätig sind. Diese können nämlich nicht auswählen, ob sie dem Rauch ausgesetzt sein möchten oder nicht.

Monika Barmet erlaubt sich, diese Interpellation umzubenennen: «Interpellation betreffend positive unternehmerische Folgen des Rauchverbots». Mit diesem Titel kann die Interpellation allerdings nicht von der SVP stammen.
Die Votantin ist im Gesundheitswesen tätig, weshalb sie sich auf die positiven Folgen beschränkt – und diese überwiegen. Was in anderen Ländern bereits seit mehreren Jahren gilt, wurde endlich auch in der Schweiz und im Kanton Zug umgesetzt. Die Einführung des Rauchverbots ist ein Gewinn und wirkt sich auf die Befindlichkeit der im Gastgewerbe Tätigen und der Gäste nur positiv aus. In der Beantwortung der Interpellation wird zu Recht auf die verschiedenen, begründeten Veränderungen im Gastgewerbe hingewiesen. Inzwischen konnten verschiedene Studien den Einfluss des Rauchverbots vor allem auf die medizinischen Erkrankungen aufzeigen. Es sind vor allem positive Auswirkungen auf die Kreislaufkrankheiten. Persönlich hat die Votantin sich im Rahmen der Beratung des Gesundheitsgesetzes für ein Rauchverbot auch in kleineren Räumen eingesetzt. Denn bedauerlicherweise sind viele Barbetriebe nicht rauchfrei, und dort halten sich vor allem junge Erwachsene auf, deren Lungen besonders empfänglich sind für die schädlichen Auswirkungen des Nikotins.
In der Interpellation wird auch die Prävention thematisiert. Aus den gestellten Fragen muss man leider ableiten, dass die SVP-Fraktion Gesundheitsförderung und Prävention tendenziell negativ beurteilt. Das ist zu bedauern, denn gerade mit konkreten Massnahmen in der Gesundheitsförderung und Prävention lassen sich vor allem langfristig Gesundheitskosten sparen. Es braucht also weiterhin Sensibilisierung und Information. In diesem Sinn unterstützt die Votantin den Regierungsrat, wenn Gesundheitsförderung und Prävention im Kanton Zug weiterhin umgesetzt werden.

Philip C. Brunner nimmt noch als Einzelsprecher Stellung. Die Antwort des Regierungsrats bringt es teilweise auf den Punkt: Es ist nicht nur das Rauchverbot, sondern auch die Flut von sich teilweise überlagernden Gesetzen. Zu erwähnen sind etwa die Hygienevorschriften, teilweise absurd und im Kanton Zug zusätzlich mit einem Spezialausweis – wobei der Ständerat gottseidank die Intervention des alt Regierungsrats gestoppt hat, so dass die Schweiz die Dummheit, die der Kanton Zug eingeführt hat, nicht nachmachen muss. Geht der Staat hin und kontrolliert die Banken und gibt ihnen Noten? Oder kontrolliert er Ärzte oder Juristen? Oder wird jemand im Rat, der beruflich selbständig ist, vom Staat kontrolliert und wie die Gastronomie im Kanton Zug mit «sehr gut», «gut», «genügend» oder «ungenügend» bewertet? Nein, niemand. Der Konsument geht ein Risiko ein, wenn er beispielsweise zu einem Anwalt geht und dieser ihm am Schluss nicht helfen kann.
Auch Auflagen der Gebäudeversicherung oder der Feuerschau bringen leider Investitionen mit sich, welche – das war der Ausgangspunkt der Interpellation – in der Gastronomie zur Schliessung von Betrieben führen, wie im Ägerital, wo der Unternehmer wahrscheinlich zum Schluss gekommen ist, dass sich die entsprechenden Investitionen nicht lohnen. Das Rauchverbot hat als Nebeneffekt wahrscheinlich zusätzlich zu diesem Entscheid beigetragen. Man muss also aufpassen, dass man nicht mit Gesetzen den Kleinbetrieben das Leben so schwer macht, dass sie aufgeben.
Es ist auch daran zu denken, wie viele Mitarbeiter in diesen Kleinbetrieben arbeiten, zum Teil mit geringen Qualifikationen, so dass sie keine anderen Stellen finden. Wenn das hohe Lied der Prävention gesungen wird, darf man auch nicht vergessen, dass diese Mitarbeiter eine Wahl haben zwischen verschiedene kleinen Betrieben, wo geraucht wird oder nicht. Der Markt, nicht die Gesetze haben den Votanten – er führt einen Gastronomiebetrieb – gezwungen, seine Raucherbar zu

schliessen; die Gäste haben reklamiert und wollten nicht mehr kommen. Man kann nicht mit Gesetzen die Welt verbessern und das Paradies schaffen. Der Markt regelt das von selbst. Der Votant wäre dumm, würde er ein Raucherlokal führen, das ihm die Gäste vertreibt. Dazu braucht er keine gesetzlichen Auflagen. Er ist intelligent genug, das Richtige zu tun.

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die Zuger Politik hervorragend gearbeitet hat: Die Konsumenten sind zufrieden, die Bevölkerung hat sich an das System gewöhnt, und man hört keine negativen Bemerkungen. Die bundesrechtlichen Vorgaben wurden mit einem guten Augenmass politisch umgesetzt. Auch hinsichtlich Umsatzeinbussen zeigen sich erfreuliche Bilder, beispielsweise wenn innovative Wirtinnen und Wirte Raucher-*Lounges* – sogar mit Gasbeheizung – anbieten. Da spielt der Markt, da wird gute Arbeit geleistet, und die Politik soll ihre Finger von diesem Bereich lassen.
Wenn gesagt wurde, Gesundheitsförderung und Prävention sei Privatsache, so versteht der Gesundheitsdirektor Privatsache in dem Sinne, dass jeder Mensch für seine Gesundheit in erster Linie selber verantwortlich ist. Es ist aber auch zu erwähnen, dass es im Kanton Zug diesbezüglich hervorragende *Non-Profit*-Organisationen gibt, sei es im Bereich Krebs, Alzheimer oder Diabetes. Hier wird freiwillig und ehrenamtlich Unglaubliches geleistet. Die Aufgabe des Staats ist es, diese Leute zu motivieren, Anreize zu schaffen, mitzuhelfen, dass die Bevölkerung informiert und beraten ist. Dann sind wir in diesem Bereich auf dem richtigen Weg, wobei insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen angesetzt werden muss. Dort hilft es noch etwas, und dort soll der Staat auch investieren. Beim 57-jährigen Gesundheitsdirektor, der genau um die Schädlichkeit des Rauchens weiss, bringt Prävention leider nicht mehr allzu viel.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

899 Traktandum 7.8: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Massnahmen gegen Missstände in der Rohstoffbranche**
Es liegen vor: Interpellation (2246.1 - 14321); Antwort des Regierungsrats (2246.2 - 14447).

Barbara Gysel spricht namens der Interpellanten. Menschenrechtsverletzungen, organisierte Kriminalität, Korruption, Umweltschädigung und Steuerumgehung: Der Bundesrat benutzt in seinem Grundlagenbericht vom März 2013 deutliche Worte. Umso erstaunlicher ist es, dass der Regierungsrat der Risikoeinschätzung zustimmt; nachzulesen auf Seite 1 der Antwort. Die Zustimmung zur Analyse der Ist-Situation ist ein erfreulicher Schritt. Doch jetzt?
Die SP-Fraktion vermisst die Massnahmen, die die Regierung ergreifen will, um gegen die Missstände vorzugehen. Wir können uns nicht hinter internationalen und nationalen Zuständigkeiten verstecken. Auch die Kantone stehen in der Pflicht, das Ihre zur Verbesserung beizutragen. Und die Kantone wurden im bundesrätlichen Bericht mehrfach genannt. Die SP-Fraktion begrüsst es daher, dass sich der Regierungsrat ebenfalls an den Bund gewandt hatte (siehe die Antwort auf Frage 10). Sie will aber nicht nur Schreiben. Sie will echte Massnahmen.
Man wird den Eindruck nicht los, dass sich zum Beispiel das «Forum Kirche und Wirtschaft» stärker um einen Dialog bemüht als die Regierung. Die Kirche hat ihre Einnahmen zu schätzungsweise 46 Prozent aus Unternehmenssteuern. Trotzdem

versucht sie, Transparenz zu schaffen. Sie sägt nicht am Ast, auf dem sie sitzt. Nein, sie versucht, aktiv voranzugehen. Doch der Rohstoff-Ast ist bereits faul; auch wenn man nicht dran sägt, wird er früher oder später fallen. Es wird rufschädigend sein, wenn wir nicht regulieren. Schliesslich birgt der Rohstoffhandel ein Reputationsrisiko. Und das sagt nicht die SP als linke Fraktion, das sagt der Bundesrat. Bisher setzte man auf Freiwilligkeit. Das reicht nicht. Bei der «Zug Commodity Association» ist der Gigant Glencore beispielsweise nicht vertreten. Freiwilligkeit bringt nichts, es braucht Verpflichtungen.
Ein wichtiges Element im internationalen Standortwettbewerb, wenn auch nicht das einzige, ist nebst der Höhe des anwendbaren Steuersatzes auch die Ausgestaltung der Steuerregimes (Bundesratsbericht Seite 3). Der Regierungsrat bemühte sich um Zahlen: er schätzt, dass wir im Kanton insgesamt rund 210 Millionen Franken Steuereinnahmen aus dieser Branche haben. Nun, man kann nun weiterrätseln, wie viel mehr es noch sein könnte. Dass Rohstofffirmen ein *Profit-Shifting,* also eine Verlagerung des Profits, betreiben und vielleicht sogar Profite verschwinden lassen, ist ein offenes Geheimnis. Insofern liesse sich vernünftig überlegen, wie viele Prozent der Steuereinnahmen der Kanton Zug der Bevölkerung in den Herkunftsländern der Rohstoffe zukommen lassen könnten. Das wäre eine der effektiven Massnahmen.
Auf Seite 5 ihrer Antwort schreibt die Regierung, dass es derzeit am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ) weder Nachdiplomstudien noch Nachdiplomkurse oder Fachkurse im Bereich Rohstoff gäbe. Und es wird vermutet, dass die Interpellantin mit der Weiterbildung einen Abendanlass im November letzten Jahres gemeint hätte. Auf der Website der Hochschule Luzern findet sich aktuell aber ein Angebot: ein Certificate of Advanced Studies (CAS) Commodity Professional. Als «Organizer» ist die Hochschule Luzern – Wirtschaft, Institut für Finanzdienstleistungen Zug, angegeben.
Zusammenfassend: Die Regierung hat der Analyse von Problemen im Wesentlichen zugestimmt. Jetzt sollte sich der Kanton Zug auch an Massnahmen zur Beendigung der Missstände beteiligen.

Pirmin Frei hält fest, dass der Rat heute einen weiteren Akt im epischen Kampf der linken Parteien – zur Abwechslung ist wieder einmal die SP an der Reihe – in ihrem Kampf gegen den Rohstoffhandel im Allgemeinen und der Firma Glencore im Besonderen erlebt. Er dankt namens der CVP-Fraktion der Regierung für die ausgewogene, sachliche und informative Interpellationsantwort. Sie ist kohärent mit früheren Beurteilungen des Rohstoffhandels aus Zuger Sicht. Eine Neubeurteilung des Rohstoffhandels aufgrund des Grundlagenberichts Rohstoffe drängt sich nicht auf, umso weniger, als dieser umfassende Bericht lediglich zwei Empfehlungen zuhanden der Kantone enthält – auch wenn die Kantone im Bericht mehrfach erwähnt werden.
Die CVP dankt der Regierung vor allem auch deshalb, weil nun erstmals – soweit dem Votanten bekannt – Zahlen zum Steuersubstrat aus der Rohstoffbranche vorliegen, wenngleich diese Zahlen weitgehend auf Schätzungen basieren. Rund 200 Millionen Franken Steuergelder fliessen Kanton und Gemeinde zu. Dazu gilt es Sorge zu tragen. Der hohe Frankenbetrag ist das eine; das andere sind die Hunderte von Arbeitsplätzen, die top öffentlichen Infrastrukturen, von denen alle Zugerinnen und Zuger profitieren, die Vergünstigungen, die insbesondere einkommensschwache Personen in Anspruch nehmen können, Institutionen und Vereine, die von grosszügigen Spenden aus der Rohstoffbranche profitieren. Es ist den linken Parteien unbenommen, das Thema weiterhin zu bewirtschaften. Bedenken sollten sie, dass ihr Wählersegment, genauer: das Wählersegement, das sie zu vertreten vorgeben,

wohl am meisten von einem Weggang dieser Branche betroffen wäre. Wer versucht, die Rohstoff-Branche wie jüngst mit Kuhmist aus dem Kanton zu treiben, spielt mit hohem Risiko. Selbstverständlich soll man stets kritisch sein, wenn man reich beschenkt wird. Das tut die Schweiz im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und im Rahmen der internationalen Organisationen, beispielsweise des Transparenzabkommens «Extractive Industries Transparency Initiative» (EITI), zu dem sich auch die zwei am meisten gescholtenen Zuger Firmen Glencore und Xstrata bekennen – was durchaus zu begrüssen ist.

Daniel Thomas Burch: Auch die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Antwort und unterstützt ihn in seiner Haltung. Die Regierung zeigt überzeugend auf, dass die im Kanton Zug ansässigen Firmen nach rechtstaatlichen Grundsätzen behandelt werden und keine Vorzugsbehandlung erhalten. Auch ist der Kanton Zug finanziell nicht von der Rohstoffbranche abhängig. Es gibt hier also kein sogenanntes Klumpenrisiko, und das ist gut so.
Es ist und kann nicht Aufgabe des Kantons Zug sein, die Tätigkeiten von Rohstoffkonzernen in fernen Ländern zu überprüfen und zu kommentieren. Leider befinden sich wichtige Rohstoffe in Ländern mit schwierigen rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen. Es ist bekannt, dass in diesen Ländern Defizite bezüglich Menschenrechten, Arbeitsbedingungen und Umweltschutz bestehen. Aber gerade auf die Rohstoffe aus diesen Ländern und Regionen sind wir angewiesen, und wir werden auch in zunehmendem Masse abhängiger. So lassen sich heute kein Handy, kein moderner Bildschirm und keine energieeffizienten Motoren und Generatoren ohne Metalle aus Seltenen Erden herstellen. Diese Rohstoffe kommen grösstenteils in China und in anderen Ländern mit grösstenteils totalitären Regierungen kommunistischer Prägung vor. Man muss sich allerdings fragen, ob die Situation in diesen Ländern besser wird, wenn die Rohstoffgewinnung nicht mehr durch Konzerne mit Sitzen in rechtstaatlichen und wirtschaftlich stabilen Ländern beeinflusst wird. Selbstverständlich ist auch die FDP dafür, dass die Menschenrechte befolgt und der Umwelt Sorge getragen wird. Dazu kann der Kanton Zug direkt jedoch wenig beitragen. Es steht dem Kanton aber auch nicht an, sich als Moralapostel aufzuspielen.
Einmal mehr versucht die Linke, mit dieser umfangreichen, dreiseitigen Interpellation, die eher als Medienmitteilung zu bezeichnen ist, gegen die Rohstoffbranche Stimmung zu machen. Man fragt sich auch, wie lange es wohl noch dauern wird, bis die Interpellanten begriffen haben, dass die Regierung auf Grund des gesetzlichen Amts- und Steuergeheimnisses keine Informationen über die Art und die Höhe von Steuerzahlungen einzelner Unternehmen oder Privatpersonen bekannt geben kann. Um am Votum von Zari Dzaferi anzuknüpfen: Offenbar hat die SP keine Juristen in ihrer Fraktion.

Thomas Wyss dankt der Regierung im Namen der SVP für die ausführliche, aber etwas blutleere Beantwortung der Interpellation. Die Zahlen bezüglich Steuereinnahmen zeigen, dass etwas Begeisterung durchaus angebracht ist; immerhin kommt man zusammengezählt auf 205 Millionen Franken Einnahmen pro Jahr, die aus dieser Branche kommen. Dieser Beitrag hilft, ganz viele Aufgaben zu lösen.
Zu den Ausführungen von Barbara Gysel: Die SP-Fraktion hatte Besuch von der «Zug Commodity Association», deren Vertreter verständlich erklärte, wie das alles funktioniert. Hört man Barbara Gysel zu, hat man den Eindruck, diese Erläuterungen seien ein Fall von «Gotthard»: auf der einen Seite rein, auf der anderen Seite raus. Das Wesen der Rohstoffbranche ist so, dass die internationalen Konzerne auf eine Art und Weise agieren können, die den betreffenden Ländern hilft. Die Er-

schliessung einer Mine kostet eine Milliarde Dollar und mehr, und da werden Arbeitsplätze für die Leute gerade in den betreffenden Ländern geschaffen. Es ist viel gescheiter, dass das Konzerne tun, die in der westlichen Welt verankert sind und sich an *Good Governance* halten müssen, als wenn das von anderen Firmen – Chinesen oder was auch immer – getan würde, die weniger strenge *Standards* haben. Der Votant appelliert in diesem Sinne an die SP, die Realitäten und nicht nur die Ideologie zu berücksichtigen.

Andreas Hürlimann spricht für die AGF. Der Bericht des Bundesrats hat es aufgezeigt: Im Rohstoffhandel herrschen gravierende Missstände. Konkret nennt der Bundesrat Menschenrechtsverletzungen, organisierte Kriminalität, Korruption, Umweltschädigung oder Steuerumgehung. Auf diese Tatsachen machen die Alternativen und Grünen seit Jahren aufmerksam. Was geht das Zug an? Es ist ignorant, wenn man sich damit zufrieden gibt, dass das *Steuerkässeli* bei uns klingelt.
Die Berichterstattung zu diesem Vorstoss war in den Medien recht interessant. Je nach Blickwinkel wurde sehr unterschiedlich berichtet. Von unkritischen «200 Millionen Steuern von Rohstoff-Firmen» bis eher hinterfragenden Titeln wie «Unternehmenssteuern: Kohle für Glencore, Pech für Zug» oder «Die Rohstoffbranche zahlt in Zug nur 36 Millionen Franken an Steuern» war alles dabei. Vor allem der Titel «Unternehmenssteuern: Kohle für Glencore, Pech für Zug» bringt es zusammenfassend recht gut auf den Punkt. Angesichts der massiven Umsätze und Gewinne, welche ab und zu kosmetisch durch Abschreiber korrigiert werden, zahlen die Firmen alleine sehr, sehr wenig Steuern: hier in Zug, aber eben auch – und das war schon länger bekannt – in den Abbauländern.
Was an den Ausführungen des Regierungsrats aber wirklich schockierend ist: Der Regierungsrat und auch der Bundesrat ist zwar ziemlich genau darüber informiert, wie viel Kies irgendwo in der Schweiz oder im Kanton Zug abgebaut wird, verlässliche und genaue Zahlen zum Rohstoffhandel aber fehlen. Es geht hier nicht darum, Zahlen zu einzelnen Unternehmen zu haben. Es sollte aber doch möglich sein, genauere Auskünfte darüber zu geben, wie viele Firmen in diesem Bereich tätig sind und welche Steuern sie effektiv gesamthaft bezahlen. Jedes Jahr veröffentlicht der Regierungsrat einen ausführlichen Bericht über den Abbau von Kies – zweifelsohne auch ein wichtiger Rohstoff –, wie viele Firmen aber im viel wichtigeren Rohstoffhandel mitmischen, kann oder will er nicht sagen. «Es ist aus Gründen der personellen Ressourcen nicht möglich, diese Frage zu beantworten», heisst es von Seiten der Zuger Regierung. Zumindest liegen nun zum ersten Mal einige zusätzliche Zahlen vor, welche von der Regierung selber stammen. Jede Massnahme welche zu verstärkter Transparenz beiträgt, ist daher sehr zu begrüssen.
Der bisher von der offiziellen Schweiz und von Zug gelebte geheime Grundsatz «Zu komplex, zu schmutzig, zu profitabel» muss heute und nicht erst übermorgen geändert werden. Die Themenfelder wurden im bundesrätlichen Bericht abgesteckt, international geraten die Zahlungsflüsse der Rohstoffbranche immer mehr in den Fokus. Die Schweiz muss aufpassen, dass sie nicht in ein ähnliches Fahrwasser kommt wie bei der Bankenpolitik, wo man nur noch reagiert und akzeptiert, statt vorausschauend plant und gestalterisch wirkt. Es geht hierbei nicht darum – wie in der Antwort zu Frage 13 stipuliert –, dass man internationalen Regulierungen vorgreift. Nein, es geht ganz einfach darum, nicht wieder als Nachzügler dazustehen und internationalem Druck ausgesetzt zu sein. So hat die US-amerikanische Börsenaufsicht bestimmt, dass Rohstoffhändler alle Transaktionen an Regierungen offenlegen sollen, nachdem ein Skandal ans Licht gekommen war, in dem Rohölkonzerne und die nigerianische Regierung verwickelt waren. Das im Rohstoffhandel wichtige Kanada ist nachgezogen, ebenso die EU. Die Schweiz aber wartet einmal mehr ab.

Auch der Kanton Zug kann und soll sich aktiv in die Gestaltung der zukünftigen Rahmenordnung einbringen.
Zudem: Auch etwas höhere Steuersätze oder Regulierungen im Bereich der Transparenz würden wohl eher das künftige Wachstum der Branche hier bei uns treffen, als einen Exodus aus der Schweiz provozieren. Denn wer einzig und alleine auf die Steuern schaut, der hat heute – global gesehen – schon längst andere Standorte gewählt.
Abschliessend nochmals zum in Zug auch dank den Rohstofffirmen klingenden *Steuerkässeli:* Die AGF und viele Zugerinnen und Zuger interessiert es, wie in unserem Kanton ansässige Firmen ihre Profite machen, woher unsere Steuereinnahmen kommen. Faire und sichere Arbeitsbedingungen, das Respektieren der Menschenrechte und ein Ende der Umweltzerstörung in den Rohstoffabbauländern – dafür lohnt es sich zu engagieren. Die AGF wird dies auch in den kommenden Jahren tun.

Eusebius Spescha: Es stimmt, dass die Linke den Rohstoffhandel seit einigen Jahren oder gar Jahrzehnten immer wieder zu einem politischen Thema macht. Es stimmt aber nicht, dass die Linke grundsätzlich etwas gegen Rohstoffhandel hat. Sie hat nur etwas gegen unsauberen Rohstoffhandel. Das Anliegen, sich sachlich zu informieren, hat – wie von Thomas Wyss erwähnt – dazu geführt, dass die SP kürzlich einen Vertreter der «Zug Commodity Association» einlud, der sehr interessante Auskünfte über den Rohstoffhandel gab. Die SP nahm dabei auch erfreut zur Kenntnis, dass es im Rohstoffhandel auch viele Firmen gibt, die dieses Geschäft seriös und korrekt betreiben. Es gibt aber auch einen anderen Teil, und dieser bereitet der SP Sorge. Und wenn man den bundesrätlichen Bericht liest, stellt man fest, dass sich auch der Bundesrat allmählich Sorgen um das Reputationsrisiko. Nicht der Rohstoffhandel an sich, sondern die schwarzen Schafe in dieser Branche bringen ein Risiko mit sich. Und diese schwarzen Schafe sind – wie es ausschaut – relativ grosse schwarze Schafe.
Natürlich weiss die SP auch ohne Juristen, dass es ein Steuergeheimnis und Grenzen der Auskunftsmöglichkeiten gibt. Der Votant hätte sich an der Stelle der Regierung aber bei der Firma Glencore erkundigt, ob die Angaben, die der Sprecher der Glencore öffentlich machte, nicht auch durch die Regierung öffentlich bestätigt oder dementiert werden können. Es interessiert nämlich neben der SP auch viele weitere Leute, ob die Aussage des Glencore-Sprechers zutreffend sei oder nicht. Man kann sich durchaus vorstellen, dass Glencore zugestimmt hätte. Die SP wollte also die Regierung nicht zu einer Auskunft, die sie nicht geben darf anstiften. Es wäre aber durchaus möglich gewesen, auf einfachem Weg Transparenz zu schaffen.
Alt Nationalrat Helmut Hubacher hat kürzlich in einer Ansprache festgehalten, es sei interessant, als älterer Politiker zuzusehen, wie die Bürgerlichen jetzt die SP-Bankeninitiative der 1980er Jahre umzusetzen versuchten. Es würde den Votanten deshalb freuen, wenn die Bedenken, welche die SP hinsichtlich des Rohstoffhandels immer wieder formuliert hat, frühzeitig zu Korrekturen führen würden – damit nicht später Radikalkuren wie bei den Banken durchgeführt werden müssen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält einleitend fest, dass der *Youngster* Andreas Lustenberger ihn nicht missverstanden hat. Der Volkswirtschaftsdirektor hat dessen Votum zwar inhaltlich kritisch beleuchtet, hat es aber ernst gemeint mit dem Kompliment an Andreas Lustenberger, dass dieser sich an seinem ersten Tag im Kantonsrat schon an das Rednerpult wagte.

Es ist richtig, dass das IFZ ein CAS in *Commodity Professional* anbietet. Der Regierungsrat hat in der Antwort ausgeführt, dass das möglich *ist* und er hier nicht eingreift. Es entspricht den Möglichkeiten und der Strategie der Hochschule, nachfrageorientiert Weiterbildungsangebote, die kostendeckend sein müssen, anzubieten. Das Thema wird nicht zum Schwerpunkt des IFZ, ist aber eines unter mehreren Angeboten.
Der Regierungsrat dankt für die Unterstützung von bürgerlicher Seite, äussert sich naturgemäss aber eher zu den kritischen Voten. Es wurde dem Regierungsrat vorgeworfen, er sei zu passiv. Es wurde positiv vermerkt, dass der Regierungsrat den Bericht des Bundesrats bezüglich der Analyse gut finde. Der Regierungsrat begrüsst auch die Massnahmen. Das heisst aber auch, dass die Handlungsebene national und international ist. Wenn man den Bericht genau liest, sind die Kantone an einem ganz kleinen Ort zur Mitwirkung aufgerufen, nämlich bei einer einzigen Empfehlung unter 11. Bei 16 steht zwar etwas von den Kantonen, Adressat ist aber die Bundesverwaltung, welche mit dem Branchenorganisation und den Kantonen in Kontakt bleiben soll. Die Kantone haben aber nicht einfach gewartet, sondern sind aktiv auf den Bundesrat zugegangen und haben sich nach ihrer Rolle erkundigt. Das wurde gut entgegengenommen.
Es auch immer wieder daran zu erinnern, dass primär die Unternehmen in der Pflicht stehen. Es ist wichtig, das richtige Mass und die richtige Balance zwischen Selbstorganisation und Selbstverpflichtung einerseits und international verbindlichen *Standards* andererseits zu finden. Hier findet sich der Volkswirtschaftsdirektor wieder in einer der grössten Kritikerin des Rohstoffhandels, der «Erklärung von Bern». Gemäss Zitat kürzlich in den Medien hat Oliver Classen nämlich gesagt, es brauche «eine wirksame Kombination aus Freiwilligkeit und Verbindlichkeit». Auch Kritiker gehen also davon aus, dass die Staatengemeinschaft nicht alles bis zum Letzten regeln könne und solle; es braucht auch ein freiwilliges Mittun.
Der Regierungsrat bringt dieses Thema auch bei Treffen mit Branchenvertretern auf den Tisch, so kürzlich bei der Glencore. Man hat gespürt, dass Glencore es grundsätzlich begrüsst, dass der Bundesrat einen Bericht verfasst hat. Und wenn gesagt wird, die Kirche sei hier aktiver und öffentlicher: Es ist nicht Aufgabe der Regierung, sektorielle Anlässe für gewisse Branchen zu organisieren. Das ist Aufgabe der Parteien, der Kirchen, der gesellschaftlichen Organisationen – und das ist gut so. Im Übrigen hängt der Regierungsrat seine Kontakte mit Unternehmen nicht an die grosse Glocke und schreibt auch keine Berichte in die Zeitung, mit wem er über was gesprochen hat. Das ist eine bewährte Tradition. Der Regierungsrat hat Glencore ermuntert, der «Zug Commodity Association» beizutreten. Der Volkswirtschaftsdirektor hat ein Interesse daran, dass diese Branche organisiert und fassbar ist. Zu einem Beitritt kann der Staat aber niemanden verpflichten.
Was nicht erfragt worden ist, aber auch mit dem Wirtschaftsplatz Schweiz zu tun hat: Im Bericht des Bundesrats sind auch die Sanktionen gegenüber Staaten oder privaten Personen erwähnt, welche sich den Embargos der Staatengemeinschaft widersetzen. Der Bundesrat kann – gestützt auf das Embargogesetz – durch eine Verfügung wirtschaftliche Tätigkeiten mit bestimmten Staaten oder Personen verbieten; Libyen war so ein Beispiel. Vor etwa einem Jahr ging in den Medien das Gerücht um, der weissrussische Diktator würde in der Schweiz – möglicherweise in Zug – eine Firma gründen. Das war für den Volkswirtschaftsdirektor der Anlass, erstens zu prüfen, ob Zug das Instrumentarium habe, das zu verhindern. Das gesetzliche Instrumentarium existiert; es sind das Embargogesetz und Verordnungen, für deren Vollzug der Bund sorgt. Zweitens hat der Volkswirtschaftsdirektor dem Bund eine Reihe von Fragen gestellt, wie die Kantone sich verhalten sollen und können, wenn solche Anmeldungen beispielsweise an das Handelsregisteramt

kommen. Als erste Reaktion erhielten die Handelsregisterämter zwei Wochen später ein neues elektronisches *Tool,* mit dem sie durch Eingabe des entsprechenden Namens innert Sekunden feststellen können, ob es sich um eine *Persona non grata* handelt. Das war eine erste Reaktion auf die Intervention aus Zug. Das SECO, das zuständig ist für die Durchsetzung von Sanktionen, wurde durch die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz gebeten, die gestellten Fragen zu beantworten, und der Bund hat nun versprochen, zuhanden der Kantone eine Wegleitung zum Vollzug der Sanktionsmassnahmen vorzulegen: Auch hier: Der Regierungsrat tut etwas, er geht aber nicht jedes Mal an die Öffentlichkeit, wenn er etwas tut.
Noch einige kleinere Punkte zu einzelnen Voten:
• Dass der Regierungsrat für die einen zu wenig Begeisterung für die Rohstoffbranche zeigt und für die anderen diese zu wenig rügt, zeigt wohl, dass Emotionslosigkeit und Sachlichkeit nicht der schlechteste Weg ist in einem Bereich, der sonst schon sehr emotional ist.
• Bezüglich der Steuern, welche die Firmen der Rohstoffbranche bezahlen: Der Regierungsrat hat aufzuzeigen versucht, dass der Vollzug richtig ist. Der Volkswirtschaftsdirektor hat das entsprechende Votum eher politisch verstanden, was aber eine Sache der Steuergesetzgebung wäre.
• Dass der Kanton nicht immer Nachzügler sein soll: Der Volkswirtschaftsdirektor hat aufgezeigt, dass der Regierungsrat erstens aktiv auf den Bundesrat zugegangen ist, zweitens vor zwei Jahren die Entstehung der Branchenvereinigung aktiv angestossen hat und drittens beim Sanktionsregime zum Embargogesetz aktiv geworden ist. Und nicht zuletzt ist Zug der erste Kanton, der das Steuersubstrat einer Branche schätzungsweise öffentlich bekanntgibt. Zugegeben: Natürlich hätte man gerne mehr Angaben, auch zum Grosshandel. Die Betriebszählung ist aber eine Statistik des Bundes. Und Hand aufs Herz: Auch mehr Genauigkeit würde die politische Debatte nicht verändern.
• Zu Eusebius Spescha: Der Regierungsrat hat geschrieben, dass er die Zahl von 2 Milliarden, die der Glencore-Chef genannt hat, nicht anzweifelt und sie so stehen lässt. Er hat nicht nachgefragt, ob sie richtig sei oder nicht.
Es wird immer wieder gefordert, auch der Staat solle von einzelnen Branchen oder generell von der Wirtschaft ethisches oder moralisches Verhalten verlangen. Vor gut einem Jahr hat der Regierungsrat bei der Beantwortung einer anderen Interpellation klipp und klar gesagt, was er erwartet. Er erwartet von den Unternehmen die Einhaltung der internationalen *Standards*, der Menschenrechte und Umweltnormen; er erwartet einen anständigen Dialog mit der Bevölkerung vor Ort und bei Konflikten eine gewaltfreie Konfliktlösung. Das sind klare Erwartungen. Erwartet man darüber hinaus die Einhaltung ethischer Normen, die über die Gesetzgebung, über die Menschenrechte, über international verankerte Standards hinausgehen, kommt man in einen Bereich, welcher die staatlichen Normen übersteigt. Da muss die Gesellschaft den Finger darauflegen, weshalb es richtig ist, dass kritische Organisationen wie die «Erklärung von Bern» oder das Fastenopfer diese Themen aufnehmen und dabei auch Massstäbe anlegen, welche die staatlichen und internationalen rechtlich verbindlichen Massstäbe übersteigen. Wollte aber der Staat ethische Regeln fixieren, die zudem je nach Ort, Geschichte oder Mentalität einzeln zu definieren wären, dann gäbe es keinen Raum mehr für gesellschaftlich individuelle Ethik. Das aber würde zum totalitären Staat führen, den alle hier ablehnen.
Der Volkswirtschaftsdirektor dankt abschliessend für die fair geführte Debatte und für die Kenntnisnahme.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

900 Traktandum 7.9: **Interpellation von Eusebius Spescha betreffend Mindestlöhne als Teil einer Strategie zur Armutsbekämpfung**
Es liegen vor: Interpellation (2252.1 - 14345); Antwort des Regierungsrats (2252.2 - 14452).

Interpellant **Eusebius Spescha** dankt der Regierung für die ausführliche und differenzierte Antwort. Er anerkennt ausdrücklich, dass es angesichts der wenig hervorragenden Datenlage anspruchsvoll war, diese Informationen zusammenzustellen, und bittet den Volkswirtschaftsdirektor, diese Anerkennung auch an die Verwaltung weiterzuleiten.
Es geht um ein gewichtiges Problem. Es gibt im Kanon Zug Menschen, die voll erwerbstätig sind und trotzdem nicht genug verdienen, d. h. sie leben unter dem Existenzminimum und müssen teilweise vom Staat unterstützt werden. Das kann es nicht sein. Und es geht nicht um Einzelfälle, sondern – wenn man die verfügbaren Zahlen hochrechnet – um vermutlich weit über 7000 Menschen im Kanton Zug.
Wir leben in einer Gesellschaft, in der erwartet wird, dass die Menschen arbeiten, weil Arbeit zu Einkommen führt und damit die Grundlage für die Existenz bildet. Und da gibt es Menschen, welche häufig sehr streng arbeiten, beispielsweise bei Reinigungsarbeiten, im Verkauf, in der Landwirtschaft usw., und trotzdem nicht genug Geld erhalten. Dies ist extrem störend.
Mindestlöhne sind ein Ansatz, dieses Problem zu lösen. Die Regierung listet verschiedene Gründe auf, wieso Mindestlöhne kein guter Ansatz sind. Diese überzeugen möglicherweise viele, den Votanten jedoch überzeugen sie nicht. Trotzdem könnte er mit dieser Ablehnung leben, wenn die Regierung sagen würde, welche Lösungsansätze *sie* denn sieht. So lange sie dies nicht tut, bleibt der Votant bei der Forderung nach Mindestlöhnen und bedauert es, dass die Regierung nichts tun will, um den Betroffenen zu einem fairen Einkommen zu verhelfen.
Einmal mehr wird beschwörend festgehalten, der Staat soll doch bitte nicht regulierend eingreifen. Dabei lebt die Wirtschaft in unserem liberalen Staat davon, dass der Staat Regeln festlegt und auch garantiert. Ohne regulatorische Leitplanken hätten wir das absolute Chaos. So haben es die Gründerväter des Staates Schweiz gesehen. Selbstverständlich muss immer wieder neu diskutiert und ausgehandelt werden, welche Regeln der Staat festlegen soll. Dies ist ein Teil des politischen Verhandlungsprozesses. Die Geschichte zeigt uns, dass der Staat immer dort einschreiten musste, wo die Selbstregulation nicht funktionierte. Eine der ersten Gesetzgebungen des Staates Schweiz betraf das Arbeitsrecht. Weil die Wirtschaft die Gesundheit der Arbeitenden ruinierte, die Kinder viel zu früh in den Arbeitsprozess eingegliedert wurden usw., musste der Staat regulierend eingreifen. Auch bei der Personenfreizügigkeit zeigt es sich, dass diese für die Arbeitnehmenden nur aufgeht, wenn der Staat mit flankierenden Massnahmen – sprich Regulation – negative Auswüchse verhindert. Dabei spielen in den Gesamtarbeitsverträgen festgelegte Mindestlöhne in verschiedenen Branchen eine relevante Rolle, wie auch die Regierung schreibt. Es wäre deshalb nur konsequent, in jenen Branchen, welche keine Gesamtarbeitsverträge kennen und häufig gleichzeitig zu tiefe Löhne haben, den Arbeitnehmenden mit einem Mindestlohn zu einem vernünftigen Einkommen zu verhelfen.
Und nochmals: Wenn der Regierungsrat Mindestlöhne keine gute Lösung findet, soll er doch bitte bessere Vorschläge machen. Das Anliegen des Votanten ist es, dass es für die Betroffenen gute Lösungen gibt. Wenn es auf anderem Wege als mit Mindestlöhnen geht, macht der Votant gerne mit.

Thomas Lötscher dankt Eusebius Spescha heute bereits zum zweiten Mal, diesmal für die interessante Interpellation. Im Gegensatz zum vorherigen Traktandum, wo das Instrument der Interpellation als ausufernde Medienmitteilung missbraucht wurde, um ein schon x-mal behandeltes Thema medial zu bewirtschaften, hat Eusebius Spescha in kurzer Form die wichtigen Fragen gestellt. Auch die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass idealerweise eine Vollzeitstelle reichen sollte, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Alle wissen aber, dass es *Working Poor* gibt, kaum jemand aber wusste bisher, welches Ausmass dieses Problem hat. Dank der Interpellation weiss man jetzt Genaueres: 2011 hatten im Kanton Zug 153 Sozialhilfebezüger eine Vollzeitstelle. Das sind 2,2 Promille aller im Kanton Zug wohnhaften Erwerbstätigen. Wenn die schweizerischen Verhältnisse auch auf den Kanton Zug zutreffen, haben davon zwei Drittel keinen Lehrabschluss.
Die FDP-Fraktion zieht aus diesen Fakten folgende Schlüsse:
• Das hohe Bildungsniveau muss unbedingt gehalten werden. Ein Lehrabschluss ist absolut wichtig, bedingt aber auch die Eigenverantwortung der Jugendlichen.
• Auch wenn dies für die Einzelschicksale kein Trost ist, ist die Anzahl Betroffener sehr tief. Diese können und sollen durch die Sozialhilfe aufgefangen werden.
• Angesichts der genannten Grössenordnung wäre es unverhältnismässig, in dieser Sache Regelungen zu erlassen, schon gar nicht als einzelner kleiner Kanton. Weitere negative Nebenwirkungen von Mindestlöhnen sollen hier nicht erörtert werden.

Philip C. Brunner dankt der Regierung für die ausführlich und sorgfältig abgehandelten Antworten. Die Absicht der SP, gesetzlich einen Mindestlohn festzulegen, ist zweifellos gutmenschlich gemeint. Eine entsprechende Initiative des Gewerkschaftsbunds könnte auf nationaler Ebene im nächsten Mai zur Abstimmung kommen. Sie verlangt, dass 22 Franken pro Stunde als Mindestlohn festgelegt werden. Das sei eine soziale Notwendigkeit, sagt der Präsident der SP, um mehreren hunderttausend Lohnempfängern in der Schweiz zu einem ausreichenden Einkommen zu verhelfen. Gesetzliche Mindestlöhne sind im Ausland weit verbreitet, so in 20 der 28 EU-Länder. Mit 22 Franken pro Stunde oder 4000 Franken im Monat würde die Schweiz aber deutlich über den Ansätzen der anderen Staaten liegen. In Frankreich, das bereits 1950 einen Mindestlohn einführte, wurde der Brutto-Mindestlohn auf umgerechnet 11.60 Franken festgelegt In den USA sind es umgerechnet 6.50 Franken, in Grossbritannien für Erwachsenen 9.30 Franken, und in Deutschland will die SPD als zukünftiger Koalitionspartner auf 10.50 Franken gehen. Alle sind also weit von den Ansätzen entfernt, welche die Gewerkschaften in der Schweiz durchsetzen wollen. Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern wäre die Schweizer Untergrenze anderthalb bis drei Mal höher. Das sind kaufkraftbereinigt mindestens 40 bis 100 Prozent. Dass eine starke Erhöhung des Minimums über kurz oder lang zu Entlassungen führt, zeigen Beispiele aus Mindestlohnländern, etwa aus Frankreich. Falls das Gesetz eine Lohnuntergrenze vorschreibt, sind nicht nur bestehende Jobs bedroht, auch die Schaffung neuer Arbeitsplätzen wird be- oder gar verhindert. Manager, die keine hohen Mindestlöhne bezahlen wollen, bauen Stellen ab und stellen keine neuen Mitarbeiter mehr ein. Erfahrungen aus dem Ausland zeigen denn auch, dass Länder mit einem gesetzlichen Mindestlohne eine höhere Jugendarbeitslosigkeit haben als die Schweiz. So ist zum Beispiel der gesetzliche Mindestlohn in Frankreich sicher mitverantwortlich für die dort grassierende hohe Jugendarbeitslosigkeit.
Die Frage, ob Mindestlöhne das taugliche Mittel sind, um Benachteiligten, die beispielsweise über keinen Lehrabschluss verfügen, zu helfen, wurde von Ökonomen wiederholt untersucht. Dabei zeigte sich in der Regel, dass Vorschriften über Minimalsaläre oft den genau gegenteiligen Effekt haben, nämlich dass schlechter

Qualifizierte riskieren, den Job zu verlieren. In diesem Sinn sind höhere Mindestlöhne gute Nachrichten für Studenten, die sich den Traum vom *Smartphone* erfüllen wollen. Nachteilig wirken sie sich für die weniger gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen aus, die sogar Familien ernähren müssen und dann eben entlassen werden. Die Chancen von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen, einen Job zu finden, sinken mit gesetzlichen Mindestlöhnen. Ein Mindestlohn erhöht zudem den Anreiz, in die Schattenwirtschaft abzuwandern. Sie würde für Deutschland um mindestens 1 bis 2 Milliarden […], wie kürzlich ein Wirtschaftsprofessor der Nachrichtenagentur Reuters sagte; bei einem Mindestlohn von 10 Euro, also rund 12 Franken, wie ihn die deutschen Linksparteien fordern, wären es sogar 3 bis 4 Milliarden. Weitere unerwünschte Nebeneffekte von Mindestlöhnen zeigte eine Untersuchung im Jahr 2005: Wenn die gesetzlich erzwungenen Saläre ansteigen, steigen in der Regel die Preise, weil die Preise in den Restaurants entsprechend nach oben angepasst werden müssen; diese gilt besonders im *Fastfood*-Segment.
Fazit: Im Gesetz einen Mindestlohn vorzuschreiben, wie die SP das will, ist Gift für Beschäftigung und Verteilungspolitik. Mehr noch: Auch der Steuerzahler wird zur Kasse gebeten. Um sicherstellen zu können, dass der Mindestlohn eingehalten wird, sind Kontrollen nötig. So gesehen, hätte der Mindestlohn immerhin einen – zynisch zusammengefasst – positiven Effekt im Sinne der SP. Man vernichtet Jobs in der Privatwirtschaft, schafft aber neue Stellen beim Staat.

Martin Stuber muss ausnahmsweise Philip C. Brunner widersprechen. Wenn das Schweizer Volk die Mindestlohn-Initiative annimmt, geht das nicht auf Kosten der Steuerzahler. Im Gegenteil: Das Steuersubstrat wird grösser, die Steuereinnahmen steigen, und die Ausgaben für Sozialhilfe werden sinken.
Es ist ein Skandal, wenn in einem reichen Land wie der Schweiz fast 1 Prozent der erwerbstätigen Zuger Bevölkerung voll arbeitet und trotzdem auf Sozialhilfe angewiesen ist. Zu bemerken ist auch, dass es die Regierung bei der «1:12-Initiative» ablehnt, etwas gegen Lohnexzesse nach oben zu unternehmen, und bei den Mindestlöhnen lehnt sie es ab, etwas gegen den Skandal der *Working Poor* zu unternehmen.
Zum Schweizer Erfolgsmodell, das in beiden Zusammenhängen erwähnt wird: Es sind nicht die Löhne eines Daniel Vasella oder eines Brady Dougan, welche für das Schweizer Erfolgsmodell verantwortlich sind. Verantwortlich dafür ist vielmehr der grosse Mittelbau an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die anständig verdienen auch dank der Tatsache, dass die Hälfte aller Arbeitsplätze einem allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag untersteht. Die Arbeitskraft und hohe Produktivität dieser Masse ist verantwortlich für das Erfolgsmodell Schweiz. Dazu gilt es Sorge zu tragen.

Volkswirtschaftsdirektor **Mathias Michel** dankt für die positiven Rückmeldungen. Der Regierungsrat hat auch hier gezeigt, dass er alle verfügbaren Zahlen vorzulegen versucht. Er geht sogar noch weiter und will im Rahmen eines Sozialberichts weitere Zahlen erheben.
Die Diskussion über staatlich verordnete Mindestlöhne betrifft nicht ein kantonales, sondern im Rahmen der erwähnten Initiative ein Bundesthema. Wenn der Regierungsrat sich dazu kritisch zeigt, dann entspricht das auch der bundesrätlichen Haltung – was nicht immer falsch ist.
Was ist die Alternative? Der Regierungsrat hat in einem kurzen Abschnitt auf Seite 2 die Kaskade aufgezeigt: Arbeitsmarkt, Sozialpartnerschaft, stattliche Eingriffe bei Missbräuchen, etwa mittels Normalarbeitsverträgen. Hier sind die Voraussetzungen klar: Erst wenn in einer Branche missbräuchlich und wiederholt Löhne gegenüber den üblichen oder den GAV-Löhnen unterschritten werden, kann der Staat mit

Normalarbeitsverträgen einschreiten. Diese Voraussetzungen sieht der Regierungsrat im Moment im Kanton Zug aber nicht gegeben. Die Kaskade setzt sich fort mit staatlichen Unterstützungen – Subventionen, einkommensabhängige Gebühren etc. –, und zum Schluss kommt die Sozialhilfe. Auch diese gehört für Einzelfälle dazu.
Es ist auch daran zu erinnern, dass unlängst der Regierungsrat im Kantonsrat darum kämpfte, sich nach den SKOS-Richtlinien richten zu können. Bei uns sind diese unter Druck, in anderen Kantonen sind es auch die kantonalen Ergänzungsleistungen, die über AHV/IV hinaus bezahlt werden. In der Ostschweiz etwa begrenzen Kantone als Sparmassnahmen diese kantonalen Leistungen. So weit ist der Kanton Zug nicht. Es ist toll, wenn er sein Niveau an Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe, Subventionen und günstigen Angeboten – etwa in den Musikschulen – halten kann. Das ist die Zielrichtung des Regierungsrats, und insofern müssen keine neuen Alternativen erfunden werden, dies immer unter dem Vorbehalt besserer Erkenntnisse beispielsweise aus einem Sozialbericht.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Traktandum 7.12: **Interpellation von Andreas Hausheer, Manuel Brandenberg und Daniel Thomas Burch betreffend möglicher Auswirkungen einer Annahme der Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» auf den Kanton Zug und die Gemeinden im Kanton Zug**

Das Traktandum wurde vorgezogen (siehe Ziff. 894).

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

901 Nächste Sitzung

Donnerstag, 28. November 2013 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

61. Sitzung: Donnerstag, 28. November 2013 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.25 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 31. Oktober 2013
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2014–2022

4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (L 3 Weiler; V 3 Kantonsstrassen)

5. Wahl eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Kantonsgerichts
6. Budget 2014 und Finanzplan 2014–2017
7. Interpellation von Gabriela Ingold und Barbara Strub betreffend Umfahrung Unterägeri bzw. Bauvorgaben im Kanton Zug
8. Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz)
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Anzahl Kantonsratsmandate für die einzelnen Gemeinden (Wahlen 2014)
10. Motion von Thomas Lötscher, Philippe Camenisch, Daniel Abt und Daniel Thomas Burch betreffend Noven im Verwaltungsgerichtsbeschwerdeverfahren
11. Motion von Thomas Rickenbacher betreffend Standesinitiative zur Änderung des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (GSchG)
12. Postulat von Daniel Stadlin betreffend Unterweisung von lebensrettenden Sofortmassnahmen an den öffentlichen Schulen
13. Postulat von André Wicki und Manuel Brandenberg betreffend Erhöhung der Polizeipräsenz in bestimmten Quartieren der Stadt Zug
14. Postulat der CVP-Fraktion betreffend Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch
    Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz und Stefan Gisler betreffend Fremdsprachenunterricht an den obligatorischen Schulen

Geschäfte, die am 7. November 2013 nicht behandelt werden konnten:

15. Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitik kein «Wachstum mit Grenzen»
16. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Vollzug der «Lex Koller» im Kanton Zug
17. Interpellation von Beni Riedi betreffend Benutzung der neuen Medien durch die Insassen der Strafanstalt Bostadel

18. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Familienpolitik muss Wahlfreiheit zur Lebensform ermöglichen
19. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Unterstützungsgelder aus Lotterie- und Sport-Toto-Fonds
20. Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend geplante Einführung elektronischer Fussfesseln im Kanton Zug
21. Interpellation von Philip C. Brunner betreffend Streichung der Verlängerung der General-Guisan-Strasse im kantonalen Richtplan

902 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Stefan Gisler, Zug; Barbara Strub, Oberägeri; Gloria Isler und Oliver Wandfluh, beide Baar.

903 Mitteilung

Per 1. Januar 2014 tritt Pascale Schriber-Iten ihre Funktion als Stellvertretende Standesweibelin an. Sie löst Andreas Bühlmann ab, der wegen guter Auftragslage in seiner Maler-Unternehmung von seinem Teilzeitpensum bei der Staatskanzlei demissioniert hat.

TRAKTANDUM 1

904 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** macht beliebt, Traktandum 14 auf die Sitzung vom 12. Dezember 2013 zu verschieben, weil Kantonsrat Stefan Gisler heute aus beruflichen Gründen im Ausland ist und dadurch als Vertreter der Postulierenden nicht persönlich das Wort ergreifen kann. Nach dem Austritt von Anna Lustenberger-Seitz aus dem Rat könnte so keine Vertretung der Postulierenden ein Votum abgeben.
Ferner möchte der Vorsitzende zu Beginn der Nachmittagssitzung nach den Überweisungen der Vorstösse (Traktandum 3) das Traktandum 10 behandeln, damit der Verwaltungsgerichtspräsident einen fixen Termin für seinen Einsatz im Rat hat.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Traktandenliste mit den vom Vorsitzenden beantragten Änderungen.

TRAKTANDUM 2

905 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 31. Oktober 2013

➔ Die Protokolle der Sitzung vom 31. Oktober 2013 werden ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 4
Kommissionsbestellungen:

906 Traktandum 4.1: **Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2014–2022**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2310.1/.2 - 14481/82).

➔ Überweisung an die Kommission für Tiefbauten.

907 Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (L 3 Weiler; V 3 Kantonsstrassen)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2313.1/.2 - 14495/96).

➔ Überweisung an die Raumplanungskommission.

TRAKTANDUM 5
908 **Wahl eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Kantonsgerichts**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Obergerichts (2286.1 - 14425), der engeren Justizprüfungskommission (2286.2 - 14471) und der Staatswirtschaftskommission (2286.3 - 14472).

Der **Vorsitzende** begrüsst die Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz. Er hält fest, dass gemäss § 41 Bst. l Ziff. 5 der Kantonsverfassung und § 16 Abs. 1 Bst. b des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) der Kantonsrat ausserordentliche Ersatzmitglieder für die Dauer der Verhinderung wählt, wenn ein voll- oder teilamtlicher Richter infolge Krankheit oder aus anderen Gründen voraussichtlich für mehrere Monate an der Ausübung des Amts verhindert sein wird. Gemäss § 16 Abs. 2 GOG sind Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber in diesen Fällen als Ersatzmitglieder wählbar. Der **Antrag** des Obergerichts lautet:
1. Es sei Laurent Krähenbühl für die Zeit ab 1. November 2013 bis 31. Oktober 2014 als ausserordentliches Ersatzmitglied des Kantonsgerichts des Kantons Zug zu wählen, und er sei für seine Tätigkeit in die 25. Gehaltsklasse, Stufe 10, einzustufen.
2. Der Budgetkredit für das Jahr 2013 sowie der noch nicht genehmigte Budgetkredit für das Jahr 2014 (Konto 6101.3000.41) seien entsprechend zu erhöhen.
Die Justizprüfungskommission beantragt, Laurent Krähenbühl als ausserordentliches Ersatzmitglied des Kantonsgerichts für die Zeit ab 1. November 2013 bis 31. Oktober 2014 zu wählen. Die Staatswirtschaftskommission stellt inhaltlich den gleichen Antrag wie die Justizprüfungskommission. Da der Kantonsrat erst heute Beschluss fasst, soll die Wahl – so der **Antrag** der Staatswirtschaftskommission – aber auf den 1. Dezember 2013 erfolgen und die Amtsdauer am 30. November 2014 enden. Das Obergericht und die Justizprüfungskommission schliessen sich dieser Anpassung der Amtsdauer an.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine anderen Personen zur Wahl vorgeschlagen werden. Gemäss § 67 der Geschäftsordnung erfolgen die dem Kantonsrat zustehenden Wahlen schriftlich und geheim. *(Die Stimmenzähler teilen die Wahlzettel aus.)*
Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich hier um eine echte Wahl und nicht nur um eine Bestätigungswahl oder um die Genehmigung einer bereits erfolgten Wahl handelt. Die Ratsmitglieder müssen somit auf dem Wahlzettel einen Namen aufführen oder leer lassen. Wahlzettel mit «Ja» oder «Nein» sind – anders als bei Bestätigungswahlen – ungültig. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Nach der Auszählung durch die Stimmenzählenden gibt der **Vorsitzende** das Wahlergebnis bekannt:

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
72	72	9	2	61	31

Stimmen hat erhalten:	Anzahl Stimmen
Laurent Krähenbühl	61

➔ Der Rat wählt Laurent Krähenbühl für die Dauer vom 1. Dezember 2013 bis 30. November 2014 zum ausserordentlichen Ersatzmitglied des Kantonsgerichts und stuft ihn für seine Tätigkeit in die 25. Gehaltsklasse, Stufe 10, ein.

Der **Vorsitzende** gratuliert Laurent Krähenbühl zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg bei der Ausübung der Tätigkeit im Richterkollegium. Gemäss § 65 Abs. 2 GOG erfolgt die Vereidigung vor dem Präsidium seines Gerichts.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss Antrag Nr. 2 des Obergerichts der Budgetkredit für das Jahr 2013 sowie der noch nicht genehmigte Budgetkredit für das Jahr 2014 entsprechend zu erhöhen seien.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Obergerichts.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen.

TRAKTANDUM 6

909 Budget 2014 und Finanzplan 2014–2017

Es liegen vor: Gedrucktes Budget; Bericht und Antrag der Erweiterten Staatswirtschaftskommission (2309.1 - 14480).

Der **Vorsitzende** weist einleitend auf die Systematik der Vorlage hin:
• Auf Seite 5 im Budgetbuch finden sich die sechs Anträge des Regierungsrats.
• Angaben zum Budget 2014 sind im Budgetbuch immer in der blauen Spalte aufgeführt.
Er macht folgende Hinweise zum Vorgehen:
• In der Eintretensdebatte können Argumente zum Geschäft an sich vorgebracht werden. Es kann sowohl zum Budget als auch zum Finanzplan gesprochen werden.
• In der Detailberatung folgt der Rat der sogenannten Institutionellen Gliederung (ab Seite 39 des Budgetbuchs). Er behandelt Budget und allfällige Leistungsaufträge und berät:
– zuerst die Gesetzgebenden Behörden;
– danach direktionsweise – und nicht Kostenstelle für Kostenstelle – die kantonale Verwaltung; selbstverständlich können zu jeder Kostenstelle Anträge gestellt werden;
– darauf die Richterlichen Behörden;
– schliesslich die selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten, nämlich die Pädagogische Hochschule Zug, die Interkantonale Strafanstalt Bostadel und die Gebäudeversicherung Zug.
Für die Detailberatung sind folgende Punkte wesentlich:
• Pro Kostenstelle stehen auf einen Blick die Angaben sowohl zur Laufenden Rechnung als auch jene zur Investitionsrechnung zur Verfügung sowie bei der Verwaltung in den meisten Fällen auch die Leistungsaufträge.
• Im Finanzplan sind die Planjahre 2015–2017 gerade neben dem Budgetjahr 2014 dargestellt. Das gilt sowohl für die Laufende Rechnung als auch für die Investitionsrechnung.
Der Vorsitzende wird rechtzeitig erklären, welche Arten von Anträgen gestellt werden können. Nach dem ersten Block der Detailberatung folgen die Abstimmungen über die Anträge des Regierungsrats zum Budget 2014 und zu den Leistungsaufträgen 2014 (Anträge 1 bis 4 auf Seite 5 im Budgetbuch). Anschliessend wird die Detailberatung in Bezug auf die Festsetzung des Steuerfusses der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2014 und die Kenntnisnahme des Finanzplans 2014–2017 weitergeführt und die über die entsprechenden Anträge des Regierungsrats abgestimmt (Anträge 5 und 6 auf Seite 5 im Budgetbuch).

EINTRETENSDEBATTE

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission, nimmt das Gute vorweg: Nicht in finanzieller, aber in gestalterischer Hinsicht hat das Budgetbuch nochmals eine erhebliche Verbesserung erfahren. Der Regierungsrat hat die Empfehlung der Stawiko aufgenommen und bringt neu auf jeder ersten Seite der Direktionen eine Zusammenfassung. Diese Zusammenfassungen vermitteln zusammen mit dem Bericht des Regierungsrats auf den Seiten 5–20 und dem Stawiko-Bericht einen sehr guten und umfassenden Einblick in das Budget des kommenden Jahres. Zum Budget der Laufenden Rechnung 2014 mit den Leistungsaufträgen und Globalbudgets: Der Regierungsrat legt ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von 71,1 Millionen Franken vor. Das sind 10 Millionen Franken mehr, als im letztjährigen Finanzplan prognostiziert wurde, was aufzeigt, dass in den letzten zwei Jahren im Finanzplan relativ optimistische Zahlen unterbreitet wurden.

Zu einigen wesentlichen Positionen im Budget:
• Personalaufwand: Die strategische Vorgabe des Regierungsrats wurde um 1,7 Millionen Franken verfehlt. Diese Überschreitung ist nachvollziehbar, weil der Kantonsrat im Laufe des letzten Jahres das Pensionskassengesetz änderte, was allein einen Mehraufwand von 2,4 Millionen Franken auslöst. Betrachtet man den Personalaufwand und seine Entwicklung genauer, ist festzustellen, dass immer wieder neue Stellen dazu kommen. Das löste in der Stawiko und offenbar auch in den Fraktionen grosse Diskussionen aus – und die Stawiko weint der ausgesetzten Personalplafonierung manchmal eine kleine Träne nach. Sie ist sich aber bewusst, dass der Personalaufwand jetzt über die Globalbudgets und nicht mehr über einen Personalplafond gesteuert werden muss – und gesteuert werden kann.
• Dienstleistungen und Honorare Dritter: Hier stellt der Regierungsrat selber fest, dass er sich in der Strategie sehr sportliche Ziele gesetzt hat. Für 2014 hat er es mit viel Hin und Her geschafft, in die strategische Grösse hineinzukommen, und bezüglich 2015 stellt er in seinem Bericht heute schon fest, dass es dann wohl wieder zu einer solchen Übung kommen wird. Hier muss berücksichtigt werden, dass die Erhöhung, die der Finanzplan für 2015 vorsieht, sich in den Jahren danach fortsetzt. Die Stawiko wird diese Problematik im Auge behalten und weiter verfolgen.
• Steuerertrag: Im Budget 2014 wird der Steuerertrag um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresbudget angehoben. In der Finanzstrategie geht man von ca. 5 Prozent pro Jahr aus, dies aufgrund des Bevölkerungswachstums und der Zunahme der juristischen Personen. Dieses Ziel wird im Budget 2014 verfehlt, wobei zu berücksichtigen ist, dass sich hier letztmals die Auswirkung der Steuergesetzrevision 2012 mit der sukzessive Senkung des Steuerfusses für juristische Personen zeigt.
• Publikationen: Der Kantonsrat hat im Juni 2013 bei der Abnahme der Rechnung 2012 über die Publikationen diskutiert und festgestellt, dass dazu die erhaltenen Unterlagen nicht befriedigten. Inzwischen liegt eine detaillierte Aufstellung der Publikationen vor. Diese zeigt, dass ein – allerdings bescheidenes – Sparpotenzial vorhanden ist, und die Regierung wird aufgefordert, wenigstens dieses umzusetzen.
Die Stawiko wird in der Detailberatung einige Änderungsanträge zur Laufenden Rechnung stellen.
Zum Budget der Investitionsrechnung 2014: Das Budget sieht Nettoinvestitionen von 98,8 Millionen Franken vor, was ungefähr 10 Millionen Franken weniger sind als im Vorjahr prognostiziert. Die Investitionskredite teilen sich auf in Budgetkredite, welche der Rat mit dem Budget genehmigt und die dann freigegeben sind, und in Verpflichtungskredite, für welche der Kantonsrat entsprechende Vorlagen entweder bereits genehmigt hat oder noch genehmigen muss. Die Stawiko stimmt dem Investitionsbudget zu und empfiehlt den Rat, ebenfalls zuzustimmen.
Das Sorgenkind ist der Finanzplan 2014–2017. Im Stawiko-Bericht kann man auf Seite 1 nachlesen, dass die Prognose für die Entwicklung der Zuger Staatsfinanzen schlechter ausfällt als in den letzten zwei Jahren. Für die ganze Planperiode werden Defizite im Bereich von 70 bis 100 Millionen Franken erwartet. Es gilt hier aufzupassen, dass daraus nicht ein strukturelles Defizit wird. Das Finanzhaushaltgesetz schreibt vor, dass mittelfristig ausgeglichene Staatsrechnungen erzielt werden müssen, wobei «mittelfristig» im Sinne des Gesetzes ca. fünf Jahre heisst. Es scheint, dass diese Gesetzesbestimmung in den kommenden Jahren verletzt wird, weist doch BAK Basel darauf hin, dass auch für die Jahre 2018–2020 mit Defiziten in der Grössenordnung zwischen 46 und 63 Millionen Franken zu rechnen ist. Spätestens 2018 also wird das Finanzhaushaltgesetz verletzt. Mit dieser Entwicklung ist die Sorge verbunden, dass der Selbstfinanzierung für die Investitionen bis gegen Null absinkt. Das kann nicht das Ziel einer langfristigen Finanzplanung sein. Die Stawiko ist zwar damit einverstanden, dass die grossen anstehenden Investitionen zumindest

teilweise zulasten der Reserven getätigt werden; es müsste aber möglich sein, ein normales Investitionsvolumen in der Grössenordnung von 60 bis 80 Millionen Franken durch jährliche Liquiditätsüberschüsse zu finanzieren. Der Regierungsrat erwähnt in seinem Bericht auf Seite 13, dass BAK Basel den Finanzhaushalt nur dann als tragfähig erachtet, wenn eine Dämpfung der Ausgabensteigerungen erzielt werden kann. Verschiedene parlamentarische Vorstösse zielen ebenfalls in diese Richtung. Die Stawiko erwartet vom Regierungsrat, dass er diese Warnungen ernst nimmt und in den kommenden Jahren die erforderlichen Massnahmen einleitet und umsetzt.
Die Stawiko-Delegationen haben die Budgets in allen Bereichen wiederum intensiv geprüft, den Direktionsvorstehenden schriftlich Fragen gestellt, mit ihnen Gespräche geführt, teilweise auch Ämter besucht und da vertiefte Diskussionen geführt. Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden in Stawiko-internen Berichten festgehalten. An der Sitzung der Erweiterten Staatswirtschaftskommission in Anwesenheit von Finanzdirektor Peter Hegglin und seinen Mitarbeitenden der Finanzverwaltung und der Finanzkontrolle wurden die genannten Berichte und das Budgetbuch intensiv diskutiert. Die Stawiko hat in der Schlussabstimmung dem Budget in der vorliegenden Form – mit den Änderungsanträgen der Stawiko – zugestimmt und empfiehlt dem Rat, dasselbe zu tun. Bezüglich öffentlich-rechtliche Anstalten, Finanzstatus, Finanzprognose und Jahresbericht der Geschäftsprüfungskommissionen verweist der Stawiko-Präsident auf den Bericht der Kommission.

Andreas Hürlimann: Das Budget 2014 des Kantons Zug geht von einem Minus von gut 71 Millionen Franken aus. Auch in den Planjahren rechnet der Regierungsrat mit einem Aufwandüberschuss im zweistelligen Millionenbereich. Deshalb ist für die AGF klar, dass Steuersenkungen kein Thema sind. Doch auch Sparübungen wären völlig verfehlt, denn die Modellprognosen von BAK Basel sehen die Wachstumsraten des Ertrags langfristig über den Aufwandsteigerungen, so dass eine Konsolidierung eintreten wird. Aus Sicht der AGF ist jedoch auch klar: Luxuslösungen bei Bauten oder Strassen liegen zukünftig nicht mehr drin.
Bei einem Defizit von 70 Millionen muss man genau hinschauen, wo und ob nicht in gewissen Bereichen zu viel Geld ausgegeben wird. Das hat die Stawiko gemacht, und wirklich wesentliche Anträge auf Kürzung von vereinzelten Globalbudgets gibt es von dieser Seite nicht. Allfällige Anträge auf eine globale Kürzung mit der Rasenmähermethode und einer zusätzlichen Senkung des Steuerfusses – wie in der Stawiko gestellt und dem Fraktionsbericht der SVP zu entnehmen – stehen für die AGF ausser Diskussion. Das wäre ja fast so, als wenn der Regierungsrat und die Stawiko ihre Arbeit nicht gemacht hätten und leichtfertig einen Aufwandüberschuss in Kauf nähmen. Das ist klar nicht der Fall. Und als ob ein ausgeglichenes Budget nicht schon Herausforderung genug wäre, würde man dem Regierungsrat bei gleichzeitiger Senkung des Steuerfusses nochmals Geld entziehen. Hier kann die AGF nur den Kopf schütteln.
Worauf man aber ein Auge haben muss, ist die Finanzierung der Investitionen. Hier wird man zukünftig vermehrt auf die in den letzten Jahren entstandenen Liquiditätsreserven zurückgreifen müssen. Wie schon erwähnt: Luxuslösungen bei Bauten oder Strassen liegen nicht mehr drin. Der Kantonsrat hat in den letzten Jahren schon genug Bauprojekte unterstützt, deren Nutzen eher klein ist und bei denen es eine etwas kleinere Variante oder eine kostengünstigere und innovativere Lösung auch getan hätte.
Die AGF begrüsst die vorgesehene Studie mit detaillierten *Benchmarks* für die verschiedenen Verwaltungsbereiche. Diese Studie wird aufzeigen, wo allenfalls Handlungsbedarf besteht und wo – auch wenn die *Benchmarks* aufgrund der föderalen

Struktur unseres Staates wohl nicht wirklich ein zu eins anwendbar sind – allenfalls nachjustiert werden muss. Die AGF ist für Eintreten.

Alois Gössi: Es heisst schon in der Bibel, dass nach sieben fetten Jahren sieben magere Jahre kommen – und der Kanton Zug ist nun richtig bei den sieben mageren Jahren angekommen. Für das Budget 2013 wurde ohne die Reserve-Entnahme ein Minus von 73 Millionen Franken budgetiert, für 2014 ist ein Minus von 73 Millionen Franken geplant. Und gemäss Finanzplan ist bis 2017 mit Defiziten in der Grössenordnung zwischen 96 und 71 Millionen Franken zu rechnen. Der Kanton Zug kann sich solche Defizite erlauben dank seines sehr hohen Eigenkapitals, das er in den sieben fetten Jahren, welche effektiv um einiges länger dauerten, äufnen konnte. Es ist aber zu befürchten, dass auch die mageren Jahre um einiges länger anhalten werden als sieben Jahre. Der Hauptgrund dafür sind vor allem die kommenden Grossinvestitionen. Die grössten Projekte – das neue Verwaltungszentrum, die neue Kantonsschule in Cham, die Umfahrung Cham/Hünenberg oder der Stadttunnel Zug – sind ja im Finanzplan, der bis 2017 geht, noch nicht aufgenommen. Aber auch die im Finanzplan ausgewiesenen Investitionen nehmen bis 2017 massiv zu: Von beinahe 100 Millionen Franken für 2014 steigt es auf Grössenordnungen zwischen 160 und 190 Millionen Franken. Als Folge davon nehmen die Abschreibungen massiv zu. Beunruhigend ist, dass diese Investitionen auch nicht einigermassen selbst finanziert werden können, sondern mit den Liquiditätsreserven bezahlt werden müssen. Das Eigenkapital wird in den nächsten mageren Jahren stetig und wie Butter an der Sonne schmelzen. Damit dies nicht allzu lange andauert resp. das Eigenkapital nicht auf Null reduziert wird, wird man wohl nicht um einen Mix aus Massnahmen herumkommen – beispielsweise Reduktion des jährlichen Ausgabenwachstums oder gar Reduktion der Ausgaben sowie Mehreinnahmen mittels Steuererhöhung –, um wieder langfristig ausgeglichene Rechnungen zu erhalten. Die Prognosen von BAK Basel scheinen langfristig doch zu optimistisch, vor allem auf der Einnahmenseite.
Zum Budget 2014: Die SP-Fraktion stimmt dem budgetierten Defizit von 73 Millionen Franken und dem beantragten Steuerfuss von 82 Prozent zu. «Rasenmäheranträge» wie die Reduktion des Budgets um 5 Prozent bei jeder Direktion, wie sie die SVP gemäss Zeitungsberichten stellen wird, lehnt die SP ab. Wenn selbst die Stawiko nur Kürzungsanträge im Promillebereich stellt – total ungefähr 1 Million Franken, dies bei geplanten Aufwendungen von 1,431 Milliarden Franken – ist es für die SP-Fraktion ein vertretbares Budget. 5 Prozent Ausgabenkürzungen tönen *per se* nicht nach viel, aber wenn die gebundenen Ausgaben – also Ausgaben, die zwingend sind und nicht abgeändert werden können – abgezogen werden, wird die Manövriermasse relativ klein. Die SP ist nicht *per se* gegen Kürzungen, aber diese sollen substanziell begründet und einzeln beantragt werden; der Schwarze Peter soll nicht dem Regierungsrat zugeschoben werden. Und auf der anderen Seite will die SVP eine Steuerfusssenkung um 2 Prozent. Die vorher eingesparten Millionen, die eine mehr oder weniger ausgeglichene Rechnung ermöglichen würden, führten dann halt wieder zu einem grösseren Budgetdefizit. Die SP-Fraktion ist auch hier klar dagegen.
Die Kürzungsanträge der Stawiko, welche eine Reduktion um rund 0,5 Millionen Franken im Globalbudget bei drei Ämtern zum Ziel haben, unterstützt die SP prinzipiell, ebenfalls die Streichung von Leistungszielen bei den ambulanten psychiatrischen Diensten. Die SP sieht das erweiterte Angebot nicht als gebundene Ausgabe, die der Regierungsrat in eigener Kompetenz beschliessen kann. Sie fordert den Gesundheitsdirektor aber auf, möglichst schnell mit einer Vorlage für die Einfüh-

rung eines psychiatrischen Tagesambulatoriums für Erwachsene in den Kantonsrat zu kommen. Der Bedarf dafür ist mehr als ausgewiesen.
Wie üblich sieht sich die SP-Fraktion dazu veranlasst, die Zielformulierungen und deren Indikatoren im Budget zu kritisieren. Dies hat sich gegenüber den Vorjahren mit Globalbudgets nicht gross verbessert. Einzelne Zielformulierungen und deren Indikatoren im Budget 2014 machen wirklich keinen grossen Sinn. Folgendes Beispiel wurde in der Fraktionssitzung erwähnt: Die Zuger Polizei (Seite 238) hat sich das Ziel «Vermeidung von offenen Drogenszenen» gesetzt. Als Indikator dafür gibt sie an: «150 Sicherstellungen von Drogen». Die SP-Fraktion fragt sich, wie die Zuger Polizei die Zielerfüllung beurteilt, wenn die Drogenszene markant abnimmt und die Polizei nicht 150 Sicherstellungen erreichen kann. Hat sie dann das Ziel erfüllt, weil die Drogenprävention wirkt – oder eben nicht, weil sie nicht 150 Sicherstellungen erreicht hat? Diese Zielformulierung steht sinnbildlich für viele weitere Ziele und Indikatoren. Auch stört sich die SP an Pseudozielen wie «Laufende und umgehende Mitteilungen an Medien. Gleichentags Aufschaltung Medienmitteilungen auf Internetseite», welches sich das Direktionssekretariat der Direktion des Innern gesetzt hat (Seite 55). Man sollte sich ernsthaft fragen, ob es sinnvoll ist, alle Aktivitäten in Zielen zu formulieren.
Alles in Allem stimmt die SP-Fraktion dem Budget 2014 sowie dem beantragten Steuerfuss von 82 Prozent zu.

Manuel Brandenberg dankt im Namen der SVP-Fraktion dem Regierungsrat für das übersichtlich gestaltete Budget und der Staatswirtschaftskommission für ihre Arbeit.
Der Kanton Zug befindet sich in einem steuerlichen Umfeld, das national und international in Bewegung ist. Diese Bewegung ist für die Schweiz, die sich ab und zu hin- und herschaukeln lässt wie ein Schifflein im Ozean, nicht nur von Gutem. Auch der Kanton Zug ist betroffen. Verschiedene Steuerprivilegien und Steuerregelungen für Gesellschaften sind unter Beschuss. Diese Gesellschaften tragen einiges zum Zuger Staatshaushalt bei. Man hört, dass bis 15 oder 20 Prozent der Einnahmen von gewissen juristischen Personen stammen. Das ist substanziell. Ebenso ist bekannt, dass bald eine Initiative zur Einführung einer Erbschaftssteuer sowie weitere Angriffe auf die Steuersouveränität der Kantone kommen. Dieses Umfeld muss man berücksichtigen, wenn man über das Budget 2014 spricht.
Der Regierungsrat schlägt vor, ein Defizit von rund 70 Millionen Franken zu budgetieren. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es ein falsches Signal ist, wenn der Kanton rote Zahlen zu budgetieren beginnt. Schon aus grundsätzlichen Überlegungen ist es ein falsches Signal eines Wirtschaftsstandorts, das auch national und international wahrgenommen wird. Die Attraktivität des Standorts wird geschwächt.
Man sagt, es gebe wenig Spielraum für sachliche Budgetkürzungen, und wirft der SVP-Fraktion vor, sie wolle mit dem Rasenmäher kürzen. Dem ist nicht so. Die SVP versteht ihre Aufgabe als – leider relativ kleiner – Teil des Parlaments so, dass das Parlament die Vorgaben macht – was auch sehr generell geschehen kann –, und die Regierung und die Direktionen werden diese dann umsetzen. Das Parlament, das ja nicht in der Lage ist, sämtliche Details anzuschauen, kann also eine Kürzung von 5 Prozent pro Direktion vorgeben, was die Direktionen mit ihrer Kompetenz und ihrem Wissen dann umsetzen können. *So* versteht die SVP ihre Anträge, nicht als Rasenmäheranträge. Mit diesem Pauschalvorwurf, den man einfach wiederholt, ohne ihn genau zu bedenken, muss man vorsichtig sein.
Die SVP-Fraktion wird auch eine Steuersenkung beantragen. Diese war in der Fraktion allerdings umstritten; bei 7 zu 7 Stimmen wurde ihr mit einem Stichentscheid des Fraktionsvorsitzenden zugestimmt. Auch diese Steuersenkung soll

so verstanden werden, dass man in schwierigen Zeiten versucht attraktiv zu bleiben bzw. noch attraktiver zu werden. Der Antrag lautet auf Senkung des Steuerfusses von 82 auf 80 Prozent. Man darf nicht vergessen, dass Zug sich in einem internationalen Steuerwettbewerb befindet und nicht mit Bern oder Luzern, sondern mit ausländischen Destinationen, etwa Dubai, Singapur, Hongkong oder Delaware in Konkurrenz steht. Dem muss man sich stellen. Und wenn die OECD, die G7, die G20, die G30, die G33 oder wer auch immer Druck machen, dann muss man das halt ein wenig aushalten und nicht immer gleich nachgeben.
Die SVP-Fraktion wird auf das Budget eintreten. Sie wird Anträge stellen, pro Direktion pauschal um 5 Prozent zu kürzen, und sie wird den Anträgen der Stawiko weitgehend zustimmen.
Die vom AGF-Vertreter erwähnten, zugegebenermassen teuren Bauprojekte sind wichtig für die Infrastruktur des Kantons. Sie kommen allen Bürgern und der Wirtschaft zugute, und alle profitieren davon. Der Votant glaubt, dass da am falschen Ort kritisiert wird. Es gibt andere Möglichkeiten zu sparen. Der SP-Vertreter hat die Bibel zitiert, und zwar eine Stelle aus dem Alten Testament. Auch der Votant zitiert aus der Bibel, aber aus dem Neuen Testament: «Richtet nicht, auf dass ihr nicht gerichtet werdet.» Dieses Wort soll so verstanden werden, dass hier nicht über irgendein Budget oder eine Regierung gerichtet, sondern seriös versucht werden soll, den Kanton Zug attraktiv bleiben zu lassen.

Gabriela Ingold nimmt es vorweg: Die FDP-Fraktion tritt einstimmig auf das Budget ein und nimmt den Finanzplan zur Kenntnis. Sie unterstützt sämtliche Anträge der Stawiko.
Trotzdem seien kritische Worte an die Regierung und an den Kantonsrat gerichtet. Die FDP-Fraktion ist sehr besorgt, denn der Kanton Zug läuft ganz klar in Richtung struktureller Defizite. Die Votantin hat in ihrem letztjährigen Votum die Regierung aufgefordert, die Stellenentwicklung bzw. die Personalkosten zu überwachen und vor allem der Aufwandseite hohe Beachtung beizumessen. Diese Voten scheinen nicht gehört zu werden. Muss wirklich wieder ein Stellenplafond eingeführt werden?
Weiter ist die FDP-Fraktion der Ansicht, dass die Forderungen der Stawiko bei der Regierung abprallen. Als Argumentation wird oft Pragma, aber auch «gesetzlicher Auftrag» angeführt. Beispiele dafür sind unter anderem die Umwandlung von befristeten in unbefristete Stellen, die Eindämmung der Dokumentationsflut, die Reduktion der Honorare Dritter sowie die Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung. Überhaupt ist seit Pragma die Einflussnahme durch das Parlament fast nicht mehr möglich. Pauschale Kürzungen ohne fundierte Begründung erachtet die FDP aber als ungeeignet.
Aufgrund dieser Erfahrungen und wegen der über mehrere Jahre vorausgesagten Defizite wird sich die FDP-Fraktion vorbehalten, im nächsten Jahr konkrete Massnahmen für einen stabilen Staatshaushalt vorzuschlagen. Defizite dürfen kein Dauerzustand sein. Es muss erklärtes Ziel für alle sein, in Zukunft einen ausgeglichenen Staatshaushalt mit kontrollierten Finanzplänen zu haben. Dabei ist zwischen laufenden Ausgaben und generationenübergreifenden Investitionen zu differenzieren. Bereits heute kann die FDP-Fraktion jedoch zu Protokoll geben, dass sie eine Verschuldung in hohem Masse ablehnt und unbedingt für eine Schuldenbremse einstehen wird.
Die Regierung des Kantons Zug vergleicht sich bekanntlich gerne mit einem Grossunternehmen. Umso mehr erstaunt es, dass die Finanzierungsprognose nur noch einmal pro Jahr aktualisiert werden soll. Aus eigener Erfahrung weiss die Votantin, dass in Grossunternehmen solche Planungen rollend und bei Kenntnisnahme

neuer Fakten laufend ergänzt und fortgeschrieben werden. Es stünde dem Kanton Zug gut an, es gleich zu tun.
Das exemplarische Beispiel des Ausbaus des ambulanten psychiatrischen Dienstes zeigt die Schwierigkeit von Pragma einmal mehr auf. Das systematische Vorgehen der Stawiko, welche eine separate Kantonsvorlage verlangt, erachtet die FDP als richtigen Weg. Ein massiver Ausbau, wie er beim ambulanten psychiatrischen Dienst geplant ist, liegt nach Ansicht der FDP-Fraktion klar in der Kompetenz des Kantonsrats. Es soll kein Präjudiz geschaffen werden, welches Tür und Tor für ähnlich gelagerte Fälle öffnet.

Andreas Hausheer: Die CVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und ist mit den Situationsanalysen der Vorredner generell einverstanden. Was bisher fehlte, war das Konkrete. Und hier will der Votant bei drei Punkten einsetzen:
• Personalaufwand: Alle jammern, der Personalaufwand steige nur noch und vor allem viel zu stark. Aber niemand ausser der CVP aber unternimmt etwas Konkretes. Die CVP erwartet vom Regierungsrat, dass er ihr im Oktober eingereichtes Postulat, welches eine Personalwachstumsbegrenzung fordert, speditiv behandelt und beginnt, ernsthaft Gegensteuer zu geben. Erstaunlich ist auch, dass offenbar ausser von CVP-Vertretern weder in der Stawiko noch hier im Rat in der heutigen Budgetdebatte konkrete Kürzungsanträge im Personalbereich gestellt werden. Die Kommissions- und Ratsmitglieder der einen Partei lassen es lieber beim Gejammer bleiben, die anderen kommen statt mit konkreten Anträge lieber mit Pauschalanträgen. Bei der SVP-Fraktion besteht Hoffnung auf Besserung, da der Fraktionschef dem Votanten gesagt hat, er wolle diesbezüglich mit seinen Stawiko-Mitgliedern reden.
Auch der Regierungsrat macht bei den Personalstellen keinen überzeugenden Job. Er verweist immer und vermutlich auch heute wieder auf seine Finanzstrategie, die er jedes Jahr einhalte. Also solle man sich gefälligst ruhig halten, alles sei ja in Ordnung. Aus der von ihm selber beschlossenen Finanzstrategie leitet er ab, dass er quasi jedes Jahr den Personalaufwand um mindestens 2,1 Prozent erhöhen darf. Diese 2,1 Prozent setzen sich zusammen aus 1,1 Prozent für das «Generelle Wachstum» und 1 Prozent für individuelle Beförderungen sowie Treue- und Erfahrungszulagen. Zu diesen 2,1 Prozent darf der Regierungsrat gemäss der eigenen Strategie eine allfällige Teuerung draufschlagen sowie – gemäss Finanzstrategie – «exogen vorgegebene neue Aufgaben». Der Regierungsrat versucht nun jedes Jahr mehr oder weniger krampfhaft, die Einhaltung der 2,1-Prozent-Wachstumsrate rechnerisch herzuleiten. Irgendwie gelingt ihm das auch immer, wobei die Überzeugungskraft, wie er die Punktelandung Jahr für Jahr jeweils herleitet und begründet, zumindest für den Votanten mit jedem Jahr kleiner wird. Störend ist, dass sich der Regierungsrat die von ihm als sakrosankt angeschaute Wachstumsrate des Personalaufwands faktisch selber vorgibt; der Kantonsrat kann von der Finanzstrategie lediglich Kenntnis nehmen, rechtlich hat er darüber keine Entscheidungsbefugnis. Die CVP-Fraktion fordert den Regierungsrat auf, im Rahmen der geplanten Änderung des Finanzhaushaltgesetzes hier die Kompetenzordnung ernsthaft zu überdenken.
Wie gesagt, sieht die Finanzstrategie die Unterscheidung zwischen zwei Arten von Personalwachstum vor: zum einen Personalstellen, die wegen des allgemeinen Wachstums des Kantons zusätzlich geschaffen werden sollen, und zum anderen Personalstellen, die wegen neuen, gemäss Finanzstrategie exogen beeinflussten Gründen geschaffen werden sollen. Bei der Abgrenzung ist der Regierungsrat aber alles andere als konsequent. Es liegt ja auf der Hand, dass der Regierungsrat bis zum Auffüllen der 2,1-Prozent-Wachstumsrate locker mit dem allgemeinen Wachs-

tum argumentierten kann und beim Rest dann unter allen Umständen versuchen muss, diesen als neue Aufgaben zu verkaufen, die nichts mit dem Wachstum des Kantons zu tun haben. Leider unterlässt es der Regierungsrat aber, klare Aussagen zu machen, welches wirklich neue Aufgaben sind, die nicht auf das Wachstum des Kantons zurückzuführen sind. Der Ausbau der Infrastruktur, der wegen des Wachstums des Kantons nötig ist, gehört nicht zu diesen neuen Aufgaben, da dies gemäss der Finanzstrategie in den 2,1 Prozent für das generelle Wachstum enthalten ist. Darum ist der Votant nicht damit einverstanden, dass die zwei Personaleinheiten beim Hochbauamt korrekt begründet sind. Er wird beantragen, beim Hochbauamt das Budget um 300'000 Franken zu reduzieren.
Noch abenteuerlicher wird es bei den vier Personalstellen beim ambulanten psychiatrischen Dienst. Hat der Kantonsrat diese «neue» Aufgabe jemals beschlossen? Die Antwort ist klar: nein. Warum kommt der Regierungsrat dann auf die abenteuerliche Idee, hier von neuen Aufgaben zu sprechen und zu suggerieren, er könne gar nicht anders, als diese vier Stellen zu schaffen? Die CVP-Fraktion fordert den Regierungsrat auf, in Zukunft endlich sauber zu begründen, warum er eine zusätzliche Stelle wegen einer wirklich neuen Aufgabe bei der Personalstellenübersicht der Spalte «Neue Aufgaben» zuordnet. Sollte dieser Aufforderung nicht nachgekommen werden, kann die Regierung versichert sein, dass von nun an jeweils Anträge auf entsprechende Budgetreduzierungen gestellt werden.
• Sach- und Investitionsaufwand: Auch hier hat die CVP als erste Partei einen Pflock eingeschlagen mit der im Oktober eingereichten Motion im Zusammenhang mit der Finanzierung der angedachten Infrastrukturvorhaben. Es ist löblich, dass hinterher nun auch andere Fraktionen beginnen, sich für dieses Thema zu interessieren und Interpellationen hintennach schicken. Die CVP erwartet, dass der Regierungsrat ihre Motion zügig beantwortet und zwar noch vor der kantonsrätlichen Debatte zum Stadttunnel.
Beim Sachaufwand gibt es neben den Infrastrukturvorhaben eine andere, für den Votanten niemals endende Geschichte: nämlich die Dienstleistungen Dritter. Der Votant stellte bereits vor zwei, drei Jahren einen diesbezüglichen Kürzungsantrag, leider ohne Erfolg. Damals wurde versprochen, dass man den Aufwandanstieg in diesem Bereich nun in den Griff bekommen wolle und auch werde. Was ist das ernüchternde Ergebnis? Der Aufwand ist weiter ziemlich ungebremst angestiegen. Gemäss Finanzplan werden 2015 sogar die eigenen strategischen Vorgaben überschritten, dies offenbar wegen einmaliger Effekte. Und was macht der Regierungsrat mit diesen einmaligen Effekten? Er negiert den einmaligen Effekt in den Folgejahren 2016 und 2017, reduziert die Berechnungsgrundlage für diese Folgejahre also nicht und tut dann so, als ob die strategischen Vorgaben doch wieder eingehalten würden. Diese rechnerische Schlaumeierei lehnt die CVP ab und fordert vom Regierungsrat, davon sofort wieder Abstand zu nehmen. Wenn das Wachstum in diesem Bereich nun nicht endlich konsequent reduziert wird, wird der Votant irgendeinmal entweder selber wieder einen pauschalen Kürzungsantrag stellen müssen oder solche Anträge dann halt unterstützen.
• Informationsbeauftragte: Der Kanton leistet sich 6,2 Personalstellen für Kommunikationsaufgaben. 0,8 davon beansprucht die Direktion des Innern, 0,4 die Direktion für Bildung und Kultur, 0,5 die Volkswirtschaftsdirektion, 1,0 die Baudirektion und 2,0 die Sicherheitsdirektion, wovon 1,7 für die Zuger Polizei. Die Gesundheits- und die Finanzdirektion haben offenbar keine Personen speziell dafür angestellt. Bei der Staatskanzlei werden schliesslich 1,5 Personalstellen zum Füllen angeboten. Abgesehen davon, dass nicht wirklich klar ist, wie die Aufgabenteilung zwischen der Zentrale in der Staatskanzlei und den Kommunikationsbeauftragten in den Direktionen ist, irritiert insbesondere, wofür die 1,5 Personalstellen in der Staats-

kanzlei da sind. Gemäss Leistungsauftrag auf Seite 43 des Budgetbuches ist die Kommunikationsstelle neu in der Leistungsgruppe 1 aufgeführt und erbringt als Leistung «Information der Bevölkerung über Geschäfte des Regierungsrates». Bei den konkreten Zielsetzungen steht dann unter Ziel 5 auf Seite 44: «Versand eines Newsletter pro Regierungsratssitzung.» Diese 1,5 Stellen haben also ein einziges Ziel, nämlich etwa 35 *Newsletters* zu versenden. Das ist doch wirklich nur noch peinlich und zeigt, wie ernst es gewisse Leute in der Verwaltung mit Pragma offenbar nehmen – mit dem Segen des Regierungsrats. Für 35 *Newsletters* braucht es nun wirklich nicht 1,5 Stellen. Entweder der Regierungsrat bemüht sich, die Notwendigkeit bis zum nächsten Budget aufzuzeigen, ansonsten wird auch hier ein Antrag auf Kürzung kommen. Ganz generell ist für die CVP-Fraktion klar, dass bei den Informationsbeauftragten das Mass mit 6,2 Stellen oder ungefähr 1 Million Franken definitiv voll ist.
Die CVP-Fraktion fordert den Regierungsrat auf, diese Forderungen und Anliegen ernst zu nehmen. Ansonsten könnte es durchaus sein, dass wohl eher früher als später die Forderung nach pauschalen Kürzungen auch in der CVP-Fraktion Anhänger finden könnte.

Daniel Stadlin legt vorerst seine Interessenbindung offen: Er arbeitet beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie in einem 40-Prozent-Pensum als Beauftragter für Kulturgüterschutz. In dieser Funktion hat er keinen relevanten Einfluss auf die Budgetgestaltung.
Die GLP dankt der Regierung und der Verwaltung für das umfangreiche und klar strukturierte Handbuch zum Budget und für den Finanzplan. Das Druckwerk mit dem Budget 2014 hat gegenüber der letztjährigen Ausgabe etwas an Übersichtlichkeit gewonnen. Trotzdem: Das Globalbudget mit den unzähligen Leistungsgruppen, Leistungen, Zielsetzungen, Einfluss- und Plangrössen richtig zu lesen, zu interpretieren und zu bewerten, ist eine sehr grosse Herausforderung für Politiker. Viele Sachverhalte sind sehr komplex und nur im Rahmen einer einlässlichen Beschäftigung wirklich beurteilbar. Ausser der Erweiterten Staatswirtschaftskommission hat wahrscheinlich niemand von den Kantonsrätinnen und -räten den totalen Durchblick. Man kann jedoch davon ausgehen, dass Regierung und Verwaltung die Budgets grundsätzlich nach bestem Wissen und Gewissen erstellen.
Erfreulicherweise ist der Aufwand auf dem Niveau des Vorjahres geblieben. Sorgen bereitet aber, dass er trotzdem nicht durch den Ertrag abgedeckt werden kann – und dass dies zum Standard werden soll. Obwohl das Finanzhaushaltgesetz verlangt, die laufenden Rechnungen innert fünf Jahren auszugleichen, sind von 2014 bis 2017 nur Fehlbeträge prognostiziert, insgesamt 326,7 Millionen Franken. Geht das so weiter, ist das Finanzvermögen des Kantons allerspätestens 2027 weg. Auch ein allfälliger Verkauf eines Teils des ehemaligen Kantonsspitalareals oder der Steuerverwaltung würde daran nicht viel ändern. Daher wäre eine Fiskalregel zu bedenken, mit welcher Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht gehalten werden könnte. Der immer kleiner werdende Selbstfinanzierungsgrad verheisst ebenfalls nichts Gutes. Gemäss Finanzstrategie sollte er durchschnittlich bei 100 Prozent liegen. Der Mittelwert geht jedoch stetig nach unten; 2017 beträgt er gerade noch magere 11,5 Prozent.
Das ist eine wirklich gefährliche Entwicklung. Der Regierungsrat ist angehalten, alles in seiner Kraft Stehende zu tun, um den im Finanzplan vorgegebenen Trend zu stoppen oder zumindest abzuschwächen. Alle haben ein vitales Interesse an einem gesunden und ausgeglichenen Staatshaushalt. Politik wie auch Verwaltung stehen in der Pflicht, die finanziellen Mittel verantwortungsvoll einzusetzen. Dabei wirken jedoch oft systemimmanente Mechanismen dagegen. So wird das Nichtaus-

schöpfen von bewilligten Budgets nicht belohnt, weil Budgetwerte immer auf den Zahlen der Vorjahre beruhen. Die Budgetmechanik sieht vor, dass eine auf ein Jahr befristete Senkung oder die Nichtverwendung von Budgetmitteln Auswirkungen auf die Budgets der Folgejahre haben, weshalb kaum freiwillig Kürzungen gemeldet oder Mittel nicht beansprucht werden. Darum wäre eine vermehrte Beschäftigung mit den Strategien und weniger mit den Details wichtig. So könnten auch Vorgaben für Budgetkürzungen mit längerer Vorlaufzeit erfolgen. Es gibt aber auch nicht beeinflussbare kostentreibende Faktoren wie die exorbitant hohen Ausgleichszahlungen in den nationalen Finanzausgleich oder gesellschaftliche Entwicklungen wie die stets zunehmende Anspruchshaltung der Bevölkerung dem Staat gegenüber. Auch die Parlamentarier stehen in der Pflicht. Immer wieder beschliessen sie neue Gesetze und grosse Investitionen, ohne die Folgekosten genau zu kennen. Auch parlamentarische Vorstösse verursachen Kosten. Seit 2011 sind 172 Geschäfte eingereicht worden, Tendenz stark zunehmend.
Letztlich sitzen alle im gleichen Boot. Und was im Privaten gilt, gilt auch für den Staat: Man soll nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Wohin es führt, wenn von diesem Grundsatz systematisch abgewichen wird, zeigt heute Europa *in extremis*. Äusserst diszipliniert zu haushalten, ist also ein Gebot der Stunde. Die GLP ist für Eintreten und wird in der Detailberatung die Anträge der Staatswirtschaftskommission unterstützen. Einen Antrag, das Budget linear um 5 Prozent zu kürzen, wird sie ablehnen. Die GLP findet diese Hauruck-Übung unseriös und nicht zielführend. Sie lehnt auch eine Reduktion des Steuerfusses um 2 Prozent ab.

Beni Riedi nimmt Stellung zur Aussage von Andreas Hausheer, dass die CVP die einzige Partei sei, welche die Anzahl Stellen verringern und die Kosten in den Griff bekommen möchte. Da es Ende November ist, kann das nicht ein April-Scherz gewesen sein. Es ist immer wieder erstaunlich: Verantwortlich für die Stellen ist das Parlament, welches die entsprechenden Prozente bewilligt. Während des Jahres werden immer wieder neue Gesetze durchgewinkt und damit neue Stellen geschaffen. Das war etwa mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, dem Videoüberwachungsgesetz und diversen neuen Gesetzen der Fall. Ende Jahr dann, wenn es um das Budget geht, erschrecken alle und wundern sich über den Stellenzuwachs und den Ausbau der Verwaltung.
Der Votant erwartet von seinen Ratskollegen, dass sie während des Jahres den Mut zeigen, neue Gesetze kritischer zu hinterfragen. Ende Jahr zu glauben, man kriege das alles mit einem Postulat in den Griff, und dazu noch zu behaupten, man kämpfe als einzige Partei gegen diese Entwicklung, ist schon fast *kurrlig.*

Philip C. Brunner legt seine Interessenbindung vor: Er ist Präsident der GPK der Stadt Zug. Er fühlt sich an die Debatte im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug vor einigen Jahren erinnert, als die SVP Kürzungen forderte, was jedes Mal kalt lächelnd abgeschmettert wurde. Erfolg hatte die SVP erst, als ihre Fraktion an Stärke gewann: Jetzt wollten CVP und FDP plötzlich auch sparen. Die Stadt Zug hat – nicht ganz freiwillig – seit 2011 mehr als 5 Prozent eingespart. Das Parlament hat Vorgaben gemacht: in der ersten Runde 5 Millionen Franken, in der zweiten Runde 3,5 Millionen Franken. Die Bürgerlichen wurden ausgepfiffen und ausgelacht, aber heute zeigt sich, dass es richtig war, auch wenn die Stadtregierung total dagegen war.
Es ist für einen Milizpolitiker – wie Daniel Stadlin gesagt hat – nicht möglich, in diesen Rechenwerken die Zusammenhänge zu sehen. Deshalb braucht es globale Kürzungen. Die Stadt hat ihre Ausgaben auch wegen der Steuersenkungen reduzieren müssen. Auch muss die Stadt im Vergleich mit dem Kanton das Doppelte an

Solidaritätsleistung erbringen. Der Kanton hat eine Solidaritätsleistung von ungefähr 20 Prozent in den NFA zu erbringen, für die Stadt Zug sind es mit ZFA und NFA 40 Prozent. Oder noch brutaler gesagt: 95 Prozent der Steuereinnahmen von juristischen Personen werden der Stadt wieder weggenommen. Eine Stadt mit 40'000 Arbeitsplätzen hat am Schluss noch 5 Millionen Franken oder 132 Franken pro Arbeitsplatz übrig, um die Infrastruktur bereitzustellen.
Die Forderung der SVP-Fraktion ist durchdacht und nicht unmöglich. Die «Titanic» Kanton Zug muss endlich auf Kurs gebracht werden, und eine gewisse Radikalität beim Sparen ist richtig. Der Rat kann heute etwas tun, um die in verschiedenen Voten formulierten hehren Ziele umzusetzen. Die Stadt Zug hat es bereits vorgemacht.

Andreas Hausheer bittet Beni Riedi, wenn er schon Aprilscherze macht, zumindest sachlich korrekt zu sein. Leider ist der Kantonsrat nicht mehr direkt für die Personalstellen verantwortlich, weil der Stellenplafond abgeschafft wurde. Der Votant war *gegen* Pragma, die SVP hingegen war dafür. Und offensichtbar haben die zwei Sprichwörter «Wenn man dem Hund auf den Schwanz tritt, dann bellt er» und «Betroffene Hunde bellen» etwas Wahres an sich.

Thomas Lötscher: Von männlichen Hunden ist bekannt, dass sie ständig mal das Bein heben und das Revier markieren. Es scheint dem Votanten heute, dass das nicht nur bei Hunden der Fall ist. Man kann darüber diskutieren, wer das Sparen erfunden hat und wer es wie konsequent umsetzt – und bei jeder Fraktion wird man Widersprüche bei diesem Thema finden. Ist sich beispielsweise die SVP-Fraktion wirklich sicher, dass sie – wenn der Kantons am Untergehen ist wie die «Titanic» – noch für eine halbe Million Franken eine elektronische Abstimmungsanlage installieren will?
Es sollte um die Sache gehen. Wenn der Rat wirklich etwas bewegen und einen Tanker steuern will, muss er weit vorausschauen. Sehr wesentlich ist, wie sich die Finanzplanung entwickelt. Der Kantonsrat kann diese zur Kenntnis nehmen, er kann aber auch klar fordern, in welche Richtung sie sich diese entwickeln muss. Es ist der Kantonsrat, welcher die Schwerpunkte setzt und die Strategien definiert. Er muss sich also darüber einig werden, was ihm in Zukunft wichtig ist und wo er investieren will. Das ist ein demokratischer Prozess. In der Stadt Zug hat das Volk trotz Spardruck beschlossen, die Bus-Abonnemente für Schulkinder weiterhin zu verbilligen, und heute konnte man in der Zeitung lesen, das sich die Stadt Zug einen Krippenplatz mehr als zweieinhalb Mal so viel kosten lässt wie die zweitteuerste Gemeinde. Man muss das nicht bewerten, denn es ist die freie Entscheidung der Stadt Zug, wie sie ihre Mittel einsetzt. Das gilt auch für den Kanton. Man sollte deshalb etwas weniger emotional an dieses Thema herangehen und einfach eine Diskussion darüber führen, was dem Rat wichtig ist.
Der Rat hat bisher die Schleusen für Infrastrukturausgaben geöffnet, seien sie schon am Laufen oder noch in der Pipeline. Er hat beschlossen – und der Votant hat bisher wenig Widerstand dagegen gehört –, dass er den Stadttunnel und verschiedene Strassenbauprojekte haben will. Dann muss er die Konsequenzen tragen und kann nicht einfach in einer Budgetdebatte ein Schaulaufen veranstalten, um sich als die grossen Sparer hinzustellen. Der Votant ist nach wie vor der Meinung, dass es diese Infrastrukturbauten braucht, vielleicht nicht ganz alle, aber im Grossen und Ganzen sind sie sinnvoll. Dann muss man aber auch bereit sein, die Konsequenzen zu tragen. Und vor allem muss man unterscheiden zwischen Investitionen in die Infrastruktur mit Zeithorizonten von Jahrzehnten und jährlich wiederkehrenden Ausgaben mit dem Potenzial, ein strukturelles Defizit auszulösen. Hier bittet

der Votant um die nötige Seriosität und Ernsthaftigkeit, unabhängig von aktuellen parteipolitischen Vor-Wahlkämpfen.

Beni Riedi kann das Votum von Andreas Hausheer nicht so stehen lassen. Er möchte – auch zuhanden des Protokolls – festhalten, was er gesagt hat: nämlich dass das Parlament sehr wohl Stellen schaffen kann, indem es immer mehr zentralisiert, neue Behörden aufbaut und der kantonalen Verwaltung immer mehr Aufgaben gibt. Zu sagen, das Parlament könne keine Stellen schaffen, ist nicht korrekt. Den zweiten Teil des Votums von Andreas Hausheer will er nicht kommentieren.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** wendet sich an die SVP-Fraktion und hält fest: Es ist halt doch der Rasenmäher. Schaut man sich die Auswirkungen einer globalen Kürzung um 5 Prozent an, ergibt sich folgendes Bild:
• Beim Personalaufwand, der 318 Millionen Franken, also etwas mehr als ein Viertel des Budgets ausmacht, wird der Regierungsrat wohl 1600 Änderungskündigungen aussprechen und die Saläre um 5 Prozent senken – notabene ohne gesetzliche Grundlage. Oder er hat alternativ die Möglichkeit, 80 Stellen abzubauen, wahrscheinlich am ehesten bei den bussenverteilenden Polizisten – womit die entsprechenden Einnahmen dann logischerweise wegfallen.
• Ein anderer grosser Brocken ist der NFA: Hier wird der Finanzdirektor 15 Millionen Franken weniger nach Bern schicken, und die SVP wird dem Bundesrat erklären, wieso das rechtens ist.
• Bei den Leistungsaufträgen mit Spitälern, mit Hochschulen, mit dem Öffentlichen Verkehr und mit sozialen Institutionen, die zusammen etwa ein weiteres Viertel des Staatshaushalts ausmachen: Hier wird der Regierungsrat den Leistungserbringern sagen: «April, April, der Leistungsaustrag wird neu verhandelt – und das auf den 1. Januar 2014.»
Das geht doch einfach nicht. Es bleibt ein Rest, wo Handlungsspielraum besteht, und wenn man die erwähnten Bereiche ausklammert, dann wird man hier 30, 40 oder noch mehr Prozent kürzen müssen. Der Stawiko-Präsident ist der Ansicht, dass die SVP jeden Realitätssinn verloren hat. Er verspricht sich viel mehr von der längerfristigen Sicht und von der Studie, welche bei BAK Basel in Auftrag gegeben werden soll. Hier wird man sehen, wo tatsächlich Handlungsspielraum besteht – zugegebenermassen nicht im Budget 2014, aber längerfristig. Der Stawiko-Präsident will nicht mit verbundenen Augen in die Wand rennen, sondern mit offenen Augen die Probleme erkennen, nach Lösungen suchen, die Kurve kriegen und den Aufprall vermeiden. Er empfiehlt dem Rat, dasselbe zu tun. Er wird nicht bei jedem 5-Prozent-Antrag der SVP-Fraktion nochmals ans Rednerpult schreiten, sondern geht davon aus, dass seine jetzigen Worte deutlich genug waren.

Manuel Brandenberg: Die Worte von Gregor Kupper waren ein netter Versuch, die SVP einmal mehr als unseriös, rasenmäherhaft etc. darzustellen. Die SVP will aber einen Beitrag leisten, dass der Kanton Zug gesund und attraktiv bleibt. Die Beispiele, die der Stawiko-Präsident vorgebracht hat, sind nicht unbedingt geeignet. Das zeigt sich gerade beim Personalaufwand, wo in den letzten zwei Jahren rund 120 Stellen neu geschaffen wurden und jetzt beantragt wird, nochmals 40 Stellen mehr zu schaffen. Die SVP will, dass die Direktionen selber überlegen, wo sie 5 Prozent einsparen können; es besteht also Spielraum. Was der Stawiko-Präsident versucht, ist die alte Leier der alten CVP: «Ach, diese blöde, unseriöse SVP.» Diese verfängt wohl nicht mehr so gut wie vielleicht noch vor zehn Jahren.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme des Budgets. Der Regierungsrat nimmt im Budgetprozess seine Aufgabe sehr ernst, versucht zwischen Notwendigem und Wünschbarem zu unterscheiden und nimmt in den zwei, drei Budgetrunden auch konkrete Streichungen und Verschiebungen auf die Folgejahre vor.

Das Budgetbuch liegt zum dritten Mal in der neuen Fassung vor. Es wurden wiederum Verbesserungen vorgenommen, etwa indem für jede Direktion eine Übersicht eingefügt wurde, welche für den schnellen Leser auf einer Seite alles zusammenfasst: Globalbudget, Investitionsrechnung und ein Kommentar zu den wesentlichen Zielen oder Veränderungen. Weiter wurden auch die Rechnungen der drei selbständigen Anstalten angefügt: Bostadel, PHZ und neu auch Gebäudeversicherung. Damit wurden Anliegen der Stawiko und des Rats umgesetzt. Bezüglich der Leistungsaufträge wurde moniert, dass diese zu wenig konzis und zu wenig aussagekräftig sind; speziell erwähnt wurde die Kommunikationsstelle des Regierungsrats. Angestrebt wird, dass bei den Leistungsaufträgen vor allem Leistungen und Ziele erwähnt werden, die nach aussen wirksam werden. Es gibt daneben natürlich viele interne Leistungen, die im Leistungsauftrag nicht spezifisch erscheinen. Das ist so gewollt. Für das Budget 2015 hat sich der Regierungsrat vorgenommen, die Zielsetzungen und Indikatoren zu überprüfen und weiter zu verbessern, um die Messbarkeit besser zu gewährleisten. Mit diesem Prozess wurde bereits begonnen; auch mit der Erstellung und Redaktion des Geschäftsberichts 2013 wurde – nebenbei bemerkt – in dieser Woche bereits begonnen.

Der Aufwand liegt in der genau gleichen Höhe wie im letzten Jahr. Im Total gibt es also kein Wachstum. Es gibt aber Veränderungen, sei es beim Personalaufwand, bei den Abschreibungen oder bei den Einlagen Spezialfinanzierungen. Bezüglich des Personalaufwands wurde gesagt, dass sich der Regierungsrat Ziele setze, diese dann aber nicht einhalte bzw. mit unklaren Aussagen zu begründen versuche. Dem widerspricht der Finanzdirektor. Der Regierungsrat nimmt die Vorgaben sehr ernst und rechnet nur Positionen hinaus, die neu und nicht durch das generelle Wachstum begründet sind. Auf Seite 8 im Budgetbuch ist genau festgehalten, welche Positionen hinausgerechnet wurden. Dazu gehört etwa die Revision des Pensionskassengesetzes, welche 2,4 Millionen Franken kostet. Andere Kantone, etwa Baselland, müssen für diesen Bereich Milliarden aufwenden. Oder der Aufbau der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde mit 7,5 Personalstellen: Das *ist* eine neue Aufgabe, die der Kanton von den Gemeinden übernommen hat, und der Kanton ist gegenüber den Betroffenen verpflichtet, diese Aufgabe richtig zu machen. Es wäre falsch, die Übernahme solcher neuer Aufgaben beim generellen Wachstum abzufangen. Das gilt auch für den Ausbau beim Hochbauamt um zwei Stellen. Diese Stellen stehen in Zusammenhang mit vielen und grossen Investitionsprojekten. Natürlich könnten diese Aufgaben extern vergeben und über die Projektkredite genehmigt werden. Der Regierungsrat hält es aber für besser, sie mit eigenen Leuten zu erfüllen. Die Baudirektion hat in Zusammenhang mit den kommenden grossen Projekten insgesamt 3,5 Stellen beantragt, was im Budgetprozess aber auf zwei Stellen reduziert wurde. Der Regierungsrat nimmt diese Sache und auch die Unterscheidung zwischen generellem Wachstum und neuen Aufgaben also sehr ernst, und es ist nicht so, dass es im Bereich des Personalwachstums offene Schleusen gibt. Langfristig betrachtet, war das Personalwachstum in früheren Jahren viel höher: Es lag früher bei 5, 6 oder 7 Prozent heute sind es 2,1 Prozent.

Bezüglich der Dienstleistungen Dritter Hier wurden für 2014 die Vorgaben eingehalten. 2015 wird es aber – so sieht es zumindest der Finanzplan vor – eine Steigerung geben. Es ist aber selbstverständlich, dass diese Position für das Budget 2015 wieder genauer geprüft wird.

Der Fiskalertrag steigt 2014 um nur 1,2 Prozent. Hier spielt einerseits – wie vom Stawiko-Präsidenten erwähnt – die Steuergesetzrevision mit der letztmaligen Senkung der Unternehmenssteuer um ein Viertel Prozent, andererseits die wirtschaftlich schwierigere Lage eine Rolle. Letzteres hat auch BAK Basel in seiner Prognose dokumentiert: Vor einem Jahr ging man noch von rund 100 Millionen Franken mehr pro Jahr aus, jetzt aber geht man von einer tieferen Basis aus – und schreibt diese bis 2020 fort. Diese massive Korrektur erfolgte innerhalb eines halben Jahres. Man muss solche Zahlen zur Kenntnis nehmen, sich gleichzeitig aber auch bewusst sein, dass man einem langfristigen Horizont verpflichtet ist. Es wäre falsch, kurzfristig etwas zu ändern. Man muss die «Titanic» – um dieses Bild aufzunehmen – langfristig steuern und nicht mit Kehrtwendungen kurzfristig eingreifen. Es gibt dafür auch keine Notwendigkeit. Als der Finanzdirektor sein Amt antrat, hatte der Kanton Zug ein Eigenkapital von 200 Millionen Franken. Heute, zehn Jahre später, sind es 1200 Millionen bzw. 1,2 Milliarden Franken. In dieser Zeit hat niemand gefordert, die Ausgeglichenheit der Rechnung sei einzuhalten. Die Rechnung wurde massiv positiv überschritten, was den Aufbau des Eigenkapitals ermöglichte. Jetzt ist man in eher schwierigeren Jahren. BAK Basel sagt aber auch, man könne diese schwierigen Jahre überstehen, ohne substanzielle Korrekturen. Man muss aber die Aufwandseite im Auge behalten. Das ist genau die Absicht des Regierungsrats, und in diese Richtung zielt auch der Antrag, bei BAK Basel eine Studie in Auftrag zu geben: *Benchmarks* zu finden, um das Schiff langfristig so steuern zu können, dass die Zahlen wieder positiv werden. Der Finanzdirektor ist zuversichtlich, dass diese Kurve geschafft werden kann, auch wenn die Durststrecke vielleicht etwas länger sein wird als vor einem Jahr noch angenommen.

Zum Finanzertrag: Vor einigen Jahren hätten die liquiden Mittel von mehr als 1 Milliarde Franken mit den damaligen Zinsen substanzielle Zinserträge ergeben. Das ist momentan – wie alle wissen – nicht der Fall.

Zur Auflösung von Reserven: Im Budget 2013 wurde die Auflösung von Reserven im Umfang von 56,3 Millionen Franken vorgesehen. Das wäre auch für das Budget 2014 möglich gewesen und hätte das Defizit kaschieren können. Der Regierungsrat hat aber entschieden, transparent zu sein und keine Reserven aufzulösen. Das gilt auch für den ganzen Finanzplanhorizont – und das ist richtig so.

Die Investitionen sind 2014 nicht sehr hoch, im Zeithorizont aber steigend: bis 2017 628 Millionen Franken. Natürlich braucht es dazu noch viele Beschlüsse des Parlaments. Berücksichtigt sind die Investitionen, die nach heutigem Wissen ausgelöst werden müssen, wenn die entsprechenden Projekte realisiert werden sollen. Es sind Projekte, die entweder im Richtplan angedacht sind oder deren Bedarf von den Direktionen angemeldet wurde, seien es Schulen, Verwaltung oder Strassen. Der Finanzdirektor glaubt nicht, dass Luxusprojekte geplant werden, sondern Projekte mit einer guten Substanz realisiert werden sollen; das ist nachhaltig. Die Baudirektion und auch die anderen Direktionen sind jetzt, da die Situation etwas schlechter aussieht, natürlich bemüht, noch Reduktionen vornehmen zu können.

Schliesslich zur Finanzierungsprognose: Es wurde gesagt, dass solche Prognosen in der Privatwirtschaft zwei Mal pro Jahr überarbeitet werden. Dabei dürfte es sich allerdings nicht um Prognosen mit langfristigem Horizont handeln, sondern um eine Bestandesaufnahme zum laufenden Jahr, mit einem Ausblick ins nächste Jahr. Hier aber geht es um eine Prognose bis 2031, und das kann nur eine Richtschnur sein, die nicht für bare Münze genommen werden kann. Die Absicht des Regierungsrats ist es, die Prognosen einmal im Jahr fortzuschreiben, um einen Richtschnur zu haben.

Zu den Anträgen auf eine pauschale Kürzung um 5 Prozent: Der Finanzdirektor hat die Berichte der Stawiko-Delegationen zu den einzelnen Direktionen genau gelesen

und dort nirgends substanzielle Reduktionsmöglichkeiten gesehen. Wenn es so einfach wäre, die Budgets um 5 Prozent zu kürzen, müsste das in den Stawiko-Berichten manifest werden. Der Finanzdirektor erinnert sich gut an den einstimmig gefällten Beschluss des Parlaments, die Staatsaufgabenreform an die Hand zu nehmen, auch mit dem Ziel, Kürzungen in der Grössenordnung von bis zu 5 Prozent erreichen zu können. Die Regierung hat das intensiv an die Hand genommen, und am Schluss lag ein ganzer Ordner voll von Kürzungsvorschlägen vor. Aber schon bei den ersten Vorschlägen, die der Finanzdirektor dem Parlament unterbreitete, hiess es: Ja, schon sparen, aber nicht hier, sondern an einem anderen Ort. Am Schluss wurde die ganze Sparübung wieder versenkt – auch einstimmig, wenn sich der Finanzdirektor richtig erinnert. Eine pauschale Kürzung um 5 Prozent ist nicht realistisch, zumal es auch Verpflichtungen gibt, bei welchen nicht gekürzt werden kann. Wenn etwa die NFA-Zahlungen nicht geleistet werden, fällt beim Bund das Verrechnungskonto des Kantons Zug ins Minus – und es fallen Verzugszinsen an. Das bedeutet, dass die Kürzungen dort, wo korrigiert werden könnte, viel höher ausfallen und bei 10 oder 15 Prozent liegen würden. Bei einer Steuerfusssenkung von 82 auf 80 Prozent – wie von der SVP beantragt – fallen nochmals 16 Millionen Franken weg, das Defizit würde also um diese Summe höher. Der Finanzdirektor empfiehlt, diesen Anträgen nicht zu folgen.
Zu den Anträgen der Stawiko kann der Finanzdirektor jetzt schon sagen, dass der Regierungsrat auf die meisten eingeht. Hinsichtlich eines psychiatrischen Tagesambulatoriums wird der Regierungsrat mit einer Vorlage kommen. Die zwei Stellen für GEVER aber sind notwendig. Wenn man dort kürzt, hat man nicht gespart. Es kostet dann einfach mehr, weil die Software nicht benutzerfreundlich ist und die PCs lange Reaktionszeiten haben.
Der Finanzdirektor dankt für das Eintreten und bittet, in der Detailberatung den Anträgen des Regierungsrats zuzustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat das Budgetbuch gemäss der Institutionellen Gliederung durchgeht und am Schluss die Anträge des Regierungsrats behandelt. Er bittet bei Wortmeldungen um folgende Angaben:
• bei Wortmeldungen zu Kostenstellen *mit* Leistungsauftrag: Seite im Budgetbuch, Nummer und Name der Kostenstelle;
• bei Wortmeldungen zu Kostenstellen *ohne* Leistungsauftrag: Kostenstelle und zusätzliche Nennung der betroffenen Kontonummer.
Bei allfälligen Anträgen ist zu unterscheiden, ob es sich um eine Kostenstelle mit oder eine solche ohne Leistungsauftrag handelt. Es sind folgende Anträge möglich:

Bei Kostenstellen mit Leistungsauftrag:
• Antrag auf Ablehnung des Leistungsauftrags als Ganzes (§ 7 Abs. 5 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung [Organisationsgesetz] vom 29. Oktober 1998 [BGS 153.1]). Ein solcher Antrag ist ein Gegenantrag zum Antrag des Regierungsrats.
• Antrag auf Änderung (Erhöhung oder Senkung) des Globalbudgets der Laufenden Rechnung, also nur des Saldos (§ 7 Abs. 6 Organisationsgesetz). Ein solcher Antrag ist ein Gegenantrag zum Antrag des Regierungsrats.

• Antrag auf Änderung (Erhöhung oder Senkung) der Investitionsrechnung. Ein solcher Antrag ist ein Gegenantrag zum Antrag des Regierungsrats.
Gemäss § 7 Abs. 6 Organisationsgesetz gilt bei den Kostenstellen mit Leistungsauftrag bei Änderungen durch den Kantonsrat Folgendes:
• Verweigert der Kantonsrat die Genehmigung eines Leistungsauftrages als Ganzes, legt der Regierungsrat bis Ende Februar des Budgetjahrs einen revidierten Leistungsauftrag samt entsprechendem Globalbudget vor.
• Ändert der Kantonsrat das Globalbudget, kann der Regierungsrat bis Ende Februar des Budgetjahrs einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten, muss das aber nicht tun.

Bei Kostenstellen ohne Leistungsauftrag:
• Streichung einer Position;
• Erhöhung einer Position;
• Senkung einer Position.
Solche Anträge sind Gegenanträge zum Antrag des Regierungsrats.

Gesetzgebende Behörden

Kostenstelle 1000, Kantonsrat, ohne Leistungsauftrag (Budgetbuch Seite 39)

Philip C. Brunner stellt einleitend fest, dass der Finanzdirektor vorhin vom BAK Basel gesprochen hat, als ob das eine Behörde wäre, welche die Zukunft voraussagt. Das BAK Basel ist aber ein Institut, das im Auftrag des Kanton gewisse Prognosen abgibt. Das ist bei Weitem nicht die Wahrheit, und wie die Vergangenheit zeigt, hat das BAK Basel sich auch immer wieder kräftig geirrt.
Die SVP ist der Meinung, dass der Kantonsrat bei sich selber beginnen sollte, und stellt den **Antrag,** das Budget für die Kostenstelle 1000 um 5 Prozent zu kürzen. Wenn Sonntagspredigten über Sparen gehalten werden und die Regierung zum Sparen aufgefordert wird, geht der Kantonsrat am besten mit gutem Beispiel voran.

Für Finanzdirektor **Peter Hegglin** ist der Antrag zulässig. Ob er auch umgesetzt werden kann, ist hingegen fragwürdig, denn die Sitzungsgelder sind im Nebenamtsgesetz definiert. Die Kosten hängen von der Anzahl Kantonsrats- und Kommissionssitzungen ab. Dort müsste der Rat bremsen: weniger oder kürzere Sitzungen abhalten, weniger Stunden für die Vorbereitung der Vorlagen aufschreiben.
Der Finanzdirektor empfiehlt, den Kürzungsantrag abzulehnen, zumal das Sitzungshonorar sogar tiefer veranschlagt ist als im laufenden Jahr.

➔ Der Rat genehmigt mit 52 zu 16 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

Allgemeine Verwaltung *(Budgetbuch ab Seite 41)*

Philip C. Brunner stellt namens der SVP-Fraktion auch hier den **Antrag** auf eine globale Kürzung um 5 Prozent. Allein das Wachstum um 2,45 Stellen macht gemäss Anhang zum Stawiko-Bericht (Seite 14, Zeile 1) 6,61 Prozent aus. Die entsprechenden Leistungsaufträge sollen durch den Regierungsrat angepasst werden können, da die Anpassung im Einzelnen die Möglichkeiten des Parlaments übersteigen.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** hält Philip C. Brunner fest, dass sich der Kürzungsauftrag auf das Total von 11,69 Millionen Franken für die Allgemeine Ver-

waltung bezieht. Der Vorsitzende legt fest, dass über diesen Antrag am Schluss der Beratung des Teil «Allgemeinde Verwaltung» abgestimmt wird.

Kostenstelle 1126, Staatsarchiv, mit Leistungsauftrag (Budgetbuch Seite 46f.)

Gregor Kupper stellt namens der Stawiko den **Antrag,** das Globalbudget um 150'000 Franken zu kürzen. Die Stawiko-Delegation wurde informiert, dass GEVER eingeführt sein und der Personalaufwand dafür laufend abnehme. Die Kosten des in der Personalübersicht erwähnten zusätzlichen Archivars können daher mit der Reduktion bei GEVER kompensiert werden. Die Stawiko kann keine Personalstellen streichen, weshalb sie eine Reduktion des Globalbudgets beantragen muss. Der Stawiko-Antrag wurde mit 7 zu 6 Stimmen beschlossen.

Landammann **Beat Villiger** erinnert an die Aussage des Finanzdirektors, dass eine Streichung zu keiner Einsparung führen würde, weil der Betrieb von GEVER gewährleistet werden muss. Seines Erachtens liegt ein Missverständnis seitens der Stawiko vor. Das Projekt ist abgeschlossen, und es geht jetzt um den Betrieb. GEVER ist zentral und wichtig für die Verwaltung, und sein Betrieb muss funktionieren. Die Ausbreitung von GEVER ist noch nicht abgeschlossen. Heute gibt es 400 Benutzende, in den nächsten zwei, drei Jahre ist eine Ausweitung bis 800 Benutzende vorgesehen. Wenn der Betrieb nicht funktioniert und der Support nicht gewährleistet ist, ist das eine mittlere Katastrophe. Der Landammann bittet deshalb, im Interesse der gesamten Verwaltung dem Kürzungsantrag der Stawiko nicht zuzustimmen.

➔ Der Rat genehmigt mit 52 zu 20 Stimmen den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** nimmt zum letzten Mal zu den 5-Prozent-Kürzungsanträgen der SVP-Fraktion Stellung und empfiehlt dringend, diese nicht zu unterstützen. Diese pauschalen Anträge sind unseriös und nicht einfach auf die Schnelle umsetzbar. Es bräuchte Gesetzesänderungen, da es sich in vielen Fällen um gebundene Ausgaben handelt, also um Positionen, die der Regierungsrat nicht verändern kann. Das bedeutet, dass in gewissen Bereichen Kürzungen um 10 oder 15 Prozent vorgenommen werden müssten, was nicht machbar ist.
Der Weg führt über die langfristige Planung, die Finanzstrategie. Der Finanzdirektor hat im Übrigen nie BAK Basel als Behörde und dessen Prognosen als verbindlich bezeichnet; diese sind nur eine Richtschnur. Wenn der erwähnte *Benchmark* mal vorliegt, dann beginnt erst die Arbeit. Dann muss gewichtet und verglichen werden, und es müssen die richtigen Schlüssen gezogen werden.

Manuel Brandenberg verbittet sich, die SVP und ihre Kürzungsanträge als unseriös darzustellen. Die gebundenen Ausgaben machen nicht 95 Prozent aus, und es gibt mit Sicherheit mehr als 5 Prozent Spielraum. Die SVP ist nicht unseriös, sondern verantwortungsvoll.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Budget der Kostenstelle 11, Allgemeine Verwaltung, pauschal um 5 Prozent zu kürzen, mit 52 zu 17 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats (mit der oben beschlossenen Änderung).

Direktion des Innern *(Budgetbuch ab Seite 51)*

Philip C. Brunner stellt den **Antrag** der SVP-Fraktion auf Kürzung um pauschal 5 Prozent bei der Direktion des Innern. Er muss hier aber noch etwas in die Tiefe steigen. Er möchte nicht Direktor des Innern sein, mit einem solchen Kantonsrat und einer Kommission, welche in fahrlässiger Art und Weise das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz eingeführt haben. Gemäss Kommissionsbericht lehnte die Kommission den Antrag, vor der Beschlussfassung einen Abklärungsauftrag über die finanziellen Auswirkungen zu erteilen, mit 7 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung ab. Man hat damals von zehn Stellen gesprochen, und die Kosten, welche der Kommission vorgelegt wurden, lagen zwischen 2,3 und 3 Millionen Franken, je nach Organisationsform. Jetzt liegen sie bei 6,7 Millionen Franken. In der Stadt Zug hat die Vormundschaftsbehörde – mit einem Viertel aller Fälle im Kanton – 2012, in ihrem letzten Jahr, 800'000 Franken gekostet. Rechnet man das hoch, kommt man auf 3,2 Millionen Franken. Jetzt aber liegen die Kosten mehr als doppelt so hoch. Das ist nicht der Fehler der Direktorin des Innern, vielmehr hat man in Bern Gesetze verabschiedet, welche einen derartigen Betreuungsaufwand vorsehen. Der Votant erinnert sich an die Vertreterin einer Gemeinde – einer Nehmergemeinde *notabene* – die damals in der Kommission sagte, ihre Gemeinde könne sich keinen Juristen leisten. Und diese Gemeinde hat am letzten Wochenende ein 58-Millionen-Projekt durchgewinkt, mit ihrem Steueraufkommen und 10 Millionen Franken Nehmerbeitrag. So wird in diesem Kanton politisiert.
Es ist – wie gesagt – nicht der Fehler der Direktorin des Innern, dass die Kosten dieses neuen Amtes aus dem Ruder laufen. Der Kantonsrat muss sich künftig aber gut überlegen, welche Aufträge er der Regierung gibt. Der Regierungsrat wird nun sagen, es sei eine gebundene Ausgabe. Dann muss man eben die 5 Prozent finden, die nicht gebunden sind, und dort sparen.

Rainer Suter erinnert daran, dass an der Kantonsratssitzung vom 31. Oktober 2013 über die Gleichstellung diskutiert wurde. Er war etwas befremdet und überrascht von der Aussage von Regierungsrätin Manuela Weichelt, dass nach der Aufhebung der Gleichstellungskommission in verschiedenen Direktionen bereits wieder Sitzungen zu diesem Thema stattfanden, obwohl der Bund vom Kanton Zug eine einzige Stelle fordert. Wo sind die entsprechenden Kosten im Budget aufgeführt, und wie hoch sind sie? Der Votant dankt für die Beantwortung dieser Fragen.

Eusebius Spescha findet es ein wenig anstrengend, wenn Philip C. Brunner ans Pult tritt und in künstlicher Empörung über Gott und die Welt und dann auch noch über die Direktion des Innern herzieht, ohne sich etwas seriöser um die Sache zu kümmern. Da liegt es in der Freiheit des Rats, Anträge der SVP als unseriös zu bezeichnen – auch wenn die SVP daran keine Freude hat.
Bezüglich KESB haben nicht irgendwelche verantwortungslosen Personen – darunter im Übrigen auch SVP-Mitglieder – irgendein Gesetz beschlossen, damit die Kantone oder Gemeinden neue Aufwendungen haben. Es ging vielmehr darum, ein fast hundert Jahre altes Recht, das den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügte, *à jour* zu bringen. Im Vormundschaftsrecht, wie es früher hiess, und im heutigen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht geht es um Menschen, die in schwierigen Situationen sind, für welche die Gesellschaft Verantwortung übernehmen muss, die begleitet, betreut und unterstützt werden müssen, damit sich ihre Lebensumstände verbessern. Ob das heute tatsächlich teurer ist als früher, ist fraglich. Noch niemand hat nämlich die Aufwendungen *aller* damals Beteiligten – Einwohnergemeinde, Bürgergemeinde etc. – zusammengezählt und mit den aktuellen Kosten verglichen.

Und selbst wenn die Kosten höher liegen: Diese Menschen verdienen es, eine professionelle Behörde zu haben, welche die Situationen gut abklärt und gute Massnahmen trifft.
Es gibt Regionen in der Schweiz, in denen die Gemeinden sich ein halbes Jahr, bevor das neue Gesetz in Kraft trat, nicht mehr um die notwendigen Entscheide kümmerten. Dort war die KESB über Monate hinweg damit beschäftigt, alte Fälle aufzuarbeiten, welche die Gemeinden nicht mehr an die Hand genommen hatten. Das trug in diesen Regionen auch zur Kostensteigerung bei. Ob das auch im Kanton Zug so ist, weiss der Votant nicht. Er bittet aber darum, die KESB, die keinen einfachen Job hat, endlich in Ruhe arbeiten zu lassen.

Franz Peter Iten spricht zur Kostenstelle 1552 (Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz und legt zuerst seine Interessenbindung dar: Er betreut Klienten aus Entscheidungen von vormundschaftlichen Massnahmen, und als ehemaligem Sozialvorsteher der Gemeinde Unterägeri leuchten ihm beim Budget 2014 des genannten Amts rote Lampen auf.
Das Globalbudget des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz für das Jahr 2014 wurde um rund 2 Millionen Franken auf rund 6,74 Millionen Franken erhöht. Die Direktion des Innern begründet dies mit der Zurücksetzung des Budgets 2013 auf die Basis der Fallzahlen 2011, die anscheinend bei der Beurteilung des Budgets 2013 bei rund 970 Fälle lag, wobei aber eigentlich rund 1300 Fälle von den Gemeinden hätten übernommen werden müssen. Da stellen sich so oder so Fragen.
Der Votant erinnert daran, dass alle Vormundschaftsbehörden im Kanton Zug per 31. Dezember 2012 ihre Dossiers an die kantonale Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde übergaben. Die definitiven Fallzahlen waren eigentlich erst per 1. Januar 2013 vorhanden. Aber es stellen sich hier doch noch einige Fragen, die der Votant und weitere Kantonsrätinnen und -räte mit einem separaten politischen Vorstoss beantwortet haben möchten, beispielsweise:
• zur Entwicklung der Fallzahlen;
• zur Änderung des bisherigen Einjahresturnusses auf einen zweijährigen Turnus bei der Abgabe der Mandatsberichte inkl. Rechnung;
• zur Entschädigungen der Mandatsträger gemäss neuer «Verordnung über Entschädigungen und Spesenersatz bei Beistandschaften und Vormundschaften» vom 18. Dezember 2012 (Stand 1. Januar 2013), die sich um über 300 Prozent bei geringem Zeitaufwand (Entschädigungsstufe 1) erhöht haben, dies zulasten der Klienten bzw. des Staates;
• zum derzeitige Personalbestand von rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (die entsprechenden Pensen kennt der Votant nicht);
• zu den neuen beruflichen Anforderungen an die Mandatsträgerinnen und -träger;
• zur Informationspolitik des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz, die aus der Sicht der Mandatsträgerinnen und -träger einiges zu wünschen übrig lässt.
Der Votant stellt keinen Antrag, weder auf Erhöhung noch Reduktion des Globalbudgets. Er erwartet heute auch keine Stellungnahme bzw. Antwort auf seine Feststellungen und Fragen; dies wird im Rahmen des in nächster Zeit eingereichten Vorstosses der Fall sein. Der Votant weist einfach darauf hin, dass die neue Form der Vormundschaftsbehörde nicht zu befriedigen vermag, dies zulasten der Klienten.

Pirmin Frei spricht ebenfalls zur Kostenstelle 1552 und erinnert daran, dass der Kantonsrat vor einem Jahr auf Antrag des Votanten hin das Budget 2013 im Bereich Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) kürzte. Jetzt ist eine Budgeterhöhung von rund 2 Millionen Franken vorgesehen. Der Votant stellt heute keinen Antrag, erlaubt sich aber eine emotionslose Bemerkung.

Im August dieses Jahres traf er sich mit der Direktorin des Innern und der Amtsleiterin der KESB, Gabriella Zlauwinen. Er wurde über den Stand der Aufbauarbeiten des neuen Amtes sowie der Überführung der Dossiers, über die wichtigsten Probleme und über die Aussichten informiert. Das Gespräch war informativ und konstruktiv. Der Kantonsrat wird – so viel vorweg – im nächsten Frühling zur Kenntnis nehmen müssen, dass seine Budgetvorgaben für 2013 nicht eingehalten wurden. Das Beispiel KESB ist ein eindrücklicher Beleg für ein politisches Naturgesetz, nämlich das «Gesetz der sich aufblähenden Verwaltung». Es ist an Folgendes zu erinnern:

1. Der Bund hat den Kantonen bzw. den Vormundschaftsbehörden eine Anzahl neuer Aufgaben auferlegt und verlangt seit 2013 eine Fachbehörde für alle vormundschaftlichen Entscheide, mit den entsprechenden Kostenfolgen auch für den Kanton Zug.
2. Der Kantonsrat wurde im Vorfeld des KESB-Beschlusses mit unvollständigen Daten zu den aktuellen Fallzahlen bedient. Wer die Schuld dafür trägt, soll offen gelassen werden.
3. Der Kantonsrat hat von der Regierung in der KESB-Vorlage von 2011 Kostenprognosen bis und mit 2013 erhalten, weitergehende nicht.
4. Den Aufwandschätzungen pro Fall werden die SOKES-Richtlinien zugrunde gelegt, die von den KESB-Organisationen – also quasi *pro domo* – definiert worden sind.
5. Die vom Kantonsrat beschlossene Zentralisierung des Vormundschaftswesens trug im Wesentlichen den Wünschen der Gemeinden Rechnung, die damit eine unangenehme Aufgabe elegant dem Kanton zuschieben konnten.

Heute entscheidet der Kantonsrat über das Budget 2014 des Kantons; in diesen Tagen wird aber auch über die Budgets der Gemeinden beschlossen. Um das «Naturgesetz der sich aufblähenden Verwaltung» belegen zu können, müssen korrekterweise beide Ebenen – Kanton und Gemeinde – betrachtet werden. Dabei stellt man fest:

1. Die Direktion des Innern geht auf Seite 78 des Budgetbuchs aufgrund der Erfahrungen aus den vergangenen Jahren von einem Fallzuwachs von 8 bis 12 Prozent aus. Einen Hinweis auf eine solche Zuwachsrate hat der Votant, der selber in der vorberatenden Kommission war, in den KESB-Unterlagen vergeblich gesucht. Die Zuger Bevölkerung ist in den letzten Jahren lediglich um 1 bis 1,5 Prozent pro Jahr gewachsen, und es wäre zu erwarten gewesen, dass die Fallzuwachsraten etwa dem Bevölkerungswachstum entsprechen würden.
2. Gemäss regierungsrätlichem Bericht musste die KESB von den Gemeinden, welche die Zentralisierung am lautesten gefordert hatten, 1308 Fälle übernehmen: Das sind über 300 Fälle mehr, als die Gemeinden ursprünglich dem Kanton gemeldet hatten. Wer haftet für ein solchermassen falsches *Reporting*? Die Gemeinden? Oder allenfalls die Kantonsräte, die blauäugig den Zahlen der Gemeinden glaubten?
3. Auf der Homepage der KESB findet man heute die Namen eines mittlerweile vierzigköpfigen Teams. Zwar fehlen Angaben zu den Pensen. Arbeitsplatzkosten fallen aber alleweil an. Beim Zentralisierungsbeschluss 2012 ging der Rat – auch daran sei nochmals erinnert – von 25 Personen für Behörde und Mandatsführung aus.
4. Betrachtet man die aktuellen Budgets in den Gemeinden, so lässt sich in den meisten Gemeinden feststellen, dass die früheren Pensen für das Vormundschaftswesen bei den jeweiligen Sozialabteilungen nicht vollständig abgebaut wurden. Man fand dort neue, wichtige Aufgaben – selbstverständlich ohne den Souverän zu fragen, ob er diese Aufgaben ebenfalls als wichtig beurteilt.

Das Fazit lautet wie folgt:
1. Der Bundesgesetzgeber beschliesst etwas, das für die Kantone erhebliche Kostenfolgen hat. «Bundesgesetzgeber» tönt so anonym, hat aber einen Namen: unter anderem auch SVP-Nationalrat Marcel Scherer.
2. Der Kantonsrat muss sich auf die Zahlen der Verwaltung verlassen, kann das aber, wie das Beispiel KESB zeigt, offensichtlich nicht immer.
3. Die Gemeinden nehmen erheblich und zum Teil unlauter Einfluss auf kantonale Entscheide, ohne dass sie dafür später zur Rechenschaft gezogen werden können.
4. Einmal beschlossen, bewilligt der Kantonsrat Budgets aufgrund von Prognosen, die er realistischerweise nicht überprüfen kann; er muss sie einfach glauben.
Resultat von alledem sind anhaltend steigende öffentliche Ausgaben, namentlich im Personalbereich, eben entsprechend dem «Naturgesetz der sich aufblähenden Verwaltung». Soll der Kantonsrat dagegen kämpfen, oder soll er versuchen, damit zu leben? Letztlich muss das jedes Ratsmitglied für sich selber entscheiden. Der Votant hat für sich entschieden dagegen zu kämpfen, nicht wild und nicht blind – die Ressourcen eines Milizpolitikers sind begrenzt –, aber indem er noch deutlich kritischer als bisher Vorlagen prüfen und sie auch ablehnen wird. Alles andere im Rahmen der Budgetdebatte ist – wie vom Vorredner gesagt – unseriös; es wäre so, wie wenn man mit der Familie zur Kilbi gehen und dann sagen würde: «Jetzt sind wir zwar auf dem Kilbiplatz, aber wir gehen nicht auf die Bahnen.» So kann man seine Verantwortung nicht wahrnehmen. Der Votant kann allen im Saal inkl. Regierung nur raten, es ihm gleich zu tun, wenn man nicht eines Tages tatsächlich über strukturelle Defizite diskutieren will.

Andreas Hürlimann: Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz wächst, und der Fallzuwachs ist in der Tat hoch. Das ist aber nicht ein Zuger Phänomen, vielmehr ist die ganze Schweiz von einem Fallzuwachs betroffen. Man soll also nicht so tun, also ob hier etwas Zug-Spezifisches vorläge und hier in der Aufbauarbeit geschlampt worden wäre. Fakt ist:
• Es gibt ein neues Gesetz und neue Aufgaben.
• Daraus sind Kostenfolgen entstanden, die höher sind, als erwartet wurde.
• Die von den Gemeinden gemeldeten Fallzahlen waren unvollständig.
Es ist hier vieles nicht optimal gelaufen. Dass die betreffenden Stellen in den Gemeinden neue Aufgaben erhielten, ist nicht ein Problem des Kantonsrats, sondern muss in den Gemeinden genauer angeschaut werden; dort können demnächst in den Budgetgemeinden entsprechende Anträge gestellt werden.
Auch in der Stawiko wurde intensiv über die KESB diskutiert, und die Direktorin des Innern hat dort Fragen beantwortet. Man soll jetzt nicht die KESB in der Aufbauarbeit torpedieren und mit weiteren Vorstössen Zusatzrunden einläuten. Das ist nicht zielführend. Das Amt soll die Aufbauarbeit machen können, und danach ist auf eine Konsolidierung zu hoffen. Jeder hofft, dass die Fallzahlen nicht hoch bleiben, sondern zurückgehen. Es bringt nichts, auf dieses Amt einzuschlagen und zu hoffen, dass irgendetwas an der Direktorin des Innern hängenbleibt.

Für **Thomas Werner** ist man jetzt genau beim Problem. Er hat zwei gute Voten von Seiten der CVP gehört: Man macht Lärm, kündet wie schon letztes Jahr Vorstösse an – und verschiebt alles wieder auf das nächste Jahr. Kommen Sparvorschläge, heisst es: «Ja, aber nicht global, sondern in einzelnen Positionen.» Und will man dann bei einzelnen Positionen sparen, heisst es, das seien gebundene Ausgaben, hier könne man nicht sparen. So kommt man nie zum Ziel. Man soll deshalb den Mitgliedern des Regierungsrats vertrauen und deren Budget pauschal um je 5 Prozent kürzen.

Markus Jans präsidierte damals die vorberatende Kommission für die KESB. Philip C. Brunner hat gesagt, dass der Regierungsrat damals zehn Stellen beantragte, was der Kantonsrat auch genehmigt habe. Tatsache ist, dass für die Fachbehörden sechzehn und für die Mandatsführung zehn Stellen beantragt wurden, zusammen also 26 Stellen. Heute ist man sechs Stellen höher. Es war schon letztes Jahr bekannt, dass ungefähr in dieser Grössenordnung neue Stellen geschafft werden müssen, weil die Gemeinden zu wenig Mandate angemeldet hatten, was nicht vorhersehbar war. Der Votant bittet zumindest um Kenntnisnahme dieser Tatsachen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält zum Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz fest, dass die Prognosen für 2010 für die Gemeinden schwierig waren. Das neue Recht wurde in den Gemeinden nie angewendet, so dass die Gemeinden nie wirklich sagen konnten, welche Kostenauswirkungen dieses haben werde. Der Aussage, die entsprechenden Stellen in den Gemeinden seien nicht abgebaut worden, muss die Direktorin des Innern widersprechen: Die Stadt Zug hat die Stellen und die betreffende Abteilung sicher abgebaut, auch hat der Kanton entsprechendes Personal von den Gemeinden übernommen. Es hat also sicher ein Abbau stattgefunden.
Die Gefährdungsmeldungen haben nicht nur im Kanton Zug, sondern auch in den anderen Kantonen massiv zugenommen. Im Kanton Zug waren es bisher im Jahr 2013 gegen 400 Gefährdungsmeldungen; im Durchschnitt gehen pro Tag also rund 2 Gefährdungsmeldungen ein. Berichte und Rechnungen von Mandatstragenden mussten bisher – geprüft wird für 2012 – noch jährlich gemacht werden. Ab nächstem Jahr ist vorgesehen, diese nur noch zweijährlich zu machen. Die Regierung hatte für die Prüfung und Revision der Berichte und Rechnungen eine 90-Prozent-Stelle geplant, was bei gegen 1000 Dossiers aber schlichtweg nicht genügte. Die KESB hat jetzt dann gegen die Hälfte der Berichte revidiert und abgenommen. Die Direktorin des Innern bittet, die beantragte generelle Kürzung um 5 Prozent abzulehnen.
Bezüglich Gleichstellung gibt es bekanntlich einen Bundesgerichtsentscheid, wonach der Kanton Zug nicht nichts machen kann, es aber ihm überlassen ist, was er zur Umsetzung der Gleichstellung tun will. Der Regierungsrat hat der Direktion des Innern 80'000 Franken bewilligt und den Auftrag erteilt, ein entsprechendes Gesetz vorzulegen. Diese Auslagen sind beim Direktionssekretariat budgetiert.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Budget der Direktion des Innern pauschal um 5 Prozent zu kürzen, mit 49 zu 20 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

Direktion für Bildung und Kultur *(Budgetbuch ab Seite 85)*

Gregor Kupper stellt namens der Stawiko zwei **Anträge** zum Budget der Direktion für Bildung und Kultur:
• Kostenstelle 1736, Fachmittelschule Zug (Budgetbuch Seite 100): Hier liegt ein Missverständnis zwischen Fachmittelschule und Personalamt vor. Das Globalbudget kann nach Rücksprache der Stawiko-Delegation mit der Fachmittelschule um 180'000 Franken gekürzt werden. Die Stawiko beantragt diese Kürzung einstimmig.
• Kostenstelle 1790, Amt für Kultur (Budgetbuch Seite 119f.): Der Regierungsrat will den Beitrag an die Zuger Kunstgesellschaft um 157'000 Franken erhöhen, weil die Stadt Zug infolge ihrer Sparmassnahmen ihren Beitrag nicht erhöhen werde, obwohl die Kosten des Kunsthauses ansteigen werden. Die Stawiko ist nicht bereit,

höhere Beiträge zu leisten, weil die Stadt sparen muss. Es fehlt eine Rechtsgrundlage, wonach der Kanton städtische Beiträge übernehmen muss oder kann. Zudem wirkt ein solches Vorgehen präjudizierend. Das will die Stawiko von allem Anfang an nicht. Sie beantragt mit 10 zu 3 Stimmen die Kürzung des Globalbudgets des Amts für Kultur um 157'000 Franken.

Urs Raschle legt seine Interessenbindung in diesem Punkt vor: Er arbeitet als Geschäftsführer von Zug Tourismus sehr eng mit dem Kunsthaus Zug zusammen. Er macht beliebt, die beantragte Streichung des Betrags für das Kunsthaus nicht vorzunehmen. Dadurch würde nämlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.
Das Kunsthaus Zug gehört zu den renommiertesten Kunstmuseen der Schweiz und überrascht immer wieder mit attraktiven und qualitativ hochwertigen Ausstellungen, so in Bälde wieder mit einer Ausstellung eines britischen Künstlers, welche die wertvolle Sammlung Kamm mit einbezieht. Diese Sammlung ist für das Kunsthaus eine grosse Chance, erhält es dadurch doch immer wieder die Gelegenheit, Werke an ausländische Museen auszuleihen und als Gegenleistungen selber bekannte Werke aus der halben Welt zu bekommen.
Doch Kunst und Kultur sind nicht kostenlos zu haben, und Qualität hat ihren Preis. Deshalb unterstützen die Gemeinden sowie Stadt und Kanton Zug das Haus seit geraumer Zeit. Um den nächsten und in Hinblick auf ein neues Kunsthaus wichtigen Schritt zu tun, braucht es mehr finanzielle Mittel. Es hat diese mit den erwähnten Partnern bereits besprochen. Der Kanton ist demnach bereit, einen zusätzlichen Beitrag von 129'000 Franken zu leisten. Gewisse Gemeinden sind ebenfalls bereit, einen höheren Beitrag zu leisten, andere weniger. In der Stadt Zug präsentiert sich die Sache so, dass die Stadt bereits einen grossen Teil bezahlt, eine Erhöhung aber an die Urne bringen müsste, weil das Stadtparlament nicht selber darüber entscheiden kann. Es geht um einen Betrag von 28'000 Franken, welcher vom Kanton anstelle der Gemeinden übernommen wird.
Der Votant gibt zu, dass dieses Vorgehen etwas speziell ist. Aber den Sack zu schlagen und den Esel zu meinen, scheint ihm beim Kunsthaus Zug der falsche Weg zu sein. Er plädiert deshalb dafür, den budgetierten Betrag von 157'000 Franken im Budget zu belassen. Für den Fall, dass dies nicht gutgeheissen wird, stellt er den folgenden **Eventualantrag:** «Der Kanton Zug übernimmt den vertraglich vereinbarten Betrag von 129'000 Franken.» Damit würde der anstelle der Gemeinden übernommene Betrag von 28'000 Franken gestrichen.

Philip C. Brunner teilt mit, dass die SVP-Fraktion die zwei Anträge der Stawiko grossmehrheitlich unterstützt. Zusätzlich stellt er den **Antrag,** das Budget der Direktion für Bildung und Kultur pauschal um 5 Prozent zu kürzen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass er mit der Kürzung bei der Fachmittelschule einverstanden ist. Die pauschalen Kürzungsanträge um 5 Prozent lehnt auch er generell ab.
Der Sachverhalt beim Kunsthaus ist im Stawiko-Bericht etwas verkürzt dargestellt. Es geht tatsächlich darum, das Kind jetzt nicht mit dem Bade auszuschütten. Zug soll ein neues Kunsthaus bekommen, unter anderem damit die Sammlung Kamm mit der Wiener Moderne adäquat ausgestellt werden kann. Die Realisierung eines neuen Kunsthauses auf dem Areal des ehemaligen Kantonsspitals ist ein Legislaturziel des Regierungsrats. Deshalb hat der entsprechende Leistungsauftrag auf Seite 120 des Budgetbuchs die Bezeichnung «L10»; «L» steht für «Legislaturziel». Das Kunsthaus hat auch Eingang in den behördenverbindlichen Richtplan gefunden: Im gleichen Kapitel 9.2.1, in dem der Kantonsrat vor einem Monat die Mittel-

schulstandorte neu festgesetzt hat, steht zwischen den Schulstandorten Menzingen und Röhrliberg-Cham «Neubau Kunsthaus, Areal des alten Kantonsspitals». Es gab seinerzeit dazu eine separate Kantonsratsvorlage (Vorlage 2031), in welcher in der gebotenen Kürze auch ausgeführt wurde, dass davon auszugehen ist, dass die jährlichen Betriebskosten des Kunsthauses von 2,2 auf 3 Millionen Franken, also um rund ein Drittel, ansteigen werden. Man hat deshalb seinerzeit auch ein Betriebskonzept ausgearbeitet. Darin wurde vorgesehen, den Aufbau der notwendigen Kompetenzen sukzessive vorzunehmen. Für die Jahre 2014–2017 ist der Aufbau in den Bereichen Restaurierung sowie Sponsoring, Kommunikation und Marketing vorgesehen. Dieses Konzept der Kunsthauses wurde bereits in den Vereinbarungen für die Betriebsphasen 2006–2009 mit den Subventionsgebern – in erster Linie die Stadt Zug und der Kanton – vorbesprochen und war 2007 unangefochten ein wichtiger Baustein in der Museumsplanung in Hinblick auf ein zukünftiges neues Kunsthaus. Bei den Verhandlungen für die Betriebsphase 2014–2017 wurden vom Kunsthaus Abstriche eingefordert, insbesondere im Bereich der Personalentwicklung. Wegen der akuten Sparbemühungen der Stadt Zug musste der Aufbau der genannten Kompetenzen reduziert und zurückgestellt werden. Die Stadt wird in der nächsten Betriebsphase gleichviel wie bisher bezahlen und kann nicht wie vorgesehen ihre Beiträge erhöhen. Die Frage war nun, ob nun wenigstens der Kanton dem Kunsthaus die geplanten Erhöhungen seines Anteils zusprechen solle. Dafür spricht, dass der schrittweise Aufbau einem überhasteten Vorgehen vorzuziehen ist. Dafür spricht auch, dass der Kanton für die Gemeinden und deren Institutionen ein verlässlicher Partner bleiben will, auch und gerade im Kulturbereich.
Die Sparbemühungen der Stadt Zug stehen auch in Zusammenhang mit der Diskussion über Zentrumslasten und ZFA. Dazu formulierte der Bildungsdirektor gegenüber den Stadt- und Gemeindepräsidenten die Erwartung des Kantons, dass die Gemeinden in der nächsten Betriebsphase wieder mitziehen werden; die einseitige Gewährung des geplanten Anstiegs durch den Kanton sei insofern eine *temporäre* Lastenverschiebung hin zum Kanton. Diese Einschätzung haben die Stadt- und Gemeindepräsidenten bestätigt.
Zusammenfassend: Mit dem neuen Kunsthaus werden die Betriebskosten um ca. ein Drittel steigen. Die Betriebskosten werden massgeblich durch die öffentliche Hand getragen. Zusätzlich werden durch das Kunsthaus Drittmittel eingeworben, im engeren Betrieb rund 40 Prozent, bei Ausstellungen über 80 Prozent. Es gibt deshalb eine langfristige Strategie von Kanton und Gemeinden, die Beiträge den steigenden Betriebskosten sukzessive anzupassen. Die Stadt Zug muss aus Spargründen auf die geplante Erhöhung verzichten, sie zahlt jedoch *nicht* weniger als in den letzten Jahren. Das Kunsthaus hat in der Folge den Aufbau reduziert, vor allem im Personalbereich. Der Kanton will, wie schon lange geplant, seinen Beitrag erhöhen, um ein langfristig verlässlicher Partner zu bleiben und um das Kunsthaus nicht noch zusätzlich abzustrafen, auch angesichts der dort geleisteten guten Arbeit. Die Erwartung ist, dass die Stadt und die Gemeinden in der nächsten Betriebsphase für den Betrieb wieder mitziehen werden. Der Bildungsdirektor bittet deshalb, das Budget des Amts für Kultur wie vom Regierungsrat vorgeschlagen zu genehmigen.

Philip C. Brunner hat gehört, dass der Bildungsdirektor die Sparbemühungen der Stadt zur Kenntnis nimmt. In der Vorlage 2283 beantragt der Stadtrat einen gleichbleibenden Beitrag von 460'000 Franken plus 30'000 Franken für die Kunstvermittlung, insgesamt also 490'000 Franken. Dieser Antrag steht im Moment aber noch zur Diskussion, und das Stadtparlament wird im Januar darüber befinden. Es ist also nicht so, dass dieser Beitrag bereits gesprochen ist. Nachdem die Stadt bei

verschiedenen kleineren und grösseren Kunstinstitutionen wie beispielsweise der Chollerhalle bereits über 2 Millionen Franken eingespart hat, sieht ein Grossteil des Parlaments – wie der Votant aus verschiedenen Gesprächen weiss – nicht ein, dass das Kunsthaus ungeschoren aus dieser Sparübung hervorgehen soll.
Natürlich geht es hier im Kantonsrat nicht um Gemeindepolitik, der Votant muss aber darauf aufmerksam machen, dass der Beitrag der Stadt Zug noch keineswegs feststeht. Wenn man im gleichen Schnitt sparen muss wie beispielsweise beim Casino, bei dem der Beitrag um 200'000 Franken gekürzt wurde, dann kann sich der Votant nicht vorstellen, dass die beantragten 490'000 Franken für die Jahre 2014–2017 im Grossen Gemeinderat ohne jegliche Kürzung durchgehen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Regierung bei der Kostenstelle 1736, Fachmittelschule Zug, dem Stawiko-Antrag anschliesst. Deshalb erübrigt sich eine Abstimmung dazu.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag der Staatswirtschaftskommission, bei der Kostenstelle 1736, Fachmittelschule Zug, das Globalbudget um 180'000 Franken zu reduzieren.

Der Vorsitzende hält fest, dass bei der Kostenstelle 1790, Amt für Kultur, drei Anträge vorliegen:
• Antrag des Regierungsrats;
• Antrag der Stawiko: Reduktion des Globalbudgets um 157'000 Franken;
• Antrag von Urs Raschle: Kürzung des Globalbudgets um 28'000 Franken.
Er schlägt vor, zuerst den Stawiko-Antrag dem Antrag Raschle gegenüberzustellen und den obsiegenden Antrag dann dem Antrag der Regierung gegenüberzustellen. Zuletzt folgt die Abstimmung über den Antrag auf pauschale Kürzung um 5 Prozent, welcher sich auf das Budget der Gesamtdirektion bezieht.

Heini Schmid fragt nach, ob die drei Anträge zur Kostenstelle 1790 nicht gleichwertig seien.

Landschreiber **Tobias Moser** erklärt, dass es in einer ersten Abstimmung darum geht, ob der Rat eine Kürzung will oder nicht und in welcher Höhe. Falls ja, muss in einem zweiten Schritt das gekürzte Budget dem Antrag des Regierungsrats gegenübergestellt werden. Auch der Landschreiber war im ersten Moment versucht, eine Dreifachabstimmung vorzulegen. Dann könnte der Rat aber seinen Willen darüber nicht ausdrücken, welche Höhe eine allfällige Kürzung haben soll. Dieses Vorgehen ist konform mit § 61 der Geschäftsordnung.

➔ Der Rat folgt mit 46 zu 23 Stimmen dem Antrag, bei der Kostenstelle 1790, Amt für Kultur, das Globalbudget um *157'000 Franken* zu reduzieren.

➔ Der Rat lehnt mit 41 zu 22 Stimmen den Antrag des Regierungsrats zur Kostenstelle 1790, Amt für Kultur, ab und genehmigt das um 157'000 Franken reduzierte Globalbudget für diese Kostenstelle.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Budget der Direktion für Bildung und Kultur pauschal um 5 Prozent zu kürzen, mit 52 zu 17 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats (mit den zwei oben beschlossenen Änderungen).

Volkswirtschaftsdirektion *(Budgetbuch ab Seite 123)*

Philip C. Brunner spricht der Volkswirtschaftsdirektion ein ehrlich gemeintes Kompliment aus: Sie ist diejenige Direktion, welche mit 1,4 Stellen oder 0,43 Prozent das geringste Stellenwachstum hat. Trotzdem stellt er im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag** auf pauschale Kürzung des Budgets der Direktion um 5 Prozent. Die SVP hat eine Motion eingereicht, die sich auch an die Volkswirtschaftsdirektion richtet und zum Ziel hat, Ämter zusammenzufassen, auch um Kosten zu sparen.

➔ Der Rat genehmigt mit 48 zu 16 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und lehnt damit den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion ab.

Baudirektion *(Budgetbuch ab Seite 179)*

Andreas Hausheer stellt den **Antrag,** das Globalbudget der Kostenstelle 3060, Hochbauamt, um 300'000 Franken zu reduzieren. Die Begründung dafür hat er schon in seinem Eintretensvotum gegeben. Er sieht nicht ein, dass neue Aufgaben zu bewältigen seien. Die Nachführung der Infrastruktur hat mit dem generellen Wachstum zu tun. Auch mit der Reduktion gibt es noch immer 2,2 zusätzliche Stellen beim Hochbauamt.

Philip C. Brunner stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** das Budget der Baudirektion pauschal um 5 Prozent zu kürzen. Die Baudirektion hat acht zusätzliche Stellen beantragt, was ungefähr diesen 5 Prozent entspricht. Der Baudirektor hat sich in der Fraktionssitzung heftig gegen diesen Antrag gewehrt, die Fraktion aber bleibt bei ihrem Antrag.

Manuel Brandenberg findet den Antrag des CVP-Fraktionspräsidenten sehr willkürlich und auch etwas unseriös. Es ist nicht gut, einfach ein Amt auszuwählen und dessen Budget zu kürzen. Der Votant wird den Antrag ablehnen.

Baudirektor **Heinz Tännler** äussert sich nicht zum Antrag auf pauschale Kürzung um 5 Prozent, wohl aber zum Antrag von Andreas Hausheer. Dieser betrifft letztlich die Abteilung Planung und Bau, die heute mit drei Stellen dotiert ist. Die Aussage, die beantragte Erhöhung gehe mit dem generellen Wachstum einher und es seien keine weiteren Stellen nötig, stimmt so nicht.
Es gibt Infrastrukturprojekte, die – mit entsprechender Priorisierung – nach wie vor bearbeitet werden. Als Beispiel sei das Projekt «Fokus» und dort insbesondere das ZVB-Logistikzentrum genannt. Heute muss die Aufarbeitung der detaillierten Unterlagen für Jurysitzungen, Lenkungsausschüsse etc. extern in Auftrag gegeben werden, was über 200'000 Franken kostet. Diese Kosten sollen eingedämmt werden, indem die Abteilung Planung und Bau etwas aufgestockt wird, damit nicht Drittaufträge ausgelöst werden müssen, die unter dem Strich teurer sind. Auch die Hochbaukommission hat die Baudirektion mit entsprechenden Abklärungen beauftragt; auch sie hatte das Gefühl, man sollte mehr intern abwickeln können. Der Baudirektor bittet deshalb, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag, bei der Kostenstelle 3060, Hochbauamt, das Globalbudget um 300'000 Franken zu reduzieren, mit 50 zu 7 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Budget der Baudirektion pauschal um 5 Prozent zu kürzen, mit 41 zu 22 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

Sicherheitsdirektion *(Budgetbuch ab Seite 219)*

Philip C. Brunner stellt namens der SVP-Fraktion um den **Antrag** auf pauschale Kürzung des Budgets der Sicherheitsdirektion um 5 Prozent. Die Sicherheitsdirektion ist mit 414 Leuten eine riesige Direktion, grösser als die gesamte Verwaltung der Stadt Zug und fast ebenso gross wie die Verwaltung plus Lehrerschaft in der Stadt Zug. Und dieser Sicherheitsapparat soll nochmals um 8,2 Stellen ausgebaut werden. Natürlich ist der Kantonsrat mitverantwortlich, hat er doch in letzter Zeit verschiedene Gesetze im Bereich der Sicherheitsdirektion verabschiedet. Es würde auch am Kantonsrat liegen, vorgängig Stellen nicht zu bewilligen, beispielsweise die zwei Stellen in Zusammenhang mit dem neuen Videogesetz, die im Voraus angekündigt wurden.

Thomas Lötscher wendet sich an Philip C. Brunner und weist ihn auf die einmalige Chance hin, ganz im Alleingang für den Kanton Geld zu sparen. Wenn Philip C. Brunner nicht mehr bei jedem Traktandum ein bis drei Mal ans Mikrofon treten würde, sondern nur noch bei jedem zweiten Traktandum jeweils einmal – was immer noch üppig wäre –, und sich beim Einreichen von Vorstössen auf das Wesentliche beschränken würde, könnte wahrscheinlich eine Kantonsratssitzung pro Jahr eingespart werden, was gemäss Finanzdirektor rund 20'000 Franken ausmachen würde. Eine nennenswerte Qualitätseinbusse wäre nicht zu befürchten. Oder frei nach Goethe: «Der Worte sind genug gewechselt, lass uns endlich Taten sehen.»

Manuel Brandenberg erinnert Thomas Lötscher daran, dass dieser auch nicht zu denjenigen gehört, die besonders selten nach vorne schreiten – mit bitterer, manchmal sehr ernster und würdevoller Miene –, um dem Rat irgendetwas zu erzählen. Thomas Lötscher sollte also vorsichtig sein mit persönlichen Angriffen. Im Übrigen spricht Philip C. Brunner heute nicht für sich selbst, sondern im Namen der SVP-Fraktion. Der Rat sollte nicht unter der Gürtellinie politisieren, auch nicht dann, wenn er Phantasien über Hunde hat, die gerade das Bein heben.

Der **Vorsitzende** bittet, sich auf das Budget zu beschränken und persönliche Äusserungen in den Pausen direkt an die betreffenden Ratkollegen zu richten.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Budget der Sicherheitsdirektion pauschal um 5 Prozent zu kürzen, mit 54 zu 16 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

Gesundheitsdirektion *(Budgetbuch ab Seite 255)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko für die Kostenstelle 4070, Ambulante Psychiatrische Dienste, den Antrag stellt, die Zielsetzungen C und G sowie sämtliche Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit dem Aufbau eines psychiatrischen Tagesambulatoriums auszusetzen. Für Einzelheiten verweist er auf den schriftlich präzisierten Antrag. Verfahrensrechtlich stellen die Begehren der Stawiko eine Einheit dar.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** erläutert, dass die Gesundheitsdirektion im nächsten Jahr ein psychiatrisches Tagesambulatorium einrichten will. Die Regierung vertritt die Meinung, dass § 51 des Gesundheitsgesetzes ausreiche, um das Ambulatoium im Sinne einer gebundenen Ausgabe via Budget zu realisieren. Die Stawiko schliesst sich dieser Meinung nicht an. Es handelt sich um eine neue Ausgabe gemäss § 25 des Finanzhaushaltgesetzes. Die Stawiko ist klar der Meinung, dass dafür eine Ergänzung des Gesundheitsgesetzes und eine Vorlage an den Kantonsrat erforderlich sind. Der neue Aufwand wird im Budget nicht transparent dargestellt, weil er sich über mehrere Ämter verteilt. Die Stawiko will hier klare Informationen und ist nicht bereit, die mit dem Ambulatorium zusammenhängenden Budgetposten freizugeben. Sie stellt einstimmig den **Antrag,** die Zielsetzungen C und G der Ambulanten Psychiatrischen Dienste und alle damit zusammenhängenden Aufwand- und Ertragspositionen auszusetzen. Die budgetierten Beträge dürfen erst dann beansprucht werden, wenn sie vom Kantonsrat mit einem separaten Beschluss genehmigt wurden.

Philip C. Brunner teilt mit, dass die SVP-Fraktion den Antrag der Stawiko unterstützt. Die SVP stellt auch hier den **Antrag** auf pauschale Kürzung um 5 Prozent. Sie stellt fest, dass in bestimmten Bereichen der Gesundheitsdirektion gespart wird. Bei den Spitälern beispielsweise wurden 4 Prozent, nämlich 3,647 Millionen Franken, eingespart. Dank dieser Einsparung ist die Gesundheitsdirektion die einzige Direktion, die ein besseres Ergebnis als im Budget 2013 vorlegt. Das ist lobenswert. Weniger lobenswert ist allerdings die Entwicklung beim Direktionssekretariat. Während die Rechnung 2012 noch Ausgaben von 23 Millionen Franken auswies, werden es fünf Jahre später gegen 29,56 Millionen Franken, also 7 Millionen Franken mehr sein. Auch dieses Amt muss unbedingt zurückgebunden werden.
Was die Reduktion um 5 Prozent betrifft, sei zuhanden der FDP-Fraktion erwähnt, dass der Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, Valentin Vogt, dem Votanten kürzlich im Gespräch sagte, dass jeder Betrieb locker 5 Prozent einsparen könne. Da redet wohl niemand von Unseriosität. Die schweizerische Exportindustrie hat in den letzten Jahren 33 Prozent Währungsverschlechterung gehabt, was in den Betrieben eingespart werden musste. Wenn Private das können, kann der Staat das auch.

Monika Barmet: Auf Seite 255 des Budgetbuchs ist unter dem Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Gesundheitsdirektion in einem Satz erwähnt, dass der Kanton neu auch den Gemeindeanteil der Mütter- und Väterberatung von «punkto Jugend und Kind» übernimmt. Auf Seite 275 unter «Kommentar Budget» stellt man fest, dass dies gegenüber dem Vorjahresbudget 2013 Mehrkosten von 440'000 Franken auslöst. Es wird Bezug auf § 47 «Schwangerschafts- und Elternberatung» des Gesundheitsgesetzes genommen.
Das Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Gesundheitsgesetz) ist seit 2009 in Kraft. Es war bei der Beratung in der Kommission und im Kantonsrat nie die Rede davon, dass mit Kostenfolgen resp. mit Übernahme des Gemeindeanteils zu rechnen ist. Im Bericht und Antrag des Regierungsrats wurden hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen 60'00 Franken erwähnt, die durch die Auswietung der Beratung von Eltern bis zum Schuleintritt ausgelöst werden, aber es war *nie* von 440'000 Franken für den Kanton die Rede.
Nach Ansicht der Votantin ist die Übernahme des Gemeindeanteils eine Art kleine Aufgabenreform. Das kann doch nicht im Budget abgehandelt werden. Die Votantin bittet den Gesundheitsdirektor, dazu Erklärungen abzugeben. Für 440'000 Franken sind noch etwas mehr Begründungen nötig. Es interessiert die Votantin vor allem,

inwieweit die Gemeinden entlastet werden, und warum erst jetzt die Kostenübernahme stattfindet.

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** nimmt zuerst Stellung zum Antrag der Stawiko bezüglich Tagesambulatorium. Die Gesellschaft steht im Bereich der psychischen Gesundheit vor grossen Herausforderungen. Unterschiedliche Ursachen führen dazu, dass sich psychische Erkrankungen immer stärker verbreiten und die betroffenen Menschen behandelt werden müssen. Im Kanton Zug wurde in den vergangenen Jahren einiges unternommen. Allerdings hat sich gezeigt, dass in der Versorgungskette eine Lücke besteht. Es fehlt das Angebot eines psychiatrischen Tagesambulatoriums. Dieses richtet sich an akut psychisch erkrankte Personen, für die eine ambulante Behandlung nicht mehr ausreicht, aber eine stationäre Unterbringung, zum Beispiel in der Psychiatrischen Klinik Zugersee in Oberwil, noch nicht oder nicht mehr erforderlich ist.
Die Erfahrungen in den umliegenden Kantonen zeigen, dass dieses Angebot sinnvoll ist und vor allem die Zahl der stationären Aufenthalte reduziert. Tatsächlich ist Zug der letzte Kanton, der noch kein Tagesambulatorium hat. Der Regierungsrat hat sich im Frühjahr, basierend auf § 51 des Gesundheitsgesetzes, für die Einrichtung eines psychiatrischen Tagesambulatoriums für Erwachsene ausgesprochen. Mit dem erwähnten Artikel ist die gesetzliche Grundlage gegeben. Ein Tagesambulatorium ist eine ambulante psychiatrische Leistung, die von den Krankenkassen vergütet wird. Deshalb liegt die Verantwortung für die Führung dieses Angebots bei den Ambulanten Psychiatrischen Diensten. Aufgrund des ausgewiesenen Bedarfs und der Gesetzesgrundlage hat der Regierungsrat die Gesundheitsdirektion mit der Ausarbeitung eines Detailkonzepts und der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten beauftragt. Der Regierungsrat hat rasch gehandelt. Er will für die Bevölkerung die notwendige Versorgung sicherstellen. Ausserdem will er die Psychiatrische Klinik Zugersee entlasten, die in diesem Jahr im Schnitt zu fast 100 Prozent belegt ist.
Der Gesundheitsdirektor hat dem Regierungsrat das entsprechende Aussprachepapier unterbreitet, anschliessend die gesundheitspolitische Kommission des Kantonsrats orientiert und sich auf den Budgetweg festgelegt. Aufgrund der gegebenen gesetzlichen Grundlage qualifizierte der Regierungsrat die Ausgaben gemäss Finanzhaushaltgesetz als gebunden. Entsprechend hat er die Führung des Tagesambulatoriums als Teil des Leistungsauftrags und des Globalbudgets der Ambulanten Psychiatrischen Dienste definiert.
Die Staatswirtschaftskommission ist bei der Prüfung der Leistungsaufträge und des Globalbudgets 2014 zu einem anderen Schluss gekommen und fordert eine separate Kantonsratsvorlage, um die Ausgaben zu genehmigen. Diesem Anliegen kommt der Regierungsrat nach. Er wird dem Kantonsrat schnellstmöglich eine entsprechende Vorlage präsentieren.
Bezüglich der Kosten für die Mütter- und Väterberatung wurde bereits gesagt, dass mit der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes eine neue gesetzliche Grundlage für die Schwangerschafts- und Elternberatung geschaffen wurde: «Der Kanton stellt die Schwangerschafts- und Elternberatung sicher. Die Elternberatung sorgt für eine umfassende und fachgerechte Beratung von Eltern im Bereich der Pflege, Gesundheit und Entwicklung von Säuglingen und Kindern bis zum Beginn der Schulpflicht. Der Regierungsrat kann mittels Leistungsvereinbarungen Dritte damit beauftragen.» Die Schwangerschafts- und Elternberatung ist seither eine staatliche Aufgabe, womit der ganze Bereich über den ordentlichen Budgethaushalt der Gesundheitsdirektion – in diesem Fall über das Gesundheitsamt – finanziert wird und nicht mehr wie früher über den Lotteriefonds. Als eine weitere Folge der Gesetzesänderung wurde per 1. März 2009 die Subventionsvereinbarung der Gesundheitsdirek-

tion mit «punkto» durch eine Leistungsvereinbarung ersetzt. Die bisherige Kostenteilung zwischen Kanton und Gemeinden wurde jedoch entsprechend der Praxis und der bisherigen Regelung beibehalten. Die Regelung war, das Kanton und Gemeinden je die Hälfte der Kosten, je rund 400'000 Franken, übernahmen. Bei der Ausarbeitung der neuen Leistungsvereinbarung mit «punkto» ab 1. Januar 2013 stellten die Gemeinden zum Teil ihre Pflicht zur finanziellen Beteiligung am Angebot der Mütter- und Väterberatung von Säuglingen und Kindern bis zum Schuleintritt in Frage. Wie Abklärungen der Gesundheitsdirektion zeigten, besteht aktuell tatsächlich keine gesetzliche Grundlage, welche die Gemeinden verpflichten würde, sich finanziell an der Mütter- und Vaterberatung zu beteiligen. Die Beteiligung der Gemeinden seit 1. März 2009 wurde lediglich als bisherige Praxis weitergeführt. Der Regierungsrat entschied deshalb an seiner Sitzung vom 12. Dezember 2012, dass in der neuen Leistungsvereinbarung ab 2013 der Kanton die gesamten Kosten für die Mütter- und Väterberatung übernimmt. Dies wurde bereits 2013 so gehandhabt. Es muss auch erwähnt werden, dass mit dem neuen Gesundheitsgesetz alle Kosten der Langzeitpflege den Gemeinden überwälzt wurden. Es ist deshalb ein Akt der Gerechtigkeit, dass der gesetzliche Auftrag, der hier vom Kanton definiert wird, auch von diesem bezahlt wird.
Die Gesundheitsdirektion hat tatsächlich versucht zu sparen und schliesst um 1 Prozent oder rund 1,3 Millionen Franken unter dem letztjährigen Budget ab. Dazu tragen auch die Bemühungen bei den Spitälern bei, obwohl dort der Kostenteiler von 49 auf 51 Prozent angehoben wurde. In den 26 Millionen Franken für das Direktionssekretariat sind rund 21 Millionen Franken für die Prämienverbilligungen enthalten. Der Kanton Zug erhält aktuell vom Bund 32 Millionen Franken für die Prämienverbilligungen und setzt selber noch gut 20 Millionen Franken selber ein. Es werden 2014 also total rund 52 Millionen Franken für die Prämienverbilligung eingesetzt. Das entspricht dem Bevölkerungswachstum. Die Strategie hat der Regierungsrat gerade am letzten Dienstag gerade beschlossen: Es wird versucht, die mittelständischen jungen Familien im Kanton Zug mit der Prämienverbilligung zu unterstützen.
Der Gesundheitsdirektor bittet, den Antrag auf pauschale Kürzung des Direktionsbudgets um 5 Prozent abzulehnen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es nach der Erklärung des Gesundheitsdirektors und in Absprache mit dem Stawiko-Präsidenten zum Antrag der Stawiko keine Abstimmung braucht.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag der Staatswirtschaftskommission auf Aussetzung der Zielsetzungen C und G der Ambulanten Psychiatrischen Dienste und aller damit zusammenhängender Aufwand- und Ertragspositionen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Budget der Gesundheitsdirektion pauschal um 5 Prozent zu kürzen, mit 54 zu 17 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats (mit der oben beschlossenen Änderung).

Finanzdirektion *(Budgetbuch ab Seite 285)*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Staatswirtschaftskommission für die Kostenstelle 5000, Direktionssekretariat der Finanzdirektion, eine Erhöhung des Globalbudgets um 81'000 Franken beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** In der Antwort auf die Interpellation betreffend Höhe der Staatsausgaben im Vergleich mit anderen Kantonen hat der Finanzdirektor bereits angekündigt, dass die Regierung ein entsprechendes Gutachten durch BAK Basel erstellen lassen will. Die dafür benötigten Mittel fehlen aber im Budget. Die Stawiko unterstützt ein solches Gutachten und stellt einstimmig den **Antrag,** das Globalbudget des Direktionssekretariats der Finanzdirektion um 81'000 Franken zu erhöhen.

Philip C. Brunner teilt mit, dass die SVP-Fraktion die von der Stawiko beantragte Erhöhung ablehnt und auch bei der Finanzdirektion den **Antrag** auf pauschale Kürzung des Budgets um 5 Prozent stellt. Wenn der von der SVP sehr geschätzte Finanzdirektor sich hier im Kanton etwas Zeit nehmen würde, statt immer in Bern mit Eveline Widmer-Schlumpf die Finanzen der Schweiz umdrehen zu wollen, würde es ihm gelingen, die 5 Prozent in seiner Direktion einzusparen. Das müsste eigentlich der Stolz des Finanzdirektors sein.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag, das Globalbudget des Direktionssekretariats der Finanzdirektion um 81'000 Franken zu erhöhen, mit 51 zu 16 Stimmen zu.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Budget der Finanzdirektion pauschal um 5 Prozent zu kürzen, mit 53 zu 17 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats (mit der oben beschlossenen Änderung).

Richterliche Behörden *(Budgetbuch ab Seite 323)*

Der **Vorsitzende** hält *pro memoria* fest, dass der Rat unter Traktandum 5 den Budgetkredit für das Jahr 2014 erhöht hat, um die Tätigkeit eines ausserordentlichen Mitglieds des Kantonsgerichts zu finanzieren.

Philip C. Brunner teilt mit, dass die SVP-Fraktion *keinen* Antrag auf Kürzung des Budgets bei den Richterlichen Behörden stellt, dies aus Respekt vor der Gewaltentrennung und davor, dass es gemäss Aufstellung der Stawiko bei den Richterlichen Behörden keine Erhöhung des Personalbestands gibt, also kein generelles Wachstum, wie es sich alle Direktionen herausgenommen haben. Es sind immer noch 108,9 Stellen plus die heute bewilligte zusätzliche Stelle.

Heini Schmid ist etwas verwirrt wegen der Aussage von Philip C. Brunner. Er geht davon aus, dass der Kantonsrat trotz Gewaltentrennung weiterhin auch für das Budget der Justizbehörden verantwortlich ist. Die Diskussion im Kanton Waadt zeigt, dass die Zusammenarbeit von Justiz und Parlament ein sehr schwieriges Thema ist. Es sollte aber nicht so weit kommen, dass der Kantonsrat bei der Regierung jeden Fünfer kontrolliert, bei der Justiz aber einfach auf die Gewaltentrennung verweist. Auch die Justiz muss mit der gleichen Energie und Genauigkeit überwacht werden.

Kurt Balmer ist enttäuscht darüber, dass die SVP-Fraktion bei der Justiz keinen Antrag auf Reduktion um 5 Prozent stellt. Er hätte nämlich grösste Lust gehabt, den Streichungsantrag in diesem Bereich ausnahmsweise zu unterstützen. Er versteht nicht, wieso die Justizbehörden eine heilige Kuh sein und ungeschoren davonkommen sollen. Sie sind nämlich das Sorgenkind. In der ersten Abstimmung heute Morgen hat der Rat ohne jegliche Diskussion einen ausserordentlichen

Kantonsrichter durchgewinkt. Niemand hat etwas dazu gesagt, auch wenn sich verschiedene Leute intensive Gedanken dazu gemacht haben. Dass ausgerechnet im Justizbereich kein Kürzungsantrag der SVP kommt, zeigt, dass hier etwas inkonsequent politisiert wird. Auch der Votant stellt – anders als im letzten Jahr – keinen Antrag auf Kürzung um 2 bis 3 Prozent; er greift nicht zur Rasenmähermethode. Er bittet also, das Budget der Richterlichen Behörden zu genehmigen, trotz nicht geringen Bedenken.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

Selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten

Pädagogische Hochschule Zug (Budgetbuch ab Seite 339)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Interkantonale Strafanstalt Bostadel (Budgetbuch ab Seite 343)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Die Beratung wird hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

62. Sitzung: Donnerstag, 28. November 2013 (Nachmittag)
Zeit: 14.10 – 17.05 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Stefan Gisler, Zug; Barbara Strub, Oberägeri; Gloria Isler, Baar; Leonie Winter, Hünenberg.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

910 **Traktandum 3.1: Motion von Manfred Wenger betreffend Reduktion der Strassenverkehrsgebühren für Sport- und Freizeitfahrzeuge vom 7. November 2013 (Vorlage 2314.1 - 14497)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

911 Traktandum 3.2: **Motion der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Aufhebung von Steuerprivilegien für Holdings und Briefkastenfirmen vom 8. November 2013 (Vorlage 2317.1 - 14509)**

Thomas Wyss stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen, und zwar vorab vor dem Hintergrund und mit Blick auf den Steuerstreit mit Europa. Die Schweiz sucht derzeit bekanntlich in einem Steuerdialog mit Europa, in den an vorderster Front auch Finanzdirektor Peter Hegglin involviert ist, eine Lösung. In dieser zweifellos heiklen und schwierigen Phase wäre es höchst unklug, diese Reform unilateral vorzunehmen. Mit den geforderten Anpassungen für Verwaltungs-, Holding- und gemischten Gesellschaften würde die Verhandlungsposition der Schweiz im Steuerstreit mit Europa geschwächt.

Philippe Camenisch erklärt, dass sich die FDP-Fraktion dem Antrag der SVP anschliesst.

Andreas Hürlimann: Es wäre eine Überraschung gewesen, wenn über die Überweisung dieser Motion nicht diskutiert würde. Das Argument der SVP ist aber nicht wirklich einleuchtend, denn aus den Reihen der SVP wurden Lizenz- und sonstige Steuerboxen gefordert, was – wie die Motion der AGF – auch etwas vorwegnimmt. Die Steuerprivilegien, welche die AGF mit ihrer Motion aufheben will, sind höchst

unsolidarisch gegenüber anderen Kantonen und Ländern, insbesondere gegenüber der Dritten Welt. Jede Million, die beispielsweise ein Rohstoffkonzern nicht in Peru oder Bolivien oder in Afrika, sondern in Zug versteuert, fehlt in diesen Ländern für das Bildungs- oder Gesundheitswesen oder die Nahrungsmittelverbilligung.
Zudem haben der Bundesrat und selbst Regierungsrat Peter Hegglin als Vorsteher der Finanzdirektorenkonferenz bereits öffentlich verlauten lassen, dass die Steuerprivilegierung von Holdings und Briefkastenfirmen demnächst fallen wird. Die Motion der AGF ist die Chance, sich rechtzeitig damit auseinanderzusetzen und Zug auf die Veränderungen der internationalen Steuerpolitik vorzubereiten. Aber man kann auch mit geschlossenen Augen und tauben Ohren in einem steuerlosen Boot auf den Wasserfall zutreiben und hoffen, dass es schon gut kommt. Man sollte agieren, statt nur zu reagieren – damit nicht dasselbe geschieht wie in der Bankenpolitik, wo die Schweiz nur noch auf den Druck des Auslands reagieren kann und in Nacht-und-Nebel-Aktionen intransparente Deals abschliessen muss bzw. unter Androhung von Sanktionen darf. Der Votant ruft den Rat auf, diese Chance heute zu packen und die Motion zu überweisen.

➔ Der Rat beschliesst mit 51 zu 20 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

912 Traktandum 3.3: **Motion von Beni Riedi betreffend Abschaffung der staatlich finanzierten Weiterbildungen für Politiker des Kantons Zug vom 9. November 2013 (Vorlage 2318.1 - 14510)**

Daniel Thomas Burch stellt im Namen der FDP-Fraktion den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen. In der Antwort zur Kleinen Anfrage betreffend staatlich finanzierte Weiterbildungen für Politiker des Kantons Zug hat der Regierungsrat die gesetzlichen Bestimmungen für eine Beteiligung des Kantons an den Aus- und Weiterbildungskosten von Kantonsratsmitgliedern aufgezeigt. Die Möglichkeit einer Kostenbeteiligung wurde vom Kantonsrat geschaffen und vom Büro vor knapp zwei Jahren im Detail geregelt. Gegen diese Regelung hat die SVP nie opponiert.
Der Motionär hat recht, wenn er schreibt: «Als Volksvertreter müssen wir eine Vorbildfunktion übernehmen.» Es ist sehr zu begrüssen, wenn sich Ratsmitglieder vorbildlich verhalten und sich politisch weiterbilden – insbesondere, wenn diese Ausbildung umfassend und nicht durch parteipolitische Dogmen bestimmt bzw. geprägt wird. Dass sich der Kanton mit einem bescheidenen Unkostenbeitrag daran beteiligt, scheint der FDP-Fraktion richtig. Von jedem Unternehmer wird erwartet, dass er die Aus- und Weiterbildung seiner Mitarbeitenden fördert und finanziell unterstützt. Wieso sollen der Kanton bzw. der Steuerzahler sich nicht auch an der Weiterbildung seiner Politiker beteiligen? Vielleicht resultieren dann ja sinnvollere Motionen, und der Sparhebel wird am richtigen Ort angesetzt.
Wer den Anspruch erhebt, mit den Steuergeldern haushälterisch umzugehen, der hätte sich auch überlegen sollen, wie viel diese Motion und ihre Umsetzung kosten wird. Für dieses Geld könnte noch einigen lernwilligen Politikerinnen und Politikern ein Unkostenbeitrag zugesprochen werden. Zudem hätte dieses Anliegen, wie der Regierungsrat in seiner Antwort aufgezeigt hat, in der laufenden Totalrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrats behandelt werden können – ohne Motion.
Der Votant bittet den Rat, zu einem effizienteren und kostengünstigeren Ratsbetrieb beizutragen und diese Motion nicht zu überweisen.

Beni Riedi respektiert natürlich die Meinung der FDP-Fraktion, ist aber etwas darüber erstaunt, dass er nicht über deren Antrag informiert wurde, wie das normalerweise der Fall ist. Den Hinweis auf die SVP-Fraktion findet er unpassend, da der Vorstoss von ihm persönlich stammt.
Der Motionär ist der Meinung, dass die Gewährung von Weiterbildungsbeiträgen an Parlamentarier keine Staatsaufgabe ist. Er würde es sehr begrüssen, wenn man diese Regelung überarbeiten würde. Gerade die kleinen Beträge haben gezeigt, dass die Regelung nicht nötig ist und aus dem Gesetz gestrichen kann.

➔ Der Rat beschliesst mit 47 zu 21 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

913 Traktandum 3.4: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Kantonsreferendum gegen das FATCA-Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika und gegen das FATCA-Gesetz – Dringliche Motion mit dem Antrag auf sofortige Behandlung vom 17. November 2013 (Vorlage 2322.1 - 14514)**

Der **Vorsitzende** erläutert das Vorgehen:
1. Abstimmung über den Antrag auf sofortige Behandlung: Dafür ist ein Quorum von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder erforderlich (§ 39 Abs. 1 letzter Satz GO KR).
2. Bei sofortiger Behandlung: Es folgt eine Abstimmung über den Antrag auf Erheblicherklärung (einfaches Mehr notwendig). Eine Annahme ist gleichzeitig die Erklärung des Kantonsrats gemäss § 41 Abs. 1 Bst. r der Kantonsverfassung, als Kanton gemäss § 141 der Bundesverfassung das Referendum gegen die beiden Erlasse zu ergreifen. Dieser Beschluss ist verbunden mit dem Auftrag an den Regierungsrat, dem Bund unverzüglich Mitteilung zu machen, dass der Kanton Zug gegen die beiden Erlasse das Referendum ergreift.
3. Gleichzeitig erfolgt bei diesem Vorgehen der Beschluss des Kantonsrats, die Motion – rein nach dem kantonalen Parlamentsrecht – als erledigt abzuschreiben.

Manuel Brandenberg spricht sowohl zur Dringlicherklärung als auch zum Inhalt der Motion. Es geht um ein Referendum gegen einen Staatsvertrag, das FATCA-Abkommen mit den USA, und gegen das entsprechende Ausführungsgesetz. Die Referendumsfrist läuft am 14. Januar 2014 ab. Bekanntlich sieht die Bundesverfassung vor, dass neben 50'000 Stimmberechtigten auch acht Kantone das Referendum ergreifen können. Die SVP-Fraktion möchte, dass der Kanton Zug eine dieser acht Stimmen wird und es nur noch sieben weiterer Kantone bedarf, damit ein Referendum zustande kommt und das Schweizer Volk über das FATCA-Abkommen und das FATCA-Gesetz abstimmen kann.
Das FATCA-Abkommen und sein Ausführungsgesetz haben schwerwiegende Konsequenzen, die eigentlich unannehmbar sind. Das Schlimmste ist, dass in einem Bundesgesetz festgeschrieben werden soll, dass für bestimmte Fragen, insbesondere was das Bankgeheimnis für US-Bürger oder Personen mit US-Bezug angeht, nicht mehr schweizerisches, sondern amerikanisches Recht gilt – und zwar hier in der Schweiz. In einem der ersten Artikel eines schweizerischen Bundesgesetzes soll also stehen: «Für diese Fragen gilt amerikanisches Recht.» Wenn man das weiterdenkt, kann man vermuten, dass weitere solche Begehren von anderen ausländischen Mächten kommen werden. Das Beispiel könnte Schule machen, denn es gibt auf der Welt noch viele andere Mächte, die mächtiger sind als wir. Es wäre

deshalb gut, von Anfang an Nein zu sagen. Um Nein sagen zu können, soll dieses Thema dem Volk vorgelegt werden. Es geht also um das demokratische Mitwirkungsrecht des Schweizer Volkes in diesen Fragen.
In diesem Sinne bittet der Votant, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen und auch dem Antrag auf Dringlicherklärung zuzustimmen, damit der Regierungsrat die notwendige Zeit hat, das Referendum des Kantons Zug nach Bern zu melden. Es gilt auch zu überlegen, ob man sich nicht mehr Respekt verschafft, wenn man kompetent Nein sagt, als wenn man nur immer kompetent erklärt, warum man etwas machen muss.

Zari Dzaferi: Die SP-Fraktion lehnt diese Motion entschieden ab und stellt den **Antrag** auf deren Nichtüberweisung. Einmal mehr verlagert die SVP des Kantons Zug ein nationales Thema in den Kantonsratssaal. Dabei lässt sie sich wieder einmal als Marionette ihrer Vertretung in Bern gebrauchen. Die SP erachtet dieses Vorgehen als mühsam. Wenn die SVP Zug ein nationales Thema besetzen will, dann soll sie auf die Strasse gehen und die Vorlage mit Unterschriften bekämpfen. Das ist der normale Weg.

Philippe Camenisch macht namens der FDP-Fraktion ebenfalls beliebt, die Motion der SVP-Fraktion nicht zu überweisen. Zur Begründung führt er an:
• Es handelt sich um ein Bundesgesetz, das nicht ins primäre Geschäftsfeld des kantonalen Parlaments gehört.
• Das FATCA-Gesetz betrifft die gesamte Schweiz und tangiert nicht im Speziellen zugerische Interessen, wie dies beispielweise eine Standesmotion zur Änderung des NFA darstellen würde.
• Eine Nichtannahme des FATCA-Gesetzes durch die Schweiz würde Interessen des Wirtschaftsstandorts Zug negativ beeinflussen. Ein Hüftschuss in Form einer Standesmotion befeuert die negative Publizität für unseren Wirtschaftsstandort, ohne einen erkennbaren Nutzen zu erzielen. Denn eines ist klar: Es ist faktisch nicht denkbar, den Banken in der Schweiz die Möglichkeit einer Teilnahme am FATCA-Programm zu verweigern. Dies käme einer Absetzung des Interbankenverkehrs zwischen den USA und Schweiz gleich. Das ist realitätsfremd. Eine weitergehende materielle Diskussion erübrigt sich aus formellen Gründen an dieser Stelle.
• Niemand in diesem Land ist von der einseitigen Durchsetzung von US-Recht wie im Falle des FATCA-Programms begeistert. Man muss aber wissen, wo es sich dagegen anzukämpfen lohnt. Für den Zuger Kantonsrat wäre dieser Kampf zumindest aufgrund der zu erwartenden negativen Publizität unnötig und damit ein *No-Go*.
•Sollte die Motion in der folgenden Abstimmung doch als dringlich überwiesen werden, stellt die FDP-Fraktion den **Antrag,** die Motion nicht erheblich zu erklären.

Silvia Thalmann: Die CVP-Fraktion ist gegen die sofortige Behandlung dieses Geschäfts. Dabei steht auch die Frage im Raum, wie eine Standesinitiative in diesem Parlament behandelt werden soll. Die CVP ist der Meinung, dass dieses Instrument zurückhaltend und sehr bewusst eingesetzt werden sollte. Bezüglich einer allfälligen Überweisung hat sich die CVP-Fraktion nicht auf eine Stellungnahme geeinigt.

Finanzdirektor **Peter Hegglin:** Der Regierungsrat äussert sich ausnahmsweise zur Überweisung eines parlamentarischen Vorstosses, dies deshalb, weil nicht nur die Überweisung zur Debatte steht, sondern auch ein Antrag auf sofortige Behandlung und sofortige Erheblicherklärung gestellt wurde. Das FATCA-Abkommen wurde am 27. September 2013 im Bundesblatt veröffentlicht, und die Referendumsfrist läuft am 16. Januar 2014 ab. Wenn der Rat politisch Stellung nehmen will, dann muss er

dies heute tun; bis zur Dezembersitzung kann der Regierungsrat nämlich keinen entsprechenden Antrag mehr vorlegen, und im Januar wäre es bereits zu spät.
Der Regierungsrat hat am 28. Februar 2013 im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens wie folgt zum FATCA-Abkommen Stellung genommen: «Es ist leider eine Tatsache, dass der Finanzplatz Schweiz grundsätzlich keine Wahl hat, dem FATCA-Übereinkommen beizutreten oder nicht, da die Vereinigten Staaten von Amerika das Abkommen ohnehin anwenden werden und die schweizerischen Finanzinstitute mitmachen müssen, sofern sie auf dem amerikanischen Markt tätig sein wollen. Wir kritisieren diese Machtpolitik in aller Form, welche sich nur die Vereinigten Staaten von Amerika erlauben können. Es handelt sich um Imperialismus pur (Imperialismus als Bezeichnung für die Bestrebungen eines Staates, die Herrschaft oder zumindest Kontrolle über andere Länder oder Völker zu erringen). Im Besonderen geht es um die Kontrolle der eigenen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger oder sonst mit den Vereinigten Staaten von Amerika in irgendeiner Form besonders verbundenen Personen auf der ganzen Welt. Dies widerspricht dem für unsere Rechtsordnung massgebenden Territorialprinzip. Generell sagt das Territorialprinzip, dass alle Personen der Oberhoheit und den Gesetzen des Staates unterworfen sind, auf dessen Territorium sie sich jeweils befinden.» Der Regierungsrat steht dem FATCA-Abkommen also ablehnend gegenüber. Die Tatsache aber, dass die USA das Abkommen ohnehin anwenden werden und nicht nur die schweizerischen Finanzinstitute mitmachen müssen, sofern sie auf dem amerikanischen Markt tätig sein wollen, haben den Regierungsrat zum Schluss gebracht, dass es für die Schweizer Banken, den Finanzplatz Schweiz und letztlich für die Schweiz als Ganzes besser ist, dem Abkommen beizutreten. Die Kantone sind vom Abkommen weder direkt noch indirekt in ihren Finanzkompetenzen betroffen. Immerhin ist mit dem Beitritt zum Abkommen der Vorteil verbunden, dass die USA nun gezwungen sind, das blockierte Doppelbesteuerungsabkommen zu ratifizieren.
Bei einer Umfrage unter den Finanzdirektionen aller Kantone haben 22 Mitglieder der FDK dem FATCA-Abkommen zugestimmt; kein einziges Mitglied hat es abgelehnt. Im Vernehmlassungsverfahren des Bundes haben 24 Kantone Stellung bezogen, und keiner der Kantone äusserte sich gegen die Vorlage. Fazit: Die Banken sind gezwungen, das Gesetz ab 1. Juli 2014 umzusetzen, sofern sie nicht vom US-Kapitalmarkt ausgeschlossen werden wollen. Das Abkommen bringt den Banken dann aber Vereinfachungen bei der Umsetzung.
Im Interesse der Schweizer Banken und des Finanzplatzes Schweiz bittet der Regierungsrat, von einem Kantonsreferendum abzusehen und die Überweisung der Motion abzulehnen. Sollte die Motion überwiesen werden, dann bittet er darum, den Vorstoss nicht erheblich zu erklären.

In der folgenden **Abstimmung** stimmen 37 Ratsmitglieder für und 28 gegen die sofortige Behandlung der Motion. Das erforderliche Quorum von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder wird damit nicht erreicht.

➔ Der Rat lehnt die sofortige Behandlung der Motion ab.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung an den Regierungsrat mit 40 zu 28 Stimmen ab.

914 Traktandum 3.5: **Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anwendung der Gesetze für Radfahrer und der Wald- und Flurbenützung durch Freizeit-Sportarten vom 31. Oktober 2013 (Vorlage 2311.1 - 14491).**

Ivo Hunn legt einleitend seine Interessenbindung vor: Er ist Präsident des Veloclub Baar-Zug, Mitglied der IG Mountainbike Zug und selber leidenschaftlicher Mountainbiker. Er stellt den **Antrag,** das Postulat von Franz Hürlimann aus folgenden Gründen nicht zu überweisen:
• Die Regierung als Exekutive hat die Aufgabe auszuführen resp. zu vollziehen. Dazu braucht es keine Einladung.
• Vorhandene Ressourcen sollen nicht mit der Beantwortung des Postulats unnötig belastet werden.
• Die Kantonsratssitzung soll nicht mit Geschäften, welche auf direktem Weg bearbeitet werden können, belastet werden.
Der Veloclub Baar-Zug und die IG Mountainbike Zug setzen sich für eine friedliche und respektvolle Koexistenz von Wanderern und Mountainbikern auf den gleichen Wegen ein. In den Tourismusregionen Graubünden und Zentralschweiz ist ein Miteinander Realität. Wieso soll das im Kanton Zug nicht möglich sein? Der Votant dankt für die Unterstützung seines Antrags.

Franz Hürlimann hält fest, dass Radfahrende mit ihrem Verhalten bei anderen Verkehrsteilnehmern, sprich Fussgängern und Autofahrern, zunehmend auf Unverständnis stossen. Diese Tatsache führte im Kantonsrat schon früher zu Vorstössen. Zu erinnern ist an die Interpellation Häcki aus dem Jahre 2010, die explizit die Einhaltung der Gesetzesverstösse durch Kontrollen der Polizei thematisierte, was die Regierung in ihrer Beantwortung denn auch versprach. So erkannte sie auch, dass es sich «offenbar um ein allgemeines gesellschaftliches Problem handelt». Doch was ist aus dem Versprechen geworden, dieses Problem anzupacken? Nichts, rein gar nichts. Ganz im Gegenteil. Das Problem hat sich in letzter Zeit grassierend ausgeweitet, von der Stadt aus in alle Winkel des Kantons. Fahrverbote werden kaum beachtet. Das Fahrrad ist für viele zum Sportgerät geworden, und für Sportgeräte gelten Verkehrsregeln anscheinend nicht, weder in der Stadt noch auf dem Land. Das gesetzlose Benehmen von Bikern und Freizeitsportlern ist für alle anderen Erholungssuchenden allzu oft ein grosses Ärgernis – von den Schäden, die in Wald und Flur zurückbleiben, ganz zu schweigen. Dabei sind die notwendigen Gesetze längst vorhanden. Lediglich ihre Einhaltung müsste angeordnet werden.
Die Frage lautet daher: Was muss man tun, damit im Kanton Zug die Verkehrs- und Verhaltensregeln für alle Verkehrsbenützer die gleiche Gültigkeit haben? Und wie reagiert die Regierung darauf? Im Zusammenhang mit der Einführung des Übertretungsstrafgesetzes rief sie dazu auf, in der Behandlung der Biker tolerant zu sein. Die Gesellschaft würde eine konsequente Anwendung der Gesetze nicht verstehen. Das lässt mit anderen Worten wiederum die Frage zu: Ist denn die Regierung überhaupt Willens, geltende Gesetze anzuwenden? Oder dürfen von nun an auch Automobilisten mit Toleranz rechnen? Für diese gilt ja bekanntlich die Nulltoleranz. Oder haben die Automobilisten bald Grund zur Freude, grosszügig und tolerant behandelt zu werden, wenn es um Promillegrenzen, Geschwindigkeiten oder Parkdauer geht?
Der Votant bittet, sein Postulat zu überweisen, und dankt dafür.

➔ Der Rat beschliesst mit 52 zu 11 Stimmen, das Postulat an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag zu überweisen.

915 Traktandum 3.6: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend alternative Wahlverfahren und alternative Aufsichts- resp. Oberaufsichtsmöglichkeiten für RichterInnen und Gerichte vom 7. November 2013 (Vorlage 2316.1 - 14508)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

916 Traktandum 3.7: **Interpellation von Daniel Thomas Burch und Thomas Lötscher betreffend Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) sowie Zimmerberg-Basistunnel II vom 11. November 2013 (Vorlage 2319.1 - 14511)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

917 Traktandum 3.8: **Interpellation von Philip C. Brunner betreffend unlautere und undemokratische Abstimmungspropaganda der Metropolitankonferenz (Verein Metropolitanraum Zürich) bei der nationalen Abstimmung über die Erhöhung des Preises der Autobahnvignette vom 15. November 2013 (Vorlage 2320.1 - 14512)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

918 Traktandum 3.9: **Interpellation von Daniel Thomas Burch betreffend Priorisierung, Planung und Realisierung von Infrastrukturprojekten des Kantons Zug vom 17. November 2013 (Vorlage 2321.1 - 14513)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 10 (vorgezogen)

919 **Motion von Thomas Lötscher, Philippe Camenisch, Daniel Abt und Daniel Thomas Burch betreffend Noven im Verwaltungsgerichtsbeschwerdeverfahren**
Es liegen vor: Motion (2054.1 - 13798); Bericht und Antrag des Verwaltungsgerichts (2054.2 - 14470).

Der **Vorsitzende** begrüsst den Präsidenten des Verwaltungsgerichts, Peter Bellwald.

Thomas Lötscher dankt auch namens seiner Mitmotionäre dem Verwaltungsgericht für die umfassenden Ausführungen, die für Nichtjuristen allerdings nicht ganz einfach zu verstehen sind. Sehr viele Querverweise zu Lehrmeinungen erwecken den Eindruck, dass es rechtlich unmöglich ist, vor einem Gericht der Wahrung von Treu und Glauben zum Durchbruch zu verhelfen.
Was wollten die Motionäre mit diesem Vorstoss? Ganz einfach ausgedrückt: Sie sind der Meinung, dass in einem Bauverfahren – grundsätzlich auch in anderen Verfahren – die Parteien ihre Anträge, Begründungen und Beweise vollumfänglich zu präsentieren haben, bevor die zuständige Instanz einen Entscheid fällt. Dem mag ein Schriftenwechsel mit Replik vorangehen. Es liegt aber in der Verantwortung der Parteien, dass ihre Eingaben vollständig sind. Damit soll der Taktiererei zur Verfahrensverzögerung ein Riegel geschoben werden. Logischerweise soll im

Verfahren auf nächsthöherer Stufe wohl noch der Weiterzug begründet, nicht aber zusätzliche Argumente zum Sachverhalt eingebracht werden können. Denn diese hätten bereits erstinstanzlich präsentiert werden können.
Die Parteien sollten das Recht haben, von Beginn weg zu wissen, worum gestritten wird und was die Gegenpartei geltend macht. Es ist nach Ansicht der Motionäre verwerflich, nur einen Teil der Argumente zu bringen und erst beim Weiterzug die Katze aus dem Sack zu lassen. Dies verursacht zusätzlich Aufwände und Kosten für die Gegenpartei und eventuell für die Staatskasse, zumal bei einem Bauverfahren eine Einsprache gegen ein beantragtes Projekt gemacht, dann eine Beschwerde gegen die Bewilligung eingereicht und schliesslich auch noch das Gericht bemüht werden kann. Wenn jedes Mal die Karten neu gemischt werden, belastet dies die Instanzen und verteuert die Verfahren. Eine höhere Rechtssicherheit lässt sich nicht erkennen.
Nach wie vor sind die Motionäre der Meinung, dass die Verfahren kompakter und berechenbarer sein sollten. Sie mussten allerdings auch erkennen, dass die vorliegende Praxis im Gerichtsverfahren allgemein üblich ist. Es wäre deshalb formell unsinnig, in einem einzelnen Bereich ein anderes Verfahren zu implementieren. Aus diesem Grund halten die Motionäre nicht an ihrer Forderung fest und sind damit einverstanden, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Manuel Brandenberg: Die SVP-Fraktion unterstützt den juristisch einwandfrei begründeten Antrag des Verwaltungsgerichts. Vorhin wollte der Rat kein Referendum gegen potenziell höherrangiges Recht ergreifen, was zu akzeptieren ist. Genauso ist zu akzeptieren, dass die vorliegende Motion rechtlich eigentlich gar nicht umsetzbar ist aufgrund der Menschenrechtskonvention des Bundesgerichtsgesetzes, das vorsieht, dass man zum Teil auch noch bei der zweiten gerichtlichen Instanz den Sachverhalt frei überprüfen kann.

Verwaltungsgerichtspräsident **Peter Bellwald:** Das Verwaltungsgericht hat in seinem Bericht ausführlich und vielleicht etwas zu akademisch dargelegt, was man unter Noven versteht. Es sei in verkürzter Form nochmals erklärt: Das Novenrecht regelt die Frage, ob und inwieweit gegenüber einem vorinstanzlichen Verfahren neue Rechtsbegehren, neue Rechtsstandpunkte, neue Tatsachenbehauptungen und neue Beweismittel zulässig sind. Weiter hat das Verwaltungsgericht in seinem Bericht darauf hingewiesen, welche verfassungsrechtlichen Vorgaben die Möglichkeit eines kantonalen Novenverbots für das Verwaltungsgerichtsverfahren beschränken. Wichtig ist der Hinweis darauf, welche praktischen Auswirkungen das Anliegen der Motionäre auf hängige Gerichtsverfahren gehabt hätte, wenn es zum Beispiel zu Beginn dieses Jahres in Form einer Gesetzesbestimmung zu beachten gewesen wäre. Das sei anhand von Beschwerdeverfahren erläutert, die beim Gericht als Bau- und Planungsbeschwerden erfasst sind.
2013 sind bis heute beim Gericht 435 neue Beschwerden eingegangen. Davon betrafen 19 Beschwerden, also etwas mehr als 4 Prozent, den Bereich Bau- und Planungsrecht; man kann also nicht behaupten, das Verwaltungsgericht sei eine Art Baurekurskommission. Bei diesen 19 Beschwerden war der Regierungsrat nur gerade in 4 Fällen Vorinstanz, und nur in diesen 4 Fällen hätte sich die Frage des Novenverbots überhaupt gestellt. Die übrigen 15 Verfahren betrafen nämlich baurechtliche Entscheide von Gemeinden und unteren kantonalen Behörden, die Mehrzahl davon das Amt für Raumplanung. Bei all diesen Fällen führt der Beschwerdeweg direkt und ohne Regierungsrat an das Verwaltungsgericht, und dieses hat gemäss Verfassung und Gesetz die volle Überprüfungsbefugnis und muss diese auch entsprechend ausüben, d. h. ein allfälliges kantonales Novenverbot könnte und

dürfte in Anwendung von § 29a BV bzw. § 110 des Bundesgerichtsgesetzes in all diesen Verfahren nicht beachtet werden.
Der Verwaltungsgerichtspräsident kann die Motionäre aber dahin gehend trösten, dass Baubeschwerden im Verwaltungsgericht nicht ungebührlich lang auf ihre Erledigung warten müssen. Sie werden im Vergleich zu anderen Verfahren vom Gericht sogar privilegiert behandelt. Zurzeit sind vier Baubeschwerden hängig, die spruchreif sind, bei denen der Schriftenwechsel also abgeschlossen ist und man nicht auf Gutachten o. ä. wartet. Drei davon sind für die Sitzung im Dezember traktandiert, die vierte wird etwas länger dauern, weil der Fall sehr kompliziert ist.
Was das Verwaltungsgericht aber vor allem dazu gebracht hat, dem Kantonsrat die Nichterheblicherklärung der Motion zu beantragen, ist die Tatsache, dass es korrigierende Entscheide aus Lausanne nicht besonders mag, insbesondere dann nicht, wenn diese – wie jüngst leider mehrmals – einem ausufernden Replikrecht das Wort reden. Das Bundesgericht hat in den letzten Jahren zwei Entscheide aus Luzern und Uri gerügt, welche sich auf ein kantonalrechtliches Novenverbot in Verwaltungsgerichtsbeschwerdeverfahren abgestützt haben; die entsprechenden Quellen sind im Bericht und Antrag zitiert. Solche Korrekturen aus Lausanne möchte das Verwaltungsgericht lieber vermeiden. Des Weiteren muss man auch als langjähriger Verwaltungsrichter zugeben, dass die Frage, wann echte und wann unechte Noven vorliegen, alles andere als einfach zu beurteilen ist. Noch schwieriger ist die Beantwortung der Frage, wann das Vorbringen von Noven durch einen angefochtenen Entscheid provoziert worden ist und wann nicht.
Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die bestehende Regelung seit 1977 keine Probleme und auch keine Verzögerungen verursacht und sich bewährt hat. Die von den Motionären gewünschte Änderung führt weder zu einer Vereinfachung noch zu einer Beschleunigung, sondern eher zu heiklen Abgrenzungsfragen. Das Verwaltungsgericht bittet deshalb, die bewährten Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes unverändert beizubehalten und die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag des Verwaltungsgerichts, die Motion nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.

TRAKTANDUM 6 (Fortsetzung)

920 Budget 2014 und Finanzplan 2014–2017

Es liegen vor: Gedrucktes Budget; Bericht und Antrag der Erweiterten Staatswirtschaftskommission (2309.1 - 14480).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat in der Vormittagssitzung das Budget in der Reihenfolge der institutionellen Gliederung bis zur Interkantonalen Strafanstalt Bostadel durchberaten hat *(siehe Ziff. 909)*.

Gebäudeversicherung Zug (Budgetbuch Seite 345)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

ABSTIMMUNGEN

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun über die Anträge des Regierungsrats auf Seite 5 im Budgetbuch abgestimmt wird.

1. Budget 2014

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass in der Detailberatung folgende vom Antrag des Regierungsrat abweichenden Beschlüsse gefasst wurden:

- Kostenstelle 1126, Staatsarchiv: Reduktion des Globalbudgets um 150'000 Franken;
- Kostenstelle 1736, Fachmittelschule Zug: Reduktion des Globalbudgets um 180'000 Franken;
- Kostenstelle 1790, Amt für Kultur: Reduktion des Globalbudgets um 157'000 Franken;
- Kostenstelle 4070, Ambulante Psychiatrische Dienste: Aussetzung der Zielsetzungen C und G und aller damit zusammenhängender Aufwand- und Ertragspositionen
- Kostenstelle 5050, Direktionssekretariat der Finanzdirektion: Erhöhung des Globalbudgets um 81'000 Franken.

➔ Der Rat genehmigt mit 47 zu 14 Stimmen das Budget 2014 (mit den beschlossenen Abweichungen).

2. Leistungsaufträge 2014

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zu den Leistungsaufträgen in der Detailberatung keine von der gedruckten Fassung abweichenden Anträge gestellt wurden.

➔ Der Rat genehmigt mit 46 zu 14 Stimmen die Leistungsaufträge 2014.

3. Leistungsauftrag und Globalbudget 2014 der Pädagogischen Hochschule Zug

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur der Antrag des Regierungsrats vorliegt und die Staatswirtschaftskommission sich diesem anschliesst.

➔ Der Rat stimmt dem Leistungsauftrag und Globalbudget 2014 der Pädagogischen Hochschule Zug stillschweigend zu.

4. Budget 2014 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur der Antrag des Regierungsrats vorliegt und die Staatswirtschaftskommission sich diesem anschliesst.

➔ Der Rat stimmt dem Budget 2014 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel stillschweigend zu.

5. Festsetzung des Steuerfusses der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2014

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2014 unverändert bei 82 Prozent der Einheitssätze zu belassen. Die Stawiko schliesst sich diesem Antrag an.

Manuel Brandenberg: Wenn vorher beim Budget 5 Prozent gekürzt worden wäre, hätte sich die SVP-Fraktion vorstellen können, keinen Antrag auf Senkung des Steuerfusses zu stellen. Dann wäre nämlich substanziell gespart worden. Da der Rat dies nicht wollte, stellt die SVP-Fraktion den **Antrag,** den Steuerfuss für das kommende Jahr von 82 auf 80 Prozent zu senken. So kann der Rat etwas zur Attraktivität des Standorts Zug im nationalen und internationalen Verhältnis beitragen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin:** Folgt der Rat dem Antrag der SVP, betrüge der Steuerausfall 16,2 Millionen Franken. Es ist nicht ganz richtig, diesen Antrag mit den Steuerprivilegien und der momentan laufenden Unternehmenssteuerreform III zu begründen. Die heutigen Steuerregelungen bleiben bis 2018 in Kraft, danach erst sollten die neuen Regelungen greifen. Der Fahrplan sieht vor, dass noch im Dezember dieses Jahr ein Schlussbericht vorgelegt wird, zu dem dann Stellung genommen werden kann. Anschliessend folgen Bericht und Antrag des Bundesrats, dann die Anpassung der Gesetzgebung auf Bundesebene und weiter auf Kantonsebene. Momentan besteht für die Regelungen auf kantonaler Ebene keine Rechtsunsicherheit.
Im interkantonalen und internationalen Vergleich ist der Standort Zug zwar nicht mehr an der Spitze, steht aber nach wie vor gut da. Es wäre deshalb falsch, in einem Moment, in dem der Kanton Defizite budgetiert, den Steuerfuss zu senken, nachdem man das in früheren Jahren, in denen Überschüsse budgetiert wurden, im Sinne einer nachhaltigen Steuerpolitik ohne Auf und Ab nicht getan hat. Der Finanzdirektor bittet deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

➔ Der Rat genehmigt mit 53 zu 12 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

6. Finanzplan 2014–2017

Der **Vorsitzende** verweist auf den Antrag des Regierungsrats. Gemäss § 21 Abs. 1 Satz 2 des Finanzhaushaltgesetzes nimmt der Kantonsrat lediglich Kenntnis. Die Staatswirtschaftskommission schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat nimmt Kenntnis von Finanzplan 2014–2017.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat Budget und Finanzplan verabschiedet hat. Praxisgemäss erfolgt keine Schlussabstimmung, weil kein Fall einer sinngemässen Anwendung von § 59 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrates vorliegt.

TRAKTANDUM 7

921 **Interpellation von Gabriela Ingold und Barbara Strub betreffend Umfahrung Unterägeri bzw. Bauvorgaben im Kanton Zug**

Es liegen vor: Interpellation (2237.1 - 14298); Antwort des Regierungsrats (2237.2 - 14395).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dieser Vorstoss einen Zusammenhang mit dem Finanzplan hat, weshalb der Regierungsrat wünschte, dieses Geschäft unmittelbar nach dem Traktandum «Budget und Finanzplan» zu beraten.

Gabriela Ingold dankt im Namen der Interpellantinnen für die Antworten auf die Fragen. Die Antwort ist informativ, trotzdem sind die Interpellantinnen damit nicht wirklich zufrieden.

«Darf's es bitzeli me si?» An der Orientierung vom 3. April 2013 im Casino Zug und tags darauf nach dem Lesen der lokalen Zeitungen rieben sich nicht nur die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Zug, sondern auch die Kantonsräte und im Speziellen die Mitglieder der Stawiko samt deren Präsident die Augen. Statt rund 520 Millionen Franken soll der neue Stadttunnel nun 950 Millionen Franken kosten. Die Bombe war geplatzt: sage und schreibe fast das Doppelte als bis Ende 2012 kommuniziert. Dieser Fakt stellt für die Regierung aber kein Problem dar, denn nun wird einfach der Umfahrungstunnel von Unterägeri in der Zeitachse nach hinten geschoben.

Bei der Antwort auf Frage 1 der Interpellation stellen die Interpellantinnen in der Haltung der Regierung eine Art *Déjà-vu* fest. Sie erinnerten sich an das Debakel mit der Software der Einwohnerkontrollen. Für die Regierung ist es normal, dass in einem grossen Unternehmen ab und zu 200 bis 300 Millionen Franken in den Sand gesetzt werden. So ist auch beim Stadttunnel *courant normal* angesagt, wenn ein 500-Millionen-Projekt plötzlich das Doppelte kostet. Die *Project Governance* ist ja schliesslich eingehalten – Punkt. Obwohl der Baudirektor im ersten Quartal 2013 fast in jeder Stawiko-Sitzung ein Geschäft zu vertreten hatte, hat er weder in dieser Runde noch direkt dem Stawiko-Präsidenten Vorinformationen zur exorbitanten Kostenentwicklung gegeben. Es wäre sehr zu begrüssen, wenn die politischen Organe solche Informationen in Zukunft nicht der Zeitung entnehmen müssten.

Was die Beantwortung der Frage 2 betrifft, werden intensive Diskussionen im Rahmen der Stadttunneldebatte folgen. Dem soll nicht vorgegriffen werden. Zwischen den Zeilen kann man lesen, dass durch den Einbezug aller interessierter Kreise und Behörden zusätzlich ein Wunschkonzert eröffnet worden ist. Neu spricht man von «Zentrum plus»: Es wird nicht nur ein Stadttunnel gebaut, sondern es wird die halbe Stadt für den Individualverkehr undurchlässig; Begegnungszonen, Radwege und Anstösserstrassen werden neu und umgebaut. Nach Meinung der Interpellantinnen muss die Stadt Zug für diese Kosten selbst aufkommen.

Die fast vermessene Frage nach den Betriebskosten des Stadttunnels scheint nur widerwillig beantwortet worden zu sein. Immerhin kommen stolze 2,1 Millionen Franken pro Jahr zusammen – und vermutlich wird es später dann das Doppelte kosten. Für die kommende Stadttunneldiskussion wird von der Regierung erwartet, dass sie dem Kantonsrat die Zusatz- und Folgekosten vollumfänglich und transparent darstellt.

Nun zum Ägerital: Was die Verschiebung der Umfahrung Unterägeri im Zeitplan nach hinten anbelangt, wird die Bevölkerung des Ägeritals diese Kröte wohl oder übel schlucken müssen, obwohl sie sich damit sehr schwer tun. Die Interpellantinnen verstehen, dass die personellen Ressourcen der Baudirektion nicht unendlich sind – und die finanziellen Möglichkeiten des Kantons schon gar nicht. Was die

Festsetzung der Umfahrung Unterägeri im kantonalen Richtplan anbelangt, verlangen sie, dass die heutige Linienführung im Richtplan vorläufig bestehen bleibt. Mit dem heute überwiesenen Richtplananpassungsantrag möchte die Regierung die Umfahrung Unterägeri wieder ins Zwischenergebnis zurückstufen – und der Gemeinderat von Unterägeri gibt dazu sogar sein Einverständnis! Ist es tatsächlich so, dass die heutige Politik gar keine Umfahrung will? Die Tatsachen sprechen diese Sprache. Der Wille scheint nicht mehr vorhanden zu sein, in Unterägeri eine Dorfkernumfahrung zu realisieren. Die Planer freut es, denn sie können fröhlich noch ein bis zwei Jahrzehnte weiter planen. Und die Interpellantinnen werden in ihrem irdischen Leben wohl nie einen Umfahrungstunnel in Unterägeri befahren.
Bei der Antwort auf Frage 6 wird die eigentliche Frage, ob der Gesamtregierungsrat mit der zeitlichen Verschiebung der Umfahrung Unterägeri einverstanden sei, nicht beantwortet. Hier würde insbesondere interessieren, ob bei einem Nein zum Stadttunnel die Umfahrung Unterägeri umgehend priorisiert würde. Ersatzweise werden in der Antwort Investitionen in Strassenbauvorhaben aufgelistet, welche insbesondere für das Ägerital in den letzten fünf Jahren ausgeführt wurden bzw. in naher Zukunft ausgeführt werden. Es ist erstaunlich, was plötzlich alles dem Ägerital zugerechnet wird. Die Tangente Zug/Baar wird – wie schon ihr Name sagt – insbesondere Baar, aber auch die Stadt Zug entlasten; die Kosten von 201 Millionen Franken aber werden voll dem Ägerital zugerechnet, was nicht akzeptiert werden kann. Einen Fokus möchte die Votantin auf die Sanierung und den Ausbau der Kantonsstrasse 381, Abschnitt Lorzentobelbrücke–Schmittli, legen, welche bereits in der Presse hohe Wellen geschlagen hat. Allenwinden beklagt den Zusatzverkehr von 12'000 bis 16'000 Fahrzeugen pro Tag. Selbstverständlich sind die Sorgen der Bevölkerung von Allenwinden zu verstehen. In Klammer sei aber bemerkt, dass eben diese Menge Fahrzeuge grösstenteils jeden Tag durch Unterägeri fährt.
Zurzeit wird in Neuägeri eine Wasserleitung ersetzt. Die Fahrzeuge können über wenige Meter nur in eine Richtung fahren. Es gibt Tage, da entstehen am Morgen Staus, die bis zum Seminarhotel in Unterägeri und abends bis zur Lorzentobelbrücke reichen. Auf die neue Bauphase freut sich im Ägerital niemand. Es wird keinen Spass machen, über mehrere Jahre jeden Tag Umwege zu fahren und in Staus zu stecken. Und doch muss die Strasse vom Schmittli bis zur Lorzentobelbrücke dringend saniert werden, denn sie ist in sehr schlechter Verfassung. Man kann und darf nicht warten, bis die Strasse abrutscht oder Kunstbauten einbrechen. Und dann eine weitere Mitteilung der Baudirektion, zu lesen in der «Neuen Zuger Zeitung» vom 4. November 2014 in Form einer Hiobsbotschaft: Gemäss Baudirektion reicht das Geld im Strassenbauprogramm nicht mehr für den Ausbau dieser Strasse, die für die Ägeritaler enorm wichtig ist. Immerhin ist das Projekt auch im heute überwiesenen Strassenbauprogramm 2014–2022 enthalten. Allerdings ist die Priorisierung nicht ersichtlich, denn zu viele Projekte weisen eine Prioritätsstufe 1 oder 2 aus. Zuhanden der vorberatenden Kommission macht die Votantin dringend beliebt, die Priorisierungen genauer zu definieren.
Aber noch nicht genug mit Sünden seitens der Baudirektion: Am 16. Oktober 2013 hat die Baudirektion zu einer Sitzung eines neu geschaffenen Begleitgremiums mit dem Namen «Umleitung während der Sanierung der Kantonsstrasse Lorzentobelbrücke–Schmittli» einberufen. Man staunt, wer da alles eingeladen wurde. Neben 6 Personen aus der Baudirektion wurden aus der Gemeinde Baar/Allenwinden 17 Personen eingeladen, darunter auserlesene Gemeinde- und Kantonsräte, ein Nationalrat und 6 Vertreter der IG Allenwinden; aus der Gemeinde Menzingen wurden 10 Personen – bunt gemischt, darunter 3 Kantonsräte – und aus Neuheim 4 Personen inkl. die Neuheimer Kantonsräte eingeladen. Und aus dem Ägerital? Gerade mal 1 Person pro Gemeinde, und zwar der jeweilige Bauchef, der tagtäglich mit der Bau-

direktion zusammenarbeitet. Für die Interpellantinnen ist dies ein Affront. Mit dieser Zusammensetzung gibt es keine Lösungen, die für die Bevölkerung des Ägeritals verträglich sein werden. Diese wird alles in ihrer Macht Stehende tun und dafür kämpfen, dass die Verkehrsinfrastruktur ins Ägerital verbessert wird.
Zusammenfassend betont die Votantin, dass die strategische Planung der anstehenden Grossinvestitionen die Regierung, aber auch den Kantonsrat extrem fordern wird. Die Bevölkerung und die Wirtschaft des Kantons Zug brauchen eine gut ausgebaute Infrastruktur. Deshalb müssen die vorhandenen Mittel äusserst effizient und sparsam eingesetzt werden. Es ist fraglich, ob das ganze Eigenkapital des Kantons Zug durch einige wenige Grossprojekte verschlungen werden soll und dabei Zug-West und der Berg das Nachsehen haben. Sämtliche Projekte sind daher im Gesamtkontext und unter Einbezug der Zusatz- und Folgekosten auf ihre Finanzierbarkeit und Tragbarkeit hin zu überprüfen.

Martin Stuber weiss nicht, ob er seine Vorrednerin richtig verstanden hat: 200 bis 300 Millionen Franken in den Sand gesetzt? Ihm selbst ist im Kanton Zug nichts Derartiges bekannt. Sehr genau weiss er aber, dass die FDP-Fraktion mitgeholfen hat, dass die SBB in Walchwil 30 bis 50 Millionen Franken in den Sand setzt. Das ist doch etwas erstaunlich. Im Übrigen wäre die Umfahrung von Unterägeri für Gabriela Ingold wohl nicht so wichtig, da sie ja selbst in Unterägeri wohnt und mit dem Auto nach Unterägeri und nicht um Unterägeri herum fährt. Es sind vor allem die Oberägerer, die von der Umfahrung Unterägeri profitieren.
Die AGF sagt es seit vielen Jahren: Das Geld wird nicht reichen für all die Strassen, welche der Kanton plant. Die AGF hat bei der Diskussion über die Umfahrung Cham/Hünenberg (UCH) darauf hingewiesen, dass die vorgeschlagene Lösung zu teuer sei und hat eine günstigere Variante vorgeschlagen; der Baudirektor hiess damals noch Hans-Beat Uttinger. Die AGF hat eine Zweikammer-Lösung vertreten, welche 60 Millionen Franken gekostet und die gleiche Wirkung gehabt hätte. Der Rat wollte das nicht und hat ein Projekt für 230 Millionen Franken durchgewinkt; möglicherweise wird es jetzt noch teurer. Wo man heute mit der UCH steht, wissen alle. Bei der Tangente Zug/Baar ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis ebenfalls schlecht; der Bau ist unter anderem wegen der heiklen Grundwasserverhältnisse sehr teuer. Und dann gibt es noch den Stadttunnel – tiefer Seufzer.
Und nun ist es offiziell: Der Kanton wird sich nicht alle Strassen leisten können. Punkt. Das wäre auch so, wenn der Stadttunnel weniger teuer wäre. Dass dabei die Umfahrung Unterägeri den schwarzen Peter ziehen wird, war vorauszusehen. Angesichts des grossen Anteils an hausgemachtem Verkehr in Unterägeri – die Umfahrung erfasst ja aller Voraussicht nach nur den reinen Durchgangsverkehr –, kann die Kosten-Nutzen-Rechnung nur ungünstig ausfallen. Und es ist wahrscheinlich, dass die teuerste Variante Aufnahme in den Richtplan finden wird, die gemäss Zeitungsartikel um die 200 Millionen Franken kosten soll.
Zum Stadttunnel: In der Interpellationsantwort findet man eine Auflistung, woher die Mehrkosten kommen. Diese Auslistung ist interessant, aber kein Trost. Vor 21 Jahren startete man in der Stadt mit dem Minitunnel, für den man mit Kosten von 120 bis 150 Millionen Franken rechnete. Man diskutierte damals, ob man sich das leisten könne. Jetzt ist man bei 950 Millionen Franken. Eine andere, weniger teure Lösung, die funktioniert und beim Bund bewilligungsfähig ist, ist leider im Moment weit und breit nicht in Sicht. Das weiss jeder, der beim Mitwirkungsverfahren mitgearbeitet hat. Und auch wenn es paradox klingt: Es kostet extrem viel und ist trotzdem keine Luxuslösung. Es ist technisch und verkehrstechnisch gesehen vielmehr die einzige funktionierende Lösung. Im Übrigen werden die 60 Millionen Franken für «Zentrum plus» von der Stadt Zug bezahlt; darüber wurde bisher nicht ein-

mal diskutiert, und der Votant kann sich auch nicht erinnern, dass dagegen opponiert wurde – auch wenn die Stadt spart. Das muss man zur Kenntnis nehmen.
Das Problem liegt darin, dass sich der Kanton Zug bis 2031 mit weit über 600 Millionen Franken verschulden soll. Die Aussage auf Seite 7 der regierungsrätlichen Antwort wird irgendwann – so glaubt der Votant – in die Geschichte eingehen: «Aus heutiger Sicht ist eine Fremdverschuldung von 665,8 Millionen Franken bis ins Jahr 2031 finanziell vertretbar.» Das ist massiv und ein Paradigmawechsel in der Finanzpolitik des Kantons Zug. Der Berg an flüssigen Mitteln, auf dem der Kanton sitzt – im Moment etwa 1,3 Milliarden Franken –, verwandelt sich also in ein schwarzes Loch. Dabei sind die Strassen der grosse Brocken. Für den Stadttunnel schlägt der Regierungsrat vor, dass er je zur Hälfte aus den allgemeinen Steuermitteln und aus dem Strassenfonds bezahlt wird. Der Votant kann sich nicht vorstellen, dass das mehrheitsfähig ist. Die AGF wird sich auf jeden Fall dafür einsetzen, dass mindestens 75 Prozent aus dem Fonds kommen und der Rest mit einem Darlehen an diesen Fonds bezahlt wird, welches zurückzuzahlen ist. Die AGF will nicht, dass dafür allgemeine Steuermittel eingesetzt werden. Zudem macht es Sinn, beim Stadttunnel ein zweistufiges Verfahren anzuwenden: zuerst den Projektierungskredit, dann den Baukredit. Nur so kommt man zu zuverlässigen, glaubwürdigen Zahlen darüber, was der Bau des Stadttunnels am Schluss kosten wird. Der Votant sorgt sich wirklich, dass eines der zentralen Argumente der Stadttunnel-Gegner, das Schwarzmalen bezüglich der Kosten, bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern verfangen könnte. Hier könnte man mit einem zweistufigen Verfahren Gegensteuer geben.
Zu den Kostenprognosen bzw. den Beilagen 1–3 zum Finanzplan: Der Stawiko-Präsident hat diesen Teil als «Sorgenkind» des diesjährigen Budgets bezeichnet, was der Votant nur unterstützen kann. Hinzuweisen ist auf das Missverhältnis zwischen Strassen und Öffentlichem Verkehr. Die Prognose bis 2031 sieht beim ÖV 39 Millionen Franken, bei den Strassen hingegen 1534 Millionen Franken vor. Das geht nicht auf, selbst wenn man dazurechnet, was der Kanton an den Bund zahlen wird, wenn am 9 Februar 2014 die FABI-Vorlage angenommen wird. Es kommt dazu, dass der grösste Brocken beim Öffentlichen Verkehr, nämlich 31,5 Millionen Franken für die zweite Teilerweiterung der Stadtbahn, wahrscheinlich gar nie kommen wird. Und was nirgends erwähnt wird: Der Kanton Zug hat 400 Millionen Franken reserviert für die Vorfinanzierung von Bahnprojekten– einige erinnern sich an die Diskussion in der letzten Legislaturperiode und den konstruktiven Konsens, den der Kantonsrat damals fand. In der Vorlage FABI ist die Vorfinanzierung ausdrücklich geregelt. Eine Zeitlang sah es aus, dass der Bund keine Vorfinanzierungen möchte. Das ist jetzt wieder anders, und es wird – wenn FABI angenommen wird – im Gesetz und sogar in der Verfassung festgeschrieben, dass die Vorfinanzierung möglich ist. Wenn man den Kapazitätsausbau zwischen Thalwil und Zug bis 2030 realisieren will, wird das nur über zwei Wege möglich sein: erstens die Wahl der billigeren Variante «Zimmerberg light» und zweitens die Vorfinanzierung einer Etappe von «Zimmerberg light». Andernfalls wird 2030 zwischen Thalwil und Zug keine erweiterte Kapazität zur Verfügung stehen. Die Zürcher werden schon schauen, dass ihre Projekte Stadelhofen und Ausbau Winterthur zuerst kommen. Der Vertreter des BAV hat gestern zum zweiten Ausbauschritt, zu welchem «Zimmerberg» gehört, wörtlich gesagt: «Nicht alle Projekte in diesem zweiten Ausbauschritt sind finanziert.» Und betrachtet man die Projekte, dann sieht man auch, dass das Geld nie reichen wird. Will man also weitsichtig planen und die Kostenprognosen ernst nehmen, dann wird es noch einiges zu diskutieren geben.

Philip C. Brunner hat sich anfänglich etwas aufgeregt, vor allem über die Frage «Ist der Gesamtregierungsrat damit einverstanden, dass einmal mehr das Ägerital

in der Prioritätenliste nach hinten gesetzt wird?» Er hat dann aber erkannt, dass diese Frage wichtig ist – um sie ein für alle Mal beantworten zu können. Auch wenn man die 201 Millionen Franken für die Umfahrung Zug/Baar richtigerweise nicht dem Ägerital zuweist – es profitieren davon ja alle –, so bleiben immer noch über 123 Millionen Franken in fünf Jahren, die direkt in das Ägerital fliessen.
Das Ägerital ist mit 14'000 Einwohnern bevölkerungsmässig genau halb so gross wie die Stadt Zug. Es fliessen auch ZFA-Gelder dorthin: jährlich 15,5 Millionen Franken in die Gemeinde Unterägeri und dieses Jahr auch etwas mehr als 1 Million Franken nach Oberägeri. Das sind in fünf Jahren rund 80 Millionen Franken, dazu kommt das Strassenbauprogramm mit rund 200 Millionen Franken Subvention für das Ägerital. Und was bringt das Ägerital? Der Fiskalertrag der zwei Ägerer Gemeinden beträgt 45 Millionen Franken. Man soll endlich aufhören zu behaupten, es werde zu wenig für das Ägerital getan, und man soll aufhören, vom Baudirektor auch noch einen Tunnel zu fordern. Der Kantonsrat hat einstimmig einen Planungsauftrag für den Stadttunnel Zug gegeben, aber deswegen muss man jetzt nicht auch noch eine Tunneldiskussion für das Ägerital führen. Im Ägerital herrscht die Stimmung, man kriege zu wenig vom Kuchen. Man muss – und nun spricht der Votant als Stadtzuger – jetzt aber mal auf die Stadt Zug und ihre Probleme Rücksicht nehmen. Die Stadt Zug trägt wesentlich den Kanton – und sie steht nicht weit entfernt von einer Steuererhöhung. Falls diese kommt, werden das alle spüren. Es wird nämlich nicht unterschieden werden zwischen Rotkreuz, Hünenberg oder Unterägeri, sondern es ist Zug und der Kanton Zug. Der Votant bittet deshalb den Rat, der Stadt beim Tragen ihres Rucksacks zu helfen und nicht anmassend von einem «Wunschkonzert» zu sprechen. Das Ägerital hat sehr viel gekriegt, und könnte der Regierung und der Baudirektion auch einmal danke sagen.

Franz Peter Iten weiss manchmal nicht genau, welchen Hut sein Vorredner Philip C. Brunner trägt. Er hat heute mehrmals das Wort ergriffen und dabei nur die Stadt Zug erwähnt; er ist aber eigentlich als Kantonsrat und nicht als Mitglied des Grossen Gemeinderats hier.
Der Votant dankt der Regierung für die Beantwortung der Interpellation betreffend Umfahrung Unterägeri bzw. Bauvorgaben im Kanton Zug. Er erinnert an seine eigene Motion zur Umfahrung Unterägeri, dank welcher der Variantenfächer nochmals geöffnet wurde. Die Interpellationsantwort befriedigt auch ihn nicht. Zwar zeigt die Regierung immerhin auf, was in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft alles für den Berg gemacht wurde und gemacht wird. Das ist die eine Seite. Im Sinne eines Vergleichs wäre es interessant zu erfahren, was im Tal im Zusammenhang mit den Kantonsstrassen gemacht wurde. Diese Frage soll einfach stehen bleiben. Der Votant erlaubt sich aber folgenden Hinweis: Er hat den Baudirektor schon mehrmals auf das weitere Vorgehen zur Umfahrung Unterägeri angesprochen und ihn darauf hingewiesen, dass er bei der Abstimmung zum Stadttunnel auf die Berggemeinden und insbesondere auf das Ägerital angewiesen sein werde, und ihm unmissverständlich die Gefahr der Nichtunterstützung durch die Berggemeinden aufgezeigt. Der Baudirektor hat immer wieder versichert, dass er noch in diesem Jahr einen Antrag in die Raumplanungskommission bringen werde, der das weitere Vorgehen bei der Umfahrung Unterägeri aufzeige. Bis heute ist ausser der Terminumfrage für eine Sitzung der Raumplanungskommission im Jahr 2014, bei der es um die Anpassung Richtplan L3 Weiler bzw. V3 Kantonsstrassen, wo wohl die Umfahrung Unterägeri ebenfalls diskutiert wird, nichts erfolgt. Der Votant geht davon aus, dass die nächste Sitzung der Raumplanungskommission Ende Februar 2014 wirklich stattfindet. Er fragt sich aber, ob diese Sitzung, sofern über die Richtplananpassung der Umfahrung Unterägeri definitiv debattiert wird, in Bezug auf die Ab-

stimmung bzw. Meinungsbildung für den Stadttunnel nicht zu spät sei. Ist es noch möglich, dass eine glaubwürdige Information in Bezug auf das nachhaltige Vorgehen für die Umfahrung Unterägeri beim Stimmvolk rechtzeitig ankommt? Es ist damit nicht getan, wenn die festgesetzte Kurzvariante aus dem Richtplan gestrichen wird und die Langvariante als Zwischenergebnis in den Richtplan aufgenommen werden soll. Dieses Vorgehen ist ein Nagel ohne Kopf, und im Ägerital will man Nägel mit Köpfen machen.
Der Votant fragt sich aber auch, ob sich die Baudirektion bzw. der Regierungsrat Gedanken über das weitere Vorgehen in Bezug auf den Kantonsstrassenbau gemacht hat, sollte die Erstellung des Stadttunnels vom Souverän verworfen werden. Was passiert in einem solchen Fall mit der Umfahrung Unterägeri? Es würden dann ja finanzielle Mittel frei – oder täuscht man sich da? Es entsteht einmal mehr der Eindruck, dass die Berggemeinden und insbesondere das Ägerital nicht ernst genommen werden. Mit diesem Eindruck steht der Votant nicht alleine da.
Bei der Umfahrung Cham-Hünenberg, bei der Tangente Zug-Baar und bei weiteren Strassenbauprojekten im Tal konnten sich die Talgemeinden auf die Berggemeinden verlassen. Ob dies beim Stadttunnel auch noch der Fall sein wird, stellt der Votant in Zweifel. Er rät dem Baudirektor dringend, möglichst schnell die Bevölkerung des Ägeritals offen, nachhaltig und verbindlich über das weitere Vorgehen bei der Umfahrung Unterägeri zu informieren. Eine Aussage des Baudirektors mit Händen und Füssen bzw. Nägel mit Köpfen sind mehr als notwendig.

Gregor Kupper macht einige Hinweise zur finanziellen Situation. Auf Seite 6 der Interpellationsantwort findet man die Finanzierungstabelle, welche auf der Finanzierungsprognose 2013–2020 vom Herbst 2012 basiert. Man geht hier von einem Finanzierungsbeitrag von gut 723 Millionen Franken aus. Lässt man das Jahr 2013 mit 14,4 Millionen Franken weg, bleiben 710 Millionen Franken. Im Stawiko-Bericht zum Budget 2014 findet man auf Seite 21 die Finanzierungsprognose für die genau gleichen Jahre 2014–2020 – und hier bleibt ein Finanzierungsbeitrag von 227 Millionen Franken. Fast 500 Millionen Franken haben sich also innerhalb eines Jahres in Nichts aufgelöst. Der Rat wird nicht darum herumkommen, zu den grossen Investitionsprojekten – sei das Stadttunnel, Umfahrung Unterägeri oder «Fokus» – Fragen zu stellen. Und er ist aufgefordert, das möglichst bald zu tun.

Philip C. Brunner fühlt sich durch das Votum von Franz Peter Iten herausgefordert. Er hat in seinem Votum zuerst als Fraktionssprecher der SVP gesprochen, nachher als Stadtzuger. Man kann nicht alles wollen – den ZFA und die eigenen Infrastrukturprojekte – und der Stadt Zug ihren Teil nicht geben. Man muss das Ganze im Auge behalten. Das Zuger Volk hat in zwei schwierigen Abstimmungen und gegen grossen Widerstand 2007 der Umfahrung Cham/Hünenberg für 220 Millionen Franken und später der Tangente Zug/Baar zugestimmt. Man muss jetzt aufpassen, dass das Erreichte nicht im Streit unter den Händen zerrinnt. Dann würde die Stadt Zug nämlich extrem leiden – und der ganze Kanton mit ihr. Wenn man die Stadt Zug weiter stranguliert, kommt irgendwann nur noch ein Röcheln heraus, was auch die übrigen Gemeinden wirtschaftlich und finanziell spüren würden. Das ist nicht ratsam. Man muss versuchen, die Probleme und Herausforderungen des Kantons gemeinsam zu lösen und nicht gemeindliche Partikularinteressen in den Vordergrund zu stellen. Die Drohung, den Stadttunnel abzulehnen, entspricht nicht der Tradition der letzten Jahre, in welchen eine verantwortungsbewusste Politik betrieben wurde. Wenn jetzt sieben schlechtere Jahre bevorstehen, muss man versuchen, zusammenzurücken und die Probleme gemeinsam anzupacken.

Für Baudirektor **Heinz Tännler** ist nicht alles so schlimm, wie es in der heutigen Ratsdebatte dargestellt wurde. Gabriela Ingold macht es sich seiner Ansicht nach ein bisschen einfach – wie vielleicht noch viele. Ausser Gregor Kupper hat niemand darauf hingewiesen, dass sich die Prognosen von BAK Basel seit der Antwort des Regierungsrats um gut 700 Millionen Franken verschlechtert haben. Diese Zahlen sind erst zu nehmen, aber was sagt BAK Basel wohl im Jahr 2014 oder 2015? Es ist spannend, die Entwicklung der Prognosen zu verfolgen – und noch viel spannender ist es, darauf basierend eine Planung zu machen: Man kann Projekte versenken, schubladisieren, wieder hervornehmen etc. Man muss mit diesen Prognosen vorsichtig umgehen. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die Baudirektion – was kaum jemand gemerkt hat – im Finanzplan bis 2030 insgesamt 400 Millionen Franken eingespart hat, je 200 Millionen Franken im Hoch- und im Tiefbau. Und es geht so weiter, das garantiert der Baudirektor. Die Baudirektion ist laufend daran, mit Optimierungen auch bei den Investitionen die Kosten zu senken.
Zum Stadttunnel: Martin Stuber hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass man den Prozess miterlebt haben muss, um zu verstehen, wie die 950 Millionen Franken zustanden gekommen sind. Es wurde nicht exorbitant geklotzt, sondern es gibt klare Gründe für die höheren Kosten, was in der Interpellationsantwort in kürzester Form aufgezeigt wird. Dass Unterägeri einfach links liegen gelassen werde, stimmt nicht. Betrachtet man das Strassenbauprogramm hinsichtlich Langsamverkehr, ÖV-Ausbau etc., dann sieht man, dass überproportional viel Geld ins Ägerital fliesst – wenn auch nicht für die Umfahrung Unterägeri. Das Ägerital wird nicht vernachlässigt. Auch die Tangente Zug/Baar hat viel mit dem Ägerital zu tun: Es geht um die bessere Anbindung, von der auch das Ägerital profitiert.
Der Vergleich mit dem Software-Debakel ist unzutreffend. Erstens wurde über den Stadttunnel noch nicht debattiert. Der Kantonsrat entscheidet am Schluss über Ja, Nein und Wieviel. Im Moment steht man in der Kommissionsarbeit. Die Baudirektion hat 35 Fragen erhalten, nimmt die Aufträge ernst und wird der Kommission im Dezember die Resultate vorlegen. Auch das Preisschild wird sich noch ändern. Der Baudirektor wehrt sich gegen den Vorwurf, die politischen Organe hätten die Kostensteigerung aus der Presse erfahren. Erstens hat er den Prozess im Kantonsrat sauber aufgezeigt. Zweitens *wollte* er die Kommission informieren, es wurde aber der Antrag gestellt, er solle den Prozess ohne nähere Information weiterzuführen, damit man frei sei für die Meinungsbildung im Kantonsrat. Die Kommission hat diesem Antrag einstimmig genehmigt, und der Baudirektor ist genau so vorgegangen. Es gab in der vorberatenden Kommission kein «Wunschkonzert, und über die Kosten für die Stadt Zug wird die Kommission noch debattieren, auch bezüglich der Betriebskosten.
Das Ägerital will die Sanierung der Kantonsstrasse Lorzentobelbrücke–Schmittli, die 50–60 Millionen Franken kostet; es will auch den Umfahrungstunnel Unterägeri, für den 200 Millionen Franken nicht reichen werden; neueste Berechnungen gehen für die Langvariante etwa 250 Millionen Franken aus. Das ist Interessenpolitik: Alle wollen alles. Gleichzeitig aber sagt man dem Baudirektor, er müsse sparen. Wenn es dann aber um die eigene Region geht, soll alles möglich sein. Man darf den Überblick über den Kanton nicht verlieren.
Gabriela Ingold hat das Begleitverfahren Lorzentobelbrücke–Schmittli erwähnt und sich erstaunt gezeigt über die Zusammensetzung des Begleitgremiums. Es ging dabei vorerst aber nur um das Problem, wie der gesperrte Abschnitt umfahren werden soll. Soll der Verkehr zu 100 Prozent über Allenwinden umgeleitet werden, soll es einen grossen Kreisel geben etc.? Für diese Frage, die vor allem für Allenwinden und Menzingen von Interesse ist, wurde das Begleitgremium auf die Beine gestellt, und in Absprache mit den Gemeinden Ober- und Unterägeri wurde entschieden,

dass es ausreicht, wenn nur die Ägerer Gemeindepräsidenten dabei sind. Es ging nämlich nicht um das Projekt, sondern einzig um das Umfahrungsregime. Aber bei der ersten Sitzung des Begleitgremiums war plötzlich das Projekt in aller Munde. Deshalb wurde entschieden, dass auch Unter- und Oberägeri mit entsprechenden Delegationen eingeladen werden. Das ist selbstverständlich. Spannend ist hier auch, dass Allenwinden und Menzingen nur ein bisschen sanieren möchten, Ägeri hingegen eine Luxuslösung wünscht. Es ist für den Baudirektor nicht einfach, einen Konsens zu finden und am Schluss eine Lösung zu haben, die dem *Kanton* nützt.
Franz Peter Iten hat gesagt, dass eine Vorlage bezüglich Richtplananpassung versprochen sei. Diese Vorlage ist unterwegs und vom Regierungsrat bereits verabschiedet. Es geht um eine Richtplananpassung, um die Kurz- und die Langvariante in ein Zwischenergebnis zu legen. Die Erfahrungen in der Stadt Zug und im Ennetsee zeigen nämlich, dass man nicht einfach nur über den Tunnel – wenn man überhaupt einen Tunnel will –, sondern auch über die Auswirkungen auf das Dorfzentrum und über die flankierenden Massnahmen diskutieren muss, bevor man in die Festsetzung geht. Das ist ein richtiger und vernünftiger Prozess, zu dem der Baudirektor auch die Zustimmung des Kantonsrats zu finden hofft.
Was ist, wenn der Stadttunnel nicht angenommen wird? Dann liegt eine neue Situation vor. Es wäre falsch, heute die Konsequenzen eines solchen Entscheids aufzuzeigen. Es braucht dann etwas Ruhe, und man wird die Prioritäten und die Investitionen neu diskutieren müssen. Ein solcher Entscheid führt sicher zu einer anderen Situation für die Umfahrung Unterägeri.
Martin Stuber hat das zweistufige Verfahren angesprochen. Es ist immer eine Diskrepanz zwischen der Baudirektion, welche ein einstufiges Verfahren will, und den Alternativen, welche das zweistufige Verfahren wollen. Für den Baudirektor ist klar, dass es mit dem zweistufigen Verfahren nicht besser wird. Es gibt aber kein Missverhältnis zwischen ÖV und MIV, wie Martin Stuber behauptet. Für den ÖV wird sehr viel getan, auch im Kanton Zug, wo die Baudirektion das, was die Volkswirtschaftsdirektion an sie heranträgt, kaum hinterfragt und es realisiert. Das ist gut so. Zusätzlich werden viele ÖV-Projekte vom Bund finanziert, so aus der Ausbau der Strecke Zug–Arth-Goldau. Im MIV hingegen muss der Kanton alles selber finanzieren. Einfach linear zu vergleichen, ist nicht richtig.
Dass der Stadttunnel zu viel koste und zu einem Finanzloch führe, darüber kann man diskutieren, auch über den Verschuldungsgrad. Die Argumentation der Gegner aber ist spannend. Wenn man die Vision «Zentrum plus» tatsächlich auch ohne Stadttunnel umsetzen könnte, wie das der Bevölkerung weiszumachen versucht wird, dann könnte man den Stadttunnel tatsächlich vergessen, es beim *Status quo* belassen und das Geld an einem anderen Ort investieren. Die Realität aber ist, dass man dann weiterhin die gleiche Situation hätte wie heute. Zu meinen, man könne mit Seetunnel und Gegenverkehr auf der Bahnhofstrasse und ein bisschen verkehrsfreier Vorstadt die Plätze aufwerten, ist Irrsinn. Das ist neben der Realität vorbei diskutiert. Wenn der Stadttunnel gebaut werden soll, dann richtig, andernfalls muss man weiterhin den *Status quo* hinnehmen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 8

Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz)

Es liegen vor; Berichte und Anträge des Regierungsrats (2226.1/.2 - 14262/63) und der vorberatenden Kommission (2226.3 - 14465).

Der **Vorsitzende** schlägt vor, wegen der fortgeschrittenen Zeit das Traktandum auf den 12. Dezember zu verschieben.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 9

922 **Kantonsratsbeschluss betreffend Anzahl Kantonsratsmandate für die einzelnen Gemeinden (Wahlen 2014)**

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2308.1/.2 - 14477/78).

Der **Vorsitzende** orientiert, dass diese mathematisch orientierte Vorlage gemäss bisheriger Praxis keiner vorberatenden Kommission zugewiesen wurde. Da sie keine finanziellen Konsequenzen hat, wurde sie auch nicht durch die Staatswirtschaftskommission vorberaten.

EINTRETEN

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur eine einzige Lesung durchgeführt wird. Es handelt sich nicht um einen allgemeinverbindlichen Beschluss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

TRAKTANDUM 10

923 **Motion von Thomas Lötscher, Philippe Camenisch, Daniel Abt und Daniel Thomas Burch betreffend Noven im Verwaltungsgerichtsbeschwerdeverfahren**

Das Traktandum wurde vorgezogen *(siehe Ziff. 919).*

Der **Vorsitzende** begrüsst an dieser Stelle die stellvertretende Landschreiberin, die für den Rest der Sitzung den Platz des Landschreibers einnimmt.

TRAKTANDUM 11

924 Motion von Thomas Rickenbacher betreffend Standesinitiative zur Änderung des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (GSchG)

Es liegen vor: Motion (2147.1 - 14075); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2147.2 - 14493).

Motionär **Thomas Rickenbacher** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Als Mitglied des leitenden Ausschusses des Zuger Bauernverbands wurde er oft mit dem Thema konfrontiert und erlebte die Reaktionen von einigen Grundeigentümern direkt und ungefiltert mit. Nach Rücksprache mit Landschreiber Tobias Moser musste er aus verfahrenstechnischen Gründen die Standesinitiative auf das entsprechende Bundesgesetz hin formulieren, obschon dieses viel weniger umstritten ist als die entsprechende Verordnung, welche ohne Vernehmlassung der betroffenen Kreise per 1. Juni 2011 in Kraft gesetzt wurde und welche über den Willen des Parlaments hinausgeht.

Der schweizerische Berufsfischerverband war Initiant der Volksinitiative «Lebendiges Wasser»; als Gegenvorschlag hat am 11. Dezember 2009 das Parlament die Änderungen im Gewässerschutzgesetz beschlossen. Der Berufsfischerverband will auf der einen Seite mit diesen Massnahmen die Wasserqualität in den Gewässern verbessern. Auf der anderen Seite werden vom selben Verband an dessen Generalversammlung folgende Aussagen gemacht: «Im vergangenen Jahr mussten in sämtlichen Schweizer Seen Fangeinbussen verzeichnet werden, welche womöglich auf die Phosphatfällung und somit den Nährstoffrückgang für Fische zurückzuführen sind. Ein Phosphatmanagement muss dringendst ausgearbeitet und umgesetzt werden. Im Brienzersee hat sich die Lage dermassen zugespitzt, dass der Fischfang alleine nicht mehr für den Lebensunterhalt reicht.» Man kann sich vorstellen, dass der schweizerische Fischerverband aus Sicht der Landwirtschaft mit solchen gegensätzlichen Äusserungen und Zielen nicht gerade strotz vor Glaubwürdigkeit.

Die Zuger-Landwirtschaft hat in den letzten Jahren bewiesen, dass sie bereit ist, Massnahmen zum Nutzen für die Umwelt, namentlich für die Gewässer, erfolgreich mitzutragen. Zu denken ist hier an den vor zwanzig Jahren eingeführten, 10 Meter breiten Düngerverbotsstreifen im Einzugsgebiet des Zugersees. Auch sind die geltenden Mindestabstände zu den Gewässern, welche schweizweit über die Direktzahlungsverordnung zum ökologischen Leistungsnachweis geregelt sind, unbestritten.

Wo drückt denn der Schuh resp. der Gummistiefel die Zuger Bauern? Die im neu geschaffenen Gewässerraum liegenden Flächen müssen extrem extensiviert werden. Diese Flächen können nicht mehr als landwirtschaftliche Nutzflächen angerechnet werden. Schweizweit gehen so gegen 20'000 Hektaren landwirtschaftlicher Nutzfläche verloren; weitere 2000 Hektaren werden im Rahmen von Revitalisierungsprojekten der landwirtschaftlichen Nutzung verloren gehen. Der Flächenverlust hat weitreichende Folgen für die Landwirte. Weniger Produktionsfläche bedeutet weniger Absatz an den Märkten. Der Rückgang der für die Düngergaben verfügbaren Flächen ist problematisch für die Düngerbilanz, was zur Folge haben kann, dass Tierbestände abgebaut werden müssen. Weniger landwirtschaftlichen Nutzflächen haben auch direkt einen Einfluss auf die Berechnung der Standardarbeitskräfte (SAK), einer Zahl, die in der Agrarpolitik immer wichtiger wird. Über diese Zahl wird ermittelt, ob ein Betrieb noch ein landwirtschaftliches Gewerbe nach bäuerlichem Bodenrecht gilt, ob ein Betrieb Investitionskredite bekommt oder nicht, und ob ein Betrieb Direktzahlungen erhält oder nicht. Der Flächenabbau hat konkrete finanzielle Nachteile für die betroffenen Landwirte, ohne dass viel für den ökologischen Nutzen erreicht wird. Die Wasserqualität hat sich in den letzten Jahren stark ver-

bessert. Kommt hinzu, dass im Gewässerraum ein absolutes Bauverbot gelten wird; nicht einmal Ersatzbauten sollen zugelassen werden. Diese Vorschriften kommen einer materiellen Enteignung gleich. Die Bewirtschaftung von Flächen mit sehr verzweigtem Gewässernetz, wie es im Kanton Zug typischerweise besonders häufig der Fall ist, ist praktisch nicht mehr möglich. Je nach Öko-Typ gelten andere Vorschriften bezüglich Schnittzeitpunkt der Flächen. Eine effiziente landwirtschaftliche Nutzung ist daher kaum mehr möglich – ein völliger Widerspruch zu dem, was von den Bauern erwartet wird.
Was ist zu diesem Thema in Bern geschehen? Die nationalrätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) reichte eine Motion zur Lockerung der Gewässerschutzverordnung ein. Diese wurde vom Parlament angenommen. Darauf erarbeiteten verschiedene Bundesämter (BAFU, BLW und ARE) in Zusammenarbeit mit den Kantonen das Merkblatt «Gewässerraum und Landwirtschaft». Dieses Merkblatt wurde im September 2013 der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) sowie den kantonalen Landwirtschaftsdirektoren zur Genehmigung unterbreitet. BPUK und LDK haben das Merkblatt abgelehnt, weil verschiedene Forderungen der UREK-Motion zu wenig oder teilweise gar nicht berücksichtigt wurden. Nun wird dieses Merkblatt überarbeitet. Kommt es zu keiner Einigung, werden die UREK-Kommissionen der National- und des Ständerats einen Vorschlag ausarbeiten, welcher schliesslich vom Ständerat zur Entscheidungsfindung vorgelegt wird. Die Erheblicherklärung der hier vorliegenden Motion würde der UREK den Rücken stärken, eine tragbare Lösung für die Landwirtschaft zu finden.
Noch einige Sätze zum Antrag des Regierungsrats: Die CVP-Fraktion und der Votant als Motionär werden ohne weitere Anträge den Antrag der Regierung in der vorliegenden Formulierung unterstützen, obschon die gesamte Fruchtfolge-Thematik elegant unter den Tisch gewischt wurde und in der gesamten Antwort der Regierung mit keinem Wort erwähnt wird. Die in § 36a des Gewässerschutzgesetzes vorgeschriebene Kompensation der Fruchtfolgefläche wird nicht zwingend wirksam, da im Gewässerraum angesiedelte Fruchtfolgeflächen den Status einer «potenziellen Fruchtfolgefläche» beibehalten können. Dies steht im Gegensatz zum Willen des Parlaments und zu den Zielen des entsprechenden Sachplans, dass die Fruchtfolgeflächen erhalten bleiben müssen. Der Landwirt soll diese Flächen im Gewässerraum stark extensivieren und nicht mehr als landwirtschaftliche Nutzfläche anrechnen können. Im Gegenzug werden diese Flächen für die Behörden als «potenzielle Fruchtfolgeflächen» gezählt. Dies ist ein krasser Widerspruch.
Der zweite Teil des regierungsrätlichen Antrags ist etwas unglücklich formuliert. Es könnte der Eindruck entstehen, dass im Gewässerraum künftig keine ökologischen Massnahmen vorgesehen sind. Selbstverständlich gilt nach wie vor der 10-Meter-Düngerverbotsstreifen im Einzugsgebiet des Zugersees. Auch die 6 Meter Pufferzonen und 3 Meter Düngerverbotsstreifen, welche in der Direktzahlungsverordnung vorgegeben sind, behalten selbstverständlich ihre Gültigkeit.
Wie bereits erwähnt, wird der Motionär keinen Antrag zu den regierungsrätlichen Anträgen stellen, dies unter dem Motto: «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.» Der Votant dankt für die Erheblicherklärung seiner Motion.

Hanni Schriber-Neiger beginnt mit einigen Hinweisen zum Gewässerraum. Die Festlegung des Gewässerraumes nach § 36a des Bundesgesetzes von 1991 über den Schutz der Gewässer (GSchG) hat das Ziel, folgende Funktionen zu gewährleisten:
a) die natürlichen Funktionen der Gewässer;
b) den Schutz vor Hochwasser;
c) die Gewässernutzung.

Zum Hochwasserschutz: Das revidierte Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG) verpflichtet die Kantone seit 2011, den Raumbedarf der Gewässer festzulegen, welche neben den natürlichen Funktionen auch für den Hochwasserschutz nötig sind. Das heisst, dass Ausweitungen im Vorgelände eines Flusses oder eben Renaturierungsmassnahmen aus Sicht der AGF fortgesetzt werden. Nur wenn den Gewässern der nötige Platz gegeben und die Gewässerräume ausgeschieden werden, unterstützt der Bund die Hochwasserschutzprojekte.
Der Hochwasserschutz fordert die Kantone und Gemeinden wegen vermehrter starker Unwetter mit Rekordwassermengen und zunehmender Versiegelung des Bodens heute schon stark. Für die Zukunft ist die Rechnung unter dem Strich wohl schnell gemacht. So hat gerade vorgestern die Rischer Gemeindeversammlung einen Planungskredit für Hochwasserschutzmassnahmen gesprochen. «Es wird mit Baukosten von etwa 10 Millionen Franken gerechnet», schrieb der Gemeinderat in seiner Botschaft.
Zur Wasserqualität: In den letzten Jahren wurden auch im Kanton Zug viele Anstrengungen unternommen, die Wasserqualität in Seen und Flüssen zu verbessern. Sie ist erforderlich für das weitere Bestehen von Flora und Fauna und schliesslich auch von uns Menschen. Für die AGF ist es wichtig, dass die Massnahmen zur Verminderung des Phosphorgehalts in den Gewässern intensiv weitergeführt werden. Der extensiven Bewirtschaftung im sogenannten Gewässerraum ist besonders Sorge zu tragen. Auch bei extensiver Bewirtschaftung bleiben diese Flächen als Kulturland erhalten. Es braucht also keine Anpassung, die den Gewässerschutz aufweicht. Im Übrigen wird die Landwirtschaft für Mindereinnahmen an den Gewässern finanziell entschädigt. Sollten diese Entschädigungen zu gering sein, braucht es in diesem Bereich Anpassungen und keinesfalls eine Lockerung der Vorschriften.
Die AGF hat Verständnis für die Landwirtschaft und schätzt deren wertvolle Arbeit. Die AGF unterstützt sie auch gerne wieder, wenn Kulturland für gigantische Strassenprojekte oder für einen Golfplatz geopfert werden soll. Doch zu dieser Motion kann sie nicht Hand bieten. Die Schutzzonen um offene Gewässer wurden aufgrund eingehender Untersuchungen erlassen und nicht einfach willkürlich. Wenn der Motionär denkt, dass Gewässerschutzzonen überdimensioniert bzw. ohne Nutzen seien, hat er dafür die entsprechenden Unterlagen vorzulegen. Im Gegensatz dazu können die Gewässerschutz-Fachstellen aufgrund überprüfbarer Untersuchungen den Nachweis erbringen, dass mit den verfügten Massnahmen der Phosphorgehalt unsere Gewässer und damit deren Eutrophierung, das heisst die Zunahme von Nährstoffen in Gewässern, die zu unerwünschtem Wuchern bestimmter Pflanzenarten führt, reduziert werden.
Die AGF ist für Nichterheblicherklärung dieser Motion. Bezüglich der Sistierung der Teilrevision des Zuger Gewässergesetzes kann sie die Beweggründe der Regierung nicht nachvollziehen. Die Vernehmlassungen der politischen Parteien zeigen auf, dass alle eine möglichst schnelle Umsetzung im Kanton möchten. Warum konnte der Kantonsrat dazu nicht Stellung nehmen? Die Votantin begrüsst es, wenn der Regierungsrat sich zu diesem Punkt auch noch äussert.

Markus Jans hält als Sprecher der SP-Fraktion fest, dass die Natur unter Druck ist. Die Zunahme von Strassen und Verbauungen für Kraftwerke, die Zersiedelung der Schweiz und die Veränderungen des Klimas bedrohen viele Pflanzen- und Tierarten in unserem schönen Land. Dies gilt besonders für jene Tiere, die auf natürliche Gewässer angewiesen sind. Gemäss der roten Liste der gefährdeten Arten sind in der Schweiz 31 von 52 einheimischen Fischarten gefährdet, und 8 Fischarten sind bereits ausgestorben. 1992 haben über 66 Prozent der Bevölkerung in der Volksabstimmung die damalige Revision des Gewässerschutzgesetzes unter-

stützt. Es war ein Auftrag an die Politik, den Gewässern den notwendigen Schutz zu geben. Die gesetzten Ziele konnten damit leider nicht erreicht werden. Aus diesem Grunde hat der Schweizerische Fischerei-Verband im Sommer 2006 die Volksinitiative «Lebendiges Wasser» mit 160'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Volksinitiative hat kräftig eingeheizt und der Politik endlich Beine gemacht. Aus Angst vor einer Annahme dieser Volksinitiative hat der Ständerat den Gegenentwurf mit dem Titel «Schutz und Nutzung der Gewässer» ausgearbeitet. Mit dem Gegenvorschlag, der die Anliegen der Initiative weitgehend aufnahm, hat die Initiative bereits einen Grosserfolg verbuchen können.
Der Schweizerische Fischerei-Verband hat im Februar 2010 die Volksinitiative «Lebendiges Wasser» zurückgezogen. Dies geschah zugunsten des von den Räten am 11. Dezember 2009 angenommenen indirekten Gegenvorschlags «Schutz und Nutzung der Gewässer». Dieses Gesetz bezweckt, die Gewässer vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen. Es dient insbesondere:
a) der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen;
b) der Sicherstellung und haushälterischen Nutzung des Trink- und Brauchwassers;
c) der Erhaltung natürlicher Lebensräume für die einheimische Tier- und Pflanzenwelt;
d) der Erhaltung von Fischgewässern;
e) der Erhaltung der Gewässer als Landschaftselemente;
f) der landwirtschaftlichen Bewässerung;
g) der Benützung zur Erholung;
h) der Sicherung der natürlichen Funktion des Wasserkreislaufs.
Für den Bundesrat war der Gegenvorschlag ein guter Kompromiss zwischen Umweltanliegen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten:
• Verbaute Gewässer sollen wieder zu naturnahen Lebensräumen werden.
• Wesentliche negative Auswirkungen der Wasserkraftnutzung auf die Umwelt (Schwall/Sunk, unterbrochene Durchgängigkeit, gestörter Geschiebehaushalt) sollen innert 20 Jahren beseitigt werden.
• Gleichzeitig sollen auch die Wasserkraftnutzung und Interessen der Landwirtschaft angemessen berücksichtigt werden.
Der Handlungsbedarf ist gross. Im Mittelland sind rund 40 Prozent der Fliessgewässer in einem schlechten Zustand, im Siedlungsgebiet über 80 Prozent. Mehr als 90 Prozent aller nutzbaren Gewässer dienen der Energiegewinnung.
Der Ständerat hat mit 34 zu 2 Stimmen und der Nationalrat mit 107 zu 65 Stimmen der Vorlage zugestimmt. Nun stellt der Zuger Bauerverband fest und verlangt – und Thomas Rickenbacher nimmt das Anliegen aus verständlichen Gründen auf –, dass das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer angepasst werden soll. Es soll dort angepasst werden, wo es den Bauern etwas weh tut und sich mit dem Schnittzeitpunkt Probleme ergeben. Der genau gleiche Bauernverband oder deren Exponenten scheren sich aber nicht darum und melden sich kaum zu Wort, wenn es darum geht, Landwirtschaftsland dauernd der Nutzung zu entziehen. So geschehen an der letzten Sitzung des Kantonsrats, als es darum ging, 4 Hektaren landwirtschaftliche Nutzfläche der Bewirtschaftung dauerhaft zu entziehen. Da scheint dem Votanten die Einschränkung des Schnittzeitpunkts oder der Beweidung in der Nähe von Fliessgewässern tatsächlich ein untergeordnetes Problem zu sein: Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung wird dadurch nicht eingeschränkt. Die SP-Fraktion macht immer wieder auf die Reduzierung der Fruchtfolgeflächen aufmerksam. Die fehlende Unterstützung des Bauerverbands oder deren Vertreter im Kantonsrat ist ihr ebenso gewiss. Die vorliegende Motion will nun aber noch mehr und verlangt sogar eine weitere Reduktion der Fruchtfolgeflächen in der Nähe von Fliessgewässern. Da bleibt der SP-Fraktion nur noch ein ungläubiges Kopfschütteln.

Die SP ist konsequent in ihrer Haltung. Nebst der aufgezeigten selektiven Wahrnehmung eines wirksamen Schutzes von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch die Bauernvertreter handelt es sich bei der vorliegenden Motion um eine eidgenössische Angelegenheit. Wie heute schon die SVP, versucht auch hier der Bauernverband, dessen Lobby in Bern zu den grössten zählt, die Kantone für die persönlichen Interessen zu missbrauchen, was die SP entschieden ablehnt. Will der Bauernverband tatsächlich etwas verändern, soll er seinem Anliegen mit einer Initiative zum Durchbruch verhelfen. Aus diesen Gründen stellt die SP-Fraktion den **Antrag,** die Motion von Thomas Rickenbacher nicht erheblich zu erklären.

Karl Nussbaumer legt seine Interessenbindung vor: Er ist Bauernsohn und Besitzer einer landwirtschaftlichen Liegenschaft. Er dankt im Namen der SVP-Fraktion der Regierung dafür, dass sie die Motion erheblich erklären möchte und eine Standesinitiative einreichen wird. Auch die SVP-Fraktion sieht hier Handlungsbedarf und wird diesen Antrag unterstützen.
Man stelle sich eine landwirtschaftliche Liegenschaft im Kanton Zug vor, wie es sie in den Voralpen zu Tausenden gibt: leichte Hanglage, hügelig, Gewässer durchschneiden die landwirtschaftliche Produktionsfläche mehrfach. Aufgrund der weiten Verbreitung der Milchwirtschaft sind diese Landwirtschaftsbetriebe vorwiegend auf die Raufutterproduktion, also auf Graswirtschaft ausgerichtet. Die Landschaft präsentiert sich in diesen Voralpengebieten weitgehend wie folgt: Gewässer haben im Lauf der Zeit das Gelände modelliert. Entlang dieser Gewässer führt meist ein Weg, welcher der Bewirtschaftung dieser landwirtschaftlichen Flächen dient.
Nun gilt gemäss eidgenössischem Gewässerschutzrecht entlang von Fliessgewässern ein Gewässerraum von 15 oder 20 Meter oder mehr, je nach Breite und Güte der Gewässersohle. Zwar kann der Gewässerraum weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden. Die Nutzung ist aber mit Einschränkungen verbunden. So wird beispielsweise der Schnittzeitpunkt bundesrechtlich vorgeschrieben. Nun kann also die ausserhalb des Gewässerraums liegende landwirtschaftliche Fläche, wie es sich gehört, im Monat Mai gemäht werden, der im Gewässerraum liegende Streifen darf jedoch nicht vor Mitte Juni gemäht werden. Diese Bewirtschaftungseinschränkung führt für die Landwirtschaft zu unhaltbaren Zuständen. Wie soll der Landwirt das Mähgut der ausserhalb des Gewässerraums liegenden Wiesen auf die Bewirtschaftungswege entlang der Gewässer hieven? Braucht er nun auch noch einen Pneukran, oder müssen die Landwirte – wie die Weinbauern der Westschweiz – Helikopter zu Hilfe nehmen? Man sieht: Diese Bewirtschaftungseinschränkungen mit der Festlegung eines späten Schnittzeitpunktes innerhalb des Gewässerraums führen namentlich im Kanton Zug zu grossen Problemen, natürlich ohne sichtbaren Nutzen für die Gewässer und die Fischerei.
Nicht zuletzt aus diesem Grund haben diverse Voralpenkantone eine gleichlautende Standesinitiative eingereicht. Diese Bestrebungen der anderen Kantone gilt es auch im Kanton Zug zugunsten der Rechtssicherheit und der Praxistauglichkeit zu unterstützen. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion der Motion Rickenbacher zustimmen.

Peter Diehm legt seine Interessenbindung vor: Er ist Präsident des Zuger Kantonalen Fischerei-Verbandes. Die Initiative «Lebendiges Wasser» wurde im Übrigen nicht – wie von Thomas Rickenbacher gesagt – vom Berufsfischerverband, sondern vom Schweizerischen Fischerei-Verband eingereicht, dem Angler, Hobby-Fischer und auch einige Berufsfischer angehören.
Das Gewässerschutzgesetz wurde von zwanzig Jahren in Kraft gesetzt. Es ist leider von einigen Kantonen, vor allem NFA-Empfängern, bis heute noch nicht um-

gesetzt. Dies gilt vor allem für Vorschriften hinsichtlich Restwassermengen, die teilsweise auch nach zwanzig Jahren erst zur Hälfte umgesetzt sind. Der Kanton Zug hingegen ist recht gut unterwegs.
In den Ausführungen des Regierungsrats wird in Ziff. 1 dargelegt, welche zentrale Rolle die Fliessgewässer für unser Land spielen. Ergänzend muss dazu festgestellt werden, dass die Schweiz als Wasserschloss Europas mit der strategischen Ressource Wasser (Trink- und Brauchwasser) einen Rohstoff «verwaltet». Wasser gilt als elementare, strategische Ressource des 21. Jahrhunderts. Es ist das gesamte Gewässernetz und seine Gewässerräume, die letztlich die Qualität der Ressource Wasser ausmachen.
Weiter wird im Bericht auch die überragende Rolle der Gewässerlebensräume für die Biodiversität dargestellt. Diese Rolle können die Fliessgewässer aber nur dann spielen, wenn der gewässerbegleitende Raum ebenfalls naturnah ist, und nicht, wenn das Gewässer zu einer reinen Abflussrinne ausgebaut ist. In der ganzen Diskussion um den Wert der Gewässerräume wird allerdings die Bedeutung des Gewässerraums für die Hochwassersicherheit zu wenig hervorgehoben. Nur wenn der Raumbedarf angepasst auf die Gewässergrösse auch ausreicht, können Siedlungen und Infrastrukturen wirksam vor Schadenereignissen geschützt werden. Alle wissen, wie gigantisch hoch die Schadenpotenziale sind. Ebenfalls wissen alle, dass alle Klimamodelle davon ausgehen, dass die Extremereignisse zunehmen werden; dass auch Starkniederschläge an Intensität und Ausmass zulegen werden. Alles in allem müssen verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker erkennen, dass die Ausscheidung funktionstauglicher Gewässerräume ein dringendes Gebot der Zeit ist und eine unverzichtbare Investition in die Sicherung der Zukunft.
Angesichts dieser Argumente, die im Bericht eigentlich angeführt sind, und mit dem Verweis darauf, dass die Bemessung des Gewässerraums seit dem Jahre 2000 anhand einer bewährten und in der Praxis bereits angewendeten Schlüsselkurve vorgenommen wird, sind die Schlussfolgerungen des Regierungsrats im Motionsbericht geradezu abenteuerlich inkonsequent. Was will die Regierung letztlich mit der Motionsbeantwortung unterstützen? Die Regierung will die Einreichung einer Standesinitiative unterstützen, die darauf abzielt:
1. einen absoluten «Gummiparagrafen» zu postulieren, nämlich «Gebiete mit sehr verzweigtem Gewässernetz nicht übermässig einzuschränken». Was soll das sein? Wann ist ein Gewässernetz sehr verzweigt? Es fällt auf, dass kein Wort darüber steht, was als «sehr verzweigt» zu gelten hat.
2. Im Gewässerraum sei ganz auf die extensive Bewirtschaftung zu verzichten. Ein intensiv bewirtschafteter Gewässerraum kann die Funktionen Hochwasserschutz, Biodiversitätsschutz, Landschaftsschutz, Trinkwasserschutz schlicht und einfach nicht erfüllen. Hier wird von der Zuger Regierung eine Forderung unterstützt, die schlicht und ergreifend die Absage an jeglichen Gewässerschutz fordert. Intensive Landwirtschaft im Gewässerraum, sei es Viehhaltung, Graswirtschaft, Futterbau oder was auch immer, ist mit den Absichten Hochwasserschutz, Biodiversitätsschutz, Landschaftsschutz, Trinkwasserschutz unvereinbar. Dass die Konferenz der Kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (LDK) dies anders sieht, überrascht nicht. Dass die Zuger Regierung aber die Zeichen der Zeit nicht erkennt, gibt zu denken.
3. Am Zugersee sind die Folgen der Überdüngung sichtbar. Die Sanierung des Sees bezüglich Phosphatgehalt dauern noch Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte. Im Laufe der eigenen Lebensspanne konnte man erleben, wie der Gewässerschutz Früchte getragen hat, und wie Gewässer, die in den 1980er Jahren mit Badeverbot belegt waren, heute wieder bedenkenlos zum Baden genutzt werden können. Was in der vorliegenden Motionsbeantwortung und im Einreichen der Standesinitiative aber anvisiert wird, ist ein Rückschritt. Tatsächlich unterstützt der Regierungsrat

die Bauern, die als Reaktion auf eine Gesetzesänderung zum besseren Schutz der Gewässerräume mit einer Gegenreaktion antreten, die den Schutz unserer Lebensgrundlagen um Jahrzehnte zurückwirft.
Die elementare strategische Ressource des 21. Jahrhunderts ist das Wasser. Die Schweiz ist ein Wasserschloss. Die Schweiz ist kein Agrarland und wird im globalen Agrarmarkt nie eine Rolle in der Intensiv-Agrarproduktion spielen können. Im Gegenteil: Die Nische, in der die Schweiz landwirtschaftlich produzieren kann, ist die Nische der extensiven oder ökologischen Produktion. Diese benötigt Landschaftsstrukturen wie eben Wasserläufe mit Gewässerraum und nicht ausgeräumte Landschaften, in denen bis an den Gewässerrand intensiv produziert werden kann. Der von der Regierung vorgelegte Bericht und Antrag ist die komplett falsche Antwort auf eine Herausforderung unserer Zeit. Er ist die falsche Antwort, um auf die Naturgefahren-Bedrohungen unserer Zeit zu reagieren, und es ist die falsche Antwort mit Blick auf die kommenden Generationen. In diesem Sinne bittet der Votant, den Antrag der Regierung nicht zu unterstützen. Eine grosse Mehrheit der FDP-Fraktion ist ebenfalls für die Nichtüberweisung der Motion.

Baudirektor **Heinz Tännler** wiederholt, dass der Schweizerische Fischerei-Verband 2006 die Volksinitiative «Lebendiges Wasser» eingereicht und diese später zugunsten des Gegenvorschlags «Schutz und Nutzung der Gewässer» zurückgezogen hat. Es ging dabei wesentlich um die Revitalisierung der Gewässer. Zu betonen ist, dass der Kanton Zug bezüglich Hochwasserschutz und Revitalisierung der Gewässer schon heute sehr viel tut. Nebenbei bemerkt: Der Baudirektor wird dem Kantonsrat eine Anpassung des Richtplans bezüglich Revitalisierung der Gewässer vorlegen und er ist gespannt, was der Kantonsrat am Schluss unterstützen wird, nachdem die Stawiko zu Recht wissen will, welche Kosten damit einhergehen; es handelt sich um happige Investitionen in den nächsten Jahren.
Der Bundesrat hat sich in der Folge mit der Teilrevision des Gewässerschutzgesetzes und der Gewässerschutzverordnung und in diesem Zusammenhang auch mit dem Gewässerraum befasst. Er hat dabei den Gewässerraum für Fliess- und stehende Gewässer bundesweit in Anhängigkeit von der Sohlenbreite, von der Lage, des Zustandes etc. einheitlich festgelegt. Innerhalb des Gewässerraums gilt ein Bauverbot für Bauten und Anlagen, und diese Landfläche darf landwirtschaftlich nur noch extensiv genutzt werden. Die Kantone haben nun Zeit bis Dezember 2018, diese bundesrechtlichen Vorgaben umzusetzen. Bis dahin gilt bereits heute eine sehr strenge bundesrechtliche Übergangsregelung.
Der Regierungsrat hat die Teilrevision des Gewässergesetzes sofort, nämlich im Frühjahr 2013, an die Hand genommen und auch in die Vernehmlassung geschickt. Das Resultat war sehr dispers. Während ein Teil der Antworten die Revision begrüsste, forderte das Bundesamt für Umweltschutz eine Verschärfung im Teilbereichen, und für die bäuerlichen Kreise schoss der kantonale Vorschlag über das bundesrechtlichen Vorgaben hinaus. Man diskutierte dann lange über den richtigen Weg und entschied sich zu einem Marschhalt, auch weil auf Bundesebene – neben der vorliegenden Standesinitiative – etliche Vorstösse eingereicht wurden, die erheblich erklärt wurden und allenfalls wieder zu einer veränderte Situation führen können. Deshalb wurde beschlossen, die Gesetzesrevision in einem späteren Zeitpunkt – vorläufig ist 2014/15 festgelegt – an die Hand zu nehmen. Dieses Vorgehen ist richtig, sonst muss dieses Gesetz drei- oder viermal überarbeitet werden Und bis dahin gilt die erwähnte Bundesverordnung.
Um die Motion Rickenbacher zu verstehen, muss man wissen, welche landwirtschaftliche Nutzung im Gewässerraum nach eidgenössischem Gewässerschutzrecht noch möglich ist. Es gilt Folgendes:

• Es dürfen im Gewässerraum keine Dünger und Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden. Ausgenommen ist die Einzelstockbehandlung von Problempflanzen.
• Der Gewässerraum kann landwirtschaftlich genutzt werden, sofern die Nutzung den Anforderungen der Direktzahlungsverordnung an bestimmte ökologische Ausgleichsflächen entspricht. Damit verbunden sind Einschränkungen beispielsweise bezüglich Schnittzeitpunkt, welcher bundesrechtlich vorgeschrieben wird. Und weiter zitierte der Baudirektor: «Der Gewässerraum ist, gestützt auf die eidgenössische Gewässerschutzverordnung, zum Beispiel für ein 2 Meter breites Gewässer 11 Meter ab Gewässermittelachse. Entlang von Fliessgewässern werden gemäss BAFU-Berechnungen rund 12'000 Hektaren mit diesem Gewässerraum belegt. Obendrauf gelten, gestützt auf die eidgenössische Chemikalienreduktionsverordnung und gestützt auf die eidgenössische Direktzahlungsverordnung, ein eidgenössischer Düngeverbotsstreifen von 3 Metern ab Böschungsoberkante sowie ein Verbot des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln innerhalb eines Streifens von 6 Metern erneut ab Böschungsoberkante. Damit werden gemäss BAFU-Berechnungen rund 20'000 Hektaren, wenn man von der aktuellen Beschränkung nach eidgenössischer Chemikalienverordnung ausgeht, extensiviert. Wie Sie sehen, sind die Mass- und Ausgangspunkte verschieden, die Nutzungsvorschriften uneinheitlich …» Da kommt man doch nicht mehr draus! Und man stelle sich – wie das Beispiel von Karl Nussbaumer deutlich gezeigt hat – den Landwirt vor, der die Vorschriften über die verschiedenen Schnittzeitpunkte einzuhalten versucht, mit Pneukran oder wie auch immer. Das geht doch nicht! Es geht bei der Motion Rickenbacher nicht darum, die Forderungen des Gewässerschutzes zu torpedieren. Es geht vielmehr um die Praktikabilität. Da verliert der Fischerei-Verband gar nichts, aber der Bauer würde sehr viel verlieren, wenn man sich nicht nochmals mit diesem Thema auseinandersetzen und den Schnittzeitpunkt etc. überprüfen würde. Es ist ein Anliegen nicht nur der Bauern, sondern auch der Öffentlichkeit. Der Baudirektor garantiert, dass die Fischerei nichts verliert, und bittet, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** wiederholt den Antrag des Regierungsrats:
• die Motion von Thomas Rickenbacher betreffend Standesinitiative zur Änderung des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (GSchG) sei erheblich zu erklären.
• der Einreichung einer Standesinitiative zur Änderung des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (GSchG) mit folgenden Begehren sei zuzustimmen:
– Die Bewirtschaftung und Gestaltung der im Gewässerraum liegenden Flächen ist im Gewässerschutzgesetz so zu formulieren, dass er auch in Gebieten mit einem sehr verzweigten Gewässernetz die bestehende, traditionelle landwirtschaftliche Bewirtschaftung nicht übermässig einschränkt, ohne dass daraus ein entsprechender Nutzen für den Gewässerschutz resultiert.
– Allenfalls ist auf die Verpflichtung zur extensiven Gestaltung und Bewirtschaftung des Gewässerraums ganz zu verzichten.
• die Motion Rickenbacher sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt mit 43 zu 13 Stimmen die Motion im Sinne des regierungsrätlichen Antrags erheblich und schreibt sie gleichzeitig als erledigt ab.

TRAKTANDUM 12

925 Postulat von Daniel Stadlin betreffend Unterweisung von lebensrettenden Sofortmassnahmen an den öffentlichen Schulen

Es liegen vor Postulat (2199.1 - 14196); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2199.2 - 14484).

Postulant **Daniel Stadlin** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung und stellt dem Rat zwei Fragen:

• Wer wäre in der Lage, lebensrettende Sofortmassnahmen einzuleiten und durchzuführen, käme es heute im Kantonsratssaal zu einem Herz-Kreislauf-Stillstand? *(Ungefähr die Hälfte der Ratsmitglieder hebt die Hand.)*

• Im Treppenhaus ist ein Defibrillationsgerät stationiert. Wer könnte dieses Gerät bedienen? *(Etwa ein Viertel der Ratsmitglieder hebt die Hand)*.

Wie zu sehen ist, sind wir leider weit weg von einer flächendeckenden Verbreitung der Reanimationskenntnisse. Um diese Defizite zu beheben, sollte eine Ausbildung und Schulung lebensrettender Sofortmassnahmen möglichst früh einsetzen. Derzeit findet die am weitesten verbreitete Ausbildung in Erster Hilfe vor allem während der Pubertät zur Vorbereitung des Führerscheinerwerbs statt, in einer Lebensphase also, in der man eher gehemmt agiert, wenn man sich durch andere beobachtet und in seinem Tun bewertet fühlt. Somit ist der Beginn der Ausbildung gerade in einer Entwicklungsphase, in der man der Bewertung durch andere und insbesondere durch Gleichaltrige einen besonders hohen Stellenwert beimisst, zu hinterfragen. Wenn angenommen wird, dass sich im Grundschulalter die intensivsten Lernerfahrungen ereignen, und wenn man das aktive Lernen als Grundsatz jeglicher Ausbildung in Erster Hilfe zugrunde legt, dann besteht für die Anwendung des Wissens im späteren Lebensalter durchaus auch ein Nachhaltigkeitsaspekt. Das Erste-Hilfe-Wissen hat also unter diesen Voraussetzungen die Chance, im Langzeitgedächtnis einen Platz zu finden. Betrachtet man den enormen Handlungsbedarf im Bereich der Laienreanimation, erscheint eine Integration der Nothelferkurse in CPR/BLS und Defibrillation spätestens ab der 4. Primarklasse als unumgänglich. Das kognitiv erworbene Wissen wird zu einem späteren Lebenszeitpunkt in einer realen Notfallsituation eher angewendet, wenn möglichst früh gelernt wurde, die richtigen Massnahmen zu ergreifen.

Aus diesen Gründen versteht der Votant die vom Regierungsrat gezogenen Schlüsse nicht. Dieser schreibt: «Aus Sicht der öffentlichen Gesundheit ist die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern auf der Mittel- und Oberstufe (d. h. ab der 3. Primarklasse) in Erster Hilfe (inklusive CPR und AED) erwünscht und sinnvoll. In medizinischen und rettungsdienstlichen Kreisen werden solche Schulungen sehr begrüsst. Erste-Hilfe-Kurse für Schülerinnen und Schüler können sach- und stufengerecht von Ärztinnen und Ärzten sowie Rettungssanitäterinnen und -sanitätern durchgeführt werden.» Weiter hält der Regierungsrat fest: «Das Wissen um lebensrettende Sofortmassnahmen und insbesondere das Beherrschen dieser Massnahmen können in Situationen helfen, die Schülerinnen und Schüler glücklicherweise zwar selten antreffen, bei denen jedoch jede Minute zählt und korrektes Handeln absolut erforderlich ist. Lebensrettende Sofortmassnahmen kommen – wie es der Name sagt – überall und jederzeit der gesamten Bevölkerung zugute, auch der jüngeren.» Aus diesen Erkenntnissen müsste eigentlich die Schlussfolgerung resultieren, das Vermitteln von lebensrettenden Sofortmassnahmen an den öffentlichen Schulen sei einzuführen. Der Zeitpunkt dazu wäre günstig, wird doch das kantonale Schulgesetz gerade revidiert, und der Lehrplan 21 ist in der Vernehmlassung. Dass der Regierungsrat aber trotzdem davon absieht, ist von der Sache her nicht nachvollziehbar. Seine Begründung, dass die Vermittlung der Erste-Hilfe-

Leistung derzeit kein obligatorischer, regelmässiger Lerninhalt der öffentlichen Schulen ist und deshalb aus schulischer Sicht vorderhand kein weiterer Handlungsbedarf besteht, ist nicht nachvollziehbar. Gerade weil es heute kein obligatorischer, regelmässiger Lerninhalt ist, besteht Handlungsbedarf. In Notfallsituationen Leben retten zu können, macht immer Sinn. Dies wird aber nur erreicht, wenn möglichst früh mit der Ausbildung und Schulung lebensrettender Sofortmassnahmen begonnen wird. Vielleicht kann auch der Gesundheitsdirektor noch etwas dazu sagen.
Der Postulant nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis. Verstehen tut er sie aber nicht.

Wenn **Monika Barmet** dem Bericht und Antrag des Regierungsrats den Puls fühlen könnte, würde sie feststellen können, dass er kurz vor dem Ableben steht. Leider hat der Regierungsrat dem Auftrag des Postulats wenig Leben eingehaucht. Etwas mehr wäre angebracht gewesen. Die Votantin zitiert dazu eine Aussage auf Seite 2 im regierungsrätlichen Bericht: «Im schulischen Umfeld müsste das Wissen um lebensrettende Sofortmassnahmen eigentlich vorhanden sein, auch ohne dass die Schülerinnen und Schüler speziell dafür ausgebildet sind. Eine Überprüfung dieser Vermutung hat allerdings bisher nicht stattgefunden.» Die Votantin zweifelt daher am Fazit des Regierungsrats, dem Anliegen des Postulats, nämlich zu prüfen, vollumfänglich nachgekommen zu sein.
Es ist in der Tat wichtig, in Notsituationen schnell zu handeln. Der Regierungsrat hat sich entschlossen, Verwaltung, Gerichte und kantonale Schulen mit Defibrillatoren auszurüsten. Das ist gut so. Im Budget sind dafür 470'000 Franken ausgewiesen. Von Interesse ist sicher noch, wie viele davon installiert werden können, und ob die Schulungskosten inbegriffen sind. Schulungen in lebensrettenden Sofortmassnahmen im Rahmen der Erste-Hilfe-Kurse sind sinnvoll. Die Oberstufe ist dafür sicher besser geeignet als die Mittelstufe. Deshalb kann die Votantin den Antrag des Regierungsrats unterstützen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss:** Der Postulant hat ausgeführt, ein allgemeiner pädagogischer Grundsatz sei, Lerninhalte möglichst früh zu vermitteln; der Lernerfolg sei dann am grössten. Das ist grundsätzlich richtig, allerdings stellt sich die Frage, *was* möglichst früh vermittelt werden soll. Man darf den Bildungsteller nicht überladen. Die den Schulen zur Verfügung stehende Zeit ist beschränkt, und man kann nicht jedes noch so berechtigte Anliegen zwingend in den Lehrplan aufnehmen. Dann würde der Schule zu wenig Zeit für den Kernauftrag bleiben, der da lautet: Lesen, Schreiben, Rechnen.
Methodisch und vom Verständnis her wäre es möglich, bereits in der Primarschule Kenntnisse in Erster Hilfe zu vermitteln, und gewiss würde dadurch auch kein Schaden angerichtet. Die Prioritäten liegen aber anders. Man muss auf nichtzwingende Lerninhalte verzichten, damit die Lehrpläne nicht zu gedrängt werden und die Lehrpersonen genügend Zeit haben, eigene Akzente zu setzen. Es spricht nichts gegen die – auch frühe – Vermittlung dieser Inhalte. Die Lehrpersonen müssen darüber aber selber entscheiden können.
Entscheidend ist auch, die verschiedenen Lerninhalte nicht gegeneinander auszuspielen. Es gibt viele berechtigte Inhalte, die an den Schulen vermittelt werden sollten. Man kann aber nicht alles abarbeiten und muss sich an gewissen Orten auf exemplarisches Lernen beschränken.
Die Regierung ist überzeugt, dass mit den AED-Geräten in der kantonalen Verwaltung Leben gerettet werden können. Sie erwartet auch, dass sich das Wissen um die Handhabung dieser Geräte in der Bevölkerung weiter verbreitet. Sie will aber nicht, dass ein entsprechender Auftrag der Schule zwingend übertragen wird. Viele

Jugendliche nutzen die freiwilligen schulischen Angebote im Rahmen der Vorbereitung auf Fahrprüfungen. Dieses Angebot soll weiterhin bestehen bleiben, kann aber in dieser Form nicht in den Lehrplan übernommen werden.
Der Bildungsdirektor bittet den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen, das Postulat erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 53 zu 3 Stimmen erheblich und schreibt es als erledigt ab.

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden.

926 Nächste Sitzung

Donnerstag, 12. Dezember 2013 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

63. Sitzung: Donnerstag, 12. Dezember 2013 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 7. November 2013
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz)

4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für den Ersatzneubau des Durchlasses Mülibach Bostadel, Kantonsstrasse Q, Gemeinde Menzingen

5. Teilrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank betreffend Altersgrenze
6. Geschäfte, die am 28. November 2013 nicht behandelt werden konnten:

6.1 Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz)

6.2. Postulat von André Wicki und Manuel Brandenberg betreffend Erhöhung der Polizeipräsenz in bestimmten Quartieren der Stadt Zug

6.3. Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitik kein «Wachstum mit Grenzen»

6.4. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Vollzug der «Lex Koller» im Kanton Zug

6.5. Interpellation von Beni Riedi betreffend Benutzung der neuen Medien durch die Insassen der Strafanstalt Bostadel

6.6. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Familienpolitik muss Wahlfreiheit zur Lebensform ermöglichen

6.7. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Unterstützungsgelder aus Lotterie- und Sport-Toto-Fonds

6.8. Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend geplante Einführung elektronischer Fussfesseln im Kanton Zug

6.9. Interpellation von Philip C. Brunner betreffend Streichung der Verlängerung der General-Guisan-Strasse im kantonalen Richtplan

7. Motion von André Wicki betreffend zwei Ergänzungen des Planungs- und Baugesetzes
   Motion von Thomas Villiger betreffend Änderung des Planungs- und Baugesetzes
   Motion von Cornelia Stocker und Alice Landtwing betreffend Änderung § 19 des Planungs- und Baugesetzes (PBG)

8. Postulat der CVP-Fraktion betreffend Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch
   Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz und Stefan Gisler betreffend Fremdsprachenunterricht an den obligatorischen Schulen
9. Interpellation von Gabriela Peita betreffend illegale oder legale langfristige Parkmöglichkeit an der Kantonsstrasse Sihlbruggstrasse Richtung Walterswil, Strassenbezeichnung N8

927 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Monika Barmet, Menzingen; Zari Dzaferi und Gabriela Peita, beide Baar; Peter Diehm, Cham; Gregor Kupper, Neuheim.

928 Mitteilungen

Ende Dezember wird Andreas Bühlmann sein Teilpensum als stellvertretender Standesweibel bei der Staatskanzlei einstellen. Er ist selbständiger Maler und Gestalter und hat volle Auftragsbücher. Daher will er sich auf sein Handwerk konzentrieren. Der Rat dankt Andreas Bühlmann für seine treuen und zuverlässigen Einsätze im Ornat. Andreas Bühlmann wird den Rat heute an das Mittagessen begleiten. *(Der Rat applaudiert.)*

Heute sind auch die anwesenden Medienschaffenden zum Mittagessen eingeladen, dies als Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit der Medien, die regelmässig über die Arbeit des Kantonsrats berichten. *(Der Rat applaudiert.)*

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Genuss von Spirituosen nach dem Mittagessen zu Lasten jedes einzelnen Ratsmitglieds geht und die Staatskanzlei keine gebrannten Wasser bezahlt. Die Restaurants sind entsprechend instruiert.

Manuel **Brandenberg** möchte wissen, was diesen Sinneswandel bewirkt hat. Bisher hatte man während der ganzen Legislatur die Möglichkeit, einen Schnaps oder einen Zuger Kirsch zu genehmigen, was das Mittagessen schön abrundet. Ihm ist kein anderslautender Beschluss irgendeines Gremiums bekannt.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass aus seiner Sicht recht ausgiebig vom Wohlwollen des Staats Gebrauch gemacht wurde. Im Übrigen ist es ein Beschluss des Ratsbüros, den der Vorsitzende umsetzen will. Er will nicht mehr, dass auf Staatskosten Schnäpse getrunken werden.

Manuel Brandenberg zeigt sich erstaunt darüber, dass demnach ein Beschluss des Büros drei Jahre lang nicht vollzogen wurde, und bittet um eine Stellungnahme.

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass der Bürobeschluss bisher nicht vollzogen wurde. Es geht auch um das Ausmass des Konsums. Es wurde auch beschlossen, dass nur Zuger Schnäpse getrunken werden sollen, was aber nicht eingehalten wurde. *(Fortsetzung siehe Seite 2127, Ziff. 935)*

Der Landammann und der Kantonsratspräsident nehmen heute Abend im KKL am Jubiläumsanlass «20 Jahre Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)» teil. Aus diesem Grund wird Kantonsratsvizepräsident Moritz Schmid ab 16.00 Uhr die Sitzung leiten. Aus dem gleichen Grund wird Regierungsrat Matthias Michel, ständiger Vertreter des Kantons Zug in der KdK, die Sitzung früher verlassen.

Im Protokoll der Nachmittagssitzung vom 7. November ist die Nummerierung der Geschäfte am linken Textrand ab Seite 1997 nicht korrekt: Infolge eines Software-Fehlers beginnt die Zählung nach Ziffer 893 nochmals mit 891, statt mit 894 fortzufahren. Der Protokollführer bittet die Ratsmitglieder, diesen Fehler in ihrem Exemplar handschriftlich zu korrigieren. Im Internet, wo das Protokoll als PDF verfügbar ist, ist die Zählung korrigiert.

Eine Orientierung gemäss § 20 Abs. 1 der Geschäftsordnung: Die Redaktionskommission hat die am 26. September 2013 verabschiedete Fassung der neuen Geschäftsordnung des Regierungsrats bearbeitet (Vorlage 2251). Sie hat nebst den üblichen kleineren Anpassungen rein redaktioneller Art die § 1 und § 14 neu strukturiert. Der Landschreiber hat den Kantonsratsmitgliedern diese sprachlichen Bereinigungen per E-Mail unter Beilage einer Synopse mitgeteilt. Die bereinigte Fassung des Erlasses wird im nächsten Versand verschickt.

TRAKTANDUM 1

929 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

930 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 7. November 2013

➔ Die Protokolle der Sitzung vom 7. November werden ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 4

Kommissionsbestellungen:

931 Traktandum 4.1: **Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2315.1/.2 - 14506/07).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Irène Castell-Bachmann, Zug, FDP, Kommissionspräsidentin

Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg, CVP	Alois Gössi, Baar, SP
Kurt Balmer, Rotkreuz, CVP	Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP
Christine Blättler-Müller, Hagendorn, CVP	Alice Landtwing, Zug, FDP
Manuel Brandenberg, Zug, SVP	Eugen Meienberg, Steinhausen, CVP
Philip C. Brunner, Zug, SVP	Beni Riedi, Baar, SVP
Hans Christen, Zug, FDP	Martin Stuber, Zug, AGF
Maja Dübendorfer Christen, Baar, FDP	Manfred Wenger, Zug, SVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

932 Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für den Ersatzneubau des Durchlasses Mülibach Bostadel, Kantonsstrasse Q, Gemeinde Menzingen**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2323.1/.2 - 14516/17).

➔ Überweisung an die Kommission für Tiefbauten.

TRAKTANDUM 5

933 **Teilrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank betreffend Altersgrenze**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2296.1/.2 - 14453/54) und der vorberatenden Kommission (2296.3 - 14520).

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Thomas Wyss:** Die aus sieben Mitgliedern bestehende vorberatende Kommission hat die Vorlage an einer Halbtagessitzung beraten. Für die angenehme Zusammenarbeit dankt die Kommission Finanzdirektor Peter Hegglin, den beiden ZKB-Vertreter Bruno Bonati, Bankratspräsident, und Guido Speck, ehemaliger Leiter Recht und Compliance, sowie Marco Braschler, juristischer Mitarbeiter der Finanzdirektion, der für die Protokollführung zuständig war und das Kommissionssekretariat führte.
Hintergrund der Gesetzesänderung sind die höheren Anforderungen der Finma an die Fähigkeiten von Bankverwaltungsräten; gleichzeitig werden einige Begrifflichkeiten angepasst. In der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass die Bankräte nicht immer auf Augenhöhe mit den Geschäftsleitungen argumentieren konnten. Dieses Ungleichgewicht soll korrigiert werden, indem die Finma dafür sorgen will, dass die Oberleitung über Fachkenntnisse und Erfahrungen in der strategischen Führung einer Bank verfügt. Eine Bank wie die Zuger Kantonalbank kann dieses Ziel am elegantesten und einfachsten erreichen, indem Bankenkader gegen oder am Ende der Karriere für ein Engagement in der Oberleitung gewonnen werden können. Die heutige Alterslimite von 65 Jahren widerspricht jedoch dieser Strategie, weshalb die Regierung beantragt, die Alterslimite auf 70 Jahre zu erhöhen.
Die Kommission hat diese Frage intensiv diskutiert. Aus einer ganzen Reihe von Gründen beantragt sie, auf eine Alterslimite ganz zu verzichten und den letzten halben Satz in § 36 Abs. 3, d. h. den Passus «oder mit der ordentlichen Generalversammlung nach Vollendung des 70. Altersjahres», zu streichen. Eine Alterslimite steht nach Meinung der Kommission grundsätzlich quer in der Landschaft.

Die Forderung nach einer Erhöhung des AHV-Alters steht im Raum. Eine Alterslimite widerspricht diesen Bestrebungen. Die Befürchtung, ohne Alterslimite werde die Sesselkleberei gefördert, wurde ebenfalls diskutiert. Die Kommission ist jedoch zur Überzeugung gelangt, dass eine starke Oberleitung durchaus in der Lage ist, hier Gegensteuer zu geben. Schliesslich hat sich die Kommission auch bei der Finma erkundigt, ob es Richtlinien oder Empfehlungen bezüglich Alterslimite gibt. Dem ist nicht so. Einzelne Schweizer Banken kennen zwar Alterslimiten. Sie sind jedoch nicht die Regel, und der Trend geht – auch unter dem Aspekt des berechtigten Widerstandes gegen die Altersdiskriminierung – eher weg von Alterslimiten.
Zusammenfassend: Die vorberatende Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten. Mit 6 zu 1 Stimmen schlägt sie vor, auf eine Alterslimite zu verzichten. In der Schlussabstimmung hat die Kommission der Vorlage mit den erwähnten Änderungen mit 6 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Karin Andenmatten-Helbling hält fest, dass das Geschäft neben einigen rein redaktionellen Änderungen nur aus der Änderung von § 36 Abs. 3 des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank besteht. Die CVP-Fraktion unterstützt die Stossrichtung der Finma, die Anforderungen an die Kenntnisse und Erfahrungen der Bankräte zu erhöhen, damit diese über genügend Fachkompetenz verfügen, um ihre Oberleitungs-, Kontroll- und Aufsichtsfunktion wahrnehmen zu können.
Obwohl heute viele Personen im Alter von 70 Jahren noch längere Zeit voll einsatzfähig sind, ist die CVP mehrheitlich der Meinung, dass im Bankrat auch in Bezug auf die Alterszusammensetzung eine gewisse Ausgewogenheit anzustreben ist. Sie schliesst sich daher dem Antrag der Regierung an, die Altersgrenze auf 70 Jahre anzuheben und so mit den Kantonalbanken der Kantone Aargau, St. Gallen, Zürich und Schwyz gleichzuziehen. Die anderen beiden grösseren Schweizer Banken, welche im Bericht und Antrag der Regierung erwähnt sind, möchte die Votantin weder in diesem noch in einem anderen Zusammenhang als Vorbilder für die Zuger Kantonalbank beiziehen.
Eine weitere persönliche Bemerkung: Es ist es eine edle Geste, wenn sowohl der Bankrat als auch die Regierung Hemmungen hatten, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche man in Unkenntnis der Finma-Interpretation des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen allenfalls als «Lex Bonati» bezeichnen könnte. Aus Sicht des Kantonrats könnte man jedoch monieren, mit diesem Zuwarten in das Dilemma geführt worden zu sein, entweder die Altersgrenze zu erhöhen oder bei einer Ablehnung der Vorlage die Verantwortung für eine unzumutbar kurze Frist für die Suche nach einem geeigneten Nachfolger oder einer geeigneten Nachfolgerin des Präsidenten übernehmen zu müssen. Mit ihrem Zuwarten haben der Bankrat und die Regierung weder der Sache noch dem Kantonsrat gedient – was ihnen der Samichlaus letzte Woche wohl schon gesagt hat.
Die CVP dankt für die Unterstützung der Altersbeschränkung bei 70 Jahren und erwartet in Bälde die angekündigte substantielle Teilrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank.

Cornelia Stocker: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und steht dem Kommissionsantrag, wonach gänzlich auf eine Alterslimite zu verzichten sei, positiv gegenüber. Erhöhte Qualitätsanforderungen an die Oberleitung sind ein logisches Derivat der Finanzkrise. Wird die Latte des Anforderungsprofils an einen Bankrat oder eine Bankrätin höher gelegt, schränkt sich das Auswahlfeld ein. Um weiterhin auf einen möglichst grossen Kreis von in Frage kommenden Personen zurückgreifen zu können, darf man sich nicht durch eine selbst auferlegte Altersobergrenze einschränken. Die Anhebung des Rentenalters wird aufgrund der demografischen Ent-

wicklung unausweichlich sein. Auch bei Banken sind die feudalen Zeiten mit einem Pensionsalter um die 60 Jahre vorbei. Der Trend geht Richtung längeres Arbeiten, dies insbesondere auf der strategischen Ebene. Auch die Zeiten des Zuschiebens von Pfründen sind gottseidank Vergangenheit. Es soll auch nicht mehr so sein, dass ein ehemaliger CEO automatisch Bank- oder Verwaltungsrat wird.
In diesem Sinne kann guten Gewissens auf eine Altersbeschränkung für Bankräte verzichtet werden. Der Bankrat selber ist angehalten und wird auch in der Lage sein, schwierige Führungsentscheide zu treffen, falls ein Mitglied die gewünschte Dynamik im Denken und Handeln aus Altersgründen nicht mehr erbringen kann. Die FDP-Fraktion ersucht um Zustimmung zum Kommissionsantrag.

Eusebius Spescha: Die SP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt den Antrag der Regierung. Die Anhebung der Altersgrenze auf 70 Jahre ist nachvollziehbar, wenn auch nicht so zwingend, wie es die Regierung darstellt. Gar nicht einverstanden ist die SP damit, die Altersgrenze vollständig aufzuheben, wie dies die Kommission beantragt.
Der SP-Fraktion macht allerdings ein anderer Aspekt Sorge. Den Bericht der Regierung kann man so lesen, als ob der Bankrat in Zukunft möglichst aus pensionierten Ex-Bankern zusammengesetzt werden soll. Dies wäre äusserst bedenklich. Für einen Verwaltungsrat ist es wichtig, dass er sich aus Personen mit unterschiedlichem und sich ergänzendem *Knowhow* zusammensetzt. Ein Einheitsbrei uniform denkender und funktionierender Personen im Verwaltungsrat ist ungünstig und kann für eine Firma desaströs sein.
Selbstverständlich braucht es im Bankrat der Zuger Kantonalbank auch Personen mit *Knowhow* in Bankfragen. Wichtig ist aber auch betriebswirtschaftliches und juristisches *Knowhow*, Führungs-*Knowhow*, Kenntnisse des Immobilienmarkts usw. Älteren Herren mit dem Absitzen von Bankratssitzungen noch ein bisschen Zusatzverdienst zu ermöglichen, ist definitiv vorbei. Gerade die ZKB, welche eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung für den Kanton Zug hat, ist darauf angewiesen, einen breit abgestützten und kritisch hinterfragenden Bankrat zu haben. Die SP hofft, dass dieser Aspekt bei der bevorstehenden Revision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank berücksichtigt wird.

Andreas Hürlimann: In den letzten Jahren ist die strategische und operative Führung einer Bank anspruchsvoller geworden. Dies kann der Votant in seiner täglichen Arbeit, wo er sozusagen die Scherben einer missglückten Bankstrategie zusammenwischt, sehen. Die Turbulenzen in der Finanzwelt haben die Finma veranlasst, die Anforderungen an die Fachkenntnisse und die Erfahrung von Mitgliedern des obersten Leitungsorgans von Banken zu erhöhen. Die Finma verlangt vom obersten Leitungsorgan auch eine kontinuierliche Nachfolgeplanung. Der Bankrat hat daher das Anforderungsprofil aktualisiert und angepasst. Ziel soll es sein, dass künftig mehrere Mitglieder des Bankrats über eine adäquate, d. h. in einer höheren Führungsfunktion innerhalb einer Bank erworbene Erfahrung verfügen. Das begrüsst die AGF ausdrücklich, hat sie doch im Rahmen von anderen Geschäften mit einem Zusammenhang zur Zuger Kantonalbank immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Verbreiterung eines umfassenden *Knowhows* zwingend nötig ist. Es darf nicht sein, dass lediglich der amtierende Bankpräsident die Anforderungen der Finma bezüglich Erfahrungen in der strategischen Führung einer Bank erfüllt. In Zusammenhang mit der Finma wäre in diesen Tagen auch interessant zu wissen, in welcher Kategorie von Banken sich die Zuger Kantonalbank sieht.
Zur Altersgrenze: Wenn man das Marktumfeld anschaut, kann man tatsächlich zum Schluss kommen, dass die Zuger Kantonalbank bei der Rekrutierung von geeigne-

ten Personen etwas im Nachteil war. Die vom Regierungsrat geforderte Anhebung der Altersgrenze auf das 70. Lebensjahr findet die AGF angemessen; sie bringt genügend Flexibilität. Eine Altersgrenze sollte zudem die kontinuierliche Erneuerung der Bankorgane gewährleisten. Ganz auf eine solche verzichten will die AGF nicht: Das Leitungsgremium der Kantonalbank soll nicht zu einem Altherrenclub werden. Die AGF stellt zudem den Antrag, dass § 36 Abs. 3 dahingehend zu ergänzen sei, dass das Alter bei der erstmaligen Wahl nicht höher als 62 Jahre sein darf. So soll eine möglichst grosse Kontinuität sichergestellt werden, wie sie auch dem Regierungsrat wichtig ist, dies nicht nur im Hinblick auf die bevorstehende umfassende Revision des Kantonalbankgesetzes, sondern auch mit Rücksicht auf die grossen Herausforderungen, welche aufgrund des schwierigen Marktumfelds auf die Bank zukommen; so schreibt der Regierungsrat auf Seite 4 und 5 seines Berichts. Der Antrag der AGF bietet die Chance, dieser Kontinuität tatsächlich eine Chance zu geben. Nur so wäre sichergestellt, dass Personen auch wirklich für zwei vierjährige Amtsperioden gewählt werden können.

Ivo Hunn: Zu den formellen Anpassungen haben die Grünliberalen keine Anmerkungen zu machen. Zur Altersgrenze äussern sie sich wie folgt: Die GLP empfindet die Vorlage als ein Misstrauensvotum gegenüber jüngeren Menschen, genauer gesagt gegenüber den 50-Jährigen plus. Die Vorlage impliziert, dass die 50-Jährigen inkompetent sind und im Bankrat resp. in der Revisionsstelle den gestiegenen Anforderungen nicht gerecht werden. Die Altersgrenze soll nun von 65 auf 70 Jahre erhöht werden. Die GLP stellt sich hier die Frage: Wie alt müssen dann die Verwaltungsratsmitglieder in der Finma sein? 80 plus? Aktuell sind sie zwischen 49 und 65 Jahre alt, und sechs der acht Mitglieder sind 60 plus. Leider waren die entsprechenden Recherchen auf der Website der Zuger Kantonalbank nicht so aufschlussreich. Vielleicht kann der Regierungsrat Angaben zum Alter der aktuellen Mitglieder des Bankrats machen.
Die GLP ist für Eintreten auf die Vorlage und unterstützt bei § 36 den Antrag der Regierung, die Alterslimite auf 70 zu erhöhen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die positive Aufnahme der Vorlage und die schnelle Behandlung des Geschäfts. Der Regierungsrat hat in der Tat etwas gezögert mit der Vorlage, vor allem weil er mit der Gesetzgebung ja nicht Personalpolitik betreiben, sondern generell abstrakte Gesetze erlassen will. Bei der Nachfolgeplanung für den Bankrat hat sich aber gezeigt, dass es Probleme gibt, die höheren Anforderungen der Finma zu erfüllen; im aktuellen Bankrat gibt es nur eine einzige Person, welche die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt, nämlich Bruno Bonati. Das Alter der Bankräte und -rätinnen lässt sich im Übrigen aus dem regierungsrätlichen Bericht, Seite 4, erschliessen, wo der jeweilige Rücktrittszeitpunkt – mit Erreichen des 65. Altersjahrs – festgehalten ist. Der jetzige Präsident müsste 2015 zurücktreten, die nächstfolgende Person 2017 und die weiteren Mitglieder erst in den 2020er Jahren. Das zeigt auch, dass der Bankrat nicht ein Altherrengremium ist, sondern altersmässig gut durchmischt ist.
Wie gesagt, entspricht aktuell nur eine Person dem von der Finma geforderten Profil, wobei allerdings nicht der *ganze* Bankrat über Erfahrungen in der strategischen Leitung eine Bank verfügen muss, sondern einfach mehrere Personen. Aufgrund dieser Erkenntnisse legt der Regierungsrat die vorliegende Gesetzesrevision vor. Es ist richtig, die Altergrenze nicht völlig wegzulassen, sondern bei 70 Jahren festzusetzen. Für die heutige Regelung ging man wohl vom Pensionierungsalter 65 aus. Heute spricht man von einer Anhebung des Pensionierungsalters, und mit der Anhebung der Alterslimite auf 70 Jahre passt man diese Rücktrittsgrenze den ge-

sellschaftlichen Entwicklungen an. Mit der Erhöhung der Alterslimite wird auch die potenzielle Verweildauer im Bankrat verlängert. Wenn zurücktretende Bankkader diese Tätigkeit aufnehmen, bedeutet sie im Vergleich zu heute fast eine Verdoppelung der möglichen Zeit im Bankrat. Die Flexibilität wird grösser. Auch die Erneuerung des Bankrats ist wichtig. Eine Alterslimite bei 70 Jahren hält das Gremium auch an, sich zu erneuern. In diesem Sinn empfiehlt der Regierungsrat, seinem Antrag zu folgen und die Grenze nach oben nicht einfach völlig offen zu lassen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
§ 24 Abs. 1 Ziff. 6. und Ziff.12
Titel neu 4.4. Die Geschäftsleitung
§ 28 Abs. 1
§ 29 Abs. 1
§ 33 Abs. 1 und 2
§ 33bis Abs. 1
§ 34 Abs. 1 und Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 36 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die AGF einen **Antrag** auf folgende Ergänzung von § 36 Abs. 3 gestellt hat: «Das Alter bei der erstmaligen Wahl in den Bankrat darf nicht höher als 62 Jahre sein.»

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** teilt mit, dass dieser Antrag in der Kommission nicht gestellt wurde. Die Kommission hat sich aber für die Alterslimite 70 ausgesprochen, dies mit einer Gegenstimme.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** empfiehlt, keine zusätzliche untere Altersgrenze festzulegen, dies auch im Sinne der Flexibilität.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AGF mit 62 zu 8 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission den Antrag des Regierungsrats ablehnt, die Alterslimite von 65 Jahren auf 70 Jahre anzuheben, und ihrerseits **beantragt,** auf eine Alterslimite zu verzichten. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

➔ Der Rat genehmigt mit 32 zu 40 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 38 Abs. 2
II., III. und IV.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung

TRAKTANDUM 6
Geschäfte, die am 28. November 2013 nicht behandelt werden konnten

934 Traktandum 6.1: **Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz)**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2226.1/.2 - 14262/63) und der vorberatenden Kommission (2226.3 - 14465).

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** dankt zuerst Regierungsrat Beat Villiger, Generalsekretärin Elisabeth Heer Dietrich, dem Datenschutzbeauftragten Dr. Rene Huber, Staatsarchivar Dr. Ignaz Civelli sowie den Protokollführern Michael Siegrist und Ruth Schorno für die grosse Unterstützung und angenehme Zusammenarbeit. Das Wichtigste vorweg: In der vorberatenden Kommission bestand breiter Konsens darüber, dass der Regierung hier ein guter Wurf gelungen ist. Die Kommission beantragt dem Kantonsrat mit 12 zu 0 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten, und mit 13 zu 1 Stimmen, der Vorlage mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen. Die Kommission begrüsst damit explizit den Paradigmenwechsel von der Nicht-Öffentlichkeit zur Öffentlichkeit der kantonalen und gemeindlichen Verwaltung. Der Kanton Zug ist damit in guter Gesellschaft: Der Bund und nahezu alle Schweizer Kantone – mit Ausnahme von Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Nidwalden, Obwalden, Thurgau und Luzern – kennen das Öffentlichkeitsprinzip; Luzern ist ebenfalls dabei, einen Wechsel vorzunehmen.
Ganz uneingeschränkt soll *Open Government* im Kanton Zug jedoch nicht gelten. Die Kommission stellt sich wie die Regierung auf den Standpunkt, dass die Rückwirkung ausgeschlossen werden soll. Der Zugang zu amtlichen Dokumenten gilt nur für Dokumente, die *nach* Inkrafttreten dieses Gesetzes erstellt oder empfangen wurden. Zudem ist es nach Ansicht der Kommission zwingend notwendig, dass die Sitzungsprotokolle von Parlamentarischen Untersuchungskommissionen (PUK) einen besonderen Schutz geniessen sollen. Die Kommission empfiehlt, den Gesetzesentwurf so zu ergänzen, dass hier künftig eine zehnjährige Sperrfrist gilt.
Die Kommission ist mit der Regierung der Ansicht, dass der Zugang zu amtlichen Dokumenten «eingeschränkt, aufgeschoben, mit Auflagen versehen oder verweigert werden soll», wenn «überwiegende öffentliche oder private Interessen» entgegenstehen. In der Frage, was überwiegende öffentliche Interessen sind, weicht die Meinung der Kommission jedoch von derjenigen des Regierungsrats ab. Der Passus, wonach die Beschränkungen namentlich dann zum Tragen kommen, wenn durch den Zugang «die behördliche Meinungsbildung und Entscheidung» beein-

trächtigt werden könnte, insbesondere «bei Voten, Abstimmungen und Wahlen», soll gestrichen werden. Das Gleiche gilt für die Bestimmung, wonach der Zugang ausgeschlossen ist für Dokumente, die von Dritten unter Zusicherung der Vertraulichkeit eingereicht wurden.
In der Kommission wurde schliesslich auch die Frage aufgeworfen und von den Experten abschliessend beantwortet, in welcher Form jene privaten Organisationen tangiert sind, die aufgrund von Leistungsvereinbarungen öffentliche Aufgaben anstelle des Kantons oder einer Gemeinde erfüllen. Es wurde der Kommission zugesichert, dass einzig jene Dokumente öffentlich zugänglich sein werden, welche diese spezifischen Aufgaben betreffen.
Fazit: Die vorberatende Kommission ist überzeugt, dass eine ausgewogene Lösung vorliegt. Das anerkannte Bedürfnis nach Transparenz der öffentlichen Verwaltung wird befriedigt, was der Verbundenheit mit und der Partizipation am staatlichen Handeln nur förderlich sein kann. Um Übertreibungen vorzubeugen, wurden mass- und sinnvolle Schranken eingebaut. Im Rahmen der Fairness und der Rechtssicherheit werden alle Behörden gleich behandelt. Dem modernen und international stark vernetzten Kanton Zug steht *Open Government* sehr gut an. Der administrative Aufwand wird sich – auch dank der von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen und aufgrund der Erfahrungen anderer Kantone – in engen Grenzen halten.
Im Sinne dieser Ausführungen bittet der Kommissionspräsident, auf die Vorlage einzutreten und den Änderungsanträgen der Kommission zuzustimmen. Die SVP-Fraktion unterstützt die Anträge der Kommission vollumfänglich.

Urs Raschle hält fest, dass heute über einen Paradigmenwechsel diskutiert wird: von der geschlossenen zur offenen Verwaltung – oder mit anderen Worten: Die Trutzburg, welche den wertvollen Schatz des Kanton versteckt, soll durchsichtig und gläsern werden, damit alle den Schatz sehen können. Es stellt sich aber die Frage, wie viele Vorhänge gezogen werden sollen, um den Schatz zu hüten.
Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt der Vorlage in den meisten Punkten zu. Die Vorlage entspricht dem Zeitgeist von Facebook und Twitter und somit der transparenter werdenden Verwaltung. Sie ist genügend wichtig, um detailliert beraten und nicht schon vor dem Eintreten gebodigt zu werden.
Wo aber beginnt die Öffentlichkeit, und wo hört sie auf resp. muss die Arbeit geschützt werden? Dies ist eine grundlegende Frage, welche mit dem Gesetz beantwortet werden muss. Aus Sicht der CVP-Fraktion ist die Grenze bei der politischen Meinungsbildung zu ziehen. Ohne Schutz des politischen Prozesses wird eine historische Errungenschaft unseres Bundesstaats gefährdet. Für eine funktionierende Demokratie ist es entscheidend, dass Entscheidungen einer ausführenden Gewalt innerhalb des gewählten Gremiums ohne Öffentlichkeit gefällt werden können und – sofern es keine Indiskretionen gibt – auch nicht nach draussen dringen. Erst dadurch ist gewährleistet, dass Entscheidungen im Sinne der Allgemeinheit und der Bevölkerung und eben nicht der Parteilinie gefällt werden. Ein Aufbrechen dieser Mauern untergräbt das Kollegialitätsprinzip und bringt alte staatspolitische Pfeiler ins Wanken, entspricht es doch einem Grundrecht in der Schweiz, dass auch die Meinungen von Minderheiten zählen und wichtig sind. Es ist klar, dass längst nicht alle Protokolle einer Exekutive von derartigem Interesse sind, dass man sie auch lesen sollte. Trotzdem ist die CVP der Ansicht, dass früher oder später ein falscher Prozess in Gang kommt, nämlich dass sich Exekutivmitglieder vermehrt an Parteiendogmen halten, wenn sie wissen, dass ihre Entscheidungen öffentlich werden. Dies betrifft alle Parteien von links bis rechts und kann nicht im Interesse eines funktionierenden Staates sein. Die CVP spricht sich deshalb gegen

die Veröffentlichung sämtlicher Protokolle von Kommissionen und Exekutiven aus und wird bei § 12 einen entsprechenden Antrag stellen.
Zu diskutieren gab in der CVP-Fraktion auch der Geltungsbereich. Obwohl Korporationen auch unter das Gemeindegesetz fallen, versteht die CVP nicht, weshalb sie auch unter das Öffentlichkeitsgesetz fallen sollen. Im Gegensatz zu Einwohner- und Bürgergemeinden erfüllen Korporationen nämlich keine öffentlichen Aufgaben im eigentlichen Sinn, sondern verwalten eher ihre Liegenschaften und Güter im Sinne der Korporationsbürger und eben nicht der gesamten Öffentlichkeit. Die CVP stellt deshalb bei § 2 Abs. 1 den Antrag, die Korporationen aus dem Gesetz zu streichen.
Innerhalb dieses Kontexts kam auch die Frage auf, weshalb künftig sämtliche Institutionen, welche einen Leistungsauftrag haben, ihre Dokumente und Protokolle veröffentlichen müssen. Damit entfaltet das neue Gesetz eine sehr grosse Wirkung, welche nur bedingt wünschbar ist, werden sich doch verantwortliche Personen dieser Institutionen zukünftig nicht mehr frei äussern, da auch sie davon ausgehen müssen, dass ihre Voten bald öffentlich werden. Die CVP-Fraktion stellt deshalb unter § 2 Abs. 2 Bst. c folgenden Antrag: «Organisationen und Personen des privaten und öffentlichen Rechts ausserhalb der öffentlichen Verwaltung, *soweit ihnen Verfügungskompetenz zukommt.*» Damit wird der Rahmen deutlich enger gesteckt.
Zum Schluss noch eine Bitte: Es wäre einfacher, wenn zukünftig bei den Synopsen wieder nur diejenigen Artikel aufgelistet würden, welche auch betroffen sind. Weshalb gleich das gesamte Gemeindegesetz hinzugefügt werden musste, ist der CVP-Fraktion schleierhaft.

Irène Castell-Bachmann: Die FDP-Fraktion stellt grossmehrheitlich den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Sie begründet diesen Antrag wie folgt:
Es geht um die Abwägung zwischen dem Interesse der Öffentlichkeit am offenen Zugang zu amtlichen Dokumenten und dem Interesse an der freien Meinungsbildung und -äusserung im Rahmen der behördlichen Tätigkeit. Die FDP-Fraktion gewichtet grossmehrheitlich letzteres Interesse höher als ersteres. Sie sieht in der Öffnung die Gefahr:
• dass die freie Meinungsbildung erheblich eingeschränkt und eine Öffnung das Abstimmungsverhalten beeinflussen würde;
• dass Aussagen, die auf dem Wege zur Meinungsbildung abgegeben worden sind, medial ausgeschlachtet würden und als Folge davon letztlich nur noch Beschlussprotokolle verfasst würden, was wenig sinnvoll wäre und zur Folge hätte, dass nicht mehr auf aussagekräftige Materialien zurückgegriffen werden könnte.
Es geht – in Klammern gesagt – bei der Ablehnung der Öffentlichkeit nicht um «Filz», zumal in politischen Gremien und damit im Rahmen der Meinungsbildung die einzelnen Parteien eingebunden sind.
Abgesehen von den genannten Beeinträchtigungen besteht nach Meinung der FDP zudem keine Veranlassung, vom bisherigen System der Informationspolitik abzuweichen. Bereits heute wird im Kanton Zug und in den Gemeinden eine offene Informationspolitik betrieben. Es besteht kein Bedarf nach einer weitergehenden Öffnung, und die diesbezüglichen Auslagen kann man sich ersparen. Zuhanden der CVP-Fraktion sei angemerkt, dass CVP und FDP letztlich dasselbe Ziel verfolgen und es schön wäre, wenn sie sich finden würden.

Barbara Gysel: Ade mit dem Grundsatz der Geheimhaltung, in Zukunft orientiert sich der Kanton Zug am Prinzip der Öffentlichkeit. Offen ist damit noch längst nicht alles. Aber die SP will ausdrücklich mehr Öffentlichkeit, denn auch Transparenz macht Demokratie aus. Die SP-Fraktion unterstützt, dass eine noch öffentlichkeits-

freundlichere und bürgerinnennähere Verwaltung entwickelt wird. Sie goutiert auch, dass ein eigenständiges Gesetz dazu geschaffen wird. Dieses geht in die richtige Richtung und ist zudem recht umfassend, was den Geltungsbereich anbelangt: Es betrifft neben der Exekutive auch die Gemeinden und die Leistungserbringenden.
Viel Lob also, aber nicht nur. Nach wie vor ist die Verwaltung die «Herrin», die über den Zugang zu Dokumenten bestimmt. Es scheint, dass die Regierung die Herausgabe nicht freizügig, sondern eher zurückhaltend etablieren will. Das Öffentlichkeitsgesetz darf aber kein «Panzerknacker-Gesetz» werden. Es braucht Bemühungen, einige der möglichen Hürden abzubauen oder wenigstens zu verkleinern. Aus diesem Grund wird die SP-Fraktion zusammen mit der AGF in der Detailberatung Anträge zur Ausweitung des Öffentlichkeitsprinzips stellen. Betreffend Geltungsbereich möchte sie bei den Ausnahmen mehr gestrichen haben. Auch findet sie, dass der Zugang kostenlos erfolgen soll. Weiter legt sie Wert darauf, dass das Prinzip nicht erst in Zukunft wirkt, und sie wünscht die Möglichkeit einer Schlichtungsstelle mit einem nicht-aufwendigen Verfahren, falls die Behörde ein Gesuch einer Bürgerin oder eines Bürgers ablehnt. Diese Anträge für die Detailberatung zielen alle darauf ab, das Öffentlichkeitsprinzip wirklich zu leben und es nicht zu einem zahnlosen Tiger verkommen zu lassen.
Die SP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und stimmt im Übrigen den Anträgen der vorberatenden Kommission zu.

Vroni Straub-Müller: Der Kanton Zug macht heute hoffentlich einen ersten Schritt vom traditionellen Geheimhaltungsgrundsatz hin zum Öffentlichkeitsprinzip. Das ist hocherfreulich, aber auch an der Zeit. Sowohl der Bund als auch etliche Kantone kennen das Öffentlichkeitsprinzip schon lange. Der ungehinderte Zugang zu amtlichen Dokumenten ist ein wichtiges Gut einer freien Gesellschaft. Man kann davon ausgehen, dass damit das Vertrauen in die Verwaltung gestärkt wird – dies aber nur, wenn das Gesetz heute nicht verwässert und der Paradigmenwechsel auch tatsächlich vollzogen wird. Die AGF begrüsst es daher sehr, dass die vorberatende Kommission vorschlägt, § 12 Abs. 2 zu streichen. Würde nämlich der Zugang zu Dokumenten ausgeschlossen, wenn die Behörde Dritten gegenüber Vertraulichkeit zugesichert hat, wäre das Öffentlichkeitsgesetz praktisch eine Farce, weil ganze Bereiche vom Informationszugang ausgenommen werden könnten. Das wäre genau die vorhin erwähnte Verwässerung.
Die AGF ist für Eintreten. Sie wird in der Detailberatung verschiedene Anträge selber stellen oder unterstützen, welche sicherstellen, dass das neue Gesetz die gewünschte Wirkung hat. Insbesondere – das sei schon jetzt verraten – ist die AGF der Meinung, dass das Einsichts- bzw. Zugangsrecht grundsätzlich auch für amtliche Dokumente gelten soll, welche vor Inkrafttreten des Gesetzes erstellt bzw. empfangen worden sind.
Zum Nichteintretensantrag der FDP-Fraktion: Ein demokratischer, liberaler Staat benötigt zwingend Transparenz. Der Staat – das sind in einer Demokratie alle Bürgerinnen und Bürger. Die AGF will, dass sich die Bürgerinnen und Bürger um ihren Staat kümmern, ihn in die Pflicht nehmen. Dazu sind möglichst transparente Informationen über die staatlichen Tätigkeiten nötig. Das Öffentlichkeitsprinzip fördert die demokratische Beteiligung einer jeden und eines jeden. Wovor haben die FDP bzw. die Nichteintretenswilligen denn Angst? Vor dem Informationsbedürfnis der Leute oder vielleicht der Medien? Vor der Transparenz? Wo sind die liberalen Prinzipien der FDP geblieben?

Ivo Hunn: Die GLP unterstützt den Paradigmenwechsel zum Prinzip der Öffentlichkeit der Verwaltung und ist für Eintreten. Sie ist klar der Meinung, dass die Verwal-

tungen, die Räte, die Parlamente und Behörden jeder Person ein Recht auf Zugang zu amtlichen Dokumente gewähren sollen. Dass dieses Recht nicht absolut gilt und dabei die öffentlichen und privaten Interessen wie die Vereitelung von behördlichen Massnahmen oder Berufsgeheimnisse weiterhin gewahrt werden, befürwortet die GLP. Dieses Gesetz fördert die Transparenz und das Vertrauen der Bevölkerung.
Die Anträge der vorberatenden Kommission unterstützt die GLP, bis auf den Antrag zu § 12 Abs. 2 resp. 3 (neu). Bei Abs. 3 (neu) sieht sie keinen Grund, weshalb Protokolle von Parlamentarischen Untersuchungskommissionen einer Sperrfrist von 10 Jahren unterliegen sollen. Der GLP fehlt auch die Begründung dafür, wieso es 10 Jahre sein sollen. Ein Streichungsantrag wird in der Detailberatung gestellt.

Martin Stuber ist erstaunt: Was musste man sich vor kurzem, als es um das Thema Majorz ging, nicht alles anhören, dass nur der Majorz die Wahl von *Persönlichkeiten* in die Exekutiven garantiere. Und jetzt stellt die FDP-Fraktion einen Antrag auf Nichteintreten, um die freie Meinungsbildung in den entsprechenden Gremien und in den Kommissionen zu schützen. Wo bleiben denn da die Persönlichkeiten – jene Persönlichkeit, die offenbar nicht zu ihren Meinungen stehen können? Man möchte sie abschotten und möchte nicht, dass das Volk erfährt, was in den betreffenden Gremien geschieht. Merkt denn die FDP nicht, dass das ein eklatanter Widerspruch ist? Das Volk hat das Recht, die Meinungsbildung und die Entscheidungsfindung auch in diesen Gremien nachvollziehen zu können, dann es wählt ja die betreffenden Leute. Der Votant versteht auch die Bedenken der CVP nicht. Bei der Regierung könnte man allenfalls darüber diskutieren, eine Karenzfrist vorzusehen. Bei den Kommissionen aber soll man, wenn die Arbeit abgeschlossen ist, wissen dürfen, wie sie zu ihren Entscheiden gekommen sind.
Es geht beim Öffentlichkeitsgesetz aber nicht nur um die Gremien, sondern auch um den Zugang zu amtlichen Dokumenten. Die «Neue Zuger Zeitung» hat vor einiger Zeit einen interessanten Artikel zu diesem Thema veröffentlicht. Sie hat geschaut, an welche Informationen man unter den heutigen gesetzlichen Voraussetzungen gelangt. Sie hat zuerst Einsicht in ein Protokoll des Begleitgremiums für den Stadttunnel verlangt, in welchem es um die wichtige Frage von dessen Kapazität ging. Die Einsicht wurde ihr verweigert. Dann hat die Zeitung Einsicht in eine vom Kanton und von der SBB erstellte Studie zur Verschiebung des Bahnhofs Zug verlangt – auch das ein Thema, zu welchem die Öffentlichkeit ein Recht auf Information hat. Die Einsicht wurde verweigert. Schliesslich wünschte die «Neue Zuger Zeitung» Einsicht in ein Gutachten der Denkmalpflege. Auch hier sollte die Öffentlichkeit doch wissen dürfen, wie die Verwaltung funktioniert und welche Überlegungen angestellt werden. Auch hier: Einsicht verweigert. Mit dem Öffentlichkeitsgesetz wird ein gesetzlicher Rahmen geschaffen, damit man Einsicht erhält in Dinge, die für die Öffentlichkeit wirklich von Interesse sind. Das ist der richtige Weg.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss:** Der Antrag auf Nichteintreten wurde in der vorberatenden Kommission nicht gestellt, und die Kommission hat – wie bereits erwähnt – mit 12 zu 0 Stimmen Eintreten beschlossen. Die Kommission liess sich in ihren Beratungen überzeugen, dass sich der administrative und finanzielle Aufwand durch den Paradigmenwechsel in Grenzen halten wird. Transparenz ist ein globaler *Megatrend*, und als internationaler Handels- und Dienstleistungsstandort sollte und darf sich Zug diesem Trend nicht verschliessen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** dankt der vorberatenden Kommission und ihrem Präsidenten für die offene und zielführende Diskussion. Dem Regierungsrat und der Verwaltung ist die Nähe zur Bevölkerung ein grosses Anliegen. Die Verwaltung

will nicht ein gegen aussen abgeschotteter Komplex, sondern für die Einwohnerinnen und Einwohner offen und zugänglich sein. Bereits heute wird deshalb eine aktive Informationspolitik betrieben, welche die Bevölkerung und die Medien mit allen aktuellen und wichtigen Informationen bedient. Das wird sehr geschätzt. Das Öffentlichkeitsprinzip wird folglich keine grundlegende Änderung nach sich ziehen, dennoch ist die gesetzliche Regelung dieses Prinzips notwendig. Es gilt heute nämlich nach wie vor der Grundsatz der Nichtöffentlichkeit der Verwaltung, und Informationen, die nicht ausdrücklich freigegeben werden, können aufgrund des Amtsgeheimnisses nicht herausgegeben werden. Möchte jemand Informationen zu einem bereits abgeschlossenen Geschäft, kann der kantonale Angestellte heute nicht einfach Auskunft geben, sondern muss zuerst eine Entbindung vom Amtsgeheimnis beantragen, ansonsten macht er sich allenfalls strafbar. Diese administrative Hürde ist immer wieder störend und stösst auch bei der Bevölkerung auf Unverständnis.
Mit dem neuen Gesetz wird ein Paradigmenwechsel vollzogen. In Zukunft soll der Grundsatz der Öffentlichkeit der Verwaltung gelten, und amtliche Dokumente sollen auf Anfrage hin eingesehen werden können. Die Bevölkerung profitiert also von mehr Transparenz in öffentlichen Entscheidfindungsprozessen und kann nachvollziehen, wie und aus welchen Gründen eine Entscheidung zustande kam. Dies stärkt das Vertrauen in die Verwaltung und in die Politik.
Der Kantonsrat befasst sich heute nicht zum ersten Mal mit diesem Systemwechsel. Schon vor ungefähr 15 Jahren, als Bern als erster Kanton umstellte, wurde darüber debattiert, man kam damals aber zum Schluss, dass der Kanton Zug nicht nachziehen müsse. Heute aber ist Zug ein Nachzüglerkanton und sollte diesen Schritt wagen, zumal er in der Praxis zu keinen grossen Änderungen führt, auch nicht aufwandmässig bzw. im personellen oder finanziellen Bereich. Es wird auch keine Verordnung dazu geben, höchstens Checklisten, und die zuständigen Personen werden mit einer kurzen Instruktion geschult werden.
Für die von Urs Raschle erwähnte Synopse entschuldigt sich der Sicherheitsdirektor; hier wurde in der Tat zu viel Papier mitgeliefert. Nur wegen der Frage der Öffentlichkeit von Protokollen von Kommissionen und Exekutiven nicht auf die Vorlage einzutreten, wäre aus Sicht des Sicherheitsdirektors falsch. Er macht beliebt, diese sehr politische Frage in der Detailberatung beim entsprechenden Paragraphen zu diskutieren. Er würde es auch schade finden, wenn man mit Nichteintreten die Diskussion verweigern würde, weil dadurch in der Praxis ein unklarer gesetzlicher Zustand bestehen bliebe. Heute besteht nämlich kein Anspruch auf Informationen, und die kantonalen Angestellten sind bei Anfragen unsicher und oft auch überfordert – und sagen im Zweifelsfall nein. Mit dem Gesetz hätte man eine gesetzliche Grundlage, welche klar vorgibt, wann Informationen herausgegeben werden dürfen und wann nicht. Von einem «Panzerknacker-Gesetz» zu sprechen, ist übertrieben, die persönlichen und öffentlichen Interessen sind aber bei der Herausgabe von Informationen zu berücksichtigen. Die Vorlage des Regierungsrats ist praxistauglich, auch im Vergleich mit anderen Kantonen und dem Bund. In diesem Sinne bittet der Sicherheitsdirektor, auf die Vorlage einzutreten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 44 zu 27 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
I.
1. Allgemeine Bestimmungen
§ 1 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 2 Abs. 1

Urs Raschle: Die CVP-Fraktion ist – wie bereits erwähnt – der Meinung, dass Korporationen nicht unter das Öffentlichkeitsgesetz fallen sollte und stellt deshalb den **Antrag,** § 2 Abs. 1 wie folgt zu formulieren: «Das Gesetz gilt für alle Behörden des Kantons und der Gemeinden (Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden).»

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** hält fest, dass dieser Antrag in der Kommission nicht gestellt wurde. Es herrschte in der Kommission jedoch breiter Konsens darüber, dass keine Gemeinde von diesen Regeln ausgenommen werden soll.

Irène Castell-Bachmann: Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag der CVP ab und ist dagegen, einzelne Gremien vom Öffentlichkeitsprinzip auszuschliessen. So wird das Gesetz ausgehöhlt.

Manuel Brandenberg schliesst sich seiner Vorrednerin an und bittet, den Antrag der CVP abzulehnen. Wenn schon, dann müsste man die Korporationen ins Privatrecht entlassen. Sie sind jetzt aber öffentlich-rechtliche Institutionen, also sollen sie auch dem Öffentlichkeitsgesetz unterworfen sein. Einer Entlassung der Korporationen ins Privatrecht – dies zu einem späteren Zeitpunkt – würde der Votant gewisse Sympathien entgegenbringen. Man wäre dann beispielsweise freier in der Ausgestaltung der Mitgliedschaft.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** vermisst bei diesem Antrag die Begründung. Er schliesst sich den Voten von FDP und SVP an. Erstens fallen nämlich Korporationsgemeinden auch unter das Gemeindegesetz, und auch wenn man nur Korporationsgenosse werden kann, wenn man einem Korporationsgeschlecht angehört, sind Korporationen öffentlich-rechtliche Gemeinden, die im Rahmen der Verwaltung des Stammguts auch hoheitliche Befugnisse wahrnehmen. Ausserdem erfüllen Korporationen wichtige Aufgaben auch für Nichtgenossen, wobei vor allem die Wasserversorgung von grosser öffentlicher Bedeutung ist; auch sind die Korporationen bedeutende Grundeigentümer. Es gibt also keinen Grund, sie als wichtige öffentliche Akteure von Öffentlichkeitsprinzip auszunehmen. Der Sicherheitsdirektor bittet, den Antrag der CVP-Fraktion abzulehnen.

Heini Schmid sieht sich als Antragstellender in der CVP-Fraktion genötigt, die Argumente für den Antrag seiner Fraktion nachzuliefern. Manuel Brandenberg hat auf die Problematik der Korporationen hingewiesen: Alle Korporationsgenossen sind stolz, *Korporatiöndler* zu sein, sie sind aber auch der Meinung, eine Korporation

sei primär eine privatrechtliche Institutionen, welche als Genossenschaft das Genossengut verwaltet. Dementsprechend ist auch die Steuerpflicht: Die Korporationen sind die einzigen Gemeinwesen, die Steuern bezahlen müssen – wobei dem Votanten nach wie vor schleierhaft ist, wie das mit dem öffentlich-rechtlichen Status zu vereinbaren ist. Es ist eine alte Diskussion, wie die Korporationen im Kanton Zug staatspolitisch behandelt werden sollen. Die einzige wirklich öffentliche Aufgabe der Korporationen ist es, das Genossengut nicht zu verteilen und zu verhindern, dass ihre grossen Ländereien – das ist die grösste Angst der Genossen – privatisiert werden und sich alle öffentlichen Hände am Genossengut gütlich tun können.
Wie gesagt: Die Korporationen verwalten ihr Genossengut wie eine Genossenschaft. Öffentlich-rechtlich ist daran nur das Interesse des Staats, dass dieses Gut zusammenbehalten wird, weil das zur Interessenwahrung besser ist. Sonst aber sieht der Votant keine öffentlichen Aufgaben. Wasserversorgung ist eine konzessionierte Tätigkeit, welche der Staat den Korporationen – wie auch der WWZ – jederzeit wieder wegnehmen kann. Wenn die Wasserversorgung ein Leistungsauftrag ist, dann untersteht dieser Bereich – und nur dieser – selbstverständlich dem Öffentlichkeitsprinzip. Warum aber alle Korporationen, auch solche mit nur zwei oder drei Personen, dem Öffentlichkeitsprinzip unterstellt werden sollen, ist schleierhaft. Wenn man die reine Logik des Gemeindegesetzes anwendet, dann ist es natürlich richtig, auch die Korporationen dem Öffentlichkeitsprinzip zu unterstellen. Wenn dieses Prinzip aber nur angewendet werden soll, wo ein Subordinationsverhältnis gegeben ist, dann gibt es keinen Grund, es auf die Korporationen anzuwenden.
Das Öffentlichkeitsprinzip soll nur dort gelten, wo Verfügungskompetenz besteht und ein Unterordnungsverhältnis gegeben ist. Zug Tourismus beispielsweise, dessen Präsident der Votant ist, hat keine Verfügungskompetenz, wohl aber einen Leistungsauftrag. Soll man dort künftig alle Protokolle daraufhin kontrollieren müssen, dass allenfalls jemand Einsicht nehmen möchte? Wo ist da das Transparenzerfordernis? Gleiches gilt für die Frauenzentrale im internen Bereich. Es geht der CVP zu weit, dass alles über den gleichen Leist geschlagen wird und man nicht überlegt, warum es in diesen Institutionen wirklich Öffentlichkeit braucht. Wo staatliches Handeln gegeben ist, kann sich die CVP gut vorstellen, dass das Öffentlichkeitsprinzip gelten soll; deshalb ist sie ja auf die Vorlage eingetreten. Es geht ihr aber zu weit, dass jeder, der im Kantons Zug einen Leistungsauftrag erhält, auch dem Öffentlichkeitsprinzip unterstellt werden soll. Und da Korporationen primär eine privatrechtliche Funktion ausüben, nämlich ihr Genossengut verwalten, ist auch nicht einzusehen, weshalb für sie das Öffentlichkeitsprinzip gelten soll. Sie haben einzig dort, wo sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen, eine Verfügungskompetenz – und dort sollen auch sie dem Öffentlichkeitsprinzip unterstellt werden.

Eusebius Spescha findet, dass hier eine Diskussion am falschen Ort geführt wird. Korporationsgemeinden sind öffentlich-rechtliche Gemeinden. Offenbar war es ihnen bisher wohl damit, sie haben auch profitiert von diesem Status – und sie gehören dann eben auch dem Öffentlichkeitsprinzip unterstellt. Sollte es tatsächlich ein Thema sein, die Korporationen zu privatisieren, dann sollen die Interessierten eine Motion einreichen, damit man in Abwägung aller Aspekte darüber diskutieren kann. Sollten die Korporationen tatsächlich privatisiert werden, würde das Öffentlichkeitgesetz automatisch korrigiert. Es gibt hier aber keine *A-la-carte*-Geschichte, bei der man als Gemeinde in einem Fall einem Gesetz unterstellt und im anderen Fall von einem Gesetz ausgenommen ist. Der Votant ist gerne bereit, darüber zu diskutieren, ob Korporationen auch in Zukunft öffentlich-rechtliche Institutionen sein sollen. Es ist hier aber der falsche Ort für diese Diskussion.

Für **Thomas Lötscher** zeigt die eben geführte Diskussion exemplarisch die Schwäche dieses Gesetzes. Und um einen weiteren Schauplatz zu öffnen: Die Bürgergemeinden – kleine, zum Teil kleinste Gemeinwesen, im Milizsystem geführt und mit knappen Ressourcen – werden vor die Aufgabe gestellt sein, bei Anfragen Leute in der ganzen Welt zu suchen, um innerhalb einer Frist abzuklären, ob deren Interessen durch die Offenlegung bestimmter Informationen betroffen sind oder nicht. Man stelle sich diesen administrativen Wahnsinn vor. Der Votant ist nicht der Meinung, dass dadurch kein wesentlich grösserer Aufwand oder keine Kosten verursacht würden.
Der erläuterte Fall ist nur *ein* Beispiel. Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Möglichkeiten, welche den Staatsapparat massiv aufblähen würden – und welche die FDP-Fraktion zum Entscheid geführt haben, dass es dieses Gesetz nicht braucht. Der liberale Staat ist mehr als 150 Jahre alt und hat bisher funktioniert. Ein eigentliches Problem gibt es nicht. Wenn aber dieses Gesetz angenommen wird, wird man sich sehr viele Probleme schaffen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass keine Eintretensdebatte mehr geführt wird. Es geht um den Antrag, die Korporationsgemeinden vom Öffentlichkeitsgesetz auszunehmen.

Kurt Balmer versteht hier die CVP nicht ganz und hat persönlich eine andere Meinung. Es geht hier nur um die Klammerbemerkung, und der Votant ist nicht sicher, ob – wenn der CVP-Antrag angenommen wird – die entsprechende Bestimmung nicht trotzdem für die Korporationsgemeinden anwendbar wäre. Konsequent müsste man nämlich den Antrag stellen, dass dieses Gesetz *nicht* für Korporationsgemeinden gilt. Ein solcher Antrag wurde aber nicht gestellt. Auch wenn man heute abstimmt, wird eine Unklarheit bestehen bleiben. Der Votant regt an, den Antrag der CVP-Fraktion nicht gutzuheissen. Er bringt mehr Unsicherheit als Klarheit.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** hält zum Aufwand, den das Öffentlichkeitsprinzip mit sich bringen kann, fest, dass es sich nach Meinung der Kommission klar um eine Holschuld, nicht um eine Bringschuld handelt. Das Gemeinwesen muss nicht dafür sorgen, dass jeder seine Informationen erhält. Wenn aber jemand Informationen will, kann er sie erhalten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** stellt fest, dass Heini Schmid selber sagt, gewisse Überlegungen sprächen dafür, auch die Korporationsgemeinden dem Öffentlichkeitsgesetz zu unterstellen. Es ist aber auch richtig, dass gewisse Bereiche bei den Korporationen weniger mit der Öffentlichkeit zu tun haben. Man kann aber bei einer Anfrage entsprechend argumentieren und das Gesuch ablehnen. Auch der Tourismus fällt nicht als Ganzes unter dieses Gesetz. Wenn der Tourismus aber mit viel Geld alimentiert wird, hat der Steuerzahler das Recht zu wissen, wo seine Gelder hinfliessen und wie sie verwendet werden.
Thomas Lötscher hat einen Fall konstruiert, der in der Praxis kaum vorkommen dürfte. In der Praxis ist es bei der Umstellung zu keinen grossen Problemen gekommen. Im Kanton Zürich hat man etwa zehn Beschwerdefälle pro Jahr. Und auch wenn es ein paar mehr sind: Heruntergebrochen auf den Kanton Zug sind das ein bis zwei Fälle pro Jahr. Man darf nicht die Verhältnismässigkeit überstrapazieren.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der CVP-Fraktion mit 52 zu 17 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

§ 2 Abs. 2 Bst. a bis b

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 2 Abs. 2 Bst. c

Urs Raschle stellt im Namen der CVP-Fraktion auch zu diesem Artikel einen anderen **Antrag**: «Organisationen und Personen des privaten und öffentlichen Rechts ausserhalb der öffentlichen Verwaltung, soweit *ihnen Verfügungskompetenz zukommt.*» Es gibt im Kanton Zug sehr viele Institutionen, welche vom Kanton einen Leistungsauftrag erhalten haben und unter dieses Gesetz fallen würden – sofern es denn angenommen wird. Die CVP ist der Meinung, dass nur jene Institutionen unter das Gesetz fallen sollen, welche eine *Verfügungskompetenz* haben, sprich: eine eigentliche Aufgabe im Sinne der Regierung und der Verwaltung wahrnehmen.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** teilt mit, dass dieser Antrag in der vorberatenden Kommission nicht gestellt wurde. Es geht hier letztlich um die Frage, ob auch Leistungserbringer vom Öffentlichkeitsgesetz tangiert sind. Aufgrund des Antrags der Regierung und der Kommissionsarbeit kann der Kommissionspräsident versichern, dass nur jene Dokumente dem Öffentlichkeitsgesetz unterliegen, welche die Leistungsvereinbarung tangieren.

Irène Castell-Bachmann verweist auf ihr Votum zum vorhergehenden Antrag, das analog gilt.

Barbara Gysel bittet den Regierungsrat um Erläuterungen dazu, was mit «öffentliche Aufgaben» gemeint ist. Ihres Wissens ist eine Leistungsvereinbarung nicht unbedingt gleichbedeutend mit der Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe.

Heini Schmid weist darauf hin, dass die CVP die analoge Formulierung vorschlägt wie sie beim Bund verwendet wird. Beim Bund gilt das Öffentlichkeitsprinzip für nicht-staatliche Organisationen explizit nur dann, wenn sie eine Verfügungskompetenz haben. Die Frage von Barbara Gysel ist interessant, denn genau da liegt des Pudels Kern: Wie unterscheidet man, was eine öffentliche Aufgabe ist und was nicht? Es ist die gleiche Formulierung wie beim Datenschutzgesetz, und dort gilt im Moment die Praxis: Leistungsauftrag. Das bedeutet für das Öffentlichkeitsgesetz: Erhält man im Kanton Zug einen Leistungsauftrag, wird man dem Öffentlichkeitsprinzip unterstellt. Wie die Kommission unterscheiden will, wo der öffentliche Bereich anfängt und wo er aufhört, wo also – beispielsweise bei Zug Tourismus – bei einem Einsichtsbegehren die Abgrenzung zwischen öffentlichem und nicht-öffentlichem Bereich gemacht werden muss, ist dem Votanten unklar. Die ganze Tourismusförderung ist ja eine öffentliche Aufgabe, und der Votant wüsste nicht, in welchem Bereich man eine Einsichtnahme ablehnen könnte. Das gilt auch für den Bereich Kultur. Der Votant ist Vizepräsident der Theater- und Musikgesellschaft Zug, welche von der Stadt Zug einen Leistungsauftrag hat. Kultur zu veranstalten, ist eine öffentliche Aufgabe und liegt im öffentlichen Interesse. Man kann nicht plötzlich sagen, ein bestimmter Künstler nehme keine öffentliche Aufgabe wahr, ein anderer hingegen schon. Hier macht sich die Kommission ein bisschen Illusionen, wie einfach eine Unterscheidung sein soll.
Der Votant geht davon aus, dass Folgendes gilt: Wenn im Kanton Zug jemand einen Leistungsauftrag hat, dann untersteht er integral dem Öffentlichkeitsprinzip.

Die Unterscheidung, dass es noch irgendwelche privatrechtlichen Bereiche ohne Einsichtsrecht gibt, ist für den Votanten mit der Formulierung «soweit sie öffentliche Aufgaben erfüllen» nicht gegeben. Der Votant bittet deshalb, den Antrag der CVP-Fraktion zu unterstützen.

Manuel Brandenberg glaubt, dass die Formulierung «öffentliche Aufgaben» der Formulierung in der Bundesverfassung entspricht, wo in § 35 Abs. 1 festgelegt ist, dass Private, welche öffentliche Aufgaben wahrnehmen, an die Grundrechte gebunden sind. Die Formulierung des Regierungsrats ist also verfassungskonform und in Ordnung. Man hat dann auch die Parallelität: einerseits die Grundrechtsbindung der Institutionen, welche öffentliche Aufgaben wahrnehmen, andererseits das Öffentlichkeitsprinzip für diese Institutionen. Der Votant bittet, den Antrag der CVP-Fraktion abzulehnen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** äussert sich zu Frage, was «öffentliche Aufgaben» sind. Wenn der Staat öffentliche Aufgaben bei externen privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Institutionen in Auftrag gibt, geschieht dies mittels Leistungsvereinbarungen. Genau hier soll das Öffentlichkeitsprinzip spielen. Als Beispiele seien der Verein «punkto» oder die GGZ genannt. Wenn aber beispielsweise die Frauenzentrale noch andere Funktionen wahrnimmt, die mit dem Leistungsauftrag des Kantons nichts zu tun haben, dann fallen diese natürlich nicht unter das Öffentlichkeitsgesetz. Die Abgrenzung ist für den Sicherheitsdirektor klar, und wenn ein entsprechendes Gesuch kommt, kann man entsprechend entscheiden. Sobald Steuern und staatliche Gelder im Spiel sind, muss das Öffentlichkeitsprinzip gelten und hat der Bürger Anspruch auf Einsicht in die Akten, so weit nicht private oder öffentliche Interessen vorgehen.
Der Sicherheitsdirektor bittet, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen. Würde man ihn ablehnen, entzöge man einen grossen Teil der öffentlichen Aufgaben dem Öffentlichkeitsprinzip. Es könnte dann sogar sein, dass man dort, wo man kein Öffentlichkeitsprinzip will, die Aufgaben auslagert.

➔ Der Rat genehmigt mit 51 zu 16 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 3 Abs. 1 Bst. a

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 3 Abs. 1 Bst. b

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission eine Anpassung beantragt: «die *Zuger* Kantonalbank». Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der vorberatenden Kommission.

§ 3 Abs. 1 Bst. c

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission eine Anpassung beantragt: «das *Zuger* Kantonsspital». Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der vorberatenden Kommission.

§ 3 Abs. 1 Bst. d

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission eine Anpassung beantragt: «die Psychiatrische Klinik *Zugersee*». Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der vorberatenden Kommission.

§ 3 Abs. 1 Bst. e

Heini Schmid möchte von der Regierung und von der vorberatenden Kommission hören, warum Unternehmen, die im Auftrag des Gemeinwesens Leistungen des öffentlichen Verkehrs erbringen, vom Gesetz ausgenommen sein sollen. Gerade diese Unternehmen verwenden öffentliche Gelder und haben Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton. Angeblich liegt der Grund darin, dass diese Unternehmen in Konkurrenz zu anderen Unternehmen stehen und deshalb ein privates und öffentliches Interesse an Geheimhaltung bestehe. Wenn aber konsequent legiferiert werden soll, dann kann es doch nicht sein, dass für irgendwelche Institutionen, die offenbar einen besseren Draht zur Regierung habe, Ausnahmen gemacht werden. Der Votant bittet hier – auch für seine juristische Hygiene – um einige Ausführungen.

Vroni Straub-Müller stellt namens der AGF den **Antrag,** bei § 3 Abs. 1 die Buchstaben c, d und e zu streichen. Bei Bst. b zur Zuger Kantonalbank leuchtet die Ausnahme ein, denn diese arbeitet voll privatwirtschaftlich. Aber sowohl das Kantonsspital wie auch die Psychiatrische Klinik führen öffentlich-rechtliche Aufgaben aus, die an diese Institutionen ausgegliedert sind. Das ist eine Grundsatzfrage. Wäre das Zuger Kantonsspital ein Privatspital, sähe die Situation anders aus. Aber auch das Kantonsspital und die Psychiatrische Klinik haben Projekte, die für die Öffentlichkeit von Interesse sind, beispielsweise IT-Projekte oder Bauprojekte; auch das Lohngefüge innerhalb dieser Organe ist für die Öffentlichkeit von Interesse. Die schützenswerten Personendaten oder der Schutz der Privatsphäre können kein Argument für die Ausnahme sein, denn diese gibt es auch bei anderen Stellen, und sie sind durch § 11 geschützt. Das Argument der Regierung, man wolle das Kantonsspital vom Öffentlichkeitsprinzip ausschliessen, weil es im Wettbewerb zum Beispiel mit Privatspitälern stehe, versteht die AGF nicht. Auch die Verwaltung ist in bestimmten Bereichen in einem Wettbewerb. Der Steuerzahler hat ein Recht auf gewisse Informationen.

Thomas Wyss: Die Frage des Geltungsbereichs wurde in der vorberatenden Kommission diskutiert. Hauptargument war, dass Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, ausgenommen werden, damit das Geschäftsgeheimnis gewahrt bleibt. Der Antrag der AGF wurde schon in der Kommission gestellt, wurde dort aber mit zwei Gegenstimmen abgelehnt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger:** Die Frage von Heini Schmid war auch in der Regierung und in der Kommission wichtig. Es wurde letztlich aber klar entschieden. Wenn ein Unternehmen mit öffentlichem Auftrag im öffentlichen Wettbewerb steht, kann es wettbewerbsverzerrend und wettbewerbsnachteilig sein, wenn beispielsweise die ZVB Daten herausgeben müsste, welche eine Konkurrenzfirma zu ihren Gunsten brauchen könnte. Deshalb wurde entschieden, solche Unternehmen vom Öffentlichkeitsprinzip auszunehmen.

Bezüglich des Streichungsantrags für Bst. c, d und e verweist der Sicherheitsdirektor auf den regierungsrätlichen Bericht. Hier geht es vor allem um datenschutzrechtliche Überlegungen. Kantonsspital und Psychiatrische Klinik sind sensible Bereiche, und in Hinblick auf eine wirksame Tätigkeit dieser Institutionen wurde entschieden, hier ebenfalls eine Ausnahme zu machen. Natürlich könnte man sie drin lassen, aber jedes Gesuch würde unter genau solchen Aspekten abgelehnt, weil private Interessen hier jedem anderen Interesse vorgehen.

Barbara Gysel hat eine Frage zu den datenschutzrechtlichen Überlegungen des Regierungsrats. Sie geht davon aus, dass bei jedem Gesuch § 9 relevant ist, gemäss welchem Daten bei überwiegenden privaten oder öffentlichen Interessen nicht herausgegeben werden müssen. Das bedeutet ihrer Ansicht nach konkret, dass die Verwaltung die Herausgabe der Daten verweigern kann, wenn beispielsweise jemand Daten des Kantonsspitals verlangt und dies dem Datenschutz widerspricht. Es gibt demnach keinen Grund, Ausnahmen vom Geltungsbereich geltend zu machen, weil so oder so § 9 zur Anwendung kommt. § 9 ist ein sehr wichtiger Paragraph, um die Herausgabe von Daten zu verweigern.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** erläutert, dass die Überlegungen bei § 3 dahin gingen, dass Institutionen, für welche immer § 9 zur Anwendung kommt, gar nicht in den Geltungsbereich aufgenommen werden müssen.

➔ Der Rat lehnt mit 36 zu 28 Stimmen den Antrag der AGF ab, § 3 Abs. 1 Bst. c zu streichen.

➔ Der Rat lehnt mit 36 zu 29 Stimmen den Antrag der AGF ab, § 3 Abs. 1 Bst. d zu streichen.

➔ Der Rat genehmigt mit 44 zu 19 Stimmen den Antrag der AGF, § 3 Abs. 1 Bst. e zu streichen.

§ 4 Abs. 1 und 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 4 Abs. 3 (neu)

Silvia Thalmann spricht in ihrer Funktion als Präsidentin der vorberatenden Kommission Geschäftsordnung Kantonsrat (GO KR). Anfang November hat sich diese Kommission mit dem kantonsrätlichen Kommissionsgeheimnis beschäftigt. Dabei hat sie den Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission zum Öffentlichkeitsgesetz und dessen Auswirkungen diskutiert. Da das kantonsrätliche Kommissionsgeheimnis durch die geplanten Regelungen erheblich tangiert wird, hat die Kommission GO KR beschlossen, an der ersten Lesung des Öffentlichkeitsgesetzes zwei Änderungsanträge zu stellen. Dazu hat sie die Kommissionsmitglieder für die erste Lesung des Öffentlichkeitsgesetzes für § 4 und § 12 ausdrücklich vom Kommissionsgeheimnis befreit.
Der erste **Antrag** der Kommission GO KR lautet, § 4 um einen Abs. 3 mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: «Der Zugang zu amtlichen Dokumente von kantonsrätlichen Kommissionen richtet sich nach der Geschäftsordnung des Kantonsrates.»

Die Kommission GO KR ist der Meinung, dass mit dem Paradigmenwechsel des neuen Öffentlichkeitsgesetzes dem ganz speziellen Charakter des Kommissionsgeheimnisses zu wenig Rechnung getragen wird und es deshalb sinnvoll ist, den Zugang zu den amtlichen Dokumenten der Kommissionen in der GO KR zu regeln. Da diese gesetzeshierarchisch tiefer gestellt ist als das Öffentlichkeitsgesetz, ist es notwendig, § 4 mit dem erwähnten Abs. 3 zu ergänzen.
Die Kommission GO KR wehrt sich nicht prinzipiell gegen die Veröffentlichung von Kommissionsprotokollen. Doch beim Durchspielen von verschiedenen konkreten Szenarien stellten sich ihr Fragen, auf die das Öffentlichkeitsgesetz keine oder nur eine unvollständige Antwort gibt. Dies sei anhand von zwei Beispielen illustriert:
• Beim neuen Öffentlichkeitsgesetz besteht die Gefahr, dass eine allfällige spätere Öffentlichkeit der Protokolle den freien Meinungsbildungsprozess in Kommissionen beeinträchtigt bzw. beeinflusst. Da das neue Öffentlichkeitsgesetz kaum Spielraum lässt, eine Veröffentlichung zu verweigern, prüfte die Kommission die Möglichkeiten, die durch die Protokollführung vorhanden sind. Dabei musste sie feststellen, dass auch hier der Rahmen eng gesetzt ist und eine generelle Anonymisierung gemäss Gesetzesentwurf nicht vorgesehen ist. Sie würde diese Möglichkeit im Zusammenhang mit Kommissionsprotokollen gerne vertieft prüfen.
• Das Gesuch um Zugang zu einem Dokument ist an jene Behörde zu richten, die das Dokument erstellt hat. Wie verhält es sich bei einem Gesuch an eine Ad-hoc-Kommission, die nicht mehr besteht? In § 13 ist das Gesuchsverfahren zwar geregelt, die Abwicklung dazu aber ist zu wenig klar. Die Kommission erachtet es als zentral, diese Frage zu klären und in der GO KR zu regeln.
Mit der Ergänzung in § 4 beantragt die Kommission GO KR, ihr grünes Licht zu geben, diese und weitere Fragen sauber zu regeln. Zu ergänzen ist, dass sich der Antrag auf die Kommissionen des Kantonsrats beschränkt. Er bezieht sich also nicht auf die Kommissionen des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug oder auf die Verwaltungskommissionen des Kantons und der Gemeinden. Dies aus dem einfachen Grund, weil sich die Kommission GO KR bewusst auf ihren Beratungsgegenstand – also die GO KR – konzentrieren wollte.
Sollte ihr Antrag nicht gutgeheissen werden, behält sich die Kommission GO KR vor, anlässlich der zweiten Lesung zum Öffentlichkeitsgesetz weitere Anträge zur Regelung des kantonsrätlichen Kommissionsgeheimnisses zu stellen. Dies wird nicht nötig sein, wenn ihr heutiger Antrag gutgeheissen wird.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** teilt mit, dass die Kommission die Frage, wann Kommissionsprotokolle öffentlich gemacht werden, sehr intensiv diskutierte. Dem Kommissionsbericht ist zu entnehmen, dass ein Antrag, Sitzungsprotokolle von parlamentarischen Kommissionen mit einer Sperrfrist von 10 Jahren zu versehen, in einer Variantenabstimmung mit 12 zu 1 Stimmen unterlag; für eine PUK hat die Kommission entsprechende Bestimmungen aufgenommen. Zum Antrag der Kommission GO KR ist festzuhalten, dass eine entsprechende Bestimmung aus gesetzeshierarchischen Gründen nicht in die GO KR delegiert werden soll, sondern analog den Bestimmungen über die PUK direkt im Öffentlichkeitsgesetz geregelt werden müsste. Der Kommissionspräsident bittet deshalb, den Antrag der Kommission GO KR abzulehnen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bittet namens des Regierungsrats ebenfalls, diesen Antrag abzulehnen. Er hat durchaus Verständnis für den Antrag, aber die Diskussion über dieses Thema muss nicht hier, sondern in § 12 geführt werden. Der Kantonsrat sollte heute regeln, was unter das Öffentlichkeitsprinzip fällt, und eine Delegation auf die normenhierarchisch niedrigere Geschäftsordnung macht wenig

Sinn. Der Sicherheitsdirektor kann sich höchstens vorstellen, dass in der GO KR das Verfahren genauer geregelt würde – zumal moniert wurde, dass im vorliegenden Gesetz zu wenig ausgeführt werde, wie die Verfahren bei Gesuchseingaben ablaufen und wer für den Entscheid bei Anfragen zuständig ist.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf einen neuen § 4 Abs. 3 mit 46 zu 20 Stimmen ab.

§ 5 Abs. 1
§ 6 Abs. 1 Bst. a bis c
§ 6 Abs. 2
2. Recht auf Zugang zu amtlichen Dokumenten
§ 7 Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 8 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission eine andere Fassung beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 8 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission eine andere Fassung beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Fassung an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 9 Abs. 1 und 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 10 Abs. 1 Bst. a

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission die Streichung von § 10 Abs. 1 Bst. a beantragt. Der Regierungsrat hält an seiner Fassung fest.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** verweist auf den Kommissionsbericht: «Der Schutz der behördlichen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung kann aufgrund der allgemeinen Einschränkung wegen überwiegender öffentlicher Interessen gemäss § 9 auch ohne diese Bestimmung gewährleistet werden.» Bei den in § 10 genannten Fällen handelt es sich bloss um eine exemplarische Aufzählung zur Konkretisierung der in § 9 genannten öffentlichen Interessen. Es ist somit im konkreten Einzelfall zu prüfen, ob der Zugang zu einem Dokument gewährt werden kann oder ob überwiegende öffentliche Interessen aus Gründen des Schutzes der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einer Behörde entgegenstehen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger:** Der Regierungsrat hält an seiner Fassung fest, weil der Schutz der behördlichen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung wohl der wichtigste Anwendungsfall überwiegender öffentlicher Interessen darstellt. Wenn dieser Schutz nicht mehr gewährleistet ist, können die Mitglieder eines Entscheidgremiums gegeneinander ausgespielt werden, und das Kollegialitätsprinzip würde unterwandert. Auch ist zu befürchten, dass – etwa vor Abstimmungen – vermehrt Druck auf die Behördenmitglieder ausgeübt würde. Dieser Einschränkungsgrund muss daher in der exemplarischen Auflistung von § 10 unbedingt enthalten bleiben. Entscheide müssen ohne Druck gefällt werden können.

➔ Der Rat genehmigt mit 41 zu 21 Stimmen die Streichung von § 10 Abs. 1 Bst. a.

§ 10 Abs. 1 Bst. b

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 10 Abs. 1 Bst. c

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sie Kommission eine andere Fassung beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der vorberatenden Kommission.

§ 10 Abs. 1 Bst. d
§ 11 Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 12 Abs. 1

Silvia Thalmann stellt im Namen der vorberatenden Kommission GO KR den **Antrag,** § 12 Abs. 1 wie folgt zu ändern: «Amtliche Dokumente dürfen erst zugänglich gemacht werden, wenn der politische oder administrative Entscheid, für den sie die Grundlagen bilden, ~~getroffen~~ *in Kraft getreten* ist.» Aus dem vom Regierungsrat beantragten Gesetzeswortlaut geht nicht hervor, wann bei Kantonsratsgeschäften der Entscheid im Sinne von § 12 Abs. 1 des Entwurfs «getroffen ist». Eine Möglichkeit wäre der Abschluss der Kommissionsarbeiten. Der Kommissionsbericht geht jedoch von einem späteren Zeitpunkt aus, nämlich von der Schlussabstimmung im Kantonsrat. Die Kommission GO KR beantragt einen noch späteren Zeitpunkt, nämlich das Inkrafttreten des betreffenden Kantonsratsgeschäfts. Dies bedeutet, dass nach der Schlussabstimmung für die Zugänglichkeit zu allen amtlichen Dokumenten, also nicht nur zu Kommissionsprotokoller, Folgendes abzuwarten ist:
• Ablauf der Beschwerdefrist für die Anfechtung des Erlasses mit einer Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten an das Bundesgericht (abstrakte Normenkontrolle);
• Genehmigung des kantonalen Vollzugserlasses zu einem Bundesgesetz durch den Bund. Eine solche Genehmigung ist konstitutiv, also zwingend nötig für das Inkrafttreten eines Erlasses;

• unbenutzter Ablauf der Referendumsfrist;
• bei Ergreifung des Referendums: Volksabstimmung und unbenutzter Ablauf der Beschwerdefrist gegen das Ergebnis der Volksabstimmung.
Die Kommission GO KR erachtet den Zeitpunkt durch die Wendung «wenn ein Entscheid in Kraft getreten ist» präziser definiert als durch die von der Regierung vorgeschlagene Formulierung «wenn ein Entscheid gefällt ist».

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** teilt mit, dass § 12 Abs. 1 in der vorberatenden Kommission in der regierungsrätlichen Variante genehmigt wurde. Im Bericht und Antrag an den Kantonsrat und auch in der Kommissionssitzung wurde festgehalten, dass ein Entscheid definitiv und rechtskräftig sein muss. Während der Referendumsfrist beispielsweise wäre das noch nicht der Fall.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** stellt fest, dass es hier eigentlich nicht um eine materielle Änderung, sondern um eine Präzisierung geht. Trotzdem ist der Regierungsrat der Ansicht, dass seine Variante vorzuziehen ist. Sie ist verständlicher und umfasst alle sich ergebenden Fälle, beispielsweise auch den Fall, wenn der Kantonsrat Nichteintreten auf eine Gesetzesvorlage beschliessen und die Vorlage nicht in Kraft treten würde. Dieselbe Formulierung wird auch vom Bund und vom Kanton Uri angewendet und hat sich in der Praxis bewährt. Sie schützt zudem den Meinungsbildungsprozess, indem sie ausschliesst, dass Kommissionsprotokolle während der Referendumsfrist eingesehen und benutzt werden können, um die Parteien und ihre Mitglieder gegeneinander auszuspielen.

➔ Der Rat genehmigt mit 39 zu 25 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 12 Abs. 2

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Kommission die Streichung dieses Absatzes beantragt. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** wiederholt, dass sich die Kommission dafür ausspricht, diese Bestimmung zu streichen. Sie befürchtet, dass diese Bestimmung zur Umgehung des Öffentlichkeitsgesetzes missbraucht werden könnte. Zudem ist auch hier zu erwähnen: Falls ein solcher Schutz gewährt werden soll, ist dies auch aufgrund überwiegender privater oder öffentlicher Interessen gemäss § 9 möglich.

Vroni Straub-Müller ersucht, hier der Kommission zu folgen. Die Möglichkeit einer solchen Vertraulichkeitserklärung ist abzulehnen. Damit würde dem Gesetz ein entscheidender Zahn gezogen.

Barbara Gysel schliesst sich ihrer Vorrednerin an, möchte aber den Fokus nochmals darauf lenken, was die Beibehaltung dieser Bestimmung bewirken würde. Dokumente und Daten können von der öffentlichen Verwaltung ganz generell nicht unter Zusicherung der Vertraulichkeit entgegengenommen werden. Schliesslich sind auch die Grundrechte von Betroffenen zu wahren, und wenn die Vertraulichkeit zugesichert würde, könnte § 9, in dem es um das Abwägen von privaten und öffentlichen Interessen geht, gar nicht mehr zur Anwendung gelangen. Zudem ist es eines demokratischen Staates unwürdig, Geheimakten oder auch Fichen zu führen. Wenn eine Zusicherung auf Vertraulichkeit in Gesetz bleibt, wird das Öffentlichkeitsprinzip zur Farce.

Für **Heini Schmid** ist unklar, über was jetzt abgestimmt wird. Der Kommissionspräsident sagte, es passiere nichts, wenn die Bestimmung gestrichen würde: Die Vertraulichkeit bleibe gewahrt. Zwei Mitunterstützer des Antrags hingegen sagen, bei einer Streichung sei es ausdrücklich verboten, sich auf die Vertraulichkeit zu berufen. Er bittet um Klärung, wie das Gesetz später angewendet werden soll.

Für **Martin Stuber** bedeutet § 12 Abs. 2 konkret, dass beispielsweise beim Abschluss grosser Verträge zu Informatikprojekten eine Firma wie IBM eine Vertraulichkeitsklausel verlangen könnte. Man hätte dann nie eine Chance, einen solchen Vertrag zu sehen. Für den Votanten ist es sinnvoll, der Kommission zu folgen und Abs. 2 zu streichen.

Heini Schmid: Wenn eine Firma eine solche Bedingung stellt, nimmt sie ganz einfach an der Ausschreibung nicht teil.

Martin Pfister macht darauf aufmerksam, dass der Regierungsrat relativ ausführliche Bemerkungen darüber gemacht hat, was ein amtliches Dokument ist – und er ist dabei sehr weit gegangen. Der Votant geht deshalb davon aus, dass ein sehr weitgehender Zugang zu Dokumenten sichergestellt werden muss, wenn Abs. 2 gestrichen wird, und man wird sich darauf beziehen müssen, was der Regierungsrat ausgeführt hat. Der Votant geht zum Beispiel davon aus, dass er nach Abschluss einer Debatte über die E-Mails zwischen Regierungsrätin Manuela Weichelt und Kantonsrat Stefan Gisler informiert werden muss oder über jene unter den Regierungsräten vor der Behandlung einer Vorlage in der regierungsrätlichen Sitzung. Man muss sich bewusst sein, dass es sehr weit geht, wenn ausnahmslos alles der Öffentlichkeit preisgegeben werden muss, ohne die Möglichkeit einer gewissen Vertraulichkeit.

Martin Stuber hält fest, dass es in Abs. 2 um «Dokumente, die *von Dritten* unter Zusicherung der Vertraulichkeit eingereicht worden sind» geht, nicht um E-Mails zwischen Mitgliedern der Regierung und/oder des Kantonsrats. Im Weiteren gibt es in der Submissionsgesetzgebung keine Bestimmung, wonach die Forderung nach Vertraulichkeit ein Ausschlusskriterium ist. Auch werden die Verträge erst am Schluss eines Verfahrens gemacht, und dann kann eine Firma einfach eine Vertraulichkeitsklausel verlangen. Soll man dann den ganzen und nicht ganz billigen WTO/GATT-Ausschreibungsmarathon nochmals von vorn beginnen?

Für **Barbara Gysel** geht es in erster Linie darum, die Anwendung dieser Bestimmung zu klären. Sie gibt zu Protokoll, dass sie davon ausgeht, dass es punkto Vertraulichkeit verschiedene Spezialgesetzgebungen gibt, die vorbehalten bleiben. Zu denken ist beispielsweise an das Opferhilfegesetz, das Vertraulichkeits- und Geheimhaltungspflichten kennt, welche dem Öffentlichkeitsprinzip vorgehen.
Die Frage der Votantin an den Regierungsrat aber ist, wer die Vertraulichkeit definieren würde, wenn Abs. 2 bestehen bleibt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** verweist darauf, dass mindestens beim Bund und bei der Hälfte der Kantone bezüglich der Vertraulichkeit eine gleiche oder ähnliche Regelung gilt. Das Problem liegt darin, dass eine Behörde unter Umständen Unterlagen gar nicht erhält, wenn sie einem Dritten die Vertraulichkeit dieser Dokumente nicht zusichern kann. Ein zentraler Punkt dabei ist die Freiwilligkeit. Wenn beispielsweise ein Dritter eine Studie oder ein Gutachten nicht zur Verfügung stellen *muss,* dann müssen die Behörden das Mittel der Zusicherung der Ver-

traulichkeit haben, um solche Unterlagen erhalten zu können. Wenn der Dritte befürchten muss, dass die Behörde zur Herausgabe seiner Dokumente gezwungen wird, dann wird er unter Umständen seine Unterlagen nicht zur Verfügung stellen.
Aus der vorgeschlagenen Formulierung geht im Übrigen klar hervor, dass Vertraulichkeit nicht zugesichert werden kann, wenn der Dritte gesetzlich zur Einreichung eines Dokuments verpflichtet ist. Nur wenn die Einreichung auf Freiwilligkeit beruht und der Dritte um Vertraulichkeit ersucht, kann diese zugesichert werden, wobei die Behörde frei entscheiden kann, ob sie diese zusichern will. Man ist im Bau- und Sicherheitsbereich immer wieder auf Analysen und sonstige Unterlagen Dritter angewiesen, und es wäre ein Nachteil für den Kanton, wenn er solche nicht mehr erhalten würde, weil der Absender befürchten muss, dass sie öffentlich werden. Der Sicherheitsdirektor bittet deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.
Es ist schwierig, aus dem Stand Vertraulichkeit zu definieren. Das ist situativ zu klären und muss wohl auch mit dem Absender besprochen werden. Allgemein lässt sich das nicht beurteilen.

➔ Der Rat genehmigt mit 40 zu 31 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 12 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission einen neuen Abs. 3 beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

Ivo Hunn stellt im Namen der GLP den bereits im Eintretensvotum erwähnten **Antrag,** den von der vorberatenden Kommission beantragten neuen Abs. 3 in § 12 zu streichen. Aus der Sicht der GLP braucht es keinen PUK-Absatz. Das öffentliche Interesse an einem PUK-Bericht inkl. Protokolle ist immer sehr gross und wird auch in Zukunft gross bleiben. Die GLP begründet ihren Streichungsantrag wie folgt:
• § 9 regelt die Einschränkungen. In Abs. 1 steht: «Der Zugang zu amtlichen Dokumenten wird eingeschränkt […]». Das ist eine aktive, keine «kann»-Formulierung. Die Einschränkungen beziehen sich auf die in § 11 definierten privaten und die in § 10 definierten öffentlichen Interessen. Weiter heisst es in § 9 Abs. 2: «Einschränkungen des Zugangs beziehen sich nur auf den schutzwürdigen Teil […]». Das heisst, dass alle überwiegenden privaten und öffentlichen Interessen, die schutzwürdig sind, eingeschränkt werden. Das ist eine klare Formulierung.
• Weiter regelt § 12 die besonderen Fälle. Hier steht in Abs.1: «Amtliche Dokumente dürfen erst zugänglich gemacht werden, wenn der politische oder administrative Entscheid, für den sie die Grundlage bilden, getroffen ist.» Der Entscheid ist also gefällt. Das Dokument muss danach – so verlangt es § 14 – anonymisiert werden. Ist das nicht möglich, werden die betroffenen Personen angehört.
Aus der Sicht der GLP ist damit alles geregelt, und es gibt keinen Grund, in § 12 einen neuen Abs. 3 mit einer unbegründeten Sperrfrist von 10 Jahren einzuführen.

Urs Raschle hält fest, dass es aus Sicht der CVP hier um die *pièce de résistance* oder das Herzstück der Vorlage geht. Es stellt sich die Frage, welche Protokolle in Zukunft öffentlich sein sollen. Die vorberatende Kommission schlägt vor, PUK-Protokolle einer Sperrfrist von 10 Jahren zu unterstellen. Die CVP-Fraktion geht noch einen Schritt weiter. Ihr **Antrag** zu § 12, Abs. 3 (neu) lautet wie folgt: «Die Protokolle parlamentarischer Kommissionen, des Regierungsrates und gemeindlicher

Exekutiven sind geheim.» Das würde bedeuten, dass alle Protokolle, welche bei der politischen Meinungsbildung erstellt werden, nicht öffentlich sind. Die CVP ist der Ansicht, dass dadurch die Meinungsbildung auf der politischen Ebene geschützt werden sollte.

Philip C. Brunner hält einleitend fest, dass es die GLP im Kantonsrat eigentlich nicht gibt. Es gibt die GLP-Kantonsräte Stadlin und Hunn, welche Anträge stellen können. Eine GLP-Fraktion, welche Anträge stellen könnte, existiert im Moment aber nicht.
Der Votant empfiehlt, dem Antrag der vorberatenden Kommission zuzustimmen. Wie das aktuelle Beispiel in der Stadt Zug zeigt, sind die strafrechtlich relevante Untersuchung und die Parlamentarische Untersuchungskommission nicht aufeinander abgestimmt. Wenn nun die PUK ihre Arbeit beendet und ihre Dokumente öffentlich würden, könnten diese Dokumente von den Parteien im strafrechtlichen Verfahren verwendet werden.
Den Antrag der CVP-Fraktion findet der Votant persönlich nicht gut. Die SVP-Fraktion konnte darüber nicht diskutieren, der Votant geht aber davon aus, dass die SVP-Kantonsräte den CVP-Antrag nicht unterstützen werden.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** hält fest, dass die vorberatende Kommission den Geltungsbereich des Gesetzes mehrmals diskutiert und sich für die Definition gemäss Antrag des Regierungsrats ausgesprochen hat. Sowohl auf eine Ausweitung, beispielsweise auf die Rechtspflege, wie auch auf eine Einengung – ohne parlamentarische Kommissionen – wurde explizit verzichtet.

Für **Heini Schmid** ist eine ausführliche Diskussion darüber, inwiefern die politische Willensbildung geschützt werden soll, wichtig. Es geht um einen fundamentalen Grundsatz der politischen Kultur in der Schweiz, wo es bekanntlich nur Minderheiten gibt und wo es Zusammenarbeit und Kompromisse braucht, um regierungsfähig zu sein und Lösungen zu finden. Im Bundesparlament sieht man zunehmend, dass niemand mehr bereit ist, Kompromisse zu schliessen. Jeder appelliert an das Kollegialitätsprinzip, aber wenn ein Regierungsmitglied sich darauf beruft, wenn nicht die Meinung seiner eigenen Partei durchkommt, wird es von links und rechts kritisiert. Wenn man weitermacht wie bisher, muss man sich nicht wundern, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bald über gar nichts mehr abstimmen können, weil man in den Kommissionen nicht mehr bereit ist, Kompromisse zu finden, und jeder an seiner Meinung festhält.
Der Votant weiss nicht, wie das Kollegialitätsprinzip ohne Vertraulichkeit funktionieren soll. Kommissions- und Regierungsarbeit heisst, tragfähige Lösungen zu finden. Es geht nicht um Geheimhaltung, sondern darum, in der Schweiz mit ihren vielen Meinungen und Minderheiten Lösungen im Interesse aller erarbeiten zu können. Das Öffentlichkeitsprinzip kommt aus Ländern mit Mehrheitsregierungen, wo man als Minderheit überhaupt nicht weiss, was passiert. Dort macht es Sinn. In der Schweiz aber, wo man alle Meinungen einzubinden und gemeinsame Lösungen zu finden versucht, ist die Situation anders. Wie die SVP, die sich immer auf diese Schweizer Tugend und auf das Kollegialitätsprinzip beruft, hier der Totengräber dieser Idee sein kann, ist dem Votanten völlig schleierhaft. Wenn man so weitermacht, muss man sich nicht beklagen, wenn die Schweiz zunehmend unregierbar wird. Es geht darum, dass man in Kommissionen und in der Regierung Verantwortung trägt und im Interesse des Ganzen auch über seinen Schatten springen muss. Nicht Kadavergehorsam ist gefragt, sondern unter Einschaltung des Gehirns sagen zu können, dass auch eine andere Lösung gut ist. Diesen Prozess, der die Schweiz

zusammenhält, gilt es zu schützen. Wer diesen Prozess nicht schützen will, soll nicht sagen, er habe ein Interesse an der Schweiz, wie sie heute existiert und seit 700 Jahren Erfolg hat.

Auch für **Martin Stuber** handelt es sich um eine Schlüsselstelle des Gesetzes und um eine grundsätzliche Frage. Er teilt grundsätzlich die Meinung von Heini Schmid, hat aber ein grosses Aber: Es ist unter den heutigen Voraussetzungen nicht garantiert, dass es weiterhin so läuft wie bisher. Wenn eine Exekutive nie wirklich transparent Rechenschaft ablegen muss, kann sie bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen die Minderheit nach Belieben dominieren, und wegen des Kollegialitätsprinzips erfährt niemand davon. Der Votant ist überzeugt, dass der pflegliche, kompromissbereite Umgang miteinander eher gefördert wird, wenn man da Transparenz einführt. Weder mit dem einen noch mit dem anderen System hat man eine Garantie, dass es wirklich funktioniert, hängt es doch am Schluss auch noch an den Menschen, die in diesen Gremien sitzen. Tendenziell aber kommt Transparenz wahrscheinlich dem Anliegen von Heini Schmid eher entgegen.
Zur Frage der Kompromissfindung: Der Votant war früher ein ziemlich kompromissloser Politiker. Er hat einen langen Lernprozess gemacht und ist heute auch überzeugt, dass ein politisches System, das gute und tragfähige Lösung finden kann, jedem anderen politischen System überlegen ist. Kompromisse finden, heisst vor- und nachgeben. Kompromisse dürfen aber nicht faul sein. Auf nationaler Ebene wurde in den letzten Monaten bei FABI auf eindrückliche Art ein tragfähiger Kompromiss gefunden. Alle haben ein bisschen Federn lassen müssen, und am Schluss entstand eine gute Sache. Der Votant glaubt, dass dieser Kompromiss auch zustande gekommen wäre, wenn die Kommissionsprotokolle öffentlich wären. Mehr noch: Es könnten einige, die daran mitgearbeitet haben, mit stolzgeschwellter Brust herumlaufen, weil sie den Kompromiss ermöglichten. Wenn die Schweizerinnen und Schweizer wollen, dass Kompromisse geschlossen werden, dann werden sie auch honorieren, wenn Politikerinnen und Politiker auch in den Kommissionen Kompromisse suchen. Persönlichkeiten, wie sie – dank Majorz – in Zukunft gewählt werden, sind in der Lage, gute Kompromisse zu schliessen und können in der Öffentlichkeit auch dazu stehen. Transparenz arbeitet nicht gegen Kompromisse, sondern schlussendlich eher dafür.

Stefan Gisler spricht zum Antrag der CVP, der vom Genossen – dem *Korporationsgenossen* – Heini Schmid verteidigt wurde. Lösungen kann man auch im offenen Diskurs wie hier im Kantonsrat finden. Dazu braucht es keine Geheimhaltung. Im Kanton Solothurn zum Beispiel sind Regierungsratssitzungen öffentlich, und der Kanton ist deshalb nicht auseinandergefallen. Die FDP-Sprecherin hat mehrmals klar gesagt, sie sei dagegen, dass einzelne Gremien vom Gesetz ausgeschlossen werden, und der Rat ist dem bisher gefolgt. Das gilt auch für die eigene Arbeit, also für kantonsrätliche Kommissionen. Die CVP will ausgerechnet die Arbeit von vom Volk gewählten Politikerinnen und Politikern geheim halten. Der Votant ist aber zutiefst überzeugt, dass alle Gewählten der Bevölkerung Rechenschaft über ihr Tun schulden, auch über ihr Tun in Kommissionen und in Exekutivgremien, wobei er sich bei den Exekutiven eine – nicht zu lange – Karenzfrist vorstellen kann.
Wovor fürchtet sich die CVP? Etwa davor, dass bekannt wird, wie die vom Volk Gewählten zu einem Entscheid kommen? Genau das muss dem Volk offengelegt werden und schafft Vertrauen in die Politik. Oder würden die CVP-Politikerinnen und -Politiker nach der Einführung dieser Transparenz anders argumentieren oder nicht mehr frei entscheiden? Wenn dem – was der Votant aber nicht glauben kann – so wäre: Wo bleibt der Mut zur eigenen Meinung? Als Kantonsrat ist man nicht der

Partei, sondern den Wählerinnen und Wählern verpflichtet. Der Votant hätte keinerlei Probleme damit, dass seine Aussagen in Kommissionen öffentlich würden. Er würde auch künftig – so hofft er – ähnlich oder gleich argumentieren und abstimmen. Und er würde sich sogar ein wenig freuen, wenn Bürgerinnen und Bürger sich im Nachhinein für seine Kommissionarbeit interessierten. Das ist gelebte Demokratie. Als Kantonsrat ist man eine öffentliche Person und muss zu seinem Handeln stehen, auch zu seinem Handeln in kantonsrätlichen Kommissionen.

Manuel Brandenberg hält fest, dass Stefan Gisler sehr kompetent alles Nötige zu diesem Thema gesagt hat. Zu Heini Schmid: Es ist nicht so, dass die SVP die Schweiz nicht erhalten will, im Gegenteil: Die SVP kämpft dafür, dass die Schweiz so bleibt, wie sie ist. Wenn man in einer Kommission sitzt und sich dort äussert, sollte man keine Angst davor haben, dass seine Äusserungen publik werden. Wenn das Reden in der Kommission und gegenüber der Wählerschaft übereinstimmen, muss niemand Angst vor Transparenz haben. Wenn aber das Reden an einem Ort nicht mit jenem am andern Ort übereinstimmen, dann kann man gut verstehen, dass es Ängste und Befürchtungen gibt. Die Vertreter der SVP haben diese Angst nicht, und sie sind froh, dass sie durch eine hygienische, geradlinige Politik beitragen zum Erhalt der Eidgenossenschaft, so wie sie ist.

Auf Nachfrage bei Ivo Hunn hält der **Vorsitzende** fest, dass dessen Antrag auf jeden Fall auf Streichung von § 12 Abs. 3 lautet.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bestätigt, dass die Regierung sich dem Antrag der Kommission anschliesst. Bei einer PUK kann es um heikle Protokolle gehen, was eine längere Frist rechtfertigt. Den Antrag der CVP-Fraktion lehnt der Regierungsrat ab. Heini Schmid hat etwas schwarz gemalt. Man sieht in andern Kantonen, dass dieser Wechsel zu keinen grossen Problemen geführt hat, auch nicht bezüglich Protokollen von Parlamentskommissionen oder Exekutiven. Es ist etwas seltsam, von der Verwaltung Transparenz und Offenheit zu verlangen, sich selbst aber aus diesem System herauszunehmen. Auch hier haben Kantonsrat und Exekutive eine Vorbildfunktion. Der Sicherheitsdirektor bittet deshalb, dem Antrag der Kommission und des Regierungsrats zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, zuerst die Fassung der vorberatenden Kommission jener der CVP-Fraktion und in einer zweiten Abstimmung die obsiegende Fassung dem Streichungsantrag von Ivo Hunn gegenüberzustellen. Der Rat ist stillschweigend einverstanden. Der Vorsitzende liest den Antrag der CVP-Fraktion nochmals im Wortlaut vor.

➔ Der Rat genehmigt mit 20 zu 49 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag von Ivo Hunn mit 58 zu 14 Stimmen ab.

3. Verfahren
§ 13 Abs. 1 und 2
§ 14 Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 14 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine andere Fassung beantragt. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** teilt mit, dass die vorberatende Kommission beantragt, den Passus «die Verweigerung der Zustimmung vermutet werden muss» zu streichen. Die Formulierung erscheint der Kommission als zu unpräzise. Zudem könnte dieser Passus der betroffenen Behörde die Möglichkeit geben, unliebsame Zugangsgesuche abzulehnen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bestätigt, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Die Bestimmung betrifft Fälle, in denen sich die betroffene Person nicht äussert, die Umstände und der Inhalt des fraglichen Dokuments aber klar darauf schliessen lassen, dass sie einem Zugangsgesuch nicht zustimmen würde. Letztlich dient diese Bestimmung auch dem Schutz von Drittpersonen vor der Bekanntgabe ihrer Personendaten. Da es sich dabei um einen sensiblen und deshalb besonders schutzwürdigen Bereich handelt, muss diese Bestimmung beibehalten werden. Diese Fälle betreffen ausdrücklich nur Dokumente mit Personendaten Dritter, die nicht anonymisiert werden können. Insofern werden es nur wenige Dokumente sein, und es besteht keine Gefahr, dass damit das Öffentlichkeitsprinzip ausgehebelt werden könnte.

➔ Der Rat genehmigt mit 44 zu 24 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 14 Abs. 3
§ 15 Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 15 Abs. 2

Barbara Gysel stellt fest, dass § 15 die Entscheidfindung für den Fall regelt, dass ein Bürger oder eine Bürgerin einen Antrag gestellt hat. Bei der Ablehnung eines Gesuchs geht es gemäss § 15 Abs. 2 unter Umständen um einen langwierigen Prozess gemäss Verwaltungsrechtspflegegesetz. Ein aufwendiges und auch kostspieliges Verfahren wird die Gesuchstellenden aber daran hindern, ihre Ansprüche auf dem Rechtsweg geltend zu machen. Warum nicht einfach, rasch und kostenlos? Ein Schlichtungsverfahren mit Hilfe der Datenschutzstelle wäre eine gute Lösung. Die SP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** einen neuen Abs. 2 einzufügen: «Es ist ein kostenloses Schlichtungsverfahren vor dem oder der Datenschutzbeauftragten vorzusehen.» Der jetzige Abs. 2 würde dann zu Abs. 3.
Der Regierungsrat hat sich bei der Beantwortung der Motion Schleiss/Villiger vom 23. Februar 2010 grundsätzlich bereits für eine Schlichtungsverfahren ausgesprochen, was auch in der Stellungnahme des Datenschützers zu dieser Gesetzesvorlage nachzulesen ist. Der Regierungsrat führte damals zum Verfahren aus: «In praktisch allen Gesetzen wird bestimmt, dass Akteneinsichtsgesuche rasch zu behandeln sind […]. Wird der Zugang verweigert, sehen die meisten Gesetze zunächst einen Schlichtungsversuch vor. Das Schlichtungsverfahren sollte möglichst

wenig formalisiert sein. Kann – was auf Grund von Erfahrungen insbesondere im Ausland nur selten vorkommt – keine Einigung erzielt werden, hat die Behörde eine Verfügung zu erlassen.[…] Als Schlichtungsstelle und Beratungsorgan wird vorzugsweise – übrigens auch für kommunale Verfahren – die kantonale Datenschutzstelle eingesetzt. Diese erfüllt im Kanton Zug bereits aufgrund von § 19 des Datenschutzgesetzes in Datenschutzfragen eine Berater- und Vermittlerfunktion.» Gemäss Ausführungen des Datenschützers kommt, wenn kein Schlichtungsverfahren vorgesehen ist, das Zuger Verwaltungsverfahren zur Anwendung. Nur schon bis der Regierungsrat entschieden hat, können sechs bis zwölf Monate verstreichen. Wird das Verfahren vor das Verwaltungsgericht gezogen, kann bis zu einem weiteren Jahr verstreichen. Wenn der Zugang hingegen einfach und unkompliziert erfolgen soll, muss zwingend ein einfaches Schlichtungsverfahren mit kurzen Fristen vorgesehen werden. Die Votantin dankt für die Unterstützung.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** hält fest, dass der Antrag auf ein kostenloses Schlichtungsverfahren vor dem Datenschutzbeauftragten auch in der vorberatenden Kommission gestellt wurde. Der Antrag wurde dort mit 12 zu 2 Stimmen abgelehnt.

Andreas Hausheer möchte wissen, welche Behörde entscheidet, wenn 10 Jahre nach Abschluss der Kommissionsarbeit ein Gesuch auf Einsichtnahme in die Dokumente einer PUK gestellt wird. Entscheidet der Regierungsrat, die Kommission selber oder das Büro des Kantonsrats über die Dokumente einer Kommission, die vor 15 Jahren einmal getagt hat?

Auch **Heini Schmid** hat eine Frage: Ist der Datenschutzbeauftragte, der von seinem Auftrag her ja ein Interesse daran haben sollte, dass Daten geschützt bleiben, wirklich die geeignete Instanz für ein Schlichtungsverfahren? Er bittet um einige Ausführungen, wie das beispielsweise in anderen Kantonen geregelt ist.
Es irritiert den Votanten auch, dass während der ganzen bisherigen Beratung gesagt wurde, der Vollzug des Öffentlichkeitsgesetzes sei völlig problemlos, und es gebe kaum Streitfälle. Warum braucht es dann eine Schlichtungsstelle? Diese hätte ja gar keine Praxis, weil sich offenbar gar keine Fragen stellen und sich offenbar gar niemand dafür interessiert.

Barbara Gysel gibt zu, dass Heini Schmid seine Frage zu Recht stellt. Es spricht nicht gegen eine Schlichtungsstelle, dass nur mit wenigen Fällen zu rechnen ist. Es gibt einige prominente Fälle, bei denen es gut wäre, wenn eine Schlichtungsstelle vorhanden wäre. Ein aktuelles Beispiel aus dem Nachbarkanton Zürich ist der Vertrag der UBS mit der Universität Zürich, der erst nach einem langen Verfahren veröffentlicht werden musste. Es wäre in einem solchen Einzelfall sinnvoll, ein kurzes Schlichtungsverfahren zu haben. Ansonsten hat die Verwaltung eine relativ grosse Macht, Zugänge zu verhindern.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger:** Der Regierungsrat ist wegen der Verhältnismässigkeit und wegen des Ablaufs im Verwaltungsverfahren gegen die Einrichtung einer Schlichtungsstelle. Es würden damit Kosten und Personalaufwand verursacht. Die entsprechenden Zuständigkeiten müssen in den Direktionen und Gemeinden geregelt werden. Dort soll entschieden werden, und allenfalls kann der Verwaltungsrechtsweg eingeschaltet werden. Dass ohne Schlichtungsstelle die Verfahren länger dauern sollen, kann der Sicherheitsdirektor nicht bestätigen; er geht eher vom Gegenteil aus. Eine Schlichtungsstelle kann nämlich nur vermitteln

und hat keine Entscheidfunktion. Das kann unter Umständen zum Erfolg führen. Wenn das aber nicht der Fall ist, kommt nachher trotzdem das Verwaltungsverfahren, so dass das Ganze noch länger dauert. Aus Kostengründen und wegen der Verhältnismässigkeit, auch im Vergleich zu anderen Kantonen, ist der Regierungsrat also klar der Ansicht, dass es keine Schlichtungsstelle braucht.
Zur Frage von Andreas Hausheer bezüglich Behörden: Bei Kommission, die ihre Arbeit abgeschlossen haben, stellt sich tatsächlich die Frage nach der Zuständigkeit, wenn nach 20 Jahren ein Gesuch um Einsichtnahme gestellt wird. Das wird im Gesetz nicht im Detail geregelt. Die Zuständigkeit liegt aber bei der erstellenden Instanz bzw. Behörde, hier also beim Kantonsrat. Der Sicherheitsdirektor würde es begrüssen, wenn in der GO KR das entsprechende Verfahren und die Zuständigkeit geregelt würden.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 57 zu 13 Stimmen ab und genehmigt § 15 Abs. 2 gemäss Antrag des Regierungsrats.

§ 16 Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 16 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine andere Fassung beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

935 Landschreiber **Tobias Moser** kommt zurück auf die einleitende Mitteilung des Ratspräsidenten betreffend gebrannte Wasser *(siehe Seite 2096, Ziff. 928)* und kann die frohe Botschaft verkünden, dass nach wie vor der Beschluss des Ratsbüros vom 30. April 2009 gilt. Dieser besagt, dass gebrannte Wasser grundsätzlich nicht von der Staatsrechnung übernommen werden; einzige Ausnahme ist Kirsch.

Protokoll des Kantonsrats

64. Sitzung: Donnerstag, 12. Dezember 2013 (Nachmittag)
Zeit: 13.55 – 17.20 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg
bzw.
Kantonsratsvizepräsident Moritz Schmid, Walchwil

Protokoll
Beat Dittli

936 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Monika Barmet, Menzingen; Zari Dzaferi und Gabriela Peita, beide Baar; Peter Diehm, Cham; Gregor Kupper, Neuheim.

TRAKTANDUM 6 (Fortsetzung)
Geschäfte, die am 28. November 2013 nicht behandelt werden konnten

937 Traktandum 6.1 (Fortsetzung): **Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz)**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2226.1/.2 - 14262/63) und der vorberatenden Kommission (2226.3 - 14465).

DETAILBERATUNG (1. Lesung): Fortsetzung

§ 17 Abs. 1

Barbara Gysel stellt im Namen der SP-Fraktion und der AGF den **Antrag,** dass das Zugangsverfahren kostenlos sein soll; die Wendung «in der Regel» sei also zu streichen. Es ist ein kostenfreies Verfahren vorzusehen. Nur in Fällen mit extrem hohem Aufwand sollen Gebühren erhoben werden können. Gemäss jetziger Formulierung kann bei «erheblichem Aufwand» eine Gebühr erhoben werden. Das ist stossend. So ist in einem einschlägigen *Blog* vom 17. Juni 2011 nachzulesen, dass Journalisten im Kanton Zug mehrfach 1000 Franken bezahlen mussten, weil sie eine Information wünschten. Es darf nicht sein, dass am Ende der Bürger oder die Bürgerin zahlen muss. Verschiedene Stellen, darunter die Zeitschrift «Beobachter», berichteten in der Vergangenheit darüber, dass Gebühren in den vergangenen Jahren teilweise massiv zunahmen. Das geschah mancherorts als Kompensation für weniger Steuereinnahmen. Wenn Gebühren bezahlt werden müssen, dann trifft das Geringverdienende am stärksten. Die Votantin ruft den Rat auf, eine weitere Hürde zur Durchsetzung des Öffentlichkeitsprinzips für alle abzubauen.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** informiert, dass dieser Antrag auch in der vorberatenden Kommission gestellt und dort mit 12 zu 2 Stimmen abgelehnt wurde. Die Begründung des Regierungsrats machte für die Kommission Sinn. Dieser

möchte an Gebühren auch bei Zugangsgesuchen mit erheblichem Aufwand festhalten, damit die Verwaltung nicht übermässig bemüht wird.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass der Grundsatz der Kostenlosigkeit gilt. Dieser ist gerechtfertigt, weil man auch aus anderen Kantonen weiss, dass solche Gesuche wenig Aufwand generieren. Wenn ein Gesuch aber den üblichen Aufwand übersteigt und beispielsweise tausend Kopien angefertigt werden müssen, sollen adäquate Gebühren verlangt werden können.
Dass Medien schon bis anhin für Auskünfte hätten bezahlen müssen, ist dem Sicherheitsdirektor nicht bekannt. Man müsste dazu genauer wissen, welche Dienstleistungen beansprucht wurden.

➔ Der Rat genehmigt mit 53 zu 16 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 17 Abs. 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 18 Abs. 1

Vroni Straub-Müller stellt namens der AGF und der SP-Fraktion den **Antrag,** § 18 Abs. 1 wie folgt zu formulieren: «Der Zugang zu amtlichen Dokumenten gilt auch für jene Dokumente, die vor Inkrafttreten des Gesetzes erstellt oder empfangen wurden.» Die Begründung: Die Bürgerin bzw. der Bürger wird nicht verstehen, weshalb sie oder er ein bestimmtes Dokument einsehen darf, ein anderes, vollkommen gleichartiges Dokument aber nicht, nur weil dieses vor Inkrafttreten des Gesetzes erstellt wurde. Alles Frühere würde der Transparenz entzogen. Natürlich müssten Dokumente, welche vor Inkrafttreten des Öffentlichkeitsprinzips erstellt oder empfangen wurden, für die Zugangsgewährung unter Umständen aufwendiger aufbereitet werden. Dies scheint aber das kleinere Übel zu sein, als den Akteneinsicht wünschenden Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, weshalb dies nicht geht.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** orientiert, dass auch dieser Antrag bereits in der Kommission gestellt und dort ebenfalls mit 12 zu 2 Stimmen abgelehnt wurde. Es ist ein Gebot der Fairness, dass man – auch in den Gemeinden – weiss, dass das Öffentlichkeitsprinzip von jetzt an und nicht rückwirkend gilt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger:** Die erste Version des Regierungsrats sah eine rückwirkende Geltung vor. In der Vernehmlassung haben die Rückmeldungen aus den Gemeinden und Parteien aber gezeigt, dass es richtig ist, wenn die neue Regelung erst ab Inkrafttreten des Gesetzes gilt. Das ist auch fair gegenüber den Verantwortlichen für die früheren Dokumente.

➔ Der Rat genehmigt mit 56 zu 14 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 18 Abs. 2
§ 19 Abs. 1 Ziff. 1 bis 3
§ 19 Abs. 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 20 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass man aus gesetzestechnischen Gründen auf § 20 verzichten kann. Das Inkrafttreten wird in Ziffer IV. geregelt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

II. Fremdänderungen

1. Gesetz über die Veröffentlichung der Gesetze und das Amtsblatt des Kantons Zug (Publikationsgesetz)

§ 9 Abs. 2 und 3

Kurt Balmer hält fest, dass es hier um den nichtamtlichen Teil des Amtsblatts geht. Regierung und Kommission schlagen eine neue Fassung vor, bei der allerdings noch nicht alle Altlasten weggefallen sind. Der Votant stellt den **Antrag,** die Wendung «und sitten[-widrige]» zu streichen, so dass Abs. 2 lautet: «Im nichtamtlichen Teil dürfen rechtswidrige Anzeigen nicht veröffentlicht werden.» Es ist nicht zu verstehen, wieso man die Sittenwidrigkeit und auch die Rechtswidrigkeit in diese Bestimmung integriert haben möchte. Letzteres ist eigentlich klar, und bezüglich Ersterem macht eine Unterscheidung zwischen rechtswidrig und sittenwidrig nach zeitgemässer Auslegung heute keinen Sinn mehr. Die Bestimmung wurde auch in der vorberatenden Kommission diskutiert, wobei dort ein untaugliches Beispiel einer sittenwidrigen Anzeige erwähnt wurde. Bis heute konnte niemand dem Votanten erklären, was mit «sittenwidrig» genau gemeint ist, und wahrscheinlich gibt es bei der Staatskanzlei auch niemanden, der über die Sittlichkeit der Anzeigen im nichtamtlichen Teil des Amtsblatts wacht.
Zu Abs. 3 stellt der Votant den **Antrag,** das Wort «Zweifelsfall» durch «Streitfall» zu ersetzen. «Zweifelsfall» ist fehl am Platz, und auch der Präsident der Redaktionskommission musste in einem informellen Gespräch zugeben, dass «Streitfall» vorzuziehen wäre.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** verweist auf Seite 12 des Kommissionsberichts und hält fest, dass diese Anträge auch in der Kommission gestellt und dort mit 10 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung bzw. mit 12 zu 2 Stimmen angelehnt wurden.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinen Anträgen festhält. Es bietet sich hier die Gelegenheit, das Publikationsgesetz in einer Bestimmung zu ändern, bei der es immer wieder zu Fragen und Problemen gekommen ist. Die beantragte Formulierung ist praxisorientiert. Dem Streitfall geht in der Regel ein Zweifelsfall voraus, den die Staatskanzlei mit dem Herausgeber des Amtsblatts abspricht. Der Kanton bezahlt dem Herausgeber des Amtsblatts ziemlich viel Geld, auch wenn der nichtamtliche Teil selbsttragend ist und von den Inserenten bezahlt wird, und er möchte auch in Zukunft eine geordnete Publikation.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf Streichung der Wendung «und sitten[-widrige]» in § 9 Abs. 2 mit 35 zu 27 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

➔ Der Rat genehmigt mit 31 zu 26 Stimmen den Antrag, in § 9 Abs. 3 das Wort «Zweifelsfall» durch «Streitfall» zu ersetzen.

2. Archivgesetz vom 29. Januar 2004

§ 14a Abs. 1 und 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

3. Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz) vom 4. September 1980

§ 12 Abs. 1, 2 und 3

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

III. Fremdaufhebungen

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats (keine Fremdaufhebungen).

IV. Referendumsklausel und Inkrafttreten

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat eine andere Lösung für das Inkrafttreten beantragt. Er möchte das Inkrafttreten selber bestimmen und beantragt folgende neue Formulierung: «Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 34 der Kantonsverfassung. Es tritt nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist oder nach der Annahme durch die Stimmberechtigten an dem vom Regierungsrat bestimmten Zeitpunkt in Kraft.» Mutmassliches Datum für das Inkrafttreten wird der 1. Januar 2015 sein. Der Regierungsrat begründet seinen Antrag damit, dass die komplexe Materie im Öffentlichkeitsgesetz einen regelrechten Paradigmenwechsel bei der öffentlichen Hand darstellt. Dazu braucht es eine sorgfältige Vorbereitung, insbesondere eine Schulung.

Vroni Straub-Müller: Mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips ändert sich gerade auch für die Gemeinden nicht sehr viel. Bereits heute gilt, gestützt auf das Gemeindegesetz, ein – allerdings beschränktes – Öffentlichkeitsprinzip. Es ist für die AGF nicht ersichtlich, weshalb die Einführung erst im Januar 2015 erfolgen soll und nicht – wie von der Kommission vorgeschlagen und wie üblich – nach Ablauf der Referendumsfrist. Es könnte der Verdacht aufkommen, dass in Hinblick auf die Wahlen die Frist extra hinausgezögert wird. Das schadet dem Vertrauen der Medien und der Bevölkerung in die Verwaltung und in die Arbeit des Kantonsrats.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bestätigt, dass die Inkraftsetzung am 1. Januar 2015 erfolgen soll, die Formulierung des Regierungsrats erlaubt aber auch die frühere Inkraftsetzung. Die Ausbildung der Mitarbeitenden braucht eine gewisse Zeit, das Inkrafttreten auf den 1. Januar 2015 kann aber eingehalten werden.

Philip C. Brunner stellt die Frage, ob es möglich wäre, konsultativ die Meinung des Rats zu diesem Punkt einzuholen. Der 1. Januar 2015 ist grundsätzlich ein guter Termin. Es beginnt eine neue Legislatur, und das neue Parlament wird die Kommissionsarbeiten unter dieser neuen Prämisse aufnehmen. Dass man Zeit

braucht für die Umstellung, ist für den Votanten nachvollziehbar. Man darf sich diese Zeit nehmen; das Zuger Staatswesen hat auch ohne dieses Gesetz über 150 Jahre lang Bestand gehabt.

Für den **Vorsitzenden** ist nicht klar, welchen Nutzen eine Konsultativabstimmung haben soll.

Philip C. Brunner: Eine Konsultativabstimmung würde der Regierung die Stimmung im Parlament zeigen. Der Regierungsrat wäre selbstverständlich frei, sich nach der Stimmungslage des Parlaments zu richten oder nicht. In diesem Sinne stellt er **Antrag** auf eine Konsultativabstimmung.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es dazu einen Antrag auf Teilrückweisung dieses Paragraphen an die Regierung braucht. Konsultativabstimmungen gibt es nicht.

Stefan Gisler erinnert daran, dass die vorberatende Kommission beantragt, das Gesetz ganz normal nach Ablauf der Referendumsfrist in Kraft zu setzen. Wenn der Rat diesem Antrag nicht folgt, kann die Regierung frei bestimmen, wann das Gesetz in Kraft tritt. Das hat der Votant noch nie erlebt. Der Kantonsrat ist der Gesetzgeber und bestimmt auch den Termin des Inkrafttretens. Das kann auch der 1. Januar 2015 sein. Wenn der Rat der Regierung einen Freipass gibt, kann dieser das Gesetz – was der CVP vielleicht gefallen würde – auch erst auf 2020 oder 2030 einführen. Der Votant bittet den Rat, ein fixes Datum für das Inkrafttreten zu setzen. Es kann doch nicht sein, dass der Rat zwar ein tolles Gesetz verabschiedet, der Regierung aber alle Zeit der Welt für dessen Inkraftsetzung gibt.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass der Kantonsrat verschiedene Regelungen für die Normierung des Inkrafttretens anwenden kann. Eine Möglichkeit ist ein fixes Datum, natürlich unter Berücksichtigung der Referendums- und Beschwerdemöglichkeiten. Eine andere Möglichkeit ist diejenige, welche die vorberatende Kommission hier beantragt und die ursprünglich auch vom Regierungsrat vorgeschlagen wurde: Inkrafttreten nach Ablauf der Referendumsfrist bzw. nach der Annahme durch das Volk und gemäss § 8 Abs. 1 des Publikationsgesetzes am Tag nach der Publikation im Amtsblatt. Als weitere Möglichkeit beantragt nun die Regierung, den Termin des Inkrafttretens in eigener Kompetenz festlegen zu können. Sie hat sich dazu die Überlegung gemacht, dass die zweite Lesung frühestens im Februar 2014 stattfindet und die Publikation des Gesetzes Ende Februar erfolgt; dann folgt die Referendumsfrist, und auch die Schulung muss gehörig abgewickelt werden. Letztlich wird man gegen Ende 2014 so weit sein, und aus den gleichen Überlegungen, wie sie auch Philip C. Brunner angestellt hat, hält der Regierungsrat den 1. Januar 2015 für einen guten Termin.
Dem Kantonsrat stehen alle Möglichkeiten offen. Wenn nun noch ein Antrag auf ein fixes Datum gestellt wird, liegen drei gleichwertige Anträge vor.

Vroni Straub-Müller teilt mit, dass die AGF den Antrag der vorberatenden Kommission unterstützt, der da lautet: «Dieses Gesetz tritt nach unbenützter Referendumsfrist oder nach Annahme durch das Volk am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.»

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** empfiehlt, den Antrag der vorberatenden Kommission abzulehnen. Es braucht Zeit für die Schulung, auch in den Gemeinden und externen Institutionen, damit es dann wirklich funktioniert. Der Sicherheitsdirektor

versichert, dass das Gesetz am 1. Januar 2015 in Kraft treten kann, was mit dem Beginn der neuen Legislatur übereinstimmt. Es eilt hier wirklich nicht so sehr.

Andreas Hausheer stellt den **Antrag,** das Gesetz auf den 1. Januar 2015 in Kraft zu setzen.

Philip C. Brunner zieht seinen Antrag auf eine Konsultativabstimmung zurück.

Heini Schmid hat eine Verständnisfrage: Wo findet man den Antrag des Regierungsrats, über den abgestimmt werden soll? Er fehlt in der Synopse.

Landschreiber **Tobias Moser** erläutert, dass § 20 des Öffentlichkeitsgesetzes vorhin mit dem stillschweigenden Einverständnis des Rats gestrichen wurde, weil die entsprechende Regelung redundant unter IV. aufgeführt ist. Diese Fassung entspricht dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrats, welcher von der vorberatenden Kommission übernommen wurde und auch von der AGF unterstützt wird. Neu beantragt der Regierungsrat, dass *er* das Inkrafttreten bestimmen kann, wobei er dieses auf den 1. Januar 2015 vorsieht. Das dritte Begehren ist jenes von Andreas Hausheer, welcher den 1. Januar 2015 als fixen Termin vorschlägt.

Manuel Brandenberg fragt sich, ob es dem Regierungsrat wirklich nur um die Schulung geht, die angeblich einige Monate in Anspruch nimmt. Geht es vielleicht nicht auch ein wenig darum, dass man gewisse Möglichkeiten, hinter die Fassaden zu schauen, auf die Zeit nach den Wahlen verschieben will? Der Regierungsrat wird das natürlich abstreiten, die Frage sei aber trotzdem gestellt. Es ist nämlich unüblich, dass man ein Gesetz erst ein Jahr später in Kraft setzt. Normalerweise wartet man die Referendumsfrist ab und setzt dann das Gesetz in Kraft, was im vorliegenden Fall im Frühling oder Sommer 2014 geschehen würde. Der Votant möchte beim ganz normalen Ablauf bleiben.

Der **Vorsitzende** hält nochmals fest, dass drei gleichwertige Anträge vorliegen:
- Antrag des Regierungsrats: Festsetzung des Inkrafttretens nach Ablauf der Referendumsfrist in eigener Kompetenz.
- Antrag der vorberatenden Kommission: Inkrafttreten nach Ablauf der Referendumsfrist.
- Antrag Andreas Hausheer: Inkrafttreten am 1. Januar 2015.

Die folgende Dreifachabstimmung wird abgebrochen, weil Fragestellung und Verfahren offenbar nicht genügend klar sind.

Der **Vorsitzende** erläutert nochmals die drei Anträge und das Vorgehen und hält fest, dass bei einer Dreifachabstimmung jedes Ratsmitglied eine Stimme hat.

Irène Castell-Bachmann stellt einen **Ordnungsantrag.** Sie ist der Meinung, dass vom Ratspräsidium Widersprüchliches zum Ablauf gesagt wurde, und beantragt deshalb, mit der Dreifachabstimmung nochmals ganz von vorne zu beginnen.

➔ Der Rat heisst den Ordnungsantrag mit 58 zu 6 Stimmen gut.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass bei einer Dreifachabstimmung jedes Ratsmitglied eine Stimme hat.

Die Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
• Antrag des Regierungsrats: 1 Stimme
• Antrag der vorberatenden Kommission: 41 Stimmen
• Antrag Andreas Hausheer: 29 Stimmen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag der vorberatenden Kommission mit 41 Stimmen das absolute Mehr der Stimmenden erreicht hat und sich damit sich die weiteren Abstimmungen erübrigen.

➔ Der Rat genehmigt damit den Antrag der vorberatenden Kommission.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

938 Traktandum 3.1: **Interpellation von Esther Haas betreffend Streichung des Halbanschlusses Bibersee aus dem Richtplan des Kantons Zug vom 28. November 2013 (Vorlage 2324.1 - 14522)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

939 Traktandum 3.2: **Interpellation von Martin Stuber betreffend FABI ante portas vom 2. Dezember 2013 (Vorlage 2325.1 - 14525)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin den Platz des Landschreibers.

940 Traktandum 6.2: **Postulat von André Wicki und Manuel Brandenberg betreffend Erhöhung der Polizeipräsenz in bestimmten Quartieren der Stadt Zug**
Es liegen vor: Postulat (2211.1 - 14221); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2211.2 - 14488).

Postulant **Manuel Brandenberg** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung des Postulats und bittet den Rat, dieses erheblich zu erklären. Die Postulanten haben ein Problem benannt, das aus der Bevölkerung an sie herangetragen wurde, und sie bitten, das Anliegen nach mehr polizeilicher Präsenz in bestimmten Quartieren oder an bestimmten Orten – sei es vorübergehend oder permanent – durch die Erheblicherklärung aufzunehmen.

Jürg Messmer dankt im Namen der SVP-Fraktion den Postulanten, dass sie sich für das Sicherheitsgefühl der Zuger Bevölkerung einsetzen. Mit der Antwort des Regierungsrats gibt sich die SVP-Fraktion nicht zufrieden, dies aus den folgenden Gründen.

Die Einbruchzahlen haben im Kanton Zug in den letzten vier Jahren abgenommen. Diese Aussage der Regierung stimmt, wenn man die Gesamtzahl anschaut. Geht man jedoch ins Detail, zeigt sich ein anderes Bild. Gemäss Kriminalstatistik der Zuger Polizei ist die Zahl der Einbruchdiebstähle zwar rückläufig. Gliedert man diese aber nach öffentlichem und privatem Bereich, zeigt sich im privaten Bereich eine massive Zunahme in den letzten Jahren:
• 2010: 237 Tatbestände
• 2011: 297 Tatbestände
• 2012: 320 Tatbestände.
Das entspricht einer Zunahme von 35 Prozent seit 2010. Auch die Aufbrüche von Fahrzeugen stiegen im letzten Jahr von 139 auf 209 Tatbestände deutlich an, was einer Zunahme von gar 45 Prozent innerhalb eines einzigen Jahres entspricht – nachzulesen in der Kriminalstatistik 2012 der Zuger Polizei auf Seite 20. Auch wenn die Regierung auf Seite 2 ihres Berichts mit Statistiken und Tabellen darlegt, dass die Einbruchdiebstähle im Kanton Zug um 5,8 Prozent und in der Stadt Zug um 6,7 Prozent zurückgingen, ist dies für die SVP nicht beruhigend, weil gerade im privaten Bereich eine massive Zunahme stattgefunden hat. Auch die Umfrage, welche 2013 durchgeführt wurde, müsste der Regierung und besonders dem Sicherheitsdirektor zu denken geben: 49 Prozent der Bevölkerung rechnen damit, dass sie in den nächsten ein bis zwei Jahren Opfer eines Einbruchs werden. Das muss doch allen zu denken geben.
Es ist ja gut und recht, wenn es Beratungsangebote – etwa Informationsbroschüren oder einen Stand der Zuger Polizei an der Zuger Messe und der WOHGA – gibt. Es kann sich aber nicht jeder Bewohner dieses Kantons eine teure Alarmanlage oder den Einbau von einbruchsicheren Türen und Fenstern leisten. Daher braucht es in den Quartieren Patrouillen von uniformierten und zivilen Polizeikräften. Dies ist möglich, man muss einfach die entsprechenden Prioritäten setzen. Gerade jetzt im Herbst und Winter, wenn es bereits früh dunkel wird, ist es mehr als nur wünschenswert, die Polizei in den Quartieren anzutreffen. Übrigens rechnet in der «Neuen Zuger Zeitung» auch der Journalist Christian Glaus damit, dass bei ihm mal eingebrochen wird; Wolfgang Holz hingegen hat weniger Angst vor Einbrechern, weil es bei ihm nichts zu holen gibt. Dass es nichts zu holen gibt, merkt ein Einbrecher allerdings erst, wenn er bereits in der fremden Wohnung steht.
Die SVP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** das Postulat sei erheblich zu erklären.

Vroni Straub-Müller: Die AGF unterstützt den Antrag der Regierung, das Postulat nicht erheblich zu erklären. Vor gut drei Jahren haben Stefan Gisler und die Votantin eine Motion eingereicht, welche eine Pensenerhöhung für die Zuger Polizei vornehmlich für die Prävention forderte. Die Motion wurde erheblich erklärt, und die Votantin ist überzeugt, dass die Sicherheitsdirektion diese Personalressourcen auch genau für diesen Zweck einsetzt.
Die Stadt Zug ist generell eine sichere Stadt. Eine permanente, sichtbare Polizeipräsenz in den Quartieren wäre enorm kostenaufwendig und könnte sich keine Stadt leisten. Zug liegt nicht in Südafrika, wo bewaffnete Privatpersonen Strassensperren bei Quartieren einrichten, jede Person sogar zum Einkaufen eine Waffe mitführt und daheim Hunde aller Grössen hält, um Einbrecher abzuhalten. In der Stadt Zug sind die Einbruchszahlen im Vergleich mit anderen Städten geringer und haben in den letzten vier Jahren sogar noch abgenommen. Viel uniformierte Präsenz hilft zwar, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bewohner und Bewohnerinnen zu steigern, jedoch verschreckt es auch potenzielle Einbrecher, die sich dann einfach einen anderen Ort suchen, an dem weniger ersichtlich ist, dass Polizei vor Ort ist. Die Polizei operiert deshalb oft in Zivil. Das ist für die Bevölkerung dann

nicht so ersichtlich, zeigt aber häufig Wirkung: Die Einbrecher werden rascher gefasst. Das ist der Spagat, den die Polizei machen muss: einerseits uniformierte Dämmerungspatrouillen, anderseits der Einsatz von zivilen Fahndern. Die Bevölkerung hat dann vielleicht oftmals das Gefühl, dass die Polizei wenig macht, weil man sie nicht immer sieht.
Die AGF ist auch der Meinung, dass zuerst die präventiven Massnahmen umgesetzt werden sollen. Diese sind nämlich sehr wirkungsvoll. Nur ein gut abgestimmtes Bündel von präventiven und repressiven Massnahmen führt zum Erfolg. Und dass die Zuger Polizei Erfolg hat, zeigen die rückläufigen Fallzahlen.

Andreas Hausheer ist – wie auch die Mehrheit der CVP-Fraktion – mit dem Grundanliegen des Postulats einverstanden. Das Postulat hat aber einen entscheidenden Haken: Es beschränkt sich auf die Stadt Zug. Der Votant macht den Postulanten beliebt, über die Stadtzuger Grenzen hinauszuschauen. Dann könnte man wieder über eine Erheblicherklärung diskutieren.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** stellt fest, dass die Postulanten einen Bereich herausnehmen und verschweigen bzw. nicht sehen wollen, dass – wie die letzte Erhebung gezeigt hat – das Sicherheitsgefühl der Zuger Bevölkerung noch nie so gut war wie 2013, besser als vor vier oder acht Jahren. Zug ist nach Zürich, Bern und Basel mittlerweile der viertdichtest besiedelte Kanton und lässt sich nicht mit einem Landkanton vergleichen. Zu sagen ist auch, dass der Gesetzgeber bei den Einbruchdiebstählen keinen Unterschied zwischen privatem und öffentlichem Bereich macht und die Polizei das Ganze im Auge behalten muss.
Der Kantonsrat kann die Präsenz der Polizei steuern, indem er mehr Personal bewilligt. Das hat er bereits getan. 2012 enthielt der Leistungsauftrag noch 23'500 Stunden Aussenpräsenz; diese wurden für 2014 auf 29'000 Stunden angehoben. Und gerade die Stadt Zug profitiert von dieser Steigerung. Die Sicherheitsdirektion bespricht mit den Gemeinden jährlich die Sicherheitsfrage. Von keiner Gemeinde kam eine Kritik in dieser Richtung, auch nicht von der Stadt Zug. Man ist mit der Polizei zufrieden. Und gerade jetzt, in einer Jahreszeit mit früher Dämmerung, ist die Polizei in den Quartieren mit uniformierten und zivilen Patrouillen sehr präsent, wobei es nicht ganz einfach ist, in den grossen Quartieren einen Überblick zu bekommen und alles abzudecken.
Der Sicherheitsdirektor bittet, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Manuel Brandenberg nimmt den von der CVP zugespielten Ball auf und möchte das Postulat auf den ganzen Kanton erweitern. Der Regierungsrat soll neu also aufgefordert werden, die polizeilichen Mittel so zu organisieren, dass in bestimmten, besonders gefährdeten Quartieren in der Stadt und im Kanton Zug permanent, auch in der Nacht, Polizei vor Ort ist.
Formell dürfte es unbestritten sein, dass man als Postulant das Postulat erweitern darf, dies im Unterschied zu jenem Fall, als eine Drittperson eine Motion erweitern wollte und der Rat sich einig war, dass das nicht gehe.

Der **Vorsitzende** hält nach Rücksprache mit der stellvertretenden Landschreiberin fest, dass man ein Postulat nicht einfach so erweitern kann. Es müsste ein neues Postulat eingereicht werden.

Manuel Brandenberg erinnert daran, dass es bei der von ihm und Philip C. Brunner eingereichten Motion zum Gerichtssaal des Obergerichts unbestritten war, dass sogar eine Drittperson – nämlich Adrian Andermatt – das Motionsbegehren ausweiten

konnte. Der Regierungsrat und die Gerichte hatten nichts dagegen einzuwenden und nahmen die Erweiterung in ihren Bericht und Antrag auf; der Rat war dann allerdings anderer Meinung. Man sollte mit gleichen Ellen messen. Wenn hier der Postulant *selber* eine Ausweitung des Postulats beantragt, dann sollte das ebenfalls möglich sein. Der Rat sollte sich auf die Rechtsgleichheit besinnen – auch wenn er Adrian Andermatt vielleicht besser mag als den Votanten.

Stefan Gisler hält fest, dass ihm Manuel Brandenberg und Adrian Andermatt eigentlich beide gleich sympathisch sind. Der Rat hat aber damals die Ausweitung des Motionsbegehrens klar gerügt und als Fehler bezeichnet. Und aus Fehlern soll man lernen. Es ist nicht Rechtsgleichheit, wenn man einen Fehler ein zweites Mal begeht. Die Regierung antwortet auf den Text eines Postulats, und dann befindet der Kantonsrat darüber. Man kann als Postulant dann nicht kommen und sagen, man habe es etwas anders gemeint, man wolle zum Beispiel keine permanente, sondern einfach ein bisschen mehr Polizeipräsenz. Das geht nicht. Wenn die Antwort des Regierungsrats dem Postulanten nicht gefällt, kann er nochmals ein – vielleicht etwas gescheiteres – Postulat einreichen.

Manuel Brandenberg hält fest, dass es damals um die Überweisung ging, hier aber geht es um die Erheblicherklärung. Das ist der springende Punkt.
Der Votant ist damit einverstanden, dass die Ausweitung nicht möglich ist. Das Argument von Stefan Gisler ist allerdings falsch: Es ist nicht der gleiche Fall, war es doch damals eine Drittperson, und heute wäre es einer der Postulanten, welcher die Ausweitung verlangt. Abschliessend ruft der Votant aber doch dazu auf, mehr Polizei in die gefährlichen Quartiere zu bringen.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 44 zu 15 Stimmen nicht erheblich.

941 Traktandum 6.3: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend ohne Steuerpolitik kein «Wachstum mit Grenzen»**
Es liegen vor: Interpellation (2196.1 - 14190); Antwort des Regierungsrat (2196.2 - 14284).

Barbara Gysel: Die SP-Fraktion hat vor rund einem Jahr, im November 2012, die jetzt vorliegende Interpellation eingereicht. Darin wird unter anderem danach gefragt, inwiefern die Regierung denn nun eine effektive «Slow growth»-Strategie zu erarbeiten gedenke. Die Votantin zitiert aus der Begründung der Interpellation: «Die Zuger Regierung ist [...] gefordert, nicht nur mit raumplanerischen Mitteln, sondern auch auf dem Gebiet der Steuerpolitik Massnahmen für eine nachhaltige, soziale, gesellschafts- und landschaftsverträgliche Wachstumspolitik vorzulegen. Aus den bisherigen Ankündigungen und Hinweise erschliesst sich keine kohärente Strategie, die zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen dringend notwendig wäre.»
Es scheint, dass einzelne Regierungsratsmitglieder durchaus Einsicht zeigen: Wachstum und Steuerpolitik haben einen Zusammenhang, und beides ist nicht nur erfreulich. Dennoch scheint der Regierungsrat *in corpore* noch zögerlich, diesen Sachverhalt zu bestätigen. Als Beleg mögen zwei Zitate dienen, die veröffentlicht worden sind:
• Das eine findet sich bereits in der Interpellationsbegründung. Den direkten Zusammenhang zwischen der überbordenden Zuger Entwicklung und dem Steuerwettbewerb hat Regierungsrat Matthias Michel im Magazin «Die Volkswirtschaft»

deutlich angesprochen: «Die Bevölkerung hat sich in dieser Zeit [= in den letzten fünfzig Jahren] verdoppelt; die Anzahl Arbeitsplätze und Unternehmen sind um ein Vielfaches gewachsen. Den Grundstein dazu legte der Kanton Zug in den 1920er-Jahren mit dem Schritt zu einer attraktiven Steuerpolitik.»
• Auf die Frage, ob Zug zu schnell gewachsen sei, antwortet Landammann Beat Villiger in der NZZ vom 6. Januar 2013 wie folgt: «Wir haben das Wachstum nicht in dieser Schnelligkeit erwartet. Es hat neben Fortschritt und Wohlstand auch unerwünschte Nebenwirkungen gebracht: Die Landschaft wurde beeinträchtigt, die Identität ist teilweise verloren gegangen, es mangelt an günstigem Wohnraum.»
Diese exemplarischen Einzelvoten von bürgerlichen Vertretungen belegen, dass Probleme erkannt werden: Wachstum ist nicht einfach Segen. Daher verwundert es etwas, wenn in der Interpellationsbeantwortung letztlich ausgesagt wird, dass der Regierungsrat sowohl spezielle Massnahmen in der Steuerpolitik (siehe Seite 6), als auch eine «Slow growth»-Strategie für nicht notwendig erachtet (ebenfalls Seite 6). Die Wachstumsbremse ist aber mehr als angezeigt. Denn das Wachstum, das der Kanton seit Jahrzehnten erlebt, und den damit einhergehenden Wandel nimmt nicht zuletzt auch die Bevölkerung mittlerweile sehr unterschiedlich wahr. Die SP-Fraktion ist nach wie vor der Überzeugung, dass es «Pflästerlipolitik» ist, wenn ausschliesslich Raumplanung oder Zuwanderung als Wachstumsbremse verstanden werden. Um das Wachstum effektiv bremsen zu können, ist die Frage der Steuer- und Finanzpolitik unumgänglich. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich.
Die SP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die interessanten Ausführungen zur Interpellation. Gleichzeitig wünscht sie der Regierung gerne noch etwas mehr Tatendrang. Den Schattenseiten des früheren und aktuellen Wachstums muss effektiv begegnet werden.

Silvia Thalmann: Die Antwort des Regierungsrats auf die von der SP-Fraktion vor gut einem Jahr eingereichte Interpellation liegt seit Mitte März 2013 vor. In der Zwischenzeit hat sich einiges getan. So hat sich der Kantonsrat an seiner Sitzung im August mit Richtplananpassungen auseinandergesetzt, die einem verlangsamten Bevölkerungswachstum Rechnung tragen. Alle Massnahmen, die der Regierungsrat in seiner Interpellationsantwort zu Frage 8 auflistet, wurden vom Kantonsrat deutlich gutgeheissen. Der Kantonsrat geht neu von einer verlangsamten Bevölkerungsentwicklung aus. Er fördert die Verdichtung, schützt die Landschaft, schafft mit der Lorzenebene einen grosszügigen Erholungsraum und setzt alles daran, trotz knappem Angebot und hohen Preisen durch den preisgünstigen Wohnungsbau eine gute soziale Durchmischung zu gewährleisten.
Spezielle Massnahmen in der Steuerpolitik zur Regulierung des Bevölkerungswachstums erachtet der Regierungsrat für nicht notwendig – so nachzulesen im zweitletzten Absatz der Interpellationsantwort. Die CVP schliesst sich dieser Haltung vorbehaltlos an. Warum? In der Steuerpolitik sind drei Zielgrössen massgebend: der ausgeglichene Staatshaushalt, das staatliche Leistungsangebot und eine attraktive Steuerbelastung. Wie sich in der Budgetdebatte gezeigt hat, ist es nicht einfach, die Balance in diesem Spannungsfeld zu finden. Der Staatshaushalt wird sowohl 2014 wie auch in den darauf folgenden Jahren mit einem Minus abschliessen, dies insbesondere wegen der enormen Leistungen an den NFA und den hohen Abschreibungen auf den Investitionen. Der Kantonsrat wacht sehr kritisch über einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Die kritischen Voten anlässlich der Budgetdebatte sowie die verschiedenen Vorstösse zu anstehenden grossen Investitionen und zu den Staatsausgaben, die im Herbst an den Regierungsrat überwiesen wurden, zeugen von dieser kritischen und verantwortungsvollen Haltung. Das staatliche Leistungsangebot wird regelmässig als sehr gut taxiert, und ob der

Aufwand für den Staatsbetrieb im Vergleich mit anderen Kantonen überdurchschnittlich hoch ausfallt, wird man spätestens wissen, wenn der von BAK Basel erarbeitete Bericht über die Ausgaben von Kanton und der Gemeinden vorliegt. Als dritte Zielgrösse der Zuger Finanz- und Steuerpolitik wird eine attraktive Steuerbelastung angestrebt. Diese kommt allen Bevölkerungsschichten zu Gute.
Dort wo das Bevölkerungswachstum die grössten negativen Auswirkungen zeigt – Stichwort Siedlungsdruck und hohe Wohnkosten – hat der Kantonsrat die Diskussion geführt und Massnahmen beschlossen. Es gilt nun abzuwarten, welche Auswirkungen diese zeigen. Nicht wegzudiskutieren ist, dass die Bodenknappheit für Unternehmen mit ein Grund ist und auch in Zukunft sein wird, einen Standortwechsel vorzunehmen, da sie ihren Bedarf an Büro- und Produktionsflächen im Kanton Zug nicht decken können. Dieses Negativum muss durch andere Punkte wettgemacht werden, zum Beispiel durch attraktive Steuern, eine gut ausgebildete Bevölkerung, gute Verkehrsanbindungen, gute staatliche Leistungen oder ein flexibles Arbeitsgesetz
Um das Bevölkerungswachstum zu dämpfen, liebäugelt die SP mit einem Eingreifen in die Steuerpolitik. Als Rezept schlägt sie eine Erhöhung der Steuerbelastung für Private und Unternehmen vor. Diese Rezeptur ist wenig tauglich und hat Nebenwirkungen. Zu rechnen ist mit dem Wegzug von guten Steuerzahlern, einem Abbau von Arbeitsplätzen, einem Rückgang der Steuereinnahmen sowie einer Erhöhung des Leerbestands nicht von preisgünstigen Wohnungen, sondern von exklusiven Wohnobjekten, um nur einige Beispiele zu nennen. Aufgrund dieser Nebenwirkungen ist von der Rezeptur der SP nichts zu halten.

Adrian Andermatt: Der Wohlstand in unserem Land und in unserem Kanton ist nicht gottgegeben. Vielmehr ist er das Resultat einer gesunden Wirtschaft, welche sich in verschiedensten Branchen über viele Jahre hinweg nachhaltig entwickeln konnte. Dies war nur möglich, weil frühere Politikergenerationen sehr weitsichtig dafür gesorgt haben, dass die Schweiz im Allgemeinen und der Kanton Zug im Besonderen dank wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen international wettbewerbsfähige Standorte wurden. Heute geht es darum, diese Wettbewerbsfähigkeit bestmöglich zu erhalten, dies nicht zum Selbstzweck, sondern im Interesse aller. Unser Standortvorteil basiert nicht nur auf dem Faktor Steuern. Andere Aspekte wie Rechtssicherheit, Bildung, Infrastruktur oder die liberale Wirtschaftsordnung im Allgemeinen sind mindestens ebenso wichtig. Trotzdem sind die Steuern aber ein wichtiger Faktor, der gepflegt werden muss, sei es auf kantonaler Ebene, um im Vergleich mit den anderen Kantonen wettbewerbsfähig zu bleiben, sei es auf Bundesebene, um international weiterhin an der Spitze zu bleiben.
Die FDP-Fraktion unterstützt das Ziel der Regierung, das Wachstum mittels raumplanerischen und baugesetzlichen Massnahmen zu begrenzen. Gleichzeitig warnt sie davor, aus falsch verstandener Solidarität den Wohlstand aufs Spiel zu setzen. Die FDP lehnt die von der Interpellantin angefragten Steueruntergrenzen klar ab und ist froh, dass die Regierung dies ebenso sieht. Wer eine soziale Schweiz und ein soziales Zug will, tut sehr gut daran, unsere Standortvorteile zu erhalten. Denn dieses Sozial-Sein will finanziert sein, und langfristig kann sich das nur ein wirtschaftlich erfolgreiches, gesundes Gemeinwesen leisten.
Der Votant dankt namens der FDP-Fraktion dem Regierungsrat für seine klare und unterstützungswürdige Haltung.

Thomas Wyss dankt im Namen der SVP-Fraktion der Regierung für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Die Antwort ist dank ihrer Dichte geeignet,

die im Kantonsrat schon häufig geführte Diskussion um den Handels- und Dienstleistungsplatz zu bereichern und zu versachlichen.
Den einleitenden Bemerkungen kann die SVP nur zustimmen. Wenn die Regierung vor dem Hintergrund der allein im Herbst des letzten Jahres verzeichneten vier Teilverlagerungen von bisher hier ansässigen Firmen nach Holland schreibt, diese Entwicklung zeige auf, dass wirtschaftliche Prosperität nicht einfach garantiert sei und sich das Blatt sehr schnell wenden könne, so triff sie den Nagel auf den Kopf. Man muss dem Platz Zug Sorgen tragen. Ideen wie einer Steueruntergrenze sind deshalb – wie das die Regierung in verdankenswerter Weise macht – eine klare Absage zu erteilen. Mehr noch: Der heftig geführte internationale Steuerwettbewerb würde bei nüchterner Betrachtung und ohne ideologische Scheuklappen im Sinner der Rechtssicherheit eigentlich nach einer Steuerobergrenze rufen.
In der Antwort auf Frage 3 liest die SVP mit Befriedigung, dass der Regierungsrat ein gestaffeltes, massvolles Absenken des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen für sehr wichtig hält, um die Attraktivität des Standorts Zug langfristig zu sichern. Auch hier hat er die volle Unterstützung der SVP. Nur so kann Zug mit den besten Handels- und Dienstleistungsplätzen dieser Welt mithalten. Steuersenkungen sind jedoch nur möglich, wenn auch auf der Ausgabenseite Mass gehalten wird. Die SVP-Fraktion wird die Regierung in diesem Bestreben auch in Zukunft voll unterstützen und entsprechende Impulse geben.

Stefan Gisler stellt fest, dass die Regierung in ihrem Papier die Wachstumszahlen kleinredet: Von 1991 bis 2011 sei Zugs Bevölkerung «nur» um 1,7 Prozent gewachsen. Der Schweizer Schnitt lag allerdings deutlich unter 1 Prozent. Auch das Beschäftigung- und das Firmenwachstum in Zug sind überdurchschnittlich; die vier Firmen, die weggezogen sind, ändern daran nichts. Die Regierung weist auf ihre Strategie 2010–2018 mit dem Ziel eines massvollen Wachstums hin. Die Einschätzung des Votanten ist aber, dass Zugs reale Wirtschafts- und Steuerpolitik ein hohes Wachstum fördert. Nicht an ihren Worten will er die Regierung messen, sondern an ihren Taten – und diese gefallen ihm weniger.
Wachstum ist nicht *per se* schlecht, aber der Umgang damit ist entscheidend. Abwanderung ganzer sozialer Schichten, hohe Wohn- und Lebenskosten für die Bleibenden, Mehrverkehr und Zubetonierung von Grünflächen: Das sind die Folgen, teilweise auch anerkannt durch die Regierung. Vor allem aber ist es das unpersönlich werdende Sozialleben, ein Identitätsverlust in den Quartieren: Vielen Zugerinnen und Zugern wird die eigene Heimat immer fremder. In all diesen Bereichen zeigt Zugs bürgerlich-konservative Politik leider immer noch zu wenig Willen oder auch Visionen, die negativen Wachstumsfolgen für die Bevölkerung abzufedern. Da reichen die jüngsten Richtplananpassungen einfach nicht. Natürlich wurde eine Diskussion geführt, umgesetzt aber wurde wenig bis gar nichts. Der Votant möchte auch die Gemeinden nicht an den Worten, sondern an den Taten messen, wenn es darum geht, zahlbaren Wohnraum für die Menschen von Zug aktiv zu fördern.
Die Regierung glaubt es wahrscheinlich schon selber, wenn sie in ihrer Antwort schreibt, sie wolle einen «massvollen» und «gesunden» Steuerwettbewerb. Die AGF beurteilt die Situation anders. Aus aktuellem Anlass sei die Stadt Zug als Beispiel genommen. Die verfehlte, verantwortungslose bürgerliche Steuer- und Finanzpolitik in Stadt und Kanton hat in den letzten Jahren in der Stadt zu jährlichen Steuerausfällen von rund 50 Millionen Franken geführt. Es sind also nicht die linken Vorschläge zur Steuerpolitik, die zu Steuerausfällen führen, sondern diejenigen der bürgerlichen Seite. Kein Wunder, schreibt die Stadt Zug seit Jahren rote Zahlen. Und um Steuerprivilegien für wenige zu erhalten, spart nun der bürgerlich dominierte Grosse Gemeinderat auf Kosten von Familien, Senioren, Bildung

und Kultur. Das war schon 2012 und 2013 der Fall, und im Rahmen der Budgetdebatte 2014 hat das Stadtzuger Parlament die Leistungen für die Bevölkerung erneut gekürzt oder Gebühren erhöht. Das ist eine direkte Folge der Zuger Wachstumspolitik. Die Regierung schreibt, sie strebe gleichzeitig gute staatliche Angebote, eine attraktive Steuerbelastung und einen ausgeglichenen Haushalt an. Nun, die Bevölkerung der Stadt sieht das anders.
Zug ist – trotz anders lautender Beteuerungen des Finanzdirektors – die Mutter aller Steuersenkungskantone der Schweiz. Zugs Ideologie als Vorbild trieb oder verführte andere Kantone wie beispielsweise Luzern in oder zu einem Tiefststeuerwettbewerb mit fatalen Folgen und bizarren Sparvorschlägen. Total haben in der Schweiz sechzehn Kantone Sparpakete mit massiven Einschnitten für die Bevölkerung aufgelegt, verursacht oft durch kurzfristige, nicht einsehbare Steuersenkungen in den vergangenen Jahren. Auch beim Bund frönen die Bürgerlichen fröhlich ihrer Steuersenkungsideologie. Die zweite Unternehmenssteuerreform (U2) führte zu Milliardenverlusten bei Bund und Kantonen. Nun soll eine dritte Reform (U3) aufgegleist werden – mit Steuerausfällen bis zu 5 Milliarden Franken. Zugs Finanzdirektor Peter Hegglin nutzte dies, um anzukünden, dass Zug seine Unternehmenssteuern erneut senken «müsse», angeblich «um international wettbewerbsfähig zu bleiben». Dabei weist die Schweiz im internationalen Vergleich bereits heute eine der tiefsten Unternehmensbelastungen auf, und in Zug ist es dann eine der tiefsten der tiefen. Interessierte mögen auch die WEF-Publikationen über die Wettbewerbsfähigkeit studieren. Dort ist die Schweiz seit Jahren top – und dies nicht wegen der tiefen Steuern, sondern wegen anderer Standortfaktoren. Diese gilt es zu pflegen, und dafür braucht es auch Steuergelder.
Die U3 wird schweizweit auch die Städte treffen, wo rund 1,5 Milliarden Franken fehlen werden, und es wird auch die Stadt Zug treffen. Es sei aber «keine Steuersenkungsvorlage», sagten Bundesrätin Widmer-Schlumpf und an ihrer Seite Peter Hegglin als Präsident der kantonalen Finanzdirektoren. Und wie sollen die Verluste wettgemacht werden? Langes Schweigen, dann die Ideen: Erhöhung der Mehrwertsteuer etc. Die Haushalte also sollen die Entlastungen für Unternehmen bezahlen, das Volk bezahlt die tiefen Steuern für die Unternehmen. Es heisst: Wohlstand sichern. Man fragt sich aber: Für wen sichern wir in der Schweiz den Wohlstand?
Das alles ist Wahnsinn, hat aber Methode. Die Profite für wenige sollen ansteigen, die Lasten zahlen die Bürgerinnen und Bürger. Gemeinden, Kantonen und Bund fehlen Gelder für Bildung, Infrastruktur, Sicherheit, Gesundheit etc. Letztlich wird die Demokratie ausgehöhlt, denn ohne Geld gibt es für die Stimmbevölkerung keinen Handlungsspielraum mehr, ihre Wünsche umzusetzen. Darum mahnt der Votant den Rat eindringlich, den Ausverkauf von Zug zu stoppen und sich einer vernünftigen Steuer- und Wirtschaftspolitik zum Wohle der Zugerinnen und Zuger zuzuwenden. Ein erster Schritt wäre, dem Finanzdirektor klar zu sagen, dass er die Unternehmenssteuern nicht noch mehr senken soll. Der Regierungsrat soll seine eigene Strategie des massvollen Wachstums, der massvollen Zuwanderung und des massvollen Steuerwettbewerbs endlich selber ernstnehmen.

Philip C. Brunner fühlt sich durch Stefan Gislers thematisches *Kuddelmuddel* etwas herausgefordert. Er möchte sich kurz zur Budgetdebatte im Grossen Gemeinderat (GGR) äussern, wo angeblich eine «grossbürgerliche» Mehrheit die Linken so an die Wand gedrückt hat, dass diese protestierend, die Türe zuschlagend und extrem undemokratisch den Saal verliess, weil sie eine Abstimmungsniederlage erlitten. Es ging um Sparen im Umfang von 0,2 Prozent, was ein absolutes Minimum ist. Es ist richtig, dass der GGR dem Stadtrat in dieser Sache etwas die Daumenschrauben angezogen hat. Es wurde viel gespart, aber vor allem in der

Vergangenheit und nicht für 2014. *(Der Vorsitzende fordert den Votanten auf, zum Thema zu sprechen.)* Der Votant ruft die bürgerlichen Kantonsräte auf, sich gut über die Vorgänge im GGR zu informieren und es ihren Kollegen in den dortigen Fraktionen nachzumachen. Es wurde viel erreicht, wobei der Votant als GPK-Präsident versuchte, die Sache einigermassen im Ruder zu halten – eine Qualität, die man von ihm hier im Kantonsrat vielleicht noch nicht kennt. Das Wachstum in der Stadt Zug hängt auch von einer gewissen Stabilität der Stadtfinanzen ab. Da wurde im GGR gute Arbeit geleistet, und der Votant will sich nicht sagen lassen, es sei eine Riesenkatastrophe – ganz im Gegenteil. In einem Punkt aber gibt der Votant seinem Vorredner Recht: Der ZFA muss genau überprüft werden. Das ist auf gutem Weg, und es wird für alle *Stakeholder* ein gutes Resultat erreicht werden, wie es gut zugerischer Tradition entspricht. Der Votant ruft die Linken auf mitzuhelfen, wenn es dann um diese Entlastungen geht.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die zumeist positive Aufnahme der Interpellationsantwort. Es ist richtig, dass die Interpellation vor einem Jahr eingereicht wurde. Der Regierungsrat hat seine Antwort am 19. März 2013 verabschiedet. Die Interpellation wurde seither mehrfach auf der Traktandenliste des Kantonsrats aufgeführt, und es ist nicht der Fehler des Regierungsrats, dass das Thema erst heute beraten werden kann. In der Zwischenzeit hat sich einiges verändert, das meiste aber ist gleich geblieben. Der Regierungsrat beobachtet die Entwicklung im Kanton Zug sehr genau und hat seine Haltung zum Wachstum in der Strategie 2010–2018 festgelegt. Die Umsetzung erfolgt raumplanerisch, was der richtige Weg ist; andere Massnahmen, etwa Kontingentierung oder Eingriffe in die Niederlassungs- und Gewerbefreiheit sind nicht möglich. Der Regierungsrat hat in seiner Strategie auch festgehalten, dass der Kanton Zug bezüglich Steuern und öffentlichen Dienstleistungen in der Spitzengruppe bleiben soll. Das ist ein richtiges Ziel, auch mit Blick auf die kommenden Generationen. Man kann immer wieder feststellen, dass es der Beginn des Abstiegs ist, wenn Unternehmen oder Volkswirtschaften das Gefühl haben, sie seien jetzt gut und müssten sich nicht weiter anstrengen. Und aus der Spirale des Abstiegs wieder herauszukommen, ist sehr schwierig. Der Finanzdirektor diskutiert deshalb lieber über Wachstumsprobleme als über Firmenschliessungen, Firmenwegzüge und Arbeitsplatzverluste.
Es ist mit Nachdruck festzuhalten, dass der Kanton Zug eine massvolle Steuerpolitik betreibt. Gemäss der Statistik, welche die NZZ jeweils Anfang Jahr veröffentlicht, ist der Kanton Zug bei der Unternehmensbesteuerung in den letzten Jahren vom ersten Platz auf Platz sieben oder acht zurückgerutscht. Regierungs- und Kantonsrat haben das bei den Steuergesetzänderungen mitgetragen. Die ordentliche Gewinnsteuerbelastung liegt im Kanton Zug bei 14,7 Prozent; es gibt Kantone, welche nur eine halb so grosse Gewinnsteuerbelastung haben. Als ehemaliger «Spitzenläufer» diesen Umstand hinzunehmen und steuerlich nicht nachzuziehen, zeugt von Grösse und langfristiger Perspektive, wobei es sich in anderen Kantonen ja zeigt, dass der Steuerwettbewerb seine Grenzen hat. Die Meinung, eine Anhebung der Steuern würde die Wohnungsnot mindern und die Wohnungspreise senken, ist nicht zutreffend. Sehr viele Schweizer Städte haben hohe Steuern und gleichzeitig auch hohe Wohnungskosten, so dass dann wirklich weniger zum Leben bleibt. Das ist nicht das Ziel des Regierungsrats.
Das Projekt der Unternehmenssteuerreform III muss weitergeführt werden, alles andere wäre falsch. Mit der Unterscheidung zwischen Inland- und Auslanderträgen hat die Schweiz bei der Besteuerung weltweit gesehen ein Merkmal, das andere Staaten nicht kennen. Statt immer ihre Regelung erklären zu müssen und das Risiko auf sich zu nehmen, bei der OECD, der G20 oder der EU auf Schwarzen

Listen zu erscheinen und mit Gegenmassnahmen konfrontiert zu sein, ist es für die Schweiz besser, ihre Systematik derjenigen von OECD-Staaten anzupassen. Es geht einzig um das, und es werde nur Regelungen übernommen, die in mindestens einem OECD-Staat angewendet werden. Das zeugt von Weitsicht und aktivem Handeln. Der Finanzdirektor bezweifelt auch, ob die entsprechenden Ausfälle wirklich 5 Milliarden Franken betragen. Sie wären vielleicht so hoch, wenn man keine Sonderlösungen finden würde, sondern eine generelle Senkung der Steuerbelastung in allen Kantonen vornehmen müsste. Es ist aber so, dass praktisch alle Staaten Sonderregelungen haben, Frankreich beispielsweise hat eine ordentlichen Steuerbelastung für Unternehmen von 36 Prozent, wobei die 44 grössten Unternehmen aber nur 8 Prozent Steuern bezahlen. Und Italien halte sich offenbar an einen Verhaltenskodex, indem es zwar veranlage, am Schluss aber keine Rechnung stelle. Da ist dem Finanzdirektor die schweizerische Praxis mit einem klaren Gesetz, mit Transparenz und entsprechendem Vollzug dann doch lieber.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

942 Traktandum 6.4: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Vollzug der «Lex Koller» im Kanton Zug**
Es liegen vor: Interpellation (2261.1 - 14368); Antwort des Regierungsrats (2261.2 - 14422).

Markus Jans: Bei der «Lex Koller» handelt es sich um ein älteres Gesetz. Es sollte einmal sogar abgeschafft werden, ist heute aber aktueller denn je. Aus diesem Grund hat die SP-Fraktion ihre Interpellation eingereicht. Sie dankt dem Regierungsrat für seine ausführliche Antwort. Die SP ist insofern befriedigt, als der Regierungsrat festhält, dass sich betreffend Vollzug des Grundstückerwerbs im Kanton Zug durch natürliche und juristische Personen im Ausland eine restriktive Praxis entwickelt hat. Die SP unterstützt diese Praxis und hofft, dass sie auch in Zukunft umgesetzt wird.

Philip C. Brunner ist etwas überrascht, dass die zwei grössten Fraktionen zu diesem wichtigen Thema offenbar nichts zu sagen haben. Allerdings war auch in seiner eigenen Fraktion bis am letzten Montag kein Sprecher zu diesem Thema gemeldet, und er selbst hat seit der Fraktionssitzung ein grosses Aha-Erlebnis gehabt, das er dem Rat nahebringen möchte. Für ihn ist die «Lex Koller» ein Musterbeispiel dafür, wie sich in der Politik im Verlaufe der Zeit und aufgrund von verschiedenen Umständen die Dinge ändern. 2007 sollte die «Lex Koller» nach dem Willen des Bundesrats abgeschafft werden. Mittlerweile aber sieht es wieder ganz anders aus. Siebzig Parlamentarier aus SVP und CVP, aber auch von linker Seite, haben einen Vorstoss einer Zürcher SP-Nationalrätin mitunterschrieben, und die «Lex Koller» kommt zu einem eigentlichen *Revival.* Am 4. Dezember 2013 hat auch Nationalrat Thomas Aeschi einen Vorstoss zur Modernisierung der «Lex Koller» eingereicht.
Die «Lex Koller» hat eine riesige volkswirtschaftliche Bedeutung. Betroffen sind der Immobilienmarkt, die Bauwirtschaft, das Gewerbe, der Kapitalmarkt – nebenbei bemerkt wurden gemäss Mitteilung der Nationalbank 2013 in der Schweiz hochgerechnet Hypotheken im Wert von 36 Milliarden Franken errichtet, das Dreifache der Bilanzsumme der Zuger Kantonalbank –, es geht aber auch um raumplanerische Belange und um Ressourcen wie Energie, Wasser etc. Es handelt sich also eine hochpolitische Frage. Und ein ganz wichtiger Punkt: Es gibt einen Zusammenhang

mit der Masseneinwanderung. Eine verantwortungsbewusste bürgerliche Politik hat – zusammen mit den Linken – vor Jahren mit der «Lex Koller» eine Restriktion eingeführt. Genau dasselbe fordert heute die SVP mit der Masseneinwanderungsinitiative – aber dazu hört man nur, es werde damit in die freie Marktwirtschaft eingegriffen.
Der Votant dankt der SP-Fraktion, dass sie ein wichtiges Thema zur Diskussion stellt, und dem Kantonsrat, dass er sich für diese Zusammenhänge interessiert. Diese hochpolitische Frage muss auch im Kanton Zug interessieren.

Andreas Hürlimann hält fest, dass zentrale Punkte dieser Interpellation bereits in seinem Vorstoss zu «Steuersorglosigkeit und Wohnsitz» behandelt wurden und er dort bereits Ausführungen dazu gemacht hat. Diese will er nicht wiederholen, dafür aber einige grundsätzliche Ausführungen zur «Lex Koller» machen.
Die «Lex Koller» verhindert, dass Käufer Immobilien zu reinen Anlagezwecken erwerben. Sie besagt, dass Menschen und Unternehmen, die in der Schweiz leben und geschäften, hier auch Immobilien erwerben dürfen. Gegen das ist nichts einzuwenden, es ist sogar sinnvoll. Schliesslich generieren diese Personen Steuererträge und helfen mit, die hiesige Infrastruktur zu finanzieren. Ein Käufer aus dem Ausland aber leistet keinen Beitrag an die Staats- und Infrastrukturkosten, profitiert jedoch massiv davon, weil steuerfinanzierte Infrastrukturen auch seine Immobilien aufwerten. Man hat also mit dem aktuell gültigen rechtlichen Rahmen, der «Lex Koller», eine vernünftige Verbindung zwischen Wohn- und Steuersitz.
Ungebremster Zustrom von Kapital aus dem Ausland in Schweizer Immobilien treibt die Preise in die Höhe und führt zu höheren Häuserpreisen und Mieten. Nationalrätin Jacqueline Badran, welche sich in Sachen «Lex Koller» stark engagiert, hat vor einiger Zeit in der NZZ vorgerechnet, dass es pro Jahr für die ganze Schweiz 5 Milliarden Franken ausmacht, wenn die Kosten pro Wohnung und Monat nur schon um 100 Franken steigen – 5 Milliarden Franken, welche den Menschen im Portemonnaie fehlen. Was aber auch sehr wichtig ist: Das ausländische Kapital erhöht den Druck auf den Schweizer Franken, und Pensionskassen, Private und Genossenschaften werden übermässig konkurrenziert. Wegen des Anlagenotstands findet derzeit eine grosse Kapitalflucht in Immobilien, vor allem in Schweizer Immobilien, statt. Dabei gibt es nun wirklich keinen Kapitalmangel in der Schweiz, die Pensionskassen oder andere Anlageinstitute wissen ja nicht mehr wohin mit ihrem Geld. Das Einzige, was das ausländische Kapital in diesem Fall tut, ist, die Preise nach oben zu treiben, und zwar weit nach oben.
Zum Schluss muss noch etwas klargestellt werden: Es geht hier nicht um Ausländerfeindlichkeit. Ausländer, die hier leben und Steuern zahlen, dürfen problemlos Immobilien kaufen. Die «Lex Koller» richtet sich nur gegen Personen, die im Ausland leben. Deshalb ist es zentral, dass genau geprüft wird, ob Ausländerinnen und Ausländer wirklich hier wohnen, oder ob sie nur die Steuern optimieren und als Nebeneffekt die Wohnpreise nach oben drücken und einen schönen Batzen aus dem Immobiliengewinn mit nach Hause nehmen. Der AGF ist es daher wichtig, dass eine genaue Prüfung der Tatsachen vorgenommen wird. Dabei sind die Abklärungen um den zivilrechtlichen Wohnsitz zentral. Die AGF erwartet, dass hier genau hingeschaut wird.

Philip C. Brunner weist noch darauf hin, dass in der Zusatzbotschaft des Bundesrats vom 13. November in Punkt 3 der Frage nachgegangen wird, ob die «Lex Koller» mit internationalen Verpflichtungen vereinbar sei. Diese Frage ist auch in Zusammenhang mit der Masseneinwanderung etc. wichtig. Der Votant zitiert: «Die ‹Lex Koller› steht nach wie vor im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen

der Schweiz. Mit seinen am 1. Juni 2002 in Kraft getretenen Änderungen ist das Gesetz an das Abkommen vom 21. Juni 1989 zwischen der Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit sowie an das Übereinkommen vom 4. Januar 1960 zur Errichtung der EFTA angepasst worden. Ebenso ist es mit den Verträgen des GATT, welche die Eidgenossenschaft abgeschlossen hat, […].» Es ist eine interessante Tatsache, wenn man die heute in den Medien geführten Diskussionen verfolgt, dass die Schweiz durchaus auch Ausnahmen bestimmen kann.
Die Ausführungen von Andreas Hürlimann bezüglich des Drucks auf den schweizerischen Immobilienmarkt, wenn es keine «Lex Koller» gegeben hätte bzw. geben würde, waren korrekt und richtig.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** will hier weder Lokal- noch Bundes- noch Völkerrechtspolitik machen, sondern einfach Fragen zum Vollzug der «Lex Koller» im Kanton Zug beantworten und einige Ausführungen machen, wie er das schon in der letzten Sitzung in Zusammenhang mit der Interpellation Hürlimann angekündigt hat. Er ist froh, dass Markus Jans anerkannt hat, dass der Vollzug funktioniert und hier kein Misstrauen am Platz ist. Es ist erstaunlich bzw. beachtlich, wie viele verschiedene Behörden auf lokaler und kantonaler Ebene sich mit der Frage des Wohnsitzes beschäftigen: Es sind dies die Einwohnergemeinden mit der Einwohnerkontrolle, dann seitens des Kantons das Amt für Migration, die Zuger Polizei, die Steuerverwaltung, die bei der Volkswirtschaftsdirektion angesiedelte «Lex Koller»-Vollzugsbehörde, das Grundbuch- und Vermessungsamt der Direktion des Innern. Beim Kanton befassen sich also vier Direktionen mit Fragen des Wohnsitzes unter dem Titel «Lex Koller» und/oder Pauschalbesteuerung; dazu kommen noch die gerichtlichen Behörden vom Verwaltungsgericht bis hin zum Bundesgericht. Bezüglich der Einwohnerkontrolle hat der Volkswirtschaftsdirektor aus den Medien gelernt, dass die Stadt Zug etwa 25 Prozent eines Vollzeitpensums für die Kontrolle der Wohnsitzfragen aufwendet, wobei im Fall der Stadt Zug die Einwohnerkontrolle zum Departement des Stadtpräsidenten, also eines SP-Vertreters, gehört. Der Vollzug folgt also nicht parteiideologischen Gesetzen, sondern ist rein sachlich.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

943 Wahl eines Ersatz-Stimmenzählers für den Rest der Sitzung

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Stimmenzähler Beat Sieber aus beruflichen Gründen die Sitzung verlassen muss. Da das Amt des Stimmenzählers eine durch Wahl des Kantonsrats bestimmte Charge ist, muss der Rat laut § 9 Satz 2 der Geschäftsordnung eine Stellvertretung wählen. Der Kantonsrat nimmt gemäss § 67 Abs. 1 der Geschäftsordnung die ihm zustehenden Wahlen eigentlich schriftlich und geheim vor. Usanzgemäss werden solche Ersatzwahlen aber in offener Abstimmung erledigt, wenn nur eine Kandidatur vorliegt und diesem Vorgehen keine Opposition erwächst. Adrian Andermatt stellt sich für die Stellvertretung für den Rest der heutigen Sitzung zur Verfügung.

➔ Der Rat ist stillschweigend mit dem Vorgehen einverstanden und wählt Adrian Andermatt in stiller Wahl für den Rest der heutigen Sitzung zum Ersatz-Stimmenzähler.

944 Traktandum 6.5: **Interpellation von Beni Riedi betreffend Benutzung der neuen Medien durch die Insassen der Strafanstalt Bostadel**
Es liegen vor: Interpellation (2277.1 - 14409); Antwort des Regierungsrats (2277.2 - 14446).

Interpellant **Beni Riedi** dankt der Regierung für die grundsolide Beantwortung der Interpellation. Es ist und bleibt für ihn ein Ärgernis, dass ein verurteilter und auf Grund des hohen Rückfallrisikos zusätzlich verwahrter Mörder via Facebook die in der Interpellation genannten Äusserungen sowie Fotos aus der Gefängniszelle veröffentlichen konnte. Das ist ein Affront gegenüber den Angehörigen des Opfers. Solche Vorfälle dürfen sich nicht wiederholen. Es ist unverständlich, dass man mit den heutigen Technologien diesen Vorfall nicht verhindern konnte. Ein Störsender wäre nicht die einzige Gegenmassnahme: Es gibt deutlich günstigere Varianten, um elektronische Geräte aufzuspüren. Und entgegen der Aussage der Regierung ist es heute auch möglich, eine SD-Karte zu detektieren.
Es ist Aufgabe des Staates, für Recht, Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Es kann nicht sein, dass kein Geld für die Sicherheit der Bevölkerung vorhanden ist und zugleich Kunst am Bau oder eine kantonale Homepage in vierzehn verschiedenen Sprachen finanziert wird; auch staatlich finanzierte Weiterbildung für Zuger Politiker gehört für den Votanten in dieselbe Kategorie. Das ist eine Verschwendung von Steuergeldern.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass der Regierungsrat den fraglichen Vorfall ebenfalls bedauert und alles daran setzt, dass er nicht nachgeahmt wird. Die erwähnten Detektoren wurden selbstverständlich auch eingesetzt. Wenn der Interpellant bessere Mittel und Geräte hat, soll er sie bitte dem Sicherheitsdirektor zeigen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

945 Traktandum 6.6: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Familienpolitik muss Wahlfreiheit zur Lebensform ermöglichen**
Es liegen vor: Interpellation (2247.1 - 14322); Antwort des Regierungsrats (2247.2 - 14494).

Barbara Gysel: Der Kanton Zug weist ein Manko punkto Babyplätzen auf. Die Tendenz nach erfragten Betreuungsplätzen für Kinder unter achtzehn Monaten halte an. Ebenfalls gebe es zu wenig schulergänzende plus subventionierte familienergänzende Betreuungsplätze. Der Regierungsrat schreibt auf Seite 2 der Antwort: «Um den Bedarf zu decken, müsste das Angebot [...] mindestens verdoppelt werden.» Das Impulsprogramm des Bundes erlaubt Finanzhilfen für Betreuungsplätze nur bis Ende Januar 2015. Insofern ist es richtig, dass der Regierungsrat seiner Erwartung Ausdruck verleiht, dass die Gemeinden ab 2015 eine erhöhte Verantwortung tragen.
Die SP-Fraktion geht mit dem Regierungsrat einig, dass die Schweiz und auch der Kanton Zug ein grosses Potenzial von gut ausgebildeten Frauen hat, das nicht ausgeschöpft wird. Zahlreiche Frauen sind nicht (mehr) oder nur noch teilweise beruflich tätig. Wie in den Medien verschiedentlich berichtet wurde, sind die Schweizer Frauen im europäischen Vergleich gleich in zweierlei Hinsicht Spitzenreiterinnen. Einerseits ist die Erwerbsquote bei der weiblichen Bevölkerung in keinem EU-Land

höher als in der Schweiz. Sechs von zehn Frauen über fünfzehn Jahren üben eine berufliche Tätigkeit aus. Gleichzeitig ist in der Schweiz aber auch die Quote der Frauen, die Teilzeit arbeiten, so hoch wie kaum in einem anderen EU-Land. Das Erwerbsvolumen ist also sehr tief. Gegen 60 Prozent der erwerbstätigen Schweizerinnen arbeiten in einem Teilzeitpensum. Diese Quote ist viermal höher als bei den Männern. Fehlende Kinderbetreuungsplätze und/oder zu hohe Kosten für die Betreuung sind ein gewichtiger Grund dafür. So begrüsst die SP es ausdrücklich, dass die Regierung gemeinsam mit der Wirtschaft eine Initiative zur Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen erwägt. Das ist sehr zu rühmen.
Auf Seite 5 ist nachzulesen: «Der Regierungsrat sieht folgende Möglichkeiten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.» Dass diese Möglichkeiten gesehen werden, ist positiv. Auffällig ist, dass die Auflistung gar weniger als eine Absichtserklärung darstellt, geschweige denn einen Umsetzungsplan. Gemäss Aufgabenteilung sollten die Gemeinden die familienergänzende Betreuung fortsetzen und ausbauen. Allein auf den «Plan Hoffnung» zu setzen, wird aber wohl kaum hinreichend sein.

Anna Bieri: Welche Familienmodelle sollen heute wie und wodurch gefördert werden? Wie kann man Wahlfreiheit in der Familiengestaltung ermöglichen? Und welche Rolle spielt dabei der Kanton? Letztere Frage haben die Ratsmitglieder hoffentlich damit beantwortet, dass auf ihrer Vorlage mit Leuchtstift «Achtung Gemeindehoheit» steht. Dennoch ist es legitim, die Positionierung des Kantons unter die Lupe zu nehmen, nicht zuletzt da die Möglichkeit zur freien Familiengestaltung gerade für den Kanton Zug ein Standortvorteil ist. Für die CVP soll Zug im *Ranking* der Familienkantone zuoberst eingereiht sein.
Die schul- und familienergänzende – ergänzende, nicht ersetzende – Kinderbetreuung wird in fünfzig Jahren – so behauptet die Votantin – einem Standard entsprechen, wie dies heutzutage der Schulbesuch ist. Dazu braucht es keine prophetischen Fähigkeiten, es reicht ein Blick in die Zahlen – oder um es weihnächtlich auszudrücken: «Es ist für uns eine Zeit angekommen.» Zug soll darin als aktiver Teilnehmer agieren. Ein *Round Table* «Familienfreundliche Wirtschaftsregion», um die Wirtschaft zum eigenständigen Tätigwerden zu bewegen, ist eine gute Idee. Schliesslich liegt es nicht nur im Interesse des Kantons oder der Familien, sondern vor allem auch der Wirtschaftsakteure, dass sie kompetente Fachkräfte nicht zu importieren brauchen. Eine aktive Haltung in der Familienpolitik führt weder zur Verstaatlichung der Kinder noch zur Krippen-Planwirtschaft, wie das in vergangener Zeit öfters proklamiert wird – «Herbei, oh ihr Gläubigen». Dass sich auf der anderen Seite gewisse Kreise eine am liebsten komplett staatlich finanzierte Fremdbetreuung wünschen, ist ebenfalls fehlgegriffen. Denn so «Leise rieselt der Schnee» auch in Zug nicht und soll es auch nicht. Im Fokus der Entwicklung zum Familienkanton Nr. 1 stehen nicht nur Finanzierungsfragen, sondern beispielsweise Strukturen, die eine selbstorganisierte Nachbarschaftshilfe ermöglichen oder das Bewusstsein der Arbeitgeber stärken. Der Kanton muss Familienfreundlichkeit zeigen, in erster Linie sind jedoch die Gemeinden in die Pflicht zu nehmen. Wenn man aber den Bericht zum Betreuungsindex im Kanton Zug studiert, ist augenfällig, dass in einigen Berggemeinden noch viel Potenzial besteht. Deshalb der Aufruf an die Ratsmitglieder von dort: «Go tell it on the mountain.»
Zug darf Steuerparadies, Kirschtortenmekka oder Waschmaschinenpionier sein. Die CVP und die Votantin freuen sich aber, wenn der Kanton Zug zum *Highlight* und *Hotspot* für junge Familien wird: «Ihr Kinderlein, kommet!»

Maja Dübendorfer legt ihre Interessenbindung dar: Sie ist Teilzeitmitarbeiterin bei der Schulergänzenden Kinderbetreuung am Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung und Hausaufgabenhilfe in Baar.
Bund, Kanton und Gemeinden haben in den letzten Jahren sehr viel eingeführt und bewilligt und mitfinanziert. Es wurden Angebote erarbeitet und geschaffen, und der Start wurde mit viel Initiative durch Bund und Kantone finanziell unterstützt. Die Krux bei Impulsprogrammen und Anschubfinanzierungen ist aber, dass sie zeitlich klar definiert sind und die Gelder irgendwann versiegen. Irgendeinmal muss der Impuls gesetzt und der Anschub vorbei sein. Ist dann die Nachfrage da, läuft es – so einfach. Und ab diesem Zeitpunkt sind in diesem Falle alleinig die Gemeinden in der Pflicht. Es muss in ihrem Interesse sein, hier ein zahlbares und wirksames Angebot anzubieten. Jeder Franken, der in die Kinderbetreuung investiert wird, generiert Steuererträge und ist – zum Beispiel dank der Hausaufgabenhilfe – auch in die Integration investiert. Für die Wirtschaft bedeutet dies, dass gut ausgebildete Mitarbeitende ins Berufsleben zurückkehren können, was auch die Einwanderung von Fachkräften vermindert.
In seiner Antwort zeigt der Regierungsrat sehr detailliert auf, wie die aktuelle Situation im Kanton Zug ist, welche Angebote vorhanden sind oder wo noch Defizite bestehen. Auch informiert er, welche Leistung und Angebote der Kanton für seine Mitarbeitenden zur Verfügung stellt, und zeigt damit klar auf, welchen Stellenwert die schul- und/oder familienergänzenden Kinderbetreuungsangebote für den Kanton als Arbeitgeber haben. Der Kanton geht mit gutem Beispiel voran – möge ihm die Wirtschaft folgen. Für Firmen eine gesetzliche Verbindlichkeit zu erwirken, wäre nicht im Sinne der FDP. Der Regierungsrat zeigt aber auch auf, dass das Verhältnis von Preis und Leistung stimmen muss. Leider wurden auf Bundes-, aber auch auf Kantonsebene Qualitätsstandards eingeführt und vorgeschrieben, welche diese Angebote verteuern. Hier muss mehr Mass gehalten und dürfen nicht mit Überregulierung und Vorgaben unerschwingliche Angebote erwirkt werden.
Die FDP setzt sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch für die Eigenverantwortung ein. Es gilt Abstand zu nehmen von falschen Anreizen und der Vorstellung, dass jede Familie massgeschneiderte Lösungen braucht. Es kann für jede Situation eine gangbare Lebensform gewählt werden, manchmal zwar mit Kompromissen; aber das Leben in einer Gemeinschaft und gerade mit Kindern funktioniert nur mit Kompromissen.

Thomas Werner ist Hausaufgaben-, Küchen- und Putzhilfe, dies aber alles im privaten Bereich. Die Interpellation beginnt mit der Behauptung, dass Kindern, welche schon vor der Einschulung in Kinderhorte gegeben werden, der Start in die Schule besser gelinge als anderen. Genauso kann behauptet werden, dass Kinder, welche schon in den ersten Jahren ihres Lebens von den Eltern, also ihren Hauptbezugspersonen, an fremde Personen abgegeben werden, danach während Jahren Bindungsprobleme haben, weil sie nicht mehr wissen, mit wem nun welche Bindung eingegangen werden soll, kann oder muss. Die nächste Behauptung: Die Eltern hätten dadurch den Rücken frei für ihre Verpflichtungen und um sich beruflich weiterzuentwickeln. Geht dies mit Eigenbetreuung der Kinder etwa nicht? Sollen alle Eltern, wenn sie sich beruflich weiterentwickeln wollen, ihre Kinder abgeben? Was sagt man den Eltern, die durch Einsatz und Verzicht und ohne Unterstützung des Staates ihre Laufbahn auf die Reihe kriegen? Je tiefer man die Schwelle ansetzt und je mehr Angebote man macht, desto mehr Nachfrage nach Fremdbetreuung wird man haben. Die Behauptung, es könnten bei sonderschulischen Massnahmen Kosten gespart werden, ist sehr zu bezweifeln. Hört man sich an den Schulen um, erfährt man, dass sich die Entwicklung genau in die gegenteilige Richtung bewegt.

Der Votant kann der Antwort der Regierung auf die Fragen der Interpellanten nicht nur Gutes abgewinnen. Immerhin bestätigt die Regierung klar, dass die Gemeinden und nicht der Kanton zuständig sind. Das sollten nun alle begriffen haben, und somit sollte auch die Forderung nach noch mehr kantonaler Förderung vom Tisch sein. Aber: Die Regierung erwähnt mehrmals, dass die Gesellschaft von einer hohen Erwerbsquote der Frau profitiert. Das klingt geradezu so, als müsste man die Frauen bevormunden und mit allen Mitteln von den Kindern weg an die Arbeitsstelle verführen. Es wird völlig ausgeblendet, dass es Frauen gibt, die selber Verantwortung für ihre Familie und ihre Kinder übernehmen und aus eigener Überzeugung und den Kindern zuliebe eine längere Arbeitspause einlegen, Mütter, die bewusst auf einen Teil des Einkommens verzichten, weil ihnen die Kinder wichtiger sind als das Geld. Später dann bauen sie Schritt für Schritt das Arbeitspensum wieder auf. Man lasse doch diesen Frauen ihre Entscheidung. Gesunde Kinder sind für die Gesellschaft noch immer wichtiger als eine durch Bevorteilung aufgeschwatzte, möglichst schnelle Rückkehr der Frau an den Arbeitsplatz. Man soll aufhören, immer noch mehr Betreuungsplätze für noch jüngere Kinder zu fordern. Kinder sollen in erster Linie durch die Eltern erzogen werden und nicht durch den Staat. Die Eltern tragen die Verantwortung für ihre Kinder, nicht der Staat. Dass der Staat dieser Aufgabe nicht gewachsen ist, kann man am Beispiel der ehemaligen DDR erkennen. Trotzdem gibt es in diesem Saal immer noch Leute, deren Augen vor Glückseligkeit funkeln, wenn sie von der DDR hören. Der Sozialismus ist erwiesenermassen der falsche Weg und führt in die Sackgasse

Wie angekündigt, muss der Ratspräsident an dieser Stelle die Sitzung verlassen (siehe oben Ziff. 928). Er wünscht allen Ratsmitgliedern frohe und lichtvolle Festtage und für das neue Jahr Gesundheit, Erfüllung und viel Elan auch für die politische Arbeit.
An seiner Stelle übernimmt Kantonsratsvizepräsident Moritz Schmid den Vorsitz.

Esther Haas hält fest, dass es in der vorliegenden Interpellation nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch geht. Es geht darum, dass Familienpolitik Freiheit bei der Wahl der Lebensform ermöglichen muss. Man kann das DDR-System schlecht finden und trotzdem für den Kantons Zug etwas anderes fordern. Sucht man nämlich im Kanton Zug Betreuungsplätze, kann man ganz schön ins Schleudern geraten. Selbst das scheinbare Spitzenangebot genügt der Nachfrage nicht. Dass die Regierung gewillt ist, an diesem Missstand etwas zu ändern, muss aber leider bezweifelt werden. Diesen Schluss muss man ziehen, wenn man die Antwort auf die Interpellation unter die Lupe nimmt.
Die Regierung kann den aktuellen Stand der kantonalen Familienpolitik nicht schönreden. Haarscharf und unmissverständlich analysiert die Regierung, dass die Wartelisten für Betreuungsplätze für Kinder unter achtzehn Monaten lang sind; dass die Wartelisten an subventionierten familienergänzenden Betreuungsplätzen gross sind; und dass die Wartelisten für schulergänzende Betreuungsplätze der Nachfrage nicht genügen.
Der Bedarf an bezahlbaren Betreuungsplätzen ist gross. Um ihn zu decken, müsste das Angebot um das Doppelte hochgefahren werden. Es scheint, dass sich die Regierung mit dem Umstand zufrieden gibt, dass 50 Prozent der Kinder berufstätiger Eltern von Grosseltern und in der Nachbarschaft betreut werden – als gäbe es für die restlichen 50 Prozent nichts Einfacheres, als Grosseltern, Nachbarinnen oder sonstige Verwandte aus dem Hut zu zaubern. Wo diese wunderbare und kosten-

sparende Möglichkeit fehlt, kann es leicht zu einem Spiessrutenlaufen werden, für Kinder eine adäquate Betreuung zu finden.
Die Regierung macht es sich gar einfach, wenn sie die noch fehlenden Angebote auf die Gemeinden abschiebt. «Der Regierungsrat erwartet, dass die Gemeinden die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch ohne Impulsprogramm weiter fördern und ein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung stellen», schreibt die Regierung in ihrer Antwort. Mit dieser unverbindlichen Erwartungshaltung verschiebt sie die Umsetzung auf den St.-Nimmerleins-Tag. Im Übrigen haben die Gemeinden mit der Einführung von ausgedehnten Blockzeiten und den modularen Tagesschulen bereits wichtige Angebote selber umgesetzt, allerdings in unterschiedlicher Ausprägung. Dieses Beschwichtigen zieht sich durch alle Antworten der Regierung. Sie anerkennt zwar, dass «durch die Förderung der Erwerbsintegration von Frauen mit Familienpflichten das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften im Kanton Zug und damit die Standortattraktivität verbessert werden soll». Wie aber Erwerbstätigkeit *und* Familienarbeit machbar werden soll, bleibt unklar. Vielleicht durch ein Engagement der Privatwirtschaft? Es ist anzuerkennen, dass es beispielsweise Roche mit der hauseigenen Kinderkrippe vormacht, wie es gemacht werden soll. Aber ist man auf Stufe Kaderstellen auch offen gegenüber Pensenreduktion aus familiären Gründen, wie es die Regierung auf freiwilliger Basis vorschlägt? Warum stellt die Regierung hier nicht ein Gesetz in Aussicht, welches von der Privatwirtschaft eine direkte finanzielle Beteiligung an Betreuungseinrichtungen fordert, wie es die Kantone Freiburg, Neuenburg und Jura bereits haben? *Dies* wäre im Sinne der AGF. Die AGF erwartet von der Regierung eine Antwort, wie der vorgeschlagene «Runde Tisch» anstelle eines Gesetzes Verbindlichkeiten schaffen soll.
Eine andere Idee wäre eine Anstossfinanzierung über den Lotteriefonds. Der Kanton Zug lässt verschiedenen Institutionen einmalige oder jährliche Beiträge zukommen, etwa dem kantonalen Seniorenverband, dem Schweizerischen Katholischen Frauenbund, der Schweizerischen Flüchtlingshilfe oder der Pflegekinder-Aktion. Eine Anstossfinanzierung könnte der familien- und schulergänzenden Betreuung jenen Schub verleihen, den es braucht, um den bestehenden Nachfrageüberhang nur einigermassen auszugleichen.
Die Regierung erkennt wohl die Diskrepanz zwischen Ist- und Soll-Zustand. Handlungsbedarf in der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung sieht sie aber nicht. Sie versteckt sich hinter unverbindlichen Floskeln, welche in krassem Gegensatz zum Alltag von zwei Dritteln der Zuger Mütter stehen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen. Und vor allem wird der Wille von Zugerinnen und Zugern, als erwerbstätige Mütter und Väter Befriedigung im Leben zu finden, nicht ernst genommen.

Vreni Wicky muss die Regierung in Schutz nehmen und daran erinnern, dass die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung in der Verantwortung der Gemeinden liegt. Und in der neusten Erhebung, welche die Direktion des Innern gemacht hat, hat man genau gesehen, wo die Gemeinden stehen. Es liegt in der Freiheit der Gemeinden, die entsprechenden Ausgaben so zu bewilligen, wie sie es wollen. Es ist nicht zu verstehen, dass Esther Haas hier die Regierung anprangert. Die Regierung kann nicht Roche oder Johnson & Johnson als Vorbild zu nehmen und den Gemeinden Ähnliches vorzuschreiben. Die Votantin würde sich aber freuen, wenn der Kanton eine Vorreiterstellung übernehmen und seine Mitarbeiterinnen auch während der Schwangerschaft oder nachher grosszügig in einem Teilzeitpensum anstellen bzw. weiterbeschäftigen würde. Die Votantin würde sich auch wünschen, dass Rednerinnen und Redner auch die Kinder und deren Wohl erwähnen würden. Man spricht von Anstossfinanzierung, Kosten, Wahlfreiheit und Massnahmen, aber nie vom Wohl der Kinder.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern: Es wurde gesagt, dass eine familienfreundliche Politik im Kanton Zug an oberster Stelle stehen und der Kanton Zug der Familienkanton Nr. 1 im interkantonalen *Ranking* sein solle. Besser als mit dem flammenden Votum aus den Reihen der CVP hätte es auch die Direktorin des Innern nicht formulieren können. Gemeinsam, zusammen mit Privaten, Familien, Wirtschaft, Gemeinden und Kanton, lässt sich dieses Ziel auch erreichen – wenn man es wirklich will.
Heute unterstützt der Kanton die Gemeinden in fachlicher Hinsicht. Der Gesetzgeber hat klar festgelegt, dass die Gemeinden für die familienergänzende Kinderbetreuung zuständig sind, und das wird auch so gelebt. In der kantonalen Personalstrategie bekennt sich der Regierungsrat aber zu guten Rahmenbedingungen und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Führungspersonen sind angehalten, Teilzeitstellen für Männer und Frauen zu schaffen. Auch soll das Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung ausgebaut wird; so ist im Verwaltungszentrum 3 eine Kinderkrippe geplant. Der Regierung ist es ein grosses Anliegen, dass Frauen im Erwerbsprozess bleiben und die Mitarbeiterinnen in der kantonalen Verwaltung ihre Stellen behalten, wenn sie Kinder haben.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

946 Änderung der Traktandenliste

Da Sicherheitsdirektor Beat Villiger die Sitzung wie angekündigt bereits verlassen musste (siehe oben Ziff. 928), schlägt der **Vorsitzende** vor, die Traktanden 6.7 und 6.8, für welche die Sicherheitsdirektion zuständig ist, auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben und direkt mit Traktandum 6.9 weiterzufahren.

Andreas Hausheer stört sich daran, dass die Traktandenliste sich zunehmend nach der mehr oder weniger zufälligen An- bzw. Abwesenheit der Regierungsräte richtet. Jedes Regierungsratsmitglied hat einen Stellvertreter. Der Votant stellt den **Antrag,** die Traktandenliste nicht zu ändern, sondern sie so abzuarbeiten, wie sie am Morgen genehmigt wurde.

➔ Der Rat lehnt die vorgeschlagene Änderung der Traktandenliste ab.

947 Traktandum 6.7: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Unterstützungsgelder aus Lotterie- und Sport-Toto-Fonds**

Es liegen vor: Interpellation (2253.1 - 14346); Antwort des Regierungsrats (2253.2 - 14483).

Barbara Gysel: Die Gelder des Lotteriefonds können für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke verwendet werden. Das ist schön und gut. Doch der Kanton Zug scheint das Geld zu bunkern, wie andere Kantone auch. Gemäss regierungsrätlicher Antwort Seite 2 hortet der Kanton Zug in den Lotterie- und Sport-Toto-Fonds knapp 16 Millionen Franken Gelder. Geht es um die Vergabe von Lotteriegeldern, gelangen immer wieder unrühmliche Beispiele an die Öffentlichkeit. Der Kanton Luzern zum Beispiel verwendete gemäss «Beobachter» rund 350'000 Franken aus dem Lotteriefonds, um in Moskau Standortwerbung zu machen. Auch im

Kanton Zug wurde die Vergabepraxis schon diskutiert: Als vor der Eröffnung der Westumfahrung von Zürich das 5,5 Millionen Franken teure «West-Fest» gefeiert wurde, steuerte der Kanton Zürich eine halbe Million Franken aus dem Lotteriefonds bei, und die Kantone Zug und Aargau bezahlten je weitere satte 300'000 Franken. Eine halbe Million aus dem Lotteriefonds war ausschliesslich für das musikalische Rahmenprogramm bestimmt. Stargast DJ Bobo sackte für seinen Auftritt eine Viertelmillion Franken ein. Die SP hatte bereits im Januar 2009 eine Interpellation zu dieser fragwürdigen Vergabepraxis eingereicht.
Nun sorgt die Mittelvergabe des Kantons Zug wiederum für Schlagzeilen, sogar national. Zu «Stars on Court» war im «Beobachter» am 6. September 2013 zu lesen: «50'000 Franken für Gala von Millionären.» Und weiter ist zum Interpretationsspielraum der Kantone zu lesen: «Diesen nützt man auch in anderen Kantonen weidlich aus. In Zug etwa spendete der Regierungsrat 50'000 Franken aus dem Sportfonds an die privat organisierte Tennisgala «Stars on Court», bei der die ehemaligen Tennisstars Steffi Graf und André Agassi ein Doppel [...] spielten. Die Antrittsgage des Paars Graf-Agassi soll laut ‹NZZ am Sonntag› ‹gegen eine Million Franken› betragen haben. Der Euphorie rund um die Altstars tat das keinen Abbruch: 5500 Zuschauer, die für die Tickets bis zu 450 Franken bezahlt hatten, beklatschten die in die Jahre gekommenen Tennishelden, die Lokalpresse überschlug sich vor Begeisterung über die ‹rauschende Tennisparty› (‹Zentralschweiz am Sonntag›), der Veranstalter rieb sich die Hände und verkündete, mindestens 340'000 Franken aus den Einnahmen gingen an Grafs Hamburger Stiftung ‹Children for Tomorrow›. Ob die Summe tatsächlich gespendet wurde, ist nicht zu erfahren.»
Der Regierungsrat gibt sich in seiner Antwort ob dieser Kritik unbeeindruckt. Seine nun vorliegende Antwort befriedigt die SP-Fraktion aber nicht. Nicht nur waren die Eintrittspreise exorbitant. Von einem kulturellen Fest und von Breitensport für alle kann keinesfalls die Rede sein. Man wird den Eindruck eines vielmehr gewinnorientierten Anlass nicht los. Und falls die Regierung effektiv Entwicklungshilfe leisten will, soll sie dies direkt und nicht über Umwege tun.
Eine derartige Verwendung von Lotterieeinnahmen macht nachdenklich. Es geht nicht um Missgunst, sondern um soziale Fragen. Eine repräsentative Studie zeigte, dass es vor allem wenig privilegierte Menschen sind, die ins Portemonnaie greifen, um Lottoscheine auszufüllen oder Lotterielose zu kaufen. Haushalte mit Einkommen unter dem Durchschnitt speisen mit ihrem hart verdienten Geld den Swisslos-Fonds. Um hier wieder ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit herzustellen, müsste man andere Projekte als pompöse Tennisveranstaltungen mit überrissenen trittspreisen finanzieren. Es gilt daher die Verwendung von Lotteriefondsgeldern gründlich zu überdenken. Stoppen lässt sich diese fragwürdige Verwendung von Geldern kurzfristig nicht mehr. Die SP-Fraktion regt zuhanden der Regierung aber an, die Vergabe von Lotteriegeldern mittelfristig gründlich zu überdenken.

Karin Andenmatten-Helbling: Die CVP-Fraktion dankt der Regierung für die Antwort, welche – wie es sich für den Advent gehört – ein Licht in die *Blackbox* Lotterie- und Sport-Toto-Fonds bringt. Es zeigt sich, dass der Kanton Zug bei der Verteilung der erhaltenen Gelder meist vorbildlich handelt. Den Vorwürfen in der heutigen «Neuen Zuger Zeitung» will sich die Votantin nicht blindlings anschliessen, bevor die Regierung nicht Gelegenheit hatte, sich dazu zu äussern.
Unterstützt werden im Kanton Zug vor allem Veranstalter von kulturellen und sportlichen Events. Kaum ein Verein oder Organisator in diesem Bereich hat noch nie von diesen Fonds Gebrauch gemacht und entsprechend profitiert. Man munkelt, es gebe auch Gewohnheitsbezüger, welche den vermeintlich sicheren Betrag jeweils rechtzeitig budgetieren, was die CVP als wenig sinnvoll erachtet. Vielmehr

sollten die Gelder aus dem Lotteriefonds für die finanzielle Unterstützung von neuen Angeboten als Anschub- oder Ersatzfinanzierung eingesetzt werden, an deren Stelle nach der Einführungsphase andere Sponsoren oder reguläre Veranstaltungseinnahmen treten können. Auf jeden Fall sollten die Gelder aus den beiden Fonds allen Bevölkerungsschichten zugute kommen. Das angewendete System, welches sportliche und kulturelle Aktivitäten unterstützt, gewährleistet dies meist in einem vernünftigen Rahmen. Doch keine Regel ohne Ausnahme. Es gibt Entscheidungen in der jüngeren Vergabepraxis des Regierungsrats, welche zu hinterfragen sind. Das gilt zum einen für den in der Interpellation erwähnten Anlass «Stars on Court» von Ende Juni in der Bossard Arena. Dass die von der Regierung gesprochenen Gelder in ein Kinderhilfswerk flössen, erschien nur auf den ersten Blick sympathisch. Dass die Verantwortliche in der Person von Steffi Graf zusammen mit ihrem Mann André Agassi selber dasteht und einen teuren Show-Wettkampf liefert, ist Teil dieser nur vermeintlich guten Sache. Doch beinahe zynisch wird es in der regierungsrätlichen Antwort, wenn gesagt wird, es sei damit auch ein Kindererlebnis finanziert worden. Es stimmt: Wer an diesem Anlass dabei war, wird ihn kaum vergessen, nicht nur wegen der tollen Stimmung in der Arena, sondern auch wegen des Chaos ausserhalb der Halle, vor allem beim Kindernachmittag. Zahlreiche Kinder mit ihren Eltern, die gekommen waren, um ein paar Schläge mit den Stars zu spielen, waren extrem enttäuscht, als sie einsehen mussten, dass dieses Angebot offenbar nicht für die Öffentlichkeit, sondern nur für ein paar auserwählte Tennisschüler einer speziellen Schule galt. Ein anderes Beispiel einer etwas speziellen Vergabepraxis betrifft das «Jahrhundertspiel» des EVZ vom 3. Oktober 2011 gegen die New York Rangers, welches der Kanton ebenfalls mit einem grosszügigen Beitrag aus dem Lotteriefonds unterstützte – so grosszügig, dass mit den eingenommenen Geldern gleich ein weiterer ausländischer Spieler für Zug finanziert werden konnte.
Aus Sicht der CVP soll der Lotteriefonds künftig nicht mehr für solche Zwecke verwendet werden, auch wenn dadurch «Hühnerhautatmosphäre» – im Fall des EVZ – und volle Hotels – im Fall von «Stars on Court» – erreicht wurden. Vielmehr ist der Fokus wieder auf die Förderung des Breitensports zu legen. Die CVP-Fraktion unterstützt deshalb die Absicht des Regierungsrats, das bestehende Sport-Toto-Reglement anzupassen. Damit kommen dann hoffentlich vermehrt auch kleinere Organisationen zu finanziellen Mitteln, die sie für Veranstaltungen einsetzen können, zu denen alle Zugerinnen und Zuger Zutritt haben. Dies wäre schliesslich ja das Ziel des Lotteriefonds.

Thomas Werner dankt namens der SVP-Fraktion der Regierung für die prägnante, klare und informative Antwort auf die Interpellation der SP. Er stellt fest, dass sich die Reserven in besagtem Fonds seit dem Jahre 2009 stetig verringert haben. Er stellt auch fest, dass in den Bereich Kultur über 4 Millionen Franken, in den Bereich Sport aber nur 1,7 Millionen Franken flossen. Wenn man daran denkt, was die Sportvereine im Bereich Fussball, Wasserball, Ski, Tennis usw. der Gesellschaft und dem Nachwuchs alles bieten und wie viel in diesen Vereinen freiwillig geschuftet wird, müsste die Forderung der Interpellation eigentlich sein, dass mehr Geld für die Sportvereine gesprochen werden soll. Es soll aber nicht Kultur gegen Sport ausgespielt werden. Der Antwort der Regierung kann man entnehmen, dass die Gelder gut und gerecht verteilt werden. Liest man die Suggestivfragen 1 bis 7 der Interpellanten, kommt es einem vor, als wollten diese jede nur erdenkliche Möglichkeit nutzen, um ihre Klassenkampfdiskussion in Schwung zu halten oder dem vermeintlich elitären Tennissport einen Seitenhieb zu versetzen. Tennis ist schon lange ein Breitensport, und der Tennisverband ist – so viel der Votant weiss

– der zweitgrösste Sportverband in der Schweiz. Die Interpellanten schrecken auch vor dem Lotteriefonds nicht zurück, um ihr Lieblingsthema aufs Tapet zu bringen. Sie stellen Behauptungen und Forderungen in den Raum, wollen Vermögen umverteilen und eine Luxussteuer einführen. Aus der sachlichen Beantwortung der Regierung ist ersichtlich, dass durch den Anlass, der mit 50'000 Franken unterstützt wurde, schliesslich 350'000 Franken für das Kinderhilfswerk «Children for Tomorrow» erwirtschaftet wurden. Das ist eine Traumquote. Diese Leute haben etwas bewirkt und sich für einen guten Zweck eingesetzt. Wer von den Linken kann von sich behaupten, so viel für Kinder in Not erreicht zu haben? Da sehen die Linken, dass sie nicht einfach nur immer höhere Steuern und mehr Geld fordern sollten, sondern es auch erwirtschaften könnten. Eigeninitiative und unternehmerisches Denken würde auch im sozialen Bereich viel bringen, mehr jedenfalls als ständig die Klassenkampfkeule zu schwingen. Der Mittelstand würde es den Linken danken, denn diese müssten dem Mittelstand dann nicht mehr so viel Geld aus der Tasche ziehen. Abgesehen davon wurden die 50'000 Franken nicht nur für die armen Kinder im Ausland eingesetzt, vielmehr konnten motivierte Kinder einen ganzen Nachmittag lang mit ihren Idolen zusammen Tennis spielen und trainieren. Für viele ging ein Traum in Erfüllung, und viele werden motiviert weitertrainieren und nicht auf den Strassen rumhängen und Littering-Bussen bezahlen, sondern noch jahrelang voller Freude an diesen Nachmittag mit ihren Vorbildern zurückdenken.

Andreas Lustenberger: Die AGF steht der Ausgabe von 50'000 Franken an den Anlass «Stars on Court» skeptisch gegenüber, auch weil laut Berichterstattungen des Magazins «Beobachter» für die beiden Tennisspieler Gagen in der Höhe von fast einer Million Franken bezahlt wurden und die Eintrittspreise für den Anlass bis zu 450 Franken betrugen. Das Geld aus diesem Fonds muss der ganzen Zuger Bevölkerung zugute kommen. Es sind dementsprechend nicht einfach die Organisationen zu berücksichtigen, welche ihre Gesuche am professionellsten einreichen können, vielmehr sollen möglichst viele Zugerinnen und Zuger von diesem Geld profitieren. Die AGF unterstützt deshalb die Bemühungen des Regierungsrats, das in den Fonds angehäufte Geld in den kommenden Jahren stärker an die gesamte Bevölkerung zu verteilen. Es wird genügend Anlässe und Vereine wie zum Beispiel die Pfadi geben, welche in Zeiten des Rasenmähers einen finanziellen Zustupf gut gebrauchen werden.

Regierungsrat **Stephan Schleiss** als stellvertretender Sicherheitsdirektor verweist auf die schriftliche Antwort des Regierungsrats und nimmt nur punktuell zum einen oder anderen Vorwurf Stellung.
Barbara Gysel hat dem Regierungsrat vorgeworfen, er bunkere mit dem Lotteriefonds Geld. Das ist falsch. Der Regierungsrat gibt pro Jahr ziemlich genau gleich viel Geld aus, wie der Kanton von Swisslos erhält. Die Reserve beträgt von rund zwei Jahresumsätze, was im schweizerischen Vergleich unterdurchschnittlich ist. Den Vergleich mit der Luzerner Regierung und ihrer Wirtschaftsförderungsreise nach Moskau will der Bildungsdirektor nicht kommentieren; er lässt sich ganz allgemein nicht gern mit dem Kanton Luzern vergleichen, möchte hier aber doch festhalten, dass für den Ausflug des Kantons Zug und seiner Behörden zur Vereidigung der Schweizergarde in Rom ein namhafter Beitrag aus dem Lotteriefonds gesprochen wurde.
Von verschiedener Seite wurde angemerkt, dass man grossmehrheitlich mit der Vergabepraxis zufrieden sei, Vergabungen wie jene für «Stars on Court» oder für das EVZ-Spiel gegen die New York Rangers aber doch fraglich seien; man solle sich auf die Förderung des Breitensports konzentrieren. Die erwähnten Vergabungen

gingen aber keineswegs zulasten des Sport-Toto-Fonds. Vielmehr stand dieser Fonds immer vollumfänglich dem Breitensport zur Verfügung: Kein Franken, der an den EVZ oder an den erwähnten Tennisanlass ging, hat in den Sportvereinen gefehlt. Ganz generell wehrt sich der Bildungsdirektor dagegen, Kultur und Sport in diesem Zusammenhang gegeneinander auszuspielen. Es hat für beide Anliegen genug Geld, auch dankt der Reserven, und jedes Gesuch, dass als unterstützungswürdig beurteilt wird, kann auch unterstützt werden.
Dass professionell eingereichte Gesuche eher Erfolg hätten, wie Andreas Lustenberger annimmt, ist nicht richtig. Ein Beispiel dafür ist gerade die Pfadi, die für das kantonale Sommerlager, das Pfadiheim etc. immer wieder sehr grosszügig unterstützt wird. Es gibt sehr wohl Vereine und Organisationen – in erster Linie die NGO –, die regelmässig, sehr professionell und wahrscheinlich in allen Kantonen Gesuche einreichen. Ein Beispiel dafür ist der WWF, der regelmässig Gesuche für die Herstellung von Schulmaterial stellt. Auch diese Gesuche werden – wie Barbara Gysel wohl weiss – unterstützt, und die entsprechenden Materialien werden dann in den Schulen auch eingesetzt.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

948 Traktandum 6.8: **Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend geplante Einführung elektronischer Fussfesseln im Kanton Zug**
Es liegen vor: Interpellation (2262.1 - 14370); Antwort des Regierungsrats (2262.2 - 14490).

Jürg Messmer nimmt die Antwort der Regierung entgegen, kann aber gleich vorweg sagen: Begeisterung hat die Antwort nicht ausgelöst – und beruhigt schon gar nicht. Ausschlaggebend für die Interpellation war ein Artikel in der «Neuen Zuger Zeitung» vom 18. Mai 2013, in dem der Sicherheitsdirektor bekanntgab, dass im Kanton Zug elektronische Fussfesseln eingeführt würden. Wenn der Votant sich nun die Antworten auf seine Fragen anschaut, dann fragt er sich, wozu das Papier gut war. Die Fragen 1 bis 4 wurden zusammengefasst eigentlich gar nicht beantwortet. Auch wenn in diesem Jahr noch Fussfesseln nur als Ersatzmassnahmen im Strafverfahren eingesetzt wurden – sprich: bei noch nicht verurteilten Personen –, hätte man über die Zahl der eingesetzten Fussfesseln bei beschuldigten Personen (statt Straftätern) und über die Art der Anschuldigungen (statt Straftaten) Auskunft geben können. Gab es Zwischenfälle mit Trägern von Fussfesseln? Keine Antwort. Wie hoch sind die Kosten für diese Fussfesseln? Keine Antwort.
Auch bei den Fragen 6 bis 8 sucht man vergebens eine aussagekräftige Antwort. Der Regierungsrat garantiert nicht, dass verurteilte Sexualstraftäter, Kinderschänder oder Gewaltverbrechen nicht in den Genuss der Halbgefangenschaft mittels Fussfesseln kommen. Er sagt einzig, dass dies zurzeit nicht vorgesehen ist. Ob der Regierungsrat gewillt ist, auf seinen Entscheid betreffend Einführung von Fussfesseln zurückzukommen oder zumindest bis zur Revidierung der Strafprozessordung im Jahre 2016 zuzuwarten: keine Antwort.
Die Frage 9 wurde von allen Fragen am klarsten beantwortet: Ab 188 Tagen mit Fussfesseln anstelle von Untersuchungshaft gibt es Kosteneinsparungen. Und im letzten Abschnitt wird noch erwähnt, dass, wenn die Fussfesseln vom Bundesgesetzgeber definitiv als *Vollzugsform* im Bereich Freiheitsstrafe oder Ersatzfreiheitsstrafe eingeführt wird, noch höhere Einsparungen getätigt werden können. Es ist davon auszugehen, dass Fussfesseln insbesondere auch anstelle der Halbgefangen-

schaft Anwendung finden werden. Und der letzte Satz auf Seite 4 der regierungsrätlichen Antwort: «[…] jedoch bietet es für den Strafvollzug wie dargelegt eine kostengünstigere Vollzugsvariante.» Wie war die Antwort auf die Fragen 6 bis 8? Keine Anwendung von Fussfesseln bei verurteilten Personen. Und was hatte Sicherheitsdirektor Beat Villiger im Interview mit der «Neuen Zuger Zeitung» gesagt? «Im Jahr 2014 führen wir das System definitiv ein und zwar als Überwachungsinstrument im offenen Strafvollzug, Vollzugslockerungen sind ein wichtiges Instrument für die Entlassungsvorbereitungen. Dann kann die Fussfessel ein wirksames Überwachungsinstrument sein, erst recht mit GPS-Ortung.» Nachfragen bei Polizisten haben allerdings ergeben, dass Fussfesseln hier nicht über ein GPS verfügen. Sollte also ein Träger von Fussfesseln sich davonmachen, geht im besten Fall bei der Polizei eine Meldung ein, dass sich die Person ausserhalb des zulässigen Rayons aufhält. Ob sich die Person jedoch im Zug Richtung Grenze befindet oder in einem Café in Zürich sitzt, weiss niemand.
Der Votant bedauert sehr, dass man im Kantonsrat im Gegensatz zum Grossen Gemeinderat der Stadt Zug keine ablehnende Kenntnisnahme beantragen kann. Er nimmt daher die Antwort kopfschüttelnd zur Kenntnis.

Andreas Hausheer teilt mit, dass die CVP-Fraktion Kenntnis von der Interpellationsantwort nimmt, dies verbunden mit der Forderung, dass vom *Electronic Monitoring* auch nach einer allfälligen Einführung durch den Bundesgesetzgeber insofern sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht wird, als sie nur dann angewandt wird, wenn felsenfest klar ist, dass kein Gefährdungspotenzial für die Gesellschaft besteht. Bei Gewalttätern ist generell von Fussfesseln abzusehen. Die Sicherheit der Gesellschaft geht irgendwelchen Strafvollzugslockerungen klar vor.

Philip C. Brunner schliesst sich den Ausführungen von Jürg Messmer an. Störend ist, dass der kleine Kanton Zug in dieser Sache vorausgeht und so etwas einführt, obwohl man genau weiss, dass in Bern eine Bundeslösung vorbereitet wird. Er möchte vom Regierungsrat wissen, warum der Kanton Zug in dieser Sache vorangeht und wo dieser ein Interesse daran hat.

Regierungsrat **Stephan Schleiss** kann als stellvertretender Sicherheitsdirektor aus dem Stegreif nicht alle Fragen zu den technischen Details beantworten und bittet um Verständnis dafür. Zur politischen Frage von Jürg Messmer, wieso die Regierung nicht garantiere, dass Sexual- und Gewalttäter nicht von diesen Strafvollzugslockerungen profitieren, hat der Regierungsrat in der Antwort auf Frage 5 ausgeführt, dass er Strafvollzugslockerungen mit *Electronic Monitoring* in diesem Segment nicht als sinnvoll erachtet. Und der Bildungsdirektor versichert, dass der Regierungsrat garantiert keine sinnlosen oder nicht geeigneten Massnahmen anordnen will.
Den Grundsatz, dass die Sicherheit irgendwelchen Strafvollzugslockerungen vorgeht, hat die Regierung schon mehrfach bekräftigt, zuletzt in ihrer Antwort auf eine Interpellation zur Praxis der Hafturlaube für Verwahrte. In Zusammenhang mit einer verwahrten Person im Bostadel hat die Regierung dort gesagt, dass es nicht in Frage kommt, hier Hafturlaube anzuordnen oder zuzulassen.
Die Frage schliesslich, worin das Interesse des Kantons Zug liege, nicht auf die Bundeslösung zu warten, kann der Bildungsdirektor auf technischer Ebene nicht beantworten. Politisch gesehen aber hat der Kantons Zug ein veritables Interesse, nicht immer auf den Bund zu warten.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

949 Traktandum 6.9: **Interpellation von Philip C. Brunner betreffend Streichung der Verlängerung der General-Guisan-Strasse im kantonalen Richtplan**
Es liegen vor: Interpellation (2292.1 - 14448); Antwort des Regierungsrats (2292.2 - 14479).

Interpellant **Philip C. Brunner** weist darauf hin, dass es sich aus Sicht der Stadt Zug um ein sehr wichtiges Traktandum handelt und er es nicht besonders geschickt findet, dieses im *Huschhusch*-Verfahren am Schluss der Sitzung noch rasch durchzuwinken. Es geht in der Interpellation um wesentliche Fragen hinsichtlich der gemeindlichen Richtpläne zur Verkehrsführung, die wegen des Stadttunnels – eines für den Kanton Zug insgesamt, aber speziell für Zug und seine Altstadt wichtigen Projekts – zum Teil obsolet werden. Der Kantonsrat hat im August dazu bereits eine Abstimmung durchgeführt, dies auf Antrag der AGF, wobei er sich nicht für eine Streichung aussprach. Der Votant wurde daraufhin von verschiedenen Personen aus den Quartieren von Zug-West angesprochen, was zu seiner Interpellation führt. Er dankt dem Regierungsrat für die Antwort, die er in dieser Klarheit nicht erwartet hat und die für weiteren Aufruhr, für weitere Briefe, E-Mails und Telefonanrufe sorgte. Auch die FDP der Stadt Zug, welche sich schon früh mit dieser Thematik befasst und eine Petition mit knapp zweihundert Unterschriften eingereicht hat, machte dem Votanten die Hölle heiss.
Der Baudirektor hat nun in einem frühen Zeitpunkt die Absichten der Regierung zu diesem Thema klar dargelegt. Es ist klar, dass man nicht einfach eine Verlängerung der General-Guisan-Strasse quer durch die Lorzenebene Richtung Ammannsmatt ziehen kann. Es gibt verschiedene Änderungen, was der Baudirektor vermutlich noch ausführen wird. Interessant ist auch, dass beim Bau der Unterführung der Eisenbahnlinie Zug–Affoltern westlich der Chollermüli bereits etwas vorgesehen wurde: Die nordseitige Betonmauer Richtung Chollermüli läuft schon heute – grossräumig betrachtet – Richtung General-Guisan-Strasse. Es gäbe also Alternativen, wenn das Astra einen Halbanschluss Ammannsmatt ablehnt.
Zusammengefasst: Es handelt sich um ein kontroverses Thema, und der Votant dankt dem Regierungsrat für seine klare Antwort. Die politische Diskussion beginnt vermutlich heute Abend. Die Baudirektion ist gefordert, auch Antworten bezüglich des zu erwartenden Verkehrsaufkommens insbesondere auf der Chamerstrasse zwischen Alpenblick und Letzistrasse zu geben, wo nur eine Achse zur Verfügung steht. Die Frage der Verlängerung der General-Guisan-Strasse wird die Abstimmung über den Stadttunnel mitbestimmen, weshalb es wichtig ist, was der Kantonsrat dazu sagt. In diesem Sinne bedauert der Votant den etwas ungünstigen Zeitpunkt der Diskussion.

Heini Schmid stellt fest: Im Kanton Zug geschehen Wunder. Im Bericht des Regierungsrats zur Richtplanänderung betreffend Lorzenebene (Verlängerung General-Guisan-Strasse) kann man lesen, dass der Regierungsrat bis 2018 eine Anpassung des Richtplanes unterbreiten wird, dies nachdem er bis Ende 2017 die Auswirkungen einer allfälligen Streichung der Verlängerung der General-Guisan-Strasse abgeklärt hat. In der Interpellationsantwort liest man dann, dass im Dezember 2013 diese Richtplananpassung nun vorliegen soll. Scheinbar schafft der Regierungsrat nun etwas in drei Monaten, wofür er im August noch drei Jahre gebraucht hätte. Da fragt sich der geneigte Leser, wie seriös diese Abklärungen sind. Über das Motiv besteht nach den Diskussionen im August keine Zweifel mehr: Es ist der Stadttunnel. Im Moment entwickelt sich dieses Vorhaben zu einem Monster, welches alle anderen Strassenbauvorhaben auffrisst – Unterägeri lässt grüssen. Doch nicht genug damit. Nachdem endlich erreicht wurde, dass ein Halbanschluss Steinhausen-

Süd vom Bundesrat im Richtplan genehmigt wurde, streicht man ihn ohne Not gleich selber wieder hinaus.
Die CVP-Fraktion ist mit den von der Regierung gemachten Aussagen zur Interpellation überhaupt nicht einverstanden und kann nicht verstehen, wie der Gesamtregierungsrat mit einem solch übereilten Vorgehen der Baudirektion einverstanden sein kann. Zudem erinnert sie daran, dass es in der Rechtsprechung das Institut der Planbeständigkeit gibt. Die Zuger Strassenpolitik erinnert aber zunehmend an ein *Hüst und Hott*. Und die CVP ist nicht bereit, auf die Verlängerung und den Halbanschluss zu verzichten, wenn keine anderen Lösungen aufgezeigt werden. Denn das längerfristige Verkehrsproblem der Stadt Zug liegt im Westen und Osten, nicht im Zentrum oder gegen Süden.

Renato Sperandio: Die FDP-Fraktion hat die Beantwortung der Fragen der Interpellation über die Verlängerung der General-Guisan-Strasse und des Autobahn-Halbanschlusses Ammannsmatt zur Kenntnis genommen. Die Fraktion ist darüber nicht sonderlich erfreut und mit der Beantwortung nicht zufrieden. Die Verlängerung der General-Guisan-Strasse ist ein Bestandteil des kantonalen Richtplans. Es sind nun dreieinhalb Monate vergangen, seit dieses Thema im Rahmen einer Anpassung des Richtplans hier im Rat behandelt und darüber beschlossen wurde. Ein Antrag auf Streichung der Verlängerung wurde deutlich mit 50 zu 13 Stimmen verworfen. Es erstaunt deshalb sehr, dass die Regierung gewillt ist, im Dezember 2013 eine Richtplananpassung mit Streichung dieser Verlängerung und des Autobahn-Halbanschlusses öffentlich aufzulegen. Für die FDP-Fraktion sind die Voraussetzungen für eine Richtplananpassung, für eine Streichung der Verlängerung, noch nicht gegeben. An der Weiterbearbeitung der Verlängerung besteht laut rechtsgültigem Richtplan ein kantonales Interesse. Die Strasse wurde daher als Zwischenergebnis aufgenommen. Weiter heisst es im Richtplan: «Der Kanton überprüft 2014–2017 die Auswirkungen einer Streichung der Verlängerung der General-Guisan-Strasse aus dem Richtplan für das Verkehrsnetz (inkl. Halbanschluss Steinhausen Süd). Er unterbreitet dem Zuger Kantonsrat bis 2018 eine Anpassung des Richtplans.»
Mit der Streichung der Strasse aus dem Richtplan können die Verkehrsprobleme nicht gelöst werden. Durch diese Strassenverlängerung wäre es möglich, einen Teil des Verkehrs aus der Stadt Zug direkter auf die Autobahn zu leiten und damit u. a. auch die Chamerstrasse zu entlasten. Auch an dieser Strasse wohnen immer mehr Leute, welche unter dem grossen Verkehrsaufkommen leiden. Selbstverständlich müsste der Verkehr möglichst umwelt- und siedlungsschonend geführt werden. So wäre auch eine teilweise unterirdische Führung in der Lorzenebene zu prüfen.
Es ist wichtig, dass der Kanton das Problem erkannt hat und Lösungen aufzeigt, die möglichst allen Aspekten Rechnung tragen. Eine Gesamtsicht der Lage ist zwingend vorzunehmen. Es kann nicht sein, dass aus einem vorhandenen Konzept einfach nur ein Stück herausgebrochen wird. Das Problem kann so nicht gelöst werden. Bevor in Sachen Streichung der Verlängerung der General-Guisan-Strasse Schritte unternommen werden, müssen die Auswirkungen für das Verkehrsnetz sorgfältig geprüft und die Ergebnisse dem Kantonsrat vorgelegt werden, wie es der Richtplantext fordert.

Eusebius Spescha: Die vorliegende Interpellation war und ist überflüssig und dient eigentlich nur der Wichtigtuerei. Neues gab und gibt es nicht zu sagen:
• Dass der Regierungsrat die Streichung der verlängerten General-Guisan-Strasse aus dem Richtplan prüft und dem Kantonsrat demnächst zur Genehmigung unterbreiten will, wurde in diesem Rat vor kurzem bereits gesagt.

• Die verlängerte General-Guisan-Strasse ist der Mehrheit der Quartierbevölkerung ein Dorn im Auge schon seit sie in einer Verkehrsplanung erschienen ist – und das dürfte über dreissig Jahre her sein.
• Die verlängerte General-Guisan-Strasse würde allenfalls in Kombination mit einem Halbanschluss Ammannsmatt Sinn machen. Dass dieser nicht bewilligungsfähig ist, ist eigentlich auch schon seit Längerem klar.
• Der zusätzliche Anschluss von Zug an die Autobahn – das war eigentlich die Idee der verlängerten General-Guisan-Strasse – ist in der Zwischenzeit gebaut. Es handelt sich um die Nordzufahrt, welche nicht nur die verlängerte General-Guisan-Strasse, sondern auch die verlängerte Allmendstrasse überflüssig macht.
Zusammengefasst also: Viel Lärm um nichts.

Martin Stuber findet die Interpellation nicht überflüssig, im Gegenteil. Mit der Verlängerung der General-Guisan-Strasse werden keine Verkehrsprobleme gelöst, sondern neue geschaffen. Es braucht neben der Chamerstrasse und der Autobahn keine dritte Ost-West-Achse. Auf die Frage 2 antwortet der Regierungsrat: «Im Leitbild Lorzenebene ist als Ziel formuliert: ‹Eine weitere Zerschneidung der Lorzenebene mit neuen Infrastrukturen ist unerwünscht.› Als dazugehörige Massnahme wurde die Streichung bzw. Anpassung des Richtplaneintrages ‹Neubau Verlängerung General-Guisan-Strasse› […] formuliert.» Es ist also klar, dass es für diese Verlängerung keinen Platz hat, und der Votant bittet die Regierung, dieses Damoklesschwert endlich zu entfernen.
Zu erinnern ist auch an den Finanzplan, der für 2031 – wahrscheinlich im günstigsten Fall – mit einem Loch von 667 Millionen Franken rechnet, wobei da nicht nur die Umfahrung Unterägeri, sondern auch die Verlängerung der General-Guisan-Strasse *nicht* drin sind. Und wenn davon gesprochen wurde, dass man diese ja unterirdisch legen könne, kann man sich die Kosten ungefähr vorstellen – ganz abgesehen davon, dass diese Verlängerung wegen des Lorzenlaufs gar nicht möglich ist, wie Vorabklärungen des Stadtingenieurs ergeben haben. Man wäre mit der möglichst schnellen Streichung dieser Verlängerung also gut beraten, zumal man in der Stadt Zug politisch auch keine Mehrheit für den Stadttunnel finden wird, wenn diese Verlängerung nicht gestrichen wird.

Baudirektor **Heinz Tännler** gibt zu, dass der Grund für die schnelle Beantwortung der Interpellation zum Teil der Stadttunnel ist. Es ist nicht so, dass der Stadttunnel alles diktiert, er ist aber ein wichtiges Projekt, und der Regierungsrat will nächstes Jahr wissen, ob er gebaut werden kann oder nicht. Diesem Grossprojekt gilt es gegenüber anderen Vorhaben – sei es aus dem Strassenbauprogramm oder seien es Vorhaben wie Zwischenergebnis General-Guisan-Strasse, Ostumfahrung Rotkreuz oder Umfahrungstunnel Unterägeri – eine gewisse Priorität zu geben. Es geht darum, das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen, es geht um transparente Politik, nicht um ein *Hüst und Hott*, sondern um ein Konzept. Das Konzept ist das «Dreibein» Nordzufahrt/Tangente/Stadttunnel. Man soll jetzt nicht so tun, als ob die General-Guisan-Strasse plötzlich oberste Priorität hätte. Käme der Baudirektor mit einem vernünftigen und finanzierbaren Projekt – eine Brücke über die Lorze und *à niveau* Richtung Steinhausen mit Halbanschluss an die Autobahn –, würde der Kantonsrat eine Tunnellösung mit Untertunnelung der Lorze fordern und das Projekt schlussendlich mit dem Kosten-Nutzen-Argument ablehnen. Der Halbanschluss ist sehr entscheidend, und der Baudirektor hat mit dem Bund keine Alibi-Diskussion geführt. Die Verhältnisse haben sich geändert: Man kann die Strassen heute nicht mehr so bauen, wie man sie einst in den Richtplan aufgenommen hat. Die Diskussion um Lorzentobel-Schmittli zeigt es: Die Leute wollen alles untertunneln, aber

das geht nicht, das kann man sich nicht leisten. Als man damals den Richtplaneintrag machte, war noch der Kanton für den Halbanschluss und die Autobahn zuständig. Deshalb hat der Bund das einfach genehmigt, wie vieles in den Richtplänen. Seit 2008 ist nun aber der Bund zuständig für die Nationalstrassen, und da gibt es klare Vorgaben: Nationalstrassen sind keine Erschliessungsstrassen. Bei der Blegi in Cham und – keine 3 Kilometer entfernt – in Baar gibt es Vollanschlüsse. Da wird der Bund nie die Zustimmung für einen Halbanschluss geben. Da muss man nicht bis 2017 warten, die Fakten liegen schon heute auf dem Tisch. Die Verlängerung der General-Guisan-Strasse wird – so behauptet der Baudirektor – in den nächsten dreissig Jahren nicht gebaut werden. Wenn die Zuger Bevölkerung aber in dreissig oder vierzig Jahren das Gefühl hat, man müsse sie doch bauen, geht es bis zum Richtplaneintrag ein halbes Jahr und – wenn die Überzeugung da ist – weitere zwei, drei Jahre bis zum Projekt. So schnell, wie man etwas aus dem Richtplan streicht, kann man etwas auch wieder darin aufnehmen. Alles in allem fragt der Baudirektor den Rat also, ob er wirklich daran glaubt, dass die Verlängerung der General-Guisan-Strasse je gebaut wird. Die Stadt Zug war zuerst vehement dafür, heute aber ist sie damit einverstanden, dass die Verlängerung aus dem Richtplan gestrichen wird. Logischerweise spielt dabei der Stadttunnel eine Rolle. Stadt und Kanton wollen dieses Projekt, von dem man seit fünfzig Jahren spricht, jetzt realisieren und das Problem Stadtzentrum lösen – was nicht geht, indem man ein bisschen Verkehr verlagert und in der Bahnhofstrasse hin und her fährt, wie das der Alt-Regierungsrat glaubt. Diese Chance soll gepackt werden, und da spielt zugegebenerweise ein bisschen Taktik auch eine Rolle. Der Baudirektor möchte es sich nicht mit Zug-West verderben, nur weil ein Projekt als Zwischenergebnis im Richtplan steht, das in den nächsten dreissig bis vierzig Jahren keine Chance auf eine Realisierung hat.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

950 Nächste Sitzung

Donnerstag, 30. Januar 2014 (Ganztagessitzung)

Der **Kantonsratsvizepräsident** wünscht allen Ratsmitglieder und ihren Angehörigen eine besinnliche Adventszeit, ein gesegnetes, fröhliches Weihnachtsfest und privat und beruflich alles Gute für das Neue Jahr. Er kann mitteilen, dass auf Veranlassung von Daniel Abt die Firma Etter jedem Ratsmitglied ein Fläschli Kirsch mit nach Hause gibt, dies in Kompensation der Sparbemühungen der Staatskanzlei.

Protokoll des Kantonsrats

65. Sitzung: Donnerstag, 30. Januar 2014 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 11.45 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 28. November und 12. Dezember 2013
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)
4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen (Beurkundungsgesetz; BeurkG)

4.2. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (Anpassung an das revidierte Betäubungsmittelgesetz des Bundes)

4.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung von zwei Turnhallen und eines Schulraumprovisoriums für die Kantonsschule Zug (KSZ)

4.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Landerwerb und für die Realisierung von Neu- und Umbauten für das Kantonale Gymnasium in Menzingen (kgm)

5. Wahlbestätigung Ersatzwahl eines vom Kanton zu wählenden Mitglieds des Bankrats der Zuger Kantonalbank für den Rest der Amtsdauer 2010–2014 (bis Generalversammlung 2015)
6. Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018
7. Gesetz betreffend Anpassung kantonaler Erlasse an den Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates der Europäischen Union vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, sowie weitere Gesetzesänderungen: 2. Lesung
8. Teilrevision des Energiegesetzes: 2. Lesung
9. Teilrevision des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Realisierung eines neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) auf dem GS 456, Zugerstrasse 50, Steinhausen
11. Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme vom mehrjährigen Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern).

Geschäfte, die am 12. Dezember 2013 nicht behandelt werden konnten:

12. Motion von André Wicki betreffend zwei Ergänzungen des Planungs- und Baugesetzes
    Motion von Thomas Villiger betreffend Änderung des Planungs- und Baugesetzes
    Motion von Cornelia Stocker und Alice Landtwing betreffend Änderung § 19 des Planungs- und Baugesetzes
13. Postulat der CVP-Fraktion betreffend Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch
    Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz und Stefan Gisler betreffend Fremdsprachenunterricht an den obligatorischen Schulen
14. Interpellation von Gabriela Peita betreffend illegale oder legale langfristige Parkmöglichkeit an der Kantonsstrasse Sihlbruggstrasse Richtung Walterswil, Strassenbezeichnung N8

15. Erster Wirksamkeitsbericht des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) 2006–2011
    Motion von Philippe Camenisch, Cornelia Stocker, Alice Landtwing, Adrian Andermatt und Maja Dübendorfer Christen betreffend Neuregelung des Finanzierungsmechanismus für die Neuordnung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA)
    Motion von Daniel Stadlin betreffend Anpassung des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)
    Motion von Daniel Stadlin betreffend Lasten der Gemeinden im Kanton Zug
16. Motion von Andreas Hausheer und Eugen Meienberg betreffend weitergehende Entschädigung von Gemeinden mit gegenüber der einwohnerproportionalen Verteilung zu vielen Asylsuchenden
    Motion von Thomas Werner betreffend Verteilung der Asylanten und die dadurch entstehenden Kosten im Kanton Zug
17. Interpellation von Daniel Thomas Burch und Thomas Lötscher betreffend Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) sowie Zimmerberg-Basistunnel II
    Interpellation von Martin Stuber betreffend FABI ante portas

951 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Rupan Sivaganesan, Zug; Renato Sperandio, Unterägeri; Gabriela Peita, Baar; Monika Weber, Steinhausen.

952 Mitteilungen

Der Ratsvorsitzende begrüsst die neue Stellvertretende Standesweibelin, Pascale Schriber-Iten, die ihre Tätigkeit Anfang Jahr aufgenommen hat und mit Elan an der Einarbeitung ist. Der Vorsitzende heisst sie herzlich willkommen und wünscht ihr viel Freude in ihrem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

Der Vorsitzende gratuliert Elena Brandenberg und Kantonsrat Manuel Brandenberg zur Geburt ihrer Tochter Regina Maria Gracia an Weihnachten 2013. Er wünscht

der jungen Erdenbürgerin und ihren Eltern alles Gute und Gottes Segen. *(Der Rat applaudiert.)*

Andreas F. Schaub, Walchwil, hat seine Aufsichtsbeschwerde gegen den Regierungsrat des Kantons Zug betreffend Doppelspurinsel Walchwil (vgl. Ziff. 730 des Protokolls der Kantonsratssitzung vom 23. Mai 2013) am 20. Januar 2014 zurückgezogen. Der Parlamentsdienst wird dieses Geschäft in der Geschäftskontrolle als erledigt eintragen.

Der Kantonsratspräsident muss am Nachmittag an der Beerdigung eines Freundes teilnehmen. Der Kantonsratsvizepräsident wird daher die Nachmittagssitzung leiten. Auch der Landammann wird am Nachmittag fehlen, weil er ebenfalls an diese Beerdigung geht.

TRAKTANDUM 1

953 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat die Interpellation der Konkordatskommission betreffend Einbezug des Kantonsrats in Sachen Informatikdepartement an der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) vom 17. Januar 2014 (Vorlage 2347.1 - 14555) unter Traktandum 11 und nicht unter Traktandum 3 mündlich beantworten will. Ansonsten liegen keine weiteren Änderungsanträge zur Traktandenliste vor.

➔ Der Rat genehmigt die Traktandenliste mit der vom Regierungsrat beantragten Änderung.

TRAKTANDUM 2

954 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 28. November und 12. Dezember 2013

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 28. November und 12. Dezember 2013 werden ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 4

Kommissionsbestellungen:

955 Traktandum 4.1: **Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen (Beurkundungsgesetz; BeurkG)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats und des Obergericht (2328.1/.2 - 14528/29).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Philip C. Brunner, Zug, SVP, Kommissionspräsident

Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg, CVP
Kurt Balmer, Rotkreuz, CVP
Manuel Brandenberg, Zug, SVP
Daniel Thomas Burch, Rotkreuz, FDP
Irène Castell-Bachmann, Zug, FDP
Alois Gössi, Baar, SP
Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP
Georg Helfenstein, Cham, CVP
Alice Landtwing, Zug, FDP
Andreas Lustenberger, Baar, AGF
Oliver Wandfluh, Baar, SVP
Florian Weber, Walchwil, FDP
Thomas Werner, Unterägeri, SVP
Vreni Wicky, Zug, CVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

956 Traktandum 4.2: **Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (Anpassung an das revidierte Betäubungsmittelgesetz des Bundes)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2329.1/.2 - 14531/32).

➔ Überweisung an die Gesundheitskommission.

957 Traktandum 4.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung von zwei Turnhallen und eines Schulraumprovisoriums für die Kantonsschule Zug (KSZ)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2335.1/.2 - 14540/41).

➔ Überweisung an die Kommission für Hochbauten.

958 Traktandum 4.4: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Landerwerb und für die Realisierung von Neu- und Umbauten für das Kantonale Gymnasium in Menzingen (kgm)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2336.1/.2 - 14542/43).

➔ Überweisung an die Kommission für Hochbauten.

959 Traktandum 4.5: **Ersatzwahl für die Raumplanungskommission**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die SVP-Fraktion beantragt, an Stelle von Gabriela Peita neu Oliver Wandfluh in die Raumplanungskommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

960 Wahlbestätigung Ersatzwahl eines vom Kanton zu wählenden Mitglieds des Bankrats der Zuger Kantonalbank für den Rest der Amtsdauer 2010–2014 (bis Generalversammlung 2015)

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2326.1 - 14526).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat Wahlbehörde ist und der Kantonsrat die Wahl nur zu bestätigen hat. Er verweist auf § 71 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats: «Das dem Kantonsrat für Wahlen anderer Behörden zustehende Bestätigungsrecht wird in der Form ausgeübt, dass über die Bestätigung mit Stimmzettel durch einfaches Ja oder Nein abgestimmt wird.» § 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung lautet: «Sofern das absolute Mehr im ersten Wahlgang nicht erreicht wird, kann auf Verlangen von ¼ der anwesenden Mitglieder ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden.» Auf die Stimmzettel dürfen also nur «Ja» oder «Nein», aber keine Namen geschrieben werden; andernfalls wäre der Stimmzettel ungültig.

Die Abstimmung ergibt das folgende Resultat:

Ausgeteilte Stimmzettel	Eingegangene Stimmzettel	Leere Stimmzettel	Ungültige Stimmzettel	In Betracht fallende Stimmzettel	Absolutes Mehr
72	71	2	0	69	35

Anzahl Ja-Stimmen	58
Anzahl Nein-Stimmen	11

➔ Der Rat bestätigt damit die Wahl von Heinz Leibundgut zum Mitglied des Bankrats der Zuger Kantonalbank für den Rest der Amtsdauer 2010–2014 (bis Generalversammlung 2015).

TRAKTANDUM 6

961 Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2332.1 - 14536).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es sich um die Validierung einer Wahl ohne Wahlgang, also einer stillen Wahl handelt. Gemäss § 40 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen findet kein Wahlgang statt, wenn für eine Behörde nur gleich viele oder weniger Personen vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind. Der Kantonsrat muss nun gemäss Gesetz feststellen, dass diese Wahl in rechtlich einwandfreier Form stattfand, und diese für gültig erklären. Die Feststellung der Gültigkeit dieser stillen Wahl steht unter dem Vorbehalt, dass die Rechtsmittelfrist gegen den Gewählterklärungsbeschluss des Regierungsrats vom 17. Dezember 2013 unbenützt abgelaufen ist. Dies ist der Fall.

➔ Der Rat stellt damit stillschweigend die Gültigkeit der Wahl von Philipp Sialm zum Kantonsrichter für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 fest.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Philipp Sialm somit frühestens ab 1. Februar 2014 bzw. spätestens ab 1. April 2014 für den Rest der Amtsperiode 2013–2018 zum Kantonsrichter gewählt ist. Er wünscht ihm viel Erfolg bei seiner Tätigkeit.

TRAKTANDUM 7

962 **Gesetz betreffend Anpassung kantonaler Erlasse an den Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates der Europäischen Union vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, sowie weitere Gesetzesänderungen: 2. Lesung**

Es liegen vor: Ergebnisse der 1. Lesung (2165.9/.10/.11/.12/.13 - 14498/499/500/501/502).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der **Vorsitzende** schlägt vor, über die ganze Vorlage 2165 *en bloc* eine einzige Schlussabstimmung durchzuführen, also nicht einzeln über die Teilvorlagen abzustimmen. Dieser Abstimmungsmodus ist mit § 59 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vereinbar. Der Rat ist damit stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat stimmt der ganzen Vorlage 2165, also allen Teilvorlagen 2165.9 bis 2165.13, mit 69 zu 1 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor:
Die Motion von Alois Gössi und Hubert Schuler betreffend schlagende Jugendliche gegenüber ihren Eltern und Geschwistern vom 15. Januar 2009 (Vorlage 1772.1 - 12978) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion Gössi/Schuler stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

963 **Teilrevision des Energiegesetzes: 2. Lesung**

Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2217.4 - 14456).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat lehnt die Vorlage mit 36 zu 29 Stimmen ab.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor:
Die Motion von Daniel Thomas Burch betreffend Strategie zur Substitution fossiler Brennstoffe zur Erzeugung von Raumwärme in Gebäuden vom 29. Januar 2009 (Vorlage 1777.1 - 12996) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion Burch stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 9

964 Teilrevision des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2290.1/.2 - 14441/42) und der vorberatenden Kommission (2290.3 - 14518).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat Eintreten und Zustimmung beantragt. Der Antrag der vorberatenden Kommission lautet auf Eintreten und Zustimmung mit der von der Kommission beschlossenen Änderung.

EINTRETENSDEBATTE

Vroni Straub-Müller, Präsidentin der vorberatenden Kommission, orientiert, dass die Kommission das Geschäft an einer Halbtagessitzung beraten hat, dies in Anwesenheit und mit Unterstützung von Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel, Generalsekretär Gianni Bomio und Peter Kottmann als Protokollführer. Sie dankt allen für die konstruktive Zusammenarbeit – immerhin hatte das Thema durchaus Potenzial für emotionale Hoch und Tiefs. Die Votantin macht – wie schon zu Beginn der Kommissionssitzung – auch hier im Rat darauf aufmerksam, dass Kommissions- und Ratsmitglieder gemäss Geschäftsordnung des Kantonsrats verpflichtet sind, vor ihren Voten ihre Interessenbindung bekanntzugeben.
Die in dieses Geschäft stark involvierten Partner wie die Verkehrsvereine Unter- und Oberägeri, die Zuger Hotellerie und Zug Tourismus hatten vor der Eintretensdebatte Gelegenheit, der Kommission ihre besonderen Anliegen vorzutragen. Die Eintretensdebatte war dann relativ kurz. Ein Mitglied stellte fest, dass es sich ja nur um einen Betrag von 40'000 Franken handle. Es wurde ein Antrag auf Nichteintreten gestellt, dies mit der Begründung, dass erstens immerhin vier Gemeinden die Vorlage ablehnen würden und zweitens keine Klarheit herrsche, was Zug Tourismus mit den 40'000 Franken genau machen würde. Der Antrag wurde mit 9 zu 4 Stimmen abgelehnt.
In der Detailberatung wurde lediglich bei § 6 Abs. 1 aus sprachlichen Gründen und in Analogie zu § 7 Abs. 1 die Logiernacht in Klammern eingeführt. Weitere Anträge wurden nicht gestellt. Hingegen war es der Kommission wichtig zu erfahren, was Zug Tourismus mit dem Geld tatsächlich umsetzen würde. Der Geschäftsführer von Zug Tourismus, Urs Raschle, erläuterte, dass die 40'000 Franken als sogenannter Sockelbeitrag in das Gesamtmarketing fliessen sollen, in Leistungen also, die dem ganzen Kanton und allen Gemeinden zugute kommen.
Die vorberatende Kommission empfiehlt, auf die Vorlage einzutreten, ihr zuzustimmen und die erheblich erklärte Motion von Philip C. Brunner als erledigt abzuschreiben. Das *tupfgenau* Gleiche empfiehlt auch die AGF.

Beat Iten hat für die SP-Fraktion bereits bei der Überweisung der Motion Brunner grundsätzlich positiv Stellung genommen zur Anpassung des Beherbergungsgesetzes. Eine Vereinheitlichung der Praxis der Beherbergungsabgabe und die Erhebung dieser Abgabe in allen Gemeinden sind sinnvoll. Ebenso ist die Entrichtung eines Teils dieser Abgabe an Zug Tourismus sinnvoll, womit das heute teilweise geltende *Gentlemen Agreement* ersetzt wird. Zug Tourismus erhält damit den ihm zustehenden Beitrag für seine gute Arbeit für den Tourismus im Kanton Zug.
Die Anhörung der verschiedenen Tourismusvertreter in der Kommission hat diesen Eindruck grundsätzlich bestätigt. Es ist wichtig, dass die Basisdienstleistungen von Zug Tourismus allen Destinationen und allen Bedürfnissen im Kanton Zug einigermassen gerecht werden. Die SP hat das Vertrauen, dass dies möglich ist, dass eine gute Zusammenarbeit innerhalb des Kantons machbar ist und dass der Wille

dazu von allen Seiten vorhanden ist. Auch das Ägerital kann von diesem Basisangebot profitieren, und die Abgabe des jetzt festgelegten Mindestbetrags ist auch für die Kur- und Verkehrsvereine im Ägerital verkraftbar.
Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt der Teilrevision mit der Änderung der vorberatenden Kommission zu.

Karl Nussbaumer: Die SVP-Fraktion stellt den **Antrag,** auf diese Vorlage nicht einzutreten. Sollte der Rat doch eintreten, wird die SVP in der Detailberatung für die liberalere bisherige Gesetzgebung stimmen.
In der SVP-Fraktion wurde sehr heftig über die Vorlage diskutiert. Die SVP ist klar der Meinung, dass die vorgeschlagene Änderung, die so harmlos daherkommt, nichts anderes als eine Steuererhöhung zu Lasten des Tourismusgewerbes ist. Die SVP ist auch der Meinung, dass die Erhebung einer Beherbergungsabgabe nicht zwingend vorgeschrieben werden muss. Sie findet es nicht richtig, dass vorgeschrieben werden soll, pro Logiernacht 0.45 Franken der kantonalen Tourismusorganisation zu überweisen. Sie ist grossmehrheitlich der Meinung, dass der aus der Beherbergungsabgabe kommende Ertrag der lokalen Tourismusorganisation gutgeschrieben werden soll, wie es im bisher gültigen Gesetz steht. Der Votant dankt für die Unterstützung des Nichteintretensantrags.

Cornelia Stocker: Die FDP-Fraktion folgt mit unterschiedlicher Begeisterung, aber doch mehrheitlich dem Antrag der Regierung und der vorberatenden Kommission. Trotz ihrer kritischen Haltung gegenüber Steuern und Abgaben macht es für die FDP Sinn, wenn alle Zuger Gemeinden zur Erhebung einer Abgabe verpflichtet werden. Das Basismarketing von Zug Tourismus, das allen Gemeinden zugute kommt, muss ja irgendwie finanziert werden.

Karin Andenmatten-Helbling: Die CVP-Fraktion stimmt mehrheitlich der einheitlichen und flächendeckenden Erhebung der Beherbergungsabgabe zu. Den Gewinn durch die Zentralisierung, namentlich die Bündelung der Kräfte und die damit verbundene Professionalisierung, erachten die meisten Fraktionsmitglieder als grösser als den teilweisen Verlust des Föderalismus. Die Höhe von 90 Rappen im Moment bis zu maximal 2 Franken ist mass- und sinnvoll, ebenso die Abgeltung der Grunddienstleistungen mit der Hälfte der Taxe an Zug Tourismus, welches neben zahlreichen Marketingaktivitäten für den gesamten Kanton auch einen an sechs Tagen geöffneten Tourismusinfostand im Bahnhof Zug betreibt, der den Gästen aller Gemeinden dient. Die CVP-Fraktion empfiehlt, der Teilrevision in der Version der vorberatenden Kommission zuzustimmen und die erheblich erklärte Motion von Philip C. Brunner als erledigt abzuschreiben.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** erinnert daran, dass der Rat die Motion von Philip C. Brunner mit 44 zu 26 Stimmen, also sehr deutlich, erheblich erklärt und damit den Regierungsrat regelrecht beauftragt hat, die jetzt vorliegende Gesetzesänderung vorzunehmen. Der Regierungsrat hat das klar formulierte Anliegen der Motion getreu umgesetzt. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt für das Eintreten auf die Vorlage und die Zustimmung zum regierungsrätlichen Vorschlag.
Zum Thema Zentralismus merkt der Volkswirtschaftsdirektor an, dass in der Vernehmlassung auch die sich doch recht autonom gebärdenden Ägerer Gemeinden Zustimmung signalisierten. Oberägeri liess verlauten, es könne einem Beitrag von maximal 45 Rappen pro Logiernacht zustimmen, und auch Unterägeri bezeichnete den Vorschlag als akzeptabel. Ein Blick über die Kantonsgrenzen zeigt, dass der Kanton Zug ein einfaches und relativ freiheitliches System hat. Im Kanton Luzern

beispielsweise hat man eine kantonale und eine gemeindliche Beherbergungstaxe, sodann die Kurtaxe sowie eine Tourismusabgabe, also vier verschiedene Abgaben. Auch sind die Gemeinden dort verpflichtet, maximal die vom Kanton festgelegte Abgabe zu erheben; sie können also nicht frei entscheiden. Im Kanton Zug ist es genau umgekehrt: Maximal 45 Rappen sind der kantonalen Tourismusorganisation zu überweisen, im Übrigen aber können die Gemeinden die Höhe der Beherbergungsabgabe bis zum gesetzlichen Grenzbetrag frei festlegen.

EINTRETENBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 48 zu 22 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 1 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

Karl Nussbaumer stellt namens der SVP-Fraktion die **Anträge,** bei § 1 Abs. 1 und 2 sowie bei § 6 und § 7 jeweils das geltende Recht beizubehalten.

➔ Der Rat genehmigt mit 34 zu 25 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 1 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission sich dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt mit 44 zu 21 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

§ 6 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag des Regierungsrats und ein Gegenantrag der Kommission vorliegen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt mit 51 zu 20 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 7 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

Manuel Brandenberg will nicht, dass der Eindruck entsteht, die SVP sei eine Querulanten-Partei. Sie ist vielmehr eine staatstragende und wichtige Partei, die für Freiheit und wenig Staat eintritt. Die bisherige Fassung von § 7 Abs. 1 sagt: «Der Ertrag aus der Beherbergungsabgabe wird der lokalen Tourismusorganisation gutgeschrieben.» Das bedeutet, dass die Gemeinden selber bestimmen können, welche lokale Tourismusorganisation das betreffende Geld erhält. Beschliesst der Rat nun die Fassung der vorberatenden Kommission, müssen 45 Rappen pro Logiernacht der kantonalen Tourismusorganisation gegeben werden. Es wird den elf Gemeinden also eine Freiheit weggenommen.
Die SVP-Fraktion hat ihren Antrag nicht gestellt, weil sie eine Querulanten-Partei ist, sondern weil sie für die Freiheit der Gemeinden und für die Subsidiarität eintritt. Die Gemeinden sollen selber bestimmen können, und der Kanton muss nichts vorschreiben. Der Votant ruft den Rat auf, dem Antrag der SVP zuzustimmen, aus Gründen der Sachlichkeit und weil er aus Sicht der Gemeinden richtig ist.

➔ Der Rat genehmigt mit 48 zu 23 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 10

965 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Realisierung eines neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) auf dem GS 456, Zugerstrasse 50, Steinhausen

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2256.1/.2 - 14354/55), der Kommission für Hochbauten (2256.3 - 14523) und der Stawiko (2256.4 - 14539).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Hochbauten Eintreten und Zustimmung mit den vor ihr beantragten Änderungen und die Staatswirtschaftskommission Eintreten und Zustimmung mit Änderungen beantragen.

EINTRETENSDEBATTE

Eusebius Spescha, Präsident der Kommission für Hochbauten, gibt zusammenfassend die Meinung der Kommission für Hochbauten wieder:
• Die Notwendigkeit eines Neubaus für das Amt für Verbraucherschutz ist ausgewiesen. Diese Frage wurde bereits bei der Behandlung des Projektierungskredits intensiv diskutiert. Es sind keine neuen Erkenntnisse aufgetaucht, welche diese Aussage in Frage stellen würden.

• Es liegt ein ausgereiftes und optimiertes Projekt vor. Die Kommission konnte sich davon überzeugen, dass die Jury gut ausgewählt hat und dass das Projekt von den beauftragten Planern überzeugend weiterentwickelt wurde.
• Die Kosten sind – bedingt durch die anspruchsvollen technischen Erfordernisse für den Laborbetrieb – hoch. Das war bereits aus der Behandlung des Vorprojekts klar. Es sei aber nochmals festgehalten, dass hier auf wenig Raum zwei komplett unterschiedliche Labors, eines für Bioanalytik und eines für chemische Analytik, realisiert werden, was eine hochkomplexe Aufgabe darstellt und auch mit entsprechenden Sicherheitsanforderungen verknüpft ist.
• Die Kommission schlägt vor, die Reserve auf 5 Prozent der Bausumme zu kürzen. Bei einem dermassen ausgereiften Projekt ist dies vertretbar.
• Die Kommission ist mehrheitlich der Meinung, dass bei einem öffentlichen Bau an dieser Lage und mit nicht unbedeutenden Kundenfrequenzen «Kunst am Bau» angemessen ist, zumal der Spielraum mit 100'00 Franken eng gesetzt ist.
• Die Kommission hat sich auch mit dem Kreditanteil für das Bauherrenmanagement auseinandergesetzt. Dieser scheint sehr hoch zu sein. Die Kommission hat deshalb entschieden, dieses Thema an einer künftigen Sitzung vertieft zu behandeln. Einen konkreten Streichungsantrag stellt sie nicht, da sie es als nicht seriös erachtete, einfach irgendeine Zahl zu nennen. In diesem Sinne kann die Kommission auch den Antrag der Stawiko nicht zur Unterstützung empfehlen.
• Einen Blankoscheck für den Ausbau des zweiten Stocks zu erteilen, erachtet die Kommission nicht als sinnvoll, weshalb sie die Streichung von § 2 beantragt.
Zusammenfassend beantragt die Kommission Eintreten und Zustimmung gemäss ihren Anträgen. Auch die SP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Anträge der Kommission.

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission: Die Hochbaukommission hat sich intensiv mit den baulichen Fragen und der Notwendigkeit dieses Gebäudes auseinandergesetzt und ausführlich Bericht erstattet. Die Stawiko konnte diesen Ausführungen folgen und konzentrierte sich auf finanzielle Fragen der Vorlage. Einmal mehr befindet der Rat hier über einen sehr teuren Bau. Das erklärt sich insbesondere aus den hohen Kosten für die Labor- und Betriebseinrichtungen in diesem speziellen Gebäude; insofern ist das Projekt nicht mit einen normalen Büro- oder Gewerbebau vergleichbar. Der vom Regierungsrat auf Seite 2 seines Berichts als *Benchmark* angeführte Kostenvergleich mit zwei ähnlichen Objekten ist aufgrund der Eigenheiten jedes einzelnen Gebäudes zwar mit Vorsicht zu geniessen, gibt aber doch einen minimalen Hinweis darauf, dass die Kosten des Projekts nicht völlig daneben liegen.
Die Hochbaukommission stellt zwei Änderungsanträge, die von der Stawiko einstimmig unterstützt werden. Die Stawiko stellt zwei zusätzliche Anträge, einen zum externen Projektmanagement und einen zum Kredit für «Kunst am Bau». Diese zwei Anträge führen zu einer weiteren Kürzung des Kredits um 600'000 Franken. Der Votant wird dazu in der Detailberatung kurz Stellung nehmen.
Die Stawiko beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Stawiko zuzustimmen.

Andreas Hürlimann hält zusammenfassend fest, dass die AGF dem Baukredit zustimmt, aber wie die Stawiko und die Hochbaukommission einige Anträge stellt resp. die Anträge dieser Kommissionen unterstützt. Aus Sicht der AGF sind bei diesen Anträgen aber zwingend Korrekturen vorzunehmen, so beim Antrag der Stawiko zu «Kunst am Bau». Die AGF hat kein Verständnis für die Streichung des gesamten Betrags für «Kunst am Bau». Der ursprüngliche Betrag von 250'000

Franken wurde bereits auf 100'000 Franken gekürzt, und der AGF scheint damit der Sparerei bereits Genüge getan. Kunst und das kulturelle Schaffen zu fördern, ist nicht *per se* schlecht, wie Anträge aus der rechten Ecke jeweils weismachen wollen. In § 1 des Gesetzes über die Förderung des kulturellen Lebens heisst es: «Der Kanton unterstützt zur Förderung des Geisteslebens und zur Wahrung der zugerischen Eigenart künstlerische, wissenschaftliche und andere kulturelle Bestrebungen.» Es wäre schade, wenn der Kanton Zug die neue Eigenart entwickeln würde, bei kantonalen Bauten keine kulturelle Förderung mehr vorzunehmen.
Die AGF unterstützt den Antrag der Hochbaukommission, die Reserve für Unvorhergesehenes auf 5 Prozent festzulegen. Gemäss Erfahrungen der letzten Jahre hat es bei Anträgen der Baudirektion immer mehr als genug Luft drin. Ebenfalls unterstützt die AGF den Antrag der Stawiko, die Kosten für das externe Projektmanagement um 500'000 Franken zu reduzieren. Die Baudirektion hat zusätzliche Personalstellen bewilligt bekommen, explizit auch für das Projekt Amt für Verbraucherschutz. Dieser Antrag ist daher nur folgerichtig.
Bereits vor einigen Jahren hat die AGF im Kantonsrat die Frage gestellt, was denn mit dem alten Laborgebäude passiere. 2010 konnte hierzu noch keine Antwort gegeben werden. Wie sieht es heute aus? Ebenfalls hat die AGF keine Antwort auf die Frage der Nutzung des zweiten Obergeschosses erhalten. Daher unterstützt sie die ersatzlose Streichung von § 2. Es macht keinen Sinn, auf Vorrat Gelder abzuholen, so lange nicht klar ist, wie diese Fläche genutzt werden soll. Unter Berücksichtigung dieser Ausführungen ergibt sich schlussendlich ein Kreditbetrag 22,1 Millionen Franken, was die AGF hiermit beantragt. Die AGF ist für Eintreten.

Thomas Wyss: Die SVP-Fraktion stimmt dem Objektkredit für die Realisierung eines neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz zu. Sie ist mit der Regierung und den vorberatenden Kommissionen der Meinung, dass dieser Neubau notwendig ist. Die heutigen Räumlichkeiten genügend den Anforderungen nicht mehr, und die Lebensmittelkontrolle ist eine Kernaufgabe des Staates.
Den Änderungsanträgen der vorberatenden Kommissionen stimmt die SVP-Fraktion teilweise zu. So teilt sie die Ansicht der Stawiko, dass hier auf «Kunst am Bau» getrost verzichtet werden kann; die wichtige Arbeit der Lebensmittelkontrolle ist schon Kunst genug. Eine Mehrheit der Stawiko will auch die Kosten für das externe Projektmanagement um eine halbe Million Franken kürzen. Diesem Antrag folgt die SVP-Fraktion nicht – im Wissen, aus der Überzeugung und aus der Erfahrung, dass mit einem guten Projektmanagement bei einem solchen Bauvolumen diese Summe mehr als eingespart werden kann.

Daniel Abt: Die FDP-Fraktion unterstützt die Vorlage mit den Änderungen der Hochbaukommission resp. der Stawiko. Das vorliegende Projekt überzeugt durch sein kompaktes Bauvolumen und die ausgeklügelten und dadurch auch kosteneffizienten Systemlösungen. Der sehr hohe Anteil an komplexen Laboreinrichtungen relativiert die hohen Investitionskosten, was auch durch die Tatsache belegt wird, dass der Anteil der Baumeisterarbeiten nur ca. 10 Prozent der Gesamtsumme beträgt; bei normalen Bauten liegt dieser Anteil bei rund einem Drittel. Die Reduktion der Reserven ist für die FDP begründet. Den Anträgen der Stawiko, den Kredit für «Kunst am Bau» zu streichen und den Budgetposten für die Baubegleitung zu reduzieren, stimmt die FDP zu.

Frowin Betschart: Die CVP Fraktion ist mehrheitlich für Eintreten. Kritische Stimmen in der Fraktion stellen insbesondere die Notwendigkeit und die doch beacht-

lichen Kosten in Frage. In der Detailberatung wird die CVP den Anträgen der Hochbaukommission folgen. Sie unterstützt auch den Kürzungsantrag der Stawiko. Einmal mehr gab «Kunst am Bau» Anlass zur Diskussion. Mit einer kleinen Mehrheit wird die CVP den Kürzungsantrag der Stawiko unterstützen.
Letztendlich liegt ein gutes und ausgewogenes Bauprojekt vor. Der Bedarf ist aus Sicht der CVP-Fraktion gegeben. Eine gute Umsetzung der Gesetzgebung, insbesondere hinsichtlich der täglichen Ernährung, ist der CVP wichtig. Darum unterstützt sie den Neubau des Amts für Verbraucherschutz.

Beat Wyss legt seine Interessenbindung vor: Er arbeitet in einer Holzbaufirma, die schlanke, energieeffiziente Holzbauelemente herstellt.
Die dicken Wände bei diesem Objekt haben dem Votanten etwas Kopfzerbrechen gemacht: 70 Zentimeter dicke Wände wie bei einer mittelalterlichen Burg. Mehr als 40 Zentimeter dicke Wände sollte man heute nicht mehr bauen. Mit hochwertigen Holzbauelementen ist es möglich, nur noch 40 Zentimeter dicke Wände zu produzieren. Um die Wanddicke zu ändern, gibt es zwei Varianten. Entweder man macht das Gebäude auf der Aussenseite kleiner, also von 30 x 30 Meter auf 29,4 x 29,4 Meter; auf jeder Seite werden 30 cm vom Gebäude abgeschnitten. Das ergibt eine Einsparung von 500 Kubikmeter für dieses Objekt, was bei 1220 Franken pro Kubikmeter zu einem Minderpreis von 600'000 Franken führt. Bei dieser ersten Variante müsste das ganze statische Konzept geändert werden, was die Einsparung durch Planungsänderungen wieder auffressen würde. Das hat der Votant in der Kommissionsarbeit verstanden.
Die zweite Variante ist, dass man die Wände auf der Innenseite um 30 Zentimeter dünner macht. Dadurch erhält man eine zusätzliche Fläche auf der Innenseite, nämlich 35 Quadratmeter pro Stockwerk, was bei vier Stockwerken 140 Quadratmeter ergibt – und schon hätte man eine Abwartswohnung. Das vorliegende Objekt ist fertig geplant, und die Räume sind eingeteilt. Wenn ein Raum jetzt 30 Zentimeter grösser wird, bringt das nicht viel. Auch das hat der Votant verstanden. Man würde aber bei diesem Objekt mittels einer zeitgemässen Wandkonstruktion 140 Quadratmeter Fläche gewinnen, und das Gebäude würde von aussen nicht anders aussehen. Ein weiterer grosser Vorteil dieser schlanken Wände ist, dass sie viel weniger Graue Energie (Herstellungsenergie) benötigen.
Für dieses Objekt ist es leider zu spät, noch etwas zu ändern. Es ist aber wichtig, dass Planungsansätze mit kompakten Holzbauelementen oder anderen effizienten Aussenwandelementen künftig beim Hochbauamt früh in die Planung einfliessen. Das sind wirtschaftliche Lösungen. An die Adresse des Hochbauamts und an den Architekten: Es sollen keine Burgen wie im Mittelalter mehr gebaut werden. Man soll vielmehr schauen, wie die grossen Investoren in Zug die Hochhäuser bauen.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die positive Aufnahme der Vorlage. Es ist tatsächlich ein teurer Bau, wobei die Gründe für die hohen Kosten von den beiden Kommissionspräsidenten bereits dargelegt wurden. Weshalb ein eigenes Labor im Kanton Zug notwendig ist, wurde schon in der Debatte um den Projektierungskredit hinlänglich ausgeführt.
Die Aussage von Beat Wyss, es werde ein mittelalterlicher Bau erstellt, muss der Baudirektor klar dementierten. Architekt Markus Schietsch baut modern, nicht mittelalterlich. Dass es kein Holzbau ist, wie Beat Wyss ihn sich wünschte, ist eine Tatsache. Zu den von Wyss nicht der Kommission, aber jetzt dem Rat vorgelegten Kostenberechnungen und Reduktionsmöglichkeiten kann der Baudirektor nicht Stellung nehmen. Der Architekt und die weiteren Fachleute haben der Kommission – und damit auch Beat Wyss – aber detailliert aufgezeigt, wieso der Bau in der ge-

planten Form richtig ist. Es ist auch festzuhalten, dass ein Wettbewerbsverfahren durchgeführt wurde und Beat Wyss bzw. die Holzbaufirma Iten & Henggeler sich daran nicht beteiligt haben. Der Baudirektor lädt Wyss ein, sich am nächsten Wettbewerbsverfahren zu beteiligen – und vielleicht mit einem Holzbau den ersten Preis zu gewinnen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der Kommission für Hochbauten anschliesst. Von diesem Antrag unterscheidet sich derjenige der Stawiko in zwei Punkten:
• Kürzung um 500'000 Franken beim externen Projektmanagement
• Kürzung um 100'000 Franken für «Kunst am Bau».
Im Einvernehmen mit den Präsidenten der Hochbaukommission und der Stawiko sowie dem Regierungsrat, wird über diese beiden Kürzungsanträge einzeln abgestimmt. Wenn der Rat beide Teilposition beibehält, bleibt es bei der Baukreditsumme gemäss Antrag Hochbaukommission. Wenn der Rat beide Teilposition streicht, bleibt es bei der Baukreditsumme gemäss Antrag Stawiko. Allenfalls optiert der Rat für einen Mittelweg. Formell stimmt der Rat über zwei Änderungsanträge zum Antrag der Hochbaukommission sowie über den Antrag der AGF ab, die gemäss § 61 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu bereinigen sind. Es wird über die beiden Anträge deshalb einzeln abgestimmt, damit die Ratsmitglieder ihren Willen präzise zum Ausdruck bringen können.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** erläutert wie angekündigt die zwei Änderungsanträge der Stawiko. Zum ersten Antrag: Für externes Projektmanagement sind in der Vorlage 768'000 Franken eingesetzt, was 3,5 Prozent der Kreditsumme entspricht. Die Stawiko stellt den **Antrag,** diesen Posten um zwei Drittel, also um runde 500'000 Franken zu kürzen. Mit dem Budget 2014 wurden dem Hochbauamt 4,2 zusätzliche Stellen bewilligt. Da muss es doch möglich sein, dieses Projektmanagement intern zu bewältigen. Die Stawiko beantragt keine vollständige Streichung, damit in beschränktem Rahmen und wenn das unbedingt erforderlich ist doch noch externes Fachwissen eingekauft werden kann. Wichtig ist in Hinblick auf andere Projekte, dass dieses Expertenwissen im Hochbauamt mittels des bewilligten Budgets intern aufgebaut wird. Die Stawiko stellt ihren Antrag mit einem Stimmenverhältnis von 6 zu 1.
Der zweite Antrag betrifft den Betrag für «Kunst am Bau», der – wie schon bei anderen Vorlagen – in der Stawiko zu einer längeren Diskussion führte. Die Stawiko nahm zur Kenntnis, dass der Lenkungsausschuss den Betrag bereits von 250'000 Franken auf 100'000 Franken gekürzt hat. Trotzdem war eine knappe Mehrheit der

Stawiko der Ansicht, dass der Betrag aufgrund des geringen Publikumsverkehrs in diesem Gebäude ganz gestrichen werden kann. Der **Antrag** der Stawiko auf Streichung dieser 100'000 Franken erfolgt mit 4 zu 3 Stimmen.
Der Stawiko-Präsident wird dieses Thema, das sich zum Dauerbrenner entwickelt hat, und die aus dem Jahr 1965 stammende gesetzliche Grundlage für die im September stattfindende Stawiko-Klausur traktandieren. Die Stawiko wird dann entscheiden, ob sie dem Kantonsrat eine Motion zur Änderung dieses Erlasses vorlegen wird, um dieses Thema ein für alle Mal klären zu können.
Stimmt der Rat den Änderungsanträgen der Stawiko zu, reduziert sich die Kreditsumme auf 22 Millionen Franken. Der Stawiko-Präsident dankt für die Zustimmung.

Daniel Abt findet die Idee von Gregor Kupper sehr gut. Er hat gestern eine Motion eingereicht, die wie folgt lautet: «Das Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens sei so anzupassen, dass darin festgelegt wird, unter welchen Rahmenbedingungen wie viele Mittel für ‹Kunst am Bau› aufgewendet werden sollen.» Das Thema löst in den Kommissionen, in den Fraktionen und dann auch noch im Ratsplenum immer lange Diskussionen aus. Das muss effizienter angegangen werden, und der Votant möchte ein für alle Mal diskutieren, wann, wieso und wie viele Mittel für «Kunst am Bau» eingesetzt werden.

Baudirektor **Heinz Tännler** beantwortet einleitend noch die zwei Fragen, die Andreas Hürlimann in seinem Eintretensvotum gestellt hat. Bezüglich des alten Laborgebäudes ist vorgesehen, dort das Archiv der Steuerverwaltung und möglicherweise auch noch gewisse Büros unterzubringen. Und bezüglich des zweiten Obergeschosses ist im Moment noch offen, ob es extern oder intern genutzt wird.
Dem Antrag der Hochbaukommission – Kürzung der Reserve von 10 auf 5 Prozent – stimmt der Regierungsrat zu. Zum Antrag der Stawiko auf Streichung des Kredits für «Kunst am Bau»: Der Baudirektor ist froh um die Motion, die Daniel Abt zu diesem Dauerbrenner eingereicht hat Der Kredit wurde – wie schon erwähnt – bereits auf 100'000 Franken reduziert. Es gibt natürlich einen gewissen Publikumsverkehr im Amt für Verbraucherschutz, der aber sicher nicht so gross ist wie in anderen Verwaltungsgebäuden. Es stellt sich nun die Frage, ob man mit der allfälligen Streichung nicht etwas präjudiziert. Es könnte ja sein, dass man bei der Debatte zur Motion Abt zum Schluss kommt, dass beim Amt für Verbraucherschutz «Kunst am Bau» durchaus angebracht gewesen wäre. Der Baudirektor schlägt deshalb vor, an den beantragten 100'00' Franken nicht zu rütteln – und er hofft, dass mit der Motion Abt eine klare gesetzliche Grundlage geschaffen wird und die ewigen Diskussionen zu diesem Thema dann ein Ende haben.
Über die Kosten für die Bauherrenvertretung wurde bereits in der Hochbaukommission intensiv diskutiert; die Ergebnisse der Zusatzabklärungen wird die Baudirektion der Kommission in einer der nächsten Sitzungen vorlegen. Auch wenn für die Baudirektion zusätzliche Stellen bewilligt wurden, so ist bei einem 22-Millionen-Bau ein Bauherrenvertreter, der sich im Sinne eines «Wadenbeissers» auf dieses Projekt konzentrieren kann, für die Qualität und die Kosten sehr entscheidend. Es geht dabei nicht einfach um eine Person, sondern um Positionen: um administrativen Support für die Projektleitung, um Controlling und Qualitätsmanagement, um einen Kostenexperten, um Experten für Gebäude- und Labortechnik. Das sind fachspezifische Aufgaben, und in der Baudirektion ist das Fachwissen in dieser spezifischen Form und für diesen komplexen Bau nicht vorhanden. In Absprache mit dem Regierungsrat und dem Hochbauamt schlägt der Baudirektor nun aber vor, den beantragten Betrag von 768'000 Franken auf 500'000 Franken zu kürzen. Für den Support Projektleitung stünden dann 100'000 Franken, für Controlling und Qualitätsmanage-

ment 150'000 Franken, für den Kostenexperten 70'000 Franken, für den Gebäudetechnikexperten 80'000 Franken und für den Laborexperten 100'000 Franken zur Verfügung. Das Total von 500'000 Franken ist zugegebenermassen noch immer ein stattlicher Betrag, der Baudirektor ist aber überzeugt, dass es gut investiertes Geld ist. In diesem Sinne stellt der Regierungsrat den **Antrag,** den ursprünglich beantragten Betrag von 768'000 Franken für externes Projektmanagement auf 500'000 Franken zu kürzen.

Eusebius Spescha teilt mit, dass sich die Hochbaukommission zum jetzt vorliegenden, kurzfristig entstandenen Antrag des Regierungsrats keine Meinung mehr bilden konnte. Die Hochbaukommission hat die Frage des Bauherrenmanagements aber intensiv angeschaut und ihr Unbehagen in dieser Hinsicht im Bericht ausgedrückt. Die Kommission hat sich für intensivere Abklärungen entschieden, und die Baudirektion wird ihr an einer der nächsten Sitzungen Red und Antwort stehen. Es werden auch Investoren aus der Privatwirtschaft eingeladen, die über ihre Erfahrung mit dem bauherrenseitigen Projektmanagement berichten. Wenn die Regierung jetzt von sich aus zum Schluss kommt, den Betrag für das Baumanagement auf 500'000 Franken zu reduzieren, dann unterstützt der Votant als Präsident der Hochbaukommission diesen Antrag. Mit 500'000 Franken kann man diese Aufgabe ebenfalls sehr gut lösen.
Der Kommissionspräsident davon aus, dass sich nun zwei Anträge – jener des Regierungsrats auf 500'000 Franken und jener der Stawiko auf 268'000 Franken – gegenüberstehen, über die in einem einfachen Verfahren abgestimmt werden kann.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden, ob die Hochbaukommission damit ihren Antrag zurückgezogen habe, hält **Eusebius Spescha** fest, dass die Hochbaukommission keinen expliziten Kürzungsantrag beschlossen hat, sondern entschieden hat, in diesem Punkt den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen. Wenn die Regierung nun ihren Antrag geändert hat, müsste die Hochbaukommission eigentlich nochmals darüber diskutieren. Der Votant schlägt aber vor, das Verfahren zu vereinfachen und den neuen Antrag des Regierungsrats jenem der Stawiko gegenüberzustellen – ausser es stellt jetzt jemand explizit den Antrag, den ursprünglichen Antrag des Regierungsrats als dritte Möglichkeit beizubehalten.

Der **Vorsitzende** ist zusammen mit dem Landschreiber der Ansicht, dass entgegen dem Vorschlag von Eusebius Spescha eine Dreifachabstimmung durchgeführt werden muss, dies zu folgenden drei Anträgen:
• Antrag der Hochbaukommission: keine Kürzung
• Antrag der Stawiko: Kürzung um 500'000 Franken
• Antrag des Regierungsrats: Kürzung um 268'000 Franken.

Heini Schmid unterstützt die Meinung von Eusebius Spescha. Die Hochbaukommission hat keinen eigenen Antrag gestellt, sondern den Antrag des Regierungsrats unterstützt. Und selbstverständlich kann der Regierungsrat nun seinen Antrag ändern oder auch zurückziehen – andernfalls hätte die Regierung ja keine Hoheit mehr über ihre Anträge. Es wäre unpraktikabel und würde den Parlamentsbetrieb stark belasten, wenn man hier jetzt allzu formell vorgehen würde. In diesem Sinne stellt der Votant explizit **Antrag** auf eine normale Abstimmung über zwei Anträge:
• geänderter Antrag des Regierungsrats: Kürzung um 268'000 Franken
• Antrag der Stawiko: Kürzung um 500'000 Franken.

➔ Der Rat genehmigt mit 56 zu 17 Stimmen den Antrag von Heini Schmid.

➔ Der Rat genehmigt mit 37 zu 35 Stimmen den Antrag des Regierungsrats, den Kreditposten für das externe Projektmanagement um 268'000 Franken auf 500'000 Franken zu kürzen.

➔ Der Rat genehmigt mit 38 zu 30 Stimmen den Antrag der Stawiko, den Kreditposten für «Kunst am Bau» (100'000 Franken) zu streichen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass § 1 Abs. 1 damit lautet: «Für die Realisierung eines neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes auf dem GS 456, Zugerstrasse 50, Steinhausen, für das Amt für Verbraucherschutz wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Objektkredit von 22'232'000 Franken inkl. 8 % MWST (ohne Büroausbau 2. Obergeschoss) bewilligt (Preisstand: Zürcher Baukostenindex 1. April 2012).»

§ 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei sich gegenseitig ausschliessende Hauptanträge vorliegen. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission und der Stawiko an. Damit erübrigt sich eine Abstimmung, und damit entfällt § 2. Die Staatskanzlei nimmt die Neunummerierung der Paragrafen nach der zweiten Lesung vor.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Die zweite Lesung findet am 20. Februar 2014 statt.

TRAKTANDUM 11
Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme vom mehrjährigen Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)
Interpellation der Konkordatskommission betreffend Einbezug des Kantonsrats in Sachen Informatikdepartement an der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) vom 17. Januar 2014 (Vorlage 2347.1 - 14555)
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrat (2287.1/.2 - 14427/28), der Bildungskommission (2287.3 - 14504) und der Stawiko (2287.4 - 14524); Interpellation (2347.1 - 14555).

966 Traktandum 11.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme vom mehrjährigen Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat Eintreten auf die Vorlage und Kenntnisnahme vom Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentral-

schweiz (Hochschule Luzern) beantragt. Die Bildungskommission und die Stawiko schliessen sich dem Antrag des Regierungsrats an.

Martin Pfister, Präsident der Bildungskommission, hält fest, dass der Kantonsrat heute erstmals in der Geschichte der Fachhochschule Zentralschweiz die bildungspolitischen Parameter dieser gemeinsamen Bildungsinstitution berät. Auch wenn dem Rat mit der Möglichkeit zur Kenntnisnahme der kleinstmögliche Entscheidungsspielraum bleibt, ist diese alle drei Jahre wiederkehrende Diskussion eine Chance der politischen Einflussnahme und eine deutliche Verbesserung zur früheren Situation. Dabei werden zweierlei Effekte erzielt: Die Hochschule ist regelmässig zur öffentlichen Rechenschaft über ihre Tätigkeit gezwungen, und die Politik erhält die Möglichkeit zur Einflussnahme unter Wahrung einer gewissen unternehmerischen Freiheit der Fachhochschule. Zudem wird hier gleich beim ersten Mal eine zusätzliche Spielform der Kenntnisnahme durchgespielt, indem der Konkordatsrat bzw. die in den Kantonen zuständigen Exekutiven über die Kenntnisnahme des Leistungsauftrags gleich auch die Haltung der Parlamente zu einem wichtigen hochschulpolitischen Entscheid – zum Standort des neuen Informatikdepartements – abholen.
Zwei Schönheitsfehler müssen bei dieser Vorlage allerdings festgestellt werden: Erstens wird hier ein Leistungsauftrag zu einem Zeitpunkt beraten, in dem schon fast die Hälfte der Laufzeit erreicht ist, und zweitens kann über die wichtige Frage des Informatikdepartements erst nach dem Entscheid des Konkordatsrats debattiert werden. Wie der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Interpellation der Konkordatskommission versichern wird, soll künftig der Leistungsauftrag vor Beginn der Laufzeit in das Parlament kommen. Der Kantonsrat soll in Zukunft wenn immer möglich frühzeitiger in die Diskussion von wichtigen Entscheiden der Fachhochschule einbezogen werden.
Die Bildungskommission hat die Frage des Informatikdepartements eingehend geprüft und diesbezüglich dem Rektor der Hochschule und dem Volkswirtschaftsdirektor auch vertiefte Fragen gestellt. Vor dem Hintergrund einer Studie der Universität St. Gallen zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung eines Departments Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz für den Kanton Zug, die der Kommission vorlag, und der positiven Reaktionen der Zuger Wirtschaft auf die Pläne zur Ansiedlung eines Informatikdepartements in Zug drückte die Bildungskommission einstimmig ihre Zustimmung zu einer allfälligen Ansiedlung des Informatikdepartements aus. Die Kommission war der Meinung, dass sich der Standort Zug mit den zahlreichen Unternehmen, die im Bereich Informatik tätig sind oder Informatiker für ihre Tätigkeit benötigen, ausgezeichnet für das neue Departement eignet. Gleichzeitig erwartet sie einen grossen Nutzen für die ansässige Wirtschaft, die auf eine genügende Zahl von Fachkräften in der Informatik angewiesen ist. Wer hier studiert, bleibt dem Kanton Zug auch eher als Fachkraft erhalten. Die Bildungskommission ist zudem überzeugt, dass die Nähe zum Grossraum Zürich für die Rekrutierung von Studierenden Vorteile hat. Die Fokussierung und das Engagement in der höheren Berufsbildung entspricht einer langjährigen Strategie des Kantons Zug. Mit dem erfolgreichen Institut für Finanzdienstleistungen verfügen der Kanton Zug und die Hochschule zudem eine motivierende Erfahrung in dieser Form von Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern. Als Fragezeichen formulierte ein Kommissionsmitglied, ob die Studierenden, die zum Teil auch hier leben werden, die hohe Nachfrage nach Wohnraum nicht noch zusätzlich verschärfen und ob die Ansiedlung einer so grossen Bildungsinstitution allenfalls nicht der Strategie des Regierungsrats für eine Entschleunigung des Wachstums widersprechen könnte.
Der Votant dankt dem Regierungsrat und dem Volkswirtschaftsdirektor ausdrücklich, dass er die Vorteile des Standorts Zug im Konkordatsrat und gegenüber der

Hochschulleitung so plausibel darstellen konnte, dass der Entscheid im Dezember auf Zug gefallen ist. Das ist Grund zur Freude. Die Enttäuschung bei Mitbewerbern in Luzern ist verständlich. Sie belegt auch indirekt, wie richtig der Entscheid der Hochschule ist, im Bereich Informatik zu wachsen. Wichtig ist bei solchen Entscheiden, dass sie von den Entscheidungsträgern konsequent am Erfolg der Bildungsinstitution gemessen und politische Überlegungen nicht ins Zentrum gerückt werden. Das kann sich in andern Fällen auch wieder gegen Zug auswirken. Man darf festhalten, dass der Entscheid für den Standort Zug auch ein klares Zeichen für die Zentralschweiz als Träger der Fachhochschule ist. Das ist nach den Diskussionen in den letzten Jahren über die Zentralschweizer Bildungspolitik ebenfalls eine positive Entwicklung. Die Bildungskommission hat sich offen für eine allfällige Anschubfinanzierung des Kantons Zug für das neue Departement gezeigt, wie sie auch für das Institut für Finanzdienstleistungen (IFZ) und das Institut für Wissen, Energie und Rohstoffe Zug (WERZ) bewilligt wurden. In diesem Zusammenhang und allenfalls bei einem Richtplaneintrag kann sich dann der Kantonsrat erneut zur Frage des Informatikdepartements äussern.
Die Bildungskommission hat natürlich auch die andern Bereiche des Leistungsauftrags ausführlich diskutiert und kommt auch hier zu einem positiven Fazit. Sie unterstützt die Strategie der Hochschule Luzern, in jenen Bereichen zu wachsen, in denen auf dem Arbeitsmarkt eine Nachfrage besteht. Unbestritten ist dabei die Schwergewichtsetzung auf die MINT-Fächer. Sorge bereitet der Kommission der Abbau der finanziellen Reserven der Fachhochschule in den letzten Jahren. Die Kommission ist der Meinung, dass die Fachhochschule, die bei knappen Ressourcen eine hohe Qualität erreicht, in den nächsten Jahren ausreichend finanziert werden muss, damit sie im Wettbewerb unter den Hochschulen ihre gute Position halten kann.
In diesem Sinn empfiehlt die Bildungskommission, den mehrjährigen Leistungsauftrag 2013–2015 der Fachhochschule Zentralschweiz zur Kenntnis zu nehmen.

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission, kann sich grundsätzlich den Ausführungen seines Vorredners anschliessen. Besonders betont er, dass die Fachhochschule in diesem Leistungsauftrag so knapp mit finanziellen Mittel gespeist wird, dass sie gemäss Planrechnungen in den kommenden Jahren Verluste schreiben und ihr gesamtes Eigenkapital aufzehren wird. Dieses Vorgehen musste wegen des enormen Spardrucks im Kanton Luzern gewählt werden. Ob es strategisch richtig und sinnvoll ist, kann in Frage gestellt werden.
Bezüglich des Departements Informatik hat der Volkswirtschaftsdirektor die Stawiko vor dem Entscheid des Konkordatsrats informiert und deren Beurteilung abgeholt. Die Diskussion in der Stawiko fand unmittelbar im Anschluss an die kantonsrätliche Budgetsitzung statt und stand daher etwas im Zeichen der finanziellen Entwicklung des Kantons. Die Argumente dafür und dagegen sind in Bericht der Stawiko wiedergegeben. In Abwägung dieser Argumente begrüsst die Stawiko mehrheitlich den Standortentscheid zugunsten des Kantons Zug. Die Stawiko beantragt einstimmig, den Leistungsauftrag 2013–2015 zur Kenntnis zu nehmen.

Andreas Hürlimann spricht für die AGF und hält fest, dass die seit gut einem Jahr in Kraft stehende Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung die rechtlichen Grundlagen für die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern) verändert hat. Wie man den verschiedenen Unterlagen und Berichten entnehmen kann, werden neben den Aussagen zu den Leistungen der verschiedenen Departemente auch Aussagen zur Weiterbildung, zur angewandten Forschung und Entwicklung

sowie zu Dienstleistungen für Dritte gemacht. Auch werden Aussagen zu finanziellen Plandaten und zur Berichterstattung und *Controlling* gemacht.
Die AGF teilt die Auffassung der Bildungskommission und findet den Leistungsauftrag für die Hochschule Luzern gut aufgebaut. Er enthält die wesentlichen strategischen Eckwerte für die Weiterentwicklung der Fachhochschule. Die Entwicklung der Studierendenzahlen zeigt, dass man nachfrageorientiert vor allem in den Bereichen Technik und Architektur sowie im Departement Wirtschaft wachsen will. Dies scheint sinnvoll. Jedoch sollen die weiteren Departemente wie Musik und Soziale Arbeit sowie Design und Kunst das heute gute Niveau halten und weiter in die Qualität investieren können. Eine Hochschule soll und muss neben den sehr wichtigen technischen und wirtschaftlichen Fragestellungen auch zum sozialen und kulturellen Leben beitragen.
Bei der Finanzierung der Hochschule fällt vor allem auf, dass aufgrund der Sparanstrengungen des Kantons Luzern wichtige Mittel fehlen. Es ist der AGF ein Anliegen, dass die Hochschule Luzern nicht längerfristig in strukturelle Defizite gerät. Die Fachhochschule soll und muss eine gesunde Eigenkapitalbasis haben, und sie muss diese in Zukunft auch wieder aufbauen können. Die aufgezeigte Entwicklung stimmt hier leider eher kritisch, wofür die Hochschule selber aber kein Verschulden trifft. Sie ist kostengünstig aufgestellt und muss den Vergleich mit anderen Hochschulen nicht scheuen. Jedoch müssen alle Konkordatskantone – insbesondere auch der wichtige Standortkanton Luzern – ihre Verantwortung wahrnehmen und sich klar für eine nachhaltige Finanzierung der Hochschule aussprechen.
Die AGF hat sich zudem für die Schaffung eines Departements Informatik im Kanton Zug ausgesprochen und ist offen gegenüber einer Diskussion um eine allfällige Anschubfinanzierung. Diese Teilschule wird einem wichtigen Zuger Wirtschaftsbereich zusätzliche *Inputs* liefern können. Die AGF nimmt auch zur Kenntnis, dass mit einer neuen Fachhochschul-Institution im Kanton Zug auch ein höherer Standortabgeltungsbeitrag geschuldet wird. Dies ist für alle Standorte gleich geregelt und mit den neuen Rechtsgrundlagen so auch von allen involvierten Parlamenten akzeptiert worden.
Zur Schaffung einer neuen Hochschule im Kanton Zug gab es in der AGF natürlich auch einige kritische Gedanken und Anregungen. So zum Beispiel: Wie werden die zusätzlichen Pendlerströme aufgefangen? Reichen dafür die Kapazitäten in den Bahnhöfen und Zügen? Oder wenn man nicht will, dass gependelt wird: Wie sieht es allenfalls mit studentischen Wohnmöglichkeiten aus? Wurden mögliche Lösungen für diese Bereiche im Regierungsrat diskutiert? Vielleicht kann der Volkswirtschaftsdirektor dazu noch einige Antworten geben.
Zur Interpellation der Konkordatskommission: Wie der Regierungsrat in seiner Antwort ausführt, wird der mehrjährige Leistungsauftrag das nächste Mal vor Beginn der jeweiligen Periode den Kantonsparlamenten unterbreitet. Damit soll zukünftig eine rechtzeitige Information sichergestellt werden. Auch hat der Kanton Zug Mitglieder in der interparlamentarischen Aufsichtskommission der Fachhochschule Zentralschweiz. Diese waren informiert, und sie werden mehrmals jährlich über die aktuellen Entwicklungen aus dem Konkordatsrat durch den Konkordatsrats-Präsidenten sowie direkt aus der Hochschule durch den Rektor informiert. Zurzeit sind Arthur Walker und der Votant als Vertreter des Kantons Zug in dieser Kommission dabei. Sie informieren im Rahmen der Stawiko-Beratungen zur Rechnung jeweils auch aus dem FHZ-Konkordat, analog zu den anderen Konkordaten mit einer Begleitkommission. Zudem wurde der Votant in der Januar-Sitzung zum neuen Präsidenten dieser Aufsichtskommission gewählt. Er hat bezüglich zukünftiger Arbeit dieser Kommission bereits einige Ideen und Vorstellungen und ist selbstverständlich offen für weitere *Inputs* zur Verbesserung des Informationsflusses

in Richtung Kantonsparlamente. Was den Votanten auch noch wichtig dünkt: Durch die neuen Rechtsgrundlagen hat man der Hochschule die Kompetenzen gegeben, sich autonomer als zuvor über Standorte für Bereiche der Hochschule zu organisieren. Dies war so gewollt und ist auch nötig.
Die AGF nimmt zur Kenntnis, dass der Kantonsrat einerseits zu einem Beitrag des Kantons an die Aufbaukosten des Departements Stellung nehmen, anderseits im Richtplan mitbestimmen kann. Wenn die AGF zukünftig rechtzeitig vor Beginn der Planungsperioden über die entsprechenden Leistungsaufträge informiert wird, deckt diese Kombination ihre Informationsbedürfnisse genügend ab.

Zari Dzaferi hält namens der SP-Fraktion fest, dass dem Kantonsrat in dieser Vorlage nicht viele Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Der Rat kann den Leistungsauftrag der Fachhochschule Zentralschweiz lediglich zur Kenntnis nehmen – oder auch nicht. Vielleicht können über die Voten ein paar Worte an den Konkordatsrat gerichtet werden.
Der Aufbau eines Departements Informatik im Kanton Zug wurde in der SP-Fraktion ausführlich diskutiert. Der Kanton Zug macht damit eine kluge Politik. Er ist zu klein für eine eigene Hochschule und baut deshalb sein Angebot punktuell aus. Es ist unbestritten, dass eine hohe Nachfrage nach gut ausgebildetem IT-Personal besteht. Daher ist eine Investition in ein solches Departement sicherlich zukunftsgerichtet. Zuger Unternehmen sind auf IT-Fachkräfte angewiesen, und je mehr Fachkräfte hier ausgebildet werden, desto weniger müssen diese aus umliegenden Kantonen oder Ländern angeworben werden. Dennoch macht die SP darauf aufmerksam, dass der Regierungsrat in seiner Strategie 2010–2018 ein Wachstum mit Grenzen anstrebt. Folglich sollte das Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum abnehmen – nicht umgekehrt. Beim Aufbau eines Departements werden aber Arbeitsplätze geschaffen. Auch hat die SP noch Bedenken bezüglich der Standortfrage. Nach dem Prinzip «Verdichten nach innen» sollte nicht ein neues Gebäude auf einer grünen Wiese gebaut werden. Die SP-Fraktion ist dem Vorhaben jedoch positiv gestimmt, zumal der Informatikbereich bedeutend ist und für den Kanton Zug mehr Chancen bringt. Die SP wird sich zu gegebener Zeit wieder in die Diskussion einbringen.
Die SP-Fraktion begrüsst auch, dass die Fachhochschule nur jene Studienbereiche ausbauen möchte, in welchen auch eine wirtschaftliche Nachfrage vorhanden ist. Folglich kann die Fachhochschule Zentralschweiz Absolventinnen und Absolventen entlassen, die in der Wirtschaft auch Fuss fassen können. Es macht keinen Sinn, Personen in Fachbereichen auszubilden, in welchen sie danach ohnehin keine Berufsaussichten haben, weil einfach zu wenige Stellen vorhanden sind.
Zum Leistungsauftrag im Allgemeinen: Obschon der Leistungsauftrag grundsätzlich gut aufgebaut ist, enthält er aus Sicht der SP zwei elementare Fehler. Erstens wird das Raumproblem der Schule nur ansatzweise angesprochen. Die Schule braucht dringend mehr Kapazitäten, um attraktiv zu bleiben. Die SP verfolgt die Entwicklung gespannt mit. Zweitens sind die finanziellen Aussichten als düster zu beschreiben. Das Eigenkapital wurde in den letzten Jahren sukzessive abgebaut und betrug Ende 2012 nur noch 11,9 Millionen Franken, dies bei einem Umsatz von über 215 Millionen Franken. Das ist ein Hohn. Die Fachhochschule Zentralschweiz hat praktisch keine Kreditwürdigkeit. Noch schlimmer ist, dass das Eigenkapital während der Leistungsauftragsperiode praktisch aufgebraucht wird. Jede private Firma müsste sich ernsthafte Sorgen machen. Der Konkordatsrat muss in diesem Bereich dringend über die Bücher, denn die Finanzierung ist zurzeit nicht nachhaltig aufgebaut. Die SP-Fraktion kann daher den Leistungsauftrag nur bedingt zur Kenntnis nehmen.

Jürg Messmer kann sich den Ausführungen der Kommissionspräsidenten anschliessen. Die SVP-Fraktion begrüsst es, dass das Departement Informatik im Kanton Zug mit seinen vielen internationalen Firmen und seiner zentralen Lage zwischen Zürich und Luzern angesiedelt wird. Sie ist überzeugt, dass daraus eine Erfolgsgeschichte wird, da auch die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften hoch ist. Die gute Ausbildung von Fachleuten ist ein wichtiger Standortvorteil und muss gefördert werden. Die SVP bietet Hand dazu. Dass bereits jetzt von linker Seite Bedenken wegen Pendlerströmen, Wohnungsnot etc. kommen, überrascht die SVP eigentlich nicht; würde es um sozialen bzw. preisgünstigen Wohnungsbau gehen, wären sicher keine solchen Voten gefallen.
Die SVP-Fraktion nimmt Kenntnis vom Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz und ist überzeugt, dass man auf dem richtigen Weg ist.

Barbara Strub: Die FDP-Fraktion ist über den Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme vom mehrjährigen Leistungsauftrags für die Fachhochschule Zentralschweiz insofern hoch erfreut, als sie die strategische Grundausrichtung des Regierungsrats sehr begrüsst. Die vor ein paar Monaten eingereichte Bildungspetition, mit welcher die FDP vor allem die MINT-Fächer und damit die IT-Branche zu fördern gewillt ist, deckt sich mit den Anstrengungen der Regierung, dieses neue Departement der Fachhochschule Zentralschweiz zu unterstützen und nach Zug zu holen. Dass der Regierungsrat sich frühzeitig entschlossen hat, sich im Sinne einer Nachfrageorientierung um einen Standort im Kanton Zug zu bemühen und die Entwicklung im IT-Bereich mit einer Unterstützung in diesem Ausbildungssegment zu fördern, begrüsst die FDP. Informatik ist punkto Beschäftigung die sechstgrösste Branche im Kanton Zug. Zudem weist der Kanton Zug den höchsten Informatikanteil aller Kantone aus, weshalb die Nachfrage nach Arbeitnehmenden am Standort Zug sehr gross ist, sowohl in Kleinbetrieben wie bei hoch spezialisierten Anbietern. Es ist ein Vorteil, ein solches Departement der Hochschule Zentralschweiz in Zug anzusiedeln. Diese Branche generiert nicht nur Wertschöpfung und Arbeitsplätze, sondern stellt eine nahe Verfügbarkeit solcher Dienstleistungen sicher. Dies ist ein wichtiges Standortkriterium für den Handelsplatz Zug. Der Aufbau eines Departements Informatik verspricht für den Kanton Zug und die Region eine Zukunftsperspektive mit grossen Chancen.
Mit Sorge nimmt die FDP Kenntnis davon, dass die Hochschule derzeit von den Reserven lebt und in den nächsten Jahren das Eigenkapital durch alljährlich vorgesehene Aufwandüberschüsse aufbrauchen wird. Hier muss unbedingt ein Kurswechsel stattfinden – und zwar bevor die Reserven vor Ablauf der Leistungsauftragsperiode geschwunden sind.
Die FDP-Fraktion unterstützt die Regierung in den Bemühungen, die Schaffung eines Departements Informatik der Hochschule Zentralschweiz in Zug aufzubauen und nimmt wohlwollend Kenntnis vom Leistungsauftrag 2013–2015.

Philip C. Brunner ist mit dem bisher Gesagten einverstanden. Man kann auch aus der Geschichte lernen. Im 19. Jahrhundert wurden im schweizerischen Bundesstaat ähnliche Entscheide getroffen, etwa für die ETH in Zürich und Lausanne. 150 Jahre später kann man sehen, welche Auswirkungen ein solches Institut – im vorliegenden Fall ein Departement Informatik – hat. Es beginnt sehr klein, hat aber eine enorme, aus heutiger Sicht noch gar nicht erkennbare Zukunftsperspektive. Deshalb unterstützt der Votant den Regierungsrat in seinem Bemühen – auch wenn es die eine oder andere Million kostet. Diese Investition ist wichtig für den Kanton Zug, wobei es schlussendlich keine Rolle spielt, ob das neue Departement am nördlichen Stadtrand von Zug, in Baar oder wo auch immer im Kanton Zug angesiedelt wird.

Der Votant ruft den Regierungsrat auf, sein Augenmerk darauf zu richten, dass nicht die Empörungswelle im Kanton Luzern plötzlich zu neuen Entscheidungen in dieser Sache führt. Der Regierungsrat hat gute Arbeit geleistet, muss jetzt aber weiterhin dranbleiben, sonst schwimmt der Fisch dann plötzlich davon.

Manuel Brandenberg weist darauf hin, dass das Departement Soziale Arbeit ein grosser Posten im Budget der Hochschule Luzern ist. Soziale Arbeit findet aber unter den Menschen statt und sollte ihren Platz eigentlich nicht an der Hochschule haben. Lateinisch *socius* heisst «Gefährte», soziale Arbeit bedeutet also «Arbeit des Gefährten». Und die «Arbeit des Gefährten» sollte doch nicht an einer Hochschule gelehrt und zur Wissenschaft gemacht werden, sondern bedeutet gegenseitige Hilfe und Unterstützung unter Freunden, in der Familie und Gesellschaft. Je mehr sie zur Wissenschaft und damit zu einer staatlichen Angelegenheit gemacht wird, desto weniger geschieht sie freiwillig.
Der Votant ruft den Rat auf, vorsichtig zu sein mit der Verwissenschaftlichung von Themen, die dann zur Staatsaufgabe werden, eigentlich aber keine Staatsaufgabe sind. Denn der Staat ist am Schluss immer ein Freiheitsberauber.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** nimmt zuerst Stellung zu den vom Präsidenten der Bildungskommission erwähnten Schönheitsfehlern. Es wäre in der Tat schön gewesen, wenn der Leistungsauftrag schon vor der entsprechenden Periode, also vor 2013, hätte zur Kenntnis gebracht werden können. Dass war nicht möglich, weil es die Rechtsgrundlage, auf die sich die Kenntnisnahme jetzt stützt, vor 2013 noch gar nicht gab. Es galt zuerst also das Huhn – die Rechtsgrundlage – zum Leben zu erwecken, bevor dieses nun das goldene Ei legen konnte. Der Leistungsauftrag für die nachfolgende Periode wird aber rechtzeitig vorliegen.
Der Volkswirtschaftsdirektor ist froh, dass die Strategie der Hochschule im Wesentlichen unterstützt wird, ebenso das Engagement des Kantons Zug im Bereich der Höheren Berufsbildung und Fachhochschulbildung. Er teilt die Sorge betreffend Eigenkapitalbasis, und es vergeht keine Sitzung des Konkordatsrats, ohne dass er dieses Thema zur Sprache bringt, meistens an die Adresse des Kantons Luzern. Er hofft, dass in Zusammenhang mit Horw das Luzerner Parlament erkennt, dass die bestehenden Hochschulen die Möglichkeit haben müssen, sich bezüglich Infrastruktur und Finanzen weiterzuentwickeln.
In der Stawiko wurde darüber diskutiert, ob es sich lohnt, jährlich rund 1 bis 2 Millionen Franken mehr Standortbeitrag zu bezahlen. Die Studie, die den zwei Kommissionen vorlag, hat gezeigt, dass es sich nicht um ein Geschenk, sondern um die Abgeltung eines effektiven Mehrwerts für die Region handelt. Zur Frage der Folgen – Pendlerströme, Wohnsituation etc. – weist der Volkswirtschaftsdirektor darauf hin, dass gerade die gute Erschliessung in alle Richtungen für die Ansiedlung im Kanton Zug spricht. Luzern ist die erste Hochschule in der Schweiz, die ein Departement Informatik anbietet, und man erwartet viele Studierende auch aus dem Grossraum Zürich. Deren Pendelwege sind natürlich kürzer, wenn man die Informatik im Raum Zug statt beispielsweise in Horw ansiedelt. Die Schaffung dieser Ausbildungsstätte und die Ausbildung von IT-Fachleuten führen hoffentlich auch dazu, dass weniger Leute aus dem EU-Raum in die Schweiz pendeln müssen. Grossräumig betrachtet führt ein Departement Informatik im Raum also zu weniger Verkehr. Die Frage der Wohnmöglichkeiten für die Studierenden wurde noch nicht im Detail angeschaut. Man muss *step by step* vorgehen – zumal ja erst seit Mitte Dezember bekannt ist, dass das Departement Informatik im Kanton Zug angesiedelt wird. Jetzt geht es um Fragen des genauen Standorts und des Aufbaus, und natürlich muss auch die Frage, ob und welche Wohnmöglichkeiten es braucht, gestellt

werden. Der Volkswirtschaftsdirektor hat im Übrigen auch schon von privater Seite gehört, dass man in Studentenwohnbauten zu investieren bereit ist.
Zu den von Zari Dzaferi geäusserten Vorbehalten bezüglich Kapazität und Finanzen: Im Leistungsauftrag wird klipp und klar gesagt, dass ab 2017 die Konkordatsbeiträge erhöht werden müssen und dass dieser Schritt wegen der Sparrestriktionen in einem – noblerweise nicht namentlich genannten – Kanton überfällig sei. In den Medien von gestern wurde suggeriert, der Kanton Zug sei finanziell natürlich besser aufgestellt als Luzern und habe den Standort für das Departement Informatik gewissermassen kaufen können. Letzteres ist nachweislich falsch: Die finanzielle Situation des jeweiligen Kantons war *kein* Kriterium für die Wahl des Standorts. Die Kriterien waren völlig anderer Art – und eigentlich lief es genau umgekehrt: Als sich der Kanton Zug als bester Standort herauskristallisierte, war die Folgefrage, ob Zug überhaupt bereit sei, die Standortmehrkosten auf sich zu nehmen, und der Regierungsrat hat sich dazu bereit erklärt; auch Luzern wäre dazu bereit gewesen. Es hat also niemand irgendwelche *goodies* in Aussicht gestellt oder für die Standortwahl bezahlt.
Der Volkswirtschaftsdirektor nimmt dankend entgegen, dass die Regierung gut gearbeitet habe. «Gouverner c'est prévoir»: Der Regierungsrat hat tatsächlich im richtigen Moment vorausgeschaut und die Grundlagen für die Entscheidung bereitgestellt. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt für die gute Aufnahme – und auch für die mahnenden Worte; beides stärkt ihm den Rücken für die weitere Arbeit im Konkordatsrat.

➔ Eintreten ist unbestritten.

➔ Der Rat nimmt Kenntnis vom Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

967 Traktandum 11.2: **Interpellation der Konkordatskommission betreffend Einbezug des Kantonsrats in Sachen Informatikdepartement an der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) vom 17. Januar 2014 (Vorlage 2347.1 - 14555)**

Für Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist es wichtig, die Interpellation gleich im Anschluss an die vorherige Debatte beantworten zu können, hat doch der Regierungsrat die Interpellation nicht so verstanden, dass sie sich gegen das Departement Informatik richtet, sondern vielmehr die generelle Frage der Mitwirkung des Kantonsrats beinhaltet. Der Regierungsrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

• Antwort auf Frage 1 *(«Wieso hat der Regierungsrat sein Einverständnis zum Standort Zug gegeben, bevor der Kantonsrat die Gelegenheit hatte, hierzu im Rahmen der Kenntnisnahme der Leistungsvereinbarung Stellung zu nehmen? Der Verweis auf Finanzpläne etc. genügt nicht, da dort aufgeführte ‹Geschäfte› in der Regel erst mit dem entsprechenden Bericht und Antrag des Regierungsrats vertieft behandelt werden.»):* Der Regierungsrat versteht das Anliegen der Interpellantin, der parlamentarischen Mitwirkung das nötige Gewicht zu geben. Die parlamentarische Einflussnahme kann auf verschiedene Arten erfolgen. Eine davon ist die Kenntnisnahme des Leistungsauftrags der Fachhochschule Zentralschweiz, in deren Rahmen die Parlamente der sechs Trägerkantone Bemerkungen zuhanden der Organe der Hochschule übermitteln können. Dieser Vorgang erfolgte 2013 erstmals, gestützt

auf die neue Zentralschweizer Fachhochschulvereinbarung, die am 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist.
Die Mittelfristigkeit des Leistungsauftrags nimmt jedoch grundsätzlich in Kauf, dass einzelne Entwicklungen zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Leistungsauftrags im Konkordatsrat zuhanden der Parlamente nicht in aller Konsequenz vorausgesehen werden können; z. B. Entwicklungen, welche dann gleichwohl auf das Leistungsangebot einen Einfluss haben. Immerhin enthält der mehrjährige Leistungsauftrag einen Hinweis auf das neue Departement Informatik, weshalb sich der Regierungsrat und die Volkswirtschaftsdirektion in der Folge aktiv bemühten, das Kantonsparlament so rasch als möglich zu informieren, als sich abzeichnete, dass der Kanton Zug Interesse als Standort des neuen Departements hat und sich um diesen Standort bewerben könnte.
Aufgrund der zunehmenden Dynamik des Geschäfts und der Thematisierung in den Medien im Verlauf des Jahres 2013 war es absehbar, dass der Konkordatsrat gegen Ende 2013 einen Grundsatzbeschluss fällen würde, nachdem das Geschäft aus Sicht der Hochschule entscheidungsreif war. Damit wollte sich die Hochschule auch den Wettbewerbsvorteil der ersten Schweizer Fachhochschule mit einem einem Schwerpunkt Informatik erhalten. Auch gestützt auf die positiven Rückmeldungen aus der Bildungskommission und der Wirtschaft sollte der Konkordatsratsentscheid plangemäss erfolgen und nicht weiter aufgeschoben werden.

• Antwort auf Frage 2 *(«Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass dieses Vorgehen dem Geiste des neuen Konkordats widerspricht, welches gerade mit der Möglichkeit der Kenntnisnahme und den damit verbundenen politischen Richtungsweisungen die Einflussnahme der Parlamente stärken wollte? Begründung für ein Ja oder Nein?»):* Der Regierungsrat teilt diese Meinung nicht. Angesichts der gegebenen und zeitlichen Umstände wurde der Geist des neuen Konkordats berücksichtigt, was wie folgt ausgeführt wird:
Der Konkordatsrat hat aufgrund des Umstands, dass die neue Rechtsgrundlage erst im Jahr 2013 in Kraft getreten ist, erst im Sommer 2013 den ersten Leistungsauftrag den Parlamenten unterbreiten können. In fünf Kantonen war der Leistungsauftrag in den jeweiligen Parlamenten bereits im Herbst beurteilt worden. Der Konkordatsrat konnte bereits anlässlich seiner Sitzung vom September positive Rückmeldungen aus diesen fünf Kantonsparlamenten zur skizzierten Entwicklung (einschliesslich des Departements Informatik) entgegennehmen. Im Kanton Zug dauert der Prozess nun länger: Das Geschäft wurde vom Zuger Regierungsrat an der ersten Sitzung nach der Sommerpause behandelt und mit dem nächstmöglichen Versand dem Kantonsrat zugestellt. Am 26. September hat der Kantonsrat das Geschäft der Bildungskommission zur Vorberatung zugewiesen; die Konkordatskommission beanspruchte die Vorberatung nicht, was verständlich ist angesichts dessen, dass es nicht um konkordatsrechtliche, sondern um bildungsinhaltliche Fragen geht. Die Bildungskommission tagte am 11. November 2013, und die Stawiko nahm sich des gesamten Leistungsauftrags am 13. Januar 2014 an.
Es war wichtig, dass die Bildungskommission an der Sitzung vom 11. November 2013 unter anderem durch den Rektor der FHZ vertieft über das neue Departement Informatik informiert werden konnte. Gestützt darauf erfolgte konsultativ die einstimmige Zustimmung zu einer Zuger Kandidatur. Gerade weil es der Volkswirtschaftsdirektion und dem Regierungsrat ein Anliegen war, von Anfang an transparent über die Entwicklung eines möglichen Departements Informatik zu informieren, wurde auch die Stawiko am 28. November 2013, also noch vor der entscheidenden Konkordatsratssitzung, zu einer Sondersitzung zwecks Information zu diesem Thema einberufen. Sodann hat der Regierungsrat ganz bewusst bereits die

Mehrkosten für ein allfälliges Departement Informatik mit Standort im Kanton Zug in den Finanzplan eingestellt. Mittels einer entsprechenden Kommentierung im Leistungsauftrag des Amts für Berufsbildung hat er dies transparent und damit auch zum möglichen Gegenstand der kantonsrätlichen Beratung im November 2013 gemacht. Auch gegenüber der Stawiko-Delegation zum Budget/Finanzplan und zu den Leistungsaufträgen wurde das Projekt eingehend dargelegt; die beiden Mitglieder der Stawiko-Delegation sind darüber hinaus als Mitglieder der interparlamentarischen Aufsichtskommission der FHZ informiert.
Der Regierungsrat geht somit davon aus, dass bis zum Entscheid des Konkordatsrats verschiedene Möglichkeiten für Äusserungen und Interventionen seitens von Parlamentsmitgliedern bestanden, gerade auch anlässlich der Beratung der Leistungsaufträge und des Finanzplans. Auch aus Sicht des Regierungsrats wäre es wünschbar gewesen, wenn der Kantonsrat bereits vor Ende 2013 im Rahmen der Beratung zum Leistungsauftrag vorgängig und ergänzend zu den beiden vorberatenden Kommissionen eine Haltung hätte abgeben können. Aufgrund der fortgeschrittenen Entwicklung des Projekts und des Umstands, dass das Projekt für die Fachhochschulorgane Ende 2013 entscheidungsreif war, und aufgrund der Absicht, das Projekt – auch wegen des erwähnten Wettbewerbsvorteils – zügig voranzutreiben, sollten jedoch keine Verzögerung entstehen. Der Volkswirtschaftsdirektor hat auch keine Angst, dass nach der Debatte in Luzern jetzt noch ein Rückkommen beantragt wird. Es hat in der Debatte zwar einige Unmutsäusserungen gegeben, die Parteien verstehen aber mehrheitlich den Prozess und die Standortwahl und tragen den Entscheid schlussendlich mit.

• Antwort auf Frage 3 *(«Wie ist das Zuger Kantonsparlament in der zukünftigen Entwicklung einbezogen (Infrastruktur, Kosten etc.)?»:* Der Kantonsrat wird sich neben seinen jeweiligen Stellungnahmen zum mehrjährigen Leistungsauftrag mit zwei weiteren Fragen konkret zum Aufbau des Departements Informatik im Kanton Zug befassen können: einerseits zu einem Beitrag des Kantons an die Aufbaukosten des Departements und anderseits mit der Festsetzung des Departementsstandorts innerhalb des Kantons im Richtplan. Sodann kann im Rahmen der jährlichen Budgetdebatten der Zuger Beitrag an die FHZ diskutiert werden, wobei zu beachten ist, dass die entsprechenden, auf das Konkordat gestützten Beiträge gebundene Ausgaben darstellen.

• Antwort auf Frage 4 *(«Wie will der Regierungsrat in Zukunft sicherstellen, dass dem Geiste des neuen FH-Konkordates bezogen auf die Rechte des Kantonsrats tatsächlich nachgelebt wird?»)* und Frage 5 *(«Wie will der Regierungsrat sicherstellen, dass bei Konkordaten ganz generell den Rechten des Zuger Kantonsparlaments tatsächlich nachgelebt wird?»):* Das Parlament wird gemäss der gesetzlichen Regelung einbezogen werden. Die mehrjährigen Leistungsaufträge der FHZ werden – das nächste Mal selbstverständlich vor Beginn der jeweiligen Periode – den Kantonsparlamenten unterbreitet. Dies schliesst auch die rechtzeitige Information der Vertreter des Kantons Zug in der interparlamentarischen Aufsichtskommission der FHZ mit ein.
Abschliessend wiederholt der Volkswirtschaftsdirektor, dass der Regierungsrat diese Interpellation dahingehend interpretiert, dass sie sich nicht gegen das Departement Informatik im Kanton Zug wendet, sich aber grundsätzlich für die Mitwirkungsrechte des Parlaments einsetzt, was nachvollziehbar und verständlich ist. Angesichts der beschriebenen besonderen zeitlichen Verhältnisse haben Regierungsrat und Volkswirtschaftsdirektion Möglichkeiten geboten, um Meinungen aus dem Parlament einzuholen. Ganz generell achtet der Regierungsrat darauf, bei

neuen und laufenden Konkordaten weiterhin das Parlament so früh als möglich in die Meinungsbildung einzubeziehen gemäss den bestehenden Regeln.

Andreas Hausheer, Präsident der Konkordatskommission, hält sein Votum in Rücksprache mit den anwesenden fünf von sieben Mitgliedern der Konkordatskommission. Namens dieser Kommission dankt er dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Der Regierungsrat hat die Intention hinter der Interpellation richtig interpretiert. Es geht der Konkordatskommission nicht um die Frage, ob es ein Informatikdepartement braucht oder nicht, es geht auch nicht um die Frage des Standorts. Dies zu beurteilen, gehört in den Aufgabenbereich anderer Kommissionen. Die Konkordatskommission erhebt auch nicht den Vorwurf, dass die Regierung irgendwelche Informationen habe vorenthalten wollen. Es geht der Kommission einzig darum, dass die Mitwirkungsrechte des Kantonsrats eingehalten und die bestehenden Regeln akzeptiert werden.
Der Regierungsrat versucht in seiner Antwort zu begründen, warum seiner Meinung nach den parlamentarischen Mitwirkungsrechten genügend Achtung geschenkt worden sei. Die Konkordatskommission ist aber nach wie vor der Meinung, dass das zeitliche Vorgehen des Regierungsrats nicht dem entspricht, was dem Kantonsrat bei der Beratung des neuen FHZ-Konkordats in Sachen parlamentarischer Mitwirkungsrechte in Aussicht gestellt wurde. Mit der Möglichkeit der Kenntnisnahme war nämlich die Absicht verbunden, den Einbezug der Parlamente und damit die demokratische Abstützung der Institution FHZ zu stärken. Auch wurde deklariert, dass diese Stärkung der Parlamente dadurch erfolgt, dass im Rahmen der Kenntnisnahme den Parlamenten die Möglichkeit gegeben werde, ihren Regierungen eine politische Richtungsweisung zu geben, wie ihre Mitglieder im Konkordatsrat mandatiert werden sollen. Wenn nun aber wichtige Entscheidungen getroffen werden, bevor das Kantonsparlament überhaupt die Möglichkeit hatte, allenfalls eine politische Richtungsweisung zu geben, widerspricht dies dem Grundgedanken oder dem Geist der Vereinbarung in Bezug auf die parlamentarischen Mitwirkungsrechte.
Die Begründungen des Regierungsrats in der Interpellationsantwort vermögen diese Beurteilung der Konkordatskommission nicht zu enthärten. Der Regierungsrat argumentiert beispielsweise, dass im Finanzplan die Mehrkosten für einen allfälligen Standort Zug eingestellt waren. Das ist korrekt, nur ist es aber die Praxis, dass über Geschäfte erst im Rahmen des konkreten Berichts und Antrags des Regierungsrats debattiert wird und nicht schon im Zeitpunkt des Finanzplaneintrags. Es kann und darf nicht sein, dass aus einem Finanzplaneintrag auf irgendwelche Art und Weise das kantonsrätliche Einverständnis zu einem Geschäft abgeleitet wird. Es wird auch argumentiert, dass die Stawiko-Delegation eingehend darüber informiert worden sei. Auch wenn dem so ist: Daraus auf die Stimmungslage des gesamten Kantonsrats zu schliessen, greift zu kurz.
Gemäss seiner Antwort wollte der Regierungsrat, gestützt auf die positiven Rückmeldungen aus der Bildungskommission und der Wirtschaft, vorwärtsmachen. Warum steht nichts von der Rückmeldung der Stawiko, die vor der Sitzung des Konkordatsrats ein erstes Mal eine Stellungnahme abgegeben hat? Warum wird die Rückmeldung aus der Wirtschaft höher gewichtet als die Einhaltung der parlamentarischen Mitwirkungsrechte? Der Regierungsrat ist der Meinung, dass verschiedene Möglichkeiten für Äusserungen und Interventionen seitens von Parlamentsmitgliedern bestanden hätten. Im offiziellen Rahmen war dies jedoch nur den Mitgliedern der Bildungskommission und der engeren Stawiko möglich. Allen anderen blieb im Grunde nur der Weg über inoffizielle bilaterale Verlautbarungen, da ja im Kantonsrat praxisgemäss nicht über Geschäfte beraten wird, die «nur» im Finanzplan eingestellt sind.

Schliesslich wird in der Antwort auch noch gesagt, dass die Konkordatskommission die Vorberatung nicht beansprucht habe. Man kann das so verstehen, dass die Konkordatskommission selber schuld sei, dass sie nicht einbezogen wurde. Dem widerspricht die Konkordatskommission vehement. Sie wurde nämlich gar nicht zur Vorberatung eingeladen, dies – so könnte man sagen – entgegen § 19bis Abs. 2 der Geschäftsordnung, wo steht: «Die Mitwirkung [der Konkordatskommission] bei Konkordaten umfasst a) das Recht gegenüber dem Regierungsrat auf ständige Information über den Gang der Verhandlungen; b) das Recht gegenüber dem Regierungsrat auf Anhörung und Meinungsäusserung vor wichtigen Verhandlungen und Entscheidungen; […].» Wenn nun der Standortentscheid kein wichtiger Entscheid für den Kanton Zug sein soll, kann man sich fragen, was denn überhaupt ein wichtiger Entscheid sei.
Was ist daraus zu schliessen für die Zukunft? Der Regierungsrat verspricht in seiner Antwort wieder einmal, die bewährten, bestehenden Regeln einzuhalten. Dieses Versprechen hat er auch schon abgegeben. Leider hat er sich dann aber trotzdem nicht immer daran gehalten oder die Regeln sehr grosszügig zu seinen Gunsten interpretiert. Als Beispiele seien die interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen oder das Projekt *ePolice* genannt. Bei Ersterem wurden die Regeln nicht eingehalten, bei Letzterem grosszügig interpretiert, was dann letztlich auch zu einer Einfachen Anfrage durch die Konkordatskommission führte, deren Beantwortung alle Ratsmitglieder erhalten haben.
Die Konkordatskommission möchte den Regierungsrat zum wiederholten Male für die Thematik sensibilisieren. Sie fordert ihn nicht zum ersten Mal in dieser Legislatur dazu auf, die Regeln einzuhalten und die Mitwirkungsrechte des Parlaments zu respektieren. Die Kommission glaubt, dass es ein Anliegen aller Mitglieder des Kantonsrats ist, dass die parlamentarischen Mitwirkungsrechte eingehalten werden. Diesem Anliegen Nachachtung zu verschaffen, war und ist der Hintergrund dieser Interpellation. Es bleibt die Hoffnung, dass diese Botschaft vom Regierungsrat gehört und auch umgesetzt wird. Ansonsten kann dem Regierungsrat vorausgesagt werden, dass die Konkordatskommission in dieser Frage nicht ruhen wird.

Martin Pfister, Präsident der Bildungskommission, hält zum Ablauf zwei Punkte fest. Zum einen hätte der Regierungsrat dieses Geschäft auch ohne Kommissionsberatungen in den Kantonsrat bringen können. Dann wäre es rechtzeitig behandelt worden. Der Votant zieht es allerdings vor, dass sich der Rat vertieft mit den Fragen auseinandersetzen kann und dass in diesem Fall die Bildungskommission und die Stawiko einbezogen wurden. Es lohnt sich manchmal, sich etwas mehr Zeit zu nehmen, um dann eine fundierte Diskussion führen zu können. In diesem Sinne heisst der Votant ausdrücklich gut, dass der Regierungsrat die Kommissionen einbezogen hat. Er vermutet, dass die anderen Kantonsparlamente, welche den Leistungsauftrag zu beurteilen hatten, dies ohne Kommissionsarbeit taten.
Zum anderen gab es beim Ablauf die Schwierigkeit, dass die Vorlage nicht in der Kantonsratssitzung vom August, sondern erst in derjenigen vom September an die Kommission überwiesen werden konnte und auch die Sitzungstermine erst nachher gesucht werden konnten. Der Votant wurde gerügt, weil er die Termine bereits vor der Überweisung festlegte. Er nimmt diese Rüge entgegen, möchte aber doch beliebt machen, Kommissionstermine jeweils bereits zu suchen, *bevor* ein Geschäft in der Kantonsratssitzung formell überweisen wird. So kann die Kommission ihre Sitzungen schneller durchführen, und man gewinnt sicher einen Monat Zeit für die Beratung im Parlament. ¨

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

An dieser Stelle übernimmt die Stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 12

968 **Motion von André Wicki betreffend zwei Ergänzungen des Planungs- und Baugesetzes**
Motion von Thomas Villiger betreffend Änderung des Planungs- und Baugesetzes
Motion von Cornelia Stocker und Alice Landtwing betreffend Änderung § 19 des Planungs- und Baugesetzes
Es liegen vor: Motionen Wicki (2184.1 - 14162), Villiger (2220.1 - 14250) und Stocker/Landtwing (2245.1 - 14320); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2184.2/ 2220.2/2245.2 - 14505).

Motionär **Thomas Villiger** legt seine Interessenbindung vor: Er ist Bauherr. Einsprachen gehören für Bauherren mittlerweile zum täglichen Brot. Durch die zunehmende Baudichte, gerade in beengten Verhältnissen und bei knapper werdendem Wohnraum, werden ältere Häuser renoviert, erneuert und vergrössert bis zur maximal zulässigen Ausnützung. Daraus ergeben sich oft Einsprachen aus der Nachbarschaft – aus Neid, zur Zeitverzögerung oder teilweise auch aus monetären Interessen. Durch diese Einsprachen hat die Verwaltung einen erheblichen Mehraufwand, welcher schlussendlich durch den Steuerzahler zu berappen ist. Des Weiteren erleidet der Bauherr erhebliche Verzögerungen bei der Planung und Erstellung seines Baues. Diese Verzögerungen haben einschneidende Auswirkungen auf die Erstehungskosten, auf den Kaufpreis für Wohneigentum oder die Mietzinsen. Solche Auswirkungen sollten durch die Änderung des Planungs- und Baugesetzes minimiert werden.
Die Einforderung eines Kostenvorschusses in der mutmasslichen Höhe der Spruchgebühr hat das Ziel, dass sich Einsprechende zuerst einmal über das Bauprojekt informieren und anschliessend, wenn tatsächlich etwas nicht konform ist mit der Bauordnung, auch eine Einsprache machen können. So können mutwillige oder gar trölerische Einsprachen minimiert, trotzdem aber nicht gänzlich verhindert werden, da der in der Bundesverfassung vorgeschriebene Rechtsschutz gewährleistet werden muss und der Kostenvorschuss nicht derart hoch sein darf, dass es keine mutwilligen Einsprachen mehr gibt.
Der Motionär bittet, die Änderung im Planungs- und Baugesetz zu unterstützen, damit die Kauf- und Mietpreise nicht noch zusätzlich durch die Verzögerung durch Einsprachen in die Höhe schnellen. Er ruft den Rat auf, es dem Regierungsrat und der SVP-Fraktion gleichzutun und dieses Motionsbegehren erheblich zu erklären. Im Weiteren plädiert die SVP-Fraktion dafür, die Motion Stocker/Landtwing erheblich zu erklären, und stellt den **Antrag,** die Motion Wicki nicht erheblich zu erklären.

Alice Landtwing dankt namens der Motionärinnen dem Regierungsrat für die Präzisierung des Begriffes «Wohnzwecke» in § 19 des Planungs- und Baugesetzes. Wie in der Begründung der Motion beschrieben, ist es sinnvoll, wenn Betreuungseinrichtungen nicht nur in der Nähe der Arbeitsplätze, sondern auch in den Wohnzonen erstellt werden können. Es bestehen ja bereits verschiedene Einrichtungen an solchen Orten. Sie sind zwar zonenkonform, trotzdem aber kommt es hie und da zu Problemen und Einsprachen, so bei der Montessori-Schule im Loretogebiet. Wenn nun auch kleine Kindertagesstätten mit oder ohne angegliederten Primarschulbetrieb unter den Begriff «Wohnzwecke» fallen, ist der Motion Genüge getan.

Hanni Schriber-Neiger hält fest, dass die drei Motionen zu verschiedenen kleineren Anpassungen im Planungs- und Baugesetz führen, die für die AGF Sinn machen. Die AGF stimmt der Vorlage 2184 zu, welche die Rechtsgrundlage zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum anpasst. Auch der Vorlage 2245, welche die Änderung von § 19 betrifft, stimmt die AGF zu. Die Vorlage 2220 aber, welche neu alle Baueinsprachen mit Gebühren belegen will, wird die AGF vehement bekämpfen. Das Ansinnen dieser Motion ist unverhältnismässig und stellt zudem eine Aushöhlung der individuellen Bürgerrechte dar. Gerade angesichts von Wachstum und reger Bautätigkeit im Kanton Zug sowie dem Bekanntwerden von illegalem Bauen muss das Recht eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin geschützt werden, kostenlos gegen Bauprojekte Einsprache erheben zu können.
Den Befürwortern und Interessenvertretern dieser Motion geht es wohl darum, möglichst schnell und ohne Widerstand der ansässigen Bevölkerung bauen zu können, dies auf Kosten von Recht, Landschaft und Identität. Die kritischen Stimmen zu einem Baugesuch sollen also mit Kostenhürden ausgeschaltet werden. Das Missbrauchsargument ist ein fadenscheiniges Ablenkungsmanöver. Liegt es nicht eher an den besonders hartnäckigen Bauherrschaften, die mit nicht bewilligungsfähigen Eingaben den Verwaltungsapparat ungebührlich beschäftigen? Eine besondere Bauherrenfreundlichkeit trägt schliesslich zum Wettbewerb unter den Gemeinden bei. Da passen Einsprachen schlecht ins Konzept.
Jede Zugerin und jeder Zuger könnte als Parzellenanstösserin bzw. -anstösser direkt von einem Bauprojekt betroffen sein, das in der Bauausschreibung Mängel aufweist. Da sind Einsprachen legitim, und es darf nicht sein, dass es in Zukunft von den finanziellen Umständen der Betroffenen abhängt, ob sie Einsprachen einreichen können oder nicht. Es darf nicht sein, dass der Bürger oder die Bürgerin das nötige Kleingeld braucht, um seine bzw. ihre Rechte tatsächlich wahrnehmen zu können. Gegen effektiv missbräuchliche und ungerechtfertigte Baueinsprachen hat der Gesetzgeber übrigens bereits heute wirksame Mittel zur Hand und kann Rechnung stellen. Deshalb soll das Einspracheverfahren bleiben wie bis anhin. Es dürfen keine finanziellen Hürden für Baueinsprachen eingebaut werden. Die AGF stellt deshalb den **Antrag,** die Motion Villiger nicht erheblich zu erklären.

Eusebius Spescha: Die SP-Fraktion unterstützt die folgenden Vorschläge des Regierungsrats:
• Verzicht auf die Bewilligungspflicht von Parzellierungen;
• Ergänzung des Planungs- und Baugesetzes mit Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau;
• Einbezug von Kindertagesstätten in die Nutzungsmöglichkeiten von Wohnzonen.
Insbesondere freut es die SP, dass das Zuger Modell der Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus seinen Niederschlag im Baurecht finden soll.
Nicht einverstanden ist die SP-Fraktion mit der Kostenpflichtigkeit von Einsprachen im erstinstanzlichen Verfahren. Einmal mehr tönt das grosse Wehklagen über die lieben Bauherren und die bösen Nachbarn. Die einen wollen bauen und die anderen haben nur im Sinn, dies zu verhindern. Selbstverständlich gibt es diese Situation. So häufig, wie die Fülle von Vorstössen zu diesem Thema es weismachen will, ist sie aber sicherlich nicht. Aber wenn man lange genug etwas Falsches behauptet, wird es halt doch irgendwann geglaubt, und immerhin hat man jetzt die Regierung so weich geklopft, dass sie eingeknickt ist.
Es gibt aber auch die umgekehrte Situation: Bauherren, welche auf *tutti* gehen und die Nachbarn bis aufs Letzte schikanieren. Was ist dann? Die Erfahrung des Votanten von etwa zehn Jahren Bauchef in der Stadt Zug zeigt, dass es bei der Mehrheit der Fälle Sinn macht, die Eingaben der Nachbarn genauer anzuschauen

und die entsprechenden Abklärungen zu treffen. Dies hat des Öfteren sogar zu besseren Lösungen geführt. Eine Kostenpflicht trifft mit hoher Wahrscheinlichkeit die Falschen. Die wirklich «bösen» Nachbarn lassen sich dadurch nicht abhalten, das Verfahren bis vor das Bundesgericht zu ziehen. Für diese Fälle könnten die Gemeinden übrigens schon heute die Einsprecher kostenpflichtig machen. Den gutwilligen Nachbarn schafft man eine zusätzliche Hürde und verwehrt ihnen den Zugang zum Recht, und das ist rechtsstaatlich bedenklich. In diesem Sinne beantragt auch die SP-Fraktion, die Motion von Thomas Villiger nicht erheblich zu erklären

Thiemo Hächler legt seine Interessenbindung vor: Aufgrund seiner Arbeit als Architekt ist er praktisch täglich mit dem Inhalt des Planungs- und Baugesetzes konfrontiert.
Der Regierungsrat hat in seinem Bericht drei separate Motionen gleichzeitig behandelt. Die CVP-Fraktion begrüsst dies, da die drei Motionen alle das gleiche Gesetz betreffen. Die Motion von Stadtrat Andre Wicki befasst sich mit zwei Themen. Zum einen verlangt, dass in Zukunft für jede Mutation, Grenzbereinigung oder Abparzellierung eines Grundstücks ein Baugesuch eingereicht werden müsse. Die Begründung ist, dass es immer wieder den Fall gebe, dass durch eine Abparzellierung ein Zustand entstehe, welcher beispielweise ein Baugrundstück ohne geregelte Zufahrt oder Erschliessung zur Folge habe. Dies will der Motionär künftig verhindern. Diesen Teil der Motion kann die CVP-Fraktion nicht unterstützen. Es ist eine grosse Bürokratie und ein riesiger zeitlicher und finanzieller Aufwand, ein Baugesuch einzureichen, zu bearbeiten und zu bewilligen, nur um eine Grenzmutation vorzunehmen. Nach Rücksprache mit dem Vermessungsgeometer des Kantons Zug gibt es bereits heute genügend Instrumente zur Verbesserung der beschriebenen Problematik. Insbesondere weisst der Geometer auf die Möglichkeit hin, dass man solche Mutationen auch ins Register der privatrechtlichen Vereinbarungen aufnehmen könne, wo künftig Regelungen wie Ausnützungsübertragungen oder andere privatrechtliche Vereinbarungen festgehalten werden sollen. Die CVP empfiehlt also, sich hier der Meinung der Regierung anzuschliessen und diesen Teil der Motion nicht erheblich zu erklären.
Zum zweiten Teil der Motion Wicki ist die CVP-Fraktion der Meinung, dass es durchaus sinnvoll ist, ein Instrument zu schaffen, welches bei einer Zonenplanung auch der Ausscheidung von preisgünstigem Wohnraum eine gesetzliche Grundlage bietet. Der Votant merkt persönlich allerdings an, dass dieses Instrument als Möglichkeit und nicht als Auftrag und schon gar nicht als Verpflichtung verstanden werden darf.
Die Motion von Thomas Villiger betreffend einer Kostenabwälzung bei Baueinsprachen unterstützt die CVP-Fraktion grossmehrheitlich. Die Einsprache gegen ein Baugesuch wird leider immer wieder missbraucht, einerseits mit trölerischer Absicht, um Zeit zu gewinnen und ein Bauvorhaben zu verzögern, anderseits aber auch, um die hohle Hand zu machen. In diesen Fällen wird dann die Einsprache zurückgezogen, wenn man sich mit dem Nachbar auf eine schöne Abfindung geeinigt hat. Es gibt aber auch berechtigte Baueinsprachen, sei es zum Schutze der eigenen Liegenschaft, zur Wahrung seiner Rechte oder weil ein Baugesuch wirklich die Gesetze nicht einhält. In diesen Fällen ist es wichtig, dass nicht die Finanzkraft des Einsprechers zählt, sondern unser aller Grundrechte. Die CVP erwartet in diesem Zusammenhang gerne noch den genauen Wortlaut eines künftigen Gesetzestextes, damit sichergestellt ist, dass nicht einfach auf Grund einer sehr hohen finanziellen Schwelle eine Baueinsprache zum Vornherein verhindert werden soll. Auch für die Motion Villiger schliesst sich die CVP-Fraktion also der Meinung des Regierungsrats an und empfiehlt, diese erheblich zu erklären.

Auch die Motion von Cornelia Stocker und Alice Landtwing wird die CVP so, wie es der Regierungsrat vorschlägt, unterstützen. Es macht Sinn, die Nutzung einer Wohnzone als Ort für Kindertagesstätten zuzulassen. Um künftigen Konflikten in dieser Frage vorzubeugen, kann diese spezielle Nutzung der Wohnform durchaus in den Gesetzestext einfliessen.
Die CVP-Fraktion dankt der Regierung für die Bearbeitung der drei Motionen und empfiehlt, in allen Punkten den Anträgen der Regierung zu folgen.

Manuel Brandenberg distanziert sich von der Motion Stocker/Landtwing. Diese verlangt, dass in Wohnzonen auch Betreuungseinrichtungen für Kinder bis 15 Jahre zulässig sein sollen, mit der Argumentation, es brauche immer mehr Krippen und Horte. Es braucht *nicht* immer mehr Krippen und Horte, sondern es braucht mehr Mütter und Väter, die zu ihren Kindern schauen. Es ist eine gefährliche Entwicklung, dass die Kinderbetreuung irgendwelchen Fremdpersonen übergeben wird und die Eltern ihre Kinder nur noch abends ins Bett bringen.

Stefan Gisler wendet sich zuerst an seinen Vorredner und hält fest, dass da der Jung-Vater gesprochen hat. Vielleicht wird man im Laufe der Zeit – so ist es zumindest dem Votanten ergangen – auch als Vater klüger.
Zur Motion Villiger: Missbrauch von Einsprachen kann schon heute bestraft werden. Dafür braucht es kein neues Gesetz. Die Freiheit – so konnte man heute bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit von der SVP lernen – sei das höchste Gut. Da staunt man, dass ausgerechnet ein SVP-Mitglied sich dafür einsetzt, die Freiheit jedes einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin einzuschränken: Nur wer in der Lage ist, eine je nach Bauvorhaben doch sehr hohe Gebühr zu bezahlen, soll künftig das verfassungsmässige Recht auf Baueinsprachen haben. Der Votant bittet den Rat eindringlich, die Bürgerinnen und Bürger nicht mit höheren Gebühren zu belegen, sie nicht in der Wahrnehmung ihrer Rechte einzuschränken – und die Motion Villiger nicht erheblich zu erklären.

Baudirektor **Heinz Tännler** geht zuerst auf die Motion Stocker/Landtwing bzw. das Votum von Manuel Brandenberg ein. Es geht in der Motion nicht um die Frage von Kinderkrippen bzw. Kinderbetreuung durch Mütter und Väter. Es geht vielmehr darum, eine Grundlage zu schaffen, die zu Rechtssicherheit führt. Ob dies dann zu mehr Kinderkrippen führt, ist hier nicht die Frage. In diesem Sinne hält der Regierungsrat an seinem Antrag auf Erheblicherklärung fest.
Zu der in der Motion Wicki aufgeworfenen Frage bezüglich Parzellierung ist der Regierungsrat der Ansicht, dass eine Regelung nicht nötig ist. Es handelt sich um Ausnahmefälle. Auch wurde das Planungs- und Baugesetz kürzlich bezüglich Erschliessung angepasst, so dass die Gemeinden nun wirksame Hebel zur Verfügung haben, wenn tatsächlich ein Erschliessungsproblem entstehen solle. Bezüglich des preisgünstigen Wohnungsbaus bittet der Baudirektor, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen. Bei den raumplanerischen Instrumenten zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus stellen sich nämlich immer wieder Fragen, ob und wie weit gemeindliche Regelungen mit kantonalem Recht korrespondieren. Gerade in der Stadt Zug gab es grosse Probleme, welche dann auch zu Beschwerden führten. Es geht nun darum, auf kantonaler Ebene eine Regelung zu treffen, die zu mehr Rechtssicherheit führt. Ob daraus mehr preisgünstiger Wohnungsbau resultiert, ist auch hier nicht die Frage. Es geht nur um die Grundlage.
Bezüglich Baueinsprachen aus Neid, zur Bauverzögerung etc. will der Baudirektor nicht so schwarz malen wie Thomas Villiger. Die Lage ist auch nicht so dramatisch, wie Hanni Schriber-Neiger sie geschildert hat: Verwehren von Bürgerrechten, viele

nicht bewilligungsfähige Projekte etc. Der Regierungsrat stellt auch nicht den Antrag, verfassungswidrig zu legiferieren: Die Erhebung von Kosten in einem Einspracheverfahren ist verfassungsmässig, und es werden auch keine Bürgerrechte beschnitten. Es geht darum, dass Einsprechende eine vernünftige Gebühr leisten müssen, dies aber nur dann, wenn die Einsprache nicht gutgeheissen wird. Wenn die Gemeinde als Bewilligungsbehörde dem Einsprecher recht gibt, bezahlt er keinen Rappen. Er bezahlt nur, wenn seine Einsprache abgelehnt wird.
Die Einspracheverfahren sind für die Gemeinden sehr aufwendig, und es ist nicht *per se* falsch, für diesen Aufwand eine verhältnismässige Gebühr zu verlangen. In den Beschwerdeverfahren, also bei Beschwerden an den Regierungsrat, müssen die Beschwerdeführenden 800 Franken Kostenvorschuss leisten – wobei sich der Baudirektor vorstellt, dass bei Einsprachen kein Kostenvorschuss verlangt wird, sondern der Entscheid abgewartet und erst dann allenfalls Kosten erhoben werden. Bei Beschwerden hat die Baudirektion 6 Monate Bearbeitungszeit bis zum Antrag an den Regierungsrat. In dieser Zeit gibt es Augenscheine, Besprechungen etc. – und am Schluss werden maximal 1000 Franken erhoben, meistens aber bleibt es bei den 800 Franken. Diese Kostenhöhe ist adäquat, und das wird auch bei den Einsprachen so sein.
Es wurde richtig gesagt, dass bei mutwilligen und trölerischen Einsprachen schon heute gemäss § 34 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes Kosten erhoben werden können. Allerdings kann sich der Baudirektor an keinen einzigen derartigen Fall erinnern. Der betreffende Artikel ist ein bisschen toter Buchstabe. Die Begriffe «mutwillig» und «trölerisch» führen zu Abgrenzungs- und Ermessensfragen – und am Schluss lässt man es sein und erhebt keine Kosten.
Es ist zugegebermassen eine politische Frage, ob bei Baueinsprachen Kosten erhoben werden sollen oder nicht. Wenn der Kantonsrat die Motion Villiger erheblich erklärt, wird der Regierungsrat eine gute und verhältnismässige Lösung präsentieren.

Der **Vorsitzende** liest die Anträge des Regierungsrats zu den einzelnen Motionen vor, bevor der Rat darüber abstimmt.

➔ Der Rat erklärt die Motion Wicki (Vorlage 2184.1 - 14162) mit 58 zu 18 Stimmen bezüglich der Schaffung einer Rechtsgrundlage im Planungs- und Baugesetz zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum erheblich.

➔ Der Rat erklärt die Motion Villiger (Vorlage 2220.1 - 14250) mit 52 zu 18 Stimmen erheblich.

➔ Der Rat erklärt die Motion Stocker/Landtwing (Vorlage 2245.1 - 14320) mit 61 zu 13 Stimmen erheblich.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

66. Sitzung: Donnerstag, 30. Januar 2014 (Nachmittag)
Zeit: 13.55 – 17.10 Uhr

Vorsitz
Kantonsratsvizepräsident Moritz Schmid, Walchwil

Protokoll
Beat Dittli

969 **Namensaufruf**

Der Namensaufruf durch die Stellvertretende Landschreiberin ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg; Rupan Sivaganesan, Zug; Renato Sperandio, Unterägeri; Gabriela Peita, Baar; Monika Weber, Steinhausen.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

970 Der **Vorsitzende** macht einen Nachtrag zum Budget 2014: Die Kantonsratsmitglieder haben den Regierungsratsbeschluss vom 14. Januar 2014 erhalten. Der Regierungsrat verzichtet darauf, dem Kantonsrat revidierte Leistungsaufträge 2014 zu unterbreiten. Dieser Regierungsratsbeschluss stellt eine blosse Mitteilung an das Parlament dar und ist keine Kantonsratsvorlage. Es gibt keine Debatte.

971 Traktandum 3.1: **Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg betreffend Neuorganisation der Denkmalpflege im Kanton Zug vom 13. Januar 2014 (Vorlage 2342.1 - 14549)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Motionäre ihren Antrag auf Sofortbehandlung der Motion zurückgezogen haben.

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

972 Traktandum 3.2: **Motion von Thomas Werner betreffend Anstellung von Lehrpersonal nur mit aktuellem Strafregisterauszug vom 16. Januar 2014 (Vorlage 2345.1 - 14553)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

973 Traktandum 3.3: **Postulat von Thomas Werner betreffend gesetzliche Grundlagen für die Anstellung von kantonalen Angestellten im Allgemeinen nur mit aktuellen Strafregisterauszug vom 16. Januar 2014 (Vorlage 2346.1 - 14554)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

974 Traktandum 3.4: **Postulat von Jürg Messmer, Beni Riedi, Roland von Burg und Thomas Wyss betreffend volle Unterrichtsbefähigung der Absolventen der PH (Pädagogische Hochschule) Zug für alle Fächer (sprich: Ausbildung von Generalisten als Primarlehrer) vom 20. Januar 2014 (Vorlage 2348.1 - 14556)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

975 Traktandum 3.5: **Interpellation von Manfred Wenger betreffend Stollen-Wasserkraftwerk Ägerisee–Zugersee und Hochwasserschutz im Ägerital, Baar und Zug vom 12. Dezember 2013 (Vorlage 2330.1 - 14533)**

Philip C. Brunner: Die Frage, welche Manfred Wenger in seiner Interpellation aufwirft, wurde bereits an einer Generalversammlung der WWZ AG vor ein paar Jahren durch den damals abtretenden Direktor gestellt. Es wurden damals Abklärungen getroffen, und das Resultat war leider negativ: Es geht aus gewichtigen Gründen – Umweltschutzgesetzgebung etc. – nicht. Der Votant bittet den Interpellanten, seinen Vorstoss freiwillig zurückzuziehen, da das Anliegen sich bereits als nicht möglich erwiesen hat. Man könnte so der Baudirektion viel Arbeit ersparen. Für den Fall, dass der Interpellant seinen Vorstoss nicht zurückzieht, bittet der Votant den Rat, die Interpellation nicht zu überweisen.

Dem Interpellanten **Manfred Wenger** geht es um eine Studie zum Hochwasserschutz und zur Energiepolitik mit einem Zeithorizont von fünfzehn Jahren. Der Aufwand für diese Studie wird nicht allzu gross sein, und eventuell zeigen sich neue Möglichkeiten. Der Interpellant bittet deshalb um Überweisung seiner Interpellation.

Andreas Hausheer macht darauf aufmerksam, dass Interpellationen gemäss Geschäftsordnung und langjähriger Praxis immer überwiesen werden und darüber eigentlich nicht diskutiert werden muss.

Eusebius Spescha bestätigt, dass Interpellationen automatisch überweisen werden und der Rat gemäss heutiger Geschäftsordnung nicht über eine Überweisung abstimmen kann.

Philip C. Brunner entschuldigt sich. Er ging irrtümlicherweise davon aus, dass die Nichtüberweisung einer Interpellation möglich sei.

➔ Der Rat überweist die Interpellation an den Regierungsrat zur Beantwortung.

976 Traktandum 3.6: **Interpellation von Esther Haas und Andreas Lustenberger betreffend Gratis-ÖV: Umbau Lorzental Kantonsstrasse vom 18. Dezember 2013 (Vorlage 2333.1 - 14537)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

977 Traktandum 3.7: **Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Kollaboration des Zuger Rohstoffhandels- und Wirtschaftsplatzes mit dem Apartheid-Regime vom 18. Dezember 2013 (Vorlage 2334.1 - 14538)**

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** beantwortet namens des Regierungsrats die Interpellation mündlich und beginnt mit folgender Vorbemerkung:
Im Auftrag des Bundesrats verfasste eine Arbeitsgruppe aller interessierten Departemente und Bundesämter unter der Leitung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements den Bericht «Die Beziehung zwischen der Schweiz und Südafrika», datiert vom Juli 1999. Darin wird die damalige Politik der Schweiz wie folgt dargestellt: «Die Politik der Schweiz gegenüber Südafrika entwickelte sich im Umfeld des Kalten Kriegs. Sie versuchte, eine moralische Verurteilung der Apartheid, ein militärisches Embargo und einige punktuelle Massnahmen einerseits mit dem kontinuierlichen Verzicht auf Wirtschaftssanktionen andererseits zu verbinden.» In über 160 parlamentarischen Vorstössen wurde die Politik der Schweiz gegenüber Südafrika immer wieder hinterfragt oder gar in Frage gestellt. Gemäss genanntem Bericht wurde diese Politik vom Bundesparlament in den Grundzügen stark unterstützt, international aber zunehmend kritisiert. Aus dem Bericht geht aber auch hervor, wie wenig flächendeckend und kohärent die internationalen Resolutionen und Sanktionen waren. Die einzig verbindliche Resolution, die von den Vereinten Nationen in Bezug auf Südafrika angenommen wurde, betraf ein Embargo für den Export von Kriegsmaterial vom 4. November 1977, das die Schweiz schon seit dem 6. Dezember 1963 verhängt hatte. Da dieser Bericht nur die der Verwaltung vorliegenden Daten zur Verfügung hatte, wurde eine vertiefte Aufbereitung im Rahmen eines Forschungsprogramms des Schweizerischen Nationalfonds angeregt. Dieses Nationale Forschungsprogramm NFP42+ wurde durchgeführt und behandelte schwerpunktmässig die Beurteilung der Südafrika-Frage durch die schweizerischen Behörden, den rechtlichen Handlungsspielraum für Bundesrat und Parlament zur Gestaltung der Aussen- und Wirtschaftspolitik gegenüber Südafrika, die Frage nach Umsetzung bzw. Nichtumsetzung von internationalen Sanktionen sowie die internationale Wahrnehmung der schweizerischen Südafrikapolitik. Am 13. Dezember 2013 reichte Nationalrätin Regula Rytz eine Interpellation ein, welche nach der Einschätzung des NFP42+ und nach den getroffenen Schlüssen durch den Bundesrat fragt. Ebenso soll der Bundesrat eine unabhängige Untersuchung über die Rolle des Schweizer Rohstoffhandelsplatzes insbesondere bei den Umgehungsgeschäften mit Erdöl beauftragen.

• Antwort auf Frage 1 *(«Wie bewertet [der Regierungsrat] die massive wirtschaftliche Unterstützung, die das Apartheid-Regime von Zuger Gesellschaften erhalten hat?»):* Aussenwirtschaftspolitik ist Angelegenheit des Bundes. Entsprechend sind internationale Aktivitäten aller Schweizer und demzufolge auch die von Zuger Firmen immer im Rahmen der nationalen Rahmenbedingungen zu sehen. Fakt ist, dass das differenzierte Vorgehen der Schweizer Bundespolitik, d. h. der Verzicht auf harte Wirtschaftssanktionen bei gleichzeitiger Unterstützung der oppositionellen Bewegung, wirtschaftliche Aktivitäten zuliess. Gleichzeitig war die Wirkung der

Sanktionen anderer Staaten mangels Kohärenz und Konvergenz in Frage gestellt. Die Schweiz war damals noch nicht Mitglied der UNO. Eine detailliertere Bewertung der Schweizer Politik in den 60er bis 80er Jahren wurde im Bericht vom Juli 1999 und im Nationalen Forschungsprogramm NFP42+ vorgenommen. Als Resultat zeigen diese Berichte, dass die offizielle Schweiz einerseits die Apartheid moralisch verurteilte, den Dialog auch zu oppositionellen Kreisen führte und Nichtregierungsorganisationen unterstützte, dass sie sich andererseits aber weigerte, die Sanktionen anderer Länder und Staatengruppen mitzutragen. Die wirtschaftlichen Investitionen und Tätigkeiten von Schweizer und auch Zuger Unternehmen waren in diesem Kontext von der Schweizer Politik gestützt und erlaubt. Allfällige Kritik, von welcher Seite auch immer, betrifft somit die offizielle Politik und die Wirtschaft der Schweiz insgesamt. Der Regierungsrat beurteilt deshalb nicht im Nachhinein die Tätigkeiten einzelner Unternehmen.

• Antwort auf Frage 2 *(«Was meint er zu den damaligen Steuereinnahmen, die aus Gewinnen von Umgehungsgeschäften stammten?»):* Der Bundesrat hat 1986 durch eine interdepartementale Arbeitsgruppe Massnahmen prüfen lassen, um zu vermeiden, dass die Schweiz dazu missbraucht werde, die Sanktionen von Drittstaaten zu umgehen. Sie hatte als Kernaufgabe die statistische Überwachung der Wirtschaftsbeziehung in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, namentlich aber in Bereichen, in denen die Industriestaaten «konvergente», d .h. durch die USA und die EG gemeinsam getragene Sanktionen ergriffen hatten. Zudem überwachte sie den Kapitalverkehr. Dies sollte eine Umgehung der Sanktionen verhindern. Aus deren Berichten zwischen Mai 1987 und April 1992 ergibt sich, dass keine Anhaltspunkte für Umgehungsgeschäfte, namentlich in den Bereichen Gold, Erdöl, Stahl und Steinkohle, vorliegen und auch der Finanzplatz Schweiz nicht zur Umgehung der von Drittstaaten verhängten Sanktionen benutzt worden war. Der Regierungsrat stützt sich auf diese Erkenntnisse ab, weshalb sich die Frage von Steuereinnahmen aus «Gewinnen von Umgehungsgeschäften» nicht stellt. Die allfällige Kritik am Bestehen von Wirtschaftsbeziehungen überhaupt würde, wie schon ausgeführt, wiederum die Schweiz insgesamt betreffen. Wichtig scheint dem Regierungsrat, dass die heutige Schweiz regelmässig die Sanktionen der UNO gegenüber inkriminierenden Drittstaaten mitunterstützt.

• Antwort auf Frage 3 *(«Wie bewertet er aus heutiger Sicht das öffentliche Engagement eines Regierungsmitglieds für das rassistische Regime?»)* und Frage 4 *(«Ist er bereit, eine unabhängige Untersuchung über all die Elemente der wirtschaftlichen Kollaboration mit dem Apartheid-Regime in Auftrag zu geben, allenfalls in Koordination mit einem analogen Bundesprojekt?»):* Bezüglich dieser Aufarbeitung der Vergangenheit hat der Bund bereits vieles getan (Bericht 1999, NFP42+ etc.) und wird dies weiterhin tun (Antwort zur Interpellation von Nationalrätin Rytz). Der Regierungsrat äusserte im November 2013 die Absicht, als einer der letzten Kantone die eigene Geschichte insgesamt aufarbeiten zu lassen. Er hat zudem anerkannt, dass die vorgängige wissenschaftliche Grundlagenarbeit durch externe Fachleute zu leisten ist. Ein Themenfeld soll der Wirtschaftsgeschichte gewidmet sein, worunter explizit die Internationalisierung seit der Mitte des 20. Jahrhunderts (Holding- und Domizilgesellschaften), die Finanz- und Steuerpolitik, die Eigen- und Drittwahrnehmung durch andere Kantone und durch das Ausland fallen. Forschung und Aufarbeitung sollen Historikerinnen, Historikern und Universitäten unter fachlicher Begleitung einer externen Gesamtprojektleitung obliegen. Eine weitergehende Aufarbeitung ausserhalb dieses Kontexts sieht der Regierungsrat nicht vor; wenn schon, wäre dies ein gesamtschweizerisches Projekt, da die oben erwähnte komp-

lexe Fragestellung nicht isoliert für den Kanton Zug allein untersucht werden kann. Der Regierungsrat sieht auch davon ab, nun Einzelpersonen oder Unternehmen besonders herauszugreifen und einer Kritik im Nachhinein zu unterwerfen für Tätigkeiten, welche – wie erwähnt – im damaligen Kontext von einer politischen Mehrheit getragen oder toleriert wurden.

Andreas Lustenberger: Die AGF nimmt die Antwort des Volkswirtschaftsdirektors zur Kenntnis, der Inhalt der Antwort genügt ihr jedoch nicht. Auslöser der Interpellation war der Tod des weltweit bekannten Freiheitskämpfers, Friedensnobelpreisträgers und ehemaligen Präsidenten von Südafrika, Nelson Mandela. Die Zeit ist reif, ein unrühmliches Kapitel der Schweiz endlich lückenlos aufzuarbeiten. Es ist deshalb aus Sicht der AGF unverständlich, dass sich der Regierungsrat in Bezug auf die Zusammenarbeit Zugs mit dem rassistischen Apartheid-Regime unkritischer als der Bundesrat äussert. Dieser hatte bereits 1997 die kollaborative Haltung der Schweiz zum Apartheid-Regime als politisch nicht weitsichtig taxiert. Mit Unverständnis stellt die AGF fest, dass sich der Zuger Regierungsrat hinter den Kompetenzen anderer, hinter unvollständigen Berichten und hinter verschlossenen Archiven versteckt.
Zug war für Südafrika der wichtigste Umschlagplatz für Erdöl. Nachdem 1979 mit dem Iran der letzte grosse Erdöllieferant Südafrika boykottierte, sprang Marc Rich in die Bresche. Er umging den internationalen Boykott und lieferte das für das Apartheid-Regime überlebenswichtige Erdöl. Der in Zug ansässige Rohstoffhändler hat damit direkt und völlig rücksichtslos die Schreckensherrschaft in Südafrika verlängert. Er selber bestätigte, dass dieses Geschäft sein wichtigstes und profitabelstes gewesen sei. Rund 2 Milliarden Dollar war der Profit, welchen er in Zug versteuerte. Dass es auch anders ging, zeigte das ehemalige hier ansässige Rohstoffunternehmen Phibro, welches jeglichen Handel mit Südafrika boykottierte. Zum Boykott von Phibro ab August 1985 gehörte unter anderem der Export von Kohle. Kohle war damals die wichtigste Einnahmequelle des Apartheid-Regimes.
Einer, der sich in den Jahren 1975 bis 1990 in Zug besonders für die wirtschaftliche Unterstützung Südafrikas einsetzte, war der damalige Regierungsrat und Finanzdirektor. Er gehörte dem «Club Freunde Afrikas» an, welcher sich zum Beispiel in einem Brief 1976 wie folgt äusserte: «L'homme noir ne respecte rien que la force», übersetzt: «Der schwarze Mann respektiert nichts anderes als harte Gewalt.» Das rassistische Regime verfolgte in dieser Zeit das Konzept der absoluten Rassentrennung und gründete dazu regelrecht Reservate für die schwarze Bevölkerung. Um die Rassentrennung international zu legitimieren, wurde versucht, diesen Reservaten, auch «Bantustan» genannt, weltweite Anerkennung zu verschaffen. Die Bantustan waren keineswegs demokratisch, sondern wurden mit aller Gewalt durchgesetzt. Deshalb anerkannte sowohl die UNO wie auch die Schweiz die Bantustan-Gebiete nicht an. Trotzdem setzten sich vereinzelte Schweizer Politiker, unter anderem der besagte ehemalige Zuger Regierungsrat, dafür ein, Vertretungen dieser Bantustan in der Schweiz die Niederlassung zu ermöglichen. Es verwundert nicht, dass 1984 die Handelsmission eines solchen Bantustan mit dem Namen Transkei in Zug eröffnete wurde, und dass trotz der nationalen Ablehnung durch den Bundesrat der damalige Zuger Finanzdirektor der Eröffnung beiwohnte. Dieses Verhalten stiess national wie auch international auf Kritik. Welche politischen Mehrheiten der Volkswirtschaftsdirektor heute in seiner Beantwortung anspricht, versteht die AGF nicht. Es war der bürgerlich dominierte Bundesrat, welcher die Bantustan nicht anerkannte.
Beide Berichte, welche der Regierungsrat für seine Antwort herbeigezogen hat, sind nicht vollständig. Denn noch heute sind die Bundesarchive zur Kollaboration

der Schweiz und Südafrika versiegelt. Der Nachrichtendienst hat seinerseits in den 1990er Jahren sogar Akten vernichtet. Es gäbe noch ganz viel aufzuarbeiten: Das Verhalten von Privaten wie auch von Unternehmen ist noch überhaupt nicht durchleuchtet. Bei einer historischen Aufarbeitung geht es nicht allein um ein Eingeständnis von gemachten Fehlern. Vielmehr geht es darum, aus der Vergangenheit zu lernen und Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Das aktuelle Verhalten der Schweiz sowie des Zuger Regierungsrats im Falle der Kollaboration mit dem Apartheid-Regime reiht sich nahtlos ein in das typische Verhaltensmuster der bürgerlichen Schweigepolitik. Bereits bei der Aufarbeitung der Geschehnisse rund um den Holocaust oder beim notorischen Festhalten am Bankgeheimnis zwecks Steuerhinterziehung zog sich die Schweizer Politik lieber in ihr Reduit zurück. Die Aufarbeitung des Fehlverhaltens in der Vergangenheit sollte in der Gegenwart aber vielmehr als Chance gesehen werden. Durch eine proaktive Aufarbeitung können Grundsteine für eine nachhaltige Zukunft gelegt werden. Denn eines ist sicher allen klar: Ewiges Schweigen oder Vertuschen kann nur im Kollaps enden. Es hat den Votanten persönlich sehr gefreut, dass der Zuger Volkswirtschaftsdirektor Ende letzten Jahres erstmal Kritik am hiesigen Rohstoffhandel übte. Es bleibt wirklich zu hoffen, dass diese unkritische Beantwortung der Interpellation ein Ausrutscher war und die Regierung den eingeschlagenen, begrüssbaren Weg beibehält.

Thomas Wyss dankt der Regierung namens der SVP-Fraktion für diese Interpellationsantwort. Die Antwort ist mehr als nur sehr gut – sie ist perfekt. Aus den Antworten wird deutlich, dass die damalige Schweizer Regierung in dieser Sache ausgesprochen geschickt, überlegt, ja weise handelte. Man kann nur hoffen, dass sich die derzeitige Landesregierung davon etwas inspirieren lässt.
Die Antwort unterstreicht, dass Schweizer und Zuger Unternehmen «in ihren wirtschaftlichen Investitionen und Tätigkeiten» von der Schweizer Politik «gestützt» wurden. Das war auch richtig so, wie man heute weiss. Die Geschichte zeigt, dass es richtig war, Südafrika nicht mit einer vollständigen Wirtschaftsblockade zu belegen. Wer weiss, ob in diesem Fall der Machtwechsel ebenfalls friedlich verlaufen und Nelson Mandela ohne Blutvergiessen an die Macht gekommen wäre?
Die äusserst polemische Interpellation rief nach einer klaren Antwort, die der Kantonsrat nun erhalten hat. Die SVP kann im Übrigen fast nicht glauben, dass ihre heutigen Kollegen in der AGF die alleinigen Autoren dieser Interpellation waren, so langfädig sie daher kommt. Wie dem auch sei: Die Interpellation gab der Regierung die Gelegenheit zu einer klaren Richtigstellung. Die SVP dankt nochmals dafür.

Thomas Lötscher: Der Tod einer grossen Persönlichkeit weckt zuweilen bei Zeitgenossen das Begehren, sich im Glanz des grossen Namens zu sonnen und sich ein Stück vom Ruhm abzuschneiden. Nelson Mandela war zweifellos eine grosse Persönlichkeit.
Weshalb der Zuger Kantonsrat jetzt aber dreissig bis vierzig Jahre zurückliegende Geschehnisse isoliert wiederkäuen sollte, kann die FDP-Fraktion allerdings nicht verstehen. Ausser Kosten bringt es nichts, denn was war, kann man nicht verändern, selbst wenn man es wollte. Wenn es einmal mehr um billiges Wirtschaftsplatz-*Bashing* geht, kann die FDP zwar die Motivation verstehen, dafür aber kein Verständnis aufbringen. Die kollektive Vergangenheitsbewältigung ausserhalb der ordentlichen Geschichtsschreibung scheint zum Steckenpferd der heutigen Generation zu werden. Das hat mit der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg begonnen und war damals schon grenzwertig. Wer sind wir denn eigentlich, dass wir uns anmassen, aus einer wohlstandsgelangweilten Stimmung heraus über frühere Generationen zu urteilen und zu richten? Eine Redewendung besagt, dass man hinter-

her immer klüger sei. Viel Kluges kann der Votant aber nicht erkennen im erneuten Versuch der Nestbeschmutzung und der Verunglimpfung eines ehemaligen und heute pensionierten Regierungsrats.
Die Regierung handelt richtig, wenn sie den Aufwand für die Behandlung solcher Vorstösse auf ein absolutes Minimum reduziert. Die FDP-Fraktion ermuntert sie, dies auch in Zukunft so zu halten und sich den *echten* Herausforderungen zu stellen.

Martin Stuber fühlt sich durch das Votum seines Vorredners provoziert. «Verunglimpfen» heisst, über jemanden etwas Unwahres zu erzählen. Das hat Andreas Lustenberger nicht gemacht. Er hat nur beschrieben, was der damalige Regierungsrat getan hat, und das ist unbestritten. Wenn Thomas Lötscher das Wort «Verunglimpfung» gebraucht, sagt er implizit, dass das Handeln des damaligen Regierungsrats nicht unbedingt korrekt war – was es auch wirklich nicht war.
Das Problem ist, dass die stillschweigende Duldung von Umgehungsgeschäften durch die Schweiz das Regime in Südafrika länger am Leben erhielt. Ohne die Erdöllieferungen durch Marc Rich wäre es für Südafrika nicht möglich gewesen, seine Nachbarn Angola und Mozambique zu terrorisieren, mit Krieg zu überziehen und dort furchtbares Elend zu schaffen. Das muss klar gesagt sein. Es geht hier um etwas anderes als um wohlstandsverwöhnte Kinder von heute, die ein bisschen über die Vergangenheit herziehen: Man sollte aus der Vergangenheit lernen. Das damalige Verhalten gegenüber Südafrika lehrt, dass man genau hinsehen sollte, welche Regimes und Praktiken in anderen Ländern heute unterstützt werden. Die Aufforderung, die Vergangenheit genau anzuschauen und aufzuarbeiten, ist mit der Botschaft verbunden, auch die heutige Realität unvoreingenommen anzuschauen.

Philip C. Brunner lebte und arbeitete von 1980 bis 1985 in Südafrika und hat als Zeitzeuge das damalige Regime miterlebt. Er muss Martin Stuber korrigieren. Es gab damals in Südafrika ein Unternehmen namens Sasol, das auf die Herstellung von Benzin aus Kohle spezialisiert war. Benzin stand also zur Verfügung, auch wenn es sehr teuer war. Ob wirklich die Öllieferungen aus dem Ausland, wie hier behauptet wurde, das Land am Leben erhielten, ist zu bezweifeln.
Man muss sich in die damalige Situation des Kalten Krieges zurückversetzen. Das Kap der Guten Hoffnung war für die Transportwege des Westens sehr wichtig, und wenn in Angola und Mozambique Krieg herrschte, waren das Stellvertreterkriege, die insbesondere von der Sowjetunion geführt wurden. Südafrika hielt dagegen, war es doch gewissermassen die Frontstellung des Westens in dieser Region. Und gottseidank hielt es dagegen, sonst sähe die Welt heute vielleicht etwas anders aus. Natürlich verlor Südafrika dann mit der Perestroika und den dadurch ausgelösten weltgeschichtlichen Veränderungen geostrategisch an Bedeutung, und da kam der Moment, in dem sich die USA zurückzogen. Es begann mit den Boykotten des Krügerrand und der Fluggesellschaft South African Airways, welche plötzlich weite Umwege fliegen musste. Es ist aber keineswegs sicher, dass diese Boykotte der schwarzen Bevölkerung wirklich geholfen haben. Es entstand Druck in den Unternehmen, was zu einer gewissen Radikalisierung führte. Dass Nelson Mandela, der damals auf Robben Island in Gefangenschaft war, einmal der Friedensbringer sein würde, konnte man sich damals nicht vorstellen. Man muss Mandelas Leistung aber auch etwas kritisch anschauen: Es ist sehr vielen Schwarzen sehr viel Unrecht geschehen in den Stammeskriegen, die nach der Machtübernahme durch die Schwarzen losbrachen. Das hat die Welt seither ein bisschen vergessen. Nelson Mandela ist zugegebenermassen eine Persönlichkeit, die vermutlich auf der Stufe von Mahatma Gandhi in die Weltgeschichte eingehen wird, und es ist sein Ver-

dienst, dass es in Südafrika nicht zu noch grösseren Auseinandersetzungen gekommen ist.
Man kann nicht eine fokussierte Geschichtsschreibung betreiben und die Situation aus Zuger Sicht anschauen. Vielmehr muss man das Ganze aus der damaligen Zeit heraus und von einer höheren Warte aus beurteilen. Das hat der Regierungsrat in seiner ausgezeichneten Antwort getan. In Südafrika war vieles nicht so, wie es sich die Alternativ-Grünen heute vorstellen.

Manuel Brandenberg erinnert an die verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Kantonsrats. Dieser muss nicht die Welt verbessern, über Südafrika predigen oder Geschichtsschreibung betreiben. Er ist vielmehr die gesetzgebende Gewalt des Kantons Zug, und es ist schon schwierig genug, diese Aufgabe in vernünftiger Art und Weise wahrzunehmen. Man sollte deshalb mit Interpellationen der vorliegenden Art vorsichtig sein. Sie greift kein Thema auf, das die Kompetenz des Zuger Kantonsrats berührt.
Der Zuger Kantonsrat muss – wie gesagt – nicht den Bund oder die Welt verbessern. Er kann aber Bundespolitik machen durch Standesinitiativen und Kantonsreferenden – was man der SVP ab und zu verwehren will, wenn sie es versucht. Diese Art von Bundespolitik aber *ist* eine Kompetenz des Kantonsrats, im Unterschied zum Ansinnen der zur Diskussion stehenden Interpellation.
Schliesslich ruft der Votant die Ratslinke auf, endlich damit aufzuhören, den Rohstoffhandelsplatz blödzureden, anzuschwärzen und kaputtzumachen versuchen. Die Rohstofffirmen bieten gute Arbeitsplätze, tun viel für den Kanton Zug und bezahlen die Steuern, mit denen die Linke ihre Klientel durch den Staat anstellen und unterstützen lassen kann. Auf jeden Fall ist dem Votanten die Wirtschaft lieber als das, was die Linken als Staat wollen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** wiederholt, dass das Thema der Interpellation auf Bundesebene angesiedelt ist und dort in 160 parlamentarischen Vorstössen sowie in verschiedenen Studien beurteilt wurde. 1997 hat der Bundesrat von seiner bisherigen Politik Abstand genommen und sehr vorsichtig gesagt, diese sei nicht sehr weitsichtig gewesen. Es wurde in der Interpellation nicht verlangt, dass die Zuger Regierung die Politik des Bundesrats beurteilen solle, und es wäre auch etwas eigenartig, zwanzig, dreissig Jahre nachher aus der Optik eines Kantons mit dem Finger auf den Bundesrat zu zeigen. Natürlich dürfen und können alle kritisieren, und Stoff dafür gibt es, wie die Debatte gezeigt hat, genügend.
Dass die Geschichtsschreibung noch unvollständig sei, ist wohl richtig. Auch Nationalrätin Rytz frägt in ihrem Vorstoss nach, ob es noch unbekannte Fakten zu diesem Thema gebe. Es ist richtig, dass man aus der Vergangenheit lernen soll, aber der Volkswirtschaftsdirektor wehrt sich gegen die Aussage, der Umgang mit dieser Frage sei ein typisches Beispiel für die bürgerliche Schweigepolitik. Der Regierungsrat hat sich den Fragen offen genähert und sie differenziert beantwortet. Er hat schon im letzten Jahr in Zusammenhang mit Interpellation zum Rohstoffhandel gesagt, was er von dieser Branche erwartet, nämlich dass sie die internationalen *Standards* erfüllt und sich an die Menschen- und Umweltrechte hält. Der Regierungsrat betreibt auch kein generelles Branchen-*Bashing,* wie ihm teilweise auch vorgeworfen wird. Er adressiert die Themen dorthin, wo sie hingehören.
Es ist sicher ein Ergebnis des letzten Jahres, dass heute dank Aktivitäten von ganz verschiedenen *Playern* mehr Offenheit und Transparenz herrscht. Die Branche selbst hat sich – teilweise durch *Going Publics* – transparenter verhalten, dazu gibt es in Zug seit zwei Jahren eine Branchenorganisation, die das Thema viel offener angeht, und es gibt die NGO. Das ist richtig so. Es geht nicht um Tabus oder um

Schweigepolitik, es kann aber auch nicht um generelle und pauschale Verurteilungen im Nachhinein gehen. Der Regierungsrat ist dem Rat dankbar dafür, dass er seine Politik der differenzierten Annäherung auch an kritische Themen unterstützt.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

978 Traktandum 3.8: **Interpellation von Franz Peter Iten und Pirmin Frei betreffend Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz vom 19. Dezember 2013 (Vorlage 2337.1 - 14544)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

979 Traktandum 3.9: **Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Einhaltung von Raumplanungsvorschriften insbesondere Bauen ohne Baubewilligung und zur Umsetzung der Baupolizei vom 22. Dezember 2013 (Vorlage 2338.1 - 14545)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

980 Traktandum 3.10: **Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Finanzierungsengpässe der Zuger Hoch- und Tiefbauprojekte vom 13. Januar 2014 (Vorlage 2341.1 - 14548)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

981 Traktandum 3.11: **Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Verwaltungsgebäude 3 vom 14. Januar 2014 (Vorlage 2343.1 - 14551)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

982 Traktandum 3.12: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Abstimmungspropaganda der staatlich finanzierten Frauenzentrale Zug für die Abtreibungsfinanzierung vom 15. Januar 2014 (Vorlage 2344.1 - 14552)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

Traktandum 3.13: **Interpellation der Konkordatskommission betreffend Einbezug des Kantonsrates in Sachen Informatikdepartement an der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) vom 17. Januar 2014 (Vorlage 2347.1 - 14555)**

Die Interpellation wurde bereits in der Vormittagssitzung unter Traktandum 11 mündlich beantwortet (siehe Ziff. 967 sowie Ziff. 953).

TRAKTANDUM 13

983 **Postulat der CVP-Fraktion betreffend Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch**
Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz und Stefan Gisler betreffend Fremdsprachenunterricht an den obligatorischen Schulen
Es liegen vor: Postulat (2248.1 - 14323); Interpellation (2284.1 - 14419); Bericht, Antrag und Antwort des Regierungsrats (2248.2/2284.2 - 14489).

Martin Pfister: Die CVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die gute Beantwortung ihres Postulats und der Interpellation Lustenberger/Gisler. Es ist eine Qualität der regierungsrätlichen Antwort, dass er die Diskussion in einen grösseren Kontext stellt und gleichzeitig einen gerafften Überblick über die Diskussion und die wissenschaftlichen Studien zu diesem Thema bietet. Die CVP-Fraktion ist insbesondere auch damit einverstanden, die geplante Evaluation auf den ganzen Früh-Fremdsprachenunterricht auszudehnen. Eine qualitative Erhebung, wie sie der Regierungsrat vorschlägt, wird ausreichen, um erste Schlüsse zu ziehen. Der Fremdsprachenunterricht an den öffentlichen Schulen ist ein langfristiges Projekt, das auch über die Kantonsgrenzen hinaus koordiniert wird. Auch diesem Umstand kann in der geplanten Evaluation angemessen Rechnung getragen werden.
Der Fremdsprachenunterricht gehört zu denjenigen Themen, welche die politische Diskussion in regelmässigen Abständen erreichen und wieder verlassen. Dabei drängen sich drei sozusagen zeitlose Feststellungen auf:
• Erstens scheint es unbestritten, dass Fremdsprachenkompetenzen ein wichtiges Rüstzeug für den Erfolg im Leben sind und darüber hinaus kulturelle Grenzen öffnen.
• Zweitens war und ist der Fremdsprachenerwerb an Schulen für viele ein *Chnorz,* und der Erfolg hängt dabei neben dem Talent auch sehr stark vom Fleiss ab.
• Drittens haben die Fremdsprachenkenntnisse in der mehrsprachigen Schweiz auch eine starke staatspolitische Komponente.
Daneben verändert sich die Welt. So ist Englisch die dominierende *Lingua franca* auch in der Schweiz geworden. Englisch zu lernen fällt deshalb nicht nur einfacher, der Nutzen des Englischen für den Alltag ist auch offensichtlicher als der Nutzen des Französischen. Zudem hat die grosse Mobilität des modernen Menschen zu eher weniger Mobilität beim Spracherwerb geführt. So war es noch in der Generation des Votanten verbreitet, einen Teil der Ausbildung oder der Wanderjahre in der Westschweiz oder in einem andern Sprachgebiet zu verbringen.
Auf diese Veränderungen ist die Schule eingegangen und hat den Fremdsprachenunterricht verstärkt und vorgezogen. Dabei wird heute der englischen Sprache Priorität zugemessen. Französisch ist als Fremdsprache an der Schule unter Druck und wird insbesondere von Betroffenen wie Eltern und Lehrpersonen zunehmend als Problem wahrgenommen. Der Dachverband schweizerischer Lehrerinnen und Lehrer LCH hat mit widersprüchlichen Aussagen in den letzten Monaten zusätzlich für Verwirrung gesorgt. Es lohnt sich zu prüfen, warum dies so ist und welche Schlüsse daraus gezogen werden sollten. Trotz des Stellenwerts von Englisch bleiben Französischkenntnisse eine minimale Anforderung für fast alle gesamtschweizerischen Berufsprofile in der Wirtschaft, in der Politik, in Verbänden, Gewerkschaften, Wissenschaft usw. Sprachkenntnisse über das Englische hinaus sind für viele Schweizerinnen und Schweizer auch im internationalen Kontext ein wichtiger Vorteil. Dem sollte man Sorge tragen. Und es sollte interessieren, was dies für die Schule bedeutet.
Der Votant ist persönlich froh, wenn die Frage des Französischunterrichts nicht allein binär – ob man Lust dazu hat oder nicht – sondern umfassend und auch politisch beurteilt wird. Eine Schlüsselrolle kommt dabei – wie so oft in der Bildung

– den Lehrpersonen und den Pädagogischen Hochschulen zu. Anders als dies ein aktueller Vorstoss postuliert und es der aktuellen Praxis entspricht, müsste ein Bekenntnis zum Frühfranzösisch auch bedeuten, dass die Unterrichtsbefähigung im Fach Französisch zum Grundrüstzeug jedes Primarlehrers und jeder Primarlehrerin gehört.

Stefan Gisler lobt vorab die Lehrpersonen, die mit viel Engagement – gerade auch in den Fremdsprachen – die Kinder unterrichten. In Zug lehnte die Bevölkerung im Mai 2006 die Initiative gegen die zweite Fremdsprache ab. Heute hätte diese Initiative gute Chancen zur Annahme. Man hört von zahlreichen Eltern und Lehrpersonen, die damals ja zu zwei Fremdsprachen sagten, dass sie heute höchstens eine, einige sogar gar keine Fremdsprache mehr möchten. Woher kommt dieser Wandel?
Zwei Fremdsprachen in der Primarschule führten schon vor und vor allem seit der Einführung nicht nur in Zug, sondern in der ganzen Schweiz zu kontroversen Debatten zwischen Politik, Lehrpersonen, Eltern. Heute schaffen einige Kantone die zweite Fremdsprache bedauerlicherweise wieder ab oder prüfen dies. Und der Dachverband der Schweizer Lehrpersonen LCH fordert in einem aktuellen Positionspapier unmissverständlich eine bessere Umsetzung des Fremdsprachenkonzepts. Auch Zug muss Qualität, Sinn und Effektivität von Frühenglisch und Frühfranzösisch überprüfen. Das fordern die AGF mit ihrer Interpellation und die CVP mit ihrem Postulat. Erfreut nimmt der Votant zur Kenntnis, dass der Bildungsdirektor eine Evaluation des gesamten Frühsprachunterrichts durch das Amt für gemeindliche Schulen verspricht. Vielleicht kann der Bildungsdirektor schon genauer sagen, wann diese Evaluation beendet sein wird, welche finanziellen und personellen Ressourcen er einzusetzen gedenkt und ob auch eine externe Evaluation in Betracht gezogen wurde.
Auch wenn die Bildungsdirektion kontextuell geantwortet hat, so redet sie in ihrer Antwort die Probleme doch ein wenig schön. Die Hauptkritik betrifft die Lehrmittel. Heute wird Englisch mit «Explorer» unterrichtet. Dieses Lehrmittel beinhaltet komplexe und teils sehr spezifischen Themen mit Fachwörtern, die der Votant schlicht nicht für stufen- und kindergerecht hält. Man schaue sich etwa das Kapitel mit «Insects and amphibians» oder jenes über «Exhibitions» an. Die Tochter des Votanten lernte in der dritten Primarklasse das englische Wort für «Blütenstempel» – wobei ihr Vater sich erst einmal kundig machen musste, um welchen Teil der Blume es sich dabei handelt, bevor er das englische Wort nachschlagen konnte. Es gibt viele solche Beispiele. In Zürich weigern sich Schulen, mit «Explorer» zu unterrichten, und der Votant ist froh, dass der Bildungsdirektor in Aussicht stellt, dass neu auch mit «Young World» unterrichtet werden soll. Es braucht hier eine Verbesserung.
Ein zweiter Kritikpunkt: Der Votant stellt eine Fixierung auf Schreiben und auf Lernen von «Lexicards» fest. Viele Eltern bzw. deren Kinder erleben den Unterricht als Fixierung auf das Auswendiglernen von Wörtern und auf Rechtschreibung – auch wenn der Bildungsdirektor in seiner Antwort anderes sagt. Englisch und – etwas weniger – Französisch sind aphonetisch, werden also anders geschrieben als gesprochen. Das bedeutet, dass die Kinder faktisch nicht zwei Fremdsprachen, sondern deren vier lernen: *written english, spoken english, français oral, français écrit.* Für Lernschwache und besonders für Legastheniker ist das eine fast unlösbare Aufgabe. Sprachen sollten viel praxisorientierter und auch näher an der Lebenswelt der Kinder vermittelt werden.
Zur Überforderung: Die Bildungsdirektion schreibt in ihrer Antwort, es gebe durch zwei Fremdsprachen nicht mehr Überforderte als sonst, nämlich ein Viertel pro Fach. Nun, ein Viertel ist schon recht viel – und der Lehrerverband geht von deutlich höheren Zahlen aus. Und die Überforderten weisen ganz sicher einen höheren

Level an Frust auf. Oft sind es nämlich diejenigen Kinder, die schon mit Deutsch Mühe bekunden und nun auch noch in Französisch und Englisch Mühe und schlechte Noten haben. Das hilft diesen Kindern nicht gerade bezüglich Selbstbewusstsein und Entwicklung. Fächerdispensationen oder eine Lernzielbefreiung sind keine nachhaltigen Lösungen.
Zum Notendruck: Vor der Einführung von zwei Fremdsprachen in der Primarschule wurde der Bevölkerung versprochen, dass die Sprachen spielerisch und ohne Druck vermittelt werden. Der damalige Bildungsdirektor Matthias Michel sagte, dass man «sanft» vorgehen werde und die Sprachen nicht relevant seien für den Übertritt. Fakt ist, dass es in der dritten Primarklasse von Beginn weg benotete Prüfungen gibt und die Leistungen – obwohl es theoretisch keine Promotionsfächer sind – in die Gesamtbeurteilung der Lehrpersonen für den Übertritt einfliessen. Die Bildungsdirektion schreibt, es seien Fächer wie andere auch, bezieht sich dabei auf die Promotionskriterien und gibt so letztlich zu, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger damals an der Nase herum geführt. Wir haben heute ein anderes Frühsprachenkonzept als jenes, über welches abgestimmt wurde.
Die AGF fordert eine gut gemachte Evaluation für die Primar- und Oberstufe über den Nachweis der Wirksamkeit des Frühenglischen und Frühfranzösischen bzw. darüber, ob Aufwand und Nutzen wirklich in einem sinnvollen Verhältnis stehen. Sie fordert ein höheres Bewusstsein für die berechtigte Kritik an der Umsetzung des Sprachkonzepts sowie einen besseren, stufen- und kindergerechten Unterricht mit guten Lehrmitteln, der wirklich Freude an Sprachen vermittelt. Es braucht genügend Weiterbildung und Ressourcen für Lehrpersonen. Die AGF wendet sich gegen Sparübungen wie in der Stadt Zug, die zu grösseren Klassen und entsprechend schlechterer Begleitung der Kinder führen. Sie fordert eine Abkehr vom Notendruck und sagt nein zur schleichenden Einführung der Fremdsprachen als Promotionsfächer für den Übertritt an die Oberstufe. Auch könnte man ins Auge fassen, eine zweite Fremdsprache auf der Primar- und Oberstufe als *Freifach* einzuführen. Gelingt es nicht, in den Schulen einen guten, für Eltern und Kindern befriedigenden Frühsprachenunterricht anzubieten, werden sich auch im Kanton Zug die Stimmen mehren, welche nur noch eine oder am Schluss sogar gar keine Fremdsprache zu unterrichten. Das kann nicht das Ziel sein.

Zari Dzaferi: Der Kanton Zug ist – zusammen mit der halben Schweiz – in einem Dilemma: Einerseits ist er verpflichtet, mit Französisch eine weitere Nationalsprache zu lernen, um einen guten Draht zu den Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus der frankophonen Schweiz pflegen zu können. Andererseits hat die englische Sprache in den letzten Jahren extrem an Bedeutung gewonnen. Die Frage, welches Gewicht man diesen beiden Sprachen im Lehrplan einräumen soll, wird zu Recht gestellt. Daher ist es nicht überraschend, dass die Postulanten bzw. Interpellanten mit ihren Vorstössen eigentlich offene Türen einrennen. Die EDK ist nämlich ohnehin schon daran, den Fremdsprachenunterricht an den obligatorischen Schulen zu evaluieren. Man darf aus diesen Vorstössen allerdings nicht ableiten, dass zwei Fremdsprachen die Schülerinnen und Schüler generell überfordern. Mehrere Studien haben aufgezeigt, dass dies nicht der Fall ist. Mehr noch: Man lernt eine zweite Fremdsprache sogar effizienter, wenn man vorher bereits eine Fremdsprache gelernt hat. Gleichzeitig darf man jedoch auch nicht die Augen vor der Realität verschliessen, dass der Französischunterricht einige Schülerinnen und Schüler in der Tat überfordert und diese davon dispensiert werden müssen. Es gibt natürlich auch Schülerinnen und Schüler, die am Ende der obligatorischen Schulzeit nicht viel vom Französischunterricht profitiert haben. Aber gibt es Fachbereiche, von denen man dasselbe nicht auch sagen kann?

Aus der Sicht des Votanten muss grundsätzlich darüber diskutiert werden, welchen Stellenwert man den einzelnen Sprachen einräumen möchte. Das schulische Zeitgefäss ist begrenzt: Jeder Ausbau in einer Fachrichtung hat eine Reduktion in einem anderen Bereich zur Folge. Die SP-Fraktion findet es deshalb nicht verkehrt, dass die Regierung eine Evaluation des Fremdsprachenunterrichts im Kanton Zug ins Auge fasst. Sie wird daher das Postulat unterstützen, betont allerdings, dass eine solche Untersuchung sorgfältig und mit einem klaren Ziel durchgeführt werden muss. Ein reines Stimmungsbild mit der Befragung einiger Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen bringt uns nicht wirklich weiter. Vielleicht kann der Bildungsdirektor bereits heute einige Informationen geben, in welche Richtung diese Untersuchung zielen soll. Schliesslich soll die Evaluation, die durch das Amt für gemeindliche Schulen durchgeführt wird, bereits im nächsten Schuljahr stattfinden, also schon ziemlich bald. Der Regierungsrat schliesst zudem nicht aus, sich einer regionalen Evaluation anzuschliessen, sofern diese ebenfalls innert nützlicher Frist konkrete Ergebnisse für den Kanton Zug liefert. Der Votant ersucht den Bildungsdirektor zu klären, ob solche Kooperationen bereits in Sicht sind. Vielleicht liesse sich auch die erwähnte Studie der EDK für den Kanton Zug nützen.
In Klammern geht der Votant auf die Frage 5 der Interpellation ein. Diese suggeriert, dass in den Fremdsprachen das reine Wörterlernen im Vordergrund stehe und weniger die Konversation. Der Votant teilt diese Auffassung nicht. Er unterrichtet zwei Erst-Sekundar-Klassen im Fach Englisch und ist verblüfft, wie hoch das Niveau bereits ist. Der Unterricht kann fast ausschliesslich auf Englisch stattfinden. Der Votant ist daher überzeugt, dass seine Kolleginnen und Kollegen auf der Primarstufe solide Arbeit geleistet haben, die nichts mit ein bisschen Wörtchenlernen zu tun hat. Und apropos Rechtschreibung: Der Votant hat kürzlich mit seinen Schülerinnen und Schülern vereinbart, dass diese wöchentlich eine halbe Stunde am Orthografietrainer üben müssen. Wenn Lehrpersonen Wert auf Rechtschreibung legen, dann ist das gut so, besonders im heutigen Zeitalter, in welchem mit Facebook, Twitter, Whatsapp etc. vor allem informell geschrieben wird.

Beni Riedi dankt namens der SVP-Fraktion dem Regierungsrat für die Antwort. Wie bereits mehrfach gesagt wurde, gibt es in dieser Sache einen Volksentscheid, Bevor an diesem Entscheid etwas geändert wird, muss nach Meinung der SVP eine fundierte Analyse vorgenommen werden. Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb die Anträge der Regierung.

Beat Sieber: «Si je savais commander un billet, je pouvais rentrer à Zoug». Dieser Satz enthält zwar zwei Subjonctifs, doch ist dies nicht von Interesse, wenn man von Lausanne, Genf, Neuenburg oder Martigny nach Hause reisen und einfach eine Fahrkarte kaufen möchte. Man muss nur freundlich sagen können: «J'aimerais bien acheter un billet pour aller à Zoug». Um diesen Standard landessprachlicher Sprachkompetenz zu erreichen, braucht es nicht möglichst viele langweilige Französischlektionen, sondern einen Französischunterricht, der die Sprachkompetenz fördert und die Freude am Französisch weckt und erhält. Nicht die quantitative Frage «Wie viel?» ist entscheidend, sondern die pädagogisch-didaktische Frage nach dem «Wie?».
Es ist begrüssenswert, dass der Regierungsrat bereit ist, eine Evaluation der Fremdsprachensituation in den Schulen des Kantons Zug durchzuführen, doch sollte der wesentliche und über den Erfolg entscheidende Faktor «Wie werden die Fremdsprachen in den Primarschulen unterrichtet?» in die Evaluation einfliessen. Die Qualität sollte vor die Quantität gestellt werden, was im Kanton Zug auf offene

Ohren stossen müsste. In diesem Zusammenhang ist es lobenswert, dass der Regierungsrat folgende Massnahmen vorschlägt:
• Verbesserte Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen in der Fachdidaktik;
• Initiierung einer verstärkten Reflexion des Unterrichts;
• Durchführung einer Studie im Schuljahr 2014/15.
Ebenfalls lobenswert ist der Hinweis des Regierungsrats, dass bei der Benotung von Fremdsprachenkompetenzen die Fertigkeiten Lesen, Hören, Sprechen und Schreiben zwingend vorgeschrieben sind und dass neuere Lehrmittel die Lehrpersonen darin unterstützen, die Begegnung mit Sprache und Kultur zu ermöglichen. Im Lehrplan 21 wird ja diese Begegnung im Bereich «Kulturen im Fokus» vertieft. Zu guter Letzt ist dem Regierungsrat fast eine Goldmedaille zu verleihen, dass er keinen Anlass sieht, auf die Forderungen des LCH einzugehen und den Fremdsprachenunterricht anzupassen, bevor Evaluationsergebnisse vorliegen und bevor nicht das verbessert wurde, was sich im Unterricht tut. Es wäre ein unternehmerischer Blödsinn, etwas, wozu man sich entschieden hat, leichtfertig wegzuwerfen, ohne daran zu arbeiten und es zu verbessern.
Für die FDP besteht aus heutiger Sicht kein Anlass, vom eingeschlagenen Weg abzuweichen. Handlungsbedarf sieht die FDP in anderen Bereichen, so etwa in der Sprachkompetenz in Deutsch, welche die Grundlage sehr vieler anderer Fächer ist, beispielsweise auch der MINT-Fächer, die in der Deutschschweiz auf Deutsch unterrichtet werden und nur verstanden werden können, wenn man auch Deutsch kann. Da müsste wohl überlegt werden, wie die Kompetenz gesteigert werden könnte. Vorschläge dazu liegen vor.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** dankt vorab für die wohlwollende Aufnahme der Antwort und nimmt Stellung zu den heute noch gestellten Fragen.
• Die Evaluation des Fremdsprachenunterrichts durch das Amt für gemeindliche Schulen wird während des Schuljahrs 2014/15 durchgeführt; wie lange dann die Auswertung und Interpretation der Ergebnisse dauert, ist im Moment noch unklar.
• Über eine allfällige regionale Zusammenarbeit bei der Evaluation der Fremdsprachen in der Primarschule entscheidet die Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz (BKZ) Mitte März. Es wird sich also innert nützliche Frist klären, ob diese regionale Evaluation den Zielen des Kantons Zug entspricht und dieser sich anschliessen kann. Sicher nicht den Zielen des Kantons Zug entspricht die EDK-Überprüfung der Grundkompetenzen in der ersten Fremdsprache; diese findet erst 2017 statt, was für das vorliegende Anliegen zu spät ist.
• Die erwähnte Evaluation wird mit internen Ressourcen durchgeführt. Eine Evaluation durch Externe würde Kosten in der Grössenordnung von 50'000 Franken auslösen. Externe Ressourcen werden nur beansprucht, wenn beispielsweise ein *Online-Tool* programmiert werden muss.
• Bezüglich der Unterrichtsqualität wurde moniert, es werde zu viel auswendig gelernt, zu viel gelesen und zu wenig gesprochen, dazu komme der Notendruck. Teilweise waren die Vorwürfe für Zuger Verhältnisse allerdings etwas pauschal, was wohl damit zu tun hat, dass die Befunde unbesehen aus dem LCH-Positionspapier übernommen wurden. Es gilt festzuhalten, dass im Kanton Zug in der Lehrerausbildung und auch im Lehrplan das Mündliche und Rezeptive im Zentrum stehen und beispielsweise die Textproduktion einen deutlich kleineren Raum einnimmt. Damit werden wichtige Grundsätze der Sprachdidaktik erfüllt. In der Praxis, in den Schulzimmern, läuft vielleicht noch nicht alles rund; es läuft aber ganz gewiss auch nicht alles schlecht. Noch ist tatsächlich zu vieles schriftlich, und der Korrektheitsanspruch im Schriftlichen ist bei einigen Lehrpersonen, denen noch die Erfahrung des eigenen Fremdsprachenunterrichts in den Knochen steckt, vermutlich zu hoch.

Das hat auch damit zu tun, dass es an den Schnittstellen zwischen Primarstufe und Sekundarstufe I noch Koordinationspotenzial gibt. Noch gehen zu viele Primarlehrpersonen davon aus, dass Schriftlichkeit das A und O sei – was aber nicht zutrifft. Man ist also noch nicht dort, wo man sein will, aber die wichtigsten Handlungsfelder sind erkannt, um den Fremdsprachenunterricht noch besser zu leben: Schnittstellen, Information und Weiterbildung der Lehrpersonen. Mit der stufen- und schulübergreifenden Fachgruppe Fremdsprachen ist man auf dem richtigen Weg hin zu einer weiteren Verbesserung.
• Die Notengebung im Fach Französisch wurde in der Bildungsratssitzung vom 14. Januar 2009 beschlossen. Die Erwägungen dazu kann der Bildungsdirektor aus dem Stand nicht abrufen – im Gegensatz zur Tatsache, dass er damals noch nicht Bildungsdirektor war.

➔ Der Rat erklärt das Postulat der CVP-Fraktion im Sinne der Erwägungen des Regierungsrats erheblich.

➔ Der Rat nimmt die Interpellation Lustenberger-Seitz/Gisler zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 14

984 Interpellation von Gabriela Peita betreffend illegale oder legale langfristige Parkmöglichkeit an der Kantonsstrasse Sihlbruggstrasse Richtung Waltenswil, Strassenbezeichnung N8

Es liegen vor: Interpellation (2266.1 - 14383); Antwort des Regierungsrats (2266.2 - 14515).

Karl Nussbaumer dankt namens der abwesenden Interpellantin Gabriela Peita dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Wie man der Antwort entnehmen kann, ist das Parkieren in der angesprochenen «Grauzone» gestattet, und es wird nichts unternommen, um es zu verhindern oder allenfalls zu legalisieren. Vielleicht hätte eine andere Signalisation die Situation schon erheblich verbessert und auch anderen LKW-Fahrer das Parkieren gestatten, nicht nur dem bulgarischen Luzerner LKW-Halter und -Lenker. Aber hier gilt doch: Wo kein Kläger, da kein Richter. Der Votant ruft dazu auf, sich wieder interessanteren Geschäften zu widmen und nicht kostbare Zeit zu stehlen, um weiter darüber zu diskutieren. Auf jeden Fall nimmt die Interpellantin die Antwort des Regierungsrats mit Zähneknirschen zur Kenntnis.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser wieder seinen Platz.

TRAKTANDUM 15

985 **Erster Wirksamkeitsbericht des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) 2006–2011**
Motion von Philippe Camenisch, Cornelia Stocker, Alice Landtwing, Adrian Andermatt und Maja Dübendorfer Christen betreffend Neuregelung des Finanzierungsmechanismus für die Neuordnung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA)
Motion von Daniel Stadlin betreffend Anpassung des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)
Motion von Daniel Stadlin betreffend Lasten der Gemeinden im Kanton Zug
Es liegen vor: Motion Camenisch et al. (2129.1 - 14030); Motion Stadlin I (2141.1 - 14053); Motion Stadlin II (2254.1 - 14347); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2331.1/2129.2/2141.2/ 2254.2 - 14535).

Cornelia Stocker spricht als Vertreterin der Motionärinnen und Motionäre. Deren Interessenbindung ist bekannt: Sie sind allesamt Vertreter von Gebergemeinden.
Der vorliegende Wirksamkeitsbericht widerspiegelt glaskar: Seit der Einführung des ZFA im Jahr 2006 hat sich die Finanzlage der Zuger Gemeinden zum Teil drastisch verschoben. Der ZFA war einst ein einigermassen fair austariertes Projekt. Doch heute, nach einigen Jahren Wirksamkeit, ist der Zeitpunkt gekommen, dieses Projekt und seine zum Teil intransparenten und selbst für Exekutivvertreter nicht nachvollziehbaren Mechanismen kritisch zu reflektieren. Die Motionäre sind froh, dass auch Vertreter der Nehmergemeinden gewisse Justierungen aufgrund der vorliegenden Fakten als unumgänglich erachten. Sie verhehlen jedoch nicht, dass der von den gemeindlichen Finanzchefs und Gemeindepräsidenten erarbeitete Beschluss nicht im erwarteten Entlastungsausmass daherkommt. Das vorliegende Resultat ist das Ergebnis des kleinsten gemeinsamen Nenners aller Beteiligten, also inkl. Finanzdirektion. Die realpolitische Umsetzung wäre ein Leichtes, weil man eben nur etwas Kosmetik am System vornehmen will. Die Motionäre werden den Eindruck nicht los, dass die heissen Eisen *per se* nicht angetastet werden wollten. Die am meisten gebeutelte Gemeinde, die Stadt Zug, hat aus Optik der Motionäre zu wenig ambitiös verhandelt oder wollte einfach lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach haben.
Die AGF wird nachher einmal mehr die Steuerpolitik zum Sündenbock für das strukturelle Defizit der Stadt Zug machen. Doch ein unermüdliches Geisseln der erfolgreichen Steuerpolitik bringt niemanden weiter. Dabei ist in Erinnerung zu rufen, dass die Steuergesetzesrevisionen stets mit komfortabler Mehrheit vom Souverän bestätigt wurden. Störend ist auch die Tatsache, dass dem Anreiz des haushälterischen Umgangs mit den Finanzen generell und insbesondere bei den Nehmergemeinden zu wenig Rechnung getragen resp. dieser nicht honoriert wird. Die Motionäre fordern Korrekturen in diese Richtung. Ebenfalls missfällt ihnen, dass im heutigen System Nehmergemeinden tiefere Steuersätze als Gebergemeinden haben können. Und um ehrlich zu sein: Es gibt Nehmergemeinden, die sich das eine oder andere *Nice-to-have*-Projekt gönnen, welches sie sich ohne ZFA-Zuschuss nicht leisten würden. Im Euroraum werden Finanzhilfen an überschuldete Staaten nur verbunden mit Auflagen erteilt. Eine Analyse der Pro-Kopf-Ausgaben der einzelnen Gemeinden ist angezeigt und sicher nicht schikanös.
Um die Mittel zielgerechter umzuverteilen, ist das Schaffen einer neutralen Zone sicher ein probates Mittel. Es zielt auf eine Verwesentlichung des Finanzausgleichs unter den Gemeinden ab. Der Ausgleichsfond, immer noch alimentiert von den finanzstärksten Gemeinden, würde massgeblich reduziert. Das Gros der Gemeinden wäre nämlich in der neutralen Zone eingeteilt und würde keine Ausgleichzahlungen mehr erhalten.

Das eine ursprüngliche Ziel, die Steuerfüsse der Gemeinden zu harmonisieren, ist heute weitgehend erreicht. Hingegen bringt das jetzige System Fehlanreize mit sich, die dazu führen, die Ausgabendisziplin und folglich die im Zentrum stehende Tugend der Selbstverantwortung aufzuweichen. Mit der Erheblicherklärung der Motion wird die Möglichkeit geschaffen, das Einführen einer neutralen Zone sorgfältig und fundiert zu analysieren.
Die Schmerzgrenze für die Gebergemeinden und insbesondere für die Stadt Zug ist erreicht. Die Motionäre appellieren an die Einsicht der Vertreterinnen und Vertreter der Nehmergemeinden, dass die Solidarität unter den Gemeinden nicht weiter strapaziert werden kann und darf. Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt, wieso die Motion erheblich erklärt und noch nicht abgeschrieben werden muss: Müsste der Kanton wie die Stadt Zug 35 Prozent ihrer Steuereinnahmen nach Bern schicken, würde Finanzdirektor Peter Hegglin mit Rückendeckung des Kantonsrats bei Eveline Widmer-Schlumpf Sturm laufen. Ihm würde die Einreisegenehmigung in den Kanton Zug erst wieder erteilt, wenn er mit einer namhaften Entlastung im Gepäck zurückkehrte. In verdankenswerter Weise wird der Finanzdirektor immer wieder in Bern bezüglich massvoller NFA-Belastung für den Kanton Zug vorstellig. Er wirkt dort aber nur glaubhaft, wenn in seinem eigenen Kanton die Hausgaben gemacht sind. In diesem Sinne ersuchen ihn die Motionäre, raschmöglichst das Ausarbeiten einer Vorlage ohne Tabu-Aspekte an die Hand zu nehmen. Eine überrissene ZFA- und im Kanton Zug einzigartige NFA-Beteiligung schwächt die Gebergemeinden auch im nationalen und internationalen Wettbewerb. Dies schadet letztendlich sämtlichen Gemeinden und damit dem ganzen Kanton.
Die Votantin dankt für die Erheblicherklärung der Motion und die Unterstützung des Antrags, diesen noch nicht abzuschreiben.

Daniel Stadlin dankt dem Regierungsrat für die Erstellung des Wirksamkeitsberichts und für die Beantwortung der drei Motionen. Der Regierungsrat hält fest: «Der Mechanismus des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) und die Beteiligung der Einwohnergemeinden am nationalen Finanzausgleich (NFA) haben sich bewährt und sollen beibehalten werden.» Zumindest beim ZFA muss dazu ein grosses Fragezeichen gesetzt werden: Bewährt für wen? Für die Gebergemeinden, zumindest für die Stadt Zug, trifft dies nämlich in keiner Weise zu. Ganz im Gegenteil: Wie kann er sich bewährt haben, wenn dies einzig auf Kosten der Stadt Zug geht, diese dadurch nur noch Defizite schreibt und eine Sparübung nach der anderen machen muss? Man frägt sich wirklich, wie bei dieser Faktenlage der Regierungsrat zur Aussage gelangen kann, der Zuger Finanzausgleich habe sich bewährt. Diese Schlussfolgerung ist – mit Verlaub – schon etwas daneben. Die Nehmergemeinden negierten beharrlich die schwierige Situation, in welche die Stadt Zug durch den Finanzausgleich geraten ist, und dem Kanton fehlte, so scheint es jedenfalls, die in dieser *Causa* nötige finanz- und staatspolitische Führung. Nur so kann man sich das vorliegende Resultat erklären. Denn der ZFA generiert auch mit der nun von den Gemeinden vorgeschlagenen Minimalretusche beim Normsteuerfuss weiterhin irrwitzig hohe Zahlungsströme zugunsten der Nehmergemeinden. Und dies notabene ohne ersichtliche Notwendigkeit, wie ihre Rechnungsüberschüsse jeweils zeigen. Mit der nun vorgeschlagenen minimalen Senkung des Normsteuerfusses hätte 2012 Unterägeri statt 14,7 Millionen 14 Millionen Franken erhalten, Menzingen statt 11,1 Millionen 10,6 Millionen, Cham statt 17,2 Millionen 16,4 Millionen, Hünenberg statt 6,3 Millionen 6,0 Millionen, Steinhausen statt 9,6 Millionen 9,1 Millionen, Risch statt 8,4 Millionen 8,0 Millionen und Neuheim statt 4,0 Millionen 3,8 Millionen Franken. Sie hätten also nur auf 5 Prozent der Transferzahlungen verzichten müssen und dabei weiterhin satte Überschüsse schreiben können: Unterägeri 1,5 Millionen,

Menzingen 1,7 Millionen, Cham sage und schreibe 10,2 Millionen, Hünenberg 0,4 Millionen, Steinhausen 2,7 Millionen, Risch 5,5 Millionen und Neuheim 0,3 Millionen Franken. Zudem konnten sie sich seit Einführung des ZFA komplett entschulden. Die Verschuldung ging derart markant zurück, dass heute sämtliche Nehmergemeinden ein Pro-Kopf-Guthaben ausweisen können – und dies ausschliesslich auf Kosten der Stadt Zug. Im gleichen Zeitraum schmolz deren Vermögen wie Schnee an der Sonne. Ende 2014 wird die Stadt voraussichtlich eine Pro-Kopf-Verschuldung ausweisen und definitiv in ein strukturelles Defizit geraten. Wieso die Entwicklung der Entschuldung im Wirksamkeitsbericht unerwähnt bleibt und bei der Anpassung des Finanzausgleichs nicht berücksichtigt wurde, ist nicht nachvollziehbar. Offenbar bestand gar nie die Absicht, die Stadt Zug finanziell deutlich zu entlasten. Ansonsten sähe das Ergebnis anders aus. Die nun vorgeschlagene Anpassung des ZFA ist ein Minimalkompromiss, bei dem die Nehmergemeinden nicht wirklich etwas geben und weiterhin auf nichts verzichten. Solidarität sieht anders aus. Die Stadt Zug kommt so nicht aus ihrer finanziellen Notlage heraus und wird weiter sparen und Dienstleistungen abbauen müssen. Die ursprüngliche Forderung der Stadt Zug, um 10 Millionen Franken entlastet zu werden, wird bei weitem nicht erfüllt. Es ist unglaublich, wie die Nehmergemeinden wegen kurzsichtiger Eigennutzmaximierung sogar in Kauf nehmen, die Wirtschaftsmotoren Zug und Baar zu schwächen. Hier hätte der Kanton aktiver in den Prozess eingreifen und die Nehmergemeinden in die Pflicht nehmen müssen. Dass er nun 4,5 Millionen Franken beisteuert, ist nämlich nicht im Sinne des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich. Dieses regelt ausschliesslich den finanziellen Ausgleich unter den Einwohnergemeinden. Eine finanzielle Beteiligung des Kantons ist darin nicht vorgesehen. Die Entlastung der Gebergemeinden muss über eine Senkung der Abschöpfung erfolgen. Dass diese nicht zustande kam, ist bedenklich und strapaziert völlig unnötig die Solidarität im Kanton Zug. Mit dem vorliegenden Resultat kann der Votant als Stadtzuger wirklich nicht zufrieden sein. Wie beim NFA gilt offenbar auch beim ZFA: «Nehmen ist seliger denn Geben.» Der Votant hofft sehr, der Regierungsrat nehme seine finanzpolitische Verantwortung *a posteriori* doch noch wahr und setze sich für eine substanzielle Entlastung der Gebergemeinden ein.

Der Regierungsrat und offenbar auch die Mehrheit der Gemeinden lehnen die Einführung einer Obergrenze von 20 Prozent des Steuerertrags ab. Mit der Abschöpfungsquote verfüge der Finanzausgleich bereits über eine Obergrenze. Ja natürlich – aber eine Obergrenze in der Höhe von 40 Prozent entbehrt jeglicher Vernunft und verstösst gegen den Grundsatz des rechtsstaatlichen Handelns. So gibt es auch in keinem anderen Kanton eine auch nur annähernd so hohe Abschöpfungsquote. Diese groteske Obergrenze ist ja gerade das Hauptproblem des ZFA, ist es doch dieser Parameter, der die unverhältnismässig hohen Ausgleichszahlungen generiert und für die Gebergemeinden, insbesondere für die Stadt Zug, unkontrollierbare finanzielle Konsequenzen bewirkt und so die Planbarkeit der Gemeindeaufgaben und deren Finanzierung erschweren. Eine Abschöpfungsquote darf nicht dazu führen, dass Investitionen, aber auch laufende Ausgaben von Gebergemeinden nicht mehr mit Steuereinahmen gedeckt werden können. Die in der Motion geforderte Begrenzung der Abschöpfung auf 20 Prozent des Steuerertrags würde der Stadt Zug die nötige Entlastung bringen, ohne dabei die Beiträge an die Nehmergemeinden zu stark zu kürzen. Diese müssten nach wie vor auf nichts verzichten. Der Kanton Baselland stand 2011 mit seinem Finanzausgleich vor einer ähnlichen Situation. Zwei Jahre nach der Einführung hatte die Abschöpfung bei den finanzstärksten Gemeinden 20 Prozent ihrer Steuerkraft erreicht. Bei der Erarbeitung des Finanzausgleichsgesetzes sei man dagegen von einer Abschöpfung von 12 bis 14 Prozent ausgegangen. Der Kanton und die Gemeinden haben jedoch

rasch und solidarisch gehandelt. Seit 2013 gilt nun ein maximaler Abschöpfungssatz von 17 Prozent. Eine höhere Abschöpfung belaste das Solidarsystem des Finanzausgleichs zu stark, so der Baselländer Regierungsrat.
Ein Finanzausgleich ohne gleichzeitigen Ausgleich der Lasten ist eine staatspolitische Fehlkonstruktion und wird daher, wie das Kantonsmonitoring 2013 zu den kantonalen Finanzausgleichssystemen von Avenir Suisse zeigt, mit Ausnahme des Kantons Zug in der Schweiz auch nirgends praktiziert. Trotzdem soll im Kanton Zug keine Abgeltung von Lasten eingeführt werden. Die Gemeinden wollen keine Diskussion betreffend Zentrumslasten. Eine solche öffne die Büchse der Pandora und sei nicht zielführend. Was wäre dann zielführend? Weiterhin nichts tun? Das grenzt an Ignoranz und ist ein Affront gegenüber jenen, die diese Lasten zu tragen haben. Alle anderen Kantone haben die Büchse der Pandora geöffnet. Natürlich sind sie deswegen nicht an Lastern und Untugenden zu Grunde gegangen. Alle haben einen auf den Kanton abgestimmten Lastenausgleich eingeführt, auch das kleine Appenzell Innerroden. Finanzpolitisch ist es wichtig, die Fakten der Lasten-Disparität zwischen den Gemeinden zu kennen. Dass der Regierungsrat es ablehnt, dazu einen Bericht erstellen zu lassen, ist unverständlich. Dass die Stadt Zug Zentrumslasten zu tragen hat, wird wohl niemand ernsthaft bezweifeln. So wird im Bericht des Städteverbands vom Juli 2010 wie auch im Bericht des Bundesamts für Raumentwicklung vom Oktober 2013 festgehalten, die Stadt Zug habe im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich hohe Zentrumslasten. Dass diese aber nicht einmal ansatzweise abgegolten werden sollen, ist schwer zu verstehen und lässt auch eine gewisse Geringschätzung gegenüber der Stadt erkennen. Wenn man bedenkt, dass sogar Uri und Jura einen Zentrumslastenausgleich haben und im Kanton Bern die Kleinstädte Burgdorf und Langenthal eine pauschale Abgeltung ihrer Zentrumslasten erhalten, ist die ablehnende Haltung im Kanton Zug sachlich nicht zu begründen.
Ein «Diktat der Nehmenden» hat eine solidarische und gerechte Lösung verhindert. Weiterhin finanzieren einige wenige die vielen anderen. Mit der vom Regierungsrat beantragten Anpassung des ZFA bleiben die Systemfehler bestehen. Darum stellt der Votant folgende **Anträge:**
• Bei der Motion betreffend Neuregelung des Finanzierungsmechanismus für die Neuordnung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform sei das Begehren, das Gros der Gemeinden in eine «neutrale Zone» einzuteilen, ebenfalls erheblich zu erklären.
• Die Motion betreffend Anpassung des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich sei erheblich zu erklären.
• Die Motion betreffend Lasten der Gemeinden im Kanton Zug sei erheblich zu erklären
• Der Regierungsrat sei zusätzlich zu beauftragen, die Beteiligung der Einwohnergemeinden am Interkantonalen Finanzausgleich zu überprüfen.

Stefan Gisler hat als Stadtzuger und als Kantonsrat eine doppelte Verantwortung: einerseits gegenüber der Stadtzuger Bevölkerung – hier wirbt der Votant für eine für die Stadt bessere ZFA-Lösung –, andererseits gegenüber dem ganzen Kanton – für diesen strebt er einen für alle Gemeinden tragbaren Kompromiss an.
Die Stadt Zug schreibt seit einigen Jahren rote Zahlen. Das ist schlecht. Um langfristig gesunde Finanzen zu haben und für Bürgerinnen und Bürger gute und zahlbare Leistungen erbringen zu können, muss sich die Stadt Zug auf drei Pfeiler stützen: Sie braucht erstens eine verantwortungsbewusste Ausgabenpolitik, zweitens genügende und stabile Einnahmen – sprich: eine gerechte Steuerpolitik – und drittens einen ZFA, mit dem sie sich noch immer solidarisch mit den anderen Gemeinden zeigt, der aber ihre Finanzen nicht auffrisst.

Wenn der Kantonsrat heute über den ZFA entscheidet, muss ihm der Zusammenhang zwischen diesen drei Pfeilern klar sein. Zu Pfeiler 1, den Ausgaben: Der aktuelle Stadtrat hat in den letzten Jahren eine sehr vernünftige Ausgabenpolitik an den Tag gelegt. Das bestätigte auch die GPK des Grossen Gemeinderats. Dennoch haben die GGR-«Sparlamentarier» von SVP, CVP und FDP an der letzten Budgetdebatte noch weitere Budgetkürzungen vorgenommen, dies auf Kosten von Kultur, Bildung und vor allem auf Kosten von Familien. Dabei hatten die Stadtzugerinnen und -zuger mit ihrem Nein zur Abschaffung der Buspassverbilligung erst kurz zuvor klar gezeigt, dass sie keine Sparpolitik auf dem Buckel von Familien wollen. Und es ist klar: Die Stadtzugerinnen und -zuger werden keine weiteren Sparpakete dulden. Auch darum braucht die Stadt eine ZFA-Entlastung.
Zu Pfeiler 2, den Einnahmen – oder auch zur Steuerpolitik, die der Votant hier gemäss der Ankündigung von Cornelia Stocker sehr gerne geisselt: Einige Stadtzuger Kantonsräte werden heute so argumentieren, als ob einzig ein aus dem Ruder gelaufener ZFA an den roten Zahlen der Stadt schuld sei. Dem ist aber nicht so. Den Stadtzuger Kantonsräten von FDP, CVP, SVP und GLP stünde mehr Selbstkritik gut an. Sie halfen mit, als der Kantonsrat in den letzten Jahren massiv die Steuern senkte. Allein seit 2007 wurden Steuergeschenke im Umfang von jährlich 200 Millionen Franken gemacht, vor allem zu Gunsten von Firmen, Aktionären und Wohlhabenden. So wurden allein der Stadt Zug jährlich 25 Millionen Franken genommen. Auch den hier anwesenden Mitgliedern des Grossen Gemeinderats stünde es gut an, mehr Selbstkritik an den Tag zu legen. Sie halfen mit, als der bürgerlich dominierte Grosse Gemeinderat in den letzten Jahren den Steuerfuss von 70 auf 60 Prozent senkte, was heute zusätzliche 25 Millionen Franken Mindereinnahmen pro Jahr ergibt. Dies taten die Gemeinderäte im klaren Wissen – und die Alternativ-Grünen warnten explizit davor –, dass hohe ZFA-Zahlungen kommen. Sie sind sehenden Auges ins Defizit gerannt. Und jetzt fehlen der Stadt Zug Gelder für wichtige Investitionen, für Schulen, Familien etc. Die Stadtkasse schreibt rote Zahlen. Die ideologische Politik – und nicht allein der ZFA – trug massgeblich zu diesen roten Zahlen bei. Die *Milchbüechlirechnung,* mit Steuersenkungen so viel Wachstum und Zuwanderung und letztlich neue Steuergewinne zu generieren, geht nicht auf; es ist ein negatives Schneeballsystem. Es ist deshalb klar, dass es zur ZFA-Entlastung Steuererhöhungen braucht.
Zu Pfeiler 3: Der ZFA funktioniert. Die Schere zwischen dem höchsten und dem tiefsten gemeindlichen Steuerfuss hat sich seit 2007 von 28 auf 16 Punkte geschlossen, und die Verschuldung der weniger finanzstarken Gemeinden nahm ab. Doch jetzt ist es Zeit, dass die Stadt Zug als grösster Geber entlastet wird. Es kann nicht sein, dass Zug jährlich 50 bis 60 Millionen Franken oder fast einen Viertel seiner Steuereinnahmen in den ZFA abliefert, zumal die Stadt auch noch viele Zentrumslasten trägt. Hätte der Votant 2006 nicht dem Finanzdirektor vertraut, der von viel tieferen Beitragszahlen für die Stadt ausgegangen ist, hätte er dem ZFA nicht zugestimmt. Im Gegensatz zu Daniel Stadlin will der Votant heute aber nicht über die Höhe der Entlastung für die Stadt Zug debattieren; das kann man nach der Überweisung der Motion Camenisch et al. und nach Vorliegen der Gesetzesvorlage tun. Die AGF trägt die ZFA-Entlastung für die Stadt mit, wenn die Stadtzuger Vertreterinnen und Vertreter der bürgerlichen Parteien erstens mithelfen, ihre GGR-*Parteigspändli* zu überzeugen, diese Entlastung nicht gleich wieder mit Steuersenkungen zu verjubeln, und wenn zweitens ihre Kantonsrat-*Parteigspändli* nicht wieder blind ideologisch die kantonalen Steuer senken, zum Beispiel in Zusammenhang mit der Unternehmensteuerreform 3. Die vom Finanzdirektor bereits geforderte Senkung der Unternehmenssteuern auf 12 Prozent führt wieder zu einem

Loch in der Stadtkasse. Man kann nicht am ZFA schrauben und dann wieder neue Löcher öffnen.
Zur Motion Camenisch et al.: Die «neutrale Zone» entlastet die Geber um rund 16 Prozent und verringert die Entlastung der Gemeinden um 8 bis 28 Prozent. Dabei büssen die eher strukturschwächeren Berggemeinden Unterägeri, Menzingen und Neuheim weniger an Ausgleichzahlungen ein und die durch Lage und Wirtschaftsmöglichkeiten eher besser gestellten Ennetseegemeinden und Steinhausen etwas mehr. Der Votant weiss nicht, ob dies wünschenswert ist, aber es ist interessant. Die AGF will diese Variante nicht schon heute – wie von der Regierung beantragt – ausschliessen und darum auch diesen Teil der Motion erheblich erklären. Ebenso ist die AGF für die Erheblicherklärung des Motionsaspekts Normsteuerfuss.
Die erste Motion Stadlin, die eine Obergrenze verlangt, lehnt die AGF ab, ebenso die zweite Motion Stadlin, die letztlich einen Lastenausgleich will. Daniel Stadlin war 2006 noch nicht im Kantonsrat. Im Rahmen der ZFA-Diskussion wurde damals ausgiebig darüber diskutiert, ob man diesen ZFA oder einen Lastenausgleich wolle. Man wollte damals kein Administrationsmonster schaffen und nicht mit höchst komplexen Berechnungen von sich in jeder Gemeinde ständig verändernden Faktoren einen Lastenausgleich schaffen. Andere Kantone machen im Übrigen mit dem Lastenausgleich nicht unbedingt gute Erfahrungen.
Bei fünften Antrag der Regierung stellt die AGF den **Antrag** auf die folgende Ergänzung: «Den Regierungsrat zu beauftragen, Ihnen eine Anpassung des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich in den Varianten ‹Senkung Normsteuerfuss›, *‹Abschöpfungsquote›, ‹Sockelbeitrag›, ‹Neutrale Zone›,* ‹Generelle Entlastung der Gebergemeinden, Beteiligung des Kantons am Finanzausgleich› und ‹Ständige Wohnbevölkerung als Basis› zu unterbreiten.» Neu ist an diesem Antrag, dass die ganze Palette diskutiert werden soll, weshalb auch «Abschöpfungsquote», «Neutrale Zone» und «Sockelbeitrag» enthalten sind. Denn gerade die neutrale Zone oder auch die Veränderung der Abschöpfungsquote bieten interessante Möglichkeiten, und die künftige Kommissionsarbeit und Ratsdebatte hierzu sollen nicht schon im Vorneherein eingeschränkt werden.

Eusebius Spescha hält namens der SP-Fraktion fest, dass der Zuger Finanzausgleich insgesamt sicher eine gute Sache ist:
• Es fand eine Angleichung der Steuerfüsse statt.
• Die Steuerbelastung konnte in allen Gemeinden gesenkt werden – auch wenn das nicht nur positive Auswirkungen hat.
• Seit 2008 musste eine einzige Nehmergemeinde einmal ein Defizit ausweisen, nämlich Hünenberg 2010 mit einem Minus 1,1 Millionen Franken; ansonsten wiesen die Gemeinden zum Teil erhebliche Überschüsse aus.
Der ZFA hat allerdings einen grossen Fehler: Die Ausgleichssumme ist zu hoch. Das ist keine neue Erkenntnis, sondern war schon 2006 bei den Beratungen zur zweiten Lesung bekannt: Aufgrund der Ergebnisse der ersten Lesung wurde damals das Ganze neu berechnet, und da zeigte sich, dass das Ausgleichsvolumen um etwa 20 Millionen Franken höher ausfallen wird als bis dahin angenommen. Der Votant hat damals, unterstützt von weiteren Ratsmitgliedern, beantragt, die zweite Lesung auszusetzen und diese Frage zu klären. Das wurde aber abgelehnt, und auch der Versuch, noch einige Details zu bereinigen, war nicht sehr erfolgreich. Der Rat hat damals aber gewusst, dass die Ausgleichssumme zu hoch ist – was sich jetzt bestätigt hat. In den letzten zwei Jahren wurden rund 70 Millionen Franken in den Finanzausgleichstopf geworfen. Damit erzielten die Nehmergemeinden 2012 Überschüsse von 25 Millionen Franken und 2011 von sogar 30 Millionen Franken, während die Stadt Zug als mit Abstand grösste Gebergemeinde 7 bzw. 5 Millionen

Franken Defizit ausweisen musste. Und das kann es doch wohl nicht sein, dass die Stadt Zug Defizit schreibt, damit andere Gemeinden unnötige Überschüsse erzielen.
Die SP-Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass dies schnell korrigiert werden muss. Es kann nicht sein, dass man sich national darüber beklagt, dass der Kanton Zug von den anderen Kantonen ausgenommen wird, aber innerkantonal das Gleiche mit der Stadt Zug macht. Die Vorschläge, welche die Regierung unterbreitet, gehen zwar in die richtige Richtung, aber zu wenig weit. Ein Finanzvolumen von etwa 50 Millionen genügt, um die Ziele des Finanzausgleichs zu erreichen. Die SP erwartet, dass die eigentliche Vorlage entsprechende Vorschläge enthält. Zudem muss diese Vorlage schnell kommen, damit eine Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2015 noch möglich ist. Für die Verzögerungstaktik der Regierung hat die SP kein Verständnis.
Die SP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung der Motion Camenisch et al. in der breitestmöglichen Fassung. Ein Lastenausgleich wäre zwar sachlich gerechtfertigt, macht aus der heutigen Situation heraus aber keinen Sinn; der Finanzausgleich lässt sich mit viel einfacheren Korrekturen auf die richtige Schiene bringen. Der Votant bittet den Regierungsrat, vorwärts zu machen und die Vorlage in ein bis zwei Monaten in den Kantonsrat zu bringen, damit noch in diesem Jahr ein Beschluss gefasst werden kann.

Thomas Wyss hält fest, dass die SVP-Fraktion den ersten Wirksamkeitsbericht intensiv diskutiert hat. Nach ihrer Ansicht legt die Regierung hier allerdings leider nur eine minimalistische Lösung vor, die dem anerkanntermassen grossen Problem nicht gerecht wird. Die Regierung soll deshalb beauftragt werden, in der Anpassung des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich dafür zu sorgen, dass das Gros der Gemeinden in eine «neutrale Zone» eingeteilt wird. Zudem ist es angezeigt, eine Obergrenze für die Gebergemeinden festzulegen.
Mit diesen Massnahmen kann nach Ansicht der SVP-Fraktion ein willkommener und notwendiger Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zug im nationalen und internationalen Steuerwettbewerb geleistet werden. Denn ohne einschneidende Anpassungen im Zuger Finanzausgleich besteht die Gefahr, dass die beste Milchkuh im Zuger Stall, die Stadt Zug, übermässig belastet wird. Die SVP appelliert deshalb an den Finanzdirektor, im Stall ein Klima zu schaffen, das der Leistung der gesamten Herde förderlich ist. Die beiden erwähnten Massnahmen sind auf Bundesebene auch in der Überarbeitung des nationalen Finanzausgleichs ein Thema. Nimmt sie der Kanton Zug in die eigene Gesetzgebung auf, wird damit seine Glaubwürdigkeit in dieser Frage auf nationaler Ebene gestärkt. Kurz: Der Kanton Zug muss auf kantonaler Ebene leben, was er auf nationaler Ebene fordert.

Gabriela Ingold: Die FDP-Fraktion steht für einen fairen und transparenten Zuger Finanzausgleich ein. Was Zug auf nationaler Ebene fordert, soll auch im Kanton gelten. Der Wirksamkeitsbericht ist äusserst interessant und aussagekräftig, die FDP nimmt ihn dankend zur Kenntnis. Der ZFA hat sich grundsätzlich bewährt. Die Steuerfüsse der Gemeinden sind näher zusammengerückt. Das ist gut so, denn dies war eines der Hauptziele des zweiten ZFA-Pakets. Aber der hohe Anstieg der Beiträge der Gebergemeinden, insbesondere der Stadt Zug, sind nicht von der Hand zu weisen, und sie sind störend. Deshalb bedarf das Werk zwingend einer Anpassung.
Das Vorgehen bei der Erarbeitung der neuen Vorschläge über die innerkantonalen Zahlungsströme erachtet die FDP jedoch als etwas sonderbar. Es scheint, als seien die Würfel schon gefallen, obwohl die getroffenen Entscheidungen nicht legi-

timiert sind. Die FDP-Fraktion gestattet sich, diesbezüglich Vorbehalte anzubringen. Gerne möchte sie – und das gilt wohl für den ganzen Rat – noch ein Wörtchen mitreden. Der Fächer der Fragestellungen muss nochmals geöffnet und durch den Kantonsrat beurteilt werden können; allerdings lehnt die FDP eine Diskussion über einen Lastenausgleich ab. Aus diesem Grund stellt die FDP-Fraktion den **Antrag,** auch den Antrag 2 a, nämlich «die Prüfung einer neutralen Zone», als erheblich zu erklären. Die FDP will die Schwachen unterstützen, gleichzeitig aber die Starken nicht über Gebühr schröpfen.
Ansonsten ist die FDP mit den Anträgen des Regierungsrats einverstanden.

Silvia Thalmann: Vor sieben Jahren hat dieser Rat nach dem Grundsatz «Wer zahlt, befiehlt» die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden entflechtet und neu zugeteilt. Gänzlich unbestritten war damals die Fortführung des innerkantonalen Finanzausgleichs. Auch dass dieser neu ausschliesslich eine finanzielle Angelegenheit der Gemeinden sein sollte, stiess auf breite Zustimmung. Man wünschte einen einfachen Mechanismus, nichts Kompliziertes. Deshalb verzichtete man auf die Abgeltung von Lasten. Dies hat sich, wie der erste Wirksamkeitsbericht zum Zuger Finanzausgleich zeigt, bewährt.
Ein weiteres Ziel den innerkantonalen Finanzausgleich war, die unterschiedliche Steuerkraft der Einwohnergemeinden auszugleichen und damit eine Annäherung der Steuerfüsse zu fördern. Auch hier befindet man sich auf der Zielgeraden. Seit der Neuregelung hat sich die Steuerschere unter den Gemeinden von ursprünglich 28 Punkten auf 16 Punkte verkleinert. Die ausgleichende Wirkung des ZFA zeigt sich an einer weiteren Kennzahl. Jede der elf Zuger Gemeinden weist heute ein Pro-Kopf-Vermögen aus. Vor nur fünf Jahren waren sieben der elf Gemeinden noch verschuldet oder besassen bloss geringes Vermögen. Massiv geschrumpft ist hingegen das Pro-Kopf-Vermögen der Stadt Zug.
Es sind mehrere Faktoren, die dazu geführt haben, dass der ZFA-Topf stark angewachsen ist. Während 2006 noch 50 Millionen Franken umverteilt wurden, ist diese Summe auf heute 70 Millionen Franken angewachsen. Es ist Zeit, diese Summe wieder zu reduzieren. Zwei Massnahmen, welche der Regierungsrat in Absprache mit den Gemeinden vorschlägt, zielen in diese Richtung. Es sind dies einerseits die Senkung des Normsteuerfusses sowie die Erhebung der Bevölkerungszahl auf Basis der ständigen Wohnbevölkerung. Die CVP begrüsst diese beiden Massnahmen, mit denen die Verteilsumme um rund 10 Millionen Franken reduziert wird. Trotz dieser Kürzung werden nach wie vor 60 Millionen Franken, also 10 Millionen Franken mehr als vor Einführung des ZFA, umverteilt.
Im sehr umfangreichen Wirksamkeitsbericht zum ZFA werden sehr anschaulich sämtliche möglichen Varianten aufgezeigt, wie die Umverteilung zwischen den Gemeinden justiert werden könnte. Doch keine dieser Massnahmen vermochte den Regierungsrat und die Gemeinden zu überzeugen. Weshalb? Die Erklärung liegt nahe. Während die Gebergemeinden anstreben, weniger in den Topf zu zahlen, sträuben sich die Nehmergemeinden gegen eine Reduktion des Geldflusses. Es liegt demzufolge am Kantonsrat, sachlich und emotionslos zu prüfen, auf welche Art die Verteilsumme weiter verringert werden könnte. Allen ist bekannt, dass die Stadt von allen Zuger Gemeinden die mit Abstand grösste Wirtschaftskraft aufweist. Die Einnahmen aus den Gemeindesteuern betrugen 2012 rund 186 Millionen Franken; an zweiter Stelle liegt Baar mit 77 Millionen Franken Steuervolumen.
Natürlich ist es folgerichtig, dass die potenteste Gemeinde auch am meisten in den Topf einschiesst. Es stellt sich jedoch die Frage, wo die Obergrenze anzusetzen ist. Heute leistet die Stadt Zug nahezu zwei Drittel in den Ausgleichstopf. Es erstaunt deshalb niemanden, dass die Stadt unter dieser Last stöhnt und gezwungen

ist, den Gürtel enger zu schnallen. Sie tut dies konsequent und wird – davon ist die Votantin überzeugt – gestärkt aus diesem Prozess hervorgehen.
Der Regierungsrat hat für die Quadratur des Kreises eine Lösung parat, die zwar einleuchtet, jedoch nicht gänzlich zu überzeugen vermag. Um den Gebergemeinden eine zusätzliche Entlastung zu bieten, ohne dass die Nehmergemeinden von weiteren Senkungen ihrer Leistungen betroffen sind, schlägt der Regierungsrat vor, neu wieder einen Betrag von 4,5 Millionen Franken in den innerkantonalen Ausgleichstopf zu leisten. Dieser Betrag kommt allen zu Gute. Die Gebergemeinden zahlen weniger ein, die Nehmergemeinden können Besitzstand wahren, und der Kanton hat den Angriff der Gemeinden auf den NFA elegant pariert.
Obwohl vor allem der letzte Ansatz nicht wirklich zu überzeugen vermag, verzichtet die CVP zum heutigen Zeitpunkt auf einen anderslautenden Antrag. Sie ist damit einverstanden, dass Anpassungen am Zuger Finanzausgleich vorgenommen werden. Sie wird Ziff. 5 des regierungsrätlichen Antrags zustimmen. Um eine Gesamtschau, zu der auch die Gemeindebeiträge an den NFA gehören, zu ermöglichen, stellt die CVP-Fraktion den **Antrag,** den regierungsrätlichen Antrag unter Ziff. 5 wie folgt zu ergänzen: «sowie die Auswirkungen einer Senkung der Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich (§ 3 Abs. 1 des Kantonsratsbeschlusses über die Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich vom 30. August 2007 [BGS 621.2]) aufzuzeigen.» Mit dieser Ergänzung wird es dem Kantonsrat auf der einen Seite möglich sein, den ursprünglichen Lösungsansatz der Gemeinden zu prüfen. Dabei wird er die finanziellen Auswirkungen sowohl für die Gemeinden wie auch für den Kanton sachlich beurteilen können. Auf der anderen Seite erhält der Kantonsrat freie Hand, sämtliche Möglichkeiten einer Justierung des innerkantonalen Finanzausgleichs vertieft zu beurteilen. Dazu gehören nicht nur die beiden unbestrittenen Vorschläge des Regierungsrats und der Gemeinden, sondern beispielsweise auch eine Veränderung des Sockelbetrags, eine Verringerung der Abschöpfungsquote, das Festlegen einer neutralen Zone oder eine weitergehende Reduktion des Normsteuerfusses.
Die CVP begrüsst es, wenn die Entscheidung über die Erheblicherklärung der Motionen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden kann. Gleichzeitig möchte sie jedoch den Regierungsrat mit einem klaren Auftrag in den Gesetzesänderungsprozess entlassen. Aus diesem Grund gibt sie grünes Licht, damit der Regierungsrat die Änderung des Gesetzes wie in Ziff. 5 beantragt an die Hand nehmen kann.
Zum Schluss macht die Votantin beliebt, dass das Geschäft durch den Regierungsrat zügig an die Hand genommen wird. Der Handlungsbedarf ist erkannt, die Auslegeordnung liegt vor, die Weichen sind gestellt. Der Kantonsrat ist bereit, sich *à fond* mit den Anpassungen des ZFA auseinanderzusetzen.

Hans Christen dankt dem Regierungsrat für den ausführlichen und umfassenden Wirksamkeitsbericht zum Zuger Finanzausgleich, der für den Votanten allerdings zu wenig weit geht. Wie der Votant bereits im Dezember 2013 in einer Kolumne in der «Neuen Zuger Zeitung» geschrieben hat, ist ein innerkantonaler Finanzausgleich unbestrittenermassen sinnvoll. Er sollte jedoch vernünftig sein – und das ist er jetzt nicht mehr. Es ist an der Zeit, den ZFA umfassend neu zu definieren.
• Der ZFA, der ab 2008 greift, hat als wesentliches Ziel die Annäherung der gemeindlichen Steuerfüsse erreicht. Es haben sich indes Mängel gezeigt. So ist der Betrag, der in den Topf fliesst und verteilt wird, viel zu hoch.
• Das manifestiert sich in den Zuger Gemeinden: Bezüglich Pro-Kopf-Verschuldung bzw. Pro-Kopf-Vermögen haben sich alle Gemeinden ausser Steinhausen – hier stellt man eine geringfügige Abnahme des Pro-Kopf-Vermögens fest – markant ver-

bessern können. Das Pro-Kopf- Vermögen der Stadt Zug schrumpfte von 2008 bis 2012 auf ca. 20 Prozent.
• Sämtliche Zuger Gemeinden weisen heute ein Pro-Kopf-Vermögen aus, auch die Nehmergemeinden.
• Die Stadt Zug macht ihre Hausaufgaben. Sie hat Einsparungen in der laufenden Rechnung vorgenommen und auch das Investitionsprogramm erheblich reduziert. Das reicht nicht, um das strukturelle Defizit zu beheben. Dieses ergibt sich aus den überaus hohen NFA/ZFA-Zahlungen und den Mindererträgen durch die kantonalen Steuergesetzrevisionen 2 bis 4. Eine namhafte Entlastung der Stadt Zug bei den Ausgleichszahlungen ist dringend nötig. Der Wirtschaftsmotor Stadt Zug muss auf Touren bleiben.
Wenn man die Rechnungsabschlüsse 2012 der Zuger Nehmergemeinden studiert, stellt man fest, dass zum Beispiel die Gemeinde Cham einen Beitrag aus dem ZFA von 17,2 Millionen Franken bekam und Ende Jahr einen Ertragsüberschuss von 11,1 Millionen Franken auswies. Unterägeri bezog 14,2 Millionen und schrieb einen Ertragsüberschuss von 2,2 Millionen Franken, Steinhausen bezog 9,6 Millionen und schrieb einen Ertragsüberschuss von 3,2 Millionen. Der grösste Geber, die Stadt Zug, schreibt seit Jahren rote Zahlen. Das beweist eindeutig, dass der Topf zu gross ist. Dieses Jahr wird die Stadt Zug 51,3 Millionen Franken in den ZFA-Topf und 14,4 Millionen für den NFA einschiessen müssen. Sie wird aus diesem Grund auf verschiedene wichtige Investitionen verzichten, von denen auch die Bevölkerung aus den übrigen Gemeinden profitieren würde. Das verstehen die Steuerzahler in der Stadt nicht mehr.
Der Vorlage ist auch zu entnehmen, dass die Senkung des NFA-Beitrags der Gemeinden von 6 Prozent für den Kanton kein Thema sein soll. Es sei hier wieder einmal erwähnt, dass dieser Beitrag der Gemeinden systemwidrig ist. Der NFA ist ein Geschäft zwischen dem Bund und den Kantonen. Aus diesem Grund muss der Kantonsrat über diesen Beitrag ebenfalls nochmals debattieren.
Der Votant unterstützt auch die Anträge, die Motionen erheblich zu erklären. Der Kantonsrat muss über alles nochmals beraten können. Ebenfalls ersucht der Votant darum, den Antrag der CVP-Fraktion und der AGF zu unterstützen.

Vreni Wicky stellt fest, dass heute Geschichte geschrieben wird: Der Rat erlebt eine historische Einstimmigkeit unter den Kantonsräten sämtlicher Fraktionen der Stadt Zug. Dies zeigt, wie ernst die Lage ist. Die Votantin bittet dringend, erstens die Anträge der CVP und der AGF, die beide dasselbe wollen, zu unterstützen, und zweitens sämtliche Motionen stehenzulassen. Alle Türen sollen offen bleiben, und der Rat soll die Chance haben, nach Bericht und Antrag des Regierungsrats in der Kommission eine sachliche Diskussion zu führen. Der Kantonsrat wird dann entscheiden. Heute bezahlt der Kanton 20 Prozent der Steuereinnahmen in den NFA. Der Kanton jammert und schreit in die ganze Schweiz hinaus, dass das zu viel sei – was im Übrigen auch die Votantin findet –, und fordert eine Deckelung oder Neubeurteilung des NFA. Was aber geschieht mit dem Motor Stadt Zug? Die Stadt Zug wird in diesem Jahr sage und schreibe 35 Prozent ihrer Steuereinnahmen an den Kanton weitergeben müssen, weit mehr als ein Drittel, mehr als jeden dritten Steuerfranken. Deshalb bittet die Votantin um eine faire politische Diskussion im Interesse des sozialen Friedens im Kanton.
Das Thema bewegt, dies vor allem die Einwohner der Stadt Zug – also immerhin 16'000 Stimmberechtigte –, und steht auf dem Sorgenbarometer weit oben. Die Votantin dankt deshalb dem Rat für seine Offenheit.

Heini Schmid legt seine Interessenbindung offen: Er ist Vizepräsident der Theater- und Musikgesellschaft Zug, die von Stadt und Kanton unterstützt wird und ein Kulturprogramm anbietet; er ist ferner Präsident von Zug Tourismus, das von den beiden Institutionen einen Leistungsauftrag bekommt. Aus dieser Interessenlage heraus möchte er als Nicht-Stadtzuger eine Lanze für die Stadt Zug brechen und den Rat aufrufen, die Situation der Stadt wirklich zu berücksichtigen. Er hat den Wirksamkeitsbericht aufmerksam gelesen und mit Erschrecken festgestellt, dass die Bedürfnisse der Gemeinden bzw. deren Aufgabenlast überhaupt nicht berücksichtigt werden. Es werden einfach Pro-Kopf-Rechnungen angestellt, es wird aber mit keinem Wort erwähnt, dass beispielsweise Zug und Neuheim komplett verschiedene Bedürfnisse haben. Dabei müsste man sich doch die Frage stellen, welches Steueraufkommen die Stadt mit ihren Arbeitsplätzen, ihrer Infrastruktur etc. braucht. Es ist gefährlich, die Abschöpfungsquote so hoch anzusetzen, dass diese Bedürfnisse nicht mehr befriedigt werden können. Genau das wurde nun aber festgestellt, und nun gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man senkt die Abschöpfungsquote so, dass die Stadt ihre Bedürfnisse wieder abdecken kann, oder man führt eine Diskussion darüber, wie man Gemeinden mit grosser Infrastruktur und entsprechenden Aufwendungen unterstützen kann. Der Rat ist aber gut beraten, sich primär zu fragen, ob es wirklich richtig sei, einfach den Steuerertrag pro Kopf möglichst gleichmässig über den Kanton zu verteilen, ohne zu berücksichtigen, dass die einzelnen Gemeinden ganz unterschiedliche Bedürfnisse haben.
Als Baarer könnte sich der Votant zurücklehnen und die Sache ihren Gang nehmen lassen. Die Stadt Zug hat aber mehr als ein hämisches Lachen verdient. Und sie hat wirklich recht, wenn sie auf die Überschüsse der Nehmergemeinden und auf deren Steuerpolitik – keine weitere Senkung der Steuerfüsse aus Furcht vor dem Ausgleichsmechanismus – hinweist. Es kann nicht sein, dass sich die übrigen Gemeinden auf Kosten der Stadt Zug in einem Ausmass gesundsanieren, das man interkantonal sicher nicht akzeptieren würde. Und es wird von aussen beobachtet, wie sich der Kanton Zug in dieser Sache verhält. Wie will man den Kantonen eine Abschöpfungsquote von 5 oder 10 Prozent glaubhaft machen, wenn man selber im Schlaraffenland lebt? Hier bekommt man ein Problem mit der Argumentation. Es ist deshalb wichtig, die Überprüfung des ZFA vorbehaltlos vorzunehmen. Der Votant ist deshalb strikte dagegen, die zur Debatte stehenden Vorstösse jetzt schon abzuschreiben. Diese Fragen müssen eingehend diskutiert werden – und dies nicht von elf Gemeindepräsidenten, welche in keiner Art die Bevölkerung repräsentieren. Das richtige Gremium dafür ist der Kantonsrat, denn hier geht es um die Bevölkerung als Ganzes und nicht um die Interessen der einzelnen Gemeinde. Einen faulen Kompromiss lehnt der Votant ab.

Thomas Lötscher gibt seine Interessenbindung bekannt: Er kommt aus Neuheim, einer Nehmergemeinde. Es ist ihm ein grosses Anliegen, den Gebergemeinden für die grosse Unterstützung einmal danke zu sagen. Wenn sich die Gemeinden und der Kanton in dieser Frage vor einigen Jahren *unisono* geeinigt haben, dann braucht es gute Argumente, wenn man daran etwas ändern will. Und diese Argumente gibt es. Der aktuelle Vorschlag scheint allerdings nicht wirklich nachhaltig zu sein: Man spürt die – auch für den Votanten nachvollziehbare – Unzufriedenheit der Stadt Zug.
Die heutige Lösung kam mit dem Einverständnis aller Gemeinden, auch der Stadt Zug, zustande. Sie war aber nicht nachhaltig. Dass auch der jetzt vorliegende Vorschlag nicht nachhaltig ist, ist kein Fehler des Kantons oder des Regierungsrats, den er kam von den Gemeinden. Es ist auch keine Lösung, wenn die elf Gemeinden vorschlagen, der Kanton solle zahlen. Es besteht also wirklich Handlungsbedarf.

Grundsätzlich ist der Ausgleich eine Sache unter den Gemeinden, aber wenn die gemeindlichen Exekutiven keine nachhaltige Lösung vorlegen, dann ist auch der Kantonsrat gefordert. Und *alle* sind gefordert, auch um Bundesbern zu zeigen, dass man es besser machen kann: ohne gehässige Neiddebatten, mit Offenheit für kreative Ansätze. Um diese Offenheit sicherzustellen, dürfen die vorliegenden Motionen nicht als erledigt abgeschrieben, denn sie enthalten gute Ansätze. Und um eine bessere Lösung hinzukriegen, braucht es Kreativität und Spielraum. Der Votant ruft den Rat deshalb auf, sachbezogen und über die Fraktions- und Gemeindegrenzen hinweg zusammenzuarbeiten.

Philip C. Brunner erinnert als Präsident der GPK der Stadt Zug daran, dass sich CVP, FDP und SVP in der Stadt über Jahre hinweg zusammengerauft und in Millionenhöhe gespart haben. Auch der – als links kritisierte – Stadtrat hat in Millionenhöhe gespart. Und wie Silvia Thalmann ist der Votant überzeugt, dass die Stadt Zug in ein paar Jahren die Ernte dieser Bemühungen einfahren wird. Der Kanton hat dies alles noch vor sich, denn die Stagnation der Steuereinnahmen wirkt sich auf allen Ebenen aus.
Das Problem brennt unter den Nägeln, nicht nur in der Stadt Zug. Natürlich kann man Investitionen zwei, drei Jahre lang zurückstellen, aber irgendwann müssen sie getätigt werden. Der Votant unterstützt die Anträge, die gestellt wurden. Man muss den Fächer offenhalten, und man muss – wie von Heini Schmid gesagt – das Ganze auch von aussen betrachten. Wenn man den Wirtschaftsmotor Zug/Baar stranguliert und die Stadt Zug zwingt, die Steuern zu erhöhen, dann ist der ganze Kanton betroffen. Man wird in der Aussenbetrachtung nicht unterscheiden zwischen Stadt und Kanton, sondern es wird heissen: «Zug hat die Steuern erhöht.» Das wäre *devastating* und ein Schaden, den man nicht so schnell wieder gutmachen könnte. In diesem Sinne bittet der Votant den Rat, alle Anträge zu unterstützen, damit die Kommission die Frage in Ruhe und *à fond* angehen kann.
Störend ist, dass es so lange gedauert hat, bis die Frage jetzt im Kantonsrat auf den Tisch kommt. Der Prozess dümpelt seit bald drei Jahren vor sich her, und es ist jetzt die Verantwortung des Kantonsrats, sich mit einer Kommission und einer fairen Vertretung der Geber- und Nehmergemeinden der Sache anzunehmen. Störend war auch, wie Stefan Gisler aus der linken Ecke heraus noch da und dort einen *Gingg* austeilte. Der Votant ist der Ansicht, dass der GGR und die Stadt gut gearbeitet und ihre Aufgaben gemacht haben. Die Einzelinitiativen von linker Seite waren da *not very helpfull*.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** wiederholt, dass der ZFA 2008 eingeführt wurde, und da ist es an der Zeit, die damals eingeführte Regelung zu überprüfen. Die Ziele, die man sich damals setzte, wurden erreicht: Die Steuerfüsse haben sich angeglichen, die finanzielle Situation der Gemeinden hat sich massgeblich verbessert. Das System hat sich also als richtig erwiesen. Es ist – obwohl kompliziert genug – im Vergleich mit anderen Kantonen einfach, und es ist regelbasiert, ist also keinen politischen Einflussmöglichkeiten ausgesetzt, sondern orientiert sich an der Situation. Nicht gesagt wurde bisher, dass sich auch der durchschnittliche Steuerfuss der Gemeinden gesenkt hat. Es war allen Gemeinden möglich, den Steuerfuss zu senken, am wenigsten in Walchwil von 56 auf 55 Prozent, am zweitwenigsten in der Stadt Zug von 63 auf 60 Prozent, in vielen anderen Gemeinden aber erheblich. Auch das ist ein positives Ergebnis. Es war also trotz angeblich exorbitant gestiegener Belastung und steigender Ausgleichssumme möglich, den Steuerfuss zu senken.
Bezüglich der Ausgleichssumme ist darauf hinzuweisen, dass deren Grundlage der Steuerertrag ist, und wenn dieser steigt, steigt regelbasiert auch die Ausgleichs-

summe. Dass es keine Obergrenze gebe, ist nicht richtig. Die Systematik kennt eine Obergrenze. Es gibt den Sockelbetrag, den Grundbetrag und eine Abschöpfung von 40 Prozent des Betrags, der über dem Grundbetrag liegt. Und wenn gesagt wurde, das sei exorbitant hoch, dann empfiehlt es sich, Finanzausgleichsysteme anderer Kantone anzuschauen. Dort geht die Abschöpfung zum Teil hinauf auf 90 Prozent und mehr. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht alles vorgelegt, was an Berechnungen vorgenommen wurde. Und dort sieht man auch, was nach Abschöpfung den Gemeinden am Schluss pro Einwohner zur Verfügung steht. So zeigt die Tabelle auf Seite 19, dass bei einer Senkung des Normsteuerfusses auf beispielsweise 75 Prozent der Stadt Zug noch 5200 Franken pro Einwohner bleiben, während es bei den Gemeinden im schlechtesten Fall 3500 Franken pro Einwohner sind; das ist eine Differenz von 1700 Franken. Es bleibt im Zentrum also mehr Geld zur Verfügung. Ob das genug ist, darüber kann man diskutieren.

Wichtig ist dem Finanzdirektor, dass die Überprüfung der Wirksamkeit des ZFA nicht vom Regierungsrat initiiert wurde, sondern auf einen Beschluss der Konferenz der gemeindlichen Finanzchefs vom 27 Juni 2011 zurückgeht. Der Regierungsrat hat nachgängig zugestimmt und seine Bereitschaft erklärt, 50 Prozent der Kosten zu übernehmen. Geleitet wurde die fünfköpfige Arbeitsgruppe von einem gemeindlichen Finanzchef, und sie war paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden. Es gab immer wieder Rückkoppelungen mit den anderen Finanzchefs, und man hat alle Varianten und Anregungen, auch jene aus den Motionen, aufgenommen und Vergleiche angestellt. Und auch wenn der Finanzdirektor ebenfalls in der Arbeitsgruppe dabei war: Es war nicht der Regierungsrat, der das Resultat bei der Veränderung des horizontalen Finanzausgleichs geprägt hat.

Soll man alles über den Haufen werfen, wenn man zum Schluss gekommen ist, dass sich das bisherige System bewährt hat? Nein, aber man soll neu justieren. Offensichtlich wird zu viel umverteilt. Das ruft nach einer Reduzierung der Ausgleichssumme. Man hat alles zu rechnen versucht, und der kleinste gemeinsame Nenner war, alles so zu justieren, wie es am Anfang war: Normsteuerfuss 10 Prozentpunkte über dem arithmetischen Mittel. Das Schöne daran ist, dass sich die Ausgleichssumme reduziert. Normsteuerfuss und Ausgleichssumme haben sich im Verlaufe der Berechnungsperiode immer wieder verändert, je nach Entwicklung der Steuerkraft. Zukünftig soll nun – so der Vorschlag – der Normsteuerfuss immer 10 Prozent über dem arithmetischen Mittel liegen, und das letzte Berechnungsmodell sagt, dass allein dadurch die Ausgleichssumme um 7 Prozent zurückgeht. Für die Stadt Zug bedeutet das eine Entlastung um etwa 1 Steuerprozentpunkt, für die Nehmergemeinden eine Belastung von 4 bis 7 oder 8 Prozent. Das Delta geht also wieder auseinander. Man könnte natürlich auch mehr korrigieren, aber die Konferenz der Finanzchefs und anschliessend jene der Gemeindepräsidenten sowie die Gemeinderäte haben vernünftigerweise entschieden, jene Variante zu nehmen, die den Gemeinden eine Planungssicherheit gibt.

So viel zum Thema horizontaler Finanzausgleich. Am Ende dieser Überlegungen stand nun die Forderung im Raum, dass auch der Kanton etwas zur Lösung beitragen soll. Der Regierungsrat hat signalisiert, dass er bereit ist, einen Beitrag etwa in derselben Grössenordnung zu geben, wie die Gemeinden sich zu entlasten bereit sind. Ursprünglich wollte der Regierungsrat seinen Beitrag dorthin geben, wo scheinbar Not am Mann ist, also direkt der Stadt Zug. Damit waren die Gemeinden nicht einverstanden, weil sie alle profitieren wollten. Sie gingen dann weiter und forderten eine Entlastung beim interkantonalen Finanzausgleich, diesen 6 Prozent des Kantonssteuerertrags, die jede Gemeinde leisten muss. Auch das wurde gerechnet. Betrachtet man aber die Ausfälle, dann zeigt es sich, dass das für den Kanton

nicht in Frage kommt: Es wären fast 17 Millionen Franken, die der Kanton zu übernehmen hätte. Das wäre gerechtfertigt, wenn sich in der Zwischenzeit aufgrund von Lastenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden etwas ergeben hätte, worauf man diese Argumentation hätte stützen können. Faktisch gibt es seit 2012 aber nur eine Lastenverschiebung, nämlich jene zulasten Kantons: Es sind Aufgaben in der Grössenordnung von 10 Millionen Franken an den Kanton geflossen. Man kann also nicht mit gutem Gewissen sagen, der Kanton solle beim interkantonalen Finanzausgleich noch mehr übernehmen. Natürlich kann er das tun, aber dann muss man ihn bei der Aufgabenteilung entlasten – was 2008 das zentrale Thema war. Der Kanton müsste in Bereichen, in denen er heute die Gemeinden mitfinanziert, entlastet werden, etwa bei der Schule bzw. der Normpauschale für die Schülerinnen und Schüler. Was das heissen würde, wurde 2008 gerechnet. Es war damals klar, dass es nicht in Frage kommt, weshalb man die Beteiligung am interkantonalen Finanzausgleich beschloss. Ohne diese Wechselbeziehungen anzuschauen, darf man nichts ändern, und deshalb ist der Regierungsrat nicht darauf eingetreten, auch nicht auf irgendwelche Kompromisse, zumal diese Entlastung beim interkantonalen Finanzausgleich auch noch bedeuten würde, dass alles, was die Nehmergemeinden beim horizontalen Finanzausgleich mehr tragen müssten, mehr als kompensiert würde über das, was sie dem Kanton bezahlen müssten. Es gäbe Gemeinden, die am Schluss eine halbe Million Franken mehr hätten als vor der Änderung. Das wäre schon so, wenn man den Anteil nur auf 4 Prozent senken würde. Der Regierungsrat ist – wie gesagt – nicht darauf eingetreten, ist er doch auch verpflichtet, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, die auch aus regierungsrätlicher Sicht tragbar ist. Immerhin hat der Regierungsrat aber den Beitrag an die Gebergemeinden noch um 1 Million auf 4,5 Millionen Franken erhöht, unbefristet und nicht nur an die Stadt Zug, sondern proportional zu ihren Beiträgen an alle Gebergemeinden. Das war die Lösung. Wenn man heute nun gehört hat, man sei von den Forderungen der Stadt Zug weit entfernt, dann versteht der Finanzdirektor das nicht. Als Forderung der Stadt Zug stand immer eine Entlastung in der Grössenordnung von 10 Millionen Franken im Raum.

Es kommt noch ein weiteres Element dazu, nämlich der neue Bevölkerungsbegriff. Bisher galt der zivilrechtliche Begriff, aufgrund der Entwicklung der Statistik und zugunsten der Vergleichbarkeit mit anderen Kantonen wurde nun aber zur ständigen Wohnbevölkerung gewechselt. Allein dieser Wechsel entlastet die Stadt Zug um mehr als 1 Million Franken, so dass sie insgesamt nun – wie in der unteren Tabelle auf Seite 14 des regierungsrätlichen Berichts nachzulesen ist – im Jahr 2014 um 7,8 Millionen Franken entlastet wird. Damit ist die Forderung nach 10 Millionen Franken zu einem guten Teil erfüllt, und das war wohl der Grund, dass auch die Stadt Zug – wie die übrigen zehn Gemeinden – zugestimmt hat.

Der Finanzdirektor wäre dem Rat nun sehr dankbar, wenn er den Regierungsrat beauftragen würde, auf der Basis des mit den Gemeinden erarbeiteten Pakets gesetzgeberisch tätig zu werden. Der Finanzdirektor garantiert auch, dass der Kommission alle Berechnungen und Varianten zur Verfügung stehen werden, und dass er sich auch allfälligen neuen Ideen nicht verschliesst. Beim Vorschlag, man solle auch den Kantonsratsbeschluss über die Beteiligung der Gemeinden am NFA überprüfen und allenfalls den gemeindlichen Beitrag von 6 Prozent reduzieren, ist aber zu bedenken, dass schon eine Senkung auf 5 Prozent für den Kanton 5,5 Millionen Franken Mehrbelastung bedeuten, bei noch weiter gehenden Senkungen wären es gar 12 oder 17 Millionen Franken. Wenn der Regierungsrat einen solchen Auftrag erhält, dann stimmt für den Finanzdirektor das Gesamtpaket nicht mehr, weshalb er diesen Ansatz für falsch hält. Der Vorschlag, den Regierungsrat und Gemeinden zusammen ausgearbeitet haben, ist eine tragfähige Basis, um jetzt gesetzgebe-

risch tätig zu werden, nachher in die Vernehmlassung zu gehen und zuletzt im Kantonsrat noch einmal eine Auslegeordnung *à fond* zu machen. Der Finanzdirektor kann aber nicht mit gutem Gewissen empfehlen, alle Motionen erheblich zu erklären. Das führt zu anderen Zahlen und Ergebnissen und verunmöglich die gesetzgeberische Arbeit.
In diesem Sinne empfiehlt der Finanzdirektor, den Anträgen des Regierungsrats zu folgen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat nun über die fünf Anträge des Regierungsrats beschliesst:

1. Wirksamkeitsbericht Zuger Finanzausgleich (ZFA) vom 30. April 2012 und Zusatzbericht vom 3. August 2012

➔ Der Rat nimmt die Berichte zur Kenntnis.

2. Motion von Philippe Camenisch et al. betreffend Neuregelung des Finanzierungsmechanismus' für die Neuordnung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA) vom 29. März 2012 (Vorlage 2129.1 - 14030)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion wie folgt zu behandeln:
a) das Begehren, wonach das Gros der Gemeinden in einer «neutralen Zone» einzuteilen sei, nicht erheblich zu erklären;
b) die übrigen Begehren dahingehend erheblich zu erklären, dass der Normsteuerfuss auf zehn Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Steuerfuss gesenkt wird (ganzzahlig gerundet).

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 40 zu 24 Stimmen erheblich.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** frägt nach, ob es wirklich die Meinung des Rats sei, dass der Regierungsrat jetzt im Sinne eines verbindlichen Auftrags eine Vorlage mit einer «neutralen Zone» ausarbeite.

Der **Vorsitzende** bestätigt nach einer Konsultation des Ratsplenums, dass der Rat die Motion Camenisch et al. mit 40 zu 24 Stimmen *als Ganzes* erheblich erklärt hat.

Heini Schmid möchte auf die vorherige Abstimmung zurückkommen. Die CVP hat in ihrer Fraktionssitzung beschlossen, dem Regierungsrat vorzuschlagen, nicht eine Erheblich- bzw. Nichterheblicherklärung der Motion zu beantragen, sondern seinen Antrag zurückzuziehen, damit die Kommission bei ihren Beratungen diese Frage unvoreingenommen prüfen kann. Er bittet im Interesse insbesondere der Stadt Zug, nicht mit all diesen Motionen dem Regierungsrat einen verbindlichen Auftrag zu erteilen, denn dann geht das ganze «Rösslispiel» weiter. Das wäre das schlechteste Ergebnis für die Stadt Zug. Der Votant schlägt vor, sich auf den regierungsrätlichen Antrag 5 zu beschränken, und bittet den Regierungsrat, den Rest zurückzuziehen. So werden keine Vorentscheidungen gefällt, und die Motionen werden dann erst nach der Kommissionsberatung abgeschrieben bzw. nicht abgeschrieben. Mit einer Erheblicherklärung der Einzelteile ist für die Stadt Zug nichts gewonnen.

Eusebius Spescha: Es hilft nicht weiter, jetzt den Kopf zu schütteln und zu tun, als seien die Kantonsrätinnen und -räte von allen guten Geistern verlassen. Der Grundtenor der bisherigen Voten und Anträge war, dass die Vorschläge der Regierung zwar in die richtige Richtung, aber zu wenig weit gehen. Folgt man jetzt aber den Anträgen des Regierungsrats, bekommt man genau das präsentiert, was hier als Entwurf vorliegt – und das geht eben zu wenig weit.
Man sollte das Ganze so offen lassen, dass die Regierung einen weitergehenden Vorschlag erarbeiten und der Kantonsrat danach breiter an das Thema herangehen kann. Geht der Rat nicht diesen Weg, wird er bei der Debatte zu hören bekommen, er dürfe über gewisse Möglichkeiten gar nicht reden, weil er sie nicht in Auftrag gegeben habe. Wenn der Regierungsrat bereit ist, *in globo* entgegenzunehmen, dass er die Lösungen so weiterentwickeln soll, dass der Spielraum des Ausgleichstopfs kleiner und damit die Verhandlungsmasse grösser wird, dann sind alle ziemlich zufrieden, und der Rat muss nicht diese etwas seltsamen Einzelabstimmungen durchführen.

3. Motion von Daniel Stadlin betreffend Anpassung des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1) vom 26. April 2012 (Vorlage 2141.1 - 14053)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Daniel Stadlin hingegen hat den Antrag auf Erheblicherklärung gestellt.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 34 zu 23 Stimmen nicht erheblich.

Markus Jans hat eine Frage: Heini Schmid und Eusebius Spescha haben in ihren Voten den Regierungsrat angefragt, ob es richtig sei, dass er an seinen Anträgen festhalte. Die Regierung hat dazu nicht Stellung genommen, was der Votant etwas seltsam findet. Und jetzt stimmt der Rat einfach weiter ab und macht die Schwierigkeiten dadurch nur noch grösser. Der Votant findet den Vorschlag von Heini Schmid und Eusebius Spescha gut, denn wenn der Regierungsrat den Fächer öffnet, kann das Thema später in der Kommission viel breiter diskutiert werden. Der Votant bittet den Regierungsrat um eine Stellungnahme bezüglich seiner Anträge.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hat bereits gesagt, dass der Regierungsrat vom Kantonsrat Richtlinien möchte, wie er gesetzgeberisch tätig werden solle. Die Regierung hat dem Rat einen Vorschlag unterbreitet und eine mögliche Richtung skizziert, wobei der Fächer aber offen bleiben und alle denkbaren Varianten geprüft werden sollen. Gesetzgeberisch, d. h. bei den konkreten Gesetzesanpassungen, kann man aber nicht alle Varianten vorbereiten. Hier möchte sich der Regierungsrat auf jenen Weg beschränken, den die Gemeinden zusammen mit dem Kanton vorgeschlagen haben. Wenn der Rat mit diesem Vorgehen einverstanden wäre, müsste er eigentlich den regierungsrätlichen Anträgen folgen. Er hat nun aber beschlossen, auch die Idee der «neutralen Zone» weiterzuverfolgen, jene einer Obergrenze hingegen nicht.
Als Nächstes stimmt der Rat über einen allfälligen Lastenausgleich ab, wobei der Regierungsrat vorschlägt, wie schon 2008 keinen Lastenausgleich einzuführen, dies auch aufgrund einer erneuten Evaluation. Im NFA gibt es einen 50 zu 50 dotierten Lastenausgleich, der gemäss Untersuchungsberichten aufgrund der vorhandenen Lasten allerdings $^{2}/_{3}$ zu $^{1}/_{3}$ dotiert sein müsste. Dieses Beispiel zeigt, dass ein

politisch korrekter Ausgleich offenbar schwierig ist. Es ist deshalb besser, im Kanton Zug keine Ausgleichsmodelle einzuführen, auch weil sie administrative Monster schaffen, mit vielen politischen Grössen, die zu definieren und nicht regelbasiert sind. Der Finanzdirektor empfiehlt deshalb, auch die zweite Motion Stadlin nicht erheblich zu erklären.

4. Motion von Daniel Stadlin betreffend Lasten der Gemeinden im Kanton Zug vom 6. Mai 2013 (Vorlage 2254.1 - 14347)

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Dem steht der Antrag des Motionärs gegenüber, die Motion sei erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 46 zu 14 Stimmen nicht erheblich.

5. Auftrag an den Regierungsrat

Der Antrag des Regierungsrats lautet: «Der Regierungsrat sei zu beauftragen, dem Kantonsrat eine Anpassung des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich in der Variante ‹Senkung Normsteuerfuss›, ‹Generelle Entlastung der Gebergemeinden, Beteiligung des Kantons am Finanzausgleich› und ‹Ständige Wohnbevölkerung als Basis› zu unterbreiten.» Der **Vorsitzende** hält fest, dass die AGF beantragt, diesen Auftrag um die Elemente «Abschöpfungsquote», «Sockelbeitrag» und «Neutrale Zone» zu erweitern. Die CVP-Fraktion beantragt, den Auftrag an den Regierungsrat wie folgt zu ergänzen: «sowie die Auswirkungen einer Senkung der Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich (§ 3 Abs. 1 des Kantonsratsbeschlusses über die Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich vom 30. August 2007 [BGS 621.2]) aufzuzeigen.»

Finanzdirektor **Peter Hegglin** empfiehlt, dem Antrag der AGF nicht zu folgen. Es geht darum, ob der Sockelbeitrag anzupassen sei. Dieser wurde bei der Einführung des ZFA intensiv geprüft. Wenn man ihn erhöht, werden die kleineren Gemeinden bevorzugt, bei einer Senkung werden sie benachteiligt; er ist also strukturrelevant. Man hat damals alle Varianten gerechnet, und es ist ein Ergebnis der Wirksamkeitsanalyse, den Sockelbeitrag nicht zu verändern. Auch eine Veränderung der Abschöpfungsquote würde zu einem komplett anderen Modell führen.

Stefan Gisler: Die AGF will mit ihrem Antrag, dass bei der Behandlung des ZFA über alles gesprochen werden kann. Das wird gewährleistet, indem man der Regierung nicht nur den Auftrag gibt, eine Vorlage über Normsteuerfüsse vorzubereiten, sondern eine Auslegeordnung zu präsentieren und auch Aussagen zum Sockelbeitrag, zur Abschöpfungsquote und zur «neutralen Zone» zu machen – wobei sie zu Letzterem gar nicht mehr nein sagen kann, hat doch der Rat vorhin auch den diesbezüglichen Teil der Motion Camenisch et al. erheblich erklärt.
Es geht beim Antrag der AGF nur um den ZFA, nicht um den vom Rat bereits abgelehnten Lastenausgleich und Ähnliches. Und beim ZFA soll die Kommission nicht nur über Senkungen des Normsteuerfusses sprechen, sondern auch abwägen können, ob allenfalls Veränderungen an der Abschöpfungsquote oder am Sockelbeitrag sinnvoll wären. Das Ziel ist also eine möglichst breite Diskussion.

Silvia Thalmann hat ein gewisses Verständnis für den Regierungsrat, der natürlich einen möglichst klaren Auftrag haben möchte. Der Kantonsrat hingegen möchte sich alle Freiheiten bewahren, um sämtliche Schaltstellen des Gesetzes prüfen zu können. Das ist die Schwierigkeit.
Die Votantin versteht die Geschäftsordnung dahingehend, dass es der vorberatenden Kommission ohnehin möglich sein wird, sämtliche Schaltstellen anzuschauen. Es ist deshalb nicht nötig, dem Regierungsrat eine Vorlage in Auftrag zu geben, in der explizit die «neutrale Zone», eine Erhöhung des Sockelbeitrags etc. thematisiert werden soll. Vielmehr soll der Regierungsrat einfach einen Vorschlag vorlegen, den die Kommission dann nach allen Regeln der Kunst zerpflücken und dabei sämtliche Varianten nochmals anschauen kann.
Das grosse Anliegen der CVP ist, dass dieses Gesetz geöffnet und klar signalisiert wird, dass der Rat eine Senkung möchte – und dass er zwei mit den Gemeinden ausgehandelte Ansätze auch gut findet. Als zusätzliches Anliegen hat die CVP mit ihrem Antrag eingebracht, dass die Diskussion auch in Richtung Kantonsratsbeschluss betreffend gemeindliche Beiträge an den NFA geöffnet wird. Die CVP verlangt diesbezüglich aber keinen Gesetzesvorschlag, sie verlangt nur, dass auch dieser Ansatz nochmals aufgenommen und in der Vorlage vielleicht etwas vertieft wird.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** versteht das Anliegen und willigt ein. Er ist – wie schon gesagt – sowieso bereit, alles offenzulegen. In diesem Sinne schliesst er sich den Anträgen an, die zu Ziff. 5 gestellt wurden. Die verschiedenen Varianten liegen alle schon vor, und sie sollen nun in den Bericht eingearbeitet werden, damit sie in der Kommission diskutiert werden können. Der Regierungsrat wird sich aber auch das Recht nehmen, dem Rat eine Empfehlung vorzulegen. Der Finanzdirektor hofft, dass man so nun einen Schritt weiterkommt.

➔ Der Rat stimmt dem gemäss den obigen Ausführungen bereinigten und erweiterten Antrag zu.

986 Nächste Sitzung

Donnerstag, 20. Februar 2014 (Halbtagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

67. Sitzung: Donnerstag, 20. Februar 2014
Zeit: 08.30 – 12.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 30. Januar 2014
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
4. Kommissionsbestellung:

4.1. Revision des Gesetzes über den Feuerschutz: Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe

5. Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz): 2. Lesung
6. Teilrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank betreffend Altersgrenze: 2. Lesung
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Realisierung eines neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) auf dem GS 456, Zugerstrasse 50, Steinhausen: 2. Lesung

Geschäfte, die am 30. Januar 2014 nicht behandelt werden konnten:

8. Motion von Andreas Hausheer und Eugen Meienberg betreffend weitergehende Entschädigung von Gemeinden mit gegenüber der einwohnerproportionalen Verteilung zu vielen Asylsuchenden
   Motion von Thomas Werner betreffend Verteilung der Asylanten und die dadurch entstehenden Kosten im Kanton Zug
9. Interpellation von Daniel Thomas Burch und Thomas Lötscher betreffend Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) sowie Zimmerberg-Basistunnel II
   Interpellation von Martin Stuber betreffend FABI ante portas

10. Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend «Integrative Förderung»
11. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Verhältnismässigkeit in der Strafverfolgung und -zumessung

987 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Hans Christen, Zug; Frowin Betschart, Menzingen; Beni Riedi, Baar; Leonie Winter, Hünenberg; Daniel Burch, Steinhausen.

988 Mitteilungen

Kantonsrat Franz Hürlimann aus Walchwil hat heute seinen letzten Sitzungstag im Rat. Der Vorsitzende dankt «Weidli-Franz» für seinen Einsatz zum Wohl des Kantons Zug; seine pointierten und schalkhaften Voten werden dem Rat in Erinnerung bleiben. Der Vorsitzende wünscht dem Zurücktretenden alles Gute für seine private und berufliche Zukunft. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 1

989 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

990 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 30. Januar 2014

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 30. Januar 2014 werden ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

991 Traktandum 3.1: **Motion von Daniel Abt betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Förderung des kulturellen Lebens vom 29. Januar 2014 (Vorlage 2352.1 - 14565)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

992 Traktandum 3.2: **Motion von Anna Bieri und Martin Stuber betreffend Datenschutz Smart Meter vom 30. Januar 2014 (Vorlage 2353.1 - 14566)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

993 Traktandum 3.3: **Motion von Gregor Kupper betreffend zweistufiges Verfahren für die Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1) vom 2. Februar 2014 (Vorlage 2355.1 - 14573)**

Der **Vorsitzende** informiert, dass der Motionär beantragt, diese Motion sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder. Das Vorgehen ist wie folgt:
• Nach einer allfälligen Debatte stimmt der Rat über die sofortige Behandlung ab. Sofern diese beschlossen wird, folgt eine Abstimmung über die Erheblich- bzw. Nichterheblicherklärung. Für diese zweite Abstimmung ist das einfache Mehr massgeblich.

• Sofern der Rat die sofortige Behandlung ablehnt, gibt es eine ordentliche Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag, dies allenfalls nach einer Abstimmung.
Aus Praktikabilitätsgründen wird über beide Elemente zusammen diskutiert, aber getrennt darüber abgestimmt. Erfahrungsgemäss lassen sich das Formelle und das Materielle schlecht voneinander trennen.

Motionär **Gregor Kupper** fühlt sich nicht als kompetenter Finanzausgleichsexperte – und das geht wohl den meisten Ratsmitgliedern gleich. Darum ist es mehr als verständlich, dass der Kantonsrat in der letzten Sitzung in einem etwas konfusen Abstimmungsverfahren vom Regierungsrat eine breite Auslegeordnung gefordert hat. Dabei hat der Rat den Fächer mit den Begriffen «Abschöpfungsrate», «Sockelbetrag» und «Gemeindebeteiligung NFA» gegenüber dem Antrag der Regierung noch weiter geöffnet und quasi als Pünktchen auf dem «i» dem Regierungsrat mit der Erheblicherklärung der Motion von Philippe Camenisch verbindlich den Auftrag erteilt, eine Vorlage mit der Einführung einer neutralen Zone auszuarbeiten und dem Kantonsrat vorzulegen.
Der Votant weiss nicht, wohin diese Reise letzten Endes geht. Aufgrund seiner politischen Erfahrung weiss er aber sicher, dass die Ausarbeitung einer mehrheitsfähigen Vorlage viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Es geht ja grösstenteils um die Umverteilung von Gemeindegeldern, nicht um Kantonsfinanzen, und da sind die Gemeinden zwingend in den Prozess mit einzubeziehen. Der Votant hat in seiner Motion den ungefähren Ablauf eines solchen Prozesses dargelegt. Eine Inkraftsetzung per 1. Januar 2015 kann man glatt vergessen, und auch eine Inkraftsetzung per 1. Januar 2016 ist mehr als fraglich. Wenn man zumindest die grosse Mehrheit der Gemeinden hinter die Neuregelung bringen will, wird es wohl der 1. Januar 2017 sein. Das geht zu lange. Bildlich gesprochen und vielleicht etwas überspitzt formuliert: Es gilt aufzupassen, dass der Patient – die Stadt Zug – nicht auf dem Operationstisch verblutet, während die Ärzte frischfröhlich über die anzuwendende Operationsmethode diskutieren.
Dabei hat der Rat das Glück, eine pfannenfertige Lösung auf dem Tisch zu haben. Der Regierungsrat hat in seinem Wirksamkeitsbericht aufgezeigt, dass eine schnelle Lösung mit Anpassung des Bevölkerungsbegriffs, der Senkung des Normsteuerfusses und einem Beitrag des Kantons möglich ist. Diese Variante wurde denn auch in einem Schreiben der Gemeindepräsidentenkonferenz vom 12. Dezember 2013 gutgeheissen. Das dem Votanten vorliegende Schreiben ist von der Stadt Zug und allen Gemeinden unterzeichnet worden.
Der Votant beantragt mit seiner Motion, diesen ersten Schritt mit Wirkung ab 1. Januar 2015 zu tun. Man kommt damit den Gebergemeinden entgegen und entschärft durch dieses flexible Verhalten das schon seit längerer Zeit anstehende Problem kurzfristig und entscheidend. Nachdem dieser Variante alle Gemeinden zugestimmt haben, kann auf ein Vernehmlassungsverfahren verzichtet werden. Wenn sich die kantonsrätlichen Kommissionen bei diesem ersten Schritt die nötige Selbstdisziplin auferlegen, steht einer Inkraftsetzung auf dem 1. Januar 2015 nichts im Wege. Andererseits wird damit der Verwaltung, dem Regierungsrat, den Gemeinden, den Kommissionen und letztlich dem Kantonsrat die Möglichkeit gegeben, in einem zweiten Schritt weitere Massnahmen mit weniger Zeitdruck seriös anzugehen und dann in Kraft zu setzen, wenn eine mehrheitsfähige zweite Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes vorliegt.
Dieses zweistufige Verfahren setzt voraus, dass die Motion heute sofort behandelt und erheblich erklärt wird. Der Motionär bittet, die Solidarität unter den Gemeinden nicht unnötig zu strapazieren und der sofortigen Behandlung der Motion sowie der

anschliessenden Erheblicherklärung zuzustimmen. Der Rat soll den Gemeinden zeigen, dass er ihre Anliegen ernst nimmt und nicht einfach auf die lange Bank schiebt. Der Votant dankt für die Unterstützung.

Silvia Thalmann als Sprecherin der CVP-Fraktion: Als der Rat Ende Januar über den «1. Wirksamkeitsbericht zum Zuger Finanzausgleich» debattierte, herrschte Einigkeit: Es ist Zeit, Justierungen vorzunehmen. Sang- und klanglos den Vorschlag des Regierungsrats übernehmen, den dieser in langen Verhandlungen mit den Gemeinden ausgearbeitet hatte, wollte der Rat hingegen nicht. Vielmehr will er sich – wie der Regierungsrat und die Gemeinden – vertieft mit der Materie beschäftigen und weitere Anpassungsmöglichkeiten prüfen. Das ist zweifellos sinnvoll und der Materie angemessen. Dieses Vorgehen braucht jedoch – wie alle wissen – viel Zeit. Jede Lösung, welche eine kantonsrätliche Kommission zur Umsetzung vorsieht, muss mit den Gemeinden abgestimmt werden. Den Gemeinden etwas überzustülpen, führt im zugerischen Politsystem *nie* zu einer stabilen Lösung. Es braucht also Rücksprachen, Beratungen in den Gemeinderäten und im Stadtrat, Rückmeldungen an die vorberatende Kommission usw. Jene Gemeinden, die auf eine rasche Entlastung gehofft hatten, werden von diesem Ansatz enttäuscht sein.
Der Vorschlag von Gregor Kupper sieht für die vertrackte Situation, in der sich der Kantonsrat befindet, einen Ausweg. Auf dem Tisch liegt ein Sowohl-als-auch-Lösungsansatz. Dieser zielt darauf, in einem ersten Schritt den in langen Verhandlungen zwischen Kanton und Gemeinden ausgearbeiteten Anpassungen des ZFA zum Durchbruch zu verhelfen. In einem zweiten Schritt kann sich dann der Rat Zeit nehmen, alle Varianten, die im Wirksamkeitsbericht aufgeführt sind, zu prüfen. Die CVP-Fraktion unterstützt dieses pragmatische Vorgehen. Dazu wird sie der sofortigen Behandlung der Motion zustimmen und das Motionsbegehren erheblich erklären.
Zum «pfannenfertigen» Vorschlag des Regierungsrats und der Gemeinden: Mit Hilfe von drei Massnahmen sollen der Ausgleichstopf verringert, die Gebergemeinden merklich entlastet und die Beiträge an die Nehmergemeinden moderat reduziert werden. Zwei Anpassungen scheinen aus heutiger Optik wenig umstritten zu sein, nämlich die Senkung des Normsteuerfusses sowie die Erhebung der Bevölkerungszahl auf Basis der ständigen Wohnbevölkerung. Zu diskutieren geben wird die wieder eingeführte Beteiligung des Kantons am innerkantonalen Finanzausgleich. Diese ist systemfremd und war bei der Einführung des ZFA explizit nicht gewünscht. Obwohl aus heutiger Optik nicht alle drei Massnahmen zu überzeugen vermögen, steht die CVP ihnen als Übergangslösung wohlwollend gegenüber, weil sie damit rasch eine positive Veränderung bewirken kann und zugleich einen Lösungsansatz unterstützt, der von allen elf Gemeinden und dem Regierungsrat getragen wird. In einem zweiten Schritt, für den sich der Kantonsrat dann wirklich Zeit nehmen kann und auch soll, wird dieser sich dann vertieft mit dem Gesamtsystem des ZFA, zu dem auch die kurzfristig beschlossenen Massnahmen gehören, auseinandesetzen können.
Der Motionär zeigt mit seinem Vorstoss einen gangbaren Weg auf, und es lohnt sich, diesen zu gehen. In diesem Sinne bittet die Votantin, die Motion sofort zu behandeln und erheblich zu erklären.

Thomas Wyss: Die SVP-Fraktion sagt kräftig Ja zur sofortigen Behandlung der Motion und zu deren Erheblicherklärung. Der Stawiko-Präsident hat einmal mehr Recht: Es macht Sinn, die von der Regierung vorgeschlagene Minirevision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich vorzuziehen. Der auf Seite 2 der Motion formulierte Zeitplan ist zwar ambitiös, scheint jedoch machbar zu sein.

Die SVP will dieses zweistufige Verfahren jedoch ganz explizit nicht dahingehend interpretieren, dass der zweite, anspruchsvollere Teil der Revision weniger dringlich sei. Gregor Kupper spricht in der Begründung seiner Motion davon, der Kantonsrat habe das Boot mit dem Auftrag für eine breite Auslegeordnung überladen, so dass eine kurzfristige Umsetzung der Teilrevision unmöglich sei. Für die SVP wurde das Boot nicht *per se* überladen, nur lässt sich das Programm nicht kurzfristig realisieren. In der Sache hat die SVP-Fraktion schon in der letzten Kantonsratssitzung unmissverständlich festgehalten, dass eine umfassende Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich dringend notwendig ist, auch mit Blick auf die Aussenwirkung: Der Zuger Finanzausgleich muss so ausgestaltet werden, dass er in jeder Hinsicht Vorbild für den nationalen Finanzausgleich ist. Die SVP appelliert deshalb in aller Deutlichkeit an den Finanzdirektor und die Regierung, auch die zweite Teilrevision möglichst rasch an die Hand zu nehmen. Auch die zweite Teilrevision ist äusserst wichtig und eilt.

Eusebius Spescha hält fest, dass sich der Rat an der letzten Sitzung einig war wie selten: Es besteht Handlungsbedarf in Bezug auf den kantonalen Finanzausgleich, aber der Vorschlag, den die Regierung und die Gemeinden präsentierten, geht zu wenig weit. Gregor Kupper weist zu Recht darauf hin, dass es Zeit braucht, um den Fächer, den der Kantonsrat aufgetan hat, seriös abzuarbeiten, denn diese weitergehenden Lösungen sind nicht ganz einfach und erfordern eine vertiefte Auseinandersetzung. Die SP-Fraktion ist deshalb mit Überzeugung bereit, die Motion Kupper und damit ein zweistufiges Verfahren zu unterstützen, bei dem in einem ersten Schritt die Vorschläge, über die Einigkeit herrscht, sehr bald umgesetzt und auf den 1. Januar 2015 in Kraft gesetzt werden können, und parallel dazu eine weitergehende Revision an die Hand zu nehmen, mit der das angestrebte Ziel dann auch tatsächlich erreicht wird.

Stefan Gisler: Die AGF ist gegen die sofortige Behandlung der Motion und gegen deren Erheblicherklärung. Wer durch einen dichten Wald wandert und sich in letzter Sekunde entscheidet, eine Abkürzung zu nehmen, macht in aller Regel zwei Erfahrungen: Die Abkürzung ist dornenreicher, und man braucht länger. Gregor Kupper schlägt vor, im dichten Wald des ZFA eine Abkürzung zu nehmen. Damit werden der eingeschlagene Weg einer umfassenden Auslegeordnung und die beste Lösung für die Stadt, Gemeinden und Kanton gefährdet. Im Januar hat der Rat einhellig beschlossen, in der künftigen Ad-hoc-Kommission und dann auch im Rat die Anpassungen beim ZFA breit zu diskutieren, um die beste Lösung zu finden. Nun sollen zwei Diskussionen geführt werden – wobei die erste gar nicht geführt werden soll, denn wenn Gregor Kupper von Selbstdisziplin spricht, spricht er davon, dass in der Kommission einfach geschwiegen und keine Anträge gestellt werden sollen.
Demokratie kennt keine Abkürzungen. Kupper schlägt nicht nur eine Teilrevision mit dem ersten Teil, bestehend nur aus Normsteuerfuss, Einlage Kanton und Bevölkerungsbegriff vor. Nein, er will einen entschlackten Gesetzgebungsprozess. Er will, dass auf eine Vernehmlassung verzichtet wird. Er will eine Hauruck-Übung in der Regierung, und er will nur eine Ad-hoc-Kommission und keine Beratung durch die Stawiko – obwohl die Vorlage sehr finanzrelevant ist. Das darf nicht Schule machen, das ist *schlufig*. Es handelt sich um ein komplexes Gesetz, und es gibt einen vorgegebenen, gut funktionierenden Gesetzgebungsprozess, der auch hier einzuhalten ist.
Gregor Kupper hat zwei sehr ungleiche Terminpläne erstellt. Beim ersten war er sehr pessimistisch, hat alles Mögliche hineingepackt und so einen Fahrplan bis 2017 erstellt. Beim zweiten hingegen war er sehr optimistisch, hat Punkte zu-

sammengefasst und die Stawiko weggelassen, um die Liste kürzer erscheinen zu lassen und zu suggerieren, dass man 2015 bereit sei. Doch auch in der gekürzten Version wird die Vorlage kaum im Mai/Juni 2014 in der Regierung und der Kommission durchberaten sein, so dass im Juli die erste Lesung im Kantonsrat stattfinden kann. 2015 ist so oder so illusorisch. Und der Votant wird sich in der Kommission die Freiheit nehmen, auch Anträge zu Abschöpfungsquote etc. zu stellen. Er befürchtet auch eine versteckte Agenda: Der erste Teil soll durchgebracht werden, auf den zweiten Teil wird dann aber keine der Nehmergemeinden mehr eingehen. Der Votant will eine zügige, aber auch gute und nachhaltige Lösung für die Stadt Zug. Er zieht eine gute Lösung im Jahr 2016 einer schlechten Lösung im selben Jahr vor. Beide Vorgehen werden nämlich auf denselben Termin hinauslaufen.

Philip C. Brunner staunt über das Votum von Stefan Gisler, der als Stadtzuger Kantonsrat eine Frontalattacke gegen den pragmatischen und vernünftigen Vorschlag von Gregor Kupper reitet. Der Votant staunt umso mehr, als in der AGF auch eine Zuger Stadträtin sitzt, von der zu hoffen ist, dass sie sich auch mit den Zahlen der Stadt beschäftigt und die 6 bis 7 Millionen Franken, die für die Stadt praktisch sofort herausschauen, nicht einfach ablehnen will. Der Votant bittet den Rat, der vorgeschlagenen Lösung zuzustimmen. Sie hält verschiedene Optionen offen und ist eine *Win-win*-Lösung.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass sich der Regierungsrat wie gewohnt nicht zur Überweisung und sofortigen Behandlung von parlamentarischen Vorstössen äussert. Er unterstützt aber den Antrag auf Erheblicherklärung. Es ist ein guter, pragmatischer Weg, der erlaubt, in einem ersten Schritt die in einem langen Prozess erarbeitete Lösung zügig umzusetzen. Der Finanzdirektor betont, dass der Regierungsrat die Vorlage nie verzögert hat; die jeweiligen Rückfragen und die Einigung in den Gemeinden und Konferenzen brauchten aber viel Zeit. Das wäre auch der Fall, wenn man an der Ende Januar festgelegten umfassenden Auslegeordnung festhalten würde. Das von Gregor Kupper vorgeschlagene Verfahren erachtet der Regierungsrat als machbar, und er wird alles daran setzen, den vorgeschlagenen Zeitplan einzuhalten, so dass spätestens im Mai die Kommissionen gebildet werden können; der Finanzdirektor geht davon aus, dass nicht nur die Stawiko, sondern auch eine Ad-hoc-Kommission das Geschäft vorberaten wird.
Bezüglich des zweiten Schritts ist der Finanzdirektor – wie bereits in der letzten Sitzung kommuniziert – einverstanden, vorbehaltlos alles offen zu legen und zu diskutieren. In diesem Prozess wird der Kantonsrat – so die Ansicht des Finanzdirektors – in den Kommissionen auch die Gemeinden anhören müssen, sicher im zweiten, wenn nicht schon im ersten Paket.
Der Finanzdirektor wird versuchen, an der nächsten Gemeindepräsidentenkonferenz am 17. März ein Zeitfenster zu erhalten, um dann den Zeitplan für das erste und wenn möglich auch für das zweite Paket mit dem Gemeinden erarbeiten zu können.

➔ Der Rat stimmt mit 64 zu 6 Stimmen für die sofortige Behandlung der Motion.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 66 zu 6 Stimmen erheblich.

994 Traktandum 3.4: **Motion der Alternativen Grünen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Änderung Richtplantext S6 «Zone mit speziellen Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen» (Vorlage 2360.1 - 14580)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

995 Traktandum 3.5: **Interpellation von Manuel Brandenberg betreffend Abtreibungen in den Spitälern des Kantons Zug vom 27. Januar 2014 (Vorlage 2350.1 - 14559)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

996 Traktandum 3.6: **Interpellation von Monika Barmet und Frowin Betschart betreffend Sicherheitspauschale für den Kanton Zug für die Asylunterkunft Gubel vom 2. Februar 2014 (Vorlage 2354.1 - 14572)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

997 Traktandum 3.7: **Interpellation von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Jürg Messmer und Manfred Wenger betreffend Einwanderung ist für die AHV doch ein süsses Gift und schon kurzfristig nicht nachhaltig vom 3. Februar 2014 (Vorlage 2356.1 - 14576)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

998 Traktandum 3.8: **Interpellation von Philip C. Brunner und Jürg Messmer betreffend «Politische Überzeugung» als zentrale Anforderung bei der Besetzung der Stelle eines/einer Co-Generalsekretär/in bei der Direktion des Innern des Kantons Zug vom 5. Februar 2014 (Vorlage 2357.1 - 14577)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

999 Traktandum 3.9: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend eDossier Steuern-Scanning-Dienstleistungen vom 5. Februar 2014 (Vorlage 2358.1 - 14578)**

Daniel Thomas Burch meldet sich zu Wort. Der **Vorsitzende** hält fest, dass es unüblich sei, sich zur Überweisung von Interpellationen zu äussern, da diese sowieso überwiesen werden.

Andreas Hausheer stellt einen **Ordnungsantrag** auf Einhaltung der Regel, dass über die Überweisung von Interpellationen nicht diskutiert wird.

Heini Schmid hält fest, dass es in der Tat nichts zu diskutieren gibt: Interpellationen werden immer an die Regierung überwiesen. Es braucht deshalb auch keine Regelung in der Geschäftsordnung, ob hier gesprochen werden darf oder nicht. Was der Interpellant jetzt noch sagen möchte, ist dem Votanten schleierhaft und interessiert ihn im Moment auch nicht. Es braucht auch keinen Ordnungsantrag, sondern der Ratsvorsitzende muss das unterbinden, fertig Schluss.

Manuel Brandenberg weiss nicht, ob es wirklich verboten ist, an dieser Stelle zu sprechen. Nachdem Heini Schmid nun aber gesprochen hat, wäre es nichts als fair, auch Daniel Thomas Burch das Wort zu erteilen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nirgends aufgeführt ist, dass an dieser Stelle nicht gesprochen werden kann. Es ist aber aufgeführt, dass Interpellationen direkt überwiesen werden, und folglich braucht es dazu keine Diskussion.
Gesprochen wurde bisher nicht über die Interpellation an sich, sondern über die Frage, ob man jetzt reden dürfe oder nicht. Der Vorsitzende deshalb schlägt vor, im Sinne des Ordnungsantrag darüber abzustimmen, ob Daniel Thomas Burch bzw. die FDP zum Inhalt der Interpellation sprechen dürfe oder nicht.

Adrian Andermatt: Es geht nicht darum, die Antwort auf die Interpellation vorwegzunehmen. Es geht vielmehr darum, dass in der Interpellation am 5. Februar um baldmöglichste mündliche Beantwortung gebeten wurde. Baldmöglichst wäre heute, und es sollte im Interesse der Parlamentsmitglieder selbstverständlich sein, sich dazu äussern zu können, dass die Regierung nicht auf dieses Begehren eintritt.

Andreas Hausheer: Die Geschäftsordnung des Kantonsrats sieht keine Nichtüberweisung von Interpellationen vor. Eine Interpellation wird somit automatisch überwiesen, und es kann keine Diskussion darüber stattfinden.
Gemäss Geschäftsordnung liegt es in der Kompetenz des Regierungsrats, über die direkte mündliche oder spätere schriftliche Beantwortung einer Interpellation zu entscheiden. Wenn man das ändern möchte, müsste man in der vorberatenden Kommission für die Revision der Geschäftsordnung des Kantonsrats den Antrag einbringen, dass bei einer Interpellation die direkte Beantwortung gefordert werden kann.

Markus Jans weist darauf hin, dass gemäss § 46 der Geschäftsordnung des Kantonsrats über einen Ordnungsantrag sofort abgestimmt werden muss. Zumindest darüber braucht es keine Diskussion. Der Ordnungsantrag lautet, dass keine Debatte geführt werden soll, und darüber muss sofort abgestimmt werden.

➔ Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag mit 42 zu 29 Stimmen zu.

➔ Überweisung der Interpellation an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1000 Traktandum 3.10: **Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Stellenwechsel Generalsekretariate vom 6. Februar 2014 (Vorlage 2359.1 - 14579)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1001 Traktandum 3.11: **Interpellation von Eugen Meienberg und Andreas Hausheer betreffend aktuelle Stellenausschreibung Co-Generalsekretär/in Direktion des Innern vom 9. Februar 2014 (Vorlage 2361.1 - 14581)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1002 Traktandum 3.12: **Diverse Eingaben von P.**

Der **Vorsitzende** orientiert, dass P. verschiedene Eingaben gemacht hat, einerseits «zur Kenntnis» zuhanden der Staatskanzlei, andererseits zuhanden des Präsidenten der Justizprüfungskommission. Die Staatskanzlei hat P. jeweils eine Eingangsbestätigung zugestellt und die Eingaben der engeren Justizprüfungskommission weitergeleitet. Inhaltlich geht es um laufende Rechtsmittelverfahren und folglich nicht um das Thema der Oberaufsicht.
Gestützt auf Ziff. 1.6 des Kantonsratsbeschlusses über die Behandlung von Oberaufsichtsbeschwerden durch den Kantonsrat (BGS 141.3) soll der Kantonsrat die Justizprüfungskommission der guten Ordnung halber formell beauftragen, die Eingaben näher zu prüfen. Sollte die Justizprüfungskommission zum Schluss bestätigen, dass ihre erste Sichtung der Eingaben zu Recht ergeben hat, dass sich diese auf laufende Rechtsmittelverfahren beziehen, ist die Justizprüfungskommission ermächtigt, P. unter Hinweis auf Ziff. 2.1 des Kantonsratsbeschlusses über die Behandlung von Oberaufsichtsbeschwerden durch den Kantonsrat mitzuteilen, dass die Eingaben nicht an die Hand genommen werden. Andernfalls wird die Justizprüfungskommission dem Rat Antrag stellen. Der Parlamentsdienst wird P. darüber orientieren, dass die Justizprüfungskommission ihm eine Mitteilung macht.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 4
Kommissionsbestellung:

1003 Traktandum 4.1: **Revision des Gesetzes über den Feuerschutz: Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrat (2349.1/.2 - 14557/58).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Peter Diehm, Cham, FDP, Kommissionspräsident

Christine Blättler-Müller, Cham, CVP
Hans Christen, Zug, FDP
Pirmin Frei, Baar, CVP
Stefan Gisler, Zug, AGF
Georg Helfenstein, Cham, CVP
Thomas Lötscher, Neuheim, FDP
Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP
Gabriela Peita, Baar, SVP
Rupan Sivaganesan, Zug, SP
Renato Sperandio, Unterägeri, FDP
Oliver Wandfluh, Baar, SVP
Thomas Werner, Unterägeri, SVP
Vreni Wicky, Zug, CVP
Beat Wyss, Oberägeri, CVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

1004 Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz): 2. Lesung

Es liegen vor: Ergebnis der 1. Lesung (2226.4 - 14521); Antrag der CVP-Fraktion (2226.5 - 14562); Antrag der vorberatenden Kommission Geschäftsordnung Kantonsrat (2226.6 - 14574).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung zwei Anträge eingegangen sind, nämlich ein Antrag der CVP-Fraktion und ein Antrag der vorberatenden Kommission Geschäftsordnung Kantonsrat.

Urs Raschle stellt im Namen der CVP-Fraktion folgenden **Antrag:** «§ 12 Abs. 3: Der Zugang ist ausgeschlossen für Sitzungsprotokolle des Regierungsrates und der Kommissionen des Kantonsrates.»
Die CVP ist grundsätzlich für den Paradigmenwechsel hin zur Öffnung, will aber – analog zu den Regelungen auf Bundesebene und in den meisten Kantonen – die Protokolle der Regierung und der parlamentarischen Kommissionen im Interesse der Meinungsbildung und des Kollegialitätsprinzips vom Öffentlichkeitsgesetz ausnehmen. Darüber wurde bereits viel diskutiert, und Meinungen vieler sind gemacht. Aber: Eine solche Anpassung ist im Interesse aller. Auch wenn die erwähnten Protokolle nicht öffentlich sein werden, sind doch zahlreiche Dokumente neu für die Öffentlichkeit zugänglich. Andererseits kann aber die vollständige Öffnung aller Unterlagen, welche Befürchtungen auslöst, durch den Antrag der CVP gestoppt werden. Mit anderen Worten: Es ist eine sehr pragmatische und auch nachhaltige Lösung, welche das Maximale vom Machbaren trennt und eine *Win-win*-Lösung für den Bürger und die Politik darstellt.
Der Votant bittet im Namen der CVP-Fraktion, dem Antrag zuzustimmen und dem Öffentlichkeitsprinzip eine Chance zu geben. Wie sonst will man den Wählerinnen und Wählern erklären, weshalb diese nun allenfalls wieder Jahre warten müssen, bis aus ihrer Sicht wichtige Unterlagen begutachtet werden können?

Silvia Thalmann, Präsidentin der Kommission Geschäftsordnung Kantonsrat, hält fest, dass der **Antrag** ihrer Kommission sowie die Begründung den Ratsmitgliedern schriftlich vorliegen. Der Antrag dient der Klärung von Zuständigkeiten und hilft damit, Arbeitsabläufe zu optimieren. Die Kommission geht davon aus, dass dies auch im Interesse aller Ratsmitglieder ist, und empfiehlt, das Anliegen aufzunehmen.
Um die Lesbarkeit des Gesetzestextes zu erhöhen und pro Absatz jeweils nur *einen* neuen Gedanken aufzunehmen, beantragt die Kommission GO KR zudem, § 13 in drei Absätze aufzuteilen. Dieser Antrag erfolgt auf Anregung der federführenden Sicherheitsdirektion und in Absprache mit der Redaktionskommission. Es handelt sich hierbei ausschliesslich um eine redaktionelle Anpassung, bei der das Anliegen der Kommission GO KR, das schriftlich vorliegt, aufgenommen wird. § 13 soll also gemäss Vorschlag der Kommission wie folgt lauten:
«§ 13 Gesuch
[1] Das Gesuch um Zugang ist an die Behörde zu richten, die das Dokument erstellt oder von Dritten, die diesem Gesetz nicht unterstehen, als Hauptadressatin erhalten hat. Sofern eine kantonsrätliche Kommission nicht mehr besteht, ist das Gesuch an das Büro des Kantonsrats zu richten.
[2] Das Gesuch ist schriftlich einzureichen, bedarf keiner Begründung, muss aber hinreichend genau formuliert sein.
[3] Die Behörde ist der gesuchstellenden Person bei der Identifikation der verlangten Dokumente behilflich.»

Thomas Wyss teilt mit, dass die vorberatende Kommission auf schriftlichem Weg zu diesen beiden Anträgen Stellung genommen hat. Sie unterstützt den Antrag der CVP-Fraktion mit 8 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung und den Antrag der Kommission Geschäftsordnung Kantonsrat mit 13 zu 1 Stimmen.
Zum Antrag der CVP: In der schriftlichen Befragung der Kommissionsmitglieder wurde dargelegt, dass der Blick über die Kantonsgrenzen hinaus für den CVP-Antrag spricht. Beim Bund gilt die Regelung, dass die Bundesverwaltung sowie die Parlamentsdienste dem Öffentlichkeitsprinzip unterstellt sind, nicht aber der Bundesrat und die Bundesversammlung selbst. Sitzungsprotokolle des Bundesrats sowie parlamentarischer Kommissionen sind nicht öffentlich zugänglich. Begründet wird diese Ausnahme mit dem Schutz der Freiheit der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung sowie beim Bundesrat zusätzlich mit der Wahrung des Kollegialitätsprinzips. Die Mehrheit der Kantone, die das Öffentlichkeitsprinzip kennen, orientiert sich am Vorbild des Bundes. Die Kantone Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Basel-Stadt und Basel-Land, Freiburg, Schwyz und Wallis schliessen den Zugang zu Protokollen von nicht öffentlichen Sitzungen aus. Solothurn unterstellt Sitzungsprotokolle zwar dem Öffentlichkeitsprinzip, sieht jedoch für amtliche Dokumente aus nicht öffentlichen Verhandlungen eine Schutzfrist von 30 Jahren seit der letzten Aufzeichnung vor. Andere Kantone sehen ähnliche Einschränkungen oder Mischformen vor.
Weiter wurde ausgeführt, dass die Auswirkungen einer entsprechenden Einschränkung des Öffentlichkeitsprinzips für die Öffentlichkeit nur gering sind. Alle wesentlichen amtlichen Dokumente zu einem Geschäft sind nach dessen Abschluss weiterhin einsehbar. Lediglich die Meinungsäusserungen und das Abstimmungsverhalten im Regierungsrat und in den kantonsrätlichen Kommissionen sind auch künftig nicht ersichtlich. Schliesslich wurde daran erinnert, dass der Kantonsrat in der ersten Lesung § 10 Abs. 1 Bst. a gestrichen hat. Damit hätte – auch nach dem Willen der vorberatenden Kommission – die behördliche Meinungsbildung und Entscheidungsbildung explixit als überwiegendes öffentliches Interesse normiert und damit besonders geschützt werden sollen. Gesetzestechnisch soll der CVP-Vorschlag durch die Ersetzung von § 12 Abs. 3 verwirklicht werden. Denn die in der ersten Lesung eingefügte Bestimmung, PUK-Protokolle mit einer zehnjährigen Sperrfrist zu belegen, wird obsolet, wenn alle kantonsrätlichen Kommissionsprotokolle besonders geschützt werden.
Zum Antrag der Kommission Geschäftsordnung Kantonsrat: Der Antrag der Kommission stellt eine technische Ergänzung dar und ändert nichts am Öffentlichkeitsprinzip. Mit der vorgeschlagenen Präzisierung wird einzig geregelt, dass bei nicht mehr bestehenden Kommissionen das Büro des Kantonsrats für Zugangsgesuche zuständig sein soll.
Als Fraktionssprecher der SVP hält der Votant fest, dass die SVP-Fraktion sich ohne Wenn und Aber für das Öffentlichkeitsgesetz ausspricht. Die Fraktion begrüsst den Paradigmenwechsel, der seinerzeit von den damaligen SVP-Kantonsräten Werner Villiger sel. und Stephan Schleiss in einer Motion verlangt wurde. Gerade die aktuellen Fragen rund um das AIO machen deutlich, wie wichtig es ist, den Zugang zu öffentlichen Dokumenten zu regeln und zu ermöglichen. Der Wunsch der SVP nach einem griffigen und zugleich massvollen Öffentlichkeitsgesetz spiegelt sich darin, dass die SVP-Fraktion in der ersten Lesung der Regierung und der vorberatenden Kommission folgte und weitergehende Anträge von dritter Seite gemäss Empfehlung von Regierung und/oder Kommission ablehnte. In der zweiten Lesung will sich die SVP-Fraktion treu bleiben und lehnt den Antrag, Regierungsratsprotokolle und Kommissionsprotokolle vom Öffentlichkeitsgesetz auszuschliessen, grossmehrheitlich ab. Den Antrag der vorberatenden Kommission Geschäftsordnung Kantonsrat unterstützt sie.

Irène Castell-Bachmann: Die FDP-Fraktion hält an den Ausführungen fest, die sie in der ersten Lesung gemacht hat. Sie lehnt den Antrag der CVP-Fraktion auf die zweite Lesung ab. Sie lehnt die einseitige Bevorzugung der regierungsrätlichen Sitzungen und der kantonsrätlichen Kommissionen ab und kann dazu auf ihre Ausführungen in der ersten Lesung verweisen. Dem Antrag der Kommission Geschäftsordnung Kantonsrat stimmt die FDP zu.

Barbara Gysel: Transparenz ist ein wichtiger und hochzuhaltender demokratischer Wert, und auch die SP-Fraktion verweist dazu auf ihre Ausführungen in der ersten Lesung. Den CVP-Antrag lehnt sie grossmehrheitlich ab, dem Antrag der Kommission GO KR stimmt sie einstimmig zu.
Beim vorliegenden Antrag der CVP scheint es, dass die geforderte Öffentlichkeit nicht mehr durch die Brille der Bürgerinnen und Bürger, sondern durch diejenige der Parlamentarierinnen und Parlamentarier angesehen wird. Durch das Nicht-Zugänglich-Machen der eigenen Arbeit in den Kommissionen verbergen die Ratsmitglieder ihre Arbeit. Und hier scheint ein Widerspruch aufzutauchen: Will der Rat ausschliesslich dann Transparenz, wenn sie ihn nicht selbst betrifft? Diese Flucht ins «Verbergen» kann die Votantin nicht nachvollziehen. Diese Sichtweise lässt sich korrigieren, indem der Rat den CVP-Antrag ablehnt. Es geht um die Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürger. Der Rat ist kein Geheimbund. Vielmehr sind seine Mitglieder vom Volk gewählt und diesem auch Rechenschaft über ihr Tun schuldig.
Die Befürwortenden führen im Wesentlichen zwei Argumente ins Feld, nämlich die Freiheit und Ungestörtheit des politischen Prozesses und das Kollegialitätsprinzip. Man wird aber den Eindruck nicht los, dass es sich dabei um Scheinargumente handelt. Erstens ist das gesamte Gesetz dergestalt aufgebaut, dass Dokumente erst dann zugänglich gemacht werden können, wenn ein politisches Geschäft abgeschlossen ist, nicht vorher. Ein politisches Geschäft kann also ungehindert entwickelt werden. Das Argument des Kollegialitätsprinzips hält einer sorgfältigen Betrachtung ebenfalls nicht stand. Die Regierung hat in der Vergangenheit bereits mehrere Vorstösse zur Frage des Kollegialitätsprinzips beantwortet. In der jüngsten Antwort, derjenigen auf eine Kleine Anfrage vom 6. Oktober 2013 (Vorlage 2299.1), schreibt der Regierungsrats: «Formal handelt es bei Gesetzen [...] nicht um Entscheide der Regierung. Sie unterstehen somit nicht dem Kollegialitätsprinzip. Die Berichte und Anträge der Regierung im Laufe des Gesetzgebungsprozesses sind hingegen für Regierungsmitglieder bindende Entscheide. Das Kollegialitätsprinzip kann jedoch nicht über den Inkraftsetzungsbeschluss eines kantonalen Gesetzes hinaus gelten. Sonst wäre die Anpassung bestehender Normen an veränderte Zustände oder Rechtsauffassungen unmöglich, in deren Willensbildungsprozess auch Mitglieder der Regierung unterschiedliche Meinungen vertreten dürfen.» Die SP hält auch fest, dass der vorliegende Antrag nicht konsistent scheint, denn er betrifft seitens der Exekutive ausschliesslich den Regierungsrat. Die gemeindlichen Exekutiven, also der Zuger Stadtrat und die Gemeinden, sind vom Öffentlichkeitsprinzip aber ebenfalls betroffen. Das nährt den Verdacht, dass der Kantonsrat als kantonaler Gesetzgebender ausschliesslich seine eigene Tätigkeit vor Aussenblicken schützen wolle.
In der SP-Fraktion wurden neben der unbestrittenen materiellen Grundhaltung aber auch taktische Überlegungen diskutiert. Es wird befürchtet, dass bei Ablehnung des CVP-Antrags das gesamte Gesetz in der Schlussabstimmung abgelehnt werden könnte. Die Mehrheit der SP-Fraktion kam aber zum Schluss, nicht aus rein taktischen Überlegungen dem CVP-Antrag zuzustimmen. Die SP will keinen zahnlosen Tiger, sondern ein Öffentlichkeitsgesetz, das diesen Namen verdient.

Vroni Straub-Müller: Die AGF sagt Ja zum Antrag der vorberatenden Kommission GO KR, und sie sagt geschlossen Nein zum Antrag der CVP, dass Sitzungsprotokolle des Regierungsrats und von kantonsrätlichen Kommissionen von der Transparenz ausgenommen werden sollen. Die AGF will das Öffentlichkeitsgesetz nicht einschränken und schon von Beginn weg mit Ausnahmeregelungen beschneiden. Sie will, dass das Vertrauen in die Verwaltung und in die Regierungen gestärkt wird. Zudem werden gemäss Aussage von Regierungsrat Beat Villiger in der Regierung sowieso nur Beschlussprotokolle geführt würden. Was soll also die Angst vor Transparenz?
Die AGF ist auch nicht bereit, aus taktischen Gründen dem Antrag der CVP zuzustimmen. Es ist auch zu bedenken, welches Signal mit der Ablehnung des Gesetzes in der Schlussabstimmung ausgesandt würde. Eine Ablehnung hätte zünftigen Erklärungsbedarf.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** orientiert, dass der Regierungsrat dem Antrag der Kommission GO KR einhellig zustimmt. Bezüglich der Protokolle kantonsrätlicher Kommissionen und des Regierungsrats befürwortete er bekanntlich in der ersten Lesung ebenfalls das Öffentlichkeitsprinzip. Er hat sich aufgrund des Antrags der CVP-Fraktion, aber auch aufgrund der Streichung von § 10 Abs. 1 Bst. a in der ersten Lesung, mit dem die behördliche Meinungsbildung und Entscheidfindung explizit als überwiegendes öffentliches Interesse normiert werden sollten, nochmals mit dieser Frage befasst. Der Schutz der freien Meinungsbildung und Entscheidfindung im Regierungsrat und in den Kommissionen des Kantonsrats ist essenziell, weshalb der Regierungsrat jetzt den diesbezüglichen Antrag der CVP-Fraktion befürwortet. Wie man nun aber weiss, wird es bezüglich der Schlussabstimmung spannend. Die einen wollen eh nicht zustimmen, andere machen ihre Zustimmung von der Annahme bzw. Ablehnung des CVP-Antrags abhängig. Es ist daran zu erinnern, dass der Kantonsrat vor einiger Zeit den Regierungsrat mit der vorliegenden Vorlage beauftragt hat und dieser schon damals genau und ziemlich im Detail ausführte, die dieses Gesetz daherkommen werde. Der Regierungsrat hat auch ein breit angelegtes Vernehmlassungsverfahren durchgeführt, und alle Gemeinden mit Ausnahme einer Einwohnergemeinde und einer Korporationsgemeinde haben dem Anliegen zugestimmt. Auch die FDP und die CVP haben in der Vernehmlassung gewünscht, dass dieses Gesetz erarbeitet werden soll. Es wäre deshalb jetzt etwas seltsam, wenn man nach der grossen Arbeit auch in der Verwaltung in der Schlussabstimmung nein sagen würde.
Bezüglich des CVP-Antrags ist ferner festzuhalten, dass die Gesuche um Einsichtnahme in die Regierungsrats- und Kommissionsprotokolle nicht den grossen Teil der Gesuche ausmachen würde. Im Übrigen werden – dies zu Vroni Straub – im Regierungsrat nicht nur Beschlussprotokolle geführt.
Zusammenfassend hält der Sicherheitsdirektor fest, dass der Grundsatz der Öffentlichkeit heute schon gepflegt wird, selbstverständlich immer unter Wahrung des Amtsgeheimnisses. Das wird sich – Öffentlichkeitsgesetz hin oder her – auch in Zukunft kaum ändern. Mit dem Öffentlichkeitsgesetz hätte der Kanton Zug aber endlich eine rechtliche Grundlage, welche in diesem sensiblen Bereich zu Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit in der kantonalen Verwaltung, aber auch in den Gemeinden führt. Mit einem grossen Mehraufwand ist, wie der Blick in die Praxis anderer Kantone zeigt, nicht zu rechnen. Es ist ein Gebot der Zeit, eine solche rechtliche Grundlage zu haben, und es entspricht auch dem Geist der heutigen Informations- und Kommunikationsgesellschaft. In diesem Sinne bittet der Sicherheitsdirektor, dem Antrag der CVP-Fraktion zuzustimmen, insbesondere aber in der Schlussabstimmung das Gesetz anzunehmen.

Stefan Gisler ist sich bewusst, dass er nun das Kommissionsgeheimnis verletzt, zitiert er doch aus dem Protokoll der vorberatenden Kommission, das er als Fraktionschef jeweils zugestellt erhält. Beat Villiger wird dort mit den Worten zitiert: «In der Regierung haben wir nur Beschlussprotokolle.» Auch das zeigt, wie wichtig diese Protokolle sein können: Man kann nicht in der Kommission dieses und in der Öffentlichkeit etwas anderes sagen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der CVP-Fraktion zu § 12 Abs. 3 mit 50 zu 23 Stimmen ab. Damit bleibt es bei der Fassung der ersten Lesung.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der vorberatenden Kommission GO KR zu § 13 mit 74 zu 0 Stimmen zu.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 40 zu 29 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor:
Die Motion von Stephan Schleiss und Werner Villiger betreffend Einführung des Öffentlichkeitsprinzips vom 21. Juli 2008 (Vorlage 1711.1 - 12813) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

1005 Teilrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank betreffend Altersgrenze: 2. Lesung
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2296.4 - 14530).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 68 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

1006 **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Realisierung eines neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) auf dem GS 456, Zugerstrasse 50, Steinhausen: 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis der 1. Lesung (2256.5 - 14563).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 59 zu 2 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen.

TRAKTANDUM 8

1007 **Motion von Andreas Hausheer und Eugen Meienberg betreffend weitergehende Entschädigung von Gemeinden mit gegenüber der einwohnerproportionalen Verteilung zu vielen Asylsuchenden**
Motion von Thomas Werner betreffend Verteilung der Asylanten und die dadurch entstehenden Kosten im Kanton Zug
Es liegen vor: Motion Hausheer/Meienberg (2231.1 - 14288); Motion Werner (2239.1 - 14302); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2231.2/2239.2 - 14534).

Mitmotionär **Eugen Meienberg:** Dass die Unterbringung von Asylanten für alle Zuger Gemeinden eine grosse Herausforderung ist, dürfte von allen im Saal anerkannt sein. Allen, welchen dazu beitragen, dass die Vorgaben eingehalten werden, sei an dieser Stelle gedankt.
Es gibt sicher Gemeinden, die früher hier mehr oder weniger Engagement gezeigt haben. Heute aber dürften alle die Zeichen der Zeit erkannt haben und mit Hochdruck an Lösungen arbeiten. Allerdings sind die Prozesse bei der Errichtung oder Vermittlung von Wohnraum für Asylanten sehr kompliziert und manchmal am Schluss durch verschiedene Umstände nicht erfolgreich. Dass diese Bemühungen dann sanktioniert werden sollen, findet der Votant nicht gut. Anderseits könnten allenfalls untätige Gemeinden zulasten des Kantons und der anderen Gemeinden die Untätigkeit so erkaufen. Dies ist der falsche Ansatz. Daher bittet der Votant zusammen mit der CVP-Fraktion, die Motion Werner nicht erheblich zu erklären, dies als **Antrag.**
Umgekehrt verhält es sich, wenn Gemeinden weit über die einwohnerproportionale Verteilung Asylanten bei sich beherbergen können. Vorerst eine Bemerkung zum Bericht und Antrag des Regierungsrats: Es fehlen leider konkrete finanzielle Angaben. Diese sind sehr vage und interpretationsfähig. Es ist die Rede von geschätzten Zusatzkosten oder dann von unverhältnismässigen Aufwendungen für die Administration. Der Votant ist der Regierung dankbar, wenn sie dazu noch genauere Angaben machen kann. Unbestritten ist sicher, dass die Beherbergung von Asylanten mit Zusatzkosten verbunden ist, sei es in Asylantenunterkünften oder auch in der Durchgangsstation. Daher macht es Sinn, die Motion Hausheer/Meienberg erheblich zu erklären, was der Votant hiermit **beantragt**. Es ist doch gescheiter, Gemeinden, welche überproportional Asylanten beherbergen, deren Zusatzkosten anteilsmässig zu entschädigen, statt Gemeinden, welche sich bemühen, jedoch nicht erfolgreich

sind oder sein können, zu sanktionieren. Mit Sicherheit lässt sich leicht ein Schlüssel finden, wie diese Abgeltung geregelt werden kann, beispielsweise ein Monats- oder Tagesansatz pro Asylantin oder Asylant, welcher über die geforderte Mindestanzahl hinausgeht. Eine Hexerei kann das nicht sein.
Der Votant bittet den Rat, die Motion Hausheer/Meienberg erheblich, die Motion Werner hingegen nicht erheblich zu erklären. Auch die CVP-Fraktion unterstützt diese Anträge.

Motionär **Thomas Werner** stellt einleitend fest, dass die zwei Motionen genau das Gegenteil fordern. Als erstes dankt er der Regierung dafür, dass sie – wie aus der Antwort erkennbar wird – das Problem anscheinend schon seit längerer Zeit erkannt hat und dieses nun ernsthaft angehen will.
Das Dilemma beginnt eigentlich bei der nationalen Asylpolitik. Wenn man liest, dass von 28'000 Asylgesuchen nur 2500 berechtigterweise gestellt wurden und dann trotzdem ein grosser Teil der abgewiesenen Asylbewerber eine vorläufige Aufnahme erhält, wundert es niemanden, dass in den Kantonen immer mehr Wohnraum für Asylanten benötigt wird. Der Votant möchte hier nochmals festhalten, dass zum Wohle der richtigen, notleidenden und anerkannten Asylanten Wirtschaftsflüchtlinge und Sozialprofiteure konsequent nicht nur abgewiesen, sondern auch abgeschoben werden müssen. Die Kantone und Gemeinden baden den Sumpf der gescheiterten nationalen Asylpolitik aus. Sie baden die Probleme aus, welche die inkonsequente nationale Asylpolitik schafft. Ein Beispiel dafür sind die übermässig belasteten Gemeinden im Kanton Zug. Die Kosten sind nur das eine; alle anderen, zum Teil sehr unangenehmen Auswirkungen, zum Beispiel Probleme an den Schulen, sind das andere. In den Gemeinden können durch einen zu hohen Anteil von Kindern mit Asylhintergrund schnell einmal Probleme entstehen, beispielsweise wenn die Energie der Lehrpersonen und die Ressourcen für den integrativen Unterricht regelmässig für diese Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen verpuffen. Dies führt direkt zu einem Nachteil zu Ungunsten der eigenen Kinder. Nur schon die ständigen Wechsel – die Kinder müssen sich angewöhnen, einleben, verabschieden etc. – sorgen für Unruhe in vielen Klassen. Es ärgert die Betroffenen, wenn sie feststellen müssen, dass andere Gemeinden gar keine Asylanten bei sich beherbergen und sich auch noch locker in den Zeitungen vernehmen lassen, dass sie dann halt allenfalls etwas zahlen würden, wenn sie müssten. So darf und kann es nicht weitergehen, so wird die Solidarität überstrapaziert.
Die Regierung beschwichtigt wie immer bei diesem Thema. In ihrer Antwort ist zu lesen, dass es relativ ausgeglichen sei, dass der momentane Stand nicht ganz dem einwohnerproportionalen Schlüssel entspreche, dass die Belastung leicht unterschiedlich sei. Aber ehrlich: Es geht hier um die Zahlen des Kantons Zug, also desjenigen Kantons, in welchem gewisse Gemeinden keinen einzigen und andere über hundert Asylanten beherbergen. Die Regierung legt eine absolut beschönigte und inakzeptabel stark verharmloste Analyse der Ist-Situation vor. Das ist massive Schönfärberei, das gehört sich nicht und führt nur zu Frustration in der Bevölkerung. In der Antwort der Regierung ist auch viel darüber zu lesen, was alles nicht möglich ist, und dass immer wieder das Gespräch mit den säumigen Gemeinden gesucht worden sei. Die Zeit des guten Zuredens sollte jetzt aber abgeschlossen sein, und es müssen Fakten und Lösungen präsentiert werden.
Die Regierung schlägt vor, künftig säumigen Gemeinden die Mehrkosten zum Beispiel für die Unterbringung von Asylanten in Hotels aufzuerlegen. Dass dies alleine nichts nützt, hat der Neuheimer Gemeindepräsident wunderbar in der Zeitung verlauten lassen: «Dann zahlen wir halt.» Vor diesem Vorschlag ist zu warnen. Er genügt nicht, um das Problem wirklich anzupacken und zu lösen, und er führt am

Schluss höchstens dazu, dass die Motion Werner abgeschrieben werden kann und man weiterhin die genau gleiche ungerechte Verteilung und die genau gleichen Probleme hat. Der Votant bittet den Rat im Namen der Gerechtigkeit und im Namen der Solidarität unter den Gemeinden, nicht ein weiteres Mal die Augen vor diesem Problem zu verschliessen, welches bei der Bevölkerung für wachsenden Unmut sorgt. Vielmehr soll die Regierung den Auftrag erhalten, griffige Lösungsvorschläge für dieses Problem zu erarbeiten und es nicht mit einem kosmetischen Trick wieder auf die lange Bank zu schieben. In den Voten zum Zuger Finanzausgleich war in der letzten Sitzung zu hören, die Regierung solle sich nicht zum Vornherein einschränken, sie solle mit offenem Fächer an diese Aufgabe herangehen und ernsthaft alle Möglichkeiten prüfen. Genau das verlangen der Votant und die SVP-Fraktion auch im vorliegenden Fall. Sie stellen daher den **Antrag,** die Motion Werner sei im Sinne des Motionärs, nicht im Sinne des Regierungsrats, erheblich zu erklären und unterstützen den Antrag, die Motion Hausheer/Meienberg nicht erheblich zu erklären.

Florian Weber führt als Sprecher der FDP-Fraktion aus, dass gemäss Bundesgesetz der Kanton für alle Personengruppen im Asylbereich zuständig ist. Auch aus diesem Grund sollte man aufpassen, welche Gesetze man auf kantonaler Ebene schafft und welche Folgen daraus resultieren.
In den Motionen wird auf die ungleiche Verteilung hingewiesen. Der Regierungsrat hat als Gründe dafür unter anderem die unterschiedlichen Liegenschaftsmärkte in den Gemeinden und die hohe Dynamik in den Unterbringungsstrukturen aufgeführt. Zudem wird in der Antwort der Regierung auch auf die Durchgangsstation in der Gemeinde Steinhausen aufmerksam gemacht. Zwar führe diese ungleiche Verteilung von Personen des Asyl- und Flüchtlingsbereichs zu einer leicht ungleichen finanziellen Belastung der Gemeinden. Doch sei zu beachten, dass auch in anderen Bereichen ungleiche finanzielle Belastungen anfallen.
Der Regierungsrat hat es richtig erkannt: Das Konzept des innerkantonalen Finanzausgleichs soll keinen Nutzungsausgleich zwischen den Einwohnergemeinden beinhalten. Die Einführung einer Entschädigung von Gemeinden wäre systemfremd und würde unweigerlich zu weiteren Forderungen führen. Eine Durchsetzung des Verteilschlüssels als Basis eines Entschädigungssystems kommt somit nicht in Frage. Diese Haltung wurde durch die Gemeindepräsidentenkonferenz bestätigt. Eine strikte Anwendung des Verteilschlüssels mit der Möglichkeit zur Ersatzvornahme durch den Kanton wäre Gemeinden ohne genügend Wohnraum finanziell nicht zumutbar und würde die effektive Nutzung von geeigneten Immobilien im Kanton Zug verschlechtern. Die Gemeindeautonomie ist in einem föderalistischen System hoch zu halten. Der Regierung Vollmachten zu erteilen, welche es erlauben würden, den Gemeinden via Verfügung mitzuteilen, was diese umzusetzen haben, wäre der falsche Weg. Man würde damit einen Präzedenzfall schaffen.
Die FDP wird deshalb dem ersten Antrag der Regierung Folge leisten und die Motion Hausheer/Meienberg nicht erheblich erklären. Die von Thomas Werner in seiner Motion geforderte Prüfung eines Bonus-Malus-Mechanismus wird die FDP-Fraktion grossmehrheitlich unterstützen.

Markus Jans als Fraktionssprecher der SP: Was die Unterbringung von Asylsuchenden betrifft, ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Verbesserungen, die durch die Änderungen des Sozialhilfegesetzes seit 2009 möglich wurden, positiv sind, aber noch nicht genügen. Ob die vorgeschlagenen Massnahmen dann tatsächlich fruchten, sei dahingestellt. Abgesehen von der Gemeinde Steinhausen, ist nur noch Unterägeri von einer grossen Anzahl Asylsuchenden betroffen. Hier ist es

aber nicht die Gemeinde Unterägeri, die Unterkünfte zur Verfügung stellt, sondern es spielt der freie Wohnungsmarkt, und das kann weder durch Sanktionen noch durch andere Regulierungen verändert werden. Oder will der Regierungsrat tatsächlich in den privaten Wohnungsmarkt eingreifen und eine Personengruppe davon ausschliessen? Daran hätten wahrscheinlich die bürgerlichen Parteien wenig Freude. Zudem stimmt die Statistik in der Vorlage nicht. Es wird immer nur von den untergebrachten Asylsuchenden gesprochen und nicht von den Plätzen, die eine Gemeinde tatsächlich anbietet. Die Stadt Zug hat im letzten Jahr im alten Kantonsspital, im Waldheim und in der neuen Unterkunft an der Chollerstrasse ungefähr 200 Unterkunftsplätze für Asylsuchende angeboten. In der Statistik aber wurde Zug immer nur mit ca. 130 bis 140 Plätzen aufgeführt. Die Stadt Zug hatte damit immer zu wenig Unterkunftsplätze und war eines der Schwarzen Schafe – was nachweislich nicht stimmt, denn die Stadt bot im letzten Jahr zwischen 50 und 60 Asylplätze mehr an. Trotz des Überangebots in Zug kam kein einziger Asylsuchender aus der Gemeinde Unterägeri oder aus einer anderen Gemeinde nach Zug. Da fragt es sich ernsthaft: Was soll hier zusätzlich geregelt werden? Man kann Asylsuchenden, die privat in einer Gemeinde wohnen, nicht einfach die Wohnungen kündigen und sie in eine Gemeinschaftsunterkunft in einer anderen Gemeinde integrieren. Das würde zu enormen Mehrkosten führen, die sicher niemand will.
Die SP-Fraktion will keine unnötigen Gesetze. Daher müsste sie eigentlich empfehlen, die vorliegenden Motionen nicht erheblich zu erklären. Nun gibt es aber ein Problem mit zwei Gemeinden, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage fühlen, dem Kanton Unterkunftsplätze anzubieten, dies übrigens nicht erst seit zwei oder drei, sondern seit mindestens zwanzig Jahren. Der Gemeinderat Neuheim will *partout* keine geeignete Unterkunft finden, und der Gemeinderat Walchwil war über Jahre hinweg der Meinung, dass sich Walchwil keine Asylsuchenden leisten könne. Die Argumente gegen die Unterbringung von Asylsuchenden sind längst bekannt und wiederholen sich laufend, allerdings ohne dadurch besser zu werden. Die SP schlägt daher dem Regierungsrat vor, dass Sanktionen erst dann geprüft werden sollen, wenn eine gewisse Quote der geforderten Unterkunftsplätze von einer Gemeinde nicht erreicht wird resp. diese sich gänzlich weigert, Unterkunftsplätze zur Verfügung zu stellen. In diesem Sinne kann die SP-Fraktion mit dem Vorschlag des Regierungsrats leben.
Abschliessend bittet die SP-Fraktion den Regierungsrat, künftig die Statistik mit einer zusätzlichen Spalte pro Gemeinde mit dem Titel «Nicht belegte Plätze» zu führen.

Stefan Gisler spricht für die AGF. Der Kanton Zug mit seinen über 100'000 Einwohnerinnen und Einwohnern hat die Aufgabe, rund 600 asylsuchende Menschen aufzunehmen. Natürlich ist es eine Herausforderung, bezahlbare Unterkünfte für Asylsuchende bereitzustellen, gerade angesichts des angespannten und teuren Liegenschaftsmarkts in Zug. Und natürlich erfordert die Betreuung Flexibilität sowie viel Fach- und Sozialkompetenz. Eine zentrale Aussage in der Botschaft des Regierungsrats – *notabene* einer Regierung mit sechs Bürgerlichen und einer einzigen Linken – ist, dass die Unterbringung der asylsuchenden Menschen im Kanton Zug grundsätzlich erfolgreich bewältigt wird, dies auch dank der zunehmenden Kooperation der Gemeinden, welche vermehrt helfen, geeignete Unterkünfte zu finden.
Ein Wort zur Belastung der Gemeinden durch Unterkünfte, auch als Replik auf das Votum von Thomas Werner: Der Votant wohnt 200 Meter von der Asylunterkunft im vormaligen Kantonsspital in Zug entfernt, fährt täglich mit dem Velo dort vorbei und kann bestätigen, dass es dort zumindest aus nachbarschaftlicher Sicht keinerlei Probleme gibt. Selbst die bürgerlichen Vertreter in der Nachbarschaftsbegleit-

gruppe der Asylunterkunft Waldheim bestätigten am Schluss, dass der dortige Betrieb reibungslos verlief und Stadtrat sowie beim Kanton die zuständige Direktion des Innern und die Baudirektion einen guten Job gemacht haben. Von einer Zusatzbelastung der Schulen hat man vom Bildungsdirektor bisher noch nichts gehört; hier fehlen dem Votanten die Fakten. Er geht mit Motionär Werner aber einig, dass sich die Gemeinden untereinander etwas solidarischer zeigen könnten und jede Gemeinde ihre Verantwortung wahrnehmen muss, den Kanton bei der Bereitstellung von Unterkünften zu unterstützen. Es ist nachvollziehbar, dass sich der Unterägerer Thomas Werner stört, wenn Neuheim oder Walchwil kaum oder keine Asylsuchende beherbergen. Genau aus diesem Grund machte sich der Votant vor der Eröffnung des Waldheims in der Stadt Zug für dieses Zentrum stark, denn damals hatte Zug zu wenige Plätze und nahm auch gemäss Schlüssel zu wenige Menschen auf. Zug sollte sich damals nicht aus der Verantwortung nehmen, wie dies die Stadtzuger Parteikollegen von Thomas Werner forderten.
Bei der Einführung des neuen Sozialhilfegesetzes per 2009 hat der Kantonsrat zwar den Verteilschlüssel gemäss Einwohnerinnen und Einwohner pro Gemeinde als verbindlich erklärt, aber explizit darauf verzichtet, einen Lastenausgleich oder Sanktionen gesetzlich festzulegen. Der Grundgedanke des Kantonsrats war damals, dass die Gemeinden dies im Sinne der Gemeindeautonomie untereinander regeln oder allenfalls abgelten sollen. Und zur Erinnerung: Seit jeher bezahlt der Kanton sämtliche Kosten für Unterbringung, Betreuung, Sicherheit und allfällige Integrationsmassnahmen. Daher ist dem Votanten nicht ganz klar, von welchen Zusatzkosten – vielleicht ausserhalb der Einschulung – Eugen Meienberg spricht. Auch werden seit 2009 die Gemeinden zusätzlich finanziell entlastet, übernimmt doch seither der Kanton nicht nur die Kosten für die regulären Asylsuchenden, sondern auch diejenigen für Unterkunft und Betreuung auch der NAE/NEE. 2014 werden die Gemeinden nochmals entlastet, denn der C-Status wird nun erst ab zehn statt fünf Jahren vergeben, wodurch der Kanton pro Flüchtling durchschnittlich länger zahlen wird als heute.
Eine leicht unausgeglichene Verteilung der Flüchtlinge auf die Gemeinden ist Tatsache. Darum hat die Regierung am 4. Juli 2013 den Gemeinden Vorschläge unterbreitet, wo allenfalls Unterkünfte bereitgestellt werden könnten, und auch Möglichkeiten für einen finanziellen Ausgleich aufgezeigt. Die Frage ist, ob man – wie die Motion Hausheer/Meienberg fordert – einen Lastenausgleich zwischen den Gemeinden oder aber – wie Thomas Werner fordert – Sanktionen für Gemeinden mit tiefem Sollbestand will. Zum Lastenausgleich: Wie die Regierung und die Gemeindepräsidien ist auch die AGF gegen ein solches Bonus-Malus-System. Es ist administrativ aufwendig, und es sind tiefe Beträge, um welche die Gemeinden be- oder entlastet würden. Zudem würde man so die Büchse der Lastenausgleichs-Pandora wieder öffnen. Die Stadt würde dann Zentrumslasten, andere Gemeinden wiederum andere Leistungen und Lasten in Rechnung stellen wollen. Diese Büchse der Pandora sollte der Kantonsrat nicht nochmals öffnen und deshalb nein sagen zur Motion Hausheer/Meienberg.
Zu den Sanktionen, die der Kanton verhängen könnte: Es ist zu bedenken, dass dieses Vorgehen in die Gemeindeautonomie eingreifen würde. Das heutige Modell der gemeindlichen Selbstverantwortung funktioniert – mit Ausnahmen – nicht so schlecht. Dennoch befürwortet die AGF, dass die Regierung das Konzept Sanktionen prüft und dem Kantonsrat eine Vorlage präsentiert, dies im Sinne auch der Ausführungen von Markus Jans, dass säumige Gemeinden, die über Jahre keine Leistungen in diesem Bereich erbringen, allenfalls doch sanktioniert werden könnten. Aus diesem Grund ist die AGF für die Erheblicherklärung der Motion Werner.

Franz Hürlimann hält fest, dass die Motion Asylsuchende gerechter auf die Gemeinden aufteilen will. Das kann die Gemeinde Walchwil bieten. Die Sache hat nur einen kleinen Haken: Auch die Einheimischen, besonders die jüngeren von ihnen, möchten auch günstige Wohnmöglichkeiten haben. Zu erinnern ist an diesbezügliche Vorlagen in der Vergangenheit. Bevorzugte Wohnlage, Sicht auf See und Berge: Kein Problem, geht es doch in Walchwil nur bergauf und bergab. Die gewünschten Unterkünfte gibt es auch, es ist noch etwa eine Handvoll frei. Das Preissegment ist den verschiedenen Ansprüchen angepasst und reicht von etwa 3000 bis 11'000 Franken im Monat. So sind in Walchwil nun mal die Verhältnisse.
Die Gemeinde Walchwil vermittelt, wo immer sie kann. Und wenn sie dann mit Erfolg eine Wohnung vermittelt hat, die vielleicht nicht allen Vorstellungen entspricht, wird diese von der Direktion des Innern wieder gekündigt, ohne den Vermittler darüber zu informieren. Und wenn die Vermittlungsbemühungen der Gemeinde erfolglos bleiben, dann soll sie in Zukunft dafür auch noch bestraft werden können? Dafür dankt der Votant den Motionären Andreas Hausheer und Eugen Meienberg. Er hat zwar ein anderes rechtstaatliches Demokratieverständnis, hat aber den zwei Motionären immer geholfen und stimmt deshalb auch dieser Erheblicherklärung gelassen zu. Er ist zuversichtlich, dass die Ausarbeitung einer allfälligen Vorlage die Verhältnisse wieder klären wird.
Mit dem Thema Jagd ist der Votant bei seinem ersten Auftritt im Kantonsrat am Rednerpult gestanden, mit dem Thema Asyl beendet er seine Zeit im Rat. Die zwei Themen scheinen auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun zu haben. Oder etwa doch? Da gibt es zum Beispiel Wild-*Asyle*, und andererseits will man die Gemeinden scharf machen für die *Jagd* nach Asylunterkünften. Dazwischen liegt die Zeit, die der Votant im Kantonsrat verbracht hat: begleitet von schäumenden Wallungen, wenn er an sein erstes Votum denkt, bis tief gelangweilt, wenn endlose Diskussionen die Debatte verlängerten, obschon alle Meinungen längst gemacht waren. Auf jeden Fall haben die Ratsmitglieder den Votanten immer in Bewegung gehalten, jede und jeder auf ihre bzw. seine Weise. Gerne denkt der Votant an die gemeinsame Zeit zurück. Er ruft den Rat auf, das zu tun, was er tun muss: zu parlieren und den Kanton Zug weiterzubringen – nicht nach links oder nach rechts, sondern vorwärts. «Leben Sie wohl, und bleiben Sie gesund.» *(Der Rat applaudiert.)*

Thomas Lötscher möchte eine Lanze brechen für die zu Unrecht gerügte Gemeinde Neuheim und zu einem gewissen Pragmatismus aufrufen. Der Votant negiert keinesfalls die Probleme und ist mit Thomas Werner einig, dass Asylbewerber und Asylanten wie generell Menschen mit einer anderen Muttersprache das Schulsystem belasten können. In diesem Sinn muss auch ein Ausgleich stattfinden. Aus der praktischen Erfahrung heraus kann sich der Votant aber nicht vorstellen, dass es möglich ist, auf effiziente Art und Weise einen Verteilschlüssel durchzusetzen. Das würde nämlich dazu führen, dass in einzelnen Gemeinden zwar Wohnraum zur Verfügung stünde, dieser aber nicht genutzt werden könnte, während in anderen Gemeinden auf relativ teurem Weg Wohnraum geschaffen werden müsste. Effizienter wäre es deshalb, die Asylanten dort zu platzieren, wo effektiv Wohnraum vorhanden ist, während die anderen Gemeinden dafür einen Ausgleich leisten.
Neuheim ist eine kleine Gemeinde mit dörflicher Struktur, hohem Eigenheimanteil, wenig Mietwohnungen und vor allem auch wenig Mietruinen. Auf seinem Arbeitsweg nach Unterägeri fährt der Votant durch Neuägeri, wo es eine ganze Reihe von schlecht unterhaltenen Häusern gibt. In diesen wollen keine Schweizer wohnen, sie lassen sich aber relativ einfach mit Asylbewerbern füllen und sind auch billig zu haben Das ist nicht der Fehler oder das Verdienst der jeweiligen Gemeinde, sondern es ergibt sich einfach. Auf diesem Hintergrund sollte man eher dafür schauen,

dass die zusätzliche Belastung innerhalb der Gemeinden abgedeckt wird, dies nicht über den Kanton, sondern unter den Gemeinden selber, wie es bereits im Gesetz vorgesehen ist.

Markus Jans ist in der Stadt Zug für die Unterbringung von Asylsuchenden verantwortlich, zumindest für die Bereitstellung der Unterkünfte. Wenn man von teuren Unterkünften in den Gemeinden spricht: Was stellt man sich denn vor, was an den Hanglagen in der Stadt Zug bezahlt werden muss? Es gibt auch in Zug keine günstigen Unterkünfte, und man findet auch hier keine Abbruchliegenschaften, ausgenommen vielleicht das Waldheim – und was daraus wurde, konnte man in den Zeitungen lesen. Die Stadt Zug plant langfristig. Sie weiss, dass sie im alten Kantonsspital irgendwann keine Unterkunft mehr haben wird und anderswo achtzig Plätze erarbeiten muss. Schon mehrfach wurde im Grossen Gemeinderat darauf hingewiesen, dass die Stadt dieses Problem lösen müsse und es nicht auf andere Gemeinden abschieben könne. Deshalb sind in der Investitionsrechnung für die nächsten Jahre entsprechende Budgets berücksichtigt. Die Stadt Zug besitzt praktisch keinen Quadratmeter eigenes Land mehr und muss geeignete Liegenschaften ebenfalls kaufen oder im Baurecht mieten. Das kostet Geld, aber damit übernimmt die Stadt ihre Verantwortung. Das Gleiche kann man auch von Gemeinden wie Neuheim oder Walchwil erwarten, wenn sie solidarisch sind: nämlich dass sie die nötigen Kredite in ihre Investitionsrechnungen aufnehmen und ihre Asylsuchenden selber unterbringen. Die entsprechenden Diskussionen müssen auch in der Stadt Zug geführt werden, und sie sind auch hier nicht immer angenehm.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, dankt für die Feststellung, dass der Regierungsrat in dieser Sache in den letzten Jahren sehr vieles unternommen und aufgegleist hat. Wichtig ist auch die Feststellung, dass die Kosten im Bereich Asyl grossmehrheitlich vom Kanton getragen werden, mit etwas Unterstützung vom Bund. Die Gemeinden bezahlen in diesem Bereich sehr wenig und haben nur marginale Kosten.
Die Motion Hausheer/Meienberg will eine finanzielle Abgeltung im Gesetz festhalten, während die Motion Werner die proportionale Verteilung gesetzlich festschreiben möchte. Die Baudirektion und die Direktion des Innern haben den Gemeinden vor den Sommerferien 2013 zwei Modelle aufgezeigt. Bei einer finanziellen Abgeltung sind drei Faktoren wesentlich:
• Sozialhilfekosten: Diese Kosten werden mehrheitlich von Kanton und Bund getragen. Erst wenn jemand den Status C erhält, werden sie von den Gemeinden übernommen. Das sind nicht viele Personen.
• Schule: Die Gemeinde Unterägeri hat die Mehrkosten auf ca. 3000 Franken pro Jahr berechnet. Und als Beispiel: Steinhausen hat zwei schulpflichtige Kinder von Asylbewerbern oder Asylanten.
• Der dritte Faktor ist politischer Art: Wie viel ist ein angebotener Platz wert? Dieser Wert kann von 1000 Franken bis zu 1 Million Franken gehen, je nach politischer Wertung durch die Gemeinden.
Den Gemeinden wurde aufgezeigt, dass sie auf der Basis dieser drei Faktoren ein Bonus-Malus-System entwickeln und die Kosten untereinander ausgleichen könnten. Das liesse sich auch ins Gesetz aufnehmen. Allerdings ist der administrative Aufwand nicht zu unterschätzen, denn die Zahl der Asylsuchenden in den Gemeinden variiert zum Teil wöchentlich, und es kommen neue Unterkünfte dazu bzw. es fallen Unterkünfte weg. Gleichzeitig hat die Baudirektion jeder Gemeinde aufgezeigt, wo aus raumplanerischer Sicht in ihrem Gebiet Asylunterkünfte möglich sind. Auch in der Gemeinde Neuheim gibt es entsprechende Möglichkeiten.

Diese Ergebnisse hat der Regierungsrat – wie gesagt – den Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten an einer Konferenz vor den Sommerferien präsentiert. Diese haben dem Regierungsrat im November mitgeteilt, dass ihrer Meinung nach die finanzielle Abgeltung jener Gemeinden, welche proportional zu viele Asylsuchende aufnehmen, nicht sinnvoll ist. Hingegen vertraten sie mehrheitlich die Ansicht, dass Gemeinden mit Nachholbedarf verstärkt Bemühungen unternehmen sollten, um zusätzliche Unterkünfte zur Verfügung zu stellen.
Fazit: Die Gemeinden lehnen eine finanzielle Abgeltung nach einem Bonus-Malus-System ab. Die gesetzliche Verankerung einer solchen Abgeltung im Sozialhilfegesetz wäre auch sozusagen ein neuer kleiner Zweig des ZFA. Die Regierung befürchtet, dass – wenn man diesen Weg wählen würde – einzelne Gemeinden einen Lastenausgleich auch in anderen Bereichen verlangen könnten, beispielsweise bei Behindertenheimen oder für Zentrumslasten. Wenn der Kantonsrat *diese* Diskussion tatsächlich führen möchte, sollte er sie nach Ansicht des Regierungsrats eher in der ZFA-Kommission führen. Gerade für die CVP ist auch wichtig zu wissen, dass gemäss Gesetz die Gemeinden bereits heute untereinander einen Schlüssel vereinbaren und sich gegenseitig abgelten können. Diese freiwillige Möglichkeit wird heute nicht wahrgenommen, der Regierungsrat möchte sie aber beibehalten.
Zur zweiten Variante, nämlich die proportionale Verteilung verstärkt durchzusetzen, wie das Thomas Werner fordert: Der Regierungsrat ist bereit, eine entsprechende Gesetzesänderung vorzulegen, wenn er vom Kantonsrat diesen Auftrag tatsächlich erhält. Er kann sich vorstellen, dass beispielsweise die Mitwirkungspflicht der Gemeinden bei Notlagen verstärkt wird. Heute können Notsituationen mit dem alten Kantonsspital abgedeckt werden; wenn wegen einer Krise irgendwo in der Welt plötzlich hundert zusätzliche Asylsuchende kommen, können diese dort untergebracht werden. Das alte Kantonsspital steht aber bald nicht mehr zur Verfügung, und der Kanton hat kein anderes Gebäude, in dem er diese Asylsuchenden platzieren könnte. Hier müssten bei einer Gesetzesänderung die Gemeinden bei Notlagen verpflichtet werden können. Man könnte auch darüber diskutieren, wann unhaltbare Zustände vorliegen. Ist es schon unhaltbar, dass Neuheim seit Jahren keinen einzigen Asylsuchenden aufnimmt, und rechtfertigt es sich, dass der Kanton hier eingreift? Der Kanton Zug ist nicht der einzige Kanton, in dem über die Durchsetzung der einwohnerproportionalen Verteilung diskutiert wird. Auch Aargau und Solothurn arbeiten an einer entsprechenden Gesetzesänderung, und die Direktion des Innern ist mit diesen Kantonen in Diskussion.
Zu den Ausführung von Franz Hürlimann: Die Direktorin des Innern wäre froh, wenn in diesem Zusammenhang alles erzählt würde. Der Kanton hatte eine Wohnung in Walchwil gemietet, wobei der Vermieter aber explizit festhielt, was für Leute er darin haben möchte, und trotz mehrmaliger Bitte nicht zu einer gewissen Offenheit bereit war. Er wollte für die sehr abgelegene Wohnung nur eine Familie. Allerdings stand zu diesem Zeitpunkt und auch für die nächsten Monate keine Familie zur Verfügung, die vom Vermieter akzeptiert worden wäre. Und der Kanton kann nicht mit Steuergeldern die Miete für eine Wohnung bezahlen, die nicht besetzt werden kann.
Zusammenfassend bittet der Regierungsrat, die Motion Hausheer/Meienberg nicht erheblich zu erklären und die Motion Werner im Sinne der Ausführungen des Regierungsrats erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion Hausheer/Meienberg mit 47 zu 18 Stimmen nicht erheblich.

Zur Motion von Thomas Werner erläutert der **Vorsitzende**, dass drei gleichwertige Anträge vorliegen und demnach eine Dreifachabstimmung durchgeführt wird:
• Antrag Regierungsrat: Die Motion sei teilweise erheblich zu erklären.
• Antrag Eugen Meienberg: Die Motion sei nicht erheblich zu erklären.
• Antrag SVP-Fraktion: Die Motion sei als Ganzes erheblich zu erklären.

Die Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
• Antrag Regierungsrat: 29 Stimmen
• Antrag Eugen Meienberg: 16 Stimmen
• Antrag SVP-Fraktion: 18 Stimmen

Die Gegenüberstellung der zwei Anträge mit den schlechtesten Ergebnissen ergibt folgende Resultate:
• Antrag Eugen Meienberg: 32 Stimmen
• Antrag SVP-Fraktion: 27 Stimmen

Die dritte Abstimmung führt zu folgenden Resultaten:
• Antrag Regierungsrat: 46 Stimmen
• Antrag Eugen Meienberg: 11 Stimmen

➔ Damit erklärt der Rat die Motion Werner teilerheblich im Sinne der Erwägungen des Regierungsrats.

TRAKTANDUM 9

1008 Interpellation von Daniel Thomas Burch und Thomas Lötscher betreffend Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) sowie Zimmerberg-Basistunnel II
Interpellation von Martin Stuber betreffend FABI ante portas
Es liegen vor: Interpellation Burch/Lötscher (2319.1 - 14511); Interpellation Stuber (2325.1 - 14525); Antwort des Regierungsrats (2319.2/2325.2 - 14550).

Thomas Lötscher dankt namens der Interpellanten der Regierung für die Beantwortung ihrer Fragen. Er spricht auch für die FDP-Fraktion, wenn er Zustimmung zu den regierungsrätlichen Ausführungen äussert.
Allerdings ist es ärgerlich, dass der Zimmerberg-Basistunnel II trotz FABI und vor allem auch trotz zweier entsprechender Volksabstimmungen immer noch nicht gesichert ist. Umso wichtiger und dringender ist es, dass der Kanton Zug geeint auftritt und strategische Allianzen bildet, statt sich intern in der Variantenfrage gegenseitig zu zerfleischen. Es mag kurzfristig dem Ego einzelner Protagonisten schmeicheln, wenn sie sich klüger als die Experten der SBB wähnen. Wichtiger scheint aber, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren: Der Kanton Zug will eine schnelle und leistungsfähige Zugverbindung zwischen Zug und Zürich. Selbstverständlich soll diese auch effizient, d. h. preiswert sein. In diesem Sinne die optimale Variante zu finden, ist aber nicht Aufgabe eines Kantonsparlaments. Die FDP-Fraktion erwartet, dass diesbezügliche Fragen stufengerecht geklärt werden, dass die Zuger Politik aber konsequent auf die Realisierung drängt.
Positiv ist zu werten, dass mit FABI eine Finanzierungsstrategie und ein Fonds für den Öffentlichen Verkehr geschaffen werden. Kritisch erachten die Interpellanten, dass nicht gleichzeitig dasselbe für den Strassenverkehr realisiert wurde. Ebenfalls vermissen sie ein Gesamtkonzept des Bundes für Mobilität und Verkehr, welches

den gesellschaftlichen Realitäten und Entwicklungen Rechnung trägt. So wurde bislang von Arbeitnehmern gefordert, flexibel und mobil zu sein und längere Arbeitswege in Kauf zu nehmen. Auf diesen Grundsatz wurde die Verkehrsinfrastruktur ausgerichtet. Nun aber kommt mit FABI – quasi durch die Hintertüre – die Reduktion des Pendlerabzugs bei den Steuern und somit die Bestrafung der Flexibilität der Arbeitnehmer. Es entspricht auch einer Forderung, die Pendlerströme zu reduzieren oder anders zu lenken. Das wiederum hätte gravierende Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsgewohnheiten grosser Teile der Bevölkerung und auf die Wirtschaft. Eine fundierte und ganzheitliche politische und gesellschaftliche Diskussion dazu hat aber noch nicht stattgefunden. Qualifizierte Lösungsansätze fehlen derzeit. Hier ist der Bund dringend gefordert.
Aufgrund der politischen Agenda – zuerst Abstimmung über die Vignettenpreiserhöhung, dann FABI und irgendwann einmal die Strasseninfrastruktur – befürchtet die FDP-Fraktion, dass man in Bundesbern zuerst das Geld beim Strassenverkehr abholen, dann die Quersubventionierung des ÖV zementieren will, um schliesslich festzustellen, dass das Geld für die Strasse fehlt. Dann wird einmal mehr der Autofahrer geschröpft. Für eine solche Strategie hat die FDP kein Verständnis. Sie begrüsst deshalb explizit, dass die Zuger Regierung ebenfalls eine Entflechtung der Zahlungsströme zwischen öffentlichem und privatem Verkehr sowie ein Ende der Querfinanzierung fordert. Diese Forderungen kann die FDP nur unterstützen und die Regierung darin bestärken.

Für Interpellant **Martin Stuber** ist es erfreulich, dass sich die Zuger Regierung klar und deutlich für FABI ausgesprochen hat. Dank der deutlichen Annahme durch den Souverän kann nun der Bahninfrastrukturfonds (BIF) etabliert werden, und dessen solide Finanzierung ist nun langfristig gesichert. Das ist ein wichtiger Meilenstein für die weitere Entwicklung der Schweizer Bahninfrastruktur, ein Meilenstein, der gar nicht hoch genug bewertet werden kann. Für die Eisenbahn in der Schweiz wird der 9. Februar 2014 in die Geschichtsbücher eingehen.
Damit FABI zu einer Erfolgsgeschichte wird, ist aber ein intelligenter, gezielter und strikt am korrekt eruierten Kosten-Nutzen-Verhältnis orientierter Mitteleinsatz beim Ausbau der Infrastruktur nötig. Dies war bisher noch lange nicht immer der Fall, und auch im Vorfeld der Abstimmung sind weitere Beispiele solcher Seldwyla-Geschichten bekannt geworden. Es ist wirklich wichtig, dass die Mittel optimal eingesetzt werden.
FABI bietet Chancen, aber auch Risiken für den dringend nötigen Ausbau zwischen Thalwil und Baar und dem Durchgangsbahnhof Luzern. Das sind die strategisch wichtigen grossen Ausbauten für die Zentralschweiz. Mit seiner Interpellation wollte der Votant eigentlich dem Regierungsrat eine Brücke bauen, denn jetzt ist der richtige Moment, bezüglich dieser beiden Projekte über die Bücher zu gehen. Umso grösser war seine Enttäuschung, als er die Antwort las: Der Volkswirtschaftsdirektor scheint die Chancen nicht nutzen zu wollen, und die Risiken werden eher vergrössert als minimiert.
Zu den Chancen: Mit FABI wird die Vorfinanzierung von Bahnausbauten gesetzlich geregelt und damit für das Zuger Hauptanliegen, den Ausbau zwischen Thalwil und Baar, wieder eine echte Option. Das sah eine Zeitlang ganz anders aus, weil der Bundesrat von Vorfinanzierungen nichts mehr wissen wollte. Jetzt aber ist es im Gesetz sauber geregelt, auch der *meccano* der Vorfinanzierung. Für die Doppelspur zwischen Thalwil und Baar heisst das: Wenn es eine etappierte Lösung gibt, die nur halb soviel kostet, kann man mit der Vorfinanzierung etwas bewirken. «Zimmerberg light» (ZBL) *kann* etappiert werden und kostet nur halb so viel, und mit der Vorfinanzierung wäre ein Baubeginn sogar vor 2025 denkbar, mit der Va-

riante des Ausbaus der heutigen Stammstrecke auf durchgehende Doppelspur. Der heutige Zimmerbergtunnel zwischen Horgen und Sihlbrugg-Station muss gemäss SBB bis spätestens 2030 sowieso komplett saniert werden. Statt zu sanieren, ist es viel gescheiter, die erste Etappe von ZBL zu bauen, nämlich einen zweispurigen Scheiteltunnel zwischen Horgen und Sihlbrugg-Station. Diese erste Etappe könnte unabhängig vom FABI-Topf aus der Vorfinanzierung durch den Kanton Zug bezahlt werden. Dafür sind die reservierten 400 Millionen Franken mehr als ausreichend. Und weil der Installationsplatz bei dieser Variante in Sihlbrugg-Station errichtet wird, kann nachher als zweite Etappe die zweite Röhre des Albistunnels gebaut werden, neben dem schon bestehenden Tunnel. Wenn das dann fertig ist, kann der Substanzerhalt beim bestehenden Tunnel gemacht werden, kostengünstig und ohne Beeinträchtigung des Verkehrs, weil der Tunnel dank der neuen zweiten Röhre gesperrt werden kann. Das Geld für die zweite Etappe kommt teils aus der Vorfinanzierung, teils aus dem FABI-Topf für den zweiten Ausbauschritt (2015– 2030). Es macht nämlich einen riesigen Unterschied, ob man im zweiten Ausbauschritt 150 Millionen für ein Projekt benötigt oder 1,3 Milliarden Franken; so viel kostet nach heutiger Schätzung der «Zimmerberg Basistunnel II» (ZBT).

Die Etappierung ist die einzige Chance, innert einer halbwegs vernünftigen Zeitspanne den schon heute dringend nötigen Kapazitätsausbau zwischen Thalwil und Baar realisieren zu können. Die Regierung schreibt selber, dass es schwierig werde für den Zimmerberg, weil den Zürchern und Aargauern ihr eigenes Hemd – der Brüttener Tunnel und der Bahnhof Stadelhofen bzw. der Chestenberg – näher liegt. Es ist wohl auch kein Zufall, dass im Gesetz, das jetzt zusammen mit FABI in Kraft tritt, als erste Vorgabe für den zweiten Ausbauschritt der Kapazitätsausbau Aarau–Zürich–Winterthur genannt wird. Mehr ist auch nicht finanziert. Und die Aussage des BAV-Kadermitglieds Hauke Fehlberg anlässlich einer Veranstaltung des Komitees «Zimmerberg light» zu FABI war glasklar: Es sind nicht alle im ersten Ausbauschritt projektierten Vorhaben für die Realisierung im zweiten Ausbauschritt finanziert. Und Zürich wird durchsetzen, dass zuerst der Brüttener Tunnel, dann der Bahnhof Stadelhofen und schliesslich der Chestenberg kommen. Wenn die Zuger Regierung weiterhin am «Zimmerberg Basistunnel II» festhält, dann heisst das: Ausbau auf der Strecke Thalwil–Zug–Luzern erst nach 2030, wenn überhaupt, dies unabhängig von einer vorgängigen Projektierung.

Die zweite Chance, welche FABI bietet: Die Prioritäten bei den Zielen, welchen der Ausbau dienen soll, ändern komplett. Neu zählen der Kapazitätsausbau und das Knotenprinzip. Der Fahrzeitgewinn hat bei FABI explizit keine Priorität mehr. Deshalb ist es schleierhaft, weshalb sich die Regierung immer noch an der veralteten und nicht mehr aktuellen Kosten-Nutzen-Rechnung – damals von der SBB zuhanden des BAV für die Projekte ZBT II und ZBL erstellt – festklammert. Das günstige Abschneiden des ZBT II bei diesem Vergleich basiert fast ausschliesslich auf dem Fahrzeitgewinn von 4 Minuten gegenüber ZBL. Mit der Angebotsplanung zwischen Zürich und Mailand, wie sie jetzt bekannt ist, spielen diese 4 Minuten auch ohne FABI sowieso keine Rolle mehr.

Zusammenfassend: Es gibt unter den neuen Rahmenbedingungen, wie sie sich jetzt darstellen, aus Zuger Sicht keine stichhaltigen Gründe mehr für den «Zimmerberg Basistunnel II». Das ist für Zug eine Chance, die es zu packen gilt.

Das Risiko bei FABI liegt ganz einfach darin, dass andere mehr politische Durchsetzungskraft haben werden. Die Regierung schreibt in ihrer Antwort – wie bereits gesagt – selber, dass es der Zimmerberg schwer haben wird und die Zürcher ihren Brüttener Tunnel und Stadelhofen und die Aargauer ihren Chestenberg priorisieren. Und man muss kein Prophet sein, um vorauszusehen, dass Zürich und der Aargau sich in Bern durchsetzen werden. Umso unverständlicher ist es, dass die Zuger

Regierung sich weiterhin an den Rockschoss der Zürcher hängt und in der Interpellationsantwort den natürlichen Bündnispartner, nämlich Luzern und die übrige Zentralschweiz, vor den Kopf stösst. Dabei befände sich der Regierungsrat in guter Gesellschaft, wenn er auf «Zimmerberg light» einschwenken würde. ETH-Professor Ulrich Weidmann, der «Bahnplanungs-Guru» in der Schweiz, hat in der NZZ vom 11. Januar 2014 gesagt: «Die Tunnel Richtung Winterthur und Aarau beseitigen absehbare Kapazitätsengpässe und bringen Beschleunigungen. Anders ist das beim Zimmerberg-Basistunnel Richtung Zug. Er lässt den wichtigen Umsteigepunkt Thalwil aussen vor. Die hier notwendige Kapazität lässt sich also besser durch eine durchgehende Doppelspur auf der bestehenden Linie erreichen.» Und Ulrich Weidmann ist jemand, der ansonsten ein vehementer Verfechter der Beschleunigung ist. Umso mehr Gewicht hat seine Aussage.
Der Votant hat Ja gestimmt für FABI, und er hofft auf die vorurteilsfreie, nüchterne Vernunft des BAV, das mit FABI nun zum Prozessführer beim Ausbau der Schieneninfrastruktur wird. Und zu Thomas Lötscher: Es ist Aufgabe des Zuger Kantonsparlaments, diejenige Variante zu *pushen,* die am ehesten Aussicht auf eine schnelle Realisierung verspricht. Oder mit den Worten von Franz Hürlimann: Nicht links und nicht rechts, sondern jetzt vorwärtsmachen.

Philip C. Brunner hält fest, dass ihm nicht alle von Martin Stuber aufgeführten Fakten bekannt waren, und er ist froh, dass diese Diskussion – anders als vorgesehen – erst nach der FABI-Abstimmung geführt wird; Ende Januar hätte er nämlich ein anderes Votum gehalten und versucht, die Ratsmitglieder zu einem Nein zu FABI zu bewegen. Das Volk hat nun aber sehr klar Ja gesagt, wozu der Votant dem Regierungsrat und speziell dem Volkswirtschaftsdirektor, der sich persönlich stark für diese Vorlage engagiert hat, gratuliert. Die SVP kämpfte nur mit halber Kraft gegen FABI, weil sie einen anderen, als wichtiger eingeschätzten Abstimmungskampf zu führen hatte – und sie wird keine zweite Abstimmung fordern, weil die Autofahrer nicht gewusst hätten, über was sie abstimmen.
Der Votant ist Mitglied des Komitees «Zimmerberg light», dies als Nachfolger des verstorbenen Kantonsrats Werner Villiger, der Kopräsident und Gründungsmitglied war. Thomas Lötscher hat richtigerweise gesagt, dass jetzt der Moment sei, in dem die Autofahrer zur Kasse gebeten würden. Das ist die unmittelbare Konsequenz. Der Mittelstand wird mit einer Kürzung des Pendlerabzugs bestraft, und es folgt die Erhöhung des Benzinpreises, der Mehrwertsteuer und der Bahngebühren. Der Autofahrer ist also die Milchkuh, da auch der Strassenverkehr die Fonds braucht. Das Strassenverkehrsnetz in der Schweiz hat einen Wert von ungefähr 210 Milliarden Franken, und geht man von jährlichen Unterhaltskosten von etwa 2 Prozent dieses Betrags aus, kommt man auf etwas mehr als 4 Milliarden Franken pro Jahr. Im Kanton Zug ist man auf gutem Weg; es ist doch einiges bewilligt und unterwegs. Der Votant muss aber darauf hinweisen, dass der Auto-, Motorrad- und Lastwagenverkehr jährlich gegen 10 Milliarden Franken abwirft, wovon rund 4 Milliarden in die Bundeskasse fliessen. Man darf also nicht vergessen, dass irgendjemand den öffentlichen Verkehr bezahlt – und man soll nicht übermütig werden.
Die Ideen von Martin Stuber findet der Votant persönlich interessant; seine Fraktion konnte dazu nicht Stellung nehmen. Man sollte die Chance im Sinne des Kantons nutzen, und dafür ist auch der Kantonsrat verantwortlich. Die Verbindung zur Agglomeration und zum Flughafen Zürich ist sehr wichtig, und sie ist wegen der alten Tunnels gefährdet. Wie am Gotthard sollte man auch am Zimmerberg mit einer zweiten Röhre die Möglichkeit schaffen, den alten Tunnel zwischen Sihlbrugg und Horgen zu renovieren, was mit relativ wenig Mitteln zu realisieren wäre. Das müsste man im Interesse des Kantons Zug, aber auch im Interesse der Berufs-

pendler – sei es von Zürich nach Zug oder umgekehrt – genauer anschauen, ist doch die Verbindung nach Zürich ein infrastruktureller Schwachpunkt für den Kanton Zug. Auch der neue Durchgangsbahnhof in Luzern ist eine grosse Chance, die Innerschweiz besser an Zug anzubinden. Er macht aber nur Sinn, wenn man auch schnell und möglichst auf zwei Gleisen durch den Zimmerberg kommt.
Die SVP-Fraktion dankt für die interessanten Antworten und hofft, dass der Volkswirtschaftsdirektor in diesem Sinn tätig sein wird – für den Kanton Zug, seine Bevölkerung und seine Wirtschaft.

Zari Dzaferi spricht für die SP-Fraktion. Es ist absolut unbestritten: Die Bahn ist ein wichtiger Pfeiler der Schweizer Verkehrsinfrastruktur. Sie entlastet den Strassenverkehr enorm und ist zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Schweiz. Unbestritten ist auch, dass der Bahnverkehr auch künftig attraktiv bleiben soll. Dafür braucht es eine langfristige Planung, den Unterhalt der bisherigen Infrastruktur und selbstverständlich neue Infrastruktur. Die wachsende Nachfrage hat nämlich zu Engpässen auf Schienen und Bahnhöfen geführt, die es in den kommenden Jahren zu beheben gilt. Bis ins Jahr 2050 sind rund 40 Milliarden Franken für Projekte vorgesehen, Das ist ein langer Horizont.
Es ist weiter unbestritten, dass jeder Kanton möglichst das Beste für sich herausholen möchte. So sehr auch jeder Kanton um das Wohl des ganzen Landes bemüht ist: Jeder schaut dafür, dass innerhalb seiner Kantonsgrenzen alles im Lot ist. Jeder Kanton möchte, dass seine Projekte in der Dringlichkeit möglichst hoch eingestuft werden und dadurch früh realisiert werden können. Es überrascht daher nicht, dass in der regierungsrätlichen Antwort auf die beiden Interpellationen mehrmals das Wort «Lobbying» vorkommt. So war zum Beispiel ein Schulterschluss der Zentralschweizer Kantone und Zürich notwendig, um den Bahnausbau Luzern–Zug–Zürich voranzutreiben. Ohne ein bisschen Poltern in Bern geht es nicht. Aber nur mit Poltern erreicht man nicht viel. Das dürften auch die drei Zuger Nationalräte realisiert haben, welche vor bzw. kurz nach ihrer Wahl lautstark für eine Neuorganisation des Finanzausgleichs weibelten. Es braucht also Verhandlungsgeschick. Andere Kantone müssen ebenfalls ins Boot geholt werden, um am Schluss die eigenen Anliegen in Bern durchzubringen. Die Zuger Nachbarn haben ebenfalls ein Interesse daran, ihre Projekte möglichst bald zu realisieren. Luzern hat den Tiefbahnhof im Kopf, Zürich möchte den Brüttener Tunnel realisieren und den Bahnhof Stadelhofen ausbauen, der Kanton Aargau hat ebenfalls Ausbaupläne, um nur einige wenige zu nennen.
Es besteht also das Risiko, dass es in Bern keine ausreichende Interessenvertretung, kein genügendes Lobbying für die Achse Zug–Zürich gibt. Auch wenn Zug ein finanzstarker Kanton ist: Wenn er alleine kämpft, ist es fast aussichtslos. Die SP teilt deshalb die Ansicht der Regierung, wonach Zug für den Ausbau Zug–Zürich den Kanton Zürich ins Boot holen muss. Gegen den Willen des Kantons Zürich wird es schwierig, zumal dieser Bahnausbau grösstenteils auf Zürcher Gebiet stattfinden wird. Gleichzeitig soll das Verhältnis zu den Zentralschweizer Kantonen gepflegt werden. Sie sind ebenfalls Schlüsselfiguren, um den Bahnausbau in der Region voranzutreiben.
Das Volk hat mit dem prächtigen Ja zur FABI-Vorlage den ersten Schritt getan, damit ein guter öffentlicher Verkehr für Pendler, Touristen und Berufsreisende langfristig gesichert ist. Nun gilt es darauf zu schauen, dass die SBB mittels entsprechenden Auftrags die Planung des Ausbaus Zug–Zürich und Zug–Luzern an die Hand nimmt. Danach wird es sicherlich noch Möglichkeiten geben, um den Ausbau genauer unter die Lupe zu nehmen. Weiter muss sich der Kanton Zug dafür einsetzen, dass die SBB-Fahrpläne nach der Eröffnung des Ceneri-Basistunnels nicht

darauf ausgerichtet werden, die Fahrt zwischen Zürich und Milano um 4 Minuten zu verkürzen. Ob man für diese Strecke 2 Stunden 59 Minuten oder 3 Stunden 3 Minuten braucht, spielt keine grosse Rolle. Hingegen wäre es für unsere Region fatal, wenn für diesen minimalen Zeitgewinn die Luzerner Interregio-Züge beispielsweise nicht mehr in Baar halten könnten. Das gilt es mit einer klugen Politik zu verhindern – mit ein bisschen Poltern, allerdings mit noch mehr Zusammenarbeit.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** teilt die Freude der Mehrheit im Saal über den Ausgang der FABI-Abstimmung und auch über den überdurchschnittlich hohen Ja-Anteil im Kanton Zug.
Es ist richtig, dass es ohne Allianzen nicht geht. Das war schon in der Vergangenheit so. Das FABI-Paket von 6,4 Milliarden Franken kam zustande, weil vor vier Jahren die Metropolitankonferenz Zürich die für den ganzen Raum und nicht für die einzelnen Kantone prioritären Ausbaubedürfnisse festlegte. Bevor man nach Bern lobbyieren geht, muss man wissen, welche Projekte die grösste Wirkung über die Kantonsgrenzen hinaus haben. Dieser Aufgabe haben sich die Kantone der Metropolitankonferenz gestellt und unabhängig von den Kantonsgrenzen eine Anzahl Infrastrukturen priorisiert. Auf dieser Basis konnten die fünfzehn Kantone mit der sogenannten «Allianz Bahnausbau» öffentlich tätig werden, und dieses grosse Aufbäumen in der Deutschschweiz hat dazu geführt, dass man das ursprüngliche Paket von 3,5 Milliarden Franken erweiterte, so dass jetzt auch unsere Region davon profitiert. Es reicht nicht, vor der Volksabstimmung zu poltern, vielmehr beginnt die Arbeit Jahre zuvor. Diese Allianzarbeit war wichtig, auch wenn Martin Stuber in einem Leserbrief kritisierte, man gefährde damit den Frieden des Landes und priorisiere zudem die falschen Projekte. Ohne diese Allianz und wenn man der SVP gefolgt wäre, hätte man heute keinen einzigen Franken, um bezüglich der für die Zentralschweiz wichtigen Projekte Zimmerberg, Durchgangsbahnhof Luzern und Axen irgendetwas zu planen. Denn das Wichtigste ist, dass jetzt überhaupt geplant werden kann, unabhängig von der schlussendlich gewählten Variante.
Es wird als unschön betrachtet, dass der Schienenverkehr jetzt einen Fonds hat, die Strasse aber noch nicht. Im optimalen Fall hätte man das tatsächlich verknüpfen können. Die Vorarbeiten für den neuen Fonds für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehr (NAF) sind mittlerweile aber weit gediehen. Die Kantone haben schon vor mehr als einem Jahr gesagt, dass sie sich auch bei der Strasse für Fonds-Lösungen einsetzen, und es gibt genügend Bekenntnisse dafür, dass auch für die Strasse mittels eines Fonds Planungssicherheit geschaffen wird.
Dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmen muss, darüber ist man sich einig. Die grosse Frage aber ist, nach welchen Kriterien man diese Bewertung vornimmt. Beim Bund werden Projekte im Schienenverkehr einheitlich mit dem sogenannten NIBA bewertet, auch die Projekte im Kanton Zug. Es kann nun nicht Aufgabe des Kantons Zug bzw. der Volkswirtschaftsdirektion sein, hier ein neues Bewertungssystem zu erfinden, nur um zu jenen Ergebnissen zu kommen, welche die Vertreter von «Zimmerberg light» heute möchten. Und es ist keineswegs so, dass sich der Regierungsrat auf den Zimmerberg-Basistunnel verkrampft. Vielmehr hat er gegenüber dem Bund mehrfach darauf insistiert, dass Varianten geprüft werden, auch für die Vorlage an das Parlament. Wichtig ist, dass man jetzt überhaupt einmal beginnt. Es ist eher etwas vermessen, vom Regierungsrat zu fordern, er solle auf die Variante «Zimmerberg light» setzen und alles andere vergessen. Das wäre eine Verkrampfung, die der Volkswirtschaftsdirektor nicht will.
Die Möglichkeit zur Etappierung ist eines unter vielen Kriterien. Ein Projekt wird nicht besser abschneiden, nur weil man es etappieren kann. Man kann nämlich auch das Falsche etappiert tun. Hier aber geht es um die beste und richtige Lösung.

Wenn man diese dann noch etappieren oder schneller realisieren kann, dann ist es umso besser. Und der Volkswirtschaftsdirektor hofft, dass sich im Prozess des Bundes das beste Projekt innert nützlicher Frist herauskristallisiert.
Zu dem von Martin Stuber zitierten «Verkehrs-Guru» Ulrich Weidmann: Nur weil man ein «Guru» ist und in einer Zeitung einen Satz schreibt, muss die betreffende Aussage noch längst nicht richtig sein. Die Volkswirtschaftsdirektion hat Ulrich Weidmann mit seiner Aussage konfrontiert und von diesem die Antwort erhalten, es handle sich erstens nicht um ein Konzept, sondern um ein Interview; zweitens habe er keine Variantenstudien durchgeführt, und drittens habe er sich in diesem Zusammenhang nicht mit dem vertieften Studien des BAV und den entsprechenden Bewertungen befasst. Man muss also etwas aufpassen, wenn man sich auf derart nicht fundierte Aussagen stützt. Ob sich diese Aussage allenfalls fundieren lässt, kann der Volkswirtschaftsdirektor nicht sagen.
Der Kantonsrat kann davon ausgehen, dass der Regierungsrat sehr genau prüft, welche Allianzen zu welchem Zeitpunkt eingegangen werden müssen. Und der Regierungsrat ist zum Schluss gekommen, dass es ohne den Kanton Zürich wirklich nicht geht, zumal die fraglichen Tunnels, besonders wenn man das Projekt etappiert, zum Teil ja vollumfänglich im Gebiet des Kantons Zürich liegen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 10

1009 Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend «Integrative Förderung»

Es liegen vor: Interpellation (2223.1 - 14255); Antwort des Regierungsrats (2223.2 - 14561).

Jürg Messmer dankt namens der Interpellanten dem Regierungsrat für seine Ausführungen. Quintessenz der Antwort ist, dass es den Gemeinden frei gestellt ist, Kleinklassen zu führen. Das ist interessant, denn im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug wurde schon öfters über die Wiedereinführung von Kleinklassen diskutiert, und jedes Mal hiess es dann, dies sei aufgrund der kantonalen Bestimmungen nicht mehr möglich. Jetzt aber hat man es schwarz auf weiss: Es ist sehr wohl möglich.
Die Bedürfnisse nach Sonderschulungen sind gestiegen, und gerade heute ist der Presse zu entnehmen, dass immer mehr Kinder in irgendeinem Bereich individuell gefördert werden müssten. Es stellt sich aber die Frage, ob das wirklich notwenig oder nicht einfach ein Wunschdenken von besorgten Eltern sei, die wegen jeder Kleinigkeit gleich zum Schulpsychologen rennen und abklären lassen, ob nicht die Schule gefälligst mit einem Heilpädagogen etc. den Unterricht fördern solle, weil ihr Kind nicht die Note 5, sondern vielleicht nur knapp eine 4,3 erreichte. Das ist eine schlechte Entwicklung, denn es muss nicht jeder studieren und einen akademischen Beruf erlernen. Es braucht auch heute Handwerker, und mit dem dualen Berufsbildungssystem kann auch jemand, der eine Berufslehre gemacht hat, sich weiterbilden und problemlos seinen Weg im Berufsalltag machen.
Als man damals den Gemeinden die integrative Förderung anpries, wurde gesagt, es werde damit alles günstiger. Davon sieht man im regierungsrätlichen Bericht nun aber kaum etwas, und der Votant bezweifelt es auch. In Tabelle 5 auf Seite 8 des Berichts kann man sehen, dass die Anzahl Vollzeitpensen bei leicht rückläufigen Schülerzahlen gleich geblieben ist; es wurde also nicht günstiger. In den Medien

wurde in dieser Woche berichtet, dass die Schulen verzweifelt Heilpädagogen suchen, und es würden auch solche anstellt werden, die noch in Ausbildung sind oder den entsprechenden Titel noch nicht haben – nur um sie zu haben.
Wegen der integrativen Förderung ist es für Eltern heute natürlich auch viel einfacher zu sagen, ihr Kind brauche eine individuelle Förderung. Früher hiess es in einem solchen Fall, dann werde das betreffende Kind eben in die Kleinklasse A, B oder C gesteckt. Das wollten die Eltern natürlich nicht und akzeptierten, dass ihr Kind eben nur eine 4,3 oder 4,5 erreichte. Heute droht keine Separation mehr, und man kann die entsprechende Förderung einfordern. Es ist deshalb nicht überraschend, dass heute an die Schulen vermehrt die Forderung nach zusätzlicher Förderung gestellt wird.
Vielleicht könnten tatsächlich Kosten eingespart werden. Schaut man aber die Entwicklung der Klassengrössen ab Seite 10 des Berichts an, wird klar, weshalb es nicht kostengünstiger wird: Die Klassen sind weit von der Richtgrösse 22 entfernt. Mehr noch: In den letzten Jahren sind die Klassen immer kleiner geworden, dies vielleicht auch wegen der integrativen Förderung, denn Kinder, die angeblich Probleme machen, sind selbstverständlich schwieriger zu führen, so dass die Lehrpersonen zum Teil an ihre Grenzen stossen. Es würde den Votanten nicht überraschen, wenn in der einen oder anderen Gemeinde ein Vorstoss eingereicht würde, dass man zumindest darüber nachdenken solle, wieder eine Kleinklasse einzuführen. Die gemeindlichen Rektoren sind zwar allesamt der Ansicht, man sei mit der integrativen Förderung auf dem richtigen Weg. Hört man sich aber in der Bevölkerung und bei den Eltern um, bekommt man andere Rückmeldungen. Deshalb ist der Votant überzeugt, dass hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist und dass weiter über die integrative Förderung diskutiert wird. Denn das Gelbe vom Ei ist sie nicht. Sie ist zu wenig durchdacht und vor allem zu wenig flexibel. Es ist zu hoffen, dass sich vielleicht die eine oder andere Gemeinde dieser Ansicht anschliesst und zumindest andiskutiert, ob man weiterhin bei der Integrativen Förderung bleiben oder eventuell wieder auf eine Kleinklasse zurückgehen möchte.
Der Votant dankt dem Regierungsrat für seine Antwort und nimmt sie zur Kenntnis.

Martin Pfister dankt im Namen der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für die sehr ausführliche und differenzierte Antwort auf die Interpellation. Sie bietet einen guten Überblick über den Strauss von Fragen, die sich im Bereich der Integrativen Förderung stellen und die eigentlich Stoff für mehrere Interpellationen bieten würden. So könnte man auch über die Finanzierung diskutieren, wobei der Votant seinen Vorredner korrigieren muss: Es wurde nie behauptet, dass die Integrative Förderung billiger würde. Der Votant ist vielmehr erstaunt, dass sie nur in dem in der Antwort dargestellten Mass teurer geworden ist. Dem Grossen Gemeinderat ist zu empfehlen, bei der nächsten Diskussion das Schulgesetz zu konsultieren, wo in § 33 Abs. 2 steht, dass bei Bedarf auch Kleinklassen geführt werden können.
Integrativer Unterricht findet eigentlich überall dort statt, wo in einer Klasse mehr als ein Kind unterrichtet wird. Jedes Kind weicht von der Norm ab und profitiert immer auch vom Umgang mit anderen Kindern, die von der Normalität abweichen und gleichzeitig auch daran in einem normalen Umfeld geschult werden. Es kann jedoch nicht abgestritten werden, dass Behinderungen und Auffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern zu Überforderungen der Schule führen können. Die regierungsrätliche Antwort stellt zu Recht fest, dass die integrative Förderung über alles gesehen richtig, gleichzeitig aber auch anspruchsvoll ist. Die gesetzlichen Grundlagen sind ausreichend, um pragmatisch die richtigen Lösungen dort zu finden, wo es Probleme gibt. Das zeigen die Modelle in den Gemeinden Cham und Menzingen, die in der Vorlage dargestellt sind. Bei der pragmatischen Umsetzung

der gesetzlichen Grundlagen der sonderpädagogischen Förderung in der Schule muss im Zentrum stehen, dass alle Kinder – also solche, die eine besondere Förderung benötigen, wie auch solche, für die das nicht nötig ist – in ihrer schulischen und persönlichen Entwicklung optimal gefördert werden können. Denn eines ist klar: Bei integrativer Schulung liegt die Hauptverantwortung und Hauptbelastung für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf bei den Klassenlehrpersonen und nicht bei den heilpädagogischen Experten, die den Klassenlehrpersonen zur Seite gestellt werden. Dies ist unabhängig davon so, wie gross die Pensen der heilpädagogischen Unterstützung sind. Die Stärkung der Klassenlehrperson sollte deshalb auch in dieser Frage eine wichtige bildungspolitische Folgerung sein. Und es stellt sich die Frage, ob nicht auch in der Ausbildung von Lehrpersonen an den Pädagogischen Hochschulen die Kompetenzen im integrativen Unterricht gestärkt werden müssten, eventuell bis hin zur Folge, dass es weniger heilpädagogische Unterstützung braucht.
Die Qualität der Schule muss im Zentrum aller bildungspolitischen Massnahmen stehen. Der Paradigmenwechsel zur Integrativen Förderung, der in den letzten fünfzehn Jahren in der Schweiz stattfand, hat dieser Qualität aus heutiger Sicht vermutlich nicht geschadet. Man darf jedoch die Augen nicht vor den Problemen verschliessen und muss diese pragmatisch, aber aktiv angehen. Integration hat auch ihre Grenzen. Sie darf nie auf Kosten der Qualität der Schule durchgesetzt werden, und schon gar nicht auf Kosten der Kinder, ob sie nun gefördert werden müssen oder nicht. Integration nicht um jeden Preis, aber Integration dort, wo es sinnvoll ist – und das ist es meistens. Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind ausreichend.

Beat Sieber: Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für den nach ihrem Geschmack etwas gar ausführlichen Wortwechsel zwischen den Interpellanten und dem Bildungsdirektor. «Viel Lärm um nichts» heisst eine Komödie des englischen Schriftstellers William Shakespeare. Ob es in diesem Wortwechsel überhaupt um etwas gegangen ist – und wenn ja: worum –, überlässt die FDP der Entscheidung der Kantonsrätinnen und -räte.
Der Votant greift das wohl zentralstes Begehren in der Interpellationsantwort auf, das im Rahmenkonzept «Gute Schulen» des Kantons Zug zu finden ist: «Die Zuger Schulen stellen sich der Herausforderung, für die Schülerinnen und Schüler Lernmöglichkeiten zu schaffen, die ihrem individuellen Potenzial entsprechen.» Neben der Leistungsdokumentation in den Zeugnissen wäre es begrüssenswert, wenn sich der Bildungsrat unter dem Präsidium des Bildungsdirektors dazu durchringen könnte, nicht auf die im Rahmen des Bildungs-*Monitoring* der EDK geplante Aufgabensammlung zu warten, sondern existierende Instrumente einzusetzen, etwa «LernLOT», «Cockpit» oder «Stellwerk». Man wüsste dann *wirklich,* ob die Kinder im Kanton Zug etwas lernen oder nicht. Viele Fragen, die in der Bevölkerung und in der FDP-Fraktion gestellt werden, könnten so eine Antwort finden. Es geht nämlich um etwas ganz Einfaches: Kommen die Kinder in der Schule in Bezug auf ihre Entwicklung und das, was sie lernen, zu kurz oder nicht? Nur ein ständiges *Monitoring* kann diese Frage beantworten.

Zari Dzaferi legt seine Interessenbindung dar: Er unterrichtet als Sekundarlehrer in einer Zuger Gemeinde und kennt sich aus diesem Grund auch in praktischer Hinsicht mit der Thematik dieser Interpellation etwas aus.
Die SP-Fraktion steht geschlossen hinter dem Konzept der Regierung für die sonderpädagogischen Angebote. Das Konzept bietet eine solide Grundlage, um Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf – sei dies wegen einer körperlichen

oder geistigen Einschränkung, einer Verhaltensauffälligkeit, einem Defizit in einem Schulbereich oder sogar einer Hochbegabung – integrativ oder separativ zu schulen. Zudem lässt es den Gemeinden Freiheiten, um ihr Schulangebot entsprechend den Schülerzahlen auszugestalten. Zwischen den Zeilen ist zu lesen, dass die Interpellanten zurück zu grösseren Regelklassen und mehr Kleinklassen möchten. Wenn eine Gemeinde dies tun möchte, ist ihr das auch mit der heutigen Gesetzgebung möglich. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass eine zu starke Separation gescheitert ist. Kleinklassen mit den schwierigsten Schülerinnen und Schülern eines Schulhauses wurden zum Teil nicht mehr «führbar». Im Kanton Zug wurden in den letzten zehn Jahren rund vierzig Kleinklassen geschlossen. Allein dieser Fakt zeigt, dass eine extreme Separation gescheitert ist. Die IV hat ihren Teil dazu beigetragen, indem sie sich bei der Finanzierung der Sonderschulen zurückgezogen und die Verantwortung vollumfänglich den Kantonen übergeben hat. Dies hat indirekt auch finanzielle Anreize geschaffen, weniger Sonderklassen zu führen. Das ist eine Tatsache, die nicht vergessen gehen darf. Hinzu kommt das Behindertengleichstellungsgesetz, welches Ende 2002 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz zwingt gemäss § 2 Bund, Kantone und Gemeinden zu Recht, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Menschen mit Behinderungen erleichtern, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und insbesondere selbstständig soziale Kontakte zu pflegen, sich aus- und fortzubilden und eine Erwerbstätigkeit auszuüben.
Das pädagogische Konzept der Integration hat sich also nach und nach aufgedrängt und sich in mehreren Langzeitstudien auch bewährt – allerdings nur dann, wenn man das Integrationsmodell auch gut umsetzt. Integration war nie als Sparprogramm gedacht. Wenn man die Integration korrekt umsetzt, dann ist sie kostenneutral. Sie soll also nicht mehr und nicht weniger als die frühere Separation mit zahlreichen Sonderschulen kosten, welche notabene bis 2008 hauptsächlich, nämlich zu 60 Prozent, mit IV-Geldern finanziert wurden. Befolgt man diesen Grundsatz in der Praxis, fährt der Kanton Zug langfristig erfolgreich mit dem integrativen Schulmodell. Wenn Kanton und Gemeinden allerdings das pädagogische Konzept der Integration als Sparmassnahme einsetzen, dann funktioniert es nicht. Ein Beispiel dafür ist die Vernehmlassungsantwort des Baarer Gemeinderats zum neuen Lehrpersonalgesetz. Der Gemeinderat sieht beispielsweise nicht mal einen Handlungsbedarf bei der Entlastung von Klassenlehrpersonen durch eine zweite Lektion; bislang ist es – seit etwa dreissig Jahren – *eine* Lektion. Er beharrt also auf Arbeitsbedingungen, die vor rund dreissig Jahren festgelegt wurden und seither praktisch gleich geblieben sind. So kann das natürlich nicht funktionieren. Es ist unbestritten, dass mit dem neuen Schulmodell auch neue Herausforderungen auf die Klassenlehrpersonen zugekommen sind. Die integrative Förderung hat den Planungs- und Vorbereitungsaufwand sowie die Notwendigkeit von Absprachen mit den Schulischen Heilpädagoginnen und -pädagogen erhöht. Sie stellt zudem höhere Ansprüche an das didaktische Geschick der Lehrpersonen. Die Schulische Heilpädagogik deckt weder den Betreuungsaufwand für auffällige Schülerinnen und Schüler oder Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf noch den Koordinationsaufwand der Klassenlehrperson alleine ab. Lehrpersonen sind heute daher mehr denn je gefordert, sich den komplexen Herausforderungen zu stellen und im Rahmen ihres Berufsauftrags den damit notwendigen Aufwand zu leisten und die adäquaten Unterstützungsmassnahmen einzubeziehen. Genau das ist auch in der regierungsrätlichen Antwort auf Seite 14 ausgeführt; der Votant spricht hier also nicht als Lehrperson, sondern aus der Sicht des Regierungsrats, der den entsprechenden Handlungsbedarf mittlerweile auch erkannt hat. Und er möchte nicht falsch verstanden werden: Es ist nicht sein Ziel, hier den Baarer Gemeindrat anzuschwärzen. Er will nur aufzeigen, dass die Verlockung gross ist, beim integrativen

Schulmodell zu sparen – und zwar nicht beim Druck von Hochglanzbroschüren für Lehrpersonen, wie die Schule sie hin und wieder geliefert bekommt, sondern bei der Festlegung der effektiven Rahmenbedingungen in der Praxis.
Gleichzeitig muss man sich bewusst sein, dass es – wie schon mehrfach erwähnt – Grenzen der Integration gibt. Es wird nach wie vor Schülerinnen und Schüler geben, die in Sonderschulen unterrichtet werden müssen. Die Regelschule kann nicht alle Schülerinnen und Schüler integrieren, sonst funktioniert das integrative Schulmodell nicht. Letztlich muss man sich aber insbesondere auch bewusst sein, dass es in der Praxis vor allem Verhaltensauffällige sind, welche viele Ressourcen binden. Die Schule hätte womöglich weit weniger Schwierigkeiten mit dem integrativen Schulmodell, wenn sie nicht auch immer mehr Erziehungsaufgaben übernehmen müsste. In diesen Punkt ist auch die «Wohlstandsverwahrlosung» anzusprechen. Ein Bekannter des Votanten, der im Kanton Zug mit schwer zu führenden Jugendlichen arbeitet, hat diesem einmal gesagt, dass eine solche Verhaltensauffälligkeit oftmals nicht angeboren, sondern anerzogen ist. Und da spricht der Votant nicht nur von Kindern aus sozial und wirtschaftlich benachteiligten Familien oder gar von Asylanten, sondern auch von Kindern aus wirtschaftlich gut oder sehr gut situierten Familien. Zwischen den Zeilen zu suggerieren, dass das integrative Schulmodell vor allem von Asylanten oder Ausländern belastet werde, ist nicht korrekt, weder politisch noch menschlich.
Zu Jürg Messmer: Es ist korrekt, dass die Schulen noch zu wenige ausgebildete Heilpädagogen haben. Die Hochschulen haben schlicht zu spät mit den entsprechenden Ausbildungen begonnen. Das wird sich in den nächsten Jahren aber einpendeln. Und zu Martin Pfister: Der Ansatz, die Klassenlehrpersonen zu stärken und dort auch die heilpädagogische Ausbildung auszubauen, ist interessant.
Fazit: Die SP-Fraktion steht nach wie vor hinter dem Konzept der Sonderschulung sowie dem integrativen Schulmodell. Sie wird die praktische Umsetzung des Konzepts weiterhin im Auge behalten und sich weiterhin dafür stark machen, dass die praktische Umsetzung dieses pädagogischen Modells gelingt. Sie ist nach wie vor überzeugt, dass sich das integrative Schulmodell auch im Kanton Zug bewährt, wenn es in der Praxis gut umgesetzt wird.

Esther Haas als Sprecherin der AGF: Der integrative Unterricht ist auch in der Berufsbildung angekommen, und hier liegt die Interessenbindung der Votantin: Sie hat als Berufsschullehrerin damit bereits erste Erfahrungen machen können.
Gesellschaftliche Umbrüche gehen selten spurlos an der Schule vorbei. Neben den herkömmlichen Unterrichtszielen im Lesen, Schreiben und Rechnen muss eine Lehrperson den Schülern heute auch andere Erfahrungen mitgeben – beispielsweise dass die Milch nicht aus dem Tetrapak kommt. Und wenn das Lehrer-Credo vor Jahren noch «Ich und meine Klasse» lautete, so geht es aktuell eher um «Wir und unsere Schule». Konkret fand ein Paradigmenwechsel von der Separation zur Integration statt. Dieser Wandel verlangt von allen Beteiligten – den Klassenlehrpersonen und allen heilpädagogisch und therapeutisch Tätigen – einen hohen Einsatz. Die Regierung verhehlt in ihrer ausgewogenen Antwort nicht, dass integrativer Unterricht Knochenarbeit ist. Massgeschneiderte Konzepte gibt es bei dieser Beschulung nicht, vieles muss in aufwendiger Team-Arbeit erschaffen werden. Die Regierung bestätigt es in ihrer Antwort aber: Der Aufwand lohnt sich. Die Universität Fribourg wollte es genauer wissen und arbeitete die empirische INTSEP-Studie aus zur Bedeutung von Integrationserfahrungen in der Schulzeit für die soziale und berufliche Situation im jungen Erwachsenenalter. Die Studie widerlegt die viel geäusserte Angst, dass leistungsstarke Schülerinnen und Schüler im integrativen Unterricht ihr Leistungspotenzial nicht ausschöpfen könnten. Auch im Kanton Zug

gibt es für den Regierungsrat keine Hinweise, dass seit der Einführung der integrativen Förderung die schulischen Leistungen gesunken seien. Eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein, wurden doch die PISA-Resultate der Zuger Schülerinnen und Schüler stets besser. Klare Leistungsvergleiche durch standardisierte Prüfungen gibt es leider nicht; das im Kanton Zug abgelehnte Harmos-Konkordat hätte diese direkten Leistungsvergleiche vorgesehen.
Abgesehen von den Resultaten der INTSEP-Studie, stehen die meisten Zuger Lehrpersonen hinter der integrierten Förderung. Das Gleiche gilt für die Pädagogische Hochschule Zug. Dies sei explizit erwähnt, weil ein PH-Dozent am 14. Februar in der «Neuen Zuger Zeitung» den «Integrativen Unterricht» in Grund und Boden stampfte. Die Lehrpersonen «müssen ihren Unterricht um diese integrierten Kinder herum organisieren», liess sich der Dozent zitieren. Die Rektorin der PHZ, Brigit Eriksson, distanziert sich auf Anfrage in aller Form von diesen pauschalisierenden und unsachgemässen Äusserungen. Im E-Mail schreibt sie: «Die PH Zug steht hinter dem Konzept ‹integrativer Unterricht/integrative Förderung› des Kantons Zug. Gelingender integrativer Unterricht orientiert sich nicht am ‹normalen Schüler›/an der ‹normalen Schülerin›, sondern hilft, die Individualität jedes Kindes besser wahrzunehmen und zu fördern. Integrativer Unterricht ist ein Gewinn für alle Kinder.» Diese individuelle Förderung kommt *allen* Kindern zugute und hat nicht mit Sonderschulung zu tun, wie es Jürg Messmer fälschlicherweise dargestellt hat. Die Kinder profitieren vom integrativen Unterricht ganzheitlich. Und so kann es nur von Vorteil sein, wenn sie möglichst früh den Umgang mit leistungsschwächeren, schwierigen oder verhaltensauffälligen *Gspändli* lernen. Das ist eine gute Vorbereitung auf das Erwachsenenleben, denn dort lassen sich Menschen mit Voraussetzungen, die nicht der Norm entsprechen, auch nicht einfach separieren.
Für die AGF liegen die Vorteile des integrativen Unterrichts auf der Hand. Eine Rückkehr zum separierten Unterricht ist für sie undenkbar, zumal Angebote der Sonderschulung nach wie vor existieren, wenn der integrative Unterricht an seine Grenzen stösst. Vereinzelte Kritik von Lehrpersonen darf aber nicht unter den Tisch gewischt werden. Bedenken und Einwände müssen aufgenommen und für die Weiterentwicklung der Konzepte genutzt werden. Dafür braucht es Ressourcen, und diese müssen zur Verfügung gestellt werden. Seitens der Klassenlehrpersonen macht sich aber auch wegen der Lohneinstufungen Unmut breit. Dieser Groll ist nachvollziehbar, sind doch die Heilpädagoginnen und Heilpädagogen wesentlich höher eingestuft als die Klassenlehrpersonen. Lohnklassen und Verantwortung stehen in einem Missverhältnis. Hier müssen die Gemeinden reagieren und Anpassungen verlangen. In diesem Punkt besteht politischer Handlungsbedarf.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass das Thema «Integrative Förderung» aus zwei Gründen schwierig ist: Es ist komplex, und es ist emotional. Die schweizerische Volksschule war und ist heterogen und wird dies auch bleiben. Die Heterogenität ist auch keine Schwäche, sondern eine Stärke der Volksschule Damit ist auch gesagt, dass in der Volksschule – auch im Kanton Zug – schon immer integriert wurde: Auch vor dem Jahr 2000 waren die Hochbegabten oder die weniger Schlauen nicht nur unter sich. Integration ist also keine neue Erfindung, im Unterschied zu früher aber wird sie heute besser unterstützt. Zudem ist man im Kanton Zug noch immer in der glücklichen Lage, dass in der Oberstufe, nach sechs heterogenen Primarschuljahren, wieder mehr homogene Klassen an Realschule, Sekundarschule und Untergymnasium gebildet werden können. Nach der heterogenen Volksschule bleibt also noch genügend Zeit, um mehr homogenisierte Wege zu gehen. Deshalb hält der Bildungsdirektor auch die hie und da geäusserte Furcht vor einer Nivellierung nach unten für übertrieben. Oder an einer militärischen Erfahrung aus-

gedrückt: Der Bildungsdirektor hat noch nie von einem Rekruten gehört, der ein schlechterer Leutnant geworden wäre, nur weil ein Kamerad in seinen RS-Zug zwei linke Hände hatte.
Die Sonderschulung ist auch ein Ventil für gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Leichte Behinderungen und Verhaltensauffälligkeiten sind die zwei häufigsten Gründe für Sonderschulungen – und beides ist nicht leicht zu diagnostizieren. Statistisch lässt sich eine Korrelation zwischen Sonderschulungen und der Herkunft aus nicht intakten Familien nachweisen, wobei beispielsweise im Kanton Luzern 50 Prozent der Kindergartenkinder aus nicht intakten Familien stammen. Die Schule muss also neue Familienmodelle ausbaden, die der Gesellschaft nicht förderlich sind: Eine intakte Gesellschaft braucht intakte Familien, die zusammenbleiben und in denen die Eltern Zeit für ihre Kinder haben.
Jürg Messmer hat die besonderen Bedürfnisse der Eltern angesprochen. Das ist tatsächlich eine gesellschaftliche Entwicklung, welche auch die Lehrpersonen und Schulleiter bestätigen. Die Schule ist von gesellschaftlichen Entwicklungen immer automatisch betroffen. Interessant ist die Aussage, dass es in der integrierten Förderung keine Stigma mehr bedeutet, wenn Eltern sagen, ihr Kind müsse da oder dort noch unterstützt werden; früher war man vielleicht abgeschreckt, diese Unterstützung einzufordern, wenn dies die Versetzung in eine Kleinklasse mit sich brachte. Ganz wichtig ist auch die Aussage, dass nicht jeder ein Akademiker werden müsse, und gerne betont der Bildungsdirektor, dass er zum dualen Ausbildungsmodell der Schweiz steht. Dieses ist dem akademieorientierten Ausbildungsmodell im nahen Ausland überlegen, und ein Vergleich nur schon innerhalb Europas zeigt, dass eine höhere Akademisierung zu höherer Jugendarbeitslosigkeit führt.
Widersprechen muss der Bildungsdirektor der Aussage, das System der integrativen Förderung im Kanton Zug sei zu wenig durchdacht und zu wenig flexibel. Im Kanton Luzern beispielsweise sind Kleinklassen verboten, Zug aber hat diese Flexibilität weiterhin. Es kommt auch darauf an, welche Ressourcen diesem System zugeführt werden. Im Kanton Schwyz ist der Ressourcenansatz für Heilpädagogen, welche die Klassenlehrpersonen unterstützen, um fast die Hälfte tiefer als in Zug. Der Bildungsdirektor ist überzeugt, dass der Kanton Zug ein besser durchdachtes Modell hat.
Martin Pfister hat vehement gefordert, dass die Überforderung der Schule abgewendet und dieser Gefahr mit Pragmatismus begegnet werden müsse. Damit ist der Bildungsdirektor voll einverstanden. Wenn man Schulen besucht, sieht man, dass mit viel Sinn für Pragmatismus in diese Richtung gearbeitet wird. Den Hinweis, dass die Klassenlehrperson die Hauptlast trägt, hat die Regierung mit der vorgesehenen Stärkung der Klassenlehrperson bei der angedachten Revision des Lehrpersonalgesetzes bereits antizipiert.
Zum Vorwurf, die Interpellationsantwort sei zu ausführlich ausgefallen: Der Umfang war den Fragen der Interpellanten geschuldet. Der Regierungsrat versucht immer, wenn der Kantonsrat etwas möchte, die entsprechenden Begehren so gut wie möglich zu erfüllen. Zum Vorschlag, «Stellwerk» beim Nachweis von schulischen Leistungen einzusetzen: Seit Frühling 2011 ist «Stellwerk 8» im Kanton Zug gemäss Beschluss des Bildungsrats verpflichtend für alle Gemeinden im Einsatz, und «Stellwerk 9 wird von Teilen der Gemeinden – sicher von Risch – eingesetzt. Die Datenhoheit bei «Stellwerk 8» bleibt aber bei den Gemeinden, und es ist dem Kanton nicht möglich, die Daten für Quervergleiche zu verwenden. Der Bildungsdirektor wird diese Regelung im Bildungsrat aber nochmals zur Sprache bringen.
Bezüglich der von Esther Haas angesprochenen PISA-Resultaten muss der Bildungsdirektor dementieren, dass der Kanton Zug jemals eine kantonale Stichprobe gemacht hätte. Dafür braucht es tausend Kinder, also einen kompletten Jahrgang,

und die Erhebung würde 70'000 Franken, die Auswertung weitere 30'000 Franken kosten. Das ist zu teuer, und der Bildungsdirektor ist nicht willens, eine solche kantonale Stichprobe in Auftrag zu geben. Richtig ist, dass unter Harmos die Überprüfung der Grundkompetenzen in der ganzen Schweiz durchgeführt wird und die entsprechenden Resultate zu Verfügung stehen werden. Die Nicht-Harmos-Kantone können dort ebenfalls mitmachen, wobei pro Durchführung in einem bestimmten Fach mit Kosten von 16'000 Franken zu rechnen ist. Das scheint dem Bildungsdirektor sowohl finanziell wie auch bezüglich des Umsetzungsaufwands an den Schulen vertretbar, und so lange das so bleibt, wird der Kanton dort mitmachen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Traktandum 11 kann aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

1010 Nächste Sitzung

Donnerstag, 27. März 2014.

Es ist eine Ganztagessitzung geplant. Je nach Geschäftslast behält sich der Ratspräsident vor, wiederum eine Halbtagessitzung anzusetzen.

Protokoll des Kantonsrats

68. Sitzung: Donnerstag, 27. März 2014 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 11.45 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20. Februar 2014
3. Kantonsrats-Ersatzwahl in der Gemeinde Walchwil:
3.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl
3.2. Ablegung des Eids durch René Dubacher
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
5. Kommissionsbestellungen:
5.1. Gesetz über den Jugendschutz betreffend Filmvorführungen und audiovisuelle Trägermedien (FATG; Totalrevision des Filmgesetzes)
5.2. Änderung des Gesetzes über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif; BGS 731.2)
5.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Errichtung einer Asylunterkunft auf dem GS 1201 am Dorfring 30 in Allenwinden, Gemeinde Baar

Geschäft, das am 20. Februar 2014 nicht behandelt werden konnte:

6. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Verhältnismässigkeit in der Strafverfolgung und -zumessung

7. Gesetz über die Videoüberwachung des öffentlichen und des öffentlich zugänglichen Raums (Videoüberwachungsgesetz; VideoG)
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für die Erdverlegung der Verteilleitung zwischen Altgass und Herti, Einwohnergemeinden Baar und Zug
   Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für Massnahmen bei der Übertragungsleitung für Elektrizität
9. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Objektkredit für Planung und Umbau des Kantonalen Zeughauses in Zug für das Obergericht des Kantons Zug sowie für daraus folgende Umplatzierungen von kantonalen Ämtern
10. Motion der SP-Fraktion betreffend Verkauf des Areals des ehemaligen Kantonsspitals
    Motion der FDP-Fraktion betreffend mehr Wohnraum für den Mittelstand in Zug – betreutes Wohnen auf dem Areal des ehemaligen Kantonsspitals
11. Motion der Kommission Polycom zum Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM
12. Motion der CVP-Fraktion betreffend Standesinitiative zur Wiederherstellung der Souveränität der Kantone in Wahlfragen

13. Postulat der CVP-Fraktion betreffend mehr Benutzerfreundlichkeit beim Tarif- und Zonensystem des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zug
14. Postulat von Kurt Balmer betreffend (Teil)-Rückbau der Armee Tankanlagen in Rotkreuz
15. Interpellation von Urs Raschle betreffend Umsetzung eines Motorikparks im Kanton Zug
16. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend den Strafvollzug im Kanton Zug
17. Interpellation von Philip C. Brunner betreffend unlautere und undemokratische Abstimmungspropaganda der Metropolitankonferenz (Verein Metropolitanraum Zürich) bei der nationalen Abstimmung über die Erhöhung des Preises der Autobahnvignette
18. Interpellation von Daniel Thomas Burch betreffend Priorisierung, Planung und Realisierung von Infrastrukturprojekten des Kantons Zug
    Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Finanzierungsengpässe der Zuger Hoch- und Tiefbauprojekte
    Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Verwaltungsgebäude 3
19. Interpellation von Franz Peter Iten und Pirmin Frei betreffend Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz

1011 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Irène Castell-Bachmann, Zug; Beat Wyss, Oberägeri; Gabriela Ingold, Unterägeri; Gloria Isler und Heini Schmid, beide Baar; Thomas Villiger, Hünenberg; Monika Weber, Steinhausen.

1012 Mitteilungen

Der **Ratsvorsitzende** begrüsst die Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Zug, welche das Fach «Politische Bildung» belegen und mit ihren Lehrpersonen Iris Haas, Lorenz Gerber und Klaus Rüdiger heute die Kantonsratssitzung besuchen.

Die Ratsmitglieder haben auf ihren Pulten eine kleine Schachtel mit Schokoladen des «BildungsNetz Zug» vorgefunden. Diese Organisation ist eine der vielen Perlen in der Zuger Bildungslandschaft. Das Präsent ist ein Dank für die Unterstützung durch den Kanton Zug.

Der Bildungsdirektor ist heute den ganzen Tag in Bern an einer Sitzung der Erziehungsdirektorenkonferenz zum Lehrplan 21.

Der Finanzdirektor ist am Morgen in Bern an einer Anhörung der Wirtschafts- und Abgabekommission des Ständerats zur Erbschaftssteuerinitiative. Er wird am Nachmittag wieder anwesend sein.

Der Vorsitzende dankt im Namen des Rats Kantonsrätin und Sportchefin Anna Bieri sowie Kantonsrat und Sportchef Zari Dzaferi für die Organisation und Durchführung des Parlamentarier-Skirennens mit den Schwyzer Abgeordneten am 15. März 2014 im Skigebiet Sattel-Hochstuckli. Er gratuliert allen Teilnehmenden zu ihren sportlichen Leistungen. Die Zuger Delegation war einmal mehr stark – auch im Jassen.

TRAKTANDUM 1

1013 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

1014 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20. Februar 2014

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 20. Februar 2014 wird ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Kantonsrats-Ersatzwahl in der Gemeinde Walchwil:

1015 Traktandum 3.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2351.1 - 14560).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Ersatzwahl von René Dubacher für den per Ende Februar 2014 zurückgetretenen Kantonsrat Franz Hürlimann befindet. René Dubacher ist bereits im Saal. Der Vorsitzende hält fest, dass es keinen anderslautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrats gibt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von René Dubacher.

Der **Vorsitzende** gratuliert René Dubacher zu seiner Wahl. Der Gewählte tritt sein Amt sofort an.

1016 Traktandum 3.2: **Ablegung des Eids durch René Dubacher**

René Dubacher will den Eid ablegen. Der Vorsitzende bittet ihn, nach vorne zu treten. Der Rat erhebt sich. Der **Landschreiber** liest die Eidesformel.

René Dubacher spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst René Dubacher im Rat willkommen und wünscht ihm viel Energie und Befriedigung bei seiner politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

TRAKTANDUM 4

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 5
Kommissionsbestellungen:

1017 Traktandum 5.1: **Gesetz über den Jugendschutz betreffend Filmvorführungen und audiovisuelle Trägermedien (FATG; Totalrevision des Filmgesetzes)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2367.1/.2 - 14605/06).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Alice Landtwing, Zug, FDP, Kommissionspräsidentin

Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg, CVP	Beni Riedi, Baar, SVP
Maja Dübendorfer Christen, Baar, FDP	Cornelia Stocker, Zug, FDP
Barbara Gysel, Zug, SP	Barbara Strub, Oberägeri, FDP
Esther Haas, Cham, AGF	Rainer Suter, Cham, SVP
Jürg Messmer, Zug, SVP	Silvia Thalmann, Zug, CVP
Martin Pfister, Baar, CVP	Arthur Walker, Unterägeri, CVP
Urs Raschle, Zug, CVP	Manfred Wenger, Zug, SVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

1018 Traktandum 5.2: **Änderung des Gesetzes über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif; BGS 731.2)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2368.1/.2 - 14607/08).

➔ Überweisung an die Tiefbaukommission.

1019 Traktandum 5.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Errichtung einer Asylunterkunft auf dem GS 1201 am Dorfring 30 in Allenwinden, Gemeinde Baar**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2363.1/.2 - 14587/88).

➔ Überweisung an die Staatswirtschaftskommission.

1020 Traktandum 5.4: **Ersatzwahl in die Kommission für Tiefbauten**

Die CVP-Fraktion schlägt vor, für den aus dem Rat zurückgetretenen Franz Hürlimann neu Pirmin Frei in die Kommission für Tiefbauten zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

1021 Traktandum 5.5: **Ersatzwahlen in die Kommission Revision Feuerschutzgesetz**

Die SVP-Fraktion schlägt vor, anstelle von Gabriela Peita neu Walter Birrer in die Kommission Revision Feuerschutzgesetz zu wählen. Die FDP-Fraktion schlägt anstelle von Thomas Lötscher neu Leonie Winter zur Wahl vor.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

1022 Traktandum 5.6: **Ersatzwahl in die Bildungskommission**

Die CVP-Fraktion schlägt vor, anstelle von Eugen Meienberg neu René Dubacher in die Bildungskommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 6

1023 **Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Verhältnismässigkeit in der Strafverfolgung und -zumessung**

Es liege vor: Interpellation (2281.1 - 14414); Antwort des Obergerichts (2281.2 - 14575).

Der **Vorsitzende** begrüsst Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz.

Interpellant **Thomas Lötscher** dankt der Obergerichtspräsidentin für die umfangreiche Beantwortung seiner Interpellation. Der materielle Gehalt der Antworten bleibt allerdings hinter den Erwartungen zurück, auch wenn zugegeben werden muss, dass aufgrund des laufenden Verfahrens gewisse Aussagen zum konkreten Einzelfall nicht gemacht werden können – sofern das Verfahren denn immer noch läuft. Da der Votant nicht Jurist und schon gar nicht Strafrechtsexperte ist, hat er sich zu dieser Thematik mit Strafrechtsprofessor Martin Killias ausgetauscht.
Zu den einleitenden Bemerkungen: Natürlich trifft es zu, dass die Schweiz ein demokratischer Rechtsstaat ist. Das bedeutet aber auch, dass keine Person, die hoheitliche Gewalt ausübt, von Kritik abgeschirmt tun oder lassen kann, was ihr gefällt. Zwar sind Gerichte soweit autonom, dass ihre Entscheide in Einzelfällen von einem Parlament nicht überprüft werden können. Wenn sich aber strukturelle Probleme zeigen, die sich jederzeit wiederholen können, hat die Legislative für die nötigen Verbesserungen zu sorgen.
Der Bericht der «Neuen Zuger Zeitung» sowie die dort wiedergegebene Einschätzung von Professor Killias beruhen nicht auf den Aussagen einer Partei, sondern auf den Strafbefehlen gegen die vier Beteiligten. Wenn das Obergericht implizit kritisiert, man hätte den Sachverhalt umfassender kennen und würdigen müssen, dann fällt dieser Vorwurf letztlich auf den Verfasser der Strafbefehle zurück. Von Endentscheiden, die ein Verfahren unter Vorbehalt der Einsprache abschliessen, hätte man erwarten können, dass darin die für den Entscheid wesentlichen Tatsachen zusammengefasst werden. Hier etwas näher hinzuschauen, ist also durchaus legitim. Und der Votant kann versichern: In den bald zwölf Jahren als Kantonsrat hat er noch nie auf einen Vorstoss ein derart grosses Echo aus der Bevölkerung erhalten. Die Reaktionen zeigten unisono Unverständnis für das, was in der Zeitung zu lesen war – unter dem Vorbehalt natürlich, dass sich die Ereignisse auch wirklich so zugetragen hätten.
In Frage 1 wollte der Interpellant wissen, ob im Falle der Fusstritte gegen den Kopf die Tatbestände der versuchten vorsätzlichen Tötung und der schweren vorsätzlichen Körperverletzung durch die Staatsanwaltschaft geprüft wurden oder allenfalls warum nicht. Die eigentliche Frage wurde nicht beantwortet. Da die Verfahren gegen die beiden Angreifer rechtskräftig erledigt sind, sollte die Antwort möglich sein. Mindestens sollte allgemein beantwortet werden können, unter welchen Bedingungen eine solche Prüfung erfolgt und ein richtiges Strafverfahren eingeleitet wird. Darauf erwartet der Votant noch eine Antwort. Immerhin hat das Bundes-

gericht unlängst die Feststellung einer kantonalen Instanz als bundesrechtskonform beurteilt, dass mit lebensgefährlichen Verletzungen rechnen müsse, wer einem am Boden liegenden Menschen Fusstritte gegen Kopf und Bauch bzw. «einfach überall hin» versetze. Vor diesem Hintergrund darf man sich fragen, ob die Erledigung des Verfahrens gegen die beiden Gegner von M. mittels Strafbefehl und ohne jegliche Untersuchung seitens der Staatsanwaltschaft wirklich zulässig war. Ebenso fraglich erscheint, ob die Annahme der relativ milden Strafbestimmung des Raufhandels vorliegend nicht Bundesrecht verletzt.
Auch Frage 2 ist nicht ausreichend beantwortet. Hier geht es darum, ob der Strafbefehl das geeignete Instrument für einen Straffall dieser Schwere ist. Wie das Obergericht ausführt, sind Strafbefehle zulässig, wenn eine Strafe im Rahmen der Strafkompetenz der Staatsanwaltschaft angemessen erscheint und wenn der Sachverhalt eingestanden oder aufgrund der Akten hinreichend geklärt erscheint. Wie das Obergericht festhält, ist vorliegend der Sachverhalt offenbar alles andere als geklärt, zumal auch kein Geständnis von M. vorliegt. Somit ist der Erlass eines Strafbefehls nicht zulässig, zumindest nicht ohne vorgängige Anhörung der Betroffenen durch die Staatsanwaltschaft. Es war kaum Meinung des Gesetzgebers, dass die Staatsanwaltschaft gegenüber einem bestreitenden Angeklagten und bei einer diffusen Sachlage kurzerhand einen Strafbefehl erlassen dürfe. Es liegt vielmehr am Gericht, strittige Tatfragen zu entscheiden. Dass jemand ohne Anhörung durch den Staatsanwalt, allein aufgrund einer kurzen polizeilichen Befragung und ohne richterliche Kontrolle trotz bestrittenem Sachverhalt verurteilt werden kann, ist von daher schon grundsätzlich eine rechtsstaatliche Ungeheuerlichkeit. Zulässig kann ein solcher «kurzer Prozess» nur sein, wenn der Sachverhalt eingestanden oder mittels objektiver Befunde eindeutig geklärt ist.
In Frage 3 wollte der Interpellant wissen, unter welchen Bedingungen ein Gericht auf Notwehr erkennt. In diesem Punkt herrscht in der Öffentlichkeit grosse Unsicherheit, gerade auch im Zusammenhang mit Zivilcourage und Hilfeleistung gegenüber Dritten. Die nachhaltige Abwehr eines Angriffs kann erfordern, dass der Angreifer ausser Gefecht gesetzt wird. Doch wo ist die Grenze zwischen Notwehr und Hilfeleistung einerseits und Raufhandel andererseits? Welche Reaktion ist noch angemessen? Denn wer anderen Menschen zu Hilfe eilt, muss sich – wie es das Obergericht gegenüber M. tut – sehr schnell vorwerfen lassen, sich an der Auseinandersetzung «zumindest teilweise selbst zu beteiligen». Da weiter nach Auffassung des Obergerichts der Verurteilung wegen Raufhandels nur entgehen soll, wer sich nicht über das «passive Einstecken von Schlägen» hinauswagt, wäre ein beherztes Eingreifen kaum möglich. Die klare Antwort auf diese Fragen blieb das Obergericht schuldig. Der Votant erwartet heute Klärung, nicht zuletzt im Hinblick auf den Zuger Appell an die Bevölkerung zur Zivilcourage.
Bei Frage 4 ist der Votant von der Beantwortung doppelt enttäuscht. Die Frage richtete sich an Regierung *und* Obergericht. Die Regierung hat sich gar nicht geäussert, obwohl sie aufgrund ihres grossangelegten Programms «Gemeinsam gegen Gewalt – Zug zeigt Zivilcourage» ein hohes Interesse an der Thematik haben sollte. Denn wenn nur das passive Einstecken von Schlägen vor Strafe schützt, drängt sich der Schluss auf, dass das Programm, so wie es propagiert wurde, viele mutige Menschen einem unzumutbaren Risiko strafrechtlicher Folgen aussetzt. Vom Sicherheitsdirektor erwartet der Interpellant noch eine Antwort auf Frage 4. Die Argumentation des Obergerichts, wonach die Frage nicht beantwortet werden könne, solange kein rechtskräftiges Urteil vorliege, kann der Interpellant nicht akzeptieren. Auch wenn das erstinstanzliche Urteil nicht rechtskräftig ist, so liegt es doch vor und wurde öffentlich kommuniziert und kommentiert. Damit entfaltet es Wirkung und beeinflusst die öffentliche Wahrnehmung und Meinung. Somit

ist die Fragestellung legitim und auch zu beantworten. Folglich erwartet der Votant die Antworten des Obergerichts und der Regierung – und zwar getrennt, dies nur schon der Gewaltentrennung wegen.
Mit der Beantwortung von Frage 5 ist der Votant einverstanden. Zu Frage 6: Gegen einen Strafbefehl können Dritte, d. h. die Opfer, nur bedingt Einspruch erheben. In diesem Fall hätte M. wahrscheinlich die Möglichkeit gehabt, weil seine Gegner nur wegen Raufhandels verurteilt wurden, obwohl möglicherweise auch eine versuchte schwere Körperverletzung in Frage gekommen wäre. Dennoch ist es stossend, wenn das Obergericht quasi M. die Schuld daran zuweist, dass der Strafbefehl gegen seine Gegner in Rechtskraft erwachsen ist. In diesem Sinne eine Anschlussfrage an die Obergerichtspräsidentin: Stimmt es, dass M. diesbezüglich keine Rechtsmittelbelehrung erhielt, und wie qualifiziert die Obergerichtspräsidentin dies? Das Strafbefehlsverfahren hat auch zur Folge, dass die Täter in aller Regel nicht verpflichtet werden, dem Opfer Schadenersatz und Genugtuung zu leisten. Solche finanziellen Folgen bleiben somit am Opfer oder an der Allgemeinheit – über die Opferhilfe oder die Sozialhilfe – hängen. Würde das Verfahren nicht durch Strafbefehl erledigt, sondern vor Gericht gebracht, dann müsste dieses auch über die finanziellen Tatfolgen zumindest dem Grundsatz nach entscheiden. Der Strafbefehl ist daher im Ergebnis nur aus der Sicht der mit dem Fall befassten Angehörigen der Staatsanwaltschaft «einfach» und «ökonomisch». Aus der Sicht der Allgemeinheit und noch mehr aus der Perspektive der Opfer ist es ausgesprochen teuer. Der Verweis auf den Zivilprozessweg benachteiligt das Opfer klar. Hier wünscht man sich mehr Opferschutz und weniger Täterschutz.
Mit der Beantwortung von Frage 7 ist der Interpellant einverstanden.
Ein Fazit zu ziehen, ist nicht einfach, nachdem die Fragen nur teilweise beantwortet wurden. Je nach den Ergänzungen durch die Obergerichtspräsidentin behält sich der Interpellant einen weiteren Vorstoss vor. Dem Obergericht legt er nahe, bei der Staatsanwaltschaft dahin zu wirken, dass erstens vom Strafbefehlsverfahren zurückhaltend Gebrauch gemacht wird; zweitens namentlich bei umstrittenen und auch sonst nicht eindeutig geklärten Tatumständen eine Einvernahme durchgeführt wird; und drittens generell bei der Wahl der Verfahrensart die Opferinteressen gebührend gewichtet werden. Diese ganze Geschichte bestärkt den Votanten in seiner Überzeugung, dass die Motion von Alt-Kantonsrat Rudolf Balsiger und ihm selbst aus dem Jahr 2009 den richtigen Weg wies: Es wäre eben doch richtig, die Staatsanwaltschaft als Parteivertretung des Staates nicht dem Obergericht zu unterstellen, sondern der Sicherheitsdirektion.

Stefan Gisler als Sprecher der AGF: Legislativpolitiker haben eine hohe staatspolitische Verantwortung, unter Berücksichtigung der Gewaltenteilung die Justiz erst dann öffentlich zu kritisieren, wenn Fakten mit Hand und Fuss vorliegen oder wenn tatsächlich strukturelle Probleme vorliegen. Leider reisst es ein, dass sich Politiker als Richter über die Richter erheben, die rechtsstaatliche Ordnung inkl. Gewaltenteilung mehr oder minder direkt untergraben und somit die wutbürgerliche Tendenz stützen, die Justiz auszuhebeln oder schlechtzureden, wenn einem ein Entscheid nicht gefällt. Der Votant weist gerne auf die zentrale Argumentation des Obergerichts – hier vertreten durch die Parteikollegin des Interpellanten, Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz – hin:
• Der Interpellant stellt auf die einseitige Darstellung des Vorfalls in der «Neuen Zuger Zeitung» ab, ohne den Vorfall vollumfänglich zu kennen.
• Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen, Opfer und Täter sind noch nicht bestimmt, der Vorfall also noch nicht anschliessend geklärt, wie dies der Interpellant suggeriert.

Mehr will der Votant namens der AGF dazu nicht sagen, er masst sich keine Ferndiagnosen an und will sich auch nicht für die eine oder andere Seite instrumentalisieren lassen. Man soll die Justiz ihre Arbeit machen lassen – und die Politik soll die *ihr* zustehende Arbeit machen, ganz im Sinne der Gewaltenteilung. Die Unterstellung der Staatsanwaltschaft unter die Sicherheitsdirektion, die der Vorredner in seinem letzten Satz gefordert hat, wäre da ein falscher Ansatz.

Alois Gössi, Sprecher der SP-Fraktion, zitiert Professorin Regina Kiener, wie es in der Antwort des Obergerichts steht: «Eigentliche Urteils- oder Verfahrensschelten – die in der Regel ohne Aktenkenntnis und ohne differenzierte Auseinandersetzung mit den Entscheidgründen erfolgen – sind problematisch; missliebige Urteile sollen nicht leichthin als Fehlurteile oder Skandal bezeichnet oder für politische Zwecke instrumentalisiert werden: Bevor sie sich zu Advokaten des gekränkten Volksempfindens machen, sollten sich Politiker ihre staatspolitische Verantwortung vor Augen führen und die Tragweite ihrer Äusserungen überdenken. Dies gilt umso mehr, wenn ein Urteil noch nicht in Rechtskraft erwachsen ist, das ‹Fehlurteil› – sollte es sich tatsächlich um ein solches handeln – demnach einer justizinternen und förmlichen Kontrollmöglichkeit untersteht; die Kritik an einem nicht rechtskräftigen Urteil ist auch deshalb besonders heikel, weil sich dann dringende Fragen nach der inneren Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Rechtsmittelrichterinnen und -richter stellen müssen.»

Manuel Brandenberg ist – dies an die Adresse der SP-Fraktion – der Ansicht, dass man als Kantonsrat durchaus auch Advokat des gekränkten Volksempfindens sein sollte. Die Frage ist allerdings, wie und bei welchen Themen man als Volksvertreter auf solche Kränkungen eintreten soll – und hier hat sich Thomas Lötscher ein wenig vergriffen. Der Votant teilt die Auffassung von Stefan Gisler, dass die Gewaltenteilung sehr sensibel gehandhabt werden und das Parlament als formell höchstes Organ damit sehr umsichtig umgehen sollte. Das Parlament hat verfassungsrechliche Kompetenzen, beispielsweise bei der Wahl der Gerichtspräsidien, es ist aber nicht Richter. Was Thomas Lötscher hier unter Zuhilfenahme eines von vielen schweizerischen Rechtsprofessoren veranstaltet hat, macht den Anschein, dass er sich bei den nächsten Wahlen als Richter portieren lassen will. Das kann er selbstverständlich tun, er müsste dazu wegen der Gewaltentrennung aber aus dem Parlament zurücktreten.
Thomas Lötscher ist hier in ganz konkrete Details in einen Fall eingetreten und hat die richterliche Würdigung kritisiert. Das geht nicht. Diese Haltung ist nicht verantwortungsvoll und führt am Schluss zu chaotischen Zuständen im Staat. Wenn die einzelnen Gewalten anfangen, bei den anderen dreinzureden, wenn die Verwaltung beginnt, Gesetze zu machen – was sie materiell leider auch tut –, wird es gefährlich. *Checks and Balances* ist das Prinzip der Gewaltentrennung: Jeder schaut auf den anderen, aber jeder hat seine eigenen Kompetenzen, die er nicht überschreitet. Natürlich haben hier auch die Journalisten gewirkt, indem sie über einen Fall berichteten, der noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist. Ob möglicherweise das Opfer ungerecht gehandelt wurde, kann offenbleiben; dazu gibt es Rechtsmittel. Dass es um Tätlichkeit und Gewalt geht, ist sehr unschön, und leider werden Gewaltdelikte – das ist eine allgemeine Aussage – tendenziell zu milde beurteilt. Das darf ein Journalist aufnehmen. Dass ein Politiker sich dann aber aufgrund eines Zeitungsberichts zum Richter aufspielt, muss hingegen hinterfragt werden. Die Journalisten und Medien gehören nicht zu den Gewalten, auch wenn sie oft als «vierte Gewalt» bezeichnet werden; für viele aus den anderen drei Gewalten sind sie leider sogar die erste Gewalt, nach deren Pfeife sie tanzen. In diesem Sinne

ruft der Votant den Interpellanten Thomas Lötscher zu Sensibilität und Vorsicht bezüglich der Gewaltentrennung auf.
In der Motion Balsiger/Lötscher ging es um eine strukturelle Frage. Man kann tatsächlich darüber diskutieren, ob die Staatsanwaltschaft der Sicherheitsdirektion bzw. dem Regierungsrat als Vertreter des staatlichen Strafanspruchs oder dem Obergericht zugeordnet sein soll. Der Votant hätte persönlich Sympathien dafür, die Staatsanwaltschaft rechtlich dem Regierungsrat zuzuordnen und sie personalrechtlich-administrativ beim Obergericht zu belassen. Damit könnte man eventuell Konstellationen vermeiden, bei denen das Obergericht als Anstellungsbehörde gleichzeitig als Rechtsmittelbehörde die eigene Behörde überprüfen muss, mit entsprechenden sachfremden Einflüssen auf die Rechtsprechung. Das kann man nochmals motionieren, und dann kann der Kantonsrat die ihm zustehende Arbeit tun.

Adrian Andermatt: Die FDP-Fraktion steht vollumfänglich hinter dem Rechtsstaat und hinter den drei Staatsgewalten mit ihren je eigenen Kompetenz- und Verantwortungsbereichen. Diese staatlichen Institutionen müssen im Rahmen der verfassungsrechtlichen Aufgabenteilung unabhängig voneinander ihren Aufgaben nachkommen können. Selbstverständlich hat die Legislative eine Oberaufsichtsfunktion auch in den anderen Bereichen, doch muss sie sich an die Gewaltenteilung halten und den anderen Staatsgewalten ihren Freiraum lassen. Dies gilt insbesondere für die materiellen Belange in der Justiz, also für die Rechtsprechung, für welche die Schweiz über ein funktionierendes System verfügt, das letztlich vom Bundesgericht als oberste richterliche Instanz sichergestellt wird.

Georg Helfenstein: Im Kantonsrat zeigt sich zunehmend die Tendenz, bestimmte Themen aufgrund von zum Teil schlecht recherchierten oder rasch geschriebenen Zeitungsberichten in Form von Interpellationen zu besetzen. Gleichzeitig möchte man die Bürokratie im Ratsbetrieb und in der Verwaltung abbauen. Konsequenterweise sollte deshalb das Mittel der Kleinen Anfrage vermehrt genutzt werden.
Die Antwort des Obergerichts auf die vorliegende Interpellation ist ausreichend, besonders auf dem Hintergrund, dass das Verfahren noch hängig ist. Das Dilemma der einseitigen Berichterstattung in den Medien zeigt aber auf, dass eine objektive Sicht der Dinge erst möglich ist, wenn man alle Seiten und Eventualitäten in die Entscheidungsfindung einbringen kann. Das ist der einzige Vorteil dieser Interpellation: Sie zeigt, dass einseitige Sichtweisen gefährlich sind.
Die Aussage im einleitenden Teil des Obergerichts bezüglich der Gewaltentrennung ist dahingehend etwas störend, dass daraus abgeleitet werden kann, die Politik dürfe sich solche Fragen eigentlich nicht erlauben. Dass es in der Rechtsprechung durchaus Urteile gibt, welche beim normal denkenden Bürger für Kopfschütteln sorgen, ist hinlänglich bekannt. Vor allem gewisse Urteile des Bundesgerichts lassen manchmal Zweifel beim Bürger aufkommen – oder sind daran die Medien mit ihrer einseitigen Berichterstattung schuld? Der Votant masst sich nicht an, Urteile der Gerichte zu beurteilen, solange nicht alle Fakten auf dem Tisch liegen. Daher ist es richtig, dass die Gewaltentrennung Bestand hat und jede von einem Rechtsurteil betroffene Person ein Verfahren beanstanden und weiterziehen kann. Der Kantonsrat soll sich daran halten, Gesetze bürgernah und zeitgemäss zu gestalten.
Die CVP-Fraktion dankt dem Obergericht für die Beantwortung der Interpellation.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz:** Das Obergericht hat die Fragen des Interpellanten – soweit sie überhaupt beantwortet werden konnten – ausführlich beantwortet. Dass sie nicht so beantwortet wurden, wie der Interpellant gewünscht

hatte, hat verschiedene Gründe. Diese wurden in der schriftlichen Antwort dargelegt, sollen aber kurz zusammengefasst werden, weil es hier auch um die Oberaufsicht des Parlaments über die Justiz geht. Die Obergerichtspräsidentin wiederholt die entsprechenden Grundsätze auch in der Hoffnung, dass das Obergericht sich künftig nicht mehr mit solchen Vorstössen befassen muss.
• Erstens: Die Schweiz ist ein demokratischer Rechtsstaat, wo das Grundprinzip der Gewaltentrennung herrscht.
• Zweitens: Dem Parlament steht die Oberaufsicht – und nicht etwa die direkte Aufsicht – über Exekutive und Judikative zu.
• Drittens: Die Oberaufsicht ist beschränkt auf den sogenannten äusseren Geschäftsgang. Das heisst, dass in laufende Verfahren und auch in rechtskräftige Urteile nicht eingegriffen werden darf. Und das Verfahren ist im vorliegenden Fall noch immer hängig.
• Viertens: In der Bundesverfassung ist das Prinzip der sogenannten richterlichen Unabhängigkeit verankert. § 191c BV lautet: «Die richterlichen Behörden sind in ihrer rechtsprechenden Tätigkeit unabhängig und nur dem Recht verpflichtet.» Auch die Staatsanwaltschaft ist im Strafbefehlsverfahren eine richterliche Behörde.
• Fünftens: Dieser Grundsatz wird in der Strafprozessordnung wiederholt.
• Sechstens: Dasselbe steht in § 3 des Zuger Gerichtsorganisationsgesetzes. Dort steht weiter – und dies sei insbesondere zuhanden des Interpellanten gesagt –, dass die Justizbehörden ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen keinerlei Weisungen entgegennehmen.
• Siebtens: Das Strafuntersuchungsverfahren ist nicht öffentlich. So lange eine Strafuntersuchung läuft, kann dazu weder vom Obergericht noch von der Staatsanwaltschaft Stellung genommen und auch nicht im Parlament darüber verhandelt werden.
Wenn man diese Grundsätze auf den vom Interpellanten aufgenommenen Fall umsetzt, dann bedeutet dies:
• Erstens – und besonders wichtig, weil die alte Motion Balsiger/Lötscher wieder erwähnt wurde: Die Staatsanwaltschaft muss auf jeden Fall unabhängig sein, ob sie nun der Judikative oder der Exekutive unterstellt ist. Politische Einflussnahme, wie sie der Interpellant vermutlich wünschen würde, ist nicht zulässig – sonst hätte man bald Verhältnisse wie in Italien in der Ära Berlusconi.
• Zweitens: Weder das Obergericht noch das Parlament dürfen der Staatsanwaltschaft irgendwelche Weisungen erteilen, ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen – und das sind die Rechtsmittelverfahren.
• Drittens: Die Staatsanwaltschaft und auch das Obergericht dürfen während der laufenden Untersuchung nicht öffentlich Stellung beziehen. Die zwei angeblichen Opfer haben Einsprache gemacht, und das Verfahren ist bei der Staatsanwaltschaft noch hängig; entweder wird eine Anklage eingereicht, oder das Verfahren wird eingestellt.
Die Obergerichtspräsidentin hofft, dass diese Grundsätze nun ein für alle Mal klar sind. Sie kann und will die vom Interpellanten gestellten zusätzlichen Fragen auch deswegen nicht beantworten. Im Übrigen ist das vom Interpellanten angeprangerte Strafbefehlsverfahren nicht eine in der Zuger Justiz geborene Idee, sondern ein bereits seit langer Zeit in allen Kantonen bekanntes Verfahren, das auch Eingang in die Schweizerische Strafprozessordnung gefunden hat. Und an diesem Gesetz kann auch der Zuger Gesetzgeber nicht herumflicken.

Thomas Lötscher will aufgrund der vorangehenden Voten klarstellen, dass er weder einen Staatsstreich plant noch Richter werden will, und dass er sich auch an die Gewaltentrennung hält. Er ist erstaunt darüber, dass Votanten, welche ihm vor-

werfen, er wisse zu wenig über den Fall, für sich in Anspruch nehmen, dass die Medien schlecht recherchiert hätten. Er hat ganz konkrete, allgemeine Fragen zur Praxis gestellt, und Manuel Brandenberg hat explizit gesagt, dass bei ihm – und offensichtlich nicht nur bei ihm – der Eindruck bestehe, dass Urteile zu mild seien. Der Votant stellt die Frage: Wie soll der Kantonsrat als Legislative Gesetze machen – Gesetze, welche auch das Prozessrecht umfassen –, wenn er die Grundlagen nicht erfragen und sich nicht über die Praxis der Gerichte informieren darf?

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** wurde vom Interpellanten zu einer Stellungnahme aufgefordert. Der Regierungsrat hat durchaus Stellung genommen, und das Obergericht hat die regierungsrätliche Meinung in die Antwort einfliessen lassen. Das Projekt «Gemeinsam gegen Gewalt» war sehr erfolgreich, und die Zahl von Vorfällen im Gewaltbereich mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen konnte markant reduziert werden. Auch die Zivilcourage war ein Thema, wobei man aber nie irgendein Heldentum fördern wollte. Die Öffentlichkeit ist nach wie vor der wichtigste Polizist; ohne ihre Mitarbeit wäre die Polizei nie so erfolgreich. Der Pfadfindergruss «Allzeit bereit» gilt in diesem Sinn nicht nur für die Polizei und die Feuerwehren, sondern auch für die Öffentlichkeit. Was kürzlich im Kanton Baselland geschah – ein Jugendlicher erlitt an einem Bankautomaten einen Schlaganfall, und noch zehn Leute hoben Geld ab, bis endlich Meldung gemacht wurde –, kann sich der Sicherheitsdirektor im Kanton Zug nicht vorstellen. Bezüglich Zivilcourage wurde aber immer kommuniziert, dass die eigene Gesundheit vorgeht, dass situativ gehandelt werden müsse und dass man eher die Polizei rufen sollte als selber einzugreifen. Das gilt nach wie vor, und das «Zivilcourage»-Projekt ist auch nicht in Frage gestellt wegen des in der Interpellation thematisierten Vorfalls.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Obergerichts zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 7

1024 Gesetz über die Videoüberwachung des öffentlichen und des öffentlich zugänglichen Raums (Videoüberwachungsgesetz; VideoG)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2207.1/.2 - 14211/12), der vorberatenden Kommission (2207.3 - 14314) und der Staatswirtschaftskommission (2207.4 - 14426); Ergebnis der 1. Lesung (1. Teil ohne § 9) (2207.5 - 14487); Zusatzbericht und Antrag der vorberatenden Kommission (2207.6 - 14618).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Rat in der ersten Lesung am 31. Oktober 2013 die vorberatende Kommission beauftragte, die Frage der Auswertung vertieft zu prüfen und erneut Antrag zu § 9 zu stellen. Die Kommission interpretierte den Überprüfungsauftrag als umfassend und nicht auf § 9 beschränkt, weshalb sie es für notwendig hielt, alle Paragrafen, welche sich mit der Auswertung befassen, zu beraten. Somit stellte sie Antrag für § 9, § 10 und § 11. Aufgrund der materiellen Verbundenheit liegt kein klassischer Fall eines Rückkommens im Sinne von § 53 GO KR vor. Die Kommission beantragt, die Neugliederung der Paragrafen 9, 10 und 11 gutzuheissen und ihren Änderungsanträgen zuzustimmen.

Kommissionspräsident **Hans Christen** wiederholt, dass der Kantonsrat anlässlich der ersten Lesung des Videoüberwachungsgesetzes am 31. Oktober 2013 die vorberatende Kommission beauftragte, die Frage der Auswertung vertieft zu prüfen und erneut Antrag zu § 9 des Gesetzes zu stellen; die erste Lesung würde dann

nach Vorliegen des entsprechenden zusätzlichen Kommissionsberichts fortgesetzt. Die vorberatende Kommission traf sich am 24. Januar 2014 zu einer dritten Sitzung; es waren zwölf Kommissionsmitglieder anwesend. Regierungsrat Beat Villiger hielt fest, dass an der Sitzung des Kantonsrats vom 31. Oktober 2013 eine grössere Diskussion zu § 9 stattgefunden habe. Das sei bereinigt, und es gehe nicht darum, wer installieren und beraten darf, sondern darum, wer in den Gemeinden Daten bearbeiten und insbesondere auswerten darf. Die Sicherheitsdirektion hatte vier Lösungsvarianten erarbeitet, welche der Kommission vorgelegt wurden. Beim weiteren Vorgehen und bei der Bestimmung einer der Varianten war sich die Kommission im Klaren, dass auch praxisnah vorgegangen werden soll. Die Gemeindeautonomie soll gewahrt und darauf geachtet werden, wo die Zuständigkeiten liegen. Praxisnah heisse auch, mit einfachen Verfahren und wenig Personalaufwand arbeiten zu können.

Die Kommission interpretierte den Auftrag des Kantonsrats, die Frage der Auswertung vertieft zu prüfen, also umfassend und nicht nur auf den § 9 beschränkt. Sie behandelte in der Folge nochmals die Paragrafen 9 bis 11 als Paket, da der bisherige Aufbau dieser Paragrafen Fragen auslöste. Die Kommission war der Meinung, die Reihenfolge der Paragrafen zu ändern und eine leichte inhaltliche Umstrukturierung vorzunehmen. Dem Vorschlag, die Paragrafen 9, 10 und 11 neu zu gliedern, stimmte die Kommission einstimmig zu.

Die Sicherheitsdirektion unterbreitete der Kommission – wie bereits erwähnt – vier mögliche Varianten, die eingehend beraten wurden; die vorgeschlagenen Varianten sind dem Kommissionsbericht zu entnehmen. Die einzelnen rechtlichen und organisatorischen Fragen der vorgestellten Varianten wurden nicht vertieft diskutiert. Eine Abkehr von angestammten Strukturen zwischen Kanton und Gemeinden stand auch nicht zur Debatte. Die Mehrheit der Kommission hält nach wie vor das bisherige und schon in der der früheren Kommissionsberatung beantragte System, also die Variante 1, für grundsätzlich richtig. Sie sprach sich mit 8 Stimmen dafür aus. Die Erhebung eines Gegenmehrs sowie die Abstimmung über die anderen drei Varianten erübrigte sich, da die Variante 1 bereits in der ersten Abstimmung das absolute Mehr erreichte.

Die in der Abstimmung obsiegende Variante 1 basiert auf dem Antrag des Regierungsrats. Die Zuständigkeit für Ruhe und Ordnung orientiert sich nach dem Polizeiorganisationsgesetz. Dafür sind die Gemeinden zuständig, für Sicherheitsfragen jedoch die Polizei. Vorliegend soll dieses System nicht angetastet werden. Das Videoüberwachungsgesetz wird hier als Instrument zum Herstellen von Ruhe und Ordnung oder zur Gewährleistung von Sicherheit gesehen. Die Autonomie der Gemeinde ist gewahrt, indem sie für ihre Videoüberwachung zuständig ist und der Gemeinderat das zuständige Organ für den Betrieb bestimmen kann. Das Gesetz schreibt einzig vor, dass die Auswertung beim zuständigen Organ bleibt. Es kann erwartet werden, dass der Umgang mit den Daten rechtmässig erfolgt. Die Auslagerung soll für technische Fragen möglich sein, auch mit einem Leistungsauftrag an die Polizei. Das Anschauen der Aufnahmen nach einem Vorfall und das Herausschneiden der betreffenden Zeitabschnitte soll das zuständige Organ machen können. Ob es sich dabei um eine Person der Schule, der Sicherheitsabteilung, des Werkhofs usw. ist, obliegt der Verantwortung des Gemeinde- resp. Stadtrats. Der Votant geht davon aus, dass diese Gremien die Aufträge dazu nicht an Kreti und Pleti erteilen. Der Datenschutzbeauftragte vertrat die Meinung, dass diese Variante und auch die anderen drei Varianten nicht datenschutzwidrig seien.

Die weiteren Anträge und Beschlüsse der Detailberatung kann man dem Kommissionsbericht entnehmen. Der Kommissionspräsident dankt den Kommissionsmitgliedern, Regierungsrat Beat Villiger, Marcel Tobler, wissenschaftlicher Mitarbei-

ter der Sicherheitsdirektion, Thomas Armbruster, Chef der Kriminalpolizei der Zuger Polizei, und René Huber, Datenschutzbeauftragter des Kantons Zug, für die konstruktive Mitarbeit.
Die Kommission beantragt dem Kantonsrat erstens einstimmig, die Neugliederung der Paragrafen 9, 10 und 11 gutzuheissen; zweitens mit 8 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung, den Paragrafen 9, 10 und 11 mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen. Die FDP-Fraktion schliesst sich einstimmig den Anträgen der vorberatenden Kommission an.

Stefan Gisler erinnert als Sprecher der AGF daran, dass im Rahmen der letzten Debatte zur Videoüberwachung viele Ratsmitglieder in schönen Sonntagsreden warnten, wie heikel dieses Geschäft sei. Man wolle keinen Überwachungsstaat, man wolle keine zusätzlichen hohen Kosten generieren, und man wolle die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger wahren. Leider hat der Rat dann aber schon im ersten Teil der ersten Lesung keine strikteren Auflagen beschlossen. Heute nun wird ein zentraler Teil der Gesetzgebung beraten, nämlich: Wer darf die Bilder einsehen und auswerten? Die AGF ist dezidiert der Meinung, dass dies nur die Polizei sowie auf kommunaler Ebene wenige gemeindliche Sicherheitsverantwortliche tun sollten. Diese müssen dafür gut ausgebildet sein, sorgsam mit den Daten umgehen und auch in der Lage sein, die richtigen Schlüsse aus den Bildern zu ziehen.
Die vorberatende Kommission schlägt, dass die Gemeinderäte faktisch irgendeine beliebige Personengruppe benennen kann: Hausdienst, Werkhof, Schule etc. Der AGF – und das ist explizit kein Misstrauensvotum gegenüber den genannten Berufsgruppen – ist es bezüglich Schutz der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger und bezüglich Professionalität zu heikel, zu viele verschiedene Personen mit dieser Aufgabe zu betrauen. Aufgaben an zu viele Personen abzugeben, birgt die höhere Gefahr eines Datenlecks. Zudem haben diese Angestellten in ihrer Arbeitszeit wirklich Besseres zu tun als Videobänder auszuwerten – und es reisst sich wohl auch keiner um diese Aufgabe. Darum schlägt die AGF unter § 10 Abs. 2 folgende Formulierung vor: «Für die Auswertung von Bildaufzeichnungen dürfen bei kantonaler Zuständigkeit einzig Stellen der Polizei und bei gemeindlicher Zuständigkeit einzig gemeindliche Sicherheitsverantwortliche bezeichnet werden.» So ist die Gemeindeautonomie gewahrt, aber der Kreis der berechtigten Personen vernünftig eingeschränkt.

Beat Iten als Sprecher der SP-Fraktion: Eine Minderheit hat bereits in der Kommissionssitzung dafür plädiert, dass die Auswertung der Videos ausschliesslich durch die gemeindlichen Sicherheitsverantwortlichen erfolgen soll. Die SP-Fraktion möchte diese Einschränkung im Gesetz verankern. Sie stellt daher den **Antrag,** in § 10 Abs. 2 – wie schon von der AGF vorgeschlagen – die Variante 2 mit folgender Formulierung zu übernehmen: «Für die Auswertung von Bildaufzeichnungen dürfen bei kantonaler Zuständigkeit einzig Stellen der Polizei und bei gemeindlicher Zuständigkeit einzig gemeindliche Sicherheitsverantwortliche bezeichnet werden.
Der Eingriff in die Strukturen der Gemeinden ist mit dieser Einschränkung absolut verantwortbar. Zudem wurde in den letzten Jahren intensiv daran gearbeitet, das Image der Hauswarte und Werkhofmitarbeiter zu verbessern und sie vom Bild der obrigkeitlichen Beamten und Polizisten zu befreien. Mit der offenen Formulierung der Variante 1 droht die Gefahr, dass ihnen diese Rolle nun wiederum zugeschoben wird. Zudem kann bei der Beschränkung auf die gemeindlichen Sicherheitsverantwortlichen die Ausbildung der zuständigen Organe effizienter und die Handhabung einheitlicher instruiert werden.

Jürg Messmer: Die SVP-Fraktion wird den Vorschlägen der vorberatenden Kommission zustimmen – mit Ausnahme von § 10 Abs. 2: Hier stellt die SVP den **Antrag,** diesen zu streichen. Der Antrag der vorberatenden Kommission lautet: «Für die Auswertung von Bildaufzeichnungen dürfen einzig speziell ausgebildete Stellen des zuständigen Organs bezeichnet werden.». Wie aber sollen diese Stelle ausgebildet werden? Schickt man sie in einen Kurs, wo sie «Tatort» oder «Derrick» anschauen und dann das Verbrechen aufklären? Das wäre zum Fenster hinausgeworfenes Geld. Das geht auch anders.

Kurt Balmer teilt namens der CVP-Fraktion mit, dass die bereinigte Fassung der Kommission für die Paragrafen 9 bis 11 vollumfänglich und einstimmig unterstützt. Es hat sich gelohnt, hier eine kleine Ehrenrunde zu drehen und die heikle Schnittstelle der Berechtigten für die Bearbeitung und Auswertung etwas zu verfeinern.
Der Votant verweist auf seine Ausführungen anlässlich der ordentlichen ersten Lesung und ist der Ansicht, dass nun ein sinnvoller Kompromiss gefunden wurde. Entgegen den Ausführungen von Stefan Gisler kann nämlich nicht jeder Angestellte im entsprechenden Kompetenzbereich der Gemeinde oder des Kantons Bildaufzeichnungen auswerten; es ist eine spezielle Ausbildung dafür notwendig. Die Details regelt die Verordnung, wozu der Sicherheitsdirektor wohl noch einige Ausführungen machen wird. Diese Lösung respektiert die jeweilige Zuständigkeit der Exekutive und verhindert auch, dass sofort immer ein Polizist oder eine Polizistin beigezogen werden muss. Die gewünschte Qualitätssicherung mit einem gewissen Standard kann damit definitiv erreicht werden. Inhaltlich verweist der Votant auf die heutige «Neue Zuger Zeitung», wo er korrekt zitiert wird.
Zu Stefan Gislers Ausführungen zum Titel «Sicherheitsverantwortliche» der Gemeinden: Seit wann sichert ein reiner Titel den Anspruch auf eine gewisse Qualität? Die von der Kommission vorgeschlagene Formulierung stellt sicher, dass eine gewisse Ausbildung vorhanden sein muss.
Mit der Gutheissung der neuen Paragrafen 9 bis 11 kann heute etwas verzögert die erste Lesung abgeschlossen werden. Die CVP-Fraktion steht hinter dem Videoüberwachungsgesetz und empfiehlt Zustimmung zur Kommissionslösung.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** dankt einleitend der vorberatenden Kommission und ihrem Präsidenten für die wertvolle Zusatzsitzung. Es konnte ausdiskutiert werden, was gemeint ist und wie die Ausbildung der entsprechenden Personen erfolgen soll. Es geht um die Grundsatzfrage, was die Gemeinden in diesem Bereich tun können und was nicht. Das Votum von Stefan Gisler und seine Stellungnahme in der heutigen Zeitung ist ein Misstrauensvotum gegenüber den Gemeinden. In der Schweiz ist der Staat von unten nach oben aufgebaut, und wenn immer möglich sollen die staatlichen Aufgaben an der untersten Stelle platziert werden; das macht den Staat auch bürgernah. Der Regierungsrat unterstützt – wie auch das Parlament – die Gemeindeautonomie vollumfänglich. Hier kann der Sicherheitsdirektor den Antrag von Gemeinderat Beat Iten nicht ganz verstehen, der diesen Grundsatz nicht unterstützt. Es gibt auch eine klare Aufgabenteilung: Für Ruhe und Ordnung sind die Gemeinden zuständig, für die Sicherheit der Kanton. Das gilt auch bei der Videoüberwachung, was die Kommission jetzt aufgenommen und beschlossen hat.
Zur Ausbildung der berechtigten Personen: Der Regierungsrat hat bereits früher in seinem Bericht ausgeführt, dass die entsprechenden Stellen ausgebildet werden müssen. Die Details sind noch nicht beschlossen, das Thema soll aber in der nächsten Frühjahrs- oder Sommerkonferenz mit den gemeindlichen Sicherheitschefs diskutiert werden. Der Sicherheitsdirektor denkt im Moment an eine etwa

halbtägige Ausbildung – was also nicht in grosse Geld geht – am System und in den Fragen des Datenschutzes; die Leute müssen wissen, was Datenschutz in diesem sensiblen Bereich bedeutet. Im Übrigen haben die Gemeinden in anderen Bereichen schon heute mit sehr sensiblen Daten zu tun, und nach Auskunft des Datenschutzbeauftragten gab es in den letzten Jahren keinerlei Vorkommnisse. Die Gemeinderäte wissen also genau, was zu tun ist und wer mit diesen heiklen Aufgaben betraut werden kann. Der Regierungsrat unterstützt deshalb vollumfänglich die Anträge der Kommission.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat bereits am 31. Oktober 2013 auf das Geschäft eingetreten ist. Es wird jetzt die Detailberatung (erste Lesung) fortgeführt.

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

Neu § 9 (vorher § 11) Auswertung der Bildaufzeichnungen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat für die zwei neuen Absätze bei § 9 der Kommission anschliesst.

Neu § 9 (vorher § 11) Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

Alt § 11 Abs. 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Streichungsantrag der vorberatenden Kommission.

Neu § 9 Abs. 2 (vorher § 11 Abs. 3)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

Neu § 10 (vorher § 9) Berechtigte Stellen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission hier eine Neunummerierung und einen neuen Abs. 2 vorschlägt. Der Regierungsrat schliesst sich für die neuen drei Absätze der Kommission an.

Neu § 10 Abs. 1 Bst. a bis d

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

Neu § 10 neu Abs. 2

Der **Vorsitzende** wiederholt die vorliegenden Anträge. Der Antrag der AGF und der SP-Fraktion lautet: «Für die Auswertung von Bildaufzeichnungen dürfen bei kantonaler Zuständigkeit einzig Stellen der Polizei und bei gemeindlicher Zuständigkeit

einzig gemeindliche Sicherheitsverantwortliche bezeichnet werden.» Der Antrag der vorberatenden Kommission lautet: «Für die Auswertung von Bildaufzeichnungen dürfen einzig speziell ausgebildete Stellen des zuständigen Organs bezeichnet werden.» Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, § 10 Abs. 2 zu streichen.

➔ Der Rat genehmigt mit 37 zu 29 Stimmen die Fassung der vorberatenden Kommission.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP-Fraktion mit 53 zu 16 Stimmen ab.

Neu § 10 Abs. 3 (vorher § 9 Abs. 2)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

Neu § 11 (vorher § 10) Leistungseinkauf

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission hier eine Neunummerierung beantragt, welcher der Regierungsrat zustimmt.

Neu § 11 Abs. 1 und 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

II., III. und IV.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat bereits am 31. Oktober 2013 den Teilen II. (Fremdänderungen), III. (Fremdaufhebungen) und IV. (Inkrafttreten) zugestimmt hat.

Damit ist nun die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung über das ganze Videoüberwachungsgesetz.

TRAKTANDUM 8

1025 **Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für die Erdverlegung der Verteilleitung zwischen Altgass und Herti, Einwohnergemeinden Baar und Zug**
Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für Massnahmen bei der Übertragungsleitung für Elektrizität
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2258.1/.2 - 14358/59 und 2260.1/.2 - 14361/62), der vorberatenden Kommission (2258.3/2260.3 - 14503) und der Staatswirtschaftskommission (2258.4/2260.4 - 14519).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission Eintreten und Zustimmung mit ihren Änderungen beantragt. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Eintreten und Zustimmung mit den Änderungen der Kommission.

EINTRETENSDEBATTE

Peter Diehm, Präsident der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass die Kommission an einer Halbtagessitzung die beiden Vorlagen beraten hat. Zu Beginn der Sitzung orientierte der Baudirektor, dass Axpo und WWZ die Kosten für die Erdverlegung der Leitung Altgass–Herti übernehmen. Da der Kreditantrag nur den Fall betraf, dass Axpo und WWZ die zusätzlichen Kosten nicht übernehmen würden, ist damit das Geschäft 2258 obsolet geworden.
Zur Einführung hielt Petra Bernasconi ein Referat zu Grundlagen von Übertragungs- und Verteilleitungen. Eintreten auf die Vorlage 2260 wurde mit 14 zu 0 Stimmen ohne Enthaltung beschlossen. Die Vorlage gliedert sich in drei Teile:
• Kurzfristige Massnahmen: Erhöhung der Masten, Ersetzen von Gittermasten durch Rohrmasten, Änderung der Abspannung etc.
• Mittelfristige Massnahmen: Versetzen einzelner Masten.
• Langfristige Massnahmen: Erdverlegung.
Die Kommission ist klar der Meinung, dass die kurz- und mittelfristigen Massnahmen zu wenig bringen und auch zu teuer sind. Sie lehnte die kurz- und mittelfristigen Massnahmen ab und ist der Meinung, dass sich die Bemühungen des Kantons auf die langfristigen Massnahmen bezüglich der Erdverlegung konzentrieren sollten. Die Zukunft der Hochspannungsleitung ist im Boden und Stand der Technik. Um dafür gerüstet zu sein, braucht es eine Planung, wie und wo die Leitungen dereinst verlegt werden könnten.
Die Vorlage 2260 lautet nun: Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für Massnahmen bei der Übertragungsleitung für Elektrizität. In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission der geänderten Vorlage mit 14 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen zu.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** verweist auf den Bericht. Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung zur Fassung der vorberatenden Kommission

Hanni Schriber-Neiger als Sprecherin der AGF: Heute sollten Stromleitungen wenn immer möglich in den Boden verlegt werden. Denn neben dem Lärm haben Hochspannungsleitungen auch Einflüsse auf Mensch und Umwelt, etwa auf die Vogelzüge, den Boden und die Landschaft. Die AGF befürwortet den Rahmenkredit von 1 Million Franken für planerische Grundlagen zur Erdverlegung der Leitung Mettlen–Benken. Auch die betroffenen Gemeinden sollen in die Planung einbezogen werden, um die Übertragungsleitung längerfristig unterirdisch führen zu können. Die AGF folgt den Anträgen der Kommission

Alois Gössi als Sprecher der SP-Fraktion: Die zwei Vorlagen für einen Verpflichtungskredit für die Erdverlegung der Verteilleitung zwischen Altgasse und Herti sowie für Massnahmen bei der Übertragungsleitung für Elektrizität wurden in der Fraktionssitzung der SP als «unausgegoren» bezeichnet. Wieso?
• Die erste Vorlage wurde schon vor der Kommissionssitzung obsolet, weil die Kosten durch die Axpo und WWZ übernommen werden und deshalb kein Kredit mehr nötig ist.
• Der zweite Verpflichtungskredit wurde – durch den Baudirektor mehr oder weniger direkt in der Kommissionssitzung beantragt – von 8 auf 1 Million Franken gekürzt, weil die Baudirektion zur Erkenntnis gelangte, dass die kurz- und mittelfristigen Massnahmen zu wenig bringen und teilweise einfach Konflikte verschoben und nicht gelöst würden. Der Gesamtregierungsrat beantragt dem Kantonsrat also einen Verpflichtungskredit von 8 Millionen Franken, und der Baudirektor beantragte

dann, weil er in der Zwischenzeit zu mehr Erkenntnis gelangt war, eigenständig nur einen Verpflichtungskredit von 1 Million Franken.
• Als Letztes wurde – was der Votant in seiner Zeit als Kantonsrat noch nie erlebt hat – auch noch der Bericht des Kommissionspräsidenten, den wahrscheinlich eh die Baudirektion geschrieben hatte, nachträglich korrigiert.
Zum Materiellen: Die SP-Fraktion stimmt dem reduzierten Verpflichtungskredit von 1 Million Franken zu. Mit diesem Verpflichtungskredit kommt der Kanton Zug dem Richtplan nach, wonach er sich dafür einsetzen soll, dass in und entlang der Siedlungen die Betreiber verpflichtet werden sollen, die Leitungen unterirdisch zu führen. Den Verzicht auf kurzfristige Massnahmen wie die Erhöhung der Masten – was zwar zu weniger Strahlung, aber zu mehr Lärm führen könnte – oder mittelfristige Massnahmen wie die Verlegung von Masten – was das Problem der Strahlung nur verlagern würde und zu langen Verfahren von bis zu 10 oder 15 Jahren führen könnte – unterstützt die SP-Fraktion ebenfalls. Sinnvoll sind die langfristig geplanten Massnahmen für eine Erdverlegung der Übertragungsleitung, sei es ausgeführt im Tagbau oder bergmännisch als Stollen oder als Kombination davon. Mit der Erdverlegung der Übertragungsleitung würde das Problem an der Wurzel gepackt, und es gäbe keine Symptombekämpfung oder Problemverlagerung mehr.
Mit dem Verpflichtungskredit von 1 Million Franken wird hier aber nicht die Erdverlegung der Übertragungsleitung beschlossen, sondern nur eine Machbarkeitsstudie dazu. Das Ergebnis soll es ermöglichen, dass sich der Kanton Zug so in das Sachplanverfahren des Bundes einbringen kann, dass die Übertragungsleitungen durch den Kanton Zug mindestens teilweise – in bewohnten Gebieten – zu verkabeln seien. Es geht also nur um die – hoffentlich begründete – Hoffnung, dass die Übertragungsleitungen inskünftig erdverlegt werden können. In diesem Sinne stimmt die SP-Fraktion den Anträgen der vorberatenden Kommission zu.

Rainer Suter spricht für die SVP-Fraktion und legt vorerst seine Interessenbindung offen: Sein Arbeitgeber ist die WWZ Energie AG.
Dass die Vorlage 2258 (Verpflichtungskredit für die Erdverlegung der Verteilleitung zwischen Unterwerk Altgass und Herti) obsolet wurde, ist dem Einsatz und dem Verhandlungsgeschick des Baudirektors zu verdanken. Er war es, der bei der Axpo vorstellig wurde und sich für den Kanton Zug für das bestmöglichste Resultat einsetzte. Auch der Axpo und den WWZ gebührt ein Dankeschön für die Übernahme der Kosten zur Erdverlegung der beiden Starkstromleitungen. Die daraus resultierende Verschönerung und Aufwertung der Lorzenebene wird nach der Verlegung erst richtig ersichtlich werden.
Als Kommissionsmitglied wie auch als Projektleiter auf dem Gebiet Starkstrom unterstützt der Votant den Verzicht auf die kurz- und mittelfristigen Massnahmen mit Kosten von 7 Millionen Franken. Aus eigener Erfahrung weiss er: Verschiebungen von Masten sind eine Verschiebung von Problemen und Konflikten.
Der Betrag von 1 Million Franken für die vertiefte Abklärung der Machbarkeit der langfristigen Massnahmen sieht für den Laien im ersten Moment nach einer viel zu hohen Summe für «ein wenig Projektieren» aus. Wichtig ist zu wissen, dass der Bund nach einem Sachplanverfahren vorgeht, und für den Kanton Zug ist es wichtig, sich in dieses Verfahren einbringen zu können. Was ist ein Sachplanverfahren? Der Sachplan Übertragungsleitungen ist das übergeordnete Planungs- und Koordinationsinstrument des Bundes für den Aus- und Neubau von Übertragungsleitungen (220 und 380 Kilovolt) und Bahnstromleitungen (132 Kilovolt). Das Sachplanverfahren ist ein Behördenverfahren, in welchem es darum geht, ein Leitungsbauvorhaben aus raumplanerischer Sicht zu beurteilen, es in Bezug auf bestehende und zukünftige Nutzungen und auf die Vereinbarkeit mit den bestehenden

Schutzgebieten zu prüfen sowie einen Planungskorridor festzulegen. Dieses Verfahren inklusive Vorabklärungen bei Eigentümern und Vorstellungen von Projektabschnitten in Bern kann sich über Jahre erstrecken. Ansicht dieser Tatsache ist der Betrag von 1 Million Franken nachvollziehbar. Die SVP-Fraktion stimmt daher den Anträgen der vorberatenden Kommission und der Stawiko zu.

Cornelia Stocker verliest als Sprecherin der FDP das Votum ihres Fraktionskollegen Mario Reinschmidt, der stimmlich angeschlagen ist. Mario Reinschmidt arbeitet ebenfalls bei der WWZ und wohnt in der Gemeinde Steinhausen, welche die Weiterentwicklung der 220/380-Kilovolt-Leitung mit Hochspannung verfolgt.
Die heutige 220/380-Kilovolt-Hochspannungsleitung durchquert den Kanton Zug von Ost nach West und führt zum Teil durch Wohn- und Industriegebiete. Seit Jahren beschäftigt die Leitung Gemeinden und Privatpersonen. Kurzfristige Lösungen wie das Erhöhen von Masten oder das Ersetzen von Gittermasten durch Rohrmasten sind sehr teuer und lösen das Hauptproblem nicht. Mittelfristige Lösungen, wie es gewisse Gemeinden für stark betroffene Siedlungsgebiete fordern, indem bestimmte Masten umgelegt werden sollen, lösen das Problem zwar an einer Stelle, lassen aber neue Interessenskonflikte an anderen Stellen aufkommen. Lange Verfahrensdauern sind vorprogrammiert. Die beste Lösung für den Kanton ist die langfristige Lösung, indem der Kanton alle Vorbereitungen und die planerischen Voraussetzungen trifft, um sich aktiv in den anstehenden Sachplanverfahren des Bundes einbringen zu können. Das Ziel soll sein, die Hochspannungsleitung im Kanton Zug in geeigneter Länge in den Boden zu verlegen. Dies wäre ein aktiver Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität im Kanton Zug.
Die FDP-Fraktion beantragt, auf die Vorlage einzutreten und den Änderungen der Kommission zuzustimmen.

Karin Andenmatten-Helbling spricht namens der CVP-Fraktion und gibt zuerst ihre Interessenbindung bekannt: Sie wohnt in der einzigen Gemeinde, welche mittelfristige Massnahmen bei der Übertragungsleitung begrüsst hätte.
Materiell kann es die Votantin kurz machen: Die CVP-Fraktion beantragt einstimmig Nichteintreten auf die Vorlage 2258, da diese bereits vor der Kommissionssitzung obsolet geworden war und eigentlich vom Regierungsrat auf Antrag der Baudirektion hin hätte zurückgezogen werden müssen. Alles andere war unnötiger bürokratischer Aufwand auf Kosten der kantonsrätlichen Kommissionen, was hier in aller Deutlichkeit zu monieren ist. Bei Vorlage 2260 folgt die CVP-Fraktion inhaltlich einstimmig allen Anträgen der vorberatenden Kommission.
Die Votantin ist nach diesen kurzen materiellen Ausführungen aber noch nicht fertig. Es gibt nämlich einige bereits von Alois Gössi erwähnte formelle Punkte, welche die CVP an diesem Geschäft mit Nachdruck rügen will:
• Erstens wurde in der Kommissionssitzung mitgeteilt, dass man von Seiten der Baudirektion zur Erkenntnis gelangt sei, dass – die Votantin zitiert aus dem Kommissionsbericht – «die kurz- und mittelfristigen Massnahmen zu wenig bringen würden». Formell korrekt hat die Baudirektion zwar keinen Antrag gestellt, aber die Kommission hat natürlich diese Kosteneinsparungen für teure Verlegungen in Einklang mit den betroffenen Gemeinden dankbar entgegengenommen und akzeptiert. Hier weitere – und durchaus brisante – Details zu diesem Vorgehen zu schildern, wäre zwar interessant für die öffentliche Diskussion, würde aber eine Verletzung des Kommissionsgeheimnisses darstellen. Daher muss die Votantin schweren Herzens darauf verzichten.
• Zweitens – welch' wundersame Fügung: Die Regierung hat sich auf Anfrage der Stawiko im Nachhinein der Meinung der Baudirektion angeschlossen. Damit wäre

eigentlich wieder alles im Lot. Nur: Ist dies das Vorgehen gemäss GO KR und GO RR? Der Baudirektor legt der Kommission eine neue Version nahe, macht damit die Kommission zum öffentlichen Sündenbock, nämlich zu jenen Bösen, welche die kurz- und mittelfristigen Massnahmen abgeschossen haben, und jubelt das Ganze im Nachhinein noch der Gesamtregierung unter.
• Und nicht genug damit: Drittens waren vom Kommissionsbericht mit einem Mal zwei Versionen im Umlauf, und zwar nicht auf Antrag eines Kommissionsmitglieds – ausser dies wäre der Aufmerksamkeit der Votantin entgangen –, sondern von Aussenstehenden, welche die Votantin aus Loyalitätsgründen hier nicht an den Pranger stellen will. Von Aussenstehenden: Seit wann wird, wenn eine Organisation von aussen kommt und eine Änderung eines Kommissionsberichts fordert, diesem Ansinnen entsprochen? Öffentlichkeitsprinzip hin oder her: Das geht nicht. Was im Bericht steht, bestimmt allein der Kommissionspräsident, und wenn der Bericht einmal veröffentlicht ist, dann wird er nicht mehr verändert. Wo käme man hin, wenn jeder Interessenvertreter noch eine Ergänzung beantragen könnte?
Baudirektor Heinz Tännler mag der Votantin nachher Unverständnis in der Sachlage oder Inkompetenz unterstellen, so viel er will. Was hier passiert ist, ist – um es mit den Worten von Kantonsrat Andreas Hürlimann auszudrücken – «die parlamentarischen Prozesse geritzt» – mehrfach geritzt. Und die CVP-Fraktion findet das gar nicht gewitzt. Die Votantin bittet den Rat deshalb, den Nichteintretensantrag der CVP für die Vorlage 2258 zu unterstützen. Auch wenn dies inhaltlich nichts ändert, ist es die einzige Möglichkeit, die Erwartungen des Kantonsrats an Gehalt und Aktualität der regierungsrätlichen Vorlagen auszudrücken.

Für **Manuel Brandenberg** ist es ein Problem der kantonsrätlichen Kommission, nicht des Baudirektors, wenn zwei verschiedene Kommissionsberichte in Umlauf sind. Im Übrigen findet er die Art und Weise, wie die CVP-Vertreterin hier den SVP-Baudirektor und indirekt auch den FDP-Kommissionspräsidenten kritisiert, plumpe politische Stimmungsmache im Wahljahr. Die Vorlage, für welche die CVP nun einen Nichteintretensantrag stellt, ist im Übrigen sehr ausgereift. Und wenn die CVP-Sprecherin aufgrund des Kommissionsgeheimnisses hier nicht alle Details sagen will: Man kann für die Verletzung des Kommissionsgeheimnisses wahrscheinlich nicht bestraft werden, weil man für Äusserungen im Rat grundsätzlich nicht bestraft werden kann. Die CVP-Vertreterin soll also die ganze Wahrheit sagen und nicht intrigieren.

Philip C. Brunner nahm eigentlich an, dass es sich bei den zur Diskussionen stehenden Vorlagen um ein Routinegeschäft handle, zumal die Beratung in der Kommission in einer sehr guten Atmosphäre stattfand. Er versteht nicht, dass nun eine Frontalattacke gegen ein Geschäft geritten wird, das in seiner Bedeutung sehr stark zurückgenommen wurde. Es gibt heute ganz andere Geschäfte, die man skandalisieren kann. Er empfiehlt, dem Antrag der CVP nicht zu folgen.

Der **Vorsitzende** hält an die Adresse von Manuel Brandenberg fest, dass das Kommissionsgeheimnis besteht, er als Ratspräsident aber über keine Sanktionsmöglichkeiten verfügt. Es liegt in der Eigenverantwortung jedes Kantonsrats und jeder Kantonsrätin, sich daran zu halten.

Manuel Brandenberg möchte – auch zuhanden des Protokolls – klarstellen, dass er sich stets an das Kommissionsgeheimnis gehalten hat.

Der **Vorsitzende** präzisiert, dass er nicht gesagt hat, Manuel Brandenberg habe sich nicht an das Kommissionsgeheimnis gehalten. Brandenberg hat aber dazu aufgefordert, das Kommissionsgeheimnis zu brechen.

Baudirektor **Heinz Tännler** hat von allen Fraktionen gehört, dass sie mit dem Kredit von 1 Million Franken für Massnahmen bezüglich Erdverlegung der 380-Kilovolt-Übertragungsleitung einverstanden sind. Sinn und Zweck der Erdverlegung sind allseits anerkannt, und der Regierungsrat setzt sich intensiv dafür ein.
Karin Andenmatten und Alois Gössi haben in ihren Voten etwas den Staatsniedergang proklamiert. Für die formellen Fehler entschuldigt sich der Baudirektor. Er bestreitet aber, dass die Vorlage zu Herti–Altgass unausgegoren sei. Auch aufgrund des Richtplanauftrags diskutierte die Baudirektion lange mit der Axpo und den WWZ über eine Erdverlegung. Vorläufiges Ergebnis war, dass vom Kanton Zug eine Garantie für 3 Millionen Franken verlangt wurde. Darauf wurde die Vorlage ausgearbeitet und in den parlamentarischen Prozess eingegeben. Allerdings wollte der Baudirektor das Verhandlungsergebnis nicht einfach stehen lassen. Er liess – als Verwaltungsratsmitglied der Axpo – sein Netzwerk spielen, und es ist ihm gelungen, den Garantiebetrag von 3 Millionen Franken vom Tisch zu wischen. Natürlich war das parlamentarische Prozedere schon am Laufen, aber was an diesem Ergebnis falsch oder unausgegoren sein soll, ist für den Baudirektor unklar.
Auch die zweite Vorlage ist nicht unausgegoren. Es trifft zu, dass es zuerst um 8 Millionen Franken ging. Als der politische Prozess schon am Laufen war – worum die Gemeinden gebeten hatten –, nahm die Baudirektion im Sinn eines iterativen Prozesses weitere Abklärungen vor. Dann zogen sich die Gemeinden zurück. Einzig Hünenberg zog sich bezüglich der mittelfristigen Massnahmen nicht zurück, legte aber ein vollends untaugliches Mitfinanzierungsmodell vor. Das führte dazu, dass die entsprechenden 7 Millionen Franken gestrichen wurden, was der Baudirektor der vorberatenden Kommission ausführlich darlegte, wenn auch ohne explizit Antrag zu stellen. Die Kommission hat aber keineswegs negativ reagiert, sondern entsprechend entschieden. Es trifft zu, dass der Regierungsrat diese Haltung erst nachträglich ratifizierte. Dafür entschuldigt sich der Baudirektor, aber letztlich war das Vorgehen im Sinn der Sache.
Es trifft zu, dass der Kommissionsbericht korrigiert wurde, dies allerdings nicht von aussen, sondern aufgrund einer Mitteilung, dass der Bericht nicht zutreffend sei. Es wurde nämlich geschrieben, dass keine Gemeinde für kurz- und mittelfristige Massnahmen sei. Das ist in der Tat nicht richtig: Hünenberg hatte sich nämlich – wie bereits gesagt – grundsätzlich für mittelfristige Massnahmen ausgesprochen. Der Baudirektor erkundigte sich darauf beim Landschreiber, was er tun könne, und erhielt die Antwort, man könne das korrigieren. Der Bericht wurde dann – formell vielleicht nicht ganz korrekt, aber deswegen geht der Staat Zug nicht unter – tatsächlich korrigiert, und der korrigierte Bericht wurde vom Kommissionspräsidenten abgesegnet. Dann waren offenbar plötzlich zwei Versionen des Kommissionberichts im Umlauf. Was daran aber so dramatisch sein soll, weiss der Baudirektor nicht.
Der Baudirektor nimmt die vorgebrachten Rügen entgegen, stimmt aber seinen Parteikollegen Brandenberg und Brunner zu: Man kann aus einer Mücke einen Elefanten machen – unnötigerweise.

Für **Vreni Wicky** hat der Baudirektor das Ganze nun nur verschlimmbessert. Wenn eine Führungsperson den Schwarzen Peter jemand anderem zuschiebt, ist das unverständlich. Dass der Baudirektor nun dem Landschreiber die Schuld dafür zuschiebt, dass zwei verschiedene Kommissionsberichte in Umlauf waren, ist nicht zu verstehen.

Landschreiber **Tobias Moser** stellt klar, dass der Baudirektor in seiner bekannten *Management*-Art den Sachverhalt zwar richtig, aber verkürzt dargestellt hat. Der Landschreiber hatte dem Baudirektor erklärt, dass das gewählte Vorgehen zulässig sei, wenn es vom Kommissionspräsidenten abgesegnet werde – was dieser ja tat. Das Anliegen, einen Kommissionsbericht nicht nachträglich zu ändern, ist erkannt; künftig soll gewartet werden, bis der formelle Segen des Kommissionspräsidiums vorliegt.

EINTRETENSBESCHLUSS

Der **Vorsitzende** hält fest, die vorberatende Kommission und die Stawiko auf die Gegenstandslosigkeit der Vorlage 2258 hinweisen. Parlamentsrechtlich ist dies ein Antrag auf Nichteintreten. Die Präsidien der vorberatenden Kommission und der Staatswirtschaftskommission teilen die Auffassung, dass der Rat nicht auf diese Vorlage eintreten soll. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Haltung an.

➔ Der Rat beschliesst stillschweigend, nicht auf die Vorlage 2258 einzutreten.

➔ Der Rat beschliesst stillschweigend, auf die Vorlage 2260 einzutreten.

DETAILBERATUNG der Vorlage 2260 (1. Lesung)

Titel

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission einen neuen Titel beantragt. Stawiko und Regierungsrat schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

Ingress

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

§ 1 Abs. 1 und 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission und die Stawiko eine neue Formulierung der Überschrift und des Erlasstexts beantragen. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag von Kommission und Stawiko.

§ 2 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 2 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission und die Stawiko die Streichung von § 2 Abs. 2 beantragen. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Streichungsantrag.

§ 3 Abs. 1

Der Vorsitzende hält fest, dass die vorberatende Kommission und die Stawiko eine neue Formulierung der Überschrift und des Erlasstextes beantragen. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag von Kommission und Stawiko.

§ 4 und 5

Der Vorsitzende hält fest, dass die Kommission und die Stawiko die Streichung von § 4 und § 5 beantragen. Der Regierungsrat schliesst sich diesen Anträgen an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die zwei Streichungsanträge.

II., III., und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 9

1026 **Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Objektkredit für Planung und Umbau des Kantonalen Zeughauses in Zug für das Obergericht des Kantons Zug sowie für daraus folgende Umplatzierungen von kantonalen Ämtern**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (1603.11 - 14589) und der Staatswirtschaftskommission (1603.12 - 14590).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Staatswirtschaftskommission beantragt, die Schlussabrechnung unter Streichung der Position «f) Fertigstellungsarbeiten» in der Höhe von 269'588.– Franken zu genehmigen. Der Regierungsrat schliesst sich nachträglich diesem Antrag an.

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission: Der Regierungsrat legt dem Kantonsrat zwei Schlussabrechnungen zur Genehmigung vor, nämlich jene für den Umbau des Zeughauses für das Obergericht und jene für die Umplatzierung von kantonalen Ämtern. Die Rechnung für den Umbau des Zeughauses schliesst mit einer Kreditunterschreitung von rund 1,6 Millionen Franken ab. Die Finanzkontrolle hat diese Abrechnung geprüft, deren Ordnungsmässigkeit fest-

gestellt und empfiehlt deren Genehmigung. In der Stawiko gaben zwei Punkte trotzdem Anlass zu Diskussionen:
• Der Regierungsrat fügt seinem Bericht eine Tabelle bei, in welcher er versucht, Kostentransparenz zu schaffen. Das ist ihm nicht gelungen. Die Tabelle ermöglicht einzig in Bezug auf das Total einen Vergleich zwischen bewilligtem Kredit und Abrechnung; alles andere führt mehr zu Verwirrung als zu zusätzlicher Information. Gegenüber dem Kreditantrag wurden die Kosten nämlich unterschiedlichen BKP-Positionen zugewiesen, so dass ein Vergleich nicht mehr möglich ist. Die Stawiko bittet den Regierungsrat, künftig bereits bei Kreditanträgen darauf zu achten, dass die Kosten bei der späteren Abrechnung vergleichbar sind. Zudem fällt auf, dass bei der Kreditgenehmigung 2008 mit etwas grosser Kelle angerichtet wurde, dies gemäss dem Antrag des Regierungsrats. Für Unvorhergesehenes wurden nämlich 950'000 Franken bewilligt, dazu kam eine Reserve von 2,2 Millionen Franken. Von den rund 13 Millionen Franken Kreditsumme entfielen also mehr als 3 Millionen Franken auf offene Posten. Damit ist es logischerweise keine allzu grosse Kunst, eine Abrechnung mit Minderkosten vorzulegen. Es gilt bei solchen offenen Positionen in Zukunft genauer hinzuschauen und insbesondere dem jeweiligen Projektstand angemessen Rechnung zu tragen. Die Kommissionen haben das Problem erkannt und beispielsweise beim Kredit für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) und gemäss Kommissionsbericht auch bei jenem für den Stadttunnel entsprechende Kürzungen der Reservepositionen vorgenommen.
• Im Stawiko-Bericht wurde erwähnt, dass dem Generalunternehmer aufgrund der erzielten Minderkosten ein Bonus von gegen 1 Million Franken ausbezahlt worden sei. Der Stawiko-Präsident hat diese Position im Nachgang etwas genauer geklärt. Es sind effektiv 509'000 Franken, und der Stawiko-Präsident entschuldigt sich, dass dieser Betrag im Bericht zu hoch angesetzt wurde. Die Stawiko würde es aber begrüssen, wenn solche Verträge bei einem künftigen Projekt von der Hochbaukommission genauer unter die Lupe genommen würden. Es ist schwer zu beurteilen, ob Boni in dieser Grössenordnung vertretbar sind und ob das Vertragsmodell grundsätzlich auch bei künftigen Vorhaben, die mit Generalplanern umgesetzt werden, für den Kantons Zug sinnvoll ist.
Der Regierungsrat beantragt, die zwei Abrechnungen zu genehmigen, wobei der Kantonsrat jene für die Umplatzierung der Ämter bereits mit der Jahresrechnung 2012 genehmigt hat; diese Genehmigung muss nicht wiederholt werden. Hingegen sind Abrechnungen mit einer Kreditsumme von über 10 Millionen Franken vom Kantonsrat separat zu genehmigen. Die Stawiko stellt den Antrag, die Schlussabrechnung zum Umbau des Zeughauses unter Streichung der Position «f) Fertigstellungsarbeiten» in der Höhe von 269'588.– Franken zu genehmigen.

Eusebius Spescha: Die SP-Fraktion freut sich zuerst einmal über das gelungene Werk. Das Zeughaus ist zu einem würdigen Sitz des Obergerichts geworden. Zur Abrechnung erlaubt sie sich aber doch noch eine kritische Anmerkung. 1,6 Millionen Franken Kreditunterschreitung tönt natürlich sehr toll. Man kann es auch so lesen, dass nur etwas mehr als ein Viertel der Reserve in Anspruch genommen werden musste. Ganz genau hingeschaut, heisst es aber auch, dass 28 Prozent der Reserve ausgegeben wurde. Dies ist zwar eine durchaus vertretbare Grösse, heisst aber auch, dass ohne Reserve der Kredit nicht eingehalten worden wäre.

Thomas Wyss: Die SVP-Fraktion empfiehlt die Genehmigung der Schlussabrechnung. Sie nimmt zwei Tatsachen erfreut zur Kenntnis:
• Erstens freut sie sich darüber, dass bei diesem gelungenen Bau eine Kreditunterschreitung von 1,6 Millionen Franken resultiert und dankt dem Baudirektor und den

Verantwortlichen in der Baudirektion dafür und ganz generell für ihren grossen Einsatz.
• Zweitens begrüsst die SVP-Fraktion explizit das bei dieser Vorlage beispielhaft vorgeführte Bonus-Malus-System. Der Begriff «Bonus» ist mit Blick auf die Vorkommnisse in der Bankenwelt teilweise zu Recht negativ belegt. Dass solche Anreizsysteme bestehen, ist jedoch nichts Schlechtes, im Gegenteil: Sie motivieren, wie hier zu sehen ist, zu Höchstleistungen. Davon profitiert letztlich auch der Kanton.

Thiemo Hächler kann zu seiner Interessenbindung sagen, dass es diesmal keine solche gibt. Das Bauobjekt und die Abrechnung der Planungs- und Bauarbeiten am Zeughaus freuen die CVP-Fraktion natürlich. Einmal mehr kann der Baudirektor mit einer Abrechnung unter Budget beweisen, dass er seine Aufgaben gut gemacht hat und dass er seine Schäfchen offensichtlich im Griff hat.
Etwas zu Verwirrung geführt haben die Abweichungen unter den einzelnen BKP-Positionen, welche – wie der Stawiko-Präsident bereits ausgeführt hat – einen direkten Vergleich zwischen Kostenvoranschlag und Abrechnung schwer machen. Da sich der Votant in seiner Tätigkeit täglich mit dieser Thematik befasst, kann er den Rat jedoch etwas beruhigen. Solche Verschiebungen unter den Arbeitsgattungen finden ständig statt und sind auch nicht ein Zeichen von unklarer Planung oder Kostenungenauigkeiten. Ein Beispiel dazu: Bei den Baumeisterarbeiten sind auch die Leistungen für die äussere Kanalisation ausgeschrieben, welche sich somit in der Arbeitsgattung 211 bzw. in der Zusammenstellung des Kostenvoranschlags im BKP 2 beim Gebäude finden. Aus Gründen des Bauablaufs und weil zuerst noch das Baugerüst im Wege steht, entscheidet die Bauleitung nun, dass es sinnvoller ist, die äussere Kanalisation später durch den Gärtner ausführen zu lassen. Dafür kann es viele Gründe geben, aber sicher ist, dass der Baumeister bereits nicht mehr vor Ort ist, wenn endlich das Gerüst abgebaut wird. So macht es also Sinn, die Arbeiten durch den Gärtner ausführen zu lassen, womit diese in der Abrechnung jedoch unter Position 421 und somit in der Schlussabrechnung unter BKP 4 für die Umgebung erscheinen. Schon ist das Durcheinander perfekt – und dennoch ist daran nichts zu bemängeln.
Etwas anders beunruhigt die CVP jedoch schon etwas. Die regelmässige Abrechnung von Bauarbeiten unter Budget kann auch bedeuten, dass zu hoch budgetiert wird, um später bei der Ausführung etwas freie Hand zu haben. Als Mitglied der Hoch- und der Tiefbaukommission ist der Votant zwar der Meinung, dass diese eine sehr strenge Kontrolle der Kosten durchführen und sich auch kritische Fragen an die Planer und die Baudirektion erlauben. Nicht selten muss dann nochmals über die Bücher gegangen werden, oder die Kosten müssen reduziert werden. Sehr heikel wird es jedoch dann, wenn man in einer Bauabrechnung erkennen kann, dass an die Generalplanerfirma Boni ausbezahlt werden, dies in der Höhe von namhaften Honorarsummen. Da läuten die Alarmglocken. Was sind das für Vertragskonstrukte, welche der Baudirektor jeweils mit diesen Generalplanern vereinbart? Wird durch solche Sparanreize trotzdem die verlangte Qualität geliefert? Hat der Planer ein Interesse an möglichst hohen Kostenvoranschlägen, damit er später von den Sparmassnahmen profitieren kann? Oder wird da gar Honorar für nicht genutzte Reserven ausbezahlt? Und wenn ja: In welcher Grössenordnung? Die CVP-Fraktion erwartet vom Baudirektor ein paar Erklärungen zu solchen Fragen. Grundsätzlich stellt sich die Frage, welche Vor- und Nachteile dieses Vertragssystem mit den Generalplanern mit sich bringt. Die Kommission hat ja zu diesem Zeitpunkt keinen Einblick mehr ins Geschehen und kann auch nichts mehr unternehmen. Grundsätzlich soll dies auch so bleiben, und die Umsetzung der kantonsrätlichen Bestellung erfolgt weiterhin durch den Regierungsrat. Trotzdem wäre es

sehr zu begrüssen, wenn die Baukommissionen anlässlich einer nächsten Sitzung etwas mehr zu diesem Thema erfahren würden.

Georg Helfenstein muss als Handwerker eine Lanze für seine Berufskollegen brechen. Es gibt im Kanton Zug ein Submissionsverfahren, und mit der Vergabe an eine Generalunternehmung wird dieses unterlaufen. Es können nachher nämlich Preisverhandlungen mit den Unternehmern geführt werden, der Preis wird gedrückt, und die Qualität wird zweitrangig. Dass der Generalunternehmer als Belohnung dafür, dass er den Handwerkern das Geld aus den Hosentaschen zieht, zusätzlich noch 1 Million Franken als Bonus erhält, stösst dem Votanten sauer auf.

Franz-Peter Iten würde am liebsten den Antrag stellen, die vorliegende Bauabrechnung an den Absender zurückzuschicken mit der Bitte, eine Abrechnung zu erstellen, die für jeden nachvollziehbar ist. Es ist natürlich ein schönes Ergebnis, wenn der Kredit um rund 1,6 Millionen Franken unterschritten wird. Betrachtet man aber die Abrechnung genauer, fällt auf, dass die Position Reserve mit 2,25 Millionen Franken mehr oder weniger aufgebraucht wurde. Wie dieser Betrag im Detail aufgebraucht worden ist, kann nur schlecht nachvollzogen werden. Man hält einfach fest, dass sowohl die Reserven wie auch das Unvorhergesehene in BKP 1 «Vorbereitungsarbeiten» und BKP 2 «Gebäude» verwendet wurden. Mehr und aussagekräftige Details dazu kann man daraus nicht ersehen.
Die Staatswirtschaftskommission hält in ihrem Bericht unter Punkt 2 fest, dass ein direkter Vergleich der Posten der Schlussabrechnung gemäss Beilage zur Vorlage 1603.11 mit den budgetierten Posten gemäss Kreditvorlage nicht möglich sei, weil insbesondere die beiden Positionen Unvorhergesehenes und Reserven auf BKP 1 und 2 umverteilt wurden. Der Votant schliesst sich vollumfänglich der Meinung der Stawiko an, dass künftig der Kreditantrag wie auch die Abrechnung so nach BKP-Positionen aufgeschlüsselt werden müssen, dass eine klare Gegenüberstellung von Antrag und Schlussabrechnung möglich ist. Seit längerer Zeit schon spricht man in diesem Rate immer wieder über und von Transparenz. Bei dieser Abrechnung aber vermisst man die hochgerühmte Transparenz, sie verdient die Beurteilung als transparente Abrechnung überhaupt nicht. Dass man sich auch noch Gedanken über die Höhe des Bonus' von rund 0,5 Millionen Franken für die Kreditunterschreitung machen könnte, sei nur am Rande erwähnt.
Der Bezug des umgebauten Zeughauses hat am 29. August 2011 stattgefunden. Jetzt, nach mehr als zweieinhalb Jahren, liegt endlich auch die Bauabrechnung vor. Der Votant hätte sich einen früheren Zeitpunkt gewünscht und hofft, dass in Zukunft die Erstellung von Bauabrechnungen etwas früher erfolgt.
Den Votanten befriedigt die vorliegende Bauabrechnung überhaupt nicht. Hätte die Abrechnung Mehrkosten ergeben, wäre wohl eine transparentere und detailliertere Abrechnung vorgelegt worden. Bei Minderkosten drückt man wohl beide Augen zu – und das tut der Votant jetzt auch.

Manuel Brandenberg: Der Kantonsrat hat am 12. Juni 2008 im Rahmen eines Kantonsratsbeschlusses die Kredite bewilligt, die jetzt abgerechnet werden. Im Vorfeld des Kantonsratsbeschlusses haben die zuständigen Kommissionen diesen Kredit diskutiert und ihn für gut befunden; anschliessend hat der Kantonsrat den Kredit bewilligt. Die Schlussabrechnung zeigt nun, dass der Kredit nicht ausgeschöpft wurde. Nun aber wird derjenige, der mit seiner Arbeit massgeblich dafür gesorgt hat, dass der Kredit unterschritten wurde, gerügt. Das erinnert etwas an den Militärdienst, wo man früher die Benzinkontingente für den Wiederholungskurs

mit sinnlosen Lastwagenfahrten aufbrauchte, um nichts zurückgeben und dann für den nächsten WK mit Kürzungen rechnen zu müssen.
Der Baudirektor hat hier hervorragende Arbeit geleistet. Hätte er nicht gespart und den Kredit voll ausgeschöpft, hätte sich wohl niemand zu Wort gemeldet.

Eusebius Spescha hält fest, dass es sich nicht ganz so verhält wie von Manuel Brandenberg dargelegt. Man hat damals bei der Diskussion über den Baukredit, der auch den Posten Unvorhergesehenes beinhaltete, einvernehmlich gesagt, dass beim aktuellen Planungsstand – vor dem Wettbewerb – noch viele Fragen offen seien und es deshalb sinnvoll sei, eine Reserve zur Verfügung zu stellen. Man ging erklärtermassen davon aus, dass sich die Baudirektion bemühen werde, mit dem Basiskredit auszukommen und die Reserve nur in Anspruch zu nehmen, wenn dies tatsächlich notwendig sei. Die jetzt vorliegende Abrechnung zeigt, dass es notwendig war, einen Teil der Reserve, nämlich 28 Prozent davon, zu beanspruchen. Das wird materiell zumindest von Seiten der SP-Fraktion auch nicht kritisiert. Es besteht aber ein Anspruch darauf, genauer zu wissen, wieso das notwendig war, und eine gewisse Transparenz zu haben. Das Anliegen der Stawiko und von Franz-Peter Iten, Kreditabrechnungen künftig transparenter darzustellen, ist berechtigt und hat nichts mit einer Rüge an den Baudirektor zu tun.

Silvia Thalmann will auch als Nichtmitglied der vorberatenden Kommissionen und der Stawiko ihre Haltung überprüfen können, wenn sie einem Kredit bzw. einer Abrechnung zustimmt. Bei einer Abrechnung möchte sie den bewilligen Kredit mit den tatsächlichen Kosten vergleichen können, wobei sie es sehr schätzt, wenn sie dazu – wie im jetzigen Fall – eine klare Übersicht erhält und dort rasch erkennen kann, wo die grossen Abweichungen liegen. Dieser Vergleich ist in der vorliegenden Abrechnung nicht möglich. Natürlich sieht die Votantin die Schwierigkeit, dass man für den Kredit eine Aufstellung macht, die sich vielleicht im Verlaufe des Prozesses verändert. Sie bittet den Baudirektor aber, hier die Brille des Parlaments aufzusetzen und dessen Bedürfnis wahrzunehmen. Eine Abrechnung ist in erster Linie natürlich ein Rückblick. Sie ist aber auch ein Instrument, um sich als Mitglied des Kantonsrats vorausschauend bewusst zu machen, wo man künftig vielleicht eine etwas kritischere Haltung einnehmen muss.

Baudirektor **Heinz Tännler** gibt zu, dass der Vergleich von Kreditantrag und Schlussabrechnung aufgrund der Verschiebung in den BKP-Positionen nicht möglich ist. Es ist auch nachträglich nicht möglich, diese Transparenz zu schaffen. Der Grund liegt darin, dass es sich um einen dringlichen Fall handelte. Das Obergericht benötigte dringend mehr Platz, weshalb der Regierungsrat auf der Basis einer Machbarkeitsstudie und im einstufigen Verfahren einen Objektkredit beantragte. In der Detailplanung gab es verschiedene Änderungen bezüglich der ursprünglichen BKP-Positionen, wodurch jetzt die Vergleichbarkeit von Kreditvorlage und Abrechnung nicht mehr gegeben ist. Es macht aber keinen Sinn, während der Realisierung eines Projekts an einer BKP-Organisation festzuhalten, die nicht funktioniert. Sicher ist, dass in einem zweistufigen Verfahren mit Projektierungskredit und späterem Baukredit die Transparenz höher ist.
Gregor Kupper hat nicht zu unrecht gesagt, es sei keine Kunst, mit so grossen Reservepositionen eine Kostenunterschreitung vorzulegen. Es sei aber wiederholt: Der Kredit wurde aufgrund einer Machbarkeitsstudie beantragt. Man hat deshalb richtigerweise eine höhere Reserve veranschlagt, zumal es sich auch noch um ein denkmalgeschütztes Objekt handelte, bei dem erfahrungsgemäss während des Bauverfahrens grössere oder kleinere Überraschungen zutage kommen können.

Zur Frage des Bonus': Der Baudirektor ist selbstverständlich gerne bereit, diese Frage in der Hochbaukommission und in der Stawiko zu thematisieren. Er ist zwar bisher davon ausgegangen, dass es sich dabei um eine operative Angelegenheit handle, und hat entsprechend die Vertragsverhandlungen geführt. Natürlich kann man den Nullachtfünfzehn-Vertrag der KBOB hervorziehen, den die Architekten *saugut,* der Baudirektor hingegen *sauschlecht* findet. Er hat deshalb mit seinem Team einen eigenen Vertrag gemacht und darin ein Bonus-Malus-System eingeführt. Dieses ist interessant, weil man damit Generalplaner und Architekten eng an sich bindet und diese ein Interesse daran haben, während des Bauverfahrens stets nach Kostenoptimierungen und -reduktionen zu suchen. Im Übrigen betrifft der Bonus nicht die Reserve, sondern das Netto-Kostendach: Nur wenn der Generalplaner bzw. Architekt dieses unterschreitet, erhält er den entsprechenden Bonus. Und die andere Seite der Medaille ist der Malus. Der Generalplaner bzw. Architekt trägt nämlich ein erhebliches Kostenrisiko. Wenn er die Kosten nicht einhält, bezahlt er die Mehrkosten zulasten seines Honorars zu hundert Prozent. Beim Bonus wurde mit dem Generalplaner abgemacht, dass zu zwei Drittel der Kanton und zu einem Drittel er selbst profitiert, beim Malus hingegen geht die Kostenüberschreitung vollumfänglich zulasten des Generalplaners. Das ist der *meccano,* und der Baudirektor findet diesen Vertrag gut, auch wenn der Begriff Bonus von der Bankenwelt her etwas belastet ist. Er kann sich aber auch vorstellen, ein anderes Bonus-Malus-System anzusetzen, nämlich dass – wenn das Kostendach unterschritten wird – ein Prozentteil von vielleicht 3 bis 5 Prozent nicht bonusrelevant ist und erst ab einer Kostenunterschreitung von 5 bis vielleicht 10 Prozent – mit einer Deckelung nach oben – ein Bonus ausbezahlt wird. Dann können auf der anderen Seite bei einer Kostenüberschreitung aber natürlich nicht 100 Prozent zulasten des Generalplaners gehen.
Zur Transparenz: Die Baudirektion bemüht sich sehr, transparent zu sein, und hält sich dabei an die Vorgaben der Finanzkontrolle, welche die Abrechnungen minutiös prüft und einen Bericht dazu erstellt. Wenn aber gewünscht wird, dass die Abrechnungen anders aussehen sollen, wird sich der Baudirektor *subito* an diese neuen Vorgaben halten.
Zum Submissionsverfahren: Selbstverständlich wurde auch in diesem Projekt zu jeder Position – ausser zu denjenigen, die freihändig vergeben werden können – ein Submissionsverfahren durchgeführt und nach Qualität und Preis das wirtschaftlich günstigste Angebot berücksichtigt. Es wurden nicht die Preise der Handwerker gedrückt, sondern das Gesetz angewendet. Natürlich hört man immer wieder, es würden die Preise der Handwerker gedrückt, aber es sind letztlich die Handwerker, die sich gegenseitig unterbieten. Man kann da nicht einfach der öffentlichen Hand einen Vorwurf machen.
Bezüglich des Zeitpunkts der Abrechnung muss der Baudirektor auch die Unternehmer etwas in die Pflicht nehmen. Die Baudirektion kann die Schlussabrechnung nicht erstellen, bevor die Rechnungen der Unternehmer vorliegen. Und oft ist es so, dass Rechnungen, wenn sie nach telefonischer Nachfrage endlich eintreffen, nochmals zurückgeschickt werden müssen, weil sie nicht richtig sind. Es liegt also in der Sache begründet, dass Schlussabrechnungen zum Teil erst nach zwei oder drei Jahren kommen. Es gab im Übrigen schon Schlussabrechnungen, die erst nach zehn, fünfzehn oder noch mehr Jahren dem Kantonsrat vorgelegt wurden.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung gemäss Antrag der Staatswirtschaftskommission.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 10

1027 Motion der SP-Fraktion betreffend Verkauf des Areals des ehemaligen Kantonsspitals
Motion der FDP-Fraktion betreffend mehr Wohnraum für den Mittelstand in Zug – betreutes Wohnen auf dem Areal des ehemaligen Kantonsspitals
Es liegen vor: Motion der SP-Fraktion (1731.1 - 12876); Motion der FDP-Fraktion (1824.1 - 13097); Berichte und Anträge des Regierungsrats (1731.2 - 13709, 1824.2 - 13710 und 1731.3/1824.3 - 14626).

Eusebius Spescha hält als Sprecher der SP-Fraktion fest, dass der Kantonsrat am 31. März 2011 die beiden Motionen im Sinne der Erwägungen des Regierungsrats erheblich erklärt hat. Mit dem vorliegenden Bericht zeigt der Regierungsrat an, dass er diesen Auftrag ernst genommen und sich für die Umsetzung engagiert hat. Das nimmt die SP natürlich mit Freude zur Kenntnis. Trotzdem ist sie über den vorliegenden Antrag zur Abschreibung etwas irritiert. Der Regierungsrat beschreibt in der Vorlage zwar kurz und knapp, was der Gehalt des Bebauungsplans ist, den er der Stadt eingereicht hat. *Gesehen* hat der Kantonsrat diesen Entwurf aber noch nie. Wieso liegt der Vorlage nicht zumindest der Entwurf des Plans bei, damit sich der Kantonsrat ein Bild davon machen können, wie die Umsetzung vorgesehen ist? Zudem dauert es noch ziemlich lange bis zum definitiven Entscheid über den Bebauungsplan. Aus Sicht der SP-Fraktion kommt deshalb der Antrag auf Abschreibung zu früh. Die SP stellt deshalb den **Antrag,** die Abschreibung erst bei der endgültigen Festsetzung des Bebauungsplans vorzunehmen.

Maja Dübendorfer Christen: Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für den Bericht zu ihrer Motion. Sie versteht, dass auf dem Areal des alten Kantonsspitals nicht alle Wünsche realisiert werden können, ist aber überzeugt, dass mit der Erheblicherklärung des Kernanliegens ihrer Motion, des betreuten Wohnens, viel erreicht werden kann. Sie stimmt somit dem Antrag der Regierung zur Teilerheblicherklärung der FDP-Motion zu, ebenso dem Antrag zur Motion betreffend Verkauf des Kantonsspitalareal.
Betreutes Wohnen erlaubt rüstigen Rentnern schrittweise das selbständige Wohnen bis hin zur individuellen Betreuung, je nach Wunsch und Bedürfnis. In der eigenen Wohnung kann so länger eigenständig gelebt werden. Die Unterstützung *à la carte* im Hause bedeutet Sicherheit, weil bis hin zur intensiven Pflege alles «zuhause» beansprucht werden kann. Niemand verlässt nach einer langen Zeit gerne die liebgewonnene und vertraute Umgebung, vor allem wenn eine akzeptable Nachfolgelösung fehlt. Altersheime sind *out,* und für das Pflegeheim fehlt meist der Pflegegrad. Deshalb verbleiben viele ältere Menschen ungesund lange in ihren viel zu grossen vier Wänden. Mit der Möglichkeit zum betreuten Wohnen fallen solche Entscheide leichter, weil kein weiterer Schritt mehr nötig sein wird. Und so würde, quasi als Zückerchen, noch dringend benötigter, zahlbarer oder vertrauter Wohnraum für die nachfolgende Generation frei. Genau dieses Angebot aber fehlt im Kanton Zug gänzlich.
Der öffentliche Restaurantbetrieb könnte parallel zum betreuten Wohnen geführt werden. Auch ein Hotel liesse sich angliedern. Fraglich bleibt einfach, ob ein weiteres Hotel auf Zuger Boden rentabel sein kann bzw. überhaupt nötig ist.
Für die FDP ist wichtig, dass das betreute Wohnen als verbindlicher Auftrag verstanden wird. Dieser Auftrag kann nur zur Zufriedenheit aller ausgeführt werden, wenn auch die Rahmenbedingungen stimmig gemacht werden. Die zur Verfügung gestellte Fläche muss einen rentablen Betrieb ermöglichen. Sonst zahlt man am Schluss noch drauf, und alles wäre nur eine Farce und warme Luft.

Vroni Straub-Müller teilt mit, dass der Stadtrat von Zug am letzten Dienstag den Bebauungsplan «Areal ehemaliges Kantonsspital» der Baudirektion bzw. dem Amt für Raumplanung zur zweiten Vorprüfung eingereicht hat. Nach dieser Vorprüfung und einer allfälligen Bereinigung des Plans wird der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat Bericht und Antrag unterbreiten. Das wird voraussichtlich im kommenden Sommer der Fall sein. Nach Ansicht der AGF wäre dies auch der richtige Zeitpunkt, um die Motionen im Kantonsrat zu diesem Geschäft abzuschreiben. Die Vorlage, die heute auf dem Tisch liegt, ist nämlich doch etwas dürftig. Deshalb unterstützt ein grosser Teil der AGF den Antrag der SP-Fraktion. Nichtsdestotrotz sieht die Votantin die Anliegen der teilweise erheblich erklärten Motionen erfüllt. Der Bebauungsplan sieht in zwei Baubereichen preisgünstigen Wohnungsbau gemäss § 38 der städtischen Bauordnung vor; dazu sind im Erdgeschoss mässig störende Gewerbe- und Dienstleistungsnutzungen zulässig. In zwei Baubereichen sind eine Hotel- und Gastronomienutzung definiert, die mit Alterswohnungen und Langzeitappartements ergänzt werden können. Ein Baubereich bleibt ausschliesslich für Alterswohnungen reserviert, und ein weiterer Baubereich ist für eine publikumsattraktive, öffentliche Nutzung mit Ausstrahlungskraft vorgesehen – was immer das dann sein mag. Sämtliche Bauvorhaben in den verschiedenen Baubereichen können etappiert bzw. getrennt voneinander angegangen und realisiert werden.
Der Bebauungsplan insgesamt wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Grundeigentümer, also dem Kanton, verschiedenen Amtsstellen von Stadt und Kanton, den Architekten sowie Verkehrsplanern und Lärmexperten entwickelt. Die Entscheidungskompetenz für den Bebauungsplan «Areal ehemaliges Kantonsspital» liegt letztlich beim Grossen Gemeinderat oder den Stadtzuger Stimmberechtigten.

Philip C. Brunner hält als Sprecher der SVP-Fraktion fest, dass der Bebauungsplan «Areal ehemaliges Kantonsspital» zweifellos eine der wichtigsten Vorlagen für die Stadt Zug in einem landschaftlich reizenden Entwicklungsgebiet ist. Die Stadt Zug hat eine hohe Verantwortung, dass hier etwas Konstruktives passiert. Die SVP-Fraktion dankt der Regierung für ihren Antrag auf Abschreibung der zwei Motionen. Dafür ist *jetzt* der richtige Zeitpunkt. Die SVP wird der Abschreibung der beiden Motionen im Sinne der Regierung einstimmig zustimmen.
Der Kantonsrat hat die Motionen der FDP und SP erheblich bzw. teilerheblich erklärt. Die Baudirektion hat die geäusserten Anliegen vollumfänglich aufgenommen und ihnen Rechnung getragen. Aufgrund der Entscheidungen des Verwaltungsgerichts betreffend Überbauung Salesianum gab es eine leichte Verzögerung und entsprechende Anpassung, wobei vor allem die Ausnutzung reduziert wurde. Was jetzt passiert, ist mit einer Schiffsreise zu vergleichen. Nach dem durch die städtische Volksabstimmung ausgelösten Untergang der «MS Belvedere» folgt jetzt die neue «MS Stadt Zug». Diese wird jetzt vom Regierungsrat auf eine Schiffsreise geschickt, auf die er fortan keinen Einfluss mehr hat. Wenn nämlich die Taue einmal gelöst sind, fährt das Schiff alleine weg. Die Kontrolle haben jetzt die demokratisch gewählten Offiziere – nämlich der Stadtrat – und die Mannschaft, der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug. Wenn jetzt also die Linke die Abschreibung der Motionen verzögern will, bleibt dieses Boot einfach am Ufer vertäut, und die hoffnungsvolle Reise kann nicht beginnen. Alle kennen aber das Sprichwort «Reisende soll man nicht aufhalten», das umgesetzt bedeutet: Gut ausgerüstete und geladene Boote sollen nicht im Hafen bleiben, sondern auslaufen – und zwar *subito,* weil jedes Warten am Hafen Gebühren und Kosten verursacht.
Die Offiziere der Stadt Zug, der Stadtrat, hat – wie gehört – den Bebauungsplan *telquel* verabschiedet und den kantonalen Stellen zu Vorprüfung eingereicht. Diese Reise wird nun zwei, drei Monate auf offener See dauern, man wird das Schiff so

lange also nicht sehen. Dann werden die aktuellen Kommandanten auf der Brücke der versammelten GGR-Mannschaft Bericht und Antrag für die erste Lesung unterbreiten. Dann folgt die öffentliche Auflage, so dass im Januar 2015 der neu gewählte GGR die zweite Lesung vornehmen kann – wobei zu hoffen ist, dass die Begeisterung für eine gemeinsame Schiffreise dannzumal noch da ist. Dass dann das Referendum ergriffen wird, ist selbstverständlich auf dieser langen Schiffreise des Bootes mit dem Bebauungsplan nach den Regeln der christlichen Seefahrt bzw. den bewährten Regeln der Demokratie immer möglich. Zu hoffen ist, dass noch auftauchende tückische Felsen, Stürme und auf den Klippen sitzende Beschwerdeführer mit ihren – gerechtfertigten oder ungerechtfertigten – Störmanövern elegant umfahren bzw. abgewiesen werden können, damit das Schiff sein Ziel erreicht.
Als Mitglied des Grossen Gemeinderates und Stadtzuger Stimmbürger wünscht der Votant der kleinen Nussschale eine gute Reise, gutes Wetter, funktionierende Technik und Navigation, eine aufgestellte Mannschaft und spätestens ab dem 1. Januar 2014 eine Offiziers-Clique an Bord, die diesem für die Entwicklung von Zug-Süd bedeutenden Projekt Sorge trägt. Den beiden hier anwesenden Offiziersaspiranten wünscht der Votant in diesem Sinne «Schiff ahoi» und eine gute Reise.

Urs Raschle: Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die beiden Motionen als erledigt abgeschrieben werden können. Es wurde aufgezeigt, dass der Regierungsrat die entscheidenden Punkte in die Diskussion und in den Bebauungsplan eingebracht hat, womit der Ball nun bei der Stadt Zug und beim GGR liegt. Die CVP gibt aber ihrer Hoffnung Ausdruck, dass gemeinsam ein attraktives, vielschichtiges und gesellschaftlich erfolgreiches Konzept umgesetzt werden kann und dankt dem Regierungsrat, wenn er weiterhin ein Auge auf die Umsetzung der Anliegen oder – mit dem Bild des Vorredners – auf den Kurs des Schiffes haben kann.

Eusebius Spescha muss feststellen, dass Philip C. Brunner seinen Ausführungen nicht richtig zugehört hat. Die SP-Fraktion hat den Regierungsrat nicht kritisiert, sondern ist vielmehr überzeugt, dass dieser gute Arbeit geleistet hat und dass der Bebauungsplan inhaltlich gut aussieht. Sie findet aber den Zeitpunkt der Abschreibung falsch, weil sie – um bei Brunners Bild zu bleiben – sehen möchte, wie das Schiff – und vielleicht auch: welches Schiff – angekommen ist. Es geht also nicht um die Abreise, sondern um die Ankunft des Schiffs, zumal die Hoheit über den Bebauungsplan nicht beim Kantons- oder Regierungsrat, sondern beim Grossen Gemeinderat und letztlich beim Stimmvolk der Stadt Zug liegt. Das Schiff mit dem hoffentlich schönen Bebauungsplan soll um Himmels willen auf die Reise geschickt werden, aber als richtigen Zeitpunkt für die Abschreibung der Motionen erachtet die SP die Ankunft des Schiffs. Als erledigt abschreiben bedeutet ja, dass das Anliegen tatsächlich umgesetzt ist, was im Moment aber noch keineswegs der Fall ist.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass man seit 2007/08 an der schwierigen Aufgabe arbeitet, für das Areal des ehemaligen Kantonsspitals eine gute Lösung zu finden. Das Areal hatte 2005/06, als man den ersten Bebauungsplan diskutierte, einen Wert von weit über 30 Millionen Franken; es gab Angebote bis zu 50 Millionen Franken. Nach dem Scheitern des ersten Bebauungsplans und auf dem Hintergrund der Motionen, die eingereicht wurden, entschied man, fortan keine Gewinnmaximierung, sondern eine Gewinnoptimierung anzustreben. Mittlerweile kostet das Areal pro Jahr gegen 2 Millionen Franken Aufwand, und sein Wert für den Kanton liegt bald bei Null.
Wichtig ist nun aber, was mit dem Areal geschieht. Dazu hat Vroni Straub-Müller eigentlich schon alles gesagt, der Baudirektor möchte aber in einigen Punkten

nachdoppeln. Um das Anliegen der FDP-Motion zu erfüllen, hat man sich – nach entsprechenden Gesprächen – im Rahmen des Bebauungsplans von luxuriösen Wohnungen, die natürlich Geld in die Kasse gespült hätten, verabschiedet, um den betreffenden Raum für Alterswohnungen und betreutes Wohnen im Alter zur Verfügung zu stellen, kombiniert mit einem Hotel- und Restaurantbetrieb, dies aber in einem kleinen Rahmen, um die bestehende Zuger Hotellerie nicht zu konkurrenzieren. Das Anliegen der teilerheblich erklärten FDP-Motion ist also vollumfänglich erfüllt. Ebenso erfüllt ist das Anliegen der SP-Motion, indem Baufelder für preisgünstiges Wohnen und Wohnen für mittlere Einkommen vorgesehen und im Bebauungsplan entsprechend festgehalten sind. Was soll der Kanton nun noch tun? Die Zuständigkeiten – das muss nicht weiter ausgeführt werden – sind klar. Natürlich liegt die Vorprüfung noch in der Zuständigkeit des Kantons. Dabei werden aber keine materiellen Änderungen vorgenommen, sondern nur geprüft, ob alles gesetzeskonform ist – was nach den langen Diskussionen sicher der Fall sein wird. Dann geht der Bebauungsplan zurück an den Stadtrat und von dort in den Grossen Gemeinderat. Der Kanton hat da keine Einflussmöglichkeiten mehr. Selbst bei der abschliessenden Genehmigung durch den Regierungsrat kann dieser inhaltlich nichts verändern, sondern nur eine Rechtskontrolle machen. Materiell hat der Kanton seine Möglichkeiten also ausgeschöpft, und der Regierungsrat hat die Aufträge, die ihm mit den Motionen erteilt wurden, erfüllt. Die Motionen können heute also als erledigt abgeschrieben werden, der Ball liegt nun bei der Stadt. Mit der Abschreibung zuzuwarten, allenfalls bis das Resultat einer Volksabstimmung vorliegt, ändert daran nichts. Vor dem Vorschlag, der Bebauungsplan hätte der Vorlage beigelegt werden können, ist zu warnen. Die Stadt würde das kaum goutieren, und möglicherweise wäre es auch rechtlich nicht zulässig, weil nämlich der Kanton bzw. der Kantonsrat damit das städtische Verfahren präjudizieren würde.
Die Anliegen der Motionen sind also hundertprozentig umgesetzt. Vor diesem Hintergrund kann man nun das Schiff – es ist nicht eine kleine Nussschale, wie Philip C. Brunner gesagt hat, sondern ein grosser Dampfer – getrost losfahren lassen.

➔ Der Rat schreibt die teilweise erheblich erklärte Motion der SP-Fraktion betreffend Verkauf des Areals des ehemaligen Kantonsspitals mit 50 zu 13 Stimmen als erledigt ab.

➔ Der Rat schreibt die teilweise erheblich erklärte Motion der FDP-Fraktion betreffend mehr Wohnraum für den Mittelstand in Zug – betreutes Wohnen auf dem Areal des ehemaligen Kantonsspitals mit 64 zu 0 Stimmen als erledigt ab.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

69. Sitzung: Donnerstag, 27. März 2014 (Nachmittag)
Zeit: 13.45 – 17.25 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

1028 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Irène Castell-Bachmann, Zug; Beat Wyss, Oberägeri; Gabriela Ingold, Unterägeri; Gloria Isler und Heini Schmid, beide Baar; Christoph Bruckbach, Cham; Thomas Villiger, Hünenberg; Monika Weber, Steinhausen.

TRAKTANDUM 4
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

1029 Traktandum 4.1: **Motion von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Entschädigung von Mitgliedern des Regierungsrats vom 10. März 2014 (Vorlage 2373.1 - 14632)**

Thomas Wyss stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Die zwei Mitglieder der Ratslinken leisten hier einen Beitrag zur Neiddebatte. Der fast schon genüssliche Verweis auf das Gehalt und die Spesenvergütung der Regierung unterstreicht das unmissverständlich.
Der zweite Satz von § 5 scheint bei der Ratslinken ausgesprochen verhasst zu sein. Schon als das fragliche Gesetz am 30. November 1989 im Kantonsrat verhandelt wurde, stellte der damalige Kantonsrat Hanspeter Uster einen entsprechenden Streichungsantrag. Der Rat schmetterte den Antrag ab, nachdem der damalige Stawiko-Präsident U. B. Wyss begründet hatte: «Die umschriebenen Mandate stellen eine besondere, über das Normale hinausgehende Tätigkeit dar. Wenn wir daran interessiert sind, dass Regierungsräte solche Mandate übernehmen, müssen wir ihnen die Sitzungsgelder überlassen.»
Diesen Worten ist auch nach fast 25 Jahren nichts beizufügen – ausser die Aufforderung, diese Neid-Motion nicht zu überweisen und der bisherigen, fairen und massvollen Lösung treu zu bleiben.

Eusebius Spescha ist überrascht, dass ausgerechnet die SVP einen Antrag auf Nichtüberweisung der Motion stellt. Vor einigen Wochen wurde schweizweit intensiv darüber debattiert, welche Funktionen zusätzlich zu einem Regierungsamt entschädigt werden sollen oder nicht, und da hat explizit die SVP an vorderster Front mitgewirkt, zusätzliche Entschädigungen in Frage zu stellen, und die Meinung vertreten, mit einem Regierungsratsgehalt seien zusätzliche Funktionen genügend

entschädigt. Erstaunlich ist auch der Verweis auf eine Debatte, die 25 Jahre alt ist und zu einem Zeitpunkt geführt wurde, als die Stellung und Gehalt eines Regierungsrats völlig anders waren als heute. Damals war das Amt des Regierungsrats noch ein Nebenamt und deutlich tiefer entschädigt. Auf dem Hintergrund der vor einigen Wochen öffentlich geführten Debatte ist es sinnvoll, auch hier darüber zu diskutieren, wie das im Kanton Zug gehandhabt wird und ob die entsprechende Handhabung noch gerechtfertigt ist oder nicht.
Die Motionäre haben mit ihren Vorstössen bewusst zugewartet und sie nicht in der Woge der Empörung eingereicht, die damals durch das Land ging; politisch wäre das sicher interessanter gewesen. Die Motionäre sind aber überzeugt, dass im Kanton Zug die Gesetze eingehalten werden und deshalb die Debatte sachlich unabhängig von jenem emotionalen Aufwisch erfolgen sollte. Die Vorstösse sind also nicht aus einer Neiddiskussion heraus entstanden, sondern aufgrund der heute deutlich anderen Verhältnisse. Es ist wichtig, die geltenden Regeln zu hinterfragen und darüber zu diskutieren, ob die nach 25 Jahren noch zeitgemäss sind.
Warum wurden eine Motion und gleichzeitig auch ein Postulat *(siehe Ziff. 1031)* eingereicht? Bei der Motion geht es um ein Gesetz, das in der Verfügungsgewalt des Kantonsrats liegt. Beim Postulat hingegen geht es um einen Bereich, der nicht dem direkten Einfluss des Kantonsrats unterstellt ist; hier wird die Regierung ersucht, interkantonal entsprechend vorstellig zu werden.
Der Votant bittet den Rat, dem Antrag der SVP-Fraktion nicht zu folgen, sondern beide Vorstösse an den Regierungsrat zu überweisen, damit zu gegebener Zeit über diese Frage diskutiert werden kann.

➔ Der Rat überweist die Motion mit 46 zu 18 Stimmen an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1030 Traktandum 4.2: **Postulat von Manfred Wenger betreffend Domain-Name «www.name.zug» vom 19. Februar 2014 (Vorlage 2364.1 - 14602)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1031 Traktandum 4.3: **Postulat von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Streichung von Sitzungsgeldern bei interkantonalen Gremien vom 10. März 2014 (Vorlage 2374.1 - 14633)**

Thomas Wyss stellt auch hier namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** das Postulat nicht zu überweisen. Hauptbegründung ist auch hier, dass es um Sonderleistungen geht, die auch gesondert zu entlöhnen sind. Dazu kommt, dass die im interkantonalen Vergleich anständig bezahlten Zuger Regierungsräte nicht verpflichtet werden sollten, in den entsprechenden Gremien eine Forderung zu stellen, die weniger gut situierten Kollegen ans Portemonnaie gehen kann. Das schafft keinen Goodwill. Auf Goodwill jedoch ist der Kanton Zug angewiesen.

Eusebius Spescha hat die Argumentation der SVP schon verschiedentlich nur mit Mühe verstanden, heute aber macht sie es ihm besonders schwer. Gerade die SVP hat in der Diskussion, die vor einigen Wochen viele Leute bewegte, den Standpunkt vertreten, das gehe so nicht. Die Frage sollte tatsächlich geprüft werden, zumal sich hier die Situation noch viel drastischer geändert hat. In den letzten zwanzig Jahren sind die meisten Kantons dazu übergegangen, ihre Regierungen vernünftig

zu entlöhnen; wenn möglicherweise Appenzell Ausserrhoden das nicht tut, ist das deren Problem. Es ist heute auch ein selbstverständlicher Teil der Tätigkeit eines Regierungsmitglieds, in interkantonalen Konferenzen mitzuarbeiten. Da macht es doch keinen Sinn mehr, wenn die Kantone Geld nach Bern in diese Konferenzen bezahlen, das dann wieder auf einzelne Regierungsräte verteilt wird. Sinnvoll wäre es hingegen, wenn der Kanton Zug, der diesbezüglich vernünftige Regelungen hat, dieses Anliegen auf nationaler Ebene einbringen könnte.

➔ Der Rat überweist das Postulat mit 48 zu 17 Stimmen an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1032 Traktandum 4.4: **Interpellation von Manfred Wenger zur Beantwortung der Kleinen Anfrage betreffend Polizeikontrolle vom 7. Januar 2014 im Brüggli, Zug, vom 12. Februar 2014 (Vorlage 2362.1 - 14582)**

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** beantwortet die Interpellation mündlich.
• Antwort auf Frage 1 *(«Ist der Badebetrieb länger als die Saison?»),* Frage 2 *(«Findet ein Badebetrieb ohne Badende statt?»),* Frage 3 *(«Tangiert ein Hund an der Leine auf dem Kiesweg den Badebetrieb?»)* und Frage 4 *(«Sehen Sie die Anzeigeerstattungen immer noch als gerechtfertigt?»):* Die Regelung des Badebetriebs im Gebiet Brüggli fällt in die Zuständigkeit der Stadt Zug, genauso wie die Beurteilung und Sanktionierung, wenn die städtische Badeordnung verletzt wird. Das Hundeverbot ist ganzjährig ausgeschildert und nicht zeitlich oder saisonal beschränkt. Die Anzeigen gegen den Verstoss der Badeordnung sind aus Sicht der Regierung also korrekt erfolgt. Es gibt für die Strafverfolgungsbehörden diesbezüglich keinen Ermessensspielraum, sonst würden sie sich der Begünstigung strafbar machen.

• Antwort auf Frage 5 *(«Sie erwähnen des Weiteren den Choller und verweisen auf Seeufer- und Naturschutzgebiete. Der Gesetzgeber spricht von Naturschutzzonen A und B. In der Zone A ist ziemlich alles verboten, die Zone B ist lediglich eine Schutzzone der Zone A, damit keine Emissionen wie Dünger auf die Zone A gelangen können. Stimmen diese Aufführungen?»):* Diese Ausführungen des Interpellanten sind im Prinzip richtig. In den Paragrafen 6 bis 8 des Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz vom 1. Juli 1993 (BGS 432.1) sind die Zonen A und B definiert. In der Zone A ist alles untersagt, was den besonderen Charakter des Gebiets beeinträchtigt oder Pflanzen und Tiere gefährden könnte. Die Zone B schützt die Zone A vor schädigenden und störenden Einflüssen. Das können Dünger, aber auch bauliche Eingriffe oder beispielsweise Lärm- und Lichtimmissionen betreffen.

• Antwort auf Frage 6 *(«Verfügen Sie über eine von der Legislative genehmigte Aufteilung der Naturschutzzonen A und B für den Choller? Falls Ja: Können Sie der Beantwortung der Interpellation ein Exemplar beifügen? Falls Nein: Auf welcher Rechtsgrundlage wollen Sie Bussen verteilen, ohne Differenzierung der Zonen A und B?»):* Die kantonalen Naturschutzgebiete werden im Rahmen der Richtplanung vom Kantonsrat festgelegt. Für die Bestimmung gemeindlicher Zonenpläne sind die Gemeinden zuständig. Die aktuellen Richt- und Zonenpläne sind in den jeweiligen Rechtssammlungen publiziert. Zudem sind alle Naturschutzgebiete im Kanton, eingeteilt in Zone A und B, auf www.zugmap.ch ersichtlich. Die Unterteilungen der Schutzzonen in Typ A oder B werden von den zuständigen Exekutiven auf der Grundlage von fachlichen Expertisen beschlossen. Der Regierungsrat hat die Typisierung der kantonalen Schutzgebiete im Choller schon vor vielen Jahren festge-

legt. Welche Übertretungen in einer Zone Typ A mit Ordnungsbussen belangt werden können, führt der Bussenkatalog des Übertretungsstrafgesetzes vom 23. Mai 2013 (BGS 312.1-A1) unter Ziff. 4 abschliessend auf.

• Antwort auf Frage 7 *(«Wären Nachtpatrouillen in einbruchgefährdeten Wohnquartieren nicht sinnvoller?»):* Der Kantonsrat hat sich mit der Frage von Polizeipatrouillen in Wohnquartieren im Rahmen des nicht erheblich erklärten Postulats von André Wicki und Manuel Brandenberg am 12. Dezember 2013 bereits befasst. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort auf das Postulat vom 29. Oktober 2013 (Vorlage 2211.1 - 14221) ausführlich dazu Stellung genommen. Darum folgt an dieser Stelle nur eine kurze Erläuterung.
Der Kampf gegen Einbrüche bildet seit Jahren ein Schwergewicht bei der Zuger Polizei. Die Polizei reagiert darauf mit einem Bündel von aufeinander abgestimmten präventiven und repressiven Massnahmen. Neben der prioritären Präsenz im öffentlichen Raum erbringt sie wichtige Informations-, Ermittlungs- und Aufklärungsleistungen. Erst das Zusammenwirken aller Instrumente garantiert den Erfolg.
Die Polizei führt parallel mehrere Aufgaben aus, die nicht vernachlässigt werden dürfen. So ist sie im öffentlichen Interesse verpflichtet, den Schutz von Pflanzen und Tieren zu gewährleisten und entsprechende Verbote durchzusetzen. Gleichzeitig muss die Polizei einem Verdacht auf Straftaten grundsätzlich nachgehen. Im Fall Brüggli intensivierte sie darum die Kontrollen im Bereich der Badeanstalt nach eingegangenen Meldungen aus der Bevölkerung.

Interpellant **Manfred Wenger:** Am 7. Januar 2014 um 07.30 Uhr passten zwei hochmotivierte Polizeiassistenten auf dem Badeplatz Brüggli Hündeler ab. Man munkelt, sie hätten sich hinter Büschen versteckt und seien dann im Dunkeln vor die Bürger mit ihren Hunden gesprungen. Dass die Hunde die Polizeiassistenten nicht angegriffen haben, war wohl Glück oder lag an den in den allermeisten Fällen gut sozialisierten Hunden. Die Bürger wurden zuerst nach dem Betretungsverbot «Naturschutzzone A» gebüsst. Nach ersten Interventionen des Votanten zu dieser «Razzia am Zugersee» wurden die Bussen zurückgezogen und die Bürger beim Polizeiamt Zug angezeigt. Die Begründung der Anzeigen: Ganzjähriges Betretungsverbot für Hunde gemäss Badeordnung. Die Badeordnung beginnt mit «Diese Badeordnung regelt den Badebetrieb […].» Auf der Homepage der Stadt Zug steht: «Saisonbeginn ist in der Regel Mitte Mai.» Deshalb stellte der Interpellant die Fragen 1 bis 4, welche ein zentraler Aspekt der Interpellation waren. Diese Fragen wurden leider nicht richtig beantwortet. War ein Hundeverbot im Winter der Wille des Gesetzgebers? Oder wollte der Gesetzgeber den Badebetrieb im Sommer regeln? Wie auch immer: In den Augen des Votanten ist das Ganze eigentlich ein Witz, welcher von der Exekutive vollführt wurde. Hat die Zuger Polizei das Verbrechen im Griff? Wenn ja, kann sie durchaus eine Razzia gegen Bürger – im Winter und auf einem leeren Badeplatz – durchführen. Die so kriminalisierten Bürger haben ja ein Rechtsmittel.
Für den Interpellanten ist die Sache fast erledigt: Er beantragt Kenntnisnahme. Parlamentarische Folgevorstösse folgen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

1033 Traktandum 4.5: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Jugendliche und öffentlicher Verkehr im Kanton Zug vom 19. Februar 2014 (Vorlage 2365.1 - 14603)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1034 Traktandum 4.6: **Interpellation von Mario Reinschmidt und Monika Weber betreffend sichere Strassen um Steinhausen vom 20. Februar 2014 (Vorlage 2366.1 - 14604)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1035 Traktandum 4.7: **Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend den Auswirkungen der Annahme der «SVP-Masseneinwanderungsinitiative» für die Menschen und die Wirtschaft im Kanton Zug vom 4. März 2014 (Vorlage 2369.1 - 14619)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1036 Traktandum 4.8: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Gemeinwohl ja – Tiefsteuerpolitik adé vom 7. März 2014 (Vorlage 2371.1 - 14630)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1037 Traktandum 4.9: **Interpellation von Daniel Stadlin betreffend kostendämpfende Massnahmen im Finanzhaushalt des Kantons Zug vom 9. März 2014 (Vorlage 2372.1 - 14631)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1038 Traktandum 4.10: **Eingabe von S. vom 10. März 2014**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass gemäss Ziff. 1. 2 des Kantonsratsbeschlusses über die Behandlung von Oberaufsichtsbeschwerden durch den Kantonsrat vom 24. Februar 2005 (BGS 141.3) eine Überweisung an die Justizprüfungskommission zur Vorprüfung und Antragstellung an den Kantonsrat erfolgt. Der Parlamentsdienst hat S. am 11. März 2014 eine Eingangsbestätigung gesandt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 11

1039 Motion der Kommission Polycom zum Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM

Es liegen vor: Motion (2124.1 - 14012); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2124.2 - 14592).

Markus Jans nimmt als Präsident der damaligen Ad-hoc-Kommission Polycom Stellung zur Antwort des Regierungsrats. Am 17. März 2014 hat er die damaligen Mitglieder der Kommission um eine Stellungnahme zur Motionsantwort des Regierungsrats gebeten. Drei Kommissionsmitglieder äusserten sich negativ zur Motionsantwort. Sie bemängeln ziemlich alles. So sei die Forderung der Motion in keiner Weise erfüllt, es seien keine Fristen genannt, und zur eigentlichen Forderung der Motion seien keine Aussagen gemacht worden. Drei Kommissionsmitglieder äusserten sich positiv zur Motionsbeantwortung. Aber auch hier gab es Kritikpunkte, insbesondere was die Dauer der Motionsbeantwortung betrifft. Tatsächlich hätte die Motion eigentlich schon Ende 2012 beantwortet werden müssen, und jetzt ist doch schon Ende März 2014.
Die Kommission verlangte mit ihrer Motion, dass der Wildwuchs von Kommunikationssystemen unterbunden und vereinheitlicht werden soll. Wenn der Regierungsrat meint, dass mit POLYCOM der Wildwuchs unterbunden wird, ist das wahrscheinlich etwas blauäugig. Zu den einzelnen Antworten:
• In der Antwort zu Punkt 2 fehlt eine klare Aussage, was der Regierungsrat konkret tun wird. Es fehlt also die Strategie und damit eine Aussage zum Grundanliegen der Motion. Der Regierungsrat zeigt zwar auf, dass er die Revision des Notorganisationsgesetzes an die Hand nehmen wird. Darin will er die Koordination der IKT-Mittel der Notorganisation gesetzlich verankern. Das alleine genügt aber nicht.
• Antwort zu Punkt 3 und 5: Von den Kommissionsmitgliedern, die auf die Anfrage des Kommissionspräsidenten antworteten – das sind sechs von fünfzehn –, wurde positiv zur Kenntnis genommen, dass der Kanton Zug gegenüber dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz sein Interesse an der Mitwirkung bei einem Pilotversuch mit einer Breitbandtechnologie angemeldet hat.
Die Meinung der Kommission ist so unterschiedlich ausgefallen, wie der Bericht eben wahrgenommen wird. Eine klare Kommissionsmeinung kann der Votant daher nicht abgeben. Auch in der SP-Fraktion wurde das Thema kontrovers diskutiert. Die SP ist mit dem Ansatz zur Revision des Notorganisationsgesetzes einverstanden. Sie erwartet aber eine klare Strategie, wie von der Kommission gefordert. Sie erwartet vertiefte Aussagen, wie die Strategie umgesetzt werden soll, wie der Terminplan aussieht und mit welchen Kosten die Umsetzung der Strategie verbunden ist. Sofern der Sicherheitsdirektor in seinem Votum dazu verlässliche Aussagen abgeben kann, wird die SP-Fraktion der Motionsbeantwortung zustimmen.

Martin Stuber hat die angenehme Aufgabe, die vom damaligen Kommissionspräsidenten erwähnte, «ziemlich alles» umfassende Unzufriedenheit mit der Motionsantwort noch etwas auszudeutschen. Mit der Vorlage 2124.2 wird die Saga um die 19,2 Millionen Franken teure POLYCOM-Investition um ein Kapitel reicher. Ein kurzer Blick zurück: Die Kommission zur Behandlung des POLYCOM-Geschäfts hat damals – wohl aus einem gewissen Unbehagen gegenüber dem Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM – diese Motion eingebracht. Sie wurde im März 2012, noch vor der Debatte der Vorlage, vom Kantonsrat überwiesen. Dieses Unbehagen drückte sich während der Ratsdebatte vom 3. Mai 2012 auch darin aus, dass ein Rückweisungsantrag an die Kommission ziemlich knapp mit 35 zu 29 Stimmen abgelehnt wurde;

ein Antrag der SVP-Fraktion, diesen Beschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen, wurde noch knapper, nämlich mit 34 zu 30 Stimmen, abgelehnt. Die Motionserfüllung war terminiert auf Ende 2012. Mit der Vorlage 2259 vom 14. Mai 2013 – also ein Jahr später – erbat der Regierungsrat eine Fristerstreckung bis Ende Mai 2013. Das hat die Stawiko in ihrem Bericht vom 5. Juni 2013 zur Feststellung veranlasst, dass sie «die Motionsbeantwortung mit dem nächsten Versand von Kantonsratsvorlagen» erwarte. Nun, das Datum der jetzt vorliegenden Vorlage ist der 18. Februar 2014. Die Erwartung der Stawiko wurde also arg enttäuscht – und es stellt sich die Frage: Wie ernst nimmt die Regierung eigentlich den Kantonsrat, wenn sie mit klar gesetzten Terminen so umgeht? Die Begründung für die Verzögerung war damals bei der Fristerstreckung die gleiche wie jetzt in der Vorlage auf Seite 4 unter dem Titel «Aktuelle Entwicklungen beim Bund», nämlich: «Das Gesamtkonzept SIKom SVS ist ein zukunftsorientierter Ansatz für die Realisierung einer kompatiblen, durchgängigen, krisentauglichen IKT-Infrastruktur und somit eine wichtige Grundlage für die Planungen auf kantonaler Stufe.» Und weiter: «Für die Beantwortung der Motion wurde aufgrund dessen die Vorstellung des Gesamtkonzeptes abgewartet.» («SIKom SVS» steht für «Sichere in allen Lagen verfügbare Informations- und Kommunikations-Services [SIKom] zur Kooperationsunterstützung der Partner im Sicherheitsverbund Schweiz [SVS] mit der Priorität in der Bewältigung natur- und zivilisationsbedingter Katastrophen und Notlagen».) Und nun die Frage: Finden sich in der vorliegenden Motionsbeantwortung irgendwelche sichtbaren und bedeutungsvollen Inputs und Erkenntnisse aus diesem Gesamtkonzept des Bundes? Der Votant hat nichts gefunden, ausser vielleicht dass auf Stufe BORS auf WiMAX verzichtet werde; woher diese Erkenntnis kommt, ist aus der Vorlage allerdings nicht klar ersichtlich.

Die lange Verzögerung ist also nicht begründet, und es stellt sich die Frage an den Sicherheitsdirektor: Warum hat das so lange gedauert? Liest man dann die Vorlage, kratzt man sich schon ein bisschen am Kopf und stellt ernüchtert fest, dass die Regierung geschlagene vierzehn Monate über die angesetzte Frist hinaus benötigt hat, um dem Kantonsrat mitzuteilen, dass sie weiter gehen und gleich eine IKT-Planung Notorganisation Zug erarbeiten wolle. Damit sagt sie implizit natürlich auch, dass sie den auf Ende 2012 terminierten Auftrag in der Kommissionsmotion nicht erfüllt.

Was war die Motivation für diese Motion? Im damaligen Kommissionsbericht heisst es: «Dazu wurde argumentiert, dass sich die Funkgeschichte auch im Kanton Zug weiter entwickelt. Insbesondere gelte es über den Tellerrand hinaus zu schauen und die Entwicklung von POLYCOM zu begleiten und sich dabei eigenes Know-how zu erarbeiten.» Ist nun aus dieser Vorlage ein solches «eigenes Know-how» herauszulesen? Man nehme beispielsweise die Ist-Analyse, welche der Regierungsrat im Jahr 2013 «bezüglich der gesamten Informations- und Kommunikations-Technik-Systeme der Partnerorganisationen und Führungsorgane des Kanton Zug für die Ereignisbewältigung im Alltag, bei Grossereignissen, Katastrophen und Notlagen durchgeführt» hat. Diese Ist-Analyse besteht aus einer Aufnahme der «Ist-Situation im Kanton Zug» (Kapitel 2). Eine *Analyse* dieser Ist-Situation sucht man in der Vorlage aber vergebens. Die einzige substanzielle Aussage, nämlich dass sich «eine Schwachstelle bei der bestehenden IKT-Führungsinfrastruktur vor allem in Bezug auf die Bewältigung von Grossereignissen, Katastrophen und Notlagen zeigt», ist schon lange bekannt; diese Erkenntnis stand schon in der Vorlage für POLYCOM. Schaut man sich dann die Tabelle an, welche die Ist-Situation abbildet, müsste eine Analyse, die diesen Namen verdient, beispielsweise die Frage beantworten, wie sich die Tatsache auswirkt, dass in diversen Partnerorganisationen nur die Leitung über POLYCOM verfügen wird. Eine Ist-Analyse müsste auch die Defizite in der Funktionalität der Kommunikationsmittel – sprich: den Handlungsbedarf, mit

Priorisierungen – eruieren, und die Funkstrategie muss dann den Weg zur Behebung dieser Defizite aufzeigen. Auch davon liest man nichts in dieser Vorlage. Und noch einige Anmerkungen zur Beantwortung der Punkte 1 bis 5:
• Zum «Wildwuchs»: Wenn der Kanton ein Gesetz machen muss, um die Koordination der IKT-Mittel der Notorganisation zu gewährleisten, dann leuchtet wohl nicht nur beim Votanten ein rotes Lämpchen auf. Wenn es *dafür* ein Gesetz braucht, dann gibt es bei der Notorganisation offensichtlich ein ziemlich grosses Problem. Der Votant frägt sich auch, ob es nicht mit Wildwuchs zu tun hat, wenn die Zuger Polizei kürzlich flächendeckend mit iPhones ausgerüstet wurde, mit 330 Smartphones mit Breitbandverbindung.
• Von einem Konzept für Daten-/Breitbandfunknetze für die Blaulichtorganisationen kann zum heutigen Zeitpunkt keine Rede sein. Dabei wäre es sicher sinnvoll, wenn analysiert wird, wer wann wofür Breitband und Datenfunk benötigt und wie der Weg zur Befriedigung dieser Bedürfnisse aussieht. Das abzuklären, war eines der zentralen Anliegen der Motion. Aber auch dazu findet man in der Vorlage nichts.
• Positiv ist, dass sich Zug für einen Pilotbetrieb bewirbt – aber Achtung: dies erst nach Abschluss des Projekts POLYCOM. Und das dauert gemäss einer Aussage von Regierungsrat Beat Villiger in der «Neuen Zuger Zeitung» vom 18. März noch bis ins dritte Quartal 2015. Der Votant wurde damals kritisiert, weil er zu prophezeien gewagt hatte, dass POLYCOM eh nicht vor 2014 kommen werde. Und jetzt liest man *en passant* in der Zeitung – in der Vorlage steht auch davon nichts –, dass es sogar bis ins dritte Quartal 2015 dauert. Im erwähnten Zeitungsartikel wird übrigens auch das Funkloch in Neuheim erwähnt. Dazu ist zu ergänzen, dass der Neuheimer Gemeinderat keine Baubewilligung erteilte und das Land für die geplante POLYCOM-Antenne der Gemeinde Neuheim gehört. Es ist etwas seltsam, dass die Regierung nun Beschwerde gegen diese Verweigerung der Baubewilligung einlegt, denn die Gemeinde wird mit ihrem Land doch wohl machen können, was sie will. Oder gibt es irgendwo ein gesetzlich verankertes Recht auf eine POLYCOM-Antenne? Die geplante Antenne wird übrigens riesig, der Votant hat die Pläne einsehen können.
Und zu guter Letzt: Ein ganz wichtiger Punkt sind auch die Kosten. In der Motion wird dementsprechend verlangt, dass eine Kosteneinschätzung gemacht wird. Auch diese fehlt.
Eigentlich sollte diese Vorlage an den Regierungsrat zurückgewiesen werden, denn der Motionsauftrag wurde in keiner Art und Weise erfüllt ist. Der Votant macht aber einen konstruktiven Vorschlag und frägt den Sicherheitsdirektor, ob er bereit ist, den Motionsauftrag bis Ende 2014 zu erfüllen. Je nach Antwort behält sich der Votant vor, einen Antrag auf Erheblicherklärung mit dem Zusatz zu versehen, dass der Motionsauftrag bis Ende Jahr zu erfüllen sei.
Zum Schluss noch eine Frage zum Stand von POLYCOM im Kanton Zug: Die Angst, in einem Meer von POLYCOM-Kantonen eine einsame, von der interkantonalen Kommunikation abgeschnittene Insel zu sein, dürfte am 3. Mai 2012 nicht wenige Kantonsratsmitglieder dazu bewogen haben, der POLYCOM-Vorlage zuzustimmen. Der Votant hat damals gesagt, dass mit einer Übergangslösung, welche den Zuger Polizeifunk mit dem POLYCOM der umliegenden Kantone verbindet, dieses Problem umgangen werden könnte. Davon wollte der Rat aber nichts wissen. Nun ist dem Votanten aufgefallen, dass auf der grossen Antenne auf dem Polizeigebäude drei grosse, graue Kästen montiert sind. Und dem Vernehmen nach kann die Zuger Polizei beispielsweise mit der Zürcher Polizei, die auf der A4 in den Kanton Zug hereinfährt, funken, obwohl diese ja POLYCOM haben. Der Votant frägt den Sicherheitsdirektor: Ist das nun die damals angesprochene Übergangslösung?

Philip C. Brunner spricht für die SVP-Fraktion. Er hat wie Martin Stuber nochmals die alten Protokolle durchgesehen und dabei festgestellt, dass die Geschichte von POLYCOM im Kanton Zug eher eine Komödie denn eine Saga ist. Er dankt der Regierung für ihren Bericht und Antrag. Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich bereit, für die Verbesserung der Sicherheit sinnvoll Geld zu investieren. Man schickt keine Feuerwehr mit löcherigen Schläuchen auf den Brandplatz, und auch eine Armee ohne rund um die Uhr einsatzfähige Flugwaffe hat im heutigen Umfeld vermutlich bereits verloren. Sicherheit kostet immer Geld, sogar sehr viel Geld, aber man verbessert mit diesen Investitionen die Leistungsfähigkeit der Einsatzkräfte auf allen Stufen. Das ist eine Grundhaltung der SVP-Fraktion. Wenn sie sich kritisch mit einer Beschaffung wie POLYCOM auseinandersetzt, dann geht es ihr nur um die Sache. Es liegt ihr fern, auf dem Rücken von Polizei etc. irgendwelche politischen Spielchen zu spielen. Der Votant war damals als Mitglied der vorberatenden Kommission mit POLYCOM eigentlich sehr zufrieden. Hinter der jetzt zur Diskussion stehenden Motion, die in der Kommission recht knapp beschlossen wurde, vermutet er politische Motive. Der SVP aber ging es immer nur um die Sache.
Was Martin Stuber ausgeführt hat, ist teilweise ziemlich brisant, und der Votant selbst kommt aufgrund seiner eigenen Informationslage zu ähnlichen Schlüssen. Der damalige Entscheid wurde leider auch aus politischen Gründen gefällt, und er war falsch. Das wissen die Befürworter heute. Und wenn sie es noch nicht verstanden haben sollten, so kann ihnen der Votant garantieren: Der Kanton Zug wird noch sein POLYCOM-Debakel erleben. Im «Boten der Urschweiz» konnte man kürzlich lesen, wie es dann gehen könnte. Der Votant ist überzeugt, dass man viel Zeit und vermutlich auch Geld hätte sparen können, wenn man damals dem Vorschlag für eine Übergangslösung, genannt «POLYCOM light», gefolgt wäre. Es wird interessant sein, vom Sicherheitsdirektor zu hören, ob möglicherweise die Spezialisten mittlerweile zu ähnlichen Schlüssen gekommen sind und ob nicht «POLYCOM light» heute bereits läuft, ohne dass der Kantonsrat etwas davon weiss.
Seit dem Eingang der Motion sind – wie gehört – bald zwei Jahre vergangen, und aus den Medien weiss man unterdessen, was angeblich abhörsichere Systeme wert sind; Edward Snowden hat der Welt die entsprechenden technischen Möglichkeiten aufgezeigt, sei der Gegner nun die NSA oder sei er «rot», wie abgehörte Telefongespräche im Rahmen des russischen Überfalls auf die Krim zeigten. In der damaligen Kommission hörte man vage von den Versuchen mit LTE-Technik, welche einmal die 3G-Technik ablösen werde. In der Zwischenzeit wurde 4G eingeführt, und bereits soll das System 5G geplant sein, womit bis zu tausendmal grössere Datenpakete verschickt werden können. Man muss sich in Erinnerung rufen, dass POLYCOM technisch auf dem Stand von Natel C ist. Da kann man Pilotversuche machen, so viele man will – die Technik ist überholt.
Die Antwort des Regierungsrats beweist, dass er den Auftrag der Kommission gar nicht verstanden hat. Die nun vorliegende Antwort hätte die Kommission schon damals auch selber schreiben können, dies erst noch viel schneller. Die SVP-Fraktion stellt daher den **Antrag,** die Antwort an den Absender zurückzuweisen, dies mit der Aufforderung, zuerst einmal die Motion zu erfüllen und sie nicht eigenmächtig umzuinterpretieren oder abzuändern, wie es hier geschehen ist. Die Antwort zeigt im Weiteren, dass die Anforderungen an ein künftiges Breitband-Funksystem nach wie vor nicht definiert sind und der Regierungsrat schon bei den Entscheidungsgrundlagen völlig im Dunkeln tappt. Sehr seltsame Vorstellungen bestehen offenbar über die Kommunikationsbedürfnisse in ausserordentlichen Lagen. Ohne darüber Gedanken zu verlieren, wird weiterhin einem monolithischen POLYCOM-System gehuldigt. Da nun ab 2015 praktisch alle kritischen Verbindungen über ein und dasselbe System, nämlich POLYCOM, abgewickelt werden sollen, schafft man ein

enormes Risiko, nämlich dass bei einem POLYCOM-Ausfall gar keine Verbindungen mehr zur Verfügung stehen. Man wird dann wohl auf die 330 iPhones zurückgreifen, die im Korps der Zuger Polizei verteilt wurden. Diese Idee ist im Übrigen alles andere als neu. Sie wurde schon vor zwei Jahren vorausgesagt, weil nämlich auch die Stadtpolizei Zürich in allen ihren Autos eine entsprechende Einrichtung eingebaut hat.
Um Verbindungen im Katastrophenfall sicherzustellen, darf man nicht auf ein einziges System setzen, selbst wenn dessen Ausfallwahrscheinlichkeit klein ist. Wie lautet Murphy's Gesetz: «Whatever can go wrong, *will* go wrong.» Richtig wäre eine Mehrzahl von Verbindungen mit unterschiedlichen Technologien. Es war und ist ein gravierender Fehlentscheid – nicht des Sicherheitsdirektors, sondern schon 2001 des VBS –, alles auf eine einzige Karte zu setzen. Und im gleichen Stil soll es nun weitergehen. Der Regierungsrat hat offensichtlich wenig Ahnung, wozu Breitband-Datenfunk-Dienste im Kanton Zug verwendet werden könnten. So wird bei der Beantwortung von Punkt 1 das POLYCOM-System erwähnt, wie wenn es ein Breitband-System wäre. Das ist es – wie alle wissen – nicht. Völlig vertrauensselig, ja naiv, will man jetzt auf einen Systementscheid des Bundes warten. Dabei ist gar nicht gefordert, zum Beispiel mit dem Kanton Schwyz mit hoher Geschwindigkeit per Funk – also mobil – Daten austauschen zu können. Oder doch? Wenn ja: Wo ist die Anforderungsdefinition? Im Katastrophenfall ist Sprechfunk ein Muss, Datenfunk aber ein *Nice-to-have.* Eine Abwicklung dieser Dienste über ein und dasselbe System ist nicht notwendig und keinesfalls wünschenswert. Diese Kommunikationskanäle sind strikt voneinander zu trennen. Die Verfügbarkeit von Sprechfunkkanälen ist lebenswichtig, der Datenfunk nicht.
Es besteht nun die grosse Gefahr, dass nun der fatale Irrweg in Richtung einer «eierlegenden Wollmilchsau» eingeschlagen wird. Statt die Katastrophenverbindungen sicherzustellen, soll jetzt noch die ganze Informatik, die IT, auf den Karren geladen werden: Das ergibt IKT, nämlich K plus IT. Das Resultat wird ein äusserst komplexes und damit äusserst ausfallriskantes Breitband-System sein – vom *verlochten* Geld und von den hohen Projektrisiken ganz zu schweigen. Das VBS lässt grüssen: Es ist ihm gelungen mit dem völlig laienhaft angegangenen Projekt «FIS-Heer» bisher rund 1 Milliarde Franken in den Sand zu setzen. Soll das ein Vorbild für den Kanton Zug sein? Wie kann der Regierungsrat so obrigkeitshörig sein und der vorgegaukelten Kompetenz des Bundes dermassen naiv und blind vertrauen? Der Weg in diese Sackgasse muss gestoppt werden, die Motion darf auf keinen Fall erheblich erklärt werden. Der Votant teilt auch nicht die Auffassung von Martin Stuber, dass sich der Kantonsrat auf irgendwelche Versprechungen des Sicherheitsdirektors verlassen soll. Vielmehr muss das jetzt gestoppt werden, und zwar endgültig. Man darf auch nicht den fatalen Fehler machen, jetzt Durchhalteparolen zu schreien und auf die Zähne zu beissen. Das erinnert sehr an das Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle, wo man ebenfalls lange versuchte, die Sache noch zu retten. POLYCOM darf nicht den gleichen Weg gehen. Als es damals am 5. November um den entsprechenden Budgetkredit und eine Spezialkommission ging, sagte Daniel Thomas Burch als FDP-Fraktionssprecher: «Wo kommen wir hin, wenn wir beginnen, operative Fragen über die Auswahl von Betriebsmitteln der Verwaltung im Kantonsrat und in Spezialkommissionen zu beraten? Sollen wir in Zukunft über die Wahl der Dienstwaffen, Einsatzfahrzeuge oder gar Uniformen entscheiden? Hier geht es um das Prinzip, um Gewaltentrennung und nicht primär um die Höhe der Anschaffung. Wenn wir diese Trennung nicht vornehmen, beraten wir in Zukunft in einer Spezialkommission, welche EDV-Hardware das AIO zu beschaffen hat, Dell, HP oder Apple. Oder um sich künftig gegen unangenehme Fragen zu wappnen, wird die Direktion des Innern den Entscheid, welche Firma welche Grundbuch-Software

liefern darf, auch dem Kantonsrat übertragen. Es gilt die Flughöhe zu bewahren.» Mit Letzterem ist der Votant einverstanden, aber wenn das nötige *Knowhow* in der Verwaltung nicht vorhanden ist, *muss* man diesen Weg gehen. In diesem Sinne ruft der Votant den Rat auf, die vorliegende Motion abzulehnen.

Pirmin Frei versucht, sich auf den wesentlichen Teil der aktuellen Vorlage zu POLYCOM zu konzentrieren und die Frage zu klären, ob die vorliegende Motion erheblich erklärt werden soll oder nicht. 2015 wird POLYCOM eingeführt. Das ist gut für die zugerischen Blaulicht-Organisationen, für die Sicherheit des Kantons Zug und für die Zuger Bürgerinnen und Bürger. Die Gründe, die damals in der Motion geltend gemacht wurden, sind durchaus ehrenwert: Wildwuchs zu reduzieren, ein modernes Funksystem sicherzustellen, in der Schweiz eine Vorreiterrolle zu spielen, internes *Knowhow* aufzubauen. Hat man in einem Unternehmen ein solches Problem, etabliert man eine Arbeitsgruppe und definiert eine Zuständigkeit; man verlangt aber keine Strategie. Die Stabsstelle Notorganisation *ist* eine solche Arbeitsgruppe; das nötige *Knowhow* ist vorhanden, und die Arbeitsgruppe pflegt enge Kontakte zu Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz etc. Die Zuständigkeit soll richtigerweise im Notorganisationsgesetz im Rahmen einer Revision neu geregelt werden. Die Zuständigkeit der Stabsstelle Notorganisation zu übertragen, ist vernünftig und pragmatisch. Sie sollte eigentlich – die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt – auch Philip C. Brunner und Martin Stuber zufriedenstellen:
Die CVP-Fraktion ist einstimmig für die Erheblicherklärung der Motion und empfiehlt, dem Antrag der Regierung zu folgen

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** will versuchen, möglichst unaufgeregt auf die kritischen Bemerkungen einzugehen. Er ist nämlich überzeugt, dass der Kanton Zug ein gutes System gewählt hat und POLYCOM künftig ein Muss ist für alle Kantone. Das System hat sich bewährt, was dem Sicherheitsdirektor gestern auch wieder vom Zürcher Polizeikommandanten bestätigt wurde. Wer etwas anderes behauptet, soll das bitte auch belegen, denn auch hier gilt, dass die Kritik an anderen noch niemandem die eigene Leistung erspart hat. Einfach zu behaupten, der Kantonsrat habe falsch entschieden, ist völlig falsch. Mit «POLYCOM light» hätte Zug bis 2025 kein richtiges Funksystem gehabt, was alle Experten bestätigen werden. Es braucht für POLYCOM auch kein eigenes Gesetz; es wird nur in das Notorganisationsgesetz neben der Strategieplanung für Funk auch die ganze IKT-Problematik eingebunden und die Bestimmung aufgenommen, dass die Verwaltung und Regierung laufend die Planung aktualisieren müssen. Stimmt der Rat heute zu, hat das auch den Vorteil, dass er bei der Beratung des Notorganisationsgesetzes die Funk- und IKT-Planung diskutieren und allenfalls aktualisieren kann.
Es ist richtig, dass die Zuger Polizei mit iPhones ausgerüstet wurde. Das ist auch in anderen Kantonen *Standard*, zudem fallen die Pager weg, so dass die Polizeileute jetzt nur noch ein Gerät auf sich tragen, und das Ganze wird kostengünstiger. Unter dem Strich ist das für alle nur ein Vorteil. Es ist auch richtig, dass es Verzögerungen gibt, aber das Projekt POLYCOM läuft gut, und man ist auch kostenmässig auf Kurs. Der ganze politische Prozess und die technischen Abklärungen haben länger gedauert als geplant, was aber auch den Vorteil hat, dass der Kanton jetzt das neuste System erhält.
Zum Antennenstandort in Neuheim führt der Sicherheitsdirektor aus, dass die Bewilligungen für zehn von elf Standorten bereits unter Dach und Fach sind. Einzig die Baubewilligung in Neuheim liegt noch nicht vor, das Verfahren läuft noch. Es spielt dabei keine Rolle, ob das Grundstück einer Gemeinde oder einem Privaten gehört. Wenn die Funkplanung zeigt, dass die Antenne an einem bestimmten Platz

stehen sollte, dann wird sie auch dort platziert. Es gibt Entscheide des Bundesgerichts, wonach ein Anspruch auf entsprechende Standorte von Antennenanlagen besteht. Trotzdem sucht man in Neuheim jetzt eine gütliche Lösung, nämlich einen alternativen Standort.
Es ist auch nicht so, dass eine Übergangslösung im Sinne von «POLYCOM light» installiert wurde. Auf dem Polizeigebäude wurde im Sinne einer Vorinvestition bereits eine POLYCOM-Antenne aufgebaut mit dem Ziel, mit Zürich funken zu können, das auf der Autobahn Sicherungsaufgaben bis zur Verzweigung Blegi hat. Das ist also kein «POLYCOM light», sondern eine Vorinvestition.
Schliesslich noch zum Bericht des Regierungsrats: Es ist eine grosse Herausforderung, die Planung bis 2015 abschliessend aufzuzeigen. Es geht ja nicht nur um die Funk- und IKT-Planung innerhalb des Kantons, vielmehr muss man sich immer mehr auch mit überregionalen Interessen und Anliegen auseinandersetzen. Die Verzögerung liegt also auch darin begründet, dass die Sicherheitsdirektion immer mit dem Bund in Kontakt war. Der Sicherheitsdirektor entschuldigt sich für die Verzögerung und übernimmt die Verantwortung dafür. Er hat sich im Dilemma zwischen Frist und möglichst guter Beantwortung für das sachlich Wichtigere entschieden. Auf Seite 3 des Berichts wird aber – wie von der Motion gefordert – klar aufgezeigt, welche Organisation heute welches Funksystem hat und welches System für die Zukunft angedacht oder vorgesehen ist. Es ist sichergestellt, dass alle Organisationen auf POLYCOM wechseln werden, wobei bei den Feuerwehren die vorhandenen internen Systeme aus Kostengründen und wegen der Zuständigkeit der Gemeinden belassen werden, im Führungsfunk aber mindestens ein POLYCOM-Gerät vorhanden ist, damit mit Polizei, RDZ etc. gefunkt werden kann. Das ist die Strategie, die in den nächsten Jahren auch zu keinerlei Mehrkosten führen wird.
Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, dem Antrag auf Erheblicherklärung zuzustimmen. Er kann heute schon versichern, dass die ganze Funk- und IKT-Planung Bestandteil der Gesetzesvorlage sein wird, die dem Kantonsrat vorgelegt wird. Die entsprechenden Arbeiten laufen bereits, dies in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, dem kantonalen Führungsstab etc. Mehr war bisher nicht möglich; Kostenfragen etwa stellen sich im Moment nicht, und Fragen zur IKT-Planung, die zugegebenermassen verbessert werden kann, wurden in der Motion nicht gestellt. Im Übrigen macht es keinen Sinn, Pilot- und Pionierkanton sein zu wollen, so lange unklar ist, was der Bund will; der Kanton Zug hat sich aber beim Bund für diesen Pilotversuch angemeldet. Und es sei wiederholt: Es gibt keinen Wildwuchs im Kanton Zug, wohl aber – wie aufgezeigt – Verbesserungspotenzial. Das Projekt POLYCOM ist auf gutem Weg.

Martin Stuber hält fest, dass er nie von «POLYCOM light» gesprochen hat, sondern von der Übergangslösung, um weiterhin mit den POLYCOM-Kantonen rundherum kommunizieren zu können, auch wenn intern weiterhin das System Motorola ASTRO verwendet wird. Er stellt nochmals die Frage, ob die erwähnten Kästen an der Antenne auf dem Polizeigebäude diese Übergangslösung seien, und bittet den Sicherheitsdirektor, diese Frage noch zu beantworten.
Die zweite Frage, ob die Bereitschaft da sei, den Motionsauftrag zu erfüllen, wurde auch nicht beantwortet. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären mit dem Zusatz, dass der Motionsauftrag bis Ende 2014 zu erfüllen sei. Wenn man juristisch spitzfindig sein möchte, müsste man darauf hinweisen, dass in der Motion deren Erfüllung bis Ende 2012 verlangt wird. Wird die Motion erheblich erklärt, wird der Regierungsrat mit etwas beauftragt, das gar nicht mehr möglich ist. Insofern ist der neue Antrag also auch ein Kompromissvorschlag.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weiss nicht, was Martin Stuber früher unter «Übergangslösung» verstanden hat. Es liegt in diesem Sinn eine Übergangslösung vor, als bereits heute in diesem speziellen Bereich und nur autobahnbezogen mit Zürich gefunkt werden kann. Die ungefähr 100'000 Franken, die dafür investiert wurden, sind nicht umsonst ausgegeben worden; sie sind eine Vorinvestition für später.
Der Regierungsrat beantragt, die Vorlage so erheblich zu erklären, wie sie vorliegt – und mit der Idee, dass später im Gesetz die erwähnte Bestimmung aufzunehmen ist. Es bringt nichts, bis Ende 2014 noch neue Erkenntnisse bezüglich Funkplanung einbringen zu wollen. Das soll später mit der Gesetzesvorlage geschehen.

Manuel Brandenberg erinnert daran, dass bei der damaligen Vorlage POLYCOM auch über die Frage diskutiert wurde, ob diese – bei Kosten von rund 22 Millionen Franken – dem Referendum zu unterstellen sei. Die Regierung hat damals argumentiert, es handle sich um eine gebundene Ausgabe, und eine knappe Mehrheit des Kantonsrats ist ihm gefolgt. Die Regierung stützte sich damals auf ein Gutachten aus dem Kanton Graubünden zur gleichen Frage, das 2006 von der damaligen Finanzdirektorin des Kantons Graubünden, Eveline Widmer-Schlumpf, in Auftrag gegeben worden war. Das Gutachten kam zum Schluss, dass darüber ohne das Volk entschieden werden könne.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss Geschäftsordnung des Regierungsrats der Regierungsrat die Möglichkeit hat, eine Motion, die überwiesen wurde, innert drei Jahren nach Erheblicherklärung zu erfüllen. Aus diesem Grund braucht es den Antrag von Martin Stuber eigentlich nicht.

Martin Stuber ist nicht Jurist, er erinnert sich aber daran, dass der Passus, wonach der betreffende Auftrag bis Ende 2012 erfüllt sein müsse, der Kommission sehr wichtig war und sehr bewusst in die Motion aufgenommen wurde. Man wollte das zeitnah haben, weil man es zeitnah brauchte. Deshalb die Frage an die Juristen: Ist es nicht möglich, in einer Motion eine solche Befristung einzubauen? Sind solche Befristungen in einer Motion *per se* ungültig?

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Erheblicherklärung will und das Anliegen damit erfüllt ist. Man kann eine Motion nicht nachträglich erweitern.

Martin Stuber weist nochmals darauf hin, dass in der Motion eine Frist bis Ende 2012 gesetzt ist. Das ist der entscheidende Punkt. Wenn die Motion heute erheblich erklärt, erhält der Regierungsrat also den Auftrag, das Anliegen bis Ende 2012 zu erfüllen.

Landschreiber **Tobias Moser** erläutert, dass mit einer Motion der Regierungsrat beauftragt wird, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten oder dem Kantonsrat andere Massnahmen vorzuschlagen. Nach der Überweisung hat der Regierungsrat in einem ersten Schritt ein Jahr Zeit, dem Kantonsrat einen Antrag bezüglich Umsetzung der Motion, also Erheblicherklärung bzw. Nichterheblicherklärung, vorzulegen. Im vorliegenden Fall wurde diese Frist nicht eingehalten, was der Regierungsrat begründet und erklärt hat. Jetzt aber stellt die Regierung den Antrag, die Motion erheblich zu erklären. Sie will also eine entsprechende Vorlage ausarbeiten und die geforderten Massnahmen umsetzen. Es ist aber auch so, dass die in der Motion gesetzte Frist für die Umsetzung der Massnahmen, nämlich bis Ende 2012, eigentlich schon in der Motion zu kurz war, da ja die Regierung nur schon für ihren Antrag bezüglich Erheblich- bzw. Nichterheblicherklärung ein Jahr Zeit hat. Das

Einhalten der gesetzten Frist war gar nicht möglich. Wenn man also dafür ist, dass das Motionsanliegen umgesetzt wird, muss man jetzt für die Erheblicherklärung stimmen – auch wenn es etwas unschön ist, dass die Frist in der regierungsrätlichen Antwort nicht thematisiert ist.
Auf Nachfrage von Martin Stuber wiederholt der Landschreiber, dass die in der Motion geforderte Frist abgelaufen ist und nicht mehr eingehalten werden kann. Man kann diese Frist jetzt auch nicht mehr auf Ende 2014 abändern. Der Regierungsrat will aber ein Gesetz vorlegen, in welchem die Anliegen der Motion umgesetzt werden. Ob der Kantonsrat mit der Art der Umsetzung einverstanden ist, kann dannzumal wieder diskutiert werden.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 44 zu 26 Stimmen erheblich.

TRAKTANDUM 12

1040 Motion der CVP-Fraktion betreffend Standesinitiative zur Wiederherstellung der Souveränität der Kantone in Wahlfragen

Es liegen vor: Motion (2235.1 - 14295); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2235.2 - 14621).

Martin Pfister als Sprecher der CVP-Fraktion: Die Frage, nach welchem Wahlrecht im kommenden Oktober das Parlament des Kantons Zug bestellt wird, ist politisch geklärt. Die Umstände, wie es dazu gekommen ist, sind hinlänglich diskutiert worden. Am vergangenen Wochenende ist mit den Nidwaldner Wahlen eine weitere Erfahrung mit Professor Pukelsheims Wahlsystem dazu gekommen. Man kann in Nidwalden damit leben, und auch der Kanton Zug wird das tun. Die Auswirkungen werden das politische System des Kantons Zug auch nach der Erfahrung des letzten Wochenendes nicht fundamental umwälzen.
Bei der vorliegenden Standesinitiative geht es nicht darum, die Entscheide des letzten Jahres rückgängig zu machen. Es geht darum, eine staatspolitische Frage zu klären. Die Fragestellung der CVP hängt mit dem Entscheid der nationalen Parlamentskammern vor rund einem Jahr zusammen, die Schwyzer Verfassung, die vom Volk mehrheitlich angenommen wurde, aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichts in Wahlfragen nicht zu gewährleisten. Die CVP ist der Überzeugung, dass es sich bei den diskutierten Wahlrechtsfragen in erster Linie nicht um eine juristische, sondern um eine politische Fragestellung handelt, die auch auf politischem Weg gelöst werden muss.
Zugegeben: Die CVP wollte mit dieser Standesinitiative dem Regierungsrat auch einen Weg öffnen, dem Zuger Stimmvolk in der Abstimmung über das Wahlsystem vom September 2013 eine echte Wahl zu ermöglichen, denn es war ihr wichtig, dass es überhaupt zu einer Abstimmung kam. Der Regierungsrat beurteilte damals die Situation anders und stellte das Stimmvolk vor die Frage, ob es den Pukelsheim möchte oder ob es ihn wolle. Das Abstimmungsresultat ist deshalb nicht überraschend ausgefallen. Allerdings teilt die CVP die Meinung des Regierungsrats, dass das Abstimmungsresultat den Vorteil hat, dass eine offene Konfrontation mit dem Bund vermieden werden konnte.
Das Bundesgericht hat in seiner Rechtsprechung in den letzten Jahren zunehmend in die kantonale Autonomie in der Ausgestaltung des Wahlrechts eingegriffen. Es ist absehbar, welch weitgehende Auswirkungen diese Praxis für die meisten Kantone in der Schweiz haben wird. Und es ist gleichzeitig nicht absehbar, wo die Grenze liegt, welche politischen Fragen dem Bundesgericht künftig alle zum Entscheid

vorgelegt werden. Es gibt deshalb ein grosses staatspolitisches Interesse an einer Stellungnahme von National- und Ständerat dazu, wo die Grenzen politischer Einflussnahme von Gerichten liegen. Die vorliegende Standesinitiative ist eine Chance, dies an einem Beispiel zu tun. Es geht dabei nicht nur um das Verhältnis zwischen Gerichten und politischen Entscheiden, sondern auch um das föderale Staatssystem. Zudem sollte eine Klärung dieser Fragestellung auch im Interesse des Bundesgerichts selbst liegen, dessen Glaubwürdigkeit mit einer stärkeren politischen Rolle, die es sich in den letzten Jahren selbst gegeben hat, tendenziell leidet. Die CVP-Fraktion ist deshalb froh, dass der Regierungsrat die vorliegende Standesinitiative unterstützt. Sie ist eine Chance zur Klärung einer wichtigen staatspolitischen Frage und zur Stärkung demokratischer und föderalistischer Prinzipien.

Stefan Gisler: Es wird kaum jemanden überraschen, dass die AGF diese Standesinitative nicht unterstützt. Sie ist unnötig, ungerecht und respektiert den Zuger Volkswillen in keinster Weise.
• Unnötig: Es ist richtig, wenn die Regierung schreibt, es sei Ausdruck eines gelebten Föderalismus, dass bezüglich Wahlrecht gewisse Differenzierungen zwischen den Kantonen möglich und zulässig sein sollen. Das ist heute der Fall. Die Kantone *haben* einen Spielraum – solange sie faire Wahlverfahren anstreben.
• Ungerecht: Bei aller Souveränität der Kantone: Im staatspolitischen Verständnis des Votanten braucht es eine gemeinsame nationale Basis, damit nicht in einzelnen Kantonen willkürliche, unfaire Wahlverfahren entstehen können. Diese Basis gibt die Bundesverfassung heute gut vor. In § 34 Abs. 2 BV steht: «Die Garantie der politischen Rechte schützt die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe.» Das ist richtig und wichtig. «Unverfälschte Stimmabgabe» heisst, dass es nicht angeht, dass Kantone festlegen, dass in einigen Gemeinden 30 oder mehr Prozent der Wählerstimmen wertlos sind und in anderen mit 2 oder 3 Prozent der Stimmen Sitze gemacht werden können. Es kann nicht sein, dass man als Bürger mit dem Umzug in einen anderen Kanton in seinem Stimmrecht derart eingeschränkt wird. Gleiches Recht für alle soll in der Schweiz weitestmöglich gelten – bei aller Souveränität der Kantone.
• Volkswille: Mit über 80 Prozent hiess das Zuger Stimmvolk das neue Wahlsystem für den Kantonsrat gut. Mit diesem klaren Volkswillen hat die CVP offenbar ihre liebe Mühe. Wahrscheinlich in der Absicht, bald wieder eine Wahlgesetzänderung einbringen zu können, fordert sie mit ihrer Standesinitative, dass jeder Kanton sein Wahlsystem völlig frei bestimmen könne. Hört sich gut an, führt aber letztlich dazu, dass das schweizweit geltende und in der Bundesverfassung festgelegt Prinzip der Gleichwertigkeit jeder Wählerstimme – 1 Person gleich 1 Stimme – umgangen werden soll. Oder verspricht die CVP, nach einer allfälligen Annahme dieser Standesinitiative nicht erneut eine Wahlgesetzänderung anzustreben – ungefähr ihre sechste im Kanton Zug?
Das Zuger Volk hatte eine echte Wahl, und die 80 Prozent sind ein klares Zeichen, dass es dieses Verfassungsprinzip der unverfälschten Stimmabgabe wünscht. Punkt und Schluss, da gibt es keinen Interpretationsspielraum mehr: Das Volk hat entschieden. Der Votant ruft deshalb auf, diese Standesinitiative und somit das CVP-Hintertürchen für eine neue Wahlgesetzänderung abzulehnen und den Entscheid des Zuger Volks zu respektieren.

Barbara Gysel: Die Motion der CVP überrascht die SP-Fraktion nicht wirklich, ist sie doch auf dem Hintergrund verschiedener Wahlrechtsdebatten in mehreren Kantonen gestellt worden. Aufgrund geänderten Wahlrechts mussten die eidgenössischen Räte in den vergangenen Monaten mehrere kantonale Verfassungen geneh-

migen, ausgelöst auch durch Bundesgerichtsurteile. Insofern: keine allzu grosse Verwunderung. Die SP ist aber doch etwas besorgt. Geht es hier um eine CVP'sche Trotzreaktion, da das Bundesgericht dem Kanton Zug vermeintlich – was so natürlich nicht zutreffend wäre – den doppelten Pukelsheim aufgebrummt hat? Die Beunruhigung der SP betrifft das Staatsverständnis inklusive Föderalismus. Die CVP pocht auf mehr föderale Freiräume für die Kantone. Es scheint, dass sie am liebsten möchte, dass niemand mehr den Kantonen reinreden kann. Insofern scheint es letztlich doch um die Deutungshoheit und Macht im Staat zu gehen: Soll das Bundesgericht als Judikative das letzte Wort haben oder eben die Kantone alleine? Mit Verlaub: Ein solches Staatsverständnis ist beunruhigend – wobei man auch auf die verschiedenen Ausführungen von heute Morgen zur Interpellation Lötscher verweisen kann.
Die geforderte Standesinitiative scheint also politstrategisch irritierend. Sie ist aber auch materiell diffus. Die Suche nach einer präziseren Formulierung von § 34 der Bundesverfassung dürfte schwierig werden. So leitet das Bundesgericht seine Überlegungen stark aus der Rechtsgleichheit ab. Beschneidet man diese, könnte ein Kanton theoretisch gar auf die Idee kommen, das Frauenstimmrecht wieder abzuschaffen.
Die Rechtsgleichheit ist zu würdigen. Die Regierung schreibt auf Seite 2 allerdings, dass es «Ausdruck eines gelebten Föderalismus» sei, dass Differenzen zwischen den Kantonen möglich sein sollen. Das bestreitet niemand. § 34 der Bundesverfassung verlangt keinen Einheitsbrei. Insofern ist die Argumentation der Regierung zu hinterfragen.
Eine erfolgreiche Standesinitiative würde schlussendlich zu einer Änderung der Bundesverfassung führen. Diesen langen Prozess kann man sich sparen: Die SP-Fraktion unterstützt die Standesinitiative nicht.

Beni Riedi stellt fest, dass die Motion der CVP so gut ist, dass sie eigentlich von der SVP stammen müsste. Er ist aber froh, dass sie von der CVP stammt, denn hätte die SVP-Fraktion dieselbe Motion eingereicht, hätten sämtliche Votanten – nicht nur jene der Linken – von einer Zwängerei seitens der SVP gesprochen, und die Motion wäre ziemlich chancenlos geblieben. Das Thema ist aber zu brisant und vor allem zu wichtig, um damit irgendwelche politischen Spielchen zu spielen.
Die SVP steht geschlossen hinter dieser Motion der CVP. Die SVP hat von Anfang an betont, dass es sich bei dem erwähnten Bundesgerichtsurteil um einen starken Eingriff in die Autonomie und die Souveränität des Kantons Zug handelt. Laut Bundesgerichtsentscheid ist bzw. war das Zuger Wahlsystem verfassungswidrig. Gemäss diesem Entscheid hatte man im Kanton Zug also über hundert Jahre lang verfassungswidrig gewählt. Demokratisch hat der Souverän die Verfassung des Kantons Zug im Jahre 1894 angenommen. Nun entschied ein Gericht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg, dass ihr Wahlverfahren ungültig sein soll. Die SVP wehrte sich von Anfang an konsequent gegen dieses mehr als fragwürdige Vorgehen. Das war aber nicht bei allen Parteien so. In der Kantonsratssitzung vom 31. Januar 2013 (Vormittag) votierte der CVP-Sprecher folgendermassen: «Die Pukelsheim-Methode ist definitiv kein Allerweltsmittel. Dieses Verfahren will die CVP eigentlich nicht. Von daher könnte getrost nicht auf das Geschäft eingetreten werden. Es gibt jedoch ein Bundesgerichtsurteil, welches besagt, dass das Zuger Wahlsystem geändert werden sollte. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission hat wohl der Not gehorchend Ja zu einem Systemwechsel gesagt, denn der Kommissionpräsident warnte die Mitglieder eindringlich und vehement, dass ein Staatswesen – in unserem Fall der Kanton Zug - sich einem Bundesgerichtsurteil nicht verweigern sollte». Bei diesem Bundesgerichtsurteil handelt es sich – wie bereits

erwähnt – um einen starken Eingriff in die Autonomie und die Souveränität des Kantons Zug. Leider hat es das Bundesgericht verpasst, den Steilpass aus dem Kanton Zug aufzunehmen und seine Praxis zu überdenken. Mit der Motion der CVP kann nun ein erneuter Anlauf gestartet werden. Die SVP unterstützt dieses Vorgehen konsequent und empfiehlt, die Motion erheblich zu erklären.

Alice Landtwing: Die FDP-Fraktion ist einstimmig für die Erheblicherklärung der CVP-Motion. In der Vergangenheit hatten die Kantone einen grossen Ermessensspielraum bei der Frage, wie sie ihre Wahlen ausgestalten wollten, meistens aus historischen oder jahrzehntelangen, guten Erfahrungen. In den letzten Jahren hat sich hier mehr und mehr das Bundesgericht eingemischt. So kommt es, dass eine Mehrheit des Nationalrats ein kantonales Wahlsystem selbst dann nicht akzeptieren will, wenn sich die Bevölkerung eines Kantons in einer Abstimmung dafür ausgesprochen hat, dies natürlich mit dem Verweis auf das Bundesgericht. Letztlich führt dies faktisch dazu, dass in Zukunft das Bundesgericht entscheidet, wie in den einzelnen Kantonen gewählt werden darf.
Auch die FDP fordert die Rückkehr zum föderalistischen System. Es muss in der Kompetenz der Kantone liegen, das Wahlsystem zu bestimmen. Das Bundesgericht muss die Kantonsautonomie respektieren und anerkennen. Vor allem sollte es sich in dieser Frage sehr zurückhaltend äussern. Vom Bundesrecht her sind hier die notwendigen Grenzen zu setzen. Mit einer Standesinitiative kann der Kanton Zug dieses Anliegen beim Bundesgesetzgeber einbringen.

Ivo Hunn: Die Antwort der Regierung ist klar und unmissverständlich. Die Zuger Stimmberechtigten sprachen sich am 22. September 2013 deutlich für das neue Wahlverfahren aus. Dieses Ergebnis soll akzeptiert und nicht in Frage gestellt werden. Die Grünliberalen akzeptieren diesen demokratischen Entscheid.
Weiter schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort, dass das Verfahren für eine Standesinitiative aufwendig und der Ausgang unklar sei. Trotzdem unterstützt er die Motion, um ein Zeichen setzen zu können. Die GLP findet, dass kein Zeichen gesetzt werden muss, resp. kennt den Spruch «Ein Ja, damit ein Zeichen gesetzt wird» von der Abstimmung zur Masseneinwanderung her. Wohin dies führen kann, lässt sich täglich in den Medien verfolgen. Aus diesen Gründen unterstützt die GLP den Antrag des Regierungsrats nicht.

Martin Pfister erwartet von einer politischen Debatte, dass man nicht nur spricht, sondern auch zuhört – und vor allem auf Unterstellungen verzichtet. Er hält fest: Die CVP akzeptiert selbstverständlich das Resultat der Volksabstimmung vom September 2013. Die Motion wurde *vor* dieser Abstimmung eingereicht. Es handelt sich um keinerlei Zwängerei, sondern um einen Vorstoss zu einer unbefriedigenden Situation. Es wird auch nicht das Bundesgericht angezweifelt und angeschwärzt, sondern es wird versucht, die gesetzliche Grundlage so zu ändern, wie man es für richtig hält. Das ist parlamentarische Arbeit pur – und keine Polemik.
Der Votant erinnert daran, dass es die beiden linken Parteien waren, welche den Volksentscheid nicht akzeptierten und bezüglich Wahlgesetz ans Bundesgericht gelangten. Es geht nicht an, der CVP hier zu unterstellen, sie akzeptiere einen Volksentscheid nicht. Auch bei der Überweisung dieser Motion für eine Standesinitiative findet alles auf demokratischem Boden statt; alles andere wäre nicht akzeptabel. Mit der Standesinitiative wird einzig und allein das Bundesparlament aufgefordert, zu einer wichtigen staatspolitischen Frage Stellung zu nehmen – nichts mehr und nichts weniger.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern: Die Motion verlangt die Einreichung einer Standesinitiative durch den Kanton Zug bei der Bundesversammlung. Damit eine Standesinitiative erfolgreich ist, muss sie mehrere institutionelle Hürden überwinden. Voraussetzung ist grundsätzlich, dass die zuständigen Kommissionen des National- und Ständerats beschliessen, der Initiative Folge zu geben. Kommt es schliesslich zur Ausarbeitung und Verabschiedung eines Erlassentwurfs durch die Bundesversammlung, ist zu beachten, dass je nach Regelungsstufe der Erlassentwurf dem obligatorischen oder fakultativen Referendum untersteht. Das Verfahren für eine Standesinitiative ist somit aufwendig und der Ausgang unklar. Dennoch ist der Regierungsrat der Ansicht, dass dieser Weg eingeschlagen werden soll.
Inhaltlich soll mit der Standesinitiative erreicht werden, dass die Bundesverfassung so geändert wird, dass die Kantone freier sind in der Ausgestaltung ihres Wahlrechts. Bei der Beurteilung des Inhalts ist es dem Regierungsrat wichtig, den Grundsatz der Souveränität der Kanton nicht zu vergessen. Dieser Grundsatz ist in der Bundesverfassung ausdrücklich festgeschrieben. Er ist von erheblicher Bedeutung für das Zusammenwirken von Bund und Kantonen. Zu beachten ist aber auch, dass die Souveränität der Kantone nur unter Vorbehalt der im Bundesverfassungsrecht vorgesehenen Bundeskompetenzen besteht. Die Auslegung der Garantie der politischen Rechte ist nicht ganz unproblematisch. Nach § 149 Abs. 3 der Bundesverfassung bildet bei der Wahl des Nationalrats jeder Kanton einen Wahlkreis. Zufolge der sehr unterschiedlichen Bevölkerungszahl in den Kantonen und der damit verbundenen unterschiedlichen Anzahl der im Kanton zu besetzende Nationalratssitze weichen die Wahlkreise stark voneinander ab. Es ist nicht recht einzusehen, weshalb den Kantonen verboten sein soll, was dem Bund erlaubt ist. Die Souveränität der Kantone möchte der Regierungsrat auch in Wahlrechtsfragen wahren.
Der Regierungsrat erachtet das schweizerische Modell des Bundesstaats als eigentlichen Erfolg, der auf einem Zusammenwirken von Bund und Kantonen basiert. Er ist daher der Ansicht, dass unbedingt daran festgehalten werden muss. Das bedeutet die Respektierung der Zuständigkeiten des Bundes durch die Kantone, aber auch umgekehrt die Respektierung der Souveränität der Kantone durch den Bund und dessen Behörden. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass im vorliegenden Fall die Motion zur Einreichung einer Standesinitiative erheblich zu erklären sei, auch wenn das Verfahren zur Behandlung einer Standesinitiative durch die Bundesversammlung aufwendig ist und lange dauert. Mit der Standesinitiative soll vor allem ein Zeichen gesetzt werden – ohne das bundesstaatliche Modell der Schweizerischen Eidgenossenschaft oder den Zuger Volksentscheid vom September 2013 in Frage zu stellen.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 53 zu 16 Stimmen erheblich.

TRAKTANDUM 13

1041 Postulat der CVP-Fraktion betreffend mehr Benutzerfreundlichkeit beim Tarif- und Zonensystem des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zug

Es liegen vor: Postulat (2263.1 - 14371); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2263.2 - 14612).

Anna Bieri dankt als Sprecherin der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für die sorgfältige Beantwortung des Postulats. Die CVP kann viele der Überlegungen nachvollziehen – mit Ausnahme des regierungsrätlichen Antrags: Im Unterschied zur Regierungsrat empfiehlt die CVP-Fraktion, das Postulat erheblich zu erklären.

Für die Votantin als ÖV-*Junkie* ist das neue Ticketsystem kein Problem. Sie erlebt aber regelmässig, wie ÖV-Amateure überfordert sind und mit ihren Steckbilletten ratlos vor dem Stempelautomaten stehen. Es ist der angehenden romantischen Liebesbeziehung nicht zuträglich, wenn die Amateure, also potenzielle ÖV-Liebhaber, bereits am Billettautomaten scheitern. Das lässt keine Liebesnächte erwarten. Die Votantin schätzt es sehr, dass sich der Kantons Zug immer wieder für einen attraktiven ÖV einsetzt. Der Regierungsrat legt deshalb auch sehr sorgfältig die Beweggründe für den Systemwechsel dar. Die Zusammenarbeit mit den benachbarten Verkehrsverbunden gewährt eine hohe Attraktivität. Eine regionale Anpassung sei daher nicht möglich. Das ist auch nicht die Intention der CVP. Es geht weder um eine einseitige Vertragsanpassung noch um ein In-Frage-Stellen einer partnerschaftlichen Tarifpolitik. Die CVP will vielmehr dort ansetzen, wo der Partner ÖV noch Verbesserungspotenzial hat: bei der Benutzerfreundlichkeit.
Im Gegensatz zum Regierungsrat ist die CVP nicht der Meinung, dass es sich um «Nachteile, welche in der Anfangsphase eines neuen Tarifsystems auftrete» handelt. Die Schwierigkeiten sind vielmehr systemimmanent und werden auch noch in fünf Jahren mögliche Liebhaber vergraulen. Mit dem Postulat verlangt die CVP-Fraktion, dass sich Zug innerhalb des Verbundes für die Benutzerfreundlichkeit einsetzt. Zug ist dabei nicht der *underdog,* der nichts zu sagen hat – nicht zuletzt auch, weil die Unzufriedenheit mit diesem System im grossen Partnerkanton Zürich ebenfalls akut ist, wie beispielsweise Artikeln im «Tages-Anzeiger» zu entnehmen ist. Die Aussicht auf ein mögliches neues Zutrittssystem BIBO findet die Votantin zwar super und ihre Fraktion grundsätzlich begrüssenswert, aber erstens kommt BIBO wahrscheinlich erst in gefühlten hundert Jahren; zweitens lässt dieses System genau die anfangs genannten Amateure, die potenziellen Liebhaber, aussen vor; und drittens nimmt die CVP zwar das diesbezügliche Vorgehen zur Kenntnis, bei prognostizierten Kosten von 10 bis 15 Millionen Franken jedoch noch nichts mehr. Die CVP-Fraktion wünscht deshalb, dass sich Zug bereits heute für ein benutzerfreundliches Ticketsystem einsetzt, welches beim Billettkauf keine Kurse und Schulungen benötigt und auch nicht dazu führt, dass Tickets regelmässig überzahlt werden. Die CVP-Fraktion stellt daher den **Antrag,** das Postulat erheblich zu erklären. Die Zustimmung zur Erheblicherklärung wäre eine Liebeserklärung an den ÖV und alle ÖV-Amateure.

Martin Stuber: Die AGF ist zufrieden mit der Antwort der Regierung. Sie unterstützt ganz grundsätzlich Zonentarifsysteme, die den ÖV gegenüber den Streckentarifen attraktiver machen. Der Paradigmenwechsel zu den Zonentarifen ist vor allem in den Agglomerationen – und Zug gehört zur Grossagglomeration Zürich – eine unglaubliche Erfolgsgeschichte. Optimieren kann und soll man selbstverständlich immer, und der regierungsrätlichen Antwort kann man entnehmen, dass man sich sehr wohl bemüht, gewisse Schwachpunkte zu beheben bzw. erträglich zu machen. Wenn jemand – um einen Vergleich mit dem schweizerischen Nationalsport Jassen zu machen – einen Unterzug versteht, dann versteht er auch ein Zonensystem und ist in der Lage, an einem Automaten ein entsprechendes Billett zu lösen – wobei natürlich ist der Wechsel immer mit gewissen Mühen verbunden ist. Auf alle Fälle ist die AGF klar für Nichterheblicherklärung des Postulats.
Zu Zug als Testregion für ein neues ÖV-Zutrittssystem: Das Tarifierungs- und Ticketsystem ist neben der Finanzierung und den strategischen Netzüberlegungen ein Megathema für die nächsten Jahre im Bereich ÖV. Das Schlagwort *Mobility Pricing* ist damit unmittelbar verbunden, und es ist zu begrüssen, dass der Kanton Zug hier einen Innovationsdruck schaffen will. Wer nicht über ein GA oder ein Verbundabonnement verfügt. soll in Zukunft einfacheren Zutritt zum ÖV bekommen.

Technisch ist die *Chip*-Karte über das *Proof-of-concept*-Stadium hinaus. Die *Chip*-Karte funktioniert und ist beispielsweise in Spitälern oder in Schulbussen in den USA bereits im Einsatz. Es gibt auch noch andere Systeme, vor allem das Smartphone, welches *QR-Codes* lesen kann. Auch dieses System ist bereits im Einsatz, etwa bei der Deutschen Bundesbahn, wo es *«Touch and travel»* heisst. Diese Technologie hat den grossen Vorteil wesentlich tieferer Investitions- und Betriebskosten. Im Übrigen hat die SBB ihr BIBO-Projekt nicht aus technischen Gründen vorläufig zurückgestellt. Sie hat vielmehr gemerkt, dass sie zuerst ein anderes Problem, nämlich das Verteilsystem, lösen muss. Die ganze Logistik hinter dem Billettverkauf muss auf eine neue technische Basis gestellt werden. Das ist kein kleines Vorhaben, weil die SBB das für die gesamte ÖV-Branche, also 250 Transportunternehmungen, erneuern will. Das neue Verteilsystem soll 2018 bereit sein, und spätestens dann wird sich die SBB auf anderem *Level* wieder der Frage eine Zutrittssystems zuwenden.
Die Stolpersteine sind aber auch bekannt. Erstens wird es immer Billette geben, weil nie alle Leute entweder eine *Chip*-Karte oder ein Smartphone haben. Beim Smartphone etwa geht man davon aus, dass die Sättigungsgrenze bei 75 Prozent erreicht sein wird; ein Viertel der Bevölkerung wird also immer kein Smartphone haben. Man wird also immer auch Billette verkaufen müssen, was bezüglich der Kosten ein Problem ist. Der zweite Stolperstein ist der Datenschutz. Dieser wird die Akzeptanz von elektronischen Zutrittssystemen erheblich beeinflussen, und man wird sicherstellen müssen, dass der Schutz der gespeicherten Daten gewährleistet ist.
Der Votant würde sich freuen, wenn die Kommission für öffentlichen Verkehr ausführlich über die Problematik und den Planungsstand informiert würde und den ganzen Themenkomplex diskutieren könnte. Die Initiative, welche die Regierung hier ergreift, ist ein guter Anlass für eine vertiefte Auseinandersetzung.

Zari Dzaferi: Das Anliegen der CVP, dass das Tarif- und Zonensystem austarierter und gleichzeitig benutzerfreundlicher sein sollte, findet innerhalb der SP-Fraktion Sympathien. Die SP kann sich vorstellen, dass das neue System manchem Fahrgast Mühe bereitet. Insbesondere wegen Absurditäten, welche es mit sich bringt. Und dies vor allem dann, wenn die gleiche Fahrt nach dem Systemwechsel plötzlich mehr kostet, nur weil die Zonen neu definiert wurden.
Gleichzeitig versteht die SP die Haltung der Regierung, wonach der Tarifverbund Zug in ein umfassendes Tarif- und Zonensystem eingebunden ist und daher Anpassungen kaum oder gar nicht zulässt. Je mehr Kantone oder Tarifverbunde in einem System eingespannt sind, desto starrer wird das System. Dennoch lohnt es sich aus Sicht der SP, wenn der Tarifverbund Zug nochmals hinter die Bücher geht und schaut, ob allenfalls doch noch Verbesserungen gemacht werden können. Die Haltung der Regierung, wonach in den nächsten Jahren ohnehin an einem neuen Zutrittssystem geforscht und gearbeitet werde, geht der SP zu wenig weit. Auch wenn sich Passagiere in Zukunft dank einem neuen Ticketing-System nicht mehr mit Fahrausweisautomaten abmühen sollten, werden sie künftig wissen wollen, was die Fahrt von A nach B kostet. Billette wird es – wie gehört – immer geben.
Die SP setzt sich bekanntlich für mehr Transparenz ein – von der Parteienfinanzierung bis hin zu den Billettpreisen im öffentlichen Verkehr. Daher wird die SP den Antrag der CVP auf Erheblicherklärung grossmehrheitlich unterstützen.
In einer Nebenbemerkung möchte die SP-Fraktion auf die Entwicklung eines neuen Zutrittssystems, welches notabene von der SBB vorläufig sistiert wurde, eingehen. Die SP fragt sich schon ein wenig, ob der Kanton Zug hier die Vorreiterrolle übernehmen solle. Sie begrüsst zwar, dass der Tarifverbund Zug offen für den technologischen Fortschritt ist und am Ball bleiben möchte, ist allerdings noch etwas

skeptisch, ob solche Mehrkosten für den Kanton Zug allein tragbar sind und sich danach auszahlen. Es darf nicht sein, dass Billettpreise angehoben werden müssen, weil man das Zutrittssystem revolutioniert hat. Der Kantonsrat wird ja sicherlich nochmals Gelegenheit haben, sich zu diesem Thema zu äussern.

Moritz Schmid: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung, das vorliegende Postulat nicht erheblich zu erklären und vom Vorgehen für einen Testbetrieb für ein neues ÖV-Zugangssystem in der Region Zug Kenntnis zu nehmen. Sie empfiehlt dem Amt für den öffentlichen Verkehr, mit den Pilotprojekten haushälterisch umzugehen. Diese sind sehr kostenintensiv und – wie aus dem Bericht der Regierung hervorgeht – für den Verbraucher schwer verständlich. Es bleibt zu hoffen, dass die Verantwortlichen im Amt für den öffentlichen Verkehr und bei der ZVB baldmöglichst einen Weg finden und unter anderen die SBB als wichtigsten Partner ins Boot holen können, um das Projekt BIBO mitfinanzieren zu können. Mit dem Einrichten eines Demonstrators entstehen dem Kanton wiederum Kosten, die vom Benutzer nicht übernommen werden können. Darum braucht es vor der definitiven Ausführungsphase einen Kantonsratsbeschluss. Über die Kosten für das Einrichten eines Demonstrators schweigt des Sängers Höflichkeit. Vielleicht vernimmt der Rat vom Volkswirtschaftsdirektor heute etwas darüber.

Adrian Andermatt: Man könnte fast meinen, Verkehrsdirektor Matthias Michel sei ein Parteikollege der Postulanten; anders kann man sich diesen Steilpass nämlich fast nicht erklären. Auf alle Fälle nimmt der Votant den Steilpass auf und leitet ihn gerne weiter.
Auch die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Benutzerfreundlichkeit des heutigen Tarif- und Zonensystems noch gesteigert werden kann und muss. Diese Meinung wird vom Verkehrsdirektor nicht nur geteilt, sondern auch proaktiv von allen Beteiligten des Öffentlichen Verkehrs – insbesondere von der SBB – gefordert, dies nicht erst seit der Einreichung des Postulats. In der «NZZ am Sonntag» vom 23. Mai 2013, also einige Monate nach Einführung des neuen Ticketsystems des Tarifverbunds Ende 2012, liess Regierungsrat Michel verlauten: «Dringend ist in meinen Augen, dass im öffentlichen Verkehr das Ticketsystem einfacher werden muss. Die Hürden sind vor allem für Gelegenheitsfahrer viel zu hoch. Ich bedaure das.» Und weiter «Die internen Entscheidgrundlagen bei den SBB und beim Verband öffentlicher Verkehr zeigen klar, dass ein solches System nicht nur zukunftsträchtig ist, sondern auch entscheidungsreif.» Mit dem letzten Zitat war das Projekt BIBO gemeint, das die SBB sistiert hat und das in der Interpellationsantwort genauer erläutert wird. Diesbezüglich hat der Regierungsrat bereits im November 2013 entschieden, dass dieses Anliegen vom Amt für öffentlichen Verkehr im Kanton Zug weiterverfolgt wird, wobei – wie ebenfalls der Interpellationsantwort entnommen werden kann – auch die ZVB ihre Mitwirkung zugesagt haben. Die FDP verlangt, dass sich auch die SBB am geplanten Testbetrieb im Kanton Zug beteiligt, damit dieses innovative und kundenfreundliche System umfassend und vor allem mit vertretbaren Kosten getestet werden kann. Zudem soll so das sistierte BIBO-Projekt im Interesse eines kundenfreundlicheren Ticketingsystems erneut aufgenommen und innert nützlicher Frist auch flächendeckend eingeführt werden können.
Die Benutzerdefizite des heutigen Systems wurden erkannt, und Verkehrsdirektor Matthias Michel und die Regierung setzen alles daran, dass das Ticketingsystem des ansonsten äusserst positiv zu wertenden Tarifverbunds noch kundenfreundlicher wird. Die FDP-Fraktion folgt deshalb den Anträgen der Regierung.

Für **Andreas Hürlimann** geht es nicht um ein zu kompliziertes Tarif- und Zonensystem, sondern einzig um die zu komplizierte Bedienung der Billettautomaten. Das System an sich ist heute einfacher als früher, als man für die Strecke Zug–Oberwil noch zwei Zonen lösen musste. Wer aber nur ab und zu den ÖV benutzt, für den besteht die grosse Herausforderung darin, an einem komplizierten *Touchscreen*-Automaten ein Billett für verschiedene Zonen lösen zu müssen. Dort erwartet der Votant von der Regierung einfachere Systeme und eine bessere Benutzerführung.

Für Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** liegt hier Zielkonflikt vor: Zum einen sollen die Tickets immer mehr können – etwa beim City-Billett, das eine ganze Agglomeration abdeckt –, auf der anderen Seite soll das alles auf dem Ticket auch erkennbar sein. Als vor etwa fünf Jahren im Kantonsrat darüber diskutiert wurde, ob der öffentliche Verkehr gratis sein solle, sagte Gregor Kupper auch aus seiner Erfahrung als Verwaltungsratspräsident der ZVB heraus: «Wir streben eine Angebotsbreite im Bereich des Billettverkaufs an, die uns Sorgenfalten bereitet und Kosten auslöst, die schwer auf das einzelne Ticket umlegbar sind.» Die Komplexität, die man sowohl im System hinter dem Automaten als auch auf dem Ticket abbilden will, ist also das grosse Thema.
Der Volkswirtschaftsdirektor kann bestätigen, dass der Wechsel zum Zonentarifsystem eine Erfolgsgeschichte ist. So hatte man im Korridor Zug–Zürich im letzten Jahr 7 Prozent höhere Einnahmen, auch wurden mehr als 11 Prozent mehr Einzelbillette verkauft. Diese Steigerung lässt sich nicht einzig auf das Bevölkerungswachstum zurückführen, sondern zeigt die offensichtliche Akzeptanz des neuen Systems. Natürlich gab es vor allem in den ersten Wochen nach dessen Einführung viele Anfragen und Reaktionen, diese gingen aber bereits im zweiten Quartal stark zurück. Trotzdem ist die Frage der CVP richtig, was sich hinsichtlich Benutzerfreundlichkeit bzw. Informationen auf dem Ticket noch verbessern lässt. Der Volkswirtschaftsdirektor hat allerdings auf seinen Reisen in der Schweiz noch nie eine Lösung gesehen, die er für den Kanton Zug unbedingt auch haben möchte. Zudem haben die Tarifverbunde selber ein grosses Interesse daran, möglichst gute Lösungen zu finden. Dass der Kanton Zug keinen Alleingang machen kann, dürfte allgemein anerkannt sein, und wenn die anderen Kantone in der jetzigen Lösung keine Nachteile mehr erkennen können, ist es schwierig, sie zu irgendwelchen Schritten zu bewegen, die sie natürlich mitfinanzieren müssten; die Transportunternehmen stellen sich natürlich auf den Standpunkt, dass von der Politik verlangte Änderungen auch von dieser Seite bezahlt werden müssten.
Auch der Volkswirtschaftsdirektor findet das heutige System kompliziert und erwartet von den Unternehmungen, dass sie vorwärts machen mit E-Ticketing. Die entsprechenden Themen bezüglich Datenschutz sind erkannt. Es geht auch hier darum, die Nutzerdaten von den persönlichen Kundendaten zu trennen und sie nur für die Rechnungsstellung zu verknüpfen. Zur Frage, ob Zug bei BIBO eine Vorreiterrolle übernehmen soll: Zug hat sich schon vor Jahren dafür interessiert, eine Testregion zu sein; das Projekt ist jetzt aber bei der SBB sistiert worden. Von der Benutzerseite her besteht ein Interesse, dieses Projekt wieder anzuschieben, nicht als Grossprojekt von oben, sondern im Kleinen, um abzuklären, ob ein solches System überhaupt auf Akzeptanz stösst. Wenn dieser Pilotversuch nun allenfalls ins Rollen kommt – es braucht dazu insbesondere das Mitwirken der SBB – und entsprechende Kosten anfallen, werden die Kommission für öffentlichen Verkehr und auch der Kantonsrat ohnehin begrüsst, wenn der Kanton sich finanziell daran beteiligen soll. Bei den Kosten von 10 bis 15 Millionen Franken für einen echten, flächigen Testbetrieb im Kanton Zug ist aber keineswegs die Meinung, dass der

Kanton das alleine trägt. Es braucht dazu Partner aus Industrie und Privatwirtschaft sowie andere Transportunternehmungen, und man wird dann sehen, was für den Kanton Zug noch bleibt. Der Regierungsrat hat bisher einen Betrag von 100'000 bis 150'000 Franken bewilligt, damit der nächste Schritt vorbereitet werden kann. Über weitere Kredite wird wiederum der Regierungsrat bzw. – wenn die entsprechende Schwelle überschritten wird – der Kantonsrat entscheiden.
Vreni Wicky hat vor fünf Jahren in der Debatte zum öffentlichen Verkehr gefragt: «Fehlt der Mut, durch ein einfacheres Tarifsystem die Kosten für den ÖV zu senken?» Sie hat damals auch darauf hingewiesen, dass der Raum Zug eine ideale Testregion für ein elektronisches Ticket-System wäre. In diesem Sinne ruft der Volkswirtschaftsdirektor dazu auf, in ein zukunftsträchtiges System, nämlich BIBO, zu investieren und nicht – mit wenig Chancen – zu versuchen, am jetzigen System noch etwas zu ändern. Es macht deshalb wenig Sinne, das Postulat mit einer Erheblicherklärung aufrecht zu erhalten und damit vom Regierungsrat bezüglich Optimierung des heutigen Systems noch mehr zu erwarten, als er jetzt schon tut. Die Optimierung ist nämlich eine Daueraufgabe, und der Volkswirtschaftsdirektor wüsste nicht, wann das Postulat, sollte es erheblich erklärt werden, überhaupt als erledigt abgeschrieben werden könnte. Erledigt wird es erst sein, wenn das heutige System durch ein E-Ticketing abgelöst ist – und das ist ein doch etwas langer Zeithorizont. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet deshalb, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 44 zu 22 Stimmen nicht erheblich.

➔ Der Rat nimmt Kenntnis vom Vorgehen für einen Testbetrieb für ein neues ÖV-Zugangssystem in der Region Zug.

TRAKTANDUM 14

1042 Postulat von Kurt Balmer betreffend (Teil)-Rückbau der Armee-Tankanlagen in Rotkreuz

Es liegen vor: Postulat (2306.1 - 14475); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2306.2 - 14595).

Postulant **Kurt Balmer** dankt der Regierung für die speditive Bearbeitung und schnelle Antwort; er ist auch positiv überrascht, dass dieses Geschäft bereits heute im Kantonsrat behandelt wird. Inhaltlich ist er von der Antwort des Regierungsrats allerdings enttäuscht. Positiv zusammengefasst, ist die Regierung nämlich mit der Stossrichtung des Postulats einverstanden und bestätigt, dass der aktuelle Richtplan die Aufhebung der Tankanlagen bereits als Ziel enthält. Gleichzeitig liegt als Vororientierung ein entsprechender Antrag des Kantons an den Bund vor. Negativ interpretiert nun der Regierungsrat daraus zu Unrecht, dass angesichts dieser Ausgangssituation kein Bedarf für weiteren Aktivismus besteht, da der Bund alleine zuständig sei. Auch wenn die Zuständigkeit tatsächlich beim Bund liegt, so ist in raumplanerischer Hinsicht vergleichsweise auf die SBB-Doppelspur Walchwil hinzuweisen. Der Bund hatte hier ausdrücklich die Kompetenz, auch ohne Richtplanänderung des Kantons die Doppelspur selbständig zu realisieren. Trotzdem hat man seitens des Bundes grossen Wert auf die Richtplanänderung gelegt. Es kann doch auch beim Militär nicht sein, dass im Richtplan für die Tankanlagen Rotkreuz quasi ein weisser Fleck existiert und dem Kanton jeglicher Spielraum entzogen ist.
Selbstverständlich nimmt der Votant positiv zu Kenntnis, dass für die Bearbeitung des Postulats selbst der oberste Armeechef einbezogen wurde. Ob es aber heute

wirklich noch Sinn macht, in Rotkreuz «die Versorgung der gesamten Bundesverwaltung mit Heizöl» zu sichern, darf mindestens stark bezweifelt werden. Der Votant will hier keine Armeediskussion starten, stellt aber fest, dass ständige Renovationsarbeiten und Investitionen dazu führen, dass *de facto* das Ziel des kantonalen Richtplans, nämlich der Rückbau, unterlaufen wird. Ständige Investitionen sind der einfachste Weg und rechtfertigen quasi automatisch den ewigen Weiterbetrieb. Auch aus diesem Grund darf das Postulat nicht vollständig abgeschrieben werden. Nötig ist ein einigermassen verlässlicher Zeitplan.
Was aber wirklich auffällt und aus Rischer Sicht nicht akzeptiert werden kann, ist, dass auch nach Darstellung der Regierung das Gefahrenpotenzial aufgrund der neuen Bauten und der deutlich höheren Anzahl Züge zunahm und seit 2002 keine Risikoanalyse mehr vorliegt. Vor über zehn Jahren hat man nur festgestellt, dass «bei einem sogenannten Störfall primär Badegäste im Schwimmbad und Reisende auf der SBB-Strecke betroffen sein könnten». Der Postulant hat auch in seinem Vorstoss detailliert auf verschiedene neue Gefahrenherde hingewiesen und stellt nun überrascht fest, dass man offensichtlich gar nicht weiss, welches Risikopotenzial hier vorhanden ist. Dies gilt es dringlichst zu beheben. Der Postulat – so der **Antrag** – ist deshalb in folgendem Sinn teilerheblich zu erklären resp. folgender Auftrag ist umzusetzen: «Die Regierung habe sich dafür einzusetzen, dass baldmöglichst eine neue Risikoanalyse für die Tankanlagen in Rotkreuz durch die zuständige Instanz, subsidiär vom Kanton Zug, erstellt wird und auch der Rückbauzeitplan präzisiert wird.»
Das Postulatsanliegen, das von zahlreichen Einwohnern in Rotkreuz unterstützt wird, sollte heute nicht gänzlich formell abgeschrieben werden. Mindestens die offensichtliche Unsicherheit bezüglich des Risikopotenzials muss verringert bzw. geklärt werden. Dann weiss man nämlich auch, ob es wirklich nicht möglich ist, in nächster Zeit die Sportplätze etwas zu erweitern, oder ob sich aus Sicherheitsüberlegungen nicht bereits mittelfristig ein Teilrückbau aufdrängt.
Zum Gefahrenpotenzial weist der Votant auf ein in der Presse erwähntes Zitat des genannten Armeechefs zur Krimkrise hin, welches analog hier genau passt: «Ein Funken kann für einen Grossbrand genügen.» Die Konsequenzen für Rotkreuz stellt man sich lieber nicht vor. Deshalb macht der Votant mit der Mehrheit der CVP-Fraktion beliebt, die Teilerheblicherklärung im obigen Sinne gutzuheissen.

Hanni Schriber-Neiger wohnt wie Kurt Balmer in Rotkreuz. Die AGF hält die Aufhebung der Armee-Tankanlagen in Rotkreuz, in welchen Flugtreibstoff und Heizöl aufbewahrt wird, für wünschenswert, da das Areal als gewässer- und bodenbelasteter Standort gilt. Auf diesem Standort eröffnete nämlich die «Industrie petrolifère SA» (IPSA) 1940 die erste Erdölraffinerie der Schweiz. Das Areal ging dann 1962 an den Bund über, und weitere Tanks wurden gebaut. Mit der erst kürzlich erfolgten Sanierung der Tankanlagen schuf das VBS Fakten, die 20 bis 30 Jahre halten werden und leider an keinen schnellen Rückbau denken lassen.
Im Richtplan steht schon länger, dass der Kanton sich beim Bund für eine Aufhebung einzusetzen hat. Dies hat die Regierung bereits getan, womit sie das Postulat erfüllt bzw. dieses überflüssig macht. Und mit dem Vorschlag, einer anderen Region in der Schweiz ein solches Armee-Tanklager vor die Wohnungstür zu setzen – sprich: die Sankt-Florians-Taktik anzuwenden –, macht sich Zug sicher nicht beliebter.
Zur Risikoermittlung: Für einen allfälligen Störfall auf dem Areal der Tankanlagen muss der Bund eine Risikoermittlung erstellen und allfällige Massnahmen in die Wege leiten. Obwohl die Anlagen am Dorfrand von Rotkreuz liegen, reicht es wohl nicht, nur ein Sicherheitsdispositiv für das Quartier Suurstoffi und Langmatt zu haben, sondern es braucht eines für das ganze Dorf Rotkreuz. In Zusammenhang

mit dem Baubewilligungsverfahren machte das VBS eine Einwendung zum Bebauungsplan Suurstoffi in Rotkreuz und wies auf das Gefahrenpotenzial hin. Trotz dieser berechtigten Bedenken wurde die Baubewilligung erteilt, und die ersten Häuser stehen jetzt. So muss man hoffen, dass bei den Tankanlagen einfach nichts passiert. Und übrigens: Wer die Armee-Tankanlagen in Rotkreuz wirklich in naher Zukunft weg haben will, muss im Mai 2014 gegen den Kauf des Gripen stimmen; vielleicht geht es dann etwas schneller.
Die AGF unterstützt den Antrag der Regierung, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Bernadette Flach dankt namens der FDP Fraktion für die ausführliche und schnelle Antwort des Regierungsrats. Grundsätzlich teilt die FDP das Anliegen des Postulanten, doch ist dieses bereits im Richtplan aufgeführt. Als Anwohnerin wünscht sich auch die Votantin eine schnelle Verbesserung der Situation. Die FDP befürwortet das Vorgehen des Regierungsrats, das VBS einzuladen, seinen Bedarf darzulegen und bessere Lösungen zu finden. Die FDP bittet den Rat, den Regierungsrat darin weiter zu unterstützen. Sie folgt dem Antrag der Regierung, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass die Antwort des Regierungsrats gleich ausgefallen wäre, auch wenn dieser sich dafür mehr Zeit genommen hätte. Er kann die Enttäuschung des Interpellanten über die Antwort zwar verstehen, muss aber festhalten, dass der Kanton hier keinerlei Zuständigkeit oder Kompetenzen hat. Es steht im Richtplaneintrag von 2004, dass der Kanton sich für einen Rückbau einsetzt. Er hat aber keinerlei Legitimation, dies tatsächlich einzufordern. Auch für die Bewilligung der Fussballplätze in der Nähe des Tanklagers liegt die Zuständigkeit alleine beim Bund: Eingabe bei armasuisse, Bewilligung durch das VBS. Kanton und Gemeinde haben rechtlich keine Möglichkeiten, sich in irgendeiner Form stark zu machen. Es ist deshalb obsolet, einen Zeitplan für den Rückbau zu fordern.
Das Tanklager war in Rotkreuz eigentlich kein Thema, so lange es abseits des Dorfes auf der grünen Wiese lag. Jetzt aber ist das Siedlungsgebiet an das Tanklager herangewachsen, und damit ist ein Problem entstanden. Der Baudirektor nimmt dieses Problem ernst. Er hat aufgrund der Antwort auf die Interpellation bereits eine Vorlage an den Regierungsrat ausgearbeitet, dass das VBS aufgefordert werden soll, einen neue Risikoanalyse zu erstellen und auch aufzuzeigen, ob das Tanklager noch am richtigen Ort stehe oder nicht an einen anderen Ort – ausserhalb des Kantons Zug – verlegt werden könnte. Der Baudirektor wird versuchen, hier das Bestmögliche für den Kanton Zug herauszuholen.
Das Postulat ist damit erfüllt und kann abgeschrieben werden. Es macht keinen Sinn, einen Zeitplan für den Rückbau zu fordern. Das braucht seitens des Bundes etwas Zeit, der Baudirektor ist aber überzeugt, dass – Gripen-Abstimmung hin oder her – bei behutsamem Vorgehen nicht in einem oder zwei, aber vielleicht in zehn oder fünfzehn Jahren eine Lösung gefunden werden kann. Diese wird aber Geld kosten. Weder der Rückbau noch der Neubau an einem anderen Ort sind gratis, und bezüglich der Altlastensanierung hat der Bund klar verlauten lassen, dass es am Kanton Zug wäre, die Kosten dafür zu tragen.
Der Baudirektor bittet, dem Antrag auf Nichterheblicherklärung des Postulats zu folgen. Der Regierungsrat nimmt das Problem ernst, hat die Thematik aufgenommen und bleibt am Ball.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 51 zu 10 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 15

1043 Interpellation von Urs Raschle betreffend Umsetzung eines Motorikparks im Kanton Zug

Es liegen vor: Interpellation (2288.1 - 14439); Antwort des Regierungsrats (2288.2 - 14596).

Interpellant **Urs Raschle** räumt ein, dass es bestimmt wichtigere Geschäfte gibt als die Umsetzung eines Motorikparks. Wer aber hätte nicht auch gerade jetzt Lust, draussen die Sonne zu geniessen und dabei etwas Sport zu treiben? In einem Motorikpark wäre dies relativ einfach: Man geht hin und legt los. Es braucht keine grossen Vorkenntnisse und keine spezielle Ausrüstung. Mit Jeans oder sogar Anzug absolviert man die eine oder andere Übung. Der Spass steht im Vordergrund, und das Trainieren geschieht von selbst.
Von Spass kann beim Lesen der regierungsrätlichen Antwort aber keine Rede sein. Zwar dankt der Interpellant für die rasche Beantwortung, findet es aber eine verpasste Chance, das neue und schweizweit einmalige Konzept nur mit negativen Punkten zu versehen. Als Geschäftsführer von Zug Tourismus ist es ein Teil der Arbeit des Votanten, Einheimischen und Gästen das attraktive und grosse Netz von Wander-, Velo-, Bike- oder Nordicwalking-Wegen im Kanton Zug schmackhaft zu machen. Aus der Erfahrung weiss er aber, dass nur ein Teil der Bevölkerung dieses Angebot auch wirklich nützt; der Rest geht lieber ins Fitnessstudio oder bleibt gleich zu Hause. Mit einem Motorikpark entstünde ein Angebot, welches vor allem auch die zweitgenannte Gruppe ansprechen würde.
Immerhin ist die Regierung bereit, die Türen für allfällige Privatprojekte offen zu lassen. Diesen Aspekt nimmt der Interpellant gerne auf. In diesem Sinne wünscht er den Mitgliedern des Rats viel Spass im Freien, vielleicht auch beim Sporttreiben – leider ohne Motorikpark.

Vroni Straub-Müller: In der heutigen schnelllebigen Zeit nimmt der Stellenwert des Individualsports immer mehr zu, und die Anzahl der Sportvereine sinkt seit 1995 kontinuierlich. Daher sind bewegungsfördernde Angebote wie Motorikparks, Vitaltraining im Freien oder Outdoor-Fitnessgeräte sehr beliebt. Nichtsdestotrotz unterstützt die AGF die Antwort der Regierung. Ausschlaggebend sind die hohen Kosten und die fehlenden Platzressourcen. Die wenigen noch vorhandenen Freiflächen sollen nicht noch zusätzlich möbliert werden.
Die Stadt Zug prüft übrigens derzeit ein Projekt, welches einen kleinen Motorikpark, ein sogenanntes UrbaFit, beim Hirschgarten am See vorsieht. Einige wenige Geräte würden der Bevölkerung für Herz-Kreislauf-, Kraft- und Entspannungsübungen bereitgestellt. UrbaFit ist ein Schweizer Unternehmen, welches vor allem in der Westschweiz anzutreffen ist.

Zari Dzaferi: Ziel eines Motorikparks ist es bekanntlich, einer grossen Anzahl von Menschen jeden Alters Bewegungs- und Aktivitätsräume in unmittelbarer Nähe des Wohnorts zur Verfügung zu stellen. Das Anliegen tönt sympathisch: Sportförderung ist Gesundheitsförderung. Eine gesunde Bevölkerung ermöglicht ein aktives Gesellschaftsleben und spart zudem Gesundheitskosten.
Obwohl sich die SP grundsätzlich dafür einsetzt, dass der Kanton Zug aktiv Sportförderung betreibt, kann sie die ablehnende Haltung der Regierung zu dieser Interpellation nachvollziehen. Es ist nicht die Aufgabe des Kantons, einen solchen Motorikpark zu errichten und zu betreiben.
Das Bedürfnis, alles zu normieren und zu organisieren, ist in unserer Gesellschaft immer öfters vorhanden. Man muss allerdings den Mut haben, auch Grenzen zu

setzen. Obwohl der Votant selber noch nie in einem Motorikpark war, kann er sich gut vorstellen, dass man etwas Ähnliches auch mit einem abenteuerlichen Waldspaziergang erhalten kann. Der Kantonsrat sollte sich daher dafür einsetzen, dass solche Naturressourcen erhalten bleiben und nicht verbaut werden.
Dass die Regierung weiterhin vorhat, den Sport im Kanton Zug zu fördern, freut den sportbegeisterten Votanten natürlich. Er wird sich gerne daran erinnern, wenn es gelegentlich wieder um Sportanlagen, Sporthallen oder Schwimmbäder oder auch um die Unterstützung von Vereinen und Veranstaltungen aus dem Sport-Toto- und Lotteriefonds geht. Damit ist nicht irgendein Promi-Tennisturnier gemeint, sondern vielmehr wahre Sportanlässe, wo es um wirkliche Bewegungsförderung für die Bevölkerung geht.

Beni Riedi hat viel Sympathie für die Worte seines Vorredners, muss aber klarstellen, dass nicht nur der Staat die sportliche Betätigung der Bevölkerung fördern muss. Vielmehr muss es im Eigeninteresse jedes einzelnen Bürgers liegen, sich sportlich zu bestätigen. Dass nicht die Bevölkerung, sondern das System krank ist, sieht man bei den Krankenkassen. Es kann nicht sein, dass Fitness-Abonnemente bezahlt werden und damit die Fitness-Studios mit Millionenbeträgen subventioniert wird, während allen anderen Bürger, die sich ausserhalb solcher Studios, genauso sportlich betätigen, nichts bekommen. Diese einseitigen Subventionen sind ein Eingriff in den freie Markt und machen keinerlei sinn.
Die SVP-Fraktion dankt für die Antwort auf die Interpellation und ist froh, dass auch die Regierung der Ansicht ist, dass es keine Aufgabe des Staates ist, einen Motorikpark zu ermöglichen. Im Kanton Zug, dem schönsten Gebiet der Schweiz, gibt es genügend Möglichkeiten, sich in freier Natur und in einem der vielen ausgezeichnet geführten Sportvereine körperlich zu betätigen. Und noch ein Tipp: In der schönsten Gemeinde des Kantons Zug, in Baar, gibt es zwar keinen Stadtrat, dafür aber zwei Vita-Parcours und viele weitere Möglichkeiten, Sport zu treiben, auch mithilfe der Vereine.

Thomas Lötscher: Auch die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Sie ist froh, dass sich die Regierung der Bedeutung von Sport und Bewegung für die Gesundheit einer Gesellschaft bewusst ist. Sie freut sich, dass auch für die SP die Umsetzung eines Motorikparks keine Staatsaufgabe ist, sondern von Privaten erledigt werden kann. Man muss auch nicht unbedingt nach Baar gehen, um sich in freier Natur zu bewegen: Es gibt im Gebiet des Kantons Zug sieben Vita-Parcours.

Baudirektor **Heinz Tännler** freut sich, dass dem Regierungsrat attestiert wird, er sei sich der Bedeutung des Sports bewusst. Das ist zweifellos so, zumal die Regierung selbst auch sportlich ist. Der Motorikpark hätte – wenn er dort ein Thema gewesen wäre – auch in der Arbeitsgruppe Lorzenebene nicht gut abgeschnitten. Eine solche Anlage braucht sehr viel Platz und ist mit ihren Installationen fast eine Baute, aufgeteilt auf eine bis zwei Hektaren Fläche. Es ist auf diesem Hintergrund sowie mit Blick auf die regierungsrätliche Strategie bezüglich Wachstum und auch angesichts der Tendenz, die Landschaft bis in die Wälder hinein immer mehr zu möblieren, verständlich, dass man diese zwei Hektaren nicht auch noch möblieren will. Der Baudirektor war etwas überrascht von der Aussage, man solle für diejenigen, welche während des Winters ins Fitnessstudio gehen, für den Sommer gewissermassen ein Fitnessstudio mit entsprechenden Geräten im Freien organisieren. Dem kann der Baudirektor nichts abgewinnen. Er hat Verständnis, dass sich Urs Raschle für dieses Thema eingesetzt hat. Auf dem Hintergrund, dass die Natur im Kanton Zug

auch so, wie sich präsentiert, zum Sport einlädt und viele Sportarten ermöglicht, ist die Antwort des Regierungsrats aber sicher verständlich.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 16

1044 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend den Strafvollzug im Kanton Zug

Es liegen vor: Interpellation (2295.1 - 14451); Antwort des Regierungsrats (2295.2 - 14628).

Thomas Werner dankt im Namen der SVP-Fraktion der Regierung für die Beantwortung der Fragen. Die Antworten kommen so sauber und korrekt daher, dass sie fast den Eindruck hinterlassen, der Regierungsrat habe hier «Dienst nach Vorschrift» geleistet. Aus den Antworten geht klar hervor, dass die Regierung im Strafvollzug nichts ändern will und auch nicht bereit ist, sich im Rahmen der Konkordatsorgane verstärkt für eine härtere Gangart im Strafvollzug einzusetzen. Viel eher versteckt sie sich hinter eben diesen Konkordaten und der eidgenössischen Gesetzgebung.
In den letzten Jahren hat sich rund um den Strafvollzug eine riesige Therapieblase aufgebaut. Im Strafvollzug sind sich denn auch alle einig, dass Therapien der wichtigste Kostenfaktor, der grösste Kostentreiber sind. Therapieren ist viel teurer als einsperren. Ein Gefängnistag ohne Therapie kostet ca. 270 Franken, mit Therapie explodieren die Kosten auf bis zu 1300 Franken pro Tag – und dies, obwohl der Nutzen dieser Therapien sehr umstritten ist. Strafrechtsprofessor Martin Killias sagte in einem Interview, dass der Strafvollzug mit dem vorhandenen Therapiewahn ein Fass ohne Boden sei. Es gibt viele verschiedene Studien, aber keine einzige zuverlässige Studie in der Schweiz beweist, dass therapierte Täter tatsächlich weniger rückfällig werden als andere.
Die SVP ortet im Strafvollzug dringenden Handlungsbedarf und ist deshalb von der Antwort der Regierung enttäuscht. In keinem einzigen Punkt, bei keiner Antwort auf die Fragen zeigt der Regierungsrat auch nur das geringste Interesse, wenigstens zu versuchen, etwas zu ändern und Möglichkeiten und Handlungsspielraum auszuloten. Was ist das für ein Zeichen gegenüber den Opfern, die ihrerseits jeweils um ihr Recht und das Geld für ihre Therapie kämpfen müssen? Die SVP bedauert, dass der Regierungsrat statt der Sühne und der Opfer die Resozialisierung der Täter in den Mittelpunkt stellt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** ist etwas überrascht vom Vorwurf der SVP. Die SVP-Fraktion, die ja auch Juristen in ihren Reihen hat, weiss doch ganz genau, dass es hier für die Sicherheitsdirektion kaum Spielraum gibt. Der Bund regelt die Grundsätze des Strafvollzugs. Es stellt sich beim Strafvollzug immer die Frage, ob Sühne, Vergeltung oder Resozialisierung im Zentrum stehe – und der Bund sagt klar: Resozialisierung. Der Kanton kann nur die von den Gerichten nach Artikel 59 und 63 verfügten Massnahmen vollziehen und umsetzen; da gibt es keinen Spielraum. In der Öffentlichkeit und in den Medien herrscht die Meinung, der Strafvollzug sei viel lockerer geworden. Tatsache aber ist, dass der Strafvollzug in den letzten Jahren härter geworden ist und es viel weniger Urlaube und Vollzugslockerungen gibt. Im Bostadel beispielsweise gab es in den 1980er Jahren noch drei- bis vierhundert Vollzugslockerungen pro Jahr, heute sind es vielleicht noch zwanzig pro Jahr; für lebenslänglich Verwahrte gibt überhaupt nichts Derartiges. Weitere Verschärfungen wären Bundesaufgabe. Weil heute vorzeitige bzw. bedingte Entlas-

sungen viel spärlicher gewährt werden, sitzen die Straftäter auch viel länger in den Gefängnissen, was den Vollzug verteuert und neue Gefängnisplätze erfordert; es fehlen in den Schweiz heute ca. tausend Strafvollzugsplätze für den geschlossenen Vollzug. Im Konkordat funktioniert der Strafvollzug aber gut. Die Konkordate regeln ihre Vollzugsstandards, so weit das möglich ist. Der Regierungsrat hat ausgeführt, dass er seinen Handlungsspielraum ausschöpft. So kommen beispielsweise externe Therapien wie in Genf beim Fall Adeline in Zug überhaupt nicht in Frage.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 17

1045 Interpellation von Philip C. Brunner betreffend unlautere und undemokratische Abstimmungspropaganda der Metropolitankonferenz (Verein Metropolitanraum Zürich) bei der nationalen Abstimmung über die Erhöhung des Preises der Autobahnvignette

Es liegen vor: Interpellation (2320.1 - 14512); Antwort des Regierungsrats (2320.2 - 14609).

Interpellant **Philip C. Brunner** dankt dem Regierungsrat für die unerwartet detaillierte Antwort. Offenbar ist alles korrekt gelaufen. Allerdings sind damit die Fragen rund um das Thema Behördenpropaganda – auch in Zusammenhang mit weiteren Abstimmungen der letzten Zeit, etwa zur FABI-Vorlage oder der SVP-Masseneinwanderungsinitiative – noch nicht wirklich geklärt.
Der Votant erinnert an die Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» der SVP von 2008, auch «Maulkorb-Initiative» genannt, die national nur knapp 25 Prozent und Kanton Zug 28 Prozent Ja-Stimmen erzielte. Man kann solche Ergebnisse als Vertrauensbeweis für die Behörden werten, dass diese ihre Autorität und Möglichkeiten verantwortungsbewusst einsetzen. Genau darum geht es. Bundesrat Ueli Maurer pilgert in diesen Wochen durch die Lande, um für das Kampfflugzeug Gripen zu werben. Das ist nach Ansicht des Votanten keine Behördenpropaganda, denn Ueli Maurer setzt sich selber vor Publikum ein. Wenn aber die Zuger Regierung auf einem wahrscheinlich von economiesuisse bezahlten, in alle Haushalte verteilten Flyer sich gegen die SVP-Initiative ausspricht, ist das ein anderer Fall. Der Unterschied liegt darin, dass hier ein gedrucktes Werbemittel zum Einsatz kommt, von dem man nicht genau weiss, wer es bezahlt. Wenn aber Matthias Michel im Casino vor Publikum spricht, wo der Bürger die Möglichkeit hat, ihm Fragen zu stellen, ihn herauszufordern und mit ihm einen offenen Dialog zu führen, dann ist das keine Behördenpropaganda.
Ausgangspunkt der Interpellation war die Abstimmungspropaganda der Metropolitankonferenz. Mittlerweile gehört der Kanton Zug verschiedenen Organisationen zum Thema *Greater Zurich Area* an, wo sich die Behörden treffen und besprechen, was sie verändern möchten. Nun wird über diese Organisationen aber auch eine Art *Leverage*-Effekt erzielt, indem sie Steuergelder erhalten, mit welchen sie die Bürger – wie im Fall der Autobahnvignette – offen und transparent informieren müssen. Demokratie ist eine grossartige Geschichte; es sind aber auch gewisse Regeln und eine gewisse Fairness einzuhalten. Natürlich verfügt die Regierung über mehr Informationen, welche sie in ihrem Sinne auch einsetzen kann. So geht der Baudirektor mit seinen Anliegen immer wieder in die Gemeinden hinaus und versucht dort, den Bürgern die erarbeiteten Konzepte zu erklären. Das ist nicht Behördenpropaganda, sondern ein Muss. Wenn die Regierung aber über Organisationen Einfluss zu neh-

men versucht, über welche der Kantonsrat keine oder eine nur indirekte Kontrolle via Budget hat, ist das ein anderer Fall. Der Votant bittet die Regierung, im Interesse der Demokratie und eines guten Dialogs zwischen den Behörden und der Bevölkerung zurückhaltend mit diesen Möglichkeiten umzugehen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist Philip C. Brunner dankbar, dass er am Beispiel Metropolitankonferenz hinterfragt hat, ob diese und auch das diesbezügliche Mandat des Volkswirtschaftsdirektors genügend legitimiert seien. Die Regierung ist froh, dass sie Brunners strengem Massstab in diesem Bereich genügt. Bezüglich Behördenpropaganda legt der Volkswirtschaftsdirektor Wert auf die Feststellung, dass weder Metropolitankonferenz noch *Greater Zurich Area* Steuergelder für Behördenpropaganda einsetzt. Die Metropolitankonferenz veröffentlicht einzig Mediencommuniques und vertritt dort Positionen, die sie sich seit Jahren erarbeitet hat. Sie legt so auch Rechenschaft ab gegenüber der Öffentlichkeit. Täte sie das nicht, würde man sie wohl als Geheimgremium bezeichnen, von dem niemand wisse, was es tue. Die Metropolitankonferenz finanziert aber keine Flyers oder anderes Abstimmungsmaterial in Hinblick auf Abstimmungen.
Wie stark Behördemitglieder bei Abstimmungskampagnen mitwirken sollen bzw. dürfen, ist ein Dauerthema. Der Regierungsrat hat hier eine klare Regelung: Wenn der Regierungsrat sich zu einem kantonalen oder nationalen Thema eine bestimmte Meinung gebildet hat, dürfen sich Regierungsmitglieder aktiv für diese Meinung einsetzen. Es ist dann allenfalls noch eine Frage des Masses, aber die Regierungsmitglieder haben sich in den letzten Jahren immer an diese Praxis gehalten.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 18

1046 **Interpellation von Daniel Thomas Burch betreffend Priorisierung, Planung und Realisierung von Infrastrukturprojekten des Kantons Zug**
Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Finanzierungsengpässe der Zuger Hoch- und Tiefbauprojekte
Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Verwaltungsgebäude 3
Es liegen vor: Interpellation Burch (2321.1 - 14513); Interpellation der AGF (2341.1 - 14548); Interpellation Hausheer (2343.1 - 14551); Antwort des Regierungsrats (2321.2/2341.2/2343.2 - 14598).

Daniel Thomas Burch dankt dem Regierungsrat für die rasche und ausführliche Beantwortung seiner Interpellation. Momentan stehen im Kanton Zug verschiedene teure Infrastrukturvorhaben in Planung und Diskussion. Was bei Privatpersonen und Unternehmen bezüglich Finanzierung gilt, gilt auch für den Staat: Investitionen sind nach Prioritäten und den verfügbaren finanziellen Mitteln zu realisieren. Die von der Regierung aufgeführten Kriterien sind plausibel und zweckmässig.
Bisher hat der Kantonsrat lediglich im Richtplan die Prioritäten bei Verkehrsvorhaben festgelegt. Bei allen übrigen Investitionsvorhaben hat er sich selten zur Priorität geäussert und die Priorisierung dem Regierungsrat überlassen. Es ist an der Zeit, dass sich der Kantonsrat künftig auch hierzu Gedanken macht. Der Votant teilt die Meinung des Regierungsrats, dass Verkehrsinfrastrukturanlagen kaum etappiert werden können; insbesondere der Stadttunnel muss als Ganzes gebaut werden. Dabei ist zu beachten, dass die Bauzeit von rund sieben Jahren an sich bereits eine Etappierung darstellt, zumindest aus finanzieller Optik. Beim Projekt

«Fokus» ist die Regierung gefordert, eine Etappierung auszuarbeiten. In etwa einem Jahr will die Regierung die Frage der Etappierung geklärt haben. Der Votant erwartet dann auch eine Darlegung der Übergangsmassnahmen und Alternativen, sofern solche aufgrund der Bedürfnisse nötig sind. Der Votant hätte eigentlich erwartet, dass der Regierungsrat sich dazu äussert, welche Überlegungen und Abklärungen zurzeit gemacht werden, um allfällige kurzfristige Raumbedürfnisse zu erfüllen. Konkret: Bestehen Überlegungen zur Mitbenützung des Siemens-Gebäudes?
Die Antworten auf die beiden anderen Interpellationen, insbesondere auf jene zur Finanzierung des Stadttunnels, wird die FDP-Fraktion bei der Beratung der Stadttunnel-Vorlage kommentieren.

Stefan Gisler spricht als Vertreter der Interpellantin AGF und äussert sich zuerst zur Finanzierung aller Hoch- und Tiefbauprojekte. Angesichts der riesigen Kosten, die auf den Kanton zukommen und die allgemeine Staatsrechnung belasten werden, ist es grundfalsch, den Stadttunnel auch noch zu 50 Prozent aus der allgemeinen Staatsrechung zu bezahlen statt wie andere Strassenprojekte aus der Spezialfinanzierung Strassenbau. Weder die Tangente Zug/Baar noch die Umfahrung Cham/Hünenberg (UCH) werden über die allgemeine Staatsrechnung finanziert. Hinzu kommt, dass beim Stadttunnel ja die Stadt Zug die flankierenden Massnahmen, also «Zentrum plus» mit Kosten von 60 bzw. laut Kommission 80 Millionen Franken, übernehmen soll. Der Baudirektor kann sich nachher winden, wie er will: Es ist ein Paradigmenwechsel.
Zum Projekt «Fokus»: Der Votant ist gespannt, wie der Baudirektor es nachher drehen und aus dem Elefanten «Fokus» eine Mücke machen wird. Als Einzige stellte sich die AGF – zusammen mit einigen CVP-Stimmen – in der damaligen Debatte gegen das 450-Millionen-Franken-Megaprojekt der Verwaltungszentralisierung inkl. ZVB-Neubau und plädierte dafür, nur den ZVB-Bau zu realisieren; als einzige Fraktion lehnte die AGF den damaligen Kredit ab. Aus den Medien mussten Stawiko, Hochbaukommission und Kantonsrat im Januar 2014 dann vom Baudirektor erfahren, dass die Finanzen für die zahlreichen Hoch- und Tiefbauprojekte derart knapp würden, dass «Fokus» gekappt und vorerst nur der ZVB-Teil gebaut werde; das Projekt werde um rund 200 Millionen Franken gekürzt. Nun, eigentlich sollte der Votant sich ja freuen. Offenbar gibt der Baudirektor den Bedenken der AGF bezüglich Notwendigkeit, Nutzen und vor allem Finanzierbarkeit dieser Verwaltungszentralisierung vollumfänglich Recht. Aber, Herr Baudirektor, so geht das nicht. Kommunikation und Vorgehen sind *ungenügend.* Höchst irritierend ist auch die regierungsrätliche Antwort: kein echtes Bedauern über dieses Vorgehen. Spitzfindig wird auf eine an die Finanzprognose vom November 2013 angehängte Tabelle verwiesen, aus welcher angeblich hätte ersichtlich sein sollen, dass gegenüber der der Finanzierungsprognose vom Mai angehängten Tabelle eine Kürzung stattgefunden habe. Rund 200 Millionen Franken weggekürzt, unkommentiert, unbegründet und bevor die Planung bezüglich «Fokus» überhaupt so richtig in Gang gekommen ist. Wer im Rat hat dies bemerkt? Der Votant gibt zu: Er nicht. Haben es der Stawiko-Präsident oder der Präsident der Hochbaukommission bemerkt? Kaum. Kein Wunder, denn der Baudirektor hat weder die Stawiko noch die Hochbaukommission noch den Kantonsrat aktiv über diese massive Änderung informiert. Auch der Finanzdirektor hat nicht darüber informiert – vielleicht war er an der betreffenden Regierungssitzung nicht anwesend. Statt die zuständigen Kommissionen direkt zu informieren, hat sich der Baudirektor eine Lokalzeitung als Ansprechpartner gesucht. Wer Chaos sät, erntet Interpellationen – da steht der Rat nun. Zudem hätte der Votant erwartet, dass der *Kantonsrat* über eine solche massive Änderung bei einem hier besprochenen Projekts befindet, nicht die Regierung. Oder ist etwa noch

alles offen? Ist der Entscheid noch gar nicht gefällt? Man schaue sich die vom Baudirektor dazu verfasste Antwort 2.1. auf Seite 5 genau an. Hier steht, dass der Regierungsrat im November 2013 auf Antrag des Baudirektors entschied, den Gesamtbetrag von 450 Millionen um rund 200 Millionen Franken zu kürzen und so gemäss Finanzprognose bis 2028 kein Verwaltungszentrum zu bauen. In Antwort 2.3. auf Seite 6 steht dann aber auf die Frage nach der Etappierung: «Die Baudirektion startet im Februar 2014 mit der Ausarbeitung der Vorprojekte. Erst nach Abschluss dieser Phase – voraussichtlich in einem Jahr – wird die Baudirektion die Frage nach der Etappierung beantworten können.» Ja, was gilt jetzt? Aufgrund welcher Grundlagen konnte die Regierung im November diese Einsparungen von 200 Millionen Franken beschliessen, wenn erst in einem Jahr bekannt wird, was Sache ist? Oder wurde nur die Prognose beschlossen und nicht die Etappierung? Vielleicht kann der Baudirektor den Rat darüber aufklären, und sicher wird er das nachher wortreich tun. So aber – mit Politik by Medienmitteilung – geht das Vertrauen in die Regierung verloren. Der Votant verlangt, dass die Regierung dem Kantonsrat baldmöglichst eine Vorlage unterbreitet, die aufzeigt, wie weiter geplant wird, ob es eine Etappierung oder Kürzung gibt etc. Und es sollte klar sein: Letztlich entscheidet – *nach* der Planung – der Kantonsrat, ob das Projekt um 200 Millionen Franken gekürzt wird oder nicht.

Interpellant **Andreas Hausheer:** Wenn es möglich wäre, von Interpellationsantworten ablehnend Kenntnis zu nehmen, würde der Votant das hier tun. Warum? Bei den zentralen Fragen weicht der Regierungsrat aus und will sich hinter dem Kantonsrat verstecken. Dieser und ja nicht der Regierungsrat selber soll der Überbringer einer allenfalls schlechten Nachricht sein. Bei der Frage nach der Priorisierung von einzelnen Projekten im Bereich der öffentlichen Bauten und Anlagen nach deren Wichtigkeit scheut der Regierungsrat die Verantwortung und schiebt diese ganz einfach auf den Kantonsrat ab.
Auch wenn er streng rechtlich betrachtet allenfalls Recht hat, so wäre es faktisch ganz klar am Regierungsrat, eine nach Notwendigkeit gegliederte Priorisierung vorzuschlagen. Schliesslich nimmt sich der Regierungsrat in der Antwort auf Seite 4 auch die Freiheit heraus, dem Kantonsrat mitzuteilen, welche Kriterien für eine Priorisierung massgebend resp. welche Fragen für eine Priorisierung zu beantworten seien. In der Regel ist der Regierungsrat überaus erpicht darauf, die Kompetenzen für alles Erdenkliche zu haben. Aber ausgerechnet in einem Bereich, wo es um die finanzielle Substanz des Kantons geht, scheut er die Verantwortung. Ist es denn nicht der übliche Weg, dass die Regierung einen Vorschlag macht und dieser dann im Kantonsrat diskutiert wird? Wenn hier achtzig verschiedene Vorschläge diskutiert werden sollen, ist das kaum zielführend.
In den Diskussionen zum Stadttunnel hat der Votant von Beginn an seine Erwartung resp. Forderung geäussert, dass der Regierungsrat bei der Beantwortung der CVP-Motion und/oder der Interpellation Burch eine klare Priorisierung vornimmt. Dies wurde von der Regierung auch in Aussicht gestellt, doch leider ist davon bis dato nichts zu sehen. Wenn sich der Regierungsrat weiterhin weigert, hier endlich konkret zu werden, dann wird der Votant, wie ebenfalls schon bei den Stadttunnelberatungen angekündigt, dem Stadttunnel nicht zustimmen. Der Kantonsrat will und muss wissen, auf welche Infrastrukturprojekte auf absehbare Zeit verzichtet werden müssen oder eben nicht: auf den Stadttunnel, auf das Verwaltungsgebäude oder auf die verschiedenen Schulbauten.
Interessant ist auch, dass der Regierungsrat in den Vorbemerkungen von Einsparungen spricht. Was gut tönt, ist beim Verwaltungsgebäude lediglich ein Verschieben auf der Zeitachse nach hinten. Und wenn man aus einer «Alles ist möglich»-Liste

dann einfach eine Auswahl trifft, hat das mit Sparen im engen Sinne des Wortes nicht viel gemeinsam. Etwas komisch mutet auch an, dass der Regierungsrat einfach mal 200 Millionen Franken aus der Finanzierungsprognose herausnimmt, obwohl er erst in einem Jahr sagen kann, wie die Etappierung bzw. das genaue Einsparungspotenzial aussieht. Hauptsache, die 200 Millionen sind mal draussen, und die Finanzierungsprognose sieht wieder besser aus. Immerhin sieht der Regierungsrat ein, dass die diesbezügliche Informationspolitik ungenügend war. Er sagt es zwar nicht direkt so, man kann zumindest aber den Teilsatz, dass künftige Medienorientierungen mit ähnlicher Tragweite zu optimieren seien, so verstehen.
Fazit: Windet sich der Regierungsrat auch in der Antwort auf die CVP-Motion betreffend Finanzierung von Infrastrukturprojekten vor klaren Priorisierungsaussagen, die auch die Notwendigkeiten von Infrastrukturvorhaben berücksichtigen, wird der Votant dem Stadttunnel wohl nicht zustimmen können; ansonsten kann man wieder darüber diskutieren. Denn bekanntlich kann sich auch der Kanton Zug nicht einfach alles leisten.

Eusebius Spescha als Sprecher der SP-Fraktion: Mit der vorliegenden Interpellationsantwort zeigt die Regierung, dass sie das tut, was man von einer Regierung eigentlich erwartet: Sie überlegt periodisch – in diesem Fall halbjährlich –, ob ihre Projekte auf Kurs sind und mit dem verfügbaren Geld übereinstimmen. Irritierend ist einzig, dass die Regierung das offenbar erst seit zwei Jahren macht.
Dass die Regierung im Strassenbau ein Streichungspotenzial von rund 200 Millionen Franken gefunden hat, freut die SP-Fraktion – und erstaunt sie eigentlich nicht: Sie hätte da noch deutlich mehr Sparpotenzial gefunden. Dass auch eine Überprüfung bei den Hochbauten und hoffentlich auch bei anderen Investitionen stattfindet, ist sicher auch richtig. Dass das Grossprojekt «Fokus» sinnvollerweise etappiert wird, hat der Kantonsrat schon beim Projektierungskredit als Vorgabe festgehalten.
Es ist sicher so, dass die Mittel für Investitionen in Zukunft eher knapp sein werden. Dies ist aber kein Grund, in Hysterie auszubrechen. Es muss ein zwingendes Ziel sein, die als wichtig erachteten Projekte auch umzusetzen. Die SP-Fraktion denkt da vor allem an die Mittelschulbauten, wo es einen gewaltigen Nachholbedarf gibt. Hier erträgt es keine weiteren Verzögerungen.
Die SP-Fraktion nimmt in diesem Sinne die Antwort mit Interesse zur Kenntnis. Wichtig wird aber vor allem sein, dass der Kantonsrat von der Regierung dann, wenn die wesentlichen Investitionsentscheidungen anstehen, auch die finanzpolitischen Eckdaten aufbereitet erhält, um diese Entscheide auch finanzpolitisch gut abstützen zu können.

Karl Nussbaumer: Die SVP-Fraktion dankt der Regierung für die sehr gut ausgearbeiteten Antworten auf die Fragen der Interpellanten. Mit der Finanzierungsprognose, welche die Regierung im Oktober 2013 aktualisiert hat, wird klar und sauber aufgezeigt, wie bis ins Jahr 2031 geplant wurde.
Schaut man auch die Kostenprognose der Grossprojekte des Kantons Zug bis ins Jahr 2021 genauer an, kann man feststellen, dass auch hier alles genau geplant und gerechnet ist, und mit den Finanzreserven des Kantons Zug sind diese auch tatsächlich realisierbar. Die SVP-Fraktion dankt vor allem dem Baudirektor für die gute und weitsichtige Planung und ist überzeugt, dass die geplanten und auch sehr wichtigen Projekte des Kantons Zug so ausgeführt werden können

Für **Daniel Stadlin** steht ausser Frage, dass die öffentliche Infrastruktur ein hohes Gut ist, zu dem Sorge getragen werden muss. Infrastrukturpolitik ist jedoch ge-

kennzeichnet von zahllosen Plänen und Wünschen, und man muss aufpassen, dass man dabei letztlich nicht nur ein «Mehr vom Gleichen» erhalten. Man darf auch nicht am Notwendigen sparen, damit man sich Unnötiges leisten kann. Infrastrukturprojekte sind nie nur Selbstzweck, sondern haben sich immer einem übergeordneten Ganzen einzufügen und sollen stets die gewünschte Wirkung entfalten. Beim Projekt «Fokus», Teil Verwaltungszentrum 3, muss man sich allerdings fragen, ob es diesen Anforderungen entspricht. Ein Verwaltungszentrum dient grundsätzlich der Verwaltungstätigkeit. Wieso jedoch auch Wohnbauten dazu gehören sollen, ist nicht einsichtig. Wohnungen zu bauen, ist doch keine Aufgabe des Staates. Den Ausbau des Verwaltungszentrums auf das Nötigste zu beschränken und die Hauptrealisierung auf die Zeit nach 2030 zu verschieben, ist also nur schon deshalb richtig. So bleibt genügend Zeit, diesen Bereich des Projekts kritisch zu hinterfragen. Vielleicht wird das Projekt sowieso bald obsolet. Mit dem alten Verwaltungsgebäude der Landis & Gyr besteht eine prüfenswerte Alternative zur Abdeckung des zusätzlich benötigten Büroraumbedarfs. Die städtische Liegenschaft Gubelstrasse 22 durch Stadt und Kanton gemeinsam zu nutzen, hat durchaus das Potenzial einer *Win-win*-Situation.
Es gibt viele Möglichkeiten um Infrastrukturprojekte zu steuern. Die nächstliegende ist banal: Gib weniger aus, als du einnimmst. Das Investitionsvolumen im Tief- und Hochbau um insgesamt 400 Millionen Franken zu reduzieren, ist also ein einfacher Akt der finanzpolitischen Vernunft. Wegen einer überdimensionierten Infrastruktur im nächsten Jahrzehnt in ein strukturelles Defizit zu geraten, ist keine gute Aussicht. Gesunde Finanzen sind eine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg des Kantons. Sie tragen dazu bei, die Steuerbelastung tief zu halten und die langfristig schädlichen Folgen einer Verschuldungsentwicklung zu vermeiden. Gesunde Staatsfinanzen erfordern eine aktive Finanzpolitik, die auf Mass und Weitsicht setzt. Darum dankt der Votant dem Regierungsrat für seinen Entscheid, die Infrastrukturprojekte der aktuellen Finanzierungsprognose anzupassen und sich auf das Notwendige, Machbare und Finanzierbare zu konzentrieren.

Philip C. Brunner hat den Eindruck, dass der Rat dem Baudirektor heute im Auftrag der CVP ein *Sondersetting* verpassen wollte. Das Ganze hat aber nichts mit den Wünschen und dem *Management* des Baudirektors zu tun, sondern mit den Finanzen. Am Schluss muss nämlich jemand die aus verschiedenen Direktionen kommenden Wünsche – Strassen, Schulhäuser etc. – bezahlen. Wenn der Fraktionschef der CVP in angriffiger Weise darlegt, er müsse sich überlegen, ob er dem Stadttunnel zustimmen könne, dann hat der Votant damit seine liebe Mühe. Das Projekt wurde in der Tiefbaukommission einigermassen gut aufgegleist; da ist für eine Partei wie die CVP ziemlich unverantwortlich, wenn man dieses Projekt wegen der angeblich schlechten Beantwortung eigener Interpellationen in Frage stellt.

Andreas Hausheer kann Philip C. Brunner beruhigen: Er hat keinen Auftrag von irgendeiner Seite. Die Finanzierung geht natürlich auch den Finanzdirektor an. Der Votant hat in der letzten Sitzung der Tiefbaukommission, bei der auch Philip C. Brunner anwesend war, mehr oder weniger dasselbe gesagt wie vorhin. Es wurde in der Kommission und auch ausserhalb derselben besprochen, dass es eine Priorisierung geben muss. Und diese fehlt in der regierungsrätlichen Antwort.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält einleitend fest, dass das von verschiedenen Votanten angesprochene Siemens-Gebäude im Eigentum der Stadt ist. Die Stadt entscheidet, was sie mit diesem Gebäude machen will. Wenn sie mit dem Kanton in

Verbindung tritt, wird der Regierungsrat entsprechende Optionen selbstverständlich prüfen.
Dass die Informationspolitik zu «Fokus» bzw. Einsparungen bzw. Stadttunnel möglicherweise nicht optimal war, gibt der Baudirektor zu und entschuldigt sich dafür; allerdings ist Kommunikation immer auch Ansichtssache. Zum Stadttunnel ist zu sagen, dass der Kantonsrat eine gesetzliche Grundlage beschlossen hat, aus welcher ergeht, dass es nicht *kreuzfalsch* ist, darüber nachzudenken, ob eine Investition im Tiefbaubereich teilweise auch über das Verwaltungsvermögen finanziert werden soll, da die Strassenrechnung für gewisse Projekte zu wenig alimentiert werden kann. Das ist natürlich eine politische Frage, über die der Kantonsrat zu diskutieren hat, aber eine entsprechende gesetzliche Grundlage liegt vor.
Als man über den Projektierungskredit für «Fokus» debattierte, war die Etappierung selbstverständlich auch ein Thema – und geradezu ein Auftrag der Hochbaukommission. Dass die Finanzen knapp werden, ist ebenfalls eine Ansichtssache. Immerhin hat der Kanton Zug ein Finanzvermögen von etwa 1,3 Milliarden Franken und ein Eigenkapital von 1,1 Milliarden Franken und ist als einziger Kanton in der Schweiz nicht verschuldet. Wofür soll man dieses Geld brauchen? Doch sicher zu einem Teil auch für Investitionen, sei es in den Stadttunnel oder etwas anderes. Die Information in der Zeitung, das Projekt «Fokus» werde um 200 Millionen Franken gekürzt, stand in einem redaktioneller Bericht, den der Baudirektor vor der Veröffentlichung nicht gesehen hatte. Er hatte Auskünfte erteilt und die Aussage gemacht, dass es im Hochbaubereich – sprich: «Fokus» – ein Sparpotenzial von 200 Millionen Franken gebe. Dasselbe hatte bereits früher aber auch im Kantonsrat auf eine Anfrage von Thiemo Hächler hin gesagt: 200 Millionen Franken Sparpotenzial beim Strassenbauprogramm und 200 Millionen Franken Sparpotenzial im Hochbaubereich. Der Baudirektor war nämlich vom Finanzdirektor – auch im Hinblick auf die Budgetierung – aufgefordert worden, Einsparungen in der Finanzplanung zu machen. Wenn man ihm nun vorwirft, er hätte den ganzen Kanton Zug über diese Einsparungen informieren müssen, dann wird er das nun selbstverständlich tun; er war bisher der Meinung, es genüge, wenn er den Regierungsrat und die Stawiko darüber informiere. Und grundsätzlich ist es sicher nicht falsch, über Einsparpotenzial nachzudenken, wie das jeder vernünftige Kaufmann tut.
Die Priorisierung wurde bis anhin immer über den Richtplan vorgenommen. Einen anderen Auftrag hat der Baudirektor nicht, er wird sich aber gerne überlegen, ob man dazu nicht ein anderes Instrument schaffen sollte. Im Übrigen hat Eusebius Spescha alles auf den Punkt gebracht: Es ist richtig, dass die Regierung sich seit zwei oder drei Jahren diese Überlegungen zu Kosteneinsparungen und -optimierungen macht, und solche Überlegungen werden auch in den kommenden Perioden wichtig sein.
Der Baudirektor entschuldigt sich nochmals für die suboptimale Information. Er ist aber überzeugt, dass er in der Sache richtig gehandelt hat; auch hat es der Kantonsrat in der Hand, allenfalls Abstriche zu machen oder einzelne Projekte ganz zu versenken. Als der Baudirektor vor sieben Jahren sein Amt antrat, hat man ihm von verschiedener Seite gesagt, er sollte mit den Infrastrukturprojekten vorwärts machen. Das hat er getan und verschiedene Projekte nun zur Diskussionsreife gebracht. Die eigentlichen Entscheide aber liegen beim Kantonsrat und beim Volk.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Traktandum 19 kann aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

1047 Nächste Sitzung

Donnerstag, 10. April 2014 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

70. Sitzung: Donnerstag, 10. April 2014 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.05 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
3. Kommissionsbestellungen

3.1. Teilrevision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 26. April 2012 (BGS 621.1); 1. Paket der Teilrevision

4. Teilrevision des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe: 2. Lesung
5. Geschäfte, die am 27. März 2014 nicht behandelt werden konnten
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für den Ersatzneubau des Durchlasses Mülibach Bostadel, Kantonsstrasse Q, Gemeinde Menzingen
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Bodensanierung von Nachfolgeschäden des Nationalstrassenbaus
8. Motion von Gabriela Ingold betreffend Grundstückgewinnsteuer
9. Motion von Thomas Wyss, Werner Villiger, Roland von Burg und Oliver Wandfluh betreffend Stärkung der parlamentarischen Mitsprache bei den Zuger Lehrplänen
10. Motion der FDP-Fraktion betreffend Kostentransparenz und Effizienzsteigerung in der Volksschule
11. Motion der CVP-Fraktion betreffend Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Kanton Zug
12. Postulat der CVP-Fraktion betreffend Begrenzung des Personalwachstums (Personalwachstum und Bevölkerungswachstum im Gleichschritt)
13. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Vergleichbarkeit der Schulnoten
14. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Fragen der Bewirtschaftung von Kunstgegenständen des Kantons Zug und Einrichtungsmobiliar des Kantons Zug
15. Interpellation von Phillip C. Brunner und Jürg Messmer betreffend «Politische Überzeugung» als zentrale Anforderung bei der Besetzung der Stelle eines/ einer Co-Generalsekretär/in bei der Direktion des Innern des Kantons
    Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Stellenwechsel Generalsekretariate
    Interpellation von Eugen Meienberg und Andreas Hausheer betreffend aktuelle Stellenausschreibung Co-Generalsekretär/in Direktion des Innern
16. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend eDossier Steuern-Scanning-Dienstleistungen

1048 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 67 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Barbara Gysel und Jürg Messmer, beide Zug; Thiemo Hächler und Beat Wyss, beide Oberägeri; Renato Sperandio, Unterägeri; Silvan Hotz, Martin Pfister und Beni Riedi, alle Baar; Christoph Bruckbach, Cham; Thomas Villiger und Roland von Burg, beide Hünenberg; Daniel Burch, Steinhausen; René Dubacher, Walchwil.

1049 Mitteilung

Der Landammann kann heute nicht an der Sitzung teilnehmen. Er vertritt den Kanton Zug in Bern an der Plenarversammlung der KKJPD.

TRAKTANDUM 1

1050 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 3

Kommissionsbestellungen:

1051 Traktandum 3.1: **Teilrevision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 26. April 2012 (BGS 621.1); 1. Paket der Teilrevision**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2375.1/.2 - 14635/36).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP, Kommissionspräsident

Monika Barmet, Menzingen, CVP	Mario Reinschmidt, Steinhausen, FDP
Philip C. Brunner, Zug, SVP	Flavio Roos, Risch, SVP
Hans Christen, Zug, FDP	Eusebius Spescha, Zug, SP
Stefan Gisler, Zug, AGF	Cornelia Stocker, Zug, FDP
Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP	Silvia Thalmann, Zug, CVP
Silvan Hotz, Baar, CVP	Leonie Winter, Hünenberg, FDP
Franz Peter Iten, Unterägeri, CVP	Thomas Wyss, Oberägeri, SVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

1052 Traktandum 3.2: **Ersatzwahl in die Kommission für das Gesetz über den Jugendschutz betreffend Filmvorführungen und audiovisuelle Trägermedien (Totalrevision des Filmgesetzes)**

Die AGF schlägt vor, als Ersatz von Esther Haas neu Andreas Lustenberger zu wählen. Die SVP-Fraktion schlägt vor, als Ersatz für Jürg Messmer neu Philip C. Brunner zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 4

1053 **Teilrevision des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe: 2. Lesung**

Es liegen vor: Ergebnis der 1. Lesung (2290.4 - 14564); Antrag von Kurt Balmer auf die 2. Lesung (2290.5 - 14613); Antrag des Regierungsrats auf die 2. Lesung (2290.6 - 14620).

Kurt Balmer muss – gestützt auf den Gegenantrag des Regierungsrats – nicht mehr erläutern, dass das Gesetz in der Fassung gemäss erster Lesung einen Konstruktionsmangel aufweist. Gesetze, die nicht vollziehbar sind, dürfen nicht erlassen werden. Der Votant hat im Gegensatz zu vielen andern Ratsmitgliedern keine Interessenbindung und macht sich nur Sorgen um Qualität der Gesetzgebung macht. Er zitiert aus einer Aktennotiz von Gianni Bomio, Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirektion: «Unseres Erachtens kann aufgrund des Bussenkatalogs kein Übertretungsstrafbestand für Nichtmeldungen im Bereich des Beherbergungsgesetzes abgeleitet werden. Natürlich ist es gesetzgeberisch nicht optimal, dass diese Diskrepanz besteht. Sie könnte aber bei einer allfälligen Überarbeitung des Bussenkatalogs zum Übertretungsstrafgesetz bereinigt werden.» Der neue Vorschlag der Regierung ändert an dieser Einschätzung nichts – wobei die Einschätzung von Gianni Bomio noch zurückhaltend formuliert ist. Ein solches Gesetz wäre schlecht, und eigentlich will der Kantonsrat klare und gute Gesetze erlassen. Es geht aber auch um Rechtssicherheit, welche in letzter Zeit zumindest national häufig auf der Strecke geblieben ist.
Gestützt auf den überraschenden Gegenvorschlag des Regierungsrat – initial hat der Regierungsrat im persönlichen Gespräch jeglichen Handlungsbedarf verneint –, interessiert nur der Unterschied zwischen der Lösung der Regierung und der Version des Votanten, d. h. die Begriffe «gewerbsmässig» bzw. «regelmässig». Nach Ansicht des Votanten spricht alles für den Begriff «gewerbsmässig»:
• Erstens ist «gewerbsmässig» ein relativ klarer rechtlicher Begriff, welcher bedeutet, dass ein gewisses konstantes Nebeneinkommen erzielt werden muss.
• Zweitens stimmt der Begriff sinngemäss auch mit dem Gastgewerbegesetz überein, das hier insofern eine Rolle spielt, als Meldungen auch aus kriminalpolizeilichen Gründen erfolgen müssen und – was wichtiger ist – die entsprechende Meldepflicht durch das Übertretungsstrafgesetz abgesichert wird. Indirekt existiert eine Strafnorm – und das muss auch so sein. Etwas Analoges gibt es im Gesetz über die Beherbergungsabgaben nicht.
• Drittens: Es stimmt nicht, dass hier quasi ein neuer Begriff konstruiert werde, der in einer Verordnung o. ä. noch konkretisiert werden müsse.
Ganz anders liegen die Dinge beim Begriff «regelmässig»:
• Erstens bleibt es gestützt auf den Antrag des Regierungsrats etwas unklar, ob der Begriff «regelmässig» in § 2 Abs. 1 oder in § 2 Abs. 2 integriert werden soll: Es

steht beides in der Vorlage des Regierungsrats. Wenn – wie anzunehmen ist – § 2 Abs. 2 gemeint ist, gibt es einen inneren Widerspruch zwischen Abs. 1 und 2 dieses Paragrafen, weil die Abgabepflicht in bestimmten Fällen besteht, aber niemand für den Einzug verantwortlich ist. Das geht natürlich nicht.

• Zweitens: Wenn gemäss Lösung des Regierungsrats keine Gewerbsmässigkeit, aber Regelmässigkeit vorliegt, besteht weiterhin ein Vollzugsproblem, weil niemand meldepflichtig ist oder – wenn eine Meldepflicht besteht – diese ohne jegliche Konsequenzen nicht wahrgenommen werden muss. Das ist die Folge der Lösung der Regierung; die Interpretationsdetails erspart der Votant dem Rat.

• Drittens: Was heisst überhaupt «regelmässig»? Sucht man im Internet, findet man dazu Folgendes: 1. turnusmässig; 2. annuell; 3. stets; 4. wiederkehrend. Was genau meint der Regierungsrat damit? Einmal jährlich? Reicht dies? Der Begriff «regelmässig» ist also nur sehr vage definiert.

Um die Problematik zu verdeutlichen, macht der Votant drei Beispiele:

• Beispiel 1: Ein Zimmer wird gegen ein kleines Entgelt von 20 Franken im ersten Jahr im Rahmen eines Turnfests, im zweiten Jahr im Rahmen eines Schüleraustauschs und im dritten Jahr für ein Schwingfest zur Verfügung gestellt. Eigentlich ist dies regelmässig und abgabepflichtig gemäss Vorschlag des Regierungsrats. Es gibt aber keine Meldepflicht und keine Strafbestimmung. Mit der Gewerbsmässigkeit sind diese Fälle unproblematisch, nämlich nicht abgabepflichtig und auch nicht meldepflichtig. Nach der Version der Regierung aber müsste eine Abgabe geleistet werden. Ist das tatsächlich der Wille des Regierungsrats?

• Beispiel 2: Eine Wohnung oder ein möbliertes Zimmer, das sonst nicht touristisch vermietet wird, wird während eines oder zwei Monaten touristisch vermietet, nicht regelmässig – also keine Abgabepflicht gemäss der Variante der Regierung –, aber gewerbsmässig – also Abgabepflicht. Ist dies vom Regierungsrat so gewollt?

• Beispiel 3: Eine möblierte Wohnung oder ein Zimmer wird im Prinzip nicht touristisch vermietet. Ab und zu, aber nicht regelmässig, wird nun die Wohnung touristisch vermietet. Das bedeutet mit der Lösung des Regierungsrats: keine Abgabe. Mit der Lösung des Votanten heisst es: Abgabe, weil gesamthaft eine Gewerbsmässigkeit vorliegt. Will der Regierungsrat tatsächlich seine Lösung? Aus der Botschaft und dem Antrag der Regierung lässt sich dazu nichts entnehmen.

Diese Beispiele zeigen, dass die Lösung des Regierungsrats unausgegoren ist und vor allem nicht vollstreckt werden kann. Solche Beispiele gibt es noch viele, wobei die Problematik von *Airbnb* etc. noch gar nicht aufgezeigt wurde.

Es ist dem Votanten in Gesprächen mehrfach vorgeworfen worden, die freiwillige Unterstellung gemäss Satz 2 seines Antrags sei fraglich und verwirre. Diesen zweiten Satz kann man selbstverständlich auch weglassen, falls jemand einen solchen Streichungsantrag stellt. Die Motivation des Votanten dafür war nur die Aufrechterhaltung des Status quo, weil ansonsten nämlich der Vorwurf käme, die heutige Regelung werde verschlechtert.

Über § 2 des Gesetzes hat man bisher in dieser Revision gar nicht gesprochen, und die Bestimmung war nicht Teil der Revision. Trotzdem will der Regierungsrat diese Bestimmung antasten. Hätte der Votant dies gewagt, so hätte man wohl zu Recht gesagt, dass das nur über den Motionsweg gehe. Der Votant kritisiert einmal mehr, dass sich der Regierungsrat hier mehr Rechte herausnimmt als der Kantonsrat als Ganzes oder ein einzelnes Kantonsratsmitglied. Es gibt nämlich das Gebot der Waffengleichheit: Es braucht für alle Parteien gleiche Verfahrensregeln – und diese hat man offensichtlich nicht, sofern der Kantonsrat überhaupt auf die Variante der Regierung eingeht.

Wenn der Kantonsrat nun das Gefühl hat, die ganze Sache sei zu kompliziert oder zu juristisch, muss der Votant ihm Recht geben. Der Kantonsrat ist aber der Ge-

setzgeber und damit auch für die Gesetze verantwortlich. Als Ausweg sieht der Votant im Moment nur die Gutheissung seines Eventualantrags auf Rückweisung an die Kommission, denn eigentlich macht der Rat hier klassische Kommissionsarbeit, welche die Kommission offensichtlich – zumindest bis heute Morgen – nicht geleistet hat. Lieber eine Ehrenrunde als ein schlechtes Gesetz, das auch nach Ansicht der Regierung nicht vollziehbar ist: Deshalb empfiehlt der Votant, für die Rückweisung an die Kommission zu stimmen. Sollte aber der Antrag des Regierungsrats obsiegen, empfiehlt er, dieses unvollständige Gesetz in der Schlussabstimmung abzulehnen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** weist den Vorwurf zurück, der Regierungsrat taste in § 2 etwas Neues an. Es ist vielmehr umgekehrt. Die Regierung hat sich durch den Antrag von Kurt Balmer animieren lassen, dass Gesetz so zu präzisieren, wie es bisher gemeint war und angewendet wurde. Mit «regelmässig» bildet er die bisherige Praxis auch im Gesetz ab; materiell ist damit keine Änderung verbunden. Es kommt deshalb auch nicht darauf an, in welchem Paragrafen der Begriff «regelmässig» steht. § 2 Abs. 2 ist der richtige Ort, denn dort geht es um die Einrichtungen, welche regelmässig Gäste beherbergen.
Mit dem von Kurt Balmer vorgeschlagenen Begriff «gewerbsmässig» kommt man hingegen in den Bereich einer materiellen Änderung, geht es doch – wie gehört – darum, welches Einkommen man mit der Beherbergung im Vergleich zu anderen Einkommensteilen erzielt. Das war bisher kein Tatbestand des Gesetzes; der Ansatz von Kurt Balmer ist deshalb völlig neu. Man darf auch nicht vergessen, dass das Gesetz bisher ohne diesen Aspekt vollzogen wurde. Es gab andere Problematiken, etwa die *Airbnb*-Angebote, also eine Einrichtung, die beworben und regelmässig vermietet wird und die deshalb unter dieses Gesetz fällt. Das Gesetz wird nun entsprechend ausgedehnt, aber nicht materiell geändert.
Der Begriff «gewerbsmässig» ist im Übrigen keineswegs so klar. Es gibt in der Literatur, in der Rechtsprechung und in der Gesetzgebung ganz unterschiedliche Definitionen. Einerseits heisst es, man müsse einen namhaften Beitrag erwirtschaften, also einen Gewinn machen, andererseits geht man nur von der Deckung der Kosten aus. Es gibt auch strafrechtliche Definitionen und sogar solche im Flugverkehrsrecht; sie alle haben Anlass zu reicher Rechtsprechung gegeben. Kurt Balmer hat in seinem Antrag und auch in seinem Votum den Begriff nicht definiert – und der Volkswirtschaftsdirektor möchte seine Mitarbeitenden lieber nicht mit neuen Definitionen beschäftigen bzw. Rechtsunsicherheiten im Vollzug schaffen. Problematisch ist auch der zweite Satz im Antrag von Kurt Balmer: Wenn die Gemeinden im nicht-gewerblichen Bereich – aber nur dort, wo Gäste gegen ein Entgelt beherbergt werden – Abgaben erheben dürfen, wird der Grat immer schmaler und die Unsicherheit im Vollzug immer grösser.
Zusammengefasst bringt der Antrag von Kurt Balmer neue, bisher nicht vorgesehene Aspekte in das Gesetz. Der Ansatz des Regierungsrats entspricht dem bisherigen Geist des Gesetzes und der bisherigen Praxis, und der Volkswirtschaftsdirektor bittet den Rat, hier nicht auf eine neue Diskussion einzutreten, welche auch das Problem tangiert, ob man – gestützt auf das Gastgewerbegesetz – meldepflichtig sei oder nicht. In diesem Sinne bittet der Volkswirtschaftsdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

Vroni Straub-Müller, Präsidentin der vorberatenden Kommission: Nach dem Gesetz über die Beherbergungsabgabe, wie es revidiert als Ergebnis der ersten Lesung vorliegt, werden alle Gemeinden verpflichtet, eine Beherbergungsabgabe zu erheben. Die Höhe der Abgabe wird mit einer Unter- und Obergrenze festgelegt,

hingegen bleiben die Bestimmungen über die Abgabepflicht bzw. die Befreiung davon sowie die Melde- und Auskunftspflicht unverändert. Nach § 4 Abs. 1 ist gegenüber der Gemeinde melde- und auskunftspflichtig, wer einen Beherbergungsbetrieb oder eine Beherbergungseinrichtung besitzt oder betreibt. Nach Ansicht von Kurt Balmer muss im Bereich der nicht-gewerbsmässigen Beherbergung eine Möglichkeit geschaffen werden, dass die Gemeinden in diesem Bereich von einer Beherbergungsabgabe absehen können. Er schlägt folgende neue Formulierung von § 1 Abs. 1 vor: «Die Gemeinden erheben eine Beherbergungsabgabe bei gewerbsmässiger Nutzung. Im nicht gewerbsmässigen Bereich sind die Gemeinden ermächtigt, eine Beherbergungsabgabe zu erheben.»
Die vorberatende Kommission hat die Anträge der Regierung und von Kurt Balmer an einer Kurzsitzung heute vor der Kantonsratssitzung beraten. Sie stellt fest, dass beide Begriffe interpretationswürdig seien. Der Begriff «gewerbsmässig» sei aber vage und bedürfe einer neuen Definition. Die beiden Begriffe, die der Regierungsrat vorschlägt, nämlich «gegen Entgelt» und «regelmässig», seien hingegen zwei qualifizierte Elemente.
Die vorberatende Kommission empfiehlt dem Kantonsrat einstimmig, den Eventualantrag auf Rückweisung an die Kommission abzulehnen. Den eigentlichen Antrag von Kurt Balmer lehnt die Kommission mit 3 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung ab; dem Antrag der Regierung stimmt sie mit 8 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung zu. Die AGF schliesst sich der Kommission an.

Manuel Brandenberg: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag von Kurt Balmer. Sie findet, dass «gewerbsmässig» ein qualifizierenderes, also strengeres Element sei als «regelmässig» und «gegen Entgelt». Da sie zudem will, dass im nicht-gewerbsmässigen Bereich keine Beherbergungsabgabe erhoben wird, stellt sie – der Votant hat sich mit dem Fraktions-Vizepräsidenten abgesprochen – den von Kurt Balmer bereits thematisierten **Antrag** auf Streichung des zweiten Satzes im Antrag Balmer. Die Gemeinden würden dann also nur noch bei gewerbsmässiger Nutzung eine Beherbergungabgabe erheben, und alles, was nicht-gewerbsmässig ist, wäre der Abgabe nicht unterstellt.

§ 1 Abs. 1

Der **Vorsitzende** wiederholt den Antrag von Kurt Balmer: «Die Gemeinden erheben eine Beherbergungsabgabe bei gewerbsmässiger Nutzung. Im nicht gewerbsmässigen Bereich sind die Gemeinden ermächtigt, eine Beherbergungsabgabe zu erheben.» Zusätzlich stellt Kurt Balmer den Eventualantrag, § 1 an die vorberatende Kommission zurückzuweisen, wofür gemäss § 43 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung ein einfaches Mehr erforderlich ist. Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, im Antrag Balmer den zweiten Satz zu streichen.

➔ Der Rat stimmt mit 62 zu 3 Stimmen gegen die Rückweisung von § 1 an die vorberatende Kommission.

➔ Der Rat stimmt mit 35 zu 4 Stimmen für die Streichung des zweiten Satzes von § 1 Abs. 1 im Antrag von Kurt Balmer.

➔ Der Rat genehmigt mit 45 zu 14 Stimmen § 1 Abs. 1 in der Fassung der ersten Lesung.

§ 2 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat in § 2 Abs. 2 folgende Ergänzung beantragt *(Ergänzung kursiv markiert):* «Die Abgabe wird von den Gästen durch Vermittlung der Inhaberinnen/Inhaber oder Betriebsleiterinnen/Betriebsleiter der in diesem Gesetz aufgelisteten Betriebe oder Einrichtungen, die *regelmässig und* gegen Entgelt Personen beherbergen, erhoben und abgeliefert.»

➔ Der Rat genehmigt mit 59 zu 1 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 43 zu 18 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor: Die am 4. Juli 2013 teilweise erheblich erklärte Motion von Philipp C. Brunner betreffend Anpassung des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe (Vorlage 2153.1/.2 – 14086/14220) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion von Philip C. Brunner stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 5
Geschäfte, die am 27. März 2014 nicht behandelt werden konnten:

1054 Traktandum 5.1: **Interpellation von Franz Peter Iten und Pirmin Frei betreffend Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz**
Es liegen vor: Interpellation (2337.1 - 14544); Antwort des Regierungsrats (2337.2 - 14623).

Franz Peter Iten: Eine nicht einfache Interpellation kann auch nicht einfach so beantwortet werden. Trotzdem danken die Interpellanten der Regierung für die ausführliche Antwort, die den Votanten allerdings nicht zu befriedigen vermag.
Der Antwort der Regierung kann entnommen werden, dass man selber festgestellt hat, dass in der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde nicht alles so läuft, wie es sollte. Man hat ja mit der Zentralisierung nichts Neues unternommen. Es geht nach wie vor um Mitmenschen, die Hilfe brauchen, in den meisten Fällen sogar dringende Hilfe. Es hat sich in den neuen gesetzlichen Grundlagen einiges geändert, das gewöhnungsbedürftig ist und beidseitig grosses Verständnis verlangt. Die Ansprüche an rechtliche Abklärungen werden immer höher, der ganze Ablauf wird immer formalistischer und fordert sowohl die neue Behörde als auch die Mandatsträgerinnen und -träger. Das darf aber nicht dazu führen, dass mit der neuen Gesetzgebung die Entscheidungen länger dauern, Rückstände in den Revisionen der Mandatsrechnungen vorliegen und auch die Auszahlung von Mandatsentschädigungen und Spesen mehr Zeit in Anspruch nehmen als bisher üblich. Was ebenfalls nachdenklich stimmen muss, ist die grosse Anzahl von über 500 offenen Abklärungen, die im Verlaufe des Jahres 2013 mit über 200 zusätzlichen

offenen Abklärungen zugenommen haben. Zudem erwecken die Ausführungen über die wichtigsten neuen Aufgaben der KESB auf Seite 3 des regierungsrätlichen Berichts den Anschein, dass die Vormundschaftsbehörden der Einwohner- und Bürgergemeinden in der Vergangenheit im Kindes- und Erwachsenenschutz etwas ganz anderes gemacht haben als jetzt die KESB. Dem muss entgegengehalten werden, dass viele Aufgaben, die aufgeführt sind, schon von den früheren Vormundschaftsbehörden erledigt wurden. Es sind aber aufgrund der neuen Gesetzgebung aber auch neue Aufgaben dazugekommen.
Das Votum des Interpellanten wäre wohl anders ausgefallen, wenn das Traktandum noch an der letzten Sitzung behandelt worden wäre. Der Votant ist aber froh und dankbar, dass erst heute über die Interpellationsantwort debattiert werden kann, weil nämlich gestern ein längeres Gespräch mit der Direktorin des Innern und der Amtsleiterin der KESB, Gabriella Zlauwinen, stattgefunden hat. Das Gespräch war für beide Seiten nicht einfach. Der Votant sucht immer das gemeinsame Gespräch und ist an beidseitig guten Lösungen interessiert, vor allem in einer Sache, für die es sich lohnt einzustehen, nämlich für Menschen, die Hilfe brauchen.
Der Kantonsrat hat eine gesetzliche Grundlage geschaffen, die in seinem Sinne umzusetzen ist, also so, wie der Rat sie beim Beschluss gemeint und verstanden hat: Menschen brauchen unsere Hilfe. Das gestrige Gespräch hat gezeigt, dass man seitens der KESB verschiedene Verbesserungen und Anpassungen im Vollzug mit dieser neuen Gesetzgebung an die Hand nehmen wird und zum Teil schon genommen hat: Das ist gut so. Nur schon darum hat sich die vorliegende Interpellation gelohnt, ein nicht einfacher Einsatz, weil es eben um Menschen geht, die – wie schon erwähnt – Hilfe brauchen. Das ist eine Aufgabe der Gesellschaft, denn es könnte jeden treffen.
Der Votant geht nicht im Detail auf die einzelnen Antworten im regierungsrätlichen Bericht ein, umso mehr als er auch Beispiele aus der Praxis zur Hand hätte, die nach reiflicher Überlegung nicht an die Öffentlichkeit gehören, die er im gestrigen Gespräch aber erwähnte. Zudem hat die Regierung mit ihrer Antwort mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben. Der Votant wird diese Fragen aber im persönlichen Gespräch mit der KESB und der Direktion des Innern klären. Auf *ein* Beispiel möchte er aber doch hinweisen. In der regierungsrätlichen Antwort wird auf Seite 7 festgehalten, dass Anfragen zeitnah beantwortet werden. Da sagt man schlichtweg nicht die Wahrheit. Ein Fall – es gäbe noch mehrere – aus der eigenen Familie, den der Votant in Absprache mit seiner Familie erwähnen darf, lässt schon seit dem 23. Oktober 2013 auf sich warten. Es wurde zwar am 23.Oktober ein Gefährdungsgespräch geführt, aber bis heute ist bei den betroffenen Angehörigen weder eine Rückmeldung erfolgt noch hat ein weiterer Termin statt gefunden. Die persönlichen Umstände haben in der Zwischenzeit leider dazu geführt, dass sich der Gesundheitszustand der betroffenen Person massiv verschlechtert hat. Da fragt man sich ernsthaft: Wer trägt in einem solchen Fall schlussendlich die Verantwortung? Die Verwandten oder eine nicht reagierende Behörde? Als Stiftungsrat von Pro Senectute des Kantons Zug hat der Votant zum Beispiel Kenntnis nehmen müssen, dass der Abschluss einer verhandelten Leistungsvereinbarung noch nicht erfolgt ist und Pro Senectute Mandate entzogen wurden. Er wurde im Sinne eines Maulkorbs gebeten, heute nicht näher darauf einzugehen, woran er sich halten wird. Immerhin findet am 2. Mai 2014 eine Aussprache zwischen Pro Senectute und der Direktion des Innern bzw. der KESB statt, an welcher der Votant ebenfalls teilnehmen wird.
Im «Beobachter» konnte man Anfang dieses Jahres zum Thema Erwachsenenschutz lesen, dass alles neu sei, aber auch vieles im Argen liege. Der Umbau im Kindes- und Erwachsenenschutz führe zu Überlastungen der Ämter und dies wiederum zu Missmut in der Bevölkerung. Dem kann der Votant nur beipflichten.

Wenn nun aber seitens der Direktion des Innern immer wieder darauf hingewiesen wird, dass der Kantonsrat wegen der Budgetkürzung für das Jahr 2012 schuld am Rückstand der Fallerledigungen trage, dann regt sich im Votanten grosser Widerstand. Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard hat am 28. November 2012 in der «Zuger Woche» klar und deutlich verlauten lassen, dass die neue Behörde bereit sei. Was die Direktorin des Innern unter «bereit sein» versteht, kann der Votant auf dem Hintergrund der verschiedenen Unzulänglichkeiten im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz nicht beurteilen. Positiv werten darf man, dass nur wenige private Mandatsträger (PriMa) ihr Mandat niedergelegt hat und mehr als dreissig Personen neu Mandate übernommen haben – auch wenn gemunkelt wurde, dass viele PriMa ihre Mandate zurückgegeben hätten. Es gibt – wie dem Bericht zu entnehmen ist – über 400 private Mandatsträgerinnen und -träger. Dem Grundsatz, dass zuerst private Mandatsträger, dann Mandatszentren und schliesslich weitere Fachstellen gesucht werden, um Mandate zu übernehmen, soll gemäss Auskunft im gestrigen Gespräch uneingeschränkt weiter nachgelebt werden.
Zum Schluss weist der Votant darauf hin, dass das neue Recht dem Einzelnen gerechter wird; das ist die Erkenntnis der neuen Behörden und auch die persönliche Empfindung des Votanten. Die Mehrheit der Leute empfindet die Tätigkeit der neuen Behörde zudem nicht als Einmischung in ihr alltägliches Leben. Das macht grosse Hoffnung, dass der neue Weg ein guter Weg ist; ein Weg, der denjenigen Menschen hilft, die wirklich dringend Hilfe benötigen.

Maja Dübendorfer Christen hält fest, dass der Kantonsrat hier über Auswirkungen diskutiert, welche ein Entscheid auf Bundesebene ausgelöst hat. Die FDP war vor rund drei Jahren zwar klar der Meinung, dass die Zentralisierung die zahlbarste Lösung sei. Kritisch ist sie seit Beginn, was die unnötige Professionalisierung der Beistände betrifft. Sie hat vor rund anderthalb Jahren gemahnt, dass alles teurer, aufwendiger, bürokratischer wird, wenn man die funktionierenden Organisationen auflöst. Mitwirkungswillige Privatpersonen springen ab, neue lassen sich schwerer rekrutieren, weil ihre Aufgaben und Zuständigkeiten aufgeblasen und überreguliert wurden. Offen bleibt, wie viele der bei den Einwohnergemeinden frei gewordenen Stellenprozente wirklich eingespart wurden. Und die FDP kann weiterhin kritisch bleiben: plus 68 Prozent bei den laufenden Massnahmen, plus 25 Prozent bei den Fallzahlen, dies lediglich in den letzten 12 Monaten. Und das Ganze ist logischerweise nach oben offen.
Kann es sein, dass die Zentralisierung doch der falsche Entscheid war? Sicher ist nur, dass man Entscheide und Weisungen aus Bern zukünftig kritischer hinterfragen muss und nicht in vorauseilendem Gehorsam jeden bürokratischen Unsinn umsetzen darf. Hier stehen der Gesamtregierungsrat mit der Verwaltung und die Gemeindeexekutiven in der Pflicht, sich bereits in der Vernehmlassung vertiefter mit den Vorlagen auseinanderzusetzen.

Manuel Brandenberg dankt namens der SVP-Fraktion dem Regierungsrat für die sachliche und korrekte Beantwortung der Fragen. Die FDP befürwortete – wie eben gehört – in der Debatte um die Umsetzung dieses Bundesrechts die Zentralisierung kritisch, die SVP aber lehnte diese ab. Sie stellte damals den Antrag auf eine Regionalisierung; man hätte beispielsweise den Kanton Zug in drei Regionen einteilen und die bundesrechtlich geforderte Professionalisierung auch so einführen können. Sollte man nun zum Schluss kommen, man müsse den damaligen Entscheid nochmals überdenken, würde die SVP Hand dazu bieten.
Im Bereich KESB – der Votant kennt ihn beruflich ein wenig und auch persönlich relativ gut – geht es immer um Hilfe oder Nichthilfe. Es ist nicht immer so, dass

jemand, der Hilfe braucht, diese Hilfe auch wirklich will. Oft sind die Einschätzungen verschieden: Die Behörde hat das Gefühl, man müsse helfen, der Betroffene selbst sieht keine Notwendigkeit dafür; auch das Umgekehrte kommt vor. Hier ist zu wünschen, dass man die Eigenverantwortung und die Selbstheilungskräfte des Einzelnen nicht zu sehr eindämmt. Wenn jemand zu früh Hilfe bekommt, ist das problematisch, denn Hilfe ist immer auch Abhängigkeit; jede behördliche Massnahme ist immer auch eine Einschränkung der Freiheit. Die Behörde sollte also vielleicht nicht immer gleich helfen, sondern auf andere Möglichkeiten – Familie, Freunde etc. – hinweisen oder auch mal, wenn es nicht gefährlich ist, jemanden etwas *spinnen* lassen. Das würde nicht zuletzt auch die Kosten reduzieren.
Im Bereich Psychiatrie hat der Votant Fälle gesehen, wo Personen gegen ihren Willen monatelang behandelt wurden und am Schluss untherapiert entlassen wurden. Ein Monat in der Psychiatrie kostet die Krankenkasse rund 20'000 Franken – wobei die Krankenkasse und die steigenden Prämien jeden einzelnen betreffen. In einem dem Votanten bekannten Fall wurde eine Person, die offensichtlich weder für sich selber noch für Dritte gefährlich war, sechs Monate lang in der Psychiatrie behandelt, kostete also 120'000 Franken – und wurde anschliessend wieder entlassen. In solchen Fällen wünschte man sich, dass man eine solche Person gleich zu Beginn wieder dorthin schickt, wo sie herkommt; wenn sie niemanden gefährdet, ist das ja kein Problem. Man muss die Kosten solcher Behandlungen thematisieren. Im Zweifelsfall kann es nämlich gefährlich sein, wenn eine medizinische Institution einen falschen Anreiz hat und Geld verdient, indem sie eine Person beispielsweise noch einen Monat länger bei sich behält.

Markus Jans: Die SP-Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrats einverstanden. Insbesondere zeigt es sich, dass die gesetzlichen Grundlagen eingehalten werden und die Abweichungen begründet sind. Grundsätzlich ist es für die SP problematisch, wenn im Kantonsrat auf Einzelfälle Bezug genommen wird, ohne die Dossiers genau zu erläutern. Der Votant selbst könnte aus seiner beruflichen Tätigkeit ganz verschiedene Dossiers aufführen, eine Teilsequenz daraus beschreiben – und so die getroffenen Massnahmen als völlig unverständlich darstellen. Das ist gefährlich, und der Votant bittet, auf solche Teilinformationen künftig zu verzichten.
Die Antwort auf die Interpellation entspricht fast dem Umfang eines Rechenschaftsberichts, obwohl es die KESB erst seit etwa eineinviertel Jahren gibt. Nach dieser kurzen Zeit eine Bilanz zu ziehen und qualitative und quantitative Aussagen zu machen, scheint der SP-Fraktion wenig sinnvoll. So wies sie anlässlich der Budgetdebatte im letzten Jahr ausdrücklich darauf hin, dass der Kürzungsantrag gar nicht umsetzbar sei. Damit hat sie recht behalten, denn wenn tatsächlich gekürzt worden wäre und die KESB ihr Budget nicht wieder hätte überziehen können, hätten auf Hilfe angewiesene Menschen darunter gelitten. Aus Sicht der SP kommt diese Interpellation also viel zu früh, was auch die Interpellanten einsehen müssten.
Es ist nun zu hoffen, dass die KESB in nächster Zeit in Ruhe arbeiten kann und die Mitarbeitenden die Zeit für die Klientinnen und Klienten und für die Betreuung der freiwilligen Mandatsträger einsetzen können, also für Menschen, die diese Zeit auch dringend benötigen. Die SP-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden der noch jungen Organisation, aber auch den vielen freiwilligen Mandatsträgern herzlich für ihre sehr wichtige Arbeit.

Esther Haas stellt erfreut fest, dass der kritische Interpellant anerkennt, dass die Direktion des Innern die Problematik erkennt und Massnahmen ergreift. Wie gehört, nehmen die Fälle bei der KESB kontinuierlich zu; das Gleiche gilt für die Gefährdungsmeldungen. Der Kanton Zug steht mit diesem Problem nicht alleine da:

Berichte in den Medien zeigen, dass sich die Situation in der ganzen Schweiz ähnlich präsentiert. Im Dezember 2013 schrieb die Schwyzer Regierung in einer Medienmitteilung: «Die personellen Mittel bei der KESB und den dazugehörigen Behördensekretariaten reichen schlichtweg nicht aus, um die Aufgaben gemäss Bundesrecht zu erfüllen. Wir haben in erster Linie ein Ressourcenproblem und kein organisatorisches Problem.» Über die Gründe dieser Entwicklung kann nur spekuliert werden. Es wird gemutmasst, dass sich die Menschen eher wagen, potenzielle Gefährdungen im eigenen Umfeld zu melden, seit sie die Meldung nicht mehr in der eigenen Gemeinde abgeben müssen. Auch die ständig alternde Bevölkerung generiert mehr Massnahmen. Offenbar sind auch die fachlichen und sachlichen Anforderungen, die vom neuen Bundesrecht ausgehen, schweizweit unterschätzt worden. Zudem wurden der KESB neue Aufgaben übertragen, so die heikle Entziehung der elterlichen Sorge ohne Zustimmung der Eltern. Auch neu und ebenfalls mit grossem Aufwand verbunden ist die Anforderung, dass hilfsbedürftige Menschen individuell zugeschnittene Massnahmen erhalten. Das Bundesgesetz macht auch administrative Auflagen, die sehr zeitintensiv sind. So muss im Vergleich mit der Vor-KESB-Zeit akribischer abgerechnet werden.
Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Überlastung der KESB – nicht nur der zugerischen – war von Beginn weg da und ist ein Dauerthema. Ständige Überlastung tut einer jungen Behörde sicher nicht gut. Die Teambildung ist erschwert, und durch die Zentralisierung entstanden neue Schnittstellen, die eine enge Zusammenarbeit erfordern würden. Und wenn die zeitlichen Ressourcen fehlen, leidet auch die Zusammenarbeit. Und jetzt kommt man nicht darum herum, die Rolle dieses Rats bezüglich dieser Schwierigkeiten anzusprechen. Kurz vor dem Start der KESB beschloss der Kantonsrat die erwähnte Budgetkürzung. Die nun fehlenden Gelder hätten zwar nicht alle Startschwierigkeiten aus dem Weg geräumt, aber sie hätten dazu beigetragen, dass einige Probleme gar nicht erst entstanden wären. Da darf sich der Kantonsrat ruhig selber an der Nase nehmen – eine Meisterleistung war diese Streichung jedenfalls nicht.
Trotz aller negativen Begleiterscheinungen macht die KESB offenbar einen guten Job. Die Votantin hat bei einzelnen Gemeinden nachgefragt und erhielt überall die gleiche Auskunft: Die KESB arbeitet engagiert und hochprofessionell. Mit einem Kraftakt haben es die Verantwortlichen geschafft, trotz eines zurechtgestutzten Budgets eine funktionierende Behörde mit 36 Leuten aus dem Boden zu stampfen. Dass da nicht alles wunschgemäss abläuft, ist nicht verwunderlich. Letztlich hat sich auch schon andernorts bestätigt, dass aller Anfang schwer ist: Die Kantonalisierung der Spitex, der Umzug des Kantonsspitals oder die Zusammenführung von Stadt- und Kantonspolizei waren ebenfalls mit Startschwierigkeiten verbunden. Diese waren teilweise so gross, dass der alte Zustand wieder herbeigewünscht wurde – was bei der KESB definitiv nicht der Fall ist. Gerne zitiert die Votantin dazu den Interpellanten Franz Peter Iten, der gesagt hat, dass der neue Weg ein guter Weg sei.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass die vierzehn Fragen der Interpellanten rund um die KESB schriftlich beantwortet wurden. Es fanden gute Gespräche mit dem Interpellanten Franz Peter Iten statt, wobei auch Dinge zur Sprache kamen, die einfach zu verbessern sind. Die Direktorin des Innern möchte deshalb motivieren, sich bei entsprechenden Hinweisen direkt an die KESB zu wenden. Das ist besser, als die Faust im Sack zu machen. Sie weist auch darauf hin, dass die KESB der Regierung nur administrativ unterstellt ist. In anderen Kantonen ist sie eine gerichtliche Behörde, um die nötige fachliche Unabhängigkeit zu haben. Die Direktorin des Innern kann deshalb auch nicht auf Einzelfälle eingehen. Davon hat sie keine Kenntnis – was sie auch nicht möchte und nicht darf.

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht ist nun seit mehr als einem Jahr in Kraft. Es handelt sich dabei keineswegs um einen Schnellschuss; auf Bundesebene wurden viele Vorarbeiten geleistet und zwanzig Jahre lang an diesem neuen Recht gearbeitet. Es ist unbestritten, dass die rechtlichen und institutionellen Änderungen für die Kantone nicht zu unterschätzende Herausforderungen sind, die auch ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Rechts noch nicht vollständig bewältigt sind. Auch in anderen Bereichen, etwa der Polizei, brauchten solche Änderungen – wie schon erwähnt – Jahre, und auch jetzt ist dort noch nicht jede Kinderkrankheit behoben. Auch der KESB muss man für diesen Kulturwandel mindestens fünf Jahre Zeit geben. Die Direktorin des Innern möchte nichts beschönigen, aber diese Herausforderungen sind nicht eine Spezialität des Kantons Zug, vielmehr hat man sie in sämtlichen Kantonen. Die Erwartungen der Bevölkerung, der Politik, der Klienten und deren Familien an das neue Recht und die neue Behörde sind sehr hoch und von Person zu Person auch sehr unterschiedlich. Staatliche Stellen können sehr viel bewirken, aber sie können nicht jeden familiären Zwist lösen.
Die KESB hat vor einem guten Jahr von den Einwohner- und Bürgergemeinden 360 private Mandatsträger (PriMa) übernommen. Heute hat sie rund 400 solche Mandatsträger. Die Befürchtung, dass die PriMa abspringen und nicht mehr ersetzt werden können, hat sich zum Glück nicht bewahrheitet. Es sind nur wenige abgesprungen, und einer der PriMa ist früher gestorben als sein Mündel. Die Anzahl Gefährdungsmeldungen ist sehr hoch. Seit Januar 2014 hat die KESB 138 Gefährdungsmeldungen erhalten, davon über 50 allein im März, wobei die Meldungen je zur Hälfte Erwachsene bzw. Kinder betreffen. Die offenen Abklärungen beunruhigen die Direktorin des Innern zurzeit nicht. Es sind zum Teil Besuchsrechtstreitigkeiten, die sich über viele Jahre hinziehen und zu einem Gerichtsurteil nach dem andern führen; oder es sind genehmigungspflichtige Geschäfte, so dass die Zahl innert kurzer Zeit stark sinken bzw. ansteigen kann. Bezüglich Administration ist auch zu bedenken, dass der Kanton neu eine Staatshaftung hat, was einer der Gründe ist, warum die Anforderungen an die Mandatstragenden hoch sind. Der Kanton hat eine Versicherung, und die Versicherungsgesellschaft hat Kriterien festgelegt, die erfüllt sein müssen, damit in einem Schadenfall überhaupt bezahlt wird.
Die Regierungsrätin dankt für das Verständnis und die Kenntnisnahme der Antwort und bittet den Rat nochmals, direkt mit der KESB Kontakt aufzunehmen, wenn man irgendetwas feststellen sollte.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 6

1055 Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für den Ersatzneubau des Durchlasses Mülibach Bostadel, Kantonsstrasse Q, Gemeinde Menzingen

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2323.1/.2 - 14516/17), der Kommission für Tiefbauten (2323.3 - 14585) und der Staatswirtschaftskommission (2323.4 - 14615).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Tiefbauten Eintreten und Zustimmung zur Vorlage mit den Änderungen der Kommission beantragt; die Staatswirtschaftskommission beantragt Eintreten und Zustimmung in der Fassung der Tiefbaukommission.

EINTRETENSDEBATTE

Daniel Thomas Burch: Die Kommission für Tiefbauten beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und dem Objektkredit von 2,2 Millionen Franken zuzustimmen. Beim vorliegenden Projekt handelt es sich um einen Ersatzneubau des Durchlasses des Mülibachs, wobei dieses Vorhaben den Strassen- und nicht den Wasserbau betrifft, weil zu einer Strasse alle Einrichtungen gehören, welche diese Anlage benötigt oder schützt. Nicht nur der Durchlass, sondern auch die Ein- und Auslassbauwerke gehören zu einer Strasse. Daher erfolgt die Finanzierung zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau.
Bei der Beratung hat die Kommission eine Diskrepanz zwischen den Budgetbetrag im Bericht des Regierungsrats und im Kantonsratsbeschluss festgestellt. Im Bericht wird ein Total von 2,2 Millionen Franken aufgelistet, während es im eigentlichen Kantonsratsbeschluss nur 2,14 Millionen Franken sind. Diese Differenz hat sich als Schreibfehler erwiesen. Richtig ist der Betrag von 2,2 Millionen Franken. Ein weiterer Schreibfehler findet sich beim Hinweis auf den Rahmenkredit. § 2 Abs. 1 Bst. d des Kantonsratsbeschlusses über das Strassenbauprogramm 2004–2014 (BGS 751.12) betrifft Investitionen für Anlagen für die regionalen Buslinien und für Radwege. Diese sind von diesem Ersatzbau aber nicht betroffen, weshalb der Bst. d wegzulassen ist. Der Votant bittet den Rat, dem Antrag der Tiefbaukommission zu folgen und der Vorlage zuzustimmen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** schliesst sich den Worten seines Vorredners an. Die Stawiko hat in ihrem Bericht eine Frage bezüglich der Dritthonorare gestellt und bittet den Baudirektor, diese noch zu beantworten. Im Übrigen empfiehlt die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Tiefbaukommission zuzustimmen.

Karl Nussbaumer hält namens der SVP-Fraktion fest, dass es sich beim vorliegenden Objektkredit für den Ersatzneubau des Mülibachs beim Bostadel in Menzingen, um eine wichtige Investition handelt, da der alte Durchlauf bei Unwettern zu wenig Wasser aufnehmen kann und sich überdies in einem sehr schlechten Zustand befindet. Die SVP wird dem Objektkredit zustimmen. Sie dankt dem Baudirektor, dass er sich auch für solche vorbeugenden Sanierungen einsetzt und damit hilft, grössere Schäden bei Unwettern zu verhindern.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass das vorliegende Projekt in den Berichten und den heutigen Voten hinlänglich begründet wurde. Die Stawiko stellte die Frage, welche Arbeiten im Umfang von 200'000 Franken extern vergeben werden müssten. Es sind dies einerseits Ingenieursarbeiten für die Ausführungsprojektierung sowie die örtliche Bauleitung – total 165'000 Franken –, andererseits Qualitäts- und Materialprüfungen in der Höhe von ca. 35'000 Franken; dabei ist vor allem ist das Aushubmaterial zu prüfen, weil man davon ausgeht, dass dieses eventuell kontaminiert ist. Die zweite Frage der Stawiko betrifft die Eigenleistungen des Tiefbauamts. Diesem obliegt die Oberbauleitung, vor allem die Kontrolle und Genehmigung des Ausführungsprojekts, der Detailplanung, der Termin-, Ablauf- und Zahlungspläne, die Ausarbeitung und Kontrolle Vertragsgrundlagen, die Prüfung von allfälligen Projektanpassungen, die Schlussabnahme und Schlusskontrolle.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur *eine* Lesung vorgenommen wird, da der Rat bereits einen Rahmenkredit zur Umsetzung des Strassenbauprogramms für Kantonsstrassen bewilligt hat und hier nur einen sogenannt einfachen Kantonsratsbeschluss zur Freigabe eines Objektkredits verabschiedet (§ 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Bst. b des Strassenbauprogramms; BGS 751.12, gültig bis Ende 2014).

Titel und Ingress

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats

§ 1

Der Vorsitzende hält fest, dass sich der Regierungsrat den Anträgen der beiden Kommissionen anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Tiefbaukommission.

II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 62 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen.

TRAKTANDUM 7

1056 Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Bodensanierung von Nachfolgeschäden des Nationalstrassenbaus

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2285.1/.2 - 14420/21), der Kommission für Tiefbauten (2285.3 - 14586) und der Staatswirtschaftskommission (2285.4 - 14616).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Tiefbauten und die Staatswirtschaftskommission Eintreten und Zustimmung zur Vorlage beantragen.

EINTRETENSDEBATTE

Daniel Thomas Burch, Präsident der Tiefbaukommission: Beim Bau der Nationalstrasse in den 1970er Jahren haben verschiedene Landwirte ihr Kulturland für Installationsplätze zur Verfügung gestellt. Dadurch wurden die Bodenbeschaffenheit und die Ertragskraft der betreffenden Böden negativ beeinflusst. In den 1990er

Jahren wurden die Böden zweimal saniert. Trotz dieser Sanierungsmassnahmen konnte die ursprüngliche Bodenqualität nicht mehr erreicht werden. Diese Situation ist unbefriedigend. Deshalb hat die Baudirektion in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum Schluechthof (LBBZ) den Sanierungsbedarf genau abgeklärt und die Sanierungsmassnahmen ausgearbeitet. Obwohl keine rechtliche Verpflichtung des Kantons besteht – die Landwirte wurden 1996 vom Bund per Saldo aller Ansprüche entschädigt –, soll nun auf siebzehn Flächen eine letzte Sanierung nach den neusten Erkenntnissen und mit den entsprechenden Spezialgeräten und Verfahren vorgenommen werden. Dafür werden in den nächsten sechs Jahren rund 1,7 Millionen Franken aufgewendet, wovon der Bund die Hälfte übernimmt. Die zuständigen Stellen der Baudirektion haben die Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Zur Qualitätssicherung und zur Kontrolle der ausführenden Unternehmen sind 330'000 Franken für Submission, Bauleitung und bodenkundliche Bauleitung vorgesehen. Zudem werden für die Folgebewirtschaftung den Landwirten klare Vorgaben gemacht.
Die Tiefbaukommission findet es richtig, dass der Kanton diese Sanierung vornimmt, um diese Angelegenheit ein für alle Mal – sprich: per Saldo aller Ansprüche – abzuschliessen und damit bei den Landwirten wieder das nötige Vertrauen zu schaffen. Man darf insbesondere von der öffentlichen Hand erwarten, dass zur Verfügung gestelltes Land dem Besitzer bzw. Nutzer in tadellosem Zustand zurückgegeben wird. Es ist wichtig, dass der Kanton Verantwortung übernimmt. Er signalisiert damit auch, dass er gewillt ist, bei künftigen Bauvorhaben alles zu unternehmen, um temporär genutzte Bodenflächen in der ursprünglichen Qualität zu hinterlassen. Die Kommission für Tiefbauten beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Gregor Kupper verweist auf den Bericht der Stawiko und beantragt Eintreten und Zustimmung.

Thomas Rickenbacher legt seine Interessenbindung offen: Er ist der noch einzige Landwirt im Kantonsparlament. Möglicherweise hängt es mit dem Strukturwandel in der Agrarpolitik zusammen, dass nicht nur Höfe, sondern auch die bäuerliche Vertretung in den Parlamenten verschwindet. Persönlich ist er vom vorliegenden Geschäft nicht betroffen; seine Betriebsflächen befinden sich nicht in den fraglichen Perimetern.
Der Votant freut sich sehr, dass dieses Geschäft in den vorberatenden Kommissionen unbestritten war. Auch die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage, dies nicht nur aus *Goodwill* gegenüber den Landwirten. Für die CVP war klar, dass der Staat für verursachte Schäden aufzukommen hat.
Die Rekultivierungsmethoden haben sich in den letzten Jahrzehnten massiv zugunsten der Bodenqualität verbessert. Mit dem heutigen Wissenstand sind künftig solche Fehler praktisch ausgeschlossen. Dennoch ist es keine Selbstverständlichkeit, dass der Kanton Zug ohne zwingende rechtliche Grundlage bereit ist, diese verjährte Altlast zusammen mit dem Bund zu tragen. Hier zeigt der Kanton Zug wahre Grösse. Als noch einziger Landwirt im Kantonsrat dankt der Votant im Namen der Zuger Landwirtschaft für diese Unterstützung.

Für **Moritz Schmid** würde es diese Vorlage nicht brauchen, wenn die CVP-Kantonsräte die Leistungen des damals amtierenden Baudirektors ebenso mit Argusaugen beobachtet hätten wie diejenigen des heutigen Baudirektors Und die Bauern hätten nicht fast 25 Jahre lang auf einen Vollertrag ihrer Ernte auf den in Mitleidenschaft gezogenen Felder warten müssen. Es ist verwunderlich, dass nach knapp einem

Vierteljahrhundert wieder 1,7 Millionen Franken – davon 850'000 Franken Bundesbeitrag – für eine erneute, letzte Sanierung ausgegeben werden müssen – eine garantiert letzte Sanierung gemäss Aussage des Baudirektors.
Die SVP Fraktion unterstützt den Antrag der Tiefbaukommission. Sie tritt auf die auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Andreas Hürlimann: Die Vorlage wurde in der AGF intensiv und kontrovers diskutiert. Es ist auch in Hinblick auf allfällige andere oder zukünftige Forderungen keineswegs unproblematisch, wenn man sich zu solchen Zahlungen hinreissen lässt, obwohl bereits 1996 alle Ansprüche abgegolten wurden und auch allfällige Haftungsansprüche verjährt sind. Darum erachtet es die AGF als höchst kulant, wenn der Kanton hier einspringt – bei aller Liebe zur Landwirtschaft.
Diese Vorlage zeigt einmal mehr, dass sich auch der Strassenverkehr mit all seinen langfristigen Schäden und den durch ihn verursachten Gesundheitskosten eben nie und nimmer selber finanziert. Auch hier gibt es Subventionen und Schadensbekämpfungsmassnahmen, welche aus dem allgemeinen Geldtopf des Staates finanziert werden. Trotzdem sieht die AGF die Notwendigkeit einer Sanierung. Es zeigt sich, dass die vorhergehenden Sanierungen misslungen sind; die Ernteerträge sind noch immer schlecht. Und ein zentraler Punkt: Es werden hier nicht einfach Entschädigungsgelder verteilt, sondern Bodensanierungsmassnahmen finanziert. Das sanierte Land soll dann aber hoffentlich der Landwirtschaft erhalten bleiben und nicht bei nächster Gelegenheit überbaut oder für die Erweiterung einer Strasse gebraucht werden. Zudem muss es sich hier ausdrücklich und verbindlich um letztmalige Massnahmen handeln.
Die AGF ist für Eintreten und stimmt dieser letztmaligen Sanierung mit dem erwähnten Zähneknirschen zu.

Peter Diehm: Das Sprichwort «Man soll das Örtchen so verlassen, wie man es vorzufinden wünscht» gilt auch für Baustelleninstallationsplätze. Man hat die jetzt aufgeführten Flächen schon einmal saniert, aber mit schlechtem Erfolg. Wenn nachher die Fruchtbarkeit – und das stellt man ja nicht sofort fest – noch nicht wiederhergestellt ist, ist der Landbesitzer der Dumme. Er wird auf jeden Fall kein zweites Mal Land zur Verfügung stellen oder sonstwie die Hand bieten. Der Kanton Zug tut gut daran, hier die Bodenqualität zu verbessern, denn er braucht in nächster Zeit wieder Land für Infrastrukturprojekte wie die Tangente Zug/Baar oder die Umfahrung Cham/Hünenberg. Die FDP-Fraktion ist deshalb für Eintreten und stimmt der Vorlage zu.

Kurt Balmer ist nicht gegen diese Vorlage, hat aber zwei Fragen dazu. Bereits 1996 wurden die betreffenden Landwirte per Saldo aller Ansprüche abgegolten. Auch jetzt sollen sie wieder per Saldo aller Ansprüche entschädigt werden, was gemäss Daniel Thomas Burch definitiv für alle Ewigkeit – warum galt das nicht schon 1996? – und gemäss Moritz Schmid die «garantiert letzte Sanierung» bedeutet. Was genau heisst «per Saldo aller Ansprüche»? Muss die zukünftige Politikergeneration damit rechnen, dass ihr in zehn bis fünfzehn Jahren wiederum eine Vorlage zur Sanierung «per Saldo aller Ansprüche» unterbreitet wird? Es wäre wohl besser, diese Formulierung zu streichen, sie hat nämlich keine Bedeutung mehr. Und was nützt eine diesbezügliche Garantie des Regierungsrats?

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die positive Aufnahme der Vorlage. Es ist richtig, dass es gegenüber den betreffenden Landwirten keine rechtliche Verpflichtung mehr gibt; auch haben die Landwirt keine rechtlichen Möglichkeiten mehr, in

diesem Zusammenhang irgendetwas zu verlangen – was sie auch nicht getan haben. Der Schluechthof hat aber den Kanton um Abklärungen gebeten und entsprechende Wünsche – nicht Forderungen – formuliert.
Wenn ein Bauer auf seinem Land, das er damals als Installationsplatz zur Verfügung stellte, heute im Sommer knapp einen einzigen Grasschnitt machen kann, dann wurde dieses Landstück nicht so zurückgelassen, wie es der Bund beim Bau der Nationalstrasse angetreten hat. Aufgrund dieser Ausgangslage hat die Baudirektion geprüft, wie viele solcher Flächen es im Kanton Zug gibt. An diesen Abklärungen – das Kostendach dafür waren 150'000 Franken – hat sich der Bund kulanterweise und gemäss dem alten Schlüssel mit 84 Prozent beteiligt; die Abklärungen haben den Kanton also relativ wenig gekostet. Man hat festgestellt, dass die letzte Sanierung in den 1990er Jahren eigentlich nichts gebracht hat. Man hat zwar etwas Erdreich aufgetragen, die Böden sind aber so verdichtet, dass dort nichts mehr wachsen kann. Und da gibt es den Rechtsgrundsatz von Treu und Glauben, der hier konkret bedeutet, dass man die seinerzeit genutzten Flächen so zurücklässt, wie man sie angetreten hat – mutmasslich mit der Nutzungseignungsklasse 5 «Futterbaubetonte Fruchtfolge». Auf dieser Grundlage ist die Baudirektion auf dieses Geschäft eingetreten und hat mit dem Bund einen Kostenteiler von je 50 Prozent vereinbart, per Saldo aller Ansprüche und auf dem Hintergrund, dass die Böden nun wirklich richtig saniert werden. Der Baudirektor glaubt deshalb nicht, dass man in zehn oder zwanzig Jahren wiederum über Sanierungen diskutieren wird. Dass nun bereits zum zweiten Mal «per Saldo aller Ansprüche» saniert wird, ist richtig; was das juristisch bedeutet, kann der Baudirektor nicht genau sagen.
Den Appell von Andreas Hürlimann, das sanierte Land der Landwirtschaft zu erhalten und nicht bei nächster Gelegenheit zu überbauen, nimmt der Baudirektor auf. Es ist aber nicht nur der Strassenbau, der zu solchen Situationen führen kann; auch im ÖV-Bereich braucht man Installationsflächen, beispielsweise wenn man Schienentrassees baut. Der Baudirektor versichert, dass es sich auf den zur Diskussion stehenden Flächen um die letzte Massnahme handelt: Es soll ein sauberer Schlussstrich gezogen werden.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
§ 1
§ 2
II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 8

1057 Motion von Gabriela Ingold betreffend Grundstückgewinnsteuer

Es liegen vor: Motion (2242.1 - 14316); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2242.2 - 14593).

Motionärin **Gabriela Ingold** dankt der Regierung für die Bearbeitung der Motion und für die Beantwortung innert Jahresfrist. Die Antwort des Regierungsrats ist eine juristisch-technische Abhandlung. In Punkt a) der Motion wird eine Gesetzesbestimmung verlangt, welche dem Steuerpflichtigen die Möglichkeit gibt, vor einer Handänderung wesentliche Punkte dazu mit den Behörden zu diskutieren. Offenbar erschweren juristische Knackpunkte die Umsetzung dieses Anliegens, doch geht die Motionärin davon aus, dass die Juristen diese Probleme im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses zu lösen vermögen – nach dem Motto «Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.»
Worum geht es konkret? Die Motionärin möchte nicht, wie in der Antwort ausgeführt, einen rechtsgültigen Entscheid, gegen den man ein Rechtsmittel hat. Das wäre ja absurd: im Voraus, ohne dass ein Geschäft abgeschlossen worden ist. Sie möchte vielmehr ein verbindliches Auskunftsrecht, ein Ruling, welches man für die Belange der Grundstückgewinnsteuern einholen kann. Ruling bedeutet rechtsverbindliche Vorprüfung, wie es im Motionsbegehren steht und wie es bei der eidgenössischen Steuerverwaltung, den kantonalen Steuerverwaltungen und anderen Behörden Usanz ist. Gegen eine Vorprüfung beispielsweise der eidgenössischen Steuerverwaltung kann man gerichtlich nicht vorgehen, sondern muss sie akzeptieren. Wenn jedoch ein Ruling unterzeichnet ist, müssen sich beide Parteien daran halten. Die heutige Praxis der Grundstückgewinnsteuerbehörden ist aber eben nicht so – zumindest nicht in allen Gemeinden –, dass die Behörde bereitwillig Auskunft beispielsweise über komplexe Sachverhalte oder die Berechnung des veranschlagten Depots erteilt. Es gibt keinen Anspruch auf diese Informationen, sondern man ist auf *Goodwill* oder gute Beziehungen angewiesen. Dass darf nicht sein.
Wie überall nimmt auch im Steuerrecht die Komplexität zu. Die Motionärin fordert deshalb auch in diesem Bereich Kundenfreundlichkeit, wie sie sonst von den Zuger Behörden gelebt wird. Rechtsunsicherheit kann Geschäfte verhindern, insbesondere bei Personen, die nicht über unendliche finanzielle Mittel verfügen und locker Hunderttausende von Franken als Depot bezahlen können. Die Votantin pickt einen einzelnen Fall – einen von vielen – heraus. Bei Abbruchliegenschaften müssen sowohl technische wie wirtschaftliche Voraussetzungen erfüllt sein, um voll als Anlagekosten geltend gemacht werden zu können. Wenn gegen ein Bauprojekt Einsprache erhoben wird und dadurch der Abbruch verzögert, ist es möglich, dass durch kleine Formfehler der Wert der Abbruchimmobilie nicht mehr geltend gemacht werden kann. Ob nun der Gebäudewert herausgeschält und nicht zum Abzug zugelassen wird, ist deshalb von zentraler Bedeutung. Ob man 1,5 Millionen oder 900'000 Franken als Anlagekosten geltend machen kann, ist ein wesentlicher Unterschied. Diese Information braucht man vor dem Verkauf, denn sie beeinflusst die Kalkulation massgeblich. Wie erwähnt, kann es sich schnell um einige hunderttausend Franken handeln. Die Motionärin stellt deshalb den **Antrag,** auch Punkt a) ihrer Motion erheblich zu erklären und im Steuergesetz ein verbindliches Auskunftsrecht zu Gunsten der Steuerpflichtigen zu schaffen. Es würde damit eine Rechtssicherheit geschaffen, welche einerseits Vertrauen bildet und andererseits die Effizienz der Verwaltung steigern und gewisse Einspracheverfahren verhindern könnte.
Bei Punkt b) der Motion stimmen die Meinungen überein. Es macht Sinn und ist effizient, wenn die bearbeitende Behörde sämtliche in Betracht fallende Rechtsmittel anwenden kann.

Karin Andenmatten-Helbling: Die CVP-Fraktion begrüsst die Anliegen der Motionärin. Die Grundstückgewinnsteuern werden in den elf Zuger Gemeinden von elf Grundstückgewinnsteuerkommissionen veranlagt. Die im Rahmen der Steuergesetzrevision 2001 diskutierte Reorganisation, auch die Grundstückgewinnsteuern durch die kantonale Steuerbehörde veranlagen zu lassen, war damals nicht mehrheitsfähig. Deshalb werden in den Gemeinden heute noch hochkomplexe Geschäfte teilweise von Laien veranlagt, die damit nicht selten überfordert sind, was wenig zur Rechtssicherheit für die Besteuerten beiträgt.
Die CVP ist der Meinung, dass auch das Veranlagungsverfahren bei der Grundstückgewinnsteuer zu professionalisieren und gemäss der strategischen Zielsetzung des Regierungsrats einer unbürokratischen Verwaltung zu gestalten ist. Wenn man die «kurzen Wege zur leistungsfähigen Verwaltung mit einem hohen Service Public» – so die regierungsrätliche Strategie – ernst nimmt, muss die einfache Möglichkeit gegeben sein, dass ein Einwohner unkompliziert an die Grundstückgewinnsteuerkommission gelangen kann, um einen Vorbescheid wie bei anderen Behörden, etwa dem Handelsregisteramt oder den Steuerbehörden, zu erhalten – und zwar in allen Gemeinden. Gleichzeitig ist die CVP insofern mit der Meinung der Regierung einverstanden, dass dieser Vorbescheid unverhältnismässig ist, wenn er die Möglichkeit der Rechtsmittelergreifung beinhalten und Rechtsverbindlichkeit gewährleisten soll – wobei dies ja offenbar nicht die Absicht der Motionärin war.
Die CVP wird also die Motion vollständig erheblich erklären, allerdings mit der Anregung an die Regierung, nochmals zu prüfen, ob allenfalls in abgeschwächter Form ein Anfragerecht stipuliert werden kann. Die Erheblicherklärung der Ausdehnung der Rechtsmittellegitimation auf die Gemeinden begrüsst die CVP ebenfalls.

Irène Castell-Bachmann: Auch die FDP-Fraktion würde es begrüssen, wenn im Kanton Zug flächendeckend eine Vorprüfung möglich würde, wie dies in der Stadt Zug bereits heute Praxis ist. Sie unterstützt deshalb die Motion vollumfänglich.

Thomas Wyss empfiehlt namens der SVP-Fraktion, die Motion in beiden Teilen erheblich zu erklären. An der Fraktionssitzung der SVP haben Immobilienpraktiker ebenfalls erwähnt, wie unbefriedigend der heutige Zustand sein kann. Verbindliche Zusagen vor einem neuen Bauvorhaben sind wichtig, damit richtig kalkuliert werden kann.
Die in der Motion vorgeschlagene Änderung erhöht die Rechtssicherheit. Mehr noch: Die Kundenfreundlichkeit, welche die Zuger Steuerverwaltung seit Jahren und Jahrzehnten prägt, sollte auch in diesem Bereich greifen. Die im Bericht und Antrag des Regierungsrats formulierten Bedenken sind nicht gewichtig genug, um auf diese Anpassung zu verzichten.

Alois Gössi war einige Jahre lang Mitglied der Grundstückgewinnsteuerkommission in Baar und kennt die Abläufe. Die Kommission fällte viele Entscheide zur Grundstückgewinnsteuer. Es kam aber sehr selten vor, dass ihre Entscheide an das Verwaltungsgericht weitergezogen wurden, und der Votant hat nie erlebt, dass ein Urteil des Verwaltungsgerichts an das Bundesgericht weitergezogen wurde, von beiden Seiten nicht. Es ist aber stossend, dass eine Gemeinde ein Urteil nicht selbständig an das Bundesgericht weiterziehen kann, sondern dafür auf die kantonale Steuerverwaltung angewiesen ist. In diesem Sinne befürwortet die SP-Fraktion, dass eine Unzulänglichkeit des Steuergesetzes geändert werden soll.
Die zweite Forderung nach einer verbindlichen Vorprüfung über die Höhe der Grundstückgewinnsteuer ist eine schöne Idee, aber nicht praktikabel. Wie sollten

für die Berechnung der Grundstückgewinnsteuer abzugsfähige Kosten überhaupt integriert werden können, wenn diese teilweise erst nach dem Abschluss des Vertrags genau bekannt sind? Dazu kommt der zeitliche Ablauf. Die Grundstückgewinnsteuerkommission Baar kam ungefähr alle drei Monate zusammen und fällte ihre Entscheide. Eine verbindliche Vorprüfung müsste die Grundstückgewinnsteuerkommission ebenfalls beschliessen, und es würde weitere Zeit brauchen für Rechtsmittel- bzw. Rekursmöglichkeiten. Das ganze Verfahren würde zeitlich erheblich verzögert. In der Praxis ist es aber so, dass ein Grundstückgeschäft möglichst schnell vertraglich abgeschlossen werden will, Heute kann jedes Grundstückgeschäft relativ zügig bei der Gemeinde vertraglich geregelt werden, wenn sich die Parteien einig sind, und die mögliche Höhe der Grundstücksteuer wird wegen der Solidarhaftung zwischen dem Käufer und dem Verkäufer über die Grundstückgewinnsteuer sichergestellt. Die SP-Fraktion könnte Ja zur Motion sagen, wenn die entsprechenden Auskunft erteilt werden müsste, dies aber unverbindlich. In diesem Sinne unterstützt die SP-Fraktion die Anträge des Regierungsrats.

Andreas Hürlimann: Das zweite Anliegen der Motionärin, dass die Rechtsmittellegitimation gegen Urteile des kantonalen Verwaltungsgerichts auf Gemeinden ausgedehnt werden soll, hat in der AGF zu keinen grossen Diskussion geführt. Alle Gemeinden befürworten das Anliegen, und auch die AGF unterstützt diese Änderung.
Der erste Teil der Motion betreffend rechtsverbindliche Vorprüfung scheint der AGF zu wenig durchdacht. Die Möglichkeit einer Vorprüfung für die effektive Steuerhöhe scheint zwar sympathisch. Ob diese Zusatzschlaufe aber wirklich nötig ist, ist unklar. So lässt sich die AGF von den Argumenten des Regierungsrats überzeugen, dass eine solche rechtsverbindliche Vorprüfung nicht praktikabel ist und sich einige weitere Problemfelder auftun, wie das auch das Verwaltungsgericht feststellt.
Aus Sicht der AGF ist die Grundstückgewinnsteuer eine gerechte Steuer, denn über diese Steuer werden lediglich Gewinne auf der Boden- und Immobilienwertsteigerung des Grundeigentümers besteuert. Davon betroffen sind Gewinne ohne Leistung. Die Steuer wird erhoben, wenn tatsächlich Liquidität fliesst. Darum gibt es hier auch keine wirkliche Härtefälle. Die AGF teilt daher die Meinung des Regierungsrats, wenn er auf Seite 3 ausführt, dass der bei einem Verkauf entstehende Gewinn die jeweilige Steuer übersteigt. Damit ist auch klar, dass nach dem Verkauf die notwenigen finanziellen Mittel zur Bezahlung der Steuer vorhanden sind oder sein sollten.
Die AGF empfiehlt deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen. Einer weiteren Diskussion über eine Professionalisierung der Vorgänge im Bereich der Grundstückgewinnsteuerkommission verschliesst sie sich aber nicht.

Heini Schmid legt zuerst seine Interessenbindung dar: Als Immobilienbesitzer im Kanton Zug ist er immer wieder von der Grundstückgewinnsteuerproblematik betroffen, und als Anwalt vertritt er Klienten vor Grundstückgewinnsteuerbehörden.
Dass die Grundstückgewinnsteuerkommissionen nur alle drei Monate zusammenkommen, ist ein Missstand und bei anderen Steuerbehörden völlig undenkbar. Aus diesem Missstand wie Alois Gössi abzuleiten, dass ein verbindlicher Vorbescheid nicht zulässig sein soll, ist abstrus. Es gäbe auch die Möglichkeit, dass der Kommissionssekretär, der das nötige *Knowhow* ja meistens hat, einen Bescheid im Zirkulationsverfahren den Kommissionsmitgliedern unterbreitet, so dass zeitnah ein Entscheid gefällt werden kann.
Rulings bei den Steuerbehörden beziehen sich immer nur auf den angefragten Sachverhalt. Das ist wie bei Bauanfragen: Man stellt eine konkrete Frage, führt die Umstände genau aus und erhält dazu von der angefragten Behörde einen konkreten

Entscheid. Es ist deshalb völlig unerheblich, dass andere, nicht umstrittene Kosten – beispielsweise später anfallende Beurkundungskosten – gar nicht thematisiert werden. Vielmehr geht es um konkrete Fragen: Was ist bei einer Abbruchliegenschaft abzugsfähig? Unter welchen Bedingungen sind gewisse Anlagekosten abzugsfähig? Das ist deshalb wichtig, weil die Grundstückgewinnsteuer eine extreme Hebelwirkung hat. Es ist eine Renditeberechnung, und da können 10'000 oder 100'000 Franken mehr oder weniger anrechenbare Kosten erhebliche Auswirkungen haben. Die Grundstückeigentümer können dann je nach Vorgehen die Steuerlast wesentlich beeinflussen, weshalb für sie, bevor sie ihre Disposition treffen, eine verbindliche Auskunft von enormer Wichtigkeit ist. Man kann das mit den Pensionskassengeldern vergleichen: Wenn man pensioniert wird, muss man wissen, wie die Steuerbehörden damit umgehen und was man mit der einen oder der anderen Lösung zu erwarten hat. Es ist ein Grundrecht, dass man von den Behörden erfährt, wie sie einen bestimmten Sachverhalt zu behandeln gedenken. Man muss sich hier von allen ideologischen Überlegungen lösen: Es geht nicht um Grundstückgewinne oder Pensionskassengelder, sondern um das Recht auf eine verbindliche Aussage der Behörden, wie sie einen Sachverhalt beurteilen werden.

Philip C. Brunner möchte nach den Ausführungen seines Vorredners, welcher aus der Optik des Eigentümers oder potenziellen Käufers sprach, noch einen Aspekt aus der Sicht der Gemeinden einbringen. Er hat dazu eine Frage an den Finanzdirektor: Bei der Grundstückgewinnsteuer handelt es sich um eine Gemeindesteuer, und der Votant ist bei den Budgets bzw. den Rechnungsabschlüssen immer wieder überrascht, wie sich die Gemeinden diesbezüglich offenbar in einem absolut luftleeren Raum befinden. Ist es richtig, dass der Vorschlag von Gabriela Ingold auch den Gemeinden bessere Informationen für die Budgetierung dieser Steuererträge liefern würde?

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass bezüglich Punkt b) der Motion Einigkeit herrscht. Zu Punkt a) wurde richtigerweise gesagt, dass es sich hier um Gemeindesteuern handelt, weshalb der Regierungsrat auch ein Jahr Zeit brauchte, um die Meinung der Gemeinden, des Verwaltungsgerichts und des Obergerichts einzuholen. Die Gemeinden lehnen das Motionsbegehren *unisono* ab, ebenso das Verwaltungsgericht.
Es wurde erwähnt, dass die Stadt Zug auf Anfrage eine Vorprüfung durchführe, was als Beispiel für den ganzen Kanton dienen solle. Der Finanzdirektor verschliesst sich dieser Idee keineswegs, zumal sie auch dem zugerischen Grundsatz der kurzen Wege und kundenfreundlichen Verwaltung entspricht. Diese Lösung ist aber keine gesetzgeberische Frage, sondern eher eine Frage der Ausbildung, der Kompetenz und der Haltung der jeweils zuständigen Behörde; sie kann schon heute umgesetzt werden. Und wenn die Stadt Zug diese Vorprüfung schon heute durchführt, hätte sie eigentlich die zusätzlichen Informationen für die Budgetierung dieser Erträge. Trotzdem gibt es aber auch in Zug offensichtlich immer wieder grosse Abweichungen zwischen angenommenem und tatsächlichem Ertrag. Auch beim Kanton ist die Budgetierung der Steuererträge schwierig. Man geht von Erfahrungswerten aus, beobachtet den Markt, versucht möglichst viele Informationen zu berücksichtigen und möglichst genau zu sein, aber die Budgetierung dieser Werte bleibt schwierig.
Es wurde erwähnt, dass Rulings auch in anderen Bereichen angefordert werden können. Das ist auf Bundes- und Kantonsebene tatsächlich so, aber es gibt weder in einer kantonale noch in der eidgenössischen Gesetzgebung irgendwo eine ausdrückliche Regelung zu solchen Vorbescheiden. Trotzdem bietet man Rulings an und hält sich dann auch dran – dies unter Berufung auf § 5 Abs. 3 der Bundesverfas-

sung, also den Grundsatz von Treu und Glauben. Auch aus dieser Warte macht es wenig Sinn, im Kanton Zug für den kleinen Bereich der Grundstückgewinnsteuer Regelungen ins Gesetz aufzunehmen. Der Finanzdirektor bietet aber an, das Thema in der jährlichen Konferenz der gemeindlichen Finanzvorsteher zur Sprache zu bringen und den Wunsch des Kantonsparlaments zu übermitteln, dass die Gemeinden ihre Kompetenz und Kundenfreundlichkeit im Bereich der Vorprüfung der Grundstückgewinnsteuer verbessert sollen. Damit könnte man sicher etwas erreichen und dem Anliegen der Motion Rechnung tragen. In diesem Sinne empfiehlt der Finanzdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrats beantragt, die Motion wie folgt zu behandeln:
a) Das Begehren, wonach eine rechtsverbindliche Vorprüfung der Grundstückgewinnsteuerhöhe zu schaffen ist, sei nicht erheblich zu erklären.
b) Das Begehren, wonach die Rechtsmittellegitimation gegen Urteile des kantonalen Verwaltungsgerichts betreffend die Grundstückgewinnsteuer auf die Gemeinden ausgedehnt werden solle, sei erheblich zu erklären.

➔ Der Rat folgt mit 43 zu 17 Stimmen dem Antrag der Motionärin und erklärt Punkt a) der Motion, wonach eine rechtsverbindliche Vorprüfung der Grundstückgewinnsteuerhöhe zu schaffen ist, erheblich.

➔ Der Rat erklärt Punkt b) der Motion mit 60 zu 0 Stimmen erheblich.

An dieser Stelle übernimmt die Stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 9

1058 Motion von Thomas Wyss, Werner Villiger, Roland von Burg und Oliver Wandfluh betreffend Stärkung der parlamentarischen Mitsprache bei den Zuger Lehrplänen

Es liegen vor: Motion (2110.1 - 13978); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2110.2 - 14591).

Thomas Wyss stellt namens der SVP den **Antrag,** die Motion betreffend Stärkung der parlamentarischen Mitsprache bei den Zuger Lehrplänen erheblich zu erklären. Mit dieser Motion haben die damaligen Mitglieder der SVP in der Bildungskommission gefordert, dass das Schulgesetz so anzupassen ist, dass der Bildungsrat nicht mehr abschliessend über die Lehrpläne beschliesst. Vielmehr soll der Bildungsrat dem Kantonsrat die Lehrpläne zur Genehmigung unterbreiten. Der Genehmigungsbeschluss des Kantonsrats soll dem fakultativen Referendum unterstehen.
Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Die Regierung beabsichtigt jedoch, bei der nächsten Änderung des Schulgesetzes einen Genehmigungsvorbehalt für Lehrpläne der gemeindlichen Schule zugunsten des Regierungsrats zu beantragen. Das reicht nach Ansicht der SVP-Fraktion nicht. Sie will die parlamentarische Mitsprache bei den Zuger Lehrplänen stärken. An ihrer Fraktionssitzung wurde daran erinnert, dass der Kantonsrat bereits zu Beginn dieser Legislatur mit der Bestellung einer ständigen Bildungskommission klar gemacht hat,

dass er in diesen Politikfeldern mehr Mitsprache wünscht. Der Votant zitiert in diesem Zusammenhang aus der am 9. Juni 2009 eingereichten Motion der CVP-Fraktion, mit welcher eben diese Bildungskommission gefordert wurde: «Die heutigen Strukturen mit dem Bildungsrat als zentrales bildungspolitisches Gremium können den aktuellen Anforderungen an die Bildungspolitik nicht mehr genügen. Der Bildungsrat steht insbesondere zu weit weg vom Kantonsrat, der über die wichtigen Bildungsfragen zu entscheiden hat und dies in Zukunft noch vertiefter tun sollte.» Es gibt in der Tat immer wieder besonders umstrittene inhaltliche Änderungen, zu welchen sich auch das Parlament bzw. das Volk äussern möchten. Als Beispiel können die kantonalen Volksabstimmungen von Mai 2006 erwähnt werden, als im Kanton Zug über zwei Gesetzesinitiativen zu Fragen des Lehrplans abgestimmt wurde. Damals ging es um die Einführung der ersten Fremdsprache in der dritten Primarklasse und um den befürchteten Abbau beim handwerklichen Gestalten. Zu erinnern ist auch an hoch umstrittene Fächer wie der Sexualkundeunterricht oder *Gender*-Fragen, da der Staat über den Lehrplan in die Weltanschauungs- und Religionsfreiheit der Kinder und Eltern eingreift.
Der Votant bittet deshalb, die Motion erheblich zu erklären und damit die parlamentarische Mitsprache bei den Zuger Lehrplänen zu stärken.

Silvia Thalmann: Die Antwort des Regierungsrats auf den Vorstoss der vier SVP-Kantonsratsmitglieder ist kurz, prägnant und klar. Der Kantonsrat ist im Bildungsbereich zuständig für die Gesetzgebung und für das Budget. Die Festlegung von Lernzielen ist keine strategische Aufgabe, sondern Umsetzung; sie gehört zum Vollzug. Dies wird von sämtlichen 26 Kantonen so beurteilt. Kein einziges kantonales Parlament beschliesst die kantonalen Lehrpläne.
Im Kanton Zug soll wie bisher ein Fachgremium, welches vom Bildungsdirektor präsidiert wird, die Kompetenz für die Verabschiedung der Zuger Lehrpläne innehaben. Neu fasst der Regierungsrat jedoch ins Auge, zugunsten des Regierungsrats einen Genehmigungsvorbehalt gesetzlich zu verankern, dies bei der nächsten Schulgesetzrevision. Für die CVP sind die Überlegungen der Regierung nachvollziehbar. Sie wird die Motion nicht erheblich erklären und steht dem angekündigten Genehmigungsvorbehalt für Lehrpläne durch den Regierungsrat positiv gegenüber.
Die Votantin blickt noch kurz zurück. Im November 2011 hat sich der Kantonsrat intensiv mit seinen Kompetenzen in der Bildungspolitik auseinandergesetzt. Drei Vorstösse standen damals zur Debatte: die Einführung einer ständigen Bildungskommission, die Abschaffung des Bildungsrats und die Erarbeitung einer Bildungsstrategie. Die von der CVP verlangte Einführung einer ständigen Bildungskommission wurde vom Rat mit grossem Mehr gutgeheissen. Es zeigt sich heute, dass dieser Entscheid sinnvoll war, denn die Komplexität in Schulfragen ist beachtlich, die Entscheidungen sind gewichtig und das Interesse der Öffentlichkeit an der Bildung gross. Es ist richtig und wichtig, dass sich der Kantonsrat in Bildungsfragen Fachwissen aneignet, um mit dem Regierungsrat auf Augenhöhe debattieren zu können. Die Abschaffung des Bildungsrats wurde von der SVP verlangt. Die Mitglieder des Kantonsrats waren sich jedoch einig, dass der Bildungsrat ein zweckdienliches Gremium ist, welches den Bildungsdirektor in strategischen Fragen unterstützt. Die Emotionen in der SVP hatten sich seit der Einreichung der damaligen Motion gelegt, und die SVP konnte sich damit einverstanden erklären, dass ihre Motion nicht erheblich erklärt wurde.
Die Erarbeitung einer Bildungsstrategie, welche die CVP damals forderte, wurde vom Rat mit 52 zu 22 Stimmen abgelehnt. Argumentiert wurde damit, dass die Bildungsstrategie lediglich eine Teilstrategie des Regierungsrats sei. Der Kantonsrat solle die Gesamtstrategie zur Kenntnis nehmen, sich jedoch nicht vertieft mit

der einen oder anderen Teilstrategie befassen. Die CVP, vertreten durch Martin Pfister, warnte: «Der Votant kann dem Bildungsdirektor versichern, dass die meisten Kantonsrätinnen und Kantonsräte wohl nur wenig verstehen von Bildung und Bildungsalltag. Das wird uns aber nicht davon abhalten, jedes mögliche bildungspolitische Thema – von der Disziplin auf dem Pausenplatz über Kleidervorschriften für Lehrpersonen bis zu den Schulnoten auf der Unterstufe – auf das politische Tapet zu bringen.» Martin Pfister hatte Recht: Auf dem Tapet liegt heute der kantonale Lehrplan. Und nun stelle man sich die Diskussion in diesem Saal vor. Der Lehrplan ist nicht die Stundentafel, sondern ein dickes Buch mit mehreren hundert Lernzielen über sämtliche Fächer auf verschiedenen Stufen. Und darüber soll der Kantonsrat diskutieren?
Damit der Kantonsrat sich nicht auf Abwege begibt und ins Operative abdriftet, muss er sich in die Zügel nehmen, zum Beispiel mittels einer Bildungsstrategie. Diese würde die Mitglieder des Rats zwingen, sich mit dem Strategischen in der Bildung zu beschäftigen, nicht mit dem Operativen, von dem sie zwar mehr wissen und das sie emotional oft auch mehr berührt. Sollten sich die Motionäre auf diesen Weg begeben, kann sie auf die Unterstützung der CVP zählen. In Bezug auf den vorliegenden Vorstoss empfiehlt die CVP jedoch, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

Monika Weber: Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für seine klare Antwort und kann seinen Ausführungen nur beipflichten.
Der Bildungsrat legt die Ziele für den Unterricht aller Stufen der gemeindlichen Schulen im Lehrplan fest. In seiner Arbeit berücksichtigt er das übergeordnete Recht, das vom Kantonsrat erlassen wird, wie etwa das Schulgesetz, bei dem die politische Abstützung gewährleistet ist. Der Kantonsrat ist für die Gesetzgebung und das Budget zuständig und ist bei Themen der Bildung einbezogen. Dass der Kantonsrat die Lehrpläne genehmigen soll, erachtet die FDP als unrealistisch und nicht durchführbar. Mit der Einführung eines Genehmigungsvorbehalts durch den Kantonsrat würden die Lehrpläne verpolitisiert. Hingegen unterstützt die FDP, dass bei allfälligen finanziellen Folgen die Zustimmung des Regierungsrats erforderlich ist. Die FDP-Fraktion erachtet die Zusammensetzung des Bildungsrats als Fachgremium als äusserst wichtig und relevant für den Erlass der Lehrpläne. Sie folgt einstimmig dem Antrag des Regierungsrats und ist für die Nichterheblicherklärung der Motion.

Zari Dzaferi: Es gibt Dinge, über welche der Kantonsrat beraten kann, und es gibt Dinge, welche nicht in der kantonsrätlichen Kompetenz liegen. Das ist gut so. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass die Genehmigung der Lehrpläne nicht Sache der Legislative ist. Das ist auch in allen anderen Schweizer Kantonen so. Die SP sieht keine Gründe, warum dies im Kanton Zug anders sein sollte. Es handelt sich hier – wie schon mehrmals gesagt wurde – um eine klassische Vollzugsaufgabe. Es macht daher Sinn, dass die Lehrpläne von einem kleineren Gremium, das sich intensiver damit auseinandersetzen kann, genehmigt werden.
Den Motionären geht es einzig und allein darum, die politischen Kräfte im Schulwesen widerzuspiegeln. Dem wird bereits heute Rechnung getragen, entspricht doch die Zusammensetzung des Bildungsrats der parteipolitischen Zusammensetzung des Regierungsrats. Wenn ein Bildungsgeschäft einen Kantonsratsbeschluss erfordert, setzt sich die Bildungskommission damit auseinander, welche ebenfalls parteipolitisch zusammengesetzt ist. Die Parteien tragen die Verantwortung, welche Leute sie in den Bildungsrat oder in die Bildungskommission schicken. Sie sind dafür verantwortlich, dass auch Leute in Bildungsgremien sitzen, die tatsächlich etwas

von Bildung verstehen und ihre Kompetenz nicht damit legitimieren, das Schulwesen aus ihrer obligatorischen Schulzeit zu kennen.
Der Votant ruft den Kantonsrat auf, es so zu belassen, wie es ist. Der Kantonsrat braucht nicht einzelne Lehrpläne zu verabschieden. Die SVP möchte doch hier nur ein Feld aufrollen, um medienwirksam über Themen wie Sexualkundeunterricht usw. zu sprechen. Das hat auch das Votum von Thomas Wyss gezeigt.
In der Motionsantwort hat der folgende Satz den Votanten stutzig gemacht: «Der Regierungsrat verschliesst sich deshalb nicht der Diskussion, dass die Kompetenz des Bildungsrates in Bezug auf den Erlass der Lehrpläne beschränkt wird.» Ohne vorher eine Vernehmlassung durchgeführt zu haben oder sonstige Fakten auf den Tisch zu legen, schlägt der Regierungsrat bzw. der Bildungsdirektor in der Motionsantwort also vor, die Kompetenzen des Bildungsrats einschränken und sich selbst mehr Kompetenzen zuschreiben. Das ist etwas daneben und irgendwie aus der Luft gegriffen. Es bräuchte hier doch mehr Fakten und Argumente, warum die Kompetenz des Bildungsrats auf den Erlass von Lehrplänen beschränkt und gleichzeitig die Kompetenzen des Regierungsrats ausgebaut werden sollten. Auch sonst vermisst der Votant in der Motionsbeantwortung mehr Fakten. Er hat das Gefühl, man habe die Motion bewusst derart schludrig bearbeitet, damit der Kantonsrat sie aus Protest erheblich erklärt. Der Votant bittet daher den Bildungsdirektor, dem Kantonsrat mehr Fakten zu liefern. Ebenso bittet er, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Esther Haas legt einleitend ihr Interessensbindung vor: Sie unterrichtet am GIBZ Zug Jugendliche und Erwachsene in der Allgemeinbildung. In dieser Funktion sind ihr Lehrpläne geläufig, sei dies der eidgenössische Rahmenlehrplan oder der Schullehrplan, der sich auf den eidgenössischen Rahmenlehrplan abstützt. Diese Lehrpläne entstehen in aufwendiger Teamarbeit von Leuten, die sich mit der Materie auseinandersetzen. Die Votantin war vor drei Jahren selber am Erstellen eines Schullehrplans beteiligt, eine zweifellos höchst spannende Aufgabe, aber auch ziemlich anstrengend. Alle Beteiligten wollen ihre Ideen einbringen und diesen zum Durchbruch verhelfen. Da kommt es während epischen Sitzungen auch mal zu rauchenden Köpfen. Die Votantin versuchte damit kurz darzulegen, auf was sich die Motionäre einlassen, wenn sie bei den Lehrplänen mitreden wollen. Es wird dann eben nicht reichen, einfach nur zu genehmigen. Die Mitsprache an einem Lehrplan erfordert Ressourcen, über welche man als Mitglied eines Milizparlaments gar nicht verfügt. Dass man mal in die Schule gegangen ist, macht noch niemanden zu Lehrplan-Expertinnen und -Experten. Die Votantin ist keineswegs expertengläubig, aber im Fall von Lehrplänen lohnt es sich, sich in die Materie zu vertiefen. Ein Beispiel dazu: Im Zuger Lehrplan findet man für die Fünftklässler in Deutsch unter 6.1 «Begegnung mit literarischen Texten – eigenes Gestalten, literarische Texte als Ausdruck menschlicher Gefühle erfahren». Da kann man sich fragen: Sind die dafür vorgesehenen drei Lektionen wichtig, oder setzt man diese nicht gescheiter für die Rechtschreibung ein? Das ist nur eines von vielen Unterzielen, welche der Kantonsrat für die 5. Klasse im Fach Deutsch diskutieren und genehmigen müsste, der entsprechende Teil des Lehrplans umfasst zig Seiten. Es bleibt wohl das Geheimnis der Motionäre, wie das umgesetzt werden sollte; im Verständnis der Votantin wäre der Kantonsrat permanent mit Lehrplan-Genehmigungen beschäftigt. Da passt das Zitat von Alt-Regierungsrat Hans-Beat Uttinger doch vorzüglich: «Gott bewahre uns vor achtzig Regierungsräten» – oder in Anlehnung daran: «Gott bewahre uns vor achtzig Bildungsräten.»
Die Regierung zeigt in ihrer Antwort, dass es die anderen deutschsprachigen Kantone ähnlich handhaben wie der Kanton Zug: Die Zuständigkeiten für den Erlass

der Bildungspläne liegen bei der Regierung bzw. einem Fachgremium wie dem Bildungsrat. Wenn die Motionäre nun erreichen wollen, dass der Kantonsrat die Lehrpläne zuerst genehmigen muss, kommt dies einem Misstrauensvotum gegen den Bildungsdirektor, den Präsidenten des Bildungsrats, gleich. In *diesem* Punkt findet die AGF Misstrauen völlig ungerechtfertigt und unterstützt es nicht. Es ist die Aufgabe des Kantonsrats, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu setzen; der Vollzug obliegt der Regierung und der Verwaltung. Das Parlament sollte davon absehen, der Regierung ins Zeug zu flicken.
Eine Unklarheit besteht für die AGF aber noch: Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären, und begründet dies u. a. mit dem Prinzip der Gewaltentrennung. Da stimmt die AGF zu. Am Schluss der Antwort schreibt die Regierung aber: «[Der Regierungsrat] beabsichtigt, bei der nächsten Änderung des Schulgesetzes einen Genehmigungsvorbehalt für Lehrpläne der gemeindlichen Schule zugunsten des Regierungsrates zu beantragen.» Da liegt doch ein offensichtlicher Widerspruch vor: Wenn Lehrpläne eine klassische Vollzugsaufgabe sind, dann braucht es doch keine Genehmigung durch die Legislative. Zu diesem Punkt wünscht sich die AGF vom Bildungsdirektor eine Antwort. Unter dem Vorbehalt dieser Passage unterstützt die AGF die Regierung und empfiehlt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Manuel Brandenberg ruft dazu auf, nicht so zu tun, als ob Bildungsinhalte etwas Unpolitisches wären. In einem Lehrplan wird festgehalten, was jemand am Schluss seiner Schulzeit kennen und können sollte. Das sind durchaus auch politische Entscheide. Man soll deshalb nicht argumentieren, wie es die Linke schon fast penetrant tut, man könne Bildungsinhalte nicht beurteilen, weil man ja kein Experte sei. Als Milizparlamentarier vertreten die Mitglieder des Kantonsrats das Expertenwissen des ganzen Volkes, wobei im Rat auch alle beruflichen Bereiche abgedeckt sind. Deshalb kann der Rat – wenn er will – sehr vieles beurteilen und auch beschliessen, wie das die Kantonsverfassung vorsieht. Der Votant bittet deshalb, die Motion erheblich zu erklären. Es geht ja nicht darum, dass man noch dieses oder jenes Fach wünschen kann, es geht einzig darum, dass man zu einem Lehrplan nein oder ja sagen kann. Das ist eine *kleine* Mitsprache, welche die Legitimation und Akzeptanz eines Lehrplans nicht zuletzt bei den Stimmbürgern und bei den Eltern, die mit der Sache in besonderem Mass konfrontiert sind, erhöht.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** dankt für die positiven Rückmeldungen auf die regierungsrätliche Antwort. Es ist – wie bereits gesagt wurde – nicht das erste Mal, dass im Kantonsrat über die Kompetenzen im Bildungsbereich gesprochen wird. Das gilt übrigens auch für andere Kantone: Die Einführung des Lehrplans 21 steht bevor und hat auch in Zürich, Thurgau, Baselland und Solothurn zu ähnlichen Vorstössen geführt.
Zur Klärung: Den Genehmigungsvorbehalt hat der Regierungsrat so verstanden, dass im Kantonsrat nur darüber abgestimmt wird, ob der vom Bildungsrat als Fachgremium erarbeitete Lehrplan *in globo* genehmigt oder mit Hinweisen zur Überarbeitung zurückgewiesen wird – also keine achtzig Bildungsräte, die an den Details des Lehrplans feilen. Der Regierungsrat ist auch nur unter dieser Prämisse bereit, selber die Genehmigung zu erteilen bzw. tut das dort, wo er die Genehmigungskompetenz heute schon hat, wenn wiederkehrende finanzielle Auswirkungen manifest sind.
Zari Dzaferi hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass die politischen Realitäten schon heute in den Gremien gespiegelt werden: im Bildungsrat, in der Bildungskommission und natürlich auch im Kantonsrat. Wenn die Regierung nun darüber

diskutieren möchte, dass sie sämtliche Lehrplanänderungen und nicht nur diejenigen mit nachgewiesenen, wiederkehrenden finanziellen Auswirkung genehmigen möchte, ist zu beachten, dass die Kompetenz innerhalb der Exekutive – also Bildungsrat und Regierung – nur geringfügig verschoben würde. Das hat Esther Haas wohl missverstanden, wenn sie sagte, dass der Regierungsrat mit der Gewaltenteilung argumentiere, aber gleichzeitig vorschlage, die Genehmigung an die Legislative zu verschieben. Das ist nicht der Fall. Der Regierungsrat will die Genehmigung bei der Exekutive behalten, aber künftig bei jeder Lehrplanänderung einen Genehmigungsvorbehalt anbringen, weil es nicht immer einfach zu entscheiden ist, ob eine bestimmte Lehrplanänderungen finanziellen Auswirkungen hat oder nicht. Das ist im Moment aber nur eine politische Absichtserklärung: Der Regierungsrat möchte diesen Genehmigungsvorbehalt bei der nächsten Revision des Schulgesetzes vorschlagen. Dieser Vorschlag geht dann noch in die Vernehmlassung, und das letzte Wort dazu hat der Kantonsrat. Mit der «nächsten Revision» ist nicht das zweite Revisionspaket gemeint, das der Regierungsrat noch vor den Sommerferien an den Kantonsrat überweisen wird, sondern eine künftige, heute bezüglich des Zeitpunkts noch nicht absehbare Revision. Das Anliegen ist für die Regierung also nicht so wichtig, dass dafür eine eigene Teilrevision durchgeführt wird.
Der Bildungsdirektor bittet den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 49 zu 15 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 10

1059 Motion der FDP-Fraktion betreffend Kostentransparenz und Effizienzsteigerung in der Volksschule

Es liegen vor: Motion (2280.1 - 14413); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2280.2 - 14594).

Thomas Lötscher: Wer die Rechnungsabschlüsse 2012 der Zuger Gemeinden studiert, stellt fest, dass die grösste Gemeinde, die Stadt Zug, fast ein Viertel ihrer Ausgaben im Bildungsbereich tätigt. Bei der mittelgrossen Gemeinde Unterägeri machen die Bildungsausgaben 39 Prozent und bei der kleinsten Gemeinde Neuheim sogar 50 Prozent aus. Diese Zahlen stellen keinen Effizienzvergleich der genannten Gemeinden dar. Sie zeigen aber: Ob grosse oder kleine Gemeinde, die Bildungskosten machen einen grossen bis immensen Anteil der gemeindlichen Ausgaben aus. Jedes verantwortungsvoll geführte Unternehmen würde einen so grossen Kostenblock analysieren und zu optimieren versuchen. Es stünde auch den Zuger Gemeinden und dem Kanton Zug gut an, mindestens die wenigen paar von der FDP geforderten Kennzahlen zu ermitteln und zu vergleichen. Die finanziellen Herausforderungen werden bekanntlich nicht kleiner. Allfällige Massnahmen aus den Erkenntnissen abzuleiten, ist dann natürlich Sache der einzelnen Gemeinden. Es braucht aber eine gemeinsame Datenbasis. Deshalb stellt die FDP den **Antrag,** nicht der Regierung zu folgen und stattdessen die Motion erheblich zu erklären.

Thomas Wyss: Als ein inzwischen in ein nationales Parlament verdammter ehemaliger SVP-Fraktionskollege Kostentransparenz über alle Verwaltungszweige hinweg verlangte, verweigerte ihm der Kantonsrat die Gefolgschaft. Nun soll dasselbe getan werden, einfach nur für eine Direktion. Die SVP-Fraktion ist gleicher Meinung wie die Regierung und empfiehlt, diese Motion nicht erheblich zu erklären.

Die heutige Situation ist dadurch geprägt, dass die Gemeinden vom Kanton pro Schüler eine Pauschale erhalten und im Übrigen frei sind, welche Zusatzleistungen sie auf eigene Rechnung erbringen wollen. Beginnt man hier zu rechnen, wird sofort der Ruf nach Ausgleichszahlungen laut. Das will die SVP nicht. Gäbe es die Pauschalen nicht, müsste man sie erfinden. Deshalb die Empfehlung: Nein zur Erheblicherklärung dieser Motion.

Zari Dzaferi: Vor rund einem Jahr lehnte die SP-Fraktion die Motion von Thomas Aeschi zur Erhöhung der Transparenz der staatlichen Leistungserbringung einstimmig ab. Heute steht ein Vorstoss der FDP zur Debatte, der in eine ähnliche Richtung geht. Die SP-Fraktion wird auch diese Motion entschieden ablehnen.
Möchte man die Motion der FDP gewissenhaft umsetzen – sofern dies überhaupt möglich sein sollte –, müsste man einen extremen bürokratischen Aufwand in Kauf nehmen. Man würde wahrscheinlich bereits bei der Bewertung der unterschiedlichen Schulhäuser scheitern. Bereits da müsste man nämlich Amortisationsgrad, Abschreibungssatz, Standort der Gebäude usw. mitberücksichtigen und mit den verschiedenen Gemeinden abwägen. Vielleicht würde man sogar eine über den Daumen gepeilte Kostenzusammenstellung mittels Kosten- und Leistungsrechnung hinkriegen. Selbst dann aber hätte man noch keinen Aufschluss darüber, wie es um die Qualität der Bildung in den einzelnen Gemeinden steht. Mit anderen Worten: Man hätte nichts darüber ausgesagt, ob die Geldmittel effizient eingesetzt werden oder nicht. Weshalb also der ganze bürokratische Aufwand?
Die FDP versucht sich ständig für weniger Bürokratie in Szene zu setzen. Zudem hat sie sich 2003, als die Zuger Finanz- und Aufgabenreform beraten wurde, noch dafür stark gemacht, dass die Gemeinden mehr Autonomie erhalten. Es seien nur zwei Sätze aus dem Votum des damaligen Fraktionschefs Daniel Grunder zitiert: «Ganz besonders erfreut ist die FDP-Fraktion über die Neuregelung der Finanzierung im Bildungsbereich.» Und: «Die Normpauschalen pro Schüler ersetzen nicht nur einen unsäglichen Subventionierungsmechanismus, sondern stärken auch massgeblich die Autonomie der Gemeinden.» Wenn dem Kantonsrat die Autonomie der Gemeinden wichtig ist, muss er die vorliegende Motion entschieden ablehnen.
Was bringt es, wenn man Ressourcen dafür einsetzt, irgendwelche Zahlen in eine Datenbank zu tippen, um einen scheinbar kantonalen Vergleich zu erstellen? Die SP ist überzeugt, dass jede Gemeinde daran interessiert ist, ihre Ausgaben tief zu halten, sei dies im Bildungswesen oder sonst einem Bereich. Schliesslich stehen die Gemeinden auch untereinander im Wettbewerb.
Mit dem Begriff «Effizienzsteigerung», welcher im Motionstext vorkommt, möchte die FDP diplomatisch zum Ausdruck bringen, dass man im Bildungswesen den Sparhebel ansetzen solle. Die Schule ist auch für den Votanten keine heilige Kuh. Wenn eine Gemeinde Sparpotenzial sieht, ohne in der Qualität abzubauen, dann kann sie bereits heute Einsparungen vornehmen. Oftmals muss wegen Sparübungen allerdings auch irgendwo in der Qualität abgebaut werden; das ist in jeder Branche so. Die Stadtschulen Zug – so hat der Votant erfahren – möchten zum Beispiel im nächsten Schuljahr voraussichtlich nur noch 20er Realklassen führen; gemeint sind hier Realklassen, in denen auch lernzielangepasste oder verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler, welche früher in einer Werkschule unterrichtet worden wären und recht viel Zeit beanspruchen, eingegliedert sind. Das führt natürlich dazu, dass kaum mehr jemand eine solch grosse Realklasse unterrichten möchte, weil zu grosse Realklassen irgendwann nicht mehr führbar sind. Das führt dann zu Schlagzeilen wie am letzten Wochenende, wonach rund ein Fünftel aller Neulehrpersonen bereits im ersten Berufsjahr aussteigt. Es sollte dem Kantonsrat ein Anliegen sein sollte, die Schulen so zu organisieren, dass sie die Kinder und Jugendlichen opti-

mal auf das Erwachsenenleben vorbereiten. Letztendlich geht es dabei auch um die Wirtschaft, die Steuereinträge oder die Altersvorsorge, die ebenfalls von einem hohen Bildungslevel profitieren.

Vroni Straub-Müller legt ihre Interessenbindung vor: Sie ist Schulpräsidentin der Staat Zug und damit verantwortlich für das Budget der Schulen.
Die AGF unterstützt mit Nachdruck den Antrag der Regierung, die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären. Dieser Eingriff in die Souveränität der Gemeinden ist abzulehnen. Ein seriöser Vergleich ist schwierig und die Gefahr, dass Äpfel mit Birnen verglichen werden, ist gross. Am Stichtag 15. November 2013 besuchten 2044 Schülerinnen und Schüler die Stadtschulen in Zug, 47 davon die Heilpädagogische Schule (HPS), darunter auch Kinder aus anderen Gemeinden. Ein Schüler der HPS verursacht ein Mehrfaches der Kosten eines Schülers der Regelklassen. Zudem führt Zug für Neuheim, Menzingen und Walchwil die Psychomotoriktherapie-Abklärungen durch. Es gibt Gemeinden, die einen freiwilligen Kindergarten führen, andere Gemeinden hingegen nicht. Diese Beispiele zeigen, wie unterschiedlich die einzelnen Gemeinden aufgestellt sind – und es gibt Hunderte solcher Beispiele.
Die Stadt Zug führte im Jahr 2010 eine Kostenanalyse der Bereiche Volksschule und Kindergarten durch und verglich ihre Kosten mit denjenigen von drei Gemeinden des Kantons Zug und von Schaffhausen. Bei der Erarbeitung des Berichts zeigte es sich, dass ein solcher Vergleich sehr schwierig ist, dies vor allem bezüglich Methodik und Vergleichbarkeit der untersuchten Kennziffern. So hat die Stadt Zug eine im Vergleich teure Musikschule. Der Unterschied zwischen der kostengünstigsten Musikschule im Kanton und der Musikschule Zug besteht gemäss der Studie darin, dass in Zug deutlich mehr Schüler unterrichtet werden. Und das heisst wiederum: Der grosse Nutzen dieser teuren Studie besteht darin, dass festgestellt wurde, je mehr Schüler unterrichtet werden, desto teurer ist eine Schule. Das kann es wohl nicht sein.
Mittlerweile wurden in Zug – wie auch in anderen Gemeinden – im Rahmen des Qualitätsmanagements an den gemeindlichen Schulen Leistungsvereinbarungen mit der Exekutive eingeführt. Neben strategischen Zielen werden dort jegliche Arten von Kennzahlen erfasst, quasi von den Personalkosten der Schwimmassistenz bis hin zur Anzahl Teilnehmende am Velolager etc. Wird die vorliegende Motion erheblich erklärt, bindet dies bei der DBK oder wo auch immer erhebliche Ressourcen – für nichts und wieder nichts. Und dass es für das Klima unter den gemeindlichen Schulen nicht förderlich ist, darf man ebenfalls nicht aus den Augen verlieren; aber das gilt wohl nicht als harter Fakt. In diesem Sinn empfiehlt die Votantin, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Ivo Hunn: Das Thema Bildung steht immer wieder im Fokus der Politik. An der heutigen Sitzung werden dazu zwei Motionen und eine Interpellation behandelt. Die vorhin behandelte Motion Wyss/Villiger/von Burg/Wandfluh verfolgte eine Mitsprache in operativen Aufgaben. Kurz und bündig haben Regierungs- und Kantonsrat mit der Unterstützung der GLP diese Motion abgelehnt. Die FDP-Fraktion bezweckt mit ihrer Motion Kostentransparenz und Effizienzsteigerung. Betriebskosten sollen ins Verhältnis zu Schulstunden und Schüler gesetzt werden. Unterstützungsmassnahmen und Verwaltungskosten sollen ins Verhältnis zur Schüleranzahl gesetzt werden. Die FDP sucht einen Handlungsbedarf bei den Kosten. Die Grünliberalen fragen sich: Sind die Kosten in der Bildung das zentrale Thema? Sollte nicht die Qualität im Vordergrund stehen? Oder meint die FDP, dass die Qualität mit Zahlen messbar ist resp. «gute» Schulen tiefe Ausgaben haben? Leider kann die Qualität nicht so einfach gemessen und verglichen werden, wie auch die Kosten

nicht. Der Regierungsrat zeigt klar auf, dass die Faktoren wie Gemeindegrösse, Altersstruktur der Lehrpersonen, Alter der Schulhäuser usw. sehr heterogene Grössen sind. Damit diese Grössen vergleichbar werden, müsste eine komplizierte Berechnung erstellt werden. Diesen Aufwand zu betreiben, würde zusätzliche Kosten auslösen. Das will niemand. Und angenommen, man hätte ein, zwei vergleichbare Zahlen: Was würde man mit diesen Zahlen machen? Man müsste diese Zahlen interpretieren, und interpretieren heisst, eine subjektive Meinung abgeben. Die Grünliberalen wollen keine zusätzlichen Kosten auslösen, um subjektive Meinungen abgeben zu können. Sie meinen, dass die aktuelle Situation stimmt, und unterstützen den Antrag auf Nichterheblicherklärung.

Philip C. Brunner hat sich vom Saulus zum Paulus gewandelt: Er war vor einigen Jahren noch wie die FDP der Meinung, dass Vergleiche im Schulbereich möglich seien. Er hat aber zwei Erfahrungen gemacht. Erstens hat die von Vroni Straub erwähnte, sehr teure und auch zeitlich sehr aufwendige Studie kaum brauchbare Resultate geliefert; jede Gemeinde ist tatsächlich sehr speziell und kaum mit einer anderen vergleichbar. Ein zweites Problem ist die Rechnungslegung. Die Stadt Zug hat als erste Gemeinde im Kanton Zug HRM2 eingeführt, weitere Gemeinden werden folgen. Schon bei der Studie von 2010 hat sich gezeigt, dass gewisse Informationen ganz anders erhoben wurden und angeblich gleiche Zahlen alles andere als gleich waren. Der Votant empfiehlt deshalb, die Motion nicht erheblich zu erklären, auch wenn er – anders als seine Vorredner – keineswegs der Meinung ist, dass man den teuren Schlitten Bildung einfach laufen lassen müsse. Es ist Aufgabe der Politik, auch darauf ein Auge zu halten, aber ein Vergleich der Gemeinden, bei denen es auch strukturell riesige Unterschiede gib, wird nicht funktionieren.

Heini Schmid ruft dazu auf, Vergleichbarkeit etwas positiver zu sehen als insbesondere in den letzten Voten. In der Privatwirtschaft ist es üblich, von den Besten zu lernen, was einen Vergleich mit ebendiesen Besten voraussetzt. Es gehört zum Standardrepertoire jeder Exekutive und jeder Verwaltung, dass etwas nicht vergleichbar sei. Auch in der Privatwirtschaft lässt sich niemand gerne vergleichen, und der Kantonsrat als Oberaufsicht muss sich überlegen, ob er es durchlassen will, dass alle ihm unterworfenen Einheiten sich für nicht vergleichbar halten. In der Privatwirtschaft wird daran gearbeitet, bis das Buchhaltungssystem und die Auswertung vergleichbar sind. Warum das bei der öffentlichen Hand ein Ding der Unmöglichkeit sein soll, leuchtet dem Votanten auch nach zwölf Jahren als Kantonsrat noch nicht ein. Das hat System, und irgendwann sollte das Kantonsparlament sagen: «Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.» Wenn das Parlament seine Oberaufsichtsfunktion wahrnehmen will, muss es Vergleichbarkeit herstellen und verlangen. Der Votant bittet deshalb, die Motion erheblich zu erklären. Es ist wichtig, Schritt für Schritt Vergleichbarkeit herzustellen. In der Hochbaukommission wurde dank des Engagements des Baudirektors bereits ein Schritt getan. Es wurde ein *Benchmark*-System eingeführt, das der Kommission erlaubt, auf den ersten Blick ein Gespür zu bekommen, wo die Kosten liegen. Auch in der Volksschule wird es für die Führungspersonen wichtig sein zu merken, wo man mit den Kosten liegt. Wie man diese Managementaufgabe ohne den Vergleich mit anderen Institutionen wahrnehmen will, ist dem Votanten schleierhaft. Es ist doch motivierend, wenn man weiss, wo man liegt, und dann die nötigen Verbesserungen anstreben und von guten Beispielen lernen kann.
Zur Autonomie der Gemeinden: Wenn man diese Autonomie wirklich ernst nehmen möchte, müsste man das kantonale Gesetz zur Volksschule aufheben. Es gibt im Kanton Zug aber die Tradition, dass die Volksschulgesetzgebung auf kantonaler

Ebene erfolgt, und damit hat das Kantonsparlament auch die Verantwortung, die Rahmenbedingungen für die Volksschule zu erlassen. Wenn der Kantonsrat die Gemeinden auffordert, vergleichbare Rechnungen vorzulegen und im Bereich der Volksschule Kostentransparenz herzustellen, dann tut er nur seine Pflicht. Was die Gemeinden dann wirklich tun, schreibt man ihnen damit nicht vor. Wenn man aber keine Kostentransparenz *will,* dann soll man das doch gleich so sagen.

Zari Dzaferi möchte richtigstellen, dass die Schule auch für ihn keine heilige Kuh ist. Man sollte die Geldmittel aber ins Kerngeschäft investieren, nicht in irgendwelche Statistiken. Und natürlich spielt auch in der Schule der Markt, denn wenn eine Schule schlechte Rahmenbedingungen hat, finden sich bald keine Lehrpersonen mehr, die dort unterrichten wollen, die Eltern gehen auf die Barrikaden etc. Wenn eine Schule hingegen entsprechende Mittel zur Verfügung hat, soll sie diese auch investieren können.

Eusebius Spescha möchte auf Heini Schmids flammendes Plädoyer für Vergleichbarkeit erwidern. Er ist keineswegs gegen Vergleiche, und es ist wünschenswert und sinnvoll, gute Vergleiche zu haben. Es ist aber auch Heini Schmid bekannt, dass es schon bei Bauprojekten nicht ganz einfach ist, Vergleiche herzustellen. Das Problem liegt darin, dass man sich an den Besten orientiert. Aber wer sind denn die Besten? Sind es die Billigsten? Man muss sich also auch darüber unterhalten, wie man die Besten qualifiziert und was genau man vergleicht.
Der Votant ist im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit als Leiter einer Höheren Fachschule am Versuch eines Kostenvergleichs beteiligt, an dem Bund und Erziehungsdirektorenkonferenz seit fünf Jahren arbeiten, auf eine qualifizierte Art und mit guten Büros. Liest man die entsprechenden Berichte, so muss man aber feststellen, dass es trotz des grossen Aufwands nur beschränkt gelungen ist, nur schon die echten Kosten zu vergleichen, geschweige denn alles, was dahintersteht. Gleiches ist nämlich nicht unbedingt gleich – und eigentlich *will* man ja, dass die eine Schule mit diesen, jene aber mit einem anderen Konzept arbeitet, damit die Studierenden im tertiären Bereich echte Wahlmöglichkeiten haben. Wenn aber etwas nicht genau gleich ist, kann man auch die Kosten nicht wirklich vergleichen. Die Machbarkeit eines echten Vergleichs wird wahrscheinlich massiv unterschätzt. Deshalb ist der Votant ebenfalls der Meinung, dass man die vorliegende Motion nicht erheblich erklären sollte. Man sollte aber nicht davon lassen, auf vielleicht etwas klügere und intelligentere Art zu überlegen, wie die Gemeinden und auch der Kantonsrat zu Informationen kommen können, die eine echte Aussage darüber ermöglichen, ob die entsprechenden Mittel sachgerecht und effizient eingesetzt werden. Für einen Vorstoss in diese Richtung würde sich der Votant gerne erwärmen, die vorliegende Motion aber sieht die Sache wohl deutlich zu einfach.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** fühlt sich bei der Angabe von Thomas Lötscher, die Stadt Zug wende 25 Prozent ihrer Gesamtausgaben für die Bildung auf, Unterägeri 39 Prozent und Neuheim 50 Prozent, an den Vergleich der Verwaltungskosten der Kantone in der «Sonntagszeitung» vor einigen Monaten erinnert, bei welchem sich der NFA-Geberkanton Zug mit dem Nehmerkanton Aargau vergleichen lassen musste und bei welchem die NFA-Ausgaben, welche im Kanton Zug 20 Prozent des Budgets ausmachen, dem Kanton Zug als Teil der Verwaltungskosten angelastet wurden, während im Aargau natürlich keine entsprechenden Kosten anfielen. Mit Sicherheit hat die Stadt Zug nicht die billigsten Schulen, vielmehr rühren die von Thomas Lötscher angeführten Zahlen auch daher, dass die Stadt Zug einen

guten Teil ihrer Ausgaben zugunsten anderer Gemeinden, wozu auch Unterägeri und Neuheim gehören, tätigen. Hier liegt wohl auch der Kern des Problems.
Verschiedentlich wurde auf die Motion Aeschi hingewiesen, wobei Thomas Wyss die Meinung vertrat, dass jetzt nur eine Direktion davon betroffen sei. Das stimmt natürlich nicht, geht es doch innerhalb dieser Direktion nur um den Schulbereich. Auch verschliesst sich die Direktion für Bildung und Kultur keineswegs dem Wunsch nach Transparenz: Die Kantonsschulen werden ab Schuljahr 2016/17 Kosten-Leistungs-Rechnungen ausweisen und damit auch rapportieren, wie effizient sie sind. Damit wird auch der Vorwurf relativiert, dass es zum Standardrepertoire der Exekutiven gehöre, man sei nicht vergleichbar.
Es wäre durchaus möglich, die Bildungsausgaben der einzelnen Gemeinden so aufzubereiten, dass sie vergleichbar werden. Die Frage ist aber, wie gross der Aufwand und welches der Preis dafür ist. Auf der Strecke bliebe die Finanz- und Organisationsautonomie der Gemeinden. In diesem Sinne hat sich auch der Schulpräsident von Hünenberg, ein Parteifreund der Motionäre, via Leserbrief zu Wort gemeldet und gesagt, dass er in dieser Hinsicht die Haltung der Regierung und aller Gemeinden vollumfänglich teile. Für eine Vergleichbarkeit müsste man im Finanzhaushaltgesetz den Gemeinden vorschreiben, wie sie ihre Rechnung zu gliedern haben. Genau das wollte der Kantonsrat am 21. März 2012 bei der Behandlung der Motion Aeschi einstimmig nicht.
Dem flammenden Appell von Heini Schmid, man solle Vergleichbarkeit positiv sehen, kann sich der Regierungsrat anschliessen. Im Nachgang zum Verwaltungskosten-*Ranking* in der «Sonntagszeitung» hat die Regierung in einer Interpellationsantwort annonciert, dass sie bei BAK Basel eine entsprechende Studie in Auftrag gibt. Wie tief diese Studie im Bildungsbereich bei den einzelnen Gemeinden geht, kann der Bildungsdirektor nicht sagen, aber innerhalb der Kantonsverwaltung stellt man sich dem gesamteidgenössischen Vergleich. Im Übrigen ist das, was der Kantonsrat im gemeindlichen Schulwesen auf Kostenbasis zu steuern hat, bereits heute bis auf den letzten Rappen vergleichbar. Gemeint ist die 2008 eingeführte Normpauschale. Der Kanton bezahlt an die Gemeinden pro Schüler nicht einen einzigen Franken mehr als damals, mit Ausnahme der explizit beschlossenen Erhöhungen, die der Teuerung oder der Überführung des Schulsystems geschuldet sind. Es ist also absolut transparent, was der Kanton für das gemeindliche Schulwesen bezahlt – und der Rest ist gemeindliche Finanz- und Organisationsautonomie. Diese Haltung war – wie schon gesagt – auch im Kantonsrat bei der Debatte zur Motion Aeschi deutlich spürbar: Die SVP hat damals ihren Antrag nicht aufrecht gehalten, und niemand im Rat hat den Antrag, den Gemeinden gewisse *Benchmarks* vorzuschreiben, übernommen. Der Bildungsdirektor bittet, auf dieser Linie zu bleiben und die Motion nicht erheblich zu erklären.

Thomas Lötscher hält fest, dass man auch mutwillig falsch verstanden werden kann, und möchte zwei Punkte berichtigen. Erstens verlangt die Motion von den Gemeinden zum heutigen Zeitpunkt keine Handlungen, auch wenn ihr das aus einem Abwehrreflex heraus unterstellt wird. Die Motion will den Gemeinden einzig die Vergleichszahlen zur Verfügung stellen. Wie die Gemeinden in ihrer Autonomie damit umgehen und wie sie diese Zahlen allenfalls auch relativieren, ist ihre Sache. Zumindest aber sollten die Gemeinden entsprechende Grundlagen erhalten.
Zweitens waren die Zahlen von Zug, Unterägeri und Neuheim, die der Votant genannt hat, explizit nicht dazu gedacht, einen Vergleich zwischen diesen Gemeinden anzustellen oder deren Effizienz zu messen. Sie sollten einzig und allein aufzeigen, dass die Bildungskosten einen *sehr* hohen Anteil an den Ausgaben der einzelnen Gemeinden ausmachen. Sogar in der Stadt Zug sind es immerhin 23 Prozent, und

logischerweise ist es in einer viel kleineren Gemeinde noch mehr; dort geht es bis zu 50 Prozent.
Zari Dzaferi hat seine Interessenbindung nicht offengelegt, was der Votant nachholt: Er ist Lehrer, würde also verglichen werden. Wenn Zari Dzaferi in seinem zweiten Votum quasi sagt, man solle der Schule das Geld einfach in den Rachen werfen, sie schlucke es dann schon, dann kann der Votant verstehen, dass er keine Vergleichbarkeit wünscht. So sollte man aber nicht vorgehen. Der Votant weiss nicht, wovor der Rat eigentlich Angst hat, ist aber der Meinung, man sollte diese Motion erheblich erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 31 zu 25 Stimmen nicht erheblich.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

71. Sitzung: Donnerstag, 10. April 2014 (Nachmittag)
Zeit: 14.15 – 17.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Den Platz des Landschreibers nimmt die Stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

1060 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 63 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Barbara Gysel, Jürg Messmer und Vroni Straub-Müller, alle Zug; Thiemo Hächler und Beat Wyss, beide Oberägeri; Renato Sperandio, Unterägeri; Daniel Abt, Silvan Hotz, Martin Pfister und Beni Riedi, alle Baar; Christoph Bruckbach und Markus Jans, beide Cham; Anna Bieri, Thomas Villiger und Roland von Burg, alle Hünenberg; René Dubacher und Florian Weber, beide Walchwil..

TRAKTANDUM 2
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

1061 Traktandum 2.1: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Vereinfachung und Beschleunigung von Unternehmensgründungen mit Bargeld vom 25. März 2014 (Vorlage 2370.1 - 14627)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1062 Traktandum 2.2: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend staatliche Finanzierung und parteipolitische Zusammensetzung der Institutionen mit öffentlichen Aufgaben des Kantons Zug vom 25. März 2014 (Vorlage 2376.1 - 14644)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 11

1063 Motion der CVP-Fraktion betreffend Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Kanton Zug

Es liegen vor: Motion (2300.1 - 14466); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2300.2 - 14639).

Gregor Kupper dankt namens der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für den Bericht. Dieser informiert ausführlich über die ungefähren Kosten und die Finanzierung der bereits beschlossenen oder noch zu beschliessenden Projekte. Er zeigt auf, dass der Kanton nicht nur seine ganze Liquidität vollständig benötigen wird, sondern sich zusätzlich mit ungefähr einer halben Milliarde Franken verschulden muss, wenn das ganze Programm durchgezogen werden soll. Dabei ist beispielsweise der vom Kantonrat beschlossene Rahmenkredit für die Vorfinanzierung Zimmerberg noch nicht berücksichtigt. Welche weiteren Auswirkungen das alles für die Finanzen des Kantons hat, analysiert der Regierungsrat leider nicht, obwohl es erst dann richtig interessant wird. Wenn der Regierungsrat diese Analyse nicht macht, macht es halt die CVP, denn volle Transparenz ist in diesem Bereich unerlässlich.
Welches sind die Schlüsselzahlen für die Beurteilung der anstehenden Investitionen? Fündig wird man im Finanzhaushaltgesetz (FHG), welches Bestimmungen bezüglich Laufender Rechnung, Spezialfinanzierungen – hier besonders der Spezialfinanzierung Strassenbau – etc. enthält. Der Votant hat das Zahlenmaterial des Regierungsrats ausgewertet, nicht rückwärts wie etwa in der Tabelle Seite 10 des regierungsrätlichen Berichts, wo eine tolle Entwicklung der Spezialfinanzierung dargestellt ist, sondern vorwärts, in die Zukunft gerichtet. Dabei ist er zu erstaunlichen – um nicht zu sagen: erschreckenden – Zahlen und Entwicklungen gekommen. Diese hat der Votant auf einem Blatt zusammengestellt, welches den Kantonsräten verteilt wurde und durch welches der Votant nun führt. Einleitend hält er fest, dass sich alle Zahlen aus dem regierungsrätlichen Bericht ergeben oder daraus errechnet werden können. Die einzige Ausnahme ist die Zuweisung an die Spezialfinanzierung Strassenbau ab 2018, welche der Votant aufgrund der Entwicklung in den Vorjahren mit jährlich 35 Millionen Franken festgesetzt hat.
• Abschreibungstabelle: In der den Ratsmitgliedern verteilten Abschreibungstabelle hat der Votant nichts anderes getan, als die Investitionspläne des Regierungsrats den einzelnen Sparten und Jahren zugeordnet. Daraus lassen sich die Abschreibungen, welche die Laufende Rechnung belasten, berechnen. Bis 2031 sollen insgesamt rund 2,75 Milliarden Franken investiert werden. Diesen Investitionen stehen aufgrund der Vorschriften des FHG Abschreibungen von 2,52 Milliarden Franken gegenüber. In der Spalte «Spezialfinanzierung [Strassenbau]» sieht man die Eigenheit des Zuger Rechnungswesens, dass die ganzen Kosten für Strassen und die Hälfte der Kosten für den Stadttunnel als Zugänge eingerechnet werden, diese aber jeweils im entsprechenden Jahr voll abgeschrieben werden. Das belastet im ersten Schritt die Laufende Rechnung, im zweiten Schritt wird aber ein Gegenposten geschaffen und eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung verbucht. Dass damit die Spezialfinanzierung schnell in den Keller fährt, dürfte nachvollziehbar sein.
• Entwicklung Spezialfinanzierung: Die Spezialfinanzierung Strassenbau weist per 1. Januar 2014 einen Bestand von rund 200 Millionen Franken aus. Die Zugänge setzen sich zusammen aus den Motorfahrzeugsteuern, der Schwerverkehrsabgabe und – so lange der Bestand positiv ist – der Verzinsung; wenn der Bestand negativ wird, fallen Negativzinsen an. Auf der Minusseite steht die vollständige Abschreibung der in den entsprechenden Jahren getätigten Investitionen. Man sieht in der vorliegenden Tabelle nun, dass die Spezialfinanzierung bereits 2019 ins Negativ fällt. Bei Baubeginn des Stadttunnels 2022 ist sie schon mit 150 Millionen Franken

im Minus, und bis 2031 ergibt sich ein Minus von über 360 Millionen Franken. Nun aber besagt § 8 FHG, dass die Spezialfinanzierung *vorübergehend* ins Minus gehen darf, wobei der Votant «vorübergehend» als fünf, maximal vielleicht zehn Jahre interpretiert. Schaut man über 2031 hinaus, werden aber pro Jahr im besten Fall vielleicht 10 Millionen Franken zur Verfügung stehen, um die Spezialfinanzierung wieder nach oben Richtung Null zu bewegen, denn auch nach 2031 werden mit Sicherheit immer wieder Investitionen im Strassenbau anstehen, nicht mehr die jetzt geplanten grossen Brocken, aber regelmässige kleinere Sachen. Es besteht also Handlungsbedarf: Wenn § 8 FHG nicht geändert wird verstösst der Kanton gegen seine eigenen gesetzlichen Bestimmungen.

• Laufende Rechnung: Die Zahlen zur Laufenden Rechnung hat der Votant bis 2020 aus dem Bericht der Regierungsrats übernommen: bis 2017 aus dem Finanzplan, 2018–2020 aus der Schätzung von BAK Basel. Ab 2021 liegen diese Zahlen nicht mehr vor, der Regierungsrat geht aber davon aus, dass ab 2021 durchschnittlich etwa 70 Millionen Franken aus den Einnahmen als Finanzierungsbeitrag an die Investitionen geleistet werden können. Will man diesen Betrag zurückrechnen zum Ergebnis der Laufenden Rechnung, muss man einerseits die Veränderung der Reserven und anderseits die Abschreibungen berücksichtigen. Das Resultat: Unter den vom Regierungsrat in seinem Bericht präsentierten Voraussetzungen wird das Ergebnis der Laufenden Rechnung für die Jahre 2014 bis 2031 immer negativ sein, dies in einer Grössenordnung von 40 bis 60 Millionen Franken. Das lässt sich nicht schönreden – und es verstösst gegen § 2 FHG, wonach bei einem Defizit innert fünf Jahren wieder eine ausgeglichene Laufende Rechnung vorgelegt werden muss.

• Entwicklung des Eigenkapitals: Bei der dargelegten Entwicklung wird das Eigenkapital logischerweise im Laufe der Jahre aufgefressen. Wenn sich die Liquidität reduziert, geht das Eigenkapital zwar nicht automatisch auch zurück, denn weniger Liquidität bedeutet mehr Investitionen in der Verwaltungsrechnung. Wenn der jetzige Abschreibungsmodus, bei welchem Investitionen unmittelbar abgeschrieben werden, aber beibehalten wird, schlagen sich die Abschreibungen halt in der Laufenden Rechnung nieder und reissen das Eigenkapital allmählich ins Minus: 2025 wird das ganze Eigenkapital aufgebraucht sei, und bis 2031 ergibt sich eine Verschuldung von 300 Millionen Franken.

Die dargelegte negative Entwicklung der Schlüsselzahlen deckt sich mit den Ausführungen von BAK Basel in der Prognose für den Finanzhaushalt des Kantons Zug 2013–2020 vom August 2013: «Gemäss den Modellrechnungen besteht in der Laufenden Rechnung mittel- und langfristig ein Minus von 50–60 Mio. Franken. Zwar verfügt der Kanton Zug über hinreichend finanziellen Spielraum, das für die kommenden Jahre erwartete Finanzierungsdefizit zu verkraften. Dennoch scheint Vorsicht geboten: In den langfristigen Prognosen für die Laufende Rechnung liegt das Ertragswachstum nur unwesentlich höher als die Aufwandsteigerungen. Um die langfristige Tragfähigkeit des Finanzhaushalts abzusichern, sollte geprüft werden, inwieweit auf der Ausgabenseite die Kostensteigerungen gedämpft werden können, um das Defizit langfristig zurückführen zu können.» Deutlicher geht es nicht.

Und nun stellt sich die Frage: Was will der Kantonsrat? Nimmt er die Verstösse gegen die Bestimmungen des FHG einfach in Kauf? Kann er eine solche Entwicklung gegenüber den Zuger Bürgerinnen und Bürgern verantworten? Der Votant meint: nein. Zwar kann der Kantonsrat jetzt die Anträge des Regierungsrats unterstützen, die Motion abschreiben, sich zurücklehnen, die Augen schliessen – und auf «Prinzip Hoffnung» machen. Oder er kann die Motion erheblich erklären und den Regierungsrat auffordern, schnell Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die vielleicht nicht dem genauen Wortlaut der Motion entsprechen, aber das eben Gesagte berücksichtigen. Der Regierungsrat muss zum Beispiel aufzeigen:

• wie er in Bälde die Laufende Rechnung ausgleichen will;
• ob er die Abschreibungssätze auf den Investitionen überdenken und eventuell anpassen will;
• ob er das Instrument Spezialfinanzierung Strassenbau beibehalten und damit die entsprechenden Investitionen immer sofort zu 100 Prozent abschreiben will;
• ob bezüglich der Investitionen Verschiebungen nach hinten oder gar Verzicht erforderlich wären;
• ob er den Kantonsratsbeschluss betreffend Vorfinanzierung Zimmerberg aufgrund der heutigen Situation aufheben will.
Es steht also ein ganzer *Kratten* voll Fragen im Raum. Man muss sich auch bewusst sein, dass die dargelegten Zahlen keineswegs ein *Worst-case*-Szenario darstellen. Es ist vielmehr jenes Szenario, das der Regierungsrat als das wahrscheinlichste betrachtet: in der Mitte zwischen *worst* und *best case.*
Spätestens bei der Behandlung der nächsten Vorlagen für Infrastrukturprojekte muss Klarheit herrschen; das ist der Kantonsrat dem Kanton, aber auch sich selbst schuldig. Namens der CVP stellt der Votant den **Antrag,** die vorliegende Motion vollumfänglich erheblich zu erklären und damit den Druck auf die Regierung aufrecht zu halten, diese Finanzfragen zu klären.

Leonie Winter hält als Sprecherin der FDP-Fraktion fest, dass der Zuger Finanzhaushalt robust und gesund ist. Dies erlaubt es dem Kanton Zug, durch interessante Investitionen im Standortwettbewerb mitzuhalten sowie die Standortvorteile nachhaltig auszubauen, und dies erst noch weitgehend mit eigenen Mitteln. Viele der geplanten und durch den Kantonsrat bereits bewilligten Infrastrukturprojekte sind langfristig und generationenübergreifend, weshalb eine Fremdfinanzierung nicht *per se* verworfen werden darf. Die allermeisten Einfamilienhausbesitzer finanzierten ihr Haus auch nicht ausschliesslich mit Eigenkapital. Auch bonitätsmässig gut dastehende Unternehmen finanzieren sich neben dem Eigenkapital zusätzlich durch Fremdkapital, um Chancen zu nutzen; das ist normal. Wichtig ist die gesunde Balance von Eigen- und Fremdfinanzierung. Es ist klar, dass die FDP späteren Generationen keinen Schuldenberg, dem nicht ein positiv nutzbarer Wert gegenübersteht, und keine dadurch bedingten hohen Steuerbelastungen hinterlassen will. Eine Schuldenwirtschaft ohne nachhaltigen Nutzen unterstützt die FDP nicht.
Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Verschuldungslimite über die Finanzstrategie definiert, gesteuert und eingehalten werden muss. Neben der Verschuldungslimite fordert die Motion eine Genehmigung des Finanz- und Terminplans von Investitionen durch den Kantonsrat. Die FDP-Fraktion begrüsst es, dass der Regierungsrat gewillt ist, dem Kantonsrat die geplanten Investitionen in einem Finanz- und Terminplan zur *Kenntnisnahme* vorzulegen. Eine *Genehmigung* durch den Kantonsrat würde nochmals zu Grundsatzdiskussionen führen, die bereits bei der Bewilligung der einzelnen Projekte geführt wurden, und über noch nicht bewilligte Projekte und deren finanzielle Auswirkungen wird sowieso noch im Kantonsrat debattiert und entschieden. Aber als Entscheidungsgrundlage und um das Kosten-Nutzen-Bewusstsein bei zukünftigen grossen Investitionen zu sensibilisieren, erachtet die FDP es als sinnvoll, dass die Kantonsräte auf die Projektübersicht und die finanziellen Auswirkung aller geplanten Projekte zurückgreifen können.

Philip C. Brunner dankt im Namen der SVP-Fraktion dem Regierungsrat für die ausführliche Vorlage und dem Stawiko-Präsidenten für seine zusätzlichen Ausführungen und Zahlen. Er nimmt es vorweg: Die SVP-Fraktion folgt den Anträgen der Regierung auf Teilerheblicherklärung der Motion.

Die Ausführungen von Gregor Kupper vermitteln das Gefühl von dunklen Wolken, die am Himmel aufziehen. Es ist nicht ganz so schlimm. Der Kanton Zug hat sehr gute Grundlagen. Vor nicht allzu langer Zeit musste der damalige Finanzdirektor Georg Stucky regelmässig bekanntgeben, dass er Fremdkapital aufgenommen habe, um jene Infrastrukturprojekte zu finanzieren, von denen der Kanton heute profitiert. Betrachtet man die Finanzkraft des Kantons Zug – Kantonssteuern von 850 Millionen Franken pro Jahr, Gemeindesteuern von einer knappen halben Milliarde und Bundessteuern von mehr als einer Milliarde, insgesamt also 2,5 Milliarden Franken jährlicher Steuerertrag –, dann macht die Zahlenreihe, die etwas mutig über achtzehn Jahre in die Zukunft gerechnet ist, dem Votanten eigentlich keine grosse Angst. Er hat in seinem Leben die Erfahrung gemacht, dass vieles anders gekommen ist, als man es sich gedacht hatte, sei es nach unten oder nach oben. Und wenn man nur schon sieht, was in den letzten vier, fünf Jahren, nach der Finanzkrise, passiert ist, dann muss man sagen, dass Finanzprognosen über achtzehn Jahre ein bisschen auf tönernen Füssen stehen – um nicht zu sagen: Spekulation sind. Die Problemstellung ist eine andere. Gabriela Ingold hat in einem Artikel die Unternehmenssteuerreform III mit dem NFA verknüpft. Dem Votanten macht der NFA mit der Unternehmenssteuerreform III, die dem Kanton Zug von den grossen Kantonen auf die Nase gedrückt wird – auch wenn Finanzdirektor Peter Hegglin als Präsident der Finanzdirektorenkonferenz dem Kantonsrat erklären wird, um welch tolle Sache es sich handelt –, viel mehr Sorgen als Infrastrukturen, von denen der Kanton selber profitiert.
Wird die CVP-Motion erheblich erklärt, ist das ähnlich, wie wenn man an einem Teppich zieht: Dann ist der Stadttunnel gestorben. Der Kantonsrat spielt hier also mit dem Feuer. Der Votant attestiert der CVP, dass sie den Warnfinger in die Luft hält und darauf aufmerksam macht, dass man nicht einfach nach Belieben agieren kann. Die Regierung aber hat ein gewisses Vertrauen verdient. Besonders denjenigen Mitgliedern des Regierungsrats, die einerseits mit den Finanzen oder andererseits mit dem Bauen stark verknüpft sind, traut der Votant zu, dass sie mit Mass und Verantwortungsbewusstsein ihre Aufgabe erfüllen. Der Kantonsrat soll also jetzt nicht Kompetenzen an sich ziehen, weil er Angst davor hat, dass das Bähnchen, das sehr schön am Fahren ist, entgleisen könnte. Auch der Votant ist eher ein Skeptiker und der Vorsicht zugetan, dies im Wissen, dass alles anders kommen kann als gedacht. Er hat aber nicht den Eindruck, dass man sich hier – wie von Gregor Kupper dargestellt – auf einer Geisterbahn bewegt und am Schluss alle aus dem Bötchen gekippt werden. Er ruft deshalb dazu auf, die Anträge der CVP-Fraktion abzulehnen und mit Vertrauen den Anträgen der Regierung zuzustimmen.

Für **Eusebius Spescha** liegt eine besondere Konstellation vor: auf der einen Seite die CVP in der Rolle der Opposition, auf der anderen Seite die FDP, SVP und SP, welche der Regierung treu zustimmen. Die SP schenkt der Regierung als Ganzes ihr Vertrauen, auch wenn sie keinen eigenen Vertreter in der Regierung hat.
Die SP-Fraktion stimmt also dem Antrag der Regierung zu. Es macht Sinn, dass sich der Kantonsrat einmal im Jahr zusammen mit dem Finanzplan auch mit der mittel- und langfristigen Investitions- und der dazu gehörenden Finanzierungsplanung beschäftigt. Allerdings muss man sich auch der Relativität solcher auf fünfzehn oder zwanzig Jahre vorausblickender Planungen bewusst sein: Die Realität wird immer anders aussehen. Wichtig wird deshalb auch in Zukunft sein, dass der Kantonsrat dann, wenn er die eigentlichen Investitionsentscheide trifft, von der Regierung auch die finanzpolitischen Eckdaten aufbereitet erhält, um diese Entscheide auch finanzpolitisch gut abstützen zu können.

Stefan Gisler: Die AGF unterstützt die Forderung der CVP nach Genehmigung der Finanzierungsprognose. Ebenso unterstützt sie die Forderung, Strassenbauprojekte nur via Spezialfinanzierung Strassenbau zu finanzieren. Sie ist also für die vollständige Erheblicherklärung der Motion.
Die Vorlage der Regierung zeigt auf: Der Kanton plant bis 2030 für rund 1500 Millionen Franken Strassen, für 665 Millionen Franken Hochbauten und für bescheidene 39 Millionen Projekte im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Das sind für einen kleinen Kanton in der kurzen Zeit von nur fünfzehn Jahren nahezu grotesk hohe und – wie von Gregor Kupper ausgeführt – nur schwer finanzierbare Investitionen mit aus Sicht der AGF auch noch klar falschen Prioritäten.
Bezüglich der Finanzierung ist der Bericht des Regierungsrats unvollständig. Eine Analyse fehlt, das FHG wird verletzt, und der Bericht gibt nicht den gewünschten Überblick über die künftige Entwicklung der Spezialfinanzierung Strassenbau bis 2030. Erst das vom Stawiko-Präsidenten heute verteilte Papier gibt dazu Auskunft. Der Votant möchte vom Regierungsrat wissen, ob er dieses Papier für plausibel hält oder ob bezüglich Spezialfinanzierung Strassenbau noch die Stadttunnel-Vorlage vom Juni 2013 gilt. Die dort gemachten Ausführung weichen teilweise vom heute vorgelegten Papier ab, und es stellt sich die Frage, auf was sich der Kantonsrat nun stützen soll: auf die letzte regierungsrätliche Prognose oder auf die Angaben von Gregor Kupper? Besonders wichtig ist dabei, wie sich die Regierung zur erschreckenden Entwicklung des Eigenkapitals stellt, das immer kleiner wird. Wann sieht die Regierung hier eine Trendwende? Gregor Kupper wies auch zu Recht darauf hin, dass die Spezialfinanzierung Strassenbau zu lange im Minus bleibt und entsprechender Handlungsbedarf besteht. Welchen Handlungsbedarf sieht die Regierung? Rechnet sie mit einer Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer? Im regierungsrätlichen Bericht fehlt auch eine Aussage darüber, wieso die vom Kantonsrat 2009 beschlossene Vorfinanzierung für Bahnprojekte des Bundes von 400 Millionen Franken nicht Eingang in die Finanzprognose gefunden hat, obwohl die Regierung in der kürzlich diskutierten FABI-Vorlage doch explizit versprochen hatte, die «entsprechenden Geldflüsse im Finanzplan aufzunehmen».
Die Regierung zeigt auf, wie sie die geplanten Infrastrukturprojekte – weitgehend Strassenprojekte – finanzieren will. Was sie plant, ist höchst bedenklich:
• Die Regierung treibt den Kanton in die Verschuldung, insbesondere weil der Baudirektor vorschlägt, den Stadttunnel zu 50 Prozent aus der Laufenden Rechnung statt – wie üblich – vollumfänglich aus der Spezialfinanzierung Strassenbau zu finanzieren.
• Die Regierung plant eine Fremdfinanzierung und will Geld auf dem freien Kapitalmarkt aufnehmen. Das ist bedenklich, wenn man es – wie der Kanton Zug – ohne Not tut.
• Die Regierung schlägt vor, das Tafelsilber zu veräussern. Sie spricht davon, Grundstücke zu verkaufen – Grundstücke, die der Kanton selber nutzen könnte. Im Rahmen der Büroraumplanung sagte die Regierung immer wieder, Besitzen sei besser als Mieten. Ist es der richtige Weg, alles zu veräussern, um Strasseninfrastrukturprojekte finanzieren zu können? Oder hat der Votant die Regierung falsch verstanden? Will man doch keine Grundstücke veräussern?
Die drohende Verschuldung des Kantons ist für die AGF dezidiert der Grund, die Forderung der CVP gutzuheissen. Dass der Kanton Zug aktuell über ein Finanzvermögen von 1,3 Milliarden Franken verfügt, heisst keineswegs, dass sich der Kantonsrat keine Gedanken darüber machen muss, wofür dieses Geld verwendet werden soll. Das führt zu den Prioritäten: Zugs wachstumsbedingte Hauptprobleme sind nach Ansicht der AGF die hohen Wohn- und Lebenskosten, die Zunahme des motorisierten Individualverkehrs, der Landschaftsschutz sowie letztlich der drohende

Verlust der Identität. Darum braucht es Geld zur Entlastung von Familien, für die Bildung, für den öffentlichen Verkehr sowie für einen attraktiven Lebensraum. Verschuldet man sich für Infrastrukturprojekte, bleibt kein Geld mehr für diese zentralen Herausforderungen. Mit den geplanten Strassenbauinvestitionen werden die Probleme des Strassenverkehrs nicht gelöst, sondern nur verlagert; sie lassen den Verkehr durch Mehrkapazitäten sogar noch anschwellen und schaffen damit noch grössere Probleme.
In der letzten Sitzung diskutierte der Kantonsrat den nun publizierten Auszug aus der Finanzprognose und erkannte damals den regierungsrätlichen Entscheid, das Projekt «Fokus» offenbar um 200 Millionen Franken zu entschlacken, bevor die Planung überhaupt angefangen hat; zur Sprache kam auch die suboptimale Kommunikation der Baudirektion zu diesem Thema. Die offenbar gewordene realpolitische Wichtigkeit der Finanzprognose sowie der drohende Schuldenberg zeigen, dass die Finanzprognose nicht einfach nur ein Planungsinstrument ist. Vielmehr wird damit Politik gemacht und der künftige Umgang mit dem Finanzen gesteuert. Deshalb will die AGF dieses Steuerungsinstrument nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch genehmigen können. In diesem Sinn unterstützt sie – wie gesagt – die CVP.

Daniel Stadlin: BAK Basel machte im August 2013 folgende Aussage: «Der mittelbis langfristige Konjunkturausblick für den Kanton Zug zeigt sich ungebrochen positiv. Bis zum Jahr 2020 bleibt die Zuger Wirtschaft im interkantonalen Wachstumsvergleich in der Spitzengruppe. Die Gründe der überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Performance liegen in den überaus guten Standortfaktoren auf der einen Seite und in der Branchenstruktur auf der anderen Seite.» BAK Basel geht offenbar davon aus, dass im Prinzip alles so oder ähnlich bleibt, wie es bisher gewesen ist. Da unterscheidet es sich kaum von Laien: Wenn Analysten die Fakten kennen, heisst das noch lange nicht, dass sie auch die Zukunft besser vorhersehen. BAK Basel prognostizierte in den letzten Jahren immer wieder etwas zu optimistisch, und man muss davon ausgehen, dass dies auch in Zukunft so sein wird. Daher ist es ratsam, diesen Prognosen mit einer gewissen Skepsis zu begegnen und sie vorsorglich systematisch etwas nach unten zu korrigieren.
Trotz ihrer beschränkten Aussagekraft sind Finanz- und Wirtschaftsprognosen als Planungsinstrument unumgänglich. Eine Prognose kann zwar nur die unter den getroffenen Annahmen mögliche Entwicklung aufzeigen. Aber immerhin. Wonach sollte man sich denn sonst ausrichten? Deshalb ist die Absicht des Regierungsrats sinnvoll, zusammen mit dem Finanzplan jeweils auch für die geplanten Investitionen einen langfristigen Finanz- und Terminplan in Form der «Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten» dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vorzulegen.
Die von den Motionären geforderte Privilegierung der Strassenbauprojekte gegenüber den restlichen Investitionen ist nicht begründbar. Wieso die Spezialfinanzierung Strassenbau während fünf Jahren mit 300 Millionen Franken im Minus sein darf und bei allen anderen Investitionen nicht einmal eine minimale Verschuldung möglich sein soll, ist nicht nachvollziehbar und macht auch keinen Sinn. Je nach wirtschaftlichem Kontext, Dringlichkeit oder Wichtigkeit einer Investition kann eine Verschuldung auch unumgänglich sein. Dem Regierungsrat und der Verwaltung muss der erforderliche Spielraum für Innovation und Kreativität belassen werden. Mit einer solch einseitig restriktiven monetären Vorgabe wäre Visionäres wie die ausserordentlich erfolgreiche Stadtbahn eine Utopie geblieben und das Projekt Stadttunnel bereits heute nur Makulatur. Letztlich bestimmt der Kantonsrat als gesetzgebende Behörde, welche Investitionen realisiert werden und welche nicht. Er steht also ganz besonders in der Pflicht, mit den Finanzen des Kantons verantwortungsvoll umzugehen. Dabei muss Geldmangel nicht *per se* schlecht sein. Er kann auch

die Auseinandersetzung mit einem Vorhaben intensivieren und so zu einer besseren und nachhaltigeren Lösung führen. Denn oft ist gut besser als perfekt.

Martin Stuber ist erstaunt und baff, durch welch rosarote Brille die SVP, FDP und SP in schöner Eintracht die Vorlage und die Zahlen, welche die Regierung vorzulegen versäumte und die nun dank des Stawiko-Präsidenten auf dem Tisch liegen, anschauen. Die von Gregor Kupper vorgelegten Zahlen sind eine nüchterne Analyse, kein *Worst-case*-Szenario, und es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Zahlen in fünfzehn Jahren schlechter aussehen als aus heutiger Sicht; zumindest es ist – ohne im Kaffeesatz lesen zu wollen – viel weniger wahrscheinlich, dass sie besser aussehen. Da ist es wirklich erstaunlich, dass die gleichen Leute, die immer von Sparen, Haushalten und sorgfältigem Umgang mit dem Geld reden, diese Zahlen leichtfertig und mit dem Hinweis, es gehe um Infrastruktur, einfach so hinnehmen. Es ist viel einfacher, von einem Geldberg herunterzukommen und in ein Finanzloch zu geraten, als nachher aus diesem Finanzloch wieder herauszukommen. Man betrachte nur die Kantone rundherum, die schon seit Jahren mit Verschuldungen leben müssen. Die AGF nimmt für sich in Anspruch, seriös zu wirtschaften – weshalb sie auch gegen die Steuersenkungen gekämpft hat –, und sie nimmt diese Zahlen ernst. Sie dankt der CVP und insbesondere dem Stawiko-Präsidenten, dass er den Rat damit konfrontiert. Es ist wichtig zu wissen, was auf den Kanton Zug zukommt.
Die Entwicklung der Spezialfinanzierung Strassenbau basiert auf dem Schlüssel, dass der Stadttunnel zu je 50 Prozent aus der Investitionsrechnung und der Spezialfinanzierung – also durch die Verursacher – bezahlt werden soll. Das ist aber keineswegs in Stein gemeisselt. Die Tiefbaukommission hat zwar entschieden, bei diesem Schlüssel zu bleiben, die AGF wird dazu aber sicher noch Anträge stellen. Es ist für sie nicht akzeptabel, dass der Stadttunnel zur Hälfte aus den allgemeinen Finanzmitteln bezahlt wird. Das ist nicht verursachergerecht. Betrachtet man das Minus von 364 Millionen Franken in der Spezialfinanzierung im Jahr 2031, braucht es nicht allzu viel Fantasie, um zu erkennen, dass der Kanton Zug sich das Milliardenprojekt Stadttunnel – neben den übrigen Infrastrukturvorhaben – nur leisten kann, wenn die Motorfahrzeugsteuer erhöht wird. Diese Erhöhung kann durchaus zweckgebunden für den Stadttunnel erfolgen. Anders aber lässt sich dieses Projekt nicht nachhaltig und verursachergerecht finanzieren – mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik, die den Kanton nicht tief in die roten Zahlen treibt.

Für **Philip C. Brunner** trägt die AGF nicht eine rosarote, aber eine grüne Brille, durch die sie dem Rat Argumente für ein Nein zum Stadttunnel vorlegt. Das kommt ihm vor, wie wenn Vegetarier eine Strategie für ein Metzgereigeschäft entwickeln. Es ist richtig, dass die SVP immer von Sparen und Haushalten spricht, allerdings in Zusammenhang mit laufenden Kosten. Hier aber geht es um Investitionen, deren Nutzen in der Zukunft liegt und nicht allein mit Zahlen zu erfassen ist. Hätte man beim Bau der Gotthardbahn im 19. Jahrhundert solche Rechnungen angestellt und nicht vorwärts gemacht, hätte man heute vermutlich gar nichts. Natürlich hat man damals auch finanzielle Überlegungen angestellt, und der Chefingenieur Louis Favre, ist beim Bau gestorben, aber andere haben das Projekt durchgezogen. Natürlich wird auch der Stadttunnel nicht einfach mit einem Federstrich durchgezogen, aber die Startbedingungen sind sehr gut. Der Kanton Zug hat ein Finanz›vermögen von 1,31 Milliarden Franken und ein Eigenkapital von 1,1 Milliarden Franken. Kein anderer Schweizer Kanton oder keine Provinz in irgendeinem europäischen Land hat einen solchen finanziellen Rückhalt.
Auf diesem Gebiet dauert alles jahrelang. Über die UCH beispielsweise wurde im Jahr 2007 abgestimmt, und bis heute, sieben Jahre später, erfolgte noch kein

Spatenstich. Wenn also die Regierung gewisse Ausgaben für einen bestimmten Zeitpunkt vorsieht, heisst das noch lange nicht, dass die entsprechende Zahlung im vorgesehenen Zeitpunkt ausgelöst wird. Die Planung ist vielmehr rollend, im Rahmen eines laufenden Prozesses. Wenn man jetzt den Teppich wegzieht, wird man dafür in der Zukunft büssen. Vor einigen Jahren bat man den Regierungsrat und den Baudirektor, mit der Infrastruktur vorwärts zu machen. Zug sei ein Kanton mit grossem Entwicklungspotenzial, und wenn die Infrastruktur fehle, führe das zu Problemen. Man darf jetzt nicht der Regierung einen Knebel zwischen die Beine werfen. Genau das droht aber, wenn die Motion vollumfänglich erheblich erklärt wird.

Für **Silvia Thalmann** ist eine Erheblicherklärung der Motion kein Knebel zwischen die Beine der Regierung. Die Regierung hat mit ihrem Bericht und Antrag einen ersten Schritt getan. Die CVP hat in ihrer letzten Fraktionssitzung aber einen weiteren Schritt gemacht. Sie hat aufgrund des neu vorliegenden Zahlenmaterials sehr intensiv diskutiert. Dem Kantonsrat lagen diese Zahlen bisher nicht vor; er konnte den zweiten Schritt deshalb noch nicht tun. Es braucht wohl ein bisschen Zeit, um sich bewusst zu werden, was diese Zahlen bedeuten und in welche Richtung es geht. Natürlich zeigen die neuen Zahlen nur Tendenzen im Spezialfonds und im Eigenkapital. Diese Tendenzen sind aber eindeutig, auch wenn sie sich je nach dem, wann ein Projekt zur Reife kommt, noch verschieben können. Auch die Votantin ist begeistert von den Infrastrukturprojekten und hat diese in der Vergangenheit immer gutgeheissen. Sie waren im Rat auch deshalb mehrheitsfähig, weil die vorberatenden Kommissionen intensiv nach Möglichkeiten zur Kostensenkung suchten. Auch die jetzt anstehenden Projekte sind gute Projekte, die es sich zu unterstützen lohnt. Weil nun aber die Zahlen bezüglich Spezialfinanzierung und Eigenkapital aufbereitet wurden, muss der Rat jetzt einen Schritt weitergehen und sich ganz sachlich und losgelöst von parteipolitischen Aspekten überlegen, welche Handlungsmöglichkeiten er hat. Gregor Kupper hat in seinem Votum einige Möglichkeiten angetönt, beispielsweise die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer – was Martin Stuber natürlich umgehend aufgenommen hat. Das ist aber nur *eine* Variante. Erwähnt wurde auch die Praxis der sofortigen Abschreibung von Investitionen im Strassenbau, wo der Hebel ebenfalls angesetzt werden könnte. Es wurde auch hingewiesen auf die Verstösse gegen das Finanzhaushaltgesetz, sei es bei der Spezialfinanzierung oder der Laufenden Rechnung. Der Kantonsrat hat sich Regeln gegeben, wie er haushalten will, jetzt aber will er gegen seine eigenen Regeln verstossen. Das ist der Moment, sich und der Regierung Zeit zu geben, die Varianten und möglichen Hebel zu prüfen. Dafür aber wäre die Gutheissung der Motion sehr sinnvoll.

Gregor Kupper muss Verschiedenes klarstellen. Was er dem Rat vorgelegt hat, sind nicht seine eigenen Zahlen, sondern diejenigen der Regierung. Es geht davon aus, dass die Regierung das wahrscheinlichste Szenario angenommen und ihren Bericht darauf aufgebaut hat. Der Votant hat einzig diese Zahlen übernommen und ausgewertet. Er wäre deshalb überrascht, wenn die Regierung jetzt sagen würde, dass ihre Zahlen in der Stadttunnel-Vorlage richtig seien, die übrigen aber nicht.
Was der Votant ausgeführt hat, ist keinesfalls ein Misstrauensvotum gegenüber der Regierung. Diese ist sich sehr wohl bewusst, wohin die Reise geht. Vielleicht aber geht es um ein Wachrütteln, nicht nur der Regierung, sondern auch des Kantonsrats: Man muss den Tatsachen in die Augen schauen. Der Votant ist auch keineswegs dagegen, dass man Investitionen fremdfinanziert; das ist durchaus ein gangbarer Weg. Man muss aber ernsthaft darüber nachdenken, ob die heutigen Abschreibungssätze noch haltbar sind. Sie stammen aus der Zeit von Finanzdirektor Georg Stucky. Damals beantragte der Votant als Finanzchef von Neuheim mehrmals, den

Abschreibungssatz zu halbieren, weil man in der Gemeinde ein Problem mit der Laufenden Rechnung hatte. Die Antwort war aber klar: Im Kanton Zug wird im Normalfall 10 Prozent und im Strassenbau voll abgeschrieben. Jetzt aber stehen Investitionen von 2,7 Milliarden Franken bevor. Soll man davon ausgehen, dass diese Investitionen praktisch in achtzehn Jahren abgeschrieben werden können? Das hat Auswirkungen auf die Laufende Rechnung – und da liegt die eigentliche Sorge des Votanten. Mit einem prognostizierten Defizit von 50 oder 60 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung über viele Jahre hinweg schränkt man den Spielraum zur Gestaltung des Kantons sehr stark ein. Man wird nur noch verwalten können, wird beim Budget über Sparvorschläge diskutieren müssen etc. – zumal die Unternehmenssteuerreform III die Sache nur noch schlimmer machen wird. Wenn man 2,7 Milliarden Franken investiert und nur 1 Prozent davon als Betriebskosten einsetzt, sind das nochmals 27 Millionen Franken, welche die Laufende Rechnung belasten. Da ist doch Handlungsbedarf angesagt. Der Votant zweifelt keinesfalls, dass das machbar ist, aber man muss § 2 und § 8 des Finanzhaushaltgesetzes sowie die Spezialfinanzierung überdenken – und zwar jetzt. Werden diese Aufgaben nicht gemacht, wird der Stadttunnel vom Volk garantiert abgelehnt.

Eusebius Spescha hat nicht den Eindruck, er habe viele neue Tatsachen gehört. Wer in den letzten Jahren politisch tätig war, hat zur Kenntnis genommen, dass der Kanton Zug einen milliardenteuren Investitionsbedarf hat. Insofern ist der Votant auch nicht wirklich überrascht von den Zahlen, die Gregor Kupper vorgelegt hat, bestätigen sie doch nur etwas, worüber schon lange diskutiert wird. Es macht zwar Sinn, die aufgeworfenen Fragen vertieft anzugehen, allerdings glaubt der Votant nicht, dass der Vorschlag der CVP, nämlich die Genehmigung eines langfristigen Finanz- und Terminplans, das richtige Rezept ist. Das bringt eigentlich nichts. Es ist zwar sinnvoll, diese Dokumente zu haben und immer wieder anzuschauen, aber wenn über Projekte und Investitionen diskutiert werden soll, müssen konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen, beispielsweise in Form einer Motion für andere Abschreibungssätze oder eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer. Eine solche Motion würde der Votant gerne überweisen, nicht aber eine Motion für einen Finanz- und Terminplan, der schlussendlich immer nur Makulatur ist.

Heini Schmid: Gemäss einer Studie der Crédit Suisse ist es für die Standortgunst des Kantons Zug von enormer Wichtigkeit, dass dieser aufgrund seiner guten finanziellen Ausgangslage als einer der wenigen Kantone die anstehenden steuerlichen Veränderungen bewältigen kann und wohl mit einer *Flat Rate* von 12 Prozent durchkommen wird. Diese Eigenschaft ist zentral für die zukünftige Prosperität des Kantons Zug. Wenn dieser Trumpf aufgrund übertriebener Investitionen nicht mehr ausgespielt werden kann, ergibt sich ein doppelter Effekt: Einerseits hat man das *Füdli* voll Schulden, und andererseits kann man die bisherige Steuerstrategie nicht mehr fahren. Man fährt also mit doppelter Geschwindigkeit in die Tiefe. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, wie der Kanton Zug mit seinen Finanzen umgeht. Der Rat muss sich bewusst sein, dass die heutige Diskussion wohl die wichtigste für die nächsten zehn Jahre ist. Die AGF hat das realisiert, geht es doch auch um ihre Vorhaben, die allenfalls auf dem Haufen der Investitionen vor die Hunde gehen könnten. Eine langfristige Investitionsplanung und das Setzen von Prioritäten sind zentral. Die Prioritäten lassen sich aber nicht setzen aufgrund der Reihenfolge, in welcher die Projekte in den Kantonsrat kommen. Vielmehr gilt es zu überlegen, wieviel an Investitionen man sich insgesamt leisten kann und mit welcher Investition man den grössten Nutzen für den Kanton erzielt. Letztlich geht es darum, ob der Kanton Zug in zwanzig Jahren immer noch schweiz-, europa- und sogar weltweit

an der Spitze steht. Die laufenden Ausgaben wird der Kanton Zug finanzieren können, aber die Auswirkungen der Investitionen können ihm das Genick brechen. Deshalb muss die Steuerung der langfristigen Investitionen intensiviert werden.
Der Regierungsrat sagt, dass der Kantonsrat ja im Rahmen der einzelnen Projekte entscheiden könne. Es braucht aber die Gesamtsicht, um die einzelnen Projekte mit ihren künftigen Auswirkungen genehmigen zu können. Die Regierung übernimmt diese Verantwortung nicht und setzt keine Prioritäten. Er schreibt in der Vorlage sogar, es sei der Kantonsrat, der im Rahmen der Bewilligung der einzelnen Projekte entscheide, wie die Finanzstrategie aussehen werde. Das ist enttäuschend, denn es muss doch der Stolz des CEO eines Betriebs sein, als operativ Verantwortlicher der Generalversammlung eine gangbare und verantwortungsvolle Strategie vorzulegen. Es ist Aufgabe des Kapitäns, den Kurs zu definieren. Der Kantonsrat hat zu beurteilen, ob der Kurs richtig ist oder nicht, den Kurs vorgeben aber muss die Regierung. Sie muss diese Verantwortung tragen und kann dem Kantonsrat nicht einfach eine Auswahlsendung vorlegen und sich auf die Ausführung beschränken. So einfach kann sich die Exekutive nicht aus einer zentralen Frage für die Zukunft des Kantons herausstehlen.

Stefan Gisler dankt Heini Schmid für die Vehemenz und Klarheit, mit der er gesprochen hat. Heute wird in der Tat über eine zentrale Frage diskutiert, auch wenn es nichts wirklich Neues ist, was Georg Kupper mit seiner von der Regierung versäumten Zusammenstellung gezeigt hat. Die AGF hat in Zusammenhang mit Strassenbauprojekten und spezifisch mit dem Projekt «Fokus» schon seit längerem darauf hingewiesen, dass deren Finanzierung schwierig sei und genau angeschaut werden müsse. Sie sieht die von Philip C. Brunner erwähnten schwarzen Wolken schon länger. Bezüglich der Sorgen wegen NFA und Unternehmenssteuerreform III kann man Brunner nur zustimmen, nur werden diese Sorgen nicht kleiner, wenn man bei den Infrastrukturprojekten nicht genau hinschaut, was wünschbar und was machbar bzw. zahlbar ist. Dazu kommen – wie richtig erwähnt wurde – die Wünsche und Visionen der AGF für den Kanton Zug, welche irgendwann auch ein Preisschild haben. Es geht aber nicht nur um die Visionen der AGF, sondern auch um diejenigen eines jeden einzelnen Ratsmitglieds. Es gilt den Handlungsspielraum für alle diese politischen Wünsche zu bewahren. Deshalb ist eine Gesamtsicht wichtig. Eine rein projektorientierte Sicht ist kein Konzept.

Für **Karl Nussbaumer** ist es interessant, wie man plötzlich schwarze Wolken am Horizont sieht. Wer hält immer Ende Jahr den Mahnfinger auf, will sparen und verlangt eine Budgetkürzung? Es ist die SVP-Fraktion, die darin allerdings von niemandem unterstützt wird. Jetzt aber will man bei einigen Projekten plötzlich sparen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** ist froh, dass dem Regierungsrat attestiert wird, er habe offen kommuniziert und die Kosten der einzelnen Projekte immer klar aufgezeigt. Das zeigt sich auch darin, dass Gregor Kupper die Zahlen des Regierungsrats einfach in seine Tabellen überführen konnte. Auch hat der Kantonsrat aufgrund von Kostenüberlegungen bei Richtplananpassungen oder bei Strassen- und Hochbauprojekten bereits Priorisierungen vorgenommen. So wurden ihm in Zusammenhang mit der Tangente Zug/Baar Grafiken zur Entwicklung der Spezialfinanzierung Strassenbau vorgelegt, und auch in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Silvan Hotz im Jahr 2009 zeigte der Regierungsrat in einer Grafik auf, dass die Spezialfinanzierung im Jahr 2030 mit 400 Millionen Franken im Minus ist, sich dann aber bis 2050 auf 100 Millionen Franken verbessert. Die Zahlen lagen also immer vor, und es wäre falsch zu sagen, man habe heute völlig neue Erkenntnisse gewonnen.

Es war auch wichtig, in der Vorlage einen Rückblick zu machen und das heutige Eigenkapital von 1,2 Milliarden Franken in einen Zusammenhang zu stellen. Als der Finanzdirektor sein Amt antrat, hatte Zug ein Eigenkapital von rund 200 Millionen Franken. Dieses Wachstum war nur möglich, weil das Finanzhaushaltgesetz nicht eingehalten wurde – einfach auf die andere Seite: Ohne die hohen Überschüsse wäre das heutige Eigenkapital nicht zustande gekommen. Ähnlich ist es bei der Spezialfinanzierung Strassenbau, die 1985 mit 50 Millionen Franken im Minus war – dies wohl wegen des Neubaus der Lorzentobelbrücke – und heute ein Plus von 200 Millionen Franken ausweist. Man muss diese Veränderungen in grossen Zeiträumen sehen. Es gibt Zeiten, in denen man Vermögen anhäufen kann, das es erlaubt, zu gegebener Zeit notwenige Investitionen zu tätigen. Im Übrigen ist die erwähnte Revision des Finanzhaushaltgesetzes bereits ausgelöst; die interne Vernehmlassung läuft, und der Kantonsrat wird sich im Verlauf des Sommer 2014 dazu äussern können. Dabei kommt auch die Frage der Abschreibungen zur Sprache. Es sind vor allem die Gemeinden, die tiefere Abschreibungssätze wünschen. Der Finanzdirektor wehrt sich grundsätzlich dagegen, denn mit tieferen Abschreibungen verschiebt man die Kosten in die Zukunft. Auch hat er in seinen 24 Jahren in der Politik noch nie erlebt, dass zu viel abgeschrieben wurde. Ob man für ein Jahrhundertprojekt wie den Stadttunnel andere Abschreibungssätze anwenden soll, kann man diskutieren.

Gregor Kupper hat Planbilanzberechnungen bis ins Jahr 2031 angestellt. Die Finanzdirektion ist diesbezüglich immer zurückhaltend gewesen, weil solche Berechnungen mit vielen Unsicherheiten behaftet sind. Wenn in einem Jahr 30 Millionen Franken weniger investiert werden – wie das oft der Fall ist –, wirkt sich das massiv auf die Planbilanz aus. Die Finanzdirektion versucht möglichst verbindliche Angaben vorzulegen. Trotzdem hat sie seit 2012 – auch auf Wunsch der Stawiko – Planbilanzen ins Budgetbuch aufgenommen. Aktuell sind es Planbilanzen über vier Jahre, aber schon mit diesem Zeithorizont ist es fraglich, wie verlässlich die Angaben sind. Eigentlich können nur Tendenzen abgeleitet werden, und je länger der Zeithorizont ist, umso mehr sind es nur Tendenzen. Im Übrigen entsprechen die von Gregor Kupper vorgelegten Zahlen den Aussagen des Regierungsrats, der in seinem Bericht festgehalten hat, dass im Jahr 2031 rund 460 Millionen Franken fremdfinanziert werden müssten. Dahinter liegen verschiedene Annahmen: Finanzierung des Stadttunnels zu je 50 Prozent aus Investitionsrechnung und Spezialfinanzierung Strassenbau; Steuerwachstum 3 Prozent (BAK Basel nimmt in seinem Bericht 4,2 Prozent an); Personalwachstum 2,1 Prozent; NFA-Wachstum bis 2031 auf 467 Millionen Franken. Unter diesen Annahmen hat der Kanton Zug im Jahr 2031 zwischen 300 und 500 Millionen Franken Schulden, aber er hat auch neu gebaute Infrastruktur: Stadttunnel, Tangente Zug/Baar, UCH, Hochbauten. Diese Zahl beruht aber – wie gesagt – auf bestimmten Annahmen. So geht man beim NFA-Wachstum von einer Abschwächung aus; hätte man es fortgeschrieben wie in den vergangenen Jahren, käme man 2031 auf 870 Millionen Franken oder kumuliert auf ein Plus von 2 Milliarden Franken. Allein damit könnte man den Stadttunnel zwei Mal bezahlen. Natürlich sind die Investitionen hoch, aber die Veränderungen bei den Laufenden Ausgaben ergeben kumuliert mindestens ebenso viel oder noch mehr. Gleiches gilt auch für die Steuererträge: Verändert man sie um 1 Prozent, macht das in der Summe 1,5 Milliarden Franken aus. Ginge man also von der Annahme von BAK Basel aus, hätte der Kanton Zug 2031 keine Schulden mehr. Diese Ausführungen zeigen, dass Planbilanzberechnungen auf so lange Zeiträume hinaus mit äusserster Vorsicht zu geniessen sind.

Stefan Gisler hat gesagt, die 400 Millionen Franken für die Vorfinanzierung von Ausbauten der Bahninfrastruktur seien nicht berücksichtigt. Der entsprechende Be-

schluss ist bis Februar 2020 befristet, und wenn es in diesem Zeitraum keine Projekte gibt, die vorfinanziert werden müssten – zumindest sind dem Finanzdirektor keine bekannt –, muss dieser Betrag nicht eingeplant werden.
Der Finanzdirektor macht beliebt, nicht gesamthaft über die Motion abzustimmen, sondern über die einzelnen Anträge je separate Abstimmungen durchzuführen; sie betreffen nämlich je eigene Themenkreise. Mit dem Vorlegen eines langfristigen Finanz- und Terminplans zur Kenntnisnahme durch den Kantonsrat ist der Regierungsrat einverstanden, zumal sich der Finanzdirektor vorstellen kann, dass sich die Aussagekraft dieses Plans noch verbessern lässt. Im zweiten Punkt aber empfiehlt der Regierungsrat, dem Antrag der CVP nicht zu folgen. Die CVP verlangt ja, dass sämtliche Strassenbauprojekte über die Spezialfinanzierung Strassenbau zu finanzieren seien, die während maximal fünf Jahren mit maximal 300 Millionen Franken ins Minus geraten darf. Stimmt man diesem Antrag zu, sagt man heute schon Nein zum Stadttunnel, denn auch mit der Finanzierungsvariante 50:50 fällt die Spezialfinanzierung im Jahr 2026 mit über 300 Millionen Franken ins Minus; wenn sämtliche Strassenbauprojekte, also auch der Stadttunnel, vollständig aus der Spezialfinanzierung finanziert werden müssen, fällt diese noch wesentlich tiefer ins Minus – und damit wäre der Stadttunnel gar nicht mehr möglich. Der Finanzdirektor hält es für falsch, ein Projekt über dieses Instrument zu stoppen. Vielmehr sollte man bei jedem Projekt die Wirtschaftlichkeit, den Nutzen und die Notwendigkeit *à fonds* prüfen. Auch den Antrag der CVP, die Investitionen seien so zu tätigen, dass sich der Kanton nicht verschulden muss, lehnt der Regierungsrat ab. Nach seinen Berechnungen müsste sich der Kanton erstmals im Jahr 2023 verschulden. Es könnte aber auch sein, dass durch Nebeneffekte – etwa einen Einbruch bei den Steuererträgen oder ein übermässiges Ansteigen der NFA-Belastung – schon früher eine Verschuldung nötig wird. Was dann? Müsste man dann einen Baustopp verfügen? Solche Fallgruben sollte man sich nicht selber graben, wenn es nicht wirklich notwendig ist.
In diesem Sinn beantragt der Regierungsrat eine Teilerheblicherklärung der Motion: Ja zum Antrag auf einen langfristige Finanz- und Terminplan zur Kenntnisnahme durch den Kantonsrat, Nein zu den übrigen Anliegen der CVP-Motion.

Martin Stuber nimmt Stellung zur Aussage des Finanzdirektors, es gebe keine Projekte, bei denen man die 400 Millionen Franken ausgeben könne. Es wurde über FABI abgestimmt, und das entsprechende Gesetz tritt am 1. Januar 2016 in Kraft. Der erste Ausbauschritt enthält explizit die Projektierung des Zimmerberg, und im zweiten Ausbauschritt, also 2025–2030, ist dessen Bau vorgesehen. Es ist auch als Willenserklärung und politisches Signal nach Bern sinnvoll, die entsprechende Vorfinanzierung in die Planung aufzunehmen. Das wäre wirklich vorausschauende und transparente Finanzplanung – auch wenn man sich ausrechnen kann, wie dann die Bilanz aussieht.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** bekräftigt seine Ausführungen. Der Kantonsrat hat am 26. November 2009 den Beschluss gefasst, Bahnprojekte des Bundes mit maximal 400 Millionen Franken vorzufinanzieren. Dieser Beschluss ist auf zehn Jahre befristet und läuft im Februar 2020 aus. Wenn man jetzt von Projekten des Bundes spricht, die *nach* 2020 aktuell werden, ist das eine andere Situation.

Der **Vorsitzende** wiederholt die Anträge des Regierungsrats:
• Antrag 1: Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat für die geplanten Investitionen jeweils zusammen mit dem Finanzplan die «Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten» zur Kenntnisnahme vorzulegen.

• Antrag 2: Die Motion der CVP-Fraktion betreffend Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Kanton Zug vom 26. September 2013 wird im Sinne der Ausführungen teilerheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag 1 des Regierungsrats ohne weitere Wortmeldungen.

➔ Der Rat erklärt mit 34 zu 24 Stimmen die Motion der CVP-Fraktion teilerheblich im Sinne der regierungsrätlichen Ausführungen und schreibt sie als erledigt ab.

TRAKTANDUM 12

1064 Postulat der CVP-Fraktion betreffend Begrenzung des Personalwachstums (Personalwachstum und Bevölkerungswachstum im Gleichschritt)

Es liegen vor: Postulat (2301.1 - 14467); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2301.2 - 14640).

Pirmin Frei war selten so froh wie heute, dass ein Sitzungsprotokoll erstellt wird. Die Aussage des SVP-Sprechers in der vorangehenden Debatte, es sei doch alles nicht so schlimm, wird ihn noch einige Zeit verfolgen.
Das vorliegende Postulat hängt eng mit der vorher behandelten Motion zusammen. Beide Vorstösse wurden gleichzeitig erarbeitet und eingereicht, und mit beiden Vorstössen möchte die CVP-Fraktion eine zusätzliche, griffigere Haushaltsregel einführen. Dies ist umso wichtiger, als der Kantonsrat heute gelernt hat, dass selbst gesetzliche Haushaltsregeln nicht sakrosankt sind, er sich also nicht an seine eigenen Gesetze halten muss. Beide Vorstösse sind aus einer Sorge, nicht aus einem Misstrauen heraus entstanden, nämlich:
• dass der Kanton dynamisch wachsen kann, trotz Richtplanbekenntnissen etc.;
• dass die Verwaltung nachzieht bzw. nachziehen muss;
• dass damit Kosten produziert werden, die man dann, wenn es einmal kein so grosses Wachstum mehr gibt, nicht mehr ohne weiteres wegbringt.

Der Votant erinnert an das «Grundgesetz der sich aufblähenden Verwaltung» und verweist auf seine früheren Ausführungen dazu. Es ist klar, dass solche Botschaften schwierig zu kommunizieren sind, wenn scheinbar alles blüht, die Staatskasse förmlich zu überquellen scheint und man in hoher Kadenz tolle neue Infrastrukturen planen und einweihen kann. Die Regierung selbst stellt im Bericht zur eben diskutierten Motion betreffend Finanzierung von Infrastrukturprojekten fest: «Planungsgrössen können innert kurzer Zeit grossen Schwankungen unterliegen.»
Aus heutiger Sicht muss die CVP vielleicht selbstkritisch einräumen, dass eine Gleichschaltung des Personalaufwands allein mit dem Bevölkerungswachstum etwas zu eindimensional wäre. Insofern kann die CVP den Ausführungen des Regierungsrats durchaus etwas abgewinnen. Wenn die CVP heute keinen Antrag stellt, darf daraus aber nicht geschlossen werden, dass sie für das Anliegen hinter diesem Postulat nicht weiter kämpfen wird. Die CVP wird insbesondere:
• Vorlagen – besonders zu Investitionsprojekten – noch kritischer hinsichtlich der Folgekosten prüfen;
• die Auslagerung von Arbeiten an Dritte, die sich nicht im Personalaufwand, sondern im Sachaufwand niederschlägt, genauestens beobachten und bei der *Ex-post*-Beurteilung eines Projekts oder einer Gesetzesvorlage miteinrechnen;
• nicht davor zurückschrecken, im Rahmen künftiger Budgetdebatten die Kürzung von Globalbudgets zu beantragen, wenn der budgetierte Personalaufwand zu hoch erscheint.

Sollte dies nicht fruchten, müsste sich der Kantonsrat vielleicht wieder einmal daran erinnern, wie es war, als er noch eine Stellenplafonierung beschliessen konnte.

Philippe Camenisch hält namens der FDP fest, dass die Postulantin ein berechtigtes Anliegen aufgreift und zugleich eine naheliegende Befürchtung formuliert:
• Das Personalwachstum ist einzudämmen. Die CVP-Fraktion schlägt konkret vor, wie dies zu geschehen hat: Sie will das Personalwachstum an das Bevölkerungswachstum koppeln.
• Es wird befürchtet, dass infolge von ausserordentlichen Projekten aufgebaute Personalressourcen nach getaner Arbeit nicht wieder abgebaut werden können.
Zu Punkt 1: Dieser Ansatz greift nicht nur zu kurz, sondern entpuppt sich als untauglich. Aufgrund von Skaleneffekten sollten die Stückkosten sinken – oder anders gesagt: Der Personalaufwand darf im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum nur unterproportional wachsen. Wie die Regierung richtig schreibt, gibt es aber auch andere Faktoren, welche die Entwicklung des Personalaufwands beeinflussen. Das Problem liegt aber darin, dass keine Effizienzmessung und keine Quervergleiche zur Verfügung stehen. Der Kantonsrat bekommt nur die Entwicklung des Personalaufwands präsentiert. Vor diesem Hintergrund weiss er nicht, ob die Verwaltungstätigkeit nicht effizienter und letztendlich kostengünstiger erbracht werden könnte. Der Votant unterstellt nicht, dass die Verwaltung nicht gut arbeitet; er unterstellt aber, dass nicht überall, wo dies in der Verwaltung möglich wäre, standardisierte Prozesse mit vorgegebenen Durchlaufzeiten eingeführt sind. Es ist wie in der Kirche: Man muss einfach glauben, dass die Verwaltung das maximal Mögliche aus den zugesprochenen Ressourcen herausholt. Zur Befürchtung, wonach durch ausserordentliche Projekte bedingte Personalanstiege nicht mehr abgetragen werden können, nimmt der regierungsrätliche Bericht leider keine Stellung. Zumindest vor dem Hintergrund, dass der Staat ständig wächst, kann diese Befürchtung nicht ausgeräumt werden. Zusammenfassend ortet der Votant zwei Probleme:
• Erstens verlangt das heutige Staatsverständnis laufend mehr Komfort. Das bedeutet eine ständige Ausweitung der staatlichen Aufgaben, und letztendlich werden beim Staat nie Stellen gestrichen. Das wiederum erfordert mehr Komplexität und Kontrolle, was sich etwa bei der Einführung und Kontrolle der KLR zeigt. Andererseits werden die steigenden Ausgaben der öffentlichen Administration moniert. Das passt nicht zusammen.
• Zweitens lassen sich die grossen Würfe, welche dieser Entwicklung Einhalt gebieten könnten, nicht durchsetzen. So wurde auch heute Morgen unter Traktandum 10 ein entsprechender Versuch abgeschmettert. Es bleibt also bei den Versuchen wie im vorliegenden Postulat, die Leitplanken etwas neu zu setzen.
Leider ist der Ansatz, den die CVP mit dem vorliegenden Postulat vorschlägt, nicht zielführend. Eine ausschliessliche Verknüpfung des Personalwachstums mit dem Bevölkerungswachstum greift zu kurz und ist sachlich falsch. Dennoch sollte der Rat mindestens eine Botschaft mitnehmen: Fast alles, was er beschliesst, findet irgendwann seinen Niederschlag in den Personalkosten. Der Votant ist nicht sicher, ob sich der Rat dessen immer bewusst ist, wenn Vorstösse und Anträge für neue staatliche Aufgaben an ihn herangetragen werden. Zudem spürt man das Wahljahr: Die Flut an Vorstössen hat bereits eingesetzt. Und da sind auch einige Schüsse in den Ofen dabei, die zwar Staub aufwirbeln, um dann aber wirkungslos zu verpuffen, nachdem viel Energie in der Verwaltung verpufft ist. *Fingerpointing* ist nicht notwendig, um zu wissen, wer und was gemeint ist – wobei diese Beurteilung je nach persönlichem Empfinden unterschiedlich ausfällt.
Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung.

SVP-Fraktionssprecher **Matthias Werder:** Die CVP-Fraktion fordert, dass der Anstieg der Personalkosten des Kantons Zug inskünftig nicht höher ausfällt als das Bevölkerungswachstum. Ausgenommen werden neue kantonale Aufgaben sowie die teuerungsbedingte Anpassungen der Personalkosten. Die Ausführungen des Regierungsrats dazu sind sachlich und zeigen auf, dass die Personalkosten nicht nur vom Bevölkerungswachstum abhängig sind. Die Faktoren der Beschäftigten und der Unternehmen wurden im Postulat nicht berücksichtigt.
In der letzten Budgetdebatte forderte die SVP-Fraktion globale Streichungen resp. Einsparungen beim Budget. Damals wollte die CVP-Fraktion nichts wissen von Sparen. Stattdessen darf sich der Kantonsrat nun mit einem *Schmürzeli*-Postulat auseinandersetzen – nach dem Motto: Wir wollen jetzt auch noch sparen. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung.

Andreas Hürlimann als Sprecher der AGF: Die CVP tut vieles, um das massive Wachstum in Zug voranzutreiben, will dann aber beim Personal sparen, das für die Bewältigung der ebenfalls wachsenden öffentlichen Aufgaben nötig ist. Vor allem aber ist das volkswirtschaftliche Verständnis der CVP in diesem Fall reichlich simpel, wenn sie das Personalwachstum einzig an das kantonale Bevölkerungswachstum koppeln will. In der vorher diskutierten Vorlage hatte man eine Gesamtsicht, die man bei diesem Vorstoss etwas vermisst. Offenbar aber hat die CVP – wie gehört – diese Einseitigkeit erkannt und stellt dementsprechend heute keinen weiteren Antrag. Das Firmenwachstum, die stark zunehmenden Pendlerströme, aber auch neue Aufgaben aufgrund neuer gesetzlicher Grundlagen oder aufgrund hier im Rat beschlossener Grossprojekte beeinflussen die Tätigkeit der Verwaltung eben auch. Der grosse Widerspruch im Vorstoss der CVP liegt aber darin, dass der Kantonsrat eine Verwaltungsführung mit Pragma und Globalbudgets beschlossen hat, welche den Ämtern und der Regierung grössere unternehmerische Freiheiten schaffen soll – unter anderem, um eben selber zu entscheiden, ob eine Neuanstellung, eine Auslagerung an Dritte oder irgendeine Anschaffung am sinnvollsten ist. Mit einem Leistungsauftrag sieht auch jedes Amt, welche Aufgaben es zu erfüllen hat und welche finanziellen Mittel ihm dafür mittels Globalbudget zur Verfügung gestellt werden. Dass die Zuger Verwaltung bei der jährlichen Rechnungsdebatte von unterschiedlichster Seite immer wieder als schlank, effizient und gut gelobt wird, zeigt, dass sie die überwiegende Mehrheit der Leistungen bedarfsgerecht, kostenbewusst und meistens auch innerhalb der vereinbarten Zeit erbringt. Die Welt wird immer komplexer, die Abläufe schneller, und damit steigen meistens auch die Ansprüche der Einwohnerinnen und Einwohner. Um allen Anspruchsgruppen gerecht zu werten, Vorschriften korrekt umzusetzen und die zusätzlichen Anforderungen der letzten Jahre umzusetzen, ist ein Wachstum losgelöst von der Betrachtung des reinen Bevölkerungswachstums zwingend.
Die Regierung und – mit ihrem Votum von heute – auch die CVP haben die Komplexität der heutigen Welt erkannt. Die AGF folgt dem Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung des Postulats.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hat nie gesagt, dass die Staatskasse überquelle und man mit vollen Händen Geld ausgeben oder gar verschwenden könne. Man muss nach wie vor sehr gut zu den Finanzen schauen, zumal der Kanton letztes Jahr mit einem Defizit abgeschlossen hat; auch wenn dieses etwas kleiner war als budgetiert, so war es eben doch ein Defizit.
Die Strategie des Regierungsrats hat sich bewährt, und der Finanzdirektor ist positiv überrascht, dass dies in allen Voten bestätigt wurde. Es handelt sich auch keineswegs um einen *Schmürzeli*-Vorstoss, sind es doch gerade *diese* Grössen,

welche letztendlich zählen. Wenn man das Wachstum nur um 1 Prozent pro Jahr reduzieren kann, macht der Zins- und Zinseszinseffekt über zehn oder fünfzehn Jahre bald einmal 20 Prozent aus. Deshalb hält der Finanzdirektor viel mehr von strategischen Vorgaben als von gross angekündigten Sparübungen, aus denen meistens nicht viel resultiert. *Schmürzele* ist am Schluss wahrscheinlich also viel effizienter.
Der Finanzdirektor ist einverstanden mit der Aussage, dass die Verbesserung der Prozesse eine Daueraufgabe ist und dort wahrscheinlich noch Potenzial besteht. Man arbeitet daran, allerdings ist es eine schwierige Arbeit, weil sie auch mit Veränderungen von Arbeitsabläufen etc. verbunden ist. Abschliessend dankt der Finanzdirektor, dass der Rat dem Antrag des Regierungsrats folgt.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 42 zu 0 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 13

1065 Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Vergleichbarkeit der Schulnoten

Es liegen vor: Interpellation (2125.1 - 14014); Antwort des Regierungsrat (2125.2 - 14622).

Interpellant **Thomas Lötscher** zitiert ein bekanntes Sprichwort: «Gut Ding will Weile haben.» Wenn nun die Länge der Weile ein Indikator für die Güte ist, dann muss die Antwort der Regierung *sehr* gut sein; immerhin dauerte die Beantwortung der Interpellation mehr als zwei Jahre. Der Votant dankt der Regierung für die Antwort und findet diese tatsächlich gut.
Als es um die Einführung von Noten ab der 2. Klasse ging, wurde von Lehrpersonen in den Raum gestellt, Noten würden recht willkürlich gehandhabt. Man könne die fachliche Qualifikation bewerten oder die Anstrengungen eines Schülers oder den erzielten Fortschritt oder das Verhalten oder auch einen Mix dieser Kriterien. Das hat den Votanten beunruhigt und zu dieser Interpellation veranlasst. Mit Genugtuung stellt er fest, dass die Regierung einerseits es ebenfalls als wichtig erachtet, dass Noten und Zeugnisse identische fachliche Qualifikationen auch möglichst gleich bewerten, und andererseits auf verschiedenen Ebenen darauf einwirkt, dass dieser Grundsatz gelebt und verifiziert wird. Dass das beobachtbare Verhalten in den Lern-, Selbst- und Sozialkompetenzen ebenfalls beurteilt wird, ist selbstverständlich auch wichtig, soll aber separat erfolgen.
Dass 90 Prozent der Erziehungsberechtigten und 88 Prozent der Schüler die Leistungsbeurteilung durch die Lehrer als nachvollziehbar und gerecht beurteilen, ist erfreulich. Inwiefern sie über objektive Vergleichsmöglichkeiten verfügen, ist allerdings eine andere Frage. Dass die Vergleichbarkeit der Noten nicht zu 100 Prozent garantiert werden kann und immer ein Restmass an Subjektivität verbleibt, ist dem Votanten auch klar. Damit kann und muss man leben. Wenn die von der Regierung aufgezeigten Strategien und Grundsätze jetzt und in Zukunft in den gemeindlichen und kantonalen Schulen flächendeckend umgesetzt und gelebt werden, darf man zufrieden und zuversichtlich sein. Dann war es erst recht richtig, dass die Zuger Bevölkerung Ja sagte zu Noten ab der 2. Klasse.

Für **Beat Iten** als Sprecher der SP-Fraktion entbehrt es nicht einer gewissen Komik, dass die Interpellation betreffend Vergleichbarkeit der Schulnoten ein Tag nach der Abstimmung über die Gesetzesinitiative für Noten ab der 2. Klasse eingereicht

wurde. Diese Fragen hätten von den damaligen Befürwortern eigentlich vor der Abstimmung diskutiert werden sollen. Die Gegner haben im Abstimmungskampf immer wieder genau auf dieses Thema hingewiesen. Der Regierungsrat bestätigt nun in der Antwort die damalige Argumentation der Gegner: Eine Zahl im Zeugnis sagt wenig über die Fähigkeiten und Leistungen der Schülerinnen und Schüler aus. Die Schulen nehmen heute bereits eine sehr viel umfassendere und differenziertere Beurteilung in den Bereichen Fach-, Lern- Sozial- und Selbstkompetenzen vor.
Mit einem riesigen bürokratischen Aufwand wäre vielleicht eine bessere Vergleichbarkeit von Schulnoten erreichbar, wobei aber eine Note den Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler wohl nie ganz gerecht wird, da sie eine Zusammenfassung aller Kompetenzen ist und immer auch eine subjektive Komponente des Beurteilenden enthält. Noch schwieriger wird die Vergleichbarkeit, wenn in jedem Kanton andere Lehrpläne und Vorgaben gelten. Es ist also zu hoffen, dass von den Befürwortern der Notengebung der Lehrplan 21 nicht auch bekämpft wird, da damit wenigstens eine Vereinheitlichung in diesem Bereich erreicht werden könnte, mittelfristig also vielleicht auch eine bessere Vergleichbarkeit der Noten.
Was ist das Ziel der Vergleichbarkeit von Noten? Bei den Schulabgängern ist es für die Lehrbetriebe vermutlich die Auswahl der besten Kandidatinnen und Kandidaten für die Lehre. Natürlich ist es für einen Lehrbetrieb angenehm, wenn man die besten Lehrlinge und Lehrtöchter auswählen kann. Dass diese Lernenden am Ende der Lehre einen guten Abschluss erreichen, ist dann allerdings nicht unbedingt das Verdienst der Betriebe. Der Votant hat eine weit grössere Achtung vor jenen Betrieben, die Lernende mit schulisch knappen Voraussetzungen erfolgreich zum Lehrabschluss führen. In diesem Fall ist der Erfolg vermutlich eher auf das Engagement und auf den Einsatz des Lehrbetriebs zurückzuführen. In diesem Sinn appelliert der Votant an alle Lehrbetriebe, bei ihrer Auswahl nicht nur auf die Noten zu schauen, sondern mindestens so fest die Sozial- und Selbstkompetenzen oder den Willen und den Einsatz der Bewerberinnen und Bewerber zu berücksichtigen, die in einer Schnupperlehre oder im Gespräch mit den Lehrpersonen sehr gut eruiert werden können. Der Votant sagt dies auch als Berufsberater bei der IV, womit er gleichzeitig seine Interessenbindung offenlegt.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass alle Beteiligten an einer verlässlichen Einschätzung der Schülerinnen und Schüler interessiert sind: die Eltern, die Lehrpersonen, die Schülerinnen und Schüler und auch die Behörden. Zur Verlässlichkeit dieser Einschätzungen gehört auch eine Vergleichbarkeit. Daran wird gearbeitet. Eine konkrete Massnahme war, dass der Bildungsrat im Frühling 2012 den Gemeinden mitgeteilt hat, dass er in der Berichterstattung, welche ihm die gemeindlichen Schulen jedes Jahr schulden, etwas zum Umgang mit den Standard- und Orientierungsaufgaben erfahren möchte, was im Schuljahr 2012/13 bereits abgearbeitet wurde. Der Bildungsrat versucht weiterhin Beihilfe zu leisten, dass solche Instrumente auch eingesetzt werden, hat vorerst aber darauf verzichtet, deren Anwendung obligatorisch zu erklären; die entsprechende Verantwortung soll weiterhin in der Verantwortung der Schulleitungen vor Ort liegen. Auch wird in Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 die D-EDK Aufgabensammlungen für individuelle Standortbestimmungen anbieten, während die gesamtschweizerische EDK regelmässig Aufgaben für ein System-Bildungsmonitoring unterbreiten wird. Auch das wird – wie die Zusammenarbeit im Unterrichtsteam – dazu dienen, sich gegenseitig zu eichen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 14

1066 Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Fragen der Bewirtschaftung von Kunstgegenständen des Kantons Zug und Einrichtungsmobiliar des Kantons Zug

Es liegen vor: Interpellation (2302.1 - 14468); Antwort des Regierungsrats (2302.2 - 14597).

Vreni Wicky dankt namens der Interpellantin für die Beantwortung. Vergleicht man diese Interpellation mit den vorangegangenen Anfragen und Motionen, vor allem mit der Motion der CVP betreffend Infrastrukturprojekten, scheint sie auf den ersten Blick ein «Leichtgewicht» zu sein. Es resultieren daraus weder Steuererhöhungen noch Defizite – und doch zeigt die regierungsrätliche Antwort den Zuger *Way of Life*: Es ist keine Inventarisierung und keine Lagerbewirtschaftung des Mobiliars nötig, dies nach dem Motto «Kaufen, abschreiben und vergessen».
Der Regierungsrat schreibt, dass einzelne nicht gebrauchte Möbel im alten Kantonsspital lagern. Man fragt sich: Wann wurden diese Möbel zum letzten Mal gesichtet und eine mögliche Wiederverwendungen ins Auge gefasst? Die Regierung schreibt weiter: «Die Lagerung dieses Mobiliars in den kantonalen Liegenschaften verursacht keine Kosten.» Sind denn Lagerkosten keine Kosten? Dazu braucht es keinen weiteren Kommentar.
Was die Kunstgegenstände, insbesondere jene in der Kantonsschule, anbelangt, scheint nur der Ankaufswert bekannt zu sein. «Die seit 1976 erfassten Ankaufswerte belaufen sich gesamthaft auf 330'000 Franken.» Offensichtlich ist der heutige Wert der Sammlung nicht von Bedeutung. Ein Blick in das schöne Buch «Kunst an der Kantonsschule Zug» zeigt, welch grossartige Werke im Besitz des Kantons sind: Picasso, Le Corbusier, Wassily Kadinsky, Joseph Beuys, Andy Warhol, Sol LeWitt, Luginbühl, Vasarely, Hodler, Carigiet, Albers, Appel und viele mehr werden aufgeführt. Allein die Lithografien, Holzschnitte und Grafiken dieser Künstler haben auf dem heutigen Kunstmarkt mit Sicherheit einen weit höheren Wert als 330'000 Franken. Die Plastiken, welche im Innen- und Aussenraum aufgestellt sind, werden nicht einmal aufgezählt. Wie viele Plastiken in irgendeinem Lagerraum ihr Dasein fristen, wird aus der Antwort des Regierungsrats nicht ersichtlich.
Die Votantin will nicht falsch verstanden werden: Sie ist heutigen und ehemaligen Regierungsrätinnen und Regierungsräten und vor allem den Lehrpersonen, welche diese Ankäufe tätigten, dankbar, dass sie den Mut und den Riecher hatten, solche Werke zu damals niedrigen Preisen anzukaufen, so dass den Zuger Schülerinnen und Schülern Kunstgeschichte anhand dieser wertvollen Sammlungen erklärt und gelehrt werden kann. Es wäre aber interessant, den heutigen Wert dieser Sammlung ungefähr zu kennen. Wie etwa wird unter den gegebenen Umständen ein Versicherungswert festgelegt? Verluste bei Brand, Wasser oder Vandalismus müssten doch eigentlich versichert sein. Oder gilt es da das Finanzvermögen absichtlich tief zu halten?
Die CVP-Fraktion akzeptiert die Antwort des Regierungsrats und erwartet keine Antwort auf die heute gestellten Fragen. Sie wünscht aber, dass ihr Anliegen in die zukünftige Arbeit des Regierungsrats einfliesst, beispielsweise bei der Revision des Finanzhaushaltgesetzes.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** nimmt zuerst Stellung zur Inventarisierung des Mobiliars. Man hat 2010 eine Firma beauftragt, die Wirtschaftlichkeit einer Inventarisierung und Bewirtschaftung zu analysieren. Die Empfehlung lautete, darauf zu verzichten, weil eine Bewirtschaftung sehr personalintensiv wäre. Der Regierungsrat ist dieser Empfehlung aus wirtschaftlichen Überlegungen gefolgt.

Zur Versicherung: Der Kanton hat eine Fahrhabe-Police, mit der alle Risiken versichert sind, ausser der einfache Diebstahl; dieser Fall ist aber noch nie vorgekommen. Die Bilder werden im Gegensatz zu den Möbeln periodisch aufgesucht und auf ihr Vorhandensein überprüft. Die Kunstwerke sind nicht Teil des Finanz- oder Verwaltungsvermögens, weil sie grösstenteils aus dem Lotteriefonds finanziert wurden bzw. werden; sie sind deshalb nicht Gegenstand der Staatsbilanz, sondern sie sind einfach da. Es ist tatsächlich so, dass ein guter Teil der Bilder sich wertmässig positiv entwickelt haben dürfte. Es gibt in der kantonalen Sammlung beispielsweise drei Werke von Cuno Amiet, und auch Werke von Guido Baselgia, Annelies Strba, Hannah Villiger oder Fritz Wotruba sind bestimmt mehr wert als der damalige Ankaufspreis. Der Regierungsrat beabsichtigt aber nicht, diese Werke zu verkaufen. Insofern gibt es keinen Marktwert. Der Ankaufswert ist damit der objektivste Wert, den man im Inventar einsetzen kann.
Abschliessend dankt der Bildungsdirektor für die positive Aufnahme der Antwort. Der Regierungsrat wird sich die Hinweise zu Herzen nehmen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 15

1067 Interpellation von Philip C. Brunner und Jürg Messmer betreffend «Politische Überzeugung» als zentrale Anforderung bei der Besetzung der Stelle eines/ einer Co-Generalsekretär/in bei der Direktion des Innern des Kantons
Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Stellenwechsel Generalsekretariate
Interpellation von Eugen Meienberg und Andreas Hausheer betreffend aktuelle Stellenausschreibung Co-Generalsekretär/in Direktion des Innern
Es liegen vor: Interpellation Brunner/Messmer (2357.1 - 14577); Interpellation AGF (2359.1 - 14579); Interpellation Meienberg/Hausheer (2361.1 - 14581); Antwort des Regierungsrats (2357.2/2359.2/2361.2 - 14637).

Philip C. Brunner dankt für die zusammenfassende Antwort auf die drei Vorstösse. Jürg Messmer und er sahen Anfang März, als sie ihre Interpellation einreichten, die Sache nicht so dramatisch. Offenbar aber hat es der Satz «Ihre politische Überzeugung entspricht jener der Direktionsvorsteherin» im Stelleninserat der Direktion des Innern in sich. Zuerst stellte sich – zum grossen Erstaunen der Interpellanten – Stefan Gisler in den Medien mit Vehemenz vor seine Regierungsrätin, und auch die Regierungsrätin selbst liess sich – etwas ambivalent – in den Medien verlauten. Dann folgte der Vorstoss der ALG und schliesslich jener der CVP.
Den beiden Interpellanten ging es um Fehlerkultur. Sie hätten akzeptiert, wenn man einfach den Fehler eingestanden hätte. Offenbar aber haben sie einen wunden Punkt getroffen. Letztlich geht es um die wichtigsten Personen im kantonalen, 1750 Personen umfassenden Verwaltungsapparat, die Generalsekretäre. Diese sind sehr gut bezahlt und verdienen mehr als mancher Chefmitarbeiter in der Privatwirtschaft. Eine Direktion begnügt sich nun nicht mit *einem* Direktionssekretär, sondern braucht deren zwei. Betrachtet man die Liste der Generalsekretäre auf Seite 4 der regierungsrätlichen Antwort, fällt auf, dass man von diesen Leuten in den Medien relativ wenig hört. Sie arbeiten im Hintergrund, damit die Direktionsvorsteher ihre Arbeit machen können. Sie bleiben als *civil servants* im Amt, wenn die Regierung wechselt, und stellen die Kontinuität der staatlichen Arbeit sicher. Ihre Bedeutung ist also unpolitisch, und es darf nicht darauf ankommen, wer ihr politischer Chef ist.

Deshalb ist es heikel, wenn in einem Inserat die politische Gesinnung zum Thema gemacht wird. Dieser Fehler wurde auch umgehend korrigiert. Allerdings stellt die Regierung das Ganze nun etwas schönfärberisch dar. Es geht nämlich um etwas Fundamentales: Es darf nicht sein, dass die im Dienst der Öffentlichkeit stehende Verwaltung irgendwelche parteipolitische Präferenzen hat. Selbstverständlich dürfen die Mitarbeitenden der Verwaltung als Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung haben, im Interesse des Ganzen aber sind sie gefordert, sich politisch zurückzuhalten. So funktioniert das System nicht nur im Kanton Zug, sondern auch in den anderen Kantonen, in den Gemeinden und beim Bund.

Stefan Gisler erinnert daran, dass in der letzten Ratssitzung ein weiser, nicht alternativ-grüner Kantonsrat sagte, dass aufgrund eines Zeitungsartikels nicht zwingend eine Interpellation eingereicht werden müsse. Nun hat auch die AGF einen Vorstoss eingereicht. Der Votant muss allerdings zugeben, dass er schon zu relevanteren Themen gesprochen hat, und dass sich die AGF ihre Interpellation, die sie als Antwort auf den etwas marktschreierischen Vorstoss der SVP einreichte, eigentlich hätte sparen können.
Mit ihrer nüchternen Antwort stärkt der Regierungsrat der Direktorin des Innern den Rücken. Die Antwort betont, dass es durchaus sinnvoll ist, wenn Generalsekretäre und -sekretärinnen eine ähnliche Grundhaltung haben, müssen sie doch im Falle eines Ausfalls die Direktion *ad interim* führen. Nun aber darf offenbar die Linke nicht tun, was die Rechte schon immer tat, oder darf nicht sagen, was von der Zuger Regierung bis hinauf zum Bundesrat in Exekutiven üblich ist: Exekutivmitglieder holen sich als rechte bzw. linke Hand jemanden ins Generalsekretariat, der politisch die gleichen Grundwerte teilt; gemeint sind – zumindest im Fall der Direktion des Innern – die gleichen Grundwerte, nicht die gleiche Partei. Jüngstes Beispiel für gleiche Grundwerte *und* gleiche Partei liefert Bundesrat Johann Schneider-Ammann, der sich den FDP-Generalsekretär Stefan Brupbacher als seinen künftigen Departementsgeneralsekretär holt.
Man kann zugegebenermassen geteilter Meinung darüber sein, ob diese Transparenz in ein Stelleninserat gehört und ob es einer künstlichen Entrüstung darüber bedarf. Der Votant ist froh, dass sein Vorredner seine Kritik in sehr gemässigten Worten anbrachte und kein *candidate media-bashing* nach US-amerikanischem Vorbild betrieb. Bezüglich gleichen Grundwerten und gleicher Partei möchte der Votant aber auch transparent machen, dass der FDP-Gesundheitsdirektor ein FDP-Mitglied als Generalsekretärin holte und der CVP-Finanzdirektor als Nachfolger des heutigen CVP-Landschreibers den langjährigen Präsidenten der CVP Meggen zum Generalsekretär machte. Wohlgemerkt: Urs Hürlimann und Peter Hegglin handelten legitim und haben sehr wohl auch kompetente Personen angestellt. Darum hat die AGF damals auch keine Kampagne lanciert und steht auch heute hinter den Entscheiden von Urs Hürlimann und Peter Hegglin bzw. der Gesamtregierung, die ja diese Ernennungen bestätigte. Wenn der Vorredner sagte, Urs Hürlimann und Peter Hegglin hätten nur *einen* Generalsekretär eingestellt, Manuela Weichelt aber brauche zwei, muss man berücksichtigen, dass es um zwei Mal 50 Prozent geht, was ebenfalls nur 100 Prozent ergibt. Es wurden in der Direktion des Innern also nicht mehr Stellen besetzt als anderswo.
Generalsekretäre sind laut regierungsrätlicher Antwort wichtig, da sie im Notfall *ad interim* die Direktion leiten. Darum bestünde ein hohes öffentliches Interesse, dass Generalsekretäre und ihre Stellvertreter ihre Interessenbindungen offenlegen müssen – und dazu gehört auch eine Parteizugehörigkeit. Generalsekretäre sind nämlich nicht so unpolitisch, wie vom Vorredner vorgegeben, und es auch bekannt, welche Generalsekretäre sich sehr prominent und eloquent in den Medien zu Wort

melden können. Diesbezüglich scheint die Regierung eine gewisse Transparenzscheu zu haben, was sich schon im Rahmen des vom Rat gutgeheissenen Öffentlichkeitsgesetzes zeigte. Die Luzerner Regierung kennt diese Transparenzscheu nicht und hat in einem Artikel der «Neuen Luzerner Zeitung» die entsprechenden Parteizugehörigkeiten offengelegt. Der Votant wartet nun darauf, dass die investigative «Neue Zuger Zeitung» dies eines Tages ihren Luzerner Kollegen nachtut.
Es war tatsächlich ein Fehler, dass die Direktorin des Innern nicht rechtzeitig um die Beauftragung eines externen Stellenbüros ersuchte. Seit 2002 kann eine Direktion generell externe Aufträge im Umfang von 50'000 Franken vergeben, es braucht aber gemäss einem Regierungsbeschluss von 2004 bei Beträgen von über 2000 Franken für die Personalsuche eine Extraschlaufe über die Finanzdirektion. Diese Schlaufe, die nicht einmal Teil der Personalverordnung ist, hat die Direktorin des Innern tatsächlich übersehen. Der Votant möchte vom Finanzdirektor aber wissen, ob dies in dieser Legislatur das einzige Mal war, dass ein Mitglied der Regierung einen Regierungsratsbeschluss oder gar eine gesetzliche Bestimmung übersehen hat. Ist das anderen nicht auch schon passiert? Ein Ja oder Nein genügt.
Als eigentliche Erkenntnis aus dieser Interpellationsflut fordert die AGF von der Regierung eine Änderung der Personalverordnung. Dass Generalsekretäre oder deren Stellvertreter ohne öffentliche Ausschreibung berufen werden können und dies in einigen Direktionen auch getan wird und wurde, entspricht nicht der Wichtigkeit dieser Funktion; zu erinnern ist nur an die auch von der Regierung betonte *Ad-interim*-Amtsführung. Ist der Finanzdirektor bereit, eine entsprechende Änderung der Personalverordnung voranzutreiben? Gravierender, als Fehler in der Ausschreibung zu machen, ist nämlich der Umstand, gar nicht auszuschreiben.

Mitinterpellant **Eugen Meienberg:** Die gleichzeitige Stellenausschreibung für einen Co-Generalsekretär oder eine Co-Generalsekretärin und eine Leiterin oder einen Leiter Zentrale Dienste mit einem Pensum von 60–80 Prozent zusammen mit einem stellvertretenden Generalsekretär oder Generalsekretärin und einem stellvertretenden Leiter oder Leiterin Zentrale Dienste, auch mit 60–80 Stellenprozenten, tönt schon sehr kompliziert und dürfte in der Organisation auch nicht ganz einfach sein. Der Votant wurde von aussen von einem Interessenten darauf hingewiesen, welcher die Sache auch nicht ganz genau begriff. Von daher sind die Fragestellungen in der Interpellation zu verstehen. Es sind zum Teil Fragen, die nicht unbedingt nötig gewesen wären und für die sich der Votant entschuldigt. Trotzdem aber haben die Antworten einiges zu Tage gefördert, was sehr merkwürdig ist. So zweifelt der Votant stark an, dass die Lösung einerseits sinnvoll, anderseits kostenneutral sein soll. Die Co-Generalsekretäre nehmen neben den 50 Prozent für das Co-Generalsekretariat ja auch noch andere Funktionen wahr. Sind sie hierfür zum Lohnansatz von Generalsekretären angestellt oder nicht? Aber das darf man nicht erfahren; der Datenschutz hat Vorrang, obwohl diese Frage budgetwirksam ist und den Kantonsrat deshalb sehr wohl etwas angeht. Die Stawiko sollte sich diese Sache genauer anschauen und dann dazu eine Aussage machen.
Der Votant setzt voraus, dass das für die Besetzung der Leitung der KESB gewählte Verfahren richtig war und vom Regierungsrat bewilligt wurde. Die Frage sei aber erlaubt: Wie teuer war das Verfahren damals? So oder so ist es aber unverständlich, dass nach so kurzer Zeit eine Weisung nicht mehr beachtet wurde. Dies hatte offenbar die fatale Wirkung, dass das Personalamt das Inserat vor der ersten Veröffentlichung nicht sah und nicht auf die unglückliche Formulierung betreffend politische Überzeugung hinweisen konnte. Es ist auch unverständlich, dass das beauftragte Unternehmen diese Formulierung nicht hinterfragte. Da nützt es jetzt auch nichts mehr, wenn man die Sache schönreden will und sagt, dass man das In-

serat korrigiert habe, bevor es in der Zeitung stand. In der Antwort zur Frage 4 der Interpellation Meienberg/Hausheer wird bekanntgegeben, dass die Finanzdirektion dem Gesuch nicht entsprochen habe. Das war – so ist anzunehmen – dann allerdings schon zu spät: Die Hauptausgaben waren vermutlich schon getätigt worden. Man kann nur hoffen, dass die Stellen nun gut besetzt werden. Kann die Regierung heute über den Stand der Dinge berichten?
Aus der Auflistung zu Frage 1 der Interpellation der AGF kann man ersehen, dass die Stellenbesetzungen der Generalsekretärinnen und -sekretäre in den letzten acht Jahren zumeist auf den Ausschreibungsweg erfolgten. Dafür ist die Regierung zu loben. Zu hoffen ist, dass die Misstöne bei der jetzigen Besetzung bei der Direktion des Inneren eine Ausnahme sind. Sehr speziell findet der Votant, dass die AGF in ihrer Interpellation die wohl meist bekannte Parteizugehörigkeit der jetzigen Stelleninhaberinnen und Stelleinhaber aufgelistet haben wollte. Dass dies nicht gemacht werden darf, selbst wenn die Betroffenen ihr Einverständnis dazu geben, ist eine wirkliche Stilblüte des Datenschutzes. Der Votant kommt sich hier vor wie in «Absurdistan».
Bei der Ausschreibung wurde eine sehr unglückliche Formulierung betreffend politische Gesinnung gewählt und zudem eine klare Weisung nicht eingehalten. Das sind Fehler, die passieren können, jedoch nicht sollten. Das Einfachste wäre es gewesen, sich sofort nach Bekanntwerden dafür zu entschuldigen; dann hätte es mit Bestimmtheit keine drei Interpellationen gegeben oder gebraucht. Für deren Beantwortung dankt der Votant. Dass heute bei der Interpellationsbeantwortung der Finanzdirektor für das Missgeschick in einer anderen Direktion geradestehen muss, obwohl seine Direktion aufgrund der Nichteinhaltung der Weisung vorher gar nicht eingreifen konnte, ist ein weiterer spezieller Aspekt in diesem Fall. Der Votant ist jedoch überzeugt, dass dies direktionsübergreifend geregelt wird. Aus Fehlern soll man lernen. Das Verfahren zur Besetzung wichtiger Ämterbesetzungen und zum Beizug von Personalvermittlungsbüros sollte jetzt, nach der grossen parlamentarischen und allenfalls noch weiteren medialen Aufmerksamkeit, wirklich bekannt sein.

Cornelia Stocker liest das Manuskript von Adrian Andermatt vor, der die Sitzung bereits verlassen musste. Die FDP-Fraktion dankt der Regierung für die Beantwortung der drei Interpellationen. Generalsekretäre bzw. -sekretärinnen sind keine persönlichen Mitarbeitenden der jeweiligen Regierungsräte. Sie sind Amtsleitende mit besonderen Aufgaben und werden als solche vom Gesamtregierungsrat angestellt. Weiter hält die Regierung fest, dass Generalsekretäre insbesondere über die erforderlichen beruflichen Erfahrungen, die fachlichen Qualifikationen sowie Management- und Sozialkompetenz verfügen müssen und dass die parteipolitische Gesinnung nicht zum Anforderungsprofil eines Generalsekretärs gehört.
Die FDP-Fraktion unterstützt diese klaren Aussagen der Regierung und erwartet, dass sich die einzelnen Regierungsmitglieder bei Neubesetzungen an diese materiellen Spielregeln halten. Die Direktionsvorsteher müssen sich aber auch in formeller Hinsicht an die Spielregeln halten, also auch an die Vorgaben, welche sie sich selbst mittels Beschluss des Regierungsrats vom 17. August 2004 gesetzt haben. Bei sämtlichen Stellenausschreibungen ist gemäss diesem Beschluss das Personalamt für die Weiterleitung der Stellenausschreibung beizuziehen, und die Ausgabenkompetenz der einzelnen Direktionen für den Beizug externer Beratungsstellen ist auf 2000 Franken begrenzt; für höhere Kosten ist die Zustimmung der Finanzdirektion nötig. Das sind Vorgaben, die eigentlich einhaltbar sein sollten, vor allem weil diese Regelung ja nicht nur für die Anstellung von Kadermitarbeitenden, sondern bei sämtlichen Stellenausschreibungen gilt und somit ziemlich regelmässig Anwendung finden dürfte. Die Frage sei deshalb erlaubt: Wurde diese Weisung bei

früheren Anstellungen eingehalten? Und falls diese Frage mit einem Ja beantwortet wird – was aufgrund der Interpellationsantwort erwartet wird –, stellt sich die Frage, wie man bzw. die Direktorin des Innern und ihr Stab diese formelle Vorgabe einfach vergessen bzw. übersehen konnte. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass die Direktorin des Innern dazu noch selber Stellung nehmen wird.
Die Direktion des Innern hat, wie man der regierungsrätlichen Antwort entnehmen kann, lediglich *eine* Stelle für die Leitung des Generalsekretariats zur Verfügung, genau gleich wie die anderen Direktionen. Ob diese Vollzeitstelle sinnvollerweise auf zwei 50-Prozent-Stellen aufgeteilt werden soll oder nicht, steht heute nicht zur Debatte. Zur Debatte stehen muss aber, ob diese Aufteilung auf 100 Prozent plus zu nicht gerechtfertigten Mehrkosten geführt hat. Sich dabei hinter dem Datenschutz zu verstecken, ist für die FDP-Fraktion inakzeptabel. Die FDP muss nicht den genauen Lohn der beiden Co-Generalsekretäre für ihre Zusatzaufgaben kennen, sie will aber wissen, ob diese Zusatzfunktionen weniger hoch entschädigt werden als die Kerntätigkeit als Co-Generalsekretäre. Und falls ja: Wieviel weniger hoch? Falls nein: Wie kann dies gerechtfertigt werden bzw. stellt es nicht eine Umgehung der Limitierung auf eine Vollzeitstelle für die Leitung des Direktionssekretariats dar? Auch hier erwartet die FDP eine klärende Stellungnahme. Sollte diese heute nicht erfolgen, wird die FDP die Stawiko darauf ansetzen.
Nicht einverstanden ist die FDP mit der Position der Regierung, dass die Parteizugehörigkeit der Generalsekretäre aus Datenschutzgründen nicht bekanntgegeben werden darf. Bei Generalsekretären besteht aufgrund deren zentraler Rolle in der Verwaltung ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Offenlegung einer allfälligen Parteizugehörigkeit. Sich auch in diesem Punkt hinter dem Datenschutz zu verstecken, ist für die FDP wiederum inakzeptabel. Da treibt es der Datenschutzbeauftragte etwas gar zu bunt.

Eusebius Spescha spricht für die SP-Fraktion. Die Direktion des Innern sucht eine neue Generalsekretärin oder einen neuen Generalsekretär per Inserat und beauftragt damit ein Personalberatungsunternehmen. Das Inserat wäre überhaupt nicht aufgefallen, wenn dieses bei den Anforderungen nicht mit dem Satz «Ihre politische Überzeugung entspricht jener der Direktionsvorsteherin» beginnen würde. Es gilt hier zwei Themen zu unterscheiden: Was gehört in ein Inserat? Was sind sinnvolle Kriterien?
• Zum Inserat: In einem Inserat muss insbesondere hervorgehoben werden, welches die Aufgaben sind und was an spezifischen Fähigkeiten gefordert wird. Schliesslich will man nur Bewerbungen von Personen bekommen, welche sich für diese Stelle eignen. Neben diesen spezifischen Anforderungen gibt es auch noch allgemeine Anforderungen, welche man von einer bzw. einem neuen Mitarbeitenden erwartet: Da geht es um Umgangsformen, Integrität, Teamfähigkeit, Passung ins Team usw. Es macht aber keinen Sinn, solche Vorgaben in ein Inserat zu schreiben, da alle wissen, dass es auch darum geht. Vermutlich ist niemand so masochistisch und wählt eine Person aus, von der man nach fünf Minuten überzeugt ist, dass man nur schwer miteinander auskommen wird. In diesem Sinn ist es kein Problem, wenn eine Regierungsrätin bei der Auswahl ihrer bzw. ihres engsten Mitarbeitenden darauf schaut, ob sie mit dieser Person auskommt. Nur muss man bzw. frau dies nicht ins Inserat schreiben.
• Zur Frage der Kriterien: Die politische Gesinnung ist bei der Auswahl einer Parteisekretärin oder eines Parteisekretärs sicher ein gewichtiges Kriterium. Für die meisten anderen Stellen und sicher für eine Generalsekretärin bzw. einen Generalsekretär aber ist es kein sinnvolles Kriterium. Da braucht es zwar Personen, welche die politischen Abläufe kennen und den politischen Vorgesetzen in seiner Arbeit

unterstützen und beraten können. Die gleiche politische *Gesinnung* aber braucht es da nicht, sie kann sogar behindernd sein. Diese Vorgabe im Inserat war und ist ein Fehler. Ein Fehler war auch, dass offenbar eine Weisung des Regierungsrats nicht eingehalten wurde. Zu verantworten hat diese beiden Fehler die verantwortliche Regierungsrätin. Es wäre die einfachste Sache der Welt, dazu zu stehen und sich zu entschuldigen – und dann Schwamm darüber. Fehler zu machen, gehört zum Arbeiten. Aus Fehlern nicht zu lernen, ist hingegen nicht gut.
Diese Geschichte ist zwar dumm, aber keineswegs eine grosse Staatsaffäre. Drei Interpellationen wegen eines Satzes in einem Stelleninserat ist doch eine eher überzogene Dramatisierung. Die Stellungnahmen in der Zeitung und einzelne Leserbriefe hätten genügt.

Andreas Hürlimann ist als Kantonsrat und Vertreter des Kantons Zug nicht stolz auf das, was in diesem Zusammenhang in den Interpellationen, im Kantonsratssaal und in den Medien über den Kanton Zug zu lesen bzw. hören war. Er ist auch nicht stolz darauf, dass seine Fraktion, die AGF, hier ebenfalls aktiv war. Dieses Thema ist nämlich mit Sicherheit keines der wichtigsten Probleme, welche der Kantonsrat zu beraten hat. Es sind ohne Zweifel Fehler gemacht worden, allerdings keine riesengrosse Fehler.
Es geht letztlich um Fehlerkultur. Der Votant weist auf eine sehr unaufgeregte Fehlerkultur bei der Firma Google hin. In diesem Unternehmen hat niemand Angst davor, Fehler zu machen, was ein Google-Manager an einen Kongress wie folgt beschrieb: Wenn er einen grossen Fehler machen und die *Homepage* von Google einfach löschen würde, würde er einzig eine E-Mail erhalten mit dem Inhalt: «Bitte mach das nicht mehr.» Die Unaufgeregtheit dieser Aussage brachte das Kongresspublikum natürlich zum Lachen, aber es geht Google darum, die Auswirkungen von Fehlern einzudämmen und gleiche Fehler künftig zu vermeiden, im Nachgang also die Fakten klar darzulegen, die Problemursache zu erkennen und die entsprechenden Veränderungen abzuleiten. In einem solchen *Setting* ist ein Fehler zwar kein Karriere-*Boost,* aber auch kein Karriere-*Killer.* Nur wer wiederholt denselben Fehler macht, bekommt eventuell Probleme.
In der letzten Kantonsratssitzung konnte man nach der etwas deutlicheren Kritik der CVP am Baudirektor in der Zeitung lesen: «Die CVP eröffnet den Wahlkampf.» Der Votant ist gespannt, wie aufgeregt oder unaufgeregt die Berichterstattung in der morgigen Zeitung sein wird; immerhin ist der Zeitungsredaktor wegen dieses Traktandums extra in den Kantonsratssaal gekommen. Der Votant wünscht sich mehr von der Unaufgeregtheit, wie sie beispielsweise bei Google gelebt wird, auch im Kanton Zug. Und er wünscht sich, dass sich der Kantonsrat wieder den wichtigen Themen zuwenden kann.

Oliver Wandfluh ist ebenfalls der Meinung, dass der Fehler der Direktorin des Innern keine staatspolitische Dimension hat. Er ist aber sehr gespannt, wie seine linken Ratskollegen künftig auf Fehler von anderer Seite reagieren werden. Und er hätte sich von der Ratslinken etwas mehr Demut gewünscht. Was passiert ist, war nämlich schlichtweg *e dumme Seich*. Dass Fehler passieren, ist kein Problem. Hier aber fehlt die Einsicht, dass ein Fehler passiert ist. Der Votant ist deshalb sehr gespannt auf die Worte der Regierungsrätin.

Stefan Gisler wiederholt, was er bereits gesagt hat: Es *war* ein Fehler.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** nimmt Stellung, weil der Bereich Personal – wie auch andere Querschnittaufgaben – zu seiner Direktion gehört. Er antwortet eher generell,

während Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard auf spezifische Fragen eingeht. Der Hinweis auf die Fehlerkultur bringt die Sache auf den Punkt. Der Regierungsrat hat in der Antwort gesagt, dass ein Fehler passiert ist, und hat sich entschuldigt. Man *darf* einen Fehler machen. Wenn man einen Fehler immer wieder macht, ist es Dummheit. Hier aber geht es nicht um einen wiederholten Fehler. Die Frage von Stefan Gisler, ob sonst denn keine Fehler passiert seien, kann der Finanzdirektor natürlich nicht mit Ja oder Nein beantworten. Es entzieht sich seiner Kenntnis, ob alle Weisungen immer genau eingehalten werden, zumal es vielfach die Direktionen sind, welche für die Einhaltung zuständig sind. Er attestiert der Verwaltung aber, dass sie sich immer bemüht, korrekt zu handeln.
Grundsätzlich werden Stellen immer ausgeschrieben, es sollte aber auch möglich sein, für Kaderpositionen den Berufungsweg zu wählen. Damit wird auch signalisiert, dass man als kantonale Angestellte auch Karrieremöglichkeiten hat. Wieso sollte man sonst Jahre lang beim Kanton arbeiten, ohne die Perspektive, einmal in eine Führungsposition aufsteigen zu können? Und wenn eine Person perfekt in eine Position passt, sollte man sie auf dem Berufungsweg anstellen können.
Generalsekretäre und -sekretärinnen sind nicht persönliche Mitarbeitende, aber doch Personen, die bei Abwesenheit des Direktionsvorstehers die Stellvertretung übernehmen müssen. Sie gewähren auch eine gewisse Kontinuität, wenn Regierungsmitglieder zurücktreten oder abgewählt werden. Dieses System hat sich bewährt. Der Direktion des Innern steht wie den übrigen Direktionen ein 100-Prozent-Pensum für die Funktion des Generalsekretärs zur Verfügung, es ist hier allerdings aufgeteilt in zwei 50-Prozent-Pensen. Die entsprechenden Wahlen hat der Regierungsrat vorgenommen, und die Verträge wurden von Regierungsrat abgesegnet. Für die Restpensen ist die Direktion zuständig.
Die Parteizugehörigkeit gehört zu den engeren persönlichen Gegebenheiten. Der Regierungsrat hat deshalb darauf Rücksicht genommen, dass nicht alle Generalsekretäre und -sekretärinnen ihre Parteizugehörigkeit öffentlich machen wollten. Diese Rücksichtnahme ist die Regierung den Kadermitarbeitenden geschuldet, und sie erfolgt auch im höheren Interesse des Datenschutzes. Aus dem gleichen Grund macht die Regierung auch keine Aussagen zur Entlöhnung der Restpensen. Es handelt sich um einen sehr engen Kreis von Personen, so dass Rückschlüsse auf den Lohn des Einzelnen möglich, also schützenswerte persönliche Daten betroffen wären.
Beim Kindes- und Erwachsenenschutz lief alles richtig ab. Welche Kosten anfielen, kann der Finanzdirektor aus dem Stand nicht sagen – wobei es auch falsch wäre, diese Kosten bekanntzugeben. Zwar wurde in der Interpellationsantwort eine Zahl genannt, der Finanzdirektor fragt sich im Nachgang aber, ob dies richtig war. Es ist nämlich ein privater Dritter, der einen Vertrag mit dem Kanton hat, und es fragt sich, ob solche Daten ohne Einverständnis des Vertragspartners publiziert werden dürfen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass das fragliche Inserat für Ärger gesorgt hat. Es tut ihr leid, wenn sie jemanden persönlich verletzt hat, und entschuldigt sich dafür. Es ist eine wichtige Frage in einem demokratischen Staat, wie politisch und wie transparent die Besetzung von hohen Kaderstellen in der Verwaltung sein darf bzw. sein muss. Welche Rolle spielen politische Grundüberzeugungen in der Zusammenarbeit innerhalb einer Verwaltung und im Zusammenspiel von Regierungsmitgliedern und ihren Generalsekretären? Bund und Kantone können nur gut regiert und verwaltet werden, wenn eine politische Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg möglich ist. Das bedeutet aber nicht, dass Kaderleute in der Verwaltung unpolitisch oder politisch neutral sein sollen oder müssen.

Sie sollten in jedem Fall lösungs- und konsensorientiert und gegenüber allen politischen Überzeugungen verständnisvoll sein, schliesslich müssen sie auch die politischen Entscheide der Gesamtregierung mittragen und gegenüber den Mitarbeitenden kommunizieren können. Eine solche Person, die überdies noch über hohe fachliche und menschliche Kompetenz verfügt, sucht die Direktorin des Innern für ihr Generalsekretariat. Das Anstellungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.
Aufgrund der ersten Reaktionen aus dem Kreis des Kantonsrats hat man gesehen, dass der fragliche Satz im Stelleninserat den Erfolg der Ausschreibung beeinträchtigt. Der Satz wurde deshalb im Februar umgehend entfernt, sowohl in der Ausschreibung im Internet wie auch im darauf folgenden Zeitungsinserat.
Zu den Kosten: Die Direktion des Innern hat einen Regierungsratsbeschluss aus dem Jahr 2004 übersehen. Sie ging davon aus, dass sie auch bei Stelleninseraten und Besetzungen von Vakanzen über eine finanzielle Kompetenz bis 50'000 Franken verfüge, wie sie seit 2012 generell bei externen Aufträgen gilt. Die ältere Spezialregelung im Personalbereich mit einer Kompetenz von 2000 Franken hat sie schlicht übersehen. Ziel war es, das Topkader auch gewissen Anforderungstests zu unterziehen und die Rekrutierung und Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber von einer professionellen und neutralen Stelle begleiten zu lassen. Das ist auch die Praxis bei vielen anderen Kantonen, Städten, Gemeinden und privaten Unternehmen, wenn es um die Besetzung von Stellen mit hoher Verantwortung geht.
Wo Menschen arbeiten, passieren auch Fehler. Dafür haben sich die Regierungsrätin und ihre Direktion umgehend bei der Finanzdirektion entschuldigt. Selbstverständlich wird die Direktion des Innern in Zukunft noch mehr bestrebt sein, keine Regierungsratsbeschlüsse zu übersehen, und sich weiterhin für eine gut funktionierende Verwaltung zugunsten der Zuger Bevölkerung einsetzen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Traktandum 16 kann aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

1067a Nächste Sitzung

Donnerstag, 1. Mai 2014 (Ganztagessitzung, Beginn um 07.45 Uhr)

Protokoll des Kantonsrats

72. Sitzung: Donnerstag, 1. Mai 2014 (Vormittag)
Zeit: 07.45 – 12.30 Uhr

Vorsitz
Kantonsratsvizepräsident Moritz Schmid, Walchwil

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1 Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 27. März 2014
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
4. Kommissionsbestellungen:
4.1. Änderung des Schulgesetzes, des Lehrpersonalgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen
4.2. Änderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz)
5. Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats

1068 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Beat Wyss, Oberägeri; Maja Dübendorfer Christen, Baar.

1069 Mitteilungen

Auf Wunsch des Regierungsrats macht der Vorsitzende folgende Mitteilung zum Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung des Konkordats vom 15. November 2007 über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Vorlage 2186): Am 22. September 2013 hat das Zuger Stimmvolk dem Beitritt zum revidierten Konkordat in der Fassung vom 2. Februar 2012 zugestimmt. Der Regierungsrat hat das Inkrafttreten für den Kanton Zug auf den 3. Mai 2014 festgesetzt. In der Zwischenzeit hat das Bundesgericht das revidierte Konkordat nach Beschwerden gegen den Beitritt der Kantone Luzern und Aargau geprüft. In seinem Entscheid vom 7. Januar 2014 hat es den Konkordatstext in Bezug auf die «ungültige Mindestdauer von Rayonverboten» sowie die «automatische Verdoppelung der Meldeauflage» angepasst. Die Konkordatskommission hat die angepasste Fassung des Konkordatstexts erhalten. In der Gesetzessammlung werden die bundesgerichtlichen Änderungen am Konkordatstext mit Fussnoten hervorgehoben.

Während der heutigen Sitzung sollen Bildaufnahmen für das Magazin «Falter» der Kantonsschule Zug gemacht werden. In der nächsten Ausgabe werden einige Lehrpersonen und ihre «speziellen Beschäftigungen» vorgestellt; eine der porträtierten

Personen ist Kantonsrätin Anna Bieri. Ausserdem will die «Neue Zuger Zeitung» heute im Rat Fotos machen. Gemäss § 31bis Abs. 2 der Geschäftsordnung bedürfen Bildaufnahmen der Bewilligung des Rats.

➔ Der Rat ist stillschweigend mit Bildaufnahmen während der heutigen Sitzung einverstanden.

Die heutige Sitzung ist eine Sondersession zur Totalrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrats. Da der Kantonsratspräsident die Anliegen des antragstellenden Kantonsratsbüros vertritt, hat er, gestützt auf § 8 und § 47 der Geschäftsordnung, die Sitzungsleitung für die ganze Kantonsratssitzung dem Kantonsratsvizepräsidenten abgegeben. Aus praktischen Überlegungen haben verschiedene Ratsmitglieder heute ausnahmsweise einen anderen Sitzplatz:
• Als Tagespräsident sitzt der Kantonsratsvizepräsident am Platz des Präsidenten.
• Der Kantonsratspräsident als Vertreter des Kantonsratsbüros nimmt Platz auf dem Stuhl des Vizepräsidenten.
• Die Präsidentin der vorberatenden Kommission sitzt in der vordersten Reihe ihrer Fraktion.
• Als Vertretung des Regierungsrats hält der Landammann an seinem gewohnten Platz die Stellung. Der Kantonsratspräsident hat am 4. März 2014 die übrigen Regierungsratsmitglieder von der Teilnahme an der heutigen Sitzung dispensiert.
• An einem separatem Pult neben den Stimmenzählern hat Alt-Landschreiber Tino Jorio, der Redaktor der Vorlage, Platz genommen. Der Vorsitzende wird ihm bei Bedarf ausnahmsweise das Wort erteilen. Dieses Vorgehen ist mit dem Büro des Kantonsrats, mit der Kommissionspräsidentin und mit dem Landschreiber abgesprochen.

TRAKTANDUM 1

1070 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

1071 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 27. März 2014

➔ Die Protokolle der Sitzung vom 27. März 2014 werden ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

1072 Traktandum 3.1: **Motion der FDP- und SVP-Fraktion betreffend Sicherung von Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons Zug vor wirtschaftlicher Schädigung durch Ausspähung vom 10. April 2014 (Vorlage 2380.1 - 14660)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1073 Traktandum 3.2: **Motion von Manfred Wenger betreffend ordentliche Zonenausscheidung der Naturschutzgebiete Zone A+B vom 11. April 2014 (Vorlage 2381.1 - 14662)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1074 Traktandum 3.3: **Motion von Karin Andenmatten-Helbling, Alois Gössi, Andreas Hürlimann, Thomas Lötscher und Thomas Wyss betreffend Unabhängigkeit von amtlichen VerteidigerInnen vom 17. April 2014 (Vorlage 2389.1 - 14664)**

➔ Überweisung an das Obergericht zu Bericht und Antrag.

1075 Traktandum 3.4: **Interpellation von Martin Stuber, Philip C. Brunner und Florian Weber betreffend Status Realisierung POLYCOM im Kanton Zug vom 10. April 2014 (Vorlage 2379.1 - 14659)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1076 Traktandum 3.5: **Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Klimaschutz: Bemühungen des Kantons Zug vom 14. April 2014 (Vorlage 2382.1 - 14663)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 4
Kommissionsbestellungen:

1077 Traktandum 4.1: **Änderung des Schulgesetzes, des Lehrpersonalgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2377.1/.2 - 14649/50).

➔ Überweisung an die Bildungskommission.

1078 Traktandum 4.2: **Änderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2378.1/.2 - 14653/54).

➔ Überweisung an die Bildungskommission.

TRAKTANDUM 5

1079 Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Büros des Kantonsrats (2251.1/.2 - 14341/42), der vorberatenden Kommission (2251.3/.4 - 14624/25) und der Staatswirtschaftskommission (2251.5/.6 - 14641/42).

Der **Vorsitzende** begrüsst Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz. Er stellt fest, dass Stimmenzähler Beat Sieber noch nicht eingetroffen ist. Die FDP-Fraktion schlägt vor, Renato Sperandio als Ersatz-Stimmenzähler bis zum Eintreffen von Beat Sieber zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Die vorberatende Kommission hat sich *sehr* lange und *sehr* intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt. Sie wurde sachkundig begleitet durch Alt-Landschreiber und Erlassredaktor Tino Jorio, der die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) samt Praxis wohl besser kennt als seine eigene Hosentasche. Mit Rat und Tat zur Seite standen der Kommission auch der amtierende Landschreiber Tobias Moser sowie die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann. Kantonsratspräsident Hubert Schuler vertrat die Vorlage des Büros und wohnte sämtlichen Kommissionssitzungen bei. Zu Beginn der Beratung präsentierte Landschreiber Beat Villiger die zentralen Anliegen der Regierung. Im Verlaufe der Beratung entwickelte die Kommission Ideen, verwarf diese zum Teil wieder, nahm Abklärungen vor und holte Stellungnahmen von kantonsrätlichen Kommissionen, der Regierung und der Gerichte ein.
Der letzte Versuch, die GO KR zu aktualisieren, scheiterte im Juni 2001 in der Schlussabstimmung. Um einem erneuten Scherbenhaufen entgegenzuwirken, stützte das Büro das Revisionsvorhaben breit ab. Dazu gehörte auch die Einsetzung einer vorberatenden Kommission, welcher der Kantonsrat zustimmte. Die Kommission schlägt nun vor, sich auch für die Beratung im Parlament Zeit zu nehmen und die Vorlage in zwei Lesungen zu beraten. Dies ist gemäss Gesetzgebung zwar nicht notwendig, hat aber folgende Vorteile:
• Die Vorlage ist umfangreich und komplex. Es lohnt sich, dafür Zeit zu investieren. Das Vorhaben, die GO KR mit Beginn der neuen Legislatur, also per 18. Dezember 2014, in Kraft zu setzen, ist dadurch nicht gefährdet.
• Die Redaktionskommission erhält Zeit, die Vorlage zu prüfen und kann ihre Anpassungen auf die zweite Lesung hin einfliessen lassen.
• In der heutigen Beratung wird die Grundlage für die elektronische Abstimmungsanlage geschaffen. Bis zur zweiten Lesung kann das betreffende Reglement ausgearbeitet werden, so dass der Rat in Kenntnis dieses Dokuments den definitiven Beschluss über die gesetzliche Grundlage zur Abstimmungsanlage fassen kann.
Die Kommission macht beliebt, die Abstimmung über eine zweite Lesung unmittelbar nach dem Eintretensbeschluss vorzunehmen. Damit wird eine klare Ausgangslage für die heutige Beratung geschaffen.
Das Eintreten auf die Vorlage des Ratsbüros war in der Kommission unbestritten und wurde nach wenigen Wortmeldungen mit 12 zu 0 Stimmen bei keiner Enthaltung beschlossen. Dem Ratsbüro wurde zugestimmt, dass eine Revision an die Hand genommen werden *müsse* und dass die Ziele angemessen gesetzt worden sei. Die Revisionsziele sind:

• Nachführung der umfangreichen, ungeschriebenen Praxis;
• Präzisierung und Vereinfachung der zahlreichen, komplexen Verfahrensabläufe;
• Schaffung eines einfach lesbaren Nachschlagwerks für den Alltag.

Es handelt sich bei der neuen GO nicht um ein revolutionäres Werk. Der Ratsbetrieb wird nicht auf den Kopf gestellt, sondern das Bestehende wird den heutigen Gegebenheiten angepasst, in manchen Punkten modernisiert und vereinfacht. Von allen Beteiligten – den Kommissionsmitgliedern, dem Kantonsratspräsidenten wie auch den Mitgliedern des Büros – war jederzeit der Wille spürbar, die Revision der GO KR diesmal über die Zielgerade zu bringen. Dies erwähnt die Votantin, damit der Rat ebenso wie alle an der Vorbereitung Beteiligten konstruktiv nach Lösungen sucht, um der Vorlage in der Schlussabstimmung zustimmen zu können.

In der Detailberatung wird die Votantin zu verschiedenen Themenbereichen vertiefende Ausführungen machen. Im jetzigen Zeitpunkt hebt sie jene Punkte hervor, welche die Kommission angepasst hat:

• Oberaufsicht: Mit der Regelung der Oberaufsicht hat sich die Kommission an mehreren Sitzungen auseinandergesetzt. In der Kantonsverfassung ist die Oberaufsicht in § 41 Abs. 1 Bst. c und d verankert. Gemäss dieser Regelung hat der Kantonsrat «die Oberaufsicht über die Behörden sowie über die Erhaltung und Vollziehung der Verfassung und der Gesetze» (Bst. c) sowie «die Oberaufsicht über den Staatshaushalt» (Bst. d). Um dieser anspruchsvollen aufsichtsrechtlichen Tätigkeit nachzukommen, delegiert der Kantonsrat die Ausübung der Oberaufsicht an zwei kantonsrätliche Kommissionen, nämlich die Staatswirtschaftskommission und die Justizprüfungskommission. Die Details zur Regelung der Oberaufsichtstätigkeit findet man in § 18 und § 19 der GO KR. Diese sind denn auch analog aufgebaut. Die vorberatende Kommission war sich einig, dass die Rechte dieser beiden Kommissionen in Bezug auf ihre Oberaufsichtstätigkeit gestärkt werden müssen. Zudem hat sie einen Kantonsratsbeschluss, der einen Teilaspekt der Oberaufsicht betrifft – jenen der Oberaufsichtsbeschwerden – in die GO KR integriert.

• Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der Stawiko und der JPK: Die vorberatende Kommission macht beliebt, die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der Stawiko und der JPK nicht zu verschärfen, sondern wie bis anhin zu belassen. Dass in Zukunft leitende Angestellte von Anstalten des Kantons und von Aktiengesellschaften, bei denen der Kanton die Mehrheit hat, in diesen beiden wichtigen Kommissionen nicht mehr mitwirken dürfen, geht der Kommission zu weit. Tatsächlich kann eine Mitgliedschaft in einer dieser Kommissionen aus den oben erwähnten Gründen zu Interessenskonflikten führen, dann nämlich, wenn das Mitglied – salopp formuliert – sich selber beaufsichtigt. Dieser Fall tritt jedoch nur selten ein und kann mittels einer streng formulierten Ausstandsregelung fokussiert aufgefangen werden.

• Ständige Kommissionen: Die Kommission hält an den ständigen Kommissionen fest. Sie hat Möglichkeiten geprüft, deren Zahl zu straffen, ist jedoch davon abgekommen. Die Redaktion der Gesetzestexte soll weiterhin durch eine parlamentarische Kommission erfolgen.

• Interpellationsrecht: Am Interpellationsrecht hält die vorberatende Kommission fest. Anstelle der mündlichen Beantwortung von Interpellationen beantragt sie die Einführung eines schriftlichen Expressverfahrens. Damit entfällt das Verlesen von Interpellationsantworten, und gleichzeitig wird dem Wunsch der Regierung Rechnung getragen, Interpellationen rasch beantworten zu können.

• Rechtsform der GO KR: An ihrer letzten Sitzung prüfte die Kommission, ob für die GO KR anstelle eines einfachen Kantonsratsbeschlusses die Form eines Gesetzes gewählt werden sollte. Nach dem Abwägen der Vor- und Nachteile der beiden Erlassformen – mehr dazu findet man im Kommissionsbericht auf Seite 3 und 4 –

beschloss die Kommission, am Kantonsratsbeschluss festzuhalten. Es wurde kein Antrag auf Umschreibung in ein Gesetz gestellt.
• Kommissionsmotion: Auf Seite 49 des Kommissionsberichts kündet die Kommission die Einreichung einer Kommissionsmotion an. Mit dieser soll geprüft werden, ob der Kantonsrat in dem Sinne gestärkt werden soll, dass er im Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats und der Gerichte bei schweren Missständen verbindliche Anweisungen geben darf. Da dieses Thema erst diskutiert werden sollte, wenn die GO KR durch den Kantonsrat – zumindest in erster Lesung – beraten ist, wird die Motion bewusst zu einem späteren Zeitpunkt eingereicht.
Die vorberatende Kommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und den Anträgen der Kommission zu folgen. Die CVP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten und unterstützt den Antrag auf zwei Lesungen.

Hanni Schriber Neiger: Für die AGF soll die revidierte Geschäftsordnung Klarheit schaffen und möglichst keine Interpretationsmöglichkeiten mehr offen lassen. Sie möchte, dass über Sachgeschäfte und nicht über unklare Verfahrensabläufe diskutiert wird. Sie setzt sich für klare Regeln ein, welche die individuellen Rechte eines jeden einzelnen Mitglieds des Kantonsrats stärkt. Die AGF möchte keine leichtfertigen Redeverbote oder Nichtüberweisungen durch Ratsmehrheiten. Lebendige Demokratie heisst, dass sich alle aktiv einbringen können und ihre Argumente gehört und geprüft werden.
Wichtig sind der AGF die folgenden Paragrafen:
• § 8 «Aufgaben des Präsidenten/der Präsidentin»: Den Satz «Vorbehalten bleiben davon abweichende Beschlüsse des Kantonsrats» findet die AGF sehr bedenklich. Sie hegt grosse Befürchtungen, dass alles vorher Beschlossene vom Kantonsrat wieder rückgängig gemacht werden kann. Die AGF möchte diesen Satz streichen.
•§ 20^{bis}: Auch wenn die Kommissionen in der revidierten GO gestärkt werden, stellt die AGF den Antrag, die Konkordatskommission zu streichen. Nach Ansicht der AGF können die entsprechenden Geschäfte in Zukunft an eine beständige Kommission, die nun neu jede Direktion haben wird, überwiesen werden.
• § 44 «Verfahren bei Motionen und Postulaten»: Die AGF bittet den Rat, dem Antrag des Büros zuzustimmen, der besagt: «Der Kantonsrat kann mit zwei Dritteln der Stimmenden den Vorstoss von vorneherein ablehnen.» In einem demokratischen System sollen Motionen und Postulate, die Beratungsgegenstände darstellen, auch tatsächlich beraten werden können. Alles andere schränkt die Rechte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern ein, da bei einer Nichtüberweisung keine inhaltliche Debatte geführt werden darf.
Positiv findet die AGF, dass Stawiko und JPK gestärkt werden. Auch die Aufhebung der mündlichen Interpellationsbeantwortungen findet sie gut. Den Antrag der Kommission, eine Express-Interpellation einzuführen, lehnt die AGF aber grossmehrheitlich ab. Zu weiteren Paragraphen wird sie noch Anträge stellen.
Die AGF ist für Eintreten. Sie dankt der Kommissionspräsidentin, Alt-Landschreiber Tino Jorio und dem Büro für die grosse Arbeit.

Eusebius Spescha als Sprecher der SP-Fraktion: Eine Geschäftsordnung ist ein notwendiges Übel. Es braucht sie, weil darin die Spielregeln festgelegt werden, nach denen der Rat funktionieren will und soll. Gleichzeitig aber macht die Beschäftigung mit dieser eher trockenen Materie nur mässig Spass. Aber hie und da muss es halt sein, dass der Rat sich damit beschäftigt. Betrachtet man die aktuelle und in die Jahre gekommene GO, ist es vermutlich unbestritten, dass es notwendig ist, diese weiterzuentwickeln und die Vielzahl von interpretativen Bürobeschlüssen zu klaren und verbindlichen Regeln zu machen. Es ist zudem ein Glücksfall, dass

Alt-Landschreiber Tino Jorio Zeit und offenbar auch Lust hatte, seine Kompetenz und langjährige Erfahrung zur Verfügung zu stellen.
Das Büro hat sich sinnvollerweise dafür entschieden, nicht eine vollständige Neufassung zu machen, sondern die neue GO aus der alten heraus zu entwickeln. Es hat einen guten Entwurf vorgelegt. Die vorberatende Kommission hat in intensiven Beratungen das Meiste bestätigen können; in einigen Punkten schlägt sie Präzisierungen vor, welche vom Büro zumeist übernommen werden. Materiell bedeutsam ist aus Sicht der SP vor allem der Vorschlag der Kommission, die Zuständigkeiten des Rats im Bereich der Aufsicht bzw. Oberaufsicht über Regierung, Verwaltung und Gerichte klarer zu fassen.
Die SP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten. Sie wird in der Detailberatung – so weit notwendig – jeweils bekanntgeben, wie sie sich bei den Differenzen zwischen den Vorschlägen des Büros und der Kommission entscheidet. Zudem wird sie in der Detailberatung die folgenden zwei Anträge stellen:
• § 15: Es soll ein Register der Interessenbindungen des Kantonsrats geschaffen werden.
• § 20: Die Konkordatskommission soll in Zukunft fünfzehn Mitglieder haben wie – so der Vorschlag der Kommission – alle anderen Kommissionen.
Die SP-Fraktion dankt der Kommissionspräsidentin Silvia Thalmann und dem Gesetzesredaktor Tino Jorio für die vorzügliche Arbeit. Beide haben keinen Aufwand gescheut, um zu guten und möglichst breit abgestützten Lösungen zu kommen.

Manuel Brandenberg dankt namens der SVP-Fraktion dem Erlassredaktor Tino Jorio, der Kommissionspräsidentin Silvia Thalmann und der ganzen vorberatenden Kommission für ihre grosse Arbeit. Die SVP-Fraktion steht der neuen GO KR aber skeptisch gegenüber und ist zum Schluss gekommen, nicht auf diese Vorlage einzutreten. Grund dafür ist zum einen es das Argument der Verrechtlichung. Mit der neuen GO hat der Kantonsrat statt siebzig neu rund neunzig Paragrafen. Eine Verrechtlichung führt nicht immer zu mehr Rechtssicherheit, sondern kann auch zu mehr Abklärungsbedarf führen. Heute kann der Präsident in einem Zweifelsfall das Vorgehen festlegen; in Zukunft wird er vielleicht nochmals die GO konsultieren und sich beraten lassen müssen, was zu Stockungen führen und die Qualität der Debatte vermindern kann – und am Schluss sogar zu Beschwerden führt, weil die nun sehr detaillierten Regelungen der neuen GO vielleicht in einem kleinen Bereich verletzt wurden. Auch werden die Minderheiten durch die neue GO geschwächt. So müssen die Kommissionsminderheiten in Zukunft grösser sein, womit es schwieriger wird, einen Minderheitsbericht zu verfassen. Zudem sollen Quoren erniedrigt werden, so dass es leichter sein wird, die Überweisung einer Motion oder eines Postulats zu verhindern. Die Diskussion im Parlament soll nicht abgeklemmt werden; das ist besser für alle – für die Sieger *und* die Verlierer.
Der Votant will nicht behaupten, dass mit der neuen GO ein CVP-Gottesdienst gefeiert wird, aber die SVP-Fraktion ist doch sehr skeptisch. Sie stellt deshalb den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten und bei der bewährten, seit mehreren Jahrzehnten in gefestigter Praxis angewendeten und Rechtssicherheit garantierenden GO zu bleiben. Der Kantonsrat sollte darauf verzichten, sich auf etwas Neues einzulassen, von dem keineswegs klar ist, ob es besser ist. Im Zweifelsfall – das ist eine Grundüberzeugung der SVP – sollte man nicht das Neue unbesehen als das Bessere ansehen, sondern in gut konservativer Manier am Bewährten festhalten.

Irène Castell-Bachmann teilt mit, dass die FDP-Fraktion vorbehaltlos auf die Vorlage eintritt und mit zwei Lesungen einverstanden ist. Die FDP wird in den meisten Fällen den Anträgen der vorberatenden Kommission grossmehrheitlich zustimmen.

Eine Ausnahme ist der Bereich elektronische Abstimmungen. Die FDP wird beantragen, die entsprechenden Bestimmungen zurückzustellen und darüber erst in der zweiten Lesung, wenn dazu Genaueres bekannt sein wird, zu entscheiden.
Auch die FDP-Fraktion dankt der Kommissionspräsidentin und Alt-Landschreiber Tino Jorio für ihre ausgezeichnete Arbeit.

Mittlerweile ist Stimmenzähler Beat Sieber im Ratssaal eingetroffen und hat seinen Platz eingenommen. Der **Vorsitzende** hält fest, dass Stellvertreter Renato Sperandio fehlerlos gearbeitet und sein Talent unter Beweis gestellt hat, und dankt ihm dafür.

Daniel Stadlin weist darauf hin, dass die zur Beratung stehende Vorlage 14 Millimeter dick und 840 Gramm schwer ist, und dass für ihre Behandlung eine ganztägige Sondersitzung angesetzt wurde. Keine Frage: Die GO KR ist ein ganz wichtiges Geschäft. Der Stadttunnel bringt es lediglich auf 8 Millimeter und 400 Gramm, wobei fairerweise festgehalten werden muss, dass der Bericht der Stawiko zum Zeitpunkt der Messung noch ausstand. Aber auch wenn dieser sehr umfangreich ausfallen sollte, wird der Stadttunnel der GO KR nie das Wasser reichen können. Sie ist bereits jetzt der unangefochtene Vorlagen-*Champion* dieser Legislatur.
Die GLP ist für Eintreten und wird in der Detailberatung keine eigenen Anträge stellen – obwohl ihr bewusst ist, dass sie genau dies tun müsste. Denn die neue GO stärkt die grossen Parteien und schwächt die kleinen. Trotzdem hat die GLP bei den realen Machtverhältnissen im Kantonsrat keine Lust, in der Detailberatung chancenlose Anträge zu stellen. Sie wird also – was vielleicht von ihr erwartet werden könnte – auch keinen Antrag auf eine kleinere Mindestgrösse zur Bildung einer Fraktion stellen. Trotzdem beurteilt die GLP die neue GO insgesamt als akzeptables Regelwerk und das geplante Lexikon als sinnvolle Ergänzung. Sie dankt dem Kantonsratsbüro und der vorberatenden Kommission für die geleistete Arbeit.

Philip C. Brunner ist etwas schockiert, dass die einzigen Ratsmitglieder, die keine Fraktion bilden, sich nicht kritisch zur neuen GO äussern. Es wäre genau deren Aufgabe, Stachel im Fleisch zu sein. Die SVP übernimmt diese Rolle, weil sie bzw. einzelne ihrer Mitglieder sich erinnern, was es bedeutet, zu dritt, viert oder fünft im Kantonsrat zu sitzen. Der Votant findet es auch speziell, dass wenige Monate vor den Wahlen, die wegen des neuen Wahlsystems wohl zu Veränderungen führen werden, der Kantonsrat noch schnell die Minderheiten hinunterdrückt; es ist beispielsweise nicht einzusehen, wieso es in einer Kommission einer Einzelperson nicht ermöglicht werden soll, einen Minderheitsbericht abgeben zu können. Auch die Linken geben sich total handzahm, trotz 1. Mai. Ihre Väter und die Suffragetten drehen sich vermutlich im Grab um; wenn sie nämlich so gehandelt hätten wie die heutigen Linken, wären sie nicht sehr weit gekommen. Der Votant fordert die Linke auf, ein bisschen rebellisch und radikal zu sein – was man von den Mitteparteien natürlich nicht erwarten kann. Diese haben sich im Lehnstuhl zurückgelehnt und spielen jetzt ihre Macht aus.
Der Votant schätzt den Erlassredaktor Tino Jorio als Menschen und als Juristen sehr. Selbstverständlich hat Tino Jorio das Recht, einen Auftrag, den man ihm erteilt, anzunehmen und auszuführen. Was aber geht hier vor? Welche Kosten sind durch diesen Auftrag entstanden, obwohl es einen Landschreiber und eine stellvertretende Landschreiberin gibt? Und wer kontrolliert diese Kosten? Ist es die Stawiko oder das Büro? Man darf sich gar nicht vorstellen, wieviel diese Beratung gekostet hat. Und eigentlich sollte der Kantonsrat mit dem Sparen ja bei sich selbst beginnen.

Andreas Hausheer versteht nicht genau, was im Moment abläuft, und bittet den Kantonsratspräsidenten um Auskunft darüber, wer wem welche Aufträge erteilt hat. Es ist nicht sehr glücklich, niederschwellig irgendjemandem etwas zu unterschieben, wenn man nichts Genaueres weiss.

Stefan Gislers Vater lebt noch und kann sich nicht im Grab umdrehen. Der Aussage der SVP, es sei aus demokratischer Sicht bedenklich, dass Ratsminderheiten eingeschränkt würden, kann der Votant aber zustimmen: Leider gehen die Anträge der Kommission in diese Richtung, diejenigen des Büros hingegen grundsätzlich nicht, weshalb die AGF in den meisten Fällen eher den Anträgen des Büros folgen wird. Beispiele sind der schon erwähnte Minderheitsbericht sowie der Vorschlag der Kommission, dass Postulate und Motionen mit einfachem Mehr abgeschmettert werden können und nicht mit zwei Dritteln, wie das Büro vorschlägt.
Philip C. Brunner hat die Linken zu mehr Rebellion aufgefordert. Die Linken sind aber auch – und primär – Demokraten. Sie werden deshalb eintreten und über die Vorlage debattieren. Wenn sie am Ende der Beratung zum Schluss kommen, die Minderheiten würden zu stark eingeschränkt, haben sie das demokratische Recht, die Vorlage abzulehnen. Sie schütten das Kind aber nicht gleich mit dem Bad aus und bitten die SVP, Vernunft walten zu lassen und mitzuberaten. Auch die GLP ist eingeladen, als kleine Minderheit den einen oder anderen Antrag zu stellen, damit die Vorlage ausgewogen daherkommt und der Rat künftig keine Debatten über Verfahrensfragen mehr führen muss. Solche Debatten haben in den letzten Monaten oft zu Unstimmigkeiten und dazu geführt, dass nicht mehr über Inhalte gesprochen wurde. Die Revision der GO ist die Chance, sich künftig auf Inhalte konzentrieren zu können.

Eusebius Spescha ist etwas erstaunt über die Voten aus dem Kreis der SVP. Es geht hier um ein simples Sachgeschäft, über das der Rat ohne grosse Emotionen debattieren sollte. Büro und Kommission haben sehr konstruktiv gearbeitet, und da ist doch etwas erstaunlich, dass nun einige heikle Punkte, zu denen man tatsächlich unterschiedliche Meinungen haben kann, so aufgeblasen werden, als ob die Demokratie abgeschafft werden sollte. Der Rat soll über diese Punkte diskutieren und einen demokratischen Beschluss fassen – wobei der Votant als Vertreter einer Minderheitspartei natürlich hofft, dass er nicht immer in der Minderheit bleibt, sondern auch die Minderheiten einen gewissen Schutz erhalten. Zumeist geht es heute aber um sehr sachliche und relativ trockene Verfahrensfragen, bei denen der Rat einen guten Konsens finden kann.

Manuel Brandenberg hält fest, dass die SVP selbstverständlich mitdebattieren und auch Anträge stellen wird, wenn der Rat beschliesst einzutreten. Die SVP wird auch den Antrag auf eine zweite Lesung unterstützen. Sie findet es richtig, mit einem gewissen zeitlichen Abstand nochmals über die Vorlage nachdenken zu können.

Landammann **Beat Villiger** weist darauf hin, dass der Regierungsrat sich zu diesem Geschäft zurückhaltend und nur bezüglich einzelner Punkten geäussert hat. Seine Vorschläge wurden von der Kommission unverändert übernommen. Sollten sie heute im Detail diskutiert werden, wird sich der Landammann im Sinne der regierungsrätlichen Meinung dazu äussern. Der Landammann dankt der Kommission und Alt-Landschreiber Tino Jorio für die grosse Arbeit und empfiehlt namens des Regierungsrats, auf die Vorlage einzutreten.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** spricht als Vertreter des antragstellenden Büros des Kantonsrats: Der Kantonsrat führt heute eine aussergewöhnliche Debatte zu einem Geschäft, welches für die Organisation des Kantonsrats relevant ist. Selbstverständlich sind die Auswirkungen auch politisch wichtig. Der Votant dankt dem Büro für die konstruktive und grosse Arbeit. Die vorberatende Kommission ergänzte mit wichtigen Überlegungen, so dass gute Präzisierungen möglich waren. Ganz besonders dankt der Votant Alt-Landschreiber Tino Jorio, ohne den diese Arbeit nicht so speditiv und in so hoher Qualität hätte geleistet werden können. Ein weiterer Dank gebührt der Staatskanzlei und Landschreiber Tobias Moser für die Koordination, die Logistik und den nötigen Informationsaustausch.
Wie man der Synopse entnehmen kann, sind nicht viele Paragrafen umstritten. Dass während der heutigen Debatte noch weitere Punkte vertieft diskutiert werden, liegt in der Sache des Geschäfts. Mit der Geschäftsübernahme durch das Büro wurde auch die Verantwortung von der Regierung ans Büro übertragen. Drei Ziele standen bei der Erarbeitung des Antrags im Zentrum:
• Nachführen der ungeschriebenen Praxis;
• Präzisierungen und Vereinfachen der Verfahrensabläufe;
• Lesbares Nachschlagewerk für den Alltag.
Die Nachführungen waren unbestritten und bringen nichts Neues. Sie wurden in die vorhandenen Strukturen eingebaut. Zusätzlich war es aber der Wunsch der Regierung und des Büros, dass eine sanfte Reform durchgeführt werde. Diese sollte sich jedoch auf ein Minimum beschränken und nur ungeklärte bzw. veraltete Punkte betreffen. Solche Themen sind:
• Aufwertung des Büros;
• elektronische Abstimmungen ermöglichen;
• Umgang mit besonders schützenswerten Daten im Parlamentsbetrieb;
• Verschärfung der Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der Stawiko und JPK für Mitarbeitende des Kantons, von Anstalten des Kantons und Aktiengesellschaften mit einer Mehrheit des Kantons;
• Stärkung der Stellung der Stawiko und JPK;
• nachträgliche Änderung der Ergebnisse der Schlussabstimmung in den Kommissionen;
• Benützung elektronischer Geräte im Kantonsratssaal durch die Ratsmitglieder;
• neuer Paragraf für die akkreditierten Medien;
• keine mündlichen Antworten auf Interpellationen;
• detailliertere Regelung der Ausscheidung von Anträgen ohne unmittelbaren Zusammenhang mit dem Beratungsgegenstand;
• Präzisierungen bei der Teilung der Abstimmungsfragen;
Für einen einfachen Kantonsratsbeschluss wäre nur eine Lesung nötig. Das Büro und die vorberatende Kommission sind aber der Meinung, dass dem ganzen Parlament genügend Zeit zur Verfügung gestellt werden soll, sich mit der umfangreichen Materie zu beschäftigen. In der Zeit zwischen erster und zweiter Lesung können die Auswirkungen der beschlossenen Punkte nochmals genauer analysiert werden, so dass das neue Werk erneut achtzig oder mehr Jahre lang gültig sein kann.
Für die mehrheitlich wohlwollende Aufnahme des Geschäfts dankt der Kantonsratspräsident herzlich. Auch dies ist ein Zeichen für die qualitativ gute Arbeit aller Mitwirkenden, bei der parteipolitische Ideologien keine oder fast keine Rolle spielten. Allen Ratsmitgliedern dankt der Votant für den speziellen Effort, den sie leisten. Er erhielt vor einer Kantonsratssitzung noch nie so viele E-Mails und Telefonanrufe wie in den letzten Tagen. Es war und ist allen sehr wohl bewusst, dass ein solch umfassendes Geschäft Zeit braucht – Zeit, die es sich zu nehmen lohnt.

Den Auftrag an Tino Jorio erteilte einerseits der Regierungsrat, andererseits das Büro des Kantonsrats, dies mit Beschluss vom 31. März 2011; es ist daran zu erinnern, dass auch die SVP im Büro des Kantonsrats vertreten ist. Der Kantonsratspräsident bittet im Namen des Büros, auf die Vorlage einzutreten und die detaillierte Beratung durchzuführen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 55 zu 16 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

Abstimmung über eine zweite Lesung

Der **Vorsitzende** hält fest, dass einfache Kantonsratsbeschlüsse grundsätzlich in einer einzigen Lesung behandelt werden. Gestützt auf § 55 Abs. 4 der Geschäftsordnung stellt die vorberatende Kommission den Antrag, diese Vorlage einer zweiten Lesung zu unterziehen. Dieser Antrag wird vorab zur Beratung und Abstimmung gebracht. Das ist parlamentsrechtlich zulässig und hat den Vorteil, dass alle Beteiligten sich bei ihren Anträgen auf diesen Beschluss einstellen können.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag, die Vorlage einer zweiten Lesung zu unterziehen, stillschweigend zu.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Der **Vorsitzende** hält einleitend Folgendes fest: Wo sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission den Anträgen des Kantonsratsbüros anschliessen, gilt dessen Antrag als stillschweigend genehmigt, wenn niemand einen anderslautenden Antrag stellt. Der jeweils volle Wortlaut des Antrags des Büros findet sich in der Vorlage 2251.2 - 14342 vom 1. Mai 2013. Dieser Antrag ist rechtlich das entscheidende Dokument. Die vierteilige Synopse (Vorlage 2251.6 - 14642) dient nur als Arbeitsinstrument.

In der Detailberatung kommen die folgenden Paragrafen zur Sprache:

§ 2

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Bisher wurde die konstituierende Sitzung jeweils durch das älteste Mitglied präsidiert. Daran soll nach Meinung der vorberatenden Kommission festgehalten werden. Es ist ein Zeichen von Respekt gegenüber dem Alter, dass jenes Parlamentsmitglied die Sitzung leitet und Worte an das Parlament richtet, welches über die grösste Lebenserfahrung verfügt. Das Führen der Sitzung bedarf keiner Parlamentserfahrung, da keine Beratungen erfolgen. Der Ablauf der konstituierenden Sitzung ist straff und klar geregelt. Die Kommission beschloss ihren Antrag mit 10 zu 2 Stimmen.

Christoph Bruckbach: Die SP-Fraktion folgt dem Antrag des Büros. Die Formulierung in der geltenden GO bzw. im Antrag der Kommission lässt die Möglichkeit offen, dass ein neu zum Rat stossendes Ratsmitglied bereits in seiner ersten Sit-

zung die Leitung des Ratsbetriebs bis zur Konstituierung übernehmen soll. Rückblickend auf seine eigene Erfahrung mit dieser Situation bittet der Votant den Rat, die Formulierung des Büros zu unterstützen.

Thomas Wyss: Die SVP-Fraktion spricht sich hier ebenfalls für die Variante des Büros aus. Es ist sinnvoll, dass – *just in case* – jemand mit entsprechender Erfahrung die Sitzung bis zur Konstituierung leitet.

Eugen Meienberg darf auf die Erfahrung von vier konstituierenden Sitzungen zurückblicken, spricht aber ohne jegliche persönliche Ambitionen: Vier Amtsperioden sind für ihn genug. Der Votant weiss auch nicht, ob er für das Alterspräsidium überhaupt in Frage käme; in letzter Zeit kam er sich bei gewissen Geschäften und Voten allerdings ziemlich alt vor.
Die CVP-Fraktion unterstützt mehrheitlich den Antrag des Büros. Auch wenn die Konstituierung nach einem genau vorgeschriebenen Modus durchgeführt wird, ist sie doch ein sehr wichtiger Akt, der eine souveräne Leitung verdient. Dies dürfte mit einem Kantonsratsmitglied, das schon einige Amtsperioden im Amt ist, besser gewährleistet sein als mit einem allenfalls nicht mehr ganz jungen Ratsmitglied, welches unter Umständen erstmals gewählt wurde. Zudem kann die Sitzungsleitung auch eine Anerkennung für ein langjähriges Kantonsratsmitglied sein. Auch wenn die vorliegende Frage nicht zu den entscheidenden in der heutigen Debatte gehört, ist es wichtig, die Leitung des provisorischen Büros so zu regeln, dass die Konstituierung gut geleitet wird, sollte es bei diesem Akt zu ungewohnten Voten oder überraschenden Wahlvorschlägen kommen.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** teilt mit, dass das Büro den Antrag der Kommission nochmals beraten hat, aber an seiner eigenen Fassung festhält. Die parlamentarische Erfahrung ist für die Leitung der konstituierenden Sitzung wichtig. Wer erstmals gewählt wird und gleich das Tagespräsidium übernehmen muss, könnte überfordert sein. Es ist auch üblich, dass der Tagespräsident eine kurze Ansprache hält. Das sollte jemand sein, der politische und parlamentarische Erfahrung hat. In diesem Sinn bittet der Votant, den Antrag des Büros zu unterstützen.

➔ Der Rat genehmigt mit 63 zu 9 Stimmen den Antrag des Büros.

§ 4 Abs. 2

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Die vorberatende Kommission hat ihren Antrag mit 11 zu 0 Stimmen beschlossen. Mit der Formulierung der Kommission wird sichergestellt, dass bei der Besetzung des Vizepräsidiums und des Präsidiums die Fraktionsgrösse angemessen berücksichtigt wird. Beide Ämter werden jeweils für zwei Jahre besetzt, das Parlament nimmt die Wahl pro Legislatur in der Regel also zweimal vor. Ein vollständiger Turnus über alle Fraktionen erstreckt sich somit über mehrere Legislaturen, wobei die Zusammensetzung des Wahlgremiums natürlich nicht konstant ist: Sowohl die Mitglieder wie auch die Fraktionsgrössen ändern.
Die Wahl der beiden Amtsinhaber erfolgt abschliessend durch den Kantonsrat. Dies war für die vorberatende Kommission unbestritten. Es war ihr deshalb aber auch wichtig, dass mit der Formulierung von Abs. 2 kein Rechtsanspruch geschaffen wird, der nicht eingehalten werden kann oder zu langwierigen Rechtsstreitigkeiten führt. Die Kommission ist aber klar der Meinung, dass die *bisherige* Usanz festgeschrieben werden soll. Das heisst: Die Parteigrösse wird beim Turnus ange-

messen berücksichtigt. Grössere Fraktionen sind häufiger an der Reihe als kleine. Deshalb legt die Kommission Wert auf die Formulierungen «Jede Fraktion wird abhängig von ihrer Stärke …». Um einen Spielraum zu schaffen, fügte sie ergänzend den Begriff «angemessen» ein. Ohne diesen Begriff wäre die Regelung zu starr. Mit Hilfe dieses Begriffs aber wird ein Ermessensspielraum geschaffen, der durchaus zu Gunsten von kleineren Parteien genutzt werden kann.
Die CVP-Fraktion unterstützt in dieser Frage den Antrag der Kommission.

Martin Stuber hält im Nachklang zur Eintretensdebatte fest, dass es im Kantonsrat *nur* Minderheitsparteien und keine Mehrheitspartei gibt. Das ist gut so. Es kommt nie gut, wenn es in einem Land über längere Zeit hinweg eine Mehrheitspartei gibt.
Bei § 4 Abs. 2 unterstützt die AGF geschlossen die modifizierte Version des Büros, welche eine einfache und eindeutige Regelung darstellt und keinen Platz für politische Querelen und Ränkespiele gibt. Es ist genau der von Silvia Thalmann erwähnte Ermessensspielraum, der Hinterzimmerabmachungen etc. ermöglicht, welche die AGF nicht möchte. Ein weiterer Punkt ist die politische Vielfältigkeit des Rats, welche Ausdruck einer lebendigen Demokratie ist und sich auch im Präsidium und Vizepräsidium zeigen soll. Die AGF möchte deshalb davon absehen, sich hier auf die Stärke einer Fraktion abzustützen. Der Votant geht davon aus, dass GLP, SVP und SP die AGF unterstützen und ist gespannt, wie die zwei Mitteparteien stimmen.

Markus Jans: Bisher war der Kantonsrat bei der Wahl des Ratspräsidiums grundsätzlich frei. Die bisherige Lösung hat aber immer wieder zu Schwierigkeiten geführt, besonders deshalb, weil nur eine informelle und keine formelle Regelung bestand. Das führte dazu, dass Martin Pfister im Mai 2008 für die CVP ein Papier verfasste, wie die künftige Regelung aussehen könnte. Die CVP legte dieses Papier dann dem Büro vor, doch auch dieses Papier führte zu neuen Unklarheiten. Nun schlägt das Büro eine pragmatische Lösung vor, die alle Fraktionen unabhängig von ihrer Stärke für das Kantonsratspräsidium berücksichtigt. In seinem Eintretensvotum wies Philip C. Brunner bereits darauf hin, dass in einem Konkordatssystem auch Minderheiten für das Präsidium berücksichtigt werden sollen. Die SP-Fraktion schlägt deshalb vor, den revidierten Vorschlag des Büros zu unterstützen: «Jede Fraktion wird unabhängig von ihrer Stärke periodisch bei der Wahl des Präsidiums oder Vizepräsidiums berücksichtigt.» Die SP will hier ausdrücklich keinen Spielraum schaffen, um für die Zukunft diesbezügliche Diskussionen zu verhindern; insbesondere scheint ihr der Begriff «angemessen» im Vorschlag der vorberatenden Kommission ungeeignet.

Heini Schmid: Die Meinung von Martin Stuber, die Lösung des Büros öffne keinen Interpretationsspielraum, ist nicht ganz richtig. Fraktionen können kommen und gehen, und spätestens wenn eine neue Fraktion kommt, stellt sich die Frage, wie diese berücksichtigt und wo sie eingereiht werden soll. Auch hier ergibt sich also ein Interpretationsspielraum. Die Erfahrung des Votanten in dieser Frage hat gezeigt, dass Lösungen, die nicht von der Ratsmehrheit getragen wurden, immer zu Problemen führten. Als die Regelung galt, das Ratspräsidium unabhängig von der Fraktionsstärke zu besetzen, fühlte sich die Mehrheit unterrepräsentiert und negierte den Anspruch der SP-Fraktion, was zu einem Gerangel um das Kantonsratspräsidium und -vizepräsidium führte. Es macht also keinen Sinn, in der GO eine – letztlich unverbindliche – Regelung festzuhalten, die dann doch nicht durchgesetzt werden kann, da ja die Ratsmehrheit jeweils den Präsidenten und Vizepräsidenten wählt. Das Ergebnis wäre das schlimmste aller Szenarien, nämlich dass die Würde

des Amts in Frage gestellt wird, wenn der Kantonsratspräsident nicht in einer sauberen, unaufgeregten Wahl gewählt wird. Aus diesem Grund bittet der Votant, den Vorschlag der vorberatenden Kommission zu unterstützen. Sie garantiert am ehesten, dass diskussionslose, würdevolle Wahlen stattfinden.

Martin Stuber wendet sich an Heini Schmid: Demut ist das Privileg des Stärkeren. Die vom Büro vorgeschlagene Lösung ist praktikabel: Wenn eine Fraktion neu entsteht, wird sie ganz einfach am Schluss eingereiht. Die Fassung der Kommission öffnet sehr viel Interpretationsspielraum, während die Fassung des Büros ziemlich eindeutig ist.

Thomas Wyss stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** § 4 Abs. 2 zu streichen, dies im Sinne der Ausführungen von Heini Schmid, aber auch im Sinne der Rechtssicherheit und der bewährten bisherigen Regelung – auch wenn diese bisweilen zu Diskussionen führte. Sollte ihr Streichungsantrag keinen Erfolg haben, unterstützt die SVP den Antrag der vorberatenden Kommission.

Martin Pfister weist darauf hin, dass beide Anträge nicht vollends Klarheit schaffen. Im Bericht des Büros steht: «Der Begriff ‹periodisch› will nicht aussagen, dass ein regelmässiger Turnus für alle Fraktionen besteht, z. B. Fraktion A, dann B, dann C usw. Es darf beim Turnus die Grösse der Fraktion berücksichtigt werden. Beispiele: Eine besonders kleine Fraktion kann im Turnus nur jedes zweite Mal berücksichtigt werden. Diese Periodizität kann sich aufgrund wechselnder Grösse der Fraktionen ändern.» Es gesteht also in beiden Anträgen keine endgültige Klarheit, und das Büro wird immer die Grösse der Fraktionen mitberücksichtigen müssen.

Für Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** ist eine allfällige Streichung gemäss Antrag der SVP das am wenigsten glückliche Resultat. Das Büro hat den Antrag der Kommission nochmals beraten und einen modifizierten Antrag gestellt. Es bittet, diesen zu berücksichtigen, da der Begriff «abhängig» im Antrag der Kommission nach jeder Wahl neu interpretiert werden kann. Es ist eine staatspolitische Verantwortung, dass auch kleinere Fraktionen Ämter innehaben können – und dies nicht nur alle fünfzig Jahre. Natürlich sollten demokratische Regeln so weit als möglich klar sein. Sie aber gar nicht festzulegen, weil sie immer wieder diskutiert, geändert oder auch nicht eingehalten werden könnten, ist keine gute Lösung.

➔ Der Rat folgt mit 48 zu 22 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP-Fraktion mit 42 zu 29 Stimmen ab.

§ 7 Abs. 2 Ziff. 5

Irène Castell-Bachmann erinnert daran, dass FDP-Fraktion die Bestimmungen betreffend elektronische Abstimmung nicht festlegen möchte, bevor die diesbezügliche Vorlage dem Rat bekannt ist. Sie stellt deshalb den **Antrag,** § 7 Abs. 2 Ziff. 5 sowie alle weiteren Bestimmungen zu elektronischen Abstimmungen zu streichen.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erklärt sich die Votantin damit einverstanden, dass ihr Antrag bei § 10 behandelt wird.

§ 8 Abs. 1 Ziff. 4

Hanni Schriber-Neiger stellt namens der AGF den **Antrag,** in § 8 Abs. 1 Ziff. 4 den letzten Satz im Antrag der vorberatenden Kommission – also «Vorbehalten bleiben davon abweichende Beschlüsse des Kantonsrats» – zu streichen. Dieser Satz bedeutet, dass alles, was bezüglich GO bereits beschlossen wurde, keine Gültigkeit mehr hat und sich in Rauch auflöst. Das will die AGF nicht. Sie will auch nicht, dass mit einfachem Mehr jeder Artikel umgestossen werden kann, auch diejenigen, welche ein qualifiziertes Mehr von zwei Dritteln benötigen.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Die Kommission hat diesen ergänzenden Satz mit 10 zu 1 Stimmen beschlossen. Im Grunde genommen geht es um eine Selbstverständlichkeit. In Ziff. 4 heisst es: «[Die Präsidentin oder der Präsident] leitet die Sitzungen und wacht über die Einhaltung der Geschäftsordnung.» Es geht also nicht um Änderungen der GO, sondern um deren Einhaltung. Auch wenn der fragliche Satz gestrichen wird, hat jedes Parlamentsmitglied die Möglichkeit, einen Ordnungsantrag zu stellen und den Präsidenten darauf hinzuweisen, dass er einen mit der GO nicht konformen Entscheid gefällt hat. Der Entscheid, welches die richtige Interpretation der GO ist, liegt dann beim Rat. Es ist also eine Selbstverständlichkeit, auf welche die Kommission hier explizit hinweist, um den Rat an diese Möglichkeit zu erinnern. Natürlich erwarten alle vom Präsidenten, dass er sattelfest ist bezüglich GO und über deren Einhaltung wacht. In der Hitze des Gefechts kann ihm aber auch mal etwas entgehen, und dann hat der Kantonsrat abschliessend die Entscheidungskompetenz.

Stefan Gisler bittet den Rat, gut zu überlegen, ob er den ergänzenden Satz der Kommission wirklich will. Eine Zustimmung bedeutet faktisch, dass die heutige Diskussion über Verfahren in jeder künftigen Ratssitzung wieder geführt werden muss. Manuel Brandenberg hat darauf hingewiesen, dass früher der Ratspräsident im Zweifelsfall über das Vorgehen entschied und der Rat dann über die Inhalte diskutierte. Wenn nun die von der Kommission vorgeschlagene Ergänzung eingeführt wird, ist man wieder gleich weit wie vorher und wird immer wieder über das Vorgehen diskutieren. Letztlich wachen zwei Instanzen über die Einhaltung der GO: Einerseits ist es gemäss § 8 Abs. 1 Ziff. 4 der Ratspräsident bzw. die Ratspräsidentin – natürlich unter der geschätzten Mithilfe des Landschreibers –, andererseits legt gemäss § 7 Abs. 2 Ziff. 4 das Büro bei Unklarheiten über Verfahrensfragen die GO aus und kann strittige Fragen in den Kantonsrat bringen. Es ist, wie wenn man den Schiedsrichter eines Fussballspiels entmachtet: Grundsätzlich soll zwar *er* über die Regeln entscheiden, im Zweifelsfall aber sollen alle Spieler um ihre Meinung gebeten werden. So lässt sich kein Fussballspiel führen. Deshalb soll der Ratspräsident entscheiden und den Rat durch die Sitzung führen. Wenn sich Diskrepanzen zeigen, kann man diese im Nachhinein im Büro diskutieren und sie geordnet in den Rat bringen. Es ist auch problematisch, dass hier nur ein einfaches Mehr vorgesehen ist. Man kann also mit einfachem Mehr beschliessen, dass ein Zweidrittelsmehr in einem speziellen Fall nicht gelten soll. Aus diesen Gründen sollte darauf verzichtet werden, mit der von der Kommission beantragten Ergänzung die generelle Ausnahme zur Regel zu machen.

Für **Manuel Brandenberg** ist es nicht die Meinung der Kommission bzw. des Büros, dass man immer und willkürlich von der GO abweichen kann, wie es in den letzten Voten unterstellt wurde. Der ergänzende Satz der Kommission betrifft nur den Entscheid des Präsidenten über eine konkrete Anwendung der GO. Wenn der

Präsident also in einem konkreten Fall eine bestimmte Entscheidung trifft, kann ein Ratsmitglied den Antrag auf eine andere Anwendung stellen, und dann wird abgestimmt. Es ist sicher nicht die Meinung der Kommission, dass jedes Mal von der GO abgewichen werden kann. Es geht um die Kompetenz zur Auslegung, nicht um die Kompetenz zur Änderung der GO.

Auch für **Heini Schmid** ist klar, dass der Kantonsratspräsident zwar über die Einhaltung der GO wacht und in Zweifelsfällen einen Vorgehensvorschlag macht, aber keine Kompetenz zur alleinigen Interpretation der GO hat. Schon heute entscheidet letztendlich der Kantonsrat über Verfahrensfragen. Wie man sich erinnert, geht es dabei meistens um politisch delikate Entscheide, bei denen die Wogen hoch gehen, und man ist wohl besser beraten, wenn in solchen Fällen nicht der Präsident die Verantwortung tragen muss, sondern der Rat entscheidet. Wichtig aber wäre es, dass der Rat künftig wieder vermehrt seiner Präsidentin oder seinem Präsidenten Folge leisten würde.

➔ Der Rat lehnt mit 61 zu 9 Stimmen den Streichungsantrag der AGF ab und genehmigt damit die Fassung der vorberatenden Kommission.

§ 10

Der **Vorsitzende** erinnert an den unter § 7 gestellten Antrag der FDP-Fraktion zur elektronischen Abstimmung.

Beni Riedi weist auf die erheblich erklärte Motion der SVP-Fraktion in dieser Sache hin. Es ist ein altbekanntes Geheimnis, dass sich Teile der CVP- und FDP-Fraktion mit Händen und Füssen gegen eine elektronische Abstimmungsanlage oder zumindest gegen die Veröffentlichung des Abstimmungsverhaltens wehren. Die SVP hofft, dass ihr Anliegen so bald als möglich umgesetzt wird. Sie findet es deshalb passend, bei der Gesamtrevision der GO die elektronische Abstimmung einzubeziehen. Der vorliegende Antrag besagt nicht, dass nur noch elektronisch abgestimmt werden soll, vielmehr sind auch weiterhin Stimmenzählende vorgesehen. Es gibt also kein Konfliktpotenzial.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** wiederholt, dass zwei Paragrafen von dieser Thematik betroffen sind. In § 7 Abs. 2 Ziff. 5 wird die gesetzliche Grundlage für die elektronische Abstimmung geschaffen, also der Auftrag der SVP-Motion umgesetzt, und in § 10 Abs. 3, 4 und 5 sind einige wenige Punkte dazu geregelt. Wichtig ist nun zu wissen, was im entsprechenden Reglement steht. Es ist deshalb wichtig, dass es zwei Lesungen zur GO KR gibt und der Rat zum Zeitpunkt der zweiten Lesung dieses Reglement kennt. Der Rat hat dannzumal noch zwei Einflussmöglichkeiten: Einerseits kann er die betreffenden Paragrafen in der GO ändern, andererseits kann er dank der Ergänzung in § 7 Abs. 2 Ziff. 5, welcher der Rat zugestimmt hat – nämlich «Vorbehalten bleiben davon abweichende Beschlüsse des Kantonsrats» –, auch im Reglement selbst Änderungen vornehmen. Die vorberatende Kommission möchte das Reglement nicht allein in die Verantwortung des Büros geben, sondern es auf jeden Fall dem Kantonsrat vorlegen. Das Anliegen der FDP ist also bereits aufgenommen. Die Votantin empfiehlt deshalb, die von der FDP beantragte Streichung im Moment nicht vorzunehmen.

Für **Martin Stuber** ist es seit langem unverständlich, warum der Kantonsrat noch nicht elektronisch abstimmt. Man hätte die entsprechende Anlage damals bei der Einrichtung des neuen Ratssaals installieren können; immerhin wurden auf Antrag des Votanten damals die nötigen Leerrohre eingezogen. Wenn der Rat nun dem Streichungsantrag der FDP folgt und damit quasi vorspurt, dass die regierungsrätliche Vorlage für eine elektronische Abstimmungsanlage abgelehnt wird, dann steht zu befürchten, dass Zug am Schluss der letzte Kanton sein wird, welcher noch von Hand abstimmt – und dann vielleicht mal um 2060 elektronisch abstimmen kann. Will die FDP mit ihrem Streichungsantrag zum Ausdruck bringen, dass sie keine elektronische Abstimmungsanlage möchte? Und wenn nicht: Wieso möchte sie die betreffenden Bestimmungen dann streichen?

Irène Castell-Bachmann präzisiert, dass es der FDP nicht um eine Verhinderung der elektronischen Abstimmung geht. Sie will darüber aber erst abstimmen, wenn das Reglement vorliegt. Sie will deshalb die betreffenden Regelungen auf die zweite Lesung zurückstellen, was nur möglich ist, indem sie jetzt, in der ersten Lesung, deren Streichung beantragt.

Philip C. Brunner ist selbstverständlich gegen den FDP-Antrag. Er sieht aber auch keinen Zusammenhang zwischen Reglement und zweiter Lesung. Das Reglement kann nur vorliegen, wenn die technischen Details der Abstimmungsanlage bekannt sind, wofür es wiederum die Vorlage des Regierungsrats braucht; ob diese in der *Pipeline* ist, weiss der Votant nicht. Er empfiehlt, dem Antrag der Kommission zu folgen. Über das Reglement kann man beraten, wenn es dann so weit ist mit der elektronischen Abstimmungsanlage.

Beni Riedi hat nun gehört, dass FDP und CVP nicht gegen eine elektronische Abstimmungsanlage sind. Sie wehren sich aber vehement gegen eine Veröffentlichung der Abstimmungsresultate, dies gemäss Aussage des CVP-Fraktionschefs aus der Angst heraus, dass gewisse Fraktionsmitglieder anders stimmen würden. Das ist bei der SVP anders: Die SVP-Ratsmitglieder stehen zu ihrer Meinung. Jetzt aber wird nicht darüber abgestimmt, ob die Resultate veröffentlicht werden oder nicht, vielmehr geht es um die elektronische Abstimmung an sich. Es gibt deshalb keinen Grund, die entsprechenden Bestimmungen zu streichen.

Thomas Lötscher weiss nicht, mit welchen Papieren Beni Riedi arbeitet. Er selbst arbeitet mit der neuen Synopse, wo in § 10 Abs. 3 steht: «Das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ratsmitglieder bei den elektronischen Abstimmungen wird veröffentlicht.» Es geht heute also *doch* um die Veröffentlichung der Resultate – und es soll darüber auch diskutiert werden. Der Votant versteht aber die Aufregung nicht ganz: Bisher war es immer üblich, dass bei Erheblicherklärung einer Motion die Regierung Bericht und Antrag vorlegte, wie das Anliegen konkret umgesetzt werden soll, dann debattierte der Kantonsrat darüber, und anschliessend wurde das Anliegen ins Gesetz aufgenommen. Hier aber passiert das genau Umgekehrte: Zuerst erfolgt die Aufnahme ins Gesetz, dann kommen die Ausführungen der Regierung – und dann kann der Rat je nach dem nochmals an der GO herumbasteln. Das richtige Vorgehen wäre doch, die betreffenden Bestimmungen heute noch wegzulassen, die regierungsrätliche Vorlage dann ordentlich im Kantonsrat zu beraten und schliesslich je nach Ergebnis die GO allenfalls anzupassen.

Landschreiber **Tobias Moser** erklärt, dass das Vorgehen in der Vorlage beschrieben und eigentlich dreiteilig ist. Im ersten Schritt befindet der Kantonsrat darüber,

ob er in der GO die Rechtsgrundlage für die elektronische Abstimmung schaffen will, dies in Umsetzung der erheblich erklärten SVP-Motion. Wenn der Rat zustimmt, hat er die Gewissheit, dass er eine entsprechende Anlage haben wird. Als zweiter Schritt wird zwischen der ersten und der zweiten Lesung das Reglement erarbeitet: wie geht die elektronische Abstimmung vor sich, wer hat welche Aufgaben, was wird wie veröffentlicht etc. Der dritte Schritt wird die Vorlage für den Objektkredit sein. Der Kantonsrat wird also ausdrücklich darüber abstimmen können, ob er den Kredit für diese Anlage freigeben will. Wenn nun der Rat in Schritt 1 die Rechtsgrundlage streicht, setzt er die erheblich erklärte SVP-Motion nicht um – was er gemäss Parlamentsrecht darf. Wenn er aber die Rechtsgrundlage schafft und das Büro dann das Reglement erarbeiten kann, weiss man in Hinblick auf den Objektkredit auch, was diese Anlage können muss, welche Offerten man einholen muss, ob eine Ausschreibung erfolgen muss etc. Ob der Rat heute die erforderliche Rechtsgrundlage schaffen will, ist aber ihm überlassen.

Für **Heini Schmid** liegt der Hase materiell bei § 10 Abs. 3 im Pfeffer: Politisch umstritten ist einzig, ob und wie die Ergebnisse der elektronischen Abstimmungen veröffentlicht werden. Es wäre deshalb sinnvoll, wenn der Rat in der zweiten Lesung in Kenntnis des Reglements ohne weiteren Antrag über § 10 Abs. 3 und dessen konkrete Formulierung diskutieren könnte. Verfahrensrechtlich wäre es wohl korrekt, Abs. 3 jetzt zu streichen und ihn via Antrag des Büros in der zweiten Lesung nochmals zur Sprache zu bringen.

Andreas Hausheer bittet, trotz aller Emotionen bei der Wahrheit zu bleiben – wenn die heutige Debatte schon mit einem Gottesdienst verglichen wurde. Er hält fest, dass Beni Riedis Aussage über eine angebliche Äusserung des CVP-Fraktionschefs nicht der Wahrheit entspricht.

Für **Manuel Brandenberg** wird in der Tat die Motion der SVP-Fraktion nicht umgesetzt, wenn § 10 Abs. 3 gestrichen wird. Da die Motion erheblich erklärt wurde, ist es sachgerecht, wenn Abs. 3 belassen wird. Dann hat man die Motion in erster Lesung umgesetzt, und auf die zweite Lesung hin kann überlegen, ob es allenfalls noch Anpassungen braucht. Beni Riedi ist im Übrigen jemand, der immer die Wahrheit sagt. Seine vorherige Aussage war offenbar die Ausnahme von dieser Regel.

Irène Castell-Bachmann will von Heini Schmid wissen, ob er ausschliesslich § 10 Abs. 3 zurückstellen möchte – was ja ein Teil des FDP-Antrags wäre. Auf Heini Schmids Bestätigung hin hält sie fest, dass die FDP-Fraktion dieser Einschränkung ihres Antrags zustimmen kann.

Beni Riedi gibt zu, dass er einen Fehler gemacht hat: Es war nicht der Präsident, sondern ein anderes Mitglied der CVP-Fraktion.

Stefan Gisler hält zuhanden von Thomas Lötscher vorab fest, dass das Vorgehen durchaus mit der heutigen GO konform ist, nachzulesen bei § 39 Abs. 4: Eine Motion kann innerhalb einer Kommission als Antrag behandelt werden. Das ist geschehen, weshalb heute darüber gesprochen wird. Es braucht also keinen Bericht und Antrag der Regierung.
In § 10 kann der Rat heute zwei Grundsätze festlegen: Wird elektronisch abgestimmt, und wird das Resultat veröffentlicht? Die AGF sagt dazu klar zweimal Ja, ebenso die SVP. Streicht man Abs. 3 – ganz unabhängig davon, welche Regelung im Detail kommt –, ist das ein Misstrauensantrag, der besagt, dass man keine Ver-

öffentlichung will – ausser das Reglement überzeugt die Gegner dann doch noch vom Gegenteil. Die AGF geht den anderen Weg: Sie will grundsätzlich eine Veröffentlichung, sie will Transparenz, und sie will, dass die Bürgerinnen und Bürger wissen, wer im Kantonsrat wie abstimmt. Sollte dann das Reglement völlig unsinnig sein, kann es der Kantonsrat immer noch ablehnen. Und im dreistufigen Verfahren kann der Rat, wie vom Landschreiber erläutert, auch noch den Kredit für die Abstimmungsanlage ablehnen. Hier aber werden Weichen gestellt, auch für das Reglement. Man kann also heute Ja oder Nein stimmen, eine Verschiebung auf die zweite Lesung ist aber keineswegs zwingend.

Heini Schmid hält fest, dass die CVP in ihrer Fraktionssitzung nicht über dieses Thema gesprochen hat. Er ist aber froh, dass andere in geradezu hellsichtiger Weise wissen, was die CVP will.
Auch wenn man grundsätzlich die öffentliche Zugänglichkeit der Abstimmungsresultate will, so gibt es doch Nuancen. Man könnte Abs. 3 beispielsweise auch folgendermassen formulieren: «Das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ratsmitglieder bei den elektronischen Abstimmungen ist öffentlich.» Die Wendung «wird veröffentlicht» ist aktiv, bedeutet also, dass man die Resultate ins Internet stellt, mit allen möglichen Spielereien. Öffentlich ist das Abstimmungsverhalten heute schon, allerdings nur für diejenigen Leute, die im Ratssaal anwesend sind. In diesem Sinne bittet der Votant, dem Antrag auf Streichung von Abs. 3 zuzustimmen, denn die Art und Weise der Veröffentlichung kann sich im Gesetzestext niederschlagen. Diesen Antrag so zu interpretieren, dass die Öffentlichkeit keinen Zugang haben soll, ist nicht richtig.

➔ Der Rat lehnt mit 47 zu 29 Stimmen die Streichung von § 10 Abs. 3 ab.

§ 15 Abs. 1 Ziff. 3 (neu)

Barbara Gysel hält fest, dass die SP-Fraktion ein Register der Interessenbindungen wünscht. Ihr **Antrag** zu § 15 Abs. 1, Ziff. 3 (neu) lautet: «Auf die 2. Lesung hin habe das Büro einen Vorschlag für ein Register der Interessenbindungen für die Mitglieder des Kantonsrats vorzulegen.» Sie führt dazu vier Gründe auf:
• Anfang März dieses Jahres publizierte die «Neue Zürcher Zeitung» eine Reihe beachtlicher Artikel: Sie veröffentlichte die Resultate einer grossangelegten Recherche zu den Interessenbindungen der Lobbyierenden, die Zugang zur Wandelhalle im Bundeshaus haben. Wer welche Interessen vertritt, bleibt oft im Dunkeln. Zu einer offenen Demokratie gehört es aber, dass Intransparenz abgebaut wird – auch bei der elektronischen Abstimmungsanlage. Die Interessenbindungen der Kantonsrätinnen und -räte sind oft verschleiert. Auf Wahlmaterialien werden zwar Mitgliedschaften und dergleichen aufgeführt. Diese Nennungen erfolgen aber rein subjektiv und selektiv. Sie sind nicht systematisch erfasst für diejenigen, die effektiv in den Rat gewählt werden. Die SP ist überzeugt, dass die Ratsmitglieder es den Stimmbürgerinnen und -bürgern schuldig sind, die Interessen, die sie im Rat vertreten, offenzulegen. Das ist ein Gebot der Stunde in einer modernen Demokratie.
• In wenigen Tagen, am 10. Mai, tritt das Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung in Kraft. Die entsprechende Grundlegung fand hier im Rat statt. Die Ratsmitglieder sollen nun als gutes Vorbild ebenfalls vorangehen und ihre Interessen deklarieren.
• Für die Mitglieder des Regierungsrats wird bereits heute gemäss § 4 des Rechtsstellungsgesetzes des Regierungsrats ein Register zu den Interessenbindungen geführt. Ebenfalls existiert auf Bundesebene für Parlamentarierinnen und Parla-

mentarier ein solches Register; es ist im Parlamentsgesetz unter § 11 mit «Offenlegungspflichten» festgehalten. Diese Regelung soll auch auf das kantonale Parlament erweitert werden.
• Und *last, but not least:* Im Rahmen der GO KR wurden auch verschärfte Ausstandsregelungen diskutiert. Wenn solche angewandt werden sollen, wäre ein entsprechend geführtes Register der Interessenbindungen sehr hilfreich.
Die Votantin dankt für die Unterstützung des Antrags, in Hinblick auf die zweite Lesung einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass dieses Anliegen in der Kommission nicht beraten wurde. Betrachtet man aber die Grundhaltung für die Revision der GO, nämlich dass diese die Fortführung der bewährten Usanz sein soll, bedeutet der vorliegende Antrag aber doch eine deutliche Änderung. Persönlich lehnt die Kommissionspräsidentin das Anliegen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 34 zu 29 Stimmen ab.

§ 16 Abs. 1 Einleitungssatz

Landammann **Beat Villiger** stellt namens des Regierungsrats den **Antrag,** im Einleitungssatz von § 16 Abs. 1 die Mitgliederzahl bei ständigen Kommissionen explizit zu nennen bzw. auf die speziellen Regelungen bei der Stawiko, der JPK und der Redaktionskommission zu verweisen.

Für Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** ist das Anliegen berechtigt. Man müsste die gleiche Zahl wie in § 21 einfügen, über die sicher noch diskutiert wird. Der Einleitungssatz zu § 16 Abs. 1 würde dann lauten: «Der Kantonsrat wählt für die ganze Amtsdauer folgende ständigen Kommissionen, die vorbehältlich einer anderen Regelung aus … [gleiche Zahl wie in § 21] Mitgliedern bestehen.»

Manuel Brandenberg teilt mit, dass die SVP-Fraktion diesen Antrag ablehnt. Sie will bei § 21 noch über die Grösse der Kommissionen sprechen.

Landschreiber **Tobias Moser** erläutert, dass in den Paragrafen zu Stawiko, JPK, Redaktionskommission und Konkordatskommission deren jeweilige Grösse festgelegt wird. Für die weiteren ständigen Kommissionen aber fehlt eine Angabe zur Grösse. Es macht deshalb Sinn, im Einleitungssatz von § 16 Abs. 1 eine Grundregel einzuführen, nämlich die gleiche, noch zu diskutierende Grösse wie bei den nichtständigen Kommissionen in § 21.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats mit 70 zu 1 Stimmen zu.

§ 16 Abs. 1 Ziff. 4

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** erinnert daran, dass Hanni Schriber-Neiger in ihrem Eintretensvotum ankündigte, dass sie bei § 20 die Konkordatskommission streichen möchte. Über diese Streichung müsste eigentlich schon in § 16 Abs. 1 Ziff. 4, bei der ersten Erwähnung dieser Kommission, diskutiert werden.

Martin Stuber stellt namens der AGF den **Antrag,** § 16 Abs. § Ziff. 4 und dann auch § 20 ersatzlos zu streichen. Die AGF ist für schlanke Strukturen. Alle Direktionen haben nun mindestens eine ständige Kommission, welche zusammen alle wichtigen Themenbereiche abdecken. Daraus ergibt sich, dass es die Konkordatskommission nicht mehr braucht. Konkordatsfragen können künftig je nach Thematik durch eine der übrigen ständigen Kommissionen beraten werden.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** hält fest, dass dieser Antrag in der vorberatenden Kommission nicht gestellt und demnach auch nicht beraten wurde. Die Kommission orientierte sich bei den ständigen Kommissionen nicht an den Direktionen, sondern an den vorliegenden Themen. Es war ihr auch wichtig, dass am Ende jeder Legislatur kritisch hinterfragt wird, welche von den ständigen Kommissionen es denn tatsächlich noch braucht, und dass das Büro dann dem Rat entsprechende Empfehlungen und Anträge vorlegt. Auch jedes Ratsmitglied oder jede Fraktion kann mittels Motion verlangen, dass ständige Kommissionen nicht mehr weitergeführt werden. Das ist ein sehr einfaches Verfahren – und einer der Gründe, weshalb die GO KR ein Kantonratsbeschluss und kein Gesetz sein soll.
Wie gesagt, war es nie die Intention der vorberatenden Kommission, pro Direktion eine ständige Kommission einzusetzen. In diesem Sinn ist die Argumentation der AGF nicht stichhaltig.

Andreas Hausheer ist Präsident der Konkordatskommission. Er erinnert daran, dass diese auf ausdrücklichen Wunsch der AGF eingeführt wurde: Jo Lang verlangte in einer Motion ihre Einführung. Es ist deshalb erstaunlich, dass genau die AGF diese Kommission jetzt nicht mehr will.
Bei den interkantonalen Verträgen ist zu unterscheiden zwischen rechtsetzenden Verträgen und Verwaltungsvereinbarungen. Eines der Ziele bei der Einsetzung der Konkordatskommission war, dass ein kantonsrätliches Gremium entscheiden oder zumindest sein Einverständnis geben soll, ob bzw. dass die Kompetenz für den Vertragsabschluss beim Kantonsrat oder – gestützt auf entsprechende rechtliche Grundlagen – bei der Regierung liegt. Nun gibt es von Jahr zu Jahr mehr Verträge zwischen dem Kanton Zug und anderen Kantonen, zu welchen die Konkordatskommission ihre Zustimmung gibt, dass es sich um Verwaltungsvereinbarungen handle, deren Abschluss also in der Kompetenz des Regierungsrats liege. Eine Liste dieser Vereinbarungen wird seit dieser Legislatur jedem Bericht der Konkordatskommission als Anhang beigefügt; diese Liste wird neu auch in der GO KR aufgeführt. Wenn nun für jede Verwaltungsvereinbarung eine spezielle Kommission bestellt werden soll, kommt man an kein Ende. In diesem Sinne bittet der Votant dringend, von der Streichung der Konkordatskommission abzusehen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf Streichung der Konkordatskommission mit 52 zu 22 Stimmen ab.

§ 16 Abs. 1 Ziff. 9

Karin Andenmatten-Helbling stellt namens der CVP-Fraktion den **Antrag,** die Gesundheitskommission nicht zur Kommission für Gesundheit und Soziales auszubauen, wie das die vorberatende Kommission und das Büro beantragen, sondern als Gesundheitskommission wie heute zu belassen. Sie begründet diesen Antrag wie folgt: Es soll auch für Kantonsrätinnen und Kantonsräte, welche neu im Rat sind und noch keinen der begehrten Plätze in den ständigen Kommissionen ergattern

konnten, möglich sein, in Kommissionen mitzuwirken. Wenn nun der Bereich Soziales, in dem voraussichtlich zahlreiche Vorlagen aus verschiedenen Richtungen zusammenkommen, auch noch einer ständigen Kommission zugeteilt wird, wird es kaum mehr Ad-hoc-Kommissionen geben, und die Kommissionsarbeit wird immer exklusiver. Das findet die CVP-Fraktion ungerecht.
Wie der Votantin zu Ohren gekommen ist, wird es allenfalls einen Antrag auf Streichung der Gesundheitskommission geben. Davon rät die CVP dezidiert ab. Als Begründung für eine Abschaffung der Gesundheitskommission wird angeführt, dass diese tage, auch wenn sie keine Kantonsratsgeschäfte zu beraten habe. Daran hat sich die Stawiko-Delegation, welche die Gesundheitsdirektion visitiert, auch schon gestört. Obwohl es weder in der bisherigen noch in der neuen GO festgeschrieben ist, gehen die Stawiko und auch die CVP-Fraktion davon aus, dass Kommissionssitzungen nur dann einberufen werden, wenn Kantonsratsgeschäfte zu beraten sind. Die Verantwortung für die Einberufung von Sitzungen tragen aber nicht die Kommissionsmitglieder, sondern der Gesundheitsdirektor, der Informationssitzungen veranlasst, und die Präsidentin der Gesundheitskommission, die zu diesen einlädt. Für den Fall, dass ein Antrag auf Streichung der Gesundheitskommission gestellt wird, bittet die Votantin daher den Rat, diesen abzulehnen, und warnt davor, das Kind gleich mit dem Bade auszuschütten. Vielmehr soll man die diesbezügliche Kritik direkt an den Gesundheitsdirektor und die Kommissionspräsidentin richten und diese Unsitte nicht zum Anlass nehmen, die Zuger Gesundheitspolitik einer kompetenten und schlagkräftigen Kommission zu berauben. Damit würde der Kantonsrat nämlich ein Eigengoal schiessen.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** erläutert, dass die Kommission in einem ersten Schritt darüber beraten hat, ob die Gesundheitskommission beibehalten werden soll. Mit 9 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen hat sie deren Beibehaltung zugestimmt. Anschliessend wurde die Frage aufgeworfen, ob diese Kommission denn auch genug zu tun habe. Die vorberatende Kommission klärte deshalb ab, ob das Aufgabengebiet der Kommission ergänzt werden könnte. Aufgrund der Rückmeldungen aus der Gesundheitskommission selbst wie auch von Seiten des Regierungsrat beschloss die vorberatende Kommission einstimmig, die Aufgaben der Kommission für Gesundheit durch den Bereich Soziales zu ergänzen.

Eusebius Spescha erinnert daran, dass bei der Revision der GO auch zur Debatte stand, die ständigen Kommissionen grossmehrheitlich aufzulösen und nur die Stawiko und die JPK beizubehalten. Die Diskussion hat dann aber gezeigt, dass ständige Fachkommissionen wichtig sind, wenn das Parlament gegenüber der Regierung auch in Sachfragen eine gewisse Stärke haben will. Die Entstehung der Hochbaukommission ist dafür typisch: In der drittletzten Legislatur hat man für Hochbaufragen immer wieder dieselbe Kommission eingesetzt, die sogenannte Kommission Corrodi, weil man merkte, dass es sinnvoll ist, wenn sich immer dieselben Leute mit Hochbaugeschäften beschäftigen. Das führte dann zur Einführung der Hochbaukommission als ständige Kommission. Bei der Gesundheitskommission war es ähnlich: Es standen relativ viele gesundheitspolitische Geschäfte an, und es machte Sinn, für ihre Vorberatung eine Kontinuität aufrecht zu erhalten. Bei der Überprüfung der ständigen Kommissionen zeigte es sich nun, dass in nächster Zeit nur noch vereinzelte gesundheitspolitische Themen aufs Tapet kommen und die Gesundheitskommission mit vielleicht einem Geschäft pro Legislatur gesetzgeberisch nur wenig ausgelastet sein wird. Hingegen gibt es im Bereich Gesundheit *und* Soziales – die thematische Nähe ist gegeben – immer wieder Geschäfte, deren Begleitung durch eine ständige Kommission mit entsprechendem *Knowhow* sinnvoll

ist. Der Votant bittet deshalb, dem Antrag der vorberatenden Kommission zu folgen.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** führt aus, dass das Büro anfänglich die Kommission für Gesundheit streichen wollte. Es liess sich dann aber von den Argumenten der vorberatenden Kommission überzeugen, auch hinsichtlich der Erweiterung auf den Bereich Soziales. Sehr oft und künftig wohl zunehmend betreffen die entsprechenden Geschäfte nämlich beide Bereiche, beispielsweise bei Fragen der Langzeitpflege etc. Eine ständige Kommission für Gesundheit und Soziales bedeutet auch – wie bereits gesagt – eine Stärkung des Parlaments in der Zusammenarbeit mit Regierung und Verwaltung. Das Wissen, das in den ständigen Kommissionen erarbeitet wird, kommt dem gesamten Kantonsrat bei der Beratung der Geschäfte zugute. Der Votant bittet den Rat deshalb, den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf Streichung von «und Soziales» mit 43 zu 25 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 16 Abs. 2

Für Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** kommt der Rat nun erstmals zu einem Thema, bei dem es sich lohnt, Emotionen zu zeigen. Es geht um die Unvereinbarkeit von Ämtern
In § 21 Abs. 3 der Kantonsverfassung ist geregelt, wer nicht Mitglied des Kantonsrats sein darf: Regierungsräte, Richter, Mitarbeitende des Kantons, die eine Amts- oder Abteilungsleitung innehaben, Personen mit staatsanwaltschaftlichen Funktionen sowie Gerichts- und Landschreiber. Da die Stawiko und die JPK Aufgaben im Bereich der Oberaufsicht wahrnehmen, wird der Personenkreis für eine Mitgliedschaft in diesen Kommissionen nochmals eingeschränkt. Die geltenden Recht besagt, dass hauptamtliche Beamte und Angestellte des Kantons weder in der Stawiko noch in der JPK Einsitz nehmen dürfen. Diese Regelung ist leicht verschärft und in sprachlich angepasster Form in die neue GO eingeflossen. Der erste Satz von § 16 Abs. 2 lautet: «Mitarbeitende des Kantons können weder in die Staatswirtschaftskommission noch in die Justizprüfungskommission gewählt werden.» Verschärft wurde die Regelung insofern, als neu auch Teilzeitangestellte von einem Mitwirken in den beiden Kommissionen ausgeschlossen sind. Im Bericht des Büros steht zur Begründung: «Die beim Kanton Beschäftigten unterstehen in besonderem Masse der Oberaufsicht des Kantonsrats.» Die Kommission schliesst sich in Bezug auf diesen ersten Satz der Meinung des Büros an.
Nun hat das Büro die Unvereinbarkeit auf einen weiteren Personenkreis ausgedehnt. Im zweiten Satz von § 16 Abs. 2 steht. «Dasselbe gilt für Mitarbeitende und Personen in leitenden Organen der Anstalten des Kantons und von Aktiengesellschaften, bei denen der Kanton die Mehrheit hat.» Im Bericht des Büros ist dazu festgehalten: «Niemand soll sich selber beaufsichtigen.» Auch die Kommission ist der Meinung, dass niemand sich selber beaufsichtigen soll. In Bezug auf den in Satz zwei umfassten Personenkreis ist sie jedoch der Meinung, dass das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Der Ausschluss dieser Personengruppe schiesst über das Ziel hinaus. Tatsächlich besteht nur bei wenigen Geschäften, die in den Kommissionen beraten werden, die Problematik, dass jemand sich selbst beaufsichtigt. In § 19 Abs. 3 sind die Aufgaben der engeren JPK aufgelistet. Nur die wenigsten davon sind oberaufsichtliche Tätigkeiten. Bei den meisten ist eine Interessen-

kollision aufgrund des Anstellungsverhältnisses in einer kantonalen Anstalt oder einer vom Kanton beherrschten Aktiengesellschaft ausgeschlossen, so zum Beispiel bei der Prüfung von der Begnadigungsgesuchen und von Petitionen oder bei der Vorbereitung der Wahlen von Gerichtsmitgliedern, des Datenschutzbeauftragten, der Ombudsperson und der Mitglieder der Schätzungskommission.
Es ist stossend, wenn jemand sich selber beaufsichtigt. Doch die vom Büro vorgeschlagene Lösung geht zu weit. Die vorberatende Kommission beantragt deshalb, Satz 2 und 3 in § 16 Abs. 2 zu streichen und die Unvereinbarkeit wie bisher auf die Mitarbeitenden des Kantons zu beschränken. Die Kommission beantragt aber, den Ausstandsregelung zu verschärfen: Immer dann, wenn ein Geschäft ansteht, bei dem ein Mitglied der Stawiko oder JPK sich selber beaufsichtigt, ist es von der Beratung ausgeschlossen.
Der Ausstand ist in § 62 Abs. 2 und 3 geregelt: «Die Mitglieder der Staatswirtschaftskommission und der Justizprüfungskommission (beide bei Ausübung ihrer Oberaufsicht) sowie die Mitglieder einer parlamentarischen Untersuchungskommission treten in den Ausstand, sofern sie ein unmittelbares persönliches Interesse am Beratungsgegenstand haben. In streitigen Fällen entscheidet die betroffene Kommission nach Anhörung des Mitglieds endgültig über den Ausstand.» Die Verschärfung der Ausstandsregelung ist weder vom Büro noch von der Stawiko bestritten. In der vorberatenden Kommission wurde sehr intensiv über dieses Thema diskutiert, dies unter folgenden Stichwörtern:
• Vetternwirtschaft: Von den Befürwortern einer strengeren Regelung der Unvereinbarkeit wurde betont, dass der Bürger personelle Mauscheleien nicht schätze. Es sei Transparenz gefragt, damit das Vertrauen in den Staat ungebrochen bleibe. Jedem Verdacht auf Vetternwirtschaft sei der Riegel zu schieben. Alles, was den Anschein von Vermischung und Vernetzung habe, sei zu beseitigen. Das vertrage die Bevölkerung nicht.
• Interessenvertretung: Immer wieder wurde in der Diskussion betont, dass alle Kantonsräte gewählte Interessenvertreter seien, die ihre Interessenbindungen bei jedem Geschäft offenlegen müssten. Auch die Parteien äusserten sich in der Vernehmlassung in diesem Sinne und verlangten Zurückhaltung bei den Ausstandsgründen. Denn stutzt man die Interessenvertreter zurück, läuft man Gefahr, dass man gar keine Parlamentarier mehr findet. Im Verlaufe der Beratung zeichnete sich ab, dass in Bezug auf die Interessenvertretung zwischen der normalen Parlamentstätigkeit und einer Kontrollfunktion zu unterscheiden ist. Bei der Ausübung einer Kontrollfunktion ist es stossend, wenn Interessenverbindungen zum Tragen kommen – nicht jedoch bei der normalen Parlamentstätigkeit. Es geht nun darum, diesen Unterschied transparenter zu machen und nur jene Bereiche auszuschliessen, bei denen dies stossend ist.
• Unvereinbarkeit versus Ausstand: Von den Befürworten der bisherigen Regelung wurde anhand von aktuellen Beispielen aufgezeigt, mit welchen massiven Einschränkungen zu rechnen ist. «Geht es darum, dass alle, die mit dem Staat etwas zu tun haben, nicht mehr in der Stawiko und JPK Einsitz nehmen können?» wurde gefragt – um dann festzustellen: Es ist ein typisches Ausstandsproblem. Es ist deshalb besser, klare Ausstandsregeln statt pauschale Lösungen zu formulieren. Damit wäre für das berechtigte Anliegen, dass man nicht in eigener Sache Aufsicht ausüben kann, eine geschmeidigere Lösung möglich.
In der vorberatenden Kommission wurde ein Antrag zur Verschärfung der Unvereinbarkeit gestellt. So sollte der dritte Satz um den Passus «[…], es sei denn, der Bruttoertrag aus der Leistungs- oder Subventionsvereinbarung betrage mehr als die Hälfte des jährlichen Bruttoertrags der betreffenden juristischen Person» ergänzt werden. Dieser Antrag wurde mit 10 zu 4 Stimmen abgelehnt. Der Antrag auf

Streichung von Satz 2 und 3 wurde mit 9 zu 5 Stimmen angenommen; ein Rückkommensantrag wurde mit 11 zu 5 Stimmen abgelehnt. Namens der Kommission stellt die Kommissionspräsidentin den **Antrag,** in § 16 Abs. 2 die Sätze 2 und 3 zu streichen.

Esther Haas: Für die AGF ist es wichtig, dass in § 16 Abs. 2 der Antrag des Büros bestehen bleibt. Die AGF will nicht, dass Mitarbeitende und Führungskräfte von Organisationen und Aktiengesellschaften, bei denen der Kanton die Aktienmehrheit besitzt, in die Aufsichtsorgane Stawiko oder JPK gewählt werden können. Es braucht eine saubere Trennung zwischen der operativen Leitung einer Aktiengesellschaft und der Aufsicht. Das wird beim Kanton auch so gehandhabt: Kein Kantonsangestellter, unabhängig von seiner bzw. ihrer Funktion, soll in die Aufsichtsorgane Stawiko und JPK gewählt werden können. Das muss auch für andere faktische Staatsangestellte gelten. Folgt man der Argumentation der vorberatenden Kommission, müssten umgekehrt alle Mitglieder des Kantonsrats, auch Kantonsangestellte, im Sinne einer Gleichbehandlung in die Stawiko und die JKP gewählt werden können. Anders gesagt: In der Logik der Kommission müsste der ganze Abs. 2 gestrichen werden. Die AGF behält sich je nach Ergebnis der ersten Lesung vor, auf die zweite Lesung hin einen Antrag zu stellen.
Zur Interessenvertretung bzw. -kollision: Die AGF will nicht, dass Leute in Kommissionen Einsitz nehmen, die immer wieder in den Ausstand treten müssen. Das erschwert eine effiziente Kommissionsarbeit. Die AGF unterstützt deshalb den Antrag des Büros.

Auch für **Eusebius Spescha** geht es hier um eine materiell spannende und auch heikle Frage. Persönlich hatte der Votant anfänglich viel Sympathie für die vom Büro vorgeschlagene Regelung. Die Diskussion im Büro führte ihn aber dazu, den Kommissionsantrag zu unterstützen.
Es ist tatsächlich so, dass alle Parlamentsmitglieder Interessenvertreterinnen bzw. -vertreter sind, sei es für Parteien, Organisationen oder Berufsgruppen. Das ist so gewollt. Wichtig wäre eine gute Transparenz, aber leider hat der Rat den diesbezüglichen Vorschlag der SP-Fraktion abgelehnt. Es gibt nun Situationen, in welchen die Interessenvertretung mit der Aufgabe kollidiert. Das wäre beispielsweise der Fall, wenn ein Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung als Mitglied der Stawiko oder eine Mehrheit von Rechtsanwälten in der JPK quasi sich selber beaufsichtigen würden. Die hier vorgeschlagene Regelung ist richtig. Worin aber besteht der Sinn einer Ausweitung dieser Regelung auf leitende Mitarbeitende von Anstalten des Kantons und Organisationen im Mehrheitsbesitz des Kantons? Es gibt konkrete Beispiele: Ein Leitender Arzt des Kantonsspitals war Präsident der Stawiko; aktuell ist der Verwaltungsratspräsident der ZVB Stawiko-Präsident; führende Mitarbeiter der Zuger Kantonalbank sind Mitglieder des Kantonsrats. Nun aber: In der laufenden Legislatur gab es kein einziges Geschäft, welches das Kantonsspital betraf; bezüglich ZVB gab es eine einzige grosse Vorlage, bei welcher der Stawiko-Präsident in den Ausstand treten musste; die Kantonalbank war einzig ein Thema in Zusammenhang mit einer Altersbeschränkung. Es gibt also keine realen Gründe, die betreffenden Ratsmitglieder von der Verantwortung auch in der Stawiko oder der JPK fernzuhalten. Es ist daher richtig, bei der Formulierung der vorberatenden Kommission zu bleiben. Vollends absurd würde es, wenn man die Ausschaltung von Interessenvertretungen beispielsweise auf die Präsidentin der Frauenzentrale oder auf Vorstandsmitglieder der Gemeinnützigen Gesellschaft – was der Votant einmal war – ausdehnen würde. Wichtig ist es, eine klare Ausstandsregelung zu schaffen, nicht aber Personen *per se* von der Arbeit auszuschliessen.

Thomas Wyss teilt mit, dass die SVP-Fraktion den Antrag des Büros unterstützt. In der Fraktion wurde argumentiert, dass der Kanton Zug national und international im Schaufenster stehe und sich gerade in solchen Fragen besonders vorsichtig und sauber verhalten sollte. Da macht es Sinn, erstens den zweiten Satz beizubehalten und zweitens – so der **Antrag** der SVP-Fraktion – den dritten Satz zu modifizieren, dies wie folgt: «Diese Bestimmung gilt *auch* für Mitarbeitende und Personen in leitenden Organen von juristischen Personen, die […].»

Irène Castell-Bachmann: Die FDP-Fraktion stellt sich vollumfänglich hinter die vorberatende Kommission. Sie erachtet den Vorschlag des Büros als unnötige Einschränkung; die verschärfte Regelung des Ausstands genügt. Jedes Ratsmitglied ist ein Interessenvertreter, und die Votantin hat in ihren sieben Jahren im Parlament noch nie erlebt, dass jemand, der in irgendeinem Mass befangen war oder den Anschein der Befangenheit hätte erwecken können, nicht von sich aus seine Interessenbindung deklariert hätte. Die von Eusebius Spescha angeführten Beispiele veranschaulichen, dass es sinnvoll ist, die Regelung der Kommission zu übernehmen.

Heini Schmid teilt mit, dass die CVP-Fraktion ebenfalls den Antrag der vorberatenden Kommission unterstützt. Er dankt Eusebius Spescha für sein gehaltvolles Votum, das den Kern der Sache getroffen hat, und für die angenehme Zusammenarbeit in der Kommission. Eusebius Spescha kennt nicht nur sehr fundiert die Abläufe, sondern hat auch die Gnade, die Sache über den Parteistandpunkt hinaus genau anzuschauen. Gerade beim vorliegenden Thema muss man einen neuen Weg beschreiten und wegkommen von fixen Unvereinbarkeiten, einem Relikt aus früheren Zeiten, in denen man bestimmte Personenkategorien ganz gezielt ausschliessen wollte. Leider gibt es in der Kantonsverfassung noch immer ziemlich weit gehende Unvereinbarkeitsbestimmungen. Der Kantonsrat muss heute aber den Kern des Problems angehen, der da heisst: Bei gewissen parlamentarischen Tätigkeiten sollen gewisse Leute nicht bei der Entscheidfindung mitwirken. Die Kommission hat einen guten Weg beschritten: Bei Aufsichtsfunktionen geht es nicht an, dass man sich selber kontrolliert, im Übrigen aber sind alle Parlamentarier Interessenvertreter, und es gilt, nicht eine pauschale, sondern eine auf die Problemstellung im Parlamentsbetrieb bezogenen Lösung zu finden. In diesem Sinn bittet der Votant, dem Antrag der vorberatenden Kommission zu folgen.

Thomas Werner spricht als Präsident der JPK. Diese hat im Zirkularverfahren beschlossen, sich einerseits bei diesem Thema zu Wort zu melden und sich andererseits dahingehend zu äussern, dass eine Mehrheit ihrer Mitglieder dem Rat empfiehlt, den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen.

Für Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** hat auch das Büro eine gute Fassung vorgelegt: Mehr Klarheit als in der Variante des Büros gibt es eigentlich nicht. Es steht hier das Argument der Transparenz gegen «Das Kind mit dem Bad ausschütten». Es ist zwar schön und gut, wenn es eine Ausstandsregelung bei «unmittelbarem persönlichem Interesse» gibt. Aber ist beispielsweise der Leitende Arzt einer Abteilung von einem Geschäft «unmittelbar» und «persönlich» betroffen, wenn sich dieses Geschäft auf das Kantonsspital als Ganzes bezieht? Sind da die Transparenz und das Vertrauen in die Politik gewährleistet.
Zum Antrag der SVP, den dritten Satz so umzukehren, dass auch leitende Personen in Organisationen, mit denen der Kanton eine Leistungs- oder Subventionsvereinbarung abgeschlossen hat, von der Mitgliedschaft in der Stawiko oder JPK aus-

geschlossen werden sollen: Das Büro ist klar zum Schluss gekommen, dass solche Organisationen – etwa die Frauenzentrale oder die Gemeinnützige Gesellschaft – ausgenommen werden sollen, weil sie eine andere Bedeutung haben als die im zweiten Satz genannten Anstalten und Betriebe. Zusammenfassend bittet der Ratspräsident, die Variante des Büros zu unterstützen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, im dritten Satz von § 16 Abs. 2 das Wort «nicht» durch «auch» zu ersetzen, mit 58 zu 16 Stimmen ab.

➔ Der Rat genehmigt mit 44 zu 30 Stimmen die Fassung der vorberatenden Kommission.

§ 16 Abs. 3

Kurt Balmer stellt namens der CVP-Fraktion den **Antrag,** § 16 Abs. 3 wie folgt zu erweitern: «In der engeren *und erweiterten* Justizprüfungskommission dürfen […].» Die vorherige Diskussion hat gezeigt, dass die Interessenbindungen ein heikles Thema sind. Man muss deshalb Sorge tragen, dass zukünftig das Gleichgewicht in der JPK korrekt organisiert ist. Je nach dem, wer künftig in der JPK welche Aufgaben und Kompetenzen hat, sollte gegebenenfalls auch die erweiterte JPK nachvollziehbaren Einschränkungen unterliegen. Ansonsten könnte es nämlich passieren, dass Anwälte aus der erweiterten JPK die Oberaufsicht über das Obergericht ausüben und aus irgendwelchen, möglicherweise auch persönlichen Gründen – ein verlorener Prozess oder eine persönliche Unverträglichkeit mit bestimmten Gerichtsmitgliedern – den Gerichten den Tarif durchgeben. Die CVP will keinen Eigennutz der Rechtsanwälte. Zwar braucht es in der JPK sogenanntes juristisches *Knowhow,* weshalb die Juristen nicht gänzlich aus dieser Kommission ausgesperrt werden sollten.
Der Votant spricht im Moment nicht über eine allfällige Abschaffung der erweiterten JPK, über die richtige Grösse der engeren und erweiterten JPK oder über die Frage, wer was wie visitieren soll. Die Kommissionspräsidentin hat dem Votanten aber versichert, dass man die eben angesprochenen Probleme nochmals anschauen und gegebenenfalls auf die zweite Lesung hin eine ausgewogene Lösung präsentieren will, sofern nicht heute die richtige Lösung gefunden werden kann. Der Votant wird deshalb bei § 19 diesbezüglich nichts mehr sagen. Vorsorglich aber stellt der namens der CVP-Fraktion den oben formulierten Antrag und bittet um dessen Unterstützung.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass es für die vorberatende Kommission klar war, dass die JPK und vor allem die erweiterte JPK gestärkt werden, weitere Aufgaben erhalten und in die Visitierung eingebunden werden soll. Die JPK soll vermehrt hinschauen und ihre Oberaufsichtsfunktion wirklich wahrnehmen. Den vorliegenden Antrag hat die vorberatende Kommission nicht diskutiert. Für die Votantin ist es aber einleuchtend, dass unter diesen neuen Gegebenheiten die Rechtsanwälte sowohl in der engeren wie in der erweiterten JPK keine Mehrheit haben sollen.

Manuel Brandenberg hat persönlich Sympathien für den Antrag der CVP – und möchte sogar noch etwas weitergehen. Die Einschränkung sollte nicht nur Anwälte betreffen, die «im Anwaltsregister des Kantons Zug eingetragen» sind, sondern «in einem Anwaltsregister». Es gibt Anwälte – und sie könnten auch Kantonsräte sein

–, die in einem ausserkantonalen Büro arbeiten und dort in einem Anwaltsregister eingetragen sind, aber trotzdem auch im Kanton Zug prozessieren; auch hier gilt nämlich die Freizügigkeit. Da wäre es korrekt – und dies ist der **Antrag** des Votanten –, die Einschränkung auf den Kanton Zug im obigen Sinn wegzulassen.

Für **Irène Castell-Bachmann** macht der Antrag der CVP nur dann Sinn, wenn die erweiterte JPK einen neuen Aufgabenbereich erhält, wie es die vorberatende Kommission vorschlägt. Die Votantin stellt deshalb den **Verfahrensantrag,** erst dann über den Antrag abzustimmen, wenn klar ist, ob die erweiterte JPK in § 19 die vorgeschlagenen neuen Aufgaben erhält oder nicht.

Daniel Thomas Burch macht darauf aufmerksam, dass der Antrag der CVP weitreichende Folgen hat. In der JPK werden auch Gesetze, Strafprozessordnungen etc. beraten, und da sollen nun die Juristen nicht mehr vertreten sein. Sollen denn in den Kommissionen, welche Fragen der Pensionskasse oder der Lehrerbesoldung beraten, künftig auch keine Staatsangestellten bzw. Lehrer mehr Einsitz nehmen können? Wenn man die Frage ganzheitlich betrachtet, macht die von der CVP nur für die JPK vorgeschlagene Einschränkung keinen Sinn.

Heini Schmid gibt seinem Vorredner grundsätzlich recht. Er weist aber darauf hin, dass sämtliche Anwälte im Rat die von Kurt Balmer vorgeschlagene Regelung gutheissen. Sie sind sich bewusst, wie heikel es ist, wenn eine Mehrheit von Anwälten die Aufsicht über die Gerichte ausübt, vor denen sie prozessieren. Es gibt, wie ausgeführt wurde, Verletzungen und persönliche Schwierigkeiten, und der Rat ist gut beraten, wenn er hier den Anwälten, welche diese Problematik sehen, folgt und der Anwaltskaste die entsprechenden Möglichkeiten nicht zugesteht. Eigentlich wollen sich die Anwälte hier vor sich selber schützen – und wenn Anwälte das schon mal tun, sollte man ihnen folgen.

Stefan Gisler macht darauf aufmerksam, dass die JPK im Unterschied zu einer Ad-hoc-Kommission Aufsichtsfunktionen hat bzw. – im Fall der erweiterten JPK – erhalten soll. Die AGF unterstützt deshalb sowohl den Antrag der CVP-Fraktion als auch – in derselben Logik – denjenigen von Manuel Brandenberg. Es geht um eine saubere Trennung von Aufsicht und beruflicher Funktion.

➔ Der Rat lehnt den Verfahrensantrag von Irène Castell-Bachmann mit 53 zu 15 Stimmen ab.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der CVP-Fraktion auf Ergänzung der einleitenden Wendung zu «In der engeren *und erweiterten* Justizprüfungskommission dürfen […]» mit 68 zu 3 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Manuel Brandenberg auf Änderung zu «[…] Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die in *einem* Anwaltsregister eingetragen sind, […]» mit 72 zu 0 Stimmen zu.

§ 17 Abs. 1

Thomas Wyss stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag**, für die Bewilligung von Direktüberweisungen an ständige Kommissionen der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden keine Einstimmigkeit vorzuschreiben. Das Wort «einstimmig» soll also

gestrichen werden und die entsprechende Passage wie folgt lauten: «[…] muss von der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden vorher bewilligt werden.»

➔ Der Rat heisst den Antrag der SVP-Fraktion mit 44 zu 25 Stimmen gut.

§ 18 Abs. 2 Satz 2

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Wie man der Debatte zur Regelung der Unvereinbarkeit entnehmen konnte, hat sich die vorberatende Kommission sehr intensiv mit dem Aufsichtsrecht auseinandergesetzt. Dabei klärte sie zuerst den Unterschied zwischen dem Aufsichtsrecht des Regierungsrats und der Gerichte einerseits und dem Oberaufsichtsrecht des Kantonsrats andererseits. Detaillierte Ausführungen dazu finden sich im Kommissionsbericht auf Seite 15 und 16. Wie die Votantin in ihrem Eintretensvotum bereits dargelegt hat, stehen dem Kantonsrat gemäss § 41 Abs. 1 Bst. c und d der Kantonsverfassung zu:
• «die Oberaufsicht über die Behörden sowie über die Erhaltung und Vollziehung der Verfassung und der Gesetze»;
• «die Oberaufsicht über den Staatshaushalt».
Die Oberaufsicht ist die umfassende Kontrolle des Kantonsrats über die gesamte kantonale Tätigkeit. Um sicherzugehen, dass die Behörden korrekt arbeiten, die Verfassung und die Gesetze eingehalten werden und der Staatshaushalt richtig geführt wird, muss sich der Kantonsrat in einem ersten Schritt einen Einblick verschaffen. In einem zweiten Schritt kann er steuernd eingreifen, wobei ihm zur Steuerung jene Instrumente zur Verfügung stehen, die ebenfalls in der Verfassung aufgeführt sind. Es sind dies:
• die Gesetzgebung;
• die Zusprechung der finanziellen Mittel;
• die Genehmigung der Geschäftsberichte;
• die Genehmigung der Leistungsaufträge.
Zu beachten ist, dass der Kantonsrat keine Weisungsbefugnis hat. Er kann also nicht anordnen, dass dieser oder jener Mitarbeiter anders einzusetzen oder dieses oder jenes Amt neu zu organisieren sei.
Dazu kommt ein weiterer wichtiger Aspekt: Gemäss § 30 der Bundesverfassung ist die Rechtsprechung der Gerichte und des Regierungsrats als Beschwerdeinstanz von der Oberaufsicht ausgeschlossen. Die Oberaufsicht beschränkt sich also auf den äusseren Geschäftsgang. Vom inneren Geschäftsgang spricht man, wenn es um die Rechtsprechung geht. Zur Verdeutlichung dieses Sachverhalts wurde in der GO KR an mehreren Stellen der Begriff «äusserer Geschäftsgang» ergänzt, obwohl dies nicht zwingend notwendig wäre. Da es aber in der Vergangenheit zwischen den Gerichten und dem Kantonsrat immer wieder zu Kontroversen darüber kam, was in der Kompetenz des Kantonsrats als Oberaufsichtsorgan liege, erachtet die Kommission diese präzisierende Ergänzungen als sinnvoll. In der ganzen GO wird nun überall dort, wo es um die Oberaufsicht des Kantonsrats geht, auch konsequent dieser Begriff verwendet.
Der Kantonsrat hat also die Oberaufsicht. Ausgeübt wird diese durch die Stawiko und die JPK. In § 18 und 19 sind die Details zu den beiden Kommissionen aufgeführt. Der Aufbau der beiden Paragrafen ist identisch. Das Büro, die Gerichte wie auch die Stawiko und die JPK haben die Anträge der vorberatenden Kommission positiv aufgenommen. Zu bereinigen sind nun die noch verbleibenden Differenzen.

• In § 18 Abs. 2 Satz 2 beschränken sich die Differenzen ausschliesslich auf einen Teilantrag des Büros. Die Kommission stimmt den Ergänzungen «(äusserer Geschäftsgang)» und «*alle* Gerichte» des Büros mit 14 zu 0 Stimmen zu.
• In Bezug auf den Streichungsantrag des Büros im selben Satz holt die Votantin etwas aus: Die vorberatende Kommission hat in mehreren Absätzen die staatlichen Stellen um «die Schlichtungsbehörden, die Kommissionen des Obergerichts, die Staatsanwaltschaft» zur Präzisierung und Klärung ergänzt. Davon betroffen sind § 18, 19 und 22. Sie tat dies, weil sowohl Mitglieder der Stawiko wie auch der JPK in der Vergangenheit oft darum kämpfen mussten, Auskunft zu erhalten, Einblick in Unterlagen zu nehmen oder Visitationen durchführen zu können. Die Kommission will mit ihrem Vorgehen den Kantonsrat insofern stärken, als dass er seiner Oberaufsichtsfunktion uneingeschränkt nachkommen kann, stets natürlich unter Berücksichtigung der Einschränkungen gemäss Bundesverfassung – Stichwort «äusserer Geschäftsgang».
• In § 18 betrifft die erwähnte Ergänzung direkt Abs. 2 und Abs. 8 sowie indirekt Abs. 5 (Verweis auf Abs. 2). Die vorberatende Kommission hat die genannten drei Stellen, die fachlich dem Obergericht unterstellt sind, separat aufgeführt, da es sich nicht um Gerichte handelt. Ohne die explizite Erwähnung könnte argumentiert werden, dass diese Stellen nicht der finanziellen Oberaufsicht der Stawiko unterstehen. Dies ist unerwünscht, hat doch die Stawiko auch diese wichtigen und personell stark dotierten Stellen finanziell zu prüfen. Die Ergänzung der Kommission dient also der Klarheit und der Stärkung der Stawiko. Die GO KR ist eine Art Handbuch und sollte mehrere Jahrzehnte in Kraft bleiben, und es dürfen keine Auslegungsschwierigkeiten entstehen.
In der Vorbereitung der heutigen Sitzung befasste sich die Votantin nochmals intensiv mit der Thematik, auch unter Rücksprache mit Erlassredaktor Tino Jorio. Sie befürchtete nämlich, dass dasselbe Thema an sechs Stellen in immer wieder anderer Variation diskutiert werden müsse. Sie hat auf schriftlichem Weg kurzfristig auch noch die Meinung der übrigen Kommissionsmitglieder einzuholen versucht. Das Ergebnis war, dass sich eine knappe Mehrheit der Kommission damit einverstanden erklären kann, in § 18, wo es um die Prüfung der finanziellen Belange bzw. um Abklärungen zu besonderen Vorkommnissen geht, die drei erwähnten Stellen gemäss Antrag des Büros zu streichen. Man kann nämlich argumentieren, dass die Stawiko ihrem Auftrag zur Prüfung dieser Stellen auch ohne deren ausdrückliche Nennung nachkommen kann. Die Kommission ist jedoch klar der Ansicht, dass in § 19 und § 22 die drei Stellen auf keinen Fall gestrichen werden dürfen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** teilt mit, dass die Stawiko die vom Büro vorgeschlagene und jetzt auch von der Kommissionspräsidentin gutgeheissene Regelung unterstützt.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** hält fest, dass es in § 18 und 19 um die Oberaufsicht des Parlaments über Regierung und Gerichte geht. Für das Obergericht ist es wichtig, dass diese Aufgabe klar geregelt und nicht Unnötiges reglementiert wird.
Das Obergericht unterstützt bei § 18 Abs. 2, 5, 6 und 8 die Anträge des Büros. Es ist richtig, dass die Stawiko die finanzielle Oberaufsicht auch über die Gerichte ausüben darf und soll. Es ist aber unnötig, nebst den Gerichten die Schlichtungsbehörden, die Kommissionen des Obergerichts und die Staatsanwaltschaft aufzuzählen. Zum Begriff «Gerichte» umfasst nämlich gemäss §§ 49–56 der Verfassung auch die untergeordneten Instanzen; es ist also nicht nötig, sie alle aufzuzählen. Zum Obergericht gehören das Strafgericht, das Kantonsgericht, die verschiedenen

Schlichtungsbehörden, die Staatsanwaltschaft und die verschiedenen Kommissionen; auch das Verwaltungsgericht hat – was offenbar unterging – als untere Instanz eine Kommission, nämlich die Schätzungskommission. In der Rechnung des Obergerichts sind demnach nebst derjenigen des Obergerichts selbst auch jene des Kantonsgerichts, des Strafgerichts und der Staatsanwaltschaft enthalten, mit je eigener Kostenstelle. Die übrigen Instanzen jedoch haben keine eigene Kostenstelle: Die Schlichtungsbehörde Arbeitsrecht ist in der Kostenstelle Kantonsgericht enthalten, die Kommissionen des Obergerichts und die Schätzungskommission des Verwaltungsgerichts in der Kostenstelle Obergericht bzw. Verwaltungsgericht; es geht dort nur um die Entschädigung der nebenamtlichen Behörden, weitere Aufwendungen fallen nicht an. Die Schlichtungsbehörde Miet- und Pachtrecht ist finanziell und administrativ der Volkswirtschaftsdirektion angegliedert und demzufolge in deren Rechnung enthalten. Was schliesslich die Friedensrichter – auch sie sind eine Schlichtungsbehörde – angeht, hat der Kantonsrat in finanzieller Hinsicht keine Kompetenzen, da die Gemeinden für die Wahlen der Friedensrichter sowie für die Kosten bzw. Entschädigung derselben zuständig sind. Hier darf sich das Kantonsparlament nicht in die Aufgaben der Gemeinden einmischen.
Dass die vorberatende Kommission die dem Obergericht angehörenden Kommissionen separat aufführen bzw. neu sogar durch die Stawiko und die JPK visitieren lassen will, scheint dem Obergericht nicht ganz konsequent. Auch der Regierungsrat hat unzählige Kommissionen, teilweise auch mit Entscheidungskompetenz. Was passiert mit diesen Kommissionen? Diese Frage blieb für das Obergericht bis jetzt unbeantwortet. Das Obergericht hat drei Kommissionen:
• die Anwaltsprüfungskommission;
• die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte;
• die Prüfungskommission für Betreibungsbeamte; diese tagt im Durchschnitt weniger als einmal pro Jahr, weil es nur etwa alle zwei Jahre einen Prüfling gibt.
Ob das Parlament, vertreten durch die Stawiko und die JPK, als Oberaufsichtsbehörde auch diese drei Kommissionen wirklich inspizieren und visitieren will bzw. soll, muss der Kantonsrat entscheiden. Das Obergericht jedenfalls kann bestätigen, dass alle drei Kommissionen ihre Arbeit seit vielen Jahren gut und ohne jegliche Beanstandungen erledigen, so dass auch das Obergericht bei ihnen noch nie eine Visitation vorgenommen hat oder vornehmen musste. Das Obergericht wählt die Kommissionen, erhält deren Rechenschaftsberichte und steht formell wie informell mit ihnen in Kontakt. Und was den finanziellen Bereich angeht: Diese Kommissionen haben – wie gesagt – kein eigenes Budget. Die Ausgaben für die nebenamtlichen Mitglieder sind in der Rechnung des Obergerichts enthalten. Was man hier visitieren und inspizieren soll, ist dem Obergericht daher nicht klar. Will das Parlament bzw. die Stawiko wirklich den Aufwand auf sich nehmen, neben dem Obergericht auch noch die ihm unterstellten Instanzen zu visitieren? In den letzten zwei Jahren visitierte die Stawiko nämlich nicht einmal das Obergericht. Im Übrigen sind die von der Kommissionspräsidentin angesprochenen Probleme der Obergerichtspräsidentin nicht bekannt. Die Stawiko hat immer Auskunft auf ihre Fragen erhalten.
Das Obergericht empfiehlt zusammenfassend dem Rat, dem überarbeiteten Antrag des Büros zuzustimmen. Für den Eventualfall, dass der Antrag des Büros unterliegt, stellt das Obergericht den **Antrag,** nicht von den «Kommissionen des Obergerichts», sondern von den «Kommissionen der Gerichte» zu sprechen, da neuerdings – wie erwähnt – auch dem Verwaltungsgericht eine Kommission unterstellt ist und allenfalls später noch weitere Kommissionen dazukommen.

Alois Gössi: Die SP-Fraktion macht beliebt, hier die Schlichtungsbehörden und die Kommissionen des Obergerichts zu streichen, dafür aber die Wendung «über die

Gerichte» zu «über alle Gerichte» zu ändern. Die Staatsanwaltschaft jedoch soll weiterhin explizit genannt werden. Dieser **Antrag** gilt auch für die Abs. 5 und 8, wo auf Abs. 2 verwiesen bzw. die gleiche Aufzählung gemacht wird. Sinngemäss hat die Erwähnung «alle Gerichte» die gleiche Wirkung wie eine Aufzählung von einzelnen Gerichtsorganisationen. Trotzdem aber möchte die SP-Fraktion die Staatsanwaltschaft namentlich aufgeführt und quasi als eigenständige Organisation behandelt haben. Sie wird ja auch – wie von der Obergerichtspräsidentin gehört – in der Laufenden Rechnung mit eigener Kostenstelle geführt.

Heini Schmid ist nach dem Votum der Obergerichtspräsidentin nicht mehr sicher, ob alle vom Gleichen sprechen. Er ging bis anhin davon aus, dass man sich einig ist, wo die Stawiko die Oberaufsicht ausübt. Das ist hier wichtig, weil in Abs. 5, beim Thema Visitation, auf Abs. 2 verwiesen wird, es also eine Einheit von Aufsichts- und Visitationsrecht gibt. Nach all den Definitionen, was der Rat wo kann bzw. können soll, ist dem Votanten nun nicht mehr klar, was das Obergericht bzw. das Büro bzw. die Kommission meint. Der Rat scheint der Meinung zu sein, die Stawiko könne das Obergericht auf jeden Fall visitieren; für das Obergericht aber scheint – wenn die vorgeschlagene Streichung denn vorgenommen wird – wiederum jene Unsicherheit zu bestehen, die es bis anhin meisterlich und juristisch geschickt zu nutzen verstand. Es wäre schade, wenn die Revision der GO hier keine Klarheit schaffen würde. Es darf nicht sein, dass der Rat die vorgeschlagenen Streichungen in der Meinung vornimmt, seine Kommissionen dürften alles visitieren, und das Obergericht dann bei der ersten Visitation sagt, in § 19 Abs. 2 sei ja alles gestrichen worden und es gebe beispielsweise bei den Schlichtungsbehörden kein Visitationsrecht mehr. Der Votant kann im Moment nicht beurteilen, was nun eigentlich gilt. Vielleicht müsste das Thema auf die zweite Lesung hin nochmals genau angeschaut werden.

Irène Castell-Bachmann schliesst sich den Ausführungen von Heini Schmid vollumfänglich an. Sie macht beliebt, im Moment die Version der Kommission zu nehmen, aber gemäss Antrag der Obergerichtspräsidentin statt «die Kommissionen des Obergerichts» neu «die Kommissionen der Gerichte» zu schreiben; hier ging tatsächlich eine Kommission vergessen. Das ganze Thema muss aber auf die zweite Lesung hin in der vorberatenden Kommission nochmals im Detail studiert werden. Es war ein zentrales Anliegen in der Kommissionsarbeit, die Oberaufsicht zu verstärken und das auch sprachlich klar und zweifelsfrei zum Ausdruck zu bringen.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Genau die von Heini Schmid geschilderte Unklarheit wollte man vermeiden, nämlich die Unsicherheit, ob das Weglassen der fraglichen Institutionen dasselbe bedeute wie das Beibehalten. Die Kommissionspräsidentin unterstützt den Vorschlag, die Frage nochmals in die Kommission zu geben, damit sich diese nochmals in aller Tiefe damit beschäftigen kann. Bezüglich des Vorgehens bittet sie die Ratsleitung um einen Vorschlag.

Auch Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** hält den Vorschlag, die Frage nochmals in die Kommission zu geben, für richtig. Im Übrigen hat das Obergericht die Oberaufsicht der Stawiko in finanziellen Belangen als Visitierungs*pflicht* verstanden, auch bezüglich der zu den Gerichten gehörenden Kommissionen, der Schlichtungsbehörden und der Staatsanwaltschaft. Es hat dagegen nichts einzuwenden. Es hat auch nichts dagegen einzuwenden, wenn die Stawiko oder die JPK das Gespräch suchen würden, falls es irgendwo in den betreffenden Kommissionen oder Behörden Probleme geben sollte; das gehört zur Oberaufsicht. Das Obergericht hat

aber – wie gesagt – die Visitierung als *Pflicht* verstanden und findet es unnötig, eine Kommission, die vielleicht einmal in vier Jahren zu einer Sitzung zusammenkommt, zu visitieren. Es scheint ihm auch nicht richtig, dass die Schlichtungsbehörden der Gemeinden hier einbezogen sind.

Für **Andreas Hausheer** ist es keineswegs so, dass die Stawiko in den Gerichten immer mit offenen Armen empfangen wird; zumindest lässt sich das den Rückmeldungen der Stawiko-Delegationen entnehmen. Es gilt deshalb sicherzustellen, dass eine Visitation von den Gerichten nicht verweigert werden kann. Das ist das Hauptanliegen. Der Votant überstützt den Antrag, die Frage nochmals in die Kommission zurückzugeben.

Für **Kurt Balmer** führt der Rat jetzt eine Grundsatzdiskussion über die Funktion und Tätigkeit der Stawiko und der JPK. Man sollte deshalb konsequent eine *vollständige* Liste der Stellen und Behörde erstellen, welche der Oberaufsicht bzw. Visitation unterstehen. Der Votant ist sich bewusst, dass er mit seinem Vorschlag die Diskussion noch verkompliziert. Seiner Meinung nach aber ist die Aufzählung im Antrag der Kommission insofern nicht vollständig, als auch die Betreibungsämter, das Konkursamt, der Vollzugs- und Bewährungsdienst und selbstverständlich die Schätzungskommission genannt werden müssten. Man darf hier nicht auf halbem Weg stehen bleiben, sondern müsste das System konsequent handhaben.

Gregor Kupper hält fest, dass man im Moment über § 18 Abs. 2, also über die Oberaufsicht der Stawiko, spricht. Damit verknüpft ist § 18 Abs. 5, wo es um die Visitierung geht. Diese ist in der bisher gültigen GO mit einer «kann»-Bestimmung geregelt: «[Die Staatswirtschaftskommission] kann die Amtsstellen und Anstalten des Staates […] visitieren.» Der Stawiko-Präsident hat sich anfänglich dafür stark gemacht, dass die «kann»-Formulierung bestehen bleibt. Er ist aber davon abgekommen, weil eine Delegation des Büros in einer Sitzung der Stawiko klar versicherte, dass die Visitierungspflicht mit der Visitierung der Direktionen erfüllt sei; die Stawiko-Mitglieder waren eher davon ausgegangen, dass mit dem Begriff «Visitierung» die Visitierung einzelner Ämter gemeint sei, welche die Stawiko eben visitieren *kann,* in einer – so der Zusatzantrag in Abs. 5 – von ihr selbst bestimmten Kadenz.
In Abs. 2 aber geht es einzig über die Oberaufsicht über die Gerichte in finanziellen Belangen. Hier muss sichergestellt werden, dass die Stawiko auf alles, was im Budget und in der Staatsrechnung seinen Niederschlag findet, den vollen Zugriff hat. Ob dazu die zusammenfassende Wendung «alle Gerichte» – vielleicht noch unter expliziter Nennung der Staatsanwaltschaft – genügt, soll die vorberatende Kommission nochmals prüfen und dem Kantonsrat dann einen entsprechenden Vorschlag machen.

Alois Gössi: Wenn die vorberatende Kommission § 18 auf die zweite Lesung hin nochmals berät, zieht die SP-Fraktion ihren Antrag zurück.

Irène Castell-Bachmann nimmt nochmals Bezug auf die Ausführungen der Obergerichtspräsidentin auf. Für die FDP-Fraktion ist Pflicht zur Visitierung zentral. Die Kadenz der Visitierung ist eine andere Frage. Wichtig ist für die Votantin auch, dass Streichungen in Abs. 2 eine unmittelbare Auswirkung auf Abs. 5 haben, wo auf Abs. 2 rückverwiesen wird.

Eusebius Spescha glaubt, dass inhaltlich-materiell eigentlich keine Differenzen bestehen. Alle stimmen überein, dass die Stawiko und die JPK Zugriff auf alle diese

Bereiche haben sollen. Wie aber soll die konkrete Formulierung aussehen, damit dies auch deutlich wird? Die Kommission hat den Weg gewählt, möglichst viel aufzulisten, und dabei vielleicht übersehen, dass eine Formulierung wie «alle Gerichte» eigentlich schon sehr umfassend ist. Damit nun ein konkreter Beschluss gefasst werden kann und die Debatte vereinfacht wird, stellt der Votant den konkreten **Antrag,** den revidierten Antrag des Büros als Ergebnis der ersten Lesung zu verabschieden und gleichzeitig die vorberatende Kommission zu beauftragen, die Formulierung nochmals genau zu überprüfen, insbesondere die Frage, was explizit aufgeführt werden muss.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** erinnert daran, dass die vorberatende Kommission der vom Büro beantragten Streichung in § 18 Abs. 2 auf dem Zirkularweg zugestimmt hat, dies mit 6 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen; 5 Kommissionsmitglieder haben sich nicht geäussert. Formell besteht damit der Antrag der Kommission nicht mehr. Die Kommissionspräsidentin kann sich mit dem von Eusebius Spescha vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden erklären und würde gern diesen Weg einschlagen.

Irène Castell-Bachmann stellt den **Antrag,** § 18 Abs. 2 Satz 2 vorläufig wie folgt zu formulieren bzw. zu verabschieden: «Sie [= die Staatswirtschaftskommission] übt zudem in finanziellen Belangen die Oberaufsicht (äusserer Geschäftsgang) über alle Gerichte, die Schlichtungsbehörden, die Kommissionen der Gerichte, die Staatsanwaltschaft, die Datenschutzstelle und die Ombudsstelle aus.» Diese Formulierung soll dann aber nach weiterer Kommissionsarbeit nochmals im Rat diskutiert werden. Die Votantin möchte nicht, dass die in der Kommission ausgiebig diskutierte Fassung jetzt auf die Schnelle bzw. auf dem Zirkularweg wegfällt.

Heini Schmid wäre froh, wenn Irène Castell-Bachmann ihren Antrag zurückziehen würde, damit der Rat dem Antrag von Eusebius Spescha folgen kann. Die Kommission soll überprüfen, ob das Anliegen einer umfassenden Oberaufsicht erfüllt ist, wobei bezüglich der Betreibungsämter die Zuständigkeit genau abgeklärt werden muss. Die Formulierung muss nach Meinung des Kantonsrats so sein, dass auch dem Obergericht und den ihm unterworfenen Stellen klar ist, dass auch sie der Oberaufsicht und der Visitation unterstehen, dies in einem sinnvollen Rhythmus. Die Kommission hat damit eine klare Ausgangslage und kann auch mit dem Obergericht besprechen, dass es keinen Interpretationsspielraum mehr gibt.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** schliesst sich dem Votum von Heini Schmid und dem Antrag von Eusebius Spescha an, zumal die neue Fassung des Büros mit dem Obergericht abgesprochen wurde. Die definitive Fassung soll dann in der zweiten Lesung nochmals beraten werden können.

Der **Vorsitzende** legt das weitere Vorgehen fest. Zuerst wird über die Teilrückweisung an die Kommission abgestimmt. Wird diesem Antrag nicht stattgegeben, muss die Formulierung bereinigt werden – im Raum stehen der Eventualantrag des Obergerichts und der Antrag der SP-Fraktion bezüglich Staatsanwaltschaft –, bevor die bereinigte Fassung der Kommission dem revidierten Antrag des Büros gegenübergestellt wird.

Heini Schmid erinnert daran, dass die vorberatende Kommission dem Antrag des Büros zugestimmt hat. Es braucht also keine formelle Teilrückweisung an die Kommission. Diese wird auf die zweite Lesung wieder einen Antrag stellen, mit den

mehrfach genannten Zielen. Es wäre nun gut, wenn das Obergericht sowie Irène Castell-Bachmann und die SP-Fraktion ihre Anträge zurückziehen würden. Allenfalls können sie sich ja in der zweiten Lesung und in Kenntnis des dannzumaligen Antrags der Kommission nochmals zu Wort melden

Nach einer entsprechenden Nachfrage hält der **Vorsitzende** fest, dass die Anträge des Obergerichts und der SP-Fraktion zurückgezogen wurden. Auch **Irène Castell-Bachmann** zieht ihren Antrag zurück. Der Vorsitzende liest den revidierten Antrag des Büros nochmals vor: «Sie [= die Staatswirtschaftskommission] übt zudem in finanziellen Belangen die Oberaufsicht (äusserer Geschäftsgang) über alle Gerichte, die Datenschutzstelle und die Ombudsstelle aus.»

➔ Der Rat genehmigt mit 58 zu 0 Stimmen den revidierten Antrag des Büros.

§ 18 Abs. 3 Einleitungssatz

Eusebius Spescha hält fest, dass die vorberatende Kommission und das Büro sich auf folgende, von der Stawiko beantragte Formulierung des einleitenden Satzes in § 18 Abs. 3 geeinigt haben: «Sie [= die Staatswirtschaftskommission] übt die Oberaufsicht insbesondere in folgenden Bereichen aus». Die Kommission hatte ursprünglich den Antrag gestellt: «Sie prüft insbesondere». Der Votant stellt den **Antrag,** der ursprünglichen Version der Kommission zu folgen. Natürlich stellen sich alle, die mit Revisionsberichten etc. zu tun haben, unter «Prüfung» etwas ganz Bestimmtes vor; im Bildungsbereich wiederum bedeutet «Prüfung» etwas anderes. Hier in der GO, wo die Stawiko beauftragt wird, beispielsweise das Budget, die Rechnung oder die Leistungsaufträge zu «prüfen», ist allen klar, dass nicht eine revisionsrechtliche Prüfung gemeint ist, sondern der Auftrag erteilt wird, ganz genau hinzuschauen. Diese Verpflichtung soll hier so deutlich wie möglich formuliert werden, und da ist dem Votanten die Formulierung «übt die Oberaufsicht aus» einfach zu schwach. Er möchte eine starke Stawiko mit einem klaren und verbindlichen Auftrag. Dieser ist im Wort «prüfen» enthalten, in der Wendung «übt die Oberaufsicht aus» hingegen nicht Der Votant bittet deshalb, die aktivere Formulierung «Sie prüft insbesondere» zu unterstützen.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass die vorberatende Kommission auf dem Zirkularweg zu dieser Frage Stellung genommen hat und mit grossem Mehr dem Vorschlag der Stawiko folgt. Materiell ist kein Unterschied zur ursprünglichen Fassung der Kommission auszumachen.

Gregor Kupper wehrt sich vehement gegen den Begriff «prüfen». Die Verfassung gibt dem Kantonsrat die Oberaufsicht über Verwaltung und Gerichte, und der Kantonsrat delegiert diese Aufgabe an die Stawiko. Wenn man diese Aufgabe in eine «Prüfung» umwandelt, verändert man sie wesentlich. Die Verantwortung für eine «Prüfung» könnte der Stawiko-Präsident nicht übernehmen. Bei der Oberaufsicht geht es um Plausibilisierung, Abklärung der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit etc., also um das Gewinnen eines Gesamtüberblicks, aber sicher nicht um eine Prüfung. Der Votant empfiehlt deshalb, unbedingt am Begriff «Oberaufsicht» festzuhalten. Zu «prüfen» ist eine Aufgabe der Finanzkontrolle.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** teilt mit, dass auch das Büro laut Zirkularumfrage mehrheitlich für die Variante des Stawiko ist. Das gilt auch für Abs. 5.

➔ Der Rat genehmigt mit 60 zu 7 Stimmen den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

§ 18 Abs. 5

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass die Stawiko hier einen ergänzenden Satz beantragt: «Sie [= die Staatswirtschaftskommission] entscheidet über die Kadenz der Visitationen.» Die vorberatende Kommission stimmt diesem Antrag zu.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

§ 18 Abs. 8

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass die vorberatende Kommission dem Antrag der Stawiko zustimmt, die Ergänzung «mittels klar formuliertem Auftrag» einzufügen, das doppelt aufgeführte Wort «Datenschutzstelle» im ersten Teil des Satzes zu streichen und die Präzisierung «ohne *alle* Gerichte» aufzunehmen. Sie empfiehlt auch hier, die Aufzählung herauszunehmen und wie bei Abs. 2 vorzugehen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

73. Sitzung: Donnerstag, 1. Mai 2014 (Nachmittag)
Zeit: 14.00 – 17.55 Uhr

Vorsitz
Kantonsratsvizepräsident Moritz Schmid, Walchwil

Protokoll
Beat Dittli

1080 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Rupan Sivaganesan, Zug; Beat Wyss, Oberägeri; Maja Dübendorfer Christen, Baar.

TRAKTANDUM 5 (Fortsetzung)

1081 Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Büros des Kantonsrats (2251.1/.2 - 14341/42), der vorberatenden Kommission (2251.3/.4 - 14624/25) und der Staatswirtschaftskommission (2251.5/.6 - 14641/42).

DETAILBERATUNG (1. Lesung): Fortsetzung

§ 19 Abs. 2

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** hält fest, dass in § 19 Abs. 2 die Wendung «über die Gerichte» durch «über *alle* Gerichte» ersetzt werden soll, womit die vorberatende Kommission einverstanden ist. Die folgende Aufzählung wird – wie bei § 18 beschlossen – im Moment gestrichen und die ganze Frage durch die Kommission nochmals im Detail beraten. In diese Beratungen wird auch die von Kurt Balmer aufgeworfene Frage einfliessen, ob man bei einer Aufzählung nicht auch das Konkursamt, die Betreibungsämter, die Schätzungskommission sowie den Vollzugs- und Bewährungsdienst aufführen müsste. Die Kommission hat dazu bereits umfangreichen Abklärungen vorgenommen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 19 Abs. 3 Ziff. 2

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** weist darauf hin, dass es neu heissen muss: «die Prüfung der Petitionen und *Ober*aufsichtsbeschwerden».

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 19 Abs. 3 Ziff. 4

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** hält einleitend fest, dass sich die Situation deutlich vereinfacht hat und das Obergericht die Streichung der Aufzählungen bzw. deren Neuberatung durch die Kommission unterstützt. In § 19 Abs. 4 und 6 wird es noch um die Visitierungspflicht gehen, wo die Details der Formulierung ebenfalls durch die Kommission zu klären sind. Bis anhin visitierte die JPK jeweils das Obergericht, das Kantonsgericht, das Strafgericht und die Staatsanwaltschaft, wogegen das Obergericht selbstverständlich nichts anzuwenden hat. Es hätte auch nichts dagegen einzuwenden, wenn die JPK auch die den Gerichten unterstellten Kommissionen visitieren würde, findet das aber übertrieben. Wichtig ist auch festzuhalten, dass die JPK mit allen Kommissionen, Schlichtungsbehörden etc. sehr wohl Gespräche führen darf, wenn irgendwelche Probleme bestehen, und dass zum Bereich «Gerichte» *alle* den Gerichten unterstehenden Instanzen gehören.
Zu § 19 Abs. 3 Ziff. 4 stellt das Obergericht einen Antrag, der ihm sehr am Herzen liegt. Es geht hier um die Vorbereitung der Wahl der voll- und teilamtlichen Mitglieder der Gerichte und der Gerichtspräsidien bzw. der ausserordentlichen Ersatzrichter. Diese Zusatzaufgabe für die JPK wurde auf Wunsch des Obergerichts aufgenommen. Es ist sinnvoll, dass auch diese wichtigen Wahlgeschäfte von einer parlamentarischen Kommission vorbereitet werden, werden doch die Gerichtsmitglieder bzw. Präsidien für eine Dauer von immerhin sechs Jahren gewählt. Verschiedene Kantone kennen bei der Wahl der Gerichtspräsidien durch das Parlament ein Vorschlagsrecht der Gerichte, weil es als wichtig erachtet wird, dass der Präsident oder die Präsidentin im Gericht den notwendigen Rückhalt hat und das Vertrauen der Mitrichter und -richterinnen besitzt. Die vorberatende Kommission hat den diesbezüglichen Vorschlag des Obergerichts abgelehnt, und dieser Vorschlag soll hier auch nicht nochmals eingebracht werden. Das Obergericht erachtet es aber als sinnvoll und für die Entscheidfindung des Parlaments wichtig, wenn die JPK bei der Vorbereitung der Präsidentenwahlen die Gerichte wenigstens anhören und man in der GO ein Anhörungsrecht statuieren würde – ein Recht, das ja in einem Rechtsstaat eine sehr hohe Bedeutung hat. Einerseits kann sich dann die JPK selber ein Bild darüber machen, ob eine Person als Präsident oder Präsidentin den nötigen Rückhalt im Gericht hat oder nicht; und andererseits ist mit einer blossen Anhörung von Gerichtsmitgliedern das Wahlrecht des Parlaments in keiner Weise eingeschränkt, die Anhörung kann aber zur die Meinungsbildung des Parlaments beitragen.
Das Obergericht stellt daher den **Antrag,** § 19 Abs. 3 Ziff. 4 wie folgt zu ergänzen: «die Vorbereitung der Wahl der voll- und teilamtlichen Mitglieder der Gerichte, der Gerichtspräsidien und auf Antrag der Gerichte der ausserordentlichen Ersatzmitglieder; *die Gerichte sind für die Wahl der Gerichtspräsidien anzuhören.***»**

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass dieses Anliegen der Gerichte in der Kommission beraten wurde, wobei auch die Unterscheidung zwischen «Mitwirkung» bzw. «Anhörung bei der Wahl» diskutiert wurde. Die Kommission war der Meinung, dass eine Anhörung nicht zweckdienlich ist und empfiehlt dehalb, dem Antrag des Obergerichts nicht zu folgen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag des Obergerichts mit 46 zu 16 Stimmen ab.

§ 19 Abs. 4

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** stellt den **Antrag,** die Bestimmung über die Visitationen der JPK mit dem Satz «Sie entscheidet über die Kadenz der Visitationen» zu ergänzen, dies analog zu § 18 Abs. 5, welcher die Visitationen durch die Stawiko regelt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

JPK-Präsident **Thomas Werner** stellt namens der JPK den **Antrag,** in § 19 Abs. das Wort «erweiterte» zu streichen. Neu soll es also heissen «Die ~~*erweiterte*~~ Justizprüfungskommission visitiert […]», was konkret bedeutet, dass weiterhin die engere JPK die Visitationen durchführt.
Die aus sieben Mitgliedern bestehende JPK wird zur Beratung von Geschäften betreffend Justizgesetzgebung jeweils um acht Personen erweitert, dies in Anlehnung an die Mitgliederzahl anderer vorberatender Kommissionen von Gesetzgebungsvorlagen. Sonst aber wurde die JPK nur selten für ausserordentliche Abklärungen erweitert, quasi als Alternative zu einer PUK. Die jährlichen Visitationen hingegen sind das eigentliche, regelmässige Grundgeschäft der JPK. Es gibt keinen vernünftigen Grund, die JPK auch für ihr Kerngeschäft um acht Mitglieder zu erweitern. Die Effizienz kann damit nicht gesteigert werden, im Gegenteil: Mehr Zeitaufwand für längere Sitzungen und viel mehr administrativer Aufwand einerseits für die Sekretärin, andererseits für den Präsidenten und die Mitglieder, vor allem aber auch für das Büro des Landschreibers wären die Folge.
Während des Jahres werden der JPK beispielsweise Beschwerden zugestellt, oder es stellen sich Fragen in Zusammenhang mit dem Strafvollzug oder zur die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Strafgericht. Die Delegationen der JPK bei den Visitationen bestehen aus drei oder vier Personen und können dann auch genau dort – beispielsweise zuerst bei der Staatsanwaltschaft und dann beim Strafgericht – eingesetzt werden; so fliessen auch die über das Jahr gesammelten Eindrücke und Hinweise in die Fragestellung ein. Mit einer erweiterten JPK entstünde die Problematik, dass während des Jahrs der Präsident jeweils alleine oder in extra dafür anberaumten Sitzungen der engeren JPK entscheiden müsste, ob eine bestimmte Information in Hinblick auf die Visitationen auch für die erweiterte JPK wichtig sei oder nicht. Käme man zu Schluss, dass die betreffende Information in auch der erweiterten JPK zugestellt werden müsse, müsste – was das Büro des Landschreibers bestätigen kann – *kiloweise* Papier versendet werden. Und weil die JPK kaum Siebnerdelegationen zur Ombudsfrau oder zur Staatsanwaltschaft schickt, sondern weiterhin mit Dreier- oder Viererdelegationen arbeiten würde, bestünde zusätzlich die Gefahr, dass – wie beim genannten Beispiel zwischen Staatsanwaltschaft und Strafgericht – zwei komplett verschiedene Delegationen zum Zug kämen und wichtige Informationen entweder nicht fliessen würden oder – wieder mit viel Aufwand verbunden – jeweils von der einen an die andere Delegation weitergegeben werden müssten. Man kann auch die Aufgabe der JPK nicht *tel quel* mit derjenigen der Stawiko vergleichen, handelt es sich doch um zwei komplett verschiedene Tätigkeitsfelder.
In diesem Sinn bittet der JPK-Präsident um Zustimmung zum Antrag, die JPK für ihre Kernaufgabe nicht künstlich aufzublähen und sie dadurch schwerfälliger und ineffizienter zu machen.

Für Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** ist der Antrag der JPK nicht ganz konsequent. In § 19 Abs. 1 steht, dass die JPK für drei ganz bestimmte, in Abs. 4, 5 und 6 festgehaltene Aufgabenbereiche erweitert wird, und da reicht es nicht, einfach in Abs. 4 das Wort «erweiterte» zu streichen. Die drei Aufgaben der erweiterten JPK sind:
• Visitation: Hier wollte die vorberatende Kommission der JPK bewusst mehr personelle Ressourcen zur Verfügung stellen, dies aus der Idee heraus, dass diese vermehrt und vertieft hinschauen soll.
• Gesetzgebung im Bereich der Justiz: Diese Gesetzgebung findet – so liess sich die Kommissionspräsidentin sagen – heute weitgehend auf Bundesebene statt, wobei in den nächsten zehn Jahren offenbar sehr wenig an gesetzgeberischer Tätigkeit anfällt.
• Spezielle Abklärungen: Solche Abklärungen fallen – wie bekannt – sehr selten an.
Der vom JPK-Präsidenten eingebrachte Antrag besagt nun, dass die JPK dort, wo ihr die Kommission mehr personellen Ressourcen zur Verfügung stellen wollte, gar keine zusätzlichen Personen braucht. Man muss sich dann aber die Frage stellen, ob für die zwei anderen aufgeführten Aufgaben tatsächlich acht zusätzliche Personen nötig sind. Da die vorberatende Kommission § 19 sowieso nochmals genau beraten und sich fragen wird, welche Aufgaben im Bereich der Oberaufsicht die JPK wahrnehmen soll, macht die Kommissionspräsidentin beliebt, in diesem Zusammenhang und zusammen mit der JPK auch die jetzt anstehende Thematik zu klären. Der im Raum stehende Antrag löst die Frage aus, ob die JPK nicht grundsätzlich auf sieben Mitglieder reduziert werden soll.

Andreas Hausheer möchte wissen, ob der vorliegende Antrag im Namen der engeren oder der erweiterten JPK gestellt wurde.

Thomas Werner antwortet, dass es sich um einen Antrag der engeren JPK handelt. Im Übrigen ist es nicht so, dass die JPK sich mit mehr Personal besser und vertiefter informieren könnte. Im Gegenteil: Die Arbeit könnte erschwert werden, weil viel mehr Personen über verschiedene Informationen verfügen.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** informiert, dass auch das Büro sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat und der Argumentation der vorberatenden Kommission gefolgt ist. Es ist der Meinung, dass für die erweiterten Aufgaben der JPK auch mehr Personal zur Verfügung stehen sollte.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der JPK auf Streichung des Worts «erweitert» mit 52 zu 14 Stimmen ab.

§ 19 Abs. 6

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** weist darauf hin, dass sich aus der Beratung von § 18 ergibt, dass in § 19 Abs. 6 einerseits die Ergänzung «Der Kantonsrat kann die erweiterte Justizprüfungskommission *mittels klar formuliertem Auftrag* mit Abklärungen […] beauftragen» eingefügt wird, andererseits die Wendung «im Bereich der Gerichte» durch «im Bereich *aller* Gerichte» ersetzt wird. Ob die Aufzählung der einzelnen Stellen nötig ist, wird die Kommission – wie schon bei § 18 und § 19 Abs. 2 – auf die zweite Lesung hin nochmals beraten.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 20 Abs. 2 Ziff. 2

Thomas Wyss stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** die ganze Ziff. 2, also «[Die Redaktionskommission] kann bei Teilrevisionen die Anpassung zur sprachlichen Gleichstellung der Geschlechter im ganzen Erlasstext vornehmen», zu streichen.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass dieser Antrag auch in der vorberatenden Kommission gestellt und dort bei 7 zu 7 Stimmen mit Stichentscheid der Präsidentin abgelehnt wurde. Es geht darum, der Redaktionskommission die Möglichkeit zu geben, bei einer Teilrevision den *ganzen* Erlasstext bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter sprachlich anzupassen. Es ist eine «kann»-Formulierung, die Redaktionskommission *muss* diese Aufgabe also nicht erledigen. In der Kommission wurde argumentiert, diese Anpassung im ganzen Erlasstext sei nicht nötig. Dafür spricht aber, dass gerade bei Teilrevisionen kurzer Erlasse die Anpassung ohne grossen Aufwand vorgenommen werden kann.

Alois Gössi hat nicht verstanden, wie die SVP-Fraktion ihren Antrag begründet.

Thomas Wyss begründet den Antrag seiner Fraktion damit, dass die Anpassung bei grösseren Teilrevisionen komplexer werden kann und dass die Erlasse lesbarer sind, wenn auf die Doppelformen verzichtet wird.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 44 zu 23 Stimmen ab.

§ 20bis Abs. 1

Barbara Gysel ist Mitglied der Konkordatskommission. Sie erinnert daran, dass in § 16 Abs. 1 die Grösse der ständigen Kommissionen mit Verweis auf § 21 bei fünfzehn Mitgliedern – dies zumindest momentan – festgesetzt ist, vorbehältlich anderer, etwa für die Stawiko bereits beschlossener Regelungen. Hier in § 20bis Abs. 1 sind für die Konkordatskommission sieben Mitglieder vorgesehen. Es ist der SP-Fraktion nicht ganz einsichtig, aus welchem Grund an der reduzierten Grösse dieser Kommission festgehalten wurde. Nach Auskunft des Präsidenten der Konkordatskommission und des ehemaligen Landschreibers wurde diese Frage in der vorberatenden Kommission nicht diskutiert; bei der Gründung der Konkordatskommission ging es offenbar aus pragmatischen Gründen primär um eine schlanke Struktur. Diese Struktur war in der laufenden Legislatur teilweise aber etwas *zu* schlank. Deshalb stellt die SP-Fraktion den **Antrag,** im Hinblick auf die zweite Lesung sei durch das Büro die Variante «Die Konkordatskommission besteht aus fünfzehn Mitgliedern» zu prüfen; eventuell sei eine andere Grösse zu erwägen. Unverändert bliebe der zweite Satz in Abs. 1: «Sie wirkt bei Konkordaten mit.»
Gemäss Antrag des Büros zu § 21 Abs. 1 sollen nichtständige Kommissionen künftig ausschliesslich fünfzehn Mitglieder haben und keine Ausnahmen mit elf Mitgliedern mehr gemacht werden. Ein weiterer Zusammenhang besteht zu § 30 Abs. 2 bzw. zum Erstellen von Minderheitsberichten. Neu ist vorgesehen, dass Minderheitsberichte nicht mehr durch eine einzelne Person verfasst werden können, sondern dass zwingend zwei oder mehr Verfasserinnen oder Verfasser nötig sind. Wenn nun in einer Siebnerkommission jemand die einzige Vertreterin bzw. der einzige Vertreter einer bestimmten politischen Minderheit ist, kann die Umsetzung einer Zweierbedingung für einen Minderheitsbericht effektiv erschwert sein. Die Votantin

dankt deshalb für die Prüfung des Anliegens, die Konkordatskommission auf fünfzehn Personen zu erweitern.

Auf die Frage aus dem Rat, was bei Zustimmung zu diesem Antrag denn als Ergebnis der ersten Lesung gelte, antwortet Landschreiber **Tobias Moser,** dass der Rat nur darüber abstimme, ob das Büro einen Prüfungsauftrag erhalte oder nicht. Vorbehältlich anderer Anträge lautet das Ergebnis der ersten Lesung: «Die Konkordatskommission besteht aus sieben Mitgliedern.»

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion, auf die zweite Lesung hin die Formulierung «Die Konkordatskommission besteht aus fünfzehn Mitglieder» zu prüfen und eventuell auch eine andere Grösse zu erwägen, mit 36 zu 25 Stimmen ab. Er genehmigt damit den vorliegenden Antrag auf sieben Mitglieder.

§ 21 Abs. 1

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass das Ergebnis der vorberatenden Kommission, die Grösse der nichtständigen Kommissionen generell bei fünfzehn Mitgliedern festzusetzen, knapp und auf Umwegen zustande kam. In einer ersten Abstimmung obsiegte ein Antrag, das bisherige Recht beizubehalten, mit 7 zu 6 Stimmen. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder war der Meinung, dass der Handlungsspielraum nicht unnötig eingeschränkt werden sollte und es bei der Bestellung einer Kommission stets möglich sein müsse, die Anzahl Mitglieder dem Umfang des zu beratenden Geschäfts anzupassen. In der letzten Sitzung der Kommission wurde dann ein Rückkommensantrag mit 7 zu 6 Stimmen angenommen. Es hatte sich an einem konkreten Vorfall gezeigt, dass der Spielraum zwar genutzt wurde, aber vor allem zu viel mehr administrativem Aufwand unter den Büromitgliedern geführt hatte. Zudem stellte sich die Frage der Fraktionsbeteiligung bei Siebnerkommissionen. Dies bewog die Mehrheit der Kommission, auf die Einheitslösung mit fünfzehn Kommissionsmitgliedern einzuschwenken und eine klare Ausgangslage zu schaffen. Der Antrag auf eine generelle Kommissionsgrösse von fünfzehn Mitgliedern obsiegte schliesslich mit 8 zu 6 Stimmen. Die CVP-Fraktion schliesst sich dem Antrag der vorberatenden Kommission an.

Thomas Wyss stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** die bisherige Regelung beizubehalten. Die SVP ist sich bewusst, dass Kommissionen mit fünfzehn Mitgliedern zwingend zwei Vertreter der Linken ermöglichen, was an sich zu begrüssen ist. Es kann aber auch Vorlagen geben, die unumstritten sind und für die Siebnerkommissionen ideal sind, um einen schnellen und effizienten Ablauf zu garantieren. So konnte die Revision des Kantonalbank-Gesetzes in einer Siebnerkommission unter dem Präsidium des Votanten in einem halben Nachmittag durchberaten und dann auch termingerecht in Kraft gesetzt werden. Die SVP-Fraktion beantragt deshalb für § 21 Abs. 1 die folgende Formulierung: «Der Kantonsrat kann für jedes Geschäft eine nichtständige Kommission mit sieben, elf oder fünfzehn Mitgliedern zur Vorberatung und Antragstellung wählen.»

Stefan Gisler weist darauf hin, dass in einer Elferkommission jede Fraktion von fünf Mitgliedern – so der Stand heute – mit mindestens einem Mitglied in der Kommission vertreten ist, bei einer Siebnerkommission hingegen nicht. Die SVP hat in der Eintretensdebatte betont, dass sie sich auch für Minderheiten einsetze. Deshalb befremdet der jetzt zur Debatte stehende Antrag. Der Votant empfiehlt, bei

den grösseren Zahlen zu bleiben und stellt den **Antrag,** den ursprünglichen Antrag des Büros, nämlich «mit elf oder fünfzehn Mitgliedern», zu genehmigen.

Andreas Hausheer erinnert sich, dass er bei der Einsetzung der Siebnerkommission für die Revision des Kantonalbank-Gesetzes die Frage stellte, ob denn jetzt die SP-Fraktion oder die AGF einen Sitz erhalte. Man erwiderte ihm, man müsse nachschauen, wer in der letzten Siebnerkommission – vor x Jahren – vertreten gewesen sei, und den fraglichen Sitz dann der anderen Fraktion zuteilen. Das ist wenig praxistauglich. Auch wurde am Vormittag das Hohe Lied des Minderheitenschutzes gesungen. Die Siebnerkommission widerspricht genau diesem Schutz, weil mindestens eine der jetzigen Fraktionen in einer solchen Kommission nicht vertreten ist. Der Votant empfiehlt deshalb, dem Antrag der vorberatenden Kommission auf generell fünfzehn Mitglieder zuzustimmen.

Franz Peter Iten hält fest, dass in seiner ganzen Zeit als Kantonsrat nur drei Mal anstelle einer Kommission aus fünfzehn Mitgliedern eine Elferkommission gebildet wurde, begleitet jeweils von langen Diskussionen. Der Votant hat deshalb auch in seiner Fraktion die Meinung vertreten, sich auf eine Kommissionsgrösse von fünfzehn Mitgliedern zu beschränken.
Mit der neuen GO fallen – so nimmt der Votant an – alle früheren Bürobeschlüsse dahin. Es wurde vorhin erwähnt, dass das Büro über die Grösse der Kommissionen entscheide. Das dürfte eigentlich nicht mehr so ablaufen.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** hält fest, dass frühere Bürobeschlüsse in die neue GO integriert wurden. Das Büro hat aus staatspolitischen Gründen entschieden, den Antrag der vorberatenden Kommission auf eine generelle Kommissionsgrösse von fünfzehn Mitgliedern zu unterstützen. Damit werden die Minderheiten in alle Entscheidungen miteinbezogen; es gilt nämlich auch zu unterscheiden zwischen der Effizienz in den Kommissionen und derjenigen im Rat. Der Kantonsratspräsident bittet, den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der nun folgenden Dreifachabstimmung jedes Mitglied eine Stimme hat. Die Abstimmung ergibt folgende Resultate:
• Antrag der vorberatenden Kommission (generell 15 Mitglieder): 47 Stimmen.
• Antrag der SVP-Fraktion (7, 11 oder 15 Mitglieder): 18 Stimmen.
• Antrag der AGF (11 oder 15 Mitglieder): 4 Stimmen.

➔ Der Rat genehmigt mit dem absoluten Mehr von 47 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** erinnert daran, dass der Rat bei § 16 Abs. 1 auf Antrag des Regierungsrats beschlossen hat, dort die jetzt beschlossene Zahl einzufügen. Den ständigen Kommissionen bestehen also aus fünfzehn Mitgliedern, wenn nicht explizit eine andere Zahl genannt ist.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 22 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Aufzählung «bei den Gerichten, bei den Schlichtungsbehörden, in der Verwaltung, in der Datenschutzstelle, in der Ombuds-

stelle oder in den kantonalen Anstalten» analog zu § 18 und § 19 wegfallen bzw. in der vorberatenden Kommission neu beraten werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Heini Schmid stellt namens der CVP-Fraktion den **Antrag,** § 22 Abs. 1 so zu ändern, dass eine parlamentarischen Untersuchungskommission mit *einfachem* Mehr gewählt werden kann. Die vorberatende Kommission und das Büro schlagen in Abweichung von der bisherigen Regelung vor, dass es für eine solche Wahl eine Zweidrittelmehrheit braucht. Für das Büro scheint massgebend zu sein, dass ein Entscheid von so grosser Tragweite breit abgestützt sein soll. Für die CVP-Fraktion besteht aber die Gefahr, dass bei dieser Voraussetzung das Quorum nie mehr erreicht, also nie mehr eine PUK eingesetzt werden kann. Man erinnert sich: In den Fällen, in denen eine PUK zur Diskussion stand, lagen die Nerven oft blank; das Klima war vergiftet, und Unterstellungen und Verdächtigungen machten die Runde. Um einer solchen Krisensituation eine Versachlichung und eine emotionslose Abklärung zu ermöglichen, gibt es das Instrument der PUK. Es wäre nun paradox, wenn in solchen Situationen keine PUK mehr zustande käme, weil die betroffenen Parteien eine Einsetzung aus parteitaktischen Gründen verhindern könnten. Jedes Ratsmitglied weiss, dass man als Politiker reflexartig seine Parteikollegen schützen will und sich insbesondere schützend vor seine Exekutivmitglieder stellt. Bei einem Quorum von zwei Dritteln wird genau dieser Reflex die Einsetzung einer PUK verunmöglichen. Das Resultat wäre ein Schwelbrand, der nicht gelöscht werden kann. Man sollte deshalb die parlamentarische Feuerwehr nicht am Ausrücken hindern, zumal der Rat bis anhin trotz einfachem Mehr immer sehr vorsichtig mit diesem Instrument umgegangen ist.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass über die Höhe des Quorums zur Einsetzung einer PUK in der vorberatenden Kommission sehr kontrovers diskutiert wurde. Eine knappe Mehrheit folgte schliesslich der Argumentation des Büros, dass der Einsetzung einer PUK eine hohe politische, finanzielle und mediale Bedeutung zukommt. Eine PUK soll nur dann eingesetzt werden, wenn sie im Parlament breit abgestützt ist. Dazu ist ein Quorum von zwei Dritteln angemessen. Die Kommissionsminderheit warnte davor, bei diesem wichtigen Instrument so hohe Hürden zu stellen. Dadurch könnte der Fall eintreten, dass die Bearbeitung eines Missstands wegen eines Quorums nicht an die Hand genommen würde. Die Kommissionsminderheit wies auch darauf hin, dass das Parlament in der Vergangenheit nicht leichtfertig mit der Einsetzung einer PUK umgegangen ist. Der Entscheid über das Quorum für die Einsetzung einer PUK wurde in der Kommission schliesslich über den Weg einer Dreifachabstimmung gefällt, wobei die drei Anträge folgende Resultate erzielten:
• Zweidrittelmehr gemäss Antrag Büro: 6 Stimmen.
• Einfaches Mehr gemäss bisheriger Regelung : 6 Stimmen.
• «Mehrheit der Parlamentarier»: 1 Stimme.
Die Gegenüberstellung der beiden obsiegenden Anträge führte zum Ergebnis von 7 zu 6 Stimmen für eine Zweidrittelmehrheit. Das Resultat fiel also sehr knapp aus.
Um eine Übereinstimmung in der Formulierung zu haben, stellt die Votantin – jetzt nicht namens der vorberatenden Kommission, sondern als Parlamentarierin – im Weiteren den **Antrag,** in § 22 Abs. 1 die Wendung «bei den Gerichten» durch «bei allen Gerichten» zu ersetzen.

➔ Der Rat genehmigt mit 34 zu 27 Stimmen den Antrag der CVP-Fraktion, das einfache Mehr als Quorum für die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission festzulegen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag von Silvia Thalmann, die Wendung «bei den Gerichten» durch «bei allen Gerichten» zu ersetzen.

§ 22 Abs. 2 Ziff. 2

Hanni Schriber-Neiger stellt namens der AGF den **Antrag,** in § 22 Abs. 2 Ziff. 2 («durch eine Motion, die sofort behandelt wird») den Relativsatz («die sofort behandelt wird») zu streichen. Ein solches Anliegen muss vorher in der Regierung und in den Fraktionen besprochen werden können, da sonst kein oder kein gutes Resultat möglich ist. Das Parlament soll auch dadurch gestärkt werden, dass ihm genügend Zeit für Vorbereitungen zur Verfügung steht und die allfällige Einsetzung einer PUK ausführlich diskutiert werden kann.

Heini Schmid glaubt, dass ein Missverständnis vorliegt. Jede Motion wird, wenn sie rechtzeitig eingereicht wurde, auf die nächste Ratssitzung traktandiert, und jede Fraktion sowie der Regierungsrat können dann Stellung dazu nehmen. Bis anhin war es etwas umstritten, wie eine PUK beantragt werden soll. Es wäre nun schade, wenn man die Überweisung einer entsprechenden Motion um einen Monat verzögern würde, weil man ja einen Vorbericht oder etwas Ähnliches erstellen müsste.

Stefan Gisler weist auf § 44 hin, wo das Vorfahren bei Motionen geregelt ist. Nach dem dortigen Abs. 2 kann eine Motion entweder zu Bericht und Antrag überwiesen, von vornherein abgelehnt oder sofort behandelt werden. Es ist deshalb erstens obsolet, die sofortige Behandlung auch in § 22 aufzunehmen, und zweitens gibt die beantragte Streichung dem Rat die Freiheit, zwar eine PUK vorzusehen, aber doch noch vom Regierungsrat einen kurzen Bericht und Antrag dazu zu verlangen. Wenn man die PUK sofort einsetzen will, kann man die sofortige Behandlung der Motion gemäss § 44 Abs. 2 verlangen. Es ist nicht einzusehen, weshalb hier eine Sonderform der Motion eingeführt werden soll.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der AGF mit 45 zu 15 Stimmen ab.

§ 23 Abs. 1 Satz 2

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** weist darauf hin, dass die vorberatende Kommission die Streichung des zweiten Satzes im Antrag des Büros («Die Kommissionen wählen zu Beginn der ersten Kommissionssitzung die Stellvertretung der Präsidentin oder des Präsidenten») beantragt. Die Überlegung des Büros ist, dass ab und zu ein Kommissionspräsident verhindert war und es deshalb sinnvoll ist, gleich zu Beginn der Kommissionsarbeit eine Stellvertretung zu bestimmen.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Die vorberatende Kommission hält es nicht für nötig, zu Beginn der Kommissionsberatungen eine Stellvertretung sicherzustellen. Oft kommen Kommissionen ja nur gerade einmal zusammen, und eine Stellvertretung ist nicht nötig. Wenn die Situation es erfordert, soll man situativ und kurzfristig reagieren und die Stellvertretung regeln.

➔ Der Rat stimmt dem Streichungsantrag der vorberatenden Kommission mit 56 zu 7 Stimmen zu.

§ 23 Abs. 3 Satz 1 *(Zählung gemäss Antrag Kommission)*

Thomas Wyss stellt namens der SVP-Fraktion einen Antrag zu § 23 Abs. 3, wo es im ersten Satz heisst: «Sofern sich während der Amtsdauer die Fraktionsstärke verändert, bleibt die Zuteilung bei den ständigen Kommissionen und bei den neu zu wählenden nichtständigen Kommissionen während der ganzen Amtsdauer unverändert.» Die SVP ist der Meinung, dass das Recht des einzelnen Parlamentariers gestärkt werden soll, und stellt deshalb **Antrag** auf folgende Formulierung: «[…] die Fraktionsstärke verändert, wird die Zuteilung sämtlicher Kommissionssitze neu berechnet.» So wird die Position des einzelnen Parlamentariers gegenüber der Fraktion gestärkt, da man mehr *Leverage* hat: Ein Austritt hat dann nämlich zur Folge, dass alles neu durchgerechnet werden muss.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** hält fest, dass nach Meinung der vorberatenden Kommission die Volkswahl relevant sein soll für die Zuteilung der Kommissionssitze. Es soll den Fraktionen nicht möglich sein, eine grössere Vertretung in den Kommissionen zu ergattern, indem man sich Mitglieder abspenstig macht.

Andreas Hausheer verweist auf Seite 33 des Berichts des Büros: «Entscheidend für diese Lösung [des Büros] ist die Überlegung, dass die Sitzverteilung ein Abbild der Stärke der Parteien aufgrund der Gesamterneuerungswahlen darstellen soll.» Genau das ist es: Entscheidend muss der Volkswille sein, nicht ein allfälliger Fraktionswechsel eines einzelnen Parlamentsmitglieds.

Auch für **Manuel Brandenberg** ist der Volkswille entscheidend – und genau deshalb hat die SVP ihren Antrag eingebracht. Wenn nämlich jemand auf einer bestimmten Parteiliste gewählt worden ist und nachher die Partei bzw. Fraktion wechselt, missachtet er den Volkswillen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 52 zu 16 Stimmen ab.

§ 25 Abs. 5

Martin Stuber stellt im Namen der AGF den **Antrag,** hier der ursprünglichen Version des Büros zu folgen. Diese hält klar fest, unter welchen Umständen ein Rückkommen möglich ist, und enthält mit der Zweidrittelmehrheit auch eine gewisse Hürde dafür. Ist ein Rückkommen jederzeit, ohne besonderen Grund und mit einfachem Mehr möglich, wird die Kommissionsarbeit abgewertet. Die AGF erwartet, dass Kommissionsmitglieder gut vorbereitet in die Sitzungen kommen, ihre Anliegen vorbringen und ihre Anträge am richtigen Ort stellen, so dass sich ein späteres Rückkommen erübrigt. In der Fassung des Büros ist klar formuliert, unter welchen Umständen trotzdem ein Rückkommen auf das Ergebnis der Schlussabstimmung beantragt werden kann, nämlich «bei einer wesentlichen Änderung der Verhältnisse, besonders bei neuen Tatsachen». Dann ist ein Rückkommen tatsächlich begründet.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass die vorberatende Kommission hier eine Grundsatzdiskussion darüber führte, wie lange die Beratung eines

Geschäfts durch eine vorberatende Kommission dauere. Ist die Beratung mit der ersten Lesung abgeschlossen, oder geht sie bis hin zur Schlussabstimmung? Die Kommission war der Meinung, dass eine vorberatende Kommission ein Geschäft bis zur Schlussabstimmung begleiten soll, weshalb sie die jetzt vorliegende Formulierung wählte.

Martin Stuber kann die Ausführungen der Kommissionspräsidentin nachvollziehen. Hier geht es aber um ein Rückkommen *nach* der Schlussabstimmung. Es macht Sinn, «bei einer wesentlichen Änderung der Verhältnisse, besonders bei neuen Tatsachen» auf das Ergebnis der Schlussabstimmung zurückkommen zu können. Mit der von der Kommission beantragten Formulierung aber wird die seriöse Arbeit der Kommission abgewertet, weil jederzeit mit einfachem Mehr ein Rückkommen beschlossen werden kann. Das dient nicht dem Ziel einer qualitativ guten Kommissionsarbeit.

Für **Heini Schmid** geht es hier um ein neues Verständnis der Kommissionsarbeit. Bisher ging man davon aus, dass eine vorberatende Kommission ein Geschäft berät, eine Schlussabstimmung durchführt und dann nur ausnahmsweise auf einzelne Entscheide zurückkommen kann. Die Erfahrung zeigt aber, dass von vorberatenden Kommissionen zunehmend erwartet wird, dass sie ein Geschäft bis zur zweiten Lesung und zur Schlussabstimmung im Rat permanent begleiten. Beim Regierungsrat, der bei seiner Beratung eines Geschäfts ja auch eine Schlussabstimmung durchführt, ist es unbestritten, dass er während der Beratung im Kantonsrat bei einer Änderung der Verhältnisse immer wieder Anträge stellen kann. Es entspricht einer modernen Auffassung von Kommissionsarbeit, dass die Kommission ein Geschäft permanent begleitet. Selbstverständlich soll sie dabei nicht ohne wesentlichen Grund auf ihre Schlussabstimmung zurückkommen können. Was genau aber neue Verhältnisse sind, die ein Rückkommen erlauben, ist schwierig zu sagen. Deshalb soll der Kommission gleich wie der Regierung die Möglichkeit gegeben werden, ein Geschäft permanent zu begleiten und – wenn die Mehrheit zustimmt – auf einen Entscheid ihrer Schlussabstimmung zurückzukommen. Das dient der koordinierten Beschlussfassung im Kantonsrat.

Für **Martin Stuber** geht es hier um ein anderes Thema. Wenn man das bisherige Verständnis der Kommissionsarbeit abändern will, müsste das entsprechend in die GO einbauen. Hier aber, wo es um das Rückkommen auf eine Schlussabstimmung geht, ist der falsche Ort für eine solche Änderung. Vielleicht müsste sich die Kommission in Hinblick auf die zweite Lesung nochmals Gedanken darüber machen, wo man das neue Verständnis von Kommissionsarbeit in die GO aufnehmen könnte.

➔ Der Rat genehmigt mit 34 zu 27 Stimmen den ursprünglichen Antrag des Büros.

§ 28 Abs. 1

Kurt Balmer stellt den **Antrag,** die Formulierung des ersten Satzes wie folgt zu ändern: «Die Kommissionen dürfen in sämtliche Akten des Beratungsgegenstands Einsicht nehmen, *und sämtliche Mitarbeiter des Kantons erteilen den Kommissionen alle Auskünfte, die zur Erfüllung der Kommissionsaufgaben notwendig sind.*» Im Antrag des Büros heisst es, dass die Kommissionen Auskünfte verlangen können – was aber nicht heisst, dass diese auch erteilt werden. Die beantragte aktive Formulierung lässt hier keinen Spielraum offen.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** weist darauf hin, dass die vorberatende Kommission den Antrag des Büros um den Satz «Im Streitfall [bezüglich Persönlichkeitsschutz und Geheimnissphäre] entscheidet die Kommission endgültig» ergänzt hat. Das Büro unterstützt diesen Antrag, wobei man sich gemäss Hinweis des Datenschutzbeauftragten aber bewusst sein muss, dass ein solcher Entscheid an das Bundesgericht weitergezogen werden kann. Es stellt sich auch die Frage, ob auch die JPK diesen Entscheid treffen kann. Der Votant schlägt vor, diese Frage zur Klärung in die vorberatende Kommission zurückzugeben.

➔ Der Rat stimmt dem Änderungsantrag von Kurt Balmer mit 31 zu 25 Stimmen zu.

§ 30 Abs. 1

Stefan Gisler ist irritiert vom neuen Abs. 1, den die vorberatende Kommission vorschlägt und der eine faktische Entmachtung der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten bedeutet. Er bittet, dem ursprünglichen Antrag des Büros zu folgen. Folgt man nämlich dem Antrag der Kommission, kann dem oder der Kommissionsvorsitzenden je nach persönlicher Haltung zu einem Geschäft ein Maulkorb erteilt werden. Er oder sie darf zwar die Sitzung leiten und einen möglichst «ausgewogenen» Bericht schreiben, aber vor dem Kantonsrat die Kommission nicht mehr vertreten. Woher rührt dieses Misstrauen gegenüber den Kommissionspräsidien? Soll beispielsweise der Stawiko-Präsident, wenn er bei einem bestimmten Geschäft innerhalb der Kommission zu einer Minderheit gehört, zwar den Bericht schreiben, den Antrag der Stawiko aber nicht im Kantonsrat vertreten dürfen? Aus seiner Erfahrung kann der Votant versichern, dass die Stawiko-Präsidenten – ob sie innerhalb der Kommission nun zur Mehrheit oder zur Minderheit gehörten – im Kantonsrat immer loyal die Meinung der Stawiko vertraten, unabhängig von ihrer persönlichen Haltung. Der beantragte Maulkorbparagraf ist deshalb unbegreiflich, zumal es sonst nirgends eine solche Regelung gibt, auch in der Regierung nicht. Die bisherige Regelung hat immer funktioniert, und es gibt keinen Grund für das von der Kommission eingebrachte Misstrauen. Auch in den national- und ständerätlichen Kommissionen vertritt im Übrigen immer der Kommissionspräsident die Meinung der Kommission. Gerade bei den ständigen Kommissionen ist es nicht vorstellbar, dass je nach Geschäft mal diese, mal jene Person am Rednerpult steht. Wer tritt dann gegen aussen auf und ist Ansprechperson für die Medien? Soll die Kommission dann für jeden ihrer Anträge je eine eigene Ansprechperson bestimmen? Das ist keine gute Lösung.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** verweist auf die Formulierung in der geltenden GO, wo es heisst: «Die Kommissionen bezeichnen ihren Berichterstatter, der ihre Anträge vor dem Kantonsrat zu vertreten hat.» Heutige Praxis ist, dass die Präsidentin oder der Präsident die Kommissionsmeinung vor dem Kantonsrat vertritt. Die vorberatende Kommission hat sich überlegt, dass es durchaus auch mal der Sache dienen könnte, wenn ein anderes Mitglied für die Kommission spricht – dies aber keineswegs im Sinne eines Maulkorbs für den Präsidenten. Der Blick auf die geltende Regelung hat ihr gezeigt, dass das Präsidium einer Kommission und deren Vertretung vor dem Rat nicht immer identisch sein müssen.

Für **Thomas Wyss** ist es klar, dass man den Vorschlag von Stefan Gisler unterstützen sollte. Es ist offensichtlich, dass mit der neuen GO die Geschäftsleitung, also das Büro, gestärkt wird, während die Abteilungsleitungen, nämlich die Kom-

missionspräsidien, eher geschwächt werden sollen, mit einem Vizepräsidium und mit dem jetzt zur Debatte stehenden Antrag der vorberatenden Kommission. Der Votant ist aber dafür, die Kommissionspräsidien in ihrer Stärke zu belassen. In diesem Sinne empfiehlt er, die bisherige Lösung beizubehalten. Der Kommissionspräsident soll auch künftig den Bericht der Kommission im Kantonsrat vertreten.

Für Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** werden die Kommissionspräsidien nicht geschwächt. Es geht vielmehr um eine organisatorische Frage. Schon bisher hatten die Kommissionen die Möglichkeit, eine Stellvertretung für den Präsidenten zu bestimmen. Genauso sollen sie auch die Freiheit haben, in bestimmten Fällen für die Berichterstattung im Kantonsrat jemand anders als den Präsidenten zu bestimmen.

Thomas Lötscher hat ein gewisses Verständnis für den Vorschlag von Stefan Gisler, ist er doch auch der Meinung, dass die Berichterstattung im Kantonsrat nicht ein Jekami mit wechselnden Sprechern sein soll. Im Grundsatz sollte der Kommissionspräsident die Kommission vertreten. Wenn man aber an die Situation mit den Kommissionsminderheiten denkt und der Kommissionspräsident allenfalls zur Minderheit gehört, wäre es nicht sehr geschickt, wenn er einerseits den Minderheitsbericht vorstellen oder diesen zumindest mitunterzeichnen würde und andererseits auch noch den eigentlichen Kommissionsbericht vertreten müsste. Es geht dabei nicht um einen Maulkorb für den Kommissionspräsidenten, sondern um dessen Schutz. Der Präsident soll in einem solchen Fall sagen können, er wolle die Kommissionsmehrheit nicht vertreten, und die Kommission soll dann jemanden aus ihrer Mitte bestimmen können, der die Kommission vertritt. Wenn der Vorschlag der vorberatenden Kommission so gemeint ist, würde ihn der Votant verstehen und auch unterstützen. Es darf bei der Vertretung einer Kommission vor dem Rat aber kein Jekami geben.

Für **Eusebius Spescha** wird hier aus einer Mücke ein Elefant gemacht. Die heute gültige GO sagt: «Die Kommissionen bezeichnen ihren Berichterstatter.» Das Büro wollte ursprünglich dazu gar nichts sagen; die vorberatende Kommission erachtete es aber als sinnvoll, in der GO die Vertretung der Kommission zu regeln. Sie hat aber nur die heute gültige Regelung etwas anders formuliert – davon ausgehend, dass traditionellerweise zu 99 Prozent immer der Präsident oder die Präsidentin die Kommission vor dem Rat vertreten hat, es aber – wie im Bundesparlament – auch möglich sein soll, dass die Kommission in speziellen Fällen ein anderes Mitglied als ihren Vertreter bestimmen kann. Dabei muss es keineswegs um abweichende Meinungen bzw. um Minderheiten gehen; manchmal geht es schlicht um materiell komplizierte Fragen, auf die ein Kommissionsmitglied besser Auskunft geben kann als der Präsident oder die Präsidentin. Die vorberatende Kommission wollte also keinesfalls ein neues Recht schaffen, sondern einfach ein klare Aussage machen, Man könnte das natürlich auch etwas anders formulieren, beispielsweise: «In der Regel vertritt die Präsidentin oder der Präsident die Kommissionsmeinung vor dem Kantonsrats.» Der Votant will aber keinen Ad-hoc-Antrag formulieren. Er bittet den Rat, dem Antrag der vorberatenden Kommission zuzustimmen und diesen allenfalls auf die zweite Lesung hin nochmals zu überdenken.

Für **Irène Castell-Bachmann** besteht kaum Gefahr, dass es ein Jekami gibt. Und was immer der Rat heute festlegt: Es wird sich dazu wieder eine Praxis entwickeln – und die Erfahrung zeigt, dass kein Bedürfnis nach einem dauernden Wechsel besteht. Hier aber soll die Möglichkeit für allfällige Ausnahmen geschaffen werden.

Stefan Gisler schlägt vor, in Anlehnung an das Votum von Eusebius Spescha Nägel mit Köpfen zu machen. Die jetzige Formulierung ist ein Misstrauensvotum gegenüber den Kommissionspräsidien. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** § 30 Abs. 1 wie folgt zu formulieren: «Die Präsidentinnen oder Präsidentinnen sorgen für einen ausgewogenen Bericht und vertreten in der Regel die Kommission im Rat.»

➔ Der Rat genehmigt mit 43 zu 18 Stimmen den Antrag von Stefan Gisler.

§ 30 Abs. 2

Stefan Gisler hält fest, dass es hier um die Frage der Minderheitsberichte bzw. der Grösse von Kommissionsminderheiten geht. Sollen Kommissionsminderheit weiterhin – und wie vom Büro ursprünglich vorgeschlagen – «aus einem oder mehreren Mitgliedern», also auch aus einer einzigen Person bestehen können, oder sollen sie künftig – wie von der vorberatenden Kommission beantragt – «aus mehreren Mitgliedern» bestehen müssen? Der Votant stellt den **Antrag,** die ursprüngliche Formulierung des Büros beizubehalten, so dass auch ein einziges Kommissionsmitglied einen Minderheitsbericht verfassen kann. Er erinnert daran, dass es auch Siebnerkommissionen wie beispielsweise die Konkordatskommission gibt. Auch im Sinne des Minderheitenschutzes und des demokratischen Beitrags aller Ratsmitglieder ist es wichtig, dass ein einzelnes Kommissionsmitglied einen Minderheitsbericht verfassen kann.

Philip C. Brunner unterstützt den Antrag von Stefan Gisler, wobei es sich für ihn weniger um eine politische als vielmehr um eine technische Frage handelt. Natürlich können die Argumente der Minderheit auch im Kommissionsbericht erläutert werden, dies aber niemals mit dem nötigen Gewicht. Ein Minderheitsbericht – auch verfasst von einer einzigen Person – kann deshalb für das Ratsgremium sehr wertvoll sein. In Zukunft ist aufgrund des neuen Wahlsystems auch mit kleinen Parteien zu rechnen, möglicherweise mit guten *Inputs*. Diese sollten auch in Minderheitsberichten vorgelegt werden können – zumal Minderheitsberichte, die ja ohne Unterstützung der Verwaltung verfasst werden, ein *Chrampf* und eher eine Strafaufgabe als eine grosse politische Plattform sind. Im Sinne des Parlamentsbetriebs ist es sinnvoll, dass auch eine einzelne Person einen solchen Bericht verfassen kann.

Das heutige Votum von Barbara Gysel hat **Andreas Hausheer** und wohl auch weitere Mitglieder der CVP-Fraktion überzeugt, dass es für eine Einzelperson in einer Siebnerkommission tatsächlich schwierig sein kann. Er unterstützt deshalb den Antrag von Stefan Gisler – im Sinne der heute schon mehrfach erwähnten Kirche.

➔ Der Rat folgt mit 46 zu 19 Stimmen dem Antrag von Stefan Gisler und genehmigt damit die ursprüngliche Version des Büros.

§ 32 Abs. 4 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Büro dem von der vorberatenden Kommission beantragten neuen Abs. 4 nicht zustimmt und dessen Streichung beantragt.

➔ Der Rat genehmigt mit 36 zu 29 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 34 Abs. 1

Manuel Brandenberg hält fest, dass es hier um das Präsenzrecht bzw. die Präsenzpflicht des Regierungsrats bei den Kantonsratssitzungen geht. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass ein Regierungsrat nur bei wirklich überwiegenden Interessen nicht an der einmal im Monat stattfindenden Kantonsratssitzung teilnehmen soll. Das Parlament seines Kantons, die Repräsentation des Souveräns, sollte für einen Regierungsrat höchste Priorität haben. Die SVP stellt deshalb den Antrag, § 34 Abs. 1 mit einem dritten Satz zu ergänzen: «Die Teilnahme an Direktorenkonferenzen ist möglich, wenn überwiegende Interessen des Kantons Zug dies erfordern.» Es soll also nicht jede Direktorenkonferenz zu einer Entschuldigung berechtigen, sondern nur solche mit überwiegenden Interessen für den Kantons Zug.

Landammann **Beat Villiger** fühlt sich heute zwar nicht im Stich gelassen von seinen Regierungskollegen, aber doch etwas einsam: Wenn der Regierungsrat immer so spärlich anwesend wäre wie heute, wurde das auch rein optisch zu einer noch grösseren Machtverschiebung hin zum Kantonsrat führen. Das ist nicht im Interesse des Regierungsrats.
Der Landammann empfiehlt, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen. Es geht nicht nur um – begründete – Absenzen bei Direktorenkonferenzen, vielmehr möchte der Regierungsrat sich auch weiterhin entschuldigen können, wenn beispielsweise Gespräche mit dem Bundesrat oder Anhörungen bei Kommissionen des National- oder Ständerats stattfinden. Es liegt auch im Interesse des Regierungsrats, an den Kantonsratssitzungen, diesem öffentlichen Diskurs zwischen Parlament und Regierung, wenn immer möglich anwesend zu sein. Die vom Büro vorgeschlagene Formulierung wird nicht dazu führen, dass sich der Regierungsrat künftig mehr vom Parlament distanziert.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** teilt mit, dass das Büro ausgiebig über diese Problematik diskutiert hat. Der Antrag der SVP-Fraktion würde sich nur auf ein Teilsegment der regierungsrätlichen Aufgaben beziehen Es gibt nämlich nicht nur Direktorenkonferenzen, sondern auch andere wichtige Vernetzungssitzungen, an denen der Regierungsrat teilnehmen soll und muss. Und was genau sind «überwiegende Interessen des Kantons Zug», die zu einer Dispens von der Kantonsratssitzung berechtigen sollen? Entspricht eine Vernetzung beispielsweise der NFA-Geber einem solchen Interesse oder nicht? Der Vorschlag der SVP ist eine Wischiwaschi-Formulierung, weshalb der Votant bittet, dem Vorschlag des Büros zuzustimmen.

Manuel Brandenberg glaubt, dass ein Missverständnis vorliegt. Die Formulierung der SVP ist klar, heisst es doch in Satz 2 von Abs. 1: «Entschuldigungen sind der Staatskanzlei zuhanden der Präsidentin oder des Präsidenten einzureichen». Unter diesen Satz kann man alle anderen Gründe ausser Direktorenkonferenzen – also auch die von Landammann Beat Villiger angeführten wichtigen Gründe – subsumieren. Wenn es aber um Direktorenkonferenzen geht, will die SVP das qualifizierende Element der überwiegenden Interessen für den Kanton Zug.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 49 zu 17 Stimmen ab.

§ 43

Manuel Brandenberg stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** auf die formelle Regelung der Vorprüfung von Motionen und Postulaten durch die Staatskanzlei zu verzichten, also § 43 zu streichen. Dahinter steht allerdings nicht die Meinung, dass es grundsätzlich nicht möglich sein soll, bei qualifizierten Mitgliedern der Verwaltung eine Auskunft einzuholen oder etwas prüfen zu lassen. Die SVP will aber nicht, dass es zwei Arten von Vorstössen gibt, nämlich solche mit bzw. ohne Gütesiegel der Verwaltung. Das kann eine Faktizität bewirken, die dazu führt, dass Vorstösse am Schluss wegen fehlender Vorprüfung keine Zustimmung finden. Gerade im Graubereich, den es in der Juristerei ja oft gibt, kann eine Vorprüfung tendenziell zugunsten der Verwaltung ausgelegt werden und dazu führen, dass sich jemand, der die Vorprüfung nicht durchführen liess, im Kantonsrat entgegenhalten lassen muss, dass eine Vorprüfung quasi zu einem besseren Vorstoss geführt hätte. Letztlich geht es um die Gewaltentrennung: Die SVP will nicht, dass die Verwaltung beim Motionsverfahren auf subtile Art und Weise zu stark und zu formell einbezogen wird. Das Motionsverfahren ist Gesetzgebung, also Sache des Parlaments.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass die vorberatende Kommission diese Thematik eingehend diskutierte, den Streichungsantrag aber mit 9 zu 4 Stimmen ablehnte; ein Rückkommensantrag wurde in der letzten Sitzung mit 11 zu 3 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Eine Rückfrage beim Erlassredaktor hat im Übrigen ergeben, dass Motionen und Postulate recht häufig, nämlich in etwa 80 Prozent der Fälle, zur Vorprüfung eingereicht werden; diese Dienstleistung ist bei den Parlamentsmitgliedern also recht beliebt. In etwa der Hälfte der zur Vorprüfung eingereichten Fälle holte die Staatskanzlei auch noch die Meinung von Sachverständigen ein, handelt es sich doch oft um sehr spezifische Fragen, beispielsweise im Baubereich. Bei diesen Rückfragen geht es aber nicht um materielle Fragen, sondern um allfällige Probleme mit der Bundesrechtsprechung etc.
Die vorberatende Kommission findet die Vorprüfung als Dienstleistung, die dem einzelnen Parlamentarier zusteht, sinnvoll und beantragt, an ihr festzuhalten.

Philip C. Brunner dankt der Kommissionspräsidentin für ihre Ausführungen. Sie hat offenbar mit dem Erlassredaktor und Alt-Landschreiber Tino Jorio Kontakt gehabt. Es ist sicher interessant, wie diese Verhältnisse früher waren. Den Votanten würde aber vor allem die Haltung des heutigen Landschreibers dazu interessieren.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass die Verhältnisse heute genau umgekehrt sind: 80 Prozent der Vorstösse werden nicht vorgeprüft. Bei diesen Vorprüfungen geht es meist um parlamentsrechtliche Überlegungen oder um die Verträglichkeit mit Bundesrecht oder internationalem Recht. Wenn eine Vorprüfung Rückfragen bei der betreffenden Direktion erfordert, bedeutet das meist einen beträchtlichen Aufwand – dies immer zugunsten des Parlamentsmitglieds.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** verweist auf den Bericht des Büros, wo auf Seite 66 das Verfahren erläutert wird. Verwaltung und Regierungsrat bearbeiten parlamentarische Vorstösse sehr intensiv, auch aus Respekte vor dem Parlament. Wenn nun bereits eine gewisse Vorprüfung stattgefunden hat, kann qualitativ bessere Arbeit geleistet werden. Die Bedenken der SVP, dass zwei Klassen von Vorstössen entstehen könnten, sind aber ebenfalls verständlich. Allerdings gab es die Möglichkeit der Vorprüfung schon in der Vergangenheit, und es war nie die Rede von erster oder zweiter Klasse eines Vorstosses.

Auch **Kurt Balmer** versteht das Anliegen der SVP-Fraktion, ist aber der Meinung, dass hier am falschen Ort der falsche Antrag gestellt wird. Eigentlich wurde das Anliegen nämlich in § 11 Abs. 1 Ziff. 2 bereits abgesegnet, wo es umfassend heisst: «Die Landschreiberin oder der Landschreiben berät die Mitglieder des Kantonsrats in allen rechtlichen, organisatorischen und planerischen Belangen […].» Die Vorprüfung ist mit dieser Formulierung schon vollumfänglich abgesegnet, unabhängig davon, ob der neue § 43 nun gestrichen wird oder nicht.

Philip C. Brunner hält fest, dass man heute einem Vorstoss nicht ansieht, ob er durch den Landschreiber vorgeprüft wurde oder nicht. Er versteht den vorliegenden Paragrafen so, dass Vorstösse in Zukunft entsprechend gekennzeichnet werden.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** widerspricht: Es wird nicht so sein, dass ein geprüfter Vorstoss auf rotes und ein ungeprüfter auf blaues Papier gedruckt wird.

Auch Landschreiber **Tobias Moser** kann beruhigen: Weder heute noch künftig wird es irgendwelche Klassen von Vorstössen geben.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von § 43 mit 47 zu 18 Stimmen ab.

Manuel Brandenberg stellt namens der SVP-Fraktion den **Eventualantrag,** nun wenigstens § 43 Abs. 2 zu streichen. Die SVP will also nicht, dass die Vorprüfung auf die Fachleute der Direktionen und Gerichte ausgeweitet wird. Er verweist – Stichwort Gewaltentrennung – auf seine Argumentation von vorhin.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Eventualantrag auf Streichung von Abs. 2 schon vorhin, gleichzeitig mit dem Antrag auf vollständige Streichung von § 43, hätte eingebracht werden müssen.

§ 44 Abs. 2

Für **Eusebius Spescha** geht es hier um eine bedeutsame politische Frage. Bisher wurden viele Regelungen diskutiert, die einen straffen Ratsbetrieb sicherstellen sollen. Jetzt aber geht es um Regelungen, welche die Rechte der Parlamentsmitglieder wahren sollen. Als Einzelparlamentarierin oder -parlamentarier hat man gewissermassen zwei Grundrechte: Man darf Fragen stellen, und man darf versuchen, Aufträge zu erteilen. Ersteres geschieht mittels Kleiner Anfragen und Interpellationen. Dabei gibt es keine Einschränkungen: Die Fragen *müssen* beantwortet werden. Dem Zweiten dienen Motionen und Postulate, durch die man sich aktiv in die Diskussion einbringen und an der Gestaltung des Staatswesens beteiligen kann. Es ist eine Tradition des Kantonsrats, solche Vorstösse liberal zu behandeln. Man geht davon aus, dass jemand sich dabei etwas – wenn auch manchmal vielleicht nicht allzu viel – gedacht hat, und dass es sich lohnt, die betreffende Thematik genauer anzuschauen. Das bedeutet für den Kantonsrat, das Anliegen zur Prüfung an den Regierungsrat zu überweisen und aufgrund eines Berichts der Regierung dann zu entscheiden, ob das betreffende Anliegen tatsächlich zu einem Auftrag erhoben oder aber beiseite gelegt werden soll. Dieses Prozedere ist wichtig und gut. Der Votant hat schon mehrmals selbst erlebt, dass er den Vorstoss eines anderen Parlamentariers beim ersten Lesen als unnütz beurteilte, in einem zweiten Schritt

aufgrund der Ausführungen des Regierungsrats dann aber doch zum Schluss kam, das betreffende Anliegen sei berechtigt und müsse ganz oder zumindest teilweise umgesetzt werden. Es ist deshalb wichtig, wie hoch die Hürde ist, mit welcher dieser Prozess verhindert werden kann. Nach Ansicht des Votanten ist der Kantonsrat mit der bisherigen Hürde von zwei Dritteln der Stimmenden gut gefahren. Es soll also eine qualifizierte Mehrheit der Stimmenden brauchen, um die Überweisung an den Regierungsrat zur Berichterstattung zu verhindern. Die Verhinderung durch die einfache Mehrheit wäre eine massive Einschränkung der parlamentarischen Rechte und würde es leicht machen, einen Vorstoss relativ salopp abzuschmettern. Und es liegt auf der Hand, dass die Nichtüberweisung eher die kleinen und weniger die grossen Parteien treffen würde. In diesem Sinne geht es hier also auch um Respekt und Schutz der Minderheiten. Der Votant macht dem Rat deshalb beliebt, der Fassung des Büros zu folgen, für die Nichtüberweisung also ein Quorum von zwei Dritteln der Stimmenden festzulegen.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** weist darauf hin, dass in der heute gültigen GO eine einfache Mehrheit für die Nichtüberweisung genügt. Bei der Revision der GO legte das Büro Wert darauf, die individuellen parlamentarischen Rechte nicht einzuschränken, sondern auszubauen. Dies führte zu verschiedenen Änderungen wie zum Beispiel der unter § 17 beschlossenen Abschaffung der Direktüberweisungen oder der Abschaffung von mündlichen Interpellationsbeantwortungen und der Festlegung von restriktiven Ausstandsgründen, über die in § 50 bzw. § 62 noch zu diskutieren sein wird.
Auch die Erhöhung des Quorums bei der Überweisung von Motionen und Postulaten ist unter diesem Thema aufzuführen. Die heutige Regelung bedeutet: Stimmt eine Mehrheit der anwesenden Parlamentarier gegen eine Überweisung, wird der Vorstoss *ad acta* gelegt. In den vergangenen Jahren nahm sich das Parlament immer wieder das Recht, sich gegen die Überweisung eines Postulats oder einer Motion zu stellen. Es handelte sich dabei in der Regel um Anliegen, welche von vornherein aussichtslos waren und bei der kantonalen Verwaltung lediglich zu einer Mehrbelastung geführt hätten. Die Nichtüberweisung von Motionen und Postulaten hat den positiven Effekt, dass heute vermehrt gut fundierte Vorstösse eingereicht werden, die auch eine Chance haben, vom Parlament erheblich erklärt zu werden. Für die Nichtüberweisung wären gemäss neuer Regelung zwei Drittel der Stimmen nötig, für die spätere Nichterheblicherklärung jedoch nur die Hälfte. Es macht Sinn, die beiden Quoren gleich anzusetzen.
Die vorberatende Kommission beschloss die Änderung mit 12 zu 1 Stimmen, ein Rückkommensantrag wurde mit 9 zu 5 Stimmen abgelehnt. Die CVP-Fraktion folgt dem Antrag der Kommission.

Hanni Schriber-Neiger bittet im Namen der AGF den Rat, den Antrag der vorberatenden Kommission abzulehnen und das Quorum für eine Nichtüberweisung gemäss Antrag des Büros bei zwei Dritteln festzulegen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann eine knappe Mehrheit des Parlaments jederzeit Neuerungen verhindern, ohne je die Möglichkeit zu schaffen, sich mit einem Anliegen sachlich fundiert auseinanderzusetzen. Für eine Nichtüberweisung würde lediglich sprechen, wenn eine Motion nicht motionsfähig wäre, also rechtliche Mängel aufweisen würde. Es ist einer Demokratie eher unwürdig, Motionen und Postulate nicht zu überweisen, nur weil sie aus spontaner Sicht inhaltlich nicht genehm erscheinen. Es sollte sich deshalb eine deutliche Mehrheit des Parlaments für eine Nichtüberweisung aussprechen müssen. Das System mit einer Zweidrittelmehrheit für die Nichtüberweisung von Motionen hat sich im Übrigen im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug bewährt.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** teilt mit, dass das Büro den Antrag der Kommission nochmals beraten hat. Es ist dem Büro ein grosses Anliegen, die Rechte der einzelnen Parlamentsmitglieder zu wahren, und mit der beantragten Zweidrittelmehrheit wird eines dieser Rechte geschützt. Der Votant bittet deshalb, den Antrag des Büros zu unterstützen.

➔ Der Rat genehmigt mit 36 zu 27 Stimmen den Antrag des Büros.

§ 44 Abs. 3 und 4

Daniel Thomas Burch: Gemäss der heutigen GO hat der Regierungsrat oder allenfalls eine Kommission binnen Jahresfrist seit der Überweisung dem Kantonsrat Bericht über die Annahme oder die Ablehnung zu unterbreiten. Dem Kantonsrat fehlt ein Instrument, um diesen Prozess zu beschleunigen. Es gibt immer wieder Anliegen, bei denen der Kantonsrat von Regierungsrat eine kürzere Antwortfrist erwartet. So wurde etwa die Motion der Kommission Polycom zum Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM am 8. März 2012 eingereicht. Darin wurde der Regierungsrat aufgefordert, dem Kantonsrat bis Ende 2012 eine Funk-Kommunikations-Strategie mit Kostenschätzung für die Blaulichtorganisationen für den Zeitraum 2014–2025 vorzulegen. Ende März 2013 – also ein Jahr nach der Einreichung der Motion – verlangte die zuständige Direktion im Zwischenbericht zur Berichterstattung über fällige parlamentarische Vorstösse eine Fristerstreckung bis Ende Mai 2013. Endlich, am 18. Februar 2014, also knapp zwei Jahre nach Einreichung der Motion, präsentierte der Regierungsrat einen Bericht. Das kann es doch wohl nicht sein. Es ist dringend nötig, dass der Kantonsrat der Regierung kürzere Fristen setzen kann, auch um über allfällige Verzögerungen rechtzeitig Rechenschaft zu erhalten. Der Votant stellt deshalb den **Antrag** auf folgende Ergänzung von § 44 Abs. 3 Satz 2: «In Ausnahmefällen kann der Kantonsrat *bei der Überweisung eine kürzere Frist ansetzen oder* die Frist auf Grund eines Zwischenberichts des Regierungsrats oder der Kommission maximal um ein Jahr erstrecken.» Der Votant bittet, diesen Antrag zu unterstützen und konsequenterweise auch dem Änderungsantrag der vorberatenden Kommission bei § 44 Abs. zu folgen, der ebenfalls eine kürzere Frist zum Ziel hat.

Landammann **Beat Villiger** möchte aus der Sicht des Regierungsrats beliebt machen, am heutigen, bewährten System festzuhalten und einmal im Jahr Bericht über pendente Vorstösse zu erstatten. Vergleicht man mit anderen Kantonen oder mit dem Bund, ist der Kanton Zug bezüglich hängiger Vorstösse ein Musterknabe und belegt – da wettet der Landammann eine gute Flasche Wein – wohl auch hier den ersten Platz. Die Liste dieser Vorstösse ist für die einzelnen Direktionen immer eine unangenehme Sache: Keine Direktion möchte hier aufgeführt sein, es spielt hier ein gesunder Wettbewerb innerhalb und unter den Direktionen. Mehr Druck auf Verwaltung und Regierung würde zu Mehraufwand und letztlich zu mehr Personal und mehr Kosten führen. Und erreicht wird damit nicht allzu viel. Es gab Ausnahmen, in denen die Fristen nicht eingehalten werden konnten; bei POLYCOM hat der Landammann die Gründe dafür ausgeführt. Es fehlt in der Regierung aber nie am Willen, die Vorstösse termingerecht zu bearbeiten.

Kurt Balmer unterstützt gerne seinen Vorredner Daniel Thomas Burch und drückt ebenfalls seinen Unmut über die Nichteinhaltung von Fristen in der Vergangenheit

aus. Die von der Kommission vorgeschlagenen halbjährlichen Zwischenberichte wären ein gutes Rezept für die Beschleunigung. Die vom Büro vorgeschlagene Lösung ist dafür untauglich. Fristen sind von der Regierung und den Gerichten ernst zu nehmen. Es darf keine «kalten» Erstreckungen geben, so dass eine Frist ohne entsprechende formelle Erstreckung faktisch von zwölf auf 23 Monate verdoppelt werden kann. Der Votant hat im Januar 2013 eine Kleine Anfrage zum Thema Fristen eingereicht. Der Regierungsrat hat damals eingeräumt, dass es zum Zeitpunkt der Antwort, im März 2013, sieben überfällige Vorstösse gab. Mit der Variante des Büros wird es weiterhin überfällige Vorstösse geben, was vermieden werden muss. Sie führen zu Verfahrensdauern, welche in der GO – wie vom Regierungsrat in der Antwort auf die Kleine Anfrage ausgeführt – teilweise keine Stütze mehr finden. Im Übrigen gilt es auch festzuhalten, dass nach Ablauf einer Frist keine Fristerstreckung mehr möglich ist; ansonsten müsste man formell von einer Wiederherstellung der Frist sprechen, was nur ganz ausserordentlich und mit entsprechenden Begründungen möglich ist. Eine individuelle Lösung mittels jeweiliger individueller Fristerstreckung soll ebenfalls vermieden werden; sie wäre zu arbeits- und zeitintensiv. Der Votant ruft dazu auf, nicht eine unsaubere Praxis zu legalisieren, eine systematische Nichtbeachtung von Fristen zu vereiteln und deshalb die Lösung der Kommission mit der halbjährlichen Sammelerstreckung zu unterstützen.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass der von Daniel Thomas Burch gestellte Antrag in der vorberatenden Kommission nicht diskutiert wurde. Zu Abs. 4 hält sie fest, dass der Regierungsrat darauf bedacht ist, die Fristen von Vorstössen einzuhalten. Einmal jährlich erhält der Kantonsrat einen Sammel-Zwischenbericht, in welchem drei bis sieben nicht fristgerecht erledigte Vorstösse aufgeführt sind. Für diese Leistung, für diese geringe Zahl nicht erledigter Vorstösse, ist der Regierungsrat zu loben. Beim einmaligen Vorlegen des Sammel-Zwischenberichts kann sich die Frist in Bezug auf einen einzelnen Vorstoss um elf Monate verlängern. Die Kommission möchte die Kontrolle enger führen und beantragt deshalb, die Sammel-Zwischenberichte halbjährlich vorzulegen, zumal der Aufwand für das Erstellen dieser Zwischenberichte verhältnismässig ist. Die CVP-Fraktion hingegen unterstützt den Antrag des Büros auf jährliche Zwischenberichte.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** teilt mit, dass auch das Büro sich keine Meinung zum Antrag von Daniel Thomas Burch bilden konnte. Es hält aber seinen Antrag aufrecht, dass die Fristerstreckung einmal pro Jahr gemacht werden soll. Der administrative Aufwand für halbjährliche Zwischenberichte ist für die wenigen hängigen Vorstösse einfach zu gross.

Landammann **Beat Villiger** weist darauf hin, dass die Staatskanzlei ein neues *Tool* geschaffen hat, mit welchem man sich rasch und einfach einen Überblick über den Stand aller Vorstösse schaffen kann.

➔ Der Rat genehmigt mit 35 zu 22 Stimmen den Antrag von Daniel Thomas Burch auf Ergänzung von § 44 Abs. 3 Satz 2.

➔ Der Rat genehmigt mit 31 zu 28 Stimmen § 44 Abs. 4 in der Fassung des Büros.

§ 50 Abs. 4

Jürg Messmer beantragt, § 50 Abs. 4 um einen zusätzlichen Satz zu ergänzen. Alle haben schon erlebt, dass man mit der Antwort auf eine Interpellation nicht zufrieden ist, trotzdem dazu aber nur nicken kann. Der Rat soll deshalb in Zukunft auf Antrag darüber beschliessen können, ob von der Antwort des Regierungsrats in zustimmendem oder ablehnendem Sinn Kenntnis nimmt. Es soll damit auch vermieden werden, dass die Regierung in einer Interpellationsantwort eine bestimmte Haltung einnehmen und sich in einem Folgegeschäft dann auf die Kenntnisnahme durch den Kantonsrat berufen kann. Der Wortlaut des **Antrags**: «Der Rat kann auf Antrag darüber beschliessen, ob von der Antwort des Regierungsrats in zustimmendem oder ablehnendem Sinne Kenntnis genommen wird.»

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass dieser Antrag für ein Instrument, das aus dem Grossen Gemeinderat der Stadt Zug bekannt ist, in der vorberatenden Kommission diskutiert und dann mit 8 zu 6 Stimmen abgelehnt wurde. Eine Interpellation ist eine Anfrage, meist mit verschiedenen Fragen. Zu unterscheiden, ob der Rat von den einzelnen Fragen zustimmend oder ablehnend Kenntnis nimmt, ist sehr schwierig. Auch hat das Instrument hat kaum eine Wirkung. Ob man mit der Antwort zufrieden ist, kann man in seinem Votum zum Ausdruck bringen. Die Votantin empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Jürg Messmer bestätigt, dass man dieses Instrument im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug kennt. Natürlich kann man zu den einzelnen Fragen unterschiedlicher Meinung sein. Es kann aber auch sein, dass das Parlament mit der Antwort als Ganzes nicht zufrieden ist. Im Übrigen soll die ablehnende Kenntnisnahme nur auf Antrag möglich sein. Es muss also nicht bei jeder Interpellation über die Art der Kenntnisnahme abgestimmt werden, sondern nur in Fällen, in denen die Antwort wirklich nicht befriedigend ist.

Für Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** kann man etwas zur Kenntnis nehmen, aber trotzdem damit nicht zufrieden sein. Die entsprechenden Äusserungen der Interpellanten und ihr Unmut über die Antwort der Regierung werden jeweils im Protokoll festgehalten.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Jürg Messmer auf Ergänzung von § 50 Abs. 4 mit 60 zu 5 Stimmen ab.

Andreas Lustenberger stellt namens der AGF den **Antrag,** § 50 Abs. 4 zu streichen. Er hat im letzten Jahr schnell gelernt, dass man auf verschiedene Arten zu Informationen kommen kann:
- Man frägt nahestehende, mit der Sache vertraute Personen.
- Man telefoniert mit dem zuständigen Amt oder direkt mit dem betreffenden Mitglied des Regierungsrats.
- Man macht eine Kleine Anfrage:
- Man stellt seine Fragen in einer Interpellation.

Die ersten drei Möglichkeiten führen schnell und ohne grossen Aufwand zu einer Antwort. Interpellationen jedoch sind tiefgründiger und erfordern detaillierte Abklärungen, dies sowohl vom fragenden Ratsmitglied wie auch von der antwortenden Regierung. Das Instrument der Interpellation wird gebraucht, um wichtige Hinter-

grundinformationen zu erhalten und – darauf aufbauend – allenfalls sogar ein Postulat oder eine Motion einreichen zu können.
Die AGF ist der Meinung, dass alle Ratsmitglieder verantwortungsvoll mit den verschiedenen Möglichkeiten umgehen können. Es macht deshalb keinen Sinn, neu die Möglichkeit einer «Express-Beantwortung» zu schaffen; vielmehr soll man bei Dringlichkeit eine der drei erstgenannten Möglichkeiten wählen.
Hinsichtlich § 52 teilt der Votant mit, dass die AGF die Meinung der vorberatenden Kommission teilt, dass Kleine Anfragen innerhalb eines Monats beantwortet werden müssen. Mit der zur Diskussion stehenden Express-Interpellation würden dann aber fast zwei identische Instrumente zur Verfügung stehen, was nicht sinnvoll ist. Auch das spricht für die Streichung von § 50 Abs. 4.
Es gibt im Übrigen noch eine fünfte Möglichkeit, wie man zu Informationen kommen kann, nämlich den Austausch unter Freunden und Bekannten. Dazu gibt es heute eine ausgezeichnete Möglichkeit: die 1.-Mai-Feier, die ab 17 Uhr auf dem Landsgemeindeplatz stattfindet.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** ist im Unterschied zu ihrem Vorredner der Meinung, dass der vorberatenden Kommission mit der Express-Beantwortung von Interpellation die Quadratur des Kreises gelungen ist. Wie bisher kann der Regierungsrat oder das Gericht bei Bedarf umgehend auf eine Interpellation reagieren; es werden ja nicht nur tiefgründige, sondern auch Interpellationen zu unmittelbar aktuellen Themen eingereicht. Entgegen der bisherigen Praxis entfällt jedoch das Vorlesen der Interpellationsantwort, was jeweils viel Zeit in Anspruch nimmt. Auch ist eine bessere Vorbereitung durch die Parlamentsmitglieder sichergestellt, denn bereits zum Zeitpunkt der Fraktionssitzungen liegen die Antworten vor und können diskutiert werden. Ob eine Interpellation im Express-Verfahren beantwortet wird, entscheidet – wie bisher bei der mündlichen Beantwortung – alleine der Regierungsrat oder das Gericht. Das einreichende Ratsmitglied kann zwar eine Bitte um dringende Behandlung platzieren, es kann diese aber nicht verlangen. Der Rat, dem man dieses Recht durchaus zubilligen könnte, hätte erst bei der Überweisung die Möglichkeit, die Interpellation als dringlich zu erklären, zu einem Zeitpunkt also, in dem die Antwort des Regierungsrats oder des Gerichts bereits vorliegen müsste. Dieses Anliegen kann also aus rein ablauforganisatorischen Gründen nicht berücksichtigt werden.

Eusebius Spescha unterstützt das Votum seiner Vorrednerin. Wenn man bisher etwas als dringlich erachtete, reichte man die Interpellation mit der Bitte um mündliche Beantwortung ein. Häufig konnte der Regierungsrat dieser Bitte entsprechen, streute seine Antwort zwei Tage vor der Ratssitzung relativ breit in schriftlicher Form, musste diese aber dann doch noch in langen Sequenzen in Parlament vorlesen – was ziemlich viel Leerlauf war. Die vorberatende Kommission will das ändern. Sie will eine geregelte Möglichkeit, um eine Interpellation schnell beantworten zu können. Die vorgeschlagene Form ist sehr geglückt. Der Regierungsrat wird – so ist anzunehmen – häufig gewillt sein, dem Ersuchen um schnelle Beantwortung nachzukommen. Und es geht bei Interpellationen nicht um Fragen, die man als Privatperson hat, sondern um politische Fragen, die man als Parlamentarier zu einem öffentlichen Thema machen will. Mit der schnellen Interpellationsantwort kann ein Thema sehr rasch im Rat diskutiert werden und unterliegt nicht der üblichen Verzögerung von einigen Monaten. Die vorgeschlagene Form entspricht diesem Anliegen.

➔ Der Rat genehmigt mit 62 zu 6 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 52 Abs. 4

Landammann **Beat Villiger** weist darauf hin, dass heute für die Beantwortung von Kleinen Anfragen eine Frist von einem Monat gilt; neu sollen es allenfalls zwei Monate sein. Der Regierungsrat empfiehlt, die Frist auf zwei Monate festzusetzen. Wenn nämlich eine Direktion mit der Antwort in den Regierungsrat kommt, kann dieser eine Rückweisung beschliessen bzw. eine Überarbeitung verlangen. Dann wird die Frist von einem Monat knapp, und die Qualität leidet.

➔ Der Rat genehmigt mit 46 zu 20 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 56 Abs. 3 bis 6

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass das Büro sich materiell dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst, aber eine andere Gliederung des Paragrafen wünscht. Die Kommission ist damit einverstanden.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission mit der vom Büro vorgeschlagenen Gliederung.

§ 59 Abs. 4

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** weist darauf hin, dass es hier um die Reihenfolge der Sprechenden geht. Die vorberatende Kommission schlägt folgende Formulierung vor: «[…] wird das Wort danach den Fraktionen gleichberechtigt in wechselnder Reihenfolge […] erteilt.» Heute gilt die Praxis, dass – in regelmässigem Wechsel von Sitzung zu Sitzung – einmal mit der kleinsten, das andere Mal mit der grössten Fraktion begonnen wird; die Fraktionen mit mittlerer Grösse kommen immer in der Mitte an die Reihe. Die Kommission will nun, dass jede Fraktion mal die erste sein soll, was sie mit ihrer Formulierung festzuhalten versuchte.
Auch hat die Kommission den letzten Satz im Antrag des Büros(«Mitglieder des Kantonsrats dürfen auf das Schlusswort [des Regierungsrats oder Gerichts] erwidern») gestrichen. Die Meinung der Kommission ist nicht, dass man auf das Schlusswort nicht erwidern dürfe; mit dem zweitletzten Satz («Das Schlusswort steht *in der Regel* dem Regierungsrat oder dem Gericht zu») ist aber genügend zum Ausdruck gebracht, dass auf das Schlusswort erwidert werden darf.
im Weiteren schlägt das Büro vor, Abs. 4 in drei Absätze aufzulösen. Diesem Vorschlag stimmt die Kommission zu.

➔ Der Rat beschliesst bei 31 zu 31 Stimmen mit Stichentscheid des Vorsitzenden, den Satz «Mitglieder des Kantonsrats dürfen auf das Schlusswort erwidern» zu streichen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vom Büro beantragte neue Gliederung (Auflösung von Abs. 4 in zwei Absätze).

➔ Der Rat genehmigt mit 35 zu 29 Stimmen die vom Büro beantragte revidierte Fassung von Abs. 4 («Bei Abs. 1 bis 3 wird das Wort danach den Fraktionen in wechselnder Reihenfolge, dann Einzelsprechenden erteilt.»).

§ 63 Abs. 1

Kurt Balmer stellt namens der CVP-Fraktion den **Antrag,** den Passus «nach Abschluss eines Votums» in § 64 Abs. 1 Satz 1 zu streichen. Der betreffende Satz soll also heissen: «Ein Ordnungsantrag kann jederzeit mündlich gestellt werden.» Es ist wichtig, dass ein Ordnungsantrag *jederzeit* gestellt werden kann. Wenn beispielsweise fraglich ist, ob überhaupt gesprochen werden darf oder nicht – etwa in Zusammenhang mit der Überweisung eines Vorstosses –, soll man nicht zuerst das betreffende Parlamentsmitglied ausreden lassen müssen, bevor der Ordnungsantrag gestellt werden kann. Oder wenn jemand zu lange und ohne Zusammenhang mit dem Thema spricht und die oder der Vorsitzende nicht rechtzeitig einschreitet, sollte der Ordnungsantrag ebenfalls sofort und nicht erst nach Abschluss des Votums gestellt werden können.
Wenn man die Möglichkeit für Ordnungsanträge einschränken möchte, müsste man an entsprechender Stelle zusätzliche Verbote stipulieren – etwa dass in Zusammenhang mit einer Überweisung nicht gesprochen werden darf – bzw. weitere Regulierungen vornehmen. Eine solche Ergänzung würde aber zu Interpretationsbedarf führen und die erwähnten Korrekturmassnahmen bedingen. Es ist deshalb besser, hier auf eine entsprechende Präzisierung zu verzichten.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass dieser Antrag in der Kommission nicht beraten wurde. Wenn man den Passus «nach Abschluss eines Votums» aber weglässt, besteht die Möglichkeit, dass man jedes Parlamentsmitglied mitten in seinem Votum unterbrechen kann. Es liegt deshalb im Interesse eines geordneten Ablaufs, dass ein Ordnungsantrag erst nach Abschluss eines Votums gestellt werden können – auch wenn es richtig ist, dass diese Regelung auch ausgenutzt werden könnte. Zu beachten ist aber, dass der Ratsvorsitzende die Möglichkeit hat, jederzeit einzugreifen.

Für **Stefan Gisler** bedeutet der Vorschlag der CVP, dass man irgendein Votum einfach zu lang finden und mittels Ordnungsantrag unterbrechen könnte. Das wäre keine Ratskultur. Der Votant hat auch den vorherigen Ausführungen von Kurt Balmer gerne zugehört, bis zum Schluss. Er empfiehlt deshalb, den Antrag abzulehnen. «Parlament» kommt von lateinisch «parlare», also «sprechen», und es gehört zum Ratsbetrieb, dass gesprochen wird – wenn auch vielleicht manchmal etwas zu viel. Wenn jemand wirklich zu lange wird und abschweift, dann kann der Ratsvorsitzende – wie in § 66 festgehalten – eingreifen.

➔ Der Rat lehnt mit 50 zu 12 Stimmen die von der CVP-Fraktion beantragte Streichung ab.

§ 66 Abs. 1

Kurt Balmer stellt namens der CVP-Fraktion den **Antrag,** die Wendung «vor dem Votum» in § 66 Abs. Satz 2 zu streichen. Der Satz heisst dann: «Sie [= die Anträge] sind der Präsidentin oder dem Präsidenten schriftlich abzugeben.» Schon heute müssen Änderungs-, Eventual-, Zusatz- oder Streichungsanträge schriftlich abgegeben werden. Es ist aber etwas formalistisch oder gar pedantisch, wenn man neu die schriftliche Version *vor* dem Votum abgeben muss. Die bisherige Regelung genügt vollumfänglich, zumal die vorgesehene neue Regelung auch nicht sanktioniert werden kann. Und sicher will niemand, dass ein Votum aus formalen Gründen

nochmals vorgetragen werden muss, wenn man den schriftlichen Antrag vor dem Votum abzugeben vergass.

➔ Der Rat stimmt dem Streichungsantrag der CVP-Fraktion mit 43 zu 5 Stimmen zu.

§ 67 Abs. 3

Für Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** geht es hier nochmals um ein wichtiges Thema, nämlich um den «unmittelbaren Zusammenhang». Für die vorberatende Kommission liegt ein unmittelbarer Zusammenhang vor, «sofern sich der Antrag eines Ratsmitglied auf *Anträge* des Regierungsrats, des Gerichts oder der Kommission bezieht».» Für das Büro hingegen stellen sämtliche «*Ausführungen im Bericht und Antrag* des Regierungsrats, des Gerichts oder der Kommission» bereits einen unmittelbaren Zusammenhang her. Im Kommissionbericht wurde das Beispiel des Vermummungsverbots angeführt: Wenn in einer Kommission über ein Vermummungsverbot diskutiert wurde, ohne dass ein entsprechender Antrag gestellt wurde, hat mit der grosszügigen Regelung des Büros jedes Ratsmitglied die Möglichkeit, im Kantonsrat einen Antrag zum Vermummungsverbot zu stellen. Das ist stossend, hat sich Kommission doch mit dem Thema auseinandergesetzt und beschlossen, keinen Antrag zu stellen.
In Abs. 4 soll geregelt werden, dass eine Kommission, die ja ein uneingeschränktes Antragsrecht hat, für einen Antrag ohne unmittelbaren Zusammenhang mit dem Beratungsgegenstand Rücksprache mit dem Regierungsrat oder dem Gericht nehmen muss. Im Gegensatz dazu schlägt das Büro vor, dass jedes Ratsmitglied zu jedem Thema, das irgendwo in einem Bericht erwähnt wurde, irgendeinen Antrag stellen kann. Solche Anträge können nicht fundiert sein und können auch nicht fundiert beantwortet werden. Die vorberatende Kommission empfiehlt deshalb dringend, ihrem Antrag zu folgen und den unmittelbaren Zusammenhang in ihrem Sinn einzuschränken. Wenn ein Parlamentsmitglied irgendeinen anderen Gegenstand behandelt haben möchte, stehen genügend Instrumente zur Verfügung.

Auch für **Stefan Gisler** geht es hier um etwas Grundsätzliches, nämlich um eine liberale Haltung zur Frage, was ein Ratsmitglied darf bzw. nicht darf. Der Votant ist dezidiert der Auffassung, dass der Kantonsrat nicht einfach Anträge der Regierung oder von Kommissionen abzunicken hat, sondern Geschäfte *beraten* muss. Der Vorschlag des Büros, den der Votant unterstützt, läuft nicht darauf hinaus, dass komplett neue Gegenstände in eine Vorlage eingebracht werden können; vielmehr geht es um Gegenstände, welche durch Regierung und Kommission im Bericht und Antrag bereits behandelt wurden. Ein Beispiel: Der Regierungsrat kann im Rahmen einer Steuergesetzrevision in einer Vernehmlassungsvorlage eine Senkung der Kapitalsteuern für juristische Personen vorschlagen, dies mit ausführlicher Begründung. Aufgrund der Vernehmlassung entscheidet er dann aber, davon abzusehen, was in der Vorlage auch erwähnt und begründet wird. Folgt die vorberatende Kommission der Regierung und kommt diese Vorlage dann in den Kantonsrat, darf – so will es der Antrag der Kommission GO KR – kein Antrag auf eine Senkung der Kapitalsteuern mehr gestellt werden, weil weder Regierungsrat noch Kommission dies beantragt haben. Das ist eine ungeheure Einschränkung des Ratsbetriebs. Es ist selbstverständlich, dass in der betreffenden Debatte kein Antrag auf Befreiung natürlicher Personen – etwa Familien – von irgendwelchen Steuern eingebracht werden, wenn die Vorlage sich nur auf juristische Personen bezieht und die Familienbesteuerung darin nirgends ein Thema war. Es ist also ganz klar, dass nur über

Fragen gesprochen werden kann, die in der Vorlage der Regierung oder der Kommission thematisiert wurden.
In diesem Sinn ruft der Votant dazu auf, dem Vorschlag des Büros zu folgen und die Rechte des Rats, der Fraktionen und der einzelnen Parlamentarier hinsichtlich Gesetzgebung nicht unnötig einzuschränken.

Markus Jans schliesst sich dem Votum von Stefan Gisler an. Für die SP-Fraktion ist wichtig, dass das Parlament in seiner Funktion nicht eingeschränkt wird, weshalb sie den Antrag des Büros unterstützt. Die SP will die Anliegen, die sie vertritt, auch im Rat vorbringen können. Die Fassung der vorberatenden Kommission führt zu einer Einschränkung, die völlig unnötig ist.

Für **Heini Schmid** geht es hier darum, ob in Zukunft eine geordnete Debatte geführt werden kann oder nicht. Der Rat hat in letzter Zeit verschiedentlich erlebt, dass irgendwelche Themen – in der Debatte zum Gemeindegesetz beispielsweise das Ausländerstimmrecht – in die Diskussion eingebracht werden, nur weil der Regierungsrat sie in seiner Vorlage erwähnt hat, und dass man dann über die Frage «Sachzusammenhang ja oder nein?» stritt bzw. philosophierte: Jeder glaubte seine Meinung kundtun zu müssen, damit die Medien etwas zu berichten haben. Zu einer Lösung beigetragen haben solche Diskussionen nicht.
Das Hauptproblem des Antrags des Büros liegt darin, dass im Kommissionsbericht ausgeführte Themen im Rat besprochen werden dürfen, selbst wenn überhaupt kein Zusammenhang besteht. Jedes Kommissionsmitglied kann also irgendein Thema in den Kantonsrat bringen, indem es in den Kommissionsberatungen einen entsprechenden Antrag stellt. Auch wenn die Kommission diesem Antrag nicht folgt bzw. das betreffende Thema nicht aufgreift, muss es der Kommissionspräsident in seinem Bericht erwähnen, da ja darüber gesprochen bzw. abgestimmt wurde – und schon ist das Thema im Kantonsrat. Wie man unter solchen Umständen eine geordnete Debatte durchführen soll, ist schleierhaft. Allenfalls könnte man darüber diskutieren, ob Themen, welche der Regierungsrat in seinem Bericht anspricht, in die Debatte einfliessen können; wenn man dasselbe aber auch für Kommissionsberichte vorsieht, gerät die Debatte ausser Kontrolle. Regierung und Kommissionspräsidenten müssten dann mit allen möglichen Anträgen rechnen und sich darauf auch schon mal vorbereiten – unter Umständen sogar mit Einbezug der Gemeinden oder anderer Betroffener, da man bisher ja gut damit gefahren ist, alle Betroffenen einzubeziehen und nicht leichtfertig zu legiferieren. Aus diesen Gründen bittet der Votant, dem Antrag der vorberatenden Kommission zu folgen.

Stefan Gisler möchte klarstellen, dass in dem von seinem Vorredner erwähnten Beispiel Gemeindegesetzrevision die Regierung in ihrer Vernehmlassung das Ausländerstimmrecht vorgeschlagen hatte, aufgrund der Reaktionen der Gemeinden dann aber darauf verzichtetet, einen entsprechenden Antrag zu stellen, und diesen Entscheid in ihrem Bericht begründete. Die Gemeinden waren also einbezogen worden, man kannte die Argumente und wusste um die Vor- und Nachteile eines Ausländerstimmrechts. Auf diesem Hintergrund stellte der Votant in der vorberatenden Kommission und später auch im Kantonsrat einen entsprechenden Antrag, wobei der Antrag im Rat aufgrund eines Ordnungsantrags von Heini Schmid für unzulässig erklärt wurde. Es wäre falsch, wenn ein von der Regierung in ihrem Bericht breit ausgeführtes Thema nicht in die Debatte eingebracht werden könnte. Das Beispiel Gemeindegesetz zeigt geradezu klassisch, wie man ein Thema, das auf dem Tisch lag, einfach abschmettern kann. Und dasselbe kann bei jedem anderen Geschäft wieder passieren, wenn man dem Vorschlag der Kommission folgt. Im

Übrigen hätte der Votant seinen damaligen Antrag nicht gestellt, wenn die Regierung die Gemeinden in der Vernehmlassung nicht um ihre Meinung zu dieser Frage gebeten hätten. Dann wäre dem Votanten nämlich klar gewesen, dass dieses Thema nicht zur Disposition steht. Das Thema wurde im Bericht der Regierung aber auf einer halben Seite abgehandelt, die Kantonsräte waren also sehr wohl darauf vorbereitet.

➔ Der Rat genehmigt mit 49 zu 14 Stimmen den Antrag des Büros.

§ 75 Abs. 1

Stefan Gisler stellt den **Antrag,** bei § 75 Abs. 1 der ursprünglichen Version des Büros zu folgen. Diese legt das Verfahren klar fest, während die von der vorberatenden Kommission vorgeschlagene Ergänzung die Sache schwierig macht und dazu führt, dass man bei komplexen Abstimmungen wieder lange über das Vorgehen diskutieren wird. Man merkt es vielleicht: Der Votant ist in seiner Freizeit Rugby-Schiedsrichter und hat gerne klare Regeln.

Auch **Eusebius Spescha** hat grundsätzlich gerne klare Regeln, aber es gibt im Leben immer wieder Situationen, wo klare Regeln zu eher ungeeigneten Lösungen führen. So war sich der Rat vor einiger Zeit in Zusammenhang mit einem Bauprojekt einig, dass bei der Abstimmung sinnvollerweise in einer bestimmten Art vorgegangen werden müsse – auch wenn dieses Verfahren nicht genau der GO entsprach. Es wäre deshalb schade, wenn man in der GO neben dem in den allermeisten Fällen richtigen Verfahren nicht auch die Möglichkeit festhalten würde, in speziellen Situationen nach einem vielleicht geschickteren Verfahren vorzugehen.

➔ Der Rat genehmigt mit 34 zu 26 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

Zu den weiteren Paragrafen erfolgen keine Wortmeldung mehr – was der Rat mit Applaus quittiert. Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit die erste Lesung der neuen GO KR abgeschlossen ist, und erläutert das weitere Vorgehen: Die Staatskanzlei nummeriert die Paragrafen neu durch und lässt das Ergebnis der heutigen Lesung gestützt auf § 20 Abs. 1 GO der Redaktionskommission zur redaktionellen Prüfung zukommen. Die Mitglieder des Kantonsrats werden danach die bereinigte Fassung zugestellt erhalten. Die zweite Lesung findet am 28. August 2014 statt.

1082 Nächste Sitzung

Donnerstag, 22. Mai 2014 (Halbtagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

74. Sitzung: Donnerstag, 22. Mai 2014
Zeit: 08.30 – 12.25 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Den Platz des Landschreibers nimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 10. April 2014
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
4. Kommissionsbestellungen
5. Wahlen für die Amtsdauer 2015–2018:

5.1. Wahl der Ombudsperson und deren Stellvertretung
5.2. Wahl der/des Datenschutzbeauftragten

6. Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für Massnahmen bei der Übertragungsleitung für Elektrizität: 2. Lesung
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Bodensanierung von Nachfolgeschäden des Nationalstrassenbaus: 2. Lesung

Geschäft, das am 10. April 2014 nicht behandelt werden konnte:

8. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend eDossier Steuern – Scanning-Dienstleistungen

---

9. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung von zwei Turnhallen und eines Schulraumprovisoriums für die Kantonsschule Zug (KSZ)
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Landerwerb und für die Realisierung von Neu- und Umbauten für das Kantonale Gymnasium in Menzingen (kgm)
11. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Errichtung einer Asylunterkunft auf dem GS 1201 am Dorfring 30 in Allenwinden, Gemeinde Baar
12. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (L 3 Weiler; V 3 Kantonsstrassen)
13. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Objektkredit für das Projekt KS 25, Gemeinde Zug, Artherstrasse, Abschnitt Eielen–Lotenbach, Instandstellung inklusive Geh- und Radweg
14. Motion der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz betreffend Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrates vom 1. Februar 1990
    Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend gleiche Abgangsentschädigungen für gewählte Behördenmitglieder des Kantons

Motion von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Entschädigung von Mitgliedern des Regierungsrates
Postulat von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Streichung von Sitzungsgeldern bei interkantonalen Gremien

15. Motion der Alternativen Grünen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Änderung Richtplantext S6 «Zone mit speziellen Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen»
16. Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anpassung der Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation
17. Postulat von Kurt Balmer betreffend Arbeitspensen der ordentlich gewählten Richter
18. Interpellation von Manfred Wenger betreffend Stollen-Wasserkraftwerk Ägerisee–Zugersee und Hochwasserschutz im Ägerital, Baar und Zug

1083 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Zari Dzaferi, Baar; Georg Helfenstein, Cham; Thomas Villiger, Hünenberg; Daniel Burch und Andreas Hürlimann, beide Steinhausen; Flavio Roos, Risch.

1084 Mitteilungen

Es findet eine Halbtagessitzung statt. Im Anschluss an die Sitzung finden ab 12.15 Uhr die Fraktionsausflüge statt.

Der Finanzdirektor wird heute zwischen ca. 9.30 Uhr und 11.00 Uhr abwesend sein. Er nimmt an einer Veranstaltung des Verbands für öffentliches Finanz- und Rechnungswesen teil.

Die «Neue Zuger Zeitung» möchte heute im Ratssaal Fotos machen, insbesondere von der neuen Datenschutzbeauftragten und der neuen Ombudsfrau. Nach § 31bis Abs. 2 der Geschäftsordnung bedürfen Bildaufnahmen der Bewilligung des Rats.

➔ Der Rat ist stillschweigend mit den Bildaufnahmen einverstanden.

TRAKTANDUM 1

1085 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

1086 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 10. April 2014

Manuel Brandenberg korrigiert, dass Matthias Werder in seinem Votum (Seite 2384 des Protokolls) nicht von einem «*Schmürzeli*-Postulat» der CVP-Fraktion gesprochen habe, sondern von einem «*Schmörzeli*-Postulat» der CVP-Fraktion.

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 10. April 2014 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

1087 Traktandum 3.1: **Motion von Daniel Abt, Karl Nussbaumer und Andreas Hausheer betreffend Holzförderung vom 23. April 2014 (Vorlage 2390.1 - 14665)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1088 Traktandum 3.2: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Infrastrukturfinanzierung vom 25. April 2014 (Vorlage 2391.1 - 14666)**

Philip C. Brunner erinnert daran, dass der Rat am 11. Mai eine ausführliche und gehaltvolle Diskussion über eine Motion der CVP-Fraktion betreffend Finanzierung von Infrastrukturprojekten führte. Der Votant ist etwas erstaunt, dass dasselbe Thema nun nochmals aufs Tapet kommen soll, nachdem das Parlament demokratisch entschieden hat, nicht darauf einzutreten. Was ist der Grund dafür? Geht es darum, die CVP neu als «Sparpartei» zu positionieren? Oder will man den damaligen Entscheid nicht respektieren und eine Motion praktisch im *Copy-paste*-Modus nochmals in den Rat bringen? Der Votant will richtig verstanden sein: Wenn es um die Laufenden Kosten geht, kann man in der Budgetdebatte dem Finanzdirektor die Hölle heiss machen, soll aber nicht – wie das letzte Mal – die SVP mit ihren Sparanträgen einfach sitzen lassen. Einzig vor den Wahlen sparen und damit etwas Staub aufwirbeln zu wollen, ist nicht der richtige Weg. Der Votant wiederholt seine Fragen aus der letzten Debatte: Was kostete im 16. und 17. Jahrhundert die Absenkung des Zugersees? Was kostete die Verlegung der Lorze in den 1970er Jahren? Was kostete die Lorzentobelbrücke oder im Mittelalter die Stadtmauer? Die Antworten könnten die Historiker geben, sie sind aber nicht mehr relevant. Ein gutes Beispiel ist auch das neue Kantonsspital in Baar: 200 Millionen Franken für 200 Betten – wobei die 200 Betten im neuen Kinderspital in Zürich heute bereits 600 Millionen Franken kosten. Was soll das heissen? Die Kosten für Investitionen sind für die Generation, welche sie tätigt, immer sehr hoch, während spätere Generationen kaum mehr davon reden und auch die Schwierigkeiten nicht mehr kennen, welche damit verbunden waren.
Der Votant ruft die CVP auf, konstruktiv zu politisieren und mitzuziehen am Erfolg des Kantons Zug. Sie hat diesen Erfolg ermöglicht, muss jetzt aber in die Zukunft schauen. Mit Motionen, mit welchen man alle Infrastrukturprojekte zur Diskussion stellen will, ist die CVP auf dem Holzweg. Es gilt Vertrauen in die Zukunft zu haben und diese gemeinsam anzugehen.
Auf Nachfrage des Vorsitzenden stellt der Votant den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen.

Andreas Hausheer hält fest, dass die beiden Motionen der CVP-Fraktion nicht identisch sind. Die neue Motion nimmt die Debatte über die letzte Motion auf, dies auch auf dem Hintergrund der Rückmeldung von verschiedener Seite, dass die Zielsetzung der letzten Motion sehr wohl unterstützt werde, der Motionstext im engeren Sinne dem angestrebten Ziel aber nicht gerecht werde. Es ist im Übrigen unverständlich, dass Philip C. Brunner, der sich immer wieder als Vertreter von *law and order* präsentiert, akzeptieren kann, dass der Kanton Zug gegen sein eigenes Finanzhaushaltgesetz verstösst.

Manuel Brandenberg hält fest, dass der Regierungsrat aufgrund seiner Aufsichtsfunktion von Amtes wegen einschreiten sollte, wenn Gesetze, auch das Finanzhaushaltgesetz, nicht eingehalten werden. Die vorliegende Motion braucht es dafür nicht.

Martin Stuber hält fest, dass die AGF in der Debatte zur erwähnten letzten Motion der CVP-Fraktion klar zum Ausdruck gebracht hat, dass sie keine Verschuldung des Kantons will. Sie wird deshalb die Überweisung der jetzt vorliegenden Motion unterstützen.

➔ Der Rat überweist die Motion mit 57 zu 14 Stimmen an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1089 Traktandum 3.3: **Motion von Kurt Balmer betreffend Abschaffung des obligatorischen Depots/Sicherheitsleistung der Grundstückgewinnsteuer für die öffentliche Beurkundung im Bereich Privatvermögen vom 29. April 2014 (Vorlage 2394.1 - 14672)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1090 Traktandum 3.4: **Motion von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter betreffend dringliche Änderung der NFA parallel zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) vom 8. Mai 2014 (Vorlage 2398.1 - 14680)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1091 Traktandum 3.5: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend non-monetären Zeittauschmodellen in der Altersbetreuung im Kanton Zug vom 29. April 2014 (Vorlage 2392.1 - 14667)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1092 Traktandum 3.6: **Interpellation von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter betreffend Positionierung des Kantons Zug zur Unternehmenssteuerreform (USR III) vom 8. Mai 2014 (Vorlage 2397.1 - 14679)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1093 Traktandum 3.7: **Interpellation von Andreas Hausheer und Gabriela Ingold betreffend Festlegung des Ausgangsdeckungsgrades durch den Vorstand der Zuger Pensionskasse vom 8. Mai 2014 (Vorlage 2399.1 - 14681)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 4
Kommissionsbestellungen

Es sind keine neuen Kommissionen zu bestellen.

TRAKTANDUM 5
Wahlen für die Amtsdauer 2015–2018:

1094 Traktandum 5.1: **Wahl der Ombudsperson und deren Stellvertretung**
Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (2395.1 - 14673).

Der **Vorsitzende** begrüsst die Bewerbenden herzlich im Saal. Er hält fest, dass gemäss § 12 Abs. 1 des Ombudsgesetzes der Kantonsrat die Ombudsperson und ihre Stellvertretung auf eine Amtsdauer von vier Jahren wählt. Die Wahl erfolgt mindestens sechs Monate vor Beginn der Amtsperiode. Da diese am 1. Januar 2015 beginnt, kommt der Kantonsrat mit der heutigen Wahl dieser Bestimmung nach. Die Anträge der Justizprüfungskommission lauten:
• Es sei Katharina Landolf oder Trudi Abächerli-Halter für die Amtsdauer 2015–2018 als Ombudsfrau zu wählen.
• Es sei Pascal Schuler für die Amtsdauer 2015–2018 als Stellvertreter der Ombudsfrau zu wählen.

EINTRETEN

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Thomas Werner, Präsident der Justizprüfungskommission, wiederholt, dass gemäss § 12 des Gesetzes über die Ombudsstelle vom 27. Mai 2010 der Kantonsrat die Ombudsperson und deren Stellvertretung auf eine Amtsdauer von vier Jahren wählt. Dabei hat die Wahl mindestens sechs Monate vor Beginn der Amtsperiode zu erfolgen. Die Vorbereitung dieser Wahl obliegt gemäss Gesetz der engen Justizprüfungskommission. Explizit wird in den Ausführungen zu § 12 festgehalten, dass die Besetzung des Amts auszuschreiben ist. Es ist aus geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten eine Auswahl zu treffen, um dann dem Kantonsrat geeignete Personen zur Wahl vorzuschlagen.
An einer ersten Sitzung im Februar 2014 hat die JPK das Vorgehen für diese Wahl beschlossen. Sie entschied, die Wahl in dem Sinne vorzubereiten, dass die Stelle der Ombudsperson unter vorgängiger Information der amtierenden Ombudsperson öffentlich ausgeschrieben wird, dies mit dem Hinweis, dass die amtierende Ombudsperson, falls sie sich für eine weitere Periode zur Verfügung stellt, als Kandidatin gesetzt ist. Damit soll dem Kantonsrat nach jeweils vier Jahren eine freie Wahl möglich sein bzw. eine Auswahl zur Verfügung stehen, soweit wählbare Gegenkandidaten oder -kandidatinnen gleichwertig oder gar besser qualifiziert sind als die amtierende Person. Die öffentliche Ausschreibung ist in der Folge auf das Interesse der Medien gestossen und hat Fragen aufgeworfen. Die JPK weist darauf hin, dass für die Stelle der Ombudsperson die Wahl durch den Kantonsrat gewünscht wurde und dies eine politische Wahl ist, bei welcher grundsätzlich die

Willkür der Mehrheit entscheidet. Grundsätzlich steht es dem Kantonsrat auch frei, weitere Kandidatinnen und Kandidaten vorzuschlagen oder Personen zu wählen, die nicht von der JPK vorgeschlagen werden. Es ist zu betonen, dass nicht die JPK, sondern der Kantonsrat der Wahlkörper ist. Der JPK steht lediglich die Aufgabe zu, die Wahl vorzubereiten. Die JPK hat diesen Auftrag ernst genommen und kann sehr gute Kandidatinnen zur Wahl vorschlagen. Auf die explizite Ausschreibung der Stelle einer stellvertretenden Ombudsperson hat die JPK einstweilen verzichtet, da eine solche aufgrund der vorgeschriebenen Geschlechterparität erst nach der Wahl der Ombudsperson zur Diskussion gestanden hätte. Je nachdem hätte man nach einer männlichen oder einer weiblichen Stellvertretung suchen müssen.

Die JPK hat die Stelle der Ombudsperson in Zusammenarbeit mit dem Personalamt von Mitte bis Ende März 2014 im Amtsblatt und in der Neuen Luzerner Zeitung sowie auf der kantonalen Homepage ausgeschrieben. Im Stelleninserat wurde explizit darauf hingewiesen, dass die amtierende Ombudsfrau für die nächste Amtsperiode wieder kandidieren wird. Innert der gesetzten Frist haben sich acht Personen beworben. Am 3. April 2014 traf sich eine Delegation der JPK zur Sichtung der eingegangenen Dossiers. Jeder für sich prüfte jedes einzelne Dossier und beurteilte es anhand eines Punktesystems. Beurteilt wurden Ausbildung, Erfahrung, Werdegang, Qualifikation und die aktuelle Tätigkeit. Diese Beurteilungen führten nach Auszählung der Punkte in der Schlussdiskussion zu einer Rangliste der Bewerbenden. Die Personen auf den ersten Rängen wurden zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Ein erstes Vorstellungsgespräch musste aus terminlichen Gründen auf Seiten des Kandidaten auf den 15. April 2014 vorverlegt werden und wurde von einer Delegation der JPK, bestehend aus Thomas Werner, Manuel Brandenberg, Kurt Balmer und Georg Helfenstein, im Beisein der JPK-Sekretärin durchgeführt. Die weiteren Gespräche fanden am 22. April 2014 im Beisein von sechs JPK-Mitgliedern statt. Alle eingeladenen Kandidatinnen und Kandidaten wurden darauf hingewiesen, dass in vier Jahren Neuwahlen stattfinden werden. Allen Kandidierenden war diese Tatsache bereits bewusst, und für niemanden stellte sie ein Hindernis dar.

Im Anschluss an die Bewerbungsgespräche vom 22. April 2014 diskutierte die JPK über die Gespräche. Im Vordergrund stand nebst den fachlichen Qualifikationen ein hohes Mass an Sozialkompetenz. Die JPK stimmte zunächst darüber ab, ob mindestens gleichwertige wählbare Kandidierende vorhanden sind. Es herrschte grosse Einigkeit in Bezug auf die Eignung einer Gegenkandidatin als Zuger Ombudsperson. Die Wahl fiel einstimmig auf Trudi Abächerli-Halter. Damit ermöglicht die JPK dem Kantonsrat nun eine echte Wahl. Trudi Abächerli-Halter erfüllt sämtliche Kriterien der Wählbarkeit gemäss § 14 des Ombudsgesetzes und verfügt aus Sicht der JPK in idealer Weise über die nötigen fachlichen und persönlichen Voraussetzungen für die Funktion der Ombudsperson. Sie absolvierte eine Ausbildung in Mediation und bringt mehrjährige Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung, in der Privatwirtschaft und in der Justiz mit. Damit kennt sie die Abläufe in allen Bereichen, insbesondere auch innerhalb der Verwaltung, was für die JPK ein entscheidendes Kriterium darstellte. Im Gespräch hinterliess sie den Eindruck einer engagierten und zugänglichen Person. Insgesamt deckten sich die eingereichten Unterlagen zur Beurteilung ihrer Eignung mit der Wahrnehmung der Kommission.

Weiter schlägt die JPK die amtierende Ombudsperson Katharina Landolf zur Wiederwahl vor. Die JPK prüft den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion. Aufgrund der Unabhängigkeit der Ombudsstelle ist die JPK nicht in der Lage, die Arbeit der amtierenden Ombudsperson zu überprüfen, was sachgerecht ist. Die JPK konnte aber feststeilen, dass sich die Arbeitsweise der Ombudsperson an den gesetzlichen Rahmen hält und die Zusammenarbeit mit der

Ombudsstelle funktioniert. Die JPK hat des Weiteren beschlossen, für das Amt der Ombudsperson ein Pensum von 80 Prozent vorzuschlagen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass ein Pensum von 80 Prozent sachgerecht ist; auch die Gegenkandidatin, Trudi Abächerli, würde dieses Pensum begrüssen.
Da sich der bisherige stellvertretende Ombudsmann für die nächste Amtsperiode wieder zur Verfügung stellt und so die gesetzlich vorgeschriebene Geschlechterparität gewährleistet ist, schlägt die JPK ihn zur Wiederwahl vor. Laut Tätigkeitsbericht 2013 der Ombudsstelle wurde der Stellvertreter im letzten Jahr lediglich einmal eingesetzt, in den Jahren zuvor kam er sogar gar nie zum Einsatz. Es rechtfertigt sich deshalb, in seinem Fall auf eine öffentliche Ausschreibung zu verzichten. Seine Eignung sowie die Eignung der amtierenden Ombudsperson wurden bereits anlässlich der Wahl im Jahr 2011 hinreichend abgeklärt.
Die enge JPK stellt mit 6 zu 0 Stimmen den Antrag:
• entweder die amtierende Ombudsperson Katharina Landolf oder die Gegenkandidatin Trudi Abächerli-Halter für die Amtsdauer 2015–2018 als Ombudsperson zu wählen;
• Pascal Schuler für die Amtsdauer 2015–2018 als Stellvertreter der Ombudsperson zu wählen.

Markus Jans: Bereits im Vorfeld hat die Ausschreibung der Stelle der Ombudsperson im Kanton Zug Fragen ausgelöst und in der Presse entsprechenden Widerhall gefunden. Die SP-Fraktion stellt fest, dass mit der Ausschreibung der Stelle der Ombudsperson, obwohl die bisherige Amtsinhaberin sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stellt, ein eigentlicher Paradigmenwechsel stattgefunden hat. Auf die gleiche Stufe wie die Ombudsperson ist auch die Stelle des oder der Datenschutzbeauftragten und des Landschreibers oder der Landschreiberin zu stellen. Alle diese drei übergeordneten Stellen werden vom Kantonsrat gewählt. Der Datenschutzbeauftragte René Huber wurde bisher drei Mal wiedergewählt, ohne dass seine Stelle erneut ausgeschrieben worden wäre. Auch der Alt-Landschreiber Tino Jorio wurde immer in seinem Amt bestätigt, ohne dass ihm ein Gegenkandidat in den Weg gestellt worden wäre. Die SP-Fraktion geht davon aus, dass bei der nächsten Wahl des Landschreibers nur Tobias Moser zur Wahl vorgeschlagen wird, denn zumindest die SP-Fraktion ist mit seiner Amtsführung sehr zufrieden.
Würde es nach dem von der JPK eingeleiteten Paradigmenwechsel gehen, müssten künftig alle Stellen unabhängig von der Person und von der Amtsinhaberin oder dem Amtsinhaber neu ausgeschrieben werden. Der entsprechende Hinweis im Stelleninserat, dass die Amtsinhaberin als Kandidatin gesetzt sei, falls sie sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stelle, wirkt daher fehl am Platz. Die SP-Fraktion geht davon aus, dass, bevor eine Stelle ausgeschrieben wird, mit der Amtsinhaberin bzw. mit dem Amtsinhaber im Rahmen eines Mitarbeitergesprächs das Gespräch gesucht wird. Bei diesem Gespräch muss klar festgehalten werden, ob die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stellt. Bei der Stellenausschreibung müsste es dann heissen: «Die Amtsinhaberin, der Amtsinhaber hat sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung gestellt.» Es steht dann möglichen Interessierten frei, sich als «Kanonenfutter» für die Stelle zu bewerben.
Die JPK hat unnötigerweise einen Paradigmenwechsel eingeleitet, den die SP-Fraktion entschieden ablehnt. Ist man mit der Amtsführung einer Person nicht einverstanden, erwartet die SP-Fraktion von der JPK, dass die Fakten auf den Tisch gelegt werden. Das hat sie im vorliegenden Fall nicht getan, sondern auf den Weg von Spekulationen und Vermutungen verwiesen. Es liegt an all diesen Ämtern, dass Personen, die sie ausfüllen, nicht nur auf Gegenliebe stossen. Die JPK hat

mit ihrem Vorgehen erreicht, dass die Stelle der Ombudsperson geschwächt anstatt gestärkt wird. Sie hat der Vermutung Vorschub geleistet, dass sie mit der heutigen Stelleninhaberin nicht glücklich ist und diese ersetzt haben möchte. So geht der Kanton mit seinem Personal nicht um; so *darf* der Kanton mit seinem Personal nicht umgehen.
Die SP-Fraktion ist mit der heutigen Ombudsperson Katharina Landolf zufrieden und wird ihre Wiederwahl unterstützen. Sie erwartet von der JPK eine Antwort auf die Frage, ob sie gedenkt, in Zukunft die Stelle des Datenschutzbeauftragten und die Stelle der Ombudsperson bei der Wiederbesetzung gleich zu behandeln.

Heini Schmid teilt mit, dass die CVP-Fraktion die von der SP gestellte Frage ebenfalls diskutierte, aber keine einheitliche Meinung zu diesem Thema hat. Er persönlich unterstützt die Ausführungen seines Vorredners. Nach der in der Schweiz üblichen Tradition sind bei Wiederwahlen andere Vorgehensweisen angebracht als bei Neuwahlen. Wie diese genau auszusehen haben, sollte sich die JPK generell überlegen, auch in Hinblick auf die Wiederwahl des Landschreibers. Der Votant erwartet, dass die JPK den Kantonsrat zu gegebener Zeit informiert, wie sie das künftig zu handhaben gedenkt. Es ist keine Lösung, bei Wiederwahlen immer wieder Ausschreibungen und Bewerbungsverfahren durchzuführen. Der Kanton Zug ist insbesondere an diesen exponierten Stellen auf gutes Personal angewiesen, und es ist für Amtsinhaber wenig motivierend, wenn ihre Position alle vier Jahre grundlegend in Frage gestellt wird. Der Votant bittet den JPK, aus der Reaktion des Rats zu lernen und sich ein Verfahren zu überlegen, dass effizient ist und vor allem den Kandidaten gerecht wird.

JPK-Präsident **Thomas Werner** hält zuhanden von Markus Jans fest, dass die Presse ein schlechter Ratgeber ist; es ist besser, seiner eigenen Meinung zu folgen. Es handelt sich bei der jetzigen Wahl nicht um einen Paradigmenwechsel. Das Ombudsgesetz wurde 2010 verabschiedet und danach Katharina Landolf für vier Jahre zur Ombudsperson gewählt. Es steht in diesem Gesetz ganz klar, dass nach vier Jahren Wahlen resp. Wiederwahlen folgen. Die JPK wollte den Kantonsrat zufriedenstellen und ihm eine echte Auswahl vorlegen. Hätte sie nur Katharina Landolf vorgeschlagen, wäre aus denselben Reihen der Vorwurf gekommen, es handle sich nicht um eine richtige Wahl. Und bezüglich gutem Personal: Die Amtsdauer von vier Jahren dient genau dazu, Personal, das sich vielleicht als nicht so gut wie erwartet erweist, mit Hilfe einer Ausschreibung und einer Gegenkandidatin allenfalls ersetzen zu können. Die Unabhängigkeit ist trotzdem gegeben, weiss die gewählte Person doch genau, dass sie auf eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt ist. In der JPK und vor allem bei denjenigen Mitgliedern, die schon bei der Erarbeitung des Ombudsgesetzes dabei waren, war völlig unbestritten, dass die Wahl entsprechend vorbereitet und die Stelle entsprechend ausgeschrieben wird. Es ist auch deshalb kein Paradimenwechsel, weil neu die JPK für die Organisation der Wahl zuständig ist; bisher gehörte das zu den Aufgaben des Regierungsrats. Die JPK musste sich also Gedanken dazu machen, wie sie die Wahl jeweils organisieren und welchen Antrag sie dem Kantonsrat stellen will.

Martin Stuber hält fest, dass die Zuständigkeit der JPK nicht in Frage gestellt wird. Bezüglich Unabhängigkeit: Es ist natürlich ein Unterschied, ob eine Ombudsperson im Bewusstsein agiert, dass sie in vier Jahren vom Kantonsrat wiedergewählt werden muss, oder ob sie weiss, dass sie ihren Job – wenn sie ihn gut macht – auch in den kommenden vier Jahren ausüben kann. Der Votant unterstützt deshalb ganz

klar, dass man bezüglich Wiederwahl von Personen, die schon Amtsinhaber sind, eine andere Praxis haben muss.
Bei der Stelle des Landschreibers oder der Landschreiberin liegt das Problem darin, dass der Kantonsrat damals nicht auf das Trennmodell eingegangen ist, das der Votant nach wie vor befürwortet: Kantonsrat und Regierungsrat sollten ihren je eigenen Landschreiber oder je eigene Landschreiberin haben. Dann läge auch die Besetzung dieser Position ganz selbstverständlich in der Kompetenz des Kantonsrats.

Karin Andenmatten-Helbling war als ehemaliges JPK-Mitglied bei der Vorbereitung und Ausarbeitung des Ombudsgesetzes dabei. Es war damals nicht die Absicht, dass für Ombudspersonen, Datenschutzbeauftragte etc. alle vier Jahre eine Wahl durchgeführt werden müsse. Die Idee war vielmehr, dass im Fall einer Unzufriedenheit mit einer der Personen, die diese Funktionen bekleiden, die Möglichkeit bestehen solle, mit einer vorgezogenen Wahl einen lückenlosen und damit auch reibungslosen Übergang von einer Person zur anderen zu gewährleisten. Es war nicht beabsichtigt, dass diese Stellen grundsätzlich alle vier Jahre neu ausgeschrieben und in Kampfwahlen neu besetzt werden sollten. Die Votantin ist deshalb etwas erstaunt, dass die JPK nun für das Amt der Ombudsperson mehrere Kandidaten vorschlägt, ohne dies konkret zu begründen oder auch nur Stellung dazu zu beziehen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 67 der Geschäftsordnung die dem Kantonsrat zustehenden Wahlen schriftlich und geheim erfolgen. Er verweist auf den Wahlantrag der JPK und auf § 12 Abs. 2 des Ombudsgesetzes, wonach bei der Wahl der Ombudsperson und ihrer Stellvertretung die Geschlechterparität zu berücksichtigen ist. Zur Wahl der Stellvertretung macht der Vorsitzende den folgenden formellen Hinweis: Obwohl eine Einerkandidatur vorliegt, handelt es sich um eine echte Wahl und nicht nur um eine Bestätigungswahl. Die Ratsmitglieder müssen somit auf den Wahlzettel einen Namen aufführen oder diesen leer lassen.
Der Vorsitzende bittet die Stimmenzähler, die zwei Wahlzettel für die Wahl der Ombudsperson und deren Stellvertretung auszuteilen und nach einer gewissen Zeit wieder einzusammeln.

Nach der Auszählung durch die Stimmenzähler gibt der **Vorsitzende** das Ergebnis bekannt:

Wahl der Ombudsperson für die Amtsdauer 2015–2018

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
74	74	4	0	70	36

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Katharina Landolf	45
Trudi Abächerli-Halter	25

➔ Der Rat wählt Katharina Landolf zur Ombudsperson für die Amtsdauer 2015–2018.

Wahl der Stellvertretung der Ombudsperson für die Amtsdauer 2015–2018

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
74	74	1	0	73	37

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Pascal Schuler	72
Daniel Abt	1

➔ Der Rat wählt Pascal Schuler zum Stellvertreter der Ombudsperson für die Amtsdauer 2015–2018.

Der Vorsitzende gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen viel Erfolg bei der Ausübung ihrer Tätigkeit. *(Der Rat applaudiert.)*

Ablegung des Eids bzw. Gelöbnisses

Katharina Landolf tritt vor, um den Eid abzulegen. Der Rat erhebt sich. Die stellvertretende Landschreiberin liest die Eidesformel. Katharina Landolf spricht mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Katharina Landolf dankt dem Rat für das erneut ausgesprochene Vertrauen und versichert, dass sie sich auch in ihrer zweiten Amtszeit mit viel Engagement und neuer Motivation für das Wohl des Kantons Zug und seiner Bevölkerung einsetzen werde.

Pascal Schuler tritt vor, um das Gelöbnis abzulegen. Die stellvertretende Landschreiberin liest die Gelöbnisformel. Pascal Schuler spricht: «Ich gelobe es.»

Pascal Schuler dankt dem Rat für die eindeutige Wahl und das Vertrauen. Auch er wird sich bemühen, im Sinne des Kantons Zug und seiner Bewohnerinnen und Bewohner tätig sein.

1095 Traktandum 5.2: **Wahl der/des Datenschutzbeauftragten**
Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (2396.1 - 14674).

Der **Vorsitzende** begrüsst die Bewerbenden im Saal. Er hält fest, dass gemäss § 18 Abs. 2 des Datenschutzgesetzes der Kantonsrat die Datenschutzbeauftragte oder den Datenschutzbeauftragten auf eine Amtsdauer von vier Jahren wählt. Die Wahl erfolgt mindestens sechs Monate vor Beginn der Amtsperiode. Da diese am 1. Januar 2015 beginnt, kommt der Kantonsrat mit der heutigen Wahl dieser Bestimmung nach. Die JPK stellt den Antrag, es sei Claudia Mund oder Claudia Leonie Wasmer für die Amtsdauer 2015–2018 als Datenschutzbeauftragte zu wählen.

EINTRETEN

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

JPK-Präsident **Thomas Werner** erinnert daran, dass der Datenschutzbeauftragte im Kanton Zug bis anhin vom Regierungsrat angestellt wurde. Im Rahmen der Anpassung kantonaler Erlasse an den Rahmenbeschluss der Europäischen Union ist die institutionelle und administrative Unabhängigkeit der oder des Datenschutzbeauftragten zu gewährleisten. Deshalb wird diese bzw. dieser neu vom Kantonsrat für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Auch hier ist die Wahl sechs Monate im Voraus durchzuführen. Die Vorbereitung dieser Wahl war ähnlich wie diejenige für die Wahl der Ombudsperson. Explizit wird in den Ausführungen zu § 12 festgehalten, dass die Besetzung des Amts auszuschreiben ist. Es ist aus geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten eine Auswahl zu treffen und dem Kantonsrat geeignete Personen zur Wahl vorzuschlagen. Die Stelle wurde, ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Personalamt des Kantons Zug, von Mitte bis Ende März in verschiedenen Printmedien und *Online*-Plattformen ausgeschrieben. Der amtierende Datenschützer wurde als Unterstützung ebenfalls beigezogen.
Auf die Ausschreibung hin bewarben sich fünfzehn Personen. Eine Person zog ihre Bewerbung noch vor der ersten Sichtung der Dossiers zurück. Am 3. April traf sich eine Delegation der JPK zur Sichtung und Bewertung der einzelnen Dossiers. Es kam dasselbe Punktesystem zur Anwendung, und es wurde eine Rangliste der Dossiers erstellt. Diese Beurteilungen führten in der Schlussdiskussion zur Auswahl von vier Personen, zwei Männern und zwei Frauen, die zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen wurden. Die Gespräche fanden am 22. April 2014 im Beisein von sechs Kommissionsmitgliedern statt. Alle eingeladenen Kandidatinnen und Kandidaten wurden darauf hingewiesen, dass in vier Jahren Neuwahlen stattfinden werden. Allen Kandidierenden war diese Tatsache bereits bewusst, und für niemanden stellte sie ein Problem oder Hindernis dar.
Im Anschluss an die Bewerbungsgespräche vom 22. April 2014 diskutierte die JPK über diese Gespräche und entschied mit 5 zu 1 Stimmen, dem Kantonsrat die Wahl bzw. Auswahl zwischen Claudia Mund oder Claudia Wasmer zu unterbreiten. Diese Kandidatinnen reihten sich auf den ersten zwei Plätzen ein und verfügen über sehr gute Qualifikationen und Erfahrungen im Bereich Datenschutz. Die JPK ist überzeugt, dass der Kanton Zug mit diesen beiden Kandidatinnen für die nächsten vier Jahre in Sachen Datenschutz bestens gerüstet ist. Nach Rücksprache mit dem bisherigen Datenschützer beschloss die JPK, für das Amt ein Pensum von 80 bis 100 Prozent vorzuschlagen. Die JPK stellt mit 6 zu 0 Stimmen den Antrag, entweder Claudia Mund oder Claudia Wasmer für die Amtsdauer 2015–2018 als Zuger Datenschützerin zu wählen.

Andreas Hausheer möchte von der JPK wissen, was bezüglich des Pensums konkret im Arbeitsvertrag der neuen Datenschützerin steht. Kann diese ihr Pensum flexibel zwischen 80 und 100 Prozent gestalten? Es ist für die Stawiko und den Kantonsrat wichtig, hier genauere Angaben zu haben.

Thomas Werner teilt mit, dass die JPK mit dem amtierenden Datenschutzbeauftragten über den Umfang des Arbeitspensums gesprochen hat. Es ist der künftigen Datenschützerin überlassen, wie sie ihre Arbeit und die Stellenprozente insgesamt organisiert. Wenn die neue Datenschützerin beispielsweise zu Beginn zu 100 Prozent arbeiten will, um ihre Aufgabe richtig erfüllen zu können, soll dies – so die Meinung der JPK – durch den Kantonsrat nicht verunmöglicht werden.

Andreas Hausheer hält fest, dass die Datenschutzstelle kein Amt mit einem Globalbudget ist. Die einzelnen Stellen bzw. ihr Umfang müssen also jeweils vom Kantonsrat genehmigt werden. Der Votant bittet die JPK, etwas konkreter zu werden, wenn es dann um die Definition des Pensums geht.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 67 der Geschäftsordnung die dem Kantonsrat zustehenden Wahlen schriftlich und geheim erfolgen. Er bittet die Stimmenzähler, die Wahlzettel auszuteilen und nach einer gewissen Zeit wieder einzusammeln.

Nach der Auszählung gibt der **Vorsitzende** das Wahlergebnis bekannt:

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
74	74	0	1	73	37

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Claudia Mund	44
Claudia Leonie Wasmer	28
Thomas Werner	1

➔ Der Rat wählt Claudia Mund zur Datenschutzbeauftragten für die Amtsdauer 2015–2018.

Der **Vorsitzende** gratuliert Claudia Mund zur Wahl als Datenschutzbeauftragte und wünscht ihr viel Erfolg bei der Ausübung der Tätigkeit. *(Der Rat applaudiert.)*

Ablegung des Eids

Claudia Mund tritt vor, um den Eid abzulegen. Der Rat erhebt sich. Die stellvertretende Landschreiberin liest die Eidesformel. Claudia Mund spricht mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Claudia Mund freut sich sehr über ihre Wahl. Sie dankt der JPK und ihrem Präsidenten für die Vorbereitung der Wahl und die gute Betreuung der Kandidatinnen sowie den Fraktionen und Fraktionspräsidenten für die Möglichkeit, sich persönlich vorstellen und sehr interessante Gespräche führen zu dürfen.

TRAKTANDUM 6

1096 Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für Massnahmen bei der Übertragungsleitung für Elektrizität: 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis der ersten Lesung (2260.5 - 14643).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 68 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

1097 Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Bodensanierung von Nachfolgeschäden des Nationalstrassenbaus: 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis der ersten Lesung (2285.5 - 14661).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 68 zu 3 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

1098 Interpellation der FDP-Fraktion betreffend eDossier Steuern – Scanning-Dienstleistungen

Es liegen vor: Interpellation (2358.1 - 14578); Antwort des Regierungsrats (2358.2 - 14634).

Finanzdirektor **Peter Hegglin** informiert, dass sich der Regierungsrat an seiner Sitzung vom 20. Mai nochmals mit diesem Geschäft befasst hat und folgende drei Punkte festhält:

• Im Projekt «eDossier Steuern – Scanning-Dienstleitungen» wurden bisher keine Steuerdaten herausgegeben. Ohnehin war das Scanning der Steuerakten erst für Frühjahr 2015 geplant.

• Das Projekt wurde zur vertieften Klärung verschiedener rechtlicher, politischer und betrieblicher Fragen in gegenseitigem Einvernehmen mit der beauftragten Firma bis auf Widerruf einer Partei sistiert.

• In diesem Zusammenhang wird die Finanzdirektion auch eine *Inhouse*-Lösung prüfen.

Der Regierungsrat entschuldigt sich, dass er den Kantonsrat nicht bereits auf die Fraktionssitzungen hin informieren konnte. Die Sitzung des Regierungsrats fand aber erst am Dienstag, also am Tag nach den Fraktionssitzungen, statt.

Daniel Thomas Burch dankt dem Finanzdirektor für seine Erläuterungen. Es freut die FDP-Fraktion, dass das Projekt sistiert wurde. Trotzdem möchte der Votant Stellung nehmen zur Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation der FDP.
Am 5. Februar 2014 reichte die FDP die Interpellation betreffend eDossier Steuern – Scanning-Dienstleistungen ein und bat den Regierungsrat um eine baldmögliche, mündliche Beantwortung. Die FDP ist enttäuscht, dass der Regierungsrat diese Interpellation nicht umgehend beantwortet hat. Noch mehr enttäuscht ist sie darüber, dass der Regierungsrat nach Eingang der Interpellation den definitiven Auftrag an eine Privatfirma zum externen Scanning von Steuerdossiers erteilt hat. Sie erachtet es wie viele Zuger Steuerzahlerinnen und Steuerzahler als äusserst beunruhigend, wenn die Zuger Regierung bzw. die Zuger Steuerverwaltung Steuerdossiers mit hoch sensitiven, persönlichen Daten extern durch eine Privatfirma einscannen und bearbeiten lässt. Damit sind diese Daten nicht nur bei der Steuerverwaltung, wo diese sicher aufbewahrt werden müssten, sondern auch bei einem externen Unternehmen. Fast täglich liest man Meldungen, wonach Personen-, Bank- und Steuerdaten unrechtmässig weitergegeben werden. Und nun lässt die Zuger Steuerverwaltung Steuererklärungen auswärts scannen. Dass es sich bei diesem Unternehmen zudem um ein US-beherrschtes Unternehmen handelt, macht die Sache noch brisanter und für die FDP schlussendlich inakzeptabel.
Die Antwort der Regierung bzw. die Rechtfertigung befriedigt die FDP-Fraktion in keiner Weise. Sie und ein grosser Teil der Steuerzahlenden fragen sich zu Recht, ob die Regierung und vor allem die federführende Finanzdirektion sich der politischen Dimension dieses Entscheids überhaupt bewusst ist – wobei man nach heutigen Ausführungen des Regierungsrats immerhin festhalten kann, dass sie sich der Sache nun annimmt.
In der Interpellationsanwort versucht sich der Regierungsrat in den einleitenden Bemerkungen auf fünf Seiten zu rechtfertigen. Dabei wirft er mehr neue Fragen auf als er klärt. Grundsätzlich begrüsst die FDP die Absicht der Regierung, vermehrt *eGoverment*-Dienstleistungen einzuführen. Dazu kann auch die elektronische Eingabe der Steuererklärung zählen. Wieso aber scannt der Kanton die Dossiers nicht *inhouse* ein wie andere Kantone? Warum hat er bei der Ausschreibung diese Möglichkeit explizit ausgeschlossen? Warum wurden andere Kantone, die ihre Steuerdossiers bereits *inhouse* einscannen, nicht angefragt bzw. bei der Ausschreibung nicht berücksichtigt? Warum wurde eine Zusammenarbeit mit der Zuger Ausgleichskasse, welche seit Jahren Dossiers *inhouse* einscannt, nicht geprüft? Warum missachtet der Regierungsrat die Bedenken des Datenschutzbeauftragten? Die Regierung schreibt in ihrer Antwort bezüglich Sicherheit: «Die faktische Durchsetzung der rechtlichen Verpflichtungen und Rahmenbedingungen wird regelmässig durch konkrete Weisungen, Vereinbarungen, Nachfragen, Bescheinigungen und Prüfungen sicherzustellen sein, auch durch Prüfungen vor Ort». Glaubt die Regierung wirklich, damit sicherzustellen, dass die Steuerdaten wirksam geschützt werden? Wird da nicht dem Datenschutzbeauftragten – er hat diese Lösung als die schlechteste klassiert – der Schwarze Peter untergeschoben? Tatsache ist, dass weder der bzw. die Datenschutzbeauftragte noch externe Fachleute in einem EDV-Unternehmen überprüfen könnten, ob alle Daten gespeichert werden und von wo überall auf diese zugegriffen werden kann. Es wird niemand garantieren können, dass die Daten nicht unrechtmässig weiterverwendet werden. Hier kann und darf der Kanton die Verant-

wortung nicht auslagern. Mit dem externen Scanning wird der Kreis der involvierten Personen vergrössert, und damit wächst auch die Gefahr des Missbrauchs.
Weltweit sind Staaten in finanzielle Schieflage geraten und versuchen mit allen Mitteln, an Liquidität und Steuerinformationen zu gelangen. Das zwischenstaatliche Klima ist zunehmend rauer geworden. Selbst Länder, die sich als demokratische Rechtsstaaten bezeichnen, schrecken nicht davor zurück, die Souveränität anderer Staaten zu verletzen. Dazu hören sie die Telefongespräche ausländischer Staatschefs ab, sogar wenn sie mit diesen militärisch verbündet sind. Sie bedienen sich auch der Hehlerei, um sich in anderen Ländern gestohlener Daten zu bemächtigen. Vor diesem Hintergrund ist es naiv zu glauben, ein Unternehmen, das Zugriff auf die Daten von Zuger Steuerpflichtigen hat, würde sich an Schweizer Verträge und Gesetze halten, wenn es von einem anderen Land unter Druck gesetzt wird, ebendiese Verträge und Gesetze zu verletzen. Dieser Druck kann erfolgen, weil ein Grossteil der Geschäfte im Druck ausübenden Staat getätigt wird oder weil das Unternehmen oder seine Muttergesellschaft im druckausübenden Staat domiziliert ist. Der Kanton Zug als international beliebter Standort für Konzerne und Branchencluster ist tendenziell anfällig für Finanz- und Wirtschaftsspionage, weil hier wertvolle Informationen sehr konzentriert vorhanden sind. Nebst dem Schutz der finanziellen Privatsphäre geht es auch um den Schutz von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen sowie weiteren existenziellen Geschäftsgeheimnissen, welche aus den vertraulichen Unterlagen hervor gehen können, die den Steuerbehörden eingereicht werden müssen. Werden diese Informationen nicht mehr bestmöglich geschützt, kann dies innovative Zuger Unternehmen und damit auch den ganzen Kanton Zug finanziell und imagemässig massiv schädigen. Steuerdaten sind weit sensibler als Abo-Rechnungen von Zeitungen, wie sie im vom Regierungsrat gewählten Unternehmen u. a. verarbeitet werden.
Es ist lobenswert, wenn die Regierung mit den Steuergeldern haushälterisch umgehen will. Es würde die FDP-Fraktion sehr interessieren, wieviel Geld mit dem externen Scanning in der Steuerverwaltung eingespart werden könnte. Die FDP hofft, dass die Regierung ihr diese Einsparungen konkret nachweisen kann. Im Interesse zahlreicher Steuerzahler möchte die FDP von der Regierung auch wissen, was der Steuerzahler unternehmen kann, um sicherzustellen, dass sein Dossier nicht an Dritte weitergegeben wird. Die FDP hofft, dass der Regierungsrat diese Fragen auch bei den zukünftigen Abklärungen berücksichtigen wird.

Alois Gössi hätte es begrüsst, wenn der Regierungsrat die Fraktionen vorgängig über seine Entscheide informiert hätte, auch nach den Fraktionssitzungen. Er hält fest, dass vor ein paar Jahren noch kein Hahn und auch keine FDP danach gekräht hätte, an welche Firma – und sei sie auch USA-beherrscht – die Zuger Steuerverwaltung einen Auftrag für das Scanning von Steuererklärungen vergibt. Erst mit der Information durch Edward Snowden vor etwas mehr als einem Jahr, was vor allem der NSA an Daten sammelt und in irgendeiner Art und Weise auch verwendet oder zumindest verwenden könnte, sind Bedenken zum Outsourcing des Scanning von Steuererklärungen aufgetaucht, dies insbesondere dann, wenn ein solcher Auftrag an eine Schweizer Firma vergeben wird, die von einer amerikanischen Mutterfirma beherrscht wird, auch wenn alle Anforderungen rechtlicher Natur bei der Auftragsausschreibung erfüllt werden. Die FDP befürchtet, dass eine solche aus den USA beherrschte Firma mehr oder weniger sanft gezwungen werden könnte, auf Druck der USA Schweizer Recht zu missachten und Auskunft darüber zu geben, was Zuger Steuerpflichtige – dies könnte allenfalls auch relevant sein für eine USA-Besteuerung – in ihrer Steuererklärung alles so angeben. Damit käme die amerikanische Steuerorganisation relativ einfach zu Daten. Aber dies ist gar nicht mehr

nötig: Mit dem «Foreign Account Tax Compliance Act» (FATCA) erreichen die USA, dass sämtliche im Ausland gehaltenen Konten von Personen, die in den USA steuerpflichtig sind, besteuert werden können. FATCA ist eine unilaterale US-Regelung, die weltweit für alle Länder gilt. FATCA verlangt von ausländischen Finanzinstituten,also zum Beispiel von den Schweizer Banken, das sie den US-Steuerbehörden Informationen über US-Konten weitergeben oder eine hohe Steuer erheben.
Der Votant teilt die Befürchtung bezüglich Weitergabe von Daten aufgrund von eingescannten Steuerdossiers eher nicht. Er befürwortet aber den Entschied des Regierungsrats, eine *Inhouse*-Lösung zu prüfen. Auch ein *Outsourcing* an einen anderen Schweizer Kanton käme in Frage. So scannt beispielsweise der Kanton Zürich die Steuerdossiers des Kantons Luzern. Das entspricht auch dem Vorschlag des Datenschutzbeauftragten.

Esther Haas: Die Stellungnahme des Finanzdirektors zum neuesten Stand dieses Geschäfts wirft bei der AGF die dringende Frage auf, ob die Firma RR Donnelley die erwähnte Sistierung einseitig aufheben kann. Die AGF möchte dazu vom Finanzdirektor präzisere Angaben erhalten. Sie möchte wie Alois Gössi auch wissen, was die Regierung über eine *Inhouse*-Lösung denkt. Es gibt ja bereits Kompetenzzentren der öffentlichen Hand, beispielsweise der Stadt Zürich, wo man auf das entsprechende *Knowhow* zurückgreifen könnte.
«Die Geister, die ich rief, wie werde ich sie wieder los?» In Abwandlung des berühmten Zitats aus Goethes «Zauberlehrling» dankt die AGF der FDP für die gute und nötige Interpellation. Die Geister: Das ist der Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat» und in dessen Folge das Bemühen, so viel wie möglich zu *outsourcen*. Das Einscannen von hochsensiblen Daten – wozu Steuererklärungen und alle dazu gehörenden Beilagen ohne jeden Zweifel gehören – an eine US-Firma zu vergeben, ist keine gute Idee. Es ist aber daran zu erinnern, dass noch vor nicht allzu langer Zeit das Zuger Steuerregister öffentlich war, wobei diese Öffentlichkeit – nebenbei bemerkt – durchaus auch gewisse gute Seiten hatte.
Nachdem dank Edward Snowden inzwischen dem Hintersten und Letzten klar sein muss, dass der Datenhunger der US-Regierung keine Grenzen kennt und dass die US-Firmen bei Bedarf unzimperlich in die Pflicht genommen werden, falls sie nicht sowieso in vorauseilendem Gehorsam zu Diensten stehen, wirkt die Erklärung in der regierungsrätlichen Antwort diesbezüglich sehr, sehr blauäugig: «Die berücksichtigte Anbieterin untersteht ausschliesslich schweizerischem Recht. Auf sie ist dementsprechend weder der für die Überwachung von Kommunikationsdaten durch die USA massgebliche Patriot Act noch der Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) anwendbar.» Dass RR Donnelley schweizerischem Recht untersteht, heisst gar nichts. Entscheidend ist, dass es die Tochterfirma einer US-Gesellschaft ist, und diese *muss* Daten herausrücken, welche die Regierung von ihr verlangt. Erst kürzlich gab es wieder ein Gerichtsurteil, wo Microsoft zur Herausgabe von Daten verurteilt wurde. Das Branchenportal «inside-IT» schrieb dazu: «Ein Gerichtsbeschluss gegen Microsoft zeigt: US-Behörden können weiterhin Daten europäischer Kunden von Cloud-Anbietern verlangen.» Und selbst wenn dem streng juristisch nicht so wäre: Glaubt der Regierungsrat im Ernst daran, dass es für die Mutterfirma, die ja – wie gesagt – dem US-Recht untersteht, nicht Mittel und Wege gibt, Zugriff auf die Datenbestände ihrer Tochterfirma zu nehmen? Und dass im Zeitalter des Breitband-Internets auch grosse Datenmengen in kurzer Zeit transferiert werden können, sollte dem Regierungsrat bekannt sein. So weckt denn auch die Liste in der regierungsrätlichen Antwort, wer alles bei RR Donnelley scannen lässt, mehr Sorge, als dass sie Anlass zur Beruhigung wäre. Und weshalb hat sich der Regierungsrat nicht an die Empfehlung des Datenschützers gehalten? Auf Seite 2 der

Interpellationsantwort heisst es: «Falls aus technischen, betrieblichen oder finanziellen Gründen ein Grundsatzentscheid für ein externes Scanning getroffen werde, so empfehle er, die submissionsrechtliche Zulässigkeit von Restriktionen wie etwa eine Auslagerung nur an ein Scan-Center einer anderen Verwaltungsbehörde (z.B. einer anderen Kantons- oder Gemeindeverwaltung) zu prüfen.» Das scheint der Regierungsrat nun aber prüfen zu wollen, und diesen Weg würde die AGF durchaus befürwortet.
Zusammenfassend muss man feststellen, dass die Zuger Regierung leider noch nicht in der Nach-Snowden-Ära angekommen ist. Die AGF unterstützt die diesbezügliche Motion von FDP und SVP und fordert den Regierungsrat auf, dieser dringend Folge zu leisten. Die ganzen Umtriebe, Verzögerungen und Kosten, welche dies mit sich bringt, schildert der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Frage 2.6 der Interpellation. Diese nicht unerheblichen Folgen hätte der Regierungsrat und hier wohl insbesondere der Finanzdirektor bei einer Erheblicherklärung der Motion durch diesen Rat voll und ganz selber zu verantworten.

Manuel Brandenberg hält fest, dass der vom SP-Sprecher erwähnte Staatsvertrag FATCA tatsächlich die Schweiz zu erklären verpflichtet, dass auf ihrem Territorium amerikanisches Recht gilt. Gegen diesen Staatsvertrag wollte die SVP-Fraktion ein Kantonsreferendum ergreifen und im Kanton Zug eine der dafür nötigen acht Standesstimmen abholen – und die SP hat ihr dabei nicht geholfen. Man könnte durchaus versuchen, etwas gegen alle diese Zumutungen, die aus dem Ausland kommen, zu tun, und nicht nur immer darauf verweisen, was vermeintlich realistisch bzw. unrealistisch sei. Realitäten werden ja immer von Menschen gemacht. Man kann sich gegen sie wehren und allenfalls immer noch nachgeben, wenn es dann wirklich wehtut. Man sollte aber nicht schon aus der Angst heraus, dass es vielleicht mal wehtun könnte, nachgeben.
Der Votant dankt Finanzdirektor Peter Hegglin für den Hinweis, dass die Vereinbarung mit der betreffenden Firma ausgesetzt wurde. Das ist eine adäquate Reaktion auf die Fragen in der Interpellation der FDP-Fraktion wie auch auf die noch hängige Motion der FDP- und SVP-Fraktion. Grundsätzlich stellt sich aber die Frage, ob es dieses Scanning überhaupt braucht. Kann man nicht gleich weiterfahren wie bisher? Sollte man nicht wieder mehr physisch arbeiten? Man soll jetzt bitte nicht mit dem unsäglichen Spruch kommen, man könne das Rad der Zeit nicht zurückdrehen. Der Votant hat schon viele Räder gesehen, und *alle* hat man zurückdrehen können – wenn nötig sogar sehr rasch. Wenn man nicht scannt, sondern physisch arbeitet, muss jemand, der Daten will, physisch kommen bzw. anwesend sein. Wenn man aber elektronisch arbeitet, kann man von überall auf der Welt her das System knacken und die Daten einsehen. Diesem Gedanken sollte man sich nicht verschliessen.

Martin Stuber weist darauf hin, dass auf nationaler Ebene die Grünen gegen FATCA waren. Die grüne Politik ist also konsequent.
Bezüglich Scanning: Man sollte das Rad der Zeit da, wo es sinnvoll ist, genügend schnell *vorwärtsdrehen.* Scanning kann ja nur eine Übergangslösung sein. Die Lösung besteht darin, dass man die Steuerunterlagen direkt elektronisch einreicht, was im Kanton Zug – via eTax – inzwischen rund 70 Prozent der Steuerpflichtigen tun. Zwar funktioniert die elektronische Unterschrift noch nicht, aber das Verwaltungsrechtspflegegesetz wird nun entsprechend angepasst. Die dazu nötige Infrastruktur funktioniert inzwischen, so dass die Anpassung hoffentlich schnell kommen kann. Auf diesen Hintergrund kann man sich allenfalls fragen, ob es die Über-

gangslösung überhaupt noch braucht. Zurück zum Händischen mit *Hardcopies* und grossen Papierbergen möchte der Votant aber nicht.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass die Antwort des Regierungsrats umfassend ist und keine Ausflüchte oder Ausreden enthält. Dass das Vorgehen und die Ausschreibung formell richtig waren, wurde vom Verwaltungsgericht bestätigt. Die Frage, ob überhaupt eine Ausschreibung vorgenommen werden soll, würde man heute wohl anders beurteilen als vor zwei Jahren. Man kam damals aufgrund von Kosten-Nutzen-Überlegungen zum Schluss, dass es bei den rund 100'000 Steuererklärungen, die der Kanton Zug jährlich einzuscannen hat, kostengünstiger und damit im Sinn des Finanzhaushaltgesetzes ist, diese Dienstleistung auszuschreiben. Bei der Vorbereitung der Ausschreibung ging man sehr vorsichtig vor, und der Datenschutzbeauftragte war – wie im Bericht ausgeführt ist – immer involviert. Es ist richtig, dass der Datenschutzbeauftragte eine *Inhouse*-Lösung bevorzugt hätte; er stimmte dem schliesslich gewählten Vorgehen mit den vielen Auflagen aber zu. Viele namhafte Firmen und auch die eidgenössische Steuerverwaltung lassen extern einscannen, dies ebenfalls mit entsprechenden Datenschutzauflagen. Man konnte also davon ausgehen, dass unter entsprechenden Vorgaben eine externe Lösung auch für den Kanton Zug vertretbar wäre. Eine absolute Garantie hat man auch mit einer *Inhouse*-Lösung nicht; der bekannteste Datenklau in der Schweiz geschah bekanntlich in einer Schweizer Bank durch einen Schweizer Sicherheitsmitarbeiter. Die Anforderungen waren so hoch gestellt, dass von 25 sich interessierenden Firmen nur gerade vier eine Offerte einreichten, wobei eine Firma ihre Offerte wieder zurückzog. Leider beteiligte sich der Kanton Zürich nicht am Offertverfahren; eine Direktvergabe an Zürich ist vom Submissions- und Staatsvertragsrecht her nicht möglich.
Der Vertrag wurde in gegenseitigem Einvernehmen bis auf Widerruf einer Partei sistiert. Die gewählte Firma ist eine Schweizer GmbH, die – wie richtig gesagt wurde – zu einem US-Konzern gehört. Was aber ist mit unseren grossen Schweizer Banken? Auch sie sind zum Teil ja mehrheitlich in ausländischem Besitz. Es muss aber wiederholt werden, dass bisher keine Daten herausgegeben wurden und dass die Finanzdirektion eine *Inhouse*-Lösung nochmals vertieft prüft.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 9

1099 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung von zwei Turnhallen und eines Schulraumprovisoriums für die Kantonsschule Zug (KSZ)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2335.1/.2 - 14540/41), der Kommission für Hochbauten (2335.3 - 14656) und der Staatswirtschaftskommission (2335.4 - 14669).

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass im Vorfeld dieser Vorlage insbesondere über die Frage diskutiert wurde, ob zwei Turnhallen oder eine Dreifachturnhalle richtig sei. Die Diskussion darüber wurde bereits in der Hochbaukommission angestossen. Der Regierungsrat hat am vergangenen Dienstag ebenfalls darüber diskutiert und macht folgenden Vorschlag zum Vorgehen:
• Der Regierungsrat schlägt dem Kantonsrat vor, auf das Geschäft als Ganzes einzutreten, dieses danach aber zu splitten, also die Frage des Schulraumprovisoriums

separat zu diskutieren und darüber auch separat zu beschliessen. Der Regierungsrat geht nämlich davon aus, dass diese Frage weniger zu diskutieren gibt. Zudem ist die Kantonsschule dringend darauf angewiesen, dass mit dem Bau des Provisoriums vorwärts gemacht wird, damit diese auf den Schulbeginn 2016 bereit sind.
• Bei den Turnhallen schlägt der Regierungsrat vor, zwei Turnhallen der Variante Dreifachturnhalle gegenüberzustellen, wobei es für Letztere die Varianten mit oder ohne Beteiligung der Stadt Zug gibt. Bezüglich Vorgehen soll hier von unten nach oben bereinigt, zuerst also die Frage «Dreifachturnhalle mit oder ohne Beteiligung der Stadt» geklärt werden. In Absprache mit der Stadt kann der Baudirektor mitteilen, dass mit der Stadt bereits verhandelt wird und diese die Bereitschaft für eine Beteiligung in Aussicht gestellt hat. Wenn nun die Variante «Dreifachturnhalle mit Beteiligung der Stadt» obsiegen würde, müsste man – so schlägt der Regierungsrat vor – die Debatte unterbrechen, die Regierung die weiteren Bedingungen mit der Stadt aushandeln lassen und dann die Debatte auf der Basis eines entsprechenden Antrags in einer zweiten ersten Lesung fortführen. Wenn mit der Stadt keine Einigung erzielt werden könnte, wäre die Variante Dreifachturnhalle – jetzt ohne Beteiligung der Stadt – in der zweiten ersten Lesung natürlich auch wieder ein Thema.
Der Baudirektor bittet, diesen Vorgehensvorschlag der Regierung zu unterstützen.

EINTRETENSDEBATTE

Eusebius Spescha, Präsident der Hochbaukommission, geht davon aus, dass die Ratsmitglieder den achteinhalbseitigen Bericht der Hochbaukommission gelesen haben und er sich auf eine kurze Zusammenfassung beschränken kann. Die heutige Vorlage hat eine spezielle Vorgeschichte. Vor zwei Jahren hat der Kantonsrat die Vorbereitungen für den Ausbau der Mittelschulstandorte unterbrochen und der Regierung den Auftrag gegeben, die Standorte unter Einbezug eines Standorts in Cham zu überprüfen. Am 31. Oktober 2013 nahm der Rat das Ergebnis zur Kenntnis genommen und legte im Richtplan eine neue Verteilung der Mittelschulstandorte fest. Heute geht es nun darum, für zwei Standorte die Kredite zur Umsetzung dieser Entscheidungen zu genehmigen. Bei der Kantonsschule am Lüssiweg in Zug beantragt die Regierung, mit einem Provisorium die Zeit bis zur Inbetriebnahme der neuen Mittelschulanlage in Cham zu überbrücken und mit dem Bau von zwei Turnhallen dem Bedarf der Schule gerecht zu werden. Die Hochbaukommission konnte bei ihrer Arbeit auf Vorarbeiten bei der Behandlung der Kreditvorlage aus dem Jahre 2011, aber auch auf gemeinsame Abklärungen mit der Bildungskommission zum Raumprogramm zurückgreifen. Das Resultat ist sehr klar:
• Die Notwendigkeit eines Schulraumprovisoriums ist klar gegeben.
• Die Notwendigkeit von zwei Turnhallen für den Betrieb der Kantonsschule Zug ist ebenfalls klar ausgewiesen.
• Die Kosten sind gemäss Benchmark durchschnittlich und damit vertretbar.
• Beide Bauvorhaben sollen möglichst rasch realisiert werden.
Aus Sicht der Hochbaukommission ist es richtig, für das Provisorium einen guten *Standard* anzustreben, schliesslich wird das Provisorium einige Zeit im Einsatz sein. Zudem findet die Kommission es wichtig, die Planung der Sanierung der bestehenden Anlage darauf auszurichten, dass diese unmittelbar nach Freiwerden des Provisoriums durchgeführt werden kann – wobei es selbstverständlich Sache des dannzumaligen Kantonsrats sein wird, die dafür notwendigen Baukredite zu bewilligen. Es wäre aber doch etwas seltsam, das Provisorium abzubauen und zwei oder drei Jahre später ein neues Provisorium aufzubauen.

Zu den Kürzungsanträgen der Stawiko kann der Votant keine Stellungnahme der Kommission abgeben. Er bedauert es sehr, dass die Kommission von diesen Vorschlägen nicht in Kenntnis gesetzt wurde. Persönlich wird er die Anträge unterstützen: Wenn die Regierung der Meinung ist, dass sie mit weniger Geld auskommt, sollte der Kantonsrat dies nicht verhindern. Allerdings möchte der Votant nicht verhehlen, dass er dabei nicht nur ein gutes Gefühl hat. Gerade die Kürzungen bei Unvorhergesehenem sollten gezielt und objektbezogen vorgenommen werden. Hier hat man es mit einer Machbarkeitsstudie mit einem Genauigkeitsgrad von plus/minus 15 Prozent zu tun.
Eigentlich wäre damit alles klar. Trotzdem dürften einige Ratsmitglieder beim Lesen des Kommissionsberichts die Stirne gerunzelt haben. Die Kommission beantragt nämlich über den Antrag des Regierungsrats hinaus, anstelle der zwei Turnhallen eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle zu erstellen. Die Geschichte dazu ist einfach: In der Abklärungen der Kommission hat sich gezeigt, dass im Raum Zug eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle fehlt. Dies behaupten nicht nur die interessierten Sportvereine, sondern bestätigen auch die Fachleute aus den Verwaltungen. Die Notwendigkeit einer solchen Halle ist auch in der Öffentlichkeit von keiner Seite angezweifelt worden. Klar ist auch, dass an diesem Standort eine solche Halle mit vernünftigem Aufwand gebaut werden kann. Der Mehraufwand gegenüber dem Bedarf der Schule beträgt 8,2 Millionen Franken – ein durchaus respektabler Betrag. Die Stawiko lehnt diesen Antrag ab. So weit sie dies aus finanzpolitischen Überlegungen tut, ist dies gut nachvollziehbar. Unakzeptabel ist aber die Aussage, für Sportanlagen und für das Vereinsleben seien einzig und allein die Gemeinden zuständig. Das stimmt so nicht. Auch der Kanton ist in der Förderung des Sports, des Vereinslebens und des kulturellen Lebens gefragt, und er tut dies ja auch seit Jahrzehnten mit bedeutenden Mitteln. Und man darf nicht vergessen, dass die Mehrheit der Sportvereine, welche diese Halle nutzen werden, regionale Sportvereine sind. Die Sportlerinnen und Sportler kommen aus allen Gemeinden des Kantons Zug. Die Stadt erfüllt hier eine klassische Zentrumsaufgabe.
Wenn man diese Dreifachturnhalle nicht baut, geht die Welt nicht unter. Aber man verpasst eine einmalige Chance. So schnell wird es in der Region Zug keine neue Möglichkeit dazu geben. Von daher ist für den Votanten und für die Mehrheit der Hochbaukommission die Situation fast zwingend. Ob diese 8 Millionen Franken auch finanzpolitisch vertretbar sind, darüber kann man aber zu Recht unterschiedlicher Meinung sein. Deshalb sollte man die Diskussion auf die Frage konzentrieren: Will und kann sich der Kantons Zug den Mehraufwand für eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle leisten, ja oder nein? Alle anderen Fragen sind unwichtige Nebengeleise.
Im Namen der Hochbaukommission beantragt der Votant, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der Kommission zuzustimmen.

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission: Wie man den Berichten des Regierungsrats und der Hochbaukommission entnehmen kann, ist der Bedarf für die neuen Schulräume und die Turnhallen ausgewiesen. Die Realisierung drängt, lag doch eine entsprechende Vorlage bereits 2011 vor, die dann aufgrund der Standortplanung für die Mittelschulen sistiert wurde. Die Beratung in der Stawiko fokussierte sich aufgrund dieser Ausgangslage auf zwei wesentliche Punkte: die Kosten und die von der Hochbaukommission ins Spiel gebrachte Dreifachturnhalle.
• Zur Kostenfrage: Aufgrund der Fragen der Stawiko zu den Detailkostenangaben auf Seite 15 des regierungsrätlichen Berichts führte der Baudirektor aus, dass Einsparungen möglich sind, weil der Kreditantrag auf Richtofferten beruht und die Erfahrung zeigt, dass die Beträge der definitiven Arbeitsvergebungen praktisch immer

unter den Richtofferten liegen. Im Weiteren ist es zu verantworten, die Position für Unvorhergesehenes von 10 auf 5 Prozent zu reduzieren, wobei der Stawiko natürlich bewusst ist, dass dadurch noch keine konkreten Einsparungen realisiert werden. Immerhin führt aber die Reduktion des Gesamtkredits zu einem allgemeinen Kostendruck, wird sich doch die Baudirektion davor hüten, für ein solches Projekt einen Nachtragskredit beantragen zu müssen. Eine näher bei der Realität liegende Kreditsumme hat zudem positive und gewünschte Auswirkungen auf die Finanzplanung der kommenden Jahre. Die Stawiko hat deshalb den vom Baudirektor zugespielten Ball gerne aufgenommen und beantragt, den Gesamtkredit um 1,68 Millionen Franken auf neu 19,62 Millionen Franken zu reduzieren, 9,798 Millionen Franken für die Schulräume und 9,822 Millionen Franken für die Turnhallen. Die Details zur Reduktion kann man der Tabelle auf Seite 4 des Stawiko-Berichts entnehmen.
• Zur Dreifachturnhalle: In der Sitzung der Stawiko haben der Bau- und der Finanzdirektor ausdrücklich bestätigt, dass die Bedürfnisse der Schule mit den zwei Einfachturnhallen vollständig abgedeckt sind und das Raumprogramm auch von der Schulleitung mitgetragen wird. Nun machen diverse Vereine Druck, dass doch gleich eine Dreifachturnhalle gebaut werden soll, was – wie gehört – Mehrkosten von 8,2 Millionen Franken bedeutet. Die Stawiko hat zwar für dieses Anliegen ein gewisses Verständnis, nur ist hier der Kanton der falsche Ansprechpartner. Für solche Infrastrukturen der Vereine sind gemäss den gesetzlichen Grundlagen die Gemeinden zuständig. Die Vereine sind folglich gehalten, beim Stadtrat oder allenfalls bei den Gemeinderäten vorstellig zu werden. Diese wiederum hätten dann den Kanton kontaktieren und nach einer möglichen Lösung suchen können – selbstverständlich unter Übernahme der Mehrkosten durch die Gemeinden. Nicht zu vergessen ist bei einer solchen Lösung auch der Schlüssel für die Aufteilung der künftigen Betriebs- und Unterhaltskosten. Wenn der Kanton Infrastrukturaufgaben der Gemeinden übernehmen würde schafft er damit ein Präjudiz. Wenn der Kantonsrat eine solche Lösung unterstützt, müssen beispielsweise die Gemeindepräsidenten von Ober- und Unterägeri schon morgen ein Gesuch um eine Kostenbeteiligung an das geplante Schwimmbad im Ägerital auf den Weg bringen. Im Rahmen der ZFA wurden vor einigen Jahren Subventionen des Kantons an die Gemeinden für Schulbauten abgeschafft. Diese sollen nun aber ganz bestimmt nicht wieder über die Hintertüre eingeführt werden.
Die Stawiko beantragt daher, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit der reduzierten Kreditsumme von 9,798 Millionen Franken für die Schulräume und 9,822 Millionen Franken für die Turnhallen zuzustimmen. Um bezüglich der Turnhallen dem Baudirektor eine starke Basis für die Verhandlungen mit der Stadt und eventuell anderen Gemeinden zu schaffen, bittet der Votant, den Antrag der Stawiko zu unterstützen. Damit wird das richtige Signal gegenüber der Stadt gesetzt.

Frowin Betschart: Für die CVP war, ist und bleibt die Bildung junger Menschen im Kanton Zug ein grosses Anliegen. Sie tritt einstimmig auf die Vorlage ein und unterstützt den Bau eines Provisoriums mit achtzehn Schulzimmern. Einen Rückweisungsantrag in Bezug auf eine Überprüfung des Baus einer Zweifach- oder aber einer Dreifachturnhalle, stellt sie in der Detailberatung. Die CVP-Fraktion ist mehrheitlich der Ansicht, dass es sinnvoll und richtig ist, anstelle von zwei Einzelturnhallen eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle zu erstellen. Sport zu treiben ist nicht nur ein Anliegen der Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule; auch unzählige Sportvereine würden von einer neuen Dreifachturnhalle profitieren. Die Finanzierung dieser Halle soll aber nochmals betrachtet werden. Im Weiteren folgt die CVP-Fraktion dem Kürzungsantrag der Stawiko.

Daniel Abt: Der Bedarf für das Schulraumprovisorium und die zwei Einzelturnhallen ist für die FDP Fraktion klar ausgewiesen. Folglich wird sie einstimmig auf die Vorlage eintreten. Bei der Fragestellung, ob zwei Einzelhallen oder für zusätzliche 8,2 Millionen Franken eine Dreifachturnhalle realisiert werden soll, scheiden sich in der FDP die Geister. Eine Minderheit wäre bereit, die Mehrkosten auf sich zu nehmen und dem Bedürfnis der Sportvereine nachzukommen. Die Mehrheit jedoch folgt dem Grundsatz, Wünschbares vom Nötigen zu trennen, und wird die Variante mit zwei einzelnen Turnhallen unterstützen.
Mit dem vom Baudirektor vorgeschlagenen Vorgehen ist die FDP-Fraktion einverstanden. Sie wird auch den Kürzungsanträgen der Stawiko zustimmen. Allerdings gilt es dazu festzuhalten, dass eine Reduktion der Reserven keine Kosteneinsparung ist. Vielmehr wird dadurch lediglich das Risiko erhöht, dass die Baukosten nicht eingehalten werden. Die FDP und insbesondere der Votant als Mitglied der Hochbaukommission sind etwas befremdet über den Umgang mit prognostizierten Baukosten. Wie kommen diese normalerweise zustande? Das Bauvorhaben wird gemäss Bedürfnisnachweis entworfen und entwickelt. Dann werden von professionellen Kostenplanern die zu erwartenden Baukosten ermittelt. Anschliessend werden diese – wie mehrfach erfahren – bereits in der Hochbauabteilung kritisch hinterfragt und soweit möglich reduziert. Erst dann kommt die Vorlage in die Hochbaukommission, welche sie nochmals durchleuchtet, analysiert und Kosteneinsparungen aufzeigt. Die von der Hochbaukommission beantragten Einsparungen basieren dabei beinahe immer auf konkreten Projektanpassungen, zum Beispiel Optimierung des Raumprogramms, Reduktion eines Lifts, Anpassung des Bausystems, Vereinfachung der Bekleidungen etc. Wenn dann im Stawiko-Bericht einleitend zu lesen ist: «Der Baudirektor hat bereits bei der Eintretensdebatte auf mögliche Kostenreduktionen hingewiesen», fragt man sich, was zwischen dem Abschluss der Arbeit der Hochbaukommission und der Beratung in der Stawiko passiert ist. War da immer noch so viel Fleisch am Knochen? Wenn dieses Szenario zur Gewohnheit wird – und das scheint der Fall zu sein –, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis alle Vorlagen generell um 10 Prozent höher angesetzt werden, um anschliessend den effektiven Kredit gesprochen zu bekommen und die Kantonsräte im Glauben zu lassen, sie hätten etwas eingespart. Diese Verhandlungsstrategie erinnert die Ratsmitglieder möglichweise an ihren letzten Urlaub. Wir sind hier aber nicht in Kairo auf dem Bazar, sondern im Zuger Kantonsrat. Daran sollte man denken.

Moritz Schmid: Nach einem längeren Unterbruch von ungefähr zwei Jahren wegen der neuen Schulraumplanung nahm die Hochbaukommission am 21. März 2014 ihre Arbeit wieder auf. Die Kommission hat sich bereits an ihrer Sitzung vom 27. Februar 2012 intensiv mit dem Bedarf auseinandergesetzt. Aus Sicht der Kommission ist der zusätzliche Schulraumbedarf auch bei der neuen Ausgangslage klar ausgewiesen. Das geplante Schulraumprovisorium wird dringend gebraucht. Die aktuelle Situation mit externen Zumietungen ist betrieblich völlig unbefriedigend. Die Kommission sieht auch das Bedürfnis nach zwei zusätzlichen Turnhallen als ausgewiesen an. Bereits in Zusammenhang mit der ursprünglichen Vorlage diskutierte sie ausführlich über eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle, wobei sich die Stadtgemeinde Zug an den Kosten beteiligt hätte. Die Mehrheit der Kommission ist klar der Meinung, dass sich die Ausgangslage bezüglich Sportanlagen nicht geändert hat und somit der Bedarf nach einer wettkampftauglichen Dreifachturnhalle mit Zuschauerbereich nach wie vor gegeben ist. Die Mehrkosten für eine solche Dreifachturnhalle gegenüber dem Antrag des Regierungsrats betragen 8,2 Millionen Franken. Das ist ein stolzer Betrag. Auch wenn für den Bedarf der Schule zwei Turnhallen genügen würden, ist es langfristig sicher richtig, an diesem Standort

eine solche Dreifachturnhalle zu verwirklichen und damit den ausgewiesenen Bedürfnissen des privaten Sportbetriebs Rechnung zu tragen. Die Turnhallen würden im Gegensatz zum Schulraumprovisorium definitiv bestehen bleiben.
Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und unterstützt die Anträge der Stawiko auf eine Kürzung um 700'000 Franken und eine Reduktion des Postens für Unvorhergesehenes von 10 auf 5 Prozent. Eine knappe Minderheit der Fraktion unterstützt die Idee der Hochbaukommission, eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle zu erstellen. Erfreulich wäre es, wenn die Stadt Zug die Mehrkosten, die durch den Bau eines Zuschauerbereichs entstehen, zur Hälfte tragen könnte. Das dürfte nach dem sonntäglichen Entscheid zur Sporthalle in Oberwil kein Problem sein. Die SVP-Fraktion begrüsst das Splitting der Vorlage und den Vorschlag, die Frage der Turnhallen zurückzustellen und später wieder aufzunehmen.

Beat Iten: Die SP-Fraktion spricht sich grundsätzlich für das Schulraumprovisorium und für den Antrag der Kommission für Hochbauten für den Bau einer Dreifachhalle aus. Sie folgt also der Argumentation der Hochbaukommission, obwohl die Argumente der Stawiko durchaus auch nachvollziehbar sind. Die zusätzlichen Kosten und die damit verbundenen Abschreibungen haben auch in der SP zu Diskussionen geführt. Im April hat der Kantonsrat intensive Diskussionen über die geplanten Projekte und deren Finanzierung geführt. Die SP fragt sich, ob der Hebel nicht auch an einem anderen Ort angesetzt werden könnte. Sie stellt fest, dass alle Projekte im Kanton Zug sehr hohe Kosten verursachen, Widerstand dagegen gibt es kaum. Die Kosten werden akzeptiert, zumal sie auch immer auch sehr gut begründet werden können. Aber sind diese Begründungen tatsächlich immer so einleuchtend, oder müsste man die Kosten und den angestrebten Standard auch ab und zu in Frage stellen? Gemäss der Vorlage des Regierungsrats kosten zwei Turnhallen 10,5 Millionen Franken, eine Dreifachturnhalle würde 18,7 Millionen Franken kosten. Die Kosten liegen unter den von der Regierung herangezogenen Vergleichsobjekten. Es ist grundsätzlich immer möglich, Vergleichsobjekte heranzuziehen, die den Preis rechtfertigen. Zweifellos gäbe es aber auch Objekte, die deutlich besser abschneiden würden. So baute der Kanton Luzern im Berufsbildungszentrum in Sursee eine Dreifachhalle für 7,9 Millionen Franken. Selbst im Gutachten des Bundesamts für Logistik über dieses Projekt wird allerdings darauf hinwiesen, dass das Projekt sehr kostengünstig realisiert wurde. Natürlich ist dieses Projekt nicht mit dem vorliegenden Projekt vergleichbar. Bei 7,9 Millionen Franken hat es jedoch einen sehr grossen Spielraum nach oben, um allfälligen Mängeln oder speziellen Wünschen und Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Unterägeri hat vor zehn Jahren ein Oberstufenschulhaus mit Dreifachturnhalle erstellt, wobei die Dreifachhalle 9 Millionen Franken kostete, dies mit Zuschauertribüne, ebenfalls zur Hälfte im Boden versenkt und in einem Gebiet mit denkbar schlechtem Untergrund. Auch im Kanton Zug sind also kostengünstigere Lösungen möglich. Unterägeri ist gerne bereit, die Pläne seiner Halle dem Kanton zur Verfügung zu stellen.
Es ist immer schwierig, Projekte miteinander zu vergleichen; das wird sicher auch der Baudirektor ausführen. Für die SP-Fraktion lohnt es sich jedoch, die Kosten nochmals genau anzuschauen. Sie lädt den Regierungsrat ein, auf die vom Baudirektor vorgeschlagene zweite erste Lesung hin die Kosten nochmals genau zu prüfen. Die SP ist sicher, dass auch im Kanton Zug kostengünstigere Dreifachhallen möglich sind.

Martin Stuber: Die AGF ist für Eintreten und ist einverstanden mit dem Vorschlag, die Vorlage zu splitten. Sie ist allerdings etwas erstaunt darüber, dass in der Vorlage der Baudirektion offenbar von vorne herein Luft eingebaut war. Die AGF unter-

stützt die von der Stawiko beantragte Reduktion des Kredits, dies verbunden mit der Aufforderung, dem Kantonsrat in Zukunft Vorlagen ohne unnötig grosse finanzielle Knautschzonen zu präsentieren.
Zu den Turnhallen: Aus Sicht der AGF legt die Stawiko den ZFA zu eng aus. Die strikte Trennung von Kanton und Gemeinden bei den entsprechenden Infrastrukturen wird immer schwieriger. Wie soll man mit Vereinen umgehen, die übergemeindlich agieren? Oder was ist mit Veranstaltungen mit übergemeindlicher Ausstrahlung? Müssen die Gemeinden einen Sportverbund bilden, um Sportinfrastrukturen erstellen zu können, die breiter genutzt werden und die der Kanton nicht zu zahlen bereit ist? Das ist kaum eine sinnvolle Lösung. Wenn eine Gemeinde eine Sportinfrastruktur betreibt und finanziert, welche über diese Gemeinde hinaus genutzt wird, müsste man das als Zentrumslast anrechnen. Das ist im ZFA aber nicht der Fall. Wenn der Kanton also eine Infrastruktur baut, die teilweise auch von den Gemeinden genutzt wird, wie soll man dann die Investitionskosten aufschlüsseln? Mag sein, dass der Kantonsrat in dieser schwierigen Frage im konkret vorliegenden Projekt einen gangbaren Weg findet.
Wenn es an der Kantonsschule eine Dreifachturnhalle geben sollte, wird diese hauptsächlich von der Kantonsschule genutzt – wobei darauf hinzuweisen ist, dass sich die Fachschaft Sport von Beginn weg konsequent für eine Dreifachhalle eingesetzt hat. Die Diskussion dreht sich deshalb nicht um die Frage, ob man zwei Turnhallen für die Kantonsschule oder eine Dreifachturnhalle für die Vereine baut. Man baut vielmehr eine Dreifachturnhalle für die Kantonsschule, die auch von Sportvereinen etc. genutzt werden kann. Es gab dasselbe Problem schon bei der Bossard-Arena, und damals hat sich der Kanton furchtbar kleinlich verhalten. Die Stadt Zug zahlt sich dumm und dämlich mit dem ZFA; auch nach der kommenden Korrektur wird ihr Beitrag weiterhin sehr hoch sein. Sie wird über den ZFA auch einen namhaften Beitrag an das Schwimmbad Ägerital bezahlen; ob sich das Ägerital dieses Bad ohne den Beitrag der Stadt Zug leisten würde, ist unklar. Dass die Stadt Zug nun auch die Sportinfrastruktur für kantonsweite Sportbetätigung, Wettkämpfe und Veranstaltungen bezahlen soll, nur weil die entsprechenden Anlagen auf ihrem Gemeindegebiet steht, kann auf diesem Hintergrund nicht die Lösung sein. Die Stadt hat im Übrigen vom Kanton auch keinen Beitrag an die Rebells-Halle verlangt, obwohl die Rebells-Spieler und die Zuschauerinnen und Zuschauer nicht nur aus der Stadt Zug kommen und der erneute Schweizermeister-Titel weit über die Stadt hinaus strahlt.
Wie gesagt, hat sich die Fachschaft Sport an der Kantonsschule für eine Dreifachturnhalle ausgesprochen. Wichtig ist dabei der Hinweis, dass die bestehenden Turnhallen der Kantonsschule nicht wettkampftauglich sind; man hat damals am falschen Ort gespart. Auch die Sportvereine – nicht nur die städtischen – wollen eine Dreifachturnhalle. Schliesslich gibt es noch Veranstaltungen ausserhalb des Sports, die ebenfalls auf eine entsprechende Halle angewiesen sind: Schlagerfestivals, Tanzmeisterschaften, EVZ-Night, Fit-for-Future-Camps, Midnight-Activities etc. Der Standort für eine solche Halle bei der Kantonsschule wäre gut, besteht heute doch eine starke Konzentration solcher Anlagen in Zug-West. Und eine solche Halle gehört zu jener Infrastruktur, die den Kanton Zug attraktiv macht. Jeder Kantonsrat hat geschworen, «die Wohlfahrt des Kantons zu fördern». Deshalb sollte sich der Kanton diese 8 Millionen Franken leisten.

Silvan Hotz möchte zuerst seinen Unmut ausdrücken und hofft, dass das heute bereits zwei Mal erlebte Unding einer Erklärung der Regierung vor der Beratung eines Geschäfts nicht zur Regel wird. Wenn eine Vorlage denn schon unvollständig ist, wäre es gut und opportun, die Mitglieder des Kantonsrats per E-Mail zu infor-

mieren, dass und in welcher Form der Regierungsrat eine Erklärung abgeben wird. Das würde bei der Sitzungsvorbereitung helfen und das Schreiben unnötiger Voten ersparen.
Der Votant teilt die Meinung des Baudirektors, dass die Vorlage gesplittet werden sollte. Das Schulraumprovisorium ist – wie aus den vorangehenden Voten hervorgeht – unbestritten und kann Ende Juni Ende Juni in zweiter Lesung verabschiedet werden. Die Argumente bezüglich der Turnhallen kann man in den Berichten der Hochbaukommission bzw. der Stawiko nachlesen. Der Votant beantragt aber, diese Frage zurückzuweisen. Seiner Meinung nach kann der Kantonsrat heute keine erste erste Lesung vornehmen, fehlen doch die Entscheidungsgrundlagen. Einfach 8 oder 9 Millionen Franken zu sprechen, ohne eine genaue Vorlage zu haben, ist unseriös. Vielleicht kann der Baudirektor die Vorteile seiner Lösung gegenüber einer Rückweisung mit dem Auftrag für eine neue, korrekte Vorlage noch erläutern; der Votant sieht diesen Vorteil nicht. Er stellt daher den folgenden **Antrag:** «Die Vorlage betreffend Turnhallen soll an den Regierungsrat zurückgewiesen werden, damit dieser zusammen mit der Stadt über eine angemessene Kostenbeteiligung verhandelt. Die Regierungsrat soll dann ein Projekt für eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle vorlegen, bei dem die Stadt sich angemessen an den Kosten beteiligt.» Wenn es wirklich ein Vereinsbedürfnis gibt, dann sollen und müssen die Gemeinden Stellung nehmen – und sich auch an den Kosten beteiligen. Erst aufgrund dieser neuen, auch in den Kommissionen beratenen Vorlage kann man dann die – einzige – erste Lesung durchführen.
Für den Fall, dass der Rückweisungsantrag nicht angenommen wird, stellt der Votant den **Eventualantrag,** dass die zweite Lesung der Turnhallenvorlage erst vorgenommen werden soll, nachdem der Regierungsrat über eine angemessene Kostenbeteiligung der Stadt in einem Zusatzbericht informiert hat.

Ivo Hunn: In der Kantonsschule Zug herrscht Raumnotstand. Bis das KGM ausgebaut und die Schule in Cham erstellt ist, dauert es noch ein paar Jahre. Mit einem Schulraumprovisorium mit achtzehn Unterrichtsräumen wird der Not Abhilfe getan. Im dritten Quartal 2015 kann die Schulanlage nach heutiger Planung in Betrieb genommen werden. Der Standort liegt auf dem Campus der Kantonschule und ist für die Schüler und Schülerinnen gut erreichbar. Einziges Opfer sind zirka 25 Parkplätze, die dem Bau weichen müssen, was aus der Sicht der Schule tragbar ist. Die Grünliberalen unterstützen die Errichtung eines Schulraumprovisoriums inkl. die beiden Anträge der Stawiko.
Zusätzlich werden zwei Turnhallen benötigt. Der Vorschlag der Regierung ist aus Sicht der Kantonsschule nachvollziehbar und richtig. Aus Sicht der Sportvereine und der Sportbegeisterten im Kanton Zug ist der Vorschlag falsch. Die Grünliberalen sind der Ansicht, dass diese Chance genutzt und eine *Win-win*-Situation geschaffen werden soll. Die Kantonsschule erhält dadurch eine Halle mehr resp. kann die Hallengrösse je nach Bedarf anpassen, und die Sportvereine haben eine zwingend benötigte wettkampftaugliche Dreifachturnhalle. Die GLP möchte an dieser Stelle das Anliegen anbringen, dass die Halle feuerpolizeilich für 300 Gäste plus Mannschaften und Funktionäre geplant und realisiert wird und es nicht eine zweite GIBZ-Halle gibt.
Die Grünliberalen unterstützen den Antrag der Hochbaukommission, eine halbunterirdische, wettkampftaugliche Dreifachturnhalle mit einem Hartplatz auf dem Dach zu realisieren. Was man aus dem Bericht der Hochbaukommission nicht erfährt, ist, wie die Parkplatzsituation gelöst wird. Wo sollen möglich 300 Besucher und Besucherinnen plus Mannschaften und Funktionäre an einem Wettkampftag parkieren? Was wurde angedacht?

Der Votant dankt dem Regierungsrat für die Vorlage und möchte abschliessend noch einen *Input* anbringen. Aus Sicht der Grünliberalen sollte der Regierungsrat ein kantonales Sportanlagenkonzept erstellen lassen. Dazu sollen alle bestehenden Sportanlagen im Kanton erfasst, auf die aktuellen Vorgaben für Sportanlagen und auf die Wettkampftauglichkeit überprüft und Lücken ersichtlich gemacht werden. Wenn der Regierungsrat diese Anregung nicht aufnimmt, werden die Grünliberalen eine entsprechende Motion einreichen.
Die Grünliberalen sind für Eintreten auf die Vorlage und unterstützen das vom Regierungsrat vorgeschlagene Vorgehen. Eine allfällige Beteiligung der Stadt Zug an einer Dreifachturnhalle lehnen sie ab; das Vorhaben soll vollumfänglich vom Kanton finanziert werden. Beim Schulraumprovisorium folgen die Grünliberalen den Anträgen der Stawiko, bei den Turnhallen sind sie – wie gesagt – für die Dreifachturnhalle.

Franz Peter Iten unterstützt das Splitting der Vorlage, spricht hier aber nur zu den Sporthallen. Seine Interessenbindung: Er war zwölf Jahre lang Mitglied der Sportkommission Unterägeri, davon acht Jahre als deren Präsident. Er war ferner Präsident verschiedener Sportvereine und -verbände und über zwanzig Jahre lang schweizerischer Korbballschiedsrichter und kennt sehr viele Sporthallen und Sportanlagen in der Schweiz. Er könnte hier noch viel mehr aufführen, hält zusammenfassend aber einfach fest, dass er seit über 45 Jahren aktiv oder als Funktionär mit Sport zu tun hatte. Er spricht im Übrigen nicht von Turnhallen, sondern von Sporthallen, weil die fraglichen Hallen ja nicht nur für das Turnen, sondern auch für viele andere Sportarten gebaut werden. Der Votant konnte aus beruflichen Gründen an der Sitzung der Hochbaukommission vom 21. März, wo es um das vorliegende Geschäft ging, leider nicht teilnehmen, sonst hätte er schon früher auf diesen heute üblichen Fachausdruck hingewiesen: Sporthallen, nicht Turnhallen.
Auch wenn die durch den Regierungsrat beantragten zwei Einzelhallen zwar den schulischen Bedarf zur Zeit abzudecken vermögen, ist nicht zu verstehen, dass man nicht die Gelegenheit nutzt, eine wettkampftaugliche Dreifachhalle anstelle von zwei Einzelhallen zu bauen, die dann noch aufeinander gebaut werden sollen. Dies wird nicht nur feuerpolizeiliche Mehrkosten erzeugen, der Betrieb mit solchen Hallen wird komplizierter, die Gerätschaften müssen zum Teil im Doppel angeschafft werden, dem Schallschutz zwischen der oberen und der unteren Halle muss besondere Bedingungen erfüllen usw. Solche Hallen dienen bei ehrlicher und sportlicher Überlegung hinsichtlich der Benutzungsmöglichkeit eigentlich auch der Schule nicht. Es wurden in der Schweiz – etwa in Willisau oder Rotkreuz – verschiedentlich Doppelsporthallen oder im Grundriss grössere Einzelhallen erstellt, und man wäre heute froh, man hätte damals eine richtige, wettkampftaugliche Dreifachturnhalle gebaut. Es gäbe noch viele Beispiele. Logischerweise sind die früheren Erkenntnisse und Vergleiche ganz anders als die gegenwärtigen Haltungen und neuzeitlichen Erfahrungen. Auch in Unterägeri hat man vor längerer Zeit über eine Zweifachhalle am Standort Zimel abgestimmt, diese wurde mit sehr grosser Mehrheit abgelehnt. Nach einem langen Prozess wurde dann eine Dreifachsporthalle im Schönenbüel erstellt. Die Begründung der Behörden für die Doppelhalle war die gleiche Begründung, wie sie heute genannt wurde, nämlich dass zwei Sporthallen für den Schulbetrieb genügen. Das mag aus dieser Sicht vielleicht stimmen, stimmt aber für andere Benutzer nicht. In der heutigen schnelllebigen Zeit muss ein allgemeines Umdenken erfolgen. Bei Anlagen, die grundsätzlich für die Schule genügen, dürfen die Öffentlichkeit und die Vereine nicht vergessen werden, sondern müssen in die Überlegungen auch beim Kanton unbedingt einbezogen werden. In Oberägeri wurde z. B. eine wettkampftaugliche Dreifachsporthalle erstellt, wo zugleich

auf der gesamten Deckenfläche auf dem Sporthallendach Sport betrieben werden kann. Das ist eine ausgezeichnete und weitsichtige Lösung – und das in Oberägeri! Der Votant weist jetzt noch auf drei Bauten hin, bei denen zum Teil aus finanziellen Gründen das eine oder andere nicht umgesetzt wurde, obwohl die Wünsche und die Anträge gestellt waren. Bei der Dreifachsporthalle in Unterägeri war in einer separaten Vorlage eine unterirdische Einstellgarage beantragt worden, die verworfen wurde. Die damalige Gegnerschaft ärgert sich heute, dass einiges an Verkehr aufgekommen ist und für Autos nur wenige Parkmöglichkeiten vorhanden sind, seit die Dreifachhalle steht, obwohl im Vorfeld intensiv darauf hingewiesen wurde. Der Armbrustschützenstand Unterägeri wird wohl in naher oder späterer Zukunft auch bald zu klein sein, wenn in Steinhausen keine annehmbare Lösung im Nachbarschaftsstreit gefunden werden kann. Die Anlage in Unterägeri wollte man zu Beginn um einen Drittel grösser machen. Kürzlich war in der Zeitung zu lesen, dass die Stadt Zug in Absprache und in Zusammenarbeit mit der kantonalen Gebäudeversicherung eine Lösung gefunden habe, dass die Bossard-Arena auch für andere Anlässe wie beispielsweise den «Musikantenstadl» benutzt werden kann. Der Votant ist darüber sehr froh, steht doch diese Halle ca. 30 bis 40 Prozent des Jahres leer. Er hat mit Stadtrat André Wicky und mit Max Uebelhart am 19. Februar anlässlich der Eröffnung der Burg Zug ein intensives Gespräch führen dürfen, in dem es um die Mehrnutzung der Bossard-Arena gegangen ist. Der Votant und seine Frau haben sich seinerzeit intensiv mit dem Konzept der Gastronomie auseinandergesetzt, weil sie sich damals zusammen mit anderen Gastrounternehmern für die Übernahme der Gastronomie beworben haben. Ob nun das Gespräch etwas bewirkt hat oder nicht, kann der Votant nicht abschliessend beurteilen. Er hat unter anderem darauf hingewiesen, dass mit beidseitigem Verständnis sicher gute Lösungen möglich wären. Es müsse mit bekannten Anlässen, die schweizweit bekannt werden, mehr für den Standort Zug getan werden, als immer nur Geld nach Bern zu schicken.

Als der Votant noch Präsident der Sportkommission Unterägeri war, hat er sich erlaubt, mit Cordula Ventura vom Sportamt des Kantons Zug eine Diskussion über die Zusammenarbeit bei Sportanlagen im ganzen Kanton Zug mit allen elf Gemeinden zu führen. Es ging ihm damals und auch heute noch darum, dass man im kleinen Kanton Zug enger zusammenarbeiten *muss*. Es ist doch unwichtig, ob ein Unterägerer Verein in Zug oder anderswo trainieren kann. Wichtig ist, dass Sport getrieben wird, und dies für die Gesundheit unserer Gesellschaft. Leider sind diese Gespräche beim Sportamt nicht auf Gegenliebe und fruchtbaren Boden gestossen: Die Zusammenarbeit liegt immer noch mehr oder weniger brach und kommt nicht mehr aus dem Winterschlaf.

Dem Votanten ist bewusst, dass die Parkplatzsituation intensiv geprüft, Lösungen gesucht und präsentiert werden müssen, wenn – wie zu hoffen ist – eine wettkampftaugliche Dreifachsporthalle gebaut würde. Diesen Punkt darf man auf keinen Fall aus den Augen verlieren. Der Votant bittet den Rat ernsthaft und dringend, dem Antrag für eine wettkampftaugliche Dreifachsporthalle zuzustimmen. Das wäre eine wirklich vernünftige Lösung, auch wenn sie etwas mehr kosten wird. Dieses Geld ist tausendmal besser angelegt, als wenn man beträchtliche Summen für die Gesundheit oder die Sozialhilfe ausgibt – was auf keinen Fall despektierlich gemeint ist. Mit mehr Platz kann man die Jugend vermehrt von der Strasse holen und ihr eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung anbieten. Man darf nicht nur immer davon reden, sondern muss auch handeln – mit einem Ja zur Dreifachsporthalle. Im Übrigen würde der Votant eine Beteiligung der Stadt Zug begrüssen. Eine Rückweisung der Vorlage wird er nicht unterstützen.

Anna Bieri ist Lehrerin an der Kantonsschule Zug und dankt vorerst allen Beteiligten und speziell den Mitgliedern des Kantonsrats dafür, dass sie in der Vergangenheit immer wieder ein offenes Ohr für die Anliegen der Kantonschule zeigten und es ermöglichen, dass sich die Kantonsschule nicht zu einer Monsterschule mit dauernden Platz- und Organisationsproblemen entwickeln muss, sondern künftig tatsächlich Schulentwicklung betreiben kann.
Es ist richtig, dass sich die Fachschaft Sport immer in den Prozess bezüglich Turnhallen eingebunden war. Ausgewiesenes Bedürfnis der Schule, hinter dem auch die Fachschaft Sport steht, aber sind *zwei* Turnhallen, die – was wichtig ist – *schultauglich* sein müssen; wettkampftauglich ist nämlich nicht *a priori* auch schultauglich. Ob es zwei oder drei Hallen sind, ist aus Sicht der Schule zweitrangig. Wichtig ist der Kantonsschule auch, dass die Turnhallen möglichst bald zur Verfügung stehen. Die Votantin ist dem Baudirektor deshalb dankbar, wenn er den Unterschied zwischen dem von ihm vorgeschlagenen Vorgehen und der beantragten Rückweisung und die terminlichen Auswirkungen dieser zwei Vorgehensweisen aufzeigen kann.

Oliver Wandfluh ist für Eintreten, spricht aber ebenfalls nur zur Frage der Turnhallen; das Schulraumprovisorium ist für ihn unbestritten: Auch er ist mit dem vom Baudirektor vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden. Seine Interessenbindung: Er wurde – wie alle Kantonsräte – in einer der elf Zuger Gemeinden als Volksvertreter einer Partei in den Kantonsrat gewählt, um die Geschicke und Geschäfte des Kantons und z. T. der Gemeinden zu regeln. Als Kantonsrat hat er sich in den letzten zwei Jahren den Gemeinden und der Bevölkerung, die sich in Bezug auf die Dreifachturnhalle zu Wort gemeldet haben, sehr genau zugehört. Die Bevölkerung und die Gemeinden – von Walchwil über Zug und Baar bis nach Risch/Rotkreuz – haben vehement eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle gefordert und ausgewiesene Bedürfnisse angemeldet. Auch das kantonale Sportamt hat sich klar für eine Dreifachturnhalle ausgesprochen, und vermutlich schaut auch der für seine Weitsicht bekannte Baudirektor den Bedarf und den Zusatznutzen einer wettkampftauglichen Dreifachturnhalle als erwiesen an. Auch wenn die Kantonsschule nur zwei einfache Turnhallen benötigt, darf man nicht so engstirnig sein und die Gesamtsicht aus den Augen verlieren. Weitsicht ist gefragt. Wir sind nicht im Kanton Jura, Uri oder Tessin, sondern im Kanton Zug, der ganz andere Möglichkeiten hat. Der Kanton Zug steht seit Jahren für sehr gute Infrastruktur und wirtschaftliche Topbedingungen. Diese gilt es zu wahren und zu erweitern. Alleine im Gebiet Unterfeld zwischen Baar und Zug werden in den nächsten Jahren für tausend Personen Wohnungen und für weitere tausend Personen Arbeitsplätze geschaffen. Alle diese Personen wollen essen, parkieren, Kleider kaufen, ausgehen, haben Kinder im Schulalter und wollen Sport treiben und Sportanlässe besuchen. Der Bedarf, der für die bestehende Bevölkerung bereits heute ausgewiesen ist, wird in den nächsten Jahren also noch steigen.
Die Hochbaukommission hat sich schon vor zwei Jahren für eine Dreifachturnhalle für 18,7 Millionen Franken gegenüber zwei einfachen Turnhallen für 10,5 Millionen Franken ausgesprochen, und sie hat es nach reiflicher Überlegung auch heute wieder getan. Der Votant begrüsst die vom Baudirektor angesprochenen Verhandlungen mit der Stadt Zug und unterstützt auch dieses Vorgehen. Er bittet den Rat, der Hochbaukommission, dem kantonalen Sportamt, den verschiedenen Gemeinden und den vielen Vereinen Folge zu leisten und mit weiser Voraussicht die wettkampftaugliche Dreifachturnhalle zu unterstützen. Kantonsräte sollten Visionäre und Bewilliger, nicht Skeptiker und Verhinderer sein – und dieses ausgewiesene Anliegen der Bevölkerung unterstützen.

Für **Philip C. Brunner** wurden zwei Dinge bisher noch nicht gesagt: Erstens geht es hier nicht nur um die Kantonsschule, sondern um die Standortqualität von Zug. Albert Anker, der berühmte Schweizer Maler, hat 1879 ein Bild mit dem Titel «Die Turnstunde in Ins» gemalt; sein heutiger Besitzer dürfte allgemein bekannt sein. Schon im 19. Jahrhundert hat der Staat nicht nur die eigentlichen Schulbedürfnisse abgedeckt, sondern weit darüber hinaus gesellschaftliche Entwicklungen aufgenommen. Das war im 19. Jahrhundert das Militär bzw. der militärische Vorunterricht – später Jugend+Sport – oder zu Zeiten des Kalten Krieges der Zivilschutz. Man hat also immer etwas weiter gedacht, nicht nur für den Sport, sondern für die gesamte Gesellschaft.
Der Votant hat fünfzehn Jahre lang die Probleme des *Master Cup* miterlebt und weiss, dass es weitere Infrastruktur braucht, wenn man ein grösseres Turnier mit einer gewissen Bedeutung organisieren will. Bezüglich der Beteiligung der Stadt Zug ist er der Meinung, dass die Stadt Zug sich beteiligen soll. Ein Modell ist die Stadthalle in Zug, ein gemeinsames Projekt von Kanton und Stadt. Tagsüber dient sie schulischen Zwecken und am Abend den regionalen Sportvereinen. Natürlich lehnt der Votant die fokussierte Betrachtungsweise der Stawiko ab. Man muss hier wirklich der Hochbaukommission folgen.
Der Votant dankt dem Baudirektor und der ganzen Regierung für das vorgeschlagene Vorgehen. Es ist toll, dass die Regierung die Anregung aus den Fraktionen aufgenommen hat und versucht, eine wirtschaftsfreundliche, bürgernahe und sportlerfreundlichen Lösung zu finden, die erst noch die Bedürfnisse der Kantonsschule Zug abdeckt. Der Votant empfiehlt, dieser *Road Map* zu folgen und den Rückweisungsantrag, der nur zu viel Bürokratie und grossen Verzögerungen führt, abzulehnen. Er traut der Regierung eine gute Lösung zu und dankt auch Stadträtin Vroni Straub, die sich hinter den Kulissen ebenfalls dafür eingesetzt hat.

Thomas Lötscher frägt: Kann es sein, dass schon bald wieder Wahlen anstehen? Wünschen kann man alles, finanzieren konnte es der Kanton Zug bisher auch. Der Kantonsrat hat heute einen Vorstoss der CVP-Fraktion überwiesen, in dem die Befürchtung ausgedrückt wird, dass der Rat aufgrund von Projekten, die er bereits bewilligt hat, seine eigenen Gesetze bezüglich Finanzierung verletzen könnte. Auch deshalb bricht der Votant eine Lanze für die Stawiko. Es muss doch erlaubt sein zu fragen, ob der Kanton die Dreifachturnhalle wirklich dringend benötigt. Das ist keine ZFA-Frage, sondern eine Frage der Koordination zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Es ist deshalb zu wünschen, dass man bei den weiteren Abklärungen auch prüft, ob die bestehende Infrastruktur im Kanton allenfalls besser genutzt und damit auch die jetzt angemeldeten Bedürfnisse abgedeckt werden könnten. Auch im Kanton Zug wird man gewisse Herausforderung mehr mit Zusammenarbeit, Kreativität und gemeinsamen Anstrengungen bewältigen können statt nur mit dem Griff in die Kantonskasse. Dass man bisher alle Probleme mit dem Griff in die Kantonskasse lösen konnte, hat der Kanton Zug bewiesen. Es ist aber zu bezweifeln, dass es in Zukunft so weitergeht. Deshalb wäre eine Bestandesaufnahme, die auch in die weitere Diskussion einfliessen könnte, wünschenswert.

Vroni Straub-Müller legt ihre Interessenbindung vor: Sie ist Vorsteherin des Bildungsdepartements der Stadt Zug, zu welchem seit zwei Jahren auch der Bereich Sport gehört. Wie sie hörte, ist die erwähnte Stadthalle an der General-Guisan-Strasse zu hundert Prozent ausgelastet und wird von den Sportvereinen bis um 22.45 Uhr für Trainings belegt. Wie sie ebenfalls hörte, ist das Bedürfnis für eine wettkampftaugliche Dreifachsporthalle ausgewiesen; es geht also einzig noch um die Finanzierung. Für die Stadt wäre es nach Meinung der Votantin eine ver-

passte Chance, wenn man die Dreifachsporthalle nicht realisieren könnte. Auch wenn Zug als einzige Gemeinde mit roten Zahlen abschliesst – der ZFA hängt als Damoklesschwert über der Stadt –, will sie sich der Diskussion mit dem Kanton über einen allfälligen Investitionsbeitrag nicht verschliessen. Dafür muss aber ausgewiesen werden, welches der tatsächliche Mehrwert für die Stadt ist. Von den 1474 Jugendlichen, die zurzeit die Stadthalle, eine Dreifachsporthalle, benutzen, kommen genau 500 aus der Stadt Zug. Zwei Drittel wohnen also nicht in der Stadt Zug, nutzen aber durch ihre Vereinszugehörigkeit die städtische Sporthalle. Dieses Verhältnis will die Votantin auch für die Erwachsenen dargestellt haben. Dann wird man einen Weg finden. Es nützt nichts, wenn die Stadt mit Verweis auf den ZFA trotzt und dadurch eine Chance verpasst. Der Mehrwert für die Stadt muss aber genau dargestellt werden.

Auch für **Beni Riedi** geht es nicht um das Bedürfnis. Dieses ist ausgewiesen, und unbestrittenermassen spielen die vielen Vereine eine wichtige Rolle im Kanton und in den Gemeinden. Es geht nur um die Finanzierung bzw. die Aufteilung der Kosten. Der Votant unterstützt den Vorschlag des Baudirektors, zuerst mit der Stadt Zug zu sprechen und über eine allfällige Beteiligung der Stadt zu diskutieren.
Als ursprünglicher Bürger des Kantons Uri hält der Votant bezüglich Weitsichtigkeit noch fest, dass auch die Urner sehr weitsichtig sind. Dank Löchern im Berg schauen sie bis in den Kanton Tessin hinunter – was für Zug nicht möglich ist.

Jürg Messmer findet es zwar gut, dass der Regierungsrat bei der Stadt Zug nochmals nachfragen will bezüglich einer finanziellen Beteiligung. Allzu grosse Hoffnungen soll man sich aber auch nach dem Votum von Vroni Straub nicht machen. Am letzten Sonntag haben 62,6 Prozent der Stimmenden Nein gesagt zur Sporthalle in Oberwil. Da stellt sich tatsächlich die Frage, weshalb sich die Stadt an einer Mehrfachsporthalle beteiligen soll, die vorwiegend von der Kantonsschule benutzt würde. Da müsste der Stadtrat einen gewaltigen Spagat machen, hat er doch im Vorfeld der Abstimmung über die Rebells-Halle immer wieder auf die «Sportmeile» in der Herti hingewiesen – und jetzt will er sich plötzlich an einer Mehrfachsporthalle am Lüssiweg beteiligen. In diesem Sinn ist der Votant sehr gespannt auf die Resultate der Verhandlungen mit der Stadt.

Stefan Gisler hält fest, dass die Turnlehrer – auch sein Bruder ist Turnlehrer – eine Dreifachsporthalle begrüssen würden, auch wenn sie sich angesichts der Dringlichkeit und auch der Standortdebatte zusammen mit der Schulleitung dazu durchgerungen haben, dass eine Zweifachhalle wohl vernünftiger ist.
In der Stadt Zug stehen tatsächlich Wahlen bevor. Die Stadt ist nicht in der privilegierten Lage, wie in Neuheim – zumindest beim letzten Mal – stille Wahlen durchführen zu können. Die AGF setzt sich aber nicht nur für die Zuger Vereine, sondern für die Zugerinnen und Zuger im *ganzen* Kanton ein. Und die Dreifachhalle bei der Kantonsschule würde – wie heute schon die Stadthalle – von Zugerinnen und Zugern aus *allen* Gemeinden, auch aus Neuheim, genutzt. Es ist beeindruckend, dass der Stadtrat diese Chance erkennt und Hand bieten will zu einer Lösung, auch wenn es aufgrund des Standorts klar ist, dass die Stadt daran mehr bezahlt als vielleicht eine andere Gemeinde, die am ZFA-Tropf hängt wie beispielsweise Neuheim. Es ist deshalb etwas vermessen, wenn Thomas Lötscher sagt, der Kanton könne nicht alles bezahlen, und man dürfe ihm nicht immer wieder Forderungen stellen, wenn Neuheim regelmässig vom Kanton Geld bezieht – und das nicht zu knapp.
Man soll also nicht das eine gegen das andere ausspielen, sondern eine pragmatische Lösung für die Klärung der Finanzierungsfrage suchen. Es besteht auch ein

Unterschied zur Rebells-Halle. Dort ging es um eine Nutzung durch einen einzigen Verein, während eine Dreifachhalle der Kantonsschule mit Schülerinnen und Schülern aus dem ganzen Kanton, vielen Vereinen sowie potenziellen Veranstaltern dienen könnte.

Andreas Hausheer repliziert auf Philip C. Brunner, den CVP-*Basher* vom Dienst, der die Rückweisungsidee der CVP als bürokratisches Monster etc. verteufelt hat. Es war genau diese Idee der CVP, welche den Regierungsrat überhaupt dazu bewogen hat, weiterzudenken im Sinne des jetzt vorliegenden Vorschlags. *So* schlimm kann diese Idee also nicht gewesen sein. Es ist dann wohl auch nicht verboten nachzufragen, was der Regierungsrat an seinem Vorschlag besser oder weniger gut findet, damit sich die CVP-Fraktion eine Meinung zum weiteren Vorgehen bilden kann. Die CVP ist nämlich lernfähig.

Baudirektor **Heinz Tännler** nimmt zunächst Bezug auf das Votum von Eusebius Spescha, der die Kürzungsanträge der Stawiko bedauert und moniert, der Baudirektor habe diese Anträge fast einvernehmlich mit der Stawiko ausgehandelt. Das stimmt natürlich nicht. Der Baudirektor wurde von Seiten der Stawiko vor deren Sitzung informiert, dass man den Eindruck habe, es sei noch Luft im Antrag drin, und die Baudirektion solle sich überlegen, ob man die Zitrone noch etwas drücken könne. Die Baudirektion nahm diese Anregung auf und suchte nach Lösungsansätzen. Sie konnte Hand bieten beim Posten für Unvorhergesehenes, dessen Reduktion – wie richtig gesagt wurde – allerdings keine eigentliche Reduktion ist; auch bei den Umgebungsarbeiten sah man die Möglichkeit, etwas herunterfahren zu können. Es war aber keinesfalls so, dass Baudirektion der Hochbaukommission eine Vorlage präsentiert hätte, die einfach noch Luft drin hatte. Im Vorfeld der Sitzung der Hochbaukommission hatte die Baudirektion bereits drei Sparrunden durchgeführt. Es ist aber die Pflicht der Stawiko, trotzdem nochmals den Hebel anzusetzen. Soll der Baudirektor beim nächsten Mal nun pickelhart bleiben und keiner Kürzung der Stawiko mehr zustimmen? Das wird diese kaum goutieren – und dem Kantonsrat trotzdem Kürzungsanträge unterbreiten.
Die Ausgangslage bezüglich Dreifachturnhalle hat sich gegenüber der letzten diesbezüglichen Sitzung der Hochbaukommission vor zwei, drei Jahren geändert. Damals gab es einen eindeutigen Bedarf nach drei Turnhallen. Heute liegt der Bedarf aus schulischer Sicht bei zwei Hallen. Das ist auch die Haltung der Fachschaft Sport – auch wenn es vielleicht den Wunsch nach einer Dreifachhalle gegeben hat. Das Fazit aus Sicht der Schule lautet also: Zwei Hallen sind perfekt, eine Dreifachsporthalle wäre wunderbar. Dass das Bedürfnis nach einer Dreifachhalle vorhanden ist, glaubt auch der Baudirektor, auch wenn es im Kanton Zug bereits eine hohe Dichte an Dreifachsporthallen gibt: Bezogen auf die Bevölkerungszahl steht der Kanton Zug diesbezüglich schweizweit gesehen an dritter Stelle, hinter dem Kanton Uri und dem Kanton Glarus. So schlimm ist die Situation also nicht.
Bezüglich Mehraufwand für eine Dreifachsporthalle wurde von Beat Iten das Beispiel in Sursee genannt, wo man für 8 oder 9 Millionen Franken eine solche Halle gebaut hat. Die zwei Fälle sind ganz klar nicht miteinander vergleichbar. Die Halle in Sursee steht auf der grünen Wiese, hat kein Untergeschoss und ist auch bezüglich der verwendeten Materialien komplett einfach gebaut; schon heute sind der Hallenboden und die Bodenbeläge fast sanierungsbedürftig. Natürlich kann man auch so bauen. An der Kantonsschule ist das aber nicht möglich. Man muss – so verlangt es die Stadtbildkommission – in den Boden bauen, man hat Grundwasser, muss pfählen und entsprechende Materialien verwenden; dazu kommt ein Sportplatz auf dem Dach, der ebenfalls gebaut, umgittert und beleuchtet werden muss.

Es handelt sich also um eine komplett andere Geschichte als beispielsweise in Sursee. Man muss also aufpassen mit Vergleichen. Die Stadthalle in Zug, eine Dreifachsporthalle, hat seinerzeit etwa 18 Millionen Franken gekostet, was teuerungsbereinigt heute weit über 20 Millionen Franken wären. Die beantragten 18,7 Millionen Franken sind also wirklich vernünftig.
Es stimmt nicht, dass die Vorlage unvollständig ist. Die Regierung ist nach wie vor für zwei Einzelturnhallen, ist aber auch offen für eine andere Lösung. Bezüglich einer allfälligen Rückweisung der Vorlage: Es braucht dafür Quorum von zwei Dritteln, und es wird nicht materiell diskutiert. Geht man davon aus, dass der Kantonsrat mit der Teilung der Vorlage einverstanden ist, würde der Baudirektor dann die Turnhallenvorlage zurücknehmen und später mit einer neuen Vorlage in den Rat kommen. Lieber wäre ihm aber, wenn heute eine erste erste Lesung durchgeführt und sich der Rat dazu äussern würde, ob er eine allfällige Dreifachturnhalle mit oder ohne Beteiligung der Stadt wünscht. Wenn der Rat eine Dreifachturnhalle *mit* Beteiligung der Stadt will, hat der Baudirektor einen klaren Auftrag, kann vorwärtsarbeiten und auch alle Fragen, die beispielsweise Thomas Lötscher oder Ivo Hunn gestellt haben, abklären. Der Stawiko-Antrag auf zwei Einzelturnhallen ist damit aber keineswegs vom Tisch. Vielmehr wäre dann in der nächsten Sitzung zu entscheiden, ob man die Dreifachturnhalle mit Beteiligung der Stadt oder aber zwei Einzelturnhallen will. Wenn die Rückweisung heute nicht durchkommt, ist Ende der Durchsage: Dann stimmt man ab über den Antrag der Stawiko und des Regierungsrats, die Diskussion mit der Stadt wird aber nicht geführt werden können. Und der Baudirektor möchte diese Debatte führen. Es gibt also keinen Nachteil, wenn man dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Vorgehen zustimmt: eine erste erste Lesung heute, eine zweite erste Lesung in vielleicht zwei Monaten, wenn alles auf dem Tisch liegt, schliesslich dann noch die zweite Lesung.
Abschliessend nimmt der Baudirektor noch Stellung zu drei weiteren Punkten, die in der Debatte erwähnt wurden:
• Das Problem der Parkplätze muss tatsächlich noch genau angeschaut werden; im Moment muss man, wenn die Parkplätze besetzt sind, am Strassenrand parkieren.
• Dass zwei Turnhallen übereinander gebaut werden sollen, ist vielleicht tatsächlich eine Schnapsidee. Die Baudirektion ist ursprünglich mit einem anderen Vorschlag in die Stadtbildkommission gegangen, musste auf Anweisung dieser Kommission das Projekt aber umgestalten.
• Bei der Stadthalle beteiligten sich Stadt und Kanton je zur Hälfte, wobei anfänglich die Stadt die Führung innehatte und der Kanton sich dann beteiligen wollte, um die Halle für das KBZ nutzen zu können.
Der Baudirektor dankt für die Diskussion und bittet eindringlich, dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Vorgehen zuzustimmen.

Silvan Hotz hält fest, dass man sich in der Sache einig ist, das Vorgehen aber unterschiedlich beurteilt. Es ist der CVP wichtig, dass man nicht auf die Schnelle über die Dreifachturnhalle entscheidet, sondern dass der Kantonsrat von der Regierung einen Bericht über die Abklärungen mit der Stadt oder allenfalls anderen Gemeinden erhält und die Stawiko allenfalls die Vorlage nochmals diskutieren kann. Es wird auf diesem Hintergrund kaum möglich sein, dass die zweite erste Lesung schon Ende Juni stattfinden kann; das wäre nicht seriös. Diese Haltung hat nichts mit Wirtschaftsfreundlichkeit bzw. -feindlichkeit zu tun, sondern entspricht der seriösen Politik der CVP. Wenn die Regierung auf die zweite erste Lesung eine detaillierte Vorlage vorlegt, kann die CVP ihren Rückweisungsantrag zurückziehen.

Für Baudirektor **Heinz Tännler** ist klar, dass die Regierung nach den Abklärungen, die sie nun trifft, nochmals einen Bericht und Antrag vorlegt. Er garantiert, dass die Abklärungen seriös erfolgen, nicht auf die Schnelle.

Auch Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** kann mit diesem Vorgehen grundsätzlich einverstanden erklären. Es ist für ihn aber wichtig, dass der angesprochene Bericht in Hinblick auf die zweite erste Lesung nicht nur die allfällige Beteiligung der Stadt oder der Gemeinden thematisiert, sondern auch die jetzt im Rat geäusserten offenen Fragen klärt: Parkplätze, Gesamtkosten, Feuerpolizei etc. Und anschliessend *muss* dieser Bericht nochmals in die Hochbaukommission und in die Stawiko. Im Moment liegt zu dieser Dreifachturnhalle nur gerade eine halbe Seite im Bericht der Hochbaukommission und im Anhang vier Plänchen und eine Kostenzusammenstellung vor. Mit diesen Grundlagen kann der Kantonsrat nicht seriös über ein Projekt befinden, das 18,5 Millionen Franken kostet.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrat auf Teilung der Vorlage mit 70 zu 0 Stimmen zu.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Schulraumprovisorium

Titel und Ingress

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Titel der Vorlage aufgrund der Teilung angepasst werden muss.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko beim Objektkredit für das Schulraumprovisorium eine Kürzung um 500'000 Franken sowie eine Reduktion des Postens für Unvorhergesehenes von 10 auf 5 Prozent, somit neu für das Schulraumprovisorium einen Betrag von 9,798 Millionen Franken beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich den Kürzungsanträgen der Stawiko an.

➔ Der Rat stimmt dem Kürzungsantrag der Staatswirtschaftskommission stillschweigend zu.

Martin Stuber stellt einen weiteren Kürzungsantrag. Im Stawiko-Bericht auf Seite 2 sieht man in der Zusammenstellung «BKP 9 Ausstattung», dass für AV-Technik insgesamt 415'800 Franken vorgesehen sind. Auf Seite 3 sieht man, was mit AV-

Technik gemeint ist: Visualizer. elektronische Wandtafeln, PC für Bild und Ton, Beamer, Lautsprecher usw. – die übliche Ausrüstung, die man heute in einem Schulzimmer hat. Analysiert man die Angaben etwas genauer, sieht man, dass pro normales Schulzimmer 20'000 Franken vorgesehen sind. Das ist *sehr* luxuriös. Man kann heute für 10'000 Franken ein Schulzimmer ohne funktionale Einschränkungen und mit einem sehr guten Standard ausrüsten, wobei es sich hier um Infrastruktur mit einer kürzeren Lebensdauer als andere Ausstattungen handelt. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** den Posten für AV-Technik um 150'000 Franken zu kürzen. Auch damit wird die Kantonsschule noch immer sehr gut ausgerüstete Schulzimmer haben.

Manuel Brandenberg hält fest, dass Bildung wichtig und nicht der richtige Ort zum Sparen ist. Es gäbe andere Bereiche, in denen man sparen könnte, zum Beispiel beim überbordenden Sozialstaat.

Baudirektor **Heinz Tännler** bittet ebenfalls, den etwas aus der Hüfte geschossenen Kürzungsantrag abzulehnen. Er hat in Hinblick auf die Stawiko-Sitzung den Kreditantrag mit den Fachleuten des Hochbauamts nochmals Position für Position durchbesprochen. Im Bereich AV-Technik wurde dabei kein Sparpotenzial ausgelotet.

Eusebius Spescha ist Schulleiter und hat schon verschiedentlich Schulzimmer ausgerüstet. Betrachtet man nur die in einem Schulzimmer stehenden Geräte, wäre es wohl durchaus möglich, mit dem Antrag von Martin Stuber zu leben. Ausstattung ist aber nicht nur die Summe der Geräte, sondern auch deren Vernetzung etc., was schnell eine beträchtliche Summe kostet. Sicher gibt es auch für weniger Geld eine vernünftige Lösung, aber auch in einem Provisorium müssen die Geräte doch über eine gewisse Zeitlang hinhalten. Gute Qualität ist deshalb auch hier wichtig. Bau- und Bildungsdirektion sollen auf eine kostengünstige und vernünftige Umsetzung achten, den Kürzungsantrag kann der Votant aus seiner Erfahrung als Schulleiter heraus aber nicht unterstützen.

➔ Der Rat lehnt den Kürzungsantrag von Martin Stuber mit 53 zu 6 Stimmen ab.

§ 2
II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit die erste Lesung für das Schulraumprovisorium abgeschlossen ist.

Sporthallen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nun um die Frage einer Zweifach- oder Dreifachturnhalle, wobei zuerst die Varianten einzeln bereinigt werden müssen.

Andreas Hausheer hat den bisherigen Verlauf so verstanden, dass der Kantonsrat nun entscheiden soll, ob die Regierung mit der Stadt oder den Gemeinden Verhandlungen führen soll oder nicht. Danach soll es in der zweiten ersten Lesung,

nachdem die Kommissionen wieder darüber beraten haben, zur Gegenüberstellung der Varianten Zweifachhalle und Dreifachhalle kommen.

Der **Vorsitzende** frägt den Rat, ob er damit einverstanden ist, dem Regierungsrat den Auftrag für die Verhandlungen mit der Stadt und allenfalls den Gemeinden zu geben und dann die Debatte für heute abzuschliessen.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass über einen Punkt abgestimmt werden *muss:* Will der Kantonsrat eine allfällige Dreifachturnhalle mit oder ohne Beteiligung der Stadt? Wenn die Abstimmung ergibt, dass der Rat eine Beteiligung der Stadt will, kann man die Debatte unterbrechen, und die Baudirektion kann verhandeln.

Martin Stuber ist der Ansicht, dass zuerst geklärt werden muss, ob der Rat eine Zweifach- oder Dreifachsporthalle will.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, erstens darüber abzustimmen, ob der Rat auch die Unterlagen für eine Dreifachturnhalle will oder nicht, und zweitens ob mit Beteiligung der Stadt Zug oder nicht.

Baudirektor **Heinz Tännler** versucht es nochmals zu erklären: Lägen keine Anträge seitens der Regierung vor, müsste man jetzt eigentlich darüber abstimmen, ob man zwei Turnhallen oder eine Dreifachsporthalle will. Das will die Regierung nicht. Die zwei Turnhallen sollen im Moment weggelassen werden, sie sind aber nicht weg aus der Debatte. Bezüglich der Dreifachturnhalle will der Regierungsrat von unten nach oben bereinigen und wissen, ob der Rat eine Beteiligung wünscht oder nicht. Damit wird nichts präjudiziert, und es bleibt offen, ob am Schluss der Antrag der Stawiko oder jener der Hochbaukommission obsiegt. Der Baudirektor muss aber wissen, ob der Rat eine Beteiligung der Stadt wünscht oder nicht, denn wenn er keine Beteiligung wünscht, werden die Verhandlungen mit der Stadt obsolet. Es bleibt vorläufig aber offen, ob der Rat zwei Turnhallen oder eine Dreifachsporthalle – mit welcher Beteiligung auch immer – wünscht. Darüber und über die übrigen Fragen kann der Rat dann in der zweiten ersten Lesung diskutieren.

➔ Der Rat erteilt mit 56 zu 16 Stimmen dem Regierungsrat den Auftrag, mit der Stadt Zug Verhandlungen über eine Kostenbeteiligung an einer allfälligen Dreifachsporthalle zu führen.

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden. Am Nachmittag finden die Fraktionsausflüge statt.

1100 Nächste Sitzung

Donnerstag, 26. Juni 2014 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

75. Sitzung: Donnerstag, 26. Juni 2014, Vormittag
Zeit: 08.30 – 11.50 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 1. Mai und vom 22. Mai 2014
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
4. Kommissionsbestellung:

4.1. Ratifizierung der Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 (Diplomanerkennungsvereinbarung)

5.1. Untersuchung der Vorkommnisse um das Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle.

5.2. Motion der Ad-hoc Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung: Überweisung

5.3. Interpellation der Ad-hoc Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung: Überweisung

6. Gesetz über die Videoüberwachung im öffentlichen und im öffentlich zugänglichen Raum (Videoüberwachungsgesetz; VideoG): 2. Lesung
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung eines Schulraumprovisoriums für die Kantonsschule Zug (KSZ): 2. Lesung
8. Geschäftsbericht 2013 und Jahresrechnung 2013
9. Zwischenbericht zu den per Ende März 2014 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen
10. Rechenschaftsbericht des Obergerichtes für das Jahr 2013

Geschäfte, die am 22. Mai 2014 nicht behandelt werden konnten:

11. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Landerwerb und für die Realisierung von Neu- und Umbauten für das Kantonale Gymnasium in Menzingen (kgm).
12. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Errichtung einer Asylunterkunft auf dem GS 1201 am Dorfring 30 in Allenwinden, Gemeinde Baar
13. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (L 3 Weiler; V 3 Kantonsstrassen)
14. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Objektkredit für das Projekt KS 25, Gemeinde Zug, Artherstrasse, Abschnitt Eielen–Lotenbach, Instandstellung inklusive Geh- und Radweg

15. Motion der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz betreffend Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrates vom 1. Februar 1990
    Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend gleiche Abgangsentschädigungen für gewählte Behördenmitglieder des Kantons
    Motion von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Entschädigung von Mitgliedern des Regierungsrats
    Postulat von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Streichung von Sitzungsgeldern bei interkantonalen Gremien
16. Motion der Alternativen Grünen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Änderung Richtplantext S6 «Zone mit speziellen Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen»
17. Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anpassung der Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation.
18. Postulat von Kurt Balmer betreffend Arbeitspensen der ordentlich gewählten Richter
19. Interpellation von Manfred Wenger betreffend Stollen-Wasserkraftwerk Ägerisee–Zugersee und Hochwasserschutz im Ägerital, Baar und Zug

---

20. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (Anpassung an das revidierte Betäubungsmittelgesetz des Bundes)
21. Revision des Gesetzes über den Feuerschutz: Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe

1101 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Thiemo Hächler, Oberägeri; Zari Dzaferi, Baar; Andreas Hürlimann und Monika Weber, beide Steinhausen.

1102 Mitteilungen

Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel ist am Morgen abwesend. Er nimmt in seiner Funktion als Projektleiter der Vertretung des Zentralschweizer Projekts für einen Netzwerkstandort des Nationalen Innovationsparks an der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz teil.

Yusuf Yesilöz möchte heute im Rat Fotos machen, insbesondere von Kantonsrat Rupan Sivaganesan. Gemäss § 31bis Abs. 2 der Geschäftsordnung bedürfen Bildaufnahmen der Bewilligung des Rats.

➔ Der Rat ist mit den Bildaufnahmen stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 1

1103 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Traktandum 10 in Absprache mit dem Präsidenten der Justizprüfungskommission verschoben und der Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2013 und der Bericht der Justizprüfungskommission erst am 3. Juli 2014 beraten werden sollen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die in diesem Sinn angepasste Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

1104 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 1. Mai und vom 22. Mai 2014

Manuel Brandenberg bringt eine Berichtigung zum Protokoll der Sitzung vom 22. Mai 2014, Seite 2490, an. Sein Fraktionskollege heisst nicht Kurt, sondern Jürg Messmer.

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 1. Mai und vom 22. Mai 2014 werden genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 4

Kommissionsbestellung:

1105 Traktandum 4.1: **Ratifizierung der Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 (Diplomanerkennungsvereinbarung)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2406.1/.2 - 14705/06).

➔ Überweisung an die Konkordatskommission.

TRAKTANDUM 5

1106 Traktandum 5.1: **Untersuchung der Vorkommnisse um das Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle**
Es liegen vor: Antrag der FDP-Fraktion (2232.1 - 14289); Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission (2232.2 - 14703).

Der **Vorsitzende** schlägt folgende, mit dem Kommissionspräsidenten abgesprochene Gliederung der Debatte vor:
• Behandlung des Berichts der vorberatenden Kommission;
• mündliche Beantwortung der Interpellation;
• Überweisung der Motion.

Die Reihenfolge der Traktanden 5.2 und 5.3 soll also umgekehrt werden.

➔ Der Rat ist mit dem vorgeschlagenen Vorgehen stillschweigend einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission folgende Anträge stellt:
1. Der Auftrag der Kommission sei auf der Basis des vorliegenden Kommissionsberichts für erledigt zu erklären.
2. Es sei die Motion (Vorlage 2407.1) dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag zu überweisen.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss:** Wie ihrem Bericht zu entnehmen ist, hat sich die Ad-hoc-Kommission zu acht Halbtagessitzungen getroffen. Noch bevor die Sitzungen begannen, durfte Elisabeth Heer Dietrich, Generalsekretärin der Sicherheitsdirektion, mit dem Sekretariat beauftragt werden; der Kommissionspräsident dankt ihr herzlich. An der ersten Sitzung wählte die Kommission einen Experten. Ihre Wahl fiel auf Norbert Hoffmann, der heute als Gast die Debatte verfolgt und dem der Kommissionspräsident für seine wertvolle Arbeit ebenfalls bestens dankt. Ein besonderer Dank gilt auch den Kantonsräten Andreas Hürlimann und Florian Weber, die zusammen mit Norbert Hoffmann die Delegation der Kommission bildeten. Sie führten die notwendigen Einzelinterviews und lieferten ganz generell entscheidenden Input für unsere Arbeit.
Der Kantonsrat hat in seiner Sitzung vom 2. Mai 2013 der Kommission einen klaren Auftrag erteilt, der sich in vier Punkten zusammenfassen lässt.
1. Die Ursachen und Verantwortlichkeiten für die massiven Kosten- und Terminüberschreitungen eruieren, das Verfehlen der gesetzten Ziele ermitteln und die Rolle von Gemeinden, IBM und Amt für Informatik und Organisation (AIO) zu beleuchten.
2. Allfällige Forderungen des Kantons für Schadenersatz und/oder Rückvergütungen prüfen.
3. Die Tauglichkeit der bestehenden Projektorganisation, Verantwortungen und Kompetenzen für die erfolgreiche Fertigstellung des Projekts prüfen und allenfalls Empfehlungen abgeben.
4. Die Vorgaben prüfen und mögliche Lösungen aufzeigen, wie der Kanton künftig IT-Projekte effektiv und erfolgreich umsetzen kann.
Die Kommission glaubt, mit dem vorliegenden Bericht ihren Auftrag erfüllt zu haben. Ihre Forderungen hat sie in eine Motion gegossen, die heute dem Regierungsrat überwiesen werden soll. Zudem unterstreicht die Kommission die Dringlichkeit ihrer Forderungen mit einer Interpellation. Für die Erkenntnisse und Forderungen der Kommission verweist der Votant auf den 49-seitigen Bericht und die Motion, die beide – wie auch die Interpellation – von der Kommission einstimmig verabschiedet wurden.
Es sind – kurz gesagt – dreizehn Gründe, weshalb das Projekt gemäss den Erkenntnissen der Kommission in inhaltlicher, finanzieller und zeitlicher Hinsicht scheiterte:
1. Die Direktion des Innern, die Mitglieder des Projektausschusses und das Projektteam haben die Komplexität des Projektes unterschätzt.
2. Der Kanton wurde im Verlaufe des Projekts vom Auftraggeber zum Generalunternehmer, mit all den zusätzlichen Risiken und Verpflichtungen, die diese Aufgabe mit sich bringt.
3. Die Direktion des Innern verfügte nicht über das notwendige Knowhow in IT und Projektleitung. Die Projektstrukturen waren entsprechend mangelhaft.
4. Der interne Gesamtprojektleiter hatte nicht genügend Zeit für dieses Projekt und wehrte sich auch nicht.

5. Wechsel in der Projektleitung und im Projektteam verursachten ab 2012 Verzögerungen.
6. Der Projektausschuss nahm bis November 2012 die strategische Führung des Projekts nicht genügend wahr und erkannte die Tragweite von Entscheiden nicht.
7. Es fehlte eine gesamthafte, strategische Betrachtung der ISOV-Anwendungsumgebung auf dem zentralen Host-System des Kantons.
8. Die externe Qualitätssicherungsstelle im Projekt erfüllte ihre Funktion nicht, mit der Folge, dass Probleme nicht frühzeitig erkannt wurden.
9. Im Projekt fehlten ein angemessenes internes Testmanagement und ein konsequentes Management der Projektrisiken
10. Es wurden keine verbindlichen Anforderungsspezifikationen für die verschiedenen Komponenten der Lösung erstellt, was ein Hauptgrund für die Verzögerungen und Kostenüberschreitungen war.
11. Die Performanceprobleme auf der zentralen Host-Plattform wurden zu lange nicht gelöst, weshalb die neue Lösung nicht wirklich getestet werden konnte.
12. Das Amt für Informatik brachte sein Knowhow zu wenig ein und nahm seine Verantwortung als Teil des Projektteams sowie als Betreiber der Lösung ISOV EK V5 nicht wahr.
13. IBM entschied im Verlauf des Projekt, die Lösung nicht mehr als Standardlösung, sondern als Individuallösung für den Kanton Zug anzubieten, ohne den Kanton Zug zu informieren oder zu konsultieren.
Zum letzten Punkt wurde nach Vorliegen des Kommissionsberichts moniert, die Kommission hätte IBM nicht befragt. Dazu lässt sich Folgendes sagen: Der Kommission war aus den Unterlagen die Rolle von IBM grundsätzlich klar, und man versprach sich keinen grossen Informationsgewinn durch eine Befragung. Zudem hätte IBM nicht zu einer Aussage gezwungen werden können und hätte sich bei einer Anhörung nur verteidigt. Die rechtlichen Konsequenzen und die Frage der Schadenersatzforderung wurden nach Ansicht der Kommission durch eine spezifisch eingesetzte Arbeitsgruppe der kantonalen Verwaltung genügend geprüft. Die Kommission wollte im Übrigen in erster Linie herauszufinden, was bei einem nächsten Projekt besser gemacht werden soll. Es ging und geht nicht um eine gegenseitige Schuldzuweisung.
Mit Blick auf dieses Verbesserungspotenzial fordert die Kommission eine Reihe von Massnahmen, die sie in eine Motion gegossen hat, die heute überwiesen werden soll. Diese Forderungen lassen sich in zehn Punkten zusammenfassen:
1. Die Aufteilung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen zwischen dem AIO auf der einen und den Direktionen und Ämtern auf der anderen Seite ist zu überprüfen und anzupassen. Die Direktionen und Ämter verfügen heute in der Regel nicht über genügend IT-Kenntnisse, um komplexe IT-Projekte eigenständig durchführen zu können.
2. Die Verantwortlichen in den Ämtern und Direktionen sollen zwingend vom AIO unterstützt werden.
3. Das AIO soll die Verantwortung für die gesamte IT-Architektur wahrnehmen und auch entsprechende Kompetenzen erhalten.
4. Das AIO soll die zukünftige Anwendungsarchitektur zur Ablösung der bestehenden ISOV-Plattform definieren, bevor weitere Projekte zur Ablösung einzelner ISOV-Anwendungen gestartet werden, wie zum Beispiel das Projekt Neues Einwohnerregister Zug (NERZ).
5. Für Projekte mit IT-Anteil soll klar geregelt werden, wer was wann macht.
6. Das AIO soll in allen Projekten mit einem IT-Anteil die Verantwortung für das IT-Teilprojekt übernehmen.

7. Das AIO soll die Verantwortung für den technischen Betrieb der Fachanwendungen übernehmen und die Schnittstelle zu den externen IT-Lieferanten sicherstellen.
8. Wenn eine Individuallösung angestrebt wird, soll das AIO dem Regierungsrat mit dem Projektantrag eine Beurteilung der Risiken unterbreiten.
9. Es ist zu prüfen, ob die Aufgabenteilung gemäss Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister für eine zukünftige Neuschaffung einer Software-Lösung sinnvoll ist.
10. Die Kommission fordert eine Neubeurteilung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich der Informatik durch einen externen Experten.
Die vorberatende Kommission beantragt einstimmig, ihren Auftrag auf der Basis des vorliegenden Kommissionsberichts für erledigt zu erklären und ihre Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

Florian Weber spricht für die antragstellende FDP-Fraktion und dankt der Kommission für den ausführlichen und sachlichen Bericht. Die Erwartungen, die mit dem Antrag der FDP-Fraktion auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse um das Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle verbunden waren, und die damit verbundenen Aufträge wurden aus Sicht der FDP erfüllt. Im Detail geht der Votant nur auf ein paar wenige Punkte ein.
Im ausführlichen Bericht der Kommission wie auch in deren Motion wird geltend gemacht, dass Handlungsbedarf besteht. Es werden viele Ursachen erwähnt, welche zum Scheitern des Projekts führten, seien dies – um nur einige zu nennen – eine zu hohe Komplexität, ungenügende Ressourcen, nicht wahrgenommene Führungsverantwortung, Abschlüsse von Verträgen, ungenaue Anforderungsspezifikationen oder die Zusammenarbeit im Allgemeinen. Für die FDP ist wichtig, dass Direktionen, Ämter und Gemeinden in Zukunft für Projekte solcher Grössenordnung auf Ressourcen zugreifen können. Solche Ressourcen müssen sichergestellt werden, ohne dass man IT-Bereiche in den Direktionen aufbauen muss. Die FDP unterstützt deshalb die Forderung, dass die Aufteilung der Verantwortung überprüft wird.
Wie aus dem Bericht ersichtlich wird, ist die EK V5 nicht das einzige Projekt, welches nicht rund gelaufen ist. Es ist deshalb essentiell, dass die Grundlage geschaffen wird, dass in Zukunft eine erfolgreiche Durchführung von IT-Projekten gewährleistet ist und diese bewältigt werden können. Ganz wichtig ist dabei, dass das AIO mit den Direktionen, Ämtern und Gemeinden die zukünftige Anwendungsarchitektur zur Ablösung der bestehenden ISOV-Plattform definiert, bevor weitere Projekte zur Ablösung einzelner bestehender ISOV-Anwendungen gestartet werden, etwa NERZ. Denn ein gutes Fundament ist wichtig für ein erfolgreiches Projekt, egal welcher Art. Die Forderung der Kommission, dass das AIO zukünftig die Verantwortung für die Definition und Pflege der gesamten IT-Architektur, insbesondere auch für die amtsübergreifenden Fachanwendung wahrnehmen soll, ist für die FDP absolut folgerichtig. Nur so kann gewährleistet werden, dass zukünftig solche Projekte reibungslos umgesetzt und betrieben werden können. Auch die restlichen Anträge, die in der Motion zur Überprüfung und gesetzlichen Umsetzung aufgeführt werden, sind folgerichtig und werden von der FDP-Fraktion unterstützt.
Einem allfälligen Antrag der Regierung, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, wird die FDP-Fraktion nicht zustimmen. Sie wird dem Antrag der Kommission Folge leisten und der Überweisung der Motion einstimmig zustimmen.

Stefan Gisler hat, als der Kantonsrat zu Beginn des letzten Jahres diese Kommission mit den vom Kommissionspräsidenten skizzierten Aufträgen einsetzte, nicht erwartet, dass diese einen derart fundierten und aussagekräftigen Bericht sowie eine derart klare Motion mit handfesten Vorschlägen erarbeitet. Sein Dank geht da-

her an alle Kommissionsmitglieder, die eine aufwendige, seriöse Arbeit mit viel Sachverstand geleistet haben. Die AGF unterstützt die von der Kommission in Bericht und Motion eingestellten Forderungen explizit. Dabei ist es wichtig und richtig, dass die Kommission den Blick auf die Zukunft richtet. Sie zeigt den Weg auf, wie Kanton und Gemeinden zu besser koordinierten und leistungsstarken IT-Dienstleistungen kommen, zu einer IT, die in der Lage sein soll, auch komplexe Projekte professionell und effizient umzusetzen.
Der Bericht vermittelt aber auch einen tiefen Einblick in den Werdegang eines Projekts, das man als kleinen Spaziergang in Angriff nahm und welches sich als Gebirgsmarathon bei schlechten Wetterbedingungen entpuppte, der abgebrochen werden musste. Es fehlte der kompetente Bergführer für die schlecht vorbereitete und ausgerüstete Wandergruppe, zusammengesetzt aus Gemeinden, AIO und Direktion des Innern. Auch das externe Navigationsgerät versagte. Dabei zeigt die Kommission in ihrem Bericht auf Seite 35 auf, dass es sich nicht um einen Einzelfall handelt, sondern dass zwei weitere ISOV-Anwendungsprojekte – Steuern und Grundbuch – ebenfalls in Bergnot gerieten und die Reise abgebrochen werden musste. Das abgebrochene Steuerprojekt wurde von der Kommission kurz beleuchtet, und es ist bemerkenswert, dass auch dort trotz deutlich besserer Voraussetzungen – nämlich einem mehrköpfigen, professionellen IT-Team innerhalb der Steuerverwaltung – noch mehr Geld als im ISOV-Projekt Einwohnerkontrolle in den Sand gesetzt wurde, nämlich rund 5 Millionen Franken. Dazu will der Votant vom Finanzdirektor konkret wissen, welche grossen IT-Projekte zurzeit noch in der *Pipeline* sind, und um wieviel Geld es dabei noch geht. Auch möchte er vom Finanzdirektor wissen, wie sich die Situation bei der ISOV-Steuerlösung generell präsentiert – das Projekt wurde ja abgebrochen –, bis wann diese dann doch abgelöst werden muss und wie teuer diese Ablösung werden könnte. Und wie sieht es allenfalls bei weiteren ISOV-Anwendungen aus?
Was die Projektführung und Projektabwicklung bei EK V5 betrifft, listet der Bericht der Kommission gut nachvollziehbar eine Reihe von Fehlern auf. In der Gesamtschau werden die Fehler aber relativiert, weil es offenbar übergeordnete strukturelle Probleme sind, die den Erfolg vereitelten. Der Kommissionsbericht identifiziert auch das Fehlen einer Strategie für die Ablösung der ISOV-Plattform. Dieses ungelöste Problem kommt dem Kanton nun teuer zu stehen. Ein weiteres Problem ist, dass die Direktionen auf das fachliche *Knowhow* der kantonalen Informatikstelle, des AIO, angewiesen sind. Dieser Support fehlte gemäss Kommission dem Projekt EK V5 offenbar. Die Kommission schreibt im Bericht, dass das AIO als eigentliches Kompetenzzentrum trotz Einsitz im Projektausschuss «keine konstruktiven Schritte zur Verbesserung der Situation» unternahm. Die Kommission weist auf bis zum Schluss nicht gelöste Stabilitäts- und Performanceprobleme hin, die ein zentrales Element für das Scheitern waren. Auch das dahinter steckende strukturelle Problem deckt die Kommission auf: die Aufgabenteilung zwischen Direktionen, Ämtern und dem AIO ist nicht sinnvoll organisiert.
Der Kommissionspräsident sprach auch die Verantwortung des Lieferanten an. ISOV ist ein IBM-System, das Mainframe-System stammt ebenfalls von IBM, und IBM war auch der Lieferant der neuen EK-V5-Software. Und dann – zu lesen im Bericht auf Seite 22 – wird der Kanton Zug nicht einmal informiert, wenn IBM sich entscheidet, diese Software doch nicht – wie abgemacht – als Standard-Software für die ganze Schweiz weiterzuentwickeln, sondern daraus eine Zuger Insellösung zu machen. Auch IBM trägt eine Mitverantwortung für das Scheitern.
Die AGF befürwortet im Sinne der Motion eine neue kantonale IT-Strategie. Im Bericht der Kommission liest man, dass die Kommission sehr beunruhigt ist über das «von Formalismen und Misstrauen geprägte» Verhältnis zwischen Kanton und Ge-

meinden im IT-Bereich. Hier scheinen seit längerem tiefgreifende Probleme zu existieren. Darum ist die Forderung der Kommission, «eine Neubeurteilung der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton mit externer Hilfe» vorzunehmen, für die AGF eigentlich die wichtigste Schlussfolgerung des Berichts. Die künftige kantonale IT-Struktur und -Strategie muss neu ausgerichtet werden. Darum unterstützt die AGF die Kommission, wenn sie prüfen lassen will, ob ein von Gemeinden und Kanton gemeinsam geführtes, neues IT-Kompetenzzentrum – in welcher Rechtsform auch immer – eine gute Lösung darstellt; die Kantone Ob- und Nidwalden geben hier ein gutes Beispiel. Dazu bräuchte es wohl ein neues IT-Rahmengesetz – und darum braucht es die Motion, ein Postulat kommt für die AGF nicht in Frage.
Ein spezielles Thema ist die inakzeptable Doppelrolle eines externen Beraters. Die schlechte Performance als grosse Projekthürde wurde schon erwähnt: Die neue IBM-Software lief nicht stabil und schnell genug. Zuerst wurden Überbrückungsmassnahmen für 590'000 Franken und dann eine vorgezogene Ersatzbeschaffung für 1,4 Millionen Franken, davon 230'000 Franken dem Projekt anrechenbar, vorgenommen. Das ist ein relevanter Teil der in den Sand gesetzten Gelder. Nun taxiert es die Kommission zu Recht als hochproblematisch, dass der für die Performance zuständige externe Berater der IT-Firma Fritz & Macziol dem Kanton Zug gleich auch noch die Hardware verkaufen konnte. Hier gibt es drei Probleme:
1. Diese Massnahmen führten laut Bericht zu einer nur unbedeutend höheren Leistungsfähigkeit des Systems.
2. Es zeugt, wie der Bericht aufzeigt, von bedenklicher *Compliance*, wenn der Berater, der die ungenügende Performance feststellt, auch gleich noch als Zwischenhändler eben diese Rechner verkaufen konnte. Diese Vergabe erfolgte laut einem Artikel im «Tages-Anzeiger» vom 15. Februar 2014 direkt und ohne Ausschreibung. Und gemäss «Tages-Anzeiger» hatte der Kanton Zug bereits 2008 auf diese Weise bei Fritz & Macziol einen Rechner für 1,4 Millionen Franken bestellt. Hier scheint es erneut ein strukturelles Problem zu geben: mangelnde *Compliance*-Vorschriften oder -Bewusstsein.
3. Bei besagtem Fritz & Macziol-Berater handelt es sich um eine der Personen, die im Zusammenhang mit dem Seco-Bestechungsskandal inhaftiert wurde. Im Januar 2014 liess der Finanzdirektor richtigerweise die Finanzkontrolle untersuchen, ob es auch in Zug zu Unregelmässigkeiten gekommen sei. Im Februar gab der Finanzdirektor mittels Medienmitteilung Entwarnung: Die Sonderprüfung habe ergeben, dass es keine Hinweise auf Korruption beim AIO gebe. Gleichzeitig beauftragte der Finanzdirektor dennoch die Finanzkontrolle, zusätzliche Abklärungen im Bereich der Beschaffung vorzunehmen. Der Votant möchte nun wissen, ob der Finanzdirektor es angesichts der Feststellungen der IT-Kommission nicht doch für nötig hält, die Angelegenheit noch vertiefter abzuklären, auch bezüglich früherer Beschaffungen. Oder hat die Finanzkontrolle die angekündigten Zusatzabklärungen bereits vorgenommen, und wann liegt dazu ein definitiver Schlussbericht vor? Allenfalls müsste auch die Stawiko hier etwas nachhaken, schliesslich dient die Finanzkontrolle gemäss Finanzhaushaltgesetz auch direkt dem Kantonsrat.
Der Votant dankt nochmals allen Kommissionsmitgliedern. Die AGF steht hinter deren Bericht sowie hinter den zukunftsorientierten Motionsforderungen. Diese sollen schnellstmöglich umgesetzt werden.

Alois Gössi erinnert an *Murphy's Law:* «Whatever can go wrong, will go wrong», zu Deutsch: «Alles, was schiefgehen kann, *wird* schiefgehen.» Das IT-Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle, das vom Kanton Zug geleitet wurde, dessen Hauptnutzer und -anwender aber die Einwohnergemeinden gewesen wären, war ein solches Projekt. Es ging sehr vieles, wenn auch nicht alles schief bei diesem Projekt, wie der um-

fassende und aussagekräftige Bericht der vorberatenden Kommission zeigt. Sogar der Abbruch fällt unter Murphy's Law, wurde dafür doch der denkbar schlechteste Zeitpunkt gewählt: nachdem die grössten Investitionen getätigt worden waren und kurz vor der Einführung. Es wäre – wie sich im Nachhinein zeigt – wahrscheinlich besser gewesen, wenn man nach diesen grossen Investitionen nicht einfach aufgegeben, sondern noch einen Effort geleistet und die Software eingeführt hätte.
Es gab sehr viele Gründe für das Scheitern des Projekts. Zu nennen sind u. a.:
• Die Komplexität der Projektes wurde unterschätzt.
• Der Kanton nahm schlussendlich eine andere Rolle wahr, als er beabsichtigte, nämlich diejenige des Generalunternehmers statt des Auftraggebers.
• Die Direktion des Innern hatte zu wenig gute IT-Kenntnisse, und der IT-Projektleiter, der vom AIO zur Direktion des Innern wechselt, hatte zwar sehr gute Fachkenntnisse der bestehenden Applikation, war als IT-Projektleiter aber suboptimal eingesetzt.
• Die Ausbauten der zentralen Host-Infrastruktur wegen der Performance-Probleme verursachte unnötige Mehrkosten
Der Bericht zeigte die Probleme klar auf. Nicht aufgeführt hat der Votant das AIO, das aus Sicht der SP-Fraktion hier eine Hauptrolle spielt. Überspitzt gesagt, hat das AIO die Direktion des Innern voll ins Messer laufen lassen – auch wenn dies sicher keine bewusste Absicht war. Die bestehende Organisation bringt es aber mit sich, dass die Federführung bei IT-Projekten bei den verschiedenen Direktionen liegt und sich das AIO quasi nur am Rande bewegen kann oder muss. Das AIO hat das IT-Knowhow, muss es auch einbringen und dafür verantwortlich zeichnen. Es kann doch beispielsweise nicht sein, dass das AIO, nachdem das Projekt schon jahrelang lief, irgendwann zur Erkenntnis kommt, dass das geplante Produkt für die Einwohnerkontrolle eigentlich gar nicht in die Systemlandschaft passt.
Durch den Abbruch des Projekts gab es unnötige Ausgaben von 3,8 Millionen Franken, die in den Sand gesetzt wurden, und für die Einwohnerkontrolle es gibt weiterhin eine Software, die so bald als möglich ersetzt werden sollte. Das darf es nicht sein. Das Wichtigste ist aus Sicht der SP-Fraktion, nun die Lehren aus diesem Debakel, diesem Schlamassel zu ziehen. Die vorberatende Kommission hat hier gute Lösungsansätze geliefert und machte diverse Vorschläge für Verbesserungen. Die SP-Fraktion unterstützt ebenfalls die Forderung, im IT-Bereich das Verhältnis zwischen dem AIO und den Einwohnergemeinden anzuschauen. Die Gemeinden sind ja daran, eine eigene Lösung aufzugleisen. Sinnvoll könnte sein, dass die IT des Kantons mit dem AIO und diejenigen der Einwohnergemeinden eine Kooperation wählen. Dass dies geht und erst noch gut geht, zeigt das Beispiel der Kantone Nid- und Obwalden, wo es eine gemeinsame IT-Organisation gibt und sowohl die Kantone wie auch die Einwohner- und andere Gemeinden keinen eigenen IT-Bereich mehr haben. Abklärungen durch neutrale Experten, also nicht aus dem AIO, unterstützt die SP ebenfalls. Sie unterstützt auch die von der Kommission eingereichte Motion; deren Umwandlung in ein Postulat lehnt sie ab.

Anna Bieri spricht für die CVP-Fraktion. Im vorliegenden Informatikprojekt ist einiges schiefgelaufen. In intensiver Arbeit hat die Kommission einen Einblick gewinnen können und kommt parteiübergreifend einstimmig zum Fazit: Das darf nicht mehr vorkommen! Die Tatsache, dass dieses Debakel passieren konnte, zeigt, dass einige Mechanismen nicht so spielen, wie sie sollen. Hier wollen die Kommission und auch die CVP-Fraktion ansetzen. Es soll niemandem die Rote Karte gezeigt und niemand vom Platz gestellt werden, aber zumindest eine Gelbe Karte als Verwarnung gibt es. Zudem muss es ein *Time Out* geben, in welchem neue Taktiken und Aufstellungen gewählt werden.

Für die CVP-Fraktion ist es nicht verwunderlich, dass dieses Projekt mit dieser Startaufstellung nicht reüssieren konnte: Man sucht einen Generalunternehmer, der eine Standardlösung bringt, bekommt weder das eine noch das andere – und keiner merkt es! Der Kanton Zug wurde vom Software-Hersteller gefoult, und der Schiedsrichter hat es nicht gesehen. Der Votantin standen teilweise die Haare zu Berge, was die Leistungen bzw. Nichtleistungen dieser Firma und auch weiterer Beteiligter betraf. Es ist jedoch müssig, nach verlorenem Spiel den Gegner dafür verantwortlich zu machen. Er war schlicht besser aufgestellt, insbesondere in der Defensive. Man hat nun, nach dem Schlusspfiff, keine juristische Handhabe, wie dies auch der Projektbericht der Arbeitsgruppe festhält. Der Ball liegt jetzt beim Kantonsrat bzw. bei den zuständigen Behörden, eine Aufstellung zu finden, mit welcher man nicht mehr derart ausgedribbelt wird.
Für die CVP-Fraktion ist klar, dass hier angesetzt werden muss: Wie können solche Fehleinschätzungen und mangelhaften Projekte verhindert werden? Sollte es trotzdem zu einem solchen Fehlstart in einem Millionenprojekt kommen, muss das festgestellt und sofort aufgefangen werden können. Zu lange wurde nicht, nur wenig oder konsequenzfrei interveniert. Dies führt nun in den Nachuntersuchungen zu Misstrauen und Schuldzuweisungen, ohne dass jemand die Verantwortung übernehmen wird. Dies wurde im Verlauf der Kommissionsarbeit klar. Natürlich könnte man nun viele Kommissionssitzungen lang weiteruntersuchen. Das Resultat würde dasselbe bleiben: Es sind Fehler passiert, welche Kosten verursachten, und die Kontrollmechanismen haben nicht oder erst in der Schlussphase gegriffen. Der CVP ist jedoch der Blick nach vorne wichtiger. Welche Schlüsse und Konsequenzen müssen gezogen werden? Der Kommissionspräsident hat sie bereits genannt:
1. Kompetenzen und Verantwortlichkeiten müssen klar definiert sein.
2. Dabei haben die jeweiligen Kompetenzträger über genügend IT-Wissen und auch juristisches Wissen zu verfügen. Es geht hier nicht um die Anschaffung von Bleistiften, sondern um ein komplexes Gebiet, in welchem die Partner und Gegenüber kompetent und selbstbewusst auftreten.
3. Man muss als Mannschaft die Rollen klar definieren, aber nicht auf seiner Position be- und verharren. Die fachliche, respektvolle Zusammenarbeit unter den Direktionen und Ämtern, den Gemeinden und dem Kanton muss sichergestellt werden. Das bedingt nicht zwingend, aber möglicherweise eine Zentralisierung, zumindest aber glasklar zentral geregelte Kompetenzzuweisungen. Mit dem AIO *hat* der Kanton Zug ein Wissens- und Kompetenzzentrum. Hier muss aber feststehen, welche Verpflichtungen und eben auch welche Befugnisse dieses hat. Wenn eine Direktion in ein IT-Debakel rennt, soll das AIO nicht nur mit der Notfallfahne winken und mit untergehen können.
4. Wer hat das Gesamte im Griff? Passen die Schnittstellen? Wer pflegt die Gesamtarchitektur? Diese Aufgaben, aber damit verbunden auch die Kompetenzen, sollen klar sein.
Die Rückmeldung, dies sei doch alles bereits klar definiert, wäre nicht angebracht. Immerhin konnte ISOV EKV 5 im heutigen System scheitern. Dass der Regierungsrat willens ist, diese Forderungen aufzunehmen, ist der Interpellationsantwort zu entnehmen. Es liegt schlussendlich auch im eigenen Interesse der Regierung, alles andere wäre ein Eigengoal.
Die Votantin dankt Norbert Hoffmann und Elisabeth Heer für den guten Support in der intensiven Kommissionsarbeit und allen Beteiligten für die Bereitschaft, bei einem nächsten Projekt als Team aufzutreten und die Tore auf der richtigen Seite zu schiessen.
Zum Votum von Alois Gössi: Die Votantin hat – auch wenn man ihr vorwerfen wird, sie wolle ihren Regierungsrat schützen – Verständnis für den Abbruch des Pro-

jekts. Es bestanden nach wie vor Mängel, die Performance war schlecht, vieles war noch nicht getestet, und die Aussicht auf Erfolg war gering; dies hält auch der Kommissionsbericht fest. Man kann – wie die Kommission – argumentieren, man hätte eine genauere Kosten-Nutzen-Betrachtung machen sollen. Der ganze Prozess ISOV EKV 5 erinnert aber an den Spiel-*Junkie* vor dem Geldautomaten, der seinen letzten Franken reinsteckt in der Hoffnung, dieses Mal zu gewinnen: Irgendwann muss man dem *Junkie* den Automaten oder das Geld wegnehmen. Dieses Projekt war derart an die Wand gefahren, dass jede Verlängerung heute im Kantonsrat zu massiven Vorwürfen und insgesamt garantiert zu mehr Kosten geführt hätte.
Die CVP-Fraktion nimmt den Bericht und die Interpellationsantwort zur Kenntnis, entlässt die Kommission und wird die Motion an den Regierungsrat überweisen.

Philip C. Brunner äussert sich als Einzelsprecher, weiss aber, dass auch verschiedene Mitglieder seiner Fraktion hinter seinen Aussagen stehen. Auch er dankt für die Arbeit, die von der Kommission, von den externen Experten und von der Sicherheitsdirektion geleistet wurde. Der Kantonsrat kann nun – wie die Regierung vorschlägt – die vorliegende Motion in ein Postulat umwandeln und die Sache dann vergessen. Es wurde aber sehr viel Geld ausgegeben – schlussendlich ein sechsstelliger Betrag –, um den vorliegenden Bericht, der auch die Grundlage der Motion bildet, vorlegen zu können. Der Votant empfiehlt deshalb, die Motion zu überweisen und nicht auf den Antrag der Regierung auf Umwandlung in ein Postulat einzugehen. Andernfalls würde es nämlich weiterhin solche Debakel geben. Heute ist der historische Tag der Umkehr, und die entsprechenden Grundlagen liegen vor. Nimmt man das von Stefan Gisler entwickelte Bild einer Bergwanderung auf, dann ist in dieser Angelegenheit der Chef des AIO der Bergführer. Dieser Bergführer muss abgelöst werden, damit solche Bergtouren künftig erfolgreich abgeschlossen werden können. Zudem müssen die Partner auf dieser Bergtour – die Gemeinden – eingebunden werden. Wenn das nicht geschieht, ergeben sich Doppelspurigkeiten, die sowohl auf Stufe Gemeinden wie auf Stufe Kanton sehr teuer sein werden. Die Reiseleitung auf dieser Bergwanderung ist der Regierungsrat, und auch hier hat der Votant eine klare Forderung: Regierungsrat Hegglin muss auf die Kommandobrücke. Er kann nicht fünfzig Halbtage im Jahr in Bern bei Bundesrätin Widmer-Schlumpf verbringen, das schwächt ihn. Er ist hier im Kanton Zug gefordert. Der Umbau hier ist prioritär, denn wenn dieser schiefgeht, werden sich künftige Kantonsräte über die Budgets die Köpfe zerbrechen müssen. Betrachtet man die Gesamtlage, nämlich die dunklen Finanzwolken hinter den Bergen, wird sich der Kantons Zug diese Doppelspurigkeit nicht leisten können. Finanzdirektor Hegglin ist aufgerufen, nach Zug zurückzukehren und hier seine Verantwortung wahrzunehmen. Es braucht jetzt die Führung durch die ganze Regierung, um das verlorene Vertrauen wieder herzustellen. Der Votant muss den Finanzdirektor aber auch in Schutz nehmen, hat er in der Schlussphase doch genau das Geforderte getan: Er ist hingestanden. Er ist also nicht für alles verantwortlich, sondern hat versucht zu retten, was zu retten war. Leider aber war die Bergwanderung bereits so schlechtes Wetter geraten, dass sich das Unglück nicht mehr abwenden liess. Jetzt aber muss der Finanzdirektor die entsprechenden Konsequenzen ziehen.
Eine positive Seite am Ganzen ist vielleicht, dass die in den Sand gesetzten Millionen und auch das Geld, das die Untersuchungskommission gekostet hat, um etwas Licht ins Dunkel zu bringen, noch relativ wenig ist im Verhältnis zu den Kosten, die drohen, wenn man auf dem gleichen Kurs weitermacht.

Eusebius Spescha: Dass IT-Projekte schieflaufen, ist nicht aussergewöhnlich, weder beim Staat noch in der Privatwirtschaft. Der Votant hatte deshalb relativ ge-

ringe Erwartungen an den Bericht der Kommission. Er hat sich darin vollumfänglich getäuscht: Der Bericht ist sehr differenziert und aussagekräftig. Auch die Schlussfolgerungen sind gut nachvollziehbar, und es ist richtig, diese ernst zu nehmen.
Eine Schlussfolgerung aber wurde noch nicht gezogen. Der Votant versteht zugegebenermassen nur wenig von IT, aber er versteht viel von Führung und Organisation. Und für ihn ist nach diesem Bericht klar, dass es nicht nur um neue oder bessere Strukturen geht, sondern auch darum, dass das AIO mit einer völlig verfehlten Haltung arbeitet, dass dort offensichtlich Personen am Werk, die nicht bereit sind, die Verantwortung wahrzunehmen, die dem AIO als zentrale Drehscheibe im IT-Bereich zukommt. Hier hat die Regierung neben dem Auftrag, die Motion umzusetzen, auch die Aufgabe, in personeller Hinsicht genau hinzublicken, die federführenden Personen des AIO in Frage zu stellen und vermutlich auch auszuwechseln.

Thomas Lötscher dankt für die gute Arbeit, welche die Kommission in Hinblick auf die Zukunft geleistet hat. Die Zusammenhänge sind komplex und gewisse aufgedeckte Sachverhalte befremdend. Die folgenden drei Erkenntnisse führen den Votanten zu einer Frage:
• Erstens: Die – nach Meinung des Votanten übereilte – Vereinbarung zur Abgeltung sämtlicher Ansprüche verunmöglicht eine Schadenersatzforderung des Kantons gegenüber dem Anbieter.
• Zweitens: Der Abbruch unmittelbar vor den Abnahmetests verunmöglicht eine seriöse Bestandesaufnahme.
• Drittens: Der Mitarbeiter des Hardware-Lieferanten nahm eine Doppelrolle als Mitarbeiter einerseits dieses Lieferanten und andererseits im Projekt ein.
Daraus und in Verbindung mit der unnützen Hardware-Aufrüstung kurz vor Projektabbruch ergibt sich für den Votanten die folgende Frage an den Kommissionspräsidenten: Wie gut konnte abgeklärt werden und wie sicher ist sich die Kommission, dass in dieser Angelegenheit Korruption ausgeschlossen werden kann?

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** weist auf die zeitliche Koinzidenz hin, dass, während die Kommission tagte, im «Tages-Anzeiger» die Affäre im Seco hochgekocht wurde, mit den Hinweis, dass das AIO auf einer Abrechnung aufgeführt sei. Darauf wurde – wie erwähnt – in Absprache mit dem Stawiko-Präsidenten und dem Votanten die Finanzkontrolle eingeschaltet. Diese klärte die Angelegenheit nach Ansicht der Kommission seriös ab und gelangte zur Erkenntnis, dass keine Korruption vorliegt. Die Kommission nahm dieses Ergebnis zur Kenntnis und war befriedigt darüber, dass keine weiteren Abklärungen notwendig sind.
Philip C. Brunner hat gesagt, die Kommission habe Kosten in sechsstelliger Höhe verursacht. Das stimmt nicht. Die Kosten lagen im fünfstelligen Bereich.

Philip C. Brunner kennt diese eine Zahl, weiss nicht aber, was beispielsweise die Arbeit der Kommissionsmitglieder oder der Mitarbeiter der Sicherheitsdirektion gekostet hat, die an diesem 47-seitigen Bericht mitgewirkt haben. Eine genaue Zahl wird es wahrscheinlich nie geben, aber der Votant hat den Gesamtaufwand auf 100'000 Franken geschätzt. Dazu steht er weiterhin. Diese Grössenordnung stimmt – auch wenn es am Schluss dann nur 88'000 Franken sein sollten.
Zu betonen ist, dass sowohl der Kommissionsbericht als auch die Interpellation und die Motion über alle Parteigrenzen hinweg einstimmig unterstützt wurden. Als Kommissionsmitglied hätte der Votant im Bericht den Finger noch etwas mehr auf die Informatikverordnung (ITV) vom 29. Juni 2004 gelegt. Die ITV ist das Feigenblatt, welches das AIO ständig vor sich hergetragen und womit es begründet hat, dass es seine Verantwortung nicht habe wahrnehmen können. Die ITV – so der Wunsch

an den Finanzdirektor – muss überprüft werden, was der Regierungsrat in eigener Kompetenz tun kann. Die ITV war ein wesentlicher Teil der Entschuldigungshaltung des AIO und speziell des Verantwortlichen des AIO, der sich immer wieder darauf berufen hat. Diese Verordnung muss weg.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern: Die Ad-hoc-Kommission zur Untersuchung der IT-Projekte hat eine komplexe Materie zügig und gründlich aufgearbeitet. Ihre Schlussfolgerungen sind das Resultat einer eingehenden Auseinandersetzung mit einem sehr komplexen Projekt, wofür die Direktorin des Innern der Kommission, ihrem Präsidenten und den externen Mitwirkenden bestens dankt. Dass der Bericht wie auch die zwei Vorstösse der Kommission einstimmig verabschiedet wurden, verleiht diesen ein grosses Gewicht.
Aus heutiger Sicht würde die Direktion des Innern sicher einiges anders und besser machen. Sie kommt daher zu ähnlichen Schlüssen wie die Kommission. Im Nachhinein ist man immer klüger. Das zeigt auch der Zeitpunkt des Projektstopps. Nach dem Scheitern des *Go-Live* im Dezember 2011 wurde mit allen zur Verfügung stehenden Fachpersonen ernsthaft über einen Projektstopp diskutiert. Tatsächlich hätte man – wie im Kommissionsbericht erwähnt – schon damals entscheiden können, das Projekt zu stoppen. Im Bericht wird aber korrekt darauf hingewiesen, dass der Entscheid zur Weiterführung in enger Absprache mit allen Beteiligten getroffen wurde. Im Zuge dieser Diskussion Ende 2011 erkannte die Direktion des Innern, dass sie intern mehr IT-Knowhow benötigte, und nahm sofort die Rekrutierung eines fachlich versierten Informatikkoordinators an die Hand. Aus heutiger Sicht erfolgte dieser Schritt sicher zu spät. Leider hat es dann trotz eines grossen Efforts vieler Beteiligter bei den Gemeinden, beim Kanton und von Externen doch nicht gereicht. Die Direktorin dankt allen, die trotz der schwierigen Umstände 2012 nochmals alles gegeben haben. Sie bedauert sehr, dass dieses riesige Engagement nicht zu einem erfolgreichen Projektabschluss führen konnte.
Wichtig ist nun, in die Zukunft zu blicken und die richtigen Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen zu ziehen. Die Kommission hat dazu mit ihrem Bericht eine gute, tragfähige Grundlage geschaffen, wofür ihr die Votantin dankt. Der Regierungsrat wird diese Grundlage sicher intensiv diskutieren.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass man im Nachhinein immer klüger ist. Das gilt hier auch für den Finanzdirektor: Er hätte den Stecker früher herausziehen müssen. In diesem Punkt geht er mit Philip C. Brunner einig, dessen weitere Vorwürfe aber weist er vollumfänglich zurück.
Die Kommission hat versucht, objektiv zu arbeiten und in die Tiefe zu gehen, und der Kommissionspräsident hat die Erkenntnisse auch objektiv dargelegt. Der Finanzdirektor attestiert auch, dass der Bericht sehr viele gute Empfehlungen enthält, welche die Finanzdirektion im Übrigen bereits aufgenommen hat und umsetzt. So werden entsprechende Projekte etwa vermehrt zentral geführt, was allerdings auch mit mehr Aufwand verbunden ist: Der – vorhin kritisierte – Formalismus nimmt zu, es muss mehr dokumentiert und abgelegt werden. Wenn alles umgesetzt werden soll, wird das mehr kosten und mehr Stellen benötigen. In diese Richtung wird die Umsetzung der Motion bzw. – wie vom Regierungsrat empfohlen – des Postulats wahrscheinlich also gehen.
Der Finanzdirektor bedauert, dass er keine Möglichkeit hatte, zum Kommissionsbericht Stellung zu nehmen. Wenn die Finanzkontrolle eine Amtsrevision durchführt, kann die Finanzdirektion jeweils zu ihrem Bericht Stellung nehmen und auf allfällige Fehler oder Falschinterpretationen hinweisen. Das war im vorliegenden Fall leider nicht möglich.

Zur Informatik generell: Aus den vorherigen Voten könnte man entnehmen, dass die kantonale IT in einem desolaten Zustand sei. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Die schweizerischen Informatikkonferenz erstellt jedes Jahr Kennzahlen zur Informatik, und der Kanton Zug liegt mit seinen Informatikkosten im Vergleich zur Anzahl Verwaltungsangestellter im schweizerischen Durchschnitt, dies bei einer guten Leistung: Das AIO erfüllt seine im Leistungsauftrag definierten Ziele zu 99,5 oder gar 99,9 Prozent. Zu beachten ist, dass der Kanton Zug Lizenzen für über 600 mehr oder weniger komplexe Fachanwendungen hat. Jedes Jahr müssen rund vierzig davon erneuert oder ersetzt werden. Letztes Jahr waren es – wie aus dem Geschäftsbericht 2013 hervorgeht – 43 solcher Projekte, wobei bei drei Vierteln die Federführung bei den Fachämtern lag. Bisher galt nämlich, dass die Fachämter für die Fachanwendungen verantwortlich sind, da ja sie den Mercedes oder den VW zur Lösung einer Softwarefrage bestellen. Diese dezentrale Organisation ist in der ITV festgehalten. Wenn nun eine zentrale Lösung als besser erachtet wird, ist der Regierungsrat bereit, dies zu prüfen und – wenn es sich als notwendig erweist – auch umzusetzen.

Der Finanzdirektor wehrt sich – wie gesagt – gegen die Aussage, die kantonale IT sei in einem desolaten Zustand. Es gibt einzelne Projekte, die Probleme verursacht haben. Speziell erwähnt wurde das Projekt ISOV-Steuern, bei dem es angeblich ebenfalls einen Totalverlust gegeben habe. Das ist falsch. Das ursprüngliche Projektbudget betrug 7,2 Millionen Franken, wobei geplant war, die vorhandene Software durch eine neue Programmiersprache abzulösen; die Programmierer der alten Lösung werden allmählich pensioniert, und die nachkommenden Programmierer kennen die alte Programmiersprache nicht mehr. Im Verlauf des Projekts stellte man aber fest, dass es IBM nicht gelingt, die Software auf die neue Programmiersprache zu migrieren. Es kam deshalb zu einem Abbruch, wobei die bereits angefallenen Kosten von 4,8 Millionen Franken mit IBM verrechnet wurden: IBM muss diese Kosten bis heute bei der Erfüllung der Wartungsaufträge anrechnen. Das ist mit IBM vertraglich geregelt, die Finanzkontrolle hat das entsprechend geprüft.

Zurück zum Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle: Es war die Rede von der Doppelrolle eines Lieferanten. Erstaunt hat den Finanzdirektor, dass IBM im Bericht ungeschoren davonkommt. Der Kanton hat im Rechenzentrum IBM-Hardware und wollte deshalb auch eine IBM-Software beschaffen, natürlich mit entsprechender Projektunterstützung durch IBM. Man ging davon aus, dass ein Mercedes mit einem Mercedes-Motor auch wirklich fährt. Was aber war das Resultat? Die IMB-Software – man hatte von einer Standard-Lösung zu einer Individual-Software gewechselt – lief auf dem kantonalen Rechner nicht. Nun mussten natürlich die IBM-Berater die benötigte Rechnerleistung definieren, das konnten die AIO-Mitarbeiter nicht. Anfänglich war nur die Software, aber keine Rechnerleistung bestellt worden. Erst bei der Installation der Software zeigte sich, dass die Rechnerleistung nicht genügte, worauf sie gemäss Empfehlung des Lieferanten erhöht wurde. Im Übrigen wurde die Rechnerleistung um 360 Prozent erhöht, nicht um 17 Prozent, wie es im Kommissionsbericht steht. Das alles ist betrüblich, aber man darf auf dem Hintergrund der Seco-Vorfälle daraus nicht ableiten, dass auch im Kanton Zug Korruption im Spiel war. Eine solche Konstruktion ist nicht korrekt. Der Bericht der Finanzkontrolle liegt vor und soll noch vor den Sommerferien vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen werden; die Frage ist dann, wie er allenfalls kommuniziert werden soll. Auf dem geschilderten Hintergrund ist der Finanzdirektor – wie gesagt – erstaunt, dass der Hauptlieferant IBM, der für seine Leistungen *sehr* viel Geld erhalten hat, nicht mehr in die Verantwortung genommen wird.

Es ist richtig, dass früher eine ganze Gruppe von Fachanwendungen – Steuern, Grundbuch, Handelsregister, Einwohnerkontrolle, Personaladministration – unter

ISOV liefen. Diese Strategie gilt heute nicht mehr. Sie wurde abgelöst durch eine «*Best of breed*»-Strategie: Die besten Fachlösungen werden zu einem guten Preis beschafft und mit Schnittstellen verbunden. Das wurde bei der Personal- und Grundbuch-Software bereits umgesetzt, und auch bei der Einwohnerkontrolle will man so vorgehen. Es braucht also keine ISOV-Lösung mehr, zumal ISOV von IBM nicht mehr weiterentwickelt wird und auch dort die entsprechenden Fachleute zunehmend in Pension gehen.
Für die Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden im IT-Bereich gibt es die sogenannte Informatikkonferenz, die der Finanzdirektor schon seit zwölf Jahren präsidiert. Der Kanton hat mit den Gemeinden einen Grundvertrag sowie Dienstleistungsverträge für einzelne Software-Lösungen, die gemeinsam genutzt werden, so etwa die Einwohnerkontrolle oder die Buchhaltung. Diese Zusammenarbeit läuft grundsätzlich gut, auch wenn es vielleicht mal unterschiedliche Ansichten gibt. Irgendwelche Mängel sind den Finanzdirektor nicht bekannt. Was fehlt, ist ein gemeinsames Rechenzentrum; auch partizipieren die Gemeinden bisher nicht an den PC-Ersatzbeschaffungen des Kantons, obwohl ihnen diese Möglichkeit angeboten wird.
Es ist richtig, dass die Gemeinden sich Gedanken zur Organisation ihrer IT machen. Natürlich sind die Gemeinden eigene Körperschaften, der Kanton hat aber immer signalisiert, dass er offen ist für eine vermehrte Zusammenarbeit. Die Gemeinden sind – mit einem externen Experten – schon seit mehr als einem Jahr an der Arbeit, dem Finanzdirektor sind aber erst Zwischenergebnisse bekannt. Damit ist auch gesagt, dass die Umsetzung der vorliegenden Motion nicht nur vom Kanton, sondern auch von den Gemeinden abhängt – wenn man sich denn für eine gemeinsame Lösung entscheidet. Und das Beispiel ZFA zeigt, dass es mehr als ein paar Monate dauert, um solche gemeinsamen Lösungen umzusetzen. Es braucht für die Motion deshalb das vorgesehene Jahr, andernfalls wird die Lösung nicht ausgereift sein – und das Ziel sollten doch gute und tragfähige Lösungen sein.
Der Projektabschluss war nicht überhastet. Ein *Testing* hätte nichts gebracht, denn man hätte die bis dahin erarbeitete Software-Lösung nicht mehr in das System implementiert. Es fehlte noch so viel an dieser Lösung, dass im Januar auch von Seite der Projektleitung gesagt wurde, man könne die noch zu erwartenden Kosten erst im April oder Mai beziffern – und dies ohne die Garantie, dass die Lösung dann auch wirklich laufen würde. Es ist deshalb nicht zielführend, sich noch weitere Gedanken zu dieser Lösung zu machen. Vielmehr soll man nun nach vorne schauen, und versuchen, die jetzige Lösung EK V4 zügig abzulösen, was auch dem Wunsch der Gemeinden entspricht. Der Finanzdirektor hat die Führung dieses Projekts übernommen, auch wenn das eigentlich nicht seine, sondern eine Aufgabe der Gemeinden wäre. Die Gemeinden haben das Angebot, die Verantwortung für diese gemeindliche Fachlösung zu übernehmen, ausgeschlagen, weshalb der Finanzdirektor weiterhin auf der Kommandobrücke steht. Er ist überzeugt, dass dieses Projekt erfolgreich umgesetzt werden kann – wenn ihm der Kantonsrat die Möglichkeit zur Weiterführung gibt. Einfach zuzuwarten, bringt auf jeden Fall nicht viel.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** möchte klarstellen, dass in Zusammenhang mit dem *Upgrade* offenbar ein Missverständnis vorliegt. Die Zahl im Kommissionsbericht bezieht sich nicht auf Erhöhung der Rechnerleistung, sondern auf die Differenz zwischen dem Ausbau der vorhandenen Hardware und einer Ersatzbeschaffung. Und das sind tatsächlich nur 17 Prozent. Die Angabe im Kommissionsbericht ist also korrekt.

➔ Der Rat erklärt mit 71 zu 1 Stimmen den Auftrag der Kommission als erledigt.

1107 Traktandum 5.3 (vorgezogen): **Interpellation der Ad-hoc Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung vom 12. Juni 2014 (Vorlage 2408.1 - 14708)**

Finanzdirektor **Peter Hegglin** beantwortet die Interpellation mündlich und hält einleitend fest, dass die Ad-hoc Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle am 12. Juni 2014 eine Motion mit Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von komplexen Informatikprojekten in der kantonalen Verwaltung eingereicht hat (Vorlage 2407.1 - 14707). Darin wird der Regierungsrat beauftragt, die Empfehlungen im Untersuchungsbericht vertieft zu prüfen und verbindlich gesetzlich umzusetzen. Im Zusammenhang mit dieser Motion hat die Kommission auch eine Interpellation eingereicht. Darin wird der Regierungsrat eingeladen, drei Fragen zum weiteren Vorgehen zu beantworten. Der Regierungsrat beantwortet diese Fragen wie folgt:

• Antwort auf Frage 1 *(«Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Erkenntnisse der Kommission in laufende und künftige IT-Projekte fliessen?»):* Der Untersuchungsbericht der Ad-hoc-Kommission empfiehlt, die in der Informatikstrategie und der Informatikverordnung verankerte Aufteilung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung bei komplexen IT-Projekten zu überprüfen und anzupassen. Der Regierungsrat wird dem Kantonsrat in seiner Antwort zur eingangs erwähnten Motion detailliert Bericht zu den einzelnen Empfehlungen der Kommission erstatten. Er wird dem Kantonsrat Umsetzungsvorschläge unterbreiten und Anträge betreffend Erheblich-, Teilerheblich- oder Nichterheblicherklärung der einzelnen Empfehlungen stellen. Der Bericht wird auch Hinweise zu den personellen und den damit verbundenen finanziellen Auswirkungen enthalten. Nach erfolgter Beratung im Kantonsrat wird der Regierungsrat die erforderlichen Anpassungen an der IT-Strategie und der Informatikverordnung sowie im organisatorischen und personellen Bereich in die Wege leiten.
Im Übrigen hat der Regierungsrat die Klärung der Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Gemeinden im Bereich der Informatik bereits für 2015/2016 als Legislaturziel vorgegeben. Zudem hat der Regierungsrat das Amt für Informatik und Organisation (AIO) im Rahmen der Leistungsaufträge für 2015 beauftragt, die Informatikstrategie zu überprüfen, wo nötig anzupassen und dem Regierungsrat zum Beschluss vorzulegen. Man sieht: Viele Empfehlungen der Kommission wurden also schon übernommen. Wo sinnvoll und möglich wird der Regierungsrat die Erkenntnisse der Ad-hoc-Kommission bzw. aus dem Projekt ISOV EK V5 schon bei laufenden komplexen IT-Schlüsselprojekten berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für das Nachfolgeprojekt «Neues Einwohnerkontrollregister Zug» (NERZ). Bei diesem wird für die Implementierungsphase das Organigramm analog der Empfehlung auf Seite 43 des Untersuchungsberichts angepasst.

• Antwort auf Frage 2 *(‹Ist der Regierungsrat bereit, die Forderungen der Kommission möglichst rasch zu prüfen und dem Kantonsrat den Bericht und Antrag bezüglich Erheblicherklärung bis spätestens an der letzten Kantonsratssitzung der auslaufenden Legislatur 2011–2014 am 11. Dezember 2014 zu unterbreiten?»):* Der Regierungsrat beurteilt die Empfehlungen der Ad-hoc-Kommission als wesentlich und prüfenswert und wird sie in die geplante Überarbeitung der Informatikstrategie einbeziehen. Aufgrund der komplexen Fragestellungen und Abklärungsaufträge würde eine Verkürzung der Antwortfrist auf fünf Monate eine seriöse Beantwortung des parlamentarischen Vorstosses jedoch verunmöglichen. Im Übrigen sind auch die Gemeinden betroffen und müssen angemessen miteinbezogen werden. Gemäss

§ 39 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats hat der Regierungsrat den Bericht und Antrag betreffend Erheblich- oder Nichterheblicherklärung der Motion binnen Jahresfrist seit Überweisung zu Händen des Kantonsrats zu verabschieden. Für eine seriöse Erledigung der gestellten Aufgabe wird diese Zeit benötigt.

• Antwort auf Frage 3 *(«Ist der Regierungsrat bereit, Projekte wie z. B. das Nachfolgeprojekt ‹Neues Einwohnerkontrollregister Zug› zu sistieren, bis die Forderungen der Motion umgesetzt sind?»):* Schon beim Start von EK V5 im Jahre 2006 wurde auf die zeitliche Dringlichkeit der Ablösung von EK V4 hingewiesen. Diese Software, seit 1995 in Betrieb, ist veraltet und im Unterhalt sehr teuer. Die Akzeptanz der Software-Lösung ist bei den Benutzerinnen und Benutzern nicht mehr gegeben, und die Einarbeitungszeiten für neue Mitarbeitende sind hoch. Das Know-how ist sowohl beim Kanton als auch bei der Software-Lieferantin nur noch für zwei bis drei Jahre gesichert; es stehen Pensionierungen von Schlüsselpersonen an. Die Ablösung der bisherigen Software ist dringend, auch weil Bundesvorgaben nicht mehr eingehalten werden können. Deshalb ist der Regierungsrat gegen eine Sistierung dieses Projekts. Die seriöse Umsetzung von Massnahmen, wie sie in der Motion gefordert werden, braucht Zeit. Diese steht angesichts der Umstände für die Ablösung von EK V4 nicht zur Verfügung. Selbstverständlich werden die Erkenntnisse aus den Untersuchungen zu EK V5 in die weiteren Arbeiten einfliessen, beispielsweise bei der Projektorganisation.
Bei der neuen Lösung für die Einwohnerkontrolle (NERZ) handelt es sich hauptsächlich um ein Projekt der Einwohnergemeinden. Eine neue Software-Lösung für die Einwohnerkontrollen muss gut und vollständig in die Gemeindeinformatik integriert werden. Dies ist ein wichtiges angestrebtes Projektziel. Die Finanzdirektion hat das Projekt von der Direktion des Innern übernommen. Im Falle einer Sistierung im Kanton müssten die Einwohnergemeinden das Projekt selber abwickeln. Diese Option wird von den Gemeinden bisher aber abgelehnt.
In den Zielen und Grundsätzen der Informatikstrategie des Kantons Zug 2011–2017 wird festgehalten, dass Alleingänge bei der Entwicklung von Anwendungen zu vermeiden sind. Eigenentwicklungen sind grundsätzlich nicht vorgesehen. Diese strategischen Grundsätze lassen eine Wiederaufnahme von EK V5, wie sie der Untersuchungsbericht zu prüfen fordert, nicht zu.
Bei den Fachanwendungen verfolgt der Kanton Zug eine sogenannte «*Best of breed*»-Strategie. Das heisst, dass für die jeweils zu lösende Fachaufgabe die bestgeeignete Software am Markt gesucht und eingesetzt wird. Diese Strategie verfolgt eine andere Stossrichtung als eine Plattform-Strategie, wie sie z. B. SAP oder IT&T anbieten, wo – basierend auf einer grundlegenden Architektur – eine ganze Familie von Fachanwendungen beschafft wird. Die Grundsätze von «*Best of breed*» sind im Bericht «Anwendungslandkarte Horizont 2017» des AIO vom 11. Dezember 2013 festgehalten. Die Vor- und Nachteile einer «*Best of breed*»-Strategie gegenüber einer Plattform-Strategie liegen auf der Hand: Einem optimalen Erfüllungsgrad der Fachanforderungen steht der vermehrte Bedarf an Schnittstellen gegenüber.

Kommissionspräsident **Thomas Wyss** dankt im Namen der Kommission Finanzdirektor Peter Hegglin für die rasche Beantwortung der Interpellation. Er kennt die Meinung der Kommission zu dieser Antwort nur teilweise und spricht deshalb im eigenen Namen. Es ist zuerst einmal gut zu hören, dass der Regierungsrat die Empfehlungen der Kommission als wesentlich beurteilt und einen detaillierten Bericht zu den einzelnen Empfehlungen in Aussicht stellt, der Hinweise zu den personellen und den damit verbundenen finanziellen Auswirkungen enthalten wird. Es ist

auch das Mindeste, dass die Regierung die Erkenntnisse der Kommission auch bei laufenden komplexen IT-Schlüsselprojekten berücksichtigen wird.
Vor allem mit der Antwort auf Frage 2 kann die Kommission jedoch nicht zufrieden sein. Der Kommission geht es ja gerade darum, sicherzustellen, dass der Kantonsrat noch in dieser Legislaturperiode einen Bericht und Antrag bezüglich Erheblicherklärung erhält. Zu bedauern ist auch, dass der Regierungsrat nicht willens ist, das Nachfolgeprojekt NERZ zu sistieren, bis die Forderungen der Motion umgesetzt sind. Seinen Entscheid begründet der Regierungsrat mit dem Hinweis auf die Dringlichkeit der Ablösung der bestehenden Lösung EK V4 für die Einwohnerkontrolle. Bereits beim Start des Projekts im Jahr 2006 wurde auf die zeitliche Dringlichkeit für die Ablösung der besehenden Lösung hingewiesen. Acht Jahr später ist die Lösung EK V4 immer noch im Einsatz. Da stellt sich die Frage, ob die Ablösung EK V4 wirklich so dringlich ist, wie es immer dargestellt wird. Wenn man acht Jahre warten konnte, dann sollte man jetzt die wenigen Monate zuwarten, bis die künftige Architektur für die Ablösung aller Anwendungen auf der heutigen ISOV-Plattform definiert werden kann. Zu dieser Plattform gehören die Lösung für die Einwohnerkontrolle, die Steuer und das Grundbuch. Die Untersuchungen der Kommission haben ergeben, dass im Verlauf des gescheiterten Projekts EK V5 der Projektausschuss und die Projektierung mehrfach auf notwenige Abklärungen verzichteten und Abkürzungen genommen haben – immer wieder mit dem Hinweis auf die Dringlichkeit des Projekts und die fehlende Zeit. Dadurch wurde gerade in den Jahren 2011 und 2012 eine Reihe von Fehlentscheidungen mit hohen Kostenfolgen im Projekt getroffen. Dieser Fehler sollte jetzt nicht erneut gemacht werden.
Der Regierungsrat verweist in seiner Antwort auf eine «*Best of breed*»-Strategie für die Auswahl von Fachanwendungen für den Kanton Zug. Für jeden Anwendungsbereich wird die beste Lösung am Markt gekauft, auf eine gemeinsame Plattform oder Architektur wird verzichtet. Aber diese individuell ausgewählten «*Best-of breed*»-Lösungen passen natürlich nicht zusammen. Es müssen spezielle Schnittstellen für den Kanton Zug entwickelt und spezifische Anpassungen in den gekauften Standard-Lösungen durchgeführt werden. Der Kanton Zug übernimmt die volle Verantwortung und das Risiko für die Integration aller Einzellösungen. Aufgrund der Erkenntnisse im Kommissionsbericht rät die Kommissionen von solch komplexen IT-Projekten ab. Der Votant hofft, dass der Regierungsrat nach der heutigen Debatte nochmals über die Bücher geht.

Stefan Gisler teilt mit, dass die AGF nicht ganz versteht, weshalb die Regierung ihren Bericht und Antrag zur Kommissionsmotion nicht noch in diesem Jahr vorlegen kann. Warum ziert sich die Regierung? Es geht ja nicht um die Umsetzung aller Forderungen der Kommission. Die Regierung soll lediglich Stellung beziehen und konkret vorschlagen, welche Teile der Motion sie erheblich oder nichterheblich erklären will. Für die AGF zentral sind die Forderung nach einer externen Expertise zur Neubeurteilung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich IT sowie die ernsthafte Evaluation eines gemeinsamen IT-Dienstleistungszentrums für Kanton und Gemeinden und die Berücksichtigung der strukturellen Änderungsvorschläge bei einer neuen Organisation. Um herauszufinden, ob er das will oder nicht, braucht der Regierungsrat nicht ein Jahr Zeit – auch weil die von der Kommission aufgezeigten Schwachstellen und die vom Finanzdirektor aufgezeigten Stärken der IT schon lange bekannt sind. Wenn die Motionsantwort Ende Jahr dann vorliegt, wird es noch einmal viel Zeit brauchen, um ein allfälliges neues IT-Rahmengesetz auszuarbeiten und zu verabschieden. Wenn heute schon auf Zeit gespielt wird, wird es sogar *sehr* lange dauern. Auch wenn die Regierung sich vorhin anders äusserte, hat der Votant den Eindruck, dass sie die Forderungen der Kom-

mission doch nicht für so relevant oder so dringlich erachtet, wie vom Kommissionspräsidenten ausgeführt. Es besteht die Gefahr, dass die gute Arbeit der Kommission heute versandet. Das will die AGF nicht. Sie will auch nicht, dass weitere Projekte abgebrochen werden müssen und der Steuerzahler dies bezahlen muss. Natürlich hat der Regierungsrat gemäss Geschäftsordnung ein Jahr Zeit für die Bearbeitung der Motion. Der Kantonsrat kann aber seinen Willen zum Ausdruck bringen, dass die Regierung vorwärts machen soll.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** versichert, dass der Regierungsrat aufgrund der heutigen Diskussion und der Rückmeldungen auf die Interpellationsantwort über die Bücher gehen wird. Er kann in Zusammenhang mit der eingereichten Motion schon eine erste Zusage machen: In seinen vorherigen Voten hat er gesagt, dass der Regierungsrat die Umwandlung der Motion in ein Postulat empfehle. Da die Motionäre damit aber nicht einverstanden sind – eine Umwandlung wäre nur mit deren Einverständnis möglich – wird der Regierungsrat keinen entsprechenden Antrag stellen.
Dass die Angelegenheit dringlich ist, zeigt sich auch darin, dass Daten, die der Bund für die Statistik verlangt, im Moment nur mühsam und zum Teil gar nicht geliefert werden können; die Software müsste nachprogrammiert werden. Auch die Gemeinden fordern, dass man vorwärts machen solle. Zudem gibt es Schnittstellen-Probleme: So wird etwa die Verknüpfung des Einwohnerregisters mit der Buchhaltungs-Software zunehmend schwieriger und kostet immer mehr. Die Meinung, dass man mit einer Plattform-Strategie keine Probleme und geringere Kosten habe, ist aber auch nicht richtig. Der Finanzdirektor weiss aus seinem persönlichen Umfeld von einer internationalen Firma, die SAP, also eine Plattform-Strategie, wählte. Die Offerte für die Einführung einer Software-Lösung belief sich auf 5,5 Millionen Franken, mittlerweile liegen die Kosten aber bei über 12 Millionen – und das Projekt läuft immer noch nicht.
Der Finanzdirektor nimmt – wie gesagt – die Empfehlungen und Hinweise auf und wird mit den Gemeinden diskutieren, wie man bei NERZ, das ja vor allem eine gemeindliche Software ist, vorgehen soll.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis

1108 Traktandum 5.2: **Motion der Ad-hoc-Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung (Vorlage 2407.1 - 14707)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag auf eine Umwandlung in ein Postulat zurückgezogen wurde und es demnach keine Abstimmung dazu braucht.

➔ Der Rat überweist die Motion stillschweigend zu Bericht und Antrag an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 6

1109 Gesetz über die Videoüberwachung im öffentlichen und im öffentlich zugänglichen Raum (Videoüberwachungsgesetz; VideoG): 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis 1. Lesung (2207.7 - 14645): Antrag auf die zweite Lesung von Philip C. Brunner (2207.8 - 14709).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung ein Antrag von Philip C. Brunner eingegangen ist. Dieser fordert eine Ergänzung von § 3 («Zweck und Grundsätze») mit einem Abs. 4 und einem Abs. 5. Diese beiden Absätze haben zwar einen gewissen Zusammenhang, sollen aber unterschiedliche Sachverhalte regeln. Daher werden sie einzeln zur Abstimmung gebracht.

Philip C. Brunner hält einleitend fest, dass sein Antrag nicht – wie man annehmen könnte – eine besonders raffinierte Methode ist, um das Videogesetz abzuschiessen, indem man zwei damit mehr oder weniger in Zusammenhang stehende Anträge einbringt und so nochmals alle Fragen von Datenschutz und Überwachung aufkocht. Das ist nicht sein Hintergrund. Er entschuldigt sich, dass sein Antrag so spät eingereicht wurde und dankt für das Verständnis. Er hält auch fest, dass er nicht Mitglied der vorberatenden Kommission war bzw. ist. Er will sich auch nicht irgendwie aufspielen, staunt aber immer wieder, wie naiv man eigentlich ist und wie man praktisch jeden Tag der Zeitung entnehmen kann, wie das Gesetz der technischen Entwicklung hintennach hinkt.
Der Votant hat, nachdem sein Antrag von der Staatskanzlei aufbereitet wurde, festgestellt, dass der Datenschutzbeauftragte darüber nicht informiert wurde. Er hat deshalb seinen Vorstoss sofort dem Datenschützer zugestellt. Dieser war sehr dankbar dafür und hat dem Votanten vor gut einer Woche geantwortet. Der Votant war der Ansicht, dass die Haltung des Datenschutzbeauftragten in Hinblick auf die heutige Sitzung auch für die übrigen Kantonsratsmitglieder von Interesse sei. Auf die entsprechende Anfrage erhielt er vom Landschreiber aber die Auskunft, es sei nicht üblich, eine solche Stellungnahme allen Kantonsratsmitgliedern zuzustellen. Darauf stellte der Votant die Ausführungen des Datenschützers den Fraktionschefs, dem Kommissionspräsidenten Hans Christen und dem Regierungsrat zu. Er findet es aber – auch wenn er keinesfalls einem Bürokratie-Wahnsinn das Wort reden will – nicht gut, dass die Stellungnahme des Datenschützers nicht allen Kantonsratsmitgliedern zugestellt wurde.
Zum eigentlichen Vorstoss: Der Votant hat festgestellt, dass sich die vorberatende Kommission nicht mit dem wichtigen Thema Drohnen auseinandergesetzt hat. Am 14. Juni, während des Umzugs anlässlich des Schweizerischen Polizeimusiktreffens, kreiste ständig eine kamerabestückte Drohne wenige Meter über den Köpfen der Musikkorps und der Zuschauer. Das war sehr unangenehm und könnte auch gefährlich sein. Bezüglich IMSI hat der Votant einen Fehler gemacht: Gemeint sind natürlich IMSI-Catcher. Es ist geplant, die Daten von Videokameras nicht über Kabel, sondern via Funk zu übermitteln. Damit wird das Ganze noch viel gefährlicher, kann sich doch irgendjemand dazwischenschalten und so an die Daten gelangen.
Der Votant wird sich nach den Voten des Kommissionspräsidenten und der Fraktionen als Einzelsprecher nochmals zu Wort melden und noch einige Bemerkungen zu Überwachung und zu Videokameras im Allgemeinen anbringen.

Hans Christen nimmt als Präsident der vorberatenden Kommission zu den Anträgen von Philip C. Brunner wie folgt Stellung: Die Anträge sind unausgereift und haben begriffliche Mängel. Der Gesetzesvorschlag lässt zu viel Interpretationsspielraum offen und will Dinge regeln, die in diesem Gesetz nicht zu regeln sind.

Es ist auch unklar, was der Antragsteller meint; zumindest haben einige Mitglieder der vorberatenden Kommission die Anträge nicht ganz verstanden. Was hier vorliegt, gleicht einem Schnellschuss.
Zu IMSI und IMSI-Catcher zunächst eine kurze technische Erklärung: Jedes Mobiltelefon sendet individuelle IMSI-Daten (International Mobile Subscriber Identity). Damit sind die Mobiltelefone für Telefonserver eindeutig identifizierbar und einzeln erreichbar. Auch Videokameras und Bilddatenserver können diese Technologie nutzen, damit die Daten via Mobilfunknetz übertragen werden können. Wenn man den Antrag Brunner wörtlich nimmt, dürften keine Kameras mit IMSI ausgerüstet werden. Das heisst, dass an jedem Kamerastandort Leitungen verlegt werden müssten. Das wäre unverhältnismässig teuer und würde die Auswahl der passenden Technik unnötig einschränken. Aber das war wohl nicht die Absicht von Philip C. Brunner. Die Absicht war, IMSI-Catcher zu verbieten – so lautet jedenfalls die Begründung. Ein IMSI-Catcher ist ein Empfänger für IMSI-Signale. Er dient zur Ortung von Mobiltelefonen und wird z .B. für die Suche nach verunfallten Personen oder für eine Fahndung eingesetzt. Das sind ganz spezifische Einzeleinsätze im Rahmen von sicherheitspolizeilichen Aufgaben oder einer Strafuntersuchung. Jeder Einsatz von IMSI-Catchern braucht eine richterliche Erlaubnis. Eine pauschale Ausforschung von Handynutzern, wie Philip C. Brunner befürchtet – ist ausgeschlossen. Der Einsatz von IMSI-Catchern ist durch das übergeordnete Bundesgesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) durch die Strafprozessordnung und das Polizeigesetz abschliessend geregelt. Ein Verbot von IMSI-Catchern – sofern man dies überhaupt will – kann man im Videoüberwachungsgesetz nicht erlassen. Das Videoüberwachungsgesetz regelt Bildaufnahmen zu präventiven Zwecken, was nichts mit IMSI-Signalen zu tun hat. Es ist unsinnig, hier etwas zu regeln, das nicht zur Anwendung gelangen kann und nichts miteinander zu tun hat. Der Votant ersucht den Rat deshalb, den Antrag Brunner abzulehnen.
Zu den Drohnen: Der Begriff «Drohne» schreckt auf, vielleicht wegen Bildern aus der Tagesschau. Drohnen sind aber nichts anderes als kleine, ferngesteuerte Helikopter, mobile Flugkörper mit einer Kamera. Das ist nichts Neues, es wurde früher einfach nicht Drohne genannt. Es gibt also keinen Grund zur Aufregung. Die Rede ist hier von einer Trägerplattform, von einem Befestigungsort für eine Kamera, wie ein Kandelaber, eine Hausfassade oder eine menschliche Hand. Eine Regelung von Trägermedien ist nicht relevant; das Videoüberwachungsgesetz regelt diese bewusst nicht, denn sie hängen stark von der jeweiligen Situation ab.
Relevant ist, das Aufnehmen der Bilder und die Voraussetzungen, unter welchen eine Videoüberwachung zu präventiven Zwecken eingesetzt werden darf, zu regeln. Und hier ist das Videoüberwachungsgesetz streng. Einsatzort, Einsatzdauer, Aufnahmebereiche etc. müssen ein Bewilligungsverfahren durchlaufen. Der Regierungsrat oder die Exekutiven der Gemeinden müssen diesbezüglich über den Einsatz von Videokameras entscheiden. Es macht aber absolut keinen Sinn, für eine einzelne Trägerplattform eine spezielle Regelung zu erlassen. Noch viel weniger Sinn macht es, eine Sonderregelung für die Bewilligung zu erlassen. Der Antrag Brunner will nämlich eine richterliche Ermächtigung für die Drohnen.
Als Präsident der vorberatenden Kommission hat der Votant die Meinung der Kommission mittels einer E-Mail-Umfrage eingeholt. Acht Kommissionsmitglieder lehnen die Anträge von Philip C. Brunner ab, ein Mitglied stimmt ihnen zu. Aufgrund dieser Umfrage stellt der Votant Im Namen der vorberatenden Kommission den **Antrag,** die Anträge von Philip C. Brunner abzulehnen. Die vorliegende Fassung des Videogesetzes – ohne die Anträge von Philip C. Brunner – sind nach langer Diskussion in Kommission und Kantonsrat nun ausgewogen. Der Votant ersucht den Rat dringend, dem Gesetz in der Schlussabstimmung zuzustimmen.

Martin Stuber teilt mit, dass die AGF die zwei Anträge von Philip C. Brunner unterstützt. Sie sind zwar ein Schnellschuss, allerdings kein schlecht gezielter. Besonders beim Antrag zum neuen Abs. 5 betreffend Drohnen stellte sich der Votant – durchaus auch selbstkritisch – die Frage, wie man diese Problematik nur vergessen konnte. Drohnen sind der nächste Albtraum, den uns die rasante Entwicklung neuer Technologien beschert. Mit Videokameras ausgerüstete Drohnen bedeuten hochflexible Überwachung und Beschnüffelung zum Billigtarif. Sie schränken die Privatsphäre massiv ein und gehören – auch bei einer sehr liberalen Haltung – verboten resp. ihr Einsatz muss so geregelt sein, wie es der Antrag Brunner vorschlägt: Einsatz von Drohnen mit Videokameras nur mit richterlicher Ermächtigung – verbunden mit der Erwartung an die Richter, das *sehr* zurückhaltend zu handhaben. Allerdings können auch Drohnen mit Einzelbildkameras für heikle Einsätze gebraucht werden, dies durchaus auch nützlich. Durch seine berufliche Tätigkeit hat der Votant beispielsweise Einblick in die Archäologie, wo Drohnen mit Fotokameras für die Dokumentation von Grabungen und das Erkennen von grossräumigen Strukturen eingesetzt werden. Die entsprechende gesetzliche Regelung wird nicht ganz einfach sein, sie muss aber schweizweit kommen. Mit der Annahme des neuen Abs. 5 würde der Kantonsrat ein klares Zeichen setzen, das auch in Bern beachtet werden dürfte.
Kommissionspräsident Hans Christen hat natürlich recht, dass in Abs. 4 und 5 nicht IMSI an sich, sondern IMSI-Catcher verboten werden sollen. Der Votant stellt deshalb den redaktionellen **Antrag,** die Formulierung in beiden Absätzen zu «Die Verwendung von IMSI-*Catcher* […] ist verboten» zu korrigieren. IMSI-Catcher waren bis vor wenigen Jahren sehr teure Geräte und kosteten ungefähr 300'000 Euro. Sie wurden vor allem von staatlichen Stellen genutzt und dienen der Lokalisierung und – wichtig – auch dem Abhören von Handys. Heute kann man solche Geräte für wenig mehr als 1000 Franken kaufen oder sogar selber bauen. In Kombination mit einer Drohne wird ein IMSI-Catcher zum perfekten Abhörgerät für Mobilfunkgespräche, das im Prinzip jeder nutzen kann. Das ist Orwells «1984» zum Billigtarif.
Das Verbot von IMSI-Catcher im Zusammenhang mit Videokameras, wie es im neuen Abs. 4 vorgeschlagen wird, berührt tatsächlich ein brisantes Thema: die automatisierte Massenüberwachung. Auch das sollte schweizweit sauber geregelt, sprich: verboten werden.
Als Hauptargument für die Videoüberwachung wird immer die Sicherheit angeführt. Aber wird mit einem immer allmächtigeren Staat, der beständig aufrüstet, tatsächlich mehr Sicherheit geschaffen? Erhöht der Staat mit einem Generalmisstrauen gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern, die möglichst ungehindert beschnüffelt und überwacht werden sollen, tatsächlich die Sicherheit? Der Votant glaubt das nicht. Sicherheit erhöht man mit einer Zivilgesellschaft, in der die wenigen Spinner, die es immer gibt, gezielt und wenn nötig mit Zivilcourage in Schach gehalten werden. Mit der Aufrüstung der Überwachung wird die Sicherheit in unserem Land nicht grösser, im Gegenteil. England hält in Europa den Rekord bezüglich Videoüberwachung. Es ist dadurch, wie Untersuchungen nachweisen, aber nicht sicherer geworden. Bürgersinn, soziale Aufmerksamkeit, Polizeipräsenz am richtigen Ort und wenn nötig sowie etwas Zivilcourage: Das ist hundert Mal wirksamer und im Endeffekt auch billiger. Gegen die Delikte, die mit Videoüberwachung bekämpft werden sollen, gibt es erwiesenermassen zwei bessere Rezepte: erstens tiefe Arbeitslosigkeit und zweitens ein Schul- und Sozialsystem, dass die Verwahrlosung klein hält. Diese zwei Faktoren gewährleisten am besten die reale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.
Zum Videoüberwachungsgesetz als Ganzes: Leider hat der Kantonsrat keine strengen Auflagen beschlossen, und es ist angesichts der Haltung der Kommissions-

mehrheit auch davon auszugehen, dass die zwei Anträge von Philip C. Brunner abgelehnt werden. Was als sinnvolles Gesetz zur Verhinderung eines Überwachungswildwuchses startete, entpuppt sich nun als beachtlicher Puzzlestein für den Ausbau des Überwachungsstaats. Die AGF ist deshalb der Meinung, dass es einen zweiten Anlauf braucht.
Der Votant hat das Buch von Glenn Greenwald über Edward Snowden und die globale Überwachung gelesen, ein Buch, das jeder Politiker und jede Politikerin gelesen haben sollte. Was da geschildert wird, ist real und mit Beweisen untermauert: Die Bedrohung unserer individuellen Freiheiten und der individuellen Privatsphäre ist viel grösser, als man sich das heute vorstellen kann.

Beat Iten äussert sich im Namen der SP-Fraktion zu den Anträgen von Philip C. Brunner. Die SP geht davon aus, dass es beim Videoüberwachungsgesetz um die Überwachung einer klar bestimmen Örtlichkeit mit Bildaufzeichnungen geht und nicht um eine gezielte Suche nach Personen oder von Beweismitteln im Zusammenhang mit einer Straftat. Sie sieht daher den Zusammenhang des Antrags Brunner bezüglich IMSI-Catchern mit dem Videoüberwachungsgesetz nicht unbedingt und sieht die Notwendigkeit dafür nicht ein. Die meisten Leute geben heute ohnehin – freiwillig oder unfreiwillig – so viele Daten von sich preis, dass einfache Videobildaufzeichnungen in der Gesamtheit der gesammelten Daten wohl nicht mehr von allzu grossem Interesse sein können.
Den Verzicht auf Drohnen im Zusammenhang mit der Videoüberwachung dagegen unterstützt die SP-Fraktion. Sie hat sich bereits in der Eintretensdebatte skeptisch zur stetigen Entwicklung hin zu einem Überwachungsstaat geäussert. Mit dem Einsatz von Drohnen bei der Videoüberwachung geht man einen weiteren Schritt in diese Richtung, und irgendwann wird man dann ständig und überall überwacht. Dies gilt es entschieden zu verhindern.
Die SP bleibt grundsätzlich der Linie treu, die sie anlässlich der Eintretensdebatte vertreten hat. Sie gibt dem Drang nach noch mehr Informationen und noch mehr Überwachung nicht nach. Sie bezweifelt grundsätzlich die Wirksamkeit und die Notwendigkeit der Videoüberwachung und lehnt daher das Gesetz in der Schlussabstimmung grossmehrheitlich ab.
Der Votant schliesst mit einem Satz, den er auf der Titelseite des «Tages-Anzeigers» gelesen hat: «Wer immer mehr überwacht, signalisiert, dass überall Gefahr droht.»

Cornelia Stocker teilt mit, dass die FDP-Fraktion beide Anträge von Philip C. Brunner ablehnt. Die FDP hat sich auch gefragt, ob diese Anträge nicht in der Kommission vertiefter behandelt werden müssten oder allenfalls später auf dem Motionsweg noch einzubringen wären und so Eingang in eine Verordnung finden könnten. In der FDP-Fraktion bestehen weiterhin gewisse Befürchtungen, dass das Gesetz, das heute beschlossen wird, schon sehr bald von der technischen Entwicklung überholt werden wird.

Christine Blättler-Müller: Die CVP-Fraktion lehnt den Antrag Brunner zu § 3 mit den zusätzlichen Absätzen 4 und 5 ab. Er hat begriffliche Mängel, und es sollen Anliegen geregelt werden, die nicht in diesem Gesetz zu regeln sind. Das weiss der Antragssteller ganz genau, hält aber wohl aus ideologischen und abstimmungstechnischen Gründen an seinen Anträgen fest. Um die Sache geht es hier kaum mehr. So hat ihm der Datenschützer mitgeteilt, dass der Einsatz von IMSI-Catchern bei der Revision des BÜPF bzw. der Strafprozessordnung geregelt wird. Der Datenschutzbeauftragte geht davon aus, dass dieses Thema in nächster Zeit durch den Bund geregelt wird. Regelt es der Bund, ist dies abschliessend. Sollte das

Thema wider Erwarten nicht durch den Bund geregelt werden, könnte es im Kanton geregelt werden, nach Ansicht des Datenschutzbeauftragten jedoch nicht im Videoüberwachungsgesetz, sondern im Polizeigesetz. Nach Ansicht des Datenschützers besteht bei den IMSI-Catchern zurzeit kein Handlungsbedarf, weil der Bund in absehbarer Zeit eine abschliessende Regelung treffen wird.
Für den Einsatz von Drohnen mit Videokameras möchte Philip C. Brunner eine richterliche Ermächtigung vorschreiben; zudem sollen keine IMSI verwendet werden dürfen. Es macht keinen Sinn, für eine einzelne Trägerplattform eine Regelung zu erlassen. Für die CVP-Fraktion ist es relevant, dass das Aufnehmen der Bilder geregelt ist. Der Einsatzort, die Einsatzdauer und der Aufnahmebereich müssen ein Bewilligungsverfahren durchlaufen, wenn Videokameras zur Überwachung eines öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raums zum Einsatz kommen. Auswertungen können einzig durch das zuständige Organ, welches eine spezielle Ausbildung dafür hat, getätigt werden. So entspricht der Gesetzesvorschlag aus Sicht der CVP dem Recht auf Privatsphäre, der Notwendigkeit und der Angemessenheit. Der Verhältnismässigkeit, dem obersten Prinzip, wird Rechnung getragen. Der Einsatz ist immer an einen klar definierten Zweck an einem bestimmten Ort gebunden. Durch die Publikation im Amtsblatt und auf der Internetseite der Datenschutzstelle sowie einer sichtbaren Kennzeichnung vor Ort wird Transparenz geschaffen. Gleichzeitig wird die Überwachung durch die unabhängige Datenschutzstelle überwacht. Bildaufzeichnungen werden nur ausgewertet, wenn eine Strafanzeige, ein Strafantrag oder konkrete Verdachtsgründe für eine Straftat vorliegen. Die Polizei wird weiterhin physische Präsenz zeigen – das muss sie. Deshalb von einem Überwachungsstaat zu reden, ist schlichtweg nicht richtig.
Die CVP unterstützt das vorliegende Gesetz, weil ihr die Sicherheit der Bevölkerung wichtig ist und eine subjektive Sicherheit zu einem attraktiven Standort gehört. Die CVP ist bereit, jene gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die für die Erhöhung der Sicherheit notwendig sind. Sie ist für das vorliegende Gesetz, weil es Klarheit bringt und den bestehenden Wildwuchs an Videoüberwachung im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum eliminiert.
Philip C. Brunner findet zwar, dass es bei der CVP keine Konservativen mehr gebe, die für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger das Wort ergreifen. Die CVP hat – wie sehr viele Zugerinnen und Zuger – einfach genug von Vandalismus, von Übergriffen auf Personen und von gewalttätigen Ausschreitungen. Und die Abstimmung zum Hooligankonkordat hat es im Kanton Zug eindeutig aufgezeigt: Über 80 Prozent haben die Haltung der CVP unterstützt. Konservativ zu sein heisst nicht, die Asche zu bewahren, sondern die Glut weiterzugeben.

Manuel Brandenberg beginnt mit einem Zitat: «Krieg ist Frieden, Frieden ist Krieg.» Dieser Satz ist unlogisch, denn Krieg ist Krieg und Frieden ist Frieden, und er ist eine Lüge. Der Satz ist «Neusprech», d. h. in der Sprache von George Orwells berühmtem Roman «1984», in welchem der Alltag der Hauptfigur Winston Smith im Staat Ozeanien beschrieben wird. In Ozeanien wird gelogen, statt die Wahrheit gesagt, und es wird total überwacht, so dass diejenigen, die weiterhin nicht lügen wollen, am Schluss getötet werden.
Es geht im vorliegenden Gesetz um die Interessenabwägung zwischen Freiheit und Sicherheit. Die CVP hat vorhin erklärt, dass sie das Gesetz aufgrund der Gewichtung der Sicherheit unterstützt. Die SVP ist bei ihrer Gewichtung zum Schluss gekommen, dass die Freiheit hier vorrangig ist. Natürlich ist die Sicherheit wichtig, aber sie kann auch ohne die vorgeschlagenen Überwachungsmöglichkeiten gewährleistet werden. Es gibt im Kanton Zug nur wenige *hotspots*, von denen bekannt ist, dass es dort immer wieder Probleme gibt, und diese *hotspots* kann man auch

anders als mit Kameras schützen. Der Votant bittet den Rat, hier an Winston Smith zu denken, der am Schluss des Romans nach Folterungen stirbt, das vorliegende Gesetz abzulehnen und sich in diesem Fall für die Freiheit des Einzelnen zu entscheiden.

Auch für **Kurt Balmer** ist der Vorstoss von Philip C. Brunner ein Schnellschuss. Der Vorschlag widerspricht verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen, die in der ersten Lesung verabschiedet wurden, nämlich § 2 Abs. 2 Bst. a und b sowie § 3 Abs. 2. Auch inhaltlich gibt es im Vorschlag von Philip C. Brunner verschiedene Probleme. So soll in § 3 Abs. 4 eine englische Formulierung eingefügt werden. Es erstaunt den Votanten sehr, dass ausgerechnet ein SVP-Vertreter einen englischen Begriff in ein schweizerisches Gesetz einfügen will, legt die SVP doch immer sehr viel Gewicht auf schweizerische Tradition und Sprache. Wenn schon, sollte man eine korrekte schweizerische Bezeichnung wählen – der Votant schlägt «Die Identifizierung von Funknetzteilnehmern» vor – und sich nicht mit irgendwelchen englischen Bezeichnungen behelfen.
Zum vorgeschlagenen neuen Abs. 5 gilt es zu betonen, dass es nicht nur um Drohnen, sondern um Fluggeräte irgendwelcher Natur geht. Der Begriff «Drohne» ist falsch gewählt und müsste – wenn schon – durch «Fluggeräte irgendwelcher Natur» ersetzt werden. In der Aktennotiz der Sicherheitsdirektion steht ausdrücklich, dass Modellzeppeline ebenfalls zur Diskussion stehen würden, und solche Zeppeline sind im Begriff «Drohne» nicht enthalten.
Der Vorstoss von Philip C. Brunner ist ein Manöver, um das vorliegende Gesetz abzulehnen. Er widerspricht auch den gesetzlichen Bestimmung auf Bundesebene, namentlich der StPO und dem BÜPF, sowie dem kantonalen Polizeigesetz. Dazu hat sich der Antragsteller bis jetzt überhaupt nicht geäussert.
Der Votant erinnert sich, dass Philip C. Brunner in einer anderen Debatte gesagt hat, man solle Diskussion jeweils stufengerecht führen. Das ist hier definitiv nicht der Fall: Diese Diskussion müsste nicht auf kantonaler, sondern auf eidgenössischer Ebene geführt werden. Der Votant empfiehlt deshalb, die Anträge von Philip C. Brunner abzulehnen, das Gesetz in der Schlussabstimmung aber gutzuheissen.

Martin Stuber hat sich nach dem Votum von Christine Blättler-Müller gefragt, ob er im gleichen Kanton lebe wie die Votantin. Man erlebt im Kanton Zug nicht tagtäglich ein gewalttätiges Schlamassel, das man nur mit zusätzlicher Überwachung in den Griff bekommen kann. Und niemand hat gesagt, dass der Kanton Zug ein Überwachungsstaat sei. Das Problem ist aber, dass man auf dem Weg dazu ist. So sollen im Kanton Zürich gemäss einem Bericht im «Tages-Anzeiger» die Schulen flächendeckend mit Videokameras überwacht werden.
Die von Kurt Balmer angesprochene Stufengerechtigkeit ist in der heutigen Situation ein untergeordneter Aspekt. Betrachtet man die Geschichte der Schweiz, könnte man bei sehr vielem sagen: Alles Gute kommt von den Kantonen. Umgemünzt auf das BÜPF muss man sagen: Das Gute kann nur noch von den Kantonen bzw. von einem Referendum kommen. Wenn dieses Gesetz so durchkommt, wie es der Ständerat durchgewinkt hat, dann sind die Anträge von Philip C. Brunner erst recht nötig, und es ist wichtig, ein Zeichen nach Bern zu senden.
Im Übrigen wäre es schön gewesen, wenn Kurt Balmer schon beim Hooligankonkordat interveniert hätte. Man hätte dieses dann nämlich in «Raufhandelkonkordat» oder «Bösewichtkonkordat» umtaufen können. Und zu Manuel Brandenberg: In George Orwells Buch gibt es noch einen zweiten sehr interessanten Aspekt: Orwell kritisiert die Zweiklassengesellschaft.

Thomas Werner nimmt das Stichwort «Zürich» bzw. die dortige Forderung nach Videoüberwachungsanlagen bei Schulhäusern auf. Zum Ruf nach diesen Anlagen kam es, weil einerseits die Jugendlichen nicht mehr wissen, was Mein und Dein ist und klauen wie die Raben; andererseits werden sehr viele Schulhauswände verschmiert und versprayt, es gibt Sachbeschädigungen, es wird eingestiegen, und kürzlich wurde sogar ein Mädchen auf einer Schulhaustoilette von einer männlichen Person angegangen. Da versteht der Votant die Forderung der Eltern und der Lehrer nach einer besseren Überwachung. Zur Diskussion stand auch die Sperrung der Schulhäuser, was die Lehrerschaft aber nicht wollte. Darauf kam von den Eltern, die mehr Sicherheit für ihre Kinder wollen, der Ruf nach Videoüberwachung. Im Weiteren teilt der Votant mit, dass die SVP-Fraktion sich gegen Philip C. Brunners Vorschläge entschieden hat.

Für **Philip C. Brunner** war die bisherige Debatte sehr interessant, und die einzelnen Ausführungen – auch diejenigen von Christine Blättler-Müller bezüglich Sicherheit und Freiheit – lassen tief blicken. Gemäss dem schon erwähnten Artikel im gestrigen «Tages-Anzeiger» sind in den Zürcher Schulhäusern bereits 600 Kameras installiert, und der Stadtrat möchte 200 weitere installieren; in einem einzigen Schulhaus gibt es bereits 46 oder 47 Kameras. Im heutigen «Tages-Anzeiger» – immerhin einer linken Zeitung» – wird die elektronische Überwachung von Schulhäusern unter dem Titel «Überwachen ist nicht Amtssache» kommentiert. Auch hat das Zürcher Stadtparlament gestern mit 109 zu 0 Stimmen – die CVP-Fraktion enthielt sich der Stimme – den Stadtrat mit einem Bericht zur Wirkung der Videoüberwachung beauftragt. Es wurde aber bereits gesagt: Zürich ist nicht Zug.
Wenn man das Videogesetz tatsächlich will, muss man auch die vom Votanten aufgeworfenen Fragen regeln. Der Votant fordert – was bisher nicht deutlich wurde – kein flächendeckendes Verbot der IMSI-Catcher oder der Drohnen. Verbrecher sollen damit auch weiterhin gejagt werden können. Bezüglich BÜPF läuft im Übrigen im Moment eine Petition, unterstützt von den Jungfreisinnigen, den Jusos, den Jungen Grünen, den Junge Grünliberalen, der Jungen SVP bis hin zur Piratenpartei. Die Jungen gehen hier also voraus, und ziemlich sicher wird auch das von Martin Stuber erwähnte Referendum kommen. Ob die angesprochenen Fragen wirklich auf Bundesebene geregelt werden, bleibt also offen.
Man hat in den letzten Monaten – Stichworte Wikileaks, NSA, Snowden – eindrücklich gesehen, dass unsere Freiheiten durch neue technische Möglichkeiten gefährdet sind. Es lässt sich deshalb auf die kurze, von Benjamin Franklin (1706–1790) stammende Formel bringen «Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren» – wobei Franklin als Erfinder, Verleger und Gründervater der USA wohl keine Vorstellung davon hatte, was da vielleicht einmal auf uns zukommt. Nach *Nine Eleven* im Jahr 2001 hat dieses Wort sicher nichts an Bedeutung verloren – im Gegenteil: Die von Manuel Brandenberg geschilderte Fiktion von «1984» ist längst von den Realitäten überholt. In diesem Sinne muss mit dem Videogesetz heute eine grundsätzliche Frage beantwortet werden. Dieses Gesetz ist im Übrigen in einer Reihe von Gesetzen zu sehen, die der Kantonsrat in den letzten Monaten oder Jahren beraten hat: Es ist der kleine Bruder des Hooligan-Gesetzes, des übertriebenen Littering-Gesetzes und vielleicht auch des zukünftigen Hundegesetzes. Der Kanton Zug gibt für die Sicherheit knapp 45 Millionen Franken aus. Es sind 300 Polizisten im Einsatz, was pro Polizisten einen Betrag von 150'000 Franken ergibt. Wenn man nun das Videogesetz einführt, wird der Sicherheitsdirektor – das ist so sicher wie das Amen in der Kirche – sofort Bedürfnisse personeller Art anmelden, da die Daten ja ausgewertet werden müssen. Und jeder zusätzliche Polizist bedeutet eine Belastung von 150'000 Franken. Diesen Konnex zwischen

den Kosten der Sicherheit und der Freiheit muss man herstellen. Der Votant steht ein für die Sicherheit, und er glaubt, dass diese im Kanton Zug bei guter Organisation mehr als genügend gewährleistet ist. Und die Wahrheit ist: Man wird Kosten ernten, wenn man diesem Videogesetz zustimmt.

Martin Pfister ist etwas verwirrt über die Argumentation. Martin Stuber und auch Philip C. Brunner argumentieren nachvollziehbar für die Freiheit und auch für ein strengeres Gesetz. Trotzdem wollen die zwei Vorredner gemäss Zeitung in der Schlussabstimmung Nein stimmen. Der Votant bittet den Sicherheitsdirektor um einige Ausführungen darüber, was geschieht, wenn das vorliegende Gesetz nicht in Kraft treten sollte. Nach seinem eigenen Verständnis wäre dann alles erlaubt.

Andreas Hausheer weiss, dass man nur zu den Anträgen auf die zweite Lesung sprechen sollte. Er möchte aber nochmals die Ausführung von Thomas Werner in Erinnerung rufen, der dargelegt hat, wer froh ist um die Videoüberwachung und warum. Es lohnt sich, Diese Ausführungen nochmals zu bedenken.
Es ist tatsächlich so, wie es Martin Pfister gesagt hat: Wenn kein Gesetz da ist, gilt Wildwuchs. Es gibt heute Videokameras in Tiefgaragen und auf öffentlichen Plätzen, die eigentlich nicht da sein dürften.

Manuel Brandenberg: Selbstverständlich hat Andreas Hausheer recht, wenn er an die Ausführungen von Thomas Werner erinnert. Es ist richtig, dass man die Kinder und die Frauen schützt und die Sicherheit gewährleistet. Dafür gibt es aber andere Mittel. Und wenn das Gesetz nicht kommt, darf man nicht einfach alles tun. Es gibt dann einfach keine gesetzliche Grundlage für das, was zum Teil vielleicht schon gemacht wird. Die vollziehende Behörde wird dann schauen müssen, dass das wieder der Gesetzessituation angepasst wird.

Andreas Hausheer möchte von Manuel Brandenberg konkret wisse, wie man die genannten Schmierereien an den Wänden verhindern soll. Soll man während der Nacht und während des ganzen Wochenendes jeweils zwanzig Polizisten in Baar und drei Polizisten beim Feldheim in Steinhausen zirkulieren lassen?

Für **Andreas Lustenberger** gab es jetzt zu viele pauschale Anschuldigungen in Richtung Jugend, und er hofft doch, dass der Rat ein grösseres Vertrauen in die Zukunft hat. Im Übrigen ist die Jugend immer ein Abbild der vorangehenden Generationen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** äussert sich zuerst zu den Anträgen von Philip C. Brunner, der sich offenbar am Polizeimusiktreffen dazu hat inspirieren lassen. Auch der Sicherheitsdirektor hat sich geärgert über diese Aufnahmetechnik, die im öffentlichen Raum allerdings gestattet ist und mit dem Videogesetz nichts zu tun hat. Der Kommissionspräsident hat den Unterschied zwischen IMSI und IMSI-Catcher bereits erläutert. IMSI braucht es für die Übertragung der Daten vom Server zur Kamera und umgekehrt. Ohne IMSI muss man verkabeln oder mit Disketten arbeiten, was viel teurer wäre. IMSI-Catcher sind keine vorgesehen. Sie bräuchten eine richterliche Verfügung, ihr Einsatz ist übergeordnet geregelt. Das Problem kommt hier also gar nicht zum Tragen. Die Frage bezüglich Drohnen ist berechtigt. In der Praxis ist es allerdings kaum möglich, anstelle von festinstallierten Videokameras mit Drohnen zu arbeiten. Es braucht dazu einen Operator, auch könnten die gesetzlichen Vorgaben – Perimeter etc. – kaum eingehalten werden; Drohnen sollen ja – so der Antrag – nicht verboten werden, sondern nur mit richterlicher Genehmigung

eingesetzt werden können. Aufgrund dieser Überlegungen lehnt der Regierungsrat die Anträge von Philip C. Brunner ab.
Verschiedene Votanten nahmen Bezug auf die Berichterstattung im «Tages-Anzeiger» von gestern und heute. Man sollte dabei aber bei der Wahrheit bleiben: Der Bericht in dieser angeblich linken Zeitung zeigt klar auf, dass sich Vandalismus und Vorfälle seit der Einführung der Videoüberwachung stark reduziert haben und dass dadurch bedeutende Kosten eingespart wurden. Man überlegt sich nun, ob man noch weiter gehen soll, und es stellt sich auch die Frage, ob die rechtliche Grundlage – ein Reglement des Stadtrats, nicht ein Gesetz – für die Zukunft genügt. Thomas Werner hat aus der Sicht eines Polizisten dargelegt, dass auf solche begleitenden oder ergänzenden Einrichtungen nicht verzichtet werden sollte. Die Polizei kann nicht alles übernehmen, und die Videoüberwachung ist eine Ergänzung zur Polizeipräsenz. Auch zu London gibt es Aussagen, dass durch die Videoüberwachung Anschläge verhindert und Verbrechen aufgeklärt werden konnten. Dass das Videogesetz der Technik hintennach hinke, ist nicht richtig. Das Gesetz regelt nämlich die Technik nicht, sondern sagt nur, wann, wie und wo Aufnahmen gemacht werden dürfen. Die Technik kann sich verändern, ohne dass das Gesetz davon betroffen ist.
Wenn der Kantonsrat heute das Videogesetz in der Schlussabstimmung ablehnt, sind Tür und Tor offen, und man hat dann einen Wildwuchs, wie es ihn zum Teil heute schon gibt. Geregelt wird ja nur der öffentliche Bereich. Die Gemeinden haben zum Teil ja schon Kameras in Betrieb und müssten dann via Gemeindeversammlung gemeindliche Regelungen treffen. Eine kantonale Regelung, wie sie die Gemeinden wünschten, wird man dann aber nicht haben. Das ist schade, zumal der Kantonsrat den Regierungsrat ja mit grosser Mehrheit beauftragte, dieses Gesetz auszuarbeiten, und sich auch die vorberatende Kommission sehr dafür eingesetzt hat. Es wäre also wirklich schade, wenn man jetzt plötzlich nichts mehr davon wissen möchte; insbesondere die Gemeinden könnten einen solchen Entscheid nicht verstehen. Der Regierungsrat hat in Hinblick auf die Erheblicherklärung der Motion klar dargelegt, wie das Gesetz letztlich daherkommen wird. Sie hat vor allem auch die Argumente der linken Seite aufgenommen, zurückhaltend zu sein und die Entscheidkompetenz möglichst hoch anzusiedeln, also beim Regierungsrat und bei den Gemeinderäten. Das ist im Gesetz alles enthalten. Die SVP verkündete damals, sie stehe geschlossen für die Erheblicherklärung; sie setze sich für die Sicherheit der Bürger ein und habe sich die Sicherheit grundsätzlich auf die Fahne geschrieben. Die FDP erklärte, sie sei unisono für die Erheblicherklärung; wie alle wolle sie Sicherheit und Sauberkeit, und das neue Gesetz sei ein guter Anfang. Die SP-Fraktion war gegen die Erheblicherklärung, die AGF hingegen mehrheitlich dafür, weil man einsah, dass eine kantonale Regelung nötig sei. Bezüglich der Kosten war der Regierungsrat immer transparent. Letztlich weiss man aber nicht, was das Ganze kostet, das hängt von den verwendeten Systemen etc. ab.
Auch nach Meinung eines Experten, der in der Kommission war und alle kantonalen Regelungen miteinander verglichen hat, erhält der Kanton Zug ein gutes, zeitgemässes und juristisch klares Gesetz. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat deshalb dringend, die Anträge von Philip C. Brunner abzulehnen und dem Gesetz in der Schlussabstimmung zuzustimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Philip C. Brunner auf § 3 Abs. 4 (neu) mit 63 zu 9 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Philip C. Brunner auf § 3 Abs. 5 (neu) mit 57 zu 16 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 45 zu 25 Stimmen zu.

Rupan Sivaganesan teilt mit, dass sich die SP-Fraktion von Beginn weg skeptisch zum vorliegenden Videoüberwachungsgesetz äusserte. Sie geht davon aus, dass eine Videoüberwachung eher zu einer Verlagerung und nicht zu einer echten Lösung des Problems führt. Sie zweifelt an der Wirksamkeit dieser Massnahme, zudem tangiert die Videoüberwachung im öffentlichen Raum die informelle Selbstbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern. Sie führt zu einer ständigen und immer weitergehenden Überwachung der Bevölkerung, der man nicht ausweichen kann. Da diese Überwachung also viele Personen betrifft, soll die Bevölkerung mitreden können. Die Zugerinnen und Zuger sollen über die heikle Frage, ob sie von einem *big brother* oder einer *big sister* beobachtet werden wollen, mitentscheiden können. Der Votant stellt deshalb im Namen der SP-Fraktion den **Antrag** auf ein Behördenreferendum.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf ein Behördenreferendum mit 49 zu 23 Stimmen ab. Das erforderliche Quorum vom 27 Stimmen (§ 34 Abs. 4 Kantonsverfassung) wird nicht erreicht.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der folgende parlamentarische Vorstoss zum Abschreiben vorliegt: Die Motion von Andreas Hausheer betreffend Überwachung öffentlicher Orte mit Überwachungskameras vom 8. November 2007 (Vorlage 1606.1 - 12534) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend als erledigt ab. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

1110 **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung eines Schulraumprovisoriums für die Kantonsschule Zug (KSZ): 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis 1. Lesung (2335.5 - 14685).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 61 zu 0 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vorliegen. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

1111 Änderung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** schlägt vor, vor dem Mittagessen noch Traktandum 9 zu beraten und Traktandum 10 auf den Nachmittag zu verschieben.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 9 (vorgezogen)

1112 Zwischenbericht zu den per Ende März 2014 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrat (2400.1 - 14682) und der erweiterte Staatswirtschaftskommission (2400.2 - 14695).

EINTRETEN

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass unter der Kategorie A noch nicht behandelte parlamentarische Vorstösse zur Fristerstreckung unterbreitet werden. Unter die Kategorie B fallen bereits erheblich erklärte parlamentarische Vorstösse, deren Fristen zu erstrecken sind. Es gibt nur eine einzige Lesung. Die erweiterte Staatswirtschaftskommission schliesst sich den einzelnen Fristerstreckungsbegehren an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend alle Anträge des Regierungsrats.

Damit ist diese Vorlage beraten und erledigt.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgesetzt.

Protokoll des Kantonsrats

76. Sitzung: Donnerstag, 26. Juni 2014, Nachmittag
Zeit: 14.15 – 17.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

1113 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Thiemo Hächler, Oberägeri; Zari Dzaferi, Baar; Andreas Hürlimann und Monika Weber, beide Steinhausen.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

1114 Traktandum 3.1: **Motion der SP-Fraktion betreffend Neuregelung der finanziellen Belastung bei Entscheiden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde vom 5. Juni 2014 (Vorlage 2404.1 - 14702)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1115 Traktandum 3.2: **Motion der Ad-hoc-Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung vom 12. Juni 2014 (Vorlage 2407.1 - 14707)**

Das Geschäft wurde unter Traktandum 5.2 behandelt (siehe Ziffer 1108).

1116 Traktandum 3.3: **Postulat von Philip C. Brunner betreffend permanente Perronverlängerungen in Rotkreuz – mehr Sitzplätze und weniger Stehplätze – eine kostengünstige infrastrukturelle Verbesserung – mit sofortigem direktem Nutzen für ÖV-Benützer vom 4. Juni 2014 (Vorlage 2403.1 - 14701)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1117 Traktandum 3.4: **Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten der Zuger Polizei vom 19. Mai 2014 (Vorlage 2401.1 - 14687)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1118 Traktandum 3.5: **Interpellation der Ad-hoc-Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung vom 12. Juni 2014 (Vorlage 2408.1 - 14708)**

Das Geschäft wurde unter Traktandum 5.3. behandelt (siehe Ziffer 1107).

TRAKTANDUM 8

1119 Geschäftsbericht 2013 und Jahresrechnung 2013

Es liegen vor: Gedruckter Bericht; Bericht und Antrag der Erweiterten Staatswirtschaftskommission (2402.1 - 14694).

EINTRETENSDEBATTE

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission: Der Blick auf das vergangene Jahr fällt dieses Mal weniger erfreulich aus als in den Vorjahren: Die Laufende Rechnung schliesst erstmals seit langem mit einem Defizit ab. Ausgewiesen werden 20 Millionen Franken Defizit, zu berücksichtigen ist aber, dass Rückstellungen von rund 47 Millionen Franken aufgelöst wurden, so dass sich das effektive Ergebnis auf ein Minus von 67 Millionen Franken beläuft. 2013 war in finanzieller Hinsicht eigentlich ein ganz normales Jahr ohne Ausreisser nach unten oder oben, dies sowohl in der Laufenden Rechnung als auch in der Investitionsrechnung. Da stellt sich die Frage, ob das nun die Trendwende sei. Sind die fetten Jahre vorbei? Man weiss es nicht. Erst im Herbst werden das Budget und der Finanzplan Gewissheit schaffen. Sicher aber sollte man das Ergebnis als Warnschuss betrachten, sich kritisch überlegen, wohin die Reise geht und künftige Investitionen sowie die durch die Investitionen ausgelösten Betriebskosten – wie in einer Interpellation gefordert – immer wieder kritisch hinterfragen.
Bei den Ausgaben konnten gegenüber dem Budget 40 Millionen Franken eingespart werden. Das zeigt, dass Regierungsrat und Verwaltung sorgfältig mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgehen. Dafür gebührt ihnen Dank. Leider fielen aber auch die Erträge tiefer aus als budgetiert: Der Steuerertrag lag um 35 Millionen Franken unter dem Budget. Natürlich ist die Budgetierung der Steuereinnahmen immer sehr schwierig, immerhin gilt es daraus aber die nötigen Schlüsse hinsichtlich künftiger Budgetierungen zu ziehen. Als Folge dieses Ergebnisses ist der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen auf rekordtiefe 13,9 Prozent gesunken. Auch der *Cashflow* aus betrieblicher und finanzieller Tätigkeit ist erstmals ins Negative gerutscht; als Folge davon hat sich die Liquidität um etwa 180 Millionen Franken und das Nettovermögen pro Einwohner um 600 Franken reduziert. Das alles ist nachzulesen bei den Kennzahlen auf Seite 35 und 36 des Geschäftsberichts.
Die Stawiko hat im Rahmen ihrer Beratungen wieder ein paar Grundsatzthemen aufgegriffen:
• Messung der Zielerreichung: Die Ämter legen im Geschäftsbericht Rechenschaft über ihre Zielsetzungen und Erfolgskontrolle ab. Die Finanzkontrolle (FiKo) beurteilt diese Aussagen im Rahmen ihrer Prüfungen. Der Regierungsrat hat in seiner Steuerungsverordnung festgehalten, dass die FiKo die Zielerreichung periodisch prüfen kann, und leitet daraus ab, dass die FiKo diese Prüfungen nicht regelmässig vornehmen soll. Die Stawiko ist für die Ausübung ihrer Oberaufsicht aber darauf angewiesen, dass die FiKo ihren Auftrag gemäss § 41f. des Finanzhaushaltgesetzes nach anerkannten Revisionsgrundsätzen uneingeschränkt und nach eigenem Er-

messen vornehmen kann. Es geht nicht an, dass der Regierungsrat in einer Verordnung die Tätigkeit der FiKo diesbezüglich einschränken will. Die Stawiko hat gegenüber der Regierung die entsprechenden Signale gesetzt und geht davon aus, dass das in Zukunft greift.
• Internes Kontrollsystem: Gemäss § 45 des Finanzhaushaltgesetzes ist die FiKo u. a. zuständig für die Prüfung der Internen Kontrollsysteme (IKS) der einzelnen Ämter. Eine Gesetzesgrundlage für die Einführung von IKS fehlt auf kantonaler Ebene allerdings. Die FiKo leitet aus ihrem Auftrag aber ab, dass grundsätzlich ein IKS vorhanden sein müsste, und gibt in ihren Berichten regelmässig eine standardisierte Empfehlung ab. Das stösst bei einigen Ämtern auf Unverständnis. Die Stawiko vertritt die Meinung, dass ein massgeschneidertes IKS in den einzelnen Ämtern heute selbstverständlich sein sollte, erwartet aber auch, dass die FiKo künftig nicht mehr standardisierte, sondern individuelle, auf die Grösse des jeweiligen Amts abgestimmte Empfehlungen abgibt.
• Zeit- und Ferienguthaben: Zum zweiten Mal werden die Zeit- und Ferienguthaben des Personals in der Jahresrechnung abgegrenzt. Die Stawiko ist nicht erfreut, dass die Abgrenzung gegenüber dem Vorjahr um rund 400'000 Franken höher ausgefallen ist, und fordert den Regierungsrat auf, Massnahmen zu treffen, dass diese Position – allein schon aus arbeitsrechtlichen Gründen – abgebaut werden kann.
Die Stawiko-Delegationen haben plausibilisiert und zuhanden der Stawiko Bericht erstattet. In ihrer Sitzung hat sich die Stawiko zusätzliche Auskünfte geben lassen und über sämtliche Direktionen und Gerichte intensiv diskutiert. Die wichtigsten Ergebnisse sind im Stawiko-Bericht festgehalten, und dort finden sich auch diverse Forderungen und Empfehlungen an den Regierungsrat, an die Gerichte und an den Datenschutzbeauftragten.
Wie jedes Jahr hat die FiKo die Jahresabschlüsse geprüft und empfiehlt, den Geschäftsbericht 2013, die Separatfonds und die Jahresrechnung der Strafanstalt Bostadel zu genehmigen. Auf Seite 363 des Geschäftsberichts werden drei als abgeschlossen bezeichnete Verpflichtungskredite aufgeführt, welche zusammen mit der Jahresrechnung zu genehmigen sind, weil die jeweiligen Kreditbeträge unter 10 Millionen Franken liegen. Namens der Stawiko stellt der Votant den **Antrag,** auf das Geschäft einzutreten und den im Geschäftsbericht auf Seite 5 formulierten Anträgen des Regierungsrats zuzustimmen.
In Zusammenhang mit dem heute in der «Neuen Zuger Zeitung» veröffentlichten Artikel legt die Stawiko Wert auf die Feststellung, dass sie ihren Bericht nicht als Rüffel an den Regierungsrat verstanden haben will. Sie versucht konstruktive Kritik zu üben, konstruktiv mitzudenken und mitzugestalten. Es ist dem Stawiko-Präsidenten ein Anliegen, dass der Bericht so aufgefasst wird.

Stefan Gisler als Sprecher der AGF: Der Kanton Zug wächst ungebremst, gewollt durch seine Standortpolitik. Das führt zu mehr Firmen, mehr Menschen, mehr Aufgaben. Zug muss darum investieren. Es braucht mehr Strassen, mehr Schulen, mehr Dienstleistungen der Verwaltung bei der Behandlung von Baugesuchen, Steuerveranlagungen etc. Dafür muss der Kanton langfristig genügend Einkünfte generieren, um damit diese Dienstleistungen sowie wichtige Standortfaktoren wie Bildung, Infrastruktur, Gesundheit oder Familienangebote zu sichern und gleichzeitig auch die sattsam bekannten negativen Folgen des Wachstums für Bevölkerung und Umwelt zu mildern. Hat der Kanton dafür keine Mittel mehr, ist die von der Regierung gemäss Geschäftsbericht anvisierte langfristige Sicherung von Lebensgrundlagen und Lebensqualität für alle Zugerinnen und Zuger gefährdet.
Schaut man sich jedoch die Rechnung 2013 sowie die Prognosen für die nächsten Jahre kritisch an, muss man feststellen: Vorbei sind die Zeiten, als FDP-Finanz-

politiker im Kantonsrat von einem strukturellen Überschuss schwadronierten. Vielmehr rutscht Zug, wenn man nichts unternimmt, in ein strukturelles Defizit. Finanzvermögen und Eigenkapital haben 2013 empfindlich abgenommen, und hätte der Kanton nicht die Steuerausgleichsreserve von 47,5 Millionen Franken aufgelöst – was als ausserordentlichen Ertrag verbucht wurde – und die Investitionen nicht um 31,5 Millionen Franken unterschritten, dann hätte er schon 2013 ein Defizit von fast 70 Millionen Franken verzeichnet. Und der Finanzplan sieht bis 2017 jährliche Defizite von 70 bis 96 Millionen vor. Der Kanton Zug muss also klug umgehen mit seinen Mitteln, auch bei einem Finanzvermögen von noch 1,3 Milliarden Franken. Was aber ist klug? Die AGF plädiert hier für eine nachhaltige Ausgabepolitik sowie für Steuervernunft.

Zu den Ausgaben: Am 10. April diskutierte der Kantonsrat über die bezüglich der Kosten schon fast grotesken Pläne zum Infrastrukturausbau. Die Regierung plant bis 2030 für rund 1500 Millionen Franken Strassen, für 665 Millionen Franken Hochbauten und für eher bescheidene 39 Millionen Franken Projekte im Bereich des öffentlichen Verkehrs – von den damit verbundenen Betriebskosten noch gar nicht zu reden. Gleichzeitig muss sich der Kantonsrat Gedanken machen über die Prioritäten bei den Ausgaben. Und hier verweist der Votant auf seine einleitenden Worte: Zug muss seine Standortfaktoren sichern und die negativen Folgen des Wachstums für Bevölkerung und Umwelt mildern. Verschuldet sich der Kanton leichtfertig für Infrastrukturprojekten, führt dies zu Sparpakten zulasten der Bevölkerung, und man hat kein Geld mehr zur Bewältigung des Wachstums. Leider war der Kantonsrat im April noch der Meinung, man müsse keine Sicherungen einbauen bei den Ausgaben für Hoch- und Tiefbauprojekte.

Zur Steuervernunft: Die vier Steuergesetzrevisionen seit 2007 führten für Kanton und Gemeinden zu weniger Steuereinnahmen von über 200 Millionen Franken jährlich. Mindestens die letzte Revision war eine zu viel, nicht nur für den Kanton, sondern auch für die Gemeinden. Die Stadt Zug schreibt seit Jahren rote Zahlen und schnürt Sparpakte für Familien, Bildung und Kultur. Doch daran ist nicht einzig die ZFA schuld, sondern auch der Verlust von Steuereinnahmen. Die vom Kantonsrat beschlossenen Steuersenkungen kosten die Stadt jährlich rund 25 Millionen Franken. In der Stadt Zug beginnt es selbst Bürgerlichen zu dämmern, dass es so nicht weitergehen kann, weil sonst die Finanzhaushalte des Kantons und der elf Gemeinden gefährdet sind. Interessanterweise war am Podium zu den Stadtratswahlen zum Thema Finanzen von keinem einzigen bürgerlichen Kandidaten das Wort Steuersenkung zu hören – zum ersten Mal, seit der Votant politisch tätig ist. Er erwartet auch von der Kantonsregierung heute ein klares Bekenntnis zu einer massvolleren Infrastrukturpolitik bei Strassen und Bauten und zu einer neuen Steuervernunft. Darum frägt er den Finanzdirektor: Hält dieser an seiner Aussage in den Medien fest, Zug müsse im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III seine Steuern weiter senken? Senkt der Kantons Zug seine Steuern nämlich über die Schmerzgrenze hinaus, ereilt ihn wohl dasselbe Schicksal wie Luzern und Schwyz: Kleinlaut mussten diese zwei Kantone die Steuern wieder anheben. Will dies der Finanzdirektor riskieren? Dabei ist der Votant nicht sicher, ob Zug die Schmerzgrenze nicht schon überschritten hat. Trotz steigender Bevölkerung mit Zuzug hoch qualifizierter und gut verdienender Personen und trotz tiefer Arbeitslosenquote liegt der Fiskalertrag 2013 bei natürlichen Personen über 50 Millionen Franken unter dem Budget. Das ist viel, vor allem wenn man weiss, wie konservativ Finanzdirektor Peter Hegglin budgetiert. Bereits 2011, bei der letzten Steuergesetzrevision, forderte der Votant im Namen der AGF, auf weitere Steuersenkungsexperimente zu verzichten, da der Kanton Zug sonst in ein strukturelles Defizit geraten könnte. Aber wie schon im 2011 plädiert er nicht *per se* auf künftige Steuererhöhungen, sondern

ist schon froh, wenn die Senkungsspirale gestoppt werden kann. Man muss aber sachlich, unaufgeregt und ohne Scheuklappen diskutieren, und punktuelle Anpassungen gegen oben müssen möglich sein. Zug kann nämlich nicht den Fünfer und das Weggli gleichzeitig haben. Man kann nicht die Steuereinnahmen weiter senken und gleichzeitig das Wachstum mit den für den Standort wichtigen Dienstleistungen und Infrastrukturen vernünftig finanzieren, geschweige denn den NFA.
Zum Schluss ein Wort zur NFA-Rechnung, über die nachher sicherlich noch lamentiert wird: Auch da muss man endlich vor der eigenen Türe kehren. Seit zehn Jahren tut die bürgerliche Politik in Zug so, als würde die Höhe der NFA-Rechnung nur in Bern festgelegt und nicht auch in Zug. Die Höhe der NFA-Rechnung wird über das kantonale Ressourcenpotenzial berechnet, also über die Anzahl der Reichen und gewinnstarken Aktiengesellschaften, die die Zuger Standortpolitik hierher holt. Und jedermann weiss, dass diese Verursacher der hohen NFA-Rechnung – wie auch dem Geschäftsbericht zu entnehmen ist – im Verhältnis zu ihrem Leistungsvermögen immer weniger Steuern zahlen. Der Votant ruft deshalb den Rat auf, diese Spirale gemeinsam zu beenden.
Die AGF heisst die Rechnung mit wenig Begeisterung gut. Sie fordert den Kantons- und Regierungsrat auf, darauf zu achten, welche Hoch- und Tiefbauten wann und wie teuer gebaut werden, und ob sie überhaupt gebaut werden sollen. Sie ruft zu Steuervernunft auf. Zug darf seine Steuereinnahmen nicht leichtfertig kürzen. Das ist auch nicht nötig, denn Zug ist national und international bereits heute sehr gut positioniert. Zug hat andere Qualitäten; diese gilt es zu sichern – und dafür braucht es Geld.

Alois Gössi: Die SP-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht 3013 ein und wird ihn genehmigen, ebenso die Jahresrechnung 2013 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel und die als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite. In der Bibel heisst es, dass nach sieben fetten Jahren sieben magere Jahre folgen. Mit der Jahresrechnung 2013 wird im Kanton Zug eine Trendwende eingeläutet: Die sieben mageren Jahre beginnen – wobei die mageren Zeiten wohl deutlich länger als sieben Jahre dauern werden. Erstmals seit 2003 schliesst die Rechnung mit einem Aufwandüberschuss, einem Minus von 68 Millionen Franken. Ausgewiesen wird ein Minus von 20,5 Millionen Franken, dazu kommt aber die Auflösung der Steuerausgleichsreserven von rund 47 Millionen Franken. Die SP würde es begrüssen, wenn Auflösungen von Reserven künftig nicht mehr budgetiert würden, um die Budgetdefizite zu verkleinern, sondern im Budget die echten Defizite ausgewiesen würden; die Auflösung von Reserven kann dann mit der Verbuchung des Aufwandüberschusses gemacht werden.
Die Rechnung 2013 ist praktisch gleich schlecht ausgefallen wie budgetiert: Das Defizit war 4 Millionen Franken kleiner. Innerhalb der einzelnen grossen Posten aber gab es grössere Änderungen. Die Zahlen waren sowohl bei den Einnahmen wie auch bei den Ausgaben kleiner. So gab es rund 28 Millionen Franken weniger Steuerertrag, der Personalaufwand fiel um 6,5 Millionen Franken, der Sachaufwand und die übrigen Betriebsaufwände nochmals um 8,6 Millionen Franken kleiner aus. Ins Gewicht fiel auch, dass der Transferaufwand – vor allem bei den Spitalfinanzierungen – um 17,5 Millionen Franken tiefer lag als budgetiert. Wie schon regelmässig in den Vorjahren wurde auch wieder einiges weniger investiert als geplant. Es gab deshalb rund 9 Millionen Franken weniger Abschreibungen. Die Nettoinvestitionen von 77 Millionen Franken hatten einen Selbstfinanzierungsgrad von lediglich knapp 14 Prozent. Das verheisst nichts Gutes für die künftigen Rechnungen: Absehbare Defizite und der langsame Beginn der anstehenden, sehr grossen Investitionen – Kantonales Gymnasium Menzingen, Ausbau der Kantonsschule Zug, Umfahrungen

Cham/Hünenberg und Zug/Baar, Verwaltungszentrum, vom Stadttunnel ganz zu schweigen – werden dafür sorgen, dass der Selbstfinanzierunggrad sehr tief bleiben wird und die finanzstrategischen Vorgaben nicht mehr eingehalten werden können. Das Eigenkapital, das der Kanton Zug in den letzten Jahren und Jahrzehnten mit den regelmässigen und teilweise grösseren Überschüssen geäufnet hat – per Ende 2013 betrug es rund 1,341 Milliarden Franken – wird bis 2020 wie die Butter an der Sonne um die Hälfte wegschmelzen – und dies, obwohl die ganz grossen Investitionen bis dann noch gar nicht begonnen haben. Man soll sich also über die gute Jahresrechnung 2013 freuen – die Aussichten auf die kommenden Rechnungen sind eher düster: Der Kanton Zug wird schauen müssen, dass er in den nächsten Jahren keine strukturellen Defizite einfährt.
Wie für die SP-Fraktion üblich, folgen einige Bemerkungen zu den Leistungsaufträgen und den Zielsetzungen mit der Erfolgskontrolle, die seit der Einführung von Pragma ein wesentlicher Bestandteil des Geschäftsberichts ist: Dieser enthält sehr viele Informationen, welche die SP teilweise aber als wenig ergiebig erachtet. Öfters wird auf die Stawiko oder bei der Zielerreichung auf den parlamentarischen Prozess verwiesen, der nicht beeinflusst werden könne; andere Projekte wurden verschoben oder nicht umgesetzt. Oder ein Beispiel aus der Baudirektion: Wenn 80 Medienmitteilungen als Ziel angestrebt werden – erreicht wurde 67 –, stellt sich die Frage, wie relevant dieses Ziel ist, wenn zu seiner Erreichung zu jeder Kleinigkeit eine Medienmitteilung verfasst muss oder kann. Für die SP-Fraktion haben gewisse Zielsetzungen eine reine Alibi-Funktion gegenüber dem Kantonsrat.

Thomas Wyss: Geschäftsbericht und Rechnung 2013 wurden in der SVP-Fraktion weniger gut aufgenommen als auch schon. Ein Defizit von 20,5 Millionen Franken, ohne Auflösung der Steuerausgleichsreserve gar von 68 Millionen Franken, passt nicht zum erfolgreichen Kanton Zug. Immerhin kann sich der Kantonsrat die leidige Diskussion über die Verwendung des Ertragsüberschusses und die Auslandhilfe ersparen: Wir haben nichts und geben nichts.
Die SVP-Fraktion stimmt der erweiterten Stawiko bei, die auf Seite 2 ihres Berichts auf der Ausgabenseite noch mehr Disziplin fordert. Die zwei SVP-Regierungsräte sind auch in dieser Hinsicht bereits sehr diszipliniert. Mit Befriedigung wurde an der Fraktionssitzung der SVP vermerkt, dass die Direktionen der SVP-Regierungsräte Heinz Tännler und Stephan Schleiss weniger Ausgaben verzeichneten als im Vorjahr, als einzige Direktionen. Alle anderen Direktionen gaben 2013 mehr aus als 2012, teilweise sogar beträchtlich mehr. Mehr Disziplin ist jedoch nicht nur auf der Ausgabenseite, sondern auch auf der Einnahmeseite gefordert, dies selbstverständlich nicht in Form von Steuererhöhungen, sondern indem dem gesunden Steuerklima und den guten Steuerzahlern Sorge getragen wird. Ganz im Gegensatz zur Ratslinken ist die SVP stolz darauf, dass der Kanton Zug attraktiv ist für vermögende Privatpersonen sowie Rohstoff- und andere Firmen. Das ist die Basis der Zuger Erfolgsgeschichte, nicht der ausufernde Verteil- und Sozialstaat, den die Linke so schätzt. Steuersenkungen sind notwendig, und die SVP hofft, dass es auch weiterhin dazu kommen wird.
Das Defizit sorgt im Übrigen dafür, dass die Klagen über den nationalen Finanzausgleich im Kanton Zug wieder lauter werden. Die SVP kann sich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass in gewissen Kreisen der Leidensdruck umso grösser zu werden scheint, je näher die Wahlen rücken. Das Problem ist vielschichtig, aber Lösungsvorschläge sind vorhanden.
Was die einzelnen Direktionen betrifft, so zeigt der Bericht der erweiterten Stawiko die heiklen Stellen auf. Mit ungläubigem Staunen nimmt die SVP zur Kenntnis, dass im Direktionssekretariat der Direktion des Innern so etwas wie die wundersame

Geldvermehrung oder besser Geldvernichtung praktiziert wird. Die Co-Generalsekretäre werden voll für diese Funktion entlöhnt, obwohl sie lediglich 50 bzw. 90 Prozent ihrer Arbeit für diese Zwecke einsetzen. Das ist fast schon unanständig gegenüber dem Steuerzahler und vor allem unfair und unsolidarisch gegenüber allen anderen Staatsangestellten, die korrekt eingestuft sind. Die SVP würde von der Direktorin des Innern gerne hören, wie sie sich und dem Kantonsrat diese Ungerechtigkeit erklärt.
Nur schon dieses Beispiel zeigt, dass in der Zuger Staatsrechnung noch viel Sparpotenzial vorhanden ist. Die SVP wird sich anlässlich der Budgetdebatte wieder mit Vorschlägen melden. Vielleicht erhält sie diesmal mehr Zustimmung als im vergangenen Jahr, als ihre Forderungen samt und sonders abgeschmettert wurden. So undiszipliniert wird der Kantonsrat in diesem Jahr wohl nicht mehr sein.

Gabriela Ingold: Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf den Geschäftsbericht 2013 und wird sämtlichen Anträgen zustimmen. Sie begrüsst auch die im Stawiko-Bericht formulierten Forderungen. Wie sie in ihrer Medienmitteilung geschrieben hat, sind die fetten Jahre definitiv vorbei; dies ist offensichtlich. Der ausgewiesene Aufwandüberschuss von 20,5 Millionen Franken – es sei wiederholt – wurde durch die Auflösung der Steuerausgleichsreserve um 47,5 Millionen Franken geschönt. Ein satter Verlust von 68 Mio. Franken ist Realität und muss aufhorchen lassen.
Der Kanton Zug befindet sich an einem Scheideweg. Die Unternehmenssteuerreform III und immer grösser werdende NFA-Zahlungen hängen wie ein Damoklesschwert über dem Kanton. Die FDP verlangt von der Regierung eine optimale Positionierung innerhalb der internationalen und nationalen Steuerlandschaft. Mit Vehemenz soll sich der Regierungsrat auch für eine Totalrevision des NFA stark machen, wie die FDP das bereits in einem parlamentarischen Vorstoss verlangt hat. Die FDP-Fraktion erneuert ihre Forderungen nach einem schlanken Staat und einer schlanken Verwaltung. Angesichts der rückläufigen Erträge muss mit den Ressourcen mehr als haushälterisch umgegangen werden: Das Nötige muss dringend vom Wünschbaren getrennt werden.
Bei den Leistungsaufträgen ist der FDP-Fraktion Folgendes sauer aufgestossen: Auf Seite 64 unten, im letzten Abschnitt der Gesamtwürdigung der Leistungsaufträge der Direktion des Innern, steht: «Die Ämter der Direktion des Innern haben die ihnen übertragenen Aufgaben rechtzeitig und in qualitativ hochstehender Form wahrgenommen.» Diese Aussage kommt einer Selbstbeweihräucherung gleich. Zu erinnern ist an die verschiedenen Informatikprojekte, die abgebrochen wurden; zu verweisen ist auch auf Feststellungen in den Stawiko-Berichten, sei es zum Budget oder zur Staatsrechnung. Beim Leistungsauftrag des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz ist im Kommentar als Grund für nicht erreichte Zielsetzungen einzig und alleine immer wieder das Argument der Resourcenknappheit zu lesen. Dem Stawiko-Bericht dann ist auf Seite 5 eine Vorwarnung zu entnehmen, dass auf das Budget 2015 weitere Stellen für die KESB beantragt werden sollen. Neben den ausufernden Finanzen gibt es bei dieser Behörde aber noch ganz andere Probleme. Es stehen Vorwürfe über mangelnde Mandatsführungen, Versäumnisse und unsorgfältige Kommunikation im Raum. Die Situation beginnt zu eskalieren, nachzulesen in der «Neuen Zuger Zeitung» vom 24. Juni 2014. Die fehlende Transparenz ist völlig inakzeptabel. Es geht nicht an, dass sich die Behörde bei Kritik hinter dem Bundesgesetz sowie dem Datenschutz versteckt. Bei der FDP-Fraktion läuten da die Alarmglocken. Bevor der Kantonsrat Untersuchungskommissionen einsetzen muss, fordert sie deshalb den Gesamtregierungsrat unmissverständlich auf, bei diesem Amt in jeder Beziehung umgehend für Ordnung zu sorgen.

Silvan Hotz: Die CVP-Fraktion nimmt den Geschäftsbericht und die Rechnung 2013 zur Kenntnis und stimmt ihnen zu; sie unterstützt auch die Aussagen im Stawiko-Bericht. Das Defizit von effektiv 68 Millionen Franken beunruhigt sie. Die immer grösser werdende Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben scheint sich jetzt, nachdem die Einmaleffekte von 2011 und 2012 wegfallen, deutlich abzuzeichnen. Wenn man dazu die ungebremst steigenden NFA-Beiträge und die Unternehmenssteuerreform III miteinbezieht, wird sich nach Einschätzung der CVP in nächster Zukunft daran nicht viel ändern. Dies zeigt – ohne den Teufel an die Wand malen zu wollen –, dass im Kanton Zug die Bäume nicht mehr in den Himmel wachsen und der Kantonsrat in der Verantwortung ist, dass der Kanton vor allem seine Ausgaben und Investitionen im Griff behält. Die letzten Steuergesetzrevisionen waren nötig und wurden auch vom Volk gutgeheissen, und es von zentraler Bedeutung, wie der Kanton Zug nun mit seinen Finanzen und Ausgaben umgeht.
Die SVP moniert immer wieder, dass ihre Sparvorschläge abgelehnt würden. Genau gleich ging es der CVP im letzten Monat, als ihre weitsichtigen Motionen zu den Investionen des Kantons und ihr Postulat zum Personalwachstum abgelehnt wurden: Es war ausgerechnet die SVP, welche energisch gegen die Erheblicherklärung dieser Vorstösse kämpfte. Die Motionen, mit welchen die CVP ihre Verantwortung, die Kosten im Griff zu behalten, wahrnimmt, sind wichtig – gerade in Zeiten, in denen die düsteren Wolken erst am Horizont zu sehen sind.

Esther Haas nimmt Bezug auf die Äusserungen von Gabriela Ingold zur KESB. Die Kritik an dieser Behörde hat schon fast notorischen Charakter. Die KESB startete mit einer Budgetkürzung, bevor sie überhaupt mit ihrer Arbeit begonnen hatte. Es scheint, als renne sie dieser Budgetkürzung, welche der Kantonsrat durchboxte, permanent hinterher. Das Ganze gleicht einem Katz-und-Maus-Spiel mit keinem Gewinner, aber mit vielen Verlierern, allen voran die Klientinnen und Klienten, die Gefahr laufen, von der KESB nicht immer optimal betreut werden zu können, weil die Ressourcen fehlen. Die KESB braucht keine *carte blanche*, aber sie braucht genügend personelle Ressourcen, um die steigende Anzahl Mandatsfälle, die zunehmenden Gefährdungsmeldungen und den gestiegenen Aufwand, der mit dem gemeinsamen Sorgerecht verbunden ist, vernünftig bewältigen zu können. Hierhin passt auch die Berichterstattung der «Neuen Zuger Zeitung» zum Rückzug der Pro Senectute aus der Mandatstätigkeit. Liest man die Medienmitteilung der Pro Senectute, wird deutlich, dass sich diese wegen Kompetenzengpässen aus der Mandatstätigkeit zurückgezogen hat. Der Bericht in der «Neuen Zuger Zeitung» hingegen kommt einem als tendenziöse Wahlberichterstattung vor, welche den Herausforderungen, denen sich die KESB gegenübersieht, in keiner Art und Weise gerecht wird.

Philip C. Brunner schliesst an das Thema KESB an. Das Problem ist Pragma. Der Votant hat sich in die Zahlen hineinzulesen versucht und der Finanzdirektion eine E-Mail dazu geschrieben. Er hat folgende Antwort erhalten: «Gemäss § 7 Abs. 2 des Organisationsgesetzes werden die Ämter mit Globalbudgets und Leistungsaufträgen geführt. Gemäss § 32 des Finanzhaushaltsgesetzes umfasst das Globalbudget den Saldo aus dem Total der Aufwände und dem Total der Erträge. Somit hat die Legislative keine Kenntnis mehr zu den Kontendetails eines einzelnen Amtes.» Man kann also nicht genau sehen, wie viel Geld für das Personal, für Beratungen etc. ausgegeben wird. Und weiter: «Die Stawiko nimmt für den Kantonsrat die Finanzaufsicht wahr und hat gemäss § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrat Einsicht in alle Unterlagen, die sie für ihre Aufgabenerfüllung benötigt, somit auch in die Details zu den Konten einzelner Ämter. Die Kommissionsmitglieder unterstehen jedoch gemäss § 24 der Geschäftsordnung dem Kommis-

sions- und Amtsgeheimnis. Fazit: Die Stawiko hat Einsicht in die von ihnen verlangten Zahlen. Sie untersteht dem Kommissionsgeheimnis.» Für den Votanten liegt das Problem nun darin, dass ihm die Informationen, die er als Parlamentarier hat, nicht genügen. Er behält sich deshalb vor, dazu gelegentlich eine Motion einzureichen, damit man wieder zu einem System zurückkehrt, das eine gewisse Transparenz für den Kantonsrat und für die Öffentlichkeit gewährleistet. Dann wird man über alle Vorwürfe, die nun bezüglich KESB im Raum stehen, wirklich diskutieren können.

Andreas Hausheer ist froh, dass nicht immer nur *für* Pragma gesprochen wird. Er war neben Stefan Gisler einer der einzigen, die sich kritisch dazu äusserten.
Zur systematischen Lobhudelei, welche die SVP-Fraktion betreibt: Es stimmt zwar, dass bei der Baudirektion per Saldo weniger Aufwand betrieben wurde. Man muss aber genau hinschauen: Direktionssekretariat der Baudirektion plus 250'000 Franken, Tiefbau und Strassenunterhalt etwa gleich viel wie im Vorjahr, Amt für Umweltschutz plus ca. 200'000 Franken. Dass das Hochbauamt mit 3 Millionen Franken weniger Aufwand abschliesst, ist – wie man auf Seite 216 nachlesen kann – auf Verzögerungen und Verschiebungen von diversen grösseren Massnahmen zurückzuführen; auf Seite 224 wird auch von zeitlichen Verschiebungen beim Amt für Raumplanung gesprochen. Man muss also genau schauen, woher dieser tiefere Aufwand kommt, und der Votant bittet hier um mehr Sachlichkeit. Bei der Bildungsdirektion konnte er diese Analyse auf die Schnelle nicht machen. Er hat aber gesehen, dass beim Direktionssekretariat der Aufwand stark zurückging – wobei in jedem Stawiko-Bericht steht, dass die Bildungsdirektion auf die Kosten keinen Einfluss nehmen könne etc.

Franz Peter Iten kommt zurück auf das Votum von Esther Haas und weist – als Stiftungsrat von Pro Senectute – den Vorwurf an diese Institution vehement zurück. Ein vertrauliches Papier beweist klar, dass bei Pro Senectute genügend Kompetenz vorhanden ist. Die Gespräche mit der KESB waren aber *sehr* schwierig und führten zu Missständen, die nicht von Pro Senectute zu bereinigen sind. Es ist ganz klar, dass das Vorgehen der KESB nicht in Ordnung ist, und der Votant ist froh, dass Gabriela Ingold darauf hingewiesen hat. Er versichert, dass er bei diesem Amt am Ball bleiben wird.

Thomas Wyss hat sich bei seiner Aussage auf Seite 39 des Geschäftsberichts gestützt, wo man unter «Detailinformationen Laufende Rechnung» den «Saldo pro Amt» findet. Und da sieht man, dass bei der Allgemeinen Verwaltung, bei der Direktion des Innern und bei der Volkswirtschaftsdirektion der Aufwand 2013 höher waren als derjenige im Jahr 2012, bei der Direktion für Bildung und Kultur und bei der Baudirektion hingegen tiefer. In Frankreich sagt man: «On appelle un chat un chat.» Wenn es also so ist, wie geschildert, darf man das auch sagen, und man darf auch sagen, dass die beiden SVP-Regierungsräte gut gearbeitet haben. Das ist legitim.

Andreas Hausheer hat nicht behauptet, der Baudirektor arbeite nicht gut. Man kann sich die Sache aber auch zu einfach machen. Der Baudirektor hat dem Votanten eben bestätigt, dass sich der tiefere Aufwand insbesondere durch die Verschiebung von Ausgaben von 2013 auf 2014 ergeben hat.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** kann die grundlegende Frage, ob die fetten Jahre vorbei seien und man den Gürtel nun enger schnallen müsse, nicht verneinen. Es

hat in den letzten Jahren eine Veränderung gegeben. Vor zwei Jahren wurde BAK Basel mit einer Finanzierungsprognose für den Kanton Zug bis 2020 beauftragt. BAK Basel hat damals von einer sehr guten Situation gesprochen, zwar mit einen kurzen Durchhänger, aber ab 2016/17 wieder mit sehr guten Zahlen. Letztes Jahr war der Bericht schon etwas zurückhaltender. Der Bericht für 2015 liegt noch nicht vor, er wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen eintreffen. Die Berichte von BAK Basel sind Prognoseinstrumente, die durch die konkreten Zahlen bestätigt werden.
Die Budgetierung wurde einerseits aufgrund eigener Annahmen, aber auch unter Berücksichtigung der Zahlen von BAK Basel vorgenommen. Das Ergebnis bestätigt die Annahmen: Im Bereich der juristischen Personen liegen die Erträge etwa in der erwarteten Höhe; es gab hier also nicht zu viele Steuersenkungen. Anders sieht es bei den natürlichen Personen aus, wobei daran zu erinnern ist, dass der Kanton Zug hier den Steuerwettbewerb nicht forciert hat, sondern eher für finanziell Schwächere die Steuern gesenkt hat. So liegt Zug nach den Kantonen Genf und Tessin heute an zweiter oder dritter Stelle, was die Höhe der Kinderabzüge betrifft, dies sowohl bei Eigen- und Fremdbetreuung. Woher rühren also die hohen Steuerausfälle bei den natürlichen Personen? Die Antwort, die der Finanzdirektor auf Nachfrage erhielt, lautete, dass hier wahrscheinlich die Kinderabzüge, die weniger hohen Boni in der Finanz- und Rohstoffbranche, eine geringere Mitarbeiterbeteiligung in Zusammenhang mit einem grösseren Börsengang und wohl auch die Verschiebung von Löhnen Richtung Dividendenzahlungen in Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform II als wichtige Faktoren zu nennen sind. Es gibt also verschiedene Gründe, weshalb im Bereich der natürlichen Personen die prognostizierten Zahlen nicht erreicht wurden. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass der Kanton Zug keine aggressive Steuerpolitik verfolgt. Für Unternehmen ist Zug heute bei 14,7 Prozent Gewinnsteuern und damit schweizweit – nach vielen Jahren an der Spitze – auf Rang 7 oder 8. Er wird heute auf Ebene Kantons- und Gemeindesteuern in anderen Kantonen quasi um die Hälfte unterboten, und es ist bei Verhandlungen mit Unternehmen nicht ganz einfach zu sagen, dass man im Kanton Zug auf Unternehmensgewinne doppelt so viel Steuern bezahlt wie in Nachbarkantonen. Der Finanzdirektor wehrt sich deshalb immer gegen die Aussage, der Kantons Zug gehe im Steuerwettbewerb zu weit oder sei zu aggressiv. Das trifft nicht zu. Der Kanton Zug geht nur so weit, wie er es durchhalten kann.
Die Frage, ob die fetten Jahre vorbei seien, hat der Finanzdirektor zu beantworten versucht. Es ist aber doch daran zu erinnern, dass der Kanton Zug noch immer eine gute Bilanz hat, obwohl mit der Rechnung 2013 eine Reserveposition aufgelöst wurde. Die Forderung der SP-Fraktion, für das Budget keine Reservepositionen mehr aufzulösen, möchte der Finanzdirektor nicht so absolut verstanden wissen, hat der Kanton doch rund 280 Millionen Franken Reserve für den NFA gebildet. Wann soll denn diese aufgelöst werden, wenn nicht dann, wenn der NFA riesige Sprünge vollführt? Wenn der NFA nächstes Jahr mehr als 10 Prozent steigt, ist es angebracht, einen Teil dieser Reserve einzusetzen. Mittel- oder langfristig wird diese Reserve wahrscheinlich sowieso aufgelöst, dies in Zusammenhang mit der Revision des Finanzhaushaltgesetzes: HRM 2 möchte keine solchen speziellen Töpfe mehr, sondern das Vermögen des Kantons quasi im freien Eigenkapital haben. Das wird der Weg sein.
Zu den von der Stawiko speziell angesprochenen Themen nimmt der Finanzdirektor wie folgt Stellung:
• Messung der Zielerreichung: Es kann nicht sein, dass die FiKo im Leistungsauftrag politische Schwerpunkte setzt, Die Leistungsziele werden vielmehr durch den Regierungsrat definiert und vom Kantonsrat überprüft, und die Beurteilung, ob ein anvisiertes Ziel richtig ist oder nicht, kann nicht Sache der FiKo sein. Es ist aber

richtig, dass man die Zielsetzung und ihre Messbarkeit überprüft. Man ist da im Rahmen des Budgetprozesses intensiv an der Arbeit.
• Eine ähnliche Diskussion gibt es beim Internen Kontrollsystem (IKS). Es gibt sehr kleine, aber auch sehr komplexe Ämter wie etwa die Steuerverwaltung, und da braucht es ein angepasstes IKS, keine Standardformulierung der FiKo.
• Zeit- und Ferienguthaben: Es ist nicht so, dass die Arbeitsstunden oder Ferientage über die reglementarisch zulässigen Zahlen angewachsen wären, der Anstieg hängt vielmehr mit der Anpassung der Stundenansätze zusammen. Früher rechnete man mit einem einheitlichen Ansatz für das ganze Personal, obwohl man bei Verwaltung und Lehrpersonal andere Lohnhöhen hat. Die Anpassung hat nun dazu geführt, dass die Rückstellung bei den Zeit- und Ferienguthaben angewachsen ist. Man ist aber sehr bemüht, dass es nicht zu Anhäufungen von Arbeitsstunden und Ferientagen kommt. Auch die FiKo schaut bei ihren Amtsrevisionen diese Stundenlisten immer an.
Zur Aussage, dass der Regierungsrat groteske Pläne bezüglich Infrastrukturbauten habe: Der Regierungsrat plant nicht von sich aus, sondern aufgrund von Aufträgen, die er vom Kantonsrat erhielt. Dieser hat im Richtplan Prioritäten gesetzt, hat Planungskredite beschlossen etc., und man kann dem Regierungsrat keine Vorwürfe machen, wenn er diese Pläne zu konkretisieren versucht. Es wird dann um eine Wertung dieser Pläne und um den Entscheid gehen, welche Infrastrukturen man tatsächlich realisieren soll, und da wird vor allem der Kantonsrat gefordert sein. In den letzten Jahren wurde tatsächlich viel geplant, aber da waren die finanziellen Aussichten noch besser als jetzt; andererseits verfügt der Kanton Zug noch immer über relativ viel Liquidität – wobei der Finanzdirektor in letzter Zeit hie und da froh gewesen wäre, er hätte die Liquidität schon in reale Werte umgemünzt. Zu erinnern ist an den Streit der Grossbanken mit den USA und daran, dass das Geld des Kantons Zug ja nicht im Büro des Finanzdirektors oder bei ihm zuhause aufbewahrt wird, sondern natürlich bei den Banken.
Schliesslich noch zu Pragma: Es war der Kantonsrat, der mit Nachdruck dieses Modells forderte. Die Regierung hat das an die Hand genommen und umgesetzt, und der Finanzdirektor möchte nicht, dass dieses Modell jetzt schon wieder komplett in Frage gestellt wird. Es braucht eine gewisse Konstante, um Schlussfolgerung ziehen zu können. Wenn man das System immer wieder umstellt, hat man keine Vergleiche mit den Vorjahren. Und zum Vergleich auf Seite 39 des Geschäftsberichts: Das sind einfach Zahlen. Diese müssen hinterlegt werden mit Begründungen und Bewertungen, dann erst bekommen sie eine Aussagekraft. Zu Lohnzahlungen hat der Kantonsrat schon früher keine direkte Auskunft erhalten. Die Stawiko allerdings hat bei einem Besuch praktisch in alles Einsicht. Sie muss aber mit diesen Informationen umgehen können und darf sie nicht für alles verwenden.
Zur Forderung nach einem schlanken Staat und einer schlanken Verwaltung: Der Finanzdirektor hat einst eine Vorlage für eine Staatsaufgabenreform vertreten. Es wurde damals einstimmig beschlossen, diese Reform an die Hand zu nehmen. Als der Regierungsrat aber erste Massnahmen vorlegte und der Kantonsrat hätte entscheiden müssen, was er davon möchte bzw. nicht möchte, wurde das Paket sang- und klanglos wieder beerdigt. Diese Erfahrung steckt dem Finanzdirektor noch immer in den Knochen, auch wenn er damit einverstanden ist, dass man die Aufgabenerfüllung schlank und ajour halten muss. Daran wird man gemessen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es nur *eine* Lesung gibt. Die Obergerichtspräsidentin bzw. der Verwaltungsgerichtspräsident stehen auf Pikett und würden kurzfristig hergebeten, falls sich Fragen ergeben sollten.

Der **Vorsitzende** ruft die Abschnitte einzeln auf. Es erfolgen Wortmeldungen zu folgenden Abschnitten:

Direktion des Innern (ab Seite 63)

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, nimmt Stellung zu zwei Themen, die in der Eintretensdebatte angesprochen wurden:
• Löhne: Man kann darüber, was ein gerechter Lohn ist, verschiedener Meinung sein. Das Personalgesetz sieht in § 44 für bestimmte Funktionsklassen eine Lohneinreihung in einer Bandbreite von einigen Lohnklassen vor. Es ermöglicht in § 49 aber auch eine höhere Einreihung, um besonders geeignete Mitarbeitende zu gewinnen oder zu halten. Der Gesetzgeber hat bewusst den Direktionen einen gewissen Spielraum eingeräumt, damit die Verwaltung auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleibt. Ähnliche Regelungen kennen auch andere Kantone, mit denen Zug bei der Personalrekrutierung in Konkurrenz steht. In diesem Sinn wurden die Anstellung der beiden Generalsekretäre und deren Einreihung für deren zweite Funktion vorgenommen und dies, wie in der Personalverordnung vorgeschrieben, jeweils in Absprache mit dem Personalamt, das die Verträge mitunterschreibt. Die Suggerierung, dass bei den Löhnen etwas Gesetzeswidriges bewilligt wurde, ist klar von der Hand zu weisen.
• KESB: Die erweiterte Stawiko empfiehlt, im Leistungsauftrag der KESB die Einfluss- und Plangrössen zu überdenken. Die Direktorin dankt für diese Anregung, die sie mit der Stawiko-Delegation bereits besprochen hat. Die KESB hat im Hinblick auf das Budget 2015 bereits eine Anpassung der Einfluss- und Plangrössen vorgenommen, wie auch ein grosser Teil der Ämter ihren Leistungsauftrag zusammen mit Mitarbeitenden der Finanzdirektion umfassend überprüft und angepasst hat. Nachdem man nun über zwei Jahre Erfahrung mit Globalbudgets und Leistungsaufträgen verfügt, können diese nun ausgewertet und Verbesserungen umgesetzt werden. So wurden die Leistungsziele und die Einfluss- und Plangrössen in vielen Ämtern, insbesondere auch beim KESB, überarbeitet. Die Informationen, welche die erweiterte Stawiko zur Beurteilung des Geschäftsberichts braucht, hat die KESB immer vollumfänglich offengelegt. Den Anregungen wird die KESB sicher auch in Zukunft nachkommen.
Wenn erwartet wird – die Direktorin des Innern bezieht sich hier auf die erwähnte Zeitungsmeldung –, dass die KESB auf anonyme Beispiele in der Zeitung reagieren soll, muss die Regierungsrätin die Behörde in Schutz nehmen und unterstützen. Einzelfälle können nicht in der Zeitung abgehandelt werden. Der KESB wurden nicht einmal die betreffenden Namen genannt.
Zu Gabriela Ingold: Das Verwaltungsgericht stellt der KESB in Fällen, bei denen es Beschwerden gibt, ein sehr gutes Zeugnis aus, was auch im Geschäftsbericht nachzulesen ist. Die Regierungsrätin lädt Gabriela Ingold ein, bei der KESB vorbeizukommen, sich erläutern zu lassen, was dieses Amt leistet, und Einsicht zu nehmen. Danach wird sich Gabriel Ingold ein objektives Urteil bilden können.

Andreas Hausheer hat eine Verständnisfrage zur Bestimmung im Personalgesetz, dass jemand zu speziellen Konditionen eingestellt werden kann. Die Stawiko wurde

informiert, dass es hierfür einen Regierungsratsbeschluss brauche. Der Votant bittet um Klärung, wer solche Einstufungen vornehmen darf.

Finanzdirektor **Peter Hegglin:** Die Frage ist aus dem Stand nicht ganz einfach zu beantworten. Die Anstellung von Amtsleitern oder oberstem Kader ist Aufgabe des Regierungsrats, während die Anstellung von weniger hohen Kadern und der übrigen Mitarbeitenden Aufgabe entweder der Direktion oder der Ämter ist. § 49 des Personalgesetzes betreffend besondere Gehaltszulagen, also die Anstellung von Personen in besonderen Funktionen, ist Ebene Regierungsrat. Eine andere Frage ist die Einstufung eines Mitarbeiters in eine bestimmte Lohnklasse; diese wurde nicht vom Regierungsrat beschlossen, jedoch unter Mitwirkung des Personalamts.

Direktion für Bildung und Kultur (ab Seite 95)

Esther Haas spricht zu Konto 1730, Amt für Mittelschulen. Ihre Interessenbindung: Sie ist Lehrperson am GIBZ und kommt regelmässig in den Genuss der Freizeitkurse, welche die Sportabteilung des GIBZ anbietet. Bekanntlich klagten die Sportlehrpersonen vor dem Verwaltungsgericht erfolgreich gegen die ungleiche Lohneinreihung gegenüber den anderen Lehrpersonen. Mit diesem Urteil bekamen nicht nur die Sportlehrpersonen der Mittelschulen eine Gleichstellung, sondern auch jene des KBZ und des GIBZ. Wenn nun die Bildungsdirektion prüft, den durch das Urteil des Verwaltungsgerichts entstehenden Mehraufwand durch Erhöhung der Anzahl Lektionen der Sportlehrpersonen zu kompensieren, ist dies ziemlich irritierend. Das Urteil des Verwaltungsgerichts ist unmissverständlich, und die DBK riskiert mit ihrem Ansinnen einen nochmaligen Rechtsstreit.
Hintergrund dieser Differenzen ist die Meinung, dass Sportlehrpersonen halt nicht so viel zu tun hätten wie andere Fachlehrpersonen. Die Vorstellung, dass die Sportlehrperson lässig auf dem Sportplatz steht, während die Jugendlichen die Fussballtore aufstellen, scheint immer noch in den Köpfen vieler – vielleicht auch in der DBK – herumzugeistern. Das Verwaltungsgericht jedenfalls hat in seinem Urteil klar festgehalten, dass diese Meinung antiquiert ist. Im Gerichtsurteil steht: «Die Sportlehrer sind wie die übrigen Lehrpersonen zur Vermittlung von vorgegebenen Lehrplaninhalten verpflichtet und nehmen wie alle anderen diverse Aufgaben und Funktionen im Schulbetrieb wahr.» Und weiter: «Jedenfalls erscheint es nicht nachvollziehbar, weshalb ein Fachbereich *a priori* und generell tiefere Anforderungen an die unterrichtenden Lehrpersonen stellen sollte.»
Das Verwaltungsgericht hat den beschwerdeführenden Sportlehrpersonen Recht gegeben. Sie bekommen mehr Lohn – und sollen jetzt einfach länger arbeiten? Diese Absicht entbehrt jeglicher Grundlage, denn der Berufsauftrag beinhaltet für alle Lehrpersonen den gleichen, dreifachen Auftrag: Unterricht erteilen, Mitarbeit bei der Gestaltung des Schullebens und Weiterbildung. Die Votantin möchte vom Bildungsdirektor wissen, ob mit der beabsichtigten Erhöhung der Lektionen der Sportlehrpersonen nicht ein Keil zwischen die einzelnen Fachrichtungen getrieben wird. Was ist, wenn dereinst die Deutschlehrpersonen kommen und eine Pensenreduktion verlangen, weil sie viel Zeit in Aufsatzkorrekturen investieren müssen? Wenn man die Aufwände der einzelnen Fachrichtungen auszudifferenzieren beginnt, provoziert man unter den Fachschaften ein Gegeneinander statt ein Miteinander, dies bestimmt nicht im Sinne einer gesunden Schulkultur.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** möchte hier nicht über das Urteil des Verwaltungsgerichts und dessen Auslegung diskutieren. Das Verwaltungsgericht hat ganz

am Schluss festgehalten, dass die Abbildung, welche die Regierung in einer Verordnung gemacht hat, die Lehrpersonen für Sport, Musik und Gestalten *per se* eine Stufe tiefer einzureihen, nicht mehr zulässig ist. Die entsprechende Verordnung wurde 2008 angepasst und jetzt als nicht mehr zulässig taxiert. Daraus hat der Regierungsrat Handlungsbedarf abgeleitet:
• Wie gefordert, wird die Lohndifferenz über die entsprechenden fünf Jahre an die Kläger nachbezahlt.
• Es wird per sofort eine höhere Einstufung umgesetzt.
• Es wird geprüft, ob auch andere Schule davon betroffen sind.
• Es wird abgeklärt, wie mit den Lehrpersonen für Musik und Gestalten umzugehen ist.
• Es wird auch geprüft, ob die auch in anderen Kantonen nachgewiesene Differenz in Sachen Aufwand – nicht Anforderungen – allenfalls durch ein höheres Unterrichtspensum abzubilden ist. Diesen Prüfauftrag setzen die Volkswirtschaftsdirektion und die Direktion für Bildung und Kultur zuhanden des Regierungsrat jetzt um. Bis Ende Jahr sollten die Grundlagen erarbeitet und weitere Informationen möglich sein.

Finanzdirektion (ab Seite 289)

Stefan Gisler hat bereits angekündigt, dass er das Thema Personal zur Sprache bringen werde. Stolz schreibt die Regierung auf Seite 22, alle Direktionen hätten zur Budgetunterschreitung beim Personalaufwand beigetragen. Das hört sich gut an, sieht aber bei genauerer Betrachtung etwas anders aus. Vorab ist daran zu erinnern, dass Wachstum mehr Arbeit auch für die Verwaltung generiert. Kein Bauherr hätte Verständnis, wenn er bei Baugesuchen monate- oder jahrelang auf Antwort warten müsste, weil gerade Personalknappheit herrscht. In den Berichten von Stawiko und Regierung wird erwähnt, dass die Rückstellungen für Überstunden auf 10,1 Millionen Franken angestiegen sind. Der Finanzdirektor hat beim Eintreten dazu bereits Stellung genommen. Der Votant frägt nach, ob es die Liste noch gibt, auf welcher man sieht, welches Amt wie viele Überstunden angehäuft hat. Diese Liste lag der Stawiko jeweils vor und ist ein gutes Kontrollinstrument.
Liest man den Geschäftsbericht genau durch, stösst man auf folgende Hinweise bezüglich Personal:
• Auf Seite 125 (Sportamt) ist zu lesen, dass ein Vernetzungsprojekt «Sport und Bewegung» nicht durchgeführt wurde. Grund: zu wenig Personalressourcen.
•Auf Seite 191 (Direktionssekretariat Baudirektion) steht: «Die Fachstelle für Landerwerb/Immobiliengeschäfte konnte diese Arbeiten nur unter Beizug von externen Fachkräften erfüllen.»
• Auf Seite 207 (Amt für Umweltschutz): «Insgesamt führte der gestiegene Arbeitsanfall dazu, dass das Amt an die Grenzen seiner personellen Ressourcen stiess.»
• Auf Seite 221 (Amt für Raumplanung): «Insgesamt führte der gestiegene Arbeitsanfall dazu, dass das Amt an die Grenzen seiner personellen Ressourcen stiess.»
• Auf Seite 223 (Amt für Raumplanung) wird gesagt, dass die überdurchschnittliche Zahl von Baugesuchen mehr Vorprüfungen und Genehmigungen erforderte, was zu Personalengpässen führte.
• Und auf Seite 298 (Personalamt Finanzdirektion) steht, dass gerade für das Personalgesetz «erheblich personelle Ressourcen» eingesetzt wurden, «die für andere geplante Vorhaben fehlten»; auch nehme die Arbeit «quantitativ und von der Komplexität her stark zu».
Dies keine guten Nachrichten. Es fragt sich: Wird das Personal systematisch überlastet? Was sagt der Finanzdirektor als oberster Personalchef zu diesen Fakten, die sich in fast jedem Amt finden? Natürlich wird man im Rahmen der Budget-

debatte diskutieren können, ob es mehr Stellen braucht. Der Votant möchte jetzt aber wissen, ob die Regierung wirklich darauf achtet, dass für das vorhandene Wachstum genügend Personal zu Verfügung steht, und ob nicht die Angestellten systematisch überlastet werden.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält zuerst fest, dass es die erwähnte Liste pro Amt noch gibt, was der Stawiko-Präsident bestätigen kann. Zu den Personalressourcen: Dass der Personalaufwand – pauschal betrachtet – kleiner ausfällt als budgetiert, hängt meistens damit zusammen, dass Stellen bei Pensionierung, Abgängen oder Kündigungen von Mitarbeitenden nicht sofort wieder besetzt werden können oder dass neue, junge Mitarbeitende eben wesentlich kostengünstiger sind als ältere Mitarbeitende, die in Pension gehen. Bei den Rückmeldungen der Ämter bezüglich Arbeitslast muss man verschiedene Aspekte berücksichtigen. Es kann beispielsweise sein, dass man sich zu viel vorgenommen hat, oder dass die erwähnten Projekte über längere Zeit geplant sind. Vielleicht aber verlangt man beim Kanton Zug auch eine höhere Qualität und eine grössere Leistung. Das darf durchaus auch mal hinterfragt werden, wobei auch Vergleiche mit andern Kantonen wichtig wären; vor dieser Aufgabe wird man in nächster Zeit stehen.

Selbständige Anstalten des Kantons: Gebäudeversicherung (ab Seite 373)

Eusebius Spescha hat eine Frage an den Stawiko-Präsidenten. Im Stawiko-Bericht steht auf Seite 9 unten der folgende Satz: «Die Finanzkontrolle hält in ihrem Bericht fest, dass die Rechnungsführung im Wesentlichen ordnungsgemäss erfolgte.» Bei den anderen Stellen heisst es immer, dass «die Rechnungsführung ordnungsgemäss erfolgte». Dieser Unterschied in der Formulierung lässt vermuten, dass bei der Gebäudeversicherung die Rechnungsführung im Unwesentlichen nicht ganz ordnungsgemäss erfolgte. Was bedeutet also diese Formulierung?

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** hält fest, dass im Revisionsrecht grundsätzlich zwischen Wesentlichkeit und Unwesentlichkeit unterschieden wird und Wesentlichkeitsgrenzen festgesetzt werden. Die konkrete Frage von Eusebius Spescha kann der Stawiko-Präsident nicht beantworten, er geht aber davon aus, dass es bei der Gebäudeversicherung wahrscheinlich einige Punkte gab, die zwar unter den Begriff Unwesentlichkeit fallen, in der Summe aber doch zu dieser Bemerkung Anlass gaben. Der Stawiko-Präsident kann das genauer abklären.
Zu Stefan Gislers Bemerkung bezüglich Personalstellen verweist der Votant auf Personalstellen-Übersicht in der Beilage zum Stawiko-Bericht. Das ist ein wichtiges Instrument, seit die Personalplafonierung weggefallen ist. Die Stawiko verfolgt diese Entwicklung kritisch. Über das Ganze gesehen stellt man fest, dass die 1513 Stellen im Jahr 2011 auf 1608 Stellen im Jahr 2012 und 1665 Stellen im Jahr 2013 gewachsen sind; für 2014 sind 1722 budgetiert. Der Votant geht davon aus, dass mit dieser Zunahme, die sich letztendlich aus der Strategie des Regierungsrats ableitet, dem Wachstum des Kantons Rechnung getragen wird. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der zweite Satz in den Erläuterungen, dass per 31. Dezember 2013 über die ganze Verwaltung hin 23 Stellen unbesetzt waren. Unbesetzte Stellen – dazu gehören auch Mutterschaftsurlaube etc. – können natürlich in kleinen Abteilungen zu Mehrbelastungen und sogar zu Überbelastungen führen.

Anträge des Regierungsrats (Seite 5)

Der **Vorsitzende** liest die Anträge des Regierungsrats vor:
1. Es sei der Geschäftsbericht 2013 bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung zu genehmigen.
2. Es seien die im Anhang zur Jahresrechnung als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite zu genehmigen.
3. Es sei die Jahresrechnung 2013 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass praxisgemäss keine separate Schlussabstimmung durchgeführt wird. Das Geschäft ist damit erledigt.

TRAKTANDUM 9

1120 Zwischenbericht zu den per Ende März 2014 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen

Das Traktandum wurde vorgezogen (siehe Ziffer 1112).

TRAKTANDUM 10

1121 Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2013

Das Traktandum wurde verschoben (siehe Ziffer 1103).

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 11

1122 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Landerwerb und für die Realisierung von Neu- und Umbauten für das Kantonale Gymnasium in Menzingen (kgm)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2336.1/.2 - 14542/43), der Kommission für Hochbauten (2336.3 - 14657) und der Staatswirtschaftskommission (2336.4 - 14670).

EINTRETENSDEBATTE

Eusebius Spescha, Präsident der Kommission für Hochbauten: Dies die zweite Vorlage, bei der es darum geht, Kredite für die Umsetzung des neuen Standortdispositivs für Mittelschulen zu beschliessen. Das Ergebnis der Beratungen in der Kommission für Hochbauten lässt sich zusammenfassend wie folgt festhalten:

• Das kantonale Gymnasium Menzingen (kgm) ist ein fester Bestandteil der Mittelschulplanung. Die vorgesehenen Um- und Neubauten sollten als integraler Teil dieses Gesamtpakets zügig realisiert werden.
• Die Notwendigkeit des Landerwerbs und des Um- und Neubaus kgm ist unbestritten.
• Es handelt sich um ein sorgfältig ausgearbeitetes Projekt, das sich sinnvoll in die Landschaft einpasst und den Anforderungen der Schule gerecht werden dürfte.
• Die Kosten sind gemäss Benchmark durchschnittlich und werden von der Hochbaukommission als vertretbar beurteilt.
Dem Bericht der Stawiko liegt ein Zusatzbericht der Baudirektion zum Raumprogramm bei. Die Hochbaukommission liess sich zusammen mit der Bildungskommission an einer Spezialsitzung im Hinblick auf die zu erwartenden Baukreditvorlagen über die Raumprogramme von Schulen und die dahinter liegenden Überlegungen orientieren. Auch wenn an der Sitzung im November 2012 keine Beschlüsse zu fällen waren, so war man sich in den beiden Kommissionen einig, dass diese Überlegungen nachvollziehbar und stringent waren. Nachdem das vorliegende Raumprogramm den damaligen Darlegungen entspricht, bestand von Seiten der Kommission kein weiterer Diskussionsbedarf. Wenn die Stawiko tatsächlich in Menzingen eine Schule mit dem Raumprogramm der Kantonsschule Wil bauen will, dann wäre – dies die persönliche Meinung des Votanten – ein Übungsabbruch besser. Der Votant jedenfalls würde dagegen stimmen, einfach weil er keine Lust hätte, in ein paar Jahren hören zu müssen: Was ums Himmels willen habt ihr gedacht, als ihr diese Schule bewilligt habt.
Auch bei diesem Projekt kann der Votant zum Kürzungsantrag der Stawiko keine Meinung der Kommission abgeben. Wenn die Regierung diese Kürzung als möglich erachtet, sollte man ihr diese Chance geben. Allerdings findet es der Votant zwingend, dass die Hochbaukommission sich demnächst grundsätzlich mit der Höhe des Kreditanteils für Unvorhergesehenes auseinandersetzt. Eine pauschale Kürzung von 10 auf 5 Prozent bei einer Genauigkeit des Kostenvoranschlags von plus/minus 10 Prozent findet er persönlich nicht sachgerecht. Sachgerechter wäre es in diesem Fall, eine Aufteilung vorzunehmen, beispielsweise 5 Prozent Reserve beim Neubau und 10 Prozent Reserve bei den Umbauten. Der Votant stellt aber bewusst keinen Antrag, da ihm dies zu unseriös erscheint.
Im Namen der Hochbaukommission beantragt der Votant, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** Der Kantonsrat hat sich bei der Richtplanung für einen Mittelschulstandort in Menzingen entschieden, so dass der Regierungsrat nun die entsprechende Vorlage für die Modernisierung und teilweise Neurealisierung präsentiert. Es geht hier um einen – allerdings schon länger bekannten – hohen Kreditantrag von über 100 Millionen Franken.
Die Hochbaukommission hat sich auch intensiv mit dem Raumprogramm auseinandergesetzt und hält dieses für zweckmässig und vertretbar. Bezüglich der Kosten stellt sie fest, dass diese im Bereich der Benchmarks anderer Projekte liegen. Die Stawiko konnte diesen Überlegungen folgen, hielt aber in einem Fragekatalog an die Baudirektion fest, dass das Raumprogramm im Vergleich mit andern Schulen, insbesondere mit der Kantonsschule in Will, sehr grosszügig ausgefallen ist. Wie den Antworten der Baudirektion im Anhang zum Stawiko-Bericht auf Seite 6 zu entnehmen ist, betragen die Anlagekosten pro Schüler in Menzingen rund 182'000 Franken, in Wil kam man auf rund 97'000 Franken. In Menzingen beträgt die Hauptnutzfläche pro Schüler 24,5 m^2, in Wil sind es 11,9 m^2, also nicht einmal die Hälfte, das immer ohne Turnhallen. Wenn man davon ausgeht, dass sich der Schüler wäh-

rend 70 Prozent der Unterrichtszeit in einem Klassenzimmer befindet wo ihm ca. 4 m^2 zur Verfügung stehen, heisst das nichts anderes, als dass während dieser Zeit pro Schüler ca. 20 m^2 brach liegen. Das zeigt, wie grosszügig in dieser neuen Schulanlage gebaut wird. Da stellt sich schon die Frage, wie lange der Kanton Zug sich das noch leisten will und kann. Diese Ausführungen richten sich nicht in erster Linie an den Baudirektor, sondern vor allem an den Bildungsdirektor, der ja in Bälde die Verantwortung für das Raumprogramm der Mittelschule im Röhrliberg wird übernehmen müssen. Die Stawiko hat die Antworten der Baudirektion mit wenig Freude zur Kenntnis nehmen müssen und sieht sich nicht in der Lage, hier aufgrund der heutigen Schulformen irgendwelche Änderungsanträge zu stellen.
Zur den Kosten: Auch hier kann die Stawiko – wie vor einem Monat bei der KSZ – aufgrund der Erklärungen des Baudirektors anlässlich der Stawiko-Sitzung eine Kreditreduktion beantragen, in diesem Fall 3,3 Millionen Franken. Die Reduktion betrifft die Aussensportanlagen und die Umgebung. Im Weitern kann man die Position Unvorhergesehenes aufgrund der Erfahrungen aus früheren Projekten kürzen. Der Objektkredit reduziert sich dadurch von 99,2 auf 95,9 Millionen Franken. Der Kredit für den Erwerb der Liegenschaft bleibt unverändert. Die Liegenschaft steht unter Denkmalschutz, so dass teilweise Subventionsbeiträge von je 15 Prozent bei Kanton und Gemeinde geltend gemacht werden. Der Bruttokredit wird sich entsprechend reduzieren, die Baudirektion war allerdings noch nicht in der Lage, die Subventionshöhe zu beziffern.
Die Stawiko beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit dem Kreditbetrag von 14,8 Millionen Franken für den Erwerb und den reduzierten Kreditbetrag von 95,9 Millionen Franken für den Objektkredit zuzustimmen.

Martin Stuber teilt mit, dass die AGF den Objektkredit für den Ausbau des Gymnasiums Menzingen befürwortet. Bildung ist die wichtigste Ressource für den Kanton Zug. Die AGF hätte sich gewünscht, dass diese Vorlage schon vor anderthalb Jahren in den Kantonsrat gekommen wäre, denn die Raumnot an den bestehenden Mittelschulen ist gross. Deshalb hat sich die AGF als einzige Fraktion seit längerem für vier Mittelschulstandorte eingesetzt, und man hätte den unbestrittenen Kredit für den Ausbau des kgm schon damals bewilligen können. Aber lieber spät als nie!
Der Hochbaukommission war nicht ganz klar, was genau im Vorvertrag für die zwei Grundstücke in Menzingen steht. Das hat die Baudirektion in einem Anhang nun aufgezeigt. Der Votant ist beruhigt; er hat sich nämlich darüber Sorgen gemacht, dass nicht so klar war, dass der Kanton die Grundstücke auch wirklich kaufen kann und unter welchen Bedingungen. Das ist jetzt klar, und der Votant hält es mit der Stawiko und wohl auch der Mehrheit des Kantonsrats: möglichst schnell kaufen.
Der Votant hat es schon in der Hochbaukommission gesagt: Es ist sehr viel Geld! Es mag gewisse Gründe geben, die den Bau verteuern – etwa der Denkmalschutz –, aber es ist trotzdem sehr viel Geld. Der Votant hat damals in der Bau- und Planungskommission der Stadt Zug den Erweiterungsbau der Kantonsschule genauer anschauen können, bei dem es – Irrtum vorbehalten– um 29 Millionen Franken ging. Der bleibende Eindruck war, dass nur mit dem Besten und Teuersten gearbeitet wurde. Beispielsweise sind die Wände in diesem Bau gestockt, man hat den Beton also von Hand abgeschlagen – die teuerste Oberfläche, die es überhaupt gibt. Auch beim Projekt für das kgm hat der Votant irgendwie ein ungutes Gefühl, und er fragt sich, ob es nicht möglich wäre, ohne Abstriche am für den Schulbetrieb vernünftigen Raumprogramm – das wäre am falschen Ort gespart – etwas günstiger zu bauen.

Karl Nussbaumer: Die SVP Fraktion wird einstimmig auf diese Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Zur Geschichte wurde ja schon einiges gesagt, und so will der Votant nicht alles wiederholen. Nach langem Hin und Her und vielen Anläufen hat es der Baudirektor geschafft, mit drei Standorten die Mittelschulplanung für die nächsten Jahre zu sichern. Über einen Standort, der eigentlich schon festgelegt war und für den der Kantonsrat 2009 auch schon den Projektierungskredit beschloss, soll heute nun definitiv entschieden werden. Die SVP-Fraktion hat die Vorlage ausführlich besprochen und ist klar der Meinung, dass es sich um ein gutes und zukunftgerichtetes Projekt handelt. Mit den geplanten Provisorien kann man den Schulbetrieb während der Bauzeit aufrecht halten. Für das Projekt spricht auch, dass mit dem Institut ein Vorkaufsrecht während zwanzig Jahren für das Grundstück, auf dem das Altersheim «Maria vom Berg» steht, ausgehandelt wurde. Somit wäre auch ein späterer Ausbau – sofern nötig – möglich.
Die SVP-Fraktion hat auch die Kürzungsanträge der Stawiko besprochen. Da es sich im Wesentlichen um Kürzungen der Position Unvorhergesehenes handelt, schliesst sie sich dem Antrag der Stawiko an. Wichtig war für die SVP, dass unter den Kürzungen nicht die Qualität der Schule leidet, was klar nicht der Fall ist. Deshalb ist die SVP Fraktion – wie gesagt – einstimmig für Eintreten. Sie wird bei der Detailberatung die Anträge der Stawiko unterstützen und der Vorlage einstimmig zustimmen.
In eigener Sache: Der Kampf der Menzinger Kantonsräte und ihrer Helfer hat sich erst gelohnt, wenn auch der Kantonsrat diese Vorlage unterstützt und damit den zukünftigen Schülerinnen und Schülern, welche die neue Schule besuchen werden, die Zukunft sichern. Der Votant dankt den Ratsmitgliedern, dass sie auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

Daniel Abt: Für die FDP Fraktion ist der Bedarf für die Neu- und Umbauten am kgm unbestritten. Sie wird einstimmig auf die Vorlage eintreten. In der Detailberatung wird sie den Anträgen der Stawiko folgen. Über das basarartige Vorgehen bei den Kürzungen hat sich der Votant bei der letzten Vorlage zur Kantonsschule Zug ausgelassen und wird dies hierbei nicht wiederholen.

Frowin Betschart freut sich, dass er dieses Votum halten kann, wird heute doch eine bald zehnjährige Planung abgeschlossen. Der Kantonsrat hat die Möglichkeit, einen raumplanerischen und bildungspolitischen Nagel einzuschlagen, welcher die Gymnasialbildung in den nächsten Jahren prägen wird. Mit dem vorliegenden Bauprojekt erhält der Kanton eine zeitgemässe Mittelschule, welche eine wichtige Stütze in der Mittelschullandschaft bilden wird – dies an einem Ort, welcher die Schulbildung der ganzen Schweiz seit Jahrzehnten geprägt hat.
Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung und der Stawiko: Sie ist für den Neu- und Umbau des kgm. Die Diskussion über den Standort des Gymnasiums war lange. Immer wieder neue Ausgangslagen machten diesen Marathon nötig. Es ist ratsam, neue Aspekte zu berücksichtigen und in die Überlegungen einfliessen zu lassen. Genauso wichtig ist es, nach reiflicher Überlegung zu entscheiden. Zehn Jahre lang wurde überlegt, jetzt aber gilt es Nägel mit Köpfen zu machen.

Heini Schmid wird kein flammendes Votum für die Zentralisierung der Mittelschulen in der Stadt Zug abhalten; dieser Zug ist abgefahren. Er nimmt aber Bezug auf die Ausführungen von Eusebius Spescha zum Workshop der Hochbau und der Bildungskommission bezüglich Raumprogramm. Die zwei Kommissionen haben zur Kenntnis genommen, wie sich die Raumansprüche von Schulen entwickeln: Lehrervorbereitungsräume, Nischen für Gruppenarbeiten etc. Das ist alles wünschbar und schön,

und so lange die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, leistet man sich diese *features* halt, weil man die Gründe dafür nicht bestreiten kann. Es war in diesem Sinne eigentlich mehr eine Art von Resignation, welche die Kommissionen zum Schluss führte, sich all das zu leisten, so lange die Bevölkerung den Kanton nicht zwingt, diese Schulhäuser für die Hälfte der Kosten zu realisieren. Es ist dasselbe, wie wenn eine Familie ein neues Haus baut: Welcher Vater oder welche Mutter möchte da nicht alle Wünsche der Kinder erfüllen? Die Stawiko hat die generelle Problematik klar erkannt: So lange man das Geld hat, gibt man es auch aus und leistet sich – im Falle von Menzingen – auch die Denkmalpflege. Man wird erst umkehren, wenn andere Zeiten anbrechen, wenn man den Franken drei- oder viermal umdrehen muss, wie es in anderen Kantonen schon länger wieder der Fall ist. Im Moment kann und will sich der Kanton Zug dieses Projekt leisten, aber in Zukunft wird auch Zug wieder Schulhäuser mit weniger Aufwand bauen. Dazu braucht es aber den Willen aller, die eigenen Bedürfnisse zu hinterfragen. Die Hochbaukommission sagt also nicht, am kgm-Projekt sei alles richtig. Im Moment kann der Kanton Zug sich das aber leisten – was allen Schülerinnen und Schülern zu gönnen ist. Der Votant ist aber nicht unglücklich, wenn wieder vermehrt gefragt werden muss, ob man das alles wirklich braucht.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die allseits positiven Voten und die Zusammenarbeit in der Hochbaukommission und Stawiko. Das Raumprogramm und die Kosten wurden natürlich auch in den Kommissionen diskutiert, und es ist allen klar, dass die finanzielle Situation – wie vom Finanzdirektor gehört – enger geworden ist: Man wird in Zukunft den Gürtel allenfalls etwas enger schnallen müssen. Wenn die öffentliche Hand das Geld hat, müssen keine Fragen der Rentabilität gestellt werden. Der Baudirektor war kürzlich zu einem Augenschein im Bürgenstock-Resort eingeladen. Dort bauen die Kataris mit wirklich spitzem Bleistift: Alles muss aufgehen, und die Rendite muss stimmen. Man geht beispielsweise davon aus, dass sich der Kunde nicht für die Fassade, wohl aber für den Service interessiert; alles andere ist ihm egal – und dort wird gespart. Kann das auch die öffentliche Hand? Sie ist kein privater Investor, und die Rentabilitätsfrage stellt sich nicht. Die Ausgangslage ist natürlich anders, und Vergleiche sind schwierig. Aber auch die öffentliche Hand wird sich in Zukunft die Frage nach der Rentabilität stellen müssen.
Das Raumprogramm wurde im erwähnten *Workshop* plausibel dargelegt. Der Vergleich mit Wil ist allerdings nicht zulässig: Die Ausgangslage ist zu verschieden. In Menzingen hat man ein denkmalgeschütztes, in sich geschlossenes Objekt, das ganz andere Voraussetzungen bietet als ein Schulhaus auf der grünen Wiese wie beispielsweise in Wil. Das Raumprogramm entspricht den heutigen Vorgaben, und es wäre falsch, in einem Neubau diesen Standard nicht einzuhalten.
Martin Stuber hat zu Recht gesagt, es sei sehr viel Geld. Tatsächlich führen Raumprogramm und Denkmalschutz ein bisschen zu einer Kostenspirale. Andererseits wird aber auch Qualität gefordert. Es sei an den Neubau des Kantonsspitals in Baar erinnert. Als der Baudirektor Sparrunden durchführte, wurde er hart kritisiert, und die Spitalkommission warf ihm vor, die Sparrunden seien zulasten der Qualität gegangen. Man kommt also auch mit Sparen in die Kritik kommen.
Die Meinung, dass man die Sache früher hätte angehen können, ist nachvollziehbar. Da sich im Ennetsee aber eine neue Möglichkeit eröffnete und es im Kantonsrat entsprechende Motionen gab, war es wohl nicht falsch, die ganze Planung nochmals im Paket anzuschauen. Es hätte ja sein können, dass man sich für nur zwei oder einen oder aber für vier Standorte ausgesprochen hätte. Diese Frage konnte innert acht, neun Monaten geklärt werden, es gab eine Richtplananpassung,

und die Baudirektion bemühte sich, nichts zu verzögern. Man ist nun an einem Punkt angelangt, wo man mit der Realisierung eines guten Projekts starten kann.
Der Vorvertrag mit dem Institut Menzingen hat in der Hochbaukommission tatsächlich zu Diskussionen geführt. Die anstehenden Probleme sind nun aber bereinigt. Es ging einerseits um das Benutzungsrecht auf dem Grundstück, wo die Sportanlagen gebaut werden, andererseits um die Bestimmung des Erwerbspreises bei Ausübung des Kauf- und Vorkaufrechts für das Grundstück «Maria am Berg». Geklärt sind auch das Datum des Besitzantritts, die Verschiebung des Bienenhauses, die Mietverhältnisse im Hochbau, der abgerissen werden wird, sowie der Zeitpunkt des Abschlusses des Hauptvertrags. Auch die juristische Seite ist also geklärt, und der Baudirektor ist froh, dass nach einem langen Prozess nun in Menzingen eine tolle Schule gebaut werden kann.
Im Übrigen erfolgten die Kürzungen beim Objektkredit nicht im Stil eines Basars. Für die Hochbaukommission hat die Baudirektion die Kosten sauber nach SIA-Vorgaben gerechnet. Wenn nun aber die Stawiko, welche eine andere Aufgabe hat, das Raumprogramm moniert, kann der Baudirektor ja nicht mit leeren Händen in die Stawiko-Sitzung gehen, sondern muss eine gewisse Flexibilität zeigen. Man hat dann die Möglichkeiten diskutiert, was zu gewissen Kostenreduktionen führte. Damit soll aber keineswegs die Hochbaukommission desavouiert werden – und das nächste Mal wird der Baudirektion diese selbstverständlich informieren.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel
Ingress
§ 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 2 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko beantragt, die Beträge für die Aussensportanlagen und für die Umgebungsarbeiten um je 250'000 Franken, total also um 500'000 Franken zu kürzen. Sie beantragt ferner, den Betrag für Unvorhergesehenes pauschal auf 6 Millionen Franken festzulegen. Der Regierungsrat schliesst sich diesen Anträgen an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

§ 3
II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 12

1123 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Errichtung einer Asylunterkunft auf dem GS 1201 am Dorfring 30 in Allenwinden, Gemeinde Baar

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2363.1/.2 - 14587/88) und der Staatswirtschaftskommission (2363.3 - 14671).

EINTRETENSDEBATTE

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** hält fest, dass der Titel der Vorlage etwas verwirrend ist: Die Asylunterkunft in Allenwinden ist nämlich bereits errichtet. Es geht darum, diese Unterkunft, die bisher provisorischen Charakter hatte, in den definitiven Status zu überführen. Das hat zur Folge, dass die Liegenschaft gemäss Finanzhaushaltgesetz vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen übertragen werden muss. Das ist der Antrag der Regierung, und die Stawiko unterstützt diesen Antrag. Sie empfiehlt Eintreten und Zustimmung.

Martin Pfister hält fest, dass es sich zweifellos um eine sehr lokale Angelegenheit handelt, die zudem sicher unbestritten ist. Er möchte trotzdem das Wort dazu ergreifen, weil dieses Geschäft auch eine gewisse generelle Bedeutung hat.
Das Zusammenleben der Allenwindner Bevölkerung mit den Bewohnern der kantonalen Asylunterkunft in Allenwinden ist bemerkenswert unproblematisch. Sieht man von der Aufregung zu Beginn des Projekts ab, die eng mit der dilettantischen Kommunikation des Kantons und der Gemeinde zu Beginn zusammenhing, haben sich die meisten Allenwindner gastfreundlich und entgegenkommend verhalten. Das war allerdings auch nicht so schwer, denn die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Hauses sind meist freundliche und zurückhaltende Menschen. Die Kinder des Votanten gehen regelmässig in diesem Haus ein und aus, weil es dort interessante andere Kinder gibt. Damit ist auch seine Interessenbindung deklariert: Er wohnt in der Nähe dieser kantonalen Liegenschaft.
Der Umgang mit dieser Asylunterkunft war ein Test für Allenwinden. Jetzt steht fest: Die Allenwindnerinnen und Allenwindnern sind eine politisch und zwischenmenschlich gesunde Dorfbevölkerung mit Realitätsbewusstsein. Zwei Kritikpunkte an dieser Vorlage muss der Votant jedoch mit aller Deutlichkeit anbringen:
• An einer Informationsveranstaltung 2009 in Allenwinden versicherten die anwesenden Regierungs- und Gemeinderäte eindringlich, dass die provisorische Asylunterkunft nur zwei Jahre lang in Allenwinden geführt werde. Falls die Liegenschaft länger gebraucht werde, müsse das politisch neu entschieden und der Bevölkerung neu erklärt werden. Es sind seither fast fünf Jahre vergangen, und in Allenwinden erinnert man sich an diese Aussagen. Wie will man künftig über solche Projekte informieren, wenn man als Bürger nicht weiss, ob das Wort einer Behörde ein paar Jahre später noch gilt? Die Feigheit vor einer ehrlichen Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu einem schwierigen Thema wäre zudem gar nicht nötig gewesen, wenn bei den Allenwindnern handelt es sich – wie ausgeführt – um politisch und zwischenmenschlich gesunde Menschen mit Realitätsbewusstsein. Von meiner Kritik ausnehmen muss der Votant den Baudirektor, so attraktiv dies angesichts der kommenden Wahlen wäre. Er weiss, dass dieser sich um eine frühzeitige Information bemühte.
• Der heutige Entscheid ist völlig unnötig. Mit der Umwandlung einer provisorischen in eine definitive Asylunterkunft nimmt der Wert der angrenzenden Liegenschaften mit einem Schlag ab, ohne dass es dafür reale Gründe gäbe. Man straft damit gerade jene Bewohner Allenwindens, die sich kooperativ verhalten haben. Das ist unfair. Der Votant wird deshalb den Objektkredit ablehnen. Damit keine Missver-

ständnisse entstehen: Das Haus, das der Votant mit seiner Familie bewohnt, ist von dieser Wertminderung nicht betroffen.
Der Votant bittet und empfiehlt dem Regierungsrat, künftig ehrlich, offen und kommunikativ vorzugehen, wenn er in den nächsten Monaten die Gelegenheiten nutzt, am Bohlgutsch in Zug, in der Suurstoffi in Rotkreuz, in der Papieri in Cham, im Vogelwinkel in Baar oder am Gulm in Oberägeri Land und Liegenschaften für weitere Asylunterkünfte zu erwerben. Denn nicht nur im Allenwinden, sondern im ganzen Kanton Zug wohnen zwischenmenschlich und politisch gesunde Menschen mit Realitätsbewusstsein.

Baudirektor **Heinz Tännler** versteht Martin Pfisters Haltung, muss dazu aber doch kurz Stellung nehmen. Die Kommunikation hätte tatsächlich besser sein können, man muss aber die Umstände etwas genauer kennen. Wenn man mit den Gemeinden über Asylunterkünfte diskutiert, ist man schnell mit dem Wort, aber die Taten fehlen. Der Kanton aber steht in der Pflicht und muss die zugewiesenen Personen unterbringen können. Im Baar nun wurde das Soll bei weitem nicht erreicht, und da hat sich diese Gelegenheit in Allenwinden ergeben. Es sei zugegeben: Manchmal muss man etwas taktieren. Aber hätte der Baudirektor die Gemeinde vorgängig gefragt, ob der Kanton diese Liegenschaft für eine Asylunterkunft kaufen könne, wäre er heute kaum deren Besitzer. Man hat in der erwähnten Informationsveranstaltung 2009 tatsächlich gesagt, es handle sich um ein Provisorium für zwei Jahre, und man suche dann eine andere Lösung. Die Gemeinde sagte der Regierung bzw. der Direktion des Innern damals Unterstützung zu, passiert ist aber nichts. Die Baudirektion hat der Gemeinde Baar etwa zehn Standorte für eine mögliche Asylunterkunft aufgezeigt, aber keiner passte der Gemeinde. Es kam sogar so weit, dass Baar die Variante Lättich strich, letztlich zulasten des Kantons. Es ist also keineswegs so, dass die frühzeitige Information einer Gemeinde zielführend ist. Das zeigt sich auch in einem anderen Fall: Der Kanton besitzt in der Gemeinde Cham ein weit abgelegenes Haus. Auf die höfliche Anfrage, ob man dort nicht eine Asylunterkunft für zwanzig Leute wie beispielsweise in Holzhäusern bauen könne, erhielt die Baudirektion eine klare, knallharte Antwort: Kommt nicht in Frage! Die Suche nach Plätzen für Asylsuchende ist also alles andere als einfach. Deshalb hat man damals in Allenwinden – die Allenwindner sind in der Tat sehr aufgeschlossene Leute – gehofft, dass es sich um ein Provisorium handelt. Heute aber muss man feststellen, dass man keine Plätze für Asylsuchende findet. Man hat deshalb die Gemeinde und den Quartierverein Pro Allenwinden angefragt, ob die Unterkunft eine Bleibe sein könne, und man erhielt eine Zustimmung.
Ob die Übertragung der Liegenschaft ins Verwaltungsvermögen für die benachbarten Liegenschaften zu einem Wertverlust führt, kann der Baudirektor nicht beurteilen. Die Übertragung ist aber keineswegs unnötig, sagt § 7 des Finanzhaushaltgesetzes doch ganz klar: «Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar für die öffentliche Aufgabenerfüllung bestimmt sind.» Man kann die Liegenschaft also nicht zehn oder zwanzig Jahre lang im Finanzvermögen belassen, sonst müsste man die Asylsuchenden ausquartieren und die Liegenschaft anderweitig vermieten oder verkaufen. Das Finanzhaushaltgesetz zwingt die Baudirektion leider also dazu, die Liegenschaft ins Verwaltungsvermögen zu übertragen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Stawiko für die folgenden Bestimmungen dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

Titel
Ingress
§ 1
II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 13

1124 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (L 3 Weiler; V 3 Kantonsstrassen)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2313.1/.2 - 14495/96) und der Raumplanungskommission (2313.3 - 14638).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dieser Kantonsratsbeschluss nicht allgemein verbindlich, sondern behördenverbindlich ist. Es gibt daher nur eine einzige Lesung.

EINTRETENSDEBATTE

Barbara Strub, Präsidentin der Raumplanungskommission, spricht zuerst zum Kapitel L. Es geht hier um die Weiler, welche in den Richtplan von 2004 aufgenommen, jedoch vom Bund mit grossen Auflagen genehmigt wurden. Es wäre in diesen kleinen Weilern kaum eine bauliche Entwicklung möglich ohne grosse Probleme im Bewilligungsverfahren. Die Baudirektion konnte sich mit dem Bundesamt für Raumentwicklung einigen, dass es Sinn macht, die vier Kleinstweiler, in denen die Gemeinden bis heute noch keine Weilerzonen ausgeschieden haben, wieder aus dem Richtplan zu streichen. Dies ist für die Raumplanungskommission nachvollziehbar und wird einstimmig befürwortet. Anders verhält es sich mit den Weilern Breiten und Bibersee. Hier sind die kommunalen Richtpläne bereits rechtskräftig, und so können diese beiden Weiler im Richtplan bleiben. Für diese beiden Weilerzonen werden die notwendigen Anpassungen zur Einschränkung der baulichen Entwicklung im Kapitel L 3.2.1 .vorgenommen.
Zu den Anpassungen im Kapitel V, zuerst zur Dorfkernentlastung von Unterägeri mittels eines Tunnels: Die kurze Variante wurde vom Kantonsrat im Jahr 2008 festgesetzt. Die damals zur Debatte stehenden Varianten wurden zusammen mit der Gemeinde sauber abgeklärt und aus diesen die effizienteste Variante festgesetzt. In der Zwischenzeit sind neue Erkenntnisse dazugekommen:
• Erstens müssen flankierende Massnahmen mit der Bevölkerung diskutiert werden. Es geht etwa um die Frage, ob der Dorfkern – wie in Zug vorgesehen – mit Riegeln gesperrt werden muss, oder ob eine Durchfahrt wie z. B in Baar möglich wäre.
• Zweitens hat sich eine neue Möglichkeit für das Tunnelportal im Westen, bei der Firma Nussbaumer in Neuägeri, als machbar erwiesen. Eine solche Langvariante würde 8000 Fahrzeuge aufnehmen, die heute noch festgesetzte Kurzvariante 9000 Fahrzeuge pro Tag.

• Drittens weiss man inzwischen, dass unterirdische Kreisel und Anschlüsse machbar sind.
• Viertens äussern sich der Gemeinderat Unterägeri und die Bevölkerung noch zu unklar, wie die Dorfkernentlastung anzupacken ist.
Dass Bauvorhaben *per se* viel Zeit benötigen, ist eine Tatsache. Die Baudirektion möchte diese Fragen aber nochmals neu in ihre Planungsprozesse aufnehmen und beantragt darum eine erneute Öffnung des Variantenfächers, um in einigen Jahren wiederum eine Bestvariante vorzuschlagen. Mit der Rückstufung ins Zwischenergebnis geht man wieder einen grossen Schritt zurück. Immerhin hat die Baudirektion aber versprochen, bereits 2016 ein umweltfreundliches Projekt zu präsentieren und wiederum im Richtplan festzusetzen. Damit konnte sich eine Mehrheit der Raumplanungskommission einverstanden erklären.
Zum Kantonsstrassennetz im Kapitel V 3: Das Kantonsstrassennetz soll den neuen Bedingungen angepasst werden. Wenn der Kanton neue Umfahrungsstrassen baut, soll es auch zu einer neuen Ordnung im Strassennetz kommen. Alte Kantonsstrassen werden zu Gemeindestrassen. Mit der Übergabe einer Strasse schreibt der Kanton der Gemeinde einen bestimmten, einmaligen Betrag gut und wird gleichzeitig aus der Pflicht entlassen. Mit den abklassierten Strassen eröffnen sich für die Gemeinden punkto Ausgestaltung neue Chancen.
Als Grundsatz soll der Kanton in jeder Gemeinde eine Strasse zur Verfügung stellen und diese auch unterhalten. Die Raumplanungskommission war sich einig, dass darum die Sinserstrasse in Cham als Autobahnzubringer ab Gemeindegrenze ebenfalls als Kantonsstrasse gelten sollte, und beantragt entgegen dem Antrag des Regierungsrats, dies in V 3.9 so aufzunehmen.
Die Änderungen sind auch im Bericht und Antrag der Raumplanungskommission ersichtlich, und die Votantin bittet, den Anträgen der Kommission zuzustimmen.

Hanni Schriber-Neiger spricht zuerst zu L 3.1, also den Anpassungen im Kapitel Weiler. Die AGF begrüsst, dass die Kleinstweiler Schwand, Deubüel, Vorder-Stadelmatt und Felderen aus dem Richtplan gestrichen werden. Die Kleinstweiler Bibersee und Breiten sollen gemäss Bericht und Antrag der Regierung im Richtplan verbleiben, da diese rechtskräftig seien. Das kann die AGF für den Weiler Bibersee – mit sieben bewohnten Häusern – akzeptieren. Gar nicht verstehen kann sie aber, warum die Regierung am Kleinstweiler Breiten festhalten will. Dieser erfüllt die Anforderungen des Bundes an die Weilerzonen leider ganz und gar nicht. Warum ist Breiten nicht weilerfähig? Das Argument auf Seite 4 des regierungsrätlichen Berichts, dass die Weilerzone Breiten bereits rechtskräftig ausgeschieden wurde und schon umgesetzt sei, ist nicht stichhaltig, dies aus folgenden Gründen:
• Um für die Grundeigentümer verbindlich zu sein, müssen die Voraussetzungen für einen Weiler im Nutzungsplan resp. in den Bauvorschriften aufgeführt werden.
• Der Bürger und die Bürgerin muss aber jederzeit mit der Änderung der entsprechenden Gesetzesgrundlagen rechnen. Dies gilt umso mehr, wenn diese Vorschriften schon seit längerer Zeit bestehen.
• Da die entsprechenden Vorschriften bereits seit 2008 bestanden und die Ausscheidung dieser Weilerzone nicht bundeskonform war bzw. ist, konnten die entsprechenden grundeigentümerverbindlichen Vorschriften ohne weiteres geändert werden.
• Das Interesse an der richtigen Umsetzung des Raumplanungsrechtes geht dem Recht des Einzelnen auf Beständigkeit des Planes vor. Bundeswidrige Planungen können zudem jederzeit geändert werden.
In der Kantonsratsdebatte im Jahr 1998, als eine bundesrechtswidrige Umschreibung der Weiler aufgenommen wurde, machten sowohl die Regierung als auch die

Alternative Fraktion klar, dass die Schaffung von neuen Kleinstweiler-Zonen mit nur drei Wohnbauten im Kanton Zug mit dem Bundesgesetz über die Raumplanung unvereinbar sei. Die Vorgaben des Bundes könnten damit nicht eingehalten werden. Heute hat der Kantonsrat die Möglichkeit, diesen Fehler zu korrigieren, indem er neben den vier vorgesehenen Kleinstweilern auch den Weiler Breiten/Breitfeld aus dem kantonalen Richtplan entlässt. Zum Textabschnitt «Weilerzonen» wird die Votantin namens der AGF noch einen Streichungsantrag stellen bei «[...] und massvoll weiterzuentwickeln».
Zu V 3.2: Regierung und Raumplanungskommission stellen den Antrag, unter Nr. 9 «Neubau Umfahrung Unterägeri» zu streichen und dieses Vorhaben unter V 3.3 als Zwischenergebnis wieder aufzunehmen. Die AGF beantragt, Nr. 3 auch zu streichen, samt dem Textabschnitt. Die Begründung folgt beim eigentlichen Antrag.
Zu V 3.3: Die AGF möchte vom Baudirektor wissen, warum bei V 3.3 unter Nr. 2 der «Neubau Verlängerung General-Guisan-Strasse» immer noch im Richtplan aufgeführt wird. Die AGF möchte diese Strasse nicht mehr im Richtplan haben und wird einen entsprechenden Antrag stellen.
Zu V 3.9: Die AGF wehrt sich, dass weitere Kantonsstrassen in Gemeindestrassen umklassiert werden sollen. Dies wäre nämlich für die Gemeinden mit finanziellem Mehraufwand verbunden, auch wenn die Strassen saniert übergeben werden. Bereits jetzt haben die Gemeinden gemeindliche Strassen, die sie unterhalten müssen, was zum Teil ins Geld geht. Die Gemeinden sollen nicht noch weitere Aufgaben vom Kanton übernehmen müssen, werden sie doch schon heute mit Schule und Langzeitpflege genug finanziell belastet. Die AGF unterstützt den Antrag der Raumplanungskommission, die Sinserstrasse als Kantonsstrasse zu belassen.
Die AGF ist für Eintreten auf die Vorlage und stellt später verschiedene Anträge.

Markus Jans: Die vorliegenden Anpassungen im kantonalen Richtplan gaben in der SP-Fraktion kaum zu Diskussionen Anlass. Grundsätzlich stimmt die SP den Anträgen der Raumplanungskommission zu.
Der Bundesrat hat entschieden, dass für die Kleinstweiler eine spezielle Bestimmung aufgenommen wird, welche die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Kleinstsiedlungen stark einschränkt. Der Regierungsrat hat diesen Wink mit dem Zaunpfahl aufgenommen und streicht nun diese Kleinstweiler aus dem Richtplan. Schade ist, dass dieser Beschluss nicht alle Weiler betrifft, sondern Bibersee und Breiten/Breitfeld im Richtplan verbleiben. Die SP-Fraktion hofft, dass der Bundesrat den Zuger Behörden diesbezüglich nochmals Nachhilfeunterricht erteilt und dann auch noch die verbleibenden Weilerzonen aus dem Richtplan gestrichen werden. Die SP wird in diesem Sinn den Antrag der AGF unterstützen, den Weiler Breiten/Breitfeld ebenfalls zu streichen.
Die Erfahrung in Cham hat gezeigt, dass es wenig Sinn macht, eine Umfahrung zur Abstimmung zu bringen, wenn die flankierenden Massnahmen und auch die Linienführung noch unklar sind. Es ist deshalb richtig, wenn die Festsetzung der Umfahrung Unterägeri aus dem Richtplan gestrichen und als Zwischenergebnis aufgenommen wird. Damit wird ermöglicht, den Fächer nochmals zu öffnen und eine breit akzeptierte Lösung zu finden. Bis es soweit ist – so ist zu hoffen – braucht es dann die Umfahrung tatsächlich nicht mehr.
Die Gemeinden bekommen mit der Umklassierung von Kantons- in Gemeindestrassen etliche Kilometer zusätzlicher Strassen für den Unterhalt zugewiesen. Die Unterhaltskosten werden sich nicht heute, aber in einigen Jahren in den Gemeindebudgets niederschlagen. Erst dann wird klar, was der heutige Entscheid für die Gemeinden tatsächlich bedeutet. Aus diesem Blickwinkel ist es sogar etwas unver-

ständlich, dass die Gemeinden sich nicht mehr für ihre Interessen gewehrt haben. Immerhin aber bleibt in Cham die Sinserstrasse eine Kantonsstrasse.
In diesem Sinne stimmt die SP-Fraktion den Anträgen der Raumplanungskommission zu.

Heini Schmid beantragt namens der CVP-Fraktion, der Vorlage gemäss den Anträgen der vorberatenden Kommission zuzustimmen. Sowohl die Anpassungen bei den Weilern, den Kantonsstrassen als auch bei der Umfahrung Unterägeri sind folgerichtige Fortschreibungen von Entwicklungen in diesen Bereichen und waren in der CVP-Fraktion nicht umstritten. Aufgrund der doch erheblichen Streichungsanträge behält sich der Votant aber vor, bei den einzelnen Anträgen nochmals Stellung zu nehmen.

Franz Peter Iten nimmt die Aussage von Barbara Strub auf, dass die Unterägerer Bevölkerung nicht wisse, was sie wolle. Die Bevölkerung von Unterägeri weiss sehr wohl, was sie will, nämlich die Langvariante. Das hat ein grosser Teil der Bevölkerung klipp und klar kommuniziert. Was Oberägeri dazu meint, interessiert die Unterägerer nicht, wird die Umfahrung doch auf dem Gemeindegebiet von Unterägeri gebaut. Dass nun weitere Abklärungen in Zusammenhang mit allfälligen Kreiseln und flankierenden Massnahmen vorgenommen werden sollen, hat der Votant verstanden, weshalb er den Änderungen zustimmt, dies auch auf dem Hintergrund des Versprechens des Baudirektors, im Jahr 2016 eine entsprechende Vorlage in den Kantonsrat zu bringen. Wenn der Gemeinderat von Unterägeri, insbesondere der Gemeindepräsident, eine andere Haltung vertritt, hat dies mit der Meinung der Bevölkerung nichts zu tun. Der Votant ist einzig gespannt, was mit der Umfahrung Unterägeri geschieht, wenn der Stadttunnel Zug abgelehnt werden sollte.

Baudirektor **Heinz Tännler** spricht zuerst zur Forderung von Hanni Schriber-Neiger, dass auch die Kleinstweiler Bibersee und Breiten gestrichen werden sollen. Man soll zur Kenntnis nehmen, dass Bibersee umgesetzt ist. Dort wird nicht mehr gebaut, und alles bleibt so, wie es heute ist. Es ist deshalb gehüpft wie gesprungen, ob man Bibersee streicht oder nicht. Bei Breiten ist die Situation anders. Dort hatte man Entwicklungsmöglichkeiten, welche allerdings überstrapaziert wurden. Das führte zur Beschwerde eines Nachbarn, die bis vor das Bundesgericht weitergezogen wurde. Die Baudirektion konnte diese Beschwerde sistieren und mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) eine Einigung finden: Das Bundesamt als Kontrollbehörde akzeptierte das weitere Vorgehen und den vorgeschlagenen Kompromiss. Auf diesem Hintergrund sollte man dem Kleinstweiler Breiten die Chance geben, nun die entsprechende Entwicklung vorzunehmen, und diesen Prozess laufen lassen. Die richtplanerischen Angelegenheiten sind am Laufen, das ARE hat seine Zustimmung gegeben, und insofern steht das nicht im Widerspruch zu Bundesrecht. Dass in der Haltung bezüglich Breiten auch politische Grundhaltungen eine Rolle spielen, muss man akzeptieren. Es ist richtig, dass die entsprechenden Vorgaben 1998 definiert wurden. Man hat damals vielleicht etwas zu euphorisch legiferiert, was dazu führte, dass nun gewisse Kleinstweiler wieder gestrichen werden müssen. Das gilt aber nicht für Bibersee und Breiten, und der Baudirektor bittet, diese zwei Weiler gemäss Antrag des Regierungsrats im Richtplan stehen zu lassen.
Der Baudirektor bittet auch, die Umfahrung Unterägeri nicht zu streichen, sondern im Zwischenergebnis zu belassen. Das ist zwar ein Schritt zurück, man hat aber in Cham gelernt, dass man zuerst flankierende Massnahmen prüfen muss, weil das Projekt ansonsten ohnehin dahinfällt. Bis 2016 – das ist versprochen – wird die Baudirektion die flankierenden Massnahmen abklären und ihre Bestvariante zur

Diskussion vorlegen. Man kann dann immer noch die Fundamentalfrage stellen, ob man die Umfahrung will oder nicht. Dieser Prozess ist nicht kostenintensiv.
Die General-Guisan-Strasse ist nicht berücksichtigt, weil die Baudirektion dieses Thema in einem anderen Paket vorlegen wird; zeitgleich war das nicht möglich. Die General-Guisan-Strasse ist nachgelagert zu einem Thema geworden und wird in einem Richtplanprozess, in dem weitere Fragestellungen – etwa die Anbindung der Roche in Rotkreuz – geklärt werden müssen, thematisiert. Das Mitwirkungsverfahren ist gelaufen, und nun erfolgt die Auswertung. Das Geschäft kommt im August vor die Regierung und im Herbst vor den Kantonsrat. Es wäre ein Fehler, diesen Prozess abzukürzen und heute einen Antrag dazu zu stellen, ohne das Ergebnis der Mitwirkung und die Haltung des Regierungsrats dazu zu kennen.
Es ist nicht so, dass die Übergabe von Kantonsstrassen an die Gemeinden diese am Schluss eine Unmenge Geld kostet. In den Verhandlungen bezüglich Tangente Zug/Baar, Nordstrasse und Umfahrung Cham/Hünenberg hat der Baudirektor gesehen, welche Angebote der Kanton den Gemeinden macht: Sie sind generös. Bei den entsprechenden Berechnungen werden alle möglichen Varianten geprüft, und am Schluss übergibt der Kanton der Gemeinde eine funktionsfähige Strasse mit hohem Qualitätsstandard – und schiebt noch Geld nach. Man sollte hier auch ein bisschen den Kanton schonen und schauen, dass dieser nicht einfach das Geld zum Fenster hinauswirft. Der Kanton bietet auf der anderen Seite nämlich eine Leistung – eine Umfahrungsstrasse oder eine Tangente –, ebenfalls zum Nutzen der Gemeinden. Die Lösung ist also ausbalanciert und nimmt Rücksicht auf die Gemeinden, die im Übrigen auch Stellung nehmen können. Es wird eine einvernehmliche Lösung geben, bei welcher weder der Kanton noch die Gemeinden irgendwie benachteiligt werden.
Dem Antrag bezüglich Sinserstrasse kann der Regierungsrat zustimmen. Als Gemeinde hätte der Baudirektor diese Strasse aber zu einer Gemeindestrasse mutieren lassen, handelt es sich doch um eine bestens sanierte Strasse, die in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren keinerlei Aufwand verursacht – und man kassiert noch Geld dafür. Aber wenn die Kommission und allenfalls die Gemeinde das nicht wollen, widersetzt sich der Regierungsrat diesem Antrag beileibe nicht.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

L 3 Weiler

L 3.1 Weiler, Richtplantext

Hanni Schriber-Neiger weist darauf hin, dass der Weiler Breiten/Breitfeld in der Liste unter L 3.1.1 nicht mehr aufgeführt ist, weil er – wie dargelegt – schon rechtskräftig und umgesetzt sei *(siehe unten bei L 3.2).*

Barbara Strub, Präsidentin der Raumplanungskommission, erläutert, dass in der Liste unter L 3.1.1 nicht mehr alle Nummern vorhanden sind. Die fehlenden Nummern sind jene Weiler, die bereits aus dem Richtplan gestrichen wurden.

➔ Der Rat genehmigt den vorliegenden Antrag.

L 3.2 Weilerzonen, Richtplantext

Hanni Schriber-Neiger stellt namens der AGF den Antrag, Breiten/Breitfeld als Weiler aus dem Richtplan streichen. Breiten/Breitfeld erfüllt die Kriterien einer Kleinsiedlung nicht. Kleinsiedlungen sind nicht nur unzweckmässig, sondern gemäss Bundesgericht grundsätzlich auch gesetzeswidrig; zudem tragen sie zur Zersiedelung bei. Eine Kleinsiedlung besteht aus mindestens fünf bis zehn bewohnten Gebäuden, welche einheitlich in Erscheinung treten. Weiter wird vorausgesetzt, dass die Kleinsiedlung eine gewisse Stützpunktfunktion erfüllt, beispielsweise mit einer Schule, einer Kapelle oder einem Restaurant.
Es gibt raumplanerisch keinen triftigen Grund, das Gebiet des Weilers Breiten/ Breitfeld zu stärken und weiterzuentwickeln, auch aufgrund der örtlichen Nähe zu Rotkreuz und Meierskappel. Die Existenz eines Restaurants und eines einzigen Landwirtschaftsbetriebs mit insgesamt vier bewohnten Gebäuden rechtfertigt keinen Ausbau des besagten Gebiets. In Breiten/Breitfeld sind auch keine neuen Bauten möglich, welche nicht landwirtschaftlichen Zwecken dienen. Im Interesse der Trennung von Baugebiet und Nicht-Baugebiet soll das kompakte Siedlungsgebiet, nicht aber das Gebiet Breiten/Breitfeld gestärkt werden. Das heisst, dass Breiten/Breitfeld wieder zur «normalen» Landwirtschaftszone werden soll, in der nur unter strengen Auflagen und nur für die landwirtschaftliche Nutzung gebaut werden darf.
In den letzten fünfzehn Jahren wurden von der Gemeinde Risch, vom Kanton, vom Bundesamt für Raumentwicklung, von Umweltverbänden, von politischen Parteien, von Einsprechenden und Gerichten bereits *sehr* viel Zeit und Energie investiert, da die Vorgaben für eine Weilerzone Breiten/Breitfeld in Gottes Namen nicht erfüllt werden. Die Votantin fordert den Rat auf, dieser unendlichen und schmerzvollen Weilerzone-Geschichte ein Ende zu setzen und den Antrag der AGF zu unterstützen. Der **Antrag** lautet wie folgt: «Der Weiler Breitfeld erfüllt die Kriterien einer Kleinsiedlung nicht und ist deshalb aus dem Richtplan zu entlassen.»

Barbara Strub informiert, dass die Raumplanungskommission mit 14 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung empfiehlt, den Abschnitt bezüglich Breiten/Breitfeld im Richtplantext beizubehalten.

Heini Schmid empfiehlt, den Antrag der AGF auf Streichung des Weilers Breiten/ Breitfeld abzulehnen. Eine Annahme käme einem Auftrag des Kantonsrats an die Gemeinde Risch gleich, ihre Zonenplanung bezüglich dieser Weilerzone zu überarbeiten. Das ist ein Unding und widerspricht der Bestandsgarantie. Wenn eine Privatperson etwas mehr Ausnutzung will, wird sie vom Staat auf die Rechtsbeständigkeit von Plänen etc. verwiesen. Wenn umgekehrt aber ein Privater ein berechtigtes Rechtsschutzinteresse hat, interessiert das niemanden. Man könnte auch sagen, das sei bundesrechtwidrig. Hier aber sagt das Bundesamt für Raumentwicklung, man müsse nichts mehr ändern. Auch geht es – wie gehört – um vier oder fünf Wohneinheiten, also um kleine Justierungen. Die bauliche Entwicklung in Breiten/ Breitfeld ist eingeschränkt, mit dem Segen der Bundesbehörden. Was ist das für eine Geisteshaltung? Muss man Herrn Knüsel aufs Blut peinigen, nur weil irgendein Paragrafenreiter sich vorstellen könnte, dass eine andere Lösung ein bisschen gerechter wäre? Der Votant bittet, diese Paragrafenreiterei und Besserwisserei im Ansatz zu ersticken. Sie hat nämlich nichts mit menschenfreundlicher Politik zu tun, sondern nur mit Prinzipienreiterei.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AGF mit 46 zu 12 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

L 3.2, Richtplankarte

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

V 3 Kantonsstrassen

V 3.2, Richtplantext

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

V 3.3, Richtplantext

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission beantragt, im Richtplantext die jetzige Formulierung bezüglich Umfahrung Unterägeri («Bis spätestens ins Jahr 2018 unterbreitet er die Bestvariante dem Kantonsrat») zu ersetzen durch «Bis spätestens 2016 unterbreitet er […]». Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

Hanni Schriber-Neiger stellt namens der AGF den **Antrag,** die unter V 3.9 Bst. a, c, d und e genannten Strassen nicht in Gemeindestrassen umzuklassieren. Die Begründung für Bst. c (Umfahrung Unterägeri) und Bst. e (Stadttunnel Zug): Aus Sicht der AGF drängen sich keine Abklassierungen von Kantonsstrassenstücken auf, die von erst geplanten Strassenbauprojekten betroffen sind; ob diese beiden Tunnelprojekte je gebaut werden, ist offen. Die Grundhaltung der AGF ist, dass es in Unterägeri keine Umfahrungsstrasse braucht, da es dort hauptsächlich um Zentrumsverkehr geht. Es braucht also keine Vorabklärungen, auch wenn die Jahreszahl nun nach hinten verschoben werden sollte.
Auf die Nachfrage des Vorsitzenden, welchen konkreten Antrag die Votantin unter V 3.3. stelle und ob sie hier «Neubau Umfahrung Unterägeri» streichen wolle, bestätigt die Votantin, dass die AGF den **Antrag** stellt, unter V 3.3 die Nr. 3 «Neubau Umfahrung Unterägeri» zu streichen.

Heini Schmid stellt fest, dass das Anträge der AGF nicht zielführend sind. Die Richtplanung ist sehr durchdacht und unter Mitwirkung der ganzen Bevölkerung zustande gekommen. Er bittet, diese Prozesse Schritt für Schritt durchziehen, weil sie zu guten Ergebnissen führen. Es geht heute nicht um die Frage, ob man die Umfahrung Unterägeri will oder nicht, es geht vielmehr um das Vorgehen und die Verfahrensschritte. Der eigentliche Entscheid wird erst noch kommen, auch bezüglich General-Guisan-Strasse. Der Votant bittet die AGF, dieses gut koordinierte und bewährte Vorgehen, das zu einer guten Raumplanung im Kanton Zug beigetragen hat, auch künftig beizubehalten.

Baudirektor **Heinz Tännler** schliesst sich dem Votum von Heini Schmid an.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AGF mit 55 zu 5 Stimmen ab. Er genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats (mit der von der Raumplanungskommission beantragten Änderung im letzten Textabschnitt [«Bis spätestens 2016 …»]).

V 3.3, Richtplankarte

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

V 3.8, Richtplantext

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

V 3.9, Richtplantext

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission zum ersten Absatz, Bst. b, Teil KS 25 Sinserstrasse», den Antrag stellt, dass der Abschnitt von der Autobahn bis zur verkehrsberuhigten Zone in Cham weiterhin Kantonsstrasse bleiben soll. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Raumplanungskommission zu Bst. b, Teil «KS Sinserstrasse».

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrat zu V 3.9 (mit der eben beschlossenen Änderung in Bst. b, Teil «KS Sinserstrasse»).

Teilkarte V 3.8 Langfristiges Kantonsstrassennetz

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (L 3 Weiler; V 3 Kantonsstrassen), Vorlage 2313.2 - 14496

Titel
Ingress
§ 1 Abs. 1 Bst. a bis c
§ 1 Abs. 1 Bst. d, mit der vorher beschlossenen Anpassung «Bis spätestens 2016 […]»
§ 1 Abs. 1 Bst. e und f
II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass folgender parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vorliegt: Die Motion von Franz Peter Iten, Arthur Walker, Thomas Brändle, Thiemo Hächler, Guido Heinrich und Moritz Schmid sowie Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern betreffend Variantenvergleich für die Umfahrung Unterägeri (Vorlage 1808.1 - 13058) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden. Sie sind für die Sitzung vom 3. Juli 2014 traktandiert.

1125 Nächste Sitzung

Donnerstag, 3. Juli 2014 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** informiert, dass an der nächsten Sitzung eine Delegation des Büros des Grossen Rats des Kantons Bern zu Besuch sein wird.

Protokoll des Kantonsrats

77. Sitzung: Donnerstag, 3. Juli 2014, Vormittag
Zeit: 08.30 – 12.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
3. Kommissionsbestellungen
4. Teilrevision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 26. April 2012 (BGS 621.1); 1. Paket der Teilrevision
5. Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2014–2022
6. Geschäfte, die am 26. Juni 2014 nicht behandelt werden konnten
7. Motion von Daniel Stadlin und Philip C. Brunner betreffend Folgekosten bei Gesetzen und Kantonsratsbeschlüssen
8. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend alternative Wahlverfahren und alternative Aufsichts- resp. Oberaufsichtsmöglichkeiten für Richterinnen, Richter und Gerichte
9. Interpellation von Esther Haas und Andreas Lustenberger betreffend gratis ÖV: Umbau Lorzental Kantonsstrasse
10. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Abstimmungspropaganda der staatlich finanzierten Frauenzentrale Zug für die Abtreibungsfinanzierung
11. Interpellation von Monika Barmet und Frowin Betschart betreffend «Sicherheitspauschale für den Kanton Zug für die Asylunterkunft Gubel Menzingen»
12. Interpellation von Mario Reinschmidt und Monika Weber betreffend sichere Strassen um Steinhausen
13. Interpellation von Andreas Hausheer und Gabriela Ingold betreffend Festlegung des Ausgangsdeckungsgrades durch den Vorstand der Zuger Pensionskasse

1126 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Thiemo Hächler, Oberägeri; Zari Dzaferi, Baar; Markus Jans, Cham; Thomas Villiger, Hünenberg; Andreas Hürlimann und Monika Weber, beide Steinhausen; Florian Weber, Walchwil.

1127 Mitteilungen

Ab Mittag ist eine Delegation des Grossen Rats des Kantons Bern zu Gast.

Landammann und Sicherheitsdirektor Beat Villiger fehlt in der Vormittagssitzung, da er in Chur an einem Seminar der Territorialregion 3 teilnimmt.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel muss in der Nachmittagssitzung fehlen, da er die Interessen des Kantons an der Sitzung des Konkordatsrats der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) vertritt.

TRAKTANDUM 1

1128 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** informiert, dass der Landammann darum bittet, die Traktanden 6.5 (Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anpassung der Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation) und 6.9 (Revision des Gesetzes über den Feuerschutz: Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe) am Nachmittag zu beraten, weil er am Morgen abwesend ist. Ferner hält der Vorsitzende fest, dass Traktandum 9 (Interpellation von Esther Haas und Andreas Lustenberger betreffend gratis ÖV: Umbau Lorzental Kantonsstrasse) – sollte der Rat am Nachmittag zu diesem Geschäft kommen – auf die nächste Sitzung verschoben werden muss, weil der Volkswirtschaftsdirektor am Nachmittag abwesend ist.

Andreas Hausheer stellt den **Antrag,** die Traktandenliste unverändert einzuhalten. Jeder Regierungsrat hat einen Stellvertreter, auch erhält der Regierungsrat Einblick in die Traktandenliste, bevor diese vom Kantonsratspräsidenten genehmigt wird. Zudem sind die Termine der Kantonsratssitzungen schon lange bekannt, so dass die Regierungsräte rechtzeitig Einfluss auf andere Termine nehmen könnten.

➔ Der Rat folgt mit 64 zu 2 Stimmen dem Antrag von Andreas Hausheer und genehmigt die Traktandenliste in der vorliegenden Form.

TRAKTANDUM 2

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 3

Kommissionsbestellungen:

1129 Traktandum 3.1: **Ersatzwahl in die Bildungskommission**

Die SVP-Fraktion ersucht darum, Philip C. Brunner als Ersatz für den aus der Bildungskommission zurücktretenden Roland von Burg zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 4

1130 Teilrevision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 26. April 2012 (BGS 621.1); 1. Paket der Teilrevision

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2375.1/.2 - 14635/36), der vorberatenden Kommission (2375.3 - 14699) und der Staatswirtschaftskommission (2375.4 - 14700).

EINTRETENSDEBATTE

Karl Nussbaumer, Präsident der vorberatenden Kommission, informiert, dass die Kommission das vorliegende Geschäft am 12. Juni in einer halbtägigen Sitzung beraten hat. Es dankt besonders der Finanzdirektion, Regierungsrat Peter Hegglin und seinen Mitarbeitern, für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit. Ebenfalls dankt er den Vertretern der Geber- und Nehmergemeinden, den Gemeindepräsidenten von Baar und Menzingen, Andreas Hotz und Roman Staub. Er dankt auch allen Kommissionsmitglieder für die konstruktive Mitarbeit.
Zur Ausgangslage: Per 1. Januar 2008 ist das neue Gesetz über den direkten Finanzausgleich in Kraft getreten und hat ein grundsätzlich neues System zur Bemessung des Finanzausgleichs unter den Zuger Gemeinden eingeführt. Dieser innerkantonale Finanzausgleich hat zum Ziel, die unterschiedliche Steuerkraft der Einwohnergemeinden teilweise auszugleichen und damit eine Annäherung der Steuerfüsse zu fördern. Im Juni 2011 beschlossen die Konferenz der Finanzchefinnen und Finanzchefs der Zuger Gemeinden und im September 2011 der Regierungsrat, die Wirksamkeit des Gesetzes neu zu beurteilen. Die eingesetzte Arbeitsgruppe «Wirksamkeitsbericht», welche paritätisch zusammengesetzt war, beauftragte Ernst & Young mit der Erstellung eines Wirksamkeitsberichts. In der Arbeitsgruppe wurde aus Sicht der Nehmergemeinden der direkte Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden insgesamt als wirkungsvoll und fair beurteilt. Der Bericht zeigt, dass sich der Mechanismus des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) grundsätzlich bewährt hat und deshalb beibehalten werden soll. Die Gebergemeinden, insbesondere die Stadt Zug als grösste Gebergemeinde, sollen aber so bald wie möglich entlastet und die Ausgleichssumme insgesamt reduziert werden. Eine grundlegende Überarbeitung des ZFA wurde im Wirksamkeitsbericht als nicht notwendig erachtet. Mit der Vorlage des Regierungsrats vom März 2014 will man in einer ersten Teilrevision, dass die Anpassungen betreffend neutraler Bevölkerungsbegriff, Senkung Normsteuerfuss und Einlage des Kantons umgesetzt werden. Den in dieser ersten Teilrevision vorgesehenen Anpassungen haben alle Gemeinden zugestimmt.
Zur Kommissionsberatung: Regierungsrat Peter Hegglin zeigt den Kommissionsmitglieder nochmals die wichtigsten Punkte der Vorlage auf. Ein aus Sicht der Regierung sehr wichtiger Punkt sei hier erwähnt: Die Gemeinden wurden seit der Einführung des ZFA um zirka 10 Millionen Franken entlastet. Es hat also eine Lastenverschiebung zulasten des Kantons und zugunsten der Gemeinden stattgefunden. Ein Beispiel dafür ist die KESB, die doch einige Millionen ausmacht. Damit die Kommission nochmals die Meinung der Geber und Nehmergemeinden hören konnte, wurde je ein Vertreter derselben in die Kommission eingeladen. Andreas Hotz, Gemeindepräsident von Baar, betonte mehrmals, dass alle elf Gemeinden mit dem vorliegenden Vorschlag einverstanden seien und keine weiteren Pakete mehr möchten; die Kommission solle auf keinen Fall am vorliegenden Vorschlag etwas ändern. Roman Staub, Gemeindepräsident von Menzingen, gab zu bedenken, dass mit der Langzeitpflege auch ein sehr grosser Brocken, dessen Auswirkungen zum heutigen Zeitpunkt noch nicht völlig klar seien, auf die Gemeinden zukomme. Diese

möchten den Weg aber gemeinsam gehen. Korrekturen werde es sicher auch in Zukunft wieder brauchen, je nach Entwicklung früher oder später. Beide Gemeindepräsidenten standen danach noch für weitere Fragen zur Verfügung.
In der Eintretensdebatte zeigte sich, dass sich alle Kommissionsmitglieder darüber einig waren, dass sich der Mechanismus des ZFA bewährt hat und unbedingt beibehalten werden soll. Es wurde aber auch intensiv diskutiert, und man war sich einig, dass alle Gemeinden ihre Hausaufgaben machen und auch ihre Ressourcen nutzen sollten. Nur so funktioniere der Finanzausgleich zur Zufriedenheit aller. Man war sich in der Kommission einig, dass Eintreten nicht bestritten sein soll, wenn alle elf Gemeinden den Vorschlag des Regierungsrats einstimmig unterstützen; es müsse dann aber in einem zweiten Paket überprüft werden, ob weitere Schritte notwendig seien. Mit 14 zu 0 Stimmen trat die vorberatende Kommission einstimmig auf die Vorlage ein.
In der Detailberatung nahm die Kommission lediglich eine redaktionelle Änderung sowie eine Befristung des Kantonsbeitrags vor, Ersteres in § 3 Abs. 3, der neu wie folgt lauten soll: «Steuerfussabhängige Steuerarten werden auf einen einheitlichen Steuerfuss umgerechnet, wobei letzterer bei zehn Prozentpunkten über dem durchschnittlichen Steuerfuss *des vorletzten Jahres* (arithmetisch, ganzzahlig gerundet) liegt.» Die Begründung dafür liegt darin, dass heute schon so gerechnet wird, wie dies auch im Wirksamkeitsbericht dargestellt wird. Im Gesetz soll nun diese Präzisierung vorgenommen werden. Schon in § 3 Abs. 1 wird der Bezug zum vorletzten Jahr hergestellt. Deshalb ist es nur richtig, auch bei der Berechnung des Steuerfusses auf das vorletzte Jahr abzustellen.
Zu § 9a, der die Beteiligung des Kantons am Finanzausgleich regelt, vertrat eine Kommissionsmehrheit die Meinung, dass eine zeitliche Begrenzung des Kantonsbeitrags richtig sei. Die aufbereiteten Zahlen zur Ausgleichssumme zeigen, dass die Beteiligung des Kantons eigentlich nicht nötig ist. Mit einer Befristung der Kantonsbeteiligung wird ein gewisser zeitlicher Druck geschaffen, die zweite Teilrevision in Angriff zu nehmen. Deshalb beantragt die Kommission die folgende Änderung von § 9a: Die Bestimmung «Der Kanton beteiligt sich mit jährlich 4,5 Millionen Franken am Finanzausgleich und entlastet damit die Gebergemeinden proportional zu ihren Beiträgen» soll geändert werden zu «Der Kanton beteiligt sich *in den Jahren 2015 bis 2017* mit jährlich 4,5 Millionen Franken am Finanzausgleich und […].»
In der Schlussabstimmung stimmte die vorberatende Kommission der Vorlage unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen, mit 13 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.
Zur Frage der zweiten Teilrevision: Die Kommissionsmehrheit will klar eine zweite Teilrevision, auch gegen den Willen der Gemeinden. Sie will mit der zweiten Teilrevision die Auslegeordnung der verschiedenen Varianten durchführen. Dazu sollen nicht umfangreiche Abklärungsarbeiten vorgenommen werden, sondern mit dem vorhandenen Material gearbeitet werden. Der Regierungsrat soll für die zweite Teilrevision die vorhandenen Zahlen aufbereiten und in der nächsten Legislatur dem Kantonsrat Bericht und Antrag unterbreiten. Deshalb beantragt die Kommission mit 13 zu 0 Stimmen ohne Enthaltung, den Antrag 3 aus der Vorlage zu entfernen.
Zusammenfassend beantragt die vorberatende Kommission:
• mit 14 zu 0 Stimmen ohne Enthaltung, auf die Vorlage einzutreten;
• mit 13 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, den geplanten Gesetzesanpassungen mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen;
• mit 13 zu 0 Stimmen ohne Enthaltung, den ersten Teil (Stufe 1) der Motion Kupper vom 2. Februar 2014 betreffend zweistufiges Verfahren für die Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich als erledigt abzuschreiben;
• mit 13 zu 0 Stimmen ohne Enthaltung, Antrag 3 des Regierungsrats abzulehnen.

Auch in der SVP-Fraktion wurde intensiv über diese Vorlage diskutiert. Vor allem finden es die meisten nicht richtig, dass auf einer Seite die Gemeinde Baar eine Gebergemeinde und eine vergleichbare Gemeinde wie Cham eine Nehmergemeinde ist. Man war sich einig, dass hier in spätestens drei Jahren Handlungsbedarf besteht. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und wird den Anträgen der Kommission grossmehrheitlich zustimmen.
Als Menzinger stellt sich der Votant im Interesse der Wirtschaftsmotoren Baar und Zug hinter diese moderate Vorlage. Eine Reduktion der ZFA-Summe trifft die Gemeinde Menzingen hart, aber auch in Menzingen kann und soll gespart werden, wie es der Gemeinderat an der letzten Gemeinderatsitzung klar gefordert hat.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** teilt mit, dass die Stawiko das vorliegende Geschäft am 4. Juni 2014 beraten hat und einstimmig darauf eingetreten ist. Das Thema ist hinlänglich bekannt. Der Stawiko war und ist es wichtig, dass die Beratung auf der Basis möglichst aktueller Daten geführt werden kann. Sie hat ihrem Bericht deshalb die Tabellen 1 bis 3 mit den Zahlen 2013 ergänzt. Die wichtigste Tabelle aber findet man auf Seite 4: Sie zeigt auf der Datenbasis 2013 die Auswirkungen auf den Finanzausgleich 2015. Die Ausgangslage Anfang 2014 zeigte, dass die Stadt Zug mit ca. 7,8 Millionen Franken entlastet wird. Aufgrund der aktuellen Zahlen erhöht sich die Entlastung für die Stadt für 2015 bereits auf 8,8 Millionen Franken, was den von der Stadt ursprünglich geforderten 10 Millionen Franken schon sehr nahe kommt. Das Gesetz greift also da, wo es greifen soll, und bringt die geforderte Entlastung.
Der Kantonsbeitrag von 4,5 Millionen Franken ist ein Fremdkörper im Finanzausgleich unter den Gemeinden und muss im zweiten Paket der Revision unbedingt überdacht werden. Die Stawiko unterstützt deshalb die von Karl Nussbaumer erwähnte Befristung, um entsprechend Druck zu machen. Sie beantragt einstimmig, auf das Geschäft einzutreten und ihm mit der Befristung des Kantonsbeitrags zuzustimmen; sie hat auch keine Einwände gegen die redaktionelle Änderung der vorberatenden Kommission.
Nachdem der Votant der Stadt Zug vor drei Jahren bei der Steuergesetzrevision zusammen mit Peter Hegglin rund 2,5 Millionen Franken Kapitalsteuern gerettet und jetzt mit seiner Motion eine schnelle Entlastung von fast 9 Millionen Franken gesichert hat, erlaubt er sich noch eine persönliche Bemerkung an die Adresse der anwesenden Mitglieder des Stadtrats und des Grossen Gemeinderats. Rückblickend betrachtet zeigt es sich, dass die auf den 1. Januar 2010 vorgenommene Senkung des stadtzugerischen Steuerfusses um 3 Punkte offensichtlich ein Fehler war. Entweder hat man damals die Auswirkung der mit der Steuergesetzrevision vorgenommenen Entlastung des Mittelstands unterschätzt oder man war einfach etwas zu optimistisch. Da stellt sich nun wirklich die Frage, ob dieser Fehler nicht richtigerweise zu korrigieren wäre. Natürlich würde das einen medialen Aufschrei auslösen, der aber – wie es sich immer wieder zeigt – schnell wieder verfliegt. Zudem könnte man das Ganze auch positiv kommunizieren, nach dem Motto «Wir haben einen Fehler gemacht, den wir als verantwortungsbewusste Politiker korrigieren und damit der Stadt Zug und seiner Bevölkerung langfristig eine gesunde Finanzlage sichern.» Das wäre wohl sinnvoller und weniger imageschädigend als das jahrelange Lamentieren über schlechte Finanzlage, strukturelle Defizite usw. Es würde den Votanten freuen, wenn es ihm mit diesem kurzen Votum gelungen wäre, die anwesenden Vertreter der städtischen Behörden und ihre Kolleginnen und Kollegen zum Analysieren und Nachdenken anzuregen.

Silvia Thalmann als Sprecherin der CVP-Fraktion: Die in langen Beratungen von Gemeinden und Kanton erarbeiteten Anpassungen am ZFA liegen heute zur Debatte vor. Mit Hilfe von drei Massnahmen werden die Gebergemeinden merklich entlastet und die Beiträge an die Nehmergemeinden moderat reduziert. Für die CVP sind zwei Anpassungen unbestritten: die Senkung des Normsteuerfusses sowie die Erhebung der Bevölkerungszahl auf Basis der ständigen Wohnbevölkerung. Die wieder eingeführte Beteiligung des Kantons am innerkantonalen Finanzausgleich ist systemfremd und war bei der Einführung des ZFA explizit nicht mehr gewünscht. Die CVP begrüsst deshalb die Befristung dieses Beitrags auf drei Jahre. Diese Befristung erhöht den Druck, die Beratungen über das zweite ZFA-Paket nicht auf die lange Bank zu schieben. Sie begrüsst es, wenn dieses Geschäft zu Beginn der neuen Legislatur auf die Traktandenliste gesetzt wird. So kann das neu zusammengesetzte Parlament sich in die Materie vertiefen und hat mit drei Jahren genügend Zeit, alle notwendigen Abklärungen – zum Beispiel Rückfragen an die Gemeinden – gründlich vorzunehmen. Die CVP sieht keine Notwendigkeit, heute Mittel zu sprechen, um den Wirksamkeitsbericht zu ergänzen und aktualisieren. Die erforderlichen Kosten sind ins Budget 2015 aufzunehmen.
Seit der Einführung des innerkantonalen Finanzausgleichs haben sich die Steuerfüsse der Gemeinden stark angeglichen. Die Differenz verringert sich innerhalb von sieben Jahren von 26 auf 12 Prozentpunkte. Dies ist erfreulich, wurde damit doch ein zentrales Ziel, das 2008 bei der Einführung des ZFA angestrebt wurde, erreicht. Eine weitere Angleichung der Steuerfüsse ist zwar erfreulich, für die CVP jedoch nicht oberstes Ziel. Sie strebt keine Steuerharmonisierung innerhalb des Kantons an, sondern kann dem Wettbewerb unter den Gemeinden durchaus Positives abgewinnen. Studiert man die Wirtschaftsprognosen, ist damit zu rechnen, dass die Ertragskraft in den Zuger Gemeinden zurückgehen wird. Sind sowohl das Sparpotenzial wie auch die Reserven einer Gemeinde ausgeschöpft, führt kein Weg an einer Steuererhöhung vorbei. Dadurch wird sich – dessen ist sich die CVP durchaus bewusst – die Steuerschere wieder öffnen.
Die Gemeindevertreter wehren sich vehement gegen ein zweites ZFA Paket. Das ist verständlich, haben sie doch während zwei Jahren um eine Lösung gerungen und sich schliesslich auf die heute diskutierten drei Massnahmen geeinigt. Der Kantonsrat hat diese Diskussion nicht in der gleichen Tiefe geführt. Auch nach der Umsetzung der ersten Teilrevision des ZFA, die heute von Rat wohl beschlossen wird, ist am innerkantonalen Ausgleich zu bemängeln, dass erstens die umverteilte Summe nach wie vor zu hoch ist und zweitens nicht jede Nehmergemeinde die Mittel aus dem Ausgleichstopf tatsächlich benötigt. Bei der zweiten Teilrevision des ZFA müssen für diese beiden Problemkreise Lösungen gefunden werden. Jegliche Anpassung ist mit den Gemeinden abzusprechen, was – wie alle wissen – Zeit in Anspruch nimmt. Zu prüfen ist auch die Möglichkeit einer neutralen Zone. Diese hat nicht nur den Vorteil, dass die Reichsten geben und die Ärmsten erhalten, sondern auch, dass nicht – wie heute – ein paar wenige Gebergemeinden in den Topf einzahlen, der von einer Mehrheit von Gemeinden geleert wird. In Bezug auf das erste Revisionspaket des ZFA setzt sich die CVP-Fraktion für eine rasche Umsetzung der von den Gemeinden einstimmig verabschiedeten Anpassung ein und wird der Vorlage im Sinne der Anträge der vorberatenden Kommission resp. der Stawiko zustimmen.

Cornelia Stocker als Sprecherin der FDP-Fraktion: Die erste Teilrevision des ZFA wirkt für die Gebergemeinden, insbesondere für die Stadt Zug, wie ein Antibiotikum. Antibiotika bekämpfen das Symptom bekanntlich sofort wirkungsvoll, haben aber meistens nachhaltige Nebenwirkungen resp. gehen der Ursache nicht wirklich auf

den Grund. So klar wie die Zustimmung der FDP-Fraktion zur ersten Teilrevision ist, so klar drängt sich nach deren Auffassung eine zweite Revision geradezu auf. Den Zeitraster dazu setzt die Stawiko mit ihrem Antrag, den die FDP ebenfalls begrüsst. Wie gehört, ist eine Kantonsbeteiligung am ZFA systemfremd. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass auch eine NFA-Beteiligung der Gemeinden systemfremd und in keinem anderen Kanton der Schweiz bekannt ist.
Folgende drei Gesichtspunkte sind für die FDP-Fraktion elementar und müssen in die zweite Teilrevision Eingang finden:
• Der haushälterische Umgang mit den Finanzen muss honoriert werden. Wem Finanzhilfe gewährt wird, muss Auflagen gewärtigen. Auch wenn nicht alles gut und vorbildlich ist, was die EU macht: Wer dort eine Finanzspritze bekam, musste gewisse Bedingungen akzeptieren und Ausgabendisziplin beweisen. Ein in diese Richtung zielendes Modell schwebt auch der FDP-Fraktion vor. Alle – und sicher auch der Finanzdirektor – stören sich daran, wenn NFA-Nehmerkantone beispielsweise ihr Personal früher als der Kanton Zug in Pension schicken oder feudalere *Fringe Benefits* ausrichten, quasi finanziert von Zürich, Schwyz, Zug und Co.
• Die FDP erachtet eine neutrale Zone nach wie vor als probates Mittel, die Gelder zielgerechter umzuverteilen. Eine neutrale Zone würde auf eine Verwesentlichung des Finanzausgleichs unter den Gemeinden abzielen. Der erste Wirksamkeitsbericht hat aufgezeigt, dass die Abschöpfungsquote in die Höhe geschnellt ist. Am Grundsatz, dass die stärkeren den schwächeren Gemeinden unter die Arme greifen, will die FDP nicht rütteln. Sie hat aber wenig Verständnis, wenn vereinzelte Talgemeinden hohe Überschüsse schreiben, sich Projekte leisten, die fast im Luxusbereich anzusiedeln sind, und trotzdem hohe Ausgleichszahlungen erhalten. Solche Vorkommnisse sind dem Solidaritätsgedanken abträglich und bedürfen einer Korrektur.
• Fakt ist, dass seit der Einführung des ZFA die Steuerschere kleiner geworden ist. Zwar möchte die FDP nicht von Steuerdumping sprechen, doch wie schon bei verschiedenen Gelegenheiten erwähnt, stört sie sich daran, dass vereinzelte Nehmergemeinden einen tieferen Steuerfuss als die Gebergemeinden haben und dass beispielsweise Steinhausen in der Vergangenheit seinen Steuerfuss hoch hielt, um nicht auf ZFA-Zahlungen verzichten zu müssen. Das kann es wohl nicht sein.
Die FDP erwartet vom Regierungsrat, dass die drei genannten Punkte in die nächste Vorlage einfliessen und zeigt sich offen für eine breit angelegte Diskussion, ohne jedoch den ursprünglichen Harmonisierungsgedanken über Bord werfen zu wollen. Einer vernünftigen innerkantonalen Wettbewerbsfähigkeit kann sie sehr viel Positives abgewinnen. Dieses System funktioniert in unserem Staatswesen nach wie vor. Die Gebergemeinden sind sich bewusst, dass es in einem wettbewerbsorientierten Steuersystem immer auch unverschuldete Verlierer gibt. Diese sind auf ein von den Gewinnern gespeistes Ausgleichsgefäss angewiesen. Fatal wäre es aber, wenn eine Anspruchsmentalität der Empfänger zu Tage treten würde; dann käme der Grundgedanke dieses Ausgleichssystems arg ins Wanken – und kein Gesetz ist in Stein gemeisselt.
Mit der baldigen Inangriffnahme der zweiten Revision wird dafür gesorgt, dass keine weiteren Patienten einer Intensivbehandlung bedürfen. In diesem Sinne sagt die FDP-Fraktion klar Ja zur ersten Teilrevision und wartet gespannt auf die nächste Vorlage der Regierung. Als Stadtzuger Kantonsrätin erachtet die Votantin eine Steuererhöhung, wie sie Gregor Kupper angesprochen hat, als falsches Signal.

Eusebius Spescha teilt vorneweg mit, dass die SP-Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr in der Fassung von Kommission und Stawiko zustimmen wird. Was sind ihre Überlegungen dazu? «Nie hätte man einen Finanzausgleich einführen

dürfen, bei welchem zwei Drittel dem restlichen Drittel diktiert, wie viele Gelder die Geber abliefern müssen. Ist ein solches System einmal eingeführt, kann es fast nicht mehr angepasst werden, da niemand gerne freiwillig auf solch grosszügige Geschenke verzichtet.» Dieses Zitat stammt aus einem Leserbrief von Nationalrat Thomas Aeschi am 17. Juni 2014 in der «Neuen Zuger Zeitung», wobei der Votant allerdings das Wort «Kantone» weggelassen hat. Eine vergleichbare Situation hat man auch beim ZFA, auch wenn die zwei Ausgleichsmechanismen unterschiedlich konstruiert sind: Eine Zweidrittelsmehrheit von Nehmergemeinden diktiert einem Drittel Gebergemeinden, wie viel sie bekommen müssen. Die mit dem ZFA anvisierten Ziele sind grundsätzlich erreicht. Aber es wird zu viel umverteilt, so dass einzelne Gemeinden im Ennetsee sich mit tollen Abschlüssen brüsten, während insbesondere die Stadt Zug zu hoch belastet ist. Kanton und Gemeinden haben sich auf eine Anpassung geeinigt, welche ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist und aus Sicht der SP sofort beschlossen und umgesetzt werden soll. Gleichzeitig ist es für die SP-Fraktion aber auch zwingend, eine zweite Revision des ZFA einzuläuten. Es gilt einige Fehler zu korrigieren:

• Die umverteilte Summe ist zu gross. Der Votant hat in der Kommission eine Tabelle vorgelegt, welche zeigt, dass in den sechs Jahren ZFA – kulant gerechnet – im Durchschnitt fast 20 Millionen Franken mehr umverteilt wurden, als für ausgeglichene Rechnungen in allen Gemeinden nötig gewesen wären.

• Die Situation der Nehmergemeinden ist unterschiedlich. Die drei Berggemeinden Unterägeri, Menzingen und Neuheim sind auf den ZFA angewiesen und brauchen zwingend Beiträge in etwa der bisherigen Höhe. Die Gemeinden im Ennetsee hingegen bekommen eindeutig zu viel. Cham hat in den letzten Jahren 26 Millionen Franken Überschuss ausgewiesen, Steinhausen 12 Millionen, Risch 14 Millionen und Hünenberg ebenfalls 14 Millionen. Das ist schlicht und einfach nicht im Sinne des ZFA. Hier wird es auch eine politische Lösung brauchen, damit die Berggemeinden und die Ennetseegemeinden unterschiedlich behandelt werden können.

• Der NFA-Beitrag der Gemeinden ist systemwidrig und sollte durch eine Zusatzbelastung der Gemeinden in gleicher Höhe abgelöst werden.

• Der ZFA-Beitrag des Kantons, der heute beschlossen wird, ist ebenfalls systemwidrig und sollte ebenfalls abgelöst werden, beispielsweise durch eine Gegenverrechnung mit NFA-Beitrag.

Die SP-Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass die anspruchsvollen Arbeiten für die zweite ZFA-Revision schnell an die Hand genommen werden müssen. Es kann nicht sein, dass sich der Kanton Zug national darüber beklagt, dass er von den anderen Kantonen ausgenommen wird, aber innerkantonal das Gleiche mit der Stadt Zug tut. Die SP stimmt der jetzigen Revision als richtigem Zwischenschritt zu, ein weiterer Schritt muss aber folgen.

Zur Schlussbemerkung von Gregor Kupper: Es ist daran zu erinnern, dass der Stadtrat von Zug eine Steuererhöhung beantragte, die bürgerliche Mehrheit des Grossen Gemeinderats diesen Antrag aber ablehnte. Es freut den Votanten natürlich, wenn Gregor Kupper als Mitte-Politiker dem halblinken Stadtrat von Zug eine fachlich gute Arbeit attestiert und der bürgerlichen Mehrheit des GGR diese Fachkompetenz abspricht. Das ist ein bisschen Wasser auf die Mühlen der Linken.

Stefan Gisler als Sprecher der AGF: Der ZFA funktioniert, die Steuerfüsse harmonisieren sich, und auch die Finanzlage der finanzschwächeren Gemeinden hat sich verbessert. Es ist nun also Zeit, den ZFA so anzupassen, dass er nicht zum Bumerang für die Gebergemeinden, insbesondere die Stadt Zug, wird. Alle stimmen dem vorliegenden ersten Paket zu, und der Votant stört nur ungern diesen ZFA-Gottesdienst. Er möchte aber nochmals darauf hinweisen, dass auch die Stadt Zug bzw.

der GGR die Steuern in den letzten Jahren im Wissen um die hohen ZFA-Kosten immer wieder gesenkt hat; das hat insgesamt zu Verlusten von rund 25 Millionen Franken jährlich geführt. Gregor Kupper hat die letzte Senkung als Fehler bezeichnet. Damit stützt er letztlich – wie eben gehört – die Haltung des heutigen Stadtrats, der dem GGR im Jahr 2011 den Vorschlag für 3 Prozent höhere Steuern gemacht hat, dies gebunden an die dringend nötigen Investitionen. Die AGF und die SP unterstützten damals den Stadtrat, und es ist schön, dass der Stawiko-Präsident, das personifizierte finanzielle Gewissen des Kantons, nun auf die linke Haltung einer Steuervernunft einschwenkt. Vielleicht folgen ihm ja bald weitere Bürgerliche in der Stadt Zug und im Kantonsrat. Schon letzte Woche forderte der Votant angesichts des Defizits des Kantons Steuervernunft, denn auch der Kanton trägt eine Mitschuld am strukturellen Defizit der Stadt Zug, hat der Kantonsrat doch seit 2007 die Steuern so gesenkt, dass es Auswirkungen auf die Gemeinden hatte. Darum ist das heutige *Schräubelen* am ZFA eine Marginalie.
Das erste Paket der ZFA-Revision ist unbestritten. Die Nehmergemeinden sind glücklich, dass sie dank dem Kanton, der jährlich 4,5 Millionen Franken einschiesst, kaum Verluste hinnehmen müssen, die Stadt Zug gibt sich demütig und nimmt den Spatz in der Hand – eine Mini-Entlastung von 8 Millionen Franken – statt der Taube auf dem Dach, einer angemessene Entlastung, wie sie vielleicht mit dem zweiten Paket kommen könnte. Demut steht der Stadt Zug allerdings gut an angesichts ihrer eigenen Steuerpolitik.
Die AGF votierte gegen das Splitting in zwei Pakete, das Stawiko-Präsident Gregor Kupper vorgeschlagen hatte. Sie wies darauf hin, dass dann das zweite Paket wohl nie umgesetzt würde. Und wie vom Kommissionpräsidenten gehört und auch im Kommissionsbericht zu lesen: Die Nehmergemeinden tragen bereits heute das zweite Paket zu Grabe. Die AGF *will* das zweite Paket. Die vorgeschlagene Befristung des Kantonsbeitrag gemäss § 9a auf die Jahre 2015–2017 ist deshalb eine gute Sache; man hätte sich sogar eine Befristung auf zwei Jahre überlegen können, weil man jetzt ja keine aufwendige Neuberechnung der ZFA vornimmt, sondern den Finanzdirektor aufgefordert hat, die vorliegenden Zahlen aufzubereiten – was übrigens genau dem früheren Vorschlag der AGF entspricht, mit dem man ein einziges Paket innert vernünftiger Zeit hätte beraten können.
Aber wie gesagt: Der Votant will den ZFA-Gottesdienst nicht stören. Die AGF ist für Eintreten und stimmt zu.

Daniel Stadlin: Die Grünliberalen sind für Eintreten und werden dem ersten Paket der Teilrevision in der Fassung der vorberatenden Kommission zustimmen. Sie machen sich jedoch keine Illusionen. Die Befristung des Kantonsbeitrags auf drei Jahre wird den Prozess und die Entscheidungsfindung des zweiten Pakets erheblich erschweren. Für die Stadt Zug heisst dies nichts anderes als «Zurück an den Start» und «Alles nochmals von vorn». Wahrlich, der Stadtrat ist nicht zu beneiden.
Eine kurze Replik zum Schreiben der Gemeindepräsidentenkonferenz vom 27. Mai 2014 an die Kantonsräte: Dass die Stadt Zug diesem zugestimmt hat, kann nur unter dem Aspekt «Vogel friss oder stirb» nachvollzogen werden. Denn für den Votanten als einen der Vertreter der Stadt Zug ist dieses Schreiben – gelinde gesagt – eine Unverschämtheit. Geradezu inakzeptabel ist die Ermahnung, gefälligst auf das zweite Paket der ZFA Revision zu verzichten, ansonsten die Einigkeit unter den Zuger Gemeinden gefährdet würde. Es ist zu hoffen, dass diese Aussage in Unkenntnis der zeitlichen Limitierung des Kantonsbeitrags gemacht wurde. Da kann man sich schon fragen, wer eigentlich die Zuger Bevölkerung repräsentiert und die Gesetze im Kanton Zug macht: die Gemeindepräsidenten oder der Kantonsrat? Des Weiteren wird im Schreiben eindringlich vor einer Abgeltung der Zentrums-

lasten der Stadt Zug gewarnt,obwohl der Lastenausgleich weder im ersten noch im zweiten Paket ein Thema ist. Es wird moniert, eine Diskussion darüber würde ins Unermessliche gehen und sei kleinlich. Was daran kleinlich sein soll, ist schleierhaft. Alle anderen Kantone haben sich dieser Diskussion gestellt und gleichen heute die Lasten unter ihren Gemeinden aus. Denn ein Finanzausgleich ohne Berücksichtigung der Lastendisparität unter den Gemeinden ist und bleibt eine finanzpolitische Fehlkonstruktion. Kleinlich ist vor allem der heute zur Debatte stehende Mini-Kompromiss, bei dem die Nehmergemeinden nicht wirklich etwas geben und weiterhin auf nichts verzichten. Nur dank dem Beitrag des Kantons ist überhaupt etwas Fleisch am Knochen. Trotzdem: Besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.
Jede Kantonsrätin und jeder Kantonsrat steht in der solidarischen Pflicht, der Stadt Zug zu helfen und sie so rasch wie möglich aus dem durch den ZFA verursachten strukturellen Defizit zu befreien. Dass der systemfremde Beitrag des Kantons wieder aus dem Finanzausgleichsgesetz entfernt werden soll, ist jedoch richtig. Dies darf aber keinesfalls dazu führen, dass im zweiten Paket der Teilrevision letztlich nur der angepasste Normsteuersatz-Mechanismus und der neue Bevölkerungsbegriff übrigbleiben. Es muss zwingend mindestens die jetzige Entlastungssumme umfassen. Die Nehmergemeinden, insbesondere die finanzstarken darunter, werden also nicht darum herumkommen, den fehlenden Kantonsbeitrag auszugleichen und das nachzuholen, was sie bereits längst hätten tun müssen: Die Gebergemeinden, insbesondere die Stadt Zug, endlich substanziell zu entlasten.

Monika Barmet: Unter den «Allgemeinen Bestimmungen» im Gesetz über den direkten Finanzausgleich steht unter § 1 «Geltungsbereich und Zweck» in Abs. 1: «Dieses Gesetz regelt den Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden». In Abs. 2 steht: «Der Finanzausgleich bezweckt, die unterschiedliche Steuerkraft der Einwohnergemeinden teilweise auszugleichen und damit eine Annäherung der Steuerfüsse zu fördern.» Eine Annäherung der Steuerfüsse konnte innerhalb der letzten Jahre grundsätzlich erreicht werden, und mit dem Finanzausgleich konnten auch die finanzschwächeren Gemeinden vor allem im Bereich der Infrastrukturen einiges projektieren und realisieren. Dafür ist die Votantin als Vertreterin einer finanzschwachen Gemeinde froh und dankbar. Sie hat durchaus Verständnis für die Anliegen der Gebergemeinden und die dadurch bewirkte Teilrevision, doch wird sie ihr Unbehagen über die Veränderungen nicht los. Mit der vorliegenden Teilrevision werden die Gebergemeinden entlastet und die Nehmergemeinden belastet. Das wird bei den finanzschwachen Nehmergemeinden unter Umständen bereits kurzfristig zu Steuerfusserhöhungen führen; die Differenz zwischen den Steuerfüssen wird also wieder grösser werden. Somit wird die Zweckbestimmung in § 1 Abs. 2 teilweise missachtet und nicht mehr umgesetzt. Man wird der Votantin empfehlen, dass die Gemeinden sparen sollen. Einverstanden, nur ist das Sparpotenzial in den kleineren Gemeinden nicht sehr hoch. Viele Ausgaben sind vorgegeben, und Einsparungen sind nur beschränkt möglich. Für die Votantin stimmt eine weitere Veränderung langfristig nicht: die Beteiligung des Kantons am Finanzausgleich. Bei der Beratung des zweiten Pakets der Finanz- und Aufgabenreform war klar, dass sich der Kanton zurückzieht, nun aber zahlt er wieder in den Ausgleichstopf ein. Das kann langfristig nicht sein. Die Votantin stimmt nur schon deshalb der Befristung auf drei Jahre zu.
Jammern ist keine Leidenschaft der Votantin, aber sie nimmt die beantragten Änderungen mit Skepsis entgegen. Sie wird trotzdem zustimmen, es ist aber eine weitere Beurteilung nötig. Es bleibt zu hoffen, dass vielleicht doch noch ein gerechteres Berechnungsmodell entwickelt werden kann. Hoffen kann man ja.

Andreas Hausheer möchte nach dem Stadtzuger Gejammer einige Punkte berichtigen. Es ist zum einen nicht so, dass bezüglich ZFA ein Zwei-Drittel-Diktat herrscht. Eine Überschlagsrechnung zeigt, dass im Kantonsrat 41 Vertreter von Gebergemeinden und 39 Vertreter von Nehmergemeinden sitzen; auf ein Zwei-Drittel-Diktat kommt man nur, wenn man die Zahl der Gemeinden als Basis nimmt. Der ZFA ist also nicht einfach ein Diktat der Nehmergemeinden. Zur Aussage der FDP-Sprecherin, dass die Gemeinde Steinhausen auf Steuersenkungen verzichtet habe, um Geld aus dem ZFA zu erhalten, ist zum andern zu sagen, dass dies ein Vorschlag des Gemeinderats war, in dem ein FDP-Vertreter Finanzchef war; die Gemeindeversammlung hat – insbesondere wegen der CVP-Ortspartei – die Steuersenkung zwar gutgeheissen, dies aber unter Verzicht auf die ZFA-Zahlung. Die Aussage der FDP-Sprecherin stimmt also für den Gemeinderat, aber nicht für die Gemeindeversammlung.
Der Votant unterstützt vollumfänglich, dass der Gesamtbetrag der Zahlungen reduziert wird. Das ist beim Bund nicht möglich, weil dort der Bundesrat über den Gesamtbetrag entscheidet. Man muss aber auch die Relationen sehen. Die Stadt Zug beispielsweise wollte eine Reduktion ihres Beitrags um 10 Millionen Franken, erhält nun eine solche von rund 9 Millionen Franken und hat damit ihr Ziel fast erreicht. Man darf das Rad aber nicht zu weit drehen, wird es doch wieder kantonale Abstimmungen geben, in denen auch Stadtzuger Interessen betroffen sind; man darf deshalb nicht so weit gehen, dass sich das Ganze für die Stadt Zug ins Negative dreht. Und es ist schliesslich auch nicht so, dass die Nehmergemeinden auf nichts verzichten: Die Nehmergemeinden geben 7 Millionen Franken.

Philip C. Brunner dankt zuerst der vorberatenden Kommission und ihrem Präsidenten, aber auch den Stadtzuger Kantonsräten, die sich bereits geäussert haben. Er hatte bisher den Eindruck, es handle sich um einen gut zugerischen Kompromiss, hat jetzt aber gehört, dass die Stadt Zug offenbar in der Gemeindepräsidentenkonferenz, dieser kleinen Ständekammer, dermassen unter Druck der Nehmergemeinden steht, dass auch sie auf das zweite Paket der Revision verzichten will. Man wird darüber reden müssen, ob eine zweite Tranche wirklich nötig sei, dies umso mehr, als sowohl die Stawiko als auch die vorberatende Kommission nun das Ganze befristet haben. Im Übrigen soll das Diktum vom Spatz in der Hand und der Taube auf dem Dach von Stadtpräsident Dolfi Müller stammen.
Der Stawiko-Präsident, notabene ein Vertreter der Zuger Gemeinde mit dem kleinsten Steueraufkommen, hat eine Steuererhöhung in der Stadt Zug gefordert. Natürlich hat die linke Ratsseite dieses *Statement* mit Freude aufgenommen, und sie wird wohl das Protokoll dazu einrahmen und über ihrem Bett aufhängen. Die Forderung des Stawiko-Präsidenten ist so, wie wenn in Bern der CVP-Sprecher einer Finanzkommission dem Kanton Zug mitteilen würde, dieser solle doch, wenn er Probleme mit dem NFA habe, einfach die Steuern erhöhen und das Problem so lösen. Die bürgerliche Mehrheit im GGR hat mit grossem Verantwortungsbewusstsein – nicht nur für die Stadt Zug, sondern für den ganzen Kanton – die vom Finanzchef vorgeschlagene Steuererhöhung abgelehnt. Es ist für den Votanten nun etwas komisch, wenn im Kantonsrat Stadtzuger Gemeindepolitik gemacht wird. Wenn von der Stawiko eine Steuererhöhung in der Stadt Zug gefordert wird, muss man sich auch deren Zusammensetzung vor Augen führen: Zwei Mitglieder kommen aus der Nehmergemeinde Neuheim, zwei Mitglieder aus der Nehmergemeinde Hünenberg, ein Mitglied aus Oberägeri, das zwischen Nehmer- und Gebergemeinde schwankt, ein Mitglied aus der Nehmergemeinde Unterägeri und ein Mitglied aus Steinhausen. Alle sieben Mitglieder der Stawiko kommen also aus Nehmergemeinden. Als einziger Vertreter der Stadt Zug sitzt Alt-Stadtrat Hans Christen in der er-

weiterten Stawiko. Es ist deshalb äusserst delikat, was Stawiko-Präsident Gregor Kupper hier getan hat, und es ist gar nicht gut, dass eine Person, die der Votant im Übrigen sehr respektiert und die – wie von der Linken gesagt – sozusagen das finanzielle Gewissen des Kantons darstellt, im Kantonsrat der Stadt empfiehlt, die Steuern zu erhöhen. Wie würde denn dieses bürgerliche Parlament reagieren, wenn der Regierungsrat eine Steuererhöhung vorschlagen würde, um die finanziellen Probleme des Kantons – die Zukunft sieht ja nicht besonders gut aus – zu lösen? Der Votant möchte endlich das Wort «sparen» hören und den entsprechenden Druck auch in der Stadt Zug aufrecht erhalten. Diese hat bereits gespart; darüber, ob sie noch mehr sparen könne oder nicht, gehen die Meinungen auseinander. Selbstverständlich hat die Stadt mit 40'000 Arbeitsplätzen und 28'000 Einwohnern eine Verantwortung zu tragen, und es ist nicht möglich, sofort überall zu sparen.
Der Votant bittet, sich in der Diskussion auf das vorliegende erste Paket der ZFA-Revision zu konzentrieren und nicht Stadtzuger Gemeindepolitik auf höherer Ebene zu machen. Der Kantonsrat würde es auch nicht schätzen, wenn von Bern aus gesagt würde, Zug solle doch einfach seine Steuern erhöhen. Das würde nämlich mit Sicherheit bedeuten, dass Firmen den Kanton Zug verlassen würden – und das wäre auch bei der Stadt Zug der Fall. Bereits heute klaffen die Steuerfüsse von Baar und Zug auseinander, und eine Firma, die mobil ist, zieht dann eben in eine andere Gemeinde. Ob die Stadt Zug mit ihren rund 200 Millionen Franken Steuereinnahmen ihre Lasten dann wirklich noch tragen könnte, würde man sehen. Der Kantonsrat soll sich deshalb auf die Geschäfte des Kantons konzentrieren und die Stadtzuger Politik den gewählten Vertretern in der Stadt überlassen.

Thomas Lötscher versichert Philip C. Brunner, dass er sich wieder beruhigen könne. Im Übrigen ist er erstaunt, dass Stefan Gisler sich über die Ratschläge eines Neuheimer Kantonsrats an die Stadt Zug freut, nachdem er unlängst einem anderen Neuheimer Kantonsrat mehr oder weniger das Recht absprach, zum Thema ZFA zu sprechen, da dieser ja aus einer Nehmergemeinde komme.
Der vorliegenden befristeten ersten Teilrevision gemäss Antrag der Stawiko kann der Votant zustimmen. Es ist für ihn aber auch klar, dass es ein zweites Paket braucht. Wohl haben sich alle elf Zuger Gemeinden mit der vorliegenden Teilrevision einverstanden erklärt, und man könnte argumentieren, dass es somit keiner weiterer Anpassungen bedürfe. Aber auch die heutige Lösung wurde seinerzeit von allen Gemeinden mitgetragen, und doch muss heute nachgebessert werden. Wenn man sich die Reaktionen aus der Stadt Zug vor Augen führt, ist das vorliegende erste Paket ein wichtiger, aber nur ein kleiner Schritt. Nachhaltig ist das noch nicht. Und der Votant versteht die Stadtzuger: Noch immer wird zu viel Geld zu wenig zielgerichtet verteilt. Nicht nur die Gemeinden, sondern explizit auch der Kanton brauchen einen innerkantonalen Finanzausgleich, der höchste Ansprüche an die Fairness, die Effektivität und die Effizienz erfüllt. Seit Jahren leidet der Kanton Zug nämlich unter der NFA, der «Nationalen Finanzabzockerei», die eben diese Anforderungen nicht erfüllt: Das schweizweite System wurde so zusammengeschustert, dass eine komfortable Mehrheit von Nehmerkantonen mit der stimmenmässig hoffnungslos unterlegenen Minderheit der ausgenommenen Kantone nach Belieben fuhrwerken kann. Das ist unfair, weil jene Kantone, die bezahlen müssen, faktisch nichts dazu zu sagen haben. Es ist ineffektiv, weil Kantone mit hervorragenden Rahmenbedingungen – wie der Aargau – ebenfalls Geld erhalten, nicht weil sie dieses nötig hätten, sondern weil deren Stimmpotenzial benötigt wird, um die ausgenommenen Kantone weiterhin nach Belieben ausnehmen zu können. Und schliesslich ist es ineffizient, weil es keinerlei Vorkehrungen trifft, um die Nehmerkantone zu motivieren, haushälterisch mit dem Geld umzugehen und sich aktiv um

eine Verbesserung der eigenen Situation zu bemühen. Dieses System hat mit Solidarität nichts mehr zu tun, sondern erinnert an eine moderne Form von Wegelagerei. Der Votant will aber nicht falsch verstanden sein: Der Kanton Zug hat sich immer zur eidgenössischen Solidarität bekannt, und es ist richtig und wichtig, dass er seinen Beitrag leistet, um strukturschwache Kantone zu unterstützen. Aber das muss in einem erträglichen Mass geschehen. Wenn die schweizerischen Wirtschaftsmotoren abgewürgt werden, verlieren – abgesehen von den internationalen Konkurrenten – alle: die bis anhin starken Kantone, aber auch der Bund, denn ins Ausland geflohene Steuerzahler bezahlen auch keine Bundessteuern mehr. Und letztlich verlieren auch die Nehmerkantone, denn wenn nichts hereinkommt, gibt es auch nichts zu verteilen. Auch wenn bisher alle Bemühungen der ausgenommenen Kantone für mehr Fairness fehlgeschlagen sind, dürfen diese nicht aufgeben. Vielleicht vermögen sich bei den Nehmerkantonen irgendwann Vernunft und Fairness gegen reine Gier durchzusetzen. In diesem Sinne sollte sich die Regierung Gedanken machen, ob es wirklich sinnvoll ist, dass der Zuger Finanzdirektor Präsident der Finanzdirektorenkonferenz ist, wobei der Votant hier explizit nicht die Person von Regierungsrat Peter Hegglin in Frage stellt. Aber wenn der Zuger Finanzdirektor in diesem Gremium überstimmt wird und dann die Mehrheitsmeinung vertreten muss, kann er logischerweise nicht mit voller Kraft für den Kanton Zug kämpfen. Der Votant findet, man sollte ihm wieder die Krallen schärfen.
Zurück zum ZFA: Die Position des Kantons Zug in Bern dürfte gestärkt werden, wenn dieser aufzeigen kann, dass er auf kantonaler Ebene ein Modell gefunden hat, das die finanzschwächsten Gemeinden stärkt, ohne die finanzstarken Gemeinden auszubluten und abzuwürgen. Dazu würde eine neutrale Zone helfen, mit Gemeinden, die nichts einzahlen, aber auch nichts erhalten. Ein solches Modell gilt es im Kanton Zug umzusetzen. Es wird den Kanton als Ganzes, aber auch die einzelnen Gemeinden stärken. Und es kann helfen, mit einer funktionierenden Lösung aktiv gelebter Solidarität ein gutes Beispiel nach Bern zu geben, um auch den schweizerischen Zusammenhalt zu stärken, der derzeit leider mehr und mehr einer gefährlichen Zerreissprobe ausgesetzt wird. Der Votant ruft den Rat darum auf, dem ersten Paket zuzustimmen, es aber nicht dabei bewenden zu lassen.

Gregor Kupper wendet sich an Philip C. Brunner und hält fest, dass seine Ausführungen – wie ausdrücklich gesagt – kein Votum der Stawiko, sondern ein persönliches Votum waren. Es ist auch keine Forderung, sondern es waren Gedanken, um die zuständigen Behörden zum Nachdenken und Analysieren zu bewegen. Der Votant war sich natürlich bewusst, dass er damit in ein Wespennest stechen würde. Er war sich auch bewusst, dass er von rechter Seite Schelte und von links Lob kriegen würde. Es geht hier aber nicht um eine Frage von links und rechts, sondern es gilt ganz einfach den Tatsachen in die Augen zu schauen, und es gilt Ordnung zu schaffen, wo Unordnung herrscht. Wenn man das auf der Aufgabenseite, über Kostenreduktionen, erreichen kann, ist es umso besser. Letztendlich sind aber nicht nur die Stadt Zug, sondern auch die übrigen Gemeinden sowie der Kanton daran interessiert, dass in allen diesen Körperschaften ordentliche finanzielle Verhältnisse herrschen. Aus diesem Grund hat sich der Votant erlaubt, seine Gedanken anzubringen. Es geht darum, Signale nach aussen zu senden, die den Kanton Zug, die Stadt Zug und alle Zuger Gemeinden stabil erscheinen lassen.

Georg Helfenstein ist Vertreter einer Nehmergemeinde und unterstützt die Vorlage, wie sie in der Kommission beschlossen wurde. Er kann nachvollziehen, dass man in drei Jahren wieder einen Schnitt macht und die entsprechenden Berechnungen neu anstellt. Er findet die Diskussion, die heute geführt wurde, aber grundsätzlich

gefährlich. Es ist daran zu erinnern, dass der Kanton Zug *ein* Kanton ist, nicht elf Kantone im Kanton. Der Kanton Zug hat zwar elf Gemeinden, ist aber *ein* Kanton, und er muss aufpassen, dass er nach aussen als Einheit in Erscheinung tritt, um nicht in Bundesbern lächerlich dazustehen.
Es ist richtig, dass innerkantonal eine Angleichung stattfinden soll, wobei der Votant auch die Stadt Zug oder die Gemeinde Baar versteht, welche sehr grosse Belastungen zu tragen haben. Es ist auch richtig, dass die Gemeinden sparen sollen. Sparen ist aber da notwendig, wo dies machbar ist, und es gibt Ausgaben, welche letztendlich der Wirtschaft zugutekommen. Auch die 16,5 Millionen Franken, welche – wie heute in der Zeitung zu lesen ist – die Stadt Zug in das Landis-&-Gyr-Gebäude investieren will, kommen dem Gewerbe zugute, es wird dafür eine Leistung erbracht, was durchaus nachhaltig ist.
In einem Wirtschaftspodium in der Gemeinde Cham hat Bernhard Neidhart, Leiter des kantonalen Amts für Wirtschaft und Arbeit, darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Cham Mühe mit Bauland für Dienstleistung, Gewerbe und Wirtschaft habe. Das Areal der Papierfabrik ist deshalb eine gute Gelegenheit, auch etwas für den Finanzausgleich zu tun. Auch über den Lastenausgleich kann man diskutieren – Kiesabbau, Sportstätten in der Stadt Zug etc. –, allerdings wird diese Diskussion nicht gerne geführt.
Wichtig ist, dass über den ZFA in drei Jahren, wenn sich die die Wogen wieder geglättet haben, erneut diskutiert wird. Wichtig ist auch, dass der Kanton wieder eine Einheit bildet, die möglichst allen Gemeinden und allen Einwohnern Recht tut. Und sehr wichtig ist schliesslich, dass die Steuerschere nicht zu weit auseinanderklafft, denn damit täte man allen einen Bärendienst.

Martin Stuber korrigiert einleitend seinen Vorredner: Es sind nicht 16, sondern 6 Millionen Franken, welche die Stadt in das Landis-&-Gyr-Gebäude investieren will. Und unter dem Strich macht die Stadt mit diesem Gebäude einen Gewinn.
Der Votant deklariert eine Interessenbindung: Seine Frau ist Bürgerin der Berner Gemeinde Gelterfingen. Er findet es problematisch, wenn Thomas Lötscher in seinem Votum davon spricht, dass gewisse Kantone andere Kantone «ausnehmen» würden. Der Kanton Bern nimmt den Kanton Zug nicht aus. Vielmehr fährt er ein brutales Sparpaket nach dem anderen. So wurde beispielsweise im Grossen Rat eine Motion überweisen, welche einen Bericht über die IT-Kosten verlangt. Dieser wurde kürzlich veröffentlicht, und der Kanton Bern wird wahrscheinlich nicht darum herumkommen, aus Spargründen seine IT umzubauen. Das ist die Realität. Es ist also nicht so, dass der Kanton Bern faul herumliegt und sich darüber freut, dass er den Kanton Zug «ausnehmen» kann und jedes Jahr einen Check erhält. Der Kanton Bern kämpft um *to make ends meet,* also mit seinen Einkünften durchzukommen, hat aber Ende Jahr immer noch ein Defizit. Im Übrigen sind wir nicht nur *ein* Kanton, sondern auch *eine* Schweiz – und letztlich auch nur *eine* Welt. Der Kanton Zug kann es sich leisten, bezüglich IT eine Kommission einzusetzen, welche ohne Spardruck im Nacken einen Bericht verfasst, was für den Inhalt des Berichts wahrscheinlich nicht schlecht ist. Im Kanton Bern setzt man eine entsprechende Kommission ein, weil man Geld sparen muss. Das würde vielleicht auch dem Kanton Zug guttun.

Auch **Andreas Hausheer** muss Philip C. Brunner berichtigen: In der erweiterten Stawiko sitzt nicht nur ein einziger Vertreter von Gebergemeinden, sondern es sind deren vier. Er muss auch das Bild von den angeblich unterjochten Gebergemeinden korrigieren: In der vorberatenden Kommission waren die Gebergemeinden mit acht Kommissionsmitgliedern vertreten, davon sechs aus der Stadt Zug. Es ist grundsätz-

lich richtig, dass sich der Kantonsrat aus der Gemeindepolitik heraushalten soll. Es darf dann aber auch nicht sein, dass im Kantonsrat den Gemeinden vorgeworfen wird, sie würden nicht gut politisieren und mit ihren Projekten überborden.

Auch **Thomas Lötscher** deklariert eine Interessenbindung: Seine Frau ist Bürgerin der Gemeinde Jonschwil im Nehmerkanton St. Gallen. Natürlich tönt «ausgenommen werden» nicht schön, es ist aber Fakt. Geben ist ein aktiver Vorgang: Man gibt, und man gibt, was und wie viel man aktiv geben will. Im Sprichwort «Geben ist seliger denn nehmen» wird aktiv gegeben. Was der Kanton Zug im NFA erlebt, ist aber nicht geben, hat er dazu doch rein gar nichts zu sagen. Es ist eben doch «ausgenommen werden».

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt einleitend der vorberatenden Kommission, der Stawiko und den Gemeinden für die gute Zusammenarbeit in den jeweiligen Gremien. Das Projekt war 17. Juni 2011 unterwegs, zuerst in einer paritätischen Gruppe aus je zwei Vertretern der Geber- und Nehmergemeinden, dann in der Konferenz der Finanzchefs und derjenigen der Gemeindepräsidenten und jetzt im Kantonsrat. Der grosse Unterschied zum NFA ist, dass es im Kanton keinen Rat der Gemeindevertreter gibt, sondern einzig der Kantonsrat am Schluss beschliesst. Wie gesagt, waren die Gremien zu Beginn paritätisch zusammengesetzt, zwischendurch nicht mehr, weil die Nehmergemeinden im Kanton Zug bekanntlich eine Mehrheit bilden, jetzt im Kantonsrat sind die Verhältnisse aber wieder ausgeglichen. Es war eine Herkulesarbeit, jetzt aber ist eine wichtige Zwischenetappe erreicht. Es wurde hart gerungen, schliesslich aber eine allseits akzeptierte Lösung gefunden. Entscheidend war, dass jeder von seiner anfänglichen Position etwas abrücken musste – ein gut schweizerischer Kompromiss also.
Was soll nun geändert werden? Nachdem eine doch sehr breite Auslegeordnung gemacht wurde, scheint es wenig zu sein. So soll der Normsteuerfuss angepasst werden und nicht mehr bei 80 Prozent des Durchschnitts, sondern immer 10 Prozent über dem arithmetischen Mittel liegen, was bedeutet, dass er sich von Jahr zu Jahr verändert. Und weil in den letzten Jahren die Steuerfüsse in den Gemeinden gesunken sind, wirkt sich die Korrektur immer stärker aus, dies nach Meinung des Finanzdirektors durchaus substanziell. So wird die Stadt Zug 2015 um 17 Prozent entlastet, weil sie einerseits weniger in den ZFA einzahlen muss und andererseits der Kanton einen Beitrag zahlt. Bei den Nehmergemeinden liegt die Mehrbelastung zwischen 9 und rund 14 Prozent, was tendenziell dazu führen könnte, dass die Steuerfüsse wieder auseinandergehen. Auch die Summe ist beträchtlich: Die Gebergemeinden werden um etwa 11 Millionen Franken entlastet, die Nehmergemeinden um etwa 6,8 Millionen belastet.
Es wurde mehrfach gesagt, dass man bei der Ausgabendisziplin ansetzen sollte. Das war früher der Fall. Damals wurden Jahresergebnis, Schulden, Defizite, Steuerfüsse etc. bei der Berechnung einbezogen und zu gewichten versucht, was dann einen Einfluss auf die Ausgleichssumme hatte. Diese Regelung hat sich aber nicht bewährt: Alle häuften hohe Schulden an, hielten die Steuern hoch etc. Die Ausgabendisziplin ist dann am besten, wenn wenig Mittel vorhanden sind. Sie mit gesetzlichen Massnahmen stärken zu wollen, ist sehr schwierig.
Zum Lastenausgleich: Den Normsteuerfuss auf der Finanzkraft pro Kopf kann man rechnerisch ermitteln, er ist eine statistische Grösse, und da gibt es keine politische Wertung. Beim Lastenausgleich gerät man immer in politische Wertungen: Die Zentrumslast beispielsweise oder eine geografisch-topografische Last sind Faktoren, die nicht genau messbar sind. Die Schwierigkeiten damit erlebt man bei den nationalen Lastentöpfen SLA und GLA. Im Kanton Zug wollte man bis heute

keine solchen Lösungen, wenn man im zweiten Revisionspaket aber entsprechende Ansätze aufnehmen möchte, würde der Regierungsrat dies natürlich tun.
Es ist nach Meinung des Finanzdirektors falsch, immer nur von Steuersenkungen bzw. auf der andern Seite schon heute davon zu sprechen, man müsse Steuererhöhungen ins Auge fassen. Solche Diskussionen sollten immer in einem Zusammenhang mit dem Aufwand bzw. Aufwandsteigerungen stehen. Trotz aller Steuersenkungen ist die Summe der Steuererträge nämlich eher gestiegen; es sind die Aufwandsteigerungen, die Sorge bereiten. Man sollte auch hier die Auslegeordnung machen und dann aufgrund von Kosten- oder Aufwandvergleichen Justierungen vornehmen, mit Steuererhöhungen als letztes Element.
Die Mitarbeit des Finanzdirektors in der Finanzdirektorenkonferenz wurde schon in der letzten Kantonsratssitzung angesprochen. Wenn man dort nicht dabei ist, wo die Musik spielt bzw. das Gravitationszentrum liegt, kann man nur auslöffeln, was dort entschieden wird. Der Kanton Zug muss dort dabei sein, wo er dabei sein kann, und der Regierungsrat hat sich denn auch als Legislaturziel gesetzt, vermehrt in nationalen Gremien mitzuwirken und mitzuentscheiden. Das wurde in der Vergangenheit eher zu wenig getan, ist aber unbedingt nötig, denn national sind die Mehrheitsverhältnisse in Bezug auf die Finanzstärke eben anders.
Die vorgeschlagene Befristung steht wohl auch in Zusammenhang mit der Erheblicherklärung der Motion, mit welcher im Januar dem Regierungsrat der verbindliche Auftrag erteilt wurde, alle weiteren Varianten zu prüfen. Die Regierung nimmt diesen Auftrag ernst, und der Finanzdirektor hat in der vorberatenden Kommission und in der Stawiko abgefragt, welchen Umfang diese Abklärungen haben sollen. Beide Kommissionen haben gesagt, man solle primär das vorhandene Datenmaterial aufbereiten, dieses dann in die Kommissionen tragen und dort diskutieren. Deshalb stellt sich der Regierungsrat nicht gegen eine Befristung, und er stellt sich auch nicht gegen den Antrag, ihm den beantragten Kredit von 70'000 Franken für vertieftere Abklärungen nicht zu gewähren. Der Regierungsrat zieht seinen diesbezüglichen Antrag also zurück und würde, wenn tatsächlich Mittel notwendig sein sollten, diese im Budget 2015 einstellen. Der Finanzdirektor geht aber davon aus, dass die Daten intern aufbereitet werden können.
Der Finanzdirektor dankt für die positive Aufnahme des ersten Revisionspakets und hofft, dass der Rat der Vorlage zustimmt.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

§ 2 Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 3 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission in Abweichung zum Regierungsrat die Verwendung des Steuerfusses des vorletzten Jahres beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 4 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 9a Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission in Abweichung zum Regierungsrat die Befristung der Zahlung des Kantons auf die Jahre 2015–2017 beantragt. Die Stawiko und der Regierungsrat schliessen sich diesem Antrag an. Der schliesst sich diesem Antrag ebenfalls an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** verweist auf die weiteren Anträge des Regierungsrats:
• Antrag 2 betrifft die teilweise Erledigterklärung eines Vorstosses. Dieser Antrag wird in der zweiten Lesung behandelt.
• Mit Antrag 3 ersucht der Regierungsrat darum, die Finanzdirektion zu ermächtigen, einen Auftrag zur Ergänzung des Wirksamkeitsberichts vom 30. April 2012 einzuholen. Das Kostendach soll 70'000 Franken betragen. Die vorberatende Kommission ist gegen diesen Antrag, und der Regierungsrat zieht ihn zurück. Eine Abstimmung dazu entfällt damit.

Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 5

1131 Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2014–2022

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2310.1/.2 - 14481/82), der Kommission für Tiefbauten (2310.3 - 14584) und der Staatswirtschaftskommission (2310.4 - 14614).

EINTRETENSDEBATTE

Daniel Thomas Burch, Präsident der Kommission für Tiefbauten: Im Strassenbauprogramm sind die mutmasslichen Projekte mit den geschätzten Planungs- und Baukosten aufgeführt. Das vorliegende Programm umfasst die Neu- und Umbauten für die Periode 2014–2022. Es ist notwendig, weil das bestehende Programm in diesem Jahr ausläuft. Das neue Programm erfordert einen referendumsfähigen Beschluss des Kantonsrats. Die Kredite für die einzelnen Projekte werden dann jeweils mit einfachem Beschluss des Kantonsrats oder im Rahmen der Budgetkompetenz vom Regierungsrat freigegeben.

Im neuen Strassenbauprogramm sind für Ausbauten inklusive lokale Korrektionen, Lärmschutz, Kunstbauten, technische Einrichtungen, allgemeine Projektierungen und generelle Planungen von Neubauprojekten im Kantonsstrassennetz 151 Millionen Franken vorgesehen. Für den öffentlichen Verkehr, Radstrecken und Sonderbauten sind es 65 Millionen Franken. Bei den Sonderbauten handelt es sich u.a. um die Instandsetzung der alten Lorzentobelbrücke und um Schutzbauten zur Abwehr von Naturgefahren sowie um den Ersatz von Strassenbeleuchtungen. Das Strassenbauprogramm wird mit den Motorfahrzeugsteuern finanziert, welche in die sogenannte Spezialfinanzierung Strassenbau fliessen. Die Zahlen dieser Spezialfinanzierung bis 2017 finden sich im Bericht der Tiefbaukommission.
Der Regierungsrat hat in seinem Bericht eine Liste mit den Projekten und deren Priorisierung vorgelegt. Insgesamt umfasst die Liste im Bereich Kantonsstrassen Projekte im Gesamtbetrag von 181,2 Millionen Franken und im Bereich ÖV, Radstrecken und Sonderbauten 71 Millionen Franken. Dass der Regierungsrat «nur» 151 Millionen Franken für Kantonsstrassen und 65 Millionen Franken für ÖV, Radstrecken und Sonderbauten beantragt, ist damit zu begründen, dass nicht alle Projekte im Zeitraum 2014–2022 realisiert werden können. Die Prioritätszuordnung zeigt, wie die Regierung die Projekte angehen will. Da einzelne Projekte durch zusätzliche Abklärungen, Einsprachen etc. verzögert werden können, ist es sinnvoll und zweckmässig, gegebenenfalls Projekte zweiter Priorität vorzuziehen. Die Kommission erachtet es daher nicht als notwendig, die Prioritätsliste zu verändern, dies insbesondere auch, weil die einzelnen Projekte wieder in den Kantonsrat kommen.
Der Regierungsrat beantragt in der Vorlage in § 3 Abs. 1, Kredite bis 2 Millionen Franken in eigener Kompetenz zu beschliessen zu können. Bisher lag die Kompetenz bei 1,5 Millionen Franken. Mit 12 zu 2 Stimmen ist die Kommission für die Beibehaltung der bisherigen Obergrenze von 1,5 Millionen Franken.
Zu der von der Stawiko vorgeschlagenen Änderung des Wortlauts von § 3 Abs. 1 und der Streichung von Abs. 3 hat der Votant die Meinung der Kommissionsmitglieder per E-Mail-Umfrage eingeholt. 12 Kommissionsmitglieder unterstützen die vorgeschlagene redaktionelle Änderung, 3 Mitglieder haben sich nicht geäussert. Ganz klar aber bleibt die Kommission bei ihrem Entscheid, die Kompetenz des Regierungsrats bei 1,5 Millionen Franken zu belassen und eine Erhöhung auf 2 Millionen Franken abzulehnen. Betrachtet man die Liste der 71 Projekte, liegt die Kostenschätzung bei 34 Projekten über 2 Millionen Franken, bei 32 Projekten beträgt sie weniger bei 1,5 Millionen Franken – also bereits heute im Kompetenzbereich des Regierungsrats –, und lediglich bei 5 Projekten liegt die Kostenschätzung zwischen 1,5 und 2 Millionen Franken. Eines der prominentesten Projekte in dieser Kategorie ist die Instandsetzung der alten Lorzentobelbrücke, bei welcher der Kantonsrat – so ist anzunehmen – sicher mitreden möchte. In diesem Sinne bittet der Votant, den Antrag der Tiefbaukommission zu unterstützen.
Die FDP-Fraktion folgt einstimmig den Anträgen der vorberatenden Kommission.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper:** Da die Vorlage sowohl bauliche wie auch finanzielle Aspekte umfasst, standen der Stawiko bei ihrer Beratung sowohl der Baudirektor als auch der Finanzdirektor zur Verfügung. In der Sitzung ergaben sich eine ganze Reihe von Fragen, die kompetent beantwortet wurden; Fragen und Antworten sind – soweit relevant – im Stawiko-Bericht zu finden.
Das alte Strassenbauprogramm läuft 2014 aus. Es kann aber noch lange nicht abgerechnet werden, weil alle bewilligten Projekte zulasten dieses Programm zuerst ausgeführt, dann Schlussabrechnungen erstellt und diese von der Finanzkontrolle geprüft werden müssen. Das nimmt Zeit in Anspruch, und es wird gemäss Bericht des Regierungsrats wohl bis 2021 dauern, bis das alte Rahmenprogramm im

Kantonsrat abgeschlossen werden kann. Die Stawiko hat deshalb Auskunft darüber verlangt, wie denn die Situation bei diesem Rahmenkredit heute in etwa aussehe. Die entsprechende Aufstellung auf Seite 2 des Stawiko-Berichts zeigt, dass vom bewilligten Rahmenkredit von 248 Millionen Franken voraussichtlich ca. 55 Millionen Franken nicht beansprucht werden. Diese verfallen definitiv.
Zum neuen Rahmenkredit: Der Regierungsrat hat in seinem Bericht die Projekte aufgelistet, die zu diesem Rahmen führen, wobei diese Auflistung selbstverständlich immer wieder Veränderungen erfahren kann. Die genaueren Zahlen werden dem Kantonsrat jeweils im Rahmen des Budgets vorgelegt; hier sieht man, was im kommenden Jahr konkret geplant ist. Kleinere Projekte kann der Regierungsrat in eigener Kompetenz bewilligen, Projekte über 1,5 oder 2 Millionen Franken – über den Betrag wird der Kantonsrat noch entscheiden – kommen als separate Vorlage in den Kantonsrat. Dieser gibt mit dem Rahmenkredit das Zepter also nicht aus der Hand, sondern kann immer wieder mitbestimmen.
Die einzige Differenz zwischen der Stawiko und der vorberatenden Kommission betrifft die Kompetenzzuweisung an die Regierung. Die Tiefbaukommission schlägt vor, bei 1,5 Millionen Franken zu bleiben, während die Stawiko den Argumenten des Regierungsrats gefolgt ist und mehrheitlich dessen Antrag auf eine Kompetenz von 2 Millionen Franken unterstützt. Das wird letztendlich aber nicht der entscheidende Punkt für die kommenden Planungen und Ausführungen sein.
Die Stawiko beantragt, auf das Geschäft einzutreten und ihm mit den von ihr beantragten Änderungen zuzustimmen.

Andreas Hausheer: Für die CVP-Fraktion ist Eintreten unbestritten. Bei der Detailberatung wird sie gegen die Idee des Regierungsrats stimmen, dem Kantonsrat Kompetenzen zu entziehen. Sie wird deshalb bei § 3 bezüglich Wortlaut dem Vorschlag der Stawiko folgen, dem sich – wie gehört – auch die Tiefbaukommission anschliesst. Es ist für die CVP nicht akzeptabel, dass der Regierungsrat gemäss seinem ursprünglichen Vorschlag den Kantonsrat für generelle Planungen von Neubauprojekten vollständig umgehen will. Wäre diese Regelung heute in Kraft, hätte der Kantonsrat nicht über den Kredit für die Planung des Stadttunnels diskutieren und abstimmen können. Die CVP wehrt sich dagegen, dass der Kantonsrat hier in seinen Kompetenzen eingeschränkt werden soll.
Bei der Frage, bis zu welchem Betrag der Regierungsrat Kredite freigeben kann, ist die CVP-Fraktion für eine Grenze bei 1,5 Millionen Franken. Sie will auch hier nicht leichtfertig die Kompetenz für eine halbe Million Franken aus der Hand geben. 1988 lag die regierungsrätliche Kompetenz noch bei 1 Million Franken, 2004 wurde sie auf 1,5 Millionen Franken erhöht, und nun will sich der Regierungsrat ohne ersichtliche Not nochmals die Kompetenz für eine halbe Million Franken mehr zuschanzen. Mit dem Argument der Teuerung kann nur beschränkt argumentiert werden, zumal die im regierungsrätlichen Bericht erwähnte Teuerung der Jahre 1989 bis 2002 für die heutige Vorlage nicht relevant ist. Dass die Teuerung im Bericht nicht verständlich dargelegt ist, wurde auch durch eine Abklärung des Votanten bei der Baudirektion bestätigt.
Fazit: Die CVP-Fraktion unterstützt das System des Strassenbauprogramms und ist für Eintreten. Sie will die Kompetenz des Kantonsrats nicht einschränken und stimmt in der Detailberatung bei § 3 für den Wortlaut der Stawiko und für eine regierungsrätliche Kompetenz von 1,5 Millionen Franken.

Philip C. Brunner als Sprecher der SVP-Fraktion: Die Regierung beantragt im Rahmen des Strassenbauprogramms, ihre Kompetenz bei der Kreditfreigabe den heutigen Bedürfnissen anzupassen und auf 2 Millionen Franken zu erhöhen. Damit

soll u. a. die Teuerung berücksichtigt werden, die stark gestiegen sei. Demgegenüber beantragt die Tiefbaukommission, bei der bisherigen Limite von 1,5 Millionen Franken zu bleiben. Die Stawiko beschloss, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen. Die SVP-Fraktion sieht die Gründe für die Erhöhung und folgt der Regierung und der Stawiko. Bezüglich Radstrecken schliesst sich die SVP ebenfalls der Stawiko an. Heute gilt für Radstrecken eine andere Regelung als für die übrigen Kategorien des Strassenbauprogramms. Dadurch werden Radstrecken bevorzugt behandelt, was historisch gewachsen ist und früher vom Kantonsrat so gewünscht war. Heute jedoch ist es selbstverständlich, dass sowohl der öffentliche Verkehr, der motorisierte Individualverkehr als auch die Radfahrenden gleichberechtigt sind und somit keine Unterscheidung bei der Kompetenzregelung mehr notwendig ist. Es ist auch administrativ einfacher, wenn im Kantonsratsbeschluss so wenig Ausnahmen wie möglich geregelt werden.

Christoph Bruckbach: Die SP-Fraktion schlägt beim Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2014–2022 vor, den Rahmenkredit von 151 Millionen auf 100 Millionen Franken zu reduzieren. Gemäss Finanzplan 2014–2017 muss der Kanton Zug zunehmend mit roten Zahlen rechnen. Um diesem Trend entgegen zu wirken, ist ein haushälterischer Umgang mit den Mitteln notwendig. Mit den bereits ausgeführten und den im Bau befindlichen Projekten erhält das vorhandene Strassennetz im Kanton Zug eine weitere Aufwertung. Wichtige neuralgische Punkte konnten und können entschärft werden. Die SP-Fraktion fordert deshalb den Regierungsrat auf, das Strassenbauprogramm 2014–2022 nochmals zu überarbeiten und vorgesehene Projekte sowohl auf ihre Dringlichkeit als auch auf weitere Einsparungsmöglichkeiten zu überprüfen. Sie stellt den **Antrag,** den Rahmenkredit für Kantonsstrassen im Strassenbauprogramm 2014–2022 von 151 Millionen auf 100 Millionen Franken zu reduzieren.

Andreas Lustenberger legt einleitend seine Interessenbindung offen: Er ist Vorstandsmitglied der VCS-Sektion Zug. Die AGF ist für Eintreten, wird in der Detailberatung jedoch Änderungsanträge stellen. Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass der Kanton Zug im Bereich Strassenbau extrem aktiv ist und aktiv bleiben wird, denkt man an die Megaprojekte Tangente Zug/Baar, Umfahrung Cham/Hünenberg oder an einen allfälligen Stadttunnel. Durch mehr Strassen und bessere ÖV-Netze werden heutzutage immer weitere Pendlerstrecken zurückgelegt, und es gehört schon fast zur Normalität, für den Weg von zu Hause bis zum Arbeitsort mindestens eine Stunde zu brauchen. Diese Sackgassensituation muss in den kommenden Jahren grundlegend überdacht werden, denn die zunehmenden Pendlerstrecken führen zu einer äusserst individualisierten und vereinsamten Gesellschaft ohne jeglichen sozialen Zusammenhalt.
Das Strassenbauprogramm läuft gemäss Seite 5 der Vorlage nach $10\,^{1}/_{4}$ Jahren am Ende des ersten Quartals 2014 aus bzw. es ist Ende April dieses Jahres ausgelaufen. Die AGF möchte deshalb vom Baudirektor wissen, ob seither kein Geld mehr für Strassenbau ausgegeben wurde bzw. wird, bis das neue Strassenbauprogramm in Kraft getreten ist, und wenn doch, woher dieses Geld kommt.
Geld wird in den kommenden Jahren knapper vorhanden sein als auch schon, dies nicht nur infolge der Unternehmenssteuerreformen. Die AGF fragt sich, ob mit dem vorliegenden Strassenbauprogramm und dem Blankocheck von 215 Millionen nicht unverantwortlich gehandelt wird. In der Sitzung von letzter Woche machte der Finanzdirektor klar, dass eventuell zu viel geplant werde, und der Baudirektor sprach davon, dass in Zukunft der Gürtel enger geschnallt werden müsse. Immer wieder wurde auch aus dem Rat gesagt, dass in Zukunft Wünschbares von Notwendigem

getrennt werden müsse. Nun, wie trennt man Wünschbares von Notwendigem? Sicher nicht mit einem Blankocheck über die nächsten acht Jahre. In weniger rosigen Zeiten ist es essenziell, genau über den Stand seiner Finanzen im Bild zu sein und nicht darüber zu werweissen, ob der Spezialfinanzierungsfonds im Jahr 2047 wahrscheinlich wieder ausgeglichen sei. Wenn das Geld etwas knapper wird – was sicher alle kennen –, schaut man ganz genau auf seine Ausgaben. Aus diesem Grund gehört für die AGF zu einer verantwortungsvollen Finanzpolitik, dass der Kantonsrat die Zügel im Bereich des Tief- und Hochbaus stärker in die Hand nimmt. Die AGF stellt deshalb den **Antrag,** dass das Strassenprogramm nur eine Laufzeit von 2014 bis 2018, also von vier Jahren haben soll. Nur so wird es möglich sein, auf allfällige Entwicklungen schnell zu reagieren und gewisse Projekte – wenn notwendig – abzusagen oder kostengünstiger zu realisieren. Die neue Laufzeit sollte kein Problem darstellen, denn auf der Projektliste ist klar aufgeführt, welche Projekte Priorität 1 haben und bis 2018 umgesetzt werden sollen.
Für die AGF ist es verständlich, dass die bisherige Struktur der Rahmenkredite eine Anpassung benötigt. Es ist aber aus ihrer Sicht nicht verständlich, wieso die Sonderbauwerke dem ÖV und den Radstrecken angehängt werden. Auch wenn die drei genannten Bereiche der Verwaltungsrechnung belastet werden, sollten die Sonderbauwerke trotzdem ein Kredit für sich allein sein, damit es hier nicht zu unerwünschten und nachteiligen Verschiebungen kommen kann. Die AGF stellt deshalb den **Antrag,** unter § 2 Abs. 1 neben einem Rahmenkredit für die Kantonsstrassen und einem für ÖV und Radstrecken neu ein Rahmenkredit für Sonderbauwerke geschaffen wird. Im § 3 unterstützt die AGF den Antrag der Tiefbaukommission.
Die CVP hat bei der Beantwortung ihrer Motion vom 10. April dieses Jahres betreffend Finanzierung von Infrastrukturprojekten richtigerweise aufgezeigt, dass die Unterdeckung der Spezialfinanzierung Strassenbau nicht mehr nur vorübergehend sein wird und folglich am 25. April eine weitere Motion eingereicht. Aus Sicht der AGF ist dies ein richtiger Schritt in Richtung einer verantwortungsbewussten Finanzpolitik, und auch der Baudirektor hat in einem Zeitungsartikel am 10. Januar 2014 mit dem Titel «Darauf will der Baudirektor verzichten» angetönt, wo überall Einsparungen gemacht werden müssen. Der Votant ruft den Rat auf, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen und deshalb die Anträge der AGF zu unterstützen, um gemeinsam jederzeit ein Auge auf die Kantonsfinanzen haben und damit gesichert in die Zukunft schreiten zu können.

Thomas Werner versteht die Logik seines Vorredners nicht, der sinngemäss gesagt hat, dass durch den Bau von mehr Strassen mehr gependelt werde. Es wird aber keineswegs mehr gependelt, weil mehr Strassen gebaut werden, und es werden auch nicht zum Voraus mehr Strassen gebaut, damit mehr gependelt werden kann. Vielmehr ist es so, dass mehr gependelt wird, weil mehr Leute arbeiten gehen und weil immer mehr Leute nicht mehr auswählen können, wo sie arbeiten müssen. Und der ganz grosse Brocken ist die momentane masslose Zuwanderung von Arbeitskräften in die Schweiz.

Daniel Thomas Burch, Präsident der Tiefbaukommission: Die zwei Anträge zur Kürzung des Rahmenkredits wurden leider in der vorberatenden Kommission nicht gestellt und konnten deshalb dort nicht diskutiert werden. Eine persönliche Bemerkung dazu: Bei den im Strassenbauprogramm 2014–2022 aufgeführten Projekten handelt es sich um Massnahmen, die kurz- und mittelfristig nötig sind, um die bestehende Infrastruktur zu erhalten und allenfalls zu verbessern sowie die Sicherheit weiterhin gewährleisten zu können. Davon profitieren sowohl der Individual-

als auch der öffentliche Verkehr, also alle Verkehrsteilnehmenden. Kürzt man den Kredit, verschiebt man die nötigen Unterhaltsarbeiten auf später und nimmt in Kauf, dass die Sicherheit möglicherweise nicht mehr gewährleistet ist, wobei aufgeschoben aber nicht aufgehoben ist. Wie der Stawiko-Präsident ausgeführt hat, gibt der Kantonsrat das Zepter nicht aus der Hand und kann auf die Realisierung und die Kosten Einfluss nehmen. Die Regierung erhält also keinen Blankocheck. Die beantragten pauschalen Kürzungen sind für den Votanten deshalb nicht zielführend. Er bittet den Rat, sie abzulehnen.

Baudirektor **Heinz Tännler** entschuldigt sich einleitend, dass bezüglich Teuerung im regierungsrätlichen Bericht falsche bzw. missverständliche Angaben gemacht wurden. Tatsächlich beträgt die Teuerung ca. 18 Prozent, was in der Argumentation aus Sicht des Regierungsrats aber nichts ändert. Zu ergänzen ist auch, dass in allen Beträgen im Strassenbauprogramm die Mehrwertsteuer miteinberechnet ist, alle beantragten Beträge also «inkl. MWST» zu verstehen sind.
Wie von den Kommissionspräsidenten gehört, betrifft die einzige Differenz die finanzielle Kompetenz des Regierungsrats. Der Regierungsrat schliesst sich grundsätzlich dem Vorschlag der Stawiko an, hält aber an einer Kompetenz von 2,0 Millionen Franken fest. Der Kommissionspräsident hat zu Recht darauf hingewiesen, dass von der Erhöhung der Limite nur wenige Projekte betroffen wären. Die Begründung für die tiefere Limite, dass der Kantonsrat das Heft in der Hand behalten wolle, ist nachvollziehbar. Trotzdem ist der Regierungsrat der Meinung, dass mit 2,0 Millionen Franken nicht nur die Teuerung, sondern auch die Komplexität der entsprechenden Vorlagen berücksichtigt werde. Letztlich liegt der Entscheid aber beim Kantonsrat.
Der Antrag der SP-Fraktion auf eine Reduktion des Rahmenkredits für Kantonsstrassen von 151 auf 100 Millionen Franken wurde damit begründet, dass mit den Mitteln haushälterisch umgegangen werden müsse. Der haushälterische Umgang mit den Mitteln hat aber nichts mit der Höhe des gesprochenen Betrags zu tun. Das Strassenbauprogramm ist ein Rahmenprogramm, das den Regierungsrat sowieso zwingt, haushälterisch mit den Mitteln umzugehen. Auch liegt letztlich die Kompetenz in fast allen Fällen in der Hand des Kantonsrats. Das genannte Argument ist aus Sicht des Regierungsrats also nicht stichhaltig. Auf die von Andreas Lustenberger angezogene verkehrspolitische Debatte über Pendler und Pendlerstrecken möchte der Baudirektor nicht eingehen. Auch lehnt der Regierungsrat die vorgeschlagene Befristung des Programms auf vier Jahre ab. Ein Rahmenprogramm sollte eine adäquate Länge – zwei Legislaturperioden – haben, und man hat damit in der Vergangenheit nur gute Erfahrungen gemacht. Bei einer Reduktion auf vier Jahre kann man letztlich nicht mehr von einem Rahmenprogramm sprechen. Im Kanton Zürich hat der Kantonsrat versucht, ein Programm sogar auf *ein* Jahr festzulegen, und es hat sich gezeigt, dass das total untauglich ist. Ein Rahmenprogramm wie das Strassenbauprogramm braucht eine gewisse Länge, auch damit man eine gewisse Planungssicherheit hat.
Über die Anträge der AGF konnte der Regierungsrat nicht im Detail debattieren, der Baudirektor bittet aber, sie abzulehnen und den Anträgen des Regierungsrats bzw. der Stawiko zu folgen. Das gilt auch für die vorgeschlagene Schaffung einer speziellen Kategorie für Sonderbauwerke.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die AGF den Antrag stellt, den Titel in «Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2014–*2018*» zu ändern.

Andreas Lustenberger will einleitend noch kurz Thomas Werner eine Antwort geben. Er hat es sehr wohl so gemeint wie gesagt: Es gibt einen Zusammenhang zwischen mehr Strassen bzw. besseren ÖV-Netzen und grösseren Pendlerstrecken. Im Kanton Zug dürften die grösseren Pendlerstrecken aber eher mit den extrem hohen Wohnungspreisen und wohl auch mit der Zuwanderung zusammenhängen – allerdings mit jener Zuwanderung, die letzte Woche von Thomas Wyss flammend verteidigt wurde.
Wie bereits im Eintretensvotum erwähnt, stellt die AGF den **Antrag,** das Strassenbauprogramm nur über eine Laufzeit von vier Jahre zu beschliessen, dies auf dem Hintergrund der unsicheren finanziellen Zeiten. Es sollen also der Titel und nachher § 2 Abs. 1 wie folgt geändert werden:
- Bst. a: für Kantonstrassen neu 86 Millionen, das sind alle Projekte mit Priorität 1 und 2;
- Bst. b: für den öffentlichen Verkehr und Radstrecken neu 35 Millionen;
- Bst. c: Sonderbauwerke neu 4 Millionen.

Der Votant bittet, diesem Antrag zu folgen. Für den Fall, dass der Antrag auf eine vierjährige Laufzeit wider Erwarten nicht angenommen wird, stellt die AGF auch für ein achtjähriges Strassenbauprogramm den **Antrag,** dass die Sonderbauwerke vom ÖV und den Radstrecken abgekoppelt werden. § 2 Abs. 1 Bst. b würde dann um 8 Millionen Franken gekürzt und neu ein Bst. c für die Sonderbauwerke geschaffen.

Baudirektor **Heinz Tännler** bittet, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen. Die vorgeschlagenen Kürzungen einerseits der Laufzeit und andererseits der Beträge sind willkürlich. Beim Strassenbauprogramm geht es um Erhalt, um Sicherheit und um Flexibilität. Die Kompetenz liegt beim Kantonsrat, und der Regierungsrat ist selbstverständlich aufgefordert, haushälterisch mit den Mitteln umzugehen.
Die Aussage von Andreas Lustenberger, das alte Strassenbauprogramm sei im April 2014 ausgelaufen, stimmt nicht. Das Programm läuft bis Ende 2014. Es ist also alles korrekt gelaufen und kein Franken und kein Rappen ohne gesetzliche Grundlage ausgegeben worden.

➔ Der Rat genehmigt mit 63 zu 6 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

Ingress
§ 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 2 Abs. 1 Bst. a

Der **Vorsitzende** schlägt vor, über die drei vorliegenden Anträge (Regierungsrat (151 Millionen Franken, SP-Fraktion 100 Millionen Franken, AGF 86 Millionen Franken) in einer Dreifachabstimmung zu befinden.

Stefan Gisler hält fest, dass es keinen Antrag auf 86 Millionen Franken mehr gibt. Dieser wurde nur in Verbindung mit der zeitlichen Verkürzung auf vier Jahre gestellt und ist nicht mehr relevant.
Bezüglich Laufzeit hat der Baudirektor ausgeführt, das aktuelle Strassenbauprogramm laufe bis Ende 2014. Das mag so im Gesetz stehen, in der regierungsrätlichen Vorlage auf Seite 5 aber steht: «Das bisherige Strassenbauprogramm wird, wenn es Ende des 1. Quartals 2014 ausläuft, während 10 $^{1}/_{4}$ Jahren gültig gewesen sein.» Die AGF hat hier dem Bericht des Regierungsrats vertraut und entschuldigt sich dafür, dass sie das Gesetz nicht genau gelesen hat.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass demnach der Antrag der SP-Fraktion demjenigen des Regierungsrats und der Kommissionen gegenüberstehe.

➔ Rat folgt mit 60 zu 11 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

§ 2 Abs. 1 Bst. b

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier der Antrag des Regierungsrat und der Kommissionen demjenigen der AGF auf Aufteilung gegenüberstehe.

➔ Der Rat folgt mit 64 zu 7 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

Der V**orsitzende** hält nach Rückfrage bei Andreas Lustenberger fest, dass damit der Antrag der AGF auf einen Bst. c erledigt ist.

§ 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission für Tiefbauten bis auf die Kreditlimite in allen Punkten der Stawiko anschliesst. Es herrscht somit Einigkeit und auch der Regierungsrat ist einverstanden, dass:
• § 3 Abs. 1 gemäss Antrag der Stawiko zu verabschieden ist;
• § 3 Abs. 2 gemäss Antrag des Regierungsrats gutzuheissen ist;
• § 3 Abs. 3 gestrichen wird.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und Stawiko eine Kreditlimite für den Regierungsrat von 2,0 Millionen Franken beantragen, während die Kommission für Tiefbauten die Kreditlimite bei 1,5 Millionen belassen will.

➔ Der Rat folgt mit 46 zu 21 Stimmen dem Antrag der Tiefbaukommission.

II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Es folgt eine zweite Lesung. Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung der Erlasstext so bereinigt wird, dass in den bewilligten Beträgen auch die Mehrwertsteuer enthalten ist.

TRAKTANDUM 6
Geschäfte, die am 26. Juni 2014 nicht behandelt werden konnten

1132 Traktandum 6.1: **Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2013**
Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht; Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (2405.1 - 14704).

Der **Vorsitzende** begrüsst Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz und informiert, dass diese wünscht, aus besonderem Anlass als Erste zum vorliegenden Traktandum sprechen zu dürfen.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** verliest die folgende Mitteilung des Obergerichts: «Die Administrativuntersuchung, mit welcher Alt-Bundesrichter Niccolò Raselli beauftragt worden ist, wurde mit einem Bericht abgeschlossen. Alt-Bundesrichter Raselli hat insgesamt 27 Personen befragt: Mitglieder des Kantons- und des Obergerichts sowie Mitarbeitende des Kantonsgerichts. Aufgrund dieser Befragungen zeichnet der Untersuchungsbericht den am Kantonsgericht seit einiger Zeit schwelenden internen Konflikt nach, der vor allem personeller Natur war und verschiedene Beteiligte hatte. Der Untersuchungsbeauftragte kommt im 109 Seiten umfassenden Bericht zum Schluss, dass Kantonsrichter Beglinger verschiedene Amtspflichten verletzt habe. Diese betrafen im Wesentlichen den gerichtsinternen Bereich. Kantonsrichter Beglinger bestreitet die Schlussfolgerungen des Untersuchungsbeauftragten und erhebt gegen das Kantonsgericht bzw. dessen Mitglieder Mobbingvorwürfe sowie den Vorwurf von unbefugten Datensammlungen.
Die Justizverwaltungsabteilung des Obergerichts und Kantonsrichter Beglinger sind auf der Grundlage des Berichts zum Schluss gelangt, dass es den Interessen der Gerichtsbarkeit des Kantons Zug wie auch von Kantonsrichter Beglinger am besten dient, wenn ein beidseitiger Neubeginn erfolgen kann. Es ist deshalb vorgesehen, dass Kantonsrichter Beglinger ab 16. November 2014 bis zum Ablauf der Amtsperiode 2018 seine Arbeitskraft dem Generalsekretariat der Direktion des Innern als Jurist mit besonderen Aufgaben und in besonderer Stellung zur Verfügung stellt. Bereits ab 1. August 2014 wird Kantonsrichter Beglinger während dreieinhalb Monaten für die Direktion des Innern arbeiten. Sofern die Einstiegsphase für beide Seiten positiv verläuft, wird Kantonsrichter Beglinger per Mitte November von seinem Richteramt zurücktreten. Bis dahin werden sämtliche hängigen Verfahren sistiert.»
Zur Erläuterung dieses Communiqués führt die Obergerichtspräsidentin Folgendes aus:
• Die Staatswirtschaftskommission und die Justizprüfungskommission haben von der Vergleichsvereinbarung mit Herrn Beglinger Kenntnis genommen.
• Der Vergleich beinhaltet, dass Herr Beglinger vom Obergericht angestellt wird und die Lohnkosten demzufolge von den Gerichten getragen werden, die Arbeitsleistung von Herrn Beglinger aber der Verwaltung zugute kommt.
• Der Vergleich mit der Einstiegsphase, die bis Mitte November dauert, beinhaltet aber auch, dass erst Mitte November feststeht, ob auch die zweite Stufe zum Tragen kommt und damit der Vergleich definitiv zustande gekommen ist.
• Im Übrigen wurde gegenseitig Stillschweigen vereinbart, wie es bei solchen Vergleichsvereinbarungen üblich ist. Vertraulich über die Details informiert wurden – wie erwähnt – die JPK und die Stawiko sowie der Regierungsrat und die Direktion des Innern. Auch diese Behördenmitglieder sind an die Vertraulichkeit und damit an die Stillschweigevereinbarung gebunden.
Auch wenn noch nicht alles ganz definitiv ist, ist das Obergericht guter Hoffnung, dass die Einstiegsphase für beide Seiten positiv verläuft. Die Obergerichtspräsi-

dentin dankt bereits jetzt allen einbezogenen Gremien für die Mitwirkung: der JPK, der Stawiko, dem Gesamtregierungsrat und speziell der Direktorin des Innern für ihre Unterstützung in dieser Sache und der Bereitschaft zur Mitwirkung.

EINTRETENSDEBATTE

Thomas Werner, Präsident der Justizprüfungskommission, äussert sich zuerst aus aktuellem Anlass kurz zum Vergleich, über den die Obergerichtspräsidentin eben informiert hat. Nebst den regelmässigen Informationen durch die Präsidentin des Obergerichts wurde die JPK dieses Jahr im Zeitraum der Visitation vom Obergericht darüber in Kenntnis gesetzt, dass mit Herrn Beglinger seit kurzem wieder die Möglichkeit eines Vergleichs diskutiert werde. Vor einigen Tagen wurde der JPK ein Entwurf dieses Vergleichs vorgelegt. Die JPK ist dafür zwar nicht zuständig, hat aber den eingeschlagenen Weg eines Vergleichs wohlwollend zur Kenntnis genommen. Der Votant schätzt dies als einen Schritt in die richtige Richtung ein, vor allem wenn der Vergleich von allen Beteiligten eingehalten wird und der eingeschlagene Weg auch durch die zweite Phase erfolgreich durchschritten wird.
Zum Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2013 verweist der Votant im Allgemeinen auf den Bericht und Antrag der JPK. Als erstes spricht er all jenen, die der JPK anlässlich der Visitationen kompetent und offen Rechenschaft abgelegt haben, aber auch allen Mitgliedern der engeren JPK für die tatkräftige und zuverlässige Unterstützung sowie der juristischen Sekretärin der JPK, Annatina Caviezel, seinen Dank aus. Speziell dankt er allen Richterinnen und Richtern, Staatsanwälten, Friedensrichtern, Schlichtungsbehörden etc. und allen Personen, welche das gute Funktionieren der Justiz im Kanton Zug sicherstellen und sich dafür täglich einsetzen. Der Votant kann nämlich vorausschicken, dass die Justiz im Kanton Zug gut funktioniert. Die meisten – wenn auch noch nicht alle – Pendenzen konnten erledigt werden.
Die JPK hat zuerst den Vollzugs- und Bewährungsdienst, dann die Ombudsstelle, das Kantonsgericht, die Staatsanwaltschaft, das Strafgericht und das Obergericht visitiert. Dazu wurden wiederum zwei Gruppen gebildet. Die JPK hat bei allen Visitationen strikte geprüft, ob und allenfalls warum Fälle liegengeblieben sind, wie viele Pendenzen vorhanden sind und wie lange die Verfahren durchschnittlich dauerten. Sie schaute auch darauf, wie gross die Arbeitsbelastung bei den Gerichten und das Arbeitsklima bei den verschiedenen Stellen ist. Die JPK darf festhalten, dass im Kanton Zug versucht wird, nicht nur qualitativ gut, sondern auch effizient zu arbeiten.
Der Vollzugs- und Bewährungsdienst im Kanton Zug funktioniert. Die Verjährungen, ausschliesslich bei geringfügigen Strafen, kamen nicht aus Untätigkeit zustande, sondern weil Personen untergetaucht sind oder sich ins Ausland abgesetzt haben und zwar zur Verhaftung im Fahndungssystem ausgeschrieben wurden, aber nicht gefunden bzw. gefasst werden konnten, bevor die Strafen verjährt waren. Schweizweit gibt es im geschlossenen Vollzug noch immer gravierende Platzprobleme. Die Lösung dieser Problematik wurde denn auch als eines der Legislaturziele der Sicherheitsdirektion 2015–2018 festgelegt.
Bei der Visitation der Ombudsstelle konnte die JPK feststellen, dass die Arbeit zielgerichtet wahrgenommen wird, die Fallzahlen sich ungefähr auf dem Vorjahresniveau befinden und die budgetierten 1,7 Stellen erneut nicht genutzt werden mussten. Es reichten 1,55 Stellen.
Die Staatsanwaltschaft konnte ihre Pendenzen insgesamt auf einem vernünftigen Mass halten. Es konnte mittlerweile die dritte Stelle eines polizeilichen Protokoll-

führers umgesetzt werden. In der II. Abteilung wurde das Ziel, sämtliche Untersuchungen mit Eingang 2010 und früher zu erledigen, nur zu 49 Prozent erreicht. Das heisst, dass Ende 2013 noch 24 Untersuchungen am Laufen waren. Nach Ansicht des Obergerichts sind die Staatsanwälte dieser Abteilung an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt, und es bestehen strengere Zielvorgaben sowie eine genaue Beobachtung durch die Oberstaatsanwaltschaft, um – wenn nötig – korrigierend eingreifen zu können. In allen anderen Abteilungen der Staatsanwaltschaft wurde das genannte Ziel zu 71 Prozent erreicht, ein guter Wert. Positiv zu erwähnen ist auch die Vermögensabschöpfung, die durch die Staatsanwaltschaft nun durchgeführt wird und sich vor allem insofern positiv auswirkt, als – wenn die Strafen zum Teil halt nicht so gravierend sind – wenigstens die Rückgabe der gestohlenen oder unrechtmässig erworbenen Vermögen schmerzt.

Sehr gute Noten erhält das Strafgericht. Hier konnte trotz angestiegener Geschäftslast die Pendenzenzahl durch engagierten Einsatz nochmals verringert werden. Das Obergericht will einer Überlastung der Präsidentin des Strafgerichts vorbeugen und forderte das Strafgericht auf, im Laufe des Jahres 2014 Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Für das Strafgericht wurde deshalb für 2015 eine halbe Gerichtsschreiberstelle budgetiert, dies auch vor dem Hintergrund, dass das Strafgericht vor wenigen Jahren, als die Geschäftslast zurückging, auf die Wiederbesetzung einer 70-Prozent-Stelle verzichtete.

Beim Kantonsgericht bewährte sich der Einsatz des ausserordentlichen Ersatzrichters. Das Kantonsgericht hat sich am 7. Januar 2014 neu konstituiert. Die Anzahl der Neueingänge ging im Berichtsjahr leicht zurück, was sich nicht oder noch nicht wesentlich auf den Pendenzenstand auswirkte. Die Arbeitsbelastung wird als hoch eingestuft, wobei natürlich auch für den Versuch, eine Eskalation des Konflikts an diesem Gericht zu verhindern, Ressourcen gebunden wurden und leider – wohl wegen dieses Konflikts – auch einige Personalwechsel zu verzeichnen waren. Es ist gut, dass an diesem Gericht nun wieder *courant normal* einkehrt.

Betreffend die durchgeführte Analyse in der I. Abteilung möchte der JPK-Präsident für das Protokoll ein redaktionelles Missverständnis klären: Nicht die gesamte I. Abteilung weist einen höheren Pendenzenstand auf, sondern die Pendenzen eines Mitglieds der I. Abteilung weisen einen erhöhten Stand auf. Das Obergericht hat aufgrund des erarbeiteten Konzepts zur Behebung dieses erhöhten Bearbeitungsaufwands eine auf ein Jahr befristete, zusätzliche Gerichtsschreiberstelle zur Verfügung gestellt. Es wird quartalsweise über den Fortschritt informiert.

Beim Obergericht konnten die Ziele betreffend Pendenzenabbau in den beiden Zivilabteilungen erreicht werden. Aufgrund des momentan tiefen Pendenzenstands sollte es nach Ansicht des Obergerichts möglich sein, im laufenden Jahr die überjährigen Verfahren erheblich zu reduzieren. In der Strafrechtlichen Abteilung konnten die Ziele erneut knapp nicht erreicht werden. Weil zusätzlich noch vier neue und sehr grosse Wirtschaftsfälle eingegangen sind, wurde ab Mai 2014 die zweite Springerstelle besetzt und der Strafabteilung zugewiesen. Die Beschwerdeabteilung konnte ihre Ziele grossmehrheitlich erreichen, die Pendenzen stiegen leicht an, die Arbeitsbelastung wird hier, aber auch in den anderen Abteilungen als hoch bis sehr hoch eingestuft. Die Dame und die Herren des Obergerichts schieben deshalb ab und zu Zusatzschichten an den Abenden, teilweise sogar an den Wochenenden.

Die JPK stellt mit 5 zu 0 Stimmen den Antrag, auf das Geschäft einzutreten, den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2013 zu genehmigen sowie den Richterinnen und Richtern und allen Mitarbeitenden der von der JPK besuchten Institutionen den besten Dank für die geleistete Arbeit und den engagierten Einsatz auszusprechen. Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag einstimmig.

Kurt Balmer dankt im Namen der CVP-Fraktion den Mitarbeitern der gesamten Justizbehörden für den Einsatz zugunsten der Zuger Justiz. Es bleibt aber – trotz der Ausführungen der Obergerichtspräsidentin – festzuhalten, dass im Justizbereich nach wie vor ein paar Baustellen existieren, auf welche der Votant nun eingeht, dies ausdrücklich nicht abschliessend.

• Der Vollzugs- und Bewährungsdienst verweist ausdrücklich auf die generellen Platzierungsprobleme im geschlossenen Vollzug, weshalb der Votant die diesbezüglichen Legislaturziele 2015–2018 der Sicherheitsdirektion unterstützt. Ein Vollzugsnotstand muss vermieden werden – und dies darf auch etwas kosten.

• Die Überlastung der Strafgerichtspräsidentin wird heute nicht zum ersten Mal erwähnt. Die CVP fordert das Strafgericht resp. die Aufsichtsbehörde auf, das Problem nachhaltig anzugehen und geeignete Massnahmen zu treffen. Falsche Prioritätensetzung oder allfälliges persönliches Unvermögen müssen geklärt und die richtigen Konsequenzen gezogen werden.

• Es ist schon fast notorisch, dass das Kantonsgericht beim Obergericht mit Personalbegehren abblitzt. Die JPK hat sich heuer wieder einmal etwas detaillierter mit diesem Anliegen befasst und kann die ablehnenden Argumente des Obergerichts im Prinzip nachvollziehen. Trotzdem bleibt für die CVP ein fahler Nachgeschmack, indem nämlich nur schwer nachvollziehbar ist, weshalb mit einer gewissen Vehemenz seitens des Kantonsgerichts Stellen gefordert werden und das Obergericht nicht zu Unrecht auf die fehlende Begründung hinweist. Trotz Präsidiumswechsel beim Kantonsgericht hat sich hier nichts verändert. Das sind letztlich interne Leerläufe, und die CVP fordert die Gerichte auf, sich auf eine hochstehende Rechtsprechung mit verantwortungsvollem Finanzaufwand zu konzentrieren.

• Der erwähnte Konflikt beim Kantonsgericht hat den Kanton Zug bisher schon – konservativ geschätzt – mindestens einen mittleren sechsstelligen Betrag gekostet. Trotzdem hat sich die CVP bisher zwecks Vermeidung einer politischen Eskalation zurückgehalten. Sie ist aber froh, dass heute positive Signale gegeben werden konnten, und nimmt gerne zur Kenntnis, dass sich die Parteien geeinigt haben. Es gibt aber ein grosses Aber: Unabhängig von der Konfliktlösung besteht ein grosses und berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit, zu wissen, was konkret schieflief, wer allenfalls die Verantwortung trägt und welche Schlussfolgerungen auch genereller Natur zu ziehen sind. Das Obergericht muss sich dabei bewusst sein, dass insbesondere gewisse Teile und Erkenntnisse des Berichts von Alt-Bundesrichter Raselli der Öffentlichkeit zugeführt oder mindestens klar politisch geprüft werden sollten. Der Votant hat bereits im Zusammenhang mit der Rechnung 2013 gestaunt, dass keine Frage gestellt bzw. keine Diskussion über gewisse Ausgaben in der Gerichtsabrechnung stattfand. Selbstverständlich soll zu gegebener Zeit das Obergericht auch informieren, was das Ergebnis der Administrativuntersuchung ist. Es kann nicht sein, dass ohne allgemeine Information sehr viel Geld dafür investiert wird.

• Mutmasslich entgegen der Usanz bei andern Gerichten arbeiten die Zuger Oberrichter in verdankenswerter Weise sehr viel, nämlich gemäss Bericht der JPK auch häufig abends und am Wochenende. Trotzdem fällt negativ auf, dass verschiedene Oberrichter zulasten der Rechtsprechung vermehrt JVA-Aufgaben wahrnahmen und die Obergerichtspräsidentin ihr Rechtsprechungspensum systematisch auf in letzter Zeit lediglich 10 Prozent – also eigentlich nichts mehr – reduzierte. Die höchste Richterin im Kanton Zug muss sich nach Meinung der CVP aber zu einem wesentlichen Teil der Rechtsprechung widmen und sich nicht nur als Verwaltungsdirektorin betätigen. Als Obergerichtspräsidentin sollte man einen wesentlichen Input im Rechtsprechungsbereich im Kanton Zug liefern. Unschön ist an dieser Sache auch noch, dass mehrere Gesetzgebungsprojekte beim Obergericht liegen blieben; es ist hier auf den Bericht der JPK zu verweisen.

Mit den obigen Bemerkungen empfiehlt der Votant namens der CVP-Fraktion, den Rechenschaftsbericht des Obergerichts zu genehmigen.

Adrian Andermatt: Die FDP-Fraktion unterstützt einstimmig den Antrag der JPK, den Rechenschaftsbericht des Obergerichts zu genehmigen. Sie schliesst sich auch dem Dank an die Mitarbeitenden der Zuger Justiz an. Besonders dankt sie denjenigen Mitarbeitenden des Kantonsgerichts, die nicht direkt in den dortigen Konflikt involviert waren, darunter aber gelitten haben und sich trotzdem tagtäglich für den Kanton und die Justiz eingesetzt haben. Zu danken ist aber auch allen Involvierten für den Vergleich, über den heute informiert werden konnte und der sicherstellt, dass jemand, der vom Kanton Zug bezahlt wird, auch tatsächlich für den Kanton tätig ist. Wer die Kosten im Detail bezahlt – ob die Justiz oder die Verwaltung –, ist dem Votanten als Steuerzahler schlussendlich egal, kommt die entsprechende Leistung doch den Bürgerinnen und Bürgern zugute. Es ist aber wesentlich, dass der Vergleich zum Erfolg führt. Das kann nur dann der Fall sein, wenn sich alle Beteiligten die grösste Mühe geben, die Vereinbarung auch zu leben, damit man nach der vorgesehenen Probezeit in einen definitiven Zustand übergehen kann und diese Arbeitskraft dem Kanton Zug erhalten bleibt. Das juristische Fachwissen der genannten Person ist nämlich unbestritten.
Auf einzelne Punkte im Rechenschaftsbericht bzw. im Bericht der JPK geht der Votant nicht detailliert ein. Gewisse Kritikpunkte bezüglich Strafgericht oder auch bezüglich der nicht enden wollenden Ressourcenbegehren von Seiten des Kantonsgerichts wurden bereits ausgeführt. Auch die FDP-Fraktion appelliert an die Beteiligten, sich das Wesentliche vor Augen zu führen und sich auf die Rechtsprechung zu konzentrieren. Sie geht davon aus, dass die Aufsichtsbehörde, das Obergericht, die Sache im Griff hat und im Interesse aller effizient führt.

Alois Gössi als Sprecher der SP-Fraktion hält vorneweg fest, dass die verschiedenen Gerichte auch im letzten Jahr gut gearbeitet haben. Die Justiz im Kanton Zug funktioniert gut, wie der Rechenschaftsbericht der JPK zeigt. Für die SP-Fraktion sind die folgenden Punkte erwähnenswert:
• 99 Fälle von Strafen verjährten auch 2013 wieder, ohne dass es zu einer Umsetzung der Strafe kam. Die Verurteilten konnten nicht in Gewahrsam genommen werden, obwohl sie zur Verhaftung ausgeschrieben waren. Trotz dieser unerfreulichen 99 Verjährungen liefen die Verfahren vom Amt her korrekt ab.
• Weiterhin gibt es Platzierungsprobleme im geschlossenen Vollzug wegen zu wenig verfügbarer Plätze. Dies muss jedoch gesamtschweizerisch angegangen werden, was ein Legislaturziel der Sicherheitsdirektion für 2015–2018 ist.
• Die Staatsanwaltschaft hat endlich, nachdem sie dies schon jahrelang plante, das Projekt Vermögenseinziehung und Verwertung von eingezogenem oder sichergestelltem Vermögen eingeführt. Hier werden die Täter getroffen, wo es ihnen wirklich wehtut: beim eigenen Vermögen.
• Im Strafgericht scheint deren Präsidentin immer noch oder weiterhin überlastet zu sein, mindestens gemäss Bericht der JPK. Hier hofft die SP, dass es nächstens zu einer Lösung kommt.
• Ebenfalls gibt es im Kantonsgericht in der I. Abteilung bei einem Kantonsrichter nach wie vor bzw. weiterhin Probleme mit der Anzahl offener Abteilungs- und Einzelrichterfälle. Die Anzahl ist viel zu hoch, und die Fälle haben einen geschätzten Bearbeitungsaufwand von 14 bis 18 Monate. Dies bedeutet, dass es rund 14 bis 18 Monate dauern würde, die pendenten Fälle abzuarbeiten, wenn keine neuen Fälle dazukämen, was jedoch nicht der Fall ist. Teilweise gab es hier überjährige Bearbeitungslücken, was tunlichst zu vermeiden wäre. Die SP hofft, dass der Ein-

satz der zusätzlichen, auf ein Jahr befristeten Gerichtsschreiberstelle hier hilft, den Pendenzenberg massiv zu reduzieren.
• Überschattet wurde das Ganze leider durch das erneute Aufbrechen eines Konflikts am Kantonsgerichts, welches in die Suspendierung von Kantonsrichter Beglinger, die darauf folgenden Administrativuntersuchung sowie die auf ein Jahr befristeten Wahl eines ausserordentlichen Kantonsrichters durch den Kantonsrat mündete. Die SP-Fraktion hofft, dass der getroffene Vergleich zwischen dem Obergericht und Kantonsrichter Beglinger auch langfristig standhält, so dass beim Kantonsgericht wieder *courant normal* herrscht, das Gericht sich wieder zu 100 Prozent seiner Aufgabe widmen kann und dieses unrühmliche Kapitel beendet wird.
Die SP-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, der Ombudsstelle sowie des Vollzug- und Bewährungsdiensts für ihre gute, nicht immer einfache Arbeit im letzten Jahr. In diesem Sinne spricht sie sich für die Genehmigung des Rechenschaftsberichts des Obergerichts für 2013 aus.

Heini Schmid nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Vergleich am Kantonsgericht auf gutem Weg ist, und er hat auch ein gewisses Verständnis dafür, dass die ganze Angelegenheit der Geheimhaltung anheimfallen soll. Er glaubt aber, dass die Angelegenheit einer gewissen Aufarbeitung bedarf, und ist etwas erstaunt, dass kein Mitglied der JPK und auch nicht dessen Präsident auf diesen Sachverhalt eingegangen ist. Seines Erachtens ist nach Abschluss des Vergleichs bzw. nach drei Monaten, wenn dieser definitiv zustande gekommen ist, der Moment da, dass die JPK sich über eine Kommissionsmotion im Kantonsrat einen klaren Auftrag beschafft, diese Angelegenheit – selbstverständlich unter der Wahrung der im Vergleich vereinbarten Geheimhaltung – aufzuarbeiten. Offenbar hat die JPK schon Zugriff auf den Bericht Raselli. Dieser sollte nun aber ausgewertet und die politischen Schlussfolgerungen daraus gezogen werden, wobei auch die Frage der Richterwahlen, zu der bereits eine Interpellation der CVP-Fraktion vorliegt, einzubeziehen wäre. Die JPK ist prädestiniert dazu, diese Fragen anzugehen. Es darf nicht passieren, dass sich niemand dieser Angelegenheit annimmt, weil alle genug davon haben. Auch wenn es unangenehm ist, hat der Kantonsrat die Pflicht, diese Angelegenheit aufzuarbeiten und die längerfristigen Folgerungen daraus zu ziehen. Der Votant wäre froh, wenn man in diesem Abklärungsauftrag auch der bisher nicht thematisierten Frage nachgehen würde, wer eigentlich zum Abschluss eines solchen Vergleichs legitimiert ist. Schon diese kleine Frage zeigt auf, dass hier grundsätzliche Probleme vorhanden sind. Der Votant bittet darum, dass sich die JPK dieser Angelegenheit annimmt und sich in geeigneter Form einen Auftrag geben lässt.

Thomas Werner dankt Heini Schmid für sein Votum. Er kann nicht für die gesamte JPK sprechen, aber es spricht wohl nichts dagegen, die offenen Fragen zu klären zu versuchen, auch wenn die JPK dieses Themas etwas überdrüssig sein könnte. Die Aufgabe wäre es, zu verhindern, dass in Zukunft eine ähnliche Situation zustande kommt, bzw. darauf – allenfalls auch mit kleinen gesetzlichen Änderungen – gerüstet zu sein. Die Details müsste die JPK abzuklären.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** hält fest, dass sie das Wichtigste eingangs in der Mitteilung des Obergerichts erläutert und dem eigentlich nichts mehr beizufügen hat, ausser dass speziell zuhanden der Medien betont sei, dass im Vergleich Stillschweigen vereinbart wurde.
Die Obergerichtspräsidentin wollte sich eigentlich kurz halten, muss jetzt aber die Ausführungen von Kurt Balmer ins rechte Licht rücken. Dieser hat ein böses Bild der Justiz gezeichnet, das die Obergerichtspräsidentin zurückweisen und korrigie-

ren muss. Natürlich gibt es – wie überall – Baustellen. Wenn aber der Vollzugsnotstand erwähnt wurde, ist darauf hinzuweisen, dass dieser die Gerichte nicht betrifft. Der Vollzug obliegt nämlich schweizweit jeweils der Regierung, und die Gerichte können zu dieser Problematik nichts beitragen. Bezüglich der Überlastung der Strafgerichtspräsidentin ist das Obergericht seit längerer Zeit an der Arbeit, die Lösung braucht aber noch etwas Zeit. Die Strafgerichtspräsidentin hat sämtliche Altlasten bereinigt, es wurde eine halbe Stelle ins Budget eingestellt, und das Strafgericht ist aufgefordert, dem Obergericht im Laufe des Jahres 2014 eine Lösung vorzuschlagen. Dass die erneuten und immer gleich begründeten Personalbegehren des Kantonsgerichts einen schalen Nachgeschmack hinterlassen, kann die Obergerichtspräsidentin teilweise verstehen. Das Kantonsgericht hat seit einigen Jahren immer wieder Aushilfsstellen zugebilligt bekommen, wenn Probleme bestanden. Das ist auch jetzt der Fall: Die I. Abteilung hat ein Pendenzenkonzept erarbeitet, und sie hat eine Gerichtsschreiber-Aushilfestelle für ein Jahr zur Verfügung, um die Überlastung aufzufangen. Das Obergericht kann aber nicht verhindern, dass die unteren Instanzen Anträge stellen. Wenn sie aber nicht begründet sind, müssen sie natürlich abgewiesen werden, zumal ja auch das Parlament keine Freude hat, wenn die Justiz ständig die Personalstellen erhöht. Zum Konflikt am Kantonsgericht hat Kurt Balmer erwähnt, dass ein grosses Interesse der Öffentlichkeit bestehe, zu erfahren, was dort schiefgelaufen sei. Auch das kann die Obergerichtspräsidentin verstehen: Man ist neugierig und möchte Genaueres wissen. Wenn der Vergleich aber definitiv zustande kommt und Herr Beglinger als Kantonsrichter zurücktritt, wird der Untersuchungsbericht sicher nicht veröffentlicht. Die JPK hatte Einsicht, und das genügt. Der Konflikt hatte – wie im Communiqué angetönt – vor allem interne und keine externe Auswirkungen, die Rechtsuchenden waren nicht betroffen. Bezüglich der Kosten: Auch das Obergericht hatte keine Freude, dass es eine Untersuchung einleiten musste. Man weiss aber schweizweit, was derartige Administrativuntersuchungen kosten, und die Untersuchung hat nicht mehr gekostet als üblich. Die Stawiko und die JPK sind im Bild.

Bezüglich der Aussage, dass sie ständig ihre Richtertätigkeit reduziert habe, muss die Obergerichtspräsidentin darauf hinweisen, dass seit 1991 die Selbstverwaltung der Justiz gilt und seit 2006 in der Justiz dauernd Umorganisationen vorgenommen werden mussten. Damals forderte das Parlament das Obergericht auf, das Staatsanwaltsmodell vorzeitig einzuführen, was dieses selbständig – ohne Unterstützung durch die Verwaltung – umsetzen musste, wie im Übrigen alle Gesetzgebungsprojekte. Dass führt dazu, dass die Obergerichtspräsidentin – wie auch andere Gerichtspräsidenten – fast nur noch Justizmanagerin ist und nur noch in einem kleinen Teilbereich richterlich tätig sein kann. Es ist auch zu sagen, dass die JVA wegen des Konflikts am Kantonsgericht in den letzten zwei Jahren sehr stark engagiert war, und in den letzten zwei Wochen war die Obergerichtspräsidentin nur noch mit dieser Sache beschäftigt, für die es jetzt aber eine Lösung gibt. Im Übrigen ist das Obergericht – dies an die Adresse von Heini Schmid – der Meinung, dass es durchaus zuständig ist, diesen Vergleich abzuschliessen.

Zum Rechenschaftsbericht selber kann sich die Obergerichtspräsidentin kurz fassen. Das Obergericht hat in seinem schriftlichen Bericht festgehalten, dass die Zivil- und Strafrechtspflege weiterhin gut bis sehr gut funktioniert. Die Altlasten werden je länger je mehr abgebaut, und es gibt keine schwerwiegenden Altlasten mehr. Nachdem die neuen Prozessordnungen nun über drei Jahre in Kraft sind, kann gesagt werden, dass sich die neuen Verfahren eingespielt haben. Die Zivilprozessordnung bietet keine nennenswerten Probleme. Im Bereich der Zivilrechtspflege hat sich die letztes Jahr geäusserte Vermutung einer Tendenzwende, wonach sich die Neueingänge künftig eher auf einem etwas tieferen Niveau einpendeln würden,

bestätigt. Das ist auch der Grund, weshalb das Obergericht auch das diesjährige Personalbegehren des Kantonsgerichts abgewiesen hat.
Im Bereich der Strafrechtspflege indessen stellen die Behörden auf allen Stufen – Staatsanwaltschaft, Strafgericht, Obergericht – und wahrscheinlich auch die Polizei fest, dass die Verfahren formalistischer und aufwendiger geworden sind. Wer sich hierfür interessiert, dem sei die Lektüre des vor einigen Tagen in der «Berner Zeitung» erschienen Interviews mit dem Berner Polizeikommandanten empfohlen. Es trägt den Titel «Unsinniger Täterschutz – Stefan Blättler kritisiert neue Strafprozessordnung», und die Obergerichtspräsidentin kann die Aussagen des Berner Polizeikommandanten voll unterstützen. Mit der Verkomplizierung des Strafverfahrens geht tendenziell auch eine gewisse Verlängerung der Verfahrensdauer und – leider – eine Zunahme der Kosten einher, vor allem im Bereiche der Kosten der amtlichen Verteidiger, die bei verurteilten Straftätern oftmals gar nicht eingetrieben werden können, weil nichts zu holen ist, und die damit abgeschrieben werden müssen.
Zu den einzelnen Instanzen: Beim Strafgericht hat sich die Situation bei den älteren Fällen – wie bereits gesagt – deutlich verbessert, und auch bei der Staatsanwaltschaft und dem Kantonsgericht hat sich die Altersstruktur der Pendenzen erfreulicherweise verbessert. Die heutige Situation lässt sich in keiner Weise mit derjenigen Ende der 1990er Jahre vergleichen, bis endlich das Kantonsgericht aufgestockt wurde: Damals konnten Fälle, wenn der Schriftenwechsel abgeschlossen war, bis zu einem Jahr liegenbleiben. Heute ist die Situation überall gut. Dasselbe gilt auch für das Obergericht. Wo punktuell noch eine Überlastung vorhanden ist, wurden entsprechende Massnahmen ergriffen. Und nachdem die bis dahin vakante zweite sogenannte Springerstelle per Mai besetzt wurde, kann auch flexibler Unterstützung gewährt werden.
Abschliessend dankt die Obergerichtspräsidentin im Namen des Plenums des Obergerichts allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Zivil- und Strafrechtspflege für ihren grossen Einsatz im vergangenen Jahr.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat hat damit den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2013 geprüft und genehmigt.

Namens des Kantonsrats dankt der **Vorsitzende** den Richterinnen und Richtern und allen Mitarbeitenden der Zivil- und Strafjustiz für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

Der **Vorsitzende** begrüsst die Delegation des Grossen Rats des Kantons Bern mit der Grossratspräsidentin Béatrice Struchen und heisst sie herzlich willkommen. *(Der Rat applaudiert.)*

1133 Traktandum 6.2: **Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Objektkredit für das Projekt KS 25, Gemeinde Zug, Artherstrasse, Abschnitt Eielen–Lotenbach, Instandstellung inklusive Geh- und Radweg**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (1257.4 - 14610) und der Staatswirtschaftskommission (1257.5 - 14611).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission beantragen, die Schlussabrechnung zu genehmigen.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** erinnert daran, dass der Kantonsrat am 25. November 2004 für dieses Projekt einen Kredit von 11,08 Millionen Franken bewilligt hat. Die Schlussabrechnung weist einen Betrag von 8,39 Millionen Franken aus, es resultiert also eine stattliche Kreditunterschreitung von rund 2,7 Millionen Franken. Der Regierungsrat begründet diese Unterschreitung, die im Kanton Zug schon fast Tradition hat, mit drei Positionen. Er stellt fest, dass im ganzen Projekt kein Mehraufwand entstanden ist, dass preislich sehr günstig vergeben werden konnte, und dass insbesondere der Baugrund im fraglichen Gebiet viel besser war als angenommen. Die Finanzkontrolle hat die Abrechnung geprüft und beantragt Genehmigung – was auch die Stawiko tut.

Philip C. Brunner hält fest, dass der Stawiko-Präsident den Blumenstrauss vergessen hat. Es wurde heute Morgen gesagt, dass gespart werden müsse, und eigentlich hat der Baudirektor einen Applaus für dieses tolle Ergebnis verdient. Solche Unterschreitungen sind schön, und wenn sie begründet sind, ist das umso besser.

Baudirektor **Heinz Tännler** hätte den Blumenstrauss nun eigentlich von Philip C. Brunner erwartet. Es hält fest, dass im Kanton Zug – wie vom Stawiko-Präsidenten gesagt – die Objektkredite in der Tat zum Teil stark unterschritten werden. Speziell erwähnen will er, dass sich das Submissionsverfahren für den Kanton sehr positiv auswirkt. Die Offerenten unterbieten sich zum Teil massiv. Es gibt Prestigeprojekte wie die Unterführung Sumpf, die ein Unternehmer einfach ausführen will, um das Projekt als Referenz für anderweitige Aufträge vorzeigen zu können, und wissentlich das Risiko eingeht, mit dem betreffenden Auftrag nichts zu verdienen. Das führt dazu, dass über das Submissionsverfahren erkleckliche Kostenunterschreitungen möglich sind. Diese haben also – das sei explizit betont – nichts damit zu tun, dass die Baudirektion nicht budgetieren könnte; vielmehr werden die Kostenvorschläge korrekt erstellt. Wenn dann das Submissionsverfahren zu solchen Erfolgen führt, ist das erfreulich.

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Schlussabrechnung. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

78. Sitzung: Donnerstag, 3. Juli 2014, Nachmittag
Zeit: 13.50 – 17.10 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

1134 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 68 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Philippe Camenisch, Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Arthur Walker, Unterägeri; Frowin Betschart, Menzingen; Zari Dzaferi und Heini Schmid, beide Baar; Markus Jans, Cham; Thomas Villiger, Hünenberg; Andreas Hürlimann und Monika Weber, beide Steinhausen; Matthias Werder, Risch; Florian Weber, Walchwil.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** begrüsst speziell die Delegation des Grossen Rats des Kantons Bern mit Grossratspräsidentin Béatrice Struchen, die als Gäste an der Sitzung teilnimt. Er heisst sie herzlich willkommen im kleinsten Schweizer Kanton. Zug ist 25-mal kleiner als der Kanton Bern, aber trotz seiner Winzigkeit im ganzen Land bekannt, nicht nur wegen seiner herrlichen Voralpenlandschaft, sondern vor allem wegen der tiefen Steuern und der kreativen Lösungsansätze für gesellschaftliche Fragen. Zudem präsentiert sich die bekannteste Frucht des Kantons, das Zuger Chriesi, im Moment in ihrer süssesten Form.
Bern und Zug sind fast gleichzeitig zur Eidgenossenschaft gestossen. Das Zusammenleben war aber nicht immer friedlich, haben doch zwischen 1415 und 1857 elf Schlachten stattgefunden, wobei man in sechs Zusammenstössen gegeneinander kämpfte. Der unterschiedliche Glaube war des öftern die treibende Kraft hinter diesen Bruderzwisten. Heute ist es eher der nationale Finanzausgleich, um den gestritten wird. Nicht nehmen kann man dem Kanton Zug aber die Sicht auf die Berner Alpen, auf den Mönch, den Eiger und die Jungfrau. So wird Zug auf eine unbezahlbare Art entschädigt und holt sich einen Teil der NFA-Gelder friedlich und ohne Schlachten zurück.
Der Kantonsratspräsident freut sich auf den weiteren persönlichen Austausch mit den Gästen und wünscht ihnen einen angenehmen und spannenden Nachmittag in Zug. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 2
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

1135 Traktandum 2.1: **Postulat von Manfred Wenger betreffend ZVB-Busspuren und Ampeln vom 19. Juni 2014 (Vorlage 2409.1 - 14711)**

Maja Dübendorfer Christen muss den Postulanten enttäuschen: Die Lichtsignalanlagen im Kanton Zug sind nicht einzig und allein zu Gunsten des ÖV in Betrieb.

Sie bewältigen das gesamte Verkehrsaufkommen und erhöhen die Verkehrssicherheit aller Teilnehmer vom Auto über das Velo bis zur Fussgängerin. Schlaufen im Strassenbelag erfassen, wenn sie überfahren werden, alle Verkehrsteilnehmer, also auch den Bus. Sie sind so programmiert, dass sie verkehrsabhängig optimal reagieren. Alle Lichtsignalanlagen im Kanton Zug haben das gleiche Ziel: den gesamten Verkehr zu jeder Tageszeit flüssig und bedarfsgerecht zu steuern. Eine sinnlose Umprogrammierung aller Anlagen zu Ungunsten des ÖV oder bauliche Anpassungen würden zu Staus, Verkehrsproblemen und unnötigen Kosten führen. Wenn man aber die Strassen vor noch mehr Stau bewahren und das Umsteigen auf den ÖV nachhaltig fördern will, ist die bevorzugte Behandlung des ÖV punktuell an Knotenpunkten – etwa am Postplatz in Zug – ein wichtiger Faktor im ganzen Plan. Es nützt also nichts, wenn die ZVB ihren Chauffeusen und Chauffeuren Weisungen abgeben soll, welche diese gar nicht befolgen können. Es gibt nämlich keine Ampelschaltung in den Bussen, welche die Lichtsignale nur zu deren Gunsten beeinflusst. Die im Postulat geschilderte Praxis existiert schlicht nicht, die gestellte Forderung ist absurd.
Die FDP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** das vorliegende Postulat nicht zu überweisen. Damit soll die Regierung vor der Beantwortung und der Kantonsrat vor der Beratung solcher Eingebungen bewahrt werden. Mit einem kurzen Telefon an die zuständige Direktion oder die ZVB wäre diese Idee zwar medienunwirksam, aber kostenneutral vom Tisch gewesen.

Postulant **Manfred Wenger:** ZVB-Busse sollen an den Ampeln während der Stosszeiten Vorfahrt haben, um den Fahrplan einhalten zu können. Auf keinen Fall aber sollen Busse ausserhalb der Stosszeiten den Verkehr anhalten, überholen und später wieder aufhalten, ohne einen eigenen Zeitgewinn zu haben, was leider sehr oft passiert. Nach der Devise «Leben und leben lassen» bzw. «Fahren und fahren lassen» bittet der Votant um die Überweisung seines Postulats.

➔ Der Rat beschliesst mit 41 zu 13 Stimmen, das Postulat nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

1136 Traktandum 2.2: **Postulat von Manfred Wenger betreffend Zuger Alpli Express vom 19. Juni 2014 (Vorlage 2410.1 - 14712)**

Daniel Abt wendet sich an den Postulanten: Er weiss nicht, wer diesem gesagt hat, es gebe einen Preis für den absurdesten Vorstoss zu gewinnen – und er muss den Postulanten enttäuschen: Da hat ihm jemanden einen mächtigen Bären aufgebunden. Gäbe es diesen Preis allerdings, hätte der Postulant die Stimme des Votanten auf sicher.
Erstens ist der Zugerberg auch deshalb eines der schönsten Naherholungsgebiete, weil er an den Wochenenden verkehrsfrei ist und gemäss Entwicklungsleitbild Zugerberg/Walchwilerberg/Rossberg nur für sanften Tourismus zur Verfügung stehen soll. Zweitens erstaunt es den Votanten sehr, dass ausgerechnet ein SVP-Kantonsrat eine voraussichtlich höchst defizitäre Buslinie einführen will. Dies ist weder nach Bundes- noch kantonalem Recht Aufgabe des öffentlichen Verkehrs. Ausserdem würde die Buslinie die bereits heute defizitäre Zugerbergbahn zusätzlich konkurrenzieren. Und drittens erreicht man unter 041 740 14 14 ein Taxiunternehmen, dass einen sympathisch und zuverlässig an jeden nicht mit dem ÖV erreichbaren Ort bringt.

Für den Votanten sollten Vorstösse ein Minimum an Qualität aufweisen. Diese vermisst er bei diesem neusten Wurf leider schon wieder. Er stellt deshalb den **Antrag,** das vorliegende Postulat nicht zu überweisen.

Hans Christen ist ehemaliger Verwaltungsratspräsident der Zugerberg-Bahn. Im vorliegenden Postulat heisst es: «Aus diesem Grunde bitte ich den Regierungsrat, die ZVB/ZBB zu beauftragen […].» Der Regierungsrat hat aber keinerlei Kompetenz, der Zugerberg-Bahn irgendeinen Auftrag zu erteilen. Die ZBB ist ein stadtzugerisches Unternehmen mit der Stadt Zug als Mehrheitsaktionär. Es kann deshalb nicht angehen, dass der Regierungsrat ihr einen Auftrag gibt. Im Übrigen hat der Korporationspräsident von Zug gestern in der Zeitung gesagt, der vorliegende Vorstoss erinnere ihn an einen verspäteten Aprilscherz – und er hat recht damit. Es handelt sich hier um ein touristisches Angebot, für das die Gemeinden zuständig sind. Alle Strassen auf dem Zugerberg, die auf stadtzugerischem Gemeindegebiet liegen, gehören der Korporation Zug – und da hat weder der Kantonsrat noch der Regierungsrat etwas zu bestimmen.
Schliesslich findet sich im Postulat auch noch eine Aufzählung von Restaurants. Es handelt sich nicht um «Besenbeizen», wie der Postulant despektierlich schreibt, sondern um offizielle Gaststätten mit entsprechenden Restaurationsbewilligungen.
Der Votant bittet, dieses unsinnige Postulat nicht zu überweisen.

Postulant **Manfred Wenger:** Junge Familien mit Kindern, ältere Leute und leicht gehbehinderte Menschen haben keine Chance, den schönen hinteren Zugerberg mit seiner Landschaft und seinen Restaurants ohne Privatfahrzeug zu erreichen. Der Zugeralpli-Express ermöglicht viele schöne Wanderungen, so zum Beispiel: im Alpli ein *Znüni* nehmen, auf dem Wildspitz zu Mittag essen, über den Goldauer Bergsturz nach Arth und mit dem Schiff nach Hause. Auch ist es mit der Überweisung des Postulats möglich, ein Glas Wein und ein *Schümli-Pflümli* zu trinken und noch legal bequem nach Hause zu kommen. Dem Votanten sind zwei Angetrunkene im Bus lieber als einer hinter dem Steuer.
Der Zugeralpli-Express wäre sicherlich kostendeckend, wenn ein nachfragebezogener, d. h. ein wochentag- und wetterabhängiger Fahrplan erarbeitet würde. Die zweijährige Testphase könnte dies beweisen. Wenn man hier eine rigorose Sparpolitik lebt, müsste man sich bald einmal auch über die Zuger «Geisterbusse» unterhalten, also die Busse einiger Linien, welche vielmals leer herumfahren. In diesem Sinn bittet der Votant um die Überweisung seines Postulats zu Bericht und Antrag.

➔ Der Rat beschliesst mit 52 zu 3 Stimmen, das Postulat nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

1137 Traktandum 2.3: **Aufsichtsbeschwerde von S. vom 19. Juni 2014 gegen X., eventualiter gegen das Obergericht**

Der **Vorsitzende** informiert den Rat über den Eingang einer Aufsichtsbeschwerde gegen X, welche die Staatskanzlei zuständigkeitshalber direkt der Beschwerdeabteilung des Obergerichts weitergeleitet hat. Der Präsident der Justizprüfungskommission hat eine Kopie dieses Schreibens erhalten für den Fall, dass die Justizprüfungskommission zuständig sein oder werden sollte.

TRAKTANDUM 6 (Fortsetzung)
Geschäfte, die am 26. Juni 2014 nicht behandelt werden konnten

1138 Traktandum 6.3: **Motion der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz betreffend Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats vom 1. Februar 1990**
Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend gleiche Abgangsentschädigungen für gewählte Behördenmitglieder des Kantons
Motion von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Entschädigung von Mitgliedern des Regierungsrats
Postulat von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Streichung von Sitzungsgeldern bei interkantonalen Gremien
Es liegen vor: Motionen der vorberatenden Kommission Pensionskassengesetz (2243.1 - 14317), der Staatswirtschaftskommission (2303.1 - 14469) und Spescha/Dzaferi (2373.1 - 14632); Postulat Spescha/Dzaferi (2374.1 - 14633); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2243.2/2303.2/2373.2/2374.2 - 14648).

Gabriela Ingold, Präsidentin der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz, dankt dem Regierungsrat für den sehr ausführlichen Bericht und Antrag. Die Antwort enthält eine ausführliche *history* und diverse Variantenvergleiche. Die Stossrichtung der Regierung ist nachvollziehbar, allerdings fehlt eine Gesamtschau über die Bezüge eines Regierungsratsmitglieds. Die Materie ist komplex. Eine vertiefte und vollumfängliche Abklärung durch eine neu eingesetzte Kommission – vermutlich die Stawiko – erachtet die Kommission als sinnvoll. Aufgrund einer E-Mail-Umfrage unter den Kommissionsmitgliedern ist die Votantin einstimmig legitimiert, dem Kantonsrat den **Antrag** zu stellen, die Motion Vorlage 2243.1 - 14317 entgegen dem Antrag der Regierung vollumfänglich erheblich zu erklären. Die FDP-Fraktion teilt die Meinung der vorberatenden Kommission und unterstützt eine vollständige Erheblicherklärung.
Die Ausführungen zum Thema Abgangsentschädigungen sind nicht minder komplex und nur schwer verständlich. Auch hier plädiert die FDP-Fraktion dafür, dass die einzusetzende Kommission uneingeschränkt über alle Punkte der Abgangsentschädigungen diskutieren kann – und auch darüber, ob auch der Datenschutzbeauftragte und die Ombudsperson Anrecht auf eine Entschädigung erhalten sollen. In diesem Sinne stellt die FDP-Fraktion auch hier den **Antrag** auf vollständige Erheblicherklärung.
Die Motion von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi gaben in der FDP-Fraktion zu grossen Diskussionen Anlass. Die FDP lehnt eine Erheblicherklärung grossmehrheitlich ab, weil diese Entschädigungen einerseits transparent auf dem Tisch liegen und andererseits eher unwesentlich sind. Dem Postulat Spescha/Dzaferi kann die FDP-Fraktion nicht viel abgewinnen. Es scheint ihr ein falscher Ansatz zu sein, welcher mehr Aufwand als Ertrag mit sich bringen wird. Eingriffe in die föderalistische Organisationsstruktur lehnt die FDP ab.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** spricht als Vertreter der zweiten Motion. Im Rahmen der Beratungen im letzten Herbst bezüglich der Anstellungsverhältnisse des Datenschutzbeauftragten und der Ombudsperson stellte die Stawiko fest, dass im Bereich der Abgangsentschädigungen Handlungsbedarf besteht. Gewählte Amtsträger – Richter, Regierungsräte, Landschreiber, Datenschützer, Ombudsperson – haben unterschiedliche Regelungen. Das scheint der Stawiko nicht korrekt. Sie hat deshalb am 7. Oktober 2013 eine entsprechende Motion eingereicht. Diese hat

zum Ziel, hier für alle vom Volk gewählten Amtsträger eine einheitliche Regelung zu schaffen. Der Regierungsrat nimmt in seiner Beantwortung der Motion ausführlich Stellung und unterbreitet diverse Varianten. Die Stawiko dankt für diese Ausführungen, die eine gute Grundlage für die weitere Bearbeitung des Geschäfts bilden. Der Regierungsrat schlägt vor, die Bearbeitung nach der Erheblicherklärung an die Stawiko zu übergeben, womit diese einverstanden ist. Auch die Stawiko begrüsst die vollständige Erheblicherklärung, damit der ganze Fächer offen ist

Eusebius Spescha spricht als Vertreter der dritten Motion bzw. des Postulats. Er teilt mit, dass die SP-Fraktion damit einverstanden ist, die Motionen betreffend Rechtsstellung des Regierungsrats und Abgangsentschädigungen vollumfänglich erheblich zu erklären und zur Weiterbearbeitung der Stawiko zu übergeben. Aus Sicht der zwei Motionäre bzw. Postulanten gehört auch das Paket betreffend Sitzungsentschädigungen dorthin, um in einer Gesamtbetrachtung mitbeurteilt zu werden. Die Vorstösse wurden bewusst als Motion bzw. Postulat eingereicht. Die Motion betrifft jenen Teil, für dessen Legiferierung der Kantonsrat zuständig ist und für den dem Regierungsrat ein *verbindlicher* Auftrag erteilt werden soll, einen Vorschlag auszuarbeiten. Das Postulat hingegen betrifft eine Frage, zu denen der Kantonsrat nichts zu sagen hat, nämlich die Entschädigung der Mitarbeit in interkantonalen Gremien; darüber wird anderswo entscheiden. Grundsätzlich gehen die Postulanten davon aus, dass die Mitarbeit in (interkantonalen) Gremien, Arbeitsgruppen etc. heute ein selbstverständlicher Teil der Regierungsarbeit ist. Und hier hat der Votant offensichtlich ein deutlich besseres Bild von der Regierung als diese selbst. Die regierungsrätliche Antwort hinterlässt nämlich den Eindruck, dass die Regierungsmitglieder nur in Institutionen und Arbeitsgruppen mitmachen, weil sie dafür gut bezahlt werden. Das glaubt der Votant eigentlich nicht, vielmehr ist er der festen Überzeugung, dass die Regierungsrätin und die Regierungsräte überzeugt dort mitwirken, wo – mit den Worten des Finanzdirektors – eben die Musik spielt. Das ist auch richtig so. Und mit einem Einkommen von 25'000 Franken monatlich ist dieser selbstverständliche Teil der Regierungsarbeit auch abgedeckt, und es braucht nicht noch irgendwelche Sitzungsgelder, die man einbehalten muss. Es sei auch daran erinnert, dass es vor wenigen Monaten in der Öffentlichkeit eine erregte Diskussion gab, weil das in vielen Kantonen nicht sehr geschickt geregelt war. Im Kanton Zug durfte man feststellen, dass eine saubere Regelung vorliegt, welche die Regierung auch einhält. Die Postulanten haben mit ihrem Vorstoss deshalb bewusst zugewartet, bis sich die Wogen etwas gelegt hatten. Jetzt ist aber der Zeitpunkt gekommen, die Frage nüchtern und sachlich zu diskutieren, dies – wie gesagt – im Gesamtpaket, das die Stawiko bearbeiten muss. In diesem Sinne stellen die Motionäre bzw. Postulanten den **Antrag** auf volle Erheblicherklärung ihrer Motion und ihres Postulats.

Andreas Hausheer wiederholt, dass es um eine Gesamtschau und eine uneingeschränkte Diskussion in der Stawiko oder vorberatenden Kommission geht. Die CVP-Fraktion stellt sich deshalb hinter die Anträge auf volle Erheblicherklärung der ersten zwei Motionen, denen sich die Regierung angeblich anschliessen wird. Bei der Motion und dem Postulat von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi ist die CVP der Ansicht, dass es sich lohnt, den Auftrag an die Stawiko etwas weiter zu fassen, damit diese im Rahmen ihrer Gesamtschau darüber diskutieren kann. Sie stellt deshalb bezüglich der Motion den folgenden **Antrag** auf Teilerheblicherklärung: Die Motion betreffend Entschädigung von Mitgliedern des Regierungsrats (Vorlage 2373.1) sei teilerheblich zu erklären in dem Sinne, dass die Stawiko diese Motion

in die Gesamtschau über die finanziellen Leistungen aller Art an die Regierungsratsmitglieder miteinbezieht. Bezüglich des Postulats lautet der **Antrag** wie folgt: Das Postulat betreffend Streichung von Sitzungsgeldern bei interkantonalen Gremien (Vorlage 2374.1) sei teilerheblich zu erklären in dem Sinne, dass die Stawiko dieses Postulat in die Gesamtschau über die finanziellen Leistungen aller Art an die Regierungsratsmitglieder miteinbezieht.
Mit diesen Teilerheblicherklärungen ist gewährleistet, dass die Stawiko die anstehenden Fragen in einer Gesamtschau angehen kann und nicht eingeschränkt wird. Dieses Vorgehen ist mit dem Landschreiber abgesprochen.

Rainer Suter spricht für die SVP-Fraktion und dankt dem Regierungsrat für die umfassenden Ausführungen zu den vier Vorlagen. Das Thema ist – wie schon von der Vorrednerin erläutert – von grosser Komplexität. Die Vorlage 2243 über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats und die Vorlage 2303 über gleiche Abgangsentschädigungen für gewählte Behördenmitglieder des Kantons sollen teilweise erheblich erklärt werden. Wenn sich die Regierung der vollständigen Erheblicherklärung anschliesst, wird die SVP-Fraktion der Regierung folgen. Dass für alle gewählten Behördenmitglieder dieselbe Ausganglage herrscht, erachtet die SVP als richtig. Sie befürwortet angesichts der umfangreichen Materie auch die Überweisung zur Weiterbearbeitung an die Stawiko.
Bei den Vorstössen von linker Seite unterstützt die SVP wiederum den Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung der beiden Vorlagen. Es muss für den Kanton Zug von Interesse sein, dass sich seine fähigen Regierungsratsmitglieder in Gremien einbinden lassen. Besteht die Möglichkeit, ein Präsidium zu übernehmen, soll dies auch finanziell unterstützt werden, kann es sich dabei doch um eine nicht zu unterschätzende Mehrbelastung handeln. Der wirklich nicht matchentscheidende Beitrag soll ein kleines Dankeschön sein.

Stefan Gisler hält fest, dass die Vorlagen eigentlich drei Kernthemen behandeln und die AGF im Grundsatz in allen drei Themen – bei der Pensionskassenregelung für Regierungsräte, bei der Abgangsentschädigung für gewählte Behörden sowie bei den Sitzungsgeldern für Regierungsräte – die Abschaffung überkommener Privilegien anstrebt. Wenn vorhin gesagt wurde, die Materie sei komplex, so kann der Votant diese leicht vereinfachen: keine Sitzungspfründen, keine goldenen Fallschirme, keine Rentenprivilegien. Gewählte sollen ähnliche Regelungen haben wie die Mehrheit der Bevölkerung, die sie wählt. Die Mehrheit: Es gibt natürlich gewisse Manager, die sich auch mehr herausnehmen als gewöhnliche Büezer, Gewerbler oder Angestellte. Aber solch stossende Praktiken sollen kein Massstab für gewählte Behördenmitglieder sein. Die AGF plädiert deshalb drei Mal für die volle Erheblicherklärung
Zur Pensionkasse: Die AGF sagt – wie die Regierung – Ja zur Gleichstellung der Regierungsmitglieder mit allen anderen Versicherten. Die heute noch geltenden Sonderregelungen bevorzugen den Regierungsrat in unverständlicher Weise. Diese sind angesichts der von der Regierung mitgetragenen Leistungskürzungen bei den Renten von 20 Prozent im Jahr 2008 und von 12 Prozent im Jahr 2013 noch weniger verständlich, und der Votant dankt der Regierung, dass sie darauf eingeht.
Zur Abgangsentschädigung: Gewählte Behördenmitglieder wie Regierungsmitglieder, Richterinnen und Richter, Landschreiber, Ombudspersonen oder Datenschutzbeauftragte brauchen aus Sicht der AGF keine goldenen oder silbernen Fallschirme. Die AGF plädiert daher bei einem unfreiwilligen Ausscheiden aus dem Amt – sprich einer Abwahl – für eine maximale Abgangsentschädigung im Umfang von sechs

Monatslöhnen für alle Gewählten. Über die Lösung bei einem freiwilligen Rücktritt scheiden sich in der AGF die Geister, weshalb der Votant froh ist, dass dieses Thema mit einer vollen Erheblicherklärung im Rat diskutiert werden kann.
Zum Sitzungsgeld: Regierungsmitglieder verdienen gut, rund 21'500 Franken monatlich, dazu kommen pauschale Spesen von 1165 Franken. Darum fordert die AGF, dass Regierungsmitglieder grundsätzlich keine Sitzungsgelder für sich behalten können. Eusebius Spescha hat bereits Ausführungen zum Selbstverständnis, was zu einer Regierungsaufgabe gehört, gemacht. Wenn Regierungsmitglieder in interkantonalen Arbeitsgruppen, Direktorenkonferenzen oder anderen Gremien tätig sind, tun sie dies im Rahmen ihrer Aufgaben zum Wohle des Kantons und sind – wie vom Finanzdirektor am Vormittag ausgeführt – dort aktiv, wo die Musik spielt. Dafür sind sie gewählt, dafür erhalten sie einen guten regulären Lohn inkl. Spesen. Alle Kandidierenden wissen vor der Wahl, dass Regieren auch heisst, dass man solche Zusatzaufgaben und Mandate übernimmt. Wenn die Regierung nun schreibt, ohne Sitzungsgelder seien Regierungsräte weniger bereit, in solchen Gremien Einsitz zu nehmen, dann fragt man sich, wieso die Regierungsmitglieder sich in ihr Amt wählen liessen: Wegen zusätzlicher Pfründe, oder weil sie sich für Zug und seine Bevölkerung einsetzen wollen? Sicher ist das Zweite der Fall. Und wenn die Regierung schreibt, je mehr sich ein Regierungsmitglied engagiere, desto mehr Bahnfahrten müsse es zahlen, zeigt das einen offensichtlichen Argumentationsnotstand. Bei einem solchen Lohn und solchen pauschalen Spesen kann sich ein Regierungsmitglied locker ein Generalabonnement 1. Klasse leisten. Der Votant selber hat ein Generalabonnement 2. Klasse – und sein Arbeitgeber bezahlt nichts daran.
Das Ganze stösst etwas sauer auf, und man möchte es mit hochbezahlten Fussballern vergleichen, die auch immer höhere Prämien fordern, wenn sie für die Nationalmannschaft spielen sollen. Für die Fussballnati spielt man wegen der Ehre, nicht wegen des Geldes, und Zug vertritt man in der Schweiz und in den nationalen Gremien wegen der Bevölkerung, nicht wegen des Geldes. Und wenn die Sitzungsgelder immer wieder als Marginalien bezeichnet werden: Gemäss Wissensstand des Votanten erhält der Finanzdirektor als Mitglied des Pensionskassen-Vorstands 15'000 Franken. Die Frage an den Finanzdirektor: Ist das richtig? Und kann er dieses Geld behalten? Wenn der Betrag richtig ist, handelt es sich um mehr als eine Marginalie, dies notabene für eine Aufgabe, die nach dem Verständnis des Votanten eine Regierungsratsaufgabe ist.
Der Votant bittet den Rat, alle drei Motionen erheblich zu erklären, damit darüber diskutiert werden kann, was nötig ist – auch zum Wohl der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Eusebius Spescha ist nicht sicher, ob er vorhin in der Hitze des Gefechts nicht eine falsche Zahl genannt hat. Um es richtig festzuhalten: Ein Regierungsratsgehalt ist 21'500 Franken monatlich mal dreizehn, dies gemäss Angabe des Landschreibers.
Das Anliegen der SP-Fraktion ist es, die Frage der Sitzungsentschädigungen in die ganze Thematik der Entschädigungen einzubeziehen. Sie kann sich deshalb dem Antrag der CVP-Fraktion anschliessen und dieser Fassung einer Teilerheblicherklärung zustimmen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass dieses Geschäft die Mitglieder des Regierungsrats auch persönlich betrifft, was es diesem schwierig macht, Position zu beziehen und dem Kantonsrat Anträge zu stellen. Der Regierungsrat hat sich sehr wohl überlegt, ob er die vorliegenden Vorstösse überhaupt beraten oder sie gleich an die Stawiko weiterleiten soll. Er hat sie schlussendlich beraten, einerseits

weil die Vorstösse an ihn überwiesen wurden, andererseits weil er seine Haltung definieren wollte, dies im Bewusstsein, dass er nicht selber über seine Anstellungsbedingungen legiferiert.
Die Motion der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz erteilt dem Regierungsrat den Auftrag, dem Kantonsrat eine grundlegende Analyse der Anstellungsbedingungen und Vorschläge für allfällige Anpassungen an die heutigen Gegebenheiten zu unterbreiten. Die Analyse wurde in den Voten als ausführlich, umfassend und grundlegend bezeichnet, und auf diesem Hintergrund kann man die Motion auch erheblich erklären. Der Regierungsrat wollte aber nicht von sich aus die Erheblicherklärung beantragen, hätte man doch noch viel mehr abklären können. Er schliesst sich aber dem Antrag auf volle Erheblicherklärung an.
Der Auftrag der Stawiko-Motion lautete, die Abgangsentschädigungen für Mitglieder des Regierungsrats, Richterinnen und Richter, Landschreibende, Datenschutzbeauftragte und Ombudsperson zu vereinheitlichen. Der Regierungsrat hat ausführliche Abklärungen vorgenommen und unzählige Varianten aufgezeigt und kommt zum Schluss, dass bei freiwilligen bzw. unfreiwilligem Rücktritt je die gleiche Systematik mit gleichen Jahreszahlen angewendet werden soll. Nicht gleich ist allerdings die Bemessungsgrundlage. Das Amt des Landammanns wechselt alle zwei Jahre, weshalb die Landammannzulage nicht in die Bemessungsgrundlage miteinbezogen wurde; in einem Gerichtspräsidium hingegen bleibt jemand über Jahre, weshalb die entsprechende Zulage in der Bemessungsgrundlage inbegriffen ist. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat nur eine Teilerheblicherklärung beantragt, ist doch der Motionsauftrag nicht vollumfänglich erfüllt. Der Regierungsrat wollte also keineswegs die weitere Beratung einschränken, glaubt aber, dass die Stawiko auch mit einer Teilerheblicherklärung die gewünschte Bandbreite für ihre Beratungen hat.
In der Motion und das Postulat von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi geht es um die Sitzungsgelder, welche Regierungsmitglieder für ihre Mitarbeit in interkantonalen Gremien und Arbeitsgruppen erhalten und deren Streichung die Motionäre bzw. Postulanten verlangen. Auch hier hat der Regierungsrat seine Haltung zu skizzieren versucht. Es ist tatsächlich so, dass der Regierungsrat gut entschädigt ist. Die Mitarbeit in solchen Gremien und die Übernahme besonderer Funktionen ist aber mit zusätzlichem Aufwand verbunden. Man kann natürlich darüber diskutieren, ob solche Ämter zum Aufgabenfeld eines Regierungsrats gehören, eine Verpflichtung dazu gibt es nicht. Wenn ein Regierungsrat ein solches Amt übernimmt und vom betreffenden Gremium eine Sitzungsentschädigung erhält, sollte er diese – so die Meinung des Regierungsrats – als Entgelt für die zusätzlichen Aufwände behalten dürfen. Zwar hat ein Regierungsrat ein Gehalt und eine pauschale Spesenentschädigung, je mehr er sich aber in Bern oder in Zürich engagiert, umso grösser ist sein Aufwand. *Diese* Spesen sind nicht entschädigt. Er kann zwar das Sitzungsgeld bis maximal 300 Franken behalten, eine allfällige Spesenentschädigung, welche die betreffende Institution auszahlt, geht aber in die Staatskasse; auch darf das Regierungsmitglied nicht zulasten des Kantons Spesen verursachen. Je mehr sich ein Regierungsmitglied also überregional oder national engagiert, umso weniger bleibt ihm. Und es müsste ja im Interesse des Kantons sein, dass sich die Regierungsräte in diesen Gremien engagieren, denn die Interessen des Kantons Zug werden dort von keinem anderen Kanton vertreten. Der Regierungsrat ist auch der Meinung, dass sich die heutige Regelung bewährt hat. Das gilt auch für andere Kantone. Auch dort haben sich die Regelungen grundsätzlich bewährt, nicht bewährt aber hat sich der Vollzug, indem sich Behördenmitglieder nicht an die Regelungen hielten und Gelder, die sie weiterleiten sollten, nicht weiterleiteten. Der Regierungsrat hat auch darauf reagiert und die Finanzkontrolle mit einer Prüfung beauftragt.

Der Finanzdirektor ist Präsident der Pensionskasse, der Finanzdirektorenkonferenz und Mitglied des Steuerorgans des Bundesrats für die Unternehmenssteuerreform. Für das Pensionskassenpräsidium erhält er eine Pauschale, die er nach Rechtsstellungsgesetz behalten darf, sowie ein Sitzungsgeld von 300 Franken. Bei der Finanzdirektorenkonferenz erhält er als Präsident keine Entschädigung, wohl aber als Vorstandsmitglied ein Sitzungsgeld von 250 Franken. In den weiteren Gremien erhält er keine Entschädigungen.
Der Finanzdirektor bittet den Rat, dem regierungsrätlichen Antrag auf Nichterheblicherklärung der Motion und des Postulats Spescha/Dzaferi zu folgen, auch wenn dies bedeutet, dass die betreffenden Anliegen nicht in die Gesamtbetrachtung einbezogen werden können. Wenn der Rat dem regierungsrätlichen Antrag nicht zustimmen kann, bittet der Finanzdirektor, den Antrag auf Teilerheblicherklärung gemäss der CVP-Fraktion zu unterstützen.

Anträge des Regierungsrats

1. Die Motion der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz vom 16. April 2013 betreffend Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats vom 1. Februar 1990 (Vorlage 2243.1 - 14317) sei im Sinne der vorstehenden Erwägungen teilweise erheblich zu erklären.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Erheblicherklärung gestellt wurde. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an, womit es keine Abstimmung braucht.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend erheblich.

2. Die Motion der Staatswirtschaftskommission vom 7. Oktober 2013 betreffend gleiche Abgangsentschädigungen für gewählte Behördenmitglieder des Kantons (Vorlage 2303.1 - 14469) sei im Sinne der vorstehenden Erwägungen teilweise erheblich zu erklären.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auch hier ein Antrag auf Erheblicherklärung gestellt wurde, dem sich der Regierungsrat anschliesst. Auch hier braucht es also keine Abstimmung.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend erheblich.

3. Die Motion von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi vom 10. März 2014 betreffend Entschädigung von Mitgliedern des Regierungsrats (Vorlage 2373.1 - 14632) sei nicht erheblich zu erklären.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Motionäre ihren Antrag auf Erheblicherklärung zurückziehen. Damit liegen zwei Anträge vor: Nichterheblicherklärung und Teilerheblicherklärung gemäss Antrag der CVP-Fraktion.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 39 zu 22 Stimmen teilerheblich im Sinne des Antrags der CVP-Fraktion.

4. Das Postulat von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi vom 10. März 2014 betreffend Streichung von Sitzungsgeldern bei interkantonalen Gremien (Vorlage 2374.1 - 14633) sei nicht erheblich zu erklären.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Postulanten ihren Antrag auf Erheblicherklärung zurückziehen, womit zwei Anträge vorliegen: Nichterheblicherklärung und Teilerheblicherklärung gemäss Antrag der CVP-Fraktion.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 32 zu 31 Stimmen nicht erheblich.

5. Das Geschäft sei zur weiteren Bearbeitung an die Staatswirtschaftskommission zu übertragen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend zu.

1139 Traktandum 6.4: **Motion der Alternativen Grünen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Änderung Richtplantext S6 «Zone mit speziellen Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen»**
Es liegen vor: Motion (2360.1 - 14580); Bereicht und Antrag des Regierungsrats (2360.2 - 14668).

Hanni Schriber-Neiger als Vertreterin der Motionärinnen dankt zuerst für die schnelle Bearbeitung dieser Motion. Die Ausgangslage sieht folgendermassen aus: Das Landgut Aabach in der Gemeinde Risch ist heute grundsätzlich Landwirtschaftszone und Wald, überlagert von Landschaftsschutzzone und teilweise Seeuferschutzzone. Für den Park selber sieht der kantonale Richtplan zudem eine Spezialzone vor (siehe Bericht der Regierung, Seite 1, S 6.1). Der Bundesrat strich 2005 – wie im Bericht der Regierung erwähnt – das Wort «Bauzone» aus dem Richtplan und ersetzte es durch «Zone mit speziellen Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen», was eine Verschärfung für die Objekte in S 6 darstellt. Somit lässt er in diesen Zonen keine grösseren baulichen Ergänzungen zu, geschweige denn neue Nutzungen mit verschiedenen Gebäuden.
Zur Spezialzone S 6: Im Landgut Aabach gibt es ein einziges schützenswertes Gebäude, das landwirtschaftliche Wohngebäude, genannt «Gärtnerhaus», aus der Ära vor der Entstehung des Landguts. Bis 2005 befand sich auch das Hauptgebäude des Landguts, die Villa Göhner, noch in der Liste der schützenswerten Gebäude. Aus unbekannten Gründen strich damals die kantonale Denkmalkommission die Villa von dieser Liste. Gemäss den kantonalen Stellen konnten 2011 weder die Votantin als Kantonsrätin noch interessierte Personen in die Dokumente der Denkmalkommission Einsicht nehmen, um nachvollziehen zu können, weshalb die Villa in das Verzeichnis aufgenommen und dann plötzlich wieder daraus gestrichen wurde.
Die genannten Spezialzonen haben in erster Linie der Erhaltung der als schützenswert nachgewiesenen Objekte zu dienen und nicht dazu, Neuanlagen zu erstellen. Es ist unzulässig, den historischen Wert einer Gebäudegruppe bloss zu behaupten und gewissermassen als Feigenblatt zu benutzen, um die bundesrechtlichen Vorschriften über Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet zu unterlaufen.
Zum Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK): Im Bericht der Regierung wird die ENHK erwähnt, die zum Novartis-Projekt im Gut

Aabach Stellung bezieht. Sie sagt unter anderem, das Novartis-Projekt führe zu einer Aufwertung des BLN-Gebiets. Doch ausgerechnet dieser «rosarote» Bericht der ENHK enthält keine raumplanerische Prüfung der Übereinstimmung mit der kantonalen Richtplanung und der Nutzungsplanänderung. Die ENHK äussert sich mit keinem Wort zum Widerspruch zwischen den Aussagen von S 6 und fehlender Schutzwürdigkeit von Bauten einerseits und der Festlegung einer Bauzone andererseits, was eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Keinesfalls kann das ENHK-Gutachten von 2011 als Argument zur Änderung der Nutzungsordnung herangezogen werden, denn Änderungen der Zonen- und Bauordnung liegen stufenhierarchisch über den Änderungen durch die Bebauung von Grundstücken. Damit das Gutachten einer nationale Expertenkommission nicht missbräuchlich in einem – damals bevorstehenden – Abstimmungskampf hätte eingesetzt werden können, hätte die ENHK das Ansinnen von Novartis in dieser Phase entweder zurückweisen müssen, zur Änderung der Zonen- und Bauordnung mit Blick auf die erwähnten Widersprüche zu S 6 Stellung nehmen oder allenfalls auf den Zeitpunkt des allfälligen späteren Bauprojekts verschieben müssen.
Zur Zersiedelung: Das Landgut Aabach liegt völlig dezentral, weit weg von den nächsten Ortschaften, dem Industriegebiet Fänn in der Gemeinde Küssnacht und dem Dorf Risch. Es grenzt zwar an eine reguläre Bauzone, eine Art Villenzone. Doch der Kantonsplaner des Kantons Zug, René Hutter, meinte dazu in der «Neuen Zuger Zeitung» vom 29. September 2010, diese würde «heute wohl nicht mehr als Siedlungsgebiet genehmigt». Diese Villenzone liegt selber auch dezentral und ist faktisch eine Zone für Reiche. Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) äussert sich immer wieder kritisch, mahnend und öffentlich gegen die mehrfach schädliche Zersiedelung.
Zum Unteren Freudenberg: Es sind auch keine Belege für historisch wertvolle Objekte bekannt, dass für das Gebiet Unterer Freudenberg mit riesigem Gesamtareal, ebenfalls weit abseits des Siedlungsgebiets, eine Einzonung nach S 6 gerechtfertigt werden könnte. Für die jetzigen Bauten reicht eine Besitzstandsgarantie völlig aus. Auch hier gilt: Landschaft besser schützen, und Einhalt der Zersiedelung.
Die Aktualität zeigt Folgendes: Novartis gab den «Bauverzicht» im Dezember 2013 bekannt und merkte an, man wolle das Ausbildungszentrum in der Nähe des Stammsitzes Basel realisieren. Es ist einerseits klar, dass die Drohung der verbliebenen, höchst aussichtsreichen privaten Beschwerden ein wesentlicher Grund für den Novartis-Entscheid war. Andererseits ist jetzt mit der sogenannten Bauplatzverlegung nach Basel erwiesen, dass die im Rahmen der Nutzungsplanung Aabach von der Gemeinde verlangte Abklärung von Alternativstandorten für ein Ausbildungszentrum eine Farce war. In der gemeinsamen Medienmitteilung von Baudirektion und Gemeinde Risch vom 21. Januar 2014 heisst es dann, dass es keinen Bedarf mehr für eine Bauzone mit speziellen Vorschriften gebe, und die Baudirektion werde «aus diesen Gründen dem Regierungsrat beantragen, die Änderung der Bauordnung und des Zonenplans nicht zu genehmigen». Die Votantin fragt: Wenn dies geschehen ist, was hat der Regierungsrat seither getan? Gemäss § 3 Abs. 3 ist der Regierungsrat zuständig, die gemeindlichen Bauvorschriften sowie Zonen- und Bebauungspläne zu genehmigen bzw. nicht zu genehmigen. Der Regierungsrat äussert sich dazu in seinem Bericht und Antrag nicht. Weshalb? Er argumentiert mit verschwommenen Übergangsbestimmungen, um seine spekulativen Einzonungsabsichten aufrechterhalten zu können, und er will nicht auf die Widersprüche in der Richtplanung eingehen und eine Auseinandersetzung führen. Die AGF bedauert und kann nicht verstehen, dass die Regierung diesen Ball nicht aufgenommen hat. Ihr Fazit zur richtplanerischen Festlegung der Spezialzone S 6 lautet: Entweder

sind Bauten und Anlagen von historischer Bedeutung und deshalb zu schützen, oder sie sind es nicht. Mit der Streichung der Villa des Guts Aabach 2005 aus dem Inventar schützenswerter Denkmäler entfällt die legitimierende Voraussetzung für die Festlegung der Spezialzone in Aabach. Die «Zone mit speziellen Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen» hat im Aabach ganz einfach ihre Berechtigung verloren und muss deshalb im kantonalen Richtplan gestrichen werden.
Die AGF setzt sich für den Landschafts- und Seeuferschutz ein und fordert daher zusammen mit der SP-Fraktion, dass die Einzonung in S 6 «Spezialzonen», Nr. 10 Unterer Freudenberg und Nr. 11 Landgut Aabach, zurückzunehmen sei. Die AGF stellt den **Antrag,** die Motion betreffend Änderung des Richtplantextes zu S 6.1 erheblich zu erklären.

Franz Peter Iten: Die CVP-Fraktion hat sich bei der Beratung der vorliegenden Motion die Frage gestellt, was wohl die Motivation der Motionäre sei, diese Motion einzureichen, oder welche Hintergründe dazu geführt haben könnten. Trotz ihrer Grösse hat die CVP-Fraktion keine definitive Antwort gefunden, sondern nur Vermutungen, die sie nicht kommunizieren will – wobei die Sprecherin der Motionärinnen heute die Novartis erwähnte. Trotzdem hat die CVP die Motion natürlich diskutiert und selbstverständlich auch Beschluss gefasst.
Die Regierung zeigt in ihrer Beantwortung klar auf, dass die zwei fraglichen Zonen wie auch die vier andern im Richtplan unter S 6.1.1 aufgeführten Zonen rechtens sind. Die CVP dankt dem Regierungsrat für die ausführliche und informative Beantwortung der Motion. Sie weist ausdrücklich und wohlüberlegt auf sechs Punkte hin:
• Im Kanton Zug schieden die Gemeinden nach der Genehmigung des Kapitels S 6 durch den Bundesrat verschiedene «Zonen mit speziellen Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen» aus. Wie bekannt, sind auch diese Orte im Richtplan in der sogenannten Ausgangslage aufgenommen worden.
• Im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung des Richtplans blieben diese Gebiete unbestritten.
• Die Festsetzung der Güter Aabach und Freudenberg entsprechen heute noch den strengeren Kriterien und stehen im Einklang mit dem revidierten Raumplanungsgesetz, wobei kein Widerspruch zum eidgenössischen Raumplanungsgesetz festzustellen ist.
• Eine weitere Zersiedelung, wie die Motionäre suggerieren, ist nicht möglich, weil im kantonalen Richtplan im Grundsatz nur die heutigen Qualitäten der Gebäudegruppen und die denkmalpflegerische Anliegen verbessert werden dürfen, immer unter dem Blickwinkel, dass die Zonen klein zu halten sind.
• Im November 2011 hat der Souverän der Gemeinde Risch in einer Urnenabstimmung diesen Zonen zugestimmt, womit dieser Entscheid ein Entscheid *des Volkes* ist.
• Es ist nicht Aufgabe des Kantonsrats, die Gemeindeautonomie zu untergraben oder die Handlungsfreiheit der Gemeinden einzuschränken. Vielmehr sind diese zu respektieren.
Aus diesen Gründen und gestützt auf den Bericht und Antrag des Regierungsrats stimmt die CVP-Fraktion einstimmig dem Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung der Motion zu und bittet den Rat, dasselbe zu tun.

Renato Sperandio als Sprecher der FDP-Fraktion: Im Richtplan beim Abschnitt S 6 sollen unter «Zonen mit speziellen Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen», Gemeinde Risch, die zwei Ortsbezeichnungen «Landgut Aabach» und «Unterer Freudenberg» gestrichen werden. Mit Bericht und Antrag vom 29. April

2014 nimmt die Regierung zu diesem Sachverhalt ausführlich Stellung. Die FDP hebt daraus die folgenden Punkte hervor:
• An welchen Standorten solche Zonen denkbar sind, wurde gemeinsam mit der kantonalen Denkmalpflege evaluiert. Im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung am Richtplan blieben diese Gebiete – wie bereits erwähnt – unbestritten.
• Das Gut Aabach wie auch das Gut Freudenberg sind Glieder einer Kette von Parkanlagen am Westufer des Zugersees. Diese Standorte umfassen Bauten und Anlagen, mit ihrer Umgebung, von historischer Bedeutung. Mit der Festsetzung der Standorte kann die Weiterentwicklung dieser historisch wertvollen Ensembles garantiert werden.
• Der Zuger Richtplan steht nicht im Widerspruch zur Gesetzgebung von Bund und Kanton. Das Raumplanungsgesetz sieht solche Zonen ausdrücklich vor.
• Bei diesen Standorten handelt es sich um Zonen mit speziellen Vorschriften, nicht um Bauzonen. Hier gelten strenge Kriterien, welche erfüllt werden müssen.
Der Regierungsrat beantragt daher die Nichterheblicherklärung und Abschreibung der Motion. Die FDP-Fraktion schliesst sich den Ausführungen der Regierung an und unterstützt deren Antrag.

Karl Nussbaumer spricht für die SVP-Fraktion: Die AGF und die SP-Fraktion verlangen mit ihrer Motion, dass im kantonalen Richtplan beim Abschnitt S 6 unter «Zonen mit speziellen Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen» die Spezialzonen unter Risch mit den Ortsbezeichnungen «Landgut Aabach» (Nr. 11) und «Unterer Freudenberg» (Nr. 10) gestrichen werden. Blenden wir zurück: Ein internationaler Grosskonzern will im Kanton Zug eine Ausbildungsstätte mit Investitionen von rund 100 Millionen Franken realisieren. Die Bevölkerung von Risch stimmt der dafür notwendigen Umzonung im November 2011 grösstmehrheitlich zu. Es soll eine architektonische Perle, geplant von einem renommierten Architekten, mit internationaler Ausstrahlungskraft entstehen. Damit wären nicht nur der Erhalt und der Unterhalt des Guts Aabach sichergestellt gewesen; zusätzlich wäre insbesondere der Öffentlichkeit von Risch der Zugang zum Gut im gleichen Umfang wie bei der Halbinsel Buonas gewährt worden.
Es sollte aber nicht sein. Durch beschwerdeweises Verzögern vergraulten namentlich linke Kreise – im Übrigen wohl kaum beschwerdelegitimiert – den Grosskonzern derart, dass er schliesslich das Handtuch warf und auf die Realisierung des Ausbildungszentrums und damit nicht zuletzt auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen verzichtete. Fazit der Verzögerungstaktik dieser Kreise: keine architektonische Perle mit internationaler Ausstrahlungskraft, kein Ausbildungszentrum, keine neuen Arbeitsplätze, kein Zugang der Öffentlichkeit zum Gut Aabach. Kurz gesagt: Ziel erreicht – dank Verhinderungstaktik dieser Gruppierungen.
Damit haben diese Kreise aber noch nicht genug Schaden angerichtet. Sie gehen noch weiter und begehren die Streichung der im kantonalen Richtplan im Abschnitt S 6 unter «Zonen mit speziellen Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen» enthaltenen Spezialzonen «Landgut Aabach» und «Unterer Freudenberg». Für alle Zeiten soll verhindert werden, dass sich diese Landsitze weiterentwickeln können. Da stellt man sich die Frage, wie sich diese Kreise die Zukunft dieser Liegenschaften vorstellen. Die Güter befinden sich bereits heute in einem Dornröschenschlaf. Soll gewartet werden, bis sie von einem kühnen Prinz wachgeküsst werden? Da werden sie noch lange warten müssen. Bis ein solcher Prinz auftaucht, werden diese Liegenschaften längst vergammelt und verlottert sein. Und der Votant glaubt schon lange nicht mehr an Märchen. Ein solches Ende dieser Perlen muss mit aller Kraft verhindert werden, und eine Weiterentwicklung dieser

Liegenschaften muss möglich bleiben. Ohne innovative Vorfahren gäbe es am Zugersee keine solchen Güter, und man muss sich bemühen, diese Zeitzeugen zu erhalten. Deshalb unterstützt die SVP Fraktion einstimmig und mit aller Vehemenz die Nichterheblicherklärung der Motion. Der Votant dankt dem Rat, wenn auch dieser die Nichterheblicherklärung gemäss Antrag der Regierung unterstützt.

Alois Gössi trägt als Sprecher der SP-Fraktion das Votum von Markus Jans vor, der an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann.
Das Gut Aabach ist neben dem Schloss St. Andreas in Cham das Negativbeispiel, wie die Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen umgesetzt werden können. Im Rahmen des Projekts Novartis hat sich beispielhaft gezeigt, wie Geld die Welt regiert. Was sich da positiv zur Aufwertung des BLN-Gebiets hätte auswirken sollen, bleibt der SP-Fraktion ein Rätsel. Noch beispielloser ist, was jetzt auf dem Areal des Schloss St. Andreas erstellt wurde. Augenfällig wurden hier zwei Blöcke hingepflastert, die sich weder vom Üblichen abheben noch sich durch besondere rücksichtsvolle Architektur hervortun. Die Zone mit speziellen Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen wird ausgenutzt, um Privatinteressen gegen Interessen der Öffentlichkeit durchzusetzen. Es ist bedenklich, dass der Regierungsrat nicht Hand bietet, diesem Tun entgegenzuwirken. Die SP-Fraktion unterstützt daher den Antrag. die vorliegende Motion erheblich zu erklären.

Daniel Stadlin legt seine Interessenbindung dar: Er ist mit einem 40-Prozent-Pensum kantonaler Beauftragter für Kulturgüterschutz.
Der Regierungsrat kommt zum Schluss, der jetzige Richtplaneintrag entspreche den strengen Kriterien des revidierten Raumplanungsgesetzes und müsse deshalb nicht geändert werden. Das ist eine gewagte Aussage. Nach Bundesrecht bedürfte nämlich ein künftiges Projekt der Schaffung einer Bauzone. Zumindest für das Landgut Aabach wäre dies eine «Bauzone mit speziellen Vorschriften». Eine solche Einzonung ist gemäss neuem Raumplanungsgesetz jedoch fraglich.
Laut kantonalem Richtplan bezwecken Spezialzonen, historisch wertvolle Gebäude und Anlagen zu erhalten und zu entwickeln. Die wertvollen Gebäude stehen also im Zentrum des Anliegens. Beim Landgut Aabach beinhaltete das Projekt Novartis die Entfernung der denkmalrelevanten Villa von 1929 samt zugehörigem Park. Die Villa wurde auch tatsächlich aus dem Schutz entlassen. Einziges verbleibendes Objekt im Inventar der schützenswerten Kulturgüter ist noch das Gärtnerhaus. Somit kann kaum dessen Erhalt als Grund für die Beibehaltung einer Spezialzone herbeigezogen werden, denn dieses Gebäude begründet nicht die Errichtung einer Spezialzone. Sonst könnte bei jedem Bauernhof, wo typischerweise ein bis drei Bauten im Inventar der schützenswerten Kulturgüter aufgeführt sind, mit dieser Begründung eine solche Zone geschaffen werden, was jedoch einer zweckwidrigen Verwendung des Planungsinstruments gleich käme. Betreffend Unterer Freudenberg hält der Regierungsrat fest, dass für diese vom Siedlungsgebiet weit abgelegene und nur über ein Naherholungsgebiet erschliessbare Baugruppe keine Bauzone gemäss § 27 des Planungs- und Baugesetzes denkbar ist.
Fazit: Das revidierte Raumplanungsgesetz bezweckt eine verdichtete räumliche Konzentration der Bautätigkeit, eine Begrenzung der Bauzonen und eine Schonung der Landschaft. Der Richtplan des Kantons kann keine Sonderzonen vorsehen, die dagegen verstossen, und Einzonungen an kulturgeschichtlich heikelsten und landschaftlich bedeutendsten Lagen ermöglichen. Der Richtplan sieht die Schaffung von Sonderzonen zum Schutz und Weiterentwicklung von historisch bedeutenden Bauten und Anlagen vor. Dieses wichtige Instrument darf nicht verwässert oder gar

missbraucht werden, indem man es am falschen Ort einsetzt. Deshalb sind im kantonalen Richtplan unter 6.1 Spezialzonen die Einträge «Landgut Aabach» und «Unterer Freudenberg» zu streichen. Die GLP ist für Erheblicherklärung der Motion.

Stefan Gisler erinnert daran, dass sich Karl Nussbaumer darüber beklagte, dass die Einsprechenden – darunter direkte Anwohnende – ihr demokratisches Recht auf Einsprache wahrgenommen haben. Demokratie gilt eben auch, wenn sie unbequem ist und den politischen Zielen Nussbaumers widerspricht. Auch zeichnete Karl Nussbaumer das eindrückliche Bild – oder besser gesagt Märchen? –, dass die linken Kreise eine derartige Macht hätten, dass sich Novartis zurückzieht. Der Votant dankt für diese Blumen – schön wäre es! Es waren ganz praktische Gründe, welche Novartis zum Rückzug bewogen: Es gab einen Chefwechsel, und man hat eine neue Firmenstrategie, die eher auf Wirtschaftlichkeit als auf Luxusprojekte fokussiert. Denn wenn die Firma Novartis mit ihrer geballten Macht das Projekt hätte realisieren wollen, hätte es die bürgerliche Zuger Regierung wohl nicht verhindert.
Franz Peter Iten weiss nicht, welches die Hintergründe der Motion sind. Es ist ganz einfach der Schutz der Landschaft und der Heimat. Die SVP hat in ihrer Abstimmungspropaganda zur Masseneinwanderungsinitiative aktiv auf das grosse Problem der Zersiedelung hingewiesen; auch die AGF beklagt die Zubetonierung der Landschaft gerade im Kanton Zug. Es gilt dann aber hinzustehen, diese Entwicklung einzudämmen und die richtigen Entscheidungen zu treffen. Das kann man heute tun, und auch die SVP kann heute beweisen, dass ihre Propagande vor dem 9.Februar nicht nur hohle Worte war. Heute kann der Kantonsrat ganz konkret eine Zone im Gut Aabach schützen. Lässt man diese Zone im Richtplan drin, kann nämlich sehr wohl mehr Fläche verbaut werden. Deshalb will man sie ja auch unbedingt im Richtplan behalten. Wenn es nämlich keinen Unterscheid machen würde, würde man nicht so heftig darum kampfen. In diesem Sinne ruft der Votant den Rat auf, zur Motion Ja zu sagen.

Hanni Schriber-Neiger wendet sich an Karl Nussbaumer: Es wird immer wieder versucht, das bestehende «Roche Forum» und mit dem Novartis-Projekt gleichzustellen. Ein Vergleich mit dem Areal der Halbinsel Buonas zeigt auf, wie unverhältnismässig das Projekt der Novartis eben war. Roche realisierte 2001 das «Roche Forum Buonas». Sie errichtete ein einziges neues Gebäude, das relativ unauffällig in die Landschaft platziert ist und in Relation zu über zwanzig Objekten im Inventar der schützenswerten Denkmäler steht, darunter ein grosses Schloss und mehrere Wohn- und Ökonomiegebäude.

Baudirektor **Heinz Tännler** ist erstaunt darüber, wie emotional diese Debatte geführt wird. Ganz allgemein ist festzuhalten, dass der vorliegende Richtplan vom Kantonsrat diskutiert und gutgeheissen und auch vom Bund genehmigt wurde. Auf die Aussage, er sei bundesrechtswidrig, will der Baudirektor deshalb gar nicht eingehen. Sonst müssten nämlich Gutachten von Professoren in Bern und Zürich erstellt werden, mit je unterschiedlichen Schlüssen. Demokratisch gesehen, haben der Kantonsrat und der Bundesrat als legitimierte Behörde den vorliegenden Richtplan «Unterer Freudenberg» und «Landbach Aabach» gutgeheissen. Der Baudirektor hat mit dem Amt für Raumentwicklung (ARE) immer wieder Sitzungen, und er hat dieses Thema auch dort zur Sprache gebracht. Vom ARE, das bekanntlich sehr genau hinschaut, wurde dem Baudirektor aber nie gesagt, dass der Kanton Zug einen bundesrechtswidrigen Richtplan habe. Es werden hier im Rat und auch in den Medien also irgendwelche Sachen behauptet, gegen die sich der Baudirektor

in aller Deutlichkeit verwehrt, zumal die Überlegungen, weshalb man die fraglichen Gebiete aus der betreffenden Spezialzone hinausbefördern will, auch politischer Natur sind. Es sind also politische Diskussionen, die hier geführt werden. Sachlich-raumplanerisch ist die Richtplanung korrekt und *in line* mit dem Bundesrecht. Es werden auch keine Vorschriften unterlaufen, zumindest nicht wissentlich. Mag sein, dass die Baudirektion Fehler macht, aber sie unterläuft keine Vorschriften.
Zur ENHK: Die Argumente der ENHK werden je nach dem gebraucht oder eben nicht gebraucht. Die ENHK hat keinen Auftrag gehabt, raumplanerische Abklärungen zu treffen, sondern sie hat aus landschaftsschützerischer Sicht eine Beurteilung vorgenommen und ist zum Schluss gekommen, dass das Vorhaben von Novartis eine gute Aufwertung sei – die ENHK notabene, die keineswegs mit irgendwelchen Kapitalisten und Novartis-Freunden bestückt ist. Kanton, Baudirektion und Gemeinde haben mit viel Einsatz versucht, ein gutes Resultat hinzukriegen, dies – es sei wiederholt – auf dem Hintergrund einer demokratisch zustande gekommenen und vom Bund genehmigten Richtplanung. Alles andere wäre Rechtsverweigerung gewesen. Hätten die Behörden Novartis gesagt, es sei nichts möglich, dann hätten sie rechtswidrig gehandelt. Ob die Beschwerden, der Wechsel des CEO oder finanzielle Gründe Novartis dazu bewogen haben, ihr Projekt nicht weiterzuverfolgen, sei dahingestellt; als Eigentümer kann Novartis entscheiden, wie sie will. Der Entscheid ist aber kein Grund, die bestehende Richtplanung in Frage zu stellen.
Es wurde auch gesagt, die Baudirektion betreibe eine spekulative Einzonungspolitik. Auch das muss der Baudirektor in aller Form zurückweisen. Der Kantonsrat hat auf Vorschlag der Baudirektion beschlossen, in der nächsten Ortsplanungsrevision keine Einzonungen mehr zuzulassen, mit Ausnahmen von ein paar Arrondierungen. Das Gut Aabach hat damit rein nichts zu tun. Die Regierung setzt sich auch für den Landschaftsschutz ein, scheidet entsprechende Zonen und sorgt dafür, dass der Landschaftsschutz sein Gewicht hat. Sie betoniert nicht einfach nur zu, sondern schaut auch für den Naturschutz etc. Im Kanton Zug gibt es gleich viel Naturschutzgebiete wie Baugebiete, dies erst noch ohne Seen und Wald.
Alois Gössi hat von Negativbeispiel gesprochen und davon, dass Geld die Welt regiere. Novartis gibt es schon seit Jahrzehnten und ist – so lange sie Steuern bezahlt – offenbar in Ordnung. Novartis ist aber auch Eigentümerin des Guts Aabach gewesen, und das Eigentumsrecht muss respektiert werden. Für den Baudirektor schimmert hier etwas der Vorwurf durch, dass die Baudirektion die Situation etwas anders beurteilt habe, weil es Novartis war. Aber ob Müller oder Meier oder Novartis: Die Baudirektion setzt die genau gleich strengen Anforderungen.
Wenn Daniel Stadlin den Denkmalschutz angesprochen hat, hat er nur eine Seite der Medaille genannt. Es geht hier nämlich nicht nur um Gebäude, sondern auch um die historischen Gärten und die Gartendenkmalpflege. Das ist der Grund für die Spezialzone. Und es sei wiederholt: Kanton und Regierung tun – für viel Geld – sehr viel auch für grüne Anliegen. Das soll man respektieren.
Das Gut Aabach ist ein von Menschenhand umgestaltetes Gut. Es wäre mit dem Novartis-Projekt zurückgeführt worden zu dem, was es einmal war und wie die Natur es einmal gebildet hat; es hätte eine tolle Aufwertung erfahren. Der Baudirektor bittet, es im Richtplan zu belassen, damit in der nächsten Generation ein anderes Projekt die Chance hat, unter hohen Auflagen diese Aufwertung vorzunehmen, und damit dannzumal die Öffentlichkeit möglicherweise einen Zugang erhält und vom Gut Aabach profitieren kann.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 46 zu 14 Stimmen nicht erheblich.

1140 Traktandum 6.5: **Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anpassung der Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation**
Es liegen vor: Postulat (1863.1 - 13208); Berichte und Anträge des Regierungsrats (1863.2 - 13685 und 1863.3 - 14647).

René Dubacher spricht für den Postulanten: Das Postulat von Franz Hürlimann, eingereicht im September 2009 mit dem Ziel, dass auf dem ganzen Kantonsgebiet die Sicherheitsdirektion für die Signalisierung der Kantonsstrassen zuständig ist, kommt mit dieser Vorlage zu einem guten Abschluss. Der Regierungsrat geht über die Forderung des Postulats hinaus und ändert die Verfahrensordnung nicht nur für Kantonsstrassen, sondern auch für Gemeindestrassen. Die Verkehrsanordnungen der Stadt Zug müssen neu gleich wie bei allen anderen Zuger Gemeinden durch die Sicherheitsdirektion genehmigt werden.
Das Postulat wurde auch dahingehend begründet, dass mit der geplanten Anpassung überflüssige Ausgaben verhindert und bereits vorhandene Infrastruktur auf Stufe Kanton synergetisch besser genutzt werden kann. Der Regierungrat hat vorgerechnet, dass der personelle Aufwand etwa 50 Stellenprozent betragen soll, und gleichzeitig in Aussicht gestellt, dass die Mehrbelastung der Zuger Polizei verwaltungsintern aufgefangen wird.
Das dritten Begehren des Postulats, dass alle Signalisationen auf der Kantonsstrasse, die nicht durch die Sicherheitsdirektion angeordnet wurden, generell einer erneuten Prüfung zu unterziehen und allenfalls zu korrigieren seien, lehnt der Regierungsrat ab. Er stellt aber in Aussicht, dass punktuelle Überprüfungen möglich seien. In diesem Sinne hofft der Votant, dass die Signalisation auf der Kantonsstrasse zwischen Walchwil und Oberwil, die der eigentliche Auslöser dieses Postulats war, punktuell überprüft wird.
Mit der vorliegenden Teilrevision der Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation verliert die Stadt Zug ihre Privilegien in diesem Bereich. Die Signalisation für Kantons- und Gemeindestrassen wird auf dem ganzen Kantonsgebiet einheitlich geregelt.
Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung, das Postulat von Franz Hürlimann als erledigt abzuschreiben.

Philip C. Brunner dankt namens der SVP-Fraktion dem Postulanten und der Regierung für ihre Arbeit. Die SVP stimmt dem Antrag des Regierungsrats zu, ist in einem Punkt allerdings nicht ganz einverstanden. Sie glaubt, dass im Moment ein erheblicher Koordinationsaufwand zwischen der Stadt und der Sicherheitsdirektion vonnöten ist, der künftig entfällt. Es sollte beim Kanton also eher ein Nullsummenspiel möglich sein und auf Seite Stadt eine Stellenreduktion angestrebt werden können. Es ist für die SVP also keineswegs so, dass wegen dieser Änderung der Verordnung die Stellen bei der Sicherheitsdirektion ausgebaut werden können. Sie macht beliebt, das genau zu prüfen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** stellt fest, dass inhaltlich keine offenen Fragen bestehen und es als richtig beurteilt wird, dass nun alle Gemeinden die gleichen Vorgaben haben. Die nicht von der Sicherheitsdirektion angeordneten Signalisationen sind in Rechtskraft erwachsen, aber sicher nicht so in Stein gemeisselt, dass sie nicht bei Gelegenheit wieder hinterfragt werden könnten. Das sind aber immer teure Abklärungen mit Gutachten etc.
Zu Philip C. Brunner: Der Regierungsrat hat genau aufgeführt, welche neuen Aufgaben zu erfüllen sind. Die Koordination ist dabei marginal. Die Stadt Zug hat

heute gemäss ihren Angaben einen viel höheren Aufwand, als die Sicherheitsdirektion nun vorsieht. Diese wird beim Budget versuchen, die neuen Aufgaben intern aufzufangen, muss aber ca. 50 Stellenprozent in die Verkehrstechnik geben, damit die entsprechenden Arbeiten fristgerecht erledigt werden können.

➔ Der Rat schreibt das Postulat als erledigt ab.

1141 Traktandum 6.6: **Postulat von Kurt Balmer betreffend Arbeitspensen der ordentlich gewählten Richter**
Es liegen vor: Postulat (2255.1 - 14353); Bericht und Antrag des Obergerichts und Verwaltungsgerichts (2255.2 - 14652).

Der **Vorsitzende** begrüsst Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz und Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald.

Postulant **Kurt Balmer** macht zunächst drei Vorbemerkungen:
• Er dankt den Gerichten für ihre Ausführungen.
• Es besteht in dieser Sache keine Interessenbindung des Votanten ausser dessen Mitgliedschaft in der JPK.
• Nicht richtig ist in der Gerichtsbotschaft die Homeoffice-Situation dargestellt: Mehrere Gerichtsmitglieder haben in der Vergangenheit vorübergehend zu Hause gearbeitet; technisch ist entgegen der Botschaft auch von zu Hause aus ein Zugriff auf die elektronische Datenablage und Geschäftskontrolle möglich. Das ist hier aber nur ein Randthema.
Der Votant nimmt zur Kenntnis, dass die Gerichte seinem Anliegen überhaupt kein Wohlwollen entgegenbringen, will aber trotzdem ein paar Klarstellungen vornehmen:
• Wenn der Rat im Rahmen eines Gerichtskonflikts über Verhaltenskodex und Kodexverantwortliche entscheiden musste, so ist es auch legitim und angemessen, hier wieder einmal über die Teilzeitregelung 10 oder 20 Prozent zu diskutieren. Bei den Gerichten hat der nach wie vor pendente, jetzt angeblich teilweise bereinigte Konflikt den Votanten überrascht; für das Obergericht ist sein Vorstoss offensichtlich überraschend. Die Empfindlichkeiten sind ganz offensichtlich anders.
• Überrascht ist der Votant sodann, dass die Richterstellen sich nach Darstellung des Obergerichts grundsätzlich für Teilzeitarbeit eignen. Im Zusammenhang mit der Wahl eines ausserordentlichen Kantonsrichters hat man genau anders argumentiert: Man brauche unbedingt einen vollamtlichen Ersatzrichter mit einer Vollzeitstelle, obwohl es genügend gewählte Ersatzrichter gibt. Die Argumentation beim vorliegenden Vorstoss ist genau umgekehrt.
• Im Zusammenhang mit der Visitation bestätigten mindestens die Oberrichter, dass der Richterjob nicht nur 42 Stunden pro Woche umfasse, sondern häufig Abend- und Wochenendarbeit zur Folge habe, was gemeinhin eigentlich auch erwartet wird; zu verweisen ist hier auf die Diskussion zum Rechenschaftsbericht des Obergerichts am Vormittag. Auch das Wahlorgan Volk dürfte davon ausgehen, dass die Funktion und Bezahlung einer Richterstelle dies quasi automatisch zur Folge habe. Die angebliche Flexibilität mit 20 Prozent ist also definitiv nur eine Scheinflexibilität; und ein Sparpotenzial ist nicht zu erkennen, weil klare Regeln aufgrund der übrigen Flexibilität – Nebenamt, Ersatzrichter – gesamthaft mehr bringen. So wie die Gerichte hier argumentieren, kann man sich des Eindrucks

nicht ganz erwehren, dass zumindest teilweise bei den Gerichten – mit Ausnahme der erwähnten Oberrichter – eine Mentalität «08-bis-17-Uhr-Job» herrrscht, obwohl dies die bestbezahlten Jobs des Kantons sind und zumindest in der Privatwirtschaft unbezahlte Überstunden auf diesem Niveau mehr als üblich sind. Der Votant hofft für den Kanton Zug, dass dieser Eindruck täuscht. Konsequent zu Ende gedacht, würde sich dann nämlich auch die 20-Prozent-Regel auf Richterebene definitiv erübrigen. Der Votant erwartet – unabhängig von der unsäglichen 20-Prozent-Regel – eine gewisse Flexibilität und keine richterliche Erbsenzählerei zulasten des Steuerzahlers, denn schlussendlich unterstützt genau diese Regel eine solche «08-bis-17-Uhr-Mentalität» mit Minutendenken.
• Wenn die Gerichte die 20-Prozent-Regelung unbedingt benötigen, ist nicht einzusehen, weshalb beim Regierungsrat oder sonstigen kantonalen Kaderangestellten keine analoge Regelung existiert. Richterinnen sollen keinen Sonderzug fahren können, sondern mit analogen Stellen im Kanton gleichgestellt werden.
Zusammengefasst: Ziel des Anliegens ist eine Vereinfachung und Klärung und eine Anwendung von 100 oder 50 Prozent. Das Wahlorgan hat auch die Vorstellung, dass Richter sich voll und nicht nur zu 80 Prozent für den Kantons einsetzen. Unklare Abstufungen sollen vermieden werden. Flexibilität erreicht man mit Nebenämtern, d. h. den gewählten Ersatzrichtern; die 20 Prozent sind ein Fremdkörper im Gefüge. Zudem will der Postulant keine «08-bis-17-Uhr-Richterinnen», weshalb er den Rat ersucht, das Postulat entgegen dem Antrag der Gerichte gutzuheissen.

Manuel Brandenberg dankt namens der SVP-Fraktion den Gerichten für die Beantwortung des Postulats. Das Anliegen von Kurt Balmer ist für die SVP verständlich: Ein Richteramt ist kein Nullachtfünfzehn-Job, sondern eine Berufung und vor allem ein Amt, mit welchem der Rechtsstaat steht und fällt. Wenn nämlich Richter politisieren, geht das Ganze zugrunde. Das Politisieren ist Aufgabe des Parlaments und der Regierung, der Richter hingegen hat die noble Berufung, dies – wie die Richter im Kanton Zug – nicht zu tun.
Nun sagen die Gerichte, die von Kurt Balmer monierte prozentuale Abstufung sei kein Problem und problemlos lebbar. Die SVP glaubt den Gerichten und findet es deshalb richtig, das vorliegende Postulat nicht erheblich zu erklären. Sie unterstützt also die Anträge der Gerichte.

Verwaltungsgerichtspräsident **Peter Bellwald** wollte eigentlich das Wort nicht ergreifen, aber ein Satz hat ihn gewaltig geärgert. Er stellt klar: Es gibt keine«08-bis-17-Uhr-Richter». Der Votant selbst pflegt um 07.00 Uhr im Gericht zu sein, und er ist sehr häufig länger als bis 17.00 Uhr dort; einzig am Wochenende pflegt er nicht zu arbeiten. Es soll hier nicht der Eindruck entstehen, dass im Kanton Zug «08-bis-17-Uhr-Richter» arbeiten.
Im Übrigen bittet der Votant, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** gesteht, dass sie anfänglich nicht richtig verstand, was Kurt Balmer mit seinem Postulat wollte. Ihren Kollegen im Obergericht und verschiedenen Kantonsräten, mit denen sie sprach, ging es ebenso. Und trotz des heutigen Votums des Postulanten ist der Obergerichtspräsidentin noch immer unklar, wo dieser allenfalls welche Probleme ortet. Die gesetzliche Regelung im Gerichtsorganisationsgesetz ist klar und eindeutig, und sie stimmt mit der vom Kanton Zug als Arbeitgeber beabsichtigten Flexibilisierung der Arbeitsgestaltung überein. Mit dieser Regelung kann im weiteren darauf hingewirkt werden, dass die Geschlechter in allen Organisationseinheiten und Hierarchiestufen

ausgewogen vertreten sind und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert wird, was der Strategie des Kantons entspricht und der Obergerichtspräsidentin ohnehin seit Jahren ein Anliegen ist. Neue Regelungen sind unnötig. Auch das Obergericht ersucht deshalb den Kantonsrat, die Vorlage nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 47 zu 5 Stimmen nicht erheblich.

1142 Traktandum 6.7: **Interpellation von Manfred Wenger betreffend Stollen-Wasserkraftwerk Ägerisee–Zugersee und Hochwasserschutz im Ägerital, Baar und Zug**
Es liegen vor: Interpellation (2330.1 - 14533); Antwort des Regierungsrats (2330.2 - 14646).

Interpellant **Manfred Wenger** dankt dem Baudirektor für die ausführliche Beantwortung der Interpellation und der Wasserwerk Zug AG für die Vorbesprechung. Er freut sich, dass kein Handlungsbedarf besteht resp. bedauert, dass der Aufwand zu gross ist und Umsetzungsprobleme bestehen.

Mario Reinschmidt legt seine Interessenbindung offen: Sein Arbeitgeber ist die WWZ Energie AG. Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die gute Beantwortung der Interpellation; sie teilt die Meinung der Regierung bedingungslos. In seiner Vorbemerkung weist der Regierungsrat darauf hin, dass die Fragen des Interpellanten betreffend Stollen-Wasserkraftwerk bereits im Vorfeld ausführlich und kompetent beantwortet wurden und er trotzdem eine Interpellation einreichte. Die FDP wird auch aus diesem Grund nicht weiter auf das Thema eintreten.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

1143 Traktandum 6.8: **Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (Anpassung an das revidierte Betäubungsmittelgesetz des Bundes)**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2329.1/.2 - 14531/32) und der Kommission für das Gesundheitswesen (2329.3 - 14651).

EINTRETENSDEBATTE

Vroni Straub-Müller, Präsidentin der Kommission für das Gesundheitswesen, informiert, dass die Gesundheitskommission sich in einer knapp halbtägigen Sitzung mit den Anpassungen an das revidierte Betäubungsmittelgesetz des Bundes beschäftigt hat. Unterstützt wurde die Kommission neben Gesundheitsdirektor Urs Hürlimann und Generalsekretärin Vincenza Trivigna von Roman Schaffhauser, Beauftragter für Suchtfragen, Kantonsarzt Rudolf Hauri und Beatrice Gross, Leiterin des Rechtsdiensts.
Im revidierten Betäubungsmittelgesetz des Bundes wird primär die Vier-Säulen-Politik verankert, eine Politik, welche die Prävention, die Therapie, die Schadenminderung und die Repression ins Zentrum stellt. Dieses Vier-Säulen-Prinzip wurde im Kanton Zug bereits mit dem Drogenkonzept von 1993 umgesetzt. Dieses hat

sich etabliert und soll weitergeführt werden. Zu den wichtigsten Revisionspunkten gehört die Einrichtung einer Meldestelle zur Verstärkung des Kindes- und Jugendschutzes. Diese Meldestelle wird im kantonsärztlichen Dienst angegliedert. Meldungen betreffend Alkoholkonsum sind vom Geltungsbereich des Betäubungsmittelgesetzes ausgeschlossen.
Die Kommission wurde informiert, dass sich für den Vollzug im Kanton Zug keine grundlegenden Änderungen ergeben, insbesondere kann der Arbeitsaufwand mit dem bestehenden Personal bewältigt werden. In der Detailberatung wurde die Frage aufgeworfen, ob «Gesundheitsdirektion» generell durch «zuständige Direktion» zu ersetzen sei, und ein entsprechender Antrag gestellt. Die gesetzestechnischen Abklärungen ergaben dann, dass die konkrete Bezeichnung einer Direktion in denjenigen Fällen zu verwenden ist, in denen die Zuständigkeit einer bestimmen Direktion eindeutig ausgewiesen ist. Das ist im vorliegenden Fall klar so, weshalb die Kommission die vom Regierungsrat vorgeschlagene Fassung unverändert belassen hat. Im weiteren Verlauf der Kommissionsarbeit wurden keine weiteren Anträge mehr gestellt. Eintreten war unbestritten, und in der Schlussabstimmung stimmte die Kommission der Vorlage mit 13 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen zu. Auch die AGF stimmt der Vorlage zu.

Monika Barmet: Die CVP-Fraktion unterstützt die Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel. Durch die gesetzliche Verankerung des bewährten Vier-Säulen-Modells der Drogenpolitik auch auf nationaler Ebene, die Verstärkung des Kinder- und Jugendschutzes, insbesondere im Bereich der Prävention und des Gesundheitsschutzes, erhalten die verschiedenen, bewährten Massnahmen mehr Gewicht. Auch die Erweiterung der Meldebefugnis dient, dass hoffentlich möglichst früh suchtbedingte Störungen, die bei Jugendlichen festgestellt oder vermutet werden, gemeldet werden können. Die Früherkennung und Intervention ist auch in diesem Bereich wichtig.
Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt allen Anpassungen zu. Persönlich hofft die Votantin, dass inzwischen das etwas verstaubte Drogenkonzept aus dem Jahr 1993 ein neues Outfit erhalten hat und dass davon mindestens ein Exemplar auch bei der Gesundheitsdirektion abgelegt ist. Anlässlich der Kommissionssitzung war dort nämlich kein Exemplar auffindbar.

Irène Castell-Bachmann: Auch die FDP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt der Vorlage uneingeschränkt zu. Sie unterstützt insbesondere den Vorschlag, dass die Meldestelle beim Kantonsarzt angesiedelt wird, und steht vollumfänglich hinter dem Vier-Säulen-Modell. Sie dankt dem Regierungsrat für die gute Vorbereitung und die speditive Führung in der Kommission.

Rainer Suter ist Mitglied der Gesundheitskommission, musste infolge eines Spitalaufenthalts aber auf die Sitzung verzichten, in der die Anpassung des kantonalen Einführungsgesetzes zum Betäubungsmittelgesetz beraten wurde. Mit Erstaunen hat er den unleserlichen Gesetzestext zur Kenntnis genommen und fordert alle Gesetzgebenden inständig auf, in Zukunft auf Formulierungen zu verzichten, die ein Gesetz massiv in die Länge ziehen. Mit Sätzen wie § 13 Abs. 2 zweiter Satz, nämlich «Die Notfallärztin oder der Notfallarzt ist verpflichtet, die Patientin oder den Patienten unverzüglich an eine Ärztin oder einen Arzt mit einer Bewilligung gemäss Abs. 1 zu überweisen», ist nicht einmal ein Blumentopf zu gewinnen. Es darf von den Schriftgelernten erwartet werden, einen neutralen Text in das Gesetzbuch zu schreiben.

Trotz des sprachlich modernisierten, unleserlichen Texts ist die SVP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage. Für ihre Aufmerksamkeit dankt der Votant der Regierungsrätin, den Regierungsräten, den Ratskolleginnen und Ratskollegen, den Besucherinnen und Besuchern – oder besser gesagt: allen Anwesenden.

Beat Iten teilt mit, dass die SP-Fraktion auf die Vorlage eintritt und der Vorlage zustimmt.

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** dankt der Kommission und deren Präsidentin für die gute Zusammenarbeit. Inhaltlich ist alles gesagt. Das von Monika Barmet angesprochene Drogenkonzept von 1993 ist in Überarbeitung, wird an der nächsten Sitzung der Gesundheitskommission aber in neuem Outfit vorliegen. Abschliessend dankt der Gesundheitsdirektor dankt für die gute Aufnahme der Vorlage.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission für das Gesundheitswesen den Bestimmungen gemäss Antrag des Regierungsrats anschliesst.

Titel und Ingress
§ 1 Abs. 1
§ 2 Abs. 1
§ 2 Abs. 3 Bst. a bis d
§ 3 Abs. 1 Bst. a bis l
§ 4 Abs. 1 Bst. a bis d
§ 5 Abs. 1 Bst. b
§ 6 Abs. 4
§ 7 Abs. 2, 3 und 5
§ 8 Abs. 1 und 2
§ 9 Abs. 2
§ 10 *(neue Überschrift)*
§ 10 Abs. 1
§ 11 Abs. 1
§ 12 Abs. 1 Bst. b
3. *(Änderung des Titels: Behandlung von Personen mit suchtbedingten Störungen)*
§ 13 Abs.1 und 2
§ 14 Abs. 1
4. *(aufgehoben)*
§ 15 *(aufgehoben)*
§ 16 *(aufgehoben)*
§ 18 Abs. 1
II. Fremdänderungen: *Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 26. August 2012) (Stand 1. Oktober 2013): § 106 Abs. 1*
III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die jeweiligen Anträge des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

1144 Traktandum 6.9: **Revision des Gesetzes über den Feuerschutz: Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2349.1/.2 - 14557/58) und der vorberatenden Kommission (2349.3 - 14678).

EINTRETENSDEBATTE

Peter Diehm, Präsident der vorberatenden Kommission: Die Feuerwehr ist die einzige Organisation, die innert kürzester Zeit bei einem Schadenereignis (Feuer, Wasser, Unfälle etc.) aufgeboten werden und einen Einsatz perfekt leisten kann. Dafür gebührt ihr Dank. Die Interessenbindung des Votanten: Er hat während dreissig Jahren in verschiedenen Chargen in der Feuerwehr Cham Feuerwehrdienst geleistet.
Die Ad-hoc-Kommission hat die Vorlage an einer Halbtagessitzung beraten. Neben allen Kommissionsmitgliedern haben an der Sitzung teilgenommen:
• Regierungsrat Beat Villiger, Sicherheitsdirektor
• Hans-Peter Spring, Feuerwehrinspektor
• Albert Rüetschi, juristischer Mitarbeiter Sicherheitsdirektion
• Ruth Schorno, Protokoll
Die Eintretensdebatte wurde sehr emotional geführt, was auch im Bericht gut wieder gegeben ist. Die Feuerwehren haben Probleme bei der Rekrutierung von geeigneten Leuten. Mit der Feuerwehrpflicht kann eigentlich niemand gezwungen werden, in der Feuerwehr mitzumachen, weil einsatzbereite, motivierte Personen gebraucht werden. Auch können die Veränderungen in der Gesellschaft nicht angehalten oder rückgängig gemacht werden. Die Feuerwehren resp. deren politische Verantwortliche müssen sich etwas einfallen lassen, wie und womit sie die Leute motivieren können. Das gleiche gilt auch für die Arbeitgeber. Die Kommission sieht in der Beibehaltung der Feuerwehrpflicht einen Vorteil gegenüber einer Abschaffung. Zur Beibehaltung der Ersatzabgabe haben sich vor allem die Gemeinden und deren Feuerwehrkommandanten stark gemacht. Die Gemeinden möchten nicht auf das Geld verzichten, und die Feuerwehrkommandanten befürchten eine Kürzung ihres Budgets. Der Kommission war es wichtig, dass alle Ersatzabgabepflichtigen denselben Betrag leisten müssen und nebenbei sanft an die Feuerwehrpflicht erinnert werden.
In der Detailberatung wurden alle Anträge des Regierungsrats abgelehnt. Die Kommission möchte den Status quo beibehalten. Im Namen der Mehrheit der Kommission bittet der Votant, dem zuzustimmen.
Eine Anmerkung: Der Kommission war es wichtig, die einzelnen Anträge der Regierung zu beraten. Darum wurde Eintreten beschlossen. In der Detailberatung wurden dann aber alle Anträge des Regierungsrats abgewiesen, was dann faktisch einem Nichteintreten gleichkommt.

Renato Sperandio als Sprecher der FDP-Fraktion: Am 27. Oktober 2011 entschied der Kantonsrat mit 30 zu 29 Stimmen, die Motion von Max Uebelhart und Vreni Wicky entgegen dem Antrag des Regierungsrats erheblich zu erklären, und beauf-

tragte die Regierung, die gesetzlichen Grundlagen zur Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe zu schaffen. Entgegen dem knappen Entscheid des Kantonsrats ergab das Vernehmlassungsverfahren ein anderes, deutlicheres Bild. Zehn von elf Gemeinden haben sich gegen die Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe ausgesprochen, und alle elf Kommandanten der Gemeinde- und drei Kommandanten der Betriebsfeuerwehren lehnten die Gesetzesrevision ab. Oberägeri hat sich als einzige Gemeinde für die Vorlage ausgesprochen. Die Gründe dafür bzw. dagegen können der Vorlage entnommen werden.
Der gesamte Ertrag aller Gemeinden aus der Ersatzabgabe beträgt jährlich rund 3,3 Millionen Franken. Das entspricht rund 0,7 Prozent des Steuerertrags aller Gemeinden, wobei sich der Prozentsatz je nach Gemeinde zwischen 0,44 und 1,30 bewegt.
In dreizehn von neunzehn Deutschschweizer Kantonen besteht eine Feuerwehrpflicht. Vier Kantone überlassen es den Gemeinden, ob sie eine Dienstpflicht statuieren oder nicht. Nur in zwei Kantonen besteht keine Dienstpflicht. Hinsichtlich der Feuerwehrdienst-Ersatzabgabe existiert in zwei Kantonen keine Ersatzabgabepflicht, vier Kantone überlassen den Entscheid über diese Frage den Gemeinden, und in dreizehn Kantonen besteht eine Ersatzabgabepflicht.
Im Jahr 2013 leisteten 1200 Feuerwehreingeteilte in einer der elf Orts- oder drei Betriebsfeuerwehren im Kanton Zug rund 970 Einsätze und rund 17'900 Einsatzstunden. Dazu kommen unzählige Übungsstunden und Ausbildungstage. Die Feuerwehrleute sind jeden Tag rund um die Uhr einsatzbereit. Sie schätzen die heute geltende Regelung.
Im kommenden Jahr soll der heute geltende Feuerwehrrichtplan 2009 abgelöst werden, und ab Januar 2015 treten revidierte Brandschutzvorschriften in Kraft. Beide werden Anpassungen im Gesetz über den Feuerschutz und in der entsprechenden Verordnung hervorrufen.
Die vorberatende Kommission trat zwar auf die Vorlage ein, beschloss dann aber grossmehrheitlich, in allen Punkten das geltende Recht beizubehalten. Die Kommission möchte zurzeit also keine Revision des Gesetzes vornehmen.
Aufgrund dieser Ausführungen soll das Gesetz über den Feuerschutz nun nicht angepasst werden. Die Zeit ist noch nicht reif dazu. Die FDP Fraktion stellt daher den **Antrag,** auf die Vorlage nicht einzutreten. Sollte die Mehrheit des Rats diesem Antrag nicht folgen, wird die FDP grossmehrheitlich die Anträge der vorberatenden Kommission unterstützen.

Oliver Wandfluh spricht für die SVP-Fraktion und legt zuerst seine Interessenbindung dar: Als Gemeinderat von Baar steht er der Feuerwehr Baar als Wehrvorstand vor.
Leider wurde der Kantonsrat sowie Regierung und Verwaltung mit einer knapp überwiesenen Motion beschäftigt, die das Ziel verfolgt, die Feuerwehrpflicht und die Ersatzabgabe abzuschaffen – obwohl es seitens Bevölkerung, Gemeinden und Blaulichtorganisationen *keinerlei* Handlungsbedarf gibt. Die Bevölkerung steht hinter dem heutigen System der Milizfeuerwehr und der für nicht geleistete Dienste zu erbringenden Ersatzabgabe. Das ist entscheidend: Es ist keine Steuer, sondern eine Ersatzabgabe für nicht geleistete Dienste an der Bevölkerung. Diese Ersatzabgabe macht in Baar 650'000 Franken aus, was der Hälfte des gesamten Feuerwehrbudgets entspricht. Würde sie wegfallen, müsste der Ausfall über die normalen Steuern generiert werden, also auch von jeder Feuerwehrfrau und jedem Feuerwehrmann, die freiwillig Feuerwehrdienst leisten, bezahlt werden. Um diese 650'000 Franken zu generieren – dies zur Falschaussage, dass der administrative Aufwand

gross sei –, beträgt der Aufwand der Gemeinde Baar total 31'000 Franken. Anders gesagt: Pro 100 Franken Einnahmen, also pro Rechnung, welche die Gemeinde verschickt, beträgt der Aufwand 4 Franken und 85 Rappen. Die Finanzabteilung hat das in den letzten vier Jahren zwei Mal erhoben und ist gerne bereit, Gemeinden, die effektiv enorme administrative Aufwände haben, die Baarer Lösung zu zeigen.
Ein weiteres Gerücht betrifft die scheinbar enorme Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf der Gemeinde melden, weil sie die Ersatzabgabe nicht bezahlen wollen. In Baar waren das in den letzten drei Jahren fünf, sieben und vier Personen – von 6500 Personen. Das entspricht 0,1 Prozent
Was also ist das Problem? Mit der heutigen, in der Bevölkerung sehr gut verankerten Lösung gibt es kein Problem und keinen Handlungsbedarf. Der Votant kommt deshalb zu den Gründen, warum die Feuerwehrpflicht und die Ersatzabgabe beibehalten werden soll.
• Die Ersatzabgabe ist eine Anerkennung für die Angehörigen der Feuerwehr. Eine Streichung der Ersatzabgabe setzt ein falsches Zeichen, was mit mangelnder Wertschätzung gleichzusetzen ist.
• Mit der Abgeltung über die normalen Steuern werden Feuerwehrleute doppelt zur Kasse gebeten. Zum einen sind sie beispielsweise in Baar bei über drei Vierteln aller Einsätze – das waren 160 im Jahr 2013 – unbesoldet; bei Einsätzen unter einer Stunde wird nämlich kein Sold entrichtet, unabhängig davon, ob der Einsatz am Weihnachtsabend, während eines WM-Spiels der Schweiz, um 21.00 Uhr, um 03.15 Uhr in der Nacht oder am Nachmittag stattfindet. Zum anderen müssten die Feuerwehrleute dann auch noch Steuern für ihren freiwillig geleisteten Dienst bezahlen, denn gemäss Rücksprache mit der Steuerverwaltung könnte diese keine Steuererleichterung oder anteilmässige Steuerbefreiung gewähren; das wäre – wenn überhaupt – programmtechnisch nur mit exorbitanten Kosten umsetzbar. Apropos Steuern: Die elf Zuger Gemeinden generieren – wie gehört – mit der Ersatzabgabe 3,3 Millionen Franken. Diese müssten neu über die Steuern generiert werden, von Gebergemeinden wie auch von Nehmergemeinden.
• Wird die Feuerwehrpflicht aufgehoben und der Feuerwehrdienst damit freiwillig, steigt das Risiko, dass die Arbeitgeber die Feuerwehrleute am Tag, während der Arbeitszeit, nicht mehr freistellen. Warum nämlich sollte eine Feuerwehrfrau oder ein Feuerwehrmann vom Arbeitgeber anders behandelt werden als etwa ein Fussballtrainer, der seiner freiwilligen Trainertätigkeit auch nicht während der Arbeitszeit, sondern in seiner Freizeit nachgeht.
• Die Rekrutierung, welche in verschiedenen Gemeinden bereits heute eine grosse Herausforderung darstellt, wird bei Freiwilligkeit enorm erschwert.
• Der wichtigste Punkt aber sind die Kosten. Eine Befreiung von der Feuerwehrpflicht würde eine Professionalisierung der Feuerwehr mit extrem hohen Kosten nach sich ziehen. Gemäss Rücksprache mit dem Baarer Kommandanten würden die Kosten für Baar und die Stadt Zug zusammen von heute jährlich 4 Millionen Franken auf 25–30 Millionen Franken ansteigen. Das ist eine Verachtfachung der heutigen Kosten. Man muss nicht mehr von Sparen und Kostenoptimierung sprechen, wenn man ohne Not und ohne Leidensdruck ein gutes und bewährtes System einfach ändert und sich dasselbe acht Mal mehr kosten lässt! Und die Professionalisierung, sprich eine Berufsfeuerwehr, ist keine Schwarzmalerei des Votanten. Der Regierungsrat schreibt in seinem Bericht auf Seite 3: «Sollten sich in ferner Zukunft wesentlich weniger Personen für den Feuerwehrdienst zur Verfügung stellen, müssten vermehrt Feuerwehrleute im Anstellungsverhältnis – analog einer Berufsfeuerwehr – diese Aufgaben ausüben.». Zu beachten ist auch, dass von neunzehn deutschsprachigen Kantonen nur Zürich und Baselstadt eine Berufsfeuerwehr haben. Alle

anderen Kantone haben die Feuerwehrpflicht und die Ersatzabgabe oder überlassen die Regelung den Gemeinden.
Der Votant bittet den Rat, das bestehende, sehr gut funktionierende System nicht ohne Not zu ändern und den Status quo beizubehalten. Mit derselben Bitte gelangen in einem Schreiben alle Feuerwehrkommandanten der elf Gemeinden und Kommandanten verschiedener Betriebsfeuerwehren an den Kantonsrat. In einem weiteren Schreiben bitten auch zehn von elf Gemeindepräsidenten um die Beibehaltung des Status quo. Der fehlende Handlungsbedarf, die genannten Gründe und die Schreiben der verschiedenen Gremien aus allen Gemeinden bewegen den Votanten und die SVP-Fraktion geschlossen dazu, die Aufhebung der Feuerwehrpflicht und die Abschaffung der Ersatzabgabe abzulehnen. Ein Gesetz, das sehr gut funktioniert und von zehn Gemeinden und sämtlichen Fachleuten als sehr gut erachtet wird und beibehalten werden will, braucht nicht revidiert zu werden.
Die SVP-Fraktion unterstützt geschlossen den Antrag der FDP-Fraktion auf Nichteintreten. Sollte dieser Antrag unterliegen, folgt die Fraktion in der Detailberatung geschlossen den Anträgen der Kommission.

Rupan Sivaganesan: Die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich für Eintreten auf die Vorlage. Sie möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, allen Männern und Frauen zu danken, die Feuerwehrdienst leisten und sich für den Feuerschutz einsetzen.
Die SP lehnt die Aufhebung der Feuerwehrpflicht ab. Sie erachtet es als sinnvoll, dass dieser Dienst an der Allgemeinheit geleistet werden muss. Daher soll diese Pflicht beibehalten werden. Die Feuerwehr ist ein Vorbild für die Freiwilligenarbeit generell. Die SP möchte allerdings, dass die Ersatzabgabe aufgehoben wird, dies aus grundsätzlichen Überlegungen. Denn die Ersatzabgabe ist im Grunde genommen eine Steuer. Zu verweisen ist dazu auf Seite 8 im regierungsrätlichen Bericht: «Die Ersatzabgabe ist […] nicht zweckgebunden, [sondern] fliesst in die Gemeindekasse.». Es handelt sich also um eine Art Steuer, und zwar um eine Sondersteuer, die nicht dem System entspricht. Schliesslich sind Feuerwehrwesen und Sicherheitsfragen eine klassische Staatsaufgabe und deshalb aus den regulären Steuereinnahmen zu finanzieren.
Zusammengefasst: Die SP ist für die Feuerwehrpflicht, weil sie symbolisch dazu beitragen soll, genügend Freiwillige zu finden. Zudem wird sie in der Bevölkerung nicht als besonders negativ wahrgenommen, was erfreulich ist. Die SP ist aber gegen die Ersatzabgabe, weil sie eine Sondersteuer darstellt.

Stefan Gisler spricht für die AGF. Wenn er sich die Voten anhört, dann stellt sich ihm die Frage, ob der knappe Entscheid des Kantonsrats – 30 zu 29 Stimmen –, sich diesem Thema zu widmen, tatsächlich so falsch war, wie das der SVP-Sprecher darstellte. Es kommt deutlich zum Ausdruck, dass die Zuger Feuerwehren in den Gemeinden grossartige Arbeit für Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt leisten. Viele Freiwillige stellen sich dafür zu Verfügung, ihnen gebührt Dank. Als Mitglied der Feuerschutzkommission der Stadt Zug weiss der Votant gut, wie leistungsbereit und professionell die Feuerwehren sind. Es ist ein besonderer Dienst an der Gesellschaft, und es braucht Feuerwehren. Darum macht die Pflicht Sinn, auch wenn diese faktisch nicht erzwungen wird. Gerade bei der Argumentation der Feuerwehrleute gegenüber Arbeitgebern ist die Pflicht sehr hilfreich. Um die Rekrutierung von Freiwilligen zu erleichtern, befürwortet die AGF die Beibehaltung der Feuerwehrpflicht. Auch sei will keine Professionalisierung der Feuerwehr.
Zur Ersatzabgabe bzw. zur Kopfgebühr: Es ist nicht einsehbar, wieso Bürgerinnen und Bürger für diese öffentliche Aufgabe eine pauschale, einkommensunabhängige

Kopfgebühr entrichten müssen. Die AGF ist dezidiert der Meinung, dass Bürgerinnen und Bürger für diese öffentliche Dienstleistung im Rahmen ihrer regulären Steuerpflicht bereits genug bezahlen Sie bezahlen ja auch keine spezielle Sicherheitsersatzabgabe für die Dienstleistungen der Zuger Polizei oder einen Bildungsobulus für die Schulen. Es gibt – auch daran ist zu erinnern – zahlreiche andere Freiwillige etwa im Sanitäts-, Pflege- oder Betreuungsbereich, die ebenfalls wichtige gesellschaftliche Aufgaben wahrnehmen, teilweise ebenfalls zu Randzeiten oder in der Nacht, und für diese Dienstleistungen werden den Bürgerinnen und Bürgern ebenfalls keine Kopfgebühren auferlegt. Mit der Aufhebung der Kopfgebühren nimmt man auch den Feuerwehren und Feuerwehrleuten nichts weg, schon gar nicht die Anerkennung. Der Votant verwahrt sich gegen die Argumentation, dass mit der Streichung der Kopfgebühr die Anerkennung geringer werde. Anerkennung erhalten die Feuerwehrleute nicht nur über direktes Lob, sondern über faire Entschädigungen – wobei tatsächlich darüber diskutiert werden müsste, ob es wirklich Sinn macht, dass Einsätze von weniger als einer Stunde Dauer nicht entlöhnt werden wie in Baar. Feuerwehrleute erhalten auch mal ein Nachtessen oder Vergünstigungen, in der Stadt Zug beispielsweise privilegierten Zugang zu den städtischen Wohnungen, die sonst eigentlich nur städtischen Angestellten zur Verfügung stehen. Das sind Formen der Anerkennung, die wichtig und richtig sind. Und im Gegenteil: Wenn nicht mehr jedes Jahr eine Rechnung der Feuerwehr ins Haus flattern, macht das diese wohl eher noch sympathischer. Wer nämlich – dies vor allem an die Adresse der SVP – bezahlt schon gerne Gebühren? Mit der Beibehaltung der Kopfgebühr gewinnt man im Übrigen keinen einzigen zusätzlichen Freiwilligen. Es gab zwar eine Dame in Cham, von der gesagt wurde, sie sei wegen der Gebühr in die Feuerwehr eingetreten; ob das die richtige Motivation ist, sei dahingestellt.
Die AGF setzt sich weiterhin ein für gute Gerätschaften, eine gute Infrastruktur und anständige Entschädigungen für die Feuerwehren im Rahmen der gemeindlichen Budgets. Die Gemeinden sollen auch nicht *schmürzelen,* wenn es um die Sicherheit geht. Das Geld dafür soll allerdings aus den normalen Steuererträgen stammen, nicht von Kopfgebühren.

Beat Wyss legt seine Interessensbindung dar: Er ist seit 26 Jahren in der Feuerwehr Oberägeri aktiv. Seit Kindheit ist er mit der Feuerwehr verbunden und bis heute mit Leib und Seele dabei. Er hat mit seinen Feuerwehrkollegen und -kolleginnen schon viele Schläuche ausgerollt und einige Feuer gelöscht, und er weiss, was die Feuerwehren leisten können und müssen. Sie sind an 365 Tagen im Jahr während 24 Stunden einsatzbereit. Eine Schlechterstellung der Feuerwehrleute darf es nicht geben. Diese Leute haben das nicht verdient. Als der Votant die Vorlage durchlas, wurde ihm wieder einmal bewusst, wie viel die Feuerwehren leisten und wie schlecht sie entschädigt sind. Gerne setzt er sich für eine Verbesserung beim Sold und der Feuerwehrpflicht ein. Es ist aber nur gerecht, wenn die Feuerwehrleute wissen, wie eine neue Lösung aussieht. Hier aber soll zuerst einmal weggenommen werden. Und dann? Das weiss niemand. Grosse Teile der Bevölkerung zahlen die 100 Franken für die Organisation Feuerwehr gerne. Es stellt eine Wertschätzung der Bevölkerung gegenüber den Feuerwehrleuten dar. Die Feuerwehr wird 2015 einer Reform unterzogen. Dort soll man für die Feuerwehren gute Zukunftslösungen erarbeiten.
Man kann den Gemeinden den Wegfall der Feuerwehrsteuer nicht zumuten, werden dadurch doch gemeindliche Einnahmen von rund 3,2 Millionen Franken gestrichen. Das wird in einzelnen Gemeinden zu Steuererhöhungen führen. Die Administration ist eingerichtet und funktioniert. Der Votant ist überzeugt, dass in keiner Gemeinde

ein Pensum wegen der Feuerwehrsteuer gestrichen wird. Diese Arbeit wird nebenher erledigt und gehört zum Aufgabenbereich der Verwaltungen. Die Einnahmen werden also wegfallen, die Aufwandseite hingegen wird sich nur unmerklich verändern. Man soll es deshalb momentan so belassen, wie es ist, bis eine gerechte Lösung auf dem Tisch ist.
Die Feuerwehrpflicht stärkt die Position der dienstleistenden Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber. Es ist für Arbeitgeber nämlich nicht interessant, wenn ein Mitarbeiter bei einem Ernstfalleinsatz innert Minuten eventuell für Stunden ausfällt oder für Kurse bei der Arbeit fehlt. Die heutige Gesetzgebung hilft den Feuerwehren bei der Rekrutierung und stärkt dem einzelnen Feuerwehrmitglied den Rücken.
Mit dieser Vorlage werden die Feuerwehrleute, die sich für die Allgemeinheit einsetzen und ihre Freizeit opfern, gleich zweimal bestraft und schlechter gestellt: Erstens fallen die 100 Franken weg, und zweitens müssen langfristig bis zu 1 Prozent mehr Steuern bezahlt werden. Das geht nicht. Man setzt sich seit Jahren für die Allgemeinheit ein, ist bereit, zu jeder Tages- und Nachtzeit aufzustehen, besucht Übungen und Kurse und fragt im Ernstfall nicht nach Lohnersatz. An die Gefahren, denen sich Feuerwehrleute aussetzen, denkt die Allgemeinheit selten. Vor zwei Jahren hat der Votant bei einem Schnitzelsilobrand die Gefahren selber hautnah erlebt. Bei einer Explosion wurde er an eine Betonwand geschleudert, und es brannte ihm die Haare an den Händen und im Gesicht ab. An diesem Tag war er froh und dankbar, dass er gesund zu seiner Familie nach Hause gehen konnte. Manchmal fragt man sich schon, ob man als dreifacher Familienvater solche Risiken eingehen soll. Für einen solchen Einsatz wird er mit 35 Franken pro Stunde entschädigt, bei den Übungen erhält er pro Stunde 17.50 Franken. Nimmt man ihm jetzt noch den Vorteil der 100 Franken weg und lässt ihn langfristig ca. 1 Prozent mehr Steuern mitbezahlen, fühle er sich als Feuerwehrmann geohrfeigt.
Der Votant empfiehlt seinen Ratskolleginnen und -kollegen, nicht auf die Revision des Gesetzes einzutreten. Sollte der Rat eintreten, empfiehlt er, der vorberatenden Kommission zu folgen und das Gesetz so zu belassen, wie es ist. Die Feuerwehrkommandanten wissen am besten, was für ihre Truppe am besten ist. Man muss hier nicht gut Bewährtes zerstören. Die Kommandanten setzen sich einstimmig für das Bewährte ein. Wenn eine Veränderung gewünscht wird, soll diese von den Feuerwehren kommen. Der Kantonsrat muss den Feuerwehren nicht etwas Neues aufzwingen, das sie gar nicht wollen. Auch die Gemeinden, die Gemeindepräsidenten und die Feuerwehrleute sind dankbar, wenn das Gesetz so bleibt, wie es ist. Der Kantonsrat soll den Feuerwehren also nicht auf dem Schlauch treten, damit auch in Zukunft junge, motivierte Feuerwehrleute die Feuer löschen.

Vreni Wicky ist sich bewusst, dass sie bei diesem höchst emotionalen Geschäft einen schwierigen Stand hat. An den Anfang ihrer Ausführungen stellt sie den aufrichtigen Dank an alle Feuerwehrdienst leistenden Frauen und Männer. Diese Anerkennung ist ihr als Mitglied der Feuerschutzkommission der Stadt Zug ein echtes Bedürfnis.
Am 26. Juni 2008 haben Alt-Kantonsrat Max Uebelhart und die Votantin die fragliche Motion eingereicht. Damals haben vierzig Mitunterzeichner das Anliegen gestärkt, über die Hälfte der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sitzen heute noch im Rat, und es wäre gut, sich mit einem kurzen Blick die Namen in Erinnerung zu rufen – Namen über alle Parteigrenzen hinweg. Nun, das war vor sechs Jahren, und heute der Wahlherbst bevor. Da verändert sich die Sichtweise so mancher.
Schon 1994 – die Votantin war damals Mitglied der kantonsrätlichen Kommission zu einer Änderung dieses Gesetzes – wurde dem Kantonsrat von Alt-Regierungsrat

Hanspeter Uster eine Totalrevision des Gesetzes versprochen. Inzwischen sind viele Gesetze revidiert worden oder gar neu entstanden, unter anderem gab es 2007, 2009, 2010 und 2012 Teilrevisionen des Steuergesetzes, grossmehrheitlich zugunsten juristischer Personen. Daraus resultierten allein für die Stadt Zug Mindereinnahmen von ca. 25 Millionen Franken jährlich – und schon ist das fünfte Revisionspaket in Vernehmlassung. In der gleichen Zeit wurde das Gesetz über die Handänderungsgebühren angepasst, das heisst, es wird nicht mehr nach dem Wert der Liegenschaften verrechnet, sondern nach Aufwand. Auch hier verzichten die Gemeinden auf jährliche Mehreinnahmen. In der Stadt Zug hat dies zur Folge, dass die Einnahmen in diesem Bereich von 2,5 auf 0,7 Millionen Franken gesunken sind, und zwar trotz höheren Fallzahlen als Folge des Zuger Baubooms. Und jetzt diese Hektik bei der Feuerwehr-Ersatzabgabe! Die elf Gemeinden würden zusammen gerade mal 3,3 Millionen Franken weniger einnehmen, was 0,68 Prozent des Steuerertrags aller Gemeinden entspricht. Vom Personalaufwand der Gemeinden spricht niemand: Personalaufwand für die Bearbeitung der Einsprachen, Betreibungen, Telefonate etc. In seiner Vorlage spricht der Regierungsrat auch von den Verwaltungsbeschwerden, welche er zu beurteilen hat, auch hier ohne Bezifferung der Kosten. Der Regierungsrat stützt bei den Verwaltungsbeschwerden jeweils die gemeindlichen Entscheide mit der Begründung, die Feuerwehrpflicht und die Ersatzabgabe seien im Feuerschutzgesetz abschliessend verankert. Dazu komme noch der Solidaritätsgedanke.

Die Ersatzabgaben, welche in allen Gemeinden in die Gemeindekasse fliessen und nicht an die Ausgaben für die jeweilige Feuerwehr gekoppelt sind, sind willkommene Zusatzeinnahmen. Oder – Hand aufs Herz – hat jemand schon einmal erlebt, dass Anschaffungen für die Feuerwehren nicht getätigt oder abgelehnt wurden?

Zum Haushaltsmodell, wie es der Kanton Zug praktiziert, ist zu sagen, dass kein Kanton in der ganzen Schweiz dieses Modell im Gesetz hat. Der Einzug der Ersatzabgabe über das Haushaltsmodell gestaltet sich zudem umständlich und ist administrativ aufwendig. Es ist schwierig festzustellen oder gar zu kontrollieren, wer im Moment in welchem Haushalt lebt.

Faktisch ist die Ersatzabgabe heute eine Nebeneinnahme der Gemeinden. Die Votantin vertritt aber klar die Meinung, dass das Feuerwehrwesen eine klassische Staatsaufgabe ist, welche über die allgemeinen Steuern zu finanzieren ist und zudem in die Autonomie der Gemeinden gehört, die im Kantonsrat ja so oft angerufen wird. «Schlanker Staat, weniger Bürokratie» sieht gedruckt besser aus als gelebt.

Die Votantin kann auch in einem Wahljahr nicht nachvollziehen, dass die Ersatzabgabe eine gesellschaftliche Anerkennung den Feuerwehrleuten gegenüber sein soll, wie es beispielsweise die acht kantonsrätlichen Feuerwehrmänner in oder ausser Dienst in der vorberatenden Kommission zum Teil sehr emotional vertreten haben. (In Klammern: Man stelle sich vor, in der Bildungskommission wären von fünfzehn Mitgliedern acht Lehrpersonen.) Vielmehr wäre es wichtig, dass die Gemeinden die Diensttuenden mit neuen, zeitgemässen Modellen belohnen, wie zum Beispiel Vorrang bei gemeindlichen Wohnungen – in der Stadt Zug haben sich für die neuen Wohnungen der Pensionskasse achtzehn Feuerwehrleute gemeldet, mit guten Aussichten, eine dieser Wohnungen zu erhalten –, Reka-Gutscheinen, Vergünstigungen bei öffentlichen Einrichtungen, Jugendförderung durch Jugendfeuerwehren und vieles mehr. Man muss den Mut haben, neue Wege zu gehen. Wie wäre es mit dem Erlass der Fahrzeugsteuern, weil ja viele der Feuerwehrleute auf ein privates Fahrzeug zum Ausrücken angewiesen sind?

Die Votantin hinterfragt diese Solidarität. Solidarität mit wem? Mit den Lehrlingen, Studenten, Alleinerziehenden, Familien am Existenzminimum, *working poor* etc.,

die jährlich 100 Franken hervorzaubern müssen? Oft sind es die Eltern – oder die Sozialämter –, welche während der ohnehin schon teuren Ausbildungszeit ihrer Jugendlichen die Ersatzabgabe zusätzlich bezahlen müssen. Welche Solidarität strebt man da an?
Fazit: Die Votantin ruft den Rat auf, die zeitgemässen Anträge des Regierungsrats zu unterstützen. Die Freiwilligkeit ist seit Jahren Usanz. Noch *nie* ist jemand in irgendeiner Weise zum Feuerwehrdienst gezwungen worden, und wenn die Gemeinden fünf Steuersenkungen für juristische Personen verkraften, verkraften sie auch die Ausfälle der Ersatzabgabe. Und zu Oliver Wandfluh: Die Lohnfortzahlungspflicht der Arbeitgebenden ist in § 324a Abs. 1 OR klar geregelt.
Die Motion verlangt die Aufhebung der Pflicht und der Ersatzabgabe und ruft nicht zu Fusionen oder zur Berufsfeuerwehr auf. Man soll also ruhig bleiben, die gestellten Aufgaben mit der nötigen Sachlichkeit lösen – und auf das Geschäft eintreten.
Die Votantin schliesst mit den Worten der FFZ auf der Weihnachtskarte 2013: «Wer neue Wege gehen will, muss alte Pfade verlassen.»

Karl Nussbaumer gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist Feuerwehrkommandant in der Gemeinde Menzingen und spricht auch im Namen sämtlicher Kommandanten im Kanton Zug. Diese möchten dem Kantonsrat ihre Meinung zur geplanten Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe darlegen, dies in der Hoffnung, dass der Kantonsrat im Sinne ihrer Anliegen entscheidet.
Die Feuerwehrkommandanten des Kantons Zug lehnen die Motion von Max Uebelhart und Vreni Wicky entschieden ab. Mit der Aufhebung der Feuerwehrpflicht hätten die Feuerwehren noch viel grössere Probleme, einen akzeptablen Bestand an Feuerwehrangehörigen rekrutieren zu können. Die Feuerwehrpflicht wird heute durch persönlichen Einsatz oder durch die Ersatzabgabe erfüllt. Die Rekrutierung von Feuerwehrangehörigen ist bereits heute eine grosse Herausforderung. Mit der Aufhebung der Feuerwehrpflicht würde sowohl gegenüber möglichen Feuerwehrangehörigen als auch gegenüber Arbeitgebern ein falsches Zeichen gesetzt. Wenn die Freiwilligkeit im Gesetz festgeschrieben würde, hätte dies negative Auswirkungen auf die Rekrutierung und den Bestand der Feuerwehrangehörigen. Nicht nur Landgemeinden haben grössere Probleme bei der Rekrutierung, sondern auch städtische Gemeinden. Wohn- und Arbeitsort sind oft nicht identisch. Dies bedeutet, dass tagsüber viele potenzielle Feuerwehrangehörige auswärts arbeiten. Dadurch ist es bereits heute sehr schwierig, genügend Personen rekrutieren zu können, welche bei einem Einsatz tagsüber verfügbar sind.
Die Ersatzabgabe wirkt sich auch bei der jetzigen Pflichtfeuerwehr positiv auf die Feuerwehrleute aus. Die Leistung der Ersatzabgabe ist eine kleine Anerkennung an die Dienstleistenden. Die Ersatzabgabe ist zudem eine wesentliche Einnahmequelle für die Feuerwehrbudgets; in Menzingen macht sie rund einen Drittel des Jahresbudgets aus. Und es ist anders, als vorhin gehört: Dieser Drittel kommt – zumindest in Menzingen – in das Feuerwehrbudget. Man muss hier bei der Wahrheit bleiben.
Zusammenfassend stellen wir fest, dass die gesetzliche Feuerwehrpflicht die Rekrutierung von Feuerwehrangehörigen unterstützt. Eine Aufhebung der Feuerwehrpflicht würde die Rekrutierung zusätzlich erschweren. Die Feuerwehren der Gemeinden im Kanton Zug würden durch die Aufhebung an gesellschaftlicher und arbeitsmarktlicher Akzeptanz verlieren. Die Aufhebung hätte auch zur Folge, dass Arbeitnehmer, die Feuerwehrdienst leisten, nicht mehr ohne weiteres für Übungen und Weiterbildungen freigestellt würden. Dies hätte einen qualitativen Verlust bei der Feuerwehrarbeit und einen quantitativen Verlust bei den Angehörigen der Feuer-

wehr zur Folge. Die Angehörigen der Feuerwehr wenden schon jetzt viel Freizeit für Übungen und Weiterbildungen auf, und der Druck auf sie würde massiv steigen, wenn sie noch mehr Freizeit opfern müssten, dies auf Kosten der Familie.
Ebenso ist der emotionale Aspekt der Ersatzabgabe nicht zu vernachlässigen. Wie es der Begriff «Ersatzabgabe» schon sagt, ist der Beitrag ein Ersatz für nicht geleisteten Dienst. Wer Dienst leistet, ist befreit und wird durch diese Abgabe getragen, also ein sehr faires System. Was die Angehörigen der Feuerwehr zum Allgemeinwohl beitragen – sie sind an 365 Tagen während 24 Stunden abrufbar –, wäre eigentlich *viel* mehr wert. Darum sollte diese Wertschätzung erhalten bleiben.
Aus diesen Gründen lehnen die Feuerwehrkommandanten im Kanton Zug die Motion Uebelhart/Wicky ganz entschieden ab und bitten den Rat, zum Wohle der ganzen Bevölkerung so zu stimmen, wie es die Kommission entschieden hat, und alles so zu belassen, wie es ist.
Vreni Wicky hat darauf hingewiesen, dass die Ersatzabgabe für minderbemittelte Personen ein Problem darstelle. Für die Feuerwehr sind alle Leute gleich. Sie pumpt auch bei jenen Leuten den Keller aus, die keine Steuern bezahlen und wenig Geld haben. Auch diese Leute bezahlen die 100 Franken für so eine Dienstleistung sehr gerne.

Hans Christen gibt seine Interessenbindung bekannt: Er hat zwanzig Jahre lang bei der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Zug (FFZ) Feuerwehrdienst geleistet, dies – wie das in der Stadt Zug seit über 130 Jahren üblich ist – ohne Besoldung; man kann also von einem 20-jährigen Benevol-Einsatz sprechen. Anschliessend war der Votant in seiner Funktion als Stadtrat während zehn Jahren Präsident der Feuerschutzkommission. Heute ist er mit der FFZ immer noch sehr verbunden als Obmann der Ehrenmitglieder. Aufgrund dieser Erfahrungen ist ihm das Feuerwehrwesen bestens bekannt.
Als er 1975 als Rekrut in die FFZ eintrat, hatte diese Feuerwehr, die vom Kanton auch als Stützpunktfeuerwehr beauftragt ist, einen Mannschaftsbestand von über 250 Mann. Dieser Bestand hat kontinuierlich auf 170 Mann abgenommen. Dafür gibt es zwei Gründe: Einerseits hat sich das Feuerwehrwesen laufend technisch weiterentwickelt. Die FFZ wie auch die gemeindlichen Feuerwehrkorps sind auf einem hohen Standard ausgerüstet und entsprechend ausgebildet. Andererseits wird es von Jahr zu Jahr schwieriger, neue Mitglieder für die Feuerwehren zu rekrutieren. Die FFZ und auch die gemeindlichen Feuerwehren unternehmen grosse Anstrengungen, damit der Bestand der für den Dienst benötigten Feuerwehrleute eingehalten werden kann. Unter anderem stellt sich die FFZ jährlich an der Zuger Messe mit einem eigenen Stand vor, und bei jedem Neuzuzüger-Apéro präsentiert sie sich den neu zugezogenen Einwohnerinnen und Einwohnern. Das Freizeitangebot für junge Mitbürgerinnen und Mitbürger nimmt ständig zu. Viele scheuen das Engagement, ist doch – wenn man es genau betrachtet – nur der Ein- und Austritt bei der Feuerwehr freiwillig. Diejenigen die für das Gemeinwohl Feuerwehr leisten, machen dies mit grossem Engagement, wofür ihnen allen ein grosser Dank ausgesprochen sei. Wenn eine Zugerin oder ein Zuger sich entschlossen hat, Feuerwehrdienst zu leisten, dann wird sie oder er jährlich Dutzende von Stunden für Übungen und Ernstfalleinsätze während ihrer bzw. seiner Freizeit dafür opfern. Im Jahr 2013 haben die Feuerwehrleute in der Stadt Zug in Übungen und Einsätzen insgesamt 23'000 Stunden freiwilligen und unbesoldeten Dienst geleistet.
Nun wollen die Motionärin Vreni Wicky und der Motionär Max Uebelhart die Ersatzabgabe von jährlich 100 Franken abschaffen, welche diejenigen zu bezahlen haben, die keinen Feuerwehrdienst leisten. Die Abschaffung der Ersatzabgabe

wäre für die Leute, die sich Tag und Nacht für das Gemeinwohl einsetzen, wie eine Ohrfeige. Leider wurde die Motion seinerzeit mit nur einer Ja-Stimme mehr überwiesen, und der Regierungsrat musste eine Vorlage in diesem Sinne verabschieden. Die Gesamteinnahme der Ersatzabgabe deckt bei weitem nicht den Aufwand, den eine Gemeinde für das Feuerwehrwesen aufbringen muss. Bei der Stadt Zug handelte es sich im Jahr 2012 um eine Einnahme von nahezu 850'000 Franken, bei einem Gesamtaufwand von 2,8 Millionen Franken für die Feuerwehr, inklusive Stützpunktfunktion. Ehrlicherweise müsste man eigentlich über eine Erhöhung der Ersatzabgabe nachdanken.
Die Ersatzabgabe hat sich bewährt. Diejenigen, die behaupten, dass der Aufwand, den die Gemeinden mit dem Inkasso betreiben müssen, mit dem Ertrag nicht übereinstimme, wissen wohl nicht, wovon sie sprechen. Aus seiner Zeit als Finanzchef der Stadt Zug kann der Votant bestätigen, dass der Aufwand für die Fakturierung und Nachbearbeitung marginal war und auch nie zu einer Erhöhung des Personaletats geführt hat. Der Votant hat sich auch mit dem heutigen Amtsinhaber darüber unterhalten und die Bestätigung erhalten, dass der Aufwand nach wie vor kein Problem darstelle. Jedes Jahr müsse die Stadt nur etwa zehn bis zwanzig Einsprachen behandeln, dies bei rund 8400 Rechnungen für die Feuerwehr-Ersatzabgabe, welche die Stadt Zug im Jahr 2012 verschickt hat. Dieser Vergleich bestätigt die Aussage über den Aufwand für das Inkasso.
Es gäbe sehr wahrscheinlich noch mehr Gründe, diese Vorlage abzulehnen. Der Votant ersucht den Rat, nicht auf die Vorlage einzutreten und die Motion als erledigt abzuschreiben. Im Übrigen – dies an die Adresse von Vreni Wicky – müsste der Votant in Hinblick auf die Wahlen der Vorlage eigentlich zustimmen. Auch sind Lehrer, die in kantonsrätlichen Kommissionen mitwirken, zu 100 Prozent bezahlt.

Vroni Straub-Müller ist als Minderheit in einer Minderheitsfraktion gegen die Streichung der Ersatzabgabe und hofft, heute vielleicht der Mehrheit anzugehören. Die Stadt Zug generiert aus der Ersatzabgabe – wie gehört – jährlich einen Beitrag von über 800'000 Franken. Das entspricht ungefähr 30 Prozent des Aufwands für den Feuerwehrbereich. Der Betrag wird zweckgebunden der Kostenstelle Feuerwehr zugewiesen. Eine Überführung der Ersatzabgabe in die regulären Steuern bestraft freiwillige Feuerwehrleute doppelt: Sie würden dann nämlich Feuerwehrdienst leisten und trotzdem – mit den Steuern – einen finanziellen Beitrag entrichten. Es ist sinnvoll, dass der finanzielle Beitrag der Bevölkerung nicht ausschliesslich mit Steuern abgegolten wird. Eine explizite Ersatzabgabe zeigt nämlich auf, dass der Feuerwehrdienst nicht primär durch Staatspersonal, sondern durch motivierte Bürgerinnen und Bürger geleistet wird, dies zum grössten Teil in deren Freizeit. Die Votantin ist überzeugt, dass die vorgesehene Revision falsche Signale setzten und das bewährte und kostengünstige Milizsystem gefährden würde.

Stefan Gisler: Die Abschaffung der Kopfgebühr ist keine Ohrfeige und bestraft niemanden. Es ist auch nicht so dass, Feuerwehrleute mit höheren Steuern etc. bestraft würden. Die kommende Steuergesetzrevision sieht vor, dass Feuerwehrleute künftig ihre Entschädigungen bis zu 5000 Franken von den Steuern absetzen können. Das ist eine echte Wertschätzung und Anerkennung, die der Votant wie alle Entschädigungen für Feuerwehrleute unterstützen wird. Er ist dafür, dass Feuerwehrleuten besser entschädigt werden. Es soll nicht – wie in Baar – geknausert und Einsätze von weniger als einer Stunde Dauer nicht entschädigt werden. Er ist aber dagegen, dass die ganze Bevölkerung eine Kopfgebühr von 100 Franken bezahlen muss.

Pirmin Frei will versuchen, der Diskussion eine neue Note zu geben. Das vorliegende Traktandum steht in keinem Verhältnis zur Emotionalität, mit der diese Diskussion geführt wird. Der Votant weiss, wovon er spricht: In der vorberatenden Kommission stellten sich ihm gefühlte 300 Feuerwehr-Dienstjahre entgegen. Der Kanton Zug geht nicht unter, wenn der Kantonsrat heute die Pflicht und die Abgabe abschafft. Er geht aber auch nicht unter, wenn sie beibehalten werden. Das Schreckgespenst Berufsfeuerwehr, das Oliver Wandfluh an die Wand gemalt hat, ist für den Kanton Zug keine Lösung. Das bestätigt jeder, der etwas von Feuerwehr versteht, so auch der Verband der kantonalen Feuerwehren.
Es empfiehlt sich, Pflicht und Abgabe getrennt zu betrachten. Zuerst zur Pflicht: Die Motionäre und die Regierung wollen mit der Abschaffung der Feuerwehrpflicht für den Kanton Zug kein Experiment. Die Kantone Zürich und Baselstadt kennen die Feuerwehrpflicht nicht mehr, der Kanton Graubünden mit seinen vielen kleinen Gemeinden, hat es – echt föderalistisch – ins Ermessen der Gemeinden gelegt, ob diese eine Pflicht wollen. Fakt ist, dass im Kanton Zug noch nie jemand in die Feuerwehr gezwungen wurde. Fakt ist auch, dass Feuerwehren gute Öffentlichkeitsarbeit leistet. Der Sohn des Votanten liess sich jedenfalls überzeugen und will in die Feuerwehr. Er ist heute zwölfjährig. Ob er dann, wenn er feuerwehrpflichtig ist, noch Feuerwehrdienst leisten kann, ist angesichts der Mobilität der jungen Leute allerdings fraglich.
Es ist – wie gehört – wichtig, dass Leute, die tagsüber vor Ort sind, in der Feuerwehr sind. Dies ist besonders in kleinen Gemeinden mit wenigen Arbeitsplätzen zunehmend schwierig. Hier könnten Gemeinden aber etwas kreativer werden. Warum verbinden sie eine Anstellung bei der Gemeinde nicht mit der Bereitschaft, im Notfall Feuerwehrdienst zu leisten? Zugegeben, gegenüber Arbeitgebern ist die Feuerwehrpflicht ein hilfreiches Argument. Doch reicht dieses Argument allein, um vom liberalen Tugendweg abzuweichen?
Der Votant steht ein für die Abschaffung der Feuerwehrpflicht, vergiesst aber kein Herzblut, wenn der Rat an der Pflicht festhält. Er schlägt deshalb einen Mittelweg vor: Grundsatz soll sein, dass die Gemeinden selber bestimmen können, ob sie eine Pflicht einführen oder nicht. Damit wird den Bedürfnissen der Berggemeinden, insbesondere von Menzingen, Rechnung getragen, aber auch denjenigen der Gemeinden, die keinerlei Probleme haben wie beispielsweise Baar. Der Votant wird in der Detailberatung den entsprechenden Antrag stellen, dafür muss der Rat aber auf die Vorlage eintreten.
Zur Ersatzabgabe: Als Teil der öffentlichen Sicherheit ist Feuerwehr eine klassische öffentliche Aufgabe. Solche Aufgaben müssen nach allgemeinem Staats- und Steuerverständnis durch die allgemeinen Steuern gedeckt werden. Wenn diese nicht reichen, müssen die Steuern erhöht bzw. muss etwas weniger Gewinn ausgewiesen werden – wobei der Votant keineswegs für allgemeine Steuererhöhungen ist, sondern für steuerliche Lauterkeit votiert. Grundsätzlich ist der Staat frei, ob er sich via Steuern oder via Abgaben finanziert, aber nach dem Grundsatz der Einfachheit sollte man keine Mixtur in dem Sinne wählen, dass der Ertrag der Feuerwehrabgabe in die allgemeine Staatskasse fliesst und erst später der Feuerwehr zugewiesen wird. Zu den Argumenten betreffend Aufwand: Interessant ist, dass noch vor der Kommissionssitzung der Aufwand der Gemeinde Baar, um 650'000 Franken Feuerwehrabgaben einzuziehen, mit 20'000 Franken beziffert wurde. Es sind 6500 Briefe, die verschickt werden; allein das Porto macht 25 Prozent aus und steigt noch auf 31 Prozent. Solche Effizienzüberlegungen sollten in dieser Diskussion aber nicht angestellt werden. Man könnte sie nämlich auf die allgemeinen Steuern übertragen, und der Votant hätte durchaus Vorstellungen, wie man die heute

hundert kantonalen Steuerkommissäre auf fünf reduzieren könnte: Man müsste das Geld einfach bei den Reichsten holen. Aber das kann es nicht sein.
Es geht auch ein bisschen um Glaubwürdigkeit. Die SVP Baar hat in der Budget-Gemeindeversammlung 2013 den Antrag gestellt, den Sachaufwand der Gemeinde pauschal um 5 Prozent zu senken. Das wäre das x-Fache des Einnahmeverlustes von 650'000 Franken gewesen, für die Gemeinde- und Kantonsrat Oliver Wandfluh hier so vehement kämpft. Und an die Bürgerlichen im Saal: In Bälde beginnt der Wahlkampf, und die Bürgerlichen werden gegen Bürokratie und für einen schlanken Staat plädieren. Wollen sie wirklich den Linken auf dem Tablett die Munition präsentieren, um sich im Herbst argumentativ abschiessen zu lassen? Der Votant bittet hier um etwas Vorsicht.
Ein Wort noch zu den Feuerwehren: Auch der Votant dankt allen Feuerwehrleuten und freut sich über jedes Dankeswort, das ihnen ausgesprochen wird. Er selbst blickt als Offizier auf rund 1100 Militärdiensttage zurück. Für die unzähligen Vorbereitungsstunden, auch zwischen 2 und 3 Uhr morgens, wird er in gut einem Jahr vom Sicherheitsdirektor ein Sackmesser erhalten, mit dem besten Dank. Er freut sich darauf und beklagt sich keineswegs, aber man sollte das auch sehen. Feuerwehrleute haben aber mehr verdient als das Gefühl, etwas nicht zahlen zu müssen, das andere zahlen. Sie verdienen eine anständige Entschädigung, die es ihnen beispielsweise erlaubt, ihre Familien nach einem Einsatz zu einem guten Nachtessen einzuladen. Sollte die Feuerwehrabgabe heute abgeschafft werden, wird sich der Votant dafür einsetzen, dass die Feuerwehrleute richtig entschädigt werden. Der Votant hält auch deutlich fest, dass die Feuerwehrabgabe ungerecht ist. Baar nimmt damit 650'000 Franken ein und gibt für seine Feuerwehr rund 1,15 Millionen Franken aus; es werden also rund 60 Prozent der Kosten durch die Abgabe gedeckt. In Menzingen kostet die Feuerwehr 300'000 Franken, die Abgabe erbringt 100'000 Franken, also 30 Prozent der Kosten. Um diese Ungerechtigkeit zu beheben, stellt der Votant in der Detailberatung den vermittelnden Antrag, dass Gemeinden frei über eine Feuerwehrabgabe und deren Höhe entscheiden können.
Letztlich ist es dem Votanten egal, wie sich der Kantonsrat entscheidet. Der Rat sollte aber ein bisschen politisch lauter sein.

Oliver Wandfluh muss zu zwei, drei Falschaussagen Stellung nehmen. Dass seinen Vorredner das Ergebnis letztlich nicht interessiert, tut ihm leid. Sämtliche Feuerwehrkommandanten und zehn Gemeindepräsidenten vertreten eine klare Meinung, es gibt kein Problem in der Bevölkerung, und trotzdem machen gewisse Votanten daraus ein Problem. Verschiedene Votanten haben in die gemeindlichen Buchhaltungen Einblick nehmen können, und auch sie haben bestätigt, dass alle Argumente für eine Änderung des Bestehenden nichtig sind. Die Ersatzabgabe *ist* fair, ob Student oder Normalo oder Sozialhilfeempfänger; der Christbaum brennt bei jedem gleich, ob reich oder arm.
Bezüglich der Erhöhung der Entschädigung macht der Votant seinem Vorredner den Vorschlag, sich in Horgen beim dortigen Feuerwehrkommandanten zu melden. Dort haben die Feuerwehrleute ab der ersten Minute 98 Franken Stundenlohn. Das führt aber zum Problem, dass Feuerwehrleute bei Einsätzen tagsüber mehr verdienen können als bei ihrem Arbeitgeber. Die Feuerwehrleute im Kanton Zug diskutieren nicht über höhere Entschädigungen, über die unterschiedlichen Ansätze in den verschiedenen Gemeinden oder darüber, dass die erste Stunde gratis ist. Sie verstehen ihre Leistung als Dienst an der Bevölkerung.
Auch in Baar gehören die 650'000 Franken aus der Ersatzabgabe klar ins Budget der Feuerwehr. Und bezüglich steuerlichem Abzug von 5000 Franken: Das ist wun-

derbar, betrifft in Baar aber nur acht bis zehn Offiziere; die übrigen 125 Feuerwehrleute kommen nie auf eine Entschädigung von 5000 Franken im Jahr, haben also keine Steuererleichterung. Schliesslich: Die 31'000 Franken Aufwand in Zusammenhang mit der Ersatzabgabe sind Fakt, auch wenn der Votant vielleicht mal von 20'000 Franken gesprochen hat. Und zum Letzten: Eine Berufsfeuerwehr ist nicht einfach eine Mär. Auch der Präsident des zugerischen Feuerwehrverbands hat das betreffende Schreiben unterzeichnet und ist derselben Meinung wie alle anderen Kommandanten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass sich der Regierungsrat in den beiden Vorlagen klar und deutlich geäussert hat. Dass eine Berufsfeuerwehr eingeführt werden könnte, ist nicht die Meinung der Regierung, Sie hat aber ausgeführt, dass die Gemeinden, wenn die Pflicht wegfällt, kein Druckmittel mehr haben und allenfalls vermehrt zu Anstellungsverhältnissen übergehen müssten. Aber weder der Sicherheitsdirektor noch die Gebäudeversicherung noch das Amt für Feuerschutz haben für den Kanton Zug je von einer Berufsfeuerwehr gesprochen. In der Nachwuchsförderung im Übrigen wird bei den Zuger Feuerwehren – im Gegensatz zu anderen Kantonen – gut gearbeitet.
Auch der Sicherheitsdirektor plädiert für eine grosse Gemeindeautonomie. Aber macht es hier Sinn, dass jede Gemeinde selber legiferien muss? Natürlich ist das Feuerwehrwesen zu hundert Prozent Aufgabe der Gemeinde, aber es ist wohl wenig sinnvoll, den Entscheid den Gemeinden zu übertragen, nur weil der Kantonsrat nicht entscheiden will. So oder so macht es der Kantonsrat dem Regierungsrat mit dieser Vorlage nicht einfach: Die Regierung kommt mit einer klaren Meinung und einem klaren Antrag in den Kantonsrat, dieser aber sagt nein, weist die Vorlage zurück und verlangt Änderungen; also kommt der Regierungsrat mit einem neuen Antrag – und wieder sagt die vorberatende Kommission nein. Es ist dazu zu sagen, dass der Regierungsrat auch mit dem Antrag der Kommission gut leben kann.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 31 zu 26 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass noch über den separaten Antrag betreffend Erledigung der Motion von Max Uebelhart und Vreni Wicky betreffend Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe vom 26. Juni 2008 (Vorlage 1699.1 - 12792) zu befinden ist. Regierungsrat und Kommission beantragen, diese Motion als erledigt abzuschreiben.

Vreni Wicky hat eine Frage: Der Kantonsrat hat Nichteintreten beschlossen, es liegt aber eine überwiesene Motion vor. Muss der Regierungsrat das Geschäft nicht nochmals vor den Kantonsrat bringen?

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Rückweisung erfolgte, sondern Nichteintreten beschlossen wurde. Es gibt auch keinen Antrag, die Motion nicht abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion Uebelhart/Wicky ohne Abstimmung als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft abgeschlossen.

1145 Nächste Sitzung

Donnerstag, 28. August 2014 (Ganztagessitzung)

Der Vorsitzende wünscht allen Ratsmitgliedern eine erholsame Sommerpause.

Protokoll des Kantonsrats

79. Sitzung: Donnerstag, 28. August 2014, Vormittag
Zeit: 08.30 – 11.55 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg
bzw. Kantonsratsvizepräsident Moritz Schmid, Walchwil

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 26. Juni und vom 3. Juli 2014
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Verlängerung des Einsatzes eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Kantonsgerichts

5. Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats: 2. Lesung
6. Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2014–2022: 2. Lesung
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Landerwerb und für die Realisierung von Neu- und Umbauten für die Kantonsschule Menzingen (KSM): 2. Lesung
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Errichtung einer Asylunterkunft auf dem GS 1201 am Dorfring 30 in Allenwinden, Gemeinde Baar: 2. Lesung
9. Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz; VRG)
10. Änderung des Gesetzes über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif; BGS 731.2)
11. Aufsichtsbeschwerde von H.S. vom 10. März 2014 betreffend gezielte Kontrollen auf der A4, A4a und A 14
12. Aufsichtsbeschwerde von M.O.P. vom 27. Februar 2014 gegen die Ombudsperson der Ombudsstelle Kanton Zug

Geschäfte, die am 3. Juli 2014 nicht behandelt werden konnten:

13. Motion von Daniel Stadlin und Philip C. Brunner betreffend Folgekosten bei Gesetzen und Kantonsratsbeschlüssen
14. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend alternative Wahlverfahren und alternative Aufsichts- resp. Oberaufsichtsmöglichkeiten für Richterinnen, Richter und Gerichte
15. Interpellation von Esther Haas und Andreas Lustenberger betreffend gratis ÖV: Umbau Lorzental Kantonsstrasse
16. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Abstimmungspropaganda der staatlich finanzierten Frauenzentrale Zug für die Abtreibungsfinanzierung

17. Interpellation von Monika Barmet und Frowin Betschart betreffend «Sicherheitspauschale für den Kanton Zug für die Asylunterkunft Gubel Menzingen»
18. Interpellation von Mario Reinschmidt und Monika Weber betreffend sichere Strassen um Steinhausen
19. Interpellation von Andreas Hausheer und Gabriela Ingold betreffend Festlegung des Ausgangsdeckungsgrads durch den Vorstand der Zuger Pensionkasse

Pendenzenliste:

20. Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anwendung der Gesetze für Radfahrer und der Wald- und Flurbenützung durch Freizeit-Sportarten.
21. Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Einhaltung von Raumplanungsvorschriften insbesondere Bauen ohne Baubewilligung und zur Umsetzung der Baupolizei.
22. Interpellation von Manuel Brandenberg betreffend Abtreibungen in den Spitälern des Kantons Zug.
23. Interpellation von Martin Stuber, Philip C. Brunner und Florian Weber betreffend Status Realisierung POLYCOM im Kanton Zug.
24. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten der Zuger Polizei.

1146 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Adrian Andermatt und Gloria Isler, beide Baar; Markus Jans und Thomas Rickenbacher, beide Cham; Leonie Winter, Hünenberg; Matthias Werder, Risch.

1147 Mitteilungen

Der Gesundheitsdirektor ist heute abwesend. Er nimmt in Bern an der Vorstandssitzung der Gesundheitsdirektorenkonferenz teil.

Wie schon bei der ersten Lesung der Geschäftsordnung des Kantonsrats hat der Vorsitzende den Regierungsrat mit Ausnahme des Landammanns von der Teilnahme an der Debatte zu Traktandum 5 dispensiert. Die Regierungsmitglieder sind auf Abruf bereit und werden für das Traktandum 6 im Kantonsratssaal eintreffen.

Die Kantonsratsmitglieder sind eingeladen zur 4. Nationalen Föderalismuskonferenz, die am 27./28. November 2014 in Solothurn stattfindet. Einzelheiten finden sich unter www.foederalismus14.ch.

Im Auftrag von Kantonsrat Thomas Rickenbacher darf der Vorsitzende auch heuer ein «Parlamentarierznüni» ankündigen, das von den Zuger Bäuerinnen und Bauern offeriert und serviert wird. Der Vorsitzende dankt den Landwirtinnen und Landwirten, dass diese freundliche Geste bereits zur festen Tradition geworden ist.

Der FC Kantonsrat war am letzten Wochenende erfolgreich in La-Chaux-de-Fonds. Besonders zu erwähnen ist der 2:1-Sieg gegen die sonst erfolgsverwöhnte Fussballmannschaft des Gran Consiglio des Kantons Tessin. Der Vorsitzende gratuliert den Spielern des FC Kantonsrat und dankt den Organisatoren Zari Dzaferi und Anna Bieri. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 1

1148 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Die Traktandenliste wird ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 2

1149 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 26. Juni und vom 3. Juli 2014

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 26. Juni und 3. Juli 2014 werden ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 4

Kommissionsbestellungen:

1150 Traktandum 4.1: **Verlängerung des Einsatzes eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Kantonsgerichts**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Obergerichts (2419.1 - 14732).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Fraktionsleiterkonferenz den Bericht und Antrag des Obergerichts direkt an die Justizprüfungskommission überwiesen hat.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Wechsel des Vorsitzes
Für Traktandum 5, die zweite Lesung der Totalrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR), übernimmt wie schon bei der ersten Lesung Kantonsratsvizepräsident Moritz Schmid den Vorsitz. Kantonsratspräsident Hubert Schuler als Vertreter des Antrag stellenden Kantonsratsbüros nimmt Platz auf dem Stuhl des Vizepräsidenten. Kommissionspräsidentin Silvia Thalmann sitzt in der vordersten Reihe ihrer Fraktion. Neben den Stimmenzählern hat Alt-Landschreiber Tino Jorio an einem separatem Pult Platz genommen. Er ist der Redaktor der Vorlage und verfolgt die Beratung dieses Geschäfts. Bei Bedarf wird ihm der Vorsitzende ausnahmsweise das Wort erteilen.

TRAKTANDUM 5

1151 Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats: 2. Lesung

Es liegen vor: Ergebnis 1. Lesung (2251.7 - 14675); Anträge von Karin Andenmatten-Helbling (2251.8 - 14676), der vorberatenden Kommission (2251.9/.10 - 14692/93), des Büros des Kantonsrats (2251.11 - 14710), von Barbara Gysel (2251.12 - 14718) und der SVP-Fraktion (2251.13 - 14741).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung verschiedene Anträge eingegangen sind:
- Antrag von Kantonsrätin Karin Andenmatten-Helbling und allen Kantonsrätinnen;
- Antrag der vorberatenden Kommission;
- Antrag des Büros des Kantonsrats;
- Antrag von Kantonsrätin Barbara Gysel;
- Antrag der SVP-Fraktion.

Die Anträge sind zusammengefasst in der Vorlage 2251.10 - 14693 (Synopse); zusätzlich wurde dem Rat heute eine Synopse zu § 15 GO KR ausgeteilt. Der Vorsitzende hält fest, dass sich das Büro des Kantonsrats allen Anträgen der vorberatenden Kommission vom 19. Mai 2014 anschliesst.

DETAILBERATUNG (2. Lesung)

§ 2 Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 4 Abs. 3 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Büro einen neuen Abs. 3 beantragt. Die vorberatende Kommission schliesst sich diesem Antrag an.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Die vorberatende Kommission hat sich eingehend über die Funktionsweise der elektronischen Abstimmungsanlage informieren lassen. Sie hat zur Kenntnis genommen, dass sich die wesentlichen Aufgaben der Stimmenzählenden verlagern. Das Zählen der Stimmen übernimmt die Abstimmungsanlage. Trotzdem wird die Bedeutung der Stimmenzählenden wesentlich verstärkt. Sie sollen gemäss § 10 Abs. 1 Satz 2 für die Bedienung der elektronischen Abstimmungsanlage im Rahmen des Reglements zuständig sein. Eine besonders wichtige Aufgabe: Damit sich das Ergebnis der Abstimmung eindeutig dem gestellten Antrag zuordnen lässt, erhält sie eine Überschrift. Die Stimmenzählenden werden sicherstellen, dass diese Überschriften korrekt sind.
Zum Vorgehen: Für alle Abstimmungen, die bereits vor der Kantonsratssitzung bekannt sind, wird die Kanzlei die Überschriften erfassen. Die Stimmenzählenden prüfen diese vor der Sitzung. Anpassungen und Ergänzungen, die während der kantonsrätlichen Sitzung anfallen, werden durch die Stimmenzählenden vorgenommen. Dazu wird ihnen ein Computer mit direktem Zugriff zur Anlage zur Verfügung stehen. Das heisst demnach, dass die Stimmenzählenden vor einer Abstimmung oder einer öffentlichen Wahl die Überschrift prüfen oder erfassen werden. Nach der Abstimmung werden sie sprachliche und inhaltliche Ungenauigkeiten der provisorischen Überschrift eliminieren und die definitive Fassung des Reports erstellen.

Mit der Einführung der elektronischen Abstimmungsanlage werden die Aufgaben der Stimmenzählenden anspruchsvoller. Deshalb ist es sinnvoll, die Wahl der Stimmenzählenden und deren Stellvertretungen gleichzeitig vorzunehmen. So können sich die Stellvertretenden mit der Abstimmungsanlage und deren Bedienung vor einem allfälligen Einsatz vertraut machen. Die Kommission empfiehlt mit 9 zu 1 Stimmen, die Anträge des Büros, welche die Wahl der Stellvertretungen betreffen, gutzuheissen. Diese Regelungen finden sich in § 4 Abs. 3 sowie in § 10 Abs. 1.
Die CVP-Fraktion schliesst sich bei § 4 Abs. 3 mit knappem Mehr dem Antrag des Büros an. Sie wird jedoch bei § 10 Abs. 1 einen Änderungsantrag stellen.

Eugen Meienberg muss seine Vorrednerin korrigieren: Im Namen einer Mehrheit der CVP-Fraktion stellt er den **Antrag,** den neuen Abs. 3 in § 4 nicht aufzunehmen. Wenn der Rat eine elektronische Abstimmungsanlage will, soll diese das jeweilige Abstimmungsresultat mit einer einfachen Abbildung und einem einfachen Report festhalten. Die Resultate sollen mit möglichst geringem Aufwand und zweckmässig der Öffentlichkeit und dem Kantonsrat zur Verfügung stehen. Wenn die Stimmenzählenden und deren Stellvertreter aber extra geschult werden müssen und auch Letztere regelmässig zum Einsatz kommen sollen, um Praxis zu erhalten, tönt das nicht nach einer einfachen Lösung. So sollen die Stimmenzählenden auch Titel und Texte von Anträgen und allenfalls Änderungsanträgen ins System eingeben und grundsätzlich für die elektronische Abstimmungsanlage verantwortlich sein. Die Abstimmungsanlage habe eine so zentrale Funktion, dass sie nur gewählten Volksvertretern anzuvertrauen sei. Für den Votanten aber hat zum Beispiel das Kantonsratsprotokoll eine weit grössere Bedeutung. Dessen Abfassung wird nicht einem vom Volk gewählten Protokollanten anvertraut, und dieser verfasst die Protokolle zur vollen Zufriedenheit des Rats – dies besser, so wagt der Votant zu behaupten, als es die allermeisten im Saal könnten. Dafür dankt der Votant dem Protokollführer.
Aus Sicht einer Mehrheit der CVP-Fraktion ist die Abstimmungsanlage einfach auszugestalten. Die Eingabe der Daten ist eindeutig eine Aufgabe der Verwaltung. Daher kann auf die Wahl von stellvertretenden Stimmenzählern verzichtet werden. Und eine Nebenfrage: Kann sich ein Stimmenzähler auch in einer Bürositzung vertreten lassen oder nur in den Sitzungen des Kantonsrats? Diese Frage wäre bei einer Annahme allenfalls noch zu klären.
In der heutigen Debatte über die GO KR hat der Rat einige nicht ganz einfache Abstimmungen vor sich. Es ist zu vermuten, dass Zusatzanträge und Unteranträge gestellt werden, welche der Rat jetzt noch nicht kennt, und es wird Varianten- und eventuell Dreifachabstimmungen geben. Man stelle sich nun die zwei Stimmenzählenden bei der Eingabe der Anträge und Bedienung der Anlage vor. Zusätzlich sollen sie auch noch den Beratungen folgen und daran teilnehmen, das ist nämlich ihr Grundauftrag als gewählte Kantonsräte. Man hat den Eindruck, dass die vorberatende Kommission und das Büro hier über das Ziel hinausschiessen. Eine Mehrheit der CVP-Fraktion lehnt daher den neuen Abs.3 ab. Es wird damit ein Zeichen gesetzt, dass bei der Ausgestaltung der neuen Abstimmungsanlage nicht übertrieben werden soll und diese Anlage einfach zu halten sei.
Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Man muss aufpassen, dass heute in der zweiten Lesung nicht zu viele Stolpersteine in die neue GO KR gelegt werden. Es ist Zeit für eine neue Geschäftsordnung. Es soll und darf nicht wie bei der versuchten grossen Parlamentsreform vor gut zehn Jahren passieren, dass am Schluss das gesamte Gesetz wegen der Ablehnung von Einzelthemen scheitert. Die Ausgestaltung der Abstimmungsanlage und später zur Debatte stehende Anpassungen in § 15 und § 20 haben das Potenzial dazu. Der Votant möchte nicht

als eines der wenigen Kantonsratsmitglieder in die Geschichte eingehen, welches zweimal das Scheitern einer Revision der GO KR miterlebt hat.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** teilt mit, dass natürlich auch im Büro des Kantonsrats über diese Fragen diskutiert wurde. Klar ist, dass die stellvertretenden Stimmenzählenden nicht Mitglieder des Büros sind. Der Vergleich mit dem Protokoll – auch der Kantonsratspräsident dankt für die dafür geleistete Arbeit – hinkt etwas, weil das Protokoll in der nächsten oder übernächsten Sitzung jeweils genehmigt wird. Es kann nicht sein, dass bei Abstimmungen etwas erfasst wird, das in der nächsten Sitzung dann geändert werden muss. Deshalb ist es für das Büro wichtig, dass gewählte Volksvertreterinnen und -vertreter die Texte, vor allem den Titel und die zur Abstimmung kommende Frage, erfassen sollen. Der Kantonsratspräsident bittet den Rat deshalb, den Antrag des Büros zu unterstützen.

➔ Der Rat genehmigt mit 62 zu 8 Stimmen den Antrag des Büros.

§ 10 Abs. 1
§ 10 Abs. 4

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Büros.

§ 15 Abs.1 Ziff. 3 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die SVP-Fraktion eine neue Ziff. 3 mit folgendem Wortlaut beantragt: «Register derjenigen Kantonsräte, die Spesen oder Entschädigungen von einer Institution beziehen, die mit dem Kanton eine Leistungs- oder Subventionsvereinbarung hat, unter Aufführung der Institution und der jährlichen Bezüge.» Die vorberatende Kommission lehnt diesem Antrag ab. Auch das Büro schliesst sich diesem Antrag nicht an und stellt einen eigenen Antrag.

Manuel Brandenberg: Beim Antrag der SVP-Fraktion geht es darum, dass sichtbar werden soll, wenn jemand im Kantonsrat sitzt und gleichzeitig Spesen oder eine Entschädigung von Institutionen bezieht, die eine Leistungs- oder Subventionsvereinbarung mit dem Kanton haben. Es geht darum, Transparenz zu schaffen in der Frage der Vermischung von Exekutive und Legislative. Ein Parlamentarier, der von einer entsprechenden Institution Geld erhält – vielleicht sogar recht viel Geld –, hat Interessen, die sachfremd sein können, wenn im Parlament ein Geschäft beraten wird, das möglicherweise zu Zahlungen an die betreffende Institution führt. Dazu kommt, dass die Regierung normalerweise eine recht grosse Nachfragemacht hat und faktisch bestimmt, wer zu welchen Konditionen Geld erhält. Es gibt hier also eine gewisse Vermischung des Parlamentariers mit der Regierung, wenn er Geld erhält.
Die SVP will aber keine umfassende Transparenz, wie es der Antrag von Stefan Gisler verlangt. Sie ist klar der Meinung, dass es hier, im kantonalen Parlament, nur um kantonsnahe Institutionen gehen kann. Es geht nicht an, dass jedes Mitglied des Kantonsrats über seine Steuererklärung Rechenschaft ablegen muss. Das würde definitiv zu weit führen, denn das ist Privatrecht und hat mit dem Kanton nichts zu tun.
Sollte die SVP mit ihrem Antrag scheitern – die Wahrscheinlichkeit dafür ist hoch –, würde sie den Antrag des Büros unterstützen.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Die vorberatende Kommission empfiehlt mit 10 zu 2 Stimmen, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen. In ihrer Beratung hat sie sich darüber informiert, wann und mit welchem Ergebnis ähnliche Anliegen im Rat diskutiert wurden. So wurde das Thema im Rahmen der Parlamentsreform 2001 aufgegriffen; die Einführung eines Registers wurde damals knapp abgelehnt. 2004 nahm der Regierungsrat das Anliegen erneut auf und beantragte dem Rat das Führen eines Registers. Der Kantonsrat entschied sich mit 41 zu 27 Stimmen erneut gegen die Einführung eines solchen Registers. Und anlässlich der ersten Lesung der GO KR gab es einen Antrag der SP-Fraktion, die Einführung eines Registers zu prüfen, was der Rat aber ablehnte.
Die heutige Regelung ist wie folgt: In der Beratung sowohl in einer Kommission als auch im Rat ist ein Ratsmitglied verpflichtet, jedes Mal, wenn es sich zu einer Thematik äussert, bei dem eine Interessenbindung besteht, diese offenzulegen. Diese Lösung ist einfach, verursacht weder bürokratischen Aufwand noch Kosten und deckt jede erdenkliche Variante einer Interessenbindung ab. Die Regelung lautet im Wortlaut: «Die Ratsmitglieder geben zu Beginn ihres Votums ihre Interessenbindungen bekannt, wenn sie sich zu Geschäften äussern, die ihre Interessen oder jene von Dritten, zu denen sie eine wesentliche persönliche oder rechtliche Beziehung haben, unmittelbar berühren.» Gerade der letzte Punkt, nämlich das Abdecken *jeglicher* Interessenbindungen, ist beim Antrag der SVP zu bemängeln. Dieser reglementiert nur einen kleinen Teilbereich: Bei weitem nicht alle Interessenbindungen müssen im Register aufgeführt werden. Dafür sieht der Antrag der SVP-Fraktion vor, dass neben den Interessenbindungen die Einkünfte aus verwaltungsnahen Tätigkeiten aufgeführt werden. Dies lehnen die Kommissionsmitglieder ab. Sie sehen keinen Anlass, von der bisherigen einfachen, pragmatischen und bewährten Form der Offenlegung der Interessenbindung abzurücken oder einen Gegenvorschlag zu unterbreiten.

Stefan Gisler stellt den **Antrag,** bei der Offenlegung der Interessen faktisch die Lösung des Bundes anzuwenden. Die Ziff. 3 der Bundeslösung – die Offenlegung der Interessenbindungen während der Debatte selbst – hat der Votant nicht in seinen Antrag integriert; man findet die entsprechende Bestimmung – wie von der Kommissionspräsidentin ausgeführt – in § 63 der GO KR, und dort soll sie auch bleiben. Interessen, welche die Politik, die Voten und das Abstimmungsverhalten beeinflussen könnten, sollen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern offengelegt werden. § 63 legt aber nur fest, dass Kantonsrätinnen und -räte, welche ein Votum halten, ihre Interessen offenlegen müssen, sagt aber nichts zu denjenigen Ratsmitgliedern, welche nur abstimmen. Auch das Abstimmungsverhalten kann durch Interessenbindungen beeinflusst sein, und das soll offengelegt werden.
Wieso dieser Antrag auf volle Transparenz gegenüber den Wählerinnen und Wählern? Die SVP hat mit ihrem Antrag auf Offenlegung der Interessenbindungen von Kantonsratsmitgliedern zu Institutionen, welche eine Leistungs- oder Subventionsvereinbarung mit dem Kanton haben, ein wichtiges Thema in die zweite Lesung eingebracht. Leider bleibt der SVP-Antrag aber auf einem Viertel des Wegs stehen und fokussiert nur auf Tätigkeiten bei Vertrags- und Subventionsnehmern des Kantons. Das Büro hat darum eine verbesserte Lösung erarbeitet, die jedoch auch auf halben Weg stehen bleibt, werden doch die privaten beruflichen Tätigkeiten und Interessenvertretungen nicht offengelegt. Das aber wäre wichtig, denn auch eine private Firma, etwa eine Anwaltskanzlei, kann – ohne Leistungs- oder Subventionsvereinbarung – vom Kanton Aufträge erhalten, was zu einer entsprechenden Interessenlage führt. Darum schlägt der Votant im Wesentlichen die aktuelle Bundeslösung vor, wie sie im Parlament in Bern gehandhabt wird.

Eine Offenlegung *aller* Interessen und Tätigkeit dient der Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Der vorliegende Antrag erlaubt keineswegs – wie von Manuel Brandenberg fälschlicherweise behauptet –, dass man in die Steuerdokumente von Parlamentsmitgliedern Einblick nehmen könnte, dies im Gegensatz zum SVP-Antrag, der ja die Offenlegung von Einkünften verlangt. Wie das Büro schlägt auch der Votant ein nacktes Register der Interessenbindungen vor, ohne dass irgendwelche finanzielle Bezüge offengelegt werden müssen.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler:** Das Büro hat auch diese Frage intensiv diskutiert und das Anliegen der SVP grundsätzlich als berechtigt beurteilt. Der konkrete Vorschlag der SVP ist für das Büro aber zu einseitig, und vor allem die Offenlegung der Entschädigungen wurde von der Mehrheit des Büros klar abgelehnt. Das Büro formulierte deshalb einen eigenen Antrag, in der auch die Frage geklärt wird, ob die Regelung nur entgeltliche oder auch unentgeltliche Tätigkeiten betrifft. Die vorliegende Formulierung macht nach Ansicht des Büros deutlich, dass beide Möglichkeiten gemeint sind: Entgeltliche und unentgeltliche Tätigkeiten in einer Organisation, die vom Kanton Gelder erhält. Der Vorschlag des Büros regelt auch die Mitwirkung der Ratsmitglieder beim Erstellen und der jährlichen bzw. laufenden Aktualisierung des Registers. Gemeint ist, dass Ratsmitglieder, welche eine neue Tätigkeit aufnehmen, dies der Staatskanzlei mitteilen, welche das Register ergänzt. Der administrative Aufwand ist also klein. Selbstverständlich ist das Büro auch der Meinung, dass § 63 weiterhin Geltung haben soll. So gibt es zwei Möglichkeiten: einerseits mit dem Register, andererseits mit der Deklarierung der Interessen vor jedem Votum.
Die Bundesregelung geht der Mehrheit des Büros zu weit. Der Kantonsratspräsident bittet deshalb, den Antrag des Büros zu unterstützen.

Eusebius Spescha: Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass Transparenz angesagt ist. Sie hat deshalb in der ersten Lesung beantragt, dass das Büro einen entsprechenden Vorschlag ausarbeitet. Dieser Antrag wurde relativ knapp abgelehnt, dank des SVP-Antrags hat der Rat nun aber die Möglichkeit, die Frage doch noch zu diskutieren. Der Antrag der SVP ist allerdings völlig unausgegoren und ungenügend. Es macht wenig Sinn, in einem sehr engen Bereich, der überdies bezüglich Interessenbindungen wohl nicht sehr bedeutend ist, Transparenz herzustellen. Wenn Transparenz, dann richtig. Der Vorschlag des Büros geht in die richtige Richtung und wird von der SP-Fraktion unterstützt. Die Sympathie der SP gilt allerdings der weitergehenden Lösung des Bundes, wie sie Stefan Gisler vorschlägt. Die SP-Fraktion ist allerdings unsicher, ob die vorgeschlagene Formulierung der kantonalen Situation genügend Rechnung trägt. Es ist beispielsweise nicht ganz klar, wieso in Bst. c nur die schweizerischen und ausländischen, nicht aber die kantonalen Körperschaften erwähnt sind. Der Vorschlag konnte in der kurzen Zeit nicht genügend diskutiert werden, und es wäre besser gewesen, wenn der Rat ein wirklich gut durchdachtes Konzept vorgelegt bekommen hätte, wie von der SP ursprünglich beantragt.

Monika Barmet legt ihre Interessensbindung offen: Sie ist Mitglied des Vorstands der Zuwebe, eines Vereins, der mit dem Kanton eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen hat. Sie hat dies immer offengelegt, wie es in § 63 GO KR geregelt ist.
Eine Mehrheit der CVP-Fraktion unterstützt die Anträge der SVP-Fraktion, des Büros und auch von Stefan Gisler nicht. Sie ist der Meinung, dass es im Moment kein zusätzliches Register braucht, in dem explizit nur die aufgeführten Tätigkeiten erfasst werden, und sieht somit in diesem Bereich kein Handlungsbedarf. Störend

ist insbesondere, dass die Anträge – insbesondere jener der SVP-Fraktion – auf Tätigkeiten hinzielen, die u. a. mit oft grossem ehrenamtlichem oder freiwilligem gesellschaftspolitischem Engagement in Zusammenhang stehen. Sollte bei der Offenlegung der Interessensbindungen tatsächlich ein Regelungsbedarf bestehen, dann ist die zweite Lesung der GO ungeeignet, um diese Frage ohne Diskussion in der vorberatenden Kommission einzuführen. Wenn eine Offenlegungspflicht gefordert wird, müsste sie umfassender sein als der Antrag des Büros; die Regelung gemäss Parlamentsgesetz der Bundesversammlung wäre eine Lösung. Es geht nicht an, dass nur einige wenige Tätigkeiten offengelegt werden müssen. Eine umfassende Offenlegung im Kanton Zug war aber kein prioritäres Anliegen bei der Beratung der GO. Die Votantin empfiehlt deshalb auch im Namen der Mehrheit der CVP-Fraktion, die Anträge der SVP-Fraktion, des Büros und von Stefan Gisler abzulehnen. Es braucht kein zusätzliches Register, in § 63 ist die Offenlegung der Interessenbindungen geregelt.

Franz Peter Iten hat zum Antrag von Stefan Gisler verschiedene Fragen: Was bedeutet in Bst. c der Begriff «Anstalten»? Oder in Bst. e die Wendung «schweizerische Interessengruppen»? Müsste beispielsweise der Votant, wenn im Kantonsrat über eine Sportanlage beraten wird, angeben, dass er im «Club Freunde der Faustball-Nationalmannschaften» die Finanzen führt? Zu den in Bst. a genannten «beruflichen Tätigkeiten» ist zu bemerken, dass diese schon jetzt im Verzeichnis der Kantonsrätinnen und -räte nachzulesen sind. Und ist hier der gelernte Beruf oder die aktuelle berufliche Tätigkeit gemeint? Grundsätzlich ist der Votant gegen jegliche Register. Wichtig ist, dass man dem § 63 wirklich nachlebt und bei jedem Votum seine Interessenbindung bekannt gibt. Im Grundsatz unterstützt der Votant hier aber den Antrag des Büros.

Für **Stefan Gisler** liegt das Gute an seiner Lösung darin, dass es dafür – im Unterschied zu den anderen Anträgen – eine seit Jahren gelebte Praxis gibt und die erwähnten Begriffe klar definiert sind. Dem Landschreiber bzw. dem Rat würde also bei entsprechenden Fragen bereits eine Art Nachschlagewerk zur Verfügung stehen. Die Lösung des Votanten ist also ausgereift und praxiserprobt, während sich bei den anderen Vorschlägen viele Fragen ergeben würden.
Mit «berufliche Tätigkeiten» bei Bst. a ist die aktuelle Berufstätigkeit gemeint: Arbeitgeber, Position etc. Der Votant beispielsweise arbeitet in der Entwicklungszusammenarbeit, beim Hilfswerk der evangelischen Kirchen, in der Funktion als *Knowledge Manager*. Bei «Anstalten» in Bst. c geht es beispielsweise um die Suva, bei Bst. e um bezahlte Mandate.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass die vorberatende Kommission weder den Antrag des Büros noch denjenigen von Stefan Gisler beraten hat. Wie bereits erwähnt, bewährt sich in den Augen der Kommission die heutige Lösung. Deshalb wurde auch nie über eine Alternative diskutiert.
Die Votantin möchte aber noch einen anderen Aspekt einbringen. Alle wissen, dass die vorberatende Kommission sich sehr intensiv mit der Revision der GO KR auseinandergesetzt und jede Regelung auf Herz und Nieren geprüft hat. Zu keiner Zeit aber war die vorliegende Frage ein Thema. Weder während den Beratungen zur ersten Lesung noch bei der Behandlung des Antrags der SVP-Fraktion hat die Kommission die Offenlegung von Interessenbindungen mittels eines Registers beantragt. Daraus lässt sich indirekt schliessen, dass die Kommission der Einführung eines zusätzlichen Registers kritisch gegenübersteht. Die Kommissionspräsidentin hat darauf verzichtet, diese Woche kurzfristig eine weitere Kommissionssitzung

anzuberaumen, um dieser Frage nachzugehen. Persönlich ist sie der Meinung, dass man über die Frage, ob ein Register geführt und welche Aspekte darin abgebildet werden sollen, nicht unter Zeitdruck entscheiden sollte. Es gibt – wie von verschiedenen Votanten gehört – noch viele offene Fragen, über die nicht hier im Rat, sondern in einer vorberatenden Kommission diskutiert werden müsste, auch unter Beizug von Spezialisten. Die Votantin empfiehlt deshalb, die Antragsteller auf den Motionsweg zu verweisen. So kann der Rat die Beratung der GO KR heute abschliessen und die Diskussion über die allfällige Einführung eines Registers ruhig und überlegt angehen.

Andreas Hürlimann hält fest, dass es im Grundsatz nur darum geht, ob man für oder gegen umfassende Transparenz ist. Er bittet die Ratsmitglieder, dementsprechend abzustimmen.

Manuel Brandenberg widerspricht. Es geht nicht um die Frage von Transparenz, sondern um die Frage, welche Parlamentsmitglieder Tätigkeiten ausüben, welche mit Geld, das vornehmlich von der Regierung kommt, entlöhnt werden.

Nach Rückfragen bei der Kommissionspräsidentin Silvia Thalmann und bei Manuel Brandenberg legt der **Vorsitzende** fest, dass vorerst in einer Dreifachabstimmung über folgende Anträge abgestimmt wird:
• Antrag der SVP-Fraktion;
• Antrag des Büros;
• Antrag von Stefan Gisler.
Der Vorsitzende hält fest, dass jedes Ratsmitglied *eine* Stimme hat.

Die folgende Abstimmung ergibt die folgenden Resultate:
• Antrag der SVP-Fraktion: 2 Stimmen
• Antrag des Büros: 35 Stimmen
• Antrag von Stefan Gisler: 32 Stimmen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Büros das absolute Mehr der Stimmenden erreicht hat und nun dem Ergebnis der ersten Lesung (kein Abs. 3) gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat lehnt den Antrag des Büros mit 37 zu 34 Stimmen ab. Es bleibt damit beim Ergebnis der ersten Lesung (Verzicht auf einen neuen Abs. 3)

§ 16 Abs. 2
§ 18 Abs. 3 Ziff. 1, 3 und 4
§ 18 Abs. 5

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 18 Abs. 8

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** erinnert daran, dass der Rat der vorberatenden Kommission zwei Abklärungsaufträge erteilte, von denen der erste die

Paragrafen 18, 19 und 23 betrifft. Die Kommission hatte die Frage zu prüfen, ob eine detaillierte Aufführung von justiznahen Stellen in einem dieser Paragrafen notwendig sei. Zu den justiznahen Stellen gehören beispielsweise die Schlichtungsbehörden, die Staatsanwaltschaft oder die Betreibungsämter. Die Kommission schlägt vor, eine Aufzählung zu vermeiden und wo nötig eine Umschreibung zu verwenden. Die Votantin wird im Detail darauf zu sprechen kommen.
In § 18 sind die Aufgaben der Stawiko aufgeführt. Diese übt bei allen Gerichten eine partielle Oberaufsicht aus: jene über die Finanzen. Diese Oberaufsicht kann sie auch bei den gerichtsnahen Stellen ausüben, da diese finanziell jeweils einem Gericht oder einer Direktion zugeordnet sind. Einer umfassenden Prüfung der Finanzen durch die Stawiko steht demnach auch ohne detaillierte Aufzählung der gerichtsnahen Stellen nichts im Wege. Es ist vorgesehen, dass die Stawiko alle Gerichte, die Datenschutzstelle und die Ombudsstelle visitiert. Die Visitation der justiznahen Stellen ist für die finanzielle Oberaufsichtstätigkeit der Stawiko nicht nötig. Möchte die Stawiko bei einer dieser Stellen vertiefte Abklärungen vornehmen, stehen ihr die Instrumente gemäss Paragrafen 28 bis 30 zur Verfügung. So kann die Stawiko jederzeit Einsicht in sämtliche Unterlagen nehmen und die Verantwortlichen zu einer Anhörung an ihre Sitzungen einladen. Damit hat die Stawiko genügend Möglichkeiten, um ihrer Oberaufsichtstätigkeit nachzukommen. Die Kommission beantragt, diese Möglichkeiten neu ausdrücklich in die GO KR aufzunehmen.
In Bezug auf die Abklärungen zu besonderen Vorkommnissen beantragt die Kommission eine Vereinfachung: Der letzte Teilsatz in § 18 Abs. 8 kann gestrichen werden. Relevant ist, bei welchen Organisationseinheiten die Stawiko Abklärungen zu besonderen Vorkommnissen vorzunehmen hat. Es erübrigt sich, jene Stellen aufzuführen, die nicht in den Verantwortungsbereich der Stawiko fallen.

➔ Der Rat nimmt das Votum der Kommissionspräsidentin zur Kenntnis und genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 19 Abs. 1

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** erinnert an den zweiten Abklärungsauftrag der Kommission, er betraf die Grösse der Justizprüfungskommission. Wie man dem Kommissionsbericht entnehmen kann, wurden drei Varianten thematisiert. Es obsiegte die Variante der ersten Lesung, weshalb jetzt kein neuer Antrag vorliegt. Bei dieser Variante umfasst die engere JPK sieben und die erweiterte JPK fünfzehn Mitglieder. Die erweiterte JPK kommen drei Aufgaben zu, nämlich:
- die Visitationen im Rahmen der Oberaufsicht (§ 19 Abs. 4);
- die Behandlung der Gesetzgebung im Bereich der Justiz (§ 19 Abs. 5);
- Abklärungen zu besonderen Vorkommnissen bei den in Abs. 2 aufgeführten Stellen (§ 19 Abs. 6)

Da insbesondere die Oberaufsicht und die damit zusammenhängenden Visitationen, bei der die erweiterte JPK zum Einsatz kommt, ausgebaut werden, ist die Grösse des Gremiums – fünfzehn Mitglieder – unverändert zu belassen. In diesem Sinne empfiehlt die vorberatende Kommission mit 8 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Variante der ersten Lesung beizubehalten.

➔ Der Rat nimmt die Ausführungen der Kommissionspräsidentin zur Kenntnis.

§ 19 Abs. 2

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Die folgenden Erläuterungen stehen in Zusammenhang mit dem ersten Abklärungsauftrag an die vorberatende Kommission. Die Kommission erachtet es als zentral, dass alle justiznahen Stellen der Oberaufsicht der JPK gemäss § 19 Abs. 2 unterstehen. Damit diese jedoch nicht einzeln aufgezählt werden müssen, schlägt sie eine umfassende Umschreibung vor, nämlich «alle anderen Stellen, die der Aufsicht des Obergerichts oder des Verwaltungsgerichts unterstehen». Wie im Bericht ausgeführt, deckt diese Formulierung alle Stellen ab, bis auf einen Spezialfall, nämlich den Strafvollzug. Dieser ist unterteilt in den Erwachsenenstrafvollzug, welcher der Aufsicht des Regierungsrats unterstellt ist, und den Jugendstrafvollzug, der durch das Obergericht beaufsichtigt wird. In Bezug auf den Strafvollzug vertritt die Kommission klar die Meinung, dass die Oberaufsicht für beide Bereiche wie bisher durch die JPK wahrgenommen wird. Dies erklärt denn auch, dass sie dem Rat beliebt machen, in § 19 Abs. 2 die Aufzählung zu ergänzen mit «den Strafvollzug». Mit der Aufnahme dieses Einschubs erübrigt sich die Regelung in § 19 Abs. 3 Ziff. 3.
Durch die beiden Ergänzungen in Abs. 2 erhält die JPK den Auftrag, im Rahmen ihrer Oberaufsichtstätigkeit nicht nur alle Gerichte, sondern auch die justiznahen Stellen in einem selbst gewählten Rhythmus zu visitieren. Dies ist so, weil in § 19 Abs. 4 die Visitationsplicht geregelt und ein Bezug zu Abs. 2 hergestellt wird. Die vorberatende Kommission vertritt damit klar die Meinung, dass die Oberaufsicht der JPK gestärkt und ausgeweitet werden soll.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 19 Abs. 3 Ziff. 3
§ 19 Abs. 4
§ 19 Abs. 6

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 20 Abs. 2 Ziff. 2

Esther Haas hält fest, dass § 20 Abs. 2 Ziff. 2 für die AGF in engem Zusammenhang mit dem Antrag von Karin Andenmatten und allen Kantonsrätinnen steht. Nach intensiver Diskussion kam die Mehrheit der AGF – die Votantin gehört nicht dazu – zum Schluss, dass die Ratsmitglieder heute nicht denselben Fehler machen dürfen, den ihre männlichen Vorfahren vor über hundert Jahren gemacht haben und den Thomas Wyss vor zwei Monaten wiederholt hat. Alle Erlasse sollen sich sowohl an Frauen und als auch Männer richten, müssen also zwingend in weiblicher und männlicher Form formuliert werden. Die Präsenz von Männern und Frauen in der Gesellschaft und die Gleichwertigkeit der Geschlechter werden so sichtbar. Die AGF stellt deshalb für Ziff. 2 den **Antrag** auf folgende Formulierung: «[Die Redaktionskommission]) nimmt bei Teilrevisionen die Anpassungen zur sprachlichen Gleichstellung der Geschlechter im ganzen Erlasstext vor.» Die jetzige «kann»-Formulierung soll also zu einer «muss»-Formulierung werden.
Dem bewussten Umgang mit Sprache kommt eine wichtige Bedeutung zu, denn Sprache ist nicht nur Kommunikationsmittel, sondern widerspiegelt auch gesell-

schaftliche Gegebenheiten. So hat der Vorsitzende vor der vorherigen Dreifachabstimmung gesagt: «Jeder Kantonsrat hat eine Stimme.» Hätte er gesagt, «Jede Kantonsrätin hat eine Stimme», wären sich die männlichen Kantonsratsmitglieder wohl ausgeschlossen vorgekommen.
Sollte der Rat dem Antrag der AGF nicht zustimmen, wird diese ein Zeichen setzen und geschlossen für den neuen Abs. 6 stimmen.

Der **Vorsitzende** entschuldigt sich für seine Formulierung. Selbstverständlich sind die Kantonsrätinnen auch eingeschlossen.

Alois Gössi stellt einen Eventualantrag, der in Zusammenhang mit dem Antrag von Karin Andenmatten zu § 20 Abs. 2 Ziff. 6 steht. Dieser besagt, dass alle Erlasse in ausschliesslich weiblicher Form erfolgen müssen, dies bei künftigen Erlassen oder bei Totalrevisionen. Die jetzt zur Debatte stehende Ziff. 2 ist retrospektiv, bezieht sich also auf die Vergangenheit. Nach Ansicht des Votanten sollten die erwähnten Ziffern in Einklang stehen, weshalb er den folgende **Eventualantrag** stellt: Falls der Antrag von Karin Andenmatten angenommen wird, soll Ziff. 2 neu heissen: «[Die Redaktionskommission] kann bei Teilrevisionen die Anpassungen *in ausschliesslich weiblicher* Form im ganzen Erlasstext vornehmen.» So hätte man in künftigen und in teilrevidierten Erlassen die gleiche sprachliche Regelung.

Andreas Hausheer will, dass in allen Erlassen die männliche und weibliche Form gleichberechtigt da stehen. Er unterstützt deshalb den Antrag der AGF und wird nachher den Antrag von Karin Andenmatten ablehnen.

Thomas Lötscher: Seit einigen Jahren wird bei allen Erlassen konsequent die kombinierte weibliche und männliche Form verwendet, dies der Gleichstellung wegen. Der Antrag der Kantonsrätinnen stellt nun einen Schritt zurück und gegen die Gleichstellung dar. Der Votant wünscht sich deswegen nicht die Gleichstellungskommission zurück, trotzdem aber wäre interessant zu wissen, was die vormalige Präsidentin dieser Kommission und Mitunterzeichnerin des vorliegenden Antrags dazu zu sagen hat.
Auch wenn sich der Antrag Andenmatten faktisch gegen die Gleichstellung der Geschlechter richtet, hat sich der Votant in seiner Fraktion dafür stark gemacht, und er tut es auch hier, dies aus folgenden Gründen: Französisch ist die Sprache der Liebe, Italienisch jene der Lebensfreude und der Musik. Deutsch aber mit einer unübertroffenen Präzision im Ausdruck und einem enormen Nuancenreichtum ist die Sprache der Dichter und Denker, die Sprache Goethes, Schillers und Hesses. Und diese gleichsam bildgewaltige und elegante Sprache wird seit Jahren in einem sinnlosen *Gender*-Wahn vergewaltigt und geschändet. Im an Verzweiflung grenzenden Versuch, sprachliche Gerechtigkeit zu schaffen, werden die Regeln gepflegter Sprache gebrochen, Grossbuchstaben mitten im Wort eingesetzt sowie mit komplizierten Doppelnennungen und Partizipialkonstruktionen die Sprache jeglicher Eleganz beraubt. Dabei wird auch vor Sinnentstellungen nicht zurückgeschreckt. So werden junge Menschen zwischen Schulabgang und Lehrabschluss zu «Lernenden». Alle Ratsmitglieder haben diese Zeit hinter sich, sind aber – so ist zu hoffen – wie der Votant immer noch Lernende und werden das immer bleiben.
Vor diesem Hintergrund nimmt der Votant zugunsten eines Gewinns an Lesbarkeit sowie sprachlicher Eleganz und Präzision gerne einen vermeintlichen Verlust an Gleichstellung in Kauf. Das ist aber nicht alles: Wenn Männer sich heute als *Gentlemen* verhalten, werden sie als veraltet belächelt, und wenn sie einer Dame die Wagentüre aufhalten, wird ihnen unterstellt, entweder die Frau oder das Auto

sei neu. Der Votant ruft seine Kollegen auf, *Gentlemen* zu sein, den Antrag der *Ladies* zu unterstützen und gleichzeitig etwas für die Sprachkultur zu tun. Das Selbstwertgefühl der Männer dürfte darunter nicht leiden.
In eigener Sache weist der Votant darauf hin, dass er heute eine geblümte Krawatte trägt, was so schnell nicht wieder geschieht. Er widmet diese Blumen allen Frauen, die sich in Räten oder in der Freiwilligenarbeit für den Kantons Zug und seine Menschen einsetzen, und dankt dafür.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AGF mit 44 zu 22 Stimmen ab.

§ 20 Abs. 2 Ziff. 6 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Karin Andenmatten-Helbling und alle Kantonsrätinnen den Antrag auf eine neue Ziff. 6 stellen, die wie folgt lauten soll: «[Die Redaktionskommission] achtet darauf, dass alle Erlasse in ausschliesslich weiblicher Form erfolgen.» Die vorberatende Kommission schliesst sich diesem Antrag mit Stichentscheid der Kommissionspräsidentin an. Das Büro schliesst sich dem Antrag nicht an.

Karin Andenmatten-Helbling: Zu Beginn der Debatte über die Revision GO KR am 1. Mai erinnerte Philip C. Brunner daran, dass die Väter der Linken und die Suffragetten sich vermutlich im Grab umdrehen würden, wenn sich die Linken handzahm gäben. Er hat sie aufgefordert, ein bisschen rebellisch und radikal zu sein. Und genau das waren die Frauen an jenem Nachmittag, als sie ihren Vorstoss einreichten. Heute aber geben sie sich pragmatisch:
• Erstens ist die Lesbarkeit der Texte mit den Doppelformen erschwert. Das war ja auch der Grund, weshalb Thomas Wyss namens der SVP-Fraktion in der ersten Lesung den Antrag stellte, dass die Redaktionskommission bei Teilrevisionen die sprachliche Gleichstellung der Geschlechter künftig nicht im ganzen Gesetzestext vornehmen soll. Begründet wurde der Antrag damit, «dass die Erlasse lesbarer sind, wenn auf die Doppelformen verzichtet wird» – so gemäss Ratsprotokoll, aber – wie sich wohl alle erinnern – nicht ganz wortgetreu. Das sei aber keinesfalls eine Rüge an die Adresse des Protokollführers, im Gegenteil: Dieser hat die Herausforderung, das Gesagte politisch korrekt zu protokollieren, hervorragend gemeistert.
• Zweitens wurde seit der Einführung der Zuger Verfassung im Jahr 1894 nur die männliche Form verwendet, und zwar nicht nur bis zur Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1971, sondern bis der Regierungsrat im Jahr 1999 die sprachliche Gleichstellung in Gesetzestexten einführte. 105 Jahre nur männliche Formen!
• Drittens sind offenbar viele Kantonsrätinnen und -räte der Meinung, dass es zugunsten der Lesbarkeit unbedingt wünschbar sei, auf die schwerfällige Doppelform zu verzichten. Ob man die männliche oder weibliche Form wähle, sei letztlich egal. Also: Von 1894 bis 1999 gab es nur die männliche Form. Da kann man doch mit gutem Gewissen heute für die Zukunft die weibliche Form festlegen.
Und zu guter Letzt: Liebe SVP-Mannen und -*Gentlemen*, stehen Sie doch auch hier im Rat zu Ihrer Begeisterung für weibliche Formen!

Eusebius Spescha ist etwas irritiert über die Diskussion. Thomas Lötscher hat die deutsche Sprache als Sprache der Dichter und Denker bezeichnet (wobei – in Klammern gesagt – andere Sprachen mindestens ebenso viele bedeutende Dichter und Denker hervorgebracht haben). Nimmt man diese Aussage ernst, schuldet man konsequenterweise der Sprache die nötige Präzision. Das bedeutet, dass man, wenn

alle Menschen gemeint sind, auch tatsächlich von allen Menschen sprechen soll, also von Männern und Frauen. Nur von Männern zu sprechen und die Frauen mitzumeinen bzw. von Frauen zu sprechen und die Männer mitzumeinen, ist sprachlich unpräzise und verletzt das Sprachgefühl. Dass Doppelformulierungen unbeholfen und schwerfällig sein sollen, kann der Votant nicht nachvollziehen. Er setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass entweder die Doppelform oder ein zusammenfassender Begriff verwendet wird. Und dabei gibt es immer auch die Möglichkeit, unter verschiedenen Varianten auszuwählen: Wer «Lernende» nicht so toll findet, kann beispielsweise von «Lehrfrauen» und «Lehrmännern» sprechen.
Der Votant setzt sich deshalb klar dafür ein, dass die bisherige Lösung beibehalten wird. In seiner Fraktion ist die Meinung allerdings deutlich anders: Die Mehrheit der SP-Fraktion ist der Ansicht, dass Thomas Wyss am 1. Mai seinen Antrag auf eine für die Frauen verletzende Art eingebracht hat, und wird den Antrag der Kantonsrätinnen unterstützen, auch im Sinne eine Protestkundgebung.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** bestätigt, dass die vorberatende Kommission den Antrag von Karin Andenmatten und aller Kantonsrätinnen unterstützt und ihn zur Annahme empfiehlt. Der Entscheid der Kommission kam – wie bereits gehört – durch Stichentscheid der Präsidentin zustande, nachdem die sechs weiblichen Kommissionsmitglieder den Antrag gutgeheissen und die sechs männlichen Mitglieder ihn abgelehnt hatten.
Für die vorberatende Kommission war bis zur ersten Lesung unbestritten, dass die Anpassung zur sprachlichen Gleichstellung der Geschlechter sukzessive in allen Erlasstexten fortgeführt werden sollte. Der Auslöser für den Gesinnungswandel liegt im Votum von Thomas Wyss zu § 20 Abs. 2 begründet, das er anlässlich der ersten Lesung gehalten hat. Dabei war es nicht der Inhalt, der für Unwillen sorgte, sondern die Art und Weise seines Votums. In seiner Rede schwang unüberhörbar ein Mangel an Respekt gegenüber den Frauen mit. So argumentierte er sinngemäss, dass weibliche Formen unnötig seien – nicht alle, wie er süffisant präzisierte, sondern eben nur die sprachlichen.
Die gesetzliche Gleichstellung ist sichergestellt, doch vor der tatsächlichen Gleichstellung sind wir noch meilenweit entfernt. Zur Unterstützung dieses wichtigen gesellschaftlichen Veränderungsprozesses und auch zur Stärkung des weiblichen Selbstbewusstseins ist es legitim, in den Erlasstexten gänzlich zur weiblichen Form zu wechseln.
Die CVP-Fraktion lehnt den Antrag der Kantonsrätinnen ab.

Manuel Brandenberg nimmt seinen Fraktionskollegen Thomas Wyss in Schutz. Dieser hat keineswegs verletzend gesprochen, sondern ganz einfach den Antrag gestellt, wieder ausschliesslich die männliche Form zu verwenden, wie das eigentlich ganz normal und – Irrtum vorbehalten – im Duden noch bis vor fünfzehn Jahren der Fall war. Im Übrigen wird im hebräischen Urtext der biblischen Genesis, bei der Erschaffung des Menschen, für die Frau das Wort «Männin» verwendet. Von daher wäre es näherliegend, nur die männliche Form zu gebrauchen.

Martin Stuber bedauert sehr, dass der Kantonsrat den von der AGF vorgeschlagenen Brückenbau abgelehnt hat. Den Antrag der Kantonsrätinnen findet der Votant – im Wissen darum, dass er sich in die Nesseln setzt – einen billigen PR-*Gag*. Bei der Gleichstellung ist gesamtgesellschaftlich seit Jahren ein *Rollback* zu beobachten. So hat der Kantonsrat beispielsweise das Gleichstellungsbüro abgeschafft, und die Frauenzentrale wird es in der heutigen Art vielleicht schon bald nicht mehr geben. Der Antrag der Kantonsrätinnen soll nun dieses *Rollback* überdecken.

Karin Andenmatten-Helbling wendet sich an ihren Vorredner und hält fest, dass man bekanntlich nicht von sich selbst auf andere schliessen soll. Der Antrag der Kantonsrätinnen ist keineswegs ein PR-*Gag.* Die Votantin erinnert daran, dass sie zu jenen paar Frauen gehörte, die bei der Abschaffung der Gleichstellungskommission einen Minderheitsbericht verfassten. Sie kämpft, seit sie sich erinnern kann, für die Rechte der Frau. Sie bittet ihren Vorredner deshalb, solche Unterstellungen zu unterlassen.

Für **Franz Peter Iten** ist in diesem Zusammenhang entscheidend, dass vor dem Gesetz alle gleich sind. Die heutige Diskussion ist für ihn alles andere als erfreulich. Massgebend ist für ihn, dass das, was im Erlass steht, für jeden nachvollziehbar und nachlebbar ist. Sehr wichtig ist auch, dass sich Männer und Frauen die notwendige gegenseitige Achtung und Wertschätzung entgegenbringen.

Für **Philip C. Brunner** hat es sein Vorredner auf den Punkt gebracht. Auf Englisch sagt man: *Blown out of proportion*. Der Votant hat noch erlebt, wie 1971 das Frauenstimmrecht eingeführt hat, und er hat das Gefühl, man falle hier um Jahrzehnte zurück in eine Diskussion, in der man meinen könnte, es gehe um die Frau oder den Mann, in der ausgeteilt wird und man sich verletzt fühlt. Es geht hier aber um die GO KR, also um einen Erlass, der die Arbeit des Kantonsrats regelt. Die Diskussion ist deshalb etwas deplatziert: Es geht nicht um Gleichheit von Mann und Frau, sondern um ein Papier des Kantonsrats. In diesem Sinn bittet der Votant, alles etwas herunterzufahren.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** teilt mit, dass auch das Büro ausgiebig über das vorliegende Thema diskutiert hat. Das Ergebnis, den Antrag der Kantonsrätinnen nicht zu unterstützen, kam nicht deshalb zustande, weil man das Anliegen nicht versteht. Man war aber der Meinung, dass man bei der heute gültigen Regelung bleiben soll, dass also beide Geschlechter, Frauen und Männer, erwähnt werden sollen – dies im Wissen, dass diese Regelung vielleicht ab und zu mal zu etwas holperigen Texten führen kann.

Für **Vreni Wicky** zeigt genau die heutige Diskussion auf, wo die Frauen heute stehen. Sie dankt Thomas Lötscher für sein Votum und hält fest, dass es die SVP ist, welche diese Diskussion provoziert: «Erlasse sind lesbarer, wenn auf die Doppelform verzichtet wird.» Das kann die Votantin unterstützen – und aus demselben Grund unterstützt sie den Antrag von Karin Andenmatten.
105 Jahre sind genug! Die Ratsfrauen haben *in corpore* den vorliegenden Antrag unterschrieben und eingereicht. In der Bundesverfassung steht der Gleichstellungsartikel seit nunmehr 33 Jahren. Gleichberechtigung und Chancengleichheit seien nicht nur ein Frauenanliegen, meinte Bundesrätin Sommaruga anlässlich des 30-Jahre-Jubiläums des Gleichstellungsartikels im Jahr 2011, sondern müssten die Anliegen von Frauen *und* Männern sein. Die Gesellschaft hat in dieser Beziehung gemeinsam vieles erreicht, aber vieles ist noch zu tun. Der Kantonsrat verändert die Zuger Landschaft nicht, wenn er den Antrag Andenmatten unterstützt; er kann aber ein Zeichen setzen und zeigen, dass ihm nach 105 Jahren kein Zacken aus der Krone fällt, wenn Zug für die nächsten Jahre eine GO KR in weiblicher Form hat. Leider sind die Frauen auch im Kantonsrat in der Minderheit, und es scheint, dass sie einmal mehr nicht auf die männliche Solidarität zählen dürfen. Und wie man dem Votum des AGF-Vertreters entnehmen muss, haben die Alternativen aufgehört, für Chancengleichheit, Gleichberechtigung und Frauenanliegen – was sonst auf ihrer Agenda steht – zu kämpfen. Sind sie jetzt schon müde vom Wahlkampf?

Die Kantonsrätinnen haben ein starkes Zeichen gesetzt, indem sämtliche Kantonsrätinnen den vorliegenden Antrag unterschrieben haben. Wo bleibt da die Solidarität der AGF?
Die Votantin ruft die Ratsmitglieder auf, gemeinsam ein Zeichen zu setzen und als zukunftsorientierte Zugerinnen und Zuger zu zeigen, dass ihnen die Gleichbehandlung wichtig ist. Es muss ja nicht für 105 Jahre sein. Das werden andere in späterer Zeit entscheiden – dann nämlich, wenn der Haarschnitt für Frauen und Männer gleich viel kostet, wenn Wickeltische auch in Männer-WCs montiert sind, wenn Lohngleichheit herrscht, wenn in der Verwaltung keine unrechtmässige Kündigungen während des Mutterschaftsurlaubs mehr ausgesprochen werden und wenn Chancengleichheit und Gleichstellung keine Themas mehr sind.
Die Votantin unterstützt den Antrag Andenmatten und stellt den **Antrag** auf Abstimmung unter Namensaufruf.

Stefan Gisler unterstützt den Antrag auf eine Abstimmung unter Namensaufruf. Er erinnert daran, dass die AGF eine Brücke bauen wollte und die Redaktionskommission verpflichten wollte, bei Teilrevisionen künftig zwingend die weibliche *und* männliche Form in allen Erlassen umzusetzen. Da dieser Antrag nicht angenommen wurde, unterstützt die AGF – wie angekündigt – einstimmig den Antrag Andenmatten. Vielleicht hat Vreni Wicky diese Ankündigung ganz zu Beginn verpasst.
Auch dem Votanten ist eine präzise Sprache wichtig. Er *wäre* deshalb für die konsequente Anwendung der weiblichen *und* männlichen Form in allen Erlasstexten, *wäre* also gegen den Antrag zu Ziff. 6, nur die weibliche Form zu verwenden – wenn er das Vertrauen hätte, dass Rat und Redaktionskommission die Gleichstellung von Mann und Frau in Tat und Wort auch künftig wirklich umsetzen. Dieses Vertrauen hat er nach der heutigen Debatte nicht. Es ist deshalb gut, hier ein Gegen-Zeichen zu setzen und dem Antrag Andenmatten zuzustimmen.
Zu Manuel Brandenberg: Was verletzend ist, bestimmt nicht der Absender, sondern bestimmen – in diesem Fall – die Empfängerinnen.

Arthur Walker, Präsident der kantonsrätlichen Redaktionskommission, ist etwas enttäuscht, dass Stefan Gisler kein Vertrauen in die Redaktionskommission hat. Diese hätte nämlich schon bisher bei Teilrevisionen die weibliche und männliche Form im ganzen Erlasstext angewendet, durfte das aber nicht. Die neue «kann»-Formulierung bedeutet nun aber, dass sie das situativ tun wird. Es macht aber keinen Sinn, bei einer Teilrevision, die nur einen einzigen Paragrafen betrifft, ein ganzes, grosses Gesetz diesbezüglich zu ändern.
Der Votant hat Verständnis für die Proteste und das Anliegen der Kantonsrätinnen. Als Präsident der Redaktionskommission hat er aber grosse Mühe damit, dass man einen Rückschritt machen und die heutige, korrekte Regelung ändern will. Die Frage hat nichts mit Mann und Frau zu tun. Für den Votanten war es in seinem Beruf als Lehrer klar, dass er immer die Mädchen *und* Knaben – mit beiden Formen – angesprochen hat, also «jede und jeder …». Wenn jetzt nur noch von «jede» gesprochen werden soll, ist das gegenüber den Männern nicht korrekt. Der Votant empfiehlt deshalb, die Proteste wegzulassen und sachlich zu überlegen, welches die richtige Form ist.

Thomas Werner schliesst sich dem Votum seines Vorredners an. Es wurde vorhin von verletzten Frauen gesprochen, weil in den letzten hundert Jahren nur die männliche Form verwendet wurde. In seinen bisher vier Jahren im Kantonsrat hat der Votant kein einziges Dokument gelesen, in dem nur die männliche Form gebraucht wurde. Die Redaktionskommission hat also sehr gute Arbeit geleistet, und man

kann weiterhin Vertrauen in ihre Arbeit haben. Der Votant appelliert an die Kantonsrätinnen, jetzt nicht zu überreagieren und nicht quasi die letzten hundert Jahre mit den nächsten hundert Jahren wettmachen zu wollen. Sie tun damit nämlich genau das, von dem sie immer fordern, dass man es nicht tun sollte.
Der Votant ruft die Kantonsrätinnen aus, vernünftig zu sein wie die Männer *(der Rat lacht)* und der sprachlichen Gleichbehandlung von Mann und Frau zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun über den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf abgestimmt wird. Dieser Antrag benötigt 20 Stimmen.

➔ Der Rat genehmigt mit 51 Stimmen den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf.

*Der **Vorsitzende** verliest nochmals den Antrag von Karin Andenmatten und allen Kantonsrätinnen zu § 20 Abs. 2 Ziff. 6 (neu). Darauf wird unter Namensaufruf über diesen Antrag abgestimmt. Die Stimmenzähler ermitteln ein Abstimmungsresultat von 35 Ja- zu 36 Nein-Stimmen. Der Vorsitzende gibt dieses Resultat bekannt und hält fest, dass damit der Antrag von Karin Andenmatten und allen Kantonsrätinnen abgelehnt ist. Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Resultats sowie in der darauf folgenden Sitzungspause melden sich verschiedene Ratsmitglieder beim Vorsitzenden und zweifeln aufgrund eigener Zählungen die Richtigkeit des von den Stimmenzählern ermittelten Resultats an.*

Nach der Sitzungspause teilt der **Vorsitzende** mit, dass das Resultat von 35 Ja- zu 36 Nein-Stimmen von verschiedenen Ratsmitgliedern angezweifelt und deshalb in der Mittagspause durch die zwei Stimmenzähler auf der Tonaufnahme des Protokollführers überprüft wird. Das Resultat wird zu Beginn der Nachmittagssitzung bekanntgegeben. Das bedeutet, dass – je nach Resultat – auch über den Eventualantrag von Alois Gössi zu § 20 Abs. 2 Ziff. 2 erst am Nachmittag abgestimmt werden kann; auch die Schlussabstimmung findet erst dann statt.

Stimmenzähler **Franz Peter Iten** hält fest, dass:
- erstens die Stimmenzähler keine Schätzungskommission sind;
- zweitens beide Stimmenzähler unabhängig voneinander zum selben Resultat gekommen sind;
- drittens er selbst den Vorsitzenden gebeten hat, die Ratsmitglieder aufzufordern, deutlich «Ja», «Nein» oder allenfalls «Enthaltung» zu sagen, was leider nicht erfolgt ist;
- viertens die Namen viel zu schnell aufgerufen wurden.

Es ist richtig, dass die Abstimmung nun durch die Stimmenzähler auf der Tonaufnahme überprüft wird; andernfalls hätte der Votant selbst den entsprechenden Antrag gestellt. Er ruft die Ratsmitglieder auf, ihre Stimme inskünftig – auch bei Abstimmungen mit Handmehr – deutlich abzugeben und so den Stimmenzählern ihre Aufgabe zu erleichtern.

(Zum weiteren Verlauf der Beratungen zu § 20 Abs. 2 Ziff. 6 siehe im Protokoll der Nachmittagssitzung unter Ziff. 1153).

§ 21 Abs. 1

Der **Vorsitzende** erinnert an den Antrag von Barbara Gysel, der vorsieht, dass die Konkordatskommission aus 15 und nicht aus 7 Mitgliedern bestehen soll. Die vorberatende Kommission und das Büro schliessen sich diesem Antrag an.

Barbara Gysel: Im Anschluss an die erste Lesung konnte die Frage nach der Grösse der Konkordatskommission in der vorberatenden Kommission und in den Fraktionen nochmals detaillierter diskutiert werden. Damit einher ging offenbar auch eine Vertiefung dazu, welche Funktion die Konkordatskommission generell innehat. Denn in dieser Frage gibt es eine echte Zuger Lösung, nämlich ein zweistufiges Verfahren bei Konkordaten, was bedeutet, dass der Kantonsrat entsprechende Geschäfte bereits im Vorfeld beurteilen kann, also bevor ein fertig ausgearbeiteter Konkordatstext vorliegt. Das ist ein Zuger Unikum, und zwar ein gutes. Um dies zu verdeutlichen, zitiert die Votantin § 21 Abs. 2 der GO KR, welcher die Mitwirkungsaufgaben festhält. Die Konkordatskommission hat u. a.:
«1. das Recht, vom Regierungsrat über den Gang der Verhandlungen ständig informiert zu werden;
2. das Recht, vom Regierungsrat vor wichtigen Verhandlungen und Entscheiden angehört zu werden;
3. das Recht, dem Regierungsrat für die Verhandlungen und Entscheide Empfehlungen zu erteilen.»
Diese Möglichkeiten sind sowohl aus materieller Sicht als auch aus staatspolitischer Perspektive relevant. Schliesslich sind Konkordate als Konstrukt *per se* oft nicht unumstritten; zuweilen werden sie auch als Demokratiedefizit bezeichnet. Umso wichtiger ist daher die Möglichkeit, diesem Mitwirkungsverfahren à la Zug gebührendes Gewicht zu geben. Die Votantin dankt daher für die Unterstützung des Antrags, dass auch die Konkordatskommission 15 Mitglieder umfassen soll. Zu ihrer Interessenbindung: Sie ist Mitglied ebendieser Konkordatskommission.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Die vorberatende Kommission hat sich die Aufgaben der Konkordatskommission nochmals in aller Detailliertheit erklären lassen. Hilfreich waren dabei die Ausführungen des Präsidenten der Konkordatskommission, der auch Mitglied der vorberatenden Kommission GO KR ist. Vielen Mitgliedern wurde erst im Rahmen dieser Beratung klar, welche wichtige Rolle der Konkordatskommission bei der Entstehung eines Konkordats zukommt. Sie wird sehr früh über die Entstehung eines neuen Konkordats informiert und kann dem Regierungsrat Empfehlungen abgeben, die dieser in die weiteren Verhandlungen einliessen lassen kann.
Zwischen dem Kanton Zug und weiteren Kantonen bestehen verschiedene Zusammenarbeitsformen. Die beiden wichtigsten sind die rechtsetzenden Konkordate (in der Kompetenz des Kantonsrats) und die Verwaltungsvereinbarungen (in der Kompetenz des Regierungsrats). Verwaltungsvereinbarungen betreffen die operative Umsetzung staatlicher Aufgaben. Es kann im Einzelfall umstritten sein, ob ein rechtsetzendes Konkordat oder eine Verwaltungsvereinbarung vorliegt. Die Konkordatskommission greift durch Einspruch ein, wenn eine solche Zusammenarbeit unzutreffend als Verwaltungsvereinbarung anstatt als Konkordat qualifiziert wird. Im Streitfall entscheidet der Kantonsrat.
Es war in erster Linie das grosse und verantwortungsvolle Aufgabengebiet, das bei den Mitgliedern der vorberatenden Kommission ein Umdenken auslöste. Die Kommission empfiehlt dem Rat mit 10 zu 2 Stimmen, dem Antrag von Barbara Gysel zuzustimmen. Die CVP-Fraktion schliesst sich dieser Empfehlung mehrheitlich an.

Martin Pfister ist nicht gegen den Antrag von Barbara Gysel, findet die Argumentation dafür aber etwas befremdend. Die Wichtigkeit einer Kommission muss nicht in deren Grösse abgebildet sein, sonst müsste man die Stawiko deutlich vergrössern. Man könnte umgekehrt auch argumentieren, dass die Wichtigkeit einer Kommission eher für eine kleinere Grösse sprechen würde. Für eine Kommission von 15 Mitgliedern spricht aber sicher, dass darin auch kleine und kleinste Fraktionen eher vertreten sind als in einer Siebnerkommission.

Für Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** ist die Überlegung wichtig, dass die Konkordatskommission eine grössere demokratische Legitimation hat, wenn dort auch die kleineren Fraktionen vertreten sind. Es ist auch wichtig, dass beim Regierungsrat schon vorgängig – wie beim Harmos-Konkordat – Ideen und Überlegungen eingebracht werden können. Es ist deshalb richtig, dass diese Kommission 15 Mitglieder umfassen soll. Das Büro hat den Antrag von Barbara Gysel mit 5 zu 2 Stimmen unterstützt.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Barbara Gysel mit 44 zu 23 Stimmen zu.

§ 21 Abs. 2 Ziff. 4

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 23 Abs. 1

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Der erste Abklärungsauftrag umfasste die Frage, ob die jetzige detaillierte Aufzählung der staatlichen Stellen, bei der eine PUK möglich ist, nicht vereinfacht werden kann. Fazit: Erachtet der Kantonsrat es für nötig, eine PUK einzusetzen, soll dies ohne Einschränkung bei allen kantonalen Stellen und kantonalen Anstalten möglich sein. Auf eine detaillierte Aufzählung aller staatlichen Stellen wird verzichtet.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 26 Abs. 5

Martin Stuber erinnert daran, dass er sich in der ersten Lesung für die Version des Büros eingesetzt hat. Nun beantragt die vorberatende Kommission quasi ein Rückkommen, wobei ihr Antrag bzw. ihre Argumentation den Votanten nach wie vor nicht überzeugen. Die Kommission schreibt in ihrem Bericht: «Eine Kommission [soll] jederzeit – auch nach ihrer Schlussabstimmung – zu den Anträgen der Stawiko, aus den Fraktionen, des Regierungsrats, der Gerichte oder zu Anträgen an der ersten oder zweiten Lesung Stellung nehmen können.» Es geht hier aber gar nicht um diese Frage, denn selbstverständlich kann die Kommission das tun. Weiter heisst es im Kommissionsbericht: «Die Kommission sieht nicht ein, warum der Regierungsrat bei einem Geschäft seine Meinung jederzeit ändern darf, nicht hingegen die Kommission, die auf ihre Meinung bei der Schlussabstimmung fixiert wird.» Auch das stimmt so nicht. In der Fassung des Büros gibt es ja ausdrücklich die Regelung, dass das Rückkommen möglich ist, dieses wird sauber definiert, und es wird – rechtlich sauber – auch darauf hingewiesen, dass die Fristen gemäss § 42 und § 73 gelten; in

der Fassung, welche die Kommission vorschlägt, steht einfach «jederzeit», was rechtlich unscharf ist. Das Argument, dass die Spiesse für den Regierungsrat und die Kommission nicht gleich lang seien, kann der Votant nicht nachvollziehen. Die Kommission hat ja die Möglichkeit, bei einer wesentlichen Änderung auf die Schlussabstimmung zurückzukommen. Und das genügt, denn auf die Schlussabstimmung, also auf die generelle Haltung einer Kommission zu einer Vorlage, soll nicht leichtfertig zurückgekommen werden. Dafür muss es wirklich Gründe geben – und so ist es in der Fassung des Büros geregelt.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** In der ersten Lesung obsiegten bei weitem nicht alle Anträge, welche die vorberatende Kommission gestellt hatte. Die Kommission akzeptiert die Beschlüsse des Rats und verzichtete darauf, auf die zweite Lesung ihre Anträge nochmals zu stellen. Die einzige Ausnahme bildet der Antrag zu § 26 Abs. 5. Diese Regelung ist der Kommission so wichtig, dass sie ihren Antrag heute erneut – und unverändert –stellt. Die Kommission hat positiv zur Kenntnis genommen, dass ihr Antrag vom Büro gestützt wird.
Es geht hier um eine zentrale Bestimmung, weil sie die Stellung der vorberatenden Kommissionen umschreibt. Die Stärkung der Kommissionen ist ein wesentliches Element dieser Totalrevision, und § 26 Abs. 5 betrifft das grundsätzliche Kommissionsverständnis. Die vorberatende Kommission vertritt die Auffassung, dass eine Kommission ein Geschäft bis zur Schlussabstimmung durch den Kantonsrat kontinuierlich zu begleiten hat. Daraus folgt, dass eine Kommission ohne nennenswerte verfahrensrechtliche Schranken Anträge während des ganzen parlamentarischen Prozesses einreichen darf. Der Antrag von Martin Stuber hingegen schränkt die Tätigkeit der Kommission nach der Schlussabstimmung in der Kommission wesentlich ein. Dadurch wird die Stellung der Kommissionen und damit des Kantonsrats gegenüber dem ohnehin stark positionierten Regierungsrat geschwächt. Die Kommission sieht nicht ein, warum der Regierungsrat bei einem Geschäft seine Meinung bis zur Schlussabstimmung jederzeit ändern und auch entsprechende Anträge unterbreiten darf. Der Regierungsrat darf zu allen Kommissionsanträgen, besonders zu denjenigen der Stawiko, noch weitere Änderungsanträge einbringen. Die Kommission hingegen wird – ausser bei einer wesentlichen Änderung von Tatsachen – auf ihre Meinung bei der Schlussabstimmung fixiert. Auf die spätere verfahrensrechtliche Entwicklung, insbesondere bei neuen Anträgen auf die zweite Lesung, kann sie gemäss diesem Antrag nur sehr beschränkt reagieren. Die verfahrensrechtlichen Spiesse für den Regierungsrat und die Kommission müssen gleich lang sein.
Über das Ergebnis der Schlussabstimmung darf gemäss Ergebnis erste Lesung nur «bei einer wesentlichen Änderung der Verhältnisse» beraten werden. Diese Einschränkung wird in den Kommissionen – allenfalls auch im Rat – dazu führen, dass Debatten darüber entstehen, wann eine «wesentliche Änderung der Verhältnisse» vorliegt. Es handelt sich dabei um einen unbestimmten Rechtsbegriff, der einen grossen Ermessensspielraum zulässt. Anstatt verfahrensrechtliche Klarheit in diesem zentralen Punkt zu schaffen, könnten Gegner eines Kommissionsantrags die Debatte auf die verfahrensrechtliche Ebene verlagern. Sie könnten argumentieren, dass ein so später Kommissionsantrag gar nicht zulässig ist, weil keine «wesentliche Änderung der Verhältnisse» vorliege. Damit wird die Debatte von Inhalten auf Abläufe verlagert, was im Rahmen dieser Totalrevision unerwünscht ist.
Ein weiteres verfahrensrechtliches Hindernis für eine starke Kommission besteht beim Ergebnis erste Lesung darin, dass der Rückkommensantrag auf das Ergebnis der Schlussabstimmung ein qualifiziertes Mehr von zwei Dritteln der stimmenden Kommissionsmitglieder benötigt. Erst bei Erreichen dieses Mehrs kann materiell über das Ergebnis der Schlussabstimmung beraten werden.

Es besteht auch keine Gefahr, dass sich die Kommissionen selber schwächen, indem gehäuft, leichtfertig und grundlos neue Anträge nach der Schlussabstimmung in der Kommission eingereicht werden. Die Kommission muss gemäss Antrag der vorberatenden Kommission im üblichen Zwei-Schritte-Verfahren vorgehen. Im ersten Schritt wird vorerst darüber entschieden, ob der Antrag, auf das Ergebnis der Schlussabstimmung zurückzukommen, anzunehmen ist. Es wird somit über das Rückkommen an sich beraten und entschieden. Sofern mit einfachem Mehr dieser Rückkommensantrag angenommen ist, wird im zweiten Schritt materiell über das Ergebnis der Schlussabstimmung debattiert. Es wird durch dieses übliche Zwei-Schritte-Verfahren ein Filter vor unüberlegten Rückkommensanträgen vorgesehen.
Die Votantin bittet deshalb den Rat, der einstimmigen Auffassung der vorberatenden Kommission zu folgen und sich nicht selber durch unnötige Verfahrensschranken zu schwächen.

Martin Stuber wiederholt, dass es im vorliegenden Paragrafen einzig um das Ergebnis der Schlussabstimmung in der Kommission geht, nicht um weitere Anträge oder um die weitere Kommissionsarbeit während der Beratung im Kantonsrat. Wenn es anders wäre, hätte der Votant seinen Antrag gar nicht gestellt. Die Auseinandersetzung zwischen dem Regierungsrat und Kantonsrat soll – auch wenn von gleich langen *Spiessen* gesprochen wird – demokratisch sein, und die dafür benötigten Mittel werden der Kommission ja nicht weggenommen. Zum Argument der Stärkung der Kommission: Wenn es so einfach wäre, jederzeit auf die Schlussabstimmung in der Kommission, also auf deren generelle Haltung zu einer Vorlage, zurückzukommen, hätte gestern jemand in der Kommission GO KR aus irgendeinem Grund diesen Antrag stellen können, und es hätte irgendeine kuriose politische Konstellation gebraucht, und die Kommission wäre auf ihren Entscheid in der Schlussabstimmung zurückgekommen. Das öffnet solchen schrägen Situationen – um nicht zu sagen: Manipulationen – Tür und Tor. Wenn die Kommissionsmitglieder die Abläufe kennen und wissen, dass es für die Änderung der Schlussabstimmung eine gewisse Hürde gibt, dann werden sie sich noch besser überlegen, welche Haltungen sie in der Kommission vertreten, und sie werden sich vielleicht auch ihr Abstimmungsverhalten in der Schlussabstimmung besser überlegen.
Der Votant ist überzeugt, dass das Ergebnis der ersten Lesung die Kommissionen stärkt. Im Übrigen gilt das Zwei-Schritte-Verfahren in beiden Fassungen. Der Votant empfiehlt, beim Ergebnis der ersten Lesung zu bleiben und dem Antrag der vorberatenden Kommission nicht zuzustimmen.

Für **Heini Schmid** handelt es sich hier um einen zentralen Punkt. Er glaubt, dass ein gewisses Missverständnis vorliegt. Nach bisheriger Regelung galt, dass sich die Kommission in der Detailberatung im Rat bei allen Paragrafen an ihren Entscheid in der Schlussabstimmung zu halten habe; eine Änderung ihrer Meinung zu einzelnen Paragrafen war nicht mehr möglich. Es galt also, dass die Schlussabstimmung grundsätzlich die Beratungstätigkeit der Kommission beendete. Danach konnte die Kommission auf neue Anträge oder Änderungsanträge nicht mehr reagieren. Wenn der Rat nun das Ergebnis der ersten Lesung bestätigt, bestätigt er die bisherige Praxis, dass die Kommissionsarbeit mit der Schlussabstimmung beendet ist, dass die Kommission also während der ersten Lesung, geschweige denn auf die zweite Lesung hin keine begleitende Rolle mehr hat. Diese Praxis hat sich im Verlaufe der Zeit verändert. Man hat nämlich gemerkt, dass der Rat von den Kommissionen erwartet, dass diese auf die Beratungen reagieren, ihre Meinung zu neu gestellten Anträgen abgeben etc. Man hat nie einer Kommission vorgeworfen, sie habe in ihrer Schlussabstimmung eine bestimmte Meinung vertreten und

ändere nun aufgrund eines neu eingebrachten Antrags ihre Haltung. Büro und vorberatende Kommission bitten nun, diesen kontinuierlichen Meinungsbildungsprozess, den man bisher schon hatte, weiter zu ermöglichen und ihn nicht zu erschweren mit einem Zweidrittelmehr und dem zusätzlichen Hindernis der «neuen Tatsachen». Überhaupt: Was sind «neue Tatsachen»? Ein Änderungsantrag gehört ja kaum dazu, sondern ist einfach Ausdruck einer anderen Meinung. Die Kommission könnte also, wenn eine Diskussion entsteht, gar nicht mehr Stellung nehmen zu diesem neuen Antrag, wäre also in den Beratungen im Rat lahmgelegt. Heute aber wird – wie gesagt – von einer Kommission erwartet, dass sie neue Anträge, Änderungsanträge etc. laufend begleitet. Deshalb ist der Antrag der vorberatenden Kommission richtig. Andernfalls würde man die Kommissionen immer auf dem Ergebnis ihrer Schlussabstimmung behaften; sie dürfte unter Umständen zu einem neuen Antrag gar nicht Stellung nehmen, obwohl sie vielleicht in einer Kürzestsitzung am Donnerstagmorgen dem Antrag zugestimmt hat. Man muss den Kommissionen die Möglichkeit geben, sich laufend in den Beratungsprozess einzubringen, zumal die doppelte Schwelle ja gegeben ist: Es braucht immer die Mehrheit der Kommission, welcher der Wiederaufnahme des Themas zustimmt. Abschliessend dankt der Votant dem Büro dafür, dass es sich in dieser zentralen Frage dem Vorschlag der vorberatenden Kommission angeschlossen hat.

Martin Stuber hält fest, dass dieselbe Diskussion schon in der ersten Lesung geführt wurde. Heini Schmids Anliegen ist nicht im vorliegenden Paragrafen geregelt. Wenn die Modalitäten der Kommissionsarbeit in der GO geregelt werden sollten, hätte man das in einem separaten Paragrafen tun müssen. Und nochmals: Ein spitzfindiger Jurist könnte sagen, dass hier vom «Ergebnis der Schlussabstimmung» gesprochen wird. Man kann damit nicht die Frage verknüpfen, ob eine Kommission zwischen der ersten und zweiten Lesung noch Anträge einbringen oder Stellung zu Anträgen eines Ratsmitglieds nehmen kann. Ist es denn heute so, dass die Kommissionen jedes Mal, bevor sie zu Anträgen Stellung nehmen, darüber abstimmen, ob sie auf ihre Schlussabstimmung zurückkommen wollen? Wohl kaum. An der bisherigen Praxis wird sich also nichts ändern, ob man nun dem einen oder anderen Antrag folgt. Wenn man die Praxis aber regeln möchte – was vielleicht gar keine schlechte Idee wäre –, müsste man das in einem separaten Paragrafen tun, andernfalls gilt weiterhin die gewohnte Regelung.

Martin Pfister glaubt, dass es hier um eine rein sprachliche Frage geht. Grundsätzlich kann er den Anliegen beider Vorredner zustimmen. Es ist wichtig, dass Entscheide in der Schlussabstimmung eine gewisse Stabilität haben, dass in den Kommissionen also nicht wechselnde Mehrheiten zu unterschiedlichen Schlussergebnissen führen können. Die Meinung von Heini Schmid aber ist ja, dass die Kommission nach einer Schlussabstimmung auf ihre Detailberatung zurückkommen kann. Das erreicht er, indem er unter «Ergebnis der Schlussabstimmung» auch die Detailberatung subsummiert. Das müsste tatsächlich geklärt werden. Nimmt man «Ergebnis der Schlussabstimmung» wörtlich, kann die Kommission eben nur das Ergebnis der Schlussabstimmung nochmals beraten, nicht aber die Ergebnisse der Detailberatung. Auch zuhanden der Materialien müsste klargestellt werden, was hier genau gemeint ist.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** möchte die Unterschiede in den Auffassungen noch etwas verdeutlichen. Wenn die Kommission nach der Schlussabstimmung einen Paragrafen nochmals beraten möchte, gibt es ein zweistufiges Verfahren. Zuerst wird geklärt, ob die Kommission einen bereits beratenen Para-

grafen nochmal behandeln soll. Hier geht es darum, wie hoch diese Hürde sein soll. Bis anhin wurde die Hürde durch zwei Elemente hoch angesetzt: Einerseits braucht es eine Zweidrittelmehrheit, andererseits eine «wesentliche Änderung der Verhältnisse». Nun schlägt die vorberatende Kommission vor, diese Hürde tiefer zu legen. Wenn ein Kommissionsmitglied es aus irgendeinem Grund für nötig hält, auf einen Paragrafen zurückzukommen, kann es einen Antrag stellen, und das einfache Mehr genügt. Die Kommission muss aber die Frage beantworten, ob sie den fraglichen Paragrafen nochmals diskutieren will. Es war immer die Idee, dass die Kommission über einen oder mehrere Paragrafen nach der Schlussabstimmung nochmals diskutieren kann, wenn sie das wünscht, und dass man danach die Schlussabstimmung nochmals vornimmt. Sicher ist aber auch, dass eine Kommission, wenn ein Kommissionsmitglied an der relevanten Sitzung abwesend war und in der nächsten Sitzung auf die Schlussabstimmung zurückkommen will, das nie gutgeheissen wird.

Heini Schmid: Es wurde die Frage aufgeworfen, was «Ergebnis der Schlussabstimmung» bedeutet. Es bedeutet nicht: Wir stimmen der Vorlage mit 12 zu 3 Stimmen zu. Das Ergebnis der Schlussabstimmung, wie es hier gemeint ist, sind vielmehr alle Entscheide der Kommission zur betreffenden Vorlage, also der materielle Gehalt, wie die Kommission zur Vorlage Stellung genommen hat, auch bezüglich der einzelnen Paragrafen. Ein Beispiel: Bei der Beratung des Pukelsheim gab es ein Problem bezüglich Gewährleistung der Kantonsverfassung von Schwyz. Die vorberatende Kommission wollte nach dem Entscheid der Bundesversammlung reagieren, und da stellte sich die Frage, ob sie das überhaupt tun könne. Die alte Praxis sagte nein, weil die Schlussabstimmung in Analogie zur Debattenordnung des Kantonsrats als definitiver Entscheid galt. Diese alte Auslegung hätte dazu geführt, dass die Kommission nicht mehr hätte beraten dürfen, obwohl sich wesentliche Tatsachen geändert hatten und neue Erkenntnisse dazugekommen waren. Es ging aber nicht um das Schlussresultat – also um die Frage «Wollt ihr die Änderung des Wahlgesetzes annehmen oder nicht?» –, sondern um eine einzelne Frage. Gemeint sind hier also die materiellen Entscheide zu jedem einzelnen Paragrafen, welche die Kommission getroffen hat.
Die jetzige Fassung würde bedeuten, dass eine erneute Beratung einzelner Paragrafen nur möglich wäre, wenn erstens die Kommission nachweisen könnte, dass neue Tatsachen oder eine wesentliche Änderung der Verhältnisse vorliegen, und wenn zweitens zwei Drittel der Kommission mit einer erneuten Beratung einverstanden wären. Man stelle sich das in einer Kürzestsitzung am Donnerstagmorgen vor! Wenn keine neuen Tatsachen oder keine wesentliche Änderung der Verhältnisse vorliegen und keine Zweidrittelmehrheit zustande kommt, darf die Kommission keine andere Meinung vertreten als diejenige, welche sie im Rahmen ihrer Beratung beschlossen und in der Schlussabstimmung abgesegnet hat. Die heutige Praxis aber ist, dass die Kommission zu neuen Anträgen immer wieder Stellung nimmt, ihre Meinung möglicherweise auch immer wieder ändert, dies auch paragrafenweise. Der Rat lebt heute also etwas ganz anderes und erwartet von einer Kommission auch, dass sie paragrafenweise immer wieder Stellung nimmt. Niemand stellt die Frage, ob tatsächlich zwei Drittel einer allfälligen Meinungsänderung zugestimmt haben oder ob tatsächlich neue Verhältnisse vorliegen.
Es ist wichtig, dass eine Kommission ihre Meinung gegenüber ihren damaligen Beratungen, abgesegnet durch die Schlussabstimmung, ändern kann. Und dabei geht es nicht um die nackte Zustimmung oder Ablehnung der Vorlage, sondern um die Meinung zu den einzelnen Paragrafen, bzw. um die Möglichkeit, diese paragrafenweise ändern zu können, ohne auf neue Verhältnisse oder eine Zweidrittelmehrheit angewiesen zu sein.

Martin Stuber glaubt, dass Heini Schmid gerade den Nachweis geliefert hat, dass diese Frage eigentlich geregelt werden müsste, aber nicht geregelt ist. Man ist jetzt abhängig von einer Auslegung eines Paragrafen, der materiell mit der Frage, wie eine Kommission zwischen der ersten und der zweiten Lesung arbeiten soll, eigentlich gar nicht viel zu tun hat. Eine eigentliche Regelung dieser Frage aber fehlt in der GO. Wenn man die Version der vorberatenden Kommission wörtlich nimmt, wird jede Kommission zwischen der ersten und der zweiten Lesung darüber abstimmen müssen, ob sie über neue Anträge nochmals diskutieren soll oder nicht. Die vorberatende Kommission hätte diese Frage sauber klären und in der GO regeln müssen. Das ist ein Mangel, und es ist dem Votanten nicht wohl bei der Vorstellung, dass man nun abhängig ist von der juristischen Auslegung eines Paragrafen, in welcher Version auch immer. Das ist keine gute Situation. Am liebsten wäre dem Votanten, wenn man die heutige Praxis beibehalten und das Ergebnis der ersten Lesung übernehmen würde. Aber das könnte von irgendjemandem moniert werden – was bisher niemand getan hat, weil alle Ratsmitglieder Pragmatiker sind und wollen, dass die Kommissionen effizient arbeiten. Der Zustand ist aber so oder so unbefriedigend.

Andreas Hausheer versteht Martin Stuber nicht ganz, denn eigentlich ist es klar. Er nimmt als Beispiel die Kommission, welche die Revision des Verwaltungsrechtspflegegesetz vorberaten hat. Das Ergebnis der Schlussabstimmung lautet: «Die Kommission stimmte der Vorlage gemäss Ergebnis der Detailberatung […] zu.» Die Kommission bestätigt in der Schlussabstimmung also die Detailberatung, die sie geführt hat. Wenn nun jemand ein Detail, also irgendeinen Paragrafen, ändern will, erfordert das – sehr eingeschränkt – eine Zweidrittelmehrheit. Die Schlussabstimmung ist also nicht einfach eine Abstimmung, sondern die Zustimmung zur Detailberatung.

Martin Pfister stellt einen **Antrag,** der die Begrifflichkeit vielleicht etwas klärt: Im ersten Satz von § 26 Abs. 5 soll die Wendung «der Schlussabstimmung in der Kommission» ersetzt werden durch «der Kommissionsarbeit». Der Satz würde dann lauten: «Ein Kommissionsmitglied kann jederzeit beantragen, auf das Ergebnis der Kommissionsarbeit zurückzukommen.» Gemeint ist – dies zuhanden der Materialien –, dass mit der Schlussabstimmung sowohl die Beschlüsse der Detailberatung als auch die eigentliche Frage der Schlussabstimmung gemeint sind.

Stefan Gisler glaubt, dass es im Rat bis vor wenigen Minuten unterschiedliche Auffassungen über die Bedeutung von «Ergebnis der Schlussabstimmung» gab. Heini Schmid interpretierte diese Wendung so, dass damit der ganze Bericht und Antrag der Kommission inkl. Anträge in der Detailberatung etc. gemeint ist, andere verstanden darunter das nackte Resultat der Schlussabstimmung, also das abschliessende Ja oder der Nein einer Kommission zum Ganzen. Bei der zweiten Deutung würde es – wenn man das Ergebnis der ersten Lesung beibehält – weiterhin möglich sein, Anträge zur zweiten Lesung, die von dritter Seite kommen, innerhalb der Kommission zu behandeln, sogar ohne dass die Kommissionspräsidentin oder der Kommissionspräsident einen Rückkommensantrag stellen müssten; wie heute könnte das Kommissionpräsidium per E-Mail die Meinung der Kommission einholen. Dem Anliegen, dass Kommissionen aufgrund neuer Erkenntnisse zu dieser Detailberatung das Gesamtergebnis ihrer Beratungen nicht leichtfertig ändern, wird man dadurch gerecht, dass es dazu eine Zweidrittelmehrheit braucht. Nun liegen diese zwei Anträge vor, die eigentlich weder dem einen noch dem anderen gerecht werden. Eigentlich möchte der Votant klar sagen, dass eine Kom-

mission jederzeit und ohne Rückkommen zwischen erster und zweiter Lesung neue Anträge beraten kann, aber – das wäre das zweite Anliegen des Votanten – wenn es um die Schlussabstimmung geht, braucht es eine Zweidrittelmehrheit. Der Votant weiss nun wirklich nicht, wie er stimmen soll. Mühe hat er mit dem Antrag der Kommission, dass «jederzeit» ein Rückkommen beantragt werden kann. Das ist nicht sauber definiert. Mit dieser Formulierung könnte ein Kommissionsmitglied allenfalls auch noch mitten in der Beratung im Rat den Antrag stellen, dass die Kommission nochmals beraten müsse. Man müsste da eine bessere Regelung finden und unbedingt eine Frist setzen, beispielsweise bis drei Tage vor der Kantonsratssitzung. Der Votant kann zu beiden Anträgen weder Ja noch Nein sagen, denn beim einen Antrag ist der Begriff nicht klar, beim anderen stört das unklare «jederzeit». Vielleicht findet irgendein Ratsmitglied hier einen Ausweg.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** stellt klar, dass «jederzeit» nicht so zu interpretieren ist, wie es ihr Vorredner getan hat. Die Fristen, auf die in Abs. 5 in der Fassung der ersten Lesung verwiesen wird, sind auch in Zukunft einzuhalten; man könnte diesen Verweis auch in den Antrag der Kommission aufnehmen. Es geht hier um ein Rückkommen in der Kommission.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Martin Pfister auf Änderung zu «[…] beantragen, auf das Ergebnis *der Kommissionsarbeit* zurückzukommen» mit 52 zu 12 Stimmen ab.

➔ Der Rat genehmigt mit 49 zu 19 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 28 Abs. 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission folgende Ergänzungen beantragt, die im Zusammenhang mit § 29 Abs. 2 in der Fassung gemäss Antrag der vorberatenden Kommission vom 19. Mai 2014 (Vorlage 2251.9) stehen. Es soll jeweils nur die engere Justizprüfungs- bzw. Staatswirtschaftskommission zuständig sein. Es kommt somit zu folgenden Ergänzungen:
• Satz 2: Einfügen des Wortes «engere» bei der Justizprüfungskommission;
• neuer Satz 3, der identisch ist mit § 29 Abs. 2 Satz 4 in der Fassung gemäss Antrag der vorberatenden Kommission vom 19. Mai 2014 (Vorlage 2251.9) und wie folgt lautet: «Sofern die Justizprüfungskommission für sich selbst die Entbindung vom Amtsgeheimnis wünscht, entscheidet im Streitfall die Staatswirtschaftskommission endgültig.» Hier braucht es auch noch die Einfügung des Wortes «engere» bei der Staatswirtschaftskommission. Das Büro schliesst sich diesem Antrag an.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** hält fest, dass in dieser Frage zwar keine grosse politische Brisanz steckt, sie den Hintergrund aber nochmals erklären möchte, da die Änderungen im Bericht der Kommission nicht abgehandelt wurden. Der Antrag zu § 28 Abs. 4 steht in Zusammenhang mit § 29 Abs. 2, wo die Kommission in Satz 3 zusätzlich «[…] entscheidet die *engere* Justizprüfungskommission endgültig» beantragt. Denn immer, wenn eine Uneinigkeit besteht, ob das Amtsgeheimnis aufgrund eines formellen Gesetzes aufgehoben werden darf oder nicht, kommt die engere JPK zum Zug; das ist geregelt in § 19. Weiter ist in Satz 4 des Antrags zu präzisieren, dass «im Streitfall die *engere* Staatswirtschaftskommission endgültig» entscheidet. Das ist so, weil in § 27 Abs. 4 eine vergleichbare Situation vorliegt und dort ebenfalls die engere Stawiko zum Zug kommt. Als nun dieser

neue, präzise Satz in § 29 vorlag, hat die Kommission festgestellt, dass er auch in § 28 Abs. 4 ergänzend eingefügt werden muss.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 29 Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 29 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es hier – wie bereits bei § 28 Abs. 4 ausgeführt – zwei Ergänzungen braucht:
- Satz 3: Zuständig für den Entscheid soll die *engere* Justizprüfungskommission sein;
- Satz 4: Zuständig für den Entscheid soll die *engere* Staatswirtschaftskommission sein.

Das Büro schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die beantragten Ergänzungen in Satz 3 und 4.

§ 51 Abs. 3
§ 55 Abs. 3 Ziffer 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 60 Abs. 1

Irène Castell-Bachmann stellt im Namen der FDP-Fraktion den Antrag, zur Klarheit den zweiten Satz von § 60 Abs. 1 wie folgt zu formulieren: «Dies ist möglich zwischen dem Eintretensentscheid und der Schlussabstimmung.» Die Erklärung dazu soll nicht im Erlasstext selbst, sondern im Kommentar zur GO KR gegeben werden.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** teilt mit, dass die vorberatende Kommission diesen Antrag nicht beraten hat und hier lediglich beantragt, im Ergebnis der ersten Lesung das Wort «insbesondere» zu streichen. Materiell bedeutet der Antrag der FDP keine Änderung. Zur vorliegenden Auflistung in § 60 Abs. 1 kam es, weil es immer wieder Rückfragen gab, in welcher der drei Verfahrensphasen ein Grundsatzentscheid möglich sei. Zur Klärung dieser Rechtsfrage – die GO KR soll ja auch eine Art Handbuch sein – wurden die drei Phasen nun einzeln aufgeführt. Wenn sich der Rat nun für eine Kürzung entscheidet, werden diese drei Phasen im Kommentar aufgeführt.

➔ Der Rat folgt mit 37 zu 31 Stimmen dem Antrag der FDP-Fraktion.

§ 64 Abs. 2a (neu)

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** weist darauf hin, dass § 64 in Zusammenhang mit der Unvereinbarkeitsregelung gesehen werden muss. Einerseits hält die Verfassung fest, wer nicht Einsitz in den Kantonsrat nehmen kann, und andererseits ist in § 16 Abs. 2 GO KR geregelt, wer nicht in der Staatswirtschafts- oder Justizprüfungskommission Einsitz nehmen darf. In § 64 nun wird der Ausstand geregelt, wobei der Rat sich für eine sehr enge Regelung ausgesprochen hat und möchte, dass Ratsmitglieder bei Vorliegen einer Interessenbindung in den Ausstand treten müssen. Das betrifft hier aber nur die Stawiko und die JPK und diese auch nur dann, wenn sie die Oberaufsicht ausüben. In Abs. 2 ist festgehalten, dass Mitglieder dieser Kommissionen in den Ausstand treten müssen, wenn ein «unmittelbares persönliches Interesse» vorliegt. Damit ist aber der Fall, dass jemand Mitglied eines Verwaltungsrats oder einer Geschäftsleitung ist, nicht abgedeckt. Es kann nun sein, dass eine solche Organisation in einen Rechtsstreit gerät. Da die Oberaufsicht über die Gerichte der Stawiko bzw. JPK obliegt, beantragt die vorberatende Kommission den ergänzenden Abs. 2a, welcher auch den Fall regelt, dass man zwar nicht persönlich und unmittelbar, aber im Rahmen seiner Tätigkeit in einem Organ betroffen ist.

➔ Der Rat genehmigt ohne weitere Wortmeldungen den Antrag der vorberatenden Kommission

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Staatskanzlei die Nummerierung der Absätze bereinigen wird.

§ 64 Abs. 5
§ 73 Abs. 1 und 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit die zweite Lesung bis auf den noch ausstehenden Entscheid zu § 20 Abs. 2 Ziff. 6 abgeschlossen ist. Die Schlussabstimmung folgt – nach Vorliegen dieses Entscheids – am Nachmittag.

*Anschliessend beginnt der **Vorsitzende** mit den Abschreibungen der parlamentarischen Vorstösse. Auf die Intervention von Manuel Brandenberg hin erläutert Landschreiber **Tobias Moser,** dass die parlamentarischen Vorstösse tatsächlich erst nach der Schlussabstimmung behandelt werden dürfen. Eine vorgezogene Behandlung ist streng rechtlich gesehen nicht zulässig.*

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

80. Sitzung: Donnerstag, 28. August 2014, Nachmittag
Zeit: 13.45 – 16.55 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg
bzw. Kantonsratsvizepräsident Moritz Schmid, Walchwil

Protokoll
Beat Dittli

1152 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Adrian Andermatt und Gloria Isler, beide Baar; Markus Jans und Thomas Rickenbacher, beide Cham; Leonie Winter, Hünenberg; Matthias Werder, Risch.

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** begrüsst die Ratsmitglieder zur Fortsetzung der Debatte und übergibt den Vorsitz wiederum an Kantonratsvizepräsident Moritz Schmid.

TRAKTANDUM 5 (Fortsetzung)

1153 Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats: 2. Lesung
Es liegen vor: Ergebnis 1. Lesung (2251.7 - 14675); Anträge von Karin Andenmatten-Helbling (2251.8 - 14676), der vorberatenden Kommission (2251.9/.10 - 14692/93), des Büros des Kantonsrats (2251.11 - 14710), von Barbara Gysel (2251.12 - 14718) und der SVP-Fraktion (2251.13 - 14741).

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

§ 20 Abs. 2 Ziff. 6 (Fortsetzung)

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Stimmenzähler über die Mittagspause im Beisein des Protokollführers die Tonaufnahme der unter Namensaufruf erfolgten Abstimmung zu § 20 Abs. 2 Ziff. 6 abgehört haben. Leider konnten sie auf der Tonaufnahme bei drei Ratsmitgliedern nicht zweifelsfrei eruieren, ob diese mit «Ja» oder «Nein» stimmten. Der Vorsitzende schlägt vor, entweder die betreffenden drei Ratsmitglieder zu kontaktieren und nach ihrem Stimmverhalten zu fragen oder die Abstimmung unter Namensaufruf zu wiederholen.

Stimmenzähler **Franz Peter Iten** bestätigt die Angaben des Vorsitzenden. Die Voten am Rednerpult werden von Aufnahmegeräten am Platz des Protokollführers und im Kellergeschoss aufgezeichnet. Die Stimmenzähler haben beide Aufnahmen je drei

Mal abgehört, konnten aber kein sicheres Ergebnis ermitteln, weil verschiedene Ratsmitglieder zu wenig deutlich sprachen und die Stimmenzähler kein klares «Ja» oder «Nein» hören konnten. Was nun daraus entsteht, überlässt der Votant selbstverständlich dem Präsidium.

Irène Castell-Bachmann möchte wissen, ob die fraglichen drei Personen jetzt im Ratssaal anwesend sind. Auf die Bestätigung von Seiten der Stimmenzählenden hin, dass dies der Fall sei, stellt die Votantin den **Antrag,** diese drei Personen – und nur diese – nochmals zu fragen, wie sie stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass er nicht weiss, wer diese drei Ratsmitglieder sind – und dass er es grundsätzlich auch nicht wissen möchte. Sein **Antrag** lautet, mit diesen drei Personen zu sprechen oder die Abstimmung zu wiederholen.

Manuel Brandenberg ist der Ansicht, dass mittels Ordnungsantrag verlangt werden sollte, dass die Abstimmung, die gültig erfolgt ist, wiederholt wird. Das entspricht offenbar dem Antrag des Vorsitzenden. Wenn dieser Antrag eine Mehrheit findet, wird man nochmals abstimmen. Das wäre das richtige Vorgehen.

Vreni Wicky ist gegen eine Wiederholung der Abstimmung. Der Rat hat abgestimmt, die Stimmenzähler haben die Tonaufnahme abgehört, und wenn in drei Fällen die Stimmabgabe nicht so aufgezeichnet wurde, dass man sie gebrauchen kann, dann zählen diese Stimmen nicht. Das Resultat ergibt sich aus den klar hörbaren Stimmen.

Heini Schmid: Es gibt einen Verfassungsgrundsatz, der besagt, dass Abstimmungen möglichst unverfälscht durchzuführen sind. Das ist die oberste Leitlinie. Nun muss der Rat zwischen zwei Übeln wählen, nämlich dass nur drei Ratsmitglieder in Kenntnis der Grosswetterlage ihre Stimme nochmals abgeben können, oder dass alle Ratsmitglieder nochmals abstimmen. Nach Meinung des Votanten wäre es richtig, dass alle Ratsmitglieder in Kenntnis des knappen Ergebnisses ihr Abstimmungsverhalten überdenken und nochmals abstimmen können. Seines Erachtens ist aufgrund des Grundsatzes der unverfälschten Stimmabgabe nur zulässig, dass *alle* Ratsmitglieder nochmals die Chance haben müssen, den Ausgang der Abstimmung beeinflussen zu können. So ist der Demokratie Genüge getan. Es kann nicht sein, dass nur drei Ratsmitglieder, die einen Fehler gemacht haben, die Möglichkeit haben, unter Vorteil nochmals abstimmen zu können.

Alois Gössi glaubt, dass er eine der drei Personen mit unklarer Stimmabgabe ist; das entnimmt er einer Nachfrage des Protokollführers vor Sitzungsbeginn. Er ist gegen eine Wiederholung der Abstimmung und kann sein Abstimmungsverhalten klar wiedergeben: Er hat Nein gestimmt – und wurde dafür von seiner Parteipräsidentin bereits getadelt. Der Votant ist dafür, dass die zwei verbleibenden Ratsmitglieder mit unklarer Stimmangabe ihre Haltung deklarieren sollen und das Abstimmungsresultat danach gelten soll.

Irène Castell-Bachmann nimmt aufgrund des Votums von Heini Schmid an, dass sie vorhin falsch verstanden wurde. Ihre Ansicht war nicht, dass die betreffenden drei Personen nochmals frei Ja oder Nein sagen können, sondern dass sie – wie eben Alois Gössi – ehrlich bekanntgeben sollen, wie sie am Morgen gestimmt haben. Man soll sie ansprechen und fragen, ob sie Ja oder Nein gestimmt haben. Die

nötige Kontrolle ist ja gegeben: Die Votantin zumindest weiss, wie ihre Banknachbarn zur Linken und zur Rechten gestimmt haben.

Für **Karin Andenmatten-Helbling** wäre es sinnvoll, Abstimmungen unter Namensaufruf genauso zu behandeln wie schriftliche Abstimmungen: Wer seine Meinung nicht genügend deutlich kundtut bzw. nicht genügend deutlich schreibt oder spricht, dessen Stimme ist ungültig. Die Votantin stellt deshalb den **Antrag,** dass die drei Personen, die undeutlich gesprochen haben, von der Abstimmung ausgeschlossen werden. Es ist ungerecht, wenn diese Personen jetzt unter neuen Erkenntnissen, nämlich in Kenntnis des Resultats vom Morgen, nochmals abstimmen können. Die Votantin stellt überdies den **Antrag,** dass der Antrag auf eine erneute Abstimmung als Rückkommensantrag zu behandeln sei und demnach eine Zweidrittelmehrheit benötigen soll.

Manuel Brandenberg glaubt, dass man mit Fug bereits die Tatsache anzweifeln kann, dass die Tonaufnahme überhaupt abgehört wurde. Er persönlich hat nicht gehört, dass eine Mehrheit des Rats den Entscheid gefällt hat, man solle irgendeine Tonaufnahme abhören. Er war aber am Morgen während der Abstimmung anwesend und hat jede Stimme klar gehört. Was auf der Tonaufnahme zu hören ist, weiss er nicht.
Er stellt nun den **Antrag,** darüber abzustimmen, ob überhaupt nochmals eine Abstimmung stattfinden soll. Wenn sich keine Mehrheit für eine Wiederholung der Abstimmung findet, gilt das Resultat, wie es am Morgen im Rat verkündet worden ist, und nicht das Resultat, das auf irgendeiner Tonaufnahme nachträglich festgestellt oder auch nicht festgestellt wurde.

Franz Peter Iten korrigiert Alois Gössi: Dieser gehört nicht zu den drei Personen, deren Stimmabgabe die Stimmenzähler nicht zuordnen konnten.

Heini Schmid hält fest, dass man sich eigentlich in einem Abstimmungsbeschwerdeverfahren befindet. Es gab begründete Zweifel, ob das Ergebnis der Abstimmung wirklich der Wahrheit entspricht, und diese Zweifel wurden bestätigt: Es ist nicht sicher, ob die Stimmenzähler das Ergebnis richtig erfasst haben. Das ist Fakt. Und grundsätzlich wird eine Abstimmung, wenn begründete Zweifel an der Richtigkeit des Ergebnisses bestehen, wiederholt – Schluss, fertig.

Oliver Wandfluh widerspricht Heini Schmid. Für ihn ist Fakt, dass es ein Abstimmungsresultat gibt, das feststeht und stimmt. Beide Stimmenzähler kamen nämlich – so wurde es gesagt – auf dasselbe Resultat. Das knappe Resultat wurde aber von zwei, drei Personen, die in der Abstimmung unterlagen, beim Ratsvorsitzenden angezweifelt. Man stelle sich vor, dass das künftig bei jedem knappen Resultat so wäre! Entscheidend sind die Stimmenzähler, die beide auf dasselbe Resultat kamen. Die Überprüfung war aus technischen Gründen leider nicht möglich. Für den Votanten hat deshalb das Resultat Bestand, das von den zwei Stimmenzählern übereinstimmend ermittelt wurde.

Anna Bieri kann sich erinnern, dass Oliver Wandfluh vor einiger Zeit nach einer Abstimmung mit Handmehr ans Rednerpult trat und behauptete, es sei falsch gezählt worden – worauf der Rat nochmals abstimmte. Es ist für alle besser, wenn sauber ermittelt wird, ob man künftig «-innen» schreibt oder nicht. Es geht nun darum, Ruhe in die Debatte zu bringen und einen sauberen Weg zu finden.

Thomas Lötscher wiederholt, dass es einzig um ein sauberes Verfahren geht. Wenn bei einer schriftlichen Abstimmung oder Wahl begründete Zweifel am Resultat bestehen, werden die abgegebenen Stimmen nochmals ausgezählt, und es wird nicht eine neue Abstimmung oder eine Neuwahl anberaumt. Im vorliegenden Fall gibt es offensichtlich begründete Zweifel an der Auszählung, sonst hätte der Ratsvorsitzende ja nicht angeordnet, dass die Tonaufnahme abgehört wird. Eigentlich muss man nun einzig diesen Weg zu Ende gehen. Mit drei Ausnahmen liegt von allen Ratsmitgliedern ein klares Resultat vor. Man muss einzig noch das Resultat der betreffenden drei Ratsmitglieder abholen. Man muss diese Ratsmitglieder einfach fragen, wie sie am Vormittag abgestimmt haben, ob mit «Ja» oder «Nein», dann hat man das Resultat; was die drei Ratsmitglieder *jetzt* denken und wie sie *jetzt* stimmen würden, interessiert eigentlich nicht. Alles andere führt zu Verfälschungen und Taktiererei.

Beni Riedi findet die Situation höchst unangenehm. Er betont, dass Verfälschungen auch zustande kommen, wenn man die Abstimmung wiederholt. Eventuell waren nämlich am Morgen Personen anwesend, welche jetzt nicht mehr da sind. Wenn die Abstimmung nun auf den Nachmittag verschoben wird, hat man also eine ganz andere Ausgangslage. Man kann keine Abstimmung wiederholen, wenn nicht genau dieselben Personen anwesend sind. Und auch wenn der Votant keinesfalls die Arbeit der Stimmenzähler beanstanden möchte, so spricht die Situation doch auch ein bisschen für die elektronische Abstimmungsanlage.

Manuel Brandenberg möchte wissen, wer die drei betreffenden Personen sind, wer die Tonaufnahme abgehört hat, wer dort was gehört hat und was am Schluss entschieden wurde. Er findet es nicht in Ordnung, wie die Sache nun läuft. Die Tonaufnahme hat für ihn keine Funktion, es geht einzig um das Resultat, das im Ratssaal zustande kam und hier verkündet wurde.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass die Tonaufnahme von den zwei Stimmenzählern im Beisein des Protokollführers abgehört wurde und dass er nicht weiss und auch nicht wissen will, wer die drei betreffenden Personen sind.

Frowin Betschart ist der Meinung, dass nun abgestimmt werden soll und die Mehrheit darüber entscheiden soll, ob der Rat nochmals über den Antrag zu Ziff. 6 befinden will. Die Zweifel sind entstanden, weil die Stimmenzähler nicht hundertprozentig sicher sind. Es spricht für die Stimmenzähler, dass sie von ihrer Arbeit überzeugt sein wollen, es in diesem Fall aber nicht zu hundert Prozent sind. Es soll ihnen deshalb die Möglichkeit gewährt werden, die Entscheidung nochmals zu treffen – sofern die Ratsmehrheit dies will. In diesem Sinne stellt der Votant den **Ordnungsantrag,** die Debatte zu beenden und abzustimmen.

➔ Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag mit 62 zu 5 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, darüber abzustimmen, ob die Abstimmung vom Vormittag gültig sein soll oder nicht.

Landschreiber **Tobias Moser** erklärt, dass die Hauptfrage ist, ob eine weitere Abstimmung durchgeführt werden soll oder nicht. Vorgängig muss aber geklärt werden, ob nur die drei namentlich bekannten und offenbar anwesenden Ratsmitglieder mit unklarer Stimmabgabe angefragt werden sollen, wie sie am Morgen gestimmt haben,

oder eine neue Abstimmung mit *allen* Ratsmitgliedern durchgeführt werden soll. Zuerst wird also darüber entschieden, welche Eventualvariante zum Zug kommen soll, und anschliessend kann der Rat darüber entscheiden, ob er überhaupt eine neue Abstimmung durchführen will oder nicht. Dieses Vorgehen deckt auch den Antrag von Karin Andenmatten ab, die keine neue Abstimmung durchführen will.

Karin Andenmatten-Helbling stellt klar: Sie hat den Antrag gestellt, die drei unklaren Stimmabgaben vom Vormittag ungültig zu erklären. Wo findet sich dieser Antrag im vorgeschlagenen Vorgehen? Ihrer Meinung nach müsste eventuell eine Dreifachabstimmung durchgeführt werden.

Landschreiber **Tobias Moser** bestätigt, dass der Rat beim vorgeschlagenen Vorgehen tatsächlich nicht zum Ausdruck bringen kann, dass er die drei betreffenden Ratsmitglieder nicht anfragen will. Es ist richtig, dass es eigentlich eine Dreifachabstimmung braucht, dies mit den folgenden Varianten:
• die drei Stimmen ungültig erklären;
• die drei betreffende Ratsmitglieder anfragen;
• eine neue Abstimmung mit allen Ratsmitgliedern.
Die Variante, für die sich der Rat entscheidet, wird anschliessend der Möglichkeit gegenübergestellt, gar keine Abstimmung mehr durchzuführen und bei dem am Vormittag verkündeten Ergebnis zu bleiben.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat vorhin den Antrag auf Abbruch der Debatte angenommen hat und die Diskussion demnach beendet ist.

Thomas Lötscher bittet Karin Andenmatten, ihren Antrag zurückzuziehen, weil dieser rechtlich nicht korrekt wäre. Diejenigen, deren Stimmabgabe auf der Tonaufnahme nicht erkannt werden konnte, haben ordentlich abgestimmt, und ihre Stimmabgabe wurde von den Stimmenzählern auch festgehalten. Es besteht einfach ein Zweifel. Man kann die betreffenden Personen nicht für die technische Unzulänglichkeit verantwortlich machen, denn die Qualität der Tonaufnahme ist einzig abhängig von Standort des Mikrofons. Der Votant würde es deshalb befürworten, wenn sich der Rat auf das Abstimmungsprozedere gemäss dem Vorschlag des Landschreibers einigen könnte.

Landschreiber **Tobias Moser:** Es geht darum, dass alle Kantonsratsmitglieder ihren Willen bekunden können. Er schlägt deshalb nochmals vor, zuerst in einer Dreifachabstimmung über die folgenden Anträge abzustimmen:
• die drei fraglichen Stimmen nicht berücksichtigen;
• die drei betreffenden Ratsmitglieder anfragen, was sie am Morgen gestimmt haben;
• die Abstimmung mit allen Ratsmitgliedern neu durchführen.
Die obsiegende Version soll dann in einer zweiten Abstimmung dem Antrag gegenübergestellt werden, gar keine Abstimmung mehr durchzuführen. So haben alle Ratsmitglieder ihren Willen zum Ausdruck bringen können.

Karin Andenmatten-Helbling zieht ihren Antrag zurück.

Manuel Brandenberg möchte wissen, um welche drei Personen es sich handelt. Da er selber es nicht weiss, fühlt er sich nicht in der Lage, sich in der Dreifachabstimmung so zu verhalten, wie es das Volk von einem gewählten Parlamentarier will. Er behält sich eine Beschwerde vor, wenn er nicht zu hören bekommt, wer die betreffenden drei Personen sind.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass er den Rat nun darüber abstimmen lässt, ob die Namen der drei Ratsmitglieder bekanntgegeben werden sollen oder nicht.

Peter Diehm: Wenn der Rat am Schluss nochmals darüber abstimmen kann, ob er das Resultat vom Morgen annimmt ober ablehnt, kommt dies einer neuen Abstimmung gleich. Was tut der Rat hier überhaupt? Für den Votanten ist es Zirkus.

➔ Der Rat beschliesst mit 41 zu 19 Stimmen, dass die Namen der drei Ratsmitglieder, deren Abstimmungsverhalten unklar ist, nicht bekanntgegeben werden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die folgenden Anträge einander gegenübergestellt werden:
• die drei betreffenden Ratsmitglieder anfragen, was sie am Morgen gestimmt haben;
• die Abstimmung mit allen Ratsmitgliedern neu durchführen.

➔ Der Rat beschliesst mit 38 zu 29 Stimmen, die drei Ratsmitglieder, deren Stimmabgabe unklar ist, nach ihrem Abstimmungsverhalten am Morgen zu fragen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass er dem Rat genau diesen Vorschlag schon vor 35 Minuten beliebt gemacht hat. Nun aber folgt die Abstimmung über die Frage, ob mit den drei betreffenden Ratsmitgliedern überhaupt gesprochen oder das Abstimmungsergebnis vom Vormittag akzeptiert werden soll.

Heini Schmid hat das bisherige Vorgehen so verstanden, dass nun der Unterantrag bereinigt, also das Verfahren einer allfälligen Abstimmungswiederholung festgelegt wurde. Nun folgt der Grundsatzentscheid, ob der Rat Zweifel am vormittäglichen Ergebnis hat oder nicht, und ob diese Abstimmung in der eben festgelegten Art wiederholt werden soll, nämlich indem man die drei fraglichen Ratsmitglieder nach ihrer Stimmabgabe vom Morgen fragt.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, nun darüber abzustimmen, ob die Abstimmung nach dem vorhin festgelegten Verfahren wiederholt werden soll – nämlich indem die drei Ratsmitglieder mit unklarer Stimmabgabe gefragt werden, was sie am Morgen gestimmt haben –, oder ob eine neue Abstimmung unter Namensaufruf durchgeführt werden soll. *(Der Rat protestiert.)*

Franz Peter Iten hält fest, dass die Stimmenzähler die Stimmabgabe der fraglichen drei Personen auf der Tonaufnahme zwar mit hoher Wahrscheinlichkeit, aber doch nicht deutlich genug hören konnten. Wenn die drei Personen nun nach ihrer Stimmabgabe gefragt werden, ergibt dies eigentlich eine Bestätigung dessen, was die Stimmenzähler auf der Aufnahme wahrscheinlich gehört haben. Um das aber sicher beurteilen zu können, braucht es die Nachfrage bei den drei betreffenden Personen bzw. deren klare Antworten: Ja oder Nein. Das ist der schnellste Weg.
Gegen eine erneute Abstimmung unter Namensaufruf würde sich der Votant wehren, weiss man doch, dass bei einer zweiten Abstimmung vielleicht 10 Prozent der Stimmenden anders stimmen als beim ersten Mal. Sollte tatsächlich eine zweite Abstimmung durchgeführt werden, behält sich der Votant vor, eine geheime Abstimmung zu verlangen, bei der keiner das Abstimmungsverhalten anderer Ratsmitglieder mit demjenigen am Vormittag vergleichen und allenfalls rügen kann.

Landschreiber **Tobias Moser** hat vorhin das Abstimmungsprozedere zu erklären versucht. Der Rat ist jetzt beim letzten Schritt angelangt, bei dem es um den Entscheid darüber geht, ob die drei betreffenden, namentlich dem Kantonsrat nicht bekannten Ratsmitglieder gefragt werden sollen, was sie am Morgen gestimmt haben, oder ob gar keine Wiederholung der Abstimmung durchgeführt werden soll.

Daniel Abt findet das, was heute im Rat passiert, einfach peinlich. Er schämt sich ein bisschen, am Abend nach Hause zu fahren und als Mitglied des Kantonsrats sagen zu müssen, dass dieser am Morgen eine Stunde lang über «Männlein oder Weiblein» diskutiert habe – und am Nachmittag nochmals eine Stunde darüber, ob man das Resultat der Abstimmung vom Vormittag akzeptieren könne oder nicht. Er ruft dazu auf, dem Ratsvorsitzenden, dem Landschreiber und den Stimmenzählern zu vertrauen und nicht dauernd neue Anträgen zu stellen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun über folgende Varianten abgestimmt wird:
• mit den drei Ratsmitgliedern, deren Stimmangabe unklar war, sprechen;
• am Resultat, das in der Abstimmung am Vormittag ermittelt wurde, festhalten.

➔ Der Rat beschliesst mit 40 zu 30 Stimmen, dass bei den drei Ratsmitgliedern, deren Stimmangabe unklar war, nachgefragt werden soll, was sie am Vormittag gestimmt haben.

Der **Vorsitzende** bittet Stimmenzähler Franz Peter Iten, die drei Namen mitzuteilen.

Stimmenzähler **Franz Peter Iten** teilt mit, dass es sich um Alice Landtwing, um Rupan Sivaganesan und um ihn, Franz Peter Iten selbst, handelt. Er bittet die zwei genannten Personen, den Stimmenzählern mitzuteilen, was sie am Morgen gestimmt haben.

Nachdem die Stimmenzähler die Stimmabgabe der drei fraglichen Personen überprüft haben, liegt das Ergebnis der Abstimmung unter Namensaufruf vor:

Brandenberg Manuel	Nein	Lustenberger Andreas	Ja
Brunner Philip C.	Nein	Peita Gabriela	Nein
Camenisch Philippe	Nein	Pfister Martin	Ja
Castell-Bachmann Irène	Ja	Riedi Beni	Nein
Christen Hans	Nein	Schmid Heini	Nein
Gisler Stefan	Ja	Wandfluh Oliver	Nein
Gysel Barbara	Ja		
Landtwing Alice	Ja	Birrer Walter	Nein
Messmer Jürg	Nein	Blättler-Müller Christine	Ja
Raschle Urs	Nein	Bruckbach Christoph	Ja
Sivaganesan Rupan	Ja	Diehm Peter	Ja
Spescha Eusebius	Nein	Haas Esther	Ja
Stadlin Daniel	Nein	Helfenstein Georg	Nein
Stocker Cornelia	Ja	Jans Markus	Abwesend
Straub-Müller Vroni	Ja	Rickenbacher Thomas	Abwesend
Stuber Martin	Ja	Sieber Beat	Ja
Thalmann Silvia	Ja	Suter Rainer	Nein
Wenger Manfred	Nein		

Wicky Vreni	Ja		Andenmatten-Helbling Karin	Ja
			Bieri Anna	Ja
Hächler Thiemo	Ja		Schuler Hubert	Ja
Strub Barbara	Ja		Villiger Thomas	Nein
Wyss Beat	Nein		von Burg Roland	Ja
Wyss Thomas	Enthaltung		Winter Leonie	Abwesend
Ingold Gabriela	Ja		Burch Daniel	Nein
Iten Beat	Ja		Hausheer Andreas	Nein
Iten Franz Peter	Ja		Hürlimann Andreas	Ja
Sperandio Renato	Nein		Meienberg Eugen	Nein
Walker Arthur	Nein		Reinschmidt Mario	Ja
Werner Thomas	Nein		Weber Monika	Ja
Barmet Monika	Ja		Balmer Kurt	Nein
Betschart Frowin	Ja		Burch Daniel Thomas	Nein
Nussbaumer Karl	Nein		Flach Bernadette	Ja
			Roos Flavio	Nein
Abt Daniel	Ja		Schriber-Neiger Hanni	Ja
Andermatt Adrian	Abwesend		Werder Matthias	Abwesend
Dübendorfer Christen Maja	Ja			
Dzaferi Zari	Ja		Dubacher René	Nein
Frei Pirmin	Enthaltung		Schmid Moritz	–––
Gössi Alois	Nein		Weber Florian	Nein
Hotz Silvan	Nein			
Hunn Ivo	Nein		Kupper Gregor	Nein
Isler Gloria	Abwesend		Lötscher Thomas	Ja

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Karin Andenmatten und allen Kantonsrätinnen mit 37 zu 34 Stimmen zu.

Manuel Brandenberg stellt einen **Antrag** auf Wiederholung der Abstimmung.

➔ Der Rat folgt mit 35 zu 29 Stimmen dem Antrag auf Wiederholung der Abstimmung.

Karin Andenmatten-Helbling ist der Meinung, dass der Antrag von Manuel Brandenberg ein Rückkommensantrag ist. Sie hat bereits früher den Antrag gestellt, darüber abzustimmen, ob ein Antrag auf Wiederholung der Abstimmung als Rückkommensantrag zu behandeln sei oder nicht. Sie bittet um Klärung und möchte wissen, womit es begründet wird, dass mit einfachem Mehr beschlossen werden kann, eine Abstimmung zu wiederholen.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass die aktuelle GO KR für dieses Vorgehen kein spezielles Quorum vorsieht. Es gilt also das einfache Mehr. Der Rat hat schon verschiedentlich, wenn er Zweifel an einem Abstimmungsergebnis hatte, eine Abstimmung auf Antrag eines Ratsmitglieds wiederholt. Dieses Vorgehen ist möglich und normal.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun nochmals über den Antrag auf eine neue Ziff. 6 abgestimmt wird. Er liest den Antrag nochmals vor: «[Die Redaktionskommission] achtet darauf, dass alle Erlasse in ausschliesslich weiblicher Form erfolgen.»

Arthur Walker, Präsident der Redaktionskommission, hält fest, dass die drei Mitglieder der Redaktionskommission eine allfällige Zustimmung zu diesem Antrag auszubaden hätten. Er möchte deshalb geklärt haben, was «in ausschliesslich weiblicher Form» genau heisst. Sollen Begriffe wie «die Mitarbeitenden» künftig nicht mehr verwendet werden dürfen und durch «die Mitarbeiterinnen» ersetzt werden? Müsste sich die Redaktionskommission an den Wortlaut des Erlasses halten, oder wäre die Verwendung geschlechtsneutraler Formen auch weiterhin möglich?

Landschreiber **Tobias Moser** stellt klar, dass sich die Redaktionskommission an den Wortlaut des Erlasses halten müsste.

Franz Peter Iten stellt den bereits angekündigten **Antrag,** die Abstimmung geheim durchzuführen. Eine Abstimmung unter Namensaufruf würde das Ergebnis seiner Meinung nach verfälschen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag auf geheime Abstimmung 20 Stimmen braucht.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf geheime Abstimmung mit 28 Stimmen zu.

Andreas Hausheer nimmt an, dass einerseits eine geheime Abstimmung, andererseits eine Abstimmung unter Namensaufruf beschlossen wurden, und dass diese zwei Verfahren nun noch einander gegenübergestellt werden müssen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Manuel Brandenberg vorhin nur eine Wiederholung der Abstimmung beantragt hat, nicht eine Wiederholung unter Namensaufruf.

Während die Stimmenzähler die Stimmzettel verteilen, liest der **Vorsitzende** den Antrag zu § 20 Abs. 2 Ziff. 6 nochmals vor. Er wiederholt, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag anschliesst, während das Büro ihn ablehnt.

Die geheime Abstimmung über den Antrag von Karin Andenmatten und allen Kantonsrätinnen zu § 20 Abs. 2 Ziff. 6 ergibt folgendes Ergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	Eingegangene Stimmzettel	Leere Stimmzettel	Ungültige Stimmzettel	In Betracht fallende Stimmzettel	Absolutes Mehr
73	73	0	1	72	37

Anzahl Ja-Stimmen	34
Anzahl Nein-Stimmen	38

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Karin Andenmatten und allen Kantonsrätinnen mit 38 zu 34 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit der Eventualantrag von Alois Gössi entfällt und die zweite Lesung der GO KR abgeschlossen ist.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 52 zu 18 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass folgende parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vorliegen:

1. Die Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Regelung des Kommissionsgeheimnisses vom 8. Februar 2010 (Vorlage 1910.1 - 13340) sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend erheblich und schreibt sie als erledigt ab.

2. Die Motion von Irène Castell-Bachmann und Martin Pfister betreffend Änderung von § 40 der Geschäftsordnung zur Überweisung von Interpellationen vom 22. März 2011 (Vorlage 2032.1 - 13718) sei nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend nicht erheblich.

3. Die Motion von Gregor Kupper betreffend Abkürzung der Frist zwischen der ersten und der zweiten Lesung bei der Beratung von Gesetzen vom 5. Mai 2011 (Vorlage 2048.1 - 13773) sei erheblich zu erklären; das war der ursprüngliche Antrag des Büros. Der Regierungsrat wird darüber hinaus eingeladen, dem Kantonsrat bei nächster Gelegenheit eine Vorlage zur ersatzlosen Aufhebung von § 44 Satz 2 der Kantonsverfassung zu unterbreiten. Gleichzeitig ist dem Kantonsrat eine Änderung der GO KR vorzulegen, wonach nach der Aufhebung von § 44 Satz 2 durch die Stimmberechtigten die zweite Lesung bei Verfassungsänderungen, Volksinitiativen und Gesetzen bereits an der nächsten Kantonsratssitzung möglich ist. Die vorberatende Kommission ist gegen die Erheblicherklärung. Auch das Büro ist mittlerweile gegen die Erheblicherklärung.

Gregor Kupper hält mit Blick auf die vorangehende Debatte fest, dass man an Generalversammlungen jeweils den Medienvertreterinnen und -vertretern für eine «wohlwollende Berichterstattung» dankt. Dieser Satz ist heute ausdrücklich angebracht, verbunden mit der Bitte, gnädig mit dem Kantonsrat umzugehen.
Zur vorliegenden Motion: Der Motionär stellt den **Antrag,** seine Motion erheblich zu erklären. Es geht darum, die Frist für die zweite Lesung von heute zwei Monaten auf neu fünfzig Tage zu verkürzen. Der Motionär hat seinen Vorstoss wie folgt begründet: Aufgrund des Sitzungsrhythmus' des Kantonsrats kommt es immer wieder vor, dass die zweite Lesung einer Gesetzesvorlage erst an der drittnächsten Kantonsratssitzung nach der ersten Lesung stattfinden kann. Die ohnehin schon lange Behandlungsddauer von Gesetzesvorlagen wird dadurch unnötig und zusätzlich verlängert. Durch die Verkürzung der Frist zwischen der ersten und der zweiten Lesung von sechzig auf fünfzig Tage wird in aller Regel die zweite Lesung an der übernächsten Sitzung stattfinden können. Es handelt sich also um eine kleine Verkürzung, die den Ratsbetrieb aber effizienter macht und insbesondere bei dringenden Vorlagen unnötige Verzögerungen vermeidet. Der Ratsbetrieb wird dadurch nicht hektischer, die Protokolle der ersten Lesung liegen auch bei dieser Regelung rechtzeitig vor, das Einreichen von Anträgen auf die zweite Lesung wird nicht un-

nötig erschwert. Das Büro des Kantonsrats hat die Motion in seinem Bericht zum Anlass genommen, den Regierungsrat einzuladen, die zweite Lesung immer gleich an der nächsten Kantonsratssitzung durchzuführen. Dieses Anliegen kann der Votant nicht unterstützen; aufgrund des eben vom Vorsitzenden erwähnten Antrags des Büros ist diese Einladung aber ohnehin vom Tisch. Der Votant bittet den Rat deshalb, die Motion, wie sie eingereicht wurde, erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion Kupper mit 35 zu 27 Stimmen nicht erheblich.

4. Die Motion von Thomas Aeschi betreffend Möglichkeit der Stellvertretung bei Kommissionsberatungen vom 3. Februar 2012 (Vorlage 2114.1 - 13991) sei nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend nicht erheblich.

5. Die Motion von Thiemo Hächler, Cornelia Stocker und André Wicki betreffend Ergänzung von künftigen Kantonsratsvorlagen mit Kurzlesetexten vom 9. Februar 2012 (Vorlage 2115.1 - 13992) sei teilweise erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Soweit die Motion kurze Kantonsratsvorlagen von weniger als vier Seiten betrifft, sei sie nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend im obigen Sinne teilerheblich und schreibt sie als erledigt ab.

6. Die erheblich erklärte Motion der SVP-Fraktion vom 27. Januar 2011 betreffend Einrichtung einer elektronischen Abstimmungsanlage im Kantonsrat (Vorlage 2011.1 - 13663) sei als erledigt abzuschreiben. Bei diesem Vorstoss gibt es eine Besonderheit: Das weitere Vorgehen betreffend Einrichtung und Bedienung der elektronischen Abstimmungsanlagen im Kantonsratssaal hat das Büro auf den Seiten 2 bis 4 seines Antrags vom 16. Juni 2014 auf die zweite Lesung dargelegt (Vorlage 2251.11 - 14710). Das Büro ersucht den Kantonsrat, vom Ergebnis der ersten Lesung des Büros vom 16. Juni 2014 zum Reglement betreffend elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal Kenntnis zu nehmen. Eine Abstimmung gibt es im Kantonsrat nicht, weil die Zuständigkeit zum Erlass des Reglements beim Büro liegt.

Manuel Brandenberg bittet namens der SVP-Fraktion darum, die Motion noch nicht als erledigt abzuschreiben. Dies soll erst dann geschehen, wenn das Reglement mit der Abstimmungsanlage in Kraft getreten ist.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann:** Die vorberatende Kommission ist nach wie vor der Meinung, dass das Reglement zur elektronischen Abstimmungsanlage in der Kompetenz des Büros liegen soll, wie es in § 7 Abs. 2 Ziff. 5 GO KR stipuliert ist. Die Kommission hat zuhanden des Büros zwei Empfehlungen zum Reglement abgegeben:
• Die erste Empfehlung betrifft § 16 Abs. 6. Auf den Bildschirmen im Kantonsratssaal soll nur das Ergebnis angezeigt werden. Die Stimmabgaben sollen also nicht laufend dargestellt werden. Dadurch soll die gegenseitige Beeinflussung der Ratsmitglieder minimiert werden.

• Die zweite Empfehlung betrifft § 21. Es soll im Reglement ausdrücklich eine Regelung geschaffen werden, wonach bereits die provisorischen Reports auf Wunsch an Interessierte abgegeben werden können. Insbesondere Medienschaffende sind darauf angewiesen, dass sie rasch zuverlässige schriftliche Angaben zu den Ergebnissen haben. Es soll nicht der Einwand erhoben werden können, dass diese amtlichen Dokumente wegen ihres provisorischen Charakters nicht abgegeben werden dürften.
Die Kommissionspräsidentin empfiehlt, dem Antrag der SVP-Fraktion nicht nachzukommen.

➔ Der Rat schreibt die Motion der SVP-Fraktion mit 47 zu 18 Stimmen als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt. Der **Vorsitzende** hält fest, dass die neue GO KR am 18. Dezember 2014 in Kraft tritt, also am ersten Tag der Legislatur 2015–2018. Alt-Landschreiber Tino Jorio wird einen Kommentar zur GO KR verfassen. Der Vorsitzende dankt ihm im Namen des Kantonsrats für sein Engagement und hofft, dass die neue Geschäftsordnung auch wieder 82 Jahre lang Bestand hat. *(Der Rat applaudiert.)*

Wechsel des Vorsitzes
An dieser Stelle übernimmt Kantonsratspräsident Hubert Schuler wieder den Vorsitz.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

1154 Traktandum 3.1: **Motion der Kommission zur Totalrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) betreffend individuell-konkrete Anweisungen des Kantonsrats im gesetzlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats und der Gerichte vom 29. Juni 2014 (Vorlage 2412.1 - 14720)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1155 Traktandum 3.2: Postulat von Andreas Lustenberger betreffend Renaturierung von Wanderwegen vom 6. Juli 2014 (Vorlage 2413.1 - 14724)

Philip C. Brunner hält fest, dass Andreas Lustenberger in seinem Postulat die Regierung bittet, einen Aktionsplan zur Renaturierung von Wanderwegen vorzulegen, dies mit der Begründung, dass im Kanton Zug über 42 Prozent der Wanderwege asphaltiert oder betoniert seien. Die SVP-Fraktion stellt den **Antrag,** dieses Postulat nicht zu überweisen. Sie begründet dies damit, dass es mit der finanziellen Situation des Kantons nicht zum Besten bestellt ist – man spricht von einem Sparpaket von 80 bis 100 Millionen Franken – und der Kantonsrat in der Verantwortung steht, der Regierung nicht noch die zusätzliche Aufgabe aufzubürden, den Asphalt von Wanderwegen zu entfernen und diese zu Kieswegen zu machen. Als Sparmassnahme könnte man vielleicht – dies als Tipp an den Baudirektor – an der einen oder anderen Stelle auf das Asphaltieren verzichten. Dabei ist aber zu berücksichti-

gen, dass auf Kieswegen bei Starkregen Schäden entstehen können. Die Asphaltierung ist vielleicht nicht in jedem Fall die richtige Lösung, kann im Einzelfall aber dazu dienen, das Wasser kontrolliert abfliessen zu lassen.

Daniel Thomas Burch hat als begeisterter Wanderer auch lieber Naturwege als Asphaltstrassen. Wanderwege werden in unserer Region nur selten als solche geplant und gebaut, sondern sie nutzen das bestehende Strassen- und Wegnetz. Im Sinn der Schonung von Ressourcen ist dies sicherlich sinnvoll. Diese Zufahrten oder landwirtschaftlich genutzten Strassen sollen nicht nach jedem grösseren Regen oder nach jedem Winter aufwendig instand gestellt werden müssen. Aus diesem Grund und um die nötige Sicherheit zu gewähren, werden sie teilweise geteert oder betoniert.
Der vorliegende Vorstoss scheint ideologisch motiviert und undurchdacht zu sein. Er verlangt einen Aktionsplan zur Renaturierung der Wanderwege. Dadurch wird Behinderten mit Rollstühlen oder Familien mit Kinderwagen der Gang und der Aufenthalt in die Natur verhindert oder unnötig eingeschränkt. In verschiedenen Regionen wird gezielt auf kinderwagentaugliche Wanderungen und hindernisfreie Wege für Rollstuhlfahrer geachtet. Gemäss dem Postulat soll der Kanton Zug in diesem Bereich einen Rückschritt machen.
Wenn dieses Thema so wichtig ist, fragt es sich auch, weshalb sich der Postulant und seine Gesinnungsgenossen gegen die Veränderungen beim Gut Aabach gewehrt haben. Dort haben ihre Aktionen bewirkt, dass Wandernde weiterhin die geteerte Strasse Richtung Chiemen benützen müssen. Sie haben verhindert, dass man eine längere Strecke einem renaturierten Bach entlang auf einem natürlichen Weg wandern könnte.
Zusammenfassend: Die Forderung des Postulats trifft primär Behinderte und Familien mit Kindern sowie die Land- und Forstwirtschaft. Der Votant unterstützt den Antrag auf Nichtüberweisung des Postulats.

Postulant **Andreas Lustenberger:** Wandern ist der Volkssport Nummer 1 der Schweizerinnen und Schweizer. Der Antrag der SVP-Fraktion auf Nichtüberweisung ist etwas irritierend, gab es doch seitens der Zuger Bevölkerung aussergewöhnlich viel Zuspruch zu diesem Vorstoss. Der Votant möchte deshalb aufzeigen, wieso dieses Postulat notwendig ist und auch keine aussergewöhnlichen Kosten verursachen wird.
Sowohl der nationale Verband wie auch der Verein Zuger Wanderwege zeigen sich *unisono* besorgt über die fortlaufende Zubetonierung. Dabei geht es nicht nur um den Spass- und Erholungsfaktor, sondern auch um die Gesundheit. Zudem ist versiegeltes Land längerfristig nicht mehr brauchbar und folglich eine ökologische Abwertung. Des Weiteren – und das wissen auch die Kollegen aus der Feuerwehr – bergen betonierte Wege und notabene auch Strassen ein erhöhtes Überschwemmungsrisiko beim Starkregenereignissen. Abklärungen beim kantonalen Amt für Raumplanung haben ergeben, dass es heute anstelle von Asphalt sehr gute alternative Hartbeläge gibt, welche sowohl für Gehbehinderte als auch für den Milchtransporter eine problemlose Benützung ermöglichen.
Zu den Kosten: In Klammern sei einleitend bemerkt, dass dem vom Regierungsrat in den Sommerferien vorgeschlagenen Entlastungsprogramm bis jetzt weder der Kantonsrat noch das Zuger Stimmvolk zugestimmt haben; dass dieses Programm trotzdem bereits als Begründung für nicht zu tätigende Ausgaben hinhalten muss, war anzunehmen, ist aber unverständlich. Das Amt für Raumplanung erfasst aktuell im Zuge der nationalen MISTRA-Strassenaufnahme auch alle Wanderrouten im Kanton Zug. Dabei wird auch die Belagsbeschaffenheit registriert. Diese Arbeit wird

also bereits gemacht, und das Geld dafür ist – im Rahmen des Budgets – bereits gesprochen worden. Im Anschluss an diese Erfassung würde es gemäss Postulat darum gehen, in einem Aktionsplan aufzuzeigen, wo Renaturierungen Sinn machen, wo es Ersatz bräuchte und wo zwingend eine Asphalt-Unterlage benötigt wird. Auch diese Arbeit würde im Zug der MISTRA-Aufnahme kaum grosse Kosten verursachen. Sollte es tatsächlich zu Renaturierungen kommen, müssten allfällige Kredite erst noch gesprochen werden. Wie alle wissen, ist der Kanton vom Bundesrecht her verpflichtet, für Wanderrouten mit zu viel Asphalt Ersatz zu schaffen. Das Postulat bietet also die ideale Möglichkeit, die nötigen Abklärungen zu treffen und auch eine Antwort bereit zu haben, sollte es zu rechtlichen Auseinandersetzungen kommen.
Der Faktor Naherholung wird in der heute oft gestressten Gesellschaft immer wichtiger. Ein attraktives Wanderwegnetz im Kanton ist auch ein wichtiger Standortfaktor, beispielsweise für den Tourismus, das Gastgewerbe und die Hotellerie sowie insbesondere für junge Familien. Der Votant bittet deshalb im Sinne seiner Ausführungen, das vorliegende Postulat an den Regierungsrat zu überweisen.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit 39 zu 20 Stimmen ab.

1156 Traktandum 3.3: **Postulat der SP-Fraktion betreffend Ausbau im Bereich der vorschulischen Kinderbetreuung vom 12. August 2014 (Vorlage 2422.1 - 14739)**

Cornelia Stocker stellt namens der FDP-Fraktion den **Antrag,** das vorliegende Postulat nicht zu überweisen. Die FDP stellt ihren Antrag nicht, weil sie das Bedürfnis nach Säuglingsbetreuungsplätzen nicht anerkennen würde, sondern einzig und allein deshalb, weil Kinderbetreuungsangebote klar in den Händen und in der Selbstbestimmung der Gemeinden liegen. Die SP selber schreibt in ihrer Begründung, dass für den Ausbau des Angebots primär die Gemeinden zuständig sind. Die FDP erachtet die Hochhaltung der vollen Gemeindeautonomie in dieser Frage als zentral, sei es in der Festlegung der Art des Angebotsumfangs wie auch in der Festsetzung der Tarife – dies umso mehr, als die Gemeinden dafür vom Kanton keine monetäre Unterstützung erhalten und erhalten werden. Daher ist es nicht opportun, ihnen Vorschriften zu machen.
Zeitgemässe Kinderbetreuungsstrukturen sind für die FDP-Fraktion aufgrund des Lebensentwurfs eines Grossteils der Bevölkerung nicht mehr wegzudenken. Auch die FDP will die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter fördern. Dieses Postulat aber ist an die falsche Adresse gerichtet. Es wurde schon in den einzelnen Gemeinden eingereicht – und dort gehört das Anliegen auch hin.

Jürg Messmer nimmt namens der SVP-Fraktion Stellung und hält fest, dass das Postulat der SP mit gleichem Wortlaut auch im Zuger Stadtparlament eingereicht wurde. Vermutlich weiss die SP-Fraktion also sehr wohl, dass der Kanton der falsche Adressat ist.
Für Eltern und Kind sind die ersten zwölf Monate die wichtigste Zeit, um sich aneinander zu gewöhnen. In keinem anderen Lebensabschnitt macht der Mensch einen so gewaltigen Entwicklungsschritt wie in seinem ersten Lebensjahr. Auch wenn der neue Erdenbürger zunächst noch völlig hilflos ist, kann er doch schon eine ganze Menge: Such- und Saugreflex helfen dem Kind, die Nahrungsquelle zu finden; hat es Hunger, bewegt es suchend den Kopf. Auch der Klammer- und der Greifreflex sind bei Neugeborenen bereits stark ausgeprägt: Mit enormer Kraft umklammert das Kind alles, was es in die Hände bekommt, auch die Eltern. Nur zwölf Monate

später hat das Kind gelernt, auf seinen eigenen Beinchen zu stehen, kann mit Unterstützung schon einige Schritte laufen, hält immer besser sein Gleichgewicht und wird dadurch immer mutiger. Es hat gelernt, Gegenstände gleichzeitig in der Hand zu halten, und ist oftmals in der Lage, willentlich einen Gegenstand – etwa einen Ball – zu werfen.
Was für eine Entwicklung! Und diese mitzuerleben, will die SP den Eltern vorenthalten. Aber auch das Kleinkind kommt da zu kurz, denn das Bindungssystem ist gemäss John Bowlby, einem britischen Kinderarzt und Pionier der Bindungsforschung, ein primäres, genetisch verankertes System, das zwischen der primären Bezugsperson und dem Säugling nach der Geburt aktiviert wird und überlebenssichernde Funktionen hat. Das Neugeborene entwickelt eine spezielle emotionale Bindung zu seinen Eltern.

Aufgrund der Unruhe im Saal interveniert der **Vorsitzende** und weist den Votanten darauf hin, dass es um die Überweisung des Postulats der SP-Fraktion gehe.

Jürg Messmer hält fest, dass er noch auf die Überweisung zu sprechen komme, und fährt fort, dass die erwähnte Bindung den Säugling im Falle von objektiver oder subjektiver Gefahr veranlasst, bei seiner Hauptbezugsperson, nämlich derjenigen, die am feinfühligsten auf die kindlichen Bedürfnisse reagiert, Schutz und Beruhigung zu suchen. Und das sind die Eltern, nicht ein Praktikant oder eine Praktikantin im Kinderhort, die regelmässig wechseln. Niemanden liebt das Kind mehr als seine Eltern. Und von den Eltern kann man erwarten, dass sie diese Liebe erwidern.
Mit dem vorliegenden Postulat und der darin gestellten Forderung nach mehr Betreuungsplätzen werden weder Kinder noch Eltern gestärkt. Stattdessen wird mit der immer weiter ausgebauten staatlichen Kinderbetreuung ein Kind zu einem Statussymbol degradiert, zu einem Gegenstand, den man bei Bedarf aus der Kinderkrippe abholen kann. Familienplanung bedeutet aus Sicht der SVP nicht, dass man rechtzeitig einen Fremdbetreuungsplatz für das neugeborene Kind organisiert, um es gleich nach der Geburt wieder abgeben zu können, sondern dass im Voraus überlegt wird, ob man ein Kind will und bereit ist, Zeit und Energie aufzuwenden und auf Verschiedenes, beispielsweise teure Ferien oder finanzielle Freiheiten, zu verzichten.
Die SVP-Fraktion lehnt einen Ausbau im Bereich der vorschulischen Kinderbetreuung ab und unterstützt den Antrag auf Nichtüberweisung des Postulats.

Eusebius Spescha findet es toll, wenn alle SVP-Mitglieder so viel in die Betreuung ihrer Kinder investieren und sich persönlich so engagieren, wie es Jürg Messmer zum Ausdruck gebracht hat. Er will nicht auf die Diskussion einsteigen, wer für ein Kleinkind die richtige Bindungsperson ist, kann als Fachmann in diesen Fragen seinen Vorredner aber darauf hinweisen, dass dieser den Bindungsforscher John Bowlby nicht ganz richtig gelesen und verstanden hat.
Wie Cornelia Stocker richtig gesagt hat und die SP-Fraktion in ihrem Postulat auch selber schreibt, liegt die primäre Verantwortung für die familienergänzende Kinderbetreuung bei den Gemeinden. Diese sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass der Bedarf an Säuglingsplätzen gedeckt ist. Die SP hat deshalb ein entsprechendes Postulat auch in der Stadt Zug eingereicht. Es ist nun aber nicht so, dass die Gemeinden in dieser Frage völlig frei agieren können. Sie haben vielmehr beschränkte Spielräume, weil richtigerweise der Kanton gewisse Vorgaben macht. Die Vorschriften, die heute im Kanton Zug gelten, schränken die Gemeinden und vor allem die privaten Trägerschaften in ihrem Angebot ein, wobei diese Einschränkungen nach Ansicht der SP aber nicht mehr zeitgemäss sind; in der Stadt Luzern beispielsweise

gibt es Richtlinien, die bessere, zeitgemässere Betreuungslösungen zulassen. Ziel des Postulats ist es, dass der Kanton sich zusammen mit den Gemeinden der Frage annimmt, wo diese Richtlinien noch adäquat sind und wo sie verhindern, dass die Gemeinden im diesem Bereich tätig sind. Es ist also sehr wohl überlegt, dass die SP-Fraktion zwei Postulate mit sich ergänzenden Forderungen eingereicht hat: das eine auf der Ebene der Gemeinden, die direkt verantwortlich sind für das Angebot, das andere auf der Ebene des Kantons, der mit den erwähnten Richtlinien Hand bieten muss, dass die Gemeinden neuere Betreuungskonzepte zulässig machen. Wer also ein Interesse daran hat, dass das Angebot in diesem Bereich ausgebaut wird, ist aufgerufen, das vorliegende Postulat zu überweisen, damit auch der Kanton seinen Teil der Aufgabe wahrnimmt.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit 37 zu 22 Stimmen ab.

1157 Traktandum 3.4: **Postulat von Daniel Abt und Adrian Andermatt betreffend Erhöhung des Kinderbeitrags der Einkommensobergrenze für Mietzinsbeiträge gemäss WFG vom 14. August 2014 (Vorlage 2423.1 - 14740)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1158 Traktandum 3.5: **Interpellation von Georg Helfenstein betreffend neue Buslinienführung Nr. 7, Cham–Zug, vom 6. August 2014 (Vorlage 2417.1 - 14731)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1159 Traktandum 3.6: **Aufsichtsbeschwerde von S. vom 19. Juni 2014 gegen X., eventualiter gegen das Obergericht**

Der **Vorsitzende** orientiert, dass die Aufsichtsbeschwerde, über die der Kantonsrat in der Sitzung vom 3. Juli 2014 informiert wurde, am 21. Juli 2014 zurückgezogen wurde. Der Präsident der Justizprüfungskommission hat Kopien der Akten erhalten. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

1160 **Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2014–2022: 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis 1. Lesung (2310.5 - 14723).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

Andreas Lustenberger stellt im Namen der AGF den **Antrag,** die Vorlage an den Regierungsrat zurückzuweisen. Als der Regierungsrat in den Sommerferien sein Entlastungsprogramm vorstellte, haben wohl alle leer geschluckt: Woher plötzlich dieser Sinneswandel? In vorherigen Sitzungen mit Finanzgeschäften war davon nie die Rede. Ein Sparpaket trotz einer Milliarde Reserve? Fragen über Fragen, und in Teilen der zu Hause gebliebenen Zuger Bevölkerung wurde bereits über eine regierungsrätliche Wahlkampfaktion gespöttelt.

Für Gerüchte und Spötteleien bleibt an den Stammtischen genügend Zeit. Am Kantonsrat aber ist es, die vom Regierungsrat aufgezeigte düstere Finanzentwicklung ernst zu nehmen und verantwortungsvoll mit den Kantonsfinanzen umzugehen. Das vorliegende Strassenbauprogramm über acht Jahre ist nach dem heutigen Wissensstand über die vom Regierungsrat vorgelegten Sparmassnahmen nicht verkraftbar. Einen Blankocheck von 215 Millionen zu sprechen, findet die AGF mehr als verantwortungslos. Es ist schwer nachvollziehbar, wieso diese Vorlage trotz allfälligem Wissen über ein mögliches Sparpaket von der Baudirektion in der vorliegenden Form ausgearbeitet wurde. Bereits in der Kommission hat die AGF den konstruktiven und finanzpolitisch verantwortungsvollen Antrag gestellt, das Strassenbauprogramm auf maximal vier Jahre zu beschränken und in dieser Zeit nur Projekte mit erster Priorität anzupacken. Im Wissen um das Sparpaket ist die AGF überzeugt, dass der Regierungsrat bei den hohen Ausgaben im Strassenbauprogramm nochmals über die Bücher gehen und dieses im Sinne seines Entlastungsprogramms neu beurteilen muss. Dasselbe wird auch beim Spezialfinanzierungsfonds Strassenbau und bei der Finanzierung des Stadttunnels notwendig sein, wo die AGF seit Veröffentlichung der Vorlage fordert, dass mindestens ein Anteil von 75 Prozent via Spezialfinanzierungsfonds bezahlt wird und zu dessen Deckung die Fahrzeugsteuer erhöht werden soll. Der Votant ist sicher, dass der Rat seit Anfang Sommerferien die Einschätzung der AGF teilt, und dankt deshalb für die Unterstützung und die Rückweisung des vorliegenden Strassenbauprogramms.

Daniel Thomas Burch, Präsident der Tiefbaukommission, muss etwas klarstellen: Das vorliegende Strassenbauprogramm umfasst die Neu- und Umbauten für die Periode 2014–2022. Es ist notwendig, weil das bestehende Programm in diesem Jahr ausläuft. Die Kredite für die einzelnen Projekte werden dann jeweils mit einfachem Beschluss des Kantonsrats oder im Rahmen der Budgetkompetenz vom Regierungsrat freigegeben. Das Strassenbauprogramm ist kein Blankocheck für die Regierung. Der Rat hat die Möglichkeit, bei den Bauaktivitäten und Projekten mitzubestimmen und behält somit das Heft in der Hand.
Der Votant erinnert daran, dass die Tiefbaukommission der Vorlage mit 12 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zustimmte; auch die Stawiko hiess dieses Programm einstimmig gut. Im Strassenbauprogramm wurden u.a. aufgenommen:
• Erneuerungen von Strassen, wenn umfassendere Massnahmen nötig sind;
• kleinere Ausbauten für Radfahrende, Fussgängerinnen und Fussgänger;
• Massnahmen an Schutzinseln für Fussgängerinnen und Fussgänger;
• Sanierungen an Kunstbauten in Rutschgebieten;
• Projekte mit einem hohen Anteil am Neubauten.
Die Bevölkerung wird es kaum schätzen, wenn der Kanton das Strassen- und Radwegnetz vernachlässigt, die nötigen Sanierungsmassnahmen in Rutschgebieten aufschiebt oder bauliche Massnahmen zur Verbesserung des ÖV auf die lange Bank schiebt. Der Votant bittet deshalb, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Philip C. Brunner spricht im Namen der SVP-Fraktion. Diese bittet den Rat einstimmig, den Rückweisungsantrag der AGF abzulehnen. Die Tiefbaukommission, welcher der Votant auch angehört, hat – wie gehört – der Vorlage mit 10 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt, wobei ja bekannt ist, wer in dieser Kommission sitzt und wer sich möglicherweise enthalten hat. Es wurde noch kein Geld ausgegeben. Im Votum zu seinem Postulat betreffend Renaturierung von Wanderwegen hat Andreas Lustenberger gesagt, dass das Sparprogramm des Kantons vom Kantonsrat noch nicht beschlossen worden sei, geschweige denn vom Volk. Nun aber kehrt er seine Argumentation um, vermutlich aus ideologischen Gründen, und will

sparen. Es ist sehr gut zu hören, dass die AGF sparen will, aber sie will bei den Strassen sparen. Hier geht es um ein Programm über die nächsten acht Jahre, damit beispielsweise der Finanzdirektor seine Hausaufgaben machen und die entsprechenden Mittel bereitstellen kann. Der Kantonsrat behält die volle Kontrolle über die einzelnen Projekte und kann jederzeit etwas zurückweisen, verschieben oder ablehnen – und er kann natürlich auch zustimmen. Es handelt sich um einen sinnvollen, über Jahrzehnte bewährten *meccano*. den man nicht plötzlich ändern sollte. Der Votant empfiehlt deshalb, den Antrag der AGF abzulehnen

Andreas Lustenberger stellt klar, dass mit der Rückweisung dem Regierungsrat die Chance für eine Neubeurteilung gegeben werden soll, dies auf dem Hintergrund des von der Regierung vorgestellten Entlastungsprogramms. Allenfalls können auch im Strassenbauprogramm Einsparungen gemacht werden.
Dem Votanten ist natürlich klar, dass dieses Geld noch nicht ausgegeben ist. Das gilt aber auch für das Anliegen bezüglich Renaturierung von Wanderwegen.

Für Baudirektor **Heinz Tännler** ist der *meccano* wichtig: Es geht um einen Rahmenkredit, und mit dem heutigen Beschluss wird kein einziger Franken ausgegeben. Wenn Geld ausgegeben wird, sind das Einzelkredite, über welche der Kantonsrat jeweils befinden wird. Im Weiteren ist das Rahmenprogramm, das heute hoffentlich beschlossen wird, absolut kompatibel mit dem regierungsrätlichen Entlastungsprogramm. Es ist keineswegs so, dass der Regierungsrat nun mit grossem Hurra dieses Programm in Angriff nimmt und nichts daran korrigiert. Selbstverständlich werden die einzelnen, zum Teil schon beschlossenen Vorhaben nochmals genau unter die Lupe genommen. So hat der Regierungsrat beispielsweise das Projekt Lättich–Baarburgrank nochmals zurückgenommen, um – in Diskussion mit der Tiefbaukommission – Geld zu sparen und ein allenfalls effizienteres, kostengünstigeres Projekt vorzulegen. Dasselbe wird wahrscheinlich auch beim Projekt Sihlbrugg–Sand AG, der Fall sein, für das der Kantonsrat 17 Millionen Franken gesprochen hat. Vielleicht geht die Regierung auch dort über die Bücher, möglicherweise mit dem Resultat, dass man mit 10 Millionen Franken und gewissen Effizienzmassnahmen zu einem ähnlichen Resultat kommen und die Sicherheit gewährleisten kann. Auch beim vorliegenden Programm geht die Regierung selbstverständlich über die Bücher, ebenso beim Stadttunnel, einem Thema, das momentan in der Stawiko zur Beratung ansteht. Die Regierung gibt also nicht blindlings Geld aus.
Wenn die Vorlage nun zurückgewiesen werden sollte, gäbe es kein Strassenbauprogramm, auch nicht im Jahr 2015. Dafür hätte man ein Delta, was wirklich nicht sinnvoll wäre. Dazu kommt, dass die Tiefbaukommission schon jetzt zu nur etwa 70 Prozent des Programms ihre Zustimmung gab. Die Regierung wird also ohnehin nicht das volle Programm zur Ausführung bringen können, zumal auch der Kantonsrat wohl nicht jedem Anliegen einfach nur positiv gegenüberstehen wird. Das Strassenbauprogramm ist aber – es sei wiederholt – kompatibel mit dem Entlastungsprogramm, und die Baudirektion – das versichert der Baudirektor – wird ihren Beitrag zu diesem Programm leisten.
Zum angeblichen Sinneswandel des Regierungsrats: Der Finanzdirektor und der Regierungsrat waren bis zum Sommer 2014 keineswegs verantwortungslos. Die Finanzlage ist vielmehr im Regierungsrat und in der Finanzdirektion *immer* in Diskussion, und der Regierungrat übernimmt diesbezüglich – wie er immer wieder bewiesen hat – seine Verantwortung. Und er ist selbstverständlich froh, wenn auch der Kantonsrat dies tut. Der Baudirektor bittet, dem Rückweisungsantrag der AGF nicht zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 43 GO KR ein Rückweisungsantrag bis zur Schlussabstimmung zulässig ist. Es braucht dafür ein Quorum von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder.

➔ Der Rat lehnt die Rückweisung an die Regierung mit 55 zu 11 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 56 zu 9 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

1161 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Landerwerb und für die Realisierung von Neu- und Umbauten für die Kantonsschule Menzingen (KSM): 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis 1. Lesung (2336.5 - 14716).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind. Er orientiert, dass der Regierungsrat mit Beschluss vom 24. Juni 2014 das Kantonale Gymnasium in Menzingen (kgm) per 1. August 2014 in «Kantonsschule Menzingen (KSM)» umbenannt hat. Dadurch hat sich der Titel des Kantonsratsbeschlusses geändert. Die Redaktionskommission hat dies bei der redaktionellen Bereinigung bereits berücksichtigt.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 64 zu 1 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

1162 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Errichtung einer Asylunterkunft auf dem GS 1201 am Dorfring 30 in Allenwinden, Gemeinde Baar: 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis 1. Lesung (2363.4 - 14717).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass auf die zweite Lesung keine Anträge gestellt wurden.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 45 zu 14 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 9

1163 **Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz; VRG)**

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrat (2315.1/.2 - 14506/07), der vorberatenden Kommission (2315.3 - 14629) und der Staatswirtschaftskommission (2315.4 - 14696).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission und die Stawiko beantragen, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen.

EINTRETENSDEBATTE

Irène Castell-Bachmann, Präsidentin der vorberatenden Kommission, informiert, dass das Geschäft speditiv beraten werden konnte, und sie dankt der Regierung und den Kommissionsmitgliedern. Die Kommission beschloss grossmehrheitlich, auf die Vorlage einzutreten; die Pros und Kontras sind dem Kommissionsbericht zu entnehmen. Dort sind auch die wichtigsten Anliegen zusammengefasst, die in der Kommission geäussert wurden. Die Vorlage ist wichtig für eine zeitgemässe Verwaltung, ebenso wichtig war der Kommission aber auch, dass künftig kein Zwang zur elektronischen Übermittlung bestehen soll und es sich um eine «kann»-Vorschrift handeln muss. Bezüglich Detailberatung verweist die Votantin ebenfalls auf den Kommissionsbericht.
Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag auf Eintreten und folgt auch in den Details den Anträgen der Kommission.

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die Stawiko in materieller Hinsicht die Berichte des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission zur Kenntnis genommen hat und die Anträge der Kommission ausnahmslos unterstützt. In finanzieller Hinsicht haben die Ausführungen in den Berichten allerdings eher zu Verwirrung als zu einer Klarstellung der Auswirkungen der Vorlage geführt. Die Stawiko hat deshalb die Finanzdirektion aufgefordert, in diesem Bereich mehr Transparenz zu schaffen. Die daraufhin erhaltenen Informationen und Unterlagen flossen in die Finanztabelle auf Seite 3 des Stawiko-Berichts ein. Man kann daraus ersehen, dass der eigentliche Betrieb des elektronischen Verkehrs zwischen Staat und Bürger bzw. Bürgerin aufgrund geringerer Versandkosten zu Einsparung führen wird. Die Stawiko ist der Auffassung, dass sich darüber hinaus auch die Personalkosten tendenziell verringern müssten. Im Bereich des Benutzersupports fordert sie den Regierungsrat auf, in der geplanten Vollziehungsverordnung eine sinnvolle und finanziell unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit vertretbare Lösung vorzusehen.
Die Stawiko beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Andreas Hürlimann nimmt es vorweg: Die Skepsis in der AGF ist bei diesem Gesetz erheblich. Zu viel ist in letzter Zeit bezüglich Datensicherheit schief gelaufen, und zu stark ist das Vertrauen in sicheren Datenverkehr durch die Enthüllungen zur

NSA-Schnüffelei, aber auch durch immer wieder vorkommende Pannen erschüttert worden. Das Vorgehen der Regierung – insbesondere des zuständigen Finanzdirektors – bei der Steuerdossier-Scanning-Geschichte hat den Vertrauensverlust eher noch grösser gemacht. Die hier gezeigte mangelnde Sensibilität stellt deshalb ein Gesetz aus der gleichen Direktion, welches die elektronische Unterschrift im Verkehr mit den Behörden ermöglichen soll, erst recht auf den Prüfstand. Und die Qualität der Vorlage bringt leider auch keine Zusatzpunkte bei der Vertrauensbildung. Es ist ja eher selten, dass ein Kommissionsbericht deutlich umfangreicher ist als die ursprüngliche, «breit abgestützte» Ausgangslage der regierungsrätlichen Vorlage. Dass die Kommission so viele Abklärungen veranlassen musste, ist kein gutes Zeichen, der Votant dankt der Kommission aber für die Verbesserungen.
Für die AGF geht es beim Eintreten und nachher bei der Detailberatung um zwei Grundsatzfragen. Die erste Grundsatzfrage ist die sichere Identifikation. Man muss sich bewusst sein, dass mit der Gesetzesvorlage ein Paradigmenwechsel eingeleitet wird: Man schafft eine virtuelle Identität. Das muss sorgfältig gemacht werden. Hierzu wird die AGF in der Detailberatung weitere Überlegungen einbringen, weil das Gesetz nach ihrer Ansicht hier nicht genügt.
Die zweite Grundsatzfrage ist, ob es sich um ein Muss oder ein Kann handelt. Wenn in der Gesetzesvorlage ein Zwang zur Digitalisierung postuliert würde, käme ein Eintreten für die AGF nicht in Frage. Denn die Bürgerinnen und Bürger müssen weiterhin die Wahlfreiheit haben, auch per Papier mit der Verwaltung verkehren zu können, dies auch auf lange Sicht. Hier erwartet die AGF ein klares *Statement* der Regierung und hofft auf ebenso klare *Statements* der anderen Fraktionen, dass es beim Kann bleiben wird. Denn eines ist klar: Irgendwann wird man sich an einem Punkt befinden, wo jemand sagt, dass diejenigen 10 oder 20 Prozent, welche in Papierform einreichen, aus Kostengründen künftig ebenfalls die elektronische Lösung benutzen müssen. Das will die AGF nicht.
Weshalb wird hier überhaupt etwas geändert? Es ist unbestritten, dass – richtig eingesetzt – der sichere rechtsgültige elektronische Datenverkehr der Bürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung Sinn macht. Er vereinfacht beiden Seiten das Leben und ermöglicht Effizienzgewinne. Das Stichwort «Effizienz» führt zu den Kosten und Einsparungen. Einmal mehr baut jeder Kanton für sich eine eigene Lösung. Die AGF versteht nicht, weshalb hier nicht der Bund oder ein Verbund von einigen Kantonen eine Standardlösung entwickelt hat und diese «ab Stange» zum Selbstkostenpreis den Kantonen anbietet. Dies betrifft sowohl den verschlüsselten Datenverkehr als auch das elektronische Benutzerkonto, vor allem die Identifikationslösung. Haben der Finanzdirektor resp. der Regierungsrat oder das AIO diesbezüglich irgendwann eine Initiative ergriffen? Gab es Bemühungen für eine kantonsübergreifende Lösung? Der Votant ist gespannt auf die Antworten des Finanzdirektors, denn es kann doch fast nicht wahr sein, dass in der kleinräumigen Schweiz die unterschiedlichsten Systeme und Plattformen eingesetzt werden.
Was der AGF ebenfalls sauer aufgestossen ist, ist die Tatsache, dass es viel – nämlich den Effort zweier Kommissionen – gebraucht hat, bis endlich einigermassen klare und verständliche Zahlen vorlagen. Der Stawiko-Bericht ist auf Seite 3 sehr deutlich: «Der Finanzdirektor hat eingeräumt, dass die Finanztabelle auf Seite 16 des regierungsrätlichen Berichts nicht korrekt und irreführend ist.» Und weiter auf Seite 4: «Der Regierungsrat hat auf Seite 17 seines Berichts auf ein mögliches Einsparungspotenzial hingewiesen, dieses jedoch nicht quantifizieren wollen.» Für die korrekte Budgetierung und Finanzplanung müssen solche Überlegungen sowieso angestellt werden. Es ist daher nicht klar, warum man dem Kantonsrat diese Informationen nicht gleich von Anfang an transparent auf den Tisch gelegt hat.

Zum Schluss stellt der Votant die folgende Frage in den Raum: Lohnt sich der ganze Aufwand für die viel diskutierte Steuer-Scanning-Lösung überhaupt noch? Ist es angesichts der Verzögerung dieses sistierten Projekts nicht gescheiter, ganz auf eine eigene Scanning-Lösung zu verzichten? Aus dem Kommissionsbericht geht klar hervor, dass der Löwenanteil der Einsparungen bei der Steuerverarbeitung liegen wird; das heisst, dass wohl sehr schnell auf die digitale Übermittlung der Steuererklärung umgestellt wird. Und da der Regierungsrat in den Sommerferien ja richtig Appetit aufs Sparen bekommen zu haben scheint: Hier wäre eine Einsparung bei den Investitionen möglich, die wohl auch bei den laufenden Kosten deutlich spürbar würde.
Man spürt es: Die AGF würde am liebsten gar nicht eintreten. Sie wird es aber dennoch tun. Es ist jedoch ein skeptisches Ja zum Eintreten. Die rechtliche Grundlage für die Digitalisierung der staatlichen *Services* und des rechtsgültigen Schriftenverkehrs ist nötig. Diese digitale Entwicklung lässt sich nicht mehr aufhalten, weshalb heute die Weichen richtig gestellt werden müssen. Zudem möchte die AGF die möglichen Effizienzgewinne realisieren, dies jedoch mit einem grossen Aber: nur mit der grösstmöglichen Sicherheit. Diese muss Priorität haben. Sollte der Antrag für eine sichere Identifikation keine Ratsmehrheit finden, wird die AGF das teilrevidierte VRG am Schluss grossmehrheitlich ablehnen. Denn so wäre eine zentrale Weiche falsch gestellt.

Alois Gössi: Die SP-Fraktion ist für Eintreten und wird allen Anträgen der vorberatenden Kommission zustimmen. Die Gesetzesrevision schafft die Möglichkeit:
• dass inskünftig Eingaben, die einer Unterschrift bedürfen – beispielsweise eine Steuererklärung oder ein Baugesuch –, vollständig elektronisch eingereicht werden können;
• dass Bürgerinnen und Bürger künftig auf ihre eigenen Geschäftsfälle und Daten zugreifen und beispielsweise den Stand eines Verfahrens abrufen können;
• dass die Behörde ihre Entscheide auf elektronischem Weg ihren Kunden zustellen kann, beispielsweise die Eröffnung der definitiven Steuerveranlagung.
Für die SP-Fraktion ist wichtig, dass diese Möglichkeiten in Anspruch genommen werden *können*, aber nicht *müssen*. Man kann also inskünftig die Steuererklärung elektronisch einreichen und muss sie nicht mehr – wie mit der heutigen *E-Tax*-Lösung – digital erfassen, dann ausdrucken, mit seiner Unterschrift versehen und einsenden. Es soll und muss aber möglich sein, das Ganze weiterhin physisch mit Papier zu erledigen. Die neue Lösung ergibt Einsparungsmöglichkeiten beim Kanton, die nicht wehtun. Je mehr Steuererklärungen künftig vollständig elektronisch eingereicht werden, umso grösser sind die Einsparungen, gar nicht zu sprechen vom elektronischen Versenden der Steuerrechnungen. Diese neuen Möglichkeiten sind in der Wirtschaft schon lange Realität, und der Kanton zieht erst jetzt langsam nach. So erhält der Votant beispielsweise von seinem *Handy-Provider* die Monatsrechnung nur noch elektronisch und kann jederzeit seinen Kontostand abrufen. Er hat diese Option gewählt und verzichtet seither auf physische Rechnungen.
Kürzlich diskutierte der Rat über das *Scanning* von Steuererklärungen, das extern an eine Firma, beherrscht von einer amerikanischen Mutterfirma, vergeben wurde. Es ging um Datensicherheit, die möglicherweise im Zuge des NSA-Skandals nicht mehr gewährleistet sein könnte. Die SP-Fraktion fordert klar, dass mit den neuen elektronischen Möglichkeiten wie dem Benutzerkonto oder dem Anschluss an Fachapplikationen der Datensicherheit sehr grosse Beachtung zukommen muss, damit die Daten sicher sind und nicht missbraucht werden können. In diesem Sinne stimmt die SP-Fraktion der Teilrevision des VRG zu.

Philip C. Brunner hält einleitend fest, dass es die SVP-Fraktion als ihre Aufgabe sieht, hier vor bestimmten Entwicklungen zu warnen und zu versuchen, die Mitteparteien dafür zu gewinnen, die vorliegenden Fragen kritisch anzugehen. Fast täglich wird man in diesem Bereich überrascht; Andreas Hürlimann hat bereits darauf hingewiesen. So überrascht heute die Schlagzeile in den *Online*-Medien «Rächt sich Russland mit Hackerangriffen?» Und weiter steht: «Laut einem Bericht von Bloomberg könnte es sich beim gross angelegten Hackerangriff auf mehrere Finanzinstitute um eine Vergeltungsaktion aus Russland handeln. […] Es sind verschiedene sensible Daten verloren gegangen. Die Attacke übersteigt die Fähigkeiten normaler krimineller Hacker deutlich.» Und der Kanton Zug mit seinem AIO glaubt tatsächlich, dass er alles im Griff habe! Das ist aber keineswegs der Fall.
Im umfassenden Bericht der vorberatenden Kommission finden sich auf Seite 16 zusammengefasst die Argumente, welche gegen ein Eintreten auf dieses Geschäft sprechen. Es ist für den Votanten auch schleierhaft, dass der Kantonsrat nun plötzlich vergisst, dass er Zetermordio geschrien und dem Finanzdirektor verboten hat, im Bereich *Scanning* mit einer amerikanischen Firma zusammenzuarbeiten. Nun soll alles plötzlich wunderbar sein, zeitgemäss, modern, effizient etc. Der Kantonsrat sollte sich die nötige Zeit nehmen, und der Kanton Zug muss nicht vorpreschen. Es ist dem Bürger und auch jeder Firma zuzumuten, einmal im Jahr ein Kuvert zur Hand zu nehmen und die Steuerdokumente per Post an das Steueramt zu senden oder sie dort abzugeben. Auch spricht das Sparpotenzial, wie es die Stawiko aufgezeigt hat, nicht gerade für diese Sache. Man sollte also den Anfängen wehren.
Der Votant hat vom Staat immer verlangt, dass er mit den Entwicklungen geht und sich ständig verbessert. Er hätte deshalb nie geglaubt, dass er je gegen eine solche Sache reden würde. Man hat ja Leute, die sich gegen neue Entwicklungen – die Eisenbahn, die Fabrikarbeit – wehrten, ausgelacht. Heute glaubt jeder, seine Privatsphäre sei geschützt, und auch der Kanton Zug glaubt, seine Steuerdaten sicher verwahren zu können – auch wenn bei den Schweizer Banken alle Daten öffentlich zu sein scheinen und die entsprechenden CDs in ganz Europa herumgereicht wurden. Der Votant und ein klare Mehrheit der SVP-Fraktion glauben nicht an diese Sicherheit. Die SVP stellt deshalb den **Antrag** auf Nichteintreten und wird – je nach Ergebnis – in der Detailberatung allenfalls weitere Anträge stellen.
Als Letztes: Der Votant hat verstanden, dass die AGF die virtuelle Identität insofern stärken will, indem man – wie auf dem Passbüro – persönlich erscheinen muss. Das wurde in der SVP-Fraktion nicht diskutiert. Der Votant selbst würde diesen Vorschlag, falls der Rat auf das Geschäft eintritt, unterstützen.

Karin Andenmatten-Helbling: Aufgrund von Bundesrecht ist der elektronische Verkehr auch schon im Kanton Zug Praxis, allerdings nur in Zivil- und Strafprozessen sowie im Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren. Auch der kleine Kanton Zug kann sich nicht mehr von diesem Schreckgespenst abwenden. Den Gegnern der Vorlage sei ans Herz gelegt, der Regierung das Vertrauen zu schenken, dass sie diese Lösung umsichtig einführt. Die erneut sehr kritischen Diskussionen über den Umgang mit elektronischen Steuerdossiers haben mehr als genügend Warnungen gegenüber dem Regierungsrat abgesetzt.
Die CVP-Fraktion begrüsst an dieser Vorlage insbesondere, dass eine einzige zentrale Lösung für alle Zuger Behörden inklusive Gemeinden erstellt und diese aus erprobten Standardkomponenten zusammengebaut wird. Zudem hofft sie, dass die Annahmen zur Zahl der – wohlbemerkt freiwilligen – Benutzer sich eines Tages bewahrheiten oder die angenommenen Zahlen gar übertroffen werden. Wenn Bürger die elektronische der postalischen Eingabe vorziehen und damit auch noch Kosten eingespart werden können, hat man erstens ein wünschbares Zusatzangebot und

zweitens einen positiven Einfluss auf den Staatshaushalt: eine erfreuliche *Win-win*-Situation. Die CVP-Fraktion wird deshalb geschlossen auf die Vorlage eintreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zustimmen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die gute Arbeit in der vorberatenden Kommission und in der Stawiko. Er geht gerne auch auf die kritischen Voten ein, denn auch aus der Sicht des Regierungsrats ist eine gewisse Skepsis in den Bereichen Informatik und Datenschutz immer angebracht. Der Finanzdirektor teilt die Überlegungen bezüglich Datensicherheit und Datenmissbrauch, gibt es doch viele Möglichkeiten, wie Daten verlorengehen, missbraucht oder zerstört werden können.
Die interne Überprüfung der Datensicherheit hat gezeigt, dass die Lösungen bezüglich Identifizierung und Zugriff verbessert werden sollten. Das war der Grund für die Einführung des Benutzerkontos im März 2012. Mit der vorliegenden Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes soll nun die Möglichkeit geschaffen werden, unterschriftsbedürftige Dokumente elektronisch einreichen zu können. Das ist heute nicht möglich. Heute ist durch Bundesrecht nur geregelt, dass Eingaben und Entscheide im Verwaltungsverfahren vor Bundesbehörden, in Zivil- und Strafprozessen sowie im Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren elektronisch übermittelt werden dürfen. Bestimmungen für kantonale Verfahren fehlen. Gegenstand der Teilrevision ist nun, die elektronische Übermittlung von Eingaben, aber auch die Zustellung von Entscheiden und den Zugriff auf eigene Geschäftsfälle zu regeln. Es geht also nicht um einen Kreditbeschluss, um in der kantonalen Verwaltung irgendwelche Soft- oder Hardware anschaffen zu können. Der Regierungsrat wollte in seinem Bericht aber trotzdem aufzeigen, dass gewisse Investitionen getätigt wurden. Er hat damals geschrieben, dass in den Jahren 2014 und 2015 insgesamt 720'000 Franken anfallen würden, wobei es aktuell 680'000 Franken sind. Als Gesamtprojektkosten über die ganze Zeitdauer sind im Informatikportfolio 860'000 Franken enthalten. Der Regierungsrat hat aber keine Umfrage in der Gesamtverwaltung gemacht, sondern das System auf den Interaktionen zu den Steuererklärungen aufgebaut und auf diesem Weg nur die Kosten aufgelistet, nicht aber die Einsparungsmöglichkeiten nachgewiesen. Das haben die vorberatenden Kommission und Stawiko nachgeholt. Zu sagen, das Vorgehen des Regierungsrats sei irreführend, ist etwas hart, aber die Regierung hätte – auch zu ihrem eigenen Vorteil – tatsächlich besser auch die Einsparungsmöglichkeiten aufgezeigt.
Die elektronische Lösung des Kantons ist keine Individualentwicklung, sondern baut auf Standardkomponenten auf, die auch beim Bundesamt für Justiz verwendet werden. Das Projekt ist im Übrigen gut unterwegs.
Ganz auf die Vorlage verzichten kann man nicht. Es ist heute selbstverständlich, dass man Bankgeschäfte, Hotelbuchungen etc. elektronisch vornimmt und mit der Kreditkarte bezahlt. Da ist der Kanton Zug gut beraten, wenn er sich diese Möglichkeit ebenfalls eröffnet. Die Kommissionpräsidentin, der Stawiko-Präsident und weitere Redner haben bereits darauf hingewiesen, dass alles in «kann»-Form formuliert ist. Es muss also niemand seine Dokumente elektronisch eingeben, und auch der Kanton muss nicht überall entsprechende Dienstleistungen anbieten. Das gilt auch für die Gemeinden, die partizipieren wollen: Sie *können* entsprechende Dienste anbieten, müssen aber nicht; in diesem Sinn ist ihren Anliegen voll entsprochen. Das ist der momentane Stand; ob nachfolgende Kantonsräte das anders beurteilen werden, kann der Finanzdirektor nicht sagen, und er kann auch keine Versprechungen in diesem Sinn abgeben.
Zusammenfassend empfiehlt der Finanzdirektor, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der vorberatenden Kommission zuzustimmen; der Regierungsrat schliesst sich diesen Anträgen durchwegs an.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 49 zu 17 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, im Titel die Abkürzung «VRG» zu ergänzen. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Ingress

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, im Ingress die Rechtsgrundlage zu ändern.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

§ 3a (neu) Eingaben

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat einen neuen § 3a beantragt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Titel am Anfang des Dokuments (neu): 2.2a. Elektronische Eingaben und Zugriff auf E-Government-Dienstleistungen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat einen neuen Zwischentitel beantragt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

§ 9a (neu), Zulässigkeit elektronischer Eingaben

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat einen neuen § 9a beantragt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

§ 9b (neu), Modalitäten der elektronischen Eingabe, Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat einen neuen § 9b mit drei Absätzen beantragt.

Martin Stuber spricht zu § 9b als Ganzes. Es geht um die virtuelle Identität. Der Votant zitiert aus Seite 15 im Bericht der Kommission: «Zur Frage der Sicherheit: Um eine möglichst hohe Sicherheit von Identifikationslösungen zu erreichen, müssen technische Vorkehrungen getroffen werden, die auf Verordnungsstufe zu regeln sind. Solche Vorkehrungen sind deshalb so zentral, da mit einer gestohlenen virtuellen Identität eine breite Wirkung erzielt werden kann – sie ist zum Vorneherein wesentlich breiter als die mögliche Wirkung einer falschen Unterschrift.» Das ist eine sehr wichtige Passage im Kommissionsbericht. Die virtuelle Identität ist eine neue Qualität.
Der Votant entschuldigt sich, dass er einen Antrag stellen wird, den er in der Kommission nicht gestellt hat. Zwar wurde in der Kommission über dieses Thema diskutiert, vor zwei Tagen aber war der Votant an einem Symposium über «Security and Privacy» und konnte dort mit einem Spezialisten sprechen – und es kommt für ihn heute nicht mehr in Frage, dass dieser zentrale Punkt auf dem Verordnungsweg geregelt wird. Die erstmalige Identifikation und allenfalls auch deren Wiederholung sind so wichtig, dass sie nicht auf die Verordnungsstufe, sondern in das Gesetz gehören. Dies ist umso mehr der Fall, als der Sparkurs, den die Regierung jetzt einschlägt, beim Votanten ein gewisses Misstrauen und die Befürchtung auslöst, dass am falschen Ort gespart wird. Und bei der Sicherheit darf man nicht sparen. Dass der entsprechende Entscheid einzig und allein in der Hand der Regierung liegen soll, das möchte der Votant nicht.
Der Votant hat seinen Antrag bereits formuliert, möchte ihn aber erst auf die zweite Lesung hin einreichen, damit er in der Kommission diskutiert und von den Ratsmitgliedern in Ruhe geprüft werden kann. Das ist sinnvoller als ein Schnellschuss während der Debatte; vielmehr soll der Rat in der zweiten Lesung über diese bedeutende Materie entscheiden. Wie bereits gesagt wurde, muss man für einen Pass oder eine Identitätskarte persönlich vorsprechen. Ein elektronisches Konto ist bezüglich Wirkung mit einem Pass vergleichbar und entsprechend heikel. Der Antrag auf die zweite Lesung wird deshalb wie folgt lauten: «Abs. 4 (neu): «Der Antrag zum Erwerb eines Benutzerkontos kann elektronisch erfolgen, wenn er mit einer qualifizierten elektronischen Signatur eingereicht wird.» Eine qualifizierte elektronische Signatur ist beispielsweise die SuisseID, für die man persönlich vorsprechen muss. Und weiter: «In allen übrigen Fällen ist persönliches Erscheinen bei der Behörde zwecks Identifikation erforderlich.»

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass er inhaltlich zum Antrag von Martin Stuber nicht Stellung nimmt, da der Antrag erst auf die zweite Lesung hin eingereicht werden soll und dannzumal darüber beraten wird.

➔ Der Rat genehmigt § 9b (neu) Abs. 1 gemäss Antrag des Regierungsrats.

§ 9b (neu) Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission den Antrag des Regierungsrats dahingehend ergänzt, dass die Behörde nur in «begründeten» Ausnahmefällen die Nachreichung der elektronischen Eingabe und der zugehörigen Dokumente in Papierform verlangen kann. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 9b (neu) Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission die Streichung des zweiten Satzes («Er kann die elektronische Eingabe auf bestimmte Behörden beschränken») beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 9c (neu), Zugriff auf eigene Geschäftsfälle und Daten
§ 9d (neu), Haftung für die Zugangskennung und das Einmalpasswort

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat einen neuen § 9c und einen neuen § 9d beantragt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 16 Abs. 1a (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission hier das «ausdrückliche» Einverständnis der Partei fordert. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 21 Abs. 1a (neu), Satz 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es hier keine Abstimmung braucht: In § 16 Abs. 1 hat sich der Rat für die Fassung der vorberatenden Kommission ausgesprochen. Es ist somit das «ausdrückliche» Einverständnis der Partei erforderlich. Somit bleibt es in § 21 Abs. 1a Satz 1 bei der Fassung der Kommission.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

§ 21 Abs. 1a (neu) Satz 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier ein übereinstimmender Antrag von Regierung, Kommission und Stawiko vorliegt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

§ 21 Abs. 1a (neu) Satz 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es auch hier aus logischen Gründen keine Abstimmung braucht: In § 9b Abs. 3 hat sich der Rat für die Fassung der vorberatenden Kommission ausgesprochen. Folglich muss der Regierungsrat die elektronische Eröffnung nicht auf Verfahren vor bestimmten Behörden beschränken können. Somit bleibt es in § 21 Abs. 1a Satz 3 bei der Fassung der Kommission.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

III. Fremdänderungen

§ 121 Abs. 2 des Steuergesetzes (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier ein übereinstimmender Antrag von Regierung, vorberatender Kommission und Stawiko vorliegt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 10

1164 Änderung des Gesetzes über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif; BGS 731.2)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrat (2368.1/.2 - 14607/08), der Kommission für Tiefbauten (2368.3 - 14697) und der Staatswirtschaftskommission (2368.4 - 14719).

EINTRETENSDEBATTE

Daniel Thomas Burch, Präsident der Tiefbaukommission: Wie dem Bericht der Kommission zu entnehmen ist, handelt es sich bei der beantragten Änderung des Gewässergebührentarifs lediglich um die Umsetzung von Bundesrecht. Aufgefallen ist dieser gesetzliche Rückstand bei den Verhandlungen für die Erneuerung der Konzession für das Etzelwerk zusammen mit den Kantonen Schwyz und Zürich einerseits und den SBB andererseits. Der Gewässergebührentarif vom 29. Januar 2002 legt den Wasserzins auf maximal 80 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung fest. Das Bundesrecht lässt aber seit 2010 bis Ende 2014 bereits einen Wasserzins von 100 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung und bis Ende 2019 einen Wasserzins von 110 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung zu. Es geht also vorwiegend um eine finanzpolitische Vorlage, wobei lediglich die konzessionierten Wasserkraftwerke davon betroffen sein werden. Mit der vorgeschlagenen Änderung wird eine Gesetzeslücke geschlossen und der Zuger Gebührentarif dem Bundesrecht angepasst. Dadurch erhöhen sich die Einnahmen des Kantons aus dem Wasserzins ab 2015 jährlich um 34'000 Franken. Die Beträge sind jedoch nur grobe Schätzungen und hängen stark von der turbinierten Wassermenge des Sihlsees ab.
Der Votant macht darauf aufmerksam, dass sich in die Finanztabelle im Bericht der Tiefbaukommission ein Schreibfehler eingeschlichen hat. Der effektive Ertrag ab dem Jahre 2016 beträgt 584'000 Franken, nicht wie aufgeführt 534'000 Franken.
Die Tiefbaukommission beantragt mit 12 zu 2 Stimmen ohne Enthaltungen, der Gesetzesänderung zuzustimmen. Die FDP-Fraktion folgt diesem Antrag.

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission, verweist auf den Bericht und beantragt namens der Stawiko Eintreten und Zustimmung.

Philip C. Brunner: Die SVP-Fraktion ist grossmehrheitlich für Eintreten und Zustimmung. Die Ausführungen des Kommissionspräsidenten sind in einem Punkt zu ergänzen: Wenn man nicht zustimmt, besteht die Gefahr, dass es Forderungen gibt, dies auf vergangene Jahre zurück. Der Kanton hat nämlich etwas mehr gekriegt, als er nach der gesetzlichen Vorlage hätte einfordern dürfen. Mit Blick auf die jetzige finanzielle Situation des Kantons gilt es zu vermeiden, dass man sich mit Forderungen der SBB herumschlagen muss. Grundsätzlich ist die SVP natürlich gegen Gebührenerhöhungen, insbesondere wenn sie den einzelnen Konsumenten, Bürger, Steuerzahler oder Einwohner treffen. Hier aber geht es um Gebühren, die einem öffentlich-rechtlichen Betrieb, nämlich den SBB, in Rechnung gestellt werden, und hier schlägt das Herz des Votanten und wohl auch jenes seiner Fraktion doch eher für die Kasse des Kantons bzw. die Finanzen von Regierungsrat Peter Hegglin. Wie richtig gesagt wurde, handelt es sich nicht um eine technische, sondern um eine Finanzvorlage, und die SVP empfiehlt, ihr zuzustimmen. Es gibt in der SVP-Fraktion aber Personen mit einer anderen Meinung.

Heini Schmid weist darauf hin, dass Gebühren, welche der SBB in Rechnung gestellt werden, am Schluss doch durch den Konsumenten bezahlt werden; sehr überzeugend ist das von Philip C. Brunner vorgebrachte Argument also nicht.
Aus aktuellem Anlass möchte der Votant der Regierung aber einen Hinweis geben: Die vorberatende Kommission des Nationalrats hat beschlossen, die grossen Wasserkraftwerke subventionsberechtigt werden zu lassen. Das ist für den Votanten unverständlich, weil man dann eigentlich zuerst die Wasserzinsen auf Null senken müsste, da das Wasser keinen Wert mehr hat; auch besteht ein Zusammenhang mit dem NFA und dem Treiben der sogenannten Alpen-OPEC. Der Votant ruft die Regierung auf, nicht diejenigen zu sein, welche die höchsten Wasserzinsen abkassieren wollen. Grundsätzlich ist der Kanton Zug daran interessiert, dass keine Subventionen für die Wasserkraft bezahlen werden müssen, nur damit die Betreiber von Wasserkraftwerken möglichst viel Wasserzinsen für ein Gut bezahlen können, das eigentlich keinen Wert mehr hat, weil Deutschland zu viel subventionierte Wind- und Sonnenenergie produziert. In diesen Sinn bittet der Votant die Regierung, nicht die Treiber zu sein in der Wasserzinspolitik.

Rainer Suter legt zuerst seine Interessenbindung offen: Sein Arbeitgeber ist die WWZ Energie AG. Er wird im Verlauf seiner Ausführungen nochmals auf die Interessenbindung zurückkommen, um aufzuzeigen, dass hier nur ein Interessenkonflikt in der eigenen Firma entsteht.
Schon der vorberatenden Kommission wurde erklärt, dass es bei dieser Vorlage lediglich um Bundesrecht geht und darum die Gebührentarife angepasst werden sollen. Entweder nimmt der Kanton die 140'000 Franken jährlich, oder er muss darauf verzichten. Für den Kantonsrat ist das ein klarer Fall: Wir nehmen das Geld! Doch ist sich der Rat da ganz sicher, und hinterfrägt er die Situation auch kritisch genug?
Es ist nicht nur die Zentralisierung in diesem Bereich des Wassergebührentarifs, die dem Votanten gegen den Strich geht, sondern auch, dass in Bundesbern die Revision des Wasserrechtsgesetzes zur Erhöhung der Wasserzinsen und die Revision des Energiegesetzes zur Aufstockung der Mittel für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) im Verlauf der Beratung zu einer Vorlage verknüpft worden sind. Die KEV deckt die Differenz zwischen Produktion und Marktpreis und garan-

tiert den Produzentinnen und Produzenten von erneuerbarem Strom einen Preis, der ihren Produktionskosten entspricht. Die KEV gibt es für folgende Technologien: Wasserkraft (bis 10 Megawatt), Fotovoltaik, Windenergie, Geothermie, Biomasse und Abfälle aus Biomasse. Es wird zum wiederholten Male in den Riesentopf der KEV einbezahlt. Denn es hat noch Hunderte von Projekten, die vom KEV-Fonds unterstützt werden müssen, ansonsten würden diese Bauten von Privaten nicht realisiert. Gespeist wird der KEV-Fonds von allen Stromkonsumentinnen und -konsumenten, die pro verbrauchte Kilowattstunde eine Abgabe bezahlen. Seit 2013 bezahlen alle Strombezüger in der Schweiz mit der Stromrechnung 0,9 Rappen pro Kilowattstunde in den KEV-Fonds; vorher waren es im Maximum 0,6 Rappen. Der neue Betrag ist also geschlagene 1,5 Mal der alte. Im Rahmen der Energiewende soll er bis 2020 auf maximal 2,3 Rappen pro Kilowattstunde erhöht werden.
Und jetzt wird der Gewässergebührentarif erhöht – bei Wasserlaufkraftwerken, welche eine erneuerbare und zugleich eine der saubersten Energien überhaupt in der Schweiz erzeugen; mit welchen seit Jahrzehnten Bandenergie gewonnen wird und welche sich immer mehr mit dem subventionierten Billigstrom aus dem Ausland konkurrenziert sehen. Und der *Clou* der ganzen Sache: Wie das Schweizer Fernsehen und die «Neue Zuger Zeitung» vom Freitag, 22. August 2014, berichteten, sollen Grosswasserkraftwerke in der Schweiz im Rahmen des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050 mit 600 Millionen Franken unterstützt werden. Das ist für den Votanten irgendwie verwirrend. Er erwartet spätestens bei den Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEn), die in den nächsten Jahren den kantonalen Parlamenten vorgelegt werden, dass solche Quersubventionen verschwinden.
Zurück zur Interessenbindung des Votanten: Wie erwähnt, entsteht ein Interessenkonflikt innerhalb seiner Firma, der WWZ. Die Abteilung Wasser bezahlt mehr Gewässergebühren. Auf der anderen Seite spielt die Abteilung Energie in der grossen Welt der erneuerbaren Energien – sprich: Fotovoltaik – mit.
Es stellt sich nun also die Frage, ob man das Geld nehmen und dem Bund bzw. seiner Energiestrategie Recht geben oder ob man den starken Eingriff in den freien Markt und privaten Wettbewerb durch Bund und Kanton verhindern soll. Der Votant hat sich dazu schon jetzt seine Gedanken gemacht, und er hofft, dass auch seine Ratskolleginnen und -kollegen dies tun – oder doch erst bei den MuKEn.

Für Baudirektor **Heinz Tännler** hat der Präsident der Tiefbaukommission das Wesentliche eigentlich gesagt. Zu korrigieren ist, dass nicht eine Gesetzeslücke vorliegt, sondern dass ein bestehendes kantonales Gesetz angepasst werden muss, weil es einen mit dem Bundesrecht nicht kompatiblen Tarif enthält. Es wurde deshalb richtig gesagt, dass es sich eigentlich um eine finanzpolitische Vorlage handelt. Der Hinweis von Philip C. Brunner, dass der Kanton in den letzten Jahren zu viel kassiert hat, ist nicht von der Hand zu weisen. Man hat das durch Zufall bei den Verhandlungen bezüglich Etzelwerk bemerkt. Da wollen die Kantone Zürich, Schwyz und Zug sowie die Bezirke Höfe und Einsiedeln die Kuh natürlich melken, und in diesem Zusammenhang wurde Zug darauf aufmerksam gemacht, dass ihm in den letzten Jahren zu viel bezahlt wurde. Zug hat aufgrund von Bundesrecht kassiert, die kantonale gesetzliche Grundlage ist damit aber nicht kompatibel. Eigentlich hat sich der Kanton Zug also ungerechtfertigt bereichert.
Bezüglich des Votums von Heini Schmid kann der Baudirektor nicht für die Regierung sprechen, wohl aber für den Axpo-Konzern, dessen Verwaltungsrat er angehört. Die Branche ist frustriert über die Wasserkraft und die Preispolitik und darüber, dass der Markt mehr und mehr kaputt geht. So wird die Axpo beim Pumpspeicherwerk Linth-Limmern in den ersten zwanzig Jahren rote Zahlen schreiben.

Da muss man natürlich beide Seiten verstehen. Der Kanton Zug hat aber kein Interesse, abzukassieren und Treiber zu sein in der Wasserzinspolitik. Zug ist ohnehin – was Wasserzinsen anbelangt – nur ein kleiner Fisch.
Zum Votum von Rainer Suter muss der Baudirektor wiederholen, was er schon in der vorberatenden Kommission und in der SVP-Fraktion gesagt hat: Es geht hier um eine finanzpolitische Vorlage, während Rainer Suter Energiepolitik machen will. Diese Politik wird aber auf Bundesebene gemacht, nicht im Kanton Zug. Der Baudirektor nimmt Suters Bemerkungen zur Kenntnis, sie haben aber mit dem vorliegenden Geschäft grundsätzlich nichts zu tun. Der Kanton Zug wäre ja blöd, wenn er nicht von 80 auf 100 Franken gehen bzw. in seinem Gesetz nicht den Bundesbetrag nennen würde. Er wäre der einzige Kanton, der einfach Geld auf der Strasse liegen liesse. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob das richtig oder falsch, gut oder schlecht sei. Diese Diskussion muss aber nicht hier, sondern im Bundesparlament geführt werden. Hier im Kanton Zug geht es einzig und allein um die Anpassung des Tarifs. Diese schlägt bei der WWZ mit vielleicht 10'000 oder 15'000 Franken zu Buche, was keineswegs exorbitant ist. Für den Kantons Zug macht das beim Etzelwerk je nach Ausgang der Verhandlungen aber immerhin ungefähr 150'000 Franken pro Jahr aus, die man andernfalls liegen lassen würde.
Es geht also um nichts anderes als um eine Anpassung eines Tarifs, der in anderen Kantonen schon längst gilt. Dass die Anpassung bisher nicht erfolgte, war eine Nachlässigkeit, aber der Kanton Zug hat Glück gehabt: Es wurde ihm immer der volle Betrag bezahlt. Die von Rainer Suter erwähnten MuKEn haben im Übrigen mit Wasserkraft direkt nichts zu tun, sondern mit der Gebäudesanierung. Die Energiedirektorenkonferenz wird die MuKEn im nächsten Jahr verabschieden, und die Baudirektion wird dann damit ins Parlament kommen.
Zusammenfassend bittet der Baudirektor, auf das Geschäft einzutreten und der Gesetzesänderung gemäss Antrag des Regierungsrats zuzustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

§ 1 Abs. 1 Bst. g Ziff. 1 und Ziff. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier übereinstimmende Anträge von Regierungsrat, vorberatender Kommission und Staatswirtschaftskommission vorliegen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag.

II., III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 11

1165 Aufsichtsbeschwerde von H.S. vom 10. März 2014 betreffend gezielte Kontrollen auf der A4, A4a und A 14

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (2387.1 - 14738).

Der **Vorsitzende** verweist auf den Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission vom 8. August 2014 (Vorlage 2387.1 - 14738). Diese beantragt, der Aufsichtsbeschwerde keine Folge zu leisten.

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag der Justizprüfungskommission.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 12

1166 Aufsichtsbeschwerde von M.O.P. vom 27. Februar 2014 gegen die Ombudsperson der Ombudsstelle Kanton Zug

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (2420.1 - 14737)

Der **Vorsitzende** verweist auf den Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission vom 8. August 2014 (Vorlage 2420.1 - 14737). Diese beantragt, die Aufsichtsbeschwerde nicht an die Hand zu nehmen.

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag der Justizprüfungskommission.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

1167 Nächste Sitzung

Donnerstag, 25. September 2014

Es findet eine Halbtagessitzung statt. Am Nachmittag begibt sich der Kantonsrat auf den traditionellen Kantonsratsausflug.

Abschliessend informiert der **Vorsitzende**, dass am Samstag, 27. September 2014, 11.15 Uhr, in der Kirche St. Oswald in Zug zum Jahrestag des Zuger Attentats von 2001 ein schlichter ökumenischer Gedenkanlass stattfindet. Die Bevölkerung ist dazu herzlich eingeladen. Die Staatskanzlei wird eine Medienmitteilung versenden und diese auch im Amtsblatt veröffentlichen.

Protokoll des Kantonsrats

81. Sitzung: Donnerstag, 25. September 2014
Zeit: 08.30 – 11.55 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 28. August 2014
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Änderung des Steuergesetzes, 5. Revisionspaket

5. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (Anpassung an das revidierte Betäubungsmittelgesetz des Bundes): 2. Lesung
6. Teilrevision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 26. April 2012 (BGS 621.1), 1. Paket der Teilrevision: 2. Lesung
7. Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen (Beurkundungsgesetz; BeurkG)

Geschäfte, die am 28. August 2014 nicht behandelt werden konnten:

8. Motion von Daniel Stadlin und Philip C. Brunner betreffend Folgekosten bei Gesetzen und Kantonsratsbeschlüssen
9. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend alternative Wahlverfahren und alternative Aufsichts- resp. Oberaufsichtsmöglichkeiten für Richterinnen, Richter und Gerichte
10. Interpellation von Esther Haas und Andreas Lustenberger betreffend Gratis-ÖV: Umbau Lorzental Kantonsstrasse
11. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Abstimmungspropaganda der staatlich finanzierten Frauenzentrale Zug für die Abtreibungsfinanzierung
12. Interpellation von Monika Barmet und Frowin Betschart betreffend «Sicherheitspauschale für den Kanton Zug für die Asylunterkunft Gubel Menzingen»
13. Interpellation von Mario Reinschmidt und Monika Weber betreffend sichere Strassen um Steinhausen
14. Interpellation von Andreas Hausheer und Gabriela Ingold betreffend Festlegung des Ausgangsdeckungsgrades durch den Vorstand der Zuger Pensionskasse

Pendenzenliste:

15. Motion der SVP-Fraktion betreffend Vereinfachung und Beschleunigung von Unternehmensgründungen mit Bargeld
16. Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anwendung der Gesetze für Radfahrer und der Wald- und Flurbenützung durch Freizeit-Sportarten

17. Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Einhaltung von Raumplanungsvorschriften insbesondere Bauen ohne Baubewilligung und zur Umsetzung der Baupolizei
18. Interpellation von Manuel Brandenberg betreffend Abtreibungen in den Spitälern des Kantons Zug
19.1. Interpellation von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Jürg Messmer und Manfred Wenger betreffend Einwanderung ist für die AHV doch ein süsses Gift und schon kurzfristig nicht nachhaltig
19.2. Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Auswirkungen der Annahme der «SVP-Masseneinwanderungsinitiative» für die Menschen und die Wirtschaft im Kanton Zug
Interpellation der SP-Fraktion betreffend «Gemeinwohl ja – Tiefsteuerpolitik adé»
20. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Jugendliche und öffentlicher Verkehr im Kanton Zug
21. Interpellation von Martin Stuber, Philip C. Brunner und Florian Weber betreffend Status Realisierung POLYCOM im Kanton Zug
22. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten der Zuger Polizei

1168 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Rupan Sivaganesan, Zug; Gabriela Ingold, Unterägeri; Ivo Hunn, Baar; Markus Jans, Cham.

1169 Mitteilungen

Am Nachmittag findet der traditionelle Kantonsratsausflug statt. Eingeladen ist auch der Gemeinderat von Hünenberg.

Am 24. September 2014 hat der Nationalrat als Zweitrat die Gewährleistung der kantonalen Volksabstimmungen vom 9. Juni 2013 und vom 22. September 2013 betreffend die Änderungen der Verfassung des Kantons Zug vollzogen. Diese Gewährleistung durch das Bundesparlament ist rein deklaratorischer Natur. Somit finden die Zuger Gesamterneuerungswahlen vom 5. Oktober 2014 gestützt auf die gewährleistete Kantonsverfassung statt.

Die Staatskanzlei hat bei der Schlussbereinigung der neuen Geschäftsordnung des Kantonsrats den Begriff «Eintretensentscheid» überall durch «Eintretensbeschluss» ersetzt. Diese Anpassung erfolgt in Absprache mit der Redaktionskommission. Die Begründung ist einfach: Der Kantonsrat trifft beim Eintreten keinen Entscheid im Sinne des Verwaltungsrechtspflegegesetzes. Vielmehr fasst er einen Beschluss.

Alle Kantonsratsmitglieder haben auf ihrem Platz die Einladung zur Vernissage des Jahrbuchs TUGIUM am Montag, 20. Oktober 2014, um 17.00 Uhr, gefunden. Das TUGIUM, eine der kulturellen Visitenkarten unseres Kantons, erscheint dieses Jahr

zum dreissigsten Mal. Die Kantonsratsmitglieder, welche das TUGIUM beziehen möchten, können dies an der Vernissage oder in der Kantonsratssitzung vom 30. Oktober 2014 tun.

TRAKTANDUM 1

1170 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Die Traktandenliste wird ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 2

1171 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 28. August 2014

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass von der Augustsitzung erst das Protokoll der Vormittagssitzung vorliegt, dasjenige der Nachmittagssitzung aber noch nicht. Die beiden Protokolle werden in der Sitzung vom 30. Oktober 2014 zusammen genehmigt.

Thomas Lötscher: Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es möglich sein sollte, die Protokolle einer Kantonsratssitzung auf die nächste Sitzung hin, also ungefähr innert Monatsfrist, vorlegen zu können. Dass das nicht möglich ist von Ende Juni auf Anfang Juli, ist klar; bei einem normalen Sitzungsrhythmus aber sollte es möglich sein. Die FDP-Fraktion bittet, das in Zukunft zu berücksichtigen.

Der **Vorsitzende** nimmt diesen Hinweis entgegen und wird ihn an die Staatskanzlei weiterleiten.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

1172 Traktandum 3.1: **Volksinitiative «Ja zur Mundart»**

Der **Vorsitzende** informiert, dass die Schweizerische Volkspartei am 24. September 2014 der Staatskanzlei die Volksinitiative «Ja zur Mundart» eingereicht hat. Nach Angabe der Initiantin haben 2276 Stimmberechtigte das Begehren unterzeichnet. Die Staatskanzlei wird die formellen Voraussetzungen für die Gültigkeit der Gesetzesinitiative prüfen und der Initiantin mit Verfügung mitteilen, dass sie die Initiative als formell korrekt befunden hat. Dies wird in den nächsten Tagen geschehen.
Laut § 35 Abs. 4 der Kantonsverfassung nimmt der Kantonsrat an seiner ersten Sitzung nach der Einreichung der Unterschriften – also heute – von der Initiative Kenntnis. Der Kantonsrat hat die Initiative innert Jahresfrist abschliessend zu behandeln.

➔ Der Rat überweist die Initiative stillschweigend an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1173 Traktandum 3.2: **Motion von Daniel Stadlin betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Einführung eines Beschwerderechts der Kantone vor Bundesgericht im Bereich des nationalen Ressourcenausgleichs, Lastenausgleichs und Härteausgleichs (Justiziabilität der NFA)**
Postulat von Daniel Stadlin betreffend Koordination der Bemühungen der ressourcenstarken Kantone bei der Einreichung von Standesinitiativen zur Einführung eines Beschwerderechts der Kantone vor Bundesgericht im Bereich des nationalen Ressourcenausgleichs, Lastenausgleichs und Härteausgleichs (Justiziabilität der NFA)
beide vom 2. September 2014 (Vorlage 2428.1 - 14756)

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1174 Traktandum 3.3: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für eine NFA-Anpassung im Bereich der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage vom 12. September 2014 (Vorlage 2430.1 - 14759)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1175 Traktandum 3.4: **Postulat von Silvan Hotz betreffend Einführung Projekt Sek I plus vom 11. September 2014 (Vorlage 2432.1 - 14761)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1176 Traktandum 3.5: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Kündigung von Bankenbeziehungen mit Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern durch die Zuger Kantonalbank vom 12. September 2014 (Vorlage 2431.1 - 14760)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 4
Kommissionsbestellungen:

1177 Traktandum 4.1: **Änderung des Steuergesetzes, 5. Revisionspaket**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2424.1/.2 - 14742/43).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Alois Gössi, Baar, SP, Kommissionspräsident

Manuel Brandenberg, Zug, SVP
Philip C. Brunner, Zug, SVP
Philippe Camenisch, Zug, FDP
Hans Christen, Zug, FDP
Stefan Gisler, Zug, AGF
Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP
Silvan Hotz, Baar, CVP
Gabriela Ingold, Unterägeri, FDP
Franz Peter Iten, Unterägeri, CVP
Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP
Heini Schmid, Baar, CVP
Silvia Thalmann, Zug, CVP
Leonie Winter, Hünenberg, FDP
Thomas Wyss, Oberägeri, SVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

1178 Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (Anpassung an das revidierte Betäubungsmittelgesetz des Bundes): 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis 1. Lesung (2329.4 - 14729).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 70 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

1179 Teilrevision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 26. April 2012 (BGS 621.1), 1. Paket der Teilrevision: 2. Lesung

Es liegt vor: Ergebnis 1. Lesung (2375.5 - 14722).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 72 zu 0 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der folgende parlamentarische Vorstoss zum Abschreiben vorliegt: Der erste Teil (Stufe 1) der Motion Kupper vom 2. Februar 2014 betreffend zweistufiges Verfahren für die Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt den ersten Teil (Stufe 1) der Motion Kupper vom 2. Februar 2014 stillschweigend als erledigt ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss Antrag des Regierungsrats die Finanzdirektion ermächtigt werden soll, für die Ergänzung des Wirksamkeitsberichts vom 30. April 2012 der Firma Ernst & Young einen Auftrag mit einem Kostendach von maximal 70'000 Franken (Anteil Kanton) zu erteilen. Die Kosten werden dem Konto «Honorare externe Berater, Experten» des Direktionssekretariates Finanzdirektion (Konto 5000.3121) belastet.

Andreas Hausheer erinnert daran, dass die vorberatende Kommission beantragte, den vorliegenden Antrag des Regierungsrats anzulehnen. Er verweist auf den Kommissionsbericht (Vorlage 2375.3), Ziff. 4: «Die Kommission beantragt dem Kantonsrat mit 13 zu 0 Stimmen ohne Enthaltung, den Antrag 3 des Regierungsrats aus der Vorlage abzulehnen.» Er macht beliebt, über diesen Antrag abzustimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag des Regierungsrats mit 64 zu 0 Stimmen ab.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** macht darauf aufmerksam, dass der Regierungsrat seinen Antrag schon in der ersten Lesung zurückgezogen hat.

Der **Vorsitzende** entschuldigt sich für das Versehen und hält fest, dass der Antrag der Regierung damit gleich doppelt vom Tisch ist.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

1180 Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen (Beurkundungsgesetz; BeurkG)

Es liegen vor: Berichte und Anträge von Regierungsrat und Obergericht (2328.1/.2 - 14528/29) und der vorberatenden Kommission (2328.3 - 14746).

Der **Vorsitzende** begrüsst Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz. Er hält fest:
• dass die Direktion des Innern und das Obergericht für dieses Geschäft zuständig sind;
• dass die vorberatende Kommission Eintreten und Zustimmung mit Änderungen beantragt.

EINTRETENSDEBATTE

Philip C. Brunner, Präsident der vorberatenden Kommission, hält einleitend fest, dass die Staatswirtschaftskommission dieses Geschäft nicht vorberaten hat, da es keine finanziellen Auswirkungen auf die Staatsrechnung hat. Die vorberatende Kommission hat die Vorlage in drei Sitzungen zwischen dem 3. April und dem 4. Juli in Anwesenheit der Direktorin des Innern, der Obergerichtspräsidentin und des Grundbuch- und Notariatsinspektors beraten und verabschiedet. Der Kommissionspräsident dankt der Obergerichtspräsidentin, den Mitgliedern der Kommission und natürlich auch Regierungsrätin Manuela Weichelt für ihre Arbeit und ihr Engagement für diese Teilrevision. Die vorberatende Kommission beantragt dem Kantonsrat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.
De quoi s'agit-il? Im Zentrum der Revision stehen die Regelung des Disziplinarverfahrens, die Erwähnung der notariellen Berufspflichten und die Erweiterung des Kreises der Beglaubigungspersonen entsprechend der Motion von Daniel Burch und Kurt Balmer. Im Rahmen der Eintretensdebatte in der Kommission wurde der gesetzgeberische Handlungsbedarf sowie Bedeutung und Tragweite einzelner Bestimmungen geklärt. Während die beurkundungsrechtlichen Änderungsvorschläge in der Kommission weitgehend Zustimmung fanden oder mit kleinen Änderungen gutgeheissen wurden, wurde über die Regelung der Beurkundungsgebühren intensiv debattiert. In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission dann allerdings dem ursprünglichen Antrag der Regierung und des Obergerichts mit 6 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.
Im Zentrum der Teilrevision steht – wie gesagt – die Regelung des Disziplinarverfahrens. Dieses ist im geltenden Recht nicht geregelt, was aus verschiedenen Gründen nicht befriedigt. Die heute vorgesehene maximale Ordnungsbusse von 300 Franken entfaltet keine präventive Wirkung und soll in Übereinstimmung mit

dem Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte vom 23. Juni 2000 auf maximal 20'000 Franken erhöht werden.
Ein Revisionsziel ist auch die Erwähnung der bundesrechtlich anerkannten Berufspflichten der Urkundspersonen. Ein weiterer Punkt ist die Erweiterung des Kreises der Beglaubigungspersonen. Mit ihrer Motion vom 19. April 2012 beauftragten die Kantonsräte Daniel Burch und Kurt Balmer den Regierungsrat, im Rahmen einer Teilrevision den Kreis der Beglaubigungspersonen der Einwohnergemeinden zu erweitern. Dieses Anliegen wird mit der Revisionsvorlage erfüllt, weshalb die vorberatende Kommission dem Kantonsrat beantragt, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.
Im Rahmen der Revision werden auch Regelungen für bundesrechtliche Neuerungen geschaffen, von denen die Kantone Gebrauch machen können. Es werden gesetzliche Grundlagen geschaffen für die elektronische Beurkundung von Ausfertigungen öffentlicher Urkunden, für die elektronische Beglaubigung, für die Einführung eines elektronischen Registers der Notarinnen und Notare sowie für den elektronischen Geschäftsverkehr mit dem Grundbuch- und Vermessungsamt.
Zu den Beurkundungsgebühren: Das im Jahre 1942 in Kraft getretene Beurkundungsgesetz bedarf auch in gebührenrechtlicher Hinsicht einer Anpassung an die heutigen Verhältnisse. Die im Verwaltungsgebührentarif vorgesehenen Ansätze gelten seit 1972 und wurden 1974 lediglich der Teuerung angepasst. Ihre Erhöhung entsprechend dem Vorschlag des Regierungsrats soll eine Konkurrenzierung der freiberuflichen Urkundspersonen ausschliessen und gewährleisten, dass die notariellen Dienstleistungen kostendeckend erbracht werden können.
Die Kommission führte – wie gesagt – eine intensive Eintretensdebatte; dazu sei auf Bericht und Antrag verwiesen. Die Kommission beschloss mit 12 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung, auf die Teilrevision einzutreten. Es war dem Kommissionspräsidenten, aber auch der Direktorin des Innern und der Obergerichtspräsidentin ein Anliegen, von allem Anfang an auch die eigentlichen Akteure, welche mit dem Beurkundungsgesetz arbeiten, in die Beratungen einzubeziehen. Die Kommission lud deshalb zu ihrer ersten Sitzung einen Vertreter des Zuger Advokatenvereins sowie eine Vertreterin und einen Vertreter der gemeindlichen Urkundspersonen ein. Anlässlich dieser Anhörung begrüsste der Vertreter des Advokatenvereins die Revision gemäss dem Vorschlag des Regierungsrats und des Obergerichts. Er äusserte allerdings gewisse Bedenken hinsichtlich der in § 33 neu eingeführten Inspektionsaufträge an Dritte. Seiner Ansicht nach sollten Inspektionen freiberuflicher Urkundspersonen nur von Dritten durchgeführt werden dürfen, die ihrerseits dem Anwaltsgeheimnis unterstehen. Die Vertreterin der gemeindlichen Urkundspersonen begrüsste die Revision ebenfalls, legte ihr Augenmerk jedoch auf zwei Punkte. Zum einen sei es für die Gemeinden wichtig, dass nicht nur Urkundspersonen Beglaubigungen ausstellen könnten. Zum anderen äusserte sie Bedenken hinsichtlich der maximalen Höhe der Busse als Disziplinarmassnahme. Diese stehe nicht in einem angemessenen Verhältnis zur Entschädigung der gemeindlichen Urkundspersonen. Auch der Vertreter der Stadt Zug, der stellvertretende Stadtschreiber, zeigte sich mit der Revisionsvorlage grundsätzlich einverstanden und begrüsste die Möglichkeit, den Kreis der Beglaubigungspersonen zu erweitern.
Hinsichtlich der Detailberatung kommt der Votant auf zwei Punkte zu sprechen:
• § 7 Abs. 1: Wie der Synopse zu entnehmen ist, werden in § 7 Abs. 1 sehr viele Punkte aufgehoben. Der Vorteil der von Regierung und Obergericht vorgeschlagenen Generalklausel liegt darin, dass keine erneuten Gesetzesrevisionen notwendig sein werden, falls künftig im Bereich des Zivilrechts als Folge einer Gesetzesänderung ein neuer Vertragstypus öffentlich beurkundet werden muss. Ausserdem können freiberufliche Urkundspersonen gestützt auf die von Regierung und Ober-

gericht vorgeschlagene Generalklausel mehr Dienstleistungen anbieten als nach geltendem Recht.
• Wie erwähnt, beanspruchte die Diskussion über die Gebühren viel Zeit. Dem Kommissionsbericht ist zu entnehmen, dass es hier ein bisschen hin und her ging. In der zweiten Sitzung stimmte eine Mehrheit den Anträgen für wesentlich tiefere Gebühren als von Regierung und Obergericht vorgeschlagen zu. Allmählich wurde den Kommissionsmitgliedern aber bewusst, dass die beschlossenen Gebührensätze gegenüber den von anderen Anwältinnen und Anwälten zwecks Deckung ihres Aufwands erforderlichen Einnahmen gewissermassen *Dumping*-Preise darstellten. Mehrere Stimmen wiesen darauf hin, dass derart tiefe Gebühren problematisch seien, weil dadurch die Steuerzahlerinnen und -zahler die Beurkundungsgeschäfte indirekt mitfinanzierten. Dies gehe nicht an. Es kam dann zu einem Rückweisungsantrag, welchen die Kommission mit 11 zu 1 Stimme guthiess. Es wurde auch festgelegt, dass dem einen oder anderen Modell zu folgen sei. Am Schluss kam die Kommission auf § 9 zurück, um den Rückkommensantrag umzusetzen. Sie beschloss dann mit 8 zu 3 Stimmen, dem Antrag des Regierungsrats und des Obergerichts zu folgen.
Die vorberatende Kommission beantragt nun dem Kantonsrat:
• mit 12 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung, auf die Teilrevision Beurkundungsgesetz einzutreten;
• mit 6 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Vorlage mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen;
• die Motion von Daniel Thomas Burch und Kurt Balmer betreffend Befähigung von Mitarbeitenden der Einwohnergemeinden als Beglaubigungspersonen vom 19. April 2012 erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.
Der Kommissionspräsident dankt für die Unterstützung und die wohlwollende Aufnahme des revidierten Gesetzes.

Karin Andenmatten-Helbling halt fest, dass die Themen dieser Gesetzesrevision sehr vielfältig sind. Jedes einzelne Thema ist aber für sich selber gerechtfertigt, seien es die rechtlichen Grundlagen für elektronische Beurkundungen, das Anliegen der Motion Burch/Balmer, die Regelung des Disziplinarverfahrens, welcher sogar der Advokatenverein des Kantons Zug zustimmt, oder die Anpassung der Gebührensätze von 1974. Die CVP-Fraktion ist daher geschlossen für Eintreten auf die Vorlage. Die Änderungen sind materiell nicht wirklich erheblich. Es gibt somit keinen Grund, nicht auf ein pfannenfertiges Gesetz einzutreten, über das sich die vorberatende Kommission und die Regierung grösstenteils einig sind und welches sachpolitisch zeitgemäss ist.

Irène Castell-Bachmann: Die FDP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten und unterstützt die Stossrichtung der Vorlage. Aus Sicht der Anwältinnen und Anwälte ist namentlich zwingend, dass die elektronische öffentliche Beurkundung und Beglaubigung ermöglicht wird. Im Übrigen hat der Kommissionspräsident die Arbeit der Kommission sehr gut zusammengefasst.
Die Votantin legt schliesslich noch ihre Interessenbindung offen: Sie ist Rechtsanwältin und Urkundsperson.

Manuel Brandenberg legt zunächst seine Interessenbindung dar: Er ist Rechtsanwalt und Urkundsperson und untersteht der Aufsicht, die – unter anderem – im vorliegenden Gesetz für ihn selbst und für seine Kollegen, die in den Gemeinden Notariatsfunktionen ausüben, geregelt ist. Namens der SVP-Fraktion stellt er den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Das bisherige Gesetz hat sich bewährt, ist

schlank, und es gibt keinen stichhaltigen Grund für die vorgesehene Aufblähung. Als Beispiel sei das bereits erwähnte Disziplinarverfahren für Urkundspersonen – seien es Notare der Gemeinden oder Rechtsanwälte – angeführt. In der heutigen gesetzlichen Regelung regelt ein einziger Paragraf, nämlich § 12, dieses Verfahren. Dort ist kurz und bündig geregelt, wer beaufsichtigt, wer beaufsichtigt wird, und welche Massnahmen getroffen werden können. Der Votant möchte insofern seinen Fraktionskollegen, Kommissionspräsident Philip C. Brunner, also korrigieren: Das ist bereits heute geregelt, einfach viel schlanker. In der neuen Version finden sich diese Regelungen in § 33 und folgende: insgesamt neun neue Paragrafen allein für das Disziplinarverfahren. Es wurde gesagt, dass der Zuger Advokatenverein diese Änderungen begrüsst. In den Vernehmlassungen des Advokatenvereins sieht man aber, dass dieser gerade hinsichtlich des Disziplinarverfahrens grosse Bedenken geäussert hat. Der Votant kontaktierte gestern noch einige Berufskollegen, und auch sie waren erstaunt über den vorgesehenen Ausbau dieses Verfahrens.
Wer nicht Anwalt oder Notar ist, kann sich natürlich auf den Standpunkt stellen, eine Beaufsichtigung der Anwälte und Notare sei durchaus richtig und gut. Es gibt aber einen weiteren, jedermann interessierenden Grund, die Gesetzesrevision abzulehnen: Das Gesetz führt zu einer massiven Gebührenerhöhung. Dazu aber gibt es einen Volksentscheid, nämlich das deutlich abgelehnte Gebührengesetz: Das Volk hat gesagt, es wolle den heutigen Verwaltungsgebührentarif beibehalten. Nun soll durch die Hintertür ein Teil der dort festgelegten Gebühren erhöht und damit der Volksentscheid unterlaufen werden. Das ist nicht redlich. Das Volk ist der Souverän, und sein Entscheid sollte akzeptiert werden, ob er einem passt oder nicht.
Auch die Verschärfung der Sanktionen ist ein Thema. Neu sollen Inspektionen und sogar vorsorgliche Massnahmen vorgesehen werden. Es soll also passieren können, dass in einer Anwaltskanzlei ein Dritter – etwa eine Treuhandgesellschaft, die von der Aufsichtsbehörde beauftragt wurde – einmarschiert und sich – Stichwort *Enforcement* – Einblick verschafft. Das alles kann man rechtfertigen, wenn es ein Problem gibt. Es gibt aber kein Problem – und der Votant vermisst in der Vorlage denn auch die Begründung für diese massive Verschärfung der staatlichen Aufsicht.
Ein Letztes: Man weiss, dass beim Bund eine umfassende Reorganisation des Beurkundungswesens bevorsteht. Wieso soll der Kanton Zug sein Gesetz noch derart stark verändern, wenn in ein paar Jahren eine neue Bundesregelung kommt?
Alle diese Überlegungen führen zum Schluss, vernünftigerweise noch zuzuwarten, nicht auf die Gesetzesrevision einzutreten und allenfalls später auf dem Hintergrund der neuen Bundesregelung aktiv zu werden – dies auch deshalb, weil das heutige Gesetz funktioniert und sich bewährt und weil die Gebühren für Beurkundungen heute tiefer sind, als sie es mit dem neuen Gesetz wären. In diesem Sinn dankt der Votant für die Unterstützung des Nichteintretensantrags der SVP-Fraktion.

Alois Gössi: Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage und wird ihr in den allermeisten Punkten gemäss den Anträgen der vorberatenden Kommission zustimmen. Die für die SP wichtigsten Punkte sind:
• Die Erweiterung des Kreises der Beglaubigungspersonen bei den Gemeinden: Diese können nun beschränkt auch Beglaubigungen von Unterschriften und Kopien vornehmen. Dies ist ein sehr häufiger Geschäftsfall bei den Gemeinden und führt – was gewünscht wird – zu einer Entlastung für die als Notare arbeitenden Mitarbeiter. Damit wird auch die Motion Burch/Balmer erfüllt, die der Rat vor einiger Zeit erheblich erklärte.
• Es werden die gesetzliche Möglichkeiten geschaffen für eine elektronische öffentliche Beurkundung von Ausfertigungen von öffentlichen Urkunden, für die elektronische Beglaubigung und für den elektronischen Geschäftsverkehr mit dem Grund-

buch- und Vermessungsamt. Ob diese Möglichkeiten dann auch häufig genutzt werden, ist eine andere Frage,
• Zu diskutieren gab in der SP-Fraktion das Disziplinarverfahren, das im geltenden Recht bis jetzt nicht geregelt ist, hier jedoch nur über die höchstmögliche Busse von 20'000 Franken. Diese wurde teilweise als sehr hoch empfunden, entspricht sie doch – so nimmt die SP-Fraktion an – etwa zwei Monatsgehältern. Andererseits ist es ja eine Maximalbusse, die sicher nur bei sehr schweren Vergehen ausgesprochen wird. Sie scheint der SP-Fraktion deshalb gerechtfertigt.
• Die Kosten für Beglaubigungen und Beurkundungen: Die SP stimmt der Erweiterung der Tatbestände sowie den moderaten Anpassungen bei einzelnen Tatbeständen zu: Teilweise wird es billiger, teilweise teurer. Der Aufwand soll mindestens einigermassen die Kosten decken. Und diese Gebühren für die öffentlichen Beurkundungen sollen sich nach dem Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip richten, wie es der Regierungsrat vorschlägt. Sehr aufschlussreich waren die Diskussionen über die Höhe der Gebühren bei den Beratungen der vorberatenden Kommission. Es gab diverse erfolgreiche Senkungsanträge bei den Gebührensätzen bei den öffentlichen Beurkundungen, bis realisiert wurde, dass damit ja die Tarife für die freiberuflich tätigen Notare konkurrenziert werden; es könnte dann ja von den Tarifen her attraktiver werden, zu den öffentlichen Notaren zu gehen. Mit dem nun vorgeschlagenen Rahmen für die Tarife, den der Regierungsrat und das Obergericht beantragen und der von der vorberatenden Kommission gutgeheissen wurde, ist bei den Tarifen wieder ein Gleichgewicht hergestellt.
Im Sinne dieser Ausführungen wird die SP-Fraktion auf die Vorlage eintreten.

Andreas Lustenberger dankt namens der AGF dem Kommissionspräsidenten, den Mitarbeitenden der Direktion des Innern und des Obergerichts sowie der Vorsteherin der Direktion des Innern für die kompetente Planung, Leitung und Durchführung der Teilrevision des Beurkundungsgesetzes. Anlass zur Diskussion boten auch in der AGF die Änderungen bei den Gebühren. Trotz entsprechender Bedenken ist die AGF für Eintreten. Ausser bei § 8 Abs. 2 und § 33 Abs. 1^{bis} Bst. b schliesst sie sich in der Detailberatung den Anträgen der vorberatenden Kommission an.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** orientiert, dass sie und die Direktorin des Innern abgesprochen haben, dass – soweit die Anträge voraussehbar waren – nur *eine* Person spricht. Dies geschieht auch, um die Debatte nicht unnötig zu verlängern. Wenn allerdings spontane Anträge gestellt werden, muss der Rat unter Umständen mit zwei Voten rechnen. Die Obergerichtspräsidentin spricht zum Eintreten also auch für die Direktorin des Innern und damit – was eine Première darstellt – sogar für den Gesamtregierungsrat.
Im Zusammenhang mit dem im Jahr 2009 abgebrochenen Versuch einer Totalrevision des Beurkundungsgesetzes hat die damalige vorberatende Kommission klar signalisiert, dass sie einer gelegentlichen Anpassung nicht mehr zeitgemässer Bestimmungen durchaus positiv gegenüberstehe. Es war schon damals klar, dass das mittlerweile 68 Jahre alte Gesetz einen Revisionsbedarf hat, und Regierungsrat und Obergericht wurden aufgefordert, die nicht mehr zeitgemässen Bestimmungen gelegentlich anzupassen. Und mit dieser Revision geht es nun genau darum, das Gesetz an die heutigen Gegebenheiten anzupassen. Die Revision beschränkt sich denn auch auf das Notwendige. Es geht im Wesentlichen um fünf teilweise bereits erwähnte Punkte. Da die SVP-Fraktion einen Nichteintretensantrag gestellt hat, geht die Obergerichtspräsidentin auf diese Punkte etwas detaillierter ein:
• Disziplinarverfahren und Disziplinarmassnahmen: Das Verfahren ist im heutigen Gesetz nicht detailliert geregelt, was aus rechtsstaatlichen Gründen nicht befrie-

digt. Geregelt werden müssen insbesondere die wichtigsten Verfahrensgrundsätze, die Erweiterung der zulässigen Disziplinarmassnahmen sowie die Erhöhung der maximal zulässigen Busse. Die maximale Busse, welche die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte heute aussprechen kann, beträgt nur 300 Franken und ist absolut nicht mehr zeitgemäss. Diese Maximalbusse entfaltet keine präventive Wirkung und ist auch nicht geeignet, die einwandfreie Wahrnehmung der notariellen Berufspflichten und die Einhaltung der Standesregeln positiv zu beeinflussen. Die Vorlage enthält nun eine Regelung des Verfahrens, und die Disziplinarmassnahmen wurden dem Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte angepasst. Dieses Bundesgesetz sieht bei Verletzungen von Anwaltspflichten als Maximalstrafe – vor der Streichung aus dem Anwaltsregister – ebenfalls eine Busse bis zu 20'000 Franken vor.
Die Durchführung eines Disziplinarverfahrens tangiert – je nach Verfahrensausgang – unmittelbar die Rechtsstellung der Urkundsperson. Deshalb ist es wichtig und vom Legalitätsprinzip auch verlangt, dass das Wesentliche in einem formellen Gesetz geregelt wird.
• Festlegung und ausdrückliche Erwähnung der notariellen Berufspflichten: Die Urkundspersonen haben bei öffentlichen Beurkundungen eine Reihe von Pflichten zu beachten, die nur teilweise im Gesetz erwähnt sind. Lehre und Rechtsprechung haben eine ganze Reihe von Pflichten anerkannt, die aber noch nicht ausdrücklich festgeschrieben sind. Der Klarheit halber sollen diese nun festgeschrieben werden.
• Anpassungen an bundesrechtliche Neuerungen: Diese Anpassungen sind notwendig, weil auf Bundesebene der elektronische Geschäftsverkehr und die elektronische Beurkundung und Beglaubigung stark vorangetrieben werden. Konkret geht es um die elektronischen Beurkundung und Beglaubigung, die Einführung eines elektronischen Registers der Notarinnen und Notare sowie den elektronischen Geschäftsverkehr mit dem Grundbuch- und Vermessungsamt.
• Beglaubigungsermächtigung für gemeindliche Mitarbeitende: Die Motion Burch/Balmer wurde im Vernehmlassungsverfahren vor allem von den Einwohnergemeinden breit unterstützt, weshalb hier eine entsprechende Regelung vorschlagen wird. Der Gemeinderat kann gewisse, besonders befähigte Mitarbeitende bezeichnen, die unter der Aufsicht des Gemeindeschreibers Unterschriften und Kopien beglaubigen können. Regierungsrat und Obergericht waren anfänglich einer solchen Neuerung gegenüber skeptisch eingestellt, liessen sich dann aber von den Gemeinden überzeugen, dass die Einführung einer derartigen Regelung sinnvoll ist.
• Anpassung der Beurkundungsgebühren: Wie der Kommissionspräsident bereits gesagt hat, werden die Gebühren an die heutigen Verhältnisse angepasst. Die geltenden Gebührenansätze für kantonale und gemeindliche Urkundspersonen sind seit 1972 unverändert; sie wurden 1974 lediglich der Teuerung angepasst. Ihre Erhöhung soll nicht nur eine Konkurrenzierung der freiberuflichen Urkundspersonen ausschliessen, sondern auch gewährleisten, dass die notariellen Dienstleistungen der Gemeinden nicht zu *Dumping*-Preisen, sondern kostendeckend erbracht werden können. Regierungsrat und Kommission – das Obergericht musste sich dazu nicht äussern – sind sich einig: Es muss ausgeschlossen werden, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Beurkundungsgeschäfte mitfinanzieren. Nach dem Verursacherprinzip hat die Finanzierung daher über Gebühren zu erfolgen. Festzuhalten ist, dass die Gebühren im Einzelfall unter Wahrung des Kostendeckungsprinzips zu erheben sind. Diese Änderungsvorschläge fanden in der Kommission weitgehend Zustimmung, allerdings wurde darüber intensiv debattiert.
Dies sind die wesentlichen Neuerungen im Überblick. Manuel Brandenberg wendet sich mit seinem Nichteintretensantrag vor allem gegen die Regelung des Disziplinarverfahrens und die Anpassung der Busse. Er sagte, es gebe da eigentlich keine

Probleme, und meinte auch, es gehe um eine Verschärfung der Aufsicht. Das stimmt so nicht ganz. Bekanntlich ist das Obergericht Aufsichtsbehörde über die freiberuflichen, die Direktion des Innern über die gemeindlichen Urkundspersonen. Die Aufsichtskommission über die freiberuflichen Anwältinnen und Anwälte, welcher die Obergerichtspräsidentin selber für einige Jahre angehörte, hat sich immer wieder mit Zuger Rechtsanwälten zu befassen, denen die Verletzung von Pflichten als Urkundspersonen zur Last gelegt werden muss. Leider gibt es auch bei den Anwälten schwarze Schafe. So musste die Aufsichtskommission bzw. das Obergericht als Beschwerdeinstanz in den letzten zehn Jahren in mehreren Fällen bei freiberuflichen Urkundspersonen Pflichtverletzungen feststellen, die von leichteren Pflichtverletzungen bis zu strafrechtlich relevanten Tatbeständen von offensichtlich vorsätzlichen Urkundenfälschungen reichten. In einem Fall musste sogar ein dauernder Entzug der Beurkundungsbefugnis, in anderen Fällen ein befristeter Entzug verfügt werden. Für die Aufsichtskommission und das Obergericht ist es bei der Festlegung der Sanktion, welche von einer Verwarnung bis zu einem dauernden Entzug der Beurkundungsbefugnis reicht, sehr unbefriedigend, wenn eine Busse von 300 Franken dem Verschulden nicht mehr genügend Rechnung trägt, andererseits aber ein befristeter Entzug der Beurkundungsbefugnis eine zu weit gehende Massnahme wäre. Ebenso unbefriedigend ist es für den Anwalt. Anwälte ziehen es in der Regel vor, eine höhere Busse zu bezahlen, als sich die Beurkundungsbefugnis entziehen zu lassen. Wenn nun mit dieser Vorlage das Disziplinarverfahren für die Zukunft geregelt und die Disziplinarbusse erhöht wird, so müssen jene Anwälte, die sich an die Regeln halten – und das ist die grosse Mehrheit –, keine Bedenken haben. Die schwarzen Schafe allerdings, die es – wie gesagt – überall gibt, auch bei den Anwälten, werden die Erhöhung der Obergrenze der Busse sicherlich spüren. Und die Obergerichtspräsidentin kann sich kaum vorstellen, dass der Kantonsrat diese schwarzen Schafe weiterhin zu einem derart günstigen Preis, nämlich 300 Franken, grasen lassen will.
Zu den von Manuel Brandenberg erwähnten Inspektionen wird sich die Obergerichtspräsidentin in der Detailberatung äussern. Sie beantragt namens des Regierungsrats und des Obergerichts Eintreten auf die Vorlage.

Beni Riedi stellt klar, dass Manuel Brandenberg den Antrag auf Nichteintreten im Namen der SVP-Fraktion gestellt hat.

Manuel Brandenberg möchte zuhanden des Protokolls festhalten, dass er noch nie diszipliniert wurde.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 57 zu 15 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel
Ingress
§ 1 Abs. 2 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats und des Obergerichts anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag von Regierungsrat und Obergericht.

§ 2 Abs. 2 (geändert)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Streichung des Zusatzes «mit einem Arbeitspensum von über 50 %, die im Anwaltsregister eingetragen sind» beantragt. Regierungsrat und Obergericht schliessen sich der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 2 Abs. 3 (geändert)

Eusebius Spescha ist sich bewusst, dass er eine eher untergeordnete Thematik zur Sprache bringt. Ihm ist bei Abs. 3 die Formulierung «sofern [diese Person] sich über hinreichende praktische Befähigung zur Beurkundung ausweist» aufgefallen. Was ist damit gemeint? Geht es darum, dass diese Person lesen und schreiben oder Fotokopiergeräte bedienen kann? Der Votant vermutet, dass man diesen Teilsatz ohne Verlust weglassen könnte, und bittet – ohne einen Antrag zu stellen – den Regierungsrat und das Obergericht, das auf die zweite Lesung hin zu prüfen.

Adrian Andermatt wagt sich aufs Glatteis: Seines Erachtens geht es hier darum, dass man die praktische Prüfung abgelegt haben muss, um als Notar tätig sein zu können. Nicht jede Rechtsanwältin und jeder Rechtsanwalt erhält automatisch die Beurkundungsbefugnis. Wer neu Anwalt wird, legt die Beurkundungsprüfung zusammen mit der Anwaltsprüfung ab. Wer aber von aussen neu in den Kanton Zug kommt, muss die Beurkundungsprüfung separat ablegen, um diese praktische Befähigung zu erhalten. Es empfiehlt sich deshalb, an der vorliegenden Formulierung festzuhalten.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** hält fest, dass die Erklärung von Adrian Andermatt richtig ist.

Eusebius Spescha dankt für die Erläuterungen, fragt sich aber, ob es nicht treffendere Begrifflichkeiten gäbe. Unter «praktische Befähigung» versteht man beispielsweise im Bildungswesen etwas völlig anderes.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag des Regierungsrats und Obergerichts.

§ 2 Abs. 4 (aufgehoben)
§ 4 Abs. 4 (aufgehoben)
§ 5 Abs. 4 (aufgehoben)
§ 7 Abs. 1 (geändert)
§ 7bis (aufgehoben)
1.5. Unabhängigkeit und Ausstand (Titel geändert)
§ 8 (Überschrift geändert)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag von Regierungsrat und Obergericht.

§ 8 Abs. 1 (geändert)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Streichung des Zusatzes «oder mit dem Ansehen des Notariats» beantragt. Regierungsrat und Obergericht schliessen sich dem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 8 Abs. 1 Bst. a bis e (geändert)
§ 8 Abs. 2 (aufgehoben)
§ 8a Ausstand – Ausstandsgründe (neu)
§ 8a Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag von Regierungsrat und Obergericht anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag von Regierungsrat und Obergericht.

§ 8a Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission folgende Änderung im ersten Satz beantragt: «Die Ausstandsvorschriften gelten auch, wenn die Urkundsperson mit einer Person verheiratet war, in eingetragener Partnerschaft lebte oder eine faktische Lebensgemeinschaft führte.» Regierungsrat und Obergericht halten an ihrem Antrag fest.

Karin Andenmatten-Helbling: Absicht der vorberatenden Kommission war es, die Ausstandsgründe von Partnern in verschiedensten Lebensgemeinschaften einander gleichzustellen: Homosexuelle Paare und Konkubinatspaare sollen Ehepaaren gleichgestellt werden. Die von der Kommission vorgeschlagene Formulierung mit dem Wechsel von der «dauernden» zur «faktischen» Lebensgemeinschaft bedeutet allerdings eine Verschärfung. Böse Zungen behaupten, es gebe Urkundspersonen im Kanton Zug, die dann bei fast der Hälfte aller Geschäfte in den Ausstand treten müssten. Diese Verschärfung war – wie es die Votantin verstanden hat – nicht die Absicht der Kommission, sondern eher eine Unachtsamkeit. Die CVP-Fraktion stellt daher den **Antrag,** in der Kommissionsvariante die Wendung «faktische Lebensgemeinschaft» durch «dauernde Lebensgemeinschaft» zu ersetzen.

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** verweist auf Seite 5 im Bericht der Kommission: Die Kommission hat ihren Antrag mit 11 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen. Der Votant bittet, die Fassung der Kommission zu unterstützen – auch wenn er persönlich die Bemerkung von Karin Andenmatten weitestgehend unterstützen kann.

Irène Castell-Bachmann teilt mit, dass die FDP-Fraktion grossmehrheitlich den Antrag der vorberatenden Kommission unterstützt. Sollte dieser genehmigt werden, müsste in Abs. 2 Bst. a, b, d und e der Begriff «dauernde Lebensgemeinschaft» ebenfalls durch «faktische Lebensgemeinschaft» ersetzt werden, ansonsten eine Unstimmigkeit vorläge.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** bestätigt, dass der Vorschlag der vorberatenden Kommission weiter geht und restriktiver ist als derjenige von Regierungsrat und Obergericht. Es ist zu beachten, dass Abs. 2 nur für die *ehemaligen* Ehegatten oder Lebenspartner gilt. Für die aktuellen Ehegatten bzw. Lebenspartner ist – in Abs. 1 – der Wechsel von «dauernd» zu «faktisch» nicht gemacht worden. Da fragt es sich, ob die Kommission das wirklich so wollte.
Zur Begrifflichkeit: Eine «dauernde» Lebensgemeinschaft ist eine Lebensgemeinschaft, die auf Dauer ausgerichtet ist. Ein Anhaltspunkt für die Auslegung der Frage der Dauer kann das Familienrecht sein: Die Rechtsprechung spricht von einer dauernden Lebensgemeinschaft, wenn diese während etwa fünf Jahren bestand und die Beteiligten einen gemeinsamen Haushalt führten. Eine «faktische» Lebensgemeinschaft ist schon dann gegeben, wenn die Urkundsperson mit einem Partner bzw. einer Partnerin auch nur ein paar Wochen oder Monate zusammenlebte. Will der Rat wirklich so weit gehen? Ist es nicht besser, nur jene Fälle der Ausstandspflicht zu unterstellen, bei denen die Urkundsperson wirklich in einer dauerhaften, längeren Lebensgemeinschaft lebte?
Regierungsrat und Obergericht beantragen, es bei der Formulierung gemäss Antrag Regierungsrat und Obergericht zu belassen. Falls der Rat anders entscheidet, müsste – wie bereits gesagt wurde – geprüft werden, ob nicht auch in Abs. 1 Bst. a, b, d und e der Begriff «dauernd» durch «faktisch» ersetzt werden muss. In Abs. 1 geht es um aktuelle Beziehungen, in Abs. 2 um nicht mehr bestehende Beziehungen.

Karin Andenmatten erläutert, dass die CVP-Fraktion mit ihrem Antrag gleichgeschlechtliche und Konkubinatspartner den Ehepartnern gleichstellen möchte. Die CVP unterstützt die Fassung der vorberatenden Kommission, möchte in dieser aber den Begriff «faktisch» durch «dauernd» ersetzen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es demnach zuerst um die Bereinigung des Kommissionsantrags geht. Er erinnert daran, dass Anträge gemäss Geschäftsordnung schriftlich eingereicht werden müssen

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der CVP-Fraktion mit 33 zu 30 Stimmen zu.

➔ Der Rat genehmigt mit 41 zu 21 Stimmen den im obigen Sinn geänderten Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 9 Ausstand – Folgen (Überschrift geändert)
1.6. Pflichten der Urkundspersonen (Titel geändert)
§ 9a (neu): Beurkundungspflicht
§ 10 (Überschrift geändert)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats und Obergerichts anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag von Regierungsrat und Obergericht.

§ 10 Abs. 2 (neu)

Kurt Balmer orientiert, dass von Gemeinden an ihn herangetragen wurde, dass es sinnvoll wäre, § 10 noch zu ergänzen. Er stellt keinen konkreten Antrag, da er nicht riskieren will, dass ein allenfalls noch nicht pfannenfertiger Vorschlag umgehend abgelehnt wird. Er kündigt aber an, dass er auf die zweite Lesung hin einen Vorschlag ausarbeiten wird, wobei besagte Gemeinden etwa folgende Formulierung vorschlagen: «Die gemeindlichen Urkundspersonen teilen auf Veranlassung der Gemeinden den kommunalen Versorgungswerken zeitnah Eigentümeränderungen mit.» Der Votant geht davon aus, dass eine solche Änderung zulässig ist, weil der Zusammenhang mit § 10 Abs. 2 gegeben ist.
Konkret geht es darum, dass es heute keine klare Grundlage für Mitteilungen von Urkundspersonen bezüglich Eigentumsänderungen gibt. Insbesondere geht es darum, dass Wassergenossenschaften und ähnlichen Organisationen mitgeteilt wird, wer neu Eigentümer eines bestimmten Grundstücks ist. Eine solche Meldung war bisher Usanz und wurde in mindestens der Hälfte der Gemeinden automatisch vorgenommen. Problematisch ist, dass im neuen Gesetz die Haftung verschärft wird. Die Gemeinden möchten sich deshalb mit einer entsprechenden Legitimation im Gesetz absichern. Der Votant ist dafür, dass die bisherige Praxis beibehalten wird und Eigentumsänderungen automatisch mitgeteilt werden, um entsprechende Schwierigkeiten zu vermeiden. Andernfalls müsste man in der Urkunde immer die Urkundsperson speziell bevollmächtigen, solche Eigentumsänderungen den kommunalen Versorgungswerken mitzuteilen. Es wäre einfacher, wenn eine solche Legitimation direkt im Gesetz aufgeführt werden könnte. Es ist nicht schön, wenn die Urkundspersonen hier in einem halblegalen Bereich arbeiten müssen. Der Votant dankt dem Rat schon jetzt für seine Bereitschaft, auf den hier angekündigten Vorschlag in der zweiten Lesung einzutreten.

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** hält fest, dass in der Kommission nicht über dieses Thema diskutiert wurde und er demnach nichts dazu sagen kann. Er empfiehlt seinem Vorredner ebenfalls, seinen Antrag auf die zweite Lesung hin einzubringen, mit der entsprechenden Begründung.

➔ Der Rat genehmigt § 10 Abs. 2 (neu) gemäss Antrag von Regierungsrat und Obergericht.

§ 10a (neu) Pflicht zur Interessenwahrung
§ 10b (neu) Sorgfaltspflichten
§ 10c (neu) Anmeldepflicht
§ 10d (neu) Verantwortlichkeit
1.7. (Titel aufgehoben)
§ 11 (aufgehoben)
1.8. (Titel aufgehoben)
§ 12 (aufgehoben)
§ 13 Abs. 3 (neu)
§ 16 Abs. 2 (geändert)
§ 19 Abs. 3 (geändert)
§ 21 Abs. 3 (geändert)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag von Regierungsrat und Obergericht anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag von Regierungsrat und Obergericht.

§ 21a (neu) Zusätzliche Prüfungspflichten

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag von Regierungsrat und Obergerichts anschliesst.

Heini Schmid kündigt an, dass er oder die CVP-Fraktion sich vorbehält, in der zweiten Lesung einen Streichungsantrag zu § 21a zu stellen. Der Paragraf beinhaltet zusätzliche Prüfungspflichten für Urkundspersonen und geht zurück auf einen Entscheid der Aufsichtskommission, über dessen Richtigkeit in Praxis und Lehre heftig diskutiert wurde. Es geht darum, dass Notare zusätzliche Prüfungspflichten haben sollen und etwa bei öffentlichen Generalversammlungen überprüfen müssten, ob alle Aktionäre anwesend sind. Normalerweise nimmt der Notar nur die Willenserklärungen auf und protokolliert, was der Verwaltungsratspräsident sagt. Wenn dieser sagt, dass das gesamte Aktienkapital vertreten sei, und der Notar das so protokolliert, dann hat er richtig beurkundet. Der Spezialfall der Zuger Praxis sagt nun, dass Notare überprüfen müssen, ob die Aussagen des Verwaltungsratspräsidenten wirklich zutreffen. Das übersteigt die Regelungsbefugnis des Kantons. Man sollte der allgemeinen Gesetzgebung überlassen, was die Berufspflichten sind. Da der Votant aber nicht Mitglied der vorberatenden Kommission war, möchte er nicht vorschnell einen Antrag stellen. Er behält sich aber ausdrücklich vor, nach nochmaliger Konsultation der Lehre allenfalls einen Antrag zu stellen: Sollte es sich wirklich erweisen, dass diese Regelung ein Zuger Spezialfall ist, wird er in der zweiten Lesung einen Streichungsantrag stellen.

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** hält fest, dass die vorberatenden Kommission § 21a beraten hat; er verweist auf den Kommissionsbericht Seite 7. Es gab einen Streichungsantrag und einen Eventualantrag, und die Kommission hat beide Anträge mit 9 zu 3 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag von Regierungsrat und Obergericht.

§ 22 (aufgehoben)
§ 23 Abs. 1 Bst. d (geändert)
§ 23 Abs. 2 (geändert)
§ 23 Abs. 4 (geändert)
§ 24 Abs. 2 (geändert)
§ 26 Abs. 2a (neu), Abs. 3 (aufgehoben)
§ 26a (neu) Publikation
§ 26b (neu) Elektronische öffentliche Beurkundung und Beglaubigung
§ 27 Abs. 1 (geändert)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag von Regierungsrat und Obergerichts anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und Obergerichts.

§ 28 Abs. 1 (geändert)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Streichung des zweiten und dritten Satzes («Sie [= die Gebühren] bemessen sich nach dem Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung») beantragt. Das Obergericht ist von dieser Norm nicht betroffen und enthält sich einer Stellungnahme. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 28 Abs. 3 (geändert)
§ 28 Abs. 4 (aufgehoben)
§ 29 Abs. 1 (geändert)
§ 29 Abs. 2 (neu)
§ 30 Abs. 1 (geändert)
§ 30 Abs. 2 (geändert)
§ 30 Abs. 3 (neu)
§ 31 Abs. 2 (geändert)
§ 31 Abs. 3 (neu)
Titel nach § 31 (geändert): 4. Aufsicht und Disziplinarverfahren
4.1. Aufsicht (Titel neu)
§ 32 Abs. 3 (aufgehoben)
§ 33 Abs. 1 (geändert)
§ 33 Abs. 1bis (neu) Bst. a

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und Obergerichts.

§ 33 Abs. 1bis (neu) Bst. b

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Ergänzung «können […] *dem Anwaltsgeheimnis unterstehenden* Dritten Inspektionsaufträge erteilen» beantragt. Regierungsrat und Obergericht halten an ihrem Antrag fest.

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** verweist auf den Kommissionsbericht.

Heini Schmid möchte sicherstellen, dass Inspektionen nicht flächendeckend, ohne Hinweise und ohne Grund durchgeführt werden können. Das ist heute nicht möglich, und es besteht kein Anlass, eine generelle Inspektionsmöglichkeit einzuführen – zumal allfällige Inspektionen von den Urkundspersonen selbst bezahlt werden müssen. Der Votant stellt deshalb den **Antrag** auf folgende Formulierung von Bst. b: «können, *falls Hinweise auf Unregelmässigkeiten bestehen,* Inspektionen anordnen und Dritten Inspektionsaufträge erteilen.» Möglicherweise entspricht dies auch der Meinung der vorberatenden Kommission. Auf jeden Fall ist der Votant froh, wenn diese Präzisierung angebracht werden kann. Es braucht im Kanton Zug nämlich keine generelle Inspektion der privaten Urkundspersonen. Selbstverständlich aber sind Inspektionen richtig, wenn es Hinweise gibt, dass die Urkundsperson ihren Amtspflichten nicht nachkommt.
Zum Schluss legt der Votant seine Interessenbindung offen: Er ist Anwalt und Urkundsperson und wäre den Inspektionen vorbehaltlos unterstellt. Auf Nachfrage des Vorsitzenden bestätigt er, dass sein Antrag für beide der vorliegenden Varianten gilt. Es geht in den zwei Varianten ja nur um die Person, welche die Inspektion durchführt und die – ob Anwalt oder nicht – auf jeden Fall einer gewissen Geheimhaltungs- und Amtsgeheimnisverpflichtung unterstellt sein muss.

Manuel Brandenberg stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** Bst. b zu streichen; es sollen also keine Inspektionen möglich sein. Die SVP findet Inspektionen unverhältnismässig, denn das bisherige System hat sich *grosso modo* bewährt. Zusätzlich stellt die SVP-Fraktion den **Eventualantrag,** dass Bst. b wie folgt lauten soll: «können selber Inspektionen durchführen.» Die SVP will nicht, dass Dritte von der Aufsichtsbehörde mit Inspektionen beauftragt werden können. Das soll die Aufsichtsbehörde selber tun; sie hat gute, hochqualifizierte Leute und kann Inspektionen durchaus selber durchführen.
Sollte auch dieser Eventualantrag scheitern, hat der Votant persönlich grosse Sympathien für den Antrag von Heini Schmid. Es soll also Hinweise auf Unregelmässigkeiten geben müssen, damit eine Inspektion durchgeführt wird. Der Votant glaubt selbstverständlich nicht, dass Inspektionen einfach so angeordnet werden – er hat grösstes Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit.
Auf Nachfrage des Vorsitzenden hält Manuel Brandenberg fest, dass der Eventualantrag der SVP-Fraktion keine Ergänzung oder Variante zu einem der vorliegenden Anträge, sondern ein eigenständiger Antrag ist.

Andreas Lustenberger möchte beliebt machen, am vorliegenden Antrag festzuhalten. Es ist nicht die Rede von flächendeckenden Inspektionen; auch sollen Inspektionen immer gemacht werden dürfen. Man kann das mit Dopingkontrollen vergleichen, die ebenfalls immer durchgeführt werden, auch ohne Verdachtsmomente. Dasselbe hat auf nationaler Ebene – ohne Erfolg – auch CVP-Präsident Christophe Darbellay vorgeschlagen, nämlich bei jedem Asylsuchenden die DNA zu nehmen. Wenn Inspektionen nur durchgeführt werden, wenn Verdachtsmomente vorliegen, kann man sie gleich weglassen.

Für **Irène Castell-Bachmann** ist der Hinweis richtig, dass der Antrag der Kommission auch das Anliegen des Advokatenvereins enthält. Die Votantin persönlich ist mit den Inspektionen, wie sie vorgesehen sind, alles andere als glücklich. Und wenn nun auch noch das Anwaltsgeheimnis herausgestrichen werden soll, weil es angeblich ohne Bedeutung sei, dann ist die Votantin nahe bei der Haltung von

Manuel Brandenberg. Man muss diese Stufung wirklich ins Auge fassen: zuerst Streichung, dann die Durchführung der Inspektionen durch die Aufsichtsbehörden selbst. Oder dann müssen die *minimal standards* gemäss Antrag von Heini Schmid wirklich in das Gesetz kommen.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** versucht die verschiedenen Anträge etwas zu analysieren. Zum Streichungsantrag der SVP-Fraktion: Regierungsrat und Obergericht beantragen, ihrem Antrag zuzustimmen. Der neugefasste § 33 konkretisiert und präzisiert die Aufgaben der Aufsichtsbehörden – wobei die Obergerichtspräsidentin der Meinung ist, dass aufgrund des Aufsichtsrechts schon heute Inspektionen angeordnet werden könnten. Auch wenn Bst. b gestrichen würde, könnte die Aufsichtsbehörde also, wenn entsprechende Anhaltspunkte vorlägen, Inspektionen durchführen;
Irène Castell-Bachmann hat auf das Anliegen des Advokatenvereins bezüglich Anwaltsgeheimnis hingewiesen. Tatsächlich basiert der Antrag der vorberatenden Kommission auf der Anhörung eines Vertreters des Advokatenvereins. Nach Meinung des Obergerichts ist dieser Antrag aber rechtlich nicht durchdacht, und die Obergerichtspräsidentin vermutet, dass auch der Vertreter des Advokatenvereins diesen Punkt nicht näher durchleuchtet hat. Wenn die Direktion des Innern oder das Obergericht als Aufsichtsbehörde einer aussenstehenden Drittperson einen Inspektionsauftrag erteilt, dann untersteht diese Drittperson automatisch dem Amtsgeheimnis im Sinne von Art. 320 StGB. Wenn ein Anwalt oder eine Anwältin also mit der Inspektion eines Anwalts beauftragt wird, untersteht diese Person unmittelbar dem Amtsgeheimnis. Das ist nachzulesen in Art. 320 und Art. 110 Abs. 3 StGB. Dort werden nämlich auch Personen, die vorübergehend amtliche Funktionen ausüben, als «Beamte» betrachtet. Das Amtsgeheimnis geht also nicht weiter und auch nicht weniger weit als das Anwaltsgeheimnis; sie sind deckungsgleich. Die vorberatende Kommission ging offenbar davon aus, dass ein Anwalt oder eine Anwältin *a priori* immer unter dem Anwaltsgeheimnis stehe. Dem ist aber nicht so. Diesem Berufsgeheimnis unterstehen Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen nur, soweit sie anwaltschaftliche Dienstleistungen erbringen. Die Obergerichtspräsidentin ist selbst auch Anwältin, sie untersteht aber dem Amtsgeheimnis, nicht dem Anwaltsgeheimnis. Wenn nun ein Anwalt oder eine Anwältin einen Inspektionsauftrag vom Kanton übernehmen würde, dann wäre er bzw. sie nicht mehr anwaltschaftlich tätig. Die Obergerichtpräsidentin hofft, dass sie diese etwas komplizierten rechtlichen Gegebenheiten verständlich erklären konnte.
Dem Antrag der SVP-Fraktion, dass das Obergericht bzw. die Direktion des Innern als Aufsichtsbehörden die Inspektionen selber durchführen könnten, könnte die Obergerichtspräsidentin persönlich – ohne Rücksprache mit dem Obergericht und dem Regierungsrat – zustimmen. Die Möglichkeit eines Inspektionsauftrags an Dritte ist nur gedacht für den Fall, dass man wieder von der Geschäftslast erdrückt würde.

Der **Vorsitzende** schlägt vor:
- zuerst über den Antrag von Heini Schmid abzustimmen;
- dann den Antrag von Regierungsrat und Obergericht demjenigen der vorberatenden Kommission gegenüberzustellen – beide je nachdem mit oder ohne der von Heini Schmid beantragten Ergänzung;
- darauf das Ergebnis der zweiten Abstimmung dem Antrag der SVP-Fraktion, lautend «können selber Inspektionen durchführen», gegenüberzustellen;
- schliesslich das Ergebnis der dritten Abstimmung dem Streichungsantrag der SVP-Fraktion gegenüberzustellen.

Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden. Der **Vorsitzende** liest den von Heini Schmid beantragten Einschub nochmals vor: «falls Hinweise auf Unregelmässigkeiten bestehen.»

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Heini Schmid mit 55 zu 14 Stimmen zu.

➔ Der Rat genehmigt mit 45 zu 28 Stimmen den Antrag von Regierungsrat und Obergericht (mit dem eben beschlossenen Einschub).

➔ Der Rat folgt mit 36 zu 26 Stimmen dem Antrag der SVP-Fraktion («[Die Aufsichtsbehörden] können selber Inspektionen durchführen»).

Heini Schmid geht aufgrund der Abstimmungsergebnisse davon aus, dass eigentlich gewünscht wäre, die jetzt beschlossene Fassung gemäss Antrag SVP-Fraktion mit seinem eigenen Antrag – Einschub von «falls Hinweise auf Unregelmässigkeiten bestehen» – zu kombinieren. Er wäre froh, wenn der Rat über die um diesen Einschub ergänzte Version abstimmen könnte.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die gemäss Antrag Schmid ergänzte Version von § 33 Abs. 1bis Bst. b wie folgt lauten würde: «[Die Aufsichtsbehörden] können, falls Hinweise auf Unregelmässigkeiten bestehen, selber Inspektionen durchführen.» Diese Fassung wird dem Streichungsantrag der SVP-Fraktion gegenübergestellt.

➔ Der Rat stimmt der ergänzten Fassung mit 48 zu 14 Stimmen zu.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** teilt mit, dass sie mit der Direktorin des Innern vereinbart hat, die heutigen Anträge nochmals zu studieren und allenfalls auf die zweite Lesung hin einen bereinigten Antrag einzubringen. Es kann nämlich problematisch sein, bei der Gesetzgebung einen einzelnen Paragrafen einfach übers Knie zu brechen.

§ 33 Abs. 1bis (neu) Bst. c bis h

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 33 Abs. 1ter (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

Manuel Brandenberg stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** Abs. 1ter zu streichen. Die SVP hat diesen Entscheid allerdings getroffen. als noch Inspektionen durch Dritte vorgesehen waren, was ja üblicherweise zu höheren Kosten führt, als wenn die Behörde selber vor Ort ist; die Behörde arbeitet für den Rechtssuchenden und das Zuger Volks ja sehr günstig. Trotzdem hält die SVP-Fraktion an ihrem Antrag fest, die Überbindung der Kosten auf den Inspizierten zu streichen.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** empfiehlt, den Antrag von Regierung und Obergericht zu unterstützen. Sie weist darauf hin, dass es sich um eine «kann»-Vorschrift handelt. Wenn höhere Kosten anfallen, weil die Inspektion aufwendig ist, sollen diese der Anwältin oder dem Anwalt auferlegt werden können, auch wenn die Inspektion nun durch die Behörde selber vorgenommen wird. Andernfalls verbleiben diese Kosten nämlich dem Staat und damit den Steuerzahlenden. Das wäre nicht sachgerecht, denn Inspektionen sind Instrumente der Aufsicht, und für die dadurch entstehenden Kosten sollen jene aufkommen, welche der betreffenden Aufsicht unterliegen. Ein vergleichbares Beispiel: Die eidgenössische Spielbankenkommission beaufsichtigt die Schweizer Kasinos, und die dort entstehenden Aufsichtskosten müssen von den Spielbanken getragen werden.

Jürg Messmer ist der Ansicht, dass die vorliegende Bestimmung dahingehend ergänzt werden müsste, dass die Inspektionskosten den freiberuflichen Urkundspersonen nur dann in Rechnung gestellt werden können, wenn tatsächlich Unregelmässigkeiten festgestellt wurden. Wenn aufgrund eines Hörensagens eine Inspektion durchgeführt wird und sich herausstellt, dass keine Unregelmässigkeiten vorliegen, dann kann es nicht sein, dass der Kontrollierte auch noch bestraft wird, indem ihm die Kosten verrechnet werden. Der Votant stellt daher den **Antrag** auf folgende Formulierung von § 33 Abs. 1^{ter}: «Wenn Unstimmigkeiten festgestellt werden, können die Kosten den freiberuflichen Urkundspersonen in Rechnung gestellt werden.»

Heini Schmid empfiehlt, dem Antrag von Regierung und Obergericht zu folgen. Gemäss dem Beschluss zu Abs. 1^{bis} Bst. b sind Inspektionen ja nur möglich, wenn entsprechende Hinweise vorliegen. Und wenn es zu einer Inspektion kommt, wird – da soll man sich nichts vormachen – immer irgendetwas beanstandet werden können: Man hat etwas vergessen, eine Vollmacht ist nicht ganz vollständig etc. Auch die Mehrwertsteuerrevision übersteht fast niemand unbeschadet. Der Antrag von Jürg Messmer macht deshalb wenig Sinn, denn in den meisten Fällen kommt irgendein kleiner Lapsus zum Vorschein, der es erlaubt, die Kosten dem Kontrollierten zu übertragen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Messmer mit 52 zu 18 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats und Obergerichts.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP-Fraktion mit 49 zu 18 Stimmen ab.

§ 33a (neu) Anzeige, Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Ergänzung «im Zusammenhang mit einer Beurkundung» beantragt. Regierungsrat und Obergericht schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 33a Abs. 2
§ 33b (neu) Auskunftspflicht
4.2. Disziplinarverfahren (Titel neu)
§ 33c (neu) Disziplinarmassnahmen
§ 33d (neu) Disziplinarverfahren
§ 33e (neu) Vorsorgliche Massnahmen
§ 33f (neu) Verjährung
§ 33g (neu) Löschung der Disziplinarmassnahmen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats und Obergerichts anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und Obergerichts.

§ 33h (neu) Rechtsschutz, Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, die Wendung «der Direktion des Innern» durch «der zuständigen Direktion» zu ersetzen. Regierungsrat und Obergericht schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 33h (neu) Rechtsschutz, Abs. 2
§ 33h (neu) Abs. 3
§ 33h (neu) Abs. 4
5. Schlussbestimmungen (Titel neu)
§ 34a (neu) Änderung bisherigen Rechts

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag von Regierung und Obergericht.

II. Fremdänderungen

1. Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911) (Stand 1. Januar 2013)

§ 151a (neu): Elektronischer Geschäftsverkehr

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag von Regierungsrat und Obergericht.

2. Kantonsratsbeschluss über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif) vom 11. März 1947) (Stand 1. Januar 2013)

Manuel Brandenberg empfiehlt, die bisherigen Gebühren zu belassen und auf die vorgesehene Erhöhung zu verzichten; er stellt in diesem Sinn in eigenem Namen den **Antrag** auf die Streichung von Ziff. 2. Das Volk hat – wie erwähnt – vor nicht allzu langer Zeit höhere Gebühren abgelehnt. Der Kantonsrat sollte sich an diesen Entscheid halten und heute nicht anders legiferieren.

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner:** Die vorberatende Kommission hat intensiv über diese Frage diskutiert und ist – nach einem Rückkommensantrag – in ihrer dritten Sitzung klar zum Schluss gekommen, dass der Vorschlag des Regierungsrats und Obergerichts ausgewogen sei und man aus diesem Paket nicht einzelne Gebühren herausbrechen sollte. Seit den 1970er Jahren haben sich die Fälle gewandelt. Während früher relativ einfache Verträge beglaubigt werden mussten, sind es heute oft komplexe Fälle: mehrere Scheidungen, Kinder von verschiedenen Elternteilen etc. Der Aufwand ist klar gestiegen. Die vorberatende Kommission liess sich in ihrer dritten Sitzung in einem Einführungsreferat über die Entwicklung dieser Gebühren informieren, und es hat sich gezeigt, dass immer wieder Anpassungen vorgenommen wurden; die Gebühren waren also keineswegs einfach eingefroren. Zudem ist – dies zuhanden der SVP – ein gewisser Ermessensspielraum gegeben. Es gibt eine Minimalgebühr sowie einen bestimmten Rahmen. Der Kommissionspräsident geht davon aus, dass dieser Spielraum gegenüber den Personen, welche eine Beglaubigung brauchen, fair genutzt wird. Er bittet deshalb, den Antrag von Regierungsrat und Obergericht, der in einer Beilage zum Kommissionsbericht auch in Tabellenform dargestellt ist, unverändert zu genehmigen.

Karin Andenmatten-Helbling: Die Mehrheit der CVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Staat nicht mit günstigeren Preisen die Privatwirtschaft konkurrenzieren soll. Die CVP wird daher grösstenteils dem Antrag der Regierung und des Obergerichts folgen.

Andreas Hausheer stellt eine Frage, die er – ohne eine befriedigende Antwort zu erhalten – schon in der vorberatenden Kommission gestellt hat. In der vom Kommissionspräsidenten erwähnten Tabelle findet sich auch ein Vergleich mit der Beurkundungsgebührenverordnung der Gemeinde Baar, welcher sich mit einer Ausnahme alle Zuger Gemeinden anschliessen. In dieser Tabelle zeigt sich, dass nach aktuellem kantonalem Tarif die Beurkundungsgebühr beispielsweise bei Stiftungen 105 bis 1150 Franken beträgt, wohingegen in der Verordnung der Gemeinden dafür ein Minimum von 300 Franken festgelegt ist, zuzüglich Aufwand, dies nach oben offen. Dürfen die Gemeinden tatsächlich etwas anderes verordnen, als der Kanton im Verwaltungsgebührentarif festgelegt hat? Die Frage stellt sich unabhängig davon, ob der Rat beim bisherigen Gebührentarif bleibt oder dem neuen Antrag von Regierung und Obergericht folgt. Nach Meinung des Votanten widerspricht die gemeindliche Verordnung dem übergeordneten Recht. Würde man das weiterhin tolerieren?
Im weiteren stellt der Votant in eigenem Namen einen Antrag, der allerdings nicht so weit geht wie derjenige von Manuel Brandenberg; vielleicht hat Brandenberg ja übersehen, dass es in § 4 zum Teil auch Gebührenreduktionen gibt, die mit seinem Antrag der Bevölkerung vorenthalten würden. Der Votant stellt den **Antrag,** § 9 unverändert zu belassen. Gemäss Aussage der Delegation der Gemeinden sind die Gemeinden bei diesem Paragrafen mit dem bisherigen Gebührenrahmen zurechtgekommen; dieser Rahmen erlaubt, bei zusätzlichem Aufwand 50 Prozent über das Maximum zu gehen. Zur Illustration: Bei Ziff. 87 gilt aktuell ein Maximum von 1150 Franken. Dieses kann man um 50 Prozent überschreiten, was 1725 Franken ergibt. Gemäss Antrag von Regierung und Obergericht soll neu ein Maximum von 6000 Franken möglich sein, was einer Erhöhung um Faktor 3,47 entspricht.

Auch **Heini Schmid** hat eine Frage: In § 28 Abs. 1 steht im letzten Satz: «Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung.» Wenn er die Systematik richtig verstanden hat, ist aber fast alles abschliessend im Verwaltungsgebührentarif ge-

regelt, so dass eigentlich kein Bedarf nach einer Verordnung besteht. Er bittet hier um Klärung.
Im Übrigen unterstützt er das Anliegen von Andreas Hausheer: Wie kann es sein, dass die Gemeinden heute einen separaten Gebührentarif haben, obwohl *de lege lata* klar gilt (§ 28): «Die Gebühren für die öffentliche Beurkundung richten sich nach dem Verwaltungsgebührentarif»? Das ist eine abschliessende Regelung, die keinen Raum für eigene Vorordnungen der Gemeinden lässt. Hier hätte der Regierungsrat schon längst eingreifen müssen.

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** erinnert daran, dass die Kommission § 28 Abs. 1 gegenüber dem Antrag von Regierungsrat und Obergericht geändert hat und dass – wie bisher – gilt: «Die Gebühren für die öffentliche Beurkundung richten sich nach dem Verwaltungsgebührentarif.»

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält zur Frage von Heini Schmid fest, dass die Verordnungskompetenz in § 28 Abs. 1 gestrichen wurde, so dass darüber nicht mehr diskutiert werden muss.
Zur Fragen von Andreas Hausheer: Der Verwaltungsgebührentarif ist von den Gemeinden zwingend zu beachten. Die Gemeinden können aber innerhalb des vorgegebenen Rahmens Konkretisierungen vornehmen; zu verweisen ist auf die Preisbekanntgabeverordnung des Bundes. Die in der Beilage zum Kommissionsbericht, einem Arbeitspapier der Kommission, aufgeführten gemeindlichen Tarife müssen von den Gemeinden auf die Übereinstimmung mit dem kantonalen Recht überprüft werden. Es können grundsätzlich keine zusätzlichen oder abweichenden Gebührentatbestände geschaffen werden. Lediglich bei der Ausschöpfung innerhalb des kantonalen Gebührenrahmens besteht für die Gemeinden ein gewisser Handlungsspielraum. Er ist von den Gemeinden unter Berücksichtigung des Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzips auszuschöpfen.
Die Direktion des Innern wird die Gemeinden nach der zweiten Lesung sicher auf diese Vorgaben aufmerksam machen. Kann der Regierungsrat hier aufsichtsrechtlich vorgehen oder nicht? Die Direktorin des Innern verweist auf die Diskussionen beim Gemeindegesetz. Ein aufsichtsrechtliches Einschreiten von Amtes wegen erfolgt nicht schon bei einfachen Rechtsverletzungen, sondern erst dann, wenn unhaltbare Zustände festgestellt werden, die schlicht nicht toleriert werden können. Der Regierungsrat wird also – wie gesagt – die Gemeinden darauf aufmerksam machen, dass ihre Tarife angepasst werden müssen; aufsichtsrechtlich wird er wahrscheinlich nicht einschreiten können.
Zum Antrag von Manuel Brandenberg, die Gebühren unverändert zu belassen: Wie der Beilage zum Kommissionsbericht zu entnehmen ist, gibt es aktuell zahlreiche Beurkundungshandlungen, die von den Gemeinden eigentlich gar nicht verrechnet werden dürften, etwa die Gründung einer AG oder GmbH oder die Entkräftung eines Schuldscheins etc. Die Anwälte verrechnen diese Handlungen, was bedeutet, dass kostenbewusste Kunden zu den Gemeinden gehen. Es kann aber nicht sein, dass der Steuerzahler und die Steuerzahlerin die Beurkundungsgebühren bezahlen. Deshalb bitten Obergericht und Regierungsrat, ihren Anträgen zu folgen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor:
- zuerst die einzelnen Paragrafen durchzugehen;
- dann über den Antrag Hausheer auf Streichung von § 9 abzustimmen;
- schliesslich über den Antrag Brandenberg auf Streichung der gesamten Ziff. 2, also auf Beibehaltung des geltenden Rechts, abzustimmen.

Der Rat ist mit diesem Vorschlag stillschweigend einverstanden.

§ 4 Abs. 1, Ziff. 27, 28, 28bis, 29 und 31 (alle geändert)
§ 8 Abs. 1 Ziff. 68bis (neu), 69 (geändert), 71 (geändert), 76 (geändert) und 76bis (neu)
§ 9 Abs. 1 Ziff. 85 (geändert), 86 (geändert), 86bis (neu), 86ter (neu), 86^{quater} (neu), 87 (geändert), 88 (geändert), 89 (geändert), 89bis (geändert), 89ter (neu), 89^{quater} (neu), 89^{quinquies} (neu), 90 (geändert), 91 (geändert), 93 (neu), 94 (neu), 95 (neu), 96 (neu), 97 (neu), 98 (neu) und 99 (neu).

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag von Regierungsrat und Obergericht.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, bittet nochmals, dem Antrag von Regierungsrat und Obergericht zu folgen. Die Anträge wurden mit den Gemeinden besprochen. Die Gemeinden, die heute zum Teil höhere Tarife haben, müssen sich an den kantonalen Rahmen halten. Es handelt sich also um eine Anpassung im Sinne der Gemeinden.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Andreas Hausheer auf Streichung von § 8 mit 44 zu 26 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Manuel Brandenberg auf Streichung der gesamten Ziff. 2 der Fremdänderungen mit 40 zu 18 Stimmen ab.

III. und IV.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag von Regierungsrat und Obergericht.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 8

1181 Motion von Daniel Stadlin und Philip C. Brunner betreffend Folgekosten bei Gesetzen und Kantonsratsbeschlüssen

Es liegen vor: Motion (2275.1 - 14397); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2275.2 - 14689).

Daniel Stadlin dankt im Namen der Motionäre dem Regierungsrat für Bericht und Antrag. Dass das Anliegen ernst genommen wurde, freut die Motionäre.
Immer wieder beschliesst der Kantonsrat Gesetze oder genehmigt Projekte, ohne die langfristigen finanziellen Auswirkungen zu kennen. Steuergelder sollen jedoch massvoll und zweckmässig eingesetzt werden. Dabei spielen Kosten-Nutzen-Überlegungen eine zentrale Rolle. Diese Kontrollfunktion kann der Kantonsrat aber nur wahrnehmen, wenn die Regierung die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen liefert. Mit den bisherigen Kantonsratsvorlagen ist dies nur bedingt möglich. Meistens fehlen detaillierte Angaben zu den Folgekosten, obwohl diese einen erheblichen

Einfluss auf zukünftige Budgets haben. Mit den vom Regierungsrat vorgeschlagenen Ergänzungen der Kantonsratsvorlagen erhalten die Kantonsräte nun umfassendere und aussagekräftigere Informationen dazu. Dies ist auch dringend nötig, rechnet doch die Finanzdirektion für die Jahre 2014–2018 mit einem Aufwandüberschuss von insgesamt 500 Millionen Franken.
Dass der Regierungsrat den Forderungen der Motionäre gefolgt ist, ist sehr erfreulich. Die Ergänzung der Kantonsratsvorlagen mit dem Kapitel «Finanzielle Auswirkungen und Anpassung von Leistungsaufträgen» und – wenn tangiert – auch mit Angaben zu den Folgekosten für die Gemeinden, ist genau das, was die Motionäre wollten; der Einbezug der Leistungsaufträge geht sogar darüber hinaus. Dass die Finanztabelle weiterhin nur die Periode des Finanzplans umfassen soll, ist nachvollziehbar und macht auch Sinn. Im Textteil sind jedoch die kommentierten und quantifizierten finanziellen Auswirkungen über die Finanzplanperiode hinaus anzugeben und bei Infrastrukturprojekten zusätzlich die effektiv anfallenden Kosten nach Bezug oder Inbetriebnahme. Vielleicht kann der Finanzdirektor hierzu noch präzisierende Angaben machen. Die dem Bericht und Antrag beigelegte Dokumentenvorlage jedenfalls beinhaltet die wesentlichen Informationen. Das ist gegenüber den bisherigen Kantonsratsvorlagen eine echte Verbesserung. Die Entscheide des Kantonsrats werden künftig vor allem vom Aspekt des finanziell Machbaren dominiert werden. Das vom Regierungsrat geplante Entlastungsprogramm jedenfalls bedingt, dass sich der Kantonsrat intensiver als bisher mit dem kantonalen Finanzhaushalt wird beschäftigen müssen. Der sich dramatisch verschlechternde Finanzhaushalt verlangt zwingend nach mehr Kontrolle auf der Ausgabenseite.
Das Motionsanliegen wurde vom Regierungsrat zur vollen Zufriedenheit der Motionäre aufgenommen. Der Votant bittet den Rat, die Motion wie beantragt teilerheblich zu erklären.

Thomas Lötscher: Die FDP-Fraktion dankt den Motionären für diesen Vorstoss und begrüsst die Antwort und Haltung der Regierung. Damit kann die nötige Transparenz geschaffen werden, um die finanziellen Auswirkungen von Beschlüssen ganzheitlich zu beurteilen. Bei der Visitation der Baudirektion ist der Stawiko-Delegation beispielsweise aufgefallen, dass das Bereitstellen und Einrichten von Arbeitsplätzen in den Kreditvorlagen nicht aufgelistet wurde. Das führte dazu, dass eine Fachdirektion nach erhaltener Bewilligung für einen Personalausbau beim Hochbauamt eine Bestellung einreichte. Diese war aufgrund des Kantonsratsbeschlusses eine gebundene Ausgabe. Verrechnet wurde sie aber nicht der bestellenden Fachdirektion, sondern dem Hochbauamt. Dieses hatte dann Kostenüberschreitungen zu verantworten, welche es gar nicht verursacht hatte. Das ist unbefriedigend, und deshalb wurde gefordert, dass inskünftig bei einem Kreditantrag auch die Kosten für die Arbeitsplätze ausgewiesen werden.
Die Motionäre gehen mit ihrem Vorstoss noch weiter. Das Gesamtpaket, wie es jetzt von der Regierung geschnürt wird, empfindet die FDP als stimmig. Dass die Zahlen nur für den Zeitraum einer Finanzplanperiode – also für vier statt der geforderten fünf Jahre – kalkuliert werden sollen, ist vertretbar. Die FDP-Fraktion unterstützt somit die Anträge der Regierung.

Philip C. Brunner kann sich als Fraktionssprecher der SVP den Ausführungen seiner Vorredner anschliessen. Es wurde bisher nicht erwähnt, dass 22 Mitglieder des Kantonsrats die Motion mitunterzeichnet haben, darunter – als einziger Linker – auch Martin Stuber. Das Anliegen ist also breit abgestützt. Das ist eine tolle Sache, besonders jetzt in Zeiten der Wahlen, da alle gegeneinander zu sein scheinen. Der Votant würde sich freuen, wenn der Rat beim Sparen auch in Zu-

kunft so zusammenarbeiten würde. Er dankt der Regierung für den Antrag auf Teilerheblicherklärung und empfiehlt, diesem Antrag zu folgen und die Motion anschliessend abzuschreiben.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die positive Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort. Der Regierungsrat will die Motion nicht nur teilweise, sondern ganz erheblich erklären. Bereits seit 2002 wird den regierungsrätlichen Berichten eine entsprechende Tabelle beigefügt, dies in der Absicht, Transparenz zu schaffen. Es entspricht dem Zeitgeist, dass man immer detailliertere Angaben will, und so wurde diese Tabelle im Jahr 2009 ergänzt. Nun wurde darauf hingewiesen, dass Querschnittsaufgaben bei der Kostenerfassung nicht aufgelistet würden, was künftig ebenfalls geschehen soll. Was heisst das genau? Wenn zusätzliche Mitarbeitende angestellt werden, fallen beispielsweise bei der Baudirektion Kosten für Büroinfrastruktur, für Unterhalt, Reinigung etc. an; bei der Informatik sind es Kosten für Hardware, Software, Lizenzen etc. Der Regierungsrat verpflichtet sich nun, diese Kosten möglichst genau abzuschätzen. Wie weit das gelingt und wie genau der Frankenbetrag abgeschätzt werden kann, wird sich zeigen. Der Regierungsrat wird aber auf jeden Fall versuchen, das möglichst genau zu machen.

Der **Vorsitzende** wiederholt den Antrag des Regierungsrats: Die Motion sei wie folgt teilerheblich zu erklären:
• Die Kantonsratsvorlagen für Gesetze seien mit den absehbaren Folgekosten der nächsten vier Jahre für den Kanton und – wenn tangiert – für die Gemeinden zu ergänzen.
• Bei Projektkrediten seien die Folgekosten der ersten vier Jahre nach Bezug oder Inbetriebnahme anzugeben.
Im weiteren beantragt der Regierungsrat, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Auf eine Nachfrage aus dem Rat präzisiert Finanzdirektor **Peter Hegglin** seine vorherige Aussage. Materiell unterstützt der Regierungsrat das Motionsanliegen vollumfänglich, allerdings besteht eine kleine Differenz: Die Motionäre wollten die Folgekosten über die ersten *fünf* Jahre aufgeführt haben, der Regierungsrat aber schlägt *vier* Jahre vor. Aus dieser Differenz ergibt sich der Antrag auf Teilerheblicherklärung.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 66 zu 0 Stimmen teilerheblich und schreibt sie als erledigt ab.

TRAKTANDUM 9

1182 Interpellation der CVP-Fraktion betreffend alternative Wahlverfahren und alternative Aufsichts- resp. Oberaufsichtsmöglichkeiten für Richterinnen, Richter und Gerichte

Es liegen vor: Interpellation (2316.1 - 14508); Antwort des Regierungsrats (2316.2 - 14655).

Der **Vorsitzende** begrüsst den Verwaltungsgerichtspräsidenten Peter Bellwald. Zuständig für das Geschäft ist die Direktion des Innern.

Kurt Balmer dankt namens der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für die gute und ausführliche Beantwortung der Interpellation und drückt gleichzeitig ein gewisses

Erstaunen darüber aus, dass diese Interpellation nicht von den Gerichten selbst, sondern vom Regierungsrat beantwortet wurde.
Der Regierungsrat hat treffend die möglichen verschiedenen Wahlvarianten für die verschiedenen Gerichte und die Aufsichts- resp. Oberaufsichtsmöglichkeiten aufgezählt. Es ist in Erinnerung zu rufen, dass der Hintergrund der Anfrage der CVP bezüglich Auslegeordnung einerseits der bekannte Konflikt beim Kantonsgericht, andererseits aber – und dies ist fast wichtiger – die unbefriedigende Status-quo-Lösung betreffend Vorbereitung der Richterwahlen, d. h. *de facto* meist die stille Volkswahl der Richter ist. Die Zeit der etwas unklaren Mechanismen um die ominöse «Postenschacher-Kommission» ist nach Meinung der CVP-Fraktion vorbei, und die Politik, d.h. die Parteien müssen ihre Verantwortung für die Richterwahlen wieder klar übernehmen und dafür gerade stehen. Es kann nicht sein, dass es bei einer Bestätigungs- oder Ersatzwahl von reinen Zufälligkeiten abhängt, ob eine integre, geeignete Persönlichkeit als Richterin oder Richter gewählt wird.
In jüngster Vergangenheit haben leider gewisse Parteien – es seien keine Beispiele oder Namen genannt – nicht gerade geglänzt durch eine besondere Verantwortung für ihren portierten oder gewählten Richter. Es kann nicht angehen, lediglich quasi auf die völlige Unabhängigkeit der Richter hinzuweisen und sich als Partei im Übrigen sehr vornehm zurückzuhalten. Immerhin nehmen die Parteien ja entsprechende Mandatsbeiträge gerne ein und erwähnen ihre Richter in Parteibroschüren, Internetauftritten usw.
Es stellen sich also berechtigterweise Fragen wie die folgenden:
• Ist es bei den heutigen Anforderungen an Richterinnen und Richter noch zeitgemäss, dass das Volk sie meist still wählt?
• Warum überhaupt sind die meisten Richterwahlen stille Wahlen, und sind sich die Parteien angesichts dieser Tatsache ihrer Verantwortung auch wirklich bewusst?
• Wie will heutzutage der Bürger bei einer effektiven Volkswahl eine Richterkandidatin oder einen -kandidaten beurteilen?
• Durch wen und wie werden Richterwahlen zeitgemäss vorbereitet?
• Wäre es allenfalls sinnvoll und zeitgemäss, dass die kantonale Legislative die Richter wählen würde?
Anders als bei Exekutiv- oder Legislativwahlen kann auch ein interessierter Laie bei einer Volkswahl die Qualität einer Richterin oder eines Richters praktisch nicht prüfen. Es ist ja Richtern gerade nicht möglich, über von ihnen durchgeführte Verfahren zu berichten und damit Wahlwerbung zu betreiben, dies genau im Gegensatz zu Politikern, für die der Spruch «Wahltag ist Zahltag» bekanntlich noch immer gilt. Übrigens sind auch die Richter selbst in der Zwischenzeit zur Einsicht gelangt, dass ethische Verhaltensnormen heute je länger je wichtiger sind. Eine Kommission der eidgenössischen Richtervereinigung soll berufsethische Grundsätze konkretisieren. Auch die Richter sind sich also bewusst, dass sich neue Mechanismen und Korrekturen aufdrängen. Dazu verweist der Votant auf entsprechende Presseberichte, etwa in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 17. Juli 2014, und auf die Website der genannten Richtervereinigung.
Die CVP-Fraktion kommt bei einer Analyse zum Schluss, dass sich im Kanton Zug gewisse Änderungen im Wahlsystem bei Richtern und bei der Aufsicht über die Richter aufdrängen. Sie wird sich in nächster Zeit mit einem Vorstoss für eine entsprechende Lösung einsetzen.

Daniel Thomas Burch: Die FDP-Fraktion dank der Regierung für die umfassende Darstellung der möglichen Formen von Richterwahlen. Die Auslegeordnung erlaubt, sich vertieft Gedanken über mögliche Alternativen zur heutigen Gestaltung der Richterwahlen und deren Vor- und Nachteile zu machen. Die FDP ist offen für eine

vertiefte Diskussion dieses Fragenkomplexes. Heute stellt sich aber nicht die Frage der Abberufung, sondern – wenn überhaupt – die Frage der optimalen Wahlform. Für die FDP ist bei einer möglichen gesetzlichen Regelung der Abberufung zentral, dass die Unabhängigkeit der Justiz bzw. die Gewaltentrennung nicht angetastet bzw. übermässig tangiert wird. Diese ist ein wesentliches und wichtiges Merkmal unseres Rechtsstaates. Es muss somit sichergestellt werden, dass eine gesetzliche Abberufungsmöglichkeit nicht (partei-)politisch missbraucht werden kann. Die FDP-Fraktion wird im Rahmen der Behandlung der entsprechenden Motion diesbezüglich klar Stellung beziehen.

Manuel Brandenberg dankt im Namen der SVP-Fraktion dem Regierungsrat für die ausführliche und umfassende Antwort, insbesondere auch für die sehr instruktive Beleuchtung der verfassungsrechtlichen Situation in den anderen Kantonen. Die SVP bekennt sich zur Volkswahl der Richter. Sie würde es kritisch hinterfragen, wenn man das ändern würde zugunsten einer Wahl durch das Parlament oder ein Expertengremium oder zugunsten anderer Möglichkeiten. Bei Experten müsste man die Frage stellen, woher sie kommen und wer sie schickt, und Professoren sind beruflich eingebunden in eine Verwaltungshierarchie und Regierung – womit man am Schluss wieder in der Politik landet. Es ist deshalb am saubersten, wenn das Volk die Richter wählt.
Zur Interessenbindung: Der Votant ist für seine Partei Mitglied der erwähnten, im Kanton Zug pejorativ so genannten «Postenschacher-Kommission». Diese Kommission ist ein Gremium von Vertretern der Parteien. Sie kommt zusammen, wenn es um die Vorbereitung einer Richterwahl geht, und schaut, wie die politischen Verhältnisse im Kantonsrat sind und wer Anspruch auf einen Sitz hat. Aufgrund dieser Vorgabe versucht man eine Lösung zu finden und eine stille Wahl zu ermöglichen. Wenn das nicht möglich ist, steht es jedem Bürger frei, aufgrund der entsprechenden Publikation im Amtsblatt zehn Unterschriften zu sammeln – und schon hat man eine Volkswahl. Es braucht also nur zehn Unterschriften von Stimmbürgern und einen valablen Kandidaten, damit das Volk entscheidet, wer Richter wird. Die «Postenschacher»-Kommission ist *de iure* also keineswegs mächtig; *de facto* ist sie es nur dann, wenn sich niemand die Mühe nimmt, zehn Unterschriften zu sammeln und eine Wahl zu provozieren.
Bei der CVP war die Rede von «gewissen Parteien», ohne die Parteien konkret zu nennen. Ob die CVP vielleicht sich selber meinte, aber nicht so transparent sein wollte, das zu sagen, weiss der Votant nicht. Es war weiter die Rede von «zeitgemäss» und einem zeitgemässen Wahlverfahren. Was aber ist denn eigentlich zeitgemäss? Die *Menschen* machen die Zeit, nicht die Zeit die Menschen; die Zeit ist nichts, und die *Menschen* füllen sie aus. Der Votant würde deshalb die Aussage, «zeitgemäss» sei irgendetwas Wertvolles, aufs Äusserste hinterfragen.
Es war auch die Rede von den Anforderungen an die Richter, die heute so anders seien als vor zwanzig oder dreissig Jahren; alles sei komplexer und schwieriger geworden. Es ist aber noch immer dasselbe wie vor vierzig Jahren: Ein Richter muss ein guter Jurist sein – das sind die Richter auch –, und er muss vor allem charakterlich integer sein. Ein Richter muss auch einer Person, die er verabscheut, recht geben können. Das kann ein Politiker sehr selten, ein Richter hingegen *muss* es können. Und genau das ist das Zeitlose: Diese Voraussetzung ist immer gleich. Auch von dieser Seite her gibt es also nichts Neues und braucht es keine Reformen.
Die von der FDP angesprochene Unabhängigkeit der Richter ist auch der SVP ein wichtiges und grosses Anliegen, steht und fällt der Rechtsstaat am Schluss doch mit der inneren Unabhängigkeit des Richters. Alle anderen machen ihre Spielchen, der Richter aber muss sich heraushalten.

Esther Haas legt ihre Interessenbindung offen: Sie nimmt wie Manuel Brandenberg an den Koordinationssitzungen zur Vorbereitung der Richterwahlen teil.
Die AGF ist der Meinung, dass man Bewährtes wegen einer – oder einer halben – Negativgeschichte nicht gleich über den Haufen werden muss. Sie ist deshalb weiterhin für die Volkswahl, auch wenn ihr das heutige System nicht nur Freude bereitet. Künftig müssen die *Papabili* von den Parteien bei *Hearings* genauer unter die Lupe genommen werden. Die Parteien stehen hier in der Pflicht. Aber selbst genaueres Hinsehen gibt keine Gewähr, dass atmosphärische Störungen an den Zuger Gerichten nicht mehr auftreten würden. Weder alternative Wahlverfahren noch alternative Aufsichtsmöglichkeiten würden dies verhindern.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass die Wahlaufsicht bei der Direktion des Innern liegt. Selbstverständlich hat diese die Gerichte zu einem Mitbericht aufgefordert. Der *Lead* aber liegt bei der Direktion des Innern bzw. beim Regierungsrat.
Die Frage nach alternativen Wahlverfahren für Richterinnen und Richter im Vergleich zur aktuellen Variante der Volkswahl im Kanton Zug sowie nach den Systemen in anderen Kantonen ist hochinteressant. Wie im Kanton Zug werden auch in den Kantonen Basel-Stadt, Genf, Obwalden und Uri die Richterinnen und Richter durch das Volk gewählt. Eine Alternative zur Volkswahl der Gerichtsmitglieder ist die Wahl durch das Parlament. Dieses System kennen mehrere Kantone sowie auch der Bund. Einen Wechsel zur Wahl der Richterinnen und Richter durch den Kantonsrat lehnte das Zuger Stimmvolk im Jahr 2000 knapp ab. In mehreren Kantonen werden die Richterinnen und Richter der erstinstanzlichen Gerichte durch das Volk und diejenigen der zweitinstanzlichen Gerichte durch das Parlament gewählt. Ein alternatives System ist die Wahl der Richterinnen und Richter durch einen Justiz- oder Richterrat. Es handelt sich dabei um ein von der Exekutive und der Legislative unabhängiges Organ. Dieses ist entweder selbständiges Wahlorgan oder wirkt bei der Auswahl, der Rekrutierung und bei einer allfälligen Abwahl mit. Das Institut des Justizrats ist in Europa weit verbreitet. Auch haben mehrere Kantone einen solchen Rat eingeführt, so Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg und Tessin. In diesen Kantonen übt der Justizrat Wahlvorbereitungsaufgaben und Aufsichtsfunktionen aus. In einigen Kantonen ernennen die oberen Gerichte die Mitglieder der erstinstanzlichen Gerichte oder die Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter. In keinem Kanton ist eine Wahl der Gerichtsbehörden durch die Regierung bekannt.
Verschiedene Kantone sehen ein Vorbereitungs- bzw. Vorprüfungsverfahren durch ein parlamentarisches Gremium oder einen Justizrat vor. Im Kanton Zug findet indes – wie gehört – keine Vorprüfung der Kandidatinnen und Kandidaten durch ein offizielles Gremium statt. Die vakanten Stellen werden im Kanton Zug im Gegensatz zu vielen Kantonen auch nicht öffentlich ausgeschrieben. Es ist den politischen Parteien überlassen, ob und wie sie die Kandidatinnen und Kandidaten einer Überprüfung unterziehen.
Die Interpellantin fragt in Frage 2 nach Aufsichts- bzw. Oberaufsichtsvarianten für die Gerichte. Wie im Kanton Zug kommt auch in den anderen Kantonen die Oberaufsicht über die Gerichte dem Parlament zu. Die Aufsicht über die unterinstanzlichen Gerichte nehmen in den meisten Kantonen die oberinstanzlichen Gerichte wahr. Diese Kombination von vertikaler und horizontaler Aufsicht ist in der Schweiz typisch. Eine Alternative dazu ist die Einsetzung eines unabhängigen Organs als Aufsichtsgremium. So haben die Kantone Freiburg, Genf, Neuenburg, Tessin und Jura einen sogenannten Justiz-, Aufsichts- oder Richterrat eingesetzt. Die Oberaufsicht obliegt in diesen Kantonen weiterhin dem Kantonsparlament. Die Mitglieder der Justiz-, Aufsichts- oder Richterräte werden meist durch verschiedene Wahl-

gremien ernannt. Je nach Kanton setzen sich die Räte aus Mitgliedern der Legislative, Exekutive und Judikative sowie der Anwaltschaft und der Professorenschaft zusammen. Es gibt also einen riesigen und bunten Strauss von Möglichkeiten.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 10

1183 Interpellation von Esther Haas und Andreas Lustenberger betreffend gratis ÖV: Umbau Lorzental Kantonsstrasse

Es liegen vor: Interpellation (2333.1 - 14537); Antwort des Regierungsrats (2333.2 - 14686).

Esther Haas dankt auch im Namen von Andreas Lustenberger der Regierung für die Beantwortung der Fragen und die vertieften Erläuterungen. Die geplante Sanierung der Kantonsstrasse ins Ägerital ist bis jetzt weder vom Regierungsrat noch vom Kantonsrat beschlossen worden, dennoch hat der Umbau schon reichlich Wellen geworfen. In Allenwinden wird ein Verkehrschaos befürchtet, weil sich dort der Verkehr durch die Umleitung um das Sieben- bis Achtfache vermehren würde, was ursprünglich geschätzten 16'000 Autos täglich entspricht. Nun, seit Einreichung der Interpellation hat sich einiges getan. So soll nur ein Teil des Verkehrs über Allenwinden und der andere Teil über Cholrain–Edlibach umgeleitet werden, oder es soll etappiert und die Lorzentobelbrücke nur saniert werden. Dennoch aber bleibt die Problematik Verkehrsüberlastung.
Es freut die Interpellanten, dass zur Reduktion der Auswirkungen der Verkehrsumleitung alternative Lösungsmöglichkeiten wie der in der Interpellation angeregte Gratis-ÖV oder eine Verdichtung des Taktfahrplans geprüft werden. Die in der Antwort angesprochenen Schwierigkeiten bei einem generellen Gratisangebot im öffentlichen Verkehr sind den Interpellanten bewusst: Die meisten begrüssen den Gratis-ÖV, wenn es aber um die konkrete Umsetzung geht, stimmen sie dagegen. In Genf konnte sich bloss ein Drittel für dieses Ansinnen erwärmen. Um ihrem Anliegen Genüge zu tun, können sich die Interpellanten zwei Varianten vorstellen:
• Erstens: Die Linien 1, 9,10 und 34 sind während der Umbauphase für alle Benützer gratis. Demnach löst eine Person, die von Cham nach Oberägeri fahren will, einfach nur ein Ticket von Cham nach Zug.
• Zweitens: Die Einführung einer Buspassverbilligung für alle aus den betroffenen Gemeinden, analog dem Stadtzuger Modell der Buspassverbilligung für Schülerinnen und Schüler. Dies wäre ein positives Anreizsystem, zugeschnitten auf die Bevölkerung, die es braucht.
Diese Zusatzkosten lohnen sich, weil sie sich gezielt an ÖV-Benutzer und -Benutzerinnen richten oder an solche, die es werden wollen. Im Sinne der heutigen Teilerheblicherklärung der Motion Brunner/Stadlin betreffend Folgekosten bei Kantonsratsbeschlüssen können sich die Interpellanten vorstellen, dass gerade auch solche Kosten auszuweisen sind, seien dies nun Aufwendungen für verbilligten ÖV oder volkswirtschaftliche Kosten in Form von Stau.
Die Interpellanten verfolgen mit Interesse die weitere Entwicklung des Projekts und freuen sich, wenn ihr Anliegen in der Kantonsratsvorlage berücksichtigt wird.

Philippe Camenisch dankt der Regierung für die perfekte Beantwortung der Interpellation. Er nimmt damit auch gleich vorweg, was die Meinung der FDP-Fraktion und auch des Votanten persönlich zu diesem Thema ist. Nicht nur in *iTunes,* sondern

auch im Zuger Kantonsrat gibt es *Evergreens*. Dazu gehört auch das Thema der vorliegenden Interpellation, denn es ist nicht das erste Mal, dass ein Gratis-ÖV gefordert wird. Dieses Mal wird der Strassenumbau im Lorzental als willkommener Anlass für die erneute Forderung genommen. Im weiteren Sinn geht es einmal mehr darum, die Leistungen des Staats stets auszudehnen bzw. ein Präjudiz dazu zu schaffen. Auch das ist nicht neu. Doch statt eine Links/rechts-Debatte zu führen, gibt der Votant den Interpellanten lieber auf den Weg, sich darüber zu freuen, dass der ÖV im Kanton Zug eine Erfolgsgeschichte ist. Wie die Regierung in ihrer Antwort schreibt, beträgt die Abonnemente-Penetration im Kanton Zug sagenhafte 70,6 Prozent. Das bedeutet: Wer ein Abo braucht oder will, hat eines; wer keines hat oder haben will, braucht keines.

Thomas Wyss: Auch die SVP hat in ihrer Fraktionssitzung über dieses Thema diskutiert. Sie ist sehr einverstanden mit den Antworten der Regierung. Es wird in der Antwort richtigerweise auf bereits eingereichte Vorschläge zu diesem Themenbereich sowie auf das Abstimmungsresultat in Genf und die Diskussionen auch in anderen Grossstädten verwiesen. Es wird auch gesagt, dass ein ÖV-Gratisangebot – das müssten auch die Ratslinken wissen – grundsätzlich immer schlecht ist für diesen Verkehrsträger, denn was nichts kostet, ist auch nichts wert. Darum ist es richtig, dieses Thema so zu handhaben, wie es heute geschieht.

Beat Iten als Sprecher der SP-Fraktion: Der Regierungsrat hat in der Beantwortung der Interpellation verschiedene Aspekte und Probleme aufgezeigt, warum ein Gratisangebot des öffentlichen Verkehrs nicht als geeignete Lösung bei Strassensanierungen eingesetzt werden kann. Diese Überlegungen sind für die SP nachvollziehbar. Bei den heutigen Preisen für den Zuger-Pass dürfte der Anreiz zum Umsteigen auf den ÖV auch eher gering sein – womit man trotzdem wieder bei der Frage ist, ob der ÖV nicht generell gratis angeboten werden sollte. Und hier zählt sich auch der Votant zu den vorhin erwähnten *Evergreens.*
Als täglicher Benutzer der Linie 1 von Unterägeri nach Zug erachtet der Votant eine Verlagerung des Individualverkehrs auf den ÖV mit dem bestehenden Kursangebot nicht als realistisch. In den Hauptverkehrszeiten sind die Busse bereits heute sehr gut ausgelastet bzw. überbelastet; eine Verlagerung wäre nur mit einem massiven Mehrangebot zu bewerkstelligen.
Den Votanten beschäftigen bei dieser Interpellation allerdings eher gewisse Grundsatzfragen. Im Kanton Zug lebt man auf einem relativ kleinen Raum zusammen. Wenn irgendwo etwas gemacht wird, hat das immer Auswirkungen auch auf andere. Wenn man nicht mehr bereit ist, vorübergehend gewisse Belastungen auf sich zu nehmen, wird man irgendwann gar nicht mehr handlungsfähig sein. Bei genügend Druck ist beispielsweise eine Brücke plötzlich nicht mehr so sanierungsbedürftig, wie es ursprünglich schien. Bald wird sich der Kantonsrat bei Projekten nur noch mit flankierenden Massnahmen beschäftigen, und schon bald werden die flankierenden Massnahmen teurer als die Projekte selbst sein. Dies ist grundsätzlich alles machbar, wenn genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Wie in den letzten Kantonsratssitzungen mehrfach gehört, trifft dies aber auch im Kanton Zug je länger je weniger zu. Vielleicht muss man wieder lernen, gegenseitig ein bisschen toleranter und solidarischer zu werden, da auch im Kanton Zug nicht mehr jede denkbare und wünschbare flankierende Massnahme finanzierbar ist.

Andreas Lustenberger als Sprecher der AGF möchte einleitend eine kurze Replik zum Votum von Philippe Camenisch anbringen, der offenbar das Votum von Esther Haas nicht ganz verstanden hat. Es geht der AGF nicht generell um Gratis-ÖV,

sondern um eine optimale Lösung für alle während der Bauphase im Lorzental. Und wenn dieses Thema schon angesprochen ist, so möchte er kurz zur aktuellen Situation dort sprechen, mit der einen oder anderen Frage an den Baudirektor.
Nach der Informationsveranstaltung vom 15. September in Allenwinden haben sich alle etwas verwundert die Augen gerieben. Vor einem Monat hat der Kantonsrat das Strassenbauprogramm 2014–2022 beschlossen, inklusive Projekt Lorzentobelbrücke mit 17 Millionen Franken und Prioritätsstufe 1. Es ist zwar schön, dass diese 17 Millionen Franken nun in den Topf Öffentlicher Verkehr, Velo und Sonderbauten zurückfliessen, insbesondere natürlich für den ÖV und die Velos. Infolge der vom Regierungsrat angekündigten Sparmassnahmen hat die AGF vor einem Monat die Rückweisung und Neubeurteilung des Strassenbauprogramms beantragt. Und nun ist genau das eingetroffen, was die AFG damals prophezeite: Es gibt eben doch grosse Änderungen im achtjährigen Programm. Der Baudirektor hat vor einem Monat zementiert, dass …

Der Vorsitzende unterbricht den Votanten und macht ihn darauf aufmerksam, dass seine Ausführungen nichts mit der Interpellation zu tun haben und dass er dem Baudirektor nicht einfach Fragen stellen kann. Dafür gibt es das Instrument der Kleinen Anfrage.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist froh, dass der Rat die Stossrichtung des Regierungsrats unterstützt. Er will nicht auf die Grundsatzdiskussion «Gratis-ÖV ja oder nein» eingehen; diese wurde bereits geführt. Er erinnert aber daran, dass solche Vergünstigungen – sei es für gewisse Linien oder seien es generelle Buspass-Vergünstigungen – immer gegenfinanziert werden müssen bzw. auf den Kostendeckungsgrad drücken. Wenn man also an einem Ort Vergünstigungen fordert, muss man entweder sagen, wer das auf der Gegenseite bezahlt – die anderen Nutzer –, oder man muss den Kostendeckungsgrad senken, dann bezahlt es der Steuerzahler. Dazu kommt, dass die Investition bzw. Vergünstigung wirksam sein muss. Es wurde bereits erwähnt, dass 70 Prozent ein Abonnement besitzen, was bedeutet, dass es viele Trittbrettfahrer-Effekte gäbe. Und heute muss – das ist ein Gebot der Stunde, nicht zuletzt angesichts des Entlastungsprogramms – jeder Franken wirkungsvoll eingesetzt und das Kosten-Nutzen-Verhältnis mehr denn je beachtet werden. Und dieses wäre bei einer solchen Massnahme schlecht.
Das Kosten-Nutzen-Verhältnis hat übrigens – dies eine Information aus aktuellem Anlass – den Regierungsrat diese Woche bewogen, bei der Linie 7 eine kleine Anpassung zu beschliessen: Die Busse der Linie 7 werden ab Fahrplanwechsel nicht mehr an der Dammstrasse halten, sondern zum Postplatz weiterfahren.

Martin Stuber gibt eine Erklärung zu Protokoll ab: Alle Ratsmitglieder haben eben gehört, dass der Ratspräsident Regierungsrat Matthias Michel nicht unterbrochen hat, obwohl dieser nicht mehr zur Sache im engen Sinn sprach. Der Votant hält fest, dass der vorherige Wortentzug durch den Kantonsratspräsidenten in keiner Art und Weise der bisher geübten Praxis entspricht. Wenn über Interpellationen gesprochen wird, kann man auch über inhaltlich verwandte, mit der Interpellation zusammenhängende Themen sprechen, und man darf auch Fragen stellen. Der Votant findet es eine absolute Zumutung, dass der Ratspräsident dem AGF-Fraktionsmitglied das Wort entzogen hat – dies umso mehr, als er das wahrscheinlich bei keinem Mitglied einer anderen Fraktion getan hätte. Er findet es traurig, dass die Amtszeit des Ratspräsidenten so endet.

Andreas Hausheer kommt zurück auf die Information am Schluss des Votums von Regierungsrat Matthias Michel: Die Buslinie 7 wird angepasst; man hat gemerkt, dass man einen *Seich* gemacht hat. Betroffen von diesem Entscheid ist die Gemeinde Steinhausen, welche einen klaren Abbau in den *Rush Hours* hinnehmen muss. Der Regierungsrat hat gegen die Interessen der Stadt Zug und der Gemeinde Steinhausen entschieden, und es überrascht den Votanten, dass die Regierung nun eine Lobeshymne singt und meint, sie habe etwas Gutes getan. Der Votant wird eine Interpellation einreichen und der Regierung die Gelegenheit geben, zehn Fragen zu diesem Thema zu beantworten.

Zuhanden von Martin Stuber hält der **Vorsitzende** fest, dass Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel in seinem Votum zum Thema ÖV sprach. In § 48 Abs. 1 GO KR steht: «Entfernt sich ein Redner allzusehr vom Gegenstand der Beratung, so soll ihn der Präsident zur Sache mahnen.» Genau das hat der Vorsitzende getan, und er hat niemanden speziell eingeschränkt.

➔ Der Rat nimmt die Interpellationsantwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Die weiteren Traktanden können aus zeitlichen Gründen nicht mehr beraten werden.

1184 Nächste Sitzung

Donnerstag, 30. Oktober 2014 (Ganztagessitzung)

Nach heutigem Planungsstand wird die ausserordentliche Kantonsratssitzung vom 13. November 2014 durchgeführt. So kann der Rat in der laufenden Legislaturperiode möglichst viele Geschäfte erledigen.

Auf Samstag, 27. September 2017, 11.15 Uhr sind die Ratsmitglieder zum öffentlichen Gedenkanlass für das Attentat von 2001 in die St.-Oswald-Kirche in Zug eingeladen.

Protokoll des Kantonsrats

82. Sitzung: Donnerstag, 30. Oktober 2014 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 28. August und vom 25. September 2014
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Änderung des Energiegesetzes

4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 5.3 Natur im Siedlungsgebiet; S 7.3 Archäologische Fundstätten; L 8.1 Fliessgewässer; L 11.5 Skiabfahrten; V 2 Nationalstrassen; V 3 Kantonsstrassen; V 5 Regionaler Bahnverkehr/Mittelverteiler; V 6.8 Busverkehr/Feinverteiler, u. a. auf Eigentrassee; V 12 Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben; E 15 Energie)

5. Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz; VRG): 2. Lesung
6. Änderung des Gesetzes über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif; BGS 731.2): 2. Lesung

Geschäfte, die am 25. September 2014 nicht behandelt werden konnten:

7. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Abstimmungspropaganda der staatlich finanzierten Frauenzentrale Zug für die Abtreibungsfinanzierung
8. Interpellation von Monika Barmet und Frowin Betschart betreffend «Sicherheitspauschale für den Kanton Zug für die Asylunterkunft Gubel Menzingen»
9. Interpellation von Mario Reinschmidt und Monika Weber betreffend sichere Strassen um Steinhausen
10. Interpellation von Andreas Hausheer und Gabriela Ingold betreffend Festlegung des Ausgangsdeckungsgrades durch den Vorstand der Zuger Pensionskasse

---

11. Motion der SVP-Fraktion betreffend Vereinfachung und Beschleunigung von Unternehmensgründungen mit Bargeld
12. Postulat von Daniel Stadlin betreffend Homeoffice für Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung
13. Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anwendung der Gesetze für Radfahrer und der Wald- und Flurbenützung durch Freizeit-Sportarten
14. Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Einhaltung von Raumplanungsvorschriften insbesondere Bauen ohne Baubewilligung und zur Umsetzung der Baupolizei
15. Interpellation von Manuel Brandenberg betreffend Abtreibungen in den Spitälern des Kantons Zug

16.1. Interpellation von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Jürg Messmer und Manfred Wenger betreffend Einwanderung ist für die AHV doch ein süsses Gift und schon kurzfristig nicht nachhaltig
16.2. Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Auswirkungen der Annahme der «SVP-Masseneinwanderungsinitiative» für die Menschen und die Wirtschaft im Kanton Zug
Interpellation der SP-Fraktion betreffend «Gemeinwohl ja – Tiefsteuerpolitik adé»
17. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Jugendliche und öffentlicher Verkehr im Kanton Zug
18. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend staatliche Finanzierung und parteipolitische Zusammensetzung der Institutionen mit öffentlichen Aufgaben des Kantons Zug
19. Interpellation von Martin Stuber, Philip C. Brunner und Florian Weber betreffend Status Realisierung POLYCOM im Kanton Zug
20. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten der Zuger Polizei

1185 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Hans Christen und Jürg Messmer, beide Zug; Thomas Wyss, Oberägeri; Arthur Walker, Unterägeri; Andreas Lustenberger und Oliver Wandfluh, beide Baar; Florian Weber, Walchwil.

1186 Mitteilungen

Der Bildungsdirektor fährt heute Mittag nach Basel. Er nimmt dort am Nachmittag an der Sitzung der EDK teil. Der Finanzdirektor und der Landschreiber müssen die Sitzung nach 16.15 Uhr veranlassen, weil sie in Hünenberg an der Gemeindepräsidenten-Konferenz teilnehmen.

Vor zehn Tagen ist die neue Nummer des Jahrbuchs «Tugium» erschienen. Das «Tugium» enthält wie gewohnt eine Fülle von interessanten Neuigkeiten zur Geschichte und Archäologie des Kantons Zug. Einen Schwerpunkt bildet dieses Jahr das Thema «Der Kanton Zug während des Ersten Weltkriegs (1914-1918)». Ratsmitglieder, welche ein Belegexemplar des «Tugium» wünschen, können dieses beim Protokollführer beziehen.

Kantonsrat Daniel Abt hat geheiratet. Der Vorsitzende gratuliert ihm im Namen des Rats herzlich und wünscht ihm und seiner Familie alles Gute. *(Der Rat applaudiert.)*

Vor einigen Tagen ist Alt-Regierungsrat Hans-Beat Uttinger gestorben. Er hat in seinen fünf Jahren als Baudirektor für den Kanton viel geleistet. *(Der Rat erhebt sich im Gedenken an den Verstorbenen zu einer Schweigeminute.)*

TRAKTANDUM 1

1187 Genehmigung der Traktandenliste

Finanzdirektor **Peter Hegglin** teilt mit, dass die vorberatende Kommission zur Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (VRG) vor der heutigen Sitzung den Antrag der AGF auf die zweite Lesung beraten hat. Sie wünscht dazu noch einen Formulierungsvorschlag der Verwaltung, weshalb der Finanzdirektor den **Antrag** stellt, die Beratung dieses Geschäfts (Traktandum 5) auf den Nachmittag zu verschieben.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 2

1188 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 28. August 2014 und 25. September 2014

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 28. August 2014 und 25. September 2014 werden ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
(folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung)

TRAKTANDUM 4

Kommissionsbestellungen:

1189 Traktandum 4.1: **Änderung des Energiegesetzes**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2433.1 - 14765).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Anna Bieri, Hünenberg, CVP, Kommissionspräsidentin

Daniel Abt, Baar, FDP	Pirmin Frei, Baar, CVP
Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg, CVP	Hanni Schriber-Neiger, Risch, AGF
Walter Birrer, Cham, SVP	Rupan Sivaganesan, Zug, SP
Philip C. Brunner, Zug, SVP	Rainer Suter, Cham, SVP
Daniel Burch, Steinhausen, SVP	Arthur Walker, Unterägeri, CVP
Daniel Thomas Burch, Risch, FDP	Florian Weber, Walchwil, FDP
Hans Christen, Zug, FDP	Beat Wyss, Oberägeri, CVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

1190 Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 5.3 Natur im Siedlungsgebiet; S 7.3 Archäologische Fundstätten; L 8.1 Fliessgewässer; L 11.5 Skiabfahrten; V 2 Nationalstrassen; V 3 Kantonsstrassen; V 5 Regionaler Bahnverkehr/Mittelverteiler; V 6.8 Busverkehr/Feinverteiler, u. a. auf Eigentrassee; V 12 Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben; E 15 Energie)**
Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (2434.1/.2 - 14770/71).

➔ Überweisung an die Raumplanungskommission.

TRAKTANDUM 5
Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz; VRG): 2. Lesung

Das Traktandum wurde auf den Nachmittag verschoben (siehe Ziff. 1187 bzw. unten Ziff. 1213).

TRAKTANDUM 6
1191 **Änderung des Gesetzes über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif; BGS 731.2): 2. Lesung**
Es liegt vor: Ergebnis 1. Lesung (2368.5 - 14748).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 69 zu 1 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7
1192 **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Abstimmungspropaganda der staatlich finanzierten Frauenzentrale Zug für die Abtreibungsfinanzierung**
Es liegen vor: Interpellation (2344.1 - 14552); Antwort des Regierungsrats (2344.2 - 14691).

Manuel Brandenberg dankt namens der Interpellantin dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen, hält aber fest, dass die SVP-Fraktion von den Antworten nicht befriedigt ist. Der Regierungsrat scheint die politische Brisanz der Angelegenheit etwas zu ignorieren, wenn er behauptet, die Frauenzentrale Zug, welche gemäss Jahresrechnung 2013 ihren Umsatz zu 70 Prozent aus kantonalen und kommunalen Geldern macht und Abstimmungspropaganda betreibt, sei ein privatrechtlicher Verein. So einfach ist es nicht. Man kann sich als Behörde nicht in das Privatrecht flüchten, einen Verein gründen, dessen Kosten übernehmen – und dann

behaupten, die Anforderungen an behördliches Handeln gälten nicht mehr. Das ist der problematische Punkt in der Antwort des Regierungsrats.
Frage 1 lautete wie folgt: «Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass sich Institutionen wie die Frauenzentrale Zug, welche nur formell privatrechtlich organisiert sind, wirtschaftlich aber dem Staat zuzuordnen sind, grösste Zurückhaltung in Abstimmungskämpfen auferlegen sollten?» Man erinnert sich: Die Frauenzentrale hat damals, vertreten durch ihre Präsidentin, in einem breit in die Haushalte gestreuten Organ Stimmung gemacht gegen die Initiative, welche die Abtreibungen aus dem obligatorischen Katalog der Grundversicherung streichen wollte. Das war der Anlass für die vorliegende Interpellation. Mittlerweile hat das Volk entscheiden, die Frage ist bereinigt. Noch nicht wirklich bereinigt sind aber die Fragen der Interpellation. So sagt der Regierungsrat in der Antwort auf Frage 1: «Es kann folglich nicht gesagt werden, der Verein Frauenzentrale sei wirtschaftlich dem Staat zuzuordnen und bloss formell privatrechtlich organisiert, handelt es sich doch um genau abgesteckte Tätigkeiten, für welche die Frauenzentrale öffentliche Beiträge erhält.» Dazu muss aber gesagt werden, dass es sich oft um öffentliche Tätigkeiten handelt, und deshalb sollte sich die Frauenzentrale, zumal sie öffentliches Geld erhält, an Anforderungen des staatlichen Handelns – beispielsweise politische Neutralität – halten. Es ist nämlich nicht fair, wenn staatliche Gelder für eine bestimmte politische Richtung verwendet werden. Das ignoriert der Regierungsrat, wenn er sagt: «Die Frauenzentrale hat sich nicht in einer Art und Weise im Abstimmungskampf engagiert, welche geeignet ist, die Wahl- und Abstimmungsfreiheit zu beeinträchtigen.» Das stimmt genau nicht.
Frage 2 der Interpellation lautet: «Ist der Regierungsrat bereit, künftige Beiträge an die Frauenzentrale mit der Auflage zu versehen, sich im Abstimmungskämpfen zu enthalten? Falls nein, warum nicht?» Hier sagt der Regierungsrat einfach: «Die Frauenzentrale hat ihr Abstimmungsengagement in Erfüllung ihres statutarischen Auftrags vorgenommen.» Da zweifelt man noch mehr an der ganzen Angelegenheit. Wenn in den Statuten eines Vereins steht, dass der Verein politische Propaganda macht, und der Staat ihn zu 70 Prozent finanziert, dann werden die Fragezeichen für die Interpellanten noch grösser.
Frage 3 betraf die Besetzung der Führungsgremien der Frauenzentrale nach dem Parteienproporz. Diese Idee wird von der Regierung konsequenterweise abgelehnt. Die SVP-Fraktion ist allerdings der Meinung, man könne darüber zumindest diskutieren. Wenn jemand vom Staat viel Geld erhält, sollte dieser in den Leitungsgremien repräsentativ abgebildet sein; es sollten nicht nur die CVP und vielleicht noch ein paar Freisinnige vertreten sein, die ja nicht 100 Prozent der Stimmbürger, sondern tendenziell immer weniger ausmachen. Man sollte also darüber nachdenken – und das tut der Regierungsrat nach Meinung der SVP-Fraktion zu wenig.
Frage 5 lautete: «Sollte der Regierungsrat argumentieren wollen, es handle sich bei der Frauenzentrale Zug und weiteren staatlichen Institutionen formell um Vereine, die ihre Führungsgremien ohne staatliche Einflussnahme bestellen können, ersuchen wir um Antwort auf die Frage, warum sich diese Vereine dann nicht privat, sondern staatlich finanzieren.» Dazu gebraucht der Regierungsrat zunächst das bekannte formalistische Rechtsargumentarium – es handle sich um einen privatrechtlichen Verein, der seinen Vorstand nach seinen Statuten bestelle – und sagt dann am Schluss, gewissermassen als Höhepunkt: «Von einem staatlich finanzierten Verein kann bei der Frauenzentrale Zug nicht gesprochen werden.» Zufälligerweise hat der Votant die Jahresrechnung 2013 der Frauenzentrale Zug gefunden. Darin macht – bei einem totalen Betriebsertrag von rund 4 Millionen Franken – der Posten «Bundes-, Kantons- und Gemeindebeiträge» 2,8 Millionen Franken aus. Ein grosser Teil der Einnahmen kommt also von den Steuerzahlern, vom Staat, von

allen, und in einem solchen Verein sollten eigentlich auch alle repräsentiert sein – auch wenn der Regierungsrat sagt, dieser Verein sei nicht staatlich finanziert.
Abschliessend dankt der Votant dem Regierungsrat für die Erfüllung der Pflicht – obwohl man dafür eigentlich nicht danken müsste, denn es ist in der Verfassung so vorgesehen –, bittet aber darum, mit solchen Fragestellungen etwas seriöser umzugehen und deren politische Brisanz aufzunehmen.

Eusebius Spescha hält fest, dass die SP-Fraktion etwas erstaunt ist über das eigenartige Demokratie- und Staatsverständnis der SVP. Die Frauenzentrale ist ein privater Verein, gegründet mit dem Zweck, sich einzusetzen für Anliegen der Frau. Diese Aufgabe nimmt sie seit mehreren Jahrzehnten sachlich und sachgerecht wahr. Sie hat in dieser Zeit auch Aufgaben übernommen, welche eigentlich der Staat wahrnehmen müsste. Dies geschah oft auf Betreiben des Staats hin, welcher gewisse Aufgaben privaten Organisationen zu übergeben wünschte, weil es so – das wird zumindest behauptet – günstiger kommt. Und es ist nicht mehr als anständig, dass der Staat Dritte, welchen er Aufgaben übergibt, dafür auch bezahlt. Dass diese Organisationen aber quasi mit einem Maulkorb bestraft werden sollen, dass sie sich nicht mehr öffentlich zu Anliegen äussern sollen, welche ihrem Vereinszweck entsprechen, ist eine doch eher absurde Vorstellung der SVP.
Was die Quoten für den Vorstand betreffen: Die Frauenzentrale ist offen für die Mitwirkung aller interessierten Personen. Auch die SVP hat die Möglichkeit, engagierte Mitglieder, welche mitarbeiten und sich aktiv beteiligen wollen, in die betreffenden Vereinsgremien zu schicken. Es gab in früherer Zeit diesbezügliche Anfragen, allerdings war die SVP offenbar nicht willens oder nicht fähig, entsprechende Fachpersonen zu delegieren. Wenn die SVP das nicht kann oder nicht will, soll sie aber jetzt nicht dem Regierungsrat die Aufgabe übertragen, künstlich irgendwelche Personen in die Vorstände der Frauenzentrale zu delegieren. Wenn die SVP wirklich Personen hat, die an einer Mitwirkung interessiert sind, stehen ihr die Türen offen.
Etwas komisch ist dem Votanten die Aussage von Manuel Brandenberg aufgestossen, er habe «zufällig» die Jahresrechnung der Frauenzentrale gefunden. Diese Jahresrechnung muss er nicht «zufällig» finden, vielmehr ist sie öffentlich zugänglich, etwa auf der Website; es braucht dafür keine aufwendigen Recherche-Arbeiten. Und wenn Manuel Brandenberg die Rechnung seriös angeschaut hätte, hätte er vielleicht auch bemerkt, dass es auch einen umgekehrten Geldfluss gibt: Die Frauenzentrale finanziert über das Brockenhaus teilweise auch die Arbeit der Fachstellen. Das sind Leistungen, an welchen auch der Staat interessiert ist, und es sind immerhin sechsstellige Zahlen, die in Bereiche fliessen, in welchen sonst der Staat mehr Aufgaben wahrnehmen müsste. Aus dieser Optik erweist sich die Interpellation der SVP-Fraktion ein bisschen als Rohrkrepierer.

Alice Landtwing legt einleitend ihre Interessen offen: Sie war in den 1990er Jahren während fünf Jahren als Vertreterin des Zuger Kantonalen Frauenbunds ehrenamtlich im Vorstand der Frauenzentrale tätig und ist bis heute zahlendes Einzelmitglied der Frauenzentrale. Ihr heutiges Votum hält sie aber im Namen der ganzen FDP-Fraktion.
Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Antwort. Sie ist der Meinung, dass es Aufgabe der Frauenzentrale war und auch weiterhin sein wird, zu wichtigen Gesellschaftsfragen Stellung zu beziehen. Die Frauenzentrale ist mit ihren Fachstellen Opferberatung, Sexual- und Schwangerschaftsberatung, Paar- und Familienberatung geradezu verpflichtet, ihre Erfahrungen mit diesem Thema öffentlich zu machen. Die angeschlossenen Frauenorganisation im Kanton Zug bezahlen

pro Mitglied einen Obolus und wünschen daher zu Recht zu wichtigen Abstimmungsthemen Aufklärung. Auch als Vereinsmitglied erwartet die Votantin, dass die Frauenzentrale Stellung bezieht.
Das Podium vom 8. Januar war ausgewogen zusammengestellt. Eingeladen waren der Kopräsident des Initiativkomitees, Ständerat Peter Föhn, dann Alt-Regierungsrätin Stephanie Mörikhofer, Marie-Theres Elsener von der Sexual- und Schwangerschaftsberatung der Frauenzentrale sowie die Theologin Anita Wagner Weibel. Solche Podien verursachen nur minimale Kosten, weil Referenten oder Referentinnen sich meistens mit einem Blumenstrauss oder einer Flasche Kirsch zufrieden geben und die organisierenden Frauen sowieso gratis arbeiten. Nun, die Initiative wurde mit fast 70 Prozent abgelehnt, das Rad der Zeit wurde nicht zurückgedreht – und das ist gut so.
Zur Frage 3 der Interpellation (Zusammensetzung des Vorstands mittels Parteienproporz): Der Frauenzentrale sind alle relevanten Frauenorganisationen und politische Frauenparteien des Kantons Zug als Kollektivmitglieder angeschlossen. Aus diesen Gruppierungen werden – wenn möglich – die Frauen für den Vorstand der Frauenzentrale nominiert. Allen ist bekannt, wie mühsam es in der heutigen Zeit ist, fähige Personen zu finden, die sich bereit erklären, sich ehrenamtlich in einem Vereinsvorstand zu engagieren. Und es ist kein Geheimnis, dass FDP- und CVP-Frauen, also bürgerliche Frauen, sich seit Jahrzehnten – der Kantonale Frauenbund beispielsweise mit seinen 7000 Mitgliedern feierte letztes Jahr sein 100-Jahre-Jubiläum – in den verschiedensten Vereinen und Institutionen engagieren. Dies war auch bei der Gründung der Frauenzentrale vor mehr als vierzig Jahren so.
In diesem Sinne unterstützt die FDP-Fraktion die Meinung des Regierungsrats einstimmig.

Silvia Thalmann spricht für die CVP-Fraktion und legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Auch sie war Vorstandsmitglied der Frauenzentrale und ist heute Einzelmitglied. Beim Votum von Manuel Brandenberg hat sie die Emotionalität gespürt – und sie kann diese auch nachvollziehen, hat doch die SVP politisch das Heu nicht immer auf derselben Bühne wie die Frauenzentrale. Trotzdem ist festzuhalten, dass die Überlegungen der SVP zu kurz greifen. Es wird ein Element herausgegriffen, nämlich die Frage, ob eine Organisation, welche einen Leistungsauftrag hat, zu einer politischen Frage Stellung nehmen dürfe. Und hier nun eine einzige Organisation an die Kandare nehmen zu wollen, greift deutlich zu kurz.
Die SVP-Fraktion hat mit dieser Interpellation ein Thema aufgegriffen, das anknüpft an ihre Interpellation vom 25. März betreffend staatlicher Finanzierung und parteipolitischer Zusammensetzung der Institutionen mit öffentlichen Aufgaben des Kantons Zug, deren Beantwortung ebenfalls heute traktandiert ist. Darin stellt die SVP unter anderem die Frage, ob der Regierungsrat bereit sei, Beiträge an Institutionen mit öffentlichen Aufgaben mit der Auflage zu versehen, dass deren Leitungsgremien die parteipolitische Zusammensetzung ihres Geldgebers – nämlich des Kantons Zug – widerspiegeln, gegebenenfalls unter der Einräumung von Übergangsfristen. Beide Themen stehen in einem sehr engen Zusammenhang. Die jetzt zur Debatte stehende Interpellation wirft die Frage auf, ob Leistungserbringer politische Propaganda betreiben dürfen. Zur Beantwortung der einzelnen Fragen wird sich die Votantin nicht äussern. Nach Meinung der CVP-Fraktion hat der Regierungsrat die Interpellation umfassend beantwortet, und die Aussagen sind nachvollziehbar. Die CVP dankt dem Regierungsrat dafür. Kurz thematisiert werden soll jedoch ein Aspekt, der in der Interpellationsantwort kaum ausgeleuchtet wird, der aber bei einer umfassenden Betrachtung nicht ausser Acht gelassen werden darf. Der Kanton Zug macht sehr gute Erfahrung damit, staatliche Aufgaben mittels

Leistungsvereinbarungen an private Dritte zu übertragen. In der Regel wird diese Lösung dann favorisiert, wenn die privaten Dritten über Erfahrung und Fachwissen auf einem Spezialgebiet verfügen, das beim Kanton erst aufgebaut werden müsste. Gerade die SVP hat diesem Modell in der Vergangenheit viel Positives abgewinnen können, argumentiert sie doch regelmässig, dass der Staat im Gegensatz zu privaten Dritten schwerfällig und teuer sei. Es kann tatsächlich störend sein, wenn Organisationen, die mittels einer Leistungsvereinbarung kantonale Aufgaben wahrnehmen, dem Auftraggeber in den Rücken fallen. Doch jede Organisationen hat eine andere Entstehungsgeschichte, die es zu berücksichtigen gilt. So ist die Frauenzentrale seit ihrer Gründung gesellschaftspolitisch aktiv. Sie hat sich für die Einführung des Frauenstimmrechts engagiert, eine Vernetzungsplatzform für Politikerinnen aller Couleur geschaffen und mit verschiedenen Angeboten auf Bedürfnisse von Familien und Frauen reagiert. Dazu hat sie zahlreiche Dienstleistungen initiiert und aufgebaut. Durch den Wandel des gesellschaftlichen und politischen Verständnisses, wurden einige dieser privaten Dienstleistungen zu staatlichen Aufgaben erklärt. Dabei war es naheliegend, die erprobten Angebote weiterhin von der Frauenzentrale ausführen zu lassen.
Die CVP begrüsst die Zusammenarbeit zwischen Kanton und privaten Dritten. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass eine Leistungsvereinbarung für den privaten Dritten auch ihre Tücken haben kann. So kämpft der Leistungserbringer oft mit einem erheblichen administrativen Mehraufwand, um den Anforderungen, welche der Kanton an die Leistungserbringung stellt, gerecht zu werden. Ein privater Dritter schüttelt darob schon mal den Kopf; viele Ratsmitglieder wissen wohl, wovon die Votantin hier spricht.
Wenn die kantonalen Anforderungen an die Leistungserbringer weiter verschärft werden – Verbot von politischen Stellungnahmen, parteipolitische Zusammensetzung der Leitungsgremiums etc. – und wenn der Kanton zusätzliche Auflagen vorsieht, die sich nicht auf das Erbringen der Leistung beschränken, sondern in die Organisation eingreifen, stellt sich mit einem Mal die Frage, ob dann nicht konsequenterweise der Staat die Aufgabe selber ausführen sollte. Es ist doch gerade diese Freiheit der Organisationen, die Flexibilität schafft und oftmals einen Mehrwert bringt.

Gloria Isler ist Mitglied der SVP und unterstützt privat die Frauenzentrale. Sie würde sich gerne auch aktiv in dieser Institution engagieren, wurde bisher aber nicht dazu eingeladen. Sie wird sich auf der Website nach offenen Stellen erkundigen.

Christine Blättler-Müller legt ihre Interessenbindung dar: Sie ist Präsidentin der Frauenzentrale. Sie wird heute unter Traktandum 18 etwas längere Ausführungen machen, möchte hier aber den Hinweis von Eusebius Spescha auf das Brockenhaus aufnehmen. Dass Manuel Brandenberg in eben diesem Moment den Saal verlässt, findet sie schade.
In der Frauenzentrale wurden im Jahr 2013 insgesamt 25'213 Stunden freiwillig gearbeitet; im Brockenhaus arbeiten 160 freiwillige Männer und Frauen mit einem Durchschnittsalter von 69 Jahren. In Zahlen umgerechnet, ergibt dieses freiwillige Engagement in den drei Handlungsfeldern eff-zett das Fachzentrum, Brockenhaus und FraueNetz einen Wert von 864'110 Franken, dies gerechnet mit einem Stundenansatz von 100 Franken für leitende Funktionen und 30 Franken für andere Aufgaben. Zusätzlich erarbeitet das Brockenhaus pro Jahr einen Betrag von ungefähr 800'000 Franken, wovon 350'000 bis 400'000 Franken in die Vereinskasse fliessen, aus der gewisse Angebote des eff-zett querfinanziert werden. Die von der SVP

monierte angebliche «Abtreibungspropaganda» wurde mit Vereinsgeldern bezahlt, was sich klar beweisen lässt: Die Frauenzentrale arbeitet mit Swiss GAAP FER 21. Im Übrigen hat die SVP offenbar noch nicht gemerkt, dass ein SVP-Mitglied seit vier Jahren aktiv im Vorstand der Frauenzentrale mitarbeitet; die betreffende Frau wurde neu in den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug gewählt.

Für **Beni Riedi** geht es hier nicht darum, ob eine gewisse Institution legitimiert sei oder nicht; es geht vielmehr darum, ob sie sich politisch einmischt oder nicht. Der Votant versteht deshalb die grosse Aufregung und die Emotionen nicht wirklich. Persönlich wehrte er sich dagegen, dass in der Schweiz sich immer mehr Institutionen – manchmal muss man sie auch Pseudo-Institutionen nennen – politisch einmischen, meist noch finanziert über Steuergelder. Darauf muss vermehrt der Finger gehalten werden, und man muss sich vermehrt dagegen wehren. Es geht so weit, dass selbst bei Vernehmlassungen über nationale Abstimmungsvorlagen, zu welchen die Kantonsregierung ihre Stellungnahme abgibt, andere Meinungen mundtot gemacht werden, was überhaupt nicht im Sinne der direkten Demokratie ist.

Silvia Thalmann findet es sehr unpassend von Beni Riedi, von Pseudo-Institutionen zu sprechen. Gerade weil es sich um ein emotionales Thema handelt, gilt es auch zur Wortwahl Sorge zu tragen.

Philip C. Brunner hat die bisherige Debatte mit grossem Interesse verfolgt. Das interessanteste Votum kam von jener Partei, welche in der Regierung nicht vertreten, nämlich von der SP. Schockiert hat den Votanten, dass das in diesem Votum zum Ausdruck gebrachte sozialdemokratische, staatsgläubige Staatsverständnis auch die Haltung des Regierungsrats ist. Man es drehen und wenden, wie man will: Wenn man die Antworten des Regierungsrats analysiert, stellt man fest, dass sie den Geist der Sozialdemokratie atmen. Man kann zwar durchaus diese Haltung haben – sie braucht ja nicht unbedingt falsch zu sein –, erschreckend ist aber, dass mittlerweile auch der Regierungsrat trotz einer grossen bürgerlichen Mehrheit diese Haltung vertritt. Der Votant gratuliert der SP und der Linken, dass ihre Anliegen von der Regierung derart aufgenommen und verteidigt werden. Das ist es nämlich, was den Votanten emotional erschüttert, nicht die verschiedenen Meinungen über Abtreibungen oder über die Finanzierung der Frauenzentrale.

Beni Riedi möchte – auch zuhanden des Protokolls – richtig stellen, dass er die Frauenzentrale nicht als Pseudo-Institution bezeichnet hat. Er hat vielmehr gesagt, dass es bis hin zu Pseudo-Institutionen gehen könne. Er hat das aber nicht auf die Frauenzentrale bezogen. Und es sei wiederholt: Es geht nicht um die Legitimation der Frauenzentrale, sondern um die Frage der Interpellation, wie weit eine Institution sich in einem Abstimmungskampf involvieren darf.

Heini Schmid nimmt Bezug auf das Votum von Philip C. Brunner betreffend Staatsverständnis, der behauptet hat, dass die Zusammenarbeit des Staats mit privaten Organisationen einem sozialdemokratischen, linken Staatsverständnis entspreche. Man fragt sich da, wo Philip C. Brunner im Staatskundeunterricht gesessen ist. Es ist ja gerade das Zusammenwirken von Staat und privaten Organisationen, welches die Schweiz auszeichnet. Zu erinnern ist etwa an den Hotellerieverein und weitere Wirtschaftsverbände, welche Leistungsaufträge des Staats haben. Es ist das Merkmal eines kleinen Landes, dass es auf das Milizsystem angewiesen ist und seine Leistungen in einem koordinierten Zusammenwirken von Privaten und öffentlicher Hand erbringen muss. Wie man hier von einer linken Idee sprechen kann, ist dem

Votanten schleierhaft. Silvia Thalmann hat ausgeführt, wie wichtig es ist, Private zu einer Zusammenarbeit mit dem Staat zu ermuntern. Andernfalls hätte man genau den Staatsmoloch, den die SVP bekämpft. Natürlich kann man in einem Abstimmungskampf irgendwelche Ziele erreichen wollen, man müsste aber auch ins nächste Tal schauen und sich fragen, was man damit erreicht. Und die SVP erreicht ja genau das Gegenteil von dem, was sie will. Sie erreicht nur, dass der Staat noch grösser wird und dass alle Privaten, die sich gratis für den Staat und die Gemeinschaft einsetzen, mit einem Maulkorb bestraft werden. Wie das mit der Schweiz, welche die SVP anstrebt, vereinbar sein soll, ist dem Votanten völlig schleierhaft.
Er bittet die SVP, sich bei solchen Vorstössen die längerfristigen Konsequenzen ihres Tuns zu überlegen. Die längerfristige Konsequenz ist nämlich, dass Bürgerinnen und Bürger sich zunehmend überlegen, ob sie sich überhaupt noch engagieren sollen. Und es wäre schade, wenn jedes Engagement – auch im politischen Bereich – einen schlechten Geruch bekäme und hinterfragt würde. Das Vorgehen der SVP – insbesondere dasjenige von Manuel Brandenberg – hat System, und diesem System muss man entschieden entgegentreten.

Eusebius Spescha würde sich natürlich freuen, wenn die ganze Regierung eine sozialdemokratische Haltung vertreten würde. In Tat und Wahrheit aber haben wir eine erzbürgerliche Regierung in einem erzbürgerlichen Kanton, welche – da geht der Votant mit seinem Vorredner vollständig einig – eigentlich nur Grundsätze der Bundesverfassung umsetzt. Einer dieser Grundsätze ist, dass an erster Stelle die private Initiative steht und der Staat nur subsidiär wirkt. Genau das wird im Kanton Zug mit einer langjährigen Tradition umgesetzt, indem private Organisationen sehr viele Aufgaben übernehmen und dafür korrekterweise vom Staat Unterstützung und die entsprechenden Rahmenbedingungen erhalten. Der Kanton Zug hat hier eine sehr interessante, auch für einen Sozialdemokraten durchaus akzeptable Tradition, ist doch die Subsidiarität ein wichtiger Verfassungsgrundsatz.

Für **Manuel Brandenberg** wird hier vieles bewusst verdreht. Die SVP-Fraktion hat nicht über Private geredet, welche staatliche Aufträge erhalten und diese ausführen. Sie hat über Abstimmungspropaganda solcher Privater in einem laufenden Abstimmungskampf gesprochen, nicht über die Legitimation solcher Institutionen. Der Votant bittet, bei der Sache zu bleiben – insbesondere die CVP, die immer so sachlich sein will.

Franz Peter Iten fühlt sich herausgefordert aufgrund der Situation, dass die SVP nach ihren Voten Korrekturen anbringen musste. Ein altes Sprichwort sagt: Wie soll ich wissen, was ich sage, bevor ich höre, was ich denke? Dieses Sprichwort möchte der Votant dem ganzen Rat, insbesondere aber der SVP-Fraktion für die nächste Legislatur mitgeben. Man sollte sich zuerst Gedanken darüber machen, was man sagen will.

Barbara Gysel legt ihre Interessenbindung offen: Sie war früher im Vorstand der Frauenzentrale. Sie dankt dieser und allen anderen Organisationen, die sich fachlich engagieren, und sie gratuliert ihnen dazu, dass sie sich gerade auch in Abstimmungskämpfen engagieren. Die heutige Debatte zeigt, dass es nicht einfach ist, sich in diesem Umfeld zu exponieren. Die Votantin ruft diese Institutionen auf, sich auch in künftigen Abstimmungskämpfen einzubringen. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind auf fachliche Informationen angewiesen, und es gilt zu vermeiden, dass in Zukunft in den Leitungsgremien solcher Institutionen die Angst und die Bedenken überhand nehmen und dazu führen, sich nicht mehr öffentlich zu

äussern. In diesem Sinn ruft die Votantin explizit dazu auf, sich weiterhin zu engagieren. Dass dies mit der notwendigen Sensibilität geschehen muss, ist richtig – wobei man diesbezüglich der Frauenzentrale wirklich keinen Vorwurf machen kann.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, stellt fest, dass hinter den verschiedenen Voten verschiedene Ideologien stehen. Sie hat sich während der Debatte gefragt, ob die Interpellation auch eingereicht worden wäre, wenn die Abstimmungsfrage geheissen hätte «Finanzierung von Babyfenstern: Grundversicherung oder privat?». Die Antwort kann offenbleiben und hat keine Relevanz, und die Direktorin des Innern möchte auch nicht auf diese ideologische Frage eingehen. Für den Regierungsrat ist die Frage wichtig, ob kantonale Mittel für die Abstimmungskampagne verwendet wurden oder nicht: Die Frauenzentrale hat auf diese Frage geantwortet: «Wir haben für die Auslagen im Zusammenhang mit unseren Aktivitäten zur Abtreibungsfinanzierung ein spezielles Buchhaltungskonto eröffnet, welches wir auch in der Jahresrechnung 2014 als ‹Projektaktivität des Vereins› ausweisen werden. Diese Kosten werden vollumfänglich vom Verein getragen.» Wie gehört, erhält die Frauenzentrale sehr viele Spenden, dazu kommen die Erträge aus dem Brockenhaus. Weiter antwortete die Frauenzentrale: «Für die Podiumsteilnahme der Stellenleiterin der Sexual- und Schwangerschaftsberatung wurde ein Referentenhonorar an die Fachstelle ausbezahlt. Somit wurde sichergestellt, dass auch diese Arbeitszeit der bezahlten Mitarbeiterin vom Verein finanziert wird und nicht zulasten der Leistungsvereinbarung und somit des Kantons geht.» Die Frauenzentrale ging mit den Mitteln und Geldern also sehr bewusst um, und es ist nicht Sache des Regierungsrats, sich in die Frage einzumischen, wofür ein privater Verein seine Spenden und Brockenhaus-Einnahmen verwendet. Für die vielen Stunden an Freiwilligenarbeit beispielsweise bei der Frauenzentrale ist der Kantons dankbar; seine Rechnung würde sonst ganz anders aussehen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 8

1193 Interpellation von Monika Barmet und Frowin Betschart betreffend «Sicherheitspauschale für den Kanton Zug für die Asylunterkunft Gubel Menzingen»

Es liegen vor: Interpellation (2354.1 - 14572); Antwort des Regierungsrats (2354.2 - 14690).

Monika Barmet dankt auch im Namen ihres Mitinterpellanten für die Beantwortung der Fragen betreffend Sicherheitspauschale für den Kanton Zug für die Asylunterkunft Gubel in Menzingen. Seit mehr als einem Jahr ist bekannt, dass ab Mai 2015 für drei Jahre eine Asylunterkunft in der Militäranlage auf dem Gubel geplant ist. Die Vorbereitungen laufen mittlerweile auf Hochtouren. Viele Fragen und Unsicherheiten konnten inzwischen insbesondere mit der Informationsveranstaltung für die Bevölkerung Ende Juni in Menzingen geklärt werden. Es dient, wenn Abläufe, Massnahmen und Zuständigkeiten bekannt sind. Dazu gehören u. a. auch die Antworten zur Sicherheit. Der Bund zahlt dem Kanton Zug eine Sicherheitspauschale; das ist bekannt. Die Votantin erwartet, dass der Regierungsrat im Rahmen der heutigen Behandlung der Interpellation den Betrag bekannt gibt und informiert, welche Leistungen daraus erbracht werden. Zudem ergeben sich aus der Stellungnahme des Regierungsrates folgende Fragen und Bemerkungen:

• Mit der erwähnten konkreten Massnahme betreffend Hotline in der Antwort auf Frage 2 wird es möglich sein, Beobachtungen und Wahrnehmungen mitzuteilen. Zu dieser Hotline fehlen aber noch konkretere Informationen: Wie ist die Hotline organisiert? Wie grenzt sie sich von der Polizei ab? Es ist nämlich anzunehmen, dass auch bei der Polizei Meldungen eingehen, da die Nummer 117 besser bekannt und vertraut ist als die Nummer 058 465 56 11.
• Zur Frage 4: An der Veranstaltung in Menzingen wurde informiert, wie der Tagesablauf in der Unterkunft aussehen wird und wer für die Betreuung zuständig sein wird. Erstaunt hat die Votantin die lange Urlaubszeit über das Wochenende: von Freitag, 09.00 Uhr, bis Sonntagabend. Für die Votantin ist unklar, wo sich die Asylsuchenden in dieser Zeit aufhalten werden.
• Zu Frage 5: Das Beschäftigungsprogramm soll einen hohen Stellenwert erhalten. Wichtig ist, dass der Kanton die Koordination und die Verantwortung übernimmt und die Gemeinde Menzingen dabei unterstützt, denn das kann nicht allein in der Verantwortung der Gemeinde Menzingen liegen. Auch die andern Gemeinden des Kantons Zug sind aufgefordert mitzuwirken. Tagesstrukturen und Tätigkeiten geben den Asylsuchenden eine Befriedigung. Es gibt sicher verschiedene Arbeiten, die von Asylsuchenden verrichtet werden könnten.
• Durch die aktuellen Tendenzen im Bereich der Asylgesuche werden Bund, Kantone und allfällige Standortgemeinden noch mehr gefordert sein, für die Unterbringung der Asylsuchenden Lösungen zu finden. Eine konstruktive Zusammenarbeit und die Unterstützung aller Beteiligten wird einen positiven Beitrag leisten können. Es gibt aber auch neue Herausforderungen. Zu denken ist insbesondere an eine Ausbreitung der Viruserkrankung Ebola in Zusammenhang mit den Flüchtlingsströmen. Es ist zu hoffen, dass die Einschätzung des Bundesrats, der die Gefahr einer Ausbreitung für die Schweiz derzeitig als sehr klein einstuft, auch langfristig richtig bleibt.
Die Votantin schliesst ihre Stellungnahme mit den Worten des am Anlass in Menzingen anwesenden Stadtpräsidenten von Bremgarten: «Fürchtet euch nicht.» Diese Aussage ist selbsterklärend und gibt zusammengefasst die wichtigsten Erfahrungen wieder, welche Bremgarten im ersten Jahr mit seiner Asylunterkunft gemacht hat. Die Votantin ist zuversichtlich, dass das auch das Fazit vom Gubel sein wird.

Auch für **Stefan Gisler** als Sprecher der AGF geht es um eine gute Kooperation zwischen Bund, Kanton und Gemeinde. An der erwähnten Informationsveranstaltung in Menzingen sagte Gemeindepräsident Roman Staub, dass die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration, dem Kanton und der Zuger Polizei hervorragend sei und der Gemeinderat hinter den getroffenen Massnahmen zur Betreuung und zur Sicherheit stehe; für diese Massnahmen ist ja der Bund zuständig, nicht der Kanton.
Als das vorliegende Geschäft zum ersten Mal traktandiert war, fand gerade die Fussball-Weltmeisterschaft statt. Der Votant litt – wie vermutlich viele im Kantonsratssaal – mit der Schweizer Nationalmannschaft mit, welche damals im Achtelfinal gegen Argentinien kämpfte und in der Verlängerung unglücklich verlor. Neun von elf Spielern, die sich damals für die Schweiz engagierten, hatten einen Migrationshintergrund, stammten aus dem Kosovo, aus Kroatien, von den Kapverdischen Inseln etc. Trotz der Niederlage war der Votant stolz auf alle Spieler. Er kennt zwar deren Biografie bzw. deren Eltern nicht, vielleicht aber kamen einige von ihnen als Flüchtlinge in die Schweiz. Und wer weiss: Vielleicht werden auch in Menzingen Menschen empfangen, die sich einmal für die Schweiz engagieren werden, vielleicht nicht als Fussballer, aber doch in der Wirtschaft, im Gastgewerbe, in der Landwirtschaft, auf dem Bau, im Gesundheitswesen etc. Diese Menschen sollen deshalb auch als Menschen empfangen werden. Probleme kann und wird es viel-

leicht auch geben, aber es gelten dabei – das vergisst die Ratsrechte zum Teil – Regeln und Gesetze, sowohl für die Asylsuchenden als auch für alle andern. Daran wird man die Regierung und die Polizei messen: Wer sich nicht an die Regeln hält, muss und soll die Konsequenzen tragen. Das wird auch in der Asylunterkunft in Menzingen der Fall sein.
Als Direktanwohner einer grossen Asylunterkunft kann der Votant versichern, dass ein Mit- und Nebeneinander gut möglich ist. Das versicherte – wie bereits erwähnt – auch der damals in Menzingen anwesende Stadtammann von Bremgarten, Raymond Tellenbach, ein FDP-Mitglied. Dieser hat tatsächlich gesagt: «Fürchtet euch nicht.» Er hat auch gesagt, dass es in Bremgarten aufgrund der guten Konzepte keine nennenswerten Sicherheitsprobleme gab und dass das lokale Gewerbe von Aufträgen profitierte. Bremgarten – der Votant hat sich nochmals erkundigt – wäre froh, wenn die Unterkunft länger bestehen bliebe, weil alle sehr zufrieden sind und eben auch das Gewerbe profitiert. Auch die Gemeinde Menzingen wird darauf achten, dass die Koordination gut funktioniert, und der Votant ist überzeugt, dass der Bund hier mitspielen wird.

Karl Nussbaumer dankt namens der SVP-Fraktion der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Am 25. Juni 2014 fand ein Infoabend über die geplante Asylunterkunft auf dem Gubel statt. Die total gefüllte Schützenmatthalle zeigte die Ängste und Besorgnis der Menzinger Bevölkerung auf. Vieles, wonach auch in der Interpellation gefragt wurde, wurde bereits an diesem Infoabend beantwortet. Es wird sich zeigen, ob alles so umgesetzt wird, wie es an diesem Abend versprochen wurde. Die SVP-Fraktion hat zwei Forderungen an die Regierung:
• Die Zuger Polizei bekommt ca. 120'000 Franken für eine zusätzliche Stelle und die Unterstützung der Sicherheit für die Asylunterkunft Gubel. Die SVP-Fraktion fordert den Regierungsrat auf, diese Mittel für eine erhöhte Präsenz der Polizeidienststelle Menzingen einzusetzen, damit auch die Dienststelle Menzingen am Tag, unter der Woche, immer besetzt ist. Dies gibt der Bevölkerung mehr Sicherheit: Es ist immer besser, vor Ort mehr Präsenz zu markieren als auf dem Posten in Zug. Dies wird auch von einem Teil der Menzinger Bevölkerung gefordert.
• Ist die Regierung bereit, sich dafür einzusetzen, dass die jetzigen Asylbewohner dem kantonalen Verteilschlüssel angerechnet werden und so die Gemeinde Menzingen von den jetzigen Asylbewohner entlastet würde?
Die SVP des Kantons Zug wird weiterhin für eine strengere Asylpolitik kämpfen, und sie wird ein wachsames Auge auf die Asylunterkunft auf dem Gubel halten. Auch wird sie sich für die Anliegen der betroffenen Bevölkerung von Menzingen und Unterägeri einsetzen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern: Die Menzinger Bevölkerung kam – wie mehrfach erwähnt – Ende Juni tatsächlich sehr zahlreich an die Informationsveranstaltung und stellte viele Fragen. Grundsätzlich wurden die Ausführungen sehr wohlwollend und sehr interessiert aufgenommen. Die heute gestellten Fragen kann die Direktorin nur zum Teil beantworten; sie ist froh, wenn sie die Antworten noch nachträglich liefern kann. So muss sie bezüglich der Frage zur Hotline noch zusammen mit der Sicherheitsdirektion abklären, ob dies möglich ist.
Die Sicherheitspauschale beträgt rund 110'000 Franken pro Jahr und hundert Unterkunftsplätze. Die Abgeltung ist speziell für die Kantonspolizeien gedacht, geht also auf das Konto der Sicherheitsdirektion. Es liegt dann an der Polizei, wie sie dieses Geld einsetzt. Es ist heute noch zu früh für eine genaue Auskunft darüber, welches die Bedürfnisse des Gemeinderats und der Bevölkerung sind und wie die Polizei

dieses Geld einsetzt. Auf jeden Fall steht es für zusätzliche Aufwendungen der Polizei aufgrund der Bundesunterkunft Gubel zur Verfügung.
Die Frage von Karl Nussbaumer bezüglich Verteilung hat der Regierungsrat schon mehrmals beantwortet. Im Gesetz steht, dass die Verteilung proportional erfolgt. Der Bund weist dem Kanton Zug 1,4 Prozent der Asylsuchenden zu, was hundert oder hundertzwanzig Plätze bedeutet. Die kantonale Gesetzgebung schreibt eine proportionale Verteilung auf die Bevölkerung vor; es kann also keine Gemeinde ausgelassen werden. Die Verteilung im Kanton Zug ist heute wesentlich besser als vor einigen Jahren. Zwar beherbergen einzelne Gemeinden noch immer deutlich zu wenige Asylsuchende, diese Gemeinden sind jetzt aber wirklich aktiv und suchen nach Unterkünften, so dass Menzingen sicher etwas entlastet werden kann. Zuerst aber braucht es die Plätze in den anderen Gemeinden.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 9

1194 Interpellation von Mario Reinschmidt und Monika Weber betreffend sichere Strassen um Steinhausen

Es liegen vor: Interpellation (2366.1 - 14604); Antwort des Regierungsrats (2366.2 - 14677).

Mario Reinschmidt legt zuerst seine Interessenbindung offen: Sein Arbeitgeber ist die WWZ Energie AG. Er spricht auch im Namen seiner Mitinterpellantin Monika Weber und dankt dem Regierungsrat für die detaillierte Beantwortung der Fragen. Dass das Anliegen für die Steinhauser von hoher Bedeutung ist, kam in einem Zeitungsartikel Ende Juni 2014 zum Ausdruck.
Als FDP-Kantonsräte von Steinhausen erwarten die Interpellanten sichere Strassen um Steinhausen. Der grosse Kreisel im Gebiet Grindel ist erstellt, jedoch ohne Strassenbeleuchtung. Während der Stosszeiten ist dieser Kreisel stark frequentiert und sollte aus Sicherheitsgründen genügend beleuchtet werden. In Übereinstimmung mit Fachleuten und gestützt auf das kantonale Beleuchtungskonzept (Verkehrssicherheit, Lichtverschmutzung und Energieeffizienz) kam die Regierung in ihrer Antwort auf die Interpellation der FDP jedoch zum Schluss, dass Radfahrende und Autofahrer nicht häufig aufeinandertreffen und es keine Beleuchtung benötige. Massnahmen zur Verbesserung der frühzeitigen Erkennbarkeit des Kreisels werden von der Regierung aber geprüft.
Die Interpellanten sind mit der Antwort der Regierung nicht einverstanden. Ihrer Meinung nach müssen alle Kreisel im Kanton Zug aus Sicherheitsgründen beleuchtet werden. Besonders während der Wintermonate passiert ein grosser Teil des Berufsverkehrs im Dunkeln den betreffenden Kreisel, welcher als wichtiger Knotenpunkt im Kanton Zug eine hohe Bedeutung hat. Plant die Regierung noch konkrete Verbesserungen, oder wird zugewartet?
Mit dem Fahrrad von Steinhausen über das Gebiet Zimbel nach Blickensdorf zu fahren, ist besonders gefährlich. Die Höchstgeschwindigkeit auf diesem Streckenabschnitt liegt bei 60 km/h. An schönen Wochenenden erlebt man auf dieser engen Strasse besonders gefährliche Situationen zwischen Wanderern, Radrennfahrern, Bikern und Autofahrern. Es grenzt an ein Wunder, dass bei den gefährlichen Ausweichmanövern bisher noch nie etwas passiert ist. Im kantonalen Richtplan ist eine direkte Radwegverbindung zwischen Steinhausen und Blickensdorf eingetragen. Ein Radweg von rund 2,5 Meter Breite ist südlich der Fahrbahn geplant, kann aber

nicht gebaut werden, da die benötigte Landfläche nicht erworben werden kann. Den Grundeigentümern kann die Regierung zurzeit keinen Realersatz bieten. Leider müssen die Velofahrer und Fussgänger auf diesem gefährlichen Streckenabschnitt weiterhin ein grosses Risiko auf sich nehmen. Wer sicher und ohne Stress nach Blickensdorf fahren will, sollte den langen Umweg entlang der Autobahn nehmen. Die Interpellanten hoffen, dass die Regierung nicht zuwartet, bis ein Unfall geschieht. Wer kümmert sich um den Realersatz? Die Interpellanten hoffen, dass die Regierung sich mit hoher Priorität dieser Sache annimmt und eine schnelle Lösung mit den Grundeigentümern findet.
Die Umfahrungsstrasse zwischen den Kreiseln Augass (nordwestlich der Autobahnbrücke) und Industrie-/Rigistrasse ist heute unbeleuchtet. Gemäss dem kantonalen Beleuchtungskonzept werden Kantonsstrassen ausserhalb des Siedlungsgebiets und ausserhalb des überbauten Innerortsbereichs nicht mehr beleuchtet. Die Regierung ist der Meinung, dass der Aspekt der Sicherheit mit korrektem Verhalten aller Verkehrsteilnehmer und genügender Beleuchtungsausrüstung der Radfahrenden gegeben ist. Tatsache ist aber, dass das Gebiet westlich von Steinhausen (Schlossberg und Bahnhof) dichter besiedelt wird und die Velofahrer den direkten Weg über die Umfahrungsstrasse und nicht den Umweg über den parallel verlaufenden Radweg wählen. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass das Beleuchtungskonzept zur Verbesserung der Sicherheit für den Langsamverkehr den neuen Gegebenheiten angepasst werden muss.

Baudirektor **Heinz Tännler** ist der Ansicht, dass der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Interpellation eigentlich alles gesagt hat. Er möchte aber trotzdem noch zu drei Punkten Stellung nehmen:
• Dass alle Kreisel beleuchtet werden sollen, wie die Interpellanten fordern, entspricht nicht der Meinung des Regierungsrats. Das erwähnte, 2008 verabschiedete Beleuchtungsreglement für Kantonsstrassen wurde mit grossem Aufwand zusammen mit Experten und Fachstellen erarbeitet und den Gemeinden zur Vernehmlassung zugestellt; Ergänzungen der Gemeinden wurden eingearbeitet. Das Reglement ist also breit abgestützt, und der Regierungsrat ist nicht bereit, davon wieder abzuweichen. Vielmehr setzt er es um, denn auf der anderen Seite kommen auch Fragen von Lichtemissionen und Energieverbrauch zum Tragen: Man soll nur dort beleuchten, wo es wirklich notwendig ist. Beim Kreisel Grindel ist es gemäss Beleuchtungsreglement nicht notwendig, eine Beleuchtung einzurichten. Die Baudirektion hat die Frage aber nochmals überprüft und festgestellt, dass es – mit Ausnahme von Rennvelofahrern – kaum Velofahrer gibt, welche diesen Kreisel passieren, geschweige denn Wanderer oder Fussgänger. Und Autos haben eine gute Beleuchtungsausrüstung auch für die Nacht oder für schlechte Witterung, sehen also aus genügender Distanz, dass ein Kreisel kommt; dieser ist ja auch signalisiert. Die Baudirektion wird entgegenkommenderweise in den nächsten sechs Monaten aber prüfen, ob der Kreisel anders gekennzeichnet werden muss. Eine Beleuchtung jedoch ist nicht vorgesehen.
• Es ist richtig, dass die Blickensdorferstrasse ein im Richtplan eingetragener Veloweg ist. Vor zwei Jahren wurden denn auch intensiv mit dem Grundeigentümer, der Waldgenossenschaft Steinhausen, verhandelt. Da aber beisst man auf Granit. Das Projekt ist bei der Baudirektion aber nicht schubladisiert. Vielmehr wird diese versuchen, eine Realersatzlösung hinzukriegen. Man war einmal sehr nahe daran, es hat sich dann aber wieder zerschlagen und braucht nun etwas Zeit. Sobald die Baudirektion eine Lösung sieht, wird sie dieses Projekt vorantreiben, damit die richtig aufgezeigten Gefahren auf der Blickensdorferstrasse relativiert werden können. Die Baudirektion bleibt hier am Ball.

• Zur Umfahrungsstrasse Steinhausen muss man wissen, was alles passiert ist: Die Beleuchtung auf der Autobahnüberführung und auf der Umfahrungsstrasse wurde gemäss Beleuchtungsreglement und in Absprache und mit dem Einverständnis der Gemeinde Steinhausen ausgeschaltet. Darauf haben gewisse Bürgerinnen und Bürger reklamiert – und schon erhielt die Baudirektion ein Schreiben der Gemeinde Steinhausen. Man hat darauf die Beleuchtung auf der Autobahnüberführung erneuert und wieder eingeschaltet. Dann kam das nächste Schreiben der Gemeinde Steinhausen, man müsse auch den neuen Kreisel Richtung Einkaufszentrum Zugerland beleuchten, was ebenfalls geschah; dann folgte der T-Knoten in eine Erschliessungsstrasse – und heute sind alle Knoten beleuchtet, inklusive Kreisel Augass. Man sieht: Es ist ein schwieriges Unterfangen. Man hat zwar ein Konzept, dann aber gibt es Reklamationen, und die Gemeinde schwenkt um, weil sie die Interessen der Bürger vertritt. In diesem Umfeld muss sich die Baudirektion bewegen. Solange aber das kantonale und – es sei wiederholt – zusammen mit den Gemeinden erarbeitete Beleuchtungsreglement seine Gültigkeit hat, setzt die Baudirektion es um. In diesem Sinn bittet der Baudirektor auch den Interpellanten um Verständnis.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

1195 Wahl einer Ersatz-Stimmenzählerin

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Stimmenzähler Franz Peter Iten die Sitzung wegen eines Todesfalls kurzfristig verlassen musste. Als Ersatz schlägt er Anna Bieri vor.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 10

1196 Interpellation von Andreas Hausheer und Gabriela Ingold betreffend Festlegung des Ausgangsdeckungsgrades durch den Vorstand der Zuger Pensionskasse

Es liegen vor: Interpellation (2399.1 - 14681); Antwort des Regierungsrats (2399.2 - 14688).

Gabriela Ingold dankt im Namen der beiden Interpellanten der Regierung für die kurze Antwort. Die Kommission zur Revision des Zuger Pensionskassengesetzes hat im letzten Jahr gute Arbeit geleistet, so dass am Ende der Beratungen eine ausgewogene Vorlage präsentiert wurde, zu welcher die Versicherten, die Behörden und die Politik Ja sagen konnten. Das Parlament hat vor allem auch zugestimmt wegen der Abläufe, welche kurz geschildert werden sollen.
Was wurde doch an diesen Kommissionssitzungen herumgeturnt! Die Kommission hat eine dreifache Schraube gemacht, um ein Wörtchen bei der Festsetzung des Ausgangsdeckungsgrads mitreden zu können. Ihr wurde stets von allen Seiten erklärt, dass dieser Satz zwingend aufgrund des Deckungsgrads per 31. Dezember 2013 festzusetzen sei. Als weiterer Grund wurde angeführt, dass diese Aufgabe neu in der Kompetenz des Vorstands liege. Die Hartnäckigkeit der Kommission hat sich in der Folge dann aber ausbezahlt. Nach diversen Abklärungen u. a. mit der Zentralschweizer Stiftungsaufsichtsbehörde hat der Vorstand der Zuger Pensionskasse aufgrund einer Empfehlung des Pensionskassenexperten eine Absichtserklärung für die Festsetzung des Ausgangsdeckungsgrades zuhanden des Kantons-

rats abgegeben. Bildlich gesprochen, hat der Vorstand damit mindestens einen Rückwärtssalto gemacht.
So weit, so gut. Nun mussten die zwei Interpellanten beim Studium des Geschäftsberichts 2013 der Zuger Pensionskasse fast auf der letzten Seite des umfangreichen Berichts, in einem kleinen Nebensatz, feststellen, dass der Satz nicht aufgrund der Daten 2013, sondern – wie nun von der Regierung ausgeführt – aufgrund der Daten 2012 festgesetzt wurde. Man könnte nun sagen: «Und deswegen macht ihr eine Interpellation? Da nimmt man doch den Telefonhörer zur Hand und ruft kurz an.» Das wollten die Interpellanten eben gerade nicht tun. Denn sie sind der Meinung, dass aufgrund der Abläufe während der Kommissionsberatungen hier nicht eine Holschuld des Milizparlaments, sondern eine Bringschuld der Verantwortlichen vorliegt. Zudem erachten die Interpellanten es als vorauseilenden Gehorsam, wenn aufgrund eines Rundschreibens der Oberaufsicht die auf politischer Ebene dem Kantonsrat abgegebene Absichtserklärung ohne entsprechende Orientierung und ohne Diskussion über den Haufen geworfen wird. Durch diesen Entscheid hat der Vorstand der Zuger Pensionskasse immerhin die Staatshaftung um weitere 4 Prozent ausgedehnt.
Den Interpellanten geht es grundsätzlich um das Prinzip im politischen Dialog. Derartige Vorkommnisse erleben sie nämlich nicht nur bei dieser Vorlage, sondern sie erkennen tendenziell eine Zunahme der Einflussnahme durch die Verwaltung, etwa durch Rundschreiben, Verordnungen etc., in welchen der politische Wille schnurstracks übergangen wird. Dagegen wehren sich die Interpellanten, denn sie möchten nach Treu und Glauben politisieren und auf gemachte Zusagen und Zusicherungen vertrauen können.
Die Aussagen in diesem Votum werden im Übrigen von der FDP-Fraktion voll und ganz unterstützt.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** kann die Ausführungen seiner Vorrednerin nachvollziehen und unterstützen: Die vorberatende Kommission hat tatsächlich gute Arbeit geleistet und eine gute Lösung für alle Beteiligten gefunden. Es ist richtig, dass der Vorstand der Pensionskasse die Zusage gemacht hat, dass er beabsichtige, im Jahr 2014 den Ausgangsdeckungsgrad rückwirkend per 31. Dezember 2013 festzulegen. Diese Absicht basiert auf einem Vorstandsbeschluss und wurde vom Finanzdirektor am 23. Mai 2013 im Kantonsrat bekräftigt. Am 4.Oktober 2013 ging dann aber bei der Pensionskasse ein Schreiben ein, im welchem die Oberaufsichtskommission berufliche Vorsorge darauf hinwies, dass die Ausgangsdeckungsgrade durch das oberste Organ spätestens bis 31. Dezember 2013 festzulegen seien; eine rückwirkende Festlegung auf den Jahresabschluss 2013 sei nicht möglich; vielmehr sei der Jahresabschluss 2012 heranzuziehen. Die Zuger Pensionskasse stellte dieses Schreiben ihrem Pensionskassenexperten zu und verlangte eine Beurteilung, und auch der Experte kam zum Schluss, dass die Pensionskasse den Ausgangsdeckungsgrad vor Ende 2013 festzulegen habe. Der Vorstand der Pensionskasse konnte also gar nicht anders, als auf das Ergebnis 2012 abzustützen, dies leider trotz der Zusage, welche der Finanzdirektor in der Kommission und im Kantonsrat gemacht hatte. Der Finanzdirektor bedauert dies, aber der Vorstand der Pensionskasse ist gehalten, den Weisungen und Rundschreiben der Oberaufsichtskommission Folge zu leisten.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 11

1197 Motion der SVP-Fraktion betreffend Vereinfachung und Beschleunigung von Unternehmensgründungen mit Bargeld

Es liegen vor: Motion (2370.1 - 14627); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2370.2 - 14754).

Manuel Brandenberg als Vertreter der Motionärin ist sich bewusst, dass die vorliegende Motion etwas quer in der politischen Landschaft steht. Bargeld ist heute mehr und mehr verpönt – eine Tendenz, die bewusst geschürt wird, auch von sich dafür zuständig fühlenden internationalen Gremien wie etwa der OECD in Paris mit ihren sehr vielen, gut bezahlten und zum Teil steuerbefreiten Verwaltungsleuten. Bargeld bedeutet Freiheit. Sehr viele haben ein *Kässeli* für die Not. Dieses *Kässeli* kann einem niemanden nehmen, und wenn irgendetwas passiert, entnimmt man ihm ein *Nötli* – und man ist wieder wer. Wenn es kein Bargeld mehr gibt, gibt es auch kein *Kässeli* mehr, sondern nur noch die Bank oder die Post, welche beispielsweise aufgrund eines behördlichen Fax alles sperren können – und man ist von einem Tag auf den anderen einfach niemand mehr. Das sollte man bedenken, wenn man über Bargeld nachdenkt, welches für die SVP-Fraktion und den Votanten persönlich ein Ausdruck der Freiheit ist.
Natürlich kann man mit Bargeld auch Schlechtes tun. Man kann Terrorismus finanzieren, Geldwäsche betreiben etc. Es ist im Leben aber mit vielem so, dass es für Gutes und für weniger Gutes eingesetzt werden kann. Die SVP-Fraktion findet nun, dass jemand, der eine Gesellschaft gründen will, auch mit Bargeld zum Notar gehen können soll. Der Gründer muss dann nicht warten, bis das Geld auf einem Bankkonto liegt und die Bank die gesetzlich vorgeschriebenen *Compliance*-Abklärungen durchgeführt hat: Wer ist der wirtschaftlich Berechtigte, welches ist der Hintergrund des Geldes, was wird damit gemacht, stammt das Geld vielleicht aus kriminellen Quellen? All das dauert notgedrungen seine Zeit und verzögert eine Gesellschaftsgründung. Manchmal aber braucht man im Wirtschaftsleben schnell ein neues Gefäss. Es gibt beispielsweise einen guten *Deal*, für den man aus steuerlichen oder wirtschaftlichen Gründen schnell eine neue Gesellschaft haben muss, und wenn man zu lange warten muss, kann das ökonomisch schädlich sein. Man soll also – das ist die Idee der Motion – mit Bargeld zum Notar gehen und die Gründung vornehmen können – wobei hunderttausend Franken, wie der Votant weiss, nicht ein grosses, sondern ein relativ kleines Bündel von Banknoten sind. Der Notar nimmt das Geld nicht entgegen, sondern stellt nur fest, dass das Gründungskapital vorhanden ist und die Gesellschaft gegründet werden kann. Das Geld nimmt der Gründer wieder mit. Was damit nachher passiert, ist nicht das Problem des Notars, sondern – wenn damit ein Konto eröffnet wird – das Problem der Bank. Vielleicht aber wird damit kein Konto eröffnet, sondern die Gesellschaft bezahlt mit dem Geld einen ersten Lohn, *Cash* gegen Quittung, das ist nach wie vor erlaubt. Man sollte hier also die freiheitliche Ordnung im Auge behalten. Die SVP hat deshalb etwas Schwierigkeiten mit den Ausführungen des Regierungsrats über die Problematik der Geldwäscherei, denn aus Sicht des Votanten handelt es sich nicht um eine unterstellungspflichtige Tätigkeit, so lange man als Notar das Geld nicht aufbewahrt. Und auch wenn man es aufbewahrt: Bargeld aufbewahren ist nicht unterstellungspflichtig. Das müsste der Regierungsrat also korrigieren, mit Verweis auf das FINMA-Rundschreiben 2011/1 Ziff. 122; der entsprechende Erlass stammt vom 20. Oktober 2010 und trat am 1. Januar 2011 in Kraft.
Auf Seite 3 seiner Ausführungen spricht der Regierungsrat von den *Globalstandards* und den Empfehlung der Groupe d'action financière (Gafi). Auch wenn der Kanton Zug und die Schweiz durchaus auf dem Globus liegen: Die *Globalstandards* sind

nicht unbedingt immer massgebend, und man muss auch nicht immer wie ein Mäuschen auf die Beamten der OECD schauen, sondern man soll überlegen, was das Gute und Richtige für die freiheitliche Staatsordnung im Kanton Zug ist. Und hier geht es ja um eine Standesinitiative. Wenn die Motion erheblich erklärt wird, geht das Anliegen nach Bern und wird dort – realistisch gedacht – in der Kommissionssitzung wahrscheinlich abgeschmettert. Es geht aber – wie gesagt – um einen Vorstoss des Kantons Zug nach Bern zur entsprechenden Änderung des Obligationenrechts.
Schade findet der Votant, dass der Regierungsrat versuchte, der SVP eine angebliche Widersprüchlichkeit aufzuerlegen. Auf Seite 2 sagt der Regierungsrat: «Fraglich ist bei dieser Formulierung [der SVP], ob diese Regelung wirklich ausschliesslich für Gründungen gelten oder auch bei Kapitalerhöhungen zur Anwendung gelangen sollte.» Die Antwort gibt der Regierungsrat im vorangehenden Absatz gleich selbst, indem er auf das Gesetz verweist und richtigerweise sagt: «Für Kapitalerhöhungen bei Aktiengesellschaften schreibt Art. 652c OR vor, dass die Einlagen nach den Vorschriften über die Gründung zu leisten sind.» Damit ist gesagt, dass die Regelung auch für Kapitalerhöhungen gelten würde; es liegt in der Formulierung der SVP also kein Widerspruch vor. Manchmal hat die SVP ein wenig das Gefühl, man versuche ihr irgendwelche Pseudo-Widersprüchlichkeiten zu unterschieben und sie als Trottel hinzustellen, die nicht einmal richtig formulieren können. Das ist schade, denn auch die SVP versucht, ihren Anteil beizutragen und ihre Arbeit für die Bürger des Kantons Zug zu leisten.
Der langen Rede kurzer Sinn: Es würde die SVP-Fraktion sehr freuen, wenn der Kantonsrat die vorliegende Motion erheblich erklären würde. Das Anliegen würde dann nach Bern gehen und dort ins Gesetzgebungsverfahren kommen. Was dann passiert, bleibt offen – das ist die bundesstaatliche Ordnung.

Andreas Hürlimann spricht für die AGF: In der Tat kann es heute mehrere Tage dauern, bis eine Bank die Bestätigung für eine Bargründung ausstellt. Das ist natürlich ärgerlich, zumal Firmengründungen in der Regel ja sehr spontan erfolgen. Man kennt das aus eigener Erfahrung: Da spaziert man nichtsahnend durch die Stadt, und zwischen dem Einkauf von Gummibärchen und Dessous für die Geliebte überfällt den Herrn von Welt das dringende Bedürfnis, ein kleines Unternehmen zu gründen – so mir nichts, dir nichts, weil man eben gerade sein *Notkässeli* dabei hat. Lästige Vorarbeiten wie Marktbeobachtungen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Patentabklärungen oder Namensfindung kann man ja getrost beiseitelassen. Grundsätzlich kann man das Anliegen, wie die eben wiedergegebenen Ausführungen des Online-Portals zentralplus.ch zeigen, also durchaus nachvollziehen.
Doch Spass beiseite: Zusammenfassend kann man die Begründung des Regierungsrats nur unterstützen. So führt er in der Interpellationsantwort aus: «Es besteht aber durchaus die Gefahr, dass mit der vorgeschlagenen Regelung vermehrt illegal erworbenes Geld in schweizerische Kapitalgesellschaften gelenkt würde, was weder im Interesse der Schweiz noch unseres Kantons liegen würde.» Die Regierung zeigt zudem auf, dass die Beratungen auf nationaler Ebene genau in die Gegenrichtung laufen: Gefragt sind striktere Regelungen bei Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, und National- und Ständerat gehe in diese Richtung voran. Dem ist nichts mehr beizufügen. Die AGF wird die Motion nicht erheblich erklären.

Cornelia Stocker: Die FDP war und ist irritiert über dieses Begehren. Es wundert sie auch, dass die SVP, die sich selber doch zu den wirtschaftsfreundlichen Parteien zählt, sich eines solch rückwärts gerichteten, absurden Anliegens annimmt. Man stelle sich vor: Im Zeitalter der Abkehr vom Bargeld will die SVP allen Ernstes,

dass man mit einem Koffer voll Banknoten zu einem Notar oder einem Gemeindeschreiber gehen kann, um eine Firmengründung oder eine Kapitalerhöhung vorzunehmen. Wenn die eingehenden Gelder nicht mehr von den Banken geprüft würden, müssten neu die Urkundspersonen dies tun. Nicht nur die Herkunft des Geldes wäre im Rahmen des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zu prüfen, sondern auch die Echtheit der Geldscheine müsste geprüft werden. Will man heute in einem Supermarkt mit einer Tausendernote bezahlen, wird man aus Sicherheitsgründen in neun von zehn Fällen abgewiesen. Gibt es eine Urkundsperson ausser Manuel Brandenberg, die freiwillig solche *Compliance*-Aufgaben übernehmen und bündelweise Banknoten daraufhin prüfen möchte, ob sie echt oder gefälscht sind? Banken haben aufgrund ihres internationalen Wirkens die besseren Prüfungsmöglichkeiten in allen Belangen.
Die FDP-Fraktion wird den Eindruck nicht los, dass die SVP einmal mehr eine Gelegenheit sucht, einen Keil in die im Grossen und Ganzen gut funktionierenden Prozessabläufe zu treiben. Auch die FDP findet nicht alles gut, was aus Bern oder Brüssel kommt, aber sie will deswegen nicht zurück ins Mittelalter. Und auch FDP-Mitglieder lieben die Freiheit und haben gerne etwas Bargeld im eigenen Sack.
Die Begründung der Motionäre scheint fadenscheinig und an den Haaren herbei gezogen, wenn nicht gar absurd. Gerade der Kanton Zug mit seinen kurzen Wegen ist dafür bekannt, dass innert *no time* eine Firma gegründet werden kann. Es gibt diesbezüglich also keinen Handlungsbedarf. Gewissen Auswüchsen und dem Hang zur Überregulierung im Zuge der Bankenkrise wie auch weiteren Einschränkungen im Kapitalverkehr steht die FDP sehr kritisch gegenüber. Schikanösen Machenschaften, egal aus welcher Küche sie kommen, möchte sie weiterhin und gemeinsam mit der SVP die Stirne bieten. Nicht Hand bieten wird die FDP aber der Erheblicherklärung der vorliegenden Motion. Diese ist ein Instrument zur Unterstützung der Geldwäscherei, welche die FDP dezidiert ablehnt. Die FDP unterstützt die Überlegungen und den Antrag der Regierung uneingeschränkt und dankt allen, die dies auch tun.

Manuel Brandenberg hält fest, dass die SVP gerne bereit ist, mit der FDP zusammenzuarbeiten, soweit diese vernünftig ist. Die Aussage, die Motion sei ein Instrument zur Unterstützung der Geldwäscherei, ist ehrenrührig – auch wenn diese Aussage in einem Parlament, das ja Immunität geniesst, zulässig ist. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass die SVP-Fraktion eine sehr sorgfältige Begründung für ihren Vorstoss eingereicht hat. Das Anliegen ist deshalb nicht einfach absurd. Und auch wenn man nun offenbar beginnt, es als absurd zu bezeichnen, wenn die SVP etwas unternimmt: Die Stimmbürger sehen das offensichtlich etwas anders.
In der Begründung des Vorstosses steht unter Ziff. 2: «In der Praxis kann es heute mehrere Tage oder gar Wochen dauern, bis eine Bank die Bankbestätigung für eine Bargründung ausstellt oder das Geld nach erfolgter Gründung den Eigentümern freigibt.» Das kann ein wirtschaftliches Problem sein, weil Firmengründungen oft sehr schnell gehen müssen – auch wenn man nicht zwischen dem Einkauf von Dessous für die Frau und von Bonbons noch schnell eine Gesellschaft gründet, bei welchem Anwalt auch immer. Weiter heisst es in der Begründung der SVP: «Vertrauen als Grundlage einer frei gewählten Geschäftsbeziehung in der von der vertraglichen Autonomie geprägten schweizerischen Rechtsordnung wird durch staatlich verordnetes Misstrauen und Anklagetonfall ersetzt. Hintergrund davon ist vordergründig die Geldwäschereibekämpfung, hintergründig und wohl eher die totale Kontrolle des Bürgers. Noch vor der totalen Kontrolle (international angestrebt durch den automatischen Informationsaustausch und die Aufhebung des Bankgeheimnisses) und als deren Wegbereiterin steht die Einschüchterung und

Verunsicherung der Bürger, die zu einer gegenseitigen Misstrauenskultur umerzogen werden. Der heilige Thomas von Aquin hat in ‹De regimine principum› (‹Über die Herrschaft der Fürsten›) darüber geschrieben.» Das ist ein Zitat aus der ach so absurden Begründung der SVP-Fraktion für diesen grundlegenden und sehr wichtigen Vorstoss.

Philippe Camenisch hat in der Vergangenheit sehr oft mit Firmengründungen zu tun gehabt, dies auf Seite der Banken. Was er hier zu hören bekommt, entspricht in keiner Weise der Realität. Bis eine Gesellschaft im Handelsregister eingetragen ist und über das Kapital verfügen kann, vergehen im besten Fall einige Tage, und es liegt nie an der Bank, dass es diese Zeit braucht. Über das Geld kann eine Firma erst dann verfügen, wenn sie ins Handelsregister eingetragen ist und Rechtsnatur erlangt hat. Sobald das geschehen ist und die entsprechenden Formalitäten erledigt sind, wird das Geld auf das ordentliche Konto der Gesellschaft übertragen und kann disponiert werden.
Im Übrigen sollte sich der Kanton Zug nicht mit solchen Vorstössen in Bern lächerlich machen. Es gibt andere Themen, beispielsweise der NFA, die der Kanton Zug mit Seriosität in Bern einbringen sollte. Wenn Zug Vorstösse wie den vorliegenden einbringt, werden sich in Bern vielleicht einige fragen, was denn da eigentlich aus Zug komme.

Philip C. Brunner nimmt das Stichwort «sich lächerlich machen» auf, auch hat ihn das Votum von Cornelia Stocker etwas erstaunt. Am Nachmittag wird der Rat in Zusammenhang mit dem Verwaltungsrechtspflegegesetz über die Problematik von elektronischen Daten sprechen. Cornelia Stocker hat Bargeld als mittelalterlich und altmodisch bezeichnet. Wenn die FDP tatsächlich Vertrauen hat in die Elektronik, dann stellt sich die Frage, warum sie das Scanning der Steuerdokumente thematisiert hat. Es geht immer um die gleichen grundsätzlichen Fragen, und man macht sich keineswegs lächerlich, wenn man diese Fragen diskutiert. Der Rat steht in der Verantwortung, sich gute Lösungen zu überlegen, sei es beim VRG oder beim Scanning. Diese Fragen hängen zusammen, und sie beschäftigen auch die Leute auf der Strasse, nicht nur die SVP.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist damit einverstanden, dass Bargeld ein Ausdruck der Freiheit ist. Gerade bei Alltagsgeschäften bezahlt man ja oft nicht mit der Karte. Ob eine Firmengründung ein Alltagsgeschäft ist oder nicht, sei dahingestellt, das Anliegen der SVP entspricht aber keinem echten Bedürfnis. Dem Volkswirtschaftsdirektor zumindest ist dieses Thema in den letzten Jahren aus Wirtschafts-, Anwalts- und Treuhänderkreisen noch nie als Problem oder Bedürfnis zugetragen worden. Und man ist sich im Kanton Zug eher zu handeln gewohnt, wenn tatsächlich ein Bedarf besteht. Hier aber besteht kein wirklicher Bedarf. Die Volkswirtschaftsdirektion hat zwar keine Umfrage bei der Wirtschaftskammer lanciert, diese formuliert ihre Bedürfnisse in der Regel allerdings von sich aus.
Allenfalls kann die Gesamtdauer, welche es für die Gründung einer Gesellschaft braucht, ein Thema sein. Hier gab es bis vor vier, fünf Jahren gewisse Signale, dass es beispielsweise beim Handelsregisteramt einen oder zwei Tage länger dauere. Das ist seit vier Jahren aber nicht mehr der Fall, und der Volkswirtschaftsdirektor hat aus Wirtschafts-, Treuhänder oder Anwaltskreisen seither keine einzige Reklamation gehört. Im Gegenteil: Man lobt die Effizienz und Professionalität nicht nur des Handelsregisteramts, sondern auch anderer involvierter Ämter wie des Migrationsamts, der Steuerverwaltung oder des Amts für Wirtschaft und Arbeit. Der Kanton hat darauf zu achten, dass die Eintragung rasch geschieht. Der Volkswirt-

schaftsdirektor warnt deshalb vor dem Gedanken, man könne etwas für die Freiheit tun, indem man in Bern ein unnötiges Gesetzgebungsverfahren anstösst. Das ist ja auch eine Frage von Ressourcen und Effizienz. Zudem geht es in Bern eher in Richtung Einschränkung von Bargeldgeschäften, und die Erwartung, dass das OR vom Bundesparlament im Sinne der SVP-Motion geändert würde, ist eher unrealistisch. Man sollte deshalb nicht unnötig eine Gesetzgebungsmaschinerie in Gang setzen. In diesem Sinn dankt der Volkwirtschaftsdirektor für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags auf Nichterheblicherklärung.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 51 zu 16 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 12

1198 Postulat von Daniel Stadlin betreffend Homeoffice für Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung

Es liegen vor: Postulat (2270.1 - 14388); Bericht und Antrag des Regierungsrats (2270.2 - 14769).

Daniel Stadlin dankt dem Regierungsrat für Bericht und Antrag und legt seine Interessenbindung offen: Er ist mit einem 40-Prozent-Pensum kantonaler Beauftragter für Kulturgüterschutz, dies bei der Direktion des Innern im Amt für Denkmalpflege und Archäologie.
Die Industriegesellschaft hat die Präsenzkultur mit sich gebracht, und diese lässt sich nicht so schnell ändern. Trotzdem sollten die Chancen für eine individuellere Gestaltung von Arbeit genutzt werden. Neue Arbeitsformen, sinnvoll eingesetzt, können in vielen Bereichen unseres Lebensraums günstige Auswirkungen haben. Dies hat auch der Regierungsrat erkannt. Gerne nimmt der Votant zur Kenntnis, dass die Regelung und Einführung von Homeoffice grundsätzlich begrüsst wird und entsprechend die Rahmenbedingungen und nötigen Instrumente laufend überprüft und wo nötig verbessert werden. Laut Bericht wird die Finanzdirektion dazu die rechtlichen, technischen und organisatorischen Regelungen ausarbeiten. Erfreulich ist auch, dass Homeoffice bereits in die strategische Büroraumplanung für das Verwaltungszentrum VZ3 eingeflossen ist. Da dessen Realisierung aber bereits vom Regierungsrat auf nach 2030 verschoben wurde, ist davon auszugehen, dass diese Vorgehensweise ein strategischer Grundsatzentscheid für die gesamte zukünftige Büroraumplanung der kantonale Verwaltung ist. Das zudem Mitarbeitende mit einem Arbeitspensum von weniger als 50 Prozent fortan keinen Anspruch mehr auf einen persönlichen Arbeitsplatz haben, ist richtig und im Hinblick auf das Entlastungsprogramm 2015–2018 auch ein sinnvoller Schritt zur notwendigen Senkung der Staatsausgaben. Auch der Votant ist von dieser Regelung betroffen: Er teilt seinen Arbeitsplatz bereits mit einer Mitarbeiterin.
Alles in allem ist der Votant mit den Ausführungen und den getroffenen Massnahmen zufrieden. Dem Antrag des Regierungsrats, das Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben, hat er nichts beizufügen.

Andreas Hürlimann spricht für die AGF. Er wird – ehrlich gesagt – aus der Antwort der Regierung auf das Postulat von Daniel Stadlin nicht so recht schlau. Da werden Ausführungen zu Bereichen gemacht, welche so im Postulat gar nicht gefordert werden. So wird beispielsweise keineswegs gefordert, dass es Stellen mit ausschliesslicher Teleheimarbeit geben soll. Warum aber werden immer wieder sehr prominent die Schreckgespenster und Nachteile der ausschliesslichen Teleheim-

arbeit – Gefahr der sozialen Isolation, höherer Koordinationsaufwand, ungeeigneter Arbeitsplatz zu Hause usw. – genannt? Ist es der Regierung doch nicht so ernst mit der Umsetzung von modernen Arbeitsmöglichkeiten inkl. Homeoffice und der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie?
Es scheint, als müsse sich das Personalamt und die Regierung erst einmal entscheiden, welche Art von Flexibilisierung des Arbeitsorts angestrebt werden soll. Soll grundsätzlich mehr Mobilität möglich sein, sollen also gewisse Arbeiten in der kantonalen Verwaltung vor Ort, unterwegs oder auch zuhause erledigt werden können? Soll die Möglichkeit des teilweise zuhause Arbeitens gegeben werden? Oder sollen doch Arbeitsplätze komplett ausgelagert werden, so dass manche Personen ausschliesslich von zuhause aus arbeiten? Letzteres wäre nicht zu begrüssen.
Die wichtigsten Gründe, mobile Arbeit und zeitweise Arbeit zuhause im Unternehmen zu fördern, sind: reduzierte ökonomische und ökologische Kosten, erhöhte Produktivität und erhöhte Arbeitgeberattraktivität. Zudem kann gelegentliches Arbeiten von zuhause aus die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stark verbessern. Es gibt aber einige Hürden welche es zu beachten gilt. Durch geschickte Regelungen, Richtlinien und moderne IT-Systeme sind diese jedoch keinesfalls Stolpersteine. Aber es gilt, sich zuerst einmal zu fragen, welche Vorgaben hinsichtlich Erreichbarkeit und allgemeinem Kommunikationsverhalten gemacht werden sollen. Wie kann der erhöhte Koordinationsaufwand, der durch flexibles Arbeiten entsteht, am besten bewältigt werden? Welche technischen Systeme, Unterstützungsangebote und Trainings sind nötig? Welche technischen Massnahmen und welche organisatorischen und Verhaltensregeln sind nötig, um die Datensicherheit zu gewährleisten? Wie sind Verantwortung und Haftung bei Verletzung der Datensicherheit geregelt? Alle diese Fragen gilt es noch zu klären. Umgekehrt muss darauf geachtet werden, dass die hohe Erreichbarkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die technische Möglichkeit, jederzeit antworten zu können, nicht zu einer Präsenz rund um die Uhr führt. Auch Homeworkerinnen haben ein Recht auf ungestörten Feierabend. Flexibilisierungspotenzial steckt nämlich in mehr Tätigkeiten, als auf den ersten Blick ersichtlich ist. Selbst ein Koch kann bestimmte Vorbereitungsaufgaben unter Umständen von zuhause aus erledigen, und medizinische Callcenter zeigen, dass Arzt und Patient nicht immer am selben Ort sein müssen.
Aus Sicht der AGF sollte alternierende Arbeit von zuhause und in der kantonalen Verwaltung angeboten werden; denn ausschliessliche Teleheimarbeit birgt viele Nachteile. Homeoffice richtig verstanden, nämlich als Ergänzung zur überwiegenden Arbeit vor Ort, kann aber viele Vorteile bringen, auch hinsichtlich der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In diesem Zusammenhang würde es interessieren, über welche Infrastruktur der Kanton heut schon verfügt. Der Votant hat gehört, dass es die Möglichkeit für einen virtuellen Desktop bereits gibt. Wie viele Mitarbeiterinnen nutzen dies schon? Wie viel kostet ein solcher Arbeitsplatz?
Was der Votant gänzlich vermisst in der Vorlage, sind die Preisschilder. Infrastruktur für Homeoffice ist heute nichts Besonderes mehr. Da müssten mindestens überschlagsmässig einige Kostenindikationen genannt werden können. Hier wird künftig auch die Stawiko ein Auge darauf haben müssen.

Roland von Burg hält als Sprecher der SVP-Fraktion fest, dass dieses Postulat ein praktisch gelöstes Problem anspricht. Gelöst deshalb, weil das Problem in der kantonalen Verwaltung – zumindest im Moment – nicht besser gelöst werden kann. Für die meisten Mitarbeitenden des Kantons ist Präsenz vor Ort unabdingbar. Beispiele dafür sind Polizei, Strassenverkehrsamt, Steuerverwaltung und natürlich Lehrpersonen. Man stelle sich vor, der Votant würde seine Lehrlinge von zuhause aus unterrichten! Diese Freude kann er ihnen wirklich nicht machen! Weiter ist bei

einer flächendeckenden Einführung von Homeoffice mit grossen Infrastruktur- und Personalkosten zu rechnen.
Mobiles Arbeiten unterwegs und gelegentliche Teleheimarbeit werden heute bereits praktiziert. Aus diesen Gründen empfiehlt die SVP-Fraktion, das Postulat erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Daniel Thomas Burch: Die FDP-Fraktion dank der Regierung für die plausiblen Ausführungen zum Postulat. Sie entnimmt den Ausführungen, dass der Regierungsrat sich bereits eingehend mit den Fragen Teilzeitarbeit und Homeoffice auseinandergesetzt hat.
Primäre Aufgabe der Verwaltung ist die Bereit- und Sicherstellung der verschiedenen Dienstleistung für die Bevölkerung und die Unternehmen. Dieser *Service public* hat nachfrageorientiert und während der üblichen Geschäftszeiten zu erfolgen. Erfreut nimmt die FDP zur Kenntnis, dass die Regierung diese Haltung teilt. Anders als in verschiedenen Branchen der Privatwirtschaft erfolgt die Erbringung der Dienstleistungen der Verwaltung hauptsächlich vor Ort, d. h. mit direktem Kundenkontakt. Dies erfordert eine Präsenz am *Point of Contact* und kann daher nicht vom privaten Büro aus erfolgen, möglicherweise noch mit Kindergeschrei im Hintergrund. Nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Privatwirtschaft verursacht Homeoffice in der Regel Mehrkosten und zusätzlichen Aufwand, primär in den Bereichen EDV und Kommunikation, aber je nach Tätigkeit auch im Bereich der Datensicherheit und der Koordination der Mitarbeitenden. Solche Mehrkosten sind nicht im Sinne des Steuerzahlers und müssen deshalb sorgfältig geprüft werden.
Mit einer gewissen Genugtuung nimmt die FDP Kenntnis von der neuen Bestimmung der Regierung, wonach Mitarbeitende mit einem Pensum von 50 oder weniger Prozent keinen Anspruch auf einen persönlichen Arbeitsplatz mehr haben. Allerdings ist die FDP der Meinung, dass auch Mitarbeitende mit höheren Pensen, die infolge ihrer Aufgabe nur selten am Arbeitsplatz sind, ebenfalls keinen solchen Anspruch haben sollten. Was in der Privatwirtschaft schon weit verbreitet ist, dürfte auch in der Verwaltung durchgesetzt werden können.
Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung, das Postulat erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Anna Bieri spricht für die CVP-Fraktion. Ihre Interessenbindung: Als Lehrerin an der Kantonsschule hat sie einerseits sehr strikte Präsenzpflichten, andererseits ist sie in den Planungsphasen lokal unabhängig.
Wie verändern sich Arbeitsplätze? Wie müssen Arbeitsplätze gestaltet sein, damit das Optimum für Arbeitgeber und Arbeitnehmer und insbesondere ein Maximum an Qualität erreicht wird? Welche Arbeitsplatzformen sind zeitgemäss und erlauben die Akquirierung guter oder allenfalls sogar bester Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Die CVP ist der Ansicht, dass diese Überlegungen für den Kanton als Arbeitgeber wichtig sind. Sie begrüsst die Auseinandersetzung der Regierung mit diesem Thema. Ebenfalls nimmt sie zur Kenntnis, dass die Haltung der Regierung gegenüber neuen Arbeitsformen wie Home- und Teleoffice bedeutend offener ist, als dies noch bei der Beantwortung eines Vorstosses im Jahr 2007 der Fall war. Hier warnt die CVP jedoch: Die Gegebenheiten einer Grossbank können nicht eins zu eins auf den Kanton als Arbeitgeber übertragen werden. Die Rahmenbedingungen bei den kantonalen Arbeitsstellen sind anders. Viele Stellenprofile bedingen Anwesenheiten. Die Zuger Verwaltung zeichnet sich durch eine gute Zugänglichkeit, eine hohe Kundenfreundlichkeit und eine kompakte Vernetzung aus. Das darf nicht leiden. Die Verwaltung muss gut koordinierbar bleiben. Die CVP-Fraktion geht mit dem Regierungsrat einig, dass aufgrund dieser Überlegungen eine breite Einführung

von Homeoffice kaum möglich und sinnvoll sein wird, und sie mahnt zu vorsichtiger Zurückhaltung. Die CVP schliesst sich daher dem Antrag der Regierung an.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort. Aus dieser ergibt sich, dass der Regierungsrat eine ausschliessliche Telearbeit nicht für sinnvoll erachtet, sie punktuell aber sehr wohl als Möglichkeit offen lassen möchte. Dazu müssen aber gewisse Voraussetzungen geschaffen werden. Es braucht Vorgaben und Bestimmungen, die einzuhalten sind. So sollen die Kundenfreundlichkeit, die Erreichbarkeit, die Leistungsfähigkeit nicht leiden; auch müssen für Mitarbeitende, die von zuhause aus arbeiten, Arbeitspakete und Leistungen definiert sein, und die Leistung und die Verfügbarkeit müssen messbar sein. Der Regierungsrat ist – wie im Bericht geschrieben – daran, entsprechende Weisungen und Verordnungen auszuarbeiten bzw. anzupassen und die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die technischen Voraussetzungen für Homeoffice sind heute eigentlich gegeben. die Frage ist aber, welche weiteren Bedingungen oder Vorgaben noch zu definieren sind. Und daran arbeitet die Regierung.
Den externen Zugriff auf das E-Mail-System des Kantons Zug nutzen heute bereits rund 600 Mitarbeitende. Einem engeren Kreis – dazu gehören die Mitglieder des Regierungsrats – vorbehalten ist der externe Zugriff auf die volle IT-Infrastruktur. Grundsätzlich will der Regierungsrat in dieser Angelegenheit schrittweise und pragmatisch vorwärtsgehen, und er sieht die Chancen, aber auch die Risiken in Bereich Homeoffice.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 62 zu 0 Stimmen erheblich und schreibt es als erledigt ab.

TRAKTANDUM 13

1199 Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anwendung der Gesetze für Radfahrer und der Wald- und Flurbenützung durch Freizeit-Sportarten

Es liegen vor: Postulat (2311.1 - 14491) Bericht und Antrag des Regierungsrats (2311.2 - 14728).

Urs Raschle hält sein Votum als Mitpostulant und nach Absprache mit dem Hauptpostulanten Franz Hürlimann. Dieser ist alles andere als einverstanden und überhaupt nicht zufrieden mit der Antwort der Regierung. Für ihn verschliesst die Regierung die Augen vor dringenden Problemen und gibt ungenügende Antworten auf seine Fragen. Alle hier kennen Franz Hürlimann – und können sich vorstellen, wie er nun am Rednerpult poltern würde.
Die Problematik besteht und wird auch von der Regierung nicht in Abrede gestellt. Doch heisst es auch bei dieser Frage, das Augenmass zu behalten und objektiv zu bleiben. Die grosse Mehrheit der Bikerinnen und Biker und der Outdoor-Sportler halten sich nämlich an die Regeln und respektieren die Vorschriften bzw. andere Freizeitgeniesser. Leider gibt es auch hier eine kleine Minderheit, welche sich nicht an die Regeln hält und deshalb eine ganze Gruppe in Verruf bringt. Dort braucht es striktere Massnahmen – bis hin zu Bussen –, auch im Interesse derjenigen, welche sich an die Regeln halten. Und hier ist den Verantwortlichen der IG Mountainbike ein Kränzchen zu winden. Immer wieder verschicken sie nämlich E-Mails an ihre Kolleginnen und Kollegen mit der Aufforderung, sich an die Regeln zu halten. Das ist sehr vorbildlich und ein gutes Beispiel für Selbstregulation. Aber es war nicht immer so, und es ist der Arbeit der Regierung zu verdanken, dass das Gespräch

mit den Bikerinnen und Bikern gefunden werden konnte. An der Erarbeitung des «Leitbilds Zugerberg» waren sie noch nicht beteiligt, doch wurde von allen involvierten Parteien erkannt, dass es wichtig ist, für die Biker ein passendes Angebot zu entwickeln, woraus das Projekt einer Downhill-Strecke entstand. Dabei geht es um eine geschickte Art der Besucherlenkung, eines Zauberworts in der Antwort der Regierung. Laut Regierungsrat ist es wichtig, die Besucher gezielt zu lenken und dabei auch Sensibilisierungsmassnahmen einzusetzen, damit sich die verschiedenen Benutzer unterschiedlichster Outdoor-Sportarten gegenseitig respektieren. Dieser Ansatz ist bestimmt nicht falsch und wird in erfolgreichen Tourismusregionen bereits angewendet.
So weit, so gut. Aber, so fragt man sich, wo sind die Taten? Warum gibt es zum Beispiel noch keine Bike-Strecken, die entsprechend signalisiert sind? Oder anders gefragt: Bis wann können Biker gezielt ins Tal gelenkt werden? Und wie ist es mit den Schneeschuhläufern? Ist es wirklich getan, wenn die Trails auf einer Karte eingezeichnet sind? Damit wieder Ruhe im Tannenwald einkehrt resp. Franz Hürlimann in seinem Weidli wieder zufrieden ist, muss der Regierungsrat die entsprechenden Massnahmen gezielter angehen und umsetzen. Dies im Sinne aller und ergibt eine *Win-win-win*-Situation.
In diesem Sinne nehmen die Postulanten die Antwort der Regierung zur Kenntnis und stellen keinen Gegenantrag. Allerdings ist nicht ganz klar, welches der Antrag der Regierung ist: Nichterheblicherklärung oder Erheblicherkärung? Darauf gibt es aber sicher bald eine Antwort.

Esther Haas nimmt es vorne weg: Die AGF geht mit der Regierung einig, das Postulat – so hat es die AGF verstanden – nicht erheblich zu erklären. Der Postulant stellt Forderungen, die bereits in der Planungs- oder Umsetzungsphase sind. Die wilden Downhill-Strecken werden wohl bald der Vergangenheit angehören, wenn der offizielle «Montana-Downhill» dereinst realisiert ist. Am Gurten bei Bern beispielsweise wird eine solche Strecke bereits erfolgreich betrieben. Weitere Entflechtungen zwischen der Biker- und Wanderszene braucht es nicht, denn damit würde der von allen Seiten anerkannte Schutz des Waldes und der Lebensräume von Tieren und Pflanzen zusätzlich erschwert.
Und da wäre ja noch das Übertretungsstrafgesetz, welches der Hauptpostulant in der betreffenden Kantonsratsdebatte abgelehnt hat. Mit dem Übertretungsstrafgesetz steht ein weiteres Instrument bereit, welches den Aufsichtsorganen in Wald, Landschaft und Fischerei die Möglichkeit gibt, vor Ort Ordnungsbussen auszusprechen, falls die Sport- und Naturliebhaber sich nicht an allgemein verbindliche Verhaltensregeln halten wollen. Die AGF ist überzeugt, dass die Wald- und Flurbenützung keine weiteren Massnahmen braucht. Die Bevölkerung lässt sich sensibilisieren, die Verantwortlichen der Direktion des Innern suchen mit den verschiedenen Nutzergruppen das Gespräch. Und die wenigen Unvernünftigen, die ihren Spass an vorderste Stelle setzen und sich in der Natur nicht zu benehmen wissen, werden halt vor Ort gebüsst.

Matthias Werder spricht für die SVP-Fraktion. Es ist bekannt, dass es schon emotionsgeladene Konflikte zwischen verschiedenen Nutzergruppen – Wanderern, Velofahrern, Pferdesportlern, Landwirten etc. – gegeben hat. Der Kanton hat aber bereits genügend Anstrengungen unternommen und mit den verschiedenen Vereinen Gespräche geführt. Die SVP setzt auf Respekt und ein gesundes Miteinander anstelle weiterer Regulierungen. Sie dankt dem Regierungsrat für die gute Beantwortung und unterstützt den regierungsrätlichen Antrag, das Postulat nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält zur Frage von Urs Raschle vorab fest, dass der Regierungsrat die Nichterheblicherklärung der Postulats beantragt. Dass der Hauptpostulant mit der Antwort der Regierung nicht einverstanden ist und wie er im Rat nun poltern würde, kann sich der Baudirektor gut und bildlich vorstellen. Immerhin kann er für sich in Anspruch nehmen, dass er mit dem Hauptpostulanten auf einer schönen Wanderung alle fraglichen Routen abgelaufen ist und sich zeigen liess, wo die bösen Mountainbiker falsch gefahren sind etc. Er weiss also, dass der Hauptpostulant ganz und gar nicht damit einverstanden ist, wie es heute läuft. Der wichtigste Punkt aber wurde bereits gesagt: Die meisten halten sich an die Regeln. Wenn man gegen die anderen nun aber rigoros – mit Bussen etc. – vorgehen würde, würden sich die Betroffenen sicher an Zug Tourismus wenden und sich beschweren über den Kanton, die böse Baudirektion oder die böse Direktion des Innern. Deshalb ist der in der regierungsrätlichen Antwort ausgeführte Ansatz richtig: einerseits Toleranz und Sensibilisierung, andererseits Augenmass und Vernunft, wenn es um das Büssen geht. In diesem Sinn hält es der Regierungsrat für richtig, mit Leitbildern wie dem erwähnten «Leitbild Zugerberg» die Besucherlenkung zu forcieren und das Neben- und Miteinander von Bikern, Wanderer etc. auch mit entsprechender Signalisation sauber abzustecken. Bezüglich der als mangelhaft bezeichneten Signalisation ist die Baudirektion dankbar um konkrete Hinweise, um auch dort die nötigen Verbesserungen vornehmen zu können. Ein Vorteil sind auch Vereine wie die IG Mountainbike. Es gibt in diesen Gebieten aber auch viele Nutzer, die nicht organisiert und damit für die Baudirektion nicht erreichbar sind – und die machen, was sie wollen. Diese stellen ein Problem dar, zumal sie sich auch nicht immer inflagranti erwischen lassen, wenn sie etwas falsch machen. Mit dem «Leitbild Zugerberg», der Downhill-Strecke, die auf gutem Weg ist und bald im Richtplan festgesetzt werden kann, hat man aber die richtige Stossrichtung gefunden. Man kann auch sagen, dass die Vereinbarung mit den Sicherheitsassistenten, die man nun in den Naturschutzgebieten, etwa im Reussspitz, einsetzt, gut funktioniert. Wenn diese Sicherheitsassistenten aber Bussen aussprechen, gibt das jeden Mal ärgerliche Rückmeldungen an die Baudirektion. Es ist verständlich, dass die Gebüssten keine Freude haben, umgekehrt kommen aber auch Vorwürfe, wenn man nichts unternimmt. Auf diesem Hintergrund muss man – wie schon gesagt – einerseits mit Toleranz und Sensibilisierung zu operieren versuchen, andererseits die Regeln mit Augenmass durchsetzen.
In diesem Sinne bittet der Baudirektor den Sprecher der Postulanten um eine entsprechende Rückmeldung an den Hauptpostulanten: Die Regierung versteht sein Anliegen, will andererseits aber nicht rigoros dreinfahren.

Landschreiber **Tobias Moser** stellt klar, dass der Regierungsrat in seinem schriftlichen Antrag die Nichterheblicherklärung des Postulats beantragt. Die Regierung erachtet das Anliegen des Postulats aber als erfüllt und stellt nun – gestützt auf die Vorbereitung des Geschäfts in der Sitzung von vorgestern – Antrag auf Erheblicherklärung und Abschreibung.

Stimmenzähler Franz Peter Iten ist in den Ratssaal zurückgekehrt und übernimmt seine Aufgabe wieder selbst.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 61 zu 0 Stimmen erheblich und schreibt es als erledigt ab.

TRAKTANDUM 14

1200 Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Einhaltung von Raumplanungsvorschriften insbesondere Bauen ohne Baubewilligung und zur Umsetzung der Baupolizei

Es liegen vor: Interpellation (2338.1 - 14545); Antwort des Regierungsrats (2338.2 - 14713).

Hanni Schriber-Neiger dankt namens der AGF der Regierung für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. In den letzten Jahren und Monaten musste gehäuft festgestellt werden, dass in verschiedenen Gemeinden ohne Baubewilligung um- oder ausgebaut wurde, auch in sensiblen Zonen, d. h. ausserhalb der Bauzonen. Gerade dort ist ein besonderes Augenmerk nötig. Darum fordert die AGF besser koordinierte Kontrollen durch Gemeinden und Kanton.
Eine Entflechtung von Baubewilligungsbehörde und Baupolizei hätte ein Lösungsansatz gegen das illegale Bauen sein können. Dies will die Regierung nicht, was die AGF nicht verstehen kann, denn das Problem des illegalen Bauens besteht weiterhin: Das Studium der Baugesuche in den Zuger Amtsblättern des letzten halben Jahres hat ergeben, dass durchschnittlich mindestens ein Baugesuch pro Woche als «nachträgliches Baugesuch» eingereicht werden musste, weil bereits gebaut worden war. So hakt die AGF nach und fragt: Wie kann die Regierung ihre Aufsichtspflicht über die Gemeinden betreffend Baugesuche – ausserhalb des Waldes – sicherstellen und ihre baupolizeilichen Aufgaben hundertprozentig erfüllen?
Erfreut nimmt die AGF zur Kenntnis, dass die Regierung aktiver und mit mehr Aufwand koordinieren will und dass die Bauchefs der Gemeinden sensibilisiert worden seien. Darauf müsste die Regierung sich behaften lassen, falls es zu weiteren illegalen Bauten kommt. Dass es proaktiver geht, zeigt die regierungsrätliche Antwort ebenfalls: Die Direktion des Innern hat in ihrem Zuständigkeitsbereich Wald das bestehende Recht konsequent durchgesetzt und über 250 Bauten überprüft und Massnahmen erlassen. Ein guter Weg ist also aufgezeigt.

Markus Jans als Sprecher der SP-Fraktion: Die Antwort des Regierungsrats fällt in der Sache klar aus und ist nachvollziehbar. Beim genaueren Durchlesen aber stellt sich der SP-Fraktion die Frage, weshalb illegale Bauten in den Gemeinden und im Wald oft über Jahre unbemerkt bleiben. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort: «Wer bewilligt, vollzieht.» Was einfach tönt, scheint insbesondere gewisse Gemeindebehörden zu überfordern; der Spielraum wird grosszügig ausgenützt, oder der Bogen wird ab und zu auch überspannt. Die Regelungsdichte im Bauwesen ist hoch. Von den Behörden darf trotzdem erwartet werden, dass Baubewilligungen und Auflagen gemäss den gesetzlichen Vorgaben umgesetzt werden. Nicht nur die kleinen Gemeinden sind bei komplexen Baubewilligungsverfahren mit der Umsetzung der Gesetze teilweise massiv überfordert. Zudem spielen oftmals die persönlichen Beziehungen eine Rolle, ob ein Bewilligungsverfahren schlank durchgeht oder eben nicht.
Für die Erfüllung der baupolizeilichen Aufgaben fehlt es in den Gemeinden oft an Personal. Umso wichtiger ist es, dass der Kanton in Erfüllung seiner Oberaufsicht vermehrt darauf achtet, dass für die Gemeinden mit der Baubewilligung die Aufgabe nicht abgeschlossen ist, sondern die baupolizeilichen Aufgaben ebenso dazu gehören. So hat der Regierungsrat erst kürzlich bei einem aufsichtsrechtlichen Verfahren eine Gemeinde angewiesen, einen Baustopp zu verfügen. Die Gemeinde kam dieser Aufforderung über Wochen nicht nach, oder der Bauherr hat sich schlicht nicht darum gekümmert, die Auflage umzusetzen. In solchen Fällen wäre der Regierungsrat resp. die Baudirektion aufgefordert, entsprechend einzuschreiten und

nicht darauf zu warten, dass Drittpersonen ein weiteres Mal intervenieren. In diesem Sinne begrüsst die SP-Fraktion sehr, dass die Baudirektion an gemeinsamen Sitzungen mit den Bauchefs der Gemeinden darauf hinwirkt, dass die Verfahren im Kanton vereinheitlicht und aufeinander abgestimmt werden.

Thomas Werner als Sprecher der SVP-Fraktion: Die AGF suggeriert in ihrer Interpellation, dass mehr illegale Bauten erstellt würden, weil die Kontrolle den Gemeinden unterliegt. Sie suggeriert auch, dass diese Kontrolle nicht gut sei und besser wäre, wenn sie zum Beispiel von einer zentralen, kantonalen Stelle ausgeführt würde. Sie schlägt auch gleich vor, das Baupolizeiverfahren übergemeindlich zu regeln, etwa wie es im Kanton Bern durch ein Regierungsstatthalter-Amt getan wird. Dieser Idee kann der Votant nichts abgewinnen. Erstens muss der Kanton Zug sich nicht unbedingt am Kanton Bern orientieren. Zweitens will hier die Linke einen neuen Verwaltungsapparat aufbauen, der, sobald er installiert ist, wie alle Ämter immer grösser und teurer wird; dass die erbrachten Leistungen besser würden, kann bezweifelt werden. Drittens wurde bereits die Spitex zentralisiert. Synergien könnten genutzt und Geld gespart werden, hiess es, eingetreten aber ist das Gegenteil. Viertens wurde die KESB zentralisiert. Die Kosten ufern auch dort aus. Alle wissen heute, dass die Installation neuer Ämter zu grossen Mehrausgaben führt. Dank der SVP, die alleine, aber erfolgreich gegen das Integrationsgesetz kämpfte, konnte wenigstens in diesem Bereich die Schaffung einer neuen Amtsstelle verhindert werden. Die SVP nimmt das Sparen eben sehr ernst.
Es geht aber nicht nur darum, die Verwaltung nicht zu zentralisieren und nicht aufzublähen, um Kosten zu sparen. Es geht auch um Kompetenzen, die nun mal bei den Gemeinden liegen. Es geht auch darum, dass am Grundsatz «Wer bewilligt, kontrolliert auch» festgehalten wird. In diesem Sinne dankt der Votant im Namen der SVP-Fraktion der Regierung für die ausführliche Antwort.

Barbara Strub nimmt im Namen der FDP-Fraktion und als Präsidentin der Raumplanungskommission Stellung. Die Interpellanten rufen mit ihren Fragen bezüglich Baupolizei nach einer weiteren Regulierungs- und Beaufsichtigungsstelle im Kanton Zug. Dies ist für die FDP-Fraktion nicht erwünscht. Mittels Orts- und Richtplanvorgaben, Bebauungsplänen, Zonen- und Bauvorschriften ist eigentlich alles geregelt, damit das Bauen korrekt ablaufen kann bzw. könnte. Wo der Kanton – beispielsweise im Wald – bzw. die Gemeinden zuständig für Bewilligungen sind, dort soll auch von den entsprechenden Bewilligungsbehörden kontrolliert werden. Wenn eine Gemeinde einen Bau bewilligt, soll sie ihn auch kontrollieren. Wie der Regierungsrat ist auch die FDP-Fraktion der Meinung, dass alle polizeilichen Aufgaben zwingend von der zuständigen Baubewilligungsbehörde wahrzunehmen sind.
Die FDP ist sich einig, dass die Gemeindeautonomie, wie sie heute gelebt wird, erhalten bleiben soll, dies auch im Sinne unseres föderalistischen Systems. Die Baudirektion unterstützte die gemeindlichen Bauchefs bisher und wird das auch weiterhin tun. Die FDP begrüsst diese Zusammenarbeit. Da das Bauen ein ständig komplexeres Vorhaben wird, ist die Zusammenarbeit immer wichtiger. Dabei soll es nicht nur um juristischen und fachlichen Austausch gehen, sondern es soll auch immer der gesunde Menschenverstand dabei sein.
Der FDP-Fraktion ist in der Antwort auf die Interpellation aufgefallen, dass in den vergangenen Jahren 250 Waldhütten kontrolliert und geprüft wurden. Da stellen sich Fragen: Wer hat diese Hütten mit wie vielen Arbeitsstunden resp. -stellen geprüft? Wie viele dieser Bauten mussten rückgebaut werden? Ist dies nicht eine ständige Aufgabe des Försters? Die FDP dankt der Regierung für zusätzliche Informationen.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass sich die meisten an die Baugesetze und Baureglemente halten. Es gibt aber auch hier Ausnahmen, und gerade im Ennetsee musste man im letzten Jahr gehäuft feststellen, dass ausserhalb der Bauzone ohne Bewilligung gebaut wurde oder man sich nicht an die Bewilligung hielt. Diese Einzelfälle wurden aber aufgedeckt, und man hat entweder den Rückbau verfügt, oder es musste nachträglich ein Baugesuch eingereicht werden, das bewilligt oder auch nicht bewilligt wurde. Die Zuständigkeit, auch bezüglich Baupolizei, liegt klar bei den Gemeinden. Welche Kernaufgaben hätten denn die Gemeinden noch, wenn man diesen Bereich zentralisieren würde? Grundsätzlich hat man mit dem dezentralen System gute Erfahrungen gemacht, zumal auch die Kundennähe hier sehr viel bringt. Eine Zentralisierung wäre ressourcenaufwendig und würde nicht zum Entlastungsprogramm des Kantons mit Personalstopp etc. passen. Deshalb sollte am System nichts geändert werden, Kanton und Gemeinden müssen aber die Augen offen halten.
Es wurde gefragt, wie die Regierung ihre Aufsichtspflicht über die Gemeinden ausserhalb des Waldes sicherstellen könne und ob sie ihre baupolizeilichen Aufgaben erfülle. Aus der Sicht des Baudirektors ist eine vollständige Aufsicht nicht möglich. Die Regierung muss auch hier nach dem 80/20-Prinzip vorgehen und sich auf Stichproben beschränken. Eine flächendeckende Kontrolle ist nicht möglich. Seit die erwähnte Häufung von Fällen festgestellt wurde, verlangt die Baudirektion von den Gemeinden alle Baugenehmigungen via GemDat zur Einsicht; Walchwil ist am GemDat noch nicht angeschlossen und schickt die Baubewilligungen in Papierform. Die Baudirektion kontrolliert stichprobenweise, ob alles in Ordnung ist. Das geschieht seit einem Jahr, das Netz wurde also etwas enger geknüpft. Zudem wurde extra für die Gemeinden ein Tool entwickelt, in dem alle Auflagen der Baugesuche von 2003 bis 2013 aufgeführt sind, was den Gemeinden bei der Kontrolle hilft. Auch reagiert die Baudirektion umgehend, wenn aus der Bevölkerung Unregelmässigkeiten gemeldet werden, geht den entsprechenden Fragen nach und lässt über die Gemeinde die Meldungen überprüfen, mit Rückmeldung an die Baudirektion. Auch hier ist man konsequenter geworden.
Es ist tatsächlich so, dass illegale Bauten über mehrere Jahre unbemerkt blieben. Eine flächendeckende Aufsicht seitens des Kantons ist aber – wie gesagt – nicht möglich, und auch die Gemeinden können nicht flächendeckend kontrollieren. Wenn man eine Baubewilligung ausstellt, muss man das Vertrauen haben, dass grundsätzlich nach dieser Bewilligung gebaut wird. Vielfach, aber nicht immer gibt es Bauabnahmen. Und dann gibt es eine Klientel, welche ohne Bewilligung baut – was man schlicht nicht bemerkt. Wenn jemand beispielsweise auf einem Bauernhof irgendetwas baut oder eine nicht zulässige Umnutzung vornimmt, sieht man das vielleicht jahrelang nicht. Auch hier gilt es ja, Kontrollen mit Augenmass und Vernunft vorzunehmen; man kann nicht flächendeckend jedes einzelne Objekt prüfen.
Bei dem von Markus Jans erwähnten aufsichtsrechtlichen Verfahren hat die Baudirektion sehr schnell reagiert, die Umsetzung liegt aber bei der Gemeinde. Auch hier muss man Vertrauen haben, dass die baupolizeiliche Behörde, die Gemeinde, die Umsetzung vornimmt.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, beantwortet die Fragen von Barbara Strub bezüglich Waldhütten. Die betreffende Kontrolle ist tatsächlich eine ständige Aufgabe des Försters. Es gab aber vermehrt Hinweise aus der Bevölkerung, und die Förster wurden nochmals explizit auf ihre baupolizeilichen Aufgaben hingewiesen. Die Frage, wie viele Waldhütten zurückgebaut werden mussten, kann die Direktorin aus dem Stand nicht beantworten; sie wird die Antwort aber nachlie-

fern. Bei Hütten, die bereits mehr als dreissig Jahre stehen, kann der Staat keinen Rückbau mehr verlangen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 15

1201 Interpellation von Manuel Brandenberg betreffend Abtreibungen in den Spitälern des Kantons Zug

Es liegen vor: Interpellation (2350.1 - 14559); Antwort des Regierungsrats (2350.2 - 14721).

Manuel Brandenberg dankt dem Regierungsrat für die umfassende und gründliche Beantwortung der Interpellation. Um dem allfälligen Vorwurf, die Interpellation sei absurd, zuvorzukommen: Als er den Vorstoss einreichte, erhielt der Interpellant Post von namhaften Organisationen, die sich dafür bedankten.
In der regierungsrätlichen Antwort finden sich interessante Zahlen zu den Abtreibungen in den Jahren 2008–2013. Es fällt auf, dass in der Andreasklinik in Cham praktisch keine Abtreibungen vorgenommen wurden, was der Votant sehr gut findet. «Abtreibungen ja oder nein?» ist für ihn nicht eine ideologische, sondern eine religiöse Frage – wobei es auch Ratsmitglieder gibt, welche die Meinung vertreten, Religion sei Ideologie.
In Ziff. 2.6 seiner Antwort sagt der Regierungsrat: «Psychisch belastend ist mitunter jedoch nicht nur ein Schwangerschaftsabbruch, sondern auch dessen Verweigerung und der damit einhergehende Zwang, die bestehende Schwangerschaft austragen zu müssen.» Damit ist der Votant einverstanden, er glaubt aber auch, dass es trotzdem besser ist, die Schwangerschaft auszutragen, als das Leben nicht Leben werden zu lassen – mit den folgenden achtzig Jahren, von denen niemand weiss, was sie bringen. Auch die Freude kann ja noch kommen, auch wenn die Schwangerschaft am Anfang vielleicht belastend ist.
Die Aussagen der Spitäler in Ziff. 2.7, dass keine Mitarbeiter an Abtreibungen mitwirken müssen, wenn sie nicht wollen, findet der Votant toll, und er dankt dafür. Er findet es auch toll, dass der Regierungsrat als Aufsichtsbehörde die Gewissensfreiheit der Mitarbeitenden schützt. Begrüssenswert ist auch, dass der Kanton Zug bezüglich Abtreibungen unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt. Der Votant dankt allen, die ihren Beitrag dazu leisten. Wenn möglicherweise auch die Frauenzentrale mit ihrem Beratungsangebot dazu gehört, dankt er auch ihr dafür.

Vroni Straub-Müller dankt namens der AGF der Regierung für die sachliche Antwort. Seit 1. Oktober 2002 gilt in der Schweiz die vom Volk am 2. Juni 2002 angenommene Fristenregelung. Das bedeutet, dass in den ersten zwölf Wochen der Entscheid über den Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft bei der Frau liegt.
Die Zahl der Abtreibungen in der Schweiz ist gegenüber Ende der 1960er Jahre und seit der Einführung der Fristenregelung massiv zurückgegangen. In den 1990er Jahren hat sie sich auf niedrigem Niveau stabilisiert, und die Tendenz ist weiter eher rückläufig. Ursachen dieser Entwicklung sind eine offenere Einstellung gegenüber der Sexualität, die Verbreitung der Pille ab 1961, die Einführung der Sexualerziehung an den Schulen und die Arbeit der Familienplanungsstellen.
Ein Schwangerschaftsabbruch ist für die allermeisten Frauen ein schwieriger Entscheid und in jedem Fall eine schmerzliche Erfahrung. Dieser Entscheid wird selten leichtfertig getroffen. Persönlich zugesetzt hat der Votantin als Hebamme, die auch

an Schwangerschaftsabbrüchen beteiligt war, die Tatsache, dass in den letzten Jahren immer häufiger behinderte Babys, die lebensfähig waren, abgetrieben wurden, auf der anderen Seite aber viel zu früh geborene Babys mit allen Mitteln am Leben erhalten wurden, obwohl diese später oft unter schweren Störungen leiden. Diese Crux der Hightech-Medizin wiegt schwer. Nun, wenigstens wird es in Zukunft wahrscheinlich keine Schwangerschaften zum falschen Zeitpunkt mehr geben. Firmen wie Facebook und Apple wollen Mitarbeiterinnen das Einfrieren von Eizellen *(Egg Freezing)* bezahlen. Die Idee: erst Karriere, dann Kinderwunsch. Was will man noch mehr?
Zum Schluss ein gewagtes Zitat von Lore Lorentz: «Wenn Männer Kinder bekämen, wäre die Abtreibung längst ein Sakrament.»

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** freut sich über die Gelegenheit, endlich wieder einmal vor dem Kantonsrat sprechen zu dürfen. Wie man der Antwort des Regierungsrats entnehmen kann, wird der rechtsstaatliche Auftrag im Kanton Zug konsequent, korrekt und mit grosser Eigenverantwortung der Betroffenen umgesetzt. Auch besteht im Kanton Zug insofern kein Problem, als die Zahl der Abtreibungen klar unter dem schweizerischen und europäischen Mittel liegt. Erfreulich ist auch, dass die Bevölkerung, besonders die betroffenen Frauen, sehr eigenverantwortlich mit der Frage umgehen, und die Ärzteschaft ihnen kompetent beratend zur Seite steht. Was die Entwicklung der Medizinaltechnik noch bringen wird, kann man nicht voraussehen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 16.1

1202 Interpellation von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Jürg Messmer und Manfred Wenger betreffend Einwanderung ist für die AHV doch ein süsses Gift und schon kurzfristig nicht nachhaltig

Es liegen vor: Interpellation (2356.1 - 14576); Antwort des Regierungsrats (2356.2 - 14734).

Philip C. Brunner dankt namens der Interpellanten dem Regierungsrat für die ausführliche, teilweise mit Links zu entsprechenden Websites des Bundesamts für Sozialversicherungen und des Seco versehene Antwort. Die Interpellation wurde am 3. Februar 2014 eingereicht, also sechs Tage vor der historischen Abstimmung, in welcher das Schweizer Volk die SVP-Initiative zur Masseneinwanderung annahm. Motiv für die Interpellation waren Aussagen von Regierungsmitgliedern im Vorfeld dieser Abstimmung, insbesondere die Aussage von Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel, dass die Einwanderung gut für die AHV sei bzw. diese erhalte. Auch jetzt steht wiederum eine Abstimmung zur Frage der Einwanderung bevor, wobei der Votant seine persönliche, ablehnende Haltung zur Ecopop-Initiative, die sehr rigide und nicht so gut wie die am 9. Februar angenommene Initiative ist, am 28. Oktober in einem Leserbrief in der «Neuen Zuger Zeitung» kundgetan hat.
Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort: «Die vom Volkswirtschaftsdirektor gemachte Aussage ‹Die AHV profitiert von der Zuwanderung› bezieht sich […] aus Grafik und Text des Inserats auf Vergangenheit und Gegenwart.» Und weiter: «Sie bedeutet nicht, dass die AHV einfach durch die Zuwanderung langfristig ausreichend stabilisiert wird. Eine Stabilisierung findet nur insofern statt, als das Umlageergebnis in den letzten 12 Jahren durch die Zuwanderung positiv gehalten werden

konnte.» Das kann man auch in der Grafik auf Seite 2 der regierungsrätlichen Antwort sehen: Ohne Zuwanderung wären seit dem Jahr 2000 Defizite geschrieben worden. Die zentrale Aussage ist also, dass dank der Zuwanderung die Finanzlage der AHV stabil gehalten werden konnte und nicht durch Interventionen des Steuerzahlers oder allfällige Reformen gestützt werden musste.
Zusammenfassend erinnern die Interpellanten daran, dass Organisationen – die Frauenzentrale war heute ein Beispiel – und die Regierung sehr zurückhaltend sein müssen mit politischen Aussagen. Es ist kein Problem, wenn beispielsweise die Asylbrücke, die sich aus privaten Geldern finanziert, irgendwelche politische Werbung macht; das ist nämlich eine rein private Meinung. Problematisch aber ist politische Propaganda durch Regierungsvertreter oder durch private Organisationen, welche aus Steuergeldern finanziert werden. Dieses Anliegen war die Ausgangslage der Interpellation, die nun sehr gut beantwortet wurde. Interessant ist im Übrigen, dass die vorgelegten Zahlen im Kanton nicht zur Verfügung standen, sondern von der Volkswirtschaftsdirektion teilweise in Bern eingeholt werden mussten.

Barbara Gysel: Die SP-Fraktion unterstützt die sachliche Haltung der Regierung. Es scheint ihr gerade bei diesem Thema wichtig, bei den Fakten zu bleiben. Schliesslich soll es nicht zu einem vergifteten Klima in der Bevölkerung führen, indem Ausländerinnen und Ausländern ganz direkt oder auch indirekt zwischen den Zeilen den Schwarzpeter zugeschoben wird. Die SP singt nicht das Hohe Lied auf die Migration. Aber dennoch ist festzuhalten, dass die heutige Schweiz mit ihren Vorzügen und Einzigartigkeiten auch ein Produkt der Immigration ist; das gilt in besonderem und hohem Mass für den Kanton Zug. Grosso modo wird jede vierte Arbeitsstunde in der Schweiz von Ausländerinnen und Ausländern verrichtet, wobei ausländische Personen nur rund einen Fünftel der Wohnbevölkerung ausmachen. Die Regierung hält auf Seite 2 ihrer Beantwortung fest, dass 27,2 Prozent der beitragspflichten Einkommen im Jahr 2010 von Personen ohne Schweizerpass erzielt wurden. Es ist Fakt: Sie leisten im Verhältnis mehr Beiträge. Auch demografisch ist die Leistung der Immigrantinnen und Immigranten zentral: Dank Zuwanderung, Familiennachzug und einer höheren Geburtenrate bei Immigrantinnen schrumpft die Schweiz nicht, und die demografische Alterung wird etwas ausgeglichen. Damit tragen die Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund auch wesentlich zur Sicherung der Altersvorsorge in unserem Kanton und in unserem Land bei. Immigration ist daher mehr als eine Bereicherung, sie ist eine Notwendigkeit – und nicht kurzfristig, wie die Interpellanten weismachen wollen.
Selbstverständlich ist Zuwanderung auch eine Herausforderung, weil sie neue soziale Fragen aufwerfen kann. Dabei ist aber zwischen echten und vermeintlichen Herausforderungen zu unterscheiden. Denn allzu oft wird die Thematik «Ausländer und Ausländerinnen» für Abstimmungs- und Wahlkampfzwecke missbraucht. Migration ist schlicht eine Realität, auch in der AHV und auch im Kanton Zug.

Philippe Camenisch dankt als Sprecher der FDP-Fraktion zunächst der Regierung für die sehr gute Antwort. Die Regierung hat es verstanden, die von den Interpellanten formulierten Thesen klar und belegt zu widerlegen. Die vorliegende Interpellation wurde wohl in der Hitze des Gefechts vor der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP eingereicht. Die SVP glaubte wohl nicht an ihren Erfolg und liess sich denn auch zu einem nicht besonders geschmacksvollen Titel für die Interpellation hinreissen. Es ist zu bedauern, dass immer wieder, mit allen Mitteln und mit wenig differenzierten Frontalangriffen versucht wird, mit der Zuwanderungsthematik negative Stimmung zu erzeugen. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Es ist absolut legitim, die aktuelle Zuwanderungspolitik kritisch

zu beurteilen oder gar abzulehnen. Dieses Recht soll niemandem abgesprochen werden. Der Souverän hat bekanntlich am 9. Februar ein entsprechendes Verdikt gefällt, das zugegebenermassen nicht allen gefällt. Man wird sehen, wie die Schweiz und die EU damit umgehen.
Zurück zur Interpellation: Der versuchte Flankenangriff, die Vorteile des freien Personenverkehr zu schmälern, scheint klar misslungen zu sein. Mit ihren Fragen haben die Interpellanten den willkommenen Ball des Volkwirtschaftsdirektors gar schnell aufgenommen und – so sieht es aus – im eigenen Tor versenkt. Oder anders gesagt: Alle in der Interpellation formulierten Thesen und Behauptungen sind beim Stresstest durchgefallen und wurden widerlegt.
Aus der Interpellationsantwort lässt sich eine wichtige Erkenntnis ziehen: Das Problem AHV lässt sich nicht mittels der nun in Bälde eingeschränkten Zuwanderung lösen. Und man kann hier im Kantonsrat über vieles diskutieren, entscheiden über die AHV wird aber nicht der Kanton Zug. Die AHV ist ein nationales Thema, und mit der Rentenreform 2020, welche der Bundesrat in diesen Tagen auf die politische Agenda gesetzt hat, ist die dringend notwendige Reform des Vorsorgewesens lanciert. Darauf Einfluss nehmen kann man über die Parteien, aber nicht hier im Kantonsrat.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** versteht, dass man sensibler wird, wenn eine Abstimmung oder eine Wahl näher kommt, und man dann entsprechend reagiert. Er hatte dank der Interpellation die Möglichkeit, die entsprechenden volkswirtschaftlichen Zusammenhänge aufzuzeigen. Zur Klarstellung: In die fragliche Kampagne floss kein einziger Franken Steuergeld. Zudem hat der Regierungsrat klare Grundsätze, wann und wie sich Regierungsmitglieder im Vorfeld von Abstimmungen engagieren können. Diese Grundsätze wurden eingehalten. Der Regierungsrat *hatte* eine Haltung zur SVP-Initiative, und diese durfte der Volkswirtschaftsdirektor auch äussern. Dass eine einzelne Grafik bzw. ein einzelnes Inserat nicht die ganze Komplexität abbilden kann, wie sie jetzt in der Interpellationsantwort dargelegt wurde, weiss die SVP vermutlich aus eigenen Inseratenkampagnen auch.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

83. Sitzung: Donnerstag, 30. Oktober 2014 (Nachmittag)
Zeit: 14.00 – 17.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Den Platz des Landschreibers nimmt die Stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

1203 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jürg Messmer, Zug; Thomas Wyss, Oberägeri; Arthur Walker, Unterägeri; Andreas Lustenberger, Martin Pfister und Oliver Wandfluh, alle Baar; Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg; Florian Weber, Walchwil.

1204 Änderung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission zur Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Traktandum 5) im Moment ihre Sitzung abhält, an der auch der Finanzdirektor teilnimmt. Er schlägt deshalb vor, vorerst mit Traktandum 16 weiterzufahren und erst dann die Überweisung der parlamentarischen Vorstösse vorzunehmen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 16.2

1205 Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Auswirkungen der Annahme der «SVP-Masseneinwanderungsinitiative» für die Menschen und die Wirtschaft im Kanton Zug
Interpellation der SP-Fraktion betreffend «Gemeinwohl ja – Tiefsteuerpolitik adé»

Es liegen vor: Interpellation AGF (2369.1 - 14619); Interpellation SVP-Fraktion (2371.1 - 14630); Antwort des Regierungsrats (2369.2/2371.2 - 14735).

Andreas Hürlimann dankt als Sprecher der AGF dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Die detaillierten Ausführungen bestätigen das bereits bekannte Verdikt: Die Umsetzung führt zu grossen Schwierigkeiten und schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz bzw. Zug. Es erstaunt, dass gerade die SVP mit dieser für die internationale freie Wirtschaft schädlichen Initiative zu punkten vermochte.

Die Regierung spielt in ihrer Antwort die negativen Folgen ihrer aktuellen Politik für Kantonsfinanzen, Umwelt und Bevölkerung herunter. Sie verweist zwar wiederholt auf ihre Strategie des angeblich nachhaltigen Wachstums, betreibt aber in der Realität etwas anderes. In Wahrheit tut sie zusammen mit den bürgerlichen Parteien in Zug alles dafür, dass ungebremst Firmen, Manager und auch Steuerflüchtlinge nach Zug strömen, hier das Leben immer unbezahlbarer wird und die letzten Grünflächen verschwinden. Auch die SVP gab mit der Masseneinwanderungsinitiative vor, Landschaft und Bevölkerung vor dem rasanten Wachstum zu schützen, stemmt sich im Kantonsrat aber sogar gegen die mildesten Gegenmassnahmen der Regierung. Zudem schreibt der Kanton Zug aufgrund übertriebener Steuersenkungen rote Zahlen. Es kann nicht sein, dass die Bevölkerung nun – wie es der Finanzdirektor, gefolgt von der Regierung, vorschlägt – mit Sparpaketen bei Familien, Bildung, Gesundheit, Kultur etc. die Steuergeschenke an Privilegierte teuer bezahlen muss. Die AGF plädiert für massvolles Wachstum: Statt Steuerdumping, Luxusbauten und -strassen braucht es bezahlbares Wohnen, umweltverträgliche Verkehrslösungen, eine kluge, landschaftsschonende Raumplanung, alternative, ressourcenschonende Energien, Familienförderung und Stärkung des sozialen Zusammenhalt durch Vereine, Integrationsmassnahmen oder die Pflege von Bräuchen.
Zu den in Traktandum 16.1 aufgeworfenen Fragen rund um die AHV: Einmal mehr wird versucht, die AHV schlecht zu reden und in die roten Zahlen zu schieben. Die AHV ist eine der finanziell stabilsten Sozialversicherungen – auch dank der Zuwanderung. Ausländer leisten 27 Prozent der AHV-Beiträge und beziehen nur 18 Prozent der Leistungen. Auch die hohen Beiträge von Expats wirken sich positiv auf die AHV-Rechnung aus. Die Regierung zeigt zudem auch klar auf, dass sich durch die Zuwanderung auch nicht im Verborgenen ein AHV-Schuldenberg anhäuft, da viele nur Teilrenten beziehen. Und bei vielen Rentenbeziehenden, die nach der Pensionierung wieder zurück ins Ausland ziehen, werden keine AHV-Hilfsentschädigungen und Hilfsmittel fällig, da sie keine beziehen dürfen. Sie beziehen auch keine Ergänzungsleistungen. Der Votant bittet, das zu beachten und die schweizerische Errungenschaft AHV nicht immer schlecht zu reden.
Fazit der AGF: Die durchaus berechtigen Sorgen rund um die Migration und Zuwanderung sind ernst zu nehmen. Die negativen Folgen gilt es verhindern, aber nicht mit einseitiger, fremdenfeindlicher Polemik. Zudem muss die Regierung auch den Tatbeweis erbringen und mehr auf die Vorschläge der AGF für ein massvolles Wachstum oder für wirksame Gegenmassnahmen hören. Denn nur so hat man auch ein griffiges Instrument in der Hand und haben Initiativen wie die Ecopop-Initiative keine Chance. Ansonsten gibt es immer wieder Bürgerinnen und Bürger, welche bei massiv schädlichen Initiativen ein Zeichen setzen wollen gegen eine überbordende bürgerliche Politik der nicht kontrollierten Auswüchse der real gelebten Wirtschaftspolitik.

Auch **Barbara Gysel** dankt namens der SP-Fraktion der Regierung für die ausführlichen Antworten. Am 9. Februar 2014 hat eine knappe Mehrheit der Stimmenden zum Ausdruck gebracht, dass die Schweiz und auch der Kanton Zug im Zusammenhang mit Zuwanderung ihre bzw. seine Hausaufgaben machen muss. Diesen Entscheid nimmt die SP ernst. Der Fokus der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative muss daher bei den innenpolitischen Reformen in den Bereichen Bildung, Verträglichkeit von Arbeit und Familie sowie Arbeitsschutz liegen. Zudem müssen auch die zentralen Prinzipien in Migrationsfragen in das Gesamtprojekt integriert werden. Auch die Steuerpolitik gehört bei den innenpolitischen Reformen mit dazu.
Das Verdikt vom 9. Februar hat neue Debatten ausgelöst, mit welcher wohl kaum jemand zuvor gerechnet hat. Die liberale Denkfabrik Avenir Suisse hat als Reaktion

auf die Abstimmung unter den «Massnahmen der Politik» den «Verzicht auf Standortförderung, ausser in sehr strukturschwachen Gebieten» und den Verzicht auf Steuervergünstigungen gefordert. Die Regierung schreibt auf Seite 10 ihrer Antwort, dass beide Vorschläge den Kanton Zug nicht betreffen würden. Dies ist eine eigenwillige Bewertung. Dass keine Steuervergünstigungen gewährt werden, darauf muss man vertrauen. Aber der Kanton Zug gilt nun wirklich nicht als strukturschwache Region. Standortförderung ist daher auch hier ein Thema, und sie kann verschieden interpretiert werden. Und genau diese Standortförderung steht im Zentrum von Avenir Suisse, welche in ihrer Medienmitteilung schreibt: «Die Schweiz kann nur sogenannte Pull-Faktoren der Migration beeinflussen, Push-Faktoren sind für sie gegeben. Deshalb braucht das System des Globalziels ein Bündel von Massnahmen, das helfen soll, die Zuwanderung ohne Kontingente zu reduzieren. Die Massnahmen betreffen sowohl Bund und Kantone wie auch Firmen und Verbände der Wirtschaft.»
Gerade auch im Kanton Zug muss man sich also sachlich und vertieft Gedanken zur Migrationspolitik machen. Zug hat mit rund 25 Prozent schweizweit einen der höchsten Anteile an Ausländerinnen und Ausländern. Das hängt nicht nur, aber wesentlich mit der kantonalen Standort- und Steuerpolitik zusammen. Die SP fordert deshalb die Regierung ausdrücklich auf, die kantonale Tiefsteuerpolitik dieser neuen Grosswetterlage anzupassen. Und auch in Aussicht auf ein monströses Sparpaket sind Steuererhöhungen nicht explizit von vornherein auszuschliessen. Es reicht auch nicht, in der Antwort auf frühere Interpellationsantworten zu verweisen, denn man ist mit neuen Rahmenbedingungen konfrontiert: National hat die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative eine neue Dynamik ausgelöst, und man steht vor einer weiteren Abstimmung zu diesem Thema. Die Annahme des neuen Bundesverfassungs-Artikels ist eine Zäsur in der Zuwanderungspolitik.
Das Wachstum soll begrenzt werden. Das erklärt der Regierungsrat zwar schon lange. Aber wie? Dem Regierungsrat ist es womöglich nicht ganz so ernst mit der Wachstumsbegrenzung. Und auch Avenir Suisse krebst zurück, wie auf Seite 11 der regierungsrätlichen Antwort nachzulesen ist. So löst man die Probleme aber nicht. Wie wird das Verdikt der Masseneinwanderungsinitiative effektiv umgesetzt? Wie begegnet man dem Fachkräftemangel tatsächlich? Hier sind auf Bundes- und kantonaler Ebene zwar viele Massnahmen in aller Munde. Aber effektive Lösungen sind noch nicht in Sicht. Der Regierungsrat bleibt gefordert. Dazu gehört auch die langfristige Steuerung über die Steuerpolitik.

Philippe Camenisch dankt als Sprecher der FDP-Fraktion der Regierung für die sehr gute Antwort auf das volle Dutzend an Fragen. Für ihn hat die AGF die Annahme der SVP-Masseneinwanderungsinitiative dazu benutzt, einmal mehr ihre politische Ideologie für einen kurzen Moment ins Rampenlicht zur rücken; das hat auch eben die SP-Sprecherin getan. Viele Fragen wurde in den verschiedenen Interpellationen aus dem Kreis der SP und der AGF bereits gestellt und schon früher beantwortet. Deshalb geht der Votant nur punktuell auf die Fragen ein.
Gerne nimmt er zur Kenntnis, dass die AGF – siehe Frage 1 – den Wegzug von Firmen und damit den Verlust von Arbeitsplätzen befürchtet. Dass die AGF diese Befürchtung erst heute äussert und in der Vergangenheit sich wiederholt negativ über gewisse Unternehmen geäussert hat oder gar aktiv gegen Infrastrukturvorhaben von Firmen vorgegangen ist – beispielsweise gegen den Campus der Novartis in Risch –, ist schon fast bizarr. Bislang wurde die Standortpolitik von der AGF wiederholt kritisiert und als Ergebnis verfehlter Politik der bürgerlichen Parteien, welche das Sagen hätten, abgetan. Erfolgreiche Standortpolitik fusst bekanntlich auf verschiedenen Faktoren, so beispielsweise auch auf der Strasseninfrastruktur.

Doch die AGV lässt keine Gelegenheit offen, sich gegen Strasseninfrastrukturprojekte zu stemmen. Man fragt sich deshalb, mit welcher Absicht die AGF in der Frage 3 den Stadttunnel erwähnt.
Weiter sorgt sich die AGF über Lohndumping, meint damit aber eher die Tieflöhne in diesem Land. Diese gibt es bestimmt, wie es zum Glück auch niederschwellige Arbeitsplätze gibt. Nach Ansicht des Votanten wurde die Frage falsch gestellt und müsste eher lauten: Welchen Einfluss hat die Annahme der SVP-Masseneinwanderungsinitiative auf das Lohnniveau in der Schweiz bzw. im Kanton Zug in Zukunft, sprich: Wie wird sich die Kaufkraft der Bürger entwickeln? Die Kausalkette soll hier nicht verlängert werden, aber alle Fragen, die in der Interpellation gestellt wurden, haben offensichtliche Wechselwirkungen und können nicht isoliert betrachtet werden.
Eine letzte Feststellung betrifft den Steuerwettbewerb. Auch der hier von der AGF viel zitierte Think Tank Avenir Suisse attestiert dem Kanton Zug ein ordnungspolitisch tadelloses Verhalten. Zug hat nämlich nie einzelbetriebliche Förderungen inkl. Steuererleichterungen vorgenommen. Vor diesem Untergrund müsste man das von der SP und AGF gerne benutzte Wort Steuerdumping in Bezug auf den Kanton Zug aus dem Vokabular streichen.
Der Votant dankt der Verwaltung nochmals für die Beantwortung der vorliegenden Interpellationen. Es war eine Kunst, die Thematik auf so wenige Seiten zusammenzufassen und daraus nicht eine Masterarbeit zu machen.

Silvia Thalmann dankt namens der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für das klare Verdikt, dass die SVP-Masseneinwanderungsinitiative in verantwortungslosem Mass der Schweizer Wirtschaft schadet, indem sie der wichtigsten Ressource, der Humanressource, den Hahn zugedreht hat. Für die «erheblich negativen Folgen auf die Zuger Wirtschaft» – so der Regierungsrat in seiner Antwort – im Fall der Kündigung der bilateralen Verträge wird sich auch die SVP des Kantons Zug verantworten müssen.
Spannend an dieser Vorlage ist allerdings, dass die Linken als Erste nervös geworden sind. Ausgerechnet diejenigen, denen wirtschaftliches Wachstum im Kanton Zug seit Jahrzehnten ein Dorn im Auge ist, bejammern jetzt also als Erste und lauthals mögliche Steuerausfälle. Da bleibt nur zu hoffen, dass diese Einsicht nachhaltig ist und das *Bashing* gegen gute Steuerzahler – seien es begüterte Privatpersonen, welche von linker Seite hier namentlich an den Pranger gestellt wurden, oder sei es die öffentlichen Diffamierung beispielsweise von Rohstofffirmen – hiermit offiziell ein Ende gefunden hat.
Die CVP vertraut der Regierung, dass sie unabhängig davon, welche Knebel ihr von links oder rechts aussen in den Weg gelegt werden, den erfolgreichen wirtschaftlichen Mittelkurs weiterverfolgt.

Manuel Brandenberg hält fest, dass Volk und Stände am 9. Februar 2014 eine neue Verfassungsbestimmung angenommen haben, ob man das wahrhaben will oder nicht. Man soll deshalb aufhören, in diesem Zusammenhang von der SVP und von «rechts aussen» zu sprechen, man spricht nämlich vom Schweizer Volk und von den Schweizer Kantonen.

Für Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** war es zu erwarten, dass nach der Annahme der fraglichen Volksinitiative verschiedene politische Kreise Vorstösse einreichen würden. Die regierungsrätliche Antwort zeigt aber klar, dass es zu diesem Thema kaum eine Frage gibt, welche der Regierungsrat nicht schon irgendwie beantwortet hat. Die vorliegende Antwort ist in diesem Sinne eine Zusammen-

fassung – und sie war eine grosse Fleissarbeit: Der Regierungsrat ist froh, wenn sich das nicht nach jeder Volksabstimmung wiederholt.
Der Volkswirtschaftsdirektor hat sich bei Frage 1 der AGF gefragt, wie ernst es dieser mit der Sorge um den Wirtschaftsplatz tatsächlich ist. Er freut sich, wenn sie ernst gemeint ist, denn die Sorge ist angezeigt, und der Volkswirtschaftsdirektor nimmt dankend entgegen, dass man sich auch auf linker Seite Sorgen um den Wirtschaftsplatz Schweiz und Zug macht. Etwas mehr Mühe hatte er mit dem Vorwurf der AGF, der Regierungsrat tue alles, um steuerflüchtige Manager anzuziehen. Ein aktuelles Beispiel fehlt dann allerdings, man muss vielmehr in die Zukunft greifen, auf das Entlastungsprogramm hinweisen etc. Der Volkswirtschaftsdirektor weist darauf hin, dass erstens das Entlastungsprogramm zwar nun gestartet wurde, die Massnahmen aber noch nicht vorliegen; und zweitens hat der Regierungsrat beim Erarbeiten der Entscheidgrundlagen zum Entlastungsprogramm gemerkt, dass sich der Kanton Zug sehr viel leistet, gerade in den Bereichen Bildung, Soziales, Öffentlicher Verkehr etc., und hier extrem hohe Standards erreicht hat. Der Volkswirtschaftsdirektor ist deshalb etwas ernüchtert über die Pauschalkritik, welche dem Regierungsrat hier entgegenbrandet, trotz seiner sehr differenzierten Antwort. Und wenn Sorgen geäussert werden, müsste man nicht nur Ecopop, sondern alle drei Initiativen erwähnen, über welche im November abgestimmt wird. Sie alle führen unnötigerweise und einmal mehr zu Verunsicherung, auch die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung, welche den Kantonen Autonomie in der Frage der Ausgestaltung ihres Steuersystem nimmt, sowie die Goldinitiative, welche die bewährte Politik der Nationalbank einschränken will. Wenn nun von allen Seiten Sorge um den Wirtschaftsplatz geäussert wird, dann ist die Antwort im November eigentlich klar.
Zu Barbara Gysel: Der Regierungsrat hat sich wirklich Mühe gegeben, Avenir Suisse richtig zu verstehen, und er hat die entsprechenden Ausführungen wörtlich wiedergegeben. Es kann nicht gelingen, dem Regierungsrat mit Avenir Suisse die Leviten zu lesen, ganz im Gegenteil. Der Regierungsrat verfolgt eine Standortpolitik, welche die Kontakte zu Unternehmen auf dem Platz Zug in den Vordergrund stellt. Die betreffenden Leute gehen primär zu den hier ansässigen Unternehmen; sie gehen nicht primär ins Ausland, um Unternehmen anzulocken. Das Gesetz, das der Kantonsrat vor einem Jahr verabschiedet hat, heisst denn auch Wirtschaftspflegegesetz – und es wurde auch von der Linken unterstützt, weil es eben diese Ausrichtung hat. Anders als gewisse Westschweizer Kantone kennt Zug keine einzelbetriebliche Förderung, keine Beiträge für Industrieland, keine Beiträge für jeden einzelnen Arbeitsplatz etc., alles Instrumente, welche Avenir Suisse auf dem Ticker hat: Avenir Suisse wendet sich gegen eine Sonderbehandlung von Neuankömmlingen. Der Kanton Zug bleibt denn auch bei seiner bewährten Politik und kennt beispielsweise keine Steuerbefreiung für neu zuziehende Unternehmen.
Zum Thema Wachstumsbegrenzung ist daran zu erinnern, dass es noch nicht lange her ist, seit der Kantonsrat fast einstimmig den neuen Richtplan mit Mitteln zur Begrenzung des Wachstums angenommen hat. Und bezüglich des drohenden Fachkräftemangels: Der Regierungsrat arbeitet in bestem Sinne an diesem Thema. In den vom Kantonsrat bewilligten neuen Gebäulichkeiten des GIBZ werden primär Wiedereinsteigerinnen und -einsteiger ausgebildet, die Höheren Fachschulen werden gefördert, und die Hochschule Informatik – momentan in den Medien aktuell – ist *die* Antwort auf einen Fachkräftemangel in der Schweiz. Zur Hochschule Informatik wird der Rat im Rahmen des Richtplans sowie in Zusammenhang mit einer beabsichtigten Anschubfinanzierung seine Voten abgeben können– und hier zählt der Volkswirtschaftsdirektor auf die entsprechende Unterstützung.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation der AGF zur Kenntnis.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation der SP-Fraktion zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

1206 Traktandum 3.1: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Wohnsitz einer für den Kantonsrat kandidierenden Person vom 2. Oktober 2014 (Vorlage 2438.1 - 14780)**

Philip C. Brunner hält fest, dass gemäss einer Analyse seiner Fraktion am 5. Oktober eine einzige Person in den Kantonsrat gewählt wurde, die nicht in der Gemeinde lebt bzw. angemeldet ist, in welcher sie kandidierte. Es waren neun Personen, welche nicht in ihrer Wohngemeinde kandidierten, und nur eine einzige davon hat – wie gesagt – den Sprung in den Kantonsrat geschafft. Die vorliegende Motion wurde am 2. Oktober, also noch vor den Wahlen, eingereicht. Man kannte damals den Wahlausgang noch nicht, und auch der Votanten war damals etwas beunruhigt darüber, wie gewisse Parteien in jeder Gemeinde Kandidaten aufstellten und hofften, aufgrund des Wahlsystems Erfolg zu haben. Diese Methode hatte aber, wie man jetzt weiss, keinen Erfolg. Der Votant fragt deshalb die CVP-Fraktion, ob sie ihre Motion wirklich aufrechterhalten will.
Auf Nachfrage des Vorsitzenden stellt der Votant den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen.

Andreas Hausheer hat am Morgen gehört, dass die SVP-Fraktion keinen Antrag auf Nichtüberweisung stellt, und ist nun etwas irritiert über den Antrag von Philip C. Brunner. Die CVP hat ihre Motion bewusst vor den Wahlen eingereicht. Die Leute haben sich nämlich darüber aufgeregt, dass jemand ohne irgendwelchen Bezug zu einer Gemeinde sich dort als Kantonsratskandidat aufstellen lassen kann. Das Problem bzw. der Unterschied gegenüber früher besteht darin, dass wegen der Oberzuteilung jemand einer Gemeinde aufgezwungen werden kann. Die CVP-Fraktion hält an der Überweisung ihrer Motion fest.

Martin Stuber hat in den letzten zwölf Jahren relativ prinzipialistisch *für* die Überweisung von Motionen und Postulaten gestimmt, ist er doch der Meinung, dass die Überweisung Usus sein sollte. Heute macht er eine Ausnahme: Er wird den Antrag von Philip C. Brunner unterstützen. Er will damit ein Zeichen setzen. Er ist es satt, dass immer noch versucht wird, am Wahlsystem herumzuschräubeln. Jahrelang gab es Vorstösse, man hat den Majorz durchgezwängt – und man hat jetzt gesehen, was damit angerichtet worden ist. Und kaum sind die Wahlen vorbei, will die CVP wieder am Wahlsystem herumschräubeln. Der Votant hat wirklich die Nase voll davon.

Zari Dzaferi stösst ins gleiche Horn wie sein Vorredner. Es geht der CVP um nichts anderes als Machterhalt. Man möchte kleineren Parteien die Chance nehmen, auch jemanden als Kandidaten aufzustellen, der vielleicht unmittelbar an der Gemeindegrenze wohnt. Es sollte doch in der Verantwortung der Parteien liegen,

ihre Kandidaten zu nominieren und das entsprechende Resultat abzuwarten. Es geht hier um eine Machtdemonstration wie beim Majorz und um den Versuch, via Wahlsystem seine Position im Parlament zu stärken. Es ist nicht zu verstehen, warum jemand, der in Baar aufgewachsen ist, heute aber wenige Meter jenseits der Gemeindegrenze wohnt, nicht in Baar kandidieren sollte. Was soll daran falsch sein? Wenn sich die betreffende Personen Chancen auf eine Wahl ausrechnet, sollte sie das Recht haben, in ihrer Heimatgemeinde zu kandidieren. Es wird immer davon gesprochen, dass die Linken überregulieren möchten. Wenn es aber um das Thema Wahlen geht, zeigt sich plötzlich bei den Bürgerlichen ein Drang zur Überregulierung.
Der Votant dankt Philip C. Brunner für den Antrag auf Nichtüberweisung und wird diesen unterstützen – auch wenn er Vorstösse eigentlich generell überweisen möchte.

Manuel Brandenberg stellt klar, dass der Antrag auf Nichtüberweisung nicht von der SVP-Fraktion, sondern von Philip C. Brunner gestellt wurde. Die SVP-Fraktion hat heute Morgen beschlossen, keinen solchen Antrag zu stellen.

Heini Schmid erläutert, warum die CVP-Fraktion diesen Vorstoss einreicht. Mit Pukelsheim wird die Versuchung gross, in jeder Gemeinde die Listen zu füllen. Was früher nur ein gelegentliches Problem und ein Einzelfall war – Herr Durrer kandidierte in Zug, hatte seinen Wohnsitz aber in Walchwil –, hat sich im Zeitalter des Pukelsheim verändert. Es stellt sich deshalb die Frage, ob das wirklich sinnvoll sei; zumindest darf man es hinterfragen und darüber diskutieren. Es handelt sich um eine wichtige Frage, bei der man die in aller Ruhe und staatsmännisch evaluieren sollte, ob dem Stimmvolk eine entsprechende Verfassungsänderung unterbreitet werden soll oder nicht.
Wenn Martin Stuber der Meinung ist, die CVP schräuble dauernd am Wahlsystem herum, dann steht es ihm jederzeit frei, alle Neuerungen nochmals dem Volk vorzulegen und ihm die Frage stellen, ob es wieder den Listenproporz oder den Proporz in den Exekutivwahlen wolle. Nachdem das Volk nun aber dem Majorz zugestimmt hat, geht es nicht an, zu behaupten, es gehe der CVP nur um Machterhalt. Endlich sind die vielen Spezialfälle beseitigt, und man ist so weit, dass das Wahlrecht in Ruhe weiterentwickelt werden kann. Das heutige Wahlrecht ist zukunftstauglich, und es wird von der grossen Mehrheit mitgetragen.
Das Debakel mit den ungültigen Wahlzetteln hat mit Majorz oder Proporz nichts zu tun, sondern nur mit dem Willen des Parlaments, möglichst allen die gleiche Chance zu geben; es war auf jeden Fall nicht die CVP, welche die leeren Listen unbedingt haben wollte. Der CVP nun zu unterstellen, sie hätte ein Debakel verursacht, entbehrt jeder Sachlichkeit.

Martin Stuber stellt klar, dass er der CVP nicht die Verantwortung für das Debakel mit den ungültigen Wahlzetteln zugeschoben hat; falsche und ziemlich bösartige Schuldzuweisungen hat vielmehr die «Neue Zuger Zeitung» gemacht. Tatsache aber ist, dass sich der Kanton Zug viel Ärger hätte ersparen können, wenn er den bewährten, fast ein Jahrhundert lang angewendeten Listenproporz beibehalten hätte. Eine riesige Mehrheit hat das neue System nun angenommen, und die AGF respektiert den Volkswillen. Die CVP hätte ihren Antrag aber schon in der Kommission vorbringen können, und man sollte jetzt das Wahlsystem, wie es vom Volk beschlossen wurde, einfach zehn oder zwanzig Jahre lang unverändert belassen und aufhören, daran herumzuschräubeln.

Franz Peter Iten stimmt dem Votum von Heini Schmid vollumfänglich zu. Jedes Ratsmitglied hat das Recht, einen Antrag zu stellen, wenn es davon überzeugt ist, damit einen richtigen Weg aufzuzeigen. Es ist auch legitim, einem Antrag nicht zu folgen. Mit den Aussagen von Martin Stuber hat der Votant aber seine liebe Mühe, gab es in den letzten Jahren doch verschiedentlich Vorstösse von Martin Stuber, bei denen man ebenfalls hätte aufstehen und darauf hinweisen können, dass das betreffende Thema schon mal auf dem Tapet gewesen sei. Es ist aber legitim, solche Anträge zu stellen, und der Votant unterstützt natürlich vollumfänglich den Antrag seiner Fraktion auf Überweisung der Motion.

Alois Gössi bleibt bei seinen Ansichten und ist vorbehaltlos für eine Überweisung der Motion – auch wenn er materiell nicht damit einverstanden ist. Der Ansinnen der CVP ist nämlich auf halbem Weg steckengeblieben. Die CVP verlangt, dass man nur am Wohnort kandidieren dürfe. Eine Konsequenz und weitere Forderung müsste sein, dass man als Mitglied des Kantonsrats während der Legislatur auch nicht den Wohnort wechseln dürfte.

➔ Der Rat überweist die Motion mit 49 zu 14 Stimmen an den Regierungsrat.

1207 Traktandum 3.2: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Gewährung des Eigenmietwertabzuges bei Liegenschaften, die steuerpflichtigen Personen aufgrund eines unentgeltlichen Nutzungsrechts für den Eigengebrauch zur Verfügung stehen, vom 9. Oktober 2014 (Vorlage 2439.1 - 14782)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass diese Motion gemäss § 39 Abs. 4 GO KR zusammen mit der laufenden Steuergesetzrevision (Vorlage 2424) behandelt werden kann. Es erfolgt somit eine direkte Überweisung an die betreffende Kommission.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

1208 Traktandum 3.3: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Absicht zur Einführung einer Kapitalgewinnsteuer im Rahmen der Unternehmenssteuerreform (USR III) vom 23. September 2014 (Vorlage 2429.1 - 14764)**

Finanzdirektor **Peter Hegglin** beantwortet die Interpellation mündlich und beginnt mit einigen Vorbemerkungen. Bund und Kantone haben am 21. September 2012 eine gemeinsame Projektorganisation eingesetzt, um das Schweizer Unternehmenssteuersystem im Spannungsfeld von Wettbewerbsfähigkeit, Finanzierung der Staatsausgaben und internationaler Akzeptanz zu reformieren. Verantwortlich für die politische Gesamtsteuerung des Projekts ist das Steuerungsorgan. Es ist paritätisch zusammengesetzt aus je vier Bundes- und Kantonsvertretungen und steht unter der Leitung der Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements. Der Zuger Finanzdirektor ist Mitglied dieses Steuerungsorgans. Die vorbereitenden Arbeiten wurden einem ebenfalls paritätisch aus Vertretungen von Bund und Kantonen zusammengesetzten Leitorgan übertragen. Der Kanton Zug ist darin nicht vertreten. Dem Leitorgan wurde die Kompetenz eingeräumt, ad hoc Arbeitsgruppen für die fachliche Bearbeitung der einzelnen Arbeitsfelder einzuberufen und dabei auch die Wirtschaft anzuhören.

Unter der politischen Federführung des Steuerungsorgans wurden die steuer- und finanzpolitische Stossrichtungen einer nächsten Unternehmenssteuerreform, der sogenannten Unternehmenssteuerreform III (USR III), erarbeitet. Der ausführliche Zwischenbericht vom 11. Dezember 2013 wurde auf der Website des Bundes publiziert. Neben zahlreichen anderen Massnahmen wie etwa der Einführung einer Lizenzbox wurde auch die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer zur Diskussion gestellt.
Im Frühling 2014 hat der Bund eine Anhörung bei den Kantonen zu den im Zwischenbericht erwähnten Massnahmen, darunter auch der Kapitalgewinnsteuer, durchgeführt. Wie dem auf der Website des Bundes am 30. April 2014 publizierten Anhörungsbericht zu entnehmen ist, haben vierzehn Kantone eine Kapitalgewinnsteuer als prüfenswert beurteilt, der Kanton Zug und drei weitere Kantone (Aargau, Nidwalden, Schaffhausen) lehnten sie ab. Die Stellungnahme des Zuger Regierungsrats an den Bund datiert vom 11. März 2014 und wurde zusammen mit dem ausgefüllten Fragebogen auf der Website des Kantons Zug publiziert. Konkret zur Kapitalgewinnsteuer wurde die ablehnende Haltung bei Frage 8 des Fragebogens wörtlich wie folgt begründet: «finanzielle Ergiebigkeit sehr fraglich, unerwünschter zyklischer Verstärkungseffekt auf öffentliche Finanzhaushalte, grosser Aufwand für Steuerpflichtige, Finanzinstitute und Steuerbehörden». Die erwähnte Stellungnahme wurde auch mittels Medienmitteilung aktiv extern kommuniziert, worauf verschiedene lokale Medien darüber berichtet haben.
Am 22. September 2014 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur USR III eröffnet. Die vollständigen Unterlagen sind auf der Website des Bundes publiziert. Der Zuger Regierungsrat hat nun – wie alle anderen Adressatinnen und Adressaten – bis am 31. März 2015 Zeit, sich vernehmen zu lassen.

• Antwort auf Frage 1 *(«Wie beurteilt die Regierung des Kantons Zug die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer und der damit logischerweise verbundenen Wegzugsbesteuerung?»):* Wie bei den Vorbemerkungen erwähnt, hat sich der Regierungsrat des Kantons Zug in seiner Stellungnahme vom 11. März 2014 an den Bund ablehnend geäussert. Die ablehnende Haltung wurde mit Bedenken hinsichtlich der finanziellen Ergiebigkeit, einem unerwünschten zyklischem Verstärkungseffekt auf die öffentlichen Finanzhaushalte und dem grossen Aufwand für Steuerpflichtige, Finanzinstitute und Steuerbehörden begründet. Der Regierungsrat wird im Januar 2015 im Hinblick auf seine Vernehmlassungsantwort an den Bund erneut über seine Haltung zur Unternehmenssteuerreform III und somit auch zu einer Kapitalgewinnbesteuerung beraten.

• Antwort auf Frage 2 *(«Sind Personen der kantonalen Steuerverwaltung Zug in eidgenössischen Arbeitsgruppen bei deren Ausarbeitung und Ausgestaltung involviert gewesen bzw. haben sie diese unterstützt?»):* Der Zuger Finanzdirektor ist, wie einleitend erwähnt, Mitglied des Steuerungsorgans. In diesem Steuerungsorgan werden die politischen Weichen gestellt und die konkreten Anträge zuhanden des Bundesrats formuliert. Zwei Mitarbeiter der Steuerverwaltung befassten sich in ihrer Rolle als Mitglieder von fachtechnischen Arbeitsgruppen mit der geplanten USR-III-Vorlage: Der Amtsleiter der Steuerverwaltung war Mitglied einer vom Leitorgan einberufenen Ad-hoc-Arbeitsgruppe, welche aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundes und ausgewählter kantonaler Steuerbehörden und etwa einem Dutzend Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft besteht. Aufgabe dieser gemischten Arbeitsgruppe war es, die vom Leitorgan in Betracht gezogenen Massnahmen im Hinblick auf die finanziellen Folgen für die öffentlichen Haushalte von Bund, Kanton und Gemeinden zu prüfen, deren Vor- und Nachteile aus internatio-

naler Standortsicht aufzuzeigen und sich frühzeitig Gedanken über praktische Vollzugsfragen aus Sicht der Steuerbehörden und der betroffenen Unternehmen zu machen. Der primäre Fokus der Arbeiten lag auf der vorgeschlagenen Einführung einer Lizenzbox. Die Kapitalgewinnsteuer wurde nur ganz am Rande thematisiert, wobei der Zuger Vertreter unter Berücksichtigung der bereits veröffentlichten ablehnenden Haltung des Regierungsrats vor allem die Bedenken hinsichtlich des erheblichen Vollzugsaufwands für die Steuerbehörden einbrachte; eine darüber hinausgehende politische Diskussion wurde jedoch nicht geführt.
Einige Wochen vor der Publikation der Vernehmlassungsvorlage hat das Leitorgan zudem die Arbeitsgruppe Unternehmenssteuern (AGUN) der Schweizerischen Steuerkonferenz zu punktuellen Umsetzungsfragen konsultiert und angehört. Der Leiter der Abteilung juristische Personen der Zuger Steuerverwaltung ist ständiges Mitglied der AGUN, welche sich ausschliesslich mit praktischen Vollzugsfragen im Bereich des Unternehmenssteuerrechts aus der Sicht von kantonalen Steuerbehörden befasst. Auch bei diesen Kontakten ging es ausschliesslich um fachtechnische Vollzugsfragen, nicht um politische Wertungen, wobei der Hauptfokus wiederum auf der geplanten Einführung einer Lizenzbox lag.
Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass keine Mitarbeitenden der Zuger Steuerverwaltung aktiv an der Ausarbeitung bzw. Ausgestaltung der vom Bundesrat vorgeschlagenen Kapitalgewinnsteuer beteiligt waren.

• Antwort auf Frage 3 *(«Hat die Zuger Regierung sich zu diesem Thema auf nationaler Ebene geäussert, Instruktionen erteilt oder sich sonst wie vernehmen lassen?»):* Ja. Wie bereits bei den Vorbemerkungen und bei der Antwort auf Frage 1 ausführlich erläutert, hat sich der Regierungsrat in seiner publizierten Stellungnahme vom 11. März 2014 an den Bund ablehnend geäussert.

• Antwort auf Frage 4 *(«Plant die Zuger Regierung sich auf nationaler Ebene dazu zu äussern, und wenn ja, in welcher Weise?»):* Ja. Wie bereits bei den Vorbemerkungen und bei der Antwort auf Frage 1 erwähnt, wird sich der Regierungsrat im Januar 2015 im Rahmen seiner Vernehmlassungsantwort an den Bund erneut äussern. Auch diese Vernehmlassungsantwort wird zu gegebener Zeit auf der Website des Kantons Zug publiziert und mittels Medienmitteilung kommuniziert werden. Die konkrete inhaltliche Diskussion im Gesamtkontext der USR III muss erst noch geführt werden.

• Antwort auf Frage 5 *(«Welche Auswirkungen hat nach Meinung der Zuger Regierung die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer/Wegzugsbesteuerung: a) generell auf Unternehmen im Kanton Zug; b) auf den Wegzug von bestehenden Unternehmen; c) auf ansiedlungsinteressierte Unternehmen; d) auf das lokale Gewerbe und deren Aktionäre; e) auf im Kanton ansässige ausländischen Aktionäre?»):*
Die Auswirkungen einer allfälligen Kapitalgewinnbesteuerung lassen sich zum heutigen Zeitpunkt nicht zuverlässig abschätzen, da wesentliche Punkte (Mindestbeteiligungshöhe, Verlustverrechnung, Übergangsbestimmungen für bereits bestehende Beteiligungen, Zusammenhang zu einem allfälligen Übergang von der Verrechnungssteuer auf eine Zahlstellensteuer etc.) vorab zu konkretisieren wären. Dies gilt auch für die Kapitalgewinnsteuerfolgen im Falle eines Wegzugs aus der Schweiz. In der aktuellen Vernehmlassungsvorlage ist eine Besteuerung der Kapitalgewinne zusammen mit allen übrigen Einkünften wie z. B. Lohn, Renten und Zinserträgen vorgesehen, womit sie in eine hohe Steuerprogression fallen. Denkbar wäre aber auch eine gesonderte Besteuerung mit einem speziellen proportionalen oder progressiven Tarif.

Für die bereits in Zug ansässigen oder zuzugsinteressierten Unternehmen dürften auf den ersten Blick eher geringe Auswirkungen zu erwarten sein, dies zumindest solange ihre beherrschenden Aktionärinnen und Aktionäre den Wohnsitz nicht in der Schweiz haben. Insbesondere dürften die ausgeprägt international orientierten grösseren Zuger Unternehmen nicht betroffen sein. Bei kleineren und mittleren (Familien-)Unternehmen sind die Aktionärinnen und Aktionäre in der Regel in der Schweiz wohnhaft. Für sie würde eine allfällige Kapitalgewinnbesteuerung wohl eine neue zusätzliche Steuer bedeuten, die zudem mit einem grossen Nachführungs-, Deklarations- und Vollzugsaufwand verbunden wäre.
Für die im Kanton Zug ansässigen ausländischen Aktionärinnen und Aktionäre sind die Folgen ebenfalls nur schwer abzuschätzen. Je nach konkreter Konstellation kommen unterschiedliche Bestimmungen in den Doppelbesteuerungsabkommen zum Tragen, welche die Schweiz mit mehreren Dutzend Staaten abgeschlossen hat. Neben den konkreten steuerlichen Auswirkungen für einzelne Unternehmen und deren Aktionärinnen und Aktionäre ist auch die negative Signalwirkung zu bedenken, welche die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer international aussenden dürfte.

Gabriela Ingold findet es schade, dass nicht alle Mitglieder des Kantonsrats im Besitz der schriftlichen Antwort des Regierungsrats sind, war es doch schwierig, den mündlichen Ausführungen des Finanzdirektors wirklich zu folgen. Die Votantin legt ihre Interessenbindung offen: Sie ist seit rund zwanzig Jahren mit ihrer Treuhandunternehmung auf dem Platz Zug tätig und befasst sich jeden Tag mit Steuerrecht; ihre Firma ist in Form einer Aktiengesellschaft organisiert.
Die Votantin dankt im Namen der FDP-Fraktion der Regierung für die mündliche Antwort. Mit Erleichterung nimmt die FDP zur Kenntnis, dass sich die Regierung eindeutig gegen die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer ausgesprochen hat und aktiv keine Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung mitgewirkt haben. Zur Zusammensetzung des Steuerungsorgans, welche auf den ersten Blick korrekt erscheint, hält sie Folgendes fest: Die vier Bundesvertreter werden eine einheitliche Meinung vertreten, nämlich diejenige des Bundes. Man kann sich nun ausrechnen, wie die vier Kantonsvertreter ihr Gewicht einbringen können. Da ist man von vornherein auf verlorenem Posten.
Das Thema Untemehmenssteuerreform III inkl. Kapitalgewinnsteuer brennt unter den Nägeln und muss zwingend in der Öffentlichkeit und der Bevölkerung diskutiert werden. Weil es sich um eine komplexe Materie handelt, halten sich viele Exponenten zurück. Die FDP des Kantons Zug beobachtet mit grosser Sorge, dass der Kanton Zug bei der USR III analog wie beim Thema NFA unter die Räder kommt. Die Rasenmähermethoden der Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements lassen aufhorchen.
Am 22. September 2014 wurde die Vernehmlassung mit Gesetzestext und einem 136-seitigen erläuternden Bericht zur USR III eröffnet. Dort kann man nachlesen, dass die Lizenzbox eng gefasst sein wird, vieles ist jedoch noch unklar. Es ist durchaus möglich, dass die geplante Lizenzbox für die meisten Zuger Gesellschaften keine Anwendung finden könnte. Die Vorgabe über die Höhe der Entlastung, nämlich 80 Prozent des Boxerfolges, wertet die FDP als klaren Eingriff in die Autonomie der Kantone. Es ist faktisch nichts anderes als die Aushebelung des interkantonalen Steuerwettbewerbes. Hier erwartet die FDP von der Regierung eindeutige Reaktionen. Das darf sich der Kanton Zug nicht gefallen lassen!
Der Finanzdirektor sowie seine Chefbeamten sind – wie in der Antwort der Regierung erläutert – in der Pole-Position des Steuerungsorganes sowie in den Arbeitsgruppen. Praktisch kein anderer Kanton ist so gut positioniert. Dem Kantonsrat ist

jedoch nicht klar, wie sich der Kanton Zug positioniert und welches seine Strategie ist. Wer macht die Vorgaben? Ist es die Gesamtregierung, der Finanzdirektor oder der Chef der Steuerverwaltung? Deshalb haben Leonie Winter, Thomas Lötscher und die Votantin am 8. Mai 2014 eine Interpellation zu diesem Thema eingereicht. Leider haben sie bis heute noch keine Antworten auf ihre Fragen erhalten. Ihrer Meinung nach ist es fünf vor zwölf, um möglicherweise notwendige Richtungsänderungen vorzunehmen.
Die USR III soll – so die Botschaft des Bundesrats – zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz beitragen. Mit der Einführung der Kapitalgewinnsteuer wird genau das Gegenteil erreicht. Die Mehrfachbesteuerung von Risikokapital in Form einer Vermögenssteuer, welche praktisch nur noch die Schweiz kennt, und nun zusätzlich einer Kapitalgewinnsteuer stellt einen gewichtigen Standortnachteil dar. Übrigens: Bevor Risikokapital gebildet werden kann, wird darauf beim Erwerb die Einkommenssteuer erhoben.
Die Antwort der Regierung auf Frage 5 ist nach Meinung der Interpellantin zu zaghaft. Die Interpellantin ist überzeugt, dass die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer für alle Unternehmen und Privatpersonen massive negative Auswirkungen haben wird. In der Vergangenheit haben sich ausländische Unternehmer gerade deshalb in der Schweiz niedergelassen, weil man hier keine Kapitalgewinnsteuer auf Privatvermögen kennt. Diese Personen sind mobil und werden nach der Einführung dieser Steuer wegziehen oder einen Wegzug zumindest prüfen. Das ist kein Horrorszenario, sondern Realität, nachzulesen in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 29. Oktober 2014, also von gestern. Von einer allfälligen Kapitalgewinnsteuer sind KMU und Jungunternehmer, die für Innovation und neue Arbeitsplätze sorgen, besonders betroffen. Für sie verteuern sich Investitionen, was ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Zusätzlich sind sie über lange Zeit im Besitz ihrer Unternehmeranteile, was aufgrund möglicher zukünftiger Inflation zu einer höheren Steuerbelastung führt; von der progressiven Bemessung oder gar einer möglichen Erbschaftssteuer mag die Votantin gar nicht sprechen. In Ländern mit einer Kapitalgewinnsteuer ist es praktisch unmöglich, die Unternehmensnachfolge zu regeln. Oft lassen Unternehmer einen Teil des Kaufpreises als Darlehen für die nächste Generation stehen. Die Zahlung von weiteren Steuern würde Druck auf die Arbeitsplätze geben. In Frankreich existiert deshalb praktisch kein Mittelstand mehr. Die *entrepreneurs* können ihre Unternehmen nicht mehr der nächsten Generation weitergeben, sondern müssen diese an Grosskonzerne verkaufen, damit sie ihren Steuerpflichten nachkommen können. Dies gilt es in der Schweiz unter allen Umständen zu verhindern. Des Weiteren ist der Aufwand für die Erhebung einer Kapitalgewinnsteuer enorm. Die FDP will aber *weniger,* nicht *mehr* Bürokratie.
Als Fazit kann man festhalten, dass diese für unseren Standort schädliche Steuer vor allem den Schweizer Mittelstand treffen wird. Dieser ist nicht mobil und hat seine Unternehmen hier.

Philip C. Brunner spricht für die SVP-Fraktion und dankt Gabriela Ingold für ihre Ausführungen, denen nichts beizufügen ist. Die Auswirkungen der Kapitalgewinnsteuer sind gravierend und sehr ernst zu nehmen.

Andreas Hausheer hält fest, dass die Fraktionschefs die Antwort des Regierungsrats gestern kurz nach 15.00 Uhr erhielten. Wenn diese nicht an die Fraktionsmitglieder weitergeleitet wurde, kann man das nicht dem Finanzdirektor in die Schuhe schieben.
Auch die CVP-Fraktion ist – im Sinne der Haltung des Regierung – klar gegen die Kapitalgewinnsteuer. In Zusammenhang mit der USR III – dem neuen Lieblings-

thema der FDP – ist das aber nicht die entscheidende Frage, und der Votant wäre erstaunt, wenn diese Steuer im National- und Ständerat Zustimmung fände. Entscheidend ist vielmehr die Frage, wie man die bisherigen Regelungen, die ja nicht mehr akzeptiert werden, abfedern kann, damit die internationale Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit der Schweiz erhalten bleibt; wichtig sind auch die Auswirkungen und die Verknüpfung mit dem NFA. Die CVP-Fraktion hat hier aber Vertrauen in die Fähigkeiten der Finanzdirektion. Im Übrigen war die Haltung des Regierungsrats zur Kapitalgewinnsteuer dank der erwähnten Medienmitteilung transparent.

Manuel Brandenberg: Die SVP ist immer für weniger Steuer und weniger Abgaben. Auch sie ist gegen die Kapitalgewinnsteuer. Eine solche Steuer wäre ein Novum in der schweizerischen Geschichte. Die SVP-Fraktion ist auch der Auffassung, dass Finanzdirektor Peter Hegglin in Bern sehr kompetent mitwirkt und für den Kanton Zug schaut – auch wenn ihm dort gelegentlich eine gewisse Dame oder ein Herr im Nacken sitzt. Man muss dafür sorgen, dass keine neuen Steuern kommen, zumal diese den Staat immer grösser und die Freiheit des Einzelnen immer kleiner machen. Diesen einfachen Zusammenhang stellt der Votant als einfacher Rechtsanwalt fest, der nur eine Einfache Gesellschaft und keine Aktiengesellschaft hat.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass seine Mitgliedschaft im erwähnten Steuerungsorgan keine Mandatierung durch den Zuger Regierungsrat ist, sondern auf einer Anfrage des Bundesrats beruht. Dieser fragte die FDK an, welche die entsprechende Delegation zusammensetzte. Man schaute dabei, dass mindestens zwei finanzstarke und zwei finanzschwache Kantone sowie die Deutschschweiz und die Westschweiz vertreten sind. Hauptintention des Finanzdirektors war es dort immer, für die Steuerregimes des Kantons Zugs, die in der Schweiz einzigartig sind, gute Lösungen für die Zukunft zu finden. In der ganzen Auslegeordnung von Mindererträgen hat man auch nach Gegenfinanzierungen gesucht, und dabei fand auch die Kapitalgewinnsteuer Eingang in den betreffenden Bericht. Es besteht nun aber die Möglichkeit, zu dieser Auslegeordnung Stellung zu nehmen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

1209 Traktandum 3.4: **Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Angebotsabbau für die Busbenützer der Linie 6 (Steinhausen–Zug) in den wichtigen Hauptverkehrszeiten vom 25. September 2014 (Vorlage 2435.1 - 14773)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1210 **Traktandum 3.5: Interpellation von Alois Gössi, Andreas Hürlimann, Florian Weber, Vreni Wicky und Thomas Wyss betreffend E-Scanning von Steuerdaten: Wo stehen wir heute? vom 25. September 2014 (Vorlage 2436.1 - 14774)**

Finanzdirektor **Peter Hegglin** beantwortet die Fragen der Interpellation mündlich:

• Antwort auf Frage 1 *(«Wie ist die vertragliche Situation mit RR Donnelley aktuell? Ist es gelungen, aus dem Vertrag auszusteigen? Gibt es Kostenfolgen?»):* Bis heute sind weder Steuererklärungen noch andere Steuerakten durch RR Donnelley gescannt worden. Das externe Scanning von Steuererklärungen war ab 2015 geplant, das erstmalige flächendeckende Scanning aller eintreffenden Steuererklärungen mit anschliessender vollelektronischer Weiterbearbeitung ab Frühling 2016. Am 22. Mai 2014 hat der Regierungsrat bekanntgegeben, dass er das geplante Scanning der Steuererklärungen im Einvernehmen mit der betroffenen Firma einstweilen sistiere, um verschiedene rechtliche, politische und betriebliche Fragen zu klären. Dabei werde auch eine Inhouse-Lösung geprüft.
Nach intensiven Abklärungen und Verhandlungen mit der betroffenen Firma hat der Regierungsrat am 21. Oktober 2014 beschlossen, sich mit der Firma RR Donnelley auf eine Auflösung des bestehenden Vertrags vom 6./12. Februar 2014 zu einigen und die dafür erforderlichen Verträge abzuschliessen. Im Zuge dieser Vertragsauflösung werden bereits erbrachte Vorleistungen der Firma RR Donnelley für Konzeptarbeiten abgegolten und von ihr zur Vertragserfüllung vorgesehene Hard- und Software übernommen. Die Zuger Steuerverwaltung kann diese Vorleistungen, Geräte und Programme werthaltig für ein Inhouse-Scanning weiter-verwenden. RR Donnelley wird zudem in der Startphase Dienstleistungen im Hinblick auf die produktive Inbetriebnahme des Scannings in der Steuerverwaltung und eine Einführungsunterstützung für das Personal der Steuerverwaltung (Schulung, Anleitung, Unterstützung bei technischen oder operativen Aspekten) erbringen. Weitere Verträge braucht es für den Ausstieg aus dem bestehenden Vertrag nicht.
Mit der nun beschlossenen Lösung wird sichergestellt, dass Zuger Steuerdaten weder in elektronischer Form noch als physische Unterlagen die Kantonsverwaltung verlassen. Die elektronische Datenhaltung erfolgt ausschliesslich im Rechenzentrum des Amts für Informatik und Organisation (AIO), die physischen Unterlagen bleiben in der Steuerverwaltung; sie werden später entweder vernichtet oder dem Staatsarchiv zur sachgerechten Langzeitlagerung übergeben. RR Donnelley hat keinerlei Anbindungen oder Fernzugriff auf irgendwelche Programme oder Daten, auch nicht für Wartungszwecke. RR Donnelley erhält also weder in elektronischer noch physischer Form Zuger Steuerdaten oder Steuerunterlagen. Die Vorkehrungen im Bereich Datenschutz und Datensicherheit wurden auch mit dem Datenschutzbeauftragten des Kantons Zug abgesprochen.
Mit der getroffenen Lösung können ein grösstmöglicher Investitionsschutz sichergestellt und langwierige Gerichtsverfahren mit schwer abschätzbaren Prozessrisiken und Schadenersatzforderungen im siebenstelligen Bereich vermieden werden. Ein Schaden entsteht dem Kanton in diesem Sinne nicht. Allerdings wird die Inhouse-Lösung erwartungsgemäss rund 30 Prozent teurer als das externe Scanning. Auf die konkreten finanziellen Aspekte der getroffenen Lösung wird nachfolgend bei der Beantwortung der Frage 3 näher eingegangen.

• Antwort auf Frage 2 *(«Trifft es zu, dass in der Steuerverwaltung ein Umbau geplant oder schon in Ausführung ist, um das E-Scanning der Steuererklärungen inhouse zu erledigen? Falls Ja: Wie weit ist der Umbau und wann wird mit dem Inhouse-Scanning gestartet? Was sind die Kostenfolgen?»):* Bisher fanden keine Umbauten statt. Im 2015 sollen jedoch die räumlichen und baulichen Voraussetzungen geschaffen werden, um das Inhouse-Scanning zu ermöglichen. Der sukzessive Wechsel auf ein elektronisches Dossier wird einige Jahre Zeit benötigen. Das heisst, dass die bisherige «Steuerregistratur», also die zentrale Aktenverwaltung mit rund einem Dutzend Mitarbeitenden und Tonnen von Steuererklärungen und weiteren Dokumenten, parallel zum neu aufzubauenden Scan-Center weiter

betrieben werden muss. Konkret bedeutet das, dass für ein Inhouse-Scanning mit Arbeitsvorbereitungsstationen, Scanner sowie Nachbearbeitungsterminals bestehende Räume im ersten Stock der Steuerverwaltung bereitgestellt werden müssen, welche möglichst nahe bei der bisher papierorientierten Steuerregistratur im Erdgeschoss liegen. Ein Teil der heute im ersten Stock tätigen Mitarbeitenden kann dafür im Nachbargebäude der Steuerverwaltung an der Bahnhofstrasse 28 untergebracht werden, da dort per 1. Januar 2015 150 Quadratmeter Büroräumlichkeiten frei werden. Die Möglichkeit der Zumietung von Räumen im gleichen Gebäude mit einem bereits bestehenden internen Durchgang ist ein Glücksfall. Diese Lösung bietet die Chance, alle Gemeinschaftsräume der Steuerverwaltung (zentraler Kundenschalter, Besprechungszimmer, interne Post, Hauswartdienst, Cafeteria, usw.) mit zu benutzen.
Ab Mitte 2015 wird mit dem Scanning der Dauerakten und der Steuerdossiers 2014 begonnen. Ab Frühling 2016 werden Steuererklärungen von Pilotgemeinden direkt beim Eintreffen eingescannt und elektronisch weiterbearbeitet. Ab Frühling 2017 sollen alle eingehenden Steuerer-klärungen direkt eingescannt werden. Auf die genauen finanziellen Aspekte des Umbaus wird nachfolgend bei der Beantwortung der Frage 3 eingegangen.

• Antwort auf Frage 3 *(«Falls tatsächlich eine Inhouse-Lösung realisiert werden soll: Wie stellt sich der Regierungsrat zu seiner ausführlichen und weitgehenden Argumentation gegen eine Inhouse-Lösung, welche er auch mit dem haushälterischen Umgang mit finanziellen Mitteln begründete?»):* Das Gesamtvolumen für die Ablösung des bestehenden Vertrags mit der Firma RR Donnelley sowie der Einführungsunterstützung beträgt für die Jahre 2014–2018 rund 1,85 Millionen Franken. Darin enthalten sind die Abgeltung bereits geleisteter Projekt- und Konzeptarbeiten, die Übernahme des Scanners und weiterer Geräte, die Übernahme der Scan-Software, die Wartung der Scanning-Hardware, die Pflege der Scanning-Software sowie die Einführungsunterstützung in der betrieblichen Aufbauphase. Der Betrag von 1,85 Millionen Franken ist in Relation zu sehen zur ursprünglichen Vertragssumme von rund 3,5 Millionen Franken für die Basisdienstleistungen und von rund 0,7 Millionen Franken für verschiedene Optionen für den Zeitraum 2015–2019. Zusammen hätte dies also einer Vertragssumme von rund 4,2 Millionen Franken für fünf Jahre entsprochen, d. h. umgelegt auf jedes der fünf Jahre rund 800'000 Franken je nach Beanspruchung der Optionen. Nun sind die Zahlen aber natürlich nicht direkt miteinander vergleichbar, sie bedürften vielmehr verschiedener Erklärungen und Ergänzungen: Mit dem Inhouse-Scanning müssen Raum- und interne Personalkosten vom Kanton selber getragen werden, zudem Kosten für die Informatikinfrastruktur und die Aktenlogistik, die bei einem externen Scanning so nicht angefallen wären.
Die gesamten Investitionskosten für die zusätzlichen Räume und die Umbauten gemäss Antwort auf die Frage 2 oben betragen 730'000 Franken. Hinzu kommen laufende jährliche Kosten für die Räume von rund 83'000 Franken und jährliche Kosten für Informatik und Aktenlogistik in Höhe von rund 60'000 Franken sowie Kosten für die vorübergehende Verstärkung der Aushilfen in der Steuerverwaltung. Rechnet man die Investitionen auf die üblichen Abschreibungszeiträume um und rechnet man alle laufenden Kosten hinzu, so ergeben sich für die kommenden fünf Jahre ausgabewirksame Kosten von rund 3,6 Millionen Franken oder jährlich 720'000 Franken. Für kalkulatorische Zwecke sind zudem die Kosten mit einzubeziehen, welche mit einer internen Verschiebung von Personal innerhalb der Steuerverwaltung zusammenhängen. So hätte bei einem externen Scanning ab 2017 bestehendes Personal innerhalb der Steuerverwaltung anderweitig eingesetzt

werden können. Dies hätte bis 2019 Kostenvorteile von insgesamt rund 480'000 Franken erbracht. Nun muss die Steuerverwaltung stattdessen intern Personal für Scanning-Arbeiten bereitstellen. Bis 2019 entspricht dies Personalkosten von rund 1,768 Millionen Franken.
Unter Berücksichtigung dieser Aspekte kommt das Inhouse-Scanning bei einer Vollkostenrechnung wie erwartet etwa 30 Prozent teurer als das ursprünglich geplante externe Scanning. Die höheren Kosten sind in Kauf zu nehmen, da der Regierungsrat dem grösstmöglichen Schutz der Steuerdaten oberste Priorität einräumt. Die höheren Kosten entstehen dadurch, weil der Kanton die gesamte Infrastruktur selber zur Verfügung stellen muss und nur mit seinem relativ kleinen Scan-Volumen benützen kann. Zudem muss der Kanton das gesamte Scanning-Know-How aufbauen und à jour halten.

• Antwort auf Frage 4 *(«Hat der Regierungsrat Outsourcing-Lösungen bei anderen Organisationen der öffentlichen Verwaltung, die nicht der US-Gesetzgebung unterstehen, evaluiert [z.B. Stadt Zürich]? Wenn Ja, was ist das Resultat dieser Evaluation? Wenn Nein, weshalb wurde dies nicht weiter evaluiert?»)* und Frage 5 *(«Wurde ein Kostenvergleich zwischen Inhousing und Outsourcing [bei einer öffentlichen Verwaltung] gemacht? Wenn ja, was sind die Resultate?»):* Die Fragen 4 und 5 haben einen engen Zusammenhang, weshalb sie im Gesamtkontext gemeinsam zu beantworten sind. Eine freihändige Vergabe an eine öffentliche Verwaltung eines anderen Kantons wurde geprüft, erwies sich aber aus submissionsrechtlichen Gründen als unzulässig. Auch die Variante eines Projektabbruchs mit anschliessender neuer Ausschreibung von Scanning-Dienstleistungen ausschliesslich für Verwaltungen wurde evaluiert. Eine Neuausschreibung wurde verworfen, weil alle näher in Betracht gezogenen Verwaltungen im Hintergrund ebenfalls mit externen Dienstleistungsunternehmen zusammenarbeiten, sei es für die eigentlichen Scanning-Arbeiten oder für die Wartung und Pflege der damit verbundenen Hard- und Software, möglicherweise mit schwer einzuordnenden Fernzugriffen. Auf entsprechende Kostenabklärungen wurde daher verzichtet. Zudem könnte bei einem Projektabbruch ohne gleichzeitige Einigung mit RR Donnelley ein mehrjähriger aufwändiger Rechtsstreit mit Prozessrisiken in Millionenhöhe auf den Kanton zukommen. Eine zweckmässige Einigung mit RR Donnelley durch werthaltige Übernahme und Fertigstellung der bereits in Angriff genommenen Scanning-Lösung verspricht den grösstmöglichen Investitionsschutz für bereits getätigte oder absehbare Ausgaben.
Anlässlich der öffentlichen Ausschreibung im Sommer 2013 gingen keine Angebote von anderen Verwaltungen oder staatlich beherrschten Unternehmen ein, welche einen Kostenvergleich ermöglichen würden. Es gab jedoch diverse Rückmeldungen von Verwaltungen und ihnen nahestehenden Unternehmen, die sich eine Offerte überlegt, letztlich jedoch darauf verzichtet haben. Einigen war das Scan-Volumen des Kantons Zug ganz einfach zu klein, um ihren bestehenden Scanning-Betrieb zusätzlich auf die Anforderungen des Kantons Zug hinsichtlich Datenschutz und Datensicherheit anzupassen. Wieder andere wollten aus politischen Gründen nicht offerieren, da sie befürchteten, dass man ihnen seitens der Wirtschaft unzulässige Konkurrenzierung der Privatwirtschaft ausserhalb des Kerngebiets hoheitlicher Tätigkeit vorwerfen würde. Wieder andere konnten oder wollten die Risiken, die mit einer kommerziellen Scanning-Tätigkeit für andere Verwaltungen verbunden sind, nicht tragen (z. B. finanzielle und reputationsmässige Verantwortung für fehlerhafte Daten-Erfassungen oder längere Verarbeitungsunterbrüche bei technischen Problemen).

• Antwort auf Frage 6 *(«Aufgrund der VRG-Anpassung steht dem baldigen elektronischen Einreichen von Steuererklärungen nicht mehr viel im Weg. Lohnt sich der Aufbau eines eigenen, neuen E-Scanning-Prozesses für die Steuererklärung überhaupt noch?»):* Mit dem ursprünglich ausgeschriebenen externen Scanning wären die Steuerakten ab 2015 zu einem Grossteil eingescannt und dann ab 2016 auch die neu eintreffenden Steuererklärungen für das Jahr 2015 und weitere Dokumente laufend eingescannt und für Veranlagungs- und Inkassozwecke elektronisch weiterbearbeitet worden. Die Daten hätten somit ab etwa Frühling 2016 zur externen elektronischen Abfrage mittels des kantonalen Benutzerkontos bereitgestellt werden können. Ebenfalls auf Frühling 2016 war vorgesehen, die Voraussetzungen für das vollelektronische Einreichen der Steuererklärungen samt Beilagen für natürliche und eventuell juristische Personen anzubieten. Mit der nun in die Wege geleiteten Neuausrichtung des Projekts muss der Zeitplan ebenfalls neu ausgerichtet werden. Die Steuerverwaltung wird nun voraussichtlich ab Frühling 2017 bereit sein, Steuererklärungen und Beilagen vollelektronisch entgegenzunehmen und intern weiter zu bearbeiten.
Realistischerweise muss man davon ausgehen, dass in den ersten Jahren noch ein erheblicher Teil der Steuererklärungen und/oder Beilagen per Papier eingehen wird. Nicht die ganze Bevölkerung wird sofort ab 2017 nur noch elektronisch einreichen. Zudem steht die Steuerverwaltung auch neben dem Steuererklärungseingang das ganze Jahr über immer wieder schriftlich in Kontakt mit der Kundschaft, so bei eingehenden Gesuchen um höhere oder tiefere provisorische Rechnungen, Ratenzahlungen, Umbuchungen zwischen Steuerarten und Steuerjahren oder bei Auskünften und Vorbescheiden aller Art. Auch aus anderen Quellen gehen bei der Steuerverwaltung regelmässig Meldungen oder Anfragen zur Steuerkundschaft per Papier ein, namentlich von anderen kantonalen Steuerverwaltungen, der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Grundbuchämtern oder Gerichten sowie diversen gemeindlichen und (ausser-)kantonalen Behörden. Die Steuerverwaltung kann nicht einen Teil des Steuerdossiers elektronisch und den Rest auf Papier führen. Das ist ablauftechnisch nicht bewältigbar und auch finanziell zu riskant, weil die Gefahr besteht, dass an unterschiedlichen Orten vorhandene Informationen übersehen und nur unvollständig berücksichtigt werden.
Die in absehbarer Zukunft einmal bestehende Möglichkeit zur vollelektronischen Einreichung der Steuererklärung wird das Inhouse-Scanning also nicht vollständig ersetzen können. Zudem muss auch der Übergang von der heutigen papiergetriebenen Aktenverwaltung mit Tonnen von Papier bewältigt werden. Die vorhandenen Dauerakten und mindestens ein Steuerjahr müssen bei parallel weiter laufendem Veranlagungsbetrieb sukzessive eingescannt werden, damit irgendwann die neu eintreffende Steuererklärung tatsächlich einmal vollelektronisch entgegengenommen und weiter bearbeitet werden kann. Dieser Übergang wird mehrere Jahre dauern.

Andreas Hürlimann dankt namens der Interpellanten für die rasche und ausführliche Beantwortung der Fragen. Die doch etwas längere Antwort zeigt, dass hier einiges an Erklärungspotenzial bestand und teilweise weiterhin besteht. Es scheint den Interpellierenden aber doch etwas fraglich, wenn in Zeiten von Sparprogrammen der Regierung nun eine Lösung gefunden wird, welche 30 Prozent teurer ist als ursprünglich geplant. Als Begründung führt der Regierungsrat an, dass die höheren Kosten in Kauf zu nehmen sind, «da der Regierungsrat dem grösstmöglichen Schutz der Steuerdaten oberste Priorität einräumt». Doch wie war das noch vor den Sommerferien? Da wollte man mir nichts, dir nichts all diese Daten bei einer amerikanisch kontrollierten Firma extern scannen lassen. Nun gut, man kann Fehleinschätzungen korrigieren und sich neu positionieren. Das wurde gemacht. Man

hat bereits vor den Sommerferien das Projekt zur vertieften Klärung verschiedener rechtlicher, politischer und betrieblicher Fragen sistiert. Und man hat eine Inhouse-Lösung geprüft und anscheinend für gut befunden – eine Inhouse-Lösung, bei welcher man gemäss der eben gehörten Antwort der Regierung gerade mal *einen* Scanner von RR Donnelley übernimmt und welche mit allem Drum und Dran mindestens 30 Prozent teurer zu stehen kommt. Aber es war eben auch diese Fehleinschätzung der rechtlichen und politischen Situation, welche nun zu einer Verzögerung an anderer Stelle führt: Denn der Startschuss zur vollelektronischen Einreichung der Zuger Steuererklärung wird nun um ein Jahr nach hinten verschoben: Anstelle des vorgesehenen Startdatums im Frühling 2016 wird die Steuerverwaltung nun erst 2017 bereit sein. Es ist sehr bedauerlich, dass hier eine völlig unnötige Verzögerung entsteht.
Offen bleibt nach der Beantwortung der Fragen, weshalb eine sichere, schweizerische Outsourcing-Lösung – beispielsweise bei einer anderen Verwaltung – gar nicht vertieft geprüft wurde. Die eben vom Regierungsrat gemachten Ausführungen beschreiben primär eine freihändige Vergabe an eine öffentliche Verwaltung; ein mögliches Preisschild für eine solche sichere Outsourcing Lösung hat der Kantonsrat leider nicht erhalten.
Offensichtlich soll das nun aufgegleiste interne Scanning personalneutral erfolgen. Bestehendes Personal, welches ab 2017 anderweitig hätte eingesetzt werden können, soll nun für das Scanning eingesetzt werden. Aber woher kommt denn nun ab 2017 das Personal, welches aus dem ursprünglich erhofften Transfer dank Outsourcing zur Verfügung stehen wird? Irgendwie sind da noch Fragen offen – und in Zeiten des Personalstopps wegen des Entlastungsprogramms ist auch *das* eine wichtige Frage.

Philip C. Brunner muss heute Verschiedenes quasi im Alleingang bewältigen, da Thomas Wyss und Jürg Messmer abwesend sind und er für seine Fraktionskollegen als Ersatz einspringen musste. Er entschuldigt sich deshalb für seine häufige Anwesenheit am Rednerpult. *(Der Rat lacht.)*
Der Votant dankt den Interpellanten; es war wichtig, eine Standortbestimmung zu verlangen. Er dankt aber auch dem Regierungsrat für die rasche, ausführliche und detaillierte Antwort. Die Wendung um 180 Grad war zu erwarten und wohl nicht ganz einfach. Das Ziel der Regierung, nämlich der höchstmögliche Schutz der Steuerdaten, ist auch der SVP-Fraktion ein grosses Anliegen, und sie dankt der FDP, welche mit ihrem Vorstoss zum Scanning die ganze Geschichte ausgelöst hat. Mit Steuerdaten wird sich der Kantonsrat heute auch noch in Zusammenhang mit dem Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) auseinandersetzen, nämlich mit der Frage des elektronischen Transports der Steuerdaten zu den Steuerbehörden. Dort muss man eher ein Fragezeichen machen, ob die Sicherheit, die jetzt beim Scanning so hoch gewertet wird, ebenfalls gewährleistet ist.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** versucht die Fragen von Andreas Hürlimann kurz zu beantworten – wobei ihm eine Aussage doch etwas in die Nase gestochen ist: RR Donnelley ist nicht eine amerikanische Firma, sondern eine Schweizer Firma mit ausländischen Aktionariat, vergleichbar mit den Schweizer Grossbanken UBS und CS mit ihrem zu 80 Prozent ausländischen Aktionariat. Diese Klarstellung ist für den Finanzdirektor wichtig.
Es ist logisch, dass die Sistierung des Projekts zu einer Verzögerung führte. Es mussten Abklärungen getroffen werden etc. Die direkte Vergabe an einen anderen Kanton wurde – vor der Submission – sehr wohl geprüft. Man stellte aber schon da-

mals fest, dass das aus submissionsrechtlichen Gründen nicht geht, worauf die Submission durchgeführt wurde.
Bezüglich des internen Personals bei Outsourcing: Es war vorgesehen, die Mitarbeitenden der Registratur, wo es dank des externen Scannings weniger Personal gebraucht hätte, andersweitig einzusetzen bzw. die entsprechenden Personalstellen in die Veranlagung zu verlagern und so dort das Bevölkerungswachstum aufzufangen. Das ist mit der neuen Lösung natürlich nicht mehr möglich.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

1211 Traktandum 3.6: **Interpellation von Stefan Gisler, Andreas Hausheer und Manuel Brandenberg betreffend Unregelmässigkeiten bei Wahllisten vom 2. Oktober 2014 (Vorlage 2437.1 - 14779)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1212 Traktandum 3.7: **Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend «Kantonale Informatik: Entsorgen statt Ressourcen schonen und weiter verwenden?» vom 20. Oktober 2014 (Vorlage 2440.1 - 14784)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 5

1213 **Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz; VRG): 2. Lesung**
Es liegen vor: Ergebnis 1. Lesung (2315.5 - 14747); Antrag Alternative Grüne Fraktion (2315.6 - 14781).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung ein Antrag der AGF eingegangen ist. In § 9b soll ein neuer Abs. 4 aufgenommen werden: «Der Antrag zum Erwerb eines Benutzerkontos kann elektronisch erfolgen, wenn er mit einer qualifizierten elektronischen Signatur eingereicht wird. In allen übrigen Fällen ist persönliches Erscheinen bei der Behörde zwecks Identifikation erforderlich.»

Martin Stuber hält ergänzend fest, dass die von der AGF vorgeschlagene Formulierung mit dem Datenschutzbeauftragten abgesprochen ist. Der zentrale Punkt des Antrags ist die Frage der virtuellen Identität. Es geht nicht um Fragen der technischen Sicherheit, sondern um die Schaffung der virtuellen Identität mit einem elektronischen Benutzerkonto, das viele rechtsgültige Aktivitäten erlaubt. Diese Identität benötigt einen hohen Schutz. Man beginnt heute erst langsam zu begreifen, was es bedeutet, wenn man quasi eine zweite Identität schafft, wenn die Digitalisierung in der Gesellschaft voranschreitet und alle möglichen Aspekte des Lebens durchdringt – eine Tendenz, die wahrscheinlich nicht zu stoppen ist. Es handelt sich um einen Paradigmenwechseln, der die Gesellschaft wohl noch des Öftern beschäftigen wird. Die AGF ist deshalb der Ansicht, dass die erstmalige Identifikation für die Schaffung der virtuellen Identität absolut wasserdicht sein muss. Das lässt sich nur

sicherstellen, wenn die Leute persönlich erscheinen müssen, wie dies auch bei der SwissID der Post der Fall ist. Wenn man das mit der Erstellung eines Passes oder einer ID verbinden und am selben Ort abwickeln kann, fällt ein weiterer Risikofaktor weg: Es braucht keinen Postversand, erhält man die virtuelle Identität doch gleich beim Passbüro. In der vorberatenden Kommission, die sich am Morgen nochmals getroffen hat, ist das Wort «Schikane» gefallen. Es geht aber nicht um eine Schikanierung von Bürgerinnen und Bürgern, sondern um deren Schutz vor Missbrauch: Der Votant möchte nicht, dass der Begriff «Identitätsdiebstahl in der Schweiz je zum «Unwort des Jahres» wird; das gilt es zu verhindern.
Die Präsidentin der vorberatenden Kommission wird einen zweiten Antrag vorlegen, der in dieselbe Richtung geht. Die AGF möchte ihren Antrag aber stehenlassen – wobei das, was die Kommission vorschlägt, sicher besser ist als der ursprüngliche Antrag des Regierungsrats. In der AGF ist die Skepsis im Verlauf der letzten Monate gewachsen, und je genauer man sich mit dieser Materie befasst, umso unwohler wird es einem. Das Grundproblem ist, dass mit der Schaffung von virtuellen Identitäten der Hebel für Missbrauch enorm grösser wird: Es reicht, einen Server zu hacken, und man bekommt Zugang zu Identitäten. Das ist eine neue Qualität. Die AGF ist deshalb – zur Überraschung des Votanten – zum Schluss gekommen, das VRG in der Schlussabstimmung abzulehnen, wenn hier nicht eine wasserdichte Lösung gefunden werden kann.

Irène Castell-Bachmann, Präsidentin der vorberatenden Kommission, bestätigt, dass die Kommission den Antrag der AGF auf die zweite Lesung noch diskutieren konnte. Die Kommission hat sich gefragt, ob das persönliche Erscheinen eine zwingende Voraussetzung für den Schutz vor Missbrauch sei. Über das Ziel der Bestimmung sind sich alle einig: Es soll möglichst kein Missbrauch möglich sein. Die Kommission schlägt nun eine Ergänzung von § 9b Abs. 3 vor: «Die Zustellung der Kundennummer sowie des Initialpassworts für die Aktivierung des Benutzerkontos erfolgt mit zwei separaten Briefsendungen, wobei das Initialpasswort per Einschreiben zugestellt wird.»
Die vorberatende Kommission unterstützt mehrheitlich diesen Kompromiss. Sie ist mehrheitlich auch der Meinung, dass die daraus resultierenden Mehrkosten von gesamthaft 224'400 Franken auszugeben sind.

Stefan Gisler bittet den Rat, den Antrag der AGF zu unterstützen. Die von der Kommission vorgelegte Formulierung geht zu wenig weit und schützt die Bürgerinnen und Bürger zu wenig vor möglichem Identitätsbetrug. Man muss sich vor Augen halten: Ist das E-Konto beim Kanton einmal erstellt, erfolgt der Austausch auch sensibler Daten – Steuererklärung, Strafregisterauszug etc. – über dieses Konto. Für die Erstidentifikation muss deshalb eine hohe Hürde eingebaut werden. Für den Votanten ist die von der Kommission vorgeschlagene Lösung mit Briefpost und Einschreiben zu wenig gut. Gerade letzte Woche hat er problemlos einen eingeschriebenen Brief für einen Nachbarn entgegengenommen und unterschrieben. Wenn die angestrebte Sicherheitsbarriere so einfach zu umgehen ist, ist das kein genügender Schutz.

Alois Gössi: Die SP sprach sich in ihrer Fraktionssitzung mehrheitlich für den Antrag der AGF aus, die ein persönliches Erscheinen bei den Behörden für eine Identifikation für die Eröffnung eines Benutzerkontos verlangt. Mit dem elektronischen Benutzerkonto kann spätestens in ein paar Jahren sehr viel bewirkt werden, einerseits mit reinen Abfragen, beispielsweise Auskunft über das persönliche Steuerkonto, andererseits auch mit Funktionen, die ein Rechtsgeschäft auslösen, bei-

spielsweise das Einreichen einer Steuererklärung oder die Eröffnung der definitiven Steuerveranlagung. Wichtig ist für die SP, dass die erstmalige Identifikation des Benutzers absolut sicher sein muss. Mit dem Ergebnis der ersten Lesung ist die SP-Fraktion diesbezüglich nicht ganz zufrieden. Der Antrag der AGF mit einer persönlichen Identifikation bei der Staatskanzlei geht der SP aber ein bisschen zu weit. Sie unterstützt den von der vorberatenden Kommission heute Morgen erarbeiteten Vorschlag, dass mindestens einer der zwei Briefe an den Nutzer des E-Kontos – und zwar derjenige mit dem Initialpasswort – zwingend eingeschrieben zugestellt werden muss. Mit einer eingeschriebenen Zustellung durch die Post wird sichergestellt, dass eine viel grössere Sicherheit besteht, dass die Zugriffsberechtigung für das Benutzerkonto wirklich an den effektiven Zugriffsberechtigten geht. Die SP-Fraktion unterstützt in diesem Sinn den von der Kommission ausgearbeiteten Vorschlag.

Kurt Balmer ist nicht sicher, ob alle den Überblick über die drei aktuell vorliegenden Varianten haben. Die einfachste Variante ist die Version erste Lesung, die der Votant bevorzugt und dem Rat zu unterstützen beliebt macht. Das Wesentliche an der heute diskutierten Frage ist im Prinzip nämlich eine operative Tätigkeit. Gemäss Verordnungsentwurf hat die Regierung die Kompetenz, die Frage bezüglich eingeschriebenen Schreiben zu lösen, was sie in einer bestimmten Art und Weise auch getan hat. Es ist richtig, dass der Kantonsrat dazu dann natürlich nichts mehr zu sagen und die Regierung unter Berücksichtigung der Kostenfrage etc. diese Frage definitiv in eigener Kompetenz lösen kann. Der Votant ist in diesem Sinne für die Version erste Lesung.
Die beiden weiteren Varianten sollen seines Erachtens nicht gutgeheissen werden, dies aus folgenden Gründen:
• Die AGF will, dass zwecks Identifikation persönlich bei der Behörde vorgesprochen werden muss. Auch der Votant hat in der heutigen Kommissionssitzung das Wort «Schikane» in den Mund genommen und mit anderen Prozedere bei der Behörde verglichen. Wenn man eine Handelsregisteränderung vornimmt, muss man nicht persönlich vorsprechen, sondern kann gegebenenfalls seine Unterschrift beglaubigen lassen oder die Änderung schriftlich vornehmen; das Gleiche geschieht beim Grundbuchamt, wenn man einen Belastungsbetrag erhöhen will. Zu verweisen ist auch auf die Revision des Beurkundungsgesetzes, wo der Rat über die sogenannte Fernbeglaubigung diskutierte. Hier nun plötzlich eine persönliche Vorsprache zu verlangen, ist definitiv weit hergeholt und absolut unnötig.
• Zum Vorschlag der vorberatenden Kommission hält der Votant fest, dass im Prinzip nun einfach die Verordnung ins Gesetz übernommen wird. Wie gesagt, geht es um eine operative Tätigkeit. Man sollte diese der Regierung überlassen und nicht dafür sorgen, dass der betreffenden Person unbedingt ein eingeschriebenes Schreiben zugestellt werden soll. Stefan Gisler hat die Variante mit dem eingeschriebenen Brief etwas in Lächerliche gezogen, und der Votant könnte weitere Fälle aus seiner Praxis präsentieren, welche zeigen, dass diese Variante unnötig und sicherlich nicht gut ist.
Gesamthaft gesehen, bevorzugt der Votant – wie gesagt – die Variante erste Lesung und bittet den Rat, die neuen Anträge abzulehnen.

Martin Stuber zeigt sein Identitätskarte und hält fest, dass dieses Dokument in der heutigen Gesellschaft seine Identität bedeutet. Er fragt Kurt Balmer, ob er es als Schikane empfinde, wenn er für die Erlangung dieser Identitätsbestätigung persönlich von der Behörde erscheinen muss. Das dürfte kaum der Fall sein. Die virtuelle

Identität ist eine zweite Identität, und deren Bedeutung ist – wie das Votum von Kurt Balmer gezeigt hat – noch nicht in allen Köpfen angekommen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** findet es grundsätzlich schwierig, wenn auf die zweite Lesung solch fundamental andere Anträge gestellt werden. In der vorberatenden Kommission wurde darüber diskutiert, wie das Benutzerkonto auszulösen sei, per Einschreiben oder mit zwei B-Post-Briefen; abgestimmt wurde darüber nicht. Es ist für den Regierungsrat schwierig, auf die zweite Lesung hin die Auswirkungen vollständig abzuklären, nichtsdestotrotz hat er es versucht. Im Kanton Jura mit seinen gut 70'000 Einwohnern wollte man zusammen mit der Post die elektronische Identität fördern und stärker verbreiten. Man hat deshalb 5000 SwissID zur Verfügung gestellt, welche man nach Vorweisen eines amtlichen Ausweises bei der Einwohnerkontrolle gratis beziehen konnte. Es waren 3500 Personen, welche von diesem Angebot Gebrauch machten. Wenn man das mit Zug und seinen 118'000 Einwohnern vergleicht, würden hier nur 5000 Personen mitmachen. Man erreicht also nicht das, was man erreichen will. Das Vorsprechen bei den Behörden müsste wohl ähnlich geschehen wie beim Bezug eines neuen Passes – und wenn man nicht angemeldet ist, steht man in der Schlange, bis man an die Reihe kommt. Auf jeden Fall braucht es Administration, es müssen Leute vor Ort sein etc. Diese Kostenfolgen konnte der Regierungsrat nicht erheben. Es liegt also keine Vollkostenrechnung vor.
Zu beachten ist auch, dass ein Ehepaar beim Einreichen der Steuerklärung immer zu zweit unterschreiben muss. Das bedeutet, dass zwei Personen bei den Behörden vorsprechen müssten, um eine virtuelle Identität zu erhalten. Auch für die Auslösung und die Zustellung wären zwei Personen gefordert, das Missbrauchspotenzial lässt sich also eingrenzen. Auch der Finanzdirektor ist für höchste Sicherheit, man muss das Missbrauchspotenzial aber auch abschätzen. Die Finanzdirektion geht davon aus, dass der Nutzen des Benutzerkontos in den allermeisten Fällen beim Einreichen der Steuererklärung liegen wird. Der Finanzdirektor erhält per E-Mail schon heute eingescannte Steuererklärungen von Privatpersonen, die sich darüber beschweren, dass Steuererklärungen nicht elektronisch eingereicht werden können, und er muss dann darauf hinweisen, dass diese Form der Eingabe nicht rechtskräftig sei, man aber an einem korrekten und sicheren Weg für die elektronische Eingabe arbeite. Und wo liegt nun das Missbrauchspotenzial, wenn der Nachbar eine Steuererklärung oder -veranlagung sieht? Kann er eine Steuerrückzahlung oder eine Rückzahlung der Verrechnungssteuer geltend machen? Ein derartiges Missbrauchspotenzial ist bei den Banken, wo man Zahlungen auslösen und grosse Beträge auf ein falsches Konto überweisen könnte, viel grösser.
Der Finanzdirektor bittet wirklich, dem Antrag der AGF nicht zuzustimmen. Mit diesem Vorschlag wäre die Lösung nicht erfolgreich, will man doch, wenn die Steuererklärung ausgefüllt ist, einfach auf den Knopf drücken und die Zustellung auslösen, ohne zuerst noch bei den Behörden vorzusprechen. Bezüglich des Antrags der vorberatenden Kommission ist es richtig, dass im Entwurf der Verordnung, welcher der Kommission bei der Beratung vorgelegt wurde, vorgesehen war, dass der Antragstellende bei der Aktivierung des Benutzerkontos die Kundennummer und das Initialpasswort mit eingeschriebenem Brief erhalten solle. Die Verordnung ist in der externen Vernehmlassung – und da kommt von der Gemeinde Baar die Rückmeldung, man solle doch günstiger arbeiten und es bei zwei B-Post-Briefen belassen. Der Regierungsrat hat dazu noch nicht Stellung genommen. Wenn der Kantonsrat heute nun die im Verordnungsentwurf formulierte Lösung ins Gesetz schreibt, würde das der vom Regierungsrat in der ersten Lesung vertretenen Haltung bzw. dem Verordnungsentwurf entsprechen. Der Finanzdirektor möchte aus seinem Herzen aber keine Mördergrube machen: Wenn der Rat die Zustellung mit einge-

schriebenem Brief beschliesst, wird der Regierungsrat das umsetzen – auch wenn er der Meinung ist, dass es nicht im Gesetz festgeschrieben, sondern vom Regierungsrat unter Gewichtung aller Aspekte in nächster Zeit festgelegt werden sollte. Der Finanzdirektor kann aber mit beiden Lösungen leben.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei Anträge vorliegen:
• Ergebnis erste Lesung;
• Antrag der AGF auf persönliches Erscheinen vor der Behörde:
• Antrag der vorberatenden Kommission auf briefliche Zustellung.
Er schlägt vor, zuerst die Anträge der AGF und der vorberatenden Kommission einander gegenüberzustellen und den obsiegenden Antrag dann dem Ergebnis erste Lesung gegenüberzustellen. Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat folgt in der ersten Abstimmung mit 37 zu 25 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

➔ In der zweiten Abstimmung stimmt der Rat mit 36 zu 24 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission zu.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 40 zu 21 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 17

1214 Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Jugendliche und öffentlicher Verkehr im Kanton Zug

Es liegen vor: Interpellation (2365.1 - 14603); Antwort des Regierungsrats (2365.2 - 14755).

Anna Bieri spricht für die Interpellantin. Am 2. kantonalen Jugendpolittag diskutierten junge Zugerinnen und Zuger über politische Themen, welche diese Altersgruppe beschäftigen und direkt oder indirekt betreffen. Die CVP hat dabei genau zugehört. Sie stellt fest, dass das Thema «Öffentlicher Verkehr» bei den jungen Menschen ein Dauerbrenner ist, und sie hat sich erlaubt, deren Fragen zu ihrem Hauptverkehrsmittel in Form einer Interpellation an den Regierungsrat zu richten.
Es freut die CVP, dass der öffentliche Verkehr bei Kundenbefragungen derart gut abschneidet. Dennoch zeigt die Differenz – allerdings auf hohem Niveau –, dass gerade bei den Jungen noch Potenzial besteht. Die Votantin persönlich versteht nicht, wieso der gesetzliche Auftrag, nachfrageorientiert zu wirken, nicht die Konsumentengruppe «Jugendliche» rechtfertigen soll. Möglicherweise besteht hier ein für beide Seiten spannendes Potenzial. Zu schätzen ist auch die Preispolitik, Jugendlichen spezielle Tarife zu gewähren. Man muss aber Verständnis dafür haben, dass in diesem Alter andere Standards von «teuer» gelten.
Für die Votantin ist die Nummer 3 die essenzielle Frage, jene nach der Kooperation mit den Schulen. Der erste Satz irritiert da etwas. Natürlich wird der ÖV nicht «prio-

ritär» auf die Schulen ausgerichtet; dass dies aber «normalerweise» nicht geschehen soll, ist störend. Für mehrere Millionen Franken baut man ein Gymnasium dezentral, argumentiert mit guten ÖV-Anschlüssen – die dann aber doch nicht sichergestellt werden sollen? Die Votantin war erleichtert, dass der Widerspruch in der Antwort von der Regierung selbst gegeben wird. Mehrfach wird dargelegt, dass diese Zusammenarbeit eben doch und intensiv stattfinde. Für die attraktive Entwicklung des einzigen Zuger Kurzzeitgymnasiums ist das wichtig. Die Votantin dankt der Regierung, dass diese sich hier weiterhin einsetzt.
Die CVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für seine Antworten, die sie so den jungen Zugerinnen und Zugern weitergeben kann. In einer Woche findet die neueste Ausgabe des kantonalen Jugendpolittages statt. Alle sind dazu eingeladen. Die CVP wird dabei sein, wird mit den jungen Zugerinnen und Zugern diskutieren, wird ihnen zuhören, wird Fragen und Anregungen mitnehmen. Sie dankt der Regierung für die direkten Antworten.

Martin Stuber als Sprecher der AGF dankt der CVP-Fraktion für die Interpellation. In Zusammenhang mit der Umfrage, welche auf Seite 1 der regierungsrätlichen Antwort erwähnt ist, wird begründet, weshalb Jugendliche nicht befragt werden. Die neue Umfrage zur Kundenzufriedenheit läuft offenbar bereits; auch der Votant konnte vor einigen Wochen während fast einer Stunde – angekündigt war eine Viertelstunde – eine Reihe konkreter Fragen beantworten. Dabei wurde ihm bestätigt, dass keine Jugendlichen befragt werden. Die Begründung dafür versteht der Votant nicht. Er kann nicht nachvollziehen, weshalb nicht auch Zwölf- oder Sechzehnjährige zu ihrer Zufriedenheit mit dem ÖV befragt werden. Es stimmt doch nicht, dass die Eltern heute ihren Vierzehnjährigen sagen, ob sie mit dem Velo oder mit dem Bus zur Schule fahren sollen; das kommt wohl nur noch selten vor. Die Jugendlichen haben heute genug Geld und entscheiden selbst, ob sie das Velo oder den ÖV nehmen. Man sollte für die repräsentative Umfrage deshalb auch sie nach ihrer Meinung zum ÖV fragen.
Der ÖV hat bei den Jugendlichen einen regelrechten Siegeszug hinter sich: Junge benutzen den ÖV wie noch nie. Das wurde in der Stadt Zug beim Referendum gegen die Abschaffung der Buspass-Subventionierung für die Jungen sichtbar: Die Abschaffung wurde vom Souverän sehr deutlich verworfen. So erfolgreich der ÖV bei der Jugend ist, so gross wird das Problem an einem anderen Ort, nämlich beim teilweise dramatischen Rückgang der Benützung des Velos durch die Jungen. Das mit Abstand gesündeste und ökologischste Transportmittel ist nämlich das Velo. Dieses ist viel ökologischer als ein dieselbetriebener Bus und müsste bei den Jungen eigentlich *moyen de choix* sein. Das ist leider nicht mehr der Fall. Vielleicht können CVP und AGF in der nächsten Legislatur gemeinsam einen entsprechenden Vorstoss einreichen.
Ein spezieller Aspekt ist der Nachtzuschlag. Dieser trifft vor allem die Jungen, und eigentlich will doch jedermann, dass die Jungen in der Nacht den ÖV benutzen. Kaum jemand will, dass Neunzehnjährige in der Nacht von Zürich durch das Sihltal nach Hause brettern und allenfalls leicht alkoholisiert verunfallen. Die AGF hat in dieser Legislatur einen Vorstoss eingereicht, um den Nachtzuschlag abzuschaffen. Dieses Ansinnen wurde leider abgelehnt, auch von der CVP. Vielleicht könnte man dieses Thema in der nächsten Legislatur ebenfalls nochmals aufnehmen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist der Ansicht, dass die Gruppe «Jugendliche» heute eigentlich gut bedient wird. Sie bezahlt andere Preise – und der Volkswirtschaftsdirektor ist froh, dass nicht gefordert wurde, diese Preise müssten gesenkt werden. Die Preise sind vernünftig: Wenn man einen Zuger Pass für ein Jahr

hat, bezahlt man 1.40 Franken pro Tag. Und wenn man schaut, wofür Jugendliche heute ihr Geld ausgeben: 1.40 Franken reicht kaum für einen Energy-Drink, ganz abgesehen von den Ausgaben für Kommunikationsmittel, wo für notwendige, lustige oder unterhaltsame Kommunikation, für Games, Apps etc. ganz andere Beträge zusammenkommen. Vor diesem Hintergrund ist 1.40 Franken pro Tag für den ÖV ein sehr guter Preis. Die Transportunternehmen berücksichtigen die Situation der Jugendlichen also. Wenn der Kantonsrat hier von politischer Seite eingreifen wollte, müsste er beschliessen, dass der Kanton aus Steuergeldern die Gruppe «Jugendliche» bevorzugt – das Entlastungsprogramm lässt grüssen.
Den monierten Satz in der Antwort auf Frage 3 muss man richtig lesen. Priorität hat das Gesamtsystem. Dort aber, wo es möglich ist, arbeitet man – wie in den Ausführungen erläutert – mit den Schulen zusammen und berücksichtigt deren Bedürfnisse. Man kann das Prinzip aber nicht umkehren und sagen, der Stundenplan einer Schule sei das übergeordnete Prinzip, und alles andere habe sich daran zu orientieren. Das käme bei der Bevölkerung nicht gut an.
Den Hinweis von Martin Stuber bezüglich Umfrage nimmt der Volkswirtschaftsdirektor als Anregung gerne auf. Es scheint ihm bedenkenswert, bei der nächsten Umfrage altersmässig tiefer anzusetzen. Und bezüglich Nachtzuschlag: Bei der Vorstellung BIBO wurde informiert, dass die Transportunternehmen, insbesondere die SBB, einen sechsmonatigen Pilotversuch mit einem Abend-GA durchführen werden. Der Abendverkehr ist also – nicht nur hinsichtlich Jugendlicher – ein Thema. Man landet bei der Frage der Preis- und Zeitdifferenzierung, wann also welcher Verkehr wie bepreist werden soll, aber schnell bei gesellschaftspolitischen und erzieherischen Fragen: Wann beginnt man damit, den abendlichen, nächtlichen und inzwischen bis frühmorgendlichen Ausgang von Jugendlichen staatlich zu fördern?
Den Siegeszug des ÖV bei den Jugendlichen spürt man schweizweit. Bei den Achtzehnjährigen ist es nicht das Thema Nummer eins, ein Auto zu besitzen, sondern sie wollen einfach verfügbare Verkehrsmittel. Wichtig ist ihnen also nicht, was sie haben, sondern wie schnell und zu welchem Preis sie reisen. Man darf deshalb der Jugend nicht vorgaukeln, dass der ÖV günstig sei, sondern muss unterscheiden zwischen dem, was sie daran bezahlen, und dem, was er kostet. Angesichts der Tatsache, dass Mobilität – das sagen inzwischen praktisch alle – zu günstig ist, muss man aufpassen, dass man erzieherisch nicht falsche Zeichen setzt.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 18

1215 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend staatliche Finanzierung und parteipolitische Zusammensetzung der Institutionen mit öffentlichen Aufgaben des Kantons Zug

Es liegen vor: Interpellation (2376.1 - 14644); Antwort des Regierungsrats (2376.2 - 14778).

Manuel Brandenberg dankt namens der SVP-Fraktion für die Beantwortung der Fragen und insbesondere für den Anhang, wo detailliert nachgewiesen ist, welche privaten Institutionen Vergütungen des Kantons erhalten haben. Hier kommt aber bereits eine Kritik: Die SVP hat in Frage 1 nach der Übertragung von öffentlichen, d. h hoheitlichen Aufgaben gefragt, nicht nach den privaten Institutionen, welche vom Kanton Geld erhalten. Es geht ihr um die Übertragung von öffentlichen Aufgaben mit hoheitlicher Funktion. Wenn man, wie in der regierungsrätlichen Antwort,

alles zusammen nimmt – also auch Private, die für Tätigkeiten subventioniert werden, die nicht hoheitlich sind, aber im öffentlichen Interesse liegen –, dann kommt man auf rund 110 Millionen Franken, die der Kanton Zug jedes Jahr verteilt. Es sind also 7 bis 8 Prozent des Zuger Staatshaushalts, die hier verteilt werden. Und die Frage der SVP lautet: Wer kann dieses Geld verteilen? Wie sind die Gremien, die verteilen können, parteipolitisch zusammengesetzt? Die SVP hat bereits in ihrer Fragestellung einige Beispiel genannt, natürlich anonym und ohne Namen, ist sie doch fair, und der Datenschutz auch für sie etwas ganz Hehres. Und man sieht: In diesen Leitungsgremien gibt es nur die CVP und die FDP – und ab und zu vielleicht noch einen Sozialdemokraten, der auch etwas vom Tisch der Reichen erhält. Es handelt sich aber um eine praktisch SVP-freie Zone – und es geht um 8 Prozent des Staatshaushalts. Setzt man das in Relation zu den Stimmanteilen im Kanton, merkt man, dass das schon etwas stossend ist: dass zwei Parteien, die zusammen noch vierzig von achtzig Sitzen im Kantonsrat haben, *de facto* einen derart grossen Kuchen an staatlichem Geld verteilen können. Natürlich bedeutet «verteilen» hier, das Geld im Auftrag des Kantons für bestimmte Aufgaben auszugeben, aber die betreffenden Personen müssen Aufträge geben, haben Nachfragemacht, können Personen «kaufen», und das kann manchmal etwas problematisch sein.
Der Regierungsrat kommt nun natürlich mit dem Datenschutz und sagt, dass die parteipolitische Zugehörigkeit von Personen in einem privatrechtlichen Gebilde zu den besonders schützenswerten Daten gehöre und deshalb nicht bekanntgegeben werden könne. Für einen Fehler, der ihr unterlaufen ist, entschuldigt sich die SVP. In der Antwort auf Frage 2 und 4 hält der Regierungsrat zutreffend fest: «Abschliessend sei darauf hingewiesen, dass gewisse Angaben in der Interpellation nicht stimmen, so ist zum Beispiel der stellvertretende Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirektion weder Vizepräsident des Vereins für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM) noch ist er ein FDP-Mitglied.» Hier hat die SVP einen Fehler gemacht: Die betreffende Person ist Kassier des VAM, und sie ist CVP-Mitglied. Die SVP entschuldigt sich – wie gesagt – für dieses Versehen, das am Ganzen allerdings nichts ändert. Der Votant ist auch ziemlich sicher, dass der Regierungsrat dieses Beispiel als eines unter vielen herausgegriffen hat und dass er noch zwanzig weitere falsche Angaben hätte anführen können. Vielleicht war es aber auch anders: Vielleicht hat der Regierungsrat alle hundert Angaben der SVP überprüft und gesehen, dass zwei nicht stimmen. Das alles sind aber Spekulationen, über die sich der Votant nicht weiter auslassen will.
Die datenschutzrechtlichen Ausführungen des Regierungsrats hat die SVP durch eine Fachperson abklären lassen. Darf der Regierungsrat wirklich nicht sagen, in welcher Partei jemand ist, der als Privater vom Kanton Zug so viel Geld im Rahmen einer öffentlichen Aufgabe erhält? Für diese Abklärungen hat die SVP-Fraktion auch Geld ausgegeben, *eigenes* Geld, das zum Teil allerdings auch vom Staat kommt; die anderen, privaten Finanzierungsmöglichkeiten gibt die SVP natürlich nicht bekannt. Der ausgewiesene Experte für Datenschutz sagt zum einen nun: «Es stellt sich zudem die Frage, ob die gelebte Praxis der Vergabe von Leistungsaufträgen ohne Durchführung eines Submissionsverfahrens rechtskonform ist. Diese Frage wurde aufgrund der knappen zeitlichen und finanziellen Ressourcen hier nicht genauer abgeklärt.» (Man sieht: Auch das Geld der SVP ist beschränkt, auch wenn man manchmal anders hört.) Das ist schon mal spannend: Submissionsverfahren bei der Vergabe von Leistungsaufträgen. Zum Datenschutz sagt der erwähnte Experte: «Der Regierungsrat hat recht. Die Bekanntgabe besonders schützenswerter Daten bedarf einer ausdrücklichen formellen gesetzlichen Grundlage.» Der Experte teilt hier also die Auffassung des Regierungsrats. Der Experte sagt weiter: «Aber auch wenn das öffentliche Beschaffungsrecht nicht anwendbar

ist, müssen die Leistungsaufträge nach den in § 7 des Organisationsgesetzes enthaltenen Grundsätzen vergeben werden. Demnach ist der Regierungsrat insbesondere verpflichtet, die Gesetzmässigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Verwaltungstätigkeit sicherzustellen. Dazu gehört auch die Kontrolle, ob bei der Vergabe von Leistungsaufträgen aufgrund von Interessenkonflikten Korruptionsrisiken bestehen.» Und weiter: «Insofern kann die Parteizugehörigkeit und/oder die Familienzugehörigkeit bei der Vergabe eine wichtige Rolle spielen. Dadurch wäre die Voraussetzung nach § 5 Abs. 2 Bst. b Datenschutzgesetz erfüllt, der Organe – den Regierungsrat in diesem Fall – berechtigt, besonders schützenswerte Personendaten zu bearbeiten, sofern es für eine in einem formellen Gesetz umschriebene Aufgabe offensichtlich unentbehrlich ist.» Und dann kommt die Conclusio: «Der Regierungsrat ist gemäss § 5 Abs. 2 Bst. b DSG berechtigt, eventuell sogar verpflichtet, besonders schützenswerte Personendaten für die in einem formellen Gesetz umschriebene Aufgabe zu bearbeiten, wenn die Bearbeitung offensichtlich unentbehrlich ist, was mit § 7 Organisationsgesetz in Verbindung mit § 7 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Regierungsrats für den Bereich der Übertragung öffentlicher Aufgaben vom Kanton auf private Dritte gegeben ist.» Dann sagt der Experte aber auch: «Das gilt nur für die Leistungsvereinbarungen mit Übertragung von öffentlichen Aufgaben – also hoheitliche Funktion –, nicht aber für die Subventionsvereinbarungen im Rahmen von Unterstützungen von Aufgaben und Tätigkeiten im öffentlichen Interesse.»
Der langen Rede kurzer Sinn: Der Regierungsrat hätte – wenn er ein wenig den Willen dazu gehabt hätte – durchaus auch über diejenigen Institutionen orientieren können, die öffentlich-hoheitliche Aufgaben erfüllen, und dort auch die parteipolitischen Hintergründe aufzeigen können. Aber wie eingangs gesagt: Es wird bei den anderen Institutionen nicht anders sein als bei den zehn Beispielen, welche die SVP aufgezeigt hat: Es ist ein Regime von FDP und CVP, das viel Geld der Steuerzahler verteilt. Das ist aus der Sicht der SVP und wenn man sich die Zahlen anschaut, wie sich die Wähler im Kanton Zug zusammensetzen, stossend.

Thomas Lötscher dankt namens der FDP-Fraktion der Regierung für die umfassende und gute Beantwortung der Interpellation. Er fokussiert auf Frage 5, welche er etwas vertiefen möchte. In der Auflistung der SVP fungiert der Votant mit seinem ehemaligen Vorstandsmandat bei «punkto Jugend und Kind» an zweiter Stelle. Daraus ergeben sich seine Interessenbindung und eine gewisse Erfahrung mit dem Thema. Wichtiger als eine parteipolitische Verteilung ist, dass diese Chargen überhaupt kompetent besetzt werden können. Grundsätzlich gibt es zwei wesentliche Anforderungen an potenzielle Anwärter für ein solches Mandat: erstens die Eignung und zweitens die Bereitschaft, gratis oder fast gratis zusätzliche Arbeit zu leisten. Bei Frauen, die einen ganz wesentlichen Anteil dieser Freiwilligenarbeit leisten, kommt ein dritter Punkt hinzu: Ihre Männer müssen akzeptieren können, dass sie sich mehr als zwanzig Meter vom heimischen Herd entfernen. Liegt es an der fehlenden Eignung oder an der fehlenden Bereitschaft, unentgeltlich etwas für die Gemeinschaft zu leisten, dass die SVP so schwach vertreten ist? Oder gibt es andere Gründe? Der Votant weiss es nicht. Offenbar sind aber bei der CVP und der FDP viele Mitglieder bereit, einen zusätzlichen Effort für die Allgemeinheit zu leisten.
Sollten die Mitglieder der SVP der Ansicht sein, die Einschätzung des Votanten sei zu einseitig, dann sollen sie doch beweisen, dass er falsch liegt. Die Liste der Institutionen liegt vor, und der Votant ruft die SVP auf, sich für entsprechende Mandate zu bewerben. Gute Leute werden immer wieder gesucht.

Christine Blättler-Müller dankt der Regierung für die sachlich-fundierte Beantwortung der Interpellation und für das Vertrauen gegenüber den Zuger Non-Profit-Organisationen, die sich täglich mit ihrer ganzen Professionalität für die Bevölkerung einsetzen. Ihre Interessenbindung: Sie ist Präsidentin der Frauenzentrale Zug und eine der ersten in der SVP-Interpellation erwähnten Personen, und sie war, bevor sie von der Chamer Bevölkerung in den Kantonsrat gewählt wurde, bereits zwei Jahre lang im Vorstand der Frauenzentrale tätig.
Die Votantin kann es nicht lassen, der SVP-Fraktion eine kleine Nachhilfestunde zu geben. Einerseits weist sie darauf hin, dass die Vizepräsidentin der Frauenzentrale keine ehemalige Kantonsrätin der FDP ist. Andererseits erstaunt es sie aber sehr, dass die SVP ihr eigenes Parteimitglied im Vorstand der Frauenzentrale anscheinend nicht kennt, obwohl dieses erst kürzlich in den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug gewählt wurde, was den Vorstand der Frauenzentrale mit Stolz erfüllt, setzt er sich doch für mehr Frauen in der Politik ein. Einige SVP-Kandidatinnen sind gerne der Einladung gefolgt, sich während des Wahlkampfs gratis auf der Website der Frauenzentrale zu präsentieren, und haben auch gratis an deren Inseratenkampagne in der «Neuen Zuger Zeitung» mitgemacht. Die Frauenzentrale hat sich darüber sehr gefreut, engagiert sie sich doch für ein gleichberechtigtes Wirken von Frauen und Männern in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, ganz nach dem Slogan «Gemeinsam Gutes tun und Wertvolles bewirken.» Die betreffenden Gelder stammen übrigens nicht aus der Staatskasse, sondern aus der Vereinskasse der Frauenzentrale, die durch Mitglieder-, Gönner- und Spendenbeiträge, vor allem aber durch einen unglaublich grossen Beitrag aus dem Brockenhaus gespeist wird. Und – um bereits am Morgen Gesagtes zu wiederholen: Im Brockenhaus und im Brockenhüsli arbeiten über 150 freiwillige Männer und Frauen mit einem Durchschnittsalter von 69 Jahren, und in der Frauenzentrale wurde 2013 insgesamt 25'213 Stunden freiwillig gearbeitet. Diese Stunden helfen der Frauenzentrale zusätzlich, sich weiterhin für Menschen im Kanton Zug einsetzen zu können, welche sich in herausfordernden Situationen befinden. Die Frauenzentrale unterstützt Menschen im Kanton Zug in anspruchsvollen Lebenssituationen direkt und unkompliziert und stärkt sie in ihrer Eigenkompetenz und Selbständigkeit. Das ist ihr Zweck.
In der Frauenzentrale spielt die Parteizugehörigkeit grundsätzlich keine Rolle. Die Frauenzentrale braucht Frauen und Männer, die sich für die Sache, d. h. für gesellschaftliche Anliegen im Kanton Zug einsetzen und Knowhow für die Arbeit in einem Non-Profit-Unternehmen mitbringen. Die Zuger Institutionen, welche eine Leistungs- oder Subventionsvereinbarung mit dem Kanton abgeschlossen haben, übernehmen sehr wohl die Verantwortung für die vom Staat übertragenen öffentlichen Aufgaben Über die Qualität und die Wirtschaftlichkeit müssen sie regelmässig und in relativ kurzen Abständen der Regierung Bericht erstatten. Die Verhandlungen sind immer eine Herausforderung, da sie genau und zeitaufwändig geführt werden müssen, handelt es sich doch um Steuergelder. Allenfalls kann die SVP auch ihren Fraktionskollegen Rainer Suter fragen, der als Vizepräsident im Vorstand des Wohn- und Werkheims Schmetterling in Cham mitarbeitet; auch der Präsident dort ist ein SVP-Mitglied. Die SVP kann auch den Präsidenten des Vereins Drogen Forum Zug fragen – oder sie kann sich engagieren. Die Votantin empfiehlt, den Benevol-Newsletter zu lesen, wo die offenen Stellen für freiwillige und ehrenamtliche Arbeiten aufgeführt sind. Denn wie es Benevol immer wieder sagt: «Freiwilligenarbeit verleiht Flügel.»

Beni Riedi wiederholt, dass es hier weder um die Institutionen noch um die Zugehörigkeit zur SVP geht – zumal man dieses Spiel auch nach links drehen könnte. Die Liste, welche die SVP für ihren Vorstoss erstellt hat, zeigt aber, dass auffallend

viele CVP- und FDP-Mitglieder in den betreffenden Führungsgremien sitzen. Und genau um diesen Punkt geht es.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass man beim Votum von Manuel Brandenberg den Eindruck bekam, dass der Kanton einfach Geld verteile: 110 Millionen Franken verteile der Regierungsrat an Organisationen, deren Führungsgremien auch noch weitgehend mit CVP- und FDP-Mitgliedern besetzt seien. Es geht aber keineswegs um das Verteilen von Geldern, sondern um öffentliche Aufgaben, die eine gesetzliche Grundlage haben, die der Kanton aber nicht selber anbieten kann und die er deshalb ausgelagert hat. Bei dieser Auslagerung wurden nicht Organisationen mit entsprechend besetzten Führungsgremien gesucht, sondern solche, die es bereits gab und welche die betreffenden Aufgaben überhaupt übernehmen konnten. Der Regierungsrat hat der Interpellationsanwort eine Liste dieser Organisationen beigefügt, wobei diese Liste öffentlich und auf der Website des Kantons unter «Behörden» einsehbar ist. Die einzelnen Leistungsvereinbarungen sind dort nicht einsehbar, wohl aber ein Mustervertrag für Leistungsvereinbarungen; diesem lässt sich entnehmen, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen und wie die Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Und mit Sicherheit fragen die Stawiko-Delegationen bei den einzelnen Direktionen nach, welche Vereinbarungen abgeschlossen wurden, und überprüfen, welche Leistungen der Kanton bei diesen Organisationen einkauft. Der Finanzdirektor ist überzeugt, dass alle Leistungsvereinbarungen die nötige gesetzliche Grundlage haben und mit dem Finanzhaushaltgesetz konform sind. In Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm wird selbstverständlich auch geprüft, ob Einsparungen möglich sind.
Der Gutachten, aus dem Manuel Brandenberg zitiert hat, widerspricht grundsätzlich den Ausführungen des Regierungsrats zum Datenschutz nicht; sie sind einzig dort in Frage gestellt worden, wo es um submissionsrechtliche Fragen geht. Natürlich kann der Finanzdirektor dazu jetzt nicht direkt Stellung nehmen, er ist aber interessiert an diesem Gutachten.
Abschliessend hält der Finanzdirektor auch aus eigener Erfahrung fest, dass jede Organisation froh ist um freiwillige Helfer und um die Bereitschaft, auch in Führungsgremien mitzuarbeiten und Verantwortung zu übernehmen. Er empfiehlt den SVP-Mitgliedern, diesen Weg zu gehen. Wenn die SVP ihre Arbeit anbieten will, wird sie auch Abnehmer finden.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 19

1216 Interpellation von Martin Stuber, Philip C. Brunner und Florian Weber betreffend Status Realisierung POLYCOM im Kanton Zug

Es liegen vor: Interpellation (2379.1 - 14659); Antwort des Regierungsrats (2379.2 - 1469).

Philip C. Brunner dankt als Sprecher der Interpellanten dem Regierungsrat für seine Antwort. Die Grafik auf der ersten Seite der regierungsrätlichen Antwort zeigt, dass man ungefähr in der Mitte eines ziemlich langen Prozesses steht, der 2011 angestossen und dann um mindestens zwei Jahre – zuerst um neun Monate, später noch zweimal um sieben Monate – nach hinten verschoben wurde. Das Ganze ist also etwas in die Jahre gekommen. Wie man sich erinnert, geht es um Investitionen in der Grössenordnung von 20 Millionen Franken. Mittlerweile ist der

Kanton etwas auf Sparkurs – und der Votant ist sich nicht sicher, ob der Kantonsrat, wenn er alles gewusst hätte, diesen Investitionen wirklich zugestimmt hätte. Als Demokrat akzeptiert der Votant den Entscheid des Kantonsrats und hofft, dass man mit POLYCOM planmässig weiterkommt. Vom Sicherheitsdirektor hat er gehört, dass gestern in Vevey ein Prüfverfahren durchgeführt wurde, und er hofft heute zu hören, dass dieses ein Erfolg war und dass der Kanton Zug die Ziele erreicht, die er sich mit POLYCOM gesetzt hat.
Etwas bedrückend ist für den Votanten die Lebensdauer von POLYCOM. Die Regierung teilt in ihrer Antwort mit, dass diese bis ungefähr 2025 reicht. Das heisst, dass POLYCOM – ab 2015 in Betrieb – ungefähr zehn Jahr lang funktioniert. Die Investitionskosten müssen also mit 2 Millionen Franken pro Jahr abgeschrieben werden. Der Votant akzeptiert – wie gesagt – den damaligen Entscheid des Kantonsrats, um den hart gerungen wurde. Er muss aber doch sagen, dass man besser das getan hätte, was die Gegner damals vorschlugen, nämlich das Ganze zu verschieben und auf die nächste Technik-Generation zu warten. Das bestätigt nun auch die Regierung in ihrer Antwort. LTE, heute als 4G bekannt, war damals noch ein technischer Versuch der Swisscom, ist heute aber Allgemeingut. Mit der Technik geht es rasend schnell vorwärts, wohingegen das vorliegende Projekt – wie man wusste – mit einer gewissen Langsamkeit vorankommt. POLYCOM wird – wie gesagt – bis 2025 funktionieren, und man wird bereits 2022/23 über die Ablösung diskutieren müssen. Wie man in der erwähnten Grafik in der regierungsrätlichen Antwort sieht, zieht sich das Projekt POLYCOM von 2011 bis 2016, also über sechs Jahre hin. Es ist sehr zu hoffen, dass dieses Experiment am Schluss wirklich das bringt, was man sich erhofft hat. Es wäre sehr schade, wenn man das ganze Geld ausgeben würde und am Schluss konsterniert feststellen müsste, dass man nicht das erhalten hat, was man wollte, nämlich das Beste für die Leute an der Front – wobei die Interpellanten immer noch nicht glauben, dass der Kanton Zug tatsächlich das Beste erhält.
Abschliessend hält der Votant fest, dass die vorliegende Frage ja nicht politischer Art ist. Er wird seinen Ratskollegen Martin Stuber, mit dem er in zwei Fragen trotz der ideologischen Unterschiede gemeinsam gekämpft hat, in der neuen Legislatur vermissen. Und er ist überzeugt, dass er und Martin Stuber in beiden Fragen eines Tages recht bekommen: bei POLYCOM und beim Doppelspurausbau Walchwil.

Martin Stuber ist nicht sicher, ob er den Kantonsrat als Ganzes vermissen wird, gewisse Mitglieder aber vielleicht schon. Als Sprecher der AGF hält er fest: Die Interpellation ist inzwischen etwas in die Monate gekommen, und der Votant ist froh, dass sie heute endlich an die Reihe kommt. Er dankt auch allen, die in der Sitzung noch ausharren.
Bei der Behandlung der Antwort auf die Motion der Kommission Polycom im Frühling dieses Jahres wurde die lange Dauer bis zur Beantwortung gerügt. Der Votant stellte im Nachgang noch Fragen an den Sicherheitsdirektor, weil er die Begründung für die Verzögerung nicht nachvollziehen konnte. Daraufhin erhielt er Besuch von Urs Marti, dem Stabschef der Zuger Notorganisation. Es war ein offenes und sehr interessantes Gespräch – und der Votant hatte ein gehöriges Aha-Erlebnis. Es war ihm nämlich nicht bekannt, dass die Schweiz ein neues kabelgestütztes Notkommunikationsnetz aufbauen muss, weil die Swisscom den bisherigen, analogen Kommunikationsservice nicht weiterführen wird. Der Votant war ziemlich schockiert von dieser Information. Es kommt noch dazu, dass das heutige Notkommunikationsnetz vom öffentlichen Stromnetz abhängig ist. Das alles hat einen Zusammenhang mit der Begründung für die verspätete Antwort, weil beim Bund die Prioritäten jetzt nämlich so gesetzt wurden, dass man ein kabelgestütztes, mit Notstrom

betriebenes Notkommunikationsnetz umsetzen will. Dass die ursprüngliche Begründung für die lange Dauer der Antwort damit nicht stichhaltig war, sei nur am Rande erwähnt.
Wieso ist das wichtig? Das Problem bei POLYCOM liegt wohl in erster Linie beim Bund resp. beim Zusammenspiel zwischen Bund und Kantonen bzw. dessen schlechtem Funktionieren. Das ist der momentane Erkenntnisstand des Votanten. Und sein Eindruck ist, dass der Kanton Zug dem Bund wohl am ehesten Beine machen könnte, wenn er auf die nächste Generation von Notfall-Funkkommunikation gewartet – und so auch noch viel Geld gespart hätte. Beim Projekt BIBO versucht Zug ebenfalls, der Bundesbahn Beine zu machen, dies aber mit einer Millioneninvestition. Bei POLYCOM hätte es genau umgekehrt funktioniert.
Nun zu einigen Aspekten der regierungsrätlichen Antwort:
• Antwort auf Frage 2: POLYCOM ist massiv verspätet, und die Schuld dafür wird vor allem dem politischen Entscheidungsprozess und einer technischen Neuerung zugeschoben. Der Clou daran ist: Dank der Verzögerung profitiert Zug offenbar von einer technischen Neuerung, über die man in der Interpellationsantwort leider nichts Genaues erfährt. Es nähme den Votanten aber noch wunder, was der auf Seite 3 erwähnte «Hybridcombiner» ist und welche Vorteile er bringt.
• Die Frage 4 nach der Übergangslösung wurde nicht wirklich beantwortet, was Fragen aufwirft. Auf technische Fragen will der Votant nicht eingehen. Es interessiert ihn aber, wie oft diese Lösung, über die der Rat nur dank seiner Bemühungen überhaupt erst informiert wurde, pro Monat im Einsatz ist. Und inwiefern kann diese Notlösung POLYCOM Schwyz später in das neue Sicherheitsfunknetz überführt werden? Das wäre dann ja eine werthaltige Investition, der Votant kann es sich aber technisch nicht ganz vorstellen.
• Zur Antwort auf Frage 5 bezüglich Antennenstandorte: Zehn von elf Antennen sind jetzt offenbar fertig. Der elfte Standort, eine neue Antenne in Neuheim, wurde vom Gemeinderat nicht bewilligt, und wie von NeuheimerInnen zu erfahren war, wurde die Beschwerde gegen diesen Entscheid von der Sicherheitsdirektion am 8. Juli 2014 ohne Begründung zurückgezogen. Allerdings und sehr zum Ärger einiger NeuheimerInnen wurden die Metallprofile noch nicht beseitigt. Frage an den Sicherheitsdirektor: Was ist jetzt mit Neuheim? Und welche Folgen hat der Wegfall des Standorts Neuheim für POLYCOM?
• Und zum Schluss das für die Interpellanten wohl wichtigste Thema: Was ist mit dem LTE-Breitband-POLYCOM, das in der Hauszeitschrift von Atos erläutert wird? Entweder nimmt die Sicherheitsdirektion dieses Thema nicht ernst, oder sie lässt sich einfach vom Bund und von Atos abspeisen. Die Antwort des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS), welche in der Interpellationsantwort zitiert wird, stammt vom 17. Januar 2013, ist also bald zwei Jahre alt. Die erwähnte Kundenzeitschrift des Monopolanbieters Atos aber ist vom Januar 2014, ist also ein Jahr jünger. Die dortigen Informationen sind wesentlich aktueller – und darauf geht die Interpellationsantwort leider nicht ein. Es wäre wahrscheinlich eine bösartige Unterstellung, wenn man denken würde, dass einige Stellen im Kanton Zug gar nicht genau wissen möchten, ob und wann LTE-POLYCOM kommt, weil sonst der Übergang zum veralteten POLYCOM doch noch gefährdet werden könnte. Vielleicht hat aber auch der Bund entsprechende Überlegungen gemacht und blockt die Informationen vorläufig ab; Zug hat das Geld für POLYCOM ja schon gesprochen. Nach allem, was der Votant gesehen und erlebt hat beim Bund, könnte er sich das durchaus auch noch vorstellen. POLYCOM bleibt eine *histoire à suivre.*

Franz Peter Iten geht davon aus, dass die neue Antennenanlage im Raum Schützen/Boden in Unterägeri ein Teil von POLYCOM ist. Er weist darauf hin, dass der

Handy-Empfang im Ägerital seit der Installation dieser Anlage massiv schlechter geworden ist. So kann der Votant in seinem Büro nicht mehr mit dem Handy telefonieren, sondern muss nach draussen gehen. Er sieht von seinem Büro aus die zwei Antennen, trotzdem aber ist der Empfang schlechter geworden. Der Gemeinderat von Oberägeri hat bei der Swisscom nachgefragt und wollte in Erfahrung bringen, ob die neue Anlage einen solchen Einfluss haben kann. Der Votant bittet den Sicherheitsdirektor um entsprechende Auskunft oder Abklärung.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier keine Fragestunde durchgeführt wird. Der Sicherheitsdirektor kann diese Frage abklären und dem Fragesteller dann direkt beantworten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass das Projekt POLYCOM auf Kurs ist, auch bezüglich der Kosten. Die Verzögerung hat sich da und dort sogar als Vorteil erwiesen. So hatte Atos bei den Endgeräten eine Monopolstellung, heute aber ist Ruag Mitkonkurrent, und man wird die betreffenden Aufträge deutlich unter Budget vergeben können. Die Gründe für die Verzögerung hat der Regierungsrat aufgeführt: die lange Debatte in der vorberatenden Kommission und im Kantonsrat, der Wunsch nach einem Pilotprojekt, wobei man in Zusammenarbeit mit dem BABS und dem Bund zum Schluss kam, dass dies wenig sinnvoll sei. POLYCOM wird nun ungefähr Ende 2015 auf Empfang gehen. Die Übergangslösung mit Schwyz und Zürich war notwendig, damit Zug bezüglich der Autobahn mit diesen zwei Kantonen Funkverbindung hat. Sie bedeutete eine Vorinvestition von etwa 210'000 Franken, von denen am Schluss vielleicht 20'000 bis 30'000 Franken nicht mehr nutzbar gemacht werden können; dieses Geld ist aber nicht in den Sand gesetzt, da der Kanton Zug während der Zeit, in der POLYCOM noch nicht in Betrieb ist, in den heiklen Autobahnabschnitten, für welche Zug zuständig ist, entsprechende Verbindungen mit den zwei genannten Kantonen hatte.
Was das Prüfverfahren in Vevey ergeben hat, weiss der Sicherheitsdirektor nicht. Es ist aber Praxis, dass man Antennen und entsprechende Einrichtungen intern prüft.
Natürlich hätte man – wie der Sicherheitsdirektor schon wiederholt gesagt hat – zuwarten können, bis eines Tages irgendetwas technisch Neues kommt. Vor 2025 wird aber sicher kein neues System kommen, und erst dann werden die Kantone wieder Geld in die Hand nehmen. Der Sicherheitsdirektor ist zudem überzeugt, dass das jetzige System viel länger laufen wird als bis 2025. Man hätte bei einer Verschiebung auch die Subventionen nicht mehr bekommen und keine schweizweit einheitliche Technik mehr gehabt. Das hätte keinen Sinn gemacht. Der Kantonsrat hat entschieden, und die Sicherheitsdirektion setzt diesen Entscheid nun um.
Franz Peter Iten hat seine Frage zum Handy-Empfang im Ägerital schon in der Fraktionssitzung gestellt. Der Sicherheitsdirektor hat sie einem Experten vorgelegt: Es ist nicht möglich, dass der Swisscom-Empfang wegen einer POLYCOM-Antenne schlechter wird, ist die Strahlung von POLYCOM doch 25-mal geringer als diejenige von Swisscom. Ganz im Gegenteil: Man hat die betreffende Antenne erhöht, und die Swisscom – so die Auskunft des Experten – hat dort ihre Sendeleistung erhöht.
Zur Antennenanlage in Neuheim: Man hat damals im Kantonsrat gewusst, dass es Einsprachen gegen die Baugesuche geben kann. Der erste in Neuheim geplante Antennenstandort war bezüglich Abdeckung richtig, aber zugegebenermassen etwas heikel, lag er doch in einem Wohngebiet. In Absprache mit der Baudirektion konnte nun ein weniger guter, aber bezüglich Einsprachen weniger problematischer Standort gefunden werden, und der Sicherheitsdirektor ist zuversichtlich, dass die Baubewilligung bald erteilt wird. Ob mit dem neuen Standort die Abdeckung ebenso

gut ist wie mit der ursprünglich geplanten Antenne, wird sich bei der Ausmessung zeigen.
Der Sicherheitsdirektor ist zuversichtlich, dass man das angestrebte Ziel erreicht. Und die Leute, die immer wieder Fragen zum Projekt POLYCOM haben, lädt er ein, sich bei der Sicherheitsdirektion zu melden und sich dort mit den Experten zu unterhalten, auch mit denjenigen des Bundes.

Franz Peter Iten möchte gegenüber dem Ratsvorsitzenden seine Empörung ausdrücken. Wenn der Kantonsrat eine Anlage bewilligt und bei deren Bau Probleme entstehen – was die Bevölkerung und auch die Gemeinderäte des Ägeritals bestätigen können –, dann muss es doch erlaubt sein, dazu eine Frage zu stellen. Der Votant wird sich mit den vom Sicherheitsdirektor erwähnten Experten direkt in Verbindung setzen und bittet den Sicherheitsdirektor um deren Adresse.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Traktandum 20 kann aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

1217 Nächste Sitzung

Donnerstag, 13. November 2014 (Ganztagessitzung).

Protokoll des Kantonsrats

84. Sitzung: Donnerstag, 13. November 2014 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.05 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
3. Kommissionsbestellungen
4. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung von zwei Turnhallen für die Kantonsschule Zug (KSZ)
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Ratifizierung der Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 (Diplomanerkennungsvereinbarung)
6. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Teilergänzung der Stadtbahn Zug und Objektkredit für den Ausbau der Linie S2 zwischen Baar Lindenpark und Walchwil
7. Motion von Martin Stuber, Heini Schmid und Thomas Lötscher betreffend höhere Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern
   Postulat von Philip C. Brunner betreffend permanente Perronverlängerungen in Rotkreuz – mehr Sitzplätze und weniger Stehplätze – eine kostengünstige infrastrukturelle Verbesserung – mit sofortigem direktem Nutzen für ÖV-Benützer

8.1. Interpellation von Georg Helfenstein betreffend neue Buslinienführung Nr. 7. Cham–Zug

8.2. Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Angebotsabbau für die Busbenützer der Linie 6 (Steinhausen–Zug) in den wichtigen Hauptverkehrszeiten

Geschäft, das am 30 Oktober 2014 nicht behandelt werden konnte:

9. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten der Zuger Polizei

---

10. Postulat von Jürg Messmer, Beni Riedi, Roland von Burg und Thomas Wyss betreffend volle Unterrichtsbefähigung der Absolventen der PH (Pädagogische Hochschule) Zug für alle Fächer (sprich: Ausbildung von Generalisten als Primarlehrer)
11. Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Klimaschutz: Bemühungen des Kantons Zug
12. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend non-monetären Zeittauschmodellen in der Altersbetreuung im Kanton Zug

1218 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 71 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Manuel Brandenberg und Urs Raschle, beide Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Renato Sperandio und Thomas Werner, beide Unterägeri; Martin Pfister, Baar; Thomas Rickenbacher, Cham; Kurt Balmer und Bernadette Flach, beide Risch.

1219 Mitteilungen

Landammann und Sicherheitsdirektor Beat Villiger muss sich für den heutigen Tag entschuldigen: Am Morgen ist er an der Schweizerischen Sicherheitsverbundübung (SVU) in Bern, am Nachmittag nimmt er in Altdorf an der Plenarversammlung der KKJPD teil. Das Traktandum 9 wird der stellvertretende Sicherheitsdirektor, Regierungsrat Stephan Schleiss, bestreiten.

Der Volkswirtschaftsdirektor nimmt am Nachmittag in seiner Eigenschaft als vom Kanton gewähltes Mitglied an einer Sitzung des Bankrats der Zuger Kantonalbank teil und lässt sich deshalb entschuldigen. Bei den Traktanden zum Thema ÖV wird er aber auf jeden Fall präsent sein.

Der Vorsitzende begrüsst Irene Teismann mit einer Gruppe von Asylbewerbenden aus Syrien, Nigeria, Somalia und Sri Lanka, welche bei Frau Teismann Deutsch lernen und sich an der heutigen Sitzung ein Bild vom politischen System des Kantons Zug machen.

Am heutigen «Zukunftstag» verfolgen drei Jugendliche die Beratungen des Kantonsrats. Der Vorsitzende heisst sie herzlich willkommen. Vielleicht werden auch sie eines Tages Politikerinnen und Politiker.

Auf den Pulten findet sich ein Präsent des Dachverbands der Ostschweizer Lehrpersonen für Handarbeit, Hauswirtschaft und Gestalten (hhg). Der hhg führt Aktionswochen zum Thema «Erhalt und Stärkung» der gestalterischen Fächer durch, in diesem Jahr unter dem Motto «Feuer und Flamme». Schülerinnen und Schüler gestalten zusammen mit Lehrpersonen Zündholzbriefli und verteilen sie in der Bevölkerung. Der hhg konnte 70'000 Briefli in etwa zehn Kantone verschicken, diese werden nun gestaltet und in verschiedenen Regionen der Schweiz verteilt. Auch im Kanton Zug machen einige Lehrpersonen mit ihren Schülerinnen und Schülern bei dieser Aktion mit.

Kantonsrat Daniel Abt ist Vater eines Sohnes namens Carlo geworden. Der Vorsitzende gratuliert den Eltern herzlich zu diesem freudigen Ereignis und wünscht der ganzen Familie alles Gute*. (Der Rat applaudiert.)*

Die Zentralschweizer Fernsehen Tele 1 AG ersucht um die Bewilligung, im Ratssaal Ton- und Bildaufnahmen zu machen und die Filmaufnahmen im Fernsehen wiederzugeben. Gefilmt werden soll insbesondere die Debatte zu Traktandum 7 (Bahnkapazitäten). Gemäss § 31bis Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung muss der Rat dies bewilligen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 1

1220 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 3

Kommissionsbestellungen:

1221 Traktandum 3.1: **Ad-hoc-Kommission «Änderung des Energiegesetzes» (Vorlage 2433)**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass auf Wunsch der FDP-Fraktion anstelle von Daniel Thomas Burch neu Mario Reinschmidt in die Kommission gewählt werden soll. Die SVP-Fraktion bittet darum, anstelle von Daniel Burch neu Flavio Roos in diese Kommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 4

1222 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung von zwei Turnhallen für die Kantonsschule Zug (KSZ)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2335.7/.8 - 14757/58), der Kommission für Hochbauten (2335.9 - 14775) und der Staatswirtschaftskommission (2335.10 - 14783).

Eusebius Spescha, Präsident der Hochbaukommission, erinnert daran, dass der Rat am 22. Mai auf dieses Geschäft eingetreten ist, auf Vorschlag der Regierung den Entscheid aber ausgesetzt hat, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, ergänzende Abklärungen zu treffen und diese in einem Zusatzbericht darzustellen. Die Hochbaukommission hat sich – gestützt auf diesen Bericht – nochmals intensiv und engagiert mit diesem Geschäft auseinandergesetzt.
Der Bericht der Regierung ist eine Auslegeordnung der beiden zur Diskussion stehenden Varianten und enthält eine erfreuliche und eine unerfreuliche Aussage. Erfreulich ist, dass die Stadt Zug sich mit 3 Millionen Franken am Bau der Dreifachsporthalle beteiligen würde. Unerfreulich ist, dass die Preisschilder für die beiden Varianten gleich geblieben sind; die Hochbaukommission hatte hier andere Erwartungen.
Unbestritten ist, dass für den aktuellen Bedarf der Kantonsschule Zug (KSZ) zwei Turn- und Sporthallen genügen. Bei der Diskussion in der Kommission hat sich aber gezeigt, dass dies nur zutrifft, wenn sich die Parameter der Mittelschulplanung nicht verändern. Sollten sich Änderungen bei der Mittelschulplanung ergeben,

welche eine Erweiterung des Raumangebots an der KSZ zur Folge hätten, dann braucht auch die Kanti Zug drei Turn- und Sporthallen. Eine nachträgliche Erweiterung zu einer Dreifachsporthalle ist dann allerdings nicht mehr möglich. Angesichts der vielen Hürden, welche der Mittelschulstandort in Cham noch zu nehmen hat, ist dies zumindest nicht ganz unwahrscheinlich.
Aus Sicht der Hochbaukommission beinhaltet der Vorschlag der Regierung noch zwei zusätzliche heikle Punkte:
• Zwei übereinander liegende Turnhallen sind akustisch heikel. Wenig Unachtsamkeit bei der Ausführung genügen, und die Benutzung der unteren Halle macht keine Freude.
• Der zur Verfügung stehende Aussenplatz, der nach den Aussagen der KSZ schon heute sehr knapp ist, wird verkleinert.
Unbestritten ist, dass der Bedarf für eine wettkampftaugliche Dreifachsporthalle im Raum Zug für die Bedürfnisse der Sportvereine klar gegeben ist. Dies wird allseits anerkannt. Der Kantonsrat hat heute die Möglichkeit, dafür eine Lösung anzubieten. Allerdings heisst dies, dass Kanton und Stadt zusammen 8 Millionen Franken mehr aufwenden müssen. Eine andere Lösung in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren wird auf jeden Fall eine deutlich höhere Investition auslösen, abgesehen davon, dass dazu auch noch ein zusätzliches Stück vom bereits raren Bauland eingesetzt werden müsste. Auch muss man feststellen, dass mit dem Ersatz des Aussensportplatzes auf dem Dach der Dreifachsporthalle den Bedürfnissen der Schule in Bezug auf den Aussenraum deutlich besser gedient ist.
Mit dem Bau einer wettkampftauglichen Dreifachsporthalle und einem Zuschauerbereich für etwa 500 Personen werden die Bedürfnisse des Vereinssports in der Region Zug langfristig sinnvoll erfüllt. Die Kommission will bewusst keine Grossveranstaltungen an diesem Standort. Dafür fehlen die Voraussetzungen in diesem Quartier, und dafür gibt es die Sporthalle Herti. Aber dieser Standort eignet sich durchaus für Meisterschaftswettkämpfe mit wenigen hundert Zuschauern.
In ihrem Bericht wiederholt die Stawiko die Aussage, für Sportanlagen und für das Vereinsleben seien einzig und allein die Gemeinden zuständig. Dies trifft so nicht zu. Auch der Kanton ist in der Förderung des Sports, des Vereinslebens und des kulturellen Lebens gefragt, und er tut dies ja auch seit Jahrzehnten mit bedeutenden Mitteln. In § 8 des Zuger Sportgesetzes steht deutlich: «Kanton und Gemeinden stellen ihre Schulsportanlagen Organisationen für Aktivitäten des Breitensports zur Verfügung.» Das Gesetz sieht sogar vor, dass die Regierung aus dem Sport-Toto-Anteil Beiträge an die Sportinfrastruktur leisten kann. Dies steht hier nicht zur Diskussion, weil der Kanton ja selber Bauherr ist. Aber es zeigt den Willen von Parlament und Regierung, auch kantonal einen Beitrag an die Sportinfrastruktur zu leisten. Die Hochbaukommission hat auch zur Kenntnis genommen, dass die Mehrheit der Sportvereine, welche diese Halle nutzen werden, regionale Sportvereine sind. Die Sportlerinnen und Sportler kommen aus allen Gemeinden des Kantons Zug. Die Stadt erfüllt hier eine klassische Zentrumsaufgabe.
Eine Anmerkung zu den Betriebskosten: Die Stawiko rügt in ihrem Bericht, dass die Angabe zu den Betriebskosten falsch sei. Das hat den Votanten natürlich gewurmt. Es stimmt nämlich tatsächlich, dass er da eine Zahl genommen habe, die für etwas anderes steht. Dafür entschuldigt er sich. Er war sich aber ziemlich sicher, dass die 52'000 Franken in der Vorlage der Regierung nicht stimmen können und hat deshalb bei der Baudirektion nachgehakt. Und siehe da: Das hartnäckige Rückfragen hat zum Ergebnis geführt, dass noch 25'000 Franken für den Hausdienst dazugezählt werden müssen. Die richtige Zahl ist also 77'000 Franken; es stimmen also weder die 78'000 Franken im Bericht der Hochbaukommission noch die 52'000 Franken in den Berichten von Stawiko und Regierung.

Wenn diese Dreifachturnhalle nicht gebaut wird, geht die Welt selbstverständlich nicht unter, aber es wird eine einmalige Chance verpasst. Obwohl die Nachfrage gross ist, wird es so schnell in der Region Zug keine neue Möglichkeit für eine Dreifachsporthalle geben. Aus dieser Sicht ist für die Hochbaukommission die Situation fast zwingend. Ob die 8 Millionen Franken auch finanzpolitisch vertretbar sind, darüber kann man aber zu Recht unterschiedlicher Meinung sein. Deshalb sollte sich die Diskussion auf die Frage konzentrieren: Will und kann sich der Kanton Zug diesen Mehraufwand für eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle leisten? Im Namen der Hochbaukommission beantragt der Votant, der Variante der Kommission zuzustimmen.
Die SP-Fraktion vertritt in der vorliegenden Frage die folgende Meinung:
• Sie ist überzeugt von der Notwendigkeit einer Dreifachsporthalle.
• Sie findet die Preisschilder für beide Varianten eher hoch. Bei der Planung und Ausführung müsste da noch eine erkennbare Kostenreduktion möglich sein.

Für die SP-Fraktion ist die heutige Debatte auch ein Vorgeschmack auf die kommenden Spardebatten. Da wird der Rat immer wieder abwägen müssen, was notwendig ist und was nicht, wo man sich in der Komfortzone bewegt, wo ein angemessener Standard angewendet wird etc. Diese Diskussionen bergen aber auch das Risiko, die langfristigen Perspektiven aus den Augen zu verlieren. Für die SP ist klar: Wirklich Sparen heisst, das, was man macht, richtig zu machen, und nicht bei halben Lösungen stehenzubleiben, welche man ein paar Jahre später mit viel Aufwand korrigieren muss. Aus Sicht der SP-Fraktion ist es langfristig richtig, auf dem Areal der KSZ eine Dreifachsporthalle zu bauen und damit eine für die Bedürfnisse der Schule und der Sportvereine angemessene Lösung zu finden. Mit zwei Turnhallen gibt man zwar kurzfristig 5 Millionen Franken weniger aus, wird aber nie wirklich Freude daran haben. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die Anträge der Hochbaukommission.

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission, beginnt mit einem Zitat von Anthony Eden, dem früheren britischen Premierminister: «Alle erwarten vom Staat Sparsamkeit im Allgemeinen und Freigiebigkeit im Besonderen.» Der Votant betont das an dieser Stelle aus drei Gründen
• Erstens will er, dass alle sich das schon heute einprägen, weil er es im nächsten Jahr im Kantonsratssaal nicht mehr sagen kann.
• Zweitens erwartet er vom Rat, dass dieser nicht nach dem zweiten Teil des Zitats handelt, denn alle hier tragen voll und ganz die Verantwortung für die Finanzlage und die Finanzentwicklung des Kantons Zug.
• Drittens fällt heute mit dieser Vorlage quasi der Startschuss für das vom Regierungsrat initiierte Entlastungsprogramm. Heute kann der Kantonsrat beweisen, dass er ab sofort bereit ist, Notwendiges und Wünschbares zu trennen und nur das Notwendige zu realisieren. Das wird er in Zukunft konsequent tun müssen, auch wenn es wehtut. Es gilt, die nötige Härte an den Tag zu legen und Individualinteressen unberücksichtigt zu lassen. Entlastungsprogramme sind nur erfolgreich, wenn sie umfassend durchgezogen werden. Die Nachbarkantone haben gerade das Gegenteil gezeigt. Es gilt, den Beweis anzutreten, dass der Kanton Zug das besser macht. Wenn der Kantonsrat bereits heute nach dem zweiten Teil des obigen Zitats handelt und das dann Schule macht, kann man das Entlastungsprogramm besser gleich spülen und die Debatte starten, ob der kantonale Steuerfuss von 82 auf 90, vielleicht nur auf 87 oder gar auf 93 Prozent angehoben werden soll.

In der Turnhallenfrage wird über 8,2 Millionen Franken höhere Investitionskosten gesprochen. Das ist aber nur die halbe Miete. Zusätzlich fallen jährliche Mehrkosten für Wartung und Reinigung in der Grössenordnung von 100'000 Franken an, deren

Bezahlung wie selbstverständlich auch gleich noch dem Kanton überlassen wird. Die Stadt Zug hat sich bereit erklärt, an die Mehrkosten einen Beitrag von 3 Millionen Franken zu leisten. Mit dem Argument, dass die Halle auch von der Bevölkerung der übrigen Gemeinden genutzt wird, ist sie nicht bereit, die ganzen Mehrkosten zu übernehmen. Dafür hat der Votant sogar Verständnis. Kein Verständnis hat er aber, dass die Stadt Zug nicht federführend mit den übrigen Gemeinden eine Lösung für die Übernahme der ganzen Mehrkosten getroffen hat. Die Dreifachhalle soll ja bekanntlich als Infrastruktur für Freizeitaktivitäten dienen, was eindeutig in den Aufgabenbereich der Gemeinden fällt. Nun soll die gemeindliche Lethargie belohnt werden, indem wieder einmal der Kanton als Kostenträger einspringt. Das kann definitiv nicht mehr sein. Der Votant hat allerdings gehört, dass auch in Baar wieder vom Bau einer oder gar mehrerer Dreifachhallen gesprochen wird, und er bittet den Baudirektor um Auskunft darüber, was da in Planung ist.
Vielleicht haben die Ratsmitglieder bereits im Budgetbuch das eine oder andere Kapitel gelesen und sind dabei hoffentlich auf Seite 18 auch auf die Finanzierungsprognose 2019–2030 gestossen. Als der Votant den Ratsmitgliedern im April die Tabellen über die Entwicklung der Staatsfinanzen verteilte und erläuterte, ging er von einer Verschuldung des Kantons bis 2031 von 300 bis 600 Millionen Franken aus. Dieser Betrag hat sich gemäss Budgetbuch seither, also innerhalb von sieben Monaten, auf 1,6 Milliarden Franken erhöht. Es ist doch sehr zu hoffen, dass der Rat heute nicht nochmals erklärt, bloss der Kupper sehe dunkle Wolken am Horizont. Wer den Bericht des Regierungsrats zum Budget gelesen hat, müsste diese Wolken nun mit blossem Auge erkennen und den Ernst der Lage realisieren. Die Stawiko signalisiert mit ihrem Antrag, dass sie gewillt ist, den Regierungsrat bei seinen Sparbemühungen bestmöglich zu unterstützen. Der Votant ruft den Rat eindringlich auf, dasselbe zu tun und dem Antrag der Regierung und der Stawiko zuzustimmen.

Franz Peter Iten teilt mit, dass dieses Traktandum in der CVP-Fraktion zu einer intensiven, auch von Emotionen geprägten Diskussion geführt hat. Die CVP hat sich sehr engagiert und lange mit den verschiedenen Anträgen befasst, und schlussendlich ist bei der Beschlussfassung «Einzelsporthallen oder Dreifachsporthalle» eine Pattsituation entstanden. Der Votant spricht jetzt als Fraktionssprecher, er wird sich aber unter den Einzelsprechern nochmals melden.
Welche Gründe haben in der CVP-Fraktion zu dieser Pattsituation geführt? Bei den Befürwortern von zwei Einzelsporthallen überwogen in der Abwägung der verschiedenen Argumente insbesondere folgende Punkte:
• Die hohen Mehrkosten von zusätzlichen 8,2 Millionen Franken, abzüglich zugesagter Anteil der Stadt Zug von 3 Millionen Franken bei der Dreifachturnhalle.
• Der Hallenbedarf der KSZ kann mit den zwei übereinander liegenden Sporthallen gedeckt werden.
• Die bedeutend tieferen jährlichen Betriebskosten von 52'000 Franken – neu korrigiert zu 77'000 Franken – für beide Sporthallen im Vergleich zu 155'000 Franken bei der Dreifachsporthalle.
• Dem Bericht der Stawiko konnte man entnehmen, dass lediglich rund ein Drittel der Jugendlichen, welche die Dreifachsporthalle nutzen würden, aus der Stadt Zug kommen; die zwei andern Drittel kommen aus den anderen Gemeinden. Im Stawiko-Bericht wird darauf hingewiesen, dass die anderen Gemeinden jedoch kein grosses Interesse haben, weil sie keine finanzielle Beteiligung angeboten haben, um die Chance für eine neue Dreifachsporthalle zu verbessern.
Bei den Befürwortern einer Dreifachsporthalle überwogen in der Abwägung der verschiedenen Argumente insbesondere folgende Punkte:
• Der Bedarf für eine Dreifachsporthalle für die Vereine ist mehr als ausgewiesen.

• Übereinanderliegende Einzelsporthallen entsprechen nicht mehr dem heutigen Zeitgeist.
• Mit dem Bau von zwei Einzelsporthallen für die schulischen Bedürfnisse der KSZ wäre die Chance für eine wettkampftauglichen Dreifachsporthalle mit Zuschauerbereich an der KSZ für die Zukunft definitiv verbaut.
• Der Bundesrat hat verkündet, dass er für den Sport in unserem Land mehr Gelder zur Verfügung stellen möchte, wenn die Erfolge der jetzigen Sportlergeneration weitergeführt werden sollen. Das funktioniert aber nur, wenn der Basis die nötigen Infrastrukturen zur Verfügung stehen.
Der Votant geht davon aus, dass die Befürworter und die Gegner der Einzelhallen bzw. der Dreifachhalle das Wort ergreifen werden. Aus diesem Grund hat er nicht alle, sondern nur eine Auswahl der Argumente für die eine oder andere Variante aufgeführt. Wie erwähnt, sind die beiden Lager innerhalb CVP-Fraktion etwa gleich gross, was in der Abstimmung zum vorliegenden Geschäft schliesslich eine Patt-Situation ergeben hat.

Daniel Abt als Sprecher der FDP-Fraktion hält fest: Sursee 7,6 Millionen Franken, Thun 9 Millionen, St. Gallen 12 Millionen, Zug 18,7 Millionen. Wird in Zug ein Schloss oder eine Dreifachturnhalle gebaut? Dass eine Dreifachhalle in der Kanti Zug nicht auf der grünen Wiese realisiert werden kann, ist bekannt. Der bestehende Aussenplatz würde ihr zum Opfer fallen und müsste auf dem Hallendach kompensiert werden. Dies bringt zusätzliche Herausforderungen an Statik, Erschliessung, Einfriedungen auf dem Hallendach usw. mit sich, die alle etwas kosten. Der relativ hohe Grundwasserspiegel erschwert die Bauarbeiten zusätzlich. Bei genauer Betrachtung muss man aber eingestehen, dass die Idee, in der Luegeten eine Dreifachhalle zu erstellen, zwar interessant und zweckmässig tönt, jedoch in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden Kosten steht. Die bestehenden Platz- und geologischen Verhältnisse sind schlichtweg schlecht, dadurch wird das Projekt zu teuer.
Auch der Votant wurde von mehreren Vertretern aus Sportvereinen gebeten, sich für die Realisierung der Dreifachhalle einzusetzen. Somit ist ein Bedürfnis erkennbar. Doch wie qualifiziert ist dieses Bedürfnis? Für die FDP-Fraktion ist es zu wenig fassbar. Für sie ist das qualifizierte Bedürfnis jenes der Kanti Zug für zwei Turnhallen, welches auch die Regierung und die Stawiko anerkennen. Zum heutigen Zeitpunkt und insbesondere mit Blick auf die aktuelle Finanzlage des Kantons ist es für die FDP-Fraktion schlicht nicht vertretbar, eine *Nice-to-have*-Lösung für 18 Millionen Franken zu realisieren. Die FDP wird deshalb grossmehrheitlich dem Bau von zwei Einzelhallen zustimmen.

Thomas Villiger hält fest, dass die SVP Fraktion grossmehrheitlich dem Antrag des Regierungsrats und der Stawiko folgt. Grundsätzlich ist es Aufgabe der Gemeinden, die Infrastruktur für Freizeitaktivitäten zu finanzieren, so auch bei diesem Bauvorhaben. Der Kanton benötigt nur die zwei einzelnen Turnhallen für den Schulbetrieb. Wünschbar wäre selbstverständlich eine wettkampftaugliche Dreifachsporthalle mit Zuschauerbereich. Zukünftig muss man aber wohl oder übel das Wünschbare vom Notwendigen unterscheiden und trennen. Dies hat die SVP gemacht, und sie stimmt dem Antrag des Regierungsrats zu. So können nicht nur die höheren Investitionskosten von rund 8 Millionen Franken eingespart werden, sondern auch die gegenüber den zwei einzelnen Hallen rund dreimal so hohen Unterhaltskosten. Die jährlichen Unterhaltskosten von rund 155'000 Franken würden ja zu 100 Prozent zu Lasten des Kantons gehen, da die Stadt Zug nicht gewillt ist sich daran zu beteiligen.
Die SVP-Fraktion ist mehrheitlich der Ansicht, dass ein klares Signal gesetzt werden muss, Notwendiges vom Wünschbaren zu trennen. Sie bittet deshalb den Rat,

ebenfalls dem Antrag des Regierungsrats und der Stawiko zu folgen und den zwei Einzelturnhallen zuzustimmen.

Martin Stuber teilt mit, dass die AGF geschlossen und mit Überzeugung für die Dreifachturnhalle ist. Die Zusatzrunde mit einer separaten Vorlage hat sich gelohnt und ein klares Resultat gebracht. Man lese die regierungsrätliche Vorlage bis Seite 13, und dann ist klar, dass der Bedarf für eine Dreifachturnhalle ausgewiesen ist. Es ist nicht *nice to have,* sondern ein klares Bedürfnis. Das Fazit ist dann einfach. Die Gegner argumentieren, dass der Bedarf zwar gegeben sei, man aber nur das Geld für das unbedingt Notwendige habe. Was aber unbedingt notwendig und was *nice to have* ist, ist eine Definitionsfrage und steht nicht in die Bibel geschrieben. Die Hochbaukommission hat sich intensiv mit dem Geschäft auseinandergesetzt und kommt mit 13 zu 1 Stimmen, in der Schlussabstimmung sogar einstimmig zum Schluss, dass man diese Dreifachturnhalle bauen sollte.
Dass die Stawiko ins gleiche Horn stösst wie der Regierungsrat am Schluss seiner Vorlage, verwundert nicht. Es ist ja die Aufgabe der Stawiko, das Geld in den Vordergrund zu stellen. Aber: Richtig sparen ist – wie alle wissen – eine Kunst. Sparen am falschen Ort oder zum falschen Zeitpunkt kann am Schluss sehr teuer werden. Die Dreifachturnhalle ist genau ein solcher Fall. In diesem Zusammenhang ist es nützlich, auf das Budget 2015 und den Finanzplan hinzuweisen, die der Rat in zwei Wochen behandeln wird. Dort sind ab Seite 19 die Investitionsprojekte bis 2030, die 5 Millionen Franken übersteigen, aufgeführt. Die Kantonsschule Cham ist dort nicht aufgeführt, mit anderen Worten: Sie fällt für ziemlich lange Zeit aus den Traktanden. Wahrscheinlich wird der Kantonsrat in der nächsten Legislatur über die Erhöhung der Klassengrössen diskutieren, und das wird den Bedarf in Cham nochmals reduzieren. Es ist wohl nicht vermessen zu sagen, dass die Kantonsschule Cham in den nächsten zwanzig Jahren nicht gebaut werden wird.
Die Hochbaukommission hat in ihrer Sitzung davon profitiert, dass auch der Rektor der KSZ anwesend war. Auf hartnäckiges Nachfragen hin hat er schliesslich eine klare Aussage gemacht: Wenn in Cham keine Kantonsschule kommt, braucht die KSZ schon selber eine Dreifachturnhalle. Was geschieht dann? Man kann es im Kommissionsbericht auf Seite 2 nachlesen: «Man würde sich mit zwei übereinander liegenden Einzelturnhallen die spätere Entwicklung zu einer Dreifachsporthalle im wahrsten Sinn des Wortes verbauen.» Auch damit hat sich die Hochbaukommission intensiv auseinandergesetzt, und es ist wirklich so: Wenn man jetzt dort eine Zweifachturnhalle baut, wird es in einigen Jahren, wenn man an der Kanti wirklich eine Dreifachturnhalle braucht, tatsächlich keinen Platz dafür mehr geben. Und wenn der Rat jetzt nicht der Dreifachturnhalle zustimmt, wird man sich dann die Haare raufen, dass hier am falschen Ort gespart wurde.
Zu erwähnen ist auch, dass man für die zusätzlichen 8 Millionen Franken – davon 3 Millionen von der Stadt – nicht nur eine Dreifach- statt einer Zweifachturnhalle bekommt, sondern auch einen grösseren Aussenplatz. Das ist beim Vergleich auch zu berücksichtigen, zumal der Aussenplatz besonders im Sommer ebenfalls wichtig ist. In diesem Fall heisst klug gespart mittelfristig, eine Dreifachturnhalle zu bauen.
Zu den Betriebskosten: Leider erhellt der Stawiko-Bericht nicht, weshalb diese bei einer Dreifachturnhalle um so viel höher liegen sollen als bei zwei Einzelturnhallen; die Zahlen verwirren eher. Immerhin ist nun geklärt worden, dass der Unterschied nicht – wie vom Stawiko-Präsidenten gesagt – 100'000 Franken beträgt, sondern nur 70'000 Franken. Weshalb es doppelt so viel sein soll, ist nicht klar geworden. Und was im Stawiko-Bericht leider nicht steht: Die Stadt Zug bezahlt ab 2015 den Unterhalt und Betrieb der Dreifachsporthalle in der Herti alleine. Genutzt wird diese vom ganzen Kanton; so war sie beispielsweise kürzlich für die Auszählung der

Wahlzettel zwei Wochen lang besetzt. Es wäre deshalb nicht fair, wenn die Stadt neben den 3 Millionen Franken, welche sie an die Investition bezahlt, auch noch einen Beitrag an die Betriebskosten leisten müsste.
Zusammenfassend: Wer klug spart, stimmt heute für eine Dreifachturnhalle.

Franz Peter Iten spricht nun als Einzelsprecher und legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er war zwölf Jahre lang Mitglied der Sportkommission Unterägeri, davon acht Jahre deren Präsident. Er war in verschiedenen Sportvereinen und Sportverbänden Präsident und über zwanzig Jahre lang schweizerischer Korbball-Schiedsrichter und kennt sehr viele Sporthallen und Sportanlagen in der Schweiz. Er müsste hier noch viel mehr aufführen, hält aber in Kürze einfach fest, dass er seit über 45 Jahren mit Sport, mit Sporthallenbau, mit Sportanlässen, mit sportlichen und kulturellen Grossanlässen jeglicher Art zu tun hat. Da seine Tätigkeit im Kantonsrat Ende dieses Jahres abrupt endet, wird das bevorstehende Votum wohl eines seiner letzten sein. Er nutzt die Gelegenheit, dem Rat, der Regierung und der Presse für die wohlwollende Aufnahme in diesem Saale herzlich zu danken.
Sein eigentliches Votum zur Vorlage des Regierungsrats beginnt er mit einem von Alfred Gasser verfassten Sprichwort: «Wahr ist nicht, was wahr ist, sondern was man glaubt, was wahr ist. Denn damit wird auch wahr, was nicht wahr ist.» Wahr ist, dass der Regierungsrat in seinem Bericht festhält, dass es mit der pauschalen Beteiligung der Stadt Zug an den Investitionskosten für eine Dreifachsporthalle möglich wäre, eine zukunftsfähige Lösung zu realisieren. Mit dem Bau von zwei Einzelsporthallen für die schulischen Bedürfnisse der Kantonsschule wäre aber die Chance für eine wettkampftaugliche Dreifachsporthalle mit Zuschauerbereich an der Kantonsschule Zug für die Zukunft definitiv verbaut. Auch wenn die durch den Regierungsrat beantragten zwei Einzelhallen zwar den schulischen Bedarf zur Zeit genügend abzudecken vermögen, versteht der Votant nicht, dass man nicht die Gelegenheit nutzt, eine wettkampftaugliche Dreifachsporthalle anstelle von zwei Einzelsporthallen, die auch noch aufeinander gebaut werden sollen, zu realisieren. Dies wird nicht nur feuerpolizeiliche Mehrkosten erzeugen; auch der Betrieb wird mit solchen Hallen komplizierter, die Gerätschaften müssen zum Teil im Doppel angeschafft werden, und der Trittschall von der oberen zur unteren Halle wird nicht vermieden werden können. Solche Hallen nützen, wenn man sich die Benutzungsmöglichkeit ehrlich und sportlich überlegt, eigentlich auch der Schule nicht. Es wurden in der Schweiz verschiedentlich Doppelsporthallen oder im Grundriss grössere Einzelhallen erstellt, und man wäre heute froh, man hätte damals eine richtige wettkampftaugliche Dreifachsporthalle gebaut.
Die Regierung hält übrigens in den Legislaturzielen 2010–2014 bzw. 2015–2018 fest, dass sie die Freiwilligenarbeit fördern will, was aber auch bedeutet, dass die notwendigen Infrastrukturen vorhanden sein müssen, auch für die Sportvereine. Zudem hält der Regierungsrat weiter fest, dass die Nutzung kantonaler Sportanlagen für Zuger Vereine kostenlos ist. Ob es sich nur um die Stadtzuger Vereine oder um alle im Kanton Zug beheimateten Vereine handelt, kann der Votant nicht beurteilen. Es wurden durch den Regierungsrat wie auch durch die Parteien der Bevölkerung verschiedene Wahlversprechen abgegeben. Es würde sich lohnen, diese wieder einmal zu Rate zu ziehen.
Und damit ist der Votant bei den Parteien. Er hat sich die Mühe gemacht, die verschiedenen Parteiprogramme, Leitlinien, Argumentarien usw. fast aller schweizerischen Parteien im Internet zu konsultieren. Darin stehen – mit unterschiedlichen Worten – Aussagen zum Sport, die man etwa so zusammenfassen kann: Sport wirkt integrativ und verbindet, überwindet politische Grenzen und ist Bindeglied zwischen allen Bevölkerungsgruppen. Er erfüllt im Bereich der Gesundheit, aber

auch bei der Integration und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt eine wichtige Funktion. Allgemein wird festgehalten, dass man sowohl eine gezielte Förderung des Jugend- und Breitensports als auch gute Rahmenbedingungen für den Spitzensport unterstützt. Dabei hat dem Votanten die Wortwahl der GLP am besten gefallen, die in etwa auch den andern Parteien entspricht. Wie erwähnt, hat der Bundesrat verkündet, dass er für den Sport in unserem Lande mehr Gelder zur Verfügung stellen möchte, wenn die Erfolge der jetzigen Sportlergeneration weitergeführt werden soll. Das funktioniert aber nur, wenn der Basis die nötigen Infrastrukturen zur Verfügung stehen.
Die Hochbaukommission hat nach Meinung des Votanten einen sehr guten Job gemacht. Die intensiven Diskussionen und Fragen, die grossmehrheitlich beantwortet werden konnten, haben zum eindeutigen Entscheid für eine Dreifachsporthalle geführt. Die Hochbaukommission ist überzeugt der Auffassung, dass dieses Geld sehr gut investiert und bei Nichtrealisierung der Dreifachsporthalle am falschen Ort gespart würde. Im Bericht der Hochbaukommission hat sich aber auf Seite 6 ein Fehler eingeschlichen, dessen Richtigstellung wichtig ist. Die Kommission schreibt: «Zwei übereinanderliegende Turnhallen scheinen akustisch heikel zu sein.» Der Votant glaubt sich zu erinnern, dass seitens des Architekten festgehalten wurde, dass seine Aussage bezüglich Trittschall stimmt, womit es heissen müsste: «[…] sind akustisch heikel.»
Die Argumentation der Staatswirtschaftskommission kann man dem vorliegenden Bericht und Antrag entnehmen. Die Stawiko erwähnt, dass sie informiert wurde – vermutlich vom Baudirektor –, dass lediglich rund ein Drittel der Jugendlichen, die eine Dreifachsporthalle nutzen würden, aus der Stadt Zug kommen. Zwei Drittel kommen demnach aus den anderen Gemeinden. Diese scheinen jedoch kein grosses Interesse zu haben, denn sie haben keine finanzielle Beteiligung angeboten, um die Chancen für eine neue Dreifachsporthalle zu verbessern. Der Stawiko scheint im Weiteren, dass der vorgesehene Zuschauerbereich von 300 bis 500 Personen für Grossanlässe zu klein, für Vereinsanlässe jedoch eher zu gross sei. Auf diese drei Punkte geht der Votant näher ein:
• Es ist normal, dass sich Vereine und Mannschaften aus Mitgliedern aus verschiedenen Ortschaften, Gemeinden und Ländern zusammensetzen. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Handballerinnen des LKZ oder die Unihockeyaner, die sogar ausländische Verstärkungen haben. Oder was wäre wohl mit der Schweizer Fussballnationalmannschaft? Fraglich ist allerdings das Verhältnis von einem Drittel und zwei Dritteln. Es würde den Votanten interessieren, wie dieses Verhältnis erhoben werden konnte.
• Die Stawiko hält fest, dass es scheint, dass die andern Gemeinden kein grosses Interesse an einer Dreifachsporthalle haben, denn sie haben keine finanzielle Beteiligung angeboten, um die Chancen für eine neue Dreifachsporthalle zu verbessern. Die Erkundigung des Votanten beim Gemeindepräsidenten und beim Schulpräsidenten von Unterägeri hat ergeben, dass keine Anfrage an die Gemeinde Unterägeri erfolgt ist. Somit wird dies auch bei den restlichen neun Gemeinden nicht der Fall sein. In der Strategie des Regierungsrats 2010–2018 ist unter anderem festgehalten, dass der Kanton eine aktive Zusammenarbeit und einen regelmässigen Austausch mit den Einwohnergemeinden pflegt. Hier vermisst der Votant die Zusammenarbeit und den Austausch gänzlich.
• Der Votant ist überzeugt, dass der vorgesehene Zuschauerbereich für Grossanlässe genügt. Das erlebt er bei den Spielen der Handballerinnen des LKZ oder auch anlässlich von Länderspielen in der Hertihalle im. Man rückt einfach zusammen, weil man das Spiel so oder so sehen will. In der Regel genügen die Hallen, auch wenn sie nicht immer voll besetzt sind.

Unter Traktandum 6 genehmigt der Rat in der heutigen Sitzung die Schlussabrechnung betreffend Teilergänzung der Stadtbahn Zug und Objektkredit für den Ausbau der Linie S2 zwischen Baar-Lindenpark und Walchwil. Die Kreditunterschreitung ist markant und beträgt mehr als 5 Millionen Franken. Diesen Restkredit könnte man gut gebrauchen: Er müsste nur umgelagert werden, und zum höheren Investitionsbetrag von 5,2 Millionen Franken würde nur noch wenig fehlen. Aber das geht leider nicht. Beim Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle wurde sehr viel Geld in den Sand gesetzt. Man hätte dieses Geld auch anderswo in den Sand setzen können, nämlich in den Sand einer Dreifachsporthalle. Und dass man heute erfahren hat, dass die Gemeinde Baar über Dreifachsporthallen diskutiert, zeigt deutlich, dass der Kanton dringend das Gespräch mit den Gemeinden hätte führen müssen.
Es gibt Kantonsrätinnen und Kantonsräte, welche 2006 am Sportfest der Sportunion Schweiz, früher Schweizerischen Katholischer Turn- und Sportverband, im OK mitarbeiteten, ihre Dienste in den einzelnen Ressorts zur Verfügung stellten und sogar selber als Teilnehmer starteten. Man wäre damals froh gewesen, wenn man in der Stadt Zug eine weitere Dreifachhalle zur Verfügung gehabt hätte und nicht auf andere Gemeinden hätte ausweichen müssen, was die Organisation erschwerte. Der Votant bittet den Rat ernsthaft und dringend, dem Antrag für eine wettkampftaugliche Dreifachsporthalle zuzustimmen. Der Rat stimmt damit einer wirklich vernünftigen Lösung zu, auch wenn diese etwas mehr kosten wird. Dieses Geld ist tausendmal besser angelegt, als beträchtliche Summen für die Gesundheit oder für die Sozialhilfe auszugeben, wobei Letzteres auf keinen Fall despektierlich gemeint ist. Mit mehr Platz kann man die Jugend von der Strasse holen und ihr eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung anbieten. Man darf nicht nur immer davon reden, sondern muss auch handeln. Der Votant ruft den Rat auf, heute zu handeln und zur Dreifachsporthalle Ja zu sagen.

Ivo Hunn: Für die Kantonsschule Zug werden zwei Turnhallen benötigt. Der Antrag der Regierung ist aus Sicht der Kantonsschule und mit Blick auf die gestarteten Sparmassnahmen nachvollziehbar. Die Investitionskosten und die wiederkehrenden Kosten für eine Dreifachsporthalle sind höher als der Bedarf der Kantonsschule für die zwei Turnhallen. Der GLP ist bewusst, dass der Kanton sparen muss und die Mehrkosten der Dreifachsporthalle nicht einfach ignoriert werden können. Die GLP meint aber, dass das Entlastungsprogramm nicht zum Killerargument *per se* für praktisch alles eigesetzt werden darf. Weiter ist aus Sicht der Sportvereine und der Sportbegeisterten im Kanton Zug der Vorschlag der Regierung einseitig und kurzsichtig. Auch aus dem Gesichtspunkt der Jugendförderung hinkt der Entscheid der Regierung. Für Jugendliche und junge Erwachsene gibt es doch nichts Besseres, als sich im Sport – und dies im eigenen Kanton – aktiv zu betätigen. Viele Eltern können dies bestätigen.
Die Grünliberalen sind der Ansicht, dass hier und jetzt die Chance für eine wettkampftaugliche Dreifachsporthalle genutzt werden soll. Ihr Entscheid basiert auf vier Gründen:
• Erstens ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt, ob die Kantonsschule Ennetsee überhaupt gebaut resp. wann sie erstellt sein wird. Erst dann würde sich die nächste Gelegenheit für eine Dreifachsporthalle ergeben.
• Zweitens ist die Realisierung zweier Einzelturnhallen übereinander aus akustischen Gründen ein Unsinn und wird von der GLP abgelehnt.
• Drittens erhalten die Sportvereine eine zwingend benötigte wettkampftaugliche Dreifachsporthalle.
• Viertens unterstützen die Grünliberalen – auch als Stadtzuger – die Beteiligung der Stadt Zug mit 3 Millionen Franken.

Dem von der GLP in der Debatte vom 22. Mai 2014 formulierten Anliegen, dass die Halle feuerpolizeilich für 300 Gäste plus Mannschaften und Funktionäre geplant werden soll, wurde in der Vorlage Rechnung getragen. Zusätzlich wurde aufgezeigt, wie die Parkplatzsituation gelöst werden kann. Aus diesen Gründen unterstützen die Grünliberalen den Antrag der Hochbaukommission, eine halbunterirdische, wettkampftaugliche Dreifachsporthalle mit einem Hartplatz auf dem Dach zu realisieren.
Aus dem Bericht der Stawiko konnte man erfahren, dass zwei Drittel der Jugendlichen, welche die Dreifachsporthalle nutzen würden, nicht aus der Stadt Zug kommen. Die GLP appelliert an die anderen zehn Gemeinden resp. an deren Kantonsrätinnen und Kantonsräte, sich freiwillig mit einem namhaften Betrag an der Dreifachsporthalle zu beteiligen bzw. sich dafür einzusetzen.

Silvan Hotz hält fest, dass es ein unbestrittenes Bedürfnis für eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle gibt. Das ist nachzulesen im Bericht der Hochbaukommission auf Seite 2 und 3. Auch der Regierungsrat sieht dieses Bedürfnis als gegeben, und die Stawiko widerspricht dem nicht. Es stimmt aber auch, dass eigentlich gespart werden müsste und sollte. Der Regierungsrat und die Stawiko wollen sparen und sind darum gegen die Dreifachturnhalle. Der Votant nimmt an, dass die meisten, welche gegen die Dreifachhalle sind, dies auch so sehen. Aber wird hier denn wirklich gespart? Es fehlt hier der Weitblick für die Zukunft. Der Votant ist der Meinung, man sollte hier und jetzt für die Zukunft investieren. Der Kanton Zug hat zurzeit finanzielle Probleme, das frisst keine Geiss weg. Diese Probleme werden aber – so glaubt der Votant – in spätestens zehn Jahren korrigiert sein. Die zwei Einzelturnhallen bzw. der extrem kurzsichtige Entscheid, wenn dem Antrag des Regierungsrats und der Stawiko gefolgt würde, würden den Rat aber in zwanzig, dreissig oder sogar vierzig Jahren immer noch ärgern. Neben dem finanziellen Aspekt gibt es nämlich auch den Aspekt des Platzes. Warum den Platz für zwei Einfachturnhallen brauchen, wenn dort genauso gut eine Dreifachturnhalle gebaut werden kann, deren Bedürfnis zudem ausgewiesen ist?
Bei der Debatte vor den Sommerferien war der Votant der Meinung, dass sich die Gemeinden angemessen an den Mehrkosten beteiligen sollten, und darum hat er damals auch den Antrag gestellt, das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, mit der Stadt Zug über eine Kostenbeteiligung zu verhandeln. Das hat etwas gebracht, nämlich 3 Millionen Franken. Dies reicht leider nicht, um gesamten Mehrkosten abzudecken. Die Stawiko schreibt dazu in ihrem Bericht auch, dass nur gerade ein Drittel der Benutzer aus der Stadt Zug und demnach zwei Drittel aus den anderen Gemeinden kommen. Schade ist, dass die Stadt die anderen Gemeinden nicht angefragt hat, ob sie sich an den Kosten einer überregionalen wettkampftauglichen Dreifachturnhalle beteiligen würden. Wenn das die Stadt und die Regierung nicht können bzw. dazu nicht willens sind, wird der Votant diesbezüglich aktiv werden. Er ist der Meinung, die Gemeinden seien angemessen in die Mehrkosten einzubinden, am ehesten gemäss der Bevölkerungszahl. Er wird, sollte der Rat heute weitsichtig entscheiden und in die Zukunft blicken, auf die zweite Lesung hin einen entsprechenden Antrag einreichen.
Der Votant bittet den Rat, heute nicht allzu kurzsichtig zu sein, die Dreifachturnhalle anzunehmen und in der zweiten Lesung dann die anderen zehn Gemeinden in die finanzielle Pflicht für diese Freizeitinfrastruktur zu nehmen. Denn wenn der Rat richtig sparen wollte, müsste er auch die zwei Einzelturnhallen ablehnen.

Hans Christen: Der Neubau einer Dreifachsporthalle auf dem Areal der Kantonsschule Zug am Lüssiweg löst kein Problem der Stadt Zug, sondern vor allem ein

kantonales Problem. Mit der Aussage im Bericht der Stawiko, dass der Bau einer Dreifachsporthalle eine gemeindliche und keine kantonale Aufgabe sei, geht der Votant überhaupt nicht einig; der Präsident der Hochbaukommission hat dies bereits begründet.
Der Votant spricht nur zum ausgewiesenen Bedarf für die Vereine. Er war bis vor vier Jahren als Stadtrat von Zug zuständig für die städtischen Sportanlagen. Die Stadt Zug verfügt lediglich über eine Dreifachsporthalle, nämlich die Sporthalle an der General-Guisan-Strasse neben der Bossard Arena. Diese Halle wurde seinerzeit zusammen mit dem Kanton gebaut, und die Kosten wurden hälftig geteilt. Die Unterhaltskosten für diese Halle bezahlt die Stadt Zug – wie bereits erwähnt – ab 2015 alleine, womit sie auch Kosten der Kaufmännischen Berufsschule (KBZ) übernimmt. Während der Schulzeit dient die Halle nämlich dem KBZ für den Sportunterricht. Am Abend und an den Wochenenden steht die Halle den Vereinen für Trainings und den Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung. Für Ausstellungen und kulturelle Anlässe darf diese Halle nicht genutzt werden.
Die Sporthalle ist bei den Vereinen im ganzen Kanton sehr beliebt. Im Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats vom 27. Mai 2014, den alle erhalten haben, steht: «Von den insgesamt 1443 Jugendlichen, die im Schuljahr 2013/14 im Rahmen des Vereinssports die städtische Sporthalle nutzen, haben lediglich deren 512 Wohnsitz in der Stadt Zug. Knapp zwei Drittel der Jugendlichen wohnen nicht in der Stadt Zug, nutzen aber durch ihre Vereinszugehörigkeit die städtische Sporthalle.» Die betreffenden Anteile kann man – dies zuhanden von Franz Peter Iten – mithilfe des Mitgliederspiegels der Vereine problemlos eruieren. Es ist eine Tatsache, dass der Mitgliederspiegel der meisten Sportvereine der Stadt Zug sehr viele Mitglieder aus den Aussengemeinden aufweist; für die Benutzenden, die in der Stadt Zug Wohnsitz haben, würde eigentlich eine einzige Dreifachsporthalle genügen.
Die Stadt Zug hat dem Kanton eine Beteiligung von 3 Millionen Franken an den Baukredit für eine Dreifachsporthalle zugesichert. Das ist ein sehr grosszügiger Beitrag für ein Projekt, von dem alle in diesem Kanton profitieren. Beim Bau der Eishalle in Zug hat sich der Kanton mit dem gleichen Betrag an diesem überregionalen Eissportzentrum, das jedoch mit 42 Millionen Franken veranschlagt war, beteiligt. Von den Gemeinden konnte man damals nicht sehr viele Beiträge zugesichert bekommen; das entsprechende Engagement der Stadt Zug war nicht sehr erfolgreich. Der Votant findet es nicht fair von der Stawiko, wenn sie der Meinung ist, dass sich nur die Stadt Zug an den Unterhaltskosten beteiligen müsste. Man fragt sich da: Muss die Stadt Zug immer für alle Gemeinde bezahlen?
Wie erwähnt, ist die Sporthalle an der General-Guisan-Strasse bei den Vereinen im ganzen Kanton sehr beliebt. Sie ist so beliebt, dass einige Vereine, die ihren Sitz in anderen zugerischen Gemeinden hatten, ihre Vereinsstatuten änderten und beschlossen, dass ihr Verein in Zukunft den Sitz in der Stadt Zug hat. Alle Abklärungen durch den städtischen Rechtsdienst kamen zum Schluss, dass das Vorgehen dieser Vereine rechtens sei. Die Stadt Zug musste diesen Vereinen in der Sporthalle Zeitfenster zuteilen und sie trainieren lassen. Das konnte man nur bewerkstelligen, indem am Abend drei statt zwei Trainingseinheiten eingerichtet wurden, dies bis 22.45 Uhr; dass dies auch mit grossen Kosten verbunden war, erklärt sich von selbst. Interessant war – dies sei nur nebenbei bemerkt –, dass dann beispielsweise in der Dreifachsporthalle in Rotkreuz freie Zeitfenster zur Verfügung standen. Die ebenfalls attraktive Waldmannhalle in Baar wird an Wochenenden sehr viel für Ausstellungen und kulturelle Anlässe genutzt und steht dann dem Sportbetrieb nicht zur Verfügung. Ein Meisterschaftsbetrieb, sei es für Handball oder Unihockey, ist so nicht optimal zu organisieren. Damit will der Votant aber nicht die Kultur gegen den Sport ausspielen.

Der Votant ist überzeugt, dass der Rat, wenn er am Lüssiweg nur zwei Einzelturnhallen bauen lässt, eine nicht wiederkehrende Gelegenheit verpasst, und dies nur wegen der dunklen finanziellen Wolken, die über dem Kanton Zug aufziehen. Sollte nur ein einziges geplantes Grossprojekt des Kantons vom Souverän abgelehnt werden, kann sich der Kantonsrat an der Nase nehmen, dass er dem Bau einer Dreifachturnhalle für die Sport treibenden Jugendlichen im Kanton Zug nicht zugestimmt hat. Der Votant ersucht den Rat deshalb, dem Antrag der vorberatenden Kommission, die den Neubau einer Dreifachsporthalle beantragt, zuzustimmen.

Zari Dzaferi ruft dazu auf, nicht nochmals den gleichen Fehler zu machen. Es liegt auf der Hand, dass der Bau und Unterhalt einer Dreifachturnhalle etwas teurer ist als jener von zwei Einzelhallen. Viel wichtiger aber ist, dass eine Dreifachturnhalle viel mehr Möglichkeiten bietet und gleichzeitig die Bevölkerung wächst, weshalb der Bedarf nach Sportanlagen kaum abnehmen wird. Der Vorschlag der Regierung, lediglich aus Kostengründen auf eine Dreifachturnhalle zu verzichten, kommt dem Votanten so vor, wie wenn sich eine vierköpfige Familie beim Autokauf aus Kostengründen für einen etwas günstigeren Vierplätzer entscheidet, obschon das dritte Kind bereits unterwegs ist – was offensichtlich Nachfolgekosten nach sich ziehen wird.
Beim Bau des Kantonsspitals in Baar wurde ein ähnlicher Fehler gemacht. Es wurde ebenfalls aus Kostengründen darauf verzichtet, die oberste Etage des Gebäudes bereits zu bauen, obschon Statik und Richtplan dies ermöglicht hätten. Nun kommt eine Aufstockung des Gebäudes viel teurer, mehr noch: Sie ist während des laufenden Betriebs undenkbar. Und bald wird man sich wünschen, dass man dort noch eine weitere Etage zur Verfügung hätte. Damals hat man sich eine Chance verbaut, weil lediglich die Erstkosten betrachtet wurden. Es wäre schade, wenn der Rat aus solchen Fehlern nicht lernen würde.

Pirmin Frei: Der Rat spricht heute über Turnhallen – *nur* über Turnhallen, ist man mit Blick auf die bevorstehende Debatte über den Stadttunnel geneigt zu sagen. Er spricht über 8 bzw. 5 Millionen Franken, was etwas mehr als ein halbes Prozent der 890 Millionen Franken ist, die der Stadttunnel kosten soll. Man könnte somit auch sagen: Der Rat spricht über ein paar läppische Millionen. Dem ist aber nicht so. Heute muss der Rat über Grundsätzliches sprechen, und wenn es um Grundsätzliches geht, kann bzw. darf der Betrag keine Rolle spielen.
Im Sommer gab die – notabene bürgerlich dominierte – Regierung bekannt, dass sie ein Sparpaket schnüren will. Sie tat dies zweifellos nicht, weil die CVP ihr das schon im Frühling geraten hatte, sondern weil die Kantonsfinanzen sich innert kurzer Zeit massiv verschlechtert haben und die Finanzperspektiven kurz- und mittelfristig negativ sind. Vor diesem Hintergrund wäre es schlicht fatal, wenn der Kantonsrat die Regierung heute verpflichten würde, ohne Notwendigkeit die grössere, üppigere und teurere Variante zu realisieren. Es wäre für die Regierung, die mit dem Sparprogramm Mut bewiesen hat, ein Rückenschuss par excellence. Die Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die im Herbst unter bürgerlicher Flagge in den Wahlkampf gezogen sind und den schlanken, kostenbewussten und finanzpolitisch stringenten Staat propagiert haben, sollten nicht bei der ersten finanzpolitischen Abstimmung nach den Wahlen genau das Gegenteil von dem machen, was sie versprochen hatten. Es ist dies eine Frage der Glaubwürdigkeit.
Alle Mitglieder des Kantonsrats haben vom LK Zug und von Zug United Unihockey ein Schreiben erhalten. Darin heisst es: «Wir ersuchen Sie deshalb, den Bau einer wettkampftauglichen Dreifachsporthalle zu beschliessen. Wenn nicht jetzt, wann dann?» Die Antwort des Votanten auf diese Frage lautet: Jederzeit – wenn sich alle Gemeinden hinter das Projekt stellen. Man verbaut sich mit dem Bau von zwei

Einzelturnhallen nichts, ausser am selben Ort eine Dreifachturnhalle bauen zu können. Ist eine Dreifachturnhalle aber einmal vom Kanton gebaut, dann sitzt dieser auf den Betriebskosten – bis in alle Ewigkeit, mit Sicherheit aber bis zu dem Moment, wo das Gros in diesem Saal Schulter an Schulter gegen Steuererhöhungen kämpfen wird. Darum ist eine andere Frage weit berechtigter: Wenn der Rat heute die Sparbremse nicht zieht, wann dann?

Oliver Wandfluh ruft dazu auf, die kurzfristige Sparbrille auszuziehen und Weitsicht zu beweisen. Der Bedarf für eine Dreifachturnhalle ist mehr als ausgewiesen. Der Votant ist immer zuvorderst dabei, wenn es darum geht, das Notwendige vom Wünschenbaren zu trennen. Hier aber ist das Notwendige mehr als ausgewiesen. Es wurde schon gesagt: Die Bevölkerung wächst. Im Unterfeld zwischen Baar und Zug entstehen Wohnungen für tausend Personen und Gewerbeflächen für weitere tausend Personen. Und nicht nur im Unterfeld, sondern im ganzen Kanton wird gebaut. Alle diese Personen müssen essen, trinken, sie wollen Sport treiben etc.
Die Gegner der Dreifachturnhalle haben bisher nur ein einziges Argument angeführt, nämlich die Finanzen. Das ist zugegebenermassen ein gewichtiges Argument. Es gibt aber hundert Gründe *für* eine Dreifachturnhalle, und diese wiegen das einzige Gegenargument mehr als auf. Wenn die Dreifachsporthalle jetzt nicht realisiert wird, wird das den Kanton in Zukunft einiges mehr kosten. Der Votant bittet deshalb, der Dreifachsporthalle zuzustimmen.

Beat Wyss war am Wochenende mit seinen Kindern an verschiedenen Unihockey-Turnieren. Eines davon war im Kanton Zürich. Dabei hat er festgestellt, dass es im vorliegenden Fall noch einiges an Sparpotenzial gibt. Der Votant ist überzeugt, dass der Kanton Zug sich eine Dreifachhalle leisten kann, wenn diese einfach, funktional und unterhaltsfreundlich gebaut ist. In diesem Zusammenhang hat der Votant leider negative Erfahrungen gemacht. Vor rund zehn Jahren wurde in Oberägeri eine neue Dreifachturnhalle erstellt. Dort hat man dem Architekten viele Freiheiten gewährt. Das Resultat war ein komplizierter und teurer Bau, der im gleichen Ausmass auch schadenanfällig ist. Gerade jetzt muss Oberägeri an der Gemeindeversammlung zum zweiten Mal 1,1 Millionen Franken für Sanierungsarbeiten bewilligen. Es ist übrigens der gleiche Architekt, der auch für die Sporthalle an der Kanti vorgesehen ist. Der Votant bittet daher für dieses Projekt dringend:
• den Architekten sehr straff zu führen und bei der Detailplanung die Wunschliste und die Muss-Liste auseinanderzuhalten;
• einfache bauliche Lösungen zu suchen. Es braucht kein Kunstwerk sondern eine Sporthalle.
Mit diesen einfachen zwei Punkten können nach Meinung des Votanten erhebliche Kosten eingespart werden. Für zukünftige Bauten wünscht er sich von der Baudirektion:
• dass den Architekten frühzeitig ein einfacher Ausbaustandard vorgegeben wird, ist doch der Ausbaustandart in Zug eher *sehr* hoch;
• dass Architekten nur noch bis zur Baueingabe verpflichtet werden, sonst haben sie einen Blanko-Check;
• dass für die Umsetzung der Projekte preisgünstigere Lösungen gesucht werden.
Eine Zweifachhalle ist für den Votanten keine Alternative. Dann lässt man es lieber bleiben. Man würde dadurch nur verlieren: enorm viel Raum im Inneren und auf dem Aussenplatz. Zudem wäre die Bauparzelle schlecht ausgenützt. Der Votant stimmt der Dreifachsporthalle zu und ist überzeugt, dass die Baudirektion ihr Bestes geben wird, um dieses Projekt massiv unter dem bewilligten Kredit abzuschliessen. Es ist – trotz Spardruck – eine Investition in die Zukunft.

Vroni Straub-Müller hat sich ebenfalls zu Wort gemeldet, verzichtet aber auf ein Votum: Hans Christen hat gewissermassen an ihrer Stelle gesprochen.

Thomas Lötscher kann seinen Fraktionskollegen Hans Christen beruhigen: Die Stawiko vertritt nicht die Meinung, dass die Stadt Zug alles bezahlen soll. Es gilt im Gegenteil festzuhalten, dass die Stadt Zug in dieser Frage die einzige Anspruchsgruppe ist, die nicht nur fordert, sondern ganz konkret auch etwas geboten hat. Das verdient Anerkennung.
Der Votant stellt nicht den Bedarf für eine Dreifachsporthalle in Abrede, aber die Art der Umsetzung. Man stelle sich vor, der Kanton Zug könnte nicht mehr alles aus der Portokasse finanzieren. Was würde dann geschehen? Die Gemeinden würden dann wahrscheinlich nicht darauf warten, dass sie vom Kanton eingeladen würden, zu einem Thema, das sie brennend interessiert – sofern es sie tatsächlich brennend interessiert –, Stellung zu nehmen; vielmehr würden sie von sich aus aktiv werden, sich einbringen und Lösungen suchen. Eventuell würden dann der Kanton, die Gemeinden und die Vereine zusammenarbeiten und zu koordinieren versuchen, dass die Nutzung der bestehenden Infrastruktur optimiert werden könnte. Es spielt grundsätzlich keine Rolle und ist auch nicht zwingend notwendig, dass eine Dreifachturnhalle in Zug steht. Man könnte auch nach Baar oder Oberägeri gehen, wo es bereits entsprechende Hallen hat. Dazu müsste man sich aber etwas bewegen. Und vielleicht kommt ja der Zeitpunkt, wo die Portokasse des Kantons tatsächlich leer ist. Dann wäre man gut beraten, Herausforderungen über Gemeinde- und Institutionsgrenzen hinaus auf kreative Weise zu bewältigen. Nicht alles kann man mit Geld lösen – das haben andere Kantone schon festgestellt –, und man *sollte* auch nicht alles nur mit Geld lösen.

Vreni Wicky hält fest, dass sich keine Hausfrau ein Filet leistet, wenn es nur noch zum Cervelat reicht. Die Hausfrau ist sogar so intelligent, dass sie eventuell sogar ganz auf Fleisch verzichtet und damit erst noch gesünder lebt. Die Votantin erinnert an das Projekt Staatsaufgabenreform (STAR). Unisono, ohne Gegenstimme, wurde damals der Regierung die Staatsaufgabenreform in Auftrag gegeben. Und was kam heraus? Nichts, nichts und nochmals nichts. Die Verwaltung hat nach enormem Zeitaufwand verschiedenste Sparmassnahmen vorgelegt, und das Parlament hat – wiederum einstimmig – alles wieder verworfen. Heute steht der Rat vor der gleichen Aufgabe, leider mit noch düstereren Aussichten als damals. Und schon wird wieder jede Sparmassnahme und jedes Entlastungsprogramm im Keim erstickt, ja sogar torpediert. Heute gibt man fröhlich Geld aus – man kann ja dann in der nächsten Kantonsratssitzung ein Streichkonzert beim Budget machen. Am 10. April 2014 hat der Kantonsrat die CVP-Motion betreffend Finanzierung von Infrastrukturen im Kanton Zug teilweise erheblich erklärt. Die CVP fordert darin den Regierungsrat auf, zusammen mit dem Finanzplan jeweils die Prognosen zu kantonalen Investitionsprojekten vorzulegen. Dieser Aufforderung wird im Budget 2015 auf Seite 18 Folge geleistet. Der Kantonsrat muss hier zur Kenntnis nehmen, dass die Finanzierungsprognose 2015–2018 eine Abnahme der Liquidität von sage und schreibe 906 Millionen Franken aufzeigt und die Prognose für die Jahre 2019 bis 2030 noch düsterer ist: Bis 2030 ist eine Fremdfinanzierung von insgesamt 1,6 Milliarden Franken prognostiziert.
Als Kantonsrätin hat die Votantin eine Verantwortung für die nächste Generation zu tragen. Sie sagt deshalb überzeugt Nein zu einer *Nice-to-have*-Dreifachturnhalle, zumal es mit dem Bau nicht getan ist. Es resultieren auch Unterhalts- und Betriebskosten. welche nicht von den Gemeinden getragen werden, sondern ebenfalls vom Kanton übernommen werden müssen. Und warum soll der Kanton die Gemeinden

zur Mitfinanzierung anfragen, wenn die Notwendigkeit für den Kanton nicht ausgewiesen ist? Auch für die Stadt Zug gilt es den Gürtel endlich enger zu schnallen und nicht zu allem und jedem Ja zu sagen. Immer wieder hört man, dass die Zentrumslasten die Stadt in die Enge treiben, trotzdem aber wird locker weiterhin Geld versprochen. Das kann die Votantin nicht verstehen. Sie wagt auch zu behaupten, dass der Kanton Zug eine der grössten Dreifachturnhallen-Dichten der ganzen Schweiz hat, nicht zuletzt infolge des innerkantonalen Finanzausgleichs – was mit deutlichen Worten heisst: Die Stadt Zug hat schon mehr als eine Dreifachturnhalle gebaut. Und ist Baar wirklich daran, eine zweite Dreifachturnhalle zu planen?
Ja sagen ist einfach, ein verantwortungsvolles Nein ist viel schwieriger. In diesem Sinn appelliert die Votantin an das Verantwortungsbewusstsein des Rats und bittet diesen dringend, für den Kanton Zug ein neues Zeitalter einzuläuten, nämlich das Zeitalter der kostenbewussten Ausgaben. Damit Zug vorne bleibt.

Jürg Messmer dankt seiner Vorrednerin für ihre Worte, sie spricht ihm aus dem Herzen. Kürzlich hat der Stadtrat von Zug die Stadtzuger Kantonsräte zu einer Aussprache eingeladen. Der Stadtrat wünscht sich natürlich diese Dreifachturnhalle. Demnächst findet im Grossen Gemeinderat eine Budgetdebatte statt. Wer heute als Vertreter der Stadt der Dreifachturnhalle zustimmt, soll dann bitte im GGR nicht mit irgendwelchen Kürzungsanträgen kommen. Das wäre total unglaubwürdig. Es kann nicht sein, dass Vertreter der Stadt Zug hier 3 Millionen Franken für eine Dreifachturnhalle hinauswerfen, von welcher andere Gemeinde profitieren, ohne eine Rappen daran zu bezahlen, und sich die Stadt gleichzeitig über ihre Zentrumslasten beklagt. Das ist sehr widersprüchlich.
Die Befürworter der Dreifachturnhalle stammen weitgehend aus anderen Gemeinden. Natürlich sind diese dafür, sie müssen ja nicht mitbezahlen – es ist wieder mal die Stadt Zug, die ins Portemonnaie greifen muss. Aber auch die Stadt Zug hat das nötige Geld nicht mehr, genau gleich wie der Kanton. Es geht deshalb darum, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und nicht immer vom Sparen zu *sprechen*, sondern es endlich zu *tun.* In diesem Sinn wird der Votant die Dreifachturnhalle ablehnen.

Franz Peter Iten reagiert auf das Votum von Thomas Lötscher. Es ist wenig sinnvoll, von Zug nach Unterägeri zu fahren, um Sport zu treiben. Zum einen kommen die meisten Sportlerinnen und Sportlern nämlich mit ihrem Privatauto ins Training, statt beispielsweise mit den ÖV. Zum anderen – im Unterschied zu wahrscheinlich vielen hier im Saal kennt der Votant die Verhältnisse in den Sporthallen des Kantons Zug sehr genau – sind in Unterägeri die Sporthallen allesamt ausgelastet, und es gibt sogar Gruppen, die keine Möglichkeit haben, die Sporthallen zu benutzen. Das dürfte in den anderen Gemeinden ebenfalls der Fall sein. Und man muss sich bewusst sein, dass von September bis Anfang Mai alle Hallen vollumfänglich ausgelastet sind, weil man nicht draussen trainieren kann. So oder so hat man in dieser Jahreszeit nicht genügend Hallen.
Als der Votant noch Präsident der Sportkommission Unterägeri war, hat er mit Cordula Ventura, der Vorsteherin des Sportamts Zug, über die Zusammenarbeit der Gemeinden und des Kantons bezüglich Sportanlagen im Kanton Zug diskutiert. Es ging darum, dass man im Kanton Zug diesbezüglich zusammenarbeiten muss. Es ist doch unwichtig, ob ein Unterägerer Verein in Zug oder anderswo trainieren kann. Wichtig ist, dass überhaupt Sport getrieben wird, dies im Interesse der Gesundheit der Gesellschaft. Leider sind die Gespräche beim Sportamt Zug auf keinen fruchtbaren Boden gefallen, die Zusammenarbeit liegt immer noch mehr oder weniger brach und kommt nicht aus dem Winterschlaf. Das bedauert der Votant sehr, und er gibt dem Kantonsrat die Aufgabe mit auf den Weg, in nächster Zukunft

das Gespräch mit dem Sportamt, der Regierung, den Sportvertretern des Kantonsrats und den Parteien aufzunehmen und dieses Problem zu lösen. Denn jede Stunde, die in einer Sporthalle nicht belegt ist, wäre zu viel Geld ausgegeben.

Stefan Gisler ist erstaunt über die Gegner der Dreifachsporthalle, welche wenig bis keine Weitsicht zeigen. Sie führen immer wieder das Entlastungsprogramm an und glauben, hier und heute ein Exempel statuieren zu müssen, um ihren Sparwillen zu beweisen. Liebe Scheinsparerinnen und Scheinsparer: Wer sparen will, sagt heute Ja zur Dreifachsporthalle – auch wenn er bzw. sie unter bürgerlicher Flagge in den Wahlkampf gezogen ist. Gerade wenn man sparen will, kann man das seiner Wählerschaft heute gut aufzeigen. Das Bedürfnis für eine Dreifachsporthalle für die Kanti und die Vereine ist ausgewiesen; das hat die Hochbaukommission in ihrem Bericht aufgezeigt – und sie hat dem Antrag auf eine Dreifachsporthalle mit 14 zu 0 Stimmen zugestimmt. Wenn die Mittelschule Cham gemäss Finanzplan im Budget 2015 bis zum Jahr 2030 oder noch länger nicht kommt, dann wird eine Zweifachhalle schon bald zu klein sein, dies nur schon für die Bedürfnisse der Kanti selber, geschweige denn für diejenigen der Vereine. Der Kantonsrat wird also schon bald wieder über eine Zusatzhalle debattieren müssen, die er dann aber ganz sicher nicht mehr für 5 Millionen Franken erhält; und wo diese Zusatzhalle dannzumal noch gebaut werden soll, steht in den Sternen. Es ist auch nicht richtig, dass man sich mit einer Zweifachhalle nichts verbaue. In Tat und Wahrheit verbaut man sich etwas: Man kann auf dem betreffenden Platz nämlich keine Dreifachhalle mehr bauen, diese Option ist weg. Dannzumal einen anderen Platz für die Dreifachhalle zu finden und diese zu finanzieren, wird schwierig sein. Zudem würde man ein Überangebot generieren: Zwei plus drei ergibt fünf, benötigt werden aber nur drei Hallen. Sparen kann den Kanton also teuer zu stehen kommen.
Es wurde gesagt, man solle Sinnvolles von Wünschbarem trennen. Das ist richtig – die AGF war denn auch gegen das Verwaltungszentrum 3, das 500 Millionen Franken kosten wird. Sie steht auch der Finanzierung des Stadttunnels aus der Laufenden Rechnung sehr kritisch gegenüber. Und wenn die Stawiko der Stadt für den Stadttunnel 120 statt 60 Millionen Franken auferlegen will, dann wünscht sich der Votant für den Widerstand gegen dieses Ansinnen auch die klare Unterstützung von Jürg Messmer und anderen. So günstig wie jetzt, nämlich für 3 Millionen Franken, kommt die Stadt aber nie mehr zum benötigten Mehrangebot an Sporthallen.

Eusebius Spescha, Präsident der Hochbaukommission, hält fest, dass der Rat hier über eine Investition spricht. Am meisten spart man, wenn man eine Investition *nicht* tätigt. Wenn man sie aber tätigen will oder muss, ist es sinnvoll, darüber zu diskutieren, wie man mit dem investierten Geld den grössten Nutzen erzielt. Bisher hat niemand gesagt, man solle diese Investition nicht tätigen. Es ist unbestritten, dass der Bedarf von Seiten der Kantonschule, aber auch von Seiten der Sportvereine gegeben ist. Zur Frage, wie man nun den grössten Nutzen erzielt, ist der Votant klar der Meinung, dass ein *echter* Nutzen nur erzielt wird, wenn man diese 18 Millionen Franken investiert. Werden nur 10 Millionen Franken investiert, wird man relativ bald – da ist sich der Votant sicher – darüber diskutieren, ob es nicht doch besser gewesen wäre etc. – man kennt das.
Es gibt im Kantonsrat Leute wie Franz Peter Iten, die sich über vierzig Jahre lang im Sport engagiert haben, dort unglaublich Wertvolles geleistet haben und die entsprechenden Anliegen mit viel Emotion und grosser Überzeugungskraft einbringen können. Der Votant gehört nicht zu diesen Leuten; seine sportliche Interessenbindung ist ausserordentlich klein, hat er doch vor über vierzig Jahren während nur sehr kurzer Zeit und auch nicht besonders erfolgreich Wettkampfsport betrieben –

dies erst noch in einer Sportart, nämlich Leichtathletik, die nicht in der Halle betrieben wird. Es ist für ihn deshalb eine rein rationale Geschichte: Alle Abklärungen haben gezeigt, dass das Bedürfnis nach einer Dreifachsporthalle vorhanden ist. Man sollte deshalb nicht etwas Halbbatziges machen und sich in ein paar Jahren dann über diesen kleinmütigen Entscheid ärgern. In diesem Sinn empfiehlt der Votant, den Antrag der Hochbaukommission zu unterstützen.

Für **Heini Schmid** ist diese Vorlage ein Musterbeispiel für sogenanntes Politversagen. Es gibt Zuständigkeiten – der Kanton ist zuständig für die Kantonsschule, die Gemeinden für die Sportinfrastrukturen –, was dazu führt, dass jeder nur seinen Weg geht. Als Schlussresultat ergibt sich: Das ist zwar alles sinnvoll, aber nicht meine Zuständigkeit. Und sicher hat sich schon jeder im Saal darüber geärgert, wenn er von Behörden wie bei Mani Matter von einem Ort zum andern geschickt wurde, am Schluss das Problem aber nicht gelöst wurde, sondern nur jeder seine Kompetenz gewahrt hatte. Besser als heute lässt sich diese Haltung nicht demonstrieren. Das Bedürfnis ist unbestritten ausgewiesen, es kann ihm aus x Gründen aber nicht Rechnung getragen werden. So sollte man nicht politisieren und sich verstecken hinter irgendwelchen Zuständigkeiten.
Das Hauptproblem liegt darin, dass die Sportpolitik nicht koordiniert ist. Der Votant erhielt gestern einen Telefonanruf von einem Vereinsverantwortlichen, der ihm sein Leid klagte, dass er mit seinem Verein kaum noch irgendwo unterkomme. Viele Vereine haben – wie gehört – den Sitz in die Stadt Zug verlegt, weil sie dort noch unterkommen. Andernorts haben sie keine Chance mehr, denn jede Gemeinde baut nur für sich und ihre eigenen Bedürfnisse. Es wird nicht übergeordnet nachgedacht, und es interessiert niemanden, dass die Kinder in einem gewissen Alter die örtlichen Vereine verlassen und in kantonale Vereine eintreten. Das ist der wirkliche Missstand. Es braucht dringend eine kantonal koordinierte Schulsportanlagen-Politik, bei der man beispielsweise auch sagt, welche Vereine eine überkommunale Bedeutung haben und wie man diesen die notwendige Infrastruktur verschaffen kann. Das wäre eine ausgezeichnete Aufgabe für die Gemeinden, die scheinbar aber nicht wahrgenommen wird. Kanton und Gemeinden sollten zusammenarbeiten und erkennen, dass hier eine einmalige Chance besteht, insbesondere für überkommunale Vereine eine Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Und weil diese Aufgabe überkommunal ist, muss sie auch überkommunal finanziert werden, sowohl bezüglich Investition wie auch bezüglich Betrieb.
Der Votant ruft deshalb dazu auf, dieser sinnvollen Anlage in der ersten Lesung zuzustimmen, auf die zweite Lesung hin aber mit allen übrigen Gemeinden zu sprechen und sie zu einer Unterstützung dieser überkommunalen, einmalig günstig zu realisierenden Sportanlage zu bewegen. So könnte man alle Ziele erreichen: Der Kanton könnte sparen, weil er nur 10,5 Millionen Franken ausgegeben müsste; die Stadt hätte denjenigen Anteil bezahlt, den sie für ihre eigenen Nutzung als gerecht empfindet; und die anderen Gemeinden hätten einen Schritt in Richtung einer koordinierten kantonalen Sportanlagenplanung gemacht. So würde jeder seinen Teil beitragen, und man hätte am Schluss eine Sportanlage, bei der man sich nicht in zwanzig Jahren fragen muss, welche Politiker die einmalige Chance für eine koordinierte Sportpolitik nicht genutzt haben. Der Votant bittet den Rat inständig, hier den ersten Schritt zu machen, das Bedürfnis zu bejahen und auf die zweite Lesung noch eine vernünftige Finanzierung zu erarbeiten, welchen den wirklichen Bedürfnissen des Kantons entspricht.

Silvia Thalmann hat durchaus Verständnis dafür, dass eine Dreifachsporthalle Sinn machen würde, wird aber für die Zweifachhalle stimmen. Der Rat hat über die-

ses Geschäft schon einmal debattiert. Er hat es damals zurückgegeben, und die Kommissionen und der Regierungsrat haben es nochmals beraten. Trotzdem liegt für die Votantin noch immer keine überzeugende Lösung vor. So sind die Kosten, welche der Rat bereits in der ersten Debatte monierte, nach wie vor zu hoch. Man könnte jetzt das Geschäft nochmals zurückgeben, aber das ist wohl nicht sehr sinnvoll. Das kantonale Sportamt kann vermutlich die von Heini Schmid geforderte Koordinationstätigkeit unterstützen, was sicher sinnvoll wäre. Die Votantin möchte hier aber ein klares Zeichen setzen, dass mit dem Sparen begonnen muss. Regierung und Kommissionen hatten die Gelegenheit, dem Rat eine überzeugende Lösung zu präsentieren; diese liegt aber nicht vor.

Jürg Messmer stellt in Hinblick auf die zweite Lesung den folgenden **Antrag**: «Auf die zweite Lesung wird die Regierung beauftragt, eine Liste mit den Auslastungszahlen der Turnhallen aus sämtlichen Gemeinden zu erstellen.» Man hat während der Debatte einerseits gehört, dass die Turnhallen ausgelastet seien, andererseits aber, dass es noch Platz habe. Hier hätte der Votant gerne genauere Auskunft.

Franz Peter Iten unterstützt den Vorschlag von Jürg Messmer. Dieser entspricht seiner eigenen Haltung, aber auch derjenigen von Heini Schmid, der eine kantonale Koordination gefordert hat. Diese Koordination hat der Votant – wie vorhin erläutert – schon vor einigen Jahren zu erreichen versucht. Es ist ein dringendes Anliegen, dass im Sportbereich die Bedürfnisse einerseits der Schulen, andererseits der Vereine koordiniert werden. Das wäre eine zukunftsgerichtete Arbeit, die für alle nur Vorteile bringt.

Für Baudirektor **Heinz Tännler** geht es in dieser Frage um verschiedene Aspekte: um das Bedürfnis, um die Kosten inkl. Entlastungsprogramm und Sparen, um die Beiträge der Stadt und allenfalls weiterer Gemeinden, schliesslich um die Emotionen, die bei einem solchen Geschäft mitspielen. Der Regierungsrat hat sich die Aufgabe nicht leicht gemacht und intensiv darüber diskutiert. Die Mitglieder des Regierungsrats sind ja keine sportlichen Nieten: Der Schleiss fährt Velo, der Michel macht Langlauf, der Hegglin rennt den Bienen nach, der Baudirektor selbst spielt ein bisschen Tennis, und Manuela Weichelt geht auf dem Zugerberg joggen; was der Hürlimann macht, weiss der Baudirektor im Moment nicht, aber der ist ja immerhin Gesundheitsdirektor. *(Der Rat lacht.)* Der Regierungsrat hat also Verständnis für den Sport und die Sportvereine, und er unterstützt diese auch; er hat auch Verständnis für Jugendliche, die Sport betreiben und sich bewegen wollen.
Es ist richtig, dass der Bedarf für eine Dreifachturnhalle nicht bestritten ist. Diesen Bedarf gibt es immer, und wenn eine Dreifachturnhalle gebaut wird, wird sie auch genutzt, nicht nur für schulische Zwecke, sondern auch für Vereine. Zum Beitrag der Stadt: Es wurde konstruktiv verhandelt, und man ist bei 3 Millionen Franken gelandet, weil die Stadt darlegen konnte, dass ein Drittel der Nutzer Stadtzuger Jugendliche sind und zwei Drittel via Vereine aus anderen Gemeinden in die Stadt kommen. Der Kantonsrat hat den Regierungsrat beauftragt, mit der Stadt Zug zu verhandeln; heute schimmert ein bisschen durch, man hätte alle Gemeinden anfragen sollen. Informell hat der Baudirektor auch bei der Gemeinde Baar nachgefragt. Das klare *Njet* von dieser Seite hat ihn aber bewogen, ohne klaren Auftrag nicht auch noch bei den übrigen Gemeinden nachzufragen. Bezüglich Zuständigkeiten muss der Baudirektor die Ausführungen von Eusebius Spescha relativieren: Es ist nicht so, dass der Kanton aufgrund des Sportgesetzes verpflichtet ist, Sportinfrastrukturen auch für die Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Der Kanton ist nur –

aber immerhin – verpflichtet, seine Hallen auch für ausserschulische Zwecke zur Verfügung zu stellen.
Es ist richtig, dass die Kantonsschule im Ennetsee im Finanzplan nicht enthalten ist. Die Planung steckt noch in den Kinderschuhen, und es steht noch ein hürdenreicher Weg bevor, bis der Regierungsrat im Parlament für Kredite vorsprechen kann. Aus diesem Grund und nicht zuletzt auch wegen des Entlastungsprogramms hat der Regierungsrat dieses Geschäft etwas nach hinten verschoben. Es ist auch richtig, dass der Rektor der Kantonsschule in der vorberatenden Kommission ausgeführt hat, eine Dreifachhalle wäre besser als zwei Einzelhallen. Auf eine Nachfrage des Baudirektors hin hat der Rektor aber mitgeteilt, dass rein rechnerisch zwei Hallen für das Bedürfnis der Kantonsschule reichen; bildlich gesprochen, wäre das ein Renault Kastenwagen. Die Dreifachturnhalle wäre schön und wünschenswert, bildlich gesprochen ein Porsche Kombi. Aus Sicht der Kantonsschule sind zwei Einzelhallen aber ausreichend und in Ordnung.
Bezüglich einer geplanten Dreifachsporthalle in Baar hat der Baudirektor nachgefragt. Es ist so, dass die Gemeinde Baar drei Eisen im Feuer hat: Erstens wird die Don-Bosco-Stiftung für ihre Privatschule in Walterswil mit mehr als 90-prozentiger Sicherheit per 2017 eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle erstellen, die auch für ausserschulische Zwecke zur Verfügung gestellt werden soll. Ferner soll in Baar das Schulhaus Sternmatt II einer Sanierung unterzogen werden, und in diesem Zusammenhang prüft die Gemeinde Baar, ob eine Dreifachsporthalle gebaut werden soll. Schliesslich muss Baar im Schulhaus Wiesental ein Schulgebäude rückbauen, und in diesem Zusammenhang ist geplant, eine Dreifachhalle zu erstellen. Gemäss Auskunft des Bauchefs von Baar – und der Baudirektor hat die Legitimation, dies hier zu erzählen – ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass mindestens eine, wenn nicht zwei Dreifachsporthallen gebaut werden.
Die Kosten von 18,7 Millionen Franken sind ausgewiesen, auch wenn sie unerfreulich sein mögen. Wenn man eine Dreifachhalle will, muss man ins Grundwasser bauen, was eine ganz andere Kostenstruktur und bedeutende Mehrkosten ergibt. Zudem wird auf das Dach der Dreifachhalle ein Aussenplatz gebaut. Man kann diese Halle deshalb nicht vergleichen mit einer Halle in Sursee oder anderswo; die Voraussetzungen sind total anders.
Zum Entlastungsprogramm: Der Regierungsrat will sparen. Dabei gibt es den Grundsatz, das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen. In der vorliegenden Frage ist der Regierungsrat in seiner Abwägung zum Schluss gekommen, dass die schulischen Bedürfnisse abgedeckt und deshalb zwei Einzelhallen gebaut werden sollen. Das ist das Notwendige, weshalb der Regierungsrat den Bau von zwei Einzelhallen vorschlägt.
Noch einige Bemerkungen zu einzelnen Voten:
• Es wurde gesagt, zwei übereinander liegende Hallen seien akustisch heikel. Es gibt in der Schweiz unzählige übereinander liegende Turnhallen, und der Baudirektor hat nie gehört, dass das im Betrieb nicht funktioniere. Im Übrigen hat die Stadtbildkommission – eine mächtige Kommission – das genau so verlangt.
• Der Fehler bezüglich der Betriebskosten liegt bei der Baudirektion, wofür sich der Baudirektor entschuldigt. Die Angaben wurden jetzt aber korrigiert.
• Die Gründe für die Baumängel in Oberägeri sind dem Baudirektor nicht bekannt. Es ist aber klar, dass der Architekt eng geführt wird. Es gibt klare Verträge, es gibt eine Projektleitung, und es wird auch keine Kostenüberschreitungen geben. Der Baudirektor wagt auch zu behaupten, dass der Kanton etwas professioneller ist als die Gemeinden – was aber nicht als Vorwurf an die Gemeinden zu verstehen ist.
• Es ist nicht so, dass der Kanton bezüglich Koordination nichts tut. Es ist aber richtig, dass es bezüglich Bau von Sportanlagen keine Koordination gibt. Immerhin

aber wird, wenn eine Gemeinde eine Sportanlage erstellt, auf die Bedürfnisse der gemeindlichen Sportvereine Rücksicht genommen, und die Anlagen werden für die ausserschulische Zeit allen Vereinen angedient. Und was die Auslastung der Hallen anbelangt, gibt es zwischen Stadt, Gemeinden und Kanton gemäss Aussage des Bildungsdirektors offensichtlich eine Koordination durch das kantonale Sportamt.
• Es ist nicht so, dass in der Kantonsschule der Schülerzahlen ansteigen und man dann ungenügende Hallenkapazitäten hat. Die Gesamtmenge in Zug bleibt konstant, weil in den nächsten sechs Jahren je zwei Klassen nach Menzingen transferiert werden und insofern die Klassen- bzw. Schülerzahl in Zug stagniert.
• Die von Vreni Wicky erwähnten 900 Millionen Franken Finanzabfluss sind richtig, dies aber unter dem Vorbehalt, dass das Sparpaket von 100 Millionen Franken pro Jahr dabei noch nicht berücksichtigt ist.
• Der Baudirektor ist froh, dass man beim Kantonsspital in Baar kein zusätzliches Geschoss gebaut hat. Dass das Spital jetzt effizient arbeiten muss, führt nämlich dazu, dass es bis heute nie ausgelastet war und das auch in Zukunft nicht sein wird. Man hätte dort also ein Geschoss ins Nirwana gebaut.
• Die von Silvan Hotz angesprochene gemeindliche Beteiligung ist vielleicht gut gemeint, führt aber zu einer neuen Diskussion über Lastenausgleich. Ob das bei den Gemeinden und bei der Stadt gut ankommt, weiss der Baudirektor nicht.
• Es ist richtig, dass die Betriebskosten der Hertihalle von der Stadt getragen werden. Man darf aber nicht vergessen, dass der Kanton hier 50 Prozent der Investitionskosten, etwa 9,3 Millionen Franken, übernommen und diese jetzt der Stadt geschenkt hat; heute ist die Stadt zu 100 Prozent Eigentümerin dieser Halle. Es ist richtig, dass auch das KBZ die Hertihalle nutzt. Dabei wurde aber von Stadt und Kanton ein gegenseitiger Gebührenverzicht vereinbart, was bedeutet, dass das KBZ für die Hallenbelegung faktisch eine Miete bezahlt.
• Der Antrag von Jürg Messmer ist vernünftig, die Baudirektion kann diese Abklärungen auf die zweite Lesung hin vornehmen.
Zusammenfassend hält der Baudrektor fest, dass der Regierungsrat die erwähnten Aspekte geprüft hat und am Schluss zur Auffassung gelangt ist, dass gespart und Wünschbares von Notwendigem getrennt werden muss und dass deshalb zwei Einzelturnhallen die richtige Antwort sind, um die schulischen Bedürfnisse abzuholen. Der Baudirektor bittet, in diesem Sinne dem Antrag des Regierungsrat und der Staatswirtschaftskommission zu folgen.

EINTRETEN

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat in der Mai-Sitzung bereits auf das Geschäft eingetreten ist. Er hat die ursprüngliche Vorlage aufgeteilt in den Bereich «Schulraumprovisorium» und den Bereich «Turnhallen». Heute behandelt der Rat diesen zweiten Block.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Titel des Erlasses je nach Entscheid des Kantonsrats – Zwei- oder Dreifachsporthalle – von der Staatskanzlei festgesetzt wird.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Ingress

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

§ 1 Abs. 1 und 2

Der **Vorsitzende** schlägt vor:
- die zwei Absätze von § 1 gemeinsam zu beraten;
- die Anträge von Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission einerseits und der Kommission für Hochbauten anderseits zuerst zu bereinigen;
- und dann die Anträge einander als Paket gegenüberzustellen.

Der Rat diskutiert also grundsätzlich über die Anzahl der Turnhallen und führt die Abstimmungen entsprechend durch.

Franz Peter Iten stellt den **Antrag,** die Abstimmung zu § 1 geheim durchzuführen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf eine geheime Abstimmung mit 54 Nein zu 7 Ja-Stimmen ab. Das erforderliche Quorum von 20 Stimmen wird nicht erreicht.

Zari Dzaferi stellt den **Antrag,** die Abstimmung zu § 1 unter Namensaufruf durchzuführen. Dies dient der Transparenz, zumal ja alle Ratsmitglieder hinter ihrer Meinung stehen können.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf mit 32 Stimmen zu. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen, das Gegenmehr wird nicht erhoben.

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, legt der **Vorsitzende** fest, dass jedes Ratsmitglied beim Namensaufruf seine Stimme laut und deutlich wie folgt abgeben muss:
- für den Antrag des Regierungsrats und der Stawiko (zwei Einzelturnhallen): «Erstes Mehr»;
- für den Antrag der Hochbaukommission (wettkampftaugliche Dreifachsporthalle): «Zweites Mehr».

Die Ratsmitglieder stimmen unter Namensaufruf wie folgt:

Brandenberg Manuel	Abwesend	Lustenberger Andreas	Zweites Mehr
Brunner Philip C.	Zweites Mehr	Peita Gabriela	Zweites Mehr
Camenisch Philippe	Erstes Mehr	Pfister Martin	Abwesend
Castell-Bachmann Irène	Erstes Mehr	Riedi Beni	Erstes Mehr
Christen Hans	Zweites Mehr	Schmid Heini	Zweites Mehr
Gisler Stefan	Zweites Mehr	Wandfluh Oliver	Zweites Mehr
Gysel Barbara	Zweites Mehr		
Landtwing Alice	Zweites Mehr	Birrer Walter	Erstes Mehr
Messmer Jürg	Erstes Mehr	Blättler-Müller Christine	Zweites Mehr
Raschle Jürg	Abwesend	Bruckbach Christoph	Zweites Mehr
Sivaganesan Rupan	Zweites Mehr	Diehm Peter	Erstes Mehr
Spescha Eusebius	Zweites Mehr	Haas Esther	Zweites Mehr

Stadlin Daniel	Zweites Mehr	Helfenstein Georg	Zweites Mehr
Stocker Cornelia	Erstes Mehr	Jans Markus	Zweites Mehr
Straub-Müller Vroni	Zweites Mehr	Rickenbacher Thomas	Abwesend
Stuber Martin	Zweites Mehr	Sieber Beat	Erstes Mehr
Thalmann Silvia	Erstes Mehr	Suter Rainer	Erstes Mehr
Wenger Manfred	Zweites Mehr		
Wicky Vreni	Erstes Mehr	Andenmatten Karin	Zweites Mehr
		Bieri Anna	Zweites Mehr
Hächler Thiemo	Abwesend	Schuler Hubert	Enthaltung
Strub Barbara	Erstes Mehr	Villiger Thomas	Erstes Mehr
Wyss Beat	Zweites Mehr	von Burg Roland	Erstes Mehr
Wyss Thomas	Zweites Mehr	Winter Leonie	Erstes Mehr
Ingold Gabriela	Erstes Mehr	Burch Daniel	Zweites Mehr
Iten Beat	Zweites Mehr	Hausheer Andreas	Erstes Mehr
Iten Franz-Peter	Zweites Mehr	Hürlimann Andreas	Zweites Mehr
Sperandio Renato	Abwesend	Meienberg Eugen	Erstes Mehr
Walker Arthur	Zweites Mehr	Reinschmidt Mario	Zweites Mehr
Werner Thomas	Abwesend	Weber Monika	Erstes Mehr
Barmet Monika	Zweites Mehr	Balmer Kurt	Abwesend
Betschart Frowin	Zweites Mehr	Burch Daniel Thomas	Erstes Mehr
Nussbaumer Karl	Zweites Mehr	Flach Bernadette	Abwesend
		Roos Flavio	Zweites Mehr
Abt Daniel	Erstes Mehr	Schriber-Neiger Hanni	Zweites Mehr
Andermatt Adrian	Erstes Mehr	Werder Matthias	Zweites Mehr
Dübendorfer Christen Maja	Erstes Mehr		
Dzaferi Zari	Zweites Mehr	Dubacher René	Erstes Mehr
Frei Pirmin	Erstes Mehr	Schmid Moritz	Zweites Mehr
Gössi Alois	Zweites Mehr	Weber Florian	Erstes Mehr
Hotz Silvan	Zweites Mehr		
Hunn Ivo	Zweites Mehr	Kupper Georg	Erstes Mehr
Isler Gloria	Erstes Mehr	Lötscher Thomas	Erstes Mehr

➔ Der Rat genehmigt § 1 mit 41 zu 29 Stimmen gemäss Antrag der Hochbaukommission (wettkampftaugliche Dreifachsporthalle).

§ 2 Abs. 1
II., III. und IV

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

Antrag von Jürg Messmer

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Jürg Messmer (Abklärungsauftrag bezüglich Auslastung der Turnhallen) stillschweigend zu.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

1223 Änderung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** stellt den **Antrag,** vor dem Mittagessen noch die Traktanden 6 und 7 zu behandeln, da der Volkswirtschaftsdirektor zu Beginn des Nachmittags abwesend ist.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

Kantonsratsbeschluss betreffend Ratifizierung der Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 (Diplomanerkennungsvereinbarung)

Das Traktandum wurde auf den Nachmittag verschoben (siehe oben).

TRAKTANDUM 6

1224 Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Teilergänzung der Stadtbahn Zug und Objektkredit für den Ausbau der Linie S2 zwischen Baar-Lindenpark und Walchwil

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (1630.7 - 14776) und der Staatswirtschaftskommission (1630.8 - 14777).

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission, hält fest, dass in der vorliegenden Schlussabrechnung bei Kosten von insgesamt 13,6 Millionen Franken eine Kreditunterschreitung um 5 Millionen Franken resultiert. Die Finanzkontrolle hat die Schlussabrechnung geprüft und empfiehlt deren Annahme. In der Stawiko wurde gewünscht, dass in Zukunft bei solch grossen Abweichungen nicht nur die Begründung in verbaler Form vorgelegt, sondern auch die Beträge zugeordnet werden sollen, damit bei künftigen Kreditvorlagen beurteilt werden kann, wo allenfalls Luft drin ist. Der Volkswirtschaftsdirektor wird diesbezüglich einige Ausführungen machen.
Die Stawiko beantragt, die vorliegende Schlussabrechnung zu genehmigen.

Zari Dzaferi: Die Stadtbahn ist aus Sicht der SP ein gutes Beispiel dafür, dass man zuerst das ÖV-Angebot ausbauen und attraktiver gestalten muss, damit es schliesslich effektiv von der Bevölkerung genutzt wird. Die moderne Infrastruktur sowie das Bahnkonzept mit angepasstem Fahrplan führten nämlich dazu, dass die Stadtbahn seit ihrer Inbetriebnahme Ende 2004 stark an Popularität zulegte und heute kaum mehr wegzudenken ist. Das Geld war aus Sicht der SP sinnvoll investiert und zahlt sich nun aus. Die Schlussabrechnung zur Teilergänzung der Stadtbahn-Linie S2 nimmt sie daher zustimmend zur Kenntnis.
Die Kostenunterschreitung ist zwar erfreulich, gleichzeitig stellt sich aber auch die Frage, wer denn eine Fehlbudgetierung von 8 Millionen Franken – bei einem Gesamtbaukredit von 35 Millionen Franken – zu verantworten hat. Der Votant hat, seit er im Kantonsrat politisiert, immer wieder festgestellt, dass ein unterschrittener Baukredit von einigen Parlamentarierinnen und Parlamentariern als riesiger Erfolg *promotet* wird. Natürlich ist es erfreulich, wenn der Kanton weniger Geld ausgibt als geplant. Allerdings kommt das dem Votanten manchmal so vor, als würde je-

mand mit einer Zweihunderternote feiern gehen, obwohl weniger als 100 Franken dafür notwendig wären, und sich am nächsten Tag darüber freut, dass er noch Geld im Portemonnaie hat.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** kann – wie vom Stawiko-Präsidenten angekündigt – die Hauptpositionen der Kreditunterschreitung noch quantifizieren. Ein Problem bei der Budgetierung liegt darin, dass man bei der Planung umso mehr in die Personalressourcen investieren muss, je genauer man sein will. Vom Rat hört man aber, dass nicht zu viel vorinvestiert werden soll, sondern dass die Regierung zuerst mit dem Projekt in den Rat kommen und den Kredit genehmigen lassen soll. Entsprechend basiert der Kreditantrag dann auf noch wenig genauen Richtofferten. Auch bei der eigentlichen Vergabe passiert bezüglich der Preise noch einiges, und zum Glück wird zum Teil auch während der Ausführung noch optimiert. Das alles ergibt dann einiges an Kreditunterschreitungen.
Die fünf im Bericht genannten Positionen der Kostenunterschreitung sehen in etwa wie folgt aus:
- Günstigere Vergabe der Baumeisterarbeiten: 200'000 Franken
- Optimierungen in der Bauphasen-, Betriebs- und Intervallplanung: 1'000'000 Franken
- Nichteintreten von Risikopositionen: 900'000 Franken
- Dank zähen Verhandlungen reduzierter Verwaltungs- und Gemeinkostenzuschlag der SBB von 2 Prozent (statt wie budgetiert 6,53 Prozent): 800'000 Franken
- Aufgelaufene Teuerung 3 Prozent (statt angenommene 7,5 Prozent, Basis 10/ 2007): 1'000'000 Franken.

Diese fünf Positionen ergeben zusammen einen Betrag von 3,9 Millionen Franken. Die restlichen 1,1 Millionen Franken setzen aus kleineren Positionen zusammen (u. a. günstiger Landerwerb, technische Vereinfachungen und Optimierungen, Wiederverwendung von Bauteilen).
Damit ist das Anliegen der Stawiko erfüllt. Die Anregung der Stawiko hat der Regierungsrat auch für die Zukunft aufgenommen. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt für die wohlwollende Genehmigung der vorliegenden Schlussabrechnung.

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Schlussabrechnung.

Das Geschäft ist damit für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

1225 Motion von Martin Stuber, Heini Schmid und Thomas Lötscher betreffend höhere Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern
Postulat von Philip C. Brunner betreffend permanente Perronverlängerungen in Rotkreuz – mehr Sitzplätze und weniger Stehplätze – eine kostengünstige infrastrukturelle Verbesserung – mit sofortigem direktem Nutzen für ÖV-Benützer

Es liegen vor: Motion (1899.1 - 13317); Berichte und Anträge des Regierungsrats (1899.2 - 13559), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (1899.3 - 13649) und der Staatswirtschaftskommission (1899.4 - 13656); Postulat (2403.1 - 14701); Bericht und Antrag des Regierungsrats (1899.5/2403.2 - 14793).

Martin Stuber hält als Vertreter der Motionäre fest, dass die Vorlage eine lange Vorgeschichte hat. Kurz gesagt, wollte der Regierungsrat die Motion Stuber/Schmid/ Lötscher, die vom 28. Januar 2010 datiert, also bald fünfjährig ist, und von 42 Mit-

gliedern des vorherigen Kantonsrats unterschrieben worden war, erheblich erklären und gleich als erledigt abschreiben lassen. Am 31. März 2011 hat aber der Kantonsrat in neuer Zusammensetzung mit 42 zu 33 Stimmen die Motion erheblich erklärt und *nicht* abgeschrieben. Das war ein weiser Entscheid, denn damit blieb der Auftrag des Regierungsrats bestehen. Dieser lautete: «Der Regierungsrat wird beauftragt, sich für ein Massnahmenbündel zugunsten eines raschen Ausbaus der Kapazitäten auf der SBB-Strecke Luzern–Zug–Zürich einzusetzen. Dazu unternimmt er insbesondere zwei Schritte:
• Initiierung (zusammen mit den SBB) der schnellen Realisierung der Doppelspur Freudenberg–Rotkreuz;
• Initiierung der Perronverlängerungen in Rotkreuz und Baar im Verbund mit Verhandlungen mit den SBB für den Einsatz von langen Doppelstockkompositionen.»
Diesem Entscheid des Kantonsrats und vielleicht auch den hartnäckigen Interventionen des Votanten und von Philip C. Brunner im Zusammenhang mit der ursprünglich geplanten zweijährigen Streckensperrung am Zugersee sowie dem späteren Postulat von Philip C. Brunner ist es schlussendlich wesentlich zu verdanken, dass nun doch eine durchgehende Doppelspur zwischen Cham und Rotkreuz erstellt wird; ursprünglich wollte die SBB ja nur ein kurzes Teilstück mit Doppelspur ausbauen, so nachzulesen in der damaligen Vorlage der Regierung. Auch die Perronverlängerungen – zumindest in Rotkreuz – werden nun gebaut. Aber die SBB mussten zuerst von ihrer ursprünglichen Idee abgebracht werden, die umgeleiteten Gotthardzüge acht Minuten lang auf dem Perron in Rotkreuz stehenzulassen, ohne dass jemand den Zug hätte verlassen können, weil die Perrons zu kurz seien. Das ist kein Witz, sondern war wirklich die ursprüngliche Idee der SBB. Jetzt werden in Rotkreuz also «provisorische» Perronverlängerungen gebaut, damit von den umgeleiteten Gotthardzügen umgestiegen werden kann. Warum aber nur «provisorische» Perronverlängerungen? Weshalb nicht gleich Nägel mit Köpfen? Hat das Amt für öffentlichen Verkehr übersehen, dass die Motion noch einen dritten, klaren Auftrag hatte, nämlich «Verhandlungen mit der SBB für den Einsatz von langen Doppelstockkompositionen»? Das ist ja der zentrale Punkt der beiden Vorstösse! Die anderen beiden Aufträge betreffen infrastrukturelle Voraussetzungen, aber die Umsetzung sind die 400 Meter langen Züge – mit dem Ziel einer raschen, deutlichen Erhöhung der Kapazität auf dieser Strecke. Der Votant hat es vor vier Jahren gesagt, und es stimmt immer noch: Das ist mit Abstand der schnellste und billigste Weg zu einer Kapazitätserhöhung auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern. Für die andere Massnahme – nämlich mehr Züge fahren zu lassen – fehlen schlicht und einfach die Bahngeleise, sprich die durchgehende Doppelspur zwischen Thalwil und Luzern. Und bis in die 2030er Jahre wird hier *nichts* gehen. Das steht auch auf Seite 6 in der regierungsrätlichen Vorlage. Die Zitrone ist auf dem bestehenden Geleise praktisch ausgepresst.
Leider findet man in der Vorlage der Regierung nichts, was auf «Verhandlungen mit der SBB für den Einsatz von langen Doppelstockkompositionen» schliessen lassen würde. Und einmal mehr beschleicht einen der Eindruck, dass eine Haltung der SBB einfach akzeptiert wird, ohne sie zu hinterfragen und ohne kräftig zu intervenieren. Der Tenor dieser Vorlage ist entsprechend: Die SBB plant bis 2025 keine 400 Meter langen Züge, also braucht es auch keine langen Perrons. So kann man das Dossier weglegen und sich teuren Prestigeprojekten wie BIBO widmen. Dabei liegt es doch auf der Hand: Irgendwann im Jahr 2015 – mit zweijähriger Verspätung, aber immerhin – beginnt Bombardier mit der Auslieferung der neuen Doppelstock-Triebzüge für den schnellen Intercity-Verkehr. Dann werden nach und nach «alte» Doppelstockwagen frei, die heute vor allem zwischen St. Gallen und Genf verkehren. Diese kann man dann in die bestehenden – und bleibenden – Doppelstock-

kompositionen einreihen. Für die Strecke Zürich–Zug–Luzern heisst das: Statt heute maximal neun Doppelstockwagen und in Spitzenzeiten noch zwei zusätzliche Einheitswagen mit Steuerwagen könnten bis zu fünfzehn Doppelstockwagen inkl. Steuerwagen zum Zug kommen. Soviel zieht bzw. stösst eine RE 460, also einer dieser roten Lokomotiven. Philip C. Brunner wird vorrechnen, welchen Kapazitätssprung man so machen könnte. Bis heute hat niemand dem Votanten erklären können, was gegen diese bestechende Lösung spricht. Das Gleiche haben übrigens die SBB auf der Ost-West-Transversale gemacht, um die Kapazitäten zu erhöhen: 400 Meter lange Doppelstockzüge!
Dazu eine kleine Anekdote: Am letzten Montag fuhr der Votant um halb sechs von Zug nach Luzern. Wie er da so im vordersten Wagen stand – um diese Zeit steht man in diesen Zügen –, fragte er die anderen stehenden Passagiere, ob sie auf dem Perron etwas weiter laufen würden, wenn sie dafür im Zug einen Sitzplatz hätten; man muss auf dem Perron zum Teil natürlich etwas weiter laufen, wenn die Züge 400 Meter lang sind. Die Antworten – unisono – kann man sich denken: Jeder würde gern sitzen, wenn er könnte.
Der Votant bittet den Volkswirtschaftsdirektor, zu erklären, weshalb die SBB keine längeren Doppelstockzüge wollen, und was der Kanton bei den SBB unternommen hat, um den Einsatz von langen Zügen zu *pushen*. Je nachdem behalten sich die Motionäre vor, zu beantragen, die beiden Vorstösse nicht abzuschreiben.
Noch kurz zu Baar und Rotkreuz: Dass man es beim damaligen Umbau in Baar unterlassen hat, auch gleich die Perrons zu verlängern, ist das Eine. Dass nun wegen angeblich zu hoher Kosten ein solcher Umbau nicht gemacht werden soll, versteht der Votant nicht wirklich. Es wäre doch auch eine Vorinvestition in das dritte Gleis zwischen Zug und Baar, wenn man es richtig macht. Das Land bei der ehemaligen Rudolf-Steiner-Schule gehört ja jetzt – wie der Votant von Heini Schmid erfahren hat – der Gemeinde Baar, womit ein Hindernis für diesen Ausbau weggefallen ist. Wäre es nicht gescheiter, wenn das Geld für das Pilotprojekt BIBO in die Perronverlängerungen in Baar und Rotkreuz gesteckt würde? Denn darüber ist sich der Rat wohl einig: Die Interregio-Halte sowohl in Rotkreuz als auch in Baar sollen gerade in Spitzenzeiten beibehalten werden. In Rotkreuz gibt es zudem noch einen weiteren Aspekt: Im Richtplan der Gemeinde ist eine dritte Querung der Bahngleise im Raum Suurstoffi/Werkhof ungefähr am östlichen Ende der Perrons eingetragen. Das Bedürfnis für diese dritte Querung wird spätestens mit dem Vollausbau des Suurstoffi-Areals in zwei bis drei Jahren klar gegeben sein. Ob die Querung unter den Gleisen – was sehr teuer ist – oder als Überführung gemacht wird, dürfte aufgrund rein finanzieller Aspekte entschieden werden. Die neue Querung wird aber wohl zum grössten Teil durch Gemeinde und Kanton finanziert werden müssen, da das Interesse seitens der SBB eher klein sein wird. Es ist also durchaus möglich wenn nicht gar wahrscheinlich, dass bis ca. 2020 diese Querung *mit direktem Zugang zu den Perrons* gebaut wird und in diesem Zusammenhang die provisorischen Perronverlängerungen in einen definitiven Zustand überführt werden müssen. Es macht also keinen Sinn, in Rotkreuz davon auszugehen, dass es sich nur um ein Provisorium handelt, das wieder rückgebaut wird. Die Perronverlängerung wird auch aus dem angeführten Grund gebracht werden. Und wie heisst es so schön? Gouverner, c'est prevoir.
Der Votant stellt namens der Motionäre also den **Antrag,** Motion und Postulat erheblich zu erklären und die Motion bezüglich Doppelspur Freudenberg–Rotkreuz als erledigt abzuschreiben. Bezüglich des Rests der Motion und bezüglich des Postulats Brunner möchten die Motionäre zuerst die Ausführungen des Volkswirtschaftsdirektors hören.

Postulant **Philip C. Brunner** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Mitglied des Komitees «Zimmerberg light». Er dankt der Regierung, dass sein Postulat und die Motion zusammen behandelt werden. Als er seinen Vorstoss einreichte, versuchte er weitere Ratsmitglieder zum Mitmachen zu bewegen, hatte damit aber keinen Erfolg. Martin Stuber hat mit seinem grossen Sachwissen zum öffentlichen Verkehr die Zusammenhänge dargelegt, der Votant wird die eine oder andere Aussage noch verstärken.
Der Votant dankt dem Regierungsrat für seinen ausführlichen Bericht, ist damit aber nicht ganz zufrieden. Die Stellungnahme bezüglich der Lösung von Kapazitätsengpässen auf der Bahnstrecke Luzern–Zug–Zürich verkennt den Ernst der Lage. Mit teilweise unzutreffenden oder verwedelnden Argumenten versucht die Regierung das Problem kleinzureden. Die Fakten präsentieren sich wie folgt:
• In den Stosszeiten sind die Interregio-Doppelstockzüge mit elf Wagen und höchstens je einem Erst- bzw. Zweitklassmodul mehr als ausgelastet.
• Zeitlich liegen Doppelspurausbauten zwischen Baar und Thalwil sowie Ebikon und Luzern in weiter Ferne.
• 400 statt 300 Meter lange Züge bieten gegenüber heute pro Stunde rund tausend Sitzplätze mehr.
• Spätere Durchbindungen der Züge Richtung Genf bzw. Konstanz wären kein Hindernis, da in den Kopfbahnhöfen Luzern und Zürich die Züge auf die Bedarfslängen angepasst werden könnten; die höchste Nachfrage besteht zwischen Luzern und Zürich. Der Votant hat die nutzbaren Perronlängen gemäss Auskunft der SBB auf einem Blatt zusammengestellt und dieses dem Volkswirtschaftsdirektor übergeben. Er weist darauf hin, dass die in der regierungsrätlichen Vorlage angegebenen 320 Meter für Baar nicht stimmen: Die Perrons 1 und 3 in Baar sind nur 293 Meter lang.
Theoretisch bestehen nur zwei Möglichkeiten, um der stark wachsenden Nachfrage gerecht zu werden: entweder mehr Züge im Fernverkehr Luzern–Zug–Zürich oder längere Züge. Zur ersten Möglichkeit: Die Einspurtunnel zwischen Baar-Litti und Horgen-Oberdorf erlauben keine weiteren Kreuzungen der Gotthardzüge, der Züge Zürich–Zug oder der S24 mit einem Gegenzug. Daran wird sich mittelfristig nichts ändern; und wenn sich etwas daran ändert, dann erst in weiter Ferne und mit Milliardenaufwendungen.
Zur zweiten Möglichkeit: Längere Züge sind die einzige Möglichkeit, um in den nächsten Jahren das Problem der Kapazitätsengpässe wirksam zu entschärfen. Die Perronlängen in Luzern genügen den Anforderungen mindestens auf zwei Geleisen, nämlich Perron 7 mit 405 Meter und Perron 3 mit 431 Meter Länge. Zur Perronverlängerung in Rotkreuz: Glücklicherweise sind dort keinerlei Anpassungen im Bereich Gleisgeometrie oder Signalisation nötig. Die Kosten sind mit ca. 3 Millionen Franken sicher am oberen Rand, ja vielleicht sogar übertrieben hoch prognostiziert. Der bauliche Vorgang ist simpel: vorfabrizierte Betonelemente verankern, im Zwischenraum Füllmaterial eintragen, auf 55 Zentimeter Perronhöhe Teerbelag und Markierungen anbringen. Die Behauptung, die Bestellfrist für diese Anpassungen sei abgelaufen, ist eigentlich lächerlich. Zudem ist noch eine Kostenminderung dank Verzicht auf die geplante provisorische Holzkonstruktion gegeben.
Mit der Perronverlängerung in Baar hat sich der Votant nicht im Detail beschäftigt, kann dazu aber so viel sagen: Im Hinblick auf die Einführung der Stadtbahn vor zehn Jahren wurde der Bahnhof falsch und ungenügend ausgebaut. In Baar hat es nicht zu wenige Geleise, wie die Regierung suggeriert, sondern zu kurze Perrons. Die Korrektur dieser Fehlplanung ist kostspielig, wäre aber dringend und sinnvoll.
Zurück zum Thema Doppelspurausbau zwischen Baar und Thalwil: Die Motion forderte den Viertelstundentakt zwischen Luzern und Zürich. Dazu aber braucht es

milliardenschwere Infrastrukturbauten. Die SBB schätzen die reine Bauzeit des Zimmerberg-Basistunnels auf sechs Jahre; vorangehen müssten Kreditbewilligung, Projektierung, Plangenehmigung und Bauvorbereitung. Der Fahrplanentwurf 2025 des Bundesamts für Verkehr sieht noch keine zusätzlichen Züge nach Zug vor. Für die Variante mit längeren Zügen müssen nur Rotkreuz und Baar ausgebaut werden. Und wie kommt der Votant auf die erwähnten zusätzlichen tausend Sitzplätze pro Stunde? Gefordert wird ein 400 Meter langes Perron. Teilt man diese Länge durch 26,8 Meter, die Länge eines Eisenbahnwagens, kommt man auf 14,9, aufgerundet 15 Wagen. Heute werden 11 Wagen eingesetzt, die Differenz beträgt also 4 Wagen, die mehr eingesetzt werden könnten. Und in einem Doppelstockwagen gibt es 126 Sitzplätze, in 4 Wagen also insgesamt 504 Plätze. Bei zwei Zügen pro Stunde ergeben sich damit über tausend zusätzliche Sitzplätze pro Stunde; pro Tag sind es mehrere tausend Sitzplätze, die auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern zusätzlich zur Verfügung stehen würden. Das ist die einzige Möglichkeit, die man hat.
Abschliessend beantragt auch der Votant – dies auch im Namen der SVP-Fraktion –, die Motion und das Postulat nicht abzuschreiben und den Anträgen der Regierung nicht zu folgen. Es ist wichtig, dass der Druck aufrechterhalten wird.

Zari Dzaferi hält fest, dass der Regierungsrat aus Sicht der SP-Fraktion recht verständlich dargelegt hat, dass sich die verantwortlichen Stellen bei der SBB für den Qualitätserhalt auf dieser für den Kanton Zug enorm wichtigen Bahnstrecke einsetzen. Man muss die Situation weiterhin mit Argusaugen beobachten und zum richtigen Zeitpunkt reagieren. Auch gilt es aus Sicht der SP, weiterhin mit den Nachbarkantonen zusammenzuspannen, um erfolgreich zu sein.
Das Postulat betreffend Perronverlängerungen ist grundsätzlich sympathisch, weil Perronverlängerungen auf den ersten Blick mit wenigen Anpassungen und tiefen Kosten die Bahnkapazität auf dieser bedeutenden Strecke steigern. Allerdings zeigt sich auf den zweiten Blick, dass solche Perronverlängerungen ein sehr kostspieliges Unterfangen sind – mitunter ein Unterfangen, das letztendlich ohnehin nicht ausgeschöpft werden kann, da die Züge – zumindest aus heutiger Sicht – zu kurz sind. Dass allenfalls Doppelstockzüge frei werden, die auf der Strecke Luzern–Zug–Zürich eingesetzt werden könnten, ist interessant. Bevor die SP solchen Perronverlängerungen zustimmen könnte, müsste dies allerdings garantiert sein.
Die Voten von Martin Stuber und Philipp Brunner haben die SP-Fraktion davon überzeugt, das Postulat und die Motion noch nicht abzuschreiben, auch wenn der Regierungsrat darlegen konnte, dass er sich bisher für diese Anliegen eingesetzt hat. Insbesondere ist aus Sicht der SP zu prüfen, ob weitere Waggons auf dieser Strecke eingesetzt werden können. Der Votant stimmt nämlich Philip C. Brunner zu, dass eine Erhöhung der Kapazität entweder mit mehr Fahrten – also mehr Geleisen – oder aber mit mehr Waggons erreicht werden kann. Und er ist noch nicht ganz überzeugt davon, dass auf dieser Strecke nicht mehr Waggons eingesetzt werden könnten.

Hanni Schriber-Neiger möchte als Rischerin darauf hinweisen, was in ihrer Gemeinde bezüglich Wachstum läuft:
- Risch-Rotkreuz ist *die* Wachstumsgemeinde der Schweiz mit jetzt gut 10'0000 Einwohnerinnen und Einwohnern.
- Risch-Rotkreuz ist ein grosser Verkehrsknotenpunkt mit 10'000 Pendlerinnen und Pendlern pro Tag, die alle eine schmale Unterführung benützen müssen.
- In Risch-Rotkreuz gibt es viele Firmen und insgesamt etwa 8000 Arbeitsplätze.
- In Risch-Rotkreuz soll 2019 eine Hochschule Informatik ihre Tore öffnen, mit bis zu 1000 Studentinnen und Studenten.

Der Bahnhof Rotkreuz wird also bald aus allen Nähten platzen. Es ist höchste Zeit, diesem Faktum ins Auge zu sehen. Und sollten diese Argumente noch nicht bei den SBB angekommen sein, muss die Volkswirtschaftsdirektion dort wieder und wieder energisch vorstellig werden, um in den nächsten Jahren eine leistungsfähigere Infrastruktur für den ÖV auf der Strecke Luzern–Zug–Zürich zu erhalten. Die Votantin teilt nicht die Meinung von Zari Dzaferi, man solle abwarten und erst dann reagieren. Vielmehr soll die Regierung bitte dranbleiben.

Andreas Hürlimann hält fest, dass es in Rotkreuz eine neue Informatik-Hochschule geben wird und allenfalls auch das Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ) dorthin übersiedeln soll. Und wenn die Hochschule ungefähr um 2019 in Betrieb geht, soll die Perronverlängerung wieder rückgebaut werden. Als Präsident der Interparlamentarischen Fachhochschulkommission für die Hochschule Luzern ist dem Votanten die Feststellung wichtig, dass für eine Hochschule die Anbindung an den öffentlichen Verkehr zentral ist. Das gilt gerade auch für das IFZ, das viele Kunden aus Zürich hat. Ob diese fünf oder zehn Minuten länger im Zug sitzen und erst in Rotkreuz aussteigen, macht nicht viel aus. Es macht aber etwas aus, ob sie dort nur jede Stunde oder aber halbstündlich einen Interregio-Halt haben und ob wirklich genügend Kapazität vorhanden ist, um diese Leute von Zürich oder von Luzern nach Rotkreuz zu transportieren. Dieses Anliegen sollte auch in der Volkswirtschaftsdirektion und im Amt für den öffentlichen Verkehr angekommen sein, besonders in Zusammenhang mit den neuen Herausforderungen in Hinblick auf eine Informatik-Hochschule und den allfälligen Standortwechsel des IFZ.

Philip C. Brunner dankt seinen Vorrednern für die Erwähnung der Hochschule Informatik. In Zusammenhang mit der Diskussion um deren Standort hat der Volkswirtschaftsdirektor in Interviews mehrfach öffentlich darauf hingewiesen, welch toller Standort Rotkreuz bezüglich des ÖV sei; er sei von Luzern, von Zürich und auch aus den Freiamt sehr gut zu erreichen. Denkt man nun daran, dass auch das IFZ allenfalls nach Rotkreuz verlegt wird, gibt es – auch aus bürgerlicher Sicht – sehr viele Gründe, den ÖV im Kanton Zug zu stärken. Wenn die Perronverlängerungen nicht kommen, droht nämlich, dass die Züge Zürich–Luzern künftig nur noch in Zug halten. Aus der Sicht der Stadt Zug hat man aber ein Interesse daran, dass auch Baar und Rotkreuz die Lasten des Verkehrs und der Wirtschaft mittragen. Wenn sich alles auf die Stadt Zug konzentriert, ist das weder im Interesse der Stadt noch der ÖV-Benutzer – und es auch nicht im Interesse der Autofahrer, welche an einem gut funktionierenden ÖV ebenfalls interessiert sind.
Georg Helfenstein wird als neuer Gemeindepräsident von Cham auch im Vorstand der «Wirtschaftsregion ZUGWEST» Einsitz nehmen – wobei der Votant sehr bewundert, wie sich die Gemeinden Hünenberg, Cham und Rotkreuz hier organisieren. ZUGWEST hat im Moment eine Petition mit vier Punkten laufen, von denen einer der Ausbau der Infrastruktur in Rotkreuz und Cham und ein weiterer die Kapazitätsverbesserung ist. Ersteres ist aber – wie vorhin ausgeführt – nicht möglich, ausser man nimmt die Milliarden in die Hand, die weder in der Bundes- noch in der Kantonskasse vorhanden sind. Auf jeden Fall ist auch ZUGWEST interessiert an der Perronverlängerung. Der Votant ruft deshalb dazu auf, die Anträge der Regierung abzulehnen und damit den Druck aufrechtzuerhalten, damit im ÖV etwas passiert.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist froh, dass gemäss der vor zwei Tagen publizierten Umfrage 95 Prozent der Zugerinnen und Zuger zufrieden bis sehr zufrieden sind mit dem ÖV im Kanton Zug. Wichtigster Druck in diesem Zusammenhang ist nämlich der Kundendruck, sind die hohen Erwartungen der Kunden.

Es ist deshalb nicht nötig, die vorliegenden Vorstösse, die sehr punktuell eine Einzelmassnahme fordern, aufrechtzuerhalten, um so angeblich einen Druck zur Verbesserung des ÖV zu erzeugen. Der Regierungsrat hat in der Vergangenheit genügend bewiesen, dass er hier handlungsfähig ist und sich nicht – wie suggeriert wurde – erst bewegt, wenn von Seiten des Kantonsrats Druck gemacht wird. Zu erinnern ist etwa an die FABI-Vorlage, über die im Februar abgestimmt wurde: Auch wegen des grossen Engagements des Kantons Zug in Zusammenarbeit mit vielen anderen Kantonen im Metropolitanraum Zürich ist es überhaupt gelungen, die Frage der Kapazitäten auf der Linie Zürich–Luzern wieder zum Thema zu machen. Hier hat sich der Regierungsrat enorm und erfolgreich engagiert.
In der Beantwortung der vorliegenden Vorstösse hat der Regierungsrat aufgezeigt, dass er bis zur Kapazitätssteigerung dank Ausbau der Gesamtstrecke eine Politik der kleinen Schritte verfolgt. Und es gibt – ausserhalb von Perronverlängerungen – viele Schritte, die bereits gemacht wurden bzw. noch zu machen sind. Und der Volkswirtschaftsdirektor wird noch aufzeigen, weshalb es vielleicht nicht so klug ist, nur auf Perronverlängerungen zu pochen. Und zum Thema Hochschule in Rotkreuz: Hat der Kantonrat wirklich das Gefühl, der Regierungsrat warte einfach zu? Tatsache ist, dass wenige Minuten, nachdem der Entscheid des Konkordatsrats kommuniziert worden war, bereits die erste E-Mail an höchster Stelle bei der SBB deponiert und darauf aufmerksam gemacht wurde, dass mit tausend Studierenden in Rotkreuz der zweite Fernverkehrshalt umso dringender werde. Der Kantonsrat darf also – auch angesichts der guten Ergebnisse in der Umfrage zum ÖV – ein gewisses Vertrauen haben, dass der Regierungsrat hier seine Arbeit erledigt und der Kantonsrat ihm nicht auf den Füssen herumstehen muss.
In den Voten von Martin Stuber und Philip C. Brunner hat es ab und zu getönt, als sei man in einem Workshop der SBB, wo Perronlängen etc. gerechnet werden. Die Volkswirtschaftsdirektor anerkennt das grosse Engagement, hält aber fest, dass die Berechnungen – 1000 zusätzliche Sitzplätze pro Stunde durch längere Züge – auf dem Papier zwar stimmen, es aber doch noch gewisse Fakten zu berücksichtigen gilt. Erstens geht es um Fernverkehr, der von der SBB geplant wird; zweitens kann man nicht Perronlängen isoliert für einen oder zwei Bahnhöfe betrachten; drittens sind Perronverlängerungen je nach Situation keineswegs kostengünstig, wie der Titel des Postulats suggeriert, sondern sehr teuer; viertens sind es infrastrukturlastige Lösungen, die in der Regel teurer sind als betriebliche Lösungen; und fünftens gibt es andere Optionen.
Die Prozessführerschaft im Fernverkehr – und darum geht es hier – liegt bei den SBB, zusammen mit dem Bund. Und wie ausgeführt: Es ist im Projekt FABI hinterlegt, dass bis 2025 hier keine längeren Züge und keine Perronverlängerungen geplant sind, und es gibt dafür – demokratisch legitimiert – auch keine Finanzmittel des Bundes. Da kann man den SBB noch lange auch den Füssen herumstehen: Dieser Kredit ist nicht vorhanden. Wenn der Kanton Zug also in Baar und Rotkreuz bis 2025 Perronverlängerungen möchte, geht das zu seinen eigenen Lasten. Der Kantonsrat müsste dem Regierungsrat also einen entsprechenden Kreditauftrag geben – das Entlastungsprogramm lässt grüssen! Bisher haben die SBB auch keine Absicht bekundet, für die Strecke Zürich–Luzern 400 Meter lange Züge zu beschaffen, zumal dazu infrastrukturell weitere Fakten beachtet werden müssen und es hier nicht nur um Rotkreuz und Baar geht: Der Bahnhof Luzern würde nämlich aus betrieblichen Gründen keine weiteren 400 Meter langen Züge ertragen. Es nützt also nichts, wenn man Baar und Rotkreuz ausbaut.
400 Meter lange Züge sind relativ schwere Fernverkehrszüge, und je länger bzw. schwerer ein Zug ist, desto weniger kann er anhalten, wenn er die betreffende Strecke in einer gewissen Zeit zurücklegen soll; Anhalten kostet Energie und Zeit.

Es gibt also einen Interessenkonflikt. Der Kanton Zug möchte Baar und Rotkreuz als Fernverkehrshalte behalten, aber je längere Züge man fordert – mit entsprechenden Perronverlängerungen –, desto weniger halten diese Züge. Hier muss man aufpassen, dass man nicht auf das falsche Pferd setzt. Der Kanton Zug will ja beides: schnelle, lange Züge und Fernverkehrshalte an beiden genannten Orten. Und diese Halte will der Volkswirtschaftsdirektor nicht verlieren, im Gegenteil: Alle wollen mehr Fernverkehrshalte in Rotkreuz.
Noch zu den errechneten zusätzlichen 1000 Plätzen pro Stunde: Es handelt sich hier um ein Spitzenbelastungsproblem. Die SBB werden nicht 400 Meter lange Züge nur für einige Spitzenzeiten bestellen. Vielmehr wird sie dieses Problem mit Ersatzwagen lösen.
Zu anderen Optionen: Der Kanton Zug will einerseits Kapazität und andererseits Halte in Baar und Rotkreuz. Das richtige Mittel dazu wäre eigentlich der Regio-Express. Wie in der regierungsrätlichen Antwort ausgeführt, verhandelt der Kanton Zug in diesem Punkt hart mit den SBB, wobei man eigentlich nicht von «verhandeln» sprechen kann; der Kanton ist im Fernverkehr nämlich nicht Besteller. Es ist deshalb näherliegend, sich für kurze, spurtstarke Züge mit entsprechenden Haltemöglichkeiten einzusetzen, als für klassische, lange Fernverkehrszüge. Das ist letztlich das Ziel: Doppelstockzüge – aber nicht 400 Meter lang –, die vielleicht in kürzerem Takt fahren. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet den Rat deshalb, den Regierungsrat nicht zu verpflichten, einzig Perronverlängerungen zu fordern, sondern ihm die Optionen, wie er bei den SBB vorstellig werden will, offen zu lassen. Dass es mehr Kapazitäten braucht, darüber herrscht Einigkeit. Zu wiederholen ist, dass der Kanton Zug eigentlich nicht Verhandlungspartner ist und keinen Fernverkehr bestellt; er ist einfach Bittsteller und kann gute Vorschläge machen. Und das tut der Regierungsrat dauernd und auf allen Ebenen. Die Kapazitäten auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern sind auch bei jedem Treffen mit Andreas Meyer, dem CEO der SBB, ein Thema.
Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die zwei Vorstösse heute abgeschrieben werden können und sollen. Zum einen – Doppelspur Freudenberg–Rotkreuz – sind sie erfüllt, zum anderen wurde das Postulat Brunner mindestens insofern erheblich erklärt, dass der Regierungsrat zugesichert hat, sich für eine möglichst lange Aufrechterhaltung des Provisorium einzusetzen. Im Übrigen ist auch zu bedenken, dass der Regierungsrat Daueraufträge und Legislaturziele hat, wozu auch die Stärkung der Verbindungen nach Luzern und Zürich gehört. Dazu kommen Leistungsaufträge an das Amt für öffentlichen Verkehr mit Projekten auch auf dieser Linie – zuletzt Doppelspur Freudenberg–Rotkreuz oder Verkürzung der Zugsfolgezeiten auf der Strecke Thalwil–Zug –, welche der Kantonsrat beschlossen und dazu einen Kredit bewilligt hat. Mit Leistungsaufträgen im ÖV und den Legislaturzielen erfüllt der Regierungsrats also dauernd Aufgaben, so dass die Aufrechterhaltung eines Vorstosses, welcher sehr punktuell Perronverlängerungen fordert – eine Massnahme, von der man sich fragen kann, ob sie richtig sei –, eigentlich wenig sinnvoll ist. Der Regierungsrat hat – wie gesagt – genügend Tatbeweise erbracht, dass er dranbleibt, und das Übrige ist im Leistungsauftrag und in den Legislaturzielen enthalten. Und zuletzt: Es ist auch eine Entlastung, wenn Vorstösse nicht einfach hängig belassen werden und diese von der Verwaltung nicht dauernd bewirtschaftet werden müssen. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt deshalb für die Unterstützung der regierungsrätlichen Anträge, dies auch denjenigen Fraktionen, die sich in der heutigen Debatte nicht geäussert haben.

Martin Stuber ist etwas irritiert wegen der Bitte des Volkswirtschaftsdirektors um Entlastung. Heisst das, dass er das Thema nachher nicht mehr weiterverfolgt? Der

Votant stimmt zu, dass der Regierungsrat viele kleine Schritte zur Verbesserung unternimmt. Was er aber wirklich nicht versteht: Wieso wehrt sich der Regierungsrat dagegen, beim einzigen grösseren Schritt, der noch möglich ist, Druck zu machen? Lange Doppelstockzüge speziell für die Spitzenzeiten, in denen auch die Beschleunigung keine so grosse Rolle mehr spielt, sind nicht *eine* Massnahme unter vielen anderen. Es ist der einzige grössere Schritt, der in der heutigen Situation und bis zum Ausbau auf Doppelspur noch möglich ist. Als einzigen Grund, der dagegen spricht, hat der Votant die Beschleunigung gehört. Es ist richtig, dass ein Zug umso langsamer beschleunigt, je schwerer er ist. Den Leuten aber, die heute in diesen Zügen stehen, ist es egal, ob sie von Zürich nach Zug und weiter nach Luzern eine Minute länger brauchen. Sie würden einfach gerne sitzen. Die geringere Beschleunigung ist also kein Argument, weshalb man nicht längere Züge einsetzen soll, zumal es auch keine Neubeschaffungen braucht, weil Doppelstockwagen – wie gesagt – frei werden. Werden die Vorstösse abgeschrieben, ist das ein Signal an die SBB, wie bisher weiterzufahren. Dann kann man vergessen, auf der Prioritätsliste der SBB etwas weiter nach oben zu gelangen, und dann wird es noch in zwanzig Jahren Leute geben, die auf dieser Strecke keinen Sitzplatz haben, dies nicht nur in Spitzenzeiten. Der Votant bittet deshalb, kein solches Zeichen zu setzen. Er glaubt auch, dass der Kantonsrat dem Volkswirtschaftsdirektor in seinem *Standing* gegenüber den SBB hilft, wenn er diese Vorstösse heute nicht abschreibt – mit Ausnahme des Teils zum Doppelspurausbau Freudenberg–Rotkreuz, den man abschreiben kann.

➔ Der Rat beschliesst mit 37 zu 24 Stimmen, die erheblich erklärte Motion Stuber/Schmid/Lötscher *nicht* als erledigt abzuschreiben.

➔ Mit 30 zu 30 Stimmen und Stichentscheid des Präsidenten erklärt der Rat das Postulat Brunner teilerheblich im Sinn der Debatte und schreibt es *nicht* als erledigt ab.

Der **Vorsitzende** bittet eindringlich, Anträge künftig sauber zu formulieren und sie schriftlich abzugeben.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

85. Sitzung: Donnerstag, 13. November 2014 (Nachmittag)
Zeit: 13.50 – 17.10 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Den Platz des Landschreibers nimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

1226 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 63 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Manuel Brandenberg, Urs Raschle, Rupan Sivaganesan, Eusebius Spescha und Martin Stuber, alle Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Renato Sperandio und Thomas Werner, beide Unterägeri; Frowin Betschart, Menzingen; Adrian Andermatt und Oliver Wandfluh, beide Baar; Thomas Rickenbacher, Cham; Thomas Villiger, Hünenberg; Daniel Burch, Steinhausen; Kurt Balmer, Bernadette Flach und Matthias Werder, alle Risch.

TRAKTANDUM 2
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

1227 Traktandum 2.1: **Postulat von Beni Riedi und Thomas Werner betreffend Rechtsabbiegen bei Rot für Fahrradfahrer vom 30. Oktober 2014 (Vorlage 2444.1 - 14800)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1228 Traktandum 2.2: **Postulat von Silvan Hotz, Irène Castell-Bachmann, Franz Peter Iten, Daniel Abt betreffend vorläufige Nichtumsetzung der Reduktion des Skontoabzuges vom 30. Oktober 2014 (Vorlage 2445.1 - 14801)**

Der **Vorsitzende** informiert, dass ein Antrag vorliegt, dieses Postulat sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung zweier Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich vorerst eine formelle über die sofortige Behandlung. Sofern dabei die sofortige Behandlung nicht beschlossen wird, gibt es eine ordentliche Überweisung des Postulats an den Regierungsrat. Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wird, gibt es danach eine materielle Abstimmung über die Erheblicherklärung, dies mit einfachem Mehr. Aus praktischen Gründen wird über beide Elemente zusammen diskutiert, da sich

erfahrungsgemäss das Formelle und das Materielle schlecht trennen lassen. Es finden jedoch zwei getrennte Abstimmungen statt.

Silvan Hotz als Vertreter der Postulierenden hält fest, dass es hier eigentlich nur um eine Änderung in der Verordnung zum Steuergesetz geht. Diese Änderung hat es aber in sich, und deshalb muss sich der Kantonsrat dazu äussern können. Es geht nämlich um eine Steuererhöhung. Obwohl der Regierungsrat sein Entlastungsprogramm schon im Juni initiiert hat, schickt er diese Änderung der Verordnung erst Mitte Oktober in die Vernehmlassung, dies mit einer sehr kurzen Antwortfrist von nur zwanzig Tagen. Das ist sehr speziell, aber immerhin erklärbar, weil die Regierung dieses Geschäft bis Ende Jahr abschliessen möchte. Aus diesem Grund beantragen die Postulanten denn auch die sofortige Behandlung des Geschäfts.
Grundsätzlich schätzt es der Votant sehr, dass der Regierungsrat bemüht ist, die Staatsfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Er will dies mit einem Entlastungsprogramm tun, in welchem er 80 bis 100 Millionen Franken einsparen will. Das ist gut so. Nur spart der Regierungsrat nicht, indem er die Einnahmen erhöht.
Als der Votant in der «Neuen Zuger Zeitung» las, dass der Skontoabzug reduziert werden soll, sträubten sich ihm die Nackenhaare. *(Der Rat lacht, trägt der Votant doch Glatze.)* Denn der Regierungsrat will hier eine verkappte Steuererhöhung vornehmen, welche nur eine gewisse Schicht der Steuerzahlenden trifft, nämlich – und das ist das Perfide daran – nur diejenigen, welche dem Kanton rechtzeitig, ohne dass sie gemahnt oder sogar betrieben werden müssen, ihren Obulus abliefern; also nur diejenigen, welche dem Staat beim Eintreiben der Steuern keinerlei Mehraufwand generieren. Ob dies der richtige Weg ist, ist sehr fraglich.
Der Votant ist der Meinung, dass es trotz der jetzigen finanziellen Situation des Kantons falsch ist, losgelöst von der Debatte um das Entlastungsprogramm einseitig die Steuern für Einzelne zu erhöhen. Zuerst muss das ganze Entlastungsprogramm diskutiert werden. Vor allem muss zuerst bei den Kosten wirklich gespart werden, bevor die Steuern erhöht werden – und die Reduktion des Skontoabzugs ist ganz klar eine Steuererhöhung.
Übrigens hatte der Kantonsrat schon einmal ein Entlastungsprogramm auf dem Tisch, dies mit der Vorlage 1280 vom 9. November 2004 (Umsetzung der Aktualisierten Finanzstrategie 2004–2010, Wachstumsabschwächung des Personalaufwands und der Beiträge mit Zweckbindung). Damals wurden den Zuger Lernenden die Fahrkosten an die ausserkantonalen Berufsschulen gestrichen, was die Gewerbler zähneknirschend akzeptierten. Nach der ersten Lesung kam der Regierungsrat aber schon wieder vom Sparen ab, denn er beantragte mit zwei Vorlagen 1,6 Millionen Franken mehr an die überregionalen Kulturaufwendungen und 1,55 Millionen Franken für Gewinnausschüttungen an das Staatspersonal. Vermutlich läuft es hier schlussendlich genau gleich. Jetzt wird schnell etwas gemacht und von rechtzeitig einzahlenden Bürgern 2,5 Millionen Franken mehr Steuern eingezogen. Wie die Steuerzahlenden mit dem Entlastungsprogramm zusätzlich noch zur Kasse gebeten werden, wird wissentlich verschwiegen. Der Votant ist nämlich überzeugt, dass im Entlastungsprogramm nicht nur Einsparungen von 80 bis 100 Millionen Franken, sondern auch Steuererhöhungen oder mindestens Gebührenanpassungen enthalten sind.
Der Votant bittet deshalb, das vorliegende Postulat zu überweisen, es sofort zu behandeln, um den Regierungsrat nicht unnötig lange aufzuhalten, und es am Schluss gutzuheissen, um nicht einzelne Personen zu bestrafen, sondern mit der Reduktion zuzuwarten, bis das Gesamtpaket auf dem Tisch liegt. Diesmal wird das Sparen im Kanton Zug wohl wehtun, es soll aber allen gleich wehtun.

Der Skontoabzug beschäftigt **Franz Peter Iten** schon seit 1988. Damals zog er bei der fristgerechten Schlusszahlung der Steuerrechnung 2 Prozent Skonto ab und liess sich dann – wie in seinem Leben nur zwei Mal – betreiben. Er tat dies, weil er es unfair fand, dass man bei fristgerechten Teilzahlungen ein Skonto abziehen darf, bei der Schlusszahlung hingegen nicht. Im normalen Geschäftsleben kann man nämlich, sofern der Zahlungsempfänger das erlaubt, sowohl bei Teil- als auch bei der Schlusszahlung ein Skonto abziehen. Der Votant erhielt darauf vom damaligen Finanzdirektor ein Schreiben, in dem dieser ihm zwar nicht gerade Recht gab, ihn aber darauf hinwies, dass man dies im Gesetz verankern müsste. Vielleicht müsste man tatsächlich in Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm darüber diskutieren, wobei der Votant eigentlich höher gehen möchte. Der Regierungsrat hält nämlich in seiner Strategie fest, dass er die Familien stärken wolle: «Der Kanton Zug schafft gute Rahmenbedingungen für verschiedene Familienformen.» Dazu gehören dringend auch die Steuern. In diesem Sinne unterstützt der Votant die Anträge seines Mitpostulanten Silvan Hotz.
Eine Vernehmlassung bei den Gemeinden kann man sich sparen. Im Ägerital hat man dem Votanten bereits signalisiert, dass man die vom Regierungsrat beabsichtigte Kürzung des Skontos auf 1 Prozent unterstützen werde. Das ist logisch: Wer lehnt schon Mehreinnahmen ab? Dass dies aber zulasten der Bürgerinnen und Bürger geschieht, die dem Staat die geschuldeten Steuern rechtzeitig bezahlen und somit keine Mahnung oder gar Betreibung erforderlich machen, findet der Votant traurig und empörend.

Daniel Stadlin hält fest, dass nur sechs Kantone ein Skonto auf die Zahlung der gesamten geschuldeten Jahressteuer gewähren: Schwyz und Zug 2 Prozent, Genf 1,25 Prozent, Aargau, Appenzell Ausserrhoden und Glarus 0,5 Prozent. Die übrigen zwanzig Kantone kennen keinen Rabatt. Skonto zu gewähren, ist die Ausnahme; ein Anspruch darauf besteht nicht.
Alle wissen, dass der Kanton Zug sparen muss. Die Senkung des Skontos von 2 auf 1 Prozent ist also nicht nur im Hinblick auf das aktuelle Zinsumfeld angebracht, sondern vor allem wegen der unumgänglichen Sparmassnahmen. Zudem wird diese Zinsreduktion den Steuerzahlenden kaum schmerzen. Aber der Finanzhaushalt kann so in einfacher Weise um 2,5 Millionen Franken entlastet werden. Das sind 2,5 bis 3 Prozent der vom Regierungsrat angestrebten Entlastungssumme. Und das ist nicht nichts. In Anbetracht der sich verschlechternden finanziellen Aussichten der kantonalen Finanzen ist die vom Regierungsrat beabsichtigte Skontoreduktion ab 2015 eine Notwendigkeit. Bei den weiterhin tief bleibenden Zinssätzen bei den Finanzinstituten ist ein Skonto von 1 Prozent für die Steuerzahlenden immer noch attraktiv. Die zusätzliche Liquidität, die der Kanton durch vorzeitig bezahlte Steuern erhält, sollte nicht wesentlich teurer sein als die Mittel, die er auf dem Geldmarkt aufnehmen kann. Ein Skonto von 2 Prozent bedeutet zusätzliche Kosten – und diese kann sich der Kanton Zug künftig kaum mehr leisten. Aus diesem Grund stellt den Votant den **Antrag,** das Postulat nicht zu überweisen.

Alois Gössi: Das Entlastungsprogramm wird immer konkreter. Das zeigte sich schon am Morgen in der Debatte um die Zwei- oder Dreifachsporthalle an der Kanti Zug, und mit dem vorliegenden Postulat geht es gleich weiter. Es geht um den Vorschlag des Regierungsrats, das Skonto bei den Steuerzahlungen von 2 auf 1 Prozent zu reduzieren. Gültig werden soll diese Reduktion gemäss Vorschlag der Regierung ab 2015, gemäss den Postulanten – wenn überhaupt – frühestens ab 2016. Das Sparpotenzial sind ein paar Millionen Franken. Zu beachten ist dabei, dass auch Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden davon profitieren würden.

Was macht der Regierungsrat hier konkret? Er senkt einfach den nicht mehr marktkonformen Zinssatz von 2 auf 1 Prozent. 1 Prozent ist im aktuellen Umfeld immer noch ein sehr guter Zins. Der Kanton Zug passt sich hier einfach – und nicht einmal vollständig – dem Marktumfeld an. Auch der Votant wird von dieser Kürzung betroffen sein, sie ist für ihn aber – wie wahrscheinlich für alle – verkraftbar, und er betrachtet sie klar nicht als Steuererhöhung. Vielmehr handelt es sich um eine der Sparmassnahmen mit einem grösseren Betrag, die Sinn machen und nicht wehtun und die vor allem sehr einfach und schnell umgesetzt werden können. Man sollte hier den Regierungsrat machen lassen. In diesem Sinn bittet der Votant, das Postulat bei einer allfälligen Sofortbehandlung nicht erheblich zu erklären.

Gloria Isler spricht für die SVP-Fraktion. Auch sie hat die Offerte des Kantons in Form des 2-Prozent-Skontos in den letzten Jahren gerne wahrgenommen. Folglich hat sie nicht vor Begeisterung in die Hände geklatscht, als sie von der geplanten Reduktion von 2 auf 1 Prozent erfuhr. Bei genauerer Betrachtung muss man allerdings zugeben, dass der Kanton Zug dem Steuerzahler ein sehr grosses Geschenk macht, indem er bei einer vorzeitigen Begleichung der Steuerrechnung 2 Prozent Skonto gewährt. Dieser Kapitalgewinn ist zudem noch steuerfrei. Im Kanton Schwyz, der ebenfalls 2 Prozent Skonto gewährt, soll übrigens im Dezember im Kantonsrat über das gleiche Thema debattiert werden. Und nebenbei bemerkt: Mit Abstand am günstigsten ist der Kanton Zug im Landesvergleich bei den Verzugszinsen. Diese betragen 2 Prozent, alle anderen Kantone berechnen zwischen 3 und 5,5 Prozent.
Seit der Finanzkrise sind die Kapitalmarktzinsen auf Rekordtief. Wer Gewinne von mehr als 1 Prozent erwirtschaften will, muss zum Teil grosse Risiken eingehen oder sich weit aus dem Fenster lehnen. Ob festverzinsliche Anlagen, Obligationen oder Aktien: Sämtliche Instrumente spiegeln mit ihren Zinsen die jeweilige Bonität des Schuldners. Die Rechnung ist einfach: Je grösser der versprochene Gewinn, desto grösser das Risiko. Der Steuerzahler hingegen, der seine Rechnung vorzeitig begleicht, hat mit dem Kanton Zug ein Vis-à-vis mit hoher Bonität und schläft mit Sicherheit besser als derjenige, der sich der Volatilität des Aktienhandels und den Währungsschwankungen aussetzt.
Ein wichtiger Aspekt darf nicht ausser Acht gelassen werden: Der Kanton Zug ist keine Bank und kann das vorzeitig eingezahlte Steuergeld nicht gewinnbringend anlegen. Die Gewährung eines Skontos ist für ihn somit ein Verlustgeschäft. Dieses soll auf ein erträgliches Mass reduziert werden.
Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass entschiedenes Handeln nötig ist, um den Finanzhaushalt wieder in Balance zu bringen. Die angekündigte Reduzierung des Skontos von 2 auf 1 Prozent soll demnach zügig und baldmöglichst umgesetzt werden können. Aus diesem Grund beantragt die SVP-Fraktion, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Für **Irène Castell-Bachmann** geht es nicht um die Frage, ob die Reduktion des Skontosatzes verkraftbar ist oder nicht. Die FDP-Fraktion bestreitet auch nicht, dass über den Skontosatz diskutiert werden muss. Die FDP ist aber der Meinung, dass ganzheitlich und transparent beraten werden muss, wie die Finanzen wieder ins Lot bzw. Richtung Lot gebracht werden sollen. Sie beantragt deshalb die sofortige Behandlung und die Erheblicherklärung des Postulats.

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission, müsste jetzt eigentlich zumindest die erste Hälfte seines Votums vom Vormittag wiederholen. Er verzichtet aber darauf, da sicher jedes Ratsmitglied seine Ausführungen im Hinterkopf gespeichert hat. Es geht hier nicht um einen Steuererhöhung, sondern um eine

Zinszahlung des Kantons, die ihren Niederschlag im Aufwand der Staatsrechnung findet. Die Reduktion des Skontosatzes ist also eine Sparmassnahme.
Das Skonto von 2 Prozent für fünf Monate entspricht einem Jahreszins von 4,8 Prozent; bei einer Kürzung auf 1 Prozent sind es immer noch 2,4 Prozent. Selbst wenn der Satz gekürzt wird, kann man dem Regierungsrat also den Vorwurf nicht ersparen, dass er gegen § 2 des Finanzhaushaltgesetzes verstösst, bezahlt er doch für Mittel, die er im Moment nicht braucht, 2,4 Prozent Zins und legt diese irgendwo bei 0,0 Prozent an – und muss noch froh sein, wenn er nicht sogar eine Depotgebühr bezahlen muss. Das kann es nicht sein. Bezüglich des Vorschlags, die Frage im Rahmen des Gesamtpakets Entlastungsprogramm zu beraten, muss der Votant den Rat gleich nochmals enttäuschen: Das Entlastungsprogramm wird nicht in einem einzigen Paket in den Kantonsrat kommen, sondern tranchenweise. Es gibt nämlich Teile, welche Verordnungsänderungen zur Folge haben, andere bedingen Gesetzesänderungen. Die Beratungen werden sich also über einen längeren Zeitraum erstrecken, was die Regierung im Übrigen schon angekündigt hat. Wenn man nun schon bei der ersten Massnahme meint, man könne zuwarten, und ihr am Schluss dann doch zustimmt, wird diese Massnahme vielleicht im Jahr 2018 eingeführt. Und das ist eindeutig zu spät. Der Stawiko-Präsident empfiehlt deshalb, das Postulat – sollte es sofort behandelt werden – nicht erheblich zu erklären.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass sich der Regierungsrat usanzgemäss nicht zur Überweisung und zur sofortigen Behandlung des Vorstosses äussert. Er empfiehlt aber dringend, das Postulat nicht erheblich zu erklären. Die Frage nach dem Skonto ist nicht neu. Seit Längerem schon hat sich die Finanzdirektion immer wieder gefragt, ob man eine Senkung des Skontos vornehmen solle oder nicht. In den vergangenen Jahren wurde sie wegen der guten finanziellen Situation nicht vorgenommen, dies auch mit Blick auf das Gesamtbild des Verhaltens des Kantons gegenüber seinen Steuerzahlerinnen und -zahlern. Im Rahmen der Diskussionen zum Entlastungsprogramm wurde auch diese Massnahme wieder vorgeschlagen, wobei die Reduktion kurzfristig nicht via Budget, sondern parallel dazu am 21. Oktober vom Regierungsrat beschlossen wurde. Für die kurze Vernehmlassungsfrist entschuldigt sich der Finanzdirektor. Der Regierungsrat ging aber davon aus, dass die Frist genügt, handelt es sich doch materiell nicht um eine schwierige Frage. Dazu kommt, dass die entsprechenden Entscheide noch im November gefällt werden müssen, damit sie 2015 und 2016 zum Tragen kommen. Der Entscheid zum Skonto greift erst 2016, aber in der 1995 aufgesetzten Software ISOV Steuern sind Skonto, Vergütungszins, Verzugszins etc. miteinander verknüpft, so dass man, wenn man in einem Bereich eine Anpassung will, sie über das ganze Spektrum hinweg vornehmen muss. Auch aus diesem Grund war die Finanzdirektion sehr zurückhaltend mit der Anpassung. Der Finanzdirektor bittet also um Verständnis für die kurze Vernehmlassungsfrist.
Das Skonto wurde seit 2001, also seit der Inkraftsetzung des Steuergesetzes, nie mehr verändert. Die finanzielle Situation des Kantons hat sich aber stark verändert, und es müssen 80 bis 100 Millionen Franken gespart werden. Auch die Situation an der Zinsfront hat sich massiv verändert. Konnte man in den vergangenen Jahren die Gelder noch zu einem vernünftigen Zinssatz anlegen, so ist das heute deutlich schwieriger geworden. Für zehnjährige Bundesobligationen erhält man noch 0,56 Prozent Zins, wobei die Steuergelder natürlich nicht so langfristig angelegt werden können und man auf dem Sparkonto noch 0,1 Prozent oder weniger erhält. Und wie vom Stawiko-Präsidenten gehört: 1 Prozent Skonto entspricht aufgerechnet einem Jahreszins von 2,4 Prozent, was sehr hoch ist. Der Aussage, es handle sich um eine Steuererhöhung, muss der Finanzdirektor widersprechen. Ein Skonto

ist ein Preisnachlass für die Begleichung einer Rechnung innerhalb einer bestimmten Frist. Die Steuerzahlenden müssen also nicht mehr bezahlen, sondern sie erhalten einen Zahlungsnachlass. Daraus folgt, dass die Gewährung eines Skontos auf Seite des Kantons nicht eine Einnahme, sondern eine Ausgabe ist. Wird nun der Skontoabzug reduziert, wird also eine Ausgabe und damit der Aufwand reduziert. Die Reduktion um 1 Prozent entspricht 2,5 Millionen Franken, dazu kommt eine ungefähr entsprechende Summe beim Vergütungszins.
Das Vernehmlassungsverfahren lief bis zum 10. November. Es wurde bereits gesagt, dass die Gemeinden der Reduktion natürlich zustimmen würden. Das ist in der Tat so, aber nicht nur sämtliche Gemeinden, sondern auch die Zuger Wirtschaftskammer und der Hauseigentümerverband sowie die SP haben zugestimmt; die anderen Parteien haben sich nicht gemeldet. In diesem Sinne empfiehlt auch der Finanzdirektor, das Postulat nicht erheblich zu erklären, und dankt für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst über die Überweisung bzw. Nichtüberweisung abgestimmt wird. Das weitere Vorgehen ergibt sich aus dem Resultat dieser Abstimmung.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit 38 zu 21 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dieses Geschäft damit erledigt ist.

1229 Traktandum 2.3: **Postulat der SP-Fraktion betreffend Erhöhung der Stimm- und Wahlbeteiligung vom 30. Oktober 2014 (Vorlage 2446.1 - 14804)**

Beni Riedi: Die SVP-Fraktion ist überzeugt der Meinung, dass es die Parteien sind, welche Politik machen sollen und auch verantwortlich sind für die Mobilisation bei Abstimmungen und Wahlen. Er zitiert dazu Gottfried Keller: «Keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht imstande ist, selber vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt.» Im Namen der SVP-Fraktion stellt er den **Antrag,** das vorliegende Postulat nicht zu überweisen.

Zari Dzaferi teilt mit, dass die SP-Fraktion über den Antrag auf Nichtüberweisung ihres Postulats reichlich überrascht war. Die SP glaubt nämlich kaum, dass sich jemand in diesem Saal befindet, den oder die die tiefe Stimmbeteiligung bei den letzten Wahlen nicht zum Nachdenken gebracht hat. Im Schnitt kommt man auf eine Stimmbeteiligung von nicht einmal 50 Prozent. Das sollte zu denken geben. Es ist schlicht verantwortungslos, die sehr tiefe Beteiligung bei Gesamterneuerungswahlen ohne ernsthafte Bemühungen einfach hinzunehmen und nicht wenigstens Massnahmen zu prüfen. Zumindest sollte man sich doch Gedanken machen, was die staatliche Hand und die Zuger Politik verändern können, um mehr Personen abzuholen. Dies einfach in die Verantwortung der Parteien zu übergeben, ist zu wenig. Man kann auch hier standardgemäss an die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger appellieren. Auch in der Schule kann man immer wieder an die Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler appellieren. Manchmal allerdings muss man als Lehrer seine Vorgehensweisen überdenken, um die Schüler zu erreichen. Und auch in der Politik muss man manchmal Anreize schaffen, damit mehr Personen ihre Verantwortung wahrnehmen. Da hat die öffentliche Hand eine Teil-

verantwortung. Beispielsweise ist es an der Zeit, die Informationsabläufe des Kantons zu überdenken. Es stehen mittlerweile verschiedene technische Möglichkeiten zur Verfügung, um auch andere Generationen zu erreichen. Wieso braucht jemand brieflich informiert zu werden, obschon er praktisch alles elektronisch erledigt?
Die Mitglieder des Kantonsrats treffen hier die Entscheidung und tragen dementsprechend die Verantwortung. Sie können die tiefe Stimmbeteiligung als gesellschaftliches Phänomen abkanzeln und sich in vier Jahren wieder über die tiefe Wahlbeteiligung beschweren. Sie können aber auch zumindest versuchen, einen Beitrag zu leisten, um diesem negativen Trend entgegenzuwirken. So muss sich der Kantonsrat später keinen Vorwurf machen, dass er nicht einmal Massnahmen geprüft hat. Der Votant behauptet nicht, dass dieses Postulat das Gelbe vom Ei ist und sämtliche Probleme lösen wird. Er ist aber überzeugt, dass der Rat die tiefe Stimmbeteiligung ernst nehmen und die politischen Vorgänge zumindest überdenken muss. Natürlich ist es richtig, dass die Parteien für die Mobilisation zuständig sind. Allerdings müssen auch die staatlichen Behörden dafür schauen, dass sie das Volk erreichen. Daher bittet der Votant den Rat, das vorliegende Postulat an den Regierungsrat zu überweisen.

Beni Riedi weist den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit vehement zurück. Es handelt sich hier wirklich nicht um eine Staatsaufgabe. Im Übrigen steht im Postulat ein Satz, der schon ziemlich viel erklärt: «Gleichzeitig sind wir der Ansicht, dass gerade auch der Kanton mehr dazu beitragen könnte, Stimmberechtigte anzusprechen und für Politik sowie direkte Demokratie zu sensibilisieren.» In der Schweiz ist man in der glücklichen Lage, dass man abstimmen und wählen kann; es gibt viele Länder – vor allem auch in der EU –, wo das nicht möglich ist. Auf diese Möglichkeit hinzuweisen, ist – wie gesagt – keine Staatsaufgabe. Wenn man diese Aufgabe zum Teil dem Staat übergeben würde, käme bei Misserfolg der Vorwurf, dass der Staat einen schlechten Job gemacht habe. Jetzt aber müssen die Parteien darauf achten, dass sie noch besser mobilisieren, und sie müssen sich bewusst sein, dass *sie* dafür verantwortlich sind, dass die Leute abstimmen und wählen gehen. Der Votant würde es deshalb begrüssen, wenn das Postulat nicht überwiesen würde. Es gibt nämlich keinerlei Garantie, dass es besser wird – im Gegenteil: Es wird nur schlechter, wenn der Staat eine solche Aufgabe übernimmt.

Zari Dzaferi möchte keinen *Poetry Slam* oder offenen Schlagabtausch inszenieren, muss aber doch festhalten, dass etwas verzerrt wurde. Es geht nicht darum, dass der Staat oder staatliche Behörden die Bürgerinnen und Bürger für die Politik mobilisieren sollen, indem sie die Arbeit der Parteien übernehmen. Vielmehr sollten die Behörden auf eine Art informieren, die mehr Leute animiert, sich überhaupt mit Politik auseinanderzusetzen. Wenn man beispielsweise die Informationsbroschüre des Bundes zu einer Abstimmung jungen Menschen vorlegt, hat niemand Lust, sich damit wirklich auseinanderzusetzen. Wenn man hier andere Wege gehen oder mindestens darüber nachdenken würde, könnte man eventuell Erfolg haben. Das Berufsinformationszentrum Zug beispielsweise hat bis anhin den Schülern einen Ordner mit Broschüren etc. abgegeben; das hat eigentlich funktioniert. Seit neuestem aber gibt es eine App, und nur weil es eine App ist, setzen sich die Schülerinnen und Schüler – so der Eindruck des Votanten – intensiver mit dem Inhalt auseinander. Es gibt auch in der Politik Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürger auf neue Art zu informieren, und es ist nicht einzusehen, weshalb diese nicht überprüft werden sollen. Im Übrigen hat der Votant auch das Postulat betreffend Rechtsabbiegen unterstützt, denn auch diese Frage sollte man zumindest überprüfen. *Das* wäre eine wirklich liberale Haltung.

Karl Nussbaumer hält fest, dass tatsächlich viele Leute nicht mehr abstimmen gehen. Die SVP war an der Zuger Messe und hat dort mit sehr vielen und vor allem jungen Leuten gesprochen. Diese gehen nicht deshalb nicht mehr abstimmen, weil die Regierung einen schlechten Job macht und die Leute nicht an die Urne holt. Schuld ist vielmehr, dass nach Abstimmungen genau das Gegenteil von dem getan wird, was das Volk beschlossen hat. Das hat die SVP an der Zuger Messe immer wieder gehört, und das muss hier klar gesagt werden.
Kürzlich war in der Zeitung zu lesen, dass die Kantonsratswahlen eventuell ungültig seien. Wie viele Stimmberechtigte gehen nach einer solchen Meldung noch an die Urne? Das Volk hat abgestimmt, und zwei Personen bzw. eine Minderheitspartei zweifelt das Resultat an und stellt alle Wählerinnen und Wähler so hin, als ob sie falsch abgestimmt hätten. Das Problem liegt darin, dass die Leute den Politikern nicht mehr vertrauen. Es ist aber nicht Aufgabe der Regierung, hier etwas zu ändern. Der Votant bittet deshalb, das vorliegende Postulat nicht zu überweisen.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit 38 zu 16 Stimmen ab.

1230 Traktandum 2.4: **Interpellation von Kurt Balmer betreffend Interregio-Halt in Rotkreuz vom 23. Oktober 2014 (Vorlage 2441.1 - 14791)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1231 Traktandum 2.5: **Interpellation von Kurt Balmer betreffend SBB-Güterzüge vom 23. Oktober 2014 (Vorlage 2442.1 - 14792)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 5

1232 **Kantonsratsbeschluss betreffend Ratifizierung der Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 (Diplomanerkennungsvereinbarung)**
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrat (2406.1/.2 - 14705/06) und der Konkordatskommission (2406.3 - 14788).

EINTRETENSDEBATTE

Andreas Hausheer, Präsident der Konkordatskommission, teilt mit, dass die Konkordatskommission das vorliegende Geschäft am 29. August beraten hat, dies auf der Basis des Berichts und Antrags des Regierungsrats. Er erlaubt sich, eine leise Kritik an der Verständlichkeit des Berichts zu äussern. Dank der konstruktiven und zielorientierten Mithilfe der Leiterin des Rechtsdiensts der Gesundheitsdirektion, Beatrice Gross, gelang es der Kommission aber doch, sich einen genügend vertieften Einblick zu verschaffen. Namens der Kommission dankt der Votant Frau Gross bestens für Ihre Unterstützung.
Die Diplomanerkennungsvereinbarung soll insbesondere revidiert werden, um Änderungen im Bundesrecht nachzuvollziehen. Welche bundesrechtlichen Änderungen

hier von Bedeutung sind, ist im Kommissionsbericht unter 2.1 erläutert. Inhaltlich kann die Revision in vier Gruppen eingeteilt werden; hierzu ist auf das Kapitel 2.2 zu verweisen. Wie in Kapitel 2.3 dargelegt ist, hat es der Regierungsrat nicht geschafft, die Konkordatskommission rechtzeitig in das vorliegende Geschäft einzubeziehen. Was ist passiert? In seinem Bericht schreibt der Regierungsrat, dass die Kommission im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Stellungnahme eingeladen wurde. Das stimmt grundsätzlich: Die Einladung erfolgte am 27. August, wobei eine Frist bis zum 4. September festgelegt wurde. Eine Frist von gerade mal acht Kalendertagen ist aber entschieden zu kurz. Hätte der Regierungsrat die Kommission rechtzeitig miteinbezogen, hätte diese noch die Möglichkeit gehabt, Empfehlungen zuhanden der Regierung zu formulieren. Die Kommission verlangt einmal mehr, dass der Regierungsrat ihre Rechte achtet und sie frühzeitig in Entscheidungsprozesse einbezieht.
In der Eintretensdebatte wurden in der Kommission diverse Themenbereiche angesprochen. Welche Vor- und Nachteile bringt die Revision für die Zuger Bevölkerung und/oder die Zuger Verwaltung? Was hat es mit der Meldepflicht für ausländische Dienstleistungserbringende auf sich? Was ändert sich bei den Gebühren? Welches ist die Haltung der betroffenen Berufsgruppen? Wie ist die Datenbewirtschaftung? Welches sind die finanziellen Auswirkungen für den Kanton und die Gemeinden? Für detailliertere Informationen zu diesen Themenbereichen verweist der Votant auf die Kapitel 3.1 bis 3.7 des Kommissionsberichts.
Bezüglich Gebühren ist es so, dass diese aufgrund der Anpassungen je nach Geschäftsvorfall für die Betroffenen höher oder tiefer sein können als jetzt. In Zusammenhang mit den Gebühren ist der Kommission ein Widerspruch zwischen den Erläuterungen im regierungsrätlichen Bericht und dem Wortlaut des Konkordatstextes aufgefallen: Die Erläuterungen zu § 12ter Abs. 8 sind nicht kongruent mit dem Wortlaut des Gesetzes. In den Erläuterungen steht, dass künftig nur für das Erfassen der Daten Gebühren verlangt werden sollen, nicht jedoch für den Online-Zugriff. Der Wortlaut des Konkordatstexts sieht aber die Möglichkeit der Gebührenerhebung auch für die Auskunftserteilung vor. Die Kommission erwartet hier vom Gesundheitsdirektor eine klare Aussage, dass die Abfrage im Online-Register heute und in Zukunft kostenlos ist.
Die Konkordatskommission ist mit 5 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen auf das Geschäft eingetreten und empfiehlt dem Rat mit dem gleichen Stimmenverhältnis, der Vorlage zuzustimmen.

Barbara Gysel teilt mit, dass die SP-Fraktion der Diplomanerkennungsvereinbarung zustimmen wird. Die Votantin greift einen Aspekt heraus: Die Einführung des nationalen Registers der Gesundheitsberufe, das sogenannte NAREG, soll den Aufwand der Verwaltung im Bereich der Bewilligungen senken. Das ist gut und recht. Gleichzeitig möchte die SP aber auch den Nutzen für die breite Bevölkerung betonen. Die Adresse www.nareg.ch wird es erlauben, dass alle selbständig nach Gesundheitsfachpersonen in der ganzen Schweiz suchen können. Sie bietet die Kontaktangaben, aber auch Informationen zur Nationalität – woraus sich notabene kaum Qualitätsmerkmale ableiten lassen –, zu Aus- und Weiterbildungen und zu Bewilligungen der Gesundheitsfachpersonen. Das NAREG ist daher weit mehr als ein reines *Tool* für die Verwaltung und bietet einen wirklichen Nutzen für die ganze Bevölkerung.

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** dankt für die gute Aufnahme der Vorlage. Der Konkordatskommission, welche die schwierige Materie in einer intensiven Sitzung besprochen und beraten hat, dankt er für die gute Zusammenarbeit. Er entschuldigt sich für den verspäteten Einbezug der Kommission. Der Gesundheitsdirektor hat

die Lehren daraus gezogen, zumal er die Zusammenarbeit mit der Konkordatskommission gerade im Gesundheitswesen als sehr wichtig erachtet.
Das vorliegende Konkordat ist eine gute Sache. Die Zusammenarbeit der Kantone in diesem Bereich ist sehr wichtig. Und NAREG ermöglicht der Bevölkerung einen einfachen Zugang zu den Adressen der Leistungserbringer und dient zudem der Qualitätssicherung, kann man dort doch auch erfahren, ob die registrierten Personen über anerkannte Diplome, Weiterbildungen etc. verfügen. Bezüglich der Gebühren ist klar, dass diese von jenen Personen bezahlt werden, die sich registrieren lassen, und selbstverständlich wird die Gesundheitsdirektion bei der GDK und bei einer allfälligen Anpassung der Gebührenordnung alles daran setzen, dass die Abfragen im Online-Register für die Bevölkerung weiterhin kostenlos bleibt. Davon ausgeschlossen sind natürlich allfällige Recherchen in den Registern.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress
§ 1 Abs. 1
II., III. und IV.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine abweichenden Anträge der Kommissionen gibt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 8

1233 Traktandum 8.1: **Interpellation von Georg Helfenstein betreffend neue Buslinienführung Nr. 7 Cham–Zug**
Es liegen vor: Interpellation (2417.1 - 14731); Antwort des Regierungsrats (2417.2 - 14763).

1234 Traktandum 8.2: **Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Angebotsabbau für die Busbenützer der Linie 6 (Steinhausen–Zug) in den wichtigen Hauptverkehrszeiten**
Es liegen vor: Interpellation (2435.1 - 14773); Antwort des Regierungsrats (2435.2 - 14794).

Der **Vorsitzende** schlägt vor, über beide Interpellationen gleichzeitig zu beraten. Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Interpellant **Georg Helfenstein** dankt der Regierung für die rasche Beantwortung. Es freut ihn sehr, dass die Interpellation damit in seiner Amtszeit als Kantonsrat bearbeitet werden kann. Dank gebührt der Regierung auch für das rasche Umsetzen der Anliegen der Chamer Bevölkerung.

Mit der Umstellung der Buslinie 7 sind nicht nur die Chamerinnen und Chamer, sondern auch Steinhauserinnen und Steinhauser aus dem Gebiet Choller–Sumpf sowie Zugerinnen und Zuger aus dem Gebiet Rank wieder ans Zentrum der Stadt Zug angebunden, mit dem Ausstiegsort Postplatz. Mit dieser Lösung sind allerdings – wie die Reaktionen zeigten – die Steinhauser und Zuger zum Teil und verständlicherweise unzufrieden, obwohl Steinhausen noch immer alle fünfzehn Minuten eine Verbindung an den Postplatz hat. Mit der Anbindung der Linie 7 an den Postplatz wird das eingeführt, was eigentlich schon immer logisch hätte sein müssen. Dass die Linie 7 über die Industrie Cham/Steinhausen geführt wird, kann der Votant respektieren, gilt es doch, Arbeitsplätze an den ÖV anzubinden, dies umso mehr, als das auch ein raumplanerischer Auftrag ist. Von vielen Chamerinnen und Chamern wird gefordert, dass in den Stosszeiten die Buslinie 4 wieder eingeführt werden soll. Dass das schwierig ist, wird in der Antwort des Regierungsrats begründet.
Viel mehr stört den Votanten aber der Zonentarif. Für eine *Sightseeing-Tour* durch das Gebiet Choller wird mehr verlangt, genau das will der Votant aber nicht. Aus seiner Sicht muss die Zonentarifierung dringend vereinfacht und einfacher gestaltet werden. Es klingt wie eine Ausrede, wenn der Regierungsrat auf Schwierigkeiten mit den bestehenden Zonenverbänden hinweist. Die Regierung wurde gewählt, um Anliegen der Bevölkerung aufzunehmen und umzusetzen. Dass es neue Verhandlungen oder Anpassungen braucht, ist die logische Folge davon. Der Votant erwartet deshalb in dieser Sache mehr Engagement und keine hochkomplexen Lösungen, denn die aktuelle Situation ist undurchsichtig und schwer zu verstehen. Die Stadt Luzern macht es übrigens vor.
Der Votant bittet die Regierung, die ganze Sache mit dem Zonentarif nochmals zu überdenken. Die Regierung soll sich einen Ruck geben und eine für alle Beteiligten gute Lösung ausarbeiten – dies auch als kleines Abschiedsgeschenk an den Votanten, der heute voraussichtlich zum letzten Mal im Kantonsrat spricht. Nach sechzehn Jahren im Kantonsrat dankt er allen für ihre Arbeit und die gute Zusammenarbeit. Er macht dem Rat keine Vorschläge für die Zukunft, denn seine Erfahrung zeigt, dass der Rat sowieso macht, was er will; Ratschläge wären daher reine Zeitverschwendung. Er gibt dem Rat aber den Tipp, unbedingt an den gemeinsamen Mittagessen festzuhalten. Das ist eine Zuger Qualität, die nicht verlorengehen darf.

Interpellant **Andreas Hausheer** hält fest, dass der Rat hier eine Antwort zur Kenntnis nehmen sollte, die er noch gar nicht zur Kenntnis nehmen *kann.* Der Regierungsrat nimmt sich nämlich die Freiheit heraus, nicht auf alle Fragen eine Antwort zu geben: Die Frage 10 bleibt schlicht unbeantwortet. Das kann das Parlament eigentlich nicht akzeptieren. Auf Nachfrage wurde dem Votanten zweimal versprochen, er kriege telefonisch eine Antwort, passiert ist aber nichts. Immerhin hat sich dann der zuständige Regierungsrat vor zwei Tagen eine Stunde vor Mitternacht per E-Mail gemeldet, wobei dem Votanten beim Lesen dieser Nachricht allerdings wieder gewisse Zweifel kamen, wird darin doch von der Linie 8 gesprochen, um die es eigentlich gar nicht geht. Vermutlich handelt es sich nur um einen dummen Tippfehler, doch steht dieser Fehler irgendwie symbolhaft für die ganze Thematik.
Es geht dem Votanten nicht darum, Cham und Steinhausen gegeneinander auszuspielen, doch möchte er auf ein paar Widersprüche in den regierungsrätlichen Antworten hinweisen. Zum einen gibt der Regierungsrat zu, dass es sich für Steinhausen um einen qualitativen Abbau handle und das Reisen komplizierter werde; etwas weiter unten aber schreibt er, dass das Angebot nicht abgebaut werde. Was stimmt denn jetzt eigentlich?
Ein zweiter Widerspruch: Der Regierungsrat führt aus, dass gemäss dem Gesetz über den öffentlichen Verkehr der Kanton und die Gemeinden nachfrageorientiert

für einen attraktiven ÖV sorgen. Offensichtlich hat der Kanton bei der Linie 7 das gerade nicht gemacht. Wenn man nämlich etwas nachfrageorientiert planen muss, sollte man zumindest eine Vorstellung davon haben, ob überhaupt eine Nachfrage besteht, und wenn ja, wie gross diese ist. Das ist irgendwie logisch, aber diese Logik ist beim zuständigen Amt und bei der Regierung offenbar nicht die gleiche. Da wurde doch tatsächlich die Linie 7 aus dem Hut gezaubert, ohne dass definierte Erwartungen zu den Frequenzen dieser Linie bestehen. So steht es zumindest in der regierungsrätlichen Antwort. Wie kann etwas nachfrageorientiert gemacht werden, ohne irgendwelche Erwartungen oder Annahmen über die Nachfrage zu haben? Dass für die Linie 7 auch in der Praxis keine Nachfrage besteht, belegt die Tatsache, dass diese Linie eine durchschnittliche Auslastung von zehn Personen hat. Auch das steht in der Antwort des Regierungsrats; ebenso sagt der Regierungsrat, dass die Haltestellen der Linie 7 nicht sehr stark frequentiert seien. Da stellt sich wirklich die Frage, ob der Regierungsrat nicht gegen das Gesetz gehandelt habe, da er sich ja nicht an der Nachfrage orientiert hat.
Ein dritter Widerspruch: In der Antwort auf die Interpellation Helfenstein schreibt der Regierungsrat, dass alternierende Linienführungen schwer zu kommunizieren und nicht sehr kundenfreundlich seien; sie führten zu unterschiedlichen Anschlusssituationen und Transportketten etc. und seien daher schlecht. Was aber macht der Regierungsrat mit den Linien 6 und 16? Er drückt den Benützern dieser Linien genau eine solche alternierende Linienführung aufs Auge. Warum soll für die Linien 6 und 16 gut sein, was für die Linien 4 und 7 nicht gut ist? Auch hier scheint im zuständigen Amt die Rechte nicht zu wissen, was die Linke tut bzw. schreibt.
Offenbar will der Regierungsrat stur an seinen Entscheiden festhalten. Ein nicht fertig gedachter, praxisfremder Entscheid wird durch einen anderen nicht fertig gedachten, praxisfremden Entscheid abgelöst. Die Linie 16 wird aus dem Hut gezaubert, und es wird entschieden, ohne den üblichen Prozess einzuhalten. Man wird den Eindruck nicht los, dass nach neuen, angeblich zukunftsträchtigen und nachhaltigen Projekten geradezu gesucht wird, um sich damit beschäftigen zu können. Lieber an einer bewährten Linienführung etwas ändern, damit etwas gemacht ist, als am Bewährten festhalten. Dafür braucht es dann sicher neues Personal, welches sich mit *Controlling*-Funktionen beschäftigt, die letztlich wieder belegen sollen, dass die vorher gesuchten Projekte absolut notwendig und berechtigt sind. Man beginnt sich quasi mit sich selbst zu beschäftigen und vergisst darob, den wirklichen Bedürfnissen nachzukommen.
Fazit: Der Regierungsrat will im vorliegenden Fall nichts sehen und nichts hören. Er hält an undurchdachten Beschlüssen fest und akzeptiert, dass entgegen dem Gesetzesauftrag nicht nachfrageorientiert gehandelt wird.

Philippe Camenisch nimmt für die FDP-Fraktion anstelle von Adrian Andermatt zu den beiden Interpellationen bzw. zu den Antworten der Regierung Stellung. Die FDP-Fraktion dankt der Regierung für die fundierten Ausführungen. Vorab so viel: Das Leistungsangebot im Bereich öffentlicher Verkehr ist im Kanton Zug enorm gross. Diese Tatsache dürfte unbestritten sein. Auch unbestritten dürfte sein, dass es für Direktbetroffene stets ärgerlich ist, wenn ein Leistungsangebot – auch wenn dieses ein sehr hohes Niveau hat – verändert wird. Der Votant sagt bewusst «verändert», denn mit dem vorliegenden Wechsel eines Angebots im lokalen Bereich Bahnhof–Postplatz in Zug handelt es sich gesamthaft gesehen nicht um einen Abbau, sondern einfach um eine Verschiebung.
Zu den Interpellationen. Ein Viertelstundentakt ins Stadtzentrum besteht für die Steinhauserinnen und Steinhauser trotz Angebotsveränderung weiterhin, und bezüglich der Buslinienführung Cham–Zug darf nicht ausser Acht gelassen werden,

dass die direkteste und schnellste Verbindung, die S-Bahn, ebenfalls weiterhin besteht. Dass auf die parallele Führung einer Bus- und einer S-Bahn-Linie verzichtet wird, ist für die FDP nicht nur nachvollziehbar, sondern mit Blick auf die heutige Finanzlage des Kantons schlicht ein Muss. Zudem können mit der vom Regierungsrat beschlossenen Veränderung, nämlich einen Teil des Angebots vom Bahnhof Zug Richtung Altstadt neu von der Linie 7 anstelle der Linie 6 fahren zu lassen, die Fahrzeuge effizienter und dadurch kostengünstiger eingesetzt werden. Gemäss Antwort auf Frage 8 der Interpellation Hausheer ist damit eine Einsparung von 150'000 Franken verbunden. Solches Handeln ist eigentlich ein Gebot der Stunde. Dass man sich – wie in der Steinhauser Interpellation – beklagt, obwohl man weiterhin im Viertelstundentakt ins Stadtzentrum gelangt, zeigt – wie bereits ausgeführt –, dass auf sehr hohem Niveau geklagt wird.
Unabhängig davon sei darauf hingewiesen, dass die Linienführung via Sumpf anstatt wie bis anhin auf der Chamerstrasse nach Zug in der Kommission für den öffentlichen Verkehr in Zusammenhang mit dem Bau der Unterführung im Sumpf detailliert diskutiert und gutgeheissen wurde. Die Vor- und Nachteile wurden damals sehr genau gegeneinander abgewogen, und der Kantonsrat hat sich schlussendlich mit der Genehmigung des Kredits für den Bau der Unterführung im Sumpf ebenfalls für die heutige Variante ausgesprochen. Somit ist der Kantonsrat für die heutige Lösung zumindest mitverantwortlich, darf aber auch weiterhin voll und ganz hinter dieser stehen und muss nicht mit dem Finger auf einzelne Exponenten in der Verwaltung zeigen. Vielmehr sollte der Rat diesen dafür danken, dass der kleine Kanton Zug über ein so hervorragendes ÖV-Netz verfügt. Dieses Netz und die Verbindungen werden übrigens in der am letzten Dienstag auf der Homepage des Kantons veröffentlichen Umfrage zum ÖV im Kanton Zug von den Kundinnen und Kunden als sehr gut beurteilt. 95 Prozent der Befragten sind mit dem ÖV im Kanton zufrieden oder sehr zufrieden. Es sieht also nicht so schlecht aus wie vorhin gehört.

Rainer Suter spricht für die SVP-Fraktion. Er ist – anders als gewisse Vorredner – mit den Antworten der Regierung zufrieden und dankt dafür. Änderungen an den Linienführungen des Busverkehrs zwischen Cham und Zug waren vorprogrammiert, als die Stadtbahn ihren Betrieb aufnahm. Es ergibt keinen Sinn, die Buslinie parallel entlang der neuen Schienenfahrzeuge zu führen. Das Amt für öffentlichen Verkehr nahm sich dieser Herausforderung an und plante eine neue Buslinienführung mit zusätzlichem Erschliessungspotenzial. Eine neue Unterführung auf der Gemeindegrenze Cham/Steinhausen, geplant und ausgeführt durch die Baudirektion, wurde realisiert. Schon damals gab es Einsprachen von Seiten eines Vorredners.
Absolut einverstanden ist der Votant mit dem Vorstoss von Georg Helfenstein. Dieser hat die Fragen vieler Chamer Busreisenden in eine Interpellation gepackt; die nun dem Kantonsrat und allen interessierten ÖV-Benützern vorliegt. Brennend interessierte die Chamer Bevölkerung, wieso sie nicht mehr mit dem Bus in das Zentrum von Zug chauffiert wird. Die Regierung handelte sofort und entschied, dass ab Fahrplanwechsel im Dezember 2014 die Linie 7 neu bis zum Postplatz in Zug geführt wird. Beim zweiten Punkt, den unterschiedlichen Preisen für eine Fahrt von Cham nach Zug, kann man geteilter Meinung sein. Die Forderung, dass die Gemeindegrenzen auch die Zonengrenzen darstellen sollten, findet der Votant zu starr. Wenn aber die Preise nach dieser Vorgabe berechnet werden, ist die Preisdifferenz nachvollziehbar. Nicht ideal ist die bestehende Lösung, mit welcher Busreisende unterschiedliche Preise bezahlen, wenn sie am Wochenende oder nach 20.00 Uhr unterwegs sind, weil in dieser Zeit die zusätzliche Zone 622 über Steinhausen dazu kommt. Verschiedene Preise, abhängig von Tageszeit und Wochentag, sind nicht einfach im *Handling* und vereinfachen das Lösen von Fahrkarten nicht.

Zu den Problemdarstellungen in der Interpellation von Andreas Hausheer: Die ÖV-Anbindung ab und nach Steinhausen ist immer noch sehr gut und qualitativ sehr hoch. Mit der neuen Linie 16 ab Steinhausen werden vor allem Pendlerinnen und Pendler angesprochen, auch solche, die mit dem Zug weiterreisen. Die Direktverbindung mit Linie 6 in das Stadtzentrum und zum Casino wird im Viertelstundentakt aufrechterhalten. Hier wird auf allerhöchstem Niveau gejammert. Und wieso – so die Frage an den Interpellanten – sollen die Chamerinnen und Chamer nicht auch direkt bis in das Stadtzentrum fahren dürfen? Zu guter Letzt: Der Kanton spart mit der neuen Verkehrsführung ab 2016 ca. 150'000 Franken pro Jahr.
In diesem Zusammenhang dankt der Votant allen Grossraumlimousinen-Fahrerinnen und -Fahrern, welche die ÖV-Nutzerinnen und -Nutzer jeden Tag kompetent und rücksichtvoll von A nach B chauffieren. Gerade in neuen Situationen wie bei der Linie 7 zeigen sie Fingerspitzengefühl, dies nicht nur beim Fahren. Geht der Fahrplan zum Umsteigen noch nicht ganz auf, wartet der Bus am Chamer Bahnhof, bis ihn der Fahrzeugführer von Rumentikon her anfunkt und ihm mitteilt, er treffe in einer halben Minute beim Gemeindehaus, der Haltestation vor dem Bahnhof, ein. Danach fährt der Siebner beim Bahnhof eine Minute später als im Fahrplan vorgesehen ab, damit alle Busbenutzer mit etwas gutem Willen die nächste Verbindung beim Gemeindehaus erwischen – dank der Flexibilität der Buschauffeure.

Zari Dzaferi hat sich vorgenommen, einmal in einer Sitzung häufiger zu sprechen als Philip C. Brunner – und er ist gut auf Kurs. *(Der Rat lacht.)*
Der Votant gleich zu beiden Vorstössen, da sie gut mit einander vergleichbar sind und zusammengefasst werden können. Beide Vorstösse hinterfragen das Bus- und Bahnangebot kritisch. Dabei wird deutlich, dass die Erwartungen und Komfortansprüche an den ÖV sehr hoch sind. Die Bereitschaft, Veränderungen zu akzeptieren, welche für Einzelne eine Verschlechterung darstellen, ist gering. Beide Vorstösse sind deshalb tragisch, weil sie von Parlamentariern kommen, welche – soweit sich der Votant erinnert – bei Budgetdiskussionen in der Regel den Rotstift hervorholten und monierten, dass der ÖV effizienter und rentabler sein sollte. Das wurde vom entsprechenden Amt gemacht. Das Angebot wurde so angepasst, dass es den politischen und gesellschaftlichen Auftrag erfüllt und gleichzeitig Zehntausende von Franken einspart. Dafür mussten gezwungenermassen Abwägungen getroffen werden, weil man nicht gleichzeitig sparen und alle gewünschten Fahrten anbieten kann. Dass nicht alle Pendlerinnen und Pendler glücklich sind, kann man nachvollziehen. Dennoch muss hier festgehalten werden, dass das Angebot in Cham und Steinhausen nicht massiv verschlechtert wurde.
Zur Interpellation von Andreas Hausheer sei in Erinnerung zu rufen, dass in Steinhausen das ÖV-Angebot insgesamt markant ausgebaut wurde. Richtung Zug und Cham besteht in der Hauptverkehrszeit ein 7,5-Minuten-Takt, nach Baar und nach Rotkreuz ein Viertelstundentakt. Zudem wurde für die Steinhauser Bevölkerung in den letzten Jahren auch das Angebot am Wochenende ausgebaut, wobei zum Beispiel die Linie 6 auch am Sonntag im Viertelstundentakt von Steinhausen bis nach Zug Casino verkehrt.
Zur Interpellation von Georg Helfenstein ist zu erwähnen, dass Cham mit der S-Bahn eine der genialsten Verbindungen in die Stadt Zug erhalten hat. Es ist richtig, dass die parallele Busverbindung nicht hundertprozentig ideal ist. Wenn die Gemeinde Cham jedoch eine noch bequemere Busverbindung nach Zug wünscht, soll sie sich auch finanziell daran beteiligen. Es stört den Votanten nämlich, dass mit einer besseren Busverbindung aus Cham Mehrkosten für die Stadt Zug entstehen, obwohl die Stadt nicht wirklich davon profitiert und diese Verbesserung nicht braucht. Nicht

zu vergessen ist zudem, dass Cham vom kantonalen Finanzausgleich profitiert, während die Stadt auch dort ein kräftiger Zahler ist.
Der Votant ruft beiden Interpellantinnen frühere Budgetdebatten in Erinnerung, in denen es um die Finanzierung des ÖV ging. Immer wurde moniert, dass der ÖV effizient und möglichst kostentragend sein soll. Nie war aus diesen Reihen zu hören, dass der ÖV möglichst weitflächig und qualitativ ausgebaut werden soll, koste es, was es wolle. Nun trafen die Sparmassnahmen – man kann sie auch Effizienzsteigerungen nennen – die eigene Gemeinde bzw. die eigenen Wählerinnen und Wähler – und schon ging das Poltern los. Es ist zu verstehen, dass man für die eigene Gemeinde weibeln möchte. Aber dann muss man auch so konsequent sein und sich für einen gut ausgebauten ÖV im gesamten Kanton einsetzen. Noch bessere Verbindungen in jeder Gemeinde und gleichzeitig tiefere Kosten für den ÖV stehen nun mal in einem Zielkonflikt. Der Kantonsrat wird bei den Diskussionen bezüglich Sparpaket erneut die Möglichkeit haben, sich mit den Ausgaben im öffentlichen Verkehr auseinanderzusetzen. Es ist daran zu denken, dass Reduktionen auf der Ausgabeseite in der Regel auch Reduktionen im Angebot zur Folge haben oder haben können.

Andreas Hürlimann spricht für die AGF. Er kann nach dem Votum von Zari Dzaferi beruhigt sein, weil er sich stets für einen guten ÖV und auch für dessen Finanzierung eingesetzt hat. Die in den Antworten auf die Interpellationen Helfenstein und Hausheer aufgeführten Begründungen des Regierungsrats sind für den Votanten aber haarsträubend und teilweise widersprüchlich. Zudem wird man den Eindruck nicht los, dass weder das Amt für ÖV noch der Regierungsrat die Bus-Situation rund um den Bahnhof-Zug und auf der Strecke Steinhausen–Zug oder umgekehrt aus eigener Erfahrung kennt. Man wollte einfach die Interpellationen möglichst rasch vom Tisch haben. In dieses Bild passt auch, dass man – wenn auch unabsichtlich – eine Frage in der Interpellation Hausheer zu beantworten vergass.
Der Regierungsrat schreibt, dass mit dem nun eingeführten Linientausch die Anliegen der Kundinnen und Kunden aus Cham erfüllt werden. Das ist ja schön. Die Anliegen der Kundinnen und Kunden aus Steinhausen werden aber mir nichts dir nichts beiseitegeschoben – ein nicht durchdachter Schnellschuss, einmal mehr! Und diesmal wurde die Änderung auch noch fast gänzlich im stillen Kämmerlein ausgebrütet und dann handstreichartig umgesetzt. Der Fahrplan der Linie 7 wurde ordentlich veröffentlicht und eingeführt. Die damalige Vernehmlassung bei den Gemeinden und die Fahrplanauflage hatten *keine* Rückmeldungen zur Linie 7 ergeben. Nun hat man aber, obwohl die Mehrheit der angefragten Gemeinden sich anders geäussert hatte, eine Änderung ohne ordentliches Veröffentlichungsverfahren gewählt. Und die von der Volkswirtschaftsdirektion aktuell vertretene und verteidigte Änderung wird weder der Nachfrage gerecht noch zeugt sie von Verständnis für die täglichen Pendlersituation.
In den einleitenden Bemerkungen zur Beantwortung der Interpellation Hausheer schreibt die Volkswirtschaftsdirektion, dass der Kanton und die Gemeinden den öffentlichen Verkehr nachfrageorientiert weiterentwickeln wollen. Dies soll zu einem attraktiven öffentlichen Verkehr im Kanton Zug führen. Anschlüsse an die übergeordneten Verkehrssysteme sollen sichergestellt werden. Was nun aber gemacht wird: Die Anschlüsse und Verbindungen von Bahn auf Bus und Bus auf Bahn werden massiv verschlechtert. Da nützt keine noch so gross angelegte Kampagne mit den «Zuger-ÖV-*Smileys*»: Für Benutzerinnen und Benutzer der Linie 6 wird das Angebot massiv schlechter. Ein Umsteigepunkt an der Dammstrasse ist in keiner Weise gleichzusetzen mit einem Ein- und Umstiegspunkt an der Haltestelle Landis & Gyr

resp. Metalli, vor allem dann nicht, wenn es darum geht, von der Stadt Zug wieder nach Steinhausen zu gelangen.
Womit man beim massiven Leistungsabbau für Steinhauserinnen und Steinhauser ist. So soll an der Dammstrasse in die Linie 16 eingestiegen werden. Nächster Halt der Linie 16 ist die Haltestelle Aabachstrasse, dann geht es via Stadion auf der gewohnten Linie weiter nach Steinhausen Sennweid. Die heute bedienten Haltestellen, nämlich Postplatz, Steinhof, Metalli und Landis & Gyr, werden künftig nicht mehr bedient, und in der Gegenrichtung werden Landis & Gyr, Metalli und Bundesplatz auch gleich noch geopfert. Wie man hier schönrednerisch von einem gleichbleibenden Angebot für Steinhausen sprechen kann, ist schlicht schleierhaft. Zudem ist es diskussionslos kundenunfreundlich, wenn man für die gleiche Destination einmal an der Dammstrasse und einmal in der Metalli oder bei der Landis & Gyr einsteigen soll – dies immer vor dem Hintergrund der gross propagierten einfachen, kundenfreundlichen Umsteigemöglichkeiten zwischen Bahn und Bus. Man kann dem Votanten viel erzählen, aber irgendwo hört es einfach auf! Es geht nicht nur um die viel diskutierte Verbindung von einer Gemeinde in die Stadt und deren Zentrum, sondern auch um die Frage, wie Pendlerinnen und Pendler von der Stadt wieder in ihre Gemeinde kommen. Zum Glück wird jetzt ja die «Produktivität der Linie 6 erhöht» – auf gut Deutsch: Es gibt zukünftig ein *Gstungg* im Bus.
Der Regierungsrat schreibt in seinen einleitenden Bemerkungen weiter, dass Cham und Steinhausen mit den wichtigen Bahnhöfen verbunden werden sollen, wo die Anschlüsse an das übergeordnete Verkehrssystem sichergestellt sind. Auch sei die Linienführung auf die künftige Einwohner- und Arbeitsplatzentwicklung ausgerichtet. Das hört sich schön und gut an, nur ist es leider sehr mangelhaft umgesetzt. Zudem: Wer glaubt künftig noch irgendwelchen Planungen aus der Volkswirtschaftsdirektion oder dem Amt für ÖV, wenn bereits drei Monate nach der Einführung einer Buslinie auf einen Entscheid zurückgekommen werden muss und alles wieder völlig anders aussieht? Es geht hier um ein Betriebskonzept, welches gemeinsam mit den Gemeinden erarbeitet und im Sinne einer übergeordneten Gesamtplanung umgesetzt wurde. Die Stadt Zug hat beispielsweise sich darauf ausgerichtet und aufgrund des nun über Bord geworfenen Betriebskonzepts auch Investitionen getätigt. Auch hat der Zuger Stadtrat vor dem Hintergrund eben einer solchen Gesamtschau die Petition von Anwohnerinnen und Anwohner des Rankhofs abgelehnt und den Regierungsrat auch bei seiner Argumentation gerade hinsichtlich einer Endhaltestelle Dammstrasse unterstützt – obwohl sich schon damals abzeichnete, dass es für gewisse Interessenkreise eine Verschlechterung geben wird.
Nun wird in der Antwort auf die Interpellation Hausheer plötzlich auch von einer Weiterentwicklung der Haltestellenpolitik gesprochen. So könnte ein Schnellbus für Steinhausen tatsächlich eine gute Ergänzung zum heutigen Bussystem sein. Warum dies nun einfach in den Raum gestellt wird, ohne konkreter zu werden, oder dies als möglicher Lösungsansatz für Steinhausen und die Stadt Zug im Vorfeld dieser einseitigen Änderung aufgegriffen wurde, das weiss wohl niemand so genau. Ohne die jetzt durchgedrückte Hauruck-Übung auf den Dezember 2014 hin könnte dies ja mindestens in Teilen eine mögliche Lösung aufzeigen.
Der letzte Abschnitt vor der Beantwortung der Fragen auf Seite 2 ist für den Votanten besonders stossend. Man wolle – so der Regierungsrat – dem allfälligen Eindruck entgegenwirken, dass in Steinhausen der öffentliche Verkehr abgebaut werde. Und dann erwähnt man die neue S-Bahn-Haltestelle Rigiblick, aber auch das Bus-Trassee mit der neuen, modernen Bushaltestelle Turmstrasse bei den 4-Towers in Steinhausen. Hallo, Regierungsrat! Was hat das mit dem Angebot der eben besprochenen Buslinie 6 oder 16 zu tun? Neue, moderne Bushaltestellen auf Steinhauser Gebiet, wo erst ganz wenige ein- oder aussteigen, in allen Ehren, aber die-

se Ausführungen haben nun wirklich *gar* nichts mit dem Angebot oder der Nachfrage derjenigen Leute zu tun, welche täglich von Steinhausen zum Bahnhof Zug, in die Stadt oder dann eben auch von dort wieder zurück nach Steinhausen wollen. Und wenn man den Ausbau der bestehenden Buslinien in den letzten Jahren erwähnt, dann ist dieser Ausbau nachfrageorientiert erfolgt. Wer das Busangebot auf dieser Linie – egal, ob unter der Woche oder am Wochenende – kennt und nutzt, der weiss das. Die AGF erwartet, dass solche sprachlichen Nebelpetarden zukünftig unterlassen werden.
Es gäbe noch so viel, was man zur Beantwortung oder eben Nicht-Beantwortung der Fragen sagen könnte. Der Votant beschränkt sich aber auf einige Schlussbemerkungen. Im Rahmen der Delegationsarbeit in der Stawiko hat er sich bereits mit dem Leiter des Amts für ÖV in dieser Sache ausgetauscht, und auch der Volkswirtschaftsdirektor hat seine Verstimmung während des Delegationsbesuchs zur Kenntnis nehmen müssen. Kommende Woche wird er sich mit dem Geschäftsleiter der Zugerland Verkehrsbetriebe treffen und diese, aber auch weitere aktuelle Fragen zum öffentlichen Verkehr diskutieren. Er und seine Fraktion bleiben bei diesem Thema am Ball. Sie sind offen für gute, nachhaltige Lösungen zum Wohle der Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Verkehrs, was übrigens auch ohne übermässigen, nicht verantwortungsvollen Einsatz von finanziellen Mitteln geht. Denn auch die AGF haben ein Interesse am sinnvollen Einsatz von Steuergeldern. Was aber hier in letzter Zeit in Sachen Buslinien geleistet wurde, ist einfach nur ungenügend. Mit Sicherheit sind bessere Lösungen möglich, und es ist zu hoffen, dass alle sich einen Ruck geben und mithelfen, die Situation rasch und möglichst für alle – für Cham, für Steinhausen, für die Stadt Zug – wieder zu verbessern.

Philip C. Brunner wohnt an der Chamerstrasse, in der Nähe des Quartiers Rankhof, das von der Buslinie 4 nicht mehr angefahren wird; persönlich ist er insofern Profiteur der Aufhebung dieser Buslinie, als er stolzer Besitzer des Bushäuschens der ZVB-Haltestelle Kollermühle ist, die ebenfalls nicht mehr bedient wird. Er hat die bisherige Debatte genau verfolgt, dies aus der Sicht der Stadt Zug. Schon Philippe Camenisch hat als Stadtzuger Kantonsrat einige Ausführungen gemacht, die aber eher allgemein die Haltung der FDP darlegten, und er hat vor allem den Volkswirtschaftsdirektor der FDP gelobt. Andreas Hürlimann hingegen hat den Volkswirtschaftsdirektor kritisiert; man hat hier den zukünftigen Gemeinderat von Steinhausen herausgehört. Der Votant selbst würde in seiner Kritik nicht so weit gehen.
Interessant ist, dass weder im Grossen Gemeinderat noch von Stadtzuger Vertretern im Kantonsrat irgendwelche Vorstösse zu diesem Thema eingereicht wurden. Aus Baar kam eine Kleine Anfrage von Andreas Lustenberger, aus Steinhausen und Cham kamen die zur Debatte stehenden Interpellationen. Cham scheint jetzt zufrieden zu sein, während Steinhausen offenbar in tiefster Seele verletzt ist. Dass aus Zug keine Vorstösse kamen, ist deshalb interessant, weil der Kanton – so steht es auf Seite 5 der regierungsrätlichen Antwort – zwar 150'000 Franken spart, die Stadt Zug aber für den Aufwand, der durch die zusätzlichen Halte entsteht, 37'000 Franken bezahlen muss. Man muss in der vorliegende Frage also auch an die Stadtbevölkerung denken – und da ist der Votant nicht sicher, ob auch im Rankhof die Bewohnerinnen und Bewohner in einer Umfrage zu 95 Prozent mit dem ÖV zufrieden oder sehr zufrieden wären. Dieser Widerspruch ist auch in der heutigen Debatte zu spüren: zufriedene Chamer und unzufriedene Steinhauser. Auch in der Stadt Zug gibt es sehr viel Unzufriedenheit, wobei der Votant aber nicht so weit gehen und den Volkswirtschaftsdirektor und den Leiter des Amts für öffentlichen Verkehr persönlich für das ganze Unglück verantwortlich machen würde. Vielmehr nimmt er positiv zur Kenntnis, dass man sich mindestens bemüht hat, sofort eine Lösung zu

finden, auch wenn diese für Steinhausen noch nicht stimmt. Man wird die Fragen um die Buslinien, um deren Verlängerungen in der Stadt Zug, um die Tangentialverbindungen und um die Anschlussmöglichkeiten weiterhin sorgfältig prüfen müssen, und der Votant bittet den Volkswirtschaftsdirektor, dabei auch die Interessen der Stadt Zug nicht aus den Augen zu verlieren. Die Stadt Zug trägt – auch finanziell – einen Teil des ÖV mit, und das Angebot sollte entsprechend auch auf die Stadtbevölkerung ausgerichtet werden. Es wäre schön, wenn die nicht nur an den Stadtrat, sondern auch an den Kantonsrat gerichtete Petition der Bewohnerinnen und Bewohner des Rankhofs nicht ganz vergeblich gewesen wäre. Der Votant als Anwohner dieses Quartiers hat sich bisher nicht dazu geäussert, weil man ihm Eigeninteressen hätte vorwerfen können. Und es ist in der Tat so: Er muss wegen der Aufhebung der Buslinie 4 gravierende Nachteile in Kauf nehmen, vor allem da Mitarbeitende, auch solcher benachbarter Gewerbebetriebe, die beispielsweise aus dem Ägerital mit dem ÖV zur Arbeit kommen, jetzt die Stadtbahn benützen müssen. Der Votant ist aber überzeugt, dass der Volkswirtschaftsdirektor gute Lösungen finden und auch nicht vergessen wird, die Kosten im Auge zu behalten.

Stefan Gisler hat damals Ja gesagt zur neuen Unterführung im Sumpf, und er hat damals auch gesagt, man könne die Buslinie 7 einführen und die Linie 4 beibehalten. Im Nachhinein muss er eingestehen, dass das ein Fehler war: Er hätte die Unterführung und die hohen Kosten dafür nicht mitbewilligen sollen. Jetzt hat man nämlich eine teure und schlecht genutzte Linie 7, welche auch noch dazu führt, dass die Bedürfnisse von Steinhausen beeinträchtigt worden sind. Dass Cham jetzt glücklich sein soll, kann der Votant eigentlich nicht glauben. Die Chamerinnen und Chamer, aber auch die Stadtzugerinnen und Stadtzuger, welche die Linie zwischen Cham und Zug benutzen, brauchen heute mehr Zeit, wenn sie mit dem Bus fahren, und sie bezahlen auch noch mehr. Das ist keine gute Lösung. Es kann doch nicht sein, das man länger braucht und dafür erst noch mehr bezahlen muss. Die Regierung schreibt, eine Zonenanpassung sei nicht möglich. Dabei wäre es doch ganz einfach: Man müsste einzig die Haltestellen Turmstrasse und Sumpfstrasse, statt sie nur der Zone 623 zuzuordnen, auch als Haltestellen für Doppelzonen definieren, analog beispielweise zur Haltestelle Ammannsmatt. Dann würden die erwähnten Haltestellen der Zone 623 *und* der Zone 610 zugehören, und die Busbenutzer würden zwischen Cham und Zug nur noch zwei statt wie heute drei Zonen bezahlen müssen, genau wie die Bahnbenutzer zwischen Cham und Zug. So einfach ist das. Der Votant kann der Argumentation der Regierung nicht ganz folgen, eine Zonenanpassung sei fürchterlich kompliziert, weil man mit den anderen Kantonen Tarifbestimmungen habe etc. Es handelt sich um eine kleine Anpassung, die nur den Kanton Zug betrifft, dies in einem sehr marginalen Bereich. Daher erwartet der Votant, dass die Regierung diese Anpassung mehr oder minder umgehend umsetzt. So etwas kann man auch unterjährig machen, mit einem kleinen Zusatzblatt etc. Dass die Volkswirtschaftsdirektion schreibt, man habe schon früher, wenn man nachts den Sechser über Steinhausen genommen habe, eine zusätzliche Zone bezahlen müssen, ist kein Trost, wenn man heute rund um die Uhr mehr bezahlen muss. Wenn man schon etwas Neues macht, soll es auch günstiger sein. Der Votant fragt deshalb den Volkswirtschaftsdirektor: Ist es wirklich nicht möglich, aus den Haltestellen Sumpfstrasse und Turmstrasse eine Doppelzone zu machen wie beispielsweise in der Ammannsmatt, so dass man zwischen Cham und Zug nur noch zwei Zonen bezahlt?

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist froh, dass in der Debatte nicht die Wiedereinführung der Linie 4 gefordert wurde. Er erinnert daran, dass beim Investi-

tionsentscheid für die Unterführung Sumpf der Kantonsrat und insbesondere die Kommission für den öffentlichen Verkehr genau gewusst haben, welche Linien künftig wo durchfahren – und deshalb die genannte Infrastrukturanpassung auch gutgeheissen haben. Die Investition geschah mit Wissen und Wollen des gesamten Kantonsrats und aller Fraktionen, im Wissen um das künftige Potenzial des Arbeitsgebiets Sumpf/Rigiblick. Es war ein weiser, vorausschauender Entscheid. Man kann und soll den damals eingeschlagenen Pfad nicht einfach wieder verlassen, zumal die Gesamtkonzeption von Bus und Bahn dadurch ein stimmiges Ganzes ergeben hat. Es kann nicht sein, dass man wegen einzelner lokaler Probleme bzw. Forderungen vom Gesamtkonzept wieder Abstand nimmt.

Wie die Sache mit dem Zonentarif funktioniert, hat der Regierungsrat bereits bei früheren Vorstössen erklärt. In der vorliegenden Vorlage hat er geschrieben, dass man sich bei Anpassungen bewusst sein müsse, dass Änderungen an einem Ort zu Konsequenzen an einem anderen Ort führen. Natürlich kann man alles günstiger machen, aber dann kommt mit Sicherheit der Rat – zumindest dessen Mehrheit – und fragt nach dem Kostendeckungsgrad im ÖV. Mit anderen Worten: Auf der einen Seite wird mehr Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer erwartet, umgekehrt aber soll – wie vom Vorredner gehört – etwas Neues günstiger sein. Wenn *das* die Leitlinie ist, muss man den Kostendeckungsgrad senken, wobei die Zeichen eher auf eine höhere Beteiligung der Nutzer deuten. Der Volkswirtschaftsdirektor muss die Frage von Stefan Gisler deshalb weitergeben an den Tarifverbund; es wäre nämlich vermessen, wenn er als Regierungsrat dem Tarifverbund die Gestaltung der Tarife vorschreiben würde. Zu beachten ist in dieser Frage auch, dass es eine Wahlmöglichkeit gibt: Wenn man möglichst direkt, schnell und günstig von Cham nach Zug fahren will, dann löst man ein Stadtbahn-Ticket. Auch hier bewegt man sich also auf hohem Niveau. Der Volkswirtschaftsdirektor hat gerade von linker Seite, nämlich von Martin Stuber, immer wieder gehört, man solle aufhören, Parallelstrukturen zu finanzieren. Man hat auch deshalb beschlossen, die Linie 4 nicht mehr entlang der Stadtbahn fahren zu lassen. Jetzt fährt sie eine längerer Strecke, macht mehr Kilometer – und es ist ein Grundsatz des schweizerischen Tarifsystems: Wer länger fährt, bezahlt mehr. Da kann man nicht am einen oder andern Ort gewissermassen *best price* anbieten. Irgendwer bezahlt das nämlich wieder, entweder ein Benutzer an einem anderen Ort oder aber der Steuerzahler. Es ist also nicht ganz so einfach.

Der Volkswirtschaftsdirektor entschuldigt sich, dass die Frage 10 der Interpellation Hausheer versehentlich nicht beantwortet wurde. Als er es bemerkte, lieferte er die Antwort unverzüglich nach. Es war ein Versehen und keinerlei Absicht. Dieses als symptomatisch hinzustellen, findet der Volkswirtschaftsdirektor eine Unterstellung, zumal sich die Antwort eigentlich aus der Gesamtantwort ergibt. Die Frage lautete, wieso der Regierungsrat den Willen der Gemeinde missachte; zwei Gemeinden hätten sich ja gegen die jetzige Lösung ausgesprochen. Zum einen ergeben sich aus den einleitenden Bemerkungen insbesondere zur Interpellation Helfenstein die sachlichen Gründe für die Anpassung der Linie 7. Zum anderen ist die Interessenlage der Gemeinden – wie auch heute gesehen – unterschiedlich. Es ist deshalb gar nicht möglich, alle drei Gemeindeinteressen gleichermassen zu befriedigen; vielmehr ist eine Gesamtabwägung nötig, welche der Regierungsrat denn auch vorgenommen hat.

Bezüglich Nachfrageorientierung erwähnt der Volkswirtschaftsdirektor, dass man sich hier an der Zukunft orientiert und die zukünftige Nachfrage abdecken will. Da muss man es halt aushalten, dass eine neue Buslinie während einer gewissen Zeit noch nicht so ausgelastet ist, wie wenn das betreffende Arbeitsgebiet bereits voll wäre. Schon als man die Stadtbahn-Haltestellen Lindenpark und Neufeld realisierte,

wurde kritisiert, da sei ja nur grüne Wiese. Inzwischen aber jubeln alle: Die Haltestellen stehen am richtigen Ort. Man macht dem Verkehr ja manchmal den Vorwurf, er komme zu spät. Hier aber wurde vorausgedacht, und das ist richtig.
Zum Vorwurf, der Regierungsrat habe schnell etwas aus dem Hut gezaubert, er sei zu wenig marktnah und kenne die Situation nicht aus eigener Erfahrung: Der Regierungsrat hat auch hier nicht erst reagiert, als die ersten Vorstösse kamen. Den ersten Auftrag an das Amt für öffentlichen Verkehr erteilte der Volkswirtschaftsdirektor schon vor den Sommerferien, als man bezüglich des Endes der Linie 7 Optimierungspotenzial erkennen konnte. Und die ZVB kam im Sommer von sich aus zur Volkswirtschaftsdirektion und schlug Optimierungen vor. Und wenn jemand den Markt kennt, dann ist es die ZVB, der man diesbezüglich auch ein gewisses Vertrauen entgegenbringen soll. Es wurde im Weiteren kritisiert, der Regierungsrat halte nun stur an der neuen Linienführung fest. Stur wäre, wenn man die Optimierungsmöglichkeiten nicht erkennen und zwei Jahre zuwarten würde. Es war aber schon immer so, dass man kleinere Justierungen unterjährig oder auf Bestellungsbeginn Anfang Dezember hin vornahm. Man ändert deswegen ja nicht ein Gesamtkonzept. Das wurde auch in der Antwort zum Ausdruck gebracht. Je nach dem kann man es als Hauruck-Übung oder als Handlungsfähigkeit bezeichnen. Der Volkswirtschaftsdirektor hält sich daran, dass sehr schnell eine Lösung, die im Gesamtinteresse stimmig ist und die weniger kostet, umgesetzt wurde.
Die Volkswirtschaftsdirektion hat nie behauptet, das Angebot für Steinhausen bleibe genau gleich. Vielmehr wurde differenziert gesagt, aus Steinhauser Sicht könne die Änderung qualitativ – nicht quantitativ – als Verschlechterung betrachtet werden. Insgesamt aber gibt es nicht weniger Angebot, sondern sogar leicht mehr, dies zu einem besseren Preis.
Es ist richtig, dass der Regierungsrat die Gesamtverantwortung trägt, das Angebot bestellt und die Interessenabwägung vornimmt. *Finger pointing,* etwa auf den Leiter des Amtes für öffentlichen Verkehr oder den Verwaltungsratspräsidenten der ZVB, bringt nichts. Vielmehr ist es so, dass der Kantonsrat einen Bedarf ausgemacht und Lösungsvorschläge präsentiert hat. Das Amt für ÖV evaluiert diese Vorschläge, der Regierungsrat mit Vertretern aus verschiedenen Gemeinden macht eine Gesamtabwägung. Und das ist richtig so.
Und abwechselnden Einsteigen: Die Steinhauserinnen und Steinhauser steigen jede Viertelstunde am gleichen Ort ein, einzig die Verstärkungskurse fahren an einer anderen Stelle ab. Auch auf der Linie 3 in Oberwil musste man jahrelang je nach Kurs hier oder dort einsteigen – und das war auch für anspruchsvolle Kunden nie ein Problem.
Man muss die Verhältnismässigkeit wahren, weshalb der Volkswirtschaftsdirektor noch einmal an die bereits erwähnte Umfrage zum ÖV erinnert: Die Kundinnen und Kunden sind mit dem ÖV im Kanton Zug sehr zufrieden. Letztendlich ist einzig *das* relevant. Die Volkswirtschaftsdirektion arbeitet dort, wo es tatsächlich Handlungsbedarf gibt – und das ist an einem andern Ort als demjenigen, der heute zur Debatte stand. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt abschliessend für die grossmehrheitlich wohlwollende Aufnahme der Interpellationsantworten.

➔ Der Rat nimmt die zwei Interpellationsantworten des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 9

1235 Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten der Zuger Polizei

Es liegen vor: Interpellation (2401.1 - 14687); Antwort des Regierungsrats (2401.2 - 14736).

Daniel Stadlin dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Zufrieden ist er mit der Antwort zur Frage der Kennzeichnung von Polizeiassistentinnen und -assistenten auf ihren Uniformen. Sie ist recht ausführlich ausgefallen, und die Begründung nachvollziehbar. Gleichwohl: Im sicherheitspolizeilichen Bereich verfügen sie über die gleichen Befugnisse wie ihre Kollegen mit einer vollen Polizeiausbildung. So dürfen sie z. B. Personen anhalten, kontrollieren und gegebenenfalls wegweisen. Ihre Kennzeichnung als «Polizeiassistenz» bleibt daher heikel, wirkt sie doch nicht gerade autoritätsfördernd.
Mit den restlichen Antworten ist der Votant jedoch nicht wirklich zufrieden. Sie sind etwas vage formuliert, Schwachstellen werden keine genannt. Man erhält den Eindruck, es laufe alles bestens. Vielleicht ist es auch tatsächlich so. Dem Votanten ist bewusst, dass im Polizeiwesen nicht alles öffentlich gemacht werden kann. Trotzdem hätte er etwas mehr Informationen erwartet, zum Beispiel zu den Erfahrungen an den sogenannten *Hotspots*. Hier ist die Antwort ausgesprochen mager ausgefallen. Ist wirklich alles im grünen Bereich, wie dies suggeriert wird? Der nationale Trend jedenfalls geht in die entgegengesetzte Richtung. Die Fälle von Beschimpfungen, Bedrohungen und Tätlichkeiten gegen Polizisten im öffentlichen Raum haben in den letzten Jahren massiv zugenommen; selbst Sanitäter werden angepöbelt. Nur im Kanton Zug soll das anders sein? Zu dieser Thematik hätte man konkretere Aussagen erwarten können. Das gilt auch zur Situation betreffend Leistungseinkauf der Gemeinden. Hat er sich bewährt, oder bestehen Schwachstellen? Und wie ist die Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsdiensten? Angaben dazu sucht man vergebens. Regierungsrat Stefan Schleiss, der heute den Sicherheitsdirektor vertritt, hat sich aber bereit erklärt, hierzu noch Präzisierungen zu machen.

Jürg Messmer teilt mit, dass die SVP-Fraktion mit den Antworten zufrieden ist. Sie findet es richtig, dass bei der Kennzeichnung der Uniformen eine Unterscheidung gemacht wird, besonders weil dies auch von den Sicherheitsassistenten gewünscht wird. Die Erfahrungen an den *Hotspots* sind nicht nur ein Problem der Sicherheitsassistenten, sondern – wie erwähnt – von Blaulichtorganisationen allgemein, die heute immer weniger respektiert werden. Da nützt es nichts, wenn die Uniformen anders beschriftet sind. Da nützt nur eines: Man muss knallhart durchgreifen.

Zari Dzaferi als Sprecher der SP-Fraktion muss zugeben, dass ihn der Begriff «Polizeiassistenz» auch schon zum Nachdenken gebracht hat. Er hat aus seiner Sicht einen etwas abwertenden Charakter. Einmal hat er zum Beispiel während der Patrouille der Polizeiassistenten am Bahnhof Baar sagen hören: «Da kommen wieder die Hilfssheriffs.» Eine einheitliche Bezeichnung scheint daher auf den ersten Blick naheliegend und sinnvoll, auf den zweiten Blick allerdings nicht, wie die Antwort des Regierungsrats aufzeigt. Unterschiedliche Aufgabengebiete und Befugnisse müssen nämlich entsprechend angezeigt sein, damit keine Verwirrung entsteht, dies auch zum Schutz der Polizeiassistentinnen und -assistenten, welche nicht allen Aufgabenbereichen, die eine Polizistin oder ein Polizist zu erfüllen hat, nachkommen können oder dürfen. Die unterschiedliche Bezeichnung ist auch eine Wertschätzung für die Polizistinnen und Polizisten, welche dem Grundauftrag der Aufrechterhaltung der Sicherheit vollumfänglich nachkommen dürfen und können. Die Be-

rufsbezeichnung «Polizist» hängt – wie der Regierungsrat darlegt – nicht zuletzt auch mit der absolvierten Ausbildung zusammen.
Der Votant findet es gut, dass an *Hotspots* Polizeiassistentinnen und -assistenten eingesetzt werden. Beispielsweise macht es Sinn, dass an einem lauen Sommerabend am Wochenende die Polizeiassistenz auf der Rössliwiese präsent ist; an solchen *Hotspots* schadet mehr Polizeipräsenz sicherlich nicht. Gleichzeitig ist eine Zunahme der Sicherheitspräsenz festzustellen. So hat der Votant die Polizeiassistenz auch schon an friedlichen Sonntagnachmittagen auf Streife gesehen. Er schliesst daraus, dass Polizeiassistentinnen und -assistenten weniger kosten und daher stärker gebucht werden. Sicherheit ist auch ihm wichtig. Dennoch hat er das Gefühl, dass manchmal etwas übertrieben wird. Wenn er die Polizei an einem *Hotspot* sieht, wo die Sicherheit wirklich tangiert sein könnte, fühlt er sich sicher. Wenn er die Polizei allerdings an einem Ort patrouillieren sieht, wo offensichtlich keine Gefahr lauert, bewirkt dies das Gegenteil. Deshalb ruft der Votant die verantwortlichen Personen dazu auf, auch Polizeiassistentinnen und -assistenten nur dann aufzubieten, wenn es wirklich erforderlich ist.
Nebenbei bemerkt: Der Votant wurde heute schon mehrmals auf seinen Schnauz angesprochen. Dieser ist ein Zeichen der sogenannten «Movember»-Bewegung. *Movember* setzt sich zusammen aus *moustache* und *November*. Männer lassen sich während dreissig Tagen einen Schnauz wachsen und machen damit auf Prostatakrebs aufmerksam und sammeln Spenden für dessen Erforschung. Interessierte finden im Internet weitere Informationen zu dieser Bewegung.

Stephan Schleiss, stellvertretender Sicherheitsdirektor, konnte die von Daniel Stadlin heute gestellten Fragen telefonisch dem Polizeikommandanten vorlegen. Die erste Frage betraf die Erfahrungen der Sicherheits- bzw. Polizeiassistenz an *Hotspots*. Gemäss Auskunft des Polizeikommandanten sind an den *Hotspots* grundsätzlich die Gemeinden tätig, dies mit Sicherheitsassistenten oder privaten Sicherheitsfirmen wie Securitas. Aber auch der Kanton ist an solchen Orten präsent, dies mit dem Mittel des Kantons, nämlich regulärer Polizei. Der Polizeikommandant bestätigt, dass die Polizistinnen und Polizisten dieselben Erfahrungen machen wie die Sicherheitsassistenz, andere Blaulichtorganisationen oder die Securitas: Sie werden angepöbelt, beschimpft oder bei der Ausübung ihrer Hilfeleistungen behindert. Dass bestätigt die Vermutung, dass die Respektlosigkeit gegenüber Amtspersonen nicht eine Frage der Beschriftung, sondern ein gesellschaftliches Problem ist. Die Beschriftung würde an diesem bedauerlichen Umstand also nichts ändern.
Die zweite Frage betraf die Zusammenarbeit der Polizei mit den Gemeinden. Der Polizeikommandant trifft sich jeden Frühling mit den Gemeinden zu einer Aussprache. Diese hat auch in diesem Jahr stattgefunden, und der Polizeikommandant hat von jeder Gemeinde positive Rückmeldungen erhalten, dass bestellte Sicherheitsassistenzleistungen auch geliefert werden konnten. Alle Gemeinden wissen auch, dass sie grössere Bedürfnisse rechtzeitig anmelden sollen; die Polizei braucht ein Jahr Vorlauf, um die entsprechenden Leute rekrutieren und ausbilden zu können. Dieser Umstand ist den Gemeinden bewusst, und es gab in der erwähnten Aussprache denn auch keine einzige Reklamation aus einer Gemeinde. Ob eine Gemeinde Sicherheitsassistenten einsetzen will, entscheidet sie selbst. Es gibt Gemeinden, welche lieber auf private Sicherheitsdienste zurückgreifen und grundsätzlich keine Sicherheitsassistenten bei der Zuger Polizei bestellen.
Abschliessend dankt der stellvertretende Sicherheitsdirektor für die wohlwollende Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 10

1236 Postulat von Jürg Messmer, Beni Riedi, Roland von Burg und Thomas Wyss betreffend volle Unterrichtsbefähigung der Absolventen der PH (Pädagogische Hochschule) Zug für alle Fächer (sprich: Ausbildung von Generalisten als Primarlehrer)

Es liegen vor: Interpellation (2348.1 - 14556); Antwort des Regierungsrats (2348.2 - 14795).

Jürg Messmer dankt namens der Postulanten dem Regierungsrat für die erfreulichen Antworten. Es freut die Postulanten, dass ihr Anliegen aufgenommen wird und man sich dazu Gedanken machen wird, ob an der PH Zug wieder Generalisten ausgebildet werden sollen. Ganz abwegig ist das Anliegen also nicht, wie auch Gespräche mit Vertretern anderer Parteien gezeigt haben. Vroni Straub hat dem Votanten gar gesagt, dass dieser Vorstoss auch von der AGF hätte kommen können.
Dass an der PH – so die Einschätzung des Hochschulrats – in begründeten Fällen die Abwahl einer Fremdsprache möglich sein soll, kann der Votant nachvollziehen. Er hat kürzlich von seinem älteren Bruder erfahren, dass dieser schon als Schüler von seinem Lehrer eine Dispens für das Fach Französisch erhielt, weil es offenbar sinnlos war, ihm diese Sprache beibringen zu wollen; offensichtlich gab es also schon damals hoffnungslose Fälle bezüglich sprachlicher Kompetenz.
Den Antrag des Regierungsrats auf Erheblicherklärung nehmen die Postulanten zur Kenntnis, sie stellen jedoch den **Antrag,** das Postulat nicht als erledigt abzuschreiben. Sie möchten nämlich gerne wissen, wie das Ganze weitergeht.

Martin Pfister als Sprecher der CVP-Fraktion: Das Postulat von Jürg Messmer und anderen nimmt ein altes Anliegen auf, das schon mehrmals ausführlich diskutiert wurde. Letztmals war dies der Fall, als der Rat das Gesetz für die Pädagogische Hochschule beriet. Der Umstand, dass Absolventinnen und Absolventen der Pädagogischen Hochschule nicht über die Unterrichtsbefähigung in allen Fächern verfügen, die in der Primarschule unterrichtet werden, stellt Schulgemeinden teilweise tatsächlich vor grosse organisatorische Herausforderungen. Diese werden unterschiedlich gelöst und können dazu führen, dass Lehrpersonen kein volles Pensum angeboten werden kann oder einzelne Lehrpersonen auch Fächer unterrichten müssen, für die sie über keine Lehrbefugnis verfügen.
Die PH Zug hat darauf bereits 2013 reagiert und bildet ihre Studierenden neu in acht statt wie bisher in sieben von zehn Fächern aus. Der Auslegeordnung, die der Regierungsrat in seiner Antwort vornimmt, ist sicher zuzustimmen. Es gibt Vor- und Nachteile bei der Ausbildung von Generalisten im Lehrberuf. Zudem hat der Rat einen neuen schönen Fachausdruck kennengelernt: «Employability». Danke, Herr Bildungsdirektor, man lernt nie aus. Die Beschäftigungsfähigkeit ist bei jeder Berufsausbildung ein wesentlicher Faktor. In diesem Sinn wäre es tatsächlich zu begrüssen, wenn ausgebildete Primarlehrpersonen über eine volle Lehrbefähigung verfügen würden. Je nach den Möglichkeiten des Arbeitsorts könnten dann immer noch jene Fächer abgewählt werden, die den Neigungen der betreffenden Lehrperson weniger entsprechen. Das wäre immer noch besser, als wenn Lehrpersonen Fächer unterrichten, für die sie in doppeltem Sinn nicht vorbereitet sind: weil sie nicht dafür ausgebildet wurden und weil es einmal Gründe gab, warum sie das Fach abgewählt haben.
Die CVP-Fraktion empfiehlt, das Postulat erheblich zu erklären, es aus formalen Gründen jedoch nicht abschreiben. Der Antwort des Regierungsrats kann man nur entnehmen, dass er das Anliegen zwar als «grundsätzlich prüfenswert» erachtet, nicht aber, was er dem Hochschulrat genau beantragen wird. Er verspricht, Ent-

scheidungsgrundlagen zu erarbeiten, ohne sie hier vorzulegen. Es scheint der CVP eine minimale Anforderung an einen Bericht auf ein Postulat zu sein, dass der Regierungsrat darlegt, ob er bereit ist, dem Anliegen der Postulanten zu entsprechen oder nicht. Bevor eine solche Stellungnahme vorliegt, kann die CVP-Fraktion das Postulat nicht abschreiben.

Barbara Strub spricht für die FDP-Fraktion. Ist ein Schulsystem sinnvoll, welches auch auf der Primarstufe das Fachlehrerprinzip der Oberstufe anwendet? Sollen auch Primarschüler in den verschiedenen Fächern von verschiedenen Lehrpersonen unterrichtet, aber leider nicht mehr vor allem nach pädagogischen Richtlinien geleitet werden? Die FDP verneint diese Fragen. Sie ist überzeugt, dass Primarschüler am erfolgreichsten über die Beziehung zur Lehrperson lernen. Lehrpersonen sollten vor allem Pädagogen sein und als solche den Stoff der Primarschule vermitteln. Die heutige Ausbildungsstruktur an der PH Zug lässt hier einiges nicht zu, was die Postulanten richtig erkannt haben. Die Regierung zeigt auf, dass ein Wechsel zur Ausbildung von Generalisten, wie dies an der PH Schwyz in Goldau bereits möglich ist, vor allem Vorteile hat.
Das Amt für gemeindliche Schulen verlangt wegen der Gleichbehandlung aller Lehrkräfte eine strikte Einhaltung der Lehrbefähigung. Oft ist das eine juristische Wertung gegenüber einer pädagogischen Fähigkeit. In einem aktuellen Fall führt das beispielsweise dazu, dass eine frisch diplomierte Primarlehrerin in ihrer 1. Klasse zwei Zeichnungsstunden nicht erteilen darf, obwohl sie dazu fähig wäre, und die Gemeinde folglich eine weitere Fachlehrperson dafür anstellen musste. Während der drei Jahre Ausbildung an der PH Zug ist es aktuell nicht einmal erlaubt, ein zusätzliches Fach abzuschliessen. Dieses muss zwingend als Nachdiplom angehängt werden, notabene berufsbegleitend, was wiederum eine Belastung für die junge Lehrperson ist.
Für eine neu zu besetzende Lehrerstelle muss eine Gemeinde also mindestens zwei Teilzeitkräfte anstellen. Die FDP begrüsst deshalb den Gedanken der Regierung, die *Allround*-Ausbildung wieder ins Auge zu fassen. Die Gründe hat die Regierung gut aufgezeigt: für die Kinder, die Lehrpersonen, die Primarschulen und die Angebotsattraktivität der Hochschule selber. Die FDP hofft sehr, dass der zuständige Hochschulrat möglichst bald in diese Richtung entscheidet. Sie würde eine *Allround*-Ausbildung für Primarlehrer sehr begrüssen. Eine Bachelor-Ausbildung für Primarlehrer sollte befähigen, in einer Vollzeitstelle als einzige Bezugsperson eine Klasse nach pädagogischen Richtlinien zu führen und zu lehren.

Beat Iten legt seine Interessenbindung vor: Er ist Schulpräsident der Gemeinde Unterägeri. Die SP-Fraktion unterstützt grundsätzlich das Anliegen einer breiten, generalistischen Ausbildung für Primarlehrpersonen und begrüsst den vorliegenden Bericht und Antrag des Regierungsrats sowie die positive Stellungnahme und Einschätzung des Hochschulrats zu diesem Postulat. Ziel der Schule auf der Primarstufe muss tatsächlich sein, möglichst wenige Personen in einer Klasse zu beschäftigen. Mit dem Einsatz von Heilpädagoginnen und -pädagogen und teilweise von Klassenassistenzen sind in einer Schulklasse oft schon mehrere Personen aktiv. Durch die zusätzlich einschränkenden Lehrpersonenprofile kommen noch weitere Lehrpersonen hinzu. Die Schülerinnen und Schüler sind mit ständigen Personenwechseln im Schulalltag konfrontiert.
Für die gemeindlichen Schulen wird die Stunden- und Fächerplanung aufgrund der Fächerprofile der Lehrpersonen zu einem zunehmenden Problem, da bei der Stundenplanung immer stärker auf die Profile der Lehrpersonen abgestützt werden muss und sich bei einem Wechsel der Lehrpersonen das ganze System nach den

neuen Personen richten muss. Es gibt nach wie vor Lehrpersonen, die gerne in einem Vollpensum oder in einem Beinahevollpensum arbeiten würden; wegen der Fächerprofile ist es heute aber kaum mehr möglich, einer Lehrperson ein volles Pensum zu garantieren. Die SP-Fraktion begrüsst daher die Bereitschaft der Regierung und des Hochschulrats, dieses Thema aufzunehmen und neue Ausbildungsmodelle zu prüfen. Mit begründeten Dispensationen kann sicher auch den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Auszubildenden Rechnung getragen und die Hürde für sie erträglich gestaltet werden. Die SP ist auch der Meinung, dass bei einem solchen Modell der Fachdidaktik in den einzelnen Fächern genügend Gewicht gegeben werden kann. Die SP unterstützt den Antrag, das Postulat erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben.

Esther Haas: Die AGF unterstützt das Anliegen, zu prüfen, ob die Studierenden der PH Zug die volle Unterrichtsbefähigung erhalten sollen. Die Postulanten zählen eine Reihe von Chancen auf, welche die Ausweitung der Fächer bringen kann. Bei der Stellensuche würde die *Allround*-Ausbildung den Lehrpersonen durchaus Vorteile verschaffen. Aber auch die Pädagogische Hochschule kann sich einen Wettbewerbsvorsprung erarbeiten; die steigenden Zahlen der PH Schwyz, welche das *Allround*-Modell hat, könnten ein Hinweis darauf sein. Die Votantin stimmt den Postulanten zu, dass zu viele Lehrpersonen im Schulzimmer gewisse Kinder überfordern. Gleichermassen gibt es aber Kinder, welche froh sind, wenn sie im Unterricht mehrere Bezugspersonen haben, sei es bloss, weil man mit den einen Lehrpersonen einfach nicht zurechtkommt, mit den anderen aber schon. Seitens der Lehrpersonen lassen sich Vor- und Nachteile auch kaum schlüssig zuordnen. Für viele ist es ein Segen, wenn sie sich mit anderen Lehrpersonen, welche in derselben Klasse unterrichten, austauschen können. Für andere Lehrpersonen aber ist der durch die vielen Absprachen entstehende Mehraufwand geradezu ein Graus.
Bedenken hat die Votantin bei der vollen Unterrichtsbefähigung bezüglich der Ausbildungsqualität. Im Vergleich zur alten Semi-Ausbildung werden in den Schulen heute mehr Fächer unterrichtet. In den Studienplan müsste also mindestens ein Zusatzfach aufgenommen werden. Die fachdidaktischen Ausbildung aber kann man nicht so schnell im Vorbeigehen erledigen; dazu ist sie für eine gute Ausbildung von künftigen Lehrpersonen zu wichtig. Mehr Unterrichtsfächer bedeutet eine längere Ausbildungszeit – was mehr Kosten nach sich zieht. Wenn man die heutige Kantonsratssitzung als Massstab nimmt, wird der Rat also genau abzuwägen haben, ob es ihm wert ist, die volle Unterrichtsbefähigung wieder einzuführen.
Die AGF schliesst sich dem Antrag der Postulanten an, das Postulat erheblich zu erklären, es aber nicht abzuschreiben.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** dankt für die sich abzeichnende Erheblicherklärung. Der Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben, wurde von der CVP damit begründet, dass die Antwort zu knapp ausgefallen sei. Die Regierung hat sich hier natürlich nicht in der primären Verantwortung gesehen; vielmehr sieht sie die Verantwortung beim Hochschulrat und bei der Hochschulleitung. Sie hat sich deswegen auf deren Argumente abgestützt und diese aus Sicht der Regierung bewertet, und deshalb ist die Antwort kurz ausgefallen. In Absprache mit den übrigen Regierungsmitgliedern kann der Bildungsdirektor den regierungsrätlichen Antrag aber revidieren: Der Regierungsrat ist bereit, noch einmal Bericht zu erstatten, das Postulat also erst später abschreiben zu lassen. Parlamentsrechtlich bedeutet das, dass ein Zusatzbericht erstellt werden muss, wobei der Zeitplan der PH Zug wie folgt aussieht: Anfang 2015 Projektstart; März 2015 Richtungsentscheide im Hochschulrat (eine Handlungsrichtlinie ist die Kostenneutralität); Avisierung der EDK betref-

fend Genehmigung der Studienreglemente; Detailausarbeitung der Reglemente und der nachgelagerten Dokumente; gegen Ende 2015 Verabschiedung der Studienreglemente und Einreichung bei der EDK; anschliessend Kommunikation und Vorbereitung der *Allround*-Ausbildung; Start der *Allround*-Ausbildung per Studienjahr 2016/17. Es sollte also möglich sein, innert der gesetzten Frist von drei Jahren dem Kantonsrat Bericht über den Vollzug der intendierten *Allround*-Ausbildung zu erstatten und die Abschreibung des Postulats zu beantragen. In diesem Sinne schliesst sich der Regierungsrat dem Antrag der Postulanten an.
Ein interessanter Aspekt ist die Wettbewerbsfähigkeit. Es wurde erwähnt, dass die PH Schwyz das Modell der *Allround*-Ausbildung bereits kennt. Im Moment herrscht an den Pädagogischen Hochschulen in der ganzen Zentralschweiz schönes Wetter: Alle sind voll ausgelastet, was insofern relevant ist, als eine nicht ausgelastete PH kostenmässig sehr schnell in schlechte Strukturen gerät. Die Wettbewerbsfähigkeit ist deshalb sehr wichtig. Und dass der Trend eindeutig in Richtung *Allrounder* läuft, darüber ist sich der Hochschulrat einig. Angehende PH-Studenten werden nicht mehr bereit sein, ein Diplom zu erwerben, das zwar gleich viel Aufwand und Studienzeit erfordert, ihnen aber eine schlechtere Beschäftigungsperspektive bietet.
Zu der in der Debatte thematisierten Frage der Teilzeitpensen: Es wird helfen, wenn die Lehrpersonen grössere Pensen übernehmen können. Man wird gewisse Schwierigkeiten, die sich heute in der Stundenplanung ergeben, umschiffen können. Man soll in dieser Hinsicht aber keine Wunder erwarten. Realität ist, dass die Lehrpersonen nicht nur deswegen Teilzeitpensen übernehmen, weil sie zu wenige Fächer unterrichten dürfen, sondern weil der überwiegend weibliche Lehrkörper in einer entscheidenden Lebensphase eine Familienpause einlegt. Das wird mit der Lehrberechtigung für mehr Fächer nicht ändern, sondern weiterhin eine Realität bleiben: Ein hoher Anteil der Lehrpersonen wird weiterhin nur Teilzeitpensen übernehmen wollen.
Zur Aussage von Barbara Strub, dass das Amt für gemeindliche Schulen – so hat es der Bildungsdirektor verstanden – die Lehrberechtigungen etwas gar pingelig kontrolliere: Diese Kontrolle ist nicht dem Geschmack des Amtsleiters oder des Amts überlassen, sondern ein gesetzlicher Auftrag, den das Amt gewissenhaft zu erfüllen versucht. Wo man den Gemeinden entgegenkommen kann, wird mit befristeten Lehrbewilligungen ausgeholfen, dies aber weniger als ein Dutzend Mal pro Jahr; man versucht auch hier eine restriktive Linie zu fahren.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur noch ein Antrag vorliegt: nämlich das Postulat erheblich zu erklären und nicht als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt das Postulat erheblich und schreibt es nicht als erledigt ab.

TRAKTANDUM 11

1237 Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Klimaschutz: Bemühungen des Kantons Zug

Es liegen vor: Interpellation (2382.1 - 14663); Antwort des Regierungsrats (2382.2 - 14785).

Andreas Lustenberger dankt im Namen der AGF dem Regierungsrat für die ausführliche und kompetente Beantwortung der Fragen. Dieselben Fragen wurden im Frühling 2014 in über fünfzehn Kantonen eingereicht. Die Antworten werden nun von der nationalen Arbeitsgruppe Klima der Jungen Grünen Partei Schweiz ausge-

wertet und die Resultate Anfang 2015 den Medien und der Öffentlichkeit präsentiert. 2015 wird mit der UNO-Klimakonferenz in Paris zu einem Schicksalsjahr für die internationale Klimapolitik. Es ist die letzte Chance für die Staatengemeinschaft, ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren. Die weltweiten Auswirkungen der anthropogenen Beeinflussung des Klimas in den letzten hundertfünfzig Jahren sind bereits vielerorts spürbar. Auch wenn die grossen Verursachernationen wohl am wenigsten stark von den direkten Folgen – extreme Trockenheit, Starkwetterereignisse, steigender Meeresspiegel etc. – betroffen sein werden, gibt es auch für diese unzählige indirekte Folgen. So ist anzunehmen, dass der fortschreitende Klimawandel beträchtliche Migrationsströme auslösen wird.
Besonders herausstreichen möchte der Votant unter anderem die Antwort zu Frage 3 über die Folgen des Klimawandels. Mit dem im Regierungsrat vorhandenen Bewusstsein, dass der noch heute zu hohe Ausstoss von CO_2 vor allem zukünftige Generationen treffen wird, ist der Grundstein für griffige Veränderungen gelegt. Es soll auch gesagt sein, dass der Kanton Zug in einigen Bereichen bereits Massnahmen eingeleitet hat und diese auch umgesetzt werden. Es braucht nun ein *Commitment* aller beteiligten Regierungen, Behörden und Parteien, dass dieser Weg konsequent beibehalten und ausgebaut wird.
In diesem Sinne ermutigt der Votant alle, das Thema Klima in ihren Agenden fett zu markieren, um gemeinsam mit guten Lösungen die Last für zukünftige Generationen möglichst tief zu halten.

Thomas Lötscher: Die FDP-Fraktion dankt der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Es ist nachvollziehbar, dass die Alternativ-Grünen wieder zu ihrem Kernthema zurückfinden, nachdem das Glencore-*Bashing* inzwischen ziemlich ausgelutscht ist. Grundsätzlich ist es richtig, dass Schadstoffausstoss nach Möglichkeit vermieden oder reduziert wird – allerdings nicht um jeden Preis. Hier hätte die FDP angesichts der Irrelevanz des Zuger CO_2-Ausstosses von der Regierung eine klare Absage an Zwangsmassnahmen und unverhältnismässige Aktionen erwartet.
Zur Grössenordnung des CO_2-Ausstosses: 4 Prozent des weltweiten CO_2-Ausstosses sind menschengemacht. Der Anteil der Schweiz am menschenverursachten Treibhausgas beträgt 0,3 Prozent. Diese Grössenordnung dürfte auch für die CO_2-Emissionen gelten. Daraus folgt: Der Anteil des menschenverursachten CO_2 der Schweiz am globalen CO_2-Ausstoss beträgt 0,12 Promille oder 1,2 Zehntausendstel. Auf den Kanton Zug entfällt – angesichts der Grössenordnung etwas grob gerechnet – ein 26-stel, also 4 Prozent des Schweizer Anteils. Die Rede ist hier somit von rund 5 Millionstel des globalen Ausstosses. An dieser Grössenordnung kann der Kanton Zug schräubeln. Aber nicht nur die vernachlässigbare Relevanz der Zuger Zahlen sprechen dagegen, hier eine grosse Maschinerie in Gang zu setzen. Auch das bisher Erreichte zeigt, dass der Kanton Zug gut unterwegs ist; die Regierung hat die bisherigen Bemühungen und Erfolge aufgezeigt. Auch die Schweiz kann sich im internationalen Vergleich sehen lassen. 2010 lag der Pro-Kopf-Ausstoss an CO_2 im Spitzenreiter Katar auf 42,1 Tonnen, die USA auf Platz 10 emittierten 18,4 Tonnen, Deutschland auf Platz 25 stiess 9,8 Tonnen aus. Die Schweiz lag auf Platz 53 mit 5,67 Tonnen.
Die FDP-Fraktion unterstützt verhältnismässige Massnahmen zum Klimaschutz, wehrt sich aber gegen Zwangsmassnahmen und gegen für Wirtschaft und Staat teure Alibiübungen.

Flavio Roos spricht für die SVP-Fraktion. Als er die vorliegende Interpellation las, dachte er als Erstes: «Die Stecknadel rettet die Welt.» Natürlich muss man Sorge

tragen – und das tut auch die SVP in grossem Stil. Die Regierung hat mit ihrer seriösen und diskreten Beantwortung dieser Interpellation Rechnung getragen. Klimaschutz ist national und international ein wichtiges Thema; es hier zu diskutieren, ist der falsche Platz. Der Votant hütet sich auch, über die Kosten zu sprechen, welche Studien, Berichte, Sitzungen etc. verursachen würden. Und es ist erstaunlich, wenn man die entsprechenden Berichte liest: Die eine Seite verfasst Studien über Erderwärmung; im Gegenzug sind es die Realisten, welche Studien vorlegen, die besagen, dass trotz Ansteigen des CO_2 die Erderwärmung gleich bleibt bzw. die Temperaturen 1 bis 2 Grad tiefer liegen als im Durchschnitt seit vielen Jahren – obwohl die Befürworter ewig das Gegenteil behaupten. Mit diesem Thema muss sich der Kantonsrat wirklich nicht befassen. Und wenn jemand wirklich Bedenken hat, kann er bei der Migros heute schon CO_2-reduzierte Produkte beziehen.
Wie im Bericht zu lesen ist, hat sich die Regierung an die Auflagen und Strategien der Klimapolitik des Bundes gehalten. Auch werden jetzt schon Massnahmen ergriffen und veranlasst, welche den CO_2-Ausstoss reduzieren. Es gibt international andere Punkte, welche zu bedenken oder zu überdenken sind – und die eventuell auch zu korrigieren wären. Das liegt aber nicht in der Hand des Kantonsrats. Die SVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für den sachlichen Bericht.

Barbara Gysel dankt namens der SP-Fraktion für das Aufnehmen des ebenso relevanten wie breiten Themas des Klimaschutzes. Auf internationaler Ebene ist eine neue Strategie gefragt, da sich die Verhandlungspartnerinnen und -partner bisher nicht auf einen globalen Klimavertrag einigen konnten. Dies wäre umso wichtiger, als unser Planet grosse Herausforderungen zu bewältigen hat und es nicht reicht, darauf zu verweisen, dass Zug nur eine Stecknadel im grossen Heuhaufen sei.
Auf nationaler Ebene gilt mindestens: Sie ist da, die Energiewende, zumindest in der Theorie, etwa in der Form der Energiestrategie 2050 des Bundesrats. Zentrale Eckpfeiler der Energiestrategie des Bundes sind Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien. Es soll hier keine Begriffsdefinition zu «Klimaschutz» oder «Energiewende» lanciert werden, aber fest steht doch, dass erneuerbare Energien auch einen wesentlichen Beitrag zum Schutz des Klimas leisten sollen. Daher hat die Regierung auf Seite 3 von 5 – «ausführlich» ist das nicht! – zu Recht auch deren Förderung als Massnahmen zum CO_2-Ausstoss aufgeführt. Es soll hier auch nicht unerwähnt bleiben, dass auf lokaler Ebene die Stadt Zug am 15. Mai 2011 die Volksinitiative «2000 Watt für Zug» angenommen hat. Damit verpflichtet sich die Stadt, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft einzusetzen. Und was ist mit dem Kanton? Die Antworten der Regierung dünken die SP etwas dünn, thematisch eher eng gegriffen und nicht zwingend glaubwürdig. Sie sind in der Tat sachlich und nüchtern gehalten – sie wurden auch «diskret» genannt –, aber wo ist ein ernsthafter Wille spürbar, im Rahmen der kantonalen Zuständigkeiten das Meist- und Bestmögliche zum Klimaschutz beizutragen?
Liebe Regierung, die Antworten sind mit Sicherheit gut und ehrlich gemeint. Aber ob sie ausreichen, effektiv, effizient und suffizient zum Klimaschutz beizutragen, bleibe dahingestellt. Der Kantonsrat bleibt gefordert, mehr zu unternehmen, dies unabhängig davon, ob ein Sparprogramm ansteht oder nicht.

Philip C. Brunner nimmt von seiner Vorrednerin das Stichwort «Energiewende» auf und hält fest, dass sich die Linke nicht nur – wie von Thomas Lötscher erwähnt – im Glencore-*Bashing,* sondern auch im Kernkraft-*Bashing* hervortut. Und wenn die SP von Energiewende spricht, müsste sie vor allem in dieser Sache etwas tun. Der Votant präsentiert einige Zahlen: Deutschland hatte vor Fukushima und vor der

Energiewende einen Kernkraftanteil von 25 Prozent. Heute erzeugt die Industrienation Deutschland 19,7 Prozent ihrer Energie mit Steinkohle; dazu kommen 25,3 Prozent Braunkohle. In Deutschland werden also von 629 Milliarden Kilowattstunden, welche dieses Land für die Produktion von Industriegütern und die Versorgung der Haushalte braucht, über 40 Prozent mit dem Verfeuern von Kohle erzeugt. Und die SP fördert das. Die Kernkraft ist in Deutschland mittlerweile – die Zahlen stammen von 2012 – auf weniger als 15 Prozent abgesunken; die Wasserkraft macht 3,4 Prozent aus, die Fotovoltaik 4,5 Prozent, die Windenergie 7,9 Prozent und sonstige alternative Energien 7,6 Prozent. Diese Energiewende ist ungeheuerlich – und der deutsche SPD-Wirtschaftsminister Gabriel hat es denn auch öffentlich gesagt: Die Energiewende ist gescheitert. Man wird dem Problem so nicht beikommen.
Was hat das mit dem Kanton Zug zu tun? Sehr viel, denn es wird Eigentum des Kantons Zug zerstört. Der Kanton Zug ist – allerdings mit einem ziemlich kleinen Anteil – Aktionär der Axpo und damit Mitbesitzer eines Milliardenvermögens. Dieses zerfällt, weil dieser auf Wasserkraft ausgerichtete Konzern dramatisch an Wert verliert. Grund dafür ist die Überproduktion von alternativen Energien. Besonders an schönen Sommertagen oder wenn es in der Nordsee windet, gibt es zu viel Strom, und zwar Strom, der durch die Strombezüger massiv subventioniert wird. Das Groteske daran ist, dass in Deutschland die Industrie von diesen Subventionsbeiträgen befreit ist, die Last also auf den Kleinen und den Haushalten liegt. In *dieser* Problematik müsste sich die Linke einbringen, da würde sie viel mehr für das Klima tun als mit dem Einreichen von Vorstössen wie dem vorliegenden. Der Votant ruft die Ratslinke dazu auf, das Vernünftige zu tun und aufzuhören, auf der Kernenergie, einer guten Sache, herumzu*bashen*. Mehr noch: Es wäre besser, Kernkraftwerke der neuesten Generation zu haben. Es fährt ja auch niemand mit Autos aus den Siebzigerjahren herum, die man irgendwie aufgerüstet hat, damit sie den neuesten Sicherheitsnormen entsprechen. Eigentlich bräuchte man also neue Kernkraftwerke, auch in der Schweiz. Das würde der Luft und dem Klima mehr nützen als solche Vorstösse.

Andreas Lustenberger ist der Ansicht, dass man den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben muss. Wenn man von Energiewende spricht, heisst das nicht, dass man auf Braunkohle setzen muss, wenn die Atomkraftwerke abgeschaltet werden – wobei der Votant es aber spannend findet, dass die SVP hier gerade Deutschland zum Vorbild nimmt. Und bei der Energiewende geht es nicht nur um den CO_2-Ausstoss, es geht vielmehr um den Schutz von Mensch und Umwelt, um die langfristige Erhaltung der natürlichen Ressourcen. Es geht hier aber auch um den Abbau von Uran, der sehr viele Schadstoffe verursacht, und um die Endlagerung der radioaktiven Abfälle, die nicht gelöst ist. Es gibt sehr viele Probleme, wobei die Schweiz einen guten Weg eingeschlagen hat und von einer Energiewende spricht, die ohne Braunkohle auskommen soll. Die Schweiz als Wasserschloss Europas hat sehr gute Möglichkeiten für den Ausbau erneuerbarer Ressourcen. Auf diesem Weg gilt es fortzuschreiten.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort. Bezüglich der Feststellung von Barbara Gysel, sie sei etwas kurz ausgefallen, hält der Baudirektor fest, dass es nicht auf die Quantität, sondern auf den Inhalt ankommt. Die Antwort ist sachlich ausgefallen und beschönigt nichts. Sie zeigt auf, was der Regierungsrat tut und was er nicht tut bzw. nicht tun kann.
Bezüglich 2000-Watt-Gesellschaft verweist der Baudirektor auf die Stadt Zürich, die sich ebenfalls diesem Ziel verschrieben hat. Man steht heute leider keineswegs dort, wo man stehen sollte. Es ist ein gesellschaftliches Phänomen, dass in allen

Bereichen zwar von Sparen gesprochen wird, dann aber mehr oder minder nichts geschieht.
Bezüglich Energiewende und CO_2-Problematik weist der Baudirektor auf das Buch «Das grüne Paradoxon» des deutschen Professors Hans-Werner Sinn hin. Dieser kommt zum Schluss, dass in der CO_2-Debatte die Rechnung nicht wie gewünscht aufgeht. Deshalb kann man auch den Hinweis von Philip C. Brunner nicht einfach in den Wind schlagen. Die deutsche Energiepolitik ist nämlich eine reine Katastrophe und hat mit Klimapolitik schlichtweg nichts mehr zu tun. Es werden am Laufmeter Kohlekraftwerke gebaut, und es gibt eine Subventionitis für erneuerbare Energien. Damit wird der Preis für die Wasserkraft kaputtgemacht, so dass man in Bern über Subventionen für die Schweizer Wasserkraftwerke sprechen muss. Man stelle sich das vor: Ohne Subventionen gehen die Schweizer Wasserkraftwerke zugrunde. Die Axpo – der Baudirektor ist Axpo-Verwaltungsrat und weiss, wovon er spricht – hat 2,4 Milliarden Franken in das Kraftwerk Linth-Limmern investiert, und sie wird in den nächsten zwanzig Jahren rote Zahlen schreiben. Linth-Limmern wird nicht rentieren. Wenn es in Deutschland so weitergeht, gehen die Versorgungsfirmen kaputt. Alpiq beispielsweise wird, wenn nicht Wertberichtigungen in Milliardenhöhe vorgenommen werden, pleitegehen. Als der Baudirektor in den Axpo-Verwaltungsrat eintrat, hatte Axpo einen Wert von etwa 12 Milliarden Franken; vor zehn Jahren waren es sogar 20 Milliarden Franken. Vor einem Monat musste eine Wertberichtigung von 1,5 Milliarden Franken, die zweite in diesem Jahr, vorgenommen werden, und heute hat Axpo noch einen Wert von 3 bis 3,5 Milliarden Franken, Tendenz sinkend. Das bedeutet, dass irgendwann auch die Versorgungssicherheit ein Thema wird, denn eine Stromfirma in dieser Lage muss sich fragen, wo sie noch investieren will. In Europa sind Investitionen nicht mehr möglich, also geht man in einen anderen Markt und macht Energiehandel, beispielsweise in den USA oder in Brasilien. Damit wird die Versorgungssicherheit aufs Spiel gesetzt. Und warum unternehmen die Kantone nichts? Die Kantone haben in den letzten Jahren Milliarden an Werten verloren. So ist die Axpo-Beteiligung in den Büchern des Kantons Zug noch mit 1 Franken ausgewiesen; Zug merkt also gar nichts, wenn Axpo pleitegeht.
Man muss sorgsam umgehen mit der Energiepolitik, die ja auf Bundesebene beschlossen wird. Die Kantone sind *für* die Energiewende und *für* erneuerbare Energien, wichtig ist aber, dass der Markt nicht kaputtgemacht werden darf. Die momentane Entwicklung und die abstruse Gesetzgebung in Deutschland aber machen den Markt kaputt, und das hat gravierende Auswirkungen auch auf die Schweiz. In Deutschland bezahlen Grossfirmen für den Strom nichts, der kleine Bürger aber wird Jahr um Jahr mehr geschröpft. Man muss in der Schweiz aufpassen, dass man nicht denselben Weg geht. Die in «Das grüne Paradoxon» dargelegten Fakten gehen in dieser Debatte leider in Vergessenheit.
Der Baudirektor garantiert den Interpellanten, dass der Kanton Zug am Ball bleiben und tun wird, was er tun kann und wofür er zuständig ist. Das ist vor allem im Gebäudebereich der Fall. Der Regierungsrat behält die Klimapolitik also im Auge und achtet darauf, dass CO_2-Problematik nicht ob der Energiewende in Vergessenheit gerät.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 12

1238 Interpellation der CVP-Fraktion betreffend non-monetäre Zeittauschmodelle in der Altersbetreuung im Kanton Zug

Es liegen vor: Interpellation (2392.1 - 14667); Antwort des Regierungsrats (2392.2 - 14796).

Silvia Thalmann spricht für die Interpellantin. Auf schlichte Fragen hat die Regierung akademische Antworten gegeben. Obwohl die Votantin mit der Materie bereits vertraut war, musste sie den Text mehrmals lesen, um die Erkenntnisse und die Haltung der Regierung herauslesen zu können. Sie weist auf die Antwort auf Frage 2 hin. Als Interpellantin hegte die CVP Zweifel am Modell KISS, dies besonders, weil mit dem Gutschreiben von Zeitguthaben doch ein erheblicher administrativer Aufwand verbunden ist. Wie viel einfacher und selbstverständlicher wäre es, wenn Hilfe unkompliziert, direkt und ohne Umweg über eine Scharnierstelle geleistet würde. Doch bezüglich dieser Bedenken erhielten die Interpellanten keine klare Auskunft: Aus der Antwort der Regierung wird nicht ersichtlich, ob das Modell KISS in diesem Punkt tatsächlich zu kritisieren ist.
Interessant ist hingegen die Antwort auf Frage 1. Hier ging es um die Erfahrungen aus bereits bestehenden Projekten. Hierzu kann gesagt werden, dass in der Schweiz zurzeit drei Modelle in der Umsetzungsphase sind. Die Laufzeit ist jedoch zu kurz, um bereits eine vertiefte Analyse und damit aussagekräftige Aussagen machen zu können. Zudem unterscheiden sich die Modelle wesentlich. Während das St. Galler Modell keine Überschreibungen von Zeitguthaben vorsieht, ist dies bei den Modellen von Nidwalden und Luzern möglich. Zudem sind beim St. Galler Modell Garantieleistungen vorgesehen, nicht so bei den beiden Zentralschweizer Modellen. Mit der Regierung einig sind die Interpellanten, dass nichtmonetäre Zeittauschmodelle nicht als vierte Säule bezeichnet werden können, sondern dass es sich hierbei um eine organisierte nachbarschaftliche Hilfe handelt.
Obwohl die demografische Entwicklung in aller Munde ist, stimmen die Zahlen, welche die Regierung auf Seite 2 aufführt, mehr als nachdenklich. Die Zunahme der Altersgruppen der über 65-Jährigen und jene der über 80-Jährigen ist frappant. Die Betreuung dieser Hochbetagten wird nur durch nachbarschaftliche Hilfe, ob organisiert oder nicht, zu bewältigen sein. Dazu leistet, wie der Regierungsrat ausführt, ein Zeittauschmodell einen hilfreichen Beitrag. Im Zentrum stehen die Hilfe zur Selbsthilfe, die Solidarität unter der älteren Bevölkerung sowie die Eigenverantwortung. Diese Werte sind zu stützen und zu fördern.
Die CVP steht zur heutigen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. In diesem Sinne sieht sie es nicht als Aufgabe des Kantons, im Bereich Pflege und Betreuung im Alter in gemeindliches Aufgabengebiet einzugreifen. Hingegen konnte man den Ausführungen des Regierungsrats entnehmen, dass der Aufbau von Zeittauschmodellen Zeit und finanzielle Mittel benötigt. Es ist deshalb zu begrüssen, dass der Kanton die private Initiative in diesem zentralen gesellschaftspolitischen Bereich mit einer Anschubfinanzierung, alimentiert aus dem Lotteriefonds, zu unterstützen gedenkt. Auch die Prüfung des Modells durch die SOVOKO deutet die CVP als positives Signal, nämlich als vertiefte Auseinandersetzung mit einem Modell, dass das selbständige Wohnen im Alter unterstützt. Eine Rückfrage bei den Initianten von KISS hat ergeben, dass die Voraussetzungen zur Gründung einer Genossenschaft im Kanton Zug sehr gut sind. Die Resonanz auf verschiedene Veranstaltungen hin ist positiv, und die Sponsorensuche zeigt erste Erfolge: Zwei namhafte Beträge sind zugesichert. Auch wenn dieses Modell nicht *die* Lösung für die enormen Herausforderungen der demografischen Entwicklung ist, leistet es doch einen positiven und kostengünstigen Beitrag dazu, dass ältere Personen länger

selbständig wohnen können. Aus all diesen Gründen verdient das Modell im Kanton Zug eine Chance. Dazu gehört auch eine Anschubfinanzierung durch den Kanton.

Markus Jans als Sprecher der SP-Fraktion: Die Zunahme der älteren Bevölkerung bringt auch Herausforderungen mit sich. Vor allem, wenn im höheren Alter die Bewegungsräume kleiner werden und eine gewisse Hilfs- und Pflegebedürftigkeit entsteht, wird es in Zukunft neben ausgebauten professionellen Dienstleistungen – Spitex, Alters- und Pflegeheime, Hospiz Zug, Palliativ Zug, Fachstellen der Gemeinden etc. – auch ein vermehrtes Engagement der Zivilgesellschaft brauchen. Es ist auch im Interesse des Staates, dieses in geeigneter Weise zu fördern. Wie die CVP in ihrer Interpellation einleitend richtig festhält, ist die Alterspolitik Aufgabe der Gemeinden. Die Gemeinden haben sich dazu mit der Spitexkommission organisiert und sind gewillt, die anfallenden Aufgaben gemeinsam zu lösen. Dies ist kein einfaches Unterfangen, haben die Gemeinden doch oft verschiedene Interessen.
Betreffend Alterspolitik besteht erheblicher Koordinationsbedarf zwischen den Gemeinden und dem Kanton Zug. KISS ist nur *eine* unter anderen Organisationen, die bei den Gemeinden und beim Kanton Geldmittel für ihre Organisation beantragen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich für eine gute Sache einsetzen und von sich überzeugt sind, das Richtige zu tun. Der Regierungsrat verfügt über den Lotteriefonds. Über diesen Fonds kann er schnell und relativ unbürokratisch grössere Geldsummen für eine Anschubfinanzierung bereitstellen. Ein solches Kässeli fehlt den Gemeinden, um eine Anschlusslösung sicherzustellen. Wenn der Kanton mit einer Anschubfinanzierung ein solches Projekt finanziert und erwartet, dass die Gemeinden dieses in drei Jahren übernehmen, ist das aus der Sicht des Votanten ein falsches Vorgehen. Die Interpellationsantwort zeigt das Dilemma der Gemeinden deutlich auf. Der Regierungsrat schreibt, dass er sich eine Anschubfinanzierung aus dem Lotteriefonds vorstellen könne und diese geprüft werde. Damit stehen die Gemeinden bereits unter grossem Druck, einer Finanzierung ebenfalls zuzustimmen. Mit 1 Franken pro Kopf der Bevölkerung sind sie dabei – und das Jekami kann beginnen. Dies betrifft nicht nur das Gesuch von KISS, sondern auch andere Projekte. Hier läuft doch etwas völlig falsch. Sind nun die Gemeinden für die Alterspolitik zuständig oder nicht? Weshalb verweist der Regierungsrat KISS und andere Organisationen nicht an die Gemeinden, an die SOVOKO oder andere gemeindliche Organisationen? KISS rechnet für den Aufbau der Geschäftsstelle mit jährlichen Kosten in der Grössenordnung von über 200'000 Franken. Angestellt werden sollen eine Geschäftsführerin und zwei Koordinatorinnen zu je 100 Prozent. Das Geld wird benötigt für den Aufbau eines Erfassungssystems, für die Verrechnung des Zeitaufwands und der Zeitgutschrift, zur Unterstützung der Zusammenführung von Zweierteams, für die Büromiete und die Anschaffung des Mobiliars. Es besteht aber – und das ist zentral – keine Garantie, dass die Leistungsguthaben später auch tatsächlich eingelöst werden können.
Mit dem Pilotprojekt «einfachfreiwillig.ch» will der Kanton Zug die Nachbarschaftshilfe fördern und die Zugerinnen und Zuger dafür sensibilisieren. Vor einem Jahr wurde Benevol Zug vom Zuger Regierungsrat mit der Umsetzung betraut. Jetzt stehen die ersten Massnahmen parat, unter anderem als Herzstück ein Webportal für informelle Freiwilligenarbeit im Kanton Zug. Damit erhalten die Zugerinnen und Zuger ein praktisches Werkzeug. Wer Hilfe sucht, findet damit schnell und unkompliziert Kontakt zu Freiwilligen.
Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass mit dem Projekt «einfach freiwillig.ch» ein wichtiger Schritt zur Förderung der freiwilligen Arbeit gemacht wird. Bevor nun aber bereits wieder neue Projekte lanciert werden, sollten die Resultate abgewartet werden. So unbeschränkt sind die Ressourcen der Freiwilligen auch nicht, dass man

jede Menge sich konkurrierender Projekte lancieren kann. Und vor allem kann es nicht sein, dass der Kanton ohne Absprache mit den zuständigen Gemeinden hilft, ganz viele Projekte anzustossen, die Gemeinden dies aber nachher auslöffeln müssen. Fast jedes Projekt im Altersbereich kann sinnvoll sein. Ob aber auch jedes Projekt die Hilfe der öffentlichen Hand verdient, bezweifelt die SP.
Auf die Nachfrage des Vorsitzenden hält der Votant fest, dass er in der Stadt Zug nicht verantwortlich ist für die Alterspolitik und in der SOVOKO als Sekretär keine Entscheidungsbefugnisse hat. Es gibt deshalb keine Interessenbindung, die er offenzulegen hätte.

Maja Dübendorfer Christen hält fest, dass für die FDP-Fraktion die Antwort des Regierungsrats genau richtig gehalten ist. Er zeigt nämlich klar auf, dass er um die Problematik in der Alterspolitik weiss und neuen Aktivität in dieser Richtung nicht im Wege stehen wird. Doch er weiss auch um die Gewaltentrennung und die Gemeindehoheit in diesem Bereich.
Die Grundidee von Zeitvorsorgemodellen sollte auf Eigenverantwortung und Solidarität basieren und auf private Initiative hin entstehen. Das vorliegende Modell erinnert sehr stark an ein Schneeballsystem, welches zum Funktionieren eine ständig wachsende Anzahl an Mitwirkenden braucht. In der Schweiz bereichern rund 80'000 Vereine das kulturelle, sportliche und kameradschaftliche Zusammenleben. Viele Vereine tragen, ohne sich dies explizit auf die Fahne zu schreiben, viel zum Beispiel zur Jugendarbeit, Sportförderung, Freizeitgestaltung, Weiterbildung und/oder Generationenarbeit bei. Die meisten wurden von Idealisten und Gleichgesinnten gegründet, schlicht mit dem Ziel, sich gemeinsam für das Gleiche zu engagieren. Die grosse Mehrheit der aktiven Vereinsmitglieder macht dies freiwillig und unentgeltlich. Auch Zeittauschmodelle können mit diesem Ziel als aktive Vereine gegründet werden, Mitgliederbeiträge dürfen erhoben werden und Vorstandstätigkeiten könnten mit Zeitgutschriften sogar «entlöhnt» werden.
Für die FDP-Fraktion ist klar, dass vom Kanton keinerlei Anstossfinanzierungen gemacht werden dürfen. Sollte aber diese Idee zukunftstauglich sein, kann immer noch in Form eines Leistungsauftrags oder einer Vereinbarung eine Zusammenarbeit beschlossen werden. Die Prüfung des eingereichten Finanzierungsgesuchs sollte unbedingt vor diesem Hintergrund betrachtet werden.

Hanni Schriber-Neiger spricht für die AGF und fragt: Kann Altersbetreuung mit Zeitgutschriften in Form von Freiwilligenarbeit ein Lösungsansatz sein? Die AGF glaubt ja, denn auch Freiwilligenarbeit hat einen Wert und schafft zudem das unbezahlbare Zusammengehörigkeitsgefühl. Die AGF sieht im Zeittauschmodell KISS einen zusätzlichen Weg für die Altersbetreuung und eine Chance für die Zukunft, auch wegen der Herausforderungen, welche mit der demografischen Veränderungen auf die Gesellschaft zukommen. Das Modell KISS will neben den drei bereits bekannten Vorsorgesäulen faktisch eine vierte Säule aufbauen: eine geldfreie Zeitvorsorge. Wer eine Stunde Freiwilligenarbeit geleistet hat – egal in welcher Art von Arbeit –, erhält eine Gutschrift auf ein Zeitkonto und kann diese Stunde später wieder geltend machen. Da das KISS-Modell zwischen Betreuung/Unterstützung und Pflege abgrenzt, stellt es auch keine Konkurrenz zur «normalen» Freiwilligenarbeit dar, werden doch die Benevol-Grundlagen beachtet. Mit einer zu gründenden Genossenschaft, die sich nach den örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen ausrichten soll, können Strukturen und auch Kontinuität geschaffen werden. Hier könnte sich der Kanton mit einem Startkapital eingeben.
Das KISS-Modell kann eine mögliche Option sein, wenn sich eine Person im AHV-Alter Gedanken wie die folgenden macht: Wer schaut zu mir, wenn ich etwas brau-

che? Was sind meine Bedürfnisse? Habe ich Kontakte, auch wenn ich alleine lebe? Kann ich die Hilfe Freiwilliger annehmen? Sicher ist das KISS-Modell nicht für alle älteren Menschen gedacht. Es ist vielmehr eine Herzensangelegenheit, sich in eine Zeittauschbörse einzugeben. Man muss selber herausfinden, welche Wertschätzung und Anerkennung man vom Nutzniessenden oder von der Öffentlichkeit haben möchte. Wem aber dieses Zeittauschmodell nicht behagt, wird sich – das nötige Geld vorausgesetzt – die Hilfe wohl einkaufen oder einkaufen müssen. Auch auf der Geberseite entsteht ein Gewinn. Unternehmungslustige Rentnerinnen und Rentner werden motiviert, ihre Fähigkeiten und zeitlichen Ressourcen in die Gesellschaft einzubringen. Die AGF glaubt, dass das KISS-Modell in den nächsten Jahren auf der ganzen Linie ein Gewinn wird.

Franz Peter Iten hält als ehemaliger Gemeinderat von Unterägeri und als Stiftungsrat von Pro Senectute fest, dass die Nachbarschaftshilfe in der Schweiz schon eine längere Tradition hat. Sie ist aber noch nicht so organisiert wie andere Non-Profit-Organisationen, weshalb die Idee entstanden ist, sie allenfalls mit einer Anschubhilfe des Staats zu etablieren. Das ist gut so, ist Nachbarshilfe doch ein Bestandteil der Alters- und damit der Sozialpolitik.
Pro Senetute arbeitet daran, im Kanton Zug ein sogenanntes Haus der Generationen zu errichten. Die Idee ist es, die Non-Profit-Organisationen unter einem Dach zu bündeln und Doppelspurigkeiten im Sozialangebot zu vermeiden. So soll beispielsweise Pro Senectute mit der sogenannten Haushaltshilfe Menschen betreuen, die nicht krank sind. Sobald diese Menschen krank werden, soll die Betreuung in einem kontinuierlichen Prozess an die Spitex übergehen, welche entsprechendes Fachpersonal hat etc. Pro Senectute wird diese Vision mit Nachdruck verfolgen, zumal im Zuger Stadtparlament eine Motion eingereicht wurde, welche verlangt, dass die Transparenz der Sozialangebote untersucht wird. Dasselbe hat der Votant in Unterägeri bewerkstelligt, indem er direkt auf den Gemeinderat zugegangen ist, damit dieses Anliegen auf einer unteren Stufe behandelt wird; sollte das nicht reichen, wird er eine Motion einreichen. Es geht um eine Bündelung der Kräfte, um die Vermeidung von Doppelspurigkeiten und darum, die bereits bestehenden Organisationen auf ein gemeinsames Geleise zu bringen, dies zugunsten der Gesellschaft, insbesondere der älteren und der vielleicht noch nicht ganz älteren Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons Zug. Das Resultat soll sein, dass Geld gespart und sinnvoller eingesetzt wird; dass also kein Angebot mit vielen Doppelspurigkeiten gemacht wird, sondern die Kräfte gebündelt werden.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass KISS – die Abkürzung bedeutet «Keep it small and simple» – ein interessantes neues Angebot ist. In den nächsten zwanzig Jahren steigt die Zahl der über 65-Jährigen von 18'000 auf rund 32'000 Personen. Die Leistungen im Bereich Pflege und Betreuung aus eigener Kraft sicherzustellen, wird sehr schwierig werden. Auch im Freiwilligenbereich müssen und werden neue Wege gegangen. Der Verein KISS, der für die konkrete Umsetzung mit Genossenschaften operiert, ist ein erfolgversprechendes Modell. Der Verein hat für den Aufbau bereits über 8000 Stunden Gratisarbeit geleistet. Die Gemeinde Cham hat am 1. Juli 2014 die Einführung beschlossen; in der nächsten Woche findet die Startsitzung statt. Mit den Gemeinden ist die Regierung sehr wohl im Gespräch. Markus Jans als Sekretär der SOVOKO weiss, dass die Direktion des Innern die SOVOKO auf morgen eingeladen hat und KISS dabei ebenfalls ein Traktandum ist. Auch für die baselstädtische Regierung, das Freiamt und den ganzen Kanton Aargau ist KISS ein Thema. Die Direktorin des Innern ist der Meinung, dass auch die Freiwilligenarbeit offen für Veränderungen sein muss

und dass vor allem die demografische Herausforderung gemeistert werden muss. KISS kann dazu einen Beitrag leisten. Auch etwas Wettbewerb unter den Freiwilligenorganisationen darf sein, und auch neue Ideen dürfen zugelassen werden. Benevol macht hervorragende Arbeit, den Verein KISS muss man deshalb aber nicht schlechtreden. Es gilt vielmehr: Das eine tun und das andere nicht lassen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

1239 Nächste Sitzung

Donnerstag, 27. November 2014 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

86. Sitzung: Donnerstag, 27. November 2014 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.15 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 30. Oktober 2014
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
4. Kommissionsbestellungen
5. Budget 2015 und Finanzplan 2015–2018
6. Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen (Beurkundungsgesetz; BeurkG): 2. Lesung
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den «Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus», Planung, Landerwerb und Bau, mit Genehmigung des Generellen Projekts
8. Verlängerung des Einsatzes eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Kantonsgerichts
9. Gesetz über den Jugendschutz betreffend Filmvorführungen und audiovisuelle Trägermedien (FATG; Totalrevision des Filmgesetzes)
10. Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens
11. Geschäfte, die am 13. November 2014 nicht behandelt werden konnten

1240 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Urs Raschle und Eusebius Spescha, beide Zug; Monika Barmet, Menzingen; Gloria Isler, Baar; Leonie Winter, Hünenberg; Andreas Hürlimann, Steinhausen.

1241 Mitteilungen

Der Landammann vertritt den Regierungsrat heute in Luzern an der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK). Er wird der Kantonsratsdebatte ganz oder teilweise fernbleiben. Das Traktandum 9 wird der Landammann erst am Nachmittag vertreten können; gegebenenfalls muss die Traktandenliste kurzfristig umgestellt werden.

Der Volkswirtschaftsdirektor lässt sich für die Nachmittagssitzung entschuldigen; er nimmt als Vertreter des Kantons Zug an der Nationalen Föderalismuskonferenz in Solothurn teil. Die Direktorin des Innern hat ab 14.30 Uhr eine Sitzung der Forst- und Jagd-Direktorinnen und -Direktoren. Sie muss daher an der Nachmittagssitzung ebenfalls fehlen.

Schweizer Radio und Fernsehen srf sowie Tele 1 ersuchen um die Bewilligung, Ton- und Bildaufnahmen zu machen und die Filmaufnahmen im Fernsehen wiederzugeben. Gefilmt werden soll insbesondere die Debatte zum Stadttunnel. Gemäss § 31bis Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung muss der Rat dies bewilligen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 1

1242 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

1243 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 30. Oktober 2014

Es liegt das Protokoll der Vormittagssitzung vom 30. Oktober vor. Dazu gibt es keine Änderungsanträge. Das Protokoll der Nachmittagssitzung vom 30. Oktober 2014 wird dem Rat am 11. Dezember 2014 zur Genehmigung vorgelegt.

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Vormittagssitzung vom 30. Oktober 2014 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

Das Traktandum wird usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung behandelt.

TRAKTANDUM 4

Kommissionsbestellungen

Es sind keine Kommissionen zu bestellen.

TRAKTANDUM 5

1244 Budget 2015 und Finanzplan 2015–2018

Es liegen vor: Gedrucktes Budget; Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (2443.1 - 14799).

Der **Vorsitzende** macht folgende Hinweise zum Vorgehen:
- Auf Seite 5 des Budgetbuchs finden sich die acht Anträge des Regierungsrats.
- Die Angaben zum Budget 2015 sind im Budgetbuch immer in der blauen Spalte aufgeführt.
- Der Rat behandelt Budget und allfällige Leistungsaufträge zusammen.
- In der Detailberatung folgt der Rat der Institutionellen Gliederung (ab Seite 47).
- Nach dem ersten Block der Detailberatung führt der Rat die Abstimmungen über die Anträge des Regierungsrats zum Budget und zu den Leistungsaufträgen durch, d.h. er beschliesst über die Anträge 1–5 auf Seite 5 des Budgetbuchs.
- Im zweiten Block der Detailberatung wird über die Festsetzung des Steuerfusses der allgemeinen Kantonssteuer (Antrag 6) und die Kenntnisnahme des Finanzplans (Antrag 7) beraten und darüber abgestimmt.
- Am Schluss nimmt der Rat Kenntnis von der Finanzierungsprognose bis 2030 (Antrag 8).

EINTRETENSDEBATTE

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der Eintretensdebatte gegebenenfalls sowohl zum Budget als auch zum Finanzplan gesprochen wird. Insbesondere wird Stellung genommen zum Bericht und Antrag des Regierungsrats, also zu Seite 5–27 im Budgetbuch.

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission: David Ricardo, ein britischer Ökonom hat vor rund zweihundert Jahren das Zitat «Die Defizite von heute sind die Steuern von morgen» geprägt. «Ja», kann man vielleicht sagen, «aber unser Schatzmeister Peter Hegglin hat doch etwa 900 Millionen in seiner Kasse.» «Ja», antwortet darauf der Stawiko-Präsident, «aber damit wollten wir doch Infrastrukturprojekte und nicht Defizite finanzieren!»
Der vorliegende Finanzplan weist für die Jahre 2015–2018 Defizite von rund 430 Millionen Franken aus, davon ist rund die Hälfte liquiditätswirksam. Vom Kassenbestand von 900 Millionen Franken gehen also 200 Millionen Franken für die Finanzierung von Defiziten weg, und 700 Millionen Franken bleiben für Investitionen in diesem Zeitraum. Damit wird das Liquiditätspolster per Ende 2018 praktisch aufgebraucht sein.
Der Regierungsrat legt aufgrund der im Frühjahr teilweise erheblich erklärten CVP-Motion erstmals zusammen mit Budget und Finanzplan eine Finanzierungsprognose für die Jahre 2019–2030 vor. Man findet diese auf Seite 18ff. des Budgetbuchs. Der Stawiko-Präsident hat bereits vor zwei Wochen darauf hinwiesen und geht davon aus, dass die Kantonsrätinnen und Kantonsräte sich diese zu Gemüte geführt haben. In der kleinen Aufstellung auf Seite 18 unten kann man sehen, dass der Regierungsrat per Ende 2018 mit einer Liquidität von lediglich noch 44 Millionen Franken rechnet und damit in die zweite Phase startet. Den ab 2019 bis 2030 geplanten Investitionen von 2,3 Milliarden Franken stehen Finanzierungsbeiträge von lediglich 633 Millionen Franken gegenüber, so dass der Regierungsrat bis 2030 eine Fremdfinanzierung von über 1,6 Milliarden Franken prognostiziert. Natürlich weiss der Stawiko-Präsident, dass solch langfristige Prognosen immer ein wenig Kaffeesatzlesen sind. Trotzdem ist die Zahl 1,627 Milliarden Franken für

ihn eine der wichtigsten Zahlen im ganzen Budgetbuch. Man stelle sich vor, dass man sich ein Milchbüchlein kauft und als erste Position «Fremdfinanzierung 2030: 1,627 Milliarden Franken» einträgt. Das sind 1627 Millionen Franken, man schreibt also die Zahl 1627 und hängt dann noch sechs Nullen an. Man muss das Milchbüchlein wahrscheinlich im Querformat verwenden, damit diese grosse Zahl überhaupt Platz hat! Der Stawiko-Präsident kann den Rat aber noch mit einer anderen Zahl erschrecken: 1,6 Milliarden Franken entsprechen einer Verschuldung von knapp 14'000 Franken pro Einwohner.
In das Milchbüchlein kann man nun in den nächsten Monaten und Jahren alle gegenüber der heutigen Planung abweichenden Positionen mit plus oder minus eintragen. Für die Sitzung vor zwei Wochen beispielsweise trägt man ein: «Mehrkosten Dreifachsporthalle: plus 5,2 Millionen Franken.» Und heute kann man bezüglich Stadttunnel vielleicht eintragen: «Beitrag Stadt Zug: minus 20 oder 40 Millionen Franken; Zuschlag Motorfahrzeugsteuer: minus 200 oder 300 Millionen Franken». Wenn das Entlastungsprogramm erfolgreich umgesetzt wird, fallen pro Jahr vielleicht liquiditätswirksame Entlastungen in der Grössenordnung von 50 Millionen Franken an; das ergibt für fünfzehn Jahre die stolze 750 Millionen Franken, die als Minusposten eigetragen werden können. Wenn man dann bei Null angelangt ist, darf man sich zurücklehnen, sich gegenseitig auf die Schultern klopfen und erfreut feststellen: Ziel erreicht!
Wenn das doch alles nur so einfach wäre! Der Stawiko-Präsident vermutet aber eher: Es wird ein sehr steiniger Weg. Er glaubt deshalb, dass man sich bereits freuen darf, wenn man bei einer Fremdfinanzierung von vielleicht maximal minus 500 Millionen Franken angekommen sein wird – dies deshalb, weil in den Investitionen wirklich langfristig nutzbare Werke enthalten sind, deren Kosten zu einem angemessenen Teil getrost auf die nächste Generation übertragen werden dürfen. Zu bedenken ist aber, dass bereits 500 Millionen Franken bei einem Zinssatz von 3 Prozent jährlich 15 Millionen Franken kosten – was 2 Steuerfussprozenten entspricht.
Zum Budget 2015 und zum Finanzplan 2015–2018: Vor zwei Jahren stand für das Jahr 2015 im Finanzplan ein Minus von 56 Millionen Franken; vor einem Jahr stand im Finanzplan für 2015 ein Minus von 96 Millionen; und heute liegt für 2015 ein Budget vor, das ein Minus von 179 Millionen Franken ausweist. Das ist praktisch doppelt so viel wie noch vor nur einem Jahr prognostiziert. Das ist kein Vorwurf an den Regierungsrat, sondern zeigt auf, wie schwierig es ist, nur schon auf zwei oder drei Jahre hinaus Zahlen zu prognostizieren. Es zeigt auch, dass die auch im Kantonsrat öfter vertretene Meinung, es werde schon nicht so schlimm kommen, nicht angebracht ist. Im Gegenteil: Es ist erschreckend, wie massiv sich das Ganze in kurzer Zeit negativ entwickelt hat. BAK Basel war in den letzten Jahren jeweils noch optimistischer. Der Stawiko-Präsident muss gestehen, dass seine BAK-Basel-Gläubigkeit in letzter Zeit erheblich gelitten hat, und die Regierung tut wahrscheinlich gut daran, noch kritischer zu sein und sich vielleicht von dieser Beratungsfirma etwas abzunabeln – zumal sich dadurch auch Kosten sparen liessen.
Der Regierungsrat hat den ihr anlässlich der Debatte über die CVP-Motion zugespielten Ball aufgenommen und schnell zwei Massnahmen eingeleitet. Er hat für sich selbst ein *Tool* entwickelt, womit er langfristige Finanzprognosen erstellen kann. Dieses *Tool* wurde der Stawiko in ihrer Klausur vorgestellt. Die Kommission konnte sich überzeugen, dass diverse Modelle simuliert und Auswirkungen von Massnahmen schnell errechnet werden können, dies auf der langen Zeitachse von ungefähr fünfzehn Jahren. Die Mitarbeitenden der Finanzverwaltung und der Steuerverwaltung verstehen es offensichtlich mindestens so gut, wenn nicht besser als BAK Basel, solche Prognosen zu erstellen.

Als Zweites hat die Regierung ein Entlastungsprogramm eingeleitet. Es wurde im Frühsommer angekündigt, und seither sind Regierung und Verwaltung intensiv an der Arbeit. Der Stawiko-Präsident konnte feststellen, dass Regierung und Verwaltung diese Aufgabe sehr ernst nehmen. Der Regierungsrat hat ein äusserst sportliches Zeitprogramm vorgegeben, das wohl nur schwer einzuhalten sein wird. Die Stawiko wird diesen Prozess in ihren nächsten Sitzungen begleiten und sich orientieren lassen, welche Fortschritte erzielt wurden – und der Stawiko-Präsident hofft bzw. geht davon aus, dass der Kantonsrat schon bald erste Massnahmen diskutieren und beschliessen kann. Dann wird sich zeigen, ob auch der Kantonsrat gewillt ist, seine Verantwortung für einen gesunden Staatshaushalt zu übernehmen.
Die Stawiko-Delegationen haben sich wiederum vertieft mit dem Budget und dem Finanzplan auseinandergesetzt. Sie haben nach weiterem Sparpotenzial gesucht und sind teilweise fündig geworden; teilweise wurden sie von den Direktionen auch auf das Entlastungsprogramm verwiesen. Die Stawiko hat die Sparvorschläge der einzelnen Delegationen diskutiert und in zwei Gruppen eingeteilt: Empfehlungen an den Regierungsrat und Anträge an den Kantonsrat. Die Empfehlungen an den Regierungsrat betreffen eher kleinere Korrekturen, die im Rahmen des Entlastungsprogramms von der Regierung nochmals genau geprüft werden sollen. Die Stawiko setzt darauf, dass der Regierungsrat dieses Vertrauen rechtfertigt und die Mittel in diesen Bereichen – wenn überhaupt – nur freigegeben werden, wenn sich das aufgrund des Entlastungsprogramms ergibt. Die Details dazu finden sich im Stawiko-Bericht, und der Stawiko-Präsident verzichtet, darauf die betreffenden Positionen einzeln zu kommentieren. Die Stawiko erwartet aber auch, dass in den Folgejahren in diesen Bereichen nochmals Einsparungen erzielt werden.
Die Anträge der Stawiko zum Budget 2015 betreffen die folgenden Bereiche:
• Datenschutz: Hier ist zu beachten, dass die Zuständigkeiten beim Datenschutz anders liegen als bei der «normalen» Verwaltung: Der Datenschutzbeauftragte legt sein Budget direkt dem Kantonsrat vor, und der Regierungsrat kann dazu Anträge stellen. Der Stawiko-Präsident kommt in der Detailberatung darauf zurück.
• Volkswirtschaftsdirektion: Der Antrag der Stawiko betrifft das Projekt BiBo. Auch darauf kommt der Stawiko-Präsident in der Detailberatung zurück.
• Gesundheitsdirektion: Bezüglich der Verbilligung der Krankenkassenprämien hat der Regierungsrat das umgesetzt, was die Stawiko schon seit zwei oder drei Jahren moniert. Auch das wird in der Detailberatung eingehend diskutiert werden.
Abschliessend verweist der Stawiko-Präsident auf Seite 1 des Stawiko-Berichts, wo man eine Aufstellung über die Entwicklung der Laufenden Rechnung findet. Wie man dort sieht, ist der Kanton Zug an einem Punkt angelangt, wo § 2 des Finanzhaushaltgesetzes, der mittelfristig ausgeglichene Rechnungen fordert, verletzt wird. Regierungsrat und Kantonsrat sind gehalten, sofort Massnahmen in die Wege zu leiten und diese konzentriert umzusetzen. Zum Steuerfuss ist die Stawiko der Meinung, dass dieser für 2015 auf der bisherigen Höhe gehalten werden soll. Die Stawiko will damit den Druck auf das Entlastungsprogramm zuerst hochhalten und erst anschliessend über eventuelle Anpassungen im Steuerbereich diskutieren. Zu den übrigen Bereichen verweist der Stawiko-Präsident auf den Stawiko-Bericht.
Die Stawiko beantragt Eintreten auf das Budget 2015 und Zustimmung zu den Anträgen des Regierungsrats, dies unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge.

Esther Haas stellt fest, dass das, wovor die AGF seit Jahren warnte, nun leider eingetroffen ist. Die bürgerliche Steuersenkungspolitik – auf nationaler Ebene mit der Unternehmenssteuerreform II und auf kantonaler Ebene mit vier Steuersenkungen seit 2007 – führte in Zug zu massiven Einnahmeverlusten von weit über 200 Millionen Franken jährlich. Bei der Unternehmenssteuerreform II verschwieg FDP-

Bundesrat Merz die Milliardenausfälle; ähnlich der Finanzdirektor und mit ihm der Regierungsrat im Abstimmungsbüchlein der letzten Steuergesetzrevision, als er schrieb, dass Zug sich die Ausfälle mehr als leisten könne. Nun haben sich die Finanzaussichten angeblich plötzlich verschlechtert. Heute muss man sagen: Das war und ist eine schlechte, wenig vorausschauende Finanzpolitik der Zuger Regierung. Bisher behauptete der Finanzdirektor immer, dass alle von den tiefen Steuern profitieren. Das ist nur schon wegen der hohen Wohn- und Lebenskosten falsch. Nun plant die Finanzdirektion zusätzlich ein Sparpaket von jährlich über 100 Millionen Franken. Zweihundert Sparmassnahmen bzw. Gebührenerhöhungen oder Lastenverschiebungen zu den Gemeinden oder Organisationen mit Leistungsauftrag des Kantons werden geprüft. Betroffen ist die Bevölkerungsmehrheit mit Abstrichen bei Bildung, Gesundheit, Familie, Kultur und Umwelt. Oft ist es gar nur eine scheinbare Spar- oder Entlastungsrunde, denn der Regierung will, sieht man sich die Liste der möglichen Prüffelder an, Lasten einfach auf die Gemeinden abwälzen. Doch den Steuerzahlenden ist es oftmals herzlich egal, ob sie eine Leistung am Schluss via Gemeinde- oder Kantonssteuer bezahlen müssen.
Wieso müssen Menschen, meist Familien, mit tiefen Einkommen die ersten Opfer des Sparens sein? Die Regierung will nämlich trotz steigender Krankenkassenprämien bei der Prämienverbilligung sparen. Die AFG stellt den **Antrag,** die Prämienverbilligung um 3,3 Millionen zu erhöhen.
Es braucht eine Korrektur. Die AGF befürwortet sinnvolles Sparen bei unnötigen Luxus- oder Pilotprojekten. So unterstützt sie den Antrag der Stawiko, das milliardenteure ÖV-Projekt «Be in, be out» (BiBo) zu streichen. Zug muss hier keine Vorreiterrolle übernehmen, da Siemens bei der Südostbahn und bei den Basler Verkehrsbetrieben BiBo bereits testet. Auch war die AGF als einzige immer klar gegen das neue, überteuerte Verwaltungszentrum 3. Als sie damals eine Etappierung oder allenfalls nur den Bau eines neuen ZVB-Stützpunkts in Spiel brachte, hatte der Kantonsrat für ihr Anliegen nur ein müdes Lächeln übrig. Heute zeigt sich: Es wird genau das von der AGF Vorgeschlagene passieren, und man hätte sich die bis heute überteuerte Projektierung für das Gesamtprojekt sparen können.
Korrigiert werden darf nicht einzig durch Sparen auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit, sondern mit Steuervernunft. Die ALG wird einen Antrag auf die Erhöhung des Steuerfusses um 2 Prozent stellen. Eine Erhöhung ist für die bürgerliche Regierung aus ideologischen Gründen tabu, um hohe Einkommen und Gewinne zu schützen. Aber die Steuererhöhung ist fair, da sie von allen gemäss ihrer Leistungsfähigkeit getragen wird. So zahlen nicht Wenigverdienende und Mittelstand die Steuergeschenke für Privilegierte durch Sparpakete.
Die bereits im Budget 2015 umgesetzten Sparmassnahmen zeugen von einer gewissen Sparhysterie. Mit etwa einer Milliarde Franken im Kantonskässeli sind zwar Korrekturen durchaus angebracht, aber nicht auf so saloppe Art und Weise: Im Personalbereich konsequent keine neuen Stellen zu bewilligen oder gar ganz auf Beförderungen zu verzichten, zeugt ganz und gar nicht von einer nachhaltigen und vorausschauenden Politik der Regierung. Irritiert zeigt sich die AGF, dass es der Finanzdirektion erst durch ein externes Rechtsgutachten bewusst wurde, dass ein grundsätzlicher Beförderungsstopp nicht zulässig sei. So braucht die Finanzdirektion anscheinend Hilfe von externen Dritten, um zu merken, dass es heikel sei, vollständig auf die Beförderungen zu verzichten, da man ja Rechtsstreitigkeiten mit dem Personal vermeiden wolle. Zug soll ein attraktiver Arbeitgeber bleiben, denn nur so ist gewährleistet, dass der öffentliche Dienst auch zukünftig in guter und bewährter Zuger Qualität erbracht werden kann.
Fazit: Der Kanton Zug darf aufgrund von Steuergeschenken an Reiche und internationale Unternehmen nicht in eine Sparhysterie verfallen und gleich zu Beginn

bei den Schwächsten sparen. Die AGF setzten sich auch künftig für eine massvolle, solidarische und überlegte Ausgaben- und Steuerpolitik ein.

Alois Gössi: Die SP-Fraktion tritt auf das Budget 2015 ein und wird es – mit wenigen Ausnahmen, wo sie Anträge stellen wird – auch gutheissen. Die SP heisst ein Minus von rund 177 Millionen Franken gut, wenn die Auflösung von Reserven von 40 Millionen Franken und damit eine Schönung der Laufenden Rechnung nicht einberechnet wird. Diese Praxis schränkt übrigens die Vergleichbarkeit der Laufenden Rechnungen über ein paar Jahre hinweg ziemlich ein; wer nämlich weiss dann, wenn Laufende Rechnungen miteinander verglichen werden, noch, ob jeweils Reserven aufgelöst wurden oder nicht?
Auch die nähere Zukunft sieht gemäss dem Finanzplan düster aus: Es sind Defizite in der Grössenordnung von 165 bis 95 Millionen Franken absehbar. In diesem Sinn ist das angekündigte Entlastungsprogramm des Regierungsrats, das Einsparungen bis 100 Millionen Franken vorsieht, nötig. Ohne Gegensteuer schmilzt das Eigenkapital innert kürzester Zeit wie Butter an der Sonne weg, und dabei sind einige sehr grosse Investitionen wegen des Zeithorizonts noch gar nicht im Finanzplan enthalten.
Für eine nachhaltige Sanierung der Laufenden Rechnung sieht die SP-Fraktion drei Hauptrichtungen: Reduktion bei den Ausgaben, mehr Einnahmen, Reduktion oder Teilverzicht bei Grossinvestitionen. Aber wieso braucht es überhaupt ein Entlastungsprogramm? Mit drei Steuergesetzrevisionen in kürzester Zeit wurde der Finanzhaushalt massiv und nachhaltig mit grossen Steuerausfällen belastet. Die SP hat nur eine einzige dieser Steuergesetzrevision mitgetragen, alle anderen lehnte sie ab. Für sie waren die Folgen schon damals klar: Über kurz oder lang fehlen diese Einnahmen. Der Votant möchte gerne aus einem der Abstimmungsbüchlein zu den Steuergesetzabstimmungen sinngemäss zitieren: «Wir können die Reduktion der Steuern ohne Probleme verkraften und müssen uns deshalb nicht einschränken.» Die SP-Fraktion wird einen Antrag auf eine massvolle Erhöhung des Steuerfusses von 82 auf 84 Prozent stellen, so dass die Einnahmenseite schon im nächsten Jahr erhöht wird. Es dürfe kein Tabu bei möglichen Einsparungen geben, sagte der Regierungsrat. Das sieht auch die SP so, es soll aber auch für die Einnahmenseite gelten.
Einen engen Zusammenhang mit den Steuern hat der Nationale Finanzausgleich (NFA). Dieser Posten ist zum Vergleich zum Budget 2014 rund 36 Millionen Franken höher. Der Grund ist relativ einfach: Der Börsengang (IPO) einer grossen Firma, der vor drei Jahren massive Steuereinnahmen bei den Natürlichen Personen einbrachte, schlägt jetzt mit Verspätung für die nächsten drei Jahren auf den NFA durch. Speziell daran ist, dass diese Firma gemäss Zeitungsberichten wegen Bewertungsverlusten in Zug keine Steuern bezahlt. Es wird immer über den hohen Zuger Beitrag an den NFA gejammert, und auch der Votant würde ihn lieber sehr tiefer sehen. Aber Grundlage für den NFA ist der Ressourcenindex, und da ist Zug wegen des hohen Steuersubstrats sehr hoch eingestuft. Würde diese Ressource besser genutzt, also mehr besteuert, wie in vielen anderen Kantonen auch, wäre ein so hoher Beitrag an den NFA besser verkraftbar.
Zu den nachhaltigsten Entlastungen gehören für die SP nicht oder nur teilweise ausgeführte geplante Investitionen, die aus ihrer Sicht nicht nötig sind. So erspart man sich massive Abschreibungen und die Folgekosten, etwa den laufenden Unterhalt, zwar nicht per sofort, sondern während der Bauzeit und vor allem nach der Fertigstellung. Die SP-Fraktion wird darum auf die nächste Kantonsratssitzung verschiedene Motionen für den Verzicht oder Teilverzicht auf grosse geplante Investitionen einreichen.

Das Entlastungsprogramm des Regierungsrats soll eine massive Reduktion des Aufwands mit einer Vielzahl von möglichen Massnahmen mit sich bringen. Mit Verlagerungen von Kosten an die Gemeinden, wie sie bei den zu überprüfenden Massnahmen ebenfalls als Möglichkeit aufgeführt werden, kann nur vordergründig und nur beim Kanton gespart werden. Diese Ausgaben fallen ja nicht weg, sondern werden einfach an die Gemeinden weitergegeben. Die möglichen Verlagerungen der Kosten resp. deren Einsparungen treffen vielfach auch den Sozialbereich, und davon betroffen sind die Schwächsten der Gesellschaft. Die SP wird sich deshalb gegen den Sozialabbau zur Wehr setzen. Die erste Gelegenheit folgt, wenn es um eine Reduktion der Gelder für die Prämienverbilligung geht, deren Ablehnung die SP beantragt.
Die SP-Fraktion stimmt dem Budget 2015 im Sinne dieser Ausführungen zu.

Thomas Wyss: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf das Budget 2015, dies aber in der klaren Erwartung, dass die Regierung im Frühling nächsten Jahres wie versprochen Entlastungsvorschläge im Umfang von 100 Millionen Franken präsentieren wird. Eine solche Entschlackungs- oder Fitnesskur kann dem Kanton Zug nur gut tun. Er ist nachher noch besser in Form, auch schwierige Zeiten unbeschadet zu überstehen. Ein schlanker Staat hilft, den Wirtschafts- und Finanzplatz Zug im harten internationalen Standortwettbewerb nachhaltig erfolgreich zu positionieren.
Vor einem und vor zwei Jahren hat die SVP-Fraktion bei der Beratung des Budgets 2013 und 2014 für einen ausgeglichenen Voranschlag plädiert und pauschale Kürzungsanträge gestellt, was *de facto* schon damals auf ein Entlastungsprogramm hinausgelaufen wäre. Wenn nun die Regierung, wenn auch mit etwas Verspätung, von sich aus aktiv wird, ist das aus Sicht der SVP-Fraktion nur zu begrüssen. Die SVP-Fraktion unterstützt auch ganz explizit die erweiterte Staatswirtschaftskommission mit ihren Kürzungsanträgen und Sparempfehlungen. Den Antrag auf eine Steuererhöhung von linker Seite wird die SVP-Fraktion ablehnen, im Wissen und aus der Überzeugung, dass Steuererhöhung letztlich nicht zu mehr, sondern zu weniger Steuereinnahmen führen. Eine Erhöhung des Steuersatzes hätte zur Folge, dass der Kanton Zug für gute Steuerzahler an Attraktivität verliert – was wiederum zur Folge hätte, dass der Mittelstand noch stärker zur Kasse gebeten würde. Auch generelle Gebührenerhöhungen lehnt die SVP-Fraktion entschieden ab. Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, dass die Zuger Verwaltung teurer ist als vergleichbare Verwaltungen, was bedeutet, dass durchaus Sparpotenzial vorhanden ist. Steuer- und Gebührenerhöhungen sind nicht notwendig.
Ein Ärgernis bleiben die rekordhohen Beiträge für den nationalen Finanzausgleich. Falls die Regierung in der neuen Legislaturperiode unter frischer Führung hier mit innovativen und mutigen Lösungen aufwartet, kann sie sich der Unterstützung der SVP-Fraktion sicher sein. Der Kuschelkurs gegenüber Bundesbern hat in dieser Frage ganz offensichtlich keine Resultate gezeitigt. Vielleicht ist es sinnvoller, auf Distanz zu gehen und auch die Konfrontation nicht zu scheuen.
Den Finanzplan nimmt die SVP zur Kenntnis, dies in der Hoffnung, es werde letztlich doch etwas besser aussehen. Sparanstrengungen sollten sich auf der Ausgabenseite positiv auswirken. Die Einnahmen könnten von der sich abzeichnenden globalen Wirtschaftserholung profitieren.
Zusammengefasst: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf das Budget 2015, sie unterstützt die Streichungsanträge und Empfehlungen der Staatswirtschaftskommission, und sie wird den Antrag der Regierung gut heissen, den Steuerfuss auf 82 Prozent zu belassen.

Gabriela Ingold: Willkommen in der Realität des Jahres 2015! Der Kanton Zug wird von den Ereignissen überrollt. Die Regierung muss dem Kantonsrat ein operatives Defizit von rund 180 Millionen Franken vorlegen. Es sind aber nicht alleine die höheren NFA-Beiträge oder die fehlende Ausschüttung der Nationalbank zu beklagen – nein, es gibt ein strukturelles Problem. Nicht in allen, aber in vielen Bereichen ist sich der Kanton Zug gewohnt, zu klotzen und nicht zu kleckern. Das muss sich ändern.
Das strukturelle Problem hat die Regierung selbst erkannt, weshalb sie bereits mit einem Entlastungsprogramm an die Öffentlichkeit getreten ist. Man will über sämtliche Direktionen hinweg ein Sparprogramm schnüren, um dauerhaft 80 bis 100 Millionen Franken einzusparen. Aber, sehr geehrte Regierung, dieser Betrag muss verdoppelt werden, sofern man in naher Zukunft wieder schwarze Zahlen schreiben will. Ein positiver Finanzplan muss das erklärte Ziel aller Beteiligten sein.
Das in Aussicht gestellte Entlastungsprogramm ist denn auch der Grund, weshalb die FDP-Fraktion geschlossen auf das Budget 2015 eintreten und in einem ersten Schritt keine Rasenmähermethoden anwenden oder unterstützen wird. Die FDP nimmt die Regierung in die Pflicht, das Entlastungsprogramm umgehend umzusetzen, die notwendigen Gesetzesanpassungen mit Hochdruck voranzutreiben und vor allem alle per sofort umsetzbaren Massnahmen auch sofort umzusetzen. Es darf im Jahr 2015 durchaus unter Budget abgeschlossen werden! Daher fordert die FDP nach Genehmigung des Budgets Disziplin auf allen Ebenen der Verwaltung, bei der Regierung, aber auch beim Kantonsrat. Der Entscheid der letzten Kantonsratssitzung für die Dreifachsporthalle muss und darf als einmaliger Ausrutscher betrachtet werden. Die FDP-Fraktion geht diesbezüglich mit gutem Beispiel voran, indem sie sämtliche Anträge und Empfehlungen der Stawiko unterstützen. Sie hat sich auch dafür ausgesprochen, dass das Projekt BiBo der Volkswirtschaftsdirektion gestrichen wird, obwohl man durchaus der Meinung sein könnte, dass man es aus Gründen der Fairness auch beim Amt für öffentlichen Verkehr bei einer Empfehlung bewenden lassen könnte. Die FDP ist aber der Ansicht, dass es wohl Aufgabe der öffentlichen Hand ist, solche Projekte durch Vernetzung und geeignete Massnahmen ideell zu unterstützen und zu fördern, dass aber sämtliche Drittkosten und Investitionen von den ÖV-Leistungserbringern und vor allem von den Entwicklern dieser neuen Systeme finanziert werden müssen. In der Verwaltung muss ein Kulturwandel vollzogen werden. Nach Ansicht der FDP-Fraktion gibt es *zu* viele Projekte, *zu* viele Koordinationssitzungen, *zu* viel *Nice to have*. Die FDP fordert zudem von der Regierung eine Überprüfung, ob die Anstellungen stufen- und funktionsgerecht erfolgen. Durch zurückhaltenden und verzögerten Umgang mit wiederzubesetzenden Stellen können beträchtliche Spareffekte ohne Leistungsabbau realisiert werden.
Ein grosses Fragezeichen macht die FDP beim AIO. Bei diesem Amt scheint mitunter einiges nicht im Lot zu sein. Die sich summierenden und nicht unerheblichen Mängel, die in letzter Zeit in der Presse publik wurden, lassen aufhorchen. Die FDP fordert die Regierung auf, sich der Führung dieses Amtes anzunehmen und Massnahmen einzuleiten, damit nicht Geld versenkt, sondern Kosten gesenkt werden können.
Zu guter Letzt ein klares *Statement* seitens der FDP-Fraktion zum Steuerfuss: Für die FDP ist es zwingend, dass der Steuerfuss auf dem heutigen Niveau verbleiben muss. Es wäre gegenüber der Wirtschaft ein schlechtes Signal, welches man mit einer Erhöhung aussenden würde. Aufgrund der verschiedenen wirtschaftsunfreundlichen Abstimmungsergebnissen und den im Raum stehenden Veränderungen in der Steuerlandschaft darf die vorhandene Unsicherheit nicht zusätzlich durch eine Erhöhung der Steuern geschürt werden.

Andreas Hausheer spricht für die CVP-Fraktion und beginnt mit einem Rückblick auf die Kantonsratssitzung vom 23. Februar 2012, was noch nicht so lange her ist. An jenem Tag rügte die CVP-Fraktion explizit das Fehlen einer sauberen Investitions-Finanzstrategie; auch später machte sie immer wieder auf die Gefahren aufmerksam, die drohten, wenn keine solche erstellt werde. Der Regierungsrat nahm darauf Stellung. Im Protokoll der Kantonsratssitzung vom 23. Februar 2012 ist dazu folgendes nachzulesen: «Fehlende Finanzierungsstrategie. Es ist richtig, dass verschiedene Grossprojekte im Raum stehen in dieser Legislatur. Wir sprechen von total etwa 2,5 Milliarden Franken, sogar etwas mehr. Können wir uns das leisten und finanzieren? Das können wir – wir haben das mit der Finanzdirektion ausgiebig diskutiert. Es wäre zwar etwas spekulativ, bis 2030 auf das Komma genau sagen zu können, wo wir dann finanziell stehen. Wie sieht nun die Bilanz aus? Gemäss Rechnung 2010 haben wir ein Eigenkapital von gut 1,1 Milliarden Franken. Dieses Eigenkapital entspricht in etwa auch der Liquidität. Wir werden also die Investitionen ohne Fremdfinanzierung tätigen können. Und 2020, wenn wir die geplanten Investitionen getätigt haben – sofern der Kantonsrat oder das Volk zustimmt – sollte unser Eigenkapital noch immer ca. 700 Mio. Franken betragen. Momentan sind Investitionen ja keine schlechte Geldanlage. Sie sind wertbeständig, notwendig und tragen bei zu einem guten Standort. Sie sehen also, dass diese Projekte finanzierbar sind, ebenso der Stadttunnel und sogar der Tunnel Unterägeri hätten noch Platz.» Nun, es ist offensichtlich, dass sich der Regierungsrat in seiner Einschätzung erheblich verschätzt hat. Ob die Situation damals bewusst so dargestellt wurde, wie sie dargestellt wurde, muss offen bleiben. Unabänderliche Tatsache ist heute aber, dass sich der Kanton schlicht nicht mehr alles leisten kann. Es ist davon auszugehen, dass auch die Regierung das jetzt erkannt hat. Die beste Veranschaulichung dieser Tatsache liefert die Grafik auf Seite 2 des Stawiko-Berichts. Selbst bei einem «mittleren Szenario» läuft der Kanton Zug im Jahr 2030 in eine Verschuldung von 3 Milliarden Franken, wenn kein Gegensteuer gegeben wird. Natürlich kann der Regierungsrat jetzt sagen, der Kanton bekäme auf dem Kapitalmarkt problemlos Kapital. Hier gilt für die CVP aber der Grundsatz: Wehret den Anfängen. Eine gute Bonität ist schneller verspielt als aufgebaut. Für den Aufbau des Eigenkapitals auf über 1 Milliarde Franken dauerte es weit über zehn Jahre, wovon einige ausserordentlich gute Jahr waren. Und nun wird dieses Kapital in nicht einmal vier Jahren verbraucht, wenn nichts unternommen wird. Auch das ginge ja noch, wenn eine Besserung in Sicht wäre. Davon ist aber nichts zu sehen. Im Gegenteil: Die Verschuldung würde – wie gesagt – auf 3 Milliarden Franken ansteigen, wenn nichts unternommen wird.

Die CVP-Fraktion will Gegensteuer geben, und zwar kurz-, mittel- und längerfristig. Kurzfristig verlangt die CVP vom Regierungsrat, dass im Budget 2015 weiter gespart wird. Die CVP hat bei der Budgetdebatte im letzten Jahr Verbesserungen gefordert. Diese sind – wenn überhaupt – nur teilweise erfüllt worden. Darum will eine Mehrheit der CVP-Fraktion heuer ein Brikett nachlegen. Für die Zeit ab 2016 erwartet die CVP, dass der Regierungsrat zunächst einmal bei den Ausgaben im Rahmen des Entlastungsprogramms alles kritisch hinterfragt. Die CVP versteht nicht, dass Parteien schon jetzt vieles kategorisch ausschliessen, bevor überhaupt klar ist, wo was wie und warum tatsächlich zur Diskussion gestellt wird. Wer so handelt, handelt verantwortungslos. Die CVP gibt dem Regierungsrat diese Chance. Sollten im Budget 2016 aber wieder nur ungenügende Verbesserungen erkennbar sein, würde nicht nur ein Brikett, sondern mehrere davon nachgelegt werden.

Schliesslich fordert die CVP Anpassungen in der strategischen Führung. Sie wird darum zwei Motionen einreichen. Die erste verlangt eine Art Schuldenbremse. Die jetzige Regelung in § 2 des Finanzhaushaltgesetzes ist zu zahm formuliert. Es wird

mit einer Fünf-Jahres-Frist lediglich der zeitliche Aspekt genannt; insofern wird der Kanton Zug schon in Bälde faktisch gegen sein eigenes Gesetz verstossen. Die CVP fordert eine Verschärfung dahingehend, dass griffige Konsequenzen formuliert werden müssen für den Fall, dass der Kanton seinen eigenen Vorgaben nicht gerecht werden kann. Die zweite Motion verlangt ein strategisches Vorgehen bei den Investitionen. Die CVP will weg von der objektbezogenen Betrachtungsweise hin zu einer zeitlichen Gesamtbetrachtung. Jedes Objekt mag für sich alleine genommen sinnvoll erscheinen, dabei muss aber der Blick für das Ganze gewahrt bleiben.

Zurück zum Budget: Grundsätzlich hält die CVP daran fest, dass sie ein differenziertes Sparen bevorzugen würde. Nur ist das im System der Globalbudgets, zumindest wie es aktuell gelebt wird, ausserordentlich schwierig. Vielfach sind neue Projekte oder einzelne Leistungen bei den Leistungsaufträgen nicht mit finanziellen Daten hinterlegt. Ein Beispiel: Beim Ziel G des Sozialamts erhielt die Stawiko-Delegation folgende Auskunft auf die Frage nach dem vorgesehenen Betrag für dieses Projekt: «Auf Basis des abgeschlossenen Legislaturziels ‹Konzept frühe Förderung› wird Ende 2014 dem Regierungsrat ein Vorgehensplan (Massnahmen) zur Umsetzung in den drei im Konzept definierten Handlungsfeldern vorgelegt. Erst dann kann aufgrund des regierungsrätlichen Entscheids gesagt werden, welche Massnahmen getroffen werden sollen und welche davon mit Kostenfolgen verbunden sind.» Nun, die geschätzte Regierung verlangt vom Kantonsrat differenziertes Sparen, womit der Votant eigentlich einverstanden ist. Nur muss die Regierung dem Rat dann auch die entsprechenden Informationen liefern können und liefern wollen. Differenziert sparen hiesse ja beispielsweise, aus welchen Gründen auch immer auf das erwähnte Ziel G beim Sozialamt zu verzichten. Vielleicht kann aber jemand von der Regierung nachher erklären, wie man einen Betrag differenziert einsparen soll, der gar nicht bekanntgegeben werden kann oder nicht bekannt gegeben werden will. Oder vielleicht kann die Regierung sogar sagen, welcher Betrag wegfiele, wenn das Ziel G beim Sozialamt gestrichen würde. Fazit: Eigentlich ist es sinnvoll, differenziert zu sparen. Aber mit dem System, wie es jetzt gelebt wird, ist das kaum möglich. Auch nach mehreren Anläufen und mehrmaligem Nachfragen konnte dem Votanten bisher nicht das Gegenteil gezeigt werden. Diese Erfahrungen führten ihn zu einer Erkenntnis, die er dieses Jahr auch im Stawiko-Delegationsbericht festgehalten hat: Es bleibt faktisch nur der Weg über pauschale Kürzungen.

Der Votant hat letztes Jahr namens der CVP-Fraktion in der Budgetdebatte sinngemäss gesagt, es könnte durchaus sein, dass wohl eher früher als später die Forderung nach pauschalen Kürzungen auch in der CVP-Fraktion Anhänger finden werde, sofern sich die Situation nicht wie gewünscht ändere. Nun, die Situation hat sich nicht wie gewünscht geändert. Die CVP erkennt zwar die Bemühungen des Regierungsrats, aber die Mehrheit der CVP-Fraktion will jetzt einen Gang höher schalten, dies auch vor dem Hintergrund, dass differenziertes Sparen – wie ausgeführt – nur schwer möglich bis teilweise unmöglich ist. Die Mehrheit der CVP-Fraktion stellt deshalb den Antrag auf eine pauschale Kürzung. Dabei geht sie aber irgendwie doch differenziert zu Werke und konzentriert sich darauf, wo kurzfristig auch wirklich gespart werden kann. Beispielsweise kann beim NFA – zumindest kurzfristig – schlicht nichts gemacht werden. Auch andere Transferzahlungen sind als Tatsache hinzunehmen, ob das einem passt oder nicht, etwa die Schulpauschale an die Gemeinden. Auch die Abschreibungen kann man nicht einfach wegradieren. Und beim Personal nimmt die CVP zur Kenntnis, dass zumindest keine neuen Personalstellen budgetiert sind; gespart ist damit natürlich noch gar nichts. So bleibt denn die Kontogruppe 31 in der Artengliederung auf Seite 35. Hier werden Material- und Warenaufwände verbucht, es geht um Dienstleistungen und Honorare für

Dritte, um Unterhalt, um den übrigen Betriebsaufwand etc. Und hier muss es ganz einfach möglich sein, den Aufwand um rund 5 Prozent zu reduzieren. Dann wäre man nämlich wieder auf dem Niveau der Rechnung 2013.
Der Regierungsrat wird nun sagen, das könne man nicht, da stünden Vertragsverhältnisse dahinter etc. Nun, es gibt für alles und jedes eine plausibel klingende Erklärung. Aber irgendwann muss man irgendwo anfangen. Bei den Positionen unter der Kontogruppe 31 kann man das üben, ohne jemandem wirklich weh zu tun. Und 2013 hat der Kanton Zug auch funktioniert. Es glaubt wohl niemand ernsthaft, dass der Kanton Zug 2015 zugrunde geht, nur weil er gleich viel Geld für Waren, Unterhalt, Dienstleistungen etc. ausgeben darf wie 2013. Darum stellt eine Mehrheit der CVP-Fraktion den folgenden **Antrag:** Kürzung der Kontogruppe 31 auf Seite 35 des Budgetbuchs auf 107'000'000 Franken, was einer Kürzung dieser Kontogruppe um 5'680'497 Franken entspricht. Im Übrigen unterstützt die CVP-Fraktion die Anträge der Stawiko. Sie erhöht damit den Druck auf die Regierung, lässt ihr aber gleichzeitig doch den nötigen Spielraum und die nötige Zeit, weitere Korrekturen von sich aus anzugehen. Sollte der Regierungsrat die gewünschten Ergebnisse nicht liefern können, behält sich die CVP vor, im nächsten Jahr nicht nur *ein* Brikett nachzulegen.

Ivo Hunn dankt der Regierung und der Verwaltung für das Budget 2015 und den Finanzplan 2015–2018. Er weiss aus eigener Erfahrung, wie aufwendig ein Budgetprozess ist. Mit dem Ergebnis ist er allerdings alles andere als zufrieden. Der Aufwand für das Jahr 2015 wird einmal mehr um 40 Millionen Franken höher budgetiert als im Jahr zuvor. Diese «natürliche» Steigerung hat der Votant bereits in der Budgetdebatte im Jahre 2012 moniert. Damals hat er die Frage in den Raum gestellt, ob dies ein Naturgesetz sei. Es macht ihm diesen Eindruck. Das budgetierte Defizit macht im Vergleich zum letzten Jahr auch einen satten Sprung nach oben. Ohne die Entnahme von 40 Millionen Franken aus der Ressourcenausgleichsreserve läge das Defizit bei sage und schreibe 179,1 Millionen Franken. Unter Berücksichtigung der Mehrzahlung von 37,1 Millionen Franken an den Nationalen Finanzausgleich ist die Entnahme aus der Ressourcenausgleichsreserve allerdings richtig.
Die Finanzierungsprognose 2015–2018 zeigt auf, dass bis Ende 2018 die liquiden Mittel aufgebraucht sein werden. Zusätzlich sind die Einnahmen seit 2014 rückläufig budgetiert. Diese Voraussetzungen sind für den Votanten alles andere als rosig. Trotzdem ist er für Eintreten und unterstützt alle sinnvollen Budgetkürzungen. Unterstützen wird er alle Anträge der Staatwirtschaftskommission und den Antrag der Regierung, den Steuerfuss auf 82 Prozent zu belassen.

Beni Riedi ist positiv überrascht vom Votum des CVP-Sprechers, zugleich aber schmerzt ihn dieses Votum etwas. Denn genau solche Forderungen hat die SVP schon seit Jahren gestellt. Nur ist es – wie die SVP erfahren musste – beim Sparen bekanntlich so, dass gezielte Sparanträge in der Vergangenheit nie recht waren, weil man nicht punktuell sparen wollte; und pauschale Sparanträge waren nicht gut, weil sie pauschalisiert waren. Sparen ist also nie einfach. Der Kanton Zug *muss* aber sparen. Und der Ratslinken sei gesagt: Der Staat wird immer erst sparen, wenn das Geld knapp wird. Und da schon jetzt schon mit Steuererhöhungen entgegenhalten zu wollen, ist ein völlig falscher Ansatz. Der Staat gibt das Geld immer aus, das er zur Verfügung und wird – wie gesagt – erst sparen, wenn das Geld knapper wird. Aus diesem Grund wird der Votant gegen eine Erhöhung des Steuerfusses stimmen.

Thomas Werner hat eine Frage an die Regierungsrat: Wie hoch ist der Betrag, den BAK Basel für seine Leistungen erhält? Aufgrund der Antwort wird die SVP abschätzen können, ob sie den Antrag stellen soll, diesen Betrag aus dem Budget zu streichen. Es ist die Verantwortung der Regierung, ein Budget zu erstellen, und von den Beamten wird verlangt, dass sie selbständig entscheiden; dafür werden sie bezahlt. Es kann nicht sein, dass dafür immer wieder externe Leute angestellt werden.

Es sind zwei Fragen, die **Stefan Gisler** beschäftigen:
• Erstens: Wie haben es der Finanzdirektor, die Regierung und letztlich auch der Kantonsrat mit ihrer Finanzpolitik geschafft, den Kanton Zug nachhaltig in die roten Zahlen zu führen?
• Zweitens: Braucht es wirklich unverzüglich ein grosses Sparpaket?
Betrachtet man die Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben des Kantons seit dem Jahr 2000, kombiniert mit den Zukunftsprognosen, stellt man Folgendes fest: Bis ca. 2008 stiegen beide Kurven parallel an, wobei die Einnahmen immer höher waren als die Ausgaben. Es gab also einen Überschuss. Ungefähr 2008 kreuzten sich die Kurven, und seither verlaufen beide Kurven immer noch parallel nach oben, aber die Ausgaben sind nun stets leicht höher als die Einnahmen. Esther Haas hat kurz aufgezeigt, was passiert ist: Die bürgerliche Steuersenkungspolitik auf nationaler Ebene – Unternehmenssteuerreform II – und auf kantonaler Ebene – vier Steuersenkungen alleine seit 2007 – haben zu massiven Einnahmeverlusten und einem strukturellen Aufwandüberschuss geführt.
Der Votant ist ja schon eine Weile im Kantonsrat und möchte – wie die Vorredner von SVP und CVP – auf einige Ratsdebatten zurückblicken:
• 2006 warnte er im Kantonsrat zum ersten Mal explizit davor, dass Zug sich mit seiner bezüglich realem Wirtschaftswettbewerb unnötigen Steuersenkungsideologie früher oder später in die Sackgasse manövriere. Finanzdirektor Peter Hegglin antwortete damals: «Die Steuern sind zu erheben, um die staatlichen Aufgaben zu erfüllen. Eigentlich nicht mehr. Der Staat ist ja auch keine Bank, das heisst, wenn er mehr Steuern einnimmt, als er eigentlich unbedingt notwendig hat, sind die Steuern entsprechend anzupassen.» Mit anderen Worten: Zug kann sich Steuersenkungen leisten.
• 2011, bei der letzten Steuergesetzrevision, forderte der Votant Kantonsrat und Regierung dringlich auf, keine weiteren unnötigen Steuersenkungen vorzunehmen, sonst drohe dem Kanton ein strukturelles Defizit, dies auch angesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Finanzdirektor Peter Hegglin antwortete damals: «Wenn Sie einen stabilen Staatshaushalt wollen, müssen Sie die Steuergesetze so ausgestalten, dass Sie den Aufwand mit den Erträgen aus den Steuern finanzieren können. Das Ende des Steuerwettbewerbs definiert sich in dieser Balance. Diese wird vielleicht jetzt in gewissen Kantonen überreizt. Aber nicht im Kanton Zug.» Mit anderen Worten: Zug kann sich Steuersenkungen leisten. Das wurde – Alois Gössi hat aus dem Abstimmungsbüchlein zitiert – auch dem Volk so gesagt.
• Noch im Juni 2014, anlässlich der Rechnungsdebatte im Kantonsrat, rief der Votant angesichts massiv budgetunterschreitender Steuereinnahmen zu mehr Steuervernunft auf. Finanzdirektor Peter Hegglin antwortete damals: «Ich wehre mich gegen die Aussage, der Kantons Zug gehe im Steuerwettbewerb zu weit oder sei zu aggressiv. Das trifft nicht zu. Der Kanton Zug geht nur so weit, wie er es durchhalten kann.» Mit anderen Worten: Zug kann sich Steuersenkungen leisten.
• Im September 2014 schrieb der Finanzdirektor im Bericht und Antrag zum Budget: «Die Finanzaussichten für den Kanton Zug haben sich verdüstert. […] Neben der schwierigen Wirtschaftssituation wirken sich auch die Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre auf kantonaler und Bundesebene aus.»

Der Votant fragt nun den Herrn Finanzdirektor: Haben Sie in den Jahren zuvor die finanzpolitischen Folgen der global «schwierigen Wirtschaftssituation» oder der von Ihnen stets verteidigten Steuergesetzrevisionen schlicht ignoriert? Bewusst – wie Andreas Hausheer formulierte – oder unwissentlich oder einfach nach dem Prinzip Hoffnung? Und wie kam die Regierung über den Sommer dann doch noch zur späten Erkenntnis, dass der Kanton ein Steuersenkungsproblem haben könnte? Als Ausflucht dient dem Finanzdirektor und – wie von Thomas Wyss gehört – anderen Bürgerlichen der böse NFA bzw. die bösen anderen Kantone. Es sei nochmals festgehalten: Ja, der NFA könnte durchaus etwas zugunsten von Zug angepasst werden. Aber die politische Realität ist anders, und wenn Thomas Wyss medienwirksam etwas mehr Härte gegen Bern fordert, ist das zwar schön, aber schlicht unrealistisch – um nicht zu sagen: autistisch. Es ist eine Realität, dass der NFA den Kanton Zug weiterhin belasten wird. Aber die steigenden NFA-Kosten sind hausgemacht. Zug zieht mit seiner Politik Reiche und privilegierte Unternehmen gezielt an. Das ist sein Recht. So steigt aber das Ressourcenpotenzial und in der Folge der NFA-Beitrag. Gleichzeitig bezahlen die Verursacher dieses erhöhten NFA-Beitrags im Verhältnis zu ihrer Leistungskraft immer weniger Steuern. Zug schöpft gerade mal 13 Prozent seines Ressourcenpotenzials steuerlich ab; nur Appenzell Innerhoden ist gleich tief. Das viel geschmähte Bern etwa schöpft über 30 Prozent seines Ressourcenpotenzials ab. Alle mit finanzpolitischen Basiskenntnissen wissen oder wussten, dass Zugs Steuersenkungspolitik letztlich die NFA-Schere zwischen steigenden Kosten und sinkender Ressourcenausschöpfung öffnet – und dass Zug dann Finanzprobleme kriegen wird. Es ist deshalb keine Strategie, darüber zu lamentieren. Der Kanton Zug muss die Hausaufgaben selber machen.
Zurück zu den Eingangsfragen: Zug hat ein strukturelles Defizit, weil es entweder absichtlich, unwissend oder nach dem Prinzip Hoffnung eine unverantwortlichen Steuerpolitik betrieben hat. Da stellt sich die Frage, was in der Privatwirtschaft mit dem Finanzchef einer Firma passieren würde, der ein Unternehmen mit 1,4 Milliarden Franken Jahresumsatz ungemindert in die roten Zahlen führt. Was würde mit einem Finanzchef geschehen, der systematisch falsch budgetiert? Zug haut seit 1999 in den Budgets im Schnitt um 7,5 Prozent daneben; nur Schwyz ist noch schlechter. Die Antwort auf seine Fragen überlässt der Votant den geschätzten Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern im Kantonsrat. In der Politik ist die Antwort einfach: Da gibt es Vorstösse von der CVP, die ihren eigenen Finanzdirektor und die Regierung strategisch engen führen will. Es hätte auch noch die Möglichkeit eines rechtzeitigen Direktionswechsels gegeben.
Braucht es drastische Sparmassnahmen? Nun, der Finanzdirektor und die Regierung sagen ja. Allerdings reagieren sie angesichts der hohen Reserven doch eher panisch, denn wenn überhastet am falschen Ort gespart wird, riskiert der Kanton Zug seine Standortattraktivität. Beni Riedi sagte vorhin zur Ratslinken, man müsse halt auch sparen. Die Linke schaut im Budget und in der Rechnung beide Seiten an, die Ausgaben *und* die Einnahmen. Die Bürgerlichen im Kantonsrat hingegen schauen einseitig nur auf die Ausgaben und wollen über die Einnahmenseite nicht sprechen. Ja, Sparen etwa bei Luxus- und Pilotprojekten ist sinnvoll, und der Votant kann sich auch mit dem von Andreas Hausheer skizzierten Antrag zur Kürzung in der Kontogruppe 31 anfreunden. Er bietet der CVP-Fraktion einen einfachen *Deal* an: Die CVP verzichtet auf die Kürzung bzw. die Nichterhöhung der Prämienverbilligung zugunsten der Familien, und die AGF unterstützt den Antrag der CVP. Für die AGF gilt es aber, nebst dem Sparen auch auf die Einnahmen zu schauen. Sie stellt deshalb nach Jahren der Geduld – erstmals seit 2006 – einen **Antrag** auf Erhöhung des Steuerfusses um 2 Prozent.

Auch **Franz Peter Iten** stellt fest, dass man zurzeit nur auf die Ausgaben- und nicht auf die Einnahmenseite schaut. Auf Seite 2 des Stawiko-Berichts ist festgehalten: «Ohne Gegenmassnahmen sind die liquiden Mittel des Kantons im Jahr 2018 aufgebraucht.» Das bedeutet konkret und mit einfachen Worten: Der Kanton ist bankrott. Natürlich können Fremdmittel aufgenommen und diese Zeit überbrückt werden, aber grundsätzlich – privatwirtschaftlich beurteilt – ist der Kanton bankrott. Sparen ist gut und wichtig. Man muss aber auch daran denken, dass sich Sparen bei den Investitionen negativ auf die Privatwirtschaft im Kanton Zug auswirken wird, was wiederum dazu führt, dass weniger Steuersubstrat generiert werden kann. Es braucht ein Sparvorgehen, das nicht in eine Retourkutsche mündet, sondern bei dem man auch an die darunter leidende Wirtschaft denkt.

Manuel Brandenberg hat Sympathien für den Kürzungsantrag der CVP-Fraktion, ist aber auch etwas erstaunt, dass eine pauschale Kürzung plötzlich differenziert sein soll, wenn sie von der CVP kommt; wenn sie von der SVP kommt, ist sie undifferenziert und rasenmäherhaft, Der Votant könnte dem Antrag auch aus grundsätzlichen Überlegungen zustimmen, denn die SVP betreibt Sachpolitik und unterstützt einen guten Antrag auf jeden Fall unterstützt. Im Hinblick auf die Detailberatung könnte sich der Votant einen Zusatzantrag vorstellen: Zustimmung zum CVP-Antrag mit der Auflage, dass die Kürzung nicht beim Konto 318 «Wertberichtigungen auf Forderungen» vorgenommen werden darf. Sonst könnte man einfach 5 Millionen Franken faule Forderungen aktivieren – und hätte damit nichts gespart.

Philippe Camenisch fühlt sich herausgefordert durch Stefan Gislers Votum. Er kann es nicht mehr hören: Sparen auf dem Buckel der Armen! Der Rat hat am Morgen auch Stefan Gislers Zettel in die Hand gedrückt erhalten.
Einhellig freute sich die Linke über sinkende Boni bei den Banken. Mit Häme hiess es: *The party ist over.* Sinngemäss: Recht so, wenn die weniger bekommen! Nun bezahlen die Banker, aber auch viele andere Gutverdienende, weniger Steuern; das sollte man mal im Kopf behalten. Die Armen gemäss Terminologie der Linken haben sehr profitiert von diesen Steuern, beispielsweise mit hohen, ja wohl einmaligen Krankenkassenverbilligungen. Hat sich jemand dagegen gewehrt? Nein! Jetzt aber, da die Steuererträge nicht mehr so weit reichen, sollen statt eines schlichteren Menüs in Form von weniger Krankenkassenverbilligungen jene zur Kasse gebeten werden, die bis jetzt ohnehin die ganze Zeche bezahlt haben. Gemeint sind damit Steuererhöhungen. Bei Kindern würde man von Zwängerei sprechen, bei Erwachsenen spricht der Votant von Arroganz und Demagogie.
Arrogant ist es auch, wie Esther Haas davon zu sprechen, die bürgerliche Steuerpolitik habe auf allen Ebenen versagt. Das Gegenteil ist der Fall. Mit der Steuerpolitik und anderer guter bürgerlicher Politik wurden das Erfolgsmodell Schweiz und das Erfolgsmodell Zug geschaffen. In einem Punkt hat die bürgerliche Steuerpolitik vielleicht tatsächlich versagt: Die zahlreichen Entlastungsprogramme der letzten Jahre haben dazu geführt, dass zu viele Menschen im Kanton Zug und vermutlich auch in der Schweiz keine oder praktisch keine Steuern bezahlen. Das schmälert das Interesse für den Staat. Oder anders gesagt: So lange man bekommt und andere bezahlen, sagt man nichts. Man nimmt stillschweigend an. Soll jedoch eine Leistung gekürzt werden, spricht man davon, dass auf dem Buckel der Armen gespart werden soll. Daran stört sich die Linke. Dass man aber einfach das Geld über höhere Steuern bei den Besserverdienenden abholen soll, scheint recht. In den Nachbarländern wird das seit Jahrzehnten so gemacht. Das Ergebnis ist allen bekannt. Wollen Sie das auch in der Schweiz und in Zug?

Andreas Hausheer hält fest, dass der Antrag der CVP-Fraktion folgerichtig ist und einem roten – oder orangen – Faden folgt; er hat seinen Anfang im letzten Jahr genommen und endet vielleicht dann im nächsten Jahr. Im Übrigen hat er nicht gesagt, dass Rasenmäheranträge undifferenziert seien; er hat vielmehr gesagt, der CVP-Antrag sei *differenzierter* als frühere Anträge auf Pauschalkürzungen.
Der Votant erlaubt sich, den Antrag der CVP-Mehrheit anzupassen. Die von Manuel Brandenberg vorgeschlagene Einschränkung ist sinnvoll, denn sonst könnte der Regierungsrat – wie geschildert – einfach beschliessen, in Konto 318 die Forderungen anzupassen. Der Antrag der CVP bleibt bezüglich des Betrags also gleich, die Kürzung darf aber nicht zulasten des Kontos 318 «Wertberichtigungen auf Forderungen» vorgenommen werden.

Philip C. Brunner möchte dem Rat etwas Mut machen. Vor einigen Jahren wurden in der Stadt Zug ähnliche Diskussionen geführt. 2010 hatte die Stadt ein knapp positives Ergebnis budgetiert, schrieb dann aber ein Minus von 4,7 Millionen Franken – und seither ging es immer weiter. Man hat der Stadt Zug immer wieder vorgeworfen, sie habe keine Ahnung etc., bis in der Budgetdebatte 2011 der Gongschlag kam: Nicht die Stadtregierung, sondern das Parlament haute auf den Tisch und sagte: Jetzt wird gespart! Und das Stadtparlament hat alle diese Argumente von linker und anderer Seite gehört. Das Resultat dieser Bemühungen: 2015 wird die Stadt Zug ein positives Budget vorlegen. Dies ist natürlich auch dank der Hilfe des Kantonsrats möglich, wofür sich der Votant bedankt, aber es wurden auch Sparanstrengungen gemacht. Das war nicht einfach, weder für die Stadtregierung noch für das Parlament oder die Verwaltung. Sparen ist ein unangenehmer Prozess, aber jetzt ist Land in Sicht, und irgendwann kommen wieder bessere Zeiten.
Man muss das Fitnessprogramm – wie von Thomas Wyss ausgeführt – überstehen. Das Entlastungsprogramm von 100 Millionen Franken ist ein sportliches Ziel, das es zu unterstützen gilt. Es gilt, mit einem klaren Blick in die Zukunft zu schauen. Der Kanton Zug *hat* eine Zukunft, und wenn man daran glaubt, wird es auch gut kommen. Dabei wünscht der Votant allen viel Erfolg.

Stefan Gisler: Ob Zug – wie Philippe Camenisch behauptet – eine erfolgreiche Steuer- und Wirtschaftspolitik betreibt, mag vom Standpunkt der Betrachterin oder des Betrachters abhängen. Wenn Leuchttürme der produzierenden Wirtschaft wie die Papieri oder Trichema ihre Betriebe schliessen oder viele Leute sich das Leben in Zug nicht mehr leisten können, ist das aus Sicht des Votanten wenig erfolgreich. In einem Punkt gibt er seinem Vorredner Philippe Camenisch aber vollumfänglich recht: Es gibt tatsächlich zu viele, die aufgrund differenzierter Steuerentlastungen hier keine Steuern mehr bezahlen – wie etwa Glencore seit zwei Jahren in Baar.

Martin Stuber glaubt, dass man die Sache mit der Stadt Zug differenzierter betrachten muss. Vor allem aber muss man mit dem Mythos aufräumen, die Linken wollten nicht sparen. Das stimmt einfach nicht, das haben die Linken auch im Kantonsrat oft genug bewiesen. Auch in der Stadt haben sich die Linken nicht dagegen gewehrt, zu sparen und die Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Es ist notabene ein Stadtrat mit linker Mehrheit, der das geschafft hat. Die Frage ist aber, wie und wo man spart. Und da hat das Stimmvolk in der Stadt Zug eine klare Aussagen gemacht: Beim Buspass soll nicht gespart werden, das ist der falsche Ort.
Auch sollte man sich nicht in die Tasche lügen: Das Budget der Stadt Zug wird wieder positiv sein wegen der Reduzierung des ZFA-Beitrags. Es sind also nicht allein die Sparanstrengungen der Stadt. Das sollte man als Stadtzuger Kantonsrat immer selbstkritisch im Kopf behalten.

Heini Schmid hat den Angriff von Stefan Gisler auf den Finanzdirektor als mit der Würde des Kantonsparlaments nicht vereinbar empfunden. Von einem Finanzdirektor, der mit 1,2 Milliarden Franken Vermögen in den Kantonsrat kommt, einen Direktionswechsel zu fordern, ist völlig unverhältnismässig. Man muss die Relationen wahren. Der Kantonsrat ist gemäss Finanzhaushaltgesetz verpflichtet, mittelfristig ausgeglichen zu budgetieren, und mit 1,2 Milliarden Franken Eigenkapital kann sich der Kanton Zug rein nach Gesetz einige Jahre mit Negativergebnissen leisten. Es geht nicht darum, jetzt nicht sparen zu wollen, man muss vielmehr die Regierung auch dafür loben, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hat. Um aus parteitaktischen Gründen Leute zu verunglimpfen, dafür ist die Finanzsituation des Kantons Zug nach wie vor viel zu gut.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die sachlichen Ausführungen; die emotionalen Ausfälle nimmt er zur Kenntnis. Der Stawiko-Präsident hat in seinem Zitat darauf hingewiesen, dass die Defizite von heute die Schulden von morgen seien. Das ist eine Vorwärtsbetrachtung. Aufgrund der Äusserungen von vorhin erlaubt sich der Finanzdirektor auch eine Rückwärtsbetrachtung: Die Überschüsse von gestern sind das Vermögen von heute. Vor zwölf Jahren hatte der Kanton Zug ein Eigenkapital von 280 Millionen Franken, heute sind es – wie bereits mehrfach gehört – rund 1,1 Milliarden Franken. Die Liquidität damals ging unterjährig mehrmals um über 100 Millionen ins Negative, heute hat der Kanton Zug eine Liquidität in der Grössenordnung von 1 Milliarde Franken. Das ist die Sachlage.
Zur Frage der Steuersenkungen: Folgt man dem Finanzhaushaltgesetz, das dazu verpflichtet, mittelfristig, in der Regel innert fünf Jahren, die Rechnung auszugleichen, hätte man die Steuern in den vergangenen Jahren massiv mehr senken müssen! Man hätte die Überschüsse nicht hinnehmen und das grosse Vermögen gar nicht aufbauen dürfen. Was aber wurde beschlossen? In der letzten Sitzung der Kommission für die nächste Steuergesetzrevision hat der Finanzdirektor einen Überblick über die Steuersenkungen vorgelegt. Mit den vier Steuersenkungen wurden die Steuern um insgesamt 100 Millionen Franken gesenkt. Davon betrafen 70 Millionen Franken die Natürlichen Personen, dies bei den tiefen Einkommen, bei den hohen Kinderabzügen, bei den Abzügen für Eigen- und Fremdbetreuung und beim Mittelstand. Dort wurden substanzielle Senkungen vorgenommen, und jedermann mit einem mittleren Einkommen hat massgeblich davon profitiert. Hintergrund war die Überlegung, dass die Lebenshaltungskosten im Kanton Zug hoch sind und deshalb der Mittelstand und die breite Bevölkerung entlastet werden sollen. Es gibt im Kanton Zug viele Leute, welche keine Steuern bezahlen. Im nationalen Vergleich der Steuerausschöpfung liegt Zug bei den Natürlichen Personen auf einer Skala von 100 bei 50, also bei der Hälfte, dies wegen der hohen Freibeträge, der hohen Abzüge und der Entlastung des Mittelstands – und nicht deshalb, weil Zug bei den hohen Einkommen und bei hohen Vermögen eine exzessive oder aggressive Steuerpolitik betrieben hätte. Das muss klar gesagt werden. Natürlich ist der Kanton Zug auch bei den hohen Einkommen und Vermögen weit vorne dabei, er hat dort aber nicht den Markt unterboten.
Bei den Juristischen Personen hat man eine Entlastung von insgesamt 35 Millionen Franken vorgenommen. Der Gewinnsteuersatz wurde strukturiert um je einen Viertel Prozentpunkt gesenkt. Und was hat die Konkurrenz gemacht? Zug war über Jahre an der Spitze und liegt heute gemäss Statistik der «Neuen Zürcher Zeitung» auf Rang 7. Der finanzstärkste Kanton der Schweiz, der pro Kopf das Doppelte des Zweitplazierten in den NFA bezahlt, liegt auf Rang 7! Der Finanzdirektor hat das hingenommen, hat aber immer gesagt, dass sich der Kanton Zug das mittel- und langfristig nicht leisten kann. Nochmals: Man muss bezüglich Steuersenkungen bei

den Fakten bleiben und soll nicht emotional die Steuerpolitik verurteilen. Es wurden sehr präzise Entlastungen vorgenommen, was auch der Kantonsrat und das Zuger Stimmvolk so gesehen haben.
Bezüglich Finanzierungsprognose ist man 2012 tatsächlich noch von insgesamt 2,6 Milliarden Franken ausgegangen. Aber die Zeit schreitet voran, die Projekte werden vertieft, es gibt Beschlüsse auf Bundesebene, welche die Kantone mitfinanzieren müssen, sei im ÖV oder im Gesundheitswesen etc. Das alles führt zur aktuellen Prognose von 3,6 Milliarden Franken, also 1 Milliarde Franken mehr. Auf der anderen Seite – auch darüber hat der Finanzdirektor immer transparent informiert, sei es in der Stawiko oder im Kantonsrat – steht der aktuelle Stand der Steuereingänge, der nicht mehr so gute Zahlen zeigt, mittel- und langfristig aber wieder ins Positive korrigiert. Die Studie bei BAK Basel wurde ja in Auftrag gegeben, um eine langfristige Prognose machen zu können. Vor zwei Jahren hiess es, der aktuelle Konjunkturverlauf sei ein kleiner Durchhänger und werde mittel- bis langfristig korrigiert. Vor einem Jahr war man schon etwas zurückhaltender, und in diesem Jahr ist man nochmals zurückhaltender. Budgetiert wurde noch zurückhaltender, als BAK Basel für den Kanton Zug prognostizierte. Die Studie kostete im Übrigen 70'000 oder 80'000 Franken.
Als man das Budget 2015 erarbeitete, erkannte man vier Positionen, welche insgesamt um über 100 Millionen Franken schlechter sind: 60 Millionen Franken weniger Kantons- und Bundessteuern, 40 Millionen Franken mehr NFA-Beitrag, 4,5 Millionen Franken höherer ZFA-Beitrag, wahrscheinlich keine Gewinnausschüttung der Nationalbank. Das alles sind Positionen, welche die Finanzdirektion nicht beeinflussen kann. Deshalb wurde einerseits BAK Basel mit einer Studie beauftragt, anderseits entwickelte die Finanzdirektion intern ein eigenes Finanzmodell, welches Prognosen bis ins Jahr 2030 erlaubt; eine mittlere Variante daraus ist ins Budget eingeflossen. Diese Zahlen haben den Regierungsrat bewogen, Sofortmassnahmen im Rahmen eines Entlastungsprogramms zu ergreifen, das mehrere Jahre betrifft und mit dem jährlich 80 bis 100 Millionen Franken eingespart werden sollen. 80 bis 100 Millionen Franken pro Jahr ergeben in der langfristigen Betrachtung in fünfzehn Jahren 1,5 Milliarden Franken, womit die Rechnung wieder ausgeglichen sein sollte. Auf der anderen Seite hat man die BAK-Studie mit dem Vergleich des Kantons Zug mit anderen Kantonen, in der man unschwer feststellen kann, dass Zug rund 30 Prozent höhere Leistungen mit entsprechend höheren Kosten erbringt. Wenn man diese Information hat, versucht man als Erstes zu überprüfen, ob und warum diese Leistungen bzw. Kosten tatsächlich so viel höher seien. Die zweite Frage ist dann, ob man sich das leisten wolle. Wenn diese Prüfung vorgenommen ist und immer noch ein Manko besteht, dann kann man über Steuererhöhungen sprechen. Vorher aber darf man das nicht, denn mit den Steuern greift der Staat auf privates Eigentum zu, über welches dann die Allgemeinheit verfügt. Deshalb ist der Staat den Steuerpflichtigen diesen sorgsamen Umgang mit ihrem Einkommen und ihrem Vermögen schuldig.
Wie wurde das Entlastungsprogramm nun aufgesetzt? Man hat das kantonale Kader einbezogen und um Sparvorschläge gebeten. Der Finanzdirektor wäre mit hundert Vorschlägen bereits zufrieden gewesen, es wurden aber über 900 Vorschläge eingereicht. Alle haben also mitgewirkt und offensichtlich auch Potenzial gesehen. Natürlich gab es Doppelnennungen und auch falsche Annahmen, nach der ersten Bereinigung blieben aber immer noch 350 Vorschläge. Und nach einem *Workshop* mit dem Kader blieben noch 261 Massnahmen übrig, in einer Tabelle aufgeteilt in Laufende Rechnung und Investitionen. Diese Tabelle, welche der Finanzdirektor den Stawiko-Mitgliedern abgegeben hat, enthält alle Bereiche, auch diejenigen, welche die CVP-Fraktion mit ihrem pauschalen Kürzungsantrag vorhin quasi in den

Raum geworfen hat. Die vertiefte Prüfung dieser Massnahmen läuft, und die Direktionen sind gehalten, die entsprechenden Abklärungen bis Mitte Januar 2015 vorzunehmen. Der Finanzdirektor findet es deshalb nicht gut, wenn nun im selben Bereich nochmals Kürzungen verlangt werden. Irgendwann wird das System nämlich überfordert, und es ist denkbar schlecht im jetzigen Moment nochmals einen draufzugeben. Man nimmt dann zwar gewisse Bereiche aus, müsste aber auch weitere Bereiche ebenfalls ausnehmen, weil sie sich nicht umsetzen lassen, beispielsweise die Gebäudeversicherungen, das Material für die Pässe, medizinisches Material, Postspesen für den Versand der Kantonsratsvorlagen etc. Es ist deshalb ratsam, von einer pauschalen Kürzung abzusehen. Gabriela Ingold hat gesagt, man solle nicht klotzen, sondern kleckern. Es kommt dem Finanzdirektor aber vor, als klotze man im Einzelfall, wolle im Pauschalen aber kleckern. Der Stawiko-Präsident hat bereits an die letzte Sitzung und den Entscheid für eine Dreifachsporthalle erinnert; im Pauschalen aber, wo man jemanden verurteilen kann, ohne spezifisch zu werden, ist man für Kürzungen. Eigentlich aber müsste man umgekehrt sparen und auch im Einzelfall kleckern.
Nichteintreten wurde nicht beantragt. Die beantragte pauschale Kürzung empfiehlt der Finanzdirektor abzulehnen. Der Regierungsrat hat die Situation erkannt und die richtigen Massnahmen beschlossen. Der Kantonsrat wird im nächsten Jahr in der Verantwortung sein und mitwirken können; er wird im Einzelfall entscheiden können, was in welcher Qualität im Kanton Zug weiterhin angeboten werden soll. Bis dann liegt auch die vertiefte Auslegeordnung vor, um seriös entscheiden zu können.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten auf das Budget ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (Block 1)

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass der Rat in der Detailberatung das Budgetbuch anhand der Institutionellen Gliederung direktionsweise und nicht Kostenstelle für Kostenstelle durchgeht. Er bittet darum, bei Wortmeldungen folgenden Angaben zu machen:
• zu Kostenstellen *mit* Leistungsauftrag: Seite im Budgetbuch, Kostenstellen-Nummer und Name der Kostenstelle;
• zu Kostenstellen *ohne* Leistungsauftrag: Kostenstelle der betroffenen Kontonummer.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der Eintretensdebatte der Antrag gestellt wurde, über das ganze Budget eine pauschale Kürzung von 5'680'497 Franken vorzunehmen. Ein solcher Antrag ist zulässig. Je nach Ausgang der Abstimmung über diesen Antrag folgen weitere Anträge in der Detailberatung. Daher wird über diesen Antrag vorneweg abgestimmt.

➔ Der Rat stimmt der pauschalen Kürzung um 5'680'497 Franken mit 46 zu 19 Stimmen zu.

In der weiteren Detailberatung kommen folgende Kostenstellen bzw. Konti zur Sprache:

Gesetzgebende Behörden

Kostenstelle 1000, Kantonsrat (Seite 47)

Alois Gössi hält fest, dass man es in der Eintretensdebatte vielfach gehört hat: Der Kanton Zug muss in den nächsten Jahren sehr viel sparen, um seinen Finanzhaushalt wieder einigermassen ausgeglichen gestalten zu können. Der Votant ist der Meinung, dass die Kantonsrätinnen und -räte ebenfalls ihren Beitrag dazu leisten sollten, auch wenn es nur in einem kleinen Rahmen ist. Er stellt den Antrag, das Budget des Kantonsrats um 2500 Franken zu senken. Dieser Betrag soll gespart werden, indem der Kantonsrat inskünftig darauf verzichtet, nach dem Mittagessen noch einen Schnaps auf Staatskosten zu genehmigen. Der Landschreiber hat die betreffenden Kosten eruieren lassen. In den letzten drei Monaten ergaben sich für den Schnaps durchschnittlich Ausgaben von ca. 200 Franken pro Mittagessen. Hochgerechnet ergibt dies das erwähnte Sparpotenzial von rund 2500 Franken im Jahr – wenig, aber immerhin.
Der Votant findet es unangemessen, wenn der Steuerzahler den Mitgliedern des Kantonsrats neben dem Mittagessen und dem Wein – es gibt in der Regel zuerst einen Weisswein und anschliessend einen Rotwein – auch noch den Schnaps bezahlen muss. Denn auch wenn Kantonsräte sich nicht als Angestellte des Kantons bezeichnen: Es gibt weit und breit keinen Arbeitgeber, der seinen Mitarbeitenden den Konsum von Alkohol während der Arbeitszeit bewilligt, geschweige denn bezahlt. Das Büro des Kantonsrats hat den Schnapskonsum auf Staatskosten ja zwischenzeitlich auch schon mal unterbunden, unter anderem mit der Begründung, dass sich der Schnapskonsum teilweise negativ auf den nachmittäglichen Ratsbetrieb ausgewirkt habe. Selbstverständlich soll der Konsum von Schnaps nach dem Mittagessen weiterhin möglich sein, allerdings nicht auf Staatskosten. In diesem Sinne stellt der Votant den **Antrag,** das Budget des Kantonsrats von 1'136'100 Franken um 2500 Franken auf 1'133'600 Franken zu reduzieren.

Es kommt **Franz Peter Iten** vor, als würde hier das Sprichwort «Steter Tropfen höhlt den Stein» gelten. Es wird nicht zum ersten Mal über diese Schnaps-Idee gesprochen. Der Votant selber trinkt keinen Tropfen Alkohol mehr, weil der Arzt es ihm verboten hat. Trotzdem empfiehlt er, dem Antrag von Alois Gössi nicht zu folgen, damit der Kanton jenen Ratskolleginnen und -kollegen, welche das wünschen, auch künftig einen Schnaps schenken kann. Betrachtet man die Entschädigung, welche die Kantonsrätinnen und -räte erhalten, dann ist dem Kantonsrat, der viel und sehr gute Arbeit leistet, diese Geste des Staats zu gönnen.

Beni Riedi findet es lächerlich, dass der Kantonsrat schon zum dritten oder vierten Mal über dieses Thema diskutiert. In der Budgetdebatte wollen immer alle gross sparen. Der Votant erinnert daran, dass sich gewisse Kantonsratsmitglieder sogar die Weiterbildung aus dem Kantonsratsbudget finanzieren. Er verlangte in einer Motion, diese Gelder zu streichen, aber der Rat ist ihm nicht gefolgt. Wenn es darum geht, in der Budgetdebatte medienwirksam einzelne Kleinbeträge in Frage zu stellen oder während des Jahres neue Gesetze zu schaffen, dann sind alle dabei. Es wäre besser, wenn man im Verlaufe des Jahres gewisse Vorlagen kritischer hinterfragen und dazu Nein sagen würde, als erst in der Budgetdebatte mit kleinen Anträgen vor den Rat zu kommen.

Andreas Hausheer hält fest, dass Alois Gössi vergessen hat, die betreffende Kontonummer zu nennen. Er selber stellt zwei **Anträge:**
• Konto 300 (Kommissionsentschädigungen etc.) soll um 25'000 Franken reduziert werden. In den letzten zwei, drei Jahren gab es ausserordentliche viele Kommissionen, und gemäss Staatskanzlei kann man diesen Betrag problemlos um den genannten Betrag kürzen.
• Auch das Konto 313 (Dienstleistungen und Honorare) soll um 25'000 Franken reduziert werden. Hier hat man seit Jahrzehnten denselben Betrag von 50'000 Franken eingestellt, der aber nie ausgeschöpft wurde.
Insgesamt beantragt der Votant also eine Kürzung um 50'000 Franken.

Manuel Brandenberg hat eine Ergänzung zu den Anträgen seiner Vorredner. Er stellt den **Antrag,** Konto 313 (Dienstleistungen und Honorare) um 27'500 Franken zu reduzieren. Dafür kann der Rat beim Schnaps so weitermachen wie bisher.

Landschreiber **Tobias Moser** stellt klar, dass der Rat bis Ende September für 607.50 Franken Kirsch konsumiert hat. Es waren nicht 2500 Franken.

Alois Gössi hält fest, dass der Kantonsrat nie bezüglich Schnaps beschlossen hat, sondern immer das Büro. Die Information über die Kosten des kantonsrätlichen Schnapskonsums hat er vom Landschreiber erhalten.

Tobias Moser hat vom Rechnungsführer der Staatskanzlei eine Aufstellung der verbuchten Zahlungen für Schnaps erhalten. Was dort nicht aufgeführt ist, wurde nicht verbucht und auch nicht bezahlt.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** äussert sich nicht zum Antrag bezüglich Schnaps, er weist aber darauf hin, dass die übrigen beantragten Kürzungen im Stawiko-Bericht als Empfehlungen aufgeführt sind. Er geht davon aus, dass jetzt nicht alle Empfehlungen der Stawiko zu Anträgen gemacht und ins Budget geschrieben werden. Der Regierungsrat nimmt die Empfehlungen der Stawiko auf, prüft sie im Rahmen des Entlastungsprogramms und legt sie dem Kantonsrat wieder zur Beratung zu.
Das Konto 313 (Dienstleistungen und Honorare) mit 50'0000 Franken, dessen Reduzierung nun beantragt wird, ist eine Erinnerungsposition, um nötigenfalls etwas Geld zur Verfügung haben, wenn beispielsweise der Kantonsrat irgendwelche Abklärung treffen muss. Das Geld auf diesem Konto kann nicht einfach ausgegeben werden, sondern es braucht dazu Beschlüsse von Kommissionen. Dieser Posten wurde früher mal vom Kantonsrat definiert und kann nach Meinung des Finanzdirektors unverändert belassen werden.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Alois Gössi, das Konto 1000 um 2500 Franken zu kürzen, mit 41 zu 16 Stimmen ab.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Andreas Hausheer, das Konto 300 um 25'000 Franken zu kürzen, mit 37 zu 12 Stimmen zu.

Manuel Brandenberg zieht seinen Antrag zu Konto 313 zurück.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Andreas Hausheer, das Konto 313 um 25'000 Franken zu kürzen, mit 41 zu 16 Stimmen zu.

Allgemeine Verwaltung

Kostenstelle 1129, Datenschutz (Seite 59)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier folgende Anträge vorliegen:
• Antrag des Datenschutzbeauftragten zum Konto 301 (Personalaufwand): 286'500 Franken.
• Antrag des Regierungsrats zum Konto 301 (Personalaufwand): 252'700 Franken. Der Regierungsrat beantragt also, die von der Datenschutzstelle beantragte Personalstellenerhöhung von 20 Prozent sei abzulehnen; das ist Antrag 2 des Regierungsrats auf Seite 5 im Budgetbuch.
• Antrag der Staatswirtschaftskommission: Reduktion im Konto 313 (Dienstleistungen und Honorare) um 24'700 Franken auf 37'000 Franken. Der Datenschutzbeauftragte kommt der Stawiko gegenüber seinem ursprünglichen Antrag um 13'700 Franken entgegen und beantragt zu dieser Position neu 48'000 Franken. Der Regierungsrat zieht seinen Antrag auf 61'700 Franken zurück.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** hält fest, dass die Datenschutzstelle in den Positionen 301 (Löhne) und 305 (Arbeitgeberbeiträge) eine Pensenerhöhung von 20 Prozent berücksichtigte. Nachdem der gesamten Verwaltung keine zusätzlichen Pensen bewilligt wurden, liegt es nun am Kantonsrat, über eine allfällige Pensenerhöhung bei der Datenschutzstelle zu entscheiden. Die Stawiko schliesst sich dem Antrag des Regierungsrats auf entsprechende Kürzungen an und will die insgesamt 160 Stellenprozente beibehalten. In diesem Sinn stellt sie **Antrag** auf Kürzung der Position 301 (Löhne) auf 252'700 Franken und der Position 305 (Arbeitgeberbeiträge) auf 52'000 Franken. Das ist eine Kürzung von insgesamt 40'000 Franken.
Bei Position 313 (Dienstleistungen und Honorare) beantragte der Datenschutzbeauftragte ursprünglich 61'700 Franken, inzwischen beantragt er im Sinn eines Kompromisses 48'000 Franken; die Stawiko stellt den **Antrag** auf 37'000 Franken. Dieser Betrag entspricht dem Budget 2014, wobei diese Position im Jahr 2013 nur 1744 Franken gekostet hat. Zwischen Rechnung 2013 und Budget 2014 gab es also bereits eine Erhöhung um 35'000 Franken, und der Stawiko-Präsident geht nicht davon aus, dass der Kantonsrat diese Position noch weiter anheben will.

Esther Haas hält fest, dass es hier um die Frage geht, ob die neue Datenschutzbeauftragte mit einem Pensum von 80 oder von 100 Prozent angestellt wurde. Mit seinem Antrag hat der amtierende Datenschutzbeauftragte für ein 100-Prozent-Pensum plädiert. Die Votantin war als Vertreterin ihrer Fraktion beim *Hearing* dabei, und da war immer von einer 100-Prozent-Stelle die Rede. In der Kantonsratssitzung vom 22. Mai 2014, als Claudia Mund zur neuen Datenschutzbeauftragten gewählt wurde, stellte Andreas Hausheer die Frage, welche Arbeitspensum vorgesehen sei, und gemäss Protokoll antwortete JPK-Präsident Thomas Werner, es sei der künftigen Datenschützin überlassen, wie sie ihre Arbeit und die Stellenprozente insgesamt organisiere. Weiter sagte er – und mit diesem Satz wird im Stawiko-Bericht argumentiert –: «Wenn die neue Datenschützerin beispielsweise zu Beginn zu 100 Prozent arbeiten will, um ihre Aufgabe richtig erfüllen zu können, soll dies – so die Meinung der JPK – durch den Kantonsrat nicht verunmöglicht werden.» Das ist die Ausgangslage, und auch die Votantin ist deshalb von 100 Prozent ausgegangen. Sie ruft den Rat auf, es der künftigen Datenschutzbeauftragten zu ermöglichen, ihre Aufgabe richtig zu erfüllen, indem er ihr ein 100-Prozent-Pensum zugesteht. Das ist denn auch der Antrag der AGF.

Die Votantin weist darauf hin, dass die neue Datenschutzbeauftragte Claudia Mund im Saal ist. Sie fragt den Vorsitzenden, ob es möglich sei, dass Frau Mund ihre Sicht der Dinge dem Kantonsrat darlegen kann.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dies gemäss Geschäftsordnung nicht möglich ist.

Esther Haas wiederholt den Antrag der AGF: Die neue Datenschutzbeauftragte sei zu 100 Prozent anzustellen, wie das auch vom amtierenden Datenschutzbeauftragten beantragt wurde.

Manuel Brandenberg ist der Meinung, dass der Rat gemäss Geschäftsordnung beschliessen kann, einer Drittperson das Wort zu erteilen. Wenn dies zutrifft, sollte man Claudia Mund das Wort erteilen, geht es doch immerhin um ihre Stelle.

Der **Vorsitzende** zitiert § 18c Abs. 2 Datenschutzgesetz: «Die oder der Datenschutzbeauftragte vertritt das Budget der Datenschutzstelle im Kantonsrat.» Daraus ergibt sich, dass Claudia Mund das Wort nicht erteilt werden kann.

Manuel Brandenberg wiederholt, dass er anderer Meinung sei.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass der Regierungsrat für die Budgetierung 2015 im Personalbereich Grundsatzbeschlüsse gefasst hat. So beschloss er unter anderem, keine Stellenerhöhungen vorzunehmen, dies wegen der höheren Kosten der Zuger Verwaltung im Vergleich zu anderen Kantonen. Dieser Grundsatzbeschluss wurde eigentlich durch alle Direktionen hindurch eingehalten. Es stellte sich nun die Frage, ob dieser Grundsatz auch im Bereich des Datenschutzbeauftragten eingehalten werden dürfe oder könne. Der Regierungsrat versuchte abzuklären, ob er mit der Umsetzung dieses Grundsatzes hier allenfalls gegen Versprechungen oder Abmachungen verstossen würde. Die Abklärungen ergaben, dass das nicht der Fall ist. Man hat die Stelle mit 80–100 Prozent ausgeschrieben, und im Bewerbungsgespräch soll die neue Datenschutzbeauftragte auf die entsprechende Frage geantwortet haben, 60 Prozent wären für sie ein *No-Go,* aber ein Pensum zwischen 80 und 100 Prozent sei möglich. Etwas anderes liess sich in den verfügbaren Protokollen und Unterlagen nicht eruieren. Deshalb hat der Regierungsrat Personalkosten im bisherigen Umfang ins Budget aufgenommen. Aus Transparenzgründen hat er auf Seite 14 des Budgetbuchs die Überlegungen dazu dargelegt, und die Stawiko hat ihrem Bericht auch das ursprüngliche Budget des Datenschutzbeauftragten beigelegt.
Der Regierungsrat ist nach wie vor der Meinung, dass auch in diesem Bereich am Grundsatz, keine Stellenausweitungen vorzunehmen, festgehalten werden soll. Er hält deshalb an seinem Antrag fest. Im Bereich «Dienstleistungen und Honorare» hat er ebenfalls einen Antrag gestellt. Nachdem der Datenschutzbeauftragte seinen Antrag nun reduziert hat, zieht der Regierungsrat seinen Antrag zugunsten desjenigen des Datenschutzbeauftragten zurück.

Thomas Werner, Präsident der Justizprüfungskommission, will versuchen, etwas Ordnung in die Debatte zu bringen und mit zwei, drei Erklärungen nachzuhelfen. Die JPK hat den Auftrag, die Wahl der Datenschutzperson zu organisieren, weil die gesetzliche Grundlage geändert wurde resp. die Datenschutzstelle aufgrund übernommener EU-Richtlinien unabhängiger werden musste. Diese Unabhängigkeit soll sich gemäss Schengen-Vorlage auch im Budget widerspiegeln. Im Bericht steht: «Die Datenschutzstelle erstellt ein eigenes Budget analog Pragma-Ämter, welches

durch den Kantonsrat bewilligt wird.» Zuerst wurde mit dem amtierenden Datenschützer abgeklärt, mit welchem Pensum er in den letzten Jahren arbeitete. Seine Aussage war, dass er ursprünglich zu 70 Prozent eingestellt worden sei, in den letzten Jahren aber fast immer 100 Prozent gebraucht habe, vor allem weil er in immer mehr Kantonsratsvorlagen involviert sei. Das Ziel war, die Möglichkeit von Teilzeitarbeit offen zu lassen. Es konnte aber nicht wider besseres Wissen nur eine 70-Prozent-Stelle ausgeschrieben werden, weshalb die Stelle mit 80–100 Prozent ausgeschrieben wurde. Auch ein Arbeitsvertrag stand zur Diskussion. Es handelt sich bei der Datenschützerin aber um eine politisch gewählte Person. Dafür hat sich der amtierende Datenschützer vehement eingesetzt und sich deshalb gegen Verträge gewehrt, weil ein Vertrag die Unabhängigkeit hätte ritzen können. So wurde im Mai die neue Datenschutzbeauftragte mit einem Pensum von 80–100 Prozent vom Kantonsrat gewählt. Erst im August beschloss die Regierung den erwähnten Personalstopp.

Was für eine Datenschutzstelle benötigt der Kanton Zug denn? Von links bis rechts regen sich alle auf, wenn in diesem sensiblen Bereich Missgeschicke passieren oder persönliche Daten missbraucht werden. Wie viele Stellenprozente braucht diese Stelle? Am allerbesten weiss das die Datenschützerin selbst. Und es sei wiederholt: Die Datenschutzstelle ist wohl kein Pragma-Amt, in der Schengen-Vorlage ist aber vermerkt, dass die Datenschutzstelle künftig analog einem Pragma-Amt budgetiere. Da kann man doch jetzt keinen Rückzieher machen! Schaut man das Budget der Datenschutzstelle genau an, dann merkt man, dass bereits Geld eingespart wurde und das Budget 14 Prozent unter demjenigen des Vorjahrs liegt – das ist einiges mehr, als der Regierungsrat bei sich zu sparen bereit ist –, obwohl mit einem 100-Prozent-Pensum für die Datenschützerin budgetiert wurde. Es handelt sich nicht um eine neue Stelle und auch nicht um eine Aufstockung, denn die neue Datenschützerin wurde für 80–100 Prozent gewählt; allenfalls wäre es eine Reduktion der Stellen. Es geht einzig um Vollzeit statt Teilzeit. Wenn die Datenschützerin 100 Prozent arbeiten kann, bringt das auch den Vorteil mit sich, dass künftig weniger oder sogar keine Aufträge mehr extern vergeben werden müssen. Gerade diese externen Aufträge sind ja vielen Kantonsrätinnen und -räten ein Dorn im Auge. Niemand will doch, dass Aufträge extern vergeben werden müssen, nur damit das Budget stimmt, am Ende des Jahres dann aber die Rechnung nicht mehr.

Der Votant erinnert sich an die Budgetdebatte im letzten Jahr. Die SVP schlug vor, dass sämtliche Regierungsräte in ihren Direktionen 5 Prozent sparen sollen. Das Wehklagen im Saal war gross – Rasenmähermethode, unmöglich, nicht korrekt etc. –, und der Vorschlag der SVP wurde versenkt. Nun, die Zahlen lügen nicht und haben den Rat eines Besseren belehrt. Dass der Regierungsrat nun aber ausgerechnet bei der Datenschutzstelle, welche ihr Budget gegenüber dem Vorjahr bereits reduziert, den Sparauftrag also bereits mehr als erfüllt hat, Stellenprozente einsparen will, ist ein starkes Stück. Schliesslich geht es beim Budget nicht um Stellen, sondern um das Gesamtbudget, und dieses ist – wie gesagt – tiefer als letztes Jahr. Überhaupt ist es dem Personal des Kantons gegenüber nicht fair, wenn nach guten Jahren bei den ersten Anzeichen von roten Zahlen zuerst beim Personal gespart wird. Da machen es sich einige Leute zu einfach.

Die JPK ist der Meinung, dass der Kantonsrat zu den Stellenprozenten überhaupt nichts zu sagen hat. Die Datenschutzstelle hat ihre eigene Budgethoheit und wird über das Budget und nicht über die Stellenprozente gesteuert. Für eine Stellenreduktion fehlt dem Regierungsrat schlicht und einfach die gesetzliche Grundlage. Die JPK unterstützt deshalb einstimmig die Budgeteingabe der Datenschutzstelle inkl. 100-Prozent-Pensum für die neue Datenschützerin. Sie lehnt die übrigen Anträge ab.

Der **Vorsitzende** bestätigt nochmals, dass es in der GO KR keine rechtliche Grundlage für die Erteilung des Worts an Drittpersonen gibt. Aus verschiedenen Bestimmungen ergibt sich, dass nur die Mitglieder der Kantonsrats und des Regierungsrats zum Wort berechtigt sind.

René Huber, Datenschutzbeauftragter, macht drei einleitende Bemerkungen:
• Der Datenschutzstelle ist die kritische Finanzlage des Kantons in den nächsten Jahren bekannt, und dies nicht erst aufgrund der Voten von heute. Sie hat auch verstanden, dass bezüglich Budget 2015 von *allen* Einsparungen erwartet werden.
• Die Datenschutzstelle ist mit den Finanzmitteln in den letzten fünfzehn Jahren immer sorgfältig und kostenbewusst umgegangen, schliesslich ist ihr bekannt, dass es sich um Steuergelder handelt. Die Datenschutzstelle ist daher auch nie dem weit verbreiteten «Dezemberfieber» erlegen, sondern hat nicht benötigte Mittel auch nicht ausgegeben. In den letzten fünfzehn Jahren wurde das Budget denn auch immer eingehalten.
• Der Votant ist noch während gut drei Wochen kantonaler Datenschutzbeauftragter; ab 1. Januar 2015 wird Claudia Mund das Steuer übernehmen. Für das Budget 2015 ist aber nach wie vor der Votant als amtierender Datenschutzbeauftragter zuständig.
Zum Budget selber: Wie gehört, liegen Anträge zu zwei Positionen vor. Einerseits beantragen Stawiko und Regierungsrat für die neue Datenschutzbeauftragte ein Pensum von nur 80 Prozent und nicht von 100 Prozent; das betrifft die Position 301. Andererseits beantragt die Stawiko eine Kürzung des Sachaufwands um zusätzliche 11'000 Franken auf 37'000 Franken; das betrifft die Position 313. Bezüglich Personalaufwand ruft der Votant den Kantonsrat auf, dem Antrag der Datenschutzstelle zu folgen und der neuen Datenschutzbeauftragten zu ermöglichen, mit einem Pensum von 100 Prozent tätig zu sein, dies aus zwei Hauptgründen:
• Wie verschiedentlich gehört, wurde die Stelle der neuen Datenschutzbeauftragten im März 2014 mit einem Pensum von 80–100 Prozent im Amtsblatt ausgeschrieben. Claudia Mund hat sich denn auch im Bewerbungsverfahren gegenüber der JPK auf die Frage, in welchem Pensum sie ihr Amt ausüben wolle, ausdrücklich für ein 100-Prozent-Pensum ausgesprochen; auch in den Fraktions-*Hearings* sprach sie sich für ein 100-Prozent-Pensum aus. Diese 100 Prozent wurden im Rahmen des Wahlverfahrens denn auch zu keiner Zeit in Frage gestellt – und entsprechend wurde auch im Budget ein 100-Prozent-Pensum eingestellt. Gestützt auf den verfassungsmässigen Grundsatz von Treu und Glauben durfte und darf Claudia Mund also davon ausgehen, ab 1. Januar 2015 in einem 100-Prozent-Pensum tätig zu sein. Sie durfte davon ausgehen, dass die JPK, welche die Wahl vorbereitet hat, entsprechend mandatiert war, um die wichtigsten Punkte – dazu gehört auch das Pensum – mit ihr verbindlich abmachen zu können. Am Tag der Wahl von Frau Mund, am 22. Mai 2014, führte der JPK-Präsident denn auch im Kantonsrat aus: «Wenn die neue Datenschützerin beispielsweise zu Beginn zu 100 Prozent arbeiten will, um ihre Aufgaben richtig erfüllen zu können, soll dies – so die Meinung der JPK – durch den Kantonsrat nicht verunmöglicht werden.» Zusammengefasst: Claudia Mund durfte sich auf ein 100-Prozent-Pensum verlassen, weil es damals so abgemacht war. Andernfalls hätte die Stelle ja nicht mit einem Pensum von 100 Prozent im Amtsblatt ausgeschrieben werden dürfen.
• Am 1. Januar 2015 übernimmt Claudia Mund die Leitung der Datenschutzstelle. Dabei ist zu bedenken, dass sie neu an die Datenschutzstelle kommt und sich zuerst in die Materie einarbeiten muss. Sie war während der letzten sechs Jahre juristische Mitarbeiterin und Projektleiterin beim Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum in Bern, wo sie auch wohnte. Sie ist daher weder mit dem

Zuger Recht im Allgemeinen noch mit dem Zuger Datenschutzrecht und auch nicht mit den Zuger Strukturen und Verhältnissen von Kanton und Gemeinden vertraut. Sie muss sich daher zuerst einleben, Kontakt zu den wichtigen *Playern* aufnehmen und sich mit dem Zuger *meccano* vertraut machen. Das benötigt einen nicht unerheblichen zusätzlichen Zeitaufwand. Um einen möglichst reibungslosen Übergang zu ermöglichen, ist es daher sachlich geboten, richtig und wichtig, dass Claudia Mund in einem 100-Prozent-Pensum tätig sein kann. Ein ergänzender Hinweis zum jetzigen Aufwand für Personalkosten: Verglichen mit dem 80-Prozent-Pensum des amtierenden Datenschutzbeauftragten kostet das 100-Prozent-Pensum von Claudia Mund pro Jahr insgesamt nur etwa 7000 Franken mehr, ist sie doch in einer tieferen Lohnklasse eingestuft; auch sind wegen ihres Alters die Pensionskassen-Beiträge tiefer, und es entfällt die TREZ.

Noch einige Hinweise zum Sachaufwand, also zur Position 313 (Dienstleistungen und Honorare): Wie gehört, hatte der Regierungsrat ursprünglich einen Betrag von 61'700 Franken vorgesehen; heute hat sich der Finanzdirektor mit dem Antrag der Datenschutzstelle, nämlich 48'000 Franken, einverstanden erklärt. Die Stawiko hingegen beantragt eine Kürzung auf 37'000 Franken. Wie schon gesagt, hat die Datenschutzstelle aufgrund der aktuellen Finanzlage den ursprünglichen Antrag im Sinne eines Kompromisses gegenüber der Stawiko bereits um 13'700 Franken gekürzt. Sie bittet den Rat nun aber, bei der Position 313 einen Betrag von 48'000 Franken zu sprechen. Dafür gibt es folgende Gründe:

• Für den Bereich Datensicherheit/IT ist festzuhalten, dass die IT-Projekte immer komplexer und damit die Beratungs- und Kontrollaufgaben immer anspruchsvoller werden. Die neue Datenschutzbeauftragte wird hier auf die Unterstützung externer IT-Spezialisten angewiesen sein, um ihren gesetzlichen Auftrag gemäss Datenschutzgesetz, Datensicherheits- und Informatikverordnung wahrnehmen zu können.

• Zudem erhält die Datenschutzstelle verschiedene neue Aufgaben, etwa im Zusammenhang mit dem neuen Videoüberwachungsgesetz, das im September in Kraft getreten ist. So müssen Kanton und Gemeinden nicht nur für die neuen Überwachungsanlagen, sondern auch für alle bestehenden Anlagen bis im Frühjahr 2015 um eine Bewilligung nachsuchen. In diesem Bereich hat die Datenschutzbeauftragte verschiedene neue Aufgaben zu bewältigen, die externe Unterstützung erfordern.

• Auch im Bereich «eGov» werden anspruchsvolle Projekte zu begleiten sein, bei denen externes Expertenwissen wichtig ist.

Schliesslich noch einige Hinweis zum Budgetverlauf, der aufzeigen soll, dass die Datenschutzstelle die kritische Finanzlage des Kantons ernst nimmt und die Zeichen der Zeit erkannt hat:

• Bereits beim Erstellen des Budgets im Frühjahr wurde dieses um 42'000 Franken reduziert, indem die Praktikantenstelle gestrichen wurde.

• Aufgrund der Budgetbesprechung mit dem Finanzdirektor am 27. Juni 2014 wurde der Sachaufwand um 16'100 Franken reduziert.

• Aufgrund der Budgetbesprechung mit der Stawiko-Delegation im Oktober ist die Datenschutzstelle mit der Kürzung des Sachaufwands um weitere 13'700 Franken einverstanden.

Das vorliegende Budget hat also schon viele Federn lassen müssen. Insgesamt hat die Datenschutzstelle das Budget um 71'800 Franken reduziert, was gut 14 Prozent ausmacht. Sie hat also bereits einen wesentlichen Sparbeitrag erbracht. Würden die Anträge der Stawiko angenommen, würden die zusätzlichen Kürzungen nochmals 51'000 Franken betragen, was weitere 12 Prozent Kürzung bedeutet.

Abschliessend weist der Datenschutzbeauftragte auf Folgendes hin: Das Gesetz verlangt, dass die Datenschutzstelle den über 118'000 Zugerinnen und Zugern, den insgesamt 42 Gemeinden und der kantonalen Verwaltung mit insgesamt Tausen-

den von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Daten bearbeiten, eine Vielzahl von Dienstleistungen erbringt. Im Bereich der Datensicherheit werden die Systeme immer zahlreicher und immer komplexer, betreut doch nur schon das kantonale Amt für Informatik und Organisation (AIO) über 560 verschiedene Fachanwendungen. Hier nehmen die Risiken zu, und die Dienstleistungen der Datenschutzstelle sind wichtig. In einer Zeit, in welcher der Datenhunger des Staats ständig zunimmt und immer mehr Daten über Personen erhoben, verknüpft und weitergegeben werden, ist Datenschutz wichtiger denn je. Die verfassungsmässig garantierte Privatsphäre und die Persönlichkeitsrechte aller sind zu achten und zu schützen. Ein freiheitlicher Staat ist zwingend darauf angewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger frei und unüberwacht leben können. Hier leistet der Datenschutz einen wichtigen Beitrag. Ihre Aufgabe kann die Datenschutzstelle aber nur erfüllen, wenn sie auch über die erforderlichen Ressourcen verfügt.
In diesem Sinn bittet der Datenschutzbeauftragte:
• den Antrag der Datenschutzstelle zu unterstützen und Claudia Mund ein Pensum von 100 Prozent zu ermöglichen, also bei Konto 301 einen Betrag von 286'500 Franken zu sprechen;
• den Antrag der Datenschutzstelle bezüglich der Sachmittel zu unterstützen und bei Konto 313 einen Betrag von 48'000 Franken zu sprechen.
Der Datenschutzbeauftragte dankt auch im Namen von Claudia Mund für die stützung.

Adrian Andermatt ist Mitglied der JPK und war bei den Bewerbungsgesprächen dabei. Er ist klar der Meinung, dass die JPK der künftigen Datenschutzbeauftragten nie eine Zusicherung bezüglich Stellenprozenten gegeben hat. Der Votant ist froh, dass Claudia Mund gewählt wurde und sie sich für den Kantons Zug einsetzen wird, nicht zuletzt weil er sie als hervorragende Juristin einschätzt. Als Juristin weiss Claudia Mund auch, was die gesetzlichen Grundlagen in diesem Zusammenhang sind, und dass das Ganze über das Budget gesteuert wird. Wenn sie mit 100 Prozent tätig sein will, muss sie das innerhalb ihres Budgets entsprechend organisieren; dem steht der Kantonsrat nicht im Wege. Eine entsprechende Zusicherung aber gab es aus Sicht des Votanten nie.

Heini Schmid ist etwas verwirrt: Wird hier über ein Arbeitspensum oder – gemäss den Ausführungen von Adrian Andermatt – über ein Globalbudget gesprochen, bei welchem der Kantonsrat bezüglich Arbeitspensen gar nichts zu sagen hat? Wenn ein Globalbudget für *ein* Amt Sinn macht, dann für die Datenschutzstelle, welche auch beim Einsatz ihrer Mittel eine gewisse Unabhängigkeit haben sollte. Der Votant empfiehlt, nur über den Gesamtbetrag für die Datenschutzstelle zu diskutieren und diese selber entscheiden zu lassen, ob die künftige Datenschutzbeauftragte 100 oder 80 Prozent arbeiten will. Wenn hier aber nicht über ein Globalbudget, sondern über ein Arbeitspensum diskutiert wird, möchte der Votant wissen, weshalb die JPK auf die Idee kommt, es gehe hier um ein Globalbudget.

Der **Vorsitzende** stellt klar, dass die Kostenstelle 1129 (Datenschutz) eine Kostenstelle ohne Leistungsauftrag und damit ohne Globalbudget ist.

Andreas Hausheer ist Mitglied der Stawiko-Delegation. Er hat die vorliegende Frage auch bei der Wahl von Claudia Mund gestellt, erhielt von der JPK aber keine klare Antwort. Er hat bei den JPK-Mitgliedern aus seiner Partei deshalb insistiert, dass diese Frage ein für alle Mal geklärt werden solle, was offenbar aber nicht geschah. Und jetzt hat man den Salat.

Es ist klar, dass die Datenschutzstelle kein Pragma-Amt ist und deshalb kein Globalbudget hat; die Budgethoheit liegt also beim Kantonsrat. Wenn die JPK irgendetwas versprochen hat, hat sie das wider die Budgethoheit getan. Zu beachten ist auch, dass die Stawiko keine Reduktion der Stellenprozente beantragt, sondern eine Reduktion der Lohnsumme, welche durch die tiefere Einstufung von Claudia Mund begründet ist; diese basiert auf einer gesetzlichen Grundlage. Als Hintergrundinformation ist auch wichtig, dass der jetzige Datenschutzbeauftragte das Personalbudget immer eingehalten hat. Er hat mit Einverständnis der Stawiko teilweise seine Stellenprozente erhöht, was er dadurch aufgefangen hat, dass die budgetierten Praktikantenstellen nicht ausgeschöpft wurden. Beim Betrag für Dienstleistungen Dritter liegt eine wahnsinnige Erhöhung vor: von gut 1000 Franken in der Rechnung 2013 auf das jetzige Budget von 48'000 Franken.

Manuel Brandenberg hat kurz mit der neuen Datenschutzbeauftragten gesprochen. Sie lässt mitteilen, dass sie anlässlich der Bewerbungsgespräche immer davon ausgegangen sei, dass es für sie um eine 100-Prozent-Stelle gehe, was sie auch immer so signalisiert habe.

Esther Haas geht es nicht primär um die Stelle der Datenschutzbeauftragten, ihr geht es um Verlässlichkeit. Auf die Frage von Andreas Hausheer hat der JPK-Präsident eine Antwort gegeben, die im Protokoll der damaligen Kantonsratssitzung festgehalten ist. Das ist das einzig Verlässliche. Und es sei wiederholt, was der JPK-Präsident gesagt hat: «Wenn die neue Datenschützerin beispielsweise zu Beginn zu 100 Prozent arbeiten will, um ihre Aufgabe richtig erfüllen zu können, soll dies – so die Meinung der JPK – durch den Kantonsrat nicht verunmöglicht werden.» Damals hat dem JPK-Präsidenten niemand widersprochen, und es ist für die Votantin eher seltsam, wenn jetzt daran gerüttelt wird. Es ist eine Frage der Verlässlichkeit des Kantonsrats.

JPK-Präsident **Thomas Werner** möchte nicht die Stawiko gegen die JPK ausspielen. Er hat aber nicht gesagt, die Datenschutzstelle sei ein Pragma-Amt. Vielmehr steht in der Schengen-Vorlage, dass diese Stelle gehandhabt werden sollte wie ein Pragma-Amt, dies wegen der Unabhängigkeit, die verlangt worden ist.
Man könnte im Übrigen auch fragen, warum der amtierende Datenschützer, der zu 70 Prozent angestellt wurde, ständig 100 Prozent gearbeitet hat. Dazu hat sich die Stawiko nie geäussert.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass jetzt zuerst die beiden Hauptanträge des Datenschutzbeauftragten und des Regierungsrats zum Konto 301 zur Abstimmung gebracht werden. Über den Kürzungsantrag der Staatswirtschaftskommission zum Konto 313 wird danach separat abgestimmt.

Abstimmung zum Konto 301 (Personalaufwand):

➔ Der Rat folgt mit 51 zu 15 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission (252'700 Franken).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat damit gleichzeitig den Antrag 2 des Regierungsrats auf Seite 5 des Budgetbuches zur Abstimmung gebracht hat.

Abstimmung zum Konto 313 Dienstleistungen und Honorare):

➔ Der Rat folgt mit 51 zu 16 Stimmen dem Antrag der Staatswirtschaftskommission (37 000 Franken).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über den Antrag des Stawiko-Präsidenten zu Konto 305 (Arbeitgeberbeiträge) nicht abgestimmt werden muss, da durch die Reduktion der Lohnsumme auch die Summe für die Sozialversicherungen reduziert wird.

Gregor Kupper hält fest, dass vorhin Fragen hinsichtlich Pragma, Globalbudget, Leistungsauftrag etc. offen geblieben sind. Er macht dem Regierungsrat beliebt, zusammen mit der Datenschutzstelle diese Fragen zu klären. Seines Erachtens wäre dem Kantonsrat gedient, wenn die Datenschutzstelle künftig mit einem Globalbudget fahren könnte; man könnte leidige Diskussionen vermeiden.
Betrachtet man den Gesamtaufwand, dann sieht man, dass dieser im Jahr 2013 rund 396'000 Franken betrug. Für 2015 wurden 451'000 Franken beantragt, was der Kantonsrat nun auf 400'000 Franken gekürzt hat. Gegenüber 2013 ergibt sich damit nur ein kleiner Mehraufwand. Dabei muss man allerdings berücksichtigen, dass die neue Datenschutzbeauftragte in einer tieferen Lohnklasse eingestuft ist, was einem Sparpotenzial von etwa 30'000 Franken entspricht; man muss die 396'000 Franken von 2013 also mit dem durch die Neuanstellung reduzierten Gesamtbudget vergleichen.

Direktion des Innern

Kostenstelle 1552, Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (S. 85)

Franz Peter Iten legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist ein sogenannter PriMa, auf gut Deutsch ein «Privater Mandatsträger», und betreut Klienten aus Entscheidungen von vormundschaftlichen Massnahmen. Er will nicht den Eindruck erwecken, mit seinem Votum der Direktorin des Innern eines auswischen zu wollen. Vielmehr geht es ihm um die Sache und um die Klientschaft; er betrachtet jedes Mündel als Klienten. Seiner Meinung nach muss aber in nächster Zukunft noch einiges korrigiert werden müssen.
Im «SonntagsBlick» vom 23. November 2014 war zu lesen, dass der Bund den «KESB-Irrsinn» überprüfen wolle, so gemäss Aussage von David Rüetschi vom Bundesamt für Justiz. Unabhängige Experten sollen Kosten und Massnahmen beim neuen Kindes- und Erwachsenenschutz genau unter die Lupe nehmen. Man will die Entwicklung der Kosten und die Zahl der angeordneten Massnahmen genau anschauen – ein Anliegen, das auch der Votant fordert und das auch der Kantonsrat fordern muss. Mit der Umsetzung der neuen Gesetzesgrundlagen war allgemein die Meinung, dass die Finanzierung jeweils über den Kanton erfolgen wird, gemäss dem Motto «Wer zahlt, befiehlt» bzw. «Wer befiehlt, zahlt», so die Aussage von Ruedi Meyer, Vorsteher des Sozialamts des Kantons Nidwalden in der «Neuen Zuger Zeitung» vom 20. November 2014. Das ist leider nicht überall so gelöst worden. So trägt im Kanton Zug der Kanton die Kosten, was sich auf dessen Finanzen negativ auswirkt. Im Kanton Luzern bezahlen die Gemeinden sämtliche durch die KESB angeordneten Massnahmen und beteiligen sich auch anteilsmässig an den Kosten der KESB. Im Kanton Obwalden und Uri werden die Massnahmen durch die KESB finanziert, die Sozialkosten überlässt man dort den Gemeinden. Die Finanzierung wird also sehr unterschiedlich gehandhabt habt, was allerdings nicht das Ziel sein kann. Es wird allgemein festgestellt und zu bedenken gegeben, dass es wohl noch Jahre brauche, bis sich die neue Organisation eingependelt hat, denn schliesslich hat das neue Bundesgesetz mit einer kompletten neuen Behörde und neuen Strukturen ein über 100-jähriges Vormundschaftsrecht abgelöst. Es wird im erwähnten Artikel im «SonntagsBlick» weiter darauf hingewiesen, dass externe

Experten den KESB auf die Finger schauen werden. Dass muss auch im Kanton Zug gefordert werden, insbesondere wenn man die grosse Kostenentwicklung anschaut. So wird von 2015 auf 2016 mit einer Erhöhung von rund 600'000 Franken gerechnet, wobei der Votant gerne noch einen Hinweis hätte, warum es 2016 so grosse Mehrkosten geben soll.
Der Votant kommt nun zu seinen Fragen. Da aber heute nicht eine Grundsatzdiskussion über die neue Behörde, sondern eine Budgetdebatte geführt wird, ist er sich nach der präsidialen Rüge in der vorletzten Kantonsratssitzung – es ging um POLYCOM – nicht ganz sicher, ob er überhaupt Fragen stellen darf; er möchte nämlich nicht, dass der Kantonsratspräsident ihn unterbricht und festhält, dass keine Fragestunde durchgeführt, sondern über das Budget debattiert werde. Er geht aber davon aus, dass Fragen erlaubt sind.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Fragen zum Budget auf jeden Fall erlaubt sind.

Franz Peter Iten kommt damit auf die Einfluss- und Plangrössen auf Seite 87 des vorliegenden Budgets 2015 zu sprechen. Hier ist festgehalten, dass rund 1500 Massnahmen bestehen: 1300 laufende Massnahmen, 200 neu angeordnete Massnahmen. Nimmt man die Nettokosten im Budget von 6,107 Millionen Franken zum Vergleich, ergibt dies einen durchschnittlichen Aufwand pro Fall von rund 4100 Franken. Nimmt man die Mehrkosten von 618'000 Franken, würde das für 2016 rund 150 Fälle mehr ergeben. Das kann sich der Votant beim besten Willen nicht vorstellen. Er ist sich aber nicht sicher, ob dieser Vergleich allenfalls nicht etwas hinkt. Deshalb hätte er vom Regierungsrat gerne Auskunft, wie diese Zahlen zu interpretieren sind, insbesondere auch die Einnahmenseite.
Die Information über die Führung der Mandate ist auch sehr verwirrend. So führt das Mandatszentrum 520 Mandate, die Fachstelle «punkto Jugend und Kind» 210 Mandate und die Fachstelle Kinder- und Jugendberatung Zug 80 Mandate. Die genaue Zahl der durch die privaten Mandatsträger geführten Fälle ist nicht erwähnt, was der Votant sehr bedauert. Er könnte nun eine Bemerkung anbringen, die ihm vermutlich aber Vorwürfe einbringen würde, weshalb er es dem Rat überlässt, was er damit meint. Seine Frage an die Regierung jedoch lautet: Heisst das konkret, dass die PriMa 690 Mandate führen? Da hätte der Votant gerne eine Auskunft.
Dem Votanten wurden im Rahmen der Diskussionen über die KESB verschiedene Vorwürfe gemacht, dass er nicht in der Öffentlichkeit Fragen stellen, sondern sich direkt an die Behörde wenden soll. Er hat diesen Vorwürfen nachgelebt und mit Schreiben vom 9. Oktober 2014 der KESB eine grosse Menge Fragen gestellt. Der Votant geht nicht näher auf diese Fragen ein, hält dazu aber fest, dass die Antworten der KESB vom 17. Oktober 2014 ihn überhaupt nicht zu befriedigen vermögen; zum Teil hat man seine Fragen auch ganz einfach ignoriert, was der Votant nicht akzeptieren kann. Nach meiner Abwahl hat er nun genug Zeit, sich als PriMa der KESB vertieft anzunehmen, und er wird so lange Fragen stellen, bis er auf alle Fragen eine vernünftige, klare und anständige Antwort erhalten hat – dies einzig zugunsten und im Sinne jener Mitmenschen, welche Hilfe dringend nötig haben. Auch muss der Leistungsauftrag überprüft werden, weil nach Meinung des Votanten verschiedene Aufgaben in den vereinzelten Leistungsgruppen nicht im Sinne des Kantonsrats umgesetzt werden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Budgetdebatte grundsätzlich dazu dient, Anträge betreffend Finanzen und Leistungsaufträgen zu stellen. Es ist nicht üblich, dass nur Fragen beantwortet werden. Trotzdem bittet er die Direktorin des Innern um ein kurzes Votum.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass Fragen zu den Prognosen für 2016 gestellt wurden. Das Kindes- und Erwachsenenschutzamt geht davon aus, dass es einerseits mehr Fälle geben wird und andererseits die Entschädigungsvorstellungen von KJBZ und «punkto» höher sein werden als ursprünglich erwartet. Es ist aber zu betonen, dass nur Prognosen vorliegen und man im Verlaufe des kommenden Jahres zu genaueren Aussagen kommen wird.
Es gibt mehr als 400 PriMa, was mehr ist, als die Gemeinden hatten. Die genauen Zahlen wird die Direktorin des Innern dem Fragesteller nachliefern. Und es ist tatsächlich so, wie in der Zeitung zu lesen war: Der Bund überprüft, was sich am neuen Recht als positiv erweist und was allenfalls angepasst werden muss.

Kostenstelle 1580, Amt für Denkmalpflege und Archäologie (S. 89)

Thiemo Hächler legt vorab seine Interessenbindung offen: Aufgrund seiner Tätigkeit als Architekt und Vertreter von Eigentümern und Bauherrschaften ist ihm die Arbeit des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie immer wieder sehr nahe.
Im vorliegenden Budget ist unter dem Konto 1580 ein Betrag von 6'890'000 Franken zugunsten des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie vorgesehen. Detaillierte Zahlen, wofür das beantragte Geld verwendet wird, sieht man leider nicht. Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre ist aber bekannt, dass dieses Amt sehr viel Geld dafür ausgibt, um Aufträge für Studien und Planungen frei an Dritte zu vergeben. Der Votant stellt den **Antrag**, das Konto 1580 um 10 Prozent auf die neue Summe von rund 6,2 Mio. Franken zu kürzen.
Der Votant ist der Meinung, dass von diesem Amt seit Jahren Leistungen erwartet werden, welche es einfach nicht erbringt. Vielmehr beschäftigt es sich selber mit Aufgaben, welche die Bevölkerung weder erwartet noch gebrauchen kann. Seit nunmehr vier Jahren ist der Votant zusammen mit seinem Ratskollegen Daniel Abt im Gespräch mit der Direktionsvorsteherin und dem Amtsleiter. Alle Versprechungen und Hoffnungen, welche in Aussicht gestellt wurden, sind leider solche geblieben. In seiner persönlichen Einschätzung sieht der Votant ein Amt, welches sich sehr einseitig auf die Thematik Archäologie fokussiert und dabei die Interessen einer sinnvollen Denkmalpflege links liegen lässt. Fast 90 Prozent der Mitarbeitenden werden dafür eingesetzt, dass aus jedem Aushubloch oder Kanalgraben eine potenzielle archäologische Fundstätte wird. Der Nutzwert daraus lässt sich gar nicht darstellen, ist aber auf jeden Fall sehr klein. Dafür versuchen auf der anderen Seite des Amtes einige wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einen guten Job im Bereich der Denkmalpflege zu machen. Dass ihnen dies nicht gelingen kann, ist bei einer permanenten Überbelastung nicht verwunderlich. Es ist dem Votanten deshalb wichtig festzuhalten, dass die rund 700'000 Franken explizit im Bereich Archäologie gespart werden müssen.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass das Amt für Denkmalpflege und Archäologie – wie die anderen Ämter auch – sein Budget vor der Eingabe bereits gekürzt hat, dies um 150'000 Franken, wovon 135'000 Franken im Bereich Archäologie und kaum etwas in der Denkmalpflege, also ganz im Sinne des Antragstellers. Es hat bei der Archäologie, nicht aber bei der Denkmalpflege, auch ein Stellenabbau stattgefunden.
Im Rahmen des Entlastungsprogramms wurden dem Amt weitere Aufgaben gestellt. Die Regierung will eine Opfersymmetrie, die auch hier mit Sicherheit zu weiteren Senkungen führen wird. Nun hat der Kantonsrat vorhin eine pauschale Kürzung von 5 Prozent beschlossen. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass über

diese 5 Prozent hinaus nicht noch weiter gekürzt werden kann, sollen die gesetzlichen Aufgaben überhaupt noch wahrgenommen werden können. Die Regierung bittet deshalb, keine weiteren Kürzungen mehr vorzunehmen.

➔ Der Rat stimmt dem Kürzungsantrag von Thiemo Hächler mit 42 zu 16 Stimmen zu.

Volkswirtschaftsdirektion

Kostenstelle 2035: Amt für öffentlichen Verkehr (Seite 173)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko zwei Anträge stellt:
• Laufende Rechnung: Reduktion des Globalbudgets um 160'000 Franken.
• Investitionsrechnung: Reduktion des Projekts VD2035.0029 um 500'000 Franken.
Die Streichungsanträge betreffen dasselbe Projekt, nämlich «Be in, be out» (BiBo). Die zwei Anträge werden deshalb zusammen beraten, aber getrennt zur Abstimmung gebracht.

Gregor Kupper legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist Verwaltungsratspräsident der Zugerland Verkehrsbetriebe (ZVB) und in dieser Position an jedem innovativen Projekt zur Entwicklung des ÖV interessiert. Hier im Kantonsrat trägt er aber den Hut des Stawiko-Präsidenten.
Die Stawiko stellt – wie gehört – den Antrag, in der Laufenden Rechnung das Globalbudget des Amts für öffentlichen Verkehr um 160'000 Franken zu kürzen und in der Investitionsrechnung auf Seite 174 die Position ganz unten mit 500'000 Franken und die entsprechenden Beträge im Finanzplan ganz zu streichen. Es geht um das neue Ticketsystem BiBo. Die Stawiko ist der Meinung, dass der Kanton Zug in Anbetracht seiner finanziellen Lage und der absehbaren Entwicklung keine Vorreiterrolle in solchen Pilotprojekten übernehmen müsse.

Martin Stuber teilt mit, dass sein Fraktionskollege Andreas Hürlimann als Stawiko-Mitglied der AGF nahegelegt hat, den Streichungsantrag bezüglich BiBo zu unterstützen. Zug eignet sich schlecht als Testregion für ein solches Projekt. BiBo ist sehr kapitalintensiv. Man muss beispielsweise Fahrzeuge ausrüsten, wobei das Problem darin liegt, dass die SBB die Stadtbahn-Garnituren ständig wechselt. Das heisst, dass jede Stadtbahn-Garnitur, die in der Schweiz fährt, irgendwann auch in Zug eingesetzt wird, so dass also alle diese Fahrzeuge für BiBo ausgerüstet werden müssten; möchte man auch noch die S24 ausrüsten, kommt man auf über hundert Fahrzeuge. Schon aus diesem Grund eignet sich Zug schlecht als Pilotregion für BiBo. Zudem ist die Gefahr sehr gross, dass das investierte Kapital einfach abgeschrieben werden muss. Die AGF unterstützt deshalb den Antrag der Stawiko.
Die AGF unterstützt aber auch die Bemühungen um die Realisierung eines zukunftssicheren, elektronischen Zutrittssystems für den öffentlichen Verkehr. Sie macht dem Regierungsrat deshalb beliebt, die Zielsetzung L23 im Leistungsauftrag auf das nächste Budget hin zu revidieren: Nicht nur das Amt für öffentlichen Verkehr, sondern auch die Regierung soll sich einsetzen, dass ein zukunftssicheres, digitales Zutrittssystem schweizweit so schnell wie möglich kommt. Dabei soll auch berücksichtigt werden, was in der neuesten Nummer der Schweizer Eisenbahn-Revue dargelegt wurde: «Überhaupt nicht diskutiert werden die betriebswirtschaftlichen Nachteile eines solchen Systems. Die Benützung des öffentlichen Verkehrs wird bisher fast ausschliesslich zum Voraus bezahlt. Die Betreiber bekommen ihr Geld also sofort. Wenn die überwiegende Zahl der Kunden mit BiBo – sei es mit

Rechnung oder mit Kreditkarte – erst nach dreissig Tagen zahlen darf, müssen die Betreiber einen Zwölftel ihres Jahresumsatzes mit diesen Kunden als zusätzliche flüssige Mittel bereithalten. Es wird also viel mehr Umlaufkapital gebunden, was bei einstmals wieder höheren Zinsen ausserdem einen zusätzlichen Kostenfaktor darstellt.» Der Votant bittet den Regierungsrat, auch diesen Aspekt zu berücksichtigen, wenn es darum geht, ein neues System zu etablieren.

Philip C. Brunner als amtierender Wirt merkt an, dass die meisten Beizen genau aus dem von Martin Stuber angeführten Grund überleben: Man kassiert heute beim Gast ab und bezahlt dann übermorgen seine Rechnungen.
Bei BiBo ist auch der Aspekt des Datenschutzes zu berücksichtigen. Es geht hier um Überwachung in Reinkultur, und man wird in Zukunft keine Wahl mehr haben, ob man das neue System nutzen will oder nicht. Man muss also doppelt gut überlegen, welchen Weg man mit BiBo einschlägt. Der Kanton Zug sollte nicht als erster ins digitale Chaos rennen und sich nachher dafür entschuldigen müssen, dass er mit den erhobenen Daten nachweisen kann, wer wo und wann in öffentliche Verkehrsmittel ein- bzw. wieder ausgestiegen ist.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** stellt fest, dass BiBo offensichtlich Emotionen weckt – auch bei den Kundinnen und Kunden, die an der Zuger Messe die entsprechende Karte am liebsten gleich sofort gekauft hätten. Man muss die Erwartungen deshalb eher dämpfen und darauf hinweisen, dass die Einführung von BiBo ein langer Prozess ist, mit dem man aber einmal beginnen sollte. Die Meinung des Regierungsrats war eigentlich, irgendwann mit einer Vorlage vor den Kantonsrat zu kommen und dann das Thema vertieft zu diskutieren, dies mit entsprechender Vorbereitung in der Kommission für den öffentlichen Verkehr. Im Rahmen einer Budgetdebatte kann die Diskussion natürlich nicht gleich intensiv geführt werden. Der Regierungsrat kann deshalb akzeptieren, dass die Investitionsbeiträge gestrichen werden, dies auch als Signal, dass nicht der Kanton Zug, sondern die Branche bzw. die Industrie in BiBo investieren soll. Die Regierung kann auch damit leben, dass das Globalbudget des Amt für öffentlichen Verkehr um 160'000 Franken gekürzt wird. Sie ist aber froh, wenn das von Martin Stuber erwähnte Ziel im Leistungsauftrag drin bleibt, damit in ganz beschränkter Weise daran gearbeitet werden kann und die Transportunternehmen begleitet werden dürfen, wenn sie kommen und eine Testregion einrichten wollen. Es ist im gesetzlichen Auftrag enthalten, dass an kundenorientierten Systemen gearbeitet werden soll, und das Amt für öffentlichen Verkehr wird mit seinen Ressourcen an diesem Auftrag arbeiten. Welche Region als Testregion geeignet ist, müssen letztlich aber die Transportunternehmen beurteilen.
Der Regierungsrat ist mit der Kürzung des Globalbudgets um 160'000 Franken also einverstanden, es soll aber dem Amt für öffentlichen Direktion überlassen sein, wo es diesen Betrag einspart. Die Kürzung ist ein klarer Hinweis, dass nicht der Kanton, sondern die Transportunternehmen und die Industrie sich finanziell für BiBo engagieren sollen. Das Thema soll in einigen Monaten in der Kommission für den öffentlichen Verkehr beraten werden, was sowieso geplant war. Zusammengefasst kann die Volkswirtschaftsdirektion mit den Anträgen der Stawiko also leben, und sie wird auch keine Änderung des Leistungsauftrags beantragen.

Der **Vorsitzende** geht davon aus, dass es keine Abstimmung braucht, weil die Regierung sich dem Antrag der Stawiko anschliesst.

Andreas Hausheer ist etwas erstaunt über die Aussage des Volkswirtschaftsdirektors, man nehme die Kürzung von 160'000 Franken zur Kenntnis, die Entscheidung, wo gespart werde, liege aber in der Kompetenz des Regierungsrats. Das stimmt zwar in der Theorie, der Votant will aber wissen, ob der Regierungsrat die fraglichen 160'000 Franken nun wirklich beim Projekt BiBo sparen will. Wenn er diesen Betrag an irgendeinem anderen Ort einzusparen gedenkt, wäre das nämlich nicht im Sinne der Stawiko.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass der Regierungsrat rechtlich grundsätzlich frei ist. Er hat das Signal aber verstanden. Die Volkswirtschaftsdirektion hat mit SBB und ZVB eine Vorvereinbarung unter Budgetvorbehalt abgeschlossen, gemäss welcher jeder Partner im nächsten Jahr maximal 100'000 Franken einsetzt; man ist von ursprünglich 200'000 auf 160'000 und nun auf 100'000 Franken zurückgegangen. Die Aufträge müssen gemeinsam ausgelöst werden, und ausgelöst wurde bisher noch nichts. Der Wille ist klar: Es soll hier möglichst wenig ausgelöst werden.
Es ist daran zu erinnern, dass mögliche Drittaufträge beispielsweise an Informatik-Hochschulen gehen könnten. Der Kanton Zug kämpft für eine Informatik-Hochschule; er kämpft auch dafür, dass Zuger und Schweizer Unternehmen, etwa Siemens, diese Technologie weiterentwickeln – und der Volkswirtschaftsdirektor möchte nicht erleben, dass diese Technologie ins Ausland abwandert. In diesem Sinn setzt er sich dafür ein, dass die 100'000 Franken in dieser Position nicht gebraucht werden, ist aber froh, dass die Volkswirtschaftsdirektion sich weiter damit auseinandersetzen darf. Wird das Projekt jetzt nämlich beerdigt, hat dieses Thema die ihm gebührende Aufmerksamkeit nicht erhalten. Und der Volkswirtschaftsdirektor möchte sich zusammen mit der Kommission für den öffentlichen Verkehr wirklich damit auseinandersetzen.

Der **Vorsitzende** zitiert den letzten Satz von § 7 Abs. 6 des Organisationsgesetzes: «Ändert der Kantonsrat das Globalbudget, so kann der Regierungsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten.» Er wiederholt, dass eine Abstimmung entfällt, da sich der Regierungsrat den Anträgen der Stawiko anschliesst

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge der Staatswirtschaftskommission.

Baudirektion

Stefan Gisler möchte vom Baudirektor Auskunft zu zwei Bereichen in der Leistungsgruppe 2 «Planung und Realisierung von Bauten» auf Seite 224 des Budgetbuchs. Die erste Frage betrifft die Zielsetzung L4 «Planung Neubau Gymnasium Cham», wo steht, dass 2015 ein «Programm Projektwettbewerb erarbeitet» werde. Schaut man aber auf Seite 20 bei der Investitionsrechnung Hochbauten, werden bis 2030 keine Kosten für ein Gymnasium Cham aufgeführt. Die Regierung plant also, bis dann kein Gymnasium in Cham zu bauen. Darum die Frage: Braucht es diese Planungsgruppe tatsächlich bzw. müsste L4 nicht gestrichen werden?
Die zweite Auskunft betrifft die Zielsetzungen L2 «Planung Verwaltungszentrum 3» und «Planung Hauptstützpunkt ZVB». Der Baudirektor betonte damals in der Debatte die Notwendigkeit des Gesamtprojekts VZ3 und ZVB und war gegen eine Etappierung. Am 3. Mai 2012 stimmte der Kantonsrat gegen den Widerstand der AGF dann mit 58 zu 9 Stimmen einem Planungskredit von 33,5 Millionen Franken

zu. Gemäss Investitionsrechnung auf Seite 20 wird das VZ3 nicht realisiert, nur noch der ZVB-Stützpunkt. Damit müsste auch der Planungskredit tiefer ausfallen, wobei für 2015 Planungskosten von 4,2 Millionen Franken eingestellt sind. Deshalb die Frage: Braucht es diesen Betrag überhaupt noch? Und wie viel von den 33,5 Millionen Franken wurde bisher verbraucht? Oder wann ist mit einer Vorlage zu rechnen, welche das aufzeigt? Der Kantonsrat hat 33,5 Millionen Franken gesprochen, wobei sich das Projekt gemäss Regierung nun massgeblich verändert hat. Es interessiert deshalb, wie die Situation aussieht und ob allenfalls ein Kürzungsantrag gestellt werden müsste.

Hanni Schriber-Neiger hat eine Frage bezüglich Nachhaltigkeit. Auf Seite 234 wird beim Amt für Raumplanung, Leistungsgruppe 3 «Natur und Landschaft» unter «Indikatoren und Zielgrössen 2015» angegeben: «50 % Reduktion der Neophyten in ausgewählten Mooren», und weiter «Tendenz steigend». Dass das Amt für Raumplanung einen Budgetposten für die Bekämpfung der gefährlichen Neophyten – also von exotische Pflanzenarten, welche einheimische Pflanzen verdrängen – ausweist, ist positiv. Die Votantin hat dazu aber folgende Fragen:
• 50 Prozent Reduktion tönt nach viel. Ist es das auch? In wie vielen Mooren werden Neophyten bekämpft werden?
• «Tendenz steigend»: Ist damit die vermehrte Rodung gemeint, oder ist gemeint, dass diese Pflanzen weiter zunehmen werden?
• Die Votantin ist der Meinung, dass noch nie über den Stand der Umsetzung des kantonalen Umsetzungsplans zum Umgang mit invasiven Organismen vom April 2009 berichtet wurde. Nach fünf Jahren würde es Sinn machen, regelmässige Zwischenberichte zu erstellen, um dem Thema wieder mehr Gewicht zu verleihen. Wie sieht es damit aus?

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt den Vorrednern für die vorgängige Zustellung ihrer Fragen und beantwortet sie wie folgt:
• Gymnasium Cham: Es ist richtig, dass die Kantonsschule Cham unter «Planung und Realisierung von Bauten» mit «Programm Projektwettbewerb erarbeitet» erwähnt, in der Liste der Investitionsprojekte 2015–2030 aber nicht enthalten ist. Im Rahmen des Entlastungsprogramms wird die Notwendigkeit von vier Mittelschulen nochmals überprüft und somit auch der Standort Cham hinterfragt. Deshalb sind die geschätzten Kosten dieser neuen Schule – rund 120–130 Millionen Franken für eine Schule für etwa 600 Schülerinnen und Schüler – in der Liste der Investitionsprojekte nicht enthalten. Wird im Rahmen des Entlastungsprogramms bestätigt, dass man an diesem Schulstandort festhalten will, dann sieht die Regierung vor, dem Kantonsrat einen Kreditantrag für einen Architekturwettbewerb zu unterbreiten. Es läge dann in der Hand des Kantonsrats, diesen Kredit auszulösen oder das Projekt definitiv weiter nach hinten zu schieben. Der Kantonsrat wird sich also zweimal dazu äussern können: im Rahmen des Entlastungsprogramms und allenfalls dann beim Kreditantrag für den Wettbewerb.
• Hauptstützpunkt ZVB und Verwaltungszentrum 3: Die weitere Planung des VZ3 wird im Rahmen des Entlastungsprogramms ebenfalls zur Diskussion gestellt. Aus heutiger Sicht – der Baudirektor spricht hier aus seiner persönlichen Optik, nicht aus der Optik des Regierungsrats – ist es in der Tat fraglich, ob bzw. in welcher Form das VZ3 realisiert werden soll, zumal Alternativen mit der Stadt Zug vorhanden sind. Die Planung bezüglich Hauptstützpunkt ZVB plus Mittelbau für RDZ und Einfahrt ZVB soll aber weiterverfolgt werden. Zum Planungskredit von 33,5 Millionen Franken lässt sich im Moment Folgendes sagen: Es wurde ein Generalplanerwettbewerb VZ3 für 1,8 Millionen und ZVB für 1,1 Millionen Franken ausge-

löst, total also 2,9 Millionen Franken; bezahlt wurden 2,3 Millionen Franken. Schon vor längerer Zeit und bevor über das Entlastungsprogramm diskutiert wurde, wurde festgelegt, dass auf der Basis des Generalplanerwettbewerbs die Vorprojekte ZVB und VZ3 ausgelöst werden müssten. Die Verträge sind unterzeichnet, und ungefähr im März 2015 liegen die zwei Vorprojekte vor: Vorprojekt VZ3 inkl. Wohnen und Mittelteil für 4,7 Millionen Franken, Vorprojekt ZVB für 3,2 Millionen Franken, total also knapp 7,9 Millionen Franken, wobei der Baudirektor davon ausgeht, dass unter diesem Betrag abgeschlossen werden kann. Bezüglich der eigentlichen Bauprojekte ist die Baudirektion der Auffassung, dass das Bauprojekt für den ZVB-Teil ausgelöst werden soll, da hier etwas geschehen muss; dafür sind 8,2 Millionen Franken eingestellt, es ist aber noch kein Auftrag erteilt. Für das Bauprojekt VZ3 sind 11 Millionen Franken eingestellt, die allenfalls wegfallen würden. Dazu kommen diverse Kosten: für ZVB 1,4 Millionen Franken, bei VZ3 inkl. Wohnen 2,1 Millionen Franken. Von den total 33,5 Millionen Franken müsste also – Stichwort Entlastungsprogramm – ein Teil nicht benützt werden.

• Zu den Massnahmen gegen die Neophyten: Die kontrollierte Bekämpfung der Neophyten hat 2002 begonnen, vor allem in den Naturschutzgebiet im Reussspitz. Man hat gute Erfolge erzielt und Jahr für Jahr weitere Schutzgebiete ins Bekämpfungsprogramm aufgenommen, etwa im Choller oder auf dem Zugerberg. Heute werden in zwölf kantonalen Naturschutzgebieten die Neophyten bekämpft, wobei die Goldrute, das Drüsige Springkraut und der Riesenbärenklau im Fokus stehen. Eine umfassende Erfolgskontrolle belegt die Wirksamkeit: Der Riesenbärenklau konnte um 100 Prozent, das Drüsige Springkraut um 80 Prozent und die Goldrute um 30 Prozent reduziert werden. Insgesamt wurden die Neophyten um etwa 50 Prozent reduziert, was ein beachtlicher Erfolg ist. Zu beachten ist aber, dass trotz des Erfolgs beim Riesenbärenklau die betreffenden Gebiete weiterhin kontrolliert werden müssen, um nicht eine Neuausbreitung zu ermöglichen. Die Baudirektion hat eruiert, dass in etwa 30 der 120 kantonalen Naturschutzgebiete ein Handlungsbedarf besteht, und sie wird auch in den verbleibenden Gebieten mit der ihr eigenen Beharrlichkeit tätig werden. Der Bund verlangt ja die Bekämpfung der Neophyten in den Naturschutzgebieten, und der Kanton Zug hat mit entsprechenden Programmvereinbarungen denn auch beim Bund Geld abgeholt, um seinen Aufwand so klein wie möglich zu halten.

• Ein Zwischenbericht zum erwähnten Umsetzungsplan von 2009 wäre sicher wünschenswert, was allerdings Ressourcen und Geld benötigen – und damit quer zum Entlastungsprogramm stehen würde.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

Protokoll des Kantonsrats

87. Sitzung: Donnerstag, 27. November 2014 (Nachmittag)
Zeit: 13.55 – 17.10 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

1245 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Urs Raschle, Zug; Monika Barmet, Menzingen; Gloria Isler, Baar; Leonie Winter, Hünenberg; Andreas Hürlimann und Monika Weber, beide Steinhausen.

1246 Änderung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** schlägt vor, nach der Überweisung der parlamentarischen Vorstösse (Traktandum 3) das Traktandum 5 (Budget) abzuschliessen und danach mit den Traktanden 8 (Ersatzmitglied Kantonsgericht) und 7 (Objektkredit Stadttunnel) fortzufahren. Traktandum 6 (Beurkundungsgesetz) soll also weggelassen und Traktandum 8 vorgezogen werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

1247 Traktandum 3.1: **Postulat der Stadtzuger Kantonsräte betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandorts des Instituts für Finanzdienstleistungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz vom 13. November 2014 (Vorlage 2447.1 - 14807)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

1248 Traktandum 3.2: **Interpellation der Stadtzuger Kantonsräte betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandorts des Instituts für Finanzdienstleistungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz vom 13. November 2014 (Vorlage 2448.1 - 14808)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

1249 Traktandum 3.3: Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuer-Rulings vom 13. November 2014 (Vorlage 2449.1 - 14809)

➔ Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 5 (Fortsetzung)

1250 Budget 2015 und Finanzplan 2015–2018

Es liegen vor: Gedrucktes Budget; Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (2443.1 - 14799).

Gesundheitsdirektion

Kostenstelle 4000, Direktionssekretariat (Seite 278)

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** hält fest, dass in der Kostenstelle 4000 der Gesundheitsdirektion die Prämienverbilligung für die Krankenkassen enthalten ist und darin den grössten Posten ausmacht. Das Globalbudget lautet insgesamt auf 26,2 Millionen Franken, wovon 22,8 Millionen Franken die Prämienverbilligung betreffen. Der Votant merkt an, dass er sich als Vorsteher dieser Generaldirektion schon lange dagegen wehren würde, dass diese Position unter dem Direktionssekretariat und nicht separat ausgewiesen wird.
Die Position für die Prämienverbilligung soll um 3,3 Millionen Franken gekürzt werden. In der ursprünglichen Fassung des Budgets hat der Regierungsrat die 2015 zu erwartende Prämienerhöhung berücksichtigt. Aufgrund der jeweils schon in den Vorjahren erfolgten Intervention der Stawiko ist der Regierungsrat endlich bereit, die Richtprämien gegenüber dem Vorjahr zumindest nicht zu erhöhen Die für die Berechnung der Prämienverbilligung massgebenden Richtprämien liegen noch immer erheblich über den Mindestprämien der Krankenkassen für die Grundversicherung. Das hat zur Folge, dass jene Versicherten, welche sich ökonomisch verhalten, an der Prämienverbilligung Geld verdienen; jene aber, welche sich nicht ökonomisch verhalten, erhalten eine zu hohe Richtprämie, was dazu führt, dass sie sich nicht – was erwartet werden darf – eine der billigsten Krankenkassen aussuchen. Es darf erwartet werden, dass die Bevölkerung sich ökonomisch verhält und nicht einfach der Staat Geld zuschiessen muss, damit man in einer teuren Krankenkasse bleiben kann. Die Stawiko stellt deshalb in Abstimmung mit der Regierung den **Antrag,** auf die Erhöhung der Richtprämien zu verzichten und das Budget der genannten Kostenstelle um 3,3 Millionen Franken zu kürzen.

Beat Iten als Sprecher der SP-Fraktion: Die Wohnkosten und die Kosten für Krankenkassen- und Versicherungsprämien stellen im Kanton Zug und in der ganzen Schweiz bekanntlich einen wesentlichen Teil der Haushaltausgaben dar, vor allem auch in den Familien der unteren und mittleren Einkommensschichten. Vor den Auswirkungen der Wohnkosten können sich viele nur noch dadurch retten, dass sie den Kanton verlassen und sich in einer angrenzenden Region nach einer günstigeren Wohnmöglichkeit umsehen. Schwieriger ist es, den Krankenkassen- und Versicherungsprämien auszuweichen, da diese durch einen Wechsel der Wohnregion kaum gesenkt werden können. Die Prämienverbilligung stellt ein Mittel dar, diesem Problem zu begegnen.
Der Wahlkampf ist gerade erst vorbei. Mit Sicherheit haben die meisten der Neu- und Wiedergewählten in diesem Wahlkampf den Leuten auf der Strasse oder an

Versammlungen versprochen, sich für sie, für bezahlbare Wohnungsmieten und Lebenshaltungskosten einzusetzen. Bei den Wohnkosten kann man sich schnell entschuldigen, da die Einflussmöglichkeiten in diesem Bereich beschränkt sind. Bei den Lebenshaltungskosten wird die Entschuldigung vielleicht schon ein bisschen schwieriger, insbesondere wenn man schon bei der ersten sich bietenden Gelegenheit ein Sparprogramm schnürt, das sich genau auf diesen Bereich auswirkt. So soll man also wenigstens unmittelbar nach den Wahlen glaubwürdig bleiben und nicht jene Posten im Budget streichen, die sich auf das Portemonnaie der Einwohnerinnen und Einwohner vor allem in den unteren und mittleren Einkommensschichten spürbar auswirken. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die nachweislich gestiegenen Kosten mit gleichen Richtprämien berechnet werden und die Beiträge auf dem Niveau des vergangenen Jahres eingefroren werden. Die SP-Fraktion stellt daher den **Antrag,** auf die Kürzung bei der Prämienverbilligung zu verzichten.

Vroni Straub-Müller stellt namens der AGF ebenfalls den **Antrag,** auf die Sofortmassnahmen des Entlastungsprogramms bei den Prämienverbilligungen zu verzichten und das Budget der Kostenstelle 4000 unverändert zu belassen. Der Regierungsrat legt die Krankenkassen-Richtprämie fest. Er will diese für das Jahr 2015 konstant belassen, obwohl klar ist, dass die Krankenkassenprämien weiter steigen werden. Die IPV-Bezüger und -Bezügerinnen erhalten somit den gleichen Betrag wie im Vorjahr – als Besitzstandwahrung –, doch müssen sie den *Gap,* der durch die steigenden Prämien entsteht, selber bezahlen. Die Krankenkassen ihrerseits erheben ihre Prämien ohne Rücksicht auf das Einkommen und das Vermögen. Dies kann zu einer grossen finanziellen Belastung der Versicherten führen.
Familien mit kleinen Einkommen oder junge Menschen oder Rentnerinnen oder Rentner ohne grosses Vermögen werden bei dieser Sparmassnahme zur Kasse gebeten; dass die AGF das nicht akzeptieren kann und will, ist zu verstehen. Und es ist im Übrigen auch nicht sehr intelligent. Denn kann die Krankenkassenprämie nicht bezahlt werden, muss die Gemeinde oder der Kanton einspringen: der Kanton mit der Übernahme der offenen Forderungen der Krankenkassen, die Gemeinden mit der Auszahlung von Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe. Dass sich diese Forderungen häufen werden, ist leider zu befürchten, vor allem wenn der Kanton die Leistungen der IPV kürzt. Und es *ist* eine Kürzung, weil die Krankenkassenprämien weiter steigen werden.
Sparen bei den Schwächsten als eine der ersten Sofortmassnahmen: Das ist nicht gut, das sollte man nicht tun, das steht dem Kanton Zug schlecht an.

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die Prämienverbilligung ein wichtiges Instrument in der Gesundheits- und Sozialpolitik ist. Er versteht deshalb die Bedenken, wenn hier mit dem Entlastungsprogramm angesetzt wird. Es handelt sich aber nicht um eine Hauruckaktion. Vielmehr hat der Regierungsrat einen klaren Plan, wie er das Thema anzugehen will. Konkret unterscheidet er drei Phasen:
• In Phase 1 möchte der Regierungsrat die Ausgaben stabilisieren, indem er die Ansätze für die Prämienverbilligung 2015 auf dem Vorjahresstand belässt. Der Prämienanstieg wird also nicht ausgeglichen, doch bleibt der Besitzstand bei gleichen Verhältnissen gewahrt. Das ergibt beim Kantonsanteil gegenüber dem Budget eine Einsparung von 3,3 Millionen.
• In den Phasen 2 und 3 will der Regierungsrat das Prämienverbilligungssystem stärker fokussieren. Die knapper werdenden Mittel müssen dorthin gehen, wo der grösste Bedarf besteht. In den anderen Bereichen müssen Einschränkungen ins Auge gefasst werden. Dazu gibt es Instrumente, die in die Kompetenz des Regierungsrats fallen und 2016 eingesetzt werden sollen. Das ist die Idee der Phase 2.

• In Phase 3 geht es schliesslich um allfällige Gesetzesanpassungen durch den Kantonsrat. Diese könnten 2017/18 zum Tragen kommen.
Mit dieser Drei-Phasen-Strategie stellt der Regierungsrat eine nachhaltige Ausrichtung der Prämienverbilligung sicher. Er will kein *Stop and Go*, sondern eine verlässliche Politik. Das bedeutet, dass man frühzeitig, aber gezielt und wohldosiert ansetzen muss.
Auf diesem Weg befindet sich der Regierungsrat jetzt. Dabei gilt es Folgendes im Auge zu behalten:
• Erstens: Die Zuger Prämienverbilligung hat eine hohe sozialpolitische Wirksamkeit. Wenn man jetzt gewisse Einschränkungen macht, kommt man nicht in den roten Bereich. Im Vergleich mit den meisten anderen Kantonen bleibt die Entlastungswirkung gut.
• Zweitens: Die bedürftigsten Bevölkerungsgruppen geniessen einen besonderen Schutz. Ergänzungsleistungsbezügerinnen und -bezüger erhalten Prämienbeiträge nach den Ansätzen des Bundesrechts. Sie sind also gar nicht betroffen. Und Empfängerinnen und Empfänger von wirtschaftlicher Sozialhilfe erhalten die volle Richtprämie. Diese reicht aus, um sich bei einer günstigen Krankenkasse regulär versichern zu können. Das heisst, weder diese Personen noch die Gemeinden müssen etwas aufzahlen.
• Drittens: Die Einsparungen kommen vollumfänglich dem Kanton Zug zugute. Der Bundesbeitrag wird in jedem Fall in voller Höhe ausbezahlt. Das war früher anders, als es darum ging, möglichst viel Bundesgeld abzuholen.
Zusammengefasst: Der Regierungsrat ist sich der Verantwortung bewusst, die mit der Prämienverbilligung verbunden ist. Mit dem Vorgehen in drei Phasen bringt er die sozialpolitischen Erfordernisse und die finanzpolitischen Möglichkeiten ins Gleichgewicht. Der Gesundheitsdirektor dankt dem Rat für die Unterstützung.

➔ Der Rat genehmigt mit 52 zu 16 Stimmen die Kürzung des Globalbudgets um 3,3 Millionen Franken.

Richterliche Behörden

Der **Vorsitzende** hält zum Budget des Kantonsgerichts, Kostenstelle 6101 (Seite 348), *pro memoria* fest, dass die zusätzlichen Ausgaben für einen ausserordentlichen Ersatzrichter im Budget 2015 bereits enthalten sind. Der Kantonsrat wird die Wahl dieses Ersatzrichters heute unter Traktandum 8 vornehmen.

ABSTIMMUNGEN

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die noch offenen Abstimmungen zum ersten Block der Detailberatung anstehen. Es wird abgestimmt über die Anträge 1, 3, 4 und 5 des Regierungsrats auf Seite 5 im Budgetbuch. Antrag 2 des Regierungsrats wurde bei der Beratung der Kostenstelle 1129 (Datenschutz) bereits zur Abstimmung gebracht.

Antrag 1: Genehmigung des Budgets 2015

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Staatswirtschaftskommission diesem Antrag mit den bereits behandelten Anpassungen anschliesst. Die Genehmigung des

Budgets mit den in der Detailberatung beschlossenen Abweichungen erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Rat bei Traktandum 8 der Verlängerung des Einsatzes eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Kantonsgerichts zustimmt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend das Budget 2015 (mit dem beschlossenen Abweichungen).

Antrag 3: Genehmigung der Leistungsaufträge 2015

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Leistungsaufträge 2015.

Antrag 4: Genehmigung von Leistungsauftrag und Globalbudget 2015 der Pädagogischen Hochschule Zug

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2015 der Pädagogischen Hochschule Zug.

Antrag 5: Genehmigung des Budgets 2015 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend das Budget 2015 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

DETAILBERATUNG (Block 2)

Festsetzung des Steuerfusses der allgemeinen Kantonssteuer für 2015

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, den Steuerfuss für das Jahr 2015 unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze zu belassen. Die Staatswirtschaftskommission schliesst sich diesem Antrag an.

Stefan Gisler weist vorab darauf hin, dass die AGF jahrelang grosse Geduld hatte und keine Anträge auf eine Steuererhöhung stellte. Eine Erhöhung ist fair, denn sie sorgt dafür, dass natürliche und juristische Personen gemäss ihren Leistungsvermögen zur Gesundung des Zuger Staatshaushalts beitragen. Der Votant hat in der Eintretensdebatte darauf hingewiesen, dass der Kanons Zug seine Steuereinnahmen mit diversen Revisionen zu stark reduziert hat, so dass er nun zu tiefe Erträge generiert, um wichtige und richtige Aufgaben zu erfüllen. Es ist richtig,

dass nun gewisse Aufgaben und Kosten überprüft werden, aber auch die Einnahmenseite muss zur Debatte stehen. Die Kritik der AGF als emotional zu qualifizieren, hält der Votant für eine Strategie zur Verteidigung der bisherigen Politik; ob dieses Vorgehen fundiert ist, sei dahingestellt. Der Votant hält ganz sachlich nochmals fest, welche Steuersenkungen die AGF bekämpft hat:

- 2011: Nein zur Senkung der Gewinnsteuern für Kapitalgesellschaften mit Ausfällen für Kanton und Gemeinden von 50 Millionen Franken.
- 2008: Nein zur Senkung der Gewinnsteuern mit Ausfällen für Kanton und Gemeinden von 23,4 Millionen Franken.
- Nein zur Senkung der Vermögenssteuer bei Vermögen über 600'000 Franken mit Ausfällen von 19,8 Millionen Franken.
- Nein zur Milderung der Doppelbesteuerung von Aktionären mit Ausfällen für Kanton und Gemeinden von 7,2 Millionen Franken.
- 2006: Nein zur Milderung der Doppelbesteuerung von Aktionären mit Ausfällen von mehreren Millionen Franken.

Die AGF hält diese Senkungen für übertrieben. Stawiko-Präsident Gregor Kupper warf im Frühsommer 2014 der Stadt Zug zu Recht und ganz sachlich vor, sie habe bei ihrer letzten Steuergesetzrevision bzw. Steuerfusssenkung übertrieben, und regte an, die Stadt müsse ihrer Finanzlage entsprechend eine Steuererhöhung um 2 bis 3 Prozent erwägen. Aus Sicht der AGF hat auch der Kanton spätestens bei der Steuergesetzrevision 2011 übertrieben. Die AGF stellt deshalb aus ehrlicher Sorge um den Staatshaushalt den **Antrag** auf eine massvolle Erhöhung des Steuerfusses um 2 Prozent auf 84 Prozent.

Manuel Brandenberg ist in den 1980er Jahren in Zug aufgewachsen. 1981 wurde Ronald Reagan Präsident der Vereinigten Staaten, für den Votanten schon damals ein grosser Mann: Als Neunjähriger erklärte der Votant seinem damaligen Lehrer Martin Meier, jetzt gebe es endlich mal frischen Wind in den USA. Ronald Reagan senkte in den USA die Steuern, wenn es grosse Defizite gab, um den Staat anzuspornen, haushälterischer mit seinen Mitteln umzugehen. Auch der Kanton Zug sollte gerade jetzt, mit Blick auf rote Zahlen, eine Steuersenkung vornehmen. Das würde bedeuten, dass das vorhin genehmigte Budget *de facto* angepasst würde, weil die budgetierten Einnahmen um rund 7,5 Millionen Franken gesenkt würden – was natürlich die Verwaltung anspornen würde, noch besser zum Geld der Bürger zu schauen. Aus diesem Grund stellt der Votant den **Antrag,** den Steuerfuss auf 80 Prozent zu senken, und dankt für die Unterstützung.

Martin Stuber will keine ökonomische Debatte lostreten, hält aber fest, dass sich die *Reaganomics* in den 1980er Jahren durchgesetzt haben und bis heute Bestand haben. Und was ist das Resultat? Man soll sich den Zustand der USA vor Augen führen, die astronomisch verschuldet sind und wo sehr viele der 51 Einzelstaaten technisch bankrott sind. Die USA funktionieren nur noch, weil der Dollar die Weltwährung ist. Das ist der einzige Grund, und es ist auch der Grund, wieso die USA militärisch, diplomatisch, mit Geheimdiensten und weltweitem Abhören verzweifelt versuchen, den Dollar als Weltwährung beizubehalten. In fünfzig Jahren wird man – wenn die Welt einigermassen normal bleibt – in jedem Schulbuch lesen können, dass die *Reaganomics* der Beginn des Abstiegs der USA waren. Sie sind ein illustratives Beispiel dafür, wohin die SVP-Finanzpolitik führen würde. Und wem hat die Welt die weltweite Finanzkrise von 2008 zu verdanken? Der US-Finanzindustrie, welche von Reagan, von Bush und auch von Clinton befreit wurde.

Alois Gössi hat es schon in seinem Eintrittsvotum gesagt: Eine nachhaltige Entlastung des Staatshaushaltes soll auf drei Stufen stehen:
• Verzicht oder Reduktion von Ausgaben: Hier ist der Regierungsrat mit seinem Entlastungsprogramm 2015–2019 schon dran.
• Reduktion oder Verzicht auf einzelne grosse Investitionen.
• Steigerung der Einnahmen.
Mit Blick auf Letzteres stellt die SP-Fraktion wie die AFG den **Antrag** auf eine sehr moderate Erhöhung des Steuerfusses von 82 auf 84 Prozent. Allein diese Massnahme würde beim Staatshaushalt zu einer sehr spürbaren Entlastung von rund 15 Millionen Franken führen. Der Regierungsrat sagt zwar nicht grundsätzlich Nein zu einer Steuererhöhung, will diese Möglichkeit zeitlich aber erst dann prüfen, wenn alle Sparmassnahmen ausgeschöpft sind und es trotzdem nicht für ausgeglichene Rechnungen reichen würde. Der Votant ist überzeugt, dass Sparmassnahmen allein nicht reichen werden, weshalb schon jetzt eine moderate Steuererhöhung erfolgen kann. Man darf nicht vergessen, dass der Steuerfuss in den letzten Jahren nicht gesenkt wurde, die vier Steuergesetzrevisionen führten aber doch zu sehr grossen und massiven Steuerausfällen.
Zu Manuel Brandenberg: Die Absicht von Ronald Reagan war sehr hehr. Sein Plan, die Staatseinnahmen durch Steuerreduktionen letztendlich zu steigern, ging aber in keiner Art auf: Die Steuereinnahmen gingen massiv zurück, und als Folge davon gab es massive Staatsdefizite. Der Votant ist klar dagegen, diesen Fehler im Kanton Zug zu wiederholen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** empfiehlt, den Steuerfuss gemäss Antrag des Regierungsrats unverändert zu belassen. Stefan Gisler hat die Steuerausfälle quantifiziert und dabei die Gemeinde- und Kantonsebene zusammengenommen, während sich der Finanzdirektor am Morgen auf die Kantonsebene beschränkt hat. Wenn man beide Ebenen zusammennimmt, müsste man auch berücksichtigen, wie sich die jeweiligen Steuerfüsse entwickelt haben. Beim Kanton ist der Steuerfuss immer gleich geblieben, während die gemeindlichen Steuerfüsse – wie der Rat in Zusammenhang mit der ZFA-Debatte feststellen konnte – trotz der Steuergesetzrevisionen und der Steuersenkungen durchschnittlich um 10 Prozentpunkte gesunken sind. Auf Gemeindeebene hat es also zusätzlich zu den Steuersenkungen weitere Senkungen gegeben. In diesem Zusammenhang steht auch das Entlastungsprogramm. Es wurde am Morgen mehrfach gesagt, man dürfe die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden nicht zum Thema machen. Der Finanzdirektor ist allerdings der Meinung, man solle und dürfe das. Der Kanton hat seit 2008 nämlich Aufgaben in der Grössenordnung von 10,5 Millionen Franken von den Gemeinden übernommen, etwa im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz, und im Rahmen der ZFA-Revision hat er befristet die Gemeinden zusätzlich um 4,5 Millionen Franken pro Jahr entlastet. Solche Überlegungen sollten ebenfalls einfliessen, zumindest sieht der Regierungsrat das vor. Und bevor nicht im Rahmen des Entlastungsprogramms eine Auslegeordnung vorgenommen worden ist, sollte man nicht im Bereich der Steuern ansetzen. In diesem Sinn dankt der Finanzdirektor für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

ABSTIMMUNGEN

Antrag 6: Festsetzung des Steuerfusses der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2015

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei Anträge vorliegen:
- Antrag des Regierungsrats, dem sich die Staatswirtschaftskommission anschliesst: 82 Prozent.
- Antrag der AGF und der SP-Fraktion: 84 Prozent.
- Antrag von Manuel Brandenberg: 80 Prozent.

Der Vorsitzende hält fest, dass in der nun folgenden Dreifachabstimmung jedes Ratsmitglied eine Stimme hat.

Die Dreifachabstimmung ergibt das folgende Resultat:
- 82 Prozent: 38 Stimmen.
- 84 Prozent: 14 Stimmen.
- 80 Prozent: 15 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats das absolute Mehr von 34 Stimmen erreicht hat.

➔ Der Rat setzt damit den Steuerfuss für das Jahr 2015 unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze fest.

Antrag 7: Kenntnisnahme des Finanzplans 2015–2018

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst und der Kantonsrat gemäss § 21 Abs. 1 Satz 2 des Finanzhaushaltgesetzes den Finanzplan lediglich zur Kenntnis nimmt.

➔ Der Rat nimmt den Finanzplan 2015–2018 stillschweigend zur Kenntnis.

Antrag 8: Kenntnisnahme der Finanzierungsprognose bis 2030 zu kantonalen Investitionsprojekten

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst und der Kantonsrat von der Finanzierungsprognose nur Kenntnis nimmt.

➔ Der Rat nimmt die Finanzierungsprognose bis 2030 stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat damit das Budget und den Finanzplan verabschiedet hat. Praxisgemäss gibt es keine Schlussabstimmung, weil kein Fall einer sinngemässen Anwendung von § 59 Abs. 1 GO KR vorliegt. Diese Praxis wird mit § 74 Abs. 1 der neuen Geschäftsordnung beibehalten.
Die Finanzdirektion wird eine Zusammenstellung der beschlossenen Abweichungen zum gedruckten Budgetbuch erstellen und versenden.

TRAKTANDUM 6

Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen (Beurkundungsgesetz; BeurkG): 2. Lesung

Das Traktandum wurde verschoben (siehe Ziff. 1246).

TRAKTANDUM 8 (vorgezogen)

1251 **Verlängerung des Einsatzes eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Kantonsgerichts**

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Obergerichts (2419.1 - 14732), der Justizprüfungskommission (2419.2 - 14762) und der Staatswirtschaftskommission (2419.3 - 14790).

Der **Vorsitzende** begrüsst Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz. Er hält fest, dass gemäss § 41 Abs.1 Bst. l Ziff. 5 der Kantonsverfassung und § 16 Abs. 1 Bst. b des Gerichtsorganisationsgesetzes der Kantonsrat ausserordentliche Ersatzmitglieder für die Dauer der Verhinderung wählt, wenn ein voll- oder teilamtlicher Richter infolge Krankheit oder aus anderen Gründen voraussichtlich für mehrere Monate an der Ausübung des Amtes verhindert sein wird. Gemäss § 16 Abs. 2 GOG sind Gerichtsschreiberinnen und -schreiber in diesen Fällen als Ersatzmitglieder wählbar. Der Antrag des Obergerichts lautet: Laurent Krähenbühl sei für die Zeit ab 1. Dezember 2014 bis zum Stellenantritt eines ordentlich gewählten Mitglieds des Kantonsgerichts, längstens aber bis zum 30. Juni 2015, als ausserordentliches Ersatzmitglied des Kantonsgerichts zu wählen, und er sei für seine Tätigkeit in die 25. Gehaltsklasse, Stufe 10, einzustufen. Diese zusätzlichen Ausgaben sind bereits im Budget 2015 enthalten. Der Kantonsrat hat das Budget unter dem Vorbehalt verabschiedet, dass er den vorliegenden Antrag des Obergerichts gutheisst.
Die Justizprüfungskommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und den Einsatz von Laurent Krähenbühl als ausserordentliches Ersatzmitglied des Kantonsgerichts des Kantons Zug für die Zeit ab 1. Dezember 2014 bis zum Stellenantritt eines ordentlich gewählten Mitglieds des Kantonsgerichts, längstens bis 30. Juni 2015, zu verlängern. Die Stawiko beantragt Eintreten und Zustimmung.

EINTRETENSDEBATTE

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** teilt in Ergänzung des Berichts des Obergerichts vom 12. August 2014 mit, dass Michael Beglinger am 13. November seine Demission als Kantonsrichter per 15. November 2014 eingereicht hat. Sein Arbeitseinsatz im Generalsekretariat der Direktion des Innern ist positiv verlaufen, weshalb er diese Stelle per 16. November definitiv angetreten hat. Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom vergangenen Dienstag die Ergänzungswahl für die vollamtliche Richterstelle auf den 8. März 2015 festgesetzt. Im Falle einer stillen Wahl könnte er die Gültigkeit der Wahl des neuen Mitglieds des Kantonsgerichts bereits im Januar oder Februar 2015 feststellen. Je nach gewählter Person bzw. deren allfälliger Kündigungsfrist kann sich der Stellenantritt aber um bis zu mehrere Monate verzögern. Um diese Lücke zu füllen, beantragt das Obergericht, den Einsatz von Laurent Krähenbühl bis zum Stellenantritt des ordentlich gewählten Mitglieds, längstens bis 30 Juni 2015, zu verlängern. Ein allfälliger zweiter Wahlgang findet am 3. Mai 2015 statt, so dass sich unter Umständen eine noch längere Verzögerung ergibt, aber auch in diesem Fall bleibt das Enddatum 30. Juni 2015 bestehen.

Die Obergerichtspräsidentin bittet, dem vorliegenden Antrag zu folgen und Laurent Krähenbühl zum ausserordentlichen Ersatzrichter zu wählen, damit er ab 1. Dezember ohne Unterbruch weiterwirken kann.

Georg Helfenstein: Die CVP Fraktion unterstützt den Vorschlag der Justizprüfungskommission, den Einsatz von Laurent Krähenbühl als ausserordentliches Ersatzmitglied des Kantonsgerichts bis längstens 30. Juni 2015 zu verlängern, um der Arbeitslast des Kantonsgerichts entgegenzuwirken. Die CVP nutzt die Gelegenheit, Laurent Krähenbühl für seinen Einsatz und die geleistete Arbeit herzlich zu danken. Er hat im Wissen darum, dass er wegen des Parteienproporzes nach der Wahl eines neuen Kantonsrichters wieder in seine angestammte Tätigkeit zurückkehren wird, seine Arbeit zur Zufriedenheit des Obergerichts, aber auch ganz im Sinne des Kantons und der Rechtsstaatlichkeit geleistet. Die CVP-Fraktion empfiehlt, dem Antrag der Justizprüfungskommission zuzustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine anderen Personen zur Wahl vorgeschlagen werden. Gemäss § 67 der Geschäftsordnung erfolgen die dem Kantonsrat zustehenden Wahlen schriftlich und geheim. Das Obergericht beantragt Laurent Krähenbühl zur Wahl. Es handelt sich um eine echte Wahl und nicht nur um eine Bestätigungswahl oder um die Genehmigung einer bereits erfolgten Wahl. Die Mitglieder des Kantonsrats müssen somit auf den Wahlzettel einen Namen schreiben oder ihn leer lassen. Wahlzettel mit «Ja» oder «Nein» sind – anders als bei Bestätigungswahlen – ungültig.

Nach der Auszählung der Wahlzettel durch die Stimmenzähler teilt der **Vorsitzende** das Ergebnis der Wahl mit:

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
69	69	6	1	62	32

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Laurent Krähenbühl	58
Andere	4

➔ Der Rat wählt Laurent Krähenbühl für die Zeit vom 1. Dezember 2014 bis zum Stellenantritt eines ordentlich gewählten Mitglieds des Kantonsgerichts, längstens bis 30. Juni 2015, zum ausserordentlichen Ersatzmitglied des Kantonsgerichts.

Der **Vorsitzende** gratuliert Laurent Krähenbühl zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg bei der Ausübung seiner Tätigkeit. Gemäss § 65 Abs. 2 des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz) vom 26. August 2010 erfolgt die Vereidigung vor dem Präsidium seines Gerichts.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen.

TRAKTANDUM 7

1252 **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den «Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus», Planung, Landerwerb und Bau, mit Genehmigung des Generellen Projekts**

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrat (2274.1/.2 - 14392/93), der Kommission für Tiefbauten (2274.3 - 14583) und der Staatswirtschaftskommission (2274.4 - 14617).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Tiefbauten und die Staatswirtschaftskommission Eintreten und Zustimmung mit Änderungen beantragen.

EINTRETENSDEBATTE

Daniel Thomas Burch, Präsident der Kommission für Tiefbauten: Die Kommission für Tiefbauten ist sich einig, dass der Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus ein absolutes *Premium*-Projekt darstellt, das gefördert werden muss. Das ist ein Projekt nicht nur für die heutige, sondern auch für die nächsten Generationen. Wird der Stadttunnel heute nicht verwirklicht, wird es nie mehr eine Umfahrung der Innenstadt von Zug geben – und schon gar keine günstigere. Alle Kommissionsmitglieder waren sich bewusst, dass ein langer politischer Prozess und somit ein grosses Stück Arbeit vor ihnen liegt. Eintreten war nicht zuletzt auch deshalb unbestritten, damit die Kommission in der Detailberatung die verschiedenen Fragen diskutieren konnte.
Die Kommission war sich einig, dass der Stadttunnel zwar teuer ist, dass aber die Projektierung weit vorangeschritten und breit abgestützt ist. Das Konzept ZentrumPlus für die Innenstadt steht bereits. Die Vorteile des Stadttunnels sind bekannt und überzeugend. Die Kommission begrüsst, dass der Verkehr aus der Stadt verbannt wird. Sie ist auch der Meinung, dass der Stadttunnel seine volle Wirkung nur mit der «Kammerung» der Stadt und dem Projektbestandteil ZentrumPlus entfalten kann. Durch die vier Tunnelarme ist jede Kammer gut erschlossen. Obwohl für einzelne Kommissionsmitglieder Eintreten unbestritten war, wollten sie den Entscheid, ob sie dem Stadttunnel am Schluss zustimmen, von den Kosten und der Finanzierung abhängig machen. Demgegenüber vertraten die Kommissionsmitglieder die Meinung, dass auch die nächsten Generationen von diesem Projekt profitieren und daher ihren Anteil daran zahlen müssen; dazu aber später. Die Kommission ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage.
Die Kommission für Tiefbauten beriet die Vorlage im Herbst 2013 an zwei ganztägigen und zwei halbtägigen Sitzungen. Sie liess sich ausführlich über das Projekt orientieren und nahm einen Augenschein vor. Die Kommission stellte während der Beratung der Baudirektion über dreissig Detailfragen, vornehmlich zu verkehrstechnischen und immissionsrechtlichen Themen. Angesprochen wurde auch der Fragenkomplex Kosten, Kosteneinsparungen und Finanzierung. Dabei legte die Baudirektion unter anderem dar, was im Beitrag von 60 Millionen Franken der Stadt Zug zum Projekt Stadttunnel und ZentrumPlus enthalten ist und wie diese städtische Beteiligung ermittelt wurde. Die Kommission liess viele Ideen und Anregungen eingehend bezüglich Sparpotenzial und Auswirkungen prüfen, insbesondere wurde die SBB-Unterführung im Gubelloch thematisiert. Es zeigte sich, dass mit Einsparungen auch immer erhebliche Nachteile für einzelne Benutzergruppen entstehen; dazu sei auf den Kommissionsbericht verwiesen. Schliesslich wollte die Kommission wissen, weshalb man bei der Bewilligung des Objektkredits für die Erarbeitung des Generellen Projekts noch von Gesamtkosten von 520 Millionen Franken ausgegangen sei, und weshalb der Regierungsrat heute mit Gesamtkosten von 950 Millionen Franken rechne. Die Landerwerbskosten, aber auch die Finanzier-

barkeit des Projekts wurden besprochen. Insgesamt konnte die Baudirektion glaubhaft aufzeigen, wie im Laufe der Projektarbeit die Kosten genauer und umfassender ermittelt wurden und wie die Erhöhung zustande kam.
Der Gesamtkredit von 950 Millionen war bei den Mitgliedern der Kommission umstritten. Während die einen eine Kürzung um 100 Millionen Franken verlangten, wollten einige eine Kürzung auf 890 Millionen Franken. Wieder andere Kommissionsmitglieder wollten an der Höhe des beantragten Kredits festhalten. Schliesslich setzte sich eine Mehrheit mit dem Argument durch, dass die Reserven (Unvorhergesehenes) von 115 Millionen Franken um rund 50 Prozent zu kürzen seien. Die Kommission schlägt daher die Senkung des Objektkredits auf 890 Millionen Franken vor. Auf Grund des hohen Detailierungsgrads des Projekts und der verschiedenen Abklärungen ist eine Kürzung der Reserven vertretbar, da kaum grosse Überraschungen zu erwarten sind.
Eine längere Diskussion entbrannte beim Thema der städtischen Beteiligung am Projekt. Während die einen von einer Beteiligung der Stadt von 10 Prozent des Gesamtbetrags ausgehen wollten, wehrten sich vornehmlich die Kommissionsmitglieder aus der Stadt Zug für die Beibehaltung der Beteiligung der Stadt Zug in der Höhe von 60 Millionen Franken. Schliesslich setzte sich im Dezember 2013 – also vor fast einem Jahr – der Antrag durch, wonach der Beitrag der Stadt Zug auf 80 Millionen Franken zu erhöhen und auf eine prozentuale Beteiligung zu verzichten sei. Dazu und zur Finanzierung des Projekts wird der Votant als Präsident der Kommission für Tiefbauten nach dem Votum des Präsidenten der Staatswirtschaftskommission weitere Ausführungen machen.
Warum ist der Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus ein absolutes *Premium*-Projekt? Die Antwort ist einfach: Es gibt keine bessere und wirksamere Lösung. Dies beweist nicht zuletzt die Gegnerschaft, namentlich der VCS. Selbst die Gegner müssen anerkennen, dass der Stadttunnel Zug das Ziel einer verkehrsberuhigten Innenstadt erreichen wird. Auch der VCS vermag kein Kritikpotenzial am Stadttunnelprojekt auszumachen. Als Alternative zum Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus bringt die Gegnerschaft lediglich einen rein ideologischen Ansatz vor, nämlich die Reduktion des Verkehrs. So soll z. B. die Bahnhofstrasse im Gegenverkehr geführt werden. Allerdings ist in mehreren Studien der Stadt Zug und der Baudirektion bereits aufgezeigt worden, dass diese Idee aufgrund des sich ergebenden Verkehrsstaus nicht funktioniert. Oder der VCS will die Bevölkerung zur Veränderung des Mobilitätsverhaltens sensibilisieren, glaubt aber selbst nicht an den Erfolg dieser Massnahme, weil seiner Meinung nach nur Zwangsmassnahmen – etwa Reduktion der Parkplätze, wesentliche Erhöhung der Parkplatzgebühren, Dosieranlagen am Stadtrand und damit ein künstlicher Stau – zielführend wären. Weiter propagiert der VCS wieder den Minitunnel. Dieser wurde in der Variantenbetrachtung im Mitwirkungsverfahren ausgeschlossen, nicht zuletzt deshalb, weil ein Portalstandort in der Neugasse – so der Vorschlag des VCS –, also mitten in der Altstadt, mit den Schutzzielen des «Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder von nationaler Bedeutung der Schweiz» (ISOS) nicht vereinbar wäre. Dieses Projekt wäre gestützt auf Bundesrecht und nach Meinung der Eidgenössischen Natur und Heimatschutzkommission (ENHK) nicht bewilligungsfähig. Auch wenn das Portal an der Artherstrasse zu liegen käme, würde die Altstadt vom Verkehr nicht entlastet.
Die Gegnerschaft kritisiert auch die Kosten des Projekts. Mit 890 Millionen Franken sind diese unbestritten hoch. Die Bevölkerung der Stadt und des Kantons Zug erhält für dieses Generationenprojekt aber einen realen Gegenwert. Die Wirksamkeit rechtfertigt die Kosten dieses Projekts bei Weitem. Flanieren und Kaffeetrinken inmitten von Zug, eine ruhige und trotzdem erreichbare Altstadt, eine Steigerung der Lebensqualität etc.: All diese Vorteile können mit Hilfe des Stadttunnels Zug mit

ZentrumPlus erreicht werden. Die vorliegende Lösung wurde in einem breit abgestützten Verfahren unter Mitwirkung der Bevölkerung, der politischen Parteien und mit dem VCS im Begleitgremium erarbeitet. Von den Vorteilen werden auch die kommende Generationen profitieren können. Das ist viel wert. Man stelle sich vor, frühere Generationen hätten keine Visionen gehabt und den Bau des Gotthard-, Lötschberg- und Simplon-Eisenbahntunnels wegen der immensen Investitionen nicht an die Hand genommen. Wo wäre die Schweiz heute? Und wo werden die Stadt und der Kanton Zug ohne Stadttunnel in hundert Jahren sein?
Die Hoffnung auf Entlastung der Stadt Zug hat sich in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt zerschlagen, weil nie eine überzeugende Umfahrungslösung gefunden werden konnte. Nun aber liegt ein Projekt vor, das dank öffentlicher Mitwirkung breit getragen wird und weit mehr bietet als eine blosse Umfahrung. Das Vorhaben eröffnet der Stadt und dem Kanton Zug die einmalige Chance, ihre Innenstadt von Zug neu zu gestalten und zum Nutzen vieler Nachfolgegenerationen umfassend aufzuwerten. Dieses Projekt soll gemeinsam angepackt werden, und das Zuger Stimmvolk soll darüber entscheiden, ob es diese Investition in eine prosperierende Zukunft will oder nicht. Für den Votanten und die Mehrheit der Kommission für Tiefbauten ist der Entscheid klar: Diese Investition in die Zukunft sind sie sich, ihren Kindern und Kindeskindern schuldig. Überzeugt wird der Votant Ja zum Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus und damit zur Stadt und zum Kanton Zug sagen. Er ruft die Ratsmitglieder auf, das ebenfalls zu tun.

Gregor Kupper, Präsident der Staatswirtschaftskommission, hält fest, dass er nach den heutigen Diskussionen zum Budget und zum Finanzplan aus finanzpolitischer Sicht eigentlich ein Nichteintreten beantragen müsste. Das wird er aber nicht tun: Die Staatswirtschaftskommission will auf die Vorlage eintreten und damit zumindest ermöglichen, dass eine detaillierte Debatte über dieses Mammutprojekt geführt werden kann. Und es sei vorweggenommen: Eine E-Mail-Umfrage nach Empfang des Zusatzberichts der Tiefbaukommission hat ergeben, dass die Mehrheit der Stawiko an ihren Anträgen festhalten will.
Der Stawiko-Präsident gliedert seine Ausführungen in drei Bereiche:
• Bautechnische Fragen: Die Stawiko hat das Geschäft in drei Sitzungen beraten. Dabei sind in bau- und verkehrstechnischer Hinsicht einige Fragen aufgetaucht, welche die Stawiko an die Baudirektion weitergeleitet und entsprechende Antworten erhalten hat; die wesentlichen Antworten finden sich in der Beilage zum Stawiko-Bericht. Die Antworten haben die Stawiko befriedigt. Weitere Fragen bezüglich Bau hat sie weitestgehend der Tiefbaukommission überlassen; sie wollte dieser nicht ins Handwerk pfuschen.
• Formelles Vorgehen: Der Regierungsrat beantragt das fakultative Referendum. Die Stawiko will ein Behördenreferendum und stellt den entsprechenden Antrag. Damit es überhaupt so weit kommt, braucht es heute zuerst mal einen Eintretensbeschluss sowie in zwei Monaten die Zustimmung des Kantonsrats zu diesem Projekt; erst dann wird der Kantonsrat definitiv über das Behördenreferendum abstimmen können. Die Stawiko legt Wert darauf, dass das Volk über dieses Geschäft entscheiden und Ja oder Nein zu diesem Thema sagen.
• Finanzielle Fragen: Das ist der schwierigster Teil der Vorlage. Wenn die Stawiko ein solches Geschäft berät, geht es nicht nur um das Einzelprojekt; vielmehr ist die Stawiko bei der vorliegenden Grössenordnung gefordert, Überlegungen zur gesamten Finanzlage des Kantons anzustellen. Und eigentlich müsste die Stawiko dem Kantonsrat ein Nein zu diesem grossen Brocken beantragen. Das wollte sie aber nicht tun, sondern sie wollte – mit Hängen und Würgen – nach einer gerade noch knapp verantwortbaren Lösung suchen. Es war der Stawiko bewusst, dass eine

Lösung in allen Bereichen Schmerzen bereiten wird; es ging ihr aber darum, diesen Schmerz möglichst gerecht und gleichmässig auf die Nutzniessenden zu verteilen. Die Stawiko beantragt deshalb die unten auf Seite 1 ihres Berichts aufgeführte Finanzierung in vier Teilen. Zu den einzelnen Positionen nimmt der Votant wie folgt Stellung:

• Investitionsbeitrag der Stadt Zug: Die Stawiko beantragt einen städtischen Beitrag von 120 Millionen Franken. Sie hat im Rahmen ihrer Beratung die Baudirektion aufgefordert, eine Nutzenrechnung zu erstellen, wobei sich der Nutzen selbstverständlich nicht exakt berechnen, sondern nur schätzen lässt. Die Schätzung der Baudirektion, die dem Stawiko-Bericht beiliegt, kommt auf 133,5 Millionen Franken unmittelbaren Nutzen für die Stadt Zug. Die Stawiko beantragt – wie gesagt – einen Beitrag der Stadt von 120 Millionen Franken. Vor zwei Tagen hat der Stadtrat von Zug die Mitglieder des Kantonsrats in einem Brief informiert, dass damit die Schmerzgrenze überschritten sei. Wie aber schaut das aus bei den Fahrzeughaltern und den übrigen Steuerpflichtigen? Wieso soll der Fahrzeughalter oder der Steuerzahler im Ennetsee Ja sagen zum Schmerz, der ihm zugefügt wird? Wenn man nicht Gerechtigkeit walten lässt und den grössten Nutzniesser einen entsprechenden Teil bezahlen lässt, kommt auf kantonaler Ebene mit Sicherheit nie ein Ja zustande. Hier sind die Befürworter gefordert! Wenn es dem Stadtrat gelingt, diese Problematik seinen Bürgern korrekt und offen zu kommunizieren, besteht die Möglichkeit, ein Ja zu erreichen. Wenn der Stadtrat das nicht schafft oder nicht schaffen will, dann verzichtet er lieber gleich auf den Stadttunnel.

• Teilkredit von 300 Millionen Franken, finanziert durch einen 50-prozentigen Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuer: Auf ersten Blick sind 50 Prozent Zuschlag sehr viel – und damit das Projekt zum Scheitern verurteilt. Man muss aber bedenken, dass die Motorfahrzeugsteuer seit Jahrzehnten nie erhöht wurde. 50 Prozent sind für Otto Normalverbraucher ungefähr 150 Franken pro Jahr, und wenn der Fahrzeughalter nicht bereit ist, diesen Betrag für die Durchfahrt durch den Stadttunnel und die entsprechenden Vorteile zu bezahlen, dann soll er es bleiben lassen. Der Betrag von 300 Millionen Franken führt zwar via Baukosten zu einem Liquiditätsabfluss beim Kanton. Durch die beantragte Einführung des Zuschlags auf den 1. Januar 2016 findet wahrscheinlich aber sogar eine Vorfinanzierung statt, weil die entsprechenden Kosten für die Stadttunnel wohl erst später anfallen. Zudem hat diese Variante den positiven Effekt, dass sie sich in keiner Art und Weise auf die Laufende Rechnung auswirkt. Der Betrag von 300 Millionen Franken wird aktiviert und quasi wie ein Darlehen durch den Zuschlag über die Motorfahrzeugsteuer abgetragen. Der Zuschlag ist so angesetzt, dass er nach 18 bis 20 Jahren automatisch wieder wegfällt.

• 235 Millionen Franken zulasten der Investitionsrechnung: Dieser Betrag geht via Investitionsrechnung über die Laufende Rechnung zuletzt zulasten der normalen Steuern. Er ist der Beitrag des ÖV und des Langsamverkehrs an das Projekt. Er führt zu einem Liquiditätsabfluss und belastet die Laufende Rechnung durch die gesetzlich gegebene Abschreibung von 10 Prozent über Jahre hinweg, selbstverständlich degressiv, wie im Finanzhaushaltgesetz niedergeschrieben.

• Aus der Spezialfinanzierung Strassenbau will die Stawiko 235 Millionen Franken, die Tiefbaukommission 355 Millionen Franken nehmen. Wohlverstanden: Dieser Topf ist bereits leer, wenn es mit dem Stadttunnel losgeht: Die Spezialfinanzierung Strassenbau wird schon mit dem von der Stawiko vorgeschlagenen Betrag arg strapaziert; die Tiefbaukommission überspannt den Bogen mit 355 Millionen Franken eindeutig. Sie schreibt etwas nonchalant, dass die Spezialfinanzierung irgendwann um 2040 wahrscheinlich wieder ausgeglichen sein werde – und blendet dabei § 8 Abs. 2 des Finanzhaushaltgesetzes einfach aus. Dieser lautet: «Vorschüsse an

Spezialfinanzierungen sind zulässig, wenn zweckgebundene Einnahmen die Ausgaben vorübergehend nicht decken.» Wenn man davon ausgeht, dass die Spezialfinanzierung aufgrund bereits beschlossener Projekte schon Anfang der 2020er Jahre aufgebraucht sein wird, spricht man von einem Zeitraum von mindestens zwanzig Jahren. Da kann von «vorübergehend» keine Rede sein. Wenn der Kanton bzw. der Kantonsrat aber selbst so einfach gegen seine eigenen Gesetze verstösst, stellt sich die Frage, wieso denn die Bevölkerung sich noch an die Gesetze halten soll. Dann wird der Kantonsrat als Legislative ja geradezu überflüssig.
Zusammenfassend hält der Stawiko-Präsident als Fazit fest:
• Die Stawiko-Variante lässt sich nach der Budgetdebatte gerade noch knapp verantworten.
• Wenn der Stadttunnel gebaut werden soll, müssen *alle* bluten, dies hoffentlich möglichst gleichmässig.
• Die Befürworter sind gefordert, die Argumente offen zu kommunizieren. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Staat die ganze Zuger-Bevölkerung ist. Wenn das Volk Ja sagt zu diesem Projekt, ist es der Auftraggeber, und als Auftraggeber muss es seinen Auftrag bezahlen. Regierungsrat und Baudirektion sind lediglich Auftragnehmer und führen aus, was ihnen in Auftrag gegeben wird. Wenn es für unmöglich gehalten wird, dieses Faktum gegenüber der Bevölkerung offen und fair zu kommunizieren, verzichtet man lieber gleich und erspart sich viel Arbeit und finanzielle Risiken.
Die Staatswirtschaftskommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihrem Finanzierungsmodell zuzustimmen.

Daniel Thomas Burch, Präsident der Tiefbaukommission, wiederholt, dass die Kommission die Vorlage der Regierung zum Stadttunnel mit Zentrum Plus vor gut einem Jahr beraten hat. Damals waren die finanziellen Prognosen für den Kanton Zug noch intakt und keine Gewitterwolken am Himmel zu erkennen. Dagegen stand die Stadt Zug vor grossen finanziellen Herausforderungen. Heute hat sich die Grosswetterlage etwas verändert. Die Tiefbaukommission ist sich der Verantwortung bewusst, einerseits für ein gutes Projekt einzustehen, aber auch die nötige Verantwortung für die Finanzierung mitzutragen. Aufgrund des Berichts und Antrags der Staatswirtschaftskommission und der neuen finanziellen Prognosen für den Kanton Zug sah sie sich veranlasst, vor der Kantonsratsdebatte über diese Vorlage nochmals eine Sitzung durchzuführen, um die eigene Haltung bezüglich Finanzierung gegenüber dem Vorschlag der Stawiko zu überprüfen und allenfalls abzustimmen. Dies ist zwar unüblich, aber besondere Situationen verlangen besondere Aktionen.
In einer ersten Phase ist die Tiefbaukommission zum Schluss gekommen, den Ball der Stawiko aufzunehmen, auf deren Finanzierungsvorschlag einsteigen und sich an deren Systematik zu orientieren. Die Aufteilung der Finanzierung auf vier Pfeiler macht auch aus Sicht der Tiefbauommission – unter Berücksichtigung der aktuellen Finanzprognosen – durchaus Sinn. Zu den einzelnen Pfeilern des Finanzierungsmodells:
• Beitrag aus der allgemeinen Staatsrechnung: Die Kommission für Tiefbauten teilt die Einschätzung der Stawiko. Mit der Übernahme der Projektkosten im Umfang von 235 Millionen Franken werden nur rund 25 Prozent der Gesamtkosten des Projekts durch die allgemeine Staatsrechnung berappt und diese somit erheblich entlastet. Einen solchen Antrag lehnte die Tiefbaukommission in ihren Beratungen noch ab. Nun liegen aber neue Fakten auf dem Tisch, und diese gilt es zu beachten, insbesondere mit Blick auf die Wunschliste mit den verschiedenen, z. T. grossen Investitionsprojekten.

• Investitionsbeitrag der Stadt Zug: Der Regierungsrat hat in seiner Vorlage den Investitionsbeitrag der Stadt Zug noch auf 60 Millionen Franken festgelegt. Im Bericht der Regierung wurde der Kostenanteil für die Aufwendungen für ZentrumPlus und für die angrenzenden Gebiete, insbesondere für die Aufwertung der SBB-Unterführung Gubelstrasse, sowie für die flankierenden Massnahmen mit insgesamt 107,7 Millionen Franken aufgeführt. Die Kommission für Tiefbauten stimmte in ihren damaligen Beratungen deshalb einer Erhöhung des Beitrags auf 80 Millionen Franken zu, dies nicht zuletzt unter Berücksichtigung der damaligen Belastung der Stadt Zug durch den ZFA. Die Tiefbaukommission kann der Argumentation der Stawiko zur Erhöhung des Beitrags der Stadt Zug auf 120 Millionen Franken teilweise folgen. Der Stadttunnel mit ZentrumPlus wird der Stadt einen grossen Nutzen bescheren. Der Zusatznutzen des kantonalen Projekts für die Stadt Zug ist erheblich, und es ist legitim zu verlangen, dass die Stadt sich angemessen an den Investitionskosten beteiligen muss. Die Berechnung zur Festlegung des Kostenteilers beruhte auf anerkannten Regeln, die jedoch einen gewissen Spielraum offen lassen. Während die Stadt Zug zu Beginn der Verhandlungen von rund 20 bis 30 Millionen Franken ausging, lagen die Vorstellungen bei der Baudirektion bei rund 100 Millionen Franken. Schliesslich schlug der Regierungsrat eine Investitionsbeteiligung der Stadt Zug von 60 Millionen Franken vor. Die Kommission für Tiefbauten erachtet – in Anlehnung an den von der Baudirektion vorgeschlagenen Ausgangswert der Verhandlungen zwischen der Stadt Zug und dem Kanton – eine Beteiligung der Stadt Zug von 100 Millionen Franken als gerechtfertigt. Sie beantragt deshalb, den Investitionsbeitrag der Stadt Zug auf 100 Millionen Franken festzulegen.
• Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer: Die Kommission für Tiefbauten ist sich bewusst, dass eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer sehr unpopulär ist. Trotzdem unterstützt sie die Idee, mit einer projektbezogenen und befristeten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern die Mitfinanzierung des Stadttunnels mit ZentrumPlus sicherzustellen. Es ist wichtig, dass die Motorfahrzeugsteuererhöhung ohne weiteren Entscheid des Kantonsrats automatisch wieder dahinfällt.
Die Motorfahrzeugsteuern im Kanton Zug sind im Vergleich zu den andern Kantonen durchschnittlich hoch. Im Kanton Zug haben die Personenwagen im Schnitt einen Hubraum von zwei Litern. Für diese Hubraumklasse beträgt die Jahressteuer 330 Franken. Mit der von der Stawiko beantragten Erhöhung um 50 Prozent würde die Steuer 495 Franken betragen. Damit würde der Kanton Zug bezüglich Motorfahrzeugsteuer zwar noch nicht zu den teuren Kantonen gehören, aber nahe zu diesen aufschliessen. Trotzdem ist die Tiefbaukommission der Ansicht, dass die von der Stawiko vorgeschlagene Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer zu massiv ist. Sie vertritt auch die Meinung, dass lediglich ein Teilbetrag von 200 Millionen Franken mit einem Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuern zu finanzieren ist. Diese Höhe ist völlig ausreichend, zumal die Spezialfinanzierung Strassenbau den Restbetrag unbestrittenermassen zu tragen vermag – auch wenn es lange dauert, bis hier die Rechnung wieder ausgeglichen ist. Die Motorfahrzeugsteuereinnahmen des Kantons betragen pro Jahr rund 30 Millionen Franken. Gemäss Vorschlag der Stawiko würde mit einer Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern um 50 Prozent der Teilbetrag von 300 Millionen Franken mit Zins und Zinseszinsen in etwa siebzehn Jahren erreicht. Mit dem Zuschlag gemäss Stawiko wäre der Teilbetrag im Jahr 2033, also drei bis vier Jahre nach der Eröffnung des Stadttunnels, wohl erreicht. Fahrzeughalterinnen und -halter, welche heute sechzigjährig und älter sind, würden den Stadttunnel über den projektbezogenen und befristeten Motorfahrzeugsteuerzuschlag zwar erheblich mitfinanzieren, könnten selbst vom Projekt aber wohl kaum mehr profitieren. Aus diesem Grund vertritt die Kommission für Tiefbauten dezidiert die Meinung, dass ein projektbezogener und befristeter Zuschlag von 25

Prozent genügen muss. Mit diesem Zuschlag kann der Mitfinanzierungsbeitrag von 200 Millionen Franken in rund 27 Jahren erreicht werden. Damit wird die Finanzierung auf mehrere Generationen verteilt. Im Namen der Tiefbaukommission beantragt der Votant deshalb, den Teilbetrag von 200 Millionen Franken mit einem Zuschlag von 25 Prozent auf die Motorfahrzeugsteuern zu finanzieren.
Noch ein paar Worte zur Bedeutung der Motorfahrzeugsteuern: Die Kosten eines Fahrzeugs setzen sich aus verschiedenen Positionen zusammen, nämlich aus den Fixkosten – dazu gehören die Motorfahrzeugsteuern – und aus den variablen Kosten. Der prozentuale Anteil der Motorfahrzeugsteuern an den Gesamtkosten eines Kleinwagens bei einer jährlichen Fahrleistung von 10'000 Kilometer beträgt knapp 4 Prozent. Und je teurer das Auto, je grösser die jährliche Fahrleistung und je höher der Treibstoffverbrauch sind, desto marginaler wird der Anteil der Motorfahrzeugsteuern. Zum Vergleich: Im Kantons Zug werden Abstellplätze für 150 und mehr Franken pro Monat angeboten und bezahlt. Das sind 1800 Franken pro Jahr, nur um das Auto in der Nähe des Arbeitsplatzes abstellen zu können; dazu kommen noch die Kosten für den Abstellplatz zu Hause. Auch der Votant ist gegen generelle Erhöhungen von Steuern, aber mit diesem Beitrag erhält man eine konkrete Gegen- und Mehrleistung.
• Spezialfinanzierung Strassenbau: Die Spezialfinanzierung Strassenbau wird – dies zur Erinnerung – von den ordentlichen Motorfahrzeugsteuern und den Einnahmen aus dem Treibstoffzuschlag gespeist; jährlich kommen rund 30 Millionen Franken in diesen Topf. Wenn die Belastung der allgemeinen Staatsrechnung auf 235 Millionen Franken festgelegt, der Investitionsbeitrag der Stadt Zug im Vergleich zum Vorschlag der Stawiko um 20 Millionen Franken gekürzt und der mit einem Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuern finanzierten Teilbetrag um 100 Millionen Franken entlastet wird, muss die Spezialfinanzierung Strassenbau diese Reduktionen ausgleichen. Faktisch führt dies dazu, dass die Spezialfinanzierung mit 120 Millionen Franken mehr belastet wird und dadurch einen Gesamtbetrag von rund 355 Millionen Franken zum Projekt Stadttunnel mit ZentrumPlus beisteuern wird. Diese Mehrbelastung ist für die Spezialfinanzierung Strassenbau nach Ansicht der Tiefbaukommission ohne weiteres tragbar. Gemäss dem ursprünglichen Finanzierungsvorschlag der Tiefbaukommission wäre die Spezialfinanzierung Strassenbau mit insgesamt 405 Millionen Franken belastet worden. Berechnungen zeigen, dass die Spezialfinanzierung mit dieser Belastung und mit der Realisierung der weiteren noch anstehenden Strassenbauprojekte – Tangente Zug/Baar, Umfahrung Cham–Hünenberg, Strassenbauprogramm etc. – in den Jahren 2045 bis 2050 wieder ohne Verschuldung dastehen würde. Mit dem Vorschlag der Stawiko würde dieser Zeitpunkt bereits kurz nach der Eröffnung des Stadttunnels nach 2030 erreicht werden. Mit dem Vorschlag der Tiefbaukommission wird dieser Zeitpunkt etwas nach hinten verschoben, und man kann damit rechnen, dass man 2040 wieder eine ausgeglichene Rechnung hätte. Die Finanzierung dieses Mehrgenerationenprojekts wird dadurch auf mehrere Generationen aufgeteilt. Dies ist angesichts des Nutzens des Strassenbauprojekts von mehreren Jahrzehnten ab Eröffnung sehr wohl gerechtfertigt. Der Antrag der Kommission für Tiefbauten lautet daher: Die Spezialfinanzierung Strassenbau soll zur Finanzierung des Stadttunnels mit ZentrumPlus mit einem zusätzlichen Betrag in der Höhe von 120 Millionen, gesamthaft mit 355 Millionen Franken, belastet werden.
Zusammengefasst: Mit dem von der Staatswirtschaftskommission vorgeschlagenen und von der Kommission für Tiefbauten modifizierten Finanzierungsvorschlag beteiligt sich die allgemeine Staatskasse noch mit rund 25 Prozent der Gesamtkosten am Projekt Stadttunnel mit ZentrumPlus. Die restlichen rund 75 Prozent der Kosten werden vorwiegend verursachergerecht auf die Nutzenden aufgeteilt, namentlich

auf die Stadt Zug, weil sie zu den Gewinnern des Projekts gehört, auf die Motorfahrzeughalterinnen und -halter mit dem Motorfahrzeugsteuerzuschlag sowie auf die Spezialfinanzierung Strassenbau. Ein Beitrag aus der allgemeinen Staatskasse an die Gesamtkosten im Umfang von rund 25 Prozent rechtfertigt sich auch deshalb, weil sowohl der Langsamverkehr als auch der öffentliche Verkehr und die gesamte Bevölkerung des Kantons Zug zu den Gewinnern gehören. Mit der Aufwertung im Rahmen von ZentrumPlus entsteht ein erheblicher Zusatznutzen für Fussgängerinnen und Fussgänger, für Radfahrerinnen und Radfahrer sowie für die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Verkehrs.

Andreas Lustenberger: Die heutige Debatte und die daraus resultierenden Entscheide werden die Zukunft des Kantons Zug für viele Jahre prägen. Mit der heutigen Behandlung der Vorlage «Stadttunnel und ZentrumPlus» geht ein mehrjähriger, wenn nicht jahrzehntelanger Prozess zu Ende. In diesen Prozess haben viele Akteure sehr viel Zeit, aber auch Herzblut investiert. Der AGF ist es ein Anliegen, allen beteiligten Akteuren für die geleistete Arbeit zu danken.
Ist der Stadttunnel das viele Geld wert? Und bringt der Stadttunnel die erhoffte Entlastung? Wer sind die Gewinner, wer sind die Verlierer? Mit all diesen Fragen hat sich die AGF intensiv auseinandergesetzt und verschiedene Szenarien abgewogen. Für die AGF ist klar: «ZentrumPlus» ist eine grosse Chance für die Stadt Zug, die Innenstadt als lebendigen Ort für Wohnen, Freizeit, Begegnung, aber auch für verschiedenste Einkaufsläden und das lokale Gewerbe positiv zu gestalten. Es stellen sich zwei Kernfragen:
• Führen Stadttunnel und ZentrumPlus wirklich zu einem attraktiven Zentrum?
• Können und wollen sich die Stadt und der Kanton das vorliegende Projekt von rund 900 Millionen plus Folgekosten trotzt Sparpaketen überhaupt leisten?
Der Stadttunnel an sich führt weder zu weniger noch zu mehr Verkehr, sondern verlagert den Verkehr aus der Innenstadt und zentralisiert diesen bei den Portalen. Der motorisierte Verkehr wird also weiterhin stocken, Autos mit laufenden Motoren werden im Stau stehen – und die Frage ist berechtigt: Lohnen sich dann diese Ausgaben wirklich? Sie können sich lohnen, wenn Kanton und Stadt zusätzliche, verkehrsreduzierende Massnahmen treffen, wie einen attraktiven und finanzierbaren ÖV und ideale Bedingungen für den Langsamverkehr. Winterthur oder Schaffhausen sind gute Beispiele für florierende Zentren ohne motorisierten Verkehr. Die AGF erwartet deshalb von allen Parteien eine Zusicherung, dass diese ein weitgehend autofreies und fussgängerfreundliches ZentrumPlus unterstützen. Gewisse Quartiere können durch den Stadttunnel vom motorisierten Verkehr entlastet werden, andere Quartiere müssen mit einer Mehrbelastung rechnen. Unverständlich findet die AGF aber, dass mit der im Richtplan eingetragenen Verlängerung der General-Guisan-Strasse eine massive Verschlechterung für das Hertiquartier in Kauf genommen wird. Auch hier erwartet die AGF eine Zusicherung aller Parteien über die Streichung der angesprochenen Verlängerung.
Die Regierung kündigte ein Sparprogramm in Bildung, Kultur und Umwelt an. Es ist ein völlig falsches Signal, wenn für den Stadttunnel die Staatskasse herhalten muss. Strassen sind ganz klar verursachergerecht zu finanzieren, weshalb die AGF klar die zweckgebundene Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer gemäss dem Vorschlag der Stawiko unterstützt. Zudem wehrt sie sich vehement gegen die basarartigen Vorschläge zum Beitrag der Stadt Zug seitens der Stawiko und der Tiefbaukommission. Die Stadt Zug hat deutlich mitgeteilt, wie viele Finanzmittel sie für das Projekt aufbringen kann.
Die AGF findet es zudem unverständlich, dass die Regierung für ein solches Riesenprojekt nur ein einstufiges Verfahren wählt. Dieses Vorgehen öffnet Tür und Tor für

Fehlinformationen und Verwirrungen gegenüber dem Stimmvolk, wie zuletzt die Diskussionen über die Tangente Zug/Baar eindrücklich manifestiert haben. Die Zugerinnen und Zuger werden auch beim Stadttunnel wiederum einen Kredit für ein Projekt sprechen, welcher nach der Detailplanung nochmals um einiges anders aussehen kann. Die AGF wird deshalb in der Detailberatung einen Antrag für das zweistufige Verfahren stellen.
Wenn der Kanton Zug 900 Millionen Franken investiert, muss der Mehrwert garantiert sein. Die AGF ist grossmehrheitlich für Eintreten auf die Vorlage. In der Detailberatung plädiert sie für einen Beitrag der Stadt Zug von 60 Millionen Franken, für den Antrag der Stawiko bezüglich Motorfahrzeugsteuererhöhung und – für die verbleibenden Kosten – eine Abschöpfung von 75 statt 50 Prozent aus dem Strassenbaufonds. Nach der ersten Lesung wird die AGF das durch den Kantonsrat geschnürte Gesamtpaket beurteilen und über ein Ja oder Nein befinden. Geht die Finanzierung zu stark zulasten der normalen Staatskassen von Stadt und Kanton und bleiben Zweifel an der effektiven Umsetzung von ZentrumPlus, ist ein Nein sicher.
Persönlich fügt der Votant an, dass ihm als jungem Zuger vor allem die enormen Kosten, die lange Bauzeit und das grosse Fragezeichen betreffend Nutzen Sorgen bereiten. Ein Tunnel führt nebst den Investitionskosten zu teuren Betriebs-, Unterhalts- und im Endeffekt auch Totalsanierungskosten. Für den Votanten stellt sich hier die Frage von Notwendigem und Wünschbarem. Wenn am Schluss das Geld fehlt, um jungen Zuger Familien genügend bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen, und wenn die derzeitig ungebremste «Entzugerung» weitergeht, ist er nicht bereit, einen so hohen Beitrag zu «verlochen».

Barbara Gysel: Bei der Vorlage für den Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus darf getrost von einem Jahrhundertprojekt gesprochen werden. Das Vorhaben ist einem langen, ja jahrzehntelangen Prozess und unter intensiver Mitwirkung der Bevölkerung entstanden. Dafür sei allen Beteiligten herzlich gedankt. In der Bilanz liegt jetzt ein Projekt vor, dem viel Qualität attestiert werden kann: Ja, es ist ein sehr gutes Projekt. Es bleibt indes die Frage: Ist uns der Stadttunnel 1 Milliarde Franken wert? Im Laufe des Prozesses sind die Kosten angestiegen, nämlich von ursprünglich 600 Millionen auf knapp 1 Milliarde Franken. Das ist darauf zurückzuführen, dass verschiedene Wünsche eingebracht wurden, auch wenn diese als *Nice to have,* aber nicht unbedingt als notwendig zu bezeichnen sind.
Was passiert mit dem Stadttunnel tatsächlich? Als Erstes hält die SP-Fraktion hier fest, dass der Verkehr nicht reduziert, sondern nur verlagert wird. Man investiert rund 1 Milliarde Franken, ohne dass dabei auch nur *ein* Auto weniger auf den Zuger Strassen fährt. Im Gegenteil. Es gilt zumeist: Mehr Strassen bringen automatisch mehr Verkehr, wie das Beispiel die Nordzufahrt in der Stadt Zug bereits gezeigt hat. Als Zweites hält die SP-Fraktion fest, dass der Verkehr in heutige Wohnquartiere verlagert wird, so etwa bei der Ausfahrt Göbli-/Gubelstrasse. Entlastet wird die Innenstadt, wo allerdings heute schon kaum mehr Personen und schon gar keine Familien mehr wohnen. Mit einer grossen Verkehrszunahme haben dafür heutige Wohnquartiere zu rechnen. Ihre Wohnqualität wird massiv eingeschränkt werden. Insofern geht es bei diesem Projekt auch um Fragen der Mobilität: Wo wird gelebt, wo gearbeitet und wo gewohnt?
Als Drittes hält die SP fest, dass die Abluft mit dem Abluftbauwerk im Göbli direkt in dieses Quartier getragen wird. Natürlich wird die Luft gefiltert ausgestossen; trotzdem aber wird die Gegend zusätzlich belastet, denn es ist nicht davon auszugehen, dass die Abluft den Tunnel geklärter verlässt, als sie eingebracht wurde.

Zur Entlastung der Innenstadt von Zug vom Motorisierten Individualverkehr: In der Innenstadt von Zug befinden sich mehrere Parkhäuser, die auch weiterhin angefahren werden können bzw. müssen, etwa die Parkhäuser Bundesplatz, Neustadt, Neugasse oder Casino. Mit dem Neubau des Parkhauses an der Poststrasse werden weitere 150 Parkplätze erstellt. Auch dieses muss trotz Beruhigung der Innenstadt genau durch diese Strasse erschlossen werden. Das heisst nichts anderes, als dass die Parkhäuser im Zentrum und nicht an den Eigangstoren der beruhigten Zonen der Innenstadt stehen. Von einer wirklich beruhigten Zone kann unter dieser Voraussetzung und unter der Berücksichtigung des weiterhin zirkulierenden ÖV kaum gesprochen werden. In diesem Sinne sind auch die Visualisierungen in der Vorlage zu relativieren.
Bei den Kosten scheint ein eigentliches «Jekami» entbrannt zu sein, dies insbesondere, was den Betrag der Stadt Zug betrifft. Erst musste die Stadt 60 Millionen Franken beisteuern, dann wurden es 80 Millionen, dann 120 Millionen und nun noch 100 Millionen. Den Beitrag der Standortgemeinde – in diesem Fall der Stadt Zug – könnte man aber auch als systemwidrig bezeichnen. So müssen nämlich die Gemeinden Cham und Hünenberg keinen einzigen Franken an die Umfahrung Cham–Hünenberg beisteuern. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass zu einem späteren Zeitpunkt die Gemeinde Unterägeri einen Beitrag an die Umfahrung zu leisten hat. Die Stadt Zug hat sich in einem ersten Schritt bereit erklärt, 60 Millionen Franken beizutragen. In einem zweiten Schritt wurde diesen Betrag freundlicherweise auf 80 Millionen Franken erhöht. Die Stawiko fordert nun 120 Millionen, die von der Stadt Zug aus verständlichen Gründen abgelehnt werden. Die SP-Fraktion erachtet einen Beitrag von 80 Millionen Franken als Obergrenze. Eine höhere Belastung ist für die Stadt Zug nicht tragbar.
Die Finanzen des Kantons Zug stehen – wie vom Stawiko-Präsidenten dargelegt – auf Rot. Die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich der Meinung, dass darin eine Investition von rund 1 Milliarde Franken keinen Platz hat, auch wenn sie das Projekt – es sei wiederholt – qualitativ klar als gut bewertet. Für die SP-Fraktion geht das Preis-Leistungs-Verhältnis insgesamt aber nicht auf. Sie sieht auch, wohin es führt, wenn in dieser Grössenordnung in den Strassenbau investiert wird und auf der anderen Seite bei den Sozialausgaben direkt gespart wird. In diesem Sinne lehnt die SP-Fraktion die Vorlage in der Schlussabstimmung ab.
Eine Bemerkung zum Schluss: SP-Vertretungen haben in der Vergangenheit massgeblich zur Tunnelentwicklung beigetragen und sie sogar angestossen. Die SP hat es sich intern nicht leicht gemacht und ist erst nach einem langen Prozess und mehreren Veranstaltungen zum Schluss gekommen, trotz des guten Projekts und trotz der teilweisen Erhöhung der Lebensqualität in der Innenstadt den Stadttunnel abzulehnen.

Rainer Suter spricht für die SVP-Fraktion und nimmt zuerst zu einigen Aussagen von linker Seite Stellung. Er hält fest, dass die Verlängerung der General-Guisan-Strasse bereits gestorben ist; das Thema wird von linker Seite hier einzig als Projektkiller wieder hervorgeholt. Auch ist er irritiert über die Angabe, der Stadttunnel koste 1 Milliarde Franken; tatsächlich sind es mehr als 10 Prozent weniger. Und bei der Umfahrung Cham–Hünenberg bezahlt Cham für die Umgestaltung mit; es ist also nicht so, dass Cham nichts bezahlt. Es sind Unwahrheiten, die da erzählt werden. Für sein eigenes Votum hofft der Votant, dass es einigermassen neutral und nicht so emotional wie von linker Seite ausfällt.
Für die steigende Mobilität der Bevölkerung ist eine nachhaltige Förderung aller Verkehrsmittel zwingend. Für die Stadt Zug und den motorisierten Verkehr gibt es keine bessere Verkehrsentlastung als der geplante Stadttunnel. Auch die SVP-

Fraktion schliesst sich dieser Meinung an und ist einstimmig überzeugt, dass die 890 Millionen Franken richtig investiert sein werden.
Beim Arbeitgeber des Votanten trat am 1. Januar 1981, also vor 34 Jahren, ein junger Bauführer seine Stelle an. Einer seiner ersten Aufträge bestand darin, sofort ein Projekt für die Verlegung der Kabeltrasse beim Tunnelportal des Stadttunnels zu erarbeiten. Der Mitarbeiter ist nun seit fünf Jahren pensioniert. Von seinem Vorprojekt wurde nichts realisiert; das meiste ist nach dem heutigen Stand der Technik nicht mehr brauchbar. Der Votant will damit Folgendes sagen: Die Planung der Umfahrung der Stadt Zug mit «ZentrumPlus» für die Verkehrsberuhigung der Innenstadt war noch nie so weit fortgeschritten wie jetzt: zum Greifen nahe. Jetzt ist es zwingend notwendig, einen Nagel einzuschlagen – oder besser gesagt: ein Loch zu graben. Wenn nicht jetzt, wann dann? Später werden für den Stadttunnel freigehaltene Grundstücke überbaut worden sein, und somit wird es heissen: Rien ne va plus.
Über den Zusatzantrag der Kommission für Tiefbauten herrscht in der SVP-Fraktion grossmehrheitlich Einigkeit. Jedoch ist allen klar, dass dies der richtige Weg für eine zukünftig stabile Finanzlage des Kantons Zug ist. Es ist nur zu hoffen, dass dies der linken Seite als Vorbild dient, auch mal bei sozialen Projekten ein Gleich zu tun, damit nicht nur immer der mobilisierte Individualverkehr geschröpft wird. Dieser muss gemäss Kommissionsantrag von 2016 bis 2038 im Schnitt ungefähr 70 Franken pro Jahr und Fahrzeug mehr an die Motorfahrzeugsteuer leisten. Dieser Betrag entfällt gemäss §17a Abs. 3 wieder, wenn die 200 Millionen Franken gemäss Zusatzantrag der Kommission für Tiefbau angehäuft sind. Vor anderthalb Jahren bewegte sich die Staatskasse auf einem anderen Niveau. Ein neues Beurteilungsschema zeigt auf, dass sich die Schulden zu hoch auftürmen, wenn jetzt nicht Einhalt geboten wird. Bei seriösem Rechnen muss man für die Erhöhung einstehen.
Leider wird von linker Seite alles unternommen, um das Projekt Stadttunnel zu torpedieren und zu massakrieren. Wieso denn eigentlich, da doch vor allem auch der Langsamverkehr und der ÖV Nutzniesser dieses Projekts sein werden? Es schalten sich bekannte Zuger Persönlichkeiten in den Kampf gegen das Vorhaben Stadttunnel ein und bringen Anregungen ein, die bei einer Volksabstimmung als Projektkiller anzusehen sind. Das vorliegende Projekt ist ausgewogen und ausgeklügelt, und zu diesem Preis wird die Zuger Bevölkerung zu einem späteren Zeitpunkt *keinen* Stadttunnel, *keine* Umfahrung oder Ähnliches mehr erhalten. Die Stadt Zug liegt eingebettet zwischen Berg und See. Die vorgeschlagene Variante unter dem See hindurch wäre vermutlich mit gutem Willen realisierbar, aber kaum bezahlbar, und die Tunnelausfahrten wären sicher am falschen Ort. Oder würde man auch einen Kreisel mit mehreren Tunnelästen in den See bauen? Wie mühsam es ist, durch die Stadt zu fahren, erlebt man heute täglich. Somit bleibt als beste Lösung nur noch: mit dem Tunnel durch den Berg. Lange Zeit wurde nach einer Lösung für die verkehrsgeplagte Stadt geschrien. Jetzt, da der Schlüssel zum Erfolg da liegt, will man ihn nicht aufheben.
Der Votant ruft den Rat auf, sich nicht vor diesem Jahrhundertbauwerk zu verschliessen, sondern mutig zu sein und Ja zu sagen zu den Kosten des Projekts «Stadttunnel mit ZentrumPlus», dies für den Kanton Zug und für seinen Hauptort. Nur so wird die Chance gewahrt, dass bei einer Annahme durch das Parlament der Souverän in der Volkabstimmung das letzte Wort hat.

Peter Diehm hält fest, dass es schon eine Weile her ist, seit der Kantonsrat den Projektierungskredit für den Stadttunnel gesprochen hat. Jetzt geht es um das Eingemachte. Die FDP-Fraktion ist mehrheitlich *für* den Stadttunnel zu einem Betrag von 890 Millionen Franken. Sie lehnt eine Finanzierung über die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer grossmehrheitlich ab. Man möchte nicht die KMU-Be-

triebe schröpfen, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben eine grössere Fahrzeugflotte benötigen und die Mehrkosten wiederum über die Preise – also zulasten der Konsumenten – abwälzen werden. Die Finanzierung des Tunnels soll sich je zur Hälfte aus der Spezialfinanzierung Strassenbau und der allgemeinen Staatsrechnung plus dem Beitrag der Stadt Zug, den eine knappe Mehrheit der FDP-Fraktion auf 120 Millionen Franken festlegen will, zusammensetzen.
Es ist eine Krux. Mit dem Mitwirkungsverfahren zur Frage «Wie erzielt man den grössten Nutzen?» hat man den kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden, sprich: Sperrung der Stadt für den Durchgangsverkehr und gute Erreichbarkeit der einzelnen Kammern. Nun aber reibt man sich verwundert die Augen wegen des hohen Preises. Natürlich gäbe es eine Alternative: Gubelloch rein, Casino raus, ZentrumPlus vergessen. Wer aber will diese Alternative? Man will einen Mehrwert, wie ihn das vorliegende Projekt bietet. Dieses Verkehrskonzept passt auch zur Finanzkraft der Stadt Zug. Wenn man etwas in die Ferne schweift, dann sieht man, dass fast jeder Miststock eine Umfahrung hat oder untertunnelt wird, wenn noch irgendein Krähennest in der Nähe ist, dies alles finanziert mit Bundesgeldern. Nur in Zug ist das anders. Darum gilt: Stadttunnel mit ZentrumPlus jetzt!

Thiemo Hächler spricht für die CVP-Fraktion und hält einleitend fest, dass ihm beim Thema Stadttunnel als Interessenbindung höchstens nachgesagt werden könnte, dass er gerne Auto fährt, gerne die Stadt Zug als Freizeitraum nutzt und an einer positiven Entwicklung des Kantons Zug und seiner Hauptstadt interessiert ist.
Die Vorlage hat den Bau eines wegweisenden Projekts für den ganzen Kanton Zug zum Inhalt, einerseits in Sachen Verkehrsplanung, anderseits in Sachen Städtebau; vor allem aber ist es ein Projekt für mehr Lebensqualität. Der Votant gibt es gerne zu: Er freut sich auf den Stadttunnel und setzt sich gerne für sein Gelingen ein.
Vor rund einem Jahr beriet die Tiefbaukommission die Vorlagen zum Stadttunnel. Sie prüfte, kontrollierte und nahm verschiedene Feinjustierungen vor. Vor allem bemühte sie sich aber auch darum, die enormen Kosten für dieses Vorhaben zu reduzieren. Nach wesentlichen Kosteneinsparungen liegt nun ein ausgewogenes Projekt zu einem immer noch stolzen Preis von 890 Millionen Franken vor. Wenn die linke Ratsseite diesen Betrag grosszügig auf 1 Milliarde Franken aufrundet, relativiert das wenigstens die Einsparungen, welche der Rat am Morgen gegen den Willen der Linken beschlossen hat. Wie schon gesagt: Das vorliegende Projekt ist nicht nur eine verkehrstechnische Massnahme, sondern vielmehr ein Generationenprojekt und eine einmalige Chance für die Aufwertung der Stadt Zug. Durch ein ausgeklügeltes System werden die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt. So wird die Zufahrt zu den Gewerbebetrieben und Parkplätzen genauso gewährt wie eine Beruhigung von Privatverkehr, ÖV und Langsamverkehr erreicht wird. Das grosse Ziel jedoch ist, die Lebensqualität in der Stadt Zug zu erhöhen. Der Votant freut sich auf eine Stadt, in der er mit seinen dannzumal fast siebzig Jahren in einer Gartenbeiz sitzen oder auf einem schönen Platz flanieren kann, ohne dass der Verkehrslärm jedes vernünftige Gespräch verhindert. Und genau dieses Ziel ist es auch, welches so grosse Investitionen für ein Verkehrsprojekt rechtfertigt, unabhängig davon, wie sich die Mobilität verändert oder sich die Bevölkerungszahl im Kanton Zug entwickelt. Der Votant ist überzeugt, dass die Nachkommen dankbar sein werden, wenn jetzt weitsichtig gehandelt wird.
Dem Bericht der Stawiko kann man entnehmen, dass diese die Massnahmen zur Kosteneinsparung, um welche sich die Tiefbaukommission bemühte, nachvollzieht und respektier, indem sie den Kaufpreis von 890 Millionen Franken nicht in Frage stellt. Ein Dankeschön an die Mitglieder der Stawiko für ihre grosse Arbeit im Zusammenhang mit diesem Projekt. Nun gilt es eine mehrheitsfähige Finanzierung

dieses Bauvorhabens zu regeln. Nachdem die Stawiko klar mitgeteilt hat, bis zu welchem Mass sich die Staatskasse strapazieren lasse, gilt es den Restbetrag so zu tilgen, dass auch dem Stimmvolk eine sinnvolle und nachvollziehbare Finanzierung vorgeschlagen werden kann. Es wird bei jedem etwas schmerzen – und das darf es auch, aber nur so viel, dass es erträglich bleibt. Einmal mehr liegt offensichtlich die beste Lösung in einem gut schweizerischen Mittelweg. Nachdem die Regierung, die Tiefbaukommission und auch die Stawiko eine Aufteilung der Kosten vorschlägt, hat die Tiefbaukommission letzte Woche nochmals eine Sitzung zu dieser Thematik abgehalten. Das Resultat daraus ist eine Kostenverteilung, welche als ausgewogen und tragfähig bezeichnet werden kann. Zwei Entscheide sind dabei von grosser Wichtigkeit. Zum einen darf die Stadt Zug nicht so stark belastet werden, dass sie zum Gegner dieses Vorhabens wird, zum anderen muss sich der Autofahrer mit einem vorübergehenden Aufschlag der Motorfahrzeugsteuer anfreunden können, ohne dass er sich einmal mehr als die grosse, unerschöpfliche Milchkuh vorkommt. Nach Meinung des Votanten liegen dabei die Schmerzgrenzen bei der Stadt bei 100 Millionen Franken und bei einem Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuer um 25 Prozent. Höhere Grenzwerte verfolgen nach Meinung des Votanten das Ziel, das Boot zu überladen, damit es vor dem Volk Schiffbruch erleidet.
In der CVP-Fraktion wurde die Vorlage ausführlich und rege diskutiert. Auch wenn nicht alle gleicher Meinung sind – was in einer Partei mit Meinungsfreiheit auch nicht zu erwarten war –, so empfiehlt doch ein Grossteil der CVP Zustimmung zu diesem Projekt. Als sehr wichtig jedoch erachtet die CVP, dass sich die Zuger Bevölkerung dazu äussern und an der Urne ihre Meinung dazu abgeben kann.

Daniel Stadlin: Vor drei Jahren stimmte der Kantonsrat dem Kredit für die Erarbeitung des Generellen Projekts für einen Stadttunnel in Zug mit 72 zu 0 Stimmen zu. Was für ein bemerkenswerter und bewegender Moment gelebter innerkantonaler Solidarität! Nach jahrzehntelangem Hin und Her endlich ein Stadttunnelprojekt, das die Zielvorgaben im Bereich Verkehrsführung und Zentrumsaufwertung optimal erfüllte. Es gab die berechtigte Hoffnung, in nicht mehr weiter Zukunft die Stadt endlich neu zu organisieren und zu gestalten, die Verkehrssituation nachhaltig zu beruhigen, die Attraktivität des Detailhandels zu erhöhen sowie die Arbeits-, Wohn- und Aufenthaltsqualität wesentlich zu verbessern. Diese positive Grundstimmung hat zwar seither etwas abgenommen, ist zum Glück jedoch immer noch spürbar, obwohl sich die finanziellen Aussichten des Kantons zwischenzeitlich stark verschlechtert haben. Laut Finanzplan wird – zumindest ohne Entlastungsprogramm – spätestens 2019 das gesamte Eigenkapital weg sein. Dass die Frage der Finanzierung mittlerweile im Zentrum der Diskussion steht, ist also verständlich und die Sorge um den Finanzhaushalt absolut berechtigt. Man muss jedoch aufpassen, dass dabei das eigentliche Projekt und der daraus resultierende Nutzen für Stadt und Kanton nicht vollends in den Hintergrund geraten. Natürlich beweget man sich mit dem Stadttunnelprojekt im monetären Grenzbereich des gerade noch Machbaren. Will man jedoch das Ziel erreichen, wird man auch die erforderlichen Mittel finden. Die Staatswirtschaftskommission jedenfalls zeigt einen gangbaren Weg. Ihr Vier-Säulen-System ist der Schlüssel zu einer vernünftigen Finanzierung dieses Jahrhundertprojekts. Die breit gefächerte Alimentierung durch Investitionsbeitrag Stadt, Zuschlag auf Motorfahrzeugsteuern, Spezialfinanzierung Strassenbau und allgemeine Staatsrechnung ist ein überaus intelligenter Ansatz. Ob dabei die eine oder andere Säule etwas mehr oder weniger zu tragen hat, ist letztlich nicht entscheidend, so lange das System ausgewogen ist. Disparität verträgt es aber nicht. Den Investitionsbeitrag der Stadt Zug von 60 auf 100 oder gar 120 Millionen Franken zu erhöhen, ist daher keine gute Idee und muss entschieden abgelehnt werden.

Ob es da eine Rolle gespielt hat, das kein einziger Stadtzuger in der engeren Staatswirtschaftskommission ist? Bei Kantonsstrassenprojekten wurde bisher jedenfalls immer auf eine zusätzliche Belastung der betreffenden Gemeinde verzichtet. Wieso es diesmal anders sein soll, ist nicht einsichtig und der Stadt Zug auch nicht zumutbar – ausser man will das Projekt abschiessen. Den Beitrag der Stadt auf 100 oder gar 120 Millionen Franken festzusetzen, würde nämlich mit Sicherheit die Zustimmung der Stadtbevölkerung zum Projekt negativ bis gar ablehnend beeinflussen.
1540 baute die Stadt Zug eine neue Strasse von der Stadt in die damalige Vogtei Cham. Diese Strasse war dann aber wegen der Ufernähe bei hohem Wasserstand oft unpassierbar. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts wollte man das Problem endlich lösen, entweder mit einer neuen Strasse oder mit einer Absenkung des Seespiegels. Man entschied sich für die zweite Variante und legte den Lorzenabfluss in Cham tiefer, so dass sich der Seespiegel um zwei Meter senkte. Dieses revolutionäre und weitherum einmalige Werk war ein ausgesprochen kühnes Projekt und seine Finanzierung für die armen Zuger eine äusserst gewagte Angelegenheit. Aber sie liessen sich nicht beirren und haben es getan. Am Anfang des 20. Jahrhunderts baute die nach wie vor mausarme Stadt Zug das damals völlig überrissene Theater Casino. Eine mutige aber weitsichtige Investition. Auch nach über hundert Jahren bildet dieser Bau das kulturelle Zentrum des Kantons. Mit dem Stadttunnelprojekt steht man heute ebenfalls vor einer solchen Herausforderung – vielleicht nicht ganz, ist doch die finanzielle Ausgangslage heute zum Glück doch erheblich besser. Trotzdem geht es wie damals auch heute um den Grundsatzentscheid, ob Zug sich das leisten *wolle* – und nicht, ob Zug sich das leisten *könne*. Denn wenn man sich den Stadttunnel leisten *will*, *kann* man das auch, ganz so, wie es die beherzten und visionären Vorfahren gemacht haben.
Man soll sich keine Illusionen machen: Ohne diesen Stadttunnel bleibt das Stadtzentrum ein konzeptloses und auf Jahrzehnte hinaus vom Individualverkehr dominiertes Flickwerk, mit weiterhin geringer Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, einer prekären Situation für den Langsamverkehr und einer Altstadt, die noch leerer wird. Der geplante Stadttunnel hat das Potenzial, diese unbefriedigende Situation fundamental zu verbessern und darüber hinaus die regionalen Verkehrsströme neu zu vernetzen. Man muss es nur wollen – und 2030 wird zum Jahr der Freude.

Martin Stuber weist einleitend seinen Vorredner Thiemo Hächler darauf hin, dass dieser, wenn der Stadttunnel tatsächlich kommen sollte, das Budget für die Archäologie wieder erhöhen müsste. Er erinnert auch daran, dass Daniel Thomas Burch, der Präsident der Tiefbaukommission, von einem *Premium*-Projekt gesprochen hat. Es ist tatsächlich so, dass der Kantonsrat heute über die grösste, aufwendigste und teuerste Vorlage diskutiert, die es im Kantons Zug je gegeben hat und vielleicht je geben wird.
Der Votant selber ist in einer etwas speziellen Situation. Er hat fast sein ganzes parlamentarisches Leben lang für einen Stadttunnel gearbeitet, nämlich seit der Motion «Für eine realistische Stadtumfahrung» im Jahr 1992 Er hat – als Grosser Gemeinderat und Kantonsrat – unzählige Male im Kantonsratssaal gekämpft, er hat draussen beim Sammeln von Unterschriften und an Veranstaltungen viel geredet, er hat in drei Mitwirkungsverfahren um die besten Lösungen gerungen, er hat zusammen mit Verbündeten eine städtische Initiative lanciert und ein Tunnelfest organisiert, das «Neugass-Fäscht», für welches die Neugasse verkehrsfrei gemacht wurde, ein riesiger Erfolg. Und er hat in seiner eigenen Partei, die lange grossmehrheitlich für einen Stadttunnel war, gekämpft. Und jetzt, in seiner zweitletzten Sitzung im Kantonsrat, ist es endlich soweit. Es ist für den Votanten keine Frage, ob

der Kantonsrat auf die Vorlage eintreten soll – natürlich soll er eintreten! Die Frage ist vielmehr: Was will man mit dem Stadttunnel? Will man der ständig wachsenden Zahl von Autos eine grössere Strassenkapazität geben? Nein! Der Stadttunnel erhöht die Verkehrskapazität in der Stadt nicht, und das war auch nie das Ziel. Will man die – mit einer Ausnahme vergleichsweise bescheidenen – Staus auf den vier Einfallachsen beseitigen? Nein, dazu taugt das Tunnelsystem nicht. Es beseitigt die grösste Verkehrsfehlplanung in diesem Kanton nicht, nämlich dass die Stadt im Laufe der letzten Jahrzehnte immer effizienter mit Autos abgefüllt wurde und wird, und dass diese immer einen Parkplatz finden. (Nebenbei bemerkt: Zug hat deutlich mehr Parkplätze als Einwohnerinnen und Einwohner.) Dafür gäbe es nur eine andere Lösung: weniger ein-, aus- und durchfahrende Autos. Und damit kommt man der Sache etwas näher, denn hier könnte der Stadttunnel indirekt helfen. Muss man einer darbenden Bauindustrie wieder auf die Beine helfen? Nein, der Stadttunnel ist kein antizyklisches Konjunkturstützungsprogramm.
Das Ziel ist ein anderes: Das grösste und urbanste Stadtzentrum im Kanton Zug, das Stadtzentrum der topografisch attraktiv gelegenen Kantonshauptstadt, wo sich der Kanton am Wochenende trifft, soll von den Verkehrsmassen, welche es ersticken, so weit wie möglich befreit werden. Das Ziel war und ist ein anderes Zug, eine Stadt Zug, wo die Leute im Stadtzentrum sich frei bewegen, atmen, konsumieren, *relaxen,* herumhängen und es sich gut sein lassen können. Dass die Vorlage *nice to have* enthalte, kann nur jemand behaupten, der beim Mitwirkungsverfahren nicht dabei war. Was das angestrebte Ziel heisst, kann man in anderen Städten sehen. Der Votant hat am vorletzten Samstag zusammen mit seinem Göttibuben den Samstagsmarkt in der Schaffhauser Altstadt besucht. Schaffhausen ist etwa gleich gross wie Zug, und man staunt, wie gross und belebt ein Wochenmarkt auch bei unfreundlichem Wetter sein kann. Der kleine Markt auf dem Landsgemeindeplatz ist nichts im Vergleich dazu. Alt-Staatsarchivar Peter Hoppe hat in einem brillanten Vortrag anlässlich der Vernissage für den letzten Band des Historischen Lexikons der Schweiz im Casino gesagt, dass der Marktort Zug und seine historische Bedeutung unterschätzt werde. Vielleicht sollte man sich an alte Qualitäten erinnern und diese wieder aufbauen. Dann wird der Wochenmarkt auf dem Postplatz stattfinden – *und* auf dem Landsgemeindeplatz. Einige denken vielleicht: Da redet ein Träumer. Wenn man aber 1 Milliarde Franken ausgibt, dann muss es auch Platz für schöne Träume geben, die dann vielleicht wahr werden.
Bevor der Votant und seine Mitstreiter 2003 die Minitunnel-Initiative als Befreiungsschlag aus einer politisch blockierten Situation lancierten, diskutierten sie während unzähligen Stunden, was überhaupt eine Stadt ausmacht. Wohin zieht es einen in einer Stadt? Ans Seeufer, wenn es eines hat, oder in die Höhe, wenn es geht. Aber verweilen, eine Stadt geniessen – das tut man auf den Plätzen. Der Minitunnel hatte zum Ziel, fünf verkehrsfreie Plätze zu schaffen: Casinoplatz, Kolinplatz, Postplatz, Bundesplatz, Hirschenplatz. Vier davon sind übrig geblieben; der Casinoplatz bleibt ein Wunschtraum, weil die Autos vom Zugerberg und von der Hofstrasse – und das sind nicht wenige – die Spitzkehre zum Südportal machen müssen. Geplant war ursprünglich, sie von der Hofstrasse direkt in den Tunnel zu führen, was sich leider als nicht realisierbar erwies. Mit ZentrumPlus könnten jetzt dank des erweiterten Perimeters noch andere Plätze dazukommen, beispielsweise der Dreispitzplatz. Wenn der Stadttunnel kommt, wird ein Wettbewerb durchgeführt: die fünf oder sechs schönsten Plätze in der Stadt. Ein international ausgeschriebener Wettbewerb: wenn schon, dann schon. Wenn man eine Milliarde investiert, muss man daraus auch etwas machen, das diese Milliarde rechtfertigt. Und davon haben alle etwas. Es profitieren auch die Zugerinnen und Zuger in den umliegenden Gemeinden. Es lebt sich doch anders in einem Kanton, in einer Region, welche einen

attraktiven, schönen Kantonshauptort hat, an dem sich alle freuen können, wo alle gerne hingehen.
Der Casinoplatz war leider nicht die einzige Sache, die nicht geklappt hat. Das südliche Portal an der Ägeristrasse erwies sich als nicht heimatschutzverträglich und mobilisierte einflussreiche Partikularinteressen. Und es sei zu riskant, den Tunnel zu nahe unter den dortigen Türmen hindurch zu bohren, liessen die Ingenieure im Mitwirkungsverfahren verlauten. Und so stand die Idee eines Stadttunnels im Jahr 2011, noch bevor mit der Projektierung begonnen werden konnte, kurz vor dem Scheitern. Und erst dann wurde es richtig teuer. Findige Köpfe entwickelten die Idee mit dem unterirdischen Kreisel, und nach einem aufwendigen und umfassenden Variantenstudium – der Bericht vom Herbst 2011 zeigte acht Varianten auf – landeten die Planer beim vorliegenden Projekt. 520 Millionen Franken – so die damalige Annahme – sollte es kosten. Und alle schluckten leer: viel zu viel. Auch in der AGF begann die Stimmung zu kippen. Und im Frühling 2013 folgte der Hammer: 950 Millionen Franken. Es war mucksmäuschenstill im Casino – der Killer. Und genau das ist die Frage: Ist uns das verkehrsarme Stadtzentrum im Kantonshauptort 950 Millionen wert? (Die 890 Millionen Franken sind ein Trick. Man kann nicht einfach die Reserven so reduzieren, wenn man noch nicht auf dem entsprechenden Projektstand ist.) Und man fragt sich: Wie muss die Vorlage aussehen, damit sie vor dem Volk besteht? Dass die Vorlage vor das Volk muss – und zwar ohne dass jemand Unterschriften für ein Referendum sammeln muss –, ist wohl allen klar. ZentrumPlus, heute schon ein Kompromiss, ist unantastbar. Die Leute müssen sehen, was sie für das Geld bekommen. Und das muss bei einem so grossen Preis etwas wirklich Grosses sein. ZentrumPlus ist aber erst der Anfang, nicht das Endziel. Es werden noch keine Parkplätze reduziert, aber immerhin wird – dies auch ohne ZentrumPlus – der Postplatz frei werden, weil die Parkplätze in ein unterirdisches Parkhaus verlegt werden; die Poststrasse allerdings kriegt man leider nicht verkehrsfrei, weil sie den betreffenden Bereich von Norden her erschliesst. ZentrumPlus ist also nur ein Anfang, aber das Stimmvolk und auch das Gewerbe werden auf den Geschmack kommen, wenn der Tunnel einst eröffnet und erste Bereiche verkehrsfrei sind. In Aarau beispielsweise hat man den alten Stadtkern verkehrsfrei gemacht – und heute geht das Gewerbe auf die Barrikaden, weil es keine Autobusse mehr will.
Die Verteilung der Strassen muss so bleiben: Die Stadt übernimmt alle Strassen im Perimeter von ZentrumPlus. Das ist gut so. Die Aussenquartiere Zug-West und Zug-Nordwest sind sehr skeptisch. Sie fürchten Mehrverkehr und fragen sich zu Recht, was ihnen der Tunnel bringt. Der aktuelle Richtplan ist deshalb ein *No-Go.* Der kürzlich vom Kantonsrat gefällte Beschluss ist ein Mühlstein am Hals des Stadttunnels und macht es den Befürwortern schwierig, dem Stimmvolk ein Ja zum Stadttunnel nahezubringen. Dieser Beschluss muss noch rechtzeitig korrigiert werden.
Zur Finanzierung: Es wird schwierig sein, dem Stimmvolk zu erklären, dass man jetzt sparen müsse und es keine Tabus gebe – gestartet wird ausgerechnet bei denen, welche die Unterstützung am nötigsten haben – und dann fast 1 Milliarde Franken für ein Tunnelsystem zu verlangen. Die Finanzierung muss deshalb verursachergerecht und realistisch sein, und sie soll den Kanton nicht in die roten Zahlen ziehen. Die Stawiko kennt den Weg – mit einer Ausnahme. Es ist keine Frage, dass die Stadt Zug mitbezahlen muss. Für ein ausserordentliches Projekt kann man auch zu ausserordentlichen Massnahmen greifen, und es ist in der Tat systemfremd, dass eine von einem kantonalen Strassenbauprojekt betroffene und davon profitierende Gemeinde mitbezahlen muss. Die Stadt *muss* aber mitzahlen, und sie tut das auch. Aber sie soll nicht einen willkürlichen, sondern einen erklärbaren Betrag bezahlen. Das sind die 60 Millionen Franken, auf die sich das städtische Bau-

departement und die Baudirektion geeinigt haben. Darauf wird in der Detailberatung zurückzukommen sein. 100 oder gar 120 Millionen Franken sind bei der heutigen und absehbaren Finanzlage der Stadt zu viel, zumal klar ist, dass am ZFA kaum noch weiter zugunsten von Zug gedreht werden wird. Das wird die Stimmung in der Stadt sehr negativ beeinflussen. Es ist richtig, dass der Löwenanteil von den Verursacherinnen und Verursachern bezahlt wird. Es ist auch okay, dass ein Teil der Kosten auf spätere Generationen verlagert wird, aber bitte mit Mass. 27 Jahre sind zu viel, denn wenn der Tunnel eröffnet ist, bezahlen die zukünftigen Generationen auch die Betriebs- und Amortisationskosten. Der Votant dankt der Stawiko, dass sie seinen Vorschlag einer zweckgebundenen und temporären Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer aufgenommen hat und in einer zweckmässigen Form beantragt. Die Erhöhung entspricht nicht einmal dem Preis von zwei Tankfüllungen. Und bei der Finanzierung muss man auch im Hinterkopf behalten, dass etwas Luft bleiben muss für die Vorfinanzierung des längst fälligen Doppelspurausbaus auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern. Der Kantonsrat hat mit der nochmaligen Nichtabschreibung der Motion Stuber/Schmid/Lötscher an der letzten Sitzung gezeigt, dass ihm die Kapazität auf dieser Strecke ein wichtiges Anliegen ist. Das Problem ist, dass die reservierten 400 Millionen Franken, von denen in den Diskussionen über die Finanzlage des Kantons Zug nie jemand spricht, 2019 auslaufen und erneuert werden müssen. Vielleicht sind es dann nur noch 300 Millionen Franken, aber man wird diese Vorfinanzierung brauchen.
Schliesslich geht es, damit das Projekt vor dem Volk eine Chance hat, um die Kostensicherheit. Die Gegnerschaft operiert schon jetzt mit dem Argument, der Stadttunnel koste am Schluss 1,5 oder gar 2 Milliarden Franken. Das ist zwar kein valables Argument, man müsste es aber mit einem zweistufigen Verfahren ausräumen können, Denn wann, wenn nicht bei diesem Projekt, macht ein zweistufiges Verfahren Sinn? Mit einem ausgearbeiteten Bauprojekt weiss man mit hoher Sicherheit, wie hoch die Kosten sind.
Es ist die Balance, die stimmen muss, sonst wird das Projekt kippen. Und das darf nicht sein. Die bisher am ernstesten zu nehmende Publikation der Stadttunnelgegner, die VCS-Studie, welche alle Kantonsratsmitglieder erhalten und vielleicht auch studiert haben, zeigt es nämlich: Es gibt keine Alternative zu diesem Stadttunnel, um den Traum von einem anderen Zug zu verwirklichen. Selbst wenn man den Verkehr halbieren würde: Mehr als 10'000 Autos auf der Neugasse und 12'000 Autos auf der Bahnhofstrasse sind zwar ein quantitative Verbesserung, aber nicht der nötige qualitative Sprung. Das Zug, von dem man träumt, bekommt man so nicht; den Postplatz wieder zum eigentlichen Stadtzentrum zu machen, schafft man so nicht. In diesem Sinn appelliert der Votant an den Rat, diese Balance bei der Detailberatung im Kopf zu behalten und ein Paket zu schnüren, das für die Stadt Zug verdaubar ist. Denn wenn die Stadt in diesem Abstimmungskampf nicht mit Fahnen und «Forza, forza» vorangeht, dann wird es in der Abstimmung schwierig.

Franz Peter Iten kommt einleitend auf seine Fragen in der Vormittagssitzung und den entsprechenden Hinweis des Vorsitzenden zurück. In einer direkten Demokratie darf man sich zu Sachgeschäften äussern, man darf Fragen stellen und Ja oder Nein stimmen. Es ist nirgends festgehalten, dass Fragen schriftlich eingereicht werden müssen, weder im Grossen Gemeinderat noch an Gemeindeversammlungen. Fragen können jederzeit gestellt werden und müssen dann einfach beantwortet werden. Die Fragen des Votanten wurden zwei Mal nur teilweise beantwortet oder sind sogar unbeantwortet geblieben. Da fehlt es nach Ansicht des Votanten an Demokratieverständnis.

Bevor der Votant Ja oder Nein zum Eintreten auf die Stadttunnel-Vorlage sagen kann, möchte er dem Regierungsrat die folgenden Fragen stellen, auf welche er den Baudirektor schon mehrmals angesprochen, bis heute aber keine klare Antwort erhal¬ten hat. Was passiert, wenn der Kantonsrat heute auf die Vorlage Stadttunnel nicht eintritt oder das Stimmvolk die Vorlage verwirft? Es geht dem Votanten nicht um die Frage des Stadttunnels, der bei einem Nein wahrscheinlich für immer oder vielleicht bis ins nächste Jahrhundert begraben wird. Er möchte vielmehr wissen, welche Strategien der Regierungsrat im Zusammenhang mit den weiteren Projekten fahren wird: UCH, Tangente Zug/Baar, Sanierung Kantonsstrasse Lorzentobelbrücke–Schmittli, Umfahrung Unterägeri; Letztere muss ja gemäss Beschluss der Raumplanungskommission 2016 dem Kantonsrat unterbreitet werden muss, und der Votant glaubt, dass die Gemeinde Unterägeri – wenn es dann so weit ist – sich an den flankierenden Massnahmen beteiligen muss. Dieselbe Frage kann auch hinsichtlich der geplanten Hochbauprojekte sowie weiterer Investitionen, die vermutlich in den Schubladen der Verwaltung bereitliegen. gestellt werden. Welche planerischen Prämissen sieht der Regierungsrat bei einem Nein vor? Der Votant ist nämlich nicht überzeugt, dass das Stimmvolk dieses Jahrhundert- oder gar Jahrtausendbauwerk bewilligen wird.

Thomas Werner: Die Zuger spinnen! Den ganzen Vormittag sprechen sie von Sparen, und am Nachmittag sprechen über 950 Millionen Franken, die sie ausgeben wollen. Aber sie spinnen nur auf den ersten Blick. Auf den zweiten Blick tun sie das Richtige. Der Rat sollte nun endlich auf das Geschäft eintreten und das vorliegende Projekt weiterverfolgen, so dass es dem Volk vorgelegt werden kann. Dieses Ziel haben – so scheint es – alle, und dieses Ziel muss unbedingt verfolgt werden. Von Steuer- und Gebührenerhöhungen würde der Votant allerdings die Finger lassen, denn das wird vom Volk sicher nicht goutiert.

Martin Pfister hält in Ergänzung zu den Ausführungen des CVP-Fraktionssprechers Thiemo Hächler fest, dass die CVP-Fraktion eine Eintretensdebatte geführt und die Detailberatung durchgeführt hat. Sie hat aber keine Schlussabstimmung durchgeführt und äussert sich in diesem Sinn jetzt in der Eintretensdebatte auch nicht zu ihrer schlussendlichen Haltung zum Stadttunnel. Man kann diese Haltung aus der Diskussion vielleicht erahnen, aber es hat in der Fraktion – wie gesagt – keine abschliessende Abstimmung stattgefunden. Im Eintreten hat die CVP festgestellt, dass es sich um eine gute, ausgegorene Vorlage handelt, welche genügend Grundlagen bietet, um zu einem Entscheid zu kommen; in der Detailberatung hat sie sich klar hinter die Anträge der Staatswirtschaftskommission gestellt.

Eusebius Spescha beschäftigt sich nunmehr seit mehr als zwanzig Jahren mit dem Verkehr in der Stadt Zug. Er war 1995/96 mitbeteiligt, die Umfahrung Zug/Baar zu bodigen. Er war 1996–1998 aber auch mitbeteiligt, mit den Planungsstudien zum Stadtverkehr ein neues Verkehrskonzept zu erarbeiten, und er war Mitglied des Initiativkomitees «Minitunnel jetzt»; diese Initiative wurde 2004 von der Stadtzuger Bevölkerung klar angenommen. Jetzt, zehn Jahre später, steht der Entscheid über den Baukredit für einen Stadttunnel an. Allerdings ist dies kein Minitunnel mehr.
Die Stadt Zug ist zwischen See und Berg eng gebaut. Die topografischen Verhältnisse lassen kaum Spielraum. Will man im Zentrum eine echte Entlastung vom Individualverkehr erreichen, muss man eine Alternative anbieten. Dies ist der geplante Stadttunnel. Mit dem Stadttunnel wird der Verkehr nicht reduziert – da sollte man sich keine Illusionen machen –, sondern er wird umgelagert. Mit dieser Um-

lagerung entstehen aber schon seit Langem erwünschte Spielräume in der Innenstadt von Zug, beispielsweise verkehrsarme Zonen mit Flaniermöglichkeiten, wie man sie in vielen Städten im In- und Ausland kennt und schätzt. Der Votant ist fest überzeugt, dass ein ausgereiftes und gutes Projekt für einen Stadttunnel vorliegt. Trotzdem tut er sich schwer, dem Projekt zuzustimmen. Dies liegt am Preisschild: 900 Millionen sind verdammt viel Geld – und das erst noch für eine Strasse. Der Votant anerkennt die Bemühungen von Tiefbaukommission und Stawiko, eine Lösung für die Finanzierung zu finden. Allerdings leuchtet es ihm nicht ein, wieso der Beitrag der Stadt Zug dermassen massiv erhöht werden soll. An die Umfahrung Cham–Hünenberg muss die Gemeinde Cham auch nichts zahlen. Die vorher gemachte Aussage dazu ist falsch: Im Baukredit für die UCH ist kein Beitrag der Gemeinde Cham vorgesehen. Natürlich muss Cham bei den flankierenden Massnahmen einiges Investieren, aber das wird die Stadt Zug zusätzlich ebenfalls tun müssen. Trotzdem: Der Stadttunnel Zug ist eine Chance für Stadt und Kanton. Nach rund achtzig Jahren Diskussion und Planung mit zum Teil abstrusen Vorschlägen liegt erstmals ein realisierungswürdiges Projekt vor. Dieses zu verwerfen, findet der Votant falsch. Er wird deshalb in Konsequenz seines bisherigen Engagements für eine bessere Verkehrslösung in der Stadt Zug dem Projekt trotz des hohen Preises zustimmen.

Jürg Messmer hält es als Stadtzuger Kantonsrat für seine Pflicht, sich auch noch zu Wort zu melden. Den bisherigen Voten konnte man entnehmen, dass mit Ausnahme der SP alle diesen Stadttunnel möchten. Dass er mit dem städtischen Betrag, den die Stawiko vorschlägt, in der Volksabstimmung aber nicht durchkommt, dürfte allen klar sein. Dass die Stadt Zug doppelt so viel, wie ursprünglich geplant, bezahlen und die Motorfahrzeugsteuer um 50 Prozent erhöht werden soll, verurteilt das Projekt zum Scheitern; da muss man nicht Kaffeesatz lesen können, sondern kann dazu jede Wette abschliessen. Überraschend ist für den Votanten, dass die Tiefbaukommission nochmals zu einer «Jassrunde» zusammenkam, nachdem der Stawiko-Bericht vorlag, und ihren Antrag anpasste; man kann doch von der Tiefbaukommission erwarten, dass sie ihre Anträge aufgrund ihrer Beratungen stellt und diese nicht aufgrund des Stawiko-Berichts anpassen muss. Das hinterlässt ein bisschen den Eindruck, dass jeder irgendwo irgendetwas wünschen kann. Auch der Votant wünscht sich etwas: Er wünscht sich einen Stadttunnel, der beim Volks eine reelle Chance hat. Da die Tiefbaukommission nun ihren ursprünglichen Antrag vom 19. Dezember 2013 zurückgezogen hat und die 80 Millionen Franken für die Stadt nicht mehr zur Debatte stehen, stellt der Votant in Hinblick auf die Detailberatung schon jetzt einen entsprechenden Antrag. Wenn die Stadt Zug ursprünglich 60 Millionen Franken hätte bezahlen sollen und dieser Betrag nun aus irgendwelchen Gründen auf 120 Millionen Franken erhöht werden sollte, erinnert das an das Vorgehen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde in anderen Kantonen: Die Behörde bestimmt, welche Massnahmen umgesetzt werden – und die Gemeinden müssen bezahlen. Der Stadttunnel ist zum Greifen nach. Der Kantonsrat muss jetzt vernünftig und realistisch bleiben und eine Vorlage verabschieden, die beim Stimmvolk zumindest eine *kleine* Chance hat.

Oliver Wandfluh ist ebenfalls für Eintreten und möchte das Projekt gerne dem Souverän zur Abstimmung vorlegen; jede Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger soll sich zur Höhe des Preisschilds äussern können. Der Votant ist aber entschieden gegen eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer und wird in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.

Thomas Lötscher nimmt es vorweg: Er ist ebenfalls für Eintreten und er ist für diesen Stadttunnel – aber nicht unter allen Bedingungen. Er findet, dass Martin Stuber eine etwas gefährliche Strategie verfolgt. Wenn dieser davon ausgeht, dass der Stadttunnel keine Staureduktion und keine Kapazitätsverbesserungen bringt, und sogar noch möchte, dass man Parkplätze reduziert; wenn letztendlich das Produkt also nur noch eine Investition in Flanierzonen wäre, dann stellt sich die Frage, welchen Mehrwert man eigentlich für den Strassenverkehr hat. Martin Stuber hat zum Ausdruck gebracht: keinen. Wie aber begründet man dann, dass der motorisierte Individualverkehr 60 Prozent der Kosten, nämlich 535 Millionen Franken, übernehmen soll? Dann gibt es dafür schlicht keine Begründung mehr. Dann soll man diese Flanierzonen errichten, aber diese bitte über die Fussgänger finanzieren. Es ist zentral, dass der Stadttunnel für breite Bevölkerungskreise Mehrwerte schafft. Nur so wird man die Bereitschaft erreichen, dass auch breite Bevölkerungskreise das Projekt mitfinanzieren. Wenn es Kantonsrat Stuber also – wie er immer behauptet hat – wirklich ernst ist mit dem Stadttunnel, wird er nicht darum herumkommen, auch einen Mehrwert für den Autoverkehr zu schaffen.

Philip C. Brunner hatte als Mitglied der Tiefbaukommission ein Horrorerlebnis, als vor Weihnachten 2013 der Beitrag der Stadt Zug von 60 auf 80 Millionen Franken angehoben wurde. Im Januar 2014 bat er die Finanzdirektion um Auskunft darüber, wie viele Steuern in welcher Gemeinde bezahlt werden. Die Antwort der Finanzdirektion zeigt, dass die Bewohner und die Wirtschaft des Kantons Zug pro Jahr einen Steuerbetrag bezahlen, der drei Mal den Kosten des Stadttunnels entspricht: 2,765 Milliarden Franken. Wenn also ein Jahr lang keine Steuern mehr bezahlt, dafür aber der entsprechende Betrag in ein Stadttunnel-Kässli überwiesen würde, könnte man sich den Stadttunnel bereits drei Mal leisten. An den genannten Gesamtsteuerbetrag steuert die Stadt Zug 1,2 Milliarden Franken bei, das sind 43,6 Prozent. Mit andern Worten: Wenn die Stadt keine Steuern mehr bezahlen würde, könnte sie sich den Stadttunnel 1,3 Mal pro Jahr leisten. Baar bezahlt 18,9 Prozent des erwähnten Gesamtbetrags. Zug und Baar leisten zusammen also über 60 Prozent des gesamten Steuerbetrags des Kantons Zug; wie viel die in der Stawiko vertretenen Gemeinden wie Hünenberg etc. beisteuern, sei dahingestellt. Im Weitern leistet die Stadt Zug an den ZFA im Schnitt 50 Millionen Franken. Zug könnte mit seinen ZFA-Beiträgen also in achtzehn Jahren den Stadttunnel finanzieren.
Weitere Rechnungen will der Votant nicht anstellen. Er erinnert aber an die Geschichte der Lorzentobelbrücke. 1860–1893 wurden acht Projekte für eine neue Lorzentobelbrücke erarbeitet; die alte Holzbrücke war zu klein geworden. 1907 dann begann man mit dem Bau der neuen Brücke. Diese kostete 420'000 Franken und konnte 1910 eröffnet werden. 1960, also fünfzig Jahre später, stellte man Bauschäden fest, und es wurde eifrig darüber diskutiert, was man nun tun solle. 1982 bewilligte das Volk 13,9 Millionen Franken für die neue, 1985 eingeweihte Lorzentobelbrücke. Das Preisschild wurde also grösser, aber man hat damals in den sauren Apfel gebissen und Ja gesagt zu diesen Projekten. Und niemand diskutiert heute noch darüber, dass das für die damalige Zeit sehr viel Geld war. Man muss beim anstehenden Entscheid also daran denken, dass die Summen in ein paar Jahrzehnten relativ geworden sind. Selbstverständlich wird der Votant versuchen, den Preis für die Stadt Zug bei 60 Millionen Franken zu belassen; sollte das scheitern, würde er auch 80 Millionen Franken akzeptieren. Alles andere hält er für überrissen, und es wird dem Projekt vor dem Volk mehr schaden als nutzen. Die Stadt Zug hat bereits einmal über ein Stadttunnelprojekt abgestimmt und diesem grossmehrheitlich zugestimmt. Deshalb glaubt der Votant, dass die Stadtzuger Bevölkerung, immerhin ein Viertel der Kantonsbevölkerung, auch dem vorliegenden Projekt

– wenn die Bedingungen vernünftig sind – zustimmen würde. Die Stadt Zug hat der Umfahrung Cham–Hünenberg und der Tangente Zug/Baar zugestimmt; nun gilt es, der Stadtzuger Bevölkerung zu helfen, die Vorteile, welche der Stadttunnel bringt, umzusetzen. Der Votant hofft deshalb, dass die Detailberatung zu einem entsprechenden Ergebnis führt. Im Übrigen dankt er allen, die jahrelang am Projekt gearbeitet haben, insbesondere dem Baudirektor und seinen Mitarbeitern, sowie der Tiefbaukommission, der Stawiko und allen, die im Mitwirkungsverfahren mitgearbeitet haben.

Heini Schmid stellt fest, dass es immer, wenn Thomas Lötscher und Martin Stuber die Klingen kreuzen, interessant wird. Auch diesmal haben sie das Kernproblem auf den Punkt gebracht: Die bürgerliche Seite erhofft sich vom Stadttunnel eine wesentliche Verflüssigung des Verkehrs, und Martin Stuber hat überzeugend dargelegt, dass das vorliegende Projekt genau das nicht bringt und es falsch ist, es als Verkehrsbeschleunigungs- und MIV-Turbo-Projekt zu verkaufen. Martin Stuber hat auch recht mit dem Hinweis, dass in der Stadt Zug noch weitere Rahmenbedingungen geschaffen werden müssten, damit es zu einer Verkehrsberuhigung kommen könnte. Der Stadttunnel ist nur der erste Schritt. Wenn man die Lebensqualität in Zug wirklich erhöhen will, müssen weitere Probleme geklärt werden, beispielsweise: Wo fährt der ÖV durch? Mit der heutigen Dichte des ÖV in der Neugasse und Bahnhofstrasse lässt sich die Lebensqualität in diesen Strassen nämlich nicht erhöhen. Und genau da liegt das Problem: Der Stadttunnel erinnert etwas an die berühmte Wollmilchsau, mit der allen Leuten etwas versprochen werden kann – wobei es für die Stadt leider aber keinen Zaubertrick gibt, mit dem alle Probleme gelöst werden können. Und für die halben Lösungen, die man mit dem Stadttunnel erzielt, ist der Preis enorm hoch. Wenn man mit den Stadttunnel beispielsweise erreichen könnte, dass zwischen Metalli und Bahnhof eine wirklich verkehrsfreie Zone entsteht wie in der Altstadt von Schaffhausen, wäre das sehr attraktiv. Was aber erreicht man? Die Zone, in der heute das Einkaufen stattfindet, wird nur halbwegs verkehrsfrei. Damit eine wirkliche Einkaufs- und Flanierzone entstehen könnte, müsste man dort den ÖV unterirdisch führen. Das würde für die Stadt Zug wirklich etwas bringen. Es ist zu befürchten, dass man mit dem Stadttunnel den Verkehr einzig von einem Ort fernhält, der eigentlich schon tot ist. Die Altstadt ist nämlich aufgrund der räumlichen Gegebenheiten und der dortigen Gebäude kein attraktiver Einkaufsort. Die nötigen Magnete finden dort keinen Platz, dies im Unterschied etwa zur Altstadt von Bern, und es ist sehr unklar, was passieren wird, wenn man den Verkehr ganz aus der Altstadt entfernt.
Der Votant ist nach intensivem Studium des vorliegenden Projekts und auch in Sorge um die Stadt Zug zum Schluss gekommen, dass man Zug mit dem Stadttunnel keinen Gefallen tut. Es kommt hinzu, dass sich die Mobilität wesentlich verändern wird. Elektromobilität ist die Verkehrsform der Zukunft, und alle, auch Automobilfirmen, gehen davon aus, dass in zwanzig Jahren, also bei der Eröffnung des Stadttunnels, der Lärm und die Emissionen keine Gründe mehr sein werden, den Verkehr aus den Städten zu verbannen. Das Platzbedürfnis für den Verkehr wird allerdings bestehen bleiben und Flanierzonen weiterhin verhindern. Man muss sich aber sehr genau überlegen, ob das vorliegende Projekt aus der Vergangenheit seinen Preis wert ist. Zudem liegt das Verkehrsproblem der Stadt Zug im Norden und im Westen. Dort fallen die grossen Pendlerströme an, und wenn die Stadt Zug ihre Standortvorteile als Arbeits- und Einkaufsort behalten will, muss sie dringend ihre Anbindung an die Autobahn pflegen. Glücklicherweise gab es die Nordzufahrt, und als Gewerbetreibender und Bürgerlicher in Zug würde der Votant sein Augenmerk auch weiterhin primär auf die Anbindung an die Autobahn richten. Er glaubt,

dass die Stadt Zug historisch einen Fehler macht, wenn sie in die Altstadt investiert, wo der Zug eh abgefahren ist. Als Verfechter eines lebendigen Einkaufsorts Zug würde er sein Geld so investieren, dass man weiterhin möglichst schnell an die Haupteinkaufsorte der Stadt gelangt. Der Votant glaubt deshalb nicht, dass das vorliegende Projekt für die Zukunft der Stadt Zug das richtige ist. Natürlich wird es auch eine Aufgabe sein, mit gezielten Massnahmen die Aufenthaltsqualität am Postplatz oder in der Altstadt zu verbessern, dies allerdings mit weniger grossen Eingriffen.
Und noch etwas: Wenn die Stadt Zug den Stadttunnel wirklich will, sollte sie damit aufhören, anderen Gemeinden wegen irgendwelcher Projekte Vorwürfe zu machen. Ohne die Einigkeit der Stadt und deren Bereitschaft, ihre Last zu schultern, hat das Projekt Stadttunnel ohnehin keine Chance. Und es ist nicht so, dass die Aussengemeinden der Stadt alles bewilligen müssten, nur weil diese so viel Steuern bezahlt. Die Stadt bzw. deren Vertreter im Kantonsrat müssen sich einig werden, wie viel ihnen der Stadttunnel wert ist; der jetzige Basar über den städtischen Beitrag wird höchstens dazu führen, dass der Stadttunnel nicht kommt.

Baudirektor **Heinz Tännler** gibt Heini Schmid recht, dass jedes Projekt ein Projekt der Vergangenheit ist. Auch beim Bau des Eisenbahn- und des Autobahntunnels am Gotthard hat man davon gesprochen, wie sich die Mobilität entwickeln werde – aber auch Elektromobile werden ihren Platz brauchen und durch die Stadt rauschen. Der Baudirektor hat noch selten gesehen, dass man in der Politik wirklich auf fünfzig, achtzig oder hundert Jahre in die Zukunft projektiert hat. Die Argumentation von Heini Schmid ist diesbezüglich richtig, aber sie ist irreführend. Auch der Baudirektor hat Städte wie Schaffhausen, Winterthur oder Baden angeschaut. Wie hat es dort funktioniert? Man hat einen Startschuss gemacht, und dann war es ein iterativer Prozess: Man hat laufend optimiert und ist zu immer besseren Lösungen gekommen. Dass auch der Stadttunnel ein Projekt der Vergangenheit ist, will der Baudirektor nicht vom Tisch wischen. Wenn man jetzt aber nichts tut, hat man einmal mehr eine Nulllösung. Es ist zwar nett, wenn der VCS Alternativen aufzuzeigen versucht, aber diese Alternativen funktionieren nicht. Ein Beispiel: Der Vorschlag, auf der Bahnhofstrasse mit Gegenverkehr zu operieren und die Vorstadt verkehrsfrei zu machen, ist – wie eine von der Baudirektion für 50'000 Franken in Auftrag gegebene Studie zeigt – ein totaler *Nonsens.* Diese Idee führt zu einem Verkehrskollaps, und die Aufenthaltsqualität wird gleich null.
Seit fünfzig Jahren diskutiert man nun darüber, wie das Zentrum der Stadt Zug vom Verkehr entlastet werden soll. Immer wieder hat man die Diskussion – sei es über einen Seetunnel, einen Minitunnel, einen komplizierten oder einen einfachen Tunnel – an die Wand gefahren. Immer wieder hat man Argumente gefunden, dass es so nicht funktioniere, und hat bessere Lösungen versprochen. Wenn das Volk jetzt den Tunnel ablehnt, dann ist die Tunneldiskussion *finito.* Dann werden die Raumsicherungen, die man vorgenommen hat, fallen gelassen, und man wird für Tunnelportale – wo auch immer – keinen Platz mehr haben. Man wird dann nach anderen Möglichkeiten suchen müssen – und solche sieht der Baudirektor beim besten Willen nicht. Man sollte deshalb den Souverän nicht nur in der Stadt Zug, sondern auch im Ennetsee, in Baar und am Berg fragen, was er will: Wollen wir für die Kantonshauptstadt eine Entlastung – ja oder nein?
Die Kosten von 890 Millionen Franken sind keine Illusion. Die Reserve wurde zwar um 50 Prozent gekürzt, aber der Kredit wird eingehalten werden. Das Generelle Projekt liegt in einem hohen Detaillierungsgrad vor, und der Baudirektor ist überzeugt, dass man mit gutem Projektmanagement die Kosten einhalten wird. Die Mär, der Stadttunnel koste1 oder gar 1,5 Milliarden Franken, kann der Baudirektor nicht

bestätigen, und er weiss nicht, woher die Leute, die solche Zahlen nennen, ihre Überzeugung haben. Er ist überzeugt, dass 890 Millionen Franken reichen.
Ob die Stadt Zug nun 120, 100 oder 80 Millionen Franken bezahlt: Sicher ist, dass sie eine formidable Grundausstattung für ZentrumPlus erhält, wobei ZentrumPlus nicht nur die Altstadt umfasst, sondern bis ins Gubelloch hinaus reicht. ZentrumPlus ist also dort, wo heute das Einkaufsviertel ist; man will ja nicht die Dynamik der Stadt Zug abwürgen. Dort werden sich nicht mehr als 1000 Fahrzeuge bewegen, und dort hat es Parkhäuser. Der Verkehr wird beruhigt, und die Fussgänger und der Langsamverkehr haben Vortritt. Die Stadt Zug erhält eine Grundausstattung, die funktioniert. Man wird nicht am nächsten Tag 40 Millionen Franken investieren müssen, sondern kann zuwarten, kann Wettbewerbe durchführen, kann Plätze aufwerten. Und diese Grundausstattung – etwa die Pflästerung in der Vorstadt, die Beleuchtung etc. – ist mit dem Betrag, den die Stadt beisteuert, abgegolten. Deshalb versteht der Baudirektor, dass die Stawiko die Baudirektion nach verschiedenen Modellen der städtischen Beteiligung fragte und von den ursprünglichen 60 Millionen Franken etwas nach oben geht. Und notabene ist die Regierung ursprünglich mit 100 Millionen Franken in die Diskussion mit der Stadt eingestiegen.
Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation des Kantons ist der Regierungsrat ebenfalls der Meinung, dass die Finanzierung des Stadttunnels ohne eine zweckgebundene Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer nicht funktioniert. Ob das populär ist oder nicht, wird der Entscheid des Souveräns zeigen. Wenn der Souverän damit nicht einverstanden ist, dann lehnt er offensichtlich das Projekt Stadttunnel ab – und hat damit aus Sicht des Baudirektors eine grosse Chance vertan.
Zum Verhältnis von Strassenrechnung und Investitionsrechnung hat der Stawiko-Präsident die nötigen Ausführungen gemacht. Der Regierungsrat hat sich mit den Vorschlägen der Stawiko und der Tiefbaukommission auseinandergesetzt und schlägt eine Mittellösung vor. Sie will einerseits auf den in die ersten Verhandlungen eingebrachten städtischen Beitrag von 100 Millionen Franken zurückgehen, wobei die 20 Millionen Franken Differenz gegenüber dem Vorschlag der Stawiko der Strassenrechnung belastet werden sollen, so dass dort ein Betrag von 255 Millionen Franken resultiert. Über die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer sollen auch nach Meinung der Regierung die von der Stawiko vorgeschlagenen 300 Millionen Franken generiert werden; das ist ein adäquater Betrag. Hingegen ist die Regierung der Auffassung, dass die Erhöhung nicht 50, sondern 25 Prozent betragen soll. Und das ist nicht Jassrunde oder Jekami, sondern hat seine Begründung darin, dass dieser Beitrag über eine längere Zeitspanne und auf mehr Schultern abgestützt werden soll. Es soll also nicht nur eine bestimmte Nutzergruppe mit einer Erhöhung um 50 Prozent während 18 Jahren den Stadttunnel mitfinanzieren, sondern es soll während 27 Jahren auch eine jüngere Generation ihren Beitrag leisten. Bezüglich Verhältnis von Strassenrechnung und Investitionsrechnung geht die Regierung – wie bereits gesagt – mit der Stawiko einig, mit Ausnahme der erwähnten 20 Millionen Franken, welche zusätzlich der Strassenrechnung belastet werden sollen. Der Regierungsrat unterstützt auch den Vorschlag eines Behördenreferendums. Wenn der Kantonsrat nach der Schlussabstimmung diesem Vorschlag zustimmt, ist auch die Regierung der Meinung, dass der Souverän das letzte Wort zum Projekt Stadttunnel haben soll.
Ein zweistufiges Verfahren lässt das Projekt nach Ansicht des Baudirektors scheitern. Das Detailprojekt würde ungefähr 50 Millionen Franken kosten – und man wüsste nicht, ob es am Schluss gutgeheissen wird. Dem Baudirektor ist es lieber, wenn man jetzt einen klaren Entscheid fällt und auf das Projekt Stadttunnel eintritt oder nicht. Für das vorliegende Projekt wurden in einem intensiven Prozess 5 Millionen Franken ausgegeben, und man kann heute darüber entscheiden. Das ist der

richtige Weg. Der Baudirektor ist überzeugt, dass dieses Projekt einen Mehrfachnutzen bringt. Man bringt den Verkehr, der zu über 50 Prozent Durchgangsverkehr ist, aus dem Stadtzentrum heraus. Der Stadttunnel wird die Stadt aber auch erschliessen, dank des ausgeklügelten Kammersystems. Wer den Nutzen anzweifelt, soll doch bitte den Plan B vorlegen und sagen, was man besser machen kann. Für den Baudirektor ist klar: entweder Stadttunnel mit ZentrumPlus – oder nichts!
Für die Abluft sind im Projekt 35 Millionen Franken budgetiert. Es ist natürlich möglich, dass 2031 sehr viele Elektromobile herumfahren, die Grenzwerte eingehalten sind und man für den Stadttunnel 35 Millionen Franken weniger braucht. Da gibt es noch verschiedene Unbekannte.
Was passiert bei einem Nichteintreten? Ganz einfach: *Tertium non datur,* es gibt keine dritte Variante. Selbstverständlich wird die Baudirektion andere Projekte vorantreiben, dies allerdings immer auf dem Hintergrund des Sparprogramms, das auch verschiedene Hoch- und Tiefbauprojekte enthält. Und wenn der Kantonsrat diesem Sparprogramm zustimmt, fällt das eine oder andere Projekt heraus. Das Projekt Lorzentobelbrücke–Schmittli ist aber im Strassenbauprogramm drin, und die Baudirektion wird unter Berücksichtigung der Mitwirkungsverfahren weiter planen. Dasselbe gilt für die Umfahrung Unterägeri, und 2016 wird der Baudirektor den Kantonsrat über den Stand der diesbezüglichen Planung informieren. Andere Projekte sind im Rahmen des Sparprogramms zu diskutieren. Man darf im Ägerital also nicht den Glauben haben, dass bei Nichteintreten auf den Stadttunnel das Projekt Umfahrung Unterägeri sicherer wäre.
Zusammenfassend ist der Baudirektor überzeugt, dass mit dem von der Stawiko vorgeschlagenen Finanzierungsmodell und dem vom Regierungsrat beantragten Kompromiss zwischen den Vorschlägen der Tiefbaukommission und der Stawiko eine gute Vorlage auf dem Tisch liegt, die diskutiert werden sollte. Man sollte also auf die Vorlage eintreten, nicht zuletzt auch deshalb, weil man mit dem Projekt eines Stadttunnels noch nie so weit war wie heute. Und letztlich wird es auch nicht falsch sein, das Volk zu fragen, ob es dieses Projekt will oder nicht.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Debatte hier unterbrochen oder mit der Detailberatung weitergeführt werden kann. Er will darüber abstimmen lassen. Wenn der Rat entscheidet, die Debatte zu unterbrechen, wird die Detailberatung in der nächsten Sitzung, also am 11. Dezember, durchgeführt.

➔ Der Rat beschliesst mit 38 zu 24 Stimmen, die Debatte zu unterbrechen und in der nächsten Sitzung fortzuführen.

Die Traktanden 9 bis 11 kommen aus Zeitgründen ebenfalls nicht mehr zur Sprache.

1253 Nächste Sitzung

Donnerstag, 11. Dezember 2014 (Ganztagessitzung)

Protokoll des Kantonsrats

88. Sitzung: Donnerstag, 11. Dezember 2014 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.25 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 30. Oktober 2014 (Nachmittag) und 13. November 2014
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
4. Kommissionsbestellungen
5. Wahl der kantonalen Schätzungskommission
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen: 2. Lesung

Geschäfte, die am 27. November 2014 nicht behandelt werden konnten:

7. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den «Stadttunnel Zug mit Zentrum-Plus», Planung, Landerwerb und Bau, mit Genehmigung des Generellen Projekts
8. Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen (Beurkundungsgesetz; BeurkG): 2. Lesung
9. Gesetz über den Jugendschutz betreffend Filmvorführungen und audiovisuelle Trägermedien (FATG; Totalrevision des Filmgesetzes)
10. Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens

---

11. Motion von Manfred Wenger betreffend Reduktion der Strassenverkehrsgebühren für Sport- und Freizeitfahrzeuge
12. Postulat von Manfred Wenger betreffend Domain-Namen www.name.zug und www.name.zg

---

Verabschiedungen

1. Verabschiedung des Kantonsratspräsidenten
2. Verabschiedung des Landammanns

1254 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Stefan Gisler, Rupan Sivaganesan und Martin Stuber, alle Zug; Zari Dzaferi, Baar.

1255 Mitteilungen

Am Ende der heutigen Sitzung werden in würdiger Form die Verabschiedungen vorgenommen. Zum Mittagessen sind auch die anwesenden Medienschaffenden eingeladen. Dies ist ein Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit der Medien, die regelmässig über die Arbeit des Kantonsrats berichten.

In der Staatskanzlei hat es Nachwuchs gegeben: Sandra Sambach, seit über vierzehn Jahren Mitarbeiterin im Parlamentsdienst, und ihr Mann Eric Sambach sind am 2. Dezember 2014 stolze Eltern geworden. Der Rat gratuliert ihnen zur Geburt ihrer Tochter Lara. *(Der Rat applaudiert.)*

Der Entscheid des Bundesgerichts zur Beschwerde der Piratenpartei betreffend Gesamterneuerungswahlen des Kantonsrats wie auch zur aufschiebenden Wirkung steht noch aus. Sollte das Bundesgericht vor der konstituierenden Sitzung die aufschiebende Wirkung erteilen oder sogar die Beschwerde gutheissen, bedeutet dies für die abtretenden Kantonsrätinnen und Kantonsräte, dass sie gemäss § 1 Abs. 2 der alten und § 1 Abs. 3 der neuen Geschäftsordnung des Kantonsrats im Amt verbleiben, bis die neue Konstituierung durchgeführt werden kann und die neu gewählten Kantonsrätinnen und Kantonsräte ihr Amt antreten dürfen.

Die Kunstvermittlung des Kunsthauses Zug hat für die Mitglieder des Kantonsrats eine Auswahl von Kunstführern zusammengestellt. Der vollständige Kunstreiseführer besteht aus sechzehn Heften. Interessierte können sie beim Weibel einsehen und bei Bedarf im Kunsthaus Zug oder bei Zug Tourismus bestellen.

Der Kanton Zug hat wieder eine Bundesrichterin. Margrit Moser-Szeless, die Gattin von Landschreiber Tobias Moser, wurde in dieses hohe Amt gewählt, wozu ihr der Rat herzlich gratuliert *(Der Rat appaudiert.)*

Tele1 ersucht um die Bewilligung, Ton- und Bildaufnahmen zu machen und die Filmaufnahmen im Fernsehen wiederzugeben. Gefilmt werden soll insbesondere die Debatte zum Stadttunnel. Gemäss § 31bis Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung muss der Rat dies bewilligen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 1

1256 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

1257 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 30. Oktober 2014 (Nachmittag) und 13. November 2014

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Nachmittagssitzung am 30. Oktober 2014 und der Sitzungen vom 13. November 2014 ohne Änderungen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass das Büro des Kantonsrats, gestützt auf § 13 Abs. 4 der geltenden Geschäftsordnung sowie auf § 14 Abs. 4 der neuen Geschäftsordnung, die Protokolle der Sitzungen vom 27. November 2014 zusammen mit den Protokollen der heutigen Sitzung am 29. Januar 2015 genehmigen wird.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 4
Kommissionsbestellungen:

1258 Traktandum 4.1: **Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Objektkredit für das Projekt Kantonsstrasse 4, Nordzufahrt Zug/Baar, Gemeinden Zug und Baar (Vorlage 1624.8 - 14786)**

➔ Überweisung an die Staatswirtschaftskommission.

1259 Traktandum 4.2: **Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Erhöhung der Kapitalbeteiligung des Kantons an der Zuger Kantonsspital AG (Vorlage 1848.7 - 14797)**

➔ Überweisung an die Staatswirtschaftskommission.

1260 Traktandum 4.3: **Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten (Vorlage 2450.1 - 14810)**

➔ Überweisung an die Staatswirtschaftskommission.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Kommission zur Vorberatung des Hundegesetzes am 18. Dezember 2014 bestellt wird.

TRAKTANDUM 5
1261 **Wahl der kantonalen Schätzungskommission**
Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (2452.1 - 14821).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass seit der Änderung des Planungs- und Baugesetzes vom 30. Juni 2011 (Vorlage 1962.9 - 13830) dem Kantonsrat die Wahl der kantonalen Schätzungskommission obliegt (§ 61 Abs. 1 PBG). Mit Beschluss vom 15. Dezember 2011 (Vorlage 2095 - 13937) hat der Kantonsrat die Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2014 gewählt. Für die nächste Amtsdauer

2015–2018 ist die Kommission neu zu wählen. Die engere Justizprüfungskommission beantragt dem Kantonsrat einstimmig, folgende Personen in die kantonale Schätzungskommission für die Amtszeit 2015–2018 zu wählen:

Martin Spillmann (FDP, bisher), Zug, als Mitglied und Präsident
Baptist Elsener (CVP, bisher), Menzingen, als Mitglied und Vizepräsident
Walter Annen (CVP, bisher), Zug, als Mitglied
Josef Arnold (SVP, bisher), Walchwil, als Mitglied
Alexander Rey (FDP, bisher), Birmenstorf, als Mitglied
René Kryenbühl (SVP, bisher), Oberägeri, als Mitglied
Luzia Wenk (ALG, bisher), Zug, als Mitglied
Martina Hüsler (SP, bisher), Cham, als Mitglied
Andreas Schilter (FDP, bisher), Hünenberg, als Mitglied
Thomas Vetter (SVP, neu), Unterägeri, als Mitglied.

EINTRETENSDEBATTE

Thomas Werner, Präsident der Justizprüfungskommission: Im Dezember 2011 wurde die Schätzungskommission für die Amtsdauer bis Ende 2014 gewählt. Es steht nun die Wahl für die Amtsdauer 2015–2018 an, und die Justizprüfungskommission hat den Auftrag, diese Wahlen zu organisieren.
Zuerst wurden die Mitglieder der Schätzungskommission angefragt, ob sie in der Schätzungskommission bleiben möchten und für die nächste Amtsdauer kandidieren. Als einziges Mitglied gab der von der CVP vorgeschlagene Hans Emmenegger aus Steinhausen bekannt, dass er nicht mehr zur Verfügung stehe. Anlässlich der letzten Wahl im Jahr 2011 hat die JPK entschieden, dass die Schätzungskommission politisch/fachlich zusammengesetzt sein soll. Dabei soll die politische Zusammensetzung analog den Kantonsratskommissionen, also nach dem Parteienproporz, erfolgen. Die Kantonsratswahlen im Herbst 2014 ergaben folgende Sitzverteilung: CVP 22, SVP 19, FDP 18, ALG 10, SP 7, GLP 4. Die SVP hat also die FDP als zweitstärkste Fraktion im Kantonsrat abgelöst. Daraus ergibt sich für die Schätzungskommission folgende Sitzverteilung: CVP 3, SVP 3, FDP 2, ALG 1, SP 1. Auch fachlich wird versucht, die Kommission auf ein möglichst breites Spektrum an Fachwissen abzustützen.
Trotz langer Vorlaufzeit und Verlängerung der Frist ist es der CVP nicht gelungen, für den abtretenden Hans Emmenegger einen neuen Kandidaten zu stellen. Die Parteileitung der CVP hat der JPK deshalb den Verzicht auf eine Kandidatur bekanntgegeben. Auf die nächste Wahl oder Vakanz soll aber der freiwillige Parteienproporz wiederhergestellt werden. Als neues Mitglied der Schätzungskommission schlägt die Pateileitung der SVP Thomas Vetter aus Unterägeri vor. Er wurde auf den 1. Dezember 2014 von der JPK zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Thomas Vetter bringt sämtliche Qualifikationen mit, was sich auch dem Lebenslauf entnehmen lässt, der dem Antrag beigelegt ist. Der JPK sind auch keine Gründe bekannt, welche gegen die Wiederwahl der bisherigen Kommissionsmitglieder sprechen würden. Durch die vorgeschlagene Zusammensetzung werden alle fachlichen Anforderungen an die Kommission abgedeckt. Auch bezüglich des Präsidiums sind keine neuen Anträge eingegangen, weshalb Martin Spillmann als Präsident und Baptist Elsener als Vizepräsident zur Wahl vorgeschlagen werden.
Dem zurückgetretenen Hans Emmenegger und auch allen zur Wiederwahl stehenden Mitgliedern der Schätzungskommission dankt der Votant im Namen der JPK und des Kantonsrats für die geleistete Arbeit. Er wünscht der Kommission weiterhin eine gute Zusammenarbeit. Dem neu zur Wahl stehenden Mitglied Thomas Vetter

wünscht er einen guten Start und gutes Gelingen in seiner neuen Tätigkeit. Die JPK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die vorgeschlagenen Personen für die nächste Amtsdauer in die kantonale Schätzungskommission zu wählen.

Georg Helfenstein teilt mit, dass die CVP-Fraktion enttäuscht ist vom Bericht des JPK-Präsidenten. Die auf Seite 2 des Berichts gemachten und im vorangehenden Votum wiederholten Vorwürfe sind nicht zutreffend. Die Fakten sind folgende:
Die CVP hatte mehrere Kandidaten für diese Kommission zur Auswahl. Die von der CVP nominierte Kandidatin nahm vor ihrer Zusage – wie es für eine Fachkommission unbedingt erforderlich ist – mit dem Präsidenten der Schätzungskommission Kontakt auf, um sich genauer nach dem Stellenprofil zu erkundigen und Genaueres bezüglich Umfang und Arbeitslast zu erfahren. Der Kommissionspräsident teilte ihr mit, in welche Schätzungsgruppe er sie vorsehe und welche Qualifikationen oder Nachqualifikationen gewünscht seien. Diese Anforderungen entsprachen nicht den Vorstellungen der Kandidatin; insbesondere plante sie eine andere berufliche Weiterbildung. Daraufhin entschied sie sich, ihre Kandidatur zurückzuziehen, was man ihr nicht übel nehmen kann.
Wenige Tage vor Ablauf der Frist für die Abgabe des Berichts des JPK-Präsidenten stellte dieser fest, dass sich nach den letzten Wahlen der Proporz in dieser Kommission mit einem zusätzlichen Sitz zugunsten der SVP und zulasten der FDP auswirkte. Der JPK-Präsident brachte einen neuen Kandidaten der SVP ins Spiel und forderte die FDP ultimativ auf, auf einen Sitz und damit auf einen bisherigen Schätzer zu verzichten. Aus Sicht der CVP entspricht es keineswegs den Spielregeln des Kantonsrats, dass bisherige Mitglieder einer Fachkommission zum Rücktritt bewegt werden, wenn sich der Proporz ändert. Die proportionalen Veränderungen werden dann korrigiert, wenn sich Vakanzen ergeben. Weil sich zu diesem Zeitpunkt noch kein Mitglied der CVP definitiv für eine Kandidatur entschieden hatte, bot diese kulant und grosszügig an, ihren Sitz bis zum Rücktritt eines FDP-Schätzers der SVP zu überlassen. Diese Geste hängt in keiner Art und Weise damit zusammen, dass die CVP nicht in der Lage gewesen wäre, einen Kandidaten oder eine Kandidatin zu nominieren, wie der JPK-Präsident in seinem Bericht behauptet. Er hätte auch erwähnen müssen, dass die CVP nicht auf unseren Sitzanspruch gemäss Proporz verzichten. Die CVP erwartet von einem Kommissionspräsidenten grundsätzlich eine transparente, offene und neutrale Berichterstattung mit Darstellung aller Fakten.
Die Diskussion in der CVP-Fraktion war dann sehr spannend. Die Fraktionsmitglieder fragten sich, ob die bisherigen Kandidaten seinerzeit auch Qualifikationen und Befähigungsausweise mitbringen mussten und ob dies beim neuen Kandidaten der SVP auch der Fall sei. Wurde da mit gleich langen Ellen gemessen? Fakt ist, dass die Schätzungskommission grundsätzlich eine Fachkommission sein muss, keine Parteikommission. Fachliche Kriterien müssen deshalb eine wichtige Rolle spielen. Die Zusammensetzung ist historisch parteipolitisch entstanden, was die CVP unterstützt. Ebenso steht ausser Frage, dass die CVP problemlos in der Lage ist, geeignete Personen für solche Kommissionen zu stellen. Weiter stellt sich die CVP auf den Standpunkt, dass bei Fachkommissionen, wie es Usanz ist, der Proporz grundsätzlich erst bei Rücktritten hergestellt wird, wenn nicht wichtige Gründe dagegen sprechen. Den Sitzanspruch der SVP bestreitet die CVP nicht, andererseits besteht sie aber als grösste Fraktion auf ihrem Anspruch auf drei Sitze.
Da der JPK-Präsident das grosszügige Angebot der CVP nicht würdigt, besteht die CVP auf dem dargelegten üblichen Vorgehen. Die CVP-Fraktion hat deshalb entschieden, einen weiteren Kandidaten zur Wahl zu stellen. Sie schlägt einstimmig ihren langjährigen Kantonsrat aus Oberägeri Thiemo Hächler zur Wahl in die

Schätzungskommission vor. Thiemo Hächler ist als selbstständiger Architekt und mit seinem Wissen als Bauherr, Planer, Projektleiter und Immobilienbesitzer bestens ausgewiesen, diese Aufgabe zu erfüllen. Als abtretender Kantonsrat kann er dieses Mandat auch zeitlich bewältigen.
Die CVP bittet, ihrem Antrag zuzustimmen und ihren Kandidaten zu unterstützen. Der Rat entspricht damit seinen langjährig gepflegten Regeln, den hohen Ansprüchen an die Mitglieder der kantonalen Schätzungskommission und dem Parteienproporz. Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt der Votant, dass Thiemo Hächler als Gegenkandidat zu dem von der SVP nominierten Thomas Vetter antritt.

Für JPK-Präsident **Thomas Werner** schlägt das Votum des CVP-Redners dem Fass den Boden aus. Die JPK fragte die CVP schon vor dem Sommer an, ob sie einen Kandidaten für den zurücktretenden Hans Emmenegger aufstelle. Die CVP sagte zu, einen Kandidaten aufzustellen, und sie sagte auf die Nachfragen des JPK-Präsidenten auch immer wieder, es gebe mehrere Kandidaten und sie werde einen davon portieren. Als es auf die Wahlen zuging, erhielt der JPK-Präsident bei seiner erneuten Nachfrage die Antwort, man sein noch nicht so weit, wolle aber noch die Wahlen abwarten, weil sich ja der Proporz ändern könne. Eigentlich hatte die JPK nicht die Absicht, die Wahlen abzuwarten, tat dies aber, um der CVP noch etwas Zeit zu geben. Nach den Wahlen aber dieselbe Antwort: Man sei noch nicht so weit. Als es dann zeitlich langsam eng wurde, erhielt die JPK die Auskunft, man habe zwar eine Kandidatin gehabt, diese habe nach einem Gespräch mit dem Präsidenten der Schätzungskommission aber abgesagt. Was mit den weiteren Kandidaten, die vorher angeblich zur Verfügung standen, geschah, weiss der JPK-Präsident nicht; offensichtlich war es aber nicht möglich, einen davon noch zu portieren. Da die JPK einen kompletten Wahlvorschlag vorlegen wollte, setzte sie der CVP mehrmals Fristen für die Benennung eines Kandidaten an und teilte ihr mit, ansonsten selber einen Kandidaten zu suchen. Als JPK-Präsident fühlte sich der Votant in der Verantwortung und begann, sich selber nach Kandidaten umzusehen, dies auch darum, weil aufgrund der Wahlen bzw. der neuen Sitzverteilung die SVP neu Anrecht auf drei Sitze in der Schätzungskommission hat. Schliesslich bestätigte die Parteileitung der CVP schriftlich, dass sie bei der kommenden Wahl auf den Sitz des zurücktretenden Hans Emmenegger verzichte. Jetzt aber macht sieht einen dreifachen Rückwärts- und Vorwärtssalto und präsentiert den verdienten Kantonsrat Thiemo Hächler als Kandidaten. Dass dieser sich für dieses Spiel zur Verfügung stellt, ist schade – auch wenn seine fachlichen Qualifikationen und seine Fähigkeit, in der Schätzungskommission gute Arbeit zu leisten, ausser Zweifel stehen.
Der JPK-Präsident ist enttäuscht vom miesen politischen Spiel, das hier gespielt wird. Sämtliche JPK-Mitglieder können bestätigen, dass die JPK intensiv gearbeitet und sich viel Mühe gegeben hat. Dass die CVP ein Jahr lang nichts tut und am Schluss dann *ad hoc* jemanden präsentiert, geht nicht und ist nicht seriös. Unverständlich ist auch, warum der neue Kandidat gegen Thomas Vetter antreten soll, da die SVP ja Anrecht auf einen zusätzlichen Sitz in der Schätzungskommission hat. Der JPK-Präsident wüsste von Georg Helfenstein gerne, warum der neue Kandidat nicht gegen ein Mitglied der FDP antritt.

Franz Peter Iten verlangt für den Fall, dass die Kandidatur von Thiemo Hächler nicht zustande kommen sollte, eine Berichtigung auf Seite 2 im JPK-Bericht. Der Votant hat sich schon beim letzten Mal darüber geärgert, dass die JPK sich erlaubt, eine Fachkommission sowohl unter den Parteienproporz zu stellen; nach Ansicht des Votanten ist das nicht rechtens. Und weil er der SVP nicht glaubt, soll der Satz «Auf die nächste Wahl oder Vakanz soll nach Möglichkeit der freiwillige Parteien-

proporz wieder hergestellt werden» wie folgt berichtigt werden: «Auf die nächste Wahl (gemeint ist damit nicht die nächste Gesamterneuerungswahl im Jahr 2018) oder Vakanz muss der von der JPK beschlossene freiwillige Parteienproporz wieder hergestellt und der von der CVP zur Zeit aus personellen Gründen nicht beanspruchte Sitz ohne Wenn und Aber (die fachlichen Voraussetzungen müssen unbedingt erfüllt sein) wieder der CVP zur Verfügung gestellt werden.» Der Votant bittet, dies so zu protokollieren, denn er ist nicht sicher, dass der betreffenden Sitz tatsächlich wieder an die CVP zurückgeht.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Kantonsrat keine Kommissionsprotokolle oder -berichte korrigieren kann. Das Votum wird aber im Protokoll der Kantonsratssitzung festgehalten.

Georg Helfenstein erinnert den JPK-Präsidenten daran, dass die JPK zwar die Kandidaten für die Schätzungskommission vorschlägt, die Wahl aber dem Kantonsrat zusteht, nicht der JPK. Bis anhin war jede Fraktion bis zu den Wahlen berechtigt, eigene Kandidaten vorzuschlagen.

Manuel Brandenberg kann sich den Worten des JPK-Präsidenten anschliessen: Auch er findet das Vorgehen der CVP sehr bedenklich. Die CVP wurde frühzeitig begrüsst und teilte der JPK als zuständigem Gremium mit, sie habe keine Leute zur Verfügung. Die JKP sah sich dann selber um und fand einen kompetenten Kandidaten. Und nun macht die CVP heute einen eigenen Vorschlag. Der Votant schätzt Thiemo Hächler sehr, aber mit seiner Kandidatur versucht die CVP nun, einen unbeteiligten Dritten, der in guten Treuen kandidiert und sich bei der JPK vorgestellt hat, im Kantonsrat abzusägen. Der Kandidat der JPK ist kein Politiker; er kennt – anders als die Mitglieder des Kantonsrats – die traurigen Spielchen der Politiker nicht. Ihn auf diese Art abzusägen, ist nicht in Ordnung, denn das Vorgehen der JPK war korrekt.
Bezüglich Fachbehörde: Auch das Bundesgericht und die kantonalen Gerichte sind Fachbehörden, dies im Unterschied zum Gemeinderat von Cham, der keine Fachbehörde ist. Gemeinderat und Gericht haben aber etwas gemeinsam: Sie sind politisch zusammengesetzt. Und da es in allen politischen Parteien Fachleute gibt, ist auch klar, dass man auch bei der Zusammensetzung von Fachgremien den Wählerwillen respektiert und sie gemäss den prozentualen Anteilen der Parteien zusammensetzt. Wenn der Rat heute den Antrag der CVP gutheisst, verletzt er nicht nur den Wählerwillen, sondern auch den Kandidaten persönlich, der fachlich kompetent ist und darauf vertraut hat, dass das Verfahren richtig abläuft. Die CVP signalisierte mehrmals, dass sie zugunsten der SVP und von Thomas Vetter auf eine Kandidatur verzichte und bei der nächsten Wahl wieder zum Zug kommen wolle. Das alles gilt es zu bedenken, bevor hier eine Person düpiert wird.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** bittet die Stimmenzählenden, das gesamte Set mit zwölf Wahlzetteln in verschiedenen Farben, also pro zu wählende Person ein Wahlzettel in einer anderen Farbe, auszuteilen. Der Rat geht nach § 67ff. GO KR vor und führt

schriftliche und geheime Wahlgänge durch. Die Namen der Kandidierenden sind im Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Vorlage 2452.1 - 14821) in derselben Reihenfolge aufgelistet, wie die Wahlzettel nummeriert sind. Sofern jemand zu einem Antrag der Justizprüfungskommission einen anderen Antrag unterbreiten wollen, meldet er sich zu Wort.

Andreas Hausheer hat eine Frage: Wenn er auf den ersten Wahlzettel jemanden aufschreibt, der zwar wählbar ist, den er vorher aber nicht angekündigt hat, ist dann dieser Wahlzettel ungültig? Muss man bei jedem Stimmzettel, wenn man den betreffenden Kandidaten nicht will, einen anderen Namen aufschreiben? Und kann man die einzelnen Kandidaten auf jeden beliebigen Wahlzettel schreiben, ohne dass der Wahlzettel ungültig wird? Und warum muss man, wenn man an einer bestimmten Stelle einen anderen Kandidaten will, das bekanntgeben?

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass das Vorgehen demjenigen von 2011 entspricht. Die Ratsmitglieder erhalten pro Wahlgang einen leeren Wahlzettel, der von Hand ausgefüllt werden muss und in den man die zu wählende Person eintragen kann. Der Einfachheit halber werden für die zehn Personen zehn Wahlgänge durchgeführt, dazu kommt je ein Wahlgang für das Präsidium und Vizepräsidium. Wenn jemand beispielsweise beim Wahlgang 1 eine andere Person einträgt, als an dieser Stelle vorgesehen ist, wird diese auf dem Ergebnisblatt aufgeführt sein. Wenn jemand einen anderen Kandidaten vorschlagen möchte, muss er sagen, bei welcher Kandidatur das der Fall sein soll. Selbstverständlich kann die CVP die Kandidatur von Thiemo Hächler bei jedem Wahlgang einbringen. Die taktischen Überlegungen dazu muss der Landschreiber der CVP-Fraktion überlassen.

Philip C. Brunner weiss nicht, ob er das richtig verstanden hat: Kann die CVP-Fraktion mit ihren 23 Stimmen jetzt zwölfmal, also auf jeden Wahlzettel, den Namen Thiemo Hächler hinschreiben? Kann ein Mitglied des Kantonsrats der gleichen Person zwölf Stimmen geben?

Landschreiber **Tobias Moser** wiederholt, dass es zehn einzelne Wahlgänge für die zehn Mitglieder der Schätzungskommission gibt, von denen nachher eines zum Präsidenten und eines Vizepräsidenten gewählt werden kann. In welchem Wahlgang welche Person aufgeschrieben wird, ist den Wählenden überlassen, ebenso die taktischen Überlegungen dazu; wie intelligent es ist, in jedem Wahlgang dieselbe Person aufzuschreiben, sei dahingestellt. Die JPK hat zehn Kandidaten vorgeschlagen, die offiziell nominiert sind. Der Einfachheit halber finden zehn Wahlgänge statt, wobei pro Wahlgang eine Person zur Wahl steht. Das wurde schon vor drei Jahren und auch früher so gehandhabt.

Silvan Hotz hat eine Frage: Ist die Annahme richtig, dass nach dem ersten Wahlgang das Resultat mitgeteilt wird, bevor man zum zweiten Wahlgang schreitet und die zweite Person wählt etc.? Wenn diese Annahme nicht zutrifft, stellt er den **Antrag,** dass nach jedem Wahlgang das Resultat mitgeteilt wird, bevor man zum nächsten Wahlgang schreitet.

Für **Thomas Lötscher** trifft die Frage von Silvan Hotz den Kern der Sache. Wenn wie vorgesehen gewählt wird, wird der Rat den ganzen Vormittag mit dieser Wahl beschäftigt sein. Als Variante bietet sich an, die Wahl auf den Nachmittag zu verschieben und dann einen Wahlzettel analog demjenigen bei Gemeinderatswahlen zu verteilen, also mit zehn einzelnen Linien, auf die man die Namen schreibt. Wenn

nämlich zehn einzelne Wahlgänge miteinander durchgeführt werden, ist es theoretisch möglich, dass eine Person mehrfach gewählt wird. Das kann es nicht sein. Auch aus Gründen der Effizienz sollte man die Wahl auf den Nachmittag und bis dann einen Wahlzettel zu kreieren, auf dem jeder seine zehn Sitze verteilen kann und auf dem auch gleich noch das Präsidium und das Vizepräsidium gewählt werden kann. Andernfalls ist das Chaos unabwendbar.

Philip C. Brunner dankt Thomas Lötscher für den konstruktiven Vorschlag, der sicherstellt, dass man den gleichen Namen nicht zwei Mal auf den Wahlzettel schreiben kann. Spezifisch ist, dass der in Frage gestellte Kandidat an letzter Stelle steht; diesen grossen Nachteil gilt es zu bedenken.

JPK-Präsident **Thomas Werner** ist nicht sicher, ob es klug sei, jetzt alles über den Haufen zu werfen und am Nachmittag wieder die gleiche Diskussion zu führen. Es liegt ein Vorschlag der JPK vor, und alle Ratsmitglieder wissen, wie diese Wahl funktioniert. Nun aber wurde ein Gegenkandidat aufgestellt. Man sollte die Wahl nun durchziehen, damit nachher Klarheit herrscht.

Andreas Hausheer unterstützt den Antrag von Silvan Hotz. Das Verfahren muss gleich sein wie bei den Bundesratswahlen. Es kommt niemandem in den Sinn, für die sieben Bundesräte nur einen einzigen Wahlgang durchzuführen und nicht die Ergebnisse Schritt für Schritt bekanntzugeben. Er macht den Vorschlag, jetzt über den Antrag Hotz abzustimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Thiemo Hächler vor einigen Minuten in den Ausstand getreten ist. Er ist erstaunt über die Diskussion. Alle Fraktionschefs kannten das Drehbuch, worin der Ablauf der Wahl klar dargelegt ist, und keiner hat irgendeine Rückmeldung gemacht. Es liegen nun drei Anträge bzw. Vorschläge vor:
- Ablauf der Wahl gemäss Drehbuch;
- Antrag Hotz: nach jedem Wahlgang auszählen und das Resultat bekanntgeben;
- Vorschlag Lötscher: Verschiebung der Wahl auf den Nachmittag, Wahl auf einem einzigen Wahlzettel mit zehn Linien.

Auch für **Beni Riedi** ist das Vorgehen der CVP sehr fragwürdig. Für die Entscheidung bezüglich Vorgehen ist es für ihn wichtig, von der CVP genau zu hören, welchen Platz sie angreifen will. Dann wäre für ihn das Vorgehen gemäss Drehbuch in Ordnung – und die CVP weiss dann auch, wann sie ihren Kandidaten ins Spiel bringen muss. Auch die Diskussionen bezüglich Auszählung werden dann hinfällig, und man kann sich einen Haufen Ärger ersparen.

Philippe Camenisch findet die Diskussion abstrus. Es wurden verschiedenfarbige Wahlzettel ausgeteilt, und es liegt auf der Hand, dass jeder Wahlgang einzeln ausgezählt werden muss. Wenn nun jemand einen neuen Kandidaten auf jeden der zehn Wahlzettel schreiben will, hat dieser in jedem Wahlgang einfach eine Stimme.

Thomas Lötscher hält das Vorgehen – entgegen dem Votum seines Vorredners – für eminent wichtig. Philip C. Brunner hat es auf den Punkt gebracht: Wenn man die gleiche Person mehrmals aufschreiben kann und die Wahlzettel zusammen ausgezählt werden, wird es am Schluss wahrscheinlich Plätze geben, die nicht besetzt, und Kandidaten, die mehr als einmal gewählt sind. Man wird dann verschiedene Wahlgänge wiederholen müssen. Es ist deshalb auch eine Frage der Effizienz. Wenn ins Feld geführt wird, dass das im Drehbuch vorgesehene Wahlverfahren

bisher immer geklappt habe, dann war das nur der Fall, weil es sich in der Vergangenheit um reine Routine- und Bestätigungswahlen handelte und gewählt wurde, wer vorgeschlagen war. Jetzt aber geht es um eine Kampfwahl, und die Fraktionen wurden vorgängig nicht darüber informiert; man konnte zum Verfahren deshalb gar nicht Stellung nehmen.

Landschreiber **Tobias Moser** weist darauf hin, dass es sich nicht um Bestätigungswahlen, sondern um echte Wahlen im Sinne von § 67 GO KR handelt. Gestützt auf Abs. 3 dieser Bestimmung kann der Rat entscheiden, ob er Einzelabstimmungen oder eine Listenabstimmung durchführt. Wenn sich der Rat für eine Listenabstimmung entscheidet, wird die Staatskanzlei über den Mittag neue Wahlzettel bereitstellen – man ist sich im Kanton Zug mittlerweile ja geübt, Wahlzettel zu kreieren.

Thomas Werner spricht explizit nicht als JPK-Präsident. Er stellt fest, dass Wahlen seltsame Früchte tragen können. Über Jahre hinweg gibt es keine Diskussionen bezüglich der Wahl von Fachkommissionen, dann aber gibt es eine kleine Verschiebung zuungunsten der etablierten bürgerlichen Parteien – und schon hat man den Salat. Es wird dann auch deutlich, wer tatsächlich an einer sachlichen Politik interessiert ist und wer politische Spielchen spielt.

Heini Schmid stellt den **Antrag,** jetzt endlich darüber abzustimmen, ob Einzelabstimmungen oder eine Listenabstimmung durchgeführt wird, wie das in § 67 Abs. 3 GO KR vorgesehen ist. Im Weiteren muss man, wenn mehr Kandidaten als Plätze vorhanden sind, Einzelabstimmungen wie bei der Bundesratswahl durchführen, d. h man muss also das Resultat jeder Wahl abwarten, bevor man zur nächsten Wahl schreitet.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass drei Anträge vorliegen:
• Vorgehen nach Drehbuch: Einzelwahlen, mit gesamthafter Auszählung am Schluss;
• Antrag Hotz: Einzelwahlen mit je einzelner Auszählung der Stimmen;
• Antrag Lötscher: Listenwahl, unter Verschiebung auf den Nachmittag.
Zuerst werden die zwei Varianten der Einzelwahlen einander gegenübergestellt und die obsiegende Variante dann dem Antrag Lötscher auf Listenwahl gegenübergestellt.

Heini Schmid ist der Ansicht, dass das im Drehbuch vorgesehene Vorgehen – Einzelabstimmungen mit gemeinsamer Auszählung am Schluss – nicht funktioniert. Thomas Lötscher hat die Problematik aufgezeigt. Er bittet deshalb, das Verfahren gemäss Antrag Hotz zu unterstützen. Am sinnvollsten und effizientesten aber wäre es, am Nachmittag eine Listenabstimmung durchzuführen.

➔ In der ersten Abstimmung beschliesst der Rat mit 36 zu 20 Stimmen, Einzelabstimmungen mit je einzelner Auszählung der Stimmen und Bekanntgabe des Resultats durchzuführen.

➔ In der zweiten Abstimmung beschliesst der Rat mit 57 zu 8 Stimmen, am Nachmittag eine Listenabstimmung durchzuführen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass die Wahl am Nachmittag nach der Überweisung der parlamentarischen Vorstösse stattfindet.

TRAKTANDUM 6

1262 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen: 2. Lesung
2406.3 - 14815 Ergebnis 1. Lesung

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 67 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

1263 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den «Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus», Planung, Landerwerb und Bau, mit Genehmigung des Generellen Projekts
Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2274.1/.2 - 14392/93). der Kommission für Tiefbauten (2274.3 - 14583) und der Staatswirtschaftskommission (2274.4 - 14617)

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Rat an der Sitzung vom 27. November 2014 beschlossen hat, auf das Geschäft einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Titel und Ingress

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag.

§ 1

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die AGF ein zweistufiges Verfahren beantragt. Die Annahme dieses Antrags kann Auswirkungen auf die weitere Detailberatung haben. Daher wird dieser Antrag vorneweg zur Abstimmung gebracht.

Andreas Lustenberger kommt zuerst kurz auf sein Eintretensvotum zurück. Er hat vor zwei Wochen gesagt, dass der Stadttunnel nicht mehr motorisierten Individualverkehr in die Stadt lotsen werde. Er hat diese Aussage nochmals überprüft und muss festhalten, dass die Unterlagen keine genauen Schlüsse zulassen. Er hat diese Frage aber mit mehreren Experten besprochen, und die Mehrheit ist sich einig, dass mehr MIV in die Stadt gezogen wird.
Nun aber zum Antrag: Die AGF ist mit dem einstufigen Verfahren nicht zufrieden, steht der Kanton dadurch am Schluss doch vor der gleichen Problematik wie etwa

aktuell bei der Tangente Zug/Baar. Das Stimmvolk entscheidet nur über den Objektkredit, nicht aber über die detaillierte Bauprojektvorlage. Damit entgeht dem Volk eine wichtige Entscheidungsmöglichkeit. Zudem wird bereits jetzt seitens der Regierung und auch in den Medien über das vorliegende Generelle Projekt berichtet, als wäre es in Stein gemeisselt. Die Erfahrung zeigt aber, dass sich noch einiges ändern kann. Heute spricht die Vorlage von einer finanziellen Unsicherheit von plus/minus 20 Prozent. Das ist beträchtlich. Auch wenn das vorliegende Projekt einen gewissen Detaillierungsgrad besitzt, welcher über jenem eines klassischen Projektierungskredites liegt, kann nur ein zweistufiges Verfahren einem solchen Jahrhundertprojekt Rechnung tragen.
Zur Verdeutlichung der Problematik sei aus der Antwort der Baudirektion auf die Tangenten-Einsprache der «Grünen Lunge» und weiterer vom 8. Oktober 2014 zitiert. Hier steht auf Seite 4 unter Punkt 3a: «Das Volk entscheidet nur über den Kredit, aber nicht über das Generelle Projekt.» Es ist anzunehmen, dass sich viele dieses feinen, aber sehr wichtigen Unterschieds nicht bewusst sind. Das gewählte einstufige Verfahren entspricht deshalb nicht dem, was sich die AGF unter einer transparenten Demokratie vorstellt, weshalb sie für § 2 den folgenden **Antrag** stellt: «Für die Projektierung des Bauprojekts ‹Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus› wird ein Projektierungskredit von 50 Millionen Franken beschlossen.» Dieser Antrag hat auch Auswirkungen auf § 3, der neu wie folgt lauten soll: «An den Projektierungskredit ‹Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus› leistet die Einwohnergemeinde Zug einen Beitrag von 5 Millionen Franken. Der Betrag wird
fällig bei der Schlussabrechnung der Projektierung.» § 4 entfällt.

Daniel Thomas Burch, Präsident der Tiefbaukommission, informiert, dass der Antrag der AGF bereits in der Kommission gestellt und eingehend diskutiert wurde. Die Kommission hat den Antrag für eine zweistufige Kreditbewilligung mit 12 zu 1 Stimmen und ohne Enthaltungen abgelehnt. Sie ersucht den Rat, dies ebenfalls zu tun, dies aus folgenden Gründen.
• Das vorliegende Generelle Projekt für den Stadttunnel mit ZentrumPlus hat bereits einen derart hohen Detaillierungsgrad, dass es in manchen Bereichen beinahe einem Detailprojekt gleichkommt. So ist bereits das Vorgehen zur Realisierung bekannt. Ebenso sind die Bauetappen, die Installationsplätze mit den Zu- und Wegfahrten, die wesentlichen verkehrsberuhigenden Massnahmen sowie ein Verkehrskonzept für die Bauzeit bereits bekannt und bestimmt.
• «ZentrumPlus» ist klar definiert. Der Stimmbürger weiss, was er bei einem Ja erhält. So ist u. a. der Perimeter genau bestimmt, die Begegnungszonen sind klar ausgeschieden und die Platzaufwertungen detailliert beschrieben. Das künftige Verkehrsregime ist breit abgestützt und im Projekt verankert. Anders als in Cham wurden die Diskussionen vorgängig geführt und die Massnahmen ins vorliegende Projekt aufgenommen
• Wichtig sind auch die Verhandlungen mit den Landeigentümern. Diese möchten heute wissen, ob der Tunnel kommt oder nicht, ob ihre Liegenschaft verändert wird oder wie lange sie diese nicht oder nur eingeschränkt nutzen können. Mit einem zweistufigen Verfahren werden unnötigerweise Unsicherheiten schaffen. Die bisherigen Verhandlungen des Kantons mit den Grundeigentümern müssten überprüft und die Vereinbarungen und Verträge bestimmt neu ausgehandelt werden.
• Ein Projektierungskredit für ein Projekt in der Grössenordnung von 890 Millionen Franken Baukosten würde – wie vom Vorredner richtig beurteilt – wohl im Bereich von 40–60 Millionen Franken liegen. Anschliessend müsste in einer späteren Phase noch einmal über die Bau- und Landerwerbskredite entschieden werden. Es ist daran zu erinnern, dass vor einigen Jahren für 27 Millionen Franken eine Umfahrung

Zug/Baar projektiert – und das Projekt anschliessend abgeschossen wurde. Salopper ausgedrückt: Es wurden 27 Millionen Franken in den Sand gesetzt. Das soll beim Stadttunnel mit ZentrumPlus nicht passieren!
• Das einstufige Verfahren schafft Klarheit. Die nötigen Informationen, um einen Entscheid zu diesem Generationenprojekt fällen zu können, liegen vor. Ist der Entscheid gefallen, dann kann gebaut werden. Das heisst jedoch nicht, dass die Baudirektion damit einen Blankcheck erhält. Sie wird das Projekt unter Berücksichtigung der bau- und verkehrstechnischen Gegebenheiten planen und realisieren. Auch haben die Betroffenen weiterhin Gelegenheit, beim Auflageprojekt mitzureden.
Fazit: Das vorliegende Projekt zeichnet sich durch einen sehr hohen Detaillierungsgrad aus. Alle entscheidungsrelevanten Informationen liegen vor. Man soll deshalb jetzt über ein Ja oder Nein entscheiden und diesen wichtigen Entscheid nicht noch um Jahre hinausschieben. Günstiger und besser wird die Lösung damit nicht. Deshalb ruft der Kommissionspräsident den Rat auf, Klarheit zu schaffen und den Antrag auf ein zweistufiges Verfahren abzulehnen.

Für **Rainer Suter** braucht es kein zweistufiges Verfahren, wenn ein Projekt so weit gediehen ist. Der Antrag der AFG macht den Anschein einer Verzögerungspolitik. Die SVP-Fraktion ist deshalb klar für ein einstufiges Verfahren.

Heini Schmid unterstützt ein einstufiges Verfahren, möchte bei dieser Gelegenheit aber auf ein *Malaise* in der heutigen Strassenplanung hinweisen. Aktuell ist ein Gerichtsverfahren betreffend Tangente Zug/Baar hängig, ob es zulässig sei, zwei Fahrspuren zu bauen, wo im Projekt nur eine Fahrspur vorgesehen war. Das Gesetz sagt, dass das Generelle Projekt das Normalprofil der Strasse plus die generelle Linienführung umfasst. Es ist deshalb sehr bedenklich, dass in der Debatte immer wieder darauf hingewiesen wird, dass das Generelle Projekt sehr detailliert und vieles bereits festgelegt sei, dass es aber keinerlei rechtliche Verbindlichkeit gibt, dass das Projekt tatsächlich so realisiert wird. Das aktuelle Beispiel in Baar: Es wurde in der Kantonsratsvorlage versprochen, die Ägeristrasse werde auf 3000 Fahrbewegungen reduziert, und mit diesem Argument wurde die Vorlage in der Abstimmung durchgewinkt; nun aber gibt es – aus durchaus achtenswerten Gründen – Änderungen. Man muss deshalb überlegen, wie detailliert das Generelle Projekt bei einem einstufigen Vorgehen ist. An sich ist im Gesetz nämlich ein zweistufiges Verfahren vorgesehen. Das längerfristige Anliegen des Votanten ist es, das Generelle Projekt stärker zu detaillieren, damit die politischen Anliegen darin festgezurrt werden können und es nicht im Belieben des Baudirektors liegt, ob die Ägeristrasse nun so viel oder eben weniger Verkehr hat. So geht es nämlich nicht. Wenn das einstufige Verfahren wirklich politisch legitimiert eingesetzt werden soll, muss das Generelle Projekt detaillierter werden. Das betrifft insbesondere – ein ewiges Thema – die flankierenden Massnahmen; niemand weiss, ob diese nun Projektbestandteil sind oder nicht. Der Votant bittet den Baudirektor um eine klare Aussage, was am Generellen Projekt verbindlich ist und was nicht.

Baudirektor **Heinz Tännler** stellt fest, dass der Präsident der Tiefbaukommission bereits alles zum Antrag der AGF gesagt hat und er nur auf gewisse Fragen von Heini Schmid eingeht. Das Generelle Projekt ist tatsächlich bereits sehr detailliert ausgearbeitet, allerdings nicht bis auf den letzten Randstein. Das ist gut so, denn es wäre nicht stufengerecht, wenn das Parlament über jeden Randstein debattieren und beschliessen würde; und es braucht – auf dem Hintergrund einer Planungszeit von über zehn Jahren – eine gewisse Flexibilität in der Ausführung, beispielsweise ob ein Kreisel einen Durchmesser von fünfzehn oder siebzehn Meter hat, ob es

eine Verflechtungsspurt braucht oder nicht etc. Das Gesetz über Strassen und Wege sagt, dass das Generelle Projekt nur eine Kosten*schätzung* – was schon längst nicht mehr so gehandhabt wird – und ein technisches Profil enthalten sowie die Linienführung und die Lage der Knoten aufzeigen müsse; faktisch wird heute meist auch die Ausgestaltung der Knoten aufgezeigt, mit gewissen Detailfragen, die sich dann im Auflageprojekt klären. Mit dem Belieben des Baudirektors haben die Detaillösungen nichts zu tun. Die angesprochene Situation bei der Tangente Zug/Baar hat mit der Motion eines Baarer Bürgers – und Mitglied des Kantonsrats – zu tun, die an der Gemeindeversammlung mit zwei oder drei Gegenstimmen erheblich erklärt wurde, dies mit Bezug auf gemeindliche Richt- und Verkehrsplanung. Daraufhin erarbeitete die Baudirektion eine Lösung, über die nun wiederum die Gemeinde Baar entscheiden wird. Der Entscheid liegt also nicht in der Hand des Kantons. Bezüglich der flankierenden Massnahmen hat man die Lehren aus Cham gezogen. Dort hat man einfach – das war vor der Zeit des Baudirektors – ein Pförtnersystem vorgesehen. Jetzt aber wird eine verbindliche Planung vorgelegt. Der Perimeter und die Unterbrechungen sind Bestandteil des Auflageprojekts, ebenso die Aufwertung der Plätze. Ob geteert oder gepflästert wird, wo Bäume und Bänke zu stehen kommen etc., muss selbstverständlich der Stadt überlassen werden, aber das Grundgerüst der flankierenden Massnahmen, das Drei-Kammer-System etc. sind Bestandteil des Generellen Projekts und damit einsehbar und auch verbindlich. Davon kann in der Ausführung nicht mehr abgewichen werden. Die Grundlagen für den Entscheid liegen also vor. Man darf im Übrigen auch nicht glauben, dass das Volk eine andere Zuständigkeit hätte, wenn ein Detailprojekt vorliegen würde. Auch dann könnte das Volk nur über den Objektkredit entscheiden; der Entscheid über das eigentliche Projekt liegt beim Kantonsrat.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AGF auf ein zweistufiges Verfahren mit 61 zu 12 Stimmen ab.

§ 2 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zu § 2 Abs. 1 verschiedene Anträge vorliegen. Sie unterscheiden sich in Bezug auf:
- den Gesamtbetrag des Objektkredits;
- die Beteiligung der Stadt Zug;
- die Art und Höhe der Mitfinanzierung des Projekts über eine befristete Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer;
- die Aufteilung der Restfinanzierung auf die Spezialfinanzierung Strassenbau und die allgemeine Staatsrechnung.

Die Kommission für Tiefbauten hat an ihrer Sitzung vom 19. November 2014 ihren Antrag angepasst. Die Ratsmitglieder haben den Wortlaut und den Bericht dazu am 21. November 2014 erhalten.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** hält fest, dass eine E-Mail-Umfrage unter den Mitglieder der Stawiko nach der letzten Kantonsratssitzung ergeben hat, dass die Stawiko den Antrag der Tiefbaukommission und der Regierung unterstützt, wonach sich die Stadt Zug mit 100 Millionen Franken an den Projektkosten beteiligen soll. Die Stawiko zieht also ihren Antrag auf 120 Millionen Franken zurück, obwohl sie sich bewusst ist, dass die Stadt – wie von der Baudirektion errechnet – einen unmittelbaren Nutzen von über 130 Millionen Franken hat. Bezüglich des Zuschlags auf die Motorfahrzeugsteuer hält die Stawiko am Betrag von 300 Millionen Franken

fest, ist aber damit einverstanden, dass dieser Betrag mittels eines 25-prozentigen Zuschlags amortisiert wird. Bezüglich des Restkredits hält die Stawiko an der Aufteilung 50 zu 50 fest, was unter Berücksichtigung der Reduktion des städtischen Beitrags bedeutet, dass der Spezialfinanzierung Strassenbau und der Allgemeinen Staatsrechnung je 245 Millionen Franken verbleiben. Dabei ist hier selbstverständlich nur vom Kredit die Rede; die tatsächlichen Kosten werden dann entsprechend im Verhältnis von 50 zu 50 aufgeteilt.

Oliver Wandfluh teilt mit, dass die SVP-Fraktion über den Kostenteiler lange und kontrovers diskutierte, vor allem weil sie gegen Gebühren ist, die ohne Gegenwert oder Mehrnutzen erhoben bzw. erhöht werden. Genau hier liegt nämlich der Hund begraben. Der Stadttunnel stellt für den Kanton Zug einen Mehrwert dar und nützt der breiten Bevölkerung, sei es den Radfahrern, den Fussgängern oder den Benutzern öffentlicher Verkehrsmittel. Um dem Stadttunnel vor dem Souverän überhaupt eine Chance zu geben, ist es aus Sicht der SVP wichtig, dass die Kosten benutzer- und verursachergerecht aufgeteilt werden. Sie unterstützt deshalb den Antrag der Tiefbaukommission auf folgenden Kostenteiler: 100 Millionen Franken Stadt Zug, 235 Millionen Franken Allgemeine Staatsrechnung, 355 Millionen Franken Spezialfinanzierung Strassenbau, 200 Millionen Franken mittels 25-prozentigem Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuer.

Esther Haas: Im Zusatzbericht der Kommission für Tiefbauten liest sich der Abschnitt über den Investitionsbeitrag der Stadt Zug wie ein Bericht aus einem orientalischen Basar: «Der Regierungsrat hat den Investitionsbetrag der Stadt Zug noch auf 60 Millionen Franken festgelegt. Die Kommission für Tiefbauten stimmt an ihren Beratungen vom letzten Jahr einer Erhöhung dieses Beitrages auf 80 Millionen Franken zu. Die Stawiko hat ihrerseits den Investitionsbeitrag der Stadt Zug auf 120 Millionen erhöht.» Wie eben gehört, geht die Stawiko nun aber wieder zurück auf 100 Millionen Franken. Das Basargebaren vollendet schliesslich die Tiefbaukommission selbst, indem sie ihren ursprünglich festgelegten Betrag von 80 ebenfalls auf 100 Millionen Franken schraubte. Das ist Basarmentalität vom Feinsten. Die AGF plädiert dafür, den Betrag der Stadt Zug bei 60 Millionen Franken zu belassen, wie es der Regierungsrat ursprünglich vorschlug. Es ist unverständlich, wie der Zuger Stadtrat noch vor der ersten Lesung auf 80 Millionen Franken umschwenken konnte – oder mindestens in Aussicht stellte, 80 Millionen Franken lägen für die Stadt noch drin. Die Stadt klagt über die Belastungen des ZFA und über dringend nötige Investitionsprojekte wie das Herti-Schulhaus – und verzichtet gleichzeitig darauf, überzeugend für die 60 Millionen Franken einzustehen. Der Anteil an «normalen» Steuergelder, sprich: der Allgemeinen Staatsrechnung sollte möglichst tief gehalten werden. Das ist ein weiterer Grund, den Beitrag der Stadt bei 60 Millionen Franken zu belassen. Die Votantin bittet deshalb, dem Antrag der AGF zu folgen.

Markus Jans hält fest, dass die SP-Fraktion nach längerer Diskussion beschlossen hat, den ursprünglichen Antrag des Regierungsrats für einen Beitrag der Stadt Zug von 60 Millionen Franken zu unterstützen – obwohl die SP dies grundsätzlich für systemfremd hält, mussten doch zum Beispiel die Gemeinden Cham oder Hünenberg an die Umfahrung Cham–Hünenberg keinen Rappen bezahlen; einzig an die flankierenden Massnahmen mussten diese Gemeinden ihren Teil beitragen, was im vorliegenden Projekt die Stadt Zug aber ebenfalls tun muss. Die SP-Fraktion unterstützt auch den ursprünglichen Antrag der Stawiko, 300 Millionen Franken mittels Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer zu generieren. Dies ist sinnvoll, da der Motori-

sierte Individualverkehr am meisten vom neuen Stadttunnel profitiert. Die SP unterstützt auch den Antrag der AGF, dass der Restkredit zu 75 Prozent zulasten der Spezialfinanzierung Straussenbau geht. Der Antrag ist sachlogisch, zumal zu Beginn der Diskussion immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass mit Blick auf alle Strassenbauprojekte auch der Stadttunnel problemlos finanziert werden könne. Allerdings zeigt sich jetzt, dass der Stadttunnel praktisch doppelt so viel kostet wie ursprünglich angenommen, und die Spezialfinanzierung Strassenbau nicht mehr genügt. Trotzdem aber unterstützt die SP den Antrag, dass die Spezialfinanzierung einen Beitrag von 397,5 Millionen Franken beisteuern soll.

Peter Diehm stellt namens der FDP-Fraktion den **Antrag,** auf den Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuer zu verzichten bzw. diesen aufzuschieben. Die FDP will nicht, dass auf Vorrat Geld eingezogen wird und dass diejenigen, welche den Tunnel nie benützen werden, diesen bezahlen müssen. Der Betrag von 200 Millionen Franken soll in diesem Sinn zusätzlich der Spezialfinanzierung Strassenbau belastet werden. Des Weiteren ist die FDP dafür, den Beitrag der Stadt Zug bei 100 Millionen Franken festzusetzen.

Cornelia Stocker legt ihre Interessenbindung offen: Sie kommt aus der Stadt Zug. Damit das vorliegende Mammutprojekt auch in der Volksabstimmung eine Chance hat, braucht es ein glasklares Signal aus der Stadt Zug. Die Stadt und ihre Bewohner müssen hinter diesem Vorhaben stehen. In erster Linie haben *sie* mit den Behinderungen und Immissionen während der jahrelangen Bauphase zu leben. Sollte dazu noch die finanzielle Beteiligung von den Stadtzugern allzu grosse Opfer fordern, wird abgewogen werden, ob die jahrelang ersehnte Verkehrsentlastung und damit die Steigerung der Lebensqualität sich unter diesen Prämissen und mit diesem Preisschild lohnt und noch das Richtige ist. Deshalb ist es eminent wichtig, dass die Kostenbeteiligung der Stadt verträglich und nicht im Sog des Sparens unangemessen ausfällt. Man darf auch nicht vergessen, dass die Stadt nebst dem Beitrag an den Kanton noch eigene Aufwendungen haben wird. Der Kanton beschert der Stadt einen Tunnel mit – wie es der Baudirektor in der letzten Sitzung ausgedrückt hat – formidabler Grundausstattung. Über die Gestaltung des Ambientes darf sie selber entscheiden und muss diese vor allem auch selber finanzieren. Es geht hier nicht nur um Wohlfühlelemente, vielmehr fallen darunter auch gewisse Sachzwänge wie Kanalnetzanpassungen oder flankierende Massnahmen wie zum Beispiel ein neuer Busbahnhof samt Umgebung und Landerwerb. Selbstverständlich kann man ein Haus auch spartanisch statt opulent einrichten. Auch mit der bescheidenen Variante beziffern sich die ungefähr ermittelten Kosten für die Stadt aber auf einen grossen zweistelligen Millionenbetrag.
Ein weiterer Grund, die Kosten für die Stadt im verträglichen Masse zu halten, ist der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Gemeinden. Bei gewichtigen Kantonsstrassenprojekten in anderen Zuger Gemeinden – etwa bei der Umfahrung Cham–Hünenberg – wurde auf eine Kostenbeteiligung der Gemeinden verzichtet; nur die flankierenden Massnahmen gehen zu Lasten der Gemeinden. Wenn die Stadt jetzt zur Kasse gebeten wird, leitet man einen Paradigmenwechsel ein bzw. ist dies eine fast nicht begründbare Ungleichbehandlung.
Die Kantonsratsmitglieder haben am Dienstag die Stellungnahme des Zuger Stadtrats zur Kenntnis nehmen können. Auch wenn jetzt nur noch von 100 statt 120 Millionen Franken städtischer Beteiligung gesprochen wird, so wird es doch schwierig werden. Der Stadtrat macht bei diesem Basar zwar mit, weil er sich kämpferisch geben will, es wird aber schwierig sein, diesen dreistelligen Millionenbetrag zu stemmen. Profiteure sind letztendlich sämtliche sich auf irgendeine Art in der Stadt

bewegenden Personen. Man will doch gemeinsam jetzt ein generationenübergreifendes Projekt realisieren. Dazu darf man ohne schlechtes Gewissen an die Generationensolidarität appellieren. Solidarität heisst in diesem Falle, dass die dereinst nutzniessende Generation auch ihren Beitrag dazu leisten soll.
Die Votantin fordert den Rat auf, jetzt gemeinsam die letzte Chance für den Stadttunnel zu packen. Wenn der Rat ihn wirklich will, dann muss er beim Beitrag der Stadt dringend Augenmass bewahren. Die Stadtbevölkerung muss zum vornherein hinter diesem Projekt stehen können. Ob sie bei einem Beitrag von 100 Millionen Franken mitmacht oder aber zur Killerin dieses Projekts wird, wird sich weisen. Und wenn dieses Projekt falliert, kann man nur noch den Scherbenhaufen wegwischen.

Jürg Messmer hat in der letzten Sitzung den Antrag gestellt, den Betrag der Stadt Zug bei 80 Millionen Franken zu belassen. Er hat auch die Tiefbaukommission kritisiert, welche ihren diesbezüglichen Antrag abgeändert hatte. Und heute nun bringt die Stawiko einen ganz anderen Antrag. Es scheint fast, dass umso mehr Anträge gestellt werden, je länger die Diskussion dauert, und dass jedermann in diesem Spiel auch noch mitmachen kann und man irgendwann bei 50 Millionen städtischem Beitrag und 75 Prozent Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuer landet.
Der Votant empfiehlt, beim ursprünglichen Antrag der Tiefbaukommission zu bleiben: 80 Millionen Franken städtischer Beitrag und kein Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuer. Wie mancher von den heutigen Ratsmitgliedern wird nämlich mit seinem Auto noch durch den Stadttunnel fahren können? Für sich selbst geht der Votant davon aus, dass er bei der Eröffnung mit dem Rollator unterwegs sein wird und sicher keine Motorfahrzeugsteuer mehr zahlen muss. Es sind aber nicht nur die Motorfahrzeugfahrer, welche profitieren, sondern auch die Fussgänger. Wenn die Autos nicht mehr durch die Stadt fahren, profitieren vor allem die Fussgänger, die Anwohner, der ÖV und die Radfahrer. Und wo bezahlen diese ihren Anteil? Soll es eine Fussgängersteuer geben, die für den Stadttunnel um 10 Prozent erhöht wird? Natürlich nicht – und deshalb empfiehlt der Votant, den ursprünglichen Antrag der Tiefbaukommission zu unterstützen.

Daniel Stadlin erinnert daran, dass 2013 Kanton und Stadt Zug gemeinsam Nutzen und Kosten analysiert und den Anteil der Stadt am Objektkredit auf 60 Millionen Franken festgesetzt haben, dies im Wissen, dass für «ZentrumPlus» noch weitere Kosten anfallen und die Gesamtkosten für die Stadt letztlich wesentlich höher liegen. Finanzpolitisch hat man heute jedoch eine etwas andere Situation, die nach einem höheren Investitionsbeitrag der Stadt verlangt. Wie hoch aber soll dieser sein, was ist angemessen? Es ist nicht einfach, bei diesem komplexen Projekt aus dem Gesamtnutzen den Anteil der Stadt zu benennen und die Kosten zu quantifizieren. Trotzdem: Mit 100 Millionen Franken, 40 Millionen mehr als ursprünglich vereinbart, überschreitet man die für die Stadt verkraftbare Grösse bei weitem, dies trotz der grossen Sparanstrengungen seitens der Stadt. Ein so hoher Betrag würde bei der Stadtbevölkerung mit grosser Wahrscheinlichkeit zur Ablehnung des Projekts füh¬ren. Will man den Stadttunnel mit ZentrumPlus an der Urne nicht scheitern lassen, muss der städtische Beitrag einerseits dem Nutzen angemessen und anderseits finanzierbar sein. Daher bittet der Votant, den Investitionsbetrag der Stadt Zug nicht höher als bei den von der Tiefbaukommission ursprünglich vorgeschlagenen 80 Millionen Franken Franken festzulegen. In diesem Sinn stellt er den **Antrag,** den Investitionsbeitrag der Stadt Zug auf 80 Millionen Franken festzulegen.

Vroni Straub-Müller: Vor einiger Zeit wurde an einer Behördendelegationssitzung zwischen Kanton und Stadt ein Kostenbeitrag der Stadt Zug von 60 Millionen Franken fixiert. Auf einer riesigen Excel-Tabelle wurden jeder Strassenabschnitt, jeder Knoten, jede Umgestaltung aufgelistet und mit einem Preisschild versehen. Der Anteil der Stadt an den Zufahrtsstrassen zu den Portalen wurde errechnet, ebenso der Anteil Landerwerb für diejenigen Flächen, welche dereinst im Eigentum der Stadt verbleiben. Die beiden Baudepartemente haben diese Berechnungen angestellt, sie sind fachlich austariert – und nochmals: Man einigte sich auf 60 Millionen Franken.
Bisher wurde bei gewichtigen Kantonsstrassenprojekten in anderen Zuger Gemeinden auf eine Kostenbeteiligung verzichtet, was in diesem Fall, beim Stadttunnel, eigentlich zu einer nicht begründbaren Ungleichbehandlung führt. Dies aber eben nur eigentlich: Der Stadt Zug ist klar, dass sie sich mit einem angemessenen Millionenbetrag beteiligen muss. Das sagt die Votantin als Stadträtin – womit auch ihre Interessenbindung offengelegt ist. Was heisst aber angemessen? In den letzten Wochen oder Tagen tönte es fast wie am Stierenmarkt: Wer bietet mehr, wer bietet weniger? Vergessen scheinen die austarierten Berechnungen der Fachleute. Neu beantragen jetzt Regierung, Stawiko und Tiefbaukommission 100 Millionen Franken Kostenbeteiligung. Und nicht zu vergessen: Dazu kommen noch ca. 40 Millionen Franken, welche die Stadt Zug für «ZentrumPlus» aufwenden muss. Für die Stadt beginnt die Arbeit nämlich erst nach dem Bau des Stadttunnels. Es kommen grosse Aufgaben auf die Stadt zu wie etwa die Mitfinanzierung des Busbahnhofs West, die Umgestaltung des Dreispitzplatzes, die Anpassungen des Kanalisationsnetzes, welches durch den Tunnel quasi zerschnitten wird. Für diese städtebaulichen und verkehrstechnischen Massnahmen muss die Stadt ca. 40 Millionen Franken aufwenden. Und das ist okay so, schliesslich will die Stadt ein «ZentrumPlus», das seinen Namen verdient; und nur mit «ZentrumPlus» entfaltet der Stadttunnel seine gesamte Wirkung. Ziel ist eine attraktive Innenstadt, auf die der ganze Kanton stolz sein kann. Aber diese 100 Millionen plus 40 Millionen Franken sind für die Stadt sehr, sehr schwer zu stemmen. 140 Millionen Franken machen über zehn Jahre 14 Millionen Franken pro Jahr. Das ist bereits die Hälfte der möglichen Bruttoinvestitionen, welche die Stadt gemäss Finanzplan überhaupt leisten kann. Und die jährliche Zinsbelastung beträgt dabei 1 Million Franken zusätzlich. Zudem entstehen hohe Abschreibungen von jährlich 10 Prozent; bei einer ersten Zahlung von 30 Millionen Franken lösen die Abschreibungen auf der Aufwandseite also 3 Millionen Franken oder mehr als 1 Steuerfussprozent aus. Eine weitere Aufnahme von Fremdkapital wird kaum mehr möglich sein, und andere wichtige Gemeindeaufgaben wie die dringend benötigten Schulbauten oder die Sanierung der eigenen Gebäude, der Strassen und Plätze werden darunter leiden. Die Stadt unterstützt deshalb den Antrag, die Kostenbeteiligung der Stadt auf 80 Millionen Franken festzulegen. Damit signalisiert sie klar, dass es ihr ernst ist.

Andreas Lustenberger stellt formell den **Antrag** der AGF zu § 2 Abs. 2: «Der restliche Objektkredit wird zu 75 Prozent der Spezialfinanzierung Strassenbau und zu 25 Prozent der Allgemeinen Staatsrechnung belastet.» Für die AGF ist klar, dass vor allem die Autofahrenden sehr stark vom Stadttunnel profitieren. Es ist deshalb selbstverständlich, dass diese Gruppe einen sehr hohen Beitrag an die Kosten leisten muss. Es sind sich auch alle einige, dass die finanziellen Aussichten des Kantons Zug schwierig. Der Staatshaushalt soll deshalb mit diesem Projekt nicht unnötig belastet und den jungen Zugerinnen und Zugern keinen Schuldenberge hinterlassen werden.

Ivo Hunn stellt den **Antrag,** § 2 Abs. 1a zu streichen, den Stadttunnel also ohne Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer zu finanzieren. Seine Interessenbindung: Er ist Motorfahrzeughalter und -fahrer, Velofahrer und Fussgänger, dies auch in der Stadt Zug.
Für den Votanten stellt sich die Frage, wieso die Motorfahrzeughalterin und der Motorfahrzeughalter speziell resp. zusätzlich zur Kasse gebeten werden soll. Der Stadttunnel ist das Mittel, damit die Zuger Innenstadt mehr oder weniger autofrei werden soll. Es profitieren auch Personengruppen, die mit dem Velo unterwegs sind oder die zu Fuss einkaufen, flanieren oder essen gehen. Auch der öffentliche Verkehr resp. die Nutzenden des ÖV profitieren von diesem Projekt. Es darf auch nicht vergessen werden, dass die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer auch die KMU treffen würde. Für den Votanten ist dies eine unfaire und einseitige Finanzierungsmethode, die bei der Volksabstimmung sicher ein Argument für die Ablehnung wird. Deshalb soll die Motorfahrzeugsteuer unverändert belassen und der Stadttunnel mehrheitlich aus der Spezialfinanzierung Strassenbau und der Allgemeinen Staatsrechnung, abzüglich Beitrag der Stadt Zug, finanziert werden. Wieso mehrheitlich aus der Spezialfinanzierung Strassenbau? Da dann auch die umliegenden Kantone mitfinanzieren.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Anträge der AGF und von Ivo Hunn zu einem spätere Zeitpunkt bzw. bei den Fremdänderungen zur Abstimmung kommen.

Oliver Wandfluh weist darauf hin, dass die Zahlen des Strassenverkehrsamts belegen, dass die meisten der Anwohner, Fussgänger, Velofahrer und ÖV-Nutzer, die ebenfalls vom Stadttunnel profitieren, auch ein Auto besitzen und Auto fahren. Die Erhöhung der Motofahrzeugsteuer um 25 Prozent trifft also auch diese Personengruppen.

Philip C. Brunner war bis ins Mark erschüttert, als die Tiefbaukommission den städtischen Beitrag von 60 auf 80 Millionen Franken erhöhte. Er findet die heutige Diskussion aber wohltuend und konstruktiv. Man scheint in der Stadt eingesehen zu haben, dass der städtische Beitrag bei 80 Millionen Franken fixiert werden muss. Das ist ein guter Kompromiss, der im Interesse aller liegt und dem der Votant zustimmen wird. Er möchte aber auch danken, einerseits den Mitgliedern der Stawiko und der Tiefbaukommission, insbesondere aber den Mitarbeitern und dem Vorsteher der Baudirektion. Es wurde sehr viel Arbeit geleistet, um heute diesen wichtigen Entscheid fällen zu können. Wenn im Jahr 2028 der Stadttunnel der Bevölkerung und Wirtschaft zur Verfügung steht, wird die Geldfrage, die heute den Kantonsrat eminent beschäftigt, nicht mehr dieselbe Bedeutung haben wie heute. Man wird 2028 oder 2030 sehr froh sein um den Stadttunnel, denn die Mobilität wird bis dann mit Sicherheit nicht abnehmen. Der Kantonsrat ist deshalb gut beraten, wenn er dieses Projekt den Stimmbürgerinnen und -bürgern vorlegt – mit einem guten Kompromiss, wie er nun in Reichweite liegt.

Eusebius Spescha ist auch ein Kandidat für das Rollator-Rennen bei der allfälligen Eröffnung des Stadttunnels. Den mehrfach gehörten Begriff «Basar» findet er despektierlich. Der Kantonsrat macht seine Arbeit, bringt die verschiedenen Argumente ein und handelt eine Lösung aus. Die SP-Fraktion teilte schon in der Eintretensdebatte mit, dass sie – vor allem aus ökonomischen Gründen – dem Stadttunnel skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Der Betrag von fast 1 Milliarde Franken wird sehr schwierig zu stemmen sein. Wenn das Projekt in der Volksabstimmung aber eine Chance haben soll, muss der allgemeine Staatshaushalt von

Kanton und Stadt möglichst entlastet werden. Die SP wird den Vorschlag unterstützen, dass die Stadt Zug nur mit 60 Millionen Franken belastet wird, dass 300 Millionen Franken zulasten der Motorfahrzeugsteuer und der Restkredit zu 75 Prozent zulasten der Spezialfinanzierung und nur zu 25 Prozent zulasten der Allgemeinen Staatsrechnung gehen.

Für **Markus Jans** wurden in verschiedenen Voten vordergründig unterschiedliche Interessen erwähnt. Weshalb soll der Stadttunnel gebaut werden? Nicht wegen der zu Fuss Gehenden, der Velofahrenden oder des ÖV, sondern für die Autofahrenden und um den Motorisierten Individualverkehr aus der Stadt herauszubringen. Dass die Velofahrer und Fussgänger auch profitieren, ist eine nette Nebenerscheinung. Es war aber noch nie ein Thema, dieses Milliardenprojekt wegen dieser Personengruppen in Angriff zu nehmen. Auch werden mit dem Stadttunnel zwar einige Stadtteile vom Verkehr entlastet, andere, bis heute relativ ruhige Stadtteile werden aber neu mit Verkehr belastet. Es gibt also eine grosse Verlagerung – und kein einziges Auto weniger. Allerdings ging es auch nie um eine Reduktion, sondern nur um die Verlagerung des Verkehrs. Man soll deshalb nicht über Nebenschauplätze sprechen, sondern klar dazu stehen, dass der Stadttunnel für den Motorisierten Individualverkehr gebaut wird.

Stawiko-Präsident **Gregor Kupper** stellt richtig, dass die Stawiko keinen neuen Antrag stellt, sondern ihren ursprünglichen Antrag zugunsten des Antrags der Tiefbaukommission und des Regierungsrats zurückzieht. Es geht ihr darum, einen Konsens zu finden, um das Geschäft mehrheitsfähig zu machen. Der Votant verwahrt sich auch dagegen, dass hier von «Basar» gesprochen wird. Es ist die Aufgabe des Kantonsrats, nach mehrheitsfähigen Lösungen zu suchen, wozu Kompromisse eingegangen werden müssen.
Es gibt bei diesem Geschäft verschiedene Schmerzgrenzen: für die Stadt, für die Motorfahrzeugfahrer, für den Kanton. Der Stawiko war es ein Anliegen, die Schmerzgrenzen bei den drei Partnern einigermassen gleich hoch zu überschreiten – es wird nämlich auf jeden Fall schmerzen. Dem Stawiko-Präsidenten waren die finanziellen Anliegen der Stadt immer auch ein eigenes Anliegen, was in seinen Voten im letzten Frühjahr deutlich zum Ausdruck kam. Dank seiner Motion kann die Stadt für 2015 und vermutlich auch 2016 ein leicht positives Budget präsentieren; einen Dank dafür hat er von keinem Stadtrat und keinem Vertreter der Stadt gehört. Hier nun liegt ein Geschäft vor, das zulasten der Stadt geht. Der Stawiko-Präsident hält aber einen städtischen Beitrag von 100 Millionen Franken für vertretbar.

Rainer Suter gibt seinem Vorredner Recht. Auch kostet ein Jahrhundertprojekt wie der Stadttunnel rund viereinhalb Mal mehr als die Tangente Zug/Baar oder die Umfahrung Cham–Hünenberg. Dass ein solches Projekt von verschiedenen Kassen gestemmt werden muss, versteht sich von selbst. Wenn das Volk die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern von 60 bis 70 Franken pro Jahr und Fahrzeug nicht will, kann es das Mammutprojekt Stadttunnel an der Urne ablehnen. Damit gehen alle zusammen baden: Fussgänger, Fahrradfahrer und Autofahrer. Der See liegt ja nicht weit entfernt.

Für **Jürg Messmer** hat die Stawiko doch einen neuen Antrag gestellt. Sie übernimmt zwar von der Tiefbaukommission die 100 Millionen Franken Stadtbeitrag, bleibt aber bei 300 Millionen Franken aus der Motorfahrzeugsteuer, allerdings mittels einer 25-prozentigen Erhöhung. Und natürlich ist richtig, dass die Erhöhung nur 60 bis 70 Franken pro Fahrzeug und Jahr beträgt. Es gibt aber auch Firmen mit

Fahrzeugflotten, also 100 oder 200 Fahrzeugen. Was ist, wenn beispielsweise die V-Zug oder die WWZ ihre Fahrzeuge anderswo einlösen? Ist dann die Rechnung immer noch positiv? Deshalb bittet der Votant, den ursprünglichen Antrag der Tiefbaukommission – 80 Millionen städtischer Beitrag und keine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer – zu unterstützen.

Für Baudirektor **Heinz Tännler** hat Stawiko-Präsident Gregor Kupper in seinem letzten Votum die Sache auf den Punkt gebracht. Es wurde kein Basar veranstaltet, sondern man hat in der Stawiko, in der Tiefbaukommission und in der Baudirektion intensiv an der Finanzierungsfrage gearbeitet. Dass ein Beitrag der Stadt systemfremd sei, ist nicht richtig. Auch bei der Umfahrung Cham–Hünenberg bezahlt die Gemeinde mit, nicht an die Umfahrung selbst, aber an die flankierenden Massnahmen. Auch die Stadt Zug bezahlt nicht an das Erschliessungs- und Umfahrungssystem, sondern an die Abklassierung der Kantonsstrassen zu Gemeindestrassen und letztlich an ZentrumPlus. Das ist dasselbe wie bei der Umfahrung Cham–Hünenberg und bei der Nordstrasse. Es wurde zusammen mit der Stadt klar aufgelistet, wo die Kosten für den Stadttunnel und ZentrumPlus anfallen, und aufgrund dieser Listen kam man auf einen städtischen Anteil von 80 bis 100 Millionen Franken. Das ist natürlich keine mathematische Rechnung, und es ist nicht ganz einfach, die Anteile auszuklügeln. In der Diskussion mit der Stadt, welche 20 bis 30 Millionen Franken bezahlen wollte, ist man schliesslich bei einem Betrag von 60 Millionen Franken gelandet; ob die Baudirektion hier allenfalls schlecht verhandelt hat, sei offengelassen, sie hat aber auch gegenüber der Stawiko immer gesagt, die Grössenordnung von 80 bis 100 Millionen Franken sei realistisch. Die Stawiko hat dann noch einen anderen Ansatz gewählt und nicht die Kosten ausdividiert, sondern die Frage gestellt, was der Tunnel der Stadt Zug nützt. Diese Nutzenfrage hat dazu geführt, dass die Stawiko den städtischen Betrag mit entsprechender Begründung auf 120 Millionen Fragen ansetzte. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass der Beitrag der Stadt also nicht systemfremd ist und dass es gerechtfertigt ist, einen städtischen Betrag von 100 Millionen Franken zu verlangen, dies für ein Jahrhundertbauwerk, welches der Stadt während vielen Jahrzehnten dienen wird.
Auch mit der Frage des Zuschlags auf die Motorfahrzeugsteuer haben sich die Baudirektion, die Finanzdirektion und die Stawiko lange auseinandergesetzt. Man war sich einig, dass der Individualverkehr der Hauptgrund für die städtischen Verkehrsprobleme ist, weshalb er verursachergerecht auch mehr bezahlen muss. Die Regierung ist deshalb der Meinung, dass 300 Millionen Franken mittels einer 25-prozentigen Erhöhung gerechtfertigt sind Das macht im Durchschnitt etwa 60 bis 70 Franken pro Jahr und Fahrzeug aus, dies während 27 Jahren. Jürg Messmer hat auf die KMU und deren höhere Kosten hingewiesen. Man müsste hier aber auch die Staukosten in die Rechnung einbeziehen, die pro Jahr – wenn es keinen Stadttunnel gibt – wahrscheinlich höher als 60 bis 70 Franken pro Fahrzeug liegen. Die wegfallenden Staukosten werden die höheren Motorfahrzeugsteuern also mehr als kompensieren.
Die 40 Millionen Franken, welche die Stadt Zug zusätzlich für Aufwertungsmassnahmen zu bezahlen haben wird, werden nicht auf einen Schlag fällig. Der Kanton liefert das Grundgerüst von ZentrumPlus, und die Stadt kann dann ihre Investitionen zeitlich gestaffelt vornehmen. Dazu gehört offenbar auch ein neuer Busbahnhof, wobei dieser – wie der Volkswirtschaftsdirektor bestätigt hat – nicht zu 100 Prozent von der Stadt Zug berappt werden muss; der Kanton wird daran ebenfalls einen Beitrag leisten.
Der Regierungsrat hält also an seinem Antrag fest. Er hält ihn für adäquat, vertretbar und vernünftig, und er ist überzeugt, dass mit diesem Vorschlag der Stadt-

tunnel gestemmt werden kann. Der Baudirektor bittet deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen. Der Stadt gibt er den Rat, nicht zu jammern, sondern nach vorne zu schauen und zusammen mit dem Kanton diesen Schritt zu tun.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, nun über die Einzelfragen in der folgenden Reihenfolge abzustimmen:
- Gesamtbetrag des Objektkredits;
- Beteiligung der Stadt Zug;
- Art und Höhe der Mitfinanzierung des Projekts über eine befristete Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer;
- Aufteilung der Restfinanzierung auf die Spezialfinanzierung Strassenbau und die Allgemeine Staatsrechnung.

Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Gesamtbetrag des Objektkredits

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat der Kommission für Tiefbauten und der Staatswirtschaftskommission anschliesst und seinen ursprünglichen Antrag zurückzieht. Somit entfällt eine Abstimmung.

➔ Der Rat legt den Gesamtbetrag des Objektkredits stillschweigend auf 890 Millionen Franken fest.

Beteiligung der Stadt Zug

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat auch in diesem Punkt der Kommission für Tiefbauten anschliesst und seinen ursprünglichen Antrag zurückzieht. Daniel Stadlin und Jürg Messmer beantragen 80 Millionen Franken, die AGF und die SP-Fraktion beantragt 60 Millionen Franken. Die Staatswirtschaftskommission hat ihren Antrag zurückgezogen. Somit ergibt sich eine Dreifachabstimmung. durch:
- Antrag der Kommission für Tiefbauten und neu auch von Regierungsrat und Stawiko: 100 Millionen Franken;
- Antrag von Daniel Stadlin und Jürg Messmer: 80 Millionen Franken;
- Antrag der AGF und der SP-Fraktion: 60 Millionen Franken.

Jedes Ratsmitglied hat *eine* Stimme.

Die folgende Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
- 100 Mio. Franken: 48 Stimmen
- 80 Mio. Franken: 14 Stimmen
- 60 Mio. Franken: 12 Stimmen

➔ Der Rat legt die Beteiligung der Stadt Zug auf 100 Millionen Franken fest.

Art und Höhe der Mitfinanzierung des Projekts über eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer

§ 2 Abs. 1a

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der neue Abs. 1a einen Zusammenhang mit den Fremdänderungen in Ziffer II hat. Er schlägt daher vor, zuerst die Fremdänderungen zu beraten und zu verabschieden und dann das Ergebnis von Ziffer II in § 2 Abs. 1a übernehmen. Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

II. Fremdänderungen: Gesetz über die Steuern im Strassenverkehr

§ 17a, Abs. 1 und 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission eine Änderung des Gesetzes über die Steuern im Strassenverkehr beantragt. Es soll dort ein neuer § 17a betreffend einen zweckgebundenen Zuschlag zur Motorfahrzeugsteuer eingefügt werden. Die Kommission für Tiefbauten schliesst sich im Grundsatz der Idee der Mitfinanzierung durch die befristete Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer an. Der Regierungsrat stellt dazu einen eigenen Antrag. Die Staatswirtschaftskommission zieht ihren ursprünglichen Antrag zurück und unterstützt den Antrag des Regierungsrats. Zwischen den Anträgen der Kommission für Tiefbauten einerseits und des Regierungsrats sowie der Stawiko anderseits zu § 17a des Gesetzes über die Steuern im Strassenverkehr besteht materiell nur eine einzige Differenz, die zusammen beraten und zur Abstimmung gebracht wird, obwohl formell die Abs. 1 und 3 davon betroffen sind.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Tiefbauten beantragt:
• Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuer von 25 Prozent (§ 17a Abs. 1);
• Mitfinanzierung bis Amortisierung von 200 Millionen Franken (§ 17a Abs. 3).
Der Regierungsrat und die Staatswirtschaftskommission stellen folgenden Antrag:
• Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuer von 25 Prozent (§ 17a Abs. 1);
• Mitfinanzierung bis Amortisierung von 300 Mio. Franken (§ 17a Abs. 3).

Dem Stawiko-Präsidenten **Gregor Kupper** sind die beantragten 300 Millionen Franken ein grosses Anliegen. Die Spezialfinanzierung Strassenbau wird nach der der Realisierung der Tangente Zug/Baar und der Umfahrung Cham–Hünenberg bereits im Minus, was nach den Vorgaben des Finanzhaushaltgesetzes vorübergehend in Kauf genommen werden kann; mittelfristig muss die Spezialfinanzierung aber wieder ausgeglichen sein. Mit den 300 Millionen Franken wird die Spezialfinanzierung entlastet. Die Stawiko hält diesen Betrag, ungefähr ein Drittel des Gesamtkredits, für gerechtfertigt und ausgewogen. Er belastet im Übrigen die Staatsrechnung nicht, weil er wie ein Darlehen an den Stadttunnel behandelt und mittels des Zuschlags auf die Motorfahrzeugsteuer amortisiert wird; die Laufende Rechnung wird höchstens mit ein paar Franken Zinsen belastet, welche bei einer allfälligen Fremdfinanzierung bezahlt werden müssen.
Die Staatswirtschaftskommission hat ursprünglich einen Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuer von 50 Prozent beantragt, dies in der Meinung, dass die 300 Millionen Franken in etwa 20 Jahren abgearbeitet werden sollten. Sie zieht diesen Antrag nun aber zurück und folgt dem Argument der Tiefbaukommission und des Regierungsrats, dass die Frist von 20 Jahren erstreckt werden sollte, damit nicht nur

die heutige Generation, welche den Entscheid für den Stadttunnel fällt, sondern in einer zweiten Phase auch die Benutzer des Tunnels mit diesem Zuschlag belastet wird. Ob bei der Eröffnung des Tunnels dann in Richtung einer Maut entschieden wird, kann heute offenbleiben; ein entsprechender Denkanstoss soll dem Regierungsrat aber mit auf den Weg gegeben werden.
In diesem Sinn empfiehlt der Stawiko-Präsident, am Betrag von 300 Millionen Franken festzuhalten und diesem mit einem 25-prozentigen Zuschlag zu amortisieren.

Der **Vorsitzende** hält verständnishalber fest, dass über den Antrag von Ivo Hunn und Jürg Messmer, auf einen Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuer zu verzichten, abgestimmt wird, wenn die jetzt vorliegenden Fragen bereinigt sind.

Jürg Messmer ist der Meinung, dass hier drei Anträge vorliegen und eine Dreifachabstimmung durchgeführt werden müsste, nämlich:
• Zuschlag 25 Prozent, Betrag 200 Millionen Franken;
• Zuschlag 25 Prozent, Betrag 300 Millionen Franken;
• kein Zuschlag.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass zuerst die Bereinigung durchgeführt und dann der bereinigte Antrag dem Streichungsantrag gegenübergestellt werden muss.

Baudirektor **Heinz Tännler** macht ergänzend darauf aufmerksam, dass der Vorschlag der Stawiko keineswegs ein Exot ist. Auch beispielsweise in Olten hat man grosse Strassenbauprojekte über eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer wesentlich mitfinanziert. Er bittet deshalb, den Antrag der Stawiko und des Regierungsrats zu unterstützen.

➔ Der Rat folgt mit 51 zu 21 Stimmen dem Antrag des Regierungsrat und der Staatswirtschaftskommission:
• Zuschlag auf die Motorfahrzeugsteuer:25 Prozent (§ 17a Abs. 1);
• Mitfinanzierung bis Amortisierung von 300 Mio. Franken (§ 17a Abs. 3).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass diese Fremdänderungen § 2 Abs. 1a beeinflussen. Die Staatskanzlei und die Baudirektion bereinigen den Erlasstext auf die zweite Lesung hin.

§ 17a Abs. 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

§ 17a Abs. 4

Rainer Suter stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** § 17a Abs. 4 zu streichen. Die Eröffnung des Stadttunnels erfolgt voraussichtlich im Jahr 2032, und der eben beschlossene Betrag von 300 Millionen Franken wird voraussichtlich im Jahr 2038 amortisiert sein. Es macht keinen Sinn, für nur sechs Jahre ein *Road Pricing* oder eine andere Nutzungsgebühr einzuführen – ausser es besteht die Absicht, eine weiter in die Zukunft reichende Tunnelgebühr einzuführen. Eine solche Gebühr aber lehnt die SVP kategorisch ab. Die SVP-Fraktion beantragt deshalb die Streichung von § 17a Abs. 4.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass es in Abs. 4 um eine Option geht: Der Regierungsrat soll dem Kantonsrat nach der Eröffnung des Tunnels allenfalls einen Vorschlag zur Ablösung des Zuschlags auf die Motorfahrzeugsteuer durch ein *Road Pricing* unterbreiten können, sollten dannzumal die Voraussetzungen vorliegen. Es ist bekannt, dass die Bepreisung des Strassenraums früher oder später kommen wird. Die entsprechende Verfassungsgrundlage gibt es heute noch nicht, es wird sie aber in zehn, zwanzig oder dreissig Jahren möglicherweise geben. Die Diskussion über eine Ablösung wird deshalb gerechtfertigt sein. Es handelt sich um eine hervorragende Option, weshalb der Baudirektor bittet, auch hier dem Antrag des Regierungsrats und der Kommissionen zu folgen.

➔ Der Rat lehnt mit 46 zu 26 Stimmen den Streichungsantrag der SVP-Fraktion ab und genehmigt damit den vorliegenden Antrag zu § 17a Abs. 4.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun das Ergebnis der vorherigen Abstimmungen zu § 17a dem Antrag der FDP-Fraktion sowie von Ivo Hunn und Jürg Messmer auf gänzliche Streichung der Fremdänderungen gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat lehnt die Streichung der Fremdänderungen mit 51 zu 20 Stimmen ab.

§ 2 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission beantragt, den restlichen Objektkredit je zu 50 Prozent der Spezialfinanzierung Strassenbau und der Allgemeinen Staatsrechnung zu belasten. Die Kommission für Tiefbauten will eine Aufteilung von 60 Prozent zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau und von 40 Prozent zulasten der Allgemeinen Staatsrechnung. Die AGF beantragt, den restliche Objektkredit zu 75 Prozent der Spezialfinanzierung Strassenbau und zu 25 Prozent der Allgemeinen Staatsrechnung zu belasten.

Baudirektor **Heinz Tännler** stellt namens des Regierungsrat des **Antrag,** den Restbetrag wie folgt aufzuteilen: 235 Millionen Franken bzw. 48 Prozent zulasten der Allgemeinen Staatsrechnung, 255 Millionen Franken bzw. 52 Prozent zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau. Die Stawiko hat in ihren letzten Sitzungen festgehalten, dass eine Belastung der Allgemeinen Staatsrechnung von 235 Millionen Franken vertretbar sei. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Haltung an und erachtet es gleichzeitig als vertretbar, die aus der Verringerung des städtischen Beitrags resultierenden 20 Millionen Franken auf die Spezialfinanzierung Strassenbau zu überschreiben.

Daniel Thomas Burch, Präsident der Tiefbaukommission, erläutert, dass die Tiefbaukommission ein Verhältnis von 60 zu 40 Prozent vorgeschlagen hat, weil sie von 200 Millionen Franken aus der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer ausgegangen ist. Da diesbezüglich nun 300 Millionen Franken beschlossen wurden, ist die ungefähre Aufteilung 50 zu 50 korrekt. Auch die Aufteilung 52 zu 48 geht für den Kommissionspräsidenten persönlich in Ordnung.

Finanzierung des restlichen Objektkredits

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit vier Anträge vorliegen und es zu einer Vierfachabstimmung kommt:
- Antrag der Staatswirtschaftskommission: je 50 Prozent zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau und der Allgemeinen Staatsrechnung;
- Antrag der Kommission für Tiefbauten: 60 Prozent zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau und 40 Prozent zulasten der Allgemeinen Staatsrechnung;
- Antrag der AGF: 75 Prozent zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau und 25 Prozent zulasten der Allgemeinen Staatsrechnung;
- Antrag des Regierungsrats: 52 Prozent zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau und 48 Prozent zulasten der Allgemeinen Staatsrechnung.

Jedes Ratsmitglied hat *eine* Stimme.

Die folgende Vierfachabstimmung ergibt die folgenden Resultate:
- Antrag der Staatswirtschaftskommission: 29 Stimmen
- Antrag der Kommission für Tiefbauten: 5 Stimmen
- Antrag der AGF: 11 Stimmen
- Antrag des Regierungsrats: 27 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der nächsten Abstimmung ermittelt wird, welcher von den zwei Anträgen mit den schlechtesten Resultaten gestrichen werden soll. Die Abstimmung ergibt die folgenden Resultate:
- Antrag der Kommission für Tiefbauten: 12 Stimmen
- Antrag der AGF: 57 Stimmen.

➔ Der Rat streicht damit den Antrag der AGF.

Die folgende Dreifachabstimmung führt zu folgenden Resultaten:
- Antrag der Staatswirtschaftskommission: 32 Stimmen
- Antrag der Kommission für Tiefbauten: 13 Stimmen
- Antrag des Regierungsrats: 26 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der nächsten Abstimmung nochmals ermittelt wird, welcher von den zwei Anträgen mit den schlechtesten Resultaten gestrichen werden soll. Die Abstimmung ergibt die folgenden Resultate:
- Antrag der Kommission für Tiefbauten: 58 Stimmen
- Antrag des Regierungsrats: 13 Stimmen.

➔ Der Rat streicht damit den Antrag der Kommission für Tiefbauten.

➔ In der abschliessenden Abstimmung folgt der Rat mit 40 zu 31 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats: 52 Prozent zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau und 48 Prozent zulasten der Allgemeinen Staatsrechnung.

§ 2 Abs. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission für Tiefbauten und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 3 Abs. 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat bereits bei § 2 Abs. 1 über die Beteiligung der Stadt Zug beschlossen hat. Eine weitere Beratung und eine Abstimmung erübrigen sich. Die Staatskanzlei und die Baudirektion passen den Erlasstext an. Aus erlasstechnischen Gründen soll die Fälligkeit der drei Drittel der Zahlungen der Stadt Zug laut der Formulierung gemäss Antrag der Staatswirtschaftskommission strukturiert werden. Die Staatskanzlei und die Baudirektion werden auch diese redaktionelle Anpassung vornehmen.

§ 4

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Tiefbauten eine neue Formulierung einbringt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an und zieht seinen Antrag zurück.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Tiefbaukommission.

III. Fremdaufhebungen

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

IV. Referendumsklausel und Inkrafttreten

Der **Vorsitzende** hält zu Abs. 1 betreffend das Inkrafttreten von § 1 fest, dass sich die Kommission für Tiefbauten und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen. Zu Abs. 2 betreffend das Inkrafttreten von § 2–4 erinnert er daran, dass bereits die Staatswirtschaftskommission beantragt hatte, diese Vorlage dem Behördenreferendum zu unterstellen; im Übrigen stimmt dieser Absatz materiell mit dem Antrag des Regierungsrats überein. Die Kommission für Tiefbauten schliesst sich dem Antrag der Staatswirtschaftskommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist der Erlasstext in erster Lesung zu Ende beraten. Der **Vorsitzende** weist der guten Ordnung halber darauf hin, dass der Rat das Behördenreferendum, gestützt auf § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung, rein formell gesehen erst nach der Schlussabstimmung mit einem Drittel der Mitglieder beschliessen kann. Dieser Punkt wird deshalb nach der Schlussabstimmung noch formalisiert zur Abstimmung gebracht.
Es folgt eine zweite Lesung. Da mit dieser Vorlage auch eine Gesetzesänderung verbunden ist, kann die zweite Lesung, gestützt auf § 44 Abs. 1 der Kantonsverfassung und § 55 Abs. 2 der Geschäftsordnung, nicht schon an der nächsten Sitzung, sondern frühestens zwei Monate nach der ersten Lesung stattfinden. Es ist geplant, die zweite Lesung in der Sitzung vom 26. Februar 2015 durchzuführen.

TRAKTANDUM 8

1264 **Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen (Beurkundungsgesetz; BeurkG): 2. Lesung**

Es liegen vor: Ergebnis 1. Lesung (2328.4 - 14772); Anträge von Kurt Balmer (2328.5 - 14805), Georg Helfenstein (2328.7 - 14812) und Heini Schmid (2328.8 - 14813) sowie des Obergerichts (2328.6 - 14806).

Der **Vorsitzende** begrüsst Alfred Iten, den Vizepräsidenten des Obergerichts. Er informiert, dass auf die zweite Lesung folgende Anträge eingegangen sind:

- Antrag von Kurt Balmer zu § 10 Abs. 3 (neu);
- Antrag des Obergerichts zu § 33 Abs. 1^{bis} Bst. b (Änderung des Ergebnisses der ersten Lesung);
- Antrag von Georg Helfenstein zu § 29 Abs. 2 (Änderung des Ergebnisses der ersten Lesung);
- Antrag von Heini Schmid § 21a (Änderung des Ergebnisses der ersten Lesung).

Kurt Balmer macht drei Vorbemerkungen:

- Seinen Antrag hat er bereits in der ersten Lesung angekündigt und dann ordnungsgemäss schriftlich eingereicht.
- Beim vorliegenden Geschäft hat er keine besondere Interessenbindung.
- Er bittet – nach den bereits behandelten wichtigen Geschäften – noch um etwas Aufmerksamkeit bei diesem etwas juristischen Thema.

Bei der zur Debatte stehenden Revision des Beurkundungsgesetzes geht es um eine Verschärfung der Haftung resp. Erhöhung der entsprechenden Strafen sowie weiterer Bedingungen für die Urkundspersonen. In gewissen Gemeinden – etwa in Risch – gibt es sogenannte Zwangsmitgliedschaften von Grundeigentümern beispielsweise bei Wassergenossenschaften. Diese wurden bisher teilweise automatisch, relativ offen und ohne gesetzliche Grundlage durch die gemeindlichen Urkundspersonen über Mutationen informiert. Man kann nicht behaupten, dass das Gesetz dadurch nicht mindestens geritzt bzw. nicht sogar eine Straftat begangen wurde; zumindest lag dieses Vorgehen im Graubereich. Nach der Revision des Gesetzes ist dieses Vorgehen nicht mehr zulässig, und es ist Aufgabe des Kantonsrats, hier für Klarheit zu sorgen. Es braucht – wie beantragt – eine entsprechende Ermächtigung. Es ist – wie behauptet werden könnte – nicht richtig, dass einfach regelmässig beim Grundbuchamt angefragt werden kann, welche Mutationen vorgenommen worden seien und welches die neuen Eigentümer seien. Das Grundbuchamt ist zum einen nicht so auskunftsfreudig, wie gewisse Ratsmitglieder meinen, zum anderen ist diese Methode auch nicht sehr praktikabel. Es wurde auch behauptet, dass die Problematik mit einer Ermächtigung im Vertrag selbst gelöst werden könne. Das ist grundsätzlich richtig. Was aber macht man, wenn die Vertragspartner sich weigern? Dann besteht eine Beurkundungspflicht der Urkundsperson, die aber eigentlich nicht informieren dürfte, weil sie sonst eine Amtspflichtverletzung und damit eine Straftat begeht – und die fehlende Information ist ein Problem für das betreffende Versorgungswerk. Und einfach zu sagen, dann gebe es halt keine Information an die entsprechenden Versorgungswerke, ist aus Sicht des Votanten falsch. Es gibt ja durchaus Gründe für die erwähnten Zwangsmitgliedschaften. Und es gibt da auch einen Unterschied zu Verwaltungen bei Stockwerkeigentümern, welche diese Informationen auch gern erhalten würden; dieser Unterschied ist zu berücksichtigen. Der Vergleich mit den kantonalen Versorgern hinkt ebenfalls: Ein lokales Versorgungswerk lässt sich nicht mit einer WWZ vergleichen. Wer also die bisherige opportunistische Praxis legalisieren und nicht nur strengere Strafen für Urkundspersonen, sondern auch Ermächtigungen als Gegengewicht

und Kompensation setzen will, sagt Ja zum Vorschlag des Votanten. Er will die Urkundspersonen nicht kriminalisieren, aber eigentlich hätte die Aufsichtsbehörde bei der bisherigen Praxis eingreifen müssen. Dies hat sie nicht getan, weshalb der Votant davon ausgeht, dass die Aufsichtsbehörde bisher ihrerseits gegen gewisse Bestimmungen verstossen hat. Der Votant ruft dazu auf, den gut funktionierenden und wichtige staatliche Aufgaben wahrnehmenden Versorgungswerken keine Steine in den Weg zu legen und die relativ harmlose Ermächtigung im Gesetz zu stipulieren. Die kleine Relativierung der Stillschweigeverpflichtung ist gerechtfertigt. In diesem Sinn bittet der Votant, seinen Antrag zu unterstützen.

Georg Helfenstein hält fest, dass sein Antrag darauf beruht, dass die in der ersten Lesung beschlossene Fassung für die Urkundspersonen darauf hinausläuft, die Verantwortung auch für Beglaubigungen übernehmen zu müssen, welche durch ernannte Beglaubigungspersonen gemacht werden. Der vorliegende Antrag soll dem entgegenwirken und die Verantwortung auch auf diejenigen Personen übertragen, welche Beglaubigungen tatsächlich ausführen. Das Beurkundungsgesetz geht nach wie vor davon aus, dass die gemeindlichen Urkundspersonen in den überwiegenden Fällen auch Gemeindeschreiber sind. Die Praxis zeigt ein anderes Bild: Ein Grossteil der Gemeindeschreiber grösserer Gemeinden nimmt keine und nur wenige Beurkundungen vor. Diese Aufgabe ist im Wesentlichen an Personen delegiert, welche sich bei ihrer Arbeit zum grössten Teil um Beurkundungen kümmern können. Es ist deshalb sinnvoll, bei der Aufsicht über Beglaubigungspersonen keine zusätzlichen Qualifikationen zu verlangen. Die Interpretation des Regierungsrats und des Obergerichts, dass in § 29 Abs. 2 Gemeindeschreiber auch Urkundspersonen seien, greift in die Organisationsstruktur der Gemeinden ein. Sie verlangt, dass zwingend eine Urkundsperson die Aufsicht wahrnehmen muss, was nicht zielführend und nicht im Sinne der Motionäre Kurt Balmer und Daniel Burch ist. Der Votant bittet um die Unterstützung seines Antrags.

Obergerichtsvizepräsident **Alfred Iten:** Das Obergericht ist der Ansicht, dass die in der ersten Lesung beschlossene Formulierung von § 33 Abs. 1^{bis} Bst. b aus grundsätzlichen Überlegungen nicht zu befriedigen vermag. Es hat deshalb einen neuen Vorschlag eingereicht. Es ist seines Erachtens wichtig, dass Inspektionen voraussetzungslos durchgeführt werden können, also nicht nur bei konkreten Hinweisen auf Unregelmässigkeiten. Das Obergericht begründet seinen Antrag wie folgt:

• Urkundspersonen üben im Bereich der Beurkundung eine hoheitliche Funktion, also ein öffentliches Amt aus und unterstehen dementsprechend der staatlichen Aufsicht.

• Die staatliche Aufsicht umfasst zwei Bereiche: einerseits soll sie präventive, andererseits repressive Wirkung entfalten. Der repressive Bereich betrifft das Disziplinarwesen, in welchem die Aufsichtsbehörde, gestützt auf eine Meldung über eine Pflichtverletzung, in einem konkreten Fall tätig wird. Die präventive Aufsichtstätigkeit beinhaltet die Erteilung von Weisungen und die periodische Durchführung von Inspektionen oder Visitationen. Das ist in Lehre und Praxis anerkannt und beansprucht in der Schweiz allgemeine Gültigkeit. In verschiedenen Kantonen ist diese Aufsichtsform insofern institutionalisiert, als die Aufsichtsbehörden verpflichtet sind, regelmässige Inspektionen durchzuführen. Das kommt auch in anderen Rechtsbereichen zur Anwendung. So schreibt beispielsweise das SchKG den kantonalen Aufsichtsbehörden ausdrücklich vor, sämtliche Betreibungs- und Konkursämter jährlich mindestens einmal zu inspizieren.

• Der Antrag des Obergerichts beschlägt ausschliesslich die präventive Aufsichtstätigkeit. Das Obergericht ist der Auffassung, dass Inspektionen unabhängig von

einem Verdacht auf Unregelmässigkeiten sollten durchgeführt werden können. Ist das nicht der Fall, fehlt im Ergebnis ein Teil dieser präventiven Aufsichtsform. Auch die Aufsichtstätigkeit des Kantonsrats über die Verwaltung und über die Justiz wird voraussetzungslos mittels Inspektionen und Visitationen ausgeübt, ohne dass es dafür eines Anlasses im Sinne eines Hinweises auf Unregelmässigkeiten bedürfte. Es ist nicht einzusehen, weshalb das bei der Aufsicht über die Urkundspersonen anders sein sollte.
• Die vom Obergericht vorgeschlagene Bestimmung ist als «kann»-Vorschrift formuliert. Ob, in welchem Umfang und mit welcher Häufigkeit Inspektionen durchgeführt werden, ist in das Ermessen der Aufsichtsbehörde gestellt. Diese hat über die Notwendigkeit und den Umfang zu bestimmen. Und schliesslich ist auch nicht ganz zu verkennen, dass allein von der gesetzlich verankerten Möglichkeit, jederzeit voraussetzungslos Inspektionen durchführen zu können, eine gewisse präventive Wirkung ausgehen dürfte.
Das Obergericht ersucht daher den Kantonsrat, seinem Antrag zuzustimmen.

Heini Schmid legt zuerst seine Interessenbindung dar: Er ist als Urkundsperson im Kanton Zug tätig und damit dem Beurkundungsgesetz direkt unterworfen. Er hat sich schon in der ersten Lesung vorbehalten, einen Antrag auf die zweite Lesung zu stellen. Nach dem Studium der Literatur kam er zur Überzeugung, dass ein Antrag begründet sei. Er entschuldigt sich, dass er diesen – wie bei Anwälten üblich – am allerletzten Tag der Frist einreichte.
Worum geht es? Es gibt im Kanton Zug ein Gerichtsurteil, welches Urkundspersonen verpflichtet, bei Beurkundungen die Voraussetzungen zu prüfen. Wenn nun die Generalversammlung einer Aktiengesellschaft beispielsweise eine Statutenänderung durchführt, muss das durch eine Urkundsperson in einer öffentlichen Urkunde protokolliert werden. Normalerweise muss die Urkundsperson die Wahrnehmungen, die sie anlässlich der Generalversammlung macht, beurkunden, dies im Unterschied etwa zu einem Ehevertrag, wo es um die Beurkundung von Willenskundgebungen handelt. Wenn nun bei einer öffentlichen Generalversammlung der Verwaltungsratspräsident sagt, diese oder jene Aktionäre seien vertreten, ist er nach herrschender Lehre grundsätzlich für diese Aussage verantwortlich. Gemäss dem – nach Meinung des Votanten quer stehenden – Urteil im Kanton Zug ist der Notar nun aber auch bei öffentlichen Generalversammlungen verpflichtet, sich zu vergewissern, ob es sich wirklich um Aktionäre handle. Man stelle sich das vor! Nur schon in der Generalversammlung eines grossen Vereins als Protokollführer überprüfen zu müssen, ob alle Anwesenden Vereinsmitglieder seien, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Bei einer kleinen Generalversammlung kann die Urkundsperson dieser Verpflichtung allenfalls noch nachkommen, bei einer grossen Publikumsgesellschaft aber gerät sie schnell ins Schwitzen. Um hier wieder zur normalen Pflicht des Notars zurückzufinden, seine Wahrnehmung getreu zu beurkunden und nicht Polizist spielen zu müssen, stellt der Votant Antrag auf ersatzlose Streichung von § 21a. Damit ist man wieder am selben Ort wie alle Notare in der Schweiz und kommt erst noch einem Problem zuvor: Wenn sich die Notare nämlich bewusst werden, welche Verpflichtung sie eingehen, wird kein vernünftiger privater Notar mehr die Generalversammlung einer Publikumsgesellschaft im Kanton Zug beurkunden. Dann kommen die gemeindlichen Urkundspersonen zum Zug. Sollte dann ein Fehler passieren, greift zuerst die Staatshaftung und allenfalls, bei grober Fahrlässigkeit, auch noch die Haftung der gemeindlichen Urkundspersonen. Das ist keine gute Lösung. Der Votant ist deshalb froh, dass die vorberatende Kommission seinen Antrag unterstützt, und bittet auch den Rat um Unterstützung.

Philip C. Brunner, Präsident der vorberatenden Kommission, informiert, dass sich die Kommission zwischen der ersten und zweiten Lesung, am 19. November 2014, zu einer vierten Sitzung getroffen hat. Anwesend waren auch die Obergerichtspräsidentin, die Direktorin des Innern sowie Grundbuch- und Notariatsinspektor Robert Brunner. Die Kommission hat zu den vier vorliegenden Anträgen sehr klar Stellung genommen: Sie hat drei Anträge abgelehnt und demjenigen von Heini Schmid einstimmig zugestimmt. Den Antrag Balmer lehnte sie bei 13 Anwesenden mit 11 zu 2 Stimmen, diejenigen des Obergerichts und von Georg Helfenstein mit je 12 zu 1 Stimmen ab. Der Kommissionspräsident empfiehlt, diesen eindeutigen Ergebnissen der Kommission zu folgen. Die SVP-Fraktion wird dieser Empfehlung folgen. Im Übrigen empfiehlt der Votant jedem künftigen Kommissionspräsidenten, zwischen der ersten und der zweiten Lesung ebenfalls eine Sitzung anzusetzen, um das Geschäft nochmals in Ruhe besprechen zu können.

Andreas Lustenberger teilt mit, dass die AGF die Anträge auf die zweite Lesung beraten hat und alle ausser denjenigen des Obergerichts ablehnt. Sie schliesst sich der Begründung und Ausführungen des Obergerichts an und möchte unterstreichen, dass eine Aufsichtstätigkeit nur dann effektiv ausgeübt werden kann, wenn die Aufsichtsbehörde unabhängig von Anhaltspunkten für Unregelmässigkeiten Inspektionen und Visitationen durchführen kann. In der Schlussabstimmung spricht sich die AGF einstimmig für das Gesetz aus.

Kurt Balmer konnte an der erwähnten Sitzung der vorberatenden Kommissionssitzung leider nicht teilnehmen, weshalb die Kommissionsmitglieder die Beweggründe für seinen Antrag nur teilweise kannten. Er unterstützt den Antrag Helfenstein, nimmt dieser doch einen von den Motionären und auch von den Gemeinden von Anfang an formulierten Wunsch auf. Für den Fall, dass der Rat den Antrag Helfenstein wider Erwarten ablehnt, möchte der Votant mindestens zuhanden des Protokolls klar festhalten, wie § 29 Abs. 2 in der Version der ersten Lesung zu verstehen sei. Wichtig ist nämlich, dass unter «Gemeindeschreiber» auch Gemeindeschreiber ohne Urkundsbefugnis gemeint sind. Dadurch entsteht eine gewisse Problematik, indem offenbar Urkundspersonen besonders in der Gemeinde Cham damit ein Restrisiko zu haben glauben. Es gibt dafür auch eine Begründung: Die heutigen Gemeindeschreiber amten heute nicht mehr zur Hauptsache als Urkundspersonen. Als Urkundsperson muss man heute nämlich eine gewisse Masse an Geschäften durchbringen können, und mindestens bei grösseren Gemeinden muss man sich entscheiden, ob man hauptsächlich als Gemeindeschreiber oder als Urkundsperson amten will; eine entsprechende Spezialisierung ist notwendig. Mit der genannten Präzisierung sollte auch die Aufsichtsbehörde leben können.

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** hält fest, dass Kurt Balmers Hinweise richtig sind. Er ergänzt, dass der Datenschutzbeauftragte den Antrag Balmer ablehnt und das Obergericht dazu keine Stellung nimmt, weil diese Bestimmung nur die gemeindlichen, nicht aber die freiberuflichen Urkundspersonen betreffe.

Manuela Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, äussert sich nur zum Antrag Balmer, also zu § 10 Abs. 3 (neu). Nach Auffassung des Regierungsrats besteht kein Bedarf, in die Rechte und Pflichte der Vertragsparteien einzugreifen. Die Urkundsparteien können die Urkundspersonen bereits heute von sich aus beauftragen und ermächtigen, kommunalen Versorgungswerken Eigentumsübertragungen mitzuteilen. Es braucht keine weitere staatliche Regelung. Der Kantonsrat hat vor Jahren die Pflicht zur Publikation von Handänderungen im Amtsblatt aufgehoben. Er hat im

Rahmen der Geoinformations-Gesetzgebung den Eigentümerinnen und Eigentümern von Grundstücken die Möglichkeit eingeräumt, ihre Eigentümerangaben im Internet sperren zu lassen. Vor diesen Hintergrund wäre die Statuierung eines Mitteilungsrechts oder gar einer Mitteilungspflicht für eben diese Daten inkonsequent bzw. ein Schritt in die falsche Richtung. Die vorgeschlagene Bestimmung würde zudem die kommunalen Versorgungsbetriebe gegenüber anderen, regionalen und privaten Versorgungsbetrieben bevorzugen bzw. die anderen benachteiligen. Sie hätte somit eine Ungleichbehandlung zur Folge, die zu weiteren Begehrlichkeiten führen würde. Die vorgeschlagene Aufblähung des Gesetzes ist auch aus praktischen Gründen unnötig. Wer ein Grundstück veräussert, hat alles Interesse daran, die Versorgungswerke von sich aus über den Eigentumsübergang zu informieren. Im Weitern ist es allein Sache der Eigentümerschaft, wie und durch wen sie die Verwaltung ihrer Liegenschaft organisieren und mit welcher Adresse sie mit den Werken in Kontakt treten will, ist ihr doch freigestellt, die Verwaltung über eine eigene geschäftliche Adresse oder durch einen Dritten, etwa eine Liegenschaftsverwaltung, abzuwickeln. Davon hat die Notariatsperson jedoch keine Kenntnis und würde somit in all diesen Fällen den Versorgungswerken eine falsche Adresse bekanntgeben. Aus diesen Gründen bitten der Regierungsrat und die vorberatende Kommission den Kantonsrat, den Antrag Balmer abzulehnen.

Antrag von Kurt Balmer zu § 10 Abs. 3 (neu)

Der **Vorsitzende** liest den Antrag von Kurt Balmer zu nochmals vor: «Die Gemeinden können ihre Urkundspersonen ermächtigen, den kommunalen Versorgungswerken nach Eintritt eines Eigentumsüberganges die Namen, Vornamen, Adressen, Grundstücksnummern und Erwerbsdaten der erwerbenden Personen mitzuteilen.»

➔ Der Rat lehnt den Antrag Balmer mit 56 zu 10 Stimmen ab.

Antrag von Heini Schmid auf Streichung von § 21a

Obergerichtsvizepräsident **Alfred Iten:** Auch wenn die nach der ersten Lesung nun im Gesetz stehende Bestimmung in der Schweiz möglicherweise singulär ist, gibt es doch Gründe, strengere Prüfungsvorschriften zu erlassen. Immer wieder werden nämlich vor den zugerischen Gerichten Streitigkeiten ausgetragen, die ihren Ursprung in Universalversammlungen von Aktiengesellschaften haben, bei denen in Tat und Wahrheit nicht alle, sondern nur ein Teil der Aktien vertreten waren. In der Regel handelt es sich dabei um Gesellschaften mit einigen wenigen Aktionären, von denen es gerade im Kanton Zug eine grosse Anzahl gibt. Die nicht vertretenen Aktionäre, die an der Generalversammlung nicht teilnehmen konnten oder möglicherweise sogar absichtlich nicht eingeladen wurden, sind dann gezwungen. solche Beschlüsse der Generalversammlung gerichtlich anzufechten, was zu langwierigen Verfahren führen kann.
Heini Schmid verweist auf die Schwierigkeit dieser Prüfung bei Publikumsgesellschaften. Der Einwand scheint wenig überzeugend. Bei Publikumsgesellschaften wie der ZKB oder der WWZ finden Universalversammlungen kaum statt, weil es wohl nie gelingen wird, dass sämtliche Aktien an der Versammlung vertreten sind. Die vorgeschlagene besondere Prüfungspflicht kommt aber insbesondere bei der Universalversammlung zum Zuge.

Das Obergericht beantragt deshalb und auch unter Hinweis auf die Begründung im Bericht und Antrag des Regierungsrats und des Obergerichts, den Antrag Schmid abzulehnen.

Für **Heini Schmid** ist es neu, dass Urkundspersonen bei Nicht-Universalversammlungen nicht verpflichtet sein sollen, die Aktionärseigenschaft zu prüfen. Für ihn steht diese Pflicht in keinem sachlichen Zusammenhang mit der Eigenschaft einer Universalversammlung. Entweder hat der Notar die erwähnte Pflicht, oder er hat sie nicht. Die vom Obergerichtsvizepräsidenten aufgezeigte Problematik bei Universalversammlungen besteht tatsächlich.
Nach der jetzt vorgeschlagenen Bestimmung ist der Notar verpflichtet, die Aktionärseigenschaft auch bei Publikumsgesellschaften zu überprüfen. Damit wird das Risiko, das eigentlich der Verwaltungsratspräsident zu tragen hat, u. a. auf die Gemeindeschreiber übertragen. Will das der Rat tatsächlich?

➔ Der Rat heisst den Antrag von Heini Schmid auf Streichung von § 21a mit 57 zu 9 Stimmen gut.

Antrag von Georg Helfenstein zu § 29 Abs. 2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Georg Helfenstein die Streichung der Textpassage «unter der Aufsicht der Gemeindeschreiberin oder des Gemeindeschreibers oder deren Stellvertretungen» in § 29 Abs. 2 beantragt.

Manuela-Weichelt-Picard, Direktorin des Innern, hält fest, dass der Regierungsrat, das Obergericht und die vorberatende Kommission beantragen, den Antrag von Georg Helfenstein abzulehnen. § 29 Abs. 1 ist die Folge einer erheblich erklärten Motion, welche eine Erweiterung des Kreises der Beglaubigungspersonen forderte. Die vorliegende Version ist das Resultat aus dem Vernehmlassungsverfahren und entspricht dem Anliegen der Gemeinden. Georg Helfenstein begründet seinen Antrag damit, dass er sich nicht vorstellen könne, die Urkundspersonen zu verpflichten, die Verantwortung für Beglaubigungen zu übernehmen, welche durch Gemeindepersonal ohne Urkundsbefugnis vorgenommen wurden. Er hat vermutlich nicht bedacht, dass seine Änderung keine Auswirkungen auf die bestehenden Verantwortlichkeiten nach Verantwortlichkeitsgesetz und Burkundungsgesetz haben. Die Gemeinde haftet gemäss Verantwortlichkeitsgesetz für Vermögensschädigungen, welche ihre Angestellten verursachen. Ob es sich dabei um Urkundspersonen oder andere Gemeindeangestellte handelt, ist unerheblich. Auch für die Fehler der Beglaubigungspersonen muss die Gemeinde einstehen. Daran ändert sich bei einer Annahme des Antrags Helfenstein nichts. Das Beurkundungsgesetz gilt auch für Beglaubigungspersonen. Auch sie werden bei Verletzung ihrer Berufspflichten disziplinarisch verantwortlich. Die Urkundsperson haftet nicht für Fehler, welche die Beglaubigungsperson begeht. Es ist aber wichtig, dass die Beglaubigungsperson in die Materie eingeführt wird und ihr die erforderlichen Instruktionen erteilt werden. Die Gemeinde kennt ihre Mitarbeitenden am besten. Deshalb soll der Gemeinderat entscheiden, wer befähigt sein soll, Beglaubigungen vorzunehmen. Auch ist es Sache der Gemeinden, dafür zu sorgen, dass die Beglaubigungspersonen die erforderlichen theoretischen und praktischen Kenntnisse besitzen. Die Direktorin des Innern bittet deshalb, den Antrag Helfenstein abzulehnen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Georg Helfenstein mit 56 zu 8 Stimmen ab.

Antrag des Obergerichts zu § 33 Abs. 1bis Bst. b

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Obergericht beantragt, § 33 Abs. 1bis Bst. b wie folgt zu formulieren: «können Inspektionen und Visitationen durchführen».

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** hält fest, dass es hier um das Herzstück geht. Im Interesse aller Notare im Kanton Zug empfiehlt er dringend, die liberale Lösung der ersten Lesung beizubehalten und den Antrag des Obergerichts abzulehnen

➔ Der Rat lehnt den Antrag des Obergerichts mit 55 zu 13 Stimmen ab.

Zusätzlicher Antrag gemäss Bericht und Antrag des Regierungsrats und des Obergerichts vom 3. Dezember 2013

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und Obergericht beantragen, die Direktion des Innern zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und unter Einbezug der Redaktionskommission die redaktionellen Änderungen gemäss Kapitel H des Berichts und Antrags des Regierungsrats und des Obergerichts vom 3. Dezember 2013 vorzunehmen. Die Redaktionskommission hat das Ergebnis der ersten Lesung in diesem Sinne bereits redaktionell angepasst hat. In Hinblick auf das Inkrafttreten dieser Teilrevision wird die Direktion des Innern in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und unter Einbezug der Redaktionskommission für die sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann in sämtlichen Gesetzesbestimmungen sorgen. Eine redaktionelle Anpassung drängt sich auch bezüglich des Anwaltsregisters auf.

➔ Der Rat heisst den vorliegenden Antrag stillschweigend gut.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 55 zu 14 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss, nämlich die Motion von Daniel Thomas Burch und Kurt Balmer betreffend Befähigung von Mitarbeitenden der Einwohnergemeinden als Beglaubigungspersonen vom 19. April 2012 (Vorlage 2138.1 - 14050), zum Abschreiben vor. Der Regierungsrat, das Obergericht und die vorberatende Kommission beantragen, diese Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt die Motion Burch/Balmer stillschweigend erheblich und schreibt sie als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt

Protokoll des Kantonsrats

89. Sitzung: Donnerstag, 11. Dezember 2014 (Nachmittag)
Zeit: 14.20 – 17.00 Uhr

Vorsitz
Kantonsratspräsident Hubert Schuler, Hünenberg

Protokoll
Beat Dittli

1265 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Stefan Gisler, Rupan Sivaganesan und Martin Stuber, alle Zug; Zari Dzaferi, Baar.

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

1266 Traktandum 3.1: **Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg betreffend Unterschutzstellungen der Denkmalpflege im Kanton Zug vom 25. November 2014 (Vorlage 2453.1 - 14823)**

Esther Haas spricht für die AGF. Die drei Motionäre verlangen eine Denkmalpflege «mit Augenmass» – und sie scheinen auch zu wissen, wo das Augenmass nicht eingehalten wird: Sie stören sich daran, dass das Gesetz der Behörde die Möglichkeit gibt, Objekte auch gegen den Willen der Eigentümer unter Denkmalschutz zu stellen. Die Frage sei erlaubt: Wurde die Motion eingereicht als Reaktion auf den Entscheid des Bundesgerichts, die Unterschutzstellung des Gasthauses «Ochsen» in Oberägeri gutzuheissen? Mit diesem Entscheid hat das höchste Schweizer Gericht den Entscheid von Regierungsrat und Verwaltungsgericht bestätigt. Womöglich tangiert die Unterschutzstellung einen Auftrag des Architekten und Mitmotionärs Thiemo Hächler.
Es handelt sich häufig um eine Interessenkollision, wenn das öffentliche Interesse an einer Erhaltung des historischen Erbes nicht vernachlässigt werden soll. Geldgier und Profitdenken dürfen das Kulturerbe aber nicht vernichten, auch nicht im Kanton Zug. In anderen Kantonen wird es offenbar als Ehre angeschaut, wenn ein Haus unter Denkmalschutz gestellt wird. Es wäre schön, wenn diese Haltung auch im Kanton Zug Fuss fassen würde.
Die Denkmalpflege denkt und handelt naturgemäss in grösseren Zeiträumen. Oder wie es der Zuger Architekt und Denkmalpflege-Fachmann Ruedi Zai in einem Leserbrief schrieb: «Sie kümmert sich um jene Qualitäten, welche wir im Arbeitseifer so schnell vergessen und verdrängen; Qualitäten, welche wir dann bei nächster Gelegenheit nach einer gelungenen Sanierung und Restaurierung bewundern, gern besuchen und uns damit brüsten.» Mit einer langfristigen Optik muss man die Leute manchmal zum Glück – dem allseits bewunderten, erhaltenen Baudenkmal –

zwingen. Es kann doch nicht sein, dass beispielsweise ein Haus in der historisch gewachsenen Altstadt abgerissen wird, um einen Rediteobjekt Platz zu machen.
Die AGF ist überzeugt, dass die Regierung, das Verwaltungsgericht und das Bundesgericht ihre Aufgaben mit Augenmass und Umsicht wahrnehmen. Deshalb erachtet sie die vorliegende Motion als überflüssig und stellt den **Antrag,** sie nicht zu überweisen.

Mitmotionär **Thiemo Hächler** hält fest, dass ihm Esther Haas in Sachen Entscheid des Bundesgerichts voraus ist. Seines Wissens ist der angesprochene Fall noch nicht behandelt, geschweige denn entschieden. Dieser Fall ist aber nicht Thema der vorliegenden Motion und hat auch keinen Zusammenhang damit.
In seinen elf Jahren als Kantonsrat hat der Votant – unter anderem von seiner Vorrednerin – gelernt, seine Interessen offenzulegen: Als Architekt hat er eine Interessenbindung im Zusammenhang mit der Denkmalpflege. Zwischenzeitlich hat sich diese Interessenbindung über seine berufliche Tätigkeit hinaus ausgedehnt, ist er doch für viele unzufriedene Einwohner, Planer und Anwälte zur Ansprechperson geworden, wenn es um Denkmalpflege geht. In den meisten Fällen beschränken sich seine Möglichkeiten jedoch darauf, zuzuhören, wie unzufrieden die betreffenden Personen sind oder welches Unverständnis sie gegenüber der Denkmalpflege haben. Es ist dem Votanten klar, dass es auch andere Meinungen in dieser Sache gibt, nur kontaktieren ihn diese Leute nicht.
Da der Votant heute zum letzten Mal als Kantonsrat spricht, könnte allenfalls der Eindruck entstehen, dass die vorliegende Motion eine Art Abrechnung oder gar nur taktisches Spiel sei. Dem ist nicht so, und damit würde auch die Ernsthaftigkeit des Themas völlig zu Unrecht verwässert. Es ist den Motionären sehr ernst mit diesem Vorstoss, und sie hoffen denn auch auf die Unterstützung des Rats. In den letzten Jahren war das Amt für Denkmalpflege und Archäologie im Kantonsrat immer wieder ein Thema. Nur bei der Direktorin des Innern scheint es bis heute nicht angekommen zu sein, dass der Kantonsrat ihr Amt nicht bestrafen, sondern vielmehr stärken und verbessern will. Vor allen Interessen gilt jedoch, dass jede Direktion genau das auszuführen hat, was der Kantonsrat ihr mit Gesetzen und im Auftrag des Volkes vorgibt. Mit der letzten Motion in Sachen Denkmalpflege, eingereicht im Januar 2014, haben die Motionäre darauf hingewiesen, dass sie dem betreffenden Amt die Möglichkeit zu einer kompletten Neuorganisation geben. Um eine sofortige Behandlung der Motion abzuwenden – es war zugegebenerweise auch nicht sicher, ob der entsprechende Antrag im Kantonsrat eine Mehrheit gefunden hätte –, hat Regierungsrätin Manuela Weichelt den Motionären im Januar das Heilige vom Himmel versprochen, wie sie mit ihnen zusammenarbeiten werde und wie sie die ganze Angelegenheit positiv angehen wolle, damit sich schnell etwas ändere. Was ist seither geschehen? Praktisch nichts. Nicht ganz: Erstens wird munter weiter unter Schutz gestellt, was nur geht; und zweitens wurde durch eine externe Firma eine Umfrage durchgeführt, von welcher die Motionäre erstens nicht wissen, wie sie gestreut wurde, von der sie zweitens keine Auswertung kennen und welche vor allem so tendenziöse Fragestellungen enthielt, dass sie einzig das Ziel verfolgen kann, zu beweisen, dass das Amt für Denkmalpflege und Archäologie dringend mehr Personal benötigt. Es ist also schon wieder so, dass Versprechungen nicht eingehalten werden und der Volkswille weiterhin missachtet wird. Die Führung der Direktion und die Umsetzung der Aufträge des Kantonsrats gehören zu den Pflichten der Regierung. Dafür ist sie gewählt, und dafür wird sie bezahlt – und das soll sie denn auch bitte tun.
Die Unterschutzstellung eines Hauses oder einer Liegenschaft ist ein grosser Eingriff in die Eigentumsrechte des betroffenen Bürgers. Dass diese Massnahme nicht

gegen den Willen eines Eigentümers geschehen darf, sollte eigentlich klar sein. Denn wozu führt ein unfreiwilliger Denkmalschutz? Zu grossen Problemen für alle Beteiligten, angefangen bei der Zusammenarbeit zwischen Amt und Besitzer über die Wertminderung einer Liegenschaft bis hin zur Nichtfinanzierbarkeit einer Sanierung etc. Das Resultat sind Bauruinen mit eingefallenen Dächern und verlotterten Fassaden, wie man sich das im Kanton Zug lieber nicht vorstellen will. Es kann nicht im Interesse des Kantons Zug sein, entweder solche Bilder zu bestellen oder aber solche Objekte in Form des Heimschlags der öffentlichen Hand zuzuspielen und daraus am besten ein Museum für Urgeschichte zu machen. Das kann und will sich der Kanton Zug nicht leisten. Wenn ein Liegenschaftsbesitzer sein schönes, altes Baudenkmal erhalten will, dann tut er dies auch ohne den gesetzlichen Zwang einer politischen Zeitepoche, welche dadurch geprägt ist, alles Alte und Eigenständige zu schützen und alles Neue mit möglichst vielen Gesetzen zu vereinheitlichen. Auf Grund der ersten Motion, welche der Kantonsrat grossmehrheitlich überwiesen hat, hat die Regierung die Möglichkeit, sich zum Thema der Menge und des Umfangs des Denkmalschutzes zu äussern. Die Motionäre hoffen, dass in dieser Beziehung noch etwas passiert.
Nun geht es aber um die konkrete Unterschutzstellung. Anlässlich der letzten Gesetzesrevision hat die vorberatende Kommission dafür plädiert, dass es keine Unterschutzstellung gegen den Willen eines Eigentümers geben soll. Zum damaligen Zeitpunkt war gerade ein Fall aktuell, dass sich ein verwirrter Erdenbürger mit Waffen in seinem Haus verschanzte, um sich der Zwangsversteigerung seiner Liegenschaft entgegenzusetzen: Peter Hans Kneubühl in Biel. Aufgrund solcher uneinsichtiger Einzelfälle – so wurde der Kommission erklärt – sei es notwendig, eine Gesetzesklausel zu haben, welche zwingend eingesetzt werden könne, wenn es anders nicht mehr gehe. Die Regierungsrätin versprach damals – wie im Kommissionsprotokoll festgehalten –, dass eine solche Klausel nur im absoluten Härtefall zur Anwendung komme, und Amtsleiter Stefan Hochuli versicherte der Kommission dazu, dass bis zum damaligen Zeitpunkt im Kanton Zug nur ein einziger Fall auf diesem Weg habe entschieden werden müssen. Seit Inkrafttreten des revidierten Gesetzes wird aber explizit mit dieser Klausel, welche nur für den absoluten Härtefall Eingang ins Gesetz erhielt, jede Unterschutzstellung rechtlich durchgesetzt. Damit übergeht die Regierung den vom Kantonsrat geäusserten Willen. Nur schon aus diesem Grund bittet der Votant, die vorliegende Motion zu überweisen.

➔ Der Rat beschliesst mit 55 zu 13 Stimmen, die Motion zu Bericht und Antrag an den Regierungsrat zu überweisen.

1267 Traktandum 3.2: **Motion der SP-Fraktion betreffend Reduktion der Tangente Zug-Baar vom 30. November 2014 (Vorlage 2454.1 - 14825)**

Daniel Thomas Burch: Die parlamentarischen Vorstösse der SP-Fraktion lösen Erstaunen aus. Unter dem Deckmantel des Sparauftrags will die SP u. a. Projekte, die vom Volk genehmigt wurden, wieder in Frage stellen und torpedieren. Die Regierung hat ein Entlastungsprogramm in Arbeit. Über alle Bereiche hinweg soll geprüft werden, wo Einsparungspotenzial besteht und wo Einsparungen möglich sind. Die SP-Fraktion will diesen Prozess nun stören und untergraben. Die einzelnen Vorstösse sind keine Sparvorschläge, die sich direkt auf die Laufende Rechnung auswirken; es sind vielmehr Anträge, die für die Investitionsrechnung relevant sind. Im Übrigen gehört der Bau eines Kunsthauses nicht zu den Aufgaben des Kantons.

Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** alle vier Motionen und fünf Postulate der SP-Fraktion nicht zu überweisen. Er möchte mit diesem Antrag auf Nichtüberweisung aber nicht falsch verstanden werden. Die Regierung *soll* alle Sparideen prüfen und allenfalls Vorschläge machen bzw. Anträge stellen. Sie soll dies jedoch ohne Einschränkungen und nicht unter dem Zwang populistischer Vorstösse tun können.

Eugen Meienberg hält fest, dass die SP-Fraktion den Kantonsrat via Notversand mit einem bunten Strauss von Vorstössen bedient hat. Im Namen der grossen Mehrheit der CVP-Fraktion stellt er ebenfalls den **Antrag,** alle diese Vorstösse nicht zu überweisen. Er begründet diesen Antrag wie folgt:
• Die Anträge betreffen einen Prozess, welchen der Regierungsrat mit seinem Entlastungsprogramm bereits in die Wege geleitet hat. Der Regierungsrat hat anlässlich der Budgetdebatte 2015 den Inhalt und die Vorgehensweis aufgezeigt.
• Die Vorstösse kommen zur Unzeit – um nicht zu sagen: im dümmsten Moment. Würden die Vorstösse überwiesen, würden die vom Regierungsrat genannten Zeitvorgaben wesentlich verlängert, bis entsprechende Resultate von Abklärungen und Vorschläge vorgelegt werden müssen. Will der Rat das wirklich?
• Das Zuger Stimmvolk und der Kantonsrat haben verschiedene Beschlüsse gefasst. Der Regierungsrat prüft Möglichkeitenw wie diese umgesetzt werden können, natürlich unter Einhaltung der Vorgaben. Werden die Vorstösse aber überwiesen, werden Volksentscheide und Kantonsratsbeschlüsse wieder gänzlich hinterfragt. Das kann nicht Sinn der Sache sein.
• Regierung und Verwaltung haben neben dem Tagesgeschäft nun viele Fragen zum Entlastungsprogramm zu beantworten. Das nimmt Zeit in Anspruch und kann nicht nur nebenbei erledigt werden. Soll und muss nun noch zu neun Vorstössen je ein Bericht erstellt werden, notabene zu einer Aufgabe, welche bereits in Arbeit ist? Das ist nicht nötig und würde personelle Ressourcen binden, welche wahrhaftig anderweitig viel sinnvoller eingesetzt werden können.
Es gibt also vier wahrlich gute Gründe, die SP-Vorstösse nicht zu überweisen. Die Gründe gelten für alle zur Überweisung anstehenden SP-Vorstösse, weshalb der Votant nicht jedes Mal wieder ans Rednerpult treten wird. Einen wichtigen Hinweis möchte er zuhanden der Regierung noch explizit betonen: Aus dem Nichtüberweisungsantrag darf der Regierungsrat auf keinen Fall schliessen, dass die CVP-Fraktion in irgendeiner Weise zu einem oder mehreren der in den Vorstössen angesprochenen, noch nicht beschlossenen Investitionsvorhaben Stellung bezieht. Die CVP ist gegen eine Überweisung, weil die Vorstösse – wie gesagt – zum jetzigen Zeitpunkt völlig quer in der Landschaft stehen, und nicht etwa, weil sie damit sagen will, dass sie – sozusagen im Umkehrschluss – beispielsweise für das neue Verwaltungsgebäude sei. Eine solche Interpretation wäre schlicht falsch. Die CVP erwartet auch, dass der Regierungsrat im Rahmen des Entlastungsprogramms klar zu den verschiedenen Projekten Stellung nimmt. Er hat es versprochen, und er soll dieses Versprechen aber auch einlösen.
Persönlich würde es der Votant begrüssen, wenn der Kantonsrat *in globo* über alle SP-Vorstösse abstimmen könnte. Leider hat er in der heute noch gültigen Geschäftsordnung keine entsprechenden Rechtstitel gefunden. Daher beschränkt er sich zum Ende seiner Ratstätigkeit auf einen letzten Wunsch an seine Kolleginnen und Kollegen, nämlich bitte nur zur Überweisung zu sprechen, und an den geschätzten Herrn Ratspräsidenten, jedes Abschweifen sofort zu unterbinden. Besten Dank!

Eusebius Spescha nimmt an, dass Eugen Meienberg nichts dagegen hat, dass er zu den von ihm vorgebrachten Argumenten Stellung nimmt. Andernfalls wäre das doch ein etwas seltsames Demokratieverständnis. Da die zwei Vorredner globale

Anträge auf Nichtüberweisung der Vorstösse der SP-Fraktion gestellt haben, erlaubt sich auch der Votant, einführend *in globo* zu den Vorstössen zu sprechen.
«Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht.» Nach dieser Devise hat der Kanton Zug gehandelt. In der Überzeugung, es ist schon immer gut gegangen, wurden Steuergeschenke im Multipack gemacht. Und das ist schief gegangen. Die Einnahmen entwickeln sich nicht so toll, wie Regierung und bürgerliche Mehrheit dies gerne hätten. Der Kanton Zug muss über die Bücher. Dies war die Erkenntnis der Regierung im Sommer, und sie wurde in der Debatte des Kantonsrats vor vierzehn Tagen bestätigt. Aber was heisst das? Für die SP gibt es drei Stossrichtungen der Überprüfung: Ausgaben anschauen, Einnahmen anschauen und Investitionen anschauen. Mit dem angekündigten Entlastungsprogramm will die Regierung vor allem die Ausgaben anschauen. Da ist die SP nicht dagegen, aber das reicht nicht. Deshalb bringt sich die SP bereits in dieser frühen Phase mit konstruktiven Vorschlägen ein. Würde sie das nicht tun, sähe sie sich in ein paar Monaten mit der Frage konfrontiert, wieso sie diese Vorschläge nicht bereits früher gemacht habe. *Jetzt* ist der richtige Zeitpunkt, diese Vorschläge einzubringen; *jetzt* geht es darum, den Auftrag an die Regierung zu präzisieren oder allenfalls auszuweiten. Eugen Meienberg hat von einem Auftrag ohne Einschränkungen gesprochen. Was der Regierungsrat aber dem Kantonsrat vorlegt, enthält bereits Einschränkungen, etwa die Aussage, man wolle die Steuern nicht überprüfen oder auch fast nichts tun bei den Investitionen. Das ist nach Ansicht der SP falsch. Sie ist der Meinung, dass *alles* angeschaut werden muss: Ausgaben, Einnahmen und Investitionen.
Zur Tangente Zug/Baar: Der Kantonsrat hat für die TZB einen Kredit von 200 Millionen Franken bewilligt, und das Volk hat diesen Entscheid bestätigt. Der Kantonsrat aber hat die Möglichkeit und die Legitimation, auf Antrag des Regierungsrats zu beschliessen, diesen Baukredit beispielsweise zu kürzen oder zu etappieren und das entsprechend dem Volk vorzulegen. Es ist schon immer wieder vorgekommen, dass man im Verlaufe eines Bauprojekts oder anderen Geschäfts Korrekturen vorgenommen hat. Mit dem Vorschlag der SP-Fraktion verbaut man weniger als 50 Prozent, hat aber gegen 80 Prozent des Nutzens. Wenn dann dank einer sinnvolleren Steuerpolitik wieder genügend Geld in der Staatskasse ist, kann man den Rest locker immer noch bauen. Vorläufig aber muss man auch bei den Investitionen über die Bücher gehen. Und da lohnt es sich, dort über die Bücher zu gehen, wo die grossen Investitionen anfallen – und dazu gehören die Tangente Zug/Baar und die Umfahrung Cham–Hünenberg, wo eine Etappierung Sinn macht.

Thomas Wyss spricht für die SVP-Fraktion. Diese lehnt die Überweisung der Motionen und Postulate der SP-Fraktion ebenfalls ab. Sie lehnt auch die Überweisung der Motion von Ivo Hunn betreffend kantonales Sportanlagenkonzept ab; auch diese ist nicht notwendig und genauso Arbeitstherapie für die Verwaltung wie die anderen zur Debatte stehenden Vorstösse. Die SVP ist auch nicht der Meinung, dass primär bei den Investitionen gespart werden soll; die Ausgaben in der Laufenden Rechnung sind das Problem. Bezüglich Einnahmen zeichnen sich seit der Budgetdebatte gewisse positive Dinge ab, welche eine Entlastung des Staatshaushalts zur Folge haben werden. So wird der Kanton Zug profitieren, wenn im Fall Sika 2,7 Milliarden Franken von Saint-Gobain in die Schweiz fliessen, und auch bei Glencore wird es etwas mehr geben, wenn die Sperrfrist für die Aktien aus dem IPO abläuft. Nichtsdestotrotz ist es aber gut, wenn das Sparprogramm der Regierung durchgezogen wird.

➔ Der Rat beschliesst mit 62 zu 10 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

1268 Traktandum 3.3: **Motion der SP-Fraktion betreffend Reduktion der Umfahrung Cham–Hünenberg auf die Kammern B und C vom 30. November 2014 (Vorlage 2455.1 - 14826)**

Markus Jans hält fest, dass die SP-Fraktion mit dieser Motion mithilft, eine Fehlplanung erster Güte im Rahmen des Sparprogramms rückgängig zu machen. Die SP ist sich bewusst, dass das Volk über dieses Projekt abgestimmt hat. Zumindest gemäss dem Demokratieverständnis des Votanten müsste aber auch möglich sein, einen demokratisch gefällten Entscheid mit demokratischen Mitteln überprüfen zu lassen. Die Auswirkungen des Sechspurausbaus der Autobahn haben bereits, ohne dass flankierende Massnahmen dazugekommen wären, grosse Auswirkungen auf die Durchfahrt in Cham. Mit diesem Ausbau wurde das gleiche Ziel verfolgt, wie dies mit der Kammer A vom Alpenblick bis zur Knonauerstrasse beabsichtigt war. Nun hat der Bund diese Teilstrecke gebaut, und der Kanton Zug muss nicht parallel dazu nochmals das Gleiche verwirklichen. Hünenberg selber braucht keine Umfahrung. Die Kammer D hilft höchstens regionale Interessen zu verwirklichen, ohne dafür aber einen Nutzen zu erhalten.
Müssen tatsächlich die Kammern A und D gebaut und wertvolles Landwirtschaftsland geopfert werden, damit der Bund den in Aussicht gestellten Bundesbeitrag auch wirklich ausschüttet? Die SP-Fraktion meint Nein und bittet den Rat, ihre Motion entsprechend zu unterstützen.

Für **Philip C. Brunner** tönt zwar alles sehr gut, aber: Der Kantonsrat hat das Generelle Projekt genehmigt, das Stimmvolk hat im März 2007 den Objektkredit an der Urne bewilligt, die Baudirektion hat über längere Zeit an diesem Projekt gearbeitet, und im Rahmen einer strategischen Zwischenphase sind – auch das ein demokratisch abgestimmter Prozess – zusammen mit der Bevölkerung flankierende Massnahmen entwickelt worden. Nun ist für diesen Winter und das kommende Frühjahr die öffentliche Auflage vorgesehen, dann folgen die Einspracheverhandlungen und die Eröffnung der Entscheide, auf welche allenfalls Rechtsmittelverfahren folgen. Würden nur noch die Kammern B und C gebaut, könnten die flankierenden Massnahmen in Cham nicht umgesetzt werden; es würde nur noch die Strasse von Hünenberg über St. Wolfgang zum Autobahnanschluss Lindencham sowie die Untermühlestrasse in Lindencham entlastet. Zudem müssten dann die Umweltverträglichkeit, das Kosten-Nutzen-Verhältnis und die Entlastungswirkung der zwei Neubaustrecken in Frage gestellt werden. Und das wohl wichtigste Argument: Der Bund würde seine Unterstützung im Rahmen des Agglomerationsprogramms in der Höhe von rund 37 Millionen Franken sicher streichen. Auf diesem Hintergrund empfiehlt der Votant, die Motion der SP-Fraktion nicht zu überweisen.

Peter Diehm schliesst sich vollumfänglich den Worten seines Vorredners an.

➔ Der Rat beschliesst mit 56 zu 12 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

1269 Traktandum 3.4: **Motion der SP-Fraktion betreffend Umfahrung Unterägeri vom 30. November 2014 (Vorlage Nr. 2456.1 - 14827)**

Franz Peter Iten stehen die Haare angesichts der Flut von Sparmotionen und Sparpostulaten der SP-Fraktion mehr als nur zu Berge. Für ihn ist das Vorgehen der SP fragwürdig und hat mit Politik nichts zu tun, sondern entspricht einer un-

steuerbaren Trotzreaktion, die eines Politikers unwürdig ist, sehr nachdenklich stimmen muss und die Achtung vor den betreffenden Kollegen über Gebühr strapaziert. Der Votant befasst sich seit 2006 bzw. 2007 mit der Umfahrung Unterägeri. Mit dieser Umfahrung sind verschiedene Auflagen verknüpft: einerseits die Raumfreihaltung, wobei die entsprechenden Liegenschaftsbesitzer endlich gerne wissen möchten, wie es nun weitergeht; andererseits sind Bauvorhaben geplant, die im Moment aber nicht verwirklicht werden dürfen. Die Motion der SP schafft hier keine Klarheit. Um die Wohn- und Lebensqualität im Ägerital zu erhalten, braucht es die Umfahrung Unterägeri. Und der wichtigste Punkt: 2005 und 2007 gab es grosse Überschwemmungen, und das Ägerital war vom Rest des Kantons Zug abgeschnitten. Ohne Umfahrung wird das wieder geschehen, und der Zugang ins Ägerital wird nur über grosse Umwege möglich sein. Aus diesen Gründen bittet der Votant, die Motion nicht zu überweisen.

Eusebius Spescha kann nachvollziehen, dass sich die Freude über die Vorstösse der SP-Fraktion in Grenzen hält. Er wehrt sich aber dagegen, dass diese als Trotzreaktion und als eines Politikers unwürdig abgefertigt werden. Wer die Vorstösse mit einer gewissen Gelassenheit betrachtet, wird der SP-Fraktion zumindest zubilligen müssen, dass sie sich sehr viel überlegt und ein in sich stimmiges Paket geschnürt hat – auch wenn man sich dazu natürlich auch andere Überlegungen machen und andere Gewichtungen vornehmen kann. Es entspricht deshalb der Würde des Parlaments, die vorgelegten Anliegen zumindest kurz zu diskutieren. Auch wenn die Vorstösse nun pauschal abgefertigt und nicht überwiesen werden, geht der Votant davon aus, dass zumindest einige der Anliegen früher oder später in Vorschlägen der Regierung oder gar von bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentariern wieder auftauchen werden und die Diskussion dann wieder geführt werden wird. Im Sinne der Würde des Parlaments wäre es deshalb korrekt, heute einfach eine sachliche Diskussion über die vorliegenden Vorstösse zu führen, die durchaus valable und sachlich fundierte Vorschläge enthalten.

Manuel Brandenberg dankt dafür, dass der Regierungsrat bei den wichtigen Voten, die jetzt gehalten werden, *in corpore* anwesend ist.

Alois Gössi hält fest, dass das Projekt einer Umfahrung von Unterägeri noch in sehr weiter Ferne liegt. Es war bei den sechs ganz grossen Strassenprojekten im Kanton Zug – Nordzufahrt, Zufahrt in Bibersee, Umfahrung Cham–Hünenberg, Tangente Zug/Baar, Stadttunnel Zug sowie Umfahrung Unterägeri – immer dasjenige mit der kleinsten Priorität. Diese kleinste Priorität kommt nicht von ungefähr: Es besteht dafür der kleinste Handlungsbedarf. Der grosse Verkehr ist in Unterägeri unbestrittenermassen das Problem. Aber das Problem lässt sich mit einem Tunnel nicht lösen. Der grösste Teil des Verkehrs in Unterägeri ist Binnenverkehr, kommt also von Unterägeri selber oder geht nach Unterägeri. Mit einer Umfahrung kann dies nicht gelöst werden. Der Binnenverkehr wird mit einem Umfahrungstunnel nicht umgelagert. Und vor allem beschränkt sich dieser Verkehr auf morgendliche und abendliche Stosszeiten. Eine Umfahrung rechtfertigt sich bei diesen punktuellen Belastungen des Dorfes aus unserer Sicht nicht.
Die Motion der SP-Fraktion verlangt die Streichung des Zwischenergebnisses bezüglich des Neubaus Umfahrung Unterägeri aus dem Richtplan. Eine Überweisung der Motion bewirkt nur, dass der Regierungsrat diese Forderung überprüft und dazu Bericht und Antrag schreibt; dieser Antrag kann auf Beibehaltung oder auf Streichung aus dem Richtplan lauten. Und dann erst entscheidet der Kantonsrat materiell über die definitive Streichung der Umfahrung Unterägeri. Dann wäre auch

die von Franz Peter Iten monierte, im Moment angeblich nicht vorhandene Rechtssicherheit gegeben.

➔ Der Rat beschliesst mit 48 zu 13 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

1270 Traktandum 3.5: **Motion der SP-Fraktion betreffend teilweise Rückgängigmachung der letzten Steuergesetzrevisionen vom 30. November 2014 (Vorlage 2460.1 - 14831)**

Alois Gössi: Es gebe keine Tabus beim Entlastungsprogramm 2015–2018, sagte der Regierungsrat, als er dieses im Herbst präsentierte. Beim Tabu bezog er sich jedoch explizit nur auf die Ausgabenseite. Die SP-Fraktion sieht – wie schon in der Debatte zum Budget 2015 erwähnt – drei Handlungsfelder für eine langfristig ausgeglichene Rechnung: Verzicht auf einige der grossen Investitionsprojekte, Reduktion der Ausgaben, Steigerung der Einnahmen. Nur mit diesen drei Stossrichtungen ist es realistisch, wieder zu ausgeglichenen Rechnungen zu kommen. Es ist für die SP also auch kein Tabu, über eine Erhöhung der Steuereinnahmen nachzudenken. In diesem Sinne soll der Regierungsrat beauftragt werden, über eine teilweise Rückgängigmachung der letzten Steuergesetzrevisionen nachzudenken. Schaut man über die Kantonsgrenzen hinaus, sind Steuererhöhungen wirklich kein Tabu. So wird der Kanton Schwyz, wie Zug ein Tiefsteuerkanton *par excellence*, im nächsten Jahr eine Steuererhöhung vornehmen, dies abgesegnet vom Souverän. Weitere Kantone werden in nächster Zeit sicher folgen.

Thomas Wyss als Sprecher der SVP-Fraktion kann die Aussagen seines Vorredners nicht unwidersprochen stehen lassen. Steuererhöhungen *sind* im Kanton Zug ein Tabu und kommen schlicht und einfach nicht in Frage. Der Kanton Zug steht im internationalen Wettbewerb und lässt sich deshalb nicht mit dem Kanton Schwyz vergleichen. Und weil Steuererhöhungen für die SVP-Fraktion nicht in Frage kommen, darf auch die vorliegende Motion auf keinen Fall überwiesen werden.

➔ Der Rat beschliesst mit 58 zu 12 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

1271 Traktandum 3.6: **Motion von Ivo Hunn betreffend Erstellung eines kantonalen Sportanlagenkonzepts vom 30. November 2014 (Vorlage 2463.1 - 14834)**

Franz Peter Iten spricht auch im Namen der CVP-Fraktion. Im Rahmen der Diskussion über die Zwei- oder Dreifachsporthalle an der Kantonsschule Zug erwähnte er, dass das jetzt von Ivo Hunn verlangte Sportanlagenkonzept eine Voraussetzung für die weitere Planung von Sporthallen im Kanton Zug wäre. Die Gemeinden wurden nachträglich nun angefragt, ob sie sich allenfalls an der vom Kantonsrat beschlossenen Dreifachsporthalle finanziell beteiligen würden. Es wäre wichtig, dass diesbezüglich ein gewisser politischer Druck ausgeübt würde, haben doch die gemeindlichen Sportkommissionspräsidenten das vorliegende Anliegen schon mehrmals beim kantonalen Sportamt deponiert. Leider ist bis heute nichts gegangen. Es ist für die Zukunft wichtig, dass die elf Gemeinden gemeinsam vorgehen. Es spielt

nämlich überhaupt keine Rolle, ob ein Rischer in Oberägeri oder ein Walchwiler in Baar Sport treibt, wichtig ist einzig ein gutes Konzept. Deshalb empfiehlt die CVP-Fraktion die Überweisung der Motion.

➔ Der Rat beschliesst mit 38 zu 29 Stimmen, die Motion zu Bericht und Antrag an den Regierungsrat zu überweisen.

1272 Traktandum 3.7: **Postulat der SP-Fraktion betreffend Mittelschulstandort Cham Röhrliberg/Allmendhof: Verzicht auf Planung und Projektierung für die nächsten zehn Jahre vom 30. November 2014 (Vorlage 2457.1 - 14828)**

Markus Jans weist darauf hin, dass es die SP-Fraktion im Postulat festgehalten hat: Das vom Regierungsrat angesagte Sparprogramm alleine wird die Finanzen des Kantons Zug auf die Dauer nicht wieder ins Lot bringen. Davon ist die SP nach wie vor überzeugt. Unter dem Eindruck des nie versiegenden Geldflusses war letztes Jahr im Kantonsrat die Meinung mehrheitsfähig, ein Gymnasium in Cham sei dringend notwendig; heute bereut der Rat bereits, dass er Menzingen bewilligt hat. Auch der Regierungsrat erlag dieser Euphorie. Heute aber präsentiert sich die Situation völlig anders. Selbst der Regierungsrat scheint zur Erkenntnis zu gelangen, dass es grössere Sparübungen braucht, um die Finanzen des Kantons wieder ins Lot zu bringen; zumindest hat er im Budget 2015 auf Seite 19 und 20 den Mittelschulstandort Cham aus den Investitionsprojekten 2015–2030 gestrichen.
Die SP-Fraktion unterstützt mit dem vorliegenden Postulat den Regierungsrat in seiner Haltung, Projekte, die in finanziellem Übermut mehrheitsfähig waren und bewilligt wurden, zu überprüfen. Sofern keine Investitionen geplant sind, braucht es auch keinen Wettbewerb und keine Projektierung. Hier den Sparhebel anzusetzen, verhindert später eine finanzielle Belastung und höhere Schulden. In diesem Sinn bittet die SP-Fraktion, ihr Postulat zu überweisen.

Für **Silvan Hotz** ist das vorliegende Postulat nicht wirklich schlecht, es beruht aber auf einem falschen Ansatz. Man spart nicht, indem man Investitionen zurückstellt, die sowieso nicht im Finanzplan stehen. Wenn schon, muss man richtig sparen und nicht einfach Notwendiges verschieben. Dazu muss man zurzeit vorhandene Bedürfnisse wegbringen. Konkret muss man die Sekundarschule und das Kurzzeitgymnasium stärken, was auch der Regierungsrat in seiner Strategie als Ziel definiert hat. Der Votant wird mit seinem letzten Vorstoss im Kantonsrat den Regierungsrat in die Pflicht nehmen, eine griffige Aussage dazu zu machen, wie er dieses Ziel umsetzen will. Das vorliegende Postulat aber trägt nichts dazu bei, die vorhandenen Bedürfnisse zu ändern.

➔ Der Rat beschliesst mit 52 zu 13 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

1273 Traktandum 3.8: **Postulat der SP-Fraktion betreffend Beschränkung der Planung der Neubauten für die Verwaltung auf den Teil für die ZVB vom 30. November 2014 (Vorlage 2458.1 - 14829)**

Eusebius Spescha erinnert daran, dass der Kantonsrat vor rund zwei Jahren einen Kredit für die Planung von Neubauten für Verwaltung und ZVB bewilligte. Die SP-

Fraktion unterstützte diesen Kredit, und der Votant selber setzte sich – auch als Präsident der Hochbaukommission – vehement dafür ein. Der Rat beschloss auch, dass diese Planung etappierbare Lösungen aufzeigen müsse, dies auch in Hinblick darauf, dass sich die finanzielle Situation des Kantons verschlechtern könnte. Es ist nun an der Zeit, den damaligen Entscheid ernst zu nehmen: Der Regierungsrat soll die Planung der Bauten für die ZVB forcieren und weiterführen, ist der entsprechende Bedarf doch ausgewiesen; bei der Verwaltung aber gibt es Spielraum, weshalb hier die Planung sistiert werden soll, bis sich andere Notwendigkeiten abzeichnen.

Thomas Wyss empfiehlt namens der SVP-Fraktion auch hier die Nichtüberweisung. Das Verwaltungszentrum 3 ist bekanntlich Bestandteil des Entlastungsprogramm 2015–2018, und die Prüfung einer Etappierung der Überbauung des ZVB-Areals ist ohnehin ein Auftrag des Kantonsrats an die Regierung. Die Baudirektion steht mit der Stadt in Verhandlungen betreffend Büronutzung im L&G-Gebäude sowie an anderen Standorten. Aus diesen Gründen ergibt sich, dass das vorliegende Postulat unnötig ist.

➔ Der Rat beschliesst mit 46 zu 11 Stimmen, das Postulat nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

1274 Traktandum 3.9: **Postulat der SP-Fraktion betreffend Kunsthauserweiterung im ehemaligen L&G-Verwaltungsgebäude an der Gubelstrasse vom 30. November 2014 (Vorlage 2459.1 - 14830)**

Eusebius Spescha hält vorneweg fest, dass dieses Postulat durch das regierungsrätliche Entlastungsprogramm nicht erfasst, sondern eine zusätzliche Idee ist, welche die SP-Fraktion in die Diskussion einbringen möchte. Für die SP ist es unabdingbar, für das Kunsthaus eine Lösung zu ermöglichen, bei der mehr Raum für die Präsentation der wertvollen Kunstwerke und Materialien zur Verfügung steht. Sie ist aber auch der Meinung, dass ein Kunsthaus auf der grünen Wiese politisch keine Chance hat. Trotzdem aber muss es möglich sein, der Kunstgesellschaft neue Gebäulichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die SP-Fraktion macht deshalb den Vorschlag, dass der Kanton mit der Kunstgesellschaft und dem Stadtrat Gespräche führt, ob nicht im ehemaligen L&G-Verwaltungsgebäude an der Gubelstrasse zwei oder drei Geschosse für die Kunstgesellschaft freigestellt werden könnten. Es ist bekannt, dass die Stadtverwaltung nicht alle Geschosse braucht, und zwei, maximal drei Geschosse würden für die Kunstausstellung reichen. Der Votant hat ähnliche Projekte schon im Ausland gesehen und ist überzeugt, dass auch hier wunderbare Ausstellungen möglich wären. Er bittet deshalb, das vorliegende Postulat zu überweisen.

Thomas Wyss wiederholt, dass der Kanton mit der Stadt Zug über eine Büronutzung im ehemaligen L&G-Verwaltungsgebäude verhandelt. Die Nutzung dieses Gebäudes für Büros der kantonalen Verwaltung wäre ideal. Das Gebäude eignet sich aber nicht als Kunsthaus – und der Bau eines Kunsthauses ist ohne keine kantonale Aufgabe. Zudem ist auf dem Areal des alten Kantonsspitals ein Standort für ein neues Kunsthaus vorgesehen. Bis Ende 2014 muss ein Mäzen gefunden werden, der sich namhaft an der Finanzierung des neuen Kunsthauses beteiligt. Gelingt dies nicht, wird es auf dem Areal des alten Kantonsspitals kein neues Kunsthaus

geben. Derzeit ist noch kein Mäzen in Sicht. Es ist also damit zu rechnen, dass auf dem genannten Areal kein neues Kunsthaus entstehen wird.

Philip C. Brunner liest dem Rat die Definition von «Filibuster» gemäss Wikipedia vor: «Als Filibuster wird im Senat der Vereinigten Staaten die Taktik einer Minderheit bezeichnet, durch Dauerreden ein Beschlussfassung durch die Mehrheit zu verhindern oder zu verzögern. Dabei wird hinter den Kulissen meist versucht, Überzeugungsarbeit zu leisten. Der Filibuster ist kein neues Phänomen, sondern geht auf eine römische Tradition zurück.»

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und bittet ihn, ausschliesslich zur Sache zu sprechen.

Philip C. Brunner hält fest, dass er es nicht korrekt findet, was die SP-Fraktion hier auf Kosten des Parlaments veranstaltet. Es ist die letzte Sitzung der Legislatur, und die SP hätte vier Jahre lang Zeit gehabt, die vorliegenden Vorstösse einzureichen.

➔ Der Rat beschliesst mit 50 zu 6 Stimmen, das Postulat nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

1275 Traktandum 3.10: **Postulat der SP-Fraktion betreffend Entlastungsprogramm 2015–2018: Steuererhöhungen dürfen nicht tabu bleiben vom 30. November 2014 (Vorlage 2461.1 - 14832)**

Barbara Gysel erinnert daran, dass die Regierung mehrfach betonte, vor keinem Thema Halt zu machen. Die Regierung und auch der Kantonsrat verlieren allerdings ihre Glaubwürdigkeit, wenn gerade jetzt eine Erhöhung des Steuerfusses von vorneherein ausgeschlossen wird. Auch eine Steuererhöhung ist keine heilige Kuh. Das vorliegende Postulat der SP-Fraktion stellt keine vollkommen überzogenen Forderungen. Die SP fordert schlicht, dass auch Steuererhöhungen einer *Prüfung* unterzogen werden. Das ist eine milde Variante. Die SP stellt nicht die maximale Forderung, dass zwingend Steuererhöhungen vorgelegt werden müssen; vielmehr will sie eine umfassende Auslegeordnung, welche die Regierung sowieso vorlegen muss. Alsdann kann der Kantonsrat aufgrund aller vorliegenden Informationen über die Massnahmen entscheiden. Das Postulat fordert also ausschliesslich eine erweiterte Information. Der Rat verbaut sich damit nichts.

➔ Der Rat beschliesst mit 47 zu 10 Stimmen, das Postulat nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

1276 Traktandum 3.11: **Postulat der SP-Fraktion betreffend Entlastungsprogramm 2015–2018: kein Belastungsprogramm für die sozial Schwachen vom 30. November 2014 (Vorlage Nr. 2462.1 - 14833)**

Barbara Gysel hält fest, dass sich die Argumentation der SP-Fraktion hier wiederholt. Das Postulat ist ebenfalls kein Radikalvorschlag, sondern eine gemässigte Variante. Die Regierung soll jene Massnahmen, die insbesondere sozial Schwache

betreffen, speziell ausweisen und – wenn möglich – darauf verzichten. Die SP fordert also nicht, dass diese Massnahmen *a priori* aus dem Katalog gestrichen werden, sondern sie wünscht ausschliesslich eine explizite Prüfung. Sie will also teilhaben an diesem Prozess und ihn mitgestalten. Im Zentrum steht, dass das Parlament die Kriterien der Massnahmenauswahl mitsteuern soll.

➔ Der Rat beschliesst mit 50 zu 7 Stimmen, das Postulat nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

TRAKTANDUM 5 (Fortsetzung)

1277 Wahl der kantonalen Schätzungskommission

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (2452.1 - 14821).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Stimmenzähler die neu gestalteten Wahlzettel für eine Listenwahl austeilen. Er bittet Thiemo Hächler, den Saal zu verlassen.

Manuel Brandenberg teilt nochmals mit, dass die SVP-Fraktion einstimmig den Antrag der JPK unterstützt.

Der **Vorsitzende** liest die Namen der Kandidaten nochmals vor. Von der JPK vorgeschlagen werden:

Martin Spillmann	René Kryenbühl
Baptist Elsener	Luzia Wenk
Walter Annen	Martina Hüsler
Josef Arnold	Andreas Schilter
Alexander Rey	Thomas Vetter

Von der CVP-Fraktion wurde zusätzlich Thiemo Hächler portiert. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass auf demselben Wahlzettel auch der Name der Präsidentin oder des Präsidenten sowie der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten aufgeschrieben werden muss. Die JPK schlägt Martin Spillmann als Präsidenten und Baptist Elsener als Vizepräsidenten vor.

Die Stimmenzähler sammeln die Wahlzettel wieder ein.

Andreas Hausheer stellt fest, dass es sich um Majorzwahlen handelt. Er frägt, ob im ersten Wahlgang nun das absolute Mehr, in einem allfälligen zweiten Wahlgang dann das relative Mehr gelte.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass nach § 67 Abs. 1 der Geschäftsordnung das absolute Mehr der abgegebenen Stimmen gilt.

Nach der Auszählung der Stimmen durch die Stimmenzähler teilt der **Vorsitzende** die Wahlergebnisse mit:

Wahl der Mitglieder der Schätzungskommission

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere oder ungültige Wahlzettel	Total in Betracht fallende Stimmen	Pro Wahlgang in Betracht fallende Stimmen	Absolutes Mehr
73	73	0	666	666 : 10 = 66,6	34

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Martin Spillmann	64
Baptist Elsener	65
Walter Annen	63
Josef Arnold	65
Alexander Rey	65
René Kryenbühl	64
Luzia Wenk	62
Martina Hüsler	63
Andreas Schilter	65
Thomas Vetter	46
Thiemo Hächler	34
Beat Wenger	3
Daniel Abt	1
Manuel Brandenberg	1
Daniel Thomas Burch	1
Barbara Gysel	1
Martin Pfister	1
Monika Weber	1
Matthias Werder	1

➔ Der Rat wählt die folgenden zehn Personen für die Amtsdauer 2015–2018 in die kantonale Schätzungskommission:

Martin Spillmann
Baptist Elsener
Walter Annen
Josef Arnold
Alexander Rey
René Kryenbühl
Luzia Wenk
Martina Hüsler
Andreas Schilter
Thomas Vetter

Wahl des Präsidiums der Schätzungskommission

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere oder ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Stimmen	Absolutes Mehr
73	73	0	70	36

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Martin Spillmann	54
Baptist Elsener	3
Walter Annen	2
Josef Arnold	2
René Kryenbühl	2
Thomas Vetter	2
Beat Wenger	2
Thiemo Hächler	1
Martina Hüsler	1
Martin Pfister	1

➔ Der Rat wählt Martin Spillmann für die Amtsdauer 2015–2018 zum Präsidenten der kantonalen Schätzungskommission.

Wahl des Vizepräsidiums der Schätzungskommission

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere oder ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Stimmen	Absolutes Mehr
73	73	0	71	36

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Baptist Elsener	59
Thomas Vetter	4
Josef Arnold	3
Thiemo Hächler	3
Martina Hüsler	1
Martin Spillmann	1

➔ Der Rat wählt Baptist Elsener für die Amtsdauer 2015–2018 zum Vizepräsidenten der kantonalen Schätzungskommission.

TRAKTANDUM 9

1278 Gesetz über den Jugendschutz betreffend Filmvorführungen und audiovisuelle Trägermedien (FATG; Totalrevision des Filmgesetzes)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (2367.1/.2 - 14605/06) und der vorberatenden Kommission (2367.3 - 14789).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission Eintreten und Zustimmung unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge beantragt.

EINTRETENSDEBATTE

Alice Landtwing, Präsidentin der vorberatenden Kommission, orientiert, dass die Kommission die Vorlage in zwei Sitzungen ausführlich beraten hat. Das neue Gesetz soll das alte Filmgesetz vom 6. Juli 1972 ersetzen. In den vergangenen vier Jahrzehnten hat im Bereich der elektronischen Medien eine nicht vorhersehbare technische Entwicklung stattgefunden. Dies führt dazu, dass Jugendschutzbestimmungen neu auch für audiovisuelle Trägermedien festzulegen sind. Zudem trat auf den 1. Januar 2013 eine von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, vom Schweizerischen Verband für Kino und Filmverleih, vom Schweizerischen Video-Verband und von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren unterzeichnete Vereinbarung in Kraft. Eine schweizerische Kommission aus Branchen- und Behördenvertretern und unabhängigen Fachleuten nehmen in Zukunft die Einstufung der Altersklassen vor. Es handelt sich bei dieser Vereinbarung um kein rechtssetzendes Konkordat, sondern um eine Absichtserklärung. Gewisse Kantone wollen diese Vereinbarung umsetzen, anderen Kantonen eilt es weniger.
Der an der ersten Sitzung anwesende Franz Woodtli, Präsident des Schweizerischen Video-Verbands, setzte sich als Branchenvertreter klar für die vom Regierungsrat vorgeschlagene Lösung ein. Er hielt fest, dass in den kleinräumigen Verhältnissen der Schweiz nur eine interkantonal einheitliche Regelung des Mindestalters Sinn mache, von der Branche praktisch überhaupt umsetzbar, glaubwürdig und ökonomisch tragbar sei. Der ebenfalls anwesende Thomas Ulrich, Vertreter der Kino Hürlimann AG und damit des einzigen Kinounternehmers im Kanton Zug,

wünscht kein gesetzliches Mindestalter, sondern lediglich eine Empfehlung, dies mit der Begründung, dass im häuslichen Bereich, in Fernsehen und Internet, auch kein gesetzlich festgelegtes Mindestalter zur Anwendung gelange und durchgesetzt werde. Höchstens zwei Prozent der Mediennutzung durch Jugendliche findet noch im Kino statt.
Die vorberatende Kommission beschloss mit 14 zu 0 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten. In der Detailberatung wurden einzelne Paragraphen resp. Absätze geändert; die entsprechenden Begründungen finden sich im Kommissionsbericht. Eine Minderheit möchte kein neues Gesetz. Sie stört sich am fixen Festhalten am Jugendschutzalter. Sie ist der Meinung, man könne regulieren, was man wolle, die Praxis sei anders, und man hinke immer den aktuellen Gegebenheiten nach. Die meisten Filme würden heute *online* besorgt. Die Eltern sollen ihre Verantwortung vermehrt wahrnehmen. Es brauche eher eine bundesrechtliche Lösung. Dazu ist zu sagen, dass der Bund alle Standesinitiativen zu diesem Thema, auch die zugerische, sistiert hat.
Eine knappe Mehrheit der vorberatenden Kommission will ein Gesetz. Sie ist der Meinung, eine Bundeslösung sei zwar richtig, bis diese aber bestehe, sei es besser, wenn auf Kantonsebene bereits eine Vorgabe bestehe. Nicht einmal der Bund könne dieses Problem lösen, handle es sich doch um eine internationale Angelegenheit, die nie befriedigend in den Griff zu bekommen sei. Bereits bei den Eltern sei es fraglich, ob sie im Umgang mit ihren eigenen Kindern Jugendschutz leben oder nicht.
In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission dem Gesetz in der vorliegenden Fassung mit 8 zu 6 Stimmen zu.

Martin Pfister spricht für die CVP-Fraktion. Nicht wenige Kinder und Jugendliche sind heute mehr oder weniger selbstverständlich und unauffällig virtuelle Massenmörder. Sie gönnen sich zwischen Hausaufgaben und Gute-Nacht-Kuss ihr persönliches Massaker. Am *Joystick* – man beachte: *joy* heisst «Freude» – streift man als sogenannter *Ego Shooter* durch die Gegend und knallt alles nieder, was sich bewegt. Blut und zerfetzte Körper fliegen dank grosser Fortschritte in der Animationstechnik herrlich realistisch und detailliert durch die Luft. Je mehr Grausamkeit, desto mehr *joy*.
Man kann diese Szenarien nicht genügen drastisch darstellen – wobei dem Votanten die Erfahrung und die Vorstellungskraft für eine noch realistischere Darstellung fehlen. Selbstverständlich kann man am Bildschirm auch mit Bären über Brücken hüpfen oder als Ronaldo mit Messi Fussball spielen. Aber Gewalt, Krieg und Mord haben in der virtuellen Welt eine hohe Attraktivität. Es ist klar, dass kaum einer der virtuellen Massenmörder dies auch im realen Leben tut, und es ist wissenschaftlich nicht belegt, ob die Gewalt in der Gesellschaft tatsächlich einen Zusammenhang mit elektronischen Gewaltspielen und -filmen hat. Die CVP ist jedoch klar der Meinung, dass trotz dieser generellen Einschränkung der Staat eine Verantwortung im Bereich des Jugendschutzes hat. Sie hat sich deshalb vor einigen Jahren in einer Fraktionsklausur mit diesen Fragen auseinandergesetzt und zwei Vorstösse eingereicht; einer davon hat u. a. die zur Debatte stehende Gesetzesrevision angestossen. Unterdessen ist viel geschehen. Die Branche selbst hat sich – wie gehört – intensiv damit beschäftigt, zudem hat sich die Technologie entwickelt, und es gehen längst nicht mehr alle audiovisuellen Medien über den Ladentisch. Das Internet hat den Zugang zu Spielen und Filmen, bei denen ein Jugendschutz angezeigt ist, deutlich vereinfacht. Das vorliegende Gesetz löst deshalb nicht alle Probleme des Jugendschutzes bei audiovisuellen Medien. Es ist aber eine wichtige Grundlage dafür, dass der Staat die Verantwortung dort übernimmt, wo er sie wahrnehmen

kann. Die CVP-Fraktion unterstützt deshalb diese Totalrevision in der Version der vorberatenden Kommission. Sie will einen aktiven Jugendschutz bei elektronischen Spielen und Filmen. Diese Aufgabe ist dem Handel und den Kinobetreibern zumutbar. Wer mit nicht jugendfreien Medien handelt oder sie abspielt, soll auch Verantwortung dafür tragen, dass diese nicht von Kindern oder Jugendlichen gekauft oder öffentlich angeschaut werden können. Mit der Zustimmung zu diesem Gesetz unterstützt man auch die Bemühungen der Branche selbst. Wer Ja sagt, löst zwar das Problem der Jugendgewalt nicht, leistet aber einen wichtigen Beitrag zu einer Lösung. Jenen, die heute das Filmgesetz grundsätzlich zu Fall bringen möchten, sei in Erinnerung gerufen, dass die vorgeschlagenen Massnahmen in der Debatte vom 10. Dezember 2009, als der Kantonsrat eine Standesinitiative für eine Bundesregelung verabschiedete, völlig unbestritten waren, dies auch bei den Fraktionen, die das Gesetz heute ablehnen. In den seither vergangenen fünf Jahren ist der Bund untätig geblieben, und auch in den nächsten Jahren ist nicht mit einer Bundeslösung zu rechnen. Das vorliegende, schlanke Gesetz kommt aber einer Bundeslösung nahe, indem es keine Insellösung schafft, sondern den Empfehlungen der Fachleute folgt.
Wer das Gesetz heute ablehnt, soll später bitte nicht der Bevölkerung erzählen, er setze sich für die Eindämmung der Gewalt in der Gesellschaft ein. Liberal ist nicht, wer Gesetze abschafft, sondern wer möglichst vielen ein freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dazu gehört auch der Jugendschutz. Gewalttaten von Jugendlichen sind auch im Kanton Zug nicht auszuschliessen, so sehr man sich das auch wünscht. Jedes Ratsmitglied soll sich deshalb seiner Verantwortung bewusst sein, wenn sich herausstellen sollte, dass eine Person die Spiele, mit denen sie ihre Morde am Bildschirm übte, in einem Zuger Geschäft gekauft hat. Diese Verantwortung gilt es wahrzunehmen. Wenn nur ein einziger virtueller Mörder nicht zu einem realen Täter wird, hat sich dieses Gesetz bereits gelohnt.

Cornelia Stocker stellt namens der FDP-Fraktion den **Antrag,** das derzeit in Kraft stehende Filmgesetz ersatzlos aufzuheben. Um dieses Ziel zu erreichen, muss sie aus formellen Gründen Eintreten beantragen und den Rat bitten, Ziff. I abzulehnen und Ziff. III gutzuheissen.
Die FDP begründet ihre ablehnende Haltung materiell wie folgt. In der vorliegenden Fassung regelt das Gesetz nur einen Teilbereich der Problematik, nämlich Kinovorführungen und den physischen Handel mit *Games* und Filmen. Der ganz grosse Bereich – Fernsehen und Internet – bleibt aus verfassungsrechtlichen Gründen ungeregelt. Natürlich geben Altersempfehlungen oder -limiten Eltern für den Kinobesuch mit ihren Sprösslingen oder den Kauf von *Games* gewisse Anhaltspunkte. Doch sie werden schnell zum Absurdum, wenn ein Film in Zug für Zwölfjährige, in Luzern aber erst für Vierzehnjährige freigegeben ist. Ähnlich verhält es sich mit dem Kauf von *Games* und Filmen: In Zürich können sie erworben werden, in Zug nicht, und in der Westschweiz gelten sowieso andere Regeln etc. Hier handelt es sich um einen klassischen Fall, wo eine nationale, wenn nicht gar internationale Regelung gefragt ist. Was immer der Kanton Zug in Sachen Alterslimiten im Gesetz festschreibt: Wenn andere Kantone nicht dasselbe tun, wird das Kantönlidenken zur Makulatur.
Dass sie mit ihrer Ablehnung dieses Gesetzes die Bestrebungen zum Jugendschutz torpediere, lässt die FDP nicht gelten. Wer diesem Gesetz zustimmt, macht dies in erster Linie zur Gewissensberuhigung, ohne damit etwas für den Jugendschutz zu tun. Das ist Augenwischerei. Gemäss einem kürzlich in der «NZZ am Sonntag» erschienen Artikel haben 95 Prozent der Oberstufenschüler, also der Zwölf- bis Neunzehnjährigen, permanent einen Computer in Form eines Smart-

phones bei sich. Sie haben damit einen praktisch unkontrollierbaren Zugang zum Internet. Die damit verbundenen Gefahren werden nicht mehr durch Verschlüsselungen und Filter und eben Altersbeschränkungen abgewehrt, sondern lauern immer und überall. Statt unwirksame Verbote zu verhängen oder am Strafrecht zu schrauben, soll die Medienkompetenz der Jugendlichen gefördert werden. Dies gehört nicht nur in die Hände der Schule. Hier sind vor allem die Eltern stark gefordert, ihre Erziehungsverantwortung wahrzunehmen – und diese lässt sich bekanntlich in keinem Gesetz festschreiben.
Die Votantin dankt für die Unterstützung des FDP-Antrags und ruft dazu auf, die Chance zu nutzen, für einmal ein Gesetz zu beerdigen.

Jürg Messmer hält fest, dass der Film ihn in seinen bisher fünfzig Lebensjahren immer begleitet hat. Er war als Jugendlicher schon relativ gross und konnte mit zwölf Jahren bereits problemlos Filme ansehen, welche erst ab sechzehn Jahren freigegeben waren. Später arbeitete er 21 Jahre lang als technischer Leiter in der Kinobranche in Bern und Zürich. Es gab immer wieder Probleme, wenn Eltern mit ihren fünf- bzw. siebzehn Jahre alten Söhnen einen ab sechzehn freigegebenen Film nicht gemeinsam ansehen durften. Der Böse war dann jeweils der Kinobesitzer, der kein Verständnis hatte. Zehn Jahre lang verlieh der Votant in Zug und Luzern Video- und DVD-Filme. Es gab Eltern, welche einen «kinderfreundlichen Horrorfilm» suchten – ein Widerspruch in sich. Als Verleiher kann man einem Kind keinen Horrorfilm geben, die Eltern aber können einen solchen Film mieten und diesen zuhause frei zugänglich machen. Dagegen kann man auch mit einem Gesetz nichts machen.
Die SVP-Fraktion unterstützt geschlossen den Antrag der FDP, auf das Gesetz einzutreten und es dann abzulehnen. Man muss ehrlich sein: Heute kann im Internet jedermann Filme anschauen, die erst ab achtzehn Jahren freigegeben sind. Man muss allerhöchstens die Frage beantworten, ob man achtzehn Jahre alt sei; bestätigt man dies – auch wenn man erst zehn oder zwölf Jahre alt ist –, kann man den Film problemlos anschauen. Das vorliegende Gesetz ist deshalb nicht umsetzbar, man müsste dazu das Internet verbieten. Deshalb bittet der Votant, dem Vorschlag der FDP-Fraktion zu folgen.

Barbara Gysel spricht für die SP-Fraktion. Die vorgeschlagene Totalrevision ist dringend notwendig, entsprechen doch die aktuellen gesetzlichen Grundlagen aus dem Jahr 1972 längst nicht mehr der Realität. Es ist begrüssenswert, dass der Jugendschutz vereinfacht und insbesondere vereinheitlicht wird. Insofern unterstützt die SP-Fraktion die Revision des Filmgesetzes im Sinne der vorberatenden Kommission. Sie ist aber nicht mit Feuer und Flamme dabei. Die Gesetzesvorlage behandelt nämlich ausschliesslich Filmvorführungen und die physisch gehandelten Computerspiele und Filme. Unbefriedigend bleibt – wie von Cornelia Stocker hervorragend ausgeführt – , dass das Internet, das vermutlich die grössten Risiken im Bereich Jugendschutz birgt, von der gesetzlichen Regelung ausgeklammert bleibt. Hier regelt man gerade mal das, was man mit verhältnismässig wenig Aufwand auf kantonaler Ebene definieren kann. Immerhin! Für die SP kommt dem Jugendmedienschutz aber ausdrücklich ein weitaus grösseres Gewicht zu, lehnt sie doch jede Verherrlichung und Banalisierung von Gewalt entschieden ab. Sie ist daher der Meinung, dass weiterführende Massnahmen in anderen Feldern der Politik unbedingt gefragt bleiben. Es ist aber offensichtlich, dass solche nicht in die jetzige Gesetzesvorlage integriert werden können – weshalb die SP zu einem anderen Schluss kommt als die FDP und die SVP.
Zwei Beispiele für zusätzlichen Regelungsbedarf: Im Kampf gegen die Verbreitung etwa elektronischer Brutalo- und Pornoprodukte sind unbedingt weiterführende

klare und umsetzbare gesetzliche Grundlagen gefragt. In erster Linie sind jene in die Pflicht zu nehmen, die mit diesen Produkten und dem Zugänglichmachen Geld zu verdienen versuchen, also die Produzierenden und Händler. Zudem braucht es eine gesetzliche Regelung der Verantwortlichkeit jener, die im Internet Dienste anbieten.
Ein anderes Beispiel aus dem Politikfeld Bildung: Digitale Medien bieten Kindern und Jugendlichen zwar auch vielfältige Lernchancen, aber sie bergen eben auch Gefahren wie Gewalt, Datenmissbrauch, sexuelle Übergriffe im Internet, Cybermobbing sowie Internet- und Computerspielsucht. Der Kinder- und Jugendmedienschutz ist daher unter anderem für alle Elternhäuser und auch für die Schulen – Stichwort Lehrplan 21 – ein Thema. Es wäre mittelfristig interessant, auch vom Bildungsdirektor zu hören, inwiefern das Thema des Jugendmedienschutzes im Bereich der Bildung bei den Zuger Schülerinnen und Schüler behandelt wird.
Abschliessend weist die Votantin darauf hin, dass im Kommissionsbericht auf Seite 4 das Unterkapitel «Aufhebung des geltenden Gesetzes unter Verzicht auf eine Neuregelung» zu finden ist. Die SP-Fraktion würde in Ergänzung dazu gerne noch hören, welches die Folgen wären, wenn das Gesetz im Rat abgelehnt würde. Zusammengefasst stimmt die SP der Vorlage grossmehrheitlich zu und folgt den Anträgen der Kommission, allerdings ohne Herzblut.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die «Neue Zuger Zeitung» im Ratssaal Fotografien herstellen will, was vom Rat bewilligt werden muss.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Andreas Lustenberger dankt namens der AGF der Kommissionspräsidentin und den Mitarbeitenden der Sicherheitsdirektion für die geleistete Arbeit. Die AGF ist einstimmig für Eintreten und steht grossmehrheitlich hinter der Gesetzesrevision. Es ist für die AGF jedoch unbefriedigend, dass mit der aktuellen Revision nur rund 20 Prozent des Film- und Videospielkonsums erreicht werden. Des Weiteren bemängelt die AGF, dass infolge der unterschiedlichen Regelungen in den Nachbarkantonen bizarre Situationen entstehen. Sie ermutigt den Sicherheitsdirektor, sich innerhalb der KKJPD für eine möglichst rasche Harmonisierung stark zu machen.
Die Diskussion innerhalb der Fraktion betraf neben der absoluten Wirksamkeit des Gesetzes vor allem das Mindest- oder Empfehlungsalter. Die AGF spricht sich grossmehrheitlich für ein bindendes Mindestalter aus. Dass mit einem Gesetz nicht der gesamte Wirkungsbereich des Film- und Videospielkonsums abgedeckt wird, bedeutet noch lange nicht, dass nicht zumindest der Teilbereich mit griffigen Massnahmen versehen sein sollte. Eine Minderheit der AGF, welcher auch der Votant angehört, spricht sich für ein Empfehlungs- statt eines Mindestalters aus – wobei sich nach den Diskussion in der AGF festhalten lässt, dass dieses Gesetz durchaus auch eine Generationenfrage ist. Aus Sicht der Minderheit liegt es in der Eigenverantwortung der Konsumentinnen und Konsumenten oder deren gesetzlicher Vertretenden, welche audiovisuellen Medien ab welchem Alter konsumiert werden sollten. Ein Empfehlungsalter, wie es heute bei Videospielen und Filmen meistens bereits der Fall ist, bietet hier eine genügende Grundlage. Persönlich wird der Votant den Antrag der FDP-Fraktion unterstützen.

Für **Thomas Werner** ist es besser, statt eines nutzlosen Gesetzes gar kein Gesetz zu haben. Martin Pfister hat die Gefahren von *Ego Shootern* etc. mit eindrücklichen Worten dargestellt. Der Trugschluss besteht aber darin, dass mit dem vorliegenden

Gesetz kein einziger Vorfall verhindert werden kann. Das Gesetz hilft auch nicht im Bereich Internet, wo die meisten *Games* heruntergeladen und gespielt werden. Und für einige wenige Filmvorführungen im Kino Altersvorgaben festzulegen, macht den Braten nicht mehr feiss. Schliesslich ist auch an die Eigenverantwortung der Eltern zu erinnern: Es liegt an den Eltern zu entscheiden, was für ihre Kinder gut ist und was nicht, und dann braucht es die entsprechenden elterlichen Anstrengungen, beispielsweise präventiv mit den Kindern über die Problematik zu sprechen und etwas dagegen zu unternehmen. Ein Gesetz hilft in diesem Bereich garantiert nichts. Der Votant unterstützt deshalb ebenfalls den Vorschlag der FDP-Fraktion: eintreten und dann ablehnen.

Beni Riedi steht voll hinter den Voten von Cornelia Stocker, Jürg Messmer und Thomas Werner. Er ist etwas überrascht von der Argumentation des CVP-Sprechers, welcher an die vor fünf Jahren eingereichte Standesinitiative erinnerte. Im Bereich der Technik hat sich seither sehr vieles verändert, und mittlerweile nutzen die Jugendlichen die entsprechenden Angebote sicher zu 80 Prozent über das Internet, nicht mehr über physische Datenträger. Das vorliegende Gesetz aber betrifft nur die physischen Datenträger. Zu beachten ist auch, dass die grossen *Players* in diesem *Business*, nämlich Grossverteiler und Ketten wie Manor etc., sich an die Altersvorgaben halten, die auf DVD und Videos aufgedruckt sind. Unabhängig davon, ob es im Kanton Zug ein entsprechendes Gesetz gibt, können diese Anbieter es sich nicht leisten, einen erst ab achtzehn freigegebenen Film an Minderjährige zu verkaufen. Beim Alkohol- und Tabakverkauf beobachtet man zudem, dass Grossverteiler wie Coop über den Jugendschutz hinausgehen und die betreffenden Produkte nicht schon ab sechzehn, sondern sogar erst ab achtzehn Jahren verkaufen. Die grossen *Players* sind sich ihrer Verantwortung also bewusst. Die Verkäufe via Internet kann der Kanton Zug nicht mit einem Gesetz beeinflussen, weshalb es dieses Gesetz nicht braucht. Zum Argument, das Gesetz würde sich schon lohnen, wenn nur eine einzige Person von einer realen Tat abgehalten werden könne, ist zu sagen, dass man dann auch über ganz andere Bereiche diskutieren müsste, wo ebenfalls Leute zu Tode kommen, beispielsweise den Strassenverkehr.
Zusammenfassend unterstützt der Votant den Antrag der FDP auf Streichung dieses Gesetzes. Ein Gesetz, mit dem man nicht erreichen kann, was man sich davon wünscht, braucht es nicht.

Gregor Kupper weist darauf hin, dass mit Ziff. III des vorliegenden Gesetzes das Filmgesetz vom 6. Juli 1972 aufgehoben werden soll. Für ihn stellt sich die Frage, ob das alte Gesetz bestehen bleibt, wenn der Rat das neue Gesetz nicht genehmigt. Und – die Frage geht an die Kommissionspräsidentin – welches Gesetz ist das bessere, dasjenige von 1972 mit Stand 1. Januar 2004 oder das vorliegende neue Gesetz?

Kommissionspräsidentin **Alice Landtwing** hält fest, dass der Antrag gestellt wurde, das neue Gesetz abzulehnen und auch das bestehende Filmgesetz aufzuheben. Es wird dann also kein diesbezügliches Gesetz mehr geben.

Auch für **Andreas Hausheer** ist die Sache etwas unklar. Wenn der Rat in der Schlussabstimmung das neue Gesetz ablehnt, sagt er Nein zur Vorlage 2367.2. Teil dieser Vorlage aber ist die Aufhebung des Filmgesetzes von 1972, ein Nein zum neuen Gesetz bedeutet also auch ein Nein zur Aufhebung des alten Gesetzes. Er bittet um Klärung.

Landschreiber **Tobias Moser** stellt klar: Wenn der Rat weder das geltende noch das neue Gesetz will, muss er so verfahren, wie es Cornelia Stocker vorschlägt: Er muss in der ersten Lesung unter Ziff. I dem Antrag der FDP-Fraktion folgen und alle neuen Bestimmungen streichen sowie unter Ziff. III den Antrag der Regierung und der vorberatenden Kommission auf Aufhebung des alten Gesetzes gutheissen. Ergebnis der ersten Lesung wird dann eine leere Ziff. I und die Aufhebung des alten Gesetzes sein. In der Schlussabstimmung sollte dann der Rat der Vorlage zustimmen, sonst beginnt alles wieder von vorne.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass die Regierung vor einigen Jahren den Auftrag erhielt, das Filmgesetz zu revidieren. Man kann sich aber tatsächlich die Frage stellen, ob es einen kantonalen Jugendschutz im Bereich Film künftig noch braucht. Auch der Sicherheitsdirektor will keine unnötigen Gesetze. Jetzt aber hat man eine Schönwetterlage: Seit Jahren gibt es keinerlei Probleme mit Kinobetreibern und Filmverleihern. Mit der Aufhebung des Gesetzes würde man aber eine staatliche Rückfallebene und die Möglichkeit einer staatlichen Kontrolle und Sanktion aufgeben. Gesetze haben ja zwei Kernpunkte: Prävention und Sanktion. Unter Prävention versteht der Sicherheitsdirektor hier auch, dass man mit einem Gesetz die Anbieter von audiovisuellen Spielen etc. unter Druck setzt, die Selbstregulierung einzuhalten. Es ist richtig, dass heute alles funktioniert und die Anbieter sogar über die gesetzlichen Normen hinausgehen. Was aber ist, wenn ein Anbieter den Anforderungen nicht nachlebt, aus der Branchenorganisation ausgeschlossen wird und sich dann erst recht nicht mehr an die Vorgaben hält? Dann hat der Staat keine Möglichkeit mehr, einzugreifen und zu sanktionieren.
Der Sicherheitsdirektor dankt der Kommission für die Mitwirkung. Er empfiehlt dem Rat, das vorliegende Gesetz anzunehmen. Es ist entschlackt und enthält nur ein Minimum. Es ist richtig, dass die Zusammenarbeit zwischen der KKJPD und der Branche, nämlich der schweizerischen Filmkommission, sehr gut ist und die Selbstregulierung und -kontrolle funktioniert. Im Bereich Jugendschutz soll aber der Staat nicht zum Vorneherein alles aus den Händen geben. Diesem Zweck dient das vorliegende Gesetz, das den Kanton weder personell noch kostenmässig belastet. Auf Bundesebene ist im Übrigen nicht nur die Standesinitiative aus dem Kanton Zug hängig, es gab auch Vorstösse aus dem Ständerat, dem Nationalrat sowie weiteren Kantonen. Man arbeitet beim Bund an einem Konzept, wobei man auch die verschiedenen Zuständigkeiten beachten muss: Die Kantone sind beim Jugendschutz für die Kinos zuständig, der Bund mehr für Radio, Fernsehen und Internet. Da stellt sich beim Bund die Frage, was die Kantone tun, wobei etwa die Hälfte der Kantone bereits Regelungen getroffen hat und die übrigen Kantone – davon ist der Sicherheitsdirektor überzeugt – dasselbe tun werden, wie es der Kanton Zug vorgesehen hat. Wenn das Gesetz jetzt verworfen wird, wird sich das dann rächen, wenn der Bund eine Regelung vorschreibt und Zug nachziehen muss. Der Sicherheitsdirektor bittet deshalb den Rat, auf die Vorlage einzutreten und der vorgesehenen minimalen Regelung zustimmen.
Dass in anderen Kantonen gelegentlich andere Regelungen gelten, ist richtig; das sollte in Zukunft aber vereinheitlicht werden. Der Sicherheitsdirektor hat in der KKJPD verschiedentlich gefordert, dass die Kantone eine Regelung im Sinne des Kantons Zug treffen sollen: eine Rückfallebene für schlechtere Zeiten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass die Stimmenzähler noch mit dem Auszählen der Wahlen für die kantonale Schätzungskommission beschäftigt sind und es zwei Ersatzstimmenzähler braucht. Er schlägt vor, von der CVP-Fraktion wie üblich Anna Bieri zu wählen; die FDP-Fraktion schlägt Renato Sperandio vor.

➔ Der Rat wählt Anna Bieri und Renato Sperandio stillschweigend zu Ersatzstimmenzählenden.

Titel und Ingress

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 1 Abs. 1

➔ Der Rat genehmigt mit 63 zu 0 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

§ 1 Abs. 2
§ 2 Abs. 1 und 2

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Kommission je eine eigene Fassung von § 3 vorlegen. Diese Anträge sind einander *en bloc* gegenüberzustellen.

Heini Schmid hat eine Frage zu § 3 Abs. 1. Die Kino Hürlimann AG hat vorgeschlagen, dass Filme mit Altersbegrenzung bis sechzehn Jahren in Begleitung von Eltern grundsätzlich besucht werden können. Der Votant ist fälschlicherweise davon ausgegangen, dass das bisherige Recht dies erlaubte, entspricht es doch der Praxis, die er mit seinen eigenen Kindern übte; er muss nun aber feststellen, dass er sich sicher fünfzig Mal strafbar gemacht hat. Er möchte gerne wissen, wie sich die Kommission zum erwähnten Vorschlag stellte; im Kommissionsbericht hat er dazu nichts gefunden.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** glaubt zu wissen, dass diese Frage in der vorberatenden Kommission auch diskutiert wurde. Es macht aber keinen Sinn, wenn die Kantone diesbezüglich unterschiedliche Regelungen haben. Die Filmkommission oder die Branche kann entsprechende Vorgaben machen, welche dann von allen Kantonen übernommen werden und überall gelten. Es ist deshalb wenig sinnvoll, das im Kanton Zug zu regeln.

Kommissionspräsidentin **Alice Landtwing** hält fest, dass die Eltern, wenn diese Regelung im Kanton Zug nicht gilt, mit den Kindern einfach nach Sins gehen können. Das ist das Problem, welches die Kino Hürlimann AG hat.

➔ Der Rat genehmigt § 3 mit 57 zu 1 Stimmen in der Version der vorberatenden Kommission.

§ 4
§ 5
§ 6

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die FDP-Fraktion beantragt, das ganze neue Gesetz abzulehnen und das geltende Gesetz aufzuheben. Aus gesetzestechnischen Gründen wird daher der Antrag gestellt, Ziff. I gänzlich zu streichen und Ziff. III gutzuheissen.

➔ Der Rat heisst den Antrag auf Streichung von Ziff. I, d. h. auf Ablehnung des ganzen neuen Gesetzes mit 35 zu 26 Stimmen gut.

II. Fremdänderungen

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

III. Fremdaufhebung

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Aufhebung des geltenden Gesetzes beantragt. Dazu wird kein anderer Antrag gestellt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

IV. Referendumsklausel und Inkrafttreten

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

Die Traktanden 10 bis 12 können aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden.

VERABSCHIEDUNGEN

1279 Verabschiedung des Kantonsratspräsidenten

Manuel Brandenberg verabschiedet den Kantonsratspräsidenten mit folgenden Worten:
«Lieber Hubert, ‹Und immerdar enthüllt das Ende sich als strahlender Beginn›, schrieb der deutsch-baltische Schriftsteller Werner Bergengruen. Das Ende Deiner Zeit als Präsident des Parlaments ist gekommen, und nun kannst Du strahlend neue Aufgaben übernehmen und für bisherige Pflichten wieder mehr Zeit aufwenden. Lieber Hubert, Du warst ein Präsident, der grosszügig mit dem Wort umgegangen ist. Du hast mehr reden lassen, als dass Du selber geredet hast. So hast Du der Institution, der Du vorstandest, die Ehre erwiesen. Im Parlament wird parliert, wird gesprochen. Dieses Sprechen hast Du grossherzig zugelassen, vielleicht auch weil Du ahntest, wie wichtig es für unser demokratisches Gemeinwesen ist, dass man die Leute reden lässt und Debatten und Diskussionen nicht erstickt oder abwürgt. Für diese Deine Art danke ich Dir.
Natürlich haben wir auch ein Geschenk für Dich bereit. Deine Frau hat uns über Deine Vorliebe aufgeklärt, damit ihrem Liebsten eine Freude bereitet werden kann; für dieses weibliche Charisma sind wir dankbar. Im Namen des ganzen Kantonsrats überreiche ich Dir ein Gemälde von Elso Schiavo aus Baar, danke Dir nochmals ganz herzlich und wünsche Dir alles Gute für die neuen Aufgaben, die Du nun strahlend beginnen kannst.» *(Der Rat applaudiert.)*

Kantonsratspräsident **Hubert Schuler** dankt herzlich für das Geschenk und verabschiedet sich mit folgenden Gedanken als Ratsvorsitzender:
«‹Man muss den Menschen zuhören.› Diesen Leitgedanken wählte ich vor zwei Jahren anlässlich meiner Wahl zum Kantonsratspräsidenten. Dieses Ziel habe ich meines Erachtens erreicht. In den vergangenen 24 Monaten begegnete ich unterschiedlichsten Menschen. Dabei standen Zuhören und Austauschen stets im Zentrum. In über 200 Veranstaltungen stellte ich fest, wie viel Herzblut die Organisationen investieren, um ihre Anliegen zu präsentieren. Ob eine Generalversammlung eines Vereins, ein Konzert, eine Ausstellung oder eine sportliche Herausforderung: Immer engagierten sich Menschen für andere, oft Gleichgesinnte, um gemeinsam etwas zu erreichen. Das ist faszinierend. In solchen Momenten ist es spürbar, dass der Kanton Zug für viele lebenswert ist. Einige Veranstaltungen führten mich über die Kantonsgrenzen hinaus. Dabei stellte ich öfters fest, dass ein Grossteil der Bevölkerung im Kanton Zug auf einem äusserst hohen Niveau lebt. Von ausserhalb betrachtet, bekommt auch das nicht seltene Jammern auf ebenso hohem Niveau einen schalen Beigeschmack. Vieles ist selbstverständlich geworden, und bereits minime Änderungen sind unvorstellbar. Eine gewisse Bescheidenheit und die Besinnung auf unsere Grundwerte, welche auch in der Bundesverfassung verankert sind und die Schweiz schlussendlich ausmachen, täten auch uns gut.
Von schwerwiegenden Problemen wurden wir in den vergangenen vier Jahren glücklicherweise verschont. Heute heisst es für viele Kantonsrätinnen und Kantonsräte, Abschied zu nehmen und den Stuhl für 22 neue Politikerinnen und Politiker frei zu machen. In den vergangenen Jahren haben Sie sich mit Ihrem persönlichen Können und Wissen für die Bevölkerung des Kantons Zug eingesetzt. Gemeinsam haben sie 238 Jahre politische Arbeit im Kantonsrat geleistet. Ich danke Ihnen auch im Namen der Zuger Bevölkerung für ihren grossen Einsatz. *(Der Rat applaudiert.)* Mir als Kantonsratspräsidenten oben auf dem ‹Bock› haben Sie die Arbeit meistens erleichtert, waren die Anträge doch schriftlich vorhanden, die Voten an-

ständig, sachlich, nicht zu lange und der Lärmpegel auf einem akzeptablen Mass. Dafür gehört Ihnen gebührender Dank. Ich wünsche Ihnen Wohlbesonnenheit in Ihrer weiteren politischen Laufbahn und beste Gesundheit. Dem designierten Kantonsratspräsidenten Moritz Schmid und dem neuen Büro wünsche ich viel Spass und die nötige Gelassenheit.
Ein herzliches Dankeschön geht an unseren Landschreiber Tobias Moser und seine Stellvertreterin Renée Spillmann Siegwart sowie das ganze Team der Staatskanzlei für die hervorragende, kompetente Zusammenarbeit. Speziell erwähnen und danken möchte ich unserem Standesweibel Hans Peter Rosenberg und seiner Stellvertreterin Pascale Schriber für ihre wertvolle Tätigkeit zugunsten unseres Parlaments. Ein besonderer Dank geht auch an das Team meines Arbeitsplatzes und meinen Arbeitgeber. Ihre Flexibilität und Unterstützung erleichterten es mir, die Aufgaben als Kantonsratspräsident seriös wahrzunehmen und meine Arbeitszeiten zu optimieren. Ein letztes Dankeschön geht an meine Familie, insbesondere an meine Frau Brigitte, für das Mittragen und die Unterstützung.» *(Der Rat applaudiert.)*

1280 Verabschiedung des Landammanns

Thomas Lötscher verabschiedet den Landammann mit folgenden Worten:
«Sehr geehrter Herr Landammann, lieber Beat, da ich mit Dir im Projekt ‹Zug zeigt Zivilcourage› und beim Polizeigesetz eng zusammen arbeiten und Dich als seriösen Schaffer kennenlernen durfte, ist es mir eine Ehre, Dich als Landammann verabschieden zu dürfen. Aber bitte erwarte nicht von mir, dass ich jetzt 27 Nachweise für stilles, seriöses Schaffen aufzähle – immerhin warst du auch mal Räbevater der Baarer Fasnacht! Geschätzte Anwesende, lassen Sie mich deshalb seine Taten mit seinen Worten abgleichen.
In seiner Antrittsrede sah der neugewählte Landammann keine Gefahr, die Bodenhaftung zu verlieren. Nun, hält diese Einschätzung einem Praxistest stand? Als Gast begleitete Beat Villiger die Jagdgruppe seines Magistratskollegen Urs Hürlimann und bereitete sich seriös darauf vor. Er kaufte sogar ein Paar neue geländegängige Schuhe. Dumm nur, dass er aus Versehen die alten einpackte, bei denen sich die Sohlen vorne lösten. Schlagartig war die Gefahr latenten Haftungsverlusts gegeben, und Rückwärtsgehen war auch keine dauerhafte Lösung. Indem die Sohlen kurzerhand mit Schnüren an die Oberschuhe gebunden wurden, bewies der Landammann Macherqualitäten und stellte die Bodenhaftung wieder her.
Beat Villiger mahnte uns, dass wir nicht nur Politiker in diesem Saal sind, sondern auch beim Einkaufen, in unserem Beruf oder im Verein, quasi *on the road*. Wie funktioniert das nun, wenn der Landammann unterwegs ist, beispielsweise wenn er in Walchwil eine Besprechung hat? Er nimmt den Bus, realisiert, dass er zu spät für den Anschlussbus ist, bittet den Chauffeur, dessen Kollegen vom Bus 5 anzufunken, er möge doch kurz warten, dies allerdings – und das muss betont sein – ohne den Regierungsrat oder Landammann hinauszuhängen. Selbstverständlich funktioniert das reibungslos. Der Bus 5 ist auch magistral besetzt, und dort wundert man sich, warum die Karre nicht endlich losfährt. Natürlich liegt es uns fern, an Machtmissbrauch zu denken. Machtmissbrauch wäre gewesen, wenn der Sicherheitsdirektor mit Polizeieskorte, Blaulicht und Sirene durch die Stadt gedüst wäre. Wahrscheinlich war der Buschauffeur ein Baarer und hat den Landammann gar nicht erkannt – aber den ehemaligen Räbevater.
Beat Villiger hatte sich vorgenommen, als Landammann ganz bewusst weiterhin unter die Leute zu gehen. Diesen Vorsatz setzte er mit ungeheurem Engagement

um. Lieber Beat, auch ein Landammann – vor allem einer der CVP – darf zu christlicher Zeit den Heimweg antreten und muss am Jahresschlussrapport der Feuerwehr Baar nicht *zwingend* zu den Letzten gehören.
Der Höhepunkt in der Amtszeit von Landammann Villiger war sicher die Einladung an den Kanton Zug anlässlich der Vereidigung der Schweizer Garde in Rom. Beim Apéro mit der Schweizer Garde probierte der Landammann sogar ein Nicht-Baarer-Bier, allerdings mit sehr kritischem Blick. Leider können wir den als Beweismittel dienenden Schnappschuss hier nicht präsentieren; vielleicht ginge das in Zukunft mit der Anzeigentafel der elektronischen Abstimmungsanlage – sofern diese nicht dem Entlastungsprogramm zum Opfer fällt. Die Zuger Delegation erlebte damals den ersten öffentlichen Auftritt des neuen Papstes. Näher an die Unfehlbarkeit hat noch kein Landammann seine Zuger Schäfchen geführt. Allerdings könnte sein designierter Nachfolger, der bekanntlich keine Herausforderung scheut, versucht sein, uns nicht mit Cisalpino und Alitalia in den Süden, sondern mit dem Zürcher Verkehrsverbund nach Herrliberg in die Villa Blocher zu fuhren. Dort wären wir der Unfehlbarkeit noch ein klein wenig näher. *(Der Rat lacht.)*
Doch zurück zum aktuellen Landammann. Alle diese Anekdoten zeigen: Beat Villiger ist ein geselliger Mensch, ein menschlicher Landammann, der gern bei den Leuten ist. Auch wenn er am Mikrofon manchmal etwas spröde wirkt: Er erkennt den Menschen im Bürger, und er lebt das Menschliche. Lieber Beat, im Namen des Kantonsrats und der Zuger Bevölkerung danke ich Dir ganz herzlich für Deinen Einsatz – und dafür, dass Du Zug ein menschliches Gesicht gegeben hast. Zug kann das brauchen.
Wissen Sie eigentlich, dass Beat Villiger sehr musikalisch ist? Als Blasmusiker war er im Militärspiel und ist ein begnadeter Sänger. Er würde als Bariton auch gerne Gesangsunterricht nehmen. Ob du, lieber Beat, dazu jetzt Zeit findest, kann ich nicht beurteilen. Aber für den Besuch einer Aufführung im KKL mit Nachtessen zusammen mit Deiner Rita sollte die Zeit reichen. Gerne offerieren wir Dir das. Falls Du mit dem Einlösen noch zuwartest, bis das Entlastungsprogramm steht, können wir uns vielleicht den Beitrag in den Kulturlastenausgleich schenken. Wie auch immer: herzlichen Dank, und geniesse die neue Freizeit!» *(Der Rat applaudiert.)*

Landammann **Beat Villiger** wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden:
«Ich war gerne Landammann. Es war viel mehr Würde als Bürde, und ich habe gespürt, dass für viele Zugerinnen und Zuger nicht nur der Kantonsratspräsident, sondern auch der Landammann ein wichtiger Repräsentant unserer *res publica* ist. Für viele ist er – salopp ausgedrückt – manchmal auch ein Vis-à-vis am Stammtisch und eine Identifikationsfigur; auf ihm ruhen oft Erwartungen, die er gar nicht erfüllen kann. Das muss man aushalten. Geholfen hat mir dabei die Einsicht: Besser das Wenige richtig tun, als am Unerreichten verzweifeln.
Ich habe mich auch in der Regierung immer wohl gefühlt. Als Regierung sind wir letztlich ja nur so stark, wie wir uns gegenseitig stärken. Dennoch: Man ist in der Politik manchmal allein mit seinen Gedanken und Entscheidungen, und jemand hat mal ironisch gesagt, allein sei man immer in schlechter Gesellschaft – was ich eigentlich aber nicht war. Darum tun uns lobende Worte gut. Das ist Balsam, und jeder weiss: «Ein paar Pläsierchen braucht jedes Tierchen.» Darum danke ich Thomas Löt¬scher für die gut recherchierte und gut formulierte Laudatio, muss aber auch gleich relativieren: Keiner ist so gut wie sein Nachruf und so schlecht wie sein Ruf.
Unser Leben besteht aus Abschnitten. Jeder Abschnitt hat seinen Reiz, jede Passage ihre Aufgaben, und jede Etappe muss man wieder verlassen. ‹So leben wir und nehmen immer wieder Abschied›, heisst es in einem Gedicht von Rainer Maria Rilke.

Das gilt auch für den Landammann. Aufhören kann jeder – doch Schluss machen? Am Ende der Amtszeit ist nun plötzlich der Schluss da, und ich versichere meinem designierten Nachfolger Heinz Tännler, dass ich wirklich Schluss mache. Doch vorher noch einige Gedanken:

• Welt und Politik werden komplexer, die Probleme anspruchsvoller, die Lösungen ab und zu fast unmöglich oder mindestens schwieriger, auch im kleinen Kanton Zug. Dazu kommt der Spardruck. Manchmal dünkt mich gar, die Politik sei zur Kunst des Unmöglichen geworden. Als Politikerin und Politiker ist uns allen bewusst, dass wir nicht die Freiheit haben, dies oder jenes zu erreichen; wir haben aber die Freiheit, das Notwendige zu tun – oder nichts. Und damit wir das Notwendige tun können, braucht es Mehrheiten über alle parteipolitischen Gräben hinweg. Das war mir immer ein grosses Anliegen.

• Zunehmend Sorge bereitet mir die negative Wirkung der Bürokratie, obwohl wir alle mitbeteiligt sind. Die verstärkte Reglementiererei nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft, löst eine energiekonsumierende Papier- und E-Mail-Flut aus. Wir legen uns immer mehr Fesseln an – und wenn das Pferd gefesselt ist, gewinnt der Esel das Rennen. So kommt es mir vor, oder anders gesagt: Bürokratischer Aktionismus verhindert nicht selten Klarheit und Kreativität. Das muss uns zu denken geben.

• Ein besonderer Dank geht an den Kantonsratspräsidenten Hubert Schuler. Er vermittelte zwischen kantonsrätlichen Positionen und politischen Fraktionen, quasi als Pontonier in unruhigen Gewässern. Ich brauche ganz bewusst diesen militärischen Ausdruck, weil Hubert oft auch an sicherheitsrelevanten und militärischen Anlässen zugegen war. Einen Brückenbauer ganz besonderer Art besuchten wir im Mai 2013, den Pontifex Maximus im Petersdom. 250 Zugerinnen und Zuger fanden den Weg in die Ewige Stadt, über alle Parteien hinweg. Das hat mich beeindruckt, vor allem auch das gemeinsame Singen des Schweizerpsalms in unseren vier Landessprachen im Petersdom. Ich erinnere mich sehr gerne daran.

• Der Regierungsrat hat in den zwei vergangenen Jahren nicht nur viele Entscheidungen gefällt, sondern hat auch andere Kantonsregierungen empfangen und war bei ihnen zu Gast. Bei solchen Anlässen wird einem deutlich bewusst, dass der Föderalismus einer der tragenden Pfeiler unseres Landes ist, und warum zwischen 1798 und 1848 während fünfzig Jahren erbittert um die richtige Staatsform gerungen wurde. Entstanden ist nicht der zentralistische Apfel *à la française*, geblieben ist nicht die staatenbündische Traube, kreiert wurde vielmehr die föderalistische Orange mit der Bundeshaut und den souveränen kantonalen Schnitzen – die Orange als Symbol unseres föderalen Bundesstaats. Nicht umsonst sagte der kauzige Zürcher Schriftsteller und Staatsschreiber Gottfried Keller einmal: «Wenn die Rechte der Kantone zusammengestrichen werden, sieht die Schweiz zuletzt aus wie eine leergefressene Schüssel.» Noch ist es nicht so weit, aber die Schüssel bekommt Kratzer. Ich habe mich fürchterlich aufgeregt über den NFA-Entscheid des Ständerats am letzten Dienstag, der für uns nicht nachvollziehbar ist. Ich habe mir sogar überlegt, aus Trotz aus den nationalen und interkantonalen Gremien zurückzutreten. Aber wir müssen dem Föderalismus Sorge tragen. Sein Gegenteil wäre nämlich der Zentralismus, den wir so oder so immer mehr bekämpfen müssen.

Ich danke der Staatskanzlei, meiner Familie und meiner Direktion, vor allem dem Direktionssekretariat, für die gute Unterstützung. Der neue Kantonsratspräsident und der neue Landammann können sich glücklich schätzen, auf ein gutes Team zurückgreifen zu können. Ich wünsche euch allen für die Tage zwischen den Jahren, in denen die Hektik bekanntlich etwas kleiner wird, ein beruhigendes Andante.

Zum Schluss wünsche ich meinem Nachfolger alles Gute. Lieber Heinz, Du wirst eine spannende Aufgabe antreten. Sie ist vergleichbar mit der Funktion eines Diri-

genten. Für das Überbrücken von Gegensätzen und Konflikten zwischen den Parteien als Teilen eines Ganzen gibt es nichts Instruktiveres als die Probe eines Orchesters. Der Landammann wirkt wie ein Dirigent. Der Dirigentenstab, den ich Dir schenke, symbolisiert dies nicht nur, sondern hilft auch. Du wirst das neue Amt mit der Dir eigenen Tatkraft ausüben und mit Würde und Würze füllen. Das wissen wir. Doch eines weisst Du noch nicht: wie schön es ist, Landammann *gewesen* zu sein!» *(Der Rat applaudiert.)*

1281 Nächste Sitzung

Donnerstag, 18. Dezember 2014 (konstituierende Sitzung)

Der **Vorsitzende** weist abschliessend darauf hin, dass am 17. Januar 2015 der Skitag stattfindet. Die Ratsmitglieder haben von den Sportchefs die näheren Informationen bereits erhalten. Der Vorsitzende bittet, sich möglichst zahlreich anzumelden.

Den austretenden Kantonsratsmitgliedern dankt der **Vorsitzende** noch einmal für ihren Einsatz zugunsten des Kantons Zug. Er wünscht allen Ratsmitgliedern und ihren Angehörigen schöne Festtage und alles Gute im neuen Jahr.